



Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland

Herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amts
vom Institut für Zeitgeschichte

Haupterausgeber
Horst Möller

Mitherausgeber
Klaus Hildebrand und Gregor Schöllgen

Oldenbourg Verlag München 2011

Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland

1980

Wissenschaftliche Leiterin
Ilse Dorothee Pautsch

Bearbeiter
Tim Geiger, Amit Das Gupta
und Tim Szatkowski

Oldenbourg Verlag München 2011

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

Bibliographic information published by Die Deutsche Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek lists this publication in the Deutsche Nationalbibliografie; detailed bibliographic data is available in the Internet at <<http://dnb.d-nb.de>>.

© 2011 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München
www.oldenbourg-verlag.de

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf

eISBN 978-3-486-71806-5

Inhalt

Vorwort	VII
Vorbemerkungen zur Edition	VIII
Verzeichnisse	XV
Dokumentenverzeichnis	XVII
Literaturverzeichnis	LXXV
Abkürzungsverzeichnis	LXXXIII
Dokumente	1
Band I (Dokumente 1–192)	3
Band II (Dokumente 193–376)	1035
Register	1949
Personenregister	1949
Sachregister	2037
Anhang: Organisationsplan des Auswärtigen Amts vom Februar 1980	

Vorwort

Mit den Jahresbänden 1980 wird zum achtzehnten Mal eine Sammlung von Dokumenten aus dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amts unmittelbar nach Ablauf der 30jährigen Aktensperrfrist veröffentlicht.

Das Erscheinen der vorliegenden Bände gibt Anlaß, allen an dem Werk Beteiligten zu danken. So gilt mein verbindlichster Dank dem Auswärtigen Amt, vor allem dem Politischen Archiv. Gleichermaßen zu danken ist dem Bundeskanzleramt für die Erlaubnis, unverzichtbare Gesprächsaufzeichnungen in die Edition aufnehmen zu können. Herrn Bundeskanzler a. D. Helmut Schmidt danke ich für die Genehmigung zum Abdruck wichtiger und die amtliche Überlieferung ergänzender Schriftstücke aus seinem Depositum im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn.

Großer Dank gebührt ferner den Kollegen im Herausbergremium, die sich ihrer viel Zeit in Anspruch nehmenden Aufgabe mit bewährter Kompetenz gewidmet haben. Gedankt sei auch dem präzise arbeitenden Verlag R. Oldenbourg sowie den in der Münchener Zentrale des Instituts Beteiligten, insbesondere der Verwaltungsleiterin Frau Ingrid Morgen.

Das Hauptverdienst am Gelingen der zwei Bände haben die Bearbeiter, Herr Dr. Tim Geiger, Herr Dr. Amit Das Gupta und Herr Dr. Tim Szatkowski, zusammen mit der Wissenschaftlichen Leiterin, Frau Dr. Ilse Dorothee Pautsch. Ihnen sei für die erbrachte Leistung nachdrücklichst gedankt.

Wesentlich zur Fertigstellung der Edition beigetragen haben überdies: Herr Dr. Wolfgang Hölscher und Frau Britta Durstewitz durch die Herstellung des Satzes, Frau Jutta Bernlöhrl, Frau Gabriele Tschacher und Frau Brigitte Hoffmann durch Schreibarbeiten sowie Frau Sophia Freund und die Herren Peter Yorck von Dörmann und Patrick Härtel.

Berlin, den 1. Dezember 2010

Horst Möller

Vorbemerkungen zur Edition

Die „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1980“ (Kurztitel: AAPD 1980) umfassen zwei Bände, die durchgängig paginiert sind. Den abgedruckten Dokumenten gehen im Band I neben Vorwort und Vorbemerkungen ein Dokumentenverzeichnis, ein Literaturverzeichnis sowie ein Abkürzungsverzeichnis voran. Am Ende von Band II finden sich ein Personen- und ein Sachregister sowie ein Organisationsplan des Auswärtigen Amts vom Februar 1980.

Dokumentenauswahl

Grundlage für die Fondsedition der „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1980“ sind die Bestände des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts (PA/AA). Schriftstücke aus anderen Bundesministerien, die in die Akten des Auswärtigen Amts Eingang gefunden haben, wurden zur Kommentierung herangezogen. Verschlusssachen dieser Ressorts blieben unberücksichtigt. Dagegen haben die im Auswärtigen Amt vorhandenen Aufzeichnungen über Gespräche des Bundeskanzlers mit ausländischen Staatsmännern und Diplomaten weitgehend Aufnahme gefunden. Als notwendige Ergänzung dienten die im Bundeskanzleramt überlieferten Gesprächsaufzeichnungen. Um die amtliche Überlieferung zu vervollständigen, wurde zusätzlich das Depositum des ehemaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung ausgewertet.

Entsprechend ihrer Herkunft belegen die edierten Dokumente in erster Linie die außenpolitischen Aktivitäten des Bundesministers des Auswärtigen. Sie veranschaulichen aber auch die Außenpolitik des jeweiligen Bundeskanzlers. Die Rolle anderer Akteure, insbesondere im parlamentarischen und parteipolitischen Bereich, wird beispielhaft dokumentiert, sofern eine Wechselbeziehung zum Auswärtigen Amt gegeben war.

Die ausgewählten Dokumente sind nicht zuletzt deshalb für ein historisches Verständnis der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland von Bedeutung, weil fast ausschließlich Schriftstücke veröffentlicht werden, die bisher der Forschung unzugänglich und größtenteils als Verschlusssachen (VS) der Geheimhaltung unterworfen waren. Dank einer entsprechenden Ermächtigung wurden den Bearbeitern die VS-Bestände des PA/AA ohne Einschränkung zugänglich gemacht und Anträge auf Herabstufung und Offenlegung von Schriftstücken beim Auswärtigen Amt ermöglicht. Das Bundeskanzleramt war zuständig für die Deklassifizierung von Verschlusssachen aus den eigenen Beständen. Kopien der offengelegten Schriftstücke, deren Zahl diejenige der in den AAPD 1980 edierten Dokumente weit übersteigt, werden im PA/AA zugänglich gemacht (Bestand B 150).

Nur eine äußerst geringe Zahl der für die Edition vorgesehenen Aktenstücke wurde nicht zur Veröffentlichung freigegeben. Hierbei handelt es sich vor allem um Dokumente, in denen personenbezogene Vorgänge im Vordergrund stehen oder die auch heute noch sicherheitsrelevante Angaben enthalten. Von einer Deklassifizierung ausgenommen war Schriftgut ausländischer Herkunft bzw. aus

dem Bereich multilateraler oder internationaler Organisationen wie etwa der NATO. Unberücksichtigt blieb ebenfalls nachrichtendienstliches Material.

Dokumentenfolge

Die 376 edierten Dokumente sind in chronologischer Folge geordnet und mit laufenden Nummern versehen. Bei differierenden Datumsangaben auf einem Schriftstück, z.B. im Falle abweichender maschinenschriftlicher und handschriftlicher Datierung, ist in der Regel das früheste Datum maßgebend. Mehrere Dokumente mit demselben Datum sind, soweit möglich, nach der Uhrzeit eingeordnet. Erfolgt eine Datierung lediglich aufgrund sekundärer Hinweise (z.B. aus Begleitschreiben, beigelegten Vermerken usw.), wird dies in einer Anmerkung ausgewiesen. Bei Aufzeichnungen über Gespräche ist das Datum des dokumentierten Vorgangs ausschlaggebend, nicht der meist spätere Zeitpunkt der Niederschrift.

Dokumentenkopf

Jedes Dokument beginnt mit einem halbfett gedruckten Dokumentenkopf, in dem wesentliche formale Angaben zusammengefaßt werden. Auf Dokumentennummer und Dokumentenüberschrift folgen in kleinerer Drucktype ergänzende Angaben, so rechts außen das Datum. Links außen wird, sofern vorhanden, das Geschäftszeichen des edierten Schriftstücks einschließlich des Geheimhaltungsgrads (zum Zeitpunkt der Entstehung) wiedergegeben. Das Geschäftszeichen, das Rückschlüsse auf den Geschäftsgang zuläßt und die Ermittlung zugehörigen Aktenmaterials ermöglicht, besteht in der Regel aus der Kurzbezeichnung der ausfertigenden Arbeitseinheit sowie aus weiteren Elementen wie dem inhaltlich definierten Aktenzeichen, der Tagebuchnummer einschließlich verkürzter Jahresangabe und gegebenenfalls dem Geheimhaltungsgrad. Dokumentennummer, verkürzte Überschrift und Datum finden sich auch im Kolumnentitel über dem Dokument.

Den Angaben im Dokumentenkopf läßt sich die Art des jeweiligen Dokuments entnehmen. Aufzeichnungen sind eine in der Edition besonders häufig vertretene Dokumentengruppe. Der Verfasser wird jeweils in der Überschrift benannt, auch dann, wenn er sich nur indirekt erschließen läßt. Letzteres wird durch Hinzufügen der Unterschrift in eckigen Klammern deutlich gemacht und in einer Anmerkung erläutert („Verfasser laut Begleitvermerk“ bzw. „Vermuteter Verfasser der nicht unterzeichneten Aufzeichnung“). Läßt sich der Urheber etwa durch den Briefkopf eindeutig feststellen, so entfällt dieser Hinweis. Ist ein Verfasser weder mittelbar noch unmittelbar nachweisbar, wird die ausfertigende Arbeitseinheit (Abteilung, Referat oder Delegation) angegeben.

Eine weitere Gruppe von Dokumenten bildet der Schriftverkehr zwischen der Zentrale in Bonn und den Auslandsvertretungen. Diese erhielten ihre Informationen und Weisungen in der Regel mittels Drahterlaß, der fernschriftlich oder per Funk übermittelt wurde. Auch bei dieser Dokumentengruppe wird in der Überschrift der Verfasser genannt, ein Empfänger dagegen nur, wenn der Drahterlaß an eine einzelne Auslandsvertretung bzw. deren Leiter gerichtet war.

Anderenfalls werden die Adressaten in einer Anmerkung aufgeführt. Bei Rund-erlassen an sehr viele oder an alle diplomatischen Vertretungen wird der Empfängerkreis nicht näher spezifiziert, um die Anmerkungen nicht zu überfrachten. Ebenso sind diejenigen Auslandsvertretungen nicht eigens aufgeführt, die nur nachrichtlich von einem Erlaß in Kenntnis gesetzt wurden. Ergänzend zum Geschäftszeichen wird im unteren Teil des Dokumentenkopfes links die Nummer des Drahterlasses sowie der Grad der Dringlichkeit („cito“, „citissime“ und „citissime nachts“) angegeben. Rechts davon befindet sich das Datum und – sofern zu ermitteln – die Uhrzeit der Aufgabe. Ein Ausstellungsdatum wird nur dann angegeben, wenn es vom Datum der Aufgabe abweicht.

Der Dokumentenkopf bei einem im Auswärtigen Amt eingehenden Drahtbericht ist in Analogie zum Drahterlaß gestaltet. Als Geschäftszeichen der VS-Drahtberichte dient die Angabe der Chiffrier- und Fernmeldestelle des Auswärtigen Amts (Referat 114). Ferner wird außer Datum und Uhrzeit der Aufgabe auch der Zeitpunkt der Ankunft festgehalten, jeweils in Ortszeit.

In weniger dringenden Fällen verzichteten die Botschaften auf eine fernschriftliche Übermittlung und zogen die Form des mit Kurier übermittelten Schriftberichts vor. Beim Abdruck solcher Stücke werden im Dokumentenkopf neben der Überschrift mit Absender und Empfänger die Nummer des Schriftberichts und das Datum genannt. Gelegentlich bedienten sich Botschaften und Zentrale des sogenannten Privatdienstschreibens, mit dem außerhalb des offiziellen Geschäftsgangs zu einem Sachverhalt Stellung bezogen werden kann; darauf wird in einer Anmerkung aufmerksam gemacht.

Neben dem Schriftwechsel zwischen der Zentrale und den Auslandsvertretungen gibt es andere Schreiben, erkennbar jeweils an der Nennung von Absender und Empfänger. Zu dieser Gruppe zählen etwa Schreiben der Bundesregierung, vertreten durch den Bundeskanzler oder den Bundesminister des Auswärtigen, an ausländische Regierungen, desgleichen auch Korrespondenz des Auswärtigen Amts mit anderen Ressorts oder mit Bundestagsabgeordneten.

Breiten Raum nehmen insbesondere von Dolmetschern gefertigte Niederschriften über Gespräche ein. Sie werden als solche in der Überschrift gekennzeichnet und chronologisch nach dem Gesprächsdatum eingeordnet, während Verfasser und Datum der Niederschrift – sofern ermittelbar – in einer Anmerkung ausgewiesen sind.

Die wenigen Dokumente, die sich keiner der beschriebenen Gruppen zuordnen lassen, sind aufgrund individueller Überschriften zu identifizieren.

Die Überschrift bei allen Dokumenten enthält die notwendigen Angaben zum Ausstellungs-, Absende- oder Empfangsort bzw. zum Ort des Gesprächs. Erfolgt keine besondere Ortsangabe, ist stillschweigend Bonn zu ergänzen. Hält sich der Verfasser oder Absender eines Dokuments nicht an seinem Dienstort auf, wird der Ortsangabe ein „z. Z.“ vorangesetzt.

Bei den edierten Schriftstücken handelt es sich in der Regel jeweils um die erste Ausfertigung oder – wie etwa bei den Drahtberichten – um eines von mehreren gleichrangig nebeneinander zirkulierenden Exemplaren. Statt einer Erstausfertigung mußten gelegentlich ein Durchdruck, eine Abschrift, eine Ablichtung oder ein vervielfältigtes Exemplar (Matrizenabzug) herangezogen werden.

Ein entsprechender Hinweis findet sich in einer Anmerkung. In wenigen Fällen sind Entwürfe abgedruckt und entsprechend in den Überschriften kenntlich gemacht.

Dokumententext

Unterhalb des Dokumentenkopfes folgt – in normaler Drucktype – der Text des jeweiligen Dokuments, einschließlich des Betreffs, der Anrede und der Unterschrift. Die Dokumente werden ungekürzt veröffentlicht. Sofern in Ausnahmefällen Auslassungen vorgenommen werden müssen, wird dies durch Auslassungszeichen in eckigen Klammern („[...]“) kenntlich gemacht und in einer Anmerkung erläutert. Bereits in der Vorlage vorgefundene Auslassungen werden durch einfache Auslassungszeichen („...“) wiedergegeben.

Offensichtliche Schreib- und Interpunktionsfehler werden stillschweigend korrigiert. Eigentümliche Schreibweisen bleiben nach Möglichkeit erhalten; im Bedarfsfall wird jedoch vereinheitlicht bzw. modernisiert. Dies trifft teilweise auch auf fremdsprachige Orts- und Personennamen zu, deren Schreibweise nach den im Auswärtigen Amt gebräuchlichen Regeln wiedergegeben wird.

Selten vorkommende und ungebräuchliche Abkürzungen werden in einer Anmerkung aufgelöst. Typische Abkürzungen von Institutionen, Parteien etc. werden allerdings übernommen. Hervorhebungen in der Textvorlage, also etwa maschinenschriftliche Unterstreichungen oder Sperrungen, werden nur in Ausnahmefällen wiedergegeben. Der Kursivdruck dient dazu, bei Gesprächsaufzeichnungen die Sprecher voneinander abzuheben. Im äußeren Aufbau (Absätze, Überschriften usw.) folgt das Druckbild nach Möglichkeit der Textvorlage.

Unterschriftenformeln werden vollständig wiedergegeben. Ein handschriftlicher Namenszug ist nicht besonders gekennzeichnet, eine Paraphe mit Unterschriftencharakter wird aufgelöst (mit Nachweis in einer Anmerkung). Findet sich auf einem Schriftstück der Name zusätzlich maschinenschriftlich vermerkt, bleibt dies unerwähnt. Ein maschinenschriftlicher Name, dem ein „gez.“ vorangestellt ist, wird entsprechend übernommen; fehlt in der Textvorlage der Zusatz „gez.“, wird er in eckigen Klammern ergänzt. Weicht das Datum der Paraphe vom Datum des Schriftstückes ab, wird dies in der Anmerkung ausgewiesen.

Unter dem Dokumententext wird die jeweilige Fundstelle des Schriftstückes in halbfetter Schrifttype nachgewiesen. Bei Dokumenten aus dem PA/AA wird auf die Angabe des Archivs verzichtet und nur der jeweilige Bestand mit Bandnummer genannt. Dokumente aus VS-Beständen sind mit der Angabe „VS-Bd.“ versehen. Bei Dokumenten anderer Herkunft werden Archiv und Bestandsbezeichnung angegeben. Liegt ausnahmsweise ein Schriftstück bereits veröffentlicht vor, so wird dies in einer gesonderten Anmerkung nach der Angabe der Fundstelle ausgewiesen.

Kommentierung

In Ergänzung zum Dokumentenkopf enthalten die Anmerkungen formale Hinweise und geben Auskunft über wesentliche Stationen im Geschäftsgang. Angaben technischer Art, wie Registraturvermerke oder standardisierte Verteiler,

werden nur bei besonderer Bedeutung erfaßt. Wesentlich ist dagegen die Frage, welche Beachtung das jeweils edierte Dokument gefunden hat. Dies läßt sich an den Paraphen maßgeblicher Akteure sowie an den – überwiegend handschriftlichen – Weisungen, Bemerkungen oder auch Reaktionen in Form von Frage- oder Ausrufungszeichen ablesen, die auf dem Schriftstück selbst oder auf Begleitschreiben und Begleitvermerken zu finden sind. Die diesbezüglichen Merkmale sowie damit in Verbindung stehende Hervorhebungen (Unterstreichungen oder Anstreichungen am Rand) werden in Anmerkungen nachgewiesen. Auf den Nachweis sonstiger An- oder Unterstreichungen wird verzichtet. Abkürzungen in handschriftlichen Passagen werden in eckigen Klammern aufgelöst, sofern sie nicht im Abkürzungsverzeichnis aufgeführt sind.

In den im engeren Sinn textkritischen Anmerkungen werden nachträgliche Korrekturen oder textliche Änderungen des Verfassers und einzelner Adressaten festgehalten, sofern ein Konzipient das Schriftstück entworfen hat. Unwesentliche Textverbesserungen sind hiervon ausgenommen. Ferner wird auf einen systematischen Vergleich der Dokumente mit Entwürfen ebenso verzichtet wie auf den Nachweis der in der Praxis üblichen Einarbeitung von Textpassagen in eine spätere Aufzeichnung oder einen Drahterlaß.

Die Kommentierung soll den historischen Zusammenhang der edierten Dokumente in ihrer zeitlichen und inhaltlichen Abfolge sichtbar machen, weiteres Aktenmaterial und anderweitiges Schriftgut nachweisen, das unmittelbar oder mittelbar angesprochen wird, sowie Ereignisse oder Sachverhalte näher erläutern, die dem heutigen Wissens- und Erfahrungshorizont ferner liegen und aus dem Textzusammenhang heraus nicht oder nicht hinlänglich zu verstehen sind.

Besonderer Wert wird bei der Kommentierung darauf gelegt, die Dokumente durch Bezugsstücke aus den Akten der verschiedenen Arbeitseinheiten des Auswärtigen Amts bis hin zur Leitungsebene zu erläutern. Zitate oder inhaltliche Wiedergaben sollen die Entscheidungsprozesse erhellen und zum Verständnis der Dokumente beitragen. Dadurch wird zugleich Vorarbeit geleistet für eine vertiefende Erschließung der Bestände des PA/AA. Um die Identifizierung von Drahtberichten bzw. -erlassen zu erleichtern, werden außer dem Verfasser und dem Datum die Drahtberichtsnummer und, wo immer möglich, die Drahterlaßnummer angegeben.

Findet in einem Dokument veröffentlichtes Schriftgut Erwähnung – etwa Abkommen, Gesetze, Reden oder Presseberichte –, so wird die Fundstelle nach Möglichkeit genauer spezifiziert. Systematische Hinweise auf archivalische oder veröffentlichte Quellen, insbesondere auf weitere Bestände des PA/AA, erfolgen nicht. Sekundärliteratur wird generell nicht in die Kommentierung aufgenommen.

Angaben wie Dienstbezeichnung, Dienststellung, Funktion, Dienstbehörde und Nationalität dienen der eindeutigen Identifizierung der in der Kommentierung vorkommenden Personen. Bei Bundesministern erfolgt ein Hinweis zum jeweiligen Ressort nur im Personenregister. Eine im Dokumententext lediglich mit ihrer Funktion genannte Person wird nach Möglichkeit in einer Anmerkung namentlich nachgewiesen. Davon ausgenommen sind der jeweilige Bundespräsident, Bundeskanzler und Bundesminister des Auswärtigen.

Die Bezeichnung einzelner Staaten wird so gewählt, daß Verwechslungen ausgeschlossen sind. Der in der Forschung üblichen Praxis folgend, wird in der Kommentierung, den Verzeichnissen sowie den Registern der Begriff DDR für die Deutsche Demokratische Republik verwendet. Das Adjektiv „deutsch“ findet nur bei gesamtdeutschen Belangen oder dann Verwendung, wenn eine eindeutige Zuordnung gegeben ist. Der westliche Teil von Berlin wird als Berlin (West), der östliche Teil der Stadt als Ost-Berlin bezeichnet.

Die zur Kommentierung herangezogenen Editionen, Geschichtskalender und Memoiren werden mit Kurztitel angeführt, die sich über ein entsprechendes Verzeichnis auflösen lassen. Häufig genannte Verträge oder Gesetzestexte werden nur bei der Erstnennung nachgewiesen und lassen sich über das Sachregister erschließen.

Wie bei der Wiedergabe der Dokumente finden auch in den Anmerkungen die im Auswärtigen Amt gebräuchlichen Regeln für die Transkription fremdsprachlicher Namen und Begriffe Anwendung. Bei Literaturangaben in russischer Sprache wird die im wissenschaftlichen Bereich übliche Transliteration durchgeführt.

Die Kommentierung enthält schließlich auch Hinweise auf im Internet veröffentlichte Dokumente. Dabei wurden nur solche Dokumente berücksichtigt, die in gedruckter Form nicht ermittelt werden konnten. Die benutzten Internetadressen waren zum Zeitpunkt der letzten Prüfung (17.12.2010) gültig. Ein Ausdruck von jedem über das Netz ermittelten und zitierten Dokument mit dem Datum des jeweiligen Zugriffs befindet sich in den Akten der Editionsgruppe.

Verzeichnisse

Das *Dokumentenverzeichnis* ist chronologisch angelegt. Es bietet zu jedem Dokument folgende Angaben: Die halbfett gedruckte Dokumentennummer, Datum und Überschrift, die Fundseite sowie eine inhaltliche Kurzübersicht.

Das *Literaturverzeichnis* enthält die zur Kommentierung herangezogenen Publikationen, die mit Kurztiteln oder Kurzformen versehen wurden. Diese sind alphabetisch geordnet und werden durch bibliographische Angaben aufgelöst.

Das *Abkürzungsverzeichnis* führt die im Dokumententeil vorkommenden Abkürzungen auf, insbesondere von Organisationen, Parteien und Dienstbezeichnungen sowie sonstige im diplomatischen Schriftverkehr übliche Abkürzungen. Abkürzungen von Firmen werden dagegen im Sachregister unter dem Schlagwort „Wirtschaftsunternehmen“ aufgelöst. Nicht aufgenommen werden geläufige Abkürzungen wie „z. B.“, „d. h.“, „m. E.“, „u. U.“ und „usw.“ sowie Abkürzungen, die im Dokumententext oder in einer Anmerkung erläutert sind.

Register und Organisationsplan

Im *Personenregister* werden in der Edition vorkommende Personen unter Nennung derjenigen politischen, dienstlichen oder beruflichen Funktionen aufgeführt, die im inhaltlichen Zusammenhang der Dokumente wesentlich sind. Das *Sachregister* ermöglicht einen thematisch differenzierten Zugriff auf die einzel-

nen Dokumente. Näheres ist den dem jeweiligen Register vorangestellten Hinweisen zur Benutzung zu entnehmen.

Der *Organisationsplan* vom Februar 1980 zeigt die Struktur des Auswärtigen Amts und informiert über die Namen der Leiter der jeweiligen Arbeitseinheiten.

Verzeichnisse

Dokumentenverzeichnis

1	01.01. Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt	S. 3
	Pauls berichtet, im Ständigen NATO-Rat sei mit dem stellvertretenden amerikanischen Außenminister Christopher die sowjetische Intervention in Afghanistan diskutiert worden. Behandelt wurde die Frage, wie darauf reagiert werden solle.	
2	02.01. Hausbesprechung	S. 15
	Erörtert werden mögliche Reaktionen auf die sowjetische Intervention in Afghanistan, die auf internationaler, bündnispolitischer und bilateraler Ebene gefaßt werden sollen.	
3	07.01. Staatssekretär van Well an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel	S. 19
	Van Well referiert die Mitteilung der amerikanischen Botschaft, die UdSSR habe ablehnend auf den rüstungskontrollpolitischen Teil des NATO-Doppelbeschlusses reagiert. Er äußert die Vermutung, trotz des unnachgiebigen Tons werde dies nicht die endgültige Haltung der UdSSR bleiben.	
4	07.01. Ministerialdirektor von Staden, Bundeskanzleramt, z. Z. Madrid, an das Auswärtige Amt	S. 24
	Staden berichtet über das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit König Juan Carlos I. und Ministerpräsident Suárez. Themen waren die Lage in Afghanistan, der Nahost-Konflikt und die spanische Außenpolitik gegenüber den USA, der Bewegung der Blockfreien und Libyen.	
5	08.01. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Generalsekretär der Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei, González, in Madrid	S. 28
	Erörtert werden die sowjetische Intervention in Afghanistan und die Reaktion der USA, der NATO-Doppelbeschluß, Energiefragen sowie die Innen- und Außenpolitik Spaniens, insbesondere der geplante Beitritt zur NATO und zu den Europäischen Gemeinschaften.	
6	08.01. Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt	S. 39
	Pauls analysiert die Lage der NATO nach dem Doppelbeschluß und der sowjetischen Intervention in Afghanistan. Es gelte, die europäisch-amerikanische Kohäsion zu wahren und politisch-militärische Konsequenzen aus dem sowjetischen Expansionsstreben zu ziehen, insbesondere hinsichtlich der Türkei.	

7	08.01. Ministerialdirektor von Staden, Bundeskanzleramt, z. Z. Madrid, an das Auswärtige Amt	S. 42
	Staden informiert, Bundeskanzler Schmidt habe mit Ministerpräsident Suárez die Beziehungen Spaniens zur UdSSR und den USA, die Auswirkungen der sowjetischen Intervention in Afghanistan auf den Ost-West-Konflikt sowie die bevorstehende KSZE-Folgekonferenz in Madrid erörtert.	
8	09.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech	S. 47
	Blech legt die konzeptionellen Grundlagen der Rüstungskontrollpolitik dar und analysiert die Auswirkungen der sowjetischen Intervention in Afghanistan auf SALT, auf die geplanten Rüstungskontrollgespräche über Mittelstreckensysteme, auf MBFR und auf die vertrauensbildenden Maßnahmen.	
9	11.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Staden, Bundeskanzleramt	S. 56
	Staden faßt ein Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Giscard d'Estaing am 9. Januar in Paris zusammen. Themen waren die Folgen der sowjetischen Intervention in Afghanistan und die jeweiligen bilateralen Beziehungen zu den USA, die deutsch-französische Rüstungskoooperation und EG-Fragen, insbesondere der britische Beitrag zum EG-Haushalt.	
10	11.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Staden, Bundeskanzleramt	S. 62
	Staden resümiert, Bundeskanzler Schmidt habe den amerikanischen Botschafter Stoessel über seine Gespräche in Spanien und Frankreich informiert. Themen waren die Folgen der sowjetischen Intervention in Afghanistan, insbesondere die amerikanischen Sanktionen.	
11	12.01. Botschafter Herbst, Paris, an das Auswärtige Amt	S. 68
	Herbst analysiert die französische Reaktion auf die sowjetische Intervention in Afghanistan und ordnet sie in Frankreichs Gesamtkonzeption einer um größere Eigenständigkeit bemühten Außenpolitik ein.	
12	14.01. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Verbeek	S. 72
	Verbeek unterrichtet über die geplante Abschlußgeste und andere Fragen der Wiedergutmachung gegenüber jüdischen Opfern des Nationalsozialismus. Dabei verweist er auf mögliche politische Implikationen, besonders in der Nahostpolitik.	

-
13	15.01. Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Premierministerin Thatcher	S. 78
	Schmidt und Thatcher besprechen mögliche Maßnahmen gegenüber der UdSSR als Reaktion auf deren Intervention in Afghanistan sowie gegenüber Iran wegen der Geiselnahme amerikanischer Diplomaten.	
14	16.01. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Arnot	S. 85
	Arnot informiert über die Erörterung der sowjetische Intervention in Afghanistan in den Gremien der NATO und resümiert den Stand dieser Beratungen.	
15	17.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Staden, Bundeskanzleramt	S. 89
	Staden gibt das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem stellvertretenden amerikanischen Außenminister Christopher wieder, in dessen Mittelpunkt mögliche Sanktionen gegen Iran standen. Weitere Themen waren die sowjetische Intervention in Afghanistan, der Nahost-Konflikt und die künftige Rolle der NATO.	
16	17.01. Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt	S. 96
	Ausgehend von amerikanischen Presseberichten über die bevorstehende Verkündung einer „Carter-Doktrin“ reflektiert Hermes die globale Sicherheitspolitik der USA und deren Veränderung seit der sowjetischen Intervention in Afghanistan.	
17	18.01. Bundeskanzler Schmidt an Präsident Carter	S. 102
	Schmidt behandelt die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen nach der sowjetischen Intervention in Afghanistan, die Lage in Iran und im Nahen Osten sowie den Rahmen für Konsultationen.	
18	21.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Landrut	S. 105
	Meyer-Landrut bilanziert die Ausbildungshilfe der Sondereinheit GSG 9 des Bundesgrenzschutzes für eine Spezialeinheit der somalischen Polizei und erörtert die Möglichkeit einer von somalischer Seite erbetenen Fortführung des Programms.	
19	21.01. Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt	S. 107
	Hermes unterrichtet über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Vance. Erörtert wurden die Lage nach der sowjetischen Intervention in Afghanistan, insbesondere Wirtschafts- und Finanzhilfen für Pakistan und die Türkei, sowie ein Boykott der Olympischen	

- Sommerspiele in Moskau. Weitere Themen waren Abrüstungsfragen, die Beziehungen der Europäischen Gemeinschaften zu ASEAN und den arabischen Golfstaaten, die Konflikte im Nahen Osten und im südlichen Afrika sowie der Nord-Süd-Dialog.
- 20** 21.01. Ministerialdirigent Lücking, z.Z. Washington, an das Auswärtige Amt S. 118
- Lücking resümiert das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Vance. Diskutiert wurden u. a. die KSZE, die Modernisierung der Mittelstreckensysteme, die Beziehungen der Europäischen Gemeinschaften zu ASEAN, die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen, die geplanten Besuche des Bundeskanzlers Schmidt in der UdSSR und der DDR sowie ein Treffen der Außenminister der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA.
- 21** 22.01. Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt S. 124
- Hermes berichtet, Bundesminister Genscher und Präsident Carter hätten erörtert, welche Konsequenzen aus der sowjetischen Intervention in Afghanistan zu ziehen seien.
- 22** 23.01. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Dröge und des Ministerialdirektors Fischer S. 128
- In der Beschlußvorlage für den Bundessicherheitsrat wird die Notwendigkeit einer erneuten Verteidigungs-, Wirtschafts- und Finanzhilfe für die Türkei dargelegt.
- 23** 24.01. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Strauß und dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Kohl, bzw. der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Zimmermann S. 144
- Bundeskanzler Schmidt erläutert die Politik der Bundesregierung nach der sowjetischen Intervention in Afghanistan, während Strauß insbesondere auf die Rüstungspolitik eingeht.
- 24** 24.01. Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Carter S. 148
- Schmidt und Carter erörtern mit der sowjetischen Intervention in Afghanistan zusammenhängende Fragen, insbesondere einen möglichen Boykott der Olympischen Sommerspiele in Moskau sowie den Rahmen für westliche Konsultationen.
- 25** 24.01. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Siefker S. 150
- Siefker protokolliert die Ausführungen der Bundesminister Genscher und Baum im Sportausschuß des Bundestages zu einem Boykott der Olympischen Sommerspiele in Moskau.

-
26	25.01. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow	S. 154
	Erörtert werden die bilateralen bzw. die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen, insbesondere Abrüstungsfragen und ein Boykott der Olympischen Sommerspiele in Moskau.	
27	25.01. Botschafter Wieck, Moskau, an das Auswärtige Amt	S. 163
	Wieck berichtet, der sowjetische Schriftsteller Kopelew fühle sich angesichts verschärfter Maßnahmen gegen Dissidenten bedroht. Wieck empfiehlt, Kopelews Wunsch aufzugreifen und ihn sowie den Schriftsteller Wojnowitsch in die Bundesrepublik einzuladen.	
28	25.01. Botschafter Ruth, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt	S. 165
	Ruth referiert die Grundsätze und Arbeitsweise der Special Consultative Group (SCG) der NATO anlässlich ihrer Konstituierung.	
29	28.01. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schenk	S. 168
	Schenk resümiert das Gespräch der vier Politischen Direktoren der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA in London. Erörtert wurden u. a. die Hintergründe und Folgen der sowjetischen Intervention in Afghanistan, Möglichkeiten zur Unterstützung der afghanischen Widerstandsbewegung, die Geiselkrise in Iran, die Entwicklung in Indien, in Jemen, in Jugoslawien, in Rumänien und in Finnland sowie Perspektiven für die KSZE-Folgekonferenz in Madrid.	
30	29.01. Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Cossiga	S. 192
	Cossiga berichtet über seine Gespräche am 24./25. Januar in Washington, in deren Zentrum insbesondere die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses und die Folgen der sowjetischen Intervention in Afghanistan gestanden hätten. Erörtert werden ferner ein Boykott der Olympischen Sommerspiele in Moskau und die transatlantischen Beziehungen.	
31	29.01. Aufzeichnung des Kapitäns zur See Maurer	S. 196
	Maurer analysiert Möglichkeiten einer Unterstützung islamischer Widerstandsgruppen gegen die sowjetische Intervention in Afghanistan.	
32	30.01. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Vertretern der Wirtschaft und der Gewerkschaften	S. 201
	Themen sind die internationale Lage angesichts der sowjetischen Intervention in Afghanistan und der Geiselnahme amerikani-	

- scher Botschaftsangehöriger in Iran. Im Mittelpunkt steht die Beteiligung der Bundesrepublik an möglichen Sanktionen gegen die UdSSR bzw. gegen Iran.
- 33** 31.01. Botschafter Gehlhoff, Rom (Vatikan), an Staatssekretär van Well S. 209
- Gehlhoff berichtet über ein Gespräch mit dem polnischen Botschafter in Rom, Trepczyński, bei dem die polnische Beurteilung der sowjetischen Intervention in Afghanistan und das polnische Interesse an einer Fortsetzung der Entspannungspolitik deutlich geworden seien.
- 34** 31.01. Bundeskanzler Schmidt an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew S. 213
- Bundeskanzler Schmidt legt dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, seine Sorgen um die Entspannungspolitik dar, insbesondere angesichts der sowjetischen Intervention in Afghanistan und deren Folgen.
- 35** 03.02. Botschafter Wieck, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 216
- Wieck informiert, der in der Botschaft mit einem Reisepaß der Bundesrepublik ausgestattete mutmaßliche ehemalige KGB-Agent Kuithan sei beim Versuch der Ausreise aus der UdSSR festgenommen worden.
- 36** 03.02. Botschafter Wieck, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 219
- Wieck analysiert Beweggründe für die sowjetische Intervention in Afghanistan, die Argumente zu ihrer Rechtfertigung sowie die damit verbundenen Ziele.
- 37** 04.02. Botschafter Wieck, Moskau, an Staatssekretär van Well S. 222
- Wieck nimmt Stellung zu Presseberichten, die Botschaft habe nicht rechtzeitig auf die Möglichkeit einer sowjetischen Intervention in Afghanistan hingewiesen und pflege keine Kontakte zu nicht-sowjetischen Diplomaten des Warschauer Pakts.
- 38** 06.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Staden, Bundeskanzleramt S. 227
- Staden faßt ein Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Fraser zusammen. Themen waren die amerikanische Außenpolitik, insbesondere nach der sowjetischen Intervention in Afghanistan, und ein Boykott der Olympischen Sommerspiele in Moskau.
- 39** 06.02. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Edler von Braunmühl S. 235
- Braunmühl gibt ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister François-Poncet im Rah-

men der deutsch-französischen Konsultationen wieder. Erörtert wurden mögliche Reaktionen auf den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan, einschließlich eines Boykotts der Olympischen Sommerspiele in Moskau.

40	06.02. Aufzeichnung des Botschafters Ruth	S. 239
	Ruth resümiert die deutsch-amerikanischen Gespräche über Rüstungskontrolle, in denen insbesondere die Ratifizierung und Gültigkeit des SALT-II-Vertrags sowie MBFR erörtert wurden.	
41	06.02. Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt	S. 251
	Pauls informiert über die Darlegungen des amerikanischen NATO-Botschafters Bennett zur Zukunft der transatlantischen Beziehungen nach der sowjetischen Intervention in Afghanistan.	
42	08.02. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow	S. 253
	Themen sind die Reaktionen auf die sowjetische Intervention in Afghanistan, insbesondere die gemeinsame deutsch-französische Erklärung dazu und die Absagen bilateraler Gespräche mit Ministern aus Warschauer-Pakt-Staaten. Erörtert werden weiter die sowjetische Entspannungspolitik, die Ratifizierung des SALT-II-Vertrags sowie die KSZE-Folgekonferenz in Madrid.	
43	11.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer	S. 260
	Fischer erläutert das Projekt einer deutsch-französischen Zusammenarbeit bei der Entwicklung eines Kampfpanzers sowie die Bemühungen um eine einvernehmliche Regelung für dessen Export.	
44	11.02. Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), an das Auswärtige Amt	S. 264
	Jung bewertet das Auftreten der Warschauer-Pakt-Staaten bei MBFR nach der sowjetischen Intervention in Afghanistan. Dabei erläutert er insbesondere die Reaktion auf die Vorschläge der NATO-Mitgliedstaaten vom 20. Dezember 1979.	
45	12.02. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Moi	S. 269
	Erörtert werden Fragen der Energiepolitik, die Entwicklung in Simbabwe/Rhodesien sowie die amerikanische und die sowjetische Afrikapolitik.	

46	12.02.	Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem irakischen Außenminister Hammadi	S. 275
		Gegenstand sind die auswärtigen Beziehungen des Irak, das bilaterale Verhältnis zur Bundesrepublik, der Nahost-Konflikt sowie die Lage in der Golfregion, insbesondere der Einfluß und die Stellung der USA.	
47	12.02.	Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer	S. 280
		Fischer faßt die Diskussionen der zuständigen Ressorts und im Kabinett über die Gewährung des Kommunalwahlrechts für Bürger der EG-Mitgliedstaaten zusammen.	
48	12.02.	Botschafter Herbst, Paris, an das Auswärtige Amt	S. 282
		Herbst resümiert ein Gespräch des bayerischen Ministerpräsidenten Strauß mit Ministerpräsident Barre. Themen waren die Spielräume für die Entspannungspolitik nach der sowjetischen Intervention in Afghanistan sowie französische Einschätzungen der UdSSR und der USA.	
49	13.02.	Ministergespräch bei Bundeskanzler Schmidt	S. 285
		Erörtert werden die Verhandlungen mit der DDR, die Verkehrsprojekte, insbesondere den Ausbau der Bahnverbindungen und der Binnenwasserstraßen, sowie Energielieferungen nach Berlin (West) betreffen.	
50	15.02.	Deutsch-belgische Regierungsgespräche in Brüssel	S. 290
		Themen sind die bilaterale wirtschaftliche Zusammenarbeit, die Kernenergie, das Europäische Währungssystem, Hilfsmaßnahmen für die Türkei sowie die finanzielle Entschädigung von Zwangsrekrutierten aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs.	
51	15.02.	Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Freiherr von Richthofen	S. 294
		Richthofen informiert zur Tätigkeit von Militärberatern der DDR und deren Militärhilfe in Afrika südlich der Sahara. Diese konzentrierte sich vornehmlich auf die Bereiche Beratung und Ausbildung.	
52	16.02.	Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt	S. 297
		Hermes unterrichtet über die amerikanischen Verhandlungen über Nutzungsrechte für militärische Einrichtungen im Mittleren Osten und im östlichen Afrika.	
53	18.02.	Botschafter Sigrist, Athen, an das Auswärtige Amt	S. 301
		Sigrist resümiert die Gespräche des Bundesministers Matthöfer mit der griechischen Regierung, in denen er die Wirtschafts-	

60	24.02. Aufzeichnung des Botschafters Ruhfus, London	S. 340
	Ruhfus resümiert ein Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem EG-Kommissionspräsidenten Jenkins, das die Lage in Simbabwe/Rhodesien sowie den britischen Beitrag zum EG-Haushalt zum Gegenstand hatte.	
61	25.02. Botschafter Ruhfus, London, an Bundesminister Genscher	S. 344
	Ruhfus gibt ein Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Premierministerin Thatcher wieder. Erörtert wurden der britische Beitrag zum EG-Haushalt, mögliche Reaktionen auf die sowjetische Intervention in Afghanistan sowie der bevorstehende Weltwirtschaftsgipfel in Venedig.	
62	26.02. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Lord Carrington	S. 351
	Themen sind die Erklärung der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ zur Lage in Afghanistan, ein möglicher Boykott der Olympischen Sommerspiele in Moskau, die europäischen und transatlantischen Konsultationsmechanismen, die KSZE, der Nahost-Konflikt sowie der britische Beitrag zum EG-Haushalt.	
63	27.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fleischhauer	S. 364
	Mit Blick auf bestehende Verträge mit der UdSSR erörtert Fleischhauer die Möglichkeiten einer Einstellung von Hermes-Bürgschaften.	
64	29.02. Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Giscard d'Estaing	S. 368
	Im Mittelpunkt stehen Bemühungen um eine Koordinierung der Politik gegenüber den USA und Stützungsmaßnahmen zugunsten der Türkei, die Lage in Afghanistan und im Nahen Osten sowie der britische Beitrag zum EG-Haushalt.	
65	29.02. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Schellert	S. 373
	Schellert informiert über die Ergebnisse der internationalen Konferenz zur Evaluierung des nuklearen Brennstoffkreislaufs (INFCE) in Wien, bei der die Rolle der Entwicklungsländer besondere Beachtung gefunden habe.	
66	29.02. Runderlaß des Ministerialdirigenten Lücking	S. 375
	Lücking unterrichtet über die Ergebnisse einer Hausbesprechung zum amerikanischen Vorschlag, die Beziehungen zu einzelnen Warschauer-Pakt-Staaten zu differenzieren entsprechend deren Reaktionen auf die sowjetische Intervention in Afghanistan.	

-
67	01.03.	Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt	S. 380
		Hermes resümiert ein Gespräch des amerikanischen Außenministers Vance mit den Botschaftern Cedronio (Italien), Henderson (Großbritannien), Hermes (Bundesrepublik), de Laboulaye (Frankreich) und Towe (Kanada) über eine gemeinsame Politik nach der sowjetischen Intervention in Afghanistan.	
68	02.03.	Botschafter Jovy, Bukarest, an das Auswärtige Amt	S. 384
		Jovy erläutert die Spielräume einer eigenständigen rumänischen Außenpolitik gegenüber der UdSSR und die Haltung zur sowjetischen Intervention in Afghanistan.	
69	03.03.	Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Kiewitt, Bundeskanzleramt	S. 386
		Kiewitt faßt die Gespräche des stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Wischniewski in Washington zusammen. Themen waren mögliche Reaktionen auf die sowjetische Intervention in Afghanistan wie ein Boykott der Olympischen Sommerspiele in Moskau oder eine Überprüfung der Beziehungen zu den Warschauer-Pakt-Staaten einschließlich der Verhängung wirtschaftlicher Sanktionen. Erörtert wurden zudem die Wirtschafts- und Finanzhilfe zugunsten Pakistans und der Türkei sowie die Lage am Persischen Golf.	
70	03.03.	Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem saudi-arabischen Außenminister Prinz Saud al-Faisal	S. 392
		Erörtert werden die Lage in Afghanistan und im Nahen Osten, die internationalen Auswirkungen des NATO-Doppelbeschlusses sowie saudi-arabische Bemühungen um Rüstungskäufe aus der Bundesrepublik.	
71	05.03.	Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Staden, Bundeskanzleramt, z. Z. Washington	S. 403
		Staden faßt ein Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Carter zusammen. Themen waren der Nahost-Konflikt und die Golfregion, ein Boykott der Olympischen Sommerspiele in Moskau und weitere Sanktionen gegen die UdSSR, die amerikanisch-französischen Beziehungen sowie die Geiselkrise in Iran.	
72	05.03.	Deutsch-amerikanisches Regierungsgespräch in Washington	S. 415
		Diskutiert werden die amerikanische Arbeitsmarkt-, Währungs- und Finanzpolitik, die Auswirkungen des Anstiegs des Erdölpreises auf die Weltwirtschaft sowie die Energiepolitik der Bundesrepublik und der USA.	

73	05.03. Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt	S. 421
	Hermes teilt mit, Bundeskanzler Schmidt habe mit dem amerikanischen Außenminister Vance über die KSZE-Folgekonferenz in Madrid gesprochen sowie über künftige Konsultationen zum Zwecke einer einheitlichen Haltung gegenüber der UdSSR, die indisch-pakistanischen Beziehungen, die Wirtschafts- und Finanzhilfe für die Türkei sowie über die Verteidigungsanstrengungen der NATO.	
74	07.03. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Franke, Bundeskanzleramt	S. 426
	Franke erörtert die innen- und außenpolitische Entwicklung in Nicaragua, insbesondere mit Blick auf die bilaterale Zusammenarbeit. Dabei plädiert er für die Fortsetzung der Entwicklungshilfe der Bundesrepublik.	
75	07.03. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Ellerkmann	S. 429
	Ellerkmann faßt Verlauf und Ergebnisse des Wissenschaftlichen Forums der KSZE in Hamburg zusammen und stellt es in Zusammenhang mit den außenpolitischen Entwicklungen seit der sowjetischen Intervention in Afghanistan.	
76	07.03. Botschaftsrat I. Klasse Hallensleben, Belgrad, an das Auswärtige Amt	S. 433
	Hallensleben stellt Überlegungen über die jugoslawische Innen- und Außenpolitik nach dem absehbaren Ableben von Staatspräsident Tito an.	
77	09.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Landrut	S. 437
	Meyer-Landrut resümiert ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Sadat in Kairo. Gegenstand sind die Gespräche zwischen Ägypten und Israel über eine Autonomie der palästinensischen Gebiete.	
78	10.03. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Lücking	S. 440
	Lücking analysiert das Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, an Bundeskanzler Schmidt. Darin werden der NATO-Doppelbeschuß, die sowjetische Intervention in Afghanistan und die Zukunft der Entspannungspolitik erörtert.	
79	10.03. Aufzeichnung des Botschafters Ruth	S. 450
	Ruth bewertet den Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten zum Austausch aktualisierter Streitkräftedaten mit Stand vom 1. Januar des Jahres.	

-
80	10.03.	Botschafter Gehlhoff, Rom (Vatikan), an Staatssekretär van Well	S. 455
		Gehlhoff berichtet über ein Gespräch mit dem polnischen Botschafter in Rom, Trepczyński, in dem dieser Hintergründe des Rücktritts des Ministerpräsidenten Jaroszewicz auf dem VIII. Parteitag der PVAP und die polnische Bewertung der sowjetischen Intervention in Afghanistan dargelegt habe.	
81	10.03.	Botschafter Freiherr von Wechmar, New York (VN), an das Auswärtige Amt	S. 459
		Wechmar informiert über ein Gespräch mit dem tschechoslowakischen VN-Botschafter Hulinský über die Zukunft der Entspannungspolitik nach der sowjetischen Intervention in Afghanistan. Erörtert wurde dabei auch die KSZE-Folgekonferenz in Madrid.	
82	13.03.	Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt	S. 461
		Hermes gibt ein Gespräch des bayerischen Ministerpräsidenten Strauß mit dem amerikanischen Außenminister Vance wieder. Themen waren ein Boykott der Olympischen Sommerspiele in Moskau, wirtschaftliche Maßnahmen gegen die UdSSR, der Beitrag der Bundesrepublik zur Stärkung der NATO sowie die Lage in Afghanistan und im Nahen Osten.	
83	17.03.	Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem indischen Außenminister Rao	S. 467
		Erörtert werden die sowjetische Intervention in Afghanistan, die Haltung der Bewegung der Blockfreien, das Ministertreffen der Gruppe der 77 in New York, die Dritte VN-Seerechtskonferenz, die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen und U-Boot-Lieferungen nach Indien.	
84	17.03.	Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Ellerkmann	S. 479
		Ellerkmann resümiert die Ergebnisse des Treffens der Außenminister der ASEAN- und der EG-Mitgliedstaaten in Kuala Lumpur. Schwerpunkte waren die Gespräche zur Lage in Afghanistan und im Nahen Osten sowie das Kooperationsabkommen zwischen ASEAN und den Europäischen Gemeinschaften.	
85	18.03.	Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Staden, Bundeskanzleramt	S. 483
		Staden gibt ein Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Giscard d'Estaing wieder, in dem der Nahost-Konflikt, die Beziehungen zur UdSSR und die britische Beitrag zum EG-Haushalt im Mittelpunkt standen.	

86	19.03.	Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Graf Finck von Finckenstein	S. 489
		Finckenstein informiert über die Bitte des zyprischen Botschafters Iacovou, Bundesminister Genscher möge ein Gespräch zwischen dem zyprischen Außenminister Rolandis und dem türkischen Außenminister Erkmen vermitteln.	
87	19.03.	Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt	S. 493
		Pauls berichtet über eine Sitzung des Ständigen NATO-Rats, in dem Anzeichen für einen Unfall mit biologischen Kampfstoffen in einer sowjetischen Fabrik bei Swerdlowsk erörtert wurden. Daneben wurde auf den möglichen Einsatz chemischer Waffen durch die UdSSR in Afghanistan hingewiesen.	
88	21.03.	Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Staatssekretär im iranischen Ministerpräsidentenamt, Tabatabai	S. 496
		Themen sind die Lage in Afghanistan und im Nahen Osten sowie die Beziehungen zwischen Iran und den USA, insbesondere die Frage der Freilassung der als Geiseln festgehaltenen amerikanischen Botschaftsangehörigen.	
89	24.03.	Botschafter Florin, Conakry, an das Auswärtige Amt	S. 502
		Florin berichtet über die Gefangennahme sowjetischer Agenten, deren vorgebliche deutsche Staatsbürgerschaft mit Hilfe der Botschaft der Bundesrepublik als Tarnung entlarvt werden konnte.	
90	25.03.	Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von der Gablentz, Bundeskanzleramt	S. 504
		Gablentz faßt das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Jørgensen zusammen. Erörtert wurden die Lage in Afghanistan, ein Boykott der Olympischen Sommerspiele in Moskau, die Beziehungen der Bundesrepublik zu den Warschauer-Pakt-Staaten, das Verhältnis zwischen der EFTA und den Europäischen Gemeinschaften sowie die Fischereipolitik.	
91	26.03.	Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer	S. 507
		Fischer wägt Vor- und Nachteile einer weniger restriktiven Rüstungsexportpolitik gegenüber Saudi-Arabien ab und rät zur Beibehaltung der bisherigen Praxis.	
92	27.03.	Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Arnot	S. 512
		Arnot gibt die Bemühungen um eine konsularische Betreuung und um die Ausreise des in der UdSSR inhaftierten deutschen Staatsbürgers und mutmaßlichen ehemaligen KGB-Agenten	

Kuithan wieder, dessen Identität von sowjetischen Behörden in Frage gestellt wird.

- 93** 28.03. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Premierministerin Thatcher in Chequers S. 515
- Themen sind die Rolle Großbritanniens in den Europäischen Gemeinschaften, insbesondere der britische Beitrag zum EG-Haushalt. Erörtert werden außerdem die Gemeinsame Agrarpolitik und Fischereifragen.
- 94** 28.03. Botschafter Wieck, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 523
- Wieck erörtert die politischen und militärischen Möglichkeiten der UdSSR in Südwestasien nach der Intervention in Afghanistan.
- 95** 29.03. Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt an Präsident Carter S. 528
- Schmidt legt seine Bereitschaft dar, ein Schreiben an Präsident Bani Sadr zu richten, um die Freilassung der als Geiseln festgehaltenen amerikanischen Botschaftsangehörigen zu erwirken, und in diesem Sinne auch auf andere Staats- und Regierungschefs einzuwirken.
- 96** 31.03. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister François-Poncet S. 530
- Themen sind der britische Beitrag zum EG-Haushalt, die als Geiseln festgehaltenen amerikanischen Botschaftsangehörigen in Iran, die Lage in Afghanistan und im Nahen Osten sowie die KSZE-Folgekonferenz in Madrid.
- 97** 31.03. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow in Hamburg S. 539
- Erörtert werden die bilateralen Beziehungen nach dem NATO-Doppelbeschluß und der sowjetischen Intervention in Afghanistan, ein möglicher Besuch des Bundeskanzlers Schmidt in der UdSSR und die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen.
- 98** 31.03. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von der Gablentz, Bundeskanzleramt S. 545
- Gablentz resümiert ein Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Premierministerin Thatcher in Chequers, in dem der Vorschlag des Präsidenten Carter für eine Sondertagung des NATO-Rats auf Ebene der Staats- und Regierungschefs erörtert wurde.
- 99** 01.04. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Fiedler S. 548
- Fiedler notiert, die syrische Regierung habe vor dem Hintergrund ihrer innenpolitischen Schwierigkeiten eine bilaterale

107	14.04. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Sá Carneiro	S. 582
	Erörtert werden insbesondere die innenpolitische Lage in Portugal, die politischen Systeme beider Länder und deren wirtschaftliche Entwicklung sowie ein portugiesischer EG-Beitritt.	
108	14.04. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Erdölminister der Vereinigten Arabischen Emirate, al-Otaiba	S. 594
	Themen sind die weltweite Versorgungslage mit Erdöl, der Nahost-Konflikt, die Entwicklung in Iran, die Beziehungen der Europäischen Gemeinschaften zu Staaten der Golfregion und Rüstungsexporte.	
109	14.04. Aufzeichnung des Staatssekretärs Schüler, Bundeskanzleramt	S. 599
	Schüler resümiert die Ergebnisse eines Gesprächs führender Politiker der SPD und FDP unter Leitung des Bundeskanzlers Schmidt. Entschieden worden sei, daß das Kabinett dem NOK empfehlen solle, nicht an den Olympischen Sommerspielen in Moskau teilzunehmen, während die amerikanischen Wirtschaftssanktionen gegen Iran unterstützt werden sollten.	
110	15.04. Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Carter	S. 601
	Schmidt und Carter besprechen Sanktionen gegen Iran, den Boykott der Olympischen Sommerspiele in Moskau, die Beziehungen zur UdSSR und die Äußerungen Schmidts zum NATO-Doppelbeschluß.	
111	15.04. Aufzeichnung des Botschafters Ruth	S. 606
	Ruth analysiert Äußerungen des Bundeskanzlers Schmidt zum NATO-Doppelbeschluß, die als Vorschlag für einen Freeze bei der Modernisierung der Mittelstreckensysteme aufgefaßt werden könnten.	
112	16.04. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Neukirchen	S. 610
	Neukirchen notiert Ausführungen des Bundeskanzlers Schmidt im Auswärtigen Ausschuß des Bundestags zur Geiselnahme amerikanischer Botschaftsangehöriger in Iran, zu einem Boykott der Olympischen Sommerspiele in Moskau, zu Rüstungskontrollgesprächen, insbesondere zum NATO-Doppelbeschluß, und zur Entspannungspolitik.	
113	16.04. Aufzeichnung des Botschafters Ruth	S. 618
	Ruth resümiert ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Botschafter Stoessel. Themen waren	

- Äußerungen des Bundeskanzlers Schmidt zum NATO-Doppelbeschluß, die Entwicklung in Iran sowie der Boykott der Olympischen Sommerspiele in Moskau.
- 114** 16.04. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 622
- Ruth legt die Ergebnisse der 20. Runde der MBFR-Verhandlungen dar, in deren Mittelpunkt neben der Erörterung des Vorschlags der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom Dezember 1979 der Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten für einen Austausch aktualisierter Streitkräftedaten mit Stand vom 1. Januar des Jahres gestanden habe.
- 115** 16.04. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Boll S. 626
- Boll unterrichtet über die Tagung des Ministerkomitees des Europarats sowie das informelle Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ in Lissabon. Im Mittelpunkt standen die Geiselnahme amerikanischer Botschaftsangehöriger in Iran und die KSZE-Folgekonferenz in Madrid.
- 116** 17.04. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem kanadischen Außenminister MacGuigan in Salisbury S. 629
- Genscher und MacGuigan erörtern einen Boykott der Olympischen Sommerspiele in Moskau. Weiteres Gesprächsthema sind Sanktionen gegen Iran.
- 117** 17.04. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Präsidenten der SWAPO, Nujoma, in Salisbury S. 633
- Vor dem Hintergrund der Entlassung Rhodesien/Simbabwes in die Unabhängigkeit diskutieren Genscher und Nujoma die Namibia-Frage.
- 118** 17.04. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem chinesischen Außenminister Huang Hua in Salisbury S. 636
- Im Zentrum des Gesprächs steht die sowjetische Intervention in Afghanistan. Weitere Themen sind die Intentionen der UdSSR in Europa und Asien sowie die Entwicklung in Simbabwe.
- 119** 17.04. Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Zia ul-Haq in Salisbury S. 639
- Erörtert wird die Lage in Afghanistan und deren Auswirkungen auf Pakistan. Weiteres Thema ist die Hilfe der USA bzw. der Bundesrepublik für Pakistan.

120	17.04.	Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer Fischer empfiehlt die Ablehnung einer Ausfuhrbürgschaft für ein Geschäft der Firma Uhde GmbH mit Kuba, insbesondere mit Blick auf die Beziehungen zu den USA.	S. 643
121	18.04.	Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Kaunda in Salisbury Angesichts der Entlassung Rhodesien/Simbabwe in die Unabhängigkeit diskutieren die Gesprächspartner die Namibia-Frage und Lösungsmöglichkeiten für die Konflikte in Afghanistan und in Iran.	S. 646
122	21.04.	Gespräch des Staatssekretärs van Well mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow Van Well unterrichtet Semjonow über die Absicht der Bundesregierung, dem NOK zu empfehlen, nicht an den Olympischen Sommerspielen in Moskau teilzunehmen.	S. 649
123	21.04.	Botschafter Schödel, Peking, an das Auswärtige Amt Schödel berichtet über die Reaktion der Volksrepublik China auf das Stimmverhalten des IWF-Exekutivdirektoriums hinsichtlich der Übernahme der alleinigen Vertretung Chinas durch die Volksrepublik.	S. 653
124	21.04.	Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt Hermes informiert über das Gespräch des amerikanischen Außenministers Vance mit dem sowjetischen Botschafter in Washington, Dobrynin, in dessen Mittelpunkt Rüstungskontrollfragen standen, insbesondere der NATO-Doppelbeschluß.	S. 658
125	22.04.	Aufzeichnung des Staatssekretärs van Well Van Well resümiert ein Ministergespräch bei Bundeskanzler Schmidt über dessen geplanten Besuch in der UdSSR und die dabei zu erörternde Frage der Mittelstreckensysteme.	S. 622
126	22.04.	Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Citron Citron notiert, der britische Gesandte Goodall habe im Bundeskanzleramt wegen Äußerungen des Bundeskanzlers Schmidt zum NATO-Doppelbeschluß demarchiert.	S. 665
127	22.04.	Botschafter Schmidt-Dornedden, Beirut, an das Auswärtige Amt Schmidt-Dornedden berichtet, ein Mitglied der palästinensischen Organisation PFLP-SC habe der Botschaft in Beirut Informationen über international gesuchte Terroristen angeboten.	S. 667

-
128	23.04.	Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Pöhlmann	S. 670
		Pöhlmann vermerkt eine Hausbesprechung bei Staatssekretär van Well über Stand und Perspektiven von MBFR. Gegenstand waren u. a. die Ergebnisse einer Reise des Unterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle des Bundestags nach Wien, die Datenfrage und das weitere Vorgehen.	
129	23.04.	Botschafter Ruth an die Botschaft in Washington	S. 674
		Ruth teilt mit, die amerikanische Regierung wünsche keine öffentliche Erklärung über den Abzug von 1000 amerikanischen Nuklearsprengköpfen aus Westeuropa, und übermittelt Sprachregelungen für den Fall eines Bekanntwerdens vor Abschluß der Aktion.	
130	25.04.	Deutsch-polnisches Regierungsgespräch	S. 677
		Themen sind die Sorge um eine Fortsetzung der Entspannungspolitik und Überlegungen zum Besuch des Bundeskanzlers Schmidt in der UdSSR.	
131	25.04.	Botschafter Ruhfus, London, an Staatssekretär van Well	S. 687
		Ruhfus berichtet über den Besuch des bayerischen Ministerpräsidenten Strauß in London, wo dieser Kritik an der Außenpolitik des Bundeskanzlers Schmidt geäußert habe.	
132	26.04.	Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Cossiga in Hamburg	S. 690
		Schmidt und Cossiga erörtern Fragen der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere den britischen Beitrag zum EG-Haushalt und die Gemeinsame Agrarpolitik.	
133	28.04.	Ministerialdirektor Fleischhauer an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel	S. 697
		Fleischhauer informiert über das weitere Vorgehen bei der Ratifizierung der Zusatzprotokolle vom 8. Juni 1977 zu den Genfer Rotkreuzabkommen.	
134	30.04.	Bundeskanzler Schmidt an den SPD-Fraktionsvorsitzenden, Wehner	S. 700
		Schmidt unterrichtet über die Tagung des Europäischen Rats in Luxemburg, in deren Mittelpunkt der britische Beitrag zum EG-Haushalt stand.	
135	05.05.	Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Dröge	S. 704
		Dröge berichtet, das Bundesministerium der Verteidigung habe das amerikanische Verteidigungsministerium gebeten, die nukleare Einsatzbereitschaft neuer amerikanischer Mittel-	

- streckenwaffen in Europa bis Ende 1983 zu verschieben. Der im NATO-Doppelbeschluß vorgesehenen Zeitraum für Rüstungskontrollverhandlungen solle ganz ausgeschöpft werden können.
- 136** 06.05. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Bundeskanzler Kreisky S. 706
- Schmidt und Kreisky erörtern Fragen der bilateralen und der internationalen Beziehungen, insbesondere das Ost-West-Verhältnis nach der sowjetischen Intervention in Afghanistan, einen möglichen Boykott der Olympischen Sommerspiele in Moskau und den Nahost-Konflikt.
- 137** 06.05. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Ellerkmann S. 717
- Ellerkmann unterrichtet über die Vereinbarungen mit der DDR über Verkehrsfragen, insbesondere im Bereich des Ausbaus der Autobahnen, des Mittellandkanals und des Eisenbahnverkehrs, sowie über Gewässerschutz.
- 138** 07.05. Kapitän zur See Radicke, Washington, an das Auswärtige Amt S. 720
- Radicke analysiert Ursachen für das Scheitern des amerikanischen Kommandounternehmens zur Befreiung der in Teheran als Geiseln festgehaltenen Botschaftsangehörigen.
- 139** 08.05. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Djuranović in Belgrad S. 722
- Themen sind die künftige Entwicklung Jugoslawiens, die Aussichten für eine Vermittlerrolle der Bewegung der Blockfreien in Afghanistan, das Ost-West-Verhältnis, insbesondere die geplante Reise des Bundeskanzlers Schmidt in die UdSSR, und die bilateralen Beziehungen.
- 140** 09.05. Gespräch des Bundeskanzlers mit Ministerpräsident Ohira S. 727
- Schmidt und Ohira erörtern bilaterale Fragen und die Beziehungen zu den USA, das amerikanisch-sowjetische bzw. chinesisch-sowjetische Verhältnis, die Entwicklung in Afghanistan sowie Sanktionen gegen Iran und die UdSSR.
- 141** 09.05. Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Staden, Bundeskanzleramt S. 738
- Staden resümiert ein Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Premierministerin Thatcher in Belgrad. Themen waren die Politik der USA, der Weltwirtschaftsgipfel in Venedig, das bevorstehende Treffen der Außenminister der Bundesrepublik, Frankreichs und Großbritanniens sowie Wirtschaftssanktionen gegen Iran.

142	09.05.	Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Staden, Bundeskanzleramt	S. 742
		Staden referiert das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsidentin Gandhi in Belgrad. Behandelt wurden der Afghanistan-Konflikt, weltwirtschaftliche Fragen und der Nord-Süd-Dialog.	
143	12.05.	Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Lord Carrington und dem französischen Außenminister François-Poncet	S. 746
		Erörtert werden die Regierungsumbildung in den USA und die amerikanische Politik im Nahen und Mittleren Osten, die Krisen in Iran und Afghanistan, der Boykott der Olympischen Sommerspiele in Moskau, die Namibia-Frage und EG-Angelegenheiten, insbesondere die Agrarpolitik und der britische Beitrag zum EG-Haushalt.	
144	13.05.	Botschafter Dunker, Luanda, an das Auswärtige Amt	S. 755
		Dunker informiert darüber, daß Präsident dos Santos eine persönliche Mitteilung an die Regierungschefs Großbritanniens, Frankreichs und der Bundesrepublik beabsichtige. Ferner berichtet Dunker über sein Gespräch mit dem angolanischen stellvertretenden Minister für innere Sicherheit und Polizei, Rodrigues, zur Namibia-Frage.	
145	14.05.	Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt	S. 758
		Pauls berichtet über die Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO in Brüssel, an der auch die Außenminister teilnahmen. Im Mittelpunkt stand die Politik der Allianz nach der sowjetischen Intervention in Afghanistan.	
146	14.05.	Bundesminister Apel an Bundeskanzler Schmidt	S. 765
		Apel unterrichtet Schmidt, der amerikanische Verteidigungsminister Brown habe ihn am Rande der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO in Brüssel vor einer Einflußnahme der Bundesregierung auf den amerikanischen Wahlkampf zu Lasten von Präsident Carter gewarnt.	
147	16.05.	Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Cossiga in Rom	S. 768
		Themen sind EG-Fragen, insbesondere die Agrar- und Fischereipolitik, sowie der britische Beitrag zum EG-Haushalt, der Weltwirtschaftsgipfel in Venedig, der Boykott der Olympischen Sommerspiele in Moskau und Wirtschaftssanktionen gegen Iran.	

-
148	16.05.	Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Lord Carrington, dem französischen Außenminister François-Poncet und dem amerikanischen Außenminister Muskie in Wien	S. 776
		Erörtert werden die Entwicklung in Afghanistan, der Nahost-Konflikt, insbesondere seine Behandlung in den Vereinten Nationen, Wirtschaftssanktionen gegen Iran, der Besuch des Bundeskanzlers Schmidt in der UdSSR und der Weltwirtschaftsgipfel in Venedig.	
149	16.05.	Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem schweizerischen Außenminister Aubert in Wien	S. 789
		Genscher und Aubert besprechen die Geiselkrise in Iran, die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen, die KSZE-Folgekonferenz in Madrid und die Lage im Nahen Osten.	
150	16.05.	Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem ungarischen Außenminister Puja in Wien	S. 793
		Die Gesprächspartner erörtern die Zukunft der Entspannungspolitik angesichts der sowjetischen Intervention in Afghanistan und des NATO-Doppelbeschlusses. Weitere Themen sind die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts in Warschau und die Lage in Iran.	
151	16.05.	Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko in Wien	S. 800
		Im Mittelpunkt steht die Entwicklung der bilateralen Beziehungen. Erörtert werden der Besuch des Bundeskanzlers Schmidt und des Bundesministers Genscher in Moskau, die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts in Warschau, Abrüstungsfragen, die Geiselkrise in Iran, die Lage in Afghanistan sowie der Boykott der Olympischen Sommerspiele in Moskau.	
152	19.05.	Vortragender Legationsrat I. Klasse Freiherr von Richthofen an die Botschaft in Moskau	S. 810
		Richthofen unterrichtet über die Bemühungen der DDR, die Bundesrepublik von einem Boykott der Olympischen Sommerspiele in Moskau abzubringen.	
153	20.05.	Botschafter Arnold, Rom, an das Auswärtige Amt	S. 812
		Arnold berichtet über ein Telefongespräch mit Staatspräsident Pertini, der sich über die Nichteinbeziehung Italiens bei den Gipfeltreffen der führenden westlichen Staaten und vor allem über das Verhalten von Staatspräsident Giscard d'Estaing beklagt habe.	

154	21.05.	Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Staden, Bundeskanzleramt	S. 814
		Staden resümiert die Unterrichtung des Bundeskanzlers Schmidt durch den französischen Außenminister François-Poncet über das Gespräch des Staatspräsidenten Giscard d'Estaing mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, und dem Ersten Sekretär des ZK der PVAP, Gierek, in Warschau. Behandelt wurden dabei der Afghanistan-Konflikt und Abrüstungsfragen.	
155	21.05.	Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Staden, Bundeskanzleramt	S. 819
		Staden gibt das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident López Portillo wieder. Erörtert wurden die Entwicklung Mexikos und Lateinamerikas, die Lage in Nicaragua und in Iran, die deutsche Frage und die transatlantischen Beziehungen sowie Fragen der Weltwirtschaft.	
156	22.05.	Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Dröge	S. 829
		Dröge unterrichtet über eine Modernisierung der nuklearen Gefechtsfeldwaffen der amerikanischen Streitkräfte. Die Option zur späteren Umrüstung auf Neutronengefechtsköpfe bleibt dabei gewahrt.	
157	22.05.	Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fleischhauer	S. 831
		Fleischhauer erläutert unter deutschlandpolitischen Aspekten die Hintergründe der Amtseinführung des neu gewählten katholischen Bischofs von Berlin, Meisner, sowie die Wahl des Meißener Bischofs Schaffran zum Vorsitzenden der Berliner Bischofskonferenz.	
158	27.05.	Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech	S. 834
		Blech legt ein Arbeitspapier zu Frage der Verbesserung der transatlantischen Kooperationsmechanismen vor, in dem die verschiedenen multilateralen Konsultationsforen erörtert werden.	
159	27.05.	Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt	S. 840
		Pauls berichtet, im Ständigen NATO-Rat sei nach der Unterrichtung durch den französischen NATO-Botschafter Arnaud über das Treffen des Staatspräsidenten Giscard d'Estaing mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, und dem Ersten Sekretär des ZK der PVAP, Gierek, in Warschau diskutiert worden.	

-
160	28.05.	Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem rumänischen Außenminister Andrei in Frankfurt am Main	S. 845
		Die Gesprächspartner behandeln die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen, die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts in Warschau, Abrüstungsfragen und die Fortführung der Entspannungspolitik.	
161	28.05.	Botschafter Held, Tripolis, an das Auswärtige Amt	S. 853
		Held gibt ein Gespräch mit dem Leiter des libyschen Büros für auswärtige Beziehungen, Shehata, wieder. Es betraf die Ermordung libyscher Regimegegner und die Haltung der Bundesregierung dazu.	
162	29.05.	Botschafter Kuhnt, Abu Dhabi, an das Auswärtige Amt	S. 858
		Kuhnt bittet um Weisung angesichts des wiederholt vorgetragenen Wunschs der Vereinigten Arabischen Emirate nach Rüstungslieferungen aus der Bundesrepublik.	
163	30.05.	Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit den Präsidenten Senghor und Traoré	S. 860
		Erörtert werden das multinationale Entwicklungshilfeprojekt zur Nutzbarmachung des Senegal-Flusses sowie Fragen der Entwicklungspolitik.	
164	30.05.	Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Staden, Bundeskanzleramt	S. 865
		Staden resümiert das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem amerikanischen Botschafter Stoessel. Dabei wurden Fragen der Sicherheitspolitik, der bilateralen Beziehungen, insbesondere des transatlantischen Konsultationsprozesses und des Boykotts der Olympischen Sommerspiele in Moskau, sowie die Konflikte im Nahen und Mittleren Osten thematisiert.	
165	30.05.	Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt	S. 870
		Gaus berichtet über seine Gespräche mit dem Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel der DDR, Schalck-Golodkowski, über den Eisenbahntransitverkehr und die Energieversorgung von Berlin (West).	
166	02.06.	Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von der Gablentz, Bundeskanzleramt	S. 873
		Gablentz resümiert ein Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem brasilianischen Außenminister Saraiva Guerreiro. Erörtert wurden die Lage in Brasilien, die amerikanisch-brasilianischen Beziehungen, Entwicklungen in Lateinamerika sowie die Rolle der Bewegung der Blockfreien.	

167	04.06. Botschafter Wieck, Moskau, an das Auswärtige Amt	S. 877
	Wieck diskutiert Thesen eines amerikanischen Papiers, dessen Gegenstand das verschärfte Vorgehen sowjetischer Behörden gegen Dissidenten und mögliche Ursachen dafür sind.	
168	06.06. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hofmann	S. 880
	Hofmann gibt den Verlauf der Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO in Bodø wieder. Themen waren die Umsetzung des NATO-Doppelbeschlusses, die künftige Strategie des Bündnisses und der Zeitrahmen für die Dislozierung neuer amerikanischer Mittelstreckensysteme in Europa.	
169	06.06. Botschafter Dunker, Luanda, an das Auswärtige Amt	S. 885
	Dunker berichtet über Kontakte mit der SWAPO, insbesondere über das Gespräch des SPD-Abgeordneten Roth mit dem Präsidenten der SWAPO, Nujoma, und dessen geplanten Besuch in der Bundesrepublik.	
170	13.06. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Citron	S. 889
	Citron analysiert ein Schreiben des Präsidenten Carter an Bundeskanzler Schmidt. Unter Bezugnahme auf Äußerungen Schmidts stellt Carter klar, daß die amerikanische Regierung einen Freeze bei Mittelstreckensystemen in Europa ablehne.	
171	14.06. Botschafter Wieck, Moskau, an das Auswärtige Amt	S. 892
	Wieck informiert über Gespräche des Staatssekretärs van Well, in deren Mittelpunkt die Vorbereitung des Besuchs des Bundeskanzlers Schmidt und des Bundesministers Genscher in der UdSSR standen.	
172	16.06. Gespräch des Staatssekretärs van Well mit dem stellvertretenden amerikanischen Außenminister Christopher in Rom	S. 896
	Themen sind die Spannungen in den bilateralen Beziehungen angesichts von Äußerungen des Bundeskanzlers Schmidt zum NATO-Doppelbeschluß sowie die bevorstehende Reise Schmidts in die UdSSR.	
173	16.06. Aufzeichnung des Attachés Kössler	S. 905
	Kössler faßt die konstituierende Sitzung des Arbeitsstabs Libyen zusammen, in der die Festnahme von Geologen aus Berlin (West) und die Ermordung von Exil-Libyrern in Europa erörtert wurden.	

-
174	16.06. Drahterlaß des Ministerialdirektors Blech	S. 908
	Blech gibt ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem belgischen Außenminister Nothomb am Rande der Tagung des Europäischen Rats in Venedig wieder. Thema war der Einfluß des Besuchs des Bundeskanzlers Schmidt in der UdSSR auf die belgische Entscheidung zur Stationierung von Mittelstreckensystemen.	
175	16.06. Bundeskanzler Schmidt an Präsident Carter	S. 911
	Bundeskanzler Schmidt schlägt Präsident Carter vor dem Hintergrund der Diskussion über seine öffentlichen Äußerungen zum NATO-Doppelbeschluß ein Treffen im Vorfeld des Weltwirtschaftsgipfels in Venedig vor.	
176	17.06. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit König Khalid	S. 913
	Erörtert werden die Lage im Nahen Osten im Kontext der Revolution im Iran und der sowjetischen Intervention in Afghanistan sowie entwicklungs-, energie- und finanzpolitische Fragen.	
177	18.06. Runderlaß des Legationsrats I. Klasse Oehms	S. 922
	Oehms resümiert die Ergebnisse des Europäischen Rats in Venedig. Er erläutert die dabei abgegebenen Erklärungen, insbesondere jene zum Nahost-Konflikt sowie zur Lage im Libanon bzw. in Afghanistan.	
178	18.06. Runderlaß des Legationsrats I. Klasse Oehms	S. 925
	Oehms faßt die Resultate des Europäischen Rats hinsichtlich wirtschaftlicher Fragen sowie den Stand der Gespräche über die Neubesetzung des Amts des EG-Kommissionspräsidenten zusammen. Erörtert wurden des weiteren die Bekämpfung der Inflation, die Energieversorgung Europas sowie der britische Beitrag zum EG-Haushalt.	
179	19.06. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Vorsitzenden der Jewish Claims Conference, Goldmann	S. 930
	Themen sind die geplante Abschlußgeste im Rahmen der Wiedergutmachungsleistungen gegenüber jüdischen Opfern des Nationalsozialismus, die innenpolitische Entwicklung in Israel sowie die israelisch-amerikanischen Beziehungen.	
180	19.06. Aufzeichnung des Botschafters Ruth	S. 936
	Ruth erörtert die Hintergründe des Schreibens des Präsidenten Carter an Bundeskanzler Schmidt, in dem ein Freeze für Mittelstreckensysteme in Europa abgelehnt wird.	

181	20.06. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem chinesischen Außenminister Huang Hua	S. 939
	Themen sind die Auswirkungen der sowjetischen Aufrüstung auf die internationalen Beziehungen, die Intervention der UdSSR in Afghanistan, die Lage im Nahen Osten und in Iran sowie die chinesisch-japanischen Beziehungen.	
182	22.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Staden, Bundeskanzleramt, z. Z. Venedig	S. 948
	Staden gibt ein Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Carter in Venedig wieder. Erörtert wurden amerikanische Zweifel an der Verlässlichkeit der Bundesrepublik bei der Umsetzung des NATO-Doppelbeschlusses, die geplante Reise Schmidts in die UdSSR, die Aussichten auf eine Ratifizierung des SALT-II-Vertrags sowie der Afghanistan- und Nahost-Konflikt.	
183	22.06. Ministerialdirektor Blech, z. Z. Venedig, an das Auswärtige Amt	S. 960
	Blech resümiert ein Gespräch der Außenminister der Teilnehmerstaaten des Weltwirtschaftsgipfels in Venedig, in dem der Fortgang der Dritten VN-Seerechtskonferenz sowie die Entwicklung der Lage in Namibia und Afghanistan diskutiert wurden.	
184	22./23. Weltwirtschaftsgipfel in Venedig 06.	S. 962
	Vor dem Hintergrund steigender Energiepreise werden die Bekämpfung der Inflation und die Anpassung der Entwicklungspolitik, insbesondere unter Einbeziehung der OPEC, erörtert sowie die Formulierungen des Abschlusßdokuments diskutiert.	
185	24.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Staden, Bundeskanzleramt	S. 977
	Staden faßt ein Gespräch der Staats- und Regierungschefs der am Weltwirtschaftsgipfel in Venedig teilnehmenden Staaten zur Lage in Afghanistan zusammen.	
186	24.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Müller	S. 980
	Müller kontrastiert die Ausbildungshilfe und die Kulturpolitik der DDR in Afrika mit jener der Bundesrepublik und erörtert Möglichkeiten, dem Einfluß der DDR auf afrikanische Staaten zu begegnen.	
187	25.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Staden, Bundeskanzleramt	S. 983
	Staden referiert ein Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem sowjetischen Journalisten Lednew, das der Vorbereitung	

des Besuchs Schmidts in der UdSSR diene. Erörtert wurden Fragen des militärischen Gleichgewichts in Europa, die Lage in Afghanistan sowie Form und Inhalt eines Kommuniqués bei diesem Besuch.

- 188** 25.06. Ministerialdirektor Fleischhauer an Botschafter Oncken, Ankara S. 991
- Fleischhauer übermittelt den Beschluß des Kabinetts zur Einführung der Sichtvermerkplicht für türkische Staatsbürger und erteilt Weisung für die mündliche Erläuterung.
- 189** 25.06. Ministerialdirektor Blech, z. Z. Ankara, an das Auswärtige Amt S. 994
- Blech faßt die Ergebnisse der Vierergespräche über Berlin- und deutschlandpolitische Themen auf der Ebene der Politischen Direktoren sowie der Außenminister zusammen. Erörtert wurden insbesondere die jeweiligen bilateralen Beziehungen zur DDR.
- 190** 25.06. Botschafter Pauls, z. Z. Ankara, an das Auswärtige Amt S. 1001
- Pauls berichtet, am ersten Tag der NATO-Ministerratstagung hätten weltpolitische Entwicklungen nach der sowjetischen Intervention in Afghanistan, die KSZE-Folgekonferenz in Madrid, die Umsetzung des NATO-Doppelbeschlusses sowie Konsultationsmechanismen im Bündnis im Mittelpunkt gestanden.
- 191** 26.06. Botschafter Oncken, Ankara, an das Auswärtige Amt S. 1012
- Oncken teilt mit, Bundesminister Genscher habe mit dem griechischen Außenminister Mitsotakis eine Wiedereingliederung Griechenlands in die militärische Struktur der NATO und die griechisch-türkischen Beziehungen erörtert.
- 192** 30.06. Deutsch-sowjetisches Regierungsgespräch in Moskau S. 1016
- Themen sind die Entwicklung des Ost-West-Verhältnisses nach der sowjetischen Intervention in Afghanistan sowie die Fortsetzung der Entspannungspolitik und von Rüstungskontrollverhandlungen, ferner Rüstungsexporte in die Volksrepublik China und die bilaterale wirtschaftliche Zusammenarbeit.
- 193** 01.07. Deutsch-sowjetisches Regierungsgespräch in Moskau S. 1035
- Im Zentrum stehen Abrüstungs- und Rüstungskontrollfragen, insbesondere die Bereitschaft der UdSSR zu Verhandlungen mit den USA über Mittelstreckensysteme schon vor der Ratifizierung des SALT-II-Vertrags. Weitere Themen sind die Entwicklungspolitik, Energiefragen, humanitäre Angelegenheiten und die wirtschaftliche Zusammenarbeit.

194	01.07.	Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem sowjetischen Verteidigungsminister Ustinow in Moskau	S. 1050
		Erörtert werden verteidigungspolitische Fragen, insbesondere der Aufwuchs der Mittelstreckensysteme, MBFR und die Stärke der Bundesmarine bzw. der sowjetischen und amerikanischen Flotte.	
195	01.07.	Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, in Moskau	S. 1063
		In Anwesenheit von Schmidt und Breschnew wird das Langfristige Programm über die Hauptrichtungen der Zusammenarbeit beider Länder auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie unterzeichnet.	
196	02.07.	Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Muskie in Washington	S. 1065
		Genscher unterrichtet Muskie über die Gespräche des Bundeskanzlers Schmidt in Moskau, insbesondere über die sowjetische Bereitschaft mit den USA Gespräche über Mittelstreckensysteme aufzunehmen.	
197	02.07.	Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Holik	S. 1071
		Holik nimmt Stellung zu den zwischen den an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO- und Warschauer-Pakt-Mitgliedstaaten ausgetauschten neuen Streitkräftedaten.	
198	02.07.	Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt	S. 1075
		Hermes teilt mit, Bundesminister Genscher habe Präsident Carter über die Gespräche des Bundeskanzlers Schmidt in Moskau unterrichtet. Dabei sei die Frage erörtert worden, wie auf die sowjetische Bereitschaft zu reagieren sei, mit den USA über Mittelstreckensysteme zu verhandeln.	
199	03.07.	Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Giscard d'Estaing	S. 1078
		Schmidt informiert Giscard d'Estaing über die Ergebnisse und den Verlauf der Reise in die UdSSR. Besprochen wird ferner der bevorstehende Besuch des französischen Staatspräsidenten in der Bundesrepublik.	
200	04.07.	Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Staden, Bundeskanzleramt	S. 1082
		Staden faßt das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident van Agt in Hamburg zusammen. Erörtert wur-	

den die EG-Haushalts- und -Agrarpolitik sowie Umwelt-, Rechts- und Wirtschaftsfragen.

- 201** 04.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1086
Pagenstert
- Pagenstert gibt einen Überblick über die Ausrüstungshilfe für die Türkei, für Jordanien, die Arabische Republik Jemen (Nordjemen), Iran, Afghanistan, Saudi-Arabien sowie für Indonesien und Malaysia.
- 202** 04.07. Botschafter Wieck, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1088
- Wieck erörtert Motive für die gegenüber Bundeskanzler Schmidt eingeräumte Bereitschaft der UdSSR, mit den USA über Mittelstreckensysteme zu verhandeln.
- 203** 06.07. Botschafter Leuteritz, Kingston, an das Auswärtige Amt S. 1090
- Leuteritz informiert über die Bitte der jamaikanischen Regierung um Ausbildungshilfe zur Gewährleistung der inneren Sicherheit und rät zur Entsendung von Mitarbeitern des Bundeskriminalamts nach Jamaika.
- 204** 07.07. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem S. 1092
französischen Außenminister François-Poncet
- Genscher und François-Poncet erörtern den Besuch des Bundeskanzlers Schmidt sowie Genschers in der UdSSR, die Lage in Afghanistan, die Konferenz für Abrüstung in Europa, die Aussichten für eine Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses in Belgien und in den Niederlanden, einen möglichen NATO-Beitritt Spaniens und die Haltung der Europäischen Gemeinschaften im Rahmen der EPZ zur Notstandssondertagung der VN-Generalversammlung über Palästina.
- 205** 08.07. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech S. 1100
- Blech stellt Überlegungen an, wie Informationen über das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, am 1. Juli in Moskau in die Tageszeitung „Die Welt“ gelangen konnten.
- 206** 08.07. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Mützelburg S. 1103
- Mützelburg unterrichtet über Überlegungen, wie auf die sowjetische Bereitschaft zu Verhandlungen mit den USA über Mittelstreckensysteme zu reagieren sei.
- 207** 09.07. Aufzeichnung des Staatssekretärs van Well S. 1105
- Van Well vermerkt, der britische Botschafter Wright habe ihm bestätigt, daß es in der britischen Regierung Verstimmung gebe über eine im Vergleich zu Frankreich als nachrangig empfun-

- dene Behandlung seitens der Bundesregierung.
- 208** 10.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1107
 Arnot
- Arnot notiert die Darlegungen des Bundesministers Genscher über seine Reise mit Bundeskanzler Schmidt in die UdSSR und die anschließende Aussprache bei der außerordentlichen Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ in Luxemburg.
- 209** 10.07. Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), an das S. 1114
 Auswärtige Amt
- Jung unterrichtet über einen neuen Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten zum Umfang der Truppenreduzierungen sowie über die sich anschließende Diskussion.
- 210** 11.07. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem S. 1120
 französischen Außenminister François-Poncet
- Genscher und François-Poncet diskutieren ungeklärte Fragen des bilateralen Verhältnisses, insbesondere des Rheinausbaus bzw. der Rheintsalzung und der grenznahen französischen Kernkraftwerke. Weiterhin wurde die Frage der französischen Zwangsrekrutierten und des Mundatwalds erörtert.
- 211** 14.07. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Boll S. 1128
- Boll unterrichtet über Verlauf und Ergebnisse des Besuchs des Staatspräsidenten Giscard d'Estaing und skizziert die Themenfelder der deutsch-französischen Zusammenarbeit.
- 212** 15.07. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit S. 1134
 Ministerpräsident Werner
- Die Gesprächspartner diskutieren über die Einführung des Satellitenfernsehens und seine möglichen gesellschaftspolitischen Folgen. Weitere Themen sind die Entschädigung luxemburgischer Zwangsrekrutierter und das grenznahe französische Atomkraftwerk Cattenom.
- 213** 15.07. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit S. 1143
 Ministerpräsident Werner
- Schmidt und Werner erörtern die bisherige und die mögliche zukünftige Entwicklung des Europäischen Währungssystems, insbesondere die Frage, wenn der Übergang zur zweiten Stufe erfolgen solle.

-
- 214** 15.07. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1145
 Arz von Straussenburg
- Arz von Straussenburg informiert über die Gespräche des Staatssekretärs van Well mit dem stellvertretenden amerikanischen Außenminister Christopher über Rüstungskontrollfragen. Im Mittelpunkt standen der baldige Beginn von amerikanisch-sowjetischen Gesprächen über Mittelstreckensysteme, MBFR und die Konferenz für Abrüstung in Europa.
- 215** 16.07. Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1148
- Pauls referiert die Ausführungen des stellvertretenden amerikanischen Außenministers Christopher im Ständigen NATO-Rat zu den beabsichtigten amerikanisch-sowjetischen Gesprächen über Mittelstreckensysteme.
- 216** 16.07. Botschafter Herbst, Paris, an das Auswärtige Amt S. 1151
- Herbst berichtet über die von Staatspräsident Giscard d'Estaing angekündigte Modernisierung der französischen Nuklearstreitkräfte, insbesondere mit Blick auf mobile Raketenbasen und U-Boote.
- 217** 22.07. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Boll S. 1154
- Boll unterrichtet über den Besuch des Bundesministers Genscher in Jugoslawien. Themen waren die bilateralen Beziehungen, die jugoslawischen Kreditwünsche, die Entwicklung in Afghanistan bzw. in den Ost-West-Beziehungen, die kommende KSZE-Folgekonferenz in Madrid sowie der Nord-Süd-Dialog.
- 218** 23.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1159
 Seibert
- Seibert nimmt Stellung zur Entscheidung der britischen Regierung, im Zuge der Modernisierung ihrer Nuklearstreitkräfte Raketen des Typs „Trident I“ aus den USA zu übernehmen.
- 219** 23.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1161
 Fiedler
- Fiedler resümiert die Gespräche des Bundeskanzlers Schmidt und des Bundesministers Genscher mit dem Generalsekretär der Arabischen Liga, Klibi, in deren Zentrum der Nahost-Konflikt und die Haltung der Bundesrepublik bzw. der Europäischen Gemeinschaften im Rahmen der EPZ standen.
- 220** 23.07. Ministerialdirektor Blech an die Ständige Vertretung S. 1165
 bei der NATO in Brüssel
- Blech erteilt Weisung, wie auf die Bitte der spanischen Regierung nach regelmäßigen Konsultationen mit den NATO-Mit-

- gliedstaaten während der anstehenden KSZE-Folgekonferenz in Madrid reagiert werden soll.
- 221** 28.07. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech S. 1167
- Gegenstand ist die Absicht der USA, Präzisionsmeßgeräte der ägyptischen Luftwaffe auf der amerikanischen Luftwaffenbasis Ramstein zu warten und kalibrieren. Zu diesem Zweck sollten sie durch ägyptische Militärflugzeuge transportiert werden.
- 222** 30.07. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem S. 1171
 Leiter des libyschen Auslandsgeheimdienstes,
 Belgassem
- Gesprächsthemen sind die innen- und außenpolitische Entwicklungen Libyens, insbesondere dessen Beziehungen zu Staaten des Nahen und Mittleren Ostens sowie zur Bundesrepublik.
- 223** 31.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1174
 Franke, Bundeskanzleramt
- Franke resümiert die Gespräche des Bundeskanzlers Schmidt mit König Hussein in Hamburg. Erörtert wurden die Entwicklung im Nahen und Mittleren Osten, die Rolle, welche die Europäischen Gemeinschaften dabei im Rahmen der EPZ spielen könnten, sowie Fragen der Weltwirtschaft.
- 224** 01.08. Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige S. 1184
 Amt
- Pauls äußert sich zu Vorbereitungen innerhalb der NATO für die KSZE-Folgekonferenz in Madrid und eine Konferenz für Abrüstung in Europa sowie ihrer möglichen Verbindung. In diesem Kontext werden die unterschiedliche Auffassungen insbesondere Frankreichs und der USA zu vertrauensbildenden Maßnahmen dargelegt.
- 225** 05.08. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Boll S. 1189
- Boll faßt die Ergebnisse der zweiten Weltfrauenkonferenz in Kopenhagen zusammen. Bei der Abstimmung über das dort verabschiedete Aktionsprogramm habe sich die Bundesrepublik wegen der Gleichsetzung von Rassismus und Zionismus enthalten.
- 226** 06.08. Oberst im Generalstab Jungmichel, Washington, an das S. 1193
 Auswärtige Amt
- Jungmichel erläutert die in der Presidential Directive Nr. 59 des Präsidenten Carter formulierte neue amerikanische Nuklearstrategie, die sich in die NATO-Doktrin der „flexible response“ einfüge.

-
227	07.08.	Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Landrut	S. 1197
		Meyer-Landrut erörtert Vor- und Nachteile einer Einladung des Obersts Ghadafi in die Bundesrepublik und gibt einen Überblick über die Entwicklung der deutsch-libyschen Beziehungen.	
228	07.08.	Botschafter Negwer, Warschau, an das Auswärtige Amt	S. 1205
		Negwer berichtet über die wegen der Lebensverhältnisse sich verstärkende Streikwelle in Polen, die Kritik an der politischen Führung und die Spannungen innerhalb der polnischen Partei- und Regierungsspitze.	
229	09.08.	Aufzeichnung des stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Wischniewski	S. 1209
		Wischniewski informiert über Gespräche in den USA, die den Präsidentschaftswahlkampf sowie die amerikanische Außenpolitik zum Gegenstand hatten. Er gibt Empfehlungen für die zukünftige Politik gegenüber den USA.	
230	11.08.	Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem irakischen Botschafter al-Bazzaz	S. 1216
		Gegenstand ist die Verhaftung zweier in Ost-Berlin akkreditierter irakischer Diplomaten wegen der Vorbereitung eines Sprengstoffanschlags in Berlin (West) und ihre Auswirkungen auf die bilateralen Beziehungen.	
231	11.08.	Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fleischhauer	S. 1219
		Fleischhauer analysiert die Chancen einer Initiative der Bundesrepublik bei den Vereinten Nationen zur Abschaffung der Todesstrafe und die Möglichkeiten einer Verbindung mit ähnlichen Initiativen anderer Staaten.	
232	11.08.	Gesandter Huber, Moskau, an das Auswärtige Amt	S. 1224
		Huber teilt mit, daß sich der Abteilungsleiter des ZK der KPdSU, Samjatin, kritisch über die Reise des CDU-Abgeordneten Todenhöfer nach Afghanistan geäußert habe.	
233	12.08.	Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Landrut	S. 1226
		Meyer-Landrut plädiert für die Auflösung des südafrikanischen Militärattachéstabs und informiert über dessen Entstehung. Er rät dazu, im Gegenzug ein südafrikanisches Konsulat in Frankfurt am Main zuzulassen.	
234	12.08.	Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Eitel	S. 1230
		Eitel unterrichtet über die Bitte des Ersten Bürgermeisters von Hamburg, Klose, um eine Unterstützung der Kandidatur der Hansestadt als Sitz des Internationalen Seerechtsgerichts-	

- hofs. Die Erfolgsaussichten dafür seien jedoch wegen des späten Zeitpunkts der Bewerbung kritisch zu beurteilen.
- 235** 12.08. Botschafter Grabert, Belgrad, an Ministerialdirektor Fleischhauer S. 1232
- Grabert berichtet, daß fluchtwillige Deutschstämmige aus Warschauer-Pakt-Staaten vermehrt eine Einreise in die Bundesrepublik via Jugoslawien versuchen würden. Die Botschaft informiert über die Haltung der jugoslawischen Behörden und des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen.
- 236** 15.08. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Zeller, Bundeskanzleramt S. 1237
- Zeller stellt Überlegungen für eine Initiative zur Intensivierung der deutsch-französischen Beziehungen im kulturellen Bereich an, die Gegenstand der deutsch-französischen Konsultationen auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs werden soll.
- 237** 15.08. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Dröge S. 1253
- Dröge informiert über die Aufhebung der Schiffsbaubeschränkungen gemäß WEU-Vertrag für die Bundesrepublik, die zeitlich mit einer Ausweitung des Aufgabenbereichs der Bundesmarine zusammengefallen war.
- 238** 19.08. Botschafter von Vacano, La Paz, an das Auswärtige Amt S. 1258
- Vacano berichtet, daß nach dem Staatsstreich durch das Militär bolivianische Politiker in der Residenz Zuflucht gesucht hätten. Er bittet um Weisung, wie mit diesen im Interesse ihrer Sicherheit und der der Botschaft verfahren werden soll.
- 239** 21.08. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Freiherr von Richthofen S. 1260
- Richthofen erläutert den Stand der Vorbereitungen des geplanten Treffens des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, in der DDR sowie der bilateralen Verhandlungen über Verkehrs- und Energieprojekte.
- 240** 22.08. Gespräch des Staatssekretärs Schüler, Bundeskanzleramt, mit dem polnischen Botschafter Chyliński S. 1269
- Chyliński erläutert die Gründe für die Verschiebung des Besuchs des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, Gierek, in der Bundesrepublik und berichtet über die Entwicklung der Lage in Polen.

-
- 241** 22.08. Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1274
Freiherr von Richthofen
- Richthofen informiert über die Unterrichtung der Drei Mächte, denen die Gründe für die Absage des Besuchs des Bundeskanzlers Schmidt in der DDR dargelegt wurden. Dazu übermittelt er die offizielle Stellungnahme des Presse- und Informationsamts.
- 242** 25.08. Deutsch-norwegisches Regierungsgespräch in Hamburg S. 1277
- Erörtert werden die Konsultationsmechanismen innerhalb der NATO, die Umsetzung des NATO-Doppelbeschlusses, der amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf sowie die bilaterale Zusammenarbeit, insbesondere hinsichtlich des wissenschaftlichen Austauschs und norwegischer Erdöl- und Erdgaslieferungen in die Bundesrepublik.
- 243** 25.08. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Gorenflos S. 1284
- Gorenflos analysiert das Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, an Bundeskanzler Schmidt, in dem bedauert wird, daß die USA bislang nicht auf das sowjetische Angebot zu Verhandlungen über Mittelstreckensysteme geantwortet hätten.
- 244** 26.08. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech S. 1288
- Blech legt den Stand der Verhandlungen über ein Verbot chemischer Waffen dar und nimmt Stellung zu einem Papier des Bundesministeriums der Verteidigung, in dem eine Position für die Bundesrepublik formuliert wird.
- 245** 27.08. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von der S. 1294
Gablentz, Bundeskanzleramt
- Gablentz resümiert die Gespräche des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Nordli. Erörtert wurden die Absage des Besuchs Schmidts in der DDR, die Sicherheitspolitik Norwegens sowie die Beziehungen zu den Europäischen Gemeinschaften.
- 246** 27.08. Botschafter Negwer, Warschau, an das Auswärtige Amt S. 1296
- Vor dem Hintergrund der Streikwelle in Polen erläutert Negwer die Umbildung der Partei- und Regierungsspitze. Dabei würdigt er die Rolle der katholischen Kirche, insbesondere des Primas von Polen, Kardinal Wyszyński.
- 247** 28.08. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem S. 1299
Generaldirektor des israelischen Außenministeriums,
Kimche
- Erörtert werden der Nahost-Konflikt, insbesondere die Erklärung des Europäischen Rats in Venedig, das israelische Jerusa-

- lemgesetz sowie die Nahost-Missionen des luxemburgischen Außenministers Thorn als amtierender EG-Ratspräsident.
- 248** 28.08. Botschafter Freiherr von Wechmar, New York (VN), an S. 1306
Vortragenden Legationsrat von Ploetz
- Wechmar unterrichtet über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Muskie, in dessen Mittelpunkt die Möglichkeiten des Botschafters Ritzel zu einer Vermittlung bei der Freilassung der amerikanischen Geiseln in Iran, die Einführung formloser Konsultationen in der NATO sowie die Lage in Polen und in Afghanistan standen.
- 249** 28.08. Botschafter Gehlhoff, Rom (Vatikan), an das S. 1308
Auswärtige Amt
- Gehlhoff berichtet über ein Gespräch mit dem Sekretär des Rats für die öffentlichen Angelegenheiten der Kirche beim Staatssekretariat des Heiligen Stuhl, Silvestrini, in dem dieser die Einschätzung der Entwicklungen in Polen sowie der Gefahr einer militärischen Intervention durch die UdSSR aus Sicht des Heiligen Stuhls darlegt.
- 250** 29.08. Botschaftsrat Altenburg, Beirut, an das Auswärtige S. 1310
Amt
- Altenburg übermittelt Kenntnisse eines Informanten aus der PFLP-SC über Aktivitäten der Organisation, insbesondere die Ausbildung von RAF-Mitgliedern in der Demokratischen Volksrepublik Jemen (Südjemen). Des weiteren unterrichtet er über Regelungen für die Ausreise des Informanten im Falle der Entdeckung.
- 251** 29.08. Gesandter Dannenbring, Washington, an das S. 1317
Auswärtige Amt
- Dannenbring erläutert die amerikanische Einschätzung der Außenpolitik des Irak, insbesondere dessen Haltung gegenüber der UdSSR und die Unterstützung des internationalen Terrorismus.
- 252** 01.09. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem S. 1319
stellvertretenden ägyptischen Präsidenten Mubarak
- Themen sind der Nahost-Konflikt, insbesondere die ägyptisch-israelischen Beziehungen, die Lage in Libyen, am Horn von Afrika und in Jemen sowie die sowjetische Rüstung im Bereich der nuklearen Mittelstreckensysteme.
- 253** 01.09. Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats Scheel S. 1324
- Scheel unterrichtet über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Botschafter Chyliński. Erörtert wurden die Entwicklung in Polen, insbesondere die Einigung der

254 02.09. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 1330

255 02.09. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Boll S. 1337

256 02.09. Botschafter Negwer an das Auswärtige Amt S. 1340

257	03.09. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem israelischen Botschafter Meroz	S. 1344

258 03.09. Bundeskanzler Schmidt an Ministerpräsident Suárez S. 1350

259	04.09. Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt	S. 1352

LV

- 260** 05.09. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Gorenflos S. 1358
- Gorenflos notiert, die amerikanische Regierung habe in der NATO über das Antwortschreiben des Präsidenten Carter auf das Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, an die Staats- und Regierungschefs der NATO-Mitgliedstaaten unterrichtet. Auch Elemente eines Antwortschreibens des Bundeskanzlers Schmidt seien erörtert worden.
- 261** 05.09. Gesandter Pfeffer, Brüssel (NATO), an das Auswärtige S. 1361
Amt
- Pfeffer unterrichtet, ein Vergleich der Schreiben, die der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, an die Staats- und Regierungschefs der NATO-Mitgliedstaaten gerichtet habe, zeige, daß insbesondere die Bundesrepublik und die USA inhaltlich abweichende Briefe erhalten hätten.
- 262** 05.09. Botschafter Ruth, z. Z. Washington, an das Auswärtige S. 1364
Amt
- Ruth resümiert die deutsch-amerikanischen Konsultationen über Abrüstungsfragen, bei denen die amerikanische Seite ihr Konzept für Gespräche mit der UdSSR über Mittelstreckensysteme dargelegt und enge Konsultationen zugesagt habe.
- 263** 08.09. Staatssekretär van Well an die Botschaft in Moskau S. 1367
- Van Well übermittelt ein Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew. Darin begrüßte Schmidt die sowjetische Bereitschaft, mit den USA Verhandlungen über Mittelstreckensysteme zu beginnen, und unterstützte den Vorschlag des Präsidenten Carter, beide Außenminister sollten sich am Rande der VN-Generalversammlung in New York auf das weitere Vorgehen einigen.
- 264** 10.09. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech S. 1369
- Blech informiert, die an den MBFR-Verhandlungen in Wien teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten hätten in der 21. Verhandlungsrunde erstmals zu einigen begleitenden Maßnahmen positiv Stellung genommen. Strittig bleibe die Frage des geographischen Anwendungsbereichs, zumal dieses Ergebnis präjudizierend für das Mandat einer Konferenz für Abrüstung in Europa wirken werde.
- 265** 10.09. Botschafter Ritzel, Teheran, an das Auswärtige Amt S. 1375
- Ritzel teilt mit, der Staatssekretär im iranischen Ministerpräsidentenamt, Tabatabai, habe ihm drei Bedingungen für die Freilassung der als Geiseln festgehaltenen amerikanischen Botschaftsangehörigen genannt. Tabatabai sei bereit, in der Bundesrepublik mit Vertretern der amerikanischen Regierung ein gemeinsames Vorgehen zur Lösung der Geiselkrise zu erörtern.

- 266** 11.09. Botschafter Ruth, z. Z. Washington, an Botschafter Wieck, Moskau S. 1377
- Ruth unterrichtet über die amerikanische Position in den bevorstehenden Gesprächen mit der UdSSR über Mittelstreckensysteme und übermittelt seinen Bericht aus Washington über die deutsch-amerikanischen Konsultationen zur Rüstungskontrolle. Darin resümiert Ruth den ersten Verhandlungstag, in dessen Mittelpunkt der künftige Rahmen der amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollgespräche, die Pressebehandlung der nächsten Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO sowie der Ausbau des Konsultationsmechanismus im bilateralen und NATO-Rahmen standen.
- 267** 11.09. Runderlaß des Ministerialdirektors Fleischhauer S. 1382
- Fleischhauer informiert über ein Gespräch des Staatssekretärs van Well mit dem irakischen Botschafter al-Bazzaz. Erörtert wurde die Abschiebung der beiden an der irakischen Botschaft in Ost-Berlin akkreditierten Diplomaten, die in Berlin (West) wegen Vorbereitung eines Sprengstoffanschlags verhaftet worden waren.
- 268** 12.09. Botschafter Wieck, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1385
- Wieck nimmt Stellung zu Darstellungen in der sowjetischen Presse, die eine Einmischung des Auslands in Polen unterstelle. Er empfiehlt, den Grundsatz der Nichteinmischung nur auf staatlicher, nicht aber gesellschaftspolitischer Ebene zu befolgen.
- 269** 13.09. Gesandter Pfeffer, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1387
- Pfeffer gibt die Diskussion im Ständigen NATO-Rat über die Regierungsübernahme durch die Streitkräfte in der Türkei wieder. Es sei entschieden worden, das bereits laufende NATO-Manöver in der Türkei fortzusetzen, während eine Abstimmung über den geplanten Besuch des NATO-Militärausschusses vertagt worden sei.
- 270** 15.09. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fleischhauer S. 1392
- Fleischhauer resümiert die Ergebnisse der zweiten Verhandlungsrunde der IX. Session der Dritten VN-Seerechtskonferenz in Genf, bei der es noch zu keiner Formalisierung des Verhandlungstextes gekommen sei.
- 271** 15.09. Botschafter Ruth, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 1396
- Ruth unterrichtet über die Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO. Im Mittelpunkt standen die bevorstehenden amerikanisch-sowjetischen Gespräche, durch die im NATO-Doppelbeschluß vorgesehenen Rüstungskontrollverhandlungen initiiert werden sollten, und die Frage der Forward Based Systems.

- 272** 16.09. Botschafter Ruth, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 1400
- Ruth informiert, in der Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO sei eine Bilanz der bisherigen Arbeiten im Bereich der Mittelstreckenproblematik gezogen und das weitere Arbeitsprogramm skizziert worden, insbesondere mit Blick auf die bevorstehenden amerikanisch-sowjetischen Gespräche.
- 273** 18.09. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Boll S. 1404
- Boll unterrichtet über Verlauf und Ergebnisse der VN-Sondergeneralversammlung für Entwicklungsfragen in New York. Verabschiedet worden sei ein Text für die Internationale Entwicklungsstrategie in der Dritten Entwicklungsdekade, während in der Frage der Zuständigkeiten der VN-Sonderorganisationen keine Einigung über den Globalen Dialog habe erzielt werden können.
- 274** 19.09. Aufzeichnung der Ministerialdirektoren Blech und Fischer S. 1408
- Blech und Fischer entwickeln Grundzüge einer Initiative für eine stärker politisch konzipierte Europäische Union, die neben der Weiterentwicklung der EG-Politik und der vertraglichen Gemeinschaftsgrundlagen auch eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und eine europäische Harmonisierung im Bereich der Sicherheits- und Kulturpolitik umfassen soll.
- 275** 19.09. Ministerialdirigent Montfort an Botschafter Ritzel, Teheran S. 1414
- Montfort unterrichtet über die Gespräche, die der stellvertretende amerikanische Außenminister Christopher und der Staatssekretär im iranischen Ministerpräsidentenamt, Tabatabai, unter Beteiligung des Bundesministers Genscher geführt haben. Dabei sei ein Lösungsansatz zur Freilassung der in Iran als Geiseln festgehaltenen amerikanischen Botschaftsangehörigen erörtert worden.
- 276** 19.09. Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt S. 1421
- Gaus resümiert seine Gespräche mit Vertretern des ZK der SED bzw. des Außenministeriums der DDR über den Streik der Beschäftigten der Deutschen Reichsbahn in Berlin (West). Er legt dar, der Streik gewinne vor dem Hintergrund der strittigen Finanzierungsfrage der von der DDR-betriebenen S-Bahn und der Streikbewegung in Polen Brisanz für die Ost-West-Beziehungen.
- 277** 22.09. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem italienischen Außenminister Colombo in New York S. 1426
- Colombo berichtet über seinen Besuch in der Volksrepublik China, insbesondere über die Veränderungen in der chinesischen

Staats- und Parteiführung und die chinesische Bewertung der Lage in Afghanistan. Weitere Themen sind der Konflikt zwischen Irak und Iran, der von der Unabhängigen Kommission für Internationale Entwicklungsfragen angeregte Nord-Süd-Gipfel, der Ausbau der bilateralen Beziehungen sowie der Entführungsfall Kronzucker.

- 278** 22.09. Gesandter Pfeffer, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1430
- Pfeffer unterrichtet über die Reaktionen im Ständigen NATO-Rat auf den Beschluß der belgischen Regierung, eine Entscheidung zur Implementierung der im NATO-Doppelbeschluß von 1979 zugesagten Stationierung von amerikanischen Mittelstreckensystemen erneut zu verschieben.
- 279** 23.09. Ministerialdirektor Blech, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt S. 1432
- Blech faßt das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Muskie zusammen. Themen waren der Konflikt zwischen Irak und Iran, die Lage in der Türkei nach Regierungsübernahme durch die Streitkräfte bzw. in Polen angesichts von Manövern des Warschauer Pakts sowie der Streik der Beschäftigten der Deutschen Reichsbahn in Berlin (West). Weiterhin wurde die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses, der Beginn von amerikanisch-sowjetischen Gesprächen über Rüstungskontrolle sowie der Globale Dialog und die Lage in Südkorea erörtert.
- 280** 23.09. Ministerialdirektor Blech, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt S. 1440
- Blech resümiert das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem kanadischen Außenminister MacGuigan. Im Mittelpunkt standen die innenpolitische Entwicklung Kanadas, der Vorschlag Genschers für ein NATO-Ministertreffen nach dem „Typ Gymnich“, die VN-Initiativen der Bundesregierung zum Flüchtlingsproblem bzw. für VN-Register über die Entwicklungshilfe und Rüstungspolitik, der Globale Dialog, die Namibia-Frage und das bevorstehende KSZE-Folge treffen in Madrid.
- 281** 24.09. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko in New York S. 1445
- Die Gesprächspartner erörtern den Konflikt zwischen Irak und Iran sowie die Lage am Persischen Golf und in Afghanistan, ferner die Politik der Volksrepublik China, Rüstungskontrollfragen und die KSZE-Folgekonferenz in Madrid.
- 282** 24.09. Ministerialdirektor Blech, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt S. 1455
- Blech informiert über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Außenminister Czyrek. Thema waren

- die politische und wirtschaftliche Entwicklung in Polen, insbesondere die polnischen Kreditwünsche.
- 283** 01.10. Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1459
- Hermes berichtet, er habe ein Gespräch mit dem stellvertretenden amerikanischen Außenminister Christopher über den Krieg zwischen Irak und Iran sowie die sowjetische Haltung dazu geführt. Weitere Themen seien die Lage in Polen und in Afghanistan sowie die amerikanischen Sanktionen gegen die UdSSR gewesen.
- 284** 02.10. Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 1466
- Jung teilt mit, in der ersten informellen Sitzung der 22. Runde der MBFR-Verhandlungen hätten die Warschauer-Pakt-Staaten neue Streitkräftedaten vorgelegt, die Truppenabzüge aus der DDR berücksichtigten.
- 285** 03.10. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Boll S. 1469
- Vor dem Hintergrund des Kriegs zwischen Irak und Iran informiert Boll über den Rückgang der Erdölexporte beider Staaten und die Reaktion der Internationalen Energie-Agentur auf die veränderte Versorgungslage.
- 286** 08.10. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech S. 1471
- Blech notiert die Ergebnisse seines Treffens mit den Politischen Direktoren der Außenministerien Frankreichs, Großbritanniens und der USA, Robin, Bullard und Vest. Im Mittelpunkt stand der Krieg zwischen Irak und Iran, insbesondere die Haltung der UdSSR sowie mögliche Auswirkungen auf die Schifffahrt im Persischen Golf und durch die Straße von Hormuz.
- 287** 08.10. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 1481
- Ruth vermerkt, das Vorbereitungstreffen für die KSZE-Folgekonferenz in Madrid lasse erkennen, mit welcher Intensität die UdSSR ihre Vorschläge für eine Konferenz für Abrüstung in Europa verfolge. Er legt dar, die westlichen Staaten müßten am französischen KAE-Projekt festhalten, um eine Einbeziehung des gesamten europäischen Teils der UdSSR in den Anwendungsbereich vertrauensbildender Maßnahmen zu erreichen.
- 288** 09.10. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Zia ul-Haq S. 1488
- Schmidt und Zia ul-Haq erörtern die Rückwirkungen der sowjetischen Intervention in Afghanistan auf Pakistan sowie den Krieg zwischen Irak und Iran, vor allem die Vermittlungsbe-

mühungen Zias und die Politik der UdSSR im Mittleren Osten. Ferner werden bilaterale Fragen angesprochen.

- 289** 09.10. Staatssekretär van Well an die Botschaft in Moskau S. 1500
- Van Well befaßt sich mit der Entwicklung in Polen und gibt eine Einschätzung des Verhaltens der UdSSR. Er übermittelt außerdem eine Sprachregelung der Bundesregierung.
- 290** 10.10. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow S. 1503
- Genscher betont die Bedeutung der KSZE-Folgekonferenz in Madrid, erläutert die Haltung der Bundesregierung zu den Ereignissen in Polen und kritisiert die Erhöhung der Mindestumtauschsätze für Besuche in der DDR und in Ost-Berlin. Semjonow verweist auf den Grundsatz der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten.
- 291** 14.10. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Montfort S. 1516
- Nach den Gesprächen des Staatssekretärs im iranischen Ministerpräsidentenamt, Tabatabai, mit dem stellvertretenden amerikanischen Außenminister Christopher im September auf Schloß Gymnich legt Montfort den Stand der Bemühungen um die Freilassung der in Teheran als Geiseln festgehaltenen Angehörigen der amerikanischen Botschaft dar.
- 292** 16.10. Ministerialdirektor Blech an die Botschaft in Athen S. 1518
- Blech informiert über die Verhandlungen des Oberbefehlshabers der alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR), Rogers, mit der griechischen und der türkischen Regierung hinsichtlich der Wiedereingliederung Griechenlands in die militärische Integration der NATO. Er übermittelt zudem ein Schreiben des Bundesministers Genscher an den griechischen Außenminister Mitsotakis, in dem der Wunsch ausgesprochen wird, die Reintegration zu vollziehen.
- 293** 17.10. Staatssekretär van Well an Botschafter Ruhfus, London S. 1521
- Van Well übersendet eine Mitteilung des Bundesministers Genscher an den britischen Außenminister Lord Carrington als Antwort auf dessen Schreiben vom 15. Oktober, in der eine enge Abstimmung der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA angesichts des Kriegs zwischen Irak und Iran angeregt worden war.
- 294** 20.10. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Randermann S. 1525
- Randermann unterrichtet über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem neuseeländischen Außenminister Talboys, in dessen Mittelpunkt die Frage der Regelung für die

- Butterausfuhren Neuseelands in die Europäischen Gemeinschaften ab 1981 stand.
- 295** 20.10. Botschafter Herbst, Paris, an das Auswärtige Amt S. 1529
- Herbst berichtet über ein Gespräch mit dem Ersten Sekretär der Sozialistischen Partei Frankreichs, Mitterrand. Themen waren die Bundestagswahlen und die innenpolitische Lage in Frankreich mit Blick auf die Präsidentschaftswahlen 1981.
- 296** 20.10. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1532
- Wieck informiert, der Ausschuß für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO habe dem vom Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR), Rogers, mit der griechischen und der türkischen Regierung erarbeiteten Vorschlag für die Rückkehr Griechenlands in die militärische Integration der NATO zugestimmt.
- 297** 22.10. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 1535
- Ruth vermerkt, die Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien und die USA hätten sich mit Blick auf die KSZE-Folgekonferenz in Madrid hinsichtlich vertrauensbildender Maßnahmen und einer Konferenz für Abrüstung in Europa abgestimmt.
- 298** 22.10. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Bente S. 1542
- Bente resümiert ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem neuseeländischen Außenminister Talboys. Dabei seien die Lage in Polen, vor allem die wirtschaftliche Entwicklung, die Situation im südpazifischen Raum, ferner der Krieg zwischen Irak und Iran sowie der Konflikt zwischen der Volksrepublik China und Vietnam erörtert worden.
- 299** 23.10. Gesandter Graf zu Rantzau, z.Z. Madrid, an das Auswärtige Amt S. 1549
- Rantzau informiert über den Stand des Vorbereitungstreffens für die KSZE-Folgekonferenz in Madrid, bei dem es bisher aufgrund der Haltung der UdSSR nicht zu substantiellen Verhandlungen gekommen sei.
- 300** 24.10. Ressortbesprechung S. 1554
- Gegenstand der Besprechung von Vertretern des Auswärtigen Amts, des Bundeskanzleramts, des Bundesministeriums der Verteidigung und des Bundesnachrichtendienstes ist die Lage in Polen, insbesondere die Frage einer militärischen Intervention durch polnische oder sowjetische Kräfte.

-
- 301** 24.10. Vortragender Legationsrat I. Klasse Arnot an die Botschaft in Moskau S. 1561
- Arnot übermittelt eine Botschaft des Bundeskanzlers Schmidt an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, in der die Haltung der Bundesregierung zum Krieg zwischen Irak und Iran, zu den Ereignissen in Polen, den amerikanisch-sowjetischen Gesprächen über Mittelstreckensysteme und zur KSZE-Folgekonferenz in Madrid erläutert wird. Zudem legt Schmidt seine Sorgen wegen der Erhöhung der Mindestumtauschsätze für Besuche in der DDR und in Ost-Berlin dar.
- 302** 24.10. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Vergau S. 1564
- Vergau gibt das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Präsidenten der SWAPO, Nujoma, wieder, zu dessen Themen die Namibia-Initiative der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Kanadas und der USA sowie die Situation der Deutschstämmigen in Namibia zählten.
- 303** 24.10. Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1568
- Meyer-Landrut berichtet über seinen Antrittsbesuch beim sowjetischen Außenminister Gromyko. Im Vordergrund standen die bilateralen Beziehungen, die Erhöhung der Mindestumtauschsätze für Besuche in der DDR und in Ost-Berlin, die Lage in Polen und die KSZE-Folgekonferenz in Madrid.
- 304** 27.10. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats von Ploetz S. 1571
- Ploetz resümiert ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Vizepräsidenten der EG-Kommission, Ortolí. Themen waren die von der EG-Kommission gemäß EGKS-Vertrag festgestellte Krise des Stahlmarkts sowie die Weigerung der Bundesrepublik unter Berufung auf vitale Interessen, der Einführung eines Systems von Erzeugungsquoten zuzustimmen.
- 305** 27.10. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Freiherr von Richthofen S. 1575
- Richthofen analysiert den deutschlandpolitischen Kurswechsel der DDR, der sich vor allem in der Erhöhung der Mindestumtauschsätze für Besuche in der DDR und in Ost-Berlin sowie in der Rede des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, am 13. Oktober in Gera manifestiert habe.
- 306** 27.10. Ministerialdirigent Montfort an Botschafter Ritzel, Teheran S. 1584
- Montfort teilt mit, daß Bundesminister Genscher ein Telefongespräch mit dem Staatssekretär im iranischen Ministerpräsidentenamt, Tabatabai, geführt habe, in dem weitere Schritte zur

- Freilassung der in Teheran als Geiseln festgehaltenen Angehörigen der amerikanischen Botschaft besprochen wurden.
- 307** 28.10. Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt S. 1587
- Gaus unterrichtet über ein Gespräch mit dem Vorsitzenden des Evangelischen Kirchenbundes in der DDR, Schönherr, der sich besorgt über die Entwicklung des Verhältnisses zur politischen Führung der DDR geäußert habe.
- 308** 29.10. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Freiherr von Richthofen S. 1590
- Richthofen informiert über ein Gespräch des Staatssekretärs van Well mit den Botschaftern Frankreichs, Großbritanniens und der USA, Brunet, Wright und Stoessel, das insbesondere den deutschlandpolitischen Kurswechsel der DDR und die KSZE-Folgekonferenz in Madrid zum Gegenstand hatte.
- 309** 30.10. Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 1595
- Angesichts des siebten Jahrestags des Beginns der MBFR-Verhandlungen in Wien rekapituliert Jung das Verhalten der Warschauer-Pakt-Staaten sowie deren aktuelle Interessen und Intentionen.
- 310** 31.10. Gespräch des Staatssekretärs van Well mit dem polnischen Botschafter Chyliński S. 1598
- Chyliński übergibt das Kommuniqué der Tagung des Komitees der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten in Warschau. Die Gesprächspartner erörtern im Anschluß die KSZE-Folgekonferenz in Madrid, die Lage in Polen, insbesondere die Frage einer Kontaktaufnahme zwischen deutschen und polnischen Gewerkschaften, und die innerdeutschen Beziehungen.
- 311** 31.10. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech S. 1605
- Blech legt eine mit dem Bundeskanzleramt und dem Bundesministerium der Verteidigung auf Arbeitsebene abgestimmte Aufzeichnung vor, die sich mit der Frage der Nutzung von amerikanischen Basen in der Bundesrepublik für militärische Einsätze der USA im Nahen und Mittleren Osten befaßt. Ziel ist es, die Zustimmung des Bundeskanzlers und des Bundesministers der Verteidigung herbeizuführen.
- 312** 31.10. Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1612
- Meyer-Landrut untersucht die sowjetische Haltung zu den Ereignissen in Polen, insbesondere die Frage, ob und unter welchen Bedingungen es zu einer militärischen Intervention der UdSSR kommen könnte.

-
- 313** 04.11. Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt S. 1615
- Gaus berichtet über ein Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker. Themen waren die Verschlechterung der innerdeutschen Beziehungen, die Rede Honeckers in Gera, die Erhöhung der Mindestumtauschsätze für Besuche in der DDR und in Ost-Berlin sowie Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle.
- 314** 06.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech S. 1626
- Nach den Präsidentschaftswahlen stellt Blech Überlegungen zur Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik der USA unter dem künftigen Präsidenten Reagan an und analysiert dessen bisherige Äußerungen, insbesondere zum SALT-II-Vertrag.
- 315** 06.11. Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1631
- Meyer-Landrut teilt mit, er habe eine Botschaft des Bundeskanzlers Schmidt an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, übergeben, welche die Lage in Polen und die Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen zum Gegenstand hatte.
- 316** 07.11. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Steinkühler S. 1636
- Steinkühler informiert über die Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ in Luxemburg. Dort seien unter anderem die KSZE-Folgekonferenz in Madrid, der Nahost-Konflikt, der Europäisch-Arabische Dialog, der Krieg zwischen Irak und Iran, eine Erweiterung des VN-Sicherheitsrats sowie die Inhaftierung des südkoreanischen Politikers Kim Dae-Jung behandelt worden.
- 317** 10.11. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem luxemburgischen Außenminister Thorn S. 1641
- Schmidt und Thorn besprechen Themen der bevorstehenden Tagung des Europäischen Rats in Luxemburg, Haushalts- und Agrarfragen im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften, das Europäische Währungssystem, das Verhältnis der Europäischen Gemeinschaften zu Japan und die Nahost-Reisen Thorns im Rahmen der EPZ.
- 318** 10.11. Botschafter Schödel, Peking, an das Auswärtige Amt S. 1648
- Schödel gibt einen Überblick über die Entwicklung der Außen- und Sicherheitspolitik der Volksrepublik China vor dem Hintergrund einer sowjetischen Demarche, mit der vor angeblich von China ausgehenden Gefahren gewarnt wurde.

319	11.11.	Telefongespräch des Bundesministers Genscher mit Botschafter Kastl, Madrid (KSZE-Delegation)	S. 1654
		Kastl berichtet Genscher über die Vermittlungsbemühungen bei der KSZE-Vorbereitungskonferenz in Madrid, die das Ziel hatten, vor der Eröffnung des Haupttreffens der zweiten Folgekonferenz eine Einigung über die Tagesordnung zu erzielen.	
320	11.11.	Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Haas	S. 1656
		Haas notiert die Ergebnisse von Konsultationen mit dem Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes, Kinkel, und weiteren Mitarbeitern des BND über die Entwicklung in mehreren ost- und südafrikanischen Staaten.	
321	12.11.	Aufzeichnung des Botschafters Ruth	S. 1659
		Ruth analysiert neue Vorschläge der an den MBFR-Verhandlungen in Wien teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten und konstatiert ein verstärktes Eingehen auf Vorstellungen der NATO-Mitgliedstaaten hinsichtlich eines Interimsabkommens.	
322	13.11.	Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Leiter der sowjetischen KSZE-Delegation, Iljitschow, in Madrid	S. 1664
		Genscher und Iljitschow legen Intentionen und Ziele der Bundesrepublik bzw. der UdSSR im Hinblick auf die KSZE-Folgekonferenz in Madrid dar und besprechen vor allem prozedurale Fragen.	
323	13.11.	Gespräch des Bundesministers Genscher mit König Juan Carlos I. in Madrid	S. 1669
		Die Gesprächspartner erörtern die KSZE-Folgekonferenz in Madrid, die Beziehungen der USA zu Westeuropa vor dem Hintergrund der Wahl Ronald Reagans zum amerikanischen Präsidenten sowie die innenpolitische Lage in Spanien.	
324	13.11.	Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Oehms	S. 1674
		Oehms resümiert die Ergebnisse eines Treffens in Wien unter Teilnahme des Bundesministers Genscher, bei dem Modalitäten und die Frage der Teilnehmer einer Nord-Süd-Gipfelkonferenz diskutiert wurden.	
325	13.11.	Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt	S. 1676
		Meyer-Landrut analysiert die Haltung der sowjetischen Delegation beim KSZE-Vorbereitungstreffen in Madrid, die zu einem konfrontativen Ost-West-Dialog geführt habe.	

-
- 326** 13.11. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1679
- Wieck berichtet über die Sitzung des Ständigen NATO-Rats, in welcher der Bericht des Vorsitzenden des Politischen Ausschusses auf Gesandtenebene (SPC), Lankes, über Afghanistan erörtert und das künftige Verhalten der NATO-Mitgliedstaaten gegenüber der UdSSR abgestimmt wurden.
- 327** 14.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Staden, Bundeskanzleramt S. 1685
- Staden faßt das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem amerikanischen Botschafter Stoessel zusammen, in dessen Mittelpunkt der Verteidigungshaushalt der Bundesrepublik, SALT, die Lage in Polen und die Planungen für eine Nord-Süd-Gipfelkonferenz standen.
- 328** 15.11. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hofmann S. 1690
- Hofmann rekapituliert die Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO in Brüssel. Sie habe sich mit der sowjetischen Nuklearstrategie und der Frage der Aufrechterhaltung des Prinzips der atomaren Abschreckung durch die NATO sowie mit den Standorten für neue Mittelstreckensysteme in der Bundesrepublik, in Belgien und Italien beschäftigt.
- 329** 16.11. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Premierministerin Thatcher S. 1695
- Schmidt und Thatcher diskutieren die Lage in Polen, Vorhaben der Rüstungskooperation im Bereich der NATO, die Zukunft der atlantischen Allianz, die Verteidigungsausgaben beider Staaten, die Beziehungen Westeuropas zu den USA, Agrar- und Haushaltsfragen der Europäischen Gemeinschaften, das Erfordernis vermehrter politischer Konsultationen, den Nahost-Konflikt und das britisch-französische Verhältnis.
- 330** 17.11. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Premierministerin Thatcher S. 1710
- Die Gesprächspartner befassen sich mit Fragen der Weltwirtschaft und der Entwicklungshilfe, der Debatte über die Verfassung Kanadas, der Namibia-Frage, der Agrar- und Haushaltspolitik der Europäischen Gemeinschaften, der Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen und einer Erweiterung des VN-Sicherheitsrats.
- 331** 17.11. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem israelischen Außenminister Shamir S. 1722
- Im Vordergrund des Gesprächs stehen der Nahost-Konflikt, insbesondere die Rolle der USA unter dem künftigen Präsidenten

- Reagan und die Haltung der PLO, sowie der Krieg zwischen Irak und Iran.
- 332** 18.11. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 1728
- Anhand von amerikanischen Informationen gibt Ruth einen Überblick über die soeben beendete erste Runde der Gespräche zwischen den USA und der UdSSR in Genf über Mittelstreckensysteme.
- 333** 19.11. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit VN-Generalsekretär Waldheim in New York S. 1733
- Schmidt und Waldheim sprechen über den Krieg zwischen Irak und Iran, die Resolution der VN-Generalversammlung zu Afghanistan, die Namibia-Frage, den Nahost-Konflikt, vor allem mit Blick auf die Rolle der USA, über die Aussichten für die Entspannungspolitik und den Nord-Süd-Dialog.
- 334** 20.11. Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Beratern des designierten amerikanischen Präsidenten, Allen und Iklé, in Washington S. 1739
- Themen sind die Lage in Polen, die KSZE-Folgekonferenz in Madrid, künftige Strukturen der Zusammenarbeit, die Medienberichterstattung in der Bundesrepublik über den designierten Präsidenten Reagan, die Namibia-Frage, der Nahost-Konflikt, das Verhältnis der USA zur Volksrepublik China und die Verteidigungsaufgaben.
- 335** 21.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Staden, Bundeskanzleramt S. 1747
- Über das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Carter in Washington vermerkt Staden, Gegenstand seien die Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen gewesen sowie die wirtschaftliche Lage in Polen und die Frage westlicher Hilfsmaßnahmen, die künftige Rüstungskontrollpolitik der USA und der französische Vorschlag für eine Konferenz über Abrüstung in Europa.
- 336** 21.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fleischhauer S. 1751
- Fleischhauer legt eine Stellungnahme des Auswärtigen Amts zu der Frage vor, ob das I. Zusatzprotokoll vom 8. Juni 1977 zu den Genfer Rotkreuz-Abkommen auch auf die atomare Kriegsführung Anwendung finde und damit die Nuklearstrategie der NATO beeinträchtige.
- 337** 21.11. Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1756
- Hermes berichtet über das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem designierten Präsidenten Reagan. Es sei über die finanzielle und wirtschaftliche Lage in Polen, die Erhöhung

der Mindestumtauschsätze für Besuche in der DDR und in Ost-Berlin sowie die Beziehungen der USA zur UdSSR gesprochen worden.

- 338** 24.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Staden, Bundeskanzleramt S. 1758
- Staden notiert, Bundeskanzler Schmidt habe ein Gespräch mit Ministerpräsident Trudeau geführt. Dabei seien Trudeaus Nahost-Reise, der Nord-Süd-Dialog, der nächste Weltwirtschaftsgipfel und die Rolle der USA in der Weltpolitik erörtert worden.
- 339** 25.11. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Zeller, Bundeskanzleramt S. 1764
- Zeller rekapituliert ein Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Giscard d'Estaing, in dem Schmidt über seinen Besuch in den USA informierte, insbesondere über sein Gespräch mit dem designierten Präsidenten Reagan und über Personalfragen. Ferner seien die Lage in Polen und der Besuch von Papst Johannes Paul II. in der Bundesrepublik thematisiert worden.
- 340** 25.11. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Steinkühler S. 1771
- Steinkühler informiert über den Besuch von Papst Johannes Paul II. in der Bundesrepublik, vor allem dessen Eintreten für die Einheit der deutschen Nation und die Fortführung der Entspannungspolitik. Er zieht ein positives Fazit.
- 341** 25.11. Botschafter Herbst, Paris, an das Auswärtige Amt S. 1773
- Herbst beschreibt die Haltung Frankreichs zur Entwicklung in Polen, zur UdSSR, zur KSZE-Folgekonferenz in Madrid, zur Zusammenarbeit in den Europäischen Gemeinschaften und in der NATO, zum Krieg zwischen Irak und Iran sowie zur Nahost-Frage.
- 342** 26.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Gorenflos S. 1777
- Gorenflos äußert sich zur Tätigkeit des privaten Rettungsschiffes „Cap Anamur“ in Südostasien. Seitens der singapurischen und indonesischen Regierung werde kritisiert, daß erst die Anwesenheit des Schiffes Vietnamesen vermehrt zur Flucht veranlasse.
- 343** 29.11. Aufzeichnung des Bundesministers Genscher S. 1781
- Genscher notiert, der amerikanische Senator Percy habe ihn in einem Telefongespräch über seinen Aufenthalt in der UdSSR informiert, bei dem neben Abrüstungs- und Rüstungskontrollfragen die Lage in Afghanistan und in Polen behandelt worden seien.

344	02.12.	Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt	S. 1784
		Wieck resümiert eine Sitzung des Ständigen NATO-Rats im kleinsten Kreis, in der die Lage in Polen und mögliche Maßnahmen im Falle einer sowjetischen Intervention erörtert wurden.	
345	03.12.	Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Mitglied der argentinischen Militärjunta, Lambruschini	S. 1790
		Themen sind die Lage in Lateinamerika, insbesondere die Beziehungen zwischen Argentinien und Chile, die Inhaftierung und das Verschwinden Deutschstämmiger sowie U-Boot-Lieferungen aus der Bundesrepublik.	
346	03.12.	Ministerialdirektor Blech an Botschafter Wieck, Brüssel (NATO)	S. 1796
		Blech instruiert Wieck über die Haltung, die die Bundesregierung in Beratungen der NATO für den Fall einer sowjetischen Intervention in Polen vertreten solle. Er legt mögliche wirtschaftliche und politische Reaktionen in verschiedenen internationalen Foren dar.	
347	03.12.	Botschafter Diesel, Prag, an das Auswärtige Amt	S. 1799
		Diesel berichtet über die tschechoslowakische Haltung zum Wunsch des Bundesministers Genscher, im Zuge seines Besuchs in der ČSSR Kränze an Gräbern deutscher Soldaten niederzulegen.	
348	04.12.	Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Philosophen Popper in London	S. 1802
		Vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus der Kuba-Krise werden die nukleare Abschreckung sowie die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Mittelstreckensysteme erörtert.	
349	05.12.	Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Oehms	S. 1806
		Oehms unterrichtet über die Ergebnisse des Europäischen Rats in Luxemburg, bei dem wirtschaftliche Fragen wie mögliche Reformen der Europäischen Gemeinschaften erörtert wurden. Weitere Themen waren der Nahost-Konflikt und die Lage in Polen.	
350	05.12.	Ministerialdirektor Blech an Botschafter Meyer-Landrut, Moskau	S. 1811
		Blech erläutert, weshalb die Bundesregierung den britischen Wunsch ablehnt, zusätzlich zur Erklärung des Europäischen Rats zur Lage in Polen Demarchen bei der UdSSR vorzubringen.	

-
- 351** 06.12. Botschafter Jovy, Bukarest, an das Auswärtige Amt S. 1813
- Jovy resümiert das Gespräch des Staatssekretärs van Well mit dem rumänischen Außenminister Andrei in Bukarest, in dem die Haltung einzelner Warschauer-Pakt-Staaten zur Situation in Polen und die mögliche weitere Entwicklung dort erörtert wurden.
- 352** 08.12. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow S. 1817
- Themen sind die Lage in Polen sowie Abrüstungsverhandlungen, insbesondere die Frage der Ratifizierung des SALT-II-Vertrags und Gespräche über Mittelstreckensysteme.
- 353** 09.12. Deutsch-italienisches Regierungsgespräch S. 1824
- Erörtert werden Hilfsmaßnahmen nach dem Erdbeben in Süditalien, die Entwicklung der italienischen Wirtschaft, die Bedeutung der Kernenergie sowie die Lage in Polen, insbesondere die Haltung der UdSSR.
- 354** 09.12. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO) an das Auswärtige Amt S. 1834
- Wieck berichtet von einer Sitzung der Eurogroup der NATO, bei der gemeinsame Rüstungsvorhaben, die Sicherung der Verteidigungsfähigkeit des Bündnisses sowie die Beurteilung der Lage in Afghanistan und in Polen erörtert wurden.
- 355** 09.12. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1837
- Wieck faßt den Teil der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO zusammen, welcher der Lage in Polen und möglichen Reaktionen auf eine sowjetische Intervention gewidmet war.
- 356** 09.12. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1839
- Wieck resümiert die Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO, in der die Schwierigkeiten bei Erfüllung der vereinbarten Steigerung der Verteidigungsausgaben erörtert wurden.
- 357** 10.12. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Lord Carrington, dem französischen Außenminister François-Poncet und dem amerikanischen Außenminister Muskie in Brüssel S. 1843
- Im Zentrum stehen die Lage am Persischen Golf, die Preispolitik der OPEC, die KSZE-Folgekonferenz in Madrid und die Bemühungen um eine Konferenz für Abrüstung in Europa sowie das Todesurteil gegen den südkoreanischen Politiker Kim Dae-

- Jung. Außerdem werden die Lage in Polen sowie Maßnahmen im Falle einer sowjetischen Intervention erörtert.
- 358** 10.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Staden, S. 1855
 Bundeskanzleramt
- Staden gibt das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Forlani wieder, in dem die Lage in Polen, Kostensteigerungen bei der Produktion des MRCA-Tornado sowie Rüstungskontrollfragen diskutiert werden.
- 359** 11.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech S. 1861
- Blech legt die bisherige Praxis bei Einladung von Manöverbeobachtern aus Warschauer-Pakt-Staaten dar und erörtert die möglichen Folgen einer Zulassung von nicht in der Bundesrepublik akkreditierten Beobachtern, insbesondere von Offizieren der Nationalen Volksarmee der DDR.
- 360** 11.12. Ministerialdirektor Blech, z. Z. Brüssel (NATO), an das S. 1866
 Auswärtige Amt
- Blech faßt das Vierertreffen der Außenminister über Berlin und Deutschlandfragen zusammen, bei dem die Lage in Berlin, die jeweiligen bilateralen Beziehungen zur DDR und Luftverkehrsfragen besprochen wurden.
- 361** 12.12. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem S. 1872
 Vizepräsidenten der EG-Kommission, Haferkamp
- Themen sind die Beziehungen der Europäischen Gemeinschaften zu Japan und den USA, der Beitritt Spaniens, die Zukunft der Weltwirtschaft und der NATO, die Rolle Frankreichs sowie die Lage in Polen.
- 362** 12.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech S. 1875
- Blech diskutiert die Folgen einer möglichen sowjetischen Intervention in Polen für SALT wie für die Verhandlungen über Mittelstreckensysteme und legt die Haltung Frankreichs, Großbritanniens und der USA dazu dar.
- 363** 12.12. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige S. 1879
 Amt
- Wieck faßt die Ergebnisse der NATO-Ministerratstagung im kleinsten Kreis zusammen, bei der die Lage in Polen sowie gemeinsam zu treffende Maßnahmen im Falle einer sowjetischen Intervention beraten wurden.
- 364** 12.12. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige S. 1882
 Amt
- Wieck resümiert die Ergebnisse der NATO-Ministerratstagung im Hinblick auf die Erörterung des Verlaufs der KSZE-Folge-

- konferenz in Madrid sowie der Grundvoraussetzungen einer Konferenz für Abrüstung in Europa.
- 365** 15.12. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem japanischen Außenminister Ito S. 1885
- Themen sind die bilateralen Beziehungen, Einschätzungen der sowjetischen und der chinesischen Politik sowie der neuen amerikanischen Regierung unter Präsident Reagan. Abschließend wird die Lage in Polen erörtert.
- 366** 16.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech S. 1890
- Schenk notiert die Ergebnisse des Gesprächs der Politischen Direktoren der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA in London, das teilweise unter Beteiligung der Wirtschaftsdirektoren geführt wurde. Diskutiert wurde die Erstellung eines Maßnahmenkatalogs für den Fall einer sowjetischen Intervention in Polen.
- 367** 16.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer S. 1899
- Fischer resümiert die Beratungen der Wirtschaftsdirektoren der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA in London über Notfallplanungen im Falle einer sowjetischen Intervention in Polen.
- 368** 16.12. Vortragender Legationsrat I. Klasse Vergau an die Botschaften in Luanda und Pretoria S. 1904
- Vergau berichtet von den Bemühungen der Bundesregierung, einen Dialog zwischen der Interessengemeinschaft Deutschsprachiger Südwester und der SWAPO über die gemeinsame Zukunft in einem unabhängigen Namibia zustandezubringen.
- 369** 17.12. Schrifterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Joetze S. 1909
- Joetze übermittelt ein Papier mit der grundlegenden Weisung für die Delegation der Bundesrepublik bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid, in dem sachlich und taktisch der Verhandlungsrahmen abgesteckt wird.
- 370** 18.12. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Dröge S. 1916
- Dröge analysiert eine Vorlage des Bundesministeriums der Verteidigung zur logistischen Unterstützung amerikanischer Streitkräfte im Kriegsfall (Host Nation Support). Er plädiert für eine Unterstützung der amerikanischen Wünsche.
- 371** 19.12. Staatssekretär van Well an Botschafter Hermes, Washington, und Botschafter Wieck, Brüssel (NATO) S. 1918
- Van Well gibt ein Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem amerikanischen Botschafter Stoessel wieder, in dem letz-

- terer die Bundesregierung aufgefordert habe, sich auf konkrete Maßnahmen im Falle einer sowjetischen Intervention in Polen festzulegen. Erörtert wurde außerdem der Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik.
- 372** 20.12. Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), an das S. 1922
 Auswärtige Amt
- Jung bilanziert die 22. Runde der MBFR-Verhandlungen in Wien, deren Ergebnisse von den teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten positiv, von den teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten negativ bewertet werden.
- 373** 22.12. Ministerialdirektor Blech an Botschafter Hermes, S. 1928
 Washington, Gesandten Mühlen, Paris, und Botschafter
 Ruhfus, London
- Blech unterrichtet über die Gespräche des Bundesministers Genscher in der CSSR, insbesondere über die dabei erhaltenen Informationen über die Konferenz führender Vertreter der Warschauer-Pakt-Staaten in Moskau zur Lage in Polen.
- 374** 23.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fleischhauer S. 1935
- Fleischhauer stellt Überlegungen darüber an, inwiefern eine sowjetische Intervention in Polen gegen bestehende Verträge verstieße und welche Sanktionsmöglichkeiten seitens der Bundesrepublik bei Wahrung des Völkerrechts zur Verfügung stünden.
- 375** 23.12. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Boll S. 1942
- Boll resümiert die erste Phase der KSZE-Folgekonferenz in Madrid, in der die NATO-Mitgliedstaaten dank enger Zusammenarbeit ihre wesentlichen Ziele erreicht hätten. Die Aussichten auf ein substantielles Schlußdokument beurteilt Boll kritisch.
- 376** 30.12. Vortragender Legationsrat I. Klasse Vergau an die S. 1945
 Botschaft in Luanda
- Vergau informiert über die Absicht der Bundesregierung, sich an der VN-Konferenz über Namibia zu beteiligen, sowie über die Bemühungen um eine Vermittlung von Gesprächen zwischen der Interessengemeinschaft Deutschsprachiger Südwester und der SWAPO.

Literaturverzeichnis

- AAPD Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amts vom Institut für Zeitgeschichte, Jahresbände 1963–1979, München 1994–2010.
- ADAP, D Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945. Serie D (1937–1945). Band II: Deutschland und die Tschechoslowakei (1937–1938), Baden-Baden 1953. Band VII: Die letzten Wochen vor Kriegsausbruch (9. August bis 3. September 1939), Baden-Baden 1956.
- ADENAUER, Erinnerungen 1955–1959 Konrad Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, Stuttgart 1967.
- AdG Archiv der Gegenwart, zusammengestellt von Heinrich von Siegler, Bonn/Wien/Zürich 1955 ff.
- AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften (EGKS, EWG, EURATOM), Brüssel 1958 ff.
- L'ANNÉE POLITIQUE L'Année Politique, Économique, Sociale et Diplomatique en France 1968, Paris 1969.
- AUSSENPOLITIK DER DDR Dokumente zur Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik. Band I: Von der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik am 7. Oktober 1949 bis zur Souveränitätserklärung am 25. März 1954; Band XXIII: 1975. Band XXVII: 1979. Bd. XXVIII: 1980; hrsg. vom Institut für Internationale Beziehungen an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR, Potsdam-Babelsberg, in Zusammenarbeit mit der Abteilung Rechts- und Vertragswesen des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin [Ost] 1954, 1979 und 1984.
- BONN UND OST-BERLIN Heinrich Potthoff, Bonn und Ost-Berlin 1969–1982. Dialog auf höchster Ebene und vertrauliche Kanäle. Darstellung und Dokumente, Bonn 1997.
- BRANDT, Berliner Ausgabe Willy Brandt, Berliner Ausgabe, Bd. 8: Über Europa hinaus. Dritte Welt und Sozialistische Internationale, bearbeitet von Bernd Rother und Wolfgang Schmidt, Bonn 2006.
- BRESHNEW, Wege Leonid I. Breshnew, Auf dem Wege Lenins. Reden und Aufsätze. Band 7: Januar 1978– März 1979, Berlin [Ost] 1980. Band 8: April 1979– März 1981, Berlin [Ost] 1982.

BRZEZINSKI, Power	Zbigniew K. Brzezinski, Power and Principle. Memoirs of the National Security Adviser 1977–1981, New York 1983.
BRZEZINSKI, White House Diary	Zbigniew K. Brzezinski, White House Diary, 1980, in: Orbis 32 (1988), S. 32–48.
BT ANLAGEN	Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Anlagen zu den Stenographischen Berichten, Bonn 1950 ff.
BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE	Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte, Bonn 1950 ff.
BULLETIN	Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn 1951 ff.
BULLETIN DER EG	Bulletin der Europäischen Gemeinschaften, hrsg. vom Generalsekretariat der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Brüssel 1968 ff.
BULLETIN DER EWG	Bulletin der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, hrsg. vom Sekretariat der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Brüssel 1958–1967.
BUNDESANZEIGER	Bundesanzeiger, hrsg. vom Bundesminister der Justiz, Bonn 1950 ff.
BUNDESGESETZBLATT	Bundesgesetzblatt, hrsg. vom Bundesminister der Justiz, Bonn 1949 ff.
BUNDESGESETZBLATT FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH	Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich, Wien 1945 ff.
BUNDESVERWALTUNGSGERICHT, Entscheidungen	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts, hrsg. von den Mitgliedern des Gerichts, Bd. 60, Berlin 1981.
CARDBOARD CASTLE	A Cardboard Castle? An Inside History of the Warsaw Pact, 1955–1991, hrsg. von Wojtech Mastny und Malcolm Byrne, Budapest/New York 2005.
CARTER, Faith	Jimmy Carter, Keeping Faith. Memoirs of a President, Toronto/New York/London/Sydney 1982.
COLD WAR INTERNATIONAL HISTORY PROJECT BULLETIN	The Cold War International History Project Bulletin, Nr. 5 (Spring 1995), Washington D. C. 1995.
CONGRESSIONAL RECORD	Congressional Record. Proceedings and Debates of the 89th Congress, Second Session, Band 112, Teil 16 (August 29, 1966 to September 12, 1966). Proceedings and Debates of the 91st Congress, First Session, Band 115, Teil 27 (November 26, 1969 to December 4, 1969), Band 126, Teil 27 (January 3, 1980 to December 15, 1980), hrsg. vom United States Government

-
	Printing Office, Washington D.C. 1966, 1969 und 1980.
CONSTITUIÇÃO	Constituição da República Portuguesa. o.O. 1977.
CONSTITUTIONS	Constitutions of the Countries of the World. The Kingdom of Spain, hrsg. von Rüdiger Wolfrum, Rainer Grohe, Gisbert H. Flanz, o.O. 2007.
DEPARTMENT OF STATE BULLETIN	The Department of State Bulletin. The Official Weekly Record of United States Foreign Policy, Washington D.C. 1947 ff.
DOBRYNIN, Confidence	Anatoly Dobrynin, In Confidence. Moscow's Ambassador to America's Six Cold War Presidents (1962–1986), London 1996.
DOCUMENTS ON DISARMAMENT	Documents on Disarmament, hrsg. von der United States Arms Control and Disarmament Agency, Washington D.C. 1963 ff.
DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT	Dokumentation zur Abrüstung und Sicherheit. Band XVI: 1978, Bd. XVIII: 1980, hrsg. von Hanswilhelm Haefs, Sankt Augustin 1980.
DzD II	Dokumente zur Deutschlandpolitik. II. Reihe: Vom 9. Mai 1945 bis 4. Mai 1955. Band 1: Die Konferenz von Potsdam, 3 Teilbände, hrsg. vom Bundesministerium des Innern, bearbeitet von Gisela Biewer, Neuwied/Frankfurt am Main 1992.
DzD III	Dokumente zur Deutschlandpolitik. III. Reihe: Vom 5. Mai 1955 bis 9. November 1958. Band 1: Vom 5. Mai bis 31. Dezember 1955, hrsg. vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, bearbeitet von Ernst Deuerlein unter Mitwirkung von Hansjürgen Schierbaum, Frankfurt am Main/Berlin 1961.
DzD V	Dokumente zur Deutschlandpolitik. V. Reihe: Vom 1. Dezember 1966 bis 20. Oktober 1969. Band 2: 1. Januar bis 31. Dezember 1968, 2 Teilbände, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, bearbeitet von Hannelore Nathan, Frankfurt am Main 1987.
ENTSCHEIDUNGEN	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, hrsg. von den Mitgliedern des Bundesverfassungsgerichts, Tübingen 1953 ff.
EUROPA-ARCHIV	Europa-Archiv. Zeitschrift für Internationale Politik, Bonn 1946 ff.
EUROPÄISCHE GRUNDRECHTE ZEITSCHRIFT	Europäische Grundrechte Zeitschrift. Kehl 1974 ff.

- FRANÇOIS-PONCET, Quai d'Orsay Jean François-Poncet, 37, Quai d'Orsay. Mémoires pour aujourd'hui et pour demain. Paris 2008.
- FRUS, Malta and Yalta 1945 Foreign Relations of the United States. The Conferences at Malta and Yalta, 1945, Washington D. C. 1955.
- FRUS 1951 Foreign Relations of the United States, 1951. Band I: National Security Affairs; Foreign Economic Policy, Washington D. C. 1979.
- FRUS 1961–1963 Foreign Relations of the United States 1961–1963. Band VI: Kennedy–Khrushchev Exchanges, hrsg. von David S. Patterson, bearbeitet von Charles S. Sampson, Washington D. C. 1996. Band X: Cuba, January 1961 – September 1962, hrsg. von David S. Patterson, bearbeitet von Louis J. Smith, Washington D. C. 1997.
- FRUS 1964–1968 Foreign Relations of the United States 1964–1968. Band XIII: Western Europe Region, bearbeitet von Charles S. Sampson und Glenn W. LaFantasie, Washington D. C. 1995.
- DE GAULLE, Discours et messages Charles de Gaulle, Discours et messages. Band 3: Avec le renouveau (Mai 1958–Juillet 1962), [Paris] 1970.
- GEMEINSAMES MINISTERIALBLATT Gemeinsames Ministerialblatt, hrsg. vom Bundesministerium des Innern, Berlin/Köln 1950 ff.
- GESETZBLATT DER DDR Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin [Ost] 1949 ff.
- GISCARD D'ESTAING, Pouvoir Valéry Giscard d'Estaing, Le Pouvoir et la Vie. Bd. 2: L'affrontement, Paris 1991.
- HERBST, Septennat Axel Herbst, Ein Septennat an der Seine 1976–1983, o. O., o. J.
- HÖLLEN, Loyale Distanz? Martin Höllen, Loyale Distanz? Katholizismus und Kirchenpolitik in SBZ und DDR. Ein historischer Überblick in Dokumenten. Band 3: 1966–1990, Berlin 1998.
- HONECKER, Reden Erich Honecker, Reden und Aufsätze. Band 7, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin [Ost] 1982.
- INTERNATIONAL LEGAL MATERIALS XVIII (1979) International Legal Materials, Band XVIII, hrsg. von Marilou M. Righini im Auftrag der American Society of International Law, Washington D. C. 1979.
- JENKINS, Diary Roy Jenkins, European Diary 1977–1981, London 1989.

JOURNAL OFFICIEL ASSEMBLÉE NATIONALE	Journal Officiel de la République Française. Débats Parlementaires. Assemblée Nationale, Paris 1947 ff.
KABINETTSPROTOKOLLE 1961	Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, hrsg. von Hartmut Weber, Bd. 14: 1961, bearbeitet von Ulrich Enders und Jörg Filthaut, München 2004.
LNTS	League of Nations Treaty Series. Publication of Treaties and International Engagements registered with the Secretariat of the League, hrsg. vom Publications Sales Department of the League of Nations, Genf 1920–1946.
MALLOY, Treaties	William M. Malloy, Treaties, Conventions, International Acts, Protocols and Agreements between the United States of America and other Powers, Band 2: 1776–1909, Washington D. C. 1910.
MONROE, Writings	The Writings of James Monroe including a Collection of his Public and Private Papers and Correspondence, hrsg. von Stanislaus Murray Hamilton, Band VI: 1817–1823, New York 1902.
NATO FINAL COMMUNIQUE 1949–1974	Texts of Final Communiques 1949–1974. Issued by Ministerial Sessions of the North Atlantic Council, the Defence Planning Committee, and the Nuclear Planning Group, Brüssel o. J.
NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980	Texts of Final Communiques 1975–1980. Issued by Ministerial Sessions of the North Atlantic Council, the Defence Planning Committee, and the Nuclear Planning Group, Brüssel o. J.
NATO STRATEGY DOCUMENTS	NATO Strategy Documents 1949–1969, hrsg. von Gregory W. Pedlow in Zusammenarbeit mit NATO International Staff Central Archives, Brüssel [1997].
OLYMPIC RULES	Olympic Rules, Bye-Laws and Instructions, hrsg. vom Comité International Olympique, Lausanne 1976.
PARTEIPROGRAMME	Parteiprogramme. Grundsatzprogrammatik und aktuelle politische Ziele von SPD, CDU, CSU, FDP, DKP, NPD, hrsg. von Siegfried Hergt, 9. Auflage, Leverkusen/Opladen 1976.
PARTEITAG DER SPD	Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 3. bis 7. Dezember 1979, ICC Berlin. 2 Bände, hrsg. vom Vorstand der SPD, Bonn 1979.

- POLISH CRISIS 1980–1981 From Solidarity to Martial Law: The Polish Crisis of 1980–1981. A Documentary History, hrsg. von Andrzej Paczkowski und Malcolm Byrne, Budapest/New York 2007.
- LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE La Politique Étrangère de la France. Textes et Documents. 1968 (2 Teilbände), 1977 (2 Teilbände), 1978 (4 Teilbände), 1980 (4 Teilbände), hrsg. vom Ministère des Affaires Étrangères, Paris 1969, 1977, 1978 und 1980.
- PUBLIC PAPERS, CARTER 1977 Public Papers of the Presidents of the United States. Jimmy Carter. Band I: January 20 to June 24, 1977; Band II: June 25 to December 31, 1977, Washington D. C. 1978.
- PUBLIC PAPERS, CARTER 1978 Public Papers of the Presidents of the United States. Jimmy Carter. Band I: January 1 to June 30, 1978; Band II: June 30 to December 31, 1978, Washington D. C. 1979.
- PUBLIC PAPERS, CARTER 1979 Public Papers of the Presidents of the United States. Jimmy Carter. Band I: January 1 to June 22, 1979; Band II: June 23 to December 31, 1979, Washington D. C. 1980.
- PUBLIC PAPERS, CARTER 1980 Public Papers of the Presidents of the United States. Jimmy Carter 1980-81. Band I: January 1 to May 23, 1980; Band II: May 24 to September 26, 1980; Band III: September 29, 1980 to January 20, 1981. Washington D.C. 1981 und 1982.
- PUBLIC PAPERS, FORD 1974 Public Papers of the Presidents of the United States. Gerald R. Ford. Containing the Public Messages, Speeches, and Statements of the President. August 9 to December 31, 1974, Washington D.C. 1975.
- PUBLIC PAPERS JOHNSON 1968-69 Public Papers of the Presidents of the United States. Lyndon B. Johnson. Containing the Public Messages, Speeches, and Statements of the President. January 1, 1968 to January 20, 1969, Washington D.C. 1970.
- PUBLIC PAPERS, KENNEDY 1962 Public Papers of the Presidents of the United States. John F. Kennedy. Containing the Public Messages, Speeches, and Statements of the President. January 1 to December 31, 1962, Washington D.C. 1963.
- PUBLIC PAPERS, NIXON Public Papers of the Presidents of the United States. Richard Nixon. Containing the Public Messages, Speeches, and Statements of the President. January 1 to December 31, 1971. January 1 to December 31, 1972, Washington D.C. 1973 und 1974.

- PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981
Public Papers of the Presidents of the United States. Ronald Reagan. January 20 to December 31, 1981. Washington D.C. 1982.
- PUBLIC PAPERS, TRUMAN 1947
Public Papers of the Presidents of the United States. Harry S. Truman. Containing the Public Messages, Speeches, and Statements of the President. January 1 to December 31, 1947, Washington D.C. 1963.
- REICHSGESETZBLATT
Reichsgesetzblatt, hrsg. vom Reichsministerium des Innern, Berlin 1885, 1913 bzw. 1919–1945.
- RESOLUTIONS AND DECISIONS 1980
United Nations Resolutions and Decisions of the Security Council 1980. Official Records, Thirty-Fifth year. New York 1981.
- ROOSEVELT, Letters
The Letters of Theodore Roosevelt. Vol. II: The Years of Preparation 1898–1900, ausgewählt und hrsg. von Elting E. Morison, Cambridge, Mass. 1951.
- SCHMIDT, Menschen
Helmut Schmidt, Menschen und Mächte, Berlin 1987.
- SCHMIDT, Nachbarn
Helmut Schmidt, Die Deutschen und ihre Nachbarn. Menschen und Mächte II, Berlin 1990.
- SED CONTRA POLEN
„Hart und kompromißlos durchgreifen“. Die SED contra Polen 1980/81. Geheimakten der SED-Führung über die Unterdrückung der polnischen Demokratiebewegung, hrsg. von Michael Kubina und Manfred Wilke unter Mitarbeit von Reinhardt Gutsche, Berlin 1995.
- SED UND KIRCHE
SED und Kirche. Eine Dokumentation ihrer Beziehungen, hrsg. von Frédéric Hartweg. Band 2: 1968–1989, Neukirchen-Vluyn 1995.
- SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT,
Bd. 2
Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Analyse und Dokumentation 1973–1978, hrsg. von Hans-Adolf Jacobsen, Wolfgang Mallmann und Christian Meier, Köln 1978.
- SIEBENTER GESAMTBERICHT 1973
Siebenter Gesamtbericht über die Tätigkeit der Gemeinschaften 1973, hrsg. von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Brüssel 1974.
- SOVIET DOCUMENTS
Soviet Documents on Foreign Policy, hrsg. von Jane Degras, Band I: 1917–1924, London/New York/Toronto 1951.
- STADEN, Eiszeit
Berndt von Staden, Zwischen Eiszeit und Tauwetter. Diplomatie in einer Epoche des Umbruchs. Erinnerungen, Berlin 2005.

THATCHER, Downing Street	Margaret Thatcher, The Downing Street Years, London 1993.
UN GENERAL ASSEMBLY, 34th Session, Plenary Meetings	United Nations. Official Records of the General Assembly. Thirty-Fourth Session. Plenary Meetings. Verbatim Records of Meetings, 18 September 1979–7 January 1980, 3 Bände, New York 1984.
UNITED NATIONS RESOLUTIONS Serie I	United Nations Resolutions. Series I: Resolutions Adopted by the General Assembly, hrsg. von Dusan J. Djonovich, New York 1972 ff.
UNITED NATIONS RESOLUTIONS Serie II	United Nations Resolutions. Series II: Resolutions and Decisions Adopted by the Security Council, hrsg. von Dusan J. Djonovich, New York 1988 ff.
UNTS	United Nations Treaty Series. Treaties and International Agreements. Registered or Filed and Recorded with the Secretariat of the United Nations, [New York] 1946/47 ff.
VEDOMOSTI VERCHOVNOGO SOVETA	Vedomosti Verchovnogo Soveta Sojuza Sovetskikh Socialističeskich Respublik, Moskau 1954 ff.
VERFASSUNGEN DER KOMMUNISTISCHEN STAATEN	Verfassungen der kommunistischen Staaten, hrsg. von Georg Brunner und Boris Meissner, Paderborn/München/Wien/Zürich 1979.
VON HUBERTUSSTOCK NACH BONN	Von Hubertusstock nach Bonn. Eine dokumentierte Geschichte der deutsch-deutschen Beziehungen auf höchster Ebene 1980–1987, hrsg. von Detlef Nakath und Gerd-Rüdiger Stephan, Berlin 1995.
WIENER VERHANDLUNGEN	Die Wiener Verhandlungen über Truppenreduzierungen in Mitteleuropa (MBFR). Chronik, Glossar, Dokumentation, Bibliographie 1973–1982, bearbeitet von Susanne Feske, Frank Henneke, Reinhard Mutz und Rudolph Nikutta, hrsg. von Reinhard Mutz, Baden-Baden 1983.
YEARBOOK OF THE UNITED NATIONS	Yearbook of the United Nations, hrsg. vom Department of Public Information, New York 1947 ff.

Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt	AU(S)	Australien
ABC-Waffen	Atomare, biologische und chemische Waffen	AWACS	Airborne Warning and Control System
ABM	Anti-Ballistic Missile	AWG	Außenwirtschaftsgesetz
ACDA	(United States) Arms Control and Disarmament Agency	AZ	Aktenzeichen
ACP	African, Caribbean, Pacific	B/BE/BEL	Belgien
ADM	Atomic Demolition Munition	BAM	Bundesaußenminister
ADN	Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst	BBC	British Broadcasting Company
AEG	Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft	BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie
AFCENT	Allied Forces Central Europe	BdKJ	Bund der Kommunisten Jugoslawiens
AFG	Afghanistan	BEG	Bundesentschädigungs-gesetz
AFP	Agence France Press	BfV	Bundesamt für Verfassungsschutz
AFSOUTH	Allied Forces Southern Europe	BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
AG	Arbeitsgruppe bzw. Aktiengesellschaft	BGS	Bundesgrenzschutz
AHG	Ad-hoc-Gruppe	BIZ	Bank für Internationalen Zahlungsausgleich
AKP	Afrika, Karibik, Pazifik	BK	Bundeskanzler
AL	Abteilungsleiter bzw. Arabische Liga	BKA	Bundeskanzleramt bzw. Bundeskriminalamt
ALCM	Air-Launched Cruise Missile	BM	Bundesminister/ium
AM	Außenminister bzw. Associated Measures	BMB	Bundesminister/ium für innerdeutsche Beziehungen
ANC	African National Congress/Council	BMF	Bundesminister/ium der Finanzen
Anl./Anlg.	Anlage/Anlagen	BMFT	Bundesminister/ium für Forschung und Technologie
ANSA	Agenzia Nazionale Stampa Associata	BMI	Bundesminister/ium des Innern
ANZUS	Australia, New Zealand, United States Security Treaty	BMJ	Bundesminister/ium der Justiz
AP	Associated Press	BMJFG	Bundesminister/ium für Jugend, Familie und Gesundheit
ASEAN	Association of Southeast Asian Nations	BML	Bundesminister/ium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
AStV	Ausschuß der Ständigen Vertreter		

Abkürzungsverzeichnis

BMV	Bundesminister/ium für Verkehr	COMECON	Council for Mutual Economic Aid/Assistance
BMVg	Bundesminister/ium der Verteidigung	COREU	Correspondance Européenne
BMW	Bayerische Motorenwerke	CPN	Communistische Partij van Nederland
BMW _i	Bundesminister/ium für Wirtschaft	CSCE	Conference on Security and Cooperation in Europe
BMZ	Bundesminister/ium für wirtschaftliche Zusammenarbeit	ČSSR	Československá Socialistická Republika/ Tschechoslowakische Sozialistische Republik
BND	Bundesnachrichtendienst	CSU	Christlich-Soziale Union
BR	Bundesrepublik	CTB(T)	Comprehensive Test Ban (Treaty)
BR (I)	Botschaftsrat (I. Klasse)	CW	Chemical Weapons bzw. Chemiewaffen
BRD	Bundesrepublik Deutschland	D	Deutschland bzw. (Ministerial-)Direktor
BSP	Bruttosozialprodukt	DAE/DK	Dänemark
BSR	Bundessicherheitsrat	DAI	Deutsches Archäologisches Institut
BStS	Büro Staatssekretäre	DB	Drahtbericht
BT	Bundestag	DC	Democrazia Cristiana
CA/CDN/CND	Canada	DDR	Deutsche Demokratische Republik
CBM	Confidence Building Measures	DE	Drahterlaß
CCD	Conference of the Committee on Disarmament	Dg	(Ministerial-)Dirigent
CD	Committee on Disarmament bzw. Camp David	DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
CDA	Christen Demokratisch Appèl	DM	Deutsche Mark
CDU	Christlich-Demokratische Union Deutschlands	DPC	Defense Planning Committee
ChBK	Chef des Bundeskanzleramts	DRK	Deutsches Rotes Kreuz
CHN	China	DSB	Deutscher Sportbund
CIA	Central Intelligence Agency	DTA	Democratic Turnhalle Alliance
CINCHAN	Commander-in-Chief Channel	DW	Deutsche Welle bzw. Dritte Welt
CINCSOUTH	Commander-in-Chief Allied Forces Southern Europe	EAD	Europäisch-Arabischer Dialog
CM	Cruise Missile	EAGFL	Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft
CNAD	Conference of National Armaments Directors	EAK	Europäische Abrüstungskonferenz
COCOM	Coordinating Committee for East-West Trade Policy		

EC	European Community	FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
ECA	Economic Commission for Africa	FBS	Forward Based Systems
ECE	Economic Commission for Europe	FCO	Foreign and Commonwealth Office
ECOFIN	Economic and Financial Affairs Council	FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
ECOSOC	(United Nations) Economic and Social Council	FDP	Freie Demokratische Partei
ECU	European Currency Unit	FES	Friedrich-Ebert-Stiftung
EFTA	European Free Trade Association	FF	Französischer Franc/ Franc français
EG	Europäische Gemeinschaften	FNLA	Frente Nacional de Libertação de Angola
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl	FRELIMO	Frente de Libertação de Moçambique
EH	Entwicklungshilfe	FS	Fernschreiben
EIB	Europäische Investitionsbank	FüS	Führungsstab der Streitkräfte
EKD	Evangelische Kirche in Deutschland	GAP	Gemeinsame Agrarpolitik
EL	Entwicklungsländer	GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
EP	Europäisches Parlament	GB/GRO	Great Britain/ Großbritannien
EPC	European Political Cooperation	GDR	German Democratic Republic
EPZ	Europäische Politische Zusammenarbeit	GE	Germany
ER	Europäischer Rat	geh.	geheim
ERE	Europäische Rechnungseinheit	GG	Grundgesetz
ERP	European Recovery Program	GK	Generalkonsul bzw. Generalkonsulat
ERW	Enhanced Radiation Weapon	GL	Gruppenleiter
ESC	European Space Conference	GLCM	Ground-Launched Cruise Missile
ESRO	Europe Space Research Organization	GR/GRI	Griechenland
ETA	Euskadi Ta Askatasuna	GS	Generalsekretär
EuGH	Europäischer Gerichtshof	GSG	Grenzschutzgruppe
EURATOM	Europäische Atomgemeinschaft	GSSD	Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft	GV	Generalversammlung
EWS	Europäisches Währungssystem	GW	Gigawatt
F/FR/FRA	Frankreich	HDW	Howaldtswerke-Deutsche Werft AG
		HLG	High Level Group
		HNS	Host Nation Support

Abkürzungsverzeichnis

I/IT	Italien	KHD	Klöckner-Humboldt-Deutz AG
IAEA	International Atomic Energy Agency	KIWZ	Konferenz über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit
IAEO	Internationale Atomenergieorganisation	KKW	Kernkraftwerk
ICBM	Intercontinental Ballistic Missile	KMK	Kultusministerkonferenz
IDA	International Development Association	KP	Kommunistische Partei
IEA	Internationale Energieagentur	KPCh	Kommunistische Partei Chinas
i. G.	im Generalstab	KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
IGH	Internationaler Gerichtshof	KPFi	Kommunistische Partei Finnlands
IHT	International Herald Tribune	KPI	Kommunistische Partei Italiens
IISS	International Institute for Strategic Studies	KPS	Kommunistische Partei Spaniens
IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz	KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
IL	Industrielländer	KWKG	Kriegswaffenkontrollgesetz
IMF	International Monetary Fund	KWU	Kraftwerk Union AG
IMS	International Military Staff	L/LUX	Luxemburg
INFCE(P)	International Nuclear Fuel Cycle Evaluation (Program)	LH	Lufthansa
IOC/IOK	International Olympic Committee/Internationales Olympisches Komitee	LOT	Polskie Linie Lotnicze
IPU	Interparlamentarische Union	LPI	Leiter Planungsstab
IPW	Institut für Internationale Politik und Wirtschaft	LR (I)	Legationsrat (I. Klasse)
IR/IRL	Irland	LRTNF	Long Range Theater Nuclear Forces
IRN	Iran	LS	Legationssekretär
IS/ISL	Island	LTDP	Long-Term Defence Programme
IWF	Internationaler Währungsfonds	LUX	Luxemburg
JAP	Japan	MB	Ministerbüro
JCS	Joint Chiefs of Staff	MBFR	Mutual and Balanced Force Reductions
KAE	Konferenz für Abrüstung in Europa	MC	Military Committee
KGB	Komitet gosudarstvennoj bezopasnosti	MD	Ministerialdirektor
KH	Kapitalhilfe	MdB	Mitglied des Bundestages
		MDg	Ministerialdirigent
		MfAA	Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten

LXXXVI

MinDir	Ministerialdirektor	OAS	Organisation Amerikanischer Staaten
Mio.	Million/en		
MIRV	Multiple Independently Targetable Reentry Vehicle	OAU	Organization of African Unity
MLF	Multilateral Force	OECD	Organization for Economic Cooperation and Development
MLT	Malta		
MoU	Memorandum of Understanding	OPEC	Organization of Petroleum Exporting Countries
MP	Ministerpräsident/in	o. V. i. A.	oder Vertreter im Amt
MPLA	Movimento Popular de Libertação de Angola	OZ	Ortszeit
MR	Ministerialrat	ÖTV	Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
MRBM	Medium-Range Ballistic Missile		
Mrd.	Milliarde/n	PAK	Pakistan
MS	Mitgliedstaaten	PANAM	Pan American World Airways
MX	Missile Experimental	PCI	Partito Comunista Italiano
N/NO/NOR	Norwegen	PD	Presidential Directive
NATO	North Atlantic Treaty Organization	PF	Patriotic Front
NfD	Nur für den Dienstgebrauch	PFLP	Popular Front for the Liberation of Palestine
NL/NLD	Niederlande	PK	Politisches Komitee
N+N	Neutrale und Nichtgebundene	PL/POL	Polen
NNA	Neutral and non-aligned	PI	Planungsstab
NOK	Nationales Olympisches Komitee	PLI	Partito Liberale Italiano
NPG	Nuclear Planning Group/ Nukleare Planungsgruppe	PLO	Palestine Liberation Organization
NPT	Non-Proliferation Treaty	PM	Premierminister/in
NRW	Nordrhein-Westfalen	PNE	Peaceful Nuclear Explosion
NS	Nationalsozialismus	PO/PORT	Portugal
NSC	National Security Council	POLAD	Political Advisers, Committee of
NV/NVV	Nichtverbreitung/ Nichtverbreitungsvertrag	PRI	Partito Repubblicano Italiano
NVA	Nationale Volksarmee	PS	Parti Socialiste
NW	Neutronenwaffen	PSDI	Partito Socialista Democratico Italiano
NWG	Norwegen	PSI	Partito Socialista Italiano
NYT	New York Times	PSOE	Partido Socialista Obrero Español
NZ	New Zealand/Neuseeland	PStS	Parlamentarischer Staatssekretär
OAE	Organisation für Afrikanische Einheit	PTG	Portugal
OAPEC	Organization of Arab Petroleum Exporting Countries	PVAP	Polnische Vereinigte Arbeiterpartei

Abkürzungsverzeichnis

PvdA	Partij van de Arbeid	SR	Sicherheitsrat bzw. Sozialistische Republik
RA	Regierungsamtmann		
RAF	Rote Armee Fraktion	SRTNF	Short Range Theater Nuclear Forces
RB/RBM	Regierender Bürgermeister	SS	Schutzstaffel bzw. Surface to Surface
RE	Rechnungseinheit		
RGW	Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe	StäV	Ständige Vertretung
		StM	Staatsminister
RK-Referent	Rechts- und Konsularreferent	StS	Staatssekretär
RL	Referatsleiter	St.V.	Ständiger Vertreter
RSA	Republic of South Africa	SU	Sowjetunion
RSFSR	Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik	SWAPO	South West Africa People's Organization
SACEUR	Supreme Allied Commander Europe	SWP	Stiftung Wissenschaft und Politik
SACLANT	Supreme Allied Commander Atlantic	SZR	Sonderziehungsrecht
		T/TK/TR/TU	Türkei/Turkey
SALT	Strategic Arms Limitation Talks	TASS	Telegrafnoe Agentstvo Sovetskogo Sojuza
SAM	Sowjetisches Außenministerium	TH	Technische Hilfe
SAR	Saudi-Arabien	TNF	Theater Nuclear Forces
SAVAK	Sazeman-e Ettela'at va Amniat-e Keshvar	TO(P)	Tagesordnung(-spunkt)
		TSI	Treuhandstelle für den Interzonenhandel
SCC	Standing Consultative Commission	TZ	Technische Zusammenarbeit
SCG	Special Consultative Group	UA	Unterabteilung
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands	UBA	Umweltbundesamt
SEW	Sozialistische Einheitspartei Westberlins	UCD	Unión de Centro Democrático
SG	Special Group	UDF	Union pour la Démocratie Française
SGV	Sondergeneralversammlung	UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
SHAPE	Supreme Headquarters Allied Powers Europe	UK	United Kingdom
		UN	United Nations
SLBM	Submarine-Launched Ballistic Missile	UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development
SLCM	Sea-Launched Cruise Missile	UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
SOW	Sowjetunion		
SPA	Spanien	UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees
SPC	Senior Political Committee		
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands	UNIDO	United Nations Industrial Development Organization
SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreichs	UNIFIL	United Nations Interim Force in Lebanon

LXXXVIII

UNIP	United National Independence Party	VM	Verteidigungsminister
UNITA	União Nacional para a Independência Total de Angola	VMA	Vier-Mächte-Abkommen
UNO	United Nations Organization	VN	Vereinte Nationen
UNTAG	United Nations Transition Assistance Group	VO	Verordnung
UNTS	United Nations Treaty Series	VP	Vizepräsident
URSS	Union des Républiques Socialistes Soviétiques	VR	Volksrepublik
US	United States	VRCh	Volksrepublik China
USA	United States of America	VS	Verschlusssache
USAP	Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei	VS-v	VS-vertraulich
USAF	United States Air Force	VVD	Volkspartij voor Vrijheid en Democratie
USSR	Union of Soviet Socialist Republics	WDR	Westdeutscher Rundfunk
UStS	Unterstaatssekretär	WEOG	Western European and Others Group
VAE	Vereinigte Arabische Emirate	WEU	Westeuropäische Union
VAM	Vizeaußenminister	WP	Warschauer Pakt
VAR	Vereinigte Arabische Republik	WÜD	Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen
VBM	Vertrauensbildende Maßnahmen	WÜK	Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen
VE	Verrechnungseinheit bzw. Verpflichtungsermächti- gung	ZANLA	Zimbabwe African National Liberation Army
VK	Vereinigtes Königreich	ZANU	Zimbabwe African National Union
VLR (I)	Vortragender Legationsrat (I. Klasse)	ZAPU	Zimbabwe African People's Union
		ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen
		ZK	Zentralkomitee

Dokumente

1

Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt**114-114/80 VS-vertraulich****Fernschreiben Nr. 1****Citissime****Aufgabe: 1. Januar 1980, 20.20 Uhr¹****Ankunft: 1. Januar 1980, 22.40 Uhr**Betr.: Afghanistan²;

hier: NATO-Konsultation am 1.1.1980

Bezug: DB 1415 vom 29.12.1979 – I-322-AFG, VS-NfD³

Zur Unterrichtung

I. Zusammenfassung

Der Rat hat am 1. Januar 1980 erneut über Afghanistan beraten.

Der stellvertretende amerikanische Außenminister Christopher gab einen Bericht über die Einschätzung der Lage durch die amerikanische Regierung (faktische Entwicklung; Motive und weitere Absichten der Sowjetunion; Wirkungen der sowjetischen Intervention auf die Staaten der Region, der Dritten Welt, die Ost-West-Beziehungen und Osteuropa). Er betonte, zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg hätten sowjetische Streitkräfte in einem Staat, der außerhalb des Warschauer Paktes liege, unmittelbar militärisch eingegriffen. Die sowjetischen Begründungen für dieses Eingreifen⁴ entbehrten jeder Überzeugungskraft. Die Berufung auf den Freundschaftsvertrag Afghanistans mit der Sowjet-

¹ Das Fernschreiben wurde in drei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 27 und 36.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Arnot am 3. Januar 1980 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Heyken am 4. Januar 1980 vorgelegen.

Hat Legationsrat I. Klasse Barker am 8. Januar 1980 vorgelegen.

² Am 24. Dezember 1979 intervenierten sowjetische Truppen in Afghanistan. In Kabul wurde am 27. Dezember 1979 Präsident Amin gestürzt. Botschafter Berninger, Kabul, berichtete, Radio Afghanistan habe in der Nacht vom 27. auf 28. Dezember 1979 mitgeteilt, „daß Präsident des Revolutionsrats nunmehr Babrak Karmal sei. Babrak Karmal dürfte gleichzeitig mit den am 25./26.12. gelandeten sowjetischen Einheiten aus Moskau zurückgekehrt sein [...]. Er ist Führer der von Amin unterdrückten Parcham-Gruppe, einer großen radikal-kommunistischen Partei. [...] Amin ist dem Vernehmen nach hingerichtet worden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 713 vom 28. Dezember 1979; Referat 340, Bd. 110426. Vgl. dazu auch AAPD 1979, II, Dok. 393–395.

³ Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), unterrichtete über die auf Bitte der amerikanischen Regierung einberufene Sondersitzung des Ständigen NATO-Rats am 29. Dezember 1979. Der amerikanische Geschäftsträger Legere habe über die Lage in Afghanistan nach der sowjetischen Intervention informiert: „Verbündete waren sich einig, daß die organisatorisch gut vorbereitete und rasch durchgeführte sowjetische Intervention ein schwerwiegendes Ereignis darstellt, dessen Auswirkungen auf die Entwicklung in der Region (besonders Pakistan und Iran) und auf die internationale Lage insgesamt sich noch nicht völlig überschauen läßt.“ Die Widersprüche und Schwächen der sowjetischen Argumentation sollten „in westlicher Öffentlichkeit, in der Dritten Welt und gegenüber Sowjetunion selbst deutlich hervorgehoben werden“. Vgl. Referat 340, Bd. 110427.

⁴ Ministerialdirektor Meyer-Landrut informierte am 28. Dezember 1979, der sowjetische Botschafter Semjonow habe am selben Tag über die sowjetische Intervention in Afghanistan unterrichtet: „Die SU habe auf Bitte der Führung Afghanistans eingegriffen. Sie beruft sich dabei auf den Vertrag mit Afghanistan über Freundschaft von 1978 und verweist auf Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen, Art. 51, das Recht der Staaten zur individuellen und kollektiven Selbstverteidigung zum Ziele der Abwehr der Aggression und der Wiederherstellung des Friedens.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 6534; Referat 340, Bd. 110427. Vgl. dazu auch die Meldung der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS vom selben Tag; EUROPA-ARCHIV 1980, D 134.

union⁵ eröffne besonders gefährliche Perspektiven (Handhabe in vergleichbaren Fällen).

Die künftigen Auswirkungen dieser sowjetischen Aggression hingen weitgehend von der westlichen Reaktion ab.⁶ Wenn die Sowjetunion erkenne, daß sie trotz flagranter Verletzung des Völkerrechts und der UNO-Charta⁷ billig davonkomme, weil individuelle und kollektive Gegenmaßnahmen ausblieben oder auf ein Minimum beschränkt würden, dann sei sie zur Wiederholung geradezu eingeladen. In diesem Zusammenhang erwähnte Christopher auch die exponierte Lage Berlins. Ein solidarisches und energisches Verhalten des Westens dagegen werde die Sowjetunion wahrscheinlich von einer Wiederholung abhalten, vielleicht sogar den Rückzug ihrer Truppen aus Afghanistan zur Folge haben. Der Westen müsse deshalb, in möglichst engem Zusammenwirken mit Staaten der Dritten Welt, die Kosten dieser Aktion für die Sowjetunion so hoch wie möglich schrauben.

Das jüngste sowjetische Verhalten unterstreiche die vitale Bedeutung der NATO-Verteidigungsanstrengungen (drei Prozent Erhöhung des Verteidigungsbudgets⁸; Langzeitprogramm⁹; TNF-Modernisierung¹⁰). Was die Abrüstungs-

⁵ Am 5. Dezember 1978 unterzeichneten Afghanistan und die UdSSR einen Vertrag über Freundschaft, gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 1145, S. 333–335.

⁶ Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Arnot durch Fragezeichen hervorgehoben.

⁷ Für den Wortlaut der VN-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 433–503.

⁸ In der „Ministerial Guidance 1977“, die in der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 17./18. Mai 1977 in Brüssel verabschiedet wurde, hieß es, daß alle Mitgliedstaaten angesichts nachteiliger Tendenzen im Kräfteverhältnis zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt eine reale Erhöhung ihres Verteidigungshaushalts um etwa drei Prozent jährlich anstreben sollten. Für den Wortlaut vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 71–74. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1977, D 349–352. Vgl. dazu ferner AAPD 1977, I, Dok. 123 und Dok. 141.

⁹ Präsident Carter regte auf der NATO-Ratstagung auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10./11. Mai 1977 in London die Ausarbeitung eines Langfristigen Verteidigungsprogramms an. Für seine Ausführungen vgl. PUBLIC PAPERS, CARTER 1977, S. 848–852. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1977, D 332–336. Vgl. dazu auch AAPD 1977, I, Dok. 121 und Dok. 141.

Auf der NATO-Ratstagung auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 30./31. Mai 1978 in Washington wurde eine Reihe von Maßnahmen als Aktionsprogramm bestätigt, das dazu beitragen sollte, das Verteidigungspotential des Bündnisses den Erfordernissen der achtziger Jahre anzupassen. Für den deutschen Wortlaut der amtlichen Zusammenfassung des Langfristigen Verteidigungsprogramms der NATO vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 483–486. Vgl. dazu auch AAPD 1978, I, Dok. 152.

¹⁰ Auf der gemeinsamen Tagung der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 wurde beschlossen, daß angesichts des Aufwuchses weitreichender sowjetischer Nuklearsysteme „die zwei parallelen und sich ergänzenden Ansätze: LRTNF-Modernisierung und -Rüstungskontrolle verfolgt werden“ sollten. Im Modernisierungsteil des NATO-Doppelbeschlusses wurde dafür die Dislozierung von 108 Abschußvorrichtungen für Pershing-II-Raketen als Ersatz für die bisher stationierten amerikanischen Pershing-Ia-Raketen sowie von 464 bodengestützten Marschflugkörpern (GLCM) „in ausgewählten Ländern“ beschlossen. Zugleich wurde betont, daß die Modernisierung der Mittelstreckensysteme die Bedeutung nuklearer Waffen für die NATO nicht erhöhen werde. Daher kamen die Minister überein, „daß als integraler Bestandteil der TNF-Modernisierung so bald wie möglich 1000 amerikanische nukleare Gefechtsköpfe aus Europa abgezogen werden“. Der SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 wurde als Beitrag „zu einem stabileren militärischen Kräfteverhältnis zwischen Ost und West und zur Förderung des Entscheidungsprozesses“ gewürdigt und die Entscheidung der USA unterstützt, mit der UdSSR im Zuge von SALT III über Begrenzungen für landgestützte LRTNF-Raketensysteme zu verhandeln. Diese Begrenzungen müßten verifizierbar sein und in einer Form vereinbart werden, „die de jure Gleichheit sowohl für die Obergrenzen als auch für die daraus resultierenden Rechte festlegt“. Vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980,

und Rüstungskontrollbemühungen der Verbündeten angehe, so sei folgendes festzustellen: Man gäbe der Sowjetunion jetzt wohl ein falsches Signal, wenn man mit den Plänen für eine europäische Abrüstungskonferenz der 35¹¹ weiter voranginge. Die Sowjetunion sei am Zuge, um das Rüstungskontrollangebot im Zusammenhang mit der TNF-Modernisierung und dem neuen MBFR-Vorschlag¹² zu beantworten. Die amerikanische Administration werde fortfahren, für die Ratifizierung von SALT II¹³ einzutreten, aber die Ratifizierung sei nun noch mehr erschwert.

Fortsetzung Fußnote von Seite 4

S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN 1979, S. 1409 f. Vgl. ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

- 11 Am 25. Januar 1978 billigte der französische Ministerrat einen Bericht des Staatspräsidenten Giscard d'Estaing über die Haltung Frankreichs zur Abrüstungspolitik. Darin wurde der Vorschlag für eine Europäische Abrüstungskonferenz unterbreitet, welche die konventionellen Rüstungen im Raum zwischen dem „Atlantik und dem Ural“ zum Gegenstand haben sollte. Vgl. dazu LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1978, I, S. 38. Vgl. dazu auch AAPD 1978, I, Dok. 27.

In ihrem Memorandum vom 19. Mai 1978 an die KSZE-Teilnehmerstaaten legte die französische Regierung nochmals ihren Vorschlag für eine Konferenz für Abrüstung in Europa dar. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 506–509.

Referat 221 notierte am 25. Januar 1980: „Angesichts des umfassenden Ansatzes der KAE (Rüstungskontrolle in ganz Europa, nicht mehr nur beschränkt auf die begrenzte Region Mitteleuropa wie beim Raum der Reduzierungen in MBFR), angesichts des französischen Lernprozesses nach etwa 15 Jahren Zurückhaltung in Allianz- und Rüstungskontrollfragen sowie des französischen Bestrebens, eine von den USA abgehobene, europabezogene Komponente der Sicherheitspolitik durch das KAE-Projekt zu verstärken, ist die bisherige Diskussion in EPZ und NATO noch nicht bis zu Einzelfragen vorgedrungen. Da es Frankreich in erster Linie auf die allgemeine politische Wirkung seines Vorschlags ankommt, war es bislang auch nicht entscheidend motiviert, sicherheits- und militärpolitische Details zu durchdenken und vorzubereiten. [...] Um die USA indirekt zu beeinflussen, auf ihre unerläßliche Teilnahme hinzuwirken und die europapolitische Komponente des KAE-Projekts herauszustellen, wurde die EPZ bislang stärker herangezogen als die NATO. Das führte zu der rasch vorbereiteten und durchgeführten Aktion Frankreichs, die KAE durch die Außenminister der Neun am 20.11. in Brüssel mit äußerst vagen Formeln indossieren zu lassen, wobei wir unsere Position (Geographie, Allianz) nicht voll berücksichtigt fanden. Immerhin bewirkte dieses Vorgehen, daß die USA auf der unmittelbar folgenden NATO-Sitzung zum ersten Mal das KAE-Projekt, wenn auch unter Bedingungen, akzeptierten. Inzwischen, insbesondere nach Afghanistan, versuchen die USA, von dem Vorschlag wieder abzurücken (‚Opferung‘ des nicht sehr geschätzten Vorschlags als ‚Sanktion‘ gegenüber der Sowjetunion).“ Vgl. Referat 221, Bd. 116932.

- 12 Als Teil eines umfassenderen Aktionsprogramms wurde auf der NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1979 in Brüssel ein Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten verabschiedet, in dessen Mittelpunkt ein Phase-I-Interimsabkommen und ein Paket begleitender Maßnahmen standen. Im Kommuniqué wurde dazu ausgeführt: „Dieses Phase-I-Interimsabkommen würde den Weg für ein späteres Phase-II-Abkommen ebnen, das auf vereinbarten Gesamtdaten beruht und weitere Reduzierungen aller direkten Teilnehmer zur Herbeiführung einer übereinstimmenden kollektiven Gesamthöchststärke beim Personal der Landstreitkräfte beider Seiten bei etwa 700 000 Mann und Einigung über eine kombinierte übereinstimmende kollektive Gesamthöchststärke von etwa 900 000 Mann für das Personal der Land- und Luftstreitkräfte beider Seiten vorsieht.“ Vgl. BULLETIN 1979, S. 1413. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 378.

Die Vorschläge wurden am 20. Dezember 1979 von den an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten eingeführt. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 390.

Zum darin enthaltenen Paket begleitender Maßnahmen vgl. Dok. 40, Anm. 29.

- 13 Am 18. Juni 1979 unterzeichneten Präsident Carter und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, in Wien den Vertrag zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II). Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 195, und AAPD 1979, II, Dok. 197.

Angesichts der sowjetischen Intervention in Afghanistan ersuchte Präsident Carter mit Schreiben vom 3. Januar 1980 den Mehrheitsführer im amerikanischen Senat, Byrd, die Debatte im Senat über eine Ratifizierung des SALT-II-Vertrags auszusetzen. Carter machte dabei deutlich, daß das Abkommen unverändert im Interesse der USA und der ganzen Welt liege und daher später im Senat weiterbehandelt werden solle. Für den Wortlaut des Schreibens vgl. PUBLIC PAPERS, CARTER 1980, S. 12.

Christopher stellte sodann die Punkte zur Debatte, welche die Verbündeten „individuell oder kollektiv beantworten“ müßten:

- 1) Die Überprüfung ihrer Beziehungen zu Afghanistan.
- 2) Die Überprüfung ihrer Beziehungen zur Sowjetunion.
- 3) Maßnahmen gegenüber und Zusammenwirken mit den Staaten der Region.
- 4) Die Mobilisierung der öffentlichen Meinung in der Dritten Welt, insbesondere in den islamischen Staaten, und in unseren eigenen Ländern.
- 5) Die schnelle Befassung der Vereinten Nationen (Generalversammlung oder Sicherheitsrat nach Kapitel VI oder VII der UNO-Charta¹⁴).¹⁵

Aus den anschließenden Ausführungen der Botschafter und Geschäftsträger, die unter II. im einzelnen dargestellt sind, hebe ich an dieser Stelle nur die operativen Überlegungen hervor:

Ich habe mich für eingehende Konsultationen in der Allianz eingesetzt, um die politische Solidarität als unsere erste Linie der Abschreckung zur Sowjetunion ganz klar zu machen. Hier liege auch eine Chance für das Bündnis, die Solidarität, die bei der Entscheidung des 12. Dezember nicht in vollem Maße habe gewahrt werden können¹⁶, wiederherzustellen.

Der britische Botschafter¹⁷ erklärte, seine Regierung sei bereit, ihre bilateralen Beziehungen zur Sowjetunion zu überprüfen, z.B. geplante hochrangige Besuche. Die britische Regierung wolle hierüber und über das Zusammenwirken mit

¹⁴ Kapitel VI der VN-Charta vom 26. Juni 1945 regelte die „friedliche Beilegung von Streitigkeiten“, Kapitel VII „Maßnahmen bei Bedrohung oder Bruch des Friedens und bei Angriffshandlungen“. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 455–465.

¹⁵ Botschafter Jelonek, New York (VN), informierte am 1. Januar 1980, die Lage in Afghanistan beherrsche „zunehmend die Gespräche in New York, obwohl die sowjetische Militärintervention bisher weder in einem VN-Gremium noch in einem offiziellen Dokument im VN-Rahmen behandelt worden ist. [...] Bei Mehrheit der Blockfreien reichte Reaktion von Ausdruck der Sorge bis zu aufgebrachter Empörung und ist jedenfalls bei weit überwiegender Mehrheit negativ. Mit Skepsis schaut man auf das zur Zeit noch vollkommen passive Verhalten der Blockfreien-Präsidentschaft Kuba. [...] Indien ließ keine klare Linie erkennen, hat aber im Laufe des 31.12. Weisung zu Stellungnahme gegen SU erhalten. Pakistan, Bangladesch und ASEAN-Staaten erklärten mit Nachdruck, daß sie sich stärkstens in eigener Sicherheit betroffen fühlten. [...] Amerikaner sind entschieden der Auffassung, daß Frage Afghanistans vor den SR gehört, und glauben, daß auch Willen der Mehrheit der Ungebundenen sich in diese Richtung entwickelt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3817; Referat 340, Bd. 110426.

¹⁶ Referat 220 notierte am 14. Dezember 1979, bei der gemeinsamen Tagung der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel hätten Dänemark, Belgien und die Niederlande Vorbehalte bzw. Änderungswünsche hinsichtlich des NATO-Doppelbeschlusses geäußert: „a) Dänemark trug am 12. Dezember erneut seinen Vorschlag vor, die Entscheidung um sechs Monate aufzuschieben, bestand aber angesichts eines eindeutig kritischen Echos nicht auf dem Vorschlag und nahm ihn zurück. b) Belgien trägt die Entscheidung [...] mit, hat jedoch erklärt, daß es für die Systeme in Belgien – und für Belgien allein – die Einleitung der Vorbereitung für die Dislozierung um sechs Monate suspendiert [haben] will. Diese Frage soll nach dem genannten Zeitraum von der belgischen Regierung überprüft werden. c) Auch die NL tragen die Modernisierungsentscheidung mit, jedoch mit einem Vorbehalt hinsichtlich der Stationierung von Mittelstreckenwaffen in den NL; hierüber wird Den Haag erst im Dezember 1981 entscheiden, und zwar nach Prüfung der dann vorliegenden Rüstungskontrollergebnisse. NL gehen ferner davon aus, daß bis Dezember 1981 SALT II ratifiziert ist. Sollte nach 1981 in Den Haag die Entscheidung für die Stationierung von LRTNF fallen, müßten andere nukleare Aufgaben der Niederlande reduziert werden.“ Allerdings sei eine Erwähnung dieser Positionen im Kommuniqué ebenso vermieden worden wie die Benennung der Stationierungsländer. Vgl. VS-Bd. 11343 (220); B 150, Aktenkopien 1979.

¹⁷ Clive Rose.

Staaten der Region im Rahmen des Bündnisses konsultieren. Man könne an die Einrichtung von besonderen Studiengruppen denken, die dem NATO-Rat zuarbeiten würden. Dem Rat selbst sollte die koordinierende Rolle zufallen.

Der kanadische Geschäftsträger, der sich nach unserer Erkundigung auf Instruktionen der kanadischen Delegation stützte, die am Londoner Treffen¹⁸ teilgenommen hat, trug folgendes vor: Kanada hoffe, die Allianz werde das zentrale Instrument für den Meinungsaustausch und die Erarbeitung politischer Aktionen sein. Es stelle sich die Frage, ob die Détente unbedingt irreversibel sei und ob man nicht ihre institutionellen Mechanismen überprüfen müsse, besonders diejenigen, die für die Sowjetunion besonders profitabel seien.¹⁹ Wenn der Westen nach der sowjetischen Intervention in Afghanistan den KSZE-Prozeß als völlig immun ansehe, gebe er damit zu, daß die Détente teilbar sei. Man müsse vielleicht daran denken, das Wissenschaftsforum²⁰ zu opfern.

Der niederländische Geschäftsträger trat dafür ein, daß die Verbündeten nach Konzertierung die sowjetische „Begründung“ der Intervention schriftlich zurückweisen. Man müsse sich fragen, ob die Beziehungen mit der Sowjetunion unberührt bleiben könnten; er denke an Weizenlieferungen und Olympiade²¹.

Der französische Geschäftsträger erklärte, jede Regierung müsse nach Konsultationen mit Freunden und Verbündeten sehen, was sie tun könne. Wir sollten den Maßnahmen kein NATO-Etikett geben, weil sonst die islamischen Staaten, die zum Teil sehr klar ihren Unmut zeigten, sich als bloße Figuren auf dem Ost-West-Schachbrett behandelt fühlten und vielleicht weniger optimal reagieren würden.

18 Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 28. Dezember 1979, laut Mitteilung des amerikanischen Außenministers Vance solle „am 30. oder 31. Dezember eine Konsultation unter den Verbündeten auf der Ebene der stellvertretenden Außenminister in London“ stattfinden, zu der neben der Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Italien und den USA weitere Teilnehmer einbezogen werden sollten: „Es handele sich nicht um eine NATO-Sitzung außerhalb Brüssels, sondern um eine Konsultation von Verbündeten außerhalb des NATO-Rahmens.“ Gedacht sei insbesondere an die Beteiligung Kanadas. Vgl. den Drahtbericht Nr. 4581; VS-Bd. 11181 (340); B 150, Aktenkopien 1979.

Am 2. Januar 1980 unterrichteten Bundesminister Genscher und Staatssekretär van Well das Bundeskabinett über das Treffen im Sechser-Kreis am 31. Dezember 1979 in London. Ministerialdirektor Meyer-Landrut resümierte, als Ergebnis sei vorgetragen worden, daß das Thema in der Öffentlichkeit wachgehalten und die Beziehungen zu Afghanistan überprüft werden sollten. In den Vereinten Nationen müsse deutlich werden, daß die sowjetische Intervention in Afghanistan kein Thema des Ost-West-Konflikts sei, sondern die gesamte Staatengemeinschaft berühre. Im Verhältnis zur UdSSR solle überprüft werden, „ob Möglichkeiten bestehen, Signale an die SU zu geben. [...] Gegenüber den islamischen Staaten wäre der anti-islamische Charakter des Eingriffs zu unterstreichen, gegenüber den Staaten des Persischen Golfs, Südasiens und der Region des Indischen Ozeans die Gefahr für diesen Raum.“ Iran solle durch eine Demarche der EG-Mitgliedstaaten zur Überprüfung seiner Politik veranlaßt werden und Pakistan mehr Hilfe erhalten: „Wir denken hierbei sowohl an Entwicklungshilfe wie auch an Hilfe für Afghanistan-Flüchtlinge. Wir werden uns auch für das Zustandekommen einer Umschuldungskonferenz einsetzen.“ Die Volksrepublik China solle zur Aufstockung der Hilfe für Pakistan veranlaßt und Indien unterrichtet werden, daß das sowjetische Handeln auch Indien bedrohe und die Aufstockung der Hilfe für Pakistan insofern „im recht verstandenen Interesse Indiens“ liege. Vgl. den Runderlaß Nr. 43; Referat 340, Bd. 113035.

19 Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Arnot durch Ausrufezeichen hervorgehoben.

20 Das Wissenschaftliche Forum der KSZE fand vom 18. Februar bis 3. März 1980 in Hamburg statt. Vgl. dazu Dok. 75.

21 Die Olympischen Sommerspiele fanden vom 19. Juli bis 3. August 1980 in Moskau statt.

Der türkische²², dänische²³, belgische²⁴ und norwegische²⁵ Botschafter, der italienische Geschäftsträger und der Chairman des Military Committee²⁶ meldeten sich ebenfalls, aber ohne operative Empfehlungen, zu Wort.

Christopher dankte für die Stellungnahmen und Anregungen der Verbündeten, die ihm für seine Besprechung bei Präsident Carter am 2.1.1980 sehr hilfreich sein würden.²⁷

II. Im einzelnen

1) In meiner Stellungnahme habe ich eingangs darauf hingewiesen, daß die Sowjetunion durch ihr Vorgehen in Afghanistan klargemacht hat, was sie von der Forderung des Westens, Entspannung müsse unteilbar sein, wirklich hält. Sie halte diese Art des politischen Denkens vermutlich für recht naiv. Die Sowjetunion habe auch demonstriert, daß „militärische Entspannung“ für sie auf Europa begrenzt bleibe²⁸: „Militärische Entspannung“ solle hier für eine ruhige Gesamtlage sorgen, ihr Gelegenheit sowohl zur eigenen Aufrüstung wie zur Mitsprache bei westlichen Rüstungsentscheidungen geben und obendrein als Deckmantel für ihre weltweiten militärischen Aktivitäten dienen.

Die Abschreckungsstrategie des Bündnisses baue zunächst und vor allem auf der Solidarität der Partner auf, Entscheidungen gemeinsam zu treffen und durchzuführen. Diese Solidarität sei bei den NATO-Beschlüssen vom 12. Dezember nicht in dem notwendigen uneingeschränkten Umfang vorhanden gewesen. Dies sei der Öffentlichkeit in West und Ost nicht entgangen. Die Allianz sei nun seit einigen Tagen mit einer militärischen Intervention der Sowjetunion konfrontiert, die die Umwelt verändere. Daraus müßten wir eine entscheidende Konsequenz ziehen: die volle Bündnissolidarität beim politischen Entscheidungsprozeß wiederherzustellen. Täten wir dies nicht, könnten wir schon in den nächsten Jahren zu militärischen Konsequenzen gezwungen werden, weil wir es versäumt haben, rechtzeitig die politischen Konsequenzen zu ziehen. Das Bündnis müsse prüfen, ob es sich nicht auf einen Konfliktfall in Europa einstellt, der nicht stattfindet, und darüber die Vorbereitung auf den Konflikttyp der 80er

²² Osman Olcay.

²³ Anker Svart.

²⁴ Michel van Ussel.

²⁵ Kjeld Vibe.

²⁶ Herman F. Zeiner Gundersen.

²⁷ Beginn des als Drahtbericht Nr. 2 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

²⁸ Die Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts regten bei der Tagung des Komitees der Außenminister am 14./15. Mai 1979 in Budapest eine Abrüstungskonferenz für Europa an. Vgl. dazu das Kommuniqué; EUROPA-ARCHIV 1979, D 329–332.

Botschafter Wieck, Moskau, stellte dazu am 16. Mai 1979 fest: „Operatives Kernstück des Kommuniqués ist der Vorschlag, noch im Jahre 1979 eine Konferenz der europäischen Staaten, USA und Kanadas zu den in Punkt 2 des Kommuniqués erwähnten vertrauensbildenden Maßnahmen durchzuführen. Die dabei im einzelnen vorgeschlagenen vertrauensbildenden Maßnahmen greifen teils auf ältere Vorschläge des Warschauer Pakts zurück, enthalten aber auch neue Elemente (Luftwaffen- und Marinemanöver). Das Kommuniqué läßt klar erkennen (Punkt 5), daß der Warschauer Pakt an einer Vervollständigung der militärischen Entspannung gegenüber den politischen Entspannungsbestrebungen im KSZE-Rahmen (Konferenz von Madrid) interessiert ist. Die vorgeschlagene europäische ‚Konferenz über Fragen der militärischen Entspannung‘ erscheint geradezu als Voraussetzung für eine erfolgreiche Durchführung der Konferenz von Madrid.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1761; Referat 213, Bd. 133142.

Jahre vernachlässigt. Konflikte entstünden heute in der DW²⁹, dies habe die Invasion in Afghanistan erneut gezeigt. Der Einfall habe erhebliche Konsequenzen für die politische und militärische Lage in der Region. Die Sowjetunion sei bis auf 500 km an den Indischen Ozean herangerückt, Pakistan habe künftig eine 1500 km lange militärisch relevante Grenze mit der SU. Der Iran sei im Norden und Osten von der SU eingekreist.³⁰

Es stelle sich die Frage nach unserer angemessenen Reaktion. Wir sollten hierbei bedenken, daß für die Ereignisse nicht Afghanistan, sondern die SU verantwortlich ist. Es wäre ein großer Fehler, die Reaktion nur auf Maßnahmen gegenüber Afghanistan zu beschränken. Verringerung westlicher diplomatischer Präsenz in Kabul könne der SU nur recht sein, da sie dann lästige Beobachter loswürde.

Die SU habe sich vor den Augen der Welt derartig exponiert, daß die Antwort darauf ebenfalls für alle sichtbar erfolgen müsse. Würde der Westen dies jetzt nicht tun, müßten wir dies später sehr bedauern. Die Vorgänge in den 30er Jahren, als nur zehn Monate nach Verkündung der Nürnberger Rassengesetze³¹ die Welt an der Berliner Olympiade³² teilgenommen habe, sollten uns als Warnung dienen. Totalitäre Systeme seien nicht unempfindlich gegenüber der öffentlichen Meinung, das hätte man auch schon 1936 wissen müssen. Könne man sich z. B. jetzt eine weltweite Beteiligung an einer Olympiade in Moskau mit einer von der SU ausstaffierten afghanischen Mannschaft vorstellen? Wie müsse dies gegebenenfalls auf die sowjetische Führung wirken?

Der Westen müsse jetzt eine deutliche Linie ziehen, die nicht mehr überschritten werden dürfe. Das gelte besonders auch im Hinblick auf den zu erwartenden Wechsel in der sowjetischen Führung. Der Osten dürfe nicht dazu gebracht werden, die Reaktion des Westens falsch einzuschätzen. Die Frage, ob die Invasion in Afghanistan der Sicherung des sowjetischen Glacis dienen oder eine Basis für weiteres Vordringen abgeben solle, hänge entscheidend von unserer Reaktion ab. Eine klare Antwort liege auch im Interesse des sowjetischen Volkes.

Ich wies abschließend noch darauf hin, daß die Allianz gut beraten wäre, das Denken und Urteil der Türkei als unseres einzigen islamischen Partners in diesem Zusammenhang besonders sorgfältig zu beachten.

2) Der britische Botschafter stimmte der Analyse Christophers zu. Die Invasion Afghanistans bedeute eine Abkehr von der bisherigen sowjetischen Linie, Truppen nur im eigenen Machtbereich einzusetzen. Sie sei völlig unvereinbar mit allem, was die sowjetische Führung bisher im Bereich der Entspannung erklärt habe. Die weiteren sowjetischen Pläne in Afghanistan und in der Region seien nicht vorhersehbar. Sicher sei nur, daß die Sowjetunion mit der Invasion ein sehr hohes politisches Risiko eingegangen ist.

Viel werde davon abhängen, wie der Westen und insbesondere die Dritte Welt reagiert. Wir sollten die SU nicht darüber im unklaren lassen, welche Folgen

²⁹ Dritte Welt.

³⁰ Dazu vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Arnot handschriftlich: „Nein.“

³¹ Für den Wortlaut des „Reichsbürgergesetzes“ und des Gesetzes „zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ vgl. REICHSGESETZBLATT 1935, Teil I, S. 1146 bzw. S. 1146 f.

³² Die XI. Olympischen Sommerspiele fanden vom 1. bis 16. August 1936 in Berlin statt.

es hätte, wenn sie ihre Aktionen ausweitete. Der britische Botschafter fand den Vergleich mit der Situation in den 30er Jahren sehr passend. Wir müßten aus der sowjetischen Invasion Folgerungen für die westliche Verteidigungs- und Entspannungspolitik ziehen und dabei die Solidarität der Allianz deutlich machen. LRTNF-Entscheidung, die Ziele des Langzeitprogramms müßten uneingeschränkt verwirklicht werden. Dies gelte auch für das Ziel, den Verteidigungshaushalt jährlich um drei Prozent real zu steigern.

Die britische Regierung werde ihre bilateralen Beziehungen zur Sowjetunion überprüfen. Er könne sich z. B. vorstellen, daß der im Rahmen eines bilateralen Programms vorgesehene Besuch hoher Militärs unter den gegenwärtigen Umständen als völlig unangebracht entfallen müsse. In diese Überprüfung müsse auch der geplante Besuch des britischen Gesundheitsministers³³ in der SU und die Einladung Gromykos nach London³⁴ einbezogen werden. Diese Fragen seien am besten in Konsultationen mit den Alliierten und durch eine Koordination dieser Maßnahmen auf Bündnisebene zu behandeln.

Es stelle sich weiterhin das Problem, ob die jetzt auslaufenden Kreditabkommen mit der SU erneuert werden können, ohne daß dies von der SU als ein Zeichen für „business as usual“ interpretiert werden könne. London habe hier noch keine klare Linie entwickelt, man wolle in Abstimmung mit den Verbündeten vorgehen.³⁵

Beim Londoner Treffen habe es einen Meinungsaustausch gegeben über die Folgerungen, die aus den Ereignissen in Afghanistan für die künftigen Kontakte mit der SU auf sozialem und kulturellem Gebiet zu ziehen seien, sowie über Unterstützungsmaßnahmen für die Länder der Region. Nach Meinung der britischen Regierung sollten hierzu die Konsultationen im Bündnis verstärkt werden, was z. B. durch die Einrichtung von besonderen Konsultationsgremien geschehen könne. Diese Gremien sollten jedoch nicht die Rolle des Rats als zentrales Koordinationsorgan der NATO mindern. Hierüber müsse in den nächsten Wochen im Bündnis sehr intensiv gesprochen werden.³⁶

3) Kanadischer Geschäftsträger erklärte, es sei wichtig, daß Sowjetunion für ihre militärische Aktion in Afghanistan einen Preis zahle. Sowjetisches Vorgehen habe unmittelbare Auswirkungen auf Ost-West-Beziehungen und Entspannungspolitik. Es gelte daher, Allianz als zentrales Forum für Ausarbeitung von Empfehlungen für westliche Aktionen zu nützen. Da es sich bei sowjetischer In-

³³ Patrick Jenkin.

³⁴ In einer Hausbesprechung zu Afghanistan teilte Ministerialdirektor Blech am 7. Januar 1980 mit, der sowjetische Außenminister Gromyko habe seine Reise nach Großbritannien abgesagt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Edler von Braunnühl vom selben Tag; Referat 010, Bd. 178798.

³⁵ Legationsrat I. Klasse Horstmann notierte am 24. Januar 1980, die britische Botschaft habe Referat 204 über den Maßnahmenkatalog informiert, den Außenminister Lord Carrington am Nachmittag desselben Tages im britischen Oberhaus bekanntgeben werde. U. a. sei vorgesehen: „Keine Erneuerung des am 16.2.1980 auslaufenden britisch-sowjetischen Kreditabkommens (künftig keine Gewährung von Krediten, die günstiger als OECD-Richtlinien sind); [...] hochrangiger Besucheraustausch (high-level and ministerial visits) soll vermieden werden; [...] kein Austausch militärischer Besuche (z. B. Absage geplanter Schiffsbesuche und Reise des RAF Staff College).“ Vgl. Referat 204, Bd. 115970.

³⁶ Beginn des als Drahtbericht Nr. 3 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

tervention um langfristigen strategischen Vormarsch der Sowjetunion in einer instabilen Weltgegend handle, komme es für Westen darauf an, islamische Länder und den Islam insgesamt gegen die sowjetische Expansion zu engagieren. Kanada plädiere für baldige Befassung des Sicherheitsrates³⁷, denn Preis für ihr Handeln müsse Sowjetunion durch Verurteilung ihrer Intervention und Verschlechterung ihrer Beziehungen zu Ländern der Dritten Welt zahlen.

Bilateral habe kanadische Regierung sowjetische Intervention verurteilt.³⁸ Sie werde neue afghanische Regierung nicht anerkennen und prüfe zur Zeit Einfrieren oder Suspendierung ihres wirtschaftlichen Hilfsprogramms für Afghanistan.

Bei westlichen Aktionen könne nicht nur an Befassung der Vereinten Nationen oder an bilaterale Schritte gedacht werden. Der Sowjetunion müsse auch signalisiert werden, daß Entspannungspolitik nicht irreversibel sei. Auf keinen Fall dürfe der Westen zulassen, daß Entspannung teilbar werde. Daher müsse westliches Verhalten im Rahmen des KSZE-Prozesses ebenfalls in die Überlegungen einbezogen werden. Als konkrete Schritte böten sich z.B. Vertagung des „Wissenschaftlichen Forums“ an und Absage der für die nächste Zeit geplanten bilateralen KSZE-Konsultationen mit der Sowjetunion.

4) Türkischer Botschafter charakterisierte Stimmung in den mittelöstlichen, islamischen Ländern – in die er Türkei einschloß – dahingehend, daß auf Bevölkerung dieser Länder nichts so erfolgreich wirke wie der Erfolg. In diesen Ländern glaube man festzustellen, daß sich die Weltlage seit einigen Jahren zugunsten der Sowjetunion verändere und daß westliche Länder hierauf nur noch – oft dazu erfolglos – reagierten. Ereignisse in Afghanistan sollten für Allianz Anlaß sein, Selbstkritik mit dem Ziele zu üben, von einer reagierenden wieder zu einer agierenden, aktiven Politik zu gelangen.

Es sollte – besonders in der öffentlichen Meinung – erneut zu einem Privileg werden, dem westlichen Lager und dem Bündnis anzugehören, und keine Bürde. Glaubwürdigkeit westlicher Politik müsse wiederhergestellt werden. Pakistan sei in letzter Zeit, besonders von den USA, nicht gut behandelt worden. Hier sei eine neue Politik vonnöten.

Botschafter spielte in versteckter Form darauf an, daß Bündnispartner für Türkei als einzigem islamischen NATO-Mitglied in vergangenen Jahren vielleicht mehr hätten tun können. Mittelöstliche Länder hätten sehr wohl bemerkt, daß z.B. bei Kreditgewährung der Sowjetunion und osteuropäischen Ländern mehrfach günstigere Konditionen als dem NATO-Land Türkei eingeräumt worden seien und daß z.B. Ausrüstung türkischer Streitkräfte längst nicht mehr modernem Stand entspreche.

³⁷ Der Passus „komme es ... des Sicherheitsrats“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Arnot durch Häkchen hervorgehoben.

³⁸ Gesandter Lang, Ottawa, übermittelte am 11. Januar 1980 das an diesem Tag veröffentlichte Schreiben des Ministerpräsidenten Clark vom 8. Januar an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew. Darin hieß es: „Your Government's action has already had serious consequences for the whole climate of international confidence, for the prospects of stability in Southwest Asia and the Middle East, for the future of self-determination by the developing countries, and for the course of Canadian-Soviet relations. I am convinced that unless Soviet troops are withdrawn from Afghanistan and that country freely allowed to settle its own affairs, there will be still further consequences.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 6; Referat 340, Bd. 113031.

In Afghanistan sei vorerst wenig für den Westen zu retten. Um so wichtiger sei es daher, die übrigen Länder der Region für den Westen nicht abzuschreiben.

5) Norwegischer Vertreter erklärte, seine Regierung habe Sowjetunion unmißverständlich gesagt, daß sie sowjetisches Eingreifen in Afghanistan als eine militärische Aggression betrachte, über die Norwegen tief beunruhigt sei und die nicht hingenommen werden könne.³⁹ Auf das sowjetische Vorgehen müsse eine entschiedene, aber von Verantwortung getragene Reaktion erfolgen. Mit Sicherheit werde Sowjetunion in islamischer Welt an Ansehen verlieren.⁴⁰

Die Auswirkungen der sowjetischen Intervention auf Ost-West-Beziehungen und Spannungspolitik mußten sorgfältig analysiert werden. Trotz fester Haltung gegenüber der Sowjetunion läge es jedoch im westlichen Interesse, die Abrüstungs- und Rüstungskontrollbemühungen der Allianz weiter zu verfolgen.

6) Italienischer Geschäftsträger beklagte fortschreitende Destabilisierung des Mittleren Ostens und Erosion westlicher Interessen und Positionen in diesem Raum. Italienischer Botschafter in Kabul⁴¹ sei zur Berichterstattung nach Rom gerufen und sowjetischer Botschafter⁴² ins Außenministerium bestellt worden. Die Krise habe jedoch in Italien auch positiv gewirkt: Alle Italiener, auch die Kommunisten, seien sich in der Verurteilung der sowjetischen Invasion einig. Die italienische Regierung werde bilateral und im Bündnis konsultieren, um gemeinsame Maßnahmen des Westens als Antwort auf das sowjetische Vorgehen zu ermöglichen. In jedem Fall werde Italien Aktionen im Sicherheitsrat der VN, die geeignet seien, Druck auf die Sowjetunion auszuüben, befürworten und unterstützen. Der ganzen Welt müsse die Tragweite der sowjetischen Verhaltensweise vor Augen geführt werden.

7) Niederländischer Geschäftsträger vertrat Auffassung, daß sowjetische Intervention in Afghanistan Auswirkungen auf die Bewegung der Blockfreien haben und möglicherweise zu einer für die USA positiveren Entwicklung im Iran führen werde. Das Machtvakuum im Iran trete nunmehr offen zutage. Die niederländische Regierung werde die bisher geleistete Hilfe von etwa 60 Mio. Holländischen Gulden pro Jahr für Pakistan fortsetzen und voraussichtlich verstärken.

Auf persönlicher Basis gab Niederländer dann einige Anregungen, wie das Bündnis auf die sowjetische Invasion reagieren solle. In erster Linie sei eine Analyse der sowjetischen Rechtfertigungsversuche und deren gemeinsame Zurückweisung notwendig. Nach Möglichkeit sollte diese schriftlich erfolgen und der Text veröffentlicht werden. Der Rat solle die Konsultationen fortsetzen, um weitere

³⁹ Ministerpräsident Nordli bezeichnete in seiner Neujahrsansprache die sowjetische Intervention in Afghanistan „als eine von seinem Land entschieden abgelehnte Einmischung in die Angelegenheiten fremder Staaten“. Vgl. den Artikel „Zurückhaltende Äußerungen aus Dänemark“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 3. Januar 1980, S. 2.

⁴⁰ Der Vizepräsident des muslimischen Weltkongresses, Natsir, rief am 2. Januar 1980 alle islamischen Staaten zu entschiedenen Schritten gegen die sowjetische Intervention in Afghanistan auf. Dazu wurde in der Presse berichtet: „In einer Erklärung Natsirs heißt es, die islamische Welt werde keine Fremdherrschaft über ein muslimisches Land dulden. Die Sowjetunion müsse erkennen, daß Afghanistan nicht die Tschechoslowakei oder ein Satellitenstaat sei.“ Vgl. den Artikel „Offensive in Afghanistan“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 3. Januar 1980, S. 2.

⁴¹ Francesco Lo Prinzi.

⁴² Nikita Semjonowitsch Ryschow.

Maßnahmen zu beraten. Vorgänge sollten der Allianz auch eine Lehre sein und den Staat (gemeint war Griechenland), der seine militärische Integration in der Allianz ausgesetzt habe⁴³, zu einer Überprüfung seiner Haltung veranlassen. Außerdem sollten die Chancen einer Spaltung der kommunistischen Bewegung durch eine Wiederbelebung des Eurokommunismus genutzt werden. Die Handelsbeziehungen zur Sowjetunion müßten überprüft werden. „Business as usual“ sei in der Folge der Ereignisse in Afghanistan mit der Sowjetunion nicht möglich. Diese Überlegungen dürften auch nicht vor der Frage der Lieferung großer Getreidemengen in die Sowjetunion oder der Teilnahme an der Olympiade in Moskau halt machen. Den Ländern der Dritten Welt müsse deutlich gemacht werden, daß nur ein Zusammengehen mit dem Westen ihre Sicherheit erhöhe. Im übrigen dürfe man die Entwicklung in den beiden Jemen⁴⁴ nicht aus dem

⁴³ Am 14. August 1974 erklärte Griechenland unter Hinweis auf den Zypern-Konflikt den Austritt aus der militärischen Integration der NATO. Vgl. dazu AAPD 1974, II, Dok. 236.

Am 8. Oktober 1975 gab die griechische Regierung im Ständigen NATO-Rat in Brüssel eine Neun-Punkte-Erklärung über „Ansätze für eine Wiedereinbeziehung Griechenlands in die militärische Zusammenarbeit“ der NATO ab. Vgl. dazu AAPD 1975, II, Dok. 305.

Referat 201 vermerkte am 2. Januar 1979: „Auf der Grundlage eines im Oktober 1975 überreichten griechischen Neun-Punkte-Papiers wurden im November 1975 in Brüssel in einer open-ended group auf Gesandtenebene mit Griechenland Gespräche mit dem Ziel aufgenommen, eine Regelung der Zusammenarbeit der NATO mit Griechenland nach dessen Austritt aus der militärischen Integration zu erreichen. Das allgemein gehaltene griechische Neun-Punkte-Papier beantwortete die NATO im März 1976 mit einem Memorandum, in dem Griechenland um nähere Erläuterung gebeten wurde. Die griechische Antwort hierauf wurde von der Türkei wegen anti-türkischer Passagen als Grundlage für weitere Gespräche abgelehnt. In der open-ended group wurde daraufhin ein Fragenkatalog erarbeitet (inventory of issues), der die türkischen Einwände berücksichtigte und als Grundlage für exploratorische Gespräche dient. Im Februar 1978 beauftragte der Generalsekretär das MC mit der Aufnahme exploratorischer Gespräche mit Griechenland auf militärtechnischem Gebiet. Mit der Durchführung dieser Gespräche wurde SACEUR betraut.“ Vgl. VS-Bd. 10481 (201); B 150, Aktenkopien 1979.

Am 11. September 1979 resümierte Referat 201, als Ergebnis der exploratorischen Gespräche des Generals Haig mit dem griechischen Generalstabschef Davos liege „seit Mai 1978 das sogenannte ‚Haig-Davos-Arrangement‘ vor, in dem Griechenland in Beantwortung eines Fragenkatalogs der Allianz seine Vorstellungen für die Reintegration seiner Streitkräfte darlegt. Die Vorstellungen Griechenlands unterscheiden sich von den Zuständen von vor 1974 vor allem durch eine neue Kommandostruktur für die Land- und Luftstreitkräfte im Bereich der Ägais.“ Die Türkei habe diesen Vorstellungen, vor allem einer von Griechenland angestrebten Regelung von Kommandostruktur und -grenzen in der Ägais, widersprochen: „Die Bemühungen General Haigs bis zu seinem Ausscheiden aus dem Amt des SACEUR um eine Vermittlung zwischen Griechenland und der Türkei führten bisher zu keinem Ergebnis. Haig unterbreitete insgesamt drei Kompromißvorschläge für eine provisorische Regelung, von denen je einer von Ankara und Athen abgelehnt wurde; die endgültige griechische und türkische Reaktion auf den dritten Vorschlag Haigs steht noch aus.“ Vgl. Referat 201, Bd. 120181. Vgl. dazu auch AAPD 1979, I, Dok. 24, Dok. 89, Dok. 178, und AAPD 1979, II, Dok. 299.

⁴⁴ Im Februar und März 1979 kam es an der Grenze zwischen der Demokratischen Volksrepublik Jemen (Südjemen) und der Arabischen Republik Jemen (Nordjemen) zu kriegerischen Auseinandersetzungen. Auf einer auf Vermittlung arabischer Staaten erfolgten Konferenz in Kuwait beschlossen am 30. März 1979 die Präsidenten Abdullah Saleh (Nordjemen) und Fattah Ismail (Südjemen) zur Konfliktbeilegung den bereits 1972 geplanten Zusammenschluß beider jemenitischen Staaten zu einem Gesamtstaat mit der Hauptstadt Sanaa.

Beim Treffen der außenpolitischen Berater der Staats- und Regierungschefs Frankreichs, Großbritanniens, der USA und der Bundesrepublik am 15. Januar 1980 in Paris regte der Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Brzezinski, die Bildung einer Vierer-Arbeitsgruppe zur Entwicklung in Jemen an: „Eine Vereinigung der beiden Jemen könne jederzeit erfolgen. Dieser vereinigte Staat wäre sowjetisch kontrolliert und hätte eine größere Bevölkerung als Saudi-Arabien.“ Derzeit seien „800 sowjetische, 500 kubanische und 50 ostdeutsche Berater“ in der Demokratischen Volksrepublik Jemen (Südjemen) tätig. Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Staden, Bundeskanzleramt, vom 16. Januar 1980; VS-Bd. 538 (014); B 150, Aktenkopien 1980.

Auge verlieren, die die Sicherheit der Ölzufuhr nicht weniger bedrohe als die Vorgänge in Afghanistan. Niederländer sprach sich ebenfalls für Aktion in VN zur Verurteilung der Sowjetunion aus.

8) Dänischer Botschafter begrüßte verstärkte Konsultationen in der Allianz. Afghanistan habe außerdem Notwendigkeit und Aktualität der Arbeit an der Ost-West-Studie⁴⁵ verdeutlicht, insbesondere deren Erkenntnis, daß die Sowjetunion jede sich bietende Gelegenheit ergreife, um ihren Machtbereich auszudehnen. Es sei gut, dies auch in der Öffentlichkeit deutlich zu sagen.

9) Französischer Geschäftsträger verwies auf Neujahrserklärung von Präsident Giscard. Der Satz des französischen Präsidenten „le danger de guerre existe“ habe sich zwar nicht explizit auf das Problem Afghanistan bezogen, jedoch sei deutlich geworden, wie ernst die französische Regierung die Entwicklung beurteile.⁴⁶ Im übrigen sei man in Paris von der enormen sowjetischen Herausforderung an die Länder des Islam überrascht und untersuche zur Zeit die Gründe, die die Sowjetunion zu einer Aktion in Afghanistan bewogen hätten. Die Konsultationen innerhalb der Allianz sollten zu diesem Thema zwar fortgesetzt werden, man müsse jedoch sorgfältig darauf achten, nur diejenigen Gegenmaßnahmen anzudrohen, die durchzusetzen man auch bereit und in der Lage sei. Insbesondere solle man nicht allzu sehr den Ost-West-Aspekt der Angelegenheit strapazieren und gegenüber den islamischen Staaten besonders überlegt vorgehen, um nicht durch eigene Ungeschicklichkeiten den augenblicklichen Sympathievorsprung des Westens in der Dritten Welt wieder in Frage zu stellen.

⁴⁵ Bei der NATO-Ratstagung auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10./11. Mai 1977 in London regte Präsident Carter eine Studie zu langfristigen Tendenzen im Ost-West-Verhältnis und deren Auswirkungen auf die Atlantische Allianz in den 1980er Jahren an. Vgl. dazu AAPD 1977, I, Dok. 121 und Dok. 141.

Am 30./31. Mai 1978 wurde die Ost-West-Studie auf der NATO-Ratstagung auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs in Washington verabschiedet. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 174.

Für das Dokument „Alliance Study of East-West-Relations“ (C-M (78) 35 revised) vom 22. Mai 1978 vgl. VS-Bd. 10512 (201).

⁴⁶ Botschafter Herbst, Paris, übermittelte am 6. Januar 1980 die übersetzte Silvesteransprache des Staatspräsidenten Giscard d'Estaing vom 31. Dezember 1979. Darin hieß es: „Wird uns 1980 Frieden oder Krieg bringen? Wird es eine Verschärfung der Krise oder die Bewahrung unserer Lebensweise bringen? Frieden oder Krieg? Ich hoffe, den Frieden, und dafür wollen wir arbeiten. Die Kriegsgefahr besteht jedoch. Wir leben in einer der Perioden, in der das Gleichgewicht der Welt auf der Kaltblütigkeit einiger Männer beruht. Ich hoffe, daß die Weisheit der Führer die Oberhand behalten wird.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 31; Referat 340, Bd. 113031.

Herbst berichtete am 5. Januar 1980, der Satz „Le danger de guerre existe“ in der Neujahrsansprache des Staatspräsidenten scheine „im Widerspruch zu stehen zur vorsichtigen Presseverlautbarung des Quai und der nur mit der Lupe wahrzunehmenden Mißbilligung der Geschehnisse in Afghanistan bei der Ansprache zum Neujahrsempfang des Diplomatischen Corps – eine Ansprache, die das Lob des sowjetischen Gesandten fand“. Diese „nicht unbedenkliche Dramatisierung“ diene primär innenpolitischen Zielen. Insgesamt folge die französische Reaktion auf die sowjetische Intervention in Afghanistan dem Muster: „Ja zu einer Ost-West-Sicherheitspolitik, nein zu dem Versuch der USA, Europa und die USA über einen Leisten zu scheren. Gerade im Verhältnis zur Dritten Welt sieht man deutliche Interessenunterschiede. Man empfiehlt, das Muster der französischen Afrikapolitik: Fußritte am Ort des Geschehens und Lächeln am Konferenztisch in Europa. Diese Therapie beruht auf der Diagnose, daß Afghanistan keine Neuorientierung, sondern nur eine Fortsetzung der sowjetischen Politik in der Dritten Welt sei, die nicht erst seit heute ‚von globaler Entspannung‘ nichts wissen wolle.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 29; VS-Bd. 11181 (340); B 150, Aktenkopien 1980.

10) Belgischer Botschafter appellierte an Zusammenhalt der Allianz und befürwortete glaubhafte und konkrete Antwort der Bündnispartner auf sowjetische Herausforderung. Die Kontakte zu den Blockfreien sollten verstärkt werden.

[gez.] Pauls

VS-Bd. 13169 (213)

2

Hausbesprechung

2. Januar 1980¹

Betr.: Hausbesprechung beim BM am 2.1.1980 über Afghanistan

Teilnehmer: StS van Well; StS Lautenschlager; D2², D3³; Leiter Pl⁴; VLR I Steger (340); VLR I Sudhoff (013).

1) Die nach der Kabinettsitzung⁵ unter Leitung von BM abzugebende Presseerklärung über Afghanistan wird besprochen und umgearbeitet (siehe Anlage⁶).

2) Zum weiteren Vorgehen führt *BM* aus: Es werde jetzt eine Diskussion über die Auswirkungen der Ereignisse in Afghanistan auf das Ost-West-Verhältnis geben. Wir sollten uns hier keinem Vorschlag verschließen, aber auch nicht antreiben. Wir sollten erst hören, was die anderen sagen. *BM* weist auf Frage der Weizenlieferungen der USA an die SU⁷ hin. Wichtig ist es, eine Linie für die Be-

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 2. Januar 1980 gefertigt, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau „n[ach] R[ückkehr]“ und Legationsrat I. Klasse Petersmann verfügte.

Hat Wallau vorgelegen.

Hat Petersmann am 3. Januar 1980 vorgelegen.

² Klaus Blech.

³ Andreas Meyer-Landrut.

⁴ Niels Hansen.

⁵ In der Kabinettsitzung am 2. Januar 1980 gab Bundesminister Genscher einen Überblick über die Folgen der sowjetischen Intervention in Afghanistan. Im Kurzprotokoll der Kabinettsitzung hieß es: „Er erinnert an die von der Nordatlantischen Allianz eingerichteten Arbeitsgruppen zur Prüfung des weiteren Vorgehens und stellt unwidersprochen fest, daß die öffentliche Erörterung von möglichen Reaktionsmaßnahmen z.Z. unterbleiben sollte. Gegenwärtig bestehe auch kein Anlaß, deutsch-sowjetische Termine in Frage zu stellen.“ Vgl. Referat 340, Bd. 113035. Vgl. dazu ferner Dok. 1, Anm. 18.

⁶ Dem Vorgang nicht beigelegt.

Für den Entwurf der Presseerklärung vgl. Referat 340, Bd. 113031.

⁷ Botschafter Hermes, Washington, informierte am 4. Januar 1980: „Die gegenseitige Abhängigkeit der USA und der UdSSR auf dem Agrargebiet ist im Verlaufe der letzten Jahre stark gestiegen. Die Sowjetunion hat ihre gesamten Getreideimporte seit 1972, wenn auch mit großen Schwankungen, erheblich ausgeweitet. [...] Die Getreideexporte der USA in die UdSSR stellen seit einigen Jahren durchschnittlich rund 85 % der gesamten Agrarexporte.“ Die amerikanisch-sowjetischen Agrarbeziehungen seien insbesondere durch zwei Abkommen geregelt: „a) Das Abkommen zur Lieferung von 6 bis 8 Mio. t Weizen und Mais vom 20.10.1975, das bis zum 30.9.1981 läuft, und b) das ebenfalls zunächst auf fünf Jahre abgeschlossene Kooperationsabkommen auf landwirtschaftlichem Gebiet

gegnungspolitik festzulegen. Erst nach Abstimmung mit unseren Verbündeten und Freunden sollten wir entscheiden, ob die deutsch-sowjetische Wirtschaftskommission Ende Januar abgesagt werden sollte.⁸ Man könne auch daran denken, die Kommission durch einen StS leiten zu lassen. BM weist darauf hin, daß wir mit seiner diskreten Verschiebung des Besuchs in Prag⁹ gute Erfahrungen gemacht hätten. BM ist mit StS L. einig: Wenn Verschiebung, dann aus sachlichen Gründen und unter sofortiger Nennung eines neuen Termins.

Zur kanadischen Äußerung in der NATO, daß das Wissenschaftliche Forum der KSZE in Hamburg¹⁰ abgesagt werden sollte¹¹, meint BM: Dies sei nicht Sache des Ausrichters. Wenn alle westlichen Teilnehmer für Absetzung seien, würden wir unsere Folgerungen in dieser Situation ziehen. Wir sollten aber nicht von uns aus die Einladung ablehnen (sonst könne sich schnell ein anderer Ausrichter finden). Hinsichtlich der Olympischen Spiele¹² sollten wir uns bedeckt halten und warten, was die anderen sagen. Er, BM, fürchtet: Wenn jetzt der Westen absage, würden die kommunistischen und neutralen Staaten nach Moskau gehen, und wir könnten uns schließlich einem Druck der Öffentlichkeit gegenüber sehen, um unsere Teilnahme zu bitten.

BM betont, es sei wichtig, die Staaten der Region zu motivieren. Die SU habe nicht eine amerikanische Schwäche, sondern eine Schwäche des Irans ausgenutzt. Diese Ursache, die im Verhältnis Iran–USA¹³ liege, gelte es zu beseitigen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 15

vom 19. Juni 1973, das inzwischen automatisch um weitere fünf Jahre verlängert worden ist.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 30; Referat 421, Bd. 141330.

⁸ Die neunte Tagung der deutsch-sowjetischen Kommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit sollte unter Leitung des Bundesministers Graf Lambsdorff und des sowjetischen Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten Tichonow vom 31. Januar bis 1. Februar 1980 in Bonn stattfinden. Vortragender Legationsrat Rudolph vermerkte am 9. Januar 1980, das Bundesministerium der Wirtschaft habe telefonisch mitgeteilt, daß Tichonow am Vortag über den sowjetischen Botschafter Semjonow um eine Verschiebung der Sitzung aus Termingründen gebeten habe. Vgl. Referat 421, Bd. 141311.

Am 9. Januar 1980 gab der stellvertretende Sprecher der Bundesregierung, Grünewald, bekannt, in gegenseitigem Einverständnis werde die Tagung verschoben. Vgl. dazu den Artikel „Bonn für gemeinsame Maßnahmen“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 10. Januar 1980, S. 2.

Die Tagung fand am 29./30. Mai 1980 statt.

⁹ Ein zunächst für Februar 1979, dann für 3./4. Dezember 1979 vorgesehener Besuch des Bundesministers Genscher in der ČSSR wurde im November 1979 auf den 25./26. Februar 1980 verschoben. Auf tschechoslowakische Bitte wurde der Besuch am 24. Januar 1980 erneut verschoben. Vgl. dazu Dok. 19, Anm. 43.

¹⁰ Zur Tagung des Wissenschaftlichen Forums der KSZE vom 18. Februar bis 3. März 1980 in Hamburg vgl. Dok. 75.

¹¹ Zu den Ausführungen des kanadischen Geschäftsträgers in der Sitzung des Ständigen NATO-Rats am 1. Januar 1980 vgl. Dok. 1.

¹² Die Olympischen Sommerspiele fanden vom 19. Juli bis 3. August 1980 in Moskau statt.

¹³ Die amerikanische Botschaft in Teheran wurde am 4. November 1979 von Demonstranten besetzt; 63 amerikanische Botschaftsangehörige wurden als Geiseln genommen. Die Botschaftsbesetzer forderten in einer Erklärung die Auslieferung des am 16. Januar 1979 außer Landes gegangenen Schahs Reza Pahlavi, der sich seit 22. Oktober 1979 zur medizinischen Behandlung in den USA aufhielt. Die USA lehnten am 5. November 1979 eine Auslieferung des Schahs ab. Am 12. November 1979 erklärte Präsident Carter, die USA würden sich nicht erpressen lassen, und ordnete die Einstellung von Ölimporten aus Iran an. Am 14. November 1979 verfügte er, sämtliche iranische Guthaben bei amerikanischen Banken, inklusive deren Filialen und Tochtergesellschaften im Ausland, einzufrieren. Auch nach der Ausreise des Schahs nach Panama am 15. Dezember 1979 blieben die amerikanischen Botschaftsangehörigen bis auf wenige Ausnahmen in Geiselhaft. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 323, Dok. 324, Dok. 333, Dok. 348 und Dok. 357.

StS *van Well* meint: Wir sollten hinsichtlich der Formulierung der Texte für die deutsch-sowjetische Wirtschaftskommission auf Zeit spielen. StS *L.* glaubt, daß die Sowjets von sich aus die Sitzung absagen werden, allerdings wohl erst kurz vor dem Termin.

Es besteht Einvernehmen, daß wir in einer anderen Situation sind als etwa Kanada und GB, die in der UNO und in der NATO besonders scharf reagiert haben, aber auch gegenüber der SU nichts riskieren.

BM betont: Wir dürfen Afghanistan nicht zu einem Gegenstand der deutsch-sowjetischen Beziehungen machen. Er erinnert daran, daß die Lohbudeleien verschiedener Besucher in Teheran gegenüber dem Schah¹⁴ uns geschadet hätten.

BM bittet festzustellen, ob es richtig ist, daß der Schah Ehrendoktorwürden der Universität Prag, der Humboldt-Universität und auch einer unserer Universitäten besitze.

Zur Entwicklungshilfe an Afghanistan: Es besteht Einvernehmen, daß wir keine Maßnahmen treffen sollten, die von einer Endgültigkeit der bestehenden Situation ausgehen. Deutsche Schulen: Die hier befindlichen Lehrer sollten zunächst hier bleiben. Die Lehrer in Kabul sollten, zunächst aus Sicherheitsgründen, nach Deutschland kommen. BM meint, wir sollten dem BMZ raten, die Experten aus Sicherheitsgründen abzuziehen.¹⁵

Nach diesen ersten mit Sicherheitserwägungen begründeten Maßnahmen sollten wir abwarten, was unsere Freunde tun (*D3* weist darauf hin, daß unsere Freunde kaum vergleichbar in Afghanistan engagiert seien).

Politische Gründe könne man später nachschieben.

StS *van Well* unterstreicht: Die Endgültigkeit der Lage in Afghanistan hänge von der Endgültigkeit der sowjetischen Präsenz ab.

BM bittet, in Aussicht zu nehmen, daß Botschafter Berninger am Montag, 7. Januar, zur Berichterstattung in Bonn zur Verfügung steht. Bis dahin könnten wir überlegen, ob er die Reise rechtzeitig oder mit einer gewissen Verzögerung antreten sollte.¹⁶

BM betont: Wir sollten nichts tun, was bei einer Normalisierung der Lage, wie sie z.B. nach der 1968er Intervention in der ČSSR¹⁷ relativ bald eingetreten sei,

¹⁴ Mohammed Reza Pahlevi.

¹⁵ Am Nachmittag des 2. Januar 1980 fand eine Ressortbesprechung mit Vertretern des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit statt. Vortragender Legationsrat Bürger vermerkte dazu am selben Tag, Ministerialdirektor Meyer-Landrut habe auf die Notwendigkeit hingewiesen, aus Sicherheitsgründen die im amtlichen Auftrag in Kabul tätigen deutschen Staatsangehörigen zurückzuberufen: „Es sollen weder Verträge gekündigt noch Schule und Goethe-Institut aufgelöst werden. In Anbetracht des Bürgerkrieges sei die Präsenz entsandter deutscher Kräfte jedoch nicht mehr zu rechtfertigen.“ Vgl. Referat 340, Bd. 113034.

Am 7. Januar 1980 erklärte Ministerialdirektor Meyer-Landrut in einer Hausbesprechung, „daß die deutsche Schule und die Expertenschule bis Ende Februar geschlossen seien. Die Kapitalhilfe werde zunächst vertragsgemäß fortgeführt; einzelne Posten würden geprüft.“ Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Edler von Braunmühl vom selben Tag; Referat 010, Bd. 178798.

¹⁶ Botschafter Berninger erstattete am 7. Januar 1980 in einer Hausbesprechung unter Leitung des Bundesministers Genscher Bericht über die Lage in Afghanistan. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Edler von Braunmühl vom selben Tag; Referat 010, Bd. 178798.

¹⁷ Am 20./21. August 1968 intervenierten Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR. Vgl. dazu AAPD 1968, II, Dok. 261–263 und Dok. 273.

dazu führten könnte, daß wir Maßnahmen treffen oder rückgängig machen müßten, die als Anerkennung oder Verzeihung wirken würden.

BM bittet, die Botschaft anzuweisen, daß Botschaftsangehörige, die ihre Familien nach Hause schicken wollten, dies jetzt tun könnten.

StS *L.* fragt nach der Ausführung der laufenden Verträge. *BM* meint, wir sollten ständig prüfen, ob die Voraussetzungen für diese Ausführung gegeben seien. Im übrigen hält er folgendes für richtig: Es könne nicht Ziel deutscher Entwicklungshilfepolitik sein, eine kommunistische Regierung zu installieren oder zu stabilisieren oder einer Einflußsphären-Politik einer Großmacht Vorschub zu leisten. Dagegen könne nicht das Kriterium sein, ob eine Regierung von der Bevölkerung geliebt werde.

StS *van Well* weist darauf hin, daß StS *Sanne* sich für eine Initiative zugunsten einer baldigen Abhaltung der Pakistan-Konferenz ausgesprochen habe.¹⁸

Auf Frage *BM*s nach dem Zeitpunkt des Treffens mit ASEAN wird festgestellt, daß dieses für Ende Februar anvisiert sei, aber noch nicht feststehe.¹⁹ *BM* bittet, dafür zu sorgen, daß Termin im Februar festgemacht wird. Es solle „ganz massiv“ gesagt werden, daß er im März nicht könne.

Referat 010, Bd. 178798

¹⁸ Als Ergebnis einer Ressortbesprechung mit dem Auswärtigem Amt, dem Bundesministerium der Finanzen, dem Bundesministerium für Wirtschaft und der Kreditanstalt für Wiederaufbau am 18. Januar 1980 vermerkte das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit am 22. Januar 1980: „Die Bundesregierung wird sich weiterhin für eine baldige Schuldendiensterleichterung zugunsten Pakistans aussprechen. Allerdings bleibt es bei den bisher geforderten Voraussetzungen: ein vom IWF gebilligtes Stabilisierungsprogramm; ein gemeinsames Vorgehen der wichtigeren Geber des Konsortiums (möglichst auch des Iran). Die Ressorts tendierten dahin, daß die Umschuldungsverhandlungen in einem Unterausschuß des Weltbank-Konsortiums durchgeführt werden.“ Vgl. Referat 340, Bd. 113190.

Ministerialdirektor Meyer-Landrut legte am 22. Januar 1980 dar: „Das BMZ hat uns auf Arbeitsebene mitgeteilt, daß es am liebsten sähe, wenn wir die Umschuldung vorantrieben. Immerhin hat Pakistan an uns allein eine jährliche Zahlung von DM 90 Mio. zu leisten. Vorläufige Befreiung von dieser Verpflichtung wäre in der Tat in etwa einer positiven Entwicklungshilfe von DM 90 Mio. gleichzusetzen.“ Die USA wollten „die Umschuldung jedoch unter rein finanziellen Kriterien (vorherige Feststellung der Zahlungsfähigkeit u. ä.) behandeln.“ Grund dafür sei, daß die amerikanische Regierung eine Beteiligung des Kongresses vermeiden wolle, die erforderlich sei, wenn eine Umschuldung unter entwicklungspolitischem Vorzeichen erfolge. Vgl. Referat 340, Bd. 113191.

¹⁹ Zur Konferenz der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten vom 6. bis 8. März 1980 in Kuala Lumpur vgl. Dok. 84.

3

Staatssekretär van Well an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel

220-370.73/10-14/80 geheim
Fernschreiben Nr. 80 Plurez

Aufgabe: 7. Januar 1980, 17.53 Uhr¹

Betr.: Rüstungskontrollangebot der NATO im LRTNF-Bereich²;
hier: Sowjetische Reaktion vom 3. Januar

I. 1) Die amerikanische Botschaft hat uns am 5.1. über die sowjetische Reaktion auf das Rüstungskontrollangebot der NATO im LRTNF-Bereich unterrichtet (Botschafter Stoessel/StS van Well). Die sowjetische Seite hat damit offiziell auf die Übermittlung des Angebots durch Außenminister Vance am 18. Dezember³ reagiert.

2) Die Amerikaner haben uns Übersetzung des sowjetischen Non-papers und ihre erste Analyse übergeben. Beide Papiere werden gesondert übermittelt.⁴

¹ Durchdruck.

Der Drahterlaß wurde von Botschafter Ruth konzipiert und vom Bundesministerium der Verteidigung mitgezeichnet.

² Zum NATO-Doppelbeschuß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 10.

³ Ministerialdirektor Blech vermerkte am 20. Dezember 1979, die amerikanische Botschaft habe das Auswärtige Amt am Vortag unterrichtet, daß der amerikanische Außenminister Vance am 18. Dezember 1979 dem Geschäftsträger der sowjetischen Botschaft in Washington, Wassew, das im NATO-Doppelbeschuß vom 12. Dezember 1979 enthaltene LRTNF-Rüstungskontrollangebot unterbreitet habe. Vance habe insbesondere folgende Elemente hervorgehoben: „Amerikanisches Angebot, als integralen Bestandteil des Modernisierungsbeschlusses 1000 amerikanische Sprengköpfe aus Europa abzugeben. Bezugnahme auf sowjetische Äußerungen, insbesondere von Präsident Breschnew, mit denen die sowjetische Verhandlungsbereitschaft bekundet wurde. Die Tatsache, daß mit den im Kommuniqué vom 14.12.1979 zum Ausdruck gekommenen Entscheidungen die LRTNF-Beschlüsse in den Rahmen einer breiten Rüstungskontrollinitiative des Bündnisses gestellt werden. Hinweis auf die MBFR-Initiative des Bündnisses für eine Interimsvereinbarung und für begleitende Maßnahmen. Das Interesse des Bündnisses im Hinblick auf das Nachfolgetreffen in Madrid 1980, auf allen Gebieten der Schlußakte von Helsinki, insbesondere auch auf dem Gebiet der vertrauensbildenden Maßnahmen, zu ausgewogenen Fortschritten zu gelangen.“ Vgl. VS-Bd. 11343 (220); B 150, Aktenkopien 1979.

⁴ Botschafter Ruth übermittelte am 7. Januar 1980 das sowjetische Non-Paper vom 3. Januar 1980 und eine Stellungnahme des amerikanischen Außenministeriums, die der amerikanische Botschafter Stoessel am 5. Januar 1980 Staatssekretär van Well übergeben hatte. In der sowjetischen Mitteilung hieß es, der NATO-Doppelbeschuß vom 12. Dezember 1979 sei ein Versuch, das Gleichgewicht der Kräfte in Europa zu verändern: „This decision by NATO clearly was calculated to conduct negotiations on medium range nuclear weapons ‚from a position of strength‘, which is unacceptable as a matter of principle for the Soviet Union. The actions of NATO thus have destroyed the very basis of negotiations, has cut the ground from beneath them. We therefore cannot enter into the negotiations proposed by the USA and stipulated by the NATO decision, nor can we engage in a ‚preliminary exchange of views‘. [...] We would like to emphasize that with respect to the question of medium range weapons the Soviet Union is prepared to sit at the negotiating table if the decision of NATO is revoked or if its implementation is officially halted and an announcement is made about this.“ Die amerikanische Seite sehe in dieser Antwort den fortgesetzten Versuch der UdSSR, die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses zu verhindern. Die UdSSR sei in keiner Weise auf das Verhandlungsangebot eingegangen, das unverändert gültig bleibe. Auch wenn dies nicht explizit erwähnt worden sei, stehe die sowjetische Stellungnahme im Zusammenhang mit den Ereignissen in Afghanistan und müsse im Kontext der weltweiten militärischen Anstrengungen der UdSSR betrachtet werden. Vgl. den Runderlaß Nr. 67; VS-Bd. 11343 (220), B 150, Aktenkopien 1980.

(Für Botschaft Madrid⁵: Die Texte liegen MD von Staden⁶ bereits vor.)

3) Außer uns wurden alle anderen an der LRTNF-Entscheidung beteiligten Bündnispartner unterrichtet.

4) Die Amerikaner hatten eine NATO-Konsultation über die sowjetische Reaktion Ende Januar oder Anfang Februar vorgesehen. Wir haben dagegen vorgeschlagen, diese Konsultationen nicht zu verzögern, sondern sie schon in dieser Woche aufzunehmen. Wie wir eben erfahren, wird heute auch der NATO-Rat von den Amerikanern unterrichtet werden.⁷

(Für Brüssel NATO: Die folgende Analyse dient als Weisung für diese Konsultationen.)

II. Inhalt

1) Wie zu erwarten, verzichtet die Sowjetunion nicht auf den Versuch, die Implementierung des NATO-Beschlusses vom 12. Dezember weiter zu beeinflussen. Sie verwendet dabei die bekannten, schon vor dem 12. Dezember verwandten Argumente:

- Der Beschluß und seine Implementierung verändern das bestehende Gleichgewicht.
- Er erfolgt von einer Position der Stärke aus. Dies ist für die Sowjetunion grundsätzlich unannehmbar.

2) Es wird in Anlehnung an die Argumentation vor der NATO-Entscheidung festgestellt, daß diese die Basis für Verhandlungen gestört und ihnen die Grundlage entzogen habe. Die Sowjetunion lehnt es mit dieser Begründung ab, in Verhandlungen einzutreten oder einen vorbereitenden Gedankenaustausch aufzunehmen.

3) Neu ist die Feststellung, daß keine vereinbarte Basis bestehe, das Mittelstreckenproblem im Rahmen von SALT III zu erörtern, und daß eine solche Basis auch nicht geschaffen werden könne, falls die NATO-Entscheidung implementiert werde.

Die Feststellung, daß diese Basis nicht bestehe, wird von der Sowjetunion aus dem angeblichen Inhalt der SALT-II-Verhandlungen begründet. Die Sowjetunion behauptet, daß die Frage der Mittelstreckenwaffen in SALT II nicht zur Diskussion gestanden habe und nicht habe zur Diskussion stehen können. Dies sei eine besondere Frage. Der Vorschlag der NATO, Verhandlungen über LRTNF

⁵ Der Drahterlaß ging den Botschaften in Brüssel, Den Haag, Kopenhagen, London, Madrid, Moskau, Oslo, Paris, Rom und Washington sowie dem Bundesministerium der Verteidigung zur Information zu.

⁶ Ministerialdirektor von Staden, Bundeskanzleramt, hielt sich in Begleitung des Bundeskanzlers Schmidt vom 7. bis 9. Januar 1980 in Spanien auf.

⁷ Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), berichtete am 7. Januar 1980, im Ständigen NATO-Rat habe hinsichtlich der Reaktion der UdSSR auf den NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 Übereinstimmung geherrscht, „daß die sowjetische Antwort wahrscheinlich keine endgültige Absage sei und daß die Allianz ihre Doppelstrategie (Modernisierung und Rüstungskontrolle) beharrlich weiterverfolgen solle. Realistische Rüstungskontrolle müsse auch nach und gerade wegen Afghanistan weiterverfolgt werden. [...] Rat stimmte US-Vorschlag zu, in etwa zwei Wochen weitere Sitzung zu Thema abzuhalten, ggf. als Auftakt zur Sitzung der SCG, deren rasche Konstituierung übereinstimmend gewünscht wurde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 13; VS-Bd. 10328 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

mit SALT III zu verbinden, sei unter den gegenwärtigen Umständen der Versuch, für die Verwirklichung der NATO-Entscheidung Zeit zu gewinnen.

4) Die Sowjets erklären sich bereit zu SALT-III-Verhandlungen, sobald SALT II ratifiziert ist.⁸

5) Die Sowjets erklären sich bereit, über Mittelstreckenwaffen zu verhandeln unter der Voraussetzung, daß die Entscheidung der NATO widerrufen oder ihre Implementierung gestoppt wird und dies offiziell bekanntgegeben wird. Der sowjetische Geschäftsträger⁹ hat klargestellt, daß es sich hierbei nicht nur um die Stationierung, sondern um den gesamten Prozeß der Modernisierung handelt.

III. Analyse

In Ergänzung der amerikanischen Analyse, der wir zustimmen können, ergeben sich aus unserer Sicht folgende zusätzliche Gesichtspunkte:

1) Die sowjetische Demarche vom 3. Januar geht nicht auf die Substanz des westlichen Rüstungskontrollangebots ein. Sie befaßt sich nur am Rande mit dem prozeduralen Aspekt des westlichen Vorschlags. Sie zielt hauptsächlich auf den Modernisierungsbeschluß der NATO, dessen Implementierung die SU zu verhindern sucht.

2) Diese erste sowjetische Antwort ist im Ton härter als die offiziellen Äußerungen vor der LRTNF-Entscheidung. Mit der Demarche in Washington wird unter Berücksichtigung der gefällten NATO-Entscheidung der Versuch eingeleitet, durch die Konditionierung der Aufnahme von Rüstungskontrollverhandlungen über LRTNF die Implementierung des Modernisierungsbeschlusses doch noch zu beeinflussen.

3) Obwohl die Sowjetunion feststellt, daß sie unter der Voraussetzung der Aufrechterhaltung der NATO-Entscheidung nicht zu Verhandlungen oder vorbereitenden Gesprächen bereit sei, ist nicht anzunehmen, daß dies ihre endgültige Position darstellt. Die Reaktion der Sowjetunion auf den von Außenminister Vance am 18. Dezember übermittelten Vorschlag läßt die Fortsetzung des Gesprächs ausdrücklich offen.

4) Die Sowjetunion nimmt in der Washingtoner Reaktion erstmals zum westlichen Vorschlag Stellung, LRTNF in SALT III zu verhandeln. Die sowjetische Argumentation in diesem Punkt ist nicht überzeugend, auch ist wohl noch keine abschließende Position bezogen worden.

An der sowjetischen Argumentation ist unrichtig, daß Mittelstreckensysteme in SALT II überhaupt keine Rolle gespielt hätten. Mit der Einbeziehung der Cruise Missiles über 600 km und besonders dem vorläufigen Dislozierungsverbot für GLCM im Protokoll sind Systeme mittlerer Reichweite Verhandlungsgegenstand geworden.¹⁰ Diese Protokollregelung ist nicht auf amerikanische

⁸ Zur Aussetzung des Ratifizierungsverfahrens des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 im amerikanischen Senat vgl. Dok. 1, Anm. 13.

⁹ Wladillen Michajlowitsch Wassew.

¹⁰ Für den Wortlaut des Protokolls zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 44 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 389–391.

Systeme begrenzt. In der gemeinsamen Erklärung¹¹ stellen beide Seiten fest, daß im Protokoll enthaltene Fragen in künftigen Verhandlungen abschließend geregelt werden sollen.

Es ist auch darauf hinzuweisen, daß die Sowjetunion selbst bereits während der Verhandlungen die Einbeziehung amerikanischer FBS forderte und damit das Mittelstreckenproblem, wenn auch nur einseitig die amerikanischen Systeme, zur Sprache gebracht hat. Die amerikanische Regierung hat gegenüber dem Senat klargestellt, daß bei künftigen Limitierungen im Mittelstreckenbereich das Prinzip der Gegenseitigkeit gelten müsse. Dies ist der Sowjetunion bekannt.

5) Es ist bemerkenswert, daß auch die neueste sowjetische Stellungnahme sich nicht konkret mit der Tatsache auseinandersetzt, daß zwischen der Dezember-Entscheidung der NATO und der tatsächlichen Dislozierung ein Zeitraum von 3 bis 4 Jahren liegt. Hier liegt der Schwachpunkt der sowjetischen Position. Es wird davon ausgegangen werden können, daß die sowjetischen Überlegungen besonders hierzu noch nicht abgeschlossen sind. Auch daraus ergibt sich, daß die sowjetische Antwort vom 3. Januar nicht als endgültiges Nein angesehen werden sollte.

6) Die Sowjetunion lehnt zwar Verhandlungen über LRTNF unter der Voraussetzung der Aufrechterhaltung der NATO-Beschlüsse gegenwärtig ab. Sie betont aber gleichzeitig die Bereitschaft zu SALT-III-Verhandlungen, sobald SALT II ratifiziert ist. Dabei macht sie jedoch einerseits klar, daß sie die Ratifizierung des SALT-II-Vertrages als Voraussetzung für die Fortsetzung des SALT-Prozesses betrachtet und daß sie andererseits nicht bereit ist, eine automatische Einbeziehung von Mittelstreckensystemen in SALT III zu akzeptieren. Die Sowjetunion hält damit das Verhandlungsforum für Mittelstreckensysteme offen, bindet jedoch ihre Verhandlungsbereitschaft prinzipiell an eine Revision des Modernisierungsbeschlusses der NATO.

7) Der sowjetische Geschäftsträger hat bei seiner Demarche eine Verbindung zu den Vorgängen in Afghanistan nicht hergestellt. Wie uns die Amerikaner mitteilen, ist auch kein ursächlicher Zusammenhang mit dem Briefwechsel zwischen dem amerikanischen Präsidenten und Senator Byrd über die Verschiebung der SALT-Debatte erkennbar. Gleichwohl ist anzunehmen, daß die Sowjetunion die zu erwartenden Auswirkungen der Entwicklung um Afghanistan auf die SALT-II-Ratifizierung mit berücksichtigt hat.

IV. Unsere Reaktion

1) Wir haben gegenüber der Presse bisher wie folgt Stellung genommen:

a) Die Bundesregierung ist über die am 3.1.1980 in Washington übergebene sowjetische Antwort auf den Doppelbeschluß der NATO-Verbündeten vom 12.12.1979 über nukleare Mittelstreckenwaffen unterrichtet. Die Allianz wird darüber in Bälde konsultieren.

¹¹ Für den Wortlaut der „Gemeinsamen Erklärung der Grundsätze und Hauptleitlinien für künftige Verhandlungen über die Begrenzung strategischer Waffen“, die von Präsident Carter und dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, am 18. Juni 1979 unterzeichnet wurde, vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 393 f.

b) Das Bündnis wird mit der Verwirklichung seiner Beschlüsse vom 12.12. und 14.12.79¹² fortfahren. Das Verhandlungsangebot bleibt aufrechterhalten.

2) Wir halten es für notwendig, daß die Allianz an den Beschlüssen vom 12. und 14. Dezember und ihrer Verwirklichung – einschließlich der Schaffung einer besonderen Konsultationsgruppe¹³ – festhält. Es muß geprüft werden, wie die konkreten Rüstungskontrollvorschläge des Westens gerade jetzt politisch offensiv genutzt werden können. Voraussetzung dafür ist, daß die Bündnispartner ihren Zusammenhalt im Bereich der Rüstungskontrolle bewahren.

3) Es ist erforderlich, daß die Bündnispartner an ihrer gemeinsamen Sprache in bezug auf die rüstungskontrollpolitischen Vorschläge und auf die Modernisierungsentscheidung vom 12. Dezember festhalten. Darüber hinaus wird es im LRTNF-Bereich besonders auf klare Aussagen zu folgenden Themen ankommen:

- nukleares Kräfteverhältnis;
- Zusammenhang LRTNF/SALT-II-Ratifizierung;
- Zusammenhang LRTNF/Verhandlungen im SALT-III-Rahmen;
- Zeitbedarf für die Implementierung der Modernisierungsentscheidung und deren rüstungskontrollpolitischer Nutzung.

Wir halten eine baldige Aufnahme der NATO-Erörterungen über diese Themen für dringend geboten. Ziel sollte die Erarbeitung einer detaillierten Antwort sein.

4) Zum Zusammenhang Rüstungskontrolle, Sicherheit in Europa, Vorgänge in Afghanistan folgt weiterer Erlaß.¹⁴

van Well¹⁵

VS-Bd. 11343 (220)

¹² Zur NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1979 in Brüssel vgl. AAPD 1979, II, Dok. 378. Vgl. ferner das Kommuniqué; NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 124–129. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN 1979, S. 1411–1414.

Zur dabei gebilligten Initiative der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 1, Anm. 12.

¹³ Zur Konstituierung der Special Consultative Group (SCG) am 25. Januar 1980 vgl. Dok. 28.

¹⁴ Vortragender Legationsrat I. Klasse Citron informierte am 10. Januar 1980 die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel und die Botschaft in Washington, der sowjetische Botschafter Semjonow habe am 8. Januar 1980 Staatssekretär van Well die sowjetische Reaktion auf das Rüstungskontrollangebot der NATO vom 12. Dezember 1979 dargelegt, die sich in Nuancen von den Darlegungen des sowjetischen Geschäftsträgers Wassew am 3. Januar 1980 in Washington unterscheiden habe. Das Auswärtige Amt verstehe dies als Bestätigung, „daß die erste offizielle Antwort der SU an Washington nicht als endgültige Antwort zu betrachten ist, Moskau auch im Interesse seines eigenen künftigen Handlungsspielraums eine gewisse Flexibilität erkennen läßt, die SU an der Fortsetzung des Abrüstungsdialogs insbes[ondere] in Europa interessiert bleibt“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 202; VS-Bd. 11343 (220); B 150, Aktenkopien 1980.

¹⁵ Paraphie.

4

**Ministerialdirektor von Staden, Bundeskanzleramt,
z. Z. Madrid, an das Auswärtige Amt**

114-1064/80 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 21
Cito

Aufgabe: 7. Januar 1980, 19.00 Uhr
Ankunft: 7. Januar 1980, 20.26 Uhr

Betr.: Besuch des Bundeskanzlers in Spanien¹;
 hier: Empfang durch König Juan Carlos am 7.1., 11.00 bis 12.30 Uhr

An dem eineinhalbstündigen Gespräch, das im Beisein der Königin² und von Frau Schmidt stattfand, nahmen auf spanischer Seite Ministerpräsident Suárez und Botschafter Garrigues sowie auf deutscher Seite StS Schüler, Botschafter Lahn und Herr von Staden teil.

Das Gespräch konzentrierte sich überwiegend auf die Lage im Nahen Osten und die durch das Eingreifen der Sowjetunion in Afghanistan geschaffene Situation. Ich gebe im folgenden die Darlegungen der spanischen Seite zusammenfassend wieder. Das Gespräch wurde vom König und vom Ministerpräsidenten geführt, wobei der letzte sich besonders aktiv beteiligte.

Auf die Frage des Bundeskanzlers nach der spanischen Einschätzung der durch die sowjetische Intervention in Afghanistan geschaffenen Lage erwiderte MP Suárez: Das unmittelbare Ziel, das die SU mit der Invasion verfolge, sei es, sich dem Persischen Golf zu nähern, eine Position zu beziehen, die nur noch 700 km von der Straße von Hormuz entfernt ist, und sich auf das Horn von Afrika zuzubewegen sowie ferner Pakistan zu gewinnen. Sicherlich werde damit auch eine erhöhte Einwirkungsmöglichkeit auf den Iran angestrebt, dessen politische Lage unstabil sei.

Auf den Nahen Osten übergehend, meinte der Ministerpräsident, daß man zwischen der islamischen und der arabischen Welt im engeren Sinne unterscheiden müsse. Die derzeitige Lage im Nahen Osten sei besonders gefährlich. Dies sei dem König u. a. von König Khalid von Saudi-Arabien, König Hussein von Jordanien und Präsident Sadat bestätigt worden. Es bestehe die Gefahr einer Spaltung der arabischen Welt, durch welche die politische Konstellation in der Region verändert werden könnte. Daher glaube die spanische Regierung, daß es unabhängig vom Vorgehen der Sowjetunion wichtig sei, eine Lösung des Nahost-Problems zu finden. Leider sei das fehlende Verständnis der amerikanischen Politik für die Probleme des Nahen Ostens zu beklagen. Nach spanischer Einschätzung sei die amerikanische Nahostpolitik für den Westen schädlich. Die Einwirkungsmöglichkeiten Europas seien jedoch sehr begrenzt.

Nach einem kurzen Meinungsaustausch, bei dem sich beide Seiten darüber einig waren, daß man versuchen solle, auf die amerikanische Politik Einfluß zu nehmen, setzte der Ministerpräsident fort: Nach spanischer Auffassung sei ei-

¹ Im Anschluß an einen Urlaub auf Mallorca führte Bundeskanzler Schmidt am 7./8. Januar 1980 Gespräche in Madrid. Vgl. dazu auch Dok. 5 und Dok. 7.

² Sofía de Borbón y Borbón.

ne Lösung ohne Arafat nicht möglich, und ebenso wenig dürfe die Sowjetunion direkt oder indirekt ausgeschlossen werden. Solange nicht versucht werde, eine Lösung auf diesem Wege zu finden, werde es nicht zuletzt bei den gemäßigten arabischen Ländern Unsicherheit und Kritik gegenüber dem Westen geben. Der unklare Kurs der amerikanischen Politik im Nahen Osten und ihre zunehmende Einseitigkeit hätten dazu geführt, daß Länder wie Saudi-Arabien, aber auch Jordanien in ihrer Einstellung radikaler würden. Das gelte auch für Arafat selbst, der ja eigentlich ein gemäßigter Politiker sei und Schwierigkeiten im eigenen Lager habe.

Der Ministerpräsident stimmte mit dem Bundeskanzler darin überein, daß das Stützpunktangebot von Sadat an die amerikanische Regierung wenig hilfreich sei.³ Es führe zu Gegenreaktionen, z. B. im Irak.⁴

Auf die Bemerkung des Bundeskanzlers, daß die amerikanische, aber auch die französische Regierung unserem Gedanken einer vertraglich verankerten Verbindung zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Saudi-Arabien, Jordanien⁵, den Golfstaaten sowie dem Irak⁶ zurückhaltend gegenüberstünden, er-

³ Botschafter Hille, Kairo, berichtete am 4. Januar 1980, der Staatsminister im ägyptischen Außenministerium, Boutros-Ghali, habe ihm gegenüber am Vorabend klargestellt, „daß Sadats Äußerung in dem Interview mit der Zeitschrift ‚Oktober‘, Ägypten sei bereit, militärische ‚Fazilitäten‘ zur Stärkung der US-Seestreitkräfte im Indischen Ozean und im Golf zur Verfügung zu stellen, vor dem Ausbruch der Afghanistan-Krise gemacht wurde. Sie sollte der Beruhigung der gemäßigten arabischen Staaten dienen, die durch die Entwicklungen der letzten Monate eingeschüchtert (scared) seien.“ Hille urteilte, damit sei Sadat im Begriff, „den Kreis der Ungebundenen zu verlassen. Noch vor wenigen Wochen hatte er öffentlich erklärt, daß Ägypten als ungebundener Staat keiner ausländischen Macht Stützpunkte gewähren werde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 21; Referat 340, Bd. 113031.

Botschafter Hermes, Washington, konstatierte am 11. Januar 1980: „Festzustehen scheint lediglich, daß die USA keine eigenen Stützpunkte in Ägypten einzurichten planen. Ob man jedoch an eine förmliche Absicherung der Möglichkeiten denkt, bestehende ägyptische Fazilitäten zu benutzen, wie man dies in Somalia und Kenia anstrebt, wird z. Zt. nicht öffentlich diskutiert.“ Einerseits Sorge sich die amerikanische Regierung um die Konsequenzen solcher Pläne „für die Stellung Ägyptens in der arabischen oder der Dritten Welt“, andererseits wolle man solche Absichten „aus innen- und außenpolitischen Rücksichten, entschlossen zu erscheinen“, auch nicht gänzlich in Abrede stellen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 147; Referat 201, Bd. 120163.

⁴ Botschaftsrat I. Klasse Spalcke, Bagdad, berichtete am 4. Februar 1980, die irakische Regierung postuliere zwar eine Äquidistanz zu den USA und zur UdSSR, doch überwiege ein „anti-amerikanischer Akzent ihrer Stellungnahmen“. So werde die sowjetische Intervention in Afghanistan als Gewaltakt gegen ein islamisches Land verurteilt, doch gleichzeitig davor gewarnt, „daß USA Afghanistan-Krise zum Anlaß nehmen könnte, ihrerseits im Nahen Osten (militärisch) zu intervenieren“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 66; Referat 311, Bd. 137595.

⁵ Kooperationsabkommen der Europäischen Gemeinschaften mit den Maschrek-Staaten Ägypten, Jordanien, dem Libanon und Syrien wurden am 18. Januar bzw. 3. Mai 1977 in Brüssel unterzeichnet. Sie wurden durch Verordnungen des EG-Rats auf der Ebene der Landwirtschaftsminister vom 26. September 1978 verabschiedet und traten am 1. November 1978 in Kraft. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 9/1978, S. 75, bzw. BULLETIN DER EG 11/1978, S. 73.

Für den Wortlaut des Kooperationsabkommens vom 18. Januar 1977 mit Jordanien vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 268 vom 27. September 1978, S. 2–93.

⁶ Ministerialdirektor Fischer resümierte am 11. Januar 1980 als Ergebnis einer Hausbesprechung Überlegungen für ein Abkommen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Golfstaaten wie Bahrain, Irak, Katar, Kuwait, Oman, Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten. Ein Abkommen sei „im wirtschaftlichen Bereich (einschließlich Energie, Technologie und Wissenschaftsfragen) anzustreben“, nicht aber eine politische Ausrichtung, die in Konkurrenz zum Europäisch-Arabischen Dialog stünde, bei Erörterung des Nahost-Konflikts zur Verstimmung der USA, Ägyptens und Israels führen könne und eine Einschaltung der EPZ erfordere, was „die Aussicht, zu einer Einigung unter den Neun zu kommen“, verringere: „Es empfiehlt sich daher, zunächst nach dem Muster des EG-ASEAN-Verfahrens auf ein primär auf wirtschaftliche Fragen ausgerichtetes Ko-

widerte der Ministerpräsident: Die spanische Regierung halte diesen Gedanken für gut und stimme ihm bei. In diesem Sinne habe er sich gegenüber Präsident Giscard d'Estaing⁷ und Außenminister Vance geäußert. Der französische Staatspräsident sei auf das Thema allerdings nicht eingegangen.

Der Ministerpräsident illustrierte die Stellung von Arafat mit der Bemerkung, daß der König nach dem Besuch des PLO-Chefs in Madrid⁸ Glückwünsche aus der ganzen arabischen Welt erhalten habe. Der König erwähnte, daß ihm König Hussein von Jordanien seine Besorgnis über die amerikanische Haltung ausgedrückt habe. Saudi-Arabien und Jordanien reagierten mit dem Bestreben, sich wirtschaftlich auf Europa zu orientieren. Es sei wichtig, daß die Europäer sich bemühten, auf die USA einzuwirken. Der Ministerpräsident bestätigte dies mit dem Hinweis, daß auch König Hussein, der sich in der arabischen Welt am stärksten für gute Beziehungen zu den USA einsetze, bemüht sei, sich europäischer Vermittlung zu bedienen.

Ein Gedankenaustausch über die innenpolitische Lage in Saudi-Arabien ergab, daß die Stellung von Prinz Fahd in spanischer Sicht nach einer Schwächephase im vergangenen Jahr wieder konsolidiert sei. Man befände sich in Saudi-Arabien jedoch in einer Phase der Veränderungen. Eine Anzahl von Neubesetzungen habe stattgefunden, u. a. sei das wichtige Gemeindeministerium neu besetzt worden.⁹ Gerüchten zufolge könne es in diesem Prozeß möglicherweise zur Ablösung des Erdölministers Yamani durch den derzeitigen Außenminister, Prinz Saud, kommen.

Auf Afghanistan zurückkommend, waren sich die Gesprächspartner darüber einig, daß diese Krise nicht ausschließlich oder vorwiegend unter dem Ost-West-Aspekt gesehen werden dürfe. Die Äußerungen von MP Suárez ließen dabei erneut eine skeptische Einstellung gegenüber der amerikanischen Außenpolitik deutlich werden (wobei er am Rande auch die amerikanische Politik gegenüber Lateinamerika kritisierte). Seine weiteren Ausführungen ließen erneut deutlich werden, in welchem Maße die Nahost-Frage ihn beschäftigt. Spanien, so führte er aus, habe einerseits eine historisch bedingte Freundschaft zur arabischen Welt und andererseits keine diplomatischen Beziehungen mit Israel. Diese Situation, an der man trotz amerikanischen Drängens nichts ändern wolle, läge im Interesse des Westens und ermögliche es Spanien, eine Vermittlerrolle zu spielen.

In einem sich anschließenden Meinungsaustausch über die Frage spanischer Kontakte mit Präsident Carter erwähnte der Ministerpräsident, daß mit dem Präsidenten mehrfach telefonisch Kontakt bestanden habe. Ein bereits geplanter Besuch, den er in Washington habe machen wollen, sei aus innenpolitischen

Fortsetzung Fußnote von Seite 25

operationsabkommen der EG mit den Golfstaaten hinzuwirken. Damit könnte zugleich die Grundlage für einen politischen Dialog gelegt werden.“ Vgl. B 201 (Referat 411), Bd. 436.

⁷ Ministerpräsident Suárez führte am 26./27. November 1979 in Paris Gespräche mit Staatspräsident Giscard d'Estaing und Ministerpräsident Barre.

⁸ Der Vorsitzende des Exekutivkomitees der PLO, Arafat, hielt sich am 13./14. September 1979 in Spanien auf.

⁹ Am 19. März 1980 wurde in Riad mitgeteilt, König Khalid habe den Rücktritt von Prinz Majid bin Abdul Aziz vom Posten des saudi-arabischen Ministers für Gemeindewesen und ländliche Angelegenheiten angenommen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 239 des Botschafters Vestring, Djidda, vom 22. März 1980; Referat 311, Bd. 137648.

Gründen (terroristische Akte) verschoben worden.¹⁰ Das Ziel dieses Besuchs, der nachgeholt werden solle¹¹, sei es u. a., dem amerikanischen Präsidenten zu verdeutlichen, welchen Nutzen man in dem kürzlichen Besuch Arafats in Madrid gesehen habe und aus welchen Gründen Spanien sich an der Konferenz der Blockfreien in Havanna¹² beteiligt habe. Den Ausführungen des Ministerpräsidenten hierzu war zu entnehmen, daß die spanische Politik bemüht ist, dem Anschluß Kubas unter den ungebundenen lateinamerikanischen Staaten entgegenzuwirken.

Auf seine Beurteilung von Gaddafi angesprochen, der demnächst sowohl die Bundesrepublik¹³ als auch Spanien besuchen wird, äußerte sich der Ministerpräsident sehr kritisch. Der libysche Staatspräsident sei eine instabile Persönlichkeit, die extremen Ideen zuneige und sich zum Führer des radikalen Teils der arabischen Welt machen wolle. Sein Konflikt mit Arafat, bei dem es sich um einen Frontalzusammenstoß handele, beruhe darauf, daß Arafat nach Auffassung von Gaddafi eine zu maßvolle Rolle spiele.

Vom Bundeskanzler auf die Rolle der VN in der afghanischen Krise angesprochen, stimmte der Ministerpräsident dem Eindruck zu, daß die Rolle der Blockfreien verstärkt werden müsse. Das sei aber nicht einfach. Teilweise sei es ein Problem der Information und der Weitergabe von Informationen. Dies gelte u. a. für Lateinamerika, wo die spanische Diplomatie einwirke. Der Ministerpräsident kam an dieser Stelle auf die spanische Teilnahme an der Konferenz der Blockfreien in Havanna zurück und erwähnte, daß Spanien der kubanischen Kandidatur für den Weltsicherheitsrat¹⁴ entgegenwirke.

In seinen abschließenden Bemerkungen sprach sich der König betont positiv über die Nützlichkeit dieses Meinungsaustausches aus, der, wie er sagte, alsbald fortgesetzt werden sollte.

[gez.] Staden

VS-Bd. 11097 (203)

¹⁰ Ministerpräsident Suárez sagte am 25. September 1979 seine Reise in die USA, nach Costa Rica, Panama und Nicaragua ab, die für die Zeit vom 26. September bis 3. Oktober 1979 vorgesehen war. Über die Hintergründe informierte Botschafter Lahn, Madrid, am 26. September 1979: „Das Ansteigen des ETA-Terrors vor dem Volksentscheid über das Autonomiestatut im Baskenland am 25. Oktober und die daraus resultierende Verunsicherung in den Streitkräften und in weiten Kreisen der Bevölkerung erfordern die Anwesenheit des Regierungschefs im Land.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 723; Referat 203, Bd. 115899.

¹¹ Am 11. Januar 1980 berichtete Botschafter Lahn, Madrid, daß Ministerpräsident Suárez nächste Woche in die USA reisen werde. Aus der amerikanischen Botschaft sei vertraulich zu erfahren gewesen, daß das spanische Ministerpräsidentenamt am 8. Januar 1980 im amerikanischen Präsidialamt um einen baldigen Termin für den im Oktober 1979 entfallenen Besuch gebeten und umgehend den angebotenen 14. Januar 1980 akzeptiert habe: „Der zeitliche Ablauf legt nahe, daß MP Suárez, der im Gespräch vom Montag, dem 7. Januar, geäußerten Anregung des BK folgte, sich möglichst bald um einen Termin in Washington zu bemühen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 35; Referat 203, Bd. 115899.

¹² Die sechste Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten fand vom 3. bis 9. September 1979 in Havanna statt. Der spanische Außenminister Oreja legte Bundesminister Genscher am 25. September 1979 in New York die Gründe für die Teilnahme Spaniens an der Konferenz dar. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 280.

¹³ Am 18. Januar 1980 billigten Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher eine Einladung des Obersts Gaddafi. Der Besuch war zunächst für 3. bis 7. März 1980 vorgesehen und wurde dann auf 17. bis 20. März verlegt. Am 6. Februar 1980 wurde der Besuch auf Weisung Genschers zurückgestellt. Vgl. dazu Dok. 227.

¹⁴ Zur Kandidatur Kubas für den VN-Sicherheitsrat vgl. Dok. 7, Anm. 10.

5

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Generalsekretär der Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei, González, in Madrid

VS-vertraulich

8. Januar 1980¹

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem Generalsekretär der Spanischen Sozialistischen Partei (PSOE), Felipe González, am 8.1.1980 in Madrid

Dauer des Gesprächs: 18.00 bis 19.00 Uhr

Anwesend waren außerdem: Herr Dieter Koniecki, Leiter des FES-Büros in Madrid als Dolmetscher; VLR I Dr. Zeller als Note-taker.

1) Weltpolitische Fragen und Energiefragen

Nach einleitenden Bemerkungen von *González* über die politische Bedeutung des Besuchs des Bundeskanzlers in Spanien² gibt *Bundeskanzler* einen Überblick von seiner Sicht der Lage nach dem Einfall der SU in Afghanistan. BK hat im weiteren Verlauf des Gesprächs bemerkt, daß diese Ausführungen nur für *González* persönlich bestimmt seien.

Die SU sei mit einem massiven Truppenkontingent, mit zahlreichen Flugzeugen und Panzern, in Afghanistan einmarschiert und habe das Land ihrem Herrschaftsbereich eingegliedert. Sie habe sich damit eine Ausfallstellung gegenüber Pakistan und dem Iran geschaffen und sich der strategisch wichtigen Straße von Hormuz genähert. Sie könnte nach der augenblicklichen Lage den Iran in die Zange nehmen.

Die Region sei in Aufregung geraten; selbst Indira Gandhi, die eher eine traditionelle Freundin der SU genannt werden könne, habe sehr kritische Bemerkungen gemacht.³ Pakistan halte sich aus Angst zurück. Selbstverständlich handele es sich um einen flagranten Bruch elementarer Prinzipien des Völkerrechts und der Charta der Vereinten Nationen⁴.

Im Augenblick sei noch nicht deutlich zu erkennen, worauf die USA im Ergebnis mit ihren Reaktionen hinaus wollten. Nach seiner Beurteilung hätten die USA drei mögliche Strategien zur Verfügung, die teilweise auch miteinander verbunden werden könnten:

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragender Legationsrat I. Klasse Zeller, Bundeskanzleramt, am 15. Januar 1980 gefertigt.

² Im Anschluß an einen Urlaub auf Mallorca führte Bundeskanzler Schmidt am 7./8. Januar 1980 Gespräche in Madrid. Vgl. dazu auch Dok. 4 und Dok. 7.

³ Anlaßlich des Besuchs des britischen Außenministers Lord Carrington vom 16. bis 18. Januar 1980 erklärte Ministerpräsidentin Gandhi, kein Land sei berechtigt, in einem anderen militärisch zu intervenieren: „Indien unterstütze die sowjetische Aktion nicht, es versuche nur, Möglichkeiten zu finden, eine Eskalation der Situation zu vermeiden.“ Vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, Z 34.

⁴ Für den Wortlaut der VN-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 433–503.

a) Enge politische und militärische Zusammenarbeit mit China. Sie würde die SU beunruhigen und vielleicht zur Vorsicht mahnen. Gleichzeitig enthalte sie jedoch die Gefahr eines engen Bündnisses Indiens mit der SU, mit der Folge, daß Pakistan gefährdet werde und der indisch-pakistanische Konflikt wieder aufleben könnte.

b) Die USA könnten sich voll hinter die arabischen und islamischen Völker stellen. Dies sei freilich nur zu Lasten der Beziehungen der USA zu Israel möglich. Präsident Carter werde eine solche Politik aus innenpolitischen Gründen kaum einschlagen können.

c) Die USA könnten versuchen, die Staaten Europas, insbesondere ihre NATO-Bündnispartner, voll in Konfrontation zur SU zu bringen. Dadurch würden sie die SU zwingen, ihre Kräfte voll anzuspannen. Jedoch würden die europäischen Verbündeten auf eine solche Strategie wohl eher mit Zurückhaltung reagieren, da ihre Interessen durch sie direkt oder indirekt berührt würden. Konflikte in Europa würden gefördert. Im Ergebnis würde wohl nur GB einen solchen Kurs rückhaltlos mitfahren können.

Für Spanien würde dies bedeuten, daß die KSZE-Konferenz in Madrid⁵ vielleicht nicht stattfindet.

Das bisherige Verhalten der USA enthalte von allen drei Strategien Elemente. Man könne die Gefahr nicht ausschließen, daß sich der Schwerpunkt der Konfrontation aus dem Zentrum Zentralasiens voll nach Europa verlagere. Einer solchen Entwicklung müsse man etwas entgegensteuern. In diesem Bestreben wisse er sich sowohl mit Suárez wie auch mit F⁶ in der Tendenz einig.

Andererseits sei es unerlässlich, daß wir Europäer deutlich die Solidarität mit den USA förderten. Wir dürften der SU nicht erlauben, Keile zwischen uns und den USA zu treiben.

In der augenblicklichen Lage sei Spanien besonders gefährdet, aber auch wir, da wir sowjetischem Druck besonders ausgesetzt seien. Auch die Rolle kommunistischer Parteien könne man nicht vernachlässigen.

Die SU habe wahrscheinlich richtig kalkuliert, daß der Westen nicht in der Lage sei, sofort wirksam zu reagieren. Auf lange Sicht sei jedoch das Verhalten der SU falsch. Ein verstärkter Rüstungswettlauf z. B. könne nicht in ihrem Interesse liegen, sondern hätte vielmehr katastrophale wirtschaftliche Folgen für sie. Schon der Stopp der Getreidelieferungen durch die USA⁷ treffe die SU, angesichts der schlechten sowjetischen Getreideernte, sehr hart.

⁵ Die KSZE-Folgekonferenz wurde am 11. November 1980 in Madrid eröffnet. Vgl. dazu Dok. 319 und Dok. 322.

⁶ Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Giscard d'Estaing am 9. Januar 1980 in Paris vgl. Dok. 9.

⁷ Zu amerikanischen Getreidelieferungen in die UdSSR vgl. Dok. 2, Anm. 7.

Am 4. Januar 1980 kündigte Präsident Carter in einer Fernseh- und Rundfunkansprache eine Reihe von Sanktionsmaßnahmen der USA als Reaktion auf die sowjetische Intervention in Afghanistan an. Dazu gehörte neben der bereits am 2. Januar 1980 erfolgten Rückberufung des amerikanischen Botschafters in Moskau, Watson, und der Bitte an den amerikanischen Senat um Aussetzung des Ratifizierungsverfahrens des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 die Einstellung der Lieferung hochentwickelter Technologie, eine Einschränkung sowjetischer Fischereirechte in amerikanischen Gewässern sowie amerikanischer Getreidelieferungen an die UdSSR. Ferner kündigte Carter verstärkte Hilfe für Pakistan an und erklärte, das aggressive Verhalten der UdSSR werfe die Frage der Teilnahme an den Olympischen Sommerspielen vom 19. Juli bis 3. August 1980 in Moskau auf. Für

Es sei jedoch wichtig, daß der Westen nun nicht mit einer Fülle von Ad-hoc-Aktionen reagiere, sondern zunächst gründlich nachdenke. Unser Interesse sei es, daß die von der SU gesuchte Konfrontation mit den islamischen Staaten nicht durch unser Verhalten in den Augen der Dritten Welt in eine traditionelle Ost-West-Konfrontation abgleite. Wir müßten in dieser Lage alle diplomatischen Kanäle, nicht nur die NATO, benutzen, um unsere Haltung abzustimmen. Die Koordinierung innerhalb der NATO sollte eher etwas im Hintergrund bleiben. Vor allem müsse die EPZ stärker genutzt werden. Er stimme hierin mit Suárez überein, von dessen außenpolitischer Urteilstärke und von der des Königs er im übrigen sehr beeindruckt gewesen sei.

Dies gelte insbesondere für die spanische Analyse der Auswirkungen der Krise in der arabischen Welt. Bundeskanzler fügte hinzu, daß sich übrigens auch MP Suárez sehr positiv über Felipe González geäußert habe.

Er glaube, daß Madrid wahrscheinlich diejenige Hauptstadt in Europa sei, in der man zur Zeit die besten Kenntnisse und das beste Urteil über arabische Fragen habe. Suárez sehe im übrigen eine Chance, daß sich die Ablehnungsfront⁸ Sadat annähern könnte. Dies decke sich mit unseren Hoffnungen, die freilich bislang weder von F noch den USA geteilt würden. Wir hätten auch Vorstellungen über eine organisierte Zusammenarbeit der EG mit arabischen Staaten entwickelt. F und USA glaubten freilich, bilateral besser vorankommen zu können als mit multilateralen Kontakten nach dem Modell EG-ASEAN.

Das Angebot Sadats und Begins an die USA, militärische Stützpunkte in ihren Ländern zu errichten,⁹ müsse allerdings in anderen arabischen Staaten Besorgnis und Mißtrauen gegen die USA auslösen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 29

den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, CARTER 1980, S. 21–24. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 141–143.

Botschafter Hermes, Washington, legte am 4. Januar 1980 dar: „Hinsichtlich der von Carter nunmehr beschlossenen Begrenzung der Getreidelieferungen hatte sich in der innenpolitischen Debatte der letzten Tage erheblicher Widerstand gezeigt. Für die mit weiteren Lieferungen nicht mehr zum Zuge kommenden Farmer wird jetzt ein Ausgleich geschaffen. Unüberhörbar ist auch der Appell des Präsidenten an die Solidarität anderer möglicher Getreide-Export-Länder.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 46; Referat 340, Bd. 113038.

⁸ Vom 2. bis 5. Dezember 1977 trat in Tripolis eine Konferenz der „Ablehnungsfront“ (Algerien, Irak, Demokratische Volksrepublik Jemen (Südjemen), Libyen, Syrien sowie die PLO) zusammen, bei der der Besuch von Präsident Sadat vom 19. bis 21. November 1977 in Israel als „Verrat [...] an dem Kampf, den Opfern und Prinzipien der arabischen Nation“ sowie der von Sadat angeregte Friedensprozeß verurteilt wurden. Eine zweite Konferenz, an der der Irak nicht teilnahm, trat vom 2. bis 4. Februar 1978 in Algier zusammen, eine dritte, an der wiederum der Irak nicht teilnahm, vom 20. bis 23. September 1978 in Damaskus. Für den Wortlaut der Kommuniqués der ersten und dritten Konferenz vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 115–117, bzw. EUROPA-ARCHIV 1979, D 59–65.

Vom 2. bis 5. November 1978 fand in Bagdad eine Konferenz der Könige und Präsidenten arabischer Staaten statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 66–68.

Vom 27. bis 31. März 1979 fand in Bagdad eine Konferenz der Außen- und Wirtschaftsminister arabischer Staaten statt. Botschafter Menne, Bagdad, berichtete am 1. April 1979 über die Beschlüsse: „1) Abzug der arabischen Botschafter aus Kairo. 2) Abbruch der politischen und diplomatischen Beziehungen mit der Regierung Ägyptens. Durchführung binnen vier Wochen. 3) Mitgliedschaft Ägyptens in Arabischer Liga wird eingefroren ab sofort. 4) Sitz der Arabischen Liga wird nach Tunis verlegt. [...] 5) Während die Zusammenarbeit mit dem ägyptischen Volk fort dauern soll, werden die wirtschaftliche Unterstützung wie Kredite, Einlagen, Bankdienste sowie andere finanzielle Unterstützungen eingestellt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 154; Unterabteilung 31, Bd. 135595.

⁹ Zu Äußerungen des Präsidenten Sadat bezüglich der Errichtung amerikanischer Militäreinrichtungen in Ägypten vgl. Dok. 4, Anm. 3.
Botschaftsrätin I. Klasse Steffler, Tel Aviv, berichtete am 7. Januar 1980, die Vorgänge in Iran und

Zum Energiethema übergehend, bemerkt der Bundeskanzler, daß González mit seinem Denken hierzu vom Berliner SPD-Parteitag her vertraut sei.¹⁰ Die Weltölkrise komme schneller als erwartet. Länder, die nicht selbst über Öl verfügen, würden in erhebliche wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten. In dieser Lage sei es unbedingt erforderlich, daß wir Kernkraftwerke schnell bauen und anfahren würden. Er, der Bundeskanzler, habe in Berlin einen Tag lang um diese Politik gekämpft und habe sich damit auch knapp durchgesetzt.¹¹

González hält die Gefahr in der Tat für groß, daß Europa in den weltpolitischen Konflikt einbezogen wird. Nach seiner persönlichen Meinung habe die Intervention der SU in Afghanistan mehr als eine Vertrauenskrise heraufbeschworen; z. B. steige in Afrika die Angst, sich in pro-westliche Bündnisse zu begeben. Es könnte die Absicht der SU sein, sich als erste Weltmacht zu etablieren. Man befinde sich hier auf abschüssigem Wege.

Bundeskanzler erwidert, daß dann die Notwendigkeit um so größer sei, die SU mit Erfolg einzudämmen. Dies könne aber nicht durch eine Politik der Nadelstiche erreicht werden.

2) Spanien und der Westen; spanischer NATO-Beitritt

Anknüpfend an die Presseberichte vor seinem Besuch wendet sich der Bundeskanzler gegen die Äußerungen, daß Hauptzweck seines Besuches sei, Spanien zum Beitritt in die NATO zu bewegen. Er habe dieses Thema nicht angesprochen. Es sei unerhört, daß die Presse so etwas schreibe.

Andererseits bestehe kein Zweifel an der Notwendigkeit, Spanien möglichst weitgehend in die politische Abstimmung einzubeziehen. Hierzu hätte es jedoch gegenüber MP Suárez und dem König¹², die beide von dieser Notwendigkeit fest überzeugt seien, keines Hinweises seinerseits gebraucht.

González kann sich dieser Meinung weitgehend anschließen. Jede ernstzunehmende politische Kraft in Spanien sei voll für eine solche Konzertierung und könne sich ihr nicht entziehen.

Der NATO-Beitritt sei freilich ein delikates Thema. Dies nicht nur wegen der öffentlichen Meinung in Spanien, sondern auch wegen der Haltung im Heere

Fortsetzung Fußnote von Seite 30

Afghanistan hätten in israelischen Medien zur Diskussion um die strategische Rolle des Landes für die USA geführt: „Nur wenn die USA vom strategischen Wert Israels für sie überzeugt werden könnten, lautet die gängige These, werde die Fortdauer amerikanischer Militärhilfe gewährleistet sein. [...] Bisweilen wird allerdings auch gesehen, daß, insbesondere wegen der Rücksichten, die die USA auf arabische Staaten zu nehmen hätten, kontraproduzent wirken könne, wenn Israel sich allzu lautstark als amerikanischer Stützpunkt anbiete. Wie eine Bestätigung dieser These wirkt eine Meldung in der heutigen Morgenpresse (7.1.), wonach die USA wohl ein entsprechendes ägyptisches Angebot annehmen würden, nicht aber ein israelisches.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 29; Referat 204, Bd. 115950.

¹⁰ Der Parteitag der SPD fand vom 3. bis 7. Dezember 1979 in Berlin (West) statt. Der Generalsekretär der Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei, González, sprach am 5. Dezember 1979 ein Grußwort. Vgl. dazu PARTEITAG DER SPD 1979, Bd. 1, S. 719–721.

¹¹ Der SPD-Parteitag vom 3. bis 7. Dezember 1979 in Berlin billigte einen Antrag des Parteivorstands zur Energiepolitik. Darin hieß es, „daß zum jetzigen Zeitpunkt und nach dem heutigen Erkenntnisstand auf die Anwendung keiner Energiequelle, auch nicht auf die Anwendung von Kernenergie für friedliche Zwecke, verzichtet werden kann“. Allerdings sollten neue Kernkraftwerke nur errichtet werden, wenn die Entsorgungsfrage gelöst sei. Vorrang bei der Energieversorgung solle daher Kohle besitzen. Vgl. PARTEITAG DER SPD 1979, Bd. 2, S. 1305–1325.

¹² Juan Carlos I.

selbst. Dies habe er bei kürzlichen Gesprächen mit der Generalität bestätigt befunden. Dort sei die Abneigung gegen Bündnisse weiterhin stark. Man sei von der Notwendigkeit, die militärische Ausrüstung Spaniens zu modernisieren, zwar überzeugt, wolle jedoch in dieser Frage nicht voll von den USA abhängen. Dem fügt der *Bundeskanzler* hinzu, daß er ähnliches bei dem Besuch Mellados in Bonn¹³ empfunden habe.

Wir seien daher auf Vorschläge Mellados für eine stärkere Zusammenarbeit mit uns positiv eingegangen. Dies nicht in eigenem Interesse, wohl aber um dem spanischen Wunsch entgegenzukommen.¹⁴

Auf die Frage des Bundeskanzlers nach der augenblicklichen und zukünftigen Rolle Mellados¹⁵ bemerkt *González*, daß er leider zunehmend einflußlos werde und schon heute nicht mehr den Standpunkt des Heeres repräsentiere.

Im späteren Verlauf des Gesprächs bemerkte *González* noch, daß ein überstürzter Beitritt Spaniens zur NATO verheerende innenpolitische Folgen haben könnte.

Bundeskanzler stimmt dem grundsätzlich zu, hält es aber für notwendig, daß die feste Bindung Spaniens an den Westen nicht in Frage gestellt werde, sondern sich vielmehr konsolidiere. Dies ist auch die Meinung von *González*.

Gegen Ende des Gesprächs gab der Bundeskanzler hierzu noch folgende Zusammenfassung: In etwa zehn bis zwölf Jahren werde Spanien die Schwierigkeiten des Beitritts zur EG¹⁶ überwunden haben. Die Bindung an den Westen

¹³ Der erste stellvertretende spanische Ministerpräsident und Verteidigungsminister Gutiérrez Mellado besuchte die Bundesrepublik vom 13. bis 16. September 1978. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt am 13. September 1978 vgl. AAPD 1978, II, Dok. 263.

¹⁴ Zur Frage einer Intensivierung der Zusammenarbeit mit Spanien nahm Ministerialdirigent Dröge am 6. Dezember 1979 Stellung. Er empfahl, regelmäßig bilaterale Konsultationen der Außenminister abzuhalten: „Darüber hinaus sollten sich die Regierungschefs nach Möglichkeit aufgrund offizieller Einladungen mit entsprechender Medienwirkung häufiger treffen als bisher.“ Bei Gesprächen der Verteidigungsminister dagegen solle zurückhaltend agiert werden, um dem Eindruck vorzubeugen, die Bundesregierung forcire einen NATO-Beitritt Spaniens: „Es gibt bereits eine gemischte Kommission, die unter Leitung von Offizieren im Generalsrang besteht. Darüber hinaus findet ein Besuchsaustausch zwischen den Inspektoren der einzelnen Waffengattungen statt.“ Vgl. Referat 203, Bd. 115897.

¹⁵ Der am 6. April 1979 gebildeten spanischen Regierung gehörte der bisherige Verteidigungsminister Gutiérrez Mellado als erster stellvertretender Ministerpräsident mit Zuständigkeit für die Koordinierung der Sicherheit und Landesverteidigung an. Vgl. dazu den Schriftbericht Nr. 19 des Oberst i. G. Steinkoff, Madrid, vom 9. April 1979; Referat 203, Bd. 115894.

¹⁶ Spanien stellte am 28. Juli 1977 einen Antrag auf Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 7-8/1977, S. 6. Am 5. Februar 1979 wurden in Brüssel die Beitrittsverhandlungen eröffnet. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 2/1979, S. 22–27.

Referat 410 bilanzierte am 28. Februar 1980 den Verhandlungsstand: „Mit einem Ministertreffen am 18. September 1979 begannen die Sachverhandlungen. Bei einem weiteren Ministertreffen am 18. Dezember 1979 und vier Botschaftertreffen (zuletzt am 1. Februar 1980) wurden Stellungnahmen zu den Bereichen Zollunion, EGKS, Steuersystem, Verkehr, Außenbeziehungen, Niederlassungsrecht und Kapitalverkehr vorgelegt.“ Es bestehe Einvernehmen, daß zunächst die Positionen beider Seiten einander in einem Gesamtüberblick gegenübergestellt und dann „die Verhandlungen Kapitel um Kapitel“ aufgenommen werden sollten. Die italienische EG-Ratspräsidentschaft plane, den Gesamtüberblick bis Jahresmitte 1980 abzuschließen. Dabei zeichne sich ab, daß Frankreich zu einem Verzögern neige, um die bei einem EG-Beitritt Spaniens entstehenden Belastungen im Agrar- und Sozialbereich aus dem französischen Präsidentschaftswahlkampf im Frühjahr 1981 herauszuhalten: „Für Italien wird der jetzt anstehende Verhandlungsbereich ‚Landwirtschaft‘ problematisch

werde hinauslaufen müssen auf eine Mitgliedschaft Spaniens im Bündnis, nicht jedoch unbedingt in der NATO. Es gebe das Muster Frankreichs und Griechenlands.¹⁷ Eine ähnliche Entwicklung habe Irland durchgemacht. Dies seien freilich lediglich seine privaten Vorstellungen.

Sodann berichtete González von einer massiven Kampagne der diplomatischen Vertretungen der Ostblockstaaten bei seiner Partei gegen den Bündnisbeschluß zur Nachrüstung¹⁸. Die kommunistischen Vertretungen versuchten offensichtlich, die sozialistischen Parteien Südeuropas gegen diesen Beschluß in Front zu bringen. Von der DDR-Vertretung sei ihm ein offizielles Dokument der SED zur Mittelstreckenfrage übergeben worden.

Der Bundeskanzler zeigt hieran Interesse. Im übrigen verweist er auf den Beschluß des Berliner Parteitages zur Nachrüstungsfrage¹⁹, der im übrigen eine Woche später seine Entsprechung im Bündnisbeschluß gefunden habe.

González bemerkt, daß die PSOE in ihren Äußerungen zum Bündnisbeschluß vorsichtiger gewesen sei als Suárez. Man könne nicht einerseits einen Vertrag mit den USA haben, der eine nicht-nukleare Ausrüstung Spaniens vorsehe²⁰, und andererseits eine nukleare Ausrüstung anderer europäischer Länder befürworten. Er anerkennt aber, daß der Beschluß für die anderen europäischen Länder richtig gewesen sei.

Auf seine Bemerkung zu Craxis Haltung²¹ antwortet der Bundeskanzler, daß dieser Mut gehabt habe.

Fortsetzung Fußnote von Seite 32

sein. Es muß jedoch unbedingt vermieden werden, daß wegen EG-interner Schwierigkeiten beim Fortgang der Beitrittsverhandlungen Verzögerungen auftreten.“ Vgl. Referat 410, Bd. 121929.

17 Frankreich schied am 1. Juli 1966 aus der militärischen Integration der NATO aus.

Zum Austritt Griechenlands aus der militärischen Integration der NATO vom 14. August 1974 vgl. Dok. 1, Anm. 43.

18 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 10.

19 Der SPD-Parteitag vom 3. bis 7. Dezember 1979 in Berlin billigte einen Antrag des Parteivorstandes zur „Sicherheitspolitik im Rahmen der Friedenspolitik“, der bekräftigte, daß Entspannungs- und Verteidigungspolitik „gleichwertige und unverzichtbare Instrumente der Sicherheitspolitik“ seien. Gefordert wurde, den „Disparitäten bei den nuklearen Mittelstreckenpotentials [...] durch eine Kombination von verteidigungspolitischen und rüstungssteuerungspolitischen Maßnahmen“ zu begegnen: „Dies bedeutet, rüstungskontrollpolitischen Regelungen den politischen Vorrang zu geben, um Instabilitäten auf diesem Wege abzubauen; gleichzeitig die notwendigen verteidigungspolitischen Optionen festzulegen, damit diese im Falle eines Scheiterns rüstungskontrollpolitischer Bemühungen wirksam werden können. [...] Aus diesen Gründen soll die Bundesregierung der Stationierung der von den USA in eigener Verantwortung zu entwickelnden Mittelstreckenwaffen in Europa (die frühestens 1983 möglich ist) nur unter der auflösenden Bedingung zustimmen, daß auf deren Einführung verzichtet wird, wenn Rüstungskontrollverhandlungen zu befriedigenden Ergebnissen führen. Ziel der Verhandlungen ist es, durch eine Verringerung der sowjetischen und eine für Ost und West in Europa insgesamt vereinbarte gemeinsame Begrenzung der Mittelstreckenwaffen die Einführung zusätzlicher Mittelstreckenwaffen in Westeuropa überflüssig zu machen.“ Vgl. PARTEITAG DER SPD 1979, Bd. 2, S. 1243.

20 Das amerikanisch-spanische Abkommen vom 24. Januar 1976 über Freundschaft und Zusammenarbeit sah u. a. Maßnahmen zur Koordinierung der Streitkräfte, die Nutzung militärischer Einrichtungen in Spanien durch die USA, die Kooperation bei der Herstellung und beim Kauf von Rüstungsgütern sowie die Gewährung von Rüstungskrediten durch die USA vor. Für den Wortlaut des Abkommens und der dazugehörigen Dokumente vgl. UNTS, Bd. 1030, S. 118–211. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1976, D 604–611 (Auszug).

21 Die italienische Abgeordnetenkammer stimmte am 7. Dezember 1979 für eine Modernisierung der Mittelstreckenraketen der NATO. Botschafter Arnold, Rom, berichtete am 8. Dezember 1979 über die dreitägige Debatte: „Die Koalitionspartner DC, PSDI und PLI sowie der die Regierung durch Stimmenthaltung abstützende PRI hatten sich auf eine in ihren vier Teilen einzeln zur Abstimmung ge-

Der *Bundeskanzler* bietet González an, einem Vertrauensmann von ihm im Bundeskanzleramt Einblick in unsere Erkenntnisse über die Aufrüstung der SU zu geben. Man müsse diese Tatsachen kennen, um sich ein wirkliches Urteil bilden zu können. Wir hätten auch Craxi die gleiche Information gegeben.

3) Kernenergie

González bemerkt, es sei ein Irrtum, daß die PSOE grundsätzlich gegen Kernenergie eingestellt sei. Sie mahne lediglich zu Vorsicht und weise auf die Gefährdungen hin. Hierzu der *Bundeskanzler*: Öl werde zunehmend für den Betrieb von Autos, Flugzeugen und Schiffen verwandt werden müssen. Zu einer Substitution von Öl werde es bei der Heizung und beim Industrieantrieb kommen. Dadurch würde der Konsum von elektrischer Energie immens steigen. Länder mit eigenen Kohlereserven könnten zum Teil auf sie zurückgreifen. Aber auch bei ihnen könne der Mehrbedarf nicht ausschließlich durch Kohle gedeckt werden. Länder ohne Kohlereserven hätten gar keine andere Wahl, als ausschließlich auf KKWs für den zusätzlichen Bedarf auszuweichen. Dies hätte die SU begriffen, auch F, Belgien und Großbritannien, obgleich letzteres sowohl über eigenes Öl wie eigene Steinkohle verfüge. GB fordere seine Freunde jedoch auf, Kernkraftwerke zu bauen. Bei uns, in Schweden und in Österreich seien die Widerstände gegen die Kernkraft groß; sie seien aber unvernünftig.

Auf eine Frage von González bemerkt der *Bundeskanzler*, daß die neuen Reserven in Mexiko und Venezuela keinesfalls den Ausfall von iranischen Öllieferungen und Lieferungen aus den Golfstaaten ausgleichen könnten. Er gibt González Recht, daß die Anti-Kernkraftkampagne in den USA nicht unterschätzt werden dürfe und breite Öffentlichkeitswirksamkeit habe. Man dürfe sich dadurch aber nicht mitreißen lassen. Seine Haltung, auch gegenüber seiner Partei, sei in dieser Frage ganz eindeutig gewesen, ebenso eindeutig wie seine Haltung in der Frage Nachrüstung.

4) EG-Fragen

González bedauert, daß die Regierung das Parlament und die Öffentlichkeit nicht stärker an dem Verlauf der Verhandlungen beteilige. Der EG-Beitritt sei eine Frage, die das ganze spanische Volk betreffe. Es gebe im übrigen keine politische Kraft in Spanien, die gegen den Beitritt sei, auch die Kommunisten seien dafür. Der augenblickliche Verhandlungskalender nutze freilich nur der EG, nicht Spanien.

Auf die Frage des *Bundeskanzlers*, welche Interessen durch den Verhandlungskalender verletzt würden, bemerkt González, daß es sich hierbei insbesondere

Fortsetzung Fußnote von Seite 33

brachte EntschlieÙung geeinigt, der gegenüber der die Regierung ebenfalls durch Enthaltung mittragende PSI sich sein Verhalten jeweils vorbehalten hatte. Der entscheidende dritte Teil mit dem den Erklärungen der Regierung die Billigung ausgesprochen wurde, konnte bei 580 anwesenden Abgeordneten 319 Ja- gegen 261 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung auf sich vereinigen. Eine Analyse der geheim erfolgten Abstimmung erbrachte bei den als gesichert angesehenen Gegenstimmen von PCI, PR und PDUP einen nicht näher identifizierbaren Rest von 19 Stimmen, die zumindest größtenteils bei den Sozialisten anzusiedeln seien dürften. Darin fand der am Vorabend der Abstimmung durch GS Craxi erst nach Drohung mit der Einberufung eines Sonderparteitags überwundene Dissens mit der Signorile-Linken, die die ganze TNF-Diskussion erneut aufrollen wollte, hartnäckigen Ausdruck.“ Der Vorgang vermittele ein Bild der Zerrissenheit des PSI, „die für den Fall eines Regierungsbeitritts selbst unter Craxis Ministerpräsidentschaft noch umso größer werden dürfte, wenn es der Partei nicht einmal mehr gelingt, sich zur Geschlossenheit über Grundfragen der Verteidigungspolitik zusammenzufinden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1148; Referat 203, Bd. 115878.

um landwirtschaftliche handele. Für Spanien sei jedoch auch die Frage der Freizügigkeit wichtig.

Auf die Bemerkung von González über mangelnde Beteiligung des Parlaments bei den Verhandlungen eingehend, regt der *Bundeskanzler* an, daß das spanische Parlament vielleicht einen Sonderausschuß bilden könnte, der die Verhandlungen begleite. Die SPD habe als Oppositionspartei sehr gute Erfahrungen mit einem ähnlichen Ausschuß in den 50er Jahren bei Verhandlung des Beitritts der Bundesrepublik Deutschland zur NATO²² gemacht. Sie habe sich so kontinuierlich mit den Fragen beschäftigen und die Verhandlungen aus der Opposition heraus auch beeinflussen können. Dies sei hinter verschlossenen Türen geschehen.

Im übrigen solle Spanien nicht zu ungeduldig sein. Griechenland mit nur 9 Mio. Einwohnern habe über zwei Jahre verhandeln müssen.²³ Auch MP Karamanlis sei sehr ungeduldig gewesen. Im übrigen zeige das Beispiel Großbritanniens, daß ein Beitritt zur EG lange Zeit in Anspruch nehmen könne.²⁴

Das Problem der mittelmeeischen Agrarprodukte sei in der Tat schwer zu lösen. Mit dem Beitritt Spaniens werde es zu einer Überversorgung der EG kommen. Er sehe tiefgreifende Interessenkonflikte mit Italien und Frankreich, nicht jedoch mit uns. Dort hätte die Frage der mittelmeeischen Agrarprodukte erhebliche innenpolitische Bedeutung. Der französische Präsident²⁵ müsse hier Kompromisse schließen. Dies werde wohl kaum vor seiner Wahl (1981)²⁶ möglich sein. Diese innenpolitische Situation in F müsse berücksichtigt werden.

In der Frage der Freizügigkeit hatten F und wir die größten Schwierigkeiten. Der Anteil der spanischen AN²⁷ bei uns sei nicht besonders groß. Jedoch stelle uns die große Zahl bei uns lebender Ausländer vor erhebliche Probleme. Das gelte insbesondere für die Schulen, aber auch für die berufliche Ausbildung. Wir unternähmen große Anstrengungen, um die Ausbildungsmöglichkeiten bei uns für Ausländer zu verbessern.

²² Nach der Ratifizierung der Pariser Verträge vom 23. Oktober 1954 wurde die Bundesregierung am 9. Mai 1955 Mitglied der NATO.

²³ Griechenland stellte am 12. Juni 1975 einen Antrag auf Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 6/1975, S. 11–14.

Am 28. Mai 1979 wurden in Athen die Verträge über den Beitritt Griechenlands zu den Europäischen Gemeinschaften unterzeichnet, der am 1. Januar 1981 erfolgte. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 5/1979, S. 7–16.

²⁴ Großbritannien stellte am 10. August 1961 den Antrag auf Aufnahme in die EWG. Vgl. dazu BULLETIN DER EWG 9–10/1961, S. 5.

Die Verhandlungen über einen Beitritt Großbritanniens zur EWG scheiterten am 28./29. Januar 1963. Vgl. dazu AAPD 1963, I, Dok. 60.

Großbritannien, Dänemark und Irland stellten am 11. Mai 1967 Beitrittsanträge zur EWG; Norwegen folgte am 21. Juli 1967. Vgl. dazu BULLETIN DER EWG 6/1967, S. 9, 12 f. und S. 14 f. sowie BULLETIN DER EWG 9–10/1967, S. 12. Vgl. dazu ferner AAPD 1967, I, Dok. 101, und AAPD 1967, II, Dok. 209.

Die Europäischen Gemeinschaften und Großbritannien führten zwischen 30. Juni 1970 und 12. Dezember 1971 Beitrittsverhandlungen. Der Beitrittsvertrag wurde am 22. Januar 1972 in Brüssel unterzeichnet und trat mit Wirkung vom 1. Januar 1973 in Kraft. Für den Wortlaut des Vertragswerks vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 1127–1431.

²⁵ Valéry Giscard d'Estaing.

²⁶ In Frankreich fanden am 26. April bzw. 10. Mai 1981 Präsidentschaftswahlen statt.

²⁷ Arbeitnehmer.

Hinzu komme, daß z.B. die Türken innenpolitische Auseinandersetzungen nunmehr bei uns austragen würden.

Wir seien daher vor sechs Jahren gezwungen gewesen, gegenüber Nicht-EG-Bürgern einen Anwerbestopp zu verhängen.²⁸ In der EG gelte die Freizügigkeit. Es sei aber sowohl unser wie Frankreichs Interesse, möglichst lange Übergangszeiten zu haben. Gegenüber Griechenland habe man sich auf eine Übergangszeit von sieben Jahren geeinigt. Auch Spanien und Portugal müßten sich auf lange Übergangsfristen einrichten.

González bemerkt, er habe die Probleme, die sich aus der Massierung von Ausländern bei uns ergeben, in Berlin in Kreuzberg selbst gesehen.

5) Spanische Innenpolitik

González berichtet, daß sich die PSOE nach der Krise in der ersten Hälfte dieses Jahres wieder stabilisiert habe. Sie habe 1982/83 die Möglichkeit, an die Macht zu kommen. Die augenblicklichen Meinungsumfragen seien sowohl für ihn selbst wie auch für die PSOE sehr günstig. Er wolle sie jedoch nicht überschätzen. Auch intern sei die Krise in der PSOE noch nicht voll überwunden.

Jedoch habe auch die UCD²⁹ Probleme. Er schließe nicht aus, daß sich die UCD stärker in eine christdemokratische Richtung entwickle. Dies würde vielleicht die Möglichkeit bieten, daß sich eine eigene liberale Partei herausbilde, wodurch die Möglichkeiten der PSOE, Allianzen zu schließen, zunehmen würden.

In der kommunistischen Partei gebe es starke Spannungen zwischen dem Arbeiter- und Gewerkschaftsflügel einerseits und der traditionellen Führung andererseits. Es gebe für Teile der kommunistischen Partei auch die stalinistische Versuchung (Cunhal-Versuchung).

Als positiv für die PSOE verzeichnete er, daß die Regierung nicht mehr den Versuch unternehme, taktisch mit der kommunistischen Partei gegen die PSOE zu koalieren.

Bundeskanzler bemerkt, daß Suárez erwähnt habe, daß die PSOE Koalitionen in Rathäusern mit der PCE³⁰ geschlossen habe.

González: Dies habe verhindert, daß Suárez sich weiterhin taktisch mit der kommunistischen Partei gegen die PSOE einlasse.³¹

²⁸ Am 23. November 1973 wies Bundesminister Arendt die Bundesanstalt für Arbeit an, „zeitweilig keine Arbeitnehmer aus dem Ausland mehr zu vermitteln“. Für den Wortlaut der „Maßnahme zur Eindämmung der Ausländerbeschäftigung“ vgl. BULLETIN 1973, S. 1506.

²⁹ Unión de Centro Democrático.

³⁰ Partido Comunista de España.

³¹ Botschafter Lahn, Madrid, charakterisierte am 22. Februar 1980 die innenpolitische Lage Spaniens, die seit den Parlamentswahlen vom 1. März 1979 durch einen zunehmend betonten Gegensatz von Regierung und Opposition gekennzeichnet sei: „Während die ersten Jahre nach dem Ende des Franco-Regimes der Verfassungsgebung gewidmet waren und deswegen im Zeichen einer Konsenspolitik zwischen der Gruppierung Suárez und den anderen politischen Kräften des Landes auf der Rechten und Linken standen, akzentuierte Suárez nach dem März 1979 seine Verantwortung als Regierungschef stärker. Eine Folge war das Bündnis zwischen Sozialisten und Kommunisten nach den ersten demokratischen Gemeindewahlen vom 3. April 1979, wodurch die wichtigsten Städte Spaniens mit über 70 Prozent der Bevölkerung heute von diesen Parteien kontrolliert werden. Unter dem Eindruck des für sie überraschenden Zusammengehens von PSOE und KPS hat die Regierung Suárez ihr Verhalten gegenüber der Linksoption korrigiert.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 183; Referat 203, Bd. 115895.

Im übrigen betont González nachdrücklich die Notwendigkeit, mit der Regierung zu einer Abstimmung zu gelangen. Selbstverständlich gebe es ideologisch besetzte Themen wie das Eherecht, die Frage der Privatschulen, die Frage der Stellung der Frau, bei denen eine Einigung mit der Regierung nicht möglich sei.

Sodann berichtet González über die zunehmende Konfrontation mit der kommunistischen Partei im sozialen Bereich. Bei den Gewerkschaften habe die kommunistische Partei noch eine starke Stellung. Den sozialistischen Gewerkschaften sei jedoch ein Durchbruch gelungen, indem sie mit den Unternehmern zu einem Abkommen gelangt seien.³²

Bundeskanzler bestätigt den guten Eindruck, den dieses Abkommen bei uns gemacht hat.

González: Diese Konfrontation könnte zur Folge haben, daß das Gewicht der Sozialisten im Gewerkschaftsbereich stärker zum Tragen kommt. Es bestehe die Chance, daß die sozialistische Bewegung in Spanien durch starke Gewerkschaften gestärkt werde und die UGT³³ zur ersten Gewerkschaftsbewegung in Spanien werde. Hierzu brauche man jedoch auch finanzielle Mittel. Die Regierung sehe das nicht und verhalte sich etwas blind in der Frage des Gewerkschaftsvermögens.

Auf Bitte von González bietet *Bundeskanzler* an, daß er diese Frage gegenüber Suárez ansprechen wolle.

González räumt ein, daß die Position der Regierung kürzlich in dieser Frage etwas konzilianter geworden sei. Jedoch sei die Regierung weiterhin zurückhaltend, da sie selbst keine eigene Gewerkschaftsbewegung habe. Langfristig sei die bisherige Position der Regierung auch für sie nachteilig, da sie nur die Kommunisten stärke.

Bundeskanzler erkundigt sich nach einzelnen Fragen der Rückgabe des Gewerkschaftsvermögens; müßten auch die kommunistischen Gewerkschaften einen Teil des zurückgegebenen Vermögens erhalten?

Laut *González* müßte das historische Gewerkschaftsvermögen ausschließlich der UGT zurückgegeben werden. Der Rest könnte je nach den Wahlergebnissen bei den Betriebsratswahlen verteilt werden.

6) Portugal

Bundeskanzler bittet González um sein Urteil über Sá Carneiro. *González* bemerkt, daß er ihn nicht persönlich kenne; er sei aber offensichtlich eine mitreißende und sehr wirkungsvolle Persönlichkeit. Es sei der große Fehler von Soares gewesen, nicht mit ihm koalitiert zu haben.

³² Botschafter Lahn, Madrid, berichtete am 4. Januar 1980: „In diesen Tagen wird mit größter Wahrscheinlichkeit der erste Tarif-Rahmenvertrag (Acuerdo Marco) zwischen dem größten Arbeitgeberverband C[onfederación]E[spañola de]O[rganizaciones]E[mpresariales] und dem sozialistischen Gewerkschaftsbund U[nión]G[eneral de]T[rabajadores de España] abgeschlossen, der für die in den nächsten Wochen anstehenden Tarifverhandlungen in den Betrieben von grundlegender Bedeutung ist. Aus dem bisher bekanntgewordenen Ergebnis bleibt festzuhalten: Tariffrahmen 13 bis 16 Prozent Lohnerhöhung. Dauer des Rahmenvertrages: zwei Jahre. Herabsetzung der jährlichen Arbeitszeit von augenblicklich 2006 Stunden auf (1982) 1886 Stunden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 13; Referat 203, Bd. 115900.

³³ Unión General de Trabajadores de España.

Bundeskanzler: Dies habe er ihm mehrfach geraten. Bewege sich Sá Carneiro auf eine Position rechts von der Mitte hin?

González: Nein, es liegt in seinem Interesse, eine Position in der Mitte einzunehmen und sich sogar gewissen Kreisen der sozialistischen Partei anzunähern. Sein Wählerpotential auf der Rechten ist ausgeschöpft. Wenn er klug ist, so wird er den Sozialisten eine Koalition anbieten, die von den Sozialisten wahrscheinlich abgelehnt werden muß.

Bundeskanzler: Dies müßte man Soares vor Augen führen. Auch er halte Sá Carneiro für sehr intelligent und für beweglich.

Abschließend berichtet *González* von einigen Eindrücken über die Lage im Tschad, von Ölfündigkeit dort und von den Verbindungen der PSOE mit der FROLINAT³⁴ sowie von der Wiederherstellung von Beziehungen mit Äquatorial-Guinea. Hierüber habe er die SPD unterrichtet. Auch die Verbindungen zu Lateinamerika und zu Mexiko seien gut.

Bundeskanzler beglückwünscht *González* dazu, daß seine Partei begriffen habe, daß es ohne ihn nicht gehe. Er habe noch eine lange politische Zukunft vor sich.

González sagt, daß seine Partei sicher noch Schwierigkeiten mit der Ausübung der Macht haben werde. Die erfolgreichen Kommunalwahlen³⁵ hätten sich aber auch innerparteilich sehr günstig ausgewirkt. Die neuen Bürgermeister lernten, was die Ausübung der Macht bedeute. Ihr Realitätssinn steige.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 51

³⁴ Front de Libération National du Tchad.

³⁵ In Spanien fanden am 3. April 1979 Kommunalwahlen statt. Gesandter Munz, Madrid, teilte dazu am 4. April 1979 mit, die UCD sei zwar als stärkste politische Formation hervorgegangen und habe in absoluten Zahlen die meisten Stimmen erhalten: „Sie wird aber wahrscheinlich nur in den kleineren und mittleren Städten und Gemeinden auch den Bürgermeister stellen [...]. Die großen Städte – Madrid, Barcelona, Valencia, Sevilla u. a. – werden künftig von sozialistischen oder kommunistischen Bürgermeistern regiert werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 238; Referat 203, Bd. 115894.

6

Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-1084/80 VS-vertraulich

Fernschreiben Nr. 16

Citissime

Aufgabe: 8. Januar 1980, 13.30 Uhr¹

Ankunft: 8. Januar 1980, 15.15 Uhr

Betr.: Lage der Allianz in der Afghanistan-Krise

Die Allianz hat am 12.12.1979 Entscheidung getroffen², ist in Deployment-Beschluß jedoch auseinandergefallen und hat weithin mangelnde politische Solidarität demonstriert.³ Allianz ist in keiner guten Verfassung.

Afghanistan-Krise eröffnet zwei Möglichkeiten:

- a) Wiederherstellung der politischen Solidarität durch gemeinsames Handeln,
- b) weitere politische Desintegration.

Gewisse Anzeichen deuten in zweite Richtung, wobei allen Alliierten klar sein muß, daß Hauptziel der sowjetischen Politik bleibt, die Alliierten auseinanderzudividieren, die Europäer von den Amerikanern, die Europäer untereinander, und die Deutschen möglichst zu isolieren. In der Allianz gibt es eine Neigung, den Amerikanern, wenn sie viele Fragen stellen, Führungsschwäche, wenn sie hingegen mit Entscheidungen einen Weg zeigen, rücksichtsloses Vorpreschen vorzuwerfen.

Fraglich, wie lange Amerikaner das noch hinnehmen.

1) Sowjetische Invasion Afghanistans hat noch deutlicher als vorhergehende Sowjet-Aktionen in Dritter Welt unterstrichen, daß sich unser Konzept der Unteilbarkeit der Entspannung und das sowjetische einer auf Europa begrenzten politischen Entspannung, der die militärische zu folgen hat, diametral entgegenstehen. Es ist deutlicher geworden, daß erfolgversprechende Ansätze zur Wiederherstellung der Politik, Spannungen zu mindern, nur möglich ist, wenn das gestörte Machtgleichgewicht als Basis solcher Politik wiederhergestellt wird. Beschwichtigen erweist einen ebenso schlechten Dienst wie überreagieren. Die Allianz ist auf die Konflikte, die ihrer Sicherheit von außen her in den achtziger Jahren drohen, schlecht vorbereitet, vor allem weil die politische Konsultation mit dem Ziel einer Koordination der Politiken der Alliierten außerhalb des Vertragsgebietes, von wo die Hauptgefahren drohen, fehlt. Am wichtigsten ist jetzt, diese Koordination zu suchen, um im Handeln als Allianz im engeren Ost-West-Verhältnis und im Koordinieren der Politiken der Regierungen im Verhältnis zur Dritten Welt politische Solidarität wiederherzustellen. Wenn wir der Dritten Welt gegenüber als Allianz auftreten, verschrecken wir deren eige-

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Arnot vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Heyken am 11. Januar 1980 vorgelegen.

² Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 10.

³ Zu den Positionen Belgiens, Dänemarks und der Niederlande auf der gemeinsamen Tagung der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel vgl. Dok. 1, Anm. 16.

nes initiatives Besorgtsein. Wenn wir zu schwach reagieren, werden wir sie umgekehrt entmutigen, ihre Sorge zu äußern. Es zeigt sich, daß es der Allianz sehr viel schwerer fällt, koordiniert und solidarisch zu handeln, wenn sie sich mit einer von außen her drohenden Gefahr zu beschäftigen hat, als wenn sie von der Sowjetunion unmittelbar, an der Front zwischen Nordkap und Mittelmeer, herausgefordert wird.

Die gegenwärtige Krise stellt die europäisch-amerikanische Kohäsion auf die Probe. Amerikaner haben sich voll zum Schutz der Sicherheit Europas verpflichtet. Wenn amerikanische politische Öffentlichkeit jetzt Erfahrung machen sollte, daß die USA, mit der Sowjetunion an Tatorten außerhalb des Bündnisgebietes konfrontiert, von ihren europäischen Verbündeten mehr oder weniger allein gelassen werden, muß das tiefgreifende Rückwirkungen im amerikanischen politischen Bewußtsein haben, sehr zum Schaden der zukünftigen Sicherheitspolitik der Europäer. Es würde die Gefahr einer politisch-psychologischen Abkoppelung heraufbeschwören.

2) Die Weltmacht Sowjetunion exponiert sich nicht durch eine militärische Operation solchen Ausmaßes, nur um die regionalen Verhältnisse in Afghanistan nicht aus dem Griff zu verlieren. Dem liegt, geplant vermutlich seit der Ermordung Tarakis⁴, dem offenen Ausbruch des amerikanisch-iranischen Konfliktes⁵ und dem Beginn der territorialen politischen Desintegration des Iran⁶, eine weiterreichende politische Konzeption zugrunde. Die Sowjetunion kommt mit der Besetzung Afghanistans der Straße von Hormuz und dem Tiefwasserhafen Bandar Abbas um 700 km näher, ist nur noch 500 km von dort entfernt, umfaßt nunmehr den Iran von Norden und Osten, und Pakistan, bisher ohne Grenze mit der Sowjetunion, hat mit diesem Schlag eine 1500 km lange Militär-Grenze mit den Sowjets. China kann wenig helfen. Es ist riesig, aber wirtschaftlich und militärisch noch nicht handlungsfähig. Hinzu kommt der Machtwechsel in Indien.⁷ Zwischen den Sowjets an der afghanischen Südgrenze und dem Persischen Golf liegt das stets unruhige Belutschistan, bei weiterem Auseinanderfal-

⁴ Am 16. September 1979 wurde Präsident Taraki im Zuge eines Staatsstreichs ermordet. Botschaftsrat Disdorn, Kabul, teilte dazu am 17. September 1979 mit: „Am Freitag, dem 14.9.1979, fand vormittags eine Sitzung unter Vorsitz von Taraki statt. Unklar, ob es sich um eine Plenarsitzung des Kabinetts bzw. des Zentralkomitees gehandelt hat. Im Verlauf dieser Sitzung soll Taraki Amin zum Rücktritt aufgefordert haben. Amin weigerte sich und forderte seinerseits Taraki zum Rücktritt auf. Im nachfolgenden Tumult versuchte Taraki, Amin festnehmen zu lassen. Es kam zu einem Schußwechsel. Der Leibadjutant Tarakis, Taroon, der jedoch als Amin-Mann bekannt ist, wurde dabei getötet. Er soll Amin beschützt und ermöglicht haben, daß Amin den Raum verlassen konnte. Anschließend hat Amin das gesamte Gelände mit von ihm ergebnen Sicherheitskräften von jeglichem Kontakt nach außen abschließen lassen. [...] Das Gerücht will zum Schicksal von Taraki wissen, daß er sich im Militärkrankenhaus befindet. Er sei verletzt. Andere sagen, er sei tot.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 486; Referat 340, Bd. 110426.

⁵ Zur Geiselnahme von Angehörigen der amerikanischen Botschaft in Teheran vgl. Dok. 2, Anm. 13.

⁶ Botschafter Ritzel, Teheran, berichtete am 14. Januar 1980: „Zur Zeit sieht es so aus, daß in drei Provinzen Irans den Zentralgewalten die Zügel entgleiten. In Kurdistan wird eine Art letzter Versuch gemacht, die Kurden zu einem Maß von Loyalität zu bewegen, das unter der Verfassungswirklichkeit für Qom und die kommende Regierung noch hinnehmbar wäre. [...] In Aserbeidschan (Tabriz) spitzt sich die Lage täglich mehr zu. [...] In Belutschistan bestimmen mehr und mehr kriminelle Banden die Dinge außerhalb der Städte.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 55; Referat 311, Bd. 137622.

⁷ Bei den Wahlen zum indischen Parlament am 3. und 6. Januar 1980 gewann die Kongreß-I-Partei mehr als zwei Drittel der Parlamentssitze. Am 10. Januar 1980 wurde die Parteivorsitzende Gandhi zur neuen Ministerpräsidentin ernannt.

len des Iran jederzeit gut für einen Hilferuf an die Sowjetunion, die Ordnung wiederherzustellen. Ob und wann die Sowjetunion diesen Sprung wagt, bleibe dahingestellt. Sie hat sich in eine ungleich günstigere Ausgangsposition gebracht. Das genügt, um die Gefahr, die darin liegt, daß mit einem weiteren Schritt das gesamte nahöstliche Öl, einschließlich des saudischen, unter sowjetische Kontrolle geriete, zu verdeutlichen und zu unterstreichen, was für Europa auf dem Spiele steht. Die Sowjetunion will Europa nicht militärisch forcieren, aber wenn es die für das europäische Überleben entscheidenden Rohstoffquellen unter seine Kontrolle bringt, kann sie Europa lahmlegen. Man mag es auch „finnlandisieren“ oder „neutralisieren“ nennen. Es kommt für die Europäer in engstem Zusammengehen mit den Amerikanern darauf an, die Sowjets vor jedem weiteren Schritt, der eine irreparable Lage schaffen würde, zu warnen. Sie wegen Afghanistan „bestrafen“ zu wollen, wäre keine Politik – Afghanistan ist ohnehin verloren –, aber sie maßvoll und fest zu warnen und von weiterem abzuhalten, wird entscheidend sein. Auch zum Besten der Sowjetunion selbst.

Dazu sind Maßnahmen nötig, die der Sowjetunion Schwierigkeiten bereiten, wie z.B. Einschränkung der Getreideausfuhr⁸, des technischen und technologischen Transfers, weiterer Kredite. Gleichzeitig aber, um die Sowjetunion nicht in die Enge zu treiben und ihr aus ihrer Sicht nur die Möglichkeit aggressiven Handelns zu lassen, ist die aktive Fortsetzung des politischen Gespräches erforderlich:

- Weiterführen unserer Kampagne um Rüstungskontrollverhandlungen, vor allem im TNF-Bereich,
- aktives Verfolgen unserer Ziele in MBFR,
- Vorantreiben der Vorbereitungen zur KSZE-Folgekonferenz Madrid, nicht nur im Bündnisbereich, sondern weit darüber hinaus,
- keine Konfrontation stipulieren, im Gegenteil, Verhandlungsentschlossenheit aktivieren,
- Nutzen aller internationalen, multilateralen und bilateralen Möglichkeiten, um Gefahren sowjetischer Politik für Unabhängigkeit der Länder der Dritten Welt deutlich zu machen, ohne dabei als Allianz aufzutreten; im militärischen Bereich: konsequente und volle Durchführung des LTDP⁹.

3) Besondere Bedeutung kommt Türkei zu. Zu bedauern, daß Türkei nicht schon zu Londoner Konsultationen¹⁰ herangezogen wurde. Türkei muß im Interesse der Allianz politisch voll herangezogen werden, um ihr Selbstgefühl als Allianz-Partner zu stärken und sie mit allen Mitteln einzubinden. Türkei braucht intensive Fortsetzung der Finanz-, Wirtschafts- und Militärhilfe¹¹. Trotz aller Fragezeichen hinsichtlich der politischen und wirtschaftlichen Gesamtlage der Türkei muß die Allianz jetzt alles ihr Mögliche tun, um zu verhindern, daß die Tür-

⁸ Zur Einschränkung amerikanischer Getreidelieferungen an die UdSSR vgl. Dok. 5, Anm. 7.

⁹ Zum Langfristigen Verteidigungsprogramm der NATO vom 30./31. Mai 1978 vgl. Dok. 1, Anm. 9.

¹⁰ Zum Treffen der Staatssekretäre bzw. stellvertretenden Außenminister der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, Kanadas und der USA am 31. Dezember 1979 in London vgl. Dok. 1, Anm. 18.

¹¹ Zur Wirtschafts-, Finanz- und Verteidigungshilfe für die Türkei vgl. Dok. 22.

kei in den mittelöstlichen Strudel, der begonnen hat, in einer der Allianz schwer schadenden Weise hineingezogen wird.

[gez.] Pauls

VS-Bd. 13169 (213)

7

Ministerialdirektor von Staden, Bundeskanzleramt, z. Z. Madrid, an das Auswärtige Amt

114-1099/80 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 26
Citissime

Aufgabe: 8. Januar 1980, 21.15 Uhr¹
Ankunft: 9. Januar 1980, 00.55 Uhr

Betr.: Besuch des Herrn Bundeskanzlers in Spanien²;
hier: Gespräch mit Ministerpräsident Suárez am 8.1.1980

Der Herr Bundeskanzler bittet, nachstehenden Bericht unverzüglich dem Herrn Bundesminister vorzulegen:

Das dreieinhalbstündige Gespräch, an dem auf spanischer Seite Außenminister Oreja und Botschafter Garrigues sowie auf deutscher Seite Botschafter Lahn und Herr von Staden teilnahmen, fand in besonders offener und freundschaftlicher Atmosphäre statt und umfaßte eine innenpolitische Lageschilderung durch Ministerpräsident Suárez, wirtschaftliche Fragen, bilaterale Probleme und Fragen der internationalen Politik. Nachstehend berichte ich über den zuletzt genannten Komplex. Berichte des Botschafters über die davor genannten Fragen folgen.³

Ministerpräsident Suárez hatte im Verlauf des Gesprächs über innenpolitische und wirtschaftliche Fragen die Bemerkung gemacht, daß Spanien unter einem aggressiven diplomatischen Druck der Sowjetunion stehe. Auf die Bitte des Herrn Bundeskanzlers, dies näher auszuführen, erwiderte er:

¹ Der Bereitschaftsdienst vermerkte dazu handschriftlich: „Graf Finckenstein (RL 203) und H[errn] Wallau (MB) nachts tele[phonisch] unterrichtet. Absprachegemäß soll dieses FS nach Dienstbeginn heute früh direkt über Herrn Wagner (011) dem Herrn Bundesminister vorgelegt werden.“

Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 9. Januar 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Eilt. H. Minister.“

Hat Bundesminister Genscher am 9. Januar 1980 vorgelegen.

² Im Anschluß an einen Urlaub auf Mallorca führte Bundeskanzler Schmidt am 7./8. Januar 1980 Gespräche in Madrid. Vgl. dazu auch Dok. 4 und Dok. 5.

³ Botschafter Lahn, Madrid, referierte am 9. Januar 1980, im Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Suárez am Vortag seien u. a. die innen- und wirtschaftspolitische Lage Spaniens, insbesondere Fragen des politischen Systems, des ETA-Terrorismus und der Regionalisierung, sowie Energiefragen, die bilaterale Rüstungskooperation und der EG-Beitritt Spaniens erörtert worden. Vgl. dazu den in zwei Teilen übermittelten Drahtbericht Nr. 28; Referat 203, Bd. 115896.

Der sowjetische Druck werde einmal über die Kommunistische Partei Spaniens ausgeübt, die dem sowjetischen Kurs außenpolitisch seit Ende 1978 vollkommen folge und seither auch innenpolitisch eine radikale Haltung einnehme. Ferner bestehe der Eindruck, daß von sowjetischer Seite auch noch weiter links stehende Gruppierungen unterstützt würden, die parlamentarisch nicht vertreten seien, aber über ein Potential verfügten, Massen zu mobilisieren. Konkret richte sich der sowjetische Druck insbesondere gegen eine spanische Mitgliedschaft in der NATO. Die dabei vertretene These gehe dahin, die Blöcke auf ihrem gegenwärtigen Niveau einzufrieren.⁴ Die Wirksamkeit des sowjetischen Drucks werde dadurch verstärkt, daß der Führer der Sozialistischen Partei, González, bei einem Besuch in Moskau im Dezember 1977 einer gemeinsamen Erklärung zugestimmt habe, die dieses Einfrieren beinhaltet. Parallel werde der Druck auch in Verbindung mit der Ausarbeitung des sowjetisch-spanischen Handels ausgeübt. Im weiteren Verlauf des Gesprächs teilte der Ministerpräsident hierzu vertraulich mit, daß die sowjetische Regierung das für Anfang Februar zur Unterzeichnung anstehende spanisch-sowjetische Handelsabkommen⁵ mit der Frage der Nichtmitgliedschaft Spaniens in der NATO zu verbinden suche. Weiter habe Breschnew ein konkretes Angebot des Nichtangriffs mit nuklearen Waffen im Falle eines nuklearen Krieges gemacht, sofern Spanien keinem Bündnis beitrifft. Schließlich habe die Regierung den Verdacht, daß sowjetische Gelder in Regionen hoher Arbeitslosigkeit eingesetzt würden, um Unruhe zu schaffen. Die Regierungspartei lasse sich durch diesen Druck nicht beeinflussen, sie halte an ihrem langfristigen Ziel fest, das Land in die Allianz zu einem parlamentarisch geeigneten Zeitpunkt hineinzuführen.

Der Bundeskanzler erwiderte, daß man von einem sowjetischen Interesse am Handel mit dem Westen ausgehen und damit rechnen könne, unabhängig davon, ob ein Land einem Bündnis angehöre oder nicht. Allerdings berechtigten die Rüstungslasten und die Tatsache, daß die Sowjetunion in absehbarer Zukunft

⁴ Auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 25./26. November 1976 in Bukarest verabschiedeten die Mitgliedstaaten die „Deklaration über internationale Entspannung sowie Festigung der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“, in der sie sich für den Abschluß eines Vertrags zwischen den an der KSZE teilnehmenden Staaten aussprachen, „gegenseinander nicht als erste Kernwaffen anzuwenden“, und legten einen entsprechenden Vertragsentwurf vor. Ferner schlugen sie die Auflösung von NATO und Warschauer Pakt vor. Als ersten Schritt auf diesem Weg befürworteten sie „die gleichzeitige Aussetzung der Gültigkeit des Artikels 9 des Warschauer Vertrages sowie des Artikels 10 des Nordatlantikpaktes, die die Erweiterung des Teilnehmerkreises durch den Beitritt neuer Staaten zulassen“. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1976, D 648 f. bzw. S. 653 f. Vgl. dazu auch AAPD 1976, II, Dok. 350.

Am 24. Oktober 1977 legte die sowjetische KSZE-Delegation auf der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad den Entwurf einer „Aktionsbasis zur Festigung der militärischen Entspannung in Europa“ vor. Dieser sah vor: 1) Abschluß eines Vertrages mit der Verpflichtung, Kernwaffen nicht als erster anzuwenden; 2) keine Erweiterung der in Europa bestehenden Militärbündnisse um neue Mitglieder; 3) Ankündigung größerer Manöver, Einladung von Beobachtern, Austausch von Militärbeobachtern sowie Verzicht auf Manöver mit mehr als 50 000 bis 60 000 Teilnehmern; 4) Erstreckung der vertrauensbildenden Maßnahmen auch auf den südlichen Teil des Mittelmeerraums. Vgl. das Dokument CSCE/BM 5; Referat 221, Bd. 112979.

⁵ Botschafter Lahn, Madrid, notierte vom 2. April 1980, Spanien habe angesichts der sowjetischen Intervention in Afghanistan „den Beweis verlässlicher, wenn auch nicht freudiger Solidarität“ geliefert. Als Beispiel verwies er auf die „Absetzung des für Februar/März 1980 vorgesehenen Patolitschew-Besuchs mit Unterzeichnung eines Abkommens über wirtschaftliche und industrielle Zusammenarbeit“. Vgl. den Politischen Halbjahresbericht; Referat 203, Bd. 115895.

wohl kein Öl mehr werde exportieren können, zu der Frage, wieviel Importe sie sich künftig leisten könne. Man befinde sich in einer Krise, die die Wirtschaft der ganzen Welt einschließe, auch die der Sowjetunion. Der Handel mit der Sowjetunion sei an sich positiv zu bewerten, weil dadurch auch eine Abhängigkeit der Sowjetunion vom Wirtschaftsaustausch mit dem Westen geschaffen werde. Schon heute sei ein Zustand erreicht, bei dem beide Seiten ein starkes Interesse an der Fortsetzung des Wirtschaftsaustausches hätten. Dies führe zu der derzeit diskutierten Frage, ob der Westen sich als Reaktion auf die Invasion Afghanistans an Wirtschaftsmaßnahmen beteiligen sollte, wie sie von den USA eingeleitet worden seien.⁶ Die französische Regierung zeige sich skeptisch. Er werde mit Präsident Giscard d'Estaing darüber sprechen.⁷ Einerseits komme es darauf an, daß der Westen solidarisch mit den USA bleibe, andererseits müsse man bezweifeln, ob Wirtschaftsmaßnahmen geeignet wären, die Sowjetunion zum Nachgeben in Afghanistan zu veranlassen. Solche Maßnahmen würden die Sowjetunion hart treffen, doch würde sie dies voraussichtlich mit zusammengebißenen Zähnen durchstehen. Das Ergebnis aber könne sein, daß die Krise auf eine Konfrontation in Europa gelenkt würde. Hier müsse man verwundbare Punkte wie Rumänien, Jugoslawien, aber auch Berlin im Auge haben. Ferner müsse man daran denken, was aus MBFR, SALT II⁸ und SALT III, dem Verhandlungsangebot der NATO vom 12.12.⁹ und der Vorbereitung der KSZE-Folgekonferenz im Herbst 1980 in Madrid werde. Möglicherweise müsse man aus Gründen der Solidarität Gegenmaßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet ergreifen. Dann müsse man sich aber erst Klarheit verschaffen, welches Ziel damit verfolgt werden solle. Die Vereinigten Staaten könnten auch ohne die vorgenannten Entspannungsschritte leben. Europa aber sei exponierter, und dies gelte nicht zuletzt für Staaten wie Spanien und die Bundesrepublik, die keine Nuklearmächte seien. Auch habe er, so fuhr der Bundeskanzler fort, die Erfahrung gemacht, daß man gerade in Krisenzeiten Kontakt miteinander halten müsse. Wer nicht miteinander rede, gerate leichter in einen offenen Konflikt, als wer miteinander spreche und handele.

Der Ministerpräsident erwiderte, daß er sich über diese Darlegungen freue, denen er weitgehend zustimme. Die spanische Regierung habe noch nicht konkret überlegt, wie weit sie mitgehen werde. Sie müsse beanstanden, daß die Regierung der USA dazu neige, vollendete Tatsachen zu schaffen, ohne Spanien zu fragen. Man sei u. U. bereit, sich auch an Dingen zu beteiligen, die man nicht unbedingt für gut halte, vorausgesetzt, man sei in den Entscheidungsprozeß einbezogen worden. Das amerikanische Vorgehen sei offenbar auch innenpolitisch motiviert. Was der amerikanischen Regierung innenpolitisch Vorteil bringe, könne aber Europa gleichzeitig schweren Gefahren aussetzen. Es komme also darauf an, die Entspannung gegenüber der Sowjetunion im Auge zu behalten und

⁶ Zu den am 4. Januar 1980 von Präsident Carter angekündigten Sanktionen gegen die UdSSR vgl. Dok. 5, Anm. 7.

⁷ Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Giscard d'Estaing am 9. Januar 1980 in Paris vgl. Dok. 9.

⁸ Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 sowie zur Aussetzung des Ratifizierungsverfahrens im amerikanischen Senat vgl. Dok. 1, Anm. 13.

⁹ Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 10.

gleichzeitig Solidarität mit den Vereinigten Staaten zu zeigen. Denn es sei notwendig, daß die Sowjetunion wisse, woran sie ist. Dies sei nicht zuletzt wegen des in Moskau zu erwartenden Führungswechsels wichtig.

Vor wenigen Tagen hätten Gromyko und Sagladin einem spanischen Emissär in Moskau die Motive des sowjetischen Vorgehens in Afghanistan erläutert. Dabei sei die absurde Erklärung abgegeben worden, daß es sich um eine Aktion gegen amerikanisch geförderte bewaffnete Gruppen handle, die aus Pakistan in Afghanistan eingedrungen seien. Die sowjetischen Erklärungen hätten im übrigen keinen Zweifel daran gelassen, daß es sich um eine langfristige Besetzung handle. Sie werde nicht aufhören, ehe der Widerstand gegenüber dem neuen Regime völlig beseitigt sei.

Bei dieser Sachlage müsse internationale Solidarität mit den Vereinigten Staaten zum Ausdruck gebracht und die Invasion verurteilt werden. Aber man müsse vermeiden, daß die Spannungen zwischen der Sowjetunion und Europa vergrößert werden. Der Konflikt dürfte nicht als Ost-West-Konflikt geführt werden, sondern müsse die bisherige Einheit der Nichtgebundenen aufbrechen. Es sei ein bedeutsames Ergebnis, daß das Ringen zwischen Kuba und Kolumbien um einen Sitz im Weltsicherheitsrat dadurch beendet worden sei, daß die große Mehrheit sich für Mexiko ausgesprochen habe.¹⁰ Hieran sei die spanische Diplomatie nicht unbeteiligt gewesen.¹¹

Der Ministerpräsident fuhr fort, daß er die Erklärung von Außenminister François-Poncet¹² aufmerksam gelesen habe. Er verstehe die französische Position. Im Falle Spaniens gebe es zur Zeit nur einen geringen Wirtschaftsaustausch mit der Sowjetunion. Ob es zur Unterzeichnung des Handelsvertrages Anfang Februar kommen werde, wisse man noch nicht. Man müsse darauf achten, daß nicht der Eindruck einer Brückierung der Vereinigten Staaten entstehe. Mit der Bitte um besonders vertrauliche Behandlung setzt der Ministerpräsident hinzu, daß man der sowjetischen Seite bis zum 15.1. keine Antwort erteilen werde. Man wolle den Besuch von Patolitschew und die Unterzeichnung des Handelsabkommens jedoch voraussichtlich nur auf begrenzte Zeit verschieben und dies unter Hinweis auf die außenpolitische Lage und die Einstellung Spaniens und anderer westlicher Länder dazu.

¹⁰ Am 7. Januar 1980 wurde Mexiko als Vertreter Lateinamerikas in den Sicherheitsrat der VN gewählt. Dazu hieß es in der Presse: „Kolumbien und Kuba hatten zuvor ihre Kandidatur zurückgezogen. Zwischen beiden Ländern hatte es ein wochenlanges Ringen mit insgesamt 154 ergebnislosen Abstimmungen in der Vollversammlung gegeben. Keiner der beiden Kontrahenten konnte jedoch die erforderliche Zweidrittelmehrheit erreichen.“ Vgl. den Artikel „Mexiko zum neuen Mitglied des Sicherheitsrats gewählt“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 8. Januar 1980, S. 3.

¹¹ Der Passus „Konflikt dürfte nicht ... nicht unbeteiligt gewesen.“ wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „[r]ichtig!“.

¹² Der französische Außenminister François-Poncet nahm am 6. Januar 1980 im Radiosender „Europe 1“ zu den Folgen der sowjetischen Intervention in Afghanistan Stellung. Dazu wurde in der Presse berichtet: „French Foreign Minister Jean François-Poncet said tonight that France will refrain from applying sanctions of its own and will continue to discuss with Soviet leaders measures, as he put it, consistent with France's independent diplomacy and our particular responsibility for détente.“ Vgl. den Artikel „London Supports Carter; Other Capitals Lukewarm“, INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE vom 7. Januar 1980, S. 2.

Botschafter Herbst, Paris, übermittelte am 7. Januar 1980 Auszüge aus dem Interview des Ministers. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 38; Referat 340, Bd. 113031.

Der Bundeskanzler bemerkte, daß auch wir in der Frage der großen Wirtschaftskommission noch nicht entschieden hätten.¹³ Unsere Lage sei insofern anders als die spanische, als wir nach dem 25-Jahres-Rahmenabkommen¹⁴ zur Unterzeichnung von Ausführungsbestimmungen verpflichtet seien. Außerdem entfielen bei uns das Moment einer Verknüpfung mit anderen politischen Fragen (vgl. oben sowjetischer Druck gegen NATO-Mitgliedschaft Spaniens). Der Bundeskanzler schlug vor, daß die beiden Regierungen während der nächsten Woche in Fühlung blieben, was der Ministerpräsident begrüßte.

Der Ministerpräsident bemerkte anschließend, daß man eine intellektuelle Anstrengung machen müsse, um sich über „die dialektische Situation zu erheben“, in die man durch die amerikanische Politik gebracht worden sei. Die Lage biete dem Westen auch Chancen. Einerseits sei die sowjetische Invasion in Afghanistan – unabhängig davon, daß es sich um eine Fortsetzung der zaristischen Politik handle – nicht zu trennen von den strategischen Problemen des Horns von Afrika. Die Lage könne sich sogar noch weiter verschlechtern. Die Sowjetunion stehe 700 km vor der Straße von Hormuz, und der Iran und Pakistan hätten keine Streitkräfte zur Selbstverteidigung. In dieser Lage zeichneten sich aber Möglichkeiten ab, bei der Lösung der Nahost-Frage voranzukommen. In den letzten Tagen habe man ein stärkeres Zusammenrücken der arabischen Staaten und eine weniger ablehnende Haltung gegenüber Ägypten registrieren können. Die feste Haltung, die Sadat in der Frage israelischer Siedlungen auf der Westbank und in Gaza eingenommen habe, sei in Saudi-Arabien und selbst im Irak positiv registriert worden. Sowohl die gemäßigten arabischen Staaten als auch die Ablehnungsfront¹⁵ wünschten, daß Europa auf die amerikanische Politik einwirke. Man müsse versuchen, den arabischen Block jetzt wieder zu vereinigen. Sonst werde früher oder später die Ölwanne eingesetzt werden, und auch Arafat könne seine jetzige Lage nicht länger so hinnehmen. Wenn es dem Westen dafür an Verständnis fehle, dann könne die strategische Bedeutung der Straße von Hormuz zum Tragen kommen. Durch sie liefen 50 Prozent des nach Europa importierten Öls. Der Ministerpräsident schlug anschließend vor, daß Spanien und die Bundesrepublik im lateinamerikanischen Raum zusammenarbeiten. Der Bundeskanzler erwiderte, daß eine solche Zusammenarbeit wichtig wäre und daß der Gedankenaustausch darüber durch die zuständigen Minister und ihre Beamten vertieft werden solle.

Auf die Frage des Ministerpräsidenten nach der Beurteilung der Aussichten der KSZE-Folgekonferenz in Madrid, die hier jetzt Sorge bereiteten, erwiderte Bundeskanzler: Bei der KSZE müsse man die Lage vor der Invasion in Afghanistan von der jetzt entstandenen unterscheiden. Wir hätten uns bekanntlich für die Folgekonferenz lebhaft eingesetzt und auch für Madrid als Tagungsort, weil wir dies für eine ausgezeichnete Wahl hielten. Wir hätten auch vorgeschlagen, die Konferenz teilweise auf Ministerebene tagen zu lassen. Durch die sowjetische Invasion in Afghanistan sei eine unübersichtliche Lage eingetreten. Man könne

¹³ Zur Verschiebung der neunten Tagung der deutsch-sowjetischen Kommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit vgl. Dok. 2, Anm. 8.

¹⁴ Für den Wortlaut des Abkommens vom 6. Mai 1978 über die Entwicklung und Vertiefung der langfristigen Zusammenarbeit der Bundesrepublik und der UdSSR auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie vgl. BUNDESGESETZBLATT 1979, II, S. 59 f.

¹⁵ Zur „Ablehnungsfront“ vgl. Dok. 5, Anm. 8.

im Verlauf des Jahres 1980 auch nicht Entwicklungen ausschließen, die die Sowjetunion ihrerseits veranlassen könnten, auf Verzögerungen hinzuwirken. Es komme jetzt darauf an, ob sich Aufgeregtheit und Hektik durchsetzten oder ob die Berechenbarkeit der Politik erhalten bliebe. Er könne, so sagte der Bundeskanzler, noch keine Stellung nehmen. Er habe sich hierüber noch mit keinem seiner Verbündeten unmittelbar abgestimmt. Seine Tendenz ginge gegenwärtig eher dahin, den Konferenzplan weiterzuverfolgen. Man müsse aber klar sehen, daß die Notwendigkeit zu einem solidarischen Verhalten mit den USA uns auch nötigen könnte, anders zu handeln, als wir es von uns aus tun würden. Wichtig sei es, daß die Koordination nicht nur im Kreise der NATO erfolgt, sondern daß die interessierten Staaten alle diplomatischen Möglichkeiten nutzen, über die sie verfügten. Diesem Gedanken stimmte der Ministerpräsident lebhaft zu.

[gez.] Staden

VS-Bd. 11097 (203)

8

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech

220-370.73/10 AFG-27/80 geheim

9. Januar 1980¹

Über Herrn Staatssekretär² dem Herrn Bundesminister vorgelegt

Betr.: Rüstungskontrollposition des Bündnisses;

hier: Auswirkungen der sowjetischen Intervention in Afghanistan

I. Allgemeine Überlegungen

Die sowjetische Intervention in Afghanistan belastet den Fortgang des sicherheitspolitischen Dialogs zwischen Ost und West und mindert die Aussichten, im rüstungskontrollpolitischen Bereich zu konkreten Ergebnissen zu kommen. Die Sowjetunion hat in Afghanistan zur Durchsetzung eigener Machtinteressen das Prinzip des Gewaltverzichts verletzt. Sie hat darüber hinaus dokumentiert, daß sie noch immer entschlossen ist, überlegene militärische Macht militärisch – und nicht nur politisch – zu nutzen.

Rüstungskontrollpolitik zwischen Ost und West wird damit ohne Zweifel schwieriger werden. Es ist damit zu rechnen, daß die Skeptiker gegenüber der Möglich-

¹ Die Aufzeichnung wurde von Botschafter Ruth konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 12. März 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „R[ückgabe] v[on] BM an Ref. 220.“

Hat Legationsrat Kischlat am 14. März 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Citron „n[ach] R[ückkehr]“ und Vortragenden Legationsrat Ritter von Wagner „n. R.“ verfügte.

Hat Citron vorgelegen.

Hat Wagner vorgelegen.

² Hat Staatssekretär van Well am 10. Januar 1980 vorgelegen.

keit konkreter und verlässlicher rüstungskontrollpolitischer Absprachen an Einfluß gewinnen.

Demgegenüber ist festzustellen, daß Rüstungskontrollpolitik im Ost-West-Verhältnis ein integraler Bestandteil westlicher Sicherheitspolitik war und ist. Es liegt daher im westlichen Interesse, die Rüstungskontrollpolitik als Instrument der militärischen Stabilisierung zu erhalten und auch angesichts der Ereignisse in Afghanistan realistisch zu nutzen.

Angesichts der Entwicklung in Afghanistan und möglicher Rückwirkungen auf die westliche Rüstungskontrollpolitik ist es geboten, die konzeptionellen Grundlagen dieser Politik klarzustellen:

1) Rüstungskontrolle wurde in der Antwort der Bundesregierung auf die Großen Anfragen der Fraktionen des Deutschen Bundestages vom 16. Februar 1979³ wie folgt formuliert:

„Rüstungskontrolle ist die Gesamtheit der kooperativen Bemühungen, die dem Ziel dienen, in einer gerüsteten Welt trotz fortbestehender Gegensätze den Gebrauch militärischer Macht einzuschränken, Stabilität und Transparenz im militärischen Bereich zu fördern und damit die Aussichten für Krisenbewältigung und Kriegsverhütung zu verbessern.“

Zur Rüstungskontrolle gehören insbesondere Rüstungsbegrenzung und Rüstungsverminderung, die sich am Ziel eines stabilen Gleichgewichts orientieren.“

Diese Formulierung verliert auch durch die Ereignisse in Afghanistan nicht ihre Gültigkeit. Danach muß realistische Rüstungskontrollpolitik vom Fortbestand ideologischer Rivalitäten und politischer Interessenkonflikte ausgehen. Ihre Aufgabe ist es, einen Beitrag zur Konfliktverminderung, zur Krisenbewältigung und zur militärischen Stabilisierung zu leisten.

2) Die zentralen Bestandteile der Rüstungskontrollpolitik im Ost-West-Zusammenhang sind

a) vereinbarte konkrete Reduzierungen und Limitierungen, die geeignet sind, einen Beitrag zur Herstellung eines stabilen Gleichgewichts zwischen Ost und West zu leisten,

b) die Einleitung und Aufrechterhaltung eines Verhandlungsdialogs in spezifischen Bereichen des sicherheitspolitischen Spektrums. Dieser Dialog bietet die Möglichkeit eines sowohl politisch wirksamen wie vertraulichen Kontaktes mit der Chance eines stabilisierenden Gedankenaustauschs. Insoweit ergänzen laufende rüstungskontrollpolitische Verhandlungen das Instrumentarium der Krisenbewältigung und Konflikteindämmung.

3) Fortsetzung der Rüstungskontrollpolitik bedeutet nicht Anerkennung oder Hinnahme des Mißbrauchs militärischer Macht und der Anwendung von Gewalt. In einer Zeit, in der durch solche Akte der Gewaltanwendung internationale Spannung erhöht wird, dient Rüstungskontrolle dazu, das Eigeninteresse an einer Spannungsminderung wahrzunehmen und eine nichtkontrollierte Es-

³ Für die Antwort der Bundesregierung vom 16. Februar 1979 auf die Großen Anfragen der SPD- und FDP-Bundestagsfraktion vom 18. Oktober 1978 bzw. der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 23. November 1978 vgl. BT DRUCKSACHEN, Bd. 250, Drucksache Nr. 8/2587.

kalation von Spannungen zu vermeiden und wenn möglich dazu beizutragen, daß die Ursachen der Spannungszunahme abgebaut werden.

Beispiele aus der Vergangenheit zeigen, daß eine schwere politische Krise nicht zwangsläufig zum Abbruch eines lang angelegten Rüstungskontrolldialogs führen muß. Der Vietnamkrieg befand sich auf seinem Höhepunkt, als Präsident Nixon am 26. Mai 1972 in Moskau mit Generalsekretär Breschnew SALT I unterzeichnete.⁴ Das Bombardement Hanois im Dezember 1972⁵ hinderte die USA und die Sowjetunion nicht daran, die in SALT I vereinbarte ständige Konsultativkommission einzurichten. Diese Beispiele zeigen, daß es sich gerade auch in Spannungszeiten als nützlich erweisen kann, über die Möglichkeit eines sicherheitspolitischen Dialogs zu verfügen. Laufende und neu aufgenommene Verhandlungen können als Instrumente des Krisenmanagements Bedeutung erlangen.

4) Rüstungskontrollpolitik im Ost-West-Zusammenhang ist nicht ein Ergebnis illusionären Wunschdenkens. Vielmehr orientiert sie sich an den eigenen sicherheitspolitischen Interessen und an den tatsächlich bestehenden Möglichkeiten. Sie stellt selbstverständlich Entwicklungen in Rechnung, die direkt oder indirekt das sicherheitspolitische Verhältnis zwischen Ost und West berühren.

5) Rüstungskontrollpolitische Ergebnisse werden dann möglich sein, wenn es gelingt, Gebiete sich überlappenden Interesses zwischen Ost und West zu definieren. D. h., konkrete Ergebnisse sind nur zu erreichen, wenn die andere Seite davon überzeugt werden kann, daß Verhandlungen und daraus resultierende Ergebnisse in ihrem eigenen Sicherheitsinteresse liegen.

Voraussetzung einer aussichtsreichen Rüstungskontrollpolitik ist daher die verteidigungspolitische Handlungsfähigkeit der eigenen Seite mit der Bereitschaft, eigene militärische Entscheidungen, orientiert am Gleichgewichtserfordernis, zu treffen und durchzuführen. Wenn die andere Seite hieran keinen Zweifel haben kann, werden Rüstungskontrolle und Begrenzungen auf niedrigerer Ebene auch für sie zu einer attraktiven Alternative.

6) Die Rüstungskontrollpolitik des Bündnisses und das im Bündnis entwickelte Instrumentarium für Verhandlungen behalten ihre Gültigkeit, auch wenn sich die Rahmenbedingungen für diese Rüstungskontrollpolitik verändern und verschlechtern. Das Bündnis hat ein unmittelbares sicherheitspolitisches Interesse daran, seine Rüstungskontrollpolitik aktiv weiterzuentwickeln. Dafür spricht

a) das Gewicht, das Rüstungskontrolle als Teil der Gesamtstrategie des Bündnisses hat,

⁴ Am 26. Mai 1972 unterzeichneten der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, und Präsident Nixon in Moskau einen Vertrag über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) und ein Interimsabkommen über Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waffen (SALT) mit Protokoll. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 944, S. 4–26. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 392–398.

Vgl. auch die vereinbarten und einseitigen Interpretationen zu den Verträgen; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 67 (1972), S. 11–14. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 398–404.

⁵ Am 18. Dezember 1972 begannen die USA erneut mit Luftangriffen auf nördlich des 20. Breitengrades gelegene Ziele in der Demokratischen Republik Vietnam (Nordvietnam), die am 27. Oktober 1972 wegen der Wiederaufnahme der Verhandlungen eingestellt worden waren. Die Angriffe, die sich vor allem gegen die Städte Hanoi und Haiphong richteten, lösten starke internationale Proteste aus. Am 30. Dezember 1972 ordnete Präsident Nixon die Beschränkung der Einsätze auf Ziele südlich des 20. Breitengrades an. Vgl. den Artikel „Wieder neue Hoffnung auf einen Waffenstillstand in Vietnam“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 2. Januar 1973, S. 1.

b) die Möglichkeit, daß in absehbarer Zeit eine Situation eintritt, in der die andere Seite es wieder für zweckmäßig erachtet, mit dem Westen ernsthaft Verhandlungen mit dem Ziel stabilisierender Ergebnisse aufzunehmen,

c) die Bedeutung, die der Rüstungskontrolle im Bündnis als solidarisiertem Element zukommt.

7) Soll Rüstungskontrollpolitik auch künftig ihre Bedeutung behalten, dann muß sichergestellt werden, daß sie auf der unbezweifelbaren Kohärenz der Bündnispartner und insbesondere dem europäisch-amerikanischen Zusammenhalt beruht.

In dem Maße, wie dieser Zusammenhalt von der Sowjetunion als brüchig empfunden wird, vermindert sich die Chance konkreter Rüstungskontrolle.

8) Mit den Beschlüssen des Bündnisses vom 12.⁶ und 14. Dezember⁷ wurde für das Bündnis eine Ausgangslage geschaffen, die in allen gegenwärtig im Ost-West-Zusammenhang diskutierten rüstungskontrollpolitischen Themen die Möglichkeit der Initiative für das Bündnis eröffnet. Der Westen ist damit in einer taktisch günstigen Position, die er nicht aufs Spiel setzen sollte. Auch wenn die Sowjetunion eine Haltung einnehmen sollte, die unter den augenblicklichen Umständen auf eine Ablehnung der westlichen Vorschläge oder gar ein Einfrieren der laufenden Verhandlungen hinausläuft⁸, sollte der Westen seine Rüstungskontrollpolitik unverändert offensiv verfolgen. Dabei kommt dem Westen zugute, daß seine Vorschläge schon bisher realistisch waren, auf der verteidigungspolitischen Handlungsfähigkeit des Bündnisses beruhen und das Ziel von Gleichheit und Parität als unverzichtbar etabliert haben.

9) Es ist damit zu rechnen, daß die Sowjetunion in den kommenden Monaten versuchen wird, den mit der Intervention in Afghanistan eingetretenen Verlust an internationalem Vertrauen durch antiwestliche Propaganda im Bereich der Verteidigungs-, Entspannungs- und Abrüstungspolitik zu kompensieren. Der Westen wird dieser Kampagne um so überzeugender entgegenzutreten können, je überzeugender seine eigene Rüstungskontrollpolitik dargestellt werden kann. Auch in dieser Hinsicht ist die Ausgangslage für den Westen durch die Dezember-Beschlüsse verbessert. Darüber hinaus wird es zweckmäßig sein, daß sich der Westen noch stärker als bisher um die Formulierung einer Position in den Abrüstungsdiskussionen der Vereinten Nationen⁹ und des Genfer Abrüstungsausschusses¹⁰ bemüht.

⁶ Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 10.

⁷ Zur NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1979 in Brüssel vgl. AAPD 1979, II, Dok. 378. Vgl. ferner das Communiqué; NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 124–129. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN 1979, S. 1411–1414.

Zur dabei gebilligten Initiative der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 1, Anm. 12.

⁸ Zur Reaktion der UdSSR vom 3. Januar 1980 auf den rüstungskontrollpolitischen Teil des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 3.

⁹ Mit Paragraph 118 des Schlußdokuments der VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung vom 30. Juni 1978 wurde die Einsetzung einer Abrüstungskommission (Disarmament Commission) aus Vertretern aller Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen beschlossen. Für den Wortlaut vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1978, S. 433. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 538.

¹⁰ Mit Paragraph 120 des Schlußdokuments der VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung vom 30. Juni 1978 wurde die Umwandlung der Conference of the Committee on Disarmament (CCD) in Genf beschlossen. An ihre Stelle sollte ein Abrüstungsausschuß (Committee on Disarmament) aus

10) Im folgenden werden folgende Elemente der westlichen Rüstungskontrollposition beleuchtet:

A) SALT, einschließlich Mittelstreckenproblematik,

B) MBFR,

C) Vertrauensbildende Maßnahmen und französischer Abrüstungsvorschlag¹¹.

Eine besondere Untersuchung ist über das Thema begleitende Maßnahmen hinaus für die KSZE erforderlich. Bei ihr handelt es sich um eine Sequenz thematisch umfassender Konferenzen, während die Rüstungskontrollverhandlungen in einem Verhandlungsforum mit jeweils begrenztem Verhandlungsgegenstand stattfinden. Die Ereignisse in Afghanistan können sich daher für die KSZE möglicherweise in den politischen Nuancen anders darstellen als die Auswirkungen auf die konkreten Rüstungskontrollverhandlungen.

II. A. SALT, einschließlich Mittelstreckenproblematik

1) Die Ratifizierung von SALT II durch den amerikanischen Senat ist auf Vorschlag von Präsident Carter vorläufig verschoben worden¹², auch um das unter den gegenwärtigen Umständen vorhersehbare Scheitern dieses wichtigen Vertragswerkes zu vermeiden.

Die amerikanische Regierung hält jedoch unverändert an ihrer Meinung fest, daß die Ratifizierung und Durchführung von SALT II im nationalen Interesse der USA und ihrer Verbündeten liegt. Amerikanische Regierung hat öffentlich erklärt, daß sie sich weiterhin an die Bestimmungen von SALT I und II halten wird, solange die SU dies ebenfalls tut (so auch Deputy Assistant Secretary W. Slocombe zu MdB Pawelczyk¹³).

Die Bundesregierung und die anderen Bündnispartner gehen davon aus, daß der Vertrag zu gegebener Zeit (voraussichtlich jedoch erst 1981) vom Senat ratifiziert werden wird und damit der SALT-Prozeß seinen Fortgang nehmen kann.

2) LRTNF-Rüstungskontrolle

Die negative Antwort der SU vom 3. Januar 1980 auf das am 12. Dezember von den Bündnispartnern beschlossene Rüstungskontrollangebot für LRTNF geht nicht auf die Substanz des westlichen Rüstungskontrollangebotes ein. Sie befaßt sich nur am Rande mit dem prozeduralen Aspekt des westlichen Vorschlags. Sie zielt hauptsächlich auf den Modernisierungsbeschluß der NATO, dessen Implementierung die SU zu verhindern sucht.

Fortsetzung Fußnote von Seite 50

allen Nuklearmächten und 32 bis 35 anderen Staaten treten. Für den Wortlaut vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1978, S. 433 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 538 f.

¹¹ Zum französischen Vorschlag einer Konferenz für Abrüstung in Europa vgl. Dok. 1, Anm. 11.

¹² Zur Aussetzung des Ratifizierungsverfahrens des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 im amerikanischen Senat vgl. Dok. 1, Anm. 13.

¹³ Der SPD-Abgeordnete Pawelczyk hielt sich vom 6. bis 10. Januar 1980 in den USA auf. Dort führte er Gespräche im amerikanischen Außen- und Verteidigungsministerium, im Nationalen Sicherheitsrat und der Abrüstungs- und Rüstungskontrollbehörde. Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 11. Januar 1980: „Das Anliegen von MdB Pawelczyk, keine Türen zunageln zu lassen und der Sowjetunion keinen Vorwand zu geben, sich von Rüstungskontrollverhandlungen und dem KSZE-Prozeß zurückzuziehen, fand volles Verständnis. Gesprächspartner betonten, daß beide Elemente des NATO-Beschlusses vom 12.12. weitergeführt werden müssen. In Kürze sei mit der Einsetzung der Special Consultative Group zu rechnen, und die Zeit sei zu nutzen, um das Rüstungskontrollangebot weiter zu entwickeln und beharrlich auf die Sowjetunion einzuwirken, daß sie verhandlungsbereit wird.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 161; Referat 011, Bd. 115287.

Die Reaktion der SU läßt die Fortsetzung der Gespräche ausdrücklich offen. Die Sowjetunion lehnt zwar Verhandlungen über LRTNF unter der Voraussetzung der Aufrechterhaltung der NATO-Beschlüsse gegenwärtig ab. Sie betont aber gleichzeitig die Bereitschaft zu SALT-III-Verhandlungen, sobald SALT II ratifiziert ist. Dabei macht sie jedoch einerseits klar, daß sie die Ratifizierung des SALT-II-Vertrages als Voraussetzung für die Fortsetzung des SALT-Prozesses betrachtet und daß sie andererseits nicht bereit ist, eine automatische Einbeziehung von Mittelstreckensystemen in SALT III zu akzeptieren. Die Sowjetunion hält damit das Verhandlungsforum für Mittelstreckensysteme offen, bindet jedoch ihre Verhandlungsbereitschaft prinzipiell an eine Revision des Modernisierungsbeschlusses der NATO.

Der NATO-Rat hat am 7. Januar die Doppelentscheidung vom 12. Dezember ausdrücklich bestätigt und betont, daß die Allianz an ihrem Rüstungskontrollangebot festhalte.¹⁴ Es wird auch in Zukunft darauf ankommen, der SU deutlich zu machen, daß sie nur auf dem Weg über Rüstungskontrollverhandlungen Einfluß auf das Ausmaß der von der Allianz beschlossenen Modernisierung nehmen kann. Das Angebot des Westens bleibt auf dem Tisch. Wir sollten keine Gelegenheit versäumen, die SU und ihre Paktpartner daran zu erinnern und dabei deutlich zu machen, daß Verhandlungen nicht von Vorbedingungen abhängig gemacht werden können. Das Bündnis sollte dabei klarstellen, daß Verhandlungen über LRTNF nicht notwendigerweise die Ratifizierung von SALT II voraussetzen, sondern daß Gespräche über Mittelstreckenwaffen baldmöglichst begonnen werden können.

Vieles spricht dafür, daß die Sowjetunion in dieser Frage das letzte Wort noch nicht gesprochen hat, daß die jetzige Reaktion als vorläufig und als eine Gesichtswahrung verstanden werden muß und daß die Sowjetunion selbst zu gegebener Zeit ihre Position nach den geltenden politischen Spielregeln als nicht haltbar erkennt. Ihre Intervention in Afghanistan und die damit einherschreitende Schädigung ihres Ansehens als Friedens- und Stabilisierungsfaktor und als Befürworter der Abrüstung kann sehr wohl dazu führen, daß die Sowjetunion auf die vorhandenen Instrumentarien der Rüstungskontrolle und des crisis management zurückkommt. In diesem Zusammenhang besteht auch eine reale Chance, daß die Sowjetunion das Rüstungskontrollangebot des Bündnisses in ihre weiteren politischen Überlegungen miteinbezieht und dies als in ihrem Interesse liegend erkennt.

Unabdingbare Voraussetzung hierfür ist jedoch, daß das Bündnis an den getroffenen Entscheidungen festhält.

B. MBFR

1) Für den Fortgang der MBFR-Verhandlungen sind zwei Überlegungen relevant:

- Als Teil des gesamten Ost-West-Dialogs wird MBFR von den unvermeidlichen negativen Auswirkungen betroffen, die sich aus der sowjetischen Intervention in Afghanistan auf die Ost-West-Beziehungen ergeben.

¹⁴ Zur Sitzung des Ständigen NATO-Rats am 7. Januar 1980 vgl. Dok. 3, Anm. 7.

- Im Gegensatz zu anderen Bereichen des rüstungskontrollpolitischen Ost-West-Dialogs erscheint aufgrund des eingespielten Verhandlungsmechanismus die Kontinuität des Dialogs bei MBFR einigermaßen gesichert.

2) Obgleich deshalb in den Wiener Verhandlungen in nächster Zeit Fortschritte in Richtung auf greifbare Ergebnisse äußerst unwahrscheinlich sind, ist die Bedeutung von MBFR als stabilisierendes Element der Ost-West-Beziehungen in der gegenwärtigen Krise eher gewachsen.

Es ist zu erwarten, daß Ost und West an der Beibehaltung und Nutzung dieser Kommunikationsmöglichkeit interessiert sind.

Taktisch und strategisch ist der Westen, was die Fortsetzung der Verhandlungen betrifft, in guter Ausgangslage. Mit der Initiative vom Dezember 1979¹⁵ hat er seine Bereitschaft zur Rüstungskontrolle glaubwürdig unter Beweis gestellt, bevor die von der Sowjetunion verschuldete Verschlechterung der politischen Großwetterlage eintrat. Es zeigt sich, wie richtig wir daran getan haben, unseren Vorschlag für ein MBFR-Zwischenergebnis noch vor Ende der letzten Verhandlungsrunde¹⁶ zu verabschieden und einzuführen. Der Osten ist nun doppelt am Zuge, wenn er über die Erhaltung des Dialogs hinaus seine Bereitschaft bekunden will, zu ausgewogenen Ergebnissen zu gelangen. Die Öffentlichkeit wird gerade nach den Erfahrungen mit Afghanistan die Reaktion des Ostens auf die westlichen Verhandlungsangebote kritisch darauf prüfen, ob er an einer Stabilisierung auf Grundlage von Gleichheit und Parität interessiert ist oder Hegemonie im Sinne hat.

3) In unserer Verhandlungsführung sollten wir

- den Dialog nüchtern fortsetzen, von Polemik möglichst freihalten, und unser unverändertes Interesse an ausgewogenen Verhandlungsergebnissen bekunden,
- gegenüber der Gegenseite wie auch gegenüber der Öffentlichkeit unterstreichen, daß der Osten am Zuge ist und die auf dem Tisch liegenden westlichen Vorschläge vom Dezember 1979 konstruktiv beantworten muß,
- im übrigen eher auf Zeit setzen und es dem Osten überlassen, sein Interesse an der Normalisierung der lädierten Ost-West-Beziehungen – das früher oder später zum Durchbruch kommen wird – durch Beweis seines guten Willens auch in diesem Bereich zu belegen.

C. Vertrauensbildende Maßnahmen und französischer Abrüstungsvorschlag

1) Im Bereich der vertrauensbildenden Maßnahmen¹⁷ sind die Chancen und Schwierigkeiten der weiteren Entwicklung im Vergleich zu MBFR eher umgekehrt gelagert:

¹⁵ Zum Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 20. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 12.

¹⁶ Die 19. Runde der MBFR-Verhandlungen fand vom 27. September bis 20. Dezember 1979 in Wien statt.

¹⁷ Vgl. dazu das „Dokument über vertrauensbildende Maßnahmen und bestimmte Aspekte der Sicherheit und Abrüstung“ der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975; SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 921–924.

Referat 221 notierte am 3. Januar 1980 zum Stand der Umsetzung der vertrauensbildenden Maßnahmen, bei der KSZE-Folgekonferenz vom 4. Oktober 1977 bis 9. März 1978 in Belgrad sei „der Osten zu substantiellen Verhandlungen über CBMs nicht bereit“ gewesen: „Inzwischen (Stationen auf dem

- Von der Substanz her bestehen an sich in diesem Bereich insofern bessere Chancen für Verhandlungsergebnisse als in den anderen Bereichen der Rüstungskontrolle, als es sich um Maßnahmen mit beschränkter militärischer Wirkung handelt.
- Es wird jedoch davon auszugehen sein, daß das KSZE-Folgetreffen in Madrid, das die Chance für die Weiterentwicklung der bereits in der Schlußakte¹⁸ enthaltenen vertrauensbildenden Maßnahmen wie auch für eine Einigung über ein KAE-Mandat bietet, gegenüber einem allgemeinen Vertrauensschwund zwischen Ost und West anfälliger ist als etablierte Rüstungskontrollverhandlungen. Deshalb wären Verhandlungsergebnisse zu CBM bei Fortdauer des gegenwärtigen Ost-West-Klimas ungewiß.

2) Mit den Ereignissen in Afghanistan hat die Sowjetunion ihrer Vertrauenswürdigkeit selbst Schaden zugefügt. Das westliche Konzept der Vertrauensbildung im militärischen Bereich hat aber trotz dieser Entwicklung nichts an seiner Bedeutung verloren. Es geht von dem angesichts bestehender ideologischer und politischer Gegensätze unvermeidlichen Mißtrauen aus und sucht Vertrauensbildung durch größere Voraussehbarkeit und Berechenbarkeit des militärischen Verhaltens zu erreichen. Damit soll letztlich der überraschende offensive Gebrauch militärischer Macht – dessen Möglichkeit an sich in Rechnung gestellt wird – erschwert werden.

Gerade dann, wenn akuter Anlaß besteht, die Vertrauenswürdigkeit der Gegenseite in Zweifel zu ziehen, ist Vertrauensbildung objektiv erforderlich¹⁹. Insofern bleibt das westliche Konzept der Vertrauensbildung im militärischen Bereich auch in der gegenwärtigen Krise aktuell. Die vom Westen vorgeschlagenen vertrauensbildenden Maßnahmen bilden eine gute²⁰ Ausgangsposition²¹.

Fortsetzung Fußnote von Seite 53

Weg der Entwicklung sind: das WP-Kommuniqué vom 23.11.1978 in Moskau, ‚Wahlrede‘ Breschnews vom 2.3.79 in Moskau, WP-Kommuniqué vom 16.5.79 in Budapest, Rede Breschnews in Ost-Berlin vom 6.10.79, WP-Kommuniqué vom 5.12.79 in Ost-Berlin) ist der WP auf zwei CBM-Vorschläge des Westens von Belgrad in positivem Sinne eingegangen, allerdings nur teilweise: a) ‚Größere militärische Manöver, die in dem durch die Schlußakte bestimmten Gebiet durchgeführt werden, sollen nicht ab 25 000, sondern ab 20 000 Mann und nicht 21 Tage, sondern einen Monat vorher angekündigt werden.‘ b) ‚Bewegung der Landstreitkräfte in dem gleichen Gebiet sollen in der Größenordnung ab 20 000 Mann angekündigt werden.‘“ Zudem sollten größere Manöver der Luftstreitkräfte bzw. grenznahe größere Manöver von Seestreitkräften angekündigt werden: „Über die CBMs gemäß westlichem Verständnis geht ein östlicher Vorschlag hinaus, der schon deutliche constraints-Elemente (Manöver-Limitierung) enthält, aber trotzdem vom Westen ernsthaft geprüft wird: ‚Die Ausmaße der militärischen Manöver sollen auf 40 000 bis 50 000 Mann begrenzt werden.‘“ Im Zentrum der Vorschläge der Warschauer-Pakt-Staaten stünden jedoch nicht konkrete Maßnahmen, „sondern umfassende weiterreichende Vorschläge, die nur der Präsentation halber gegenüber dem Westen als vertrauensbildende Maßnahmen bezeichnet“ würden. Dazu gehöre: „doppelter Ersteinatzverzicht für nukleare und konventionelle Waffen in Form ‚einer Art von Nichtangriffspakt‘; Nichterweiterung des Kreises der Mitglieder beider Bündnisse (Beitrittsmoratorium); negative Sicherheitsgarantien der Nuklearmächte für bestimmte Staaten; Auflösung der Organisation des Warschauer Vertrages und des NATO-Paktes; gesamteuropäisches Sicherheitsorgan.“ Vgl. Referat 221, Bd. 116932.

¹⁸ Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

¹⁹ Der Passus „ist Vertrauensbildung ...erforderlich“ ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Ministerialdirektors Blech zurück. Vorher lautete er: „muß sie gefordert werden“.

²⁰ Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Blech handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „günstige“.

²¹ An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Blech gestrichen: „sowohl gegenüber der Öffentlichkeit als auch bei einer Fortsetzung der Verhandlungen“.

Hingegen wird zumindest für eine Übergangszeit damit zu rechnen sein, daß eine aktive, auf vertrauensbildende Maßnahmen gerichtete Politik in der internationalen und nationalen Öffentlichkeit auf subjektive, psychologische Schwierigkeiten stoßen kann. Eine solche Politik impliziert, daß der SU wenigstens prinzipiell Vertrauenswürdigkeit zugebilligt werden kann; der SU dies implizite zu bescheinigen, während im Zusammenhang mit Afghanistan ihr Vertrauenswürdigkeit bestritten wird, ist nicht leicht verständlich zu machen²². Die Sowjetunion hat²³ mit ihrem Verhalten in Afghanistan der Glaubwürdigkeit ihres Konzepts für Vertrauensbildung, insbesondere des Vorschlags für einen doppelten Verzicht auf Ersteinsatz²⁴, einen schlechten Dienst erwiesen.

3) Für das weitere Vorgehen gilt:

- Die westlichen Vorschläge für die Weiterentwicklung vertrauensbildender Maßnahmen bleiben auf dem Tisch und sollten im Prinzip²⁵ offensiv vertreten werden. Dabei wird faktisch in Rechnung zu stellen sein²⁶, daß eine Politik der Vertrauensbildung im In- und Ausland angesichts des eingetretenen Vertrauensschwundes gegenüber der Sowjetunion mißverstanden werden kann.
- Der französische KAE-Vorschlag, der von der Unteilbarkeit der Vertrauensbildung in Europa ausgeht, sollte besonders herausgestellt werden; der sorgfältig vorbereitete, vom sowjetischen Territorium ausgehende offensive Einsatz sowjetischer Militärmacht in Afghanistan hat gezeigt, wie wirklichkeitsfremd es wäre, vertrauensbildende Maßnahmen auf Dauer auf einen Grenzstreifen sowjetischen Territoriums zu beschränken.
- Gegenüber den politischen Substanzfragen sollten prozedurale Erwägungen zunächst in den Hintergrund treten. Eine Alternative zur Behandlung der Materie im KSZE-Kontext ist nicht sichtbar. Zustandekommen und Erfolgsaussichten des Madrider Treffens²⁷ werden sich jedoch erst im Laufe der weiteren Entwicklung der Ost-West-Beziehungen absehen lassen.

Blech

VS-Bd. 11326 (220)

²² Der Passus „Hingegen wird zumindest ... verständlich zu machen“ wurde von Ministerialdirektor Blech handschriftlich ergänzt.

²³ Der Passus „Die Sowjetunion hat“ ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Ministerialdirektors Blech zurück. Vorher lautete er: „Dagegen hat die Sowjetunion“.

²⁴ Die UdSSR legte am 28. September 1976 in der VN-Generalversammlung einen Entwurf für einen Weltvertrag über Gewaltverzicht in den internationalen Beziehungen vor. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1977, D 194–196. Vgl. dazu ferner AAPD 1976, II, Dok. 307 und Dok. 312.

Zu den sowjetischen Vorschlägen an die KSZE-Teilnehmerstaaten, auf einen Ersteinsatz von Nuklearwaffen zu verzichten, vgl. Dok. 7, Anm. 4.

²⁵ Die Worte „im Prinzip“ wurden von Ministerialdirektor Blech handschriftlich hinzugefügt.

²⁶ Der Passus „faktisch in ... zu stellen sein“ ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Ministerialdirektors Blech zurück. Vorher lautete er: „nicht verkannt“.

²⁷ Die KSZE-Folgekonferenz wurde am 11. November 1980 in Madrid eröffnet. Vgl. dazu Dok. 319 und Dok. 322.

9

Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Staden, Bundeskanzleramt

Geheim**11. Januar 1980¹**

Betr.: Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit Präsident Giscard d'Estaing am
9. Januar, 15.15 bis 17.30 Uhr²

Zu dem Gespräch wurden um 16.15 Uhr Außenminister François-Poncet und um
16.30 Uhr Generalsekretär Wahl und Herr von Staden hinzugezogen.

I. Zu dem Teil des Gesprächs, an dem ich nicht zugegen war, gaben Sie folgende Stichworte:

1) Sie haben mit Präsident Giscard d'Estaing vereinbart, daß die beiden Außenminister gebeten werden sollen, sich vor dem Ministertreffen der Neun³ zu treffen, um einen allgemeinen Meinungsaustausch über die Lage vorzunehmen und eine Erklärung der Neun zur afghanischen Krise⁴ vorzubereiten. Thema sollte auch die Frage sein, was geschehen könne, um den mit der EG noch nicht vertraglich verbundenen arabischen Ländern (Saudi-Arabien, Emirate, Kuwait, Oman, Irak)⁵ einen stärkeren Rückhalt zu geben.

¹ Ablichtung.

Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Zeller, Bundeskanzleramt, am 16. Januar 1980 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau übermittelt. Dazu vermerkte er: „Der Bundeskanzler bittet, den Herrn Bundesminister persönlich zu unterrichten.“
Hat Wallau am 17. Januar 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher am 18. Januar 1980 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14083 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

² Bundeskanzler Schmidt hielt sich am 9. Januar 1980 in Frankreich auf.

³ Am 15. Januar 1980 fanden in Brüssel die EG-Ministerratstagung sowie eine Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ statt. Erörtert wurden dabei die Lage nach der sowjetischen Intervention in Afghanistan, die Beziehungen der Europäischen Gemeinschaften zu den Staaten der Golf-Region, zur Türkei, zu Jugoslawien, ASEAN, Lateinamerika und den AKP-Staaten. Vgl. dazu die Runderlasse Nr. 2 und Nr. 3 des Legationsrats I. Klasse Oehms; Referat 012, Bd. 115729.

⁴ In der nach der Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 15. Januar 1980 in Brüssel veröffentlichten Erklärung wurde die sowjetische Intervention in Afghanistan als „flagrante Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines blockfreien Landes der islamischen Welt und eine Bedrohung für den Frieden, die Sicherheit und die Stabilität der Region, des indischen Subkontinents, des Mittleren Ostens und der arabischen Welt“ verurteilt und die UdSSR zum sofortigen, bedingungslosen Rückzug ihrer Streitkräfte aufgefordert. Vgl. BULLETIN DER EG 1/1980, S. 7 f.

Im EG-Ministerrat am selben Tag wurde die Streichung des Nahrungsmittelhilfsprogramms 1979 für Afghanistan beschlossen und die EG-Kommission um Vorschläge für eine über das UNHCR zu leistende Soforthilfe für afghanische Flüchtlinge ersucht. Ferner wurde im Communiqué ausgeführt: „Im Anschluß an die von den Vereinigten Staaten beschlossenen Maßnahmen betreffend die Lieferung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen an die UdSSR stellt die Gemeinschaft den Grundsatz auf, daß die gemeinschaftlichen Lieferungen weder mittel- noch unmittelbar an die Stelle der Lieferungen der Vereinigten Staaten nach der UdSSR treten dürfen.“ Vgl. BULLETIN DER EG 1/1980, S. 8.

⁵ Zu Überlegungen der Bundesregierung für eine Zusammenarbeit zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den Golfstaaten vgl. Dok. 4, Anm. 6.

2) Präsident Giscard d'Estaing habe den Wunsch geäußert, das Thema deutsch-französische Zusammenarbeit in der Panzerproduktion⁶ beim nächsten Gipfeltreffen⁷ aufzunehmen. Sie hätten sich grundsätzlich für diese Art der Zusammenarbeit ausgesprochen.

3) Präsident Giscard d'Estaing habe Sie in freundschaftlicher Form vor der Möglichkeit gewarnt, daß die USA die bisherigen deutschen Stellungnahmen zur afghanischen Krise als hinter den französischen zurückbleibend bewerten könnten. Er schließe die Möglichkeit nicht aus, daß es im Laufe der Entwicklung sogar zu einer öffentlichen amerikanischen Erklärung des Inhalts kommen könne, daß die Bundesregierung die amerikanische Position nicht ausreichend unterstütze. Eine solche Erklärung könne mit dem Hinweis darauf verbunden sein, daß die gegenseitige Solidarität in einem Zusammenhang mit den gegenseitigen Verteidigungsverpflichtungen stünde. Angedeutet habe sich dieser Eindruck in einer Demarche des amerikanischen Botschafters Hartman bei ihm, in der der Botschafter in drastischer Weise eine deutlichere französische Solidarität gefordert habe. Außenminister François-Poncet, der bei einem Teil dieser Gesprächsphase schon anwesend war, habe zugestimmt, daß man dies aus den Äußerungen des amerikanischen Botschafters herauslesen konnte. Im Gegensatz zum Außenminister glaubte der Präsident auch eine Erklärung des Sprechers des State Department⁸ gelesen zu haben, die einen solchen Hinweis enthalte.

4) Präsident Giscard d'Estaing habe darauf hingewiesen, daß die deutsche Position empfindlicher sei als die Frankreichs. Je mehr die Krise sich ausweite, desto deutlicher werde sich zeigen, daß Frankreich sich mehr Zurückhaltung leisten könne als die Bundesrepublik.

II. Aus dem Teil des Gesprächs, an dem ich teilnahm, halte ich fest:

1) Bei dem Meinungs austausch über eine gemeinsame Erklärung der Neun zur afghanischen Krise äußerte Präsident Giscard d'Estaing Zweifel daran, ob eine Texteinigung mit den Briten möglich sei. Er befürchte, deren Position orientiere sich zu stark auf die USA. AM François-Poncet meinte, daß ein befriedigender Text erreichbar sei, wenn er und sein deutscher Kollege sich gemeinsam dafür einsetzten. Sie selbst bezeichneten die französische Erklärung vom 9. Januar⁹ als gut und äußerten Skepsis in bezug auf die Wirksamkeit von Sanktionen.

2) Präsident Giscard d'Estaing warf die Frage von Wirtschaftssanktionen der EG gegenüber der Sowjetunion auf. Unter Bezugnahme auf die in Brüssel laufenden Verfahren vertrat er den Standpunkt, daß keine Entscheidungen getroffen werden sollten, durch die landwirtschaftliche Exporte in die Sowjetunion

⁶ Zum Projekt eines deutsch-französischen Kampfpanzers vgl. Dok. 43.

⁷ Die deutsch-französischen Konsultationen fanden vom 3. bis 5. Februar 1980 in Paris statt. Vgl. dazu Dok. 39.

⁸ Hodding Carter.

⁹ Botschafter Herbst, Paris, unterrichtete am 9. Januar 1980 über die Erklärung der französischen Regierung: „Mit dieser Verschärfung des Tones (in der Sache werden keine Maßnahmen angekündigt) macht Frankreich einmal eine Geste gegenüber den USA: Schon heute früh hatte man der Presse mitgeteilt, daß Präsident Giscard d'Estaing mit Präsident Carter gesprochen und ihn seiner Solidarität versichert hätte. Man reagiert des weiteren auf das teilweise negative Echo, das die als zu schwach und farblos empfundenen Erklärungen des Außenministers François-Poncet in Frankreich gefunden hatten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 53; Referat 340, Bd. 113031.

technisch unmöglich gemacht würden. Man solle vielmehr an der These festhalten, daß man unterbliebene amerikanische Exporte¹⁰ nicht substituieren werde. AM François-Poncet ergänzte, daß auch die Forderungen der USA gegenüber Kanada und Australien darüber nicht hinausgingen. Er warf die Frage auf, ob die Gemeinschaft die USA nicht ihrerseits auffordern müsse, von einer Substitution auf Exportmärkten der Gemeinschaft abzusehen. Darauf reagierte Sie mit der Bemerkung, daß dies jedenfalls nicht öffentlich geschehen sollte.

3) Sie waren sich mit dem Präsidenten darin einig, das von Brzezinski für den 15. Januar vorgeschlagene Vierertreffen geheim zu halten.¹¹ Ihrerseits haben Sie betont, daß man zwischen Information und Beschlußfassung unterscheiden müsse. Wir müßten darauf bestehen, daß solche Treffen ausschließlich der gegenseitigen Information dienten. Der Präsident stimmte dem zu. Herr Wahl warf hier ein, Brzezinski beabsichtige lediglich, über mögliche künftige Entwicklungen zu sprechen.

4) Sie warfen die Frage auf, ob dieses Treffen etwa in den Vorschlag ausmünden würde, ein zweites Guadeloupe-Treffen¹² vorzusehen. Sie fragten den Präsidenten, wie er dazu stehen würde.

Präsident Giscard d'Estaing zeigte sich äußerst zurückhaltend. Solche Treffen seien von starker Publizität begleitet. Dadurch könne man zu einer Übereinstimmung mit der amerikanischen Politik gezwungen werden, die weiter ginge, als es den eigenen Interessen entspräche. Es gebe genügend andere Kommunikationskanäle. Ihm schiene es nicht möglich, jetzt ein Vierertreffen ins Auge zu fassen.

5) In einem kurzen Meinungsaustausch über Sanktionen erwähnte AM François-Poncet, daß die Frage der Kreditgewährung an die Sowjetunion nur eine französische Bank betreffe und daß eine schwierige Lage entstünde, wenn die Sowjetunion im Sicherheitsrat ein Veto gegen Sanktionen gegen den Iran¹³ einlegen würde.

¹⁰ Zur Einschränkung amerikanischer Getreidelieferungen an die UdSSR vgl. Dok. 5, Anm. 7.

¹¹ Der Generalsekretär im französischen Präsidialamt, Wahl, der Leiter des britischen Kabinettssekretariats, Armstrong, der Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Brzezinski, und Ministerialdirektor von Staden, Bundeskanzleramt, erörterten am 15. Januar 1980 in London die Lage nach der sowjetischen Intervention in Afghanistan sowie die Situation im Nahen und Mittleren Osten, insbesondere Iran, Pakistan und die Konflikte auf der arabischen Halbinsel, sowie die Wirtschafts- und Finanzhilfe für die Türkei. Vgl. dazu die Aufzeichnung von Stadens vom 16. Januar 1980; VS-Bd. 538 (014); B 150, Aktenkopien 1980.

¹² Am 5./6. Januar 1979 trafen sich Premierminister Callaghan, Präsident Carter, Staatspräsident Giscard d'Estaing und Bundeskanzler Schmidt auf Guadeloupe zur Erörterung außen-, sicherheits- und wirtschaftspolitischer Fragen. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 2, Dok. 3 und Dok. 5.

¹³ Der VN-Sicherheitsrat verabschiedete am 4. Dezember 1979 die Resolution Nr. 457, in der die unverzügliche Freilassung der seit 4. November 1979 als Geiseln festgehaltenen Angehörigen der amerikanischen Botschaft in Teheran verlangt, die Konfliktparteien zur friedlichen Streitbeilegung aufgefordert und VN-Generalsekretär Waldheim um Vermittlung ersucht wurden. Für den Wortlaut vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Series II, Bd. XI, S. 54. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 132 f.

Die Ständige Vertretung bei den VN in New York informierte am 13. Dezember 1979 über Versuche der amerikanischen Regierung, „insbesondere westliche Verbündete für mögliche gemeinsame wirtschaftliche Sanktionen gegen Iran zu gewinnen“. Allerdings würden selbst Angehörige der VN-Botschaft einen entsprechenden Sicherheitsratsbeschluß „wegen voraussehbarer Ablehnung durch Un-

6) Sie gaben dem Präsidenten eine Darstellung Ihrer Gespräche in Madrid¹⁴, betonten die spanische Kenntnis der arabischen Welt und erwähnten, daß nach spanischer Auffassung jetzt die Chance einer Wiederannäherung der arabischen Staaten untereinander (Irak, Saudi-Arabien) und sogar an Ägypten gegeben sei. Sie fragten nach der französischen Beurteilung.

Präsident Giscard d'Estaing zeigte sich skeptisch. Der Gegensatz zu Ägypten sei nach französischer Einschätzung unverändert stark. Auf Ihren Gedanken einer organischen Verbindung zwischen der EG und einer Reihe arabischer Staaten zurückkommend, zeigte der Präsident Zurückhaltung. Er glaube nicht, daß diese Staaten eine organische Verbindung zur EG wünschten. Die EG, und das heiße in diesem Fall die Kommission, gelte bei ihnen als zu pro-israelisch. Deshalb solle man bilateral vorgehen. Frankreich, die Bundesrepublik und Italien sollten sich um engere Kontakte zu diesen Ländern bemühen. Auf Ihren Einwurf: Auch England? erwiderte der Präsident, er habe Großbritannien in diesem Zusammenhang nicht genannt, weil es sich zu stark auf die amerikanische Position orientiert habe.

Sie wiesen darauf hin, daß es sich um ein Arrangement handeln solle, wie mit ASEAN¹⁵, nicht wie mit Maghreb¹⁶ und Maschrek¹⁷. AM François-Poncet be-

Fortsetzung Fußnote von Seite 58

gebundene (7 Stimmen), Ostblock (2 Stimmen) und wahrscheinlich auch China für nicht erreichbar und im übrigen für kaum wirksam“ halten. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3625; Referat 311, Bd. 137626. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 389.

Am 24. Dezember 1979 berichtete Botschafter Jelonek, New York (VN), der amerikanische VN-Botschafter McHenry habe ihm den Textentwurf einer Resolution für Sanktionen gegen Iran übergeben: „McHenry bestätigte auf meine Fragen hin, daß die beantragten Maßnahmen auf den Artikeln 39 und 41 der VN-Charta fußen. Sie umfaßten, von Nahrungsmitteln, Medikamenten und sonstigen Lieferungen für medizinische Zwecke abgesehen, praktisch alle Importe nach Iran. Was die iranischen Exporte angehe, sollen nur diejenigen verhindert werden, die auf iranischen Transportmitteln befördert werden. Damit fallen auch Öl und Ölprodukte, die nur zum geringsten Teil auf persischen Tankern befördert werden, nicht unter das von den USA angestrebte Embargo.“ Diese Sanktionen stünden unter der auflösenden Bedingung einer Freilassung der amerikanischen Botschaftsgeiseln, so daß „es also gegebenenfalls eines förmlichen Beschlusses des SR zur Beendigung der Sanktionen nicht bedürfe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3789; Referat 311, Bd. 137626.

Der VN-Sicherheitsrat bekräftigte am 31. Dezember 1979 mit Resolution Nr. 461 die Forderungen von Resolution Nr. 457 und beschloß, am 7. Januar 1980 erneut zusammenzutreten, um gegebenenfalls Maßnahmen gemäß Artikel 39 und 41 der VN-Charta vom 26. Juni 1945 zu ergreifen. Für den Wortlaut vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Series II, Bd. XI, S. 54 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 138 f.

¹⁴ Im Anschluß an einen Urlaub auf Mallorca führte Bundeskanzler Schmidt am 7./8. Januar 1980 Gespräche in Madrid. Vgl. dazu Dok. 4, Dok. 5 und Dok. 7.

¹⁵ Eine erste gemeinsame Konferenz der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten fand am 20./21. November 1978 in Brüssel statt. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 353. Dabei wurden Sondierungsgespräche über ein mögliches Kooperationsabkommen vereinbart.

Nach Verhandlungen am 8. und 29./30. November 1979 in Brüssel stimmte das Standing Committee der ASEAN-Mitgliedstaaten dem von der EG-Kommission und den ASEAN-Mitgliedstaaten ausgehandelten Kooperationsabkommen am 15. Dezember 1979 zu. Der EG-Ministerrat billigte das Abkommen bei seiner Tagung am 18. Dezember 1979 in Brüssel. Das Abkommen sollte im März 1980 unterzeichnet werden und sah eine Intensivierung der bislang nicht kodifizierten Zusammenarbeit im Bereich der Handels-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik vor. Gemäß den GATT-Bestimmungen sollten sich die Partner die Meistbegünstigungsklausel einräumen, wobei der Nichtzugehörigkeit Thailands zu GATT durch ein Protokoll Rechnung getragen wurde. Ein gemischter Kooperationsausschuß sollte mindestens einmal im Jahr tagen. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 12/1979, S. 9–13.

¹⁶ Kooperationsabkommen der Europäischen Gemeinschaften mit den Maghreb-Staaten Algerien, Marokko und Tunesien wurden im April 1976 in Algier, Rabat und Tunis unterzeichnet. Sie wurden durch Verordnungen des EG-Rats auf der Ebene der Landwirtschaftsminister vom 26. September

merkte, daß bei den südostasiatischen Ländern nicht die gleichen Vorbehalte bestünden wie bei den arabischen. Es möge aber sein, daß die Situation sich durch die afghanische Krise verändert habe. Der Hauptwiderstand gegen unseren Gedanken sei vom Irak ausgegangen.

7) Sie erkundigten sich nach den französischen Plänen der nationalen TNF-Modernisierung. Präsident Giscard d'Estaing erläuterte, daß zwischen Cruise Missiles und beweglichen Raketen zu entscheiden sei. Die Prüfungen würden nach Manöverübungen im Mai, an denen er persönlich teilnehmen werde, abgeschlossen und die Frage im Sommer entscheidungsreif sein. Er beabsichtige, evtl. Ende Februar eine Grundsatzrede über die Notwendigkeit der nationalen TNF-Modernisierung zu halten, ohne schon eine Option mitzuteilen.¹⁸

Sie haben dem Präsidenten gesagt, daß eine solche Erklärung für Sie sehr hilfreich wäre und auch in den Beziehungen zu den USA Bedeutung hätte.

8) Sie haben sich mit Präsident Giscard d'Estaing darüber verständigt, daß der britische Staatsminister Gilmour auf Ministerebene empfangen werden soll.¹⁹

In der Sachfrage der britischen Finanzbeiträge²⁰ äußerten Sie vorsichtigen Optimismus. Man müsse die Situation allerdings noch sorgfältiger analysieren als

Fortsetzung Fußnote von Seite 59

1978 verabschiedet und traten am 1. November 1978 in Kraft. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 9/1978, S. 75, bzw. BULLETIN DER EG 11/1978, S. 73.

Für den Wortlaut des Kooperationsabkommens vom 26. April 1976 mit Algerien vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 263 vom 27. September 1978, S. 2–118.

Für den Wortlaut des Kooperationsabkommens vom 27. April 1976 mit Marokko vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 264 vom 27. September 1978, S. 2–118.

Für den Wortlaut des Kooperationsabkommens vom 25. April 1976 mit Tunesien vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 265 vom 27. September 1978, S. 2–118.

17 Kooperationsabkommen der Europäischen Gemeinschaften mit den Maschrek-Staaten Ägypten, Jordanien, dem Libanon und Syrien wurden am 18. Januar bzw. 3. Mai 1977 in Brüssel unterzeichnet. Sie wurden durch Verordnungen des EG-Rats auf der Ebene der Landwirtschaftsminister vom 26. September 1978 verabschiedet und traten am 1. November 1978 in Kraft. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 9/1978, S. 75, bzw. BULLETIN DER EG 11/1978, S. 73.

Für den Wortlaut des Kooperationsabkommens vom 18. Januar 1977 mit Ägypten vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 266 vom 27. September 1978, S. 2–103.

Für den Wortlaut des Kooperationsabkommens vom 18. Januar 1977 mit Jordanien vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 268 vom 27. September 1978, S. 2–93.

Für den Wortlaut des Kooperationsabkommens vom 3. Mai 1977 mit dem Libanon vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 267 vom 27. September 1978, S. 2–88.

Für den Wortlaut des Kooperationsabkommens vom 18. Januar 1977 mit Syrien vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 269 vom 27. September 1978, S. 2–87.

18 Gesandter Lahusen, Paris, berichtete am 13. Februar 1980: „Wie von der Presse umfänglich berichtet (vgl. auch ‚Die Welt‘ vom 9.2.), konferierte der Staatspräsident am 7. Februar 1980 u. a. mit Verteidigungsminister Bourges, Generalstabschef Méry und dem Generaldelegierten für Rüstungsfragen, Martre, über das Problem der Sicherheit und der Rüstung.“ Entscheidungen seien noch keine gefallen: „Zwar gebe es für einige Systeme schon Präferenzen. So tendiere Verteidigungsminister Bourges für ein mobiles Verteidigungssystem als Nachfolgesystem für das Plateau Albion. Doch gebe es sowohl über die strategischen Waffen wie über neue Systeme im Gefechtsfeld- und taktischen Bereich noch Auseinandersetzungen zwischen zwei Schulen: Die ältere, gaullistisch orientierte Schule (z. B. General a. D. Gallois) wolle es für die ‚strategischen‘ Systeme möglichst bei deren Weiterentwicklung, vor allem der U-Schiffe, belassen. Eine modernere Schule, die weniger dogmatisch ausgerichtet sei, befürworte dagegen auch den Einschluß von TNF-Systemen, wie sie die NATO dislozieren wolle.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 384; VS-Bd. 11093 (202); B 150, Aktenkopien 1980.

19 Der britische Lordsiegelbewahrer Gilmour wurde am 18. Januar 1980 von Bundesminister Genscher empfangen. Vgl. dazu Dok. 13, Anm. 21.

20 Ministerialdirektor Lautenschlager führte am 25. Oktober 1979 zu den britischen Beitragszahlungen zum EG-Haushalt aus: „Die Kommission kommt in ihrer vom ER in Straßburg erbetenen Untersuchung zu dem Ergebnis, daß die britischen Nettoleistungen von 527 Mio. ERE im Jahr 1979

bisher. In bezug auf direkte Beiträge seien Sie nicht geneigt, sehr viel weiter zu gehen als in Dublin²¹. Die Kommission solle aber weitere Studien mit dem Ziel anstellen, ein Paket von Maßnahmen zu entwickeln und das Problem durch Diversifizierung lösbarer zu machen.

Präsident Giscard d'Estaing sagte, daß er nicht optimistisch sei. Er könne keine große Veränderung der britischen Haltung erkennen. Mrs. Thatcher fordere weiterhin eine Kompensation in Höhe von zwei Dritteln ihrer Beiträge. Frankreich habe nicht die Absicht, England in diesem Ausmaß zu subventionieren. Der Präsident führte dann aus, warum er eine Lösung der Frage angesichts des gleichzeitig anstehenden Problems der Agrarpreise für nahezu unmöglich hielt. Er fragte Sie, ob Sie mit einer Nichtentscheidung über die Agrarpreise oder mit deren Einfrieren leben könnten.

Sie erwiderten, daß eine Nichtentscheidung ein Faktum sei, mit dem man leben müsse. Ein Einfrieren dagegen sei eine Entscheidung, die müsse man sorgfältig prüfen, ehe man sich dazu äußern könne.

AM François-Poncet wies darauf hin, daß die konservative britische Regierung angesichts des Wahlverhaltens der Farmer Preiserhöhungen wohl hinnehmen würde.

Präsident Giscard d'Estaing meinte, und Sie stimmten ihm darin bei, daß man den Europäischen Rat auf das „normale“ Tagungsdatum verschieben sollte, wenn

Fortsetzung Fußnote von Seite 60

auf 1552 Mio. ERE im Jahr 1980 steigen werden. (Deutsche Nettoleistungen 1980: 1107 Mio. ERE). Der hohe negative britische Nettosaldo ist die Folge von – am britischen BSP-Anteil gemessen – überproportional hohen britischen Beiträgen zu den eigenen Einnahmen und von unterproportional niedrigen Rückflüssen. Die hohen Beiträge erklären sich aus den starken britischen Drittlands-einführen, die zu einem hohen Aufkommen an Zöllen und Abschöpfungen führen. Die verhältnismäßig geringen Zuflüsse nach GB hängen mit dem hohen Anteil (70 %) der Ausgaben des Gemeinschaftshaushaltes für agrarpolitische Stützungsmaßnahmen zusammen, von denen die britische Landwirtschaft u. a. wegen ihrer Wettbewerbsfähigkeit wenig profitiert. Die sprunghafte Vergrößerung des britischen Nettosaldos von 1979 auf 1980 geht auf das Auslaufen von Übergangsbestimmungen des Beitrittsvertrags (Art. 131) zurück, welche die Beiträge GBs und IRLs zum Gemeinschaftshaushalt in den vergangenen Jahren begrenzten.“ Vgl. Referat 412, Bd. 122403.

In einer gemeinsamen Aufzeichnung des Auswärtige Amts, des Bundesministeriums der Finanzen, des Bundesministeriums für Wirtschaft sowie des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vom 5. November 1979 hieß es, die Bundesregierung sei bereit, „GB auf der Grundlage eines evtl. verbesserten Dubliner Korrekturmechanismus im Rahmen einer vorläufigen und zeitlich begrenzten Regelung entgegenzukommen. Längerfristige Lösung des britischen Problems durch Eindämmung der GB besonders belastenden Agrarausgaben, die aus wirtschaftlichen und finanziellen Gründen ohnehin unerlässlich ist. Dabei müssen allerdings die Prinzipien der gemeinsamen Agrarpolitik gewahrt bleiben. Wir sind dazu bereit, daß GB in Kombination zu einer – sofort wirkenden – zeitlich begrenzten Teillösung seines Problems – mittelfristig – die Perspektive einer Verbesserung seines Rückflußanteils am EG-Haushalt durch Eindämmung der Agrarausgaben eröffnet wird (kostendämpfende Maßnahmen, insbes[ondere] bei Milch und Zucker und generell eine äußerst vorsichtige Preispolitik).“ Vgl. B 201 (Referat 411), Bd. 543.

- ²¹ Im Mittelpunkt der Tagung des Europäischen Rats am 29./30. November 1979 in Dublin stand der britische Beitrag zum EG-Haushalt. Premierministerin Thatcher beharrte auf der Forderung nach einem annähernden Ausgleich des von der EG-Kommission auf ca. 1,5 Mrd. ERE veranschlagten britischen Nettosaldos. Die von den übrigen acht Mitgliedern des Europäischen Rats angebotene Verbesserung des bei der Tagung des Europäischen Rats am 10./11. März 1975 in Dublin verabschiedeten Korrekturmechanismus im Bereich der Eigeneinnahmen der Europäischen Gemeinschaften hätte nach Berechnungen der EG-Kommission eine Nettoentlastung von ca. 520 Mio. ERE zugunsten Großbritanniens ergeben. Da keine Einigung erzielt werden konnte, wurde die Frage auf die für März 1980 vorgesehene Tagung des Europäischen Rats vertagt. Dabei wurde Italien als EG-Präsidialmacht in der ersten Jahreshälfte 1980 ermächtigt, den Tagungstermin vorzuverlegen, falls sich eine Lösung abzeichnen sollte. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 362.

keine Aussicht auf Einigung in der Frage der britischen Finanzbeiträge bestünde. In diesem Fall müsse man Großbritannien aber auch vor die Alternative stellen, ob es die Gemeinschaftsregeln akzeptiere – was in Dublin nicht sein Eindruck gewesen sei – oder eine veränderte Position gegenüber der Gemeinschaft finden wolle. Die Stellung Großbritanniens in der Gemeinschaft sollte dann entsprechend angepaßt werden. Auf Ihren Einwand, daß man England nicht vor den Augen der Welt aus der Gemeinschaft hinausdrängen könne, erwiderte der Präsident, daß es nicht darum gehe, England auszuschließen, sondern darum, dessen Status in der Gemeinschaft zu revidieren.

9) Auf Ihre Frage, ob Sie richtig vermuteten, daß man mit einer Lösung für die mittelmeerischen Agrarprodukte in der spanischen Beitrittsverhandlung²² bis zum Sommer 1981 warten solle, erwiderte der Präsident bestätigend.

Staden

VS-Bd. 14083 (010)

10

Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Staden, Bundeskanzleramt

VS-vertraulich

11. Januar 1980¹

Betr.: Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem Botschafter der USA,
Herrn Walter Stoessel, am 10. Januar, 19.00 bis 20.00 Uhr

Sie haben Herrn Stoessel einleitend gesagt, daß Sie mit ihm sprechen wollten, um den deutsch-amerikanischen Kontakt zu pflegen, und daß Sie mit dem Präsidenten ein Telefongespräch führen würden, um ihm das Bewußtsein Ihrer Ver-

²² Zum Stand der Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 5, Anm. 16.

¹ Ablichtung.

Ministerialdirektor von Staden, Bundeskanzleramt, verfügte am 11. Januar 1980, die Aufzeichnung „über den Herrn Chef BK dem Herrn Bundeskanzler“ vorzulegen. Dazu teilte er mit: „Herrn Staatssekretär van Well habe ich schon mündlich unterrichtet. Übermittlung von Kopien an den Bundesminister des Auswärtigen und den Bundesminister der Verteidigung schlage ich nach Genehmigung vor.“ Am selben Tag verfügte er handschriftlich „der Eilbedürftigkeit wegen“ die direkte Vorlage bei Bundeskanzler Schmidt.

Hat Schmidt am 11. Januar 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Zwei kleine Änderungen beachten.“ Schmidt billigte die Weiterleitung an die Bundesminister Genscher und Apel. Ferner wies er an, „je 1 Kopie in privaten Umlauf an Kleeblatt-Teilnehmer“ bzw. „je 1 Kopie im privaten Umlauf an H[erbert] W[el]hner, W[illy] B[randt], W[olfgang] Misch[nick]“ zu geben, sowie „1 Kopie z[u] d[en] A[kten] p[ri]vat [S]ammlun[g] bei mir“.

Hat Staatssekretär Schüler, Bundeskanzleramt, am 15. Januar 1980 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Höynck, Bundeskanzleramt, am 15. Januar 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staden „m[it] d[er] B[itte] u[m] w[eitere] V[er]anlassun[g]“ verfügte.

Hat Staden am 15. Januar 1980 erneut vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 51.

fügbarkeit zu vermitteln.² Sie seien durch eine Indisposition – über die öffentlich nichts verlautbart worden sei – daran gehindert gewesen, den Präsidenten schon von Mallorca³ aus anzusprechen.

Sie wollten zunächst einen Brief des Abgeordneten Herrn Pawelczyk erwähnen, den dieser an den „Spiegel“ gerichtet habe und der feststelle, daß er seine Reise in die USA⁴ entgegen anderslautenden Presseberichten nicht in Ihrem persönlichen Auftrag gemacht habe. Dies treffe zu. Sie deuteten an, daß ähnliches auch für andere Besuche von Abgeordneten gelte. Sie pflegten Besuche, die in Ihrem Auftrag stattfinden, der Gastregierung als solche anzukündigen.

In bezug auf Ihren Besuch in Madrid⁵ wollten Sie sich auf den Teil der Gespräche beschränken, die im direkten Zusammenhang mit der Doppelkrise Iran–Afghanistan stehen. Sie seien beeindruckt gewesen von den Kenntnissen der spanischen Regierung über die Haltung der Führungsgruppen in den arabischen Staaten. Sie hätten dem König⁶ empfohlen, dem Präsidenten eine nähere Unterrichtung durch Ministerpräsident Suárez über die Vorgänge im arabischen Raum anzubieten. Man glaube in Madrid, daß der Irak und Saudi-Arabien unter dem Eindruck der Krise in Afghanistan näher zusammenrückten. Man sehe sogar die Chance, die Ablehnungsfront⁷ und Sadat wieder aneinander anzunähern. Gleichzeitig beobachte man eine weitere Verschlechterung des Verhältnisses zwischen Ägypten und Libyen.

Ferner wollten Sie betonen, daß die spanische Grundhaltung gegenüber den Vereinigten Staaten in der gegenwärtigen Doppelkrise nach Ihrem Eindruck über jeden Zweifel erhaben sei. Es gebe nur eine gewisse Enttäuschung, nicht genügend konsultiert zu werden.

Zu Ihrem Gespräch mit Präsident Giscard d'Estaing⁸ wollten Sie vorab bemerken, daß dessen Inhalt wie üblich sehr diskret behandelt werden müsse. Sie wollten dem Botschafter aber Ihre Überzeugung vermitteln, daß der anscheinend bei einigen Beobachtern in Washington vorhandene Eindruck mangelnder französischer Solidarität nicht zutreffe. Präsident Giscard habe – so auch die Er-

² Bundeskanzler Schmidt führte am 10. Januar 1980 ab 20 Uhr ein Telefongespräch mit Präsident Carter. Er unterrichtete über seine Gespräche mit Ministerpräsident Suárez und König Juan Carlos I. am 7./8. Januar 1980 in Madrid, das Gespräch mit Staatspräsident Giscard d'Estaing am 9. Januar 1980 in Paris sowie die am 10. Januar 1980 im Bundessicherheitsrat erörterte Regierungserklärung zur Lage in Iran und Afghanistan, die er am 17. Januar 1980 abgeben werde. Unter Verweis auf Telefongespräche mit Ministerpräsident Begin, dem ehemaligen Premierminister Callaghan sowie mit Giscard d'Estaing unterstrich Carter die Notwendigkeit einer einheitlichen Haltung gegenüber der UdSSR: „Man müsse der Sowjetunion zeigen, daß ihr für ihr Verhalten eine Strafe auferlegt würde.“ Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Staden, Bundeskanzleramt, vom 11. Januar 1980; VS-Bd. 14087 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

³ Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 28. Dezember 1979 bis 7. Januar 1980 zu einem Urlaub auf Mallorca auf.

⁴ Zum Aufenthalt des SPD-Abgeordneten Pawelczyk vom 6. bis 10. Januar 1980 in den USA vgl. Dok. 8, Anm. 13.

⁵ Im Anschluß an einen Urlaub auf Mallorca führte Bundeskanzler Schmidt am 7./8. Januar 1980 Gespräche in Madrid. Vgl. dazu Dok. 4, Dok. 5 und Dok. 7.

⁶ Juan Carlos I.

⁷ Zur „Ablehnungsfront“ vgl. Dok. 5, Anm. 8.

⁸ Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Giscard d'Estaing am 9. Januar 1980 in Paris vgl. Dok. 9.

klärung vom 9.1. am Abschluß der Sitzung des französischen Kabinetts⁹ – eine klare Sprache geführt:

If all the chips are down, we are in the same boat with the United States.

Stoessel warf an dieser Stelle ein, daß ein Presseinterview von Außenminister François-Poncet¹⁰ in Washington enttäuscht habe.

Sie bemerkten, daß Paris, aber auch Bonn sehr beunruhigt seien, wahrscheinlich tiefer beunruhigt als Washington. Eine deutsche Zeitung habe den SACEUR General Rogers mit der Schlagzeile zitiert: Der Westen sei durch die sowjetische Invasion in Afghanistan überrascht worden. Dies habe, wie die deutschen Parlamentarier aus ihren Wahlkreisen berichten könnten, erhebliche Unruhe ausgelöst. Die Menschen fragten sich, was geschehen könne. Bei Äußerungen dieser Art sei große Vorsicht angebracht.

Es sei aber nicht wegen solcher Besorgnisse, sondern wegen unserer Beurteilung möglicher Entwicklungen, daß Präsident Giscard und Sie selbst beunruhigt seien. Es handele sich bei Iran und Afghanistan um eine Doppelkrise. Um in der zweiten dieser Krisen wirksam vorgehen zu können, brauche man so viel Bundesgenossen wie möglich in der Dritten Welt. Deswegen dürfe man die Dritte Welt nicht durch das eigene Vorgehen gegenüber dem Iran verstimmen.

In Frankreich und bei uns bestehe der Eindruck, daß es in Iran z.Z. gar keinen Ansprechpartner gebe, der auf Sanktionen¹¹ reagieren könnte. Die geiselnehmenden Terroristen stellten in sich selbst eine Macht dar.

Stoessel erwiderte, daß man dennoch hoffe, einige Kreise, die besorgt seien, durch Sanktionen beeindrucken zu können. Wenn diese das Gefühl hätten, isoliert zu werden, könne das langfristig Wirkungen haben, auch wenn Ihre Analyse zutreffe. Kurzfristig sei es wichtig, daß die USA sichtbare Unterstützungen finden.

Sie wiesen darauf hin, daß man es der Sowjetunion auch nach Auffassung von Präsident Giscard nicht erlauben sollte, einen Konflikt, den sie mit der Dritten Welt habe, in einen Ost-West-Konflikt umzuwandeln. Sie erwähnten dann, daß Sie sich mit dem französischen Staatspräsidenten darauf geeinigt hätten, eine gemeinsame Erklärung der neun Außenminister zum 15.1.¹² anzustreben.

In der soeben abgeschlossenen Sitzung des Bundessicherheitsrates hätten Sie die Frage aufgeworfen, ob der NATO-Rat das beste Forum für die laufenden Konsultationen sei. Länder wie Irland, Schweden, Österreich, Jugoslawien blieben draußen. Warum benutze man nicht die üblichen Treffen der vier Außenminister wegen Berlin, um sich darüber zu verständigen, wer mit wem spricht? Es sei gewiß wichtig, die kleineren Mitgliedstaaten der Allianz mitzuziehen – worauf unser Ständiger Vertreter¹³ hingewiesen habe. Dennoch käme die NATO

⁹ Zur Erklärung der französischen Regierung vom 9. Januar 1980 vgl. Dok. 9, Anm. 9.

¹⁰ Zu den Äußerungen des französischen Außenministers François-Poncet vom 6. Januar 1980 vgl. Dok. 7, Anm. 12.

¹¹ Zu möglichen Sanktionen gegen Iran wegen der Geiselnahme amerikanischer Botschaftsangehöriger in Teheran vgl. Dok. 9, Anm. 13.

¹² Zur Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vom 15. Januar 1980 vgl. Dok. 9, Anm. 4.

¹³ Rolf Friedemann Pauls.

erst an zweiter Stelle, solange es sich nicht darum handele, Entscheidungen der Vier zu implementieren.

Auf die bevorstehende Regierungserklärung vom 17.1.¹⁴ übergehend, teilten Sie dem Botschafter mit, daß Sie zwei Grundsätze unterstreichen wollten:

- Es darf kein Zweifel an unserer Solidarität mit den Vereinigten Staaten in der Doppelkrise entstehen: Sie würden in diesem Zusammenhang die entsprechende Passage aus Ihrer Berliner Parteitagsrede¹⁵ zitieren.
- Auch und gerade in einer Krise darf man die Kommunikationslinien nicht abschneiden. Es wäre gefährlich, Mißverständnisse aufkommen zu lassen wegen mangelnder Kommunikation.

Sie erwähnten, daß Botschafter Wieck kommende Woche nach Moskau mit einer Botschaft von Ihnen an Breschnew¹⁶ zurückkehren werde.

Auf eine Frage des Botschafters antworteten Sie, daß hinsichtlich Ihres eigenen Besuchs in Moskau noch kein Stadium erreicht worden sei, wo über Daten gesprochen würde. Sie rechneten auch nicht damit, daß die Sowjets bald an uns herantreten würden. Wenn es zu einem Besuch in Moskau kommen würde, dann würde dieser jedenfalls nach einem Besuch in Washington stattfinden und Ihnen die Gelegenheit geben, die gemeinsame Position des Westens zu interpretieren.

Wir würden jedoch in der Terminfrage nicht initiativ werden.

Der Botschafter bestätigte als persönliche Meinung, daß ein kurzfristiger Besuch als „business as usual“ mißverstanden werden könnte. Sie wiederholten, daß es nicht vor Ihrem Besuch in Washington zu dieser Reise kommen werde und daß Sie mit dem Präsidenten darüber sprechen würden. Allerdings müsse man einen Unterschied zwischen der Sowjetunion und anderen Staaten des Warschauer Pakts machen. Das gelte auch für die DDR. Herr Honecker habe gegenüber Staatssekretär Gaus beim Neujahrsempfang¹⁷ Interesse an einem Kontakt durchblicken lassen.

Der Botschafter bemerkte, daß die Vereinigten Staaten sich gegenüber der DDR reserviert verhalten. Man mache in Washington Unterschiede je nach dem Grad der Unterstützung für die sowjetische Aktion. Persönlich verstehe er Ihre Reaktion, ihm sei die Besonderheit der deutsch-deutschen Problematik klar.

Sie sprachen anschließend Ihren Dank für den vom Präsidenten angebotenen Besuchstermin zum 5.3. aus, den Sie gerne annähmen. Ihnen käme es bei diesem Besuch vor allem darauf an, dem Präsidenten zuzuhören und zu ihm zu sprechen.¹⁸

¹⁴ Bundeskanzler Schmidt gab am 17. Januar 1980 im Bundestag eine Regierungserklärung ab. Für den Wortlaut vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 113, S. 15578–15584.

¹⁵ Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Schmidt am 4. Dezember 1979 beim Bundesparteitag der SPD in Berlin (West) vgl. PARTEITAG DER SPD 1979, Bd. I, S. 157–201.

¹⁶ Für das Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt vom 31. Januar 1980 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, vgl. Dok. 34.

¹⁷ Am 10. Januar 1980 empfing der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, die Leiter der in Ost-Berlin akkreditierten diplomatischen Vertretungen zum Neujahrsempfang. Vgl. dazu den Artikel „Erich Honecker nahm Neujahrsgriße des Diplomatischen Korps entgegen“; NEUES DEUTSCHLAND vom 11. Januar 1980, S. 1.

¹⁸ Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 4. bis 8. März 1980 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 71–73.

Auf die Frage des Botschafters, wie wir die amerikanische Position jetzt konkret unterstützen könnten, insbesondere im Fall des Technologie-Transfers, erwiderten Sie, daß es sich hier um eine Frage handle, die im Rahmen des COCOM multilateral erörtert werden müsse.¹⁹

Sie wollten aber auch darauf hinweisen, daß Sie die Konzeption entwickelt hätten, den noch nicht mit der EG verbundenen Ländern ein Gefühl näherer Zusammengehörigkeit mit Europa zu geben.²⁰ Außenminister Vance, mit dem Sie dies zunächst erörtert hätten, habe positiv reagiert. Anschließend hätten Sie aus Washington zurückhaltende Äußerungen gehört. Auch in Paris sei Präsident Giscard offenbar zurückhaltender als sein Außenminister²¹.

Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff habe in Riad²² eine positive Reaktion festgestellt. Es werde gesagt, der Irak sei gegen einen solchen Gedanken. Aber es könnte sein, daß die Länder der Region sich jetzt vereinsamt fühlen und daß sie sich Informationsaustausch wünschten. Es ginge hier nicht, wie manche dächten, um Öl. Nicht die wirtschaftlichen Aspekte stünden hier im Vordergrund, sondern der regelmäßige präferentielle politische Meinungsaustausch.

Die amerikanische Diplomatie stoße hier vielleicht auf Grenzen, da sie auf Israel besondere Rücksicht zu nehmen habe.

Auf den Einwand des Botschafters, daß diese Zusammenarbeit nach Ansicht mancher doch zwangsläufig zu einer Zusammenarbeit im Energiebereich, und das hieße bei Öl, führen müsse, erwiderten Sie:

¹⁹ Zur Ankündigung des Präsidenten Carters von Sanktionsmaßnahmen gegen die UdSSR vgl. Dok. 5, Anm. 7.

Referat 421 vermerkte am 14. Januar 1980, die amerikanische Regierung habe entschieden, „bis auf weiteres keine Ausfuhrgenehmigung für die Lieferung hochtechnologischer oder anderer strategischer Güter an die Sowjetunion zu erteilen sowie erteilte Ausfuhrlicenzen zu überprüfen. Noch nicht entschieden ist, ob bzw. welche Lizenzen widerrufen werden sollen.“ Diese Maßnahmen hätten „mengen- und wertmäßig nur einen relativ geringen Einfluß auf den Gesamthandelsumsatz der USA“. Referat 421 argumentierte für eine Differenzierung von Technologieexporten innerhalb und außerhalb der COCOM-Regeln. Innerhalb von COCOM könne sich die Bundesregierung bereit erklären, „den Ermessensspielraum der geltenden COCOM-Regeln bei der Ausfuhr strategischer Güter (z. B. Computer) in die Sowjetunion etwas enger zu handhaben als bisher“. Eine Einschränkung außerhalb von COCOM „(z. B. Lieferung von Produktionsanlagen, Werkzeugmaschinen, Röhren usw.)“ sei hingegen kurzfristig aufgrund rechtlicher Verpflichtungen nicht möglich. Eine besondere Verordnung nach § 7 des Außenwirtschaftsgesetzes vom 28. April 1961 würde zudem „im Widerspruch zu den im deutsch-sowjetischen Wirtschaftsabkommen von 1978 eingegangenen Regierungsverpflichtungen stehen. [...] Die Stärke des deutschen Exports in die Sowjetunion liegt gerade in der Technologie, d. h. in Bereichen wie des Werkzeugs- und Anlagebaus. [...] Eingriffe in diesen Sektor würden unseren gesamten Handel mit der Sowjetunion in Mitleidenschaft ziehen und angesichts der Projektvorbereitungszeiten besonders langfristig wirken (während der Getreideexportstopp kurzfristig rückgängig gemacht werden kann). Nutznießer deutscher Enthaltsamkeit wären potentielle Außenseiter wie Frankreich und Italien. Wie wir im Quai erfahren haben, wird Frankreich keine Maßnahmen beim Technologietransfer ergreifen.“ Vgl. Referat 421, Bd. 122557.

²⁰ Vgl. dazu die Überlegungen der Bundesregierung für eine Zusammenarbeit zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den Golfstaaten; Dok. 4, Anm. 6.

²¹ Jean François-Poncet.

²² Bundesminister Graf Lambsdorff besuchte vom 5. bis 12. Januar 1980 Saudi-Arabien, Kuwait und die Vereinigten Arabischen Emirate. Vgl. dazu den Artikel „Golfstaaten lassen uns nicht verkommen“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 14. Januar 1980, S. 11.

Dies könne man nicht ausschließen, aber dies sei jedenfalls nicht der Sinn. Und was sei im übrigen die Alternative? Auch der Irak dürfte seine Position nach Afghanistan überdenken.

Stoessel antwortete, daß in Washington der Eindruck vorhanden sei, die Europäer seien im Prinzip ganz für die Vereinigten Staaten, wenn es aber zu speziellen Aktionen komme, dann sagten sie, sie könnten nicht.

Sie wiesen darauf hin, daß der deutsche Handel mit der Sowjetunion doppelt so groß sei wie der amerikanische und dies, obwohl das amerikanische Bruttosozialprodukt das unsere um das Dreieinhalbfache übersteige.

Stoessel wies darauf hin, daß die Entscheidung des Präsidenten, die Getreideverkäufe an die Sowjetunion zu begrenzen,²³ ihm sehr schwer gefallen sei. Er habe sie jedoch treffen müssen, um der Sowjetunion ganz klar zu machen, daß die USA es ernst meinten, und zwar auch für die Zukunft.

Sie wiesen darauf hin, daß die Europäer ihrerseits großen Mut bei den NATO-Entscheidungen vom 12.12.79²⁴ gezeigt hätten. Dies sei, als wenn man die Minuteman-Raketen zwischen Boston und Philadelphia stationiere.

Der Botschafter drückte Ihnen seine Bewunderung für die Art aus, in der Sie diesen Beschluß innerhalb Ihrer Partei durchgesetzt haben.

Abschließend drückten Sie Ihre Befriedigung darüber aus, daß die USA und wir uns in der Auffassung einig seien, daß die zentralen europäischen Fragen, wie Rüstungskontrolle und KSZE, aus der Spannung möglichst herausgehalten werden sollten.

Stoessel bestätigte dies. Die USA, so schlossen Sie, sollten diese Position auch in Belgrad deutlich machen und den Jugoslawen Zusicherungen geben.

Staden

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 51

²³ Zur Einschränkung amerikanischer Getreidelieferungen an die UdSSR vgl. Dok. 5, Anm. 7.

Am 12. Januar 1980 fand in Washington eine Konferenz von Staaten, die Agrarprodukte in die UdSSR exportierten, statt. Botschafter Hermes, Washington, berichtete dazu am 13. Januar 1980: „Die gestrige Zusammenkunft von Vertretern der Hauptexporteurländer USA, Kanada, Australien, Argentinien und der EG erbrachte Übereinstimmung, daß die amerikanischen Maßnahmen zur Beschränkung des US-Agrarexports nach der SU auf 8 Mio. t Getreide von den übrigen Ländern weder direkt noch indirekt durch vermehrte Lieferungen in ihrer Wirkung auf die SU unterlaufen werden sollen. Es gelang während der ganztägigen Sitzung, den von Argentinien vorher eingenommenen Standpunkt, seinen Handel nicht außenpolitischen Zielen unterzuordnen, etwas zu modifizieren. Die argentinische Regierung hat sich nun in der gemeinsamen Presseerklärung verpflichtet, aus der geänderten Weltmarktsituation keinen Vorteil zu ziehen [...]. Allerdings ließ seine Delegation durchblicken, daß die argentinische Regierung keine legalen Mittel besitze, den Handel mit der SU effektiv zu beschränken.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 172; Referat 340, Bd. 113038.

²⁴ Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 10.

11

Botschafter Herbst, Paris, an das Auswärtige Amt

114-1181/80 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 89

Aufgabe: 12. Januar 1980, 13.00 Uhr¹
Ankunft: 12. Januar 1980, 15.33 Uhr

Betr.: Französische Haltung zum sowjetischen Einmarsch nach Afghanistan

Zur Unterrichtung

I. Die französische Regierung hat schon früh den globalen Charakter der Entspannungspolitik betont. Sie ist stolz darauf, den Sowjets während des Breschnew-Besuches in Frankreich 1977 eine Unterschrift unter eine dahingehende gemeinsame Erklärung abgerungen zu haben.² Um so mehr mußte auffallen, daß der französische Staatspräsident und Außenminister François-Poncet der ersten Welle der Empörung, mit der die hiesige öffentliche Meinung auf den sowjetischen Einmarsch nach Afghanistan reagierte, nicht folgten, sondern sichtlich bemüht waren, den Entspannungsprozeß nicht in Frage zu stellen, wenn man von einer Verurteilung des sowjetischen Vorgehens in den Vereinten Nationen und bilateral in Moskau sowie gegenüber dem hiesigen sowjetischen Botschafter³ absieht.

Mit dieser Linie folgte die französische Außenpolitik tief eingewurzelten Reflexen. Die privilegierten Beziehungen zu Moskau, die man auch über die schweren Zeiten des „Kalten Krieges“ hinwegrettet, möchte man nicht ohne Not in Gefahr bringen. Andererseits distanziert man sich so – beinahe automatisch – von den Vereinigten Staaten und versucht, eine Sonderposition einzunehmen, die sich von der amerikanischen Linie abhebt und zugleich die Möglichkeit eröffnet, die Europäer für die eigene, als europäisch präsentierte Konzeption zu gewinnen. Deshalb das schnelle, ungeschminkte und öffentliche „Nein“ François-Poncets zu dem in der NATO eingebrachten amerikanischen Vorschlag, die Sowjetunion nicht nur verbal, sondern durch eine Reihe von Retorsionsmaßnahmen unmißverständlich zu warnen, daß sich das Vorgehen Moskaus Bruchgrenzen nähert.⁴ Hier hat die Abneigung der französischen Außenpolitik, Vorgänge in einem fernen Land der Dritten Welt zum Streitgegenstand der Auseinandersetzung zwischen Ost und West zu machen und „von Block zu Block“ zu reagieren, sicherlich eine beträchtliche Rolle gespielt.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat Siemes am 14. Januar 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 213 verfügte.

Hat Legationsrat I. Klasse Barker am 22. Februar 1980 vorgelegen, der die Vorlage an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Arnot und Vortragenden Legationsrat Heyken verfügte.

Hat Arnot am 24. Januar 1980 vorgelegen.

Hat Heyken am 25. Januar 1980 vorgelegen.

² Zum Abschluß des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 20. bis 22. Juni 1977 in Frankreich wurden am 22. Juni 1977 eine französisch-sowjetische Erklärung zur Nichtverbreitung von Kernwaffen sowie eine gemeinsame Erklärung zur internationalen Entspannung abgegeben. Für den Wortlaut vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1977, II, S. 104–106.

³ Stepan Wassiljewitsch Tscherwonenko.

⁴ Zu den Äußerungen des französischen Außenministers François-Poncet vom 6. Januar 1980 vgl. Dok. 7, Anm. 12.

II. In der französischen Presse wird nicht selten unter dem Stichwort „Rheinlandbesetzung“⁵ oder gar „München 1938“⁶ die Frage nach der Bedeutung der Vorgänge in Afghanistan für Krieg oder Frieden in Europa und in der Welt gestellt. Hingegen bemüht sich die französische Regierung, auch über amtlich inspierte Pressekommentare, die Ereignisse in Afghanistan zu entdramatisieren. Wenn Präsident Giscard auch nicht, wie sein Vorgänger Pompidou, beim Einmarsch der Sowjets in die Tschechoslowakei von einem „Verkehrsunfall auf dem Wege der Entspannung“⁷ sprach, so zweifelte er doch öffentlich an, daß der sowjetische Einmarsch nach Afghanistan „vorausgeplant“ gewesen sei. Diesen Gedanken weiterentwickelnd, weisen namhafte Kommentatoren darauf hin, daß Afghanistan im Grunde schon seit einiger Zeit zum sowjetischen orbis gehöre, die Anwendung der Breschnew-Doktrin⁸ daher kaum allzu hart kritisiert werden dürfe. Von dort ist der Weg zu der Überlegung, die Entspannung werde jedenfalls in Europa durch die Vorgänge in Afghanistan nicht wirklich ernsthaft berührt, nicht weit. Vor der gefährdenden Perspektive, daß ein sowjetischer Satellit Afghanistan nicht nur die Lage im Mittleren Osten und in Süd-asien zum Nachteil des Westens verändert, sondern darüber hinaus das welt-politische Gleichgewicht ernsthaft gefährden muß, schließt man hier die Augen.

Diese partielle Blindheit der französischen Außenpolitik erklärt sich, wie ich glaube, daraus, daß Afghanistan, wie überhaupt Südasien, für Frankreich nie eine Region der Einflußnahme und der inneren Bindung war. Hätte eine massive sowjetische Intervention in Afrika, noch dazu in einem frankophonen Land, stattgefunden, so wäre die hiesige Reaktion völlig anders ausgefallen, was sich an der interventionsbereiten französischen Afrikapolitik der letzten Jahre deutlich ablesen läßt. Die einseitige französische Lagebeurteilung, die allzu stark den lokalen Charakter des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan betont, ver-stellt sich selbst den Blick für die Einordnung dieses Schrittes in ein ausgrei-

⁵ Am 7. März 1936 rückte die Wehrmacht in das gemäß dem Vertrag vom 28. Juni 1919 zwischen dem Deutschen Reich und den alliierten und assoziierten Mächten (Friedensvertrag von Versailles) bzw. der Verträge vom 16. Oktober 1925 zwischen Belgien, dem Deutschen Reich, Frankreich, Großbritannien und Italien (Verträge von Locarno) entmilitarisierte Rheinland ein.

⁶ Für den Wortlaut des Münchener Abkommens vom 29. September 1938 vgl. ADAP, D, II, Dok. 675.

⁷ Der französische Außenminister Debré sprach am 29. August 1968 vor dem Auswärtigen Ausschuß der französischen Nationalversammlung angesichts des Einmarschs von Streitkräften des Warschauer Pakts am 20./21. August 1968 in der ČSSR von einem Verkehrsunfall („accident de la route“) auf der Straße der Entspannungspolitik. Vgl. dazu L' ANNÉE POLITIQUE 1968, S. 272.

⁸ Am 3. Oktober 1968 erläuterte der sowjetische Außenminister Gromyko vor der VN-Generalversammlung die sowjetische Auffassung von einem „sozialistischen Commonwealth“: „Diese Gemeinschaft ist ein untrennbares Ganzes, das durch unzerstörbare Bande zusammengeschweißt ist, wie sie die Geschichte bisher nicht kannte. [...] Die Sowjetunion erachtet es für notwendig, auch von dieser Tribüne zu erklären, daß die sozialistischen Staaten keine Situation zulassen können und werden, in der die Lebensinteressen des Sozialismus verletzt und Übergriffe auf die Unantastbarkeit der Grenzen der sozialistischen Gemeinschaft und damit auf die Grundlagen des Weltfriedens vorgenommen werden.“ Vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 555–557.

Am 12. November 1968 griff der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, diese Thesen auf dem V. Parteitag der PVAP in Warschau auf („Breschnew-Doktrin“): „Und wenn die inneren und äußeren dem Sozialismus feindlichen Kräfte die Entwicklung irgendeines sozialistischen Landes auf die Restauration der kapitalistischen Ordnung zu lenken versuchen, wenn eine Gefahr für den Sozialismus in diesem Land, eine Gefahr für die Sicherheit der gesamten sozialistischen Staatengemeinschaft entsteht, ist das nicht nur ein Problem des Volkes des betreffenden Landes, sondern ein allgemeines Problem, um das sich alle sozialistischen Staaten kümmern müssen.“ Vgl. DZD V/2, S. 1478.

fendes strategisches Gesamtkonzept der Sowjets mit Stoßrichtung auf die lebenswichtigen Versorgungslinien des Westens. Sie führt beinahe zwingend dazu, in dem amerikanischen Gegenzug eine Überreaktion zu sehen. Inspirierte Artikel gingen soweit, das als vorschnell und zu weitgehend qualifizierte amerikanische Vorgehen mit dem ungerechtfertigten Einsatz von Atomwaffen bei einem begrenzten konventionellen Konflikt zu vergleichen. Hinter dieser besorgtkritischen Betrachtungsweise, die ich bei nicht wenigen hochrangigen Gesprächspartnern vorfand, wird die Überzeugung sichtbar, die Vereinigten Staaten hätten ihre Schwächeperiode nach „Watergate“⁹ und nach dem Verlust des Vietnamkrieges bereits so weit wieder überwunden, daß sie zu schnell und zu heftig mit dem „big stick“ zurückschlugen. Diese Gefahr sei bei der durch die Vorgänge im Iran¹⁰ aufgeheizten Stimmung in Amerika – noch dazu in einem Wahljahr¹¹ – besonders groß, was der französischen Politik erneut die Rolle des Bremsers im europäischen Interesse zuweise. Allerdings halte ich es für denkbar, ja wahrscheinlich, daß der französischen Regierung – obschon sie dazu schweigt – eine „Arbeitsteilung“ zwischen Europäern, die gegen die sowjetische Intervention in Afghanistan in vielfältiger Weise protestieren, und den Amerikanern und Briten, die ihre Haltung durch Gegenmaßnahmen, die allerdings sorgsam kalkuliert sein sollten, unterstreichen, nicht einmal unangenehm ist.

Neben der bislang allerdings nur vorsichtig angespielten Kritik am Verhalten der Amerikaner, die zugleich eine offensive Rechtfertigung für die eigene „Verweigerung“ ist, fehlt es vorläufig in der hiesigen öffentlichen Meinung wie in Regierungskreisen nahezu völlig an Anzeichen dafür, daß man sich Gedanken über die längerfristigen Folgen einer französischen und von der französischen Haltung beeinflussten europäischen „Verweigerung“ macht. Doch ist die Sorge vor einer politisch-moralischen Abkoppelung Europas von Amerika ein Gesichtspunkt, dessen sich die französische Politik wohl erst bewußt wird, wenn sich die Gefahr kriegserischer Verwicklungen verdichtet.

III. Ich sehe keine Anzeichen dafür, daß sich die Haltung der französischen Regierung – verbale Verdammung des sowjetischen Einmarsches nach Afghani-

⁹ Am 17. Juni 1972 wurden fünf Personen verhaftet, die bei einem Einbruch in Büroräume der Demokratischen Partei im Watergate-Hotel in Washington Abhörmikrophone anbringen wollten. Bei den anschließenden Ermittlungen stellte sich heraus, daß sie Beziehungen zum Wahlkampfbüro des Präsidenten Nixon hatten. Am 27. Februar 1973 setzte der amerikanische Senat einen Untersuchungsausschuß ein, dessen Arbeit eine Verwicklung von Regierungskreisen in die „Watergate-Affäre“ immer deutlicher werden ließ. In der Folge konzentrierte sich die juristische Auseinandersetzung auf die Herausgabe von Tonbandaufzeichnungen, die Nixon über Gespräche mit seinen Mitarbeitern angefertigt hatte. Im Juli 1974 forderte der Oberste Gerichtshof den Präsidenten zur vollständigen Herausgabe dieser Aufzeichnungen auf.

Der Rechtsausschuß des Repräsentantenhauses sprach sich während seiner Sitzung vom 27. bis 30. Juli 1974 für ein Amtsenthebungsverfahren gegen Nixon wegen Behinderung der Justizverwaltung, Verletzung verfassungsmäßiger Rechte von Bürgern sowie willentlicher Mißachtung von Vorladungen des Rechtsausschusses des Repräsentantenhauses aus. Um dem Amtsenthebungsverfahren zu entgehen, gab Nixon am 8. August 1974 in einer Rundfunk- und Fernsehansprache seinen Rücktritt bekannt.

¹⁰ Zur Geiselnahme von Angehörigen der amerikanischen Botschaft in Teheran vgl. Dok. 2, Anm. 13.

¹¹ Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

stan insbesondere in den Vereinten Nationen mit vorrangiger Blickrichtung auf die Länder der Dritten Welt, keine Maßnahmen gegen die Sowjetunion, die über bescheidene Gesten gegenüber Washington hinausgehen – ändern könnte. Im Gegenteil! Die französische Regierung bemüht sich, andere europäische Staaten, voran die Bundesrepublik, für ihre von Washington abgesetzte Politik zu gewinnen, deren Akzente auf einer Entdramatisierung der Vorgänge in Afghanistan und der Erhaltung des Entspannungsprozesses liegen. Ganz im Sinne dieser Politik hat François-Poncet den hier und da auftauchenden Gedanken, die Interessensphäre der Allianz auf andere Teile der Welt auszudehnen, sogleich a limine zurückgewiesen. Von der hiesigen Öffentlichkeit dürften kaum Zwänge ausgehen, die französische Politik der amerikanischen Haltung anzunähern. Zwar flammt im Gefolge der Reise Marchais' nach Moskau¹² und der Billigung des sowjetischen Vorgehens in Afghanistan durch die französischen Kommunisten die Empörung der hiesigen Öffentlichkeit erneut auf. Doch ist dies ein Vorgang, der vermutlich eher innenpolitische denn außenpolitische Bedeutung hat.¹³

[gez.] Herbst

VS-Bd. 13174 (213)

¹² Der Generalsekretär der KPF, Marchais, hielt sich vom 8. bis 10. Januar 1980 in der UdSSR auf, wo er Gespräche mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, führte.

¹³ Am 25. Januar 1980 konstatierte Botschafter Herbst, Paris, Anzeichen dafür, daß sich „Vorstellungen von einer französischen, ja europäischen ‚Sonderrolle‘ zwischen den beiden Supermächten“ ändern würden: „Weit ist die französische Außenpolitik auf dem von ihr eingeschlagenen Weg nicht vorangekommen. Für die Regierung drängt sich vielmehr heute die Frage auf, ob man die afghanische Krise nicht falsch eingeschätzt hat und ob die jüngsten Vorgänge in Moskau, für die die Verbannung des Nobelpreisträgers Sacharow nur ein Indiz ist, nicht eine Kurskorrektur nahelegen, die Frankreich näher an amerikanische Position heranführen würde.“ Jedenfalls habe die UdSSR „auf die Rolle, die sich Frankreich bei der Einhegung der afghanischen Krise selbst zugeeignet hat“, keine Rücksicht genommen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 207; VS-Bd. 11092 (202); B 150, Aktenkopien 1980.

12

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Verbeek

514-552.10/3

14. Januar 1980¹Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³Betr.: Wiedergutmachung – Abschlußgeste⁴Anlg.: 2⁵

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

I. Der Bundestag hat während der Haushaltsdebatte am 14. Dezember 1979 auf gemeinsamen Antrag aller Fraktionen die nachstehenden Entschließungen gefaßt:

a) „Die Bundesregierung wird aufgefordert, durch Vorlage eines Nachtragshaushaltes für das Haushaltsjahr 1980 die Voraussetzungen für eine abschließende Leistung zur Abgeltung von Härten in Einzelfällen (Abschlußgeste Wiedergutmachung) zu schaffen. Damit sollen der Zentralrat der Juden und die jüdischen Gemeinden in Deutschland sowie die ‚Claims Conference‘ in den Stand versetzt werden, Härten in Einzelfällen auszugleichen.

Die gesamte Leistung soll einen Betrag von DM 440 Millionen umfassen, der in drei Raten wie folgt ausgezahlt werden soll:

1980	240 Millionen
1982 bis zu	100 Millionen
1983 bis zu	100 Millionen.“ ⁶

b) „Die Bundesregierung wird ersucht, dem Bundestag angesichts der in der Regierungserklärung des Herrn Bundeskanzlers vom 17. Mai 1974 (Stenographi-

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Rumpf konzipiert.

² Hat Staatssekretär van Well am 2. Februar 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[errn] D 5.“

³ Hat Bundesminister Genscher am 29. Januar 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Es ist dringend geboten, daß wir an der Idee einer Stiftung deutschen Rechts in der Trägerschaft des Zentralrats der Juden in Deutschland festhalten. Damit entfallen eine Reihe der zu recht von Abteilung 5 genannten Gesichtspunkte.“

⁴ Nachdem die „Jewish Claims Conference“ in einem Memorandum vom 16. Februar 1973 gefordert hatte, die Ausschußfristen in der Entschädigungsgesetzgebung der Bundesrepublik aufzuheben, kam es in der Folgezeit zu Überlegungen hinsichtlich einer „Abschlußgeste“ für notleidende Opfer nationalsozialistischer Gewaltmaßnahmen“. Gedacht war an eine gemeinsame Initiative der im Bundestag vertretenen Fraktionen zur Gründung einer „Stiftung für notleidende jüdische Opfer nationalsozialistischer Verfolgung“. Vgl. dazu AAPD 1973, II, Dok. 169, AAPD 1974, II, Dok. 293 und Dok. 368, sowie AAPD 1975, I, Dok. 4.

Vortragender Legationsrat Franke, Bundeskanzleramt, notierte am 26. November 1979, Staatsminister Wischniewski, Bundeskanzleramt, und die Vorsitzenden der „Jewish Claims Conference“ bzw. des Direktoriums des Zentralrats der Juden in Deutschland, Goldmann und Nachmann, hätten sich über den Vorschlag verständigt, „400 Mio. DM an die Claims Conference und 40 Mio. DM an die jüdischen Gemeinschaften in der Bundesrepublik Deutschland zu zahlen“. Das Bundesministerium der Finanzen und das Auswärtige Amt würden indes der geplanten Regelung skeptisch bis ablehnend gegenüberstehen. Vgl. B 86 (Referat 514), Bd. 1786.

⁵ Vgl. Anm. 10 und 12.

⁶ Vgl. BT ANLAGEN, Bd. 258, Drucksache Nr. 8/3511.

scher Bericht über die 100. Sitzung des Deutschen Bundestages am 17. Mai 1974, S. 6602) vertretenen Auffassung, daß die Bundesregierung die Wiedergutmachungs- und Kriegsfolgengesetzgebung als abgeschlossen betrachte, sowie unter Berücksichtigung der in dem Entwurf des Einzelplanes 05 (Tit. 686 36) mit einem Gesamtvolumen von 250 000 000 DM ausgewiesenen Verpflichtungsermächtigung für ‚Leistungen im Interesse der deutsch-französischen Verständigung‘ und der jetzt beabsichtigten Abschlußgeste für die ‚Abschließende Leistung zur Abgeltung von Härten in Einzelfällen‘ bis zum 31. März 1980 zu berichten, welche Konsequenzen sie hieraus in bezug auf die für Vertriebene und Flüchtlinge noch bestehenden Härten in der Kriegsfolgengesetzgebung, darunter insbesondere im Lastenausgleich, in der Entschädigungsgesetzgebung im Gesetz zu Artikel 131 GG⁷ und im Häftlingshilfegesetz⁸ zu ziehen gedenkt.“⁹

Die erste EntschlieÙung geht auf eine Initiative der Regierungsfraktionen, die zweite EntschlieÙung auf eine Initiative der Opposition zurück. Der Bundeskanzler hat den Bundesminister der Finanzen mit Schreiben vom 18. Dezember 1979 beauftragt, die weitere Sachbehandlung der Angelegenheit zu übernehmen und einen Vorschlag zu beiden Bereichen der BundestagsentschlieÙung bis Ende Januar 1980 zu erarbeiten (Anlage).¹⁰

II. Die beiden EntschlieÙungen des Bundestages sind für folgende drei Bereiche relevant:

- Ausgestaltung der Abschlußgeste,
- Zwangsrekrutierte,
- innerstaatliche Kriegsfolgengesetzgebung.

Der letztgenannte Bereich liegt allein in der Verantwortung des Bundesministers der Finanzen.

III. Abschlußgeste

Unter der Federführung des Bundesministeriums der Finanzen werden ab Anfang Januar 1980 nunmehr konkrete Vorstellungen der Bundesregierung entwickelt werden müssen, wie die Abschlußgeste praktisch verwirklicht wird. Insbesondere wird es darauf ankommen, ob nach dem Text des Bundestagsbe-

⁷ Das Gesetz vom 11. Mai 1951 zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen bezog sich auf die Versorgung von Personen, die bis zum 8. Mai 1945 als Beamte, Angestellte oder Arbeiter des öffentlichen Dienstes „bei einer Dienststelle des Reiches innerhalb oder außerhalb des Bundesgebietes“ bzw. „bei einer staatlichen oder kommunalen Dienststelle der autonomen Verwaltung des ehemaligen Protektorats Böhmen und Mähren als deutsche Staatsangehörige“ tätig gewesen waren, ferner von Berufssoldaten der früheren Wehrmacht und von berufsmäßigen Angehörigen des früheren Reichsarbeitsdienstes sowie deren versorgungsberechtigten Hinterbliebenen. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1951, I, S. 307–322.

⁸ Für den Wortlaut des Gesetzes über Hilfsmaßnahmen für Personen, die aus politischen Gründen außerhalb der Bundesrepublik in Gewahrsam genommen wurden (Häftlingshilfegesetz) in der Fassung vom 29. September 1969 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1969, Teil I, S. 1793–1799.

Das Gesetz wurde mehrfach geändert, zuletzt am 29. Oktober 1979 durch das Siebte Gesetz zur Änderung des Kriegsgefangenenentschädigungsgesetzes. Vgl. dazu BUNDESGESETZBLATT 1979, Teil I, S. 1770.

Eine weitere Änderung erfolgte am 17. März 1980 mit dem Achten Gesetz zur Änderung des Häftlingshilfegesetzes. Vgl. dazu BUNDESGESETZBLATT 1980, Teil I, S. 322.

⁹ Vgl. BT ANLAGEN, Bd. 258, Drucksache Nr. 8/3510.

¹⁰ Dem Vorgang beigelegt. Für das Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt an Bundesminister Matthöfer vgl. B 86 (Referat 514), Bd. 1787.

schlusses¹¹ die Idee der Gründung einer Stiftung endgültig aufgegeben worden ist. Der Bundesminister hatte in seinem Schreiben vom 11.2.1975 (Anlage 2)¹² dem Bundeskanzler eine solche Stiftung nach deutschem Recht vorgeschlagen¹³, während die von Bundesminister a.D. Möller (im Auftrag des Bundeskanzlers) und Herrn Goldmann bereits im Herbst 1974 ausgearbeitete Regelung die Satzung einer in der Schweiz zu errichtenden Stiftung vorsieht.¹⁴

Abteilung 5 wird an diesen Vorbereitungen beteiligt werden und die Leitung des Hauses weiterhin unterrichtet halten.

IV. Zwangsrekrutierte¹⁵

Der Haushaltsausschuß hat in seiner Bereinigungssitzung vom 14. November 1979 dem Vorhaben einer Stiftungsgründung nur mit Vorbehalten zugestimmt.

¹¹ Die Worte „nach dem Text des Bundestagsbeschlusses“ wurden von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

¹² Dem Vorgang beigelegt. Bundesminister Genscher teilte Bundeskanzler Schmidt mit, er sehe „die große politische und humanitäre Bedeutung einer abschließenden Geste zur Wiedergutmachung des nationalsozialistischen Unrechts“ und sei grundsätzlich ebenfalls für die Errichtung einer Stiftung. Er wies jedoch auf mögliche Forderungen der osteuropäischen Staaten sowie weitere „nie ganz eingeschlafene Entschädigungsforderungen“ hin; auch mit Kritik aus arabischen Staaten sei zu rechnen. Genscher plädierte für eine Überprüfung der Entwürfe, u. a. hinsichtlich einer stärkeren Berücksichtigung der nicht-jüdischen Opfer aus der Zeit des Nationalsozialismus und der Errichtung der Stiftung mit Sitz in der Bundesrepublik, „um die Kontrolle nach den Vorschriften des deutschen Rechts ausüben zu können“. Vgl. B 86 (Referat 511), Bd. 1787.

¹³ Der Passus „Der Bundesminister hatte [...] vorgeschlagen“ wurde von Bundesminister Genscher mit Randstrich hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig!“ und ergänzte: „Dabei bleibe ich.“

¹⁴ Bundesminister a.D. Möller teilte Bundeskanzler Schmidt am 12. Dezember 1974 mit, die „von Herrn Dr. Nahum Goldmann im Namen der Claims Conference unterfertigte Verzichtserklärung endgültigen Charakters“ enthalte die Feststellung, „daß die Claims Conference im Einvernehmen mit der Regierung des Staates Israel handelt. Der israelische Finanzminister Rabinowitz hat inzwischen ein Schreiben an Dr. Goldmann gerichtet, das auf die Erklärung der Claims Conference Bezug nimmt und unter wörtlicher Wiederholung des betreffenden Absatzes der Erklärung bestätigt, daß die israelische Regierung hiervon Kenntnis genommen hat. [...] Die israelische Regierung fürchtet eine schädliche öffentliche Auseinandersetzung, weshalb sie sich nicht unmittelbar äußern möchte. Das Schreiben des Finanzministers, durch das er in aller Form die Kenntnisnahme der israelischen Regierung von der Verzichtserklärung bestätigt, schließt meiner Ansicht nach, wie von Ihnen gewünscht, spätere Ansprüche der israelischen Regierung aus, auch etwa nach einem Regierungswechsel.“ Für das am 3. Januar 1975 übermittelte Schreiben vgl. VS-Bd. 10824 (514); B 150, Aktenkopien 1975.

¹⁵ Am 28. September 1970 übergaben die Botschafter Hommel (Luxemburg), Sauvagnargues (Frankreich) und Schuurmans (Belgien) Staatssekretär Frank gleichlautende Aide-mémoires zur Entschädigung der im Zweiten Weltkrieg durch die deutsche Wehrmacht zwangsrekrutierten Belgier, Luxemburger, Elsässer und Lothringer. Eine solche Entschädigung wurde von der Bundesregierung abgelehnt mit der Begründung, daß dies zu den Forderungen gehöre, deren Prüfung durch Artikel 5 Absatz 2 des Londoner Schuldenabkommens vom 27. Februar 1953 bis zu einer endgültigen Regelung der Reparationsfrage zurückgestellt worden sei. Vgl. dazu AAPD 1970, III, Dok. 415. Vgl. dazu ferner AAPD 1971, II, Dok. 247.

Am 18. Februar 1975 übergab der französische Botschafter Wormser Staatssekretär Sachs eine Note, in der um erneute Prüfung des Problems gebeten wurde. Mit Antwortnote vom 11. April 1975 bekräftigte die Bundesregierung ihren Rechtsstandpunkt und wies zudem darauf hin, „daß die gute Entwicklung des deutsch-französischen Verhältnisses [...] durch die Wiedererweckung von Forderungen aus dem Zweiten Weltkrieg nicht gefördert werden würde“. Vgl. B 86 (Referat 514), Bd. 1487.

Im Rahmen der deutsch-französischen Konsultationen am 16./17. Juni 1977 sprach Staatspräsident Giscard d'Estaing das Thema erneut an. Mit Schrifterlaß vom 20. Juli 1977 wies Vortragender Legationsrat I. Klasse Rumpf die Botschaft in Paris an, das französische Außenministerium auf die vorhergehenden Notenwechsel zu verweisen und auszuführen: „Da sich die Rechtslage seitdem nicht geändert hat, sieht sich die Bundesregierung auch heute leider nicht in der Lage, den Entschädigungswünschen der elsaß-lothringischen ehemaligen Zwangsrekrutierten zu entsprechen.“ Vgl. B 86 (Referat 514), Bd. 1487. Vgl. dazu ferner AAPD 1977, I, Dok. 161.

Der hierfür vorgesehene Titel ist gesperrt und seine Bestimmung in eine Verpflichtungsermächtigung für „Leistungen im Interesse der deutsch-französischen Verständigung“ umgewandelt worden. Durch die in dem zweiten Entschließungsantrag der Bundesregierung bis 31. März 1980 auferlegte Berichtspflicht ist dieses Regierungsvorhaben mit einer weiteren Hypothek belastet. Es ist nicht auszuschließen, daß die Opposition ihre Zustimmung nicht nur von dem noch nicht feststehenden Inhalt einer deutsch-französischen Vereinbarung, sondern auch von dem Inhalt des geforderten Berichtes abhängig macht.

V. Präcedenzwirkung

1) Die durch das Vorhaben von Leistungen an Frankreich wegen der Forderungen der Zwangsrekrutierten erzeugte Präcedenzwirkung wird durch eine Verwirklichung der Abschlußgeste noch verstärkt werden. Insbesondere ist ein Wiederaufleben der Wiedergutmachungsforderungen der osteuropäischen Staaten zu befürchten. Die sog. Nationalgeschädigten¹⁶ betrachten ihre Forderungen ebenfalls als ungeregelt (siehe Schreiben des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen an den Herrn Bundesminister vom 9.11.1979 – Vorschlag der Einbeziehung in die Abschlußgeste¹⁷). Auch Interessenvertretungen der Zigeuner sind in den letzten Monaten erneut aktiv geworden. Rassisch verfolgte Zigeuner fallen zwar unter das BEG¹⁸. Ihre Interessenvertreter stützen sich aber darauf, daß viele Anspruchsberechtigte wegen Unkundigkeit ihre Rechte nicht wahrgenommen hätten und daß sie (mangels Staat) auch keine globalen Entschädigungen durch zwischenstaatliche Verträge erhalten hätten.

In Frankreich verlangen jetzt die Personen, die sich der Zwangsrekrutierung während des letzten Krieges entzogen hatten, Gleichstellung.

2) Bei einer Abwehr dieser Forderungen könnten folgende Argumente verwendet werden.

Die Abschlußgeste ist der Schlußakt einer von allen Bundesregierungen seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland verfolgten und von allen politischen Parteien des Deutschen Bundestages unterstützten Politik der Wiedergutmachung eines Teils des nationalsozialistischen Unrechts. Die Abschlußgeste läßt das Londoner Schuldenabkommen¹⁹ unberührt. Die Reparationsforderungen

¹⁶ Artikel VI des Zweiten Gesetzes vom 14. September 1965 zur Änderung des Bundesentschädigungsgesetzes (BEG-Schlußgesetz) enthielt die „Sonderregelung für Nationalgeschädigte“. In Absatz 1 wurde dazu festgelegt: „Personen, die unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft aus Gründen ihrer Nationalität unter Mißachtung der Menschenrechte geschädigt worden und am 1. Oktober 1953 Flüchtlinge im Sinne der Genfer Konvention vom 28. Juli 1951 gewesen sind, haben Anspruch auf Entschädigung für einen dauernden Schaden an Körper oder Gesundheit. Aus Gründen der Nationalität ist derjenige geschädigt, bei dem die Zugehörigkeit zu einem fremden Staat oder zu einem nichtdeutschen Volkstum ganz oder wesentlich den Grund für die schädigende Maßnahme gebildet hat. Soweit keine anderen Gründe für die unter Mißachtung der Menschenrechte vorgenommene schädigende Maßnahme ersichtlich sind, wird bei dem Personenkreis nach den Sätzen 1 und 2 vermutet, daß die Schädigung aus Gründen der Nationalität erfolgt ist.“ Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1965, Teil I, S. 1337.

¹⁷ Der VN-Hochkommissar für Flüchtlinge (UNHCR), Hartling, bat Bundesminister Genscher, „darauf hinzuwirken, daß ‚Nationalgeschädigten‘ ebenso wie den übrigen ‚Verfolgten im Sinne des BEG‘ geholfen werden kann“. Vgl. B 86 (Referat 514), Bd. 1786.

¹⁸ Für den Wortlaut des Zweiten Gesetzes vom 14. September 1965 zur Änderung des Bundesentschädigungsgesetzes (BEG-Schlußgesetz) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1965, Teil I, S. 1315–1340.

¹⁹ Für den Wortlaut des Abkommens vom 27. Februar 1953 über deutsche Auslandsschulden (Londoner Schuldenabkommen) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1953, Teil II, S. 334–485.

sind danach bis zur Prüfung der Reparationsfrage in einem Friedensvertrag zurückgestellt (Art. 5 Abs. 2).

Sollten die osteuropäischen Staaten die Leistungen für die Zwangsrekrutierten und die Abschlußgeste erneut zum Anlaß nehmen, eine Gleichstellung mit der Westwiedergutmachung zu verlangen (Pauschalabkommen mit elf westlichen Staaten in den Jahren 1959 bis 1964²⁰, die wir im Hinblick auf Anl. VIII zum Londoner Schuldenabkommen mit diesem als vereinbar betrachten), könnte dem mit folgenden zusätzlichen Argumenten entgegengetreten werden:

- a) Die Bundesrepublik Deutschland ist völkerrechtlich nicht verpflichtet, alle Staaten gleich zu behandeln.
- b) Ungarn, Rumänien und Polen sind durch die Reparationsregelung des Potsdamer Abkommens²¹ auf die sog. Ostmasse, d.h. die im Bereich der heutigen DDR gelegenen Vermögenswerte, verwiesen.
- c) Die genannten Ostblockstaaten und Jugoslawien haben schon gleich nach Kriegsende das deutsche Auslandsvermögen entschädigungslos enteignet. Hierzu rechnen auch die Vermögensverluste der vertriebenen deutschen Bevölkerung. Polen hat darüber hinaus die Oder-Neiße-Gebiete annektiert und aus diesem territorialen Zuwachs erheblichen wirtschaftlichen Gewinn gezogen. Polen hat im Jahre 1953 einen allgemeinen Reparationsverzicht gegenüber Deutschland ausgesprochen²², der bei den Verhandlungen über den Warschauer Vertrag 1971 bekräftigt und auch auf die Bundesrepublik bezogen wurde.²³
- d) Ungarn und Rumänien haben in den Friedensverträgen mit den Alliierten von 1947 auf Kriegsforderungen gegenüber Deutschland verzichtet.²⁴

²⁰ Die Bundesrepublik schloß am 11. Juli 1959 mit Luxemburg, am 7. August 1959 mit Norwegen, am 24. August 1959 mit Dänemark, am 18. März 1960 mit Griechenland, am 8. April 1960 mit den Niederlanden, am 15. Juli 1960 mit Frankreich, am 28. September 1960 mit Belgien, am 2. Juni 1961 mit Italien, am 29. Juni 1961 mit der Schweiz, am 9. Juni 1964 mit Großbritannien und am 3. August 1964 mit Schweden Abkommen über die Entschädigung für Opfer nationalsozialistischer Verfolgung. Außerdem enthielt der Finanz- und Ausgleichsvertrag mit Österreich vom 27. November 1961 („Kreuznacher Abkommen“) eine Wiedergutmachungsregelung.

²¹ Für den Wortlaut des Kommuniqués vom 2. August 1945 über die Konferenz von Potsdam („Potsdamer Abkommen“) vgl. DzD II/1, S. 2102–2148.

²² In einer am 24. August 1953 veröffentlichten Erklärung der polnischen Regierung hieß es: „Mit Rücksicht darauf, daß Deutschland seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Reparationen bereits in bedeutendem Maße nachgekommen ist und daß die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands im Interesse seiner friedlichen Entwicklung liegt, hat die Regierung der Volksrepublik Polen den Beschluß gefaßt, mit Wirkung vom 1. Januar 1954 auf die Zahlung von Reparationen an Polen zu verzichten, um damit einen weiteren Beitrag zur Lösung der deutschen Frage im Geiste der Demokratie und des Friedens, in Übereinstimmung mit den Interessen des polnischen Volkes und aller friedliebenden Völker zu leisten.“ Vgl. den Artikel „Erklärung der Regierung der Volksrepublik Polen zur deutschen Frage“, NEUES DEUTSCHLAND vom 25. August 1953, S. 1.

²³ Ministerialdirigent Dreher vermerkte am 20. Februar 1976, daß Polen nicht dem Londoner Schuldenabkommen vom 27. Februar 1953 beigetreten sei: „Ein Beitritt der Volksrepublik Polen zum LSA im Zusammenhang mit dem Abschluß des Abkommens und der Vereinbarung vom 9. Oktober 1975 kam nicht in Betracht, da durch die ‚Erklärung der Regierung der VR Polen in bezug auf die Beschlüsse der Regierung der UdSSR betreffend Deutschland vom 23. August 1953‘ die VR Polen gegenüber Deutschland einen materiellen Verzicht auf Reparationen erklärt hat. Diesen Verzicht hat Polen uns gegenüber im Rahmen der Verhandlungen über den Abschluß des Warschauer Vertrages bestätigt.“ Vgl. Referat 514, Bd. 1446.

²⁴ Vgl. dazu Artikel 30 des Friedensvertrags vom 10. Februar 1947 zwischen den Alliierten und Assoziierten Mächten und Ungarn; UNTS, Bd. 41, S. 200.

Vgl. dazu Artikel 28 Absatz 4 des Vertrags vom 10. Februar 1947 zwischen den Alliierten und Assoziierten Mächten und Rumänien; UNTS, Bd. 42, S. 62.

e) Die von diesen Staaten in der Vergangenheit immer wieder betonte Unterscheidung zwischen Wiedergutmachungsforderungen als Individualforderungen und dem staatlichen Reparationsanspruch hat im geltenden Völkerrecht keine Stütze, da auch individuelle Entschädigungsforderungen ausländischer Staatsbürger gegen einen fremden Staat Reparationsforderungen sind, die nur von Staat zu Staat geltend gemacht werden können.

f) Allen Oststaaten kann schließlich entgegengehalten werden, daß sie seit 1949 viele deutsche Staaten anerkennen.²⁵ Sie dürfen sich daher nicht mit Entschädigungsansprüchen nur an die Bundesrepublik halten.

g) Die Bundesrepublik könnte sich in Verhandlungen über Entschädigungsforderungen aus Staaten, die Deutsche vertrieben haben, nicht einlassen, ohne auch die vermögensrechtlichen Ansprüche der Vertriebenen einzubringen.

3) Alle diese Argumente werden die osteuropäischen Staaten aber sicherlich nicht gelten lassen wollen. Es wird für sie letztlich eine Frage der politischen Opportunität sein, ob und mit welcher Intensität sie die Wiedergutmachungsforderungen aufleben lassen wollen. Auch für uns wird es im Ergebnis eine politische Frage sein, wie wir diese Forderungen weiterhin behandeln. Insoweit sind die vorstehenden Argumente Hilfsmittel für die politische Auseinandersetzung.

VI. Rückwirkungen Nahostpolitik

Es ist damit zu rechnen, daß die arabischen Regierungen, deren erneute Aufmerksamkeit mit Sicherheit von interessierter Seite (DDR) auf diese Entwicklung gelenkt wird, die Abschlußgeste als einseitige Begünstigung Israels werten.

Der jordanische Botschafter hatte Staatssekretär van Well schon im Jahre 1978 auf schwerwiegende psychologische Konsequenzen hingewiesen, die sich aus Leistungen an Israel ergeben würden.²⁶ Immerhin leben rund 70% der durch die Abschlußgeste Begünstigten nach Darstellung des BMF in Israel, von wo auch ein lebhaftes Medienecho zu erwarten ist.

Die arabischen Regierungen werden in dieser Maßnahme einen Widerspruch zu den EG-Erklärungen sehen, in denen die Neun die israelische Siedlungs-

²⁵ Bulgarien nahm am 17. Oktober 1949 diplomatische Beziehungen mit der DDR auf. Vgl. dazu AUSSEN-POLITIK DER DDR, Bd. I, S. 460.

Polen und die ČSSR folgten am 18. Oktober 1949 diesem Schritt, ebenso Ungarn am 19. und Rumänien am 22. Oktober 1949. Vgl. dazu AUSSEN-POLITIK DER DDR, Bd. I, S. 328, 373, 425 und S. 448.

Die Bundesrepublik und Rumänien nahmen am 31. Januar 1967 diplomatische Beziehungen auf. Vgl. dazu AAPD 1967, I, Dok. 20.

Am 14. September 1972 nahmen die Bundesrepublik und Polen diplomatische Beziehungen auf. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur ČSSR erfolgte am 11. Dezember 1973.

Am 21. Dezember 1973 nahmen Bulgarien und Ungarn diplomatische Beziehungen zur Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1973, III, Dok. 420 bzw. Dok. 421.

²⁶ Vortragender Legationsrat I. Klasse Böcker vermerkte am 12. Juli 1978, der jordanische Botschafter Izziddin habe bei seinem Abschiedsbesuch bei Staatssekretär van Well am 22. Juni 1978 den als „Abschlußgeste“ der Wiedergutmachung geplanten 600-Millionen-DM-Fonds angesprochen: „Als guter Freund der Bundesrepublik Deutschland möchte er bei dieser Gelegenheit nicht versäumen, auf die schwerwiegenden psychologischen Konsequenzen hinzuweisen, die bei einer Errichtung dieses Fonds, der überwiegend Israel zugute käme, entstünden. Er könne nur dringend vor den Auswirkungen auf die deutsch-arabischen Beziehungen warnen.“ Vgl. B 86 (Referat 514), Bd. 1786.

politik im Westjordanland als Friedenshindernis kritisieren²⁷; sie werden sie als Unterstützung Israels auslegen zu einer Zeit, in der die Verwirklichung des gerade von uns geforderten Selbstbestimmungsrechtes des palästinensischen Volkes an der unnachgiebigen Politik Israels und seiner offen erklärten Weigerung scheitert, das Westjordanland freizugeben.

Auf diese zu erwartende arabische Kritik könnten wir nur erwidern, daß es sich bei der Abschlußgeste nicht um eine finanzielle Leistung an den Staat handelt, sondern um individuelle Entschädigungsleistungen in Härtefällen, mag ein Teil der Berechtigten auch in Israel leben. Es handelt sich um den Schlußakt der von allen Bundesregierungen seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland verfolgten und von allen politischen Kräften in der Bundesrepublik unterstützten Politik zur Wiedergutmachung des nationalsozialistischen Unrechts, die moralischen und humanitären Erwägungen entspringt.

Die Abteilungen 2 und 3 (D 3²⁸ und Dg 21²⁹ i. V.) haben mitgewirkt.

Verbeek

B 86 (Ref. 514), Bd. 1787

13

Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Premierministerin Thatcher

VS-vertraulich

15. Januar 1980¹

Vermerk über das Telefongespräch des Bundeskanzlers mit PM Thatcher am 15. Januar 1980 von 13.50 bis 14.10 Uhr

Bundeskanzler ruft an, um in dieser ernsten internationalen Situation auch mit PM Thatcher im persönlichen Kontakt zu sein und mit ihr einige Gedanken auszutauschen.

PM *Thatcher* hält es für wichtig, soweit wie möglich gemeinsam vorzugehen, um den USA zu helfen. Es wäre für die künftige Entwicklung fatal, wenn man

²⁷ Vgl. dazu die Erklärung der EG-Mitgliedstaaten über den Nahen Osten vom 26. März 1979; BULLETIN 1979, S. 326.

Vgl. dazu die Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ über den Nahen Osten vom 18. Juni 1979 vgl. BULLETIN 1979, S. 765.

²⁸ Andreas Meyer-Landrut.

²⁹ Wilhelm Lücking.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 17. Januar 1980 gefertigt und am selben Tag „vorbehaltlich der Genehmigung durch den Bundeskanzler“ an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau „zur Unterrichtung des Bundesministers“ übermittelt.

Hat Wallau am 17. Januar 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14083 (010), B 150, Aktenkopien 1980.

sich jetzt darauf beschränke, das sowjetische Vorgehen zu verurteilen, aber nichts zu tun. Sie hofft, daß die Europäer sich gemeinsam entschließen, keine Kredite zu geben² und keine Butter in die SU zu verkaufen³ (BK stimmt zu). Die Einschränkung des Exports von Technologie bereite größere Schwierigkeiten, aber man dürfe jetzt der sowjetischen Rüstung nicht helfen. Sie stimmt der Bemerkung des Bundeskanzlers zu, diese Frage in COCOM zu regeln.

Für die Sowjetunion wäre es ein Propagandasieg, wenn die Olympischen Spiele in Moskau⁴ stattfänden. Man müsse sich daher bemühen, das IOC zu überzeugen.

² Referat 422 vermerkte am 14. Januar 1980, die amerikanische Regierung erwäge, wegen der sowjetischen Intervention in Afghanistan das Volumen der Rahmenkredite für die UdSSR zu halbieren, Sonderkonditionen dafür abzuschaffen und andere Exportförderungsmaßnahmen einschließlich Ausfuhrbürgschaften einzustellen oder zu beschränken. Eine Reduzierung der Rahmenkreditzusagen ziele vor allem auf Großbritannien, Frankreich und Italien. In Italien und Frankreich werde eine Erneuerung der zu Jahresende 1979 ausgelaufenen Abkommen erwogen: „In der Bundesrepublik besteht ein solches Förderungsinstrument nicht, und damit auch kein Kreditvolumen, das ‚halbiert‘ werden könnte.“ Anders als die USA, Großbritannien und Frankreich habe „die Bundesrepublik auch nicht die Möglichkeit, den Zinssatz kommerzieller Exportkredite zu subventionieren. Schon um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden, haben wir deshalb ein dringendes Eigeninteresse daran, daß die OECD-Leitlinien für staatlich unterstützte Exportkredite strikt eingehalten werden. Aus diesem Grunde hat die Bundesregierung ebenso wie die britische und amerikanische Regierung bereits vor der Afghanistan-Krise in Paris demarchiert, um Frankreich, das der SU in einem Rahmenkreditabkommen bisher Vorzugszinsen unterhalb des Konsensus gewährt hatte, bei neuen Kreditabkommen mit der SU auf die Konsensregeln festzulegen.“ Bei der Bewertung der amerikanischen Wünsche nach Beschränkung bzw. Einstellung der Deckungsfazilitäten für Ausfuhrgeschäfte sei zu bedenken, daß die UdSSR bislang Zahlungsverpflichtungen im Außenhandelsverkehr pünktlich erfüllt habe: „Das Obligo des Bundes aus verbürgten Geschäften mit der SU beträgt z. Zt. 9,2 Mrd. DM, dazu kommen Grundsatzzusagen für Geschäfte im Verhandlungsstadium in Höhe von 4,7 Mrd. DM, von denen sich aber nur ein Teil konkretisieren wird.“ Die UdSSR rangiere nach Saudi-Arabien und Brasilien auf Platz drei der Obligostatistik der Bundesrepublik: „Deckungsrestriktionen wie Sperre, Einführung einer Orientierungsgröße oder eines Plafonds würden weniger die Sowjetunion, als vielmehr unsere Exportwirtschaft treffen, die bei der Finanzierung von Exportgeschäften in der Regel auf Bürgschaften nicht verzichten kann. Außer der Exportwirtschaft würde sich auch BMWi und BMF solchen Maßnahmen entschieden widersetzen, es sei denn auf politischer Ebene würde eine anderslautende Entscheidung fallen.“ Vgl. Referat 421, Bd. 122557. Zum amerikanischen Wunsch nach Einstellung von Hermes-Bürgschaften für Exporte in die UdSSR vgl. Dok. 63.

³ Am 1. März 1977 vermerkte Ministerialdirektor Lautenschlager, daß Exporteure aus Belgien, der Bundesrepublik und aus Frankreich Lieferungen von 50 000 bis 75 000 Tonnen Butter an die UdSSR planten. Die Ausfuhrerstattungskosten lägen bei 450 Mio. DM: „Kommission ist zwar rechtlich bei Festsetzung der Erstattung frei [...]; indes besteht Übereinkunft in EG, bei Geschäften dieser Art wegen politischer Bedeutung Mitgliedstaaten einzuschalten“. Vgl. Referat 010, Bd. 178698. In der EG-Ministerratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister am 18. September 1979 in Brüssel teilte das Mitglied der EG-Kommission, Gundelach, mit, im Winterhalbjahr 1978/79 seien 69 000 Tonnen Butter in die UdSSR und andere RGW-Mitgliedstaaten geliefert worden. Ministerialdirigent Kittel, Brüssel (EG), berichtete dazu am selben Tag: „VP Gundelach vertrat unter Hinweis darauf, daß Ausfuhrerstattungen immer noch kostengünstiger seien als Einlagerung und subventionierter Absatz innerhalb der Gemeinschaft, die Auffassung, daß wegen der nach wie vor bestehenden strukturellen Überschüsse Ausfuhren mit Erstattungen weiterhin unvermeidlich seien.“ Die britische Delegation habe grundsätzliche Bedenken gegen die Butterlieferungen geltend gemacht. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2880; Referat 421, Bd. 141326. Botschafter Poensgen, Brüssel (EG), berichtete, bei der EG-Ministerratstagung bzw. Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 15. Januar 1980 hätten Frankreich und Großbritannien gegensätzliche Positionen hinsichtlich von Butterlieferungen vertreten: „Rat einigte sich schließlich auf den [...] Kompromißtext, der künftige Butterlieferungen in die UdSSR nicht ausschließt, jedoch auch die Möglichkeit der Einschränkung umfaßt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 136 vom 16. Januar 1980; Referat 200, Bd. 112938.

⁴ Die Olympischen Sommerspiele fanden vom 19. Juli bis 3. August 1980 in Moskau statt.

gen, die Spiele nach Montreal zu verlegen⁵. Auf Einwurf des Bundeskanzlers, ob man sich nicht das politische Instrument einer Absage der Moskauer Spiele für einen späteren Zeitpunkt der Auseinandersetzung vorbehalten sollte, weist sie auf die praktischen Schwierigkeiten (das Training der Sportler) hin, die einer späteren Verlegung der Spiele entgegenstehen. Wenn eine solche Entscheidung nicht unter dem frischen Eindruck von Afghanistan zustande kommt, wird sie später schwieriger werden. Auch diese Frage wird heute im NATO-⁶ und EG-Rahmen⁷ diskutiert.

Über die Reise Lord Carringtons in die Hauptstädte des Mittleren Ostens, insbesondere die entscheidenden Etappen Pakistan und Indien,⁸ werden die Briten – wie der Bundeskanzler anregte – sofort die Verbündeten unterrichten.⁹

Bundeskanzler berichtet, daß die Bundesrepublik die Lage in der islamisch-arabischen Völkergemeinschaft nutzen wolle, um den politischen Dialog zwischen den EG-Staaten und den Golfstaaten zu intensivieren.¹⁰ Die USA befür-

⁵ Die XXI. Olympischen Sommerspiele fanden vom 19. Juli bis 3. August 1976 in Montreal statt.

⁶ Zur Sitzung des Ständigen NATO-Rats am 15. Januar 1980 vgl. Dok. 14.

⁷ Zur EG-Ministerratstagung bzw. Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 15. Januar 1980 in Brüssel vgl. Dok. 9, Anm. 3.

⁸ Gesandter Böcker, London, berichtete am 4. Januar 1980, die britische Regierung entfalte hinsichtlich Afghanistans starke diplomatische Aktivität und wirke „insbesondere in VN und NATO initiativ und koordinierend. AM Lord Carrington wird vom 9. bis 16.1. mehrere Länder der durch sowjetische Intervention in Afghanistan betroffenen Region besuchen: 9.1. Ankara, 10.1. Maskat, 12.1. Riad, 14.1. Islamabad, 16.1. möglicherweise New Delhi (hängt von neuer indischer Regierung ab). [...] Britische Regierung unterstreicht damit nicht nur effektiv ihr Bemühen, GB weltweit wieder zu größerem Ansehen und wichtiger politischer Rolle zu verhelfen. Sie stellt gleichzeitig ihre historisch bedingte Kenntnis und ihr Verständnis der Mittelost- und Südasien-Region zur Verfügung. Mit ihrer von Anfang an gegenüber der SU eingenommenen harten Linie – vergleiche auch ihre entschlossene Verteidigungspolitik und ihre Afrikapolitik, die primär von der Idee getragen wird, Einfluß der Sowjetunion zurückzudrängen – will sie im Westen schrittmachend wirken.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 30; Referat 340, Bd. 113039.

⁹ Botschafter Scheske, Islamabad, teilte am 16. Januar 1980 mit, der britische Außenminister Lord Carrington habe die Botschafter der EG-Mitgliedstaaten in Islamabad über seine Reise vom 9. bis 16. Januar 1980 in die Türkei, nach Oman, Saudi-Arabien und Pakistan unterrichtet: „Die Türken seien mehr noch über die Lage im Iran als in Afghanistan besorgt. Sie sorgten sich um den Zusammenhalt des Iran und fürchteten Auswirkungen auf die Minoritäten in der Türkei. Saudi-Arabien und Oman fürchteten den Zerfall Pakistans und hätten Sorgen um die eigene Position. Einer vollen Verständigung mit den USA stünden die Camp-David-Vereinbarungen entgegen. Pakistan wiederum sähe sich zwischen zwei Feuern, dem sowjetischen Druck auf Afghanistan und Indien, das anscheinend ganz auf die sowjetische Linie schwenkt. Pakistanische Regierung erwarte von den USA stärkere und formellere Schutzgarantien als im Abkommen von 1959 enthalten. [...] Die bisher von den USA angebotenen 400 Mio. Dollar Hilfe würden als nicht ausreichend bezeichnet.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 48; Referat 204, Bd. 115970.

Zur Unterrichtung über den Besuch vom 16. bis 18. Januar 1980 in Indien vgl. Dok. 29, Anm. 25. Legationsrat I. Klasse Horstmann übermittelte den Botschaften in Washington und London sowie der Ständigen Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York am 19. Januar 1980 ein Schreiben Carringtons an Bundesminister Genscher, das dem Auswärtigen Amt am selben Tag von der britischen Botschaft als zusätzliche Unterrichtung übergeben worden war. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 369; Referat 204, Bd. 115970.

¹⁰ Zu Überlegungen der Bundesregierung für eine Zusammenarbeit zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den Golfstaaten vgl. Dok. 4, Anm. 6.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Randermann informierte am 16. Januar 1980 die Botschaften in den Golfstaaten, Bundesminister Genscher habe am Vortag bei der EG-Ministerratstagung in Brüssel, die zugleich im Rahmen der EPZ stattfand, ein Kooperationsabkommen der Europäischen Gemeinschaften mit den Golfstaaten und Irak vorgeschlagen: „Die Gemeinschaft müsse ein Zeichen setzen, daß sie zu engerer politischer und wirtschaftlicher Zusammenarbeit bereit sei. Als Kooperationsmodell biete sich das Abkommen mit den ASEAN-Staaten an, obwohl hier auch Fragen

worten ein solches Vorgehen, wenn es nicht auf gesonderte wirtschaftliche Zusammenarbeit abziele. Diese Länder fühlen sich heimatlos und bedürfen jetzt psychologischer Stärkung. (Thatcher: Stimmt solchen vermehrten Kontakten zu. Sie sind auch einer der Gründe der Carrington-Reise. Man sollte aber keine falschen Hoffnungen erwecken.)

Er berichtet, daß ihn in Madrid die intime Kenntnis der Spanier über die Entwicklung und die politischen Strömungen in der arabischen Gemeinschaft beeindruckt habe.¹¹ Er habe angeregt, daß MP Suárez hierüber mit Präsident Carter spreche, was auch inzwischen geschehen sei.¹² Nach seiner Einschätzung bestehen zur Zeit größere Möglichkeiten, die arabischen Staaten einschließlich Ägyptens zusammenzubringen als je seit Camp David¹³. Vielleicht sei jetzt für Präsident Carter die Zeit gekommen, Druck auf Israel auszuüben, sich mit Ägypten in der Autonomiefrage¹⁴ zu einigen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 80

der Energiepolitik einzubeziehen seien.“ Die übrigen Delegationen hätten dies begrüßt, aber eine nähere Prüfung, besonders des Verhältnisses zum Europäisch-Arabischen Dialog, für erforderlich gehalten. Vgl. den Runderlaß Nr. 292; B 201 (Referat 411), Bd. 436.

Randermann bat am 23. Januar 1980 die Ständige Vertretung bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel, darzulegen, die Bundesregierung erstrebe „Kooperationsabkommen mit den einzelnen Golfstaaten, die getrennt abgeschlossen, aber möglichst gemeinsam ausgehandelt werden sollten“. Vertragsbestandteile sollten eine handelspolitische Zusammenarbeit, Meistbegünstigungsklauseln, Bemühensklauseln zu Investitionen und im Kapitalanlagenbereich sein, ferner ein Energie-Dialog, entwicklungspolitische Zusammenarbeit, Technologietransfer sowie die Bildung gemischter Kooperationsausschüsse. Vgl. den Drahterlaß Nr. 21; B 201 (Referat 411), Bd. 436.

¹¹ Im Anschluß an einen Urlaub auf Mallorca führte Bundeskanzler Schmidt am 7./8. Januar 1980 Gespräche in Madrid. Vgl. dazu Dok. 4, Dok. 5 und Dok. 7.

¹² Ministerpräsident Suárez führte am 14. Januar 1980 in Washington ein Gespräch mit Präsident Carter.

¹³ Ministerpräsident Begin, Präsident Carter und Präsident Sadat trafen vom 5. bis 17. September 1978 in Camp David, dem Landsitz des amerikanischen Präsidenten, zusammen, um eine Friedensregelung auszuarbeiten. Am 17. September 1978 unterzeichneten sie in Washington ein Rahmenwerk für den Frieden im Nahen Osten und ein Rahmenwerk für den Abschluß eines Friedensvertrags zwischen Ägypten und Israel. Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 78 (1978), Heft 2019, S. 7–11. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 47–54. Vgl. dazu ferner AAPD 1978, II, Dok. 271, Dok. 278, Dok. 281 und Dok. 282.

Der amerikanische Außenminister Vance, der israelische Außenminister Dayan und der ägyptische Ministerpräsident und Außenminister Khalil führten vom 21. bis 25. Februar 1979 in Camp David weitere Gespräche über den Abschluß eines Friedensvertrags zwischen Ägypten und Israel. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Fiedler vom 2. März 1979; Unterabteilung 31, Bd. 135594.

Am 26. März 1979 unterzeichneten Ägypten und Israel in Washington einen Friedensvertrag. Für den Wortlaut des Vertrags, einschließlich einer gemeinsamen Auslegung zu vier Vertragsartikeln und der Anhänge („agreed minutes“) sowie der Briefe, vgl. UNTS, Bd. 1136, S. 100–235. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 235–252. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 86 und Dok. 98.

¹⁴ Im gemeinsamen Schreiben des Präsidenten Sadat und des Ministerpräsidenten Begin vom 26. März 1979 an Präsident Carter zum Friedensvertrag vom selben Tag zwischen Ägypten und Israel waren mehrere Phasen einer Autonomie-Regelung für das Westjordanland und den Gaza-Streifen vorgesehen. Einen Monat nach dem Austausch der Ratifizierungsurkunden sollten Verhandlungen aufgenommen und innerhalb eines Jahres zum Abschluß gebracht werden. Danach sollte eine Übergangsperiode von fünf Jahren beginnen. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 1136, S. 225 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 248 f.

Ministerialdirektor Meyer-Landrut notierte am 21. Dezember 1979, die Gespräche zwischen Ägypten und Israel über eine Autonomie der palästinensischen Gebiete seien die „Achilles-Ferse des Camp-David-Rahmens [...]“. Sie leiden einmal darunter, daß die Palästinenser sich nicht dafür erwärmen können, weil sie nicht in einem Protektorat oder ‚Bantustan‘ leben wollen, zum anderen, daß ein echter Zielkonflikt zwischen Israel und Ägypten besteht. Während Ägypten in der Autonomie eine fünfjährige Übergangslösung sieht, geht die Regierung Begin von einem Endzustand aus. Sie er-

Thatcher berichtet, daß sich das Foreign Office für Rücksichtnahme auf den Iran einsetzt, was sich die Regierung aber aus politischen Gründen – Geiselnahme – nicht leisten kann.

Bundeskanzler möchte Reaktion gegenüber dem Iran der amerikanischen Führung überlassen und ihr folgen, wenn sie uns in die Verantwortung nimmt. Er stimmt PM *Thatcher* zu, daß Handelssanktionen, wo immer möglich, nur gemeinsam ergriffen werden sollten. Auch wir hätten ohne VN-Sanktionen juristische Probleme bei ihrer Durchführung. Auch wir haben uns gegenüber den Amerikanern zu gewissen Schritten gegenüber unseren Banken bereit gefunden.¹⁵

Fortsetzung Fußnote von Seite 81

hebt außerdem Souveränitätsansprüche auf das Westjordanland und Gaza und untermauert diese durch ihre Siedlungspolitik. Die Atmosphäre der Verhandlungen war bis jetzt zwar gut. Bisherige Verhandlungserfolge beschränken sich aber auf unstrittig technische Fragen (Einigung über Wahlmodus und zivile Wahlüberwachungsbehörde, Auflisten aller Funktionen der israelischen Militärverwaltung). Keine Fortschritte wurden in den Kernfragen erzielt (Zuständigkeiten der Autonomiebehörde, Einbeziehung Ostjerusalems und Siedlungsstopp). Israel machte klar, daß es nicht von seiner restriktiven Autonomie-Interpretation abgehen will. Es lehnt bisher die Beratung aller Fragen ab, die die Souveränität berühren und aus der Autonomie für die Palästinenser einen unabhängigen Staat entstehen lassen könnten. [...] Auch Ägypten taktiert vorsichtig, um den Rückzugsprozeß auf dem Sinai nicht zu gefährden.“ Vgl. Unterabteilung 31, Bd. 135598.

¹⁵ Zum Einfrieren iranischer Guthaben bei amerikanischen Banken vgl. Dok. 2, Anm. 13.

Ministerialdirektor Fischer informierte am 19. Dezember 1979, der Unterstaatssekretär im amerikanischen Finanzministerium, Solomon, der Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Cooper, sowie der amerikanische Außenminister Vance hätten die Bundesregierung „zur Verstärkung des Drucks auf die iranische Führung in der Geiselfrage“ um Verhängung wirtschaftlicher Maßnahmen gebeten. Ähnliche Bitten seien an Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan und die Schweiz gerichtet worden. Am Rande der Tagung der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel sei in einer Viererbesprechung auf Staatssekretärsbene vereinbart worden, daß Frankreich, Großbritannien und die Bundesrepublik „parallel zur Befassung des SR die Möglichkeit ‚freiwilliger‘ Maßnahmen gegen den Iran in folgenden Bereichen prüfen würden: a) keine Gewährung neuer Kredite an Iran oder iranische Regierungsstellen, b) Bestehen auf pünktlicher Erfüllung von Verbindlichkeiten durch den Iran (keine ‚Kulanz‘ bei Zahlungsverzögerungen und Rückforderung der Forderungen (default), wenn die Zahlungen verspätet eingeht), c) keine Eröffnung neuer Konten für Sicht- oder Termineinlagen iranischer Regierungsstellen, d) Zurückweisung von massiven Erhöhungen iranischer Konten (auch in anderen Währungen als Dollar), e) Ablehnung der Bezahlung von Iran-Öl in anderen Währungen als US-Dollar, f) keine Ölkäufe mit dem Iran zu wesentlich anderen Bedingungen, als sie andere OPEC-Länder gewähren.“ Die Bundesregierung sei dazu bereit, wenn „andere wichtige Verbündete, insbesondere UK und F, ebenfalls solche Maßnahmen ergreifen, da nur so deren Wirkung sichergestellt werden kann. Die Maßnahmen sollten im Wege von vertraulichen Empfehlungen an Banken und Ölgesellschaften verwirklicht werden.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 6425; VS-Bd. 9526 (422); B 150, Aktenkopien 1979.

Ministerialdirigent Freiherr von Stein unterrichtete am 27. Dezember 1979, nachdem die französische und britische Regierung freiwillige Wirtschaftsmaßnahmen gegen Iran einleiten würden, „haben auch BMI und BMF begonnen, Banken und Ölgesellschaften mündlich Empfehlungen i. S. der amerikanischen Vorschläge zu übermitteln. [...] Wir legen – wie Briten und Franzosen – größten Wert auf vertrauliche Behandlung dieser Maßnahmen, um Iran keinen Vorwand zu feindseligen Reaktionen gegen Botschaft und deutsche Staatsangehörige im Iran zu liefern und in den nächsten Tagen beginnende Diskussion im Sicherheitsrat nicht zu stören.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 6517; VS-Bd. 9526 (422); B 150, Aktenkopien 1979.

Stein vermerkte am 28. Dezember 1979, das Bundesministerium der Finanzen habe die Bankverbände gebeten, die Empfehlung mündlich an alle betreffenden Banken weiterzuleiten. Die Verbandsvertreter hätten sich kooperativ verhalten, aber angekündigt, zu verfolgen, „wie sich z. B. britische und schweizerische Banken verhalten, wenn ihnen die Finanzierung von Exportgeschäften angetragen wird, die deutsche Banken aufgrund der Empfehlung abgelehnt haben. Ein nicht auf allgemeingültige rechtsverbindliche Vorschriften gegründeter Damm werde jedenfalls nicht lange halten.“ Vgl. VS-Bd. 9526 (422); B 150, Aktenkopien 1979.

Er setzt sich dafür ein, über diese Fragen im heutigen EG-Ministerrat zu sprechen und danach in diesem Kreise ein besonderes Treffen anzuberaumen. Es gehe darum, die Teilnahme der Haupthandelspartner an den Sanktionen sicherzustellen. Dann ließen sich auch die juristischen Schwierigkeiten, die PM Thatcher erwähnt habe, besser lösen.

Die Schwierigkeit sei, daß man angesichts der totalen Anarchie in Teheran nicht wisse, wo man mit seinem Druck ansetzen könne. Er teilt den Eindruck PM Thatchers, daß keine Aussicht für eine plötzliche Freilassung der Geiseln durch die Studenten bestehe. Aber man müsse die Bewertung der Lage Präsident Carter überlassen.

Er werde in seiner Regierungserklärung am Donnerstag¹⁶ über die Doppelkrisen zwei Punkte herausheben:

1) Die Solidarität mit den Verbündeten und EG-Partnern und insbesondere den USA. (PM Thatcher begrüßt dies ausdrücklich.)

2) In Krisenzeiten darf man die Kommunikation nicht abreißen lassen. Er ist sicher, daß auch Präsident Carter die Substanz von SALT II, der KSZE und den MBFR-Verhandlungen erhalten möchte. Die künftige Entwicklung sei zwar nicht sicher. Aber wenn die Entwicklung negativ verlaufe, sollte es nicht am Westen liegen.

Thatcher meint, daß Solidarität sich natürlich auch in der praktischen Politik niederschlagen müsse. Die Haltung der Verbündeten zu MBFR und KSZE müsse jetzt im Lichte der Ereignisse gemeinsam erarbeitet werden.

Bundeskanzler weist auf die deutsche Bereitschaft hin, bei einer notwendig werdenden weiteren wirtschaftlichen Hilfsaktion für die Türkei sozusagen als Sekretär der gemeinsamen westlichen Anstrengungen zu dienen¹⁷ (Thatcher dankt ausdrücklich).

Er setzt sich bei möglichen westlichen Maßnahmen für eine klare Unterscheidung zwischen der Sowjetunion und den anderen kommunistischen Staaten ein, die nicht an den Ereignissen in Afghanistan beteiligt sind. Der Westen sollte die anderen kommunistischen Staaten nicht in eine noch engere Allianz mit den Sowjets zwingen. (PM Thatcher weist auf die Gefahr hin, daß auch technologisch-sensitive Güter über osteuropäische Staaten an die SU gelangen können. Sie macht sich vor allem über die Zukunft Jugoslawiens Sorgen und betont auf den Hinweis des Bundeskanzlers auf Rumänien und Berlin, daß sie nicht vergessen werde, daß die Deutschen an den akuten Problemen sehr viel näher dran sind.)

Bundeskanzler berichtet, daß noch keine Termine für die Gegenbesuche BM Genschers und des Bundeskanzlers in Moskau vorliegen¹⁸ und der Besuch Ti-

¹⁶ Bundeskanzler Schmidt gab am 17. Januar 1980 im Bundestag eine Regierungserklärung ab. Für den Wortlaut vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 113, S. 15578–15584.

¹⁷ Zur Wirtschafts-, Finanz- und Verteidigungshilfe für die Türkei vgl. Dok. 22.

¹⁸ Der sowjetische Außenminister Gromyko übermittelte bei seinem Besuch vom 21. bis 24. November 1979 Einladungen an Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher, die UdSSR zu besuchen. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 343.

chonows verschoben wurde, ohne daß bisher neue Daten festgelegt wurden.¹⁹ Er hält mögliche Begegnungen auf sehr hohem Niveau für sinnvoll. Man dürfe aber nicht den Eindruck eines business as usual erwecken.

Thatcher weist darauf hin, daß die Briten ähnlich vorgehen. Eine gewisse Strafe muß sein, um den Sowjets das Gefühl für das Ungeheuerliche ihres Vorgehens zu vermitteln. Aber auch sie hält es nicht für einfach, eine wirklich sinnvolle Politik auszuarbeiten.

Bundeskanzler hält es für wichtig, daß die Außenminister, insbesondere der Vier, in engem Kontakt bleiben. Er berichtet, daß es noch keine Terminvereinbarung für seinen Besuch bei Honecker gibt. Er möchte aber ein solches Treffen zustande bringen, schon um zu zeigen, daß wir Ost-Berlin anders als Moskau behandeln.

Wir haben keinen Austausch militärischer Besucher mit der Sowjetunion, geben ihr keine staatlichen Kredite und halten es für richtig, daß die EG das amerikanische Getreideembargo²⁰ unterstützt und keine Butter nach der Sowjetunion schickt. Die Fragen des Technologieexports müssen in COCOM behandelt werden.

Thatcher weist darauf hin, daß die Kreditarrangements zwischen der Sowjetunion und Großbritannien im nächsten Monat auslaufen. Sie werden jetzt nicht verlängert.

Bundeskanzler begrüßt abschließend den bevorstehenden Besuch von Sir Ian Gilmour in Bonn und berichtet, daß mindestens einer der zuständigen Minister für Gespräche zur Verfügung stehen wird.²¹

Thatcher ist hiermit völlig einverstanden und dankt dem Bundeskanzler für seinen Anruf.

VS-Bd. 14083 (010)

¹⁹ Zur Verschiebung der neunten Tagung der deutsch-sowjetischen Kommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit vgl. Dok. 2, Anm. 8.
Die Tagung fand am 29./30. Mai 1980 statt. Vgl. dazu Dok. 151, Anm. 11.

²⁰ Zur Einschränkung von Getreidelieferungen in die UdSSR vgl. Dok. 10, Anm. 23.

²¹ Bundesminister Genscher erörterte am 18. Januar 1980 mit dem britischen Lordsiegelbewahrer Gilmour die Möglichkeit von Sanktionen gegen Iran. Staatssekretär Lautenschlager notierte am 21. Januar 1980, beide Gesprächspartner hätten Zweifel an der Opportunität der von den USA intendierten Sanktionen bekundet. Genscher habe allerdings darauf hingewiesen, daß sich die Gefahr nicht-wirtschaftlicher Maßnahmen gegen Iran erhöhen würde, wenn „Europa jetzt den USA die kalte Schulter zeige“. Aus diesem Grunde sei die Bundesrepublik bereit, „etwaige Wirtschaftssanktionen der USA (als-ob-Sanktionen) mitzumachen“. Gilmour legte dar, Großbritannien würden zu solch einer Politik die rechtlichen Instrumente fehlen: „Im übrigen riskiere man mit einer solchen Politik, die Iraner in die Arme Moskaus zu treiben.“ Vgl. VS-Bd. 541 (014); B 150, Aktenkopien 1980.

14

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Arnot

213-322.00 SOW/AFG-97/80 VS-vertraulich Aufgabe: 16. Januar 1980, 19.14 Uhr¹
Fernschreiben Nr. 291 Plurez
Cito

Betr.: Sowjetische Intervention in Afghanistan;
 hier: NATO-Beratung

Zur eigenen Unterrichtung nachstehend Zusammenfassung der NATO-Diskussion über sowjetische Intervention in Afghanistan und Folgerungen für westliche Politik gegenüber den Staaten der Region und gegenüber der Sowjetunion.

1) Chronologie der NATO-Beratung

Erste Erörterung in Sondersitzung des NATO-Rats 29.12.79.² Nach Vorbesprechung in Sechsergruppe auf StS-Ebene (USA, Kanada, F, GB, Italien und wir) in London 31.12.79³ neue NATO-Ratssitzung 1.1.80 (unter Teilnahme amerikanischen stellvertretenden Außenministers Christopher) mit Erörterung erster Maßnahmen.⁴

4.1. Bildung von zwei Arbeitsgruppen, die sich mit den künftigen Beziehungen a) zu den Staaten der Region, b) zur Sowjetunion befassen sollen.⁵ Beide Ausschüsse bereiten seit 7.1. Tagung des NATO-Rats vor, und zwar zu a) Staaten der Region auf Ebene Political Committee (PC), d.h. Botschaftsräte, zu b) Sowjetunion auf Ebene Senior Political Committee (SPC), d.h. Gesandte.⁶ SPC kompiliert ab 9.1. Katalog möglicher Maßnahmen gegenüber der Sowjetunion.

¹ Durchdruck.

Der Runderlaß wurde von Legationsrat I. Klasse Barker konzipiert.

² Zur Sondersitzung des Ständigen NATO-Rats am 29. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 3.

³ Zum Treffen der Staatssekretäre bzw. stellvertretenden Außenminister der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, Kanadas und der USA vgl. Dok. 1, Anm. 18.

⁴ Für die Sitzung des Ständigen NATO-Rats am 1. Januar 1980 vgl. Dok. 1.

⁵ Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), berichtete am 4. Januar, der Ständige NATO-Rat habe gemäß der vom britischen NATO-Botschafter Rose eingeführten Vorschläge beschlossen, daß sich ab 7. Januar 1980 der Politische Ausschuß auf Gesandtenebene mit dem Themenkreis „Prüfung der Beziehungen zur Sowjetunion“, der Politische Ausschuß auf Botschaftsratsebene mit dem Komplex „Beziehungen zu Staaten der Region und der Dritten Welt“ beschäftigen solle. Während Briten und Amerikaner den Schwerpunkt auf den ersten Themenkreis legen würden, habe er, Pauls, weisungsgemäß klargestellt, „daß wir den zweiten Themenkreis für mindestens ebenso wichtig, wenn nicht für wichtiger halten“. Er habe eine gleichgewichtige Behandlung durchgesetzt und die Vorlage der Ergebnisse bei den stellvertretenden Außenministern erwirken können. In beide Gremien sollten Experten aus den Hauptstädten der Mitgliedstaaten entsandt werden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 8; VS-Bd. 13169 (213), B 150, Aktenkopien 1980.

⁶ Über die Sitzung des Politischen Ausschusses auf Gesandtenebene am 7. Januar 1980 berichtete Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), der amerikanischen Vertreter habe den Maßnahmenkatalog seiner Regierung erörtert. Von Seiten Großbritanniens sei vorgeschlagen worden, sich „auf die beiden besonders wichtigen Komplexe Besuchsaustausch und Kredit-Restriktionen zu konzentrieren“. Beschlossen worden sei eine tägliche Fortsetzung der Sitzungen. Insgesamt habe sich bereits ein Grundschema abgezeichnet: „Die USA erwarten offenbar, daß die übrigen Alliierten den Katalog der von ihnen bereits getroffenen Maßnahmen zum Vorbild für eigenes Verhalten nehmen. Die Briten agieren als Operateure im multilateralen Geschäft, haben sich aber selbst bisher nur auf wenige Maßnahmen festgelegt. Die Franzosen fahren den restriktivsten Kurs. [...] Eine Reihe von

NATO-Ratssitzung 15.1. bildet vorläufigen Abschluß der Beratungen im Bündnis. An dieser Ratssitzung nehmen neun Mitgliedsländer auf Ebene stellvertretende AM/StS oder Generaldirektor oder Politischer Direktor teil, und zwar USA (Deputy Secretary of State Christopher), Großbritannien (Minister of State, FCO, Hurd), Kanada, Italien, Norwegen, Dänemark, Niederlande, Belgien und wir (StS van Well).

Voller Text der Presseerklärung NATO-Generalsekretärs vom 15.1. über Ergebnis dieser Ratssitzung⁷: s. Info-Funk Nr. 1056 e vom 16. Januar.

2) Ergebnisse der NATO-Ratssitzung 15.1.

NATO-Konsultationen waren nicht mit dem Ziel konzipiert, zu Beschlüssen über NATO-einheitliche Antwortmaßnahmen der Mitgliedsländer zu gelangen. Zweck war vielmehr kollektive Analyse der sowjetischen Intervention und ihrer Konsequenzen für Politik der Bündnismitglieder, Bestandsaufnahme nationaler Maßnahmen und Erörterung ihrer Wirksamkeit im Hinblick auf das Ziel,

- die Sowjetunion zur Beendigung ihrer Intervention in Afghanistan zu bewegen,
- die Sowjetunion vor Wiederholung bzw. Ausweitung ihrer Intervention abzusprechen,
- die Unvereinbarkeit der Entspannung in Europa mit offen entspannungsfeindlichen Schritten wie der sowjetischen Intervention in Afghanistan zu verdeutlichen,
- den in Europa erreichten Stand der Entspannung („acquis de détente“) gleichwohl nicht grundsätzlich in Frage zu stellen, d.h. einen Rückfall in eine Atmosphäre des Kalten Krieges nicht zuzulassen.

Die von US-Regierung bereits vollzogenen bzw. angekündigten Sanktionen⁸ gegenüber der Sowjetunion werden begrüßt.

GB hatte im Verlauf der Beratungen im SPC folgende fünf Sofortmaßnahmen⁹ zur Diskussion gestellt:

- 1) Einstellung aller Vorbereitungen für hochrangige Besuchsreisen (Minister oder Ministerstellvertreter) in die SU oder aus der SU.
- 2) Absage oder Aufschub wichtiger Projekte im kulturellen Austausch mit der SU.
- 3) Stornierung aller Besuchs- und anderer Austauschvorhaben im militärischen Bereich.

Fortsetzung Fußnote von Seite 85

Delegationen hat die amerikanischen Maßnahmen und die britischen Initiativen positiv gewürdigt und auf die Verurteilung der sowjetischen Intervention durch die eigene Regierung hingewiesen. Zu welchen effektiven Maßnahmen sich diese Regierungen tatsächlich bereitfinden werden, ist offen und hängt vom Verhalten der anderen ab.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 10; VS-Bd. 11121 (204); B 150, Aktenkopien 1980.

⁷ Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), übermittelte am 16. Januar 1980 die Presseerklärung des NATO-Generalsekretärs Luns vom Vortag als Anlage zu seinem Bericht über die NATO-Ministerratstagung auf Ebene der stellvertretenden Außenminister am 15. Januar 1980. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 73; VS-Bd. 13170 (213); B 150, Aktenkopien 1980.

⁸ Zur Einschränkung von Getreidelieferungen in die UdSSR vgl. Dok. 10, Anm. 23.

Zu den amerikanischen Maßnahmen für ein Embargo bei technologischen Gütern vgl. Dok. 10, Anm. 19.

⁹ Zu dem auf der Sitzung des Politischen Ausschusses auf Gesandtenebene am 8. Januar 1980 vorgelegten britischen Maßnahmenkatalog vgl. den Drahtbericht Nr. 26 des Botschafters Pauls, Brüssel (NATO), vom selben Tag; VS-Bd. 13169 (213); B 150, Aktenkopien 1980.

4) Restriktivere Handhabung der COCOM-Bestimmungen für Verkauf sensibler Technologie an die SU.

5) Anwendung der OECD-Konsensus-Regeln¹⁰ auf alle staatlich geförderten Ausfuhrkredite zugunsten der SU.

Diesem Fünf-Punkte-Katalog stimmten die Mitgliedsländer mit Ausnahme Frankreichs mit gewissen Akzentunterschieden zu. Zu Punkten 1 bis 3 deuteten sich kaum Schwierigkeiten an. Hinsichtlich wirtschaftlicher Restriktionen war Übereinstimmung zu Punkt 5 breiter als zu Punkt 4. Mehrere Bündnisstaaten schränkten Bereitschaft zur Durchführung dieser beiden Maßnahmen dahingehend ein, daß sie nur gemeinsam mit allen Partnern verwirklicht werden könnten. Im übrigen bestand Einigkeit, daß Maßnahmen individuell und in eigener Verantwortung zu treffen seien und daß es weniger auf Identität und Gleichzeitigkeit als vielmehr auf eine gewisse Parallelität und Signalwirkung gegenüber der SU ankomme.

Was Auswirkungen sowjetischer Intervention in Afghanistan auf Politik gegenüber der Region betrifft, bestand im NATO-Rat Übereinstimmung, daß Intervention primär im Ost-Süd-Kontext zu sehen sei und einen Konflikt zwischen SU und Dritter Welt (besonders islamischer Länder) darstelle, wie auch VN-Abstimmung 14. Januar eindrucksvoll bewies.¹¹ Alle Partner erklärten ihre Bereit-

¹⁰ Das Bundesministerium der Finanzen notierte am 4. Januar 1978, Mitte 1976 sei es zu einer Absprache zwischen der Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada und den USA über einen „Konsensus über Exportkreditkonditionen“ gekommen, „dem inzwischen die EG als solche und alle übrigen in der OECD-Exportkreditgruppe vertretenen Ländern außer Österreich und Neuseeland beigetreten sind. Der Konsensus war das nach langen und schwierigen Verhandlungen erreichte Ergebnis einer Anfang 1974 vom damaligen Bundesfinanzminister Schmidt eingeleiteten Initiative mit dem Ziel, den internationalen Wettlauf bei den Exportkreditsubventionen zu bremsen. Hintergrund dieser Initiative war seinerzeit vor allem der sowjetische Druck auf die Bundesrepublik, ihr staatlich verbilligte Exportkredite nach dem Vorbild anderer westlicher Länder zur Verfügung zu stellen.“ Bei den Verhandlungen über die Fortsetzung des ursprünglich bis Ende 1977 befristeten Konsensus seien vor allem die Mindestzinssätze strittig. Im übrigen zeige sich bei den Verhandlungen, daß die Exportfinanzierungssysteme der beteiligten Staaten so unterschiedlich seien, „daß es schon terminologisch außerordentlich schwierig ist, die verschiedenen Positionen auf einen Nenner zu bringen“. Vgl. Referat 413, Bd. 121302.

¹¹ Am 14. Januar 1980 verabschiedete die Notstandssondertagung der VN-Generalversammlung nach dreitägiger Debatte die Resolution ES-6/2 mit 104 Ja- gegen 18 Nein-Stimmen bei 18 Enthaltungen. Darin wurde ein sofortiger, vollständiger und bedingungsloser Abzug aller fremden Streitkräfte aus Afghanistan gefordert. Für den Wortlaut vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Series I, Bd. XVIII, S. 470 f.

Botschafter Jelonek, New York (VN), berichtete am 14. Januar 1980, das Abstimmungsergebnis werde als „eine massive Schlappe“ für die UdSSR bewertet, der es nicht gelungen sei, die Auseinandersetzung um ihre Intervention in Afghanistan in einen Ost-West-Konflikt umzudeuten: „Die 18 Nein-Stimmen sind fast als das absolute Minimum an Unterstützung anzusehen, auf die die SU nach allgemeiner Einschätzung zählen konnte. Praktisch nur ihr direkt ergebener Anhang bildete diese Gruppe. Dem eigentlichen Ostblock im engeren Sinne schlossen sich nur ‚linientreue‘ Staaten an: Afghanistan (!), Angola, Mosambik, Dem[okratische Volksrepublik] Jemen, Äthiopien, Grenada, Laos und Vietnam. Obwohl die SU vermutlich nicht auf massive Werbung im weiteren Freundeskreis verzichtet hat, haben die Länder Algerien, Benin, Burundi, Kongo, Guinea, São Tomé und Pr[inzipel], Guinea-Bissau, Madagaskar, Nicaragua und Syrien sich der Stimme enthalten. Zu bemerken ist hier, daß der Irak der Resolution sogar zugestimmt hat. Enthaltung ferner von Zypern, Äquatorial-Guinea, Finnland, Mali, Sambia, Indien, Uganda, [Arabische Republik] Jemen. Die Nein-Stimme Kubas wurde allgemein zur Kenntnis genommen und wird vermutlich in nächster Zukunft in Kreisen der Ungebundenen noch diskutiert werden.“ Indien habe sich der Stimme enthalten, während sich Libyen und Rumänien der Abstimmung ganz entzogen hätten. Vgl. den Drahtbericht Nr. 141; Referat 010, Bd. 132458.

schaft, den Ländern der Region wirtschaftlich und humanitär zu helfen und die politischen Kontakte zu ihnen zu intensivieren (gilt besonders für Pakistan, aber auch für Indien und Golfstaaten). Mitgliedstaaten sind sich darüber im klaren, daß DW-Länder kraftvolles Handeln des Westens erwarten und nicht enttäuscht werden dürfen.

Um beim „acquis de détente“ nicht allzu stark zurückgeworfen zu werden, plädierte Mehrheit der Partner für Weiterverfolgung der Entspannungspolitik, der Abrüstungsverhandlungen (MBFR, SALT und besonders Rüstungskontrollangebot der NATO vom 12. und 14. Dezember 1979¹²) und des KSZE-Prozesses, da all dies im wohlverstandenen westlichen Interesse liege und nicht als Konzession an die SU zu sehen sei.

Alle Partner (auch Frankreich) haben Wert des Konsultationsmechanismus gewürdigt. Wir können feststellen, daß Kohäsion des Bündnisses in schwieriger Situation bewiesen wurde, daß vor allem ein Auseinanderdividieren von USA und europäischen Verbündeten nicht erfolgte und daß Ergebnis der NATO-Konsultationen nicht als rein verbale Demonstration abgetan werden kann.

3) Deutsche Stellungnahme im NATO-Rat

Wichtigste Punkte der Ausführungen von StS van Well waren:

Gegenüber der SU sei Stärke und Entschlossenheit des westlichen Bündnisses zu demonstrieren (durch Ausführung Langfristigen Verteidigungsprogramms der NATO¹³, durch Weiterverfolgung Brüsseler Rüstungskontrollangebots vom 12./14. Dezember 1979, durch verstärkte Hilfe an Länder der NATO-Südflanke). Gemeinsamkeit des Westens mit DW, die sich in den VN bei Front gegen sowjetisches Vorgehen gezeigt habe, müsse ausgebaut werden.

Der SU müsse eindeutig vorgehalten werden, daß sie durch ihre Intervention grundlegende Verhaltensregeln internationalen Zusammenlebens verletzt habe, deren Definition sie in gemeinsamen Dokumenten mit mehreren Bündnisstaaten (so auch mit uns) zugestimmt habe. Gegenüber dem Osten könne es zwar so schnell nicht wieder „business as usual“ geben, aber unsere spezifischen westlichen Interessen im Rahmen der Entspannungs-, KSZE- und Abrüstungspolitik seien weiterzuverfolgen, wobei man zwischen SU und osteuropäischen Staaten zu unterscheiden habe. Wir seien dagegen, KSZE-Folgetreffen in Madrid¹⁴ zur Disposition zu stellen, wünschten uns vielmehr davon konkrete Ergebnisse.

[gez.] Arnot

VS-Bd. 13170 (213)

¹² Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 10.

Zur NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1979 in Brüssel vgl. AAPD 1979, II, Dok. 378. Vgl. ferner das Communiqué; NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 124–129. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN 1979, S. 1411–1414.

Zur dabei gebilligten Initiative der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 1, Anm. 12.

¹³ Zum Langfristigen Verteidigungsprogramm der NATO vom 30./31. Mai 1978 vgl. Dok. 1, Anm. 9.

¹⁴ Die KSZE-Folgekonferenz wurde am 11. November 1980 in Madrid eröffnet. Vgl. dazu Dok. 319 und Dok. 322.

15

Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Staden, Bundeskanzleramt

Geheim**17. Januar 1980¹**

Betr.: Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem stellvertretenden amerikanischen Außenminister Warren Christopher am 16. Januar 1980, 9.45 bis 10.45 Uhr²

Anwesend: Botschafter Stoessel, Unterstaatssekretär Cooper, Herr von Staden.

Auf Ihre Frage nach dem bisherigen Gesprächsverlauf äußerte sich Christopher sowohl über die Intervention von StS van Well im NATO-Rat³ als auch über sein gerade abgeschlossenes Gespräch mit dem Herrn Bundesaußenminister⁴ sehr befriedigt. Er habe den Eindruck, volle Unterstützung und Übereinstimmung in der Analyse gefunden zu haben. Man wolle Sanktionen verbinden mit einer Politik, die die Kommunikationskanäle offenhielte – ein Gedanke, dem Sie entschieden zustimmten. Die ins Auge gefaßten Maßnahmen könnten schmerzhaft sein. Man erwarte von den befreundeten Ländern parallele Schritte, nicht notwendig identische. Christopher unterstrich das starke Interesse der USA an einer Fortsetzung der Rüstungskontrollgespräche.

Für die Länder an der Peripherie der Krise sei dies eine besonders gefährliche Periode.

Sie haben darauf hingewiesen, daß man gewisse Tendenzen, die in der arabischen Welt sichtbar würden, aufrechterhalten und sogar fördern müsse. Die arabischen Staaten seien heute eher bereit, zusammenzuwirken als noch vor acht Wochen. Es sei wünschenswert, das Gefühl bei ihnen zu erhalten, daß sie unter einer gemeinsamen Bedrohung stünden. Sie bestätigten, daß wir die amerikanischen Maßnahmen gegenüber der Sowjetunion nicht unterlaufen würden. Die Frage des Technologie-Transfers müsse im COCOM behandelt werden.⁵ Die dort tätigen Beamten brauchten aber politische Weisungen. Sie machten auf Unterschiede bei der Rechtslage in einzelnen Ländern aufmerksam. Sie

¹ Ablichtung.

Die Aufzeichnung wurde von Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 17. Januar 1980 Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau „zur Unterrichtung des Bundesministers“ übermittelt.

Hat Wallau am 17. Januar vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14087 (010), B 150, Aktenkopien 1980.

Hat Bundesminister Genscher am 20. Januar 1980 vorgelegen.

² Der stellvertretende amerikanische Außenminister Christopher hielt sich am 16. Januar 1980 in der Bundesrepublik auf.

³ Zu den Ausführungen des Staatssekretärs van Well im Ständigen NATO-Rat am 15. Januar 1980 vgl. Dok. 14

⁴ Im Mittelpunkt des Gesprächs des Bundesministers Genscher mit dem stellvertretenden amerikanischen Außenminister Christopher am 16. Januar 1980 standen mögliche Sanktionen gegen Iran und die sowjetische Intervention in Afghanistan. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 9526 (422); B 150, Aktenkopien 1980.

⁵ Zu den amerikanischen Maßnahmen für ein Embargo bei technologischen Gütern vgl. Dok. 10, Anm. 19.

glaubten, daß wir derzeit nicht bereit sein könnten, in bestehende Verträge einzugreifen. Wir könnten auch nicht gegen unsere Gesetze oder gar unsere Verfassung handeln. Sie erinnerten Christopher daran, daß wir der Sowjetunion nie präferentielle Zinssätze gewährt hätten. Soweit Gesetzesänderungen Voraussetzung für Maßnahmen sein sollten, sei dies ein langwieriges Verfahren.

Christopher bezeichnete die bevorstehende Außenministerkonferenz der islamischen Länder⁶ als wichtig. Es sei von Bedeutung, daß eine gemeinsame Erklärung zustande käme, die die Besorgnis der islamischen Länder zum Ausdruck bringe. Dies könne möglicherweise sogar den iranischen Außenminister⁷ zum Nachdenken veranlassen.

Sie wiesen darauf hin, daß es notwendig sei, Saudi-Arabien psychologisch zu stützen. Ähnliches gelte für den Irak. Davon solle sich auch die USA nicht abschließen.

Auf die geplanten Sanktionen gegen den Iran⁸ übergehend, führte Christopher aus, daß der Antrag auf Sanktionen im Rahmen der Vereinten Nationen ein wichtiger Bestandteil der Strategie von Präsident Carter gewesen sei, auch um die öffentliche Meinung zu beruhigen. Das sowjetische Veto⁹ habe einen Rückschlag in der öffentlichen Meinung bewirkt. Dies sei der Grund, weshalb man uns jetzt bitte, den USA zu folgen, soweit wir das können.¹⁰ Man sei sich dabei unserer Probleme bewußt. Aber um Zeit zu gewinnen, um der Diplomatie eine Chance zu geben, müßte die Administration etwas tun, selbst wenn es nicht allzu wirkungsvoll sein sollte. Immerhin erwarte man sich davon einigen Druck auf den Iran. Deswegen bäte man uns, die Maßnahmen so zu ergreifen, als sei-

⁶ Die Konferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz fand vom 27. bis 29. Januar 1980 in Islamabad statt. Vgl. dazu Dok. 29, Anm. 19.

⁷ Sadegh Ghotbzadeh.

⁸ Zu möglichen Sanktionen gegen Iran vgl. Dok. 9, Anm. 13.

⁹ Im VN-Sicherheitsrat stimmten am 13. Januar 1980 Frankreich, Großbritannien, Jamaika, Niger, Norwegen, Philippinen, Portugal, Sambia, Tunesien und die USA für den amerikanischen Resolutionsentwurf S/13735, der Sanktionen gegen Iran vorsah. Bangladesch und Mexiko enthielten sich der Stimme. Mit Nein stimmten die DDR und die UdSSR; die Volksrepublik China nahm an der Abstimmung nicht teil. Angesichts des Vetos der UdSSR als ständigem Mitglied des VN-Sicherheitsrats wurde die Resolution nicht angenommen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 129 des Botschafters Jelonek, New York (VN), vom 14. Januar 1980; Referat 311, Bd. 137626.

¹⁰ Ministerialdirigent Freiherr von Stein vermerkte am 15. Januar 1980, der Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Cooper, habe Staatssekretär van Well gebeten, „nach Anwendung des sowjetischen Vetos gegenüber dem amerikanischen Entwurf einer Sanktionsresolution nunmehr die in diesem Entwurf vorgesehenen Maßnahmen auf freiwilliger Grundlage zu ergreifen, „als ob“ der Sicherheitsrat sie beschlossen habe.“ Stein notierte: „Wir erklärten zur Problematik der innerstaatlichen Durchsetzung, daß wir zwar die rechtliche Möglichkeit hätten, in einer auf § 7 Abs. 1 AWG (Ziel der Vermeidung und Beseitigung einer Störung des friedlichen Zusammenlebens der Völker und einer erheblichen Störung unserer außenpolitischen Beziehungen) gestützten Außenwirtschaftsverordnung die meisten der im amerikanischen Sanktionskatalog enthaltenen Maßnahmen durchzuführen, dies aber doch Schwierigkeiten bereiten könne. Schwierigkeiten bereite auch das Problem, daß einige der erstrebten Maßnahmen auf Eingriffe in bestehende Rechtsbeziehungen (z. B. die Liefer-, Kredit- oder Bankenverträge) abzielen, d. h. enteignungsgleiche Eingriffe darstellen könnten. [...] Ferner wiesen wir darauf hin, daß nach dem bei uns geltenden Territorialprinzip Sanktionen nicht gegenüber den eigenen Staatsangehörigen im Ausland durchgesetzt werden könnten, wie der US-Resolutionsentwurf dies vorsehe.“ Man sei sich einig gewesen, zunächst die Konsultationen innerhalb der NATO und im Rahmen der EPZ abzuwarten: „Auf Befragen erklärte Cooper, er halte es für wahrscheinlich, daß die US-Regierung die in Aussicht genommenen Maßnahmen in Kürze bekanntgeben würde, auch ohne auf die Zustimmung der angesprochenen Länder zu warten.“ Vgl. Referat 204, Bd. 115951.

en sie vom Sicherheitsrat rechtswirksam beschlossen worden. Auf eine Zwischenfrage von Ihnen meinte Christopher, daß Khomeini nach amerikanischer Ansicht über die Entwicklung unterrichtet sei. Offenbar lese er nicht viel, doch lasse er sich berichten.

Sie erwiderten, daß die Durchführung von Sanktionen die Studenten möglicherweise nicht beeindrucken würde. Sie seien besorgt, daß der Druck nicht wirken würde, weil niemand sich unter Druck fühlen würde, der zugleich tatsächliche Entscheidungsgewalt hätte. Wenn aber der Sanktionsdruck nicht wirken sollte, dann würden die USA wohl einiges mehr tun müssen. Würde das nicht etwa den Irak beunruhigen? Wenn die USA weitergehen würden, dann riskierten sie, das Verständnis der arabischen Welt zu verlieren. Afghanistan sei eine Frage auf Jahre, eine strategische Frage. Die iranische Krise dagegen könne man hoffen, kurzfristig zu lösen, vielleicht bis Ostern. Um aber die Sowjetunion langfristig in Grenzen zu halten, müßten wir im Einverständnis mit den Arabern handeln. Die Frage sei also, wie man so handeln könne, daß die kurzfristigen Interessen die langfristige Strategie gegenüber der Sowjetunion nicht stören. Diese könne nicht gegen die Araber oder Afrikaner durchgeführt werden. Sie warfen in diesem Zusammenhang die Frage auf, ob nicht Andrew Young auf eine inoffizielle Mission nach Afrika geschickt werden könne. Wenn die Araber und Afrikaner sich durch die Strategie des Westens zurückgestoßen fühlen sollten, dann sei diese fehlgeschlagen.

Christopher entgegnete, daß dieser Gesichtspunkt dem Präsidenten sehr bewußt sei. Seine Kritiker verlangten von ihm harte Maßnahmen. Wenn die USA gezwungen würden, militärische Maßnahmen zu ergreifen, würde es Jahre kosten, den Schaden zu reparieren. Deshalb bäte man uns mit solchem Ernst, bei den Sanktionen mitzumachen. Die Administration müsse sich bei der öffentlichen Meinung Zeit kaufen. Wenn sie auf das Veto nicht mit Sanktionen reagiere, dann bliebe ihr nur der andere Weg mit seinen Konsequenzen. Christopher sprach die Hoffnung aus, daß die Präsidentschaftswahlen im Iran¹¹ und die Islamische Konferenz vielleicht eine Wendung bringen könnten. Solche Hoffnungen hätten allerdings schon in der Vergangenheit getrogen.

Ihren Gedanken aufnehmend, bestätigte Cooper, daß man kein sehr großes Zutrauen in die Wirksamkeit der Sanktionen habe. Man müsse aber an die Alternativen denken. Man verstehe Ihre Überlegungen. Man sei aber gezwungen, unter mehreren schlechten Alternativen die relativ beste zu wählen.

Sie äußerten Ihr Verständnis. Der Gedanke an die zweite Stufe könne einem nur Sorgen machen. Aber man müsse einander gut verstehen (see eye to eye) und deshalb miteinander reden und in Verbindung bleiben. Sie sähen eine Ölnappheit voraus. Die Möglichkeiten der multinationalen Gesellschaften, das Erdöl umzuleiten und eine faire Verteilung aufrechtzuerhalten, seien gering. Das Crisis-Management der internationalen Ölagentur werde sehr wahrscheinlich benötigt werden. Die Bedeutung der Nuklearenergie werde klar in Erscheinung treten. Es sei richtig, daß die USA ihre Politik gegenüber Pakistan auch

¹¹ Am 25. Januar 1980 fanden in Iran Präsidentschaftswahlen statt, aus denen der bisherige Wirtschafts- und Finanzminister Bani Sadr als Sieger hervorging.

im Hinblick auf die nukleare Frage¹² revidierten. Hier habe man leicht übertrieben.

Cooper räumte ein, daß die Möglichkeiten der multinationalen Gesellschaften begrenzt seien.

Sie setzten fort, daß man, wenn es zur zweiten Stufe käme (d. h. zu militärischen Sanktionen), mit Ölpreisen von 70 bis 80 Dollar pro Barrel rechnen müsse. Die Wirtschaftslage könne sich dann in vielen Staaten katastrophal entwickeln. Für Deutschland gelte das auch, aber in geringerem Maße. Aber man müsse auch in Amerika der öffentlichen Meinung sagen, wie die Lage sei. Alle wirtschaftlichen Voraussagen würden sich als falsch erweisen. Es wäre „business not as usual“. Eine wirtschaftspolitische Führung sei angesichts dieser Perspektiven sehr wichtig, um einen Zusammenbruch des Vertrauens zu verhindern.

Cooper wies darauf hin, daß die Rezession in den Vereinigten Staaten zur Zeit laufend zurückginge.

Sie erinnerten an die Unterschiede der Außenhandelsstrukturen. Sie erkundigten sich dann nach dem Zeitpunkt der Entscheidung des Präsidenten. Christopher sagte, die Ausführungsverordnung sei in wenigen Tagen zu erwarten.¹³ Sie baten Christopher, dem Präsidenten auszurichten, daß er die öffentliche Meinung Ihrer Überzeugung nach gleichzeitig über die wirtschaftlichen Konsequenzen unterrichten solle.

Cooper wies darauf hin, daß die USA gegenüber iranischen Gegenmaßnahmen nicht so verwundbar seien, wohl aber Japan. Sie fügten hinzu, auch Frankreich und Italien.

¹² Zum pakistanischen Nuklearprogramm vgl. AAPD 1979, I, Dok. 135, und AAPD 1979, II, Dok. 256. Vortragender Legationsrat I. Klasse Steger notierte am 21. Februar 1980: „Ab 1975, nach der Nuklearexplosion in Indien, setzten Pakistans Bemühungen um eine ‚full nuclear capability‘ ein. 1976 schloß es einen Vertrag mit Frankreich über die Lieferung einer Wiederaufarbeitungsanlage. Bald, noch unter der Nixon-Kissinger-Administration, setzten die USA Pakistan unter Druck, auf sein Nuklearprogramm zu verzichten. Dieser Druck verstärkte sich, als Carter Präsident wurde; die gesamten US-pakistanischen Beziehungen reduzierten sich zu einem Gerangel um dieses Programm. Frankreich gab dem Druck nach und annullierte den Vertrag über die WA-Anlage. Das Nuklearproblem wurde zum Kernpunkt der Beziehungen zwischen USA und Pakistan. Die Wirtschaftshilfe der Vereinigten Staaten mußte wegen des Symington-Amendments eingestellt werden.“ Vgl. Referat 340, Bd. 113187.

¹³ Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 21. Januar 1980, laut Informationen aus dem amerikanischen Außenministerium werde Präsident Carter am 23. Januar 1980 per „Executive Order“ Wirtschaftssanktionen gegen Iran in Kraft setzen: „Die rechtliche Grundlage für dieses Verbot, 1) Handel mit Iran zu treiben, 2) Schiffe, Flugzeuge oder Landfahrzeuge in den Iran zu entsenden oder aus dem Iran in die USA hereinzulassen, 3) iranische Bankeinlagen anzunehmen, dem Iran oder Iranern Kredite zu gewähren oder bei iranischen Banken Einlagen zu machen, ist dieselbe wie für die am 14.11.1979 angeordnete Einfrierung iranischer Guthaben in den USA: der International Economic Emergency Powers Act (IEEPA). Die von ihm gedeckten Sanktionen binden nur Amerikaner, amerikanische Firmen und amerikanische Banken.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 288; Referat 311, Bd. 137622.

Vortragender Legationsrat Edler von Braunmühl vermerkte am 24. Januar 1980, der amerikanische Botschafter Stoessel habe Staatssekretär Lautenschlager die Entscheidung von Präsident Carter mitgeteilt, die Inkraftsetzungen von Sanktionen gegen Iran bis nach der Konferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz vom 27. bis 29. Januar 1980 in Islamabad zu verschieben, in der Hoffnung, daß Saudi-Arabien, Pakistan, Bangladesch und die Türkei in der Geiselfrage auf Iran einwirken könnten: „Die Inkraftsetzung der Sanktionen werde nach der Konferenz weiter verfolgt werden, wenn sich dabei keine Fortschritte zu einer Lösung der Geiselfrage ergeben.“ Vgl. Referat 010, Bd. 178803.

Christopher meinte, daß der Iran praktisch keine andere Wahl habe, als Öl zu exportieren.

Ihre Frage nach den amerikanischen Bedingungen beantwortete Christopher wie folgt:

- 1) sei der Präsident bereit, der Bildung eines internationalen Forums durch den Generalsekretär der Vereinten Nationen¹⁴ oder der Benutzung eines existierenden Forums zuzustimmen und mitzuarbeiten;
- 2) sei die Administration bereit, Klagen des Iran bei amerikanischen Gerichten wegen angeblicher Ansprüche gegen den Schah¹⁵ ohne Einwendungen zu erleichtern;
- 3) sei die Administration bereit, die Aufhebung des Freeze der Iran-Guthaben in den USA¹⁶ unter der Voraussetzung zu erwägen, daß eine Arbeitsgruppe gebildet würde, um die Ansprüche amerikanischer Gläubiger zu analysieren. Dieser Ansprüche wegen ließe sich der Freeze nicht ohne weiteres aufheben (Sie machten an dieser Stelle auf den Unterschied zwischen einem durch die Regierung verfügten Freeze und Pfändung auf privaten Antrag hin aufmerksam);
- 4) sei der Präsident bereit, Vertreter des Iran einzuladen, um Fragen der sowjetischen Bedrohung, der militärischen Bedürfnisse und der Lieferung von Ersatzteilen zu erörtern. Christopher bemerkte in diesem Zusammenhang, daß die Streitkräfte erschüttert, einige Sondereinheiten jedoch in gutem Zustand seien.

Sie führten an, daß wir bereit seien, Pakistan zu helfen.¹⁷ In der Türkeihilfe sei-

¹⁴ Kurt Waldheim.

¹⁵ Mohammed Reza Pahlevi.

¹⁶ Zum Einfrieren iranischer Guthaben bei amerikanischen Banken vgl. Dok. 2, Anm. 13.

¹⁷ Am 26. Juli 1979 gewährte die Bundesrepublik Pakistan in einem Abkommen über finanzielle Zusammenarbeit Darlehen in Höhe von 30 Mio. DM. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1979, II, S. 1035 f.

Am 30. November 1979 wurden in einem weiteren Abkommen Darlehen in Höhe von 70 Mio. DM zugesagt. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1980, II, S. 28 f.

Zur Wirtschafts- und Finanzhilfe für Pakistan vgl. ferner Dok. 2, Anm. 18.

Als Ergebnis der Sitzung des Bundessicherheitsrats am 10. Januar 1980 vermerkte Referat 340 am folgenden Tag, die Bundesrepublik erwäge eine Unterstützung Pakistans bei der Betreuung der auf 700 000 geschätzten afghanischen Flüchtlinge mit „5 Mio. DM multilateral, 1 Mio. DM Hilfsmaßnahmen der Botschaft Islamabad“, ferner eine Unterstützung der pakistanischen Umschuldungswünsche, die einer Entlastung des pakistanischen Haushalts von ca. 90 Millionen DM entsprächen, sowie eine erneute Prüfung der im November 1979 abgelehnten Bitte um Rüstungsexporthilfe: „Entscheidung sollte überprüft werden im Sinne einer vier- oder fünfmaligen Zahlung von je 25 bzw. 20 Mio. DM. Alternative: Erhöhung der Warenhilfe um zunächst 20 bis 30 Mio. DM für 1980.“ Vgl. Referat 340, Bd. 113191.

Staatssekretär van Well unterrichtete den Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Sanne, am 31. Januar, die USA hätten „eine Steigerung der Wirtschaftshilfe der Konsortialmitglieder an Pakistan von 664 Mio. US-\$ 1979 auf 1418 Mio. US-\$ für das Jahr 1980“ vorgeschlagen, wobei die Bundesrepublik 200 Mio. US-Dollar zahlen solle. Dies übersteige die Vorstellung der Bundesregierung und lasse die Belastung durch die von der Bundesrepublik übernommene Wirtschafts- und Finanzhilfe für die Türkei außer Betracht. Gleichwohl werde man sich der Aufforderung einer erhöhten Hilfe für Pakistan nicht ganz entziehen können. Das Bundeskabinett habe am 23. Januar die Beteiligung „an einer internationalen finanziellen Konsolidierungsaktion für Pakistan“ beschlossen. Van Well legte dar, man solle fortfahren, Pakistan zunächst das zu geben, worum es ausdrücklich gebeten habe: die Einberufung einer Umschuldungskonferenz, 100 Millionen DM zusätzliche Warenhilfe, die „über vier Jahre à 25 Mio. DM, beginnend 1980, verteilt

en wir bereit, die Führung zu übernehmen.¹⁸ Wir würden insistieren, daß die zugesagten Beiträge auch gezahlt werden.

Sie gingen dann auf Ihre Regierungserklärung¹⁹ ein, deren Hauptpunkte Sie skizzierten. Sie würden davor warnen, sich von Gefühlen der Furcht fortreißen zu lassen.

Dennoch mußten Sie Ihrem amerikanischen Gast sagen, daß Sie besorgt seien. Sie erinnerten an die 250 000 Deutschen, die während der letzten zehn Jahre repatriiert worden seien und in den vollen Genuß der Menschenrechte gekommen sind. Der deutsche Bürger habe gesehen, daß seine Nation großen Vorteil aus dem gezogen habe, was man bedauerlicherweise „détente“ nenne. Wenn man z.B. an Jugoslawien denke, werde deutlich, wieviel gefährlicher die Lage noch werden könne. Es sei deshalb nicht gut, jetzt von der schwersten Krise seit 1945 zu sprechen.²⁰ Man müsse sich auch in die Schuhe anderer stellen können.

Auf Christophers Frage, ob Sie eine Verhärtung der sowjetischen Politik erwarteten, erwiderten Sie, daß es wohl eine Politik von Zuckerbrot und Peitsche sein werde. Der Druck auf Finnland, die Türkei und Jugoslawien könne zunehmen.

Auf den Nahen Osten zurückkommend, unterstrichen Sie die Wichtigkeit guter Information über diesen Raum. Bei den Ölgesellschaften gebe es sehr gute Kenner des Nahen Ostens. Man könne sie konsultieren. Wichtig sei es jetzt, dem israelischen Ministerpräsidenten²¹ klarzumachen, daß er in den von Sadat als essentiell bezeichneten Punkten Flexibilität zeigen müsse. Langfristig gesehen brauche Sadat die Wiederaussöhnung mit den anderen arabischen Staaten. Aber auch die Saudis brauchten die Freundschaft mit Sadat. Auch wenn man Fragen wie Jerusalem und Golan jetzt nicht lösen könne, müsse man in der Frage der Westbank und von Gaza weiterkommen.²² Dazu sei aber Druck notwendig. Sie seien ein Freund von Israel. Aber man dürfe nicht vergessen, daß Israel selbst Schaden leiden werde, wenn es zur Ursache einer Verschlechterung der Situation würde. Wir könnten diesen Druck nicht ausüben.

Fortsetzung Fußnote von Seite 93

werden“, und das Projekt einer Stromversorgung von Dörfern in drei Distrikten des Punjab. Geprüft werden könnten ferner „eine Ausweitung des Vorhabens ‚Basic Health Services‘“ auf die Provinz Belutschistan und eine Senkung der „relativ hohen Zinsen der früheren Kredite an Pakistan“. Vgl. Referat 340, Bd. 113190.

18 Zur Wirtschafts-, Finanz- und Verteidigungshilfe für die Türkei vgl. Dok. 22.

19 Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Schmidt am 17. Januar 1980 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 113, S. 15578–15584.

20 Bei einem Gespräch mit Mitgliedern des amerikanischen Kongresses am 8. Januar 1980 nannte Präsident Carter die sowjetische Intervention in Afghanistan „the greatest threat to peace since the Second World War“ und beurteilte sie als „a sharp escalation in the aggressive history of the Soviet Union“. Vgl. PUBLIC PAPERS, CARTER 1980, S. 40.

21 Menachem Begin.

22 Zu den Gesprächen zwischen Ägypten und Israel über eine Autonomie der palästinensischen Gebiete vgl. Dok. 13, Anm. 14.

Sie fragten nach dem Ergebnis des Gesprächs von MP Suárez mit Präsident Carter.²³ Christopher bestätigte, daß dieses Gespräch gut gewesen sei und neue Einsichten vermittelt habe.

Sie erkundigten sich nach der amerikanischen Reaktion auf Äußerungen der deutschen Opposition bezüglich einer Ausweitung des Allianzbereichs.

Christopher erwiderte, daß er auf diese Frage keine vorbereitete Antwort habe. Mit der Aufnahme von Spanien sei man natürlich einverstanden. Im übrigen erschiene es schwer vorstellbar, diese Art von Bündnis auf den Mittleren Osten zu übertragen. Man brauche dazu wohl andere Mechanismen.

Sie erwiderten, daß eine Ausweitung des Allianzbereichs in die Richtung auf den Mittleren Osten die Dritte Welt verstimmen würde und psychologisch falsch wäre. Auch würde sie in einigen europäischen Parlamenten auf Widerstand stoßen.

Sie wiederholten dann Ihren Gedanken, daß die Rolle der NATO in diesen Krisen begrenzt sein sollte. Wichtig sei, daß die Außenminister der Vier Mächte sich trafen und abstimmten. Das solle geheim geschehen und nicht notwendig unter dem Etikett von Berlinberatungen. Gerade in der nächsten Zukunft könne dieses Etikett sensitiv sein. Die Vier sollten sich über ihre Politik und die Verteilung der Aufgaben einig werden, ehe der NATO-Rat befaßt wird. Pakistan z. B. sollte nicht ein Beratungsgegenstand der NATO sein. Schon zahlenmäßig sei der NATO-Rat zu umfangreich. Ähnliches wie für die vier Außenminister gelte von den Treffen der Finanzminister der Fünf. Diese würden 1980 noch wichtiger sein, als sie es 1978 und 1979 waren. Hier gelte wiederum, daß die OECD zu groß ist.

Christopher stimmte zu, daß die Beratungen über Pakistan auf Viererebene beginnen sollten. Sie warfen ein, daß sie dann in ein Konsortium überleiten sollten und nicht in die NATO. Christopher bemerkte dazu abschließend, man solle sich untereinander verständigen und dann mit Saudi-Arabien und Japan sprechen.

Staden

VS-Bd. 14087 (010)

²³ Ministerpräsident Suárez führte am 14. Januar 1980 in Washington ein Gespräch mit Präsident Carter.

16

Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt

114-1269/80 VS-vertraulich

Aufgabe: 17. Januar 1980, 20.30 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 259

Ankunft: 18. Januar 1980, 04.05 Uhr

Citissime

New York UNO² bitte unverzüglich Bundesminister vorlegen

Betr.: Amerikanische Sicherheitspolitik;
 hier: „Carter-Doktrin“

Bezug: Pressebericht 209 vom 15.1. – Pr 320.40³

Zur Unterrichtung

I. Das Weiße Haus bestätigt, daß Präsident Carter in naher Zukunft eine Grundsatzrede zur amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik halten wird. Entscheidung über den Rahmen, z.B. „State of the Union Message“⁴ am 24.1., ist noch nicht gefallen.

Der Gedanke einer solchen Rede, die nicht nur die kurzfristigen Reaktionen der USA und ihrer Verbündeten auf die Afghanistan-Krise und Iran zusammenfaßt, sondern eine mittel- bis langfristige Konzeption für die Eindämmung sowjetischer Expansion weltweit, vor allem aber in der Golf-Region und benachbarten Ländern formuliert, ist bei Begegnung Carters mit prominenten Persönlichkeiten aus beiden Parteien am 9.1. aufgekommen.⁵

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann am 18. Januar vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Hofstetter und die Legationsräte I. Klasse Boden, Boldt und Rupprecht verfügte.

Hat Hofstetter am 18. Januar 1980 vorgelegen.

Hat Rupprecht am 19. Januar 1980 vorgelegen.

Hat Boden am 21. Januar 1980 vorgelegen.

Hat Boldt am 22. Januar 1980 vorgelegen.

² Der Drahtbericht ging zur Information dem Bundeskanzleramt, dem Bundesministerium der Verteidigung und der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel sowie der Ständigen Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York zu.

³ Botschafter Hermes, Washington, berichtete: „Die von der Administration erstmals am vergangenen Wochenende gemachte Andeutung, der Präsident werde in naher Zukunft ein neues außenpolitisches Globalkonzept vorlegen, wird in der US-Ostküstenpresse mit großem Interesse aufgenommen. Der Pressesprecher des Weißen Hauses hat die Meldung am 14.1. bestätigt und den Bericht des Präsidenten zur Lage der Nation am 24.1. als mögliche Gelegenheit für die Bekanntgabe des neuen Konzeptes genannt. [...] Mit Hinweis auf die von der Administration selbst hergestellte Beziehung des Carter-Konzeptes zur Truman-Doktrin spricht die Presse bereits wie selbstverständlich von der ‚Carter-Doktrin‘. Die Notwendigkeit einer globalen außenpolitischen Strategie wird in allen Beiträgen bejaht. Unterschiedlich ist jedoch die Akzentsetzung, mit der ein solcher außenpolitischer Schritt kommentiert wird.“ Vgl. Referat 340, Bd. 113038.

⁴ Für den Wortlaut der schriftlichen Botschaft des Präsidenten Carter vom 21. Januar 1980 an den amerikanischen Kongreß zur Lage der Nation vgl. PUBLIC PAPERS, CARTER 1980, S. 114–180.

Für den Wortlaut von Carters Rede am 23. Januar 1980 zur Lage der Nation vor beiden Häusern des Kongresses vgl. PUBLIC PAPERS, CARTER 1980, S. 194–200. Für den deutschen Wortlaut vgl. EU-ROPA-ARCHIV 1980, D 101–106.

⁵ Am 9. Januar 1980 führte Präsident Carter ein Gespräch mit rund 80 Mitgliedern des amerikanischen Kongresses. Vgl. dazu den Artikel „Carter sees no quick end to Afghan, Iranian crisis“; INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE vom 10. Januar 1980, S. 3.

Daß dies von der Presse als bevorstehende Verkündung einer „Carter-Doktrin“ verstanden wurde, die ähnlich wie die Truman-Doktrin von 1947⁶ eine neue Epoche in den Beziehungen der Großmächte einleitete, geht offenbar auf den Präsidenten selbst zurück. Hier dürften innenpolitische Überlegungen eine Rolle gespielt haben. Immerhin erlaubt die dadurch forcierte öffentliche Diskussion aber auch, die Stimmung im Land zu prüfen. Ihr Grundtenor in der vom Wahlkampf⁷ angeheizten Atmosphäre ist recht undifferenziert: Die Beziehungen zur SU sind schlecht, weitere Verschlechterung ist nicht ausgeschlossen. Die USA haben nicht mehr viel zu verlieren. Rücksichtnahme auf Entspannungspolitik ist nicht angezeigt, da deren Mißerfolg bewiesen ist.

II. Einzelheiten der Rede-Entwürfe waren noch nicht zu erfahren. Verschiedene Gespräche sowie Interviews von Brzezinski und Vance aber lassen erwarten, daß die Rede folgende Hauptelemente enthält:

1) Bekräftigung der US-Sicherheitspolitik, wie Carter sie in seiner Rede vom 12.12.1979⁸ dargestellt hat. Das schließt Bekräftigung des damals von Carter (und von Verteidigungsminister Brown am 13.12.⁹) formulierten Maßnahmen-Katalogs sowie der rüstungskontrollpolitischen Komponente der US-Sicherheitspolitik (hier insbesondere Festhalten an SALT II) ein.

Aufbauend hierauf: Forderung nach Implementierung sicherheitspolitischer Entschlüsse im Allianzbereich, z. B. des Langzeitprogramms (LTDP)¹⁰ und der Drei-Prozent-Zusage¹¹.

Japan dürfte Adressat von Forderungen nach zusätzlichen Verteidigungsleistungen sein.

⁶ Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Truman am 12. März 1947 vor dem amerikanischen Kongreß vgl. PUBLIC PAPERS, TRUMAN 1947, S. 176–180.

⁷ Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

⁸ Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Carter am 12. Dezember 1979 vor Mitgliedern des amerikanischen Wirtschaftsrats in Washington vgl. PUBLIC PAPERS, CARTER 1979, S. 2232–2237. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 43–48.

Brigadegeneral von Ondarza, Washington, resümierte am 14. Dezember 1979, Carter habe eine erhebliche Steigerung des amerikanischen Verteidigungshaushalts für die nächsten fünf Jahre angekündigt: „Er begründete die Notwendigkeit mit der in den letzten Jahren ständig gestiegenen militärischen Stärke der Sowjetunion, die sich in einer weltweiten Bedrohung westlicher Interessen ausdrücke. Die Vorgänge in Iran haben gezeigt, daß der Einsatz militärischer Stärke weltweit notwendig sein kann, um vitale Sicherheitsinteressen zu schützen. Es komme darauf an, die dazu erforderlichen Schritte zu unternehmen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4459; Referat 201, Bd. 120163.

⁹ Der amerikanische Verteidigungsminister Brown gab am 13. Dezember 1979 vor dem Streitkräfteausschuß des Senats einen Überblick über den Verteidigungshaushalt 1981 und Schwerpunkte der Fünf-Jahres-Planung. Brigadegeneral von Ondarza, Washington, teilte am 14. Dezember 1979 mit, Brown habe die Entschlossenheit der Regierung unterstrichen, nicht nur im kommenden Jahr, sondern mittelfristig erhöhte Verteidigungsausgaben zu verfolgen. Allerdings bedürften die USA dabei der Unterstützung ihrer Verbündeten: „Während die USA vorrangige Verantwortung für die Verbesserung des nuklearen Potentials, der weltweiten Marinepräsenz sowie die Rapid Deployment Forces trage, müßten die Verbündeten sich stärker um die regionalen Gleichgewichte kümmern.“ Ondarza bemerkte: „Es wird in diesen Tagen oft von einem ‚historischen Wendepunkt‘, d. h. der Beendigung des ‚Vietnam-Komplexes‘, gesprochen. Die nach Vietnam gezeigte Zurückhaltung in weltweiter militärischer Präsenz wird abgelöst durch angestrebte Befähigung zu globaler Intervention.“ Vgl. die Drahtberichte Nr. 4459 und Nr. 4460; Referat 201, Bd. 120163.

¹⁰ Zum Langfristigen Verteidigungsprogramm der NATO vom 30./31. Mai 1978 vgl. Dok. 1, Anm. 9.

¹¹ Vgl. dazu die „Ministerial Guidance 1977“ der NATO vom 17./18. Mai 1977; Dok. 1, Anm. 8.

Viele Zeichen deuten darauf hin, daß Carter über die am 12.12. bekanntgegebenen Steigerungsraten der Verteidigungshaushalte 1982 bis 1985 hinausgehen wird. Ohnehin ist damit zu rechnen, daß der Kongreß entsprechende Beschlüsse faßt.

2) Verdeutlichung dessen, was Carter mit der Feststellung vom 4.1. über die strategische Bedeutung der Entwicklung in Afghanistan gemeint hat.¹² Er erklärte damals:

„We must recognize the strategic importance of Afghanistan to stability and peace. A Soviet-occupied Afghanistan threatens both Iran and Pakistan and is a steppingstone to possible control over much of the world's oil supplies... This would threaten the security of all nations, including, of course, the United States, our allies and our friends.“¹³

Im NSC wird das Problem vor einem pessimistischen Hintergrund analysiert, nämlich Erkenntnissen darüber, daß Sowjets ihre Truppen auch bei der Verfolgung afghanischer Rebellen nach Pakistan einsetzen könnten, ferner darüber, daß SU die notwendigen militärischen Vorkehrungen trifft, um gegebenenfalls an iranisch-sowjetischer oder iranisch-afghanischer Grenze einzugreifen.

Dem muß kurzfristig ein Riegel vorgeschoben werden. Brzezinski stellt im Wall Street Journal am 15.1. ausdrücklich fest, daß die Besetzung Afghanistans die strategische Lage in der Region verändert hat, und präzisiert:

„The United States has a vital interest in the stability of that region and the United States is prepared to use force, if necessary, to protect its vital interests... The U.S. commitment rests ultimately on our willingness to use our power in that part of the world and I think there should be no doubt about that willingness.“¹⁴

Gleichzeitig soll längerfristig eine Stabilisierung eingeleitet, erneute sowjetische Fehlkalkulation vermieden und sichergestellt werden, daß SU nicht eine schnelle Realisierung ihrer gegenwärtigen regionalen Vorteile betreibt, bevor USA das Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten verändern.

Präsident Johnson hatte 1968 nach dem Einmarsch in die ČSSR im Hinblick auf befürchtete sowjetische Aktionen gegen Rumänien erklärt, jeder weitere Schritt der SU würde Krieg auslösen (would unleash the dogs of war).¹⁵ Ent-

¹² Zur Fernseh- und Rundfunkansprache des Präsidenten Carter vom 4. Januar 1980 vgl. Dok. 5, Anm. 7.

¹³ Vgl. PUBLIC PAPERS, CARTER 1980, S. 22.

¹⁴ Vgl. den Artikel „An Interview with Zbigniew Brzezinski“, WALL STREET JOURNAL vom 15. Januar 1980, S. 20.

¹⁵ Am 30. August 1968 führte Präsident Johnson vor der Jahresversammlung der amerikanischen Milchproduzenten mit Blick auf den Einmarsch von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR am 20./21. August 1968 aus: „It is clear to me that the leaders in Moscow have felt that their interests were threatened by the emergence of even modest degrees of national independence and human liberty in Eastern Europe. In a tragic move they have applied the full measure of military power in Czechoslovakia where tonight hundreds of tanks surround that capital. There are even rumors late this evening that this action might be repeated elsewhere in the days ahead in Eastern Europe. [...] There should not be any doubt in the minds of anyone as to where the United States of America stands on a question so fundamental to the peace of the entire world. There are no questions that I know of that cannot be settled and should not be settled by peaceful means, if the governments will only take the time and the patience to try and find the peaceful answers. So, let no one unleash the dogs of war.“ Vgl. PUBLIC PAPERS, JOHNSON 1968-69, S. 920.

sprechende Erklärung Carters für Golf-Region und Pakistan wird erwogen. Sie würde amerikanische vertragliche Verpflichtungen von 1959 gegenüber Pakistan¹⁶ bekräftigen.

Ferner sind folgende Schwerpunkte zu erkennen:

a) Im Rahmen eines framework of regional cooperation: Herstellung oder Benutzung von militärischen Einrichtungen in der Region für dauernd präsente Marineeinheiten (sowie deren eventuelle Verstärkung) und zur Unterstützung von Einheiten der – nicht dauernd präsenten – Luftstreitkräfte und Einsatztruppen. Im Anschluß an kürzliche Reise einer US-Regierungsdelegation nach Kenia, Somalia, Oman und Saudi-Arabien¹⁷ prüfen Militärexperten bereits vor Ort Einzelfragen.

Amerikaner haben allen potentiellen Gastländern erklärt, daß dauerhaftes Engagement beabsichtigt ist. Die offizielle Bekräftigung dieses Engagements durch Carter wird voraussichtlich weiteres wichtiges Element der neuen Konzeption darstellen. Zahlreiche Einzelfragen sind allerdings noch offen.

b) Hilfsangebot an Pakistan (derzeit je 200 Mio. Dollar Militär- und Wirtschaftshilfe)¹⁸: Carter wird wahrscheinlich weitere Ergebnisse der bilateralen Gespräche bekanntgeben. Amerikanische Erwartungen zusätzlicher Hilfsleistungen der Verbündeten an Pakistan hat Christopher bereits angesprochen.¹⁹

c) Zusätzliche Hilfe für Türkei: Nach Paraphierung des Verteidigungsabkommens am 10.1.²⁰ ist der Weg frei für Intensivierung der Hilfe an das andere

¹⁶ In Artikel I des Regierungsabkommens vom 5. März 1959 über Zusammenarbeit verpflichtete sich die amerikanische Regierung im Fall einer Aggression gegen Pakistan geeignete Maßnahmen zu ergreifen, einschließlich des Einsatzes von Streitkräften. Für den Wortlaut des Abkommens vgl. UNTS, Bd. 327, S. 286–290.

¹⁷ Zur Reise des Mitarbeiters im amerikanischen Außenministerium, Bartholomew, nach Oman, Somalia, Kenia und Saudi-Arabien vgl. Dok. 52.

¹⁸ Der pakistanische Außenminister Agha Shahi führte am 12. Januar 1980 in Washington Gespräche mit Präsident Carter, dem Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Brzezinski, sowie im amerikanischen Außen- und Verteidigungsministerium. Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 14. Januar 1980, wichtigstes Ergebnis des Besuchs sei die „amerikanische Bereitschaft für ein umfassendes Wirtschafts- und Militärhilfeprogramm mit je 200 Mio. Dollar über 18 Monate. Bemerkenswert ist pakistanisches Interesse an stärkerem amerikanischen Engagement – auf vertraglicher Basis – für Pakistans Sicherheit.“ Bei der amerikanischen Wirtschaftshilfe sei „zunächst an Nahrungsmittel und Düngemittel“ gedacht: „USA wollen in vollem Umfang wieder in Entwicklungshilfe einsteigen.“ Auch zu einer Umschuldungsregelung sei die amerikanische Haltung „aufgeschlossener und pragmatisch geworden“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 187; Referat 340, Bd. 113187.

¹⁹ Der stellvertretende amerikanische Außenminister Christopher hielt sich am 16. Januar 1980 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 15.

²⁰ Am 10. Januar 1980 wurde in Ankara ein aus vier Einzelabkommen bestehendes amerikanisch-türkisches Verteidigungsabkommen paraphiert. Botschafter Hermes, Washington, teilte dazu am 11. Januar 1980 mit, die Unterzeichnung könne erst erfolgen, „wenn ergänzende Einzelheiten über Basenbetrieb ausgehandelt sind. Zeitpunkt des Inkrafttretens ist ungewiß, da Abkommen in Ankara, anders als in Washington, ratifizierungsbedürftig ist.“ Die amerikanische Seite rechne noch mit erheblichen Schwierigkeiten, bis eine Unterzeichnung stattfinden könne: „Hauptproblem liegt in der kasuistischen Ausfüllung dessen, was im Abkommenstext als joint defense measures bezeichnet wird. Im Teilabkommen über Zusammenarbeit bei Verteidigung und Wirtschaft sind, anders als in dem 1976 vereinbarten, aber nicht in Kraft getretenen Verteidigungsabkommen, amerikanische Hilfsleistungen nicht beziffert. Vielmehr sagen Amerikaner nur intensive Anstrengungen (best efforts) zu. Bezifferung hätte Abkommen in USA ratifizierungsbedürftig gemacht, was Administration vermeiden wollte.“ Die am 9. Januar 1980 ausgelaufene einseitige Genehmigung von Militärbasen habe die türkische Seite bei der Paraphierung bis 22. Februar verlängert; die USA würden mit einer

Flankenland des Krisengebiets. Auch hier wird Beteiligung der NATO-Partner und Japans erwartet.

d) Bezüglich der Einrichtung von Basen in Israel und/oder Ägypten oder wenigstens der Vorbereitung der Nutzung von bereits vorhandenen Basen²¹ registrieren wir, daß Zweifel an der politischen Klugheit eines solchen Schrittes zugenommen haben, da schädliche Auswirkungen auf den Friedensprozeß befürchtet werden. Noch ist nicht zu erkennen, ob Carter eine neue Perspektive zur Einbeziehung der PLO eröffnen wird. Das jüngste Interview von AM Vance (NYT 16.1.) deutet in diese Richtung.²²

e) Weiterer Ausbau der Beziehungen zu China auch auf militärisch relevantem Gebiet: Im Anschluß an Browns China-Reise²³ wird eine Einordnung intensiver amerikanisch-chinesischer Beziehungen in die amerikanische außenpolitische Konzeption erwartet. Der Gedanke der „even-handedness“ mit Beziehungen USA–SU dürfte in den Hintergrund treten.

f) Ob Carter eine Aussage zu Jugoslawien macht, z. B. auf dessen Bitte um Lieferung von Militärgeräten eingeht, dürfte von der weiteren Entwicklung (Gesundheitszustand Titos) abhängen.

III. Auch wenn diese Maßnahmen eindrucksvoll sind, können sie nicht den strategischen Vorteil ausgleichen, über den die SU als große, in der betroffenen Region liegende Landmacht verfügt. Eine militärische Analyse von Middleton (NYT vom 11.1.²⁴) deutet an, daß überlegt wird, in welchem Umfang USA notfalls auf ihre näher am Krisengebiet stationierten Streitkräfte und Einrichtungen zurückgreifen können: „Few senior officers believe there would be a possibility of

Fortsetzung Fußnote von Seite 99

nochmaligen Verlängerung bis Vertragsunterzeichnung rechnen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 168; VS-Bd. 11100 (203); B 150, Aktenkopien 1980.

21 Zu Überlegungen bezüglich der Errichtung amerikanischer Militäreinrichtungen in Ägypten bzw. Israel vgl. Dok. 4, Anm. 3, bzw. Dok. 5, Anm. 9.

22 In einem am 15. Januar 1980 geführten Interview erklärte der amerikanische Außenminister Vance: „Therefore, one of the most important matters that we and others have to devote our attention to is an effort to try and bring about a satisfactory resolution of the Palestinian problem. We must continue to pursue the autonomy talks and try to make progress in them by the target date, which the parties set for themselves, at the end of May.“ Vgl. den Artikel „Excerpts from the Interview with Secretary Vance“; THE NEW YORK TIMES vom 16. Januar 1980, S. A14.

Botschafter Hermes, Washington, teilte mit, Vance habe ausgeführt, nach der sowjetischen Intervention in Afghanistan habe eine Überprüfung der amerikanischen Außenpolitik begonnen: „Sie solle zu einem neuen ‚Rahmen einer regionalen Zusammenarbeit‘ mit dem Mittleren Osten führen. Gewisse Elemente einer solchen Doktrin, die wahrscheinlich in einer Rede des Präsidenten verkündet werde, zeichneten sich bereits jetzt ab: Verstärkte amerikanische Militärpräsenz im Gebiet des Indischen Ozeans, erhöhte Hilfe an Staaten, die bedroht seien, Drängen auf Friedensverhandlungen in dem Gebiete, insbesondere zwischen Israel und den arabischen Staaten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 229; Referat 204, Bd. 115992.

23 Der amerikanische Verteidigungsminister Brown hielt sich vom 5. bis 13. Januar 1980 in der Volksrepublik China auf. Gesandter Keil, Peking, berichtete am 10. Januar 1980, Browns Besuch habe „ganz unter dem Eindruck des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan gestanden. [...] Beide Delegationen hätten eine ‚growing convergence of views‘ hinsichtlich der sowjetischen Expansionspolitik festgestellt. Sie seien sich einig gewesen, daß jedes der beiden Länder für sich parallele Maßnahmen treffen wolle, um den sowjetischen Bestrebungen entgegenzuwirken. Dagegen habe es keine Ansätze für Absprachen über eine konkrete Zusammenarbeit oder gemeinsame Aktion in dieser Hinsicht gegeben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 43; Referat 201, Bd. 120163.

24 Vgl. den Artikel von Drew Middleton, „U. S. Experts to Study New Military Sites on Indian Ocean“; THE NEW YORK TIMES vom 11. Januar 1980, S. A8

diverting American ground or air forces from West Germany in the event of a crisis outside Europe.“

Immerhin gewann MdB Pawelczyk bei seinen kürzlichen Gesprächen²⁵ den Eindruck, daß von der Administration offen zugegebene Engpässe im Personalbereich (mangels Wehrpflicht) dazu führen könnten, daß Teile der US-Truppen in Europa und deren Material für Aufgaben außerhalb der NATO eingeplant werden.

Die Administration hat sich bei kürzlichen Verhandlungen in Ankara vergeblich um generelle Zusage bemüht, türkisch-amerikanische Basen auch für Einsätze außerhalb des NATO-Gebiets nutzen zu dürfen. Auch Kongreß und Öffentlichkeit erwarten zunehmend, daß die NATO-Verbündeten insoweit auf amerikanische Wünsche eingehen und die USA auch sonst voll unterstützen. Senator Javits (R-N.Y.²⁶) hat bereits eine Ausweitung der Interessensphäre der NATO auf die Krisengebiete im Persischen Golf gefordert.²⁷ Javits, der als liberal gilt, hat damit einer weitverbreiteten Meinung Ausdruck verliehen.

IV. Besuch des Bundesministers²⁸ dürfte zeitlich vor der erwarteten Carter-Rede liegen und Gelegenheit bieten, auf hoher Ebene Näheres in Erfahrung zu bringen und unsere Positionen zu erläutern.

[gez.] Hermes

VS-Bd. 10295 (201)

²⁵ Zum Aufenthalt des SPD-Abgeordneten Pawelczyk vom 6. bis 10. Januar 1980 in den USA vgl. Dok. 8, Anm. 13.

²⁶ Republican – New York.

²⁷ Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 25. Januar 1980, der amerikanische Senator Javits habe am 14. Januar 1980 in Washington und am 17. Januar 1980 in Toronto „Vorschläge zur Erweiterung gemeinsamer Verteidigungsmaßnahmen der NATO auf Krisengebiete im Indischen Ozean und Persischen Golf gemacht. [...] Er hat seine Vorschläge ferner in Schreiben an Präsident Carter und AM Vance wiederholt mit der Anregung, die Administration möge Diskussion im NATO-Rahmen einleiten.“ Hermes erläuterte, Javits denke nicht daran, „die gegenseitigen Bündnisverpflichtungen des NATO-Vertrags auf die Staaten der Golf-Region auszudehnen. Vielmehr geht es ihm um kooperative Verteidigungsanstrengungen der NATO-Partner in einem Gebiet von vitaler Bedeutung. Javits ist sich bewußt, daß auch unter dieser Einschränkung eine Revision des NATO-Vertrags erforderlich ist und daß hierauf abzielende Bemühungen – vor allem für die Westeuropäer – schwerwiegende Probleme aufwerfen. Er hält es dennoch langfristig für erforderlich, den Versuch zu unternehmen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 415; Referat 201, Bd. 120164.

²⁸ Bundesminister Genscher hielt sich vom 18. bis 22. Januar 1980 in den USA auf. Für die Gespräche am 21./22. Januar 1980 in Washington vgl. Dok. 19–21.

Bundeskanzler Schmidt an Präsident Carter

VS-vertraulich

18. Januar 1980¹

Dear Jimmy

Thank you very much for your detailed letter which Ambassador Stoessel handed to me on 14 January with his explanatory remarks.² Your Ambassador will meanwhile have informed you about my initial reaction.³ I was also very glad

¹ Durchdruck.

Das Schreiben wurde von Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 21. Januar 1980 „citissime nachts“ an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau, z. Z. Washington, übermittelt. Dazu teilte Braunmühl mit: „Bitte sofort Herrn VLR I Wallau zur Vorlage bei dem Herrn Bundesminister zustellen. Vor Weiterleitung an Herrn Wallau Fernschreiben in Briefform umschreiben lassen, bitte. Folgt englische Übersetzung des Briefes BK an Präsident Carter. Englische Übersetzung der Regierungserklärung BK vom 17.1. liegt dort vor. Englische Übersetzung der Rede BM vom 17.1. ist noch in Arbeit und wird nachträglich übermittelt.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 92; VS-Bd. 14087 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

² Der amerikanische Botschafter Stoessel übergab Bundeskanzler Schmidt am 14. Januar 1980 ein Schreiben des Präsidenten Carter vom 12. Januar 1980. Zusätzlich hinterließ er seine „talking points“. Am 22. Januar 1980 übermittelte Vortragender Legationsrat I. Klasse Schenk diese Unterlagen der Botschaft in Washington. In Carters Schreiben hieß es: „A failure on our part to respond adequately to the Soviet challenge in Afghanistan can only encourage Moscow to move in the future even more aggressively. Pakistan, Iran, the Gulf, Yugoslavia, and even Turkey come immediately to mind. By the same token, a strong united Western response can correct Soviet perceptions, restrain Soviet behavior and ultimately advance the cause of détente to which both our countries are dedicated over the longer term.“ Carter verwies auf die von ihm am 4. Januar 1980 verkündeten amerikanischen Sanktionen gegen die UdSSR und seine Bitte an den amerikanischen Senat, das Ratifizierungsverfahren für SALT II auszusetzen, da der UdSSR deutlich gemacht werden müsse, daß die Besetzung Afghanistans weltweit schwere Konsequenzen habe. Carter warnte vor sowjetischen Bestrebungen, die USA und Westeuropa zu entzweien, und betonte, die USA seien bereit, notwendige Schritte zur Verbesserung der Sicherheitslage in Südwestasien und im Mittleren Osten zu unternehmen: „The challenge to our common and crucial interests in this area is unprecedented, it calls for an unprecedented and coordinated Western response. This includes support for Pakistan, intensified political involvement with specific nations stretching from Southwest Asia to the East Mediterranean, increased Western security involvement and military presence, increased economic assistance, as appropriate, and arms supports to friendly nations.“ Carter unterstrich die Notwendigkeit einer Unterstützung der Türkei durch die europäischen NATO-Mitgliedstaaten, insbesondere durch die Bundesrepublik: „While the United States devotes the bulk of its efforts and resources to security problems in the Gulf and Southwest Asia, I believe no other European effort could be as helpful as a major and sustained commitment to the military and economic security of Turkey, and to its direct engagement in discussions and planning about events further east.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 126 und Nr. 127; VS-Bd. 11108 (204); B 150, Aktenkopien 1980.

³ Vortragender Legationsrat I. Klasse Schenk unterrichtete die Botschaft in Washington am 22. Januar 1980, Bundeskanzler Schmidt habe dem amerikanischen Botschafter Stoessel am 14. Januar 1980 mitgeteilt, die Bundesrepublik sei bereit, „erneut die Führung zu übernehmen, falls über Militärhilfe hinaus eine ähnliche Aktion für die Türkei ins Auge gefaßt werden sollte wie schon im vergangenen Jahr. [...] Bei der Frage der Entspannungspolitik drehe es sich richtiger gesagt um die Frage der Zusammenarbeit in Europa. Hier seien gewisse Dinge erreicht worden, die wir nicht einseitig weggeben sollten. Der Herr Bundeskanzler erinnerte daran, daß während der letzten zehn Jahre etwa eine halbe Million Deutscher aus Osteuropa repatriert worden sei. Auch wies er darauf hin, daß wir zwischen der Sowjetunion und den anderen osteuropäischen Staaten unterscheiden müßten.“ Bezüglich der Olympischen Sommerspiele in Moskau habe Schmidt die Auffassung vertreten, „daß vorschnelle Äußerungen in jeder Richtung schädlich sein könnten und unterbleiben sollten“. Ferner habe Schmidt erklärt, „daß für die Bundesrepublik Deutschland Waffenexporte außerhalb des NATO-Bereichs nicht in Betracht gezogen werden könnten. Vollends sei die Entsendung von Truppen verfassungswidrig. Schon die deutsche Beteiligung an friedenssichernden Einheiten

of the opportunity to have a thorough-going discussion with Mr. Christopher on 16 January and gained the impression that he was satisfied with his talks in Bonn.⁴ And of course I am pleased that Foreign Minister Genscher, who today leaves for the United States for talks with UN Secretary-General Waldheim and Secretary of State Vance, will have an opportunity of meeting you.⁵ The comprehensive consultations and close coordination between ourselves and our Governments have, particularly these past few weeks, been extremely intensive and trustful. I regard this as one of the encouraging elements in the serious situation in which we find ourselves through the tragedy of the hostage-taking in Tehran and now the occupation of Afghanistan by the Soviet Union.

The position of the Federal Government in the present situation has been set out in my government statement⁶ and in Foreign Minister Genscher's speech in the Bundestag on 17 January⁷ (Herr Genscher will bring an English translation of both). You will find that they reaffirm our agreement and solidarity with the United States as the essence of our policy.

As you have probably been informed, my health is a little out of sorts at the moment⁸, so please forgive me for not today being able to go into all aspects of your letter of 14 January. Foreign Minister Genscher will be explaining our thinking to you.

But there are two points which I do wish to mention today because they appear to me to be particularly important in the present circumstances.

I am firmly convinced that we can only keep the current crisis, which I too consider to be very grave, under control if communication is maintained with the Soviet Union and also with the other members of the Warsaw Pact. Only if our assessment of the situation and the aims of the measures we have taken and still have to take are directly and unmistakably explained to the other side is there any prospect of understanding one another properly and of the danger of escalation merely through misunderstanding being excluded. I feel it is not sufficient for the dialogue to be reduced to signals that are given and received indirectly or via the public. From my personal experience, the Soviet leaders are often incorrectly or inadequately informed about important aims and motives of Western policy. In my view, therefore, the maintenance of a direct US–Soviet dialogue on a high level is indispensable, especially in the present situation.

Fortsetzung Fußnote von Seite 102

der Vereinten Nationen könnte verfassungsrechtlichen Bedenken begegnen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 126; VS-Bd. 11108 (204); B 150, Aktenkopien 1980.

⁴ Der stellvertretende amerikanische Außenminister Christopher hielt sich am 16. Januar 1980 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 15.

⁵ Bundesminister Genscher hielt sich vom 18. bis 22. Januar 1980 in den USA auf. Für die Gespräche am 21./22. Januar 1980 in Washington vgl. Dok. 19–21.

⁶ Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Schmidt vom 17. Januar 1980 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 113, S. 15578–15584.

⁷ Für die Ausführungen des Bundesministers Genscher vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 113, S. 15593–15600.

⁸ In der Presse wurde berichtet, Bundeskanzler Schmidt habe sich am 17. Januar 1980 bei der außenpolitischen Aussprache im Bundestag entschuldigen lassen, „weil er sich wegen einer eitrigen Mandelentzündung Schonung auferlegen müsse“. Vgl. den Artikel „Apel: Schmidt trifft sich mit Strauß und Kohl“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 18. Januar 1980, S. 2.

And this second point concerns the sanctions against Iran.⁹ I was gratified to note that Warren Christopher was impressed by the measure of solidarity in this question which he found among his German discussion partners. I have also stated in the Bundestag that the United States can rely on us in its efforts to secure the release of the hostages.

We have understood that our solidarity is also necessary to give time for continued diplomatic efforts to secure the release of the hostages. We shall be saying the same in all seriousness to our European partners, especially in the European Community, because we share the view of your Administration that other than economic sanctions would be bound to have extremely grave consequences.

We are agreed that in deciding on the scope and timing of the proposed economic sanctions and in considering more far-reaching and military measures the possibilities of politically dangerous escalations must also be borne in mind. As I see it, the Soviet Union is already attempting to combine the two neighbouring sources of crisis to its advantage. The danger with this is that the West will be losing its present very advantageous position in the Third World in general and the Islamic world in particular, in which I include the improving chance of the rest of the Arabs moving closer to Sadat. Against the Governments of the Afro-Arab world we shall be unable to contain the expansion of Soviet power.

I fear that other than economic measures in the Persian Gulf would destabilize the entire region with unforeseeable political and economic consequences. On the other hand, bringing about a somewhat more flexible attitude on the part of Israel in the negotiations on the West Bank¹⁰ would on the whole be conducive to an improvement of the situation.

Finally, I should like to repeat a thought as regards our multilateral consultations. I believe that here we have not yet exhausted all available possibilities. I have the impression that the many bilateral frameworks in the West are just now proving too narrow and laborious for many issues but that on the other hand the NATO framework is too large (and too permeable) and that, being a publicly recognizable coordinating body, it may also have undesirable psychological effects on some Third World countries (and especially in the Middle East). Although I see the multifarious problems attending intensive coordination within the framework of the Four, I do believe that we should make greater and more intensive use than hitherto of this framework of the Four, especially at Foreign Minister level. I also think it should be possible to keep such coordination strictly confidential.

Dear Jimmy, in these weeks in which you, as the President of the United States and the responsible politician of the leading power of the West, have to take difficult and far-reaching decisions, I want you to know that I shall be at your disposal whenever I can in any way help you bear your heavy burden.

Sincerely,

(signed) Helmut Schmidt

⁹ Zu den geplanten Wirtschafts- und Finanzsanktionen gegen Iran vgl. Dok. 15, Anm. 10 und 13.

¹⁰ Zu den Gesprächen zwischen Ägypten und Israel über eine Autonomie der palästinensischen Gebiete vgl. Dok. 13, Anm. 14.

P.S.: I have just received your letter of 18 January¹¹. I am glad that you appreciate our position in this way and wish to repeat how much value I attach to the close and continuous dialogue with you.¹²

VS-Bd. 14087 (010)

18

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Landrut

300-440.70-77/80 VS-vertraulich

21. Januar 1980¹

Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³

Betr.: Ausrüstungshilfe für Somalia⁴;
hier: Ausbildung einer Spezialeinheit durch GSG 9

Bezug: 1) Weisung durch Herrn Bundesminister auf dem Bericht
des Kommandeurs der GSG 9 v. 21.12.1979
– Az.: 10/60/61-172/79 VS-v – Anlage 1⁵

2) Drahtbericht Mogadischu Nr. 506 v. 16.12.1979 – Anlage 2⁶

¹¹ Vortragender Legationsrat Schenk übermittelte der Botschaft in Washington am 22. Januar 1980 ein Schreiben des Präsidenten Carter an Bundeskanzler Schmidt vom 18. Januar 1980. Darin hieß es: „The courage and steadfastness which you and Hans-Dietrich Genscher have shown in your decision to apply sanctions against Iran is exactly what I have come to expect after working with you so closely these past three years. Nonetheless, I think I know just how difficult it must be for you to carry out this particular decision. You have my profound respect and thanks for this decision and for your personal concern for the fate of the hostages. [...] I am also pleased that the Federal Republic will be able to take the lead in organizing an assistance program for Turkey. I can think of few things more important than to strengthen our alliance at this time. Perhaps as you proceed in this work, it will be possible for you or your representatives to emphasize to Turkey the increased importance of assuring the re-integration of Greece into NATO.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 118; VS-Bd. 11108 (204); B 150, Aktenkopien 1980.

¹² Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 21. Januar 1980, das Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt an Präsident Carter sei mitsamt einer englischen Übersetzung der Regierungserklärung vom 17. Januar 1980 übergeben worden: „Erklärung BM Genscher in englischer Sprache wird nach Eingang nachgereicht.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 308; Referat 204, Bd. 115940.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Pagenstert konzipiert.

² Hat Staatssekretär van Well am 30. Januar 1980 vorgelegen.

³ Hat Bundesminister Genscher am 7. Februar 1980 vorgelegen.

⁴ Zur Ausrüstungshilfe für die somalische Polizei vgl. AAPD 1979, I, Dok. 77.

⁵ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. VS-Bd. 11136 (300).

⁶ Dem Vorgang beigelegt. Botschafter Metternich, Mogadischu, unterrichtete, Mitglieder der Sonderinheit GSG 9 des Bundesgrenzschutzes unter Leitung von Oberst Wegener hätten vom 11. bis 15. Dezember 1979 das Ausbildungsprogramm des Bundesministeriums des Innern in Somalia inspiziert. Die Bewertung falle „in Einzelbereichen positiv“ aus, „wenn auch unerwartet niedriges Ausgangsniveau der somalischen Kursteilnehmer (aus Präsidentengarde und National Security Service) rekrutiert) und gravierende Fehler in der Teilnehmerauswahl durch somalische Stellen (z. B. kaum Offiziersränge) eine Abwicklung des Projekts zum vorgesehenen Zeitpunkt (Mitte März 1980) nicht möglich erscheinen lassen“. Präsident Siad Barre habe beim Empfang der GSG 9-Angehörigen am 14. Dezember 1979 „im Vertrauen auf freundschaftliche deutsch-somalische Partnerschaft und ein-

Anlagen

Vorschlag: Zeichnung des beiliegenden Antwortschreibens an den Kommandeur der GSG9 – Anlage 3⁷

Sachstand:

1) Kommandeur GSG9 (vgl. beiliegenden Bericht) rechnet mit erfolgreichem Abschluß des ersten Ausbildungslehrgangs bis Mitte März 1980. Begleitende Ausrüstungs- und Fortbildungsmaßnahmen sind vorgesehen. Somalische Seite hat unsere bisherige Hilfe besonders anerkannt, gleichzeitig aber ihr Unvermögen offenbar werden lassen, die von ihr zugesagten Partnerschaftsleistungen sachgerecht zu erfüllen. Dies hat sich besonders bei der Auswahl der Lehrgangsteilnehmer und bei erheblichen Mängeln in der von somalischer Seite zu stellenden Ausrüstung gezeigt.

2) Der vom BMI geplanten Versorgung des Projektes mit sechs Geländefahrzeugen mit Hilfe eines Fluges der Bundesluftwaffe konnte das Auswärtige Amt nicht zustimmen, da unverhältnismäßig großes Aufsehen einer solchen Maßnahme in der sensiblen Region nicht auszuschließen gewesen wäre.

Die Fahrzeuge sollen nun per Zivilcharterflug oder per Schiff geliefert werden. Letzteres würde voraussichtlich nach Auskunft von GSG9 eine einmonatige Verlängerung des jetzt laufenden Lehrgangs bis Mitte April erforderlich machen.

3) Der somalische Präsident⁸ hat den dringenden Wunsch geäußert, die GSG9 möge „einen zweiten Ausbildungslehrgang durchführen“ (Wegener-Bericht, S. 6). „Er bitte um Verlängerung des Projekts um (mindestens) einen Lehrgang“ (Bezugsbericht der Botschaft, Ziff. 3). Die somalische Bitte wird von der Botschaft Mogadischu und von Mitarbeitern des Auswärtigen Amts, die kürzlich vor Ort waren, dahingehend verstanden, daß die Teilnehmer des jetzigen Lehrgangs weiter fortgebildet werden sollen, während GSG9 der Auffassung ist, daß neue Leute einen neuen Lehrgang machen sollen.

4) Das Auswärtige Amt bemüht sich zur Zeit beim BMI um eine Klärung der Absichten und Möglichkeiten der GSG9, ihre Ausbildungstätigkeit in Somalia zu verlängern. Falls erforderlich, müßte Botschaft Mogadischu die genaueren somalischen Wünsche eruieren. Dies sollte aber erst geschehen, wenn GSG9 die Vorfragen beantwortet hat.

Fortsetzung Fußnote von Seite 105

gedenk der gemeinsamen LH-Befreiung von 1977 die Bundesregierung offiziell um Verlängerung des Projekts um (mindestens) einen weiteren Lehrgang“ gebeten. Metternich führte aus, die Botschaft bedauere die Entwicklung, ebenso „die bekannte Tatsache, daß als BMI-Partner keineswegs die Polizei, sondern der politisch weitaus einflußreichere, nicht unbedingt nur rechtsstaatlich motivierte Sicherheitschef Ahmed Suleiman auftritt“. Trotz aller Bedenken werde auf den Wunsch des Präsidenten einzugehen sein: Das Projekt spiele eine „prioritäre Rolle in der durch Sicherheitsdenken geprägten Mentalität der hiesigen (militärischen) Führung“ und sei objektiv gerechtfertigt: „Stützung des hiesigen Regimes in dieser sehr direkten Form zwar nicht ganz in unserem Sinne, aber Fortbestehen Siads mangels besserer Alternative liegt im Interesse des Westens.“ Vgl. VS-Bd. 11136 (300); B 150, Aktenkopien 1979.

⁷ Dem Vorgang beigelegt. Für den Entwurf des Schreibens an Oberst Wegener, Bundesgrenzschutz, vgl. VS-Bd. 11136 (300); B 150, Aktenkopien 1980.

Amtsrat Kusnezow vermerkte dazu am 7. Februar 1980 handschriftlich: „1) Hat BM vorgelegen. 2) H[errn] RL 300 m[it] d[er] B[itt]e um Übernahme (Schlußzeichnung).“

⁸ Mohammed Siad Barre.

Wir selbst stehen einer einmaligen sechsmonatigen Verlängerung des laufenden Lehrgangs aus politischen Gründen positiv gegenüber, insbesondere, weil der mit der Ausbildung bisher erzielte goodwill beträchtlich ist und weil eine zu frühe Beendigung unseres Einsatzes (Entwicklungsruine!?) kontraproduzent wirken müßte.⁹ Ob dies auch gilt, wenn ein völlig neuer Lehrgang zu einem späteren Zeitpunkt begonnen werden sollte, läßt sich jetzt noch nicht übersehen.¹⁰

Meyer-Landrut

VS-Bd. 11136 (300)

19

Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt

114-1334/80 VS-vertraulich

Fernschreiben Nr. 309

Citissime

Aufgabe: 21. Januar 1980, 22.30 Uhr¹

Ankunft: 22. Januar 1980, 04.48 Uhr

Betr.: Besuch BM in Washington²;

hier: Gespräch mit AM Vance am 21.1.1980

Vorbehaltlich der Genehmigung durch BM wird nachfolgende Aufzeichnung über eineinhalbstündiges Gespräch der beiden Minister im State Department übermittelt. Gespräch wurde bei anschließendem Mittagessen fortgesetzt. Hierüber folgt gesonderter Bericht.

⁹ Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig“.

¹⁰ Vortragender Legationsrat I. Klasse Pagenstert unterrichtete die Botschaft in Mogadischu am 12. März 1980, das Auswärtige Amt habe dem Bundesministerium des Innern am 6. März 1980 mitgeteilt, „daß die Ausbildung der Spezialeinheit der somalischen Polizei mit einem zweiten Lehrgang in Somalia durch die GSG 9 endgültig zum Abschluß gebracht wird. Es wird gebeten, die Dauer des neuen Kurses auf höchstens sechs Monate zu begrenzen, ihn auf die Ausbildungsgebiete des Mitte März 1980 auslaufenden Lehrgangs zu beschränken und nach Möglichkeit noch in diesem Jahr abzuschließen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 38; VS-Bd. 11136 (300); B 150, Aktenkopien 1980.

Vortragender Legationsrat Lambach informierte die Botschaft in Mogadischu am 10. April 1980 über die Mitteilung des Bundesministeriums des Innern vom 8. April 1980, daß der zweite Lehrgang „aus organisatorischen Gründen und aus Gründen eines sinnvollen Personaleinsatzes in der GSG 9“ nicht vor September 1980 beginnen könne. Der Abschluß sei für März 1981 vorgesehen. Vgl. den Drahterlaß Nr. 49; VS-Bd. 11136 (300); B 150, Aktenkopien 1980.

¹ Das Fernschreiben wurde in drei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 19 und 45.

Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 23. Januar 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Uml[auf Referat] 010.“

² Bundesminister Genscher hielt sich vom 18. bis 22. Januar 1980 in den USA auf. Für die Gespräche am 21./22. Januar 1980 in Washington vgl. auch Dok. 20 und Dok. 21.

Nach kurzem Vier-Augen-Gespräch³ trafen sich Minister mit Delegationen. Auf deutscher Seite: Botschafter, Blech, Lücking, Dannenbring, Sudhoff. Auf amerikanischer Seite: Vest, Bartholomew, Blackwill, Niles.

1) BM leitete ein mit aktueller Lagebeurteilung aus deutscher Sicht, wobei er sich auf Bundestagsdebatte⁴ bezog. Er betonte nachdrücklich die Notwendigkeit enger Solidarität zwischen USA und Europa. Dies sei Schlüsselfrage für weitere Entwicklung. Sowjets würden versuchen, Europäer zu anderen Positionen zu verlocken. Solange sie dabei auf Erfolg hoffen könnten, werde mit ihnen kein vernünftiges Gespräch möglich sein. Deshalb müsse ganz klargemacht entschlossen sind⁵, die Probleme gemeinsam zu lösen, und zwar nicht nur verbal, sondern durch eine gemeinsame Strategie, in der jeder seine besonderen Funktionen übernimmt. Das Ziel müsse sein

- Rückzug der Sowjets aus Afghanistan und
- Wiederherstellung des Gleichgewichts.

Nur wenn der Westen ein gemeinsames Konzept entwickle, könnten die Rahmenbedingungen geschaffen werden, auf deren Grundlage man mit den Sowjets sprechen könne. Die sowjetische Führungsgruppe müsse von unserer gemeinsamen Entschlossenheit überzeugt werden. In zwei Punkten seien die Sowjets einer Fehleinschätzung erlegen:

- bei der Unterstützung der TNF-Entscheidung⁶ durch die Europäer und
- bei der Reaktion des Westens und der Dritten Welt auf die Invasion Afghanistans.

Der Westen müsse seine Entschlossenheit klarstellen, einer sowjetischen Politik der Expansion entgegenzutreten und die Unteilbarkeit der Entspannungspolitik durchzusetzen.

Afghanistan: sei als Paradefall für einen Verhaltenskodex des Westens gegenüber der Dritten Welt zu betrachten, nämlich als Beispiel dafür, daß der Westen nicht bereit sei, die weitere Ausdehnung sowjetischer Einflußzonen hinzunehmen, und entschlossen sei, sich für die Unabhängigkeit der Länder der Dritten Welt einzusetzen. Bei den Blockfreien wachse das Verständnis für diese westliche Politik, aber in Afrika und anderswo fragten die politischen Führer, ob der Westen ihnen in der Not beistehen werde. Es dürfe deshalb kein neues Angola, Äthiopien oder Afghanistan geben. Dies sei für das Verständnis der westlichen Politik von enormer psychologischer Bedeutung. Im Rahmen dieser strategischen Zielsetzung müßten auch andere Probleme gesehen werden, z. B.

³ Im Vier-Augen-Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Vance am 21. Januar 1980 wurden ein Boykott der Olympischen Sommerspiele in Moskau, die Entwicklung in Iran sowie die bilateralen Beziehungen zur UdSSR erörtert. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Wallau, z. Z. Washington, vom selben Tag; VS-Bd. 14091 (010); B 150, Aktenkopien 1980. Für einen Auszug vgl. Anm. 22.

⁴ Bundeskanzler Schmidt gab am 17. Januar 1980 im Bundestag eine Regierungserklärung ab, der eine Aussprache über Außenpolitik folgte. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 113, S. 15578–15661.

⁵ Unvollständige Übermittlung des Drahtberichts.

⁶ Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 10.

Jugoslawien: Hier habe die EG seit einem Jahr an einem Vertrag gebastelt.⁷ Er (BM) habe erfolgreich darauf gedrängt, nunmehr sofort und möglichst noch zu Lebzeiten Titos die Verhandlungen über die Wirtschaftsabkommen zu beenden.⁸ Ferner müsse man der SU auf diplomatischem Wege klarmachen, welche große Bedeutung die Unabhängigkeit Jugoslawiens habe. Die vier Politischen Direktoren sollten ihre Erörterung möglichst bald fortsetzen⁹ und überlegen, mit wem dieses Thema sonst noch besprochen werden sollte, z.B. mit den Italienern?

Türkei: Hier müsse bewiesen werden, daß die westlichen Verbündeten bereit seien, die erforderliche Hilfe zu leisten. Wir seien bereit, wieder die Feder- nicht nur Verpflichtungen übernehmen, sondern auch tatsächliche Beiträge leisten.¹⁰ Die Bundesregierung werde für türkische Waffenkäufe Hermes-Garantien in Höhe von 568 Millionen DM bereitstellen. Im übrigen müsse man die Rolle der türkischen Streitkräfte unter verschiedenen Aspekten betrachten, nämlich

- Schutz vor äußerer Bedrohung,
- die Funktion der Streitkräfte für die innere Lage der Türkei,
- die Haltung des türkischen Offizierkorps, dessen Moral davon abhängt, daß es sich nicht vernachlässigt fühle.

Pakistan: Die Lösung der strategischen Fragen sei jetzt wichtiger als das amerikanische Nuklearproblem¹¹, so bedeutend dies auch sei. Ferner müsse die Umschuldung unverzüglich in Angriff genommen werden.

2) Vance stimmte mit der von BM vorgetragenen Analyse überein. Auch er betrachte die engste Solidarität zwischen Amerika und Europa als wesentlich. Die Sowjets müßten begreifen, daß sie hier keinen Keil treiben könnten. Er

⁷ Am 6. Februar 1979 verabschiedete der EG-Ministerrat in Brüssel ein Mandat für Verhandlungen über ein Kooperationsabkommen der Europäischen Gemeinschaften mit Jugoslawien. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 2/1979, S. 86.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Randermann bilanzierte am 10. Januar 1980, die Verhandlungen seien bislang schleppend verlaufen. Bisher habe es nur am 2./3. Juli 1979 eine Verhandlungsrunde gegeben, wobei das dabei vorgelegte jugoslawische Thesenpapier eine „Verbesserung des Mandats in zahlreichen Punkten“ erforderlich gemacht habe. Im November bzw. Dezember 1979 habe die EG-Kommission neue Vorschläge zum gewerblichen bzw. zum Agrarteil vorgelegt, die am 8. Januar 1980 in den Verhandlungen in Brüssel erstmals erörtert worden seien. Randermann wies darauf hin, es werde wesentlich von der Bundesregierung abhängen, ob die Verhandlungen rasch abgeschlossen werden könnten. Das federführende Bundesministerium für Wirtschaft sei bislang nicht in der Lage gewesen, „zu einer Ressortbesprechung in der Sache einzuladen. Wenn Jugoslawen (die in letzter Zeit im AA und BMWi sehr oft vorstellig wurden) weiterhin mit der Formel vertröstet werden, ‚Prüfung sei noch im Gange‘, bestärken wir sie in ihrem (falschen) Eindruck, daß die Bundesregierung kein allzu großes Interesse am Abschluß des Abkommens habe.“ Vgl. B 201 (Referat 411), Bd. 452.

⁸ Botschafter Poensgen, Brüssel (EG), berichtete am 15. Januar 1980 über die EG-Ministerratstagung in Brüssel: „Auf Initiative von BM Genscher, die von F, I und NL nachdrücklich unterstützt wurde, einigte sich der Rat darauf, daß Ständige Vertreter durch neue Weisungen ihrer Regierungen in die Lage versetzt werden, noch in dieser Woche (15. bis 20.1.1980) eine Einigung über offene Fragen des Kom[missions]-Mandats für Jugoslawien herbeizuführen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 129; B 201 (Referat 411), Bd. 452.

⁹ Zum Gespräch der vier Politischen Direktoren der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA am 24./25. Januar 1980 in London vgl. Dok. 29.

¹⁰ Unvollständige Übermittlung des Drahtberichts.

Zur Wirtschafts-, Finanz- und Verteidigungshilfe für die Türkei vgl. Dok. 22.

¹¹ Zur amerikanischen Haltung zum pakistanischen Nuklearprogramm vgl. Dok. 15, Anm. 12.

stimme auch zu, daß USA und Europa nicht nur zusammen sprechen müßten, sondern, wie BM vorgeschlagen habe, ein gemeinsames Konzept entwickeln sollten. Er stehe der von BM unter vier Augen gemachten Anregung eines Treffens der vier Außenminister positiv gegenüber und wolle diesen Vorschlag zunächst auch mit dem Präsidenten besprechen.

Die Ausführungen des BM über einen Verhaltenskodex gegenüber der Dritten Welt halte er für sehr interessant. Er wolle über diese Idee weiter nachdenken und Besprechungen führen.

Wie BM sei auch er der Meinung, daß andere Probleme richtig eingeordnet werden sollten. Dafür sei Jugoslawien ein gutes Beispiel. Wir sollten in allen Gesprächen betonen, welche große Bedeutung wir der Unabhängigkeit und territorialen Integrität Jugoslawiens beimessen. Das werde er auch in einem für morgen angesetzten Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter¹² in aller Deutlichkeit tun.

Türkei: Die USA seien bereit, ihre Beiträge zu leisten. Er (Vance) sei dankbar, daß die Bundesregierung wiederum die Federführung übernehme. Die USA würden den gleichen Beitrag an Verteidigungshilfe (security assistance) wie im Vorjahr leisten, nämlich 452 Millionen Dollar. Ferner sei es sehr nützlich, daß kürzlich das bilaterale Abkommen über Verteidigungshilfe (DCA) paraphiert werden konnte.¹³

Pakistan: In seinen kürzlichen Gesprächen mit Agha Shahi in Washington sei weitgehend Übereinstimmung bei der Beurteilung der Bedrohung der Region erzielt worden.¹⁴ Die USA seien bereit, Pakistan über die nächsten 18 Monate wirtschaftliche und militärische Hilfe in Höhe von etwa 500 Mio. Dollar zu gewähren. Eine amerikanische Delegation werde demnächst nach Pakistan reisen, um den militärischen Bedarf an Ort und Stelle zu untersuchen. Der pakistanische Finanzminister¹⁵ werde demnächst nach Washington kommen, um hier über Art und Höhe der Wirtschaftshilfe zu verhandeln. Es gehe auch darum, Finanzhilfe für die pakistanische Zahlungsbilanz zur Verfügung zu stellen, ferner seien die Lieferung von Düngemitteln und Nahrungsmitteln für Pakistan sowie andere Projekte beabsichtigt.

Bei der Militärhilfe gehe es in erster Linie um Ausrüstung für die Verteidigung der Grenze im Nordwesten, insbesondere Panzerabwehrwaffen, Feldartillerie, Hubschrauber usw. Die Lieferung von Flugzeugen sollte von Frankreich übernommen werden, das mit Pakistan in dieser Frage bereits in Kontakt stehe. Die Engländer könnten die Lieferung von Panzern übernehmen. Jeder der Verbündeten sollte diejenigen Beiträge übernehmen, zu denen er am besten in der Lage sei, um Pakistan instand zu setzen, sich selbst zu verteidigen. Vance stellte die Frage, welche Beiträge die Bundesrepublik, die EG oder andere Staaten nach unserer Meinung leisten könnten?

¹² Anatolij Fjodorowitsch Dobrynin.

Zum Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister Vance vgl. DOBRYNIN, In confidence, S. 446 f.

¹³ Zur Paraphierung des amerikanisch-türkischen Verteidigungsabkommens am 10. Januar 1980 vgl. Dok. 16, Anm. 20.

¹⁴ Zum Besuch des pakistanischen Außenministers Agha Shahi am 12. Januar 1980 in Washington vgl. Dok. 16, Anm. 18.

¹⁵ Ghulam Ishaq Khan.

Zum Nuklearproblem bemerkte Vance, daß sich an der amerikanischen Zielsetzung nichts geändert habe. Das Problem sei nur für den Augenblick zurückgestellt. Die Pakistaner würden Zusicherungen wegen der Nichtzündung einer Kernwaffe und wegen der Nichtverbreitung der Technologie an Staaten der Dritten Welt geben. Zur Frage einer Kernexplosion wolle sich Präsident Zia gegenüber der amerikanischen Delegation äußern, die in zehn Tagen in Pakistan eintreffe.¹⁶ Trotzdem bereite ihm (Vance) das Nuklearproblem große Sorge. Er fürchte, daß die Pakistaner weitermachen und eine Kernexplosion zünden werden. Darüber sei er sehr unglücklich.

In seinen Gesprächen mit Agha Shahi habe er die Gültigkeit der Sicherheitsvereinbarung von 1959¹⁷ bekräftigt. Dies habe auch Präsident Carter in einem Brief an Präsident Zia getan, wobei Carter bestimmte Aspekte der Vereinbarung unterstrichen und den Pakistanis freigestellt habe, diesen Brief zu veröffentlichen. Darüber hinaus sei die Administration bemüht, eine Bestätigung der Vereinbarung von 1959 durch den Kongreß zu erwirken, um damit das Problem des Symington-Amendments¹⁸ zu überwinden. Damit würde die Vereinbarung die gleiche Wirkung wie ein Vertrag haben. Er habe Agha Shahi gesagt, daß es unter diesen Umständen nicht klug und nicht nötig wäre, Verhandlungen über einen neuen Vertrag aufzunehmen, der dann noch ratifiziert werden müßte.¹⁹

Olympische Spiele²⁰

BM erklärte, daß die Bundesregierung darüber zunächst mit ihren EG-Partnern sprechen werde.²¹ Er empfehle, diese Frage nicht zu einem zentralen Thema zu machen, denn es dürfe nicht der Eindruck entstehen, daß damit das Problem Afghanistan gelöst werden könne.

¹⁶ Der Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Brzezinski, und der stellvertretende amerikanische Außenminister Christopher hielten sich vom 2. bis 4. Februar 1980 in Pakistan auf. Vgl. dazu Dok. 38, Anm. 19.

¹⁷ Zum amerikanisch-pakistanischen Abkommen über Zusammenarbeit vom 5. März 1959 vgl. Dok. 16, Anm. 16.

¹⁸ Am 4. Mai 1979 vermerkte Ministerialdirektor Lautenschlager: „Die amerikanische Regierung hat am 6.4.79 das ‚Symington Amendment‘ zum ‚Foreign Assistance Act‘ gegenüber Pakistan zur Anwendung gebracht. Danach kann die Regierung die Entwicklungs- und Militärhilfe an ein Land einstellen, das sich nach dem 4.8.1977 Ausrüstungen oder Technologien zur Urananreicherung beschafft, es sei denn, daß das betreffende Land seinen gesamten Brennstoffkreislauf vorher den Kontrollen der Internationalen Atomenergie Organisation (IAEO) unterstellt (fullscope safeguards); dies trifft auf Pakistan nicht zu. [...] Im State Department – so die Berichterstattung unserer Botschaft in Washington – wird diese (eigene) Entscheidung bedauert. Man hätte eine stille und unauffällige Behandlung der Angelegenheit mit Pakistan vorgezogen, zumal bei zügigem Fortgang eine Urananreicherungsanlage frühestens in drei bis vier Jahren fertiggestellt sein könnte.“ Vgl. Referat 340, Bd. 110691.

¹⁹ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 310 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

²⁰ Präsident Carter bat den Präsidenten des amerikanischen Nationalen Olympischen Komitees, Kane, mit Schreiben vom 20. Januar 1980, wegen der sowjetischen Intervention in Afghanistan auf die Entsendung amerikanischer Sportler zu den Olympischen Sommerspielen vom 19. Juli bis 3. August 1980 in Moskau zu verzichten, wenn die sowjetischen Truppen nicht innerhalb eines Monats aus Afghanistan abgezogen seien. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, CARTER 1980, S. 106 f. In einem Fernseh- und Rundfunkinterview machte Carter am selben Tag diese Forderungen öffentlich. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, CARTER 1980, S. 107–114.

²¹ Am 5. Februar 1980 fand in Brüssel eine EG-Ministerratstagung statt, an deren Rande die Außenminister auch zu einer außerordentlichen Konferenz im Rahmen der EPZ zusammenkamen. Vgl. dazu Dok. 39, Anm. 15.

Bei uns spiele die Olympiade eine große Rolle, in der Dritten Welt dagegen weit weniger.²²

Bündnis-Fragen

BM betonte, daß die Allianz bereit sein müsse, ihre Interessen auch außerhalb des Bündnisgebietes wahrzunehmen. Die Verbündeten müßten bereit sein, für die Verteidigung größere Verpflichtungen zu übernehmen. Was die Bundesrepublik aus geschichtlichen Gründen nicht tun könne, müsse von anderen übernommen werden. Die Bundesrepublik habe ihre wichtigste Aufgabe in Mitteleuropa.

MBFR

BM erinnerte daran, daß es weiterhin unser Bestreben sein müsse zu verhindern, daß die Bundeswehr in eine Sonderrolle gerate. Deshalb sei es weiterhin entscheidend, die Kollektivität zu wahren.

Die westlichen Vorschläge vom Dezember²³ sollten auf dem Tisch bleiben. Eine Stagnation sollte nicht von uns, sondern von den Russen ausgehen.

TNF

BM bemerkte, daß unsere Beziehungen zur Sowjetunion durch die TNF-Entscheidung nicht belastet worden seien. Denn wir hätten nur das getan, was die Russen erwartet hätten. Im übrigen wies BM darauf hin, daß sich die Staaten Osteuropas in einer äußerst schwierigen wirtschaftlichen Lage befänden. Dies gelte insbesondere für Polen. Die Sowjetunion werde ihren Partnern weitere Lasten aufbürden.

Dritte Welt

BM erklärte, es sei wichtig, den Staaten der Dritten Welt auch ökonomische Optionen anzubieten. Daher entsprechende Bestrebungen der EG gegenüber den Golfstaaten²⁴. Dies sei nach der Invasion Afghanistans noch wichtiger geworden.

Die ASEAN-Länder wüßten den Vertrag mit der EG²⁵ sehr zu schätzen. Sie wünschten deshalb, daß alle europäischen Außenminister Anfang März nach

²² Vortragender Legationsrat I. Klasse Wallau, z.Z. Washington, vermerkte am 21. Januar 1980, Bundesminister Genscher habe im Vier-Augen-Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister Vance erklärt, die Bundesregierung sei überrascht, „daß die Amerikaner am Sonntag, 20.1.1980, ihren die Olympischen Spiele betreffenden Beschluß bekanntgegeben hätten, denn in dem Gespräch Brzezinski mit von Staden in Paris habe Brzezinski ausgeführt, daß die USA vorläufig nicht an solche Schritte denke [...]. BM rate, uns und die Europäer zu diesem Thema (Olympiade) nicht unter Druck zu setzen, auch nicht durch Fragen bei der anschließenden Fortsetzung des Gesprächs in einem größeren Kreis. Die deutsche öffentliche Meinung sei auf dieses Thema nicht vorbereitet. Er selbst habe mit dem Bundeskanzler in der Sache auch noch nicht gesprochen. Ohne die Regierung festlegen zu können, wolle er sagen, er werde sich dafür aussprechen, daß die Bu[ndes]R[egierung] die USA nicht alleine lasse. Außerdem sei dies ein Thema zur Erörterung in der EG; Frankreich werde allenfalls bereit sein, im Rahmen der EG mitzuziehen – sicherlich nicht allein auf Bitten aus Washington.“ Vgl. VS-Bd. 14091 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

²³ Zum Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 20. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 12.

²⁴ Zur Initiative der Bundesregierung im EG-Ministerrat am 15. Januar 1980 für ein Kooperationsabkommen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den Golfstaaten vgl. Dok. 13, Anm. 10.

²⁵ Zum geplanten Kooperationsabkommen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ASEAN vgl. Dok. 9, Anm. 15.

Kuala Lumpur kämen.²⁶ Dies sei eine wichtige politische Demonstration, die beweise, daß diese Länder nicht allein stünden. Die westlichen Länder müßten eine Gesamtstrategie entwickeln, wonach mit den Mitteln der²⁷ Zusammenarbeit alle Staaten unterstützt würden, die unabhängig bleiben wollten.

Naher Osten

BM führte aus, daß sich die Probleme zwischen Israel und den arabischen Staaten vielleicht als weniger schwer darstellen würden, wenn sie gemeinsam bedroht seien. Das Westufer werde sich als weniger wichtig erweisen, wenn die Gefahr bestehe, daß das Gesamtgebiet unter sowjetischen Einfluß gerät. Sadat sollte ermutigt werden, mit den Staaten der Ablehnungsfront²⁸ einen Ausgleich und Zusammenarbeit zu suchen. Wir Deutsche könnten in dieser Frage nur Ratschläge geben, weil wir insoweit über weniger politische Möglichkeiten verfügten.

BM stellte die Frage, was die USA zu tun gedächten, um der Sowjetunion ihre Entschlossenheit zu zeigen? Ob man an die Wiedereinführung der Wehrpflicht denke? Ob mit einer neuen Energiepolitik zu rechnen sei?

3) Vance bemerkte zu MBFR, daß er mit dem Konzept der Kollektivität voll übereinstimme. Weitere Einzelheiten könne man beim Mittagessen erörtern.

EG-Verhältnis zu Golfstaaten

Vance bemerkte, daß er die politische Zusammenarbeit der EG mit den Golfstaaten als hilfreich betrachte und unterstütze.

Naher Osten

Vance stimmte zu, daß eine baldige Lösung der Palästinenser-Frage wünschenswert sei. Dieses Problem sei ein Hindernis (inhibiting factor) im Verhältnis zu den gemäßigten arabischen Staaten. Vielleicht können die EG unterstützende Aktionen unternehmen.

Linowitz werde am 24. Januar nach Israel reisen, um auf Fortschritte zu drängen. Die Zeit laufe langsam aus, ein Mißverfolg würde sich nicht nur auf die radikalen, sondern auch auf die gemäßigten arabischen Staaten auswirken.

Zur Islamischen Konferenz²⁹ teilte Vance mit, daß die USA auf einige Teilnehmer in diskreter Weise einwirken. (BM bat um neue Unterrichtung über diese Kontakte, damit wir nach Absprache mit unseren EG-Partnern flankierend tätig werden könnten.)³⁰

²⁶ Zur Konferenz der Außenminister der EG- und der ASEAN-Mitgliedstaaten vom 6. bis 8. März 1980 in Kuala Lumpur vgl. Dok. 84.

²⁷ Korrigiert aus: „die“

²⁸ Zur „Ablehnungsfront“ vgl. Dok. 5, Anm. 8.

²⁹ Die Konferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz fand vom 27. bis 29. Januar 1980 in Islamabad statt. Vgl. dazu Dok. 29, Anm. 19.

³⁰ Vortragender Legationsrat I. Klasse Stabreit vermerkte am 24. Januar 1980, Bundesminister Genscher habe den USA bei seinem Aufenthalt in Washington zugesichert, mit Blick auf die Konferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz vom 27. bis 29. Januar 1980 in Islamabad die Frage der amerikanischen Geiseln in Teheran zu erörtern: „Dies ist auf dem 92. Politischen Komitee am 22.1. geschehen. Die Politischen Direktoren werden ihren Zentralen berichten und wir dürfen damit rechnen, daß auch die übrigen Partner auf geeignet erscheinende islamische Staaten einwirken werden, damit diese die Konferenz in Islamabad dazu be-

Wehrpflicht

Präsident Carter habe mit einer Prüfung der Einführung einer Registrierung von Wehrpflichtigen begonnen. Er selbst (Vance) sei der Meinung, daß diese Maßnahme längst überfällig sei.³¹ Auch die Energiefragen würden von der Administration energisch vorangetrieben.

Vance betonte, daß alle geplanten Schritte über längere Zeit durchgehalten werden müssen, weil sonst Zweifel an der Entschlossenheit des Westens aufkämen.

Die westlichen Regierungen müßten „kristallklar“ machen, wo sie stünden und nicht schon nach kurzer Zeit – wie nach dem Einmarsch in Prag³² – zu „business as usual“ übergehen.

4) BM griff erneut das Thema Naher Osten auf: Er erwarte demnächst den Besuch des irakischen Außenministers³³ und Innenministers³⁴. Ferner erwäge er, nach seinem kürzlichen Besuch des Irak³⁵, auf dem Wege nach Kuala Lumpur zum zweiten Mal nach Bagdad zu gehen.

Nachdem Gaddafi die Bundesregierung seit einiger Zeit wegen eines Besuches bedrängt habe, sei Gaddafi nunmehr für den 3. bis³⁶ März nach Bonn eingeladen worden. Die Bundesregierung glaube, daß ein solcher Besuch nützlich wäre, schon um Gaddafi in bestimmten Koordinaten zu halten.

Habe die US-Regierung gegen einen³⁷ solchen Besuch Bedenken?

Rhodesien

BM berichtete, daß er beim letzten Besuch Gromykos eine harte Aussprache

Fortsetzung Fußnote von Seite 113

nutzen, die iranische Regierung im Sinne einer gütlichen Einigung zu beeinflussen.“ Vgl. Referat 340, Bd. 113188.

³¹ Am 28. August 1972 kündigte Präsident Nixon an, daß in den USA bis Juli 1973 die Wehrpflicht in Friedenszeiten aufgehoben werden solle. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, NIXON 1972, S. 825 f.

Brigadegeneral von Ondarza, Washington, legte am 25. Januar 1980 den Stand der Überlegungen zur Wiedereinführung einer Wehrerfassung in den USA dar: „Nachdem am 27. Januar 1973 die Wehrpflicht beendet worden war, wurde am 1. April 1975 unter Präsident Ford auch die Wehrerfassung (= registration) männlicher Jugendlicher im Alter von 18 bis 26 Jahren eingestellt.“ Am 23. Januar 1980 habe Carter in seiner Ansprache vor dem Kongreß die Wiedereinführung der Wehrerfassung gefordert und entsprechende Gesetzes- und Finanzinitiativen angekündigt. Trotz befürwortender Stellungnahmen von Abgeordneten und Senatoren beider Parteien sei mit dem Beginn einer Wehrerfassung „selbst bei rascher Verabschiedung des Gesetzes kaum vor 1.10.1980“ zu rechnen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 416; Referat 201, Bd. 120163.

³² Am 20./21. August 1968 intervenierten Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR. Vgl. dazu AAPD 1968, II, Dok. 261–263 und Dok. 273.

³³ Der irakische Außenminister Hammadi besuchte vom 9. bis 13. Februar 1980 die Bundesrepublik. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt am 12. Februar 1980 vgl. Dok. 46.

³⁴ Das Bundesministerium des Innern teilte dem Auswärtigen Amt am 9. Juli 1980 mit, der irakische Innenminister Shaker Mahmoud sei mit Schreiben vom 11. Februar 1980 zu einem Besuch der Bundesrepublik eingeladen worden: „Auf diese Einladung hat die irakische Seite in der Weise reagiert, daß die Einladung sehr gerne angenommen werde, jedoch ein Besuch in diesem Jahr nicht mehr möglich sei.“ Vgl. das Fernschreiben Nr. 1512; Referat 311, Bd. 137596.

³⁵ Bundesminister Genscher hielt sich vom 4. bis 6. Juli 1979 in Bagdad auf. Für sein Gespräch mit dem irakischen Außenminister Hammadi am 6. Juli 1979 vgl. AAPD 1979, II, Dok. 201.

³⁶ Unvollständige Übermittlung des Drahtberichts.

Der Besuch war zunächst für 3. bis 7. März 1980 vorgesehen und wurde dann auf 17. bis 20. März verlegt. Am 6. Februar 1980 wurde der Besuch auf Weisung Genschers zurückgestellt. Vgl. dazu Dok. 227.

³⁷ Korrigiert aus: „US-Regierung einen“.

über TNF geführt habe.³⁸ Das größte Geschütz habe Gromyko jedoch in Sachen Rhodesien aufgeföhren, indem er die britische Haltung als Akt der Aggression dargestellt habe.³⁹ Die Sowjetunion wolle offensichtlich eine friedliche Lösung verhindern, um im Konfliktfalle selbst dort Fuß zu fassen. Das gelte auch für Namibia.

BM stellte die Frage, was getan werden könne, um daran mitzuwirken, daß die Islamische Konferenz zu vernünftigen Ergebnissen komme.

Zu diesem Thema wurde ein Gespräch mit Saunders vereinbart.

Pakistan

BM erklärte, daß die von Vance dargestellten Maßnahmen nützlich seien. Auch wir dächten an eine Erhöhung unserer Entwicklungshilfe.⁴⁰ BM regte an, daß die vier Politischen Direktoren darüber nachdenken, wie die Entwicklungshilfe konzentriert werden könnte.

UNO

BM wies darauf hin, daß nach der Abstimmung über Afghanistan⁴¹ die Möglichkeit bestünde, die neue Stimmung für den Westen auszunutzen. Die westlichen Regierungen sollten sich deshalb darüber abstimmen, wie sie ihren Einfluß auf die Blockfreien vergrößern könnten.

BM teilte mit, daß er demnächst den Besuch des ungarischen Außenministers in Bonn erwarte.⁴² Er selbst habe die Absicht, nach Prag zu reisen, und werde

³⁸ Der sowjetische Außenminister Gromyko besuchte von 21. bis 24. November 1979 die Bundesrepublik. Für seine Gespräche mit Bundesminister Genscher vgl. AAPD 1979, II, Dok. 341–343.

³⁹ Im Lancaster House in London fand vom 10. September bis 15. Dezember 1979 eine Verfassungskonferenz über Rhodesien statt, an der Delegationen Großbritanniens, Rhodesiens/Simbabwes und der Patriotischen Front teilnahmen. Am 22. Oktober 1979 legte der britische Außenminister Lord Carrington Vorschläge für eine Übergangsperiode bis zur Abhaltung von Neuwahlen in Rhodesien/Simbabwe vor. Botschafter Ruete, London, berichtete dazu am 23. Oktober 1979: „Britischer Vorschlag enthält Elemente, die sowohl Salisbury-Parteien wie Patriotischer Front (PF) unangenehm sind. Im Zentrum steht Übernahme direkter Regierungsgewalt durch Großbritannien, d. h. durch Gouverneur. Dieser Gouverneur soll alle exekutive und gesetzgeberische Macht haben. Im FCO rechnet man mit erheblichem Widerstand in Salisbury, da dies nicht nur Rücktritt von PM Muzorewa bedeuten würde, sondern auch Ende weißer Herrschaft. Keine britische Regierung habe derart umfassende Regelung bisher vorgesehen, da Rhodesien seit 1923 innere Autonomie genossen habe. Mit britischem Vorschlag würde diese zurückgenommen. Rhodesien würde wieder britische Kronkolonie.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2343; Referat 320, Bd. 125203.

Am 2. November 1979 legte Carrington modifizierte Vorschläge vor. Deren Hauptpunkte waren die Festlegung der Übergangszeit zwischen einem zu vereinbarenden Waffenstillstand und Neuwahlen, die Einsetzung eines britischen Gouverneurs, die Anerkennung der Streitkräfte der Patriotischen Front als gleichberechtigt sowie eine Überwachung des Waffenstillstands durch Streitkräfte von Mitgliedstaaten des Commonwealth. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1979, Z 222.

Am 12. Dezember 1979 wurde der Vorsitzende des britischen Oberhauses, Lord Soames, als Gouverneur für Rhodesien entsandt. Am 21. Dezember 1979 wurden in London von allen Parteien die Vereinbarungen der Verfassungskonferenz mitsamt der Übergangsregelung und des Waffenstillstandsabkommens unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 108–124.

⁴⁰ Zur Wirtschafts- und Finanzhilfe für Pakistan vgl. Dok. 15, Anm. 17.

⁴¹ Zur Resolution ES-6/2 der Notstandssondertagung der VN-Generalversammlung vom 14. Januar 1980 vgl. Dok. 14, Anm. 11.

⁴² Der Besuch des ungarischen Außenministers Puja in der Bundesrepublik war für den 7./8. Februar 1980 vorgesehen. Zur Absage des Besuchs vgl. Dok. 29, Anm. 59.

dort eine deutliche Sprache führen.⁴³ Nach Ansicht der Bundesregierung müßten alle Kanäle ausgenutzt werden, um die westlichen Positionen klarzustellen.

5) Vance bemerkte zu der geplanten Reise des BM nach Bagdad, daß er diese Absicht sehr begrüße. Die Haltung des Irak sei für den ganzen Mittleren Osten von entscheidender Bedeutung. Es zeichne sich im Irak eine differenziertere Betrachtungsweise ab.

Zu dem geplanten Besuch von Gaddafi bemerkte Vance, er freue sich, daß er daran nicht teilzunehmen brauche. Gaddafi sei ein höchst unzuverlässiger Partner. Jetzt wolle er Flugzeuge an Befreiungsbewegungen liefern. Was tue er im Sudan und im Tschad? Will er dort Unruhe stiften? Es sei gut, wenn die Bundesregierung mit ihm Kontakt hielte, aber sie dürfe nicht glauben, was er sage. (Hier warf BM ein: Gaddafi glaube selbst an das, was er sage, er sei ein „Überzeugungstäter“.)

Zu Rhodesien und Namibia bestätigte Vance, daß die Sowjets mit einer friedlichen Entwicklung nicht glücklich seien. Der Westen sollte die Entwicklung in Namibia vorantreiben. In Südafrika zeichne sich im Gefolge der rhodesischen Wahlen⁴⁴ ein gewisses Umdenken ab.

Jedenfalls bestehe noch die Chance einer Lösung.⁴⁵

Indien

Vance berichtete, daß Clark Clifford am 30.1.1980 nach Neu Delhi reisen werde, um mit Frau Gandhi zu konferieren. Die USA wünschten gute Beziehungen zu Indien. Sie seien bereit, die Lieferungen von nuklearen Brennstoffen für Tarpapur wieder aufzunehmen sowie in beschränktem Maße Militärhilfe im Bereich der höheren Technologie zu leisten.⁴⁶

⁴³ Botschafter Diesel, Prag, übermittelte am 24. Januar 1980 die Bitte des tschechoslowakischen Stellvertretenden Außenministers Jablonský, den für 25./26. Februar 1980 geplanten Besuch des Bundesministers Genscher in der ČSSR zu verschieben: „Es sei im ‚Hinblick auf die bestehende internationale Lage‘ sehr schwierig, sich auf so hohem Niveau zu treffen. Außenminister Chňoupek hätte daher beschlossen, daß ein Außenministerbesuch im Augenblick nicht ein Schritt in die richtige Richtung sein würde. Daher wäre Minister Chňoupek sehr froh, wenn Minister Genscher diesen Standpunkt verstehen könnte und zustimmen würde, daß der Besuch verschoben wird auf ein Datum zu einer besser passenden Zeit (to another date in a more suitable time).“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 75; Referat 010, Bd. 178830.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Arnot äußerte am 24. Januar 1980 die Vermutung: „Die tschechoslowakische Bitte um Verschiebung des Besuchs von BM Genscher in Prag Ende Februar dürfte mit der starken Abhängigkeit der tschechoslowakischen Regierung von Moskau zusammenhängen. Möglicherweise hat die SU dieses Opfer gefordert, damit ein Höchstmaß an Blocksolidarität gegenüber dem Westen sichtbar wird.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 23 an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel; VS-Bd. 13170 (213); B 150, Aktenkopien 1980.

⁴⁴ In Rhodesien/Simbabwe fanden am 14. Februar 1980 sowie vom 27. bis 29. Februar 1980 Parlamentswahlen statt..

⁴⁵ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 311 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

⁴⁶ Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 25. Januar 1980, laut Information des amerikanischen Außenministeriums solle der Besuch des ehemaligen amerikanischen Verteidigungsministers Clifford, der „das Ohr des Präsidenten habe“, am 31. Januar 1980 in Neu Delhi die Bereitschaft signalisieren, gute Beziehungen zu Indien zu pflegen. Clifford solle die amerikanische Politik gegenüber Pakistan, insbesondere die Lieferung von Waffen, erklären und indische Sorgen „wegen einer Achse USA-China-Pakistan“ ausräumen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 398; Referat 340, Bd. 113106.

Nord-Süd-Dialog

Vance berichtete über ein kürzliches Gespräch mit dem jugoslawischen Botschafter⁴⁷, der sich dafür einsetzen wolle, daß die UN-Sondersitzung über Nord-Süd-Probleme⁴⁸ zu konstruktiven Ergebnissen führe.

Wir sollten uns anschließen, die Jugoslawen würden bis März nähere Vorschläge machen.

Nach amerikanischer Auffassung sollten dabei konkrete Themen behandelt werden wie Energie, Nahrungsmittelversorgung und Technologie-Transfer.

BM stimmte zu und ergänzte, daß der Westen in der Vergangenheit häufig zu stark verbale Positionen verteidigt habe. Die Diskussion habe sich an Begriffen entzündet, wie z. B. neue Wirtschaftsordnung, und nicht genug an Sachfragen.

Die sowjetische Einwirkung auf die Dritte Welt beruhe einerseits auf Waffenlieferungen und andererseits auf versprochener Wirtschaftshilfe, die meistens nicht eingehalten wurde. Im Ergebnis breite sich Enttäuschung aus.

Jetzt sei in der Dritten Welt eine Ernüchterung eingetreten, die wir ermutigen sollten. Auch in unserer Öffentlichkeitsarbeit sollten wir offensiver werden. Er habe kürzlich darauf hingewiesen, daß die Bundesregierung auf 1 DM Entwicklungshilfe 8 DM für Rüstung ausgeben, während die Sowjets auf einen Rubel Entwicklungshilfe 397 Rubel für Rüstung ausgeben.

[gez.] Hermes

VS-Bd. 14091 (010)

⁴⁷ Budimir Lončar.

⁴⁸ Die VN-Sondergeneralversammlung für Entwicklungsfragen fand vom 25. August bis 15. September 1980 in New York statt. Vgl. dazu Dok. 273.

20

**Ministerialdirigent Lücking, z.Z. Washington,
an das Auswärtige Amt**

114-1337/80 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 313
Citissime

Aufgabe: 21. Januar 1980, 23.30 Uhr¹
Ankunft: 22. Januar 1980, 05.42 Uhr

Betr.: Gespräche BM und AM Vance am 21.1.²;
 hier: Gespräche bei dem zu Ehren des BM von Herrn Vance gegebenen
 Mittagessen

Vance (V): Was unsere neuesten Überlegungen zur Frage der Abhaltung der KSZE-Folgekonferenz³ auf Minister-Ebene seien?

M: Außenminister sollten die opening statements abgeben⁴ und in einer späteren, nach dem Verlauf der Konferenz festzulegenden Phase noch einmal nach Madrid kommen. Rumänien, Jugoslawien und Finnland unterstützten die Außenministerebene; abgesehen von Gromyko seien alle osteuropäischen Außenminister, was sie persönlich angehe, für Außenministerebene.

V: Wichtig sei, daß die Delegationsleiter gute, starke Persönlichkeiten seien; ihnen müßte der erforderliche Verhandlungsspielraum gelassen werden. Damit müßte die Aktion auf Außenministerebene harmonisiert werden.

M: Die Brüsseler NATO-Vorschläge vom Dezember⁵ blieben auf dem Tisch und müßten energisch weiterverfolgt werden. Die Madrider Konferenz sei sehr ernst zu nehmen; z.B. reichten im Zusammenhang mit dem französischen Vorschlag für eine KAE⁶ für den Anwendungsbereich der vertrauensbildenden Maßnahmen 250 Kilometer östlich der westlichen Grenze der Sowjetunion nicht aus. Die öffentliche Meinung werde auf Grund der jüngsten Ereignisse jetzt besser verstehen, warum wir eine Ausdehnung des Bereichs bis zum Ural verlangten.

V: In der Tat müsse unbedingt das ganze europäische Territorium der SU einbezogen werden. KAE und KSZE müßten eng miteinander verbunden und be-

¹ Ablichtung.

Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 16.

Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 23. Januar 1980 vorgelegen.

² Bundesminister Genscher hielt sich vom 18. bis 22. Januar 1980 in den USA auf. Für die Gespräche am 21./22. Januar 1980 in Washington vgl. auch Dok. 19 und Dok. 21.

³ Die KSZE-Folgekonferenz wurde am 11. November 1980 in Madrid eröffnet. Vgl. dazu Dok. 319 und Dok. 322.

⁴ Korrigiert aus: „abge“.

⁵ Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 10.

Zur NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1979 in Brüssel, bei der u.a. die Haltung der Allianz zur KSZE-Folgekonferenz in Madrid und zum französischen Vorschlag für eine Konferenz für Abrüstung in Europa erörtert wurde, vgl. AAPD 1979, II, Dok. 378. Vgl. ferner das Communiqué; NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 124–129. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN 1979, S. 1411–1414.

Zur dabei gebilligten Initiative der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 1, Anm. 12.

⁶ Zum französischen Vorschlag einer Konferenz für Abrüstung in Europa vgl. Dok. 1, Anm. 11.

handelt werden. Es wäre ein schwerer Fehler, über eine zweite Phase der KAE zu verhandeln, die eine Reduktion des militärischen Equipments einschließe. (Europa-Direktor Niles erläuterte Dg21 im persönlichen Gespräch, Vance sei dahingehend zu interpretieren, daß die USA über eine zweite Phase überhaupt nicht verhandeln wollten.) Die vertrauensbildenden Maßnahmen müßten obligatorischen Charakter haben sowie Substanz, eine reale Bedeutung.

M: Wir hätten vor den NATO-Beschlüssen in Brüssel im Dezember eine öffentliche Diskussion gehabt, die über ein Jahr gedauert hat. Der SU müsse klar werden, daß derartige Fragen bei uns öffentlich diskutiert würden, bevor in das Stadium der Planung, der Realisierung eingetreten werde. Im Bereich der Abrüstung dürften wir es nicht unbesehen hinnehmen, daß die SU ständig Scheinvorschläge mache. Wir müßten selbst mit Vorschlägen initiativ werden.

V: Wie sich die jüngsten Ereignisse auf die Haltung Belgiens zu der TNF-Frage ausgewirkt hätten?

M: Der Einfluß auf die öffentliche Meinung sei in Belgien sehr positiv gewesen, weniger stark dagegen in den Niederlanden.

(Im Hinblick auf den Besuch des thailändischen AM in Bonn⁷.) Der ASEAN-Zusammenschluß bestehe jetzt seit 13 Jahren. Es habe etwa zehn Jahre gedauert, bis sich die Länder darüber bewußt geworden seien, was diese Zusammenarbeit eigentlich für jedes Mitgliedsland bedeute.

V: Worauf dieses Erwachen aus dem Schlaf, diese plötzliche neue Vitalität zurückzuführen sei?

M: Der durch Vietnam und Kambodscha⁸ verursachte Schock habe sich auf den ASEAN-Zusammenschluß positiv ausgewirkt.

V: Ohne die von den ASEAN-Ländern eingenommene feste Position wäre es nicht möglich gewesen, bei Vietnam und Kambodscha in den Vereinten Nationen irgend etwas zu erreichen.⁹

⁷ Der thailändische Außenminister Papyachariyangkun und der stellvertretende thailändische Ministerpräsident Chulasappa besuchten vom 24. bis 26. Januar 1980 die Bundesrepublik und Berlin (West). Im Gespräch mit Bundesminister Genscher wurden u.a. die Flüchtlingsfrage in Südostasien, die Sicherheitslage Thailands, die Entwicklung in Kambodscha und die Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ASEAN erörtert. Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 11 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Ellerkmann vom 1. Februar 1980; Referat 012, Bd. 115729.

⁸ Nach dem Einmarsch vietnamesischer Truppen in Kambodscha am 25. Dezember 1978 wurde am 8. Januar 1979 eine provietnamesische Regierung unter dem Vorsitz von Heng Samrin gebildet und am 11. Januar 1979 die „Volksrepublik Kambodscha“ ausgerufen. Der VN-Sitz Kambodschas wurde jedoch weiterhin von der gestürzten Regierung des „Demokratischen Kambodschas“ unter Pol Pot wahrgenommen. Am 15. Januar 1979 scheiterte ein Resolutionsentwurf blockfreier Staaten mit der Forderung nach dem Abzug aller ausländischen Truppen aus Kambodscha am Veto der UdSSR.

⁹ Bei Eröffnung der XXXIV. VN-Generalversammlung am 18. September 1979 bestritt Vietnam die Berechtigung der Pol-Pot-Delegation zur Vertretung Kambodschas in den VN. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1819 des Botschafters Freiherr von Wechmar, New York (VN), vom selben Tag; Referat 340, Bd. 113154.

Am 19. September 1979 wurde entschieden, die Erörterung der Lage in Kambodscha als Tagesordnungspunkt der VN-Generalversammlung aufzunehmen. Dazu teilte Wechmar am 20. September 1979 mit: „Thailand führte für ASEAN-Staaten Item 125 (The Situation in Kampuchea) ein. Vietnam bezeichnete Aufnahme dieses Items als Einmischung in innere Angelegenheiten Kampuchees und wurde darin von SU, Weißrußland und weniger deutlich auch von Benin unterstützt. [...] In Abstimmung sprachen sich 19 Staaten für Einbeziehung des Items, 5 dagegen [...] aus, während sich Zypern enthielt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1846; Referat 340, Bd. 113154.

Am 21. September 1979 billigte die VN-Generalversammlung den Vorschlag des Beglaubigungs-

M: Es sei auch gar nicht leicht, allen europäischen Staaten klarzumachen, welche Bedeutung dem Dialog zwischen den beiden Gruppierungen zukomme.

V: Warum?

M: Es bestünden unterschiedliche Meinungen in der EG; einige wollten auf bilateralen Basis operieren, andere hätten ASEAN bisher einfach auch nicht ernstgenommen, weil der Eindruck bestand, ASEAN sei unwirksam. Vielleicht habe es auch eine Orientierung am Vorbild der EG gegeben, in dem Sinne, daß Zusammenarbeit im wirtschaftlichen Bereich auch positive Auswirkungen für die politische Zusammenarbeit hätte. Mitglieder der EG seien selbst überrascht, was inzwischen in der politischen Zusammenarbeit erreicht worden ist; denn das sei tatsächlich viel. Man brauche z.B. nur an das erstaunliche Maß an Harmonisierung in der Ostpolitik zu denken.

Wie sich die USA die weitere Entwicklung und Gestaltung ihrer Beziehungen zur SU vorstellten?

V: Wir werden mit ihnen weiterhin so umgehen (deal with them), wie wir es in der Vergangenheit getan haben. Sowjetische Besuche in den USA stünden z.Zt. nicht an. Er werde den rumänischen AM¹⁰ nach Washington einladen, da er seinerseits einer Einladung nach Rumänien nicht habe nachkommen können. Die Rumänen fühlten sich etwas alleingelassen.

Ungarn: Der Stellvertretende AM sei jedes Jahr einmal in Washington gewesen. Er selbst pflege den AM nur zu sehen, wenn er zu den Vereinten Nationen nach New York komme.

ČSSR: Die Beziehungen der USA zu Prag seien höchst seltsam (most strange). (Niles präzierte das Dg21 gegenüber dahingehend, daß die diplomatischen Beziehungen zwischen Washington und Prag eigentlich rein formaler Natur seien und ohne Substanz blieben.)

DDR: Fischer habe er vor zwei Jahren bei den Vereinten Nationen gesprochen. Dieser habe ihm damals die sowjetische Version des Konsularvertrages verkaufen wollen.¹¹

Fortsetzung Fußnote von Seite 119

ausschusses, den Sitz Kambodschas weiterhin dem Vertreter der Pol-Pot-Delegation zu überlassen. Wechmar sah darin „eine Niederlage für die SU und für Kuba und einen Schlag in das Gesicht Vietnams“. Das Ergebnis sei ein Erfolg von ASEAN, die „die zentrale Rolle des Organisators“ übernommen habe: „Sie hat mit diesem Erfolg in den VN weiter an Statur gewonnen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1881; Referat 340, Bd. 113154.

Die VN-Generalversammlung debattierte vom 12. bis 14. November 1979 die Lage in Kambodscha und verabschiedete mit 91 gegen 21 Stimmen bei 29 Enthaltungen einen von den ASEAN-Mitgliedstaaten eingebrachten Resolutionsentwurf, in dem die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten Kambodschas und der Rückzug aller fremden Streitkräfte aus dem Land sowie eine Einstellung der Kämpfe gefordert wurden. Vgl. dazu UN YEARBOOK 1979, S. 293.

¹⁰ Ștefan Andrei.

¹¹ Die USA und die DDR verhandelten seit 1975 über einen Konsularvertrag, konnten jedoch in der Frage der Staatsangehörigkeit keine Einigung erzielen. Vgl. dazu AAPD 1977, II, Dok. 306.

Am 8. Dezember 1977 übergab der amerikanische Botschafter in Ost-Berlin, Bolen, dem stellvertretenden Außenminister der DDR, Grunert, den Entwurf einer Erklärung zur Staatsangehörigkeitsfrage. Vgl. dazu den Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Lücking vom 14. Dezember 1977; B 81 (Referat 502), Bd. 1131.

Vortragender Legationsrat Edler von Braunmühl vermerkte am 21. Juni 1978: „Die Amerikaner haben uns in der Bonner Vierergruppe am 13.6.1978 mit der Bitte um streng vertrauliche Behandlung über den von DDR-Außenminister Fischer am 6.6.1978 in Washington US-Außenminister Vance übergebenen DDR-Entwurf für einen Briefwechsel zur Staatsangehörigkeitsfrage unterrich-

M: Ungeachtet der harten Erklärungen zu TNF habe Gromyko bei seinem letzten Besuch in Bonn den Bundeskanzler und ihn in die SU eingeladen.¹² Ein Termin sei noch nicht vorgesehen. Wir hätten gedacht, daß der BK im Frühjahr nach Moskau gehen sollte. Er selbst beabsichtige, der Einladung erst nach den Wahlen¹³ nachzukommen.

Der BK werde von Honecker sehr gedrängt, in die DDR zu kommen. Wenn der Kanzler mit Honecker zusammentreffe, so werde das wegen der Statusprobleme mit Sicherheit nicht in Ost-Berlin sein. Die Sowjets hätten nach Afghanistan nicht erneut über den Moskaubesuch gesprochen, wohl aber sei die DDR wiederum an uns wegen eines Treffens von Honecker mit dem BK herangetreten. Wir seien uns darüber im klaren, daß die öffentliche Präsentation des Treffens BK–Honecker sehr wichtig sei, d. h., es dürfe nicht der Eindruck entstehen, als ob wir (wie es die DDR vorgeschlagen hat) in Abrüstungsgespräche mit Ost-Berlin eintreten wollten oder daß ein solches Treffen Ausdruck einer neuen europäischen Interessenlage sei. Es dürften in diesem Punkt auch in Moskau keine Mißverständnisse aufkommen.

V: In Berlin habe es seit Afghanistan keine Veränderungen gegeben, d. h. die Lage sei ruhig geblieben.

M: Ja, die SU hätte auch nicht dagegen protestiert, daß er den neuen Präsidenten des Archäologischen Instituts in Berlin eingeführt habe.¹⁴

Wie es denn nun mit SALT weitergehen werde?¹⁵

V: SALT bleibe auf der parlamentarischen Tagesordnung, werde aber nicht zur Diskussion gebracht. Das könne erst dann geschehen, wenn es einen gewissen

Fortsetzung Fußnote von Seite 120

tet. Das Schreiben der DDR unterstreicht das Recht der DDR, wie jedes anderen Staates, die Bedingungen festzulegen, nach denen eine Person ihre Staatsangehörigkeit erwirkt oder verliert. Außerdem verweist das Schreiben auf die Gesetzgebung der DDR. [...] Für das Schreiben der USA hat die DDR einen völlig neuen Text entwickelt. Darin wird lediglich die Position der USA betreffend die US-Staatsangehörigkeit unterstrichen. Der in dem amerikanischen Entwurf enthaltene Vorbehalt der USA hinsichtlich der deutschen Staatsangehörigkeit fehlt.“ Vgl. B 81 (Referat 502), Bd. 1131.

¹² Der sowjetische Außenminister Gromyko besuchte von 21. bis 24. November 1979 die Bundesrepublik. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 341–344.

Legationsrat I. Klasse Barker vermerkte am 24. November 1979, die Übersetzung von Gromykos Äußerungen in der Pressekonferenz am 23. November 1979 durch den sowjetischen Dolmetscher Smirnow sei mehrfach unpräzise gewesen. So habe Gromyko auf die Frage, ob die UdSSR nach den Beschlüssen der NATO noch verhandeln werde, erklärt: „Die jetzige Position der NATO-Länder, darunter auch der Bundesrepublik Deutschland, wie sie sich jetzt darstellt – sie zerstört die Grundlage der Verhandlungen. Wir haben der Regierung der BRD dies mitgeteilt.“ Vgl. Referat 201, Bd. 120236.

¹³ Die Wahlen zum Bundestag fanden am 5. Oktober 1980 statt.

¹⁴ Am 11. Januar 1980 führte Bundesminister Genscher den bisherigen Direktor der Kommission für Alte Geschichte und Epigraphik, Buchner, in das Amt des Präsidenten des Deutschen Archäologischen Instituts ein. Am 22. Januar 1980 informierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Freiherr von Richthofen Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau und Ministerialdirigent Lücking, beide z. Z. Washington, der britische Sprecher in der Bonner Vierergruppe habe mitgeteilt, daß die sowjetische Seite „eine Begegnung der politischen Berater in Berlin zum Thema alliierte Militärpersonenzüge am 16. Januar“ zum Protest gegen die Amtseinführung des DAI-Präsidenten durch Genscher genutzt habe: „Die Drei Mächte haben den sowjetischen Protest unter Hinweis darauf, daß es sich bei den Tätigkeiten des Herrn Bundesministers nicht um Amtsakte über Berlin im Sinne des Vier-Mächte-Abkommens handelt und DAI legal in Berlin (West) sei, sofort zurückgewiesen.“ Vgl. den nicht nummerierten Drahterlaß; Referat 613, Bd. 124733.

¹⁵ Zur Aussetzung des Ratifizierungsverfahrens des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 im amerikanischen Senat vgl. Dok. 1, Anm. 13.

Durchbruch gegeben habe, etwa durch den Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan; dadurch würde natürlich eine neue Situation entstehen.

Bemerkenswert sei in diesem Zusammenhang, daß Senator Byrd SALT jetzt noch mehr Bedeutung für die Ost-West-Beziehungen beimesse als vorher. Auch die Joint Chiefs of Staff träten mit großem Nachdruck für den Vertrag ein. Warum? Sie sähen bei einem Scheitern des Vertrages höchst nachteilige Konsequenzen voraus, wie im Bereich der Verifikation, der Kontrolle der Zahl der Sprengköpfe und insbesondere auch bezüglich der Entwicklung neuer, und zwar zahlreicher Waffensysteme durch die SU.

M: Er sei in einer Fernsehsendung gefragt worden, ob wir mit den Brüsseler Vorschlägen weitermachen¹⁶ sollten. Er habe geantwortet, wir hätten diese Vorschläge aus eigenem Interesse und nicht im Interesse der SU gemacht. Und daran habe sich auch durch Afghanistan nichts geändert.

Botschafter Hermes: Wie es mit der sowjetischen Antwort auf die amerikanische Frage stünde, ob die SU sich so verhalten werde, als ob SALT ratifiziert sei?

V: Nein, die Sowjets hätten noch nicht geantwortet. Die USA würden aber der SU diese Frage erneut vorlegen.

M: Wie man auf amerikanischer Seite die möglichen Rückwirkungen der Afghanistan-Aktion auf die SU selbst, insbesondere auf die Führungssituation, betrachte?

Marshall Shulman: Vom Westen werde die sowjetische Invasion und Okkupation Afghanistans, eines Staates der Dritten Welt, als eine politisch-militärische Aktion von neuer Qualität angesehen. Er glaube nicht, daß die SU ihr eigenes Handeln gegenüber Afghanistan als ein weites Abgehen von ihrer bisherigen Politik betrachte. Aber Rückwirkungen auf die innere Situation in der SU würden mit Bestimmtheit eintreten, insbesondere im wirtschaftlichen Bereich; die ökonomische Planung werde über den Haufen geworfen. Das gleiche gelte für die im Militärhaushalt vorgesehenen Ausgaben. Was die politische Diskussion in der sowjetischen Führungsgruppe anbetreffe, so streite man schon seit längerer Zeit darüber, ob die von der SU seit 1971 verfolgte Politik erfolgreich gewesen sei. Durch Afghanistan habe sich diese Frage zugespitzt. Er glaube, daß eine eindeutige Reaktion des Westens einen Prozeß der Veränderungen in der sowjetischen Führung beschleunigen werde. Er sei fest davon überzeugt, daß eine konzertiert entschlossene und harte Reaktion des Westens auf die sowjetische Invasion und Okkupation von Afghanistan in Moskau zu einer tiefen Überprüfung der bisher von der SU verfolgten Außenpolitik führen werde – mit entsprechenden Implikationen für die Führungsfrage. Wenn der Westen Solidarität zeige, so müsse das in Moskau zu der Erkenntnis führen, daß der Westen die unaufhörliche Vermehrung des sowjetischen Militärpotentials nun nicht mehr länger hinzunehmen bereit sei. Die westlichen Reaktionen müßten derart sein, daß die sowjetische Führung zu der Erkenntnis komme, daß sie nicht gleichzeitig im außereuropäischen Teil der Welt Invasion und Okkupation vornehmen und dabei in Europa eine ihren Vorstellungen entsprechende Ent-

¹⁶ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 314 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

spannungspolitik weiterführen könne. Es müsse den Sowjets klargemacht werden, daß die Entspannung unteilbar ist.

Botschafter Hermes: Breschnew habe in seinem Brief an westliche Regierungschefs 1978 wegen China¹⁷ selbst festgestellt, daß die Entspannung unteilbar sei.

V: Sehr richtig.

M: Die Konzeption von der Unteilbarkeit der Entspannung sei auch bei uns nicht unumstritten. Seines Erachtens müßte der Grundsatz von der Unteilbarkeit der Entspannung immer wieder in alle Köpfe hineingehämmert werden, insbesondere in die der sowjetischen Führung. Wir müßten an bestimmten Grundsätzen festhalten. Wenn wir ständig neue Begriffe einführten, so glaubten die Sowjets, es handle sich bei uns um Substanzänderungen. Es komme darauf an, daß der Westen eine gemeinsame Strategie entwickle und daß dann jede einzelne Handlung der westlichen Staaten als ein Teil dieser Gesamtstrategie erscheine. Und diese gemeinsame Strategie müsse sehr schnell geschaffen werden.

V: Er stimme voll und ganz zu. Die vier Außenminister¹⁸ sollten sich deshalb treffen. Es folgte eine längere Diskussion über das Etikett (Camouflage), das man einem solchen Treffen der vier Außenminister geben könne. Vance stimmte BM zu, daß das Berlinetikett in diesem Fall nicht verwendet werden dürfe, da die Gefahr bestehe, daß es kontraproduzent wirke. Man müsse die Schwierigkeiten der Franzosen in Rechnung stellen, politische Fragen in der Allianz zu diskutieren. Es müsse eine Möglichkeit geschaffen werden, die Franzosen in die Diskussion hinein zu bekommen, aber man solle die ganze Frage jetzt noch nicht festziehen.

Vance sagte, man könne für das Treffen an einen Ort wie Leeds denken. BM bemerkte, er sehe schweren Herzens, daß vielleicht bald der Anlaß gegeben sei zu einem Treffen in Belgrad. (Es folgte kurze Diskussion über die letzten Nachrichten zum Befinden Titos nach der Beinamputation¹⁹.) Vance sagte abschlie-

17 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, richtete zur Frage von Waffenlieferungen an die Volksrepublik China im November und Dezember 1978 zwei Schreiben an Bundeskanzler Schmidt, ein Schreiben an Präsident Carter, ein Schreiben an Ministerpräsident Trudeau sowie jeweils zwei Schreiben an Staatspräsident Giscard d'Estaing, Premierminister Callaghan und Ministerpräsident Andreotti. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kühn vom 22. Februar 1979; VS-Bd. 13162 (213); B 150, Aktenkopien 1979.

Ministerialdirektor Blech unterrichtete die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel am 8. Januar 1979, Breschnew habe in seinem Schreiben vom 18. November 1978 an Schmidt ausgeführt: „Nach wie vor erreichen uns die Nachrichten, daß in einigen westeuropäischen Ländern die Versuchung wächst, sich mit dem Verkauf von Waffen an die Volksrepublik China zu beschäftigen, daß entsprechende Konsultationen abgehalten und hier und da auch praktische Schritte in dieser Richtung unternommen werden. [...] In Anbetracht der Vertraulichkeit unserer Beziehungen will ich Ihnen offenherzig sagen, daß die Neigung der Regierungen einiger Länder, Ansprüche Pekings auf Lieferungen von Waffen oder Material vollständig oder teilweise zu befriedigen, die unmittelbar zur Vergrößerung des Militärpotentials beitragen können, natürlich unsere Besorgnis hervorruft. Es kommt auf die Frage an, auf welchen Kurs sich diese Regierungen zu halten beabsichtigen – an die Festigung der Entspannung und des Friedens oder an deren Zerstörung, darunter mittels der in fremde Hände gelegten Waffen?“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 72; VS-Bd. 13162 (213); B 150, Aktenkopien 1979. Zum Schreiben Breschnews vom 27. Dezember 1978 an Schmidt vgl. AAPD 1979, I, Dok. 6.

18 Lord Peter Carrington (Großbritannien), Jean François-Poncet (Frankreich), Hans-Dietrich Genscher (Bundesrepublik) und Cyrus R. Vance (USA).

19 Vgl. dazu den Artikel „Tito das linke Bein amputiert“, SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 21. Januar 1980, S. 1.

ßend, wichtig sei eigentlich nur, daß vor dem Treffen der vier Außenminister nichts bekannt würde. Post eventum sei insbesondere das Interesse der Massenmedien nur noch gering. Man werde auf amerikanischer Seite über die Frage der Camouflage, d.h. des Etiketts für das Treffen der vier Außenminister, nachdenken.

Vance schloß mit folgendem Toast: Die letzten Monate seien für die USA eine sehr schwierige Periode gewesen. Die Unterstützung durch die Bundesrepublik Deutschland habe Amerika viel Kraft und Ermutigung gegeben. Die USA wüßten unsere Hilfe zu schätzen. „We are touched deeply.“

BM antwortete, unsere Haltung liege begründet in der Freundschaft unserer Länder, aber auch in der klaren Erkenntnis, daß wir in demselben Boot säßen. Wichtig sei, daß die europäischen Partner ihren Völkern klarmachten, daß wir gemeinsame Interessen haben. Und den Russen sollte ganz klargemacht werden, daß die USA sich auf ihre europäischen Verbündeten verlassen könnte und umgekehrt. Auch diese Unterrichtung erfolgt vorbehaltlich der Billigung durch Bundesminister.²⁰

[gez.] Lücking

VS-Bd. 14091 (010)

21

Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt

114-1363/80 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 329
Citissime

Aufgabe: 22. Januar 1980, 19.57 Uhr¹
Ankunft: 23. Januar 1980, 02.20 Uhr

Vorbehaltlich der Zustimmung des Bundesministers²

Betr.: Gespräch des Bundesministers mit Präsident Carter am 22. Januar 1980 in Washington³

Teilnehmer: außer Präsident Carter und Bundesminister Vizepräsident Mondale, Secretary of State Vance, Sicherheitsberater Brzezinski, Mr. Blackwill (NSC), Botschafter Hermes, VLR I Weber.

²⁰ Am 25. Januar 1980 unterrichtete Legationsrat I. Klasse Horstmann die Botschaft in Washington, „daß Bundesminister alle Gesprächsvermerke gebilligt hat“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 142; Referat 204, Bd. 115943.

¹ Ablichtung.

Hat Bundesminister Genscher am 23. Januar 1980 vorgelegen.

² Am 25. Januar 1980 unterrichtete Legationsrat I. Klasse Horstmann die Botschaft in Washington, „daß Bundesminister alle Gesprächsvermerke gebilligt hat“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 142; Referat 204, Bd. 115943.

³ Bundesminister Genscher hielt sich vom 18. bis 22. Januar 1980 in den USA auf. Für die Gespräche am 21./22. Januar 1980 in Washington vgl. auch Dok. 19 und Dok. 20.

Präsident Carter begann das Gespräch mit Worten hoher Anerkennung für die gute Zusammenarbeit zwischen Washington und Bonn und bat den Bundesminister, dem Bundeskanzler seine Dankbarkeit und Bewunderung zu übermitteln. Das gute persönliche Verhältnis zum Bundeskanzler sei für ihn wie für die Vereinigten Staaten von hohem Wert.

Er äußerte sich sodann zu der sowjetischen Invasion Afghanistans. Dies sei eine entscheidende Abwendung von der bisherigen sowjetischen Nachkriegspolitik. Ihr müsse langfristig und auf entschiedene Weise begegnet werden. Für ihn sei die Reaktion auf die sowjetische Invasion keine Frage einer vorübergehenden Einstellung. Nur wenn die Sowjetunion den hohen Preis erkenne, der damit verbunden sei, werde sie vor zukünftigen ähnlichen Abenteuern zurückschrecken. Die Verbündeten müßten eine gemeinsame Haltung einnehmen.

Ob die Bundesregierung auf Frankreich, das dazu noch nicht bereit zu sein schiene, Einfluß nehmen könne? Notwendig sei ein starkes und beständiges Handeln. Dort, wo ein vorrangiges Interesse an der Fortführung der Beziehungen mit der Sowjetunion bestehe, wie bei SALT und MBFR, würden die Beziehungen unvermindert fortgesetzt. Im übrigen würde eine weitergehendere Zusammenarbeit von dem Verhalten der Sowjetunion selbst abhängen.

Der Bundesminister erklärte, daß nach seiner Beurteilung die Sowjetunion in Afghanistan die Entwicklung eines von ihr nicht mehr voll kontrollierten und selbständigen Regimes verhindern wollte. Dabei habe die sowjetische Führung die westliche Reaktion ebenso falsch eingeschätzt wie die atlantische Entschlossenheit bei der TNF-Modernisierung. Die Sowjetunion werde sicher versuchen, Europa und die Vereinigten Staaten voneinander zu trennen. Hierauf müßte eine Antwort gegeben werden, der eine langfristige westliche Strategie zugrunde liege. In dieser Strategie könnten verschiedene Partner unterschiedliche Aufgaben übernehmen. Die Bundesrepublik Deutschland etwa die Federführung für eine Hilfe an die Türkei⁴, wobei wir neben finanzieller Hilfe auch Waffen liefern könnten. Die Vereinigten Staaten für Pakistan, wobei wir uns auch finanziell beteiligen könnten⁵, und die EG im Hinblick auf die Golfstaaten und Irak, mit denen ähnlich wie mit ASEAN ein Abkommen, das als ein politisches Signal verstanden werde, abgeschlossen werden könne.⁶

Die Region um Afghanistan müßte stabilisiert werden. Im Nachbarland Iran hofften wir, daß verantwortliche Führer in Zukunft die Prioritäten richtig setzten.

Die Bundesregierung erwäge eine Erhöhung der Entwicklungshilfe und schliesse eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben nicht aus. Hierin stimmten alle im Bundestag vertretenen Parteien überein.

Fortschritte in den Nahost-Verhandlungen seien erforderlich, um Sadat eine Versöhnung mit den Ländern der Ablehnungsfront⁷ zu ermöglichen.

⁴ Zur Wirtschafts-, Finanz- und Verteidigungshilfe für die Türkei vgl. Dok. 22.

⁵ Zur Wirtschafts- und Finanzhilfe für Pakistan vgl. Dok. 15, Anm. 17.

⁶ Zum geplanten Kooperationsabkommen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ASEAN vgl. Dok. 9, Anm. 15.

Zur Initiative der Bundesregierung im EG-Ministerrat am 15. Januar 1980 für ein Kooperationsabkommen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den Golfstaaten vgl. Dok. 13, Anm. 10.

⁷ Zur „Ablehnungsfront“ vgl. Dok. 5, Anm. 8.

Die westliche Gesamtstrategie müßte politische, wirtschaftliche und militärische Elemente umfassen. Wenn die Sowjetunion erkenne, daß das Risiko zu hoch sei, werde sie sich zurückhalten. Die westliche Gesamtstrategie sei eine Chance für die Revitalisierung des atlantischen Bündnisses. Wenn man politisch etwas wolle, sei man zu vielem fähig. Die EG habe dies am 15. Januar bewiesen, als sie eine Entscheidung zu Verhandlungen mit Jugoslawien getroffen habe, worüber man ein Jahr fruchtlos diskutiert habe.⁸

Präsident Carter begrüßte diese Vorstellungen und äußerte seine Zustimmung zu den Vorschlägen des Bundeskanzlers in dessen Brief vom 18. Januar⁹, der am 21. Januar dem Präsidenten zugegangen war. Er begrüßte die Absicht, ein Vierer-Außenministertreffen nach der Islamischen Konferenz in Islamabad¹⁰ abzuhalten, frage sich jedoch, ob der Kreis nicht erweitert werden solle, etwa durch Italien. Dem stimmte der Bundesminister zu. Der Präsident fragte, unter welchen Vorzeichen eine solche Konferenz stattfinden könne. Der Bundesminister erwähnte frühere Vierer-Außenministertreffen, in denen Themen wie Jugoslawien, Portugal, Afrika, Nahost besprochen worden seien, ohne daß Frankreich Widerspruch erhoben habe. Nur im NATO-Rahmen sei Frankreich zu solchen Erörterungen nicht bereit. Präsident Carter schlug vor, eine Vorbereitungssitzung des Wirtschaftsgipfels¹¹ zu dem Zweck der Erörterung einer gesamtwestlichen Strategie zu nutzen. Italien würde Gastgeber sein können, und Japan und Kanada könnten ebenfalls teilnehmen.

Der Bundesminister erklärte, daß er im Hinblick auf die langfristige Strategie Senator Byrd gefragt habe, wie der Senat zur Wehrpflicht stehe. Senator Byrd hätte sich persönlich positiv dazu geäußert, aber das Jahr 1980 als schwierig für eine öffentliche Debatte bezeichnet.¹²

In der Bundesrepublik Deutschland seien sich die Bürger der neuen Herausforderung bewußt und auch bereit, dafür Opfer auf sich zu nehmen.

Zu der westlichen Gesamtstrategie gehöre ein neues Verhältnis zur Dritten Welt. Die Länder der Dritten Welt müßten wissen, daß der Westen ihnen in der Stunde der Not helfe.

Mit Protesten wie nach der Besetzung der ČSSR 1968¹³ dürfe es sein Bewen-

⁸ Zur Entscheidung des EG-Ministerrats vom 15. Januar hinsichtlich eines Kooperationsabkommens mit Jugoslawien vgl. Dok. 19, Anm. 8.

⁹ Vgl. Dok. 17.

¹⁰ Die Konferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz fand vom 27. bis 29. Januar 1980 in Islamabad statt. Vgl. dazu Dok. 29, Anm. 19.

¹¹ Zum Weltwirtschaftsgipfel am 22./23. Juni 1980 in Venedig vgl. Dok. 184 und Dok. 185.

¹² Zu Überlegungen für die Wiedereinführung der Wehrpflicht in den USA vgl. Dok. 19, Anm. 31. Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 21. Januar 1980, Senator Byrd habe im Gespräch mit Bundesminister Genscher erklärt, „daß nach seiner Überzeugung die Wehrpflicht wieder eingeführt werden sollte. Noch sei die Opposition dagegen stark. Senator Nunn werde aber eine Gesetzgebung in dieser Richtung vorbereiten. Auch wenn 1980 noch nicht damit gerechnet werden könne, werde der Stimmungswandel in der Bevölkerung, der für die Wiedereinführung der Wehrpflicht günstiger sei als die noch bestehende Einstellung der politischen Führer, später eine positive Entscheidung bewirken können.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 290; VS-Bd. 14091 (010), B 150, Aktenkopien 1980.

¹³ Am 20./21. August 1968 intervenierten Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR. Vgl. dazu AAPD 1968, II, Dok. 261–263 und Dok. 273.

den nicht haben. Wir müßten vermeiden, daß die Sowjetunion erneut einer Fehleinschätzung unterliege.

Präsident Carter erklärte sein volles Einverständnis. Er habe sich klar zu einer amerikanischen Nichtteilnahme an der Olympiade in Moskau geäußert, falls die Sowjetunion die Invasion Afghanistans nicht bald beende.¹⁴ Er sei fest entschlossen, an einer sowjetischen Olympiade-Propaganda-Veranstaltung nicht mitzuwirken. Australien¹⁵ und Kanada¹⁶ hätten sich ebenso geäußert.

Erst wenn die Sowjetunion aus der westlichen Reaktion die Lehren ziehe, werde sie geneigt sein, die anerkannten Regeln des internationalen Verhaltens zu beachten. Selbst wenn die Sowjetunion im April die Truppen aus Afghanistan zurückziehe, müsse eine gewisse Strafe erhalten bleiben (a level of punishment should be maintained).

Im übrigen habe die Sowjetunion offensichtlich in Afghanistan keinen leichten Stand.

Präsident Carter dankte für die deutsche Unterstützung und Hilfe in der amerikanischen Geiselnahme in Teheran. Sie verstärke in den Vereinigten Staaten das Gefühl der Freundschaft für die Bundesrepublik Deutschland.

Der Bundesminister wies zur Olympiade auf die Erklärung der Bundesregierung vom 20. Januar¹⁷ hin und auf unsere Absicht, diese Frage mit unseren

¹⁴ Zur Forderung des Präsidenten Carter vom 20. Januar 1980 nach einem Boykott der Olympischen Sommerspiele vgl. Dok. 19, Anm. 20.

¹⁵ In der Presse wurde berichtet, am 22. Januar habe Ministerpräsident Fraser in einem Schreiben an den Vorsitzenden des australischen Nationalen Olympischen Komitees, Grange, zum Boykott der Olympischen Sommerspiele in Moskau aufgerufen. Vgl. dazu den Artikel „Fast alle sagen zu Carter: Ja, aber“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 23. Januar 1980, S. 2.

¹⁶ Ministerpräsident Clark gab am 11. Januar 1980 Maßnahmen gegen die UdSSR wegen deren Intervention in Afghanistan bekannt. Dazu gehöre auch die Suche nach einem alternativen Austragungsort für die Olympischen Sommerspiele. Gesandter Lang, Ottawa, berichtete am 12. Januar 1980: „Die Regierung beabsichtigt zur Zeit nicht, die Spiele zu boykottieren, falls sie in Moskau stattfinden, da sie sich von einer solchen Maßnahme politisch nichts verspricht. Zum Vorschlag des US-Vizepräsidenten Mondale, Montreal als Austragungsort für die Olympischen Spiele vorzusehen, erklärte Clark, daß er hierüber mit Bürgermeister von Montreal gesprochen habe und daß Kanada bereit sei, entsprechende Aufforderung des Internationalen Olympischen Komitees zu erwägen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 8; Referat 340, Bd. 113031.

¹⁷ Staatssekretär Lautenschlager informierte am 20. Januar 1980 die Botschaft in Washington und die Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York, in einer Staatssekretärsbesprechung im Bundeskanzleramt sei eine Mitteilung des Regierungssprechers zur Erklärung des Präsidenten Carter vom selben Tag ausgearbeitet worden: „Nach telefonischer Abstimmung zwischen dem Bundeskanzler und dem Herrn Bundesminister hat dieser Text die folgende Fassung: ‚Mitteilung des Regierungssprechers: Die Bundesregierung ist heute durch die Regierung der Vereinigten Staaten im voraus davon unterrichtet worden, daß Präsident Carter das Nationale Olympische Komitee der USA auffordert, sich beim Internationalen Olympischen Komitee dafür einzusetzen, daß die Olympischen Sommerspiele, die in Moskau stattfinden sollen, verlegt, vertagt oder abgesagt werden, wenn die sowjetischen Truppen nicht innerhalb der nächsten Monate aus Afghanistan abgezogen worden sind. Die Bundesregierung ist gebeten worden, eine Initiative im gleichen Sinne gegenüber dem NOK der Bundesrepublik Deutschland zu ergreifen. Entsprechende Mitteilungen sind an die Regierungen der Länder gegangen, deren Sportler an den Spielen teilnehmen. Über die Teilnahme an den Olympischen Spielen entscheidet in der Bundesrepublik Deutschland ebenso wie in den USA die Sportorganisation in eigener Verantwortung. Die Bundesregierung hat in diesen kritischen Tagen wiederholt ihre Solidarität mit den USA bewiesen. Sie hat großes Verständnis für diese Initiative des Präsidenten. Sie wird diese Initiative mit den europäischen Partnern und mit den deutschen Sportorganisationen unverzüglich erörtern.‘“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 370; B 2 (Referat 014), Bd. 246.

In der Presse hieß es, der stellvertretende Sprecher der Bundesregierung, Grünewald, habe am 21. Ja-

europäischen Partnern zu besprechen. Wir dürften aber in der westlichen Öffentlichkeit nicht den Eindruck aufkommen lassen, als sei die Frage der Teilnahme oder Nichtteilnahme an der Olympiade in Moskau die wichtigste Reaktion auf die sowjetische Herausforderung. Sonst würde der Bürger sicher nicht bereit sein, für die eigentliche Antwort Opfer auf sich zu nehmen.

Präsident Carter stimmte dem zu, meinte aber, daß die Vereinigten Staaten zunächst die wirtschaftlichen Maßnahmen ergriffen hätten, die ihnen erhebliche Opfer abverlangten¹⁸, und dann erst zur Teilnahme an der Olympiade die negative Erklärung abgeben hätten. Er halte es nicht für richtig, diese beiden Dinge voneinander zu trennen.

[gez.] Hermes

VS-Bd. 14091 (010)

22

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Dröge und des Ministerialdirektors Fischer

201-363.60/2-255/80 VS-vertraulich
420-410.03 TUR

23. Januar 1980¹

Über Herrn Staatssekretär² Herrn Minister³ mit der Bitte um Zeichnung der beigegeführten BSR-Vorlage nach Abstimmung mit dem Herrn Bundeskanzler

Betr.: Türkeihilfe;

hier: Beschlußfassung über die Gesamtkonzeption in der 22. Sitzung des BSR am 31.1.1980 (14.00) unter TOP „Verschiedenes“ (nur die ordentlichen BSR-Mitglieder)

Anlg.: 1 (BSR-Vorlage 201-363.60/2 Tgb.Nr. 239/80 VS-v)

Fortsetzung Fußnote von Seite 127

nuar 1980 in der Bundespressekonferenz jede Festlegung in der Frage eines Boykotts der Olympischen Sommerspiele vermieden: „Die Bundesregierung sei, wie Präsident Carter, daran interessiert, daß alle Reaktionen auf den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan auf einer möglichst breiten Grundlage beschlossen würden.“ Vgl. den Artikel „CDU tritt für Olympia-Boykott ein; Bundesregierung vermeidet Stellungnahme“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 22. Januar 1980, S. 1.

¹⁸ Zur Einschränkung von Getreidelieferungen in die UdSSR vgl. Dok. 10, Anm. 23.

Zu den amerikanischen Maßnahmen für ein Embargo bei technologischen Gütern vgl. Dok. 10, Anm. 19.

¹ Ablichtung.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 24. Januar 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 25. Januar 1980 vorgelegen.

Hat Legationsrat I. Klasse Petersmann vorgelegen.

² Günther van Well.

³ Hat Bundesminister Genscher laut Vermerk des Ministerbüros am 28. Januar 1980 vorgelegen.

I. 1) Vor dem Hintergrund der Iran- und Afghanistan-Krisen sowie der sich rapide verschärfenden wirtschaftlichen Notsituation in der Türkei beschloß der BSR in seiner 21. Sitzung am 10. Januar 1980, „der Türkei alle positive Aufmerksamkeit zu widmen“.

2) Am 12.1.1980 appellierte Präsident Carter in einem Schreiben an den Herrn Bundeskanzler, in Arbeitsteilung zwischen den USA und den europäischen NATO-Partnern unter Führung der Bundesrepublik Deutschland zur Stabilisierung der Türkei und ihrer militärischen und wirtschaftlichen Sicherheit Wesentliches beizutragen.⁴

3) In seiner Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag am 17.1.1980⁵ erklärte sich der Herr Bundeskanzler wie folgt zu einer außerordentlichen Anstrengung zugunsten der Türkei bereit:

„Unsere vielfache Hilfe für unsere Verbündeten – ich rede von der Türkei – werden wir mit Nachdruck weiterführen. Wir sind, was die Türkei angeht, bereit, dabei die Initiative auch für andere Freunde mit zu übernehmen und – ähnlich wie schon 1979 geschehen – erneut eine außerordentliche Hilfe für die Türkei⁶ zustande zu bringen“ (vgl. Bulletin Nr. 8 vom 18. Januar 1980, Seite 62).

Dies wurde in der Türkei mit großer Befriedigung und sehr hohen Erwartungen zur Kenntnis genommen.⁷

4) Mit Zustimmung des Herrn Ministers entschied der Herr Staatssekretär am 18.1.1980, den BSR am 31.1.1980 mit dem Gesamtkonzept einer deutschen Tür-

⁴ Zum Schreiben des Präsidenten Carter vom 12. Januar 1980 vgl. Dok. 17, Anm. 2.

⁵ Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Schmidt vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 113, S. 15578–15584.

⁶ Zur 1979 anvisierten Wirtschafts- und Finanzhilfe für die Türkei vgl. AAPD 1979, I, Dok. 115. Referat 420 notierte am 18. Januar 1980, eine durch den Generalsekretär der OECD, van Lennep, koordinierte Sonderhilfsaktion von 15 Geberländern habe im Mai 1979 Hilfszusagen für die Türkei in Höhe von rund 900 Millionen US-Dollar beschlossen: „Fast siebeneinhalb Monate nach der Pariser Konferenz der Geberländer sind der Türkei bedauerlicherweise erst Mittel in Höhe von knapp 360 Mio. Dollar effektiv zugeflossen – gerade zwei Fünftel der Gesamtzusage (40 %). Dieser Betrag entspricht im Wert gerade rd. 7 % der türkischen Gesamteinfuhren. [...] Die Bundesrepublik Deutschland allein hat drei Fünftel aller bis heute der Türkei ausgezahlten Hilfe gegeben. Bis auf Dänemark (2,5 Mio. Dollar) hat bis heute keines der übrigen beteiligten EG-Länder seine Zusage erfüllt. Die USA haben von ihrer Zusage bisher rund die Hälfte, nämlich 100 Mio. Dollar, ausgezahlt. Als erstes der Guadeloupe-Länder haben wir unsere Kreditzusage vollständig erfüllt und Mitte August bzw. Anfang Dezember 1979 der türkischen Zentralbank in zwei Tranchen insgesamt 380 Mio. DM (215 Mio. Dollar) überwiesen. Dieser Kredit ist inzwischen vollständig zur Finanzierung dringlicher Einfuhren verwendet worden. Wir haben 1979 außer dieser Soforthilfe der Türkei im Rahmen der finanziellen Zusammenarbeit eine bald abfließende Projekthilfe von 130 Mio. DM (76 Mio. Dollar) zugesagt. [...] Zusätzlich zu der Sonderhilfsaktion bringt auch die im Juli 1979 von Mitgliedstaaten des Türkei-Konsortiums und Japan getroffene neuerliche Umschuldungsvereinbarung der Türkei eine beträchtliche Schuldendienstentlastung von rd. 1,1 Mrd. Dollar 1979/80.“ Vgl. Referat 420, Bd. 124280.

⁷ Vortragender Legationsrat I. Klasse Vogeler unterrichtete die Botschaft in Ankara am 23. Januar 1980: „Türkei-Passage in Regierungserklärung und Aussage von BM Genscher im E[G-Minister]R[at] und vor Journalisten sind nicht Ergebnis, sondern Auftakt neuer Überlegungen zum Thema Türkeihilfe. Bundesregierung prüft z. Zt. Möglichkeiten, Türkei auf den Gebieten der Verteidigungs-, Ausrüstungs- und Wirtschaftshilfe sowie der kommerziellen Rüstungslieferungen zu helfen bzw. multilaterale Hilfsmaßnahmen einzuleiten. Bis zum Vorliegen erster Entscheidungen des Bundessicherheitsrates und des Bundeskabinetts können keine Angaben über finanziellen Umfang von Maßnahmen gemacht werden, da Haushaltslage noch ungeklärt ist. Andererseits kann gegenüber türkischen Verantwortlichen zum Ausdruck gebracht werden, daß wir den geplanten Maßnahmen zu Gunsten der Türkei höchsten Stellenwert einräumen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 493; Referat 420, Bd. 124280.

keihilfe zu befassen. Dem dient die zur Zeichnung beigefügte BSR-Vorlage, die in folgende operative Abschnitte gegliedert ist:

I. Verteidigungshilfe (nämlich eine Rüstungssonderhilfe in Höhe von DM 400 Mio.); (Griechenland: DM 80 Mio.)

II. Ausrüstungshilfe (nämlich Polizeihilfe in Höhe von DM 20 Mio.)

III. Wirtschaftshilfe (nämlich deutsche Warenhilfekredite in Höhe von DM 400 Mio. im Rahmen der bei der OECD koordinierten multilateralen Hilfsaktion)

IV. Beschleunigte Durchführung des Kabinettsbeschlusses vom 2. Februar 1977 über Verbürgung eines kommerziellen Rüstungsgeschäfts in Höhe von DM 560 Mio.

V. Maßnahmen im Rahmen der EG-Assoziierung der Türkei

Die Beschlußvorschläge zu sämtlichen Teilen finden sich als Teil VI auf den letzten beiden Seiten der Vorlage.

5) Angesichts des Umfangs und der Komplexität der Materie war es innerhalb der beiden zur Verfügung stehenden Arbeitstage lediglich möglich, die BSR-Vorlage in ihren Einzelteilen getrennt auf Arbeitsebene zu erörtern. Dies geschah zu

Teil I mit BMF und BMVg,

Teil II mit BMF und BMI,

Teil III mit BMF, BMWi und BMZ,

Teil IV mit BMF und BMVg.

6) Dabei waren die Vertreter des BMF nicht in der Lage, der Vorlage nach Art und Umfang der vorgeschlagenen Hilfeaktionen zuzustimmen.

Sie wandten vor allem folgendes ein:

a) Der BSR sei (jedenfalls für die Teile III und IV) nicht zuständig.

b) Im Wahljahr⁸ sei ein Nachtragshaushalt nicht opportun.

c) Der vorgeschlagene Umfang der Hilfeleistungen für die Türkei und Griechenland (DM 900 Mio. sowie Bürgschaft über DM 560 Mio.) lasse sich kaum durch Umschichtung und Verschieben von Projekten im Bundeshaushalt 1980, sondern nur durch Nachtragshaushalt durchführen. Dies bedeute, daß die vorgesehene Steuersenkung geringer als geplant ausfallen müsse.

d) Das Risiko der Bürgschaft (Teil IV) sei so hoch, daß sie de facto eine Verteidigungshilfe darstelle. Durch eine zusätzliche Rüstungs-sonderhilfe würden sich unsere unentgeltlichen Leistungen für die türkischen Streitkräfte praktisch verdoppeln.

e) Überhaupt solle man eine Arbeitsteilung anstreben, wonach die USA sämtliche Verteidigungshilfe für die Türkei und wir für sie nur noch Wirtschaftshilfe leisteten.

Aus diesen Einwendungen ergibt sich, daß das BMF die Türkeihilfe auf das beschränken möchte, was sich durch Umschichtung im Haushalt ermöglichen läßt.

⁸ Die Wahlen zum Bundestag fanden am 5. Oktober 1980 statt.

Demgegenüber erklärte sich das BMZ außerstande, Mittel in dem erforderlichen Umfang durch Reservemittel oder Umschichtung in seinem Haushalt (Einzelplan 23) bereitzustellen. Gleiches gilt für das Auswärtige Amt.

Die BMF-Vertreter regten daher an, das Projekt einer BSR-Vorlage zunächst auf Staatssekretär-Ebene weiterzubehandeln.

II. 1) Wenn den vielfältigen Ankündigungen einer außerordentlichen deutschen Hilfsaktion für die Türkei keine baldigen Taten folgen würden, wäre eine beträchtliche Belastung des deutsch-türkischen und des deutsch-amerikanischen Verhältnisses die Folge.

a) In der Türkei haben die Worte des Herrn Bundeskanzlers zu recht die Erwartung geweckt, daß wir jetzt nicht nur bereit sind, endlich die zugesagte außerordentliche Bürgschaft für das kommerzielle Rüstungsgeschäft zu gewähren, sondern darüber hinaus etwas zu tun.

Nur die bereits zugesagte Bürgschaft zu gewähren, würde sich in den Augen Ankaras als keine neue Leistung darstellen.

Die Bürgschaft in so spätem Stadium jedoch zu versagen und durch eine noch ungewisse Sonderrüstungshilfe zu ersetzen, bedeutete, mit einer Hand zu nehmen, was man mit der anderen später zu geben in Aussicht stellt.

Auch eine wirksame Wirtschaftshilfe an die Türkei setzt angesichts der dort herrschenden Notlage eine Größenordnung in der vorgeschlagenen Höhe voraus, die der des Vorjahres entspricht.

b) Angesichts unserer wiederholten Erklärungen gegenüber den USA, in der Iran-Afghanistan-Krise Solidarität auch im Handeln zu üben, rechnet Washington mit einer durchgreifenden Hilfsaktion in überzeugenden Dimensionen. Nur in diesem Falle käme es im NATO-Bereich zu einer spürbaren Entlastung der USA, die sich großen Belastungen außerhalb des NATO-Bereiches gegenüber sieht.

c) Sich auf eine Arbeitsteilung (wir nur Wirtschaftshilfe; die USA Rüstungshilfe), wie vom BMF erwogen, einzulassen, hieße, uns einer der wichtigsten Einflußmöglichkeiten auf die türkische Führung zu begeben und die Früchte unserer bisherigen Verteidigungshilfe zu verlieren. Die Fortsetzung der Verteidigungshilfe an die Türkei steht auch in unserem eigenen Interesse.

2) Nach allem wird es unumgänglich sein, die Mittel für die vorgeschlagenen Türkeihilfeaktionen in einen Nachtragshaushalt 1980 einzustellen.

3) Einigung hierüber ist nach Sachlage auch auf Staatssekretär-Ebene nicht zu erwarten. Angesichts der Notwendigkeit, schnell Zeichen zu setzen und wenigstens die prozeduralen Voraussetzungen für die baldige Einleitung von Hilfeleistungen zu bewirken, empfiehlt sich nach Ansicht von Abteilung 2 und Abteilung 4 sofortige Erörterung des Konzepts auf Ministerebene unter den ordentlichen Mitgliedern des BSR (BK, AA, BMF, BMWi, BMVg). Dies wäre zugleich das bei streitigen Kabinettsvorlagen übliche Ministergespräch zur Vorbereitung von Entscheidungen des Bundeskabinetts.

III. Vorschlag

Zeichnung der beigefügten BSR-Vorlage nach Abstimmung mit dem Herrn Bundeskanzler.

Diese Aufzeichnung ist mit Referat 112 und Referat 300 abgestimmt.

gez. Dröge

gez. Fischer

[Anlagen]

Bundessicherheitsratssache

An den

Chef des Bundeskanzleramtes⁹

5300 Bonn 1

nachrichtlich:

Bundesminister des Innern¹⁰

Bundesminister der Finanzen¹¹

Bundesminister für Wirtschaft¹²

Bundesminister der Verteidigung¹³

Chef des Bundespräsidialamtes¹⁴

Chef des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung¹⁵

5300 Bonn 1

Betr.: 22. Sitzung des Bundessicherheitsrats am 31. Januar 1980;
hier: Türkeihilfe

Anlg.: 1

In Vorbereitung der 22. Sitzung des Bundessicherheitsrats am 31. Januar 1980 wird anliegend für den Tagesordnungspunkt 5 „Verschiedenes“ eine Beschlußvorlage zum Thema „Türkeihilfe“ übersandt, die sich wie folgt gliedert:

Vorbemerkung (Seite 1–3)

I. Verteidigungshilfe (Seite 3–7)

II. Ausrüstungshilfe (Seite 8–10)

III. Wirtschaftshilfe (Seite 11–13)

IV. Kommerzielles Rüstungsgeschäft (Seite 14–15)

V. Maßnahmen im Rahmen EG-Assoziierung der Türkei (Seite 16)

VI. Beschlußvorschlag (Seite 17–18)

Die einzelnen Teile der Vorlage waren auf Arbeitsebene Gegenstand von Ressortbesprechungen mit den sachlich betroffenen Bundesministerien (BMI, BMF,

⁹ Manfred Schüler.

¹⁰ Gerhart Rudolf Baum.

¹¹ Hans Matthöfer.

¹² Otto Graf Lambsdorff.

¹³ Hans Apel.

¹⁴ Hans Neusel.

¹⁵ Klaus Bölling.

BMWi, BMVg und BMZ). Wegen der Eilbedürftigkeit der Angelegenheit war es nicht möglich, die formelle Zustimmung der verschiedenen Ressorts einzuholen.

Während die übrigen Ressorts auf Arbeitsebene den ihre Zuständigkeit berührenden Teilen der Vorlage zustimmten, legte das Bundesministerium der Finanzen generellen Vorbehalt ein.

[Anlage]

201-363.60/2-239/80 VS-v

Bonn, 24. Januar 1980

Beschlußvorlage des Auswärtigen Amtes an den Bundessicherheitsrat

Betr.: Türkeihilfe

Vorbemerkung:

1) Die wirtschaftliche Lage der Türkei hat sich trotz Anlaufens der am 30. Mai 1979 beschlossenen multilateralen Finanzhilfe¹⁶ weiter verschlechtert. Gleichzeitig haben sich die äußere Gefährdung der Türkei und ihre Bedeutung für die Stabilität der NATO-Südostflanke und des Mittleren Ostens durch die Ereignisse im Iran und in Afghanistan noch erhöht. Es ist offensichtlicher denn je, daß die Türkei ihre stabilisierende sicherheitspolitische Rolle nicht erfüllen kann, wenn sie nicht selbst umgehend stabilisiert wird. Die Regierung Demirel

¹⁶ Am 30. Mai 1979 fand in Paris eine Tagung der OECD für eine Sonderhilfe für die Türkei statt, an der sich auch die EG-Kommission und internationale Finanzorganisationen beteiligten. Referat 420 notierte am 12. Juni 1979: „Auf der Pariser Konferenz der Geberländer am 30.5.79 wurden Beiträge zur Soforthilfeaktion in Höhe von insgesamt rd. 900 Mio. US-Dollar (davon 661 Mio. Dollar Warenhilfe-, der Rest Exportkredite) zugesagt. Dieses Ergebnis hat die Erwartungen übertroffen und ist von der türkischen Regierung lebhaft begrüßt worden. Alle angesprochenen Länder – außer Australien und Neuseeland – haben eine Beteiligung an der Hilfsaktion zugesagt. Kanada und Luxemburg konnten ihre Beiträge noch nicht beziffern. Mit Ausnahme Norwegens haben alle Geberländer die Auszahlung der Soforthilfemittel davon abhängig gemacht, daß sich die Türkei mit dem IWF über ein neues Bereitschaftskreditabkommen einigt. Wir haben auf der Pariser Konferenz 200 Mio. Dollar zu sehr günstigen Konditionen zugesagt (30 Jahre Laufzeit, 2 % Zinsen, zehn Freijahre) und sind damit unserer Führungsrolle bei der Vorbereitung der Soforthilfeaktion gerecht geworden.“ Vgl. Referat 420, Bd. 124279.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Pabsch vermerkte am 29. August 1979 zu weiteren Verhandlungen über die Umschuldung der Türkei vom 23. bis 25. Juli 1979 im Rahmen des Türkei-Konsortiums der OECD in Paris: „Die neuerliche Umschuldungsrunde wurde möglich, nachdem sich die Türkei wenige Tage zuvor mit dem IWF über einen stand-by-credit in Höhe von 250 Mio. SZR geeinigt hatte. Die Berechnungen des IWF über die Devisenlücken der Türkei stecken auch den Umfang der Umschuldungsaktion ab; danach werden im Umschuldungszeitraum (ein Jahr) ca. 800 Mio. Dollar benötigt. Wegen der erheblichen Unsicherheiten bei der Berechnung der Schulden der Türkei wurde schließlich sogar ein Betrag von rd. einer Mrd. Dollar umgeschuldet. Davon entfallen auf die Bundesrepublik Deutschland als größtem Gläubigerland rd. 320 Mio. Dollar (ca. 250 Mio. kurzfristige und 70 Mio. mittel- und langfristige Forderungen). Die USA (ca. 195 Mio. Dollar) und Frankreich (ca. 132 Mio. Dollar) sind die nächst größten Gläubigerländer.“ Vgl. Referat 422, Bd. 121397. Gesandter von Alten, Ankara, berichtete am 1. Oktober 1979 über eine Umschuldungsvereinbarung zwischen der Türkei und einem Konsortium von Privatbanken: „Das am 29.8.1979 zwischen der Türkei und 250 Geschäftsbanken in London unterzeichnete Umschuldungsabkommen ist am 26.9.1979 in Kraft getreten, nachdem eine Regelung für die von der Türkei noch zu zahlenden Zinsen über etwa 90 Mio. US-Dollar gefunden wurde. Dieses Abkommen ist für die Türkei nicht nur wichtig, weil circa 2,3 Mrd. US-Dollar umgeschuldet wurden, sondern weil die Banken gleichzeitig einen neuen Kredit über 407 Mio. US-Dollar gewähren.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 1596; Referat 422, Bd. 121397.

setzt die Tradition der türkischen Westorientierung fort und ist sich bewußt, daß die Sicherheit der Türkei nur im Rahmen des Atlantischen Bündnisses gewährleistet ist.

2) Vor diesem Hintergrund beschloß der Bundessicherheitsrat in seiner 21. Sitzung am 10. Januar 1980, der Türkei alle positive Aufmerksamkeit zu widmen. Bei der Notwendigkeit neuer Finanzierungshilfe solle sich die Bundesregierung, wenn erforderlich, erneut an die Spitze setzen. Dies gab der Herr Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag am 17. Januar 1980 mit folgenden Worten bekannt:

„Unsere vielfache Hilfe für unsere Verbündeten – ich rede von der Türkei – werden wir mit Nachdruck weiterführen. Wir sind, was die Türkei angeht, bereit, dabei die Initiative auch für andere Freunde mit zu übernehmen und – ähnlich wie schon 1979 geschehen – erneut eine außerordentliche Hilfe für die Türkei zustande zu bringen“ (vgl. Bulletin Nr. 8 vom 18. Januar 1980, Seite 62).

Dies wurde in der Türkei mit großer Befriedigung und sehr hohen Erwartungen zur Kenntnis genommen.

3) Am 12. Januar 1980 appellierte Präsident Carter in einem Schreiben an den Herrn Bundeskanzler, in einer Art Arbeitsteilung zwischen den USA und den europäischen NATO-Partnern unter Führung der Bundesrepublik Deutschland zur Stabilisierung der Türkei und ihrer militärischen und wirtschaftlichen Sicherheit Wesentliches beizutragen („No other European effort could be as helpful as a major and sustained commitment to the military and economic security of Turkey.“).

4) Da die Bundesregierung wegen der besonderen Interessenlage der Bundesrepublik Deutschland im Ost-West-Verhältnis die amerikanischen Sanktionen gegen die Sowjetunion im Afghanistan-Zusammenhang¹⁷ nur beschränkt mit vollziehen kann und sich auch nicht in der Lage sieht, mit militärischen Maßnahmen dem sowjetischen Vordringen außerhalb des NATO-Bereichs unmittelbar entgegenzuwirken, käme dem positiven Eingehen auf diesen Vorschlag Präsident Carters in mehrfacher Hinsicht besondere Bedeutung zu:

a) Im deutsch-amerikanischen Verhältnis wäre dies Beweis einer nicht nur verbalen, sondern Opferbereitschaft beweisenden Solidarität mit den Vereinigten Staaten von Amerika in einer ihre Kräfte übersteigenden Krise.

b) Im Ost-West-Verhältnis wäre dies eine deutliche, jedoch nur indirekte Reaktion auf das sowjetische Eingreifen in Afghanistan.

c) Im Verhältnis der Türkei zur NATO könnte eine schnelle, wirksame Hilfe im jetzigen Zeitpunkt von entscheidender Bedeutung für die innere Stabilisierung des Landes, seine Stabilisierungsmöglichkeiten in der Region und seine dauerhafte Westorientierung sein; dies könnte sich auch günstig auswirken auf die Bereinigung türkisch-griechischer Streitfragen.

d) Das Ergreifen einer großen Initiative zugunsten der Türkei könnte zur Initialzündung einer kollektiven Aktion im Bündnis werden.

¹⁷ Zur Einschränkung von Getreidelieferungen in die UdSSR vgl. Dok. 10, Anm. 23.

Zu den amerikanischen Maßnahmen für ein Embargo bei technologischen Gütern vgl. Dok. 10, Anm. 19.

5) Auch die Sicherheitslage des anderen Bündnispartners an der NATO-Südflanke, Griechenland, droht sich im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Ausscheiden Titos zu verschlechtern. Auch Griechenland kommt künftig eine noch gewachsene Stabilisierungsrolle im Balkan zu.

I. Verteidigungshilfe

1) Die Türkei benötigt neben und unabhängig von Wirtschaftshilfe in erheblichem Umfang Verteidigungshilfe, wenn sie in der Lage bleiben soll, ihre Verteidigungsaufgaben im Atlantischen Bündnis wahrzunehmen. Der Ausrüstungsstand der türkischen Streitkräfte entspricht im wesentlichen noch der Erstausrüstung durch die USA nach dem NATO-Beitritt der Türkei 1952. Die seit 1964 gewährte deutsche Verteidigungshilfe hat den durch amerikanisches Waffenembargo¹⁸ und wirtschaftliche Misere bedingten Verfall der Verteidigungskraft der türkischen Streitkräfte nur begrenzt verhindern können. Der türkische Bedarf an militärischen Ausrüstungsgegenständen aller Art ist so umfangreich, daß die durchgreifende Modernisierung der türkischen Streitkräfte die Leistungsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland übersteigt. Diese Aufgabe sollte jedoch im Zusammenwirken der dazu befähigten Bündnispartner (zu denken wäre derzeit an: Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien, Italien, Kanada, Niederlande, Norwegen, US) mittelfristig zu meistern sein.

2) In diesem Zusammenhang sollte der Beitrag der Bundesrepublik Deutschland allerdings nicht in einer sofortigen erneuten Erhöhung der erst am 20. Dezember 1979 von DM 100 Mio. auf DM 130 Mio. pro Tranche erhöhten regulären Verteidigungshilfe bestehen, denn im Rahmen der regulären Verteidigungshilfe müßte auf Wahrung eines ausgewogenen Verhältnisses der Leistungen an Türkei, Griechenland und Portugal geachtet werden.

3a) Unter den gegebenen Umständen sollte vielmehr eine außerordentliche Anstrengung unternommen werden, den türkischen Streitkräften durch eine einmalige, gewichtige Sonderaktion in ihren Modernisierungsbemühungen schnelle wirksame Hilfe zu leisten. Dies könnte durch Lieferung von Neumaterial im

¹⁸ Präsident Ford unterzeichnete am 18. Oktober 1974 eine Resolution des Kongresses vom Vortag, wonach die Verteidigungshilfe an die Türkei zum 10. Dezember 1974 ausgesetzt werden sollte. Dieser Termin wurde mit Resolutionen des Senats und des Repräsentantenhauses vom 17. bzw. 18. Dezember auf den 5. Februar 1975 verschoben. Am 24. Juli 1975 sprach sich das amerikanische Repräsentantenhaus für die Aufrechterhaltung des Waffenembargos aus; am 2. Oktober 1975 stimmten das Repräsentantenhaus und der Senat für eine teilweise Aufhebung der Ausfuhrsperrre. Vgl. dazu AAPD 1974, II, Dok. 357, und AAPD 1975, II, Dok. 226.

Am 26. März 1976 schlossen die USA und die Türkei ein Abkommen über Verteidigungshilfe. Gesandter Hansen, Washington, teilte dazu mit, die Türkei solle „während eines Zeitraums von vier Jahren Militärhilfe in Höhe von einer Milliarde Dollar“ und militärisches Gerät zu ermäßigten Preisen erhalten: „Das Abkommen wird ohne Frage auf Widerstände im Kongreß stoßen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1051 vom 29. März 1976; VS-Bd. 9666 (201); B 150, Aktenkopien 1976.

Legationsrat I. Klasse Boldt legte am 13. März 1979 dar: „Das vierjährige amerikanische Waffenembargo hat angesichts der chronisch schlechten türkischen Wirtschaftslage zu einem Verfall der türkischen Verteidigungsfähigkeit geführt. Die Türkei ist heute nicht in der Lage, ihre im Rahmen der NATO übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen. Die Wiederherstellung der türkischen Verteidigungsfähigkeit dürfte auch nach der inzwischen erfolgten Aufhebung des amerikanischen Embargos und der Wiederaufnahme der amerikanischen Verteidigungshilfe für die Türkei mehrere Jahre beanspruchen. [...] Im Haushaltsjahr 1979 erhält die Türkei amerikanische Militärhilfe im Wert von rund 300 Mio. Dollar (85 Mio. Rüstungslieferungen aus früheren, blockierten Verträgen, 175 Mio. Dollar Foreign Military Sales Credits, 50 Mio. Dollar Security Support Assistance).“ Vgl. Referat 201, Bd. 120193.

Rüstungssektor aus deutscher Produktion im Werte von etwa DM 400 Mio. geschehen. Für diese Leistungen wären die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen im Haushaltsjahr 1980 zu schaffen. Damit könnten in Ergänzung kommerzieller Rüstungskäufe zusätzliche Rüstungsgüter (z.B. Leopard-I-Panzer für ein zweites Panzerbataillon) beschafft und eine größere Anzahl von türkischen M-48-Kampfpanzern durch Verdieselungen und Umrohrung auf 103-mm-Kanonen modernisiert werden. Die Abwicklung dieses Programmes dürfte etwa drei Jahre in Anspruch nehmen.

b) Die NATO sollte umgehend über die von uns vorgesehenen oder bereits beschlossenen Hilfeleistungen unterrichtet werden. Dies sollte mit dem Appell verbunden werden, ähnliche Anstrengungen für eine schnelle und wirksame Hilfeleistung an die Türkei zu unternehmen. Wir sollten jedoch die Durchführung der von uns vorgesehenen Hilfe an die Türkei auf dem Rüstungssektor nicht davon abhängig machen, daß andere NATO-Partner entsprechende Hilfeleistungen gewähren, um eine für die Türkei unzumutbare Verzögerung der Durchführung der deutschen Hilfeleistungen zu vermeiden.

Gleichzeitig könnte in der NATO darauf hingewiesen werden, daß die Bundesrepublik Deutschland durch Gewährung einer Rüstungssonderhilfe im Wert von DM 400 Mio. eine weitere Anstrengung dafür unternommen hat, die Zusage einer dreiprozentigen realen Steigerung ihrer Verteidigungsaufwendungen¹⁹ einzuhalten.

4) Die griechische Botschaft in Bonn hat bereits durch eine Demarche im Auswärtigen Amt am 15. Januar 1980 davor gewarnt, die Beziehungen zu Griechenland durch ein Verschieben des militärischen Kräftegleichgewichts zugunsten der Türkei zu belasten.²⁰ Sie hat gleichzeitig dazu aufgefordert, im Zusammenhang mit einer Hilfeleistung an die Türkei, die im Prinzip auch in Athen für notwendig erachtet wird, auf größere türkische Flexibilität bei Lösung des Problems der Reintegration Griechenlands in die militärische Bündnisstruktur einzuwirken.²¹

a) Wir sollten eine Erweiterung der deutschen Hilfeleistungen für die Türkei in der Tat mit der Erwartung verknüpfen, daß dies eine Lösung der Reintegrationsfrage erleichtert, ein spezifisches türkisches Einlenken auf die griechischen Reintegrationsvorstellungen jedoch nicht zu einer Vorbedingung unserer Hilfe-

¹⁹ Vgl. dazu die „Ministerial Guidance 1977“ der NATO vom 17./18. Mai 1977; Dok. 1, Anm. 8.

²⁰ Vortragender Legationsrat I. Klasse Finck von Finckenstein unterrichtete am 18. Januar 1980 die Botschaften in Athen, Ankara und Washington sowie die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel, der griechische Gesandte Bourloyannis habe am 15. Januar 1980 Ministerialdirigent Dröge eine „speaking note“ übergeben. In dieser werde Klage geführt „über mangelnde Solidarität des Bündnisses gegenüber Griechenland; die türkische Zypern-Intervention; Verhinderung der Rückkehr Griechenlands in die militärische Integration des Bündnisses durch türkische Obstruktion. Daran schließen sich die Erwartung, der Westen möge die tiefe wirtschaftliche und soziale Krise der Türkei und ihr immenses Hilfsbedürfnis benutzen, um die Südo[st]-Flanke der NATO zu normalisieren (im griechischen Sinne), und die Fragen an, ob die USA wirklich beabsichtigen, den Türken die gerüchteweise verlautende massive Erhöhung von Wirtschafts- und Verteidigungshilfe zu gewähren, und wenn ja, ob sie dies tun würden, ohne hinreichende Garantien für künftiges türkisches Wohlergehen in der Reintegrationsfrage zu verlangen, und ob dabei das augenblickliche Kräftegleichgewicht zwischen Griechenland und der Türkei erhalten bliebe.“ Vgl. den nicht nummerierten Schriffterlaß; Referat 420, Bd. 124280.

²¹ Zu den Bemühungen um eine Wiedereingliederung Griechenlands in die militärische Integration der NATO vgl. Dok. 1, Anm. 43.

leistungen machen, da die noch offenen bzw. strittigen Punkte für die Türkei (wie für Griechenland) von vitaler Bedeutung sind. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Türkei mit Ausnahme der Grenzziehung für die Luftverteidigungsbereiche in der Ägäis sämtliche Vorschläge Griechenlands oder SACEURs für ein Lösungsmodell bereits akzeptiert hat.²² Die Frage der Grenzziehung in der Ägäis²³ ist jedoch für beide Seiten wegen befürchteter Präjudizwirkungen für die Fragen der Abgrenzung der territorialen Gewässer und der Festlandssockel von so überragender Bedeutung, daß auf ihre Lösung nicht durch Versagen von Hilfeleistungen eingewirkt werden sollte.

b) Eine dem bisherigen Verhältnis der Verteidigungshilfe Türkei–Griechenland entsprechende, die Hilfsaktion für die Türkei kompensierende Rüstungssonderhilfe auch für Griechenland – das hieße rund DM 240 Mio. – scheidet aus, da dies die Leistungsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland übersteigen und auch portugiesische Anschlußforderungen provozieren würde. Gleichwohl sollte die Hilfsaktion nicht völlig auf die Türkei beschränkt werden, um einer nachhaltigen Belastung des deutsch-griechischen Verhältnisses vorzubeugen. Als Begründung gegenüber Athen, Lissabon und Ankara sollte jedoch nur darauf hingewiesen werden, daß

- die Sonderhilfen der Bewältigung akuter, neu aufgetretener Bedrohungen (Mittlerer Osten; Balkan) dienen und daß

²² An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „1) Einrichtung der NATO-Kommandos gemäß griechischem Vorschlag (Befehligung aller griechischen Streitkräfte von Griechenland aus). 2) Koordinierung der Luftraumüberwachung gemäß SACEUR-Vorschlag vom künftigen NATO-Kommando Larissa in Griechenland aus. 3) Belassung der Luftverteidigung der griechischen Ägäis-Inseln bei Griechenland. 4) Gemäß griechischem Vorschlag keine Unterordnung von griechischen Soldaten unter türkischen Befehl.“

²³ Die griechische Regierung gab am 1. November 1973 ihre Absicht bekannt, in der Ägäis nach Erdöl zu suchen. Das hierzu vorgesehene Gebiet betraf etwa die Hälfte der Ägäis und schloß die der türkischen Küste vorgelagerten griechischen Inseln ein, die von der Türkei als Teil des türkischen Festlandssockels betrachtet wurden. Mit Note vom 7. Februar 1974 an die türkische Regierung legte Griechenland dar, daß die griechischen Inseln der Ägäis Festlandcharakter hätten und sich die griechischen Hoheitsgewässer deshalb auf den Festlandssockel, d.h. bis zu einer Tiefe von 200 m, erstreckten. Am 27. Januar 1975 schlug die griechische Regierung vor, den Internationalen Gerichtshof (IGH) in Den Haag mit der Angelegenheit zu befassen. Die Türkei stimmte dem Vorschlag am 6. Februar 1975 zu. Vgl. dazu AdG 1976, S. 20551 f.

Botschafter Poensgen, Athen, berichtete am 21. Dezember 1978: „Die Entscheidung des Haager Gerichtshofs, sich in dieser Frage für nicht zuständig zu erklären, ist hier mit Bedauern aufgenommen worden.“ Der Kabinettschef des griechischen Ministerpräsidenten, Molyviatis, habe ihm gegenüber am Vortrag darauf hingewiesen, „daß ein Schiedsspruch aus Den Haag nach wie vor sehr begrüßt worden wäre. Denn er hätte nicht nur die Grundlage für eine Regelung mit der Türkei geschaffen, sondern auch deren Hinnahme durch die griechische Öffentlichkeit und ggf. Zustimmung des Parlaments erleichtert.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 927; Referat 203, Bd. 115870.

Botschaftsrat I. Klasse Oesterheld, Athen, meldete am 7. Oktober 1979: „Das letzte Expertentreffen im Januar 1979 brachte sogar einen Rückschritt. Obwohl beide Parteien davon auszugehen schienen, daß man sich über die konkrete Grenzziehung in der Ägäis unterhalten könne, brachte bereits der erste Versuch, die Grenze konkret festzulegen, erneut eine Diskussion über die anwendbaren Prinzipien in Gang [...]. Hieran haben sich die Verhandlungen erneut festgefahren. Anders als in der Frage des Ägäis-Luftraums, wo Griechenland sich in Übereinstimmung mit [International]C[ivil] A[viation]O[rganization]-Regeln weiß, ist Griechenland aufgrund der gegenwärtigen Völkerrechtslage [...] bereit, über eine Aufteilung des Ägäis-Schelfs jenseits der Hoheitsgewässer (sechs S[ee]M[ee]len) zu sprechen. Dabei gehen aber die Auffassungen beider Partner über die quantitative Beteiligung ebenso auseinander wie über qualitative Aspekte: Griechenland ist strikt gegen einen ‚Einschluß‘ griechischer Inseln durch türkisches Schelf, was für die Türkei nur ‚Zungen‘ möglich machen würde, die in die Ägäis hinausragen. Diese erbringen aber wieder quantitativ nicht genug. Eine Lösung ist noch in weiter Ferne.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 778; Referat 203, Bd. 115868.

- der unterschiedliche Bedrohungsgrad Maßstab für den unterschiedlichen Umfang der Sonderhilfeleistungen ist.

Unter Anlegung dieses Maßstabs erscheint eine kompensierende Rüstungssonderhilfe an Griechenland in Höhe von DM 80 Mio. zur Modernisierung auch seiner Panzerwaffe angemessen.

Auch eine solche Sonderhilfe auf dem Rüstungssektor für Griechenland sollte mit der Erwartung griechischer Flexibilität in der Reintegrationsfrage verbunden, aber das Einlenken in den noch offenen Ägäisfragen nicht zur Vorbedingung der Gewährung der Hilfe gemacht werden.

II. Ausrüstungshilfe

1) Seit einigen Jahren ist die Türkei bemüht, deutsche Unterstützung zur Reorganisation und Modernisierung des türkischen Polizeiwesens zu erhalten. Die bisherige Zusammenarbeit ist begrenzt. Zwischen 1971 und 1976 unterstützte der Bundesminister des Innern aus Mitteln der technischen Hilfe in Höhe von DM 2,8 Mio. den Fuhrpark der türkischen Polizei.

Seit 1976 berät der Bundesminister des Innern das türkische Innenministerium im Rahmen einer deutsch-türkischen Arbeitsgruppe.

Verschiedentlich haben in den vergangenen Jahren die Innenministerien einzelner Bundesländer, insbesondere Rheinland-Pfalz, aus Beständen der Landespolizeien Material an die türkische Polizei abgegeben. Im Jahre 1979 wurden hierfür zur Kostendeckung aus Mitteln der Ausrüstungshilfe (Einzelplan des AA, Kap. 0502, Titel 636 23) ca. DM 0,4 Mio. bereitgestellt.

2) Den Ausschüssen des Bundestages für Auswärtiges und Haushalt ist eine Vorlage zugeleitet worden, die unter anderem vorsieht, daß im Haushaltsjahr 1980 für die Türkei Mittel der Ausrüstungshilfe in Höhe von DM 1,5 Mio. durch entsprechende Prioritätensetzung freigesetzt werden. Weitere Finanzmittel stehen im Rahmen der bewilligten Ausrüstungshilfe für die Dreijahresplanung 1979 bis 1981 nicht zur Verfügung. Aufgrund der eingeleiteten Bestellungen für diesen Zeitraum sind Programmänderungen zu Lasten anderer Länder, die auch politisch unerwünscht wären, nicht möglich. Mit einem Mittelabfluß ist in vollem Umfang zu rechnen.

3) Ein deutscher Beitrag zur Modernisierung der türkischen Polizei würde nicht durch den türkischen Bedarf, der auf über DM 200 Mio. geschätzt wird, sondern nur durch den Signalcharakter einer erklärten deutschen Bereitschaft begrenzt.

Ein Betrag von DM 20 Mio. erscheint unter diesen Gesichtspunkten angemessen und sinnvoll, wobei die Summe auf die Haushaltsjahre 1981 bis 1983 verteilt werden kann. Dies trägt der angespannten Haushaltslage ebenso wie den technischen Schwierigkeiten des Mittelabflusses am besten Rechnung. Eine politische Signalwirkung wird jedoch nur dann erreicht, wenn bereits im Haushaltsjahr 1980 über den Gesamtbetrag von DM 20 Mio. Verpflichtungsermächtigungen vorgesehen werden, die eine vertragliche Verpflichtung gegenüber der Türkei erlauben. Da der Haushalt 1981 mit Verspätung verabschiedet werden wird und die Ausrüstungshilfe der Zustimmung des Auswärtigen und des Haushaltsausschusses bedarf, würde andernfalls ein Vertragsabschluß mit der Türkei bis etwa Mitte 1981 zu warten haben.

4) Der deutsche Beitrag für die Modernisierung der türkischen Polizei sollte sich auf folgende Bereiche konzentrieren:

a) Stärkung der Ordnungsfunktion der türkischen Polizei angesichts der wiederholten Unruhen i.S. einer Verbesserung der Verhältnismäßigkeit des Einsatzeinsatzes nach rechtsstaatlichen Gesichtspunkten. Gegenwärtig ist die türkische Polizei mangels Ausstattung bei Demonstrationen auf den Einsatz von Schußwaffen weitgehend ausschließlich angewiesen.

Die Türkei verfügt derzeit nur über einen einzigen Wasserwerfer und kaum über geschützte Fahrzeuge, Schutzschilde, -westen usw.

b) Stärkung der Einsatzbereitschaft durch Schaffung mobiler Funk- und Fernmeldestationen sowie durch Vereinheitlichung des Fuhrparks und Aufbau mobiler Kfz-Werkstätten. Der gegenwärtige Zustand des Polizei-Kfz-Wesens ist desolat, ein polizeieigenes Fernmeldenetz nicht vorhanden.

c) Einführung moderner Datenverarbeitung und Kriminaltechnik zur Verbesserung der Verbrechensbekämpfung, bisher nicht vorhanden.

d) Beratung und Ausbildung der türkischen Polizei am gelieferten Gerät einschließlich der Beratung bei der Reorganisation des Polizeiwesens.

III. Wirtschaftshilfe

1) Die gemeinsamen Anstrengungen zur Sanierung der türkischen Wirtschaft gehen zurück auf den Beschluß von Guadeloupe²⁴ vom Januar vorigen Jahres. Er hat folgendes bewirkt:

a) Kurzfristige Hilfe:

Am 30. Mai 1979 haben 15 OECD-Staaten der Türkei für 1979/80 eine außerordentliche Wirtschaftshilfe (Warenhilfe- und Exportkredite) in Höhe von etwa 900 Mio. Dollar zugesichert.

Der amerikanische und der deutsche Beitrag beliefen sich auf je 200 Mio. Dollar. Während vom amerikanischen Beitrag bisher erst 100 Mio. Dollar im Dezember 1979 geleistet worden sind, ist der deutsche Beitrag in zwei Raten bereits vor Ende 1979 voll ausgezahlt und inzwischen auch von der türkischen Wirtschaft in vollem Umfang zur Lieferungsfinanzierung verwendet worden.

b) Mittelfristiges Sanierungsprogramm:

Noch im Januar 1980 wird die türkische Regierung der OECD einen Wirtschaftsplan vorlegen, aus dem hervorgehen soll, welche Maßnahmen der türkischen Regierung nötig und möglich erscheinen, um die türkische Wirtschaft gründlich zu sanieren.²⁵ Dieser türkische Plan soll als Grundlage für gemeinsame

²⁴ Am 5./6. Januar trafen sich Ministerpräsident Callaghan, Präsident Carter, Staatspräsident Giscard d'Estaing und Bundeskanzler Schmidt auf Guadeloupe zur Erörterung außen-, sicherheits- und wirtschaftspolitischer Fragen. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 2, Dok. 3 und Dok. 5.

²⁵ Botschafter Oncken, Ankara, berichtete am 25. Januar 1980, der Sekretär des Türkei-Konsortiums der OECD, Kühn, habe zum Abschluß seiner Gespräche mit der türkischen Regierung mitgeteilt, der ihm erst am 22. Januar 1980 vorgelegte türkische Bericht zur mittelfristigen Sanierung der türkischen Volkswirtschaft enthalte „nicht den erwarteten Katalog von Maßnahmen, sondern sei eine ‚Geschichte vergangener Entwicklungen und ein Katalog guter Absichten‘. Er lehne sich stark an den letzten Weltbank-Bericht an. [...] Kühn erklärte, in seinem Gespräch mit dem Chef des Planungsamts, Turgut Özal, sei jedoch auch über konkrete Maßnahmen zur Sanierung gesprochen worden, die Özal für das Wochenende angekündigt habe. Im einzelnen: Abwertung der [Türkischen] Lira (inzwischen erfolgt); Inflationsbekämpfung (Ziel: Senkung der Inflationsrate auf 35 Prozent); Sa-

Beratungen der Türkei mit den Geberländern in der Arbeitsgruppe II der OECD dienen.

Wir messen diesen bevorstehenden Reformberatungen erhebliche Bedeutung bei. Wir möchten vermeiden, daß die in erheblichem Maße auch von uns gewährte und noch zu gewährende Finanzhilfe für die Türkei infolge der unausgewogenen Struktur der türkischen Wirtschaft weitgehend unwirksam bleibt und damit vergeudet wäre.

2) Ungeachtet der unerläßlichen Sanierungsmaßnahmen benötigt die Türkei auch für das Wirtschaftsjahr 1980/81 wieder Auslandshilfe von erheblichem Umfang.

Der IWF nimmt für 1980 eine „Finanzierungslücke“ in der türkischen Zahlungsbilanz von 2 Mrd. Dollar an. Die türkische Regierung rechnet ihrerseits damit, 1980 insgesamt 2 Mrd. Dollar aus dem Ausland zu erhalten. Sie erwartet, daß ihr schon in der ersten Jahreshälfte Mittel in Höhe von 1 Mrd. Dollar zufließen werden (IWF 230 Mio.; Leistungen aus der OECD-Sonderhilfsaktion 1979 170 Mio. Dollar; arabische Öllieferungen auf Kredit 500 Mio. Dollar; private Geschäftsbanken 100 Mio. Dollar).

Der offenbleibende Betrag von 1 Mrd. Dollar könnte in einer zweiten OECD-Sonderhilfsaktion zur Verfügung gestellt werden, falls die Geberländer bereit sind, sich daran etwa in der gleichen Größenordnung wie 1979 zu beteiligen.

3) Nach Meldungen aus Washington beabsichtigt die amerikanische Regierung, in den Haushaltsplan 1981 (ab Oktober 1980) wiederum einen Betrag von etwa 200 Mio. Dollar als Wirtschaftshilfe für die Türkei einzusetzen.

Nach Ansicht des Auswärtigen Amts sollte auch die Bundesrepublik Deutschland der Türkei im Jahre 1980 – zusätzlich zur weiterlaufenden technischen und Projekthilfe – wiederum außerordentliche Wirtschaftshilfe in der Form von Warenhilfekrediten in mindestens gleicher Höhe wie im Vorjahre gewähren.

4) Wir glauben davon ausgehen zu können, daß auch die übrigen an der Türkeihilfe des vergangenen Jahres beteiligten OECD-Staaten von der Dringlichkeit und Wichtigkeit der Fortsetzung der Hilfsaktion überzeugt sind und ebenfalls bereit sein werden, im Rahmen der OECD mindestens die gleichen Hilfsbeträge wie im vergangenen Jahr auch für 1980 zur Verfügung zu stellen, sobald Generalsekretär van Lennep dazu aufruft.

5) Um unserer bekundeten Bereitschaft, die Initiative für die nächste Runde der Türkeihilfe zu übernehmen, deutlich Ausdruck zu geben, sollten wir

- a) als diesjährigen Beitrag zur außerordentlichen Türkeihilfe den Betrag von DM 400 Mio. in Aussicht nehmen (d. h. etwa 5 % mehr als im vorigen Jahr);
- b) diesen Betrag so bald wie möglich im Wege des Nachtragshaushalts bereitstellen;
- c) die Höhe des in Aussicht genommenen Betrages möglichst bald bekanntgeben, um damit ein Signal für die anderen Geberländer zu setzen;

Fortsetzung Fußnote von Seite 139

nierung der Staatsbetriebe (vor allem der rein kommerziell arbeitenden); Lohnerhöhungen von höchstens 50 Prozent der Inflationsrate; Maßnahmenbündel zur Ankurbelung der Exporte.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 96; Referat 420, Bd. 124280.

d) bei der amerikanischen Regierung erreichen, daß sie einen Beitrag in mindestens gleicher Höhe vorsieht.

Ferner sollte der von Türkei und Geberländern gleichermaßen geschätzte Generalsekretär van Lennep von uns gebeten werden, seine guten Dienste und das durch die vorjährige Sonderhilfsaktion geschaffene Instrumentarium der OECD auch für die diesjährige Aktion zur Verfügung zu stellen.

Sollte es im Verlauf der Aktion zu Schwierigkeiten kommen, wäre zu erwägen, daß der Bundeskanzler persönliche Botschaften an die Regierungschefs der beteiligten Länder richtet.

IV. Kommerzielles Rüstungsgeschäft

Seit 1976 strebte die Türkei die Modernisierung ihrer Streitkräfte durch Ankauf folgender deutscher Rüstungsgüter im Werte von DM 1,2 Mrd. an:

- 169 Kampfpanzer vom Typ Leopard I,
- 439 Bodenanlagen für das Panzerabwehr-Lenkflugkörpersystem Milan,
- 9658 Milan-Flugkörper,
- Verdieselung von bis zu 1000 einsatzbereiten türkischen M-48-Kampfpanzern.

Nach Urteil des Bundesministers der Verteidigung würde die Verwirklichung dieser Vorhaben eine durchgreifende Verbesserung der Schlagkraft des türkischen Heeres bewirken. Am 22. Februar 1977 erklärte das Bundeskabinett seine Bereitschaft, diese Lieferungen durch einen Bürgschaftsrahmen von DM 560 Mio. zu unterstützen. Dieser Beschluß wurde in einer Ministerrunde im Jahre 1978 kurz vor dem Ecevit-Besuch²⁶ erneut bestätigt.

a) Als Folge der anhaltenden türkischen Zahlungsbilanzschwierigkeiten konnte das Geschäft in seiner ursprünglichen Größenordnung nicht verfolgt werden. Seit Februar 1979 wird daher lediglich ein Rüstungsgeschäft im Rahmen von DM 560 Mio. verfolgt; dies entspricht dem Rahmen, für den die Bundesregierung Ausfuhrbürgschaften in Aussicht gestellt hat. In diesem Rahmen könnten nach jüngstem Stand lediglich folgende Käufe abgeschlossen werden:

- 77 Leopard I,
- 4 Bergepanzer,
- 249 Anlagen Milan,
- 4732 Flugkörper Milan und
- 748 Übungsflugkörper.

Selbst dieses Geschäft konnte jedoch bisher nicht zustande kommen, weil die Eigenleistung der Türkei und – wegen des hohen Kreditrisikos – das Konzept der Lieferfirmen Merkmale aufweisen, die von der üblichen Deckungspraxis bei Hermes-Garantien in folgendem abweichen:

- Der Auftragswert wird von deutschen Banken über gebundene Finanzkredite finanziert; die Türkei leistet Anzahlungen von 10 % (Milan) und 15 % (Leopard).

²⁶ Ministerpräsident Ecevit besuchte die Bundesrepublik vom 10. bis 13. Mai 1978. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 146 und Dok. 147.

- Der Finanzkredit wird nach drei „Freijahren“ (gerechnet ab Unterzeichnung der Liefer- und Kreditverträge) innerhalb von sieben weiteren Jahren getilgt.
- Die Deckung wird mit fünf prozentigem (Milan) bzw. zwei prozentigem (Leopard) Selbstbehalt übernommen.

Unter den jetzt gegebenen Umständen könnte der Türkei auf dem Rüstungssektor wirksam geholfen werden, wenn das Bundeskabinett auch unter Inkaufnahme der von der Türkei und den Lieferfirmen geforderten Sonderbedingungen den Ausfuhrbürgschaften umgehend zustimmen würde.

V. EG–Türkei

In den Beziehungen zwischen der Gemeinschaft und der Türkei wird es noch in diesem Jahr zu Verhandlungen über eine Neubelebung der Assoziierung kommen.²⁷ Dabei wird angesichts der geringen Konzessionsmöglichkeiten im Sozial- und Agrarbereich für die Gemeinschaft vor allem die Höhe finanzieller Leistungen an die Türkei im Vordergrund stehen (Aufstockung des vorgesehenen Kooperations-Sonderfonds in Höhe von bislang 75 Mio. ERE; Verdoppelung der im Rahmen des 1981 auslaufenden dritten Finanzprotokolls vorgesehenen EIB-Darlehen von 300 Mio. ERE in dem noch auszuhandelnden vierten Protokoll).

Die von der EG der Türkei anzubietenden Leistungen werden nicht ausreichen, um die insbesondere für uns vorrangige Sozialfrage zu lösen. Die Türkei hat einen vertraglichen Anspruch auf Herstellung der vollen Freizügigkeit bis 1986 (Artikel 36 des Zusatzprotokolls von 1970 in Verbindung mit Artikel 12 des Assoziationsabkommens von 1963)²⁸.

²⁷ Die Türkei und die EWG schlossen am 12. September 1963 in Ankara ein Assoziierungsabkommen, das am 1. Dezember 1964 in Kraft trat. Für den Wortlaut des Abkommens und der dazugehörigen Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1964, Teil II, S. 510–579.

Am 23. November 1970 wurde ein Zusatzprotokoll für die Übergangsphase der Assoziation unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 387–432.

Ferner wurde am 30. Juni 1973 ein Ergänzungsprotokoll zum Assoziierungsabkommen vom 12. September 1963 infolge des Beitritts neuer Mitgliedstaaten zur EWG geschlossen. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1975, Teil II, S. 166–188.

Am 12. Mai 1977 wurde ein Finanzprotokoll unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 67 vom 17. März 1979, S. 15–22.

Referat 410 resümierte am 3. Dezember 1979, die Beziehungen der Europäischen Gemeinschaften zur Türkei würden seit Jahren stagnieren. Der EG-Ministerrat habe sich am 8. Mai 1979 in Brüssel auf ein Verhandlungsmandat über die künftige Ausgestaltung der Assoziation mit der Türkei geeinigt: „Dieses Mandat kommt den türkischen Wünschen im Rahmen des der Gemeinschaft Möglichen entgegen und trägt insbesondere auch unseren Interessen in der Frage der Freizügigkeit Rechnung (EG-interne Festlegung, daß die Freizügigkeit im Verhältnis zur Türkei auch in ihrem Endstadium nicht so weit gehen darf wie die Freizügigkeit innerhalb der EG).“ Die Türkei habe jedoch mitgeteilt, daß das EG-Verhandlungsmandat „weit hinter ihren Vorstellungen zurückbleibe und daher als unzureichend betrachtet werde“. Verhandlungen im Assoziationsrat habe sie abgelehnt und erst eine Nachbesserung verlangt. Die EG-Mitgliedstaaten seien sich jedoch einig, daß eine solche Änderung erst in Betracht komme, wenn sich in den Verhandlungen zeige, daß das Mandat für eine Einigung nicht ausreiche. Vgl. Referat 410, Bd. 121763.

²⁸ Referat 410 erläuterte am 2. Mai 1978: „Nach Artikel 12 des Assoziierungsabkommens sollen sich die Vertragsparteien von den Art. 48, 49 und 50 des EWG-Vertrages leiten lassen, um die Freizügigkeit der Arbeitnehmer herzustellen. Ergänzend spricht das Zusatzprotokoll von 1970 die Verpflichtung der EG aus, zwischen dem Ende des 12. und 22. Jahres nach Inkrafttreten des Assoziationsabkommens (also in der Zeit vom 1.12.1976 bis 30.11.1986) die Freizügigkeit der Arbeitnehmer schrittweise herzustellen.“ Die Zahl der türkischen Gastarbeiter belaste mittlerweile den Arbeitsmarkt und ziehe soziale und infrastrukturelle Probleme nach sich: „Deshalb entsprach es insbesondere auch unserem Interesse, daß durch einen Beschluß des Assoziationsrats vom 20.12.1976

Wir sollten daher das ganze Arsenal unserer vorgesehenen zusätzlichen bi- und multilateralen Hilfsmaßnahmen parallel zu entsprechenden Bemühungen der EG dazu nutzen, um von der türkischen Regierung im Freizügigkeitsbereich ein verbindliches und nur im gegenseitigen Einvernehmen aufzuhebendes Stillhalteabkommen über 1986 hinaus zu erzielen. Die Herstellung dieser Verbindung erfordert im Zweifel keine zusätzlichen Mittel, erscheint jedoch als einzige Möglichkeit, die Freizügigkeitsproblematik zu entschärfen. Der große Umfang der von uns ins Auge gefaßten zusätzlichen Hilfsmaßnahmen berechtigt uns zu der Erwartung, daß die türkische Seite in der von uns als vital angesehenen Freizügigkeitsfrage Entgegenkommen zeigt. Entsprechende bilaterale Gespräche sollten mit der türkischen Regierung unverzüglich aufgenommen werden.

VI. Beschlußvorschlag

Der Bundessicherheitsrat möge beschließen:

1) Der Bundessicherheitsrat empfiehlt dem Bundeskabinett, folgende Sofortmaßnahmen zu beschließen:

- eine Rüstungssonderhilfe für die Türkei in Höhe von DM 400 Mio.,
- eine Rüstungssonderhilfe für Griechenland in Höhe von DM 80 Mio.

2) Der Bundesminister des Auswärtigen wird beauftragt, in der NATO auf entsprechende Hilfeleistungen durch andere Bündnispartner hinzuwirken.

3) Der Bundesminister des Auswärtigen wird beauftragt, in Abstimmungen mit dem Bundesminister der Finanzen und dem Bundesminister des Innern dem Kabinett unverzüglich vorzuschlagen, zur Unterstützung der türkischen Polizei eine Ausrüstungshilfe in Höhe von DM 20 Mio. zu beschließen.

Dieser Betrag sollte in drei Raten auf die Haushaltsjahre 1981 bis 1983 verteilt werden.

Der Abschluß eines Ressortabkommens zwischen dem Bundesminister des Innern und dem türkischen Innenminister²⁹ über diese Ausrüstungshilfe ist noch für das Haushaltsjahr 1980 vorzusehen.

4) Der Bundessicherheitsrat empfiehlt, der Türkei im Rahmen einer multilateral koordinierten Hilfsaktion im Jahre 1980 eine außerordentliche deutsche Wirtschaftshilfe in der Form von Warenhilfekrediten in Höhe von DM 400 Mio. zu gewähren.

Der Bundesminister der Finanzen wird beauftragt, die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen (Nachtragshaushalt) hierfür zu schaffen und die Zustimmung der zuständigen parlamentarischen Gremien einzuholen.

5) Der Bundesminister für Wirtschaft wird beauftragt, in Abstimmung mit dem Bundesminister des Auswärtigen, dem Bundesminister der Finanzen und dem Bundesminister der Verteidigung, dem Bundeskabinett umgehend vorzuschlagen, das angebahnte kommerzielle Rüstungsexportgeschäft mit der Türkei zu den zuletzt vorgeschlagenen Sonderbedingungen zu verbürgen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 142

die vorgesehene Freizügigkeit für eine erste Phase von vier Jahren nur durch die Konsolidierung der Rechtsstellung der in der EG bereits tätigen und ansässigen türkischen Arbeitnehmer eingeleitet wurde.“ Vgl. Referat 410, Bd. 121760.

²⁹ Mustafa Gülcügil.

6) Im Zusammenhang mit den für die Türkei vorgesehenen zusätzlichen Hilfsmaßnahmen und parallel zu entsprechenden Bemühungen der EG mit der Türkei in der Freizügigkeitsfrage soll eine verbindliche und nur im gegenseitigen Einvernehmen aufzuhebende Stillhaltevereinbarung über 1986 hinaus ausgehandelt werden.

Der Bundesminister des Auswärtigen wird beauftragt, in Abstimmung mit den übrigen beteiligten Ressorts hierzu erforderliche Gespräche mit der türkischen Regierung und der EG-Kommission unverzüglich aufzunehmen.³⁰

VS-Bd. 14088 (010)

23

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Strauß und dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Kohl, bzw. der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Zimmermann

24. Januar 1980¹

Vermerk über das Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit den Führern der Opposition, Herrn MP Dr. h. c. Strauß, Abgeordneter Dr. Kohl und Abgeordneter Dr. Zimmermann am 24. Januar von 14.00 bis 16.00 Uhr mit Beteiligung von Bundesaußenminister Genscher und Bundesminister der Verteidigung, Apel²

³⁰ Bundeskanzler Schmidt unterrichtete am 31. Januar 1980 den türkischen Botschafter Halefoğlu, der Bundessicherheitsrat habe am selben Tag beraten, wie der Türkei zu helfen sei: „Der BSR hat BM Matthöfer beauftragt, die ganze Aktion in die Hand zu nehmen. Er wird mit Fachleuten aller beteiligten Ministerien Mitte Februar nach Ankara reisen. Unsere Entscheidungen werden erst nach seiner Rückkehr getroffen werden, damit wir die ganze Komplexität der Lage in Rechnung stellen und auch die anderen Verbündeten überzeugend zu Leistungen bewegen können.“ Matthöfer habe festgestellt, daß der Türkei aus Fonds der USA und der OECD ca. 300 Millionen US-Dollar überwiesen würden: „Darüber hinaus gibt es leider keine Möglichkeit für sofortiges Bargeld. Aber es gibt Möglichkeiten für die Zwischenfinanzierung von Mitteln, die die Türken erwarten können.“ Die Bundesregierung messe der Hilfe für die Türkei strategische Bedeutung für die NATO zu: „BM Matthöfer ist als Finanzminister erstaunlicherweise bereit, weiter zu gehen als das Auswärtige Amt.“ Gleichwohl könne man nicht allen türkischen Wünschen entsprechen. Für die innenpolitische Durchsetzbarkeit der umfassenden, langfristigen Hilfsmaßnahmen sei türkisches Entgegenkommen in anderen Politikfeldern hilfreich: „Das gilt z. B. für die Bekämpfung des Drogenhandels. Das gilt in einem späteren Stadium auch für unsere Sorge vor dem Einstürzen zusätzlicher türkischer Arbeitskräfte.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 51; B 150, Aktenkopien 1980.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor von Staden, Bundeskanzleramt, am 25. Januar 1980 gefertigt.

² In der Presse wurde berichtet, Bundeskanzler Schmidt habe am 21. Januar 1980 mitteilen lassen, es sei beabsichtigt, „die CDU/CSU wieder zu informieren sowie herauszufinden, ob sie Anregungen zur Bewältigung aktueller Probleme habe und welche dies seien“. Vgl. den Artikel „Schmidt will

Der Herr *Bundeskanzler* leitete mit einem Lagevortrag ein, der sich an seinem Lagevortrag im Gespräch mit den ehemaligen Bundeskanzlern und Bundesaußenministern vom 23.1.³ orientierte und aus dem folgende Elemente besonders festzuhalten sind:

a) Es komme in der gegenwärtigen Krise darauf an, die arabischen Staaten mit Europa und untereinander an Sadat anzunähern.

Der Herr Bundeskanzler erläuterte den deutschen Plan für Kooperationsabkommen der EG mit den Staaten der Golf-Region, Irak und Oman⁴ und legte dar, daß nach anfänglichem Zögern auch Frankreich und die USA positiv dazu ständen. Erforderlich seien dazu Fortschritte bei den ägyptisch-israelischen Verhandlungen.⁵ Hier müsse Europa einen gewissen Druck auf Begin ausüben, da Präsident Carter dies aus innenpolitischen Gründen zugegebenermaßen nicht könne.

b) Der Bundeskanzler betonte die Wichtigkeit der Türkeihilfe und stellte unsere geplante Initiative dar.⁶

c) Bei der Hilfe und Schuldenkonsolidierung für Pakistan würden wir mitmachen.⁷ Man müsse dabei die Wirkung von Indien berücksichtigen und die Gefahr einer indisch-sowjetischen Gegenallianz sehen.

d) Interessanterweise sei festzustellen, daß selbst Gaddafi Anlehnung am Westen suche.

e) In der gegenwärtigen Lage müsse man eng mit den USA zusammenarbeiten, aber auch sehr eng mit Frankreich. Die deutsch-französische Zusammenarbeit sei auf seiner Ebene und auf der der Außenminister ausgezeichnet. Nicht ganz so eng sei sie zwischen Frankreich und England und zwischen Deutschland und England. Das persönliche Verhältnis zu Carter und zu Vance sei sehr gut.

f) Zu der Frage einer Verlegung, Vertagung oder Absage der Olympischen Spiele⁸ führte der Bundeskanzler aus:

Diese Maßnahme habe für Carter den Vorteil, daß sich die amerikanische Nation damit hinter ihrem Präsidenten solidarisieren kann und daß sie die Sowjetunion wirklich trifft. Sie habe den Nachteil, daß der Präsident hier unter Erfolgszwang stehe und daß er sich verausgabe. Weitere Gegenmaßnahmen stünden ihm nicht mehr zur Verfügung.

Man müsse nun hoffen, daß möglichst viele Länder der Dritten Welt sich mit den Vereinigten Staaten solidarisch zeigten. Wir müssen vor allen Dingen un-

Fortsetzung Fußnote von Seite 144

die Opposition informieren und anhören“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 22. Januar 1980, S. 1.

³ Am 23. Januar führte Bundeskanzler Schmidt ein Gespräch mit seinen beiden Amtsvorgängern Kiesinger und Brandt sowie Bundesminister Genscher und dessen Vorgängern Scheel und Schröder. Vgl. den Artikel „Bonner Parteien suchen Gemeinsames“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 21. Januar 1980, S. 5.

⁴ Zur Initiative der Bundesregierung im EG-Ministerrat am 15. Januar 1980 für ein Kooperationsabkommen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den Golfstaaten vgl. Dok. 13, Anm. 10.

⁵ Zu den Gesprächen zwischen Ägypten und Israel über eine Autonomie der palästinensischen Gebiete vgl. Dok. 13, Anm. 14.

⁶ Zur Wirtschafts-, Finanz- und Verteidigungshilfe für die Türkei vgl. Dok. 22.

⁷ Zur Wirtschafts- und Finanzhilfe für Pakistan vgl. Dok. 15, Anm. 17.

⁸ Zur Forderung des Präsidenten Carter vom 20. Januar 1980 nach einem Boykott der Olympischen Sommerspiele vgl. Dok. 19, Anm. 20.

ter den Neun beraten. Das werde schwierig sein. Solidarität mit den USA sei nötig, weil sie der wichtigste militärische Partner für uns seien. Solidarität mit Frankreich sei aber erforderlich, weil Frankreich im historisch-psychologischen Sinn unser wichtigster Partner sei und damit kaum weniger wichtig als die USA. Eine Wahl zwischen Frankreich und den USA müssen wir vermeiden.

Anschließend gaben der *Bundesaußenminister* und der *Bundesverteidigungsminister* ihrerseits kurze Lageberichte.

Nach einigen Fragen des Abgeordneten *Dr. Kohl* nahm *MP Strauß* das Wort und gab, wie er sich ausdrückte, einige konkrete Hinweise:

- a) Unsere Panzerproduktion sollte erhöht werden.
- b) Unser Bauprogramm für Fregatten sollte erweitert werden. Die Fregatten 7, 8, 9 und 10 sollten gebaut werden.
- c) Unsere Aufnahmefähigkeit für „big lift“, d. h. für amerikanische Truppenzuführungen, sollte erweitert werden.
- d) Wir sollten unsere eigene Lufttransportkapazität erhöhen.
- e) Wir sollten unsere Waffenexportpolitik überprüfen, insbesondere das Verbot, Waffen in Spannungsgebiete zu liefern.⁹
- f) Wir sollten Ersatz für amerikanische, britische und französische Einheiten stellen, die in andere Regionen verlegt werden könnten. Wir sollten hierzu im Rahmen von MBFR den Gedanken fallenlassen, die Bundeswehr im Reduktionsraum auf maximal 50 % der westlichen Streitkräfte zu beschränken.¹⁰
- g) Wir sollten unsere Exportpolitik gegenüber der Sowjetunion so gestalten, daß die Innovationszeit der sowjetischen Technik möglichst verringert wird.
- h) Wir sollten den Zivilschutz ausbauen.

⁹ Die Ausfuhr von Rüstungsgütern war geregelt durch das Ausführungsgesetz vom 20. April 1961 zu Artikel 26 Absatz 2 des Grundgesetzes (Kriegswaffenkontrollgesetz) sowie durch das Außenwirtschaftsgesetz vom 28. April 1961. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 444–450 bzw. S. 481–495.

Der Rüstungsexport war außerdem geregelt durch die „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ vom 16. Juni 1971. Vgl. dazu AAPD 1971, I, Dok. 83.

Ferner verabschiedete der Bundessicherheitsrat in seiner Sitzung am 2. Februar 1977 den Entwurf vom 16. Juni 1976 einer Richtlinie für den Rüstungsexport („Flächenpapier“). Vgl. dazu AAPD 1976, I, Dok. 195, und AAPD 1977, I, Dok. 16.

¹⁰ Im Bundestag führte Bundeskanzler Schmidt am 9. März 1979 zu MBFR aus: „Mir persönlich – wenn ich einmal laut denken darf – ist durchaus vorstellbar, daß kein Teilnehmerstaat mehr als die Hälfte der Truppen des Bündnisses in Mitteleuropa unterhält oder stellt. Das kann ich mir vorstellen. Ich deute eine der Lösungsmöglichkeiten für dieses schwierige Problem an, den Gedanken der Kollektivität, den wir aufrechterhalten wollen und müssen, zu vereinbaren mit dem anderen legitimen Interesse, nämlich zu sichern, daß alle nicht nur am ersten Schritt beteiligt sind, sondern auch noch nach zehn Jahren alle beteiligt bleiben. Ich betone in diesem Zusammenhang nochmals: Allein unser Bündnis hat dann innerhalb der Kollektivität darüber zu entscheiden, denn uns kommt es darauf an, daß alle Bündnispartner ihren Beitrag gemeinsam und solidarisch leisten.“ Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 109, S. 11252.

Das Auswärtige Amt legte daraufhin dar, daß es sich allenfalls um eine bündnisinterne Absprache, nicht um eine Ost-West-Vereinbarung handeln könne, und die privaten Überlegungen des Bundeskanzlers erst greifen könnten, wenn die an den MBFR-Verhandlungen in Wien teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten das Prinzip der Kollektivität in der Datenfrage akzeptiert hätten. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 80.

Herr Strauß erklärte zusammenfassend die Bereitschaft der Opposition, bei der Gestaltung des Haushalts über den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Steuerpakets mit sich reden zu lassen, wenn die dadurch entfallenden Mindereinnahmen für Sicherheitszwecke gebraucht würden.

Der *Bundeskanzler* bezeichnete es in seiner Entgegnung als wichtig,

- a) mit Großbritannien zu einer Einigung in der Frage des Gemeinschaftshaushalts¹¹ zu gelangen, was kostspielig sein werde;
- b) der Türkei und Pakistan zu helfen, was gleichfalls Geld kostet;
- c) daran zu denken, daß auch für weitere Entwicklungsländer erhöhte Ausgaben erforderlich würden.

Der Bundeskanzler führte aus, aus welchen Gründen er einer Erweiterung des Zivilschutzes skeptisch gegenüberstünde. Man könne leicht Unruhe erzeugen, aber auch mit Milliardenbeiträgen wenig zusätzliche Sicherheit. Der *Bundesaußenminister* erwähnte in diesem Zusammenhang die Möglichkeit von Bauaufgaben.

Den Bau von zwei weiteren Fregatten wollte der *Bundeskanzler* nicht ausschließen, jedoch unter der Voraussetzung, daß sie für die Verteidigung des eigenen Meeresraums verfügbar blieben. In bezug auf Lufttransportkapazitäten hätten wir mehr, als wir brauchten.

Hinsichtlich der Aufnahmefähigkeit für „big lift“ berichtete der *Bundesminister der Verteidigung* über die laufenden internen Beratungen und Gespräche mit den USA.

Der *Bundeskanzler* und der *Bundesminister der Verteidigung* betonten, daß wir insoweit tun wollten, was wir tun können.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 51

¹¹ Zum britischen Beitrag zum EG-Haushalt vgl. Dok. 9, Anm. 20.

24

Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Carter

VS-vertraulich

24. Januar 1980

Vermerk über das Telefongespräch des Bundeskanzlers mit Präsident Carter am 24. Januar 1980 von 19.35 bis 19.45 Uhr¹

Bundeskanzler gratuliert zum Erfolg in Iowa.² Persönlich und politisch fühlt er sich in gewisser Weise erleichtert. Er freut sich über den Erfolg des Präsidenten und möchte ihm dies mitteilen.

Carter dankt dem Bundeskanzler. Er hält die Wahlen für sehr bedeutsam. Sie werden sich auch auf die kommende Wahlkampagne³ auswirken. Er freut sich besonders über diesen Erfolg, weil er mit der Einstellung der Getreidelieferungen an die SU⁴ eine gerade für Iowa sehr schwierige Entscheidung getroffen hatte.

Bundeskanzler hat mit großem Interesse die State of the Union Message⁵ gelesen. Auch BM Genscher war beeindruckt von dem, was der Präsident in seiner Rede den „new spirit of unity and resolve“ genannt hat. Er dankt für die intensiven Gespräche, die BM Genscher in Washington führen konnte.⁶ Er hält diese Gespräche, über die ihm im Detail berichtet wurde, für besonders wertvoll. Er hat das erfreuliche Gefühl, daß sich – trotz gewisser Presseäußerungen – eine wirklich gut funktionierende Beziehung der Solidarität herausgebildet hat.

Carter stimmt zu. Keiner hat mehr dafür getan als der Kanzler.

Bundeskanzler erwähnt, daß dieser gute Stand der deutsch-amerikanischen Beziehungen gestern auch mit Befriedigung vom Kabinett zur Kenntnis ge-

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 25. Januar 1980 gefertigt und am selben Tag an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau „zur Unterrichtung des Bundesministers“ übermittelt.

Hat Wallau am 25. Januar 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher am 29. Januar 1980 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14087 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

² Bei den parteiinternen Vorwahlen im amerikanischen Bundesstaat Iowa am 22. Januar 1980 setzte sich Präsident Carter in der Demokratischen Partei mit 59 % der Stimmen gegenüber Senator Kennedy mit 31 % durch. Vgl. dazu den Artikel „Carter siegt in Iowa“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 23. Januar 1980, S. 1.

³ Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

⁴ Zur Einschränkung von Getreidelieferungen in die UdSSR vgl. Dok. 10, Anm. 23.

⁵ Für den Wortlaut der schriftlichen Botschaft des Präsidenten Carter vom 21. Januar 1980 an den amerikanischen Kongreß zur Lage der Nation vgl. PUBLIC PAPERS, CARTER 1980, S. 114–180.

Für den Wortlaut von Carters Rede am 23. Januar 1980 zur Lage der Nation vor beiden Häusern des Kongresses vgl. PUBLIC PAPERS, CARTER 1980, S. 194–200. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 101–106.

⁶ Bundesminister Genscher hielt sich vom 18. bis 22. Januar 1980 in den USA auf. Für die Gespräche am 21./22. Januar 1980 in Washington vgl. Dok. 19–21.

nommen wurde. In der gegenwärtigen Krise müsse man⁷ jetzt ein Gesamtkonzept erarbeiten und eine Arbeitsteilung unter den westlichen Staaten.⁸ Er hat zu diesen Punkten ein intensives Brainstorming begonnen.

Carter erwähnt den gegenwärtigen Besuch Cossigas in Washington⁹, der von sich aus dasselbe Forum zur Beratung einer gesamtwestlichen Strategie vorgeschlagen hat, das er mit BM Genscher in Washington erörtert hat (es geht um den Kreis der Sieben, die im Rahmen einer Vorbereitungssitzung für den Weltwirtschaftsgipfel¹⁰ in Italien zusammenkommen könnten).

Auf Frage des Bundeskanzlers betont er, daß auch die Japaner und Kanadier teilnehmen sollten. Der bestehende Siebener-Kreis verleiht den Beratungen eine Art von Legitimität. Außerdem sind Handelsfragen wichtig.

Bundeskanzler kann dem zustimmen und wird sich dafür einsetzen, daß auch die Franzosen diesen Vorschlag akzeptieren. Er wird seinen Freund in Paris in zehn Tagen sehen¹¹ und hofft, daß er zustimmen wird. Er wird den Präsidenten dann unterrichten.

Carter möchte mit diesem Plan vorangehen, auch wenn die Franzosen nicht zustimmen. Er setzt sich für ein Treffen der sieben Außenminister sobald wie möglich ein. Er stimmt dem Einwurf des Bundeskanzlers – übernächste Woche! – zu und wird gleich AM Vance und MP Cossiga unterrichten.

Bundeskanzler äußert seine große Hochachtung vor Urteil und Fähigkeit Cossigas.

Er erläutert seine Haltung zum Olympia-Vorschlag des Präsidenten¹². Wir waren in gewisser Weise überrascht und brauchen noch etwas Zeit, auch um die Angelegenheit mit den europäischen Freunden zu besprechen.¹³ Persönlich läßt er den Präsidenten wissen, daß wir uns schließlich für die richtige Seite entscheiden werden.

⁷ Die Worte „müsse man“ wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau auf Weisung des Bundeskanzleramts handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „möchte er“. Vgl. dazu das Schreiben des Ministerialdirigenten von der Gablentz, Bundeskanzleramt, vom 28. Januar 1980 an Wallau; VS-Bd. 14087 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

⁸ Zum Konzept der Bundesregierung für eine „Gesamtstrategie des Westens in der gegenwärtigen internationalen Krisensituation“, das beim Gespräch der Politischen Direktoren der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA am 24./25. Januar 1980 in London eingeführt wurde, vgl. Dok. 29, Anm. 71.

⁹ Ministerpräsident Cossiga hielt sich am 24./25. Januar 1980 in Washington auf.

¹⁰ Zum Weltwirtschaftsgipfel am 22./23. Juni 1980 in Venedig vgl. Dok. 184 und Dok. 185.

¹¹ Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Giscard d'Estaing im Rahmen der deutsch-französischen Konsultationen vom 3. bis 5. Februar 1980 in Paris vgl. 38, Anm. 3.

¹² Zur Forderung des Präsidenten Carter vom 20. Januar 1980 nach einem Boykott der Olympischen Sommerspiele in Moskau vgl. Dok. 19, Anm. 20.

¹³ In einem Telefongespräch mit Bundeskanzler Schmidt am 21. Januar 1980 plädierte Ministerpräsident Cossiga für eine abgestimmte Politik Italiens und der Bundesrepublik, um zu verhindern, daß jeder EG-Mitgliedstaat in dieser Frage eigene Wege gehe. Schmidt räumte ein, von Carters Ankündigung überrascht worden zu sein, „da dieser ihm Mitte voriger Woche noch eine andere Linie angekündigt hatte. Die Bundesregierung hat gestern öffentlich ihr grundsätzliches Verständnis für die amerikanische Linie bekundet.“ Es bestehe „ein dringendes Bedürfnis, hierüber im Kreis der neun Außenminister zu sprechen und unter anderem die vielen rechtlichen Fragen zu prüfen“. Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von der Gablentz, Bundeskanzleramt, vom 22. Januar 1980; B 2 (Referat 014), Bd. 246.

Carter berichtet, daß er heute einen kurzen sehr vertraulichen handschriftlichen Brief an den Bundeskanzler in dieser Angelegenheit abgeschickt hat.¹⁴

Er wünscht dem Bundeskanzler alles Gute auch für seinen Wahlkampf¹⁵ und hofft auf intensive Gespräche in Washington im März.¹⁶

VS-Bd. 14087 (010)

25

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Siefker

641-653.66-22/80 VS-vertraulich

24. Januar 1980

Über Herrn Dg⁶¹ Herrn D6²

Betr.: Sitzung des Sportausschusses Deutscher Bundestag vom 23.1.1980;
hier: Äußerungen von BM Genscher und BM Baum zur Frage der Reaktion der Bundesregierung auf den Vorschlag des amerikanischen Präsidenten zu Olympia – Moskau³

Anlässlich der o. g. Sitzung haben sich beide Minister über den amerikanischen Vorschlag, die Olympischen Spiele in Moskau angesichts sowjetischer Invasion in Afghanistan zu vertagen, zu verlegen oder abzusagen, wie folgt geäußert:

BM Genscher

1) Der Minister berichtete über die Ergebnisse seiner Reise in die USA und die Unterredungen mit den Vertretern der amerikanischen Regierung.⁴

Sein Eindruck sei, die Erklärung Carters hinsichtlich eines Boykotts der Olympischen Spiele in Moskau werde in den USA sehr ernstgenommen. Die Erklärung sei in der amerikanischen Administration sehr gründlich beraten worden, auch die amerikanische Öffentlichkeit und die Sportverbände stünden zunehmend hinter der Entscheidung des amerikanischen Präsidenten. Auf amerikanischer Seite sei das Bemühen zu spüren gewesen, mit der Boykottfrage das

¹⁴ Für das Schreiben vom 24. Januar 1980 vgl. VS-Bd. 14087 (010).

¹⁵ Wahlen zu den Landtagen von Baden-Württemberg, dem Saarland und Nordrhein-Westfalen fanden am 16. März, am 27. April und am 11. Mai 1980 statt sowie am 5. Oktober 1980 Wahlen zum Bundestag.

¹⁶ Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 4. bis 8. März 1980 in den USA auf. Für das Gespräch mit Präsident Carter am 5. März 1980 vgl. Dok. 71. Vgl. dazu ferner Dok. 72 und Dok. 73.

¹ Hat Ministerialdirigent Witte am 28. Januar 1980 vorgelegen.

² Hat Ministerialdirektor Müller am 28. Januar 1980 vorgelegen.

³ Zur Forderung des Präsidenten Carter vom 20. Januar 1980 nach einem Boykott der Olympischen Sommerspiele in Moskau vgl. Dok. 19, Anm. 20.

⁴ Bundesminister Genscher hielt sich vom 18. bis 22. Januar 1980 in den USA auf. Für die Gespräche am 21./22. Januar 1980 in Washington vgl. Dok. 19–21.

Interesse der Weltöffentlichkeit an der Geiselfrage⁵ zu mindern, um den Verhandlungsspielraum mit dem Iran zu vergrößern.

Er habe den Amerikanern erklärt, daß auch die Bundesregierung und ihre europäischen Partner diese Frage sehr ernsthaft und gründlich diskutieren würden.

Die Amerikaner hätten Verständnis dafür gezeigt, daß eine Entscheidung der Bundesregierung zunächst auf europäischer Ebene und mit den Sportverbänden abgestimmt werden müsse.

2) Bundesminister Genscher erklärte, die Bundesregierung habe sich in der Boykottfrage noch keine abschließende Meinung gebildet. Sie stehe auch nicht unter Zeitdruck. Zunächst seien die Konsultationen und die Erarbeitung einer gemeinsamen Position auf europäischer Ebene abzuwarten. Wenn er inzwischen nach einer Lösung zu der gegenwärtigen Problematik befragt werde, werde er mit Sicherheit antworten: Die einfachste Lösung sei der Rückzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan. Man müsse immer wieder darauf hinweisen, daß die sowjetische Aggression das auslösende Moment für die gegenwärtige Krise um die Olympischen Spiele in Moskau gewesen ist. Eine Olympiade sei eben nicht durchführbar in einem Land, das einen Überfall auf ein blockfreies Land durchgeführt hat.

Es sei wichtig, in der Öffentlichkeit nicht den Eindruck zu erwecken, als sei ein Boykott der Olympischen Spiele die einzige Antwort auf die Ereignisse in Afghanistan. Es könne sich dabei nur um eine unter zahlreichen anderen Maßnahmen handeln. Es wäre eine Selbsttäuschung, sich dadurch den Blick dafür zu verstellen, daß zur Lösung der eigentlichen Probleme weitere Anstrengungen notwendig seien.

3) Bei der Abwägung der Entscheidung durch die Bundesregierung müßten folgende Überlegungen im Vordergrund stehen:

a) Solidarität mit den amerikanischen Verbündeten: Man müsse sich fragen, ob es sich die Bundesrepublik Deutschland leisten könne, an den Spielen in Moskau teilzunehmen, wenn die Amerikaner fernbleiben.

b) Vermittlung zwischen den Bündnispartnern.

Eine wichtige Aufgabe der Bundesregierung bei den kommenden Konsultationen liege darin, zwischen den Bündnispartnern USA und Frankreich, die bekanntlich in der Frage der westlichen Reaktionen auf den sowjetischen Überfall in Afghanistan – einschließlich der Frage eines evtl. „Olympia-Boykotts“ – unterschiedliche Ansichten vertreten⁶, zu vermitteln.

c) Abstimmung mit der Dritten Welt

Im Rahmen der VN sei als Reaktion auf die sowjetische Invasion in Afghanistan eine überzeugende Einmütigkeit mit Ländern der Dritten Welt erzielt worden.⁷

⁵ Zur Geiselnahme von Angehörigen der amerikanischen Botschaft in Teheran vgl. Dok. 2, Anm. 13.

⁶ Botschafter Herbst, Paris, berichtete am 25. Januar 1980, die französische Regierung habe den von Präsident Carter angedrohten Boykott der Olympischen Spiele „mit auffälliger Eile“ verworfen: „Das Bemühen der französischen Regierung, wenigstens die Olympischen Spiele in Moskau, die hier für die Überlebensfähigkeit der Entspannung Symbolcharakter bekommen haben, zu retten, zeigt deutlich die Erklärung des Ministerrats vom 23. Januar.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 207; VS-Bd. 11092 (202); B 150, Aktenkopien 1980.

⁷ Zur Resolution ES-6/2 der Notstandssondertagung der VN-Generalversammlung vom 14. Januar 1980 vgl. Dok. 14, Anm. 11.

Es sei unser Interesse, daß dieses Abstimmungsergebnis in der Frage des „Olympia-Boykotts“ nicht umgekehrt werde. Zwar hätten sich schon einige Länder für Durchführung des Carter-Vorschlags entschieden, die Bundesregierung müsse sich aber um weiteres Einvernehmen mit Ländern der Dritten Welt bemühen. Hier sei auch das Ergebnis der bevorstehenden Islamischen Konferenz am 26.1. in Islamabad⁸ zu berücksichtigen.

4) Er hoffe, daß diese Aspekte auch bei den Erwägungen der deutschen Sportverbände eine Rolle spielen werden. Er selbst habe zwar immer den Standpunkt vertreten, daß der Sport und Politik voneinander getrennt bleiben müssen und der Staat sich nicht in die Entscheidung der Sportverbände einmischen solle. Auf der anderen Seite dürfe man nicht verkennen, daß der Sport auch in der Vergangenheit ununterbrochen politische Entscheidungen getroffen habe (Taiwan⁹, Südafrika¹⁰, Rhodesien¹¹ etc.) und immer wieder gemeinsame Haltungen von Bundesregierung und Sportverbänden erforderlich wurden. Eine Trennung von Sport und Politik sei zwar wünschenswert, aber in der heutigen weltpolitischen Lage illusorisch. Die Sportverbände müßten von sich aus die Frage prüfen, ob die Zeit für Olympische Spiele opportun sei.

Es sei nicht Aufgabe der Bundesregierung, sich Alternativen (Verlegung etc.) für die Olympischen Spiele Moskau zu überlegen. Dies sei Aufgabe des IOC.

Er persönlich überlege, ob der insbesondere von Griechenland gemachte Vorschlag, die Olympiade zukünftig nur in einem Land, nämlich dem Ursprungsland Griechenland, stattfinden zu lassen, die Olympischen Spiele von einem Teil des politischen Ballastes befreien und ihnen Zukunft sichern könnte.

II. BM Baum

1) Der Bundesminister unterstrich, neben den außenpolitischen Aspekten, die sicherlich übergeordnete Bedeutung hätten, dürfe die Frage der sportpolitischen Folgen einer Durchführung der Carter-Vorschläge nicht aus dem Auge gelassen werden. Der Preis für einen Boykott der Olympischen Spiele/Moskau sei unter sportpolitischen Gesichtspunkten hoch. Es sei zu beachten, daß der Freiraum des Sports nicht eingeschränkt werden dürfe.

⁸ Die Konferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz fand vom 27. bis 29. Januar 1980 in Islamabad statt. Vgl. dazu Dok. 29, Anm. 19.

⁹ Das Nationale Olympische Komitee von Taiwan gab am 16. Juli 1976 den Verzicht auf eine Teilnahme an den XXI. Olympischen Sommerspielen in Montreal bekannt, „weil es nach dem Willen der kanadischen Regierung nicht unter dem Namen ‚Republic of China‘, mit dem es beim IOC registriert ist, antreten durfte. Ein letzter Kompromißvorschlag des Inselstaates, unter dem Namensschild ‚Taiwan/R.o.C.‘ teilzunehmen, hatte Ottawa ebenfalls abgelehnt.“ Vgl. den Artikel „Zur Eröffnung nur 94 Staaten in Montreal“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 19. Juli 1976, S. 1.

¹⁰ Südafrika wurde seit 1964 wegen der Apartheidspolitik von der Teilnahme an den Olympischen Sommerspielen ausgeschlossen.

¹¹ Nachdem mehrere afrikanische und weitere Staaten mit einem Boykott der XX. Olympischen Sommerspiele in München gedroht hatten, falls Sportler aus Rhodesien an den Spielen teilnehmen würden, gab das IOC am 23. August 1972 den Ausschluß Rhodesiens bekannt. Vgl. dazu AAPD 1972, II, Dok. 294.

1976 zogen 23 afrikanische und arabische Staaten ihre Teilnahme an den XXI. Olympischen Sommerspielen in Montreal zurück, weil Neuseeland, das Sportbeziehungen zu Südafrika unterhielt, nicht von der Teilnahme an den Spielen ausgeschlossen worden war. Vgl. dazu den Artikel „Zur Eröffnung nur 94 Staaten in Montreal“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 19. Juli 1976, S. 1.

2) Zur rechtlichen Lage wies BM Baum hin, daß die geänderte Lage und die Frage der Teilnahme an den Olympischen Sommerspielen in Moskau auf der Sitzung des IOC Mitte Februar in Lake Placid¹² erörtert werden müssen. Nach den Regeln des IOC müsse die deutsche Mannschaft die Entscheidung über die Teilnahme in Moskau spätestens am 19. Mai bekanntgeben; d.h. die Bundesregierung und die Sportverbände stünden nicht unter unmittelbarem Zeitdruck und sollten ihre Entscheidung nicht überstürzen. Das BMI werde daher die Frage der Reaktion auf die Carter-Vorschläge auch auf die Tagesordnung der Sitzung der Deutschen Sportkonferenz am 31.1.80¹³ setzen.

Die Satzung des IOC¹⁴ enthalte keine Regel, wonach die Spiele nicht in einem Land durchgeführt werden dürften, das in kriegerische Auseinandersetzungen verwickelt sei. Jedoch werde in der Satzung in allgemeiner Form darauf hingewiesen, daß die Olympiaden das friedliche Zusammenleben der Völker fördern sollen. Die Sommerolympiade in Moskau sei anlässlich der IOC-Sitzung 1979 in Montevideo¹⁵ darüber hinaus ausdrücklich unter das Motto gestellt worden „Für den Frieden und zu Ehren des Sports“.

Nach Artikel 51 der Satzung/IOC sei ein Abzug der Spiele aus Moskau mit erheblichen finanziellen Folgen für das IOC verbunden.

Eine zeitliche und räumliche Verlegung der Spiele in diesem Jahr entsprechend dem Carter-Vorschlag hielt BM Baum für unrealistisch. Die Alternative könne nur sein: in vollem Umfang Durchführung der Spiele in Moskau oder Nichtteilnahme.

III. Die Sprecher von SPD und FDP im Sportausschuß des Bundestages schlossen sich der Beurteilung der Lage durch die beiden Minister an und betonten, eine Entscheidung solle nicht vor Ablauf sorgfältiger Konsultationen mit den westlichen Verbündeten und den Ländern der Dritten Welt erfolgen. Die Vertreter der CDU wiederholten ihren Standpunkt, die Bundesrepublik müsse sich mit den USA solidarisieren und solle sich möglichst bald dem Carter-Vorschlag anschließen.¹⁶

Siefker

VS-Bd. 12456 (641)

¹² Das IOC tagte am 12. Februar 1980 in Lake Placid.

¹³ Der Lenkungsausschuß der Deutschen Sportkonferenz tagte am 31. Januar 1980 in Bonn. In der Presse hieß es dazu: „Begrüßt wurde, daß das NOK eine Entscheidung über Teilnahme oder Nichtteilnahme an den Spielen erst nach gründlichen Beratungen sowohl mit den Sportorganisationen als auch mit den politisch Verantwortlichen fällen will. Der Lenkungsausschuß teilt auch die Auffassung des NOK, daß sich Athleten weiter auf die Olympischen Spiele vorbereiten sollen.“ Vgl. den Artikel „Europas Sportminister erörtern Olympia-Boycott“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 1. Februar 1980, S. 6.

¹⁴ Für die Satzung des Internationalen Olympischen Komitees vgl. OLYMPIC RULES, S. 5–40.

¹⁵ Das Internationale Olympische Komitee tagte von 4. bis 7. April 1979 in Montevideo.

¹⁶ In der Presse wurde berichtet: „Während die Spitzenfunktionäre des Sports offenbar überwiegend gegen einen Olympia-Boycott sind, hat das CDU-Präsidium die Haltung Carters unterstützt und die deutschen Sportgremien gebeten, auf die Teilnahme an der Olympiade in Moskau zu verzichten, falls die Sowjetunion ihre Truppen nicht aus Afghanistan zurückzieht.“ Vgl. den Artikel „Olympia-Boycott – Die Union dafür“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 22. Januar 1980, S. 1.

26

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow

213-321.00 SOW-180/80 VS-vertraulich

25. Januar 1980¹

Vermerk über die Unterredung des Bundesministers mit Botschafter Semjonow am 25. Januar, 1980, 10.10 Uhr bis 11.20 Uhr

Anwesend: Herr Kurpakow, Erster Sekretär Sowjetische Botschaft (als Dolmetscher); LR I Barker (als Protokollführer).

Vorbemerkung: Semjonow hatte eine schriftliche Gesprächsunterlage von etwa zehn Seiten und offensichtlich zu verschiedenen Themen mitgebracht, aus der er verschiedentlich Passagen heraussuchte und vom Blatt ablesend vortrug.

Botschafter *Semjonow* (S) eröffnete die Unterredung (nach Begrüßungsworten des Bundesministers) mit einer vom Blatt abgelesenen Erklärung: Er freue sich über die heutige Fortsetzung der Unterredung vom 21. Dezember 1979². Inzwischen habe sich verschiedenes ereignet (er erwähnte Bundestagsdebatte³, Kabinettsitzungen, Unterredungen der führenden Vertreter der Bundestagsparteien⁴, die USA-Reise des Bundesministers⁵). In der internationalen Politik sei jetzt „kein leichter Moment“. Er könne nur das unterstreichen, was der Bundeskanzler und der Bundesminister kürzlich gesagt hätten, daß es nämlich wichtig sei, den politischen und den militär-politischen⁶ Dialog nicht abreißen zu lassen. Er wolle ein Breschnew-Zitat dem an die Seite stellen (sinngemäß: Wir wollen das in Europa Erreichte verankern und festigen; unser Land wird auch weiterhin eine Politik des Friedens und der Freundschaft verfolgen).

S. erkundigte sich, wie der Minister sich die weitere Entwicklung der bilateralen Beziehungen, auch im Hinblick auf die bevorstehenden Bundestagswahlen⁷, vorstelle. Er fügte hinzu, er betrachte diese Unterredung auch als eine Art

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Barker am 25. Januar 1980 gefertigt und am selben Tag an das Ministerbüro weitergeleitet mit der Bitte, „die Zustimmung des Bundesministers einzuholen“.

Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 25. Januar 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher am 25. Januar 1980 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 14086 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

² Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow am 21. Dezember 1979 vgl. AAPD 1979, II, Dok. 388.

³ Bundeskanzler Schmidt gab am 17. Januar 1980 im Bundestag eine Regierungserklärung ab, der eine Aussprache über Außenpolitik folgte. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 113, S. 15578–15661.

⁴ Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Strauß und dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Kohl, bzw. der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Zimmermann, am 24. Januar 1980; Dok. 23.

⁵ Bundesminister Genscher hielt sich vom 18. bis 22. Januar 1980 in den USA auf. Für die Gespräche am 21./22. Januar 1980 in Washington vgl. Dok. 19–21.

⁶ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Semjonow bestätigte auf Nachfrage des Ministers ausdrücklich, er meine auch den militärpolitischen Dialog.“

⁷ Die Wahlen zum Bundestag fanden am 5. Oktober 1980 statt.

Vorbereitung auf „eventuelle Treffen auf höherer Ebene, von denen schon die Rede war“. Deshalb liege ihm an einem inhaltsreichen und produktiven Dialog. Der *Bundesminister* (BM) erwiderte, die Tatsache, daß diese Unterredung heute stattfinde, beweiße doch schon, daß es der Bundesregierung ernst sei mit dem Willen zur Fortsetzung des Dialogs mit der SU und den anderen WP-Staaten. Gerade jetzt sei dieser Dialog besonders wichtig.

Die Politik der Bundesregierung sei langfristig angelegt, an ihren Grundlinien habe sich nichts geändert. Maßgeblich sei das in amtlichen Erklärungen Gesagte. Maßgeblich für SU und andere WP-Staaten seien die in den geschlossenen Verträgen definierten Ziele. Maßgeblich hinsichtlich Europas seien unsere Verpflichtungen aus der KSZE-Schlußakte⁸. Grundlage unserer Politik sei bekanntlich unsere Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft und im Atlantischen Bündnis. Wir hätten zusammen mit der SU in der gemeinsamen Deklaration vom Mai 1978⁹ gemeinsame Vorstellungen und Ziele schriftlich fixiert. Wir hätten, was den wirtschaftlichen Bereich betreffe, ein langfristiges Abkommen.¹⁰ Wir hätten beim Besuch von AM Gromyko¹¹ eine gemeinsame Mitteilung herausgegeben.¹² Die hier genannten Grundlagen und Ziele unserer Politik bestärkten uns in der Überzeugung, daß es alle Möglichkeiten des Dialogs zu nutzen gelte. Er wolle hinzufügen: Ein Dialog zwischen Bundesrepublik Deutschland und SU wäre zu wenig, notwendig sei nach unserer Überzeugung auch der Dialog zwischen uns und den übrigen Staaten des Warschauer Pakts sowie zwischen USA und SU. Gerade in der gegenwärtigen Lage wäre es ein Fehler, wenn USA und SU nur über die Medien miteinander verkehrten. Er höre mit Freude, daß vorgestern oder gestern AM Vance und Botschafter Dobrynin zusammengetroffen seien.¹³ Dies sei ein wichtiger Ansatz, und wir hofften auf eine Fortsetzung dieses Dialogs.

Semjonow warf ein, der Minister habe recht: Man müsse nicht monologisieren, sondern Politik machen.

BM fuhr fort, auf dem Tisch läge eine Reihe wichtiger Projekte: MBFR, KSZE-Folgekonferenz in Madrid, Notwendigkeit der Aufnahme von Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen, Notwendigkeit des Festhaltens an SALT II (im Hinblick hierauf verdiene es Beachtung, daß Carter sich öffentlich auf Respektierung von SALT II festgelegt habe¹⁴; wir teilten die von ihm geäußerte Überzeu-

⁸ Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

⁹ Für den Wortlaut der Gemeinsamen Deklaration vom 6. Mai 1978 anlässlich des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 4. bis 7. Mai 1978 in der Bundesrepublik vgl. BULLETIN 1978, S. 429 f.

¹⁰ Für den Wortlaut des Abkommens vom 6. Mai 1978 über die Entwicklung und Vertiefung der langfristigen Zusammenarbeit der Bundesrepublik und der UdSSR auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie vgl. BUNDESGESETZBLATT 1979, II, S. 59 f.

¹¹ Der sowjetische Außenminister Gromyko besuchte von 21. bis 24. November 1979 die Bundesrepublik. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 341–344.

¹² Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1979, S. 1321 f.

¹³ Zum Gespräch des sowjetischen Botschafters in Washington, Dobrynin, mit dem amerikanischen Außenminister Vance vgl. DOBRYNIN, In confidence, S. 446 f.

¹⁴ Zur Aussetzung des Ratifizierungsverfahrens des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 im amerikanischen Senat vgl. Dok. 1, Anm. 13.
Botschafter Hermes, Washington, stellte am 10. Januar 1980 fest: „Die vorläufige Aussetzung der

gung, dies sei im Interesse der Sicherheit aller Staaten, und hofften, daß die SU dies ebenso sehe).

Zu Afghanistan übergehend, verwies BM auf das von der Bundesregierung öffentlich Gesagte, das im wesentlichen auch in der demnächst zu erwartenden Botschaft des Bundeskanzlers an GS Breschnew¹⁵ wiederkehren werde, und unterstrich unsere Besorgnis über die Vorgänge in Afghanistan. Wir hofften auf eine Beendigung der eingetretenen Lage durch Rückzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan in Übereinstimmung mit der Resolution der VN-Generalversammlung¹⁶. Dies wäre ein wichtiger Beitrag der SU, um die großen Sorgen der Völker, die auch die unseren seien, zu vermindern. Es sei in den vergangenen Jahren so viel Positives geschaffen worden, was nicht verlorengehen dürfe. Die Blockfreiheit Afghanistans sollte schleunigst wiederhergestellt werden.

Wir machten uns auch große Sorgen wegen der Abhaltung der Olympischen Sommerspiele in Moskau. Die Bundesregierung habe sich hierzu bis jetzt nicht abschließend geäußert, da sie nach wie vor hoffe, daß die Sowjetunion die Voraussetzungen dafür schaffen werde, daß alle Staaten in Moskau teilnehmen könnten.

Der Botschafter habe sicher auch die Besorgnis der deutschen Öffentlichkeit wegen Sacharow¹⁷ registriert.

Er erwähne dies, weil für unsere Politik das Klima wichtig sei, in dem sie betrieben werde. Er wolle noch einmal unterstreichen, daß Ziele und Grundlagen der Politik der Bundesregierung unverändert seien. Gerade jetzt sei es notwendig, durch politische Kontakte zu verhindern, daß die Lage sich eigengesetzlich entwickelt. Dabei dächten wir daran, daß auch in der Vergangenheit bereits zwischen uns und der sowjetischen Führung in schwierigen und schwierigsten Fragen des öfteren ein Meinungs austausch stattgefunden habe und daß man dabei einig gewesen sei in dem Willen, nach konstruktiven Lösungen zu suchen, weil die sowjetische Führung sich ebenso wie wir bewußt sei, welchen Wert die Erhaltung des Friedens für unsere beiden Völker und letztlich alle Völker

Fortsetzung Fußnote von Seite 155

SALT-II-Ratifikation läuft praktisch darauf hinaus, daß vor der Wahl des neuen Präsidenten keine wesentliche Bewegung im Rüstungskontrolldialog zu erwarten ist. Dem unbestrittenen Interesse beider Großmächte, ihre Nuklearbeziehungen unter Kontrolle zu halten, dürfte in dieser Zeit durch einseitige Einhaltung von SALT I und II, wie sie die Administration bereits angekündigt hat, Rechnung getragen werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 107; Referat 201, Bd. 120163.

15 Zum Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt vom 31. Januar 1980 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, vgl. Dok. 34.

16 Zur Resolution ES-6/2 der Notstandssondertagung der VN-Generalversammlung vom 14. Januar 1980 vgl. Dok. 14, Anm. 11.

17 Der sowjetische Atomphysiker Sacharow wurde am 22. Januar 1980 in Moskau festgenommen und nach Gorki verbannt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Arnot notierte am 22. Januar 1980, das Vorgehen der UdSSR gegen Sacharow stehe „in zeitlichem und innerem Zusammenhang mit der internationalen Lage, wie sie sich nach den NATO-Beschlüssen vom 12. bis 14.12.1979, der sowjetischen Invasion in Afghanistan und der internationalen Reaktion hierauf darstellt“. Die sowjetischen Behörden hätten die Verschlechterung der Ost-West-Beziehungen genutzt, „diese ihr notwendig erscheinende, international aber höchst unpopuläre Operation vorzunehmen“. Arnot wertete das sowjetische Vorgehen als „Schlag gegen die Entspannung“ und „als eine schwere Beeinträchtigung der Dissidentenbewegung in der Sowjetunion [...], die ihres wichtigsten Sprachrohrs beraubt wird. Verfolgung und Unterdrückungsmaßnahmen können nunmehr stärker als bisher vor der internationalen Öffentlichkeit abgeschirmt werden.“ Vgl. Referat 213, Bd. 133173.

der Welt habe. Vielleicht gebe es so etwas wie eine besondere Verantwortung seiner Generation (die den Zweiten Weltkrieg noch mitgemacht habe), eine Wiederholung dieses schrecklichen Geschehens zuverlässig auszuschließen. Aus diesem Geiste heraus wolle die Bundesregierung zusammen mit ihren Verbündeten in der jetzigen Lage handeln und sprechen.

Semjonow (wieder anhand seiner mitgebrachten Unterlage): Aus den Worten des Ministers könne man den Schluß ziehen, daß die Initiativen der SU zugunsten des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit jetzt noch aktueller seien als je zuvor. Dasselbe gelte auch für den WP-Vorschlag einer Konferenz über militärische Entspannung¹⁸. Hierzu habe der Osten seine Überlegungen hinsichtlich der Ziele, des Inhalts, der Prozedur und der Vorbereitung auf diese Konferenz dargelegt. Der WP sei hierüber zu bilateralen Konsultationen bereit, die nach WP-Vorstellungen später in multilaterale übergehen sollten.

Auch über die KSZE-Folgekonferenz sei der Osten zu bilateralen Konsultationen bereit und wolle mit allen interessierten Staaten zusammenarbeiten bei dem Ziel, die Madrider Konferenz als einen wichtigen Beitrag zur Vertiefung der Entspannung in Europa auszugestalten.

Daß der Minister MBFR erwähnt habe, decke sich mit den sowjetischen Vorstellungen von der Aktualität dieser Frage.

Zum Thema „Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen“ habe er am 8.1. gegenüber StS van Well bereits die sowjetische Position dargelegt.¹⁹ Wenn er es richtig sehe, sei jetzt die Bundesregierung am Zuge zu antworten.

Zur Lage in Afghanistan, über die der Bundesminister so viel Besorgnis geäußert habe, wolle er sagen: Es gebe bei diesem Thema viel „Demagogie und Fehlinformation“. Die Wahrheit sei, daß in Übereinstimmung mit dem sowjetisch-afghanischen Freundschaftsvertrag²⁰ und einem Ersuchen der afghanischen Regierung ein begrenztes Kontingent sowjetischer Truppen auf afghanisches Gebiet geführt worden sei. Es habe zuvor mehrere solcher Ersuchen seit April 1978 gegeben, und zwar sowohl von der Regierung Taraki als auch von der Regierung Amin; das letzte und entscheidende Ersuchen sei am 26. Dezember – bereits von der Regierung Babrak Karmal – gekommen. SU und Afghanistan hät-

¹⁸ Zu den Vorschlägen des Komitees der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten bei der Tagung am 14./15. Mai 1979 in Budapest vgl. Dok. 1, Anm. 28.

¹⁹ Botschafter Semjonow erörterte am 8. Januar 1980 mit Staatssekretär van Well Auswirkungen des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 bzw. der sowjetischen Intervention in Afghanistan auf Verhandlungen über Mittelstreckensysteme und auf die Entspannungspolitik. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 201, Bd. 120238.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Citron konstatierte am 10. Januar 1980, Semjonow habe sich in dem Gespräch „weitgehend auf der Linie, die sowjet[ischer] Geschäftsträger Wassew am 3.1.80 in Washington vorgetragen hatte“, bewegt. Allerdings sei Semjonow vager geblieben und habe abweichend verkündet, „daß die Frage der Mittelstreckensysteme eine selbständige Frage sei und eine Zusage der SU zur Einbeziehung in SALT III eine inakzeptable Indossierung des NATO-Beschlusses sei“. Aus Semjonows Äußerungen lasse sich folgern, daß die offizielle Mitteilung der UdSSR an die USA vom 3. Januar 1980 nicht als endgültige Antwort zu betrachten sei. Vielmehr lasse die UdSSR eine gewisse Flexibilität erkennen und bleibe an der Fortführung eines Abrüstungsdialogs, insbesondere in Europa, interessiert. Vgl. den Drahterlaß Nr. 202 an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel und die Botschaft in Washington; VS-Bd. 11343 (220); B 150, Aktenkopien 1980.

²⁰ Am 5. Dezember 1978 unterzeichneten Afghanistan und die UdSSR einen Vertrag über Freundschaft, gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 1145, S. 333–335.

ten nichts getan, als ihre Rechte aus Art. 51 der UNO-Charta²¹ in Anspruch zu nehmen, und dieser Rechte könne sie niemand berauben. Zwischen dem Umsturz in Afghanistan und der Präsenz sowjetischer Truppen in diesem Land bestehe im übrigen – entgegen anderslautenden Behauptungen – kein Zusammenhang. Die sowjetische militärische Präsenz in Afghanistan werde beendet werden, sowie die für sie ursächlichen Gründe entfallen seien und nachdem die jetzige Einmischung von außen in die inneren Angelegenheiten Afghanistans aufgehört habe.

Dies alles sei im übrigen natürlich ein rein bilaterales Problem zwischen der SU und Afghanistan. Die von BM erwähnte Resolution der VN-Generalversammlung könne keinerlei praktische Folgen haben, und zwar schon deshalb, weil die Befassung der Vereinten Nationen mit der Afghanistan-Frage unrechtmäßig gewesen sei. Die SU bedaure feststellen zu müssen, daß die Bundesregierung in dieser Frage den USA gefolgt sei.

Der entscheidende Punkt sei doch, daß es gar nicht um Afghanistan gehe, sondern vielmehr um Bestrebungen der US-Regierung, die internationale Lage zu verschärfen. Afghanistan sei hierfür ein eher zufälliger Anlaß gewesen, an dessen Stelle ein beliebiger anderer Anlaß hätte stehen können. Diese von amerikanischen Seite betriebene Eskalation der Spannung entspreche nicht den Interessen der beiden Staaten.

BM erwiderte, er empfinde die Ausführungen des Botschafters zu MBFR und KSZE-Folgekonferenz als positiv. Er wolle noch hinzufügen, daß wir auch der von Frankreich vorgeschlagenen Europäischen Abrüstungskonferenz²² große Bedeutung beimäßen und uns vorstellten, daß die Madrider Folgekonferenz hierfür ein Mandat erteile.

Hinsichtlich der Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen seien die Beschlüsse des Bündnisses vom 12. und 14. Dezember 1979²³ der SU förmlich mitgeteilt worden.²⁴ Uns liege daran, daß die Voraussetzungen für ein Zustandekommen der angebotenen Verhandlungen geschaffen würden. Die Haltung der Bundesregierung habe StS van Well ja am 8. Januar dem Botschafter erläutert.

Die Lage in Afghanistan sähen wir im Zusammenhang mit der Formel „Unteilbarkeit des Friedens und der Sicherheit“ (oder wie wir verkürzt sagten: „Unteilbarkeit der Entspannung“), die in der deutsch-sowjetischen gemeinsamen Deklaration vom Mai 1978 enthalten sei. Dieser Grundsatz sei durch das sowjetische Vorgehen in Afghanistan verletzt worden. Daß in den Vereinten Nationen 104 Staaten klar für die Forderung nach Rückzug der sowjetischen Truppen gestimmt hätten, bedeute doch, daß man uns nicht gut unterstellen könne, wir

²¹ Für den Wortlaut von Artikel 51 der VN-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 464f.

²² Zum französischen Vorschlag einer Konferenz für Abrüstung in Europa vgl. Dok. 1, Anm. 11.

²³ Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. 1, Anm. 10.

Zur NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1979 in Brüssel vgl. AAPD 1979, II, Dok. 378. Vgl. ferner das Communiqué, NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 124–129. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN 1979, S. 1411–1414.

Zur dabei gebilligten Initiative der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 1, Anm. 12.

²⁴ Zur Unterrichtung der sowjetischen Botschaft in Washington am 18. Dezember 1979 durch den amerikanischen Außenminister Vance vgl. Dok. 3, Anm. 2.

liefen den Vereinigten Staaten in dieser Frage nach; vielmehr gebe es eine einheitliche internationale Meinung. Die SU wäre gut beraten, dies sehr ernst zu nehmen. Wenn man aufrichtig miteinander spreche, könne man einander verstehen und vielleicht auch Lösungen finden.

Semjonow (wieder anhand seiner schriftlichen Unterlage bis zum Ende des nachfolgenden Absatzes): Beim Argumentieren mit Beschlüssen der Generalversammlung müsse man zu unterscheiden wissen. Schließlich habe die Generalversammlung auch am 6.12.1979²⁵ mit 102 gegen 17 Stimmen alle Separatfriedensverträge im Nahen Osten verurteilt²⁶, und auch die GV-Resolutionen zur Besetzung palästinensischer Gebiete durch Israel²⁷, zum israelischen Vorgehen im Libanon²⁸ und zu den Aktionen in Zaire²⁹ seien noch in Erinnerung. (Hier fragte *BM* nach, was mit „Aktionen in Zaire“ gemeint sei. *Semjonow*: „Die bekannten Aktionen.“ *BM*: „Wessen Aktionen?“ *Semjonow*: „Die Aktionen seitens eines bestimmten Staates, der nicht weit von Ihnen entfernt liegt, mit Unterstützung anderer Staaten, die auch nicht weit von Ihnen entfernt liegen.“) Er wolle immerhin festhalten, daß sich ein Drittel aller VN-Mitglieder gegen die GV-Resolution ausgesprochen habe.

In der deutschen Presse lese er jetzt, die Dritte Welt habe sich angeblich von der SU abgewandt. Diesen Irrtum könne man natürlich leicht beheben. Die Position der Blockfreien werde schließlich nicht durch Propaganda-Aktionen, sondern durch Tatsachen bestimmt, und zu diesen Tatsachen gehöre auch die Situation der Dritten Welt, wie sie im Gefolge des Kolonialismus und Imperialismus sich

²⁵ Korrigiert aus: „7.12.1979“.

²⁶ Mit Resolution Nr. 34/70 verurteilte die VN-Generalversammlung am 6. Dezember 1979 alle Verträge, die den Prinzipien einer gerechten und umfassenden Konfliktlösung widersprechen und nicht die Rechte des palästinensischen Volkes anerkennen würden. Gefordert wurde die baldige Einberufung der Friedenskonferenz für den Nahen Osten in Genf unter amerikanisch-sowjetischer Ko-Präsidenschaft, an der auch die PLO als gleichberechtigter Partner teilnehmen sollte. Vgl. dazu UN YEARBOOK 1979, S. 357 f.

²⁷ Die VN-Generalversammlung erörterte zwischen 26. November und 12. Dezember 1979 auf sieben Sitzungen die Palästina-Frage und verabschiedete dazu am 29. November 1979 die Resolutionen Nr. 34/65 A und 34/65 B. Resolution Nr. 34/65 A gab der Sorge Ausdruck, daß bisher keine Lösung der Palästina-Frage erzielt worden sei, die auf der Basis der Gewährleistung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes Voraussetzung für einen gerechten und dauerhaften Frieden im Nahen Osten sei. Resolution Nr. 34/65 B bekräftigte, daß eine Lösung der Palästina-Frage im VN-Rahmen und auf der Grundlage der VN-Charta und -Resolutionen unter Einbeziehung der PLO erfolgen müsse, und verurteilte die israelische Besetzung der palästinensischen Gebiete seit 1967. Vgl. dazu UN YEARBOOK 1979, S. 368–371.

²⁸ Die VN-Generalversammlung verabschiedete am 14. Dezember 1979 die Resolution Nr. 34/135. Darin wurde der VN-Generalsekretär aufgefordert, seine Bemühungen für eine Umsetzung der Resolution Nr. 33/146 der VN-Generalversammlung vom 20. Dezember 1978 fortzusetzen. Die Einsetzung eines VN-Koordinators für Libanon wurde begrüßt und die Vorlage eines Fortschrittsberichts beim Sicherheitsrat und der Generalversammlung verlangt. Vgl. dazu UN YEARBOOK 1979, S. 420.

²⁹ In der Nacht vom 11./12. Mai 1978 drangen Rebellen in die zairische Provinz Shaba ein. Frankreich und Belgien entsandten am 19. Mai 1978 Fallschirmjäger zur Evakuierung von Europäern aus der umkämpften Stadt Kolwezi. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats 321 vom 19. Mai 1978; Referat 321, Bd. 115609. Vgl. dazu ferner AAPD 1978, I, Dok. 166.

Am 3. Juni 1979 forderte die VN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) mit Resolution Nr. 110 (V) ihren Generalsekretär auf, die VN-Wirtschaftskommission für Afrika (ECA) bei der Untersuchung von Problemen Zaires bei Transit, Transport und Marktzugang zu unterstützen. Die VN-Generalversammlung bekräftigte am 19. Dezember 1979 mit Resolution Nr. 34/193 diese UNCTAD-Resolution und forderte den VN-Generalsekretär zur beschleunigten Umsetzung des Beschlusses auf. Vgl. dazu UN YEARBOOK 1979, S. 580.

als „System internationaler Arbeitsteilung“ herausgebildet habe. Auch in Europa habe es Umbrüche gegeben, Monarchien seien beseitigt worden usw., und niemand habe Europa daran gehindert, dies für sich selbst zu entscheiden. Andere Völker und Staaten hätten dasselbe Recht. Einen Anspruch auf Fortschritt hätten nicht nur die Industrieländer. Dann aber könne niemand davon reden, daß in der Dritten Welt die SU oder die Bundesrepublik Deutschland oder irgendein anderer Staat die Hand im Spiel habe; dies wäre eine wirklichkeitsfremde Behauptung.

BM warf ein, er stimme dem zu.

Semjonow: Wenn *BM* zustimme, könne man sich sicher über viele Fragen der Dritten Welt ohne weiteres verständigen.

BM erwiderte, es sei offensichtlich erforderlich, ganz präzise zu definieren, was wir meinten. Jedes Volk habe nach unserer Überzeugung ein Recht darauf, seine Geschicke selbst zu bestimmen. Das meinten wir mit „Selbstbestimmungsrecht“. Wir seien jedoch strikt dagegen, daß Truppen eines Staats darüber entscheiden, wie die innere Ordnung eines anderen Staats auszusehen habe. Wir hätten – im Gegensatz zur SU – keine solchen Truppen jenseits unserer Grenzen. Daß dieser Grundsatz in Afghanistan verletzt sei, beunruhige uns.

Der *BM* fragte den Botschafter, ob dieser der Ansicht sei, daß die Kommunikation der politischen Führungen in USA und SU so sei, wie die derzeitige Lage es erfordere, und fügte hinzu: Wir seien in diesem Punkt besorgt. Als ein Staat, der mit den USA verbündet sei und gute Beziehungen zur SU wünsche, liege uns an einem engen Kontakt zwischen SU und USA. (Wir stellten uns in diesem Zusammenhang übrigens auch die Frage, wie denn unser Kontakt zur SU und den anderen WP-Staaten beschaffen sein solle.)

Semjonow erwiderte, über die Beziehungen zwischen den politischen Führungen seines Landes und der USA könne er natürlich nur mutmaßen, obwohl er gewisse Informationen besitze. Da aber der Minister gerade aus den USA zurückgekehrt sei, wolle er zurückfragen, wie denn die amerikanische Führung diese Frage sehe.

BM antwortete, die amerikanische Führung sei an engen Kontakten zur sowjetischen Führung interessiert. Der von der US-Regierung geäußerte Wunsch nach Rückkehr von Botschafter Dobrynin auf seinen Washingtoner Posten³⁰ sei Ausdruck dieses Interesses gewesen.

Semjonow versicherte, auch die SU habe großes Interesse an engen Kontakten mit den USA. Er habe schon mehrfach Übereinstimmung mit dem Minister konstatieren können, was die Entwicklung guter Beziehungen zwischen SU und USA angehe. Wenn der Minister zu dieser Entwicklung beitragen könnte, würde er das begrüßen.

BM erinnerte daran, daß der Bundeskanzler öffentlich bedauert habe, daß Präsident Carter und GS Breschnew erst so spät (nämlich Juni 1979 in Wien³¹)

³⁰ Der sowjetische Botschafter in Washington, Dobrynin, hatte sich seit 10. Dezember 1979 in der UdSSR aufgehalten und kehrte am 20. Januar 1980 auf seinen Posten zurück.

³¹ Präsident Carter und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, trafen vom 15. bis 18. Juni 1979 anlässlich der Unterzeichnung des SALT-II-Vertrags in Wien zusammen. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 181, und AAPD 1979, II, Dok. 211.

erstmal persönlich zusammengetroffen seien. Auch für die deutsch-sowjetischen bilateralen Beziehungen gelte, daß ohne die zahlreichen persönlichen Begegnungen derer, die auf beiden Seiten die politische Verantwortung trügen, manches schwieriger gewesen wäre. Selbst wenn man – wie jetzt in puncto Afghanistan – einen Dissens konstatieren müsse, hätten persönliche Begegnungen doch einen Wert an sich insofern, als sie es ermöglichten, den Standpunkt des anderen kennenzulernen und einschätzen zu können. Deshalb wiederhole er noch einmal: Der Dialog dürfe nicht abreißen; das sei heute wichtiger als je zuvor.

Semjonow stimmte zu; die Erhaltung des Gesprächskontakts (und zwar nicht nur über das „Rote Telefon“) sei in der Tat ein wichtiges Element der internationalen Beziehungen.

BM warf ein, er habe kein solches „Rotes Telefon“.

Semjonow erkundigte sich, welche Farbe denn die Apparate unseres direkten Drahts nach Washington hätten. (*BM* lachte, die Frage blieb unbeantwortet.)

Semjonow fuhr fort, natürlich müßte alles getan werden, „damit die Sonne nicht schon am Morgen wieder untergeht“. Das sei die wichtigste Frage der Gegenwart.

(Das Folgende wieder nach der schriftlichen Unterlage vorgetragen.)

Zu des Ministers Ausführungen über die Olympiade wolle er unterstreichen, daß Sport und Politik zwei völlig verschiedene Dinge seien. Der Minister habe ihm früher einmal gesagt, die Öffentlichkeit der Bundesrepublik Deutschland sei an den Sportbeziehungen zur SU stark interessiert. Seines Wissens gebe es in der Bundesrepublik etwa 15 Millionen Mitglieder von Sportvereinen aller Art. Soweit er sich in deren Psychologie versetzen könne, glaube er, sie brächten kein Verständnis für das politische Spiel auf, das mit der Olympiade getrieben werde.³² Es handle sich um eine ausschließlich sportliche Frage. Die zuständigen deutschen und sowjetischen Stellen seien wegen der Vorbereitung auf die Teilnahme in Moskau in Kontakt. Man habe nicht mehr viel Zeit zu verlieren.

Semjonow fügte aus dem Stegreif hinzu, ein prominenter deutscher Industrieller habe im Gespräch mit ihm einmal die Prognose gestellt, beim Medaillenspiegel werde die SU auf dem ersten Platz landen, die DDR auf dem zweiten, die USA auf dem dritten und die Bundesrepublik auf dem vierten Platz. Er (*Semjonow*) sei kein Experte auf diesem Gebiet; aber eine solche Vierergruppe in der Spitze fände er schön. (*BM* warf ein, ein besserer als der vierte Platz wäre ganz schön, müsse aber nicht sein. *Semjonow* erwiderte, man könne es ohnehin nicht exakt vorhersagen.)

BM bat *Semjonow* zusammenfassend, er möge seiner Regierung das Folgende übermitteln:

Wir seien entschlossen, unsere Politik entsprechend den geschlossenen Verträgen und gemeinsamen Erklärungen sowie der KSZE-Schlußakte auf der Grundlage unserer Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft und dem Atlantischen Bündnis fortzusetzen.

³² Zur Forderung des Präsidenten Carter vom 20. Januar 1980 nach einem Boykott der Olympischen Sommerspiele in Moskau vgl. Dok. 19, Anm. 20.

Das bedeute, daß wir auch die Politik des Ausgleichs und der Entspannung fortsetzen wollten.

Wir fänden die vom Bundeskanzler gemeinsam mit GS Breschnew getroffene Feststellung vom Mai 1978 über die „Unteilbarkeit von Frieden und Sicherheit“ besonders wichtig. Deshalb seien wir über die Anwesenheit sowjetischer Truppen in Afghanistan so besorgt. Wir hofften, daß diese Truppen wieder zurückgezogen werden und Afghanistan zur Blockfreiheit zurückkehren kann.

Die Frage einer Teilnahme an den Olympischen Spielen erörterten wir mit unseren Verbündeten. Wir erwarteten, daß die SU die Voraussetzungen dafür schaffe, daß alle Staaten teilnehmen könnten.

Über wichtige Themen wie KSZE, EAK³³, MBFR, Mittelstreckenwaffen müsse weiter gesprochen werden. Wir seien daran stark interessiert.

Wir seien ferner stark daran interessiert, alle Möglichkeiten und Ebenen des Kontakts mit der SU intensiv zu nutzen. Wir wünschten uns, daß dasselbe auch im Verhältnis SU–USA und im Verhältnis NATO–WP-Staaten geschehe.

Wir alle hätten aus einem hohen politischen Verantwortungsgefühl heraus zu handeln. Was der Bundeskanzler und er vor dem Bundestag erklärt hätten, sei genau so gemeint gewesen.

Er wolle eine persönliche Bemerkung anfügen: Er schätze die Unterredungen mit Semjonow sehr, auch wenn man unter Umständen am Ende keine Übereinstimmung konstatieren könne, auch wenn der Botschafter ohne spezifische Weisungen in konkreten Fragen zu ihm komme. Er wolle Semjonow versichern, daß er jederzeit für ihn zu sprechen sei.

Abschließend bat der Minister noch einmal, Moskau unsere Besorgnis über die internationale Lage zu übermitteln.

Semjonow dankte für die Worte des Ministers, erwiderte, auch er stehe selbstverständlich zur Verfügung, wann immer der Minister eine Begegnung für notwendig halte, und versicherte, er werde die Ausführungen des Ministers genauestens nach Moskau weitergeben.

Hier benutzte Semjonow die Gelegenheit, seinen Dank für die von der Bundesregierung bewiesene Sorge um die Sicherheit und Arbeitsfähigkeit der sowjetischen Botschaft zum Ausdruck zu bringen.

Abschließend stellte er fest: Die Zeit dränge, man werde noch gemeinsam einige Fragen ein Stück weiter bewegen müssen, um die Zukunft produktiver zu gestalten.

BM erkundigte sich im Aufbruch nach dem Befinden von AM Gromyko.

Semjonow erwiderte, er pausiere wohl für die nächsten zehn Tage, anschließend werde er Indien besuchen.³⁴ (Auf Zwischenfrage des Ministers:) Gromyko sei ein leidenschaftlicher Jäger – und er (Semjonow) habe ihn in Verdacht, während seines Urlaubs nicht nur auf Wild, sondern auch auf neue Ideen Jagd zu machen.

BM bat, Gromyko zu grüßen. Er wünsche ihm, daß er lauter gute Ideen einfange.

³³ Europäische Abrüstungskonferenz.

³⁴ Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich am 12./13. Februar 1980 in Indien auf.

Anmerkung:

Beim Verlassen des Auswärtigen Amts wurde Semjonow in meiner Gegenwart von einem Journalisten des WDR-Fernsehens um ein kurzes Interview gebeten, das sinngemäß wie folgt ablief:

Frage: Wie war die Atmosphäre?

Antwort: „Gut und nützlich.“

Frage: Sind die in den deutsch-sowjetischen Beziehungen aufgetretenen Schwierigkeiten durch dieses Gespräch beseitigt worden?

Antwort ausweichend: Er wisse nichts von Schwierigkeiten.

Frage: BM hat soeben Ihnen gegenüber das deutsche Interesse an Fortsetzung der Entspannungspolitik unterstrichen. Was haben Sie geantwortet?

Antwort: Es gebe eine Redensart „Zeit zu reden, Zeit zu schweigen“. Jetzt sei eher Zeit zu schweigen.

Frage: Wann werde dann Zeit zum Reden sein?

Antwort: Ausführungen vor der Öffentlichkeit seien nicht seines Amtes.

Damit beendete Semjonow das Interview.

VS-Bd. 14086 (010)

27

Botschafter Wieck, Moskau, an das Auswärtige Amt

114-1416/80 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 355
Citissime nachts

Aufgabe: 25. Januar 1980, 18.31 Uhr¹
Ankunft: 25. Januar 1980, 17.24 Uhr

Betr.: Mögliches Vorgehen der Organe gegen Kopelew, Wojnowitsch u. a.

Kopelew berichtete am 25.1. Mitarbeiter folgendes:

1) Wladimow, Leiter der Moskauer Sektion von Amnesty International, sei soeben bei ihm gewesen und habe ihm folgendes mitgeteilt:

Ein Schulfreund mit Beziehungen zum KGB habe ihn aufgesucht und gesagt, eine Liste mit den Namen derjenigen, die nun nach Sacharow² „dran seien“, sei

¹ Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 25. Januar 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte und handschriftlich vermerkte: „StS hat H[errn] Heyken (213) gebeten, Gräfin Dönhoff u[nd] Darmstädter Ak[ademie] zu kontaktieren [und] telefonische Ein[ladung] vorzuschlagen.“

Hat Genscher am 28. Januar 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Erbitte Unterrichtung über Stand der Bemühungen.“

Hat Braunmühl am 29. Januar 1980 erneut vorgelegen, der handschriftlich auf einen beigelegten Vermerk vom selben Tag verwies. Vgl. dazu Anm. 5. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 14086 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

² Zur Verbannung des sowjetischen Atomphysikers Sacharow nach Gorki vgl. Dok. 26, Anm. 17.

„von oben“ abgesegnet worden. Auf dieser Liste stünden er, Wladimow, Kopelew, Wojnowitsch und Kornilow. Derselbe Schulfreund, so Kopelew, habe Wladimow auch am 21.1. davon in Kenntnis gesetzt, daß „die Generäle“ nun endgültig durchgesetzt hätten, daß gegen Sacharow vorgegangen und er am 22.1. verhaftet werden würde. Wladimow habe darüber Sacharow noch am Abend des 21.1. unterrichtet. Sacharows Frau³ habe Nachricht mit dem Hinweis „damit drohen sie uns nun schon seit drei Jahren“ nicht ernstgenommen.

Kopelew selbst fühlt sich unmittelbar bedroht und glaubt, daß man ihn entweder verhaften, verbannen, ausweisen oder sonst mundtot machen wird, und bezog sich dabei wörtlich auf den Vorfall um die Ermordung des Böll-Übersetzers Bogatyrjow vor einigen Jahren, die allgemein dem KGB angelastet wird.⁴ Er bat um Hilfe, die darin bestehen sollte, daß er eine offizielle Einladung aus der Bundesrepublik Deutschland erhält, und nannte Marion Gräfin Dönhoff, die diese Einladung organisieren könnte. Diese Einladung im gegenwärtigen Zeitpunkt könnte für ihn ein Schutz sein, aber auch für den Fall hilfreich, falls ihm die Möglichkeit zur Ausreise angeboten wird. Frühere Einladungen seien nicht mehr verwertbar.

2) Wir beobachten seit Herbst 1979 ein härteres und gezielteres Vorgehen der Organe gegen Oppositionelle. Die Aktionen des KGB haben nunmehr möglicherweise eine zusätzliche Dimension dadurch erhalten, daß im Gefolge des Tiefstandes der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen Kräfte innerhalb der Führung, die diese Gelegenheit zur Beseitigung liberaler Tendenzen im Inneren nutzen, die Oberhand haben. Möglicherweise zählen dazu außer dem KGB auch die Militärs.

Ich schließe deshalb auch nicht aus, daß Kopelew tatsächlich in Gefahr ist, ebenso wie die genannten Schriftsteller Wladimow, Wojnowitsch und Kornilow.

3) Ich schlage deshalb vor, daß entweder Gräfin Dönhoff oder die Darmstädter Akademie oder aber Willy Brandt Kopelew und seiner Frau eine Einladung zum Arbeitsaufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland telegrafisch an seine Moskauer Adresse: Krasnoarmejskaja Uliza 29, Wohnung 59, schicken und der Botschaft diese Einladung gleichzeitig brieflich zur Weiterleitung an Kopelew übermitteln.⁵

4) Außerdem rege ich an, für den ebenso gefährdeten Wojnowitsch, der Mitglied der Bayerischen Akademie der Schönen Künste ist, eine Einladung der Bayeri-

³ Jelena Bonner.

⁴ Der sowjetische Schriftsteller Bogatyrjow wurde im April 1976 vor seiner Wohnung in Moskau niedergeschlagen und erlag am 17. April 1976 seinen Verletzungen. Vgl. dazu den Artikel „Konstantin Bogatyrjow“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 19. Juni 1976, S. 22.

⁵ Vortragender Legationsrat Edler von Braunmühl notierte am 29. Januar 1980, die Botschaft in Moskau habe dem stellvertretenden Abteilungsleiter im ZK der KPdSU, Falin, eine Mitteilung des SPD-Vorsitzenden Brandt übermittelt, „in der sich dieser dafür einsetzt, daß die vor einiger Zeit ausgesprochenen Einladungen von Gräfin Dönhoff und Heinrich Böll an Kopelew jetzt verwirklicht werden sollten.“ Die Herausgeberin der Wochenzeitung „Die Zeit“, Dönhoff, werde noch im Lauf der Woche die Einladung an Kopelew übermitteln. Die Bayerische Akademie der Schönen Künste habe am 28. Januar 1980 telegrafisch eine Einladung an den sowjetischen Schriftsteller Wojnowitsch übermittelt. Vgl. VS-Bd. 14086 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

schen Akademie der Schönen Künste für ihn und Familie (Frau und Tochter⁶) herbeizuführen.⁷

[gez.] Wieck

VS-Bd. 14086 (010)

28

Botschafter Ruth, z.Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt

114-1420/80 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 117

Aufgabe: 25. Januar 1980, 18.00 Uhr¹
Ankunft: 25. Januar 1980, 18.47 Uhr

Betr.: Special Consultative Group (SCG);
hier: Erste Sitzung am 25.1.80 in Brüssel

Bezug: DB Nr. 111 vom 24.1.80 – I-371.80 31-293/80 VS-v²

Zur Unterrichtung

1) Auf der Basis des von den Ständigen Vertretern der NATO am 24.1.80 erteilten Mandats³ trat heute die Special Consultative Group (SCG) zu ihrer ersten

⁶ Irina Daylowa Wojnowitsch und Olga Wladimarowna Wojnowitsch.

⁷ Botschafter Wieck, Moskau, informierte Vortragenden Legationsrat I. Klasse Arnot am 17. September 1980, Kopelew habe mitgeteilt, „daß er unter Verwendung der Einladung von Heinrich Böll den Antrag auf einen zweijährigen Studienaufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland gestellt“ und am 12. September 1980 bei der sowjetischen Paß- und Visabehörde Ausreisepapiere für sich und seine Frau eingereicht habe: „Er hat sich an uns gewandt, weil er sich so die diskreteste Abwicklung für Ausreise und Aufenthalt bei uns verspricht. Er befindet sich wegen seines fortgeschrittenen Alters und seiner familiären Bindungen in einem Dilemma, einerseits seine Überzeugungen nicht unterdrücken zu können, andererseits aber doch jeder Gefahr für seine Rückkehr möglichst aus dem Wege gehen zu müssen. Er möchte daher jeden publizistischen Aufwand bei Ankunft und während seines Aufenthalts vermeiden und hat die feste Absicht, keine Interviews zu geben.“ Vgl. den Schriftbericht; VS-Bd. 13161 (213); B 150, Aktenkopien 1980.

Vortragender Legationsrat Heyken notierte am 10. November 1980, Kopelew und seine Frau würden am 12. November 1980 in die Bundesrepublik ausreisen, „wo sie ein Jahr zu einem Privat-Aufenthalt bleiben und danach wieder in die Sowjetunion zurückkehren wollen“. Um die gewünschte Discretion zu bewahren, habe Kopelew Journalisten in Moskau den 13. November als Ausreisetermin genannt. Das Pressereferat des Auswärtigen Amtes solle auf Anfrage lediglich erklären, „wir hätten von dem geplanten Privataufenthalt von Herrn und Frau Kopelew in der Bundesrepublik Kenntnis“. Vgl. VS-Bd. 13161 (213); B 150, Aktenkopien 1980.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat Hofstetter am 29. Januar 1980 vorgelegen.

Hat Ministerialdirigent Dröge und Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann am 30. Januar 1980 vorgelegen.

² Botschafter Ruth, z.Z. Brüssel, berichtete, in der Sitzung des Ständigen NATO-Rats ohne französische Beteiligung sei die Haltung der UdSSR zum Rüstungskontrollangebot der NATO vom 12. und 14. Dezember 1979 erörtert sowie das Mandat der Special Consultative Group (SCG) verabschiedet worden, die am 25. Januar 1980 erstmals zusammentreten solle. Vgl. dazu VS-Bd. 10369 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

³ Für den Wortlaut des am 24. Januar 1980 vom Ständigen NATO-Rat verabschiedeten Mandats der Special Consultative Group (SCG) vgl. den Drahtbericht Nr. 112 des Botschafters Ruth, z.Z. Brüssel, vom 24. Januar 1980; VS-Bd. 10369 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

Sitzung zusammen. Den Vorsitz hatte, wie vereinbart, der Direktor für militärische und politische Angelegenheiten im State Department, Reginald Bartholomew. Mit Ausnahme Frankreichs, das Mitarbeit in Gruppe abgelehnt hat, waren alle Bündnispartner – zumeist mit hochrangigen Beamten der Außenministerien – vertreten. Zusätzlich nahmen Vertreter des Generalsekretärs⁴, des IMS⁵ und der integrierten Militärstäbe teil. Die deutsche Delegation wurde von Botschafter Ruth geleitet. Namentliche Liste nationaler Vertreter folgt mit Schriftbericht.⁶

2) Einleitend drückte Bartholomew Hoffnung auf intensive und pragmatische Arbeit der Gruppe aus. Die SCG solle Forum sein auf der Grundlage der Beschlüsse vom 12.12.79⁷, um einerseits Substanzprobleme der TNF zu analysieren und andererseits die politischen Implikationen der TNF-Problematik zu untersuchen. Dg22 bezeichnete Einsetzung und Arbeitsaufnahme SCG als Signal, daß Verhandlungsangebot der Allianz ernstgemeint und weiterhin auf dem Tisch liege. Andererseits müßte Arbeit der SCG Geschlossenheit und Kohäsion der Allianz auch nach außen zum Ausdruck bringen und deutlich machen, daß die in Dezember-Beschlüssen des Bündnisses zum Ausdruck gebrachte Solidarität weiter fortgelte.

3) Die Ergebnisse der Beratungen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

a) Prozedurales:

- Gruppe soll mindestens viermal im Jahr zusammentreten. Falls Umstände es erfordern, sind Sitzungen in kürzeren Zeitabständen möglich.
- Die Amerikaner als Vorsitzende berufen Sitzungen ein. Jedem Teilnehmer ist es freigestellt, an Vorsitz mit Bitte um Einberufung einer Sitzung heranzutreten. Vorsitzender entscheidet dann nach Konsultation mit anderen Bündnispartnern, ob Treffen stattfinden soll.
- Treffen sollen in der Regel in Brüssel stattfinden. Unter Umständen soll Gruppe einmal im Jahr in Nordamerika (USA oder Kanada) zusammentreten.
- Delegierte werden in Kenntnis der Regierungsposition und auf Weisungsbasis Stellung nehmen. Auf dieser Grundlage soll – wie dies bei der SG⁸ praktiziert wurde – flexibel diskutiert werden.
- Dokumente und Arbeitspapiere werden von Amerikanern über NATO und bilaterale Botschaften parallel Hauptstädten zugeleitet. Delegationen, die ihrerseits Papiere zirkulieren, verfahren ebenso.
- Am Ende jeder Sitzung wird der Vorsitzende die Ergebnisse mündlich zusammenfassen. Dabei können Ergänzungen vorgeschlagen werden.

⁴ Joseph Luns.

⁵ International Military Staff.

⁶ Botschaftsrat Roßbach, Brüssel (NATO), übermittelte am 14. Februar 1980 „eine von den Amerikanern zirkulierte Liste der Teilnehmer am ersten Treffen der SCG“. Vgl. den Schriftbericht Nr. 237; Referat 220, Bd. 116910.

⁷ Ziffer 10 des NATO-Doppelbeschlusses bestimmte: „Angesichts der besonderen Bedeutung dieser Verhandlungen für die Sicherheit des Bündnisses insgesamt wird zur Unterstützung der amerikanischen Verhandlungsbemühungen ein besonderes, hochrangiges Konsultationsgremium innerhalb des Bündnisses gebildet. Dieses Gremium wird die Verhandlungen kontinuierlich begleiten und den Außen- und Verteidigungsministern berichten.“ Vgl. BULLETIN 1979, S. 1410.

⁸ Special Group.

b) Arbeitsprogramm

Ziele und Prinzipien der Entscheidung vom 12.12.79 bleiben Grundlage der Arbeit der SCG. Paragraph 11 und 12 des Special Group Report⁹ enthalten eigentliche Substanzposition, die im Rahmen der Dezember-Entscheidung weiter konkretisiert werden soll. Infragestellung der Entscheidungsprinzipien ist nicht möglich. Fünf Themen werden zunächst zur Diskussion gestellt:

- Bedrohungsanalyse, Stand der SS-20-Dislozierungen; Frage der Einbeziehung von Backfire in Rüstungskontrollansatz,
- Behandlung von SS-4/SS-5,
- Problem der Reichweiten bei LRTNF,
- Definition des geographischen Bereichs einer zusätzlichen regionalen Begrenzung,
- Verifikationsprobleme.

Zu den Punkten 1 bis 4 wollen US bis zur nächsten Sitzung Arbeitspapiere vorlegen. In dieser Sitzung sollen ferner folgende Punkte zusätzlich angesprochen werden:

- Sowjetische Antwort auf TNF-Rüstungskontrollangebot der Allianz.¹⁰ (US wollen auch zu diesem Punkt Papier vorbereiten.)
- Erarbeitung des Berichts, der den Ministern im Juni d. J. vorgelegt werden soll.
- Auf unseren Vorschlag: Analyse sowjetischer Argumente gegen TNF-Dezemberentscheidung und Erarbeitung Argumenten-Katalogs für die Öffentlichkeitsarbeit der Bündnispartner. – Wir haben einen eigenen Beitrag zugesagt. Briten wollen ebenfalls Arbeitspapier vorlegen für die CD-Konferenzeröffnung in Genf¹¹ (s. Bezugs-DB).

4) Aussprache innerhalb der Gruppe reflektierte die Erfahrung in der Special Group zur Vorbereitung der Entscheidung vom Dezember 1979. Unser Vorschlag zur Erarbeitung eines Argumenten-Katalogs zu SU-Erklärungen fand breite Unterstützung.

Dg22 unterstrich in diesem Zusammenhang, daß SU westliche Öffentlichkeit für Propaganda zu nutzen suche, während Westen keine gleiche Einwirkungsmöglichkeit besitze. Daher müsse Allianz besonders sorgfältig argumentieren und z. B. sowjetischen Argumenten vom „Gleichgewicht der Kräfte“ mit Tatsachen begegnen. Erarbeitung eines entsprechenden Argumentenkatalogs solle sicherstellen, daß Bündnispartner in wichtigen TNF-Fragen mit einer Stimme sprechen.

⁹ Für den „Special Group Report to Ministers. Arms Control Involving Theater Nuclear Forces: Rationale, Objectives and Principles“ vom 28. September 1979 vgl. VS-Bd. 11391 (220).

¹⁰ Zur Reaktion der UdSSR vom 3. Januar 1980 auf den rüstungskontrollpolitischen Teil des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 3.

¹¹ Der Abrüstungsausschuß (CD) eröffnete am 5. Februar 1980 seine Sitzungsperiode 1980. Vgl. dazu Dok. 40, Anm. 5.

5) Als Termin für nächstes Treffen der Gruppe wurde 13./14. März 1980 vereinbart. Es ist vorgesehen, daß eine weitere Sitzung vor der NATO-Frühjahrskonferenz der Außenminister¹² stattfindet.

[gez.] Ruth

VS-Bd. 10369 (201)

29

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schenk

204-321.00 SO-101/80 geheim

28. Januar 1980¹

Betr.: Treffen der vier Politischen Direktoren am 24. und 25. Januar 1980 in London;
hier: Zusammenfassung der Gesprächsergebnisse (im Vorgriff auf gemeinsames Gesamtprotokoll)

Anlagen:

Teilnehmer:

USA: George Vest, Assist. Secretary; Robert Blackwill, NSC (Europa); Robert Hopper (Dept. of State).

UK: Julian Bullard, Dep. USt; Mr. Braithwaite, LPI (FCO).

Frankreich: M. Dupont, Stellv. Pol. Direktor; M. Braine.

BR Deutschland: MD Dr. Blech; VLR I Dr. Schenk.

Die vier Pakistan-Experten und die Vierer-Pakistan-Gruppe „Rüstungshilfe“ sowie die militärischen Berater betr. Jugoslawien wurden zeitweise zu den Gesprächen der Politischen Direktoren hinzugezogen.²

¹² Die NATO-Ministerratstagung fand am 25./26. Juni 1980 in Ankara statt. Vgl. dazu Dok. 190.

¹ Ablichtung.

Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 10. März 1980 vorgelegen. Ministerialdirektor Blech legte die von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schenk gefertigte Aufzeichnung zusammen mit weiteren Unterlagen zum Gespräch der vier Politischen Direktoren der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA am 24./25. Januar 1980 in London Staatssekretär van Well vor. Dazu gehörten neben Schenks Aufzeichnung (Anlage 1) ein britisches Papier über die Lage in Jugoslawien (Anlage 2), eine Aufzeichnung des Generals Tandeki, Bundesministerium der Verteidigung, über das Gespräch der vier Politischen Direktoren mit den militärischen Ratgebern über Rüstungsexporthilfe für Jugoslawien (Anlage 3), eine von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Steger gefertigte Aufzeichnung zur Wirtschaftshilfe für Pakistan (Anlage 4) sowie eine Aufzeichnung zur Rüstungshilfe für Pakistan (Anlage 5). Vgl. dazu die Aufzeichnung Blechs vom 7. Februar 1980; VS-Bd. 11114 (204); B 150, Aktenkopien 1980.

² Vortragender Legationsrat I. Klasse Steger notierte am 28. Januar 1980 über das Gespräch der vier Politischen Direktoren der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA mit Pakistan-Experten am 24. Januar 1980, die Mitarbeiterin im amerikanischen Außenministerium, Coon, habe die unmittelbare und längerfristige Bedrohung Pakistans durch die UdSSR bzw. wirtschaftliche Instabilität dargestellt: „In der anschließenden kurzen Diskussion

Im Mittelpunkt der Überlegungen standen die Iran- und Afghanistan-Krise und ihre Auswirkungen auf das Ost-West-Verhältnis.

1) Afghanistan

Meinungsaustausch, ob der Westen die sowjetischen Absichten in Afghanistan oder umgekehrt die Sowjetunion westliche Reaktionen falsch eingeschätzt habe. D2 wies darauf hin, daß sich die Überlegungen der vier Direktoren schon sehr früh mit der Region als einem möglichen Krisengebiet befaßt hätten.³ Die Bundesregierung habe schon frühzeitig darauf gedrängt, dem Afghanistan- und Pakistan-Problem größere Aufmerksamkeit zu schenken. Festzuhalten sei, daß sich offenbar in den Augen der SU sowohl die Bedingungen in Afghanistan als auch der weltpolitische Rahmen in einer Weise verändert habe, der ihnen ein Eingreifen in Afghanistan erlaubt habe. Die sowjetische Entscheidung sei nicht monokausal, sondern durch ein Bündel verschiedener Interessen mit zum Teil unterschiedlichem Gewicht zu erklären. (Verfall der politischen und sozialen Ordnung in Afghanistan, Desintegration der Streitkräfte, ungenügende Bekämpfung der Rebellen, Beseitigung eines Risikoherdens an der eigenen Südgrenze, Demonstration der Bereitschaft, Freundschaftsverträge als Instrumente zur Sicherung des in dem betreffenden Land erreichten politischen und sozialen acquis einzusetzen, Ausbau der Hegemonialstellung in der Region usw.) Für die Risikoabwägung der SU dürften – so D2 – u. a. folgende Einschätzungen eine Rolle gespielt haben:

- Besetzung kein unmittelbares militärisches Risiko,
- geschwächter Zustand unmittelbarer Nachbarn Afghanistans,
- Afghanistan nicht unmittelbar relevant für Sicherheit der USA,
- zweifelhaftes Schicksal von SALT II⁴,
- die nicht als ausreichend betrachtete westliche Resonanz auf sowjetische Vorschläge zur militärischen Entspannung⁵,

Fortsetzung Fußnote von Seite 168

wurde die völlige Zurückhaltung der übrigen Delegationen gegenüber den amerikanischen Überlegungen zu einer derartig massiven Steigerung der bilateralen Wirtschaftshilfeleistungen deutlich. Frankreich wies allerdings auf grundsätzlich positive Einstellung zur Umschuldung hin. Im besonderen D2 bezeichnete für uns vorgesehene mehr als Verdreifachung unserer Hilfe (von 65 Mio. US-\$ auf 200 Mio. US-\$) als unrealistisch. Er wies auf bisherige Leistungen für Pakistan hin (2. Platz als Empfänger deutscher Wirtschaftshilfe) und betonte unsere frühere und jetzige Bereitschaft zur Umschuldung.“ Vgl. VS-Bd. 11114 (204); B 150, Aktenkopien 1980.

³ Vortragender Legationsrat I. Klasse Schenk listete am 9. Januar 1980 die Behandlung der „Afghanistan-Pakistan-Iran-Thematik im Viererkreis in den letzten zwei Jahren“ auf. Vgl. VS-Bd. 11114 (204); B 150, Aktenkopien 1980.

⁴ Zur Aussetzung des Ratifizierungsverfahrens des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 im amerikanischen Senat vgl. Dok. 1, Anm. 13.

⁵ Zu den Vorschlägen des Komitees der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten am 14./15. Mai 1979 in Budapest vgl. Dok. 1, Anm. 28.

In einer Rede in Ost-Berlin erklärte der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Oktober 1979, die UdSSR sei zu einer Reduzierung ihrer nuklearen Mittelstreckensysteme bereit, falls die NATO auf die beabsichtigte Dislozierung von Mittelstreckensystemen verzichte. Zudem kündigte er den Abzug von 20 000 sowjetischen Soldaten und 1000 Panzern aus der DDR an, schlug eine Erweiterung vertrauensbildender Maßnahmen im Rahmen der KSZE vor und verkündete Bereitschaft, nach Ratifizierung des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 in SALT III neben interkontinentalen auch über andere Waffensysteme zu sprechen. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1979, D 556–560. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 287 und Dok. 296.

- Veränderung der strategischen Lage der SU durch NATO-Beschlüsse vom Dezember 1979⁶; auch wenn SU dies als Begründung für Intervention nicht angeführt habe, dürfte dies bei der allgemeinen Abwägung eine Rolle gespielt haben.
- fortgesetztes rapprochement zwischen USA und China.

Vest ergänzte diese Analyse, der allgemein zugestimmt wurde, durch den Hinweis, daß USA gegenüber SU keinen Zweifel an den amerikanischen Absichten und der amerikanischen Politik gelassen hätten. Die USA hätten jedoch nicht erwartet, daß die SU über die Kontrolle, die sie bereits in Afghanistan ausgeübt habe, hinausgehen werde.

Sowjetische Zielsetzungen in Afghanistan

Im Mittelpunkt der Diskussion stand die Frage, ob es sich bei der sowjetischen Aktion um eine lokal begrenzte Intervention gehandelt habe, in die die SU mehr oder weniger auch zum Schutz ihrer bisherigen Investitionen „hineingestolpert“ sei, oder ob die SU langfristige strategische Ziele im Sinne ihrer historischen Expansionsbestrebungen in Richtung Indischen Ozeans im Auge gehabt habe. Es bestand Übereinstimmung, daß bei der sowjetischen Entscheidung wahrscheinlich beide Überlegungen ineinandergriffen hätten und nicht voneinander getrennt werden könnten. Es bestand Übereinstimmung, daß es sich bei dem sowjetischen Eingreifen um eine neue Qualität sowjetischer Aktionen handele.

Insbesondere Dupont wies darauf hin, daß die SU bisher in der Welt punktuell (Afrika) und sehr vorsichtig (*très prudent*) vorgegangen sei. Diese Vorsicht habe sie in Afghanistan aufgegeben. Dupont schrieb diese Abweichung von dem nach seiner Auffassung bisher vorsichtigen sowjetischen Kurs vor allem dem Einfluß der Militärs in Moskau zu. Dies habe Zweifel an dem Erfolg der von der SU propagierten Politik der militärischen Entspannung in Europa gehabt⁷ (TNF, Sorgen über China). Schließlich sei die Gelegenheit im Hinblick auf die Lage im Iran und auf die indischen Wahlen⁸ günstig erschienen. Demgegenüber vertraten Vest, Bullard und D2 die Auffassung, daß es kein Anzeichen für eine dominierende Rolle des Militärs bei der Afghanistan-Entscheidung gebe, auch wenn man nicht ausschließen könne, daß das Gewicht der Militärs in Moskau zugenommen habe, weil die zivilen Vertreter in der sowjetischen Führung u. a. durch Krankheit und Alter (Breschnew, Kossygin) geschwächt seien. Aber auch die Militärs seien ein Teil der kollektiven Führung. Die Afghanistan-Entscheidung sei von dieser kollektiven Führung gemeinsam getragen worden. Die sowjetische Entscheidung sei eine politische Entscheidung gewesen. D2 wies darauf hin, daß, unabhängig von sowjetischen Motiven und Zielen, das sowjetische Eingreifen in Afghanistan die Lage in der Region objektiv verändert habe. Der Westen müsse sich demnach auch fragen, was die subjektiven sowjetischen Mo-

⁶ Zum NATO-Doppelbeschuß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 10.

Zur NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1979 in Brüssel vgl. AAPD 1979, II, Dok. 378. Vgl. ferner das Communiqué; NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 124–129. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN 1979, S. 1411–1414.

Zur dabei gebilligten Initiative der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedsstaaten vgl. Dok. 1, Anm. 12.

⁷ So in der Vorlage.

⁸ Zu den Parlamentswahlen in Indien am 3. und 6. Januar 1980 vgl. Dok. 6, Anm. 7.

tive sein könnten, denn die Antwort hierauf sei für die westliche Reaktion wichtig. D2 stellte hier drei Punkte heraus:

- Schadensbegrenzung bzw. „Reparatur“ in der Region i. e. S.⁹,
- Verhinderung einer Wiederholung des Falles Afghanistan an anderer Stelle (Prophylaxe) und
- Kontrolle einer möglichen Eskalation (crisis management).

Die entscheidende Frage bleibe, wie der Westen seine Ziele erreichen könne, ohne daß dies zu einem bewaffneten Konflikt mit der SU führe. Insgesamt deute das Verhalten der sowjetischen Führung in der Afghanistan-Frage auf eine für uns abnehmende Berechenbarkeit der sowjetischen Außenpolitik und größere Risikobereitschaft zur Sicherung von Interessen in der Dritten Welt hin und unterstreiche die Notwendigkeit, diesen Unsicherheitsfaktoren verstärkte Aufmerksamkeit zu widmen.

Zur Frage der Veränderung des Machtgleichgewichts in sowjetischer Sicht wies D2 auf eine Äußerung Ponomarjows in Rom¹⁰ hin, der argumentiert habe, daß die SU zwar in Europa ein leichtes Übergewicht habe; dieses werde durch eine amerikanische Überlegenheit in Asien ausgeglichen. Durch die LRTNF-Entscheidung sei dieses globale Gleichgewicht gefährdet worden, weil diese Entscheidung das Gleichgewicht in Europa verändert habe.

Maßnahmen gegenüber Afghanistan

Bullard: UK wird vorläufig von politischen Kontakten mit dem afghanischen Regime absehen. Dies werde sich für eine gewisse Zeit durchhalten lassen. Der Zeitpunkt werde aber kommen, wo man sich über das weitere Verhalten klar werden müsse. Auf eine Frage von D2, ob Großbritannien dabei sei, seine Haltung in der Frage der Anerkennung von Staaten oder Regierungen zu ändern (Kambodscha), entgegnete Bullard, in Kambodscha habe Großbritannien das Pol-Pot-Regime „derecognized“.¹¹ Im übrigen sei Großbritannien dabei, seine

⁹ Im engeren Sinne.

¹⁰ Eine Delegation des Auswärtigen Ausschusses des Nationalitätensowjets der UdSSR besuchte unter Leitung des Ausschußvorsitzenden und Mitglieds des ZK der KPdSU, Ponomarjow, vom 15. bis 21. November 1979 Italien. Gesandter Mühlen, Rom, berichtete am 23. November 1979: „Wie die Botschaft in Ermangelung einer EPZ-Unterrichtung aus Parlamentskreisen erfährt, ging die kurzfristige Terminierung dieses Treffens, das als sowjetischer Gegenbesuch auf den Besuch einer italienischen Parlamentsdelegation in Moskau vor zwei Jahren anzusehen ist, auf sowjetische Initiative zurück. Die damit verbundene Absicht, solchermaßen auf die Italiener Druck in der TNF-Frage auszuüben, ist in Ansehung der Schwerpunkte des Kommuniqués nur zu deutlich geworden. [...] Verlauf und Ergebnis der Gespräche haben diesen Erwartungen freilich nicht entsprochen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1096; Referat 203, Bd. 115878.

¹¹ Ministerialdirigent Petersen erläuterte am 6. Dezember 1979, die britische Regierung habe am 3. Dezember 1979 vertraulich mitgeteilt, sie werde am 6. Dezember im Unterhaus bekannt geben, „daß sie das Pol-Pot-Regime in Kambodscha ‚derecognized‘ habe.“ Großbritannien habe im Gegensatz zur Bundesrepublik „die Praxis der ausdrücklichen Anerkennung von Regierungen“. „Angesichts der wachsenden Aversion in der britischen Öffentlichkeit gegen Pol Pot wolle man jetzt ganz deutlich machen, daß man zu diesem Regime keine Beziehungen mehr unterhalte. Mit diesem Schritt ziehe Großbritannien gewissermaßen mit seinen Hauptverbündeten (Frankreich, Bundesrepublik Deutschland und USA) gleich, welche ja ebenfalls zu Pol Pot keine diplomatischen Beziehungen unterhielten.“ Der Schritt bedeute jedoch keine Änderung in der Frage des kambodschanischen VN-Sitzes. Petersen teilte weiter mit, die ASEAN-Mitgliedstaaten würden das britische Vorgehen als Anzeichen dafür deuten, „daß die Neun in ihrer Unterstützung der ASEAN-Position in der Kambodscha-Frage nachlassen. Sie fürchten, daß von den Briten eine Kettenreaktion ausgelöst wird, welche den

Haltung in dieser Frage zu ändern mit dem Ziel, künftig Staaten und nicht Regierungen anzuerkennen. Der Zeitpunkt für eine solche neue Haltung sei jetzt jedoch noch nicht gekommen. D2 stellte die Frage, ob eigentlich grundsätzlich etwas dagegen spreche, mit der afghanischen Regierung im Verlauf der weiteren Entwicklung politische Kontakte aufzunehmen. Diese sei zwar nicht unabhängig, aber es handle sich immerhin um Afghanen. Schließlich könne man in Warschau, Prag und anderen osteuropäischen Staaten ähnliche Maßstäbe anlegen. Dupont erläuterte die französische Haltung mit dem Hinweis, daß Frankreich nicht die Absicht habe, seinen Chargé d'Affaires aus Kabul¹² abzuberufen. Frankreich habe zur Zeit geringe Kontakte mit den Afghanen, aber das französische Lycée arbeite z.Z. noch. Vest wies darauf hin, daß das State Department sich mit dieser Frage noch nicht im einzelnen befaßt habe: Die USA hätten derzeit einen Chargé in Kabul¹³. Blackwill ergänzte mit dem Hinweis, das State Department habe vor kurzem in Unkenntnis der politischen Implikationen einen neuen politischen Botschaftsrat nach Kabul entsandt. Die amerikanische Botschaft hätte vor der Frage gestanden, diesen gegenüber den afghanischen Behörden anzumelden. Um jedoch entsprechenden politischen Kontakten aus dem Weg zu gehen, sei dieser Mann wieder nach Washington zurückgeschickt worden.¹⁴ Blackwill machte ferner auf folgendes Problem aufmerksam: Aus einem Bericht des amerikanischen Chargé d'Affaires in Kabul gehe hervor, daß die Vereinten Nationen nach wie vor ihre Programme in Afghanistan aktiv weiterführten. Hierbei müsse man sich fragen, ob angesichts der eindeutigen Verurteilung der sowjetischen Intervention in den Vereinten Nationen¹⁵ die VN in Afghanistan weiter so handeln könnten, als ob nichts geschehen sei. Vest ergänzte mit dem Hinweis, daß der amtierende Leiter der VN-Mission in Kabul ein sehr aktiver Holländer gewesen sei, der bereits entsprechende Frage gestellt habe. Der neue Leiter sei jedoch ein Bulgare, der bereits die VN ersucht habe, den Holländer aus Kabul abziehen. Das VN-Sekretariat stehe jetzt vor der schwierigen Frage, dieses Problem zu entscheiden. Es bestand abschließend Übereinstimmung, daß für die Vertretungen in Kabul die Ebene der Geschäftsträger angebracht sei. Der Westen solle in dieser Frage eine einheitliche Haltung einnehmen und mit einer Stimme sprechen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 171

Vietnamesen und der von ihnen eingesetzten Heng-Samrin-Regierung zugute kommen werde.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 6189; Referat 340, Bd. 110616.

¹² Jacques Berthod.

¹³ J. Bruce Amstutz.

¹⁴ Botschaftsrat Disdorn, Kabul, berichtete am 13. Januar 1980, die amerikanische und britische Botschaft vor Ort würden die Weisung, mit der Regierung Karmal keine Kontakte auf politischer Ebene aufzunehmen, restriktiv auffassen: „Beide halten schon jede Verbalnote gleich welchen Inhalts für einen Kontakt, der über den konsularischen und technischen Bereich hinausgeht. Dies führt u. a. dazu, daß der vor einigen Tagen eingetroffene Nachfolger des politischen BR in der US-Botschaft wieder ausgereist ist, da für ihn nicht das übliche Aufenthaltsvisum beantragt werden konnte.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 44; Referat 340, Bd. 113044.

Am 21. Februar 1980 informierte Vortragender Legationsrat Siemes, die amerikanische Botschaft habe am Vortag über eine Anfang März anstehende Neubesetzung der Posten des Geschäftsträgers und des Ersten Sekretärs an der amerikanischen Botschaft in Kabul unterrichtet. Der Wechsel sei „aus personalpolitischen Gründen unumgänglich“, bedeute aber „keinerlei Änderung in der amerikanischen Haltung zur Frage der Beziehungen zum neuen Regime“. Vgl. den Runderlaß Nr. 1065; Referat 340, Bd. 113038.

¹⁵ Zur Resolution ES-6/2 der Notstandssondertagung der VN-Generalversammlung vom 14. Januar 1980 vgl. Dok. 14, Anm. 11.

2) Zur Frage der Begrenzung des Schadens für westliche Positionen in der Region

D2 wies darauf hin, das Problem bestehe nicht nur darin, die westlichen Ziele zu definieren, sondern vor allem zu überlegen, wie man diese Ziele realistischerweise erreichen könne. Nur bei einer Deeskalierung des Konflikts seien vernünftiges Handeln und vernünftige Gespräche möglich, denn niemand sehe wohl derzeit eine Chance, die Sowjets kurzfristig zum Abzug aus Afghanistan bewegen zu können.

Vest: Wenn die Ideallösung eines sofortigen Abzugs der Sowjets aus Afghanistan auch nicht erreichbar sei, so müsse doch angestrebt werden, ihre totale Kontrolle über das Land zu verhindern. Die sowjetische Präsenz in Afghanistan müsse in der öffentlichen Meinung der Welt bewußt bleiben. Vest und Blackwill unterstrichen, daß ein Andauern der Rebellentätigkeit in Afghanistan notwendig sei, um zu verhindern, daß Afghanistan in der Welt als ein sowjetischer Sieg angesehen oder akzeptiert werde. Eine aktive Tätigkeit der Rebellen in Afghanistan sei eine Gewähr dafür, daß die asiatische Umwelt die sowjetische Besetzung nicht akzeptiere, sondern als einen Fremdkörper ansehe. Schon der Fortbestand eines relativen Gleichgewichts zwischen sowjetischen Streitkräften und Rebellen komme einer sowjetischen Niederlage gleich. Dupont wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß es durchaus eine Versuchung sei, die SU im afghanischen Sumpf versinken zu lassen (offenbar eine Anspielung auf eine Äußerung von AM Vance, die dieser am 25.9.1979 auf dem Vierertreffen der AM in New York¹⁶ gemacht hatte: „The West should not overreact if the Soviets feel obliged to intervene. Let them sink into the swamp, while the West responds with more prudence.“). Dabei dürfe man jedoch nicht das Problem Pakistan übersehen. Es bestand Übereinstimmung, daß die SU bei wachsenden Schwierigkeiten mit den afghanischen Rebellen versucht sein könne, weiter vorzustoßen und insbesondere im Wege des „hot pursuit“ die pakistanische Grenze zu überschreiten. Das Problem bestehe daher darin, einerseits die Rebellen zu unterstützen, andererseits aber hierdurch nicht eine Situation zu schaffen, die den Sowjets einen Vorwand liefere, die pakistanische Grenze zu überschreiten. Die Frage einer Unterstützung der afghanischen Rebellen müsse daher mit außerordentlich großer Diskretion behandelt werden.

D2 fragte, ob eine stärkere materielle Unterstützung der Rebellen für sich allein ausreiche, die SU in Verlegenheit zu setzen und zu weiteren Aktionen zu veranlassen, oder ob hierfür eine neue Qualität des Widerstandes gehöre, die erreicht sei, wenn die Rebellen sich gemeinsam organisieren würden. Derzeit sei der Widerstand so zersplittert, daß man von einem erfolgversprechenden Widerstand gegen die sowjetischen Streitkräfte oder das afghanische Regime nicht sprechen könne. D2 griff Vests Ausführungen auf und stellte die Frage, ob ein vollständiger Abzug, zu dem sich die SU möglicherweise imstande sähe, den politischen Effekt habe, daß die Dritte Welt der Neigung, ihren Afghanistan-Schock so schnell wie möglich zu verdrängen, nachgebe. Vest bestätigte dies.

¹⁶ Die Außenminister François-Poncet (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik), Owen (Großbritannien) und Vance (USA) führten am 25. September 1979 ein Gespräch. Vgl. dazu die Begleitaufzeichnung des Ministerialdirigenten Dröge vom 26. Oktober 1979 zur amerikanischen Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 11113 (204); B 150, Aktenkopien 1979.

Auf eine Frage Bullards an Dupont, wie man Waffenlieferungen an die afghanischen Insurgenten sicherstellen könnte, entgegnete Dupont, hierüber bestünden auf französischer Seite noch sehr vage Vorstellungen, man denke jedoch an die Vermittlung solcher Waffen durch islamische Staaten. Insgesamt müsse angestrebt werden, daß die Sache der afghanischen Rebellen zu einer Sache des Islam werde. Zu denken sei in diesem Zusammenhang auch an eine Vertretung der afghanischen Rebellen auf der Islamischen Konferenz oder in der Arabischen Liga. In jedem Falle müsse der Anschein vermieden werden, daß die Unterstützung der afghanischen Rebellen als imperialistische Einmischung deklariert werde. Dupont wies darauf hin, daß in dieser Frage enger Kontakt mit den arabischen Staaten gehalten werden müsse. Insgesamt handele es sich hierbei aber um eine Materie außerhalb des Bereiches der traditionellen Diplomatie.

Zur Frage Bullards nach der chinesischen Bereitschaft, den afghanischen Rebellen Waffen zu liefern, entgegnete Vest, daß die Chinesen sich für eine aktive Unterstützung ausgesprochen hätten, daß sie dies jedoch als ihre eigene Angelegenheit ansähen.¹⁷ Insgesamt bestand Übereinstimmung, daß die sehr sensitive Frage der Unterstützung der afghanischen Rebellen mit äußerster Diskretion behandelt werden müsse.

3) Iran

Vest definierte die amerikanischen Ziele wie folgt:

- a) Befreiung der Geiseln.
- b) Die Bewahrung der Souveränität und territorialen Integrität Irans werde insbesondere nach der Geiselfreiung die amerikanische Politik bestimmen. Hierbei müsse vermieden werden, daß Iran in die Arme der SU oder in eine blinde Feindschaft gegenüber dem Westen getrieben werde.

Die Lage in Afghanistan habe die amerikanische Politik gegenüber dem Iran zwar kompliziert, insgesamt jedoch erleichtert, denn sie habe bei den Führern Irans einen Prozeß des Nachdenkens über die Absichten der Sowjetunion in Gang gesetzt. In der Geiselfrage hätten die USA die Schraube stetig und sichtbar angezogen. Hierdurch werde deutlich gemacht, daß die Geiselfrage für die USA das zentrale Problem sei. Die USA würden ihren Druck aufrechterhalten, gleichzeitig jedoch die langfristigen Ziele nicht aus dem Auge verlieren und insbesondere versuchen zu vermeiden, daß die amerikanischen Maßnahmen zur Desintegration Irans führten. Bisher sei diese Politik erfolgreich gewesen. Die Politik des gleichmäßigen, aber ständig erhöhten Drucks auf Iran in der Geiselfrage werde fortgesetzt. Auf die Frage Bullards nach dem Zeitplan für Sanktionen¹⁸ entgegnete Vest, man werde die inneramerikanischen rechtlichen Voraussetzungen rechtzeitig schaffen, so daß man jederzeit die Sanktionen einführen könnte; man werde damit aber bis zum Abschluß der Islamischen Konfe-

¹⁷ Kapitän zur See Abel, Moskau, berichtete am 15. Januar 1980, ein Militärattaché der chinesischen Botschaft in Moskau habe mitgeteilt, die Unterstützung der Volksrepublik China für die gegen die UdSSR kämpfenden afghanischen Widerstandsgruppen „werde durch US-Hilfe erheblich gefördert. [...] Einen Erfolg verspreche man sich nicht unmittelbar, sondern auf lange Sicht durch Abnutzung der Besatzungstruppen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 175; Referat 340, Bd. 113031.

¹⁸ Zu den geplanten Wirtschafts- und Finanzsanktionen gegen Iran vgl. Dok. 15, Anm. 10 und 13.

renz in Islamabad¹⁹ warten. Die Administration stehe in der Geiselfrage unter starkem Druck der öffentlichen Meinung. Insoweit könne man nur begrüßen, daß die öffentliche Meinung durch die Vorwahlen in Iowa²⁰ und die State-of-the-Nation-Rede des Präsidenten²¹ abgelenkt worden sei. Man müsse aber damit rechnen, daß sich nach der Islamischen Konferenz in Islamabad die öffentliche Meinung erneut in verstärktem Maße mit der Geiselfrage befassen werde. Blackwill ergänzte mit dem Hinweis, der Präsident habe gegenüber Iran eine Politik der graduellen Eskalation verfolgt. Im Hinblick auf die Ereignisse in Afghanistan habe sich der Präsident mit einer weiteren Verzögerung beim Anziehen der Schraube bereit erklärt. Es sei jedoch nur eine Frage der Zeit, wie lange er den innenpolitischen Forderungen nach weiteren Maßnahmen widerstehen könne. Bei einer möglichen weiteren Eskalation stelle sich die Frage des Verhaltens der europäischen Verbündeten. Sollten die Europäer nicht bereit sein, sich den amerikanischen Maßnahmen anzuschließen, so würden die Auswirkungen in Amerika, insbesondere aber auch im Kongreß, sehr negativ sein. Die Neigung, in gewissen europäischen Hauptstädten Sanktionen gegenüber dem Iran unter Hinweis auf die strategischen Auswirkungen der Afghanistan-Ereignisse zurückzustellen, werde in Amerika nicht verstanden. Kein demokratisch gewählter Führer könne dies dem amerikanischen Volk erklären. Carter sei nicht nur mit dem strategischen Problem der sowjetischen Intervention in Afghanistan befaßt, sondern stehe zudem vor der schwerwiegenden Frage, das Leben amerikanischer Bürger zu schützen. Der Kongreß und das amerikanische Volk hätten kein Verständnis dafür, wenn Iran und Afghanistan in zwei verschiedene Schubladen abgelegt würden und wenn die Europäer insoweit ihre Solidarität differenzieren würden. Sollte sich in den USA in der Geiselfrage ein Gefühl von Frustration und der Eindruck mangelnder alliierter Unterstützung herausbilden, so werde dies zu einem beträchtlichen anti-europäischen backlash führen. Blackwill wies hierbei auf eine Äußerung von Senator Javits

19 Die Konferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz tagte vom 27. bis 29. Januar 1980 in Islamabad. Botschafter Scheske, Islamabad, teilte am 30. Januar 1980 mit: „Außerordentliche Islamische Außenministerkonferenz gestern abend mit überraschend scharfer Afghanistan-Resolution zu Ende gegangen. Resolution enthält in operativem Teil ausdrückliche Verurteilung völkerrechtswidriger sowjetischer militärischer Aggression gegen afghanisches Volk und Anforderung an alle Völker und Regierungen der Welt sich dieser Verurteilung anzuschließen, Forderung nach sofortigem und bedingungslosem Rückzug sowjetischer Truppen, Suspendierung Mitgliedschaft Afghanistans in Organisation Islamischer Konferenz, Aufforderung an Mitgliedstaaten, afghanisches Regime vor Abzug sowjetischer Truppen nicht anzuerkennen und diplomatische Beziehungen abzuberechen“. Eine weitere Resolution verurteile „die zur Zeit andauernden Versuche gewisser westlicher Staaten, die durch sowjetische Intervention in Afghanistan geschaffene Situation für imperialistische Zwecke auszunutzen“. In einer Palästina- und Jerusalem-Resolution würden die Politik Israels und Ägyptens verurteilt sowie in der Resolution zur Lage am Horn von Afrika „die bewaffnete Aggression gegen Demokratische Republik Somalia und die Anwesenheit von Streitkräften der SU und einiger ihrer Verbündeten am Horn“. Die Iran-Resolution formuliere Besorgnis über wachsende amerikanisch-iranische Spannungen, betone die Souveränität und territoriale Integrität des Irans und fordere eine friedliche Konfliktlösung ohne Androhung oder Anwendung von Gewalt und Wirtschaftssanktionen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 119; Referat 340, Bd. 113188.

Für den Wortlaut der Resolutionen vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 174–180.

20 Zu den parteiinternen Vorwahlen im amerikanischen Bundesstaat Iowa am 22. Januar 1980 vgl. Dok. 24, Anm. 2.

21 Für den Wortlaut der Botschaft des Präsidenten Carter vom 23. Januar 1980 an den amerikanischen Kongreß zur Lage der Nation vgl. PUBLIC PAPERS, CARTER 1980, S. 194–200. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 101–106.

hin, der die Verbündeten aufgefordert habe, „endlich mit dem Reden aufzuhören und zu handeln“. Blackwill unterstrich, daß die USA bisher die Haltung der Europäer („your record“) verteidigt hätten. Die Administration sei aber entschlossen, in der Iran-Frage weiter voranzugehen. In den kommenden Wochen stelle sich daher die Frage der Bündnissolidarität in besonderer Weise. Vest wies darauf hin, daß Amerika und Europa besonders schwierigen Zeiten entgegengingen. Er sehe in diesem Jahr eine Fülle von Schwierigkeiten auf uns zukommen. Es sei für jedes Land wichtig, daß vermieden werde, daß sich eine übersimplifizierte Sicht der Dinge (oversimplistic view) durchsetze. Aus diesen Gründen sei es besonders wichtig, daß der transatlantische Dialog intensiviert werde. Die Amerikaner wüßten, daß die Europäer in der Sanktionsfrage bestimmte Maßnahmen nicht ergreifen könnten. Die Amerikaner hätten auch Verständnis dafür, daß die Europäer ihre Maßnahmen diskret behandelt wissen wollten. Für die amerikanische Regierung stelle sich hierbei jedoch die Frage, wie sie diesen Wunsch nach Diskretion beachten, andererseits aber vor der amerikanischen Öffentlichkeit die Solidarität der Verbündeten herausstellen könne. Dupont wies darauf hin, daß man Iran und Afghanistan getrennt sehen müsse. Auch Frankreich möchte in der Sanktionsfrage seine Solidarität mit den USA zeigen. Abgesehen von rechtlichen Problemen bei der Durchführung von Sanktionen müsse er darauf hinweisen, daß auch Frankreich eine Demokratie sei und auch Frankreich ein Parlament habe, dem die Regierung Rede und Antwort stehen müsse. Sei die Sanktionspolitik wirklich die beste Lösung? Offenbar sei in Amerika die Neigung verbreitet, die Frustration über die Geiselnahme in eine anti-europäische Richtung zu lenken. Hiervor könne er nur warnen. Die Europäer seien schließlich für die Geiselnahme nicht verantwortlich. Auch in Europa gebe es eine öffentliche Meinung, auf die man Rücksicht nehmen müsse. Diese sei vor allem durch die Ereignisse in Afghanistan und ihre Auswirkungen auf das Ost-West-Verhältnis beunruhigt. Die Sorge, daß diese Ereignisse möglicherweise zum Krieg führen könnten, sei weit verbreitet. D2 stimmte Dupont zu, daß man die Ereignisse im Iran und in Afghanistan unterschiedlich bewerten müsse. Im Falle Irans gehe es um das Leben von 50 amerikanischen Bürgern und um die Verletzung fundamentaler Prinzipien des menschlichen Zusammenlebens. In diesem Falle gelte – abgesehen von dem menschlichen Mitgefühl – die Solidarität Amerika als dem Opfer einer Völkerrechtsverletzung. In der Afghanistan-Frage aber seien wir alle gleichermaßen politisch betroffen. Unsere Politik in der Frage eventueller Sanktionen gegenüber Iran hätten wir ausführlich erläutert (Christopher)²². Wir nähmen im Prinzip eine grundsätzlich kooperative Haltung ein, legten aber Wert darauf, daß mögliche Gegenmaßnahmen gegenüber Iran auf eine breite Grundlage gestellt würden. Auch müsse man die Frage nach den Gefahren und Möglichkeiten einer weiteren Eskalation stellen. D2 erläuterte anschließend die rechtlichen Grenzen unseres Tuns in der Sanktionsfrage (Zuständigkeit der EG im Handelsbereich, Übereinstimmung mit Völkerrecht, kein Eingreifen in bestehende Verträge, keine Möglichkeit, deutsche Staatsbürger außerhalb der Bundesrepublik Deutschland zu verpflichten). D2 unterstrich aber mit Nachdruck, daß die Frage der Solidari-

²² Der stellvertretende amerikanische Außenminister Christopher hielt sich am 16. Januar 1980 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 15.

tät mit Amerika in der Geiselfrage für die Bundesregierung angesichts der Bedrohung menschlichen Lebens eine besondere persönliche Qualität habe.

Bullard wies darauf hin, daß sich die britische Analyse und die britische Logik in der Sanktionsfrage von der amerikanischen in wesentlichen Punkten unterscheiden. Für Großbritannien könnten andere Prioritäten gelten. Ölversorgung und das weitere Schicksal des Irans spielten hierbei eine besondere Rolle. Großbritannien sei für ein langsames, vorsichtiges Vorgehen und insbesondere für Geduld. Sanktionen würden nicht zur Befreiung der Geiseln beitragen. Bullard erinnerte in diesem Zusammenhang an die Festsetzung britischer Diplomaten in China in den fünfziger Jahren, die über ein Jahr lang von den Kommunisten festgehalten worden seien. Bullard unterstrich ferner, daß angesichts der Ereignisse in Afghanistan eine echte Chance bestehe, daß Iran sich der sowjetischen Gefahr bewußt werde. Andererseits würden massive Sanktionen einen großen Teil der islamischen Länder dem Westen entfremden, die iranische Wirtschaft vollends ruinieren und zu einer Desintegration des Landes führen, wodurch letztlich der Sowjetunion ein Anreiz zur Intervention gegeben werde. Auch Bullard wies – ebenso wie D2 schon vorher – auf die EG-Kompetenzen im Handelsbereich hin und betonte, daß multilaterale Aktionen ihm besser erschienen als nationale. Blackwill entgegnete, daß für Carter der innenpolitische Druck in der Geiselfrage eine große Rolle spiele, der Präsident darüber hinaus aber auch der Überzeugung sei, daß es in der Geiselfrage darum gehe, ein grundlegendes Prinzip des internationalen Rechts aufrechtzuerhalten. Wenn man dies jetzt nicht klarmache, werde man später einen noch höheren Preis dafür zu bezahlen haben. Demgegenüber stellte Braithwaithe die Gegenfrage, ob die USA wirklich bereit seien, um eines Prinzips willen das Leben von 50 Geiseln aufs Spiel zu setzen. Sanktionen gingen von der Voraussetzung aus, daß die Regierung, gegen die sich diese Sanktionen richteten, rational reagiere. Im Iran herrsche jedoch das Chaos, von einer organisierten Regierung könne nicht die Rede sein. Rationale Reaktionen seien bei dieser Sachlage nicht zu erwarten. Vest wies darauf hin, daß die amerikanische Regierung in der Sanktionsfrage²³ eine Denkpause eingelegt habe. Es könne aber kein Zweifel daran bestehen, daß sie zu gegebener Zeit auf die Sanktionen zurückkommen werde. Bullard: Amerika dürfe nicht den falschen Eindruck gewinnen, die Europäer seien in der Geiselnahme herzlos. An dem Mitgefühl mit den Geiseln und der Anteilnahme an den Sorgen der amerikanischen Regierung und des amerikanischen Volkes könne kein Zweifel bestehen. Die große Geduld der amerikanischen Regierung und des amerikanischen Volkes in dieser Frage verdiene Bewunderung.

4) Indien

Dupont wies auf den bevorstehenden Staatsbesuch des französischen Staatspräsidenten in Neu Delhi²⁴ hin. Der indischen Haltung in der Afghanistan-Frage komme sehr große Bedeutung zu. Der französische Präsident werde gegenüber Frau Gandhi deutlich machen, daß das Denken in „Achsen“, wie z.B. Moskau–Delhi, Washington–Peking, Islamabad–Peking, nicht im Interesse des Friedens liege. Es sei vielmehr nötig, regionale unabhängige Zonen zu schaffen.

²³ Zum Inkrafttreten angekündigter amerikanischer Sanktionen gegen Iran vgl. Dok. 15, Anm. 11.

²⁴ Staatspräsident Giscard d'Estaing hielt sich vom 25. bis 29. Januar 1980 in Indien auf.

Bullard: Carrington sei über seine Gespräche mit Frau Gandhi sehr enttäuscht gewesen.²⁵ Frau Gandhi sei bemüht gewesen, für die sowjetische Intervention in Afghanistan Entschuldigungen zu finden. Trotzdem werde Frau Gandhi nach britischer Einschätzung in ihrer Unterstützung des sowjetischen Vorgehens in Afghanistan nicht zu weit gehen. Indien müsse bemüht bleiben, seine Glaubwürdigkeit bei den Ungebundenen nicht aufs Spiel zu setzen. Insgesamt habe die britische Seite ohnehin den Eindruck, daß die indische Führung im nachhinein über die indischen Erklärungen in den Vereinten Nationen zur Afghanistan-Frage²⁶ wenig glücklich sei. Vest wies darauf hin, daß Clark Clifford am 30. und 31.1.80 als persönlicher Beauftragter des Präsidenten nach Neu Delhi reisen werde.²⁷ Clifford werde insbesondere die beabsichtigte amerikanische Militärhilfe für Pakistan²⁸ erläutern. Hierbei werde er versuchen, Frau Gandhi davon zu überzeugen, daß diese Hilfe ausschließlich dazu bestimmt sei, die Verteidigungsfähigkeit Pakistans an seiner westlichen Grenze zu erhöhen. Im übrigen gebe es Anzeichen dafür, daß Indien seine Beziehungen in der Region überprüfe. Vest betonte die Notwendigkeit und den Wunsch, in dieser Frage im Rahmen der Vier in engem Kontakt zu bleiben und insbesondere die Erkenntnisse über die indische Politik in der Region auszutauschen. D2 wies darauf hin, daß das Problem darin bestehe, daß man vermeiden müsse, entweder ausschließlich als Freund Pakistans oder als Freund Indiens angesehen zu werden. D2 wies ferner darauf hin, daß BM Genscher auf seiner Reise nach Kuala Lumpur (7.3.)²⁹ die Absicht habe, einen Zwischenaufenthalt nicht nur in Islamabad³⁰, sondern auch in Neu Delhi³¹ einzulegen.

²⁵ Zum Abschluß seiner Reise vom 9. bis 18. Januar 1980 in die Türkei, nach Oman, Saudi-Arabien, Pakistan und Indien führte der britische Außenminister Lord Carrington am 16. Januar 1980 ein Gespräch mit Ministerpräsidentin Gandhi. Botschafter Ramisch, Neu Delhi, berichtete am 21. Januar 1980, der britische High Commissioner Thomson habe den Botschaftern der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ-Unterrichtung mitgeteilt, der Besuch habe zwar keine wesentliche Veränderung der indischen Haltung erwirkt, gleichwohl habe „eindeutig klare Haltung Lord Carringtons Eindruck nicht verfehlt. Dies besonders nützlich, da sich Frau Gandhi bisher offensichtlich nicht im Detail mit Afghanistan-Krise beschäftigt und sich britischer Argumentation nicht unzugänglich gezeigt habe.“ Die indische Regierung wünsche den Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan, sehe aber keinen Grund, entsprechenden sowjetischen Ankündigungen nicht zu glauben: „Man glaube an amerikanische und chinesische Provokationen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 66; Referat 340, Bd. 113039.

²⁶ Bei der Abstimmung der Notstandssondertagung der VN-Generalversammlung am 14. Januar 1980, bei der ein sofortiger, vollständiger und bedingungsloser Abzug aller fremden Streitkräfte aus Afghanistan gefordert wurde, enthielt sich Indien der Stimme. Vgl. dazu Dok. 14, Anm. 11.

²⁷ Zum Besuch des ehemaligen amerikanischen Verteidigungsministers Clifford in Indien vgl. Dok. 19, Anm. 46.

²⁸ Zur geplanten amerikanischen Finanz- und Verteidigungshilfe für Pakistan vgl. Dok. 16, Anm. 18.

²⁹ In Kuala Lumpur fand vom 6. bis 8. März 1980 die zweite Konferenz der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten statt. Vgl. dazu Dok. 84.

³⁰ Ministerialdirektor Meyer-Landrut unterrichtete am 25. Januar 1980 den pakistanischen Botschafter Ali, daß der Besuch des Bundesministers Genscher in Islamabad „auf der Hinreise zur ASEAN-Konferenz am 7./8. März geplant sei“. Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Bürger vom 30. Januar 1980; Referat 340, Bd. 113185.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Wallau unterrichtete die Botschaft in Islamabad am 13. Februar 1980, Genscher messe dem Besuch in Pakistan „eine so große Bedeutung bei, daß er ihn aus dem begrenzten zeitlichen Rahmen, der BM durch das zweite EG-ASEAN-Außenministertreffen vorgegeben ist, lösen möchte“. Der Besuch solle zu einem späteren Zeitpunkt stattfinden. Vgl. den nicht nummerierten Drahterlaß; Referat 340, Bd. 113185.

³¹ Botschafter Ramisch, Neu Delhi, berichtete am 12. Februar 1980, das indische Außenministerium

Bullard: Auf britischer Seite sei man schockiert über das Ausmaß an Informationen, die Indien von sowjetischer Seite erhalte. Es sei dringend erforderlich, daß der Westen dies durch eine eigene intensivierte Informationspolitik ausgleiche. Die Neun hätten daher im PK am 22./23.1.80 beschlossen, ihre Botschafter in der Region anzuweisen, ihre Kontakte mit den jeweiligen Regierungen zu intensivieren mit dem Ziel, diese über die Politik der Neun zu unterrichten. D2 unterstrich die Notwendigkeit einer solchen aktiven Informationspolitik mit dem Hinweis, daß die meisten Botschafter aus der Dritten Welt in Bonn offenbar wenig bemüht seien, ihre Regierungen über die Politik ihres Gastlandes oder der Neun umfassend und differenziert zu unterrichten. Bullard wies darauf hin, daß Carrington als Ergebnis seiner jetzigen Mittelostreise eine Reihe von operativen Vorschlägen mitgebracht habe:

- Notwendigkeit einer erhöhten Militärhilfe für die Region,
- engere politische Kontakte zu den Ländern der Region,
- größerer Austausch von Informationen, einschließlich nachrichtendienstlicher Erkenntnisse,
- verstärkte Unterstützung im Bereich der „counter-subversion activities“ (insbesondere in Oman).

5) Irak

Dupont unterstrich auf entsprechende Frage Bullards, daß Frankreich keine Schwierigkeiten in der Frage eines politischen Dialogs mit dem Irak habe. Er sprach sich dafür aus, den Dialog nicht nur mit den gemäßigten Arabern, sondern auch mit Ländern wie dem Irak zu intensivieren. Es sei bedauerlich, daß man sich in der Frage der Reaktion auf die sowjetische Intervention in Afghanistan überwiegend auf den Dialog mit den gemäßigten arabischen Staaten konzentriert habe. Der Meinungsaustausch über die Ereignisse in Afghanistan müsse auch mit dem Irak verstärkt werden. D2 wies auf bevorstehende Besuche irakischer Minister in Bonn hin³²; Vest schloß an diesen Meinungsaustausch die Bitte an, Erkenntnisse über den Irak mit den Amerikanern auszutauschen.

6) Jemen

Bullard berichtete über die Eindrücke Carringtons, daß die Saudis über die Entwicklung in den beiden Jemen³³ sehr besorgt gewesen seien, an der sie³⁴ im übrigen nicht ganz schuldlos seien. Er wies auf Berichte hin, daß die Sowjets vor Afghanistan angeblich ein größeres Lufttransportmanöver nach Aden durchgeführt hätten, bei dem zwischen 10-15000 sowjetische Truppen ein- und we-

Fortsetzung Fußnote von Seite 178

habe für die am 8. Februar 1980 von Staatssekretär Lautenschlager, z. Z. Neu Delhi, und der Botschaft übermittelten Besuchsabsicht des Bundesministers Genscher gedankt, aber erklärt, „daß zum großen Bedauern der indischen Regierung insbesondere der Zeitraum Anfang März für einen Besuch ungünstig sei. Ministerpräsidenten Indira Gandhi habe in diesem Zeitraum festgelegte innenpolitische Verpflichtungen außerhalb der Hauptstadt. Für Außenminister Rao sei in dieser Zeit eine Auslandsreise geplant. Indische Seite bat um Verschiebung unseres Besuchs.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 178; Referat 340, Bd. 13103.

³² Der irakische Außenminister Hammadi besuchte vom 9. bis 12. Februar 1980 die Bundesrepublik. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt am 12. Februar 1980 vgl. Dok. 46.

Zum verschobenen Besuch des irakischen Innenministers Shaker Mahmoud vgl. Dok. 19, Anm. 38.

³³ Zur Entwicklung in Jemen vgl. Dok. 1, Anm. 44.

³⁴ Korrigiert aus: „an denen sie“.

nig später wieder ausgeflogen worden seien. Zweifel an der Echtheit dieser Nachrichten seien angebracht: Ein Lufttransportmanöver eines solchen Umfanges hätte nicht unbemerkt bleiben können. Blackwill wies darauf hin, daß man nach Einschätzung des NSC in etwa einem Jahr mit einer wirklichen Krise im Jemen rechnen müsse. Bullard kündigte an, daß das Foreign Office zur Jemen-Frage eine Studie fertigen und diese den übrigen drei Politischen Direktoren zur Verfügung stellen werden.

7) Ägyptisch-israelische Verhandlungen

Bullard: Carrington habe von seiner Reise den Eindruck mitgebracht, daß die arabische Reaktion auf die Ereignisse in Afghanistan noch deutlicher ausgefallen wäre, wenn es sich um eine einheitliche arabische Reaktion gehandelt hätte. Dies unterstreiche die Notwendigkeit, die Bemühungen um eine Friedenslösung im Nahen Osten und um eine Wiederherstellung der Einheit des arabischen Lagers zu intensivieren. Vest wies darauf hin, daß der amerikanische Sonderbotschafter Linowitz demnächst wieder in den Nahen Osten reisen werde, um sich um Fortschritte in den Autonomiegesprächen zu bemühen.³⁵ Die USA hofften, daß die europäischen Verbündeten bei allen betroffenen Parteien diese Bemühungen unterstützen würden. Im weiteren Verlauf der Diskussion drückte Vest aber auch die Hoffnung aus, die Europäer würden bei der Entwicklung ihrer NO-Politik die Amerikaner jetzt (Wahlkampf?³⁶) nicht in Verlegenheit bringen. D2 warf die Frage auf, welche Haltung Sadat möglicherweise einnehmen werde, wenn er den größten Teil des Sinai zurückerhalte und diplomatische Beziehungen mit Israel aufgenommen worden seien.³⁷ Eine weitere bedeutsame Frage in diesem Zusammenhang sei die Entwicklung innerhalb der PLO, insbesondere das Verhältnis zwischen radikalen und gemäßigten Kräften. Vest erwiderte, daß im Augenblick niemand die Möglichkeit ausschließen könne, daß Sadat künftig wieder eine härtere Sprache sprechen werde.

Blackwill wies demgegenüber darauf hin, daß das außerordentliche Ausmaß amerikanischer Hilfe auf Sadat mäßigend wirken werde. Im übrigen müsse man jedoch beide Möglichkeiten im Auge behalten: Sadat könne sowohl die Afghanistan-Krise als auch die amerikanischen Wahlen dazu benutzen, um das ganze Problem bis 1981 aufzuschieben, er könne aber auch versucht sein, aus den gleichen Überlegungen eine harte Linie einzuschlagen.

Dupont bedauerte, daß der Nahost-Konflikt bisher verhindert habe, daß die Araber sich geschlossen gegen die Sowjetunion gestellt hätten. Was dächten die USA im Falle eines Scheiterns der Autonomiegespräche zu unternehmen? Bullard hielt es in diesem Fall für möglich, daß Sadat die Idee multilateraler Gespräche wieder aufnehmen könne. Dann werde zwangsläufig die palästinensi-

³⁵ Zu den Gesprächen zwischen Ägypten und Israel über eine Autonomie der palästinensischen Gebiete vgl. Dok. 13, Anm. 14.

Der Sonderbeauftragte des amerikanischen Präsidenten für den Nahen Osten, Linowitz, hielt sich vom 24. Januar bis 4. Februar 1980 im Nahen Osten und in Westeuropa auf.

³⁶ Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

³⁷ Am 18. Februar 1980 wurde die israelische Botschaft in Kairo und am 26. Februar 1980 die ägyptische Botschaft in Tel Aviv eröffnet. Der israelische Botschafter in Kairo, Ben-Elissar, und der ägyptische Botschafter in Tel Aviv, Murtada, überreichten am 26. Februar 1980 ihr Beglaubigungsschreiben.

sche Frage wieder aufkommen. Die britischen Überlegungen gingen dahin zu versuchen, die PLO öffentlich auf eine Verhandlungslinie festzulegen mit dem Ziel, daß die PLO das Existenzrecht Israels anerkennt gegen eine gleichzeitige Anerkennung der PLO durch Israel. Großbritannien sei der Auffassung gewesen, daß die vor einigen Monaten angestrebte und in die gleiche Richtung zielende Sicherheitsratsresolution nützlich hätte sein können.³⁸ Vest entgegnete mit dem Hinweis, daß gegenwärtig eine solche Resolution nur einen gegenteiligen, negativen Effekt haben könnte. Vest berichtete anschließend in großen Zügen über die amerikanischen Bemühungen, im Bereich des Indischen Ozeans neue Stützpunktmöglichkeiten zu sondieren.³⁹ Bullard stellte in diesem Zusammenhang die Frage, was die Amerikaner sich unter den erwähnten Formen regionaler Kooperation vorstellten. Beschränke sich diese nur auf Stützpunkte (facilities) oder sollten diese abgestützt werden durch bilaterale oder multilaterale Abkommen? Vest entgegnete, daß sich die amerikanischen Überlegungen hierzu noch ganz am Anfang befänden. Konkrete Vorschläge hierzu gebe es noch nicht.

8) Türkei

D2 unterrichtete auch anhand der Regierungserklärung vom 17.1.80⁴⁰ über unsere Vorstellungen und unsere Bereitschaft, die Federführung für eine neue wirtschaftliche Hilfsaktion für die Türkei zu übernehmen.⁴¹ Bullard unterstrich,

³⁸ Gesandter Böcker, London, berichtete am 2. August 1979, laut Mitteilung des britischen Außenministeriums befasse sich der VN-Sicherheitsrat mit einem kuwaitischen Entwurf zur Änderung der Resolution Nr. 242 des VN-Sicherheitsrats vom 22. November 1967: „Kuwaitischer Entwurf nimmt in Präambel sowohl auf S[icherheit]R[at]sR[esolution] 242 als auch alle übrigen sich auf Nahost beziehenden Entschlüssen der VN (also auch der Generalversammlung) Bezug. Insbesondere soll er auf den Bericht des Ausschusses über Rechte der Palästinenser hinweisen. Operativer Teil des Entwurfs folgt im wesentlichen demjenigen der SRR 242, ergänzt deren Wortlaut jedoch durch einen Passus etwa des Inhalts, daß dem palästinensischen Volk das Recht auf Selbstbestimmung zustehe. Da kuwaitische Delegation, hinter der nach Ansicht des Foreign Office die PLO steht, auf eine baldmögliche Abstimmung über Entwurf drängte, nahm GB als derzeitiger SR-Vorsitzender Vermittlungsgespräche mit Kuwaitis auf, um Veto zu vermeiden und Möglichkeit zu sondieren, den ursprünglichen Entwurf in einen konstruktiven Entwurf umzuwandeln.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1737; Referat 230, Bd. 121011.

Gesandter Dannenbring, Washington, teilte am 9. August 1979 mit, das amerikanische Außenministerium sehe „Zeichen von verantwortlichen PLO-Führern, die eine Anerkennung der Resolution 242 – das heißt die politische Existenz Israels als Staat – andeuteten, falls Resolution 242 für die PLO akzeptabel ergänzt werde. Man müsse sehen, daß es seit der Resolution 242 von 1967 über die Resolution 338 und Camp David 1979 eine Entwicklung gegeben habe. Auch die arabischen Staaten seien gewichtiger geworden. Der Ansatz zur Ergänzung von Res[olution] 242 sei gemäßigt und konstruktiv.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2816; Unterabteilung 31, Bd. 135597.

Zur Sitzung des VN-Sicherheitsrats am 23./24. August 1979 brachte Senegal einen Resolutionsentwurf ein, der bedauerte, daß Entschlüssen und Empfehlungen der VN nicht als bindendes Völkerrecht anerkannt würden. Am 25. August 1979 berichtete Gesandter Jelonek, New York (VN), zur Präambel werde ausgeführt, „daß Jerusalem integraler Teil der arabischen Territorien sei. Der im Hauptteil des Entwurfs verwandte Ausdruck ‚national independence and sovereignty in Palestine‘ sei gleichbedeutend mit ‚Palestinian state‘.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1623; Referat 230, Bd. 121011.

Am 24. August 1979 vertagte der VN-Sicherheitsrat die Abstimmung über den Resolutionsentwurf „sine die“. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1622 von Jelonek vom selben Tag; Referat 230, Bd. 121011.

³⁹ Vgl. dazu die Reise des Mitarbeiters im amerikanischen Außenministerium, Bartholomew, nach Oman, Somalia, Kenia und Saudi-Arabien; Dok. 52.

⁴⁰ Für die Regierungserklärung des Bundeskanzlers Schmidt vom 17. Januar 1980 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 113, S. 15578–15584.

⁴¹ Zur Wirtschafts-, Finanz- und Verteidigungshilfe für die Türkei vgl. Dok. 22.

daß die neue türkische Regierung⁴² gegenüber dem Westen einen neuen Ton anschlage. Sie habe mehrfach darauf hingewiesen, daß die Türkei zum Westen und insbesondere zu Europa gehöre. Dies mache es nicht einfacher, die türkischen Wünsche zu erfüllen. Vest berichtete über ein Gespräch des Stellvertretenden sowjetischen Außenministers mit dem türkischen Botschafter in Moskau⁴³, in dem die Sowjets der Türkei ihre Unterstützung in der Ägäis-Frage⁴⁴ angeboten hätten. Es bleibe unklar, welche Absichten die Sowjets hiermit verfolgten.

9) Bewegung der Blockfreien

Bullard wies auf das Abstimmungsverhalten der Blockfreien in der Afghanistan-Frage hin. Die Resolution überlasse es dem VN-Generalsekretär⁴⁵, die Durchführung zu überwachen. Was beabsichtige der Westen zu tun, wenn nach einer bestimmten Zeit die Sowjetunion die Forderung nach Abzug aus Afghanistan nicht erfüllt habe? Schließlich sei auch daran zu denken, ob man die Afghanistan-Frage auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung der VN-Menschenrechtskommission setzen wolle, die in nächsten Monaten zusammentrete.⁴⁶ Es bestehe immerhin die Chance, in diesem Fall den Beratungen der Kommission eine neue Richtung zu geben. Bisher habe die Nordirland-Frage zu den bevorzugten Themen dieser Sitzungen gehört. Schließlich sollte der Westen überlegen, ob es andere Gremien gebe, in denen die Afghanistan-Frage aufgebracht werden könne.

10) Wie kann das Risiko einer Wiederholung Afghanistans reduziert oder verhindert werden?

Als mögliche Indikatoren für einen „Wiederholungsfall“ wurden in der Diskussion u. a. hervorgehoben:

- Gemeinsame Grenze mit SU; zwar kein zwingender Indikator, aber doch gefährlicher Ansatzpunkt, ebenso wie Freundschaftsvertrag; fatal – wie im Falle Afghanistan⁴⁷ – die Kombination beider.
- Destabilisierendes System in kritischer Situation mit prosowjetischen Kräften.
- Sozialistische Regierung: Diese mache eine Rückentwicklung nahezu ideologisch inakzeptabel für die SU.

In der Diskussion bestand Übereinstimmung, daß jeder dieser Punkte Beachtung verdient, für sich alleine jedoch nicht zwangsläufig ein Indikator für mögliche sowjetische Intervention sei. Die Sowjetunion werde stets dann handeln, wenn sie es als vorteilhaft ansehe und glaube, daß das Risiko begrenzt sei. Dupont ergänzte mit dem Hinweis, daß der gemeinsamen Grenze eine besondere

⁴² Am 12. November 1979 ernannte Präsident Korutürk den Vorsitzenden der Gerechtigkeitspartei, Demirel, zum Ministerpräsidenten und billigte die von diesem vorgelegte Kabinettsliste. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1122 des Botschafters Sahm, Ankara, vom selben Tag; Referat 203, Bd. 115906.

⁴³ Ercüment Yavuzalp.

⁴⁴ Zur Ägäis-Frage vgl. Dok. 22, Anm. 23.

⁴⁵ Kurt Waldheim.

⁴⁶ Die neunte Session der VN-Menschenrechtskommission fand vom 17. März bis 3. April 1980 in Genf statt. Vgl. dazu UN YEARBOOK 1980, S. 1369.

⁴⁷ Am 5. Dezember 1978 unterzeichneten Afghanistan und die UdSSR einen Vertrag über Freundschaft, gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 1145, S. 333–335.

Bedeutung zukomme. Ein Freundschaftsvertrag alleine habe nicht die gleichen Konsequenzen wie eine gemeinsame Grenze: In weiter von der SU entfernten Ländern sei es durchaus denkbar, daß Freundschaftsverträge mit der SU wieder rückgängig gemacht würden. Bedeutsam für das Beispiel Afghanistan sei vor allem, daß es sich hierbei um einen benachbarten Staat gehandelt habe, der von SU zum sowjetischen Sicherheits-Glaciis gerechnet werde. Zur weiteren Diskussion über möglicherweise gefährdete Länder:

Türkei

Zwar gemeinsame Grenze und auch gewisser Stand wirtschaftlicher und staatlicher Desorganisation; entscheidend bleibt jedoch das Abschreckungsmoment durch die Zugehörigkeit der Türkei zur westlichen Allianz.

Jugoslawien

(Hierzu wird gesonderte Aufzeichnung vorgelegt, vgl. im übrigen Anlage 1⁴⁸.)

Es bestand Übereinstimmung, daß die Zeit unmittelbar nach einem möglichen Ableben Titos durch relative Sicherheit charakterisiert sein werde. Gefahr für Jugoslawien könne später entstehen, wenn die zentrifugalen Tendenzen sich verstärkten und niemand – wie Tito – diese unter Kontrolle halten könne. Bullard wies darauf hin, daß dann das Risiko einer sowjetischen Intervention nicht ausgeschlossen werden könne, eine unmittelbare Bedrohung Jugoslawiens jedoch unwahrscheinlich sei. Die Sowjetunion müsse als Unsicherheitsfaktor ein mögliches westliches Eingreifen einkalkulieren. Diese Unberechenbarkeit der westlichen Position sei letztlich die größte Sicherheit für Jugoslawien. Vest ergänzte mit dem Hinweis, daß die amerikanisch-jugoslawischen Beziehungen seit etwa 2 1/2 Jahren als eng bezeichnet werden könnten. Aus den Gesprächen mit den Jugoslawen habe man entnehmen können, daß diese relativ unbesorgt über die weitere Zukunft ihres Landes seien. D2 warf ein, daß es entscheidend darauf ankomme, daß im Westen nicht öffentlich über mögliche westliche Optionen im Falle einer Jugoslawien-Krise gesprochen werde. Vest ergänzte mit dem Hinweis, daß jugoslawische Gesprächspartner genau darum ersucht hätten. Absolute Diskretion über mögliche westliche Optionen sei wichtig. Vest sah im Falle des Ablebens von Tito unmittelbare Gefahren vor allem im Wiederaufleben kroatischer terroristischer Aktionen im Ausland. Die amerikanische Regierung habe in dieser Hinsicht bereits vorbeugende Maßnahmen getroffen. In diesem Zusammenhang dürfe nicht übersehen werden, daß solche anti-jugoslawischen terroristischen Aktivitäten die anti-westlichen Stimmungen in Jugoslawien stärken könnten. Bullard wies auf den in der vergangenen Woche in London abgehaltenen Kroatischen Nationalkongreß hin. Die Jugoslawen hätten sich hierüber sehr besorgt gezeigt und von der britischen Regierung – allerdings vergebens – ein Verbot der Veranstaltung verlangt.⁴⁹ Blackwill ergänzte mit dem Hinweis, daß man seit letzter Woche in den Vereinigten Staaten erhöhte Sicherheitsvorkehrungen für jugoslawische Einrichtungen getroffen habe. Vest

⁴⁸ Dem Vorgang nicht beigelegt.
Vgl. dazu auch Anm. 1.

⁴⁹ Botschafter Grabert, Belgrad, übermittelte am 15. Januar 1980 die Information, das jugoslawische Außenministerium habe die britische Regierung am 11. Januar 1980 über deren Botschaft in Belgrad ersucht, eine geplante Zusammenkunft des Kroatischen Nationalkongresses in London zu verhindern. Vgl. dazu den Schriftbericht Nr. 46, Referat 214, Bd. 132868.

und Blackwill wiesen darauf hin, daß einer westlichen Repräsentation bei einer Beisetzung Titos eine große Signalwirkung zukomme. Amerikanische Überlegungen gingen dahin, bei der Beisetzung auf sehr hoher Ebene vertreten zu sein. Dies würde entweder der Präsident selbst oder Vizepräsident Mondale sein. Bullard: Wahrscheinlich werde PM Frau Thatcher teilnehmen.

Rumänien

Vest berichtete über rumänische Bemühungen, in nächster Zeit einen hochrangigen amerikanischen Besucher in Bukarest zu haben. USt Newsom würde in den nächsten Tagen nach Bukarest reisen.⁵⁰ Im übrigen hätten sich die rumänischen Gesprächspartner in keinsten Weise besorgt gezeigt. Es bestand Übereinstimmung, daß die beste Garantie gegen ein sowjetisches Eingreifen die Fähigkeit Ceauşescus sei, sich anzupassen.

Finnland

Bullard wies darauf hin, daß im Falle Finnlands trotz gemeinsamer Grenze und Freundschaftsvertrags mit der Sowjetunion⁵¹ der gesamte nordische Kontext eine gewisse Abschreckungsfunktion für die Sowjetunion habe. Trotzdem zeigten sich die Finnen äußerst besorgt.

Vest: Bei einem Gespräch mit den nordischen Botschaftern in Washington sei ihm, Vest, besonders die Nervosität der Finnen aufgefallen. Die Finnen sähen offenbar im Zusammenhang mit dem finnisch-sowjetischen Freundschaftsvertrag und der Entwicklung neuer Waffentechnologie, wie z.B. Cruise Missiles, gegen die sie sich selbst nicht verteidigen könnten, einen Ansatzpunkt für sowjetisches Eingreifen. Zu Vorstellungen, eine westliche „Garantie“, keine Cruise Missiles über den Luftraum Finnlands einzusetzen, könne die finnische Position gegenüber der Sowjetunion stärken, hätten sich der schwedische⁵² und finnische Botschafter⁵³ ihm, Vest, gegenüber allerdings skeptisch geäußert. Wenn die Sowjetunion einen Vorwand zum Eingreifen suche, werde sie schon einen finden.

11) Westliche Gegenmaßnahmen als Reaktion auf sowjetische Intervention in Afghanistan

D2 erläuterte ausführlich, daß die Bundesregierung als Antwort auf die sowjetische Intervention ein integriertes System von Maßnahmen politischer, wirtschaftlicher und militärischer Art für erforderlich hält, zur Stärkung der Länder der Dritten Welt, des Atlantischen Bündnisses und der EG. D2 erläuterte ferner unsere Reaktionen im bilateralen Verhältnis zur SU. Er wies gleichzeitig auf die Grenzen in bestimmten Bereichen hin und unterstrich die Notwen-

⁵⁰ Der Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Newsom, hielt sich vom 26. bis 28. Januar 1980 in Rumänien auf. Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 5. Februar 1980, Newsom habe die Haltung der USA zu Iran und Afghanistan erläutert, während die rumänische Seite ihr Interesse an der Entspannungspolitik betont habe: „Der außenpolitische Bewegungsspielraum Rumäniens, so sei von Ceauşescu und Andrei mehrfach betont worden, sei unlöslich mit der Entspannungspolitik in Europa verbunden. Es müsse der Gefahr entgegengewirkt werden, daß das politische Klima der Détente auch in Europa durch Afghanistan entscheidend beeinträchtigt werde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 567; Referat 214, Bd. 139553.

⁵¹ Für den Wortlaut des Vertrags vom 6. April 1948 zwischen der UdSSR und Finnland über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe vgl. UNTS, Bd. 48, S. 156–161.

⁵² Wilhelm Wachtmeister.

⁵³ Jaakko Iloniemi.

digkeit, den Dialog mit der Sowjetunion fortzusetzen. Dupont unterstrich, daß auch nach französischer Auffassung die Sowjetunion einen Preis bezahlen müsse, und daß der Druck aufrechterhalten werden sollte. Dies geschehe am besten auf folgende Weise:

- Unterstützung der afghanischen Rebellion, wobei über Mittel und Wege noch gesprochen werden müsse.
- Notwendigkeit einer Containment-Politik gegenüber der SU.
- Hilfe an besonders gefährdete Länder. Hierbei sei zunächst an Pakistan zu denken. Frankreich gehöre zu den größten Waffenlieferanten Pakistans. Es sei auch weiterhin bereit, Pakistan Waffen zu liefern. Hierbei stelle sich jedoch die Frage der Finanzierung. Dabei müsse geprüft werden, ob nicht die Saudis und Golfstaaten die Finanzierung übernehmen könnten. Druck auf die Sowjetunion könne auch dadurch ausgeübt werden, daß man in anderen Regionen der Welt der Sowjetunion Schwierigkeiten bereite (u. a. Eritrea). Auch Kambodscha verdiene weiterhin unsere Aufmerksamkeit. Der Westen müsse in seiner Forderung nach einem Rückzug der vietnamesischen Truppen unnachgiebig sein. Kambodscha müsse als neutraler und unabhängiger Staat wiederhergestellt werden. Der Vergleich zu Afghanistan liege auf der Hand. Was die Gesamtstrategie als Antwort auf den sowjetischen Expansionismus angehe, so leiste Frankreich in Afrika hierzu seinen Beitrag. Es habe jedoch nicht die Mittel, dieses alleine zu tun. Auch die Finanzierung von Waffenlieferungen an die afghanischen Rebellen, die er für wünschenswert und notwendig halte, sollte am besten von den Arabern bezahlt werden. Dupont betonte hierbei erneut, daß absolute Diskretion erforderlich sei.

Eine globale Entspannungspolitik – so Dupont – existiere nicht mehr. Das Konzept der Entspannung bleibe jedoch für Europa nützlich. Für die Europäer stehe hierbei viel auf dem Spiel, und es sei notwendig, in dieser Frage sehr vorsichtig und klug (prudent) vorzugehen. Insbesondere müsse ein gewisses Maß von Kommunikation mit der Sowjetunion aufrechterhalten werden, selbst wenn man einräumen müsse, daß der Ton nicht mehr der gleiche sein werde. Dies könne man dadurch berücksichtigen, daß man sich zwar bemühe, die Gespräche weiterzuführen, von größeren protokollarischen Besuchen jedoch Abstand nehme. Frankreich messe im übrigen der KAE⁵⁴ und ihrer Behandlung in Madrid⁵⁵ nach Afghanistan noch größere Bedeutung zu. Frankreich sei entschlossen, die Vorbereitungen für eine solche Konferenz mit Nachdruck weiter zu betreiben. Besonders in der Frage der Ausdehnung des Anwendungsbereiches für vertrauensbildende Maßnahmen bis zum Ural werde Frankreich auch angesichts der afghanischen Erfahrungen eine feste Haltung einnehmen. Zum bilateralen Verhältnis zur Sowjetunion werde Frankreich nicht alle Kontakte abreißen lassen. Es werde sich vielmehr bemühen, einen Weg zu einer neuen Öffnung zu finden und trotz Afghanistan versuchen, die Möglichkeit für einen „compromis final“ zu finden. Es sei absolut notwendig, die Eskalation unter Kontrolle zu halten. In weniger wichtigen Bereichen beabsichtige man folgendes:

⁵⁴ Zum französischen Vorschlag einer Konferenz für Abrüstung in Europa vgl. Dok. 1, Anm. 11.

⁵⁵ Die KSZE-Folgekonferenz wurde am 11. November 1980 in Madrid eröffnet. Vgl. dazu Dok. 319 und Dok. 322.

- Absage militärischer Besuche.
- Begrenzung parlamentarischer Besuche (gerade in diesem Bereich seien große Reden die Regel, während unter den gegebenen Umständen Schweigen besser sei).
- Im wirtschaftlichen Bereich werde Frankreich die amerikanischen Maßnahmen (Weizen-Boycott⁵⁶) nicht unterlaufen. Im übrigen stünden jedoch im Bereich der Wirtschaftsbeziehungen erhebliche französische Interessen auf dem Spiel. Vorgesehen sei derzeit die Verzögerung beim Abschluß gewisser Verträge, Begrenzung des Exports von High Technology, Verschärfung der Kreditbedingungen. Insgesamt werde dies voraussichtlich zu einer Abschwächung des französisch-sowjetischen Handelsaustauschs führen.

Vest begrüßte, daß Europäer und Amerikaner übereinstimmten, daß im politischen und wirtschaftlichen Bereich der Sowjetunion klare Signale gegeben werden müßten. Was den KSZE-Prozeß angehe, so sei es sicher richtig, einen bestimmten Grad der Vorbereitungen aufrechtzuerhalten, weil dies auch im westlichen Interesse liege. Aus den gleichen Gründen bleibe auch SALT II trotz Verschiebung der Debatte auf der parlamentarischen Tagesordnung. Ebenso halte man an anderen Rüstungskontrollvorschlägen fest. Vest wies auf die amerikanischen Vorbehalte gegenüber vertrauensbildenden Maßnahmen hin. Diese müßten in jedem Fall obligatorisch sein. Er sprach sich ferner für eine feste Einbindung der KAE in die KSZE aus und wiederholte amerikanische Vorbehalte gegen eine zweite Phase der KAE. Er wies darauf hin, daß im Sinne einer gleichgewichtigen Behandlung aller KSZE-Themen den Menschenrechten gerade nach dem Sacharow-Fall⁵⁷ besondere Bedeutung zukommen werde. Alle Dinge, die für den Westen nützlich seien, sollten nicht auf Eis gelegt, sondern fortgeführt werden. Hierzu gehörten vor allem SALT II, das Rüstungskontrollangebot vom Dezember, MBFR und KSZE. Die Fortführung des KSZE-Prozesses sei auch deswegen wünschenswert, weil es eine wertvolle Basis für den Dialog mit den osteuropäischen Staaten sei.

D2 wies darauf hin, daß auch wir für die Fortführung des KSZE-Prozesses eintreten. Der Wert für uns liege auf der Hand. Im übrigen sei es von Anfang an eine Prämisse des KSZE-Prozesses gewesen, daß es fundamentale Unterschiede zwischen Ost und West gebe; Afghanistan sei insoweit keine neue Entdeckung. Unsere Ost-West-Politik sei immer unter Berücksichtigung der fundamentalen Unterschiede und Widersprüche zwischen Ost und West geführt worden. D2 wies darauf hin, daß, wenn man schon darüber spreche, die Kosten für die Sowjetunion zu erhöhen, man diese Frage nicht auf die Ost-West-Beziehungen beschränken dürfe. Auch die Stärkung der Unabhängigkeit und wirtschaftlichen Stabilität anderer Länder erhöhe die Kosten für die Sowjetunion, denn sie beschränke deren Möglichkeiten zur Einmischung. D2 unterstrich nachdrücklich, daß das in Europa Erreichte auch im westlichen Interesse liege. Eine neue Krise in Europa werde unabwägbare Gefahren mit sich bringen. Berlin sei für viele Jahre ein gefährlicher Krisenpunkt gewesen. Eine neue Krise in Berlin könne zu einer gefährlichen Eskalation führen. D2 erläuterte an-

⁵⁶ Zur Einschränkung von Getreidelieferungen in die UdSSR vgl. Dok. 10, Anm. 23.

⁵⁷ Zur Verbannung des sowjetischen Atomphysikers Sacharow nach Gorki vgl. Dok. 26, Anm. 17.

schließend an Hand der Regierungserklärung vom 17.1. die Politik der Bundesregierung. Er wies vor allem darauf hin, daß unsere Politik transparent und berechenbar bleiben müsse. D2 unterrichtete anschließend über Nachrichten aus Prag, daß der vorgesehene Besuch des Bundesministers Anfang Februar von tschechoslowakischer Seite abgesagt worden sei.⁵⁸ Man müsse abwarten, ob auch der Besuch des ungarischen Außenministers in Bonn (Ende Februar) abgesagt würde.⁵⁹ Sollte dies der Fall sein, so müsse man sich fragen, ob dies ein Zeichen dafür sei, daß von östlicher Seite die Kontakte auf breiter Front eingestellt werden sollten und ob dies im Laufe des Jahres auch die multilateralen Kontakte (Madrid) betreffe? In diesem Zusammenhang stelle sich auch die Frage, ob die SU im eigenen Lager ein Problem der Solidarität habe. Ob sie insbesondere den Eindruck vermeiden wolle, bei westlichen Gegenmaßnahmen ausgesondert zu werden, während der Westen im übrigen mit den anderen osteuropäischen Staaten „business as usual“ betreibe.

Im Verlauf der weiteren Diskussion über mögliche Gegenmaßnahmen gegenüber der Sowjetunion standen folgende Überlegungen im Vordergrund:

- Dieser Fragenkomplex soll weiter untersucht und der Meinungsaustausch hierüber fortgesetzt werden.
- Bullard wies auf die Möglichkeit hin, antikommunistische Gruppen stärker als bisher zu unterstützen. Vest wies darauf hin, daß man auf amerikanischer Seite die Frage unterschiedlicher Behandlung einzelner osteuropäischer Staaten untersuche.⁶⁰
- Bullard: Der BBC habe bisher in seinen Sendungen nach Osteuropa in der Dissidenten-Frage Zurückhaltung geübt. Dies könne man ändern.
Dupont: Bisher sende der französische Rundfunk noch keine Sendungen in russischer Sprache; bisher habe man davon abgesehen, da diese Sendungen dann notwendigerweise in den Händen von Emigranten liegen würden, deren „Kalte-Kriegs-Mentalität“ bekannt sei.

⁵⁸ Zur Absage des Besuchs des Bundesministers Genscher durch die tschechoslowakische Regierung vgl. Dok. 19, Anm. 43.

⁵⁹ Der ungarische Botschafter Kővári unterrichtete Ministerialdirektor Blech am 31. Januar 1980, daß der für 7./8. Februar 1980 geplante Besuch des ungarischen Außenministers Puja verschoben werden müsse. Ministerialdirigent Lücking teilte am 1. Februar 1980 der Botschaft in Budapest mit, der Botschafter habe unterstrichen, „daß Bitte um Verschiebung des Besuches auf ungarischer Entscheidung beruhe, und daß es sich nicht um eine Absage, sondern um eine Verständigung über eine Verschiebung des Besuches handele“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 32; VS-Bd. 13210 (214); B 150, Aktenkopien 1980.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Wallau informierte am 4. Februar 1980 Bundesminister Genscher, z. Z. Washington, zum Hintergrund der Besuchsabsage habe ein leitender Funktionär des ZK der USAP mitgeteilt, der sowjetische Außenhandelsminister Patolitschew habe telefonisch „im Interesse der ungarischen Erdgas- und Erdölversorgung“ auf die Absage gedrängt: „Bonns Position im Olympiastreit erscheint unsicher. Wir müssen Druck dahinter setzen, damit die sich gegen einen Boykott Moskaus entscheiden“. Auch der ungarische Stellvertretende Ministerpräsident Szeker habe am 30. Januar 1980 telefonisch aus Moskau mitgeteilt, daß die UdSSR eine Reduzierung von Rohstofflieferungen androhe. Die ungarische Führung habe daraufhin die Absage beschlossen: „Man war nur einhellig der Auffassung, es müsse Bonn zur Kenntnis gebracht werden, daß die Absage des Puja-Besuchs nicht an Budapest liege.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 67; VS-Bd. 14091 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

⁶⁰ Für die Überlegungen der amerikanischen Regierung hinsichtlich der Beziehungen zu Staaten des Warschauer Pakts vgl. Dok. 66, Anm. 3.

- D2 wies auf die Notwendigkeit hin, die Beziehungen zu den Blockfreien zu stärken. Die Bundesregierung betrachte eine wirkliche Blockfreiheit als einen konstruktiven Faktor. Die These von der Sowjetunion als dem natürlichen Verbündeten der Ungebundenen habe durch Afghanistan einen schweren Schlag erhalten. Jugoslawien spiele in diesem Zusammenhang eine besondere Rolle, denn es stelle eine Verbindung zwischen Europa und der Blockfreien-Bewegung dar.
- D2 wies auf die Notwendigkeit eines intensiveren politischen Dialogs mit Finnland hin.

Vest unterrichtete über den Stand der amerikanisch-chinesischen Beziehungen:

- Intensivierung der Beziehungen.
- Wachsende Identität der Interessen.
- Amerika werde wegen dieser Interessenidentität⁶¹ eine Reihe von Maßnahmen ergreifen.
- Es bestehe ein amerikanisch-chinesisches Einverständnis, daß die USA zwar keine Waffen nach China exportieren, aber doch ausgewählte Geräte mit militärischer Verwendungsfähigkeit (selected items which have military utilities) wie z.B. Lastwagen, Nachrichtengeräte, Stationen zum Empfang von Satellitensignalen. Es werde jedoch kein Militärbündnis geben. Amerika und China würden getrennt vorgehen. Ihre Beziehungen seien gegen niemanden gerichtet. Sie seien charakterisiert durch parallelism and co-ordination. Die Bemühungen der USA, ihre Beziehungen zu China zu normalisieren, bedeuteten nicht, daß die USA beabsichtigen, die chinesische Karte gegenüber der Sowjetunion zu spielen. Die amerikanisch-chinesischen Beziehungen hätten „their own merits“.

D2 erläuterte unsere Beziehungen zu China mit dem Hinweis, daß es unser Ziel sein müsse, China in das normale System internationaler Beziehungen und internationaler Verantwortlichkeiten einzubeziehen. Dieses Ziel sei nicht gegen die Sowjetunion gerichtet, sondern liege vielmehr auch in ihrem Interesse, weil dadurch der Faktor China berechenbarer werde.

Bullard wies darauf hin, daß man bei der Entwicklung der Beziehungen zu China nicht die Auswirkungen auf andere Länder wie z.B. Indien übersehen dürfe. Was die britisch-chinesischen Beziehungen angehe, so werde man entsprechend chinesischen Wünschen bemüht sein, den Austausch von Besuchern auf höherer Ebene zu intensivieren. Die Chinesen legten gerade auf diese symbolischen Gesten besonderen Wert. Er, Bullard, könne einen Besuch des britischen Verteidigungsministers in China in diesem Jahre nicht ausschließen.⁶² Ob auch PM Thatcher in diesem Jahr China besuche, sei fraglich. Von ihr sei bekannt, daß sie das chinesische System als ebenso schlecht ansehe wie das russische.⁶³ Großbritannien sei durchaus bereit, der VR China Waffen zu liefern,

⁶¹ Korrigiert aus: „Interessenintensität“.

⁶² Der britische Verteidigungsminister Pym besuchte vom 24. bis 28. März 1980 die Volksrepublik China.

⁶³ Zur Einschätzung der Volksrepublik China durch die Vorsitzende der britischen Konservativen Partei, Thatcher, vgl. AAPD 1977, I, Dok. 97.

wenn diese bezahle. Die Verhandlungen stagnierten jedoch, u.a. deswegen, weil die Chinesen behaupteten, die britischen Waffen seien unmodern, was wegen der Länge der Verhandlungen möglicherweise eintreten könne. Bullard wies im übrigen darauf hin, daß der Westen nicht vergessen solle, daß die gegenwärtige Interessenidentität durchaus die Frage offen lasse, wie lange diese Interessenidentität andauere. Dupont wies auf den beabsichtigten Staatsbesuch des französischen Präsidenten in diesem Jahr in der Volksrepublik China⁶⁴ hin. Was französische Waffenexporte angeht, so zögen sich die Verhandlungen in die Länge. Im übrigen sei es durchaus sinnvoll, über ein Wort de Gaulles nachzudenken, der einmal gesagt habe, es werde der Tag kommen, an dem die Weißen sich gegen die gelbe Gefahr zusammenschließen würden.⁶⁵

12) Wie wird die Sowjetunion auf westliche Gegenmaßnahmen im Ost-West-Zusammenhang reagieren?

Zur Frage einer möglichen Beschleunigung einer östlichen Aufrüstung wies Blackwill darauf hin, daß nach amerikanischen nachrichtendienstlichen Erkenntnissen die Sowjets das SS-20-Programm mit Nachdruck weiterbetrieben. So sei festgestellt worden, daß jede Woche eine neue SS-20-Abschußrampe fertiggestellt werde. Zum Bereich der Rüstungskontrollmaßnahmen und möglicher sowjetischer Friedensoffensiven wies D2 auf folgende Punkte hin:

Man müsse sich fragen, wie sich eine sowjetische Friedensoffensive auswirken würde, die wohl aus einer Kombination von Agitprop-Aktionen und ernsthaften Angeboten bzw. interessanten Signalen bestehen werde. Auch müsse man sich fragen, wie sich eine solche Friedensoffensive auf die Diskussion über eine mögliche Wiedereinführung der Wehrpflicht in den USA⁶⁶ auswirke, etwa dann, wenn SU auf den westlichen MBFR-Vorschlag⁶⁷ einging und zur richtigen Zeit es möglich mache, „to get the boys home“. Blackwill wies abschließend darauf hin, daß die amerikanischen Überlegungen im Hinblick auf mögliche Auswirkungen einer denkbaren sowjetischen Friedensoffensive noch am Anfang stünden. Er sagte zu, eine Analyse der amerikanischen Botschaft in Moskau, insbesondere über mögliche sowjetische Absichten, zwischen Europa und die USA einen Keil zu treiben, unseren Botschaften in Washington zur Verfügung zu stellen.

Sowjetische Reaktionen über westeuropäische kommunistische Parteien?

Dupont wies auf die totale Gleichschaltung der französischen KP mit der Sowjetunion in der Afghanistan-Frage hin. Im Hinblick auf die italienische KP neigten die Politischen Direktoren der Auffassung zu, daß es schwierig sein

⁶⁴ Staatspräsident Giscard d'Estaing besuchte vom 15. bis 21. Oktober 1980 die Volksrepublik China.

⁶⁵ In einer Pressekonferenz am 10. November 1959 erklärte Staatspräsident de Gaulle: „Sans doute la Russie soviétique, bien qu'ayant aidé le communisme à s'installer en Chine, constate-t-elle que rien ne peut faire qu'elle-même ne soit la Russie, nation blanche de l'Europe, conquérante d'une partie de l'Asie et, en somme, fort bien dotée en terres, mines, usines et richesses, en face de la multitude jaune qu'est la Chine, innombrable et misérable, indestructible et ambitieuse, bâtissant à force d'épreuves une puissance qu'on ne peut mesurer et regardant autour d'elle les étendues sur lesquelles il lui faudra se répandre un jour.“ Vgl. DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 3, S. 130.

⁶⁶ Zu Überlegungen für die Wiedereinführung der Wehrpflicht in den USA vgl. Dok. 21, Anm. 12.

⁶⁷ Zum Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 20. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 12.

werde für die Sowjetunion, die KPI an die Leine zu legen. Trotzdem seien kritische Auswirkungen auf die italienische Regierung nicht auszuschließen. Niemand könne derzeit sagen, was die italienischen Christlichen Demokraten zu tun beabsichtigten. Vest wies darauf hin, daß Cossiga bei seinem Besuch in Washington nachdrücklich gegenüber Präsident Carter erklärt habe, daß er die Kommunisten nicht in die Regierung übernehmen werde.⁶⁸ D2 wies auf die geringe Bedeutung der Deutschen Kommunistischen Partei und der K-Gruppen hin. Wahrscheinlicher sei der Versuch, mittels einer Beeinflussung sogenannter progressiver Gruppen einschließlich religiöser Gruppen und der GRÜNEN die deutsche öffentliche Meinung zu beeinflussen.

Malta

Bullard wies darauf hin, daß er Informationen aus Rom habe, nach denen Malta die Italiener gewarnt habe, daß sie sich wegen des Verhaltens britischer Kriegsschiffe in maltesischen Gewässern überlegten, einen Antrag auf Aufnahme in den Warschauer Pakt zu stellen. Sie hätten hierbei nicht nur die Briten kritisiert, sondern auch die Italiener, weil diese ihrerseits nicht das britische Verhalten kritisiert hätten. Bullard wies darauf hin, daß die Sowjetunion bereits früher einmal versucht habe, sich auf Malta festzusetzen. Der Preis sei ihr jedoch offenbar zu hoch gewesen.

Afrika

Vest wies darauf hin, daß die Sowjets in Gesprächen stets die britischen Vermittlungsbemühungen mit den abfälligsten Worten bedacht hätten. D2 bestätigte dies für die Gespräche mit Gromyko in Bonn.⁶⁹

Vest äußerte die Besorgnis, daß die Aktivitäten von DDR-Beratern in Afrika auch nach Rhodesien oder Namibia überschwappen (spill-over) könnten. D2 forderte Amerikaner (und die beiden anderen) auf, sich im AA im einzelnen über unsere Erkenntnisse über die DDR-Präsenz in Afrika⁷⁰ unterrichten zu lassen.

Zur Frage der Wiederherstellung der Stabilität im Ost-West-Verhältnis

D2 erläuterte ausführlich unsere Vorstellungen zu einer Gesamtstrategie, mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß damit nur der gegenwärtige Reflexionsstand auf Beamtenebene wiedergegeben werde, der noch nicht politisch autorisiert sei.⁷¹ Die übrigen drei Politischen Direktoren stimmten den Gedankengängen von D2 voll und ganz zu.

⁶⁸ Ministerpräsident Cossiga hielt sich am 24./25. Januar 1980 in Washington auf.

⁶⁹ Der sowjetische Außenminister Gromyko besuchte von 21. bis 24. November 1979 die Bundesrepublik. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 341–344.

⁷⁰ Zur Tätigkeit der DDR in Afrika vgl. Dok. 51.

⁷¹ Vortragender Legationsrat von Studnitz übermittelte Ministerialdirektor Blech, z. Z. London, am 25. Januar 1980 „Thesen zu einer Gesamtstrategie des Westens in der gegenwärtigen internationalen Krisensituation“. Als Ziele wurden darin die Erhaltung der Verteidigungsfähigkeit und politischen Einigkeit der NATO, eine verstärkte Zusammenarbeit in den Europäischen Gemeinschaften bzw. der EPZ sowie eine Reduzierung eingetretener Spannungen genannt. Ferner sollten der „Afghanistan-Schock in der Dritten Welt zu einer aktiveren Dritte-Welt-Politik des Westens“ genutzt, „sicherheitspolitische Ausgleichsmaßnahmen“ und „ungestörte Energieversorgung“ gesichert und in den VN weiterhin der Abzug sowjetischer Streitkräfte aus Afghanistan gefordert bzw. dem „weiteren Vordringen der Sowjetunion in der Region (Pakistan, Iran) und in anderen Teilen der Dritten

Bullard schloß Diskussion mit einer Zusammenfassung über die westlichen Zielsetzungen ab:

- Verhinderung einer weiteren Eskalation. Falls es jedoch hierzu komme, müsse diese berechenbar und unter Kontrolle bleiben.
- Der Westen solle sich über eine gewisse Arbeitsteilung verständigen. Es sei nicht notwendig, daß der Westen in allem identisch reagiere. Eine Arbeitsteilung könne geographisch und funktional erfolgen.
- Notwendigkeit, besonders im Ost-West-Kontext Bedingungen wieder herzustellen, die es uns erleichterten, unsere Ziele zu verfolgen.
- Die öffentliche Meinung in unseren Ländern suche derzeit nach Führung. Die Politischen Direktoren sollten daher bei ihren Außenministern anregen, noch mehr als bisher öffentlich in Reden unsere Position zu erläutern.
- Der Westen müsse bemüht bleiben, die derzeitige vorteilhafte Position in der Dritten Welt zu bewahren. Der Dritten Welt müsse ein Konzept der Zusammenarbeit angeboten werden, das diese Länder davon überzeuge, daß zwischen ihnen und der westlichen Welt eine echte Interessenidentität bestehe.

[Schenk]⁷²

VS-Bd. 14083 (010)

Fortsetzung Fußnote von Seite 190

Welt“ vorgebeugt werden. Dafür gelte es, die eigene Verteidigungsfähigkeit zu stärken, insbesondere durch Implementierung des Langfristigen Verteidigungsprogramms der NATO und des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 sowie durch eine Stärkung der NATO-Südflanke. Über die Europäischen Gemeinschaften und die EPZ solle die „westliche Position“ gestärkt werden, u. a. durch Kooperationsabkommen mit der Türkei, den Golfstaaten und ASEAN und durch eine Aktivierung der EG-Mittelmeerpolitik. Da es wahrscheinlich sei, „daß die Periode abgekühlter Beziehungen mit der Sowjetunion auf absehbare Zeit anhalten“ werde, sei Bündnissolidarität entscheidend: „Sie sollte sich orientieren an folgenden Grundsätzen: Geschlossene Verträge sind zu halten; Maßnahmen der Partner werden nicht unterlaufen, insbesondere Nichteintreten in Geschäfte der USA.“ Zu Afghanistan sollten die Beziehungen „im Rahmen der eingeschränkten Möglichkeiten zunächst beibehalten“ und die Politik gegenüber Staaten der Dritten Welt intensiviert werden. Vgl. den Drahterlaß Nr. 33 und Nr. 34; VS-Bd. 541 (014); B 150, Aktenkopien 1980. Vgl. dazu ferner Dok. 58.

⁷² Verfasser laut Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech vom 7. Februar 1980. Vgl. Anm. 1.

30

Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Cossiga

VS-vertraulich

29. Januar 1980¹

Vermerk über das Telefongespräch des Bundeskanzlers mit dem italienischen Ministerpräsidenten Cossiga am 29. Januar 1980 von 13.55 bis 14.40 Uhr

Das Gespräch wurde auf Deutsch geführt mit der Hilfe einer Dolmetscherin auf italienischer Seite.

Cossiga hält folgende Eindrücke und Punkte aus den Gesprächen² fest:

1) TNF:

Er hat betont, daß diese Frage nur auf Grund des mutigen Eintretens des Bundeskanzlers und der Tatsache einer gemeinsamen Linie der Deutschen und Italiener gelöst werden konnte. Wesentlich war auch die feste Haltung des Bundeskanzlers gegenüber seiner eigenen Partei, was sich positiv auf die italienischen Sozialisten auswirkte.³

2) Haltung der amerikanischen Öffentlichkeit:

Er unterstreicht, daß die USA sich in ruhiger, abgewogener Weise bemühen, der Sowjetunion Einhalt zu gebieten, deren Vorgehen auch als gefährliche Bedrohung der Erdölfelder des Nahen Ostens angesehen wird. Die Reaktion der amerikanischen Öffentlichkeit geht insgesamt noch über die der Regierung hinaus. Dies hält er als das Ergebnis der Gespräche mit vielen Journalisten und Parlamentariern italienischer Herkunft (u. a. dem Vorsitzenden des Rechtsausschusses des Abgeordnetenhauses⁴) fest.

3) Entspannung:

Er hat den Gesprächspartnern gegenüber die Bedeutung der Entspannung für Europa und die Rolle Europas für die Entspannung unterstrichen. Er hat zu bedenken gegeben, daß die immer wieder vom Westen betonte Bekräftigung des Entspannungswillens eine dauernde Herausforderung an die SU darstellt und sie in eine recht schwierige Lage bringen kann. Er hat Carter gesagt, daß Italien und die Bundesrepublik Deutschland sich in ähnlicher Lage an der Grenze des sowjetischen Einflußbereichs befinden und daß die Italiener die Ab-

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 29. Januar 1980 gefertigt und am selben Tag an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau „zur Unterrichtung für den Herrn Bundesminister vorbehaltlich der Genehmigung durch den Bundeskanzler“ übermittelt.

Hat Bundesminister Genscher am 29. Januar 1980 vorgelegen.

Hat Wallau am 30. Januar 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Original] BM als Eingang.“ Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14085 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

² Ministerpräsident Cossiga hielt sich am 24./25. Januar 1980 in den USA auf.

³ Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, vermerkte am 29. Januar 1980 in einer weiteren Aufzeichnung, während des Telefongesprächs mit Bundeskanzler Schmidt habe Ministerpräsident Cossiga dafür plädiert, die Parteibeziehungen zwischen SPD und PSI zu verstärken. Vgl. dazu Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 51; B 150, Aktenkopien 1980.

⁴ Peter W. Rodino.

sicht haben, in enger Abstimmung mit den Deutschen vorzugehen. Carter hat ihm versichert, daß auch die Amerikaner die Entspannungspolitik nicht aufgeben wollen. Aber sie können es nicht zulassen, daß die SU unter dem Deckmantel der Entspannungspolitik ihre Grenzen immer weiter ausdehnt.

4) Rolle Europas:

Er hat an die Amerikaner appelliert, der Eigenständigkeit Europas in der doppelten Form der europäischen Mitglieder der NATO und der Europäischen Gemeinschaft Rechnung zu tragen. Er hat ihnen zu verstehen gegeben, daß sie zwar sehr strikte Meinungen, aber noch keine richtige Strategie haben.

5) Politische Strategie:

Es geht nicht nur um die Eindämmung der SU, sondern gleichzeitig auch um die Erarbeitung einer vielfach gegliederten politischen Strategie und Taktik. Dabei hat Europa insgesamt, aber auch die einzelnen europäischen Länder, eine wichtige Rolle zu übernehmen. Beispiele hierfür sind Beziehungen Italiens mit dem Irak, mit Jugoslawien, Algerien oder die Beziehungen EG–Jugoslawien.

6) Europa–USA:

Besonders wichtig erscheint es ihm, daß die Europäer nicht in den USA den Eindruck erwecken, als wollten sie Amerika allein lassen. Die Regierung Carter könnte sich sonst veranlaßt sehen, Maßnahmen zu ergreifen, die unseren Interessen widersprechen.

7) Treffen der Sechs oder Sieben:

Er hat daher Carter vorgeschlagen, ein Treffen der Sechs (auf Bitten des Bundeskanzlers erläutert er die Zusammensetzung des Londoner Treffens vom 30. Dezember⁵) auf höchster Ebene einzuberufen und danach Konsultationen der EG-Partner vorzusehen. Carter hat dann auf ein Treffen der Sieben⁶ hingewiesen.

Er hat dazu bemerkt, daß ein Siebener-Treffen bei der SU den Eindruck einer Einkreisungsstrategie erwecken könnte. Inzwischen hat er sich überlegt, ob man nicht zunächst ein Treffen der Sechs zu den Problemen, die sich für Europäer und Amerikaner stellen, einberufen sollte und dann ein Treffen von vier bis fünf Ländern, die über besonders gute Beziehungen zum nah- und mittel-östlichen Bereich verfügen.

8) Olympiade:

Er verweist auf das bevorstehende Gespräch der Außenminister in Brüssel⁷ und betont, daß er jederzeit auf Wunsch des Bundeskanzlers für ein informelles Treffen zur Verfügung steht.

9) Jugoslawien:

Er ist einer amerikanischen Anregung für eine öffentliche Erklärung nicht gefolgt, da eine solche für Jugoslawien eher beleidigend hätte wirken können.

⁵ Zum Treffen der Staatssekretäre bzw. stellvertretenden Außenminister der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, Kanadas und der USA vgl. Dok. 1, Anm. 18.

⁶ Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada und USA.

⁷ Am 5. Februar 1980 fand in Brüssel eine EG-Ministerratstagung statt, an deren Rande die Außenminister auch zu einer außerordentlichen Konferenz im Rahmen der EPZ zusammenkamen. Vgl. dazu Dok. 39, Anm. 15.

Bundeskanzler dankt sehr herzlich für diese Eindrücke, die weit über die ausführliche Unterrichtung hinausgehen, die uns dankenswerterweise die italienische Botschaft bereits in Washington gegeben hat. Er stimmt allen Urteilen Cossigas ausdrücklich zu und unterstreicht:

1) Er teilt den Eindruck, daß der Westen jetzt eine zusammenhängende Strategie und Taktik entwickeln muß. Dies wird auch der Hauptteil des Privatgesprächs mit Präsident Giscard sein, das er am Wochenende im Rahmen der regelmäßigen deutsch-französischen Konsultationen führen wird.⁸ Er vermutet, daß Deutschland und Frankreich näher beieinander liegen werden als etwa die heutige Gesprächspartnerin Cossigas in London.⁹ Zur Strategie gehört auch, daß man weiß, welches Ergebnis man im gegenwärtigen Konflikt erreichen möchte, und daß der Konflikt eines Tages beendet werden muß. Es hat keinen Zweck, daß zwei Lokomotiven aufeinanderzufahren.

2) Für völlig zutreffend und von Europa im Auge zu behalten, ist der Hinweis Cossigas auf die Gefahr, daß in Amerika der Eindruck entsteht, es werde von den Europäern allein gelassen. Das vergrößert die Gefahr, daß die Interessen Europas bei den amerikanischen Aktionen nicht berücksichtigt werden.

3) Zur Frage eines Treffens zu Sechst oder Sieben betont er, daß die bestehenden Konsultationsstrukturen in Europa (EG und NATO) nicht beeinträchtigt werden dürfen. Er berichtet, daß Carter ihm während des Cossiga-Besuchs in Washington telefonisch ein Siebener-Treffen vorgeschlagen und um Unterstützung dieses Gedankens in Paris gebeten hat.¹⁰ Er nimmt den Einwand Cossigas (Eindruck der Einkreisung bei der SU) sehr ernst. Diese Probleme sollten die neun Außenminister am Rande ihres Treffens in Brüssel am 5. Februar privat – d.h. auch bilateral oder in kleineren Gruppen – erörtern. Er bittet Cossiga, daß die italienische Präsidialmacht¹¹ mit der Gestaltung des Zeitplans dafür sorgt, daß die Ergebnisse der deutsch-französischen Konsultationen, die erst mittags in Paris zu Ende gehen, in die Brüsseler Beratungen eingebracht werden können und daß genügend Zeit für Beratungen am Rande zur Verfügung steht.

Cossiga sagt zu, eine entsprechende Weisung für die Gestaltung des Zeitplans in Brüssel zu erteilen. Er wird auf Anregung des Bundeskanzlers auch Präsident Giscard nach dessen Rückkehr aus Indien¹² über seinen Besuch in Washington unterrichten.

Bundeskanzler betont, daß es nach dem normalen Rhythmus seine Rolle wäre, zu einem Treffen mit dem italienischen MP nach Italien zu kommen. Er ist bereit, den hierfür ins Auge gefaßten Termin – 16. Mai – vorzuziehen und in der Zwischenzeit den für ihn sehr wichtigen telefonischen Kontakt zu pflegen. Er fragt nach Gerüchten über eine bevorstehende Regierungsumbildung in Rom.

⁸ Die deutsch-französischen Konsultationen fanden vom 3. bis 5. Februar 1980 in Paris statt. Vgl. dazu Dok. 39.

⁹ Ministerpräsident Cossiga besuchte am 29. Januar 1980 Großbritannien. Vgl. dazu den Artikel „Cossiga nach London“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 30. Januar 1980, S. 2.

¹⁰ Für das Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Carter am 24. Januar 1980 vgl. Dok. 24.

¹¹ Italien hatte von 1. Januar bis 30. Juni 1980 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

¹² Staatspräsident Giscard d'Estaing hielt sich vom 25. bis 29. Januar 1980 in Indien auf.

Cossiga ist mit der Bemerkung des Bundeskanzlers über ein mögliches Vorziehen des informellen Treffens voll einverstanden und regt an, die Frage, wer wen wo besucht, flexibel zu handhaben. Er hält es für möglich, daß es zu einer Regierungsumbildung in Rom kommt. Allerdings ist der Berichterstattung der deutschen Presse über italienische Verhältnisse solange nicht zu trauen, wie es keine besonderen Lehrstühle über italienische Innenpolitik an deutschen Universitäten gibt. Der Bundeskanzler sollte sich allerdings nicht wundern, wenn es innerhalb von 14 Tagen zu einer Vertrauensabstimmung im Parlament komme und er diese mit den Stimmen der Sozialisten und Kommunisten gewinne.

Zur Olympiade muß er in Italien mit der Grundeinstellung italienischer Sportler für eine Teilnahme rechnen. Er hat auch nicht die Befugnis, das italienische NOK anzuweisen. Die bisherige Vorstellung der italienischen Regierung geht daher dahin, daß die Sportler hinfahren, die Regierung aber keine offiziellen Vertreter entsendet und auch nicht erlaubt, daß italienische Flaggen und Symbole benutzt werden. Angehörige der italienischen Streitkräfte dürften nicht teilnehmen. Er möchte aber seine genaue Stellungnahme nach Möglichkeit mit der Bundesregierung vereinbaren.

Bundeskanzler schlägt vor, daß die neun Außenminister in Brüssel am 5. Februar auch über die Olympiade sprechen. Auch die Bundesregierung hat noch keine klare Vorstellung und möchte Zeit gewinnen.

Sie möchte z. B. abwarten, wie sich die Winter-Olympiade in Lake Placid¹³ abspielt, wie die Russen dort behandelt werden und wie sie auftreten. Er sieht voraus, daß die Europäer in dieser Frage unter erheblichen amerikanischen Druck geraten. Auf Frage *Cossigas* bestätigt er, daß sich die Sportminister im Rahmen des Europarats auf deutsche Initiative treffen sollen,¹⁴ über die er allerdings erst nachträglich informiert wurde.

Cossiga ist einverstanden, zunächst keine Entscheidungen zu treffen und sie dann nach Möglichkeit gemeinsam zu fällen. Auch er befürwortet Beratungen durch die Außenminister der Neun in Brüssel am Dienstag.

Er teilt vertraulich mit, daß die Sowjetunion ihn vor zwei Stunden habe wissen lassen, daß sie ihren Botschafter in Rom¹⁵ auswechseln wolle. Sie bat darum, in einigen Stunden dann gleich das Agreement für den neuen Botschafter¹⁶ zu erteilen. Er wird seinen diplomatischen Berater¹⁷ bitten, sich noch von London aus mit uns in Verbindung zu setzen, um zu erfahren, ob wir zu den Personen etwas zu sagen hätten.

¹³ Die Olympischen Winterspiele fanden vom 13. bis 24. Februar 1980 in Lake Placid statt.

¹⁴ In der Presse wurde berichtet, der Europarat habe am 31. Januar 1980 an die Mitgliedstaaten appelliert, mit ihren jeweiligen Nationalen Olympischen Komitees die Frage eines Boykotts der Olympischen Sommerspiele zu erörtern. Die verantwortlichen Sportminister würden dann Ende Februar eine Entscheidung fällen. Vgl. dazu den Artikel „Europas Sportminister erörtern Olympia-Boykott“, SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 1. Februar 1980, S. 6.

Am 20. März 1980 sprachen sich die für Sportfragen zuständigen Minister der Mitgliedstaaten des Europarats in Straßburg mit 18 gegen 3 Stimmen dagegen aus, zum gegenwärtigen Zeitpunkt den Boykott der Olympischen Spiele in Moskau zu empfehlen. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1980, Z 84.

¹⁵ Nikita Semjonowitsch Ryschow.

¹⁶ Nikolaj Mitrofanowitsch Lunkow.

¹⁷ Sergio Berlinguer.

Nach seinem Eindruck beginnen die Amerikaner langsam zu verstehen, daß es taktische Vorteile hat, innenpolitisch mit der PCI zusammenzuarbeiten. Noch aber sehen sie sich außerstande, eine Aufnahme der Kommunisten in die Regierung zu akzeptieren. Er hat das auch der PCI mitgeteilt. In dieser Frage hat im übrigen Washington in keiner Weise Druck ausgeübt. Es wurde vereinbart, nach außen zu sagen, daß man nicht über diese Dinge gesprochen habe.

Cossiga schlägt vor, die zuständigen Stellen in Bonn und in Rom anzuweisen, die Möglichkeit einer direkten vertrauensgeschützten Telefonleitung zwischen den Büros der beiden Regierungschefs zu prüfen.

Bundeskanzler sagt Prüfung der Einrichtung einer geschützten Leitung zu. Er dankt für das ausführliche Gespräch. Er freut sich über den weitgehenden Gleichklang der Stimmungen, der Besorgnisse und der Hoffnungen. Er wünscht eine gute Reise nach London und bittet, MP Thatcher seine Grüße auszurichten.

VS-Bd. 14085 (010)

31

Aufzeichnung des Kapitäns zur See Maurer

02-320.20 AFG-23/80 geheim

29. Januar 1980¹

Betr.: Unterstützung der afghanischen Befreiungsbewegungen

I. 1) Die Motive für die sowjetische militärische Besetzung Afghanistans sind wahrscheinlich sehr vielfältig. Für die westliche Politik kommt es aber vor allem auf die Tatsachen an.

2) Die tatsächlichen Gegebenheiten sind heute folgende:

- Die Sowjetunion hat mit dem Einsatz massiver militärischer Mittel ein unabhängiges und blockfreies Land besetzt.
- In Afghanistan steht ein vollkommen von Moskau abhängiges kommunistisches Marionettenregime einer in strenger islamischer Tradition beharrenden und militant antikommunistischen Bevölkerung gegenüber.

3) Die geostrategische Lage hat sich innerhalb kürzester Zeit einschneidend verändert.

In den kommenden Jahren werden wir uns beim Erdöl auf der einen Seite einem stagnierenden oder sogar geringer werdenden Angebot aufgrund abnehmender Reserven und Produktionseinschränkungen der Erzeugerländer und auf der anderen Seite Nachfragesteigerungen in den Verbraucherländern gegenübersehen. Die Schere zwischen Angebot und Nachfrage wird sich weltweit

¹ Die Aufzeichnung wurde von Kapitän zur See Maurer und Legationsrat I. Klasse Schönfelder konzipiert.

weiter öffnen. Bei den zu erwartenden Verteilungskämpfen können auch militärische Konflikte nicht ausgeschlossen werden.

Auch die SU und ihre Partner im Warschauer Pakt werden nach den meisten vorliegenden Schätzungen Mitte der 80er Jahre Nettoimporteure von Rohöl werden, Importe, die sie nach den Berechnungen westlicher Wirtschaftsinstitute mit großer Wahrscheinlichkeit aus eigener wirtschaftlicher Kraft nur z.T. werden bezahlen können. Dies bedeutet, daß die RGW-Länder entweder

- noch mehr als bisher aus Zahlungsbilanzgründen auf Kredite aus Hartwährungsländern zurückgreifen oder
- sich einer intensiven Ost-West-Energiekooperation öffnen oder
- sich ihre Rohölaufuhr durch politische und/oder militärische Einflußnahme sichern müssen.

Die SU hat vor diesem Hintergrund durch die Besetzung Afghanistans geostrategisch eindeutig Gewinne erzielt. Ihre Truppen stehen nunmehr nur wenige hundert Kilometer entfernt von den Erdöllagerstätten im Mittleren Osten und den lebenswichtigen Schifffahrtswegen im Golf und im Indischen Ozean. Der Ausbau von Flugplätzen in Afghanistan, die durch sowjetische Truppen genutzt werden, vor allem von Shiudaud (80 km südlich Herat, West-Afghanistan), schreitet fort.

II. 1) Die SU hat erklärt, die sowjetischen Truppen in Afghanistan würden zurückgezogen werden, wenn die Gründe für die Intervention entfallen seien. Es besteht kein Grund, diese Aussage anzuzweifeln.

Die Gründe für den Einmarsch waren die zunehmende Aktivität der Widerstandsgruppen und die immer größer werdende Schwäche des Amin-Regimes. Bei einem stabilen, unangefochtenen kommunistischen Regime in Kabul hätte es keine Intervention gegeben.

2) Die Besetzung Afghanistans durch die SU hat die Etablierung eines stabilen kommunistischen Regimes in Kabul noch unwahrscheinlicher gemacht, als dies vorher schon war. Die Widerstandsgruppen sind durch Menschen und Material erheblich verstärkt worden (z.B. sind Teile der regulären afghanischen Armee mit Waffen übergelaufen). Und obwohl immer noch eine integrierende Führerpersönlichkeit fehlt und ihre Ziele und Motive nach wie vor sehr verschieden sind, haben sie sich auf der Basis des gemeinsamen Widerstandes gegen die sowjetische Besatzungsmacht kürzlich vereinigt. Durch die Entsendung von Vertretern zur Außenminister-Konferenz Islamischer Staaten in Islamabad sind sie auch politisch aufgewertet worden.²

² Zur Konferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz vom 27. bis 29. Januar 1980 in Islamabad vgl. Dok. 29, Anm. 19.

Botschafter Scheske, Islamabad, berichtete am 29. Januar 1980, sechs afghanische Organisationen hätten sich unter dem Namen „Islamic Alliance for the Liberation of Afghanistan“ zusammengeschlossen und einen Beobachterstatus bei der Konferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz beantragt. Als Ziel der Allianz werde der Sturz der atheistischen Regierung in Kabul genannt: „Die Allianz sei gegen die Restauration der Monarchie, sie wolle eine ‚islamische Republik‘ gründen. Sie behauptet, 99 Prozent des afghanischen Volkes stünden hinter ihr und 100 000 Mudschaheddins führten den Kampf, den ein ‚koordiniertes‘ (kein einheitliches) Oberkommando leiten werde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 112; Referat 340, Bd. 113188.

3) Andererseits hat das Regime Karmal noch weniger als sein Vorgänger Aussicht, eine breitere Basis im Volk zu finden und die Widerstandstätigkeit zu beenden. Auch das neue Regime bleibt militärisch und politisch vollständig auf umfassende sowjetische Hilfe angewiesen. Da die afghanische Verwaltung weitgehend gelähmt ist – nur wenige Beamte sind bereit bzw. wagen es, mit dem neuen Regime loyal zusammenzuarbeiten –, müssen sowjetische Experten sogar mehr und mehr die Verwaltung des Landes übernehmen. Babrak Karmal haftet zudem das Stigma des Verräters an, der Afghanistan den Sowjets auslieferte. Ein anderer kommunistischer Führer, der ihn ablösen könnte und auch nur die Autorität von Taraki besäße, ist nicht in Sicht. Die Alternative für die SU wäre deshalb – heute mehr denn je – bestenfalls eine nationalistisch-islamisch-neutralistische Regierung nach einem eventuellen Abzug der sowjetischen Truppen. Insofern bestehen die faktischen Gründe für die sowjetische Intervention in Afghanistan in verstärktem Maße weiter fort.

Auch aus anderen Gründen wäre es unrealistisch zu erwarten, daß die SU sich in absehbarer Frist auf einen Status ante Amin, also Status Taraki, zurückziehen wird.

Sie hat sich offensichtlich auf eine länger andauernde Besetzung Afghanistans eingerichtet. Zur Zeit sind ca. 80 000 Soldaten, ca. 850 Kampfpanzer (T-62, T-54, T-55), 1900 Schützenpanzer und 680 schwere Geschütze (122 mm) in Afghanistan stationiert. Auch in den Beziehungen zur Dritten Welt kann nach dem Geschehenen der Status Taraki kaum mehr hergestellt werden.

Sie hat den politischen Preis, den sie für ihre Intervention zahlen mußte, schon weitgehend entrichtet. Zudem hat Moskau in einer Reihe früherer Fälle (zuletzt ČSSR-Invasion 1968³) die Erfahrung gemacht, daß selbst massive internationale Verurteilung durch Zeitablauf erheblich relativiert wird. Die außenpolitischen Folgen der (anscheinend einstimmig beschlossenen) Besetzung Afghanistans hat das sowjetische Politbüro offenkundig als nicht gravierend eingestuft.

4) Es ist deshalb wahrscheinlich, daß die SU auf absehbare Zeit in Afghanistan militärisch präsent bleiben wird, und es besteht nur eine geringe Chance, daß die sowjetischen Streitkräfte, u. U. stufenweise, abgezogen werden, vielleicht dann, wenn man zur Einsicht gelangt, die weltweiten negativen Auswirkungen der Besetzung Afghanistans unterschätzt zu haben.

Obwohl die Chance gering ist, sollte trotzdem in Moskau sondiert werden, unter welchen Bedingungen (Gesichtswahrung!) ein solcher Abzug innerhalb eines bestimmten Zeitraumes u. U. möglich wäre.

5) Für den Fall, daß sich herausstellt, daß eine solche Möglichkeit nicht besteht, sollten sich die westlichen Staaten sämtliche Optionen offenhalten, um – möglichst gemeinsam mit islamischen und anderen Staaten der Dritten Welt – die politischen und wirtschaftlichen Kosten der Afghanistan-Intervention hochzuschrauben und so die sowjetische Führung von zukünftigen Übergriffen abzuschrecken und vor gefährlichen Fehleinschätzungen zu bewahren.

³ Am 20./21. August 1968 intervenierten Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR. Vgl. dazu AAPD 1968, II, Dok. 261–263 und Dok. 273.

III. 1) Ein geeignetes Mittel, die Kosten für die SU hochzuhalten, ist die Unterstützung der afghanischen Befreiungsbewegungen.

2) Die afghanischen Freiheitskämpfer sind für einen Kampf gegen die Sowjettruppen stark motiviert. Es ist keine „Anstiftung zum Aufstand“ gegen eine demokratisch legitimierte Regierung notwendig. Aber sie benötigen Waffen und Ausrüstung für Winter- und Sommereinsatz gegen gepanzerte Einheiten, gegen luftbewegliche Infanteristen und vor allem gegen die für sie besonders gefährlichen modernen sowjetischen Kampfhubschrauber. Dazu reicht die relativ einfache Palette moderner Grenadierausrüstung aus. Am besten wäre Gerät, das den Afghanen bekannt ist, geeignet. Das ist seit vielen Jahrzehnten sowjetisches Gerät. Dies würde auch die Logistik erleichtern. Nach Lage der Dinge kämen entsprechende Lieferungen vor allem aus China, Ägypten oder Somalia in Betracht. Andererseits sind die paschtunischen Krieger mit ihrer Liebe für alle Waffen wahrscheinlich in der Lage, auch sehr schnell mit westlichen Waffen umgehen zu können.

3) Es ist eine alte militärische Erfahrung, daß der zivile Widerstand in einem besetzten Land besonders demoralisiert. Die Wirkungen einer solchen Demoralisierung auszugleichen, erfordert zusätzliche Energie. Das sowjetische Militär in seiner relativ modernen Auslegung kann nur in militärischen Formationen und nur unter Anwendung einer bestimmten Palette von Waffen und Einsatzmöglichkeiten kämpfen. Es muß stets mit erheblichem Aufwand und unter Bindung eines hohen Maßes an Mitteln Krieg führen. Nach einer allgemein gültigen Faustregel könnten die Sowjets eine dauernde Überlegenheit nur bei einem Kräfteverhältnis von ca. 20:1 garantieren.

4) Jede Regierung, die sich entschließt, die afghanischen Freiheitskämpfer zu unterstützen, sollte sich vorher über folgendes im klaren sein:

4.1) Auch mit erheblicher Unterstützung wird die Widerstandsbewegung keinen entscheidenden militärischen Sieg über die sowjetischen Kampfverbände erringen können. Afghanistan ist nicht das Vietnam der Sowjetunion. Die Sowjets können sich zwar leicht in Afghanistan verstricken wie die Amerikaner in Vietnam, aber es gibt eine Reihe von schwerwiegenden Unterschieden:

4.1.1) Die sowjetischen Truppen operieren in einem Nachbarland, das ca. 1700 km gemeinsame Grenze mit der SU hat.

4.1.2) Die afghanischen Freiheitskämpfer sind, zumindest zur Zeit, bei weitem noch nicht so gut organisiert und diszipliniert wie dies etwa der Vietkong war.

4.1.3) Verglichen mit dem, was Nordvietnam oder Kambodscha für den Vietkong war, stellt Pakistan (eventuell später auch einmal Iran) eine schwache Ausgangsbasis für die Operationen der afghanischen Freiheitskämpfer dar.

4.1.4) Auch wenn einige Länder die afghanischen Freiheitskämpfer durch Waffenlieferungen unterstützen, so ist doch kaum vorstellbar, daß diese in absehbarer Zeit gegen die Sowjets mit einem Waffenarsenal werden kämpfen können, vergleichbar dem, was gegen die Amerikaner in Vietnam eingesetzt wurde.

4.1.5) Die Sowjets sind in ihrem Land nicht der gleichen öffentlichen Kritik ausgesetzt wie die Amerikaner zur Zeit des Vietnam-Krieges. Sie werden schon deshalb ungleich weniger Hemmungen haben, die Widerstandskämpfer mit letzter Konsequenz zu bekämpfen.

4.2) Die Unterstützung der afghanischen Freiheitskämpfer kann nur so weit gehen, wie es Pakistan zulässt oder sogar aktiv daran mitwirkt. Dies würde anders werden, wenn sich die Situation im Iran ändern sollte.

4.3) Entschlossener Widerstand der afghanischen Guerillakämpfer wird nicht zu einem Abzug der sowjetischen Besatzungsmacht führen. Wahrscheinlicher ist im Gegenteil deren Verstärkung. Um eine wirksame Überlegenheit zu garantieren, dürfte für Afghanistan, einem Land der doppelten Größe der Bundesrepublik Deutschland, ein „Dreierwachsystem“ – die klassischen 20 % Schwund für Krankheiten usw. und 5 % ständige Ausfälle durch Feindeinwirkung – einkalkuliert, 300 000 bis 350 000 Mann vor Ort ohne rückwärtige Abstützung eben ausreichen.

4.4) Eine Verstärkung der sowjetischen Besatzungsmacht könnte etwa wegen Verfolgung der Freiheitskämpfer im Wege der Nacheile zu einer zusätzlichen Gefährdung Pakistans (eventuell auch des Irans) führen.

Dies bedeutet, daß sich Pakistan, wenn es die Unterstützung der Freiheitskämpfer durch dritte Staaten duldet oder ihnen gar selbst aktiv hilft, des Rückhalts des Westens, vor allem der USA, und der wichtigsten islamischen Länder sicher sein muß. Im übrigen müssen die Auswirkungen auf Indien berücksichtigt werden.

4.5) Auch eine verstärkte Unterstützung der afghanischen Freiheitskämpfer durch China ist nur über Pakistan möglich. Afghanistan hat zwar eine ca. 30 km lange gemeinsame Grenze mit China im Wakhan-Zipfel. Dieser ist aber nur im westlichen, tiefer gelegenen Drittel etwa drei bis vier Monate im Jahr durch geländegängige Fahrzeuge passierbar. Ansonsten ist er nur per Pferd, Kamel bzw. in seinen höheren Regionen zur chinesischen Grenze hin mit dem Yak zu begehen. Zudem wurde auch schon vor dem Sturz der Regierung Daud⁴ der gesamte Wakhan-Zipfel durch sowjetische Grenzsoldaten kontrolliert, die von gut ausgebauten Grenzbefestigungen aus ungeniert die Grenze überschritten, wenn sich ihrer Meinung nach etwas Ungewöhnliches auf der anderen Seite bewegte.

IV. Trotz der aufgezeigten Probleme und Gefahren dürfte im westlichen Interesse liegen, daß sich die SU in Afghanistan in einen längeren Guerillakrieg verwickelt, weil dies

- Moskau in der Dritten Welt weiter diskreditieren würde,
- sowjetische Kräfte binden würde, die an anderer Stelle nicht mehr eingesetzt werden können;
- der SU erschweren würde, die unter I.3 erwähnten geostrategischen Vorteile zu nutzen;
- dazu beitragen könnte, den sowjetischen Führern die Risiken militärischer Expansion vor Augen zu führen.

⁴ Am 27. April 1978 fiel Präsident Daud einem Staatsstreich der afghanischen Streitkräfte zum Opfer. Der Revolutionsrat der Streitkräfte rief am 30. April die Demokratische Republik Afghanistan aus und übertrug dem Vorsitzenden der kommunistischen Khalq-Partei, Taraki, die Ämter des Präsidenten und Ministerpräsidenten. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 145.

V. Der Westen sollte in sehr diskreter Weise prüfen, ob und gegebenenfalls in welcher Form die afghanischen Widerstandsgruppen effektiv unterstützt werden können.

Naheliegender wäre es, wenn Waffenlieferungen und Ausrüstungshilfe durch islamische Staaten erfolgten. Der Westen könnte diese in geeigneter Weise ermutigen und – z.B. Somalia – Kompensationen in Aussicht stellen. Pakistan sollte seines Rückhalts versichert werden. Die BR Deutschland leistet bereits humanitäre Hilfe, die verstärkt wurde.

[Maurer]⁵

VS-Bd. 11596 (02)

32

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Vertretern der Wirtschaft und der Gewerkschaften

30. Januar 1980¹

Verschlossen

Vermerk über das Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit Vertretern der Wirtschaft und Gewerkschaften am 30. Januar 1980 von 20.15 bis 23.15 Uhr

Teilnehmer: s. Anlage²

Der *Bundeskanzler* weist einleitend darauf hin, daß er nur kurz über wirtschaftliche Fragen zu sprechen beabsichtige. Das Schwergewicht seiner Ausführungen werde im außenpolitischen Bereich liegen. Das Kabinett sei sich bei der Verabschiedung des Jahreswirtschaftsberichtes³ darüber im klaren gewesen, daß ein Streit um Stellen hinter oder vor dem Komma nicht lohne, weil die exogenen Faktoren für die weitere Wirtschaftsentwicklung von entscheidender Bedeutung seien. Mit der Konjunktur sei er eigentlich ganz zufrieden; angesichts des „Überhanges“ von 1 1/2 v.H. sei das Wachstumsziel von gut 2 1/2 v.H. kein übertriebener Optimismus. Die Budgetpolitik werde allerdings den außenpolitischen Erfordernissen angepaßt werden müssen. Mehr denn je sei es seine Überzeugung, daß sich jeder, der über Preise oder Löhne befindet, darüber klar

⁵ Vermuteter Verfasser der nicht unterzeichneten Aufzeichnung.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Schulmann, Bundeskanzleramt, am 31. Januar 1980 gefertigt, der am 1. Februar die Übermittlung einer Kopie an die Bundesminister Genscher, Graf Lambsdorff und Matthöfer anregte.

Hat Ministerialdirektor von Staden, Bundeskanzleramt, am 1. Februar 1980 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 51; B 150, Aktenkopien 1980.

² Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 51; B 150, Aktenkopien 1980.

³ Für den Jahreswirtschaftsbericht 1980 der Bundesregierung vgl. BT ANLAGEN, Bd. 259, Drucksache Nr. 8/3628, S. 1–30.

sein müsse, daß es keinen Trick gibt, den durch die Rohstoffverteuerung verursachten Kaufkraftentzug zu überspielen. Bundesregierung und Bundesbank seien sich darin einig, daß der Geldmantel so eng bleiben müsse, wie es das Geldmengenziel für 1980 vorsieht.

Der Bundeskanzler wendet sich sodann der internationalen Lage zu. Er stellt Vergleiche mit der Kuba-Krise von 1962⁴ an. Während diese schnell entschärft wurde, baut sich die jetzige langsam auf. Die Haltung der USA war bewundernswert; bisher sei es zu keinen Kurzschlußreaktionen gekommen. Die Bundesregierung habe den Eindruck, daß die Gesamtheit der Ereignisse zu einem völligen Stimmungsumschwung in den Vereinigten Staaten geführt habe. Die Schuldgefühle im Gefolge von Watergate⁵ und Vietnam seien beendet. Jetzt müsse man aufpassen, daß nicht blindlings agiert werde. Diese Gefahr sei weder in Washington noch in Moskau (Sacharow!⁶) klein. Wir Europäer hätten in dieser Lage ein sehr kompliziertes Interesse. Er wolle seinen weiteren Ausführungen drei Kernsätze voranstellen:

- 1) Die gegenseitige Solidarität mit den Vereinigten Staaten ist der Kern der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland.
- 2) Unmittelbar dahinter rangiere aus historisch-psychologischen, europäischen Gründen die Aufrechterhaltung der engen Entente zwischen Frankreich und Deutschland.
- 3) An dritter Stelle stehe unser Interesse an Kooperation mit der UdSSR und den anderen Staaten des Ostens.

Über manche der Maßnahmen der Vereinigten Staaten sei man erst nachträglich informiert worden. Dies sei kein Mangel an gutem Willen. Daraus spreche auch keine Arroganz. Es sei ein Mangel an Einfühlungsvermögen in die Situation der Europäer. Es könne noch mehr Überraschungen geben. Er wolle ausdrücklich hervorheben, daß die persönlichen Beziehungen zu den handelnden Personen in den USA erstklassig seien. Dies gelte sowohl für den Präsidenten selbst als auch für Vance, Brown, Miller und Volcker. Wir seien in der gegenwärtigen Krise Partei, nicht Zünglein an der Waage. Es sei unser Interesse, daß die Weltmächte nicht auf einen unlimitierten Konflikt losmarschierten. Wir betrachteten es deshalb als unsere Aufgabe, im Westen kohärente Vorstellungen darüber zu entwickeln, wie und wie rasch der Konflikt beendet werden kann.

Das Getreideembargo der USA⁷ treffe die Sowjetunion schwer, ebenso das Ausfuhrverbot für technologisch hochwertige Güter⁸ und die Boykottandrohung

⁴ Am 14. Oktober 1962 stellten die USA bei Aufklärungsflügen über Kuba fest, daß auf der Insel Abschußbasen errichtet und Raketen sowjetischen Ursprungs stationiert worden waren. Am 22. Oktober verhängten die USA eine Seeblockade. Nach einem Briefwechsel zwischen Ministerpräsident Chruschtschow und Präsident Kennedy erklärte sich die UdSSR am 27. Oktober 1962 zum Abbau der Raketen bereit, der am 9. November 1962 begann. Im Gegenzug begannen die USA, in der Türkei stationierte Raketen vom Typ „Jupiter“ abzuziehen. Vgl. dazu AAPD 1962, III, Dok. 408, Dok. 409, Dok. 419–421 und Dok. 435. Vgl. dazu ferner den Briefwechsel zwischen Chruschtschow und Kennedy; FRUS 1961–1963, VI, S. 165–208.

⁵ Zur „Watergate-Affäre“ vgl. Dok. 11, Anm. 9.

⁶ Zur Verbannung des sowjetischen Atomphysikers Sacharow nach Gorki vgl. Dok. 26, Anm. 17.

⁷ Zur Einschränkung von Getreidelieferungen in die UdSSR vgl. Dok. 10, Anm. 23.

⁸ Zu den amerikanischen Maßnahmen für ein Embargo bei technologischen Gütern vgl. Dok. 10, Anm. 19.

der Olympischen Spiele⁹. Die Bundesregierung habe den USA erklärt, daß sie die amerikanische Embargopolitik nicht unterlaufen werde und notfalls bereit wäre, die Politik mitzumachen. Wir seien bereit, gemeinsame Beschlüsse in den dafür zuständigen Gremien mitzutragen (z.B. im COCOM, in der Library Group oder auf dem Weltwirtschaftsgipfel¹⁰, dem man auch ein Treffen der Außenminister der Sieben vorschalten könne). Wir hätten im übrigen den USA gegenüber den Grundsatz *pacta sunt servanda* ins Feld geführt, einen Grundsatz, den auch die Vereinigten Staaten betonten. Wir seien schließlich auch daran interessiert, daß das Vier-Mächte-Abkommen¹¹ eingehalten werde. Er wolle aber nicht den Eindruck geben, daß für die USA ein Handels-, Verkehrs- und Finanzembargo im Vordergrund stünde. Für uns komme es darauf an, ein kohärentes Bild des Ablaufes und der Lösung des Konflikts zu gewinnen und die Ergebnisse, die bei der Rüstungsbegrenzung erreicht wurden, zu bewahren.

Er fasse zusammen:

- 1) Die Lage sei ernst und werde ernstgenommen.
- 2) Die Bundesrepublik habe eine wichtige Rolle zu spielen und spiele diese auch.
- 3) Diese Rolle werde gefördert, wenn die meinungsbildenden Kräfte in der Bundesrepublik sie mittragen.
- 4) Daß die Aufgabe nur mit Erfolg gelöst werden könne, wenn wir es verhindern, daß sich im Volk Angst ausbreitet.

*Es*ser fragt, was man tun könne, um den wechselseitigen Vertrauensstörungen zwischen den USA einerseits und Japan und Europa andererseits entgegenzuwirken, und wie es um die Handlungsfähigkeit demokratisch geführter Staaten in einer solchen Situation bestellt sei.

Kluncker kritisiert die öffentlichen Äußerungen von BM Graf Lambsdorff zur Tarifpolitik.¹² Wenn konkrete Daten genannt würden, könne dies Prozesse auslösen, die nicht beabsichtigt waren. Im übrigen werde die ÖTV in dieser Tarifrunde keinen Afghanistan-Abschlag akzeptieren. Er unterstreicht, daß er sich andererseits mit den außenpolitischen Zielen der Bundesregierung voll identifiziere.

BM Graf *Lambsdorff* gibt zu, daß er etwas falsch gemacht habe. (Zwischenruf Vetter: Auch bei uns sind viele für 7 %.) Er berichtet über die Eindrücke, die er

⁹ Zur Forderung des Präsidenten Carter vom 20. Januar 1980 nach einem Boykott der Olympischen Sommerspiele in Moskau vgl. Dok. 19, Anm. 20.

¹⁰ Zum Weltwirtschaftsgipfel am 22./23. Juni 1980 in Venedig vgl. Dok. 184 und Dok. 185.

¹¹ Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73.

¹² In der Presse hieß es dazu: „Die Äußerung Bundeswirtschaftsministers Lambsdorff, eine durchschnittliche Tarifierhöhung von 7 Prozent stehe mit der im Jahreswirtschaftsbericht genannten Zielprojektion der Regierung noch im Einklang, ist am Montag von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und der Bonner Opposition scharf kritisiert worden. Selbst bei der ‚sehr optimistischen Annahme‘ eines Wachstums von 2,5 Prozent in diesem Jahr müsse eine Tarifierhöhung dieses Ausmaßes zu ‚unvertretbaren Kostensteigerungen‘ führen, meinen die Arbeitgeber.“ Vgl. den Artikel „In die Tarifaufonomie eingemischt“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 29. Januar 1980, S. 11.

bei seiner Reise in die Golfstaaten¹³ gewonnen habe. Es gebe in der Region Zweifel, ob die USA den nötigen Schutz gewähren können und wollen. Bei allen Erwägungen über Sanktionen müsse man die folgenden vier Punkte im Auge behalten:

- 1) Wirken sie?
- 2) Wie lange kann man sie durchhalten?
- 3) Schaden sie uns selber evtl. nicht mehr?
- 4) Schaden sie unbeteiligten Dritten?

Daraus ergebe sich für ihn, daß die Handlungsmöglichkeiten begrenzt seien.

Weiss betont, daß die Wirtschaft selbstverständlich bereit sei, das Gesamtinteresse vor das unternehmerische Interesse zu stellen. Er fragt den Bundeskanzler, wie gefährlich er die Gesamtlage einschätze und welche Absichten die Sowjetunion habe.

Der *Bundeskanzler* betont, daß wir nicht von uns aus zu einer Embargopolitik rieten, wohl aber seien wir bereit, im Falle eines Falles eine solche Politik mitzutragen. Die Motive der sowjetischen Führung seien in diesem Zusammenhang unerheblich. Nur die Fakten und die davon ausgehenden Wirkungen hätten Bedeutung. Zu den Fakten gehöre, daß die Sowjetunion in Afghanistan in zynischer Weise das Völkerrecht verletzt habe, daß die Flugzeiten von den afghanischen Flughäfen zum Golf kürzer seien und daß die Sowjetunion durch die Besetzung Afghanistans in der Lage sei, die Rebellen bis nach Pakistan hinein zu verfolgen.

Präsident *Pöhl* zieht aus der großen Enttäuschung, die in den USA über die Solidarität der Europäer herrscht, den Schluß, daß jeder seine Möglichkeiten nutzen sollte, unsere Position darzulegen. Er teile die Skepsis von BM Graf Lambsdorff in Sachen Sanktionen. Auch dies müsse den Amerikanern gesagt werden. Welche unbeabsichtigten Wirkungen von Sanktionen ausgehen können, lasse sich deutlich am Beispiel des Freeze zeigen. Auch das Röhrenembargo¹⁴ habe uns jahrelang belastet. Aber natürlich müsse man notfalls in den sauren Apfel beißen.

Guth betont, die Wirtschaft könne in diesen Fragen nicht auf eigene Faust handeln. Dies sei das Thema der Politik. Er fragt, welche Funktion die Gespräche, die die Staatssekretäre des BMF¹⁵ vor und nach Weihnachten mit Bankenvertretern geführt haben, hatten. Die Bundesregierung habe jedenfalls akzeptiert,

¹³ Bundesminister Graf Lambsdorff besuchte vom 5. bis 12. Januar 1980 Saudi-Arabien, Kuwait und die Vereinigten Arabischen Emirate. Vgl. dazu den Artikel „Golfstaaten lassen uns nicht verkommen“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 14. Januar 1980, S. 11.

¹⁴ Am 21. November 1962 verhängte der Ständige NATO-Rat ein Embargo gegen die Ausfuhr von Großrohren in die UdSSR. In Übereinstimmung mit diesem Beschluß erließ die Bundesregierung am 14. Dezember 1962 eine Rechtsverordnung, durch die rückwirkend der Export von Großrohren mit einem Außendurchmesser von mehr als 18 Zoll in die UdSSR und die übrigen Ostblockstaaten genehmigungspflichtig wurde. Für den Wortlaut der Verordnung vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 238 vom 18. Dezember 1962, S. 1. Vgl. dazu ferner AAPD 1963, I, Dok. 9, Dok. 72, Dok. 96 und Dok. 148. Am 10. November 1966 beschloß der Ständige NATO-Rat, das Röhrenembargo mit sofortiger Wirkung aufzuheben. Vgl. dazu die Meldung „Die NATO hebt das Röhrenembargo auf“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 11. November 1966, S. 1.

¹⁵ Manfred Lahnstein und Günter Obert.

daß die Banken die von ihnen geforderten Maßnahmen nicht ergreifen können.¹⁶ War es eine Alibi-Funktion?

BM *Genscher* betont, daß wir nicht den Eindruck erwecken dürfen, wir hätten andere Interessen als die Vereinigten Staaten. Man dürfe es sich aber auch nicht so leicht machen, wie manche dies in der Frage der Olympischen Spiele getan hätten. Die sowjetische Führung habe sowohl das Zustandekommen des Nachrüstungsbeschlusses¹⁷ als auch die Reaktionen auf den Einmarsch in Afghanistan falsch eingeschätzt. Seit Ende des Zweiten Weltkrieges sei Afghanistan in neutralistischer Position gewesen. Was die Motive der Sowjets angehe, so könnte eine Rolle gespielt haben, daß sie in Afghanistan eine Entwicklung wie im Iran befürchteten. Vielleicht seien sie aber auch einfach nach dem Motto verfahren, wenn man möglichst viel beherrsche, dann sei man möglichst sicher. Langfristig sei das Gegenteil der Fall. Deshalb setzten wir auf die Partnerschaft mit der Dritten Welt. Guth habe recht, die politische Führung muß vorgeben. Dies gelte auch für das NOK. Es müsse ein Interessenausgleich für die Kräfteverschiebung in der Region gefunden werden. In jedem Fall sei ein Schulterschuß mit den USA nötig; um so leichter sei es dann, Einfluß auf die amerikanische Politik zu nehmen. Bei seinem Besuch in den USA¹⁸ seien ihm ehrliche Gesten der Dankbarkeit für die deutsche Haltung zuteil geworden.

Der *Bundeskanzler* ergänzt, Carter und Vance sei sehr bewußt, daß der Doppelbeschluß vom vergangenen Dezember ohne die Bundesregierung nicht zustande gekommen wäre.

Hoffmann berichtet, daß er in Gesprächen mit amerikanischen Bankiers, die er Anfang der Woche geführt habe, sehr viel Verständnis für die besondere Situation der Bundesrepublik gefunden habe. Nach seiner Auffassung sollten Wirtschaft und Banken ihre Gespräche mit dem COMECON „low key“ fortsetzen.

Buddenberg weist darauf hin, daß dies in der Praxis sehr schwierig sei, weil die Sowjets bewußt für viel Publizität sorgten. Die Verhandlungen, die er in Moskau über ein Erdgasprojekt geführt habe, stünden kurz vor dem Abschluß.¹⁹ Mit „low key“ sei da nichts zu machen.

Der *Bundeskanzler* bittet *Buddenberg*, mit dem Außenminister und dem Wirtschaftsminister in dieser Angelegenheit Kontakt aufzunehmen. Auch dies sei

¹⁶ Zu den Bemühungen der Bundesregierung, der amerikanischen Bitte um finanzielle Sanktionen gegen Iran Rechnung zu tragen, vgl. Dok. 13, Anm. 15.

¹⁷ Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 10.

¹⁸ Bundesminister *Genscher* hielt sich vom 18. bis 22. Januar 1980 in den USA auf. Für die Gespräche am 21./22. Januar 1980 in Washington vgl. Dok. 19–21.

¹⁹ Vortragender Legationsrat I. Klasse *Sieger* legte am 20. Februar 1980 dar, die Bundesrepublik werde ab Mitte der 1980er Jahre einen erhöhten Erdgas-Bedarf haben: „Dies gilt insbesondere nach dem praktischen Scheitern des Erdgas-Dreiecksgeschäfts mit dem Iran. [...] Bisheriger alleiniger deutscher Partner der Sowjetunion bei Erdgas-Röhrengeschäften waren die Ruhrgas AG/Mannesmann in Zusammenarbeit mit Italien, Frankreich und Österreich (1980 werden wir 11,7 Mrd. Kubikmeter, Italien 9,0 Mrd. Kubikmeter, Frankreich 3 Mrd. Kubikmeter sowjetisches Erdgas beziehen.) Seit einiger Zeit ist auch die deutsche BP (25 % Beteiligung an Ruhrgas) in Verbindung mit der Gelsenberg AG an Direktgeschäften mit der Sowjetunion interessiert. [...] Beitz (Krupp GmbH), Buddenberg (Vorstand deutsche BP) und Kirsten (Vorstand Gelsenberg AG) hatten einschließlich Empfehlungsschreiben Friderichs' (Dresdner Bank) bereits Mitte 1979 entsprechende Kontakte mit den zuständigen sowjetischen Stellen aufgenommen und waren für Anfang 1980 (9. bis 11. Januar 1980) zu Vorgesprächen nach Moskau eingeladen worden. Sie haben diese Termine trotz der Afghanistan-Krise auf Drängen der Sowjets wahrgenommen.“ Vgl. Referat 421, Bd. 141332.

ein Beispiel dafür, daß es ein westliches Gesamtkonzept geben müsse. Dazu gehöre auch, ob man der Sowjetunion helfen solle, auf ihrem eigenen Territorium zusätzliche Energiequellen zu erschließen, damit ihr Appetit auf fremde gezügelt wird.

BM *Matthöfer* räumt ein, daß die amerikanische Geldblockade nicht ganz fachgerecht war. Gleichwohl hätten wir uns auch in diesem Falle solidarisch verhalten; nach dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan habe sich jedoch eine neue Lage ergeben.

Der *Bundeskanzler* betont, daß wir mit großer Zurückhaltung an die Frage eines Embargos gegen den Iran²⁰ herangegangen seien, weil das Schmerz- und das Handlungszentrum in Teheran nicht übereinstimmten und weil wir weiterreichende Folgewirkungen vermeiden wollten.

Rodenstock fragt, wie wahrscheinlich es sei, daß die Sowjetunion sich aus Afghanistan zurückziehen werde. Er halte nichts davon, jetzt Schutzbauten zu errichten; dies würde nur zur Verunsicherung der Bevölkerung beitragen.

Der *Bundeskanzler* rät davon ab, über diese Frage zu philosophieren. Zunächst gebe es einmal eine amerikanische deadline.²¹ Niemand könne sagen, wie lange die Krise dauern werde. Er würde einen kurzen Ablauf bevorzugen. Ein zweieinhalbjähriges Wettrüsten sei sehr gefährlich (Einwurf *Guth*: und inflatorisch!). Er teile Rodenstocks Auffassung zu Schutzraumbauten.

Das normale Geschäft mit der Sowjetunion solle weitergehen, aber es dürfe kein business as usual sein. Wer im Zweifel sei, wie er sich im Einzelfalle verhalten solle, möge lieber mit den zuständigen Ministerien Kontakt aufnehmen.

Oschmann weist darauf hin, daß die Bundesrepublik einen sowjetischen Öllieferungsstopp nicht ohne weiteres verkraften könnte²²; ein solcher Lieferungsstopp könnte den IEA-Trigger auslösen. Die Abhängigkeit der Sowjetunion von US-Technologien in der Öl- und Gasförderung könne nicht durch Frankreich oder Großbritannien wettgemacht werden. Auch wir könnten nicht einspringen. Wenn die USA sich hier etwas bewegten, könnte dies Druck ablassen bei den Sowjets.

Der *Bundeskanzler* stimmt zu.

Sammet erinnert an die noch im Iran befindlichen deutschen Staatsangehörigen. Eine frühzeitige Information durch die Bundesregierung wäre im Falle eines Falles wünschenswert.

Der *Bundeskanzler* erinnert daran, daß es in den letzten Monaten in dieser Frage Hörschwierigkeiten zwischen Regierung und Wirtschaft gegeben habe.

²⁰ Zu den geplanten Wirtschafts- und Finanzsanktionen gegen Iran vgl. Dok. 15, Anm. 10 und 13.

²¹ Zur Forderung des Präsidenten Carter vom 20. Januar 1980 nach einem Boykott der Olympischen Sommerspiele, falls die UdSSR nicht innerhalb eines Monats ihre Streitkräfte aus Afghanistan zurückgezogen habe, vgl. Dok. 19, Anm. 20.

²² In der Presse wurde berichtet, das Bundesministerium für Wirtschaft sehe den Anteil von Energie- und Rohstoffimporten aus den Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts unterhalb einer kritischen Abhängigkeitsschwelle. Bundesminister Graf Lambsdorff habe klargestellt, „daß die Bundesrepublik vom Ostblock in der Energieversorgung weit weniger abhängig ist als von den ölproduzierenden Ländern (OPEC)“. Ohnehin sei nicht mit einem Ausfall sowjetischer Gaslieferungen zu rechnen. Vgl. den Artikel „Von der Sowjetunion nur begrenzt abhängig“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 30. Januar 1980, S. 11.

Es sei im wesentlichen dem Ausbruch der Afghanistan-Krise zu verdanken, daß die USA ihre Pläne nicht realisiert hätten. Er empfiehlt der Wirtschaft, sich künftig an die Empfehlungen des Auswärtigen Amtes zu halten.

Schlenker bittet darum, evtl. Maßnahmen rechtzeitig mit der Wirtschaft zu diskutieren, damit man sich über ihre Praktikabilität ein sicheres Bild machen könne.

Auch *Kapp* betont, daß die Wirtschaft sich fügen werde, wenn es zu einem Embargo komme. Er plädiert dafür, die Türkei und Ägypten stärker zu unterstützen, auch wenn sich bald herausstellen sollte, daß das Geld zum Fenster hinausgeworfen wurde. Nötig sei eine Erhöhung der Hermes-Plafonds.

Der *Bundeskanzler* weist darauf hin, daß Hilfen für Ägypten wie für die Türkei²³ eine zweischneidige Sache seien. In einem Fall müßten wir aufpassen, daß wir nicht die übrigen arabischen Länder verprellen, im anderen auf Griechenland Rücksicht nehmen.

Dhom berichtet davon, daß in den deutschen Warenhäusern in den ersten Januar-Tagen die Umsätze an wertvollen Gegenständen doppelt so hoch waren wie im Vorjahr. Er leitet daraus für sich die Folgerung ab, daß sich auch die Wirtschaft bemühen sollte, die darin zum Ausdruck kommende Angst zu dämpfen.

Der *Bundeskanzler* weist darauf hin, daß wir keinen Grund haben, andere COMECON-Länder zu bestrafen; dies hätten wir auch den Amerikanern gesagt. Wenn man erst einmal ein Embargo gegen die UdSSR verhängt habe, dann könne diese Waffe politisch nichts mehr bewirken.

Beier: Damit ein Embargo gegen die sowjetische Flagge wirksam sei, müßten sich ihm auch Belgien und die Niederlande anschließen. Die Unsicherheit über die Abfertigung sowjetischer Schiffe in den USA habe sich auf die sowjetische Linienerschiffahrt ausgewirkt. Zur Ansammlung kleinerer Schiffe auf Elbe und Weser bemerkt er, daß die Unsicherheit die Sowjets veranlaßt habe, ihre Prioritäten neu zu ordnen und Waren rascher abzuholen.

Kluncker unterstreicht die Solidaritätsverpflichtungen seiner Gewerkschaft gegenüber den Gewerkschaften an der amerikanischen Ostküste. Es gebe einen Grundsatzbeschuß der ÖTV, Maßnahmen der amerikanischen Kollegen nicht zu unterlaufen. Diese Solidarität mit den US-Gewerkschaften habe bis jetzt Vorrang. Sollte es jedoch vitale deutsche Maßnahmen geben, so sei er bereit, die Lage zu überdenken. Er könne sich auch dafür verbürgen, daß dies dann durchgesetzt werde. Einen Privatkrieg werde die ÖTV nicht führen. Die Ansammlung von sowjetischen Schiffen auf Elbe und Weser hänge mit der Erfüllung von Verträgen, die vor Ausbruch der Afghanistan-Krise geschlossen worden seien, zusammen.

Der *Bundeskanzler* sichert *Beier* und *Kluncker* rechtzeitige Information zu.

Korf spricht erneut die Low-profile-Frage an. Bei seinem Besuch in der Sowjetunion seien die Fernsehreporter auf die deutschen Besucher zugestürzt.²⁴ Der

²³ Zur Wirtschafts-, Finanz- und Verteidigungshilfe für die Türkei vgl. Dok. 22.

²⁴ Der Vorstandsvorsitzende der Korf-Stahl AG, Korf, hielt sich im Januar 1980 in der UdSSR auf. Am 25. Januar 1980 führte er in Moskau ein Gespräch mit dem sowjetischen Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten, Tichonow. Vgl. dazu den Artikel „Korf im Kreml“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 26. Januar 1980, S. 13.

Empfang sei selten freundlich gewesen. Es sei sein Eindruck, daß die Verwirklichung der sowjetischen Wirtschaftspläne im Falle eines Abbruchs der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen ernsthaft leiden würde. Angesichts der beispiellosen Ineffizienz der Sowjetunion würde diese ihren Expansionsdrang nur verschärfen. Das Stichwort China verschrecke die Sowjets. Sie hätten in diesem Punkt einen Komplex. Zum low profile gehöre deshalb auch, daß man diese nicht an die große Glocke hänge. Einen Boykott der Olympischen Spiele halte er für wirksamer als das Weizenembargo. Innenpolitisch werde ein solcher Boykott eine phantastische Wirkung haben. Außenpolitisch werde er zu einem Verlust an Kredit in der Dritten Welt führen.

Weiss fragt, wie sich die neue Freundschaft mit China in den letzten Wochen bewährt habe.

Der *Bundeskanzler* stellt fest, daß Hua für ihn kein umarmter Besucher war.²⁵ Er habe Hua keine politische Freundschaft angeboten. Wir begrüßten die Rückkehr Chinas in die Weltwirtschaft. Wir hätten keinen Zweifel daran gelassen, daß wir ihnen keine Waffen lieferten. Die von Korf angesprochene Obsession der Russen könne sie zu Fehlreaktionen verleiten, wenn sie den Eindruck gewönne, wir machten mit China gemeinsame Sache. Deshalb spielten wir die chinesische Karte zurückhaltend. Auch hier gelte business as usual.

BM Graf *Lambsdorff* erinnert daran, daß die Bundesregierung in Sachen China-Geschäft von Anfang an Realismus gepredigt habe. Nochmals: Ein Embargo helfe nicht, aber mit dem Deklinieren von ökonomischen Wirkungszusammenhängen könne man politische Entscheidungen in den USA beeinflussen. Dabei werde die Frage der Hermes-Bürgschaften der schwierigste Punkt werden; unsere Einwände hätten die USA nicht überzeugt.²⁶

Friderichs spricht die Vermutung aus, daß die Sowjets in einem solchen Falle bar zahlen würden.

Schnitker bittet den Bundeskanzler um eine Bewertung des deutsch-französischen Verhältnisses.

Der *Bundeskanzler* erwartet, daß die nächsten deutsch-französischen Konsultationen ausführlicher sein werden denn je.²⁷ Darin spiegele sich die Qualität der deutsch-französischen Beziehungen. Allerdings seien die Handlungsspielräume Frankreichs andere als unsere; sie seien teils größer, teils kleiner. Aber der Wille, die beiden Länder beisammen zu halten, sei auf beiden Seiten größer denn je. Es sei weit schwieriger, die Neun unter einen Hut zu bringen. Er erwähne dies, damit nicht der falsche Eindruck entstehe, daß es nur auf Frankreich und Deutschland ankomme.

Zu Essers Frage zu der Handlungsfähigkeit demokratischer Staaten: Wir hätten keine Wahl.

²⁵ Ministerpräsident Hua Guofeng hielt sich vom 21. bis 28. Oktober 1979 in der Bundesrepublik auf. Für die Gespräche mit Bundeskanzler Schmidt am 22./23. Oktober 1979 vgl. AAPD 1979, II, Dok. 301 und Dok. 305.

²⁶ Zum amerikanischen Wunsch nach Einstellung der Absicherung von Exporten in die UdSSR durch Hermes-Bürgschaften vgl. Dok. 63.

²⁷ Die deutsch-französischen Konsultationen fanden vom 3. bis 5. Februar 1980 in Paris statt. Vgl. dazu Dok. 39.

Er erinnert an die Verabredung, daß jeder sich nur selbst zitieren dürfe. Dies soll aber nicht so gemeint sein, daß z.B. die Chemie sich nicht gegenseitig informieren dürfe. Im übrigen sei es in der gegenwärtigen Lage besser, einmal zuviel als einmal zu wenig miteinander zu telefonieren.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 51

33

Botschafter Gehlhoff, Rom (Vatikan), an Staatssekretär van Well

114-1525/80 geheim
Fernschreiben Nr. 16
Cito

Aufgabe: 31. Januar 1980, 17.10 Uhr¹
Ankunft: 31. Januar 1980, 16.57 Uhr

Nur für Staatssekretär

Betr.: Polnische Bewertung der Afghanistan-Krise²

Bezug: Drahterlaß vom 22.1.1980³ – 214-322.00 POL/AFG-974/80 VS-v⁴

Der polnische Botschafter beim Quirinal, Treczyński, dem ich aufgrund Bezugserlaß Gesprächsbereitschaft signalisiert hatte, lud mich für 30. Januar zu

¹ Hat Oberamtsrat Schlote am 1. Februar 1980 vorgelegen, der die Vorlage an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Arnot und Vortragenden Legationsrat Heyken verfügte.

Hat Arnot am 4. Februar 1980 vorgelegen.

Hat Heyken am 5. Februar 1980 vorgelegen.

² Botschafter Gehlhoff, Rom (Vatikan), berichtete am 14. Januar 1980, der Korrespondent des Westdeutschen Rundfunks bzw. der Wochenzeitung „Die Zeit“ in Rom, Stehle, sei am 11. Januar 1980 vom polnischen Botschafter in Rom, Treczyński, auf die internationalen Folgen der sowjetischen Intervention in Afghanistan angesprochen worden: „In dieser Lage, so habe Treczyński ausgeführt, dürften europäische Staaten wie Polen und die Bundesrepublik Deutschland, welche durch eine Beendigung der Entspannungspolitik besonders viel zu verlieren hätten, nicht untätig bleiben. Es wäre deshalb angebracht, wenn der Erste Sekretär Gierek und Bundeskanzler Schmidt sich zusammentäten, um gegenüber den beiden Weltmächten eine nachdrückliche Mahnung zur Bewahrung des Friedens und zur Fortsetzung einer Politik des friedlichen Ausgleichs von Differenzen vorbringen würden. [...] Vielleicht könnten Gierek und Bundeskanzler Schmidt sich darüber verständigen, gemeinsam einen Schritt beim Papst zu unternehmen, damit dieser einen neuen öffentlichen Appell zur Bewahrung des Friedens unternehme. Ziel einer jeden solchen Aktion müsse es sein, die beiden Großmächte an den Verhandlungstisch zurückzubringen.“ Treczyński habe Stehle gebeten, diesen Gedanken dem Botschafter in Rom, Arnold, „namentlich aber auch dem deutschen Botschafter beim Heiligen Stuhl zu überbringen“. Treczyński habe erklärt, „daß er in enger Harmonie mit Gierek stehe und seine Überlegungen mit diesem genau abgesprochen habe“. Gehlhoff gab zu bedenken, er könne nicht beurteilen, „ob und in welchem Umfang die polnische Regierung hinter den Ausführungen von Botschafter Treczyński stehe“. Er bat um Weisung, „ob die Botschaft einen Gesprächskontakt mit Botschafter Treczyński aufnehmen soll“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2; VS-Bd. 13205 (214); B 150, Aktenkopien 1980.

³ Korrigiert aus: „29.1.1980“.

⁴ Vortragender Legationsrat Scheel informierte die Botschaft beim Heiligen Stuhl, der vom polnischen Botschafter in Rom, Treczyński, dem Journalisten Stehle unterbreitete Vorschlag erscheine kaum

Mittagessen in einem römischen Restaurant ein. Das bei dieser Gelegenheit geführte 90-minütige Gespräch nahm folgenden Verlauf:

1) T. äußerte, daß er in wenigen Tagen zu dem Mitte Februar stattfindenden Kongreß der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei⁵ nach Warschau fahren werde. Ihm habe daran gelegen, noch vorher ein Gespräch mit mir zu führen.

In Polen gebe es gegenwärtig gewisse Schwierigkeiten im Innern. Wirtschaftlich stehe es nicht zum besten. Zu Beginn der Ära Giersek sei ein beachtlicher wirtschaftlicher Aufschwung erzielt worden, freilich um den Preis einer Inflation. Heute machten sich die Folgen des inflationären Kurses immer stärker bemerkbar. Es habe manche Fehlinvestition gegeben.

Noch ernster seien allerdings die internationalen Schwierigkeiten zu bewerten, die in den letzten Wochen entstanden seien. Unter der Zuspitzung der internationalen Lage hätten vor allem die europäischen Staaten, in allererster Linie die mitteleuropäischen Staaten, zu leiden. Polen sei an der Fortsetzung der Entspannungspolitik vital interessiert.

2) Ich erklärte, auch meine Regierung bedauere, daß sich die internationale Lage wegen der bewaffneten sowjetischen Intervention in Afghanistan erheblich verschlechtert habe. Mir sei unbegreiflich, wie die Sowjetunion habe annehmen können, sich gefahrlos eines kleinen, ungebundenen asiatischen Staates bemächtigen zu können. Dies sei ein schwerer Schlag nicht nur gegen die Dritte Welt, insbesondere die islamischen Länder. Auch die Ost-West-Beziehungen hätten einen empfindlichen Rückschlag erlitten. Die Kalkulierbarkeit der sowjetischen Politik, Basis einer realistischen Entspannung, sei verlorengegangen. Habe denn Botschafter Dobrynin, der doch ein erfahrener Diplomat sei, seine Regierung nicht auf die zu erwartende Reaktion der USA, noch dazu in einem Wahljahr⁶, hingewiesen?

3) T. entgegnete, James Reston habe kürzlich in einem Artikel argumentiert, entweder habe Dobrynin die Lage absolut falsch eingeschätzt, oder er habe zwar zutreffend nach Hause berichtet, finde dort aber kein Gehör.⁷ Im einen wie im anderen Fall habe ein ernsthaftes Gespräch mit ihm kaum noch Sinn. Es seien in der Tat, so fuhr T. fort, nur zwei Möglichkeiten denkbar. Entweder sei man in Moskau einer schweren Fehleinschätzung der Situation erlegen, oder aber man habe alle Bedenken auf die Seite geschoben und die Konsequenzen bewußt in Kauf genommen. Diese zweite Erklärung würde wahrscheinlich bedeuten, daß das eigentliche Ziel des sowjetischen Vorgehens eine radikale Bereinigung der innenpolitischen Szene sei, d. h. die Ausschaltung jedweden Dissidententums.

Fortsetzung Fußnote von Seite 209

realistisch, da er voraussetzen würde, „daß poln[ische] Führung in dieser Frage zur Sowjetunion auf eine gewisse Distanz gehen könnte – eine Voraussetzung, die nach hiesiger Einschätzung nicht erfüllt ist“. Gleichwohl bestünden gegen einen Gesprächskontakt des Botschafters Gehlhoff, Rom (Vatikan), mit Trepczyński keine Bedenken. Vgl. den Drahterlaß Nr. 427; VS-Bd. 13205 (214); B 150, Aktenkopien 1980.

⁵ Der Parteitag der PVAP fand vom 11. bis 15. Februar 1980 in Warschau statt.

⁶ Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

⁷ Vgl. den Artikel „Just Call me Anatol“, THE NEW YORK TIMES vom 16. Januar 1980, S. A 25.

Auf meine ungläubige Zwischenfrage, ob er tatsächlich meine, die Besetzung Afghanistans sei lediglich eine Nebelwand für einen Kurswechsel im Innern gewesen, vermied T. eine eindeutige Antwort. Zweifellos bestehe ein enger Zusammenhang zwischen den Fällen Afghanistan und Sacharow⁸. Er tendiere im ganzen dennoch zu der Ansicht, daß Moskau einer Fehlkalkulation erlegen sei. In dieser Ansicht werde er auch dadurch bestärkt, daß, wie er selber in Rom habe beobachten können, die Sowjetunion sich offensichtlich grobe Illusionen über die italienische Haltung zum Nachrüstungsbeschluß der NATO⁹ gemacht habe. Moskau habe angenommen, die Europäer von den USA in der Nachrüstungsfrage trennen zu können, und sie hoffe dasselbe wahrscheinlich noch heute in bezug auf den Afghanistan-Konflikt.

Eine gelegentlich zu hörende dritte Version, so fuhr T. fort, der zufolge Breschnew den Einmarsch in Afghanistan mißbilligt, sich damit im Politbüro aber nicht habe durchsetzen können, sei nicht haltbar und könne nur von jemand aufgestellt werden, der die Verhältnisse in der SU nicht kenne.

4) Ich betonte, die NATO habe ihren Nachrüstungsbeschluß im Dezember 1979 nicht leichten Herzens gefaßt, doch sei dieser Beschluß unumgänglich geworden, nachdem die SU viele Jahre lang einseitig ihre Rüstung, insbesondere durch die SS-20-Raketen, verstärkt habe. Meine Regierung halte an dem Konzept des militärischen Gleichgewichts fest, ebenso an der eingeschlagenen Rüstungskontrollpolitik. Es sei verständlich, wenn die SU nicht über Nacht ihre gegen den Nachrüstungsbeschluß aufgebaute Position aufgeben könne. Gleichwohl sei unsere Hoffnung, daß die SU aufgrund einer nüchternen Einschätzung auf das Verhandlungsangebot der NATO eingehen werde.

5) T. begrüßte, daß Bereitschaft zu Rüstungskontrollgesprächen und Verhandlungen im Westen fortbestehe. Es sei im übrigen nachdrücklich zu hoffen, daß Bundeskanzler Schmidt an der Absicht eines Treffens mit Breschnew festhalte. Gebe es schon einen Termin? Was könne von Polen, was von der Bundesregierung in der gegenwärtigen Situation konkret getan werden?

Ich erwiderte, der Bundeskanzler halte Kontakte zwischen den Lagern gerade in schwierigen Zeiten für sehr wichtig. Er habe sich schon den Vorwurf gefallen lassen müssen, unseren wichtigsten Verbündeten, die USA, grundlos vor einer Überreaktion gewarnt zu haben. Nach meiner persönlichen Einschätzung werde er diesen Vorwurf verschmerzen können. Es komme jetzt entscheidend darauf an, der SU klarzumachen, daß eine aussichtsreiche Fortsetzung der in den letzten zehn Jahren erfolgreich betriebenen Entspannungspolitik erst möglich sei, wenn die sowjetischen Truppen Afghanistan wieder geräumt haben.

T. akzeptierte diese Einschätzung. Er äußerte, daß seine eigene Regierung die SU vielleicht in besserer Weise auf die Notwendigkeit eines Rückzugs aus Afghanistan hinweisen könne. Man solle nicht annehmen, daß die SU auf das von Präsident Carter aufgestellte vierwöchige Olympiade-Ultimatum¹⁰ eingehen werde. Andererseits zeige das Beispiel Kuba, daß die SU in einer gefährlichen

⁸ Zur Verbannung des sowjetischen Atomphysikers Sacharow nach Gorki vgl. Dok. 26, Anm. 17.

⁹ Zur Haltung Italiens zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 21.

¹⁰ Zur Forderung des Präsidenten Carter vom 20. Januar 1980 nach einem Boykott der Olympischen Sommerspiele, falls die UdSSR nicht innerhalb eines Monats ihre Streitkräfte aus Afghanistan zurückgezogen habe, vgl. Dok. 19, Anm. 20.

Situation durchaus auch einmal einlenken könne.¹¹ Es komme jetzt darauf an, nach einer Formel zu suchen, welche es der SU erlaube, sich unter Wahrung ihres Prestiges wieder aus Afghanistan zurückzuziehen. Er hoffe, über diesen Punkt in Warschau substantielle Gespräche führen zu können. Gegebenenfalls sollte auch die Möglichkeit, sich der Hilfe des (aus Polen kommenden) Papstes zu bedienen, nicht außer acht gelassen werden.

Zu letzterem Punkt bemerkte ich, daß Papst Johannes Paul II. sich bereits Mitte Januar 1980 unmißverständlich gegen die sowjetische Intervention in Afghanistan ausgesprochen habe.¹² Nach meiner Einschätzung würde der Heilige Stuhl gegenwärtig keinen zusätzlichen öffentlichen Schritt unternehmen. Im Prinzip aber werde man damit rechnen können, daß der Papst jede Friedensinitiative begrüße.

6) Ich wies T. noch auf den Artikel von Bader in der FAZ vom 29.1.1980 hin, worin von einer verbreiteten Ablehnung der sowjetischen Besetzung Afghanistans durch die Polen die Rede sei.¹³ T. erwiderte, er kenne den Artikel nicht. Allgemein müsse er sagen, daß derartige Artikel, die von einer großen Kluft zwischen der SU und Polen oder etwa Ungarn sprechen, in Moskau leicht mit Mißtrauen verfolgt würden und somit für die osteuropäischen Länder wie Polen und Ungarn, die ein großes Interesse an der Fortsetzung der Entspannungspolitik hätten (dies gelte übrigens auch für die DDR), gewisse Gefahren bergen.

7) T. äußerte abschließend, er werde während des Parteikongresses in Warschau versuchen, Antworten insbesondere auf die Fragen zu finden, welche Motive die SU zur militärischen Intervention in Afghanistan veranlaßt hätten, und ob es eine gesichtswahrende Formel für ihren Rückzug gebe. Er würde das Gespräch mit mir nach seiner Rückkehr aus Warschau gerne fortsetzen.¹⁴

8) Ich merke an: T. war lange Jahre Privatsekretär Gomulkas, wurde nach dessen Sturz¹⁵ zum Vize-Außenminister ernannt, 1972 als Kandidat der osteuropäischen Gruppe zum Präsidenten der VN-Generalversammlung gewählt und ist seit 1977 Botschafter beim Quirinal. Aus dem Gesprächsverlauf ergab sich kein Anhaltspunkt dafür, daß er seinen Kontakt zu uns aufgrund eines Auf-

¹¹ Zur Kuba-Krise von 1962 vgl. Dok. 32, Anm. 4.

¹² Botschafter Gehlhoff, Rom (Vatikan), berichtete am 15. Januar 1980, Papst Johannes Paul II. habe beim Neujahrsempfang für das diplomatische Korps am 14. Januar 1980 besonders auf die Lage in Afghanistan und Iran verwiesen: „Ohne die Sowjetunion beim Namen zu nennen, hat er ihr Vorgehen in Afghanistan als Verletzung der souveränen Rechte des afghanischen Volkes unmißverständlich mißbilligt. Er vermeidet freilich eine direkte und förmliche Verurteilung der sowjetischen Intervention in dem offenkundigen Bestreben, die bedrohliche Situation nicht weiter zu verschärfen. In die gleiche Richtung weist der erkennbar an die Adresse beider Supermächte gerichtete Appell, sich ihrer Verantwortung für den Weltfrieden bewußt zu werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4; Referat 340, Bd. 113031.

¹³ Dazu vermerkte Oberamtsrat Schlote handschriftlich: „Liegt bei.“

Dem Vorgang nicht beigelegt.

Vgl. dazu den Artikel von Erik-Michael Bader, „Polnische Befürchtungen nach dem Afghanistaneinmarsch“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 29. Januar 1980, S. 6.

¹⁴ Dieser Absatz wurde von Oberamtsrat Schlote durch Fragezeichen hervorgehoben.

¹⁵ Nach Bekanntgabe der Beschlüsse des ZK der PVAP vom 12./13. Dezember 1970 über Erhöhungen der Preise für Lebensmittel kam es u. a. in Danzig und Gdingen zu Unruhen, die zum Rücktritt des Ersten Sekretärs des ZK, Gomulka, am 20. Dezember 1970 führten. Vgl. dazu die Artikel „Schwere innenpolitische Krise in Polen“ und „Gomulka muß gehen – Folgen der Krise in Polen“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 17. bzw. vom 21. Dezember 1970, jeweils S. 1.

trags seiner Regierung aufgenommen hat. Wie eng sein Verhältnis zur Parteiführung in Warschau ist, vermag ich nicht zu beurteilen.

Meine Bitte um absoluten Quellenschutz bedarf keiner Begründung.¹⁶

[gez.] Gehlhoff

VS-Bd. 13170 (213)

34

Bundeskanzler Schmidt an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew

Vertraulich

31. Januar 1980¹

Sehr geehrter Herr Generalsekretär,

ich habe Botschafter Wieck gebeten, Ihnen mit meinen Grüßen und erneuten persönlichen guten Wünschen für 1980 diesen Brief zu überbringen, mit dem ich Ihnen einige meiner Gedanken zur gegenwärtigen Lage mitteilen möchte. Gerade in schwierigen Zeiten sollten wir von dem persönlichen Kontakt Gebrauch machen, der seit Jahren zwischen Ihnen und mir besteht und es schon oft ermöglichte, unsere Meinungen über Fragen beiderseitigen Interesses freimütig auszutauschen.

Ich hatte schon wiederholt Gelegenheit, Ihnen, Herr Generalsekretär, darzulegen, wie sehr gerade die Bürger meines Landes an einer stetigen und friedlichen Entwicklung der internationalen Beziehungen interessiert sind. Sie wünschen sich von ihrer eigenen Regierung ebenso wie von allen anderen Mitgliedern der Völkergemeinschaft eine zuverlässige und voraussehbare Politik auf

¹⁶ Ministerialdirigent Lücking unterrichtete Botschafter Gehlhoff, Rom (Vatikan), am 5. März 1980: „Ihre Berichterstattung ist für die hiesige Meinungsbildung auch auf höchster politischer Ebene wertvoll. Zur Zeit interessiert insbesondere, welche Eindrücke Ihr Gesprächspartner bei seiner Teilnahme an dem Parteitag in Warschau gewonnen hat. Es wird daher begrüßt, daß Sie bereits übermorgen Gelegenheit haben werden, das Gespräch mit ihrem polnischen Kollegen fortzusetzen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 96; VS-Bd. 13205 (214); B 150, Aktenkopien 1980.

¹ Durchdruck.

Das Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt an den Generalsekretär der KPdSU, Breschnew, wurde am 1. Februar 1980 von Staatssekretär van Well an Botschafter Wieck, Moskau, übermittelt. Dazu teilte er mit: „Bundeskanzler hat Botschaft an GS Breschnew unterzeichnet. Text folgt vorab als Anlage. Original wird mit dem Montag 5.2. hier abgehenden Kurier übersandt. Sie werden gebeten, möglichst umgehend Termin bei GS Breschnew zur Übergabe zu erbitten. Sollte ein solcher Termin sich nicht als möglich erweisen, sollten Sie um eine Unterredung mit AM Gromyko nachsuchen. Termin sollte in jedem Fall nicht vom Vorliegen des Originalschreibens in Moskau abhängig gemacht werden. Im Gespräch anläßlich Übergabe sollten Sie einführend besonders auf Linie 6. Absatzes („Mein Land und seine Regierung ... bleiben kann“) abstellen und Notwendigkeit der Fortsetzung des Dialogs unterstreichen“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 648; VS-Bd. 13169 (213); B 150, Aktenkopien 1980.

der Grundlage der Prinzipien, die in der Charta der Vereinten Nationen² niedergelegt sind und die auch in der Schlußakte von Helsinki³ Bekräftigung gefunden haben. Nur so kann sich in den internationalen Beziehungen das Vertrauen bilden, dessen wir bedürfen, um gemeinsam an die wahren Probleme heranzugehen, vor denen wir alle stehen, nämlich die enormen Probleme unserer wirtschaftlichen Zukunft, der Energieversorgung und der Hilfe für die ärmeren Länder dieser Erde.

Leider kann ich Ihnen nicht verhehlen, Herr Generalsekretär, daß unsere Menschen mit einem Gefühl der Sorge und tiefen Betroffenheit in das neue Jahr und das neue Jahrzehnt hineingehen. Sie fragen sich, ob die kritische Entwicklung der letzten Wochen und Monate nicht zu einer Gefährdung dessen führen kann, was wir besonders in den letzten zehn Jahren an Zusammenarbeit, Verständigung und verbesserter Sicherheit zwischen Westen und Osten aufgebaut haben.

Die auch von Ihrer Regierung verurteilte Geiselnahme in Teheran⁴ stellt eine schwere Verletzung des Völkerrechts dar und hat zu internationalen Spannungen geführt. Es liegt im Interesse aller Staaten, daß diesem Unrecht alsbald ein Ende gemacht wird und die Geiseln freigelassen werden. Denn die Konsequenzen, die eintreten können, wenn dieser rechtswidrige und unmenschliche Zustand andauert, können von niemandem leichtgenommen werden.

Besonders beunruhigt und betroffen aber bin ich darüber, daß nunmehr durch das Vorgehen Ihres Landes in Afghanistan ein internationaler Krisenherd geschaffen worden ist. Ich bitte Sie daher, Herr Generalsekretär, sich diesen Gefühlen einer weltweit verbreiteten Sorge nicht zu verschließen. Diese von der Generalversammlung der Vereinten Nationen mit großer Mehrheit angenommene Resolution⁵, deren Forderungen sich auch meine Regierung zu eigen gemacht hat, zeigt, wie die Völkergemeinschaft über die Besetzung eines unabhängigen und ungebundenen Staates durch die Truppen einer Großmacht denkt. Der Verlust an internationalem Vertrauen, den das bedeutet, die Unsicherheit, die ein solches Ereignis in die internationalen Beziehungen hineinträgt, die Verschlechterung der Weltlage, die eine unvermeidbare Folge der Anwendung bewaffneter Gewalt ist, stellen einen hohen Preis dar, den die ganze Völkerfamilie, und nicht zuletzt auch Ihr eigenes Land, für dieses Vorgehen zahlt.

Mein Land und seine Regierung haben an dem Prozeß der Entspannung in Europa einen großen Anteil gehabt. Ich habe Ihnen wiederholt versichert, wie hoch ich Ihren persönlichen Anteil an dieser Entwicklung in Europa einschätze. Wir waren uns auch über die besondere Verantwortung einer Generation politischer Führer einig, die den letzten Weltkrieg noch selbst erfahren und durch-

² Für den Wortlaut der VN-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 433–503.

³ Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

⁴ Zur Haltung der UdSSR zur Geiselnahme von Angehörigen der amerikanischen Botschaft in Teheran vgl. AAPD 1979, II, Dok. 360.

⁵ Zur Resolution ES-6/2 der Notstandssondertagung der VN-Generalversammlung vom 14. Januar 1980 vgl. Dok. 14, Anm. 11.

litten hat. Wir werden die Politik, die auf unsere Verträge und entsprechende internationale Übereinkünfte gegründet bleibt, weiterführen. Wir wollen erhalten, was wir an Zusammenarbeit unter den Staaten und für die Bürger unserer Länder erreicht haben. Vor allem wollen wir auch die Gespräche über Rüstungskontrolle und Vertrauensbildung fortsetzen. Wir haben aber auch die Erfahrung gemacht, daß eine anhaltend schwere Spannung in anderen Teilen der Welt nicht ohne Einfluß auf die Zusammenarbeit zwischen Westen und Osten, auch in Europa, bleiben kann.

Ich schreibe Ihnen dies, weil ich der Überzeugung bin, daß man gerade in schwierigen Zeiten den persönlichen Kontakt halten und miteinander sprechen muß. Ich habe das auch in meiner Regierungserklärung⁶ besonders betont. Im übrigen sind Ihnen gewiß die wesentlichen Teile dieser Regierungserklärung vorgetragen worden, so daß ich hier auf Wiederholungen verzichten kann.

Von großer Bedeutung ist es meines Erachtens, daß auch der Dialog zwischen den Großmächten nicht abreißt, sondern fortgeführt und intensiviert wird. Miteinander zu sprechen ist die erste und unerläßliche Voraussetzung dafür, kritische Lagen zu bewältigen. Ich habe dies wiederholt gesagt und zwar nicht nur öffentlich. Ebenso wie meinen Verbündeten möchte ich es auch Ihnen, Herr Generalsekretär, besonders ans Herz legen, den Kontakt zwischen Moskau und Washington nicht abreißen zu lassen.

Abschließend benutze ich diese Gelegenheit, um Ihnen unser über die Jahre hinweg bekundetes Interesse an der störungsfreien Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken im Interesse der Menschen unserer Staaten und des Friedens in Europa und der Welt zu bekräftigen.⁷

Ihr sehr ergebener
gez. Helmut Schmidt

VS-Bd. 13169 (213)

⁶ Für die Regierungserklärung des Bundeskanzlers Schmidt vom 17. Januar 1980 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 113, S. 15578–15584.

⁷ Botschafter Wieck, Moskau, berichtete am 6. Februar 1980, er habe dem sowjetischen Außenminister Gromyko das Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt vom 31. Januar 1980 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, überreicht. Gromyko habe der Bundesregierung „nicht geringen Anteil an der Verschärfung der internationalen Situation, die von der amerikanischen Administration und Präsident Carter in Gang gesetzt wurde“, unterstellt. Es sei nicht klar, ob die Bundesregierung weiter bereit sei, Entspannungspolitik zu betreiben: „Es bestehe ein klarer Widerspruch zwischen den Erklärungen zugunsten der Fortführung von Kontakten und einer Linie, die darauf gerichtet ist, den Kontakten ‚die Grundlage zu entziehen‘“. Die UdSSR trete für Abrüstung ein: „Demgegenüber sei Rüstungskontrolle gleichbedeutend mit Rüstung, nur unter Kontrolle, eine Formel, die mit der Politik des Wettrüstens vereinbar sei.“ Wieck äußerte dazu, Gromykos Reaktion zeige, „daß Sowjets derzeit an einer Fortsetzung des Dialogs auf hoher Ebene nicht interessiert zu sein scheinen, von dem sie wissen, daß er, wenn er erfolgreich sein soll, zum Abzug aus Afghanistan führen muß. Seine gewundene Ausdrucksweise zur sowjetischen ‚Unsicherheit‘ über die Politik der Bundesrepublik zeigt, daß man in Moskau von einer starken Solidarität der Bundesrepublik Deutschland mit den USA ausgeht.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 583; VS-Bd. 14086 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

35

Botschafter Wieck, Moskau, an das Auswärtige Amt

114-782/80 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 506

Aufgabe: 3. Februar 1980¹

Betr.: Ausreise des deutschen Staatsangehörigen Kuithan, Klimens²

Bezug: DE 92 vom 2.2.1980 – 510-516.81-263 VS-v³

Zur Information

I. 1) Die Ausreise von K. ist nicht gelungen. K. wurde an der Paßkontrolle im Flughafengebäude von einem bereitstehenden umfangreichen Aufgebot an uniformierten und zivilen Personen ergriffen und unter starker Anwendung körperlicher Gewalt abgeführt.

¹ Der Drahtbericht wurde vom Bereitschaftsdienst des Auswärtigen Amts mit Drahterlaß Nr. 59 vom 3. Februar 1980 um 22.10 Uhr mit dem Vermerk „ausschließlich in einem Exemplar an Herrn von Braunmühl zur Unterrichtung des BM“ an die Botschaft in Paris übermittelt. Hat Bundesminister Genscher, z. Z. in Paris, am 4. Februar 1980 vorgelegen.

² Botschafter Wieck, Moskau, berichtete am 28. Januar 1980, nach Informationen der amerikanischen Botschaft habe der deutsche Staatsangehörige Kuithan am selben Tag um Schutz gebeten: „Er gab an, an der amerikanischen Universität in Washington D. C. zu studieren. Er behauptet, dort als KGB-Agent tätig gewesen zu sein. Er bat die amerikanische Botschaft um Hilfe zur Rückkehr in die USA. K. sagte, [...] er sei mit einem sowjetischen Paß in die Sowjetunion eingereist. Den Paß habe man ihm jedoch am Flughafen in Scheremetjewo abgenommen. K. bittet unsere Botschaft um die Ausstellung eines deutschen Reisepasses“. Wieck äußerte, die Überprüfung der Angaben habe bisher noch keine Ergebnisse erbracht. Er habe keine Bedenken, Kuithan in die Botschaft der Bundesrepublik geleiten zu lassen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 377; VS-Bd. 14090 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

Wieck ergänzte am 1. Februar 1980, Kuithan habe sich mit einem deutschen Personalausweis ausgewiesen: „Die Angaben von K. über seine Agententätigkeit für den KGB erscheinen als lückenhaft. [...] Nicht zu erklären bleibt die Frage, warum K. sich erst nach Einreise in die Sowjetunion der amerikanischen Botschaft gestellt hat.“ Es könne nicht ausgeschlossen werden, „daß es sich bei K. um einen agent provocateur handelt, der etwa die Aufgabe hat, herauszufinden, wie wir uns verhalten, wenn sich uns ein KGB-Agent stellt“. Die Aussichten auf eine sowjetische Ausreisegenehmigung seien gering: „Genehmigt die sowjetische Seite die Ausreise, ist anzunehmen, daß die sowjetische Seite K. spätestens im Flughafen festnimmt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 473; VS-Bd. 14090 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

Am 2. Februar 1980 informierte Wieck, das sowjetische Außenministerium habe telefonisch mitgeteilt, „daß die Erteilung eines Ausreisevisums bedeute, daß [Kuithan] ‚ohne Behinderung‘ ausreisen könne. [...] Die uns gegebene Antwort dürfte das Optimum dessen sein, was wir von der sowjetischen Seite erhalten können.“ Wieck hielt es für sinnvoll, diese sowjetische Mitteilung in einer Note zu bestätigen, „wonach die Erteilung des Ausreisevisums an Herrn Klimens Kuithan bedeutet, daß K. ohne Behinderung aus der Sowjetunion ausreisen kann. Herr Kuithan wird während seines Rückfluges in die Bundesrepublik Deutschland wegen seines labilen Gesundheitszustandes von einem Botschaftsangehörigen begleitet werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 492; VS-Bd. 14090 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

³ Ministerialdirektor Fleischhauer informierte die Botschaft in Moskau, er teile deren Auffassung, „daß die nun gegebene Antwort das Optimum dessen sein dürfte, was wir von sowjet[ischer] Seite erhalten können“. Dem Vorschlag der Botschaft, eine einseitige „Bestätigungsnote“ zu überreichen, werde ebenfalls zugestimmt: „[Kuithan] sollte nunmehr über die Demarchen der Botschaft und die jeweilige sowjet. Antwort unterrichtet und gefragt werden, ob er unter diesen Umständen von der ihm gegebenen Ausreisemöglichkeit Gebrauch machen will. [...] Im Falle eines klaren Einverständnisses von K. ist der Herr Staatssekretär damit einverstanden, daß K. die Botschaft verläßt, und zwar, wie in der Note der sowjet. Seite angekündigt, in Begleitung eines Botschaftsangehörigen.“ Vgl. den handschriftlichen Entwurf des Drahterlasses; VS-Bd. 10785 (510); B 150, Aktenkopien 1980.

2) Nach Aussage des K. begleitenden Botschaftsbeamten und der die Abreise observierenden drei weiteren Botschaftsbeamten stellt sich der Ablauf des Geschehens wie folgt dar:

Die Abfahrt von der Botschaft zum Flugplatz in zwei Dienstwagen verlief problemlos. Während der Fahrt wurden die Botschaftsfahrzeuge von zwei Observierungsfahrzeugen verfolgt.

Zollabfertigung und Abfertigung am Lufthansa-Schalter verliefen reibungslos.

K. wurde von RA Heithölter – mit allen zur Ausreise erforderlichen Papieren versehen – zum Schalter der Paßkontrolle geführt. Die von ihm vorgelegten Unterlagen wurden von den Paßbeamten nicht – wie sonst üblich – gründlich durchgesehen, sondern ihm ungeprüft zurückgegeben. Ihm wurde der Weg zum Warteraum durch Öffnen der Gittersperre freigegeben. Unmittelbar nach Passieren der Sperre wurde K. von einer aus ca. acht bis zehn Uniformierten und Zivilisten bestehenden Gruppe festgenommen und gewaltsam über eine Hintertreppe ins Erdgeschoß verbracht.

Von den im Erdgeschoß anwesenden übrigen Botschaftsangehörigen wurde beobachtet, wie in Anwesenheit zahlreicher Fluggäste K. in waagerechter Lage von den acht bis zehn Personen im Laufschrift weggetragen wurde. Dabei hatte man K. den Schal fest um den Hals gezogen. Seine Zunge hing heraus.

Die Ausweispapiere wurden von den Uniformierten einbehalten. RA Heithölter verwies auf ein mitgeführtes Doppel der Note der Botschaft an das SAM⁴ vom 3.2. gegenüber dem an der Paßkontrolle befindlichen Beamten. Der Beamte, ein Offizier, entgegnete: K. werde „heute wohl nicht ausreisen, vielleicht aber morgen“. Genau wisse er das jedoch nicht.

II. 1) Ich halte es für geboten, daß die Botschaft eine Note an das sowjetische Außenministerium richtet, in der wir dagegen protestieren, daß K. trotz Zusage von sowjetischer Seite die freie Ausreise nicht gewährt wurde. Außerdem sollten wir unter Berufung auf den Konsularvertrag von 1958 und die Zusatzvereinbarung von 1971⁵ verlangen, daß wir K. sofort sprechen können.

Der Text der vorgesehenen Note ist in der Anlage zu diesem DB wiedergegeben.

Weiterhin schlage ich vor, den sowjetischen Botschafter in Bonn⁶ oder seinen Vertreter⁷ wegen des offensichtlichen Wortbruches uns gegenüber einzubestellen.

III. Zunächst sollte keine Mitteilung an die Presse gegeben werden.

1) Auf Anfrage schlage ich vor, folgendes mitzuteilen:

„Es trifft zu, daß ein deutscher Staatsangehöriger mit gültigen deutschen Paßersatzpapieren und ordnungsgemäßen sowjetischen Ausreisepapieren ohne erkennbare Gründe auf dem Moskauer Flughafen von sowjetischen Stellen festgenommen worden ist. Die Botschaft ist um Aufklärung bemüht und wird sich

⁴ Sowjetisches Außenministerium.

⁵ Für den Wortlaut des Konsularvertrags vom 25. April 1958 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1959, Teil II, S. 233–241.

Für den Notenwechsel vom 22. Juli 1971 über die Errichtung von Generalkonsulaten in Hamburg und Leningrad vgl. B 41 (Referat II A 4), Bd. 75. Vgl. dazu auch AAPD 1971, I, Dok. 132.

⁶ Wladimir Semjonowitsch Semjonow.

⁷ Julij Alexandrowitsch Kwizinskij.

im Rahmen der bestehenden konsularischen Vereinbarungen um die Ausreise und Betreuung von K. bemühen.“

2) Auf Anfrage sollte weiterhin mitgeteilt werden, „daß K. sich vom 28.1. bis 3.2. auf eigenen Wunsch in der Botschaft aufgehalten hat. Er hat sich als deutscher Staatsangehöriger legitimiert. Ihm ist, weil er keine Reisepapiere hatte, ein Paßersatzpapier von der Botschaft ausgestellt worden. Auf Betreiben der Botschaft hat er ein sowjetisches Ausreisevisum erhalten.“

3) Auf Anfrage:

K. hatte am Ende seines Aufenthaltes in der Botschaft einen offensichtlich epileptischen Anfall. Er ist unter Hinzuziehung eines ausländischen, nicht sowjetischen Arztes mit Tabletten behandelt worden.

IV. Die psychische Labilität von K. hat sich am letzten Tag seines Aufenthaltes in der Botschaft so gesteigert, daß er offensichtlich eine Art epileptischen Anfall erlitt. Der amerikanische Botschaftsarzt wurde gegen 15 Uhr hinzugezogen, der ihm Thorazine-Beruhigungstabletten verabreichte.

Da zu befürchten ist, daß die sowjetische Seite dies zum Anlaß nimmt, öffentlich zu behaupten, K. sei unter Drogen gesetzt worden, sollte vorsorglich gemäß III. 3) eine Sprachregelung für Anfragen seitens der Presse gegeben werden. Weiterer Bericht mit Einzelheiten folgt.⁸

[gez.] Wieck

Anlage:

Entwurf der von Botschaft am 4. Februar zu übergebenden Note:

Verbalnote

Eingangsformel ... und beehrt sich dem Ministerium folgendes mitzuteilen:

Am 3.2.1980 ist der in der Note 80 der Botschaft vom 3.2. genannte Klimens Kuithan an der Ausreise gehindert und festgenommen worden, obwohl, wie in der genannten Note ausgeführt wird, das SAM durch Herrn Botschaftsrat Skrja-

⁸ Botschafter Wieck, Moskau, berichtete am 4. Februar 1980, Gesandter Huber habe im sowjetischen Außenministerium eine Protestnote wegen der Verhinderung der Ausreise des deutschen Staatsangehörigen Kuithan übergeben. Das sowjetische Außenministerium habe seinerseits eine Note überreicht, „mit der die sowjetische Seite uns gegenüber dagegen protestiert, daß unsere Botschaft unter Täuschung sowjetischer Stellen in Widerspruch zu den Normen des Völkerrechts versucht habe, im konspirativen Zusammenwirken mit der amerikanischen Botschaft den sowjetischen Staatsangehörigen Korssakow aus der Sowjetunion herauszuschmuggeln. [...] Erst die zusätzliche Bitte der Botschaft um Garantien habe die sowjetischen Behörden veranlaßt, der Sache nachzugehen.“ Wieck ergänzte, es sei zu erwarten, daß die Angelegenheit „polemisch in der hiesigen Presse“ behandelt werde. Vgl. den Drahtbericht Nr. 529; VS-Bd. 10785 (510); B 150, Aktenkopien 1980.

Am 20. Februar 1980 legte Wieck dar, an der Identität von Kuithan bestünden keine Zweifel, seine Motive seien jedoch unklar: „Für die Annahme, daß Kuithan tatsächlich ein ‚abgesprungener Agent‘ des KGB war, spricht das von Anfang an vorhandene große Aufgebot an Observierungsfahrzeugen [...] wie auch das Verhalten der sowjetischen Stellen am Flughafen.“ Das große Interesse der UdSSR, Kuithans habhaft zu werden, sei unstrittig. Ziehe man dies in Betracht, erscheine es eher unwahrscheinlich, „daß Kuithan von sowjetischer Seite als agent provocateur eingesetzt wurde, um Botschaft und Botschaftsangehörige in eine sie kompromittierende Lage zu bringen“. Kuithan leide jedenfalls „an einer psychischen Labilität, die sich im Verlaufe seines Aufenthaltes in der Botschaft schließlich vehement geäußert hat, in einem für den Außenstehenden als epileptisch erscheinenden Anfall. Nach Auskunft des Arztes besteht der Eindruck einer paranoiden Schizophrenie.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 516; VS-Bd. 10785 (510); B 150, Aktenkopien 1980.

bin gegenüber Herrn Gesandten Dingens der Botschaft bestätigt hatte, die Erteilung des Ausreisevisums bedeute, daß Herr Kuithan ohne Behinderung ausreisen könne.

Die Botschaft verwahrt sich gegen diese Nichteinhaltung einer ihr von sowjetischer Seite gegebenen Zusage. Sie erwartet, daß Herrn Kuithan umgehend die Möglichkeit der Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland gewährt wird. Weiterhin bittet sie unter Hinweis auf den Konsularvertrag vom 25. April 1958 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Vereinbarung vom 22. Juli 1971 über Fragen der konsularischen Tätigkeit um eine sofortige Möglichkeit, Herrn Kuithan besuchen zu können.

VS-Bd. 14090 (010)

36

Botschafter Wieck, Moskau, an das Auswärtige Amt

114-1572/80 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 504
Citissime

Aufgabe: 3. Februar 1980, 15.03 Uhr¹
Ankunft: 3. Februar 1980, 17.28 Uhr

Betr.: Perspektiven der sowjetischen Außenpolitik nach der Afghanistan-Intervention

Bezug: DB Brüssel NATO vom 1.2.1980 VS-v²

Der Bezugsbericht aus Brüssel gibt Anlaß, zur Frage der sowjetischen „Fehleinschätzungen“ in Verbindung mit der Afghanistan-Intervention auf folgendes hinzuweisen:

1) Die sowjetische Regierung hat ihre militärische Aktion durch zwei begleitende politische Manöver im außenpolitischen Bereich abzusichern versucht:

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Arnot am 4. Februar 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Bitte Besprechung!“.

Hat Vortragendem Legationsrat Heyken am 4. Februar 1980 vorgelegen.

² Gesandter Pfeffer, Brüssel (NATO), berichtete, die NATO könne nur dann angemessen auf die durch die sowjetische Intervention in Afghanistan hervorgerufene Situation reagieren, wenn es gelinge, die „sowjetische Motiv-, Entscheidungs- und Führungslage“ richtig einzuschätzen: „Wenn die Arbeitshypothese einer sowjetischen Fehlrechnung bei Auslösung der Krise zutrifft, kommt es nun darauf an zu verfolgen, ob und wie weit die sowjetische Führung, sicherlich nach inneren Auseinandersetzungen, umzudenken beginnt und ihre Ziele zurückschraubt. Dafür wird der Vergleich der sowjetischen Einlassungen, der öffentlichen wie der vertraulichen, Indiz geben. [...] Es wird gemeinsam zu bewerten sein, wie sowjetische Signale über zukünftiges Verhalten (z.B. die wiederholten, irritierenden sowjetischen Erklärungen, die Sowjetunion habe keine Absichten gegenüber Iran und Jugoslawien) zu bewerten sind.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 159; VS-Bd. 13170 (213); B 150, Aktienkopien 1980.

(1) Zum einen hat sie ein Feindbild (USA) aufgebaut und verbreitet. Sie verbreitet dies in der Weltöffentlichkeit, bei diplomatischen Demarchen und zu Hause. Es ist nicht zu übersehen, daß es ihr beispielsweise gelungen ist, die „Stimmung“ zu Hause, die unter dem Schock der Afghanistan-Invasion und unter dem Einfluß des Autoritätsverlustes der überalterten sowjetischen Führung erheblich gelitten hatte, in Verbindung mit der amerikanischen Embargo-Politik (Getreide und Technologie)³ wieder zu ihren Gunsten zu wenden. Diese Situation hat sie auch genutzt, um Sacharow als „Werkzeug der Vereinigten Staaten“ der eigenen Öffentlichkeit gegenüber zu diskreditieren.⁴ Ähnlich wird jetzt hinsichtlich der Olympischen Spiele⁵ verfahren.

(2) Sie hat die militärische Operation in Afghanistan gegenüber westlichen und ungebundenen Staaten simultan (27./28.12.) erläutert.⁶ Die Sowjetunion hat also sofort eine diplomatische Entlastungsoperation unternommen (Abwehr ausländischer Aggression, zeitlich und zahlenmäßig begrenzter Charakter der sowjetischen Operation in Afghanistan, keine weitergehenden Ziele – Golf, Pakistan, Iran).

Nach der für die SU ungünstigen VN-Abstimmung⁷ setzt sie die diplomatischen Aktionen fort („Manipulierung“ der öffentlichen Meinung durch die USA, „Druck“ in den Vereinten Nationen).

2) Man muß fragen, ob es ihr gelungen ist, den Ost-West-Charakter dieser Auseinandersetzung (Feindbild USA) weltweit, insbesondere in der Dritten Welt, hinreichend unter Beweis zu stellen. Manches spricht dafür.

Man muß auch fragen, ob es ihr gelungen ist, die „grauen Länder“ der Dritten Welt, insbesondere im islamischen Bereich, nicht zu verlieren.

In dieser Beziehung ist zu beobachten, daß die islamischen Länder sich in der Form der Ellipse mit zwei Schwerpunkten formiert haben – um den der antisowjetischen Orientierung nach der Afghanistan-Intervention und angesichts der sowjetischen Bedrohung für den anderen Teil Mittelasien, und um den der anti-amerikanischen Orientierung als Folge des israelisch-ägyptischen Friedensvertrages⁸ (Jerusalem-Komplex, PLO-Anerkennung).

3) Um den imperialistischen Charakter des Westens zu unterstreichen, baut die Sowjetunion forciert andere propagandistische Konfliktfelder auf – wie Rhodesien, San Salvador. Sie fährt fort, den israelisch-ägyptischen Vertrag zu nutzen, um Syrien und andere arabische Länder stärker an die SU zu binden.

Es ist nicht auszuschließen, daß sich die anti-amerikanischen Tendenzen in der arabischen und in der islamischen Welt weiter abschwächen, aber die prowest-

³ Zur Einschränkung von Getreidelieferungen in die UdSSR vgl. Dok. 10, Anm. 23.

Zu den amerikanischen Maßnahmen für ein Embargo bei technologischen Gütern vgl. Dok. 10, Anm. 19.

⁴ Zur Verbannung des sowjetischen Atomphysikers Sacharow nach Gorki vgl. Dok. 26, Anm. 17.

⁵ Zur Forderung des Präsidenten Carter vom 20. Januar 1980 nach einem Boykott der Olympischen Sommerspiele in Moskau vgl. Dok. 19, Anm. 20.

⁶ Der sowjetische Botschafter Semjonow übergab am 28. Dezember 1979 im Bundeskanzleramt eine Erklärung zum Einmarsch in Afghanistan. Ähnliche Erklärungen wurden in Frankreich, Großbritannien und Indien überreicht. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 393.

⁷ Vgl. dazu die Resolution ES-6/2 der Notstandssondertagung der VN-Generalversammlung vom 14. Januar 1980; Dok. 14, Anm. 11.

⁸ Zum Friedensvertrag vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 13, Anm. 13.

liche Tendenz dieser Länder bleibt wegen des Jerusalem-Komplexes immer verwundbar – solange es dort keine akzeptable Lösung gibt.

Es genügt der SU, einen Störfaktor zwischen der islamisch-arabischen Welt und den USA am Leben zu erhalten. Sie braucht die Probleme selbst nicht zu lösen.

4) Wohin sich und zu welchem Zeitpunkt weiter ausgreifende sowjetische Schritte in Mittelasien wenden werden, ob nach Pakistan oder nach Iran, hängt sehr wesentlich von der Entwicklung der politischen Verhältnisse in beiden Ländern sowie von der Frage ab, ob die USA wieder militärisch in Iran Fuß fassen werden oder ob Iran zunächst ein grauer Raum zwischen Ost-West bleiben wird.

5) Die Frage der innerafghanischen Entwicklung spielt in diesem Zusammenhang eine erhebliche Rolle. Es ist m. E. davon auszugehen, daß die SU in einen längeren Konflikt hineingezogen wird. Es dürfte ihr schwerfallen, eine loyale, leistungsfähige afghanische Armee für einen Bürgerkrieg aufzubauen, bei dem die religiösen und die nationalen Gefühle auf der Seite der Rebellion sind. Gleichwohl dürfte das Land mit sowjetischer Gewalt äußerlich zu befriedigen sein. Wegen der strategischen Bedeutung des Gebiets gegenüber dem Persischen Golf und gegenüber dem Indischen Ozean sowie China dürfte die Sowjetunion eine der Mongolei ähnliche Situation in Afghanistan anstreben und dafür auch eine Abkühlung des Ost-West-Verhältnisses in Kauf nehmen.

6) In diesem Zusammenhang ist die Frage einer „sowjetischen Fehleinschätzung der westlichen Reaktion“ zu behandeln:

Es handelt sich aus sowjetischer Sicht nicht in erster Linie darum, ob sie bei dieser Maßnahme Prestige in der Welt verloren hat, sondern darum, ob sie ihre strategische Lage gegenüber von ihr als essentiell angesehenen Gefahren verbessert hat sowie die Stellung des Westens hat verschlechtern können. Dafür nimmt sie unterhalb der Schwelle des Krieges erhebliche Nachteile in Kauf. Die Sowjetunion wird im Rahmen des Möglichen diese Nachteile so gering wie möglich halten. Ob hinter den jüngsten Äußerungen Dobrynins über Flexibilität bei der Afghanistan-Besetzung Substanz ist, bleibt m. E. aber zweifelhaft.

7) So unangenehm der Olympia-Boykott sein mag, so wenig ist zu erwarten, daß die SU zur Vermeidung eines Nachteils wesentliche Teile ihrer Afghanistanpolitik aufzugeben bereit wäre. Ein Scheitern der Spiele oder tiefe Zerwürfnisse im IOC wird sie den USA anlasten. Die sowjetische Bevölkerung wird ein Scheitern der Spiele oder deren Umwandlung in eine Spartakiade verkraften, zumal dieses Ereignis ihr keinen dauerhaften Zuwachs an persönlicher Freiheit und im Lebensstand zu bringen versprach.

8) Kurskorrekturen der sowjetischen Außenpolitik sind vornehmlich taktischer Natur. Sie hat den politischen Dialog mit dem Westen zeitweise reduziert, um zu verhindern, daß unterschiedliche Reaktionen der osteuropäischen Länder nach außen erkennbar werden und um Verhandlungen nicht unter dem Druck westlicher Forderungen (Abzug) führen zu müssen. Gleichzeitig führt die Sowjetunion Verhandlungen über Rüstungskontrollfragen und hinsichtlich KSZE in gewissem Umfang fort und unterstreicht damit auf einem von der afghanischen Frage unabhängigen Sektor Kontinuität (Rüstungskontrollbereich der Entspannungspolitik). Sie wird das westliche Interesse an Abrüstungs- und Rüstungskontrollfragen als Vehikel für kontinuierliche Ost-West-Begegnungen nutzbar

machen wollen, wobei sie mit Recht auf positive Reaktionen des Westens hoffen kann.

Damit wird ein den Prestigeverlust der SU eingrenzender Ost-West-Dialog eingeleitet, ohne daß notwendigerweise in der Substanz der Fragen jetzt Konzessionen gemacht werden müssen. Ähnliches gilt für den wirtschaftlichen Bereich.

9) Vor dem Hintergrund der vorstehenden Analyse halte ich es für unwahrscheinlich, daß die Sowjetunion wegen der negativen Reaktion des Westens und der Dritten Welt auf die Afghanistan-Intervention dort den Rückzug antreten wird oder auf anderen Gebieten substantielle Konzessionen zu machen bereit sein könnte.

[gez.] Wieck

VS-Bd. 13170 (213)

37

Botschafter Wieck, Moskau, an Staatssekretär van Well

114-1578/80 VS-vertraulich

Aufgabe: 4. Februar 1980, 11.36 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 508

Ankunft: 4. Februar 1980, 12.59 Uhr

Herrn Staatssekretär van Well vorzulegen

Betr.: Berichterstattung der Botschaft über den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan

Ich lenke Ihre Aufmerksamkeit auf zwei Veröffentlichungen („Welt am Sonntag“ vom 13.1.1980², „Die Welt“ vom 26./27.1.1980³), in denen, wohl inspiriert von Stellen der Bundesregierung, Kritik geübt wird an der Arbeit von deutschen Botschaften in einigen Hauptstädten und deren Leitern, u. a. in Moskau. Ich bitte um Aufklärung dieser Angelegenheit und bemerke folgendes:

- 1) Mir gegenüber ist keine Kritik an der Arbeit der Botschaft in Moskau in Verbindung mit der Afghanistan-Krise geäußert worden.
- 2) Auf die Gefahr eines bevorstehenden sowjetischen militärischen Eingriffs habe ich mit DB Nr. 4876 vom 18.12.1979 POL 322 AFG VS-Tgb.Nr. 395/79 VS-v⁴ auf Grundlage der amerikanischen Satellitenerkenntnisse und im An-

¹ Hat Vortragendem Legationsrat von Studnitz am 8. Februar 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[errn] StS v[an] W[ell] m[it] d[er] B[itt]e um Entscheidung, ob DB verteilt werden soll.“

² Vgl. dazu den Artikel „Was ist mit Breschnew? Der Kanzler bleibt ratlos“; WELT AM SONNTAG vom 13. Januar 1980, S. 2.

³ Vgl. dazu den Artikel „Warum des Kanzlers Späher in Richtung Kabul blind waren“; DIE WELT vom 26. Januar 1980, S. 3.

⁴ Für den Drahtbericht des Botschafters Wieck, Moskau, vgl. AAPD 1979, II, Dok. 383.

schluß an amerikanische Interventionen auf hoher Ebene gegenüber der sowjetischen Regierung hingewiesen. Vom gleichen Tag datiert der DB Nr. 4496 VS-Nr. 4377/79 geheim der Botschaft Washington⁵ im gleichen Sinne.

3) In der BSR-Sitzung am 12.1.1980 habe ich auf diese Früherkenntnisse hingewiesen, nachdem in den Vorträgen des BMVg und des BND behauptet worden war, daß keine Früherkenntnisse über eine bevorstehende Aktion der Sowjetunion vorgelegen hätten. Daraus muß ich die Schlußfolgerung ziehen, daß die vorerwähnten Drahtberichte durch die Bundesregierung nicht ausgewertet worden sind.

Im übrigen habe ich erneut am 27.12.1979 – vor Beginn der sowjetischen Gewaltaktion – darauf hingewiesen, daß die Sowjetunion jetzt möglicherweise ihre Positionen in Afghanistan mit militärischen Mitteln konsolidieren werde (DB Nr. 4947 vom 27.12.1979, 17.00 Uhr Moskauer Zeit, citissime).⁶

4) Ein Arbeitspapier der Botschaft vom 24.12., das die interne Aussprache in kleinem Kreis in der Botschaft vom 18.12. über die sowjetische Intervention gegenüber Afghanistan wiedergibt, füge ich als Anlage bei.

5) Der Botschaft Moskau wird in den beiden Artikeln der Vorwurf gemacht, isoliert zu sein und keine Kontakte zu den osteuropäischen Botschaften zu haben. Hierzu bemerke ich:

Es ist bekannt, daß sicherer Einblick in die internen sowjetischen Entscheidungsprozesse fast unmöglich ist und daß über Entscheidungs- und Meinungsbildungsprozesse nur durch Rückschlüsse aus einzelnen Äußerungen sowjetischer Gesprächspartner und der Pressedarstellung etwas einigermaßen Gesichertes ausgesagt werden kann. Es ist bekannt, daß die osteuropäischen Länder von der sowjetischen Regierung in der Afghanistan-Angelegenheit nicht konsultiert wurden und erst bei Beginn der Hauptaktion (25. bis 27.12.79) fernmündlich auf dem Parteiwege unterrichtet wurden. Sie wußten also noch weniger, als die westlichen Regierungen (vgl. Ziffer 1) auf Grundlage der Satellitenbeobachtungen erkennen konnten.

Zu der Behauptung mangelnder Kontakte mit den osteuropäischen Botschaften in Moskau teile ich hier meine Kontakte in der fraglichen Zeit (neben den Begegnungen auf allgemeinen Empfängen) mit:

(1) 17. Dezember 1979: Teilnahme der Botschafter der Tschechoslowakei⁷ und Polens⁸ an einem Hauskonzert und Abendessen in meiner Residenz.

⁵ Für den Drahtbericht des Botschafters Hermes, Washington, vgl. AAPD 1979, II, Dok. 385.

⁶ Am 27. Dezember 1979 übermittelte Botschafter Wieck, Moskau, die Mitteilung des amerikanischen Botschafters Watson, daß er „erneut im SAM wegen Verlegung sowjetischer Kampfverbände nach Afghanistan vorstellig“ werden solle. Wieck berichtete, er sei sich mit Watson sowie dem britischen und französischen Botschafter in Moskau, Keeble und Froment-Meurice, einig, daß ein Zusammenhang „mit einem möglichen chinesischen oder auch pakistanischen Eingreifen in Afghanistan“ denkbar sei: „Es bestand Einigkeit darüber, daß nicht auszuschließen ist, daß die Sowjetunion eine weitere Zuspitzung der iranisch-amerikanischen Krise nutzt, um die Lage in Kabul in ihrem Sinne zu konsolidieren.“ Vgl. Referat 340, Bd. 110427.

⁷ Čestmír Lovětinský.

⁸ Kazimierz Olszewski.

(2) 18. Dezember 1979: Abendessen u. a. mit den Botschaftern Jugoslawiens⁹, Rumäniens¹⁰ und Ungarns¹¹.

(3) 3. Januar 1980: Abendessen mit dem rumänischen Botschafter in meiner Residenz.

Im übrigen führte ich am 19. Dezember 1979 gelegentlich der Abschiedsveranstaltung des bisherigen afghanischen Botschafters¹² mit ihm wie auch mit dem für diesen Raum zuständigen sowjetischen stellvertretenden Abteilungsleiter, den ich aus meiner Zeit in Teheran¹³ sehr gut kenne, ein ausführliches Gespräch, das aber bezüglich Afghanistans – heute kann man sagen aus verständlichen Gründen – ohne Aufschluß blieb. Der Umstand, daß der sowjetische Gesprächspartner immer wieder das Gespräch auf Iran hinlenkte, war insofern verständlich, als die sowjetische Afghanistanpolitik bewußt im Windschatten der Iran-Situation gestaltet worden ist.

6) Mir ist bekannt, daß gelegentlich sowjetische Besucher in der Bundesrepublik Deutschland zur Diskreditierung der von ihnen angenommenen Tendenz der Botschaftsberichterstattung auf Uninformiertheit und Selbstisolierung der Botschaft hinweisen, um ihre eigene Glaubwürdigkeit auf diese Weise zu unterstreichen.

7) Zu der Frage der Haltung der sowjetischen Führung erspare ich mir besondere Darlegungen. Es dürfte inzwischen keinen Zweifel mehr daran geben, daß die sowjetische Invasion nicht gegen den Willen von Breschnew unternommen wurde.

8) Ich rege an, das Bundeskanzleramt zu unterrichten und die gegenüber der Presse gegebenen Falschinformationen zu berichtigen.¹⁴

[gez.] Wieck

Folgt Text der Anlage

⁹ Marko Orlandić.

¹⁰ Gheorghe Badrus.

¹¹ Mátyás Szüros.

¹² Raz Muhammad Paktin.

¹³ Hans-Georg Wieck war von 1974 bis 1977 Botschafter in Teheran.

¹⁴ Staatssekretär van Well übermittelte Botschafter Wieck, Moskau, am 13. Februar 1980 „zu Ihrer persönlichen Unterrichtung Kopien meiner heutigen Schreiben an die Staatssekretäre Hiehle, Schüler und Bölling [...]. Die Quelle dieser Veröffentlichungen ist bisher nicht bekannt. Daß sie unrichtig und die Vorwürfe gegen unsere Botschaften, namentlich gegen die Botschaft Moskau und Sie selbst, gänzlich unberechtigt sind, brauche ich Ihnen nicht ausdrücklich zu versichern.“ In den gleichlautenden Schreiben an Staatssekretär Hiehle, Bundesministerium der Verteidigung, und Staatssekretär Schüler, Bundeskanzleramt, legte van Well dar, Berichte der Ständigen Vertretungen bei der NATO in Brüssel sowie der Botschaften in Kabul, Moskau und Washington hätten den Eindruck vermittelt, „daß die SU militärische Vorbereitungen in erster Linie zum Schutze ihrer Staatsbürger und Einrichtungen in Afghanistan traf. Das Gesamtbild ließ Vermutungen auf weitergehende Absichten zu, bot dafür aber, namentlich für die gewaltsame Besetzung des ganzen Landes, keine gesicherten Erkenntnisse. Ich habe allerdings gleichwohl in der BND-Lage vom 11.12.1979 auf die militärischen Bewegungen der Sowjets hingewiesen und empfohlen, ihnen besondere Aufmerksamkeit zu widmen.“ Vgl. das Privatdienstschreiben; VS-Bd. 541 (014); B 150, Aktenkopien 1980.

Betr.: Gedanken zur sowjetischen Präsenz in Afghanistan (Botschaft Moskau
24. Dezember 1979)

1) Die Sowjetunion hat einen qualitativ neuen Schritt im Afghanistan-Engagement vollzogen. Erstmals hat sie neben ihren in verschiedenen Institutionen und in der afghanischen Armee tätigen Beratern reguläre Kampftruppen in das Land gebracht. Das genaue Ausmaß des neuen Schrittes ist zwar noch unbekannt, die bisher vorliegenden Informationen deuten aber auf eine eher begrenzte Maßnahme von derzeit nicht absehbarer Dauer hin.

2) Hinter diesem qualitativ neuen Schritt steht eine grundsätzliche Entscheidung der sowjetischen Führung, die auf einer bestimmten Bewertung der innerafghanischen Verhältnisse, des geopolitischen afghanischen Umfeldes, des Ost-West-Verhältnisses in seinen vielfältigen Aspekten, der politischen Strömungen in der Dritten Welt sowie innersowjetischer Faktoren beruhen dürfte.

3) Mit welchem Gewicht die innere Entwicklung Afghanistans die sowjetische Entscheidung tatsächlich beeinflusst hat, ist schwer zu sagen. Wiederholte Äußerungen kompetenter Vertreter des SAM¹⁵, daß sich die Lage in Afghanistan zusehends beruhige, treffen nach unserer Kenntnis der Sache nicht zu und bringen zudem die Sowjets in die nicht einfache Lage, das qualitativ neue Engagement in Afghanistan weniger unter Bezugnahme auf den Freundschaftsvertrag¹⁶ als mit anderen, außenpolitischen Faktoren begründen zu müssen. Vor dem Hintergrund der erwähnten sowjetischen Bewertung der innerafghanischen Entwicklung wären defensive sowjetische Äußerungen durchaus problematisch, in denen betont wird, daß die Entsendung sowjetischer Truppen lediglich eine Frage der afghanisch-sowjetischen Beziehungen sei, die andere Länder nichts angehe.

4) Desungeachtet dürfte hinter der Entsendung von bisher zwei bis drei sowjetischen Bataillonen die allgemeine sowjetische Einsicht stehen, daß es dem afghanischen Revolutionsregime auf dem bisherigen Niveau von Gegenmaßnahmen nicht gelingen wird, der Rebellen Herr zu werden. Speziell dürfte auch die Sorge um einen verbesserten Schutz für die Staatsangehörigen und Einrichtungen in Afghanistan eine Rolle gespielt haben. Darüber hinausgehende, evtl. über Afghanistan hinausreichende Zielsetzungen würden ebenfalls erst mit einer weiteren Verstärkung der sowjetischen Truppenpräsenz erkennbar werden.

5) Die Entsendung sowjetischer Truppen nach Afghanistan erfolgt zwar von der Weltöffentlichkeit nicht unbemerkt, jedoch offensichtlich im Windschatten bedrohlicher Ereignisse in der Region, d.h. der Krise in Iran und besonders in den iranisch-amerikanischen Beziehungen. Der Gedanke liegt nahe, daß die sowjetische Führung in geschickter Einschätzung der regionalen Lage und Atmosphäre die verschärfte Krisenstimmung bei der Bestimmung des Zeitpunktes für die vermutlich seit längerem anvisierte Entsendung eigener Truppen nach Afghanistan entscheidend mitberücksichtigt hat. Denn die innere Lage in Afghanistan ist zwar nach wie vor sehr instabil, jedoch nicht in einem Ausmaß ak-

¹⁵ Sowjetisches Außenministerium.

¹⁶ Am 5. Dezember 1978 unterzeichneten Afghanistan und die UdSSR einen Vertrag über Freundschaft, gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 1145, S. 333–335.

tuell verschärft, daß dies eine Truppenentsendung zu diesem Zeitpunkt notwendig gemacht hätte.

6) Die Sowjetunion hat selbst dazu beigetragen, diesen benötigten Windschatten zu erzeugen. In den Medien wurde das Krisengemälde einer amerikanischen Bedrohung für die gesamte Region zunächst sehr intensiv gezeichnet und militärische Maßnahmen der USA im Indischen Ozean und Persischen Golf als äußerst gefährlich dargestellt.

Mit diesem Krisengemälde wurde der Blick auf die eigenen Maßnahmen in Afghanistan geschickt verstellt. Nach der eigenen Operation in Afghanistan ist allerdings zu beobachten, daß die sowjetischen Medien den militärischen Aspekt der iranisch-amerikanischen Krise zurückhaltender darstellten, obwohl die zuvor zugrunde gelegten Bedrohungselemente (insbesondere Verstärkung amerikanischer Marine) nach wie vor in der Region vorhanden sind. Es ist nicht auszuschließen, daß hiermit gegenüber den USA die sowjetische Bereitschaft angedeutet werden soll, eine zeitlich, räumlich und in der Intensität begrenzte amerikanische Retorsion gegen Iran (bei gleichzeitiger propagandistischer Ausnutzung) zu dulden, sofern die USA ihrerseits eine begrenzte sowjetische Aktion zur Stützung Amins dulden werden. Sowjetisches Kalkül könnte es sein, aus einer derartigen, von beiden Supermächten evtl. geführten Aktion in der Region gegenüber den USA gestärkt hervorzugehen, da Moskau das eigene Vorgehen in Afghanistan eher rechtfertigen könnte (Freundschaftsvertrag) als die USA, die bei einer evtl. Retorsion gegenüber Iran infolge eines sich dann vermutlich weiter verschärfenden Antiamerikanismus mit sehr weitgehenden Konsequenzen in den Beziehungen zur islamischen Staatenwelt rechnen müssen.

7) Die sowjetische Führung dürfte sich bei einer im Windschatten der iranisch-amerikanischen Krise durchgeführten qualitativen Verstärkung der eigenen Präsenz in Afghanistan auch von den historischen Erfahrungen leiten lassen, an denen die Mehrzahl der heutigen Entscheidungsträger im Politbüro beteiligt waren. Die sowjetische Intervention in Ungarn¹⁷ wurde unter Ausnutzung der Suezkrise¹⁸ ebenso leichter durchführbar wie die Intervention des WP in der Tschechoslowakei¹⁹ infolge des amerikanischen Engagements in Vietnam. In beiden Fällen handelte es sich um Maßnahmen zur Aufrechterhaltung von sowjetischen Positionen im eigenen Herrschaftsbereich ohne die Gefahr einer direkten Konfrontation zwischen den USA und der Sowjetunion. Zwar ist der sowjetische Hegemonie-Anspruch gegenüber Afghanistan derzeit von völlig anderer Qualität als gegenüber den osteuropäischen Staaten, doch weisen sowjetische Äußerungen zunehmend darauf hin, daß Moskau Afghanistan als „Nachbarstaat“ zur sowjetischen Einflußzone zählt. Sowjetisches Ziel ist es möglicherweise, zu versuchen, den Amerikanern vor dem Hintergrund und unter Ausnut-

¹⁷ Nach dem Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt intervenierten am 4. November 1956 sowjetische Truppen.

¹⁸ Die Suezkrise wurde im Juli 1956 durch die von der ägyptischen Regierung betriebene Verstaatlichung des Suezkanals ausgelöst. Großbritannien und Frankreich griffen Anfang November 1956 in die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Israel und Ägypten ein, sahen sich aber durch den Druck sowohl der USA als auch der UdSSR, die die Möglichkeit eines Einsatzes ihrer atomaren Waffen andeutete, zum Rückzug gezwungen.

¹⁹ Am 20./21. August 1968 intervenierten Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR. Vgl. dazu AAPD 1968, II, Dok. 261–263 und Dok. 273.

zung einer denkbaren amerikanischen Retorsion gegen Iran eine faktische Anerkennung dieses Anspruchs abzurufen.

VS-Bd. 541 (014)

38

Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Staden, Bundeskanzleramt

Geheim

6. Februar 1980¹

Betr.: Ihr Gespräch mit dem australischen Ministerpräsidenten Fraser
am 5. Februar 1980, 18.30 bis 21.30 Uhr²

Teilnehmer:

Auf australischer Seite: Minister MacKellar (Gesundheit), Staatssekretär Yeend (Amt des Ministerpräsidenten), Botschafter Loveday.

Auf deutscher Seite: StS van Well, MD von Staden.

Nachdem Sie dem Ministerpräsidenten (F) eine kurze Schilderung Ihrer sehr gut verlaufenen Begegnung mit Präsident Giscard d'Estaing³ gegeben hatten, schilderte F. seine Eindrücke aus Washington.⁴

Er habe ein eineinhalbstündiges Gespräch mit Carter und weitere mit Vance und Brown geführt. Er habe in den USA ein Gefühl echter Entschlossenheit angetroffen, wie es dies seit 20 Jahren oder länger nicht mehr gegeben habe. Der Präsident beherrsche die Szene, und er sei heute ein anderer Präsident. Sein Idealismus sei durch die Konfrontation mit der harten Realität verletzt worden. Sei-

¹ Ablichtung.

Die Aufzeichnung wurde von Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 7. Februar 1980 „vorbehaltlich der Genehmigung durch den Bundeskanzler [...] zur Unterrichtung des Bundesministers“ an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau übermittelt.

Hat Wallau am 7. Februar 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14082 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

² Ministerpräsident Fraser hielt sich am 5. Februar 1980 in der Bundesrepublik auf.

³ In einer Aufzeichnung des Bundeskanzleramts vom 4. Februar 1980 hieß es, Bundeskanzler Schmidt habe mitgeteilt, in seinen Gesprächen mit Staatspräsident Giscard d'Estaing am 3./4. Februar 1980 im Rahmen der deutsch-französischen Konsultationen am 4./5. Februar 1980 in Paris seien der bevorstehende Besuch Giscard d'Estaings in der Bundesrepublik und mögliche Konsultationen im Viererrahmen zur Lage nach der sowjetischen Intervention in Afghanistan erörtert worden. Dabei sei vorgesehen worden, daß zu einem Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Vance in Schloß Gymnich abends der britische Außenminister Lord Carrington und der französische Außenminister François-Poncet hinzutreten sollten: „Treffen soll sich auf einen zweiten Tag ausdehnen. Alle Themen besprechen. [...] Danach evtl. Sechser- oder Siebener-Treffen.“ Weitere Themen seien das Projekt eines gemeinsamen Kampfpanzers, der Nahost-Konflikt und die Hilfsaktion zugunsten der Türkei gewesen: „Staatspräsident hat Eindruck aus Berichtserstattung, daß Sowjetunion wenigstens teilweisen Rückzug aus Afghanistan erwägt.“ Vgl. Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 52; B 150, Aktenkopien 1980.

⁴ Ministerpräsident Fraser hielt sich am 31. Januar 1980 in den USA auf.

ne völlige Entschlossenheit werde vom Kongreß geteilt. Es herrsche ein Gefühl der Zusammengehörigkeit, das stärker sei als vor Vietnam. Man brauche aber Unterstützung durch Freunde und Alliierte. Es herrsche das Gefühl, den Europäern nicht nahe genug zu sein. Zu Recht oder Unrecht glaube Carter, daß er mehr Unterstützung durch die europäischen Alliierten haben sollte.

Auf Ihre Frage, ob der amerikanische Verteidigungshaushalt über das hinaus erhöht worden sei, was zu Erzielung der SALT-Ratifikation⁵ ohnehin in der Planung gewesen wäre, erwiderte F.:

Die reale Zunahme der Verteidigungsausgaben werde 1980 etwa 4,5% erreichen und solle 1981 und danach bei 5 bis 5,5% liegen. In drei bis fünf Jahren sollten real 25 bis 30% mehr aufgewandt werden als gegenwärtig. Insbesondere sei eine stärkere Präsenz im Indischen Ozean vorgesehen, und zwar nicht nur eine Flottenpräsenz. Im Fall entsprechender Vornelagerung auf Schiffen oder Stützpunkten (prepositioning) könnten Kampftruppen rasch ins Theatergebiet gebracht werden.

Die Administration sei vollkommen entschlossen zu handeln, falls die Sowjets weitergingen, und zwar unabhängig davon, ob die Alliierten dies wollten oder nicht. Es sei aber eine Tatsache, daß man über die erforderliche konventionelle Kapazität derzeit nicht verfüge. Daraus könne sich eine sehr gefährliche Lage ergeben. Der Ministerpräsident legte Wert darauf, an dieser Stelle anzumerken, daß es sich hier um seine eigenen Beobachtungen und Schlußfolgerungen handele. Er schloß mit der Feststellung, daß es unter den gegebenen Umständen lebenswichtig sei, daß die Sowjetunion die amerikanische Entschlossenheit richtig einschätze.

Auf Ihre Frage nach seinen Eindrücken aus England⁶ erwähnte F., daß die Premierministerin⁷ sich einer sehr schwierigen wirtschaftlichen Lage gegenübersehe. Er bemerkte u. a., daß die öffentlichen Ausgaben nicht im erforderlichen Maß reduziert worden seien. Manches, was geschehe, sei zu spät und zu wenig.

Auf die militärische Lage zurückkommend, wiesen Sie darauf hin, daß das Problem der angelsächsischen Länder u. a. bei den mangelnden Reserven läge. In dieser Hinsicht sei die Bundesrepublik in einer anderen Lage. Sie könne ihren Bestand erforderlichenfalls verdoppeln.

Die USA könnten zur Zeit höchstens eine Division in die gefährdete Region bringen. Man könne deshalb nicht ausschließen, daß sie im Falle einer sowjetischen Aktion an anderer Stelle entgegenwirken würden.

F. bemerkte, daß sich dann natürlich die Frage stelle, auf welchem Theater? Er wiederholte, daß der Westen glaubwürdig sein müsse, um solche Optionen zu vermeiden.

Sie faßten Ihre Ansicht dazu in zwei Punkten zusammen: Erstens sei es notwendig, daß die Sowjetunion den Ernst der Lage richtig einschätze. Zweitens glaubten Sie nicht, daß dies der Fall sei. Es seien im Laufe der Jahre zu viele unterschiedliche Signale von Carter ausgegangen. Es sei im übrigen nicht nur

⁵ Zur Aussetzung des Ratifizierungsverfahrens des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 im amerikanischen Senat vgl. Dok. 1, Anm. 13.

⁶ Ministerpräsident Fraser besuchte Großbritannien am 4./5. Februar 1980.

⁷ Margaret Thatcher.

für die Sowjetunion schwierig gewesen, dies zu interpretieren. Jetzt käme es darauf an, daß die Sowjetunion verstehe, wie ernst die Lage sei, und daß sie verstehe, daß Carter gegebenenfalls ausführen würde, was er ankündigt. Ein weiterer Punkt sei dieser: Sie fragten sich, welche Eventualfall-Planung die Amerikaner hätten, und diese Frage stellten sich auch andere. Wir wollten nicht innerhalb weniger Tage eine plötzliche Eskalation zum Einsatz nuklearer Waffen erleben. Wir selbst arbeiteten zusammen mit Frankreich an einer Eventualfall-Planung und würden unsere Vorstellungen intern mit den Amerikanern erörtern. Wir wollten uns allerdings auch nicht aufdrängen.

Auf die Frage von F., ob der Präsident seine State of the Union Message⁸ mit den Europäern konsultiert habe, erwiderten Sie, daß er es jedenfalls nicht mit uns getan habe. Sie erwähnten dann das Beispiel mangelnder Konsultation im Fall der Olympischen Spiele.⁹ Sie stellten dann die besondere Lage der Bundesrepublik Deutschland dar als Teil einer geteilten Nation an der Nahtstelle zwischen Ost und West und mit Berlin. Wir würden dennoch nicht zurückschrecken, unsere Verpflichtungen zu erfüllen, wenn das notwendig ist. Wir erwarteten das gleiche allerdings auch von anderen. Man müsse daran denken, daß Berlin mit Waffen nicht zu verteidigen sei, sondern nur politisch. Wir seien an einer Beteiligung an der Eventualfall-Planung interessiert.

Auf die Frage von F., warum Sie Carter diese Frage nicht stellten, erwiderten Sie, daß es genau das sei, was Präsident Giscard d'Estaing und Sie selbst im Begriff seien zu tun. Wir seien bereit, unsere Gedanken auf der Basis der Gegenseitigkeit mit den Amerikanern zu teilen. Es gebe viel Kommunikation in Einzelheiten, aber man erfahre die wichtigen Entscheidungen zu oft durch das Fernsehen. Man wolle gemeinsame Planung, nicht öffentlich, sondern diskret.

F. wiederholte, daß die USA entschlossen seien zu handeln, falls die Sowjetunion weiter vordringen sollte (move any further). Er habe jedoch nicht den Eindruck, daß die Amerikaner die Optionen durchdacht hätten. Sie hätten auch die Rolle Indiens nicht durchdacht. Gerade aus diesen Gründen sei es wichtig, rasch eine glaubwürdige Position zu entwickeln. Andernfalls könne die Sowjetunion die Lage mißverstehen, und dies wäre sehr gefährlich.

Auf Ihre Zwischenfrage, ob Lord Carrington sich dieser Dinge bewußt sei, erwiderte F. bejahend. Allerdings sei Carrington sehr stark durch das südliche Afrika in Anspruch genommen.

Es folgte ein kurzer Meinungs austausch über die anti amerikanische und antichinesische Haltung von Indira Gandhi und ihre Rückkehr zu einer pro-sowjetischen Position.¹⁰ F. bemerkte anschließend, eine der Gefahren sei, daß die So-

⁸ Vgl. dazu die schriftliche Botschaft des Präsidenten Carter vom 21. Januar 1980 an den amerikanischen Kongreß zur Lage der Nation; PUBLIC PAPERS, CARTER 1980, S. 114–180.

Vgl. dazu Carters mündliche Botschaft am 23. Januar 1980 vor beiden Häusern des Kongresses; PUBLIC PAPERS, CARTER 1980, S. 194–200. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 101–106.

⁹ Zur Forderung des Präsidenten Carter vom 20. Januar 1980 nach einem Boykott der Olympischen Sommerspiele in Moskau, falls die UdSSR nicht innerhalb eines Monats ihre Streitkräfte aus Afghanistan zurückgezogen habe, vgl. Dok. 19, Anm. 20.

¹⁰ Botschafter Ramisch, Neu Delhi, berichtete am 2. Februar 1980, Ministerpräsidentin Gandhi habe gegenüber dem ehemaligen amerikanischen Verteidigungsminister Clifford, der als Sonderbeauftragter des Präsidenten Carter am 30./31. Januar Indien besucht habe, zur sowjetischen Intervention

wjetunion sich Gelegenheiten schaffen könnte, indem sie intern Unruhen in Iran oder Pakistan provoziere. In Europa sei das alles anders. Hier gebe es gegenseitig anerkannte Positionen. Außerhalb von Europa aber gebe es nur wenige anerkannte Positionen.

Sie wiesen darauf hin, daß wir diesen Krieg des Willens nur gewinnen könnten, wenn wir die Mehrzahl der Länder der Dritten Welt auf unsere Seite brächten. Dazu gehöre die Lösung der Palästinenserfrage. Die Siedlungspolitik¹¹ von Begin müsse beendet werden. Den Arabern sei die Westbank näher am Herzen als Afghanistan.

F. erwähnte, daß Vance Druck auf die israelische Regierung ausüben wolle, nach britischer Auffassung allerdings nicht genug. Sie wiesen dazu auf die Schwierigkeiten im amerikanischen Wahljahr¹² hin. Hier biete sich der Gedanke der arbeitsteiligen Krisenbewältigung an. Es sei nicht notwendig, daß die USA in dieser Frage die Führung übernähmen. Auf die Bemerkung von F., daß man diese Überlegung in Washington zu schätzen wisse, erinnerten Sie daran, daß man die Europäer bisher aus den Friedensbemühungen im Nahen Osten heraushalten wollte. England und Frankreich könnten hier eine Rolle spielen. Frankreich könnte sich dazu bereit finden, wenn niemand widersprechen würde. Gerade solche Erörterungen aber fänden nicht statt. Man unterhalte sich nicht gemeinsam darüber, wie man etwa mit dem Irak oder mit Syrien verfahren solle.

Sie gingen dann auf die bisherige Behandlung der iranischen Krise über. Militärische Interventionen gegenüber dem Iran wären sehr gefährlich. Die eigentliche Krise sei Afghanistan. Carter sei wegen seiner bisherigen Mäßigung sehr zu loben. F. bemerkte dazu, man sei sich dieser Umstände in Washington voll bewußt. Dies gelte trotz des Wahljahrs. Die amerikanische Regierung wisse, daß sie noch eine Zeitlang warten müsse. Sie tue das auch mit einer größeren Gelassenheit. Sie hätte verstanden, daß man hier etwas geben müsse, wenn man etwas bekommen wolle.

Auf die Frage der transatlantischen Konsultationen zurückkommend, sagte F., daß es hier unterschiedliche Auffassungen in Washington gebe. Manche verstünden, daß die Vereinigten Staaten und die Europäer sich zusammensetzen müs-

Fortsetzung Fußnote von Seite 229

in Afghanistan geäußert, „daß sich SU eingekreist und vor allem von China bedroht fühle. Indien habe sich bereits gegen sowjetische Präsenz in Afghanistan geäußert und in diesem Sinne sei auch gemeinsame indisch-französische Erklärung mit Giscard d'Estaing zu verstehen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 136; Referat 340, Bd. 113106.

¹¹ Botschafter Schütz, Tel Aviv, berichtete am 7. Februar 1980, in der Parlamentsdebatte am Vortag habe der israelische Verteidigungsminister Weizman erneut den Anspruch bekräftigt, „in besetzten Gebieten Seite an Seite mit Arabern zu leben, ohne diese vertreiben zu wollen. Es ergebe sich aus religiösem und nationalem Erbe Israels und aus der Tatsache, daß Juden dort während der meisten Perioden der Vergangenheit gelebt hätten. [...] Debatte war vorbereitet worden durch Beschluß auswärtigen Knessetausschusses vom 5.2., der jüdisches Siedlungsrecht erneut bekräftigt hatte.“ Schütz teilte mit, seit der Tötung eines israelischen Soldaten am 31. Januar 1980 in Hebron bestehe eine Ausgangsperre für die arabischen Bewohner der Stadt: „Es kann nicht davon ausgegangen werden, daß große Mehrheit israel[ischer] Bevölkerung dieses Vorgehen billigt. Es ist jedoch eine große allgemeine Verunsicherung eingetreten. Die Furcht, daß arabischer Haß von außen gezielt geschürt wird, läßt auch die zahlreichen Kritiker leiser werden, die sich über Ursache und Wirkung der eigenen Politik selbst nichts vormachen und eine Korrektur israel. Politik für erforderlich halten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 131; Referat 310, Bd. 125004.

¹² Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

sen. Aber es gebe auch solche, die darauf hinwiesen, daß es ein langwieriger Prozeß sein würde, sich mit den Europäern auf eine feste Haltung zu einigen. (Sie widersprachen dem.)

Auf die Olympischen Spiele eingehend, sagte F., diese Entscheidung sei nun einmal in den USA gefallen, ob man sie richtig finde oder nicht. Deshalb sei es besser, nicht länger abzuwarten, nachdem ja gegen 40 Länder schon entschieden hätten. Nach britischer und amerikanischer Auffassung wäre es ein großer Sieg für die Sowjetunion, wenn es weder zu einem Boykott noch zu einer Verlegung der Olympischen Spiele kommen würde. Im übrigen habe die Sowjetunion bei Zuteilung der Olympischen Spiele¹³ erklärt, daß darin eine Anerkennung ihrer Außenpolitik zu sehen sei. Damit habe sie die Statuten der Olympischen Spiele¹⁴ eindeutig verletzt. Wenn die Bundesrepublik oder andere Alliierte teilnehmen würden, müßte das entsprechend mißverstanden werden. Der Westen könne es sich nicht leisten, daß 100 Länder teilnehmen. F. erwähnte, daß der Präsident Lloyd Cutler zu seinem Beauftragten für den Boykott der Olympischen Spiele ernannt habe.

Sie erwiderten, daß auch Sie die Gefahr gerade darin sehen würden, daß eine Mehrzahl von Ländern teilnimmt. Am Ende würden die Bundesrepublik und Frankreich nach Ihrer Überzeugung die richtige Entscheidung treffen. Im übrigen müsse man sich dessen bewußt sein, daß Frankreich sich in einer Krise ebenso verhalten würde wie 1962.¹⁵ Die jetzige Krise könne in Paris zu langfristigen Überlegungen führen. Vielleicht zu Überlegungen in bezug auf die künftige Struktur Europas. Solche Überlegungen könnten auch das Feld der Verteidigung einschließen. Aber so etwas würde man heute nicht öffentlich sagen. Frankreich fühle sich noch mehr als wir durch den Mangel an Konsultationen betroffen. Solange es nicht wisse, was morgen geschehen könne, werde es zurückhaltend sein. Dies sei ein Fehler des Weißen Hauses. Es sei ein Fehler, das State Department weitgehend ausgeschaltet zu haben. Vance hätte rechtzeitig informiert. Schließlich sei das State Department die größte Ansammlung von Experten. Davon sollte man Gebrauch machen. Letzten Endes aber brauche man sich wegen der Haltung Frankreichs auch in der Frage der Olympischen Spiele keine Sorgen zu machen. Es werde aber von Woche zu Woche schwieriger, den Mangel an Konsultation gegenüber der Öffentlichkeit und den Medien, aber auch gegenüber den Parlamenten, nicht in Erscheinung treten zu lassen.

F. insistierte, daß die Karte der Olympischen Spiele nun einmal gespielt worden sei, ob man das weise fände oder nicht.

Sie erwiderten, man müsse sich fragen, was man wolle. Wolle man die Sowjetunion so oft ins Gesicht schlagen, wie man könne – um was zu erreichen? Oder wolle man, daß die Sowjetunion den Forderungen des Westens entspricht, sich aus Afghanistan zurückzieht, nicht im Iran einrückt und vielleicht eine Veränderung der Lage in Ländern wie Südjemen oder Libyen hinnimmt. Sie würden sehr besorgt sein, wenn man weiterhin eine Taktik des muddling through ver-

¹³ Auf der Sitzung des IOC in Wien am 23. April 1974 erhielt Moskau den Zuschlag für die Abhaltung der Olympischen Sommerspiele 1980.

¹⁴ Vgl. dazu INTERNATIONALES OLYMPISCHES KOMITEE, Olympische Charta, Lausanne 1979.

¹⁵ Zur Kuba-Krise von 1962 vgl. Dok. 32, Anm. 4.

folgen wollte, wo man den nächsten Schritt überlege, aber nicht den dann folgenden, der dann schließlich zur Anwendung von Gewalt führen könnte.

Auf die Haltung Frankreichs zurückkommend, sagten Sie, es wäre leicht für Präsident Giscard d'Estaing, die öffentliche Meinung seines Landes durch Unterstreichnung der Unabhängigkeit Frankreichs für sich einzunehmen. Das aber tue er in dieser Situation eben nicht.

Anschließend schildern Sie die unterbliebene Konsultation im Falle der Olympischen Spiele und schlagen F. vor, nach seinem Besuch in Paris¹⁶ auf dem Rückweg noch einmal Carter zu sehen¹⁷, weil jetzt niemand wie er in der Lage wäre, einen zusammenfassenden Eindruck über die Stimmung in Europa zu vermitteln.

F. greift diesen Gedanken auf und faßt seine Eindrücke aus Washington noch einmal zusammen. Die USA seien entschlossen zu handeln. Die regional einsetzbaren Kräfte seien unzureichend. Deshalb müsse eine äußerst gefährliche Lage entstehen, wenn die Sowjetunion weitergehen würde. Wie könne man der Sowjetunion die Entschlossenheit des Westens verdeutlichen? Die Sowjetunion dürfe nicht den Eindruck haben, daß zwischen den Vereinigten Staaten und ihren europäischen Alliierten Meinungsverschiedenheiten bestünden.

Sie erwiderten, daß ein solcher Eindruck dann vermieden würde, wenn Meinungsverschiedenheiten tatsächlich nicht bestünden. Es bestehe heute die Gefahr einer Krise, die sich langsam aufbaut. Darin unterscheide sie sich von der Krise vom Juli 1914. In einer solchen Situation müsse man sich auch in die Schuhe seines Feindes hineinstellen. Die USA hätten ihre Optionen. Man müsse aber auch die Frage stellen, welche Optionen die Russen haben. Was sollten sie z. B. am 20. Februar tun, usw. usw.? Man könne nicht ausschließen, daß die Militärs jetzt ihre Chance sehen. (F. bestätigt, daß die Sowjetunion sich derzeit möglicherweise in der relativ günstigsten militärischen Position befinde, die sie erwarten könne.) Manche könnten denken, daß die Sowjetunion nie wieder so stark sein wird wie jetzt. Sie könnte versucht sein, jetzt zu handeln.

F. bestätigt dies. Sie könnte nächste Woche handeln, sofern sie die Vereinigten Staaten falsch einschätzen sollte. Die Vereinigten Staaten neigten dazu, sich sehr rasch vereinsamt zu fühlen. Das amerikanische Volk fühle sich zur Zeit alleingelassen. Wir sollten mit unserer Entscheidung über die Olympischen Spiele nicht alle warten, bis wir in einer besseren Position sind. Die Vereinigten Staaten überlegten eine Konferenz aller Länder, die ihre Bereitschaft zum Boykott schon erklärt oder sich in diesem Sinne geäußert hätten. Möglicherweise werde eine Konferenz von elf repräsentativen Ländern aller Kontinente schon für nächste Woche einberufen werden. Auf Ihre Bemerkung, daß auch darüber nicht konsultiert worden sei, erwiderte F.: Darum sage ich es Ihnen jetzt. Diese Entwicklung könne die Differenzen zwischen den USA sowie Deutschland und Frankreich verschärfen. Das Gefühl in Washington sei, daß die Boykottbewegung im Sande verlaufen könnte, wenn die USA keine klare Unterstützung erhielten.

¹⁶ Ministerpräsident Fraser hielt sich am 6. Februar 1980 in Frankreich auf.

¹⁷ Ministerpräsident Fraser besuchte die USA erneut am 7. Februar 1980.

Sie erwiderten, daß wir dafür sorgen müßten, daß es bei einer Spartakiade bleibt. Dies sei aber ein gradueller Prozeß. Die Sowjetunion werde sich zum 20. Februar nicht aus Afghanistan zurückziehen.

Auch in bezug auf den sowjetischen Rückzug stelle sich die Frage des Gradualismus. Man könnte sich denken, daß die Sowjetunion ihre Offensivwaffen zuerst abzieht.

Auf die Frage von Wirtschaftssanktionen¹⁸ übergehend, machten Sie darauf aufmerksam, daß eine Unterbrechung des Osthandels im Falle der Bundesrepublik oder Italiens weitaus gravierendere Folgen hätte als im Falle der USA. Leider denke man an solche Dinge in den USA nie. Die Europäer würden wahrscheinlich gewillt sein, letzten Endes alles mitzumachen. Aber sie wollten wissen, wozu und wohin es führt. Wir hätten unseren Osthandel ganz bewußt mit dem Ziel entwickelt, die sowjetische Wirtschaft von unseren Lieferungen abhängig zu machen. Wir wollten dadurch auf das sowjetische Verhalten Einfluß gewinnen. Und wir wollten diesen Einfluß nicht einfach irgendwelchen Planern in Washington zur Verfügung stellen. Es sei nicht angängig, andere über Fragen von Krieg und Frieden entscheiden zu lassen, ohne gefragt zu werden. (Sie bemerkten in diesem Zusammenhang, daß wir nie Zinsvergünstigungen gewährt haben.)

Es schließt sich ein Meinungs austausch über den Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten an, dessen Einfluß hoch eingeschätzt wird (F.: gelegentlich höher als der von Vance), der aber nicht immer überlegt und konsistent handle (Besuch in afghanischem Flüchtlingslager¹⁹). Daran schließt sich ein Meinungs austausch über die Notwendigkeit eines Treffens der Außenminister an. Sie führen aus, warum der Viererkreis der beste wäre.

Auf eine kritische Bemerkung von Ihnen, daß die amerikanische Strategie z. B. in der Gestaltung des Verhältnisses zu China unklar sei, bemerkte F., das ganze Denken konzentriere sich zur Zeit auf die Frage der Olympischen Spiele. Es gebe keine adäquate Strategie und taktische Planung. Es werde nicht über mögliche sowjetische Aktionen und darüber nachgedacht, wie man ihnen begegnen könnte.

¹⁸ Zur Einschränkung von Getreidelieferungen in die UdSSR vgl. Dok. 10, Anm. 23.

Zu den amerikanischen Maßnahmen für ein Embargo bei technologischen Gütern vgl. Dok. 10, Anm. 19.

Zum amerikanischen Wunsch nach Reduzierung der Rahmenkredite für die UdSSR vgl. Dok. 13, Anm. 2.

¹⁹ Der Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Brzezinski, und der stellvertretende amerikanische Außenminister Christopher hielten sich vom 2. bis 4. Februar 1980 in Pakistan auf. Botschafter Scheske, Islamabad, berichtete am 6. Februar 1980, beide hätten ein Flüchtlingslager in Peshawar besucht: „Zentrales Thema der Gespräche war die mit dem Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan für Pakistan entstandene Bedrohung und die Bereitschaft der Vereinigten Staaten, Pakistan, gestützt auf das Regierungsabkommen von 1959, im Falle eines Angriffs beizustehen. Außerdem standen die von den USA für die nächsten 18 Monate angebotene Hilfe von 400 Mio. Dollar und mündliche weitere Unterstützung Pakistans auf der Tagesordnung. [...] Brzezinski charakterisierte die angekündigte Unterstützung der USA von 400 Mio. Dollar als eine erste Maßnahme, die nicht das letzte Wort der USA zum militärischen Beistand für Pakistan bedeute.“ Scheske legte dar, eine höhere finanzielle Zusage hätte der Bestätigung der amerikanischen Beistandspflicht mehr Gewicht verliehen: „General Zias Kommentar auf die angekündigten 400 Mio. Dollar (‘peanuts’) deutet dies an.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 133; Referat 204, Bd. 115950.

F. kommt an dieser Stelle noch mal darauf zurück, daß man in der Frage der Olympischen Spiele in Washington das Gefühl habe, alleingelassen zu werden. Der Präsident habe dies Gefühl. Die Frage der Olympischen Spiele lenke aber von der eigentlichen Krise ab. Die USA, Großbritannien und Australien berieten nun, wie diese Frage zu behandeln sei. (F. wiederholt den Gedanken einer Konferenz der Boykottländer und eines Treffens einer „steering group“.) Man wolle einen Alternativplatz für die Spiele finden. Montreal käme dafür in Betracht. Es wäre nicht gut, wenn diese Frage zu einem Hindernis für die Einigkeit zwischen Europa und den Vereinigten Staaten würde. Andererseits wäre es gut, wenn man diese von der Hauptsache ablenkende Frage hinter sich bringen könnte („we want to get it out of our hair“).

Sie erläutern, warum die mangelnde Konsultation in dieser Frage Präsident Giscard d'Estaing persönlich sehr verletzt hat. Sie führen aus, daß es falsch und aussichtslos wäre, wenn man Frankreich und Deutschland voneinander trennen wollte.

F. insistiert erneut: Die Gefahr sei so groß, weil ein Präsident, der sich lange schwach gefühlt habe, plötzlich das Bewußtsein starker Entschlossenheit entwickle, ohne zu wissen, wie er selbst implementieren könne.

Sie erwidern, daß Sie Carter den Rat geben würden, nicht einfach stark sein zu wollen, sondern zu planen. Man müsse einen permanenten Konsultationsmechanismus haben. Sie würden Carter folgendes Konzept anbieten: Er habe sich nun als ein starker Mann erwiesen. In einer zweiten Phase sollte er sich jetzt als umsichtig und staatsmännisch erweisen. Im September mag er sich dann als ein erfolgreicher Mann erweisen können.

Sie wiesen anschließend auf die Besorgnisse in Osteuropa (Honecker²⁰, Gierrek²¹) hin.

F. wiederholt, daß die Positionen in Europa abgegrenzt und deshalb stabil seien. Die wahren Fehler drohten außerhalb Europas einzutreten. Europa müsse dem, was in anderen Teilen der Welt geschehe, mehr Aufmerksamkeit schenken. Das sei seine wirkliche Überzeugung.

Sie erwiderten, daß wir dessen über die letzten Jahre immer mehr bewußt geworden seien. Sie erläutern abschließend, aus welchen Gründen wir in unserem weiteren Verhalten fortfahren würden, geschlossene Verträge zu respektieren. Wir hätten unsererseits stärkstes Interesse daran, daß die Sowjetunion das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin²² respektiere.

Staden

VS-Bd. 14082 (010)

²⁰ In einem Schreiben an Bundeskanzler Schmidt sprach sich der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, am 28. Januar 1980 für eine Fortsetzung der Zusammenarbeit ungeachtet der Entwicklung der internationalen Lage aus. Vgl. dazu BONN UND OST-BERLIN, S. 489 f.

²¹ Vgl. dazu die Äußerungen des polnischen Botschafters in Rom, Trepczyński; Dok. 33.

²² Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73.

39

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Edler von Braunmühl

6. Februar 1980¹

Betr.: Gespräch BM mit AM François-Poncet am 4.2.1980² um 9.00 Uhr in Paris³

Teilnehmer auf französischer Seite: Staatssekretär de Leusse und Politischer Direktor Robin.

Teilnehmer auf deutscher Seite: Nach 10.00 Uhr StS van Well, später D2⁴ und D4⁵.

Zunächst wurde der französische Entwurf für eine französisch-deutsche Erklärung⁶ besprochen. BM drängte erfolgreich darauf, das Zusammenwirken mit den Alliierten (Ziffer 3 und Ziffer 5) hineinzunehmen. Sein Vorschlag, in Ziffer 4 auf den Rahmen der westlichen Gesamtstrategie hinzuweisen, ließ sich nicht ganz durchsetzen. In Ziffer 4 wurde die Beschränkung auf den europäischen Kontinent gestrichen. In Ziffer 2 wurde der Hinweis auf die Absichten der einen oder der anderen Seite (der als Blickpunkt einer unbeteiligten Beobachterrolle der Europäer hätte mißverstanden werden können) gestrichen. Entsprechend einer von uns begrüßten Anregung des Präsidenten⁷ vom Vortage wurde noch ein Hinweis auf die Rolle der Blockfreien (jetzt Ziffer 4) eingefügt.⁸

Bei der Besprechung wurde deutlich, daß die französische Seite, wobei häufig Robin Wortführer war, auf folgende Punkte drängte:

- eine von der amerikanischen Politik unabhängige, wenn auch sich nicht distanzierende, europäische Rolle unter Führung Frankreichs und Deutschlands;
- keine Bestrafung der SU in Verbindung mit Akzeptierung des Geschehenen und Konzentration auf die Vermeidung weiterer Schritte, sondern Konzentration auf Rückzug;
- Angebot an die SU, einen Dialog mit den Europäern zu führen – in der Annahme, daß dies die Rückkehr der SU zum Entspannungskodex leichter machen würde als die amerikanische Ultimatenpolitik.

BM schnitt die Frage an, in welchem Kreise die weitere westliche Politik abgestimmt werden sollte: 4, 6, 7 oder 15. BM hielt den Vierer-Kreis für den besten.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 6. Februar 1980 vorgelegen.

² Korrigiert aus: „3.2.1980.“

³ Bundesminister Genscher hielt sich vom 3. bis 5. Februar 1980 im Rahmen der deutsch-französischen Konsultationen in Frankreich auf.

⁴ Klaus Blech.

⁵ Per Fischer.

⁶ Für den undatierten Entwurf in deutscher Übersetzung vgl. Referat 010, Bd. 178799.

⁷ Valéry Giscard d'Estaing.

⁸ Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung anlässlich der deutsch-französischen Konsultationen am 4./5. Februar 1980 in Paris vgl. BULLETIN 1980, S. 117f.

Die USA sei aber den Italienern gegenüber im Wort. Die Italiener legten auch größten Wert auf ihre Beteiligung. Man könnte vielleicht sagen, daß IT als Ratsmacht⁹ hinzugezogen werde. Bei Kanada sei es schwieriger, man wisse nicht, wer dort demnächst regieren werde.¹⁰ AM François-Poncet äußerte sich positiv zu der von BK am Vorabend geäußerten Idee¹¹, daß die sieben Außenminister sich im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Weltwirtschaftsgipfels¹² treffen sollten.

Die Frage der Teilnahme an den Olympischen Spielen wurde ausführlich diskutiert. François-Poncet meinte: Die Sportorganisationen hätten die Teilnehmerentscheidung zu treffen, und die Regierungen könnten nur hoffen, daß diese Entscheidungen entsprechend ihren Wünschen ausfallen. BM bot seine Formel an, daß die SU die Voraussetzungen für die Teilnahme aller schaffen sollte. François-Poncet wandte ein, daß diese Voraussetzungen nur der sowjetische Rückzug aus Afghanistan sein könne und daß man kaum annehmen könne, daß die SU auf diese von den Neun gestellte Bedingung eingehen werde. BM betonte, daß die Neun auf die Voraussetzungen für die Teilnahme aller hinweisen sollten und daß deshalb die Teilnahme nicht von den Neun abhängen. Außerdem würde man den Rückzug auf Afghanistan nicht als konkrete ultimative Bedingung nennen. Wenn zum Beispiel beide Großmächte in Verhandlungen über den Rückzug einträten und die Amerikaner sagten, diese Verhandlungen eröffneten eine Perspektive, die es nicht als zweckmäßig erscheinen lasse, jetzt einen Boykott auszusprechen, wäre man einen Schritt weiter. StS van Well, der hier dazukam, betonte, daß eine Formulierung wie „in the perspective of the implementation of the UN-Resolution“¹³ erlaube, die für notwendig gehaltenen Voraussetzungen für die Olympiateilnahme auch schon bei Zwischenschritten als gegeben anzusehen. Robin meinte, es sei nicht gut, wenn die Dritte Welt den Eindruck erhalte, wenn die USA nicht nach Moskau gehe, würden die Neun auch nicht gehen. StS wies auf den Vorteil hin, daß das dynamische Konzept der „Perspektive“ uns über den von den USA gesetzten Termin des 20. Februar¹⁴ hinwegbringe. BM betonte: Die Welt werde das Treffen der neun Außenminister

⁹ Italien hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1980 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

¹⁰ Am 18. Februar 1980 fanden vorgezogene Neuwahlen zum kanadischen Parlament statt, die die Liberale Partei gewann. Am 3. März 1980 wurde die neue Regierung unter Ministerpräsident Trudeau vereidigt.

¹¹ Vortragender Legationsrat Edler von Braunmühl vermerkte am 6. Februar 1980, Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher seien am 3. Februar 1980 in Paris mit Staatspräsident Giscard d'Estaing und dem französischen Außenminister François-Poncet zusammengetroffen. François-Poncet habe bemerkt, mit der Intervention in Afghanistan reagiere die UdSSR „auf die befürchtete Einkreisung als Folge der westlichen China-Politik und auf TNF“. Genscher habe entgegnet, dies „sehe zu sehr nach Masterplan aus. Er bezweifle, daß es einen solchen gebe. Die Sowjets seien überrascht gewesen über die westliche Standfestigkeit bei TNF und über die Reaktion auf Afghanistan.“ Giscard d'Estaing habe die Notwendigkeit eines Dialogs mit der UdSSR hervorgehoben, Schmidt habe dem zugestimmt: „BM habe BK danach gewarnt: Es sei lebensgefährlich, wenn wir jetzt einen ersten Dialog vertraulich mit der Sowjetunion führten. Die Sowjets würden dies weitererzählen.“ Vgl. Referat 010, Bd. 178799.

¹² Zum Weltwirtschaftsgipfel am 22./23. Juni 1980 in Venedig vgl. Dok. 184 und Dok. 185.

¹³ Zur Resolution ES-6/2 der Notstandssondertagung der VN-Generalversammlung vom 14. Januar 1980 vgl. Dok. 14, Anm. 11.

¹⁴ Am 20. Januar 1980 kündigte Präsident Carter einen Boykott der Olympischen Spiele in Moskau an, falls die UdSSR nicht innerhalb eines Monats ihre Truppen aus Afghanistan zurückziehe. Vgl. dazu Dok. 19, Anm. 20.

danach beurteilen, ob sie eine Sprachregelung zu den Olympischen Spielen finden könnten¹⁵, wenn er auch bedauere, daß diese Frage zu einer zentralen geworden sei.

BM und François-Poncet halten schließlich folgende Formulierung als konsensfähig, wahrscheinlich auch für die Briten:

Die Sportorganisationen müssen über die Teilnahme entscheiden. Es wird die Hoffnung ausgedrückt, daß die Bedingungen so sein werden, daß alle Sportorganisationen sich für die Teilnahme aussprechen können.

BM hält diese Formel für wertfrei. Sie sage nicht, ob ein Boykott gut sei. Er erinnert an die Bemerkung Präsident Giscard vom Vorabend: Frankreich werde nicht nach Moskau gehen, wenn es keine Olympischen Spiele gebe, und es gebe keine Olympischen Spiele, wenn die USA nicht teilnehme.

Zum deutschen Strategiepapier¹⁶ bemerkte François-Poncet: Man frage sich, ob man die in dem Papier genannten, vom Westen zu ergreifenden Maßnahmen wirklich „Deeskalationsmaßnahmen“ nennen könne. Er sehe nicht, wie man damit einen Dialog mit der Sowjetunion eröffnen könne. Die Forderungen nach Rückzug, Integrität Afghanistans, Garantien für Afghanistan und Pakistan seien nicht angetan, den Sowjets den Rückzug schmackhaft zu machen.

BM erwiderte: Wir hätten nicht von Garantien gesprochen. Der Westen sei für Unabhängigkeit Afghanistans, d. h. er signalisiere, daß er Afghanistan nicht zu seinem Interessengebiet machen wolle. François-Poncet: Man muß über die Substanz reden; auf welcher Basis sollten wir mit den Sowjets sprechen? Die allein für den Westen wünschenswerten Ziele könnten keine Basis für Erörterungen mit der SU sein. Moskau werde den Dialog nicht akzeptieren, wenn wir die Bedingungen „diktierten“. StS van Well betont: Es sei wichtig, daß das Papier zunächst für die USA akzeptabel sei. In zweiter Linie müsse es für die SU interessante Punkte enthalten, was der Fall sei: das Zeitelement für den Rückzug; die Verbindung mit Zusicherungen hinsichtlich der Unabhängigkeit Afghanistans und der Nichtunterstützung der Rebellen sowie die Anpassung westlicher Hilfe an Pakistan an eine Deeskalation. Auch Iran und China kommen mit herein. Wir könnten keine Zusicherungen geben, die unabhängig vom sowjetischen Verhalten seien. Wenn die SU sich nicht zurückziehe, werde die USA die Zusammenarbeit mit China verstärken und Maßnahmen hinsichtlich Pakistans etc. ergreifen. Im Falle eines sowjetischen Rückzugs werde dies nicht so laufen. Auch hierin stecke ein für die Sowjets interessanter Punkt.

¹⁵ Am 5. Februar 1980 fand in Brüssel eine EG-Ministerratstagung statt, an deren Rande die Außenminister zu einer außerordentlichen Konferenz im Rahmen der EPZ zusammenkamen. Dabei wurde die Teilnahme an den Olympischen Sommerspielen in Moskau erörtert. Vortragender Legationsrat I. Klasse Ellerkmann teilte am 8. Februar 1980 mit, Bundesminister Genscher habe gefordert, klarzustellen, daß das Verhalten der UdSSR für den Ausgang der Entscheidung verantwortlich sei: „Diskussion ergab insoweit weitgehenden Konsens, der sich in zu erwartender Erklärung am 19. Februar niederschlagen soll. Präsidentschaft wies darauf hin, daß NOKs in den meisten Ländern autonom entscheiden. Die Neun müssen infolgedessen für den Fall, daß einzelne NOKs Regierungsempfehlungen nicht folgen, gemeinsame Linie erarbeiten.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 15; Referat 012, Bd. 115729.

Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vom 19. Februar 1980 zur sowjetischen Intervention in Afghanistan vgl. BULLETIN DER EG 2/1980, S. 88 f.

¹⁶ Für das Konzept der Bundesregierung vgl. Dok. 58.

BM: F halte einen Olympiaboykott für ein untaugliches Mittel, auch weil die USA Faktoren gesetzt habe, die Frankreich beeinflussen. Wir würden die Wirkungen amerikanischer Politik immer auch in Europa zu spüren bekommen. Deshalb sei es so wichtig, den Amerikanern erst zu sagen, wie wir uns die Sache vorstellten und eine Abstimmung zu suchen. Nur damit könnten wir uns gegen überraschende Schritte der USA versichern. Bevor wir deshalb einen Schritt gegenüber der SU zur Überwindung der Krise machten, sei es wichtig, eine gemeinsame Grundlage mit den USA zu finden.

Robin führte aus: Da wir nicht die Mittel hätten, die Sowjets zum Rückzug aus Afghanistan zu bewegen, und da es für uns wichtiger sei, eine weitere sowjetische Expansion in der Region zu verhindern, müßten wir uns fragen, ob es besser sei, den Rückzug zu fordern oder die Besetzung zu akzeptieren und den Akzent auf die Verhinderung weiterer Schritte zu verlegen.

Ein Olympiaboykott sei nicht rücknehmbar. Wenn wir von den Sowjets eine Rücknahme ihrer Maßnahmen verlangten, sollten auch wir uns auf Maßnahmen beschränken, die wir dann im Gegenzug auch wieder zurücknehmen könnten. Die Unterbrechung der Weizenlieferungen und des Technologietransfers¹⁷ sei rücknehmbar, nicht aber der Olympiaboykott.

StS van Well weist darauf hin, daß es unmöglich sei, die Rückzugsforderungen fallenzulassen. Die amerikanische Zielsetzung bestehe darin, den Rückzug zu fordern und für den Fall des Nichtrückzugs weitere Gegenmaßnahmen anzukündigen (China, Gegendruck in der Region, Belastung der bilateralen Beziehungen).

BM betont, daß unser Strategiepapier die zu treffenden Maßnahmen im Rahmen eines Prozesses sehe. Zwischen den Zeilen stehe, daß, wenn ein vereinbarter Rückzugskalender zustande komme, auch die Frage der Olympischen Spiele lösbar sei. Es sei wichtig, jetzt schnell weiterzukommen. Sonst könne der Kalte Krieg, um sowjetischen Jargon zu benutzen, „unumkehrbar“ werden.

Braunmühl¹⁸

Referat 010, Bd. 178799

¹⁷ Zur Einschränkung von Getreidelieferungen in die UdSSR vgl. Dok. 10, Anm. 23.

Zu den amerikanischen Maßnahmen für ein Embargo bei technologischen Gütern vgl. Dok. 10, Anm. 19.

¹⁸ Paraphe.

40

Aufzeichnung des Botschafters Ruth**221-372.14 USA-177/80 VS-vertraulich****6. Februar 1980¹**

Betr.: Deutsch-amerikanische Konsultationen über Rüstungskontrollfragen
am 5. Februar 1980 in Bonn

Teilnehmer:

Amerikanische Seite: Mr. Ralph Earle, Direktor der ACDA; Gen. Brig.² John R. Lasater, Senior Military Adviser; Lucas Fisher, Chief of Defense Division; Colonel Stephen E. Rash, Military Affairs Officer; Marten H. A. van Heuven, Botschaftsrat, US-Botschaft; John E. McAteer, 2. Sekretär, US-Botschaft.

Deutsche Seite: Auswärtiges Amt: Botschafter Dr. Ruth, VLR I Dr. Citron, VLR I Dr. Holik, VLR I v. Arz, VLR Dr. v. Wagner, VLR v. Jagow.

BMVg: Generalmajor Tanddecki, OiG Heydrich, Fregattenkapitän Frank Bundeskanzleramt: VLR I Dr. Höynck.

1) Allgemeine Überlegungen zur Rüstungskontrollpolitik nach Afghanistan

Mr. Earle bemerkte zur allgemeinen Lage der Rüstungskontrollpolitik nach Afghanistan, die Administration fühle sich der Rüstungskontrollpolitik nicht weniger verpflichtet als vorher. Afghanistan habe Rüstungskontrolle schwieriger gemacht. Außerdem werde sie durch das Wahljahr in den USA³ beeinflusst. Trotzdem müsse man sie realistisch weiterbetreiben. Er glaube aber, daß diese Schwierigkeiten temporär seien, wobei unsicher sei, ob sie ein paar Jahre andauern oder sich schon nach kurzer Zeit eine Wendung um 180 Grad abzeichnen würde. Allerdings werde sich die Entwicklung wahrscheinlich noch etwas verschlechtern, bevor sie besser werden könne. Er glaube, auch auf sowjetischer Seite ein paralleles Interesse an der Fortsetzung der Rüstungskontrollpolitik zu erkennen. Die SU könne nicht wünschen, noch stärker isoliert zu werden, und habe ein erheblich eigenes Interesse an der Rüstungskontrolle insgesamt. Praktisch gelte es, den Bestand zu wahren und rechtzeitig Vorbereitungsarbeit für weitere Schritte zu leisten.

Dg22 stimmte der Gesamtbeurteilung zu: Afghanistan habe die Lage erschwert, aber die Notwendigkeit, die Rüstungskontrollpolitik fortzusetzen, könne nicht bestritten werden. Er verwies auf die heutige erste informelle MBFR-Sitzung in Wien⁴, auf die Eröffnungssitzung des Genfer Abrüstungsausschusses⁵ und

¹ Die Aufzeichnung wurde am 6. Februar 1980 von Botschafter Ruth an Staatssekretär van Well weitergeleitet.

Hat van Well am 8. Februar 1980 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 11451 (221); B 150, Aktenkopien 1980.

² Brigadier General.

³ Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

⁴ Zur ersten informellen Sitzung der 20. Runde der MBFR-Verhandlungen vgl. Dok. 44, Anm. 3.

⁵ Botschafter Pfeiffer, Genf (CD), berichtete am 5. Februar 1980, die Sitzungsperiode des Abrüstungsausschusses (CD) sei am Vormittag eröffnet worden: „Der Tenor der Eröffnungssitzung [...] war bestimmt durch die Veränderung der Weltlage nach der sowjetischen Intervention in Afghanistan,

die deutsch-französische Erklärung zur weltpolitischen Lage anlässlich des Gipfeltreffens.⁶ Er unterstrich, daß wir Rüstungskontrolle als Instrument zur Förderung unserer eigenen Sicherheit ansehen. Die Atmosphäre habe sich geändert, nicht die Ziele.

Als aktuelle Aufgaben der Rüstungskontrollpolitik nannte Dg22:

- Stärkung des Zusammenhalts des Bündnisses. Nach Afghanistan sei es noch wichtiger als vorher, der SU gegenüber mit großer Geschlossenheit aufzutreten. Die Allianz sei durch SALT und MBFR integriert worden. In Zukunft sollte auch die westliche Position für das CD und den VN-Bereich intensiver in der Allianz abgestimmt werden.
- Festhalten an der seit dem Harmel-Bericht⁷ bewährten westlichen Strategie, die Rüstungskontrolle als integralen Teil der Sicherheitspolitik zu behandeln.
- Trotz schwierigerer Gesamtlage, die Kommunikation mit dem Osten aufrechtzuerhalten.
- Der Westen müsse für den Zeitpunkt vorbereitet sein, daß wieder Bewegung möglich werde, sei es, weil sich die Gesamtlage verbessere oder die SU sich um Entlastung von Afghanistan durch Rüstungskontrollpolitik bemühe.
- Rüstungskontrolle müsse als wichtiges Instrument der Außenpolitik insgesamt weiterentwickelt werden.

Generalmajor Tandecki betonte, daß Rüstungskontrolle und Entspannung nicht identisch seien und daß es nützlich wäre, dieses Wechselverhältnis konzeptionell deutlicher zu klären.

2) SALT

Botschafter Earle gab eine ausführliche Darstellung der Geschichte des SALT-II-Vertrages nach dem 18.6.

Die „kleine Kuba-Krise“⁸ habe insbesondere Frage nach der Verifikationsfähigkeit erneut aufgeworfen und das Problem des linkage zwischen SALT II und sowjetischem Wohlverhalten aktualisiert.

Hauptschaden sei der Zeitverlust von ca. sechs bis acht Wochen gewesen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 239

die Spannungen im Nahen und Mittleren Osten und dem dadurch verursachten internationalen Vertrauensschwund mit seinen Auswirkungen auf die Abrüstungsbemühungen. In den Erklärungen kam die Enttäuschung zum Ausdruck, daß die Sowjetunion – sie wurde nicht immer beim Namen genannt – entgegen ihrer immer wieder vorgebrachten verbalen Beteuerungen in einem benachbarten ungebundenen Land militärisch interveniert habe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 148; Referat 222, Bd. 116959.

⁶ Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung anlässlich der deutsch-französischen Konsultationen am 4./5. Februar 1980 in Paris vgl. BULLETIN 1980, S. 117 f.

⁷ Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Communiqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77.

⁸ Im August 1979 machte die amerikanische Regierung publik, daß auf Kuba sowjetische Kampftruppen stationiert seien. Präsident Carter erklärte am 1. Oktober 1979 in einer Fernsehansprache, die sowjetische Regierung habe betont, daß es sich bei den Truppen lediglich um das Personal eines Ausbildungszentrums handele. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, CARTER 1979, S. 1803 f. Vgl. dazu auch AAPD 1979, II, Dok. 259 und Dok. 295.

Bei Debatte im Auswärtigen Ausschuß sei Administration erfolgreich gewesen, sog. killer amendments abzuwehren; einige Forderungen von Gewicht hätten allerdings akzeptiert werden müssen, u. a.:

- periodische Berichterstattungspflicht der Administration gegenüber dem Select Committee on Intelligence über Stand der Verifikation.
- Ferner mehrere Erklärungen, die der SU mitzuteilen seien, u. a. eine Erklärung über die Reichweitenberechnung für CM (es genüge Unterrichtung SU).
- Bestätigung durch SU, daß das von Breschnew und Carter unterzeichnete Dokument mit vereinbarten Erklärungen zum Backfire-Bomber und die mündliche Erklärung von Breschnew vom 17.6.1979⁹ hierzu gleiche Rechtsverbindlichkeit wie der SALT-Vertrag haben.

Abstimmungsergebnis im Ausschuß 9:6 zugunsten von SALT II.¹⁰ Die Notwendigkeit, andere Gesetzesvorhaben (u. a. energy bill) vorzuziehen, habe zur Verschiebung der Senatsdebatte geführt.¹¹ Die für Januar vorgesehene Erörterung im Senat sei durch Afghanistan verhindert worden.¹²

Die Administration habe die Hoffnung auf Ratifikation nicht aufgegeben, auch einige Senatoren schließen eine SALT-Debatte noch in diesem Jahr nicht ganz aus.

Falls es 1980 nicht mehr zur Ratifikation komme, werde es im nachfolgenden Jahr schwierig. Der Vertrag müsse an den Auswärtigen Ausschuß zurückver-

⁹ Für den Wortlaut der schriftlichen Erklärung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, betreffend das sowjetische Kampfflugzeug „Backfire“, die Präsident Carter am 16. Juni 1979 übergeben wurde, und den Inhalt einer weiteren mündlichen Erklärung Breschnews über die Produktionsrate des Kampfflugzeugs vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 394.

¹⁰ Referat 220 notierte am 4. Dezember 1979: „Der Auswärtige Ausschuß des Senats hat am 9. November mit 9:6 Stimmen beschlossen, den Vertrag an das Plenum mit der Empfehlung zur Zustimmung weiterzuleiten“. Vgl. Referat 220, Bd. 116911.

Botschafter Hermes, Washington, informierte am 23. November 1979, der Auswärtige Ausschuß habe am 19. November 1979 einen Bericht zur Begründung der Befürwortung des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 vorgelegt. Er stelle fest, daß die Ratifizierung „einen positiven Beitrag zur amerikanischen Sicherheits- und Außenpolitik darstellen würde, sofern die USA erhebliche Anstrengungen unternehmen, das erforderliche Abschreckungspotential und das wesentliche Gleichgewicht (essential equivalence) aufrechtzuerhalten und die TNF- und konventionellen Kräfte, wo immer nötig, zu verbessern. Zurückweisung des Vertrags würde nach Auffassung des Ausschusses amerikanischen außenpolitischen und sicherheitspolitischen Interessen zuwiderlaufen, sie würde das Funktionieren der NATO belasten, amerikanisch-sowjetische Beziehungen in einer Periode großer potentieller Turbulenz destabilisieren, sehr viel höhere US-Verteidigungsausgaben im strategischen Bereich nötig machen und eine bedeutende Reduzierung der US-Beobachtungskapazitäten bewirken. Der Ausschuß erklärt ferner, daß der Vertrag nicht erneut verhandelt werden könne, ohne das Risiko erneuter Diskussion von solchen Fragen einzugehen, die zu Gunsten der USA gelöst worden seien.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 3673; Referat 220, Bd. 116911.

¹¹ Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 7. Dezember 1979 zur Frage der Ratifizierung durch den amerikanischen Senat: „1) Senator Byrd, Mehrheitsführer im Senat, hat nunmehr offiziell bestätigt, daß die Plenardebatte über SALT II nicht mehr in diesem Jahr beginnen kann. Byrd verwies dabei auf umfangreiche Tagesordnung, insbesondere Energiegesetzgebung und Chrysler-Sanierung. Byrd erwartete nicht, daß Verschiebung auf Anfang 1980 Nachteile für SALT II mit sich bringt. 2) Im Weißen Haus wurde Byrds Erklärung ohne Überraschung aufgenommen. Ungelöste Iran-Krise und Wiedererstarken der SALT-Gegner (seit Kuba-Affäre) hatte Hoffnung auf Beginn der SALT-Debatte vor Weihnachten zunehmend reduziert.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4360; Referat 220, Bd. 116911.

¹² Zur Aussetzung des Ratifizierungsverfahrens des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 im amerikanischen Senat vgl. Dok. 1, Anm. 13.

wiesen werden. Dort wie im Senat gebe es dann neue Persönlichkeiten, vor Juli/August werde der Vertrag kaum vorgelegt werden können.

Dann verbliebe der SU jedoch nicht mehr genügend Zeit, um die im Vertrag vorgesehene Zerstörung von überzähligen Systemen bis Ende d. J. vorzunehmen.

Eine Verlängerung des Zeitraums verlange jedoch eine Neuverhandlung, bei der dann auch andere Probleme von beiden Seiten wieder aufgeworfen werden könnten.

Allerdings seien auch in diesem Jahr die Aussichten für eine Ratifikation vor den Wahlen nicht sehr gut.

Die Administration hoffe zwar auf 1980, mache aber auch Pläne für einen neuen Anlauf 1981. Angesichts der Gefahr, daß SALT II nicht ratifiziert werde, begännen einige SALT-Kritiker jetzt umzudenken. Sie sähen nun mit Sorge die Möglichkeit, daß die SU ohne SALT ungehemmt aufrüsten könne.

Dg22 betont, daß Bundesregierung SALT nach wie vor als wichtig ansehe. Wir hoffen weiterhin, daß der Vertrag zu gegebener Zeit ratifiziert werde.

- In der Öffentlichkeit gelte es, die Frage zu beantworten, welcher Zusammenhang zwischen SALT II und LRTNF-Angebot¹³ bestehe!

Wir erklärten hierzu, daß der SALT-Prozeß weiterginge und etwa vorgezogene TNF-Verhandlungen letztlich in den SALT-Prozeß einmünden würden.

- Für uns sei ferner interessant, welche Auswirkungen die Nichtratifizierung von SALT II auf die Rüstung der SU hätte.
- Uns interessiere ferner, ob es Hinweise für eine beginnende Verschrottung sowjetischer ICBMs gebe?

Auf die Frage nach dem Verhältnis zwischen dem Interim-Abkommen¹⁴ und SALT II antwortete Earle, es bestehe zwischen dem Interim-Abkommen und SALT II kein rechtliches Verhältnis. Man habe 1977 die Weitergeltung des Interim-Abkommens mit der SU vereinbart.¹⁵ Das Interim-Abkommen habe vor allem Auswirkungen auf die SU. Klare Signale für die sowjetische SALT-Haltung würden sich ergeben, wenn die SU vereinbarungsgemäß wie vorher auch jeweils Yankee-Boote außer Dienst stellen würde, sobald sie ein Delta-III-Boot in Dienst stellt. Auch werde das Treffen des Standing Consultative Committee

¹³ Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 10.

¹⁴ Am 26. Mai 1972 unterzeichneten der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, und Präsident Nixon in Moskau einen Vertrag über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) und ein Interimsabkommen über Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waffen (SALT) mit Protokoll. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 944, S. 4–26. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 392–398.

Vgl. auch die vereinbarten und einseitigen Interpretationen zu den Verträgen; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 67 (1972), S. 11–14. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 398–404.

¹⁵ Der Leiter der amerikanischen SALT-Delegation, Warnke, teilte dem Ständigen NATO-Rat am 23. Mai 1977 mit, der amerikanische Außenminister Vance und der sowjetische Außenminister Gromyko hätten sich bei ihren Gesprächen vom 18. bis 20. Mai 1977 in Genf auf die Struktur eines dreiteiligen Vertragswerks geeinigt: „einen bis 1985 geltenden Vertrag, in dem alle Bestimmungen enthalten sein sollen, auf die sich Washington und Moskau im gegenwärtigen Zeitraum einigen können; ein Protokoll mit einer Interimsregelung von zwei bis drei Jahren mit vorläufigen Regelungen für umstrittene Fragen (z. B. Cruise Missiles); für sie soll in dieser Zeitspanne eine Dauerlösung vereinbart werden; Absichtserklärungen über die Themen für SALT III“. Vgl. die Aufzeichnung des Referats 220 vom 27. Mai 1977; VS-Bd. 11091 (202); B 150, Aktenkopien 1977. Vgl. dazu auch AAPD 1977, II, Dok. 212 und Dok. 215.

im März¹⁶ aufschlußreich sein, da die SU bisher immer in der SCC¹⁷ solche Mitteilungen übergeben habe.

Für die US bestehe Verpflichtung, sobald das erste Trident-Boot in See gehe, zwei Polaris-Boote zu verschrotten. Für die Amerikaner sei das militärisch kein Problem, weil das Trident mit 16 gemirvten Raketen ausgerüstet sei, die beiden Polaris-Boote mit je 12 ungemirvten. Politisch könnten allerdings Probleme im Senat entstehen, weil es Widerstand gegen die Mittelbewilligung für die Verschrottung geben könne. US werde sich an Interim-Abkommen so lange halten, wie sich SU daran halte.

SU werde in SALT II vorgesehene Maßnahme (wie z. B. Verringerung der Zahl der ICBM) erst nach der Ratifizierung beginnen. Wichtig sei, daß sich die SU bis auf weiteres vertragskonform mit Interim-Abkommen verhalte und nichts unternehme, was irreversibel SALT II zuwider laufe. Earle nannte folgende Beispiele: Nicht in Übereinstimmung mit SALT II wäre es, die Zahl der MIRV-Träger über 820 zu erhöhen (doch sei dies jederzeit zurückzudrehen). Irreversibel dagegen wäre ein Test der SS-18 mit 30 Sprengköpfen. Interessant sei vager Hinweis in Prawda letzte Woche, daß SU sich an SALT II halten werde.¹⁸

SU wünsche sicher nicht als erster aus dem SALT-Prozeß auszubrechen. Wenn sich das Ost-West-Verhältnis jedoch weiter verschlechtere und die SALT-II-Ratifikation immer unwahrscheinlicher werde, könne der Zeitpunkt kommen, an dem die SU sagen werde „to hell with it“.

Die Frage von General Tandecki, ob die USA sich jetzt sowohl ans Interim-Abkommen und ans SALT-II-Abkommen gebunden fühlten, obwohl das erstere durch das zweite abgelöst werden solle, bejahte Earle.

Auf die Frage von Botschafter Ruth nach dem CIA-Bericht über die Entwicklung im Falle des Scheiterns von SALT II meinte Earle, dieses Papier sei ihm nicht bekannt. Laut Presse-Berichten beziehe es sich auf die Zeit nach 1989.¹⁹ Ohne SALT würde es sicherlich schwer verifizierbare Entwicklungen geben: mobile ICBM (land- und luftgestützt). Auch die USA seien in der Lage, den MX-

¹⁶ Botschafter Hermes, Washington, informierte am 30. April 1980, das amerikanische Außenministerium habe zum Verlauf der Sitzungsperiode des Abrüstungsausschusses (CD) vom 5. Februar bis 29. April 1980 in Genf mitgeteilt, die sowjetische Delegation habe „alle Informationen, die gemäß ABM und SALT-Interim-Agreement erforderlich waren, gegeben. Sie sei sogar zum Teil über vertragliche Verpflichtungen hinausgegangen.“ Sie habe sich jedoch geweigert, „weitere prozedurale Regeln zu erörtern, die zur Durchführung bestimmter Maßnahmen des SALT-II-Vertrags, z. B. beim Abbau von ICBMs, zu beachten sind“. Dies sei mit der Verschiebung der Ratifizierung des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 im amerikanischen Senat begründet worden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1816; VS-Bd. 11372 (220); B 150, Aktenkopien 1980.

¹⁷ Korrigiert aus: „SCG.“

¹⁸ In der sowjetischen Tageszeitung „Prawda“ hieß es, es sei bedauerlich, daß die amerikanische Regierung die Ratifizierung des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 als letzte der von ihr zu bewältigenden Aufgaben ansehe, während das „militaristische Programm“ höchste Priorität genieße. Die UdSSR dagegen stehe zur Ratifizierung des Vertrages. Sie halte immer ihr Wort und sei der Ansicht, daß auch die andere Seite sich an von ihr unterschriebene Dokumente halten solle. Vgl. dazu den Artikel „O paslanii prezidenta SŠA“; PRAWDA vom 29. Januar 1980, S. 4.

¹⁹ In der Presse wurde berichtet: „Chief U. S. intelligence officials are completing this week a grim estimate predicting that, without a second Soviet-U. S. strategic arms limitation treaty, Soviet rockets in 1989 would be able to rain more than twice as many atomic warheads on the United States as they would if constrained by SALT-II and successor agreements.“ Vgl. den Artikel „Soviet Warhead Buildup Seen if SALT Abandoned“; INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE vom 1. Februar 1980, S. 1.

Ausbau²⁰ so zu forcieren (Zahl der Silos), daß die SU es schwerhätte, in der Zahl der Sprengköpfe nachzuziehen.

Auf die Frage von RL 220, ob nicht auch der Zeitrahmen für das Protokoll zum SALT-II-Vertrag²¹ sehr knapp werde, wenn Vertrag erst 1981 ratifiziert werde, erläuterte Earle, daß zweifellos auch hier ein zusätzliches Problem für Neuverhandlungen auftauche.

Dg22 betont Notwendigkeit, sowjetischem Vorwurf, TNF verstoße gegen Geist von SALT II und gegen in Wien von Carter „festgestellte“ Parität²² entgegenzutreten. Er stellte die Frage, ob SU jemals bereit war, über Mittelstreckensysteme beider Seiten zu verhandeln.

Earle verneinte die Frage. Vor 2 1/2 Jahren habe es zwar einen eher negativen Hinweis im Rahmen der Diskussion über Backfire gegeben, als die SU sagte, wenn über Backfire (der keine strategische Waffe sei) gesprochen werde, dann auch über FBS²³, dies sei jedoch nur eine zeitweilige Verbindung gewesen.

Auf die Frage von Dg22, ob man sich in Genf über den Begriff „strategisch“ mit den Sowjets geeinigt habe, erwiderte Earle, nach sowjetischer Auffassung sei die Waffe strategisch, die das Gebiet des anderen erreichen könne. Es habe aber keine konzeptionelle Diskussion darüber gegeben.

²⁰ In seiner Jahresbotschaft an den amerikanischen Kongreß legte Präsident Carter am 19. Januar 1978 dar, daß die Entwicklung der MX-Rakete fortgesetzt werde. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, CARTER 1978, S. 123.

Am 8. Juni 1979 gab der stellvertretende Pressesprecher des amerikanischen Präsidialamts, Granum, die Dislozierung der MX-Rakete bekannt. Er legte dar, daß über den Stationierungsmodus in den kommenden Monaten entschieden werde. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, CARTER 1979, S. 1016.

Brigadegeneral von Ondarza, Washington, notierte am 1. März 1980: „Mit der endgültigen Entscheidung des Präsidenten für die MX im September 1979 wurde ein gigantisches Entwicklungsprojekt von herausragender politischer wie militärischer Tragweite eingeleitet. Vielfach in Zusammenhang mit der noch ausstehenden SALT-II-Ratifizierung gebracht, begegnete die MX-Entscheidung unentwegter Kritik, ohne dadurch erschüttert zu werden. Unter ernsthaftem Beschuß blieb der von der USAF endgültig vorgeschlagene und vom Präsidenten genehmigte ‚basing mode‘, das sog. ‚horizontal M[ultiple]P[rotective]S[helter] race track system‘. Dies hat auf Verlangen des Kongresses dazu geführt, daß im Rahmen der durchzuführenden ‚Environmental Impact Studies‘ (EIS) nunmehr zwei weitere Stationierungsmöglichkeiten (‚Horizontal Loading Dock‘ und ‚Vertical MPS‘) untersucht werden.“ Vgl. Referat 201, Bd. 120164.

²¹ Für den Wortlaut des Protokolls zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 44 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 389–391.

²² Präsident Carter und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, trafen vom 15. bis 18. Juni 1979 anläßlich der Unterzeichnung des SALT-II-Vertrags in Wien zusammen. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 181 und Dok. 211.

Botschafter Ruth vermerkte am 4. Januar 1980, der polnische Außenminister Wojtaszek habe wie zuvor schon der sowjetische Außenminister Gromyko behauptet, Präsident Carter habe anläßlich des Treffens „das Bestehen eines annähernden Gleichgewichts festgestellt und dies auch auf den Bereich der Mittelstreckenwaffen bezogen“. Die amerikanische Botschaft in Bonn sowie das amerikanische Außenministerium bestritten dies. Demnach sei in Wien nur über das strategische Gleichgewicht, jedoch nicht über das im Mittelstreckenbereich in Europa gesprochen worden: „In Wien ist auf die Ungleichgewichte im Mittelstreckenbereich und im konventionellen Bereich – im Zusammenhang mit MBFR – ausdrücklich hingewiesen worden. Bei den im Kommuniké genannten ‚principles of equality and equal security‘ handelt es sich nicht um eine Anerkennung von bestehenden Tatsachen, sondern um eine Feststellung von Grundsätzen für Rüstungskontrollverhandlungen.“ Vgl. VS-Bd. 11343 (220); B 150, Aktenkopien 1980.

²³ Im Rahmen der Verhandlungen über SALT 1977 wurde auch die mögliche Einbeziehung der FBS erörtert. Vgl. dazu AAPD 1977, I, Dok. 84 und Dok. 140.

RL 220 fragte unter Bezug auf sowjetische Polemik, durch TNF werde die Vorwarnzeit verkürzt, inwieweit die Vorwarnzeit bei SALT II eine Rolle gespielt habe.

Earle meint, diese Frage sei im Rahmen der Diskussion über das Verbot von Raketenstarts mit abgeflachter Flugbahn (*depressed trajectory*) erwähnt worden. SU habe im Prinzip nichts gegen dieses Konzept gehabt, man habe es jedoch am Ende der Verhandlungen nicht mehr bewältigen können. Es sei für SALT III aufgespart worden.

Auf Dr. Ruths Frage nach der SU-Forderung auf Einbeziehung der Drittländer-Systeme antwortete Earle, daß die Forderung in Wladiwostok von Sowjets fallengelassen worden sei²⁴ (Absichtserklärung für SALT III lasse offen, ob auch diese Systeme strateg. Faktor).

Auf die Frage von Botschafter Ruth nach den Vorbereitungen von SALT III antwortete Earle, diese seien erst im Vorstadium, sie seien beim NSC angesiedelt, in der SALT III Working Group. Es werde geprüft, was alles einbezogen werden könne.

Dg22 betont Wichtigkeit der SALT-III-Struktur für die Verhandlungen und ihre Ergebnisse, wobei schrittweise an die zu verhandelnden Gegenstände herangegangen werden sollte.

Generalmajor Tandecki weist auf Gefahr hin, daß bei einer von SALT III losgelösten Verhandlung über TNF erneut das Problem der Regionalisierung auftreten werde, das es zu vermeiden gelte.

RL 220 fragte nach der Haltung des Senats zu inneramerikanischen Vorbereitungen für SALT III und TNF-Verhandlungen vor einer Ratifikation von SALT II.

Earle erwiderte, daß der Senat solchen Vorhaben nichts in den Weg stellen werde.

Dg22 stellte die Frage nach dem Gewicht europäischer Stellungnahmen zugunsten von SALT II, für den Fall, daß sich die Administration entschließen würde, die Ratifikation des Vertrages erneut zu betreiben.

Earle betonte, die Ratifizierung werde überwiegend von US-Stimmen abhängen, dabei komme es in erster Linie auf die Unterstützung durch militärische Krei-

²⁴ Die USA und die UdSSR verabschiedeten am 24. November 1974 in Wladiwostok eine Gemeinsame Erklärung zu den Verhandlungen über eine Begrenzung strategischer Waffen (SALT). Sie kamen überein, daß das Interimsabkommen vom 26. Mai 1972 über Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waffen (SALT) bis Oktober 1977 verlängert werden sollte und seine Bestimmungen in ein neues Abkommen zu übernehmen seien. Die neue Vereinbarung werde eine Laufzeit von Oktober 1977 bis 31. Dezember 1985 haben. Ferner sollten beide Seiten berechtigt sein, eine bestimmte Anzahl strategischer Trägerwaffen und eine vereinbarte Gesamtzahl von ICBMs und SLBMs mit Mehrfachgefechtsköpfen zu besitzen. Schließlich wurde vereinbart, nicht später als 1980/81 neue Verhandlungen über die Begrenzung und Reduzierung strategischer Waffen zu beginnen. Vgl. dazu DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 879. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1975, D 95 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 374.

Am 2. Dezember 1974 gab Präsident Ford vor der Presse die vereinbarten Zahlen bekannt. Demnach wurde die Höchstgrenze für interkontinentale ballistische Flugkörper, einschließlich von U-Booten zu startenden Flugkörpern und schweren Bombern, auf jeweils 2400 festgelegt. Davon sollten 1320 mit Mehrfachgefechtsköpfen (MIRV) ausgerüstet werden dürfen. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, FORD 1974, S. 679. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1975, D 100.

se in den USA an. Gewiß sei eine Bestätigung der positiven europäischen Haltung hilfreich, aber nicht entscheidend.

Dg22 betonte abschließend Bedeutung der SALT-Konsultationen für Solidarität der Allianz; mit Schaffung der SCG²⁵ habe Allianz bewiesen, daß sie an Rüstungskontrollangebot festhalte. Wichtig sei, den Argumenten der SU im TNF-Bereich gemeinsam zu begegnen. Hinweis auf Argumentenkatalog, den wir vorbereiten.²⁶

3) MBFR

a) Dg22 führte den Punkt kurz ein, unterstrich das grundsätzliche Interesse, das die Bundesrepublik Deutschland von Anfang an an MBFR gehabt habe, und wies insbesondere auf folgende Punkte hin:

Durch MBFR sei das Prinzip verankert worden, daß Sicherheit in Europa ohne die Allianz, d.h. ohne die USA und Kanada, nicht denkbar sei. Durch MBFR seien die bilateralen amerikanisch-sowjetischen Bemühungen um Rüstungskontrolle um eine multilaterale europäische Dimension erweitert worden. Da die Bundesrepublik Deutschland durch eine MBFR-Vereinbarung mit ihrem ganzen Territorium und allen Streitkräften erfaßt werde, nehmen wir naturgemäß einen besonderen Anteil an der Entwicklung der Verhandlungen. Es gehe uns besonders darum, negative Auswirkungen der Konzentration auf Mitteleuropa zu verhindern, oder aber diese Beschränkung des Anwendungsgebiets aufzulockern. Es dürfe innerhalb der Allianz keine besondere Sicherheitszone geben. Wir seien unverändert an einem MBFR-Abkommen interessiert, aber ein solches Abkommen dürfe nicht zu einer Änderung der Sicherheitsstruktur in Europa führen.

Danach wurde das Gespräch ohne Direktor Earle und Dg22 fortgesetzt.²⁷ Die Gesprächsführung übernahmen RL 221 und Mr. Fisher.

b) Anwendung der Inspektionsmaßnahmen

RL 221 legte unsere Position zur Anwendung von Inspektionen auch auf die Bundeswehr in Phase I dar.²⁸ Inspektionen seien zweckgebundene Maßnah-

²⁵ Zur Konstituierung der Special Consultative Group (SCG) am 25. Januar 1980 vgl. Dok. 28.

²⁶ Vortragender Legationsrat I. Klasse Citron übermittelte der Botschaft in Washington am 12. Februar 1980 einen „Beitrag für den von amerikanischer Seite geplanten Argumentationskatalog für die Öffentlichkeitsarbeit zur Weiterleitung an das State Department“. Dazu teilte er mit: „Leider war es nicht möglich, bei der Übermittlung – wie geplant – Argumente und Gegenargumente synoptisch darzustellen. Es ist vorgesehen, diesen Text hier zu überarbeiten und nach Vorliegen einer amerikanischen Reaktion zu gegebener Zeit auch an die Bündnispartner in der SCG zu verteilen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 860; Referat 220, Bd. 116910.

²⁷ Botschafter Ruth vermerkte am 6. Februar 1980, Staatssekretär van Well habe Botschafter Earle empfangen. Themen des Gesprächs seien die Ratifizierung des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 sowie die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen gewesen. Earle habe berichtet, er habe am 4. Februar 1980 gegenüber dem ihm von den SALT-Verhandlungen bekannten sowjetischen Botschafter Semjonow „das Interesse des amerikanischen Präsidenten an einer Fortsetzung der Rüstungskontrolle dargestellt. Semjonow habe darauf ausdrücklich gefragt, ob er dies als offizielle amerikanische Position an Moskau weitergeben könne. Earle habe dies bestätigt.“ Vgl. VS-Bd. 11312 (220); B 150, Aktenkopien 1980.

²⁸ Die Bundesregierung machte geltend, daß die im Rahmen der begleitenden Maßnahmen bei MBFR erörterten Inspektionsmaßnahmen zur Herausbildung einer Rüstungskontrollzone in Mitteleuropa führen könnten, in der die Bundesrepublik eine Sonderrolle spielen und das deutsch-französische Verhältnis belastet werden könnte. Ergänzend führte sie deutschlandpolitische Gesichtspunkte ins Feld. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 294.

men, die der Verifikation konkreter Verpflichtungen aus einem MBFR-Abkommen dienten. Wenn man die Inspektionen auch zur Verifikation begleitender Maßnahmen²⁹ einsetzen wolle, dann müßten sie auch dasselbe Gebiet erfassen wie die zu verifizierende Maßnahme, also im Fall der Maßnahme 1 auch sowjetisches Gebiet. Wir könnten nicht hinnehmen, daß die gleiche Verpflichtung für Teilnehmer innerhalb des Raums der Reduzierungen, nicht aber für Teilnehmer außerhalb dieses Raumes verifizierbar sein soll. Sonst würden wir bei MBFR eine neue Diskriminierung zulassen und darüber hinaus die westliche Position für eine KAE negativ präjudizieren. Gerade nach Afghanistan komme es darauf an, die sowjetische Militärmacht auch außerhalb von Mitteleuropa zu erfassen. Mr. Fisher räumte ein, daß er die deutsche Position jetzt besser verstehe. Man habe im Dezember zunächst geglaubt, die deutsche Haltung bedeute schlicht, daß man die deutschen Streitkräfte auf keinen Fall Inspektionen unterwerfen wolle. Der Dissens ergebe sich daraus, daß wir Inspektionen auf die Verifikation beschränken wollten, während sie nach amerikanischer Ansicht auch einen Wert in sich haben. Man habe seinerzeit geglaubt, das Problem praktisch gelöst zu haben, und den Dissens übersehen. Man werde die deutsche Position in Washington im Lichte des heutigen Gesprächs prüfen.

Fisher unterstrich erneut, daß man auf den doppelten Zweck der Inspektionen großen Wert lege. Neben der Verifizierung seien Stabilisierung und Warnzeitgewinn ebenso wichtig. Man habe in Washington auf die deutsche Haltung, entweder den Anwendungsbereich auszudehnen oder die Inspektionen selbst zu beschränken, sehr besorgt reagiert. Man sehe die Gefahr, daß der Osten eine solche Haltung als Vorwand benutzen werde, um sich einer ernsthaften Erörterung der Substanz der Inspektionsmaßnahmen zu entziehen. Zu unserer Anregung, die Frage in Wien gegenwärtig nicht zu vertiefen und abzuwarten, bis der Osten detaillierte Fragen stelle, bezweifelte Fisher, daß man die Frage unbegrenzt offenlassen könne.

RL 221 erinnerte daran, daß wir Inspektionen im Sinne von stabilisierenden Maßnahmen stets als unannehmbar bezeichnet hätten, solange sie auf den Raum der Reduzierungen beschränkt bleiben. Der durch britische Vermittlung zustande gekommene Kompromiß habe gerade darin bestanden, die Inspektionen an den Zweck der Verifikation zu binden (§ 4 der Verhandlungsweisung). (Fisher

²⁹ Das aus sieben Punkten bestehende Paket begleitender Maßnahmen war Teil der am 20. Dezember 1979 von den an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten eingeführten Vorschläge. Vgl. dazu Dok. 1, Anm. 12.

Referat 221 skizzierte die Maßnahmen am 21. Februar 1980 folgendermaßen: „1) Ankündigung von Divisionsaktivitäten außerhalb der Kasernen durch alle Teilnehmer in Europa. Der Geltungsbereich soll das europäische Territorium aller Teilnehmerstaaten, einschließlich eines wesentlichen Teils des europäischen Territoriums der SU umfassen. 2) Austausch von Beobachtern bei Maßnahme 1) mit demselben Geltungsbereich. 3) Ankündigung von Bewegungen der Landstreitkräfte der direkten Teilnehmer in den Raum der Reduzierungen hinein. 4) Boden- und/oder Luftinspektionen auf Anforderung, max. 18 Inspektionen pro Jahr. 5) Durchlaufpunkte für stationierte Land- und Luftstreitkräfte mit ständigen Beobachtern. 6) Austausch von Informationen über militärische Daten. 7) Nichtbeeinträchtigung nationaler Aufklärungsmittel.“ Ferner seien vorgesehen: „Bekräftigung der vertrauensbildenden Maßnahmen (CBM) der KSZE-Schlußakte; Einrichtung eines Konsultativmechanismus unter Verwendung der in Wien bereits vorhandenen Verhandlungsstrukturen.“ Vgl. Referat 221, Bd. 116924.

warf hierzu ein, man habe sich nicht klargemacht, daß wir aus dieser Zweckbindung praktische Konsequenzen ziehen würden.)

Im übrigen sollte man sich gegenwärtig nicht allzu stark vom Gesichtspunkt der Verhandelbarkeit leiten lassen. Wegen des allgemeinen Klimas seien die Aussichten für ein Abkommen in nächster Zukunft ohnehin nicht groß. Es komme jetzt mehr darauf an, die Öffentlichkeit von unserer Position zu überzeugen und den Osten unter Verhandlungsdruck zu setzen.

Auf Einwand von Fisher, ob die Öffentlichkeit Verständnis aufbringen würde, wenn sich für die Verhandlungen Schwierigkeiten daraus ergeben, daß wir die geographische Beschränkung auf Mitteleuropa von 1973³⁰ in Frage stellen, erklärte RL 221: Mit der Überwindung des engen Raums der Reduzierungen hinsichtlich des Anwendungsbereichs begleitender Maßnahmen seien die neuen westlichen Vorschläge³¹ ein Schritt von großer sicherheitspolitischer Bedeutung. Nach unserer Ansicht wäre es im Gegenteil schwierig, unserer Öffentlichkeit zu erklären, warum wir diese unsere Haltung nach Afghanistan ändern wollten. Da unser Territorium auf jeden Fall betroffen werde, sei es für uns ohnehin schwer gewesen, Inspektionen zu akzeptieren.

Auch wenn die Bundeswehr als solche nicht inspiziert werde, werden sich die Inspektionsteams auf deutschem Boden bewegen, ohne daß man sie an der Wahrnehmung militärisch wichtiger Erkenntnisse außerhalb des eigentlichen Inspektionszwecks würde hindern können.

Oberst i. G. Heydrich vertrat die Auffassung, daß selbst nach einer kollektiven Nichterhöhungsvereinbarung, wie vom Westen für den Fall einer Einigung über die Gesamtdaten angeboten, die Bundeswehr Inspektionen noch nicht unterworfen werden könne. Er wies auf die Schwierigkeiten hin, eine Nichterhöhungsvereinbarung durch Inspektionen zu verifizieren, da sich die Inspektionen immer nur auf einen kleinen Ausschnitt des Gesamtgebiets der anderen Seite erstreckten. Inspektionen hätten zwar immer auch einen vertrauensbildenden Nebenzweck, es sei aber für uns nicht akzeptabel, daß sie sich unter dem Gesichtspunkt der Vertrauensbildung ohne Zweckbindung auf alle möglichen Objekte richten könne. Das wäre ein reines Auskundschaften (intelligence gathering). Zweckbindung sei unerläßlich.

Fisher verwies auf die Verhandlungsweisung (§ 34), nach der bei der Anmeldung einer Inspektion die Angabe eines Zwecks nicht vorgesehen sei. (Oberst i. G. Heydrich machte seinerseits darauf aufmerksam, daß die Weisung dies aber auch

³⁰ Der Leiter der amerikanischen MBFR-Delegation, Resor, führte am 22. November 1973 namens der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten Rahmenvorschläge für ein MBFR-Abkommen ein. Diese sahen eine Verminderung der Landstreitkräfte beider Seiten auf dem Gebiet Belgiens, der Bundesrepublik, der ČSSR, der DDR, Luxemburgs, der Niederlande und Polens bis zu einer übereinstimmenden Höchststärke des Personals (common ceiling) mit jeweils etwa 700 000 Mann vor. Vorgesehen war, diese Reduzierungen in zwei aufeinanderfolgenden Phasen mit zwei Abkommen zu erreichen. In einer ersten Phase sollten nur die Streitkräfte der USA und der UdSSR reduziert werden. Die Vorschläge sahen außerdem Vereinbarungen über vertrauensbildende und stabilisierende Maßnahmen sowie zur Verifikation vor. Vgl. dazu AAPD 1973, III, Dok. 386.

³¹ Zum Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 20. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 12.

nicht ausschließt.) Im übrigen sei man amerikanischerseits nicht der Auffassung, daß Inspektionen bestimmter Einheiten die eigene Organisationsfreiheit störe.

RL 221 bemerkte, daß zur Frage von Inspektionen nach einer Einigung über die Gesamtdaten die deutsche Position noch zwischen den beteiligten Stellen abgestimmt werden müsse. Wir würden unsere Haltung zum Gesamtkomplex demnächst in einer Weisung an unsere MBFR-Delegation festlegen und diese Weisung über die Botschaft Washington an State Department und ACDA zur Kenntnis geben.³²

Beide Seiten stimmten darüber überein, daß die AHG die Frage notfalls an das SPC in Brüssel zurückgeben müsse, und daß dann bilateral zwischen Washington und Bonn weiterberaten werden müsse. RL 221 plädierte dafür, die Diskussion in der AHG so weit wie möglich zu vermeiden. Auch Fisher unterstrich die Notwendigkeit, den Dissens nach außen nicht erkennbar werden zu lassen.

c) Beide Seiten verglichen ihre allgemeine Beurteilung der Lage in Wien, die keine wesentliche Bewegung in der nächsten Runde erwarten lasse, aber insofern ermutigend sei, als der Dialog fortgesetzt und von beiden Seiten ernst genommen werde. Der Westen sei durch die Dezember-Vorschläge in einer günstigen Lage.

d) Zur Frage, ob demnächst ein trilaterales Treffen nötig werde, ergab sich Einverständnis dahin, daß man dieses Instrument im Hinblick auf die anderen Partner nicht überbetonen, es aber auch nicht etwa erweitern sollte. Gegenwärtig gebe es für ein Trilateral keinen konkreten Anlaß.³³

³² Botschafter Ruth übermittelte am 11. Februar 1980 eine Weisung an die Botschaft in Washington und die MBFR-Delegation in Wien für Gespräche über die Einbeziehung der Bundeswehr in Inspektionen. Diese würden nach einem Phase-I-Abkommen durchgeführt, „wenn sie die Überprüfung vertragskonformen Verhaltens zum Gegenstand haben. [...] Wir können uns der Auffassung Deans anschließen, wonach in der Allianz kein Konsens darüber besteht, ob Inspektionen auch auf Verpflichtungen aus begleitenden Maßnahmen anwendbar sein sollen. Diese Frage hat in den allianzinternen Beratungen auf der Ebene des SPC [...] zur Vorbereitung der Allianz-Weisung an die AHG überhaupt nicht zur Debatte gestanden.“ Falls es in der NATO zu einem Konsens kommen sollte, müßte eine solche Verpflichtung auch auf sowjetisches Territorium Anwendung finden: „Wir könnten kein Ergebnis hinnehmen, wonach gleiche Verpflichtungen nur für Teilnehmer innerhalb des Raums für Reduzierungen, nicht aber für Teilnehmer außerhalb dieses Raums verifizierbar sind. [...] Die Auffassung Deans, daß Inspektionen nicht nur verifizierender, sondern auch stabilisierender Natur seien, ist mit dem klaren Text der Verhandlungsweisung (‘for the purposes of monitoring compliance of the participants with the provisions of the MBFR-agreement’) nicht vereinbar.“ Inspektionen der Bundeswehr kämen demgemäß „erst nach einer Einigung über Gesamtdaten, Austausch dieser Daten [...] sowie einer kollektiven Nichterhöhungsverpflichtung“ in Frage. Vgl. den Drahterlaß Nr. 841; VS-Bd. 11515 (221); B 150, Aktenkopien 1980.

³³ Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), berichtete am 29. Februar 1980: „Dean übergab in gestrigem Trilateral Text in Bonn und Washington bekannter Antwort auf unsere Stellungnahme zur Frage des Anwendungsbereichs von Inspektionen in Phase I. Dabei erklärte er, diese Frage sei für die USA von außerordentlich großer Bedeutung.“ Das Mitglied der amerikanischen MBFR-Delegation, Blaker, habe vertraulich wissen lassen, die amerikanische Einstellung zu MBFR laufe darauf hinaus, „daß die Vereinbarung von AM und nicht mehr die Vornahme von Reduzierungen das Hauptverhandlungsziel sein solle. [...] Im Rahmen dieses sich zur Zeit entwickelnden neuen amerikanischen MBFR-Konzepts komme der Vereinbarung von Inspektionen besondere Bedeutung zu, da von ihnen in erster Linie eine Erhöhung der Vorwarnzeit erwartet werde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 130; VS-Bd. 11515 (221); B 150, Aktenkopien 1980.

4) Andere Themen:

a) Indischer Ozean³⁴

Fisher beschränkte sich auf die Bemerkung, Afghanistan biete eine gute Gelegenheit, den NNA³⁵-Staaten zu demonstrieren, wie unrealistisch das ganze Unternehmen sei. Die Frage der Teilnahme oder Nichtteilnahme an der Sitzung des Ad-hoc-Ausschusses der VN sei in Washington noch nicht entschieden.

b) CBM-Arbeitsgruppe der VN: RL 220 berichtete über sowjetische Bemühungen, in VN-Expertengruppe mitzuarbeiten.³⁶ Fisher vertrat Meinung, daß die US ebenfalls teilnehmen sollten. Automatische Mitgliedschaft von SU in allen VN-Arbeitsgruppen hielt er nicht für wünschenswert.

c) Zur Frage Einsetzung einer VN-Arbeitsgruppe zur Limitierung des Transfers konventioneller Waffen³⁷ teilte US-Delegation Auffassung von RL 220, daß ita-

³⁴ Die VN-Generalversammlung forderte am 16. Dezember 1971 mit Resolution Nr. 2832 erstmals die Schaffung einer Friedenszone im Indischen Ozean. Für den Wortlaut vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XIII, S. 392f.

Seit Juni 1977 verhandelten die USA und die UdSSR über eine regionale Flottenbegrenzung im Indischen Ozean. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 132.

Botschafter Ruth vermerkte am 14. Januar 1980, die VN-Generalversammlung habe beschlossen, „den Ad-hoc-Ausschuß Indischer Ozean durch Einladung an die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates sowie die Hauptnutzer des Schifffahrtsweges Indischer Ozean zu erweitern. Aufgabe des Ausschusses ist die Vorbereitung einer Konferenz zur Realisierung des Projekts ‚Friedenszone Indischer Ozean‘ 1981 in Colombo.“ Die USA hätten sich zu einer Teilnahme noch nicht geäußert: „Im Indischen Ozean haben auch für uns die Sicherheitsüberlegungen der USA Vorrang, nach Afghanistan noch mehr als vorher. Die bilateralen Gespräche US–SU über einen Rüstungsstopp im Indik sind trotz eines erneuten Versuchs nach dem Wiener Gipfel nicht wieder aufgenommen worden.“ Eine mögliche Teilnahme der Bundesrepublik müsse mit den USA abgestimmt werden. Vgl. Referat 222, Bd. 116968.

³⁵ Neutral and Non-aligned.

³⁶ Referat 220 vermerkte am 29. Januar 1980, die VN-Studiengruppe über vertrauensbildende Maßnahmen werde vom 8. bis 11. April 1980 in Genf zur ersten Sitzung zusammentreten: „Mandat für die Studiengruppe wurde durch die von uns in der 34. GV eingebrachte und von weiteren 25 Staaten mitgetragene GV-Resolution 34/87 B erteilt.“ Die Studiengruppe solle der diesjährigen VN-Generalversammlung einen Zwischenbericht und der folgenden einen Endbericht vorlegen: „Gruppe soll sich aus Regierungssachverständigen zusammensetzen, die vom GS-VN auf ausgewogener geographischer Grundlage ernannt werden.“ Ursprünglich seien zehn Experten vorgesehen gewesen. Die Bundesrepublik, Ecuador, Finnland, Kanada und Österreich hätten ihre Teilnahme bereits zugesagt, auch die Rumäniens scheine gesichert. Zudem habe die ČSSR Interesse bekundet: „Jüngste Entwicklung ist die, daß SU – trotz Opposition gegen Studienaufträge noch auf 34. GV – durch Verbalnote gegenüber GS-VN beanspruchte, künftig bei allen Expertengruppen im Rüstungskontrollbereich vertreten zu sein. Wir erwarten infolgedessen Verzichtserklärungen der ČSSR oder Ungarns. Sollte sich SU durchsetzen, werden auch USA auf Teilnahme bestehen. [...] Wir haben als Initiator der Studie besonderes Interesse an ihrer erfolgreichen und substantiellen Arbeit. Uns ist infolgedessen daran gelegen, daß seitens der Dritten Welt Staaten teilnehmen, die dem Westen und seinem sicherheitspolitischen Konzept wohlwollend bis neutral gegenüberstehen.“ Aus Sicht der Bundesregierung sei es wichtig, „daß das bisher für Europa (KSZE und MBFR) entwickelte Konzept der CBM durch eine weltweite Dimension ergänzt werden muß“. Vgl. Referat 220, Bd. 116899.

³⁷ Referat 220 stellte am 2. März 1977 fest: „Die von den USA 1975 in der CCD ergriffene Initiative, Maßnahmen zur Einschränkung des internationalen Waffenhandels vorzuschlagen, wurde 1976 in der NATO weiterverfolgt. [...] Die neue amerikanische Regierung hat jetzt dieses Problem in den Vordergrund ihrer Abrüstungspolitik gestellt. Bereits im Wahlkampf hatten Carter und Mondale immer wieder darauf hingewiesen, daß der Handel mit konventionellen Waffen nicht das geeignete Mittel ist, um Probleme des Außenhandels und der Arbeitslosigkeit zu lösen. Zur Zeit ist das Thema zwar in keinem Gremium der UNO oder einer anderen multilateralen Organisation anhängig. Es ist aber damit zu rechnen, daß es in der Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen im Mai/Juni 1978, sei es als Einzelthema, sei es im Rahmen einer Studie über regionale Abrüstungsmaßnahmen eine Rolle spielen wird. Innerhalb der Neun findet sich Zurückhaltung (GB) neben gro-

lienische Initiative auf diesem Gebiet derzeit besser zurückgestellt werden sollte.³⁸

[Ruth]³⁹

VS-Bd. 11451 (221)

41

Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-1625/80 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 183

Aufgabe: 6. Februar 1980, 12.10 Uhr¹
Ankunft: 6. Februar 1980, 13.13 Uhr

Betr.: US-Erklärung

Der amerikanische Ständige Vertreter², soeben nach zweiwöchigem Aufenthalt in Washington hierher zurückgekehrt, erklärte am Ende heutigen private meetings, er halte es für nötig, dem Rat einen Eindruck zu vermitteln von der veränderten politischen Grundhaltung, die die amerikanische Öffentlichkeit und die führenden Kreise erfülle. Dies bedeute einen tiefgehenden Wandel, der sich seit der Geiselnahme in Teheran und verstärkt durch die Invasion der SU in Afghanistan durchgesetzt habe und keine vorübergehende Stimmung darstelle.

Die Amerikaner seien von einer erneuten Entschlossenheit und einer Einigkeit erfüllt, die sie über Jahre hin nicht gekannt hätten. Dies recht wahrzunehmen, sei vielleicht nur möglich, wenn man es für einige Zeit in Amerika jetzt in diesen Tagen und Wochen selbst erlebt habe. Dann werde klar, daß nicht taktische Überlegungen, die einer augenblicklichen Konjunktur entsprechen, maßgebend seien, sondern daß sich ein gegenüber dem Bisherigen neues politisches Konzept forme. Die in Europa zum Ausdruck kommende Befürchtung, die wesentlichen

Fortsetzung Fußnote von Seite 250

ßer Skepsis (Fra[nkreich]) und positiverer Einstellung zu dem Thema (Belgien, NL, Irl[and]). Die Sowjetunion verhält sich bisher sehr reserviert; in der CCD hat sie auf die amerikanische Anregung nicht reagiert.“ Vgl. Referat 220, Bd. 112952.

38 Vortragender Legationsrat I. Klasse Citron informierte am 4. März 1980 die Delegation beim Abrüstungsausschuß (CD) in Genf, im Rahmen der deutsch-amerikanischen Konsultationen am 3. März 1980 hätten die USA erklärt, „daß Gespräche mit SU angesichts der Ereignisse in Afghanistan derzeit nicht aufgenommen würden. Die Kontrolle des konventionellen Waffenexportes bleibe jedoch eine wichtige Aufgabe. Die Administration halte daher auch an den von ihr vorgesehen internen Prozeduren fest.“ Vgl. den nicht nummerierten Drahterlaß; Referat 422, Bd. 124194.

39 Verfasser laut Begleitvermerk. Vgl. Anm. 1.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat Heyken am 8. Februar 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Arnot und Ministerialdirigent Lücking sowie die Wiedervorlage bei Referat 213 verfügte.

Hat Arnot am 8. Februar 1980 vorgelegen.

Hat Lücking am 12. Februar 1980 vorgelegen.

Hat Heyken am 12. Februar 1980 erneut vorgelegen.

² William Tapley Bennett.

Kontakte auf politischer Ebene zwischen den USA und der SU seien unterbrochen, treffe nicht zu. Es gebe im Gegenteil täglich durchaus politische Kontakte.

Washington verfolge die europäische Reaktion mit einer Mischung von Amusement, Demüsenment und Irritation. Man habe lange Zeit den Amerikanern Mangel an Führungskraft vorgeworfen. Nun, wo sie die Führung ergriffen, beklage man sich über rücksichtslosen amerikanischen Alleingang. Amerika sei ein großes Volk und schere³ sich nicht allzu sehr um diese Kritik (not bothered). Der Konflikt, wie er sich entwickelt habe, sei letzten Endes einer um die Bedrohung der Energie-Quellen der westlichen Welt und um den freien Zugang zu und von diesen Energie-Quellen. Europa hänge mehr ab von dem mittelöstlichen Öl als die Vereinigten Staaten. So sei diese Krise im tiefsten eine, die die Europäer noch mehr angehe als die Amerikaner. Kissinger neige mitunter zu überpointierten Formulierungen, aber er habe zweifellos die überwiegende amerikanische öffentliche Meinung auf seiner Seite, wenn er davon spreche, daß es nicht angehe, wenn Verbündete glaubten, der Europäer Sache sei die Entspannung und die Verteidigung sei die der Amerikaner.

Amerika halte den Nuklearschirm über Europa, habe das getan und werde es auch in Zukunft tun. Es engagiere sich am meisten für die TNF-Modernisierung.⁴ Es engagiere sich für Schutz und Freihaltung der Seewege. Wenn Amerika mehr Lasten auf sich nehme, dann müsse es von den Europäern erwarten, daß auch sie mehr für die kollektive Stärkung des Bündnisses und die Gewährleistung der gemeinsamen Sicherheit täten.

Er wolle jetzt nicht den Bereich der Sanktionen, die gegenüber der SU wahrzunehmen seien, näher ansprechen.⁵ Aber vom amerikanischen Standpunkt aus lasse sich einiges zu der Frage der Gewährung von weiteren Krediten an die SU und zum Technologie-Transfer sagen.

In der Frage der Olympischen Spiele hätten sich bisher vierzig bis fünfzig Staaten an die Seite der USA⁶ gestellt, darunter viele der Dritten Welt. Die Enttäuschung über die Haltung einer Reihe europäischer Verbündeter sei in den Vereinigten Staaten unverkennbar. Die nahezu einstimmige Stellungnahme beider Häuser des Kongresses für einen Boykott⁷ gebe die Meinung des ameri-

³ Korrigiert aus: „kehre“.

⁴ Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 10.

⁵ Zur Einschränkung von Getreidelieferungen in die UdSSR vgl. Dok. 10, Anm. 23.

Zu den amerikanischen Maßnahmen für ein Embargo bei technologischen Gütern vgl. Dok. 10, Anm. 19.

Zum amerikanischen Wunsch nach Reduzierung der Rahmenkredite für die UdSSR vgl. Dok. 13, Anm. 2.

⁶ Zur Forderung des Präsidenten Carter vom 20. Januar 1980 nach einem Boykott der Olympischen Sommerspiele in Moskau vgl. Dok. 19, Anm. 20.

⁷ Am 24. Januar 1980 verabschiedete das amerikanische Repräsentantenhaus eine Resolution, in der mit 386 zu 12 Stimmen die Haltung von Präsident Carter in der Frage eines Boykotts der Olympischen Sommerspiele in Moskau gebilligt wurde. In der Presse hieß es: „The House resolution urges the U. S. Olympic Committee to propose to transfer the games from Moscow or cancel the Summer Games because of the Soviet intervention in Afghanistan. If that fails, the resolution calls on the U. S. committee to boycott the Moscow Games.“ Vgl. den Artikel „House Backs Boycott of Olympics“; INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE vom 25. Januar 1980, S. 1.

Der amerikanische Senat sprach sich am 29. Januar 1980 mit 88 zu 4 Stimmen für einen Boykott der Olympischen Spiele aus, selbst wenn sich die sowjetischen Streitkräfte aus Afghanistan zurückziehen sollten. Vgl. dazu den Artikel „Senate backs Moscow Olympics boycott“; INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE vom 30. Januar 1980, S. 1.

kanischen Volkes klar wieder. Es bestehe da ein vollkommener Konsensus zwischen der politischen Öffentlichkeit und der Führung.

Die USA wollten gegenüber den osteuropäischen Staaten eine aufgeschlossene Politik fortsetzen. Sie wollten die konstruktive Politik der Allianz in den Bereichen von Abrüstung, Rüstungskontrolle und –begrenzung, der KSZE usw. fortsetzen. Sie bauten auch weiterhin auf die Allianz, wie sie das dreißig Jahre lang getan hätten, in der festen Erwartung, daß sie von ihren Verbündeten nicht enttäuscht würden.

Eine solche Erklärung ist in der Informalität des private meeting des NATO-Rates etwas ganz Ungewöhnliches. Der zurückhaltende und eher zur Inaktivität neigende amerikanische Ständige Vertreter hat diese Erklärung gewiß nicht abgegeben, ohne daß seine Regierung ihn aufgefordert hatte, dies unmittelbar nach seiner Rückkehr in vertrautem Kreise zu tun.

[gez.] Pauls

VS-Bd. 13170 (213)

42

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow

213-322.00 SOW-348/80 VS-vertraulich

8. Februar 1980¹

Gespräch des Bundesministers mit Botschafter Semjonow am 8. Februar 1980 von 15.00 bis 16.00 Uhr

Anwesend auf sowjetischer Seite: 2. Sekretär Piskowoi, Attaché Smirnow;
auf deutscher Seite: LR I Hartmann, VLR I Arnot.

BM gibt seiner Befriedigung über die Fortsetzung des Gesprächs mit dem Botschafter vor zwei Wochen² zum Ausdruck sowie des Gesprächs, das Botschafter Wieck bei Gelegenheit der Übergabe des Schreibens des Bundeskanzlers an Generalsekretär Breschnew³ am 6. Februar mit Herrn Gromyko hatte.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde am 11. Februar 1980 von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Arnot an das Ministerbüro geleitet mit der Bitte, „die Genehmigung des Herrn Bundesministers herbeizuführen“.

Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 11. Februar 1980 vorgelegen.

Hat Bundesminister Genscher am 12. Februar 1980 vorgelegen.

Hat Arnot am 14. Februar 1980 erneut vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 13164 (213); B 150, Aktenkopien 1980.

² Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow am 25. Januar 1980 vgl. Dok. 26.

³ Für das Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt vom 31. Januar 1980 vgl. Dok. 34.

Ihm liegt daran, einige Worte über die Beratungen bei dem kürzlichen Besuch in Paris⁴ sowie zu der deutsch-französischen Erklärung⁵ zu sagen, wobei er davon ausgeht, daß dem Botschafter die Erklärung aus der Presse bekannt ist (der Botschafter bestätigt dies durch Nicken). Die deutschen und französischen Gesprächspartner haben Wert darauf gelegt, die internationale Lage darzustellen, wie sie sich durch die Ereignisse in Afghanistan entwickelt hat. Sie haben ihrer Überzeugung Ausdruck gegeben, daß die Forderungen in der Resolution der Vereinten Nationen⁶ erfüllt werden müssen. Ausgangspunkt für sie ist der Abzug der Truppen, weil sie den gegenwärtigen Zustand für nicht akzeptabel halten. Wir sehen mit großer Sorge die Gefahr einer fortgesetzten Eskalation und meinen, daß alles versucht werden muß, um ihr entgegenzutreten. Die Gefahr besteht vor allen Dingen darin, daß ein Automatismus von Reaktion und Gegenreaktion sich einstellt, und zwar unabhängig von den Intentionen der Beteiligten. Es hat oft in der Geschichte Situationen gegeben, bei denen sogar bei nicht zu beanstandenden Zielen der Beteiligten derartige Entwicklungen eingetreten sind. Wir haben mit Interesse festgestellt, daß die Sowjetunion wiederholt ihre Bereitschaft erklärt hat, die Truppen zurückzuziehen. Tatsächliche Schritte in dieser Richtung könnten diese Gefahr vermeiden helfen. Wir halten die Entwicklung für noch kontrollierbar und die Bemühungen, sie unter Kontrolle zu halten, für wichtig. Die Bundesregierung und ihre Bündnispartner wollen die Entspannungspolitik fortsetzen, auch wenn, wie es in der Erklärung heißt, „durch die Ereignisse in Afghanistan die Entspannung schwieriger und unsicherer geworden ist“.

Dies ist auch der Grund, weshalb eine Rückkehr zu dem Zustand notwendig ist, in welchem das Grundkonzept der Entspannungspolitik wieder Wirksamkeit erlangen kann. Dementsprechend heißt es auch in der Erklärung, „daß die Entspannung einem neuen Schlag gleicher Art nicht standhalten würde“. Dies sind sehr klare Feststellungen. Wir wollen den Staaten der Dritten Welt bei der Bewahrung der wirklichen Blockfreiheit helfen. Wir wünschen nicht deren Anlehnung an die eine oder die andere Seite, auch an uns selbst nicht. Wir haben ein Interesse daran, daß die Rivalität der Großmächte und der Ost-West-Gegensatz nicht auf die Dritte Welt übertragen werden. Wir haben klargemacht, daß Ausgangspunkt der Entspannungspolitik unsere Mitgliedschaft in der Allianz ist, auf der unsere Sicherheit beruht. Es sollten Rahmenbedingungen und Faktoren geschaffen werden, die eine konstruktive Entwicklung für die Zukunft ermöglichen. Dazu gehört der Rückzug. Das Bekenntnis zur Blockfreiheit macht deutlich, daß weder die Bundesregierung noch ihr französischer Partner noch andere verbündete Staaten die Blockfreiheit Afghanistans antasten. Sie haben das weder in der Vergangenheit getan, noch werden sie es in der Zukunft tun. Es ist wichtig, in der gegenwärtigen Lage den Dialog aufrechtzuerhalten. Es ist notwendig, Mißverständnisse und falsche Eindrücke zu vermeiden. Wir ha-

⁴ Bundesminister Genscher hielt sich vom 3. bis 5. Februar 1980 im Rahmen der deutsch-französischen Konsultationen in Frankreich auf. Zum Gespräch mit dem französischen Außenminister François-Poncet am 4. Februar 1980 in Paris vgl. Dok. 39.

⁵ Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung anläßlich der deutsch-französischen Konsultationen am 4./5. Februar 1980 in Paris vgl. BULLETIN 1980, S. 117 f.

⁶ Zur Resolution ES-6/2 der Notstandssondertagung der VN-Generalversammlung vom 14. Januar 1980 vgl. Dok. 14, Anm. 11.

ben die Bitte, daß die deutsch-französische Erklärung als ein Instrument der Klarstellung unserer auf die Zukunft ausgerichteten Politik verstanden wird. Man muß die Erklärung als Ganzes auf sich wirken lassen.

Der Bundesminister hätte es begrüßt, wenn die vorgesehenen Begegnungen mit Verantwortlichen der Länder des Warschauer Pakts hätten stattfinden können.⁷ Die Lage ist so ernst, daß wir nicht die Absicht hatten, mit unseren Reaktionen auf die Vorschläge zur Verschiebung der Besuche sie zu verschärfen. Wenn die andere Seite der Meinung war, daß die Gespräche zum vorgegebenen Zeitpunkt nicht sinnvoll waren, dann sollten sie zu einem späteren Zeitpunkt stattfinden. Aber wir sind der Meinung, daß der Dialog fortgesetzt werden muß.

Wir haben den Wunsch, daß die sowjetische Führung die Botschaft des Bundeskanzlers sorgfältig prüft. Wir haben nicht die Absicht, die internationale Lage zu verschärfen. Weder die Bundesregierung noch der Bundeskanzler haben, entgegen dem, was in Moskau gesagt worden ist, einen Anteil daran. Vielmehr erfährt die gegenwärtige Lage ihre Belastung durch die Vorgänge in Afghanistan. Es ist auch nicht richtig, daß die Bundesregierung durch Druck zu ihrem Verhalten in dieser Frage gebracht worden ist. Wir sind ein souveränes Land und treffen unsere Entscheidungen nach unseren eigenen Interessen. Bei dem Besuch Herrn Gromykos in Bonn wurde die Auffassung zum Ausdruck gebracht, daß die beiderseitigen Beziehungen positiv beurteilt werden können.⁸ Wir haben den Wunsch, daß dies auch in Zukunft gelten kann. Wir haben bei dem Besuch von Herrn Gromyko die Bedeutung des beiderseitigen Verhältnisses unterstrichen. Wir werden keine punktuellen Ereignisse in Moskau oder hier zum Anlaß für die Verschärfung der Beziehungen nehmen. Nebensachen dürfen nicht zu Hauptsachen gemacht werden.

Uns liegt sehr daran, daß Schritte möglich werden, wie sie von der Sowjetunion angekündigt worden sind, die zur Entspannung der internationalen Lage beitragen. Wir sind uns der besonderen Verantwortung bewußt, gerade aus den Erfahrungen, die wir in Europa gemacht haben. Unsere Verantwortung, unsere Sorge und unser Wille sind darauf gerichtet, daß es nicht zu einer weiteren Eskalation kommen möge.

Semjonow dankt für die Darlegung des Bundesministers. Er wird über sie nach Moskau berichten.

Was die sowjetische Position zu Afghanistan betrifft, so wurde sie unter Verwendung von Angaben wiederholt dargelegt.

Der Botschafter beginnt nun mit der Lektüre eines vorbereiteten maschinengeschriebenen Textes.

⁷ Zur Verschiebung des Besuchs des ungarischen Außenministers Puja vgl. Dok. 29, Anm. 59.

Zur Verschiebung des Besuchs des Bundesministers Genscher in der CSSR vgl. Dok. 19, Anm. 43.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Ellerkmann informierte am 1. Februar 1980, das für Anfang 1980 ins Auge gefaßte Arbeitstreffen des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, sei einvernehmlich auf einen späteren Termin im selben Jahr verschoben worden: „Die DDR-Regierung hat die Bundesregierung wissen lassen, daß sie in Anbetracht der gegenwärtigen internationalen Lage davon absehen möchte, den Termin für das Treffen jetzt festzulegen.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 10; Referat 012, Bd. 115729.

⁸ Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich vom 21. bis 24. November 1979 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 341–344.

Er möchte summarisch die Aufmerksamkeit des Bundesministers auf die sowjetische Position lenken, wie sie insbesondere im Interview des Generalsekretärs der KPdSU und Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets L.I. Breschnew mit der Prawda am 13.1.1980⁹ dargelegt wurde. Die Sowjetunion hat dem befreundeten Afghanistan auf dessen Bitte brüderliche Hilfe, unter anderem militärische Hilfe, wegen einer äußeren Aggression geleistet. Dabei handelte die Sowjetunion in striktem Einklang mit Art. 4 des Vertrages über Freundschaft und Zusammenarbeit von 1978.¹⁰ Die Hilfe stand auch in vollem Einklang mit Art. 51 der Charta der Vereinten Nationen, der eine kollektive Selbstverteidigung vorsieht und das Recht, sich um Hilfe an jedes andere Land zu wenden, um eine äußere Aggression abzuwenden.¹¹ Bei Afghanistan handelt es sich um eine äußere Aggression entsprechend der Definition der 29. Generalversammlung der VN, nämlich um die Entsendung bewaffneter Banden etc.¹² Die Fakten sprechen davon, daß seit 1978 ein regelrechter, unerklärter Krieg gegen Afghanistan eingeleitet wurde. Waffen und Geld wurden durch die CIA und Peking eingeschleust, die Bevölkerung Afghanistans terrorisiert. Das Aufmarschgebiet ist Pakistan. Dort befinden sich 20 Basen und mehr als 50 Stützpunkte, auf denen unter Leitung von Amerikanern, Pakistanern, Chinesen und Ägyptern eine militärische Ausbildung stattfindet. Mit amerikanischen und chinesischen Waffen ausgerüstete Personen werden auf afghanisches Gebiet eingeschleust. Dabei wird das Ziel verfolgt, die Aprilrevolution¹³ zu liquidieren und Afghanistan in ein Aufmarschgebiet für Aggressionen gegen die UdSSR zu verwandeln. In Erfüllung ihrer Vertragspflichten mußte die Sowjetunion Afghanistan schützen. Sie konnte nicht übersehen, wie die USA mit Hilfe Chinas versuchen, ein neues strategisches militärisches Aufmarschgebiet an ihrer Südgrenze zu schaffen. Die Tätigkeit der USA und Chinas sind noch nicht beendet. Washington und Peking sind dabei, im Mittleren Osten einen großen Spannungsherd zu schaffen. Unsere Hilfe berührt nicht natürliche Interessen der USA oder anderer Staaten in Afghanistan. Wir planen keine Expansion in bezug auf Afghanistan, Iran und Pakistan. Wir weisen die Unterstellungen als Verleumdung zurück, wir wollten zu den warmen Meeren oder zu den Ölquellen vordringen. Sobald die Gründe für unsere Hilfe entfallen sind, werden unsere Truppen zurückgezogen. Das Gerede von der Besetzung des Landes durch uns ist unhaltbar. Die neue afghanische Regierung¹⁴ führt eine nüchterne und vernünftige Politik. Sie hat die demokratischen Freiheiten wiederhergestellt, politische Häftlinge freigelassen, und die Beziehungen zu den Nomaden und zur

⁹ Für den Artikel „Otvety L.I. Brežneva na voprosy korrespondenta gazety „Pravda““ vgl. PRAVDA vom 13. Januar 1980, S. 1. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D. 152–157.

¹⁰ Am 5. Dezember 1978 unterzeichneten Afghanistan und die UdSSR einen Vertrag über Freundschaft, gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 1145, S. 333–335.

¹¹ Für den Wortlaut von Artikel 51 der VN-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 464f.

¹² Für den Wortlaut des Anhangs der Resolution Nr. 3314 der VN-Generalversammlung vom 14. Dezember 1974 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XV, S. 393f.

¹³ Am 27. April 1978 fiel Präsident Daud einem Staatsstreich der afghanischen Streitkräfte zum Opfer. Der Revolutionsrat der Streitkräfte rief am 30. April die Demokratische Republik Afghanistan aus und übertrug dem Vorsitzenden der kommunistischen Khalq-Partei, Taraki, die Ämter des Präsidenten und Ministerpräsidenten. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 145.

¹⁴ Im Zuge der sowjetischen Intervention in Afghanistan wurde am 27. Dezember 1979 Präsident Amin gestürzt und durch Babrak Karmal ersetzt. Vgl. dazu Dok. 1, Anm. 2.

islamischen Geistlichkeit werden besser. Die afghanische Regierung verfolgt eine Politik des Friedens und der Blockfreiheit und der friedlichen Koexistenz und trifft Maßnahmen zur Herstellung normaler Beziehungen zu anderen Staaten. Wir denken nicht, daß dies der Bundesregierung nicht bekannt wäre.

Hier endet die Lektüre des Textes. Der Botschafter greift sodann zu einem weiteren Blatt und trägt folgendes vor:

Semjonow: Die Entspannung in Europa ist das Ergebnis vielfältiger Bemühungen der Staaten und Völker. Sie ist eine gemeinsame Leistung, und man darf den unvernünftigen Kräften nicht gestatten, die Früchte der Entspannung zu vernichten. Natürlich sind wir imstande, unsere Interessen und die unserer Verbündeten zu verteidigen. Daneben wollen wir nicht, wie Generalsekretär Brezhnev gesagt hat, das Gute abwerten, was in der internationalen Arena erreicht worden ist. Wir halten es vielmehr für notwendig, weiterzugehen. Dies bezieht sich auf die Beendigung des Wettrüstens, die Lösung von Konflikten in Südostasien, im Mittleren Osten, im Nahen Osten und auf die Umwandlung des Indischen Ozeans in eine Friedenszone.¹⁵

Hier endet die Lektüre des Textes.

Wir halten uns nicht an die unvernünftige Politik, eine Spitze gegen eine andere zu setzen. Wir werden eine Zuspitzung der internationalen Lage vermeiden und hoffen auf die gleiche Position auf Ihrer Seite.

BM: Die Bundesregierung hat sich in der deutsch-französischen Erklärung und in ihren eigenen Erklärungen auf die Entscheidung der VN gestützt. Sie ist sich bewußt, daß sie sich in Übereinstimmung mit der Mehrheit der Staaten befindet. Sie beachtet auch die Beschlüsse der Konferenz von Islamabad.¹⁶ Sie trifft ihre Entscheidungen in enger Zusammenarbeit mit ihren Verbündeten, die sie in Schutz nehmen muß, bei Erklärungen gegen andere Länder oder Personen, wie sie in Gesprächen wie in diesem oder auch öffentlichen Gelegenheiten abgegeben werden.

Sie haben die Erklärung wiederholt, daß Sie die Truppen nicht auf Dauer in Afghanistan belassen wollen. Jedoch kommt es auf faktische Schritte an, die zu einer konstruktiven Entwicklung beitragen können.

Wenn wir von Dialog sprechen, meinen wir nicht nur diese Frage. Die Vorschläge vom Dezember¹⁷ bestehen klar fort. Es kommt darauf an, die Konferenz von Madrid¹⁸ zu einem erfolgreichen Ereignis der multilateralen Entspannungspolitik in Europa zu machen. Was übrigens den Begriff „arms control“ betrifft, der im Gespräch mit Herrn Gromyko eine Rolle gespielt hat: Für uns ist er ein Ober-

¹⁵ Zu den Bemühungen um eine Reduzierung der militärischen Präsenz im Indischen Ozean vgl. Dok. 40, Anm. 34.

¹⁶ Zur Konferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz vom 27. bis 29. Januar 1980 in Islamabad vgl. Dok. 29, Anm. 19.

¹⁷ Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 10.
Zur NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1979 in Brüssel vgl. AAPD 1979, II, Dok. 378. Vgl. ferner das Kommuniqué; NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 124–129. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN 1979, S. 1411–1414.
Zur dabei gebilligten Initiative der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 1, Anm. 12.

¹⁸ Die KSZE-Folgekonferenz wurde am 11. November 1980 in Madrid eröffnet. Vgl. dazu Dok. 319 und Dok. 322.

begriff, unter den wir die verschiedenen Möglichkeiten einordnen, nämlich die Abrüstung, die Rüstungsbegrenzung und Rüstungskontrollmaßnahmen, wie z.B. vertrauensbildende Maßnahmen. Die sympathischste Form der Rüstungskontrolle ist für uns die Abrüstung. Botschafter Wieck hatte das in Moskau bereits klargestellt, aber er, der Bundesminister, wollte auch noch einmal darauf zu sprechen kommen, weil die Fragen zu wichtig sind, als daß sie zu semantischen Mißverständnissen führen dürften.

Semjonow: In früheren Gesprächen haben wir über die Vorbereitung der Madrider Konferenz gesprochen. Ohne Zweifel behalten sie Aktualität. Was die Abrüstung betrifft, möchte er die Hoffnung ausdrücken, daß man in den Gesprächen, von denen jetzt nicht wenige stattfinden, in hartnäckiger und mühevoller Arbeit zur Abrüstung gelangt.

Der Botschafter greift nun zu einem weiteren maschinengeschriebenen Blatt und beginnt erneut vorzulesen.

Die wichtigste Frage, die wir bei früheren Treffen angesprochen haben, bleibt auf der Tagesordnung, nämlich der NATO-Beschluß. Für die Normalisierung der Lage in Europa und für die Wiederherstellung des Vertrauens ist es notwendig, ihn aufzuheben oder seine Verwirklichung zu stoppen und dies öffentlich zu erklären, um damit den Weg freizumachen für Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen mit dem Verständnis, daß sie nicht im Rahmen SALT III geführt werden. Unser Einverständnis zu Verhandlungen bei Fortbestehen des NATO-Beschlusses bedeutete, nur über das sowjetische Potential zu verhandeln, während in den USA die Raketenrüstung weiterhin auf vollen Touren läuft. Im Kommuniqué des NATO-Rates¹⁹ wird in harter Form die Bedingung gestellt, nur über amerikanische und sowjetische landgestützte Mittelstreckenwaffen zu verhandeln, während die FBS sowie das Kernwaffenarsenal anderer Länder Westeuropas ausgeschlossen blieben, nämlich all das, wofür die sowjetischen Mittelstreckenwaffen als Gegengewicht dienen. Von der SU wird eine starke Kürzung ihrer Verteidigung mit Mittelstreckenwaffen bei gleichzeitigem Vorhandensein des NATO-Kernwaffenpotentials verlangt. Generalsekretär Brezhnev hat im Prawda-Interview gesagt: „Die jetzige NATO-Position macht Verhandlungen zu diesem Problem unmöglich.“ Er hat aber auch unterstrichen: „Wir sind für Verhandlungen, für ehrliche, gleichberechtigte bei Einhaltung des Prinzips der gleichen Sicherheit.“

Hiermit beendet der Botschafter die Lektüre.

Das ist die Schlüsselfrage, was die Stärkung der strategischen Stabilität in Europa betrifft.

BM: Er möchte vorab bemerken: Die Ratifizierung von SALT II ist notwendig und wichtig.²⁰ Wir hoffen und erwarten, daß die Signatarstaaten dieses Rüstungsbegrenzungsabkommens sich so verhalten, als hätten sie es ratifiziert. Es ist bekannt, daß die NATO Verhandlungen ohne Bedingungen vorgeschla-

¹⁹ Für den Wortlaut des Kommuniqués der gemeinsamen Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1975-1980, S. 121-123. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN 1979, S. 1409 f.

²⁰ Zur Aussetzung des Ratifizierungsverfahrens des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 im amerikanischen Senat vgl. Dok. 1, Anm. 13.

gen hat. Man kann Verhandlungsergebnisse nicht vorwegnehmen. Man kann nicht sagen: Verhandlungen finden nur statt, wenn der Beschluß aufgehoben oder nicht verwirklicht wird.

Aber er hat sehr aufmerksam gehört, was der Botschafter darüber hinaus gesagt hat, und nimmt an, daß die Sowjetunion diese Auffassung den unmittelbar betroffenen Mächten mitgeteilt hat. Wir verfügen über keine Kernwaffen und sind daher nicht die Adressaten derartiger Erwägungen. Er geht davon aus, daß den USA dies zu den FBS und den Drittstaatensystemen mitgeteilt wird. Wir haben den Wunsch, daß die Verhandlungen zustande kommen. Je länger sie aufgeschoben werden, um so mehr Fakten entstehen auf beiden Seiten.

Semjonow: Der Senat hat die Ratifizierung von SALT II aufgeschoben. In der SU gibt es keinen Senat, deshalb betrifft sie die Angelegenheit nicht.

BM: Es ist wichtig zu sehen, daß der amerikanische Präsident²¹ die Absicht erklärt hat, die Ratifizierung des Abkommens zu betreiben.

Semjonow: Er stimmt zu. Im Laufe der zehnjährigen Verhandlungen sind beide Seiten davon ausgegangen, daß der Vertrag globale Probleme berührt, nämlich das Schicksal der Menschheit. Man sollte sich daher nicht in bezug auf ihn von konjunkturellen oder lokalen Erwägungen leiten lassen. So war es, so sollte es bleiben. Das ist unsere Position, die den Interessen der Welt entspricht.

BM: Das hat auch der amerikanische Präsident zum Ausdruck gebracht, sowie der Bundeskanzler vor dem Bundestag²².

Semjonow: Es kommt darauf an, daß die Bemühungen sich zu einem praktischen Handeln hin entwickeln.

Er fragt den Bundesminister, ob man mit etwas Interessantem auf der Konferenz in Wien rechnen kann.²³

BM: Wir hoffen, daß es konstruktive und interessante Reaktionen der sowjetischen Seite auf unsere Vorschläge²⁴ gibt.

Semjonow: Das sollte ein kontinuierlicher Prozeß sein.

BM stimmt zu. Fortschritte bei den einen oder den anderen Verhandlungen können ein wichtiges politisch-psychologisch stabilisierendes Element sein.

Semjonow: Versteht dies in einem gewissen Sinne. Wie sich die Dinge entwickeln werden, hängt von den Positionen beider Seiten ab.

BM: Es ist wirklich wichtig, daß auf osteuropäischer Seite auf unsere Vorschläge positiv reagiert wird. Ob in Wien, im Hinblick auf Madrid oder bei der Vorbereitung der Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen, es ist sehr wichtig, jeden Zipfel zu ergreifen, der sich bietet.

Die Bundesregierung glaubt nicht, daß es sinnvoll ist, durch Äußerungen irgendwelcher Art die Lage zu verschärfen. Wir schätzen andere Länder danach

²¹ James E. Carter.

²² Vgl. dazu die Ausführungen des Bundeskanzlers Schmidt zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 im Rahmen einer Regierungserklärung am 4. Juli 1979; BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 111, S. 13317 f.

²³ Zur Eröffnung der 20. Runde der MBFR-Verhandlungen am 31. Januar 1980 in Wien vgl. Dok. 44.

²⁴ Zum Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 20. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 12.

ein, wie sie dies gegenüber uns und unseren Freunden handhaben. Die Sache ist schon für sich genommen schwierig, man muß sie nicht noch verbal komplizieren.

Semjonow: Dies sind richtige Überlegungen. Allerdings hängen die Positionen nicht von der Schärfe einer Erklärung ab. Eine vernünftige Zurückhaltung auf psychologischem Gebiet wäre aber im Interesse der Entspannung.

BM: Hoffen wir, daß die Vernunft allseits eingehalten wird. Wenn die Entwicklung es rechtfertigt, können wir die Gespräche fortsetzen. Vielleicht hat der Botschafter ihm dann etwas mitzuteilen.

Semjonow: Auch er ist dieser Meinung. Neben den direkten Ergebnissen dieser Gespräche gibt es eine mittelbare Wirkung, die im besseren Verständnis der gegenseitigen Positionen besteht und somit die Verständigung im Hinblick auf den Fortgang der internationalen Entspannung fördert.

VS-Bd. 13164 (213)

43

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer

422-411.10 FRA-148/80 VS-vertraulich

11. Februar 1980¹

Herrn Staatssekretär²

Betr.: Exportprobleme bei der deutsch-französischen Rüstungskooperation
(gemeinsamer Kampfpanzer)³

hier: Ergebnis der deutsch-französischen Konsultationen auf der Ebene
der Staats- und Regierungschefs am 4./5. Februar 1980

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Bosch konzipiert.

² Hat Staatssekretär Lautenschlager am 19. Februar 1980 vorgelegen.

³ Ministerialdirektor Fischer vermerkte am 23. Januar 1980, zwischen dem Bundesministerium der Verteidigung und dem französischen Verteidigungsministerium würden seit geraumer Zeit Gespräche über die Entwicklung eines Kampfpanzers der dritten Generation für die neunziger Jahre geführt. Im März 1979 habe Botschafter Herbst, Paris, die Vorstellungen der Bundesregierung zur Frage des Exports übermittelt, gemäß denen Ausfuhren in Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts ausgeschlossen seien, während solche an NATO-Mitgliedstaaten keiner Zustimmung bedürften. In allen anderen Fällen sei ein Konsens beider Partner nötig: „Seitdem warten wir auf die französische Antwort zu unseren Vorstellungen. Beim deutsch-französischen Gipfel am 1./2. Oktober wurde die Frage zwischen dem BK und Präsident Giscard nur am Rande angesprochen. Beim Treffen BM Apel mit dem französischen Verteidigungsminister Bourges am 15./16. Oktober hat BM Apel gebeten, auf eine offizielle Antwort durch das französische A[ußen]M[inisterium] auf unsere Demarche vom März 1979 hinzuwirken. Der Generalsekretär des französischen Außenministeriums hat kürzlich Botschafter Herbst mitgeteilt, während der deutsch-französischen AM-Konsultationen am 15.11.1979 in Bonn sei die Frage zwischen beiden Außenministern abschließend geregelt worden; demzufolge sei weder eine Änderung der Vereinbarung von 1972 noch eine besondere Absprache gemäß Artikel 5 dieser Vereinbarung notwendig“. Diese Deutung der Konsultationen habe das Auswärtige Amt zurückgewiesen und auf die Notwendigkeit einer Befassung des Bundessicherheitsrats verwiesen. Vgl. VS-Bd. 9521 (422); B 150, Aktenkopien 1980. Vgl. dazu auch AAPD 1979, I, Dok. 72, und AAPD 1979, II, Dok. 311 und Dok. 364.

Anlg.: 1⁴

Zweck der Vorlage: Unterrichtung

1) Der BSR hatte am 31.1.1980 zu diesem Thema folgenden Beschluß gefaßt:

„BM Genscher wird bei den kommenden Konsultationen in Paris⁵ über die Exportfrage bilateral mit seinem französischen Kollegen⁶ auf der Basis der vom AA vorgeschlagenen neuen Formulierung verhandeln.

Der französischen Seite solle dabei erklärt werden, daß wir der deutsch-französischen Zusammenarbeit im Rüstungsbereich weiterhin große Bedeutung beimessen und daß wir diese Zusammenarbeit fortzusetzen wünschen, daß wir jedoch auf eine befriedigende Regelung der Exportfrage Wert legen müssen.

Es solle daher in Weiterentwicklung des früheren deutschen Vorschlages folgende Regelung vorgeschlagen werden:

- Die deutsch-französische Regierungsvereinbarung von 1971/72⁷ gilt weiterhin.
- Die Exportregelung für den Kampfpanzer soll jedoch zusätzlich folgende Elemente enthalten:
 - Ausfuhren in Länder des Warschauer Paktes finden nicht statt.
 - Ausfuhren in Länder, die dem gleichen Verteidigungsbündnis angehören wie Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland, können von jeder Seite grundsätzlich allein vorgenommen werden; die Partner unterrichten sich gegenseitig wie bisher.
 - Bei Ausfuhren in andere Länder werden sich die Partner frühzeitig auch auf diplomatischem Wege über ihre Exportabsichten unterrichten; jeder Partner kann ein Exportvorhaben durchführen, wenn der andere nicht binnen einer angemessenen Frist eine Abstimmung verlangt; in diesem Fall ist eine Durchführung des Exportvorhabens nur in beiderseitigem Einvernehmen möglich.

In jedem Falle ist eine Endverbleibserklärung erforderlich.

Die zu treffende Vereinbarung über die Exportregelung müßte in die Projektvereinbarung ausdrücklich aufgenommen werden.“

2) Nachdem die Franzosen uns am späten Abend des 2. Februar einen Entwurf für eine anläßlich des Gipfeltreffens abzuschließende Regierungsvereinbarung übergeben hatten, hatte Abteilung 4 am 3. Februar eine Vorlage erarbeitet, in der auf der Basis des BSR-Beschlusses und des französischen Vorschlags BM Genscher vorgeschlagen wurde, bei den Verhandlungen mit F auf folgende Vereinbarung hinzuarbeiten:

⁴ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 8.

⁵ Die deutsch-französischen Konsultationen fanden am 4./5. Februar 1980 in Paris statt. Vgl. dazu Dok. 39. Vgl. dazu ferner Dok. 38, Anm. 3.

⁶ Jean François-Poncet.

⁷ Im Februar 1972 schlossen die Bundesrepublik und Frankreich eine Regierungsvereinbarung über die Ausfuhr von gemeinsam entwickelten und/oder gefertigten Kriegswaffen und sonstigem Rüstungsmaterial in dritte Länder. Vgl. VS-Bd. 9521 (422); B 150, Aktenkopien 1972. Vgl. dazu AAPD 1975, I, Dok. 17.

„a) Jeder Partei steht der Export in Länder, die dem gleichen Verteidigungsbündnis wie D und F angehören, frei; Exporte in Länder des Warschauer Paktes finden nicht statt.

b) Jede Partei unterrichtet die andere Partei auch auf diplomatischem Wege rechtzeitig über mögliche Exportaussichten und -absichten.

c) Wenn eine Partei der Auffassung ist, daß die wesentlichen Interessen auf den Gebieten der Außenpolitik und der Sicherheit durch ein Exportvorhaben der anderen Partei bedroht werden, kann sie beantragen, die Frage an die zuständigen Minister zu verweisen. Führen die Beratungen zwischen diesen nicht zu einer für beide Parteien befriedigenden Lösung, so wird das Problem zur Entscheidung auf höchster Ebene vorgelegt mit dem Ziel einer einvernehmlichen Regelung, die für die Durchführung des Exports unerläßlich ist.

Im übrigen muß jeder Partner vom Empfängerland eine Erklärung über den Endverbleib verlangen.

Für den Fall, daß F diesen Vorschlag nicht annehmen sollte, ist die Fortsetzung der Kooperation im Panzerbereich in Frage gestellt. Sollte F auf seinem Lösungsvorschlag bestehen oder eine weitere Alternativlösung vorschlagen, müßte darüber der BSR zu gegebener Zeit erneut entscheiden.“

(Vorlage im Konzept als Anlage beigefügt.⁸)

3) Beim Gipfeltreffen wurde von den beiden Verteidigungsministern eine Vereinbarung über die Entwicklung und den Bau eines gemeinsamen Kampfpanzers unterzeichnet.⁹ Bedauerlicherweise war es nicht möglich, unsere Vorstellungen durchzusetzen, obwohl – wie aus dem BMVg zu hören ist – das französische Verteidigungsministerium einverstanden gewesen sein soll. Die zwischen dem BK und dem Präsidenten¹⁰ persönlich vereinbarte Exportregelung lautet:

„Die Regierung der Französischen Republik und die Regierung der Bundesrepublik Deutschland bekräftigen, daß sie an der Regierungsvereinbarung über die Ausfuhr von gemeinsam entwickelten und gefertigten Kriegswaffen von 1971/1972 festhalten. In Anwendung von Artikel 5 dieser Vereinbarung gelten folgende Regeln für die Ausfuhr des Kampfpanzers, dessen gemeinsame Entwicklung und Herstellung die beiden Regierungen beschlossen haben:

⁸ Dem Vorgang beigefügt. Ministerialdirektor Fischer vermerkte am 3. Februar 1980, der Militärattaché an der französischen Botschaft, Retat, habe am Vortag den Entwurf einer Regierungsvereinbarung übergeben. Der Text enthalte „zu technisch-organisatorischen Fragen neue Vorschläge, die über den bisherigen Stand der Gespräche hinausgehen und zum Teil wesentlichen deutschen Vorstellungen widersprechen“. Dies sei auch die Sicht des Bundesministeriums der Verteidigung: „Die Unterrichtung soll nach unseren Vorstellungen auch auf diplomatischem Wege erfolgen, d. h. auch über die Außenministerien. [...] Eine Beratung nur bei Bedrohung wesentlicher Sicherheitsinteressen reicht nach unserer Ansicht nicht aus: es müßten auch wesentliche außenpolitische Interessen mit einbezogen werden; die Erörterung dieser Interessen kann nicht allein den Verteidigungsministern überlassen bleiben; im französischen Entwurf bleibt offen, ob Exportvorhaben auch dann durchgeführt werden können, wenn keine Einigung erzielt wird.“ Vgl. VS-Bd. 9521 (442); B 150, Aktenkopien 1980.

⁹ Für die Vereinbarung zwischen Bundesminister Apel und dem französischen Verteidigungsminister Bourges „zum Programm Kampfpanzer der neunziger Jahre“ vom 5. Februar 1980 vgl. Referat 422, Bd. 124194.

¹⁰ Valéry Giscard d'Estaing.

- (1) Jeder Partei steht die Ausfuhr in andere Länder, mit Ausnahme der Länder des Warschauer Paktes, offen.
- (2) Beide Parteien unterrichten sich gegenseitig rechtzeitig über mögliche Ausfuhrabsichten und -absichten.
- (3) Wenn eine Partei der Auffassung ist, daß ihre wesentlichen Interessen durch eine Ausfuhrabsicht der anderen Partei beeinträchtigt werden, wird die Frage den beiden Verteidigungsministern vorgelegt.

Wenn die Beratungen zwischen den Verteidigungsministern nicht zu einer Einigung führen und wenn eine Partei der Auffassung ist, daß die Ausfuhrabsicht der anderen Partei ihre vitalen Interessen bedroht, so wird das Problem auf höchster Ebene entschieden.“

Diese Regelung weicht von unserem Vorschlag (Ziffer 2) in folgenden Punkten ab:

- Ziffer 1 legt die Freiheit des Exports in andere Länder mit Ausnahme der des Warschauer Pakts fest. (Unser Vorschlag: Exportfreiheit nur hinsichtlich der Länder, die dem gleichen Verteidigungsbündnis wie D und F angehören.)
- Unterrichtung des anderen Partners über Exportvorhaben. (Unser Vorschlag: „auch auf diplomatischem Wege“ wurde nicht in die Regelung aufgenommen.)
- Abstimmungsverfahren:

Beeinträchtigung wesentlicher Interessen durch eine Exportabsicht einer anderen Partei. (Unser Vorschlag: „Wesentliche Interessen auf dem Gebiet der Außenpolitik und der Sicherheit“); in diesem Fall Verweisung an die Verteidigungsminister (nicht – wie wir vorgeschlagen hatten – an die „zuständigen Minister“);

Abstimmung in diesem Falle: Wenn eine Partei ihre vitalen Interessen bedroht sieht, so wird auf höchster Ebene entschieden. (Wir hatten nicht eine Bedrohung vitaler Interessen vorausgesetzt; zudem hatten wir von dem Ziel einer einvernehmlichen Regelung gesprochen, die für die Durchführung des Exports unerlässlich sei. – Dieser Halbsatz wurde leider nicht übernommen.)

Solange auf höchster Ebene keine Einigung erzielt wird, kann nach meiner Auslegung kein Export vorgenommen werden. Selbst wenn die Franzosen in diesem – theoretisch denkbaren – Fall wahrscheinlich argumentieren, daß dann die Regelung in Ziff. 1 Platz greift, wonach jeder Partei die Ausfuhr in andere Länder offensteht, ist diese Interpretation durch den klaren Wortlaut des letzten Paragraphen abzulehnen. In der Praxis dürfte das Verhalten der französischen Regierung allerdings weitgehend davon abhängen, mit welchem Nachdruck wir unsere Bedenken im Einzelfall geltend machen.

Per Fischer

**Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation),
an das Auswärtige Amt**

114-1715/80 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 87
Cito

Aufgabe: 11. Februar 1980, 17.42 Uhr¹
Ankunft: 11. Februar 1980, 20.10 Uhr

Del.Ber. Nr. 12/80

Betr.: MBFR;

hier: Auftreten des Ostens in Wien nach Afghanistan

Zur Information

1) Die 20. Runde der MBFR-Verhandlungen hat am 31.1.1980 routinemäßig begonnen.² In ersten offiziellen und bilateralen Äußerungen (insbesondere östliche Plenarerklärungen vom 31.1. und 7.2.1980, informelle Sitzung vom 5.2.1980³, sowjetisch-amerikanisches Bilateral vom 4.2.1980, Gespräch des neuen ACDA-Direktors Earle mit Tarassow am 7.2.1980, Bilateral von Strulak mit mir vom 11.2.1980) hat der Osten folgende Haltung eingenommen:

a) Was die Kontinuität der MBFR-Verhandlungen angeht, unterstrich der Osten die spezifische Bedeutung Wiens als des zur Zeit einzigen permanenten Ost-West-Forums für Fragen im Bereich der Sicherheit. Er betonte sein Interesse, die Wiener Verhandlungen fortzusetzen und zu einem Verhandlungsergebnis zu kommen. Das Thema Afghanistan wurde ausgeklammert und ein Zusammenhang zwischen den dortigen Ereignissen und den MBFR-Verhandlungen geleugnet (so ausdrücklich Strulak in der Presseunterrichtung nach der Plenarerklärung vom 31.1.1980).

Während Sowjets und Polen bisher einen gemäßigten Ton anschlugen und um ein sachliches Verhandlungsklima bemüht waren, fiel die Plenarerklärung des

¹ Hat Vortragendem Legationsrat Pöhlmann am 12. Februar 1980 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holik am 20. Februar 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat von Jagow verfügte.

Hat Jagow vorgelegen.

² Die 20. Runde der MBFR-Verhandlungen in Wien endete am 3. April 1980.

³ Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), informierte am 7. Februar 1980 über den Verlauf der informellen Sitzung vom 5. Februar. Die Vertreter der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten hätten sich „auffällig um ein äußerlich gutes Verhandlungsklima bemüht“. Die Vorschläge der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 20. Dezember 1979 seien jedoch abgelehnt worden: „Der Osten behauptete, mit der angeblichen Vereinfachung wolle der Westen tatsächlich einen Rückzug von seiner bisherigen Position zu Waffenreduzierungen und zu Personalreduzierungen der nichtamerikanischen westlichen Teilnehmer verdecken, damit die NATO-Streitkräfte in Mitteleuropa ungehindert weiter verstärkt werden könnten. Sie sei ein Versuch, den vereinbarten Gegenstand der Wiener Verhandlungen einzuschränken und durch einen ganz anderen Gegenstand zu ersetzen. Damit annulliere der Westen die sechsjährigen Bemühungen um Annäherung der beiderseitigen Positionen.“ Dem sei der Appell gefolgt, „zum bisherigen Reduzierungskonzept auf der Basis der beiderseitigen Vorschläge vom Juni 1978/1979 bzw. vom April und Dezember 1978 zurückzukehren“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 79; VS-Bd. 10442 (221); B 150, Aktenkopien 1980.

DDR-Delegationsleiter Wieland in der Sache durch unnötige Schärfen, speziell unter ausdrücklicher Namensnennung auch gegenüber der Bundesrepublik auf.

b) In der Substanz ist die östliche Haltung durch große Härte in der Kritik des westlichen Vorschlagspakets vom 20.12.1979⁴ gekennzeichnet. Der Osten bezeichnete diese Kritik als das Ergebnis eingehender Prüfung der westlichen Vorschläge, erklärte aber andererseits ausdrücklich, daß er diese Vorschläge damit noch in keinem Punkt ablehnen wolle. Diese stark propagandistische Einschläge enthaltende Kritik dürfte noch einige Zeit die Hauptlinie der östlichen Argumentation in Wien bleiben.

2) Sie enthält folgende Hauptpunkte:

a) Die Vorschläge seien eine radikale Revision der bisherigen Verhandlungsposition. Sie seien ein Versuch, den in den Vorkonsultationen 1973 vereinbarten Verhandlungsgegenstand⁵ zu beschränken und im wesentlichen nur über AM statt über die Reduzierung von Streitkräften und Rüstungen zu verhandeln. Die Revision der westlichen Position äußere sich insbesondere im Widerruf des westlichen nuklearen Angebots⁶, in der generellen Ablehnung westlicher Waffenreduzierungen in Phase I sowie in der Rücknahme der bisherigen westlichen Position in der Frage der Verknüpfung der Phasen und zur Vereinbarung eines Freeze. Der Westen lasse jetzt völlig offen, ob es überhaupt zu einer Phase II und damit zu einem „gerechten Endergebnis“ komme. Er versuche, eine völlige Trennung der amerikanisch-sowjetischen Reduzierung in Phase I von den Reduzierungen der übrigen westlichen Teilnehmer durchzusetzen und so deren Reduzierungen zu verzögern oder sogar völlig auszuschließen. Die Vorteile auf westlicher Seite seien besonders deutlich für die vom Osten in diesem Zusammenhang wiederholt teils indirekt, teils ausdrücklich genannte Bundesrepublik.

b) Das Datenproblem beruhe allein auf der westlichen Überschätzung der östlichen Streitkräftestärken und dem mangelnden Willen des Westens, seine Zahlen zu korrigieren.

c) Die Vorschläge für AM seien viel zu komplex, gingen hinsichtlich ihres geographischen Anwendungsbereichs über den für die Wiener Verhandlungen gesteckten Rahmen hinaus und zielten außerdem auf Erreichung eines eigenen Kontrollmechanismus ab. Daher sei eine Einigung über sie kaum vorstellbar.

⁴ Zum Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 20. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 12.

⁵ Korrigiert aus: „Verhandlungsstand.“

Zum Rahmenvorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 22. November 1973 vgl. Dok. 40, Anm. 30.

⁶ In Ergänzung ihres Rahmenvorschlags vom 22. November 1973 unterbreiteten die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten am 16. Dezember 1975 einen Vorschlag für einen Abzug von Nuklearwaffen aus dem Reduzierungsraum („Option III“). Er sah den Abzug von 1000 amerikanischen Atomsprengköpfen, 36 amerikanischen Startlafetten für ballistische Boden-Boden-Raketen vom Typ „Pershing“ und 54 amerikanischen nuklearfähigen Kampfflugzeugen vom Typ F-4 („Phantom“) vor. Ferner wurde eine kombinierte Höchststärke für das Personal der Land- und Luftstreitkräfte von 900 000 Mann vorgeschlagen („combined common ceiling“). Vgl. dazu AAPD 1975, II, Dok. 370.

d) Wegen des komplexen Charakters der assoziierten Maßnahmen und wegen der fortbestehenden Abhängigkeit der Vorschläge von einer Dateneinigung führten diese anstelle zu der vom Westen vorgeblich angestrebten Beschleunigung der Verhandlungen tatsächlich zu deren Verzögerung.

e) Zwischen diesem Verzögerungseffekt und anderen jüngsten westlichen Entscheidungen, namentlich der TNF-Entscheidung der NATO⁷ und der Vertagung der Ratifizierung von SALT II⁸, bestehe ein Zusammenhang. Der Westen sei nicht bereit, das Wiener Forum für die Ausarbeitung eines Abkommens zum Abbau der militärischen Konfrontation in Mitteleuropa zu nutzen. Vielmehr verzögere er ein Verhandlungsergebnis, um so die TNF-Entscheidung und das NATO-Langzeitprogramm⁹ ungehindert verwirklichen zu können.

f) Die aus östlicher Sicht einzige Möglichkeit zu Fortschritten in den Verhandlungen liege in einer Rückkehr des Westens zum bisherigen Reduzierungskonzept auf der Basis der beiderseitigen Vorschläge vom Juni 1978/79¹⁰ bzw. vom April¹¹ und Dezember 1978¹².

3) Wie die bisherigen Erfahrungen zeigen, schließt auch eine derart massive Kritik eine künftige östliche Antwort, die Elemente des westlichen Vorschlagspakets aufnimmt, nicht aus. Über deren möglichen Inhalt geben östliche Äußerungen einzelne Anhaltspunkte:

a) Wieland hat in seiner Plenarerklärung den Gedanken eines Zwischenergebnisses (der ursprünglich von Tarassow aufgebracht und Anfang vorigen Jahres

⁷ Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 10.

⁸ Zur Aussetzung des Ratifizierungsverfahrens des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 im amerikanischen Senat vgl. Dok. 1, Anm. 13.

⁹ Zum Langfristigen Verteidigungsprogramm der NATO vom 30./31. Mai 1978 vgl. Dok. 1, Anm. 9.

¹⁰ Am 8. Juni 1978 brachten die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten neue Vorschläge ein. Sämtliche direkten Teilnehmer sollten ihre Streitkräfte nach gleichen Prozentzahlen vermindern. Eine ungefähre Parität wurde als bereits bestehend angenommen. Die vom Osten vorgelegten Streitkräftedaten sollten zur Grundlage eines Abkommens werden. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 180.

Zum Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts vom 28. Juni 1979 vgl. AAPD 1979, II, Dok. 200.

¹¹ Am 19. April 1978 berichtete Botschafter Behrends, Wien (MBFR-Delegation), er habe am selben Tag zur Einführung der Initiative der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten erklärt: „Die teilnehmenden westlichen Regierungen messen den begleitenden Maßnahmen, d. h. Stabilisierungs-, Verifizierungs- und Nichtumgehungsmaßnahmen, die in beiden Phasen zur Erhöhung militärischer Stabilität in Europa Anwendung finden sollen, weiterhin großes Gewicht bei. Unserer Auffassung nach würden diese Maßnahmen dazu beitragen, die Gefahren militärischer Konfrontation zu vermindern und das Vertrauen zwischen Ost und West zu stärken. Der Westen wird deshalb dieses Thema im Lauf der Verhandlungen als eine Materie, über die in Phase I Übereinstimmung zu erzielen ist, zur Sprache bringen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 274; VS-Bd. 11472 (221), B 150, Aktenkopien 1978.

In der Initiative der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 19. April 1978 wurde die Forderung nach Abzug einer sowjetischen Panzerarmee modifiziert. Vgl. AAPD 1978, I, Dok. 110.

¹² Am 13. Dezember 1978 präsentierten die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten neue Vorschläge zur Kollektivität. Danach sollten die nicht-amerikanischen Teilnehmer im Zusammenhang mit einem Phase-I-Abkommen ihre Bereitschaft erklären, einen substantiellen Anteil der Reduzierungen in Phase II zu übernehmen. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 388.

in bilateralen Gesprächen ventiliert worden ist¹³) aufgenommen und dafür zwei Bedingungen genannt:

- Die Übernahme von gleichwertigen Reduzierungsverpflichtungen durch alle Teilnehmerstaaten, ausgedrückt im konkreten Umfang oder nach bestimmten Kriterien, und
- das Einfrieren der Personalstärke der Streitkräfte zwischen beiden Phasen.

b) In Bilaterals vom 4.2. und 11.2.1980 bezeichneten Tarassow und Strulak diese beiden Punkte gleichfalls als unabdingbar. In diesem Zusammenhang plädierten sie für eine Fortsetzung der Datendiskussion auf der bisherigen Grundlage, da der Osten von den westeuropäischen Teilnehmern in einem Phase-I-Abkommen klarere Verpflichtungen wünsche, als sie bei Beschränkung der Dateneinigung auf sowjetische und amerikanische Streitkräfte möglich wären.

In der Datenfrage selbst ließen Tarassow und Strulak keine Aussicht auf östliche Bewegung erkennen. Sie ventilierten den Gedanken eines neuen Datenaustausches per 1.1.1980¹⁴, Tarassow erklärte dabei jedoch, dieser werde nur zu begrenzten Berichtigungen führen und einen Großteil der bisherigen Diskrepanzen bestehen lassen.

Hinsichtlich AM schloß er die Erstreckung einzelner Maßnahmen auf sowjetisches Territorium aus. Er nannte folgende prinzipielle Voraussetzung für die Vereinbarung von AM in einem MBFR-Abkommen: AM müßten einfach sein, zu Reduzierungen in Relation stehen und von Anfang an auf alle direkten Teilnehmer in gleicher Weise angewandt werden.

Den Umfang der vom Westen für Phase I vorgeschlagenen Personalreduzierungen bezeichnete er als akzeptabel, jedoch müsse der einseitige Rückzug von 20 000 Mann aus der DDR¹⁵ Berücksichtigung finden.

c) In der Frage der Waffenreduzierungen ließ Tarassow etwas Flexibilität erkennen. Die SU wünsche gewisse sowjetisch-amerikanische Reduzierungen von Waffen in Phase I sowie die Verpflichtung der anderen direkten Teilnehmer in Phase I zu Waffenreduzierungen in Phase II. Der Westen könne gegebenenfalls einen Austausch hinsichtlich der bisher von ihm für Phase I vorgeschlagenen Waffen vornehmen. Earle gegenüber präzisierte T., daß es der SU in Phase I jetzt nicht mehr um die Vereinbarung von Höchststärken für bestimmte Waffen gehe.

¹³ Vgl. dazu die Äußerungen des Leiters der sowjetischen MBFR-Delegation, Tarassow, gegenüber dem Leiter der amerikanischen MBFR-Delegation, Dean, am 7. Februar 1979 und mit Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), am folgenden Tag; AAPD 1979, I, Dok. 39.

¹⁴ Am 21. Februar 1980 präsentierten die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten einen Vorschlag zum Austausch aktualisierter Streitkräftedaten mit Stand vom 1. Januar 1980. Vgl. dazu Dok. 79.

¹⁵ Vgl. dazu die Ankündigung des Abzugs von 20 000 sowjetischen Soldaten und 1000 Panzern aus der DDR durch den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin; Dok. 29, Anm. 5.

Botschafter Ruth notierte am 13. Mai 1980: „Mit dem Abzug wurde, in der Presse stark herausgestellt, am 5. Dezember 1979 begonnen. Nach westlichen Schätzungen betragen die bisherigen Gesamtabzüge etwa 11 000 Soldaten, von denen ca. 10 000 zur 6. G[ar]d[e]P[an]z[er]D[iv]ision gehören, die vollständig abgezogen wurde, und ca. 600 bis 1000 zur 27. Mot[or]Sch[ü]tz[er]D[iv]ision, deren erste Teile (von ca. 12 000) abgezogen wurden.“ Vgl. VS-Bd. 11495 (221); B 150, Aktenkopien 1980.

d) Insgesamt lassen diese Äußerungen von einem östlichen Gegenvorschlag ein formales Eingehen auf das vom Westen vorgeschlagene Interimsabkommen bei Wahrung der östlichen Substanzposition erwarten, insbesondere hinsichtlich der Daten, eines Freeze und der Verknüpfung der Phasen. Der Zeitpunkt eines solchen Gegenvorschlags dürfte davon abhängen, wann die SU einen solchen Schritt im Lichte des gesamten Standes der Ost-West-Beziehungen für opportun hält.

4) Der Westen hat in seinen offiziellen und bilateralen Erklärungen seit Beginn der 20. Runde sein Interesse bekräftigt, die Verhandlungen auf der Basis der westlichen Vorschläge vom 20.12.1979 zu einem baldigen ersten Ergebnis fortzuführen. Er hat den Osten zu einer Antwort und zu einem Beitrag zur Lösung der hinsichtlich der sowjetischen Landstreitkräfte bestehenden Datenprobleme aufgefordert. Auf die durch Afghanistan geschaffene Lage ist er nur in seiner eröffnenden Plenarerklärung kurz, unpolemisch und ohne Namensnennung eingegangen.

Es stellt sich die Frage, ob der Westen künftig indirekte, unpolemische Bezugnahmen auf Afghanistan völlig vermeiden soll, wie dies einige westliche Delegationsleiter wünschen, die davon eine Belastung der Verhandlungen befürchten. Nach Auffassung der Delegation würde der Westen damit ein Argument ungenutzt lassen, das seine MBFR-Position bekräftigt, insbesondere hinsichtlich der Daten, des spezifischen subceiling für die sowjetischen Streitkräfte und der AM. Aus der Sicht der SU könnte ein solcher Verzicht als Diskrepanz zwischen dem westlichen Verhalten in den MBFR-Verhandlungen und außerhalb dieser Verhandlungen erscheinen und ihr Anlaß geben, den westlichen Interessen abträgliche Schlüsse zu ziehen. Außerdem sähen sich diejenigen Verbündeten der SU, die der Intervention kritisch gegenüberstehen, bei einem Ausbleiben westlicher Bezugnahmen auf Afghanistan gehindert, unter Hinweis auf westliche Erklärungen auf sowjetisches Entgegenkommen in den MBFR-Verhandlungen zu drängen. Im Rahmen der Ad-hoc-Gruppe stehen IT und UK offenbar einer zumindest indirekten Erwähnung Afghanistans positiv gegenüber. De Vos und Dean lehnen sie ab, letzterer möglicherweise mangels konkreter Instruktionen.

[gez.] Jung

VS-Bd. 11472 (221)

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Moi

12. Februar 1980¹

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem Präsidenten von Kenia, Arap Moi, am 12. Februar 1980 von 11.40 bis 13.00 im Bundeskanzleramt²

Weitere Gesprächsteilnehmer: Justizminister Charles Njonjo, Außenminister Dr. Ouko, Staatssekretär im Präsidialamt Kiereini, Botschafter Mwaura, Staatssekretär van Well, Botschafter Dr. Kühn, MDg von der Gablentz.

Bundeskanzler erwähnt in seinen Begrüßungsworten seine große Verbundenheit mit Kenia, dessen innere Entwicklung und dessen Rolle in Ostafrika er mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Er übermittelt Grüße seiner Frau, die in Kenia wissenschaftlich gearbeitet hat.

Moi dankt für den herzlichen Empfang und – im Namen seines Volkes – für die deutsche Hilfe an Kenia.³ Diese Hilfe und das Gefühl, in den Deutschen besondere Freunde zu haben, hat das Selbstbewußtsein der Kenianer sowie ihren Willen zu harter Arbeit gestärkt. Er selbst hat in Deutschland das Gefühl, zu Hause und unter Freunden zu sein.

Er erläutert, daß die Ölpreiserhöhung sowie die schlechte Ernte, die zu Nahrungsmiteleinführungen gezwungen habe, den öffentlichen Haushalt sowie die Wachstumserwartungen aus dem Ruder geworfen haben. Kenia braucht für 1980/81 zusätzlich 60 Mio. Pfund, um seine Zahlungsbilanz in Ordnung zu bringen. Briten, Amerikaner und Niederländer haben bereits Hilfe zugesagt. Er bittet die Bundesregierung um Programmhilfe in Höhe von 30 Mio. Pfund (10 Mio. bis Juni 1980, 20 Mio. 1980/81).

Außerdem erbittet er Projekthilfe für einen bisher nicht in der Entwicklungsplanung⁴ berücksichtigten notwendigen Straßenbau in Höhe von 14 Mio. Pfund.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 19. Februar 1980 gefertigt und am selben Tag an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau übermittelt. Dazu teilte von der Gablentz mit: „Der Bundeskanzler hat den Vermerk noch nicht gebilligt.“

Hat Wallau am 20. Februar 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte. Vgl. das Begleitschreiben; B 2 (Referat 014), Bd. 246.

² Präsident Moi hielt sich vom 10. bis 15. Februar 1980 in der Bundesrepublik auf.

³ Botschaftsrat Klaiber, Nairobi, informierte am 18. Juli 1980: „Die Bundesrepublik gehört nach der Weltbank und neben Großbritannien und Schweden zu den Hauptgeberländern im Bereich der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit. [...] Die Kapitalhilfefzusagen beliefen sich bis Ende 1979 auf insgesamt DM 468,6 Mio.; die Zusagen für Technische Hilfe (einschließlich Bildungshilfe) auf DM 154 Mio. Hinzu kommt eine Kapitalhilfe von 42,5 Mio. und Technische Hilfe von ca. 10 Mio. an die inzwischen aufgelöste Ostafrikanische Gemeinschaft (Anteil Kenias ca. 2/5).“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 902; Referat 320, Bd. 125175.

⁴ Mit dem Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Kenia vom 1. August 1979 wurden Darlehen in Höhe von bis zu 28,8 Mio. DM für Straßenbauprojekte zur Verfügung gestellt. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1979, II, S. 996 f.

Bundeskanzler weist auf die für März bevorstehenden Gespräche über Entwicklungshilfe an Kenia hin.⁵ Wir werden bei der Prüfung unserer Möglichkeiten auch berücksichtigen, was der Präsident eben gesagt hat. Er kann mit der deutlichen Vorzugsstellung auch in Zukunft rechnen, die Kenia unter den Empfängern deutscher Entwicklungshilfe bisher genossen hat. Allerdings sind unsere Möglichkeiten zur Übernahme zusätzlicher finanzieller Lasten in den letzten Jahren ebenfalls durch die Ölpreisteigerungen begrenzt worden.

Als allgemeinen Gedanken fügt er hinzu, daß es allerdings lächerlich sei, wenn die Gruppe 77 meint, sie könne die Ölpreispolitik der Ölproduzenten unterstützen und gleichzeitig von den Industrieländern erwarten, die hierdurch entstandenen Verluste in den Entwicklungsländern auszugleichen. Die Erhöhung der Ölrechnung für die EL ist inzwischen doppelt so groß wie die gesamte Entwicklungshilfe aus den OECD-Ländern. Die Kluft wird überdies immer größer. Die Industrieländer können die Verluste der EL in den Bereichen Zahlungsbilanz, Wirtschaftswachstum und Nationaleinkommen unmöglich ausgleichen. Es ist zwecklos, die IL (wie jetzt z.B. bei der UNIDO⁶) mit zusätzlichen phantastischen Forderungen zu konfrontieren, deren Erfüllung das politische System der westlichen Industrieländer, die Demokratien sind, ruinieren muß. Die über 100 EL der Gruppe 77 müssen sich bei den Ölproduzenten für einen gespaltenen Ölpreis für EL und IL einsetzen, da die Ölproduzenten sonst die EL ruinieren. Die EL müßten z.B. mit dem mexikanischen Präsidenten⁷ und anderen Ölproduzenten sprechen, die Verständnis für diese Zusammenhänge haben. Die wirtschaftlich stärkeren unter den IL können dank ihrer Industrieexporte, für die sie auch höhere Preise verlangen müssen, noch unter Umständen mit höheren Ölpreisen fertigwerden. Aber selbst in Deutschland geraten wir in ein Zahlungsbilanzdefizit. Die EL, die auf den Ölimport nicht verzichten können, haben aber überhaupt keine andere Möglichkeit, als die Ölproduzenten zu bitten, entweder den Ölpreis nicht zu erhöhen oder ihnen Öl zu Vorzugspreisen zu verkaufen.

⁵ Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit übermittelte am 27. März 1980 die Ergebnisse der Verhandlungen mit der kenianischen Regierung am 25./26. März 1980 in Form der „Agreed Minutes“. Die Bundesregierung habe einen Schuldenerlaß aus der grundsätzlichen Erwägung abgelehnt, daß Kenia nicht zur Gruppe der ärmsten Entwicklungsländer gehöre. Die Gespräche hätten die Verwendung der insgesamt 185,7 Mio. DM betroffen, die die Bundesregierung für die Jahre 1980 und 1981 zur Verfügung stelle. Vgl. dazu Referat 320, Bd. 125177.

⁶ Die dritte Generalkonferenz der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO III) fand vom 21. Januar bis 9. Februar 1980 in Neu Delhi statt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Ellerkmann berichtete am 14. Februar 1980, die Konferenz sei mit Annahme einer von der Gruppe der 77 eingebrachten „New Delhi Declaration and Plan of Action“ zu Ende gegangen: „Die darin enthaltenen Maximalforderungen zielten vor allem auf Gründung eines Nord-Süd-Global Fonds von 300 Mrd. Dollar Gesamtvolumen, Ressourcentransfer in Höhe von weiteren 300 Mrd. Dollar während der nächsten zehn Jahre, [...] Disaggregation des 25-Prozent-Ziels von Lima, d. h. Festlegung des von den EL bis zum Jahr 2000 in einzelnen Industriebereichen zu erzielenden Produktionsanteils, Redeployment (Industrieverlagerung), Einführung von Handelszielen. Außerdem enthielt das Papier eine Reihe für den Westen nicht akzeptabler, politischer Forderungen.“ Von der Gruppe der westlichen Industriestaaten und Japan sei die Deklaration abgelehnt worden: „Der Zusammenhalt der 77 konnte nur auf der Basis von Maximalforderungen erreicht werden“. Ellerkmann ergänzte, es sei anzunehmen, „daß bei den Mitgliedern der G 77 der Konferenzverlauf zu der Erkenntnis beitragen dürfte, daß Solidarität für einseitige Forderungen bei verbaler Unterstützung durch die sozialistischen Staaten keine tragfähige Grundlage für Fortschritte im Nord-Süd-Dialog ist.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 17; Referat 012, Bd. 115729.

⁷ José López Portillo.

Er sagt dies als Wirtschaftswissenschaftler, dem der wirtschaftliche Fortschritt der Entwicklungsländer am Herzen liegt. Als politischer Führer seines eigenen Landes kann er so etwas nicht öffentlich sagen. Aber er fühlt sich verpflichtet, es hier zu sagen, weil so den Entwicklungsländern jedenfalls teilweise geholfen werden könnte, die drohende wirtschaftliche Katastrophe zu vermeiden.

Moi zeigt sich von den Darlegungen des Bundeskanzlers beeindruckt. Er hat sich bereits gegenüber Kronprinz Fahd für einen Stopp der Ölpreiserhöhungen eingesetzt und wird es auch gegenüber anderen Ölproduzenten tun.

Er bittet um Hilfe bei der Beschaffung von Fahrzeugen für die Armee und um Ausrüstung, die es der Armee ermöglicht, Straßen in abgelegenen Gebieten zu erhalten. (BK bittet, diese Punkte mit dem Auswärtigen Amt aufzunehmen.) Außerdem bittet er um Hilfe bei der Entwicklung alternativer Energiequellen. Auf Fragen des Bundeskanzlers bestätigt er, daß Kenia über ein verbundenes Elektrizitätsnetz verfügt, für die Elektrizitätserzeugung bisher aber nur an hydroelektrische und geothermische Energie denkt, nicht an nukleare.

Bundeskanzler betont, daß der Bau jedenfalls eines Kernkraftwerkes wohl auch für Kenia der richtige Weg ist, sich jedenfalls teilweise Unabhängigkeit auf dem Gebiet der Elektrizitätserzeugung zu verschaffen. Die Voraussetzung ist allerdings dafür geschultes Personal. Pakistan, Indien und Brasilien sind bereits auf diesem Wege. Aber diesen Rat kann er natürlich nicht als deutscher Kanzler geben, sondern wiederum nur als Wirtschaftswissenschaftler. Wirtschaftliche Möglichkeiten für die Nutzung geothermischer Energie in größerem Maßstab gibt es zur Zeit wohl nur für Neuseeland und Island. Die Entwicklung der Kernkraftwerke ist dagegen so fortgeschritten, daß man sie schon fast von der Stange bestellen kann. Er hat in ähnlichem Sinne auch mit Präsident Sadat gesprochen und ihn vor den ungeheuren Investitionen und möglichen ökonomischen Auswirkungen des Projektes Kattara-Senke⁸ gewarnt. Auf Grund all dieser Erwägungen sollten die EL auf ihrem Recht zur Entwicklung friedlicher Kernenergie bestehen.

Moi stimmt dem Bundeskanzler zu, daß die Gruppe 77 eine Tendenz hat, die IL für Probleme verantwortlich zu machen, die sie nicht geschaffen haben. Die Probleme der weltweiten Entwicklung gehen auch die Ölproduzenten an.

Seine Bitte um Entwicklungshilfe begründet er auch damit, daß Kenia als Insel relativer wirtschaftlicher Stabilität von außerordentlich unstabilen Ländern wie Tansania, Uganda, Somalia und Äthiopien umgeben ist. (BK: Ihr Land hat eine der solidesten Wirtschaftsstrukturen in Afrika. Wenn Nyerere das nur verstünde, würde es seinem Land besser gehen.)

⁸ Am 20. April 1973 legten Wissenschaftler aus der Bundesrepublik eine Studie zu dem ägyptischen Projekt eines Wasserkraftwerkes in der Kattara-Senke vor. Vgl. dazu AAPD 1973, II, Dok. 176.

Am 5. Juli 1974 wurde ein Regierungsabkommen zwischen der Bundesrepublik und Ägypten über technische Zusammenarbeit beim Kattara-Projekt unterzeichnet, am 9. Juli 1974 ein Finanzierungsvertrag zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und Ägypten über 11,3 Mio. DM zur Erstellung einer Durchführbarkeitsstudie geschlossen. Vgl. dazu Referat 310, Bd. 104694.

Im Gespräch mit dem ägyptischen stellvertretenden Ministerpräsidenten Sultan und dem ägyptischen Wirtschaftsminister Shafei am 30. März 1976 erklärte Bundesminister Bahr, die Bundesrepublik werde finanzielle Unterstützung zur Fertigstellung der Studie gewähren. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 310, Bd. 108721.

Während andere afrikanische Führer für die Schwierigkeiten in Simbabwe nur die Briten verantwortlich machen, hat sich Kenia entschlossen, Truppen zur Durchführung der friedlichen Lösung zur Verfügung zu stellen.⁹ Auf die Frage des Bundeskanzlers, welcher politische Führer die beste Aussicht für politische Stabilität eröffnet, meint er: eine Verbindung von Nkomo und Muzorewa. Das Problem besteht darin, daß die inzwischen sieben politischen Führer auf Stammesloyalitäten zurückgreifen und einige ihrer Gefolgsleute jetzt schon sagen, daß sie kämpfen würden, wenn ihre Seite nicht gewinnt.

Bundeskanzler: Je länger die Auseinandersetzung dauert, desto mehr wird der sowjetische Einfluß zunehmen und desto stärker wird sich Südafrika in seiner Politik bestärkt fühlen. Er weist am Beispiel Kaundas auf die Gefahr der Abhängigkeit von sowjetischen Waffenlieferungen hin und hofft, daß Veranstaltungen wie Havanna¹⁰ inzwischen auch in Afrika als Mißachtung der Idee der Blockfreiheit empfunden werden.

Auf Moïs Hinweis, daß die Grenzfrage mit Somalia immer noch ein offenes Problem sei¹¹, berichtet er, daß er mindestens drei Mal Siad Barre gedrängt habe, sich mit Kenia zu verständigen (Moi dankt).¹² Er hat den Eindruck, daß es für Barre innenpolitisch noch nicht möglich war, an dieses Problem, das zu dem wichtigsten Ostafrikas gehört, ernsthaft heranzugehen. Barre scheint aber jetzt auch hier bescheidener geworden zu sein.

Moi bekräftigt, daß der Gipfel in Havanna von politischer Einseitigkeit geprägt war. Zu Somalia fürchtet er, daß nach einem Sturz Barres die Russen wieder zurückkehren könnten. Er entmutigt daher Opposition gegen Barre. Zu Äthiopien sieht er auf Frage des Bundeskanzlers die Gefahr, daß es neben dem Südjemen zu einem Ausgangspunkt sowjetischen Einflusses im Nahen Osten werden kann, der sich zunächst auf den Nordjemen und nach Syrien ausweiten könnte.

Bundeskanzler meint, daß ein Versuch der Sowjets, ihr Einflußgebiet auf den Persischen Golf zu erstrecken, mit großer Wahrscheinlichkeit zu einer Spre-

⁹ Zur Entwicklung in Rhodesien/Simbabwe vgl. Dok. 19, Anm. 39.

Gesandter Boecker, London, berichtete am 6. Februar 1980, die britische Regierung habe am Vortag im Rahmen der EPZ zur Lage in Rhodesien/Simbabwe mitgeteilt, es komme vermehrt zu gewaltsamen Übergriffen, hinter denen die Zimbabwe African National Liberation Army stehe: „Man sehe bei all dem nicht klar, ob Mugabe ein Doppelspiel treibe oder ob er innerhalb der ZANLA-Führung gelegentlich überspielt werde.“ Mittlerweile kehrten immer mehr Flüchtlinge zurück: „Unter Kriegsrecht würden z. Z. noch 1800 Personen in Rhodesien festgehalten, von denen die Mehrzahl aus Sicherheitsgründen vorläufig nicht freigelassen werden könnte.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 242; Referat 320, Bd. 125204.

¹⁰ Die sechste Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten fand vom 3. bis 9. September 1979 in Havanna statt. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 266.

¹¹ Kanzler I. Klasse Steinberg, Nairobi, faßte am 16. November 1979 die Gründe für das kenianische Mißtrauen gegen Somalia zusammen: „Der dreijährige Krieg Kenias gegen die von Somalia unterstützten Shifita-Rebellen in der Nordostprovinz Mitte der sechziger Jahre; die von Somalia nach wie vor verwendete Karte von Großsomalien, die die von Somalern bewohnten Gebiete Kenias mit einschließt; die Weigerung Somalias, das Prinzip der Unverletzlichkeit der von den Kolonialmächten hinterlassenen Grenzen anzuerkennen; der Angriff Somalias gegen Äthiopien; zweideutige Formulierungen in somalischen Gesprächsvorschlägen, die Hintertürchen für somalische Einmischung in der Nordostprovinz Kenias offenlassen; ähnlich zweideutige Formulierungen in der somalischen Verfassung.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 1095; Referat 320, Bd. 125176.

¹² Vgl. dazu die Gespräche des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Siad Barre am 2. Januar und am 19. Juni 1978; AAPD 1978, I, Dok. 1 und Dok. 192.

gung der Ölquellen führen würde, die dann so schnell nicht wieder zum Fließen gebracht werden können. Das würde wirtschaftlichen Zusammenbruch und Hungersnot für Hunderte von Millionen Menschen bedeuten. Japan z. B. hängt zu 90 % seiner Öleinfuhren vom Persischen Golf ab. Die Dritte Welt, von der 104 Staaten in den VN gezeigt haben, was sie vom sowjetischen Einmarsch in Afghanistan halten¹³, sollte jetzt ihre Rolle spielen und dafür sorgen, daß die Verletzung der Blockfreiheit durch die Sowjetunion nicht zu einem gefährlichen Ost-West-Konflikt wird. Gleichzeitig muß man durch Verringerung der Ölabhängigkeit dafür sorgen, daß sich solche gefährlichen Situationen nicht alle paar Jahre wiederholen. Er bemüht sich darum in seinem eigenen Lande, trotz großer Widerstände z. B. gegen den Bau von Kernkraftwerken.

Moi betont, daß die Sowjets deswegen ungehemmt aufrüsten und auf angebliche Einladungen in fremde Länder einmarschieren können, weil sie – im Gegensatz zum Westen – nicht auf die öffentliche Meinung im eigenen Land Rücksicht zu nehmen brauchen.

Daher muß der Sowjetunion von außen deutlich gezeigt werden, wo die Grenzen liegen. Nicht wir boykottieren die Olympischen Spiele, sondern die Sowjetunion hat Bedingungen geschaffen, die eine Teilnahme der anderen Länder in Moskau unmöglich machen.¹⁴

Bundeskanzler betont, daß die Welt durch den imperialistischen Ausdehnungsdrang der Sowjetunion in Gefahr geraten ist. Aber bisher gibt es noch kein gemeinsames Konzept, wie man ihn eindämmen kann. Verurteilungen und Strafmaßnahmen veranlassen die Sowjetunion nicht, aus Afghanistan abzuziehen. Solche Maßnahmen halten kaum länger als bis zum Sommer 1980.

In den letzten 20 Jahren ist der weltweite Einfluß der Sowjetunion außerordentlich gestiegen. Gleichzeitig sollte der Dritten Welt jetzt endgültig klar geworden sein, daß die Sowjetunion nicht die Interessen der Blockfreien verfolgt. Daher kann Appeasement keine Antwort sein. Auch die USA verstehen das inzwischen. Allerdings ist der Rüstungswettlauf als solcher auch keine Antwort. Die Sowjetunion weiß, daß sie ihn auf lange Sicht verlieren wird. Sie könnte daher versucht sein, Entscheidungen durchzusetzen, bevor sich die Waage des Gleichgewichts zu ihren Ungunsten neigt.

Nach dem Persischen Golf ist das Horn und Ostafrika einer der am meisten gefährdeten Bereiche. Es ist daher notwendig, daß sich die politischen Führer dieser Weltgegend zusammentun und ihre Politik – gemeinsam mit den westlichen Staaten – abstimmen, um die Möglichkeiten eines weiteren militärischen Vordringens der Sowjetunion in der Region auszuschließen.

Dabei ist es erforderlich, daß die politischen Führer der Region mit den Amerikanern sprechen, deren praktische Diplomatie allzu sehr von Wahlkampfperfor-

¹³ Vgl. dazu die Resolution ES-6/2 der Notstandssondertagung der VN-Generalversammlung vom 14. Januar 1980; Dok. 14, Anm. 11.

¹⁴ Botschafter Kühn, z. Z. Bonn, vermerkte am 13. Februar 1980, Präsident Moi habe sich für einen Boykott der Olympischen Sommerspiele in Moskau ausgesprochen: „Kenia sei – im Gegensatz zu manch anderen Ländern – ein Land, das durchaus Aussicht auf mehrere Olympia-Medaillen gehabt habe; insofern sei sein Teilnahmeverzicht durchaus gewichtig.“ Vgl. Referat 320, Bd. 125175.

dernissen¹⁵ bestimmt wird. Die Ostafrikaner haben genauso wie die Europäer das Recht und die Pflicht, die Amerikaner auf die besonderen Bedingungen in ihrem Teil der Welt hinzuweisen und Fragen nach einer gemeinsamen Eindämmungsstrategie zu stellen.

Moi bestätigt auf Frage des Bundeskanzlers, daß Muhammed Ali ein sehr schlechter Botschafter seines Landes in Afrika war.¹⁶

Er hat den Amerikanern als einem befreundeten Lande die Benutzung von Hafeneinrichtungen in Kenia gestattet.¹⁷

Bundeskanzler hält das für die richtige Politik. Gerade diese Hilfsbereitschaft aber gibt Kenia auch das Recht, den Amerikanern die Lage in Ostafrika zu erklären und dafür zu sorgen, daß sie ihre Stärke und ihre Intelligenz in einer den Notwendigkeiten der Region angepaßten Weise einsetzen.

B 2 (Referat 014), Bd. 246

¹⁵ Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

¹⁶ In der Presse wurde berichtet, der ehemalige Boxweltmeister Ali, der im Auftrag des Präsidenten Carter in afrikanischen Staaten für einen Boykott der Olympischen Sommerspiele in Moskau werben solle, benutze seine Mission zunehmend für Kritik an Carter. Ali wolle seine Reise nun nutzen, um die USA über die Beschwerden afrikanischer Staaten zu unterrichten. In Tansania habe sich Präsident Nyerere geweigert, Ali zu empfangen. Ähnliches sei in Kenia, Nigeria, Liberia und Senegal zu befürchten. Vgl. dazu den Artikel „Der ‚Größte‘ zu Carter: Ich bin nicht Ihr Prügelknabe“, DIE WELT vom 5. Februar 1980, S. 1.

¹⁷ Botschafter Kühn, Nairobi, berichtete am 3. Januar 1980, der amerikanische Botschafter LeMelle habe ihn unterrichtet, bei den Gesprächen einer amerikanischen Delegation vom 20. bis 22. Dezember 1979 sei es „keinesfalls um die Überlassung von Stützpunkten gegangen, sondern um die Möglichkeit einer intensiveren Benutzung des Hafens von Mombasa sowie von Flugplätzen durch die USA in künftigen Krisenfällen. Feste Vereinbarungen seien weder getroffen noch angestrebt gewesen. Jedoch könnten die USA – wie bisher schon – auf eine verständnisvolle Haltung Kenias rechnen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 18; Referat 320, Bd. 125176.

Zu den Gesprächen über eine Nutzung militärischer Basen in Oman, Somalia, Kenia und Saudi-Arabien durch die USA vgl. Dok. 52.

Kühn teilte am 24. Mai 1980 mit, auf amerikanisches Drängen sei vertraulich „ein ‚executive agreement‘ über die Zusammenarbeit beider Länder auf militärischem Gebiet abgeschlossen“ worden. Kenia sage den USA ohne Gegenleistung die volle Nutzung seiner Häfen und Flughäfen zu. Vgl. den Drahtbericht Nr. 303; Referat 320, Bd. 125176.

46

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem irakischen Außenminister Hammadi

700-700

12. Februar 1980¹

Notiz über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem irakischen Außenminister Dr. Hammadi am 12. Februar 1980²

Teilnehmer: Bundeskanzler, StS van Well, MD von Staden, Ges. Holzheimer, Außenminister Dr. Hammadi, Botschafter Bayrakdar, StS al-Samawi.

Der *Bundeskanzler* stellte zu Beginn des Gesprächs fest, daß wir die Beziehungen mit dem Irak³ aktiver gestalten und keine zu langen Pausen zwischen Begegnungen eintreten lassen wollten.⁴ Er bat dann Dr. Hammadi, ihm seine Gedanken zu den für Irak drängendsten Fragen mitzuteilen.

Dr. Hammadi führte aus:

- 1) Die Bedeutung seines Besuchs liege vor allem in der damit beabsichtigten Belebung der Beziehungen. Er stimme BK zu, daß häufigere Begegnungen erwünscht und notwendig seien.
- 2) Die Hauptsorge der irakischen Außenpolitik sei politischer Natur. Auf wirtschaftlichem und anderen Gebieten komme man voran, sehe aber die eigene Si-

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Gesandtem Holzheimer am 13. Februar 1980 gefertigt.

Hat Ministerialdirektor von Staden, Bundeskanzleramt, am 19. Februar 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, und Referat 213 des Bundeskanzleramts verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „[Bitte] w[ei]tere [Veran]l[assung] (Randbemerkungen).“ Vgl. dazu Anm. 8 und 16.

Hat Gablentz am 20. Februar 1980 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Franke, Bundeskanzleramt, am 20. und erneut am 21. Februar 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Abl[ichtung] für Privatregistratur. 2) H[errn] BK am 21.2. ab von L[eiter]K[anzler]B[üro].“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Höynck, Bundeskanzleramt, am 21. Februar 1980 vorgelegen.

² Der irakische Außenminister Hammadi hielt sich vom 9. bis 13. Februar 1980 in der Bundesrepublik auf.

³ Am 21. Januar 1980 informierte Botschaftsrat I. Klasse Spalcke, Bagdad, nach der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Irak 1974 seien diese „jahrelang unterkühlt“ geblieben, der Austausch hochrangiger Besucher nur von der Bundesregierung betrieben worden. Das 1977 verhängte Embargo gegen Lieferungen aus der Bundesrepublik wegen rückläufiger Ölkäufe gehöre mittlerweile der Vergangenheit an. Neben den wirtschaftlichen Faktoren seien politische Entwicklungen ausschlaggebend für eine Verbesserung des bilateralen Verhältnisses gewesen: „Für die Iraker war von großer Bedeutung, daß die Bundesregierung im Rahmen der EG, aber auch bei eigenen Erklärungen zum Nahost-Konflikt, verstärkt für die legitimen Rechte der Palästinenser eintrat. Damit wurden wir für die Iraker in zunehmender Weise zu einem politisch interessanten und akzeptablen Gesprächspartner. Auf irakischer Seite hat ferner die Absicht mitgespielt, mit der Bundesrepublik Deutschland einen der wichtigsten Staaten Westeuropas als politischen Partner zu gewinnen. Dies um so mehr, als Westeuropa in der politischen Vorstellungswelt der irakischen Regierung eine bedeutende Rolle als Gegengewicht zu den beiden Supermächten spielt. Auf deutscher Seite wurde die Intensivierung der Beziehungen erleichtert, nachdem die irakische Regierung versichert hatte, keine deutschen Terroristen zu unterstützen, und Verhandlungen über Luftsicherheitsfragen geführt werden konnten.“ Vgl. Referat 311, Bd. 137595.

⁴ Bundesminister Genscher hielt sich vom 4. bis 6. Juli 1979 in Irak auf. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 201 und Dok. 203.

cherheit bedroht. Das Grundproblem der irakischen Außenpolitik sei der arabisch-israelische Konflikt; ohne dessen faire und zufriedenstellende Lösung könne es keine Ruhe in der Region geben.

3) Die arabische Welt sei insgesamt den blockfreien Ländern zuzurechnen. Einzige Ausnahme sei der Südjemen, der aber im arabischen politischen Zusammenhang keine besondere Bedeutung habe.

Bundeskanzler verwies hier auf die geostrategische Lage des Landes.

In Islamabad⁵ habe sich die feste und einige Position gegenüber der sowjetischen Intervention in Afghanistan gezeigt, aber auch gegenüber den US-Interessen in der Golfregion.

Auf Frage BK: Carters Äußerungen in der jüngsten State of the Union Address⁶ über die amerikanischen Pläne bezüglich der Golfregion hätten überrascht. Der Irak habe vorher keine Kenntnis von diesen Überlegungen erhalten, sondern seine Informationen der Presse entnommen. Die arabischen Staaten – mit geringen Nuancen – wollten nicht, daß die Region in einen kalten Krieg einbezogen werde. Die USA müßten wissen, daß sie sich nicht bedingungslos auf die arabischen Staaten, auch nicht auf Saudi-Arabien, abstützen könnten.

4) Gegenüber der EG seien bilateral wie gemeinsam konkrete Schritte notwendig.⁷ Irak wolle eine politische und wirtschaftliche Verständigung. Dabei sei hinsichtlich der Energiepolitik festzuhalten, daß sie von Irak nicht in erster Linie als Preispolitik gesehen werde, sondern der eigenen Entwicklung dienen solle.⁸

5) Der Irak sei besorgt darüber, daß sich die USA in der Golfregion einmischen wollten (interfere). Man sei sowohl gegen eine Dominanz der SU wie der USA. Vielleicht könne man dies die USA wissen lassen.

Bundeskanzler warf ein, daß es wichtig sei, den USA die deutlichen Gefühle der Golfstaaten zur Kenntnis zu bringen. Sicherlich ginge es den Vereinigten Staaten in erster Linie um die Eindämmung der SU, aber ein anderer Gebrauch der gleichen Mittel könne von den Staaten der Region befürchtet werden. BK erklärte auf irakischen Wunsch seine Bereitschaft, die USA zu unterrichten.

6) *Außenminister* zeigte sich besorgt über die in Gesprächen immer wieder auftauchenden Gedanken, daß die USA wegen der Lage in Afghanistan Israel weiter aufrüsten und Basen in Ägypten⁹ einrichten werden. Man müsse auch klar

⁵ Zur Konferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz vom 27. bis 29. Januar 1980 in Islamabad vgl. Dok. 29, Anm. 19.

⁶ Für den Wortlaut der Rede von Präsident Carter am 23. Januar 1980 zur Lage der Nation vor beiden Häusern des Kongresses vgl. PUBLIC PAPERS, CARTER 1980, S. 194–200. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 101–106. Vgl. dazu ferner Dok. 16.

⁷ Vgl. dazu die Initiative der Bundesregierung im EG-Ministerrat am 15. Januar 1980 für ein Kooperationsabkommen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den Golfstaaten; Dok. 13, Anm. 10.

⁸ An dieser Stelle vermerkte Ministerialdirektor von Staden, Bundeskanzleramt, handschriftlich: „Ergänzung laut meinen Notizen: Die arabische Welt u. Irak seien bereit für eine langfristige Regelung (Arrangement) ... nicht an kurzfristigem Arrangement interessiert, sondern an langfristigem.“ Vgl. Anm. 1.

⁹ Zu Überlegungen bezüglich der Errichtung amerikanischer Militäreinrichtungen in Ägypten vgl. Dok. 4, Anm. 3.

erkennen, daß die arabischen Staaten Sadat nicht folgen würden; dies hätten auch die Ergebnisse von Tunis gezeigt.¹⁰

Bundeskanzler warf ein, daß die Presse aus Gerüchten mehr mache, als der reale Hintergrund hergäbe.

Außenminister äußerte die Befürchtung, daß in den USA die Militärs ab jetzt die politischen Entscheidungen wieder mehr bestimmen würden und sich dadurch die Gefahr vergrößere, daß der Kalte Krieg in die Region getragen würde. Alle Araber seien gegen eine solche Entwicklung.

Bundeskanzler gab zu bedenken, daß sich die Lage für die USA dadurch verschlechtert habe, daß sich gerade die SU Stützpunkte und Einflußzonen in Afrika und Mittelost geschaffen habe. Insofern müsse man auch die Besorgnis der USA über die Ausdehnung des Einflusses der SU verstehen. Er sage dies, ohne US-Politik machen oder verteidigen zu wollen. Die Tatsachen als solche könnten aber von niemandem übersehen werden. Man mag über die US-Antworten auf die Probleme streiten, aber den Maßnahmen der SU könne man nicht nur mit Resolutionen begegnen. Auch könne weder Afghanistan als Aufmarschgebiet noch die dort lagernden Kapazitäten der SU unbeachtet bleiben. Die Bundesrepublik Deutschland sei vielleicht weit entfernt; andere seien es nicht.

Der BK führte anschließend aus, daß wir an langfristig angelegtem Austausch und Handel auf gleichberechtigter, partnerschaftlicher Basis bilateral wie im Rahmen der EG interessiert seien. Dieser Austausch könne Energiefragen einbeziehen. Engere Beziehungen und verstärkter Austausch würden die Stabilität der Region begünstigen. Wir hätten parallele Interessen und sollten Kanäle etablieren, über die ein ständiger politischer Austausch möglich sei. Die arabischen Interessen, Ziele und Sorgen würden erst seit relativ kurzer Zeit deutlicher bekannt. Europa und zweifellos auch die USA möchten die Araber besser kennen und verstehen lernen; aber dazu müßte man miteinander sprechen.¹¹

Bei den von uns gewünschten lebhafteren und engeren Beziehungen solle die Erdölfrage nicht vergessen werden, sie sei aber nicht der zentrale Punkt. Mit anderen Worten: Auch wenn Irak kein Erdölland wäre, müßten die Kontakte und die Zusammenarbeit enger werden. Gleichwohl: Auch wir könnten heute unsere Ölrechnung nicht mehr bezahlen; viel weniger die Entwicklungsländer. Nicht zuletzt kranke auch beispielsweise die Türkei sehr an diesem Problem.

¹⁰ Vom 20. bis 22. November 1979 fand in Tunis eine Konferenz der Könige und Präsidenten der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga statt. Botschafter Terfloth, Tunis, berichtete dazu am 23. November 1979: „Zum Nahost-Konflikt selbst hat der Gipfel keine wesentlichen Aussagen gemacht, die über das Gewohnte hinausgingen. Er hat die Grundsätze von Bagdad wiederholt [...], aber strikt vermieden, Ägypten oder den Präsidenten Sadat auf die Anklagebank zu setzen oder die Boykottbeschlüsse zu verschärfen. Auf der anderen Seite wird den Vereinigten Staaten nicht nur der Prozeß wegen ihrer Camp-David-Politik und ihrer Hilfe für Israel gemacht, sie werden auch ziemlich deutlich darauf hingewiesen, daß dies auf die Dauer wirtschaftliche, sprich energiepolitische Folgen haben müsse.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 348; Unterabteilung 31, Bd. 135616.

¹¹ Ministerialdirektor Meyer-Landrut vermerkte am 11. Februar 1980, die amerikanische Botschaft habe ein Aide-mémoire für den irakischen Außenminister Hammadi überreicht und mitgeteilt, „daß die Amerikaner an einem effektiveren Dialog mit Irak interessiert sind“. Vgl. Referat 311, Bd. 137595. Vortragender Legationsrat I. Klasse Schlagintweit vermerkte am 15. Februar 1980, die amerikanische Botschaft habe sich für die Überreichung des Aide-mémoire bedankt: „Sie plant ein Treffen auf hoher Ebene, entweder in den Vereinigten Staaten oder in einem dritten Land“. Er, Schlagintweit, habe zu letzterem geraten. Vgl. Referat 311, Bd. 137595.

Dr. Hammadi wies darauf hin, daß der Irak seine Beziehungen zur Türkei seit einiger Zeit sehr entwickelt habe. In den 20er und 30er Jahren seien die Dinge anders gewesen. Unterdessen sei die türkische Außenpolitik vernünftiger und rationaler geworden. In den letzten zehn Jahren seien Fortschritte miteinander gemacht worden, und der Irak helfe der Türkei vor allem wirtschaftlich. Man wolle gute Arbeitsbeziehungen, habe vor allem keine Grenzprobleme. Für den Irak sei es auch im Grunde gleichgültig, ob in der Türkei Ecevit oder Demirel an der Macht seien. Das türkische Verständnis des arabisch-israelischen Konflikts sei besser geworden, und die Türkei unterhalte gute bilaterale Beziehungen zu den Golfstaaten, aber auch zu Libyen und den anderen arabischen Staaten. Abgesehen von der Aufrechterhaltung guter wirtschaftlicher Beziehungen könne auch der Irak gegen die inneren Schwierigkeiten der Türkei nicht viel unternehmen. Die US-Militärbasen seien eine türkische Angelegenheit.¹²

Bundeskanzler betonte, daß wir – zusammen mit anderen Staaten – große finanzielle Anstrengungen für die Türkei unternähmen.¹³ Der US-Senat sei in der Vergangenheit nicht sehr freundlich zur Türkei gewesen. Es bleibe ergänzend festzuhalten, daß wir auch Freunde Griechenlands seien.

Außenminister erwähnte im Zusammenhang mit seinem vorangegangenen Besuch in Belgien¹⁴, der sowohl dem Lande wie der EG gegolten habe, daß sich der Irak oft über den Euro-Arabischen Dialog¹⁵ ausgesprochen habe. Der Dialog sei nicht in guter Verfassung. Er sollte wirtschaftlich belebt werden und auch den Technologietransfer einbeziehen. Außerdem müsse der Dialog politisiert werden und alle Staaten der Arabischen Liga und die EG umfassen.¹⁶

Bundeskanzler gab zu bedenken, daß die rund zwanzig Länder zuviel seien, um sie wirtschaftlich im Sinne eines umfassenden Programms bedienen zu können. Die EG sei eine kleine Gruppe von nur neun Staaten. Aber die Dinge sollten im Detail näher untersucht werden.

¹² Zur Frage der Nutzung militärischer Basen in der Türkei durch die amerikanischen Streitkräfte vgl. Dok. 16, Anm. 20.

Botschafter Hermes, Washington, informierte am 25. März 1980, das amerikanische Außenministerium halte es für möglich, daß das am 10. Januar 1980 paraphierte amerikanisch-türkische Verteidigungsabkommen bis zum 31. März 1980 unterschrittsreif sei: „Einige Regelungen für Basenbetrieb enthielten noch Klammerformulierung. Meist seien Rechtsfragen betroffen“, die keiner politischen Lösung bedürften: „Aber trotz beiderseitigen guten Willens könne nicht ausgeschlossen werden, daß Türkei erneut einseitige und vorläufige Genehmigung zum Basenbetrieb erneut verlängern müsse.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1327; Referat 203, Bd. 115912.

¹³ Zur Wirtschafts-, Finanz- und Verteidigungshilfe für die Türkei vgl. Dok. 22.

¹⁴ Der irakische Außenminister Hammadi hielt sich am 7./8. Februar 1980 in Belgien auf.

¹⁵ Vortragender Legationsrat Kruse faßte am 27. November 1979 die Ergebnisse der Sitzung der Europäischen Koordinierungsgruppe (EKG) zum Europäisch-Arabischen Dialog am 23. November in Dublin zusammen. Die Außenminister der EG-Mitgliedstaaten hätten am 20. November 1979 „der Wiederaufnahme des Europäisch-Arabischen Dialogs auf Arbeitsebene mit der Arabischen Liga (AL) in Tunis grundsätzlich zugestimmt. [...] Die britische Delegation wies – darin von allen anderen gefolgt – darauf hin, daß die Europäer nicht auf politischer Ebene eine Anerkennung der Tunis-Liga, sondern die Aufrechterhaltung guter Beziehungen zur arabischen Welt anstreben. Dies sei ein schwieriger Balance-Akt, der von Tunis wie auch von Kairo akzeptiert werden müsse.“ Vgl. Unterabteilung 31, Bd. 135624.

¹⁶ An dieser Stelle notierte Ministerialdirektor von Staden, Bundeskanzleramt, handschriftlich: „It should be economically comprehensive.“ Vgl. Anm. 1.

Dr. Hammadi meinte, ein gemeinsames Treffen der Außenminister der Staaten der Arabischen Liga und der EG könne ein Ansatzpunkt sein. Ägypten wäre freilich separat zu behandeln.

Bundeskanzler stimmte einer separaten Lösung zu, sofern die Araber daran keinen Anstoß nähmen, drückte aber auch die Hoffnung aus, daß die Einheit der arabischen Welt bald wieder hergestellt werden möge, da Ägypten schon wegen seiner Größe und Bevölkerungszahl ein wichtiger Faktor in der Region wäre. *StS van Well* erinnerte daran, daß der irakischen Seite ein Memorandum über die Möglichkeiten der Beziehungen der arabischen Länder zur EG übergeben werden solle.¹⁷

Dr. Hammadi kam anschließend auf die Probleme der Palästinenser zu sprechen und erinnerte daran, daß zunächst diese, später aber auch einige Syrer, Jordanier und Ägypter Flüchtlinge geworden seien. Heute wären alle Araber Feinde Israels, Israel aber denke weiter an Krieg.

Bundeskanzler äußerte die Ansicht, daß Israel keinen neuen Krieg gewinnen könne. Auch sehe Israel zweifellos, daß in der Region nicht schlechthin alles gehe. Was er andererseits nicht recht begreifen könne, sei die Rolle Syriens im Libanon. In diesen Fragen müßten wir von Ländern wie dem Irak lernen. Wir müßten auch das Sicherheitsbild der Araber zur Kenntnis nehmen. Wenn wohl auch nicht alle Befürchtungen gerechtfertigt erschienen, so müßten wir doch die Einschätzung der anderen kennen.

Wir hegten insgesamt den großen Wunsch, die bilateralen Beziehungen zu kultivieren, und dies solle alle Aspekte umfassen: Politik, Wirtschaft, Erdöl, Technologietransfer usw.

Außenminister erwiderte, daß auch der Irak die Bedeutung der Verstärkung der Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland sehr hoch einschätze. Mit den Vorschlägen des BK sei er sehr einverstanden und er freue sich besonders, neben den Grüßen seines Präsidenten¹⁸ auch dessen Einladung an den Bundeskanzler zu einem Besuch im Irak übermitteln zu können.

Bundeskanzler nahm die Einladung, wie er wörtlich sagte, sofort, an. Er sei noch nie im Irak oder der Golfregion gewesen und freue sich sehr auf den Besuch. Beide Seiten müßten ihn gut vorbereiten, das Datum solle auf diplomatischem Weg vereinbart werden.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 52

¹⁷ Vortragender Legationsrat I. Klasse Randermann übermittelte am 6. März 1980 der Botschaft in Bagdad sowie der Ständigen Vertretung bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel den Text des Memorandums, das dem irakischen Außenminister Hammadi am selben Tag überreicht wurde. Darin hieß es, die Bundesregierung habe den Europäischen Gemeinschaften am 15. Januar 1980 eine engere Zusammenarbeit mit den Golfstaaten vorgeschlagen: „Als einzige Region der arabischen Welt sind die Staaten am Golf und Jemen mit der Gemeinschaft noch nicht vertraglich verbunden.“ Anzustreben seien Kooperationsabkommen, die den Europäisch-Arabischen Dialog ergänzen würden. Derartige Abkommen könnten folgende Gebiete betreffen: „Handelspolitische Zusammenarbeit und Meistbegünstigung, Bemühungen um Förderung und Schutz von Investitionen und Kapitalanlagen, entwicklungspolitische Kooperation, technologische Zusammenarbeit, energiepolitischer Dialog, Bildung gemischter Ausschüsse“. Vorbild könne die Zusammenarbeit mit ASEAN sein, die auf wirtschaftliche Zusammenarbeit ausgerichtet sei, aber auch eine politische Dimension entwickelt habe. Vgl. den Drahterlaß Nr. 1273; B 201 (Referat 411), Bd. 437.

¹⁸ Saddam Hussein.

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer

410–424.50 SB 4

12. Februar 1980¹Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³

Betr.: Gewährung des Kommunalwahlrechts an Staatsangehörige der EG-Mitgliedstaaten

Anlg.: 1⁴

Zweck der Vorlage: Bitte um Zustimmung zu III.

I. Sachstand

1) Zum EG-Kommunalwahlrecht (EG-KWR) hat BM auf Vorlage der Abt. 4 vom 11.10.1979⁵ entschieden:

„Das AA sollte sich uneingeschränkt für das K-Wahlrecht für EG-Angehörige einsetzen und auch in Brüssel für beschleunigte Behandlung eintreten.“

¹ Ablichtung.

Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Kyaw und Vortragendem Legationsrat Pleuger konzipiert.

Hat Pleuger am 21. Februar 1980 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Herr Kyaw teilt mit: „Angelegenheit wurde bei Europa-St[aa]ts[S]ekretären besprochen.“ Es bestehe „angesichts eindeutiger Haltung des BK + etl[iche]r Kabinettsmitglieder einzige Chance darin, daß BM Mi[tt]woch 19.III. bei Besprechung des Kühn-Berichts diese Angelegenheit im Kabinett zur Sprache bringt. 410 macht entspr[echende] Vorlage.“ Vgl. den Begleitvermerk; Referat 010, Bd. 178821.

² Hat Staatssekretär Lautenschlager am 13. Februar 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Der Vorschlag zu Ziffer III ist wahrscheinlich realistisch, allerdings nur unter der Annahme, daß bereits eine negative Entscheidung im Kabinett gefallen ist.“

³ Hat Bundesminister Genscher am 16. Februar 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Beschluß vom 21.1.80 beifügen. 2) W[ie]der[v]orlage.“

Hat Genscher am 21. Februar 1980 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Das Kabinettsprotokoll läßt irgendwelche Entscheidungen der Bu[ndes]Reg[ie]rung nicht erkennen. Die Linie des AA ist weiter mit Nachdruck zu verfolgen.“

⁴ Dem Vorgang nicht beigelegt.

⁵ Staatssekretär Lautenschlager notierte, eine Arbeitsgruppe der Europäischen Gemeinschaften befasste sich seit einigen Jahren mit der Gewährung des Kommunalwahlrechts für Bürger von EG-Mitgliedstaaten: „Während F reserviert ist, GB sowie Lux zur Vorsicht neigen und wir uns noch nicht festgelegt haben, zeigen die übrigen MS eher eine positive Tendenz. [...] Die Gewährung des Kommunalwahlrechts an EG-Ausländer würde dem gegenwärtigen Stand der europäischen Integration entsprechen. EG-Ausländer genießen volles Bürgerrecht in wirtschaftlicher Hinsicht und können nur noch aus schwerwiegenden Gründen der öffentlichen Ordnung anders behandelt werden als Inländer.“ Die Bundesregierung wünsche, die Bürger direkt in den europäischen Einigungsprozeß einzubeziehen, die FDP setze sich für ein EG-Kommunalwahlrecht ein. Allerdings müßten für dessen Einführung das Grundgesetz und die meisten Länderverfassungen geändert werden. Deshalb lehne die Innenministerkonferenz das Vorhaben bislang ab: „Es werden schließlich auch politische Befürchtungen wegen des Wahlverhaltens der Ausländer und deren Auswirkungen auf die politische Struktur in Ausländerballungsgebieten insbesondere für den Fall geltend gemacht, daß das Kommunalwahlrecht auch Nicht-EG-Bürgern, z. B. Türken, gewährt werden sollte.“ Für eine solche Ausweitung des Wahlrechts gebe es allerdings „weder rechtlich noch politisch durchschlagende Gründe [...]. Wenn die Bundesregierung es mit ihrem europapolitischen Engagement und ihren entsprechenden Erklärungen in der Perspektive der Europäischen Union ernst meint, kann sie sich einer Einführung des Kommunalwahlrechts für EG-Ausländer im Grundsatz nicht verschließen.“ Vgl. Referat 410, Bd. 121877.

Im Ressortkreis ist diese Haltung klar zu vertreten. Falls Einigung nicht zu erreichen ist, Kabinettsentscheidung.“

2) Europastaatssekretäre⁶ haben mehrfach über EG-KWR beraten, ohne Einigung zu erzielen. Ablehnend: BK; zurückhaltend: BMI, wegen ablehnender Haltung der Innenministerkonferenz.

3) Am 23.1.1980 wurde KWR für Ausländer im Kabinett (in Abwesenheit BM) sowie im Koalitionsgespräch⁷ behandelt. Dabei hat sich Bundeskanzler unter Hinweis auf verfassungsrechtliche Schwierigkeiten, ablehnende Haltung der Innenministerkonferenz und politische Bedenken gegen KWR für Ausländer ausgesprochen.

4) Bei deutsch-französischem Gipfel am 4./5.2.1980⁸ wurde Frage von den Arbeitsministern⁹ behandelt. Im Plenum erklärte BK (nach Abreise BM), daß Einführung KWR zwar von einigen „Idealisten“ auch bei uns befürwortet werde, er dies aber für „absurd“ halte und eine Einführung des KWR für Ausländer unter seiner Kanzlerschaft nicht in Betracht käme. Präsident Giscard stimmte Auffassung des BK in der Sache zu.¹⁰

II. Verfahrensstand in Brüssel

Italienische Präsidentschaft¹¹ mißt EG-KWR nach wie vor große Bedeutung bei, will aber vor erster Gruppensitzung am 4.3.1980 Haltung der MS sondieren. Falls sich keine Entwicklung bei Positionen von F und D abzeichnet, erwägt Präsidentschaft, Thema vorerst nicht zu forcieren.

III. Vorschlag für weiteres Procedere

1) Wegen eindeutig festgelegter Position des BK und ebenfalls ablehnender Haltung Frankreichs erscheint Aussicht auf Fortschritt in dieser Frage gegenwärtig gering. Bei Befassung Kabinetts bestünde eher Gefahr negativer Präjudizierung. Daher Vorschlag: gegenwärtig keine Befassung des Bundeskabinetts.¹²

2) In den EG-Gremien sollten wir

- hinweisen auf verfassungsrechtliche Probleme und schwierige Bund/Länderabstimmung, die uns Gewährung EG-KWR auf absehbare Zeit nicht ermöglichen würden;
- auf Zeitgewinn hinwirken, uns aber ggf. weiteren sachlichen Vorarbeiten (die ohnehin vermutlich noch geraume Zeit in Anspruch nehmen werden) nicht verschließen;

⁶ An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Wir haben uns hier entsprechend Ihrer Weisung heute im positiven Sinne engagiert.“

⁷ An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Ich weiß nicht, ob es einen Koalitionsbeschluß gibt.“

⁸ Zu den deutsch-französischen Konsultationen in Paris vgl. Dok. 39. Vgl. ferner Dok. 38, Anm. 3.

⁹ Herbert Ehrenberg und Jean Mattéoli.

¹⁰ In der Plenarsitzung der deutsch-französischen Konsultationen am 5. Februar 1980 in Paris erklärte Bundeskanzler Schmidt zur möglichen Gewährung des Kommunalwahlrechts an Staatsangehörige der EG-Mitgliedstaaten, daß er der „Einführung bei uns aus verfassungsrechtlichen und verfassungspolitischen Gründen widerspreche. Der Staatspräsident bestätigte, daß ein Kommunalwahlrecht für EG-Ausländer unter seiner Regierung in keinem Fall eingeführt werde.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14083 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

¹¹ Italien hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis zum 30. Juni 1980 inne.

¹² An dieser Stelle wurde handschriftlich ergänzt: „Allenfalls käme ein nochmaliges Koalitionsgespräch in Betracht, falls die Frage noch offen ist.“

- für den Fall, daß Präsidentschaft dennoch auf Entscheidung drängen und hierfür Unterstützung finden sollte, wäre aus der Sicht des AA ein Ratsbeschluß anzustreben, der es den MS ermöglicht, ohne zeitliches Limit und jeweils im Rahmen ihrer politischen und verfassungsrechtlichen Möglichkeiten das KWR für EG-Bürger einzuführen (vgl. S. 7 der beigelegten Vorlage für EStS).

gez. Per Fischer

Referat 010, Bd. 178821

48

Botschafter Herbst, Paris, an das Auswärtige Amt

114-1735/80 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 370
Citissime

Aufgabe: 12. Februar 1980, 18.15 Uhr¹
Ankunft: 12. Februar 1980, 17.32 Uhr

Betr.: Unterredung des bayerischen Ministerpräsidenten Strauß mit dem französischen Premierminister Barre am 12.2.1980²

Zur Unterrichtung

Premierminister Barre benutzte das etwa dreiviertelstündige Gespräch, zu dem er den bayerischen Ministerpräsidenten Strauß am 12. Februar empfing, dazu, um Herrn Strauß die Grundlinien der französischen Außenpolitik in der krisenhaften Weltlage nach dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan zu erläutern.

Diese Politik sei – so der Premierminister – durch den festen Willen charakterisiert, eine Politik der Unabhängigkeit zu verfolgen. Sicherlich sei und bleibe Frankreich Mitglied der Allianz und stehe zu den Verpflichtungen, die sich hieraus ergeben. Doch sei und bleibe Paris gegen jede Blockbildung und bemühe sich daher auch, jede erneute Herausbildung zweier feindlicher Lager zu verhindern. Dies erlaube es Europa am besten, seine eigenen Interessen zu wahren.

Die Veränderungen, die die von de Gaulle eingeleitete Entspannungspolitik hervorgerufen habe, seien beträchtlich: In Osteuropa hätten sie zu größerer Bewegungsfreiheit der kleineren kommunistischen Staaten – vor allem Polens und Ungarns – geführt. Auch müsse man alles zu vermeiden suchen, was unter den nichtgebundenen Staaten der Dritten Welt zur Schaffung von künstlichen Bindungen an die eine oder andere Supermacht und damit zu „Bruchstellen“ führen könne.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 13. Februar 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher am 13. Februar 1980 vorgelegen.

² Der bayerische Ministerpräsident Strauß hielt sich am 11./12. Februar 1980 in Frankreich auf.

Die Sowjetunion betreibe, auch wenn dies manchmal unangenehm sei, eine stetige Politik, während die amerikanische Außenpolitik der letzten Jahre sehr sprunghaft gewesen sei. Das amerikanische Verhalten bei der gescheiterten Einführung der Neutronenbombe³, bei den Bemühungen um eine Entmilitarisierung des Indischen Ozeans⁴, bei der Einschätzung der kommunistischen Gefahr und auch im Verhalten gegenüber Pakistan zeigten dies überdeutlich. Schließlich habe der exklusive Dialog Washingtons mit Moskau zu Enttäuschung und zu Unzufriedenheit der Alliierten führen müssen.

Hier liege der Grund für das französische Mißtrauen gegenüber verbalen Kraftakten der Amerikaner, die offensichtlich von der Atmosphäre des Wahlkampfes⁵ stark beeinflusst seien. Zwar habe er, Barre, bei seinem jüngsten Besuch in New York ein Erwachen der amerikanischen Bevölkerung aus dem Trauma von Watergate⁶ und Vietnam beobachten können. Auch habe die Geiselnahme in Teheran die Amerikaner gedemütigt und zwangsläufig wieder an die Weltpolitik herangeführt. Man müsse sich indessen fragen, ob diese neue Haltung, zudem unter diesem Präsidenten⁷, von Dauer sei. Noch in einem Augenblick, in dem sich die amerikanische Öffentlichkeit von der Forderung nach Sanktionen gegen den Iran abgewendet habe, sei von amerikanischer Seite in Paris auf schärfere wirtschaftliche Gegenmaßnahmen gedrängt worden.

In dieser Lage komme der deutsch-französischen Erklärung am Ende der letzten Gipfelgespräche⁸ besondere Bedeutung zu. Dort sei die eigenständige Rolle zweier befreundeter europäischer Länder zum erstenmal deutlich angesprochen worden – dies selbstverständlich unter Wahrung der Bindungen an die Allianz.

Der Premierminister wandte sich dann der Sowjetunion zu, die in jedes Vakuum einzudringen suche, wie dies der Logik der sowjetischen Außenpolitik entspreche. Dem müsse man, wenn nötig, mutig entgegenreten, wie dies Frankreich im Shaba ohne allzu viel Verständnis und ohne allzu große Hilfe seiner Freunde getan habe.⁹ Entspannung und Wachsamkeit seien für die französische Außenpolitik untrennbare Wesensmerkmale.

Im übrigen sei die Sowjetunion sehr viel schwächer, als vielfach angenommen werde. Der nichtrussische Anteil an der Bevölkerung der Sowjetunion wachse schnell an. Die sowjetische Wirtschaft kenne im landwirtschaftlichen wie industriellen Bereich erhebliche Schwächen. Der Einfluß Moskaus auf die kleineren osteuropäischen Länder sei nicht mehr so allumfassend wie früher. In Paris sehe man daher in der sowjetischen Invasion nach Afghanistan eher ein Zeichen

³ Präsident Carter gab am 7. April 1978 eine Erklärung über die unbefristete Verschiebung der Produktion der Neutronenwaffe ab. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, CARTER 1978, S. 702. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 470 (Auszug). Vgl. dazu ferner AAPD 1978, I, Dok. 108.

⁴ Zu den Bemühungen um eine Reduzierung der militärischen Präsenz im Indischen Ozean vgl. Dok. 40, Anm. 34.

⁵ Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

⁶ Zur „Watergate-Affäre“ vgl. Dok. 11, Anm. 9.

⁷ James E. Carter.

⁸ Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung anlässlich der deutsch-französischen Konsultationen am 4./5. Februar 1980 in Paris vgl. BULLETIN 1980, S. 117 f.

⁹ Zu den militärischen Auseinandersetzungen in Zaire 1978 vgl. Dok. 26, Anm. 29.

der Schwäche als der Stärke.¹⁰ Ähnlich sei wohl auch die Analyse des Vaters der „containment policy“, George Kennan, der sich unmißverständlich dafür ausgesprochen habe, das sowjetische Vorgehen in Afghanistan nicht zu sehr zu dramatisieren.¹¹

Herr Strauß dankte dem Premierminister für seine Darlegungen und fügte scherzend hinzu, man habe ihm, Strauß, bei dem langen innerdeutschen Streit zwischen „Atlantikern“ und „Gaullisten“ den Vorwurf gemacht, geradezu der Anführer der „deutschen Gaullisten“ zu sein. Die kritische französische Betrachtungsweise der amerikanischen Außenpolitik der letzten Jahre teile er.

Herr Strauß erläuterte dann seine Vorstellungen vom Inhalt der Entspannung und wiederholte seine Kritik an der deutsch-französischen Erklärung, die der Sowjetunion ernste Folgen erst im Wiederholungsfalle (... „daß die Entspannung einem neuen Schlag gleicher Art nicht standhalten würde“) androhe.¹²

Der Premierminister wies diese Kritik als unzutreffend und böswillig (malveillant) zurück, wobei er allerdings hinzufügte, daß die zweite Qualifikation nur Presseäußerungen, nicht aber die Kritik von Herrn Strauß, betreffe. Hinter der deutsch-französischen Erklärung stehe nicht nur unausgesprochen die Sorge, daß es später einmal zu Verwicklungen um den Iran, um Jugoslawien oder Pakistan kommen könne. Dort werde unmißverständlich gesagt, daß der sowjetische Einmarsch für die westliche Welt unannehmbar sei und daß die Sowjetunion Afghanistan wieder räumen müsse. Dies sei ein deutliches „bis hierher“¹³ und nicht weiter“.

Die Unterredung, die nur bei der Zurückweisung der Kritik an der deutsch-französischen Erklärung eine leichte Schärfe enthielt, endete mit der Versicherung von Herrn Strauß, daß ihm die Pflege der freundschaftlichen deutsch-französischen Beziehungen nicht weniger am Herzen liege als der Bundesregierung und der Regierungskoalition.

[gez.] Herbst

VS-Bd. 14083 (010)

¹⁰ Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Die Kompensation politischer Schwächen durch mil[itärische] Schwäche ist gerade das Gefährliche.“

¹¹ Die Botschaft in Washington übermittelte am 28. Februar 1980 den Text der Rede des emeritierten Professors am Institute for Advanced Study der Princeton University, Kennan, vor dem Auswärtigen Ausschuß des Senats am Vortag, die die amerikanischen Interessen in der Golfregion zum Gegenstand hatte. Kennan habe davor gewarnt, die Lage in der Region könne sich zu einem amerikanisch-sowjetischen Konflikt entwickeln: „But it is up to us to eliminate from our words and actions anything that might unnecessarily contribute to a heightening of the existing military political tension.“ Den USA sei davon abzuraten, der UdSSR jegliches Interesse an den Entwicklungen in Afghanistan abzusprechen: „Moscow is understandably sensitive to anything that smacks of penetration and intrigue in this region by other major powers.“ Nicht Zwang und Sanktionen würden die UdSSR zum Abzug bewegen, sondern die Einsicht, daß sie in Afghanistan nichts zu gewinnen habe. Vgl. den Schriftbericht Nr. 518; Referat 201, Bd. 120164.

¹² Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Falsche Interpretation.“

¹³ Die Wörter „bis hierher“ wurden von Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl unterschlägelt.

Ministergespräch bei Bundeskanzler Schmidt

VS-vertraulich

13. Februar 1980¹

Betr.: Verhandlungen mit der DDR;

hier: Ministergespräch am 13. Februar 1980 im Bundeskanzleramt

An dem Ministergespräch unter Vorsitz des Bundeskanzlers nahmen teil: Bundesminister Genscher, Bundesminister Franke, Bundesminister Matthöfer, Bundesminister Gscheidle, Staatsminister Huonker, Senator Heimann, Staatssekretär Schüler (zeitweise), Staatssekretär Gaus, Staatssekretär Bölling (zeitweise), Staatssekretär van Well, Staatssekretär von Würzen, MDG Bräutigam (Protokoll), die Fraktionsvorsitzenden Wehner und Mischnick.

Nach einer Einführung durch Bundesminister *Franke* gab StS *Gaus* einen Überblick über den Stand der Verhandlungen. Er nahm Bezug auf seine den Teilnehmern vorliegende Aufzeichnung vom 11. Februar 1980.

Der *Bundeskanzler* erklärte, es gehe jetzt in erster Linie um eine Entscheidung über die Projekte in dem festgelegten Finanzrahmen von 500 Mio.² Diese Vorhaben sollten baldmöglichst fertiggestellt werden. Eine Formalisierung sei dann jederzeit möglich. Das von der DDR vorgeschlagene große Eisenbahnkonzept³ müsse zunächst sorgfältig geprüft werden. Darüber könne jetzt nicht entschieden werden. Hier stelle sich sowohl die Frage des Umfangs wie auch die Frage von Gegenleistungen, z. B. in Form von Reiseerleichterungen. Nach den erforderlichen Prüfungen könne das 500-Mio.-Paket gegebenenfalls ergänzt werden durch eine allgemeine Absichtserklärung zu weiteren Verkehrsvorhaben. Dafür bereits jetzt einen Finanzrahmen in Milliardenhöhe festzulegen, komme jedoch nicht in Betracht.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Bräutigam, Bundeskanzleramt, am 15. Februar 1980 gefertigt und von Staatsminister Huonker, Bundeskanzleramt, am 25. Februar 1980 „zur persönlichen Unterrichtung“ an Bundesminister Genscher übermittelt.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 28. Februar 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Genscher verfügte.

Hat Genscher am 3. März 1980 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14082 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

² Die Bundesrepublik und die DDR vereinbarten im November 1978 für das Jahr 1980 weitere Verkehrsverhandlungen mit einer Beteiligung des Bundes an Baumaßnahmen der DDR bis zu einer Höhe von 500 Mio. DM. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 347.

³ Vortragender Legationsrat I. Klasse Freiherr von Richthofen notierte am 12. Februar 1980: „Die DDR hat vorgeschlagen, sämtliche Transiteisenbahnstrecken mindestens zweigleisig auszubauen, um Engpässe zu beseitigen (Kosten DM 900 Mio.) und zu elektrifizieren (Kosten DM 1100 Mio.). An diesen Investitionen solle sich unsere Seite mit einem Betrag von DM 1200 bis 1400 Mio. beteiligen. [...] Die DDR wünscht hierzu Absichtserklärungen beider Seiten über feste Beträge für den Zeitraum von 1981 bis 1991.“ Das Auswärtige Amt befürworte das Projekt, doch sei fraglich, ob das Bundesministerium der Finanzen bereit sei, solche Verpflichtungen einzugehen: „Keinesfalls sollten die 1978 vereinbarten Mittel bis zu einer Höhe von DM 500 Mio. ausschließlich für Eisenbahnverbesserungen vorgesehen werden und auf die Projekte Wartha-Herleshausen und Mittellandkanal verzichtet werden.“ Vgl. VS-Bd. 13115 (210); B 150, Aktenkopien 1980.

Herr *Wehner* regte an, das große Eisenbahnvorhaben und den Energiekomplex⁴ in einer Absichtserklärung zu verbinden. Eine solche Erklärung könne etwa folgenden Inhalt haben:

Eine beiderseitige verbindliche Bekräftigung der Absicht zu einer längerfristigen Regelung der Verkehrs- und Energievorhaben – einschließlich eines „großen Eisenbahnkonzepts“ –, deren Finanzierungsrahmen und Zahlungsmodalitäten im einzelnen konkret vereinbart werden sollen.

Bundesminister *Genscher* erklärte, das Verhandlungspaket müsse auf dem Hintergrund der internationalen Situation gesehen werden. Wenn der Abschluß der Verhandlungen im jetzigen Zeitpunkt bedeute, daß die internationale Krise nicht auf die deutsch-deutschen Beziehungen durchschlage, würden auch die Verbündeten dafür Verständnis haben.

Dem Vorschlag von Herrn *Wehner* stimme er grundsätzlich zu. Dabei sei entscheidend, daß die beiden Komplexe Verkehr und Energie gleichwertig aufgeführt würden. Im übrigen gebe es noch andere Zusammenhänge, auf die der Bundeskanzler hingewiesen habe.

Senator *Heimann* begrüßte, daß Herr *Wehner* das Stichwort Energie in die Diskussion eingeführt habe. Die Verbindung verstehe er so, daß damit eine Parallelität der Verhandlungen über die beiden Komplexe zum Ausdruck gebracht werden solle.

Bundesminister *Franke* unterstützte den Vorschlag von Herrn *Wehner*. Beide Komplexe müßten als Beitrag zur politischen Stabilisierung der Berlin-Situation gesehen werden.

StS von *Würzen* berichtete über seine letzten Gespräche mit DDR-StS *Schalck*⁵ über die Energiefrage. Man müsse sehen, daß die finanziellen Vorstellungen der DDR ziemlich maximal seien. Der Finanzrahmen für das Projekt müsse daher auf alle Fälle offengehalten werden.

Die von Herrn *Wehner* vorgeschlagene Absichtserklärung halte er für möglich.

StS *Gaus* wies darauf hin, daß die „große Eisenbahnlösung“ für die DDR in den Verhandlungen eine Schlüsselrolle spiele. Eine positive Grundsatzentscheidung werde sich deshalb auch auf andere Vorhaben günstig auswirken. Er wisse allerdings nicht, ob sich die DDR auf eine Absichtserklärung ohne Finanzrahmen einlassen werde. DDR-StS *Schalck* habe ihm dazu gesagt, daß sich sein Mandat darauf nicht erstrecke. Dennoch halte er es für möglich, daß man sich mit der DDR schließlich auf eine Absichtserklärung über eine langfristige Regelung des

⁴ Vortragender Legationsrat I. Klasse Freiherr von Richthofen vermerkte am 12. Februar 1980: „Es wäre wünschenswert, wenn im Zusammenhang mit dem großen Eisenbahnvorschlag der DDR auch eine allgemein gehaltene Bereitschaftserklärung seitens der DDR abgegeben werden könnte, daß sie bereit ist, das Elektrizitätsversorgungsproblem Berlins (West) mit der Bundesrepublik Deutschland zu diskutieren. Ein förmliches Junktim zwischen dem großen Eisenbahnprojekt und der Energieversorgung ist allerdings zu vermeiden, da wir an der Verwirklichung beider Projekte interessiert sind und es gegenwärtig fraglich ist, ob sich das Projekt des Baus eines Braunkohlekraftwerks bei Delitsch mit Stromleitungen nach Berlin (West) und ins Bundesgebiet unter Vereinbarung einer Automatik von Stromlieferungen aus dem Bundesgebiet über Delitsch nach Berlin (West) in bestimmten Bedarfssituationen realisieren läßt.“ Vgl. VS-Bd. 13115 (210); B 150, Aktenkopien 1980.

⁵ Staatssekretär von Würzen, Bundesministerium für Wirtschaft, und der Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel der DDR, *Schalck-Golodkowski*, führten am 6. Februar 1980 Gespräche in Ost-Berlin.

Eisenbahnvorhabens ohne Finanzrahmen einigen könne. Das würde auch helfen, das Energievorhaben voranzutreiben.

Bundesminister *Matthöfer* wies auf die außerordentlich angespannte Finanzlage des Bundes hin. Er sehe sich nicht in der Lage, bei neuen Milliardenforderungen irgend etwas zuzugestehen. Wenn derartige Projekte finanziert werden sollten, müsse man an anderer Stelle entsprechende Einsparungen vornehmen. Ehe Zusagen gemacht würden, müsse der finanzielle Rahmen der zur Diskussion stehenden Projekte genau geprüft werden.

Der *Bundeskanzler* stellte fest, die Bundesregierung könne einer allgemein formulierten Absichtserklärung erst zustimmen, wenn die Projekte von den fachlich zuständigen Ressorts inhaltlich geprüft worden seien. Beide Komplexe sollten in Ressortbesprechungen auf Staatssekretärsebene behandelt werden. Verhandlungen zur Ausfüllung einer Absichtserklärung könnten erst im nächsten Jahr in Betracht kommen.

Der Bundeskanzler bat ferner darum, daß das Auswärtige Amt sich ein Urteil bilde, wie unsere Verbündeten, insbesondere die Vereinigten Staaten, auf ein großes Verhandlungspaket im jetzigen Zeitpunkt reagieren würden.⁶

Zu den Einzelvorhaben in dem Finanzrahmen von 500 Mio. sagte Bundesminister *Gscheidle*, bei dem Projekt Wartha-Herleshausen⁷ habe die DDR jetzt hin-

⁶ Vortragender Legationsrat I. Klasse Freiherr von Richthofen legte am 15. Februar dar: „Die Alliierten haben die ihnen für das im Rahmen der Verhandlungen mit der DDR geplante ‚kleine Eisenbahnprojekt‘ (Bau eines zweiten Gleises zwischen den Bahnhöfen Berlin-Wannsee und der Grenze zwischen Berlin (West) und der DDR in Richtung Griebnitzsee) übergebenen Alternativentwürfe A und B [...] als von der Konzeption her unannehmbar abgelehnt. Die Entwürfe A und B sahen eine schriftliche Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR bzw. Mitteilungen auf der Ebene DDR-Bundesrepublik und mündliche Erklärungen DDR-Senat vor. [...] Grund für die Ablehnung sind prinzipielle Erwägungen der Alliierten, die nicht wünschen, daß die DDR in Berlin (West) mehr Kompetenzen in Sachen Reichsbahn erlangt bzw. ihre vorhandenen Kompetenzen bei Bahn und Wasserstraßen weiter ausbaut. Dies aber geschähe nach alliierter Ansicht, wenn die Bundesregierung mit der DDR über Eisenbahnfragen in Berlin (West) direkt Vereinbarungen schlosse.“ Vgl. VS-Bd. 13114 (210); B 150, Aktenkopien 1980.

⁷ Vortragender Legationsrat I. Klasse Engels teilte am 6. Januar 1978 mit, Staatssekretär Gaus habe ein Mandat erhalten, „über kleinere Baumaßnahmen an den Autobahngrenzübergängen Helmstedt/Marienborn und Herleshausen/Wartha, über ein Veterinär- sowie ein Umweltabkommen zu verhandeln.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 2; Referat 012, Bd. 108141.

Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, teilte am 10. Dezember 1979 mit, der Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel der DDR, Schalck-Golodkowski, habe „am Wochenende [...] das angekündigte neue DDR-Papier für Wartha/Herleshausen“ übergeben. Darin hieß es: „Die zur Verbesserung des Verkehrsablaufs günstigste Lösung besteht darin, die Autobahn von der Autobahnabfahrt Eise-nach/West bis zur Staatsgrenze weiterzuführen und den Bau einer Grenzübergangsstelle an einem neuen Standort vorzusehen. Diese Lösung erfordert hohe Aufwendungen auch für die Errichtung einer Großbrücke über das Werratal. [...] Diese Baumaßnahmen erfordern nach ersten überschlägigen Ermittlungen auf der Grundlage der ab 1980 geltenden Preisbasis Aufwendungen in Höhe von ca. 480 Mio. M[ark], davon ca. 180 Mio. M für die Brücke über das Werratal. Es wird davon ausgegangen, daß sich die Bundesrepublik Deutschland mindestens zu 85 Prozent an diesen Aufwendungen beteiligt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1088; VS-Bd. 13113 (210); B 150, Aktenkopien 1979.

Gaus berichtete am 7. Februar 1980, er habe im Gespräch mit Schalck-Golodkowski am Vortrag in Ost-Berlin eine vorläufige Einigung hinsichtlich des Autobahnausbaus bei Wartha-Herleshausen erzielt: „Als unsere Kostenbeteiligung für Wartha-Herleshausen (ohne Werra-Brücke durch unsere Firmen (was nach wie vor an unsere Zustimmung zur ‚großen Eisenbahnlösung‘ gebunden ist)) haben Schalck und ich heute die Möglichkeit erörtert, in die Vereinbarung lediglich aufzunehmen, daß die Bundesrepublik die Baukosten übernehmen wird. Außerdem wird in der Vereinbarung festgelegt werden, daß der Bau unter Konkurrenzbedingungen von der DDR als Generalunternehmer bei-

sichtlich der Gesamtkosten eine vernünftige Position eingenommen; ihre Forderung nach einer Kostenbeteiligung der Bundesrepublik in Höhe von 300 Mio. DM sei aber im Hinblick auf den Anteil des Transitverkehrs überhöht. Nach seiner Auffassung sei ein Kompromiß bei 250 Mio. (einschließlich der Brückenkosten) vertretbar.

Der Ausbau des Mittellandkanals sei verkehrspolitisch nicht sinnvoll, unter deutschland- und berlinpolitischen Gesichtspunkten könne man dies aber auch anders sehen. Wenn man das Projekt grundsätzlich bejahe, sei eine Kostenbeteiligung der Bundesrepublik von 150 Mio. DM vertretbar.

Bei den kleinen Eisenbahnprojekten befürwortete er den Bau einer Wagenwaschanlage in Rummelsburg sowie den zweigleisigen Ausbau der Strecke Wannsee–Griebnitzsee und einer 12 km langen Teilstrecke bei Potsdam/Werder.⁸

Der FDP-Fraktionsvorsitzende *Mischnick* betonte, der Ausbau des Straßenübergangs Wartha-Herleshausen sei notwendig. Danach werde auch der Verkehr zunehmen, so daß der jetzige Anteil des Transitverkehrs nicht zum Kriterium für unseren Kostenanteil gemacht werde sollte. Er empfehle der Bundesregierung, bei diesem wichtigen Projekt großzügig zu sein.

Der *Bundeskanzler* stellte fest, wir seien bereit, den Rahmen von 500 Mio. DM voll auszufüllen. Der Verhandlungsführer solle versuchen, unseren Kostenanteil bei dem Projekt Wartha-Herleshausen von 300 Mio. DM auf möglichst 250 Mio. DM herunterzubringen. Bei dem Ausbau des Mittellandkanals seien wir bereit, den von der DDR vorgeschlagenen Kostenanteil der Bundesrepublik von 150 Mio. DM zu akzeptieren. Der Rest entfalle auf die kleinen Eisenbahnprojekte.

Zum Energieprojekt sagte der Bundeskanzler, soweit er sehe, entspreche die von der DDR zur Diskussion gestellte Lösung für eine Stromverbindung Berlin–Bundesgebiet nicht unseren bisherigen Vorstellungen. Hier müsse man die Details genau prüfen.

Senator *Heimann* erklärte, der Senat halte grundsätzlich an dem Verbundgedanken fest, aber man solle darüber nachdenken, wie der Verbund technisch ausgestaltet werden könne. Es gehe darum, daß eine Stromverbindung im Be-

Fortsetzung Fußnote von Seite 287

Firmen unserer Seite ausgeschrieben wird.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 126; VS-Bd. 14082 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

⁸ Vortragender Legationsrat I. Klasse Freiherr von Richthofen vermerkte am 12. Februar 1980, von dem 1978 vereinbarten Finanzrahmen von 500 Mio. DM seien nach dem derzeitigen Stand der Verhandlungen 150 Mio. für den Mittellandkanal, 300 Mio. für den Grenzübergang Wartha/Herleshausen einschließlich der Werra-Brücke sowie 50 bis 60 Mio. für kleinere Eisenbahnprojekte vorgesehen. Die ersten beiden seien „befriedigend durchverhandelt“, auch wenn die Kosten um 20 % über den Schätzungen des Bundesministeriums für Verkehr lägen. Es sei zu berücksichtigen, „daß die DDR für Verbesserungen im Transitverkehr stets auch einen politischen Preis verlangt hat. Die Formalisierung der beiden Projekte ist in Abstimmung mit den Alliierten insgesamt befriedigend geregelt. [...] Nicht befriedigend durchverhandelt sind bisher die kleinen Eisenbahnprojekte, da die DDR mit einer Antwort auf unsere Vorschläge bis zum letzten Augenblick zurückgehalten hat. Hier kann unter dem großem Zeitdruck nur eine politische Entscheidung getroffen werden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß für Baumaßnahmen in Berlin (West) mit der DDR und den Alliierten sehr schwierige Formalisierungsprobleme aufgetreten sind, die daraus resultieren, daß die Alliierten hinsichtlich der Reichsbahn in Berlin (West) weder eine Kompetenz der DDR noch eine Kompetenz der Bundesrepublik Deutschland anerkennen wollen.“ Vgl. VS-Bd. 13115 (210); B 150, Aktenkopien 1980.

darfsfall automatisch hergestellt werden könne. Im übrigen dürfe Berlin (West) nicht von Stromlieferungen aus der DDR abhängig werden, d. h. diese Stromlieferungen dürften einen bestimmten Anteil der Stromversorgung Berlins nicht übersteigen.

StS von Würzen wies darauf hin, daß die in Betracht kommenden Stromlieferungen der DDR bei dem zur Diskussion stehenden Projekt 1986 etwa 20 % des gesamten Strombedarfs ausmachen würden.

Der Bundeskanzler bemerkte, daß Stromlieferungen aus der DDR bis zu einer bestimmten Grenze wohl akzeptiert werden könnten. 40 oder 50 % seien aber sicher nicht vertretbar. Dies müsse sorgfältig geprüft und auch bei einer Absichtserklärung berücksichtigt werden.

Bundesminister Genscher wies darauf hin, daß in dem Verhandlungspaket auch das Verhandlungsmandat für die Werra-Versalzung⁹ sowie das „Bundesdach“ für die Fachverhandlungen Senat/DDR über Berliner Gewässerprobleme enthalten sei. Er gehe davon aus, daß beide Punkte die Zustimmung der Ministerrunde fänden.

Er sei auch einverstanden, daß bei Abschluß der Verhandlungen der DDR die Zusammenstellung der Verhandlungsdelegation des Senats mitgeteilt werde. Er könne sich jedoch nicht einverstanden erklären, daß zusätzlich zu dieser Mitteilung erklärt werde, andere Institutionen seien nicht beteiligt. Hier gehe es um das Umweltbundesamt. Obwohl sich die Frage einer Teilnahme des Umweltbundesamtes an den Verhandlungen des Senats mit der DDR an sich gar nicht stelle, könnten wir doch nicht akzeptieren, daß präjudizierende Erklärungen hinsichtlich des Umweltbundesamtes abgegeben würden. Er bitte, alle diesbezüglichen Formulierungen mit dem Auswärtigen Amt abzustimmen.¹⁰

Der Bundeskanzler stellte fest, es sei nicht beabsichtigt, das Umweltbundesamt in die Verhandlungen des Senats über die Berliner Gewässerprobleme einzubeziehen. Präjudizierende Erklärungen müßten jedoch vermieden werden.

⁹ Referat 210 erläuterte am 27. Februar 1978: „Die Gespräche mit der DDR über ein allgemeines Umweltabkommen sind nach einer ersten Runde im November 1973 von der DDR nach Errichtung des Umweltbundesamtes nicht mehr weitergeführt worden.“ Nach Ansicht der Bundesregierung seien folgende Probleme zu erörtern: „Versalzung von Werra und Weser, vor allem durch drei Kaliwerke in der DDR; Gewässerprobleme in Berlin (West) durch die Einleitungen von Abwässern aus der DDR über den sogen[annten] Nordgraben in das Gebiet der Tegeler Seen; Einleitungen von Abwässern in die Röden (bayerisches Grenzgebiet) aus der DDR; Verunreinigung der Saale durch Abwasser-einleitungen aus der Kläranlage Hof auf dem Bundesgebiet.“ Vgl. Referat 210, Bd. 116544.

Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, berichtete am 7. Februar, der Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel der DDR, Schalck-Golodkowski, habe ihm am Vortag bezüglich der Werra-Entsalzung „den Entwurf einer Absichtserklärung für Expertengespräche Mitte 1980 übergeben. Inhaltlich hält sich der Text an die von der DDR in den bisherigen Verhandlungen eingenommenen Positionen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 126; VS-Bd. 14082 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

¹⁰ Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, berichtete am 7. Februar 1980, der Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel der DDR, Schalck-Golodkowski, habe ihm am Vortag erklärt, die DDR wünsche hinsichtlich der Verhandlungen über den Gewässerschutz in Berlin „eine nochmalige Klarstellung unserer Seite [...], wonach in diesen Verhandlungen das Umweltbundesamt nicht beteiligt ist. [...] Ich wiederholte dazu – unter Betonung, daß damit unsere Rechtsposition nicht verändert, sondern voll gewahrt bleibe –, daß in den Berliner Gewässerschutzverhandlungen das Umweltbundesamt nicht beteiligt werde. Auch hätten wir keine Einwände dagegen, daß die ausführenden Verhandlungen zwischen dem Senat und der DDR geführt würden.“ Bundesminister Genscher notierte dazu handschriftlich am 13. Februar 1980: „Wer hat Gaus legitimiert, diese Erklärung in bezug auf das UBA abzugeben?“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 126; VS-Bd. 14082 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

Zu dem Komplex Berliner Gewässerprobleme erklärte Senator *Heimann*, es bestehe Übereinstimmung über das „Bundesdach“, es gebe aber noch keine Klarheit, daß die DDR auch über die für Berlin (West) entscheidend wichtigen Probleme verhandlungsbereit sei. Dies müsse noch geklärt werden.

Senator Heimann wies ferner darauf hin, daß der Senat weiterhin an dem Bau der Stichstraße zwischen der Nordautobahn und Niedersachsen sowie an der Offenhaltung des Berliner Straßenübergangs Staaken festhalte. Ihm sei bewußt, daß dies jetzt schwierig durchzusetzen sei. Die beiden Punkte dürften aber nicht fallengelassen werden.

VS-Bd. 14082 (010)

50

Deutsch-belgische Regierungsgespräche in Brüssel

VS-NfD

15. Februar 1980¹

Vermerk über das Delegationsgespräch bei den deutsch-belgischen Konsultationen (Freitag, 15. Februar 1980)²

Nach der Begrüßung durch PM *Martens* trägt Wirtschaftsminister *Claes* zur belgischen Energiepolitik vor.

Trotz belgischer Haushaltsprobleme werde belgische Regierung die von ihr im Zusammenhang mit dem Schnellbrüterprojekt Kalkar übernommenen Verpflichtungen³ erfüllen. Hierzu habe das Parlament noch ein Wort zu sagen.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Zeller, Bundeskanzleramt, am 20. Februar 1980 gefertigt und am folgenden Tag an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg „vorbehaltlich der Genehmigung durch den Herrn Bundeskanzler“ übermittelt.

Hat Ministerialdirigent Lücking vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 202 „mit der Bitte um Unterrichtung der interessierten Stellen des Hauses“ verfügte. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 202, Bd. 140572.

² Bundeskanzler Schmidt hielt sich am 14./15. Februar 1980 in Belgien auf.

³ Das Bundesministerium für Forschung und Technologie vermerkte am 12. Februar 1980, Entwicklung und Bau eines Prototypen eines Kernkraftwerks vom Typ Schneller Brüter mit einer Leistung von 300 Megawatt sei 1967 als gemeinsames Projekt Belgiens, der Bundesrepublik und der Niederlande beschlossen worden: „D mit 70 %, B und NL mit je 15 % an Finanzierung beteiligt“. Der Bau dauere erheblich länger als vorgesehen und verteuere sich: „Hauptgrund: Dauer und Kompliziertheit des Genehmigungsverfahrens [...] sowie die dabei ständig neu erhobenen technischen Forderungen der Gutachter und Genehmigungsinstanzen, z.T. auch zu bereits genehmigten und gebauten Anlageteilen.“ Dies habe „in B und NL die Befürchtung geweckt, es handle sich nicht mehr um technisch gerechtfertigte Sicherheitsanforderungen, sondern um den Ausdruck eines politischen Widerstands der NRW-Regierung gegen das Projekt SNR 300 überhaupt; deswegen müsse die deutsche Seite über ihren normalen 70 %-Anteil hinaus allein für die finanziellen Verzögerungsfolgen aufkommen. Belgische Regierung steht noch unter besonderem Druck, weil die immer wieder verschobene Parlamentsdebatte über Energiepolitik sie an wichtigen Entscheidungen zur Kernenergienutzung (über SNR 300 hinaus) hindert und im belgischen Parlament natürlich auch der Beschluß des NL-Parlaments bekannt ist, mit der deutschen Seite müsse über die ‚politischen Verzögerungsfolgen‘

KKWs: Drei Einheiten seien in Betrieb, 1981 werden neue hinzukommen.

Sodann bekundete Minister Claes das große belgische Interesse an einer Zusammenarbeit mit uns im Bereich der Kohleverflüssigung (insbesondere bei Steinkohle).

Von Interesse sei eine Zusammenarbeit auch bei der Aufbereitung von Atommüll. Er dankt uns für unsere Unterstützung bei Eurochemic⁴ (Reprivatisierung einer WA-Anlage).

Bundeskanzler beglückwünscht die belgische Regierung zu ihrer erfolgreichen Kernenergiepolitik. Wir seien hinter der belgischen Entwicklung zurück, da es bei uns erhebliche Widerstände gegen die Kernenergie in der öffentlichen Meinung gebe. Das belgische Beispiel sei für uns ermutigend.

Auch über den Schnellen Brüter gebe es bei uns Diskussionen. Bundeskanzler begrüßt, daß belgische Regierung sich auf die Bereitstellung der Mittel einstellt. Wir tätén dies auch. INFCE⁵ habe die Notwendigkeit, die Schnellbrüterentwicklung voranzutreiben, bestätigt. Wir werden Kalkar mit großem Nachdruck voranbringen. Sodann erläuterte der Bundeskanzler unser Vorgehen im Bereich der Braunkohleveredelung. Die Bundesregierung sei hierüber im Gespräch mit der Privatindustrie. Entscheidungen für großtechnische Anlagen stünden erst für 1983 an. In jedem Fall handle es sich um Projekte der großen Unternehmen, die jedoch vielleicht zunächst, dies abhängig von der Entwicklung des Ölpreises, durch staatliche Subventionen bei den Investitionen und auch beim Betrieb gestützt werden müßten. Bundesregierung sei bemüht, private Unternehmen in diesem Bereich zu einem größeren Engagement zu bewegen.

Er berichtet vom Projekt einer gemeinsamen großtechnischen Anlage mit den USA.⁶

Über Fragen der Zusammenarbeit solle Wirtschaftsminister Claes mit BM Graf Lambsdorff Kontakt aufnehmen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 290

hart verhandelt werden.“ Dennoch habe sich die belgische Regierung am 12. Februar 1980 bereit erklärt, „wenigstens die haushaltsrechtlich noch verfügbaren Restmittel (ca. 40 Mio. DM) zu bewilligen. NL hat sich dem angeschlossen.“ Vgl. Referat 431, Bd. 129429.

⁴ Am 20. Dezember 1957 wurde das Übereinkommen über die Gründung der Europäischen Gesellschaft für die Chemische Aufarbeitung Bestrahlter Kernbrennstäbe (Eurochemic) abgeschlossen, die ihren Sitz in Mol in Belgien hatte. Für den Wortlaut des Übereinkommens und der Satzung der Gesellschaft vgl. BUNDESGESETZBLATT 1959, Teil II, S. 621–671.

Die in Mol errichtete Wiederaufbereitungsanlage sollte laut Schreiben des Bundesministeriums für wissenschaftliche Forschung vom 16. Februar 1967 „bis in die zweite Hälfte der 70er Jahre die notwendigen Aufarbeitungsdienstleistungen für deutsche und von deutschen Herstellern ins Ausland gelieferten Reaktoren übernehmen“, da die Wiederaufbereitungsanlage in Karlsruhe (WAK) als Versuchsanlage für diese Aufgabe zu klein sei. Außerdem würden bei Eurochemic „Brennelemente aller Typen, also auch solche von Forschungsreaktoren“, aufgearbeitet, so daß damit Erfahrungen für eine für Ende der 70er Jahre vorgesehene Großanlage in der Bundesrepublik gewonnen werden könnten. Vgl. B 35 (Referat I A 6), Bd. 97.

1974 wurde nach erfolgreicher Beendigung des mehrjährigen Versuchsprogramms der Betrieb eingestellt.

⁵ Zur Organisationskonferenz für die internationale Evaluierung des Brennstoffkreislaufs (INFCE) vom 25. bis 27. Februar 1980 in Wien vgl. Dok. 65.

⁶ Am 28. November 1979 paraphierten das amerikanische Energieministerium, das Bundesministerium für Forschung und Technologie sowie das schweizerische Bundesbüro für Bildung und Wissenschaft ein High Temperature Reactor Implementing Agreement. Für den Wortlaut vgl. Referat 413, Bd. 129352.

Bundeskanzler beklagt die Abstinenz der EG auf energiepolitischem Gebiet. Die EG beschäftige sich zuviel mit Agrar- und zuwenig mit Energiefragen.

PM *Martens* erklärte sich für einen überzeugten Verfechter des EWS⁷. Es helfe u. a. der belgischen Regierung bei der Bewahrung der finanziellen und monetären Disziplin.

PM *Martens* wünscht über das EWS in nächsten ER⁸ zu sprechen; dabei sollte man sich auch über den Eintritt in die zweite Phase⁹ und die Bildung eines Währungsfonds¹⁰ unterhalten.

Bundeskanzler stimmt mit der Bemerkung zu, daß er sich über das positive Urteil von PM *Martens* zum EWS freue. Er beglückwünschte ihn zur Wirtschaftspolitik der belgischen Regierung. Man könne eine Parallelität der Politiken auf diesem Gebiet zwischen uns und Belgien feststellen.

Was die institutionellen Fortschritte beim EWS angehe, so müsse man wahrscheinlich Rücksicht auf Frankreich nehmen.

Ein großer politischer Fehler sei es, daß GB jetzt nicht Mitglied des EWS werde. GB mit seinen großen Öl- und Kohlevorräten werde eine hervorragende Zahlungsbilanz haben; seine wirtschaftlichen Voraussetzungen für einen Beitritt zum EWS hätten sich erheblich verbessert. Es sei durch seine natürlichen Reichtümer ohnehin besser gegen die Turbulenzen der 80er Jahre, die größer sein werden als die der 70er Jahre, gewappnet als andere EG-Staaten. Im übrigen könne durch den Beitritt GBs zum EWS dessen finanzielle Situation gegenüber der Gemeinschaft erleichtert werden. In GB herrsche freilich immer noch sehr stark insulares Denken vor.

⁷ Am 13. März 1979 trat das Europäische Währungssystem im Kraft. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 83. Legationsrat I. Klasse Oehms hielt am 9. März 1979 fest: „Französischer Staatspräsident Giscard d'Estaing hat am 7.3.79 Aufhebung französischen Vorbehalts gegen Einführung des EWS bekanntgegeben. [...] Es war F insbesondere darum gegangen, fest terminierte Verpflichtung zum Abbau unseres durch künftige Leitkursänderungen im Rahmen des EWS entstehenden Währungsausgleichs (WAG) zu erreichen, da F in WAG ungerechtfertigte Bevorzugung der deutschen Landwirtschaft [...] sieht. Da dies für uns u. U. zu absoluten Senkungen der landwirtschaftlichen Stützpreise in DM geführt hätte, hatten wir uns fester Terminierung widersetzt [...]. Nach mehreren vorklärenden Gesprächen [...] legte Kommission dem Agrarrat am 5./6.3.79 Kompromißpapier vor [...]. Diesem Kompromiß konnten acht Mitgliedstaaten zustimmen. GB lehnte ihn jedoch wegen der die Möglichkeit von Agrarpreiserhöhungen implizierenden Formulierung ab und verlangte Festschreibung mehrjährigen Preisstopps für Überschußprodukte. Dies wurde von übrigen Mitgliedstaaten abgelehnt. Obwohl WAG-Problematik damit nicht geregelt ist, entschloß sich französische Regierung [...], Vorbehalt gegen Inkraftsetzung des EWS aufzuheben.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 21; Referat 012, Bd. 111777.

⁸ Zur Tagung des Europäischen Rats am 27./28. April 1980 in Luxemburg vgl. Dok. 134.

⁹ Das Bundesministerium der Finanzen vermerkte am 25. Januar 1980: „In der Entschließung des Europäischen Rats vom 5.12.1978 ist vorgesehen, ‚die hiermit eingeführten Bestimmungen und Verfahren spätestens zwei Jahre nach der Einführung dieses Systems in ein endgültiges System einzubringen.‘ Dies soll die Schaffung eines Europäischen Währungsfonds (EWF) sowie die uneingeschränkte Verwendung des ECU als Reserveaktivum und als Instrument für den Saldenausgleich einschließen. Beide Themen werden seit einem halben Jahr im Währungsausschuß und im Ausschuß der Notenbank-Gouverneure intensiv beraten.“ Dabei sei eine Fülle insbesondere rechtlicher Fragen zutage getreten. Frankreich erwäge deshalb, die Entscheidung auf die Ausgestaltung eines Europäischen Währungsfonds auf die Zeit nach den Präsidentschaftswahlen am 26. April bzw. 10. Mai 1981 zu verschieben. Vgl. Referat 412, Bd. 122416.

¹⁰ Auf seiner Tagung am 4./5. Dezember 1978 in Brüssel beschloß der Europäische Rat, einen Europäischen Währungsfonds (EWF) einzurichten. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 380.

Verteidigungsminister *Desmaretz* erläutert, daß, wenn Belgien eine positive Dislozierungsentscheidung im Mai treffen würde¹¹, dies keinerlei Verzögerung bei der späteren Dislozierung nach sich ziehen würde.

Belgien habe Schwierigkeiten, das 3%-Ziel bei der Steigerung des Verteidigungshaushalts¹² zu erreichen.

Die Türkeihilfe habe auch einen militärischen Aspekt. Belgien stehe mit der Türkei in Verbindung über eine evtl. Lieferung von auszusondernden F 104-Starfightern, die durch F-16 ersetzt würden. Fragen möglicher türkischer Kompensationen seien freilich noch nicht gelöst.

Bundeskanzler begrüßt, daß es bei einer möglichen Dislozierung von TNF in Belgien keine Verzögerung gebe. Dasselbe gelte selbstverständlich auch für uns.

In der Frage des 3%-Zuwachses des Verteidigungshaushaltes wollten wir keineswegs den Eindruck entstehen lassen, als ob wir Verpflichtungen nicht ernst nähmen.

Die Türkeihilfe¹³ sei wichtig. Die Türkei sei ein Eckpfeiler der westlichen Position, dessen Bedeutung über den Persischen Golf hinausreiche. Die Türkei sei im übrigen unter denjenigen Ländern, die am schwersten durch die Ölpreisexplosion betroffen seien. Ihre Exporterlöse reichten nicht aus, um das importierte Öl zu bezahlen. Ihre Kapazitäten seien zum Teil unter 50 % ausgelastet. Hinzu komme die innenpolitische Labilität.

Im Bündnis sei die Türkei durch die US-Embargopolitik betroffen worden.¹⁴ Wir haben zivile wie militärische Hilfe geleistet, im ausgewogenen Verhältnis auch gegenüber Griechenland. 1979 haben wir besondere Anstrengungen unternommen. Sodann erläutert der Bundeskanzler die Matthöfer-Mission.¹⁵ In deren Zusammenhang würden wir uns auch an Belgien wenden. Es sei zu begrüßen, daß Belgien ausgesondertes militärisches Material an die Türkei liefern wolle.

Sodann bemerkt der Bundeskanzler zur allgemeinen Lage, daß wir uns nicht von den Medien in eine Alarmstimmung versetzen lassen dürften. Wir müßten weiterhin eine Politik kühl abwägender Vernunft betreiben. Dabei sei es absolut notwendig, das militärische Gleichgewicht zu erhalten und es, wo es gestört sei, wiederherzustellen. Daher habe er sich für die TNF-Beschlüsse¹⁶ eingesetzt. Es gehe auch jetzt darum, zu vermeiden, daß man nicht in einen großen Rüstungswettlauf hineingerate.

AM *Simonet* kündigt an, daß zur Frage der belgischen Zwangsrekrutierten¹⁷ der belgische Botschafter¹⁸ der Bundesregierung ein Memorandum überreichen werde. Man solle über diese Frage auf Beamtenebene sprechen.

¹¹ Zur Haltung Belgiens zur Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 16.

¹² Vgl. dazu die „Ministerial Guidance 1977“ der NATO vom 17./18. Mai 1977; Dok. 1, Anm. 8.

¹³ Zur Wirtschafts-, Finanz- und Verteidigungshilfe für die Türkei vgl. Dok. 22.

¹⁴ Zum amerikanischen Waffenembargo gegen die Türkei und seiner Aufhebung vgl. Dok. 22, Anm. 18.

¹⁵ Zum Besuch des Bundesministers Matthöfer in Griechenland am 17. Februar und der Türkei vom 17. bis 19. Februar 1980 vgl. Dok. 53.

¹⁶ Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 10.

¹⁷ Zur Frage einer Entschädigung von im Zweiten Weltkrieg zwangsrekrutierten Belgiern vgl. Dok. 12, Anm. 15.

¹⁸ Theo J. M. Gh. De Dobbeleer.

Bei den NATO-Beratungen über die Dezemberbeschlüsse im Mai/Juni¹⁹ komme der Haltung der Bundesregierung eine wichtige Bedeutung zu.

Zu den Zwangsrekrutierten bemerkte der *Bundeskanzler*, daß wir bereit seien, die belgische Seite über unsere Gespräche mit Frankreich und Luxemburg²⁰ zu informieren und uns anzuhören, was die belgische Seite zu sagen habe. Jedoch wolle er sehr deutlich machen, daß selbst im günstigsten Falle einer Regelung mit Frankreich diese weit hinter dem zurückbleiben werde, was Belgien in diesem Bereich von uns erhalten habe. Ähnliches gelte ebenfalls für Luxemburg. Sowohl in Frankreich wie in Luxemburg habe es innenpolitische Gründe gegeben, die dazu geführt hätten, daß die beiden Regierungen diese Frage uns gegenüber aufgeworfen hätten. Wir hätten dies verstanden. Wir hätten aber beiden Seiten keine Hoffnungen auf großzügige und rasche Regelungen gemacht. Es handele sich lediglich um Korrekturen.

Referat 202, Bd. 140572

51

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Freiherr von Richthofen

210-360-414/80 VS-vertraulich

15. Februar 1980¹

Betr.: Militärische Präsenz der DDR in Afrika (südlich der Sahara)

I. Grundlinien

1) Die militärische Präsenz der DDR in Afrika ist insbesondere seit 1975 systematisch und zunehmend ausgebaut worden. Sie basiert insbesondere auf einem Netz von Verträgen, das die DDR in den vergangenen Jahren mit den Staaten Äthiopien (1979)², Angola (1979)³, Volksrepublik Kongo (1975)⁴, Mosambik

¹⁹ Vgl. dazu die Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 13./14. Mai 1980 in Brüssel; Dok. 145.

Vgl. dazu die Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe am 3./4. Juni 1980 in Bodø; Dok. 168.

Vgl. dazu die NATO-Ministerratstagung am 25./26. Juni 1980 in Ankara; Dok. 190.

²⁰ Zur Frage einer Entschädigung für während des Zweiten Weltkriegs zwangsrekrutierter Elsässer, Lothringer und Luxemburger vgl. Dok. 210.

¹ Vortragender Legationsrat I. Klasse Freiherr von Richthofen übermittelte die Aufzeichnung am 15. Februar 1980 an Referat 204. Dazu teilte er mit: „In der Anlage werden die von Herrn D 2 zur Übergabe an die Politischen Direktoren der USA, Großbritanniens und Frankreichs erbetenen Papiere fünffach zur Vorlage an Herrn D 2 übersandt.“ Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 13124 (210); B 150, Aktenkopien 1980.

Vortragender Legationsrat Derix notierte am 27. Februar 1980, die Unterlagen seien „den alliierten Sprechern am Rande der Sitzung der Bonner Vierergruppe am 26.2.1980“ übergeben worden. Vgl. VS-Bd. 13124 (210); B 150, Aktenkopien 1980.

² Für den Wortlaut des Vertrags über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen Äthiopien und der DDR vom 15. November 1979 vgl. AUSSENPOLITIK DER DDR, Bd. XXVII/(1979), S. 506–509.

(1979)⁵ abgeschlossen hat, sowie auf engen Kontakten zu den im südlichen Afrika wirkenden Befreiungsbewegungen, insbesondere zu der ZAPU, SWAPO und dem African National Congress.

2) Im Rahmen der abgestimmten Aufgabenverteilung der Warschauer-Pakt-Staaten im Dienste der sowjetischen Afrikapolitik hat die DDR als dritter Partner neben der Sowjetunion und Kuba vor allem eine bedeutsame unterstützende Funktion. Sie konzentriert sich insbesondere auf den Ausbildungs- und Beratungsbereich in der zweiten Linie. Anders als Kuba, dessen Schwergewicht im unmittelbaren Kampfeinsatz liegt, hat sie hingegen bislang keine geschlossenen Kampfverbände eingesetzt. Sie liefert auch – neben der Sowjetunion, die die Masse der Rüstungslieferungen trägt – lediglich in geringem Umfang leichte Waffen und andere Rüstungsgüter.

3) Die DDR leistet weitgehend eigenständige Militärhilfe in den Bereichen Sicherheitsdienste, Polizei und paramilitärische Organisationen.

Innerhalb der afrikanischen Streitkräfte wird sie vorwiegend im Zuge der Aufgaben- und Arbeitsteilung innerhalb der Warschauer-Pakt-Staaten im Fernmelde- und Pionierdienst tätig und übernimmt daneben vielfältige logistische Aufgaben; sie ist vor allem auf dem Gebiet der Pflege von Verwundeten in DDR-Krankenhäusern intensiv engagiert.

II. Im einzelnen

Die DDR nimmt Einfluß im Militär- und Sicherheitsbereich durch

- Ausbildungshilfe auf dem Gebiet der DDR,
- Beratung und Schulung am Ort

von Armee, Sicherheitsdiensten, Polizei und paramilitärischen Organisationen der mit ihr zusammenarbeitenden afrikanischen Staaten und Befreiungsorganisationen.

Darüber hinaus sind DDR-Experten im Militär- und Sicherheitsbereich auch in Spezialfunktionen (Pionierwesen, Fernmeldewesen, Nachrichtenwesen, Logistik) unmittelbar eingesetzt.

1) Präsenz der DDR in Afrika

Anzahl der im afrikanischen Raum eingesetzten Militärberater ca. 1800 bis 2100.

a) Angola

Anzahl der Militärberater ca. 700 bis 1000.

Tätigkeit vorwiegend:

- im Fernmeldebereich sowie Sicherheits- und Nachrichtendienst,
- Ausbildung regulärer angolanischer Truppen und Milizeinheiten,
- Schulung von antirhodesischen und südafrikanischen Guerillas (ZAPU und SWAPO).

Fortsetzung Fußnote von Seite 294

³ Für den Wortlaut des Vertrags vom 19. Februar 1979 über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen Angola und der DDR vgl. AUSSENPOLITIK DER DDR, Bd. XXVII/(1979), S. 478–481.

⁴ Die DDR und die Volksrepublik Kongo unterzeichneten am 28. Mai 1975 ein Abkommen über militärische Zusammenarbeit.

⁵ Für den Wortlaut des Vertrags vom 24. Februar 1979 über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der DDR und Mosambik vgl. AUSSENPOLITIK DER DDR, Bd. XXVII/(1979), S. 618–621.

b) Mosambik

Anzahl der Militärberater ca. 600.

Tätigkeiten:

- Aufbau eines Sicherheits- und Nachrichtendienstes,
- Leibwache des Präsidenten⁶,
- Guerilla-Ausbildung bei der antirhodesischen Befreiungsorganisation ZANU.

c) Äthiopien

Anzahl der Militärberater ca. 300.

Tätigkeiten:

- Ausbildungshilfe in der Pioniertruppe sowie in der Logistik,
- Schulung im Sicherheitsbereich,
- Einsatz im Nachrichtenwesen.

d) Volksrepublik Kongo

Anzahl der Militärberater ca. 20.

e) Sambia

100 bis 150 Ausbilder bei der antirhodesischen ZAPU.

f) Republik Guinea

Anzahl und Einsatzbereich der Berater unbekannt.

g) Guinea-Bissau

Unbekannte Anzahl im Polizei- und Fernmeldebereich.

h) Niger

Unbekannte Anzahl im Bereich der Luftstreitkräfte.

2) Ausbildung auf dem Gebiet der DDR

a) Schwerpunktländer der Empfänger von Ausbildungshilfe in Afrika sind:

- Angola (Schulung von MPLA-Angehörigen seit 1975 auf Rügen; derzeit Panzer- und Fallschirmjägersausbildung von Angehörigen angolanscher Streitkräfte),
- Mosambik (seit 1975 Ausbildung von FRELIMO-Angehörigen; derzeit Offizierslehrgänge für Angehörige der mosambikanischen Streitkräfte),
- VR Kongo (Ausbildung kongolesischer Militärs seit 1976 an der Offiziershochschule in Stralsund sowie beim Fallschirmjägerbataillon 2 aus Rügen),
- Äthiopien (Ausbildung von Offizieren an der Offiziershochschule in Aschersleben).

b) Folgende Befreiungsorganisationen erhalten Ausbildungshilfe:

African National Congress (ANC)

Ausbildung von ANC-Angehörigen an einer ZK-Sonderschule bei Neubrandenburg.

SWAPO

Ausbildung von SWAPO-Angehörigen wie bei ANC-Angehörigen.

⁶ Samora Machel.

ZAPU

Ausbildung von ca. 150 Guerillas.

ZANU

Ausbildung von ZANU-Angehörigen in Militär- und Polizeiaufgaben.

[gez. Richthofen]⁷

VS-Bd. 13124 (210)

52

Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt

114-1830/80 geheim

Fernschreiben Nr. 782

Aufgabe: 16. Februar 1980, 16.40 Uhr¹

Ankunft: 16. Februar 1980, 23.00 Uhr

Betr.: Sicherheitspolitik der USA im Mittleren Osten;
hier: Ergebnisse der Bartholomew-Mission

B., der AM Vance Mitte kommender Woche nach Bonn² begleiten wird, unterrichtete uns eingehend über Ergebnisse seiner kürzlichen Reise nach Oman, Somalia, Kenia und Saudi-Arabien. B. bezeichnete Gespräche als außerordentlich befriedigend. Kenia, Somalia und Oman hätten amerikanischen Vorschlägen für Zugangs- und Benutzungsregelung für militärische Einrichtungen in ihrem Hoheitsbereich und amerikanischer Militär- und Wirtschaftshilfe zugestimmt, ebenso dem unverzüglichen Beginn der Implementierung der vorgeschlagenen Maßnahmen.

B. bezeichnete diese Vereinbarungen als wichtiges Element im Konzept der USA, künftig nicht nur in der Golfregion, sondern im globalen Rahmen wieder und auf Dauer militärisch präsent zu sein.

Im einzelnen führte B. aus:

1) Vorgeschichte

Im Anschluß an den Sturz des Schah³, und wesentlich beschleunigt durch Gei-

⁷ Vermuteter Verfasser der nicht unterzeichneten Aufzeichnung. Vgl. Anm. 1.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schenk am 20. Februar 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Gerz verfügte.
Hat Gerz am 20. Februar 1980 vorgelegen.

² Der amerikanische Außenminister Vance hielt sich am 19./20. Februar 1980 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 55.

³ In Iran kam es seit Januar 1978 zu sich ständig verschärfenden Demonstrationen gegen die Herrschaft des Schahs Reza Pahlevi. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 258, Dok. 332, Dok. 340, Dok. 362 und Dok. 393.

Nachdem das iranische Parlament der Regierung des Ministerpräsidenten Bakhtiar am 16. Januar 1979 das Vertrauen ausgesprochen hatte, verließ Schah Reza Pahlevi noch am selben Tag Iran. Vgl. dazu den Artikel „Der Schah hat Iran verlassen. Chomeini will eine Übergangsregierung bilden“;

selnahme in Teheran⁴, habe Administration die auch uns bekannten Beschlüsse gefaßt, gemeinsam mit Ländern der Golfregion ein kooperatives Sicherheitssystem zu entwickeln.⁵ Nach seiner ersten Reise in die Region im Dezember 1979⁶ seien Einzelheiten im Januar durch amerikanische Militärexperten geprüft worden. Sie hätten in erstaunlich kurzer Frist zu konkreten Vorschlägen geführt, die er bei seiner jüngsten Mission vorgetragen habe.

2) Inhalt der Vorschläge

Die von Präsident Carter gebilligten Vorschläge seien für jedes Land unterschiedlich gewesen, hätten aber drei Dimensionen gemeinsam gehabt:

a) Einräumung von Zugangs- und Benutzungsrechten für militärische und Verkehrseinrichtungen: Die Vorschläge seien hier sehr detailliert gewesen, die fraglichen Einrichtungen und der Umfang der Nutzung präzise beschrieben.

Auf diese Weise hätten USA eindeutige Geschäftsgrundlage schaffen und Unklarheiten, die später zu Rückziehern führen könnten, vorbeugen wollen.

Zugangsrechte würden aus drei Gründen angestrebt:

Schaffung logistischer Basis zur Versorgung der stärkeren Friedenspräsenz in der Region (z. Z. nur maritime und amphibische Kräfte);

Sicherung von See- und Flughäfen für Anlandung sehr großer Verstärkungen an Boden-, Luft- und Seestreitkräften (primär für die im Aufbau befindliche Einsatztruppe von über 100 000 Mann);

Schaffung der Möglichkeit für regelmäßige gemeinsame Übungen von Boden-, Luft- und Marinekräften, die sich bereits in der Region aufhielten, und solchen, die von außerhalb zugeführt würden. Übungen von Bodentruppen könnten von Bataillon bis zur Brigade reichen.

Vorschläge seien trotz der Präzision so gefaßt worden, daß sie Amerikanern ein Maximum an Flexibilität bei der Benutzung sichern würden. B. betonte, daß ständige personelle Präsenz nur in drei Fällen vorgesehen sei (Masira und Berbera je bis zu 100 Mann, Kenia bis zu 15) und auf das aus logistischen und fernmeldetechnischen Gründen absolut erforderliche Minimum beschränkt werde. In keinem Fall solle oder dürfe Eindruck amerikanischer Militärbasen entstehen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 297

FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 17. Januar 1979, S. 1. Vgl. dazu auch AAPD 1979, I, Dok. 8 und Dok. 49.

⁴ Zur Geiselnahme von Angehörigen der amerikanischen Botschaft in Teheran vgl. Dok. 2, Anm. 13.

⁵ Botschafter Hermes, Washington, informierte am 9. Februar 1980, die amerikanische Regierung habe Presseberichte über eine Studie des amerikanischen Verteidigungsministeriums zur sicherheitspolitischen Situation im Nahen Osten bestätigt. Demnach sei die UdSSR wesentlich schneller als die USA in der Lage, Panzerdivisionen in die Golfregion zu verlegen: „Amerikanische Fähigkeit, Unterbrechung des Ölflusses durch Operationen von See aus oder durch Luftstreitkräfte zu verhindern, ist demgegenüber beachtlich.“ Zur Verbesserung der Möglichkeit einer konventionellen Kriegführung benötigten die USA „die Hilfe der Verbündeten, u. a. politische Unterstützung amerikanischer Bemühungen um Zugangs-, Überflugs- und Transitrechte, Vergrößerung britischer und französischer Friedenspräsenz und vor allem Entwicklung eines Konzepts der Allianz, das bessere Nutzung der beschränkten Ressourcen ermöglicht.“ Hermes ergänzte, diese Vorstellungen seien noch nicht ausgereift. Vgl. den Drahtbericht Nr. 653; VS-Bd. 11124 (204); B 150, Aktenkopien 1980.

⁶ Zu den Gesprächen einer amerikanischen Delegation vom 20. bis 22. Dezember 1979 in Kenia, Oman, Saudi-Arabien und Somalia vgl. Dok. 45, Anm. 17.

b) Zusicherung von Militär- und Wirtschaftshilfe: Diese Maßnahmen dienten nach US-Auffassung zur inneren Stärkung der jeweiligen Gastländer, deren eigene Streitkräfte Beitrag für kooperatives Sicherungssystem darstellten.

Bei Kenia habe Schwerpunkt auf Wirtschaftshilfe, bei Somalia auf Militärhilfe (Einräumung von bisher nicht gewährten „Foreign Military Sales“) und bei Oman auf Wirtschafts- und Militärhilfe gelegen.

c) Darlegung der Haltung, die USA in Fällen einnehmen würden, in denen Sicherheit der Gastländer selbst von außen bedroht sei.

3) Verhandlungsverlauf und -ergebnis

Verhandlungen seien in allen Ländern mit Staatsoberhäuptern, ferner mit Außen- und Verteidigungsministern sowie Kommandeuren der Streitkräfte geführt worden.

Seit der ersten Gesprächsrunde im Dezember hätten Amerikaner im Umfang unterschiedliche, aber überall deutliche positive Änderungen der Positionen registriert, die zur Frage der Sichtbarkeit amerikanischer Militärpräsenz eingenommen wurden. Afghanistan habe dabei sicher wichtige Rolle gespielt, noch wichtiger seien vermutlich aber folgende Faktoren gewesen:

a) USA hätten im Dezember jeweilige nationale Interessenlage sorgfältig registriert und bei ihren jetzigen Vorschlägen berücksichtigt. Dies sei honoriert worden.

b) Die detaillierten und präzisen US-Vorschläge hätten Eindruck vermittelt, daß USA genau wüßten, was sie wollten.

c) Die Vorteile amerikanischen militärischen Engagements für eigene Sicherheitslage würden klarer gesehen, zumal nicht mehr bezweifelt werde, daß USA sich langfristig engagieren wollten.

Die amerikanischen Vorschläge für Zugangs- und Benutzungsrechte seien angenommen worden. Alle Länder hätten, auch wenn noch keine Abmachungen unterzeichnet worden seien, sofortigem Beginn der Implementierung zugestimmt. In Kürze würden bereits verstärkte Versorgungsflüge (für Marineeinheiten im Indischen Ozean) einsetzen. Vertragstexte würden in Kürze übermittelt.

Benutzung sei keinerlei Beschränkungen unterworfen worden, weder regionaler Natur (z.B. Verbot der Benutzung bei Konflikt Israel–Ägypten) oder sonstiger Art (z.B. Verbot von nuklear bewaffneten Streitkräften). Keine der drei Regierungen habe das Israel- oder Palästinenserproblem angeschnitten.

US-Vorschläge für Wirtschafts- und Militärhilfe seien in allen Fällen hinter Erwartungen der Gastländer zurückgeblieben. Diese hätten aber – in kühler Berechnung der Bedeutung der US-Vorschläge für die eigene Sicherheit und die der Region – die Einräumung von Zugangsrechten nicht von Erhöhung der Hilfe abhängig gemacht. Bei amerikanischer Argumentation sei hilfreich gewesen, daß Teile der vorgesehenen Militärmaßnahmen (z.B. Ausbau von Flughäfen, Erweiterung von Hafen- und Lagereinrichtungen, Verbesserung des Nachrichtenwesens und der Flugüberwachung) dem Gastland auch deutliche zivile Vorteile bringen würden. Grundsätzlich sollten alle neugeschaffenen Einrichtungen in das Eigentum des Gastlandes übergehen, USA werde nur das Recht der gemeinsamen Benutzung (nähere Formulierung vorbehalten) eingeräumt.

Amerikanische Militärhilfe sei im einzelnen noch nicht verabredet. US-Waffen dürften – entsprechend amerikanischer Rechtslage – in keinem Fall offensiv⁷ gegen andere Länder, sondern nur zur eigenen Verteidigung eingesetzt werden. Amerikaner hätten Somalia unmißverständlich erklärt, daß Waffen aus amerikanischer Militärhilfe nicht im Ogaden-Konflikt⁸ benutzt werden dürften. Siad sei ferner erklärt worden, daß jetzt etablierte Beziehungen mit Washington negativ beeinflußt würden, wenn er im Ogaden-Konflikt Offensive einleite. In keinem Falle könne er hierbei auf amerikanische Unterstützung rechnen. Siad habe dies widerspruchslos zur Kenntnis genommen.

4) Beurteilung der politischen Lage in Partnerländern:

Washington sei voll bewußt, daß innere Stabilität der Partnerländer in unterschiedlichem Grade gefährdet sei. Es habe aber keine andere Wahl, wenn es Voraussetzungen für stärkere Militärpräsenz schaffen wolle, als mit Staaten der Region zusammenzuarbeiten. Das Risiko des Verlusts der Zugangsrechte versuche es dadurch zu reduzieren, daß es sich auf mehrere Länder – und in diesen jeweils auf mehrere Fazilitäten – abstütze.

5) Saudi-Arabien:

Der abschließende Aufenthalt in Saudi-Arabien habe zur Unterrichtung der dortigen Regierung gedient. Saudis hätten amerikanischer Feststellung nicht widersprochen, daß vorgesehene Vereinbarungen im Interesse aller Länder der Region getroffen würden. Sie hätten amerikanische Absicht zu umfangreichen Investitionen – nach Ausführungen von B. geht US-Planung bis zum Jahr 2000 – positiv registriert, aber sich nicht spezifisch zu amerikanischer Feststellung geäußert, daß von Saudi-Arabien wichtige Beiträge (Wirtschaftshilfe, Finanzierung von Projekten) erwartet würden. Unter Berücksichtigung des Mangels an sicherheitspolitischen Experten in Saudi-Arabien und der dort üblichen Art der Verhandlungsführung werte Washington das Ausbleiben konkreter Antworten aber nicht als Absage.

6) Auf Frage stellte B. fest, daß bei keiner Verhandlung über einen möglichen europäischen Beitrag gesprochen worden sei.

7) Haushaltsmäßige Absicherung:

B. stellte fest, daß durch Nachtragshaushalt für 1980 und Zusatz zum Haushaltsvoranschlag 1981 die kurzfristig erforderlichen Mittel für militärische Maßnahmen und Wirtschaftshilfe beschafft werden sollten.

[gez.] Hermes

VS-Bd. 11124 (204)

⁷ Korrigiert aus: „defensiv“.

⁸ Am 24. Juli 1977 beschuldigte Äthiopien Somalia der Aggression in der äthiopischen Provinz Ogaden. Die somalische Regierung wies am folgenden Tag diese Behauptung zurück; in Äthiopien seien vielmehr seit längerem Kämpfe von Befreiungsbewegungen im Gang, darunter der Westsomalischen Befreiungsfront. Am 20. August 1977 rief Äthiopien die nationale Mobilmachung aus und brach am 7. September 1977 die diplomatischen Beziehungen zu Somalia ab. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1977, Z 149, Z 153, Z 165 und Z 173.

Die somalische Regierung gab am 9. März 1978 den Beschluß zum Abzug ihrer Truppen aus dem Ogaden bekannt. Am folgenden Tag nannte die äthiopische Regierung Bedingungen für einen Waffenstillstand mit Somalia. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1978, Z 63 und Z 69. Vgl. dazu auch AAPD 1978, I, Dok. 67.

53

Botschafter Sigrist, Athen, an das Auswärtige Amt

114-1841/80 VS-vertraulich

Fernschreiben Nr. 130

Citissime

Aufgabe: 18. Februar 1980, 11.25 Uhr

Ankunft: 18. Februar 1980, 12.35 Uhr

Betr.: Griechenland und die Türkei-Hilfe – Besuch von BM Matthöfer in Athen¹

I. 1) Der Informations- und Meinungsaustausch, den BM Matthöfer am 17.2. 1980 mit MP Karamanlis und AM Rallis über die neue Hilfsaktion zugunsten der Türkei geführt hat, war für beide Seiten nützlich.² Da es dabei um die Beziehungen Griechenlands zur Bundesrepublik Deutschland und zum Westen allgemein an ihrer empfindlichsten Stelle ging, wurde der Zwischenaufenthalt der deutschen Delegation³ als Ausdruck unseres Interesses für die politischen Sorgen der griechischen Regierung dankbar begrüßt. Die offen geführte Aussprache gab den Griechen ein klares Bild von unseren Absichten und Möglichkeiten in der gegenwärtigen exploratorischen Phase der Hilfsaktion, gleichzeitig aber auch die Gewißheit, daß ihre Wünsche und Empfehlungen von der Bundesregierung in Betracht gezogen werden, soweit das machbar ist, ohne die mit der Türkeihilfe angestrebten politischen Ziele zu gefährden.

2) Die griechische Regierung bejaht die Hilfsaktion, gibt ihr aber Erfolgchancen nur, wenn die Türkei selbst durch Wiederherstellung der inneren Ordnung⁴ die nötigen Voraussetzungen schafft. Allerdings dürfe das Gleichgewicht der

¹ Bundesminister Matthöfer hielt sich am 17. Februar 1980 in Griechenland auf.

² Zur Wirtschafts-, Finanz- und Verteidigungshilfe für die Türkei vgl. Dok. 22.

Botschafter Sigrist, Athen, berichtete am 30. Januar 1980, der griechische Verteidigungsminister Averoff-Tossizza habe die Bundesregierung gebeten, „bei der in Aussicht genommenen neuen und zusätzlichen Rüstungshilfe für die Türkei den in den letzten Jahren bewährten Grundsatz der verhältnismäßigen Ausgewogenheit der Hilfe für beide Länder auch in Zukunft zu beachten“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 78; VS-Bd. 10342 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

³ Bundesminister Matthöfer hielt sich vom 17. bis 19. Februar 1980 in der Türkei auf. Ministerialdirektor Fischer, z. Z. Ankara, teilte am 18. Februar 1980 mit, Matthöfer habe sich „strikt auf Informationsaustausch begrenzt, ohne türk[ische] Enttäuschung entstehen zu lassen. In allen Gesprächen – Plenarsitzung, Begegnung mit PM Demirel, Finanz-, Außen- und Verteidigungsminister sowie Staatssekretär im Präsidialamt und Oppositionsführer Ecevit – unterstrich Matthöfer Bereitschaft Bundesregierung zu Einleitung multilateraler Hilfsaktion zugunsten Türkei in OECD, IWF, Weltbank und Europäischer Gemeinschaft. [...] Er teilte türkische Ansicht, daß erneute Umschuldung öffentlicher und öffentlich verbürgter türkischer Schulden unerlässlich sei und bald – möglichst bis zur Pledging-Konferenz Ende März – eingeleitet werden müsse.“ Das türkische Militär habe ein auf sechs Jahre angelegtes Ausrüstungsprogramm im Umfang von 4,5 Mrd. Dollar vorgestellt. Vgl. den Drahtbericht Nr. 217; Referat 203, Bd. 115909.

⁴ Botschafter Oncken, Ankara, informierte am 17. Januar 1980, am 12. November 1979 habe Süleyman Demirel Bülent Ecevit als Ministerpräsidenten abgelöst und stehe der ersten türkischen Minderheitsregierung vor: „Der ständig zunehmende Terrorismus (trotz Ausnahmezustands in 19 Provinzen 1979 ca. 1200 Terroropfer) und die immer desolatere Wirtschaftslage waren für Ecevits Eklipse ursächlich [...]. Die Überlebenschancen des Demirelschen Kabinetts ergeben sich weniger aus der eigenen politischen Kraft als aus dem Mangel einer realistischen Alternative.“ Die Armee stehe im Hintergrund „als Hüterin der Verfassung“ und als Garant gegen Chaos oder islamische Revolution“ bereit. Vgl. den Schriftbericht Nr. 105; Referat 203, Bd. 115907.

Kräfte in der Ägäis auf keinen Fall gestört werden, und die Allianz sollte die Gelegenheit nutzen, um die türkische Regierung zu einer Regelung der mit Griechenland schwebenden Streitfragen zu veranlassen.

Im Verhältnis zur Bundesrepublik hofft die griechische Regierung auf Verständnis, falls sie bei weiter sich verschlechternder Zahlungsbilanz gezwungen wäre, um Finanzkredit zu bitten. Außerdem sollten Investitionen deutschen Privatkapitals verstärkt werden.

3) BM Matthöfer unterstrich ebenfalls die Bedeutung der inneren Stabilität für die wirtschaftliche Sanierung der Türkei. Er bestätigte das Verständnis der Bundesregierung für den Wunsch der Griechen nach Wahrung des Gleichgewichts, bezweifelte aber, daß ein von außen unternommener Versuch die Türken konzeptionsbereiter zu machen, Erfolg haben würde. Er warnte vor der Annahme, daß Griechenland ohne weiteres mit einem Zahlungsbilanzkredit aus Deutschland rechnen könne. Deutsche Investitionen in Griechenland begrüße auch die Bundesregierung.

II. Im einzelnen:

1) MP Karamanlis dankte für das umsichtige Vorgehen der Bundesregierung und gab wiederholt seiner besonderen Wertschätzung für den Bundeskanzler Ausdruck. Er unterstrich die Wichtigkeit der Bewahrung des bestehenden Kräftegleichgewichts in der Region, auf die es unabhängig von dem Umfang etwaiger Militärhilfe entscheidend ankomme, und präziserte unter Hinweis auf die Absicht der USA, das Verhältnis 10:7 beizubehalten, daß er eine Korrektur des bisherigen 5:3-Verhältnisses der deutschen Verteidigungshilfe nicht anstrebe. Griechenland fühle sich von der Türkei bedroht, es müsse seine Verteidigungskraft sichern. Ein Gefühl zusätzlicher Bedrohung könne verheerende Folgen haben. Um zu verhindern, daß der Freund des Feindes zum Feind werde, sollte die der Türkei gewährte Hilfe beitragen, die Türkei zu einer vernünftigen Beilegung der Differenzen mit Griechenland zu veranlassen. Die wirtschaftliche Hilfe für die Türkei könne zudem nur die von allen gewünschte Wirkung haben, wenn die innere Ordnung in der Türkei wiederhergestellt werde. Dazu wäre ein entsprechendes Programm der türkischen Regierung erforderlich und die Herstellung des sozialen Friedens unabdingbar.

In gegenwärtiger internationaler Lage müsse das Bündnis im Südosten Europas gefestigt werden. Die Türkei verhindere gerade das, indem sie sich der Reintegration Griechenlands in den militärischen Verbund der NATO⁵ widersetze.

⁵ Zu den Bemühungen um eine Wiedereingliederung Griechenlands in die militärische Integration der NATO vgl. Dok. 1, Anm. 43.

Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), berichtete am 7. Februar 1980, die Türkei habe dem Vorschlag des Oberbefehlshabers der alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR), Rogers, zu einer Regelung für die Kontrolle des Luftraums in der Ägäis nicht zugestimmt: „Der Vorschlag sieht vor eine ‚coordination line‘, die am Ostrand der griechischen Insel entlang läuft mit sich nach Osten und Westen erstreckenden Luftmelde-Zonen, in denen Flugverkehr jeweils der anderen Seite annonciert werden sollte.“ Rogers sei sich der griechischen Zustimmung sicher: „Montag, den 11. Februar, komme der neue griech[ische] Generalstabschef Gratsios zu ihm nach Casteu. In dem Gespräch mit den Griechen bereite das maritime Konzept die größten Schwierigkeiten, das auf der Schaffung mehrerer Task Forces beruhe, dem wiederum türkische Zustimmung sicher sei.“ Rogers werde die Gespräche mit

Auf den Hinweis BM Matthöfers, wie schwer es sei, der türkischen Regierung von außen bestimmte Verhaltensweisen nahezulegen, nannte Karamanlis seine eigenen enttäuschenden Erfahrungen mit Demirel. Vor einem Jahr habe er mit ihm schriftlich abgemacht, daß beide Staaten ihre Meinungsverschiedenheiten über die Ägäis⁶ durch eine Schiedsinstanz regeln lassen. Kurz darauf habe Demirel sich von diesem Schriftstück mit fadenscheinigen Behauptungen, offenbar unter dem Druck von Ecevit, wieder distanziert.⁷

Er hoffe, die Bundesregierung habe ihn verstanden und werde bei ihrem Vorgehen neue Fehler zu vermeiden wissen.

Bei der Erörterung wirtschaftlicher Fragen des bilateralen Verhältnisses sagte Karamanlis, er benötige möglicherweise ein Darlehen aus der Bundesrepublik, wenn sich die Zahlungsbilanz seines Landes weiter verschlechtere. Außerdem sollte das Interesse Griechenlands an Investitionen deutschen Kapitals ein positiveres Echo finden.

3) BM Matthöfer bestätigte das überragende Interesse der Bundesregierung an Wiederherstellung der Ordnung und an der wirtschaftlichen Entwicklung der Türkei. Er erkannte an, daß die in Aussicht genommene Hilfe das Gleichgewicht in der Region nicht zerstören dürfe und stellte für die spätere konkrete Anwendung dieses Grundsatzes weitere Kontakte mit der griechischen Regierung in Aussicht.

4) Für die wirtschaftliche Zusammenarbeit Deutschlands und Griechenlands werde es hilfreich sein, wenn konkrete Investitionsprojekte gefunden und die Beteiligung privater Unternehmen gewonnen werden könnten. Die Bundesregierung stehe zu jeder organisatorischen Hilfe zur Verfügung.

Nachdem BM Matthöfer die Probleme dargelegt hatte, denen sich die Bundesregierung nach der erneuten Verteuerung des Erdöls und angesichts der hohen Verschuldung des Bundes und des Leistungsbilanzdefizits des vergangenen Jahres gegenübersteht, beklagte Karamanlis, wie schon bei früherer Gelegenheit, das Fehlen einer gemeinsamen europäischen Politik gegenüber den arabischen Ölproduzenten. Die Bundesrepublik möge ihr Gewicht und Prestige für eine europäische Energiepolitik einsetzen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 302

beiden Seiten getrennt führen und wolle Ende Februar einen Bericht vorlegen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 200; VS-Bd. 11100 (203); B 150, Aktenkopien 1980.

⁶ Zu den griechisch-türkischen Auseinandersetzungen über die Ägäis vgl. Dok. 22, Anm. 23.

⁷ Botschafter Sahm, Ankara, berichtete am 24. Oktober 1979: „Völlig überraschend gab Montag 22. Oktober Nationaler Sicherheitsrat (politisches Richtlinienkremium unter Staatspräsident mit führenden Ministern und Befehlshabern der Streitkräfte) eine Erklärung heraus, wonach Griechenland kürzlich eine negative Haltung gegenüber dem Ägäis-Problem und der Türkei eingenommen und neue Anschläge geplant hätte.“ Nach Darstellung der Presse erhebe Griechenland Ansprüche „nach Änderung des Vertrags von Montreux, Erweiterung der territorialen Gewässer in der Ägäis auf zwölf Meilen, Ansprüche auf gesamte Ägäis und Izmir“. Sahm äußerte hierzu, Beobachter glaubten, „daß Ecevit sich einen patriotischen Abgang verschaffen will“ und von der innenpolitischen Krise ablenken wolle. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1069; Referat 203, Bd. 115910.

Botschafter Oncken, Ankara, informierte am 13. Februar 1980 über ein Gespräch mit dem Generalsekretär im türkischen Außenministerium, Yigit, am Vortag. Dieser habe die griechische Befestigung der Ägäis-Inseln angesprochen und diese als vertragswidrig bezeichnet. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 193; Referat 203, Bd. 115910.

BM Matthöfer verwies auf die bedeutenden finanziellen Leistungen Deutschlands in der EG und die Bereitschaft der Bundesregierung, zu einem guten Teil das Problem der britischen Budgetbelastung⁸ lösen zu helfen, auf die beträchtliche Steigerung der öffentlichen Entwicklungshilfe und fügte hinzu, ein Zahlungsbilanzkredit werde sehr schwierig sein. Die bilaterale Kooperation sollte verstärkt werden, um einer derartigen Situation vorzubeugen, etwa durch Verstärkung der Kapitalausfuhr und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

Karamanlis sprach zum Schluß noch einmal das Problem der Reintegration an und erinnerte an die große Inkonsequenz, die seiner Politik vorgeworfen werde und die darin bestehe, daß er in die militärische Organisation der NATO zurückkehren wolle, obwohl die Zypernfrage, der Grund für das Verlassen der NATO, nicht gelöst sei. Die Türkei blockiere das. Die Atlantische Allianz habe vielleicht nicht die Macht, eine Lösung des Zypernproblems durchzusetzen. Daß sie aber auch nicht die Macht haben sollte, ihre eigene militärische Organisation wieder in Ordnung zu bringen, bleibe unverständlich. Griechenland habe versprochen, gegen den Beitritt der Türkei in die EG kein Veto einzulegen, und sehe sich durch das Veto der Türkei bei der Rückkehr in die NATO blockiert.

III. Über das Gespräch mit AM Rallis und Koordinationsminister Mitsotakis, das im Auftrag von MP Karamanlis einige der von ihm angesprochenen Fragen vertiefen sollte und in dem auf griechischer Seite noch deutlicher Enttäuschung und Sorgen zum Ausdruck kamen, folgt besonderer DB.⁹

Die persönliche Begegnung zwischen BM Matthöfer und Finanzminister Kannellopoulos, der in sein Haus am Kap Sounion eingeladen hatte und die Gäste am Flugplatz verabschiedete, gestaltete sich besonders freundschaftlich. Allerdings zeigte sich Kannellopoulos, der an den übrigen Gesprächen nicht teilgenommen hatte, als ehemaliger Journalist skeptisch, ob die griechische öffentliche Meinung bereit sei, der Bundesregierung zu folgen, wenn sie zwischen wirtschaftlicher und militärischer Hilfe keinen Zusammenhang sehe.

IV. Wertung

Bei einer Bewertung der Gespräche darf unterstellt werden, daß die griechische Regierung ganz offensichtlich glaubt, bei der Bedrängnis, in der sich die Türkei befindet, sei es an diesem Land, als Gegenleistung zu der westlichen Hilfe seinen Beitrag zur Lösung der schwebenden Streitfrage zu leisten. Da die Griechen selbst erfahren haben, wie wenig unter Umständen wie heute mit türkischem Entgegenkommen zu rechnen ist, hoffen sie zwar auf den Einfluß westlicher Regierungen in Ankara, versuchen aber vorsorglich, da sie mit dem Andauern der Spannungen rechnen, bei der Verteilung der Hilfe nicht ins Hintertreffen zu geraten. Sie meinen ihrerseits, in den bekannten Streitfragen

⁸ Zum britischen Beitrag zum EG-Haushalt vgl. Dok. 9, Anm. 20.

⁹ Botschafter Sigrist, Athen, informierte am 18. Februar 1980, der griechische Außenminister Rallis habe gegenüber Bundesminister Matthöfer betont, die NATO übe auf die Türkei in der Frage der Wiedereingliederung Griechenlands in die militärische Integration der NATO nicht genügend Druck aus. Während die türkische Regierung Maximalforderungen stelle, sei Griechenland bereits 1978 für eine Wirtschaftshilfe zugunsten der Türkei eingetreten. Matthöfer habe zugesagt, die Bundesregierung „werde die griechische Regierung jeweils schnell und umfassend über Verfahren und Vorschläge unterrichten und konsultieren“. Abschließend habe der griechische Koordinationsminister Mitsotakis die wirtschaftliche Lage Griechenlands erörtert. Vgl. den Drahtbericht Nr. 131; Referat 203, Bd. 115909.

nicht mehr nachgeben zu können. Daß verhandlungstaktische Beweggründe mit im Spiele sind, will ich nicht bestreiten. Es ist aber ebenso unbestritten, daß die schwierige wirtschaftliche Lage und die zahlreicher werdenden Tarifkonflikte die innenpolitische Basis der Regierung Karamanlis schwächen. Käme hinzu, daß die Opposition auch noch mit ihrem Vorwurf, die Regierung sei unfähig zur Verteidigung vitaler nationaler Interessen, offensichtlich Recht behält, dann sind die Entwicklungen nicht mehr auszuschließen, auf die der griechische AM noch drastischer als Karamanlis selbst hingewiesen hat.

Es ist kein gutes Zeichen, daß die verantwortlichen Männer der Regierung wenige Tage nach dem Gespräch Rogers–Gratsios¹⁰ in der geschilderten Form über die Problematik der NATO-Integration sprechen, wenn sie auch vermieden haben, zu dem Rogers-Plan ausdrücklich Stellung zu nehmen.¹¹

[gez.] Sigrist

VS-Bd. 11100 (203)

¹⁰ Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), teilte am 15. Februar 1980 mit, der Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR), Rogers, habe ihn über das Gespräch mit dem griechischen Generalstabschef Gratsios am selben Tag unterrichtet: „Hinsichtlich der Luftraum-Regelung sehe er, Rogers, mit Griechenland keine Schwierigkeiten mehr. Das Task-Force-Arrangement für die Seestreitkräfte hingegen bereite noch Schwierigkeiten. Er werde Gratsios nächste Woche erneut sprechen und in der darauf folgenden Woche, also der letzten Februar-Woche, den türkischen Generalstabschef Evren treffen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 255; VS-Bd. 11100 (203); B 150, Aktenskopien 1980.

¹¹ Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, vermerkte am 3. März 1980, der griechische Botschafter Calogeras habe am 28. Februar gegenüber Bundeskanzler Schmidt betont, „in der griechischen Öffentlichkeit werde die Frage der Reintegration mit der Zukunft der amerikanischen Basen verbunden. Die letzten SACEUR-Vorschläge seien abgelehnt worden, weil sich Griechenland eine Lösung nur auf Grundlage des Haig-Davos-Arrangements, d. h. praktisch der Rückkehr zum Status quo ante, vorstellen könne.“ Vgl. Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 52; B 150, Aktenskopien 1980.

54

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer**421-401.00 POL-166/80 VS-vertraulich****19. Februar 1980¹**Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³

Zur Information

Betr.: Polnische Finanzierungswünsche⁴;
hier: Brief BM Graf Lambsdorff vom 7.2.1980

Bezug: Ihre Bitte um Stellungnahme vom 13.2.1980

Anlg.: 1⁵

1) Der von BM Graf Lambsdorff in seinem Schreiben vom 7.2.1980 vorgeschlagenen Haltung der Bundesregierung zu den neuen polnischen Finanzierungsvorstellungen könnten wir uns grundsätzlich anschließen. Von einem deutsch-polnischen Briefwechsel mit einer zeitlich und im Volumen unbegrenzten Erklärung der Bundesregierung zur Gewährung von Ausfuhrbürgschaften an Polen,

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Sieger und Vortragendem Legationsrat Rudolph konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 20. Februar 1980 vorgelegen.

Hat Ministerialdirektor Fischer am 25. Februar 1980 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Sieger verfügte.

Hat Rudolf am 25. Februar 1980 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Freiherr von Stein verfügte.

Hat Stein am 26. Februar 1980 vorgelegen.

² Hat Staatssekretär Lautenschlager am 19. Februar 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Die Stellungnahme des Bundeskanzlers u. des BM der Finanzen wird für das weitere Verfahren von Bedeutung sein.“

Hat Staatssekretär van Well am 27. Februar 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ich weiß nicht, ob dies heute zwischen BM Genscher + BM Lambsdorff besprochen worden ist; jedenfalls nicht in meiner Gegenwart.“

Hat Lautenschlager am 27. Februar 1980 erneut vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 9513 (421); B 150, Aktenkopien 1980.

³ Hat Bundesminister Genscher am 21. Februar 1980 vorgelegen.

⁴ Im Dezember 1978 erklärte die Bundesregierung ihre Bereitschaft, Polen eine Bundesbürgschaft für einen Finanzkredit zu gewähren. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 400.

Zu polnischen Kreditwünschen vgl. ferner AAPD 1979, I, Dok. 12 und Dok. 27.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Sieger bat am 26. Oktober 1979 die Botschaft in Washington, der amerikanischen Regierung mitzuteilen, die Bundesregierung beabsichtige nicht, „Polen einen Kredit aus öffentlichen Mitteln zu geben bzw. Kredite deutscher Geschäftsbanken an Polen mit Haushaltsmitteln hinsichtlich der Zinskonditionen zu verbilligen“. Berichte „über eine offizielle Umschuldungsaktion polnischer Auslandsverbindlichkeiten“ seien von polnischer Seite demontiert worden: „Zur Zeit gibt es statt dessen polnische Bemühungen, sich mit den kreditgebenden Privatbanken auf längere Laufzeiten zu arrangieren.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 1178; Referat 421, Bd. 122531.

Botschafter Negwer, Warschau, berichtete am 16. Januar 1980, der polnische Erste Stellvertreter der Vorsitzende der Planungskommission, Hryniewicz, habe betont, die „polnische Seite verstehe überreichte Projektvorschläge lediglich als Arbeitsmaterial“. Negwer ergänzte, es herrsche „große Bestürzung“, die kurzfristige Absage könne „trotz gegenteiliger Versicherungen unsererseits unvermeidlich zu politischen Fehlinterpretationen führen und möglicherweise schädliche Rückwirkungen in Bereichen zu Folge haben, die bisher von bilateralen und weltpolitischen Irritationen weitgehend freigehalten werden konnten“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 58; Referat 214, Bd. 132951.

⁵ Dem Vorgang beigelegt. Für das Schreiben des Bundesministers Graf Lambsdorff vom 7. Februar 1980 an Bundesminister Genscher vgl. VS-Bd. 9513 (421).

der außerdem den Charakter einer Regierungsvereinbarung hätte, sollte jedoch abgesehen werden.⁶

Der Vorschlag an die polnische Seite, den Besuch von BM Graf Lambsdorff am 16./17.3.1980 nachzuholen⁷, ist zu begrüßen. Er unterstreicht das Interesse der Bundesregierung an der Fortsetzung der politischen Kontakte mit der polnischen Regierung auf Ministerebene. Obwohl, wie der Brief von BM Graf Lambsdorff vom 7.2.1980 zeigt, wir in der Sache auf die polnischen Wünsche nur in sehr begrenztem Umfang eingehen können, erscheint es wichtig, daß wir der polnischen Seite unsere Gesprächsbereitschaft in den für sie besonders bedeutungsvollen wirtschaftlichen Fragen bekunden. Aus politischer Sicht haben wir ein Interesse daran, das BMWi in dem Bemühen zu unterstützen, die sehr begrenzten Möglichkeiten der Bundesregierung so weit wie möglich⁸ zu nutzen, um den⁹ polnischen Wünschen angemessen¹⁰ entgegenzukommen.¹¹

2) Im einzelnen:

a) Sonderbürgschaftsrahmen

Polen wurde von uns im Dezember 1978 eine Sonderregelung für 1979 und 1980 eingeräumt, nach der Bundesbürgschaften auch für die Lieferung von Stahlerzeugnissen, Chemikalien und Ersatzteilen gewährt werden können. Die üblicherweise zu Barzahlungsbedingungen abgewickelt werden.¹² Als Kreditlaufzeiten sind drei Jahre, nur in begründeten Ausnahmefällen fünf Jahre vorgesehen. Eine volumenmäßige Begrenzung besteht nicht; allerdings gingen beide Seiten davon aus, daß nur Geschäfte kleineren Umfangs über diese Sonderregelung abgewickelt werden sollten. Polen hat von dieser Möglichkeit 1979 keinen Gebrauch gemacht, da die Kreditbedingungen der Euromärkte angeblich günstiger waren.

Polen möchte nunmehr die Sonderregelung im Jahre 1980 mit insgesamt 700 Mio. DM in Anspruch nehmen, wobei es Wert auf fünfjährige Kreditlaufzeiten legt.

Wir sollten den Polen in diesem Bereich soweit wie möglich entgegenkommen, da die polnische Seite realistischlicherweise nur bei diesem Wunsch mit deutschen Zugeständnissen rechnen kann.

⁶ Dieser Satz wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig“.

⁷ Vortragender Legationsrat Rudolph informierte die Botschaft in Warschau am 17. Januar 1980, daß Bundesminister Graf Lambsdorff den für den 19. Januar geplanten Besuch in Polen abgesagt habe. Der Presse sei mitgeteilt worden, daß „neue polnische Vorschläge für die Abwicklung deutsch-polnischer Kooperationsprojekte geprüft werden müßten. Eine solche Vorbereitung wäre bis zu diesem Wochenende aus zeitlichen Gründen nicht mehr möglich gewesen.“ In einem Schreiben an den polnischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Wrzaszczyk habe Lambsdorff erläutert, er habe erst vor wenigen Tagen erfahren, „daß die polnische Seite einige Brieftexte zu Kreditfragen [...] bei unserer Begegnung finalisieren wolle“. Dies müsse angesichts der zu erwartenden innenpolitischen Diskussion in der Bundesrepublik gründlich vorbereitet werden. Vgl. den nicht nummerierten Drahterlaß; Referat 214, Bd. 132951.

⁸ Die Wörter „so weit wie möglich“ wurden von Staatssekretär Lautenschlager gestrichen.

⁹ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager gestrichen.

¹⁰ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt.

¹¹ An dieser Stelle ergänzte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Dabei ist auch an die Ausreiseproblematik zu denken.“

¹² Die Sonderregelung wurde dem polnischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Wrzaszczyk anläßlich der Sitzung der gemischten deutsch-polnischen Regierungskommission von Bundesminister Graf Lambsdorff am 22. Dezember 1978 eingeräumt. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 27.

Dem von BM Graf Lambsdorff vorgesehenen „Auftragsrahmen“ von zunächst 300 Mio. DM und für das Gesamtjahr 1980 von maximal 500 Mio. DM, der über die Sonderregelung abgewickelt werden soll, sollten wir daher als Richtzahlen zustimmen.

Wir sollten uns auch mit dem Vorschlag von BM Graf Lambsdorff einverstanden erklären, daß Kreditlaufzeiten von fünf Jahren jetzt grundsätzlich bei der Hälfte aller Fälle gewährt werden sollten, da dies noch als im Rahmen des Ermessensspielraums der Sonderregelung liegend angesehen werden könnte.

Diese Vorschläge bedeuten ein weiteres deutliches, keinem anderen Land bisher gewährtes Zugeständnis¹³, das der polnischen Seite die Aufnahme von Krediten bei deutschen Geschäftsbanken erleichtern soll und mit der äußerst angespannten polnischen Finanzlage gerechtfertigt werden kann.

Die Bereitschaft unsererseits, den Polen in diesem uns gerade noch möglichen Bürgschaftsbereich entgegenzukommen, ist auch geeignet, die polnische Bereitschaft zu fördern, die derzeit positive Entwicklung auf dem Gebiet der Ausreise weiter laufen zu lassen.

Außer uns haben auch Frankreich und Italien Polen besonders günstige Kreditbedingungen eingeräumt. Der Präsident der Berner Union¹⁴ hat deshalb im April 1979 vorgeschlagen, gegenüber Polen zu „normalen“ Kreditbedingungen zurückzukehren. Großbritannien regte an, die besonders günstigen Kreditbestimmungen zum 30. Juni 1980 auslaufen zu lassen. Bei Erörterung innerhalb der EG haben wir uns – ebenso wie Frankreich und Italien – dagegen ausgesprochen, zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Kreditpolitik gegenüber Polen für das Jahr 1981 verbindlich festzulegen, da sich die künftige wirtschaftliche Entwicklung Polens jetzt noch nicht mit Sicherheit beurteilen läßt.

b) Ausfuhrbürgschaften von 2 Mrd. DM

Eine bilaterale Zusage für einen Ausfuhrbürgschaftsrahmen in Höhe von 2 Mrd. DM zur Finanzierung von Investitionsgüterexporten stünde im Widerspruch zu unserer Bürgschaftspolitik und kann daher – wie BM Graf Lambsdorff ausführt – nicht in Frage kommen. Diese Haltung hat die Bundesregierung auch gegenüber ähnlichen Wünschen anderer osteuropäischer Länder (z.B. ungarischer Wunsch nach 1 Mrd.-Rahmenkredit¹⁵) stets vertreten.

¹³ Die Wörter „keinem anderen Land ... Zugeständnis“ wurden von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Dies müßte m. E. innenpolitisch ggf. etwas anders präsentiert werden.“

¹⁴ 1934 schlossen sich 18 private und öffentliche Kreditversicherungsanstalten aus 16 Staaten zur Berner Union zusammen. Ziel des Zusammenschlusses war der Austausch von Informationen über Schuldnerstaaten. Im Januar 1961 wurde festgelegt, daß die Laufzeit von verbürgten Krediten fünf Jahre nicht übersteigen sollte. Dieser Grundsatz war jedoch für die Regierungen der Mitgliedstaaten nicht bindend. Darüber hinaus einigten sich im Oktober 1962 die sechs EWG-Staaten, die alle der Berner Union angehörten, daß an Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts nur in Ausnahmefällen Exportkredite mit einer längeren Laufzeit als fünf Jahren vergeben werden sollten.

¹⁵ Referat 421 vermerkte am 15. August 1980, die Bundesregierung sei „wiederholt (u.a. anlässlich des Kádár-Besuchs im Juli 1977, Besuch BM Apel in Budapest im Juli 1977, StM von Dohnanyi im Dezember 1977, der frühere ungarische Botschafter Hamburger gegenüber dem Bundeskanzler im Februar 1978, Außenhandelsminister Dr. Bíró gegenüber BM Graf Lambsdorff April 1978)“ um die Gewährung eines Rahmenkredits in Höhe von einer Milliarde DM gebeten. Die Bundesregierung habe stets abgelehnt: „Ein bestimmtes Finanzierungsvolumen wird von vornherein zugesagt und durch einzelne Exportgeschäfte nach und nach ausgefüllt; die Verbürgung derartiger Rahmenkredite ist von uns bisher gegenüber allen RGW-Ländern abgelehnt worden.“ Vgl. Referat 421, Bd. 141395.

c) Briefwechsel (Vorschlag BM Graf Lambsdorff)

Die Bundesregierung hat sich in den deutsch-polnischen Kooperationsabkommen von 1974¹⁶ und 1976¹⁷ bereit erklärt, Anstrengungen bei der Finanzierung und der Gewährung von Krediten zu unternehmen, die auch die Gewährung von Bürgschaften einschließen. Eine sachliche Notwendigkeit für den von BM Graf Lambsdorff vorgeschlagenen Briefwechsel, in dem dies nochmals bekräftigt würde, besteht grundsätzlich nicht.

Im übrigen hätte ein Briefwechsel, der eine Verpflichtung oder auch nur eine Bemühensklausel der Bundesregierung enthält, den Charakter einer Regierungsvereinbarung (Einbeziehung Berlins erforderlich).

Ein derartiges Regierungsabkommen in Kenntnis der derzeit schlechten Devisenlage Polens würde der polnischen Seite die Möglichkeit bieten, mit Nachdruck auf der Gewährung von Ausfuhrbürgschaften für alle volumenmäßig größeren Investitionsvorhaben, die mit deutschen Firmen durchgeführt werden sollen, zu bestehen (so z. B. auch für das Silberprojekt, vgl. Punkt e)). Ihre Verweigerung würde uns dem Vorwurf aussetzen, leere Zusagen zu machen.

Unsere Deckungspolitik gegenüber Polen sieht derzeit zwar keine förmlichen Einschränkungen vor. Geschäfte von über 100 Mio. DM können jedoch wegen der stark gestiegenen Außenverschuldung Polens gegenüber dem Westen (rd. 17 Mrd. US-Dollar) und daraus resultierender sehr hoher Schuldendienstrate (rd. 60 %) nur nach sehr sorgfältiger Prüfung von Fall zu Fall und bei Vorliegen besonderer Interessen in Deckung genommen werden. So haben wir in jüngster Zeit für ein größeres Investitionsvorhaben in Polen die Gewährung einer Bundesbürgschaft wegen des gestiegenen Risikos verweigert.

Polen ist im übrigen darum bemüht, die in diesem Jahr fällig werdenden Rückzahlungsverpflichtungen gegenüber den privaten deutschen Banken zu prolongieren und steht hierüber mit der Dresdner Bank als Konsortialführerin in Gesprächen.¹⁸

BM Graf Lambsdorff sollte daher nur eine mündliche unverbindliche Erklärung bei seinem Besuch in Polen abgeben, das Bürgschaftsinstrumentarium im Rahmen unserer Möglichkeiten und im Einklang mit den geltenden Regelungen für neue polnische Investitionsvorhaben im nächsten Fünfjahresplan (1981 bis 1985) einzusetzen.

¹⁶ Für den Wortlaut des Abkommens vom 1. November 1974 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Entwicklung der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit vgl. BUNDESGESETZBLATT 1975, Teil II, S. 619–621.

¹⁷ Für den Wortlaut des Abkommens vom 11. Juni 1976 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die weitere Entwicklung der Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet vgl. BUNDESGESETZBLATT 1976, Teil II, S. 1245 f.

¹⁸ Das Bundesministerium für Wirtschaft informierte am 28. März 1980, Bundesminister Graf Lambsdorff habe gegenüber der Dresdner Bank das Interesse der Bundesregierung an einem Erfolg der Umstrukturierungsgespräche mit Polen signalisiert. Er habe klargestellt, „daß eine nachträgliche Bundesverbürgung für die umzustrukturierenden polnischen Fälligkeiten bei der Dresdner Bank und anderen Banken nicht gegeben werden könne; dies habe polnische Seite bei Gesprächen in Warschau auch akzeptiert. Erneute Kontakte mit der Dresdner Bank [...] haben ergeben, daß die Banken angesichts der nicht möglichen Indeckungnahme durch die Bundesregierung ihren freien Spielraum zu helfen als gering ansehen.“ Sie seien jedoch zu weiteren Gesprächen bereit. Vgl. das Fernschreiben Nr. 1590; Referat 421, Bd. 141261.

d) Bürgschaftsrahmen für einen ungebundenen Finanzkredit von 2 Mrd. DM

Auch nach unserer Ansicht ist ein ungebundener Finanzkredit von 2 Mrd. DM zur Finanzierung lokaler Kosten und Refinanzierung von An- und Zwischenzahlungen entsprechend geltender Praxis nicht möglich.

e) Silberprojekt

Wir teilen die Ansicht BM Graf Lambsdorffs, daß die Verbürgung eines ungebundenen Finanzkredits zum Ausbau der polnischen Silberproduktion¹⁹ (polnischer Wunsch: Kreditregelung wie beim Vanadium-Titan-Projekt²⁰) nicht in Betracht gezogen werden sollte. Silber ist – anders als Vanadium – nicht in das Rohstoffsicherungsprogramm der Bundesregierung aufgenommen worden. Ferner hat der Bundeskanzler gegenüber dem polnischen Vizepremier Wrzaszczyk eine Wiederholbarkeit der Kreditaktion für das Vanadium-Titan-Projekt ausdrücklich ausgeschlossen.²¹

Unterabteilung 21 hat mitgewirkt.²²

Per Fischer

VS-Bd. 9513 (421)

¹⁹ In einer am 15. April 1980 übermittelten Aufzeichnung des Bundesministeriums für Wirtschaft hieß es: „Keine Indeckungnahme eines u[n]geordneten F[ina]nz[K]redit[s] für ein Silber-Rohstoff-Projekt von 750 Mio. DM wegen innen- und rohstoffpolitischer Gründe; aber Wiederholung unseres allgemeinen Angebots für Bürgschaften bei anderen, für uns versorgungspolitisch relevanten Rohstoffen.“ Vgl. Referat 421, Bd. 141257.

²⁰ Vortragender Legationsrat I. Klasse Sieger vermerkte am 11. Juni 1979: „Die Metallgesellschaft/Frankfurt und die polnische Außenhandelsorganisation Impexmetal unterzeichneten anlässlich der Kommissionstagung einen Vorvertrag über das Vanadium-Titan-Projekt, dem eine erhebliche wirtschaftliche Bedeutung für beide Seiten beizumessen ist. Mit Beginn der Förderung der reichhaltigen Erzvorkommen bei Suwalki in Nordost-Polen, die in sechs Jahren beginnen soll, bietet sich für Polen die Möglichkeit zusätzlicher Devisenerlöse aus dem Verkauf dieser seltenen Metalle auf westlichen Märkten. Da sich die Metallgesellschaft einen Anspruch auf gemeinsame Vermarktung auf westlichen Märkten und einen angemessenen Anteil für den deutschen Markt von Vanadium und Titan einräumen ließ, dürfte dieses Projekt auch zur Diversifizierung unserer Rohstoffversorgung beitragen. Deutsche Geschäftsbanken sind bereit, für dieses Projekt einen Kredit von 750 Mio. DM zu gewähren. Die Bundesregierung hat sich – vorbehaltlich der üblichen Prüfung – grundsätzlich bereit erklärt, diesen Kredit zu verbürgen. Ein entsprechender vertraulicher Brief von BM Graf Lambsdorff wurde Vizepremier Wrzaszczyk am Rande der Tagung übergeben.“ Vgl. Referat 421, Bd. 122533.

²¹ Bundeskanzler Schmidt erklärte dem polnischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Wrzaszczyk am 22. Dezember 1978, daß der Kredit nicht als Finanzkredit angesehen werden dürfe und die Erteilung eines solchen Kredits nicht wiederholbar sei. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 400.

²² In einer Aufzeichnung des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 21. März 1980 wurden die Ergebnisse des Besuchs des Bundesministers Graf Lambsdorff am 16./17. März 1980 in Polen resümiert. Polen habe akzeptiert, daß kein genereller Bürgschaftsrahmen für Ausfuhrkredite eingerichtet werden könne, wohl aber Bürgschaften für einzelne Projekte gewährt werden würden. Lambsdorff habe erklärt, die Verbürgung von Krediten für Rohstoffprojekte sei im Falle von Silber nicht und von Kohle noch nicht möglich. Konsens sei erzielt worden, daß das Volumen der Sonderbürgschaften für Chemie- und Stahlerzeugnisse sowie synthetische Fasern 1980 auf 500 Mio. DM beschränkt werde und Kreditlaufzeiten von fünf Jahren für maximal 250 Mio. DM gewährt würden. Hinsichtlich der Umstrukturierung polnischer Verbindlichkeiten bei Banken aus der Bundesrepublik habe Lambsdorff erklärt, daß eine nachträgliche Indeckungnahme nicht in Frage käme, weil eine Begrenzung nur auf Polen nicht möglich sei. Die Bundesregierung werde den Banken aber zu verstehen geben, daß sie aus politischen und wirtschaftlichen Gründen einen erfolgreichen Abschluß wünsche. Vgl. dazu Referat 214, Bd. 132951.

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Hansen

VS-NfD

20. Februar 1980¹

Betr.: Gespräch Bundesminister/Secretary Vance am 20.2.1980, 9.30 bis 11.30 Uhr, im Auswärtigen Amt²

Teilnehmer: Under Secretary Cooper, Assistant Secretary Vest, Assistant Secretary Lake, Pressesprecher H. Carter, Botschafter Stossel, Staatssekretär Dr. Lautenschlager, D2³, D4⁴ (zeitweise), der Unterzeichnete.

Aus dem Gespräch wird folgendes festgehalten:

1) BM unterstrich eingangs, daß seit seinem letzten Besuch in Washington⁵ bei den Bemühungen um Erarbeitung eines Gesamtkonzepts für die derzeitige internationale Krise auf der Grundlage einer Arbeitsteilung wesentliche Fortschritte erzielt worden seien. Heute gehe es nicht zuletzt darum, zu dem von den Amerikanern übergebenen Papier „Goals and Actions“ Stellung zu nehmen, über die Unterstützung der Türkei zu sprechen, allgemein unsere Vorstellungen zu erläutern und – ohne AM Ruffini vorzugreifen – einen ersten Bericht über das gestrige EPZ-Außenministertreffen⁶ zu geben. BM betonte den gemein-

¹ Ablichtung.

Die Aufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Hansen am 20. Februar 1980 über Staatssekretär van Well an Bundesminister Genscher weitergeleitet.

Hat van Well am 3. März 1980 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; B2 (Referat 014), Bd. 246.

² Der amerikanische Außenminister Vance hielt sich am 19./20. Februar 1980 in der Bundesrepublik auf. Ministerialdirektor von Staden, Bundeskanzleramt, vermerkte am 20. Februar 1980, Bundeskanzler Schmidt habe Vance am selben Tag dargelegt, er sei „verblüfft gewesen über den Ausdruck ‚Strafmaßnahmen‘ im letzten Brief des Präsidenten. Vielleicht sei es unvermeidlich, sich auf den Weg der Eskalation zu begeben. [...] Indessen hätten Sie und Giscard die amerikanische Philosophie bisher noch nicht verstanden, obwohl Sie es gerne wollten. Man könne nicht immer gemeinsam handeln, wenn man nicht unterrichtet sei.“ Die Bundesrepublik sei ebenfalls an einer Bewahrung des militärischen Gleichgewichts interessiert, aber „2 Millionen Berliner und 16 Millionen Deutsche in der DDR seien Geiseln. Und wenn es zu einem Krieg käme, wären wir Deutschen ausgelöscht. Wir seien nicht weich.“ Vance habe entgegnet, er würde „den Begriff der ‚Bestrafung‘ vermeiden und statt dessen sagen, daß die Sowjetunion für die Besetzung einen Preis zu zahlen habe“. Den Dialog über Abrüstung wollten die USA jedoch fortführen; beide Seiten hielten sich an geschlossene Abkommen, einschließlich des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979. Schmidt habe darauf hingewiesen, daß die USA in der Golfregion konventionell zu schwach gerüstet seien, um eine Eskalation zu verhindern. Zudem sei die amerikanische Politik gegenüber der Volksrepublik China aus Sicht der UdSSR problematisch. Der UdSSR dürfe nicht Eindruck vermittelt werden, es komme zu einem von ihr nicht zu gewinnenden Wettrüsten. Das könne dazu führen, „daß die Sowjets die Phase ihrer relativen Stärke nutzten [...]“. Die USA sollten der Sowjetunion ganz klar machen, was sie zu tun beabsichtigten, es sei denn, sie wollten dies bewußt nicht.“ Die Bundesrepublik werde durch ein Wettrüsten ebenfalls in eine schwierige Lage gebracht. Schmidt habe sich gegen Kritik an der Verteidigungspolitik der Bundesregierung verwahrt und dabei dargelegt, „was es für ein dichtbesiedeltes Land bedeute, tausende von Nuklearsprengköpfen zu lagern und nunmehr 500 Mittelstreckenwaffen zu stationieren“. Vgl. VS-Bd. 14087 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

³ Klaus Blech.

⁴ Per Fischer.

⁵ Bundesminister Genscher hielt sich vom 18. bis 22. Januar 1980 in den USA auf. Für die Gespräche am 21./22. Januar 1980 in Washington vgl. Dok. 19–21.

⁶ Zur Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 19. Februar 1980 in Rom vgl. Dok. 57.

samen Willen zu engster Konsultation und Zusammenarbeit, den es dem Westen, der Sowjetunion und der Dritten Welt gegenüber deutlich zu machen gelte. Vance stimmte darin überein, daß seit der Begegnung in Washington Fortschritte erzielt worden seien. Er umriß kurz die in dem amerikanischen Papier erwähnten fünf Ziele.

Es gehe darum

- a) die westlichen Verteidigungsanstrengungen zu intensivieren;
- b) die Sowjetunion, um allgemein abzuschrecken, für Afghanistan einen Preis zahlen zu lassen und sie davon abzuhalten, zwischen die Europäer und die USA einen Keil zu treiben;
- c) Druck aufrechtzuerhalten, um den sowjetischen Rückzug aus Afghanistan herbeizuführen;
- d) unter Aufrechterhaltung dieses Drucks die Ost-West-Beziehungen in einer Weise zu steuern, die unsere Interessen (US) und die europäischen an Rüstungskontrolle und die Möglichkeit verbesserter unmittelbarer Beziehungen zu Moskau, sofern das die sowjetische Politik erlaubt, schützt;
- e) die westliche Position im Mittleren Osten und am Persischen Golf zu stärken.

Zum erstgenannten Ziel erläuterte Vance, die in Frage stehenden Maßnahmen müßten beim NATO-Ministerrat⁷ bzw. beim Weltwirtschaftsgipfel in Venedig⁸ erörtert werden. Was die Verteidigungsanstrengungen betreffe, gehe es im einzelnen u. a. um folgendes:

- Die Streitkräfteziele (force goals) müßten von allen Bündnismitgliedern erreicht werden; einige seien im Rückstand.
- Das LTDP⁹ müßte implementiert werden.
- Es müßte Übereinstimmung bestehen, daß das Ziel des 3%-Wachstums¹⁰ zu realisieren sei.
- AWACS müsse verwirklicht werden¹¹; ein Land habe dies noch nicht getan.¹²

BM erläuterte die westlichen Ziele aus unserer Sicht:

- a) Rückzug sowjetischer Truppen aus Afghanistan und Wiederherstellung des Status quo ante im Sinne der VN-Resolution¹³; Deeskalation der Krise zu ihrem Ursprung;

⁷ Zur NATO-Ministerratstagung am 25./26. Juni 1980 in Ankara vgl. Dok. 190.

⁸ Zum Weltwirtschaftsgipfel am 22./23. Juni 1980 in Venedig vgl. Dok. 184 und Dok. 185.

⁹ Zum Langfristigen Verteidigungsprogramm der NATO vom 30./31. Mai 1978 vgl. Dok. 1, Anm. 9.

¹⁰ Vgl. dazu die „Ministerial Guidance 1977“ der NATO vom 17./18. Mai 1977; Dok. 1, Anm. 8.

¹¹ Am 30. November 1978 fanden im Ständigen NATO-Rat Konsultationen über eine Absichtserklärung zur Einführung des luftgestützten Aufklärungs- und Frühwarnsystems (AWACS) statt. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 365.

In der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung der NATO (DPC) am 5./6. Dezember 1978 in Brüssel wurde das AWACS-Programm gebilligt und eine entsprechende multilaterale Grundsatzvereinbarung unterzeichnet. Für den Wortlaut des Communiqués vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 98–101. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 102–105.

¹² Der belgische Verteidigungsminister Vanden Boeynants informierte am 16. Mai 1979 den Ausschuß für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO, daß sein Land noch keine Zusage zur Beteiligung am AWACS-Beschaffungsprogramm geben könne. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 145.

¹³ Zur Resolution ES-6/2 der Notstandssondertagung der VN-Generalversammlung vom 14. Januar 1980 vgl. Dok. 14, Anm. 11.

b) Prophylaxe gegen ein weiteres Vordringen der Sowjets in der Region und in anderen Teilen der DW

- durch Stabilisierung der betreffenden Länder,
- durch notwendige sicherheitspolitische Ausgleichsmaßnahmen;

c) Ausbau des Zusammenhalts des Westens im Bündnis und Europas in der Gemeinschaft,

- um die eigene Handlungsfähigkeit zu stärken,
- um durch die Demonstration des Zusammenhalts eine Wirkung auf die Sowjetunion und auf die DW zu erzielen.

Zu diesem Zusammenhalt gehöre auch die Leistung von Hilfe an Bündnispartner in schwieriger politischer und wirtschaftlicher Lage. Dies sei das Motiv unseres Engagements für die Türkei.¹⁴ Im übrigen habe die westliche öffentliche Meinung nicht ausreichend beachtet, was es bedeutet, daß mit der Türkei ein NATO-Staat an der Islamischen Konferenz in Islamabad¹⁵ teilgenommen habe. Die Türkei sei eine Art Verbindungspunkt zwischen dem Westen und der islamischen Welt und eine potentielle Trumpfkarte, die um so wichtiger sei, je stärker die Türkei innerlich werde.

Die Bundesregierung habe nie einen Zweifel daran gelassen, daß die deutschen Aufgaben neben der Hilfe für die Türkei vor allem im Zentrum Europas lägen.

[Vgl. *weiter Ergänzungstext S. 1034*: * Zu unseren eigenen ... *]

2) AM Vance sprach seinen Dank für unsere führende Rolle bei der Türkeihilfe aus. Hier gehe es darum, zunächst für 1980 schnell einzuspringen, dann aber auch für die nächsten Jahre die Hilfe fortzusetzen. Auch die USA würden sich beteiligen. BM unterstrich die Wichtigkeit, nicht nur jetzt, sondern auch in Zukunft zu helfen, was deutlich gemacht werden müsse.

D4 berichtete ausführlich über die Matthöfer-Mission (s. gesonderter Vermerk¹⁶).

Auf die Frage von Vance, eine wie hohe kurzfristige Hilfe in allernächster Zeit benötigt werde, und dem Hinweis von Cooper, dies sei nicht zuletzt ein psychologisches Problem, präzierte D4 den Betrag von 700 Mio. Dollar. Er erläuterte auf eine entsprechende Frage von Vance, daß die kurzfristige Hilfe beim Pledging am 25. März¹⁷ angerechnet werden würde. Die Türken erhofften sich auch

¹⁴ Zur Wirtschafts-, Finanz- und Verteidigungshilfe für die Türkei vgl. Dok. 22.

¹⁵ Zur Konferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz vom 27. bis 29. Januar 1980 in Islamabad vgl. Dok. 29, Anm. 19.

¹⁶ Dem Vorgang nicht beigelegt.

Zum Besuch des Bundesministers Matthöfer vom 17. bis 19. Februar 1980 in Griechenland und der Türkei vgl. Dok. 53.

¹⁷ Ministerialdirigent von Stein, z.Z. Paris, informierte am 26. März 1980, auf der Pledging-Konferenz des Türkei-Konsortiums der OECD am selben Tag habe noch keine endgültige Vereinbarung erreicht werden können, weil Japan, Kanada und Schweden noch Zusagen hätten machen können. Der Generalsekretär der OECD, van Lennep, sei zu einer insgesamt positiven Würdigung der türkischen Wirtschaftspolitik gelangt. Die Zahlungsbilanzlücke betrage nach OECD-Schätzung 3,1 Mrd. Dollar. Staatssekretär Lahnstein, Bundesministerium der Finanzen, habe mitgeteilt, die Bundesrepublik sei bereit, 25 % des Gesamtaufkommens zu übernehmen: „Derartige Verpflichtung komme für die Bundesrepublik aber nur in Betracht, wenn auch übrige Delegationen bereit seien, Vorschlag des GS sowohl bezüglich Höhe als auch Qualität der Beiträge zu folgen.“ Man habe sich geeinigt, die Konferenz am 10. April 1980 in Ankara fortzusetzen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 240; Referat 412, Bd. 122466.

Botschafter Robert, Paris (OECD), übermittelte am 15. April 1980 das Pressecommuniqué der

von den Amerikanern die kurzfristige Zurverfügungstellung von Mitteln, möglicherweise über den Foreign Equalization Fund. Wir seien bereit, etwa 100 Mio. DM vorzuschießen. Über die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich könne möglicherweise ein Kredit von 500 Mio. Dollar mit Hilfe mehrerer Zentralbanken zur Verfügung gestellt werden.

Cooper führte aus, ohne den Kongreß könnten auch kurzfristig keine Mittel zur Verfügung gestellt werden. Was die Pledging-Konferenz am 25. März anbelange, so seien auch dann Verpflichtungen nur „subject to congressional approval“ möglich. Vor dem Beginn des Haushaltsjahres 1981 (1. Oktober 1980) könnten grundsätzlich keine Auszahlungen vorgenommen werden; allenfalls sei mit Zustimmung des Hill ein Vorziehen um zwei bis drei Wochen denkbar. Auf Einwurf BM, wir hätten Sorge, daß die türkische Wirtschaft in Kürze kollabieren könnte, wiederholte Vance, längerfristig hätten die Amerikaner keine Schwierigkeiten, doch müsse man sich an die komplizierten Budget-Regeln des Kongresses halten. Cooper fügte hinzu, man habe ja vor kurzem erst die abschließende Tranche der letzten Aktion in Höhe von 100 Mio. Dollar gezahlt. BM erwähnte, wir würden im April einen Nachtragshaushalt einbringen; er habe dem Bundeskanzler gesagt, die bevorstehende Verabschiedung der Steuervorlage müßte mit dem Provisor gekoppelt sein, daß die Steuerermäßigung je nach der Entwicklung der Lage unter Umständen gekürzt werden müsse. Vance erwähnte hier, ein Nachtragshaushalt sei in Washington außerordentlich schwierig, wenn nicht unmöglich, und es müsse der Herbst abgewartet werden. Vance sagte zu, sich gegenüber dem Kongreß für Erhöhung des gegenwärtigen Ansatzes einzusetzen (200 Mio. Dollar Wirtschaftshilfe).

D4 erläuterte auf eine entsprechende Frage der Amerikaner, daß es bei der Pledging-Konferenz darum geht, die erforderlichen ca. 1,2 Mrd. Dollar aufzuteilen. Dabei müsse im Grundsatz Einverständnis erzielt werden, daß eine entsprechende Hilfe auch für weitere vier Jahre geleistet werde, wobei die Festlegung der Beiträge in diesen Jahren entsprechend den wirtschaftlichen Fortschritten in der Türkei jeweils erfolgen könne. Hinsichtlich der Verteidigungshilfe betonte D4, daß wir auch hier für mehrere Jahre engagiert seien.

Er erwähnte, daß seitens der Türkei die Zinsen der Amerikaner bei den Foreign Military Sales beanstandet würden (Vance meinte, u. U. sei eine gewisse Flexibilität mit Hilfe von erniedrigten Zinsen möglich). Wir dächten an eine mehrjährige Militärhilfe, die mehr als 600 Mio. DM, möglicherweise 800 Mio. DM oder 1 Mrd. DM umfassen würde.

BM kündigte an, der BSR werde am 27.2. entscheiden, so daß Bundeskanzler in Washington¹⁸ weitere Einzelheiten mitteilen könne.¹⁹

Vance wies darauf hin, daß für 1980 seitens der USA 250 Mio. Dollar Militärhilfe und 200 Mio. Dollar Wirtschaftshilfe vorgesehen seien. Man habe in Washington das Problem, daß bei allen Hilfeleistungen an die Türkei auch Griechen-

Fortsetzung Fußnote von Seite 313

Pledging-Konferenz: „The donor countries reaffirmed their support for the economic policies of the Turkish government and agreed to pledge a total sum of US-Dollar 1,16 billion.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 280; Referat 412, Bd. 122466.

¹⁸ Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 4. bis 8. März 1980 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 71–73.

¹⁹ Zur Entscheidung des Bundessicherheitsrats vom 27. Februar 1980 hinsichtlich der Wirtschafts-, Finanz- und Verteidigungshilfe für die Türkei vgl. Dok. 64, Anm. 11.

land berücksichtigt werden müsse. D4 erläuterte zu diesem letzteren Problem unsere Position: Wir hätten stets ein gewisses Verhältnis der Militärhilfe für beide Länder eingehalten. Auch von der aufgrund von Afghanistan notwendig gewordenen Erhöhung würden die Griechen profitieren, allerdings in einem niedrigeren Verhältnis, da dies eine Sonderhilfe sei. Vance und Cooper stellten klar, daß die Militärhilfe im Dezember 1979 zwar vor der sowjetischen Intervention in Afghanistan in der Administration erarbeitet, jedoch erst Anfang Januar 1980 in den Kongreß eingebracht worden sei, so daß man unter Berufung auf Afghanistan jetzt wohl keine Aufstockung fordern könne.

3) Pakistan

BM sprach die im Carter-Brief erbetene Verdreifachung unserer Hilfe an²⁰ und fügte hinzu, er habe erfahren, daß bei anderen Ländern nur eine Verdoppelung zur Diskussion gestellt worden sei. Er wies darauf hin, daß man bei uns bereits von einem hohen Niveau auszugehen habe, da wir ja nicht wie andere reduziert hätten.²¹ Vance stellte fest, daß die USA in der Tat bisher nur 40 Mio. Dollar für Lebensmittelhilfe geleistet hätten, daß man diese jedoch für 1980 auf 160 Mio. Dollar erhöhen werde. Dazu gehören 100 Mio. Dollar für Militärhilfe, was einer Steigerung um 220 Mio. Dollar entspräche. Die endgültige Höhe der Militärhilfe stünde allerdings noch nicht fest, da Pakistan zunächst den Bedarf prüfen wolle und um Abwarten ersucht habe. Das gleiche gelte für 1981.

Man sprach dann über die Umschuldung²², an der wir unser nachdrückliches Interesse bekundeten. Wir begründeten dies vor allem mit einem pakistanischen Wunsch („political gesture“) sowie dem Vorteil, daß keine Pipeline-Probleme aufträten. Amerikanischerseits wurde bestritten, daß die Pakistanis eine Umschuldung tatsächlich brauchten. Dies sei stets mit wirtschaftlichen Konsolidierungsmaßnahmen gekoppelt worden, zu denen die Pakistanis zur Zeit

²⁰ Präsident Carter sprach sich im Schreiben vom 11. Februar 1980 an Bundeskanzler Schmidt für eine koordinierte Politik angesichts der sowjetischen Intervention in Afghanistan aus: „I know you agree with me that our actions should make it clear to Soviet leaders that they must pay a price for invading Afghanistan and encourage them to withdraw their forces. We can do much to help deter them from further aggression, to contribute to the security and stability of Southwest Asia and the Persian Gulf, and to improve Western relations with the crucial states in that area. It is also very important to remove from Soviet expectations any hope that they can drive a wedge between the Western allies [...]. I agree with you that we need a 'division of labour' among the Allies to ensure that each of us make a maximum contribution to our common effort. You are aware of the punitive bilateral steps the United States has taken or will take with respect to the USSR.“ Carter bat um Unterstützung der Bundesregierung für Sanktionen gegen die UdSSR. Zu Pakistan führte er aus: „Given Pakistan's enormous needs and the dangerous situation in the area, and given the fact that the Federal Republic will not be providing Pakistan with arms, we believe that you could make another important contribution to Pakistan's security by helping to improve its communication and transportation systems. In the case of both Turkey and Pakistan, it is important that the aid be untied, in order to increase its usefulness.“ Unter Verweis auf die von den USA ergriffenen Maßnahmen unterstrich Carter: „We continue to believe that a severe restriction of official export guarantees by the Federal Republic and of official export credits by the other major lenders would send a powerful signal of Allied solidarity to the Soviets.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 220 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schenk vom 12. Februar 1980 an die Botschaft in Washington; VS-Bd. 11108 (204); B 150, Aktenkopien 1980.

²¹ Zur Wirtschafts- und Finanzhilfe für Pakistan vgl. Dok. 15, Anm. 17.

²² Botschafter Robert, Paris (OECD), informierte am 11. Februar 1980, „anlässlich Weltbank-Konsortiums Bangladesch Ende Januar“ sei „in informeller Runde Umschuldung Pakistans angesprochen worden“. Vereinbarungen über einen Termin seien nicht getroffen worden: „Anzeichen gehen dahin, daß Umschuldung etwa im Sommer 1980 beabsichtigt wird“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 106; Referat 340, Bd. 113191.

nicht bereit seien. D4 wies darauf hin, daß Weltbank-Experten in Kürze dieshalb nach Islamabad reisen würden.²³ Amerikaner erwähnten im übrigen die Schwierigkeit, daß dann etwa 20 andere Länder ebenfalls Forderungen auf Umschuldung stellen würden. Cooper meinte, die Umschuldung erübrige sich bei erhöhter Wirtschaftshilfe. BM stellte fest, daß wir für 1980 einschließlich Umschuldung etwa 220 Mio. DM leisten würden, was eine erhebliche Erhöhung darstelle und einer Verdoppelung gleichkomme. Militärhilfe könnten wir aus den bekannten Gründen nicht leisten (wofür Vance Verständnis äußerte). Vance sagte zu, die amerikanische Stellung zur Umschuldung zu überprüfen. Falls eine Umschuldung in Frage käme, würde die Wirtschaftshilfe entsprechend gekürzt. StS Lautenschlager wies mit Nachdruck darauf hin, daß man auch an Indien denken müsse. Vance und Cooper bestätigten, daß man hier sehr wohl problembewußt sei.

4) Kredite und Ausfuhrbürgschaften

Dieser Punkt wurde nur kurz angesprochen. Cooper erwähnte, mit BM Graf Lambsdorff sei in Washington darüber gesprochen worden, die Laufzeit von Ausfuhrbürgschaften eventuell zu verkürzen.²⁴ Graf Lambsdorff habe in Aussicht gestellt, dies zu prüfen. D4 warf ein, daß wir gegen eine derartige Einschränkung sicherlich erhebliche Reserven machen müßten. StS Lautenschlager wies auf Artikel 5 des deutsch-sowjetischen Abkommens²⁵ hin.

BM meinte zu diesem Punkt abschließend, man müsse zunächst die Rückkehr von BM Graf Lambsdorff abwarten. Der Komplex solle dann am besten von BK in Washington erörtert werden.

5) COCOM

Cooper erinnerte daran, er habe vor einem Monat in Bonn ausgeführt, daß man von der bestehenden Liste möglichst keine Ausnahmen machen solle, und daß

²³ Botschafter Scheske, Islamabad, berichtete am 13. Februar 1980, der Vizepräsident der Weltbank, Hopper, halte sich derzeit in Pakistan auf und habe mit den Vertretern der Staaten des Pakistan-Konsortiums Gespräche geführt. Er sei dabei für eine multilaterale Umschuldung eingetreten: „Ohne Umschuldung sei für 1980/81 ein Devisenfehlbetrag von 1,5 Mrd. Dollar zu erwarten, der auch durch erhöhte bilaterale Hilfe nicht ausgeglichen werden könne.“ Die USA wollten allerdings zunächst die wirtschaftlichen und finanziellen Voraussetzungen in Pakistan prüfen lassen. Vgl. den Schriftbericht Nr. 143; Referat 340, Bd. 113191.

²⁴ Ministerialdirektor Fleischhauer informierte die Botschaft in Washington am 12. Februar 1980 für den Fall, daß Bundesminister Graf Lambsdorff im Rahmen seines Besuches in den USA auf die Einstellung von Hermesbürgschaften für Geschäfte mit der UdSSR angesprochen werde. Bundesminister Genscher habe die Frage bereits mit dem amerikanischen Außenminister Vance am 21./22. Januar 1980 in Washington erörtert und darauf hingewiesen, daß das Abkommen vom 6. Mai 1978 über die Entwicklung und Vertiefung der langfristigen Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie keine konkrete Leistungspflicht beinhalte, „wohl aber eine sehr stark gefaßte und völkerrechtlich verbindliche Bemühensklausel. Diese Klausel ist auch nicht mit einem ausdrücklichen Ausnahmetatbestand verbunden (etwa einer generellen Wohlverhaltensklausel).“ Zudem nehme die Bundesrepublik das Argument der Vertragstreue ebenso ernst wie die USA. Fleischhauer ergänzte, die Überlegung zum Zusammenspiel zwischen vertraglichen Verpflichtungen und dem außenpolitischen Verhalten der UdSSR seien noch nicht abgeschlossen. Vgl. den nicht numerierten Drahterlaß; VS-Bd. 14086 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

²⁵ Für den Wortlaut des Abkommens vom 6. Mai 1978 über die Entwicklung und Vertiefung der langfristigen Zusammenarbeit der Bundesrepublik und der UdSSR auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie vgl. BUNDESGESETZBLATT 1979, II, S. 59 f.

er Vorschläge für eine Erweiterung der Liste angekündigt habe.²⁶ Hinsichtlich des letzteren Punktes wolle man sich auf „soft ware“ konzentrieren. Hierbei gehe es darum, Erwägungen vom Oktober 1978 wiederzubeleben, denen zufolge Software mit strategischer Relevanz nicht geliefert werde. Damals hätten wir positiv reagiert.²⁷ Schwierigkeiten ergäben sich möglicherweise aus einer Grauzone. Auf Frage von StS Lautenschlager sagte Cooper, man erwarte nicht mehrere Listen hinsichtlich der verschiedenen Empfängerländer (Sowjetunion, andere WP-Staaten, China²⁸), sondern eine einzige, bei deren Anwendung keine Ausnahmen für die Sowjetunion gemacht werden sollen, aber auch nicht die

²⁶ Der Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Cooper, begleitete den stellvertretenden amerikanischen Außenminister Christopher bei dessen Besuch am 16. Januar 1980 in der Bundesrepublik. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt vgl. Dok. 15.

Ministerialdirektor Fischer notierte am 13. März 1980: „Die amerikanische Regierung hat am 19. Februar 1980 im COCOM den Vorschlag eingebracht, daß alle Lieferungen COCOM-genehmigungspflichtiger Güter an Afghanistan zuvor dem COCOM zur Genehmigung vorgelegt werden. Hierdurch soll verhindert werden, daß strategische Güter, die für militärische Zwecke verwendbar sind, über Afghanistan in die Sowjetunion gelangen. Die COCOM-Regeln gelten nur gegenüber kommunistischen Ländern. Afghanistan wird bisher nicht vom COCOM erfaßt.“ Die Bundesregierung stimme zu, daß die UdSSR nicht auf dem Umweg über Afghanistan strategische Güter erhalten dürfe: „Eine vorübergehende materielle Gleichbehandlung Afghanistans mit der Sowjetunion im Embargobereich erscheint uns daher gleichfalls notwendig, auch wenn Afghanistan als Entwicklungsland bisher kaum entsprechende technologisch hochwertige Güter aus westlichen Industrieländern bezogen hat.“ Die von den USA gewünschte formelle Einbeziehung Afghanistans in das COCOM-Verfahren bleibe dagegen problematisch: „Mit der Einbeziehung in den Kreis der Embargoländer würden wir Afghanistan implicite als kommunistisches Land und damit als zum Machtbereich der Sowjetunion gehörend behandeln.“ Vgl. Referat 340, Bd. 113038.

²⁷ Am 17. November 1978 berieten in London die Bundesrepublik, Großbritannien, Italien, Japan und die Niederlande über mögliche Rüstungsexporte in die Volksrepublik China. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 358.

²⁸ Botschafter Herbst, Washington, berichtete am 18. Januar 1980, im amerikanischen Außenministerium seien die Vorschläge des Unterstaatssekretärs im amerikanischen Außenministerium, Cooper, „betr. günstigere Behandlung der VR China im COCOM“ erläutert worden, die in der amerikanischen Regierung „nicht erst durch sowjetischen Einmarsch in Afghanistan ausgelöst worden“ seien. Die flexiblere Praxis sollte nicht auf militärische oder nukleare Technologie angewandt werden: „Die Frage der ‚military sales‘ an China werde jedoch eines Tages ebenfalls geprüft werden müssen.“ Es sei an eine Einzelfallprüfung gedacht: „Vorstellung der Administration sei, daß diese Differenzierung zugunsten Chinas förmlich in die COCOM-Regeln eingeführt werden sollte. [...] Hierbei sei nicht zuletzt auch der Gedanke von Gewicht, daß nach hiesiger Auffassung an China wegen seines relativen Rückstandes fortgeschrittene Technologie ohne Risiko geliefert werden könne.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 263; VS-Bd. 9516 (421); B 150, Aktenkopien 1980.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Sieger informierte die Botschaft in Washington am 22. Januar 1980, bislang habe die amerikanische Regierung alle Vorschläge zu einer Lockerung der Exportpraxis gegenüber der Volksrepublik China abgelehnt: „Das Ergebnis ist ein unabgestimmtes Verhalten einiger Partnerländer, das mit den geltenden COCOM-Regeln nicht mehr im Einklang steht, insbesondere soweit es sich um Lieferung von Waffen und militärischen Gütern [...] an die VR China handelt.“ Die Bundesregierung strebe eine einheitliche Regelung an, doch sei die Begründung mit der technologischen Rückständigkeit der Volksrepublik China nicht stichhaltig: „Träfe sie zu, könnte man auch zwischen der technisch höher entwickelten DDR und dem weniger entwickelten Bulgarien in bezug auf die Genehmigungspraxis differenzieren. Ferner ist eines der wichtigsten Ziele der Politik zumindest bisher auch die Aufrechterhaltung der bestehenden Technologielücke.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 133; VS-Bd. 9516 (421); B 150, Aktenkopien 1980.

Ministerialdirektor Fischer ergänzte am 23. Januar 1980, die Bundesregierung habe „kein Interesse daran, daß eine spektakuläre Bevorzugung Chinas im COCOM mit einer deutschen Initiative in Zusammenhang gebracht wird. [...] Der Beschluß des Bundeskabinetts vom Oktober 1978 über eine grundsätzliche Gleichbehandlung der Sowjetunion und der VR China im COCOM ist praktisch dadurch aufgehoben worden, daß die Bundesregierung im BSR eine restriktivere Anwendung der COCOM-Regeln gegenüber der Sowjetunion ins Auge gefaßt bzw. beschlossen hat.“ Vgl. VS-Bd. 9516 (421); B 150, Aktenkopien 1980.

Absicht bestehe, von der bisherigen De-facto-Praxis hinsichtlich der anderen osteuropäischen Länder abzugehen, mit dem Ergebnis, daß diese eben anders als die SU behandelt würden. Letztlich werde man in der Grauzone eine Art „case law“ aufgrund der sich ergebenden Praxis etablieren müssen. StS Lautenschlager meinte, wir warteten auf die Vorschläge. BM kündigte an, wir seien „open minded“.

Zum Schluß wies StS Lautenschlager auf technische Definitionsfragen, die durch das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft zu prüfen seien, und auf die Schwierigkeiten hin, daß der Anteil genehmigungspflichtiger Waren bei Anlagelieferungen oft nur 5 % und weniger des Gesamtprojektwertes ausmachten.

6) EPZ-Außenministertreffen

BM berichtete über die gestrige Konferenz in Rom. Man habe eine „guide line“ verabschiedet und sich zum Teil auf eine britische Initiative gestützt, die wir jedoch stark mitbeeinflusst hätten.²⁹ Dabei sei das Ziel der Räumung Afghanistans durch die Sowjetunion unterstrichen worden. Er betonte, daß Ziffer 5 der Erklärung (Begriff eines „neutralen Afghanistan“) definiert sei durch Ziffer 4 („Souveränität, territoriale Unversehrtheit, politische Unabhängigkeit und Eigenschaft als ungebundener Staat“).³⁰ Damit habe man dem Eindruck vorbeu-

²⁹ Staatssekretär van Well unterrichtete Botschafter Ruhfus, London, am 15. Februar 1980, der britische Außenminister Lord Carrington habe am selben Tag mit Bundesminister Genscher telefoniert, „um mit ihm u. a. in Vorbereitung des EPZ-Ministertreffens am 19.2. in Rom den Gedanken einer ‚Neutralisierung‘ Afghanistans (à la Staatsvertrag mit Österreich) zu erörtern.“ Genscher habe auf eigene Planungen verwiesen: „Der Minister empfahl, sich zunächst nicht auf die Form etwaiger Zusicherungen zu konzentrieren, sondern auf die Ziele und Inhalte.“ Van Well bat, das mitübermittelte Papier „Possible International Assurances on Afghanistan in Connection with Soviet Withdrawal“ Carrington noch am selben Tag zu übergeben. Vgl. den Drahterlaß Nr. 54; VS-Bd. 541 (012); B 150, Aktenkopien 1980.

³⁰ Bei der Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EZP am 19. Februar 1980 in Rom wurden die Ost-West-Beziehungen nach der sowjetischen Intervention in Afghanistan erörtert. Legationsrat I. Klasse Oehms teilte dazu am 25. Februar 1980 mit: „Grundlage der Haltung der Neun bleibt die Erklärung vom 15.1.1980 mit ihrer Forderung nach einem Rückzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan. Minister stimmten darin überein, daß es jetzt darauf ankomme, Vorschläge für eine Lösung der Krise auf dieser Grundlage zu entwickeln. Lord Carrington schlug vor, eine Initiative mit dem Ziele afghanischer Neutralität zu ergreifen. Vorschlag fand allgemeine prinzipielle Zustimmung. BM erhob jedoch von anderen geteilte Bedenken gegen öffentliche Verwendung des Begriffes ‚Neutralität‘, da dieser im Sinne einer auferlegten Neutralisierung mißverstanden werden könne, damit ohne Not von vornherein Widerstände in der Dritten Welt hervorgerufen werden könnten und der SU propagandistische Chancen gegeben würden. Es gehe in der Sache darum, Bedingungen zu schaffen, die der SU eine Lösung aus der Verstrickung in Afghanistan ermöglichen und den Status quo ante eines echten ungebunden Afghanistan wiederherstellen. Wenn überhaupt, sei ein sowjetischer Rückzug aus Afghanistan nur denkbar, wenn Sowjets sicher sein könnten, daß ein zukünftiges Afghanistan keinen Kurs einschlagen werde, der sowjetischen Sicherheitsinteressen direkt zuwider laufe. Sowjetunion müsse bedeutet werden, daß Rückzug aus Afghanistan vom Westen nicht ausgenutzt werde, um ihre strategische Lage zu verschlechtern, wenn gleichzeitig Rückzug aus Afghanistan, d. h. Korrektur des jetzt zum Nachteil des Westens hergestellten Zustandes, unabdingbar bleibe. [...] Beachtung der Unabhängigkeit, territorialen Integrität, Souveränität und Bündnisfreiheit Afghanistans müßten Kernpunkte einer Übereinkunft sein. Es komme jetzt darauf an, daß die Neun einen Weg nach vorn aufzeigen, der sie auch in der Diskussion mit den ungebundenen Staaten in eine konstruktive und operative Position bringe. Minister nahmen auf dieser Grundlage einen Text an [...]. Punkt 4 dieser Erklärung trägt unseren Gesichtspunkten Rechnung, so daß wir in Punkt 5 der Qualifizierung Afghanistans als ‚neutral‘ (wichtig die Verbindung durch die Worte ‚in this spirit‘) zustimmen konnten.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 22; Referat 012, Bd. 115729. Vgl. dazu auch Dok. 57.

Für den Wortlaut der Erklärung vgl. BULLETIN DER EG 2/1980, S. 88 f.

gen wollen, daß Neutralität ein Afghanistan aufgezwungener Status sein solle, den das Land gar nicht wünsche. Mit einem solchen Argument würde man der Sowjetunion die Gelegenheit geben, unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht Widerstände in der DW zu mobilisieren. Er, BM, habe aus kurzer Unterhaltung mit Vance hierüber am Vorabend entnehmen können, daß USA dies ebenso sähen.

Auch über die Olympischen Spiele sei gesprochen worden. Es habe in der Sache Übereinstimmung geherrscht, daß die Sowjetunion die Voraussetzung für die Teilnahme der Sportler aller Länder (d.h. auch der USA) schaffen müsse. Darin komme Solidarität mit den USA zum Ausdruck. Eine öffentliche Erklärung sei jedoch nicht möglich gewesen, aber dies habe weniger substantielle Gründe gehabt. Der Grundkonsens sei wichtig; er beruhe in der Substanz auf dem, was er in Washington und was der Bundeskanzler gegenüber dem Präsidenten telefonisch geäußert habe.³¹

7) BM erklärte dann, daß er beim Frühstück bereits mit Vance über Fragen des eigentlichen Ost-West-Verhältnisses gesprochen habe. Beide Seiten stimmten überein,

- daß der Rüstungskontrolldialog weitergehen müsse,
- daß die Vorbereitungen für Madrid³² weiterlaufen (Bemerkung BM: Hier sollte der Westen ideenreich sein, was Vorschläge anbetreffe, u. a. bei den CBMs, deren Wichtigkeit jetzt noch sichtbarer geworden sei),
- daß das Rüstungskontrollangebot der Allianz vom 14.12.1979³³ weiter gelte und daß es an der Sowjetunion sei, es aufzugreifen,
- daß in MBFR weiterzuverhandeln sei,
- daß der Dialog mit der Sowjetunion und ihren Verbündeten fortzusetzen sei, auch wenn sich dies als nicht einfach erweise (Absage des ungarischen³⁴ und

³¹ Ministerialdirektor von Staden, Bundeskanzleramt, notierte am 6. Februar 1980 für Bundeskanzler Schmidt, dieser habe Präsident Carter im Telefongespräch vom 5. Februar 1980 dargelegt, „daß die USA von der absoluten Verlässlichkeit der französischen Haltung ausgehen könnten. In einer Frage wie die Olympischen Spiele brauche die französische Regierung Zeit. Die öffentliche Meinung müsse sich entwickeln und die Regierung müsse ihre Position in einer Weise anpassen, die das Gesicht wahre. Der Präsident erwiderte, daß die Medien ein anderes Bild vermittelten. Es ergebe sich daraus Anlaß zum Zweifel an der französischen Haltung. Sie unterstrichen erneut, daß solche Zweifel unbegründet seien.“ Schmidt habe Carter gebeten, hinsichtlich der Olympischen Sommerspiele in Moskau keine weiteren Entscheidungen ohne vorherige Konsultationen zu treffen: „Bei der ursprünglichen Entscheidung über einen amerikanischen Boykott der Olympischen Spiele sei der französische Staatspräsident durch mangelnde Konsultation in der Frage der Olympischen Spiele in eine sehr schwierige Lage geraten. Auf die Rückfrage von Carter, ob ihm das wirklich Abbruch getan habe, wiederholten Sie Ihre vorhergehende Feststellung. Sie deuteten an, daß auch Sie den Mangel an Konsultation empfunden hätten.“ Vgl. VS-Bd. 14087 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

³² Die KSZE-Folgekonferenz wurde am 11. November 1980 in Madrid eröffnet. Vgl. dazu Dok. 319 und Dok. 322.

³³ Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. 1, Anm. 10.

Zur NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1979 in Brüssel vgl. AAPD 1979, II, Dok. 378. Vgl. ferner das Communiqué; NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 124–129. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN 1979, S. 1411–1414.

Zur dabei gebilligten Initiative der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 1, Anm. 12.

³⁴ Zur Verschiebung des Besuchs des ungarischen Außenministers Puja vgl. Dok. 29, Anm. 59.

tschechischen Außenministers³⁵, da die Sowjetunion eine „Politik um sie herum“ zu verhindern suche).

Das Wissenschaftliche Forum in Hamburg³⁶ sei bedeutungsvoll. Unser gemeinsames Konzept, die Probleme anzusprechen, das Forum jedoch nicht zum Tribunal zu stilisieren, habe sich bewährt. Es stelle eine „Übung für Madrid“ dar. Madrid biete dem Westen größere Möglichkeiten als der anderen Seite.

BM wies auf die Doppelstrategie der Sowjetunion hin:

- Druck auf einzelne Länder. Beispiele: Norwegen sowie anmaßende Sprache von Botschafter Semjonow gegenüber dem Bundeskanzler in Sachen Olympische Spiele, die von BK in aller Deutlichkeit zurückgewiesen worden sei.³⁷ BK habe am gleichen Tag beim Besuch in Brüssel öffentlich unterstrichen, es sei eine Illusion, Europa von den USA trennen zu wollen³⁸;
- „Friedensoffensive“. Erstes Anzeichen sei der Vorschlag Giereks auf die Einberufung einer europäischen Abrüstungskonferenz.³⁹ Er, BM, habe darauf mit der Äußerung reagiert, der Westen müsse prüfen, inwieweit dies mit den Zielen übereinstimme, die der Westen mit dem französischen KAE-Vorschlag⁴⁰ verfolge.

Konstruktiv sei, daß gemäß Gierek in Madrid über die Konferenz entschieden werden solle, womit die Teilnahme der USA sichergestellt sei. Dies sei für uns unabdingbar, was der Osten anscheinend verstanden habe.

³⁵ Zur Verschiebung des Besuchs des Bundesministers Genscher in der ČSSR vgl. Dok. 19, Anm. 43.

³⁶ Zum Wissenschaftlichen Forum der KSZE vom 18. Februar bis zum 3. März 1980 in Hamburg vgl. Dok. 75.

³⁷ Ministerialdirektor von Staden, Bundeskanzleramt, vermerkte am 19. Februar 1980, der sowjetische Botschafter Semjonow habe Bundeskanzler Schmidt am 14. Februar 1980 ein sowjetisches Papier übergeben. Darin hieß es: „Eine der marktschreierischsten und unwürdigsten Methoden der Zerstörung der Entspannung sind Versuche, die Olympische Bewegung zu untergraben. [...] Auf diese Weise wird der internationale Sport zynisch zur Verwirklichung eigennütziger politischer Ziele mißbraucht, darunter – wenn nicht in erster Linie – der Präsidentschaftswahlkampagne in den USA. [...] Sie, Herr Bundeskanzler, haben sich wiederholt zur Sache der Entspannung bekannt. Sehen Sie ein, daß ein Scheitern der Moskauer Olympiade die internationale Lage noch mehr zuspitzen würde. [...] Wir rechnen damit, daß die Bundesregierung in dieser Frage eine vernünftige Position einnimmt.“ Staden notierte, Schmidt habe Semjonow mitgeteilt, die Bundesregierung habe bislang hinsichtlich der Olympischen Sommerspiele in Moskau zurückhaltend agiert: „Die Sowjetunion möge Bedingungen herstellen, welche allen Ländern die Teilnahme ermöglichen würden. Dies sei ernst gemeint und nicht polemisch. Dieser eine Satz enthalte unsere präzise Stellungnahme. Man habe noch Zeit bis zum Meldeschluß Ende Mai.“ Vgl. VS-Bd. 14086 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

³⁸ Bundeskanzler Schmidt hielt sich am 14./15. Februar in Belgien auf. Vgl. dazu Dok. 50.

³⁹ Der Erste Sekretär des ZK der PVAP, Gierek, schlug am 11. Februar 1980 auf dem VIII. Parteitag der PVAP in Warschau eine Konferenz über Abrüstung in Europa vor. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 510 (Auszug).

Botschafter Ruth vermerkte dazu am 12. Februar 1980, Gierek habe damit die Vorschläge des Warschauer Pakts vom Mai und Dezember 1979 wiederholt: „Nach der Pressemitteilung richtet sich der polnische Parteichef an den Realismus der Europäer. Dies könnte ein weiterer Hinweis auf den Versuch sein, einen Interessenkonflikt zwischen Europa und den Vereinigten Staaten zu fördern. [...] Er versucht den Eindruck zu erwecken, als gebe es in dieser Frage europäische Sonderinteressen. [...] Positiv zu werten ist die Bereitschaft, die Einberufung einer solchen Konferenz auf dem Folgetreffen in Madrid zu beschließen. Damit wird der Gedanke einer multilateralen Vorbereitungskonferenz aufgegeben und Überlegungen der NATO werden aufgegriffen.“ Anders als beim französischen Vorschlag einer Konferenz für Abrüstung in Europa schlage Polen einen Austragungsort, nämlich Warschau, vor. Vgl. Referat 214, Bd. 132956.

⁴⁰ Zum französischen Vorschlag einer Konferenz für Abrüstung in Europa vgl. Dok. 1, Anm. 11.

Im Zusammenhang mit Feststellung des Einverständnisses, daß alle Kanäle im Ost-West-Verhältnis genutzt werden sollten, wies BM auf Bereitschaft der DDR hin, sehr umfangreiche gemeinsame Projekte mit uns durchzuführen. Doch hätten wir hier zunächst die Erwartungen auf das bisher vorgesehene Maß zurückgeschraubt, um Zeit für eingehende Prüfung zu haben.⁴¹

Vance legte Wert auf Feststellung, die USA erwögen keine Maßnahmen, mit denen formelle Vereinbarungen mit der Sowjetunion rückgängig gemacht würden (no abrogation of existing agreements) (z.B. „maritime matters“, Luftverkehrsabkommen⁴², vereinbarte Getreidelieferungen von 8 Mio. Tonnen⁴³). Damit gebe es einen angemessenen Modus, um einerseits die Beziehungen zur Sowjetunion auf einem gewissen Stand zu halten, andererseits aber auch gleichzeitig Maßnahmen gegen die SU („sanctions“) anwenden zu können. Die USA wünschen eine Fortsetzung des KSZE-Prozesses und der Rüstungskontrollverhandlungen. Die Beziehungen zu Osteuropa sollten keinen Schaden erleiden, sofern bei der Bewältigung der Krise Fortschritte erzielt werden könnten.

8) BM: Im Nahen Osten seien Anstrengungen für Fortschritte sehr wichtig. Bei der Konferenz in Islamabad sei die Verurteilung der sowjetischen Intervention in Afghanistan nur möglich gewesen, weil gleichzeitig eine Nahost-Erklärung verabschiedet worden sei. Die Sowjetunion versuche hier anzusetzen (Gromyko-Besuch in Damaskus⁴⁴). Innerhalb der EPZ würden dazu Vorstellungen entwickelt; engster Kontakt mit den USA sei auch hier erforderlich.

Hansen

B 2 (Referat 014), Bd. 246

⁴¹ Zum Stand der Verhandlungen mit der DDR vgl. Dok. 49.

⁴² Für den Wortlaut des Regierungsabkommens vom 4. November 1966 zwischen den USA und der UdSSR über zivilen Luftverkehr vgl. UNTS, Bd. 675, S. 4–42.

Während des Besuchs des Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 18. bis 25. Juni 1973 in den USA wurde ein Protokoll zur Ausweitung des Luftverkehrs unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 69 (1973), S. 174 f.

⁴³ Zur Einschränkung von Getreidelieferungen in die UdSSR vgl. Dok. 10, Anm. 23.

⁴⁴ Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich vom 27. bis 29. Januar 1980 in Syrien auf.

56

Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt

114-1873/80 geheim
Fernschreiben Nr. 171
Citissime

Aufgabe: 20. Februar 1980, 17.10 Uhr¹
Ankunft: 20. Februar 1980, 19.35 Uhr

Betr.: Gespräch mit SED-Generalsekretär Honecker am 20.2.1980

Zusammenfassung:

Honecker empfing mich heute zu einem knapp einstündigen Gespräch im ZK-Gebäude der SED. Die Verabredung war vormittags telefonisch von Politbüromitglied Herrmann (den Honecker regelmäßig für solche Kontakte benutzt) herbeigeführt worden. Unter ausdrücklicher Berufung auf sein gestriges Telefonat mit dem Bundeskanzler² bekräftigte Honecker die anhaltende Bereitschaft der DDR, über das 500-Mio.-DM-Paket zu einem positiven Abschluß zu gelangen.³ Nach der vom Bundeskanzler in Aussicht gestellten Prüfung der DDR-Vorschläge für „längerfristige Verabredungen“ könnten dann die Gespräche auch darüber fortgeführt werden. Honecker begrüßte die „grundsätzlich positive Einschätzung der größeren Vorhaben durch den Bundeskanzler“. Die beiden deutschen Staaten sollten sich bemühen, unabhängig von der Entwicklung der internationalen Lage ihre Beziehungen weiter auszubauen, soweit es ihnen möglich sei. Das heutige Gespräch, über das die DDR eine Pressemitteilung veröffentlichen werde⁴, diene auch dem Zweck, die „schädliche Publizität“ in den letzten Tagen „in eine positive Richtung“ umzukehren. Honecker warnte deutlich vor den Folgen eines etwaigen Olympia-Boykotts. Dabei hob er den Unterschied hervor, der zwischen Herbeiführung eines solchen Boykotts durch die Bundesregierung oder durch das NOK liegen würde.

Wir kamen überein, daß meine Verhandlungen mit DDR-Staatssekretär Schalck über das 500-Mio.-DM-Paket am 12. März fortgesetzt werden sollen.⁵

¹ Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 20. Februar 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher am 21. Februar 1980 vorgelegen.

² Für das Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, am 19. Februar 1980 vgl. BONN UND OST-BERLIN, S. 496–503.

³ Die Bundesrepublik und die DDR vereinbarten im November 1978 für das Jahr 1980 weitere Verkehrsverhandlungen mit einer Beteiligung des Bundes an Baumaßnahmen der DDR bis zu einer Höhe von 500 Mio. DM. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 347.

Zum Stand der Verhandlungen vgl. Dok. 49.

⁴ Vgl. dazu die Pressemeldung „Erich Honecker empfing Günter Gaus“; NEUES DEUTSCHLAND vom 21. Februar 1980, S. 1.

⁵ Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, berichtete am 13. März 1980 über das Gespräch mit dem Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel der DDR, Schalck-Golodkowski, am Vortag. Während er darauf hingewiesen habe, daß die Bundesregierung keine Zahlungen vor 1981 leisten könne, habe Schalck-Golodkowski gefordert, „daß sich unsere Seite wenigstens in den Zahlungsmodalitäten entgegenkommend verhalte“. Hinsichtlich des Mittellandkanals seien beide Seiten übereingekommen, die Verhandlungen als abgeschlossen zu betrachten. Bezüglich des Grenzübergangs Wartha/Herleshausen habe Schalck-Golodkowski erhebliche Mehrkosten angekündigt. Das von Gaus übergebene Non-paper zu Eisenbahnprojekten mitsamt mündlicher Erklärung an die DDR habe Schalck-Golodkowski „als ‚kaum annehmbar, eigentlich schon auf den ersten Blick als unannehmbar‘“ be-

Ich verhielt mich weitgehend rezeptiv.

Im einzelnen ist zu berichten:

Honecker begann das Gespräch mit einem Hinweis auf sein gestriges Telefonat mit dem Bundeskanzler, das nach seiner Einschätzung einen „sehr positiven Verlauf“ genommen habe. Er habe dem Telefongespräch mit Befriedigung entnommen, daß die Veröffentlichungen in unseren Medien in den letzten Tagen zum größten Teil jeder Grundlage entbehrten. In diesem Zusammenhang erwähnte er, daß es – entgegen entsprechenden Zeitungsberichten – offensichtlich keine Einsprüche Washingtons gegen die Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten gebe. Ebenso habe der Bundeskanzler es als falsch und unsinnig erklärt, von einer „neuen Eiszeit“ zwischen den beiden deutschen Staaten zu sprechen. Auch sei er befriedigt, daß unsere Seite nicht „unwillig“ sei über Vorschläge der DDR für größere Projekte. Er habe begrüßt, daß der Bundeskanzler meine Verhandlungsfunktion auch für die Zukunft ausdrücklich durch den Hinweis auf das Vertrauen bekräftigt habe, das mir vom Kanzler und der Bundesregierung entgegengebracht werde.

Zur „Verhandlungssubstanz“ wolle er anmerken, daß auch die DDR unverändert am baldigen Abschluß über das 500-Mio.-Paket interessiert sei. Dabei gehe die DDR davon aus, daß zu diesem Paket „Wartha/Herleshausen“⁶, der Ausbau der Binnenwasserstraßen und kleinere Eisenbahnprojekte gehören sollten. Die DDR empfehle, daß die Verabschiedung dieser Projekte nicht durch weitere Themen (wie etwa einen neuen Devisenzuschuß der DDR für die Transfer-Vereinbarung) belastet werde. Über solche Fragen könne in den sich anschließenden Gesprächen nachgedacht werden.

Honecker: „Dann kann man in die anderen Sachen einsteigen.“ Er (Honecker) werde die ökonomischen Probleme noch prüfen lassen, die sich aus unserer Forderung ergeben, „Wartha/Herleshausen“ auf der Basis von 250 Mio. DM statt 300 Mio. DM abzuschließen. Aus allgemein politischen Gründen strebe die DDR einen positiven Abschluß unverändert an. Die beiden deutschen Staaten müßten versuchen, soweit ihnen das möglich sei, unabhängig von der internationalen Lage „weiterzumachen“. Man müsse den Brückenbau im Zusammenhang mit „Wartha/Herleshausen“ berücksichtigen, der durch unsere Firmen ausgeführt werden sollte. Für die Binnenwasserstraßen gehe die DDR von einer Kostenbeteiligung unsererseits von 150 Mio. DM aus. Für die kleineren Eisenbahnprojekte sollten 100 Mio. DM zur Verfügung stehen.

Der Bundeskanzler habe ihm gesagt, daß er die Möglichkeit längerfristiger Vereinbarungen hoch einschätze. Das Problem für unsere Seite liege offensichtlich nicht im internationalen Bereich, sondern in Etatfragen. Er sei einverstanden, daß dies bei uns „in den nächsten drei bis vier Wochen geprüft“ werde, damit man dann möglichst bald die Gespräche auch darüber weiter voranbringen könne. Als Themen dafür nannte Honecker die bekannten Absichten der DDR auf größere Eisenbahnmaßnahmen (Elektrifizierung) und Energie (Kraftwerksbau).

Fortsetzung Fußnote von Seite 322

zeichnet. Weitere Gesprächsthemen seien die Entsalzung der Werra und Berliner Gewässerfragen gewesen. Zudem habe Schalck-Golodkowski „den Entwurf eines Protokollvermerks über die sogenannten ‚Größeren Projekte‘ (Eisenbahn und Energie)“ überreicht. Vgl. den Drahtbericht Nr. 214; VS-Bd. 13114 (210); B 150, Aktenkopien 1980.

⁶ Zum geplanten Ausbau des Grenzübergangs Wartha/Herleshausen vgl. Dok. 49, Anm. 7.

Wir kamen überein, daß in den nächsten Wochen jede Seite die innerhalb des 500-Mio.-DM-Pakets intern noch offenen Fragen klären soll, damit vom 12. März an Gaus/Schalck ihre Verhandlungen darüber zügig zu Ende bringen können.

Honecker kam im Verlauf des Gesprächs auch auf die internationale Lage zu sprechen. Die Situation sei „sehr düster“. Das Hauptproblem sei die „Unberechenbarkeit“ des amerikanischen Präsidenten. In dieser Einschätzung stimme er praktisch mit allen westlichen Gesprächspartnern überein, mit denen er direkt oder indirekt in den letzten Wochen Kontakt gehabt habe. In diesem Zusammenhang erwähnte er den österreichischen Bundeskanzler Kreisky und den französischen Außenhandelsminister Deniau⁷. Die Bemühungen des Bundeskanzlers und der Bundesregierung, dämpfend auf die internationalen Spannungen einzuwirken, müsse man loben. Der SED-Generalsekretär bemühte sich, die sowjetische Haltung in der Afghanistan-Krise auf der bekannten Linie zu begründen. Die Verschärfung der internationalen Lage habe im Grunde mit Afghanistan wenig zu tun. Von der auch wahlkampfmäßig⁸ bedingten Unberechenbarkeit Präsident Carters abgesehen, hätten vor allem die NATO-Beschlüsse⁹ zur Verschärfung der Situation beigetragen. Der Westen sei vor diesen Beschlüssen früh genug gewarnt worden. Auch der Aufschub der Verabschiedung von SALT II¹⁰ wirke sich ungünstig aus. Die Sowjetunion habe unter den gegebenen Umständen Afghanistan, mit dem es durch einen Vertrag verbunden sei¹¹, zur Hilfe kommen müssen.

Es handle sich um die Herstellung von Sicherheit für die Sowjetunion in einer Region, in der es viel Unruhe gegeben habe, und in deren Nähe immer auch schon „Kriegsschiffe anderer Mächte“ vorhanden gewesen seien.

Die Sowjetunion und die DDR hielten an ihren alten Positionen zur Fortsetzung der Entspannung fest. Die DDR werde sich „auch durch Pressekampagnen“ nicht beirren lassen. Honecker erwähnte dann eine für den 28.2. terminierte Rede Breschnews, in der dieser nach seiner Vermutung auch auf die internationale Lage eingehen werde.¹² Er selbst (Honecker) werde Anfang März mit Gierke

⁷ Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, resümierte am 5. Februar 1980 Informationen der französischen Botschaft in Ost-Berlin zum Besuch des französischen Außenhandelsministers Deniau am 1. Februar 1980: „Mit vielen Komplimenten bedachte Honecker die französische Haltung in der derzeitigen internationalen Krise. Er ließ sich darin auch nicht durch die Ausführungen Deniaus umstimmen, der die westliche Kritik an der sowjetischen Intervention in Afghanistan vortrug. Nach Honeckers Formulierung ist die ‚Unberechenbarkeit des amerikanischen Präsidenten die Hauptgefahr in der jetzigen Lage‘.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 114; VS-Bd. 13119 (210); B 150, Aktenkopien 1980.

⁸ Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

⁹ Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 10.

⁹ Zu den bei der Tagung des NATO-Ministerrats am 13./14.12.1979 in Brüssel getroffenen Beschlüssen vgl. AAPD 1979, II, Dok. 378.

¹⁰ Zur Aussetzung des Ratifizierungsverfahrens des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 im amerikanischen Senat vgl. Dok. 1, Anm. 13.

¹¹ Am 5. Dezember 1978 unterzeichneten Afghanistan und die UdSSR einen Vertrag über Freundschaft, gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 1145, S. 333–335.

¹² Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, erklärte am 22. Februar 1980 in einer Rede in einem Wahlbezirk in Moskau, die sowjetischen Truppen aus Afghanistan würden abgezogen, sobald die USA und die Nachbarn Afghanistans garantierten, sich nicht mehr in die inneren Angelegenheiten des Landes einzumischen. Die Kritik an der sowjetischen Intervention in Afghanistan sei dem amerikanischen Wahlkampf geschuldet. Zudem würden die USA beabsichtigen, „ein Netz von Militärstützpunkten im Indischen Ozean, in den Ländern des Mittleren und Nahen Ostens, in

und dem neuen polnischen Ministerpräsidenten Babiuch¹³, mit dem er seit langem befreundet sei, zusammentreffen.¹⁴

Honecker erwähnte dann ein jüngst geführtes Gespräch mit Berthold Beitz, mit dem er in der Einschätzung der internationalen Lage, vor allem auch von politischen Fragen im Zusammenhang mit den Olympischen Spielen in Moskau, weithin übereinstimme. Vor einem Boykott der Olympischen Spiele müsse er nachdrücklich warnen. Nach seinen Informationen würden Frankreich und Italien sich einem solchen Boykott nicht anschließen. Auch in Dänemark schwanke man; und Schweden werde sicherlich nach Moskau gehen. Am Ende könne es sich ergeben, daß von den größeren Staaten neben Großbritannien nur die Bundesrepublik Deutschland bei dem amerikanischen Boykott mitmachen würde. Im Grunde verstoße ein solcher Boykottbeschluß gegen die wichtigsten internationalen Verträge, wie etwa den Moskauer Vertrag¹⁵, den Grundlagenvertrag¹⁶ oder auch das Vier-Mächte-Abkommen¹⁷; alle diese Verträge gingen von der Forderung nach konstruktiver Zusammenarbeit aus, wie sie durch einen Boykottbeschluß massiv in Frage gestellt werde. Wie wolle man denn die Vertragspolitik fortsetzen, wenn die Spiele boykottiert würden?¹⁸ Honecker machte dann einen Unterschied zwischen einem Boykott der Moskauer Spiele, den das NOK beschließe oder der durch die Bundesregierung gefördert und gar herbeigeführt werde. Auf den NOK-Beschluß könne man anders reagieren als auf entsprechende Maßnahmen von Regierungsseite. Im letzten Fall könne er sich eine Fortsetzung des Sportverkehrs zwischen den beiden deutschen Staaten nicht vorstellen.

Honecker sagte, er gehe davon aus, daß der Bundeskanzler nach seinem Besuch Anfang März in Washington¹⁹ „auch Moskau besuchen“ werde. Oder halte der Bundeskanzler an dieser Reiseabsicht nicht mehr fest? Ich erwiderte, daß nach meiner Kenntnis zwar noch kein Termin festliege, der Bundeskanzler und die Bundesregierung aber entsprechend ihrer Politik ein Treffen mit Breschnew unverändert anstreben. Honecker, der seine Kenntnis des Bundeskanzler-Briefes an Breschnew²⁰ erwähnte, meinte daraufhin, daß nach dem Besuch in Mos-

Fortsetzung Fußnote von Seite 324

Ländern Afrikas zu schaffen.“ Die UdSSR habe Verständnis für den Wunsch nach Sicherung der Öltransportwege: „Aber kann man dies etwa dadurch erreichen, daß man das Gebiet, in dem die Verbindungswege liegen, in ein Pulverfaß verwandelt? [...] Die abenteuerlichen ‚Doktrinen‘ der neuen Prediger der ‚Politik der Stärke‘ sind nicht nur für irgendein einzelnes Land oder für eine Gruppe von Ländern gefährlich.“ Vgl. BRESCHNEW, Wege, Bd. 8, S. 311–321.

¹³ Am 18. Februar 1980 wurde der bisherige Stellvertretende Vorsitzende des polnischen Staatsrats, Babiuch, zum Ministerpräsidenten gewählt.

¹⁴ Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, hielt sich vom 2. bis 4. März 1980 in Polen auf.

¹⁵ Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f.

¹⁶ Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429.

¹⁷ Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73.

¹⁸ Der Passus „Im Grunde ... boykottiert würden?“ wurde von Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Drohung.“

¹⁹ Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 4. bis 8. März 1980 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 71–73.

²⁰ Für das Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt vom 31. Januar 1980 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, vgl. Dok. 34.

kau auch über eine Begegnung zwischen ihm und dem Bundeskanzler weiter gesprochen werden könnte.²¹

Zum Abschluß bekräftigte Honecker noch einmal die Bereitschaft seiner Seite, alle anstehenden Verhandlungsthemen im abgesteckten Rahmen weiter voranzutreiben.

[gez.] Gaus

VS-Bd. 14082 (010)

57

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Stabreit

200-350.32-1221/80 VS-vertraulich

21. Februar 1980¹

Fernschreiben Nr. 1058 Plurez

Aufgabe: 22. Februar 1980, 10.07 Uhr

Betr.: Europäische Politische Zusammenarbeit;

hier: 93. Politisches Komitee am 12./13.2. sowie 37. Ministertreffen am 19.2. in Rom

Ergänzend zu den gesondert übermittelten Relevés de Conclusions der beiden Tagungen² wird über ihren Verlauf folgendes mitgeteilt:

1) PK begann am 12. Februar um 9.30 Uhr früh. Wichtigster TOP war die Erörterung der Ost-West-Beziehungen im Lichte der Afghanistan-Krise in Vorbereitung des Ministertreffens vom 19.2. Mandat der Minister, eine neue, die Haltung der Neun zu dieser Frage zusammenfassende Erklärung zu erarbeiten, wurde nicht in Frage gestellt, doch erwies sich sofort, daß insbesondere F dieses Mandat sehr eng im Sinne einer kurzen, eher formalen Erklärung zu interpretieren wünschte. UK stellte dagegen Antrag, über eine abgestimmte „Strategie“ der Neun zu diskutieren, und legte hierfür auch ein längeres Papier vor. Diskussion über ein Strategiepapier der Neun wurde jedoch insbesondere von F sofort als zu ambitiös abgelehnt. Wir vertraten Standpunkt, daß über die im britischen Papier enthaltenen Gedanken gesprochen werden müsse, daß sich jedoch PK angesichts der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit auf die Ausarbeitung einer Erklärung beschränken solle.

Für eine solche Erklärung legte Präsidentschaft³ einen im Ganzen brauchbaren Entwurf vor. Diskussion wurde jedoch im wesentlichen dadurch kompliziert, daß F zu Beginn der Sitzung einen eigenen, erheblich kürzeren Entwurf einbrachte. Obwohl in den eigentlichen Sachfragen (einschließlich der Notwendig-

²¹ Zur Verschiebung des Besuchs des Bundeskanzlers Schmidt in der DDR vgl. Dok. 42, Anm. 7.

¹ Durchdruck.

² Für das Relevé de Conclusions der Sitzung des Politischen Komitees im Rahmen der EPZ am 12./13. Februar 1980 in Rom vgl. den Drahtbericht Nr. 590 aus Rom (Coreu); VS-Bd. 11079 (200).

³ Italien hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1980 inne.

keit einer engen Konzertation mit den USA) Einigkeit bestand, verhinderten Meinungsverschiedenheiten über das faktisch-prozedurale Vorgehen (neben Fragen der Darstellung auch solche der Prioritäten) Einigung auf einen Text. Dabei stellte sich immer deutlicher heraus, daß F starke Zweifel an der Opportunität einer erneuten Neuner-Erklärung⁴ hegte. Schwache und wenig zielstrebige Diskussionsleitung durch Präsidentschaft erschwerte Diskussion. Am Abend des ersten Tages wurden Korrespondenten mit Ausformulierung eines Dokumentes beauftragt, das von ihnen in den Morgenstunden des 13.2. fertiggestellt war. Dieser Entwurf wurde von Direktoren am Vormittag des 13.2. überarbeitet und konnte dann verabschiedet werden.⁵

Die übrigen TOPs wurden durch diesen Verlauf etwas an den Rand gedrängt. In Diskussion über das Wissenschaftliche Forum in Hamburg⁶ gelang es rasch, Konsens zu erzielen, wonach sowjetische Unterdrückung oppositioneller Wissenschaftler (insbesondere Sacharow⁷) auf dem Forum mit Notwendigkeit zur Sprache kommen werde, es jedoch nicht wünschenswert sei, wenn eigentliche Zielsetzung des Forums durch scharfe Polemiken in Frage gestellt würde.

Im Anschluß an die kritischen Äußerungen mehrerer Minister (insbesondere Lord Carrington) am 5. Februar in Brüssel⁸ erörterten Korrespondenten Funktionsfähigkeit der EPZ in Krisenfällen. Präsidentschaft wird hierzu ein Papier fertigstellen, das Korrespondenten und – im Anschluß – PK vorgelegt wird. Ziel der Diskussion ist, Wege zu finden, wie EPZ im Falle krisenhafter Entwicklungen zu schnellerer Reaktion veranlaßt werden kann.

2) Bereits am Tage nach dem PK (14.2.) teilte F Partnern mit, der am 12./13.2. erarbeitete Entwurf einer Neuner-Erklärung sei für Paris nicht akzeptabel, da er sich in Form und Geist zu weit von französischem Entwurf entferne. Zu einer erneuten Einberufung des PK konnten sich Partner bei den geringen Erfolgsaussichten einer solchen Übung nicht verstehen, so daß Ministertreffen kein Erklärungsentwurf vorlag.

Minister erzielten eingangs ihrer Sitzung schnell Übereinkunft, daß es jetzt darauf ankomme, über bloße Deklarationen, in denen die Haltung der Neun zum Einmarsch der Sowjetunion nach Afghanistan und der Fortgang der Entspannungspolitik angesprochen würden, hinauszugehen. Von UK eingebrachter Gedanke, die Neun sollten eine Afghanistan-Initiative ins Auge fassen, mit der ein politischer Rahmen geschaffen werde, der Sowjets u.U. ermögliche, sich zurückzuziehen, fand allgemeine Zustimmung. Die Frage, ob hierbei ein „neutralisiertes“ (Mehrheit hierzu ablehnend) oder „neutrales“ Afghanistan gefordert werden solle, blieb zunächst offen. Bundesminister schlug vor, auf diese Begriffe

⁴ Zu der nach der Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 15. Januar 1980 in Brüssel veröffentlichten Erklärung zur sowjetische Intervention in Afghanistan vgl. Dok. 9, Anm. 4.

⁵ Ministerialdirektor Blech, z. Z. Rom, übermittelte am 13. Februar 1980 den Entwurf einer Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ „zur Abgabe am 19.2.“. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 175; Referat 200, Bd. 112942.

⁶ Zum Wissenschaftlichen Forum der KSZE vom 18. Februar bis zum 3. März 1980 in Hamburg vgl. Dok. 75.

⁷ Zur Verbannung des sowjetischen Atomphysikers Sacharow nach Gorki vgl. Dok. 26, Anm. 17.

⁸ Zur EG-Ministerratstagung, an deren Rande die Außenminister zu einer außerordentlichen Konferenz im Rahmen der EPZ zusammenkamen, vgl. Dok. 39, Anm. 15.

zu verzichten und den Status eines künftigen Afghanistans, der zwischen den interessierten Gruppen (Weltmächte, regionale Mächte) festgelegt werden müsse, allgemein unter Hinweis auf die zu beachtenden Grundkategorien Unabhängigkeit, territoriale Integrität, nationale Souveränität und Ungebundenheit zu umschreiben. Für uns war dabei Reaktion der Dritten Welt maßgebend. Länder der DW spielen für Gelingen der Initiative Schlüsselrolle. Eindruck sollte vermieden werden, daß Afghanistan eine Lösung von außen auferlegt wird. Auch muß befürchtet werden, daß Begriff der Neutralität zu stark mit „europäischen“ Vorzeichen (Schweiz, Österreich) behaftet ist. Auf der Grundlage des von Bundesminister vorgetragenen Gedankens konnte Einigung erzielt werden, so daß wir uns in der Lage sahen, dem Wort „neutral“ als unspezifischer Qualifikation eines zukünftigen Afghanistans im Text der Erklärung zuzustimmen. Ziffer 5 der von Präsident Ruffini der Presse vorgetragenen Erklärung (Begriff eines neutralen Afghanistan) ist definiert durch Ziffer 4 (Souveränität, territoriale Unversehrtheit, politische Unabhängigkeit, Eigenschaft als ungebundener Staat).⁹

Es wird jetzt darauf ankommen, Initiative in zuständigen EPZ-Gremien ohne Verzug in ihren Einzelheiten auszuarbeiten und in geeigneter Weise (DK warf Frage der Beteiligung der UNO auf) zu implementieren.¹⁰

Minister erörterten ferner Frage einer Erklärung zur Teilnahme an den Olympischen Spielen. Ein von uns kurz zuvor zirkulierter Erklärungsentwurf¹¹ wurde nicht weiterverfolgt. UK legte einen Entwurf vor¹², der jedoch auf französi-

⁹ Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vom 19. Februar 1980 vgl. BULLETIN DER EG 2/1980, S. 88 f.

¹⁰ Vortragender Legationsrat Boll informierte am 1. April 1980 über Elemente, „auf die sich die Neun im Rahmen der EPZ geeinigt haben. Die Neun haben sich allerdings bislang nicht darauf geeinigt, diese Elemente als einen gemeinsamen Lösungsvorschlag zu präsentieren. Vielmehr ist es jeder der neun Regierungen überlassen, im eigenen Namen für eine solche Lösung bei Staaten außerhalb der EG zu werben.“ Im einzelnen wurden aufgeführt: a) „Es soll, wie in der Afghanistan-Erklärung der EG-AM vom 19.2. festgelegt, eine Lösung gefunden werden, die es einem neutralen Afghanistan gestattet, außerhalb des Wettbewerbs der Mächte zu bleiben. b) Afghanistan soll und muß aktiv an der angestrebten Lösung beteiligt werden. Unabhängigkeit und Blockfreiheit sind erklärte Ziele afghanischer Regierungen. [...] c) Afghanistan muß selbst seine Absicht erklären, eine Politik der Unabhängigkeit und guter Beziehungen zu allen Nachbarstaaten zu führen. Dazu gehört, daß auf seinem Territorium weder ausländische Truppen stationiert noch im Einzelfall eingesetzt werden, noch daß Afghanistan Militärallianzen eingeht. d) Eine verpflichtende Erklärung dieses Inhalts kann nur von einer Regierung abgegeben werden, die auf breiter nationaler Grundlage, d. h. unter Berücksichtigung der vorhandenen Strukturen, gebildet wird. e) Die Sowjetunion zieht ihre Truppen vollständig aus Afghanistan zurück. f) Dritte Staaten, insbesondere die Nachbarstaaten, verpflichten sich in einseitigen Erklärungen, daß sie den neutralen und blockfreien Status Afghanistans respektieren und sich der Einmischung in die inneren Angelegenheiten enthalten.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 42; Referat 012, Bd. 115729.

¹¹ In dem undatierten Entwurf für eine 16-Punkte-Erklärung der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ zur weltpolitischen Lage hieß es zur Frage einer Beteiligung an den Olympischen Sommerspielen in Moskau: „Die neun Außenminister betrachteten es nicht als Zweck ihres Treffens, in der Frage der Olympischen Sommerspiele 1980 in Moskau einen Beschluß zu fassen. Sie gaben übereinstimmend ihrer großen Sorge darüber Ausdruck, daß das durch die sowjetische Intervention in Afghanistan geschaffene internationale Klima nicht geeignet ist, einen Ablauf der Spiele zu gewährleisten, der dem olympischen Geist der Freundschaft zwischen den Völkern und Menschen gerecht wird.“ Vgl. Referat 340, Bd. 113035.

¹² Vortragender Legationsrat Stabreit übermittelte am 6. Februar 1980 den mit der sowjetischen Intervention in Afghanistan befaßten Referaten den britischen Entwurf einer Erklärung der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ, „der bei den Erörterungen im PK Verwendung finden wird“. In dem sieben Punkte umfassenden Papier hieß es: „The Nine will re-examine all aspects of their relations with the Soviet Union, including participation in the Olympic Games.“ Vgl. Referat 340, Bd. 113035.

schen Widerstand stieß. F legte seinerseits Gegenentwurf vor. AM François-Poncet machte klar, daß er keinerlei Sinn in einer Olympia-Erklärung sehe. Es sei bekannt, daß es unter den Neun keine einheitliche Haltung hierzu gebe, zumal einige Regierungen bereits ihre Haltung frühzeitig festgelegt hätten. F wandte sich im übrigen mit Nachdruck gegen die im britischen Erklärungsentwurf enthaltene Erwähnung der diesbezüglichen Resolution des Europäischen Parlaments.¹³ Das Parlament habe hier seine Kompetenzen überschritten. Obwohl sich die übrigen acht Minister unter Hinweis auf die im Anschluß an das Ministertreffen vom 5. Februar bekanntgegebene Absicht, auf ihrem Treffen am 19.2. Erklärung zu Olympia zu verabschieden, für Formulierung einer gemeinsamen Position aussprachen, gelang es nicht, französischen Widerstand zu überwinden. Thema soll jedoch auf der Tagesordnung bleiben und bei künftigen Treffen weiterbehandelt werden.

Die Minister verabschiedeten eine Antwort des amtierenden Präsidenten, AM Ruffini, auf das Schreiben des türkischen Außenministers Erkmen von Anfang Januar dieses Jahres. Darin hatte sich Erkmen zu den von den Neun gegenüber der Türkei im September 1978 gemachten Vorschlägen einer gegenseitigen Information EPZ/Türkei zu Fragen der politischen Zusammenarbeit¹⁴ geäußert.¹⁵

¹³ Vortragender Legationsrat Schellert teilte am 20. Februar 1980 mit, bei der Tagung des Europäischen Parlaments vom 11. bis 15. Februar 1980 in Straßburg sei die Frage eines Boykotts der Olympischen Spiele in Moskau erörtert worden: „Ein von der EVP, den Europäischen Demokraten (Konservativen) und der Liberalen Fraktion eingebrachter Entschließungsantrag, mit dem die Regierungen der Neun aufgerufen werden, ihrem Abscheu über die sowjetische Unterdrückung und Aggression dadurch Ausdruck zu verleihen, daß sie ihren Nationalen Olympischen Komitees nahelegen, ihre Mannschaften und einzelne Sportler zur Nichtteilnahme an den Olympischen Spielen in Moskau aufzufordern, fand zwar eine ausreichende Mehrheit, nicht aber die Zustimmung der meisten Sozialisten und Kommunisten.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 20; Referat 012, Bd. 115729.

Für den Wortlaut der Entschließung des Europäischen Parlaments zur sowjetischen Intervention in Afghanistan vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. C 34 vom 11. Februar 1980, S. 28 f.

¹⁴ In einem am 20. September 1978 konzipierten Drahterlaß wies Ministerialdirektor Blech Botschafter Sahm, Ankara, an, ein Schreiben des Bundesministers Genscher in dessen Eigenschaft als amtierender EG-Ratspräsident an den türkischen Außenminister Ökçün zu übergeben. Darin erklärte Genscher die Bereitschaft, die Zusammenarbeit zu vertiefen. Das hieße, „auch den wirtschaftlichen Aspekten der Beziehungen zwischen der EG und der Türkei die Beachtung zu schenken, die sie unbestreitbar verdienen. [...] Wir bitten die türkische Seite, das ihr hiermit für die EPZ gemachte Angebot mit einem ‚open mind‘ und mit dem Wohlwollen zu prüfen, wie es unter befreundeten Ländern selbstverständlich ist. Wenn die türkische Seite sich nicht zu einer sofortigen positiven Antwort in der Lage sieht, haben wir hierfür Verständnis. Wir sind bereit, eventuelle Fragen zu beantworten.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 310 vom 22. September 1978; VS-Bd. 11075 (200); B 150, Aktenkopien 1978. Vgl. dazu auch AAPD 1978, II, Dok. 275.

¹⁵ Botschafter Oncken, Ankara, informierte am 10. Januar 1980, der türkische Außenminister Erkmen habe dem italienischen Botschafter in Ankara, Da Rin, am 7. Januar 1980 die Antwort auf das Schreiben des Bundesministers Genscher vom 20. September 1979 überreicht. Da Rin habe die Botschafter der EG-Mitgliedstaaten informiert, daß Erkmen darin äußere, die Türkei stehe einer Beteiligung an Gesprächen im Rahmen der EPZ positiv gegenüber: „Freilich könne Gemeinschaftsangebot [...] nicht befriedigen. 1) Es handle sich lediglich um eine Bereitschaft zu unilateraler Information. Diese erfolge erst nach der Diskussion im EPZ-Rahmen, ohne der Türkei eine vorangehende Unterrichtung der EPZ über den türkischen Standpunkt zu ermöglichen [...] 2) Es müsse möglich sein, innerhalb des einmal gesetzten EPZ-Rahmens eine volle türkische Beteiligung durch Einrichtung eines Mechanismus zu bewirken, der eine politische Konsultation möglich mache, bevor die Neun eine Entscheidung über Themen trafen, die spezielles Interesse für die Türkei hätten. [...] Erkmen habe dann den Vorschlag gemacht, sofort in die Konsultation einzutreten, EPZ-Themen wie Afghanistan zu erörtern.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 24; Referat 410, Bd. 121939.

Text des jetzt AM Erkmen übermittelten Briefes erlaubt es Präsidenschaften, türkischem Wunsch, mit den Neun zu Fragen der EPZ regelmäßig zu konsultieren, zu entsprechen.

Stabreit¹⁶

VS-Bd. 11079 (200)

58

Ministerialdirektor Blech an Botschafter Hermes, Washington

204-321.00 USA-147/80 geheim
Fernschreiben Nr. 260

21. Februar 1980¹
Aufgabe: 22. Februar 1980, 12.43 Uhr

Für Botschafter o. V. i. A.

Betr.: Besuch von AM Vance in Bonn am 19./20.2.1980²;
hier: deutsches Konzept für eine Gesamtstrategie

AM Vance wurde während seines Besuches in Bonn ein Papier über unsere Vorstellungen zu einer westlichen Gesamtstrategie zur Lösung der gegenwärtigen internationalen Krise übergeben.

Die englische Fassung des Papiers wird als Anlage zu Ihrer persönlichen Unterrichtung übermittelt.

Blech

Folgt Anlage:

February 18, 1980

The West's overall strategy in the present international crisis situation

I. Objectives

- 1) De-escalation of the crisis at its source, i. e. withdrawal of Soviet troops from Afghanistan and restoration of the status quo ante which would not affect the global balance.
- 2) Prophylactic measures against further expansion of Soviet dominance in the region and in other parts of the Third World by the West taking primarily political and economic stabilizing measures as well as security measures which

¹⁶ Paraphe vom 22. Februar 1980.

¹ Durchdruck.

Das von Vortragendem Legationsrat Gerz konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 9.

² Der amerikanische Außenminister Vance hielt sich am 19./20. Februar 1980 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 55.

would restore the balance and which have become indispensable as a result of the Soviet Union's military expansion.

3) Coherence of the West within the Alliance and of Europe within the EC and the EPC, development of their institutions, and assistance to their members who are in political and/or economic difficulties.

II. Individual objectives and the measures needed to achieve them

1) The starting point for the West must be to see to it, in consensus with the overwhelming majority of members of the United Nations³, that

- the Soviet Union withdraws its troops from Afghanistan, and
- Afghanistan be given back its former „sovereignty, territorial integrity, political independence and non-aligned status“.

1.1) This demand must be presented as being genuinely desired and realizable. That involves the realization that the Soviet Union will only comply with it if the – in Soviet eyes – „disadvantage“ of withdrawal is adequately compensated.

Here a package of measures is conceivable which – severally and jointly – are acceptable to both sides, can take the form of concessions and counterconcessions, and permit all sides not to lose face.

1.2) The consensus on Afghanistan of the vast majority of the international community and especially the Islamic countries⁴ as well as the underlying assessment of Soviet intentions should be preserved and used to counter the Soviet Union in world forums.

At the same time, it should be made clear to the Soviet Union through intensive contacts that

- Afghanistan will in the long run be a burden on its political status in the world,
- its involvement in Afghanistan risks to escalate further by mobilizing national Islamic forces.

1.3) Bearing in mind the political and psychological situation that has developed in the meantime, the West should simultaneously point out the following positive points to the Soviet Union:

- Its withdrawal should not trigger off a political landslide in Afghanistan to its detriment, but should be carried out under reliable conditions and modalities producing the status quo ante of Afghanistan as a non-aligned country which heeds Soviet security interests but is fully respected by the Soviet Union as an independent state and thus does not affect the global political balance.
- The demand for Soviet withdrawal should not be seen as an instrument of overall condemnation but an offer to negotiate, i. e. the readiness of the West to discuss an overall plan containing concrete measures which will be matched by appropriate Western measures.

³ Vgl. dazu die Resolution ES-6/2 der Notstandssondertagung der VN-Generalversammlung vom 14. Januar 1980; Dok. 14, Anm. 11.

⁴ Vgl. dazu die Konferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz vom 27. bis 29. Januar 1980 in Islamabad; Dok. 29, Anm. 19.

Time-scale of the withdrawal:

First: taking back the offensive capability extending beyond Afghanistan, and then: a realistic time-frame determined by logistics.

1.4) The Soviet Union will probably make the following demands in the package of measures:

- its need for predictable security conditions as well as stable domestic conditions in neighbouring countries, meaning
- control over disruptive religious and ethnic elements whose influence extends national frontiers;
- its interest in neighbouring countries pursuing non-hostile policies towards itself as well as preservation of the fiction that „world revolutionary processes“ are irreversible.

1.5) The basic arguments of the West in reply should be:

- no intention of benefiting unilaterally from the Soviet Union's withdrawal from Afghanistan;
- the West's readiness for declarations by both sides on their respect for the independence, sovereignty and non-alignment of Afghanistan and other key states of the region;
- reaffirmation of the West's readiness to continue its policies towards the Soviet Union and Eastern European countries in accordance with existing treaties and documents;
- revival and reaffirmation of the principles agreed on in 1972 and later by the United States and the Soviet Union on their actions in the international arena⁵;
- mutual observance of SALT II⁶ and the readiness to continue the arms control negotiations;
- the readiness for normalization and improvement of East-West economic relations, parallel to the Soviet withdrawal from Afghanistan, at the same time recognizing the energy requirements of the Soviet Union as an industrialized country, continuation of cooperation projects including advanced petroleum and natural gas technologies (in the case of the Federal Republic of Germany: emphasis on the prospects of the long-term German-Soviet economic agreement⁷ which, for its „full implementation“, requires a continuing favourable climate in East-West relations; activation of the Joint Commission);
- its readiness to encourage the National Olympic Committees of Western countries to announce in time their country's participation in the 1980 Olympic Games, provided that the host country, in the spirit of its agreement with the

⁵ Vgl. dazu die Grundsatzserklärung vom 29. Mai 1972 über amerikanisch-sowjetische Beziehungen; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 66 (1972), S. 898 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 289–291.

⁶ Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 und zur Aussetzung des Ratifizierungsverfahrens im amerikanischen Senat vgl. Dok. 1, Anm. 13.

⁷ Für den Wortlaut des Abkommens vom 6. Mai 1978 über die Entwicklung und Vertiefung der langfristigen Zusammenarbeit der Bundesrepublik und der UdSSR auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie vgl. BUNDESGESETZBLATT 1979, II, S. 59 f.

IOC, takes concrete measures to ensure conditions under which sportsmen from all countries can participate.

2) The West must give priority to stabilizing measures in the area around Afghanistan in order to prevent further attempts by the Soviet Union to tilt the world political balance in its favour through the medium of Third World countries. Such efforts must include material as well as spiritual und cultural components:

- political stabilization, economic assistance, and – as far as necessary – military support for the key states of the region and of the Third World, as well as
- tangible proof that the West is a feasible alternative to the Soviet Union as „natural ally“ of the Third World and the non-aligned movement.

2.1) The support measures are to be concentrated on the „arc of crisis“, especially

- Iran: a diplomatic solution to the problem of the hostages being held in Tehran and cautious support for the elected authorities would permit post-revolutionary Iran to be included in the concept of regional balance;
- Pakistan: Parallel efforts directed towards promoting a settlement of the domestic and ethnic differences and towards economic assistance (development aid, re-scheduling of debts), the alleviation of humanitarian problems (refugees) and strengthening of its defence capability;
- India: intensification of its relations with the West by mobilizing the joint interest in a system of regional balance whilst at the same time preserving the country's role that has evolved over time;
- Gulf States and the Horn of Africa: intensification on political and economic ties, cooperation with the EC, promotion of regional groupings, good offices in defusing tensions between states of that region;
- Middle East: European initiative for a comprehensive peace settlement.

2.2) Above and beyond these individual measures, the shock caused by Afghanistan should be used – especially in Third World forums – to increase the Third World's awareness of the typical threats to independence and autonomy and to mobilize its vital interest in global equilibrium, to which it must make its contribution. In this context, the proven elements of the West's policy ⁸towards the Third World should continue to be applied and the global dialogue activated. The West should

- in principle count on the Third World's determination to preserve its independence and autonomy;
- advocate peaceful solutions to regional conflicts to be arrived at through negotiation and promote regional cooperation;
- not reject justified Third World demands made in the context of the global dialogue simply because they are linked with unfulfillable elements;
- not let its decisions on the granting of assistance to Third World countries be determined primarily by the domestic systems and foreign policies of those countries;

⁸ Beginn des mit Drahterlaß Nr. 261 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

- act in accordance with the realization that uninterrupted energy supplies are an essential factor of world stability, and therefore offer and follow up mutually acceptable solutions to the energy problems of non-oil-producing developing countries and to the recycling problems of oil-producing countries.

2.3) The existing policy of incorporating the People's Republic of China further into international cooperation is to be continued.

2.4) The main contribution of the Federal Republic of Germany to the West's policy vis-à-vis the Third World is its economic assistance commensurate with its position as an industrial country which has a strong economy and is capable of international solidarity. The part the Federal Armed Forces can play in the security sphere is, however, restricted by the Federal Constitution⁹; the principles of arms export policy¹⁰ must also be taken into consideration.

3) In order to achieve the two aforementioned objectives, it is indispensable that

- the cooperation within the EC and the EPC should be intensified and Europe's capacity for political action improved;
- the defence capability and political unity of the Western Alliance should be enhanced.

3.1) Opportunities of consolidating the West's position with the aid of the European Community and the EPC should be given priority:

- cooperation agreement with Yugoslavia¹¹,
- activation of the Mediterranean policy, especially vis-à-vis Turkey,
- in the context of its accession to the EC, Spain¹² should be encouraged to play an active part in the Mediterranean region, vis-à-vis the Arab States and in Latin America,
- cooperation agreements with Saudi-Arabia, the Gulf-States, Iraq¹³ and North Yemen¹⁴,

⁹ In Artikel 87 a Absatz 2 des Grundgesetzes hieß es: „Außer zur Verteidigung dürfen die Streitkräfte nur eingesetzt werden, soweit dieses Grundgesetz es ausdrücklich zuläßt.“ Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1956, I, S. 112.

Zur Frage der rechtlichen Zulässigkeit der Beteiligung der Bundeswehr an Friedenstruppen der VN, bei der bewaffneten Unterstützung befreundeter Regierungen bzw. bei der bewaffneten Rettung deutscher Staatsangehöriger im Ausland vgl. AAPD 1978, I, Dok. 162 und Dok. 163.

¹⁰ Zu den rechtlichen Grundlagen der Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung vgl. Dok. 23, Anm. 9.

¹¹ Zu den Verhandlungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Jugoslawien über ein Kooperationsabkommen vgl. Dok. 19, Anm. 7.

Referat 411 notierte am 19. März 1980: „Nach einer grundsätzlichen Entscheidung des EG-Rats vom 15.1.80, die auf Initiative von BM Genscher zurückging, konnte die Kommission der jugoslawischen Seite ein erheblich verbessertes Angebot (u. a. weniger Ausnahmen vom Grundsatz zollfreier Einfuhren für gewerbliche Waren, mehr Konzessionen im Agrarbereich) vorlegen. Auf dieser Grundlage kam es in einer abschließenden Verhandlungsrunde in Brüssel (21. bis 23.2., Paraphierung am 25.2.1980) zur Einigung.“ Vgl. B 201 (Referat 411), Bd. 452.

Für das am 25. Februar 1980 in Brüssel paraphierte Abkommen vgl. BULLETIN DER EG 2/1980, S. 18–21.

¹² Zum Stand der Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 5, Anm. 16.

¹³ Zur Initiative der Bundesregierung im EG-Ministerrat am 15. Januar 1980 für ein Kooperationsabkommen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den Golfstaaten vgl. Dok. 13, Anm. 10, und Dok. 46, Anm. 17.

Ministerialdirigent Montfort vermerkte am 10. März 1980, die Botschafter der Golfstaaten hätten „Sinn und Zweck unserer EG-Golfinitiative noch nicht richtig verstanden [...]. Insbesondere herrschen

– increased cooperation with the Third World (ACP¹⁵, ASEAN¹⁶, preferences). Outstanding problems of the EC should be resolved in a spirit of increased coherence.

3.2) The political unity and defence capability of the Western Alliance call for the following concrete measures to be taken next:

- implementation of the pending projects of NATO's long-term programme¹⁷, including the financial objectives,
- implementation of the decisions on TNF modernization and continued readiness to negotiate on the accompanying arms control offer¹⁸,
- strengthening of the Alliance's southern flank.

3.3) The Federal Republic of Germany can play a part in each of the three fields above. It can help to strengthen the southern flank especially by means of

- increased defence aid and supply of military equipment to Turkey¹⁹,
- substantial participation in the new OECD stabilization measures for Turkey in 1980²⁰,
- support for granting Turkey a privileged EPC consultations mechanism²¹,
- increased defence aid for Greece²² and continued defence aid for Portugal²³,

Fortsetzung Fußnote von Seite 334

noch abenteuerliche Vorstellungen über die angestrebte Art der vertraglichen Bindung. Die Botschafter scheinen immer noch davon auszugehen, daß die Golfstaaten als eine Gruppe durch einen einzigen Vertrag mit der EG in Verbindung treten sollen.“ Deshalb solle ein Papier übergeben werden, das darauf verweise, daß es sich um Einzelverträge handeln solle, nachdem es bislang keinerlei vertragliche Bindungen gebe. Es sei im Zusammenhang mit der sowjetischen Intervention in Afghanistan „unser Wunsch, diese Lücke politisch zu füllen“. Eine Konkurrenz zum Arabisch-Europäischen Dialog sei nicht beabsichtigt. Vgl. B 201 (Referat 411), Bd. 437.

14 Ministerialdirigent Ungerer wies die Ständige Vertretung bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel am 12. März 1980 an, bei der Sitzung des Ausschusses der Ständigen Vertreter am 13. März eine Einbeziehung der Arabischen Republik Jemen (Nordjemen) in die angestrebte Kooperation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den Golfstaaten anzuregen. Es gebe „Äußerungen von irakischer und saudischer Seite, viele Araber seien der Ansicht, der Gemeinschaft gehe es womöglich nur um Öl, was sich aus der Nichteinbeziehung Nordjemens ergebe“. Der nordjemenitische Botschafter, al-Wazir, habe die Einbeziehungen seines Landes befürwortet. Die Arabische Republik Jemen (Nordjemen) sei eines der ärmsten Entwicklungsländer, weshalb bei einem möglichen Abkommen die Entwicklungszusammenarbeit im Vordergrund stehen müsse. Vgl. den Drahterlaß Nr. 59; B 201 (Referat 411), Bd. 437.

15 Vgl. dazu das AKP-EWG-Abkommen von Lomé vom 28. Februar 1975 sowie die Zusatzprotokolle und die am 11. Juli 1975 in Brüssel unterzeichneten internen Abkommen über Maßnahmen zur Durchführung des Abkommens und über die Finanzierung und Verwaltung der Hilfe der Gemeinschaft; BUNDESGESETZBLATT 1975, Teil II, S. 2318–2417.

Vgl. dazu das Zweite AKP-EWG-Abkommen von Lomé vom 31. Oktober 1979 und die dazugehörigen Dokumente; BUNDESGESETZBLATT 1980, Teil II, S. 966–1080.

16 Vgl. dazu die Konferenz der Außenminister der ASEAN- und der EG-Mitgliedstaaten vom 6. bis 8. März 1980 in Kuala Lumpur; Dok. 84.

17 Zum Langfristigen Verteidigungsprogramm der NATO vom 30./31. Mai 1978 vgl. Dok. 1, Anm. 9.

18 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 10.

19 Zur Wirtschafts-, Finanz- und Verteidigungshilfe für die Türkei vgl. Dok. 22.

20 Zur Konferenz des Türkei-Konsortiums vgl. Dok. 55, Anm. 17.

21 Zu Bemühungen um eine Einbindung der Türkei in die EPZ vgl. Dok. 57, Anm. 14 und 15.

22 Vgl. dazu den Besuch des Bundesministers Matthöfer am 17. Februar 1980 in Griechenland; Dok. 53.

23 Zur Verteidigungshilfe der Bundesrepublik für Portugal notierte Referat 201 am 7. Mai 1980: „Mit Portugal wurden im Mai 1978 und Dezember 1979 Verteidigungshilfeabkommen über DM 34 Mio. und DM 45 Mio. abgeschlossen. Die Verteidigungshilfe besteht aus Materiallieferungen, wobei 80 % Neu-

- active support for the reintegration of Greece into the Alliance's defense organization.²⁴

Those Allies having traditional ties with areas outside the Alliance should perform security and protective tasks there.

The Federal Republic of Germany should concentrate its efforts, together with those of other Allies, on Central Europe and the maritime defence of the Northern flank; if necessary, it could assume additional tasks.

3.4) Cohesion of the West is indispensable for the attainment of its objectives. Constant, early and comprehensive consultations among all partners are the prime prerequisite for this. In particular, they will help to ensure that

- the measures of one partner are not undercut by those of another,
- the formation of opinions within the Alliance and the Community corresponds to the concept of the member States as free democracies, and
- the necessary decision-making processes are not falsely construed by outsiders as disunity of planning and differences of will.

Blech²⁵

VS-Bd. 11108 (204)

Fortsetzung Fußnote von Seite 335

material und 20 % Überschußmaterial aus Beständen der Bundeswehr sind. Daneben werden unentgeltliche Materialhilfen gewährt.“ Bislang habe Portugal die von der Bundesrepublik bereitgestellten Mittel ausschließlich für das Heer und die Luftwaffe verwendet. Weiterhin habe Portugal 1977 in der NATO ein Programm für den Bau von drei Fregatten vorgelegt. Eine dieser Fregatten wolle Portugal in den Niederlanden, die beiden anderen im eigenen Land bauen. Die entstehenden Kosten von 400 Millionen US-Dollar wolle die portugiesische Regierung zu Hälfte selbst aufbringen; die andere Hälfte hoffe sie „durch kostenlose Lieferungen von Komponenten und durch Finanzhilfen seitens der Verbündeten zu decken“. Vgl. Referat 201, Bd. 120255.

²⁴ Zu den Bemühungen um eine Wiedereingliederung Griechenlands in die militärische Integration der NATO vgl. Dok. 53, besonders Anm. 5 und 10.

²⁵ Paraphe.

59

Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt

114-1932/80 geheim
Fernschreiben Nr. 862

Aufgabe: 22. Februar 1980, 19.56 Uhr
Ankunft: 22. Februar 1980, 01.34 Uhr

Betr.: SALT-II-Ratifikation

Bezug: DB 503 vom 1.2.1980¹ – Pol 371.80 VS-v²

Zur Unterrichtung

Im Hinblick auf den bevorstehenden Besuch des Bundeskanzlers in den USA³ wird über die Aussichten einer SALT-II-Ratifizierung noch im Jahre 1980 folgendes berichtet:

I. In jüngster Zeit registrieren wir – erstmals nach der sowjetischen Invasion in Afghanistan – wieder gezielte Bemühungen der Administration, die SALT-II-Ratifizierung voranzutreiben. Die Administration geht sehr behutsam vor und bedient sich vertraulicher Hintergrundgespräche mit Senatoren und gezielter Informationen für die Presse. Ihre Argumentation konzentriert sich darauf, die Nachteile einer „Welt ohne SALT“ für die amerikanische Sicherheit darzustellen. Dies alles geschieht vor dem Hintergrund der am 19.2. noch einmal von Präsident Carter offiziell bestätigten Politik, wonach SALT unverändert im Interesse der USA liegt und seine Ratifizierung nur eine Frage des Zeitpunktes ist.⁴ Die Administration ist sich dabei durchaus bewußt, gegen den Strom zu schwimmen. Die Mehrheit der politischen Beobachter in Washington sieht unverändert kaum Chancen, daß SALT II vor den Wahlen⁵ ratifiziert werden könnte.

Für den Präsidenten steht im Vordergrund die Frage nach seiner politischen Glaubwürdigkeit. Nachdem er wegen der sowjetischen Invasion durch Schrei-

¹ Korrigiert aus: „31.1.1980“.

² Gesandter Dannenbring, Washington, resümierte, es sei nicht abzusehen, wann die mögliche Ratifikation des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 im Senat verhandelt werde. Sollte sich diese um ein Jahr verschieben, müßten die im Vertrag vorgesehene Reduzierung der sowjetischen Abschußvorrichtungen sowie die Regelungen für die Cruise Missiles eventuell neu verhandelt werden: „Auf Erklärungen Carters, USA würden SALT I und II einseitig respektieren, hat SU bisher nicht reagiert.“ Ein stillschweigendes Einverständnis könne die UdSSR signalisieren, wenn sie bei Indienststellung von U-Booten der Delta-Klasse, wie im Vertrag vorgesehen, ältere der Yankee-Klasse austustere. Die Diskussionen in den USA „dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch innerhalb der Administration die Konsequenzen einer ‚Welt ohne SALT‘ durchdacht werden. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, ob mobil disloziertes MX-System ohne SALT II Sinn ergibt. Ein [...] ungehinderter Ausbau sowjetischen Arsenalen läßt manchen Analytiker befürchten, daß Sowjets auch gegen MX-System vernichtenden Erstschatz ausführen könnten. [...] Alle diesbezüglichen Überlegungen, von denen wir Kenntnis haben, sind sehr präliminärer Natur. Uns wurde aber bestätigt, daß sie nicht auf eigene Initiative untergeordneter Stellen zurückgehen.“ Vgl. VS-Bd. 10369 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

³ Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 4. bis 8. März 1980 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 71–73.

⁴ Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Carter am 19. Februar 1980 vor der Jahreskonferenz der American Legion in Washington vgl. PUBLIC PAPERS, CARTER 1980, S. 344–349.

⁵ Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

ben an Senator Byrd um Verschiebung der SALT-Debatte bat⁶, ist ein Tätigwerden des Senats nicht vorstellbar, ohne daß der Präsident hierzu initiativ wird. Dies kann er nur, wenn die amerikanische Reaktion auf Afghanistan als ausreichend bewertet wird. Ferner muß er über ausreichend Gewißheit verfügen, daß der Senat SALT II zustimmen wird, eine Ablehnung vor den Wahlen kann er nicht riskieren.

Carters Wahlkampfberater, u. a. Hamilton Jordan, scheinen angesichts dieser Lage den gegenwärtigen Schwebezustand als vorteilhaft anzusehen: Carter kann mit Recht auf sein Engagement für SALT hinweisen, andererseits die Schuld an der Nichtratifizierung den Sowjets zuweisen. Die Tatsache, daß Carter für sein jüngstes Bekenntnis zu SALT ein so konservatives Forum wie die Veteranenvereinigung „American Legion“ gewählt hat, scheint aber darauf hinzudeuten, daß er dieser Empfehlung nicht folgen will, ohne wenigstens die Möglichkeiten geprüft zu haben, SALT noch vor den Wahlen, d. h. aus verfahrensmäßigen Gründen praktisch bis Juni/Juli, durch den Senat zu bringen.

Die Gründe hierfür sind vielschichtig:

1) Es besteht eine große Möglichkeit, daß Carter wiedergewählt wird, er also innen- und außenpolitisch die Konsequenzen einer weiteren Verschiebung von SALT zu tragen hat.

2) Angesichts der im SALT-II-Vertrag selbst und im Protokoll⁷ vorgesehenen Fristen hält man es in der Administration für unwahrscheinlich, daß die Sowjets einer verspäteten Ratifizierung, etwa im Laufe des Jahres 1981, ohne weiteres zustimmen würden. Als Minimum wird mit einer Forderung auf Fristenverlängerung gerechnet. Es wird aber auch für denkbar gehalten, daß die Sowjets das Protokoll mit Hinweis auf Zeitablauf, TNF-Entscheidung der Allianz⁸ und MX-Planung⁹ als obsolet bezeichnen und – noch vor der Ratifizierung von SALT II – Verhandlungen über den Protokollinhalt selbst verlangen.

3) Wichtige verteidigungspolitische Entscheidungen, insbesondere MX, müssen ohne die SALT-Obergrenzen überprüft werden. Finanzielle Mehraufwendungen im strategischen Bereich bewirken – wenn der Verteidigungshaushalt nicht erhöht wird – Kürzungen der ohnehin unzureichenden Mittel für konventionelle Kräfte.

Neben Mehrheitsführer Byrd ist Senator Nunn die Schlüsselfigur für die Administration im Senat. Wie uns mit Bitte um strikte Vertraulichkeit gesagt wurde, hatte er sich vor Afghanistan auf ein positives SALT-Votum festgelegt. (Auch Kissinger war angeblich zur Unterstützung von SALT II bereit, allerdings wollte er – nicht näher erläuterte – Richtlinien und Begrenzungen für SALT-III-Verhandlungsführung verabschiedet wissen.¹⁰)

⁶ Zur Aussetzung des Ratifizierungsverfahrens des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 im amerikanischen Senat vgl. Dok. 1, Anm. 13.

⁷ Für den Wortlaut des Protokolls zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 44 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 389–391.

⁸ Zum NATO-Doppelbeschuß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 10.

⁹ Zum Stand der Entwicklung der MX-Rakete vgl. Dok. 40, Anm. 20.

¹⁰ Botschafter Ruth teilte der Botschaft in Washington am 2. August 1979 mit: „Henry Kissinger hat in seiner vielbeachteten Anhörung vor dem Auswärtigen Ausschuß des Senats am 1.8.1979 die Rati-

II. Im Laufe der nächsten Wochen wird klarer werden, ob eine Ratifizierung noch 1980 möglich ist. Die Bereitschaft im Senat, über SALT noch vor den Wahlen abzustimmen, ist vor allem bei solchen Senatoren gering, die im Herbst zur Wiederwahl anstehen. Unter ihnen befinden sich 23 Demokraten, u. a. Senator Church. Der Präsident muß hier sein volles politisches und persönliches Prestige in die Waagschale werfen.

Wird SALT II 1980 nicht mehr im Senat behandelt, muß 1981 das gesamte Verfahren von vorn beginnen. Es handelt sich dann formell um einen neuen Senat, und die Neulinge werden auch auf eingehende Hearings Wert legen.

III. Wir schließen nicht aus, daß einige Senatoren die bevorstehende Begegnung mit dem Bundeskanzler dazu benutzen werden, ihn im Lichte der veränderten weltpolitischen Lage um Stellungnahme zu SALT zu fragen.¹¹ Neben den bereits genannten Senatoren Byrd und Nunn sind der Vorsitzende des Streitkräfteausschusses, Stennis, sowie Senator Warner (R-VA.¹²) von besonderer Bedeutung.

[gez.] Hermes

VS-Bd. 11389 (220)

Fortsetzung Fußnote von Seite 338

fizierung des SALT-II-Abkommens durch den amerikanischen Kongreß bedingt befürwortet. Er hat damit in einer eindrucksvollen Würdigung des Abkommens – vor dem Hintergrund einer für die Vereinigten Staaten äußerst kritischen Beurteilung des globalen Kräfteverhältnisses zwischen Ost und West – mit seinem Votum „ja, aber“ eine Haltung zwischen den uneingeschränkten SALT-Befürwortern und den SALT-Kritikern eingenommen, die darauf abzielt, dem Abkommen letztlich zur Ratifizierung zu verhelfen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 3850; Referat 220, Bd. 116909.

¹¹ Botschafter Hermes, Washington, informierte am 10. März 1980, Bundeskanzler Schmidt sei am 6. März mit amerikanischen Senatoren und Abgeordneten zusammengetroffen. Im Mittelpunkt hätte die Lage nach der sowjetischen Intervention in Afghanistan gestanden. Schmidt habe betont: „USA seien Führungsmacht, aber die Konsultationen sollten intensiviert werden.“ Bezüglich des Engagements der Bundesrepublik habe er auf die Stützung Pakistans und der Türkei hingewiesen. Seitens der Senatoren seien Importregelungen der Europäischen Gemeinschaften, die Frage des Verbleibs amerikanischer Truppen in Europa sowie von Wirtschaftssanktionen gegenüber der UdSSR angesprochen worden. Vgl. die Drahtberichte Nr. 1110 und Nr. 1111; VS-Bd. 14091 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

¹² Republikanische Partei – Virginia.

60

Aufzeichnung des Botschafters Ruhfus, London**Geheim****24. Februar 1980¹**

Betr.: Gespräche des Bundeskanzlers beim Abendessen im Hause von EG-Kommissionspräsident Jenkins am 23.2.1980²

Über die Gespräche, die er mit Außenminister Lord Carrington und Präsident Jenkins bei dem o. a. Abendessen geführt hat, gab der Bundeskanzler die folgenden Stichworte:

1) Westliche Konsultationen

AM Lord Carrington führte aus, er habe Secretary of State Vance bei dessen Besuch in London am 21.2.³ in freundschaftlicher, aber eindeutiger Form gesagt, daß die Konsultation der europäischen Verbündeten durch die USA unzureichend gewesen sei und daß sie verbessert werden müsse.

Vance hat sich von sich aus positiv zu der Anregung geäußert, daß er regelmäßigen Kontakt mit den drei Botschaftern (F⁴, GB⁵ und D⁶) in Washington unterhalten soll.

Carrington hat erhebliche Vorbehalte gegen die Einbeziehung der Italiener in die Vierer-Konsultationen geäußert. François-Poncet habe ihm gegenüber erklärt, Frankreich könne alles mitmachen, was zu viert geschehe. Frankreich habe dagegen große Reserven gegenüber einem größeren Kreis. Die französische Regierung könne sich dort nicht offen und vorbehaltlos äußern, sondern müsse in einem größeren Kreis ihre eigenständige Rolle hervorkehren.

2) Afghanistan-Krise

Carrington bezeichnete die deadline 20. Februar, um die Olympischen Spiele in Moskau zu boykottieren⁷, als groben Fehler.⁸

¹ Durchdruck.

Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 25. Februar 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher am 25. Februar 1980 vorgelegen.

² Bundeskanzler Schmidt besuchte Großbritannien vom 23. bis 25. Februar 1980. Vgl. dazu auch Dok. 61.

Zu dem Gespräch mit EG-Kommissionspräsident Jenkins vgl. ferner JENKINS, Diary, S. 571 f.

³ Der amerikanische Außenminister Vance hielt sich am 21./22. Februar 1980 in Großbritannien auf.

⁴ François Lefebvre de Laboulaye.

⁵ Nicholas Henderson.

⁶ Peter Hermes.

⁷ Zur Forderung des Präsidenten Carter vom 20. Januar 1980 nach einem Boykott der Olympischen Sommerspiele in Moskau vgl. Dok. 19, Anm. 20.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Siefker notierte am 13. Februar 1980: „Hinsichtlich der ‚deadline‘ des 20. Februar 1980 sind Zweifel aufgetaucht. In der Ankündigung von Präsident Carter vom 20. Januar 1980 hat er den Rückzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan innerhalb des nächsten Monats verlangt. Dies wäre ein Termin bis zum 29. Februar 1980. Die US-Regierung hat jedoch verschiedentlich von einem Termin innerhalb eines Monats gesprochen und damit den 20. Februar 1980 bezeichnet. Am 12. Februar 1980 hat der Berater des Präsidenten, Cutler, in der ‚Washington Post‘ im Leitartikel unter der Überschrift ‚White House eases stand on Olympics‘ ausgeführt, der Termin des 20. Februar gelte nicht mehr, um dem IOC mehr Zeit für seine Überlegungen zu geben. Damit sei als neue ‚dead line‘ der 24. Mai 1980, der Tag des Meldeschlusses zu den Sommerspielen, in den

Der Bundeskanzler führte aus, der Westen müsse die Äußerung Breschnews vom 22.2. zu Afghanistan⁹ so interpretieren und vor der Öffentlichkeit so behandeln, als ob es sich um eine Antwort auf den Vorschlag der Neun vom 19.2.¹⁰ handelt.

Carrington betonte, der Westen müsse sich darum bemühen, daß die Dritte Welt ihrerseits die Idee der Neutralität Afghanistans aufgreift.

3) Rhodesien¹¹

Carrington äußerte sich sehr skeptisch über die weitere Entwicklung in Rhodesien. Er werde so oder so kritisiert werden. Wenn Mugabe die Wahlen¹² gewinnt, müsse er mit schweren Vorwürfen aus der konservativen Partei rechnen. Wenn Muzorewa gewinnt, werde er von afrikanischen Regierungen angegriffen.

Carrington äußerte sich sehr kritisch über die Haltung des tansanischen Präsidenten Nyerere¹³ und über die Haltung Nigerias¹⁴.

Fortsetzung Fußnote von Seite 340

Vordergrund gerückt. Das State Department hat die Aussage auf Anfrage unserer Botschaft als unrichtig bezeichnet.“ Vgl. Referat 012, Bd. 115345.

Am 20. Februar 1980 veröffentlichte das amerikanische Präsidialamt eine Erklärung über die Nichtteilnahme der USA an den Olympischen Sommerspielen. Darin hieß es: „On Februar 14, President Kane of the United States Olympic Committee issued a statement saying the United States Olympic Committee would, of course, accept any decision the President makes as to whether a team should be sent to Moscow. A month has now expired, and the Soviet forces have not even begun to withdraw from Afghanistan. The President has therefore advised the United States Olympic Committee that his decision remains unchanged and that we should not send a team to Moscow. The President thanked the committee for its earnest and patriotic efforts to present the case for transferring, postponing, or cancelling the games and asked it to take prompt action to formalize its acceptance of his decision.“ Vgl. PUBLIC PAPERS, CARTER 1980, S. 356f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 271 f.

⁸ Dieser Satz ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen zurück. Davor lautete er: „Carrington bezeichnete die Tendenz, die Olympischen Spiele in Moskau zu boykottieren, als Idiotie (idiocy).“

⁹ Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 22. Februar 1980 in Moskau vgl. Dok. 56, Anm. 12.

¹⁰ Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vom 19. Februar 1980 zur sowjetischen Intervention in Afghanistan vgl. BULLETIN DER EG 2/1980, S. 88 f. Vgl. dazu auch Dok. 57.

¹¹ Zur Lage in in Rhodesien/Simbabwe vgl. Dok. 45, Anm. 9.

¹² In Rhodesien/Simbabwe fanden am 14. Februar 1980 sowie vom 27. bis 29. Februar 1980 Parlamentswahlen statt.

¹³ Legationsrat I. Klasse Geier, Maputo, informierte am 18. Dezember 1979, die Präsidenten Kaunda, Machel und Nyerere hätten sich in Nampula getroffen, um über die Verfassungskonferenz für Rhodesien/Simbabwe zu beraten, die vom 10. September bis 15. Dezember 1979 in London stattfand: „Nyerere erklärte als Sprecher der drei zum Abschluß: Die Londoner Konferenz sei vor allem Frucht des bewaffneten Widerstands der P[atriotischen]F[ront]. Die Entsendung eines Gouverneurs und die Aufhebung der Sanktionen zeige, daß die Engländer den Krieg, den Ian Smith der Patriotischen Front erklärt habe, wieder aufnehmen und zu ihrem eigenen machen wollten. Vierzehn Jahre hätten sie nichts gegen die Rebellion unternommen, jetzt aber seien sie bereit, der PF entgegenzutreten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 245; Referat 320, Bd. 125204.

¹⁴ Botschaftsrat Kuhna, Lagos, notierte am 28. Dezember 1979, Nigeria habe alle Sanktionen gegen Rhodesien mit sofortiger Wirkung aufgehoben, die Ergebnisse der Verfassungskonferenz für Rhodesien/Simbabwe, die vom 10. September bis 15. Dezember 1979 in London stattfand, begrüßt sowie Premierministerin Thatcher für ihre Vermittlung gedankt. Dem stehe jedoch ein unterschwelliges Mißtrauen gegenüber der früheren Kolonialmacht Großbritannien gegenüber: „Man ist sich in Nigeria dessen bewußt, daß die hier so oft beanspruchte Führungsrolle innerhalb Schwarzafrikas nicht leichtfertig durch eine einseitig prowestliche Politik des ‚Appeasement‘ in Frage gestellt werden darf.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 759; Referat 320, Bd. 125204. Kuhna ergänzte am 17. Januar 1980, Präsident Shagari habe in einem Schreiben an die britische

Bundeskanzler fragte, warum Präsident Kaunda sich in jüngster Zeit der Sowjetunion zugewandt und dort Waffen gekauft habe.¹⁵

Carrington führte aus, dies sei eine sehr komplizierte Geschichte. Weiße aus Rhodesien hätten Brücken gesprengt, um Zulieferung von Material und Truppen für Nkomos Leute zu verhindern. Kaunda habe dies aus innenpolitischen Rücksichten nicht den weißen Rhodesiern zugeschoben, sondern Großbritannien angelastet. Er habe sich schließlich so weit festgezogen, daß er Waffen von der Sowjetunion beziehen mußte, um sein Gesicht zu wahren.

4) Britischer Beitrag zum Haushalt der EG¹⁶

Carrington führte aus, es werde verhängnisvoll sein, wenn Europa in der gegenwärtigen weltpolitischen Situation auseinanderfällt. Er werde nicht Außenminister bleiben, wenn Großbritannien Europa den Rücken kehre. Aber die Regierungen der anderen EG-Mitgliedstaaten müßten erkennen, daß diese Frage für die britische Regierung überaus explosiv sei. Es bestehe Gefahr, daß die Entwicklung in Großbritannien so weit eskaliert, daß „der Fahrstuhl durch die Decke geht“.

Bundeskanzler fragte, ob dann die britische Regierung es darauf anlegen wolle, daß sie nicht selbst den Austritt erklärt, daß aber die anderen europäischen Regierungen ihr den Austritt aus der Gemeinschaft nahelegen.

Carrington verneinte.

Bundeskanzler: Dann müsse Großbritannien Vorschläge für eine Regelung machen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 341

Regierung gefordert, die südafrikanischen Streitkräfte an der Beit-Brücke durch britische zu ersetzen. Der Ton sei moderat: „Die von schwarzafrikanischen Staaten erhobenen Vorwürfe wegen des Verbleibs südafrikanischer Truppen und wegen des angeblich nicht objektiven Verhaltens von Gouverneur Soames gegenüber Patriotischer Front deuten allerdings darauf hin, daß afrikanische Regierungen für den Fall eines sie nicht befriedigenden Wahlausgangs in Rhodesien die Hintertür für eine Wiederaufnahme des Befreiungskampfes offenlassen wollen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 36; Referat 320, Bd. 125204.

¹⁵ Botschafter Dufner, Lusaka, berichtete am 28. Januar 1980, „trotz vermehrter westlicher Wirtschaft- und Entwicklungshilfe“ lehne sich Sambia zunehmend an die UdSSR an: „Die Bestätigung Kaundas in seinem Amt für weitere fünf Jahre im Dezember 1979, ferner die bereitwilligen Sowjet-Waffenlieferungen an die Frontlinienstaaten Angola und Mosambik im Zuge der Eskalierung der rhodesischen und südafrikanischen Kampffaktionen auf sambisches, angolantisches und mosambikanisches Gebiet, die Entwicklung zur internen Lösung in Rhodesien und die Ineffizienz der britisch-amerikanischen Diplomatie im Verfolg ihres Friedensplanes, schließlich die zunehmende Forderung des linken Flügels des Zentralkomitees der UNIP und der Führung der sambischen Nationalstreitkräfte nach modernen Waffen, sind als ein Bündel von Faktoren anzusehen, die seitens Kaundas eine Abwendung von der bisher verfolgten betonten Westorientierung bewirkt haben. [...] Weitere Hinweise ideologischer und faktischer Art, die eine vermehrte Ausrichtung an Marxismus, Sowjetunion und ihrem Machtssystem anzeigen: Die anhaltende scharfe Auseinandersetzung mit den sambischen Kirchen, die der Partei und Regierung einen Weg zum marxistischen Sozialismus vorwerfen, die Errichtung einer bulgarischen Botschaft in Lusaka, der geplante Staatsbesuch Kaundas in Nord-Korea, die amtliche Betonung eines ‚anti-kapitalistischen‘ Kurses in der Wirtschaftspolitik, die Verstaatlichung der ausländischen Ölgesellschaften Shell, BP, Mobil, Total, Agip und Caltex im Januar 1980, das Ausbleiben einer amtlichen Stellungnahme zur sowjetischen Invasion in Afghanistan und die Stimmeneithaltung des ehemals auf seine Blockfreiheit pochenden Sambia bei der Afghanistan-Resolution in der VN-Vollversammlung, die Einladung von KPF-Chef Marchais nach Sambia und die gesteuerte Pressekampagne zur Teilnahme Afrikas an der Olympiade in Moskau.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 35; Referat 320, Bd. 125197.

¹⁶ Zum britischen Beitrag zum EG-Haushalt vgl. Dok. 9, Anm. 20.

In diesem Augenblick trat Präsident Jenkins zu dem Gespräch hinzu. Er führte aus, der EG-Vertrag¹⁷ biete zwei Möglichkeiten: Entweder präsidierte Regierung¹⁸ oder aber die Kommission könnten Vorschläge vorlegen. Die italienische Regierung sei hierzu nicht stark genug. Vorschläge der Kommission als ganzer würden zu gewunden und verschlungen sein. Er sehe nur die eine Möglichkeit, daß der Präsident der Kommission an die neun Regierungschefs schreibt und ihnen einen persönlichen Vorschlag vorlegt.

Der Bundeskanzler entwickelte folgende gedankliche Ansätze, um einer Lösung näherzukommen:

- 1) Großbritannien solle dem EWS beitreten und hierdurch sein europäisches Engagement bekunden. Der Beitritt werfe für Großbritannien keine Schwierigkeiten auf, da Sterling durch die Öleinkünfte¹⁹ eine sehr starke Währung sei.
- 2) Ferner müsse mit der Budget-Problematik die Lösung der offenen Fischerei-fragen²⁰ verbunden werden.
- 3) Im Rahmen dieses Pakets müsse Frankreich eine Lösung für die Lammfleisch-frage akzeptieren. Frankreich müsse sich der Entscheidung des EuGH beugen, sodann müßten die Lasten etwa halbe-halbe zwischen Großbritannien und Frankreich aufgeteilt werden.²¹

¹⁷ Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 753–1223.

¹⁸ Italien hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis zum 30. Juni 1980 inne.

¹⁹ Dieses Wort wurde handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Öleinkommen“.

²⁰ Referat 411 vermerkte am 21. Februar 1980: „In die seit Jahren verhärteten Fronten zwischen GB (das 12 sm-Exklusivzone, 50 sm-Präferenzzone und Quotenzuteilung nach dem Prinzip des juste retour fordert) und übrigen MS (die britische Forderungen für überzogen und gemeinschaftswidrig halten) ist in den letzten Monaten infolge größerer britischer Flexibilität erstmals etwas Bewegung gekommen. Ins[esondere] konnten im Januar des Jahres erstmals einvernehmlich Gesamtfangmen-gen (aber noch keine Aufteilung unter die MS festgesetzt) und Voraussetzungen für wirksame Fischereiüberwachung geschaffen werden. Ferner hat GB sein starres Junktin zwischen internem und externem Regime gelockert und der Unterzeichnung von Fischereiabkommen mit Kanada, Norwegen, Spanien und Guinea-Bissau zugestimmt. Zwar liegen die Hauptprobleme noch vor uns (Fischereizonen, Quotenaufteilung), doch haben sich Klima und sonstige Voraussetzungen für ihre Lösung verbessert.“ Vgl. Referat 411, Bd. 131134.

Die Fischereirahmenabkommen mit Guinea-Bissau und Norwegen wurden am 27. Februar, das mit Spanien am 15. April 1980 unterzeichnet. Vgl. BULLETIN DER EG, 2/1980, S. 60 bzw. 11/1980, S. 49.

²¹ Das Bundesministerium für Landwirtschaft vermerkte am 12. September 1979, die Europäischen Gemeinschaften bereiteten eine Marktordnung für Schafffleisch vor: „Von der Gemeinschaftsproduktion entfallen auf Großbritannien rd. 45 %, auf Frankreich rd. 30 %, auf die Bundesrepublik rd. 5 %. Der Schafffleischmarkt in Großbritannien ist durch hohen Verbrauch von eingeführtem Gefrierfleisch aus Drittländern – vor allem aus Neuseeland – und ein vergleichsweise niedriges Preisniveau gekennzeichnet. Frankreich verhindert derzeit Einfuhren von Gefrierfleisch und belegt die Einfuhren von Frischfleisch aus Drittländern und Großbritannien mit hohen Abgaben. Das auf diese Weise abgesicherte Marktpreisniveau liegt wesentlich über dem britischen.“ Vgl. B 201 (Referat 411), Bd. 555. Referat 411 vermerkte dazu am 13. März 1980, der EWG-Vertrag vom 25. März 1957 lasse seit dem 31. Dezember 1977 keine innergemeinschaftlichen Einfuhrbeschränkungen mehr zu. Deshalb habe die EG-Kommission eine Marktorganisation „vorgeschlagen, die Einführung gemeinsamen Preisniveaus auf mittlerem Niveau und befristete einkommensmäßige Abfederung für Hochpreisländer (insb. F) durch degressiv gestaltete Erzeugerprämien vorsieht. [...] F besteht jedoch auf gemeinschaftlich finanzierte staatliche Intervention“, die die übrigen Mitgliedstaaten wegen der Gefahr einer strukturellen Überschußproduktion und der Einschränkung von Drittlandimporten ablehnten: „Das Problem hat inzwischen eine weit über seine sachliche Bedeutung hinausgehende politische Dimension erhalten, vor allem durch Aufrechterhaltung eines eklatant rechtswidrigen Zustandes seitens Fs. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat auf Antrag der EGK[ommission] am 25.9.1979 die französischen Einfuhrbeschränkungen gegenüber den anderen MS für EWG-vertragswidrig erklärt [...]. Nachdem

4) Schließlich müsse eine langfristige Lösung für die Eindämmung der Agrarausgaben entwickelt werden. Einige Experten sollten hierfür ein Konzept ausarbeiten.

Jenkins und Carrington verhielten sich zurückhaltend. Offenbar schien ihnen diese Aufgabe zu schwierig und kompliziert zu sein.

5) Abschließende Wertung

In dem Gespräch wurde nicht abschließend geklärt, ob Jenkins einen persönlichen Brief an die neun Staats- und Regierungschefs schreiben wird oder nicht. Das Gespräch vermittelte den Eindruck, daß die Aussichten für eine Lösung der Budgetfrage bei dem ER²² in Rom bisher sehr ungünstig sind.

Carrington erwies sich in dem Gespräch als ein überzeugter Anhänger des britischen Premierministers. Man müsse allerdings dazu beitragen, daß Frau Thatcher ihre internationale Erfahrung noch erweiterte.

gez. Ruhfus

VS-Bd. 14083 (010)

61

Botschafter Ruhfus, London, an Bundesminister Genscher

114-1969/80 geheim
Fernschreiben Nr. 371
Citissime

Aufgabe: 25. Februar 1980, 22.20 Uhr¹
Ankunft: 26. Februar 1980, 00.59 Uhr

Nur für Herrn BM und Herrn StS²

Betr.: Gespräch BK Schmidt mit PM Thatcher am 25.2.1980

Zur Unterrichtung

BK Schmidt stattete am Ende eines eineinhalbtägigen privaten Aufenthalts in London³ PM Thatcher einen Höflichkeitsbesuch ab. An dem eineinhalbstündigen

Fortsetzung Fußnote von Seite 343

F dem Urteil nicht nachgekommen ist, hat EGK am 15.1.1980 nochmals Klage beim EuGH wegen Nichtbefolgung des Urteils [...] erhoben. Nach Scheitern ihres Vermittlungsversuches beim letzten Agrarrat am 3./4.3.1980 hat EGK nunmehr beschlossen, im Rahmen letzteren Verfahrens beim EuGH einstweilige Anordnung gegen F zu beantragen.“ Vgl. B 201 (Referat 411), Bd. 555.

²² Die Tagung des Europäischen Rats war für den 31. März und 1. April 1980 in Brüssel vorgesehen, wurde jedoch auf den 27./28. April verschoben. Zur Tagung in Luxemburg vgl. Dok. 134.

¹ Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 21.

Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 26. Februar 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[errn] Minister, s. bes[onders] S. 7/8 zum weiteren Vorgehen. Von BK noch nicht genehmigt.“ Vgl. Anm. 35 und 41.

Hat Braunmühl am 10. März 1980 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Hat in Mappe Vance BM vorgelegen.“

² Günther van Well.

³ Bundeskanzler Schmidt hielt sich am 24./25. Februar 1980 in Großbritannien auf.

Gespräch nahmen Frau Thatchers außenpolitischer Berater Alexander und ich teil.

PM, der die Freude über das Gespräch durchaus anzumerken war, berichtete, sie hätte noch am Wochenende⁴ mit einer Reihe von Kabinettskollegen und Politikern über die weitere Behandlung der Afghanistan-Frage sowie über wirtschaftliche Themen gesprochen.

1) Europäische Fragen:

Führte zum Thema britischen Beitrags zum EG-Haushalt⁵ aus, die Kommission bzw. die Präsidentschaft müßten Lösungsvorschläge vorbereiten. Die derzeitigen Vorbereitungen seien völlig unzureichend. Entweder es gelinge in den nächsten Wochen, erhebliche Fortschritte zu machen, oder es würde besser sein, die Behandlung des Themas noch weiter aufzuschieben.

PM: Im März müsse es Fortschritte geben. Angesichts der Ereignisse in Afghanistan könne EG sich einen neuen Fehlschlag nicht leisten. Sie wünsche keine Wiederholung der Beratungen von Dublin.⁶ Sie werde sich zu diesem Thema sehr zurückhaltend verhalten (I will just clam up and not say very much).

Die deutsche Seite erwarte offenbar, daß GB Führung bei der Reform der GAP übernehme. Die Aussichten für eine Reform seien jedoch gering. Die Reform müsse sich auf etwa drei bis vier Jahre erstrecken, um genügend Zeit zur Umstellung zu geben. Man könne in dieser Zeit versuchen, den GAP-Anteil am Haushalt auf 55 % zu senken. Die bisherigen Kommissionsvorschläge seien für Großbritannien, in dem größere Produktionseinheiten weiter verbreitet seien als in jedem anderen EG-Land, sehr nachteilig gewesen.

BK: Im europäischen Interesse müsse Frage GAP-Reform aufgegriffen werden.

Die Bundesregierung habe Jenkins nahegelegt, Vorschläge zur Lösung Problems britischen EG-Beitrags zu machen.⁷ Jenkins habe geantwortet, seine Vorschläge würden durch die europäische Bürokratie in Brüssel kompliziert und verhindert. Frankreich habe ohnehin schon den Verdacht, daß Jenkins pro-britisch handle.

PM trat dem französischen Vorwurf entgegen.

BK: Bisher gebe es keine eingehende Analyse der Problematik des britischen EG-Beitrags und keine durchdachten Lösungsvorschläge. Nach seiner Auffassung könne bei den Einnahmen der Gemeinschaft an der Höchstgrenze von 1 % Mehrwertsteuer⁸ und an den Zolleinnahmen nicht gerüttelt werden. Dagegen solle man über die GAP und die Ausgleichsabgaben (MCAs⁹) für die Einnahme-

⁴ 23./24. Februar 1980.

⁵ Zum britischen Beitrag zum EG-Haushalt vgl. Dok. 9, Anm. 20.

⁶ Zur Tagung des Europäischen Rats am 29./30. November 1979 in Dublin vgl. AAPD 1979, II, Dok. 362.

⁷ Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Präsidenten der EG-Kommission, Jenkins, am 23. Februar 1980 in London vgl. Dok. 60.

⁸ In Artikel 4 des Beschlusses vom 21. April 1970 über die Ersetzung der Finanzbeiträge der EG-Mitgliedstaaten durch eigene Mittel der Gemeinschaften wurde festgelegt, daß ab 1. Januar 1975 „der Haushalt der Gemeinschaften vollständig aus eigenen Mitteln der Gemeinschaft finanziert“ werden soll und daß zu diesen Mitteln Mehrwertsteuereinnahmen gehören sollen, „die sich aus der Anwendung eines Satzes ergeben, der 1 % einer steuerpflichtigen Bemessensgrundlage nicht überschreiten darf“. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1970, II, S. 1268.

⁹ Monetary compensatory amounts.

seite nachdenken und auf der Ausgabenseite über die Strukturierung und den Umfang der einzelnen Fonds. Es werde das Klima verbessern und hilfreich sein, wenn Großbritannien in einigen Bereichen wie Fischerei¹⁰ und eine entgegenkommende Geste mache.¹¹

PM: Dem Beitritt Großbritanniens zum EWS stehe der hohe Kurs des Pfundes entgegen. Jedesmal, wenn der Ölpreis heraufgesetzt werde, steigt der Wert des Pfundes, trotz des Stahlstreiks und der anderen wirtschaftlichen Probleme. Auch die Hoffnung, die Freigabe der Devisenbewirtschaftung werde den Anstieg des Pfundes bremsen, habe sich als falsch erwiesen.

BK: Vor einem Jahr hätte die britische Regierung befürchtet, daß der Wert des Pfundes fallen werde. Der Anstieg des Pfundes sei für das britische Ansehen positiv zu werten. Die Erfahrungen der Bundesrepublik hätten gezeigt, daß man die Kräfte des Marktes nicht bremsen könne. Die Industrie müsse sich dem hohen Pfundkurs anpassen.

PM: Der hohe Wert des Pfundes erschwere natürlich die Exporte. Die deutsche Industrie könne hohe Preise durch Qualität und pünktliche Lieferungen wettmachen. Die britische Privatindustrie werde eher in der Lage sein, sich anzupassen. Das schwierigste Problem sei der große Bereich der verstaatlichten Industrie in Großbritannien. Die britische Regierung bemühe sich um eine baldmögliche Regelung der Fischereifrage. Selbst nach dem Fehlschlag des Europäischen Rats in Dublin habe GB Fischereiverhandlungen wenige Tage darauf sachlich und unbeeinflußt fortgesetzt. Die französischen Bemühungen um Regelung der Lammfleischfrage¹² würden zu einem neuen Interventionssystem führen und seien daher nicht annehmbar.

BK: Man müsse gelegentlich aus politischen Rücksichten Dinge tun, von deren Richtigkeit man nicht überzeugt sei.

BK schlug vor, Großbritannien und die Bundesrepublik sollten die Kommission drängen, für den Europäischen Rat Ende März ein Papier mit Kompromißformulierungen auf den Tisch zu legen.

PM: Sie glaube nicht, daß der Präsident der EG-Kommission hierfür stark genug sei.

BK und PM vereinbarten, daß britische Regierung und Bundesregierung an MP Cossiga mit der Bitte herantreten werden, er solle Kompromißvorschläge vorlegen. Cossiga könne sich hierbei auf die Kommission stützen, um seine Auffassung zu klären. Cossiga solle in seine Überlegungen auch die langfristige Reform der Agrarpolitik einbeziehen.

2) Internationale Lage nach Afghanistan:

Auf Frage PMs nach Presseberichten über angebliche Vermittlerrolle von Willy Brandt zwischen Moskau und Washington bezeichnete BK diese Meldung als unzutreffend.¹³

¹⁰ Zu den Verhandlungen über die EG-Fischereipolitik vgl. Dok. 60, Anm. 20.

¹¹ So in der Vorlage.

¹² Zu den Verhandlungen über eine EG-Markordnung für Schafffleisch vgl. Dok. 60, Anm. 21.

¹³ Vortragender Legationsrat Edler von Braunmühl notierte am 26. Februar 1980, der amerikanische Gesandte Woessner habe mitgeteilt, Presseberichte, denen zufolge Präsident Carter den SPD-Vorsit-

BK führte aus, die europäisch-amerikanischen Konsultationen müßten verbessert werden. Als Beispiele unzureichender Konsultation verwies BK darauf, daß er vor seiner Regierungserklärung vom 17. Januar¹⁴ von Warren Christopher¹⁵ nicht über die bevorstehende Ankündigung des amerikanischen Olympia-Boykotts¹⁶ unterrichtet worden sei. Er habe beispielsweise auch nicht gewußt, daß die USA sich im Zusammenhang mit den Ereignissen in Afghanistan gegenüber der Sowjetunion auf die amerikanisch-sowjetischen Verträge von 1972¹⁷ und 1973¹⁸ berufen haben. Eine Kenntnis dieser Tatsache hätte den Ernst der Lage deutlich gemacht.

Präsident Carter habe in seinem Brief von Strafmaßnahmen gesprochen.¹⁹ Er frage sich, ob dies die richtige Verhaltensform zwischen Großmächten sei.

Die Bundesregierung wolle mit allem Nachdruck den Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan. Eine Politik der Nadelstiche auch in der Form des Olympia-Boykotts werde hierzu nicht ausreichen. Man müsse eine ausgewogene Politik des stick and carrot entwickeln. Seit dem 20. Februar wüßte die Sowjetunion, daß die USA an den Moskauer Olympischen Spielen nicht teilnehmen werden.²⁰ Damit sei die Hebelwirkung dieser Maßnahme weitgehend verlorengegangen.

In Deutschland wachse die Sorge über einen möglichen neuen Weltkrieg. Unsere Bevölkerung habe bereits die Erfahrung mehrerer Berlin-Krisen gemacht.

Die osteuropäischen Staaten seien besorgt, daß der enge Spielraum, den sie im Zuge der Entspannungspolitik gewonnen haben, verlorengehen könne. Polen, Ungarn und Jugoslawien lehnten die Invasion in Afghanistan ab. Sie fänden die Entwicklung beängstigend. Sie ließen die Bundesregierung unter der Hand wissen, daß die Krise heruntergespielt werden sollte.

²¹Der richtige Weg sei der Versuch, Afghanistan den Status eines blockfreien

Fortsetzung Fußnote von Seite 346

zenden Brandt am 15. Februar in Washington gebeten habe, im Afghanistan-Konflikt eine Vermittlerrolle gegenüber der UdSSR zu übernehmen, seien unzutreffend: „Tatsächlich habe der Präsident mit Willy Brandt über Afghanistan gesprochen. Er habe aber nicht um Vermittlung gebeten, und Willy Brandt habe auch keine Vermittlung angeboten. Der Präsident hat gesagt: Die USA seien bereit, jeden vernünftigen Vorschlag zu prüfen, der zu einem Rückzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan und zur Einsetzung einer nichtgebundenen Regierung in Afghanistan führen könnte.“ Vgl. Referat 010, Bd. 178803.

¹⁴ Bundeskanzler Schmidt gab am 17. Januar 1980 im Bundestag eine Regierungserklärung ab. Für den Wortlaut vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 113, S. 15578–15584.

¹⁵ Der stellvertretende amerikanische Außenminister Christopher hielt sich am 16. Januar 1980 in der Bundesrepublik auf. Zu dem Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt vgl. Dok. 15.

¹⁶ Zur Forderung des Präsidenten Carter vom 20. Januar 1980 nach einem Boykott der Olympischen Sommerspiele in Moskau vgl. Dok. 19, Anm. 20.

¹⁷ Für den Wortlaut der Grundsatzserklärung vom 29. Mai 1972 über amerikanisch-sowjetische Beziehungen vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 66 (1972), S. 898 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 289–291.

¹⁸ Für den Wortlaut des amerikanisch-sowjetischen Abkommens über Kontakte, Austausch und Zusammenarbeit vom 19. Juni 1973 vgl. UNTS, Bd. 938, S. 81–104.

¹⁹ Zum Schreiben des Präsidenten Carter vom 11. Februar 1980 an Bundeskanzler Schmidt vgl. Dok. 55, Anm. 20.

²⁰ Zur Entscheidung des Präsidenten Carter vom 20. Februar 1980 für einen Boykott der Olympischen Sommerspiele in Moskau vgl. Dok. 60, Anm. 7.

²¹ Beginn des zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

Landes zu geben.²² Bei diesen Bemühungen müßte die Dritte Welt einbezogen werden.

Man dürfe den Golfstaaten nicht den Eindruck vermitteln, daß ihnen Sicherheitsgarantien aufgezwungen werden sollen. Irak und andere Golfstaaten hätten aus Radio erfahren, daß amerikanische Regierung beabsichtige, ihre Sicherheit zu garantieren.

Abgesehen von Frage der politischen Opportunität wisse man nicht, ob USA über die nötigen Mittel verfügen, um eine solche Garantie zu verwirklichen.

PM stimmte zu, sie bezeichnete es nicht nur als ungewiß, ob die USA über die nötigen Mittel verfügen, sondern auch ob sie den Willen haben, eine derartige Garantie zu verwirklichen.

In der Frage des Olympia-Boykotts stimmte Frau Thatcher mit der Haltung Carters überein. Man müsse der Bevölkerung in der Sowjetunion deutlich machen, daß die sowjetische Aktion in Afghanistan mißbilligt wird.

Man solle nicht von punishment reden, sondern besser von politischem Druck. Die VN-Resolution²³ sei ein richtiger Schritt gewesen. Sie sei dafür, die Ausfuhrsperre von Weizen²⁴ und moderner Technologie²⁵ als Druckmittel zu nutzen.

BK wies auf die unterschiedlichen Exportinteressen der USA und der Bundesrepublik hin. Ein Drittel des BSP der Bundesrepublik hänge vom Export ab, etwa 1 % der Beschäftigung in der Bundesrepublik beruhe auf dem Osthandel.

Die Bundesrepublik sei politisch verwundbarer als die anderen Verbündeten. 16 Mio. Menschen in der DDR und 2 Mio. Berliner könnten von der Sowjetunion als Geiseln benutzt werden.

Die große Zahl in der Bundesrepublik stationierter nuklearer Sprengköpfe bringe uns in eine exponierte Lage.

PM fragte, was konkret geschehen könne, um die Abstimmung zu verbessern.

BK verwies auf seinen Vorschlag, Außenminister Vance solle die drei Botschafter (F²⁶, GB²⁷ und D²⁸) zu regelmäßigem Gedankenaustausch empfangen.²⁹

BK führte aus, er habe den Eindruck, daß das deutsche und das britische Papier nahe beieinander lägen.³⁰ Man könne nicht alles schriftlich festlegen. Über

²² Vgl. dazu die Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vom 19. Februar 1980 zur sowjetischen Intervention in Afghanistan; BULLETIN DER EG 2/1980, S. 88 f. Vgl. dazu auch Dok. 57.

²³ Zur Resolution ES-6/2 der Notstandssondertagung der VN-Generalversammlung vom 14. Januar 1980 vgl. Dok. 14, Anm. 11.

²⁴ Zur Einschränkung von Getreidelieferungen in die UdSSR vgl. Dok. 10, Anm. 23.

²⁵ Zu den amerikanischen Maßnahmen für ein Embargo bei technologischen Gütern vgl. Dok. 10, Anm. 19.

²⁶ François Lefebvre de Laboulaye.

²⁷ Nicholas Henderson.

²⁸ Peter Hermes.

²⁹ Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem amerikanischen Außenminister Vance am 20. Februar 1980 vgl. Dok. 55, Anm. 2.

³⁰ Für das Konzept der Bundesregierung vgl. Dok. 58.

mögliche Gegenmaßnahmen in anderen Teilen der Welt könnte nur gesprochen werden. Daher hätten wir versucht, ein Vierer-Treffen zustande zu bringen.³¹

Es bestehe Unklarheit, welche Stellung der Westen gegenüber der VR China einnimmt. Einerseits werde von Waffenlieferungen der USA an die VR China gesprochen³² und damit die Einkreisungsangst der Sowjetunion geschürt. Andererseits sei die VR China unsicher, wieweit sie im Falle einer Auseinandersetzung mit der Sowjetunion Rückendeckung im Westen finden könne.

Die USA müßten bei der Entwicklung einer gemeinsamen westlichen Strategie die Führung übernehmen.

PM wies darauf hin, daß in den USA ein langer und schwieriger Wahlkampf³³ begonnen habe.

BK erwiderte, auch in der Bundesrepublik stünden Wahlen bevor.³⁴ Er bemühe sich, den Wahlkampf bei seinen außenpolitischen Entscheidungen auszuschalten. Man müsse sehen, daß die amerikanischen Entscheidungen innenpolitischen Reaktionen in Deutschland und auch in Frankreich auslösten. Die Olympia-Boycott-Entscheidung habe Giscard innenpolitisch erheblich getroffen. Unabhängig von der Frage, ob wir die amerikanischen Entscheidungen für richtig halten, werde die Bundesrepublik nicht zu den Olympischen Spielen gehen, wenn die USA in Moskau fernbleiben. Frankreich werde sich ähnlich verhalten. Auch ³⁵de Gaulle habe während der Kuba-Krise³⁶ zur gemeinsamen westlichen Position gestanden.

3) Weiteres Verfahren:

BK und PM faßten für die weitere Abstimmung folgende Möglichkeiten ins Auge:

3.1) Gemeinsame Überarbeitung der drei Papiere von GB, USA und D. Zunächst sollen der amerikanischen Regierung Kommentare zu ihrem Papier gegeben

³¹ Vgl. dazu die Überlegungen des Bundeskanzlers Schmidt und des Staatspräsidenten Giscard d'Estaing; Dok. 9.

Botschafter Herbst, Paris, berichtete am 13. Februar 1980, der französische Außenminister François-Poncet habe einem amerikanischen Journalisten die Hintergründe erläutert, warum Frankreich die Teilnahme an einem Treffen der Außenminister der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA abgesagt habe. François-Poncet habe betont, „daß die Absage vom 8. Februar keine Abkehr von den in der gemeinsamen deutsch-französischen Erklärung vom 5. Februar niedergelegten Grundsätzen bedeute. Diese seien weiterhin gültig und Richtschnur für die französische Außenpolitik. Das gelte einmal für das Bekenntnis zur Atlantischen Allianz. Das gelte aber auch für die Lageanalyse, hinsichtlich derer sich Frankreich in Übereinstimmung mit Deutschland und den USA befände. Die in den letzten Tagen hochgespielten und vielfach kritisierten Unterschiede der Auffassungen betreffen dagegen nach wie vor die in dieser Lage notwendigen Reaktionen.“ François-Poncet habe deutlich „die Sprunghaftigkeit der amerikanischen Außenpolitik“ gerügt: „Frankreich sei nicht dafür, die Krise zusätzlich anzuhizen. Deswegen könne es sich auch nicht der unbe-rechenbaren amerikanischen Führung anvertrauen.“ Daher „habe er nicht anders handeln können“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 381; Referat 200, Bd. 112943.

³² Zu den Bestrebungen der amerikanischen Regierung für eine Lockerung der Exportpraxis des COCOM gegenüber der Volksrepublik China vgl. Dok. 55, Anm. 28.

³³ Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

³⁴ Die Wahlen zu den Landtagen von Baden-Württemberg, des Saarlands und Nordrhein-Westfalens fanden am 16. März, am 27. April und am 11. Mai 1980 statt, die zum Bundestag am 5. Oktober 1980.

³⁵ Beginn der Seite 7 des Drahtberichts. Vgl. Anm. 1.

³⁶ Zur Kuba-Krise von 1962 vgl. Dok. 32, Anm. 4.

werden. Ein Teil des Kommentars soll als mündliche Erläuterung gegeben werden.

3.2) Weitere Koordinierung der Gesichtspunkte der Europäer im Rahmen der EPZ, insbesondere Treffen der neun Außenminister im März.³⁷

3.3) Auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Venedig im Juni³⁸ sollen die sieben Staats- und Regierungschefs sich ausführlich mit außenpolitischen Fragen befassen. D und GB wollen sich durch ihre Persönlichen Beauftragten bei den anderen Regierungen dafür einsetzen, daß am ersten Tag außenpolitische und am zweiten Tag die wirtschaftspolitischen Fragen beraten werden.

3.4) Die Beratungen der sieben Staats- und Regierungschefs sollen zu viert (F, D, GB und USA) vorbereitet werden. Wenn möglich, sollen vor Venedig ein oder zwei Treffen der Außenminister stattfinden.

Es soll versucht werden, am Vorabend des Weltwirtschaftsgipfels ein Treffen der vier Staats- und Regierungschefs unter Beteiligung der Außenminister abzuhalten. Falls Vierertreffen angesichts italienischer Empfindlichkeiten und eventueller Pläne für einen Besuch Präsident Carters in Rom im Zusammenhang mit Gipfel³⁹ nicht möglich ist, soll ein Vierertreffen am Vortag „auf dem Weg nach Venedig“ in einem anderen Land versucht werden.

3.5) Für Venedig soll nur ein kurzes Communiqué vorgesehen werden.

3.6) Frau Thatcher kündigte an, sie werde BK vor dessen USA-Reise⁴⁰ etwaige weitere britische Vorstellungen übermitteln.

⁴¹) Nach Gespräch sagte BK mir, er lege Wert darauf, daß Weißes Haus und Elysée möglichst bald durch ihn oder Bundeskanzleramt über wesentlichen Inhalt des Gesprächs mit PM Thatcher unterrichtet werden.

[gez.] Ruhfus

VS-Bd. 14083 (010)

³⁷ Die EG-Ministerratstagung fand am 18. März 1980 in Brüssel statt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Ellerkmann informierte am 20. März 1980, Themen seien der britische Beitrag zum EG-Haushalt, die Belebung der Assoziation mit der Türkei, Zollpräferenzen für Israel, das Kooperationsabkommen mit Jugoslawien, die Beziehungen zu den Golfstaaten, der Nord-Süd-Dialog sowie die Umstrukturierung des europäischen Stahlmarkts gewesen. Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 37; Referat 012, Bd. 115729.

³⁸ Zum Weltwirtschaftsgipfel am 22./23. Juni 1980 in Venedig vgl. Dok. 184 und Dok. 185.

³⁹ Präsident Carter besuchte Italien vom 19. bis 21. Juni 1980.

⁴⁰ Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 4. bis 8. März 1980 in den USA auf. Zu den Gesprächen vgl. Dok. 71–73.

⁴¹ Beginn der Seite 8 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

62

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Lord Carrington

204-321.10 GRO-173/80 VS-vertraulich

26. Februar 1980¹

Aus dem zweieinhalbstündigen Gespräch zwischen dem Herrn Bundesminister und AM Lord Carrington² ist festzuhalten:

1) Zur Implementierung der Neuner-Erklärung vom 19.2.1980 zu Afghanistan³

BM wies darauf hin, daß man mit AM Ruffini während dessen Bonn-Besuchs⁴ die Frage einer möglichst raschen Implementierung der Neuner-Erklärung vom 19.2. erörtert habe. Es habe Übereinstimmung bestanden, daß die Neuner-Erklärung möglichst bald der Sowjetunion offiziell zur Kenntnis gebracht werden müsse.

Carrington stimmte BM zu und wies auf das heute in London stattfindende Vorbereitungstreffen (D, F, UK) für das EPZ-Arbeitsgruppentreffen Asien hin, wo die Frage einer baldigen Implementierung der Neuner-Erklärung erörtert werde.⁵ Je schneller man die SU mit einem geschlossenen Konzept konfrontiere, um so eher werde die SU zu einer klaren Stellungnahme genötigt sein. Er, Carrington, sei dafür, daß die italienische Präsidentschaft⁶ den Neuner-Vorschlag in Moskau offiziell präsentiere. Darüber hinaus scheine es wichtig, auch Frau Gandhi für den Vorschlag zu gewinnen. Der Gromyko-Besuch in Indien habe gezeigt, daß zwischen ihr und Gromyko keine Einigung über das sowjetische Vorgehen in Afghanistan erreicht worden sei.⁷ Er, Carrington, habe während seines vorhergehenden Besuches in Neu Delhi den Eindruck gewonnen, daß Frau Gandhi ganz offensichtlich den Rückzug der SU aus Afghanistan wün-

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schenk am 26. Februar 1980 gefertigt und am 3. März 1980 „mit der Bitte um Billigung“ an Bundesminister Genscher geleitet. Dazu teilte er mit: „Der Vermerk ist von Herrn D2 und Herrn D3 gebilligt worden.“

Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 6. März 1980 vorgelegen., der die Weiterleitung an Genscher verfügte.

Hat Genscher am 8. März 1980 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 14083 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

² Der britische Außenminister Lord Carrington hielt sich am 26. Februar 1980 in der Bundesrepublik auf.

³ Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vom 19. Februar 1980 zur sowjetischen Intervention in Afghanistan vgl. BULLETIN DER EG 2/1980, S. 88 f. Vgl. dazu auch Dok. 57.

⁴ Der italienische Außenminister Ruffini hielt sich am 25. Februar 1980 in der Bundesrepublik auf.

⁵ Referat 340 vermerkte am 11. März 1980, beim Treffen der Arbeitsgruppe Asien im Rahmen der EPZ am 28./29. Februar 1980 seien „Überlegungen zur inhaltlichen Ausfüllung des Begriffs ‚neutrales Afghanistan‘ erarbeitet“ worden: „Außerdem wurden Prozedurfragen bezüglich des Neuner-Vorschlags erörtert.“ Keine Einigung habe in der Frage einer gemeinsamen Demarche bei der sowjetischen Regierung erzielt werden können. Darüber hinaus sei festgestellt worden, daß die Initiative im Rahmen der EPZ von Entwicklungsländern häufig mißverstanden werde: „Es muß herausgearbeitet werden, daß keinesfalls Afghanistan eine Lösung von außen aufgezwungen werden soll, daß vielmehr das Selbstbestimmungsrecht Afghanistans im Mittelpunkt der Neuner-Überlegungen steht.“ Vgl. Referat 340, Bd. 113022.

⁶ Italien hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis zum 30. Juni 1980 inne.

⁷ Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich am 12./13. Februar 1980 in Indien auf.

sche.⁸ Unter Bezugnahme auf dieses Gespräch könne er Frau Gandhi brieflich über die Neuner-Vorschläge unterrichten und sie um Unterstützung bitten.

BM unterstrich, daß der Neuner-Vorschlag auch nach seiner Auffassung von der italienischen Präsidentschaft offiziell in Moskau übergeben werden solle. Die übrigen acht EG-Mitglieder könnten diese Initiative dann ihrerseits in Moskau unterstützen. (Beim Abendessen wurde dieser Punkt nochmals erörtert. Dabei stimmte man überein, daß die Vorstellung Ruffinis, er selbst solle die Präsentation für die SU gegenüber dem sowjetischen Botschafter in Rom⁹ übernehmen, verständlich sei und auch so vertreten werden könne, unbeschadet der Notwendigkeit unmittelbar folgender unterstützender Präsentation durch die anderen Mitgliedstaaten der EG.)

Es bleibe die weitere Frage, wie man die Dritte Welt gewinnen könne, ebenfalls die Neuner-Initiative zu unterstützen. Auch hierbei müsse man sicher an Frau Gandhi denken. Darüber hinaus biete sich auf dem EG-ASEAN-Außenministertreffen in Kuala Lumpur Anfang März¹⁰ eine weitere Gelegenheit. Schließlich müsse man auch an das arabische Lager, an afrikanische Staaten, und nicht zuletzt auch an Jugoslawien denken. Innerhalb der Neun müsse man darüber nachdenken, wer am besten mit wem sprechen könne. Hierbei dürften nicht Formalien (EG-Präsidentschaft) entscheidend sein, z. B. könnte UK (Carrington: oder F) am besten mit Indien sprechen.

BM wies unter Hinweis auf die letzten Ereignisse in Afghanistan¹¹ darauf hin, daß die neuen sowjetischen Schwierigkeiten im Lande durchaus zwei Seiten hätten: einerseits werde ein Rückzug für die Sowjets komplizierter, auch weil die Prestigefrage eine größere Rolle spiele; andererseits könnten diese Schwierigkeiten die US davon überzeugen, daß die Aussicht auf einen Rückzug auch für sie positive Wirkungen haben könne.

Carrington fragte, ob – wie in London – auch in Bonn der amerikanische Botschafter¹² gestern im Auswärtigen Amt vorgesprochen und eine vorbereitete amerikanische Erklärung zur Breschnew-Rede¹³ übergeben habe mit dem Hinweis, amerikanische Seite werde diese Erklärung veröffentlichen. Er, Carrington, habe dies als eine seltsame Form der Konsultation betrachtet. Mit der Fas-

⁸ Zum Besuch des britischen Außenministers Lord Carrington vom 16. bis 18. Januar 1980 in Indien vgl. Dok. 29, Anm. 25.

⁹ Walentin Iwanowitsch Oberemko.

¹⁰ Zur Konferenz der Außenminister der EG- und der ASEAN-Mitgliedstaaten vom 6. bis 8. März 1980 in Kuala Lumpur vgl. Dok. 84.

¹¹ Botschaftsrat Disdorn, Kabul, berichtete am 19. Februar 1980, es zeige sich, „daß zum Aufstand der Stämme jetzt auch eine Widerstandsbewegung in den Städten getreten ist. Widerstand gegen Regierung und sowjetische Besatzungsmacht hat damit neue Dimension gewonnen. Es ist Aufstand der unteren und mittleren Schichten in den Städten. [...] Städtischer Widerstand ist für die herrschenden Mächte, Regierung und sowjetische Truppen, gefährlicher als Stammesaufstand, da das Land zwar ohne und auch gegen Stammesgebiete, nicht aber ohne Kontrolle über Städte regiert werden kann.“ Seitens der sowjetischen Truppen werde Konfrontation „geradezu ostentativ vermieden. Ob diese Zurückhaltung sich bezahlt macht, ist zweifelhaft. Der Haß auf die Eindringlinge hat an Momentum nicht verloren. Ausbleibende Repression verstärkt die auf Widerstand drängenden Kräfte.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 151; Referat 340, Bd. 113030.

¹² Walter J. Stoessel.

¹³ Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 22. Februar 1980 in Moskau vgl. Dok. 56, Anm. 12.

sung der amerikanischen Verlautbarung selbst sei er überhaupt nicht einverstanden gewesen.

BM wies darauf hin, daß amerikanischer Geschäftsträger diese beabsichtigte Erklärung übergeben habe mit dem Hinweis, daß man sich überlege, wie man auf die Breschnew-Rede reagieren solle. Man sei für eine Kommentierung aus deutscher Sicht, aber auch für Gegenvorschläge dankbar. Er, *BM*, habe Ergänzungen und vom Text abweichende Formulierungen vorgeschlagen.¹⁴ Offenbar habe man diese berücksichtigt; bisher sei diese Erklärung allerdings nach seiner Kenntnis nicht veröffentlicht worden.

Carrington erkundigte sich anschließend nach dem Ergebnis des Vance-Besuches in Bonn.¹⁵ Britische Seite habe den Eindruck, daß aufgrund des vorliegenden deutschen und amerikanischen Papiers¹⁶ die deutschen und amerikanischen Vorstellungen über ein westliches Gesamtkonzept hinsichtlich der derzeitigen internationalen Krise nicht weit auseinander lägen.

BM unterstrich, daß sich das deutsche und amerikanische Konzept im Ansatz unterscheiden: Das amerikanische Papier sei weniger konzeptionell, sondern konzentriere sich auf eine Aufteilung der Arbeitsteilung im Bündnis. Unser Ausgangspunkt sei jedoch ein konzeptioneller Vorschlag zur Bewältigung der Krise, während gleichzeitig auf der Grundlage dieses Gesamtkonzepts der deutsche Beitrag zur Verwirklichung der angestrebten Ziele dargestellt werde.

Auf eine Frage *Carringtons* nach dem weiteren Vorgehen wies *BM* darauf hin, daß zwischen ihm und *AM Vance* Übereinstimmung bestanden habe, daß sowohl der Rückzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan als auch ein Containment der SU vor- und gleichrangig angestrebt werden müsse. An diesen Zielen müsse sich das westliche Vorgehen orientieren. *BM* unterstrich auf eine entsprechende Bemerkung von *Carrington*, daß der Strafcharakter der amerikanischen Maßnahmen gegenüber der SU am Anfang im Weißen Haus durchaus eine Rolle gespielt habe. Dies sei jedoch jetzt nicht mehr der Fall. Es entspreche vor allem nicht den Vorstellungen von *AM Vance*, die westlichen Gegenmaßnahmen nur unter dem Gesichtspunkt der Bestrafung der SU zu sehen.

2) Boykott der Olympischen Sommerspiele in Moskau

Carrington wies auf eine entsprechende Frage darauf hin, daß die britische Regierung sich an das Britische Olympische Komitee gewandt habe mit der Bitte, an den Olympischen Sommerspielen in Moskau nicht teilzunehmen. Er, *Carring-*

¹⁴ Vortragender Legationsrat Edler von Braunmühl vermerkte am 25. Februar 1980, der amerikanische Gesandte Woessner habe Bundesminister Genscher mitgeteilt, er sei von Präsident Carter „beauftragt, einen Meinungsaustausch über die Äußerungen Breschnews vom 22.2. über Afghanistan zu führen. Die amerikanische Position sei wie folgt: Man wolle keineswegs eine kategorisch negative Antwort geben. Man sehe aber nicht recht, welches positive Zeichen in der Rede enthalten sei. Man wolle nicht mehr Signale feststellen, als die Rede tatsächlich enthalte.“ Die UdSSR wolle offenbar weiter die Verantwortung auf andere abwälzen, die sowjetische Presse habe ablehnend auf Erklärungen Carters und der Europäischen Gemeinschaften reagiert. Woessner habe den Entwurf einer Presseerklärung überreicht. Genscher habe darauf hingewiesen, er und Bundeskanzler Schmidt hätten bereits öffentlich eine ernsthafte Prüfung der Rede zugesagt, dies solle auch in einer derartigen Erklärung am Anfang stehen. Eine weitere Stellungnahme werde den USA zugeleitet werden. Vgl. Referat 010, Bd. 178803.

¹⁵ Der amerikanische Außenminister Vance hielt sich am 19./20. Februar 1980 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 55.

¹⁶ Für das Konzept der Bundesregierung vgl. Dok. 58.

ton, vermute jedoch, daß das BOK der Empfehlung der britischen Regierung auf seiner nächsten Sitzung Anfang März nicht folgen werde. Er, Carrington, erwarte jedoch, daß von anderer Seite noch starker Druck auf das BOK ausgeübt werde. Man könne wohl davon ausgehen, daß bei einer Nichtteilnahme von USA, D und F auch UK nicht an den Moskauer Spielen teilnehmen werde. Britische Regierung untersuche im Augenblick, ob dem BOK eine Boykott-Entscheidung durch eine Präsentation realistischer Alternativ-Pläne für die Olympischen Spiele leichter gemacht werden könne. Die britische Regierung, die sich von Anfang an sehr nachdrücklich für einen Boykott der Spiele ausgesprochen habe, werde jedenfalls alles tun, um zu vermeiden, daß britische Sportler letztlich zu den wenigen westlichen Delegationen gehörten, die nach Moskau gingen.

BM wiederholte unsere Haltung in dieser Frage, wobei er insbesondere unterstrich, daß es Sache der SU sei, in der verbleibenden Zeit bis zum Schlußtermin für eine Annahme der Einladung¹⁷ die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die Sportler aller Länder an den Moskauer Spielen teilnehmen können. Dabei sei es falsch, jetzt schon die Bedingungen für eine solche Teilnahme zu definieren. Fest stehe nur, daß diese Bedingungen derzeit nicht gegeben seien. BM wies auf die Entscheidung des NOK hin, das betont habe, es werde in eigener Zuständigkeit über die Teilnahme an den Moskauer Spielen entscheiden, werde aber bei seiner Entscheidung politische Gesichtspunkte berücksichtigen.¹⁸ Er, BM, habe keinen Zweifel, daß das NOK nicht nach Moskau gehen werde, wenn die Bundesregierung eine entsprechende Empfehlung ausspreche. Allerdings finde er es nicht gut, daß das Problem eines Olympia-Boykotts zur zentralen Frage in der Afghanistan-Krise geworden sei.

3) Strukturfragen der EPZ

Carrington wies darauf hin, daß die Arbeitsstrukturen der EPZ-Ministertreffen unbefriedigend seien und daß eine Verbesserung der EPZ-Strukturen dringend erforderlich sei. In Rom¹⁹ hätten z.B. zeitweise über 100 Personen an den Beratungen teilgenommen. In einem solchen Rahmen sei ein vertraulicher Meinungsaustausch nicht mehr möglich. Es sei im übrigen deprimierend festzustellen, daß man in Rom 45 Minuten über den Neuner-Vorschlag zur Neutralität Afghanistans diskutiert habe, aber sechs Stunden auf Formalitäten wie die Form des Kommunikués²⁰ verwandt habe. Hinzu komme, daß die Tagesordnung solcher Treffen immer überladener werde. Dies führe letztlich dazu, daß sich die Außenminister mehr und mehr weigerten, an diesen Treffen teilzunehmen, und ih-

¹⁷ 24. Mai 1980.

¹⁸ Vortragender Legationsrat I. Klasse Ellerkmann unterrichtete am 11. Februar 1980: „Das Nationale Olympische Komitee für Deutschland hat am 26. Januar 1980 eine Erklärung abgegeben, in der es heißt: ‚Die zu gegebener Zeit zu beschließende Empfehlung des Präsidiums in der Mitgliederversammlung des NOK wird auch die politische Verantwortung bei dieser Entscheidung zu berücksichtigen haben.‘ DSB-Präsident und NOK-Mitglied Willi Weyer umriß den Standpunkt des NOK-Präsidiums: ‚Es ist festzustellen, daß wir erkannt haben, daß Sport und Politik nicht mehr zu trennen sind. Hier sind politische Entscheidungen getroffen worden. Wir müssen diese politischen Fragen mit einbeziehen.‘“ Vgl. den Runderlaß Nr. 16; Referat 012, Bd. 115729.

¹⁹ Zur Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 19. Februar 1980 in Rom vgl. Dok. 57.

²⁰ Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ zur sowjetischen Intervention in Afghanistan vom 19. Februar 1980 vgl. BULLETIN DER EG 2/1980, S. 88 f.

re Stellvertreter schickten. Am nützlichsten und ergiebigsten seien bisher die Treffen im engen Kreise nach dem Vorbild des Gymnicher Treffens²¹ gewesen.

BM stimmte Carrington zu und wies darauf hin, daß ein vertraulicher Meinungsaustausch schon durch Äußerlichkeiten erschwert werde. So sei er z. B. in Rom etwa 20 m von dem italienischen Vorsitzenden entfernt platziert worden. Auch der große Abstand zu seinem nächsten Tischnachbarn habe ein Gespräch kaum noch möglich gemacht. Er, *BM*, sei dafür, daß auf den formellen EPZ-AM-Ministertreffen die Außenminister jeweils nur durch einen Mitarbeiter (Note-taker) begleitet würden. Wenn die Außenminister in diesen Fällen ohne Experten seien, würde man sich auch weniger den Detailfragen, sondern mehr den wichtigen politischen Problemen widmen können.

Carrington schlug vor, daß die Außenminister bei den formellen Treffen jeweils von ihren Politischen Direktoren und einem Note-taker begleitet würden. Carrington unterstrich nochmals, daß es notwendig sei, sich bei der Tagesordnung wirklich auf die wichtigen Fragen zu beschränken.

BM regte an, auf dem nächsten EPZ-Ministerratstreffen²² die Frage einer Verbesserung des EPZ-Mechanismus zu erörtern.

*D*²³ gab zu überlegen, ob man nicht häufiger zu Ad-hoc-Treffen nach dem Gymnicher Vorbild kommen sollte.

BM: Solche Ad-hoc-Treffen außer der Reihe und ohne besonders wichtigen Anlaß seien geeignet, diesen Treffen den demonstrativen Charakter zu nehmen, wenn wirklich wichtige Fragen zur Erörterung anstünden. Er, *BM*, halte daher solche Ad-hoc-Treffen nach dem Gymnicher Vorbild von Zeit zu Zeit für sehr vernünftig. Dadurch würde u. a. der Erwartungshorizont gegenüber solchen Treffen weniger hoch sein. Auch bei diesen informellen Treffen sollten die Außenminister nur von einem Mitarbeiter (Note-taker) begleitet sein.

AM Carrington stimmte diesem Vorschlag betr. Begleitung durch einen Mitarbeiter bei den informellen (Gymnich) Treffen zu. Carrington stimmte *BM* zu, daß die EPZ-Ministertreffen in kleinerem Rahmen abgehalten werden müßten. Er unterstrich nochmals die Notwendigkeit, die Tagesordnung auf wirkliche politische Schwerpunkte zu beschränken. Er, Carrington, sei nicht bereit, nach Brüssel zu fahren, um dort über „tufted carpets“ zu reden. Die Tatsache, daß die Neun nach dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan nicht in der Lage gewesen seien, sich schnell zu treffen und abzustimmen, sei deprimierend gewesen. *AM François-Poncet* habe sich ihm, Carrington, gegenüber dafür ausgesprochen, daß sich F, UK und D vorher konsultieren, bevor sie ein Neuner-Treffen vorschlägen. Wenn F, UK und D in einer Sache einig seien, sei es leichter, eine gemeinsame Neuner-Position zu erreichen. Aber schon bei der Abstimmung

²¹ Auf Schloß Gymnich bei Bonn fand am 20./21. April 1974 erstmals ein informelles Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten und des Präsidenten der EG-Kommission statt. Ziel dieses Treffens und nachfolgender „Gymnich-type“-Treffen sollte sein, in kleinstem Kreis ohne großen Mitarbeiterstab und feste Tagesordnung alle interessierenden außenpolitischen Fragen auch außerhalb des eigentlichen Themenfelds der Europäischen Gemeinschaften zu erörtern, ohne an Verfahrensregeln und Abläufe regulärer EG-Ministerratstagungen gebunden zu sein. Vgl. dazu AAPD 1974, I, Dok. 128.

²² Zum informellen Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 10. April 1980 in Lissabon vgl. Dok. 104, Anm. 2.

²³ Klaus Blech.

unter den Dreien gebe es Probleme. Man könne sich natürlich auch über Telefon verständigen. Hier entstehe jedoch die Frage einer abhörsicheren Leitung.

(D2 wies darauf hin, daß die Frage abhörsicherer Telefonleitungen zwischen Paris, London und Bonn von den zuständigen technischen Stellen geprüft würde. Die vier Politischen Direktoren würden bei ihrem nächsten Treffen diese Frage nochmals aufnehmen).²⁴

4) Europäisch-amerikanischer Konsultationsmechanismus

BM wies darauf hin, daß es zur Verbesserung der europäisch-amerikanischen Konsultationen gut wäre, wenn die drei Botschafter (D²⁵, F²⁶, UK²⁷) in Washington eine ständige Gruppe bildeten. Alle drei Länder hätten in Washington sehr erfahrene und qualifizierte Botschafter. Auch Frankreich unterstütze eine solche Idee.

(D2 wies auf einen Präzedenzfall aus den 60er Jahren hin, in denen es bereits eine Vierergruppe in Washington gegeben habe, die ständigen Kontakt mit amerikanischer Seite gehalten habe.²⁸)

BM wies auf das Vorbild der Bonner Vierergruppe hin, die hervorragende Arbeit leiste. Man solle überlegen, ob man in Washington nicht eine ähnliche Gruppe schaffen könne. Es sei gut, daß die französische Seite damit einverstanden sei, daß eine solche Gruppe in Washington etabliert werde.

D2 unterstrich, daß sich die Vierertreffen der Politischen Direktoren als Forum für vertrauliche und enge europäisch-amerikanische Konsultationen erwiesen haben. Für die Vierertreffen gebe es bereits eine gut funktionierende Infrastruktur („Korrespondenten“ auf Gesandtenebene an den jeweiligen Botschaften und in den vier Außenministerien).

Damit bestehe bereits ein ständiges Instrument für europäisch-amerikanische Konsultationen im kleinsten Kreis.

Carrington unterstrich, daß auch AM Vance sich für eine solche Gruppe in Washington ausgesprochen habe.

BM: Es sei wichtig, einen Unterbau für einen solchen europäisch-amerikanischen Konsultationsmechanismus zu schaffen. Hierfür könnten an den jeweiligen Botschaften qualifizierte Leute benannt werden. Es sei nicht einzusehen, warum eine solche Gruppe in Washington nicht ebenso gut und im Rahmen strenger Vertraulichkeit funktioniere wie die Bonner Vierergruppe.

(Carrington: Das Bekanntwerden eines solchen Gremiums werde sicher bei anderen EG-Mitgliedern, besonders aber bei den Italienern, auf Mißfallen stoßen. Man dürfe daher diese Gruppe nicht allzu sehr formalisieren).

²⁴ Zum Treffen der Politischen Direktoren der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA am 24. Juni 1980 in Ankara vgl. Dok. 189.

²⁵ Peter Hermes.

²⁶ François Lefebvre de Laboulaye.

²⁷ Nicholas Henderson.

²⁸ Die Washingtoner Botschaftergruppe entstand in den 50er Jahren als Gremium, in dem die Vertreter Frankreichs, Großbritanniens und der USA in erster Linie die Eventualfallplanung für Berlin erörterten. Seit 1961 nahm auch der Botschafter der Bundesrepublik in Washington an diesen Treffen teil.

BM: Wir sollten möglichst bald bei der amerikanischen Seite anregen, die Konsultationen mit der Botschafter-Gruppe der Drei zu beginnen. Der bevorstehende Besuch des Bundeskanzlers in Washington²⁹ werde Gelegenheit bieten, diesen Gedanken mit der amerikanischen Seite aufzunehmen.

5) Außenminister-Treffen EG-ASEAN am 7./8.3.1980 in Kuala Lumpur

Carrington wies darauf hin, daß er Schwierigkeiten habe, angesichts möglicher Entwicklungen in Rhodesien an dem Außenminister-Treffen in Kuala Lumpur teilzunehmen. Es sei notwendig, daß er nach dem Eingang der Wahlergebnisse³⁰, mit denen nicht vor dem 4.3. gerechnet werde, in Anbetracht der voraussichtlich komplizierten Regierungsbildung in London bleibe und jederzeit mit Soames direkten Kontakt aufnehmen könne. Es werde in Großbritannien nicht verstanden werden, wenn er in dieser kritischen Zeit nicht erreichbar sei.

BM unterstrich große politische Bedeutung, die dem AM-Treffen in Kuala Lumpur zukomme. Das gemeinsame Bemühen sollte darauf gerichtet sein, dieses Treffen zu einem Erfolg zu machen. Wenn Großbritannien und Frankreich an dem Treffen nicht teilnähmen, werde dies bei den ASEAN-Ländern große Enttäuschung hervorrufen. Eine Verschiebung des Treffens sei dann immer noch besser als eine Nichtteilnahme von F und UK.

Carrington sagte zu, die Frage seiner Teilnahme nochmals zu überprüfen. Er müsse diese Frage aber auch noch mit PM Thatcher erörtern.

6) KSZE

BM: Der Ablauf des Wissenschaftlichen Forums in Hamburg habe deutlich gemacht, daß auch die SU den KSZE-Prozeß nicht unterbrechen wolle.³¹ Dies habe uns in der Auffassung bestätigt, daß die Vorbereitungen für Madrid³² weitergehen müßten. Wichtig seien in diesem Zusammenhang auch die Kontakte zu den N+N-Staaten. Das Ministertreffen des Europarats in Lissabon³³ müsse gerade für Gespräche mit den N+N-Staaten genutzt werden. Gerade nach Afghanistan sei das Verständnis für die Notwendigkeit vertrauensbildender Maßnahmen noch größer geworden.

(D2 erläuterte in diesem Zusammenhang den Stand unserer Vorbereitungen und unsere Vorstellungen für die Vorbereitungen für Madrid.)

Carrington wies darauf hin, daß AM François-Poncet ihm gegenüber Zweifel geäußert habe, ob die SU wirklich noch an dem Madrider Treffen interessiert sei. AM François-Poncet habe sogar die Befürchtung geäußert, daß die SU möglicherweise ihre Teilnahme an Madrid absagen könne. Frankreich sei jedoch entschlossen, seinen KAE-Vorschlag³⁴ weiter zu verfolgen und scheine geneigt, die Behandlung der Menschenrechtsfrage demgegenüber zurückzustellen. Er,

²⁹ Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 4. bis 8. März 1980 in den USA auf. Zu den Gesprächen vgl. Dok. 71–73.

³⁰ In Rhodesien/Simbabwe fanden am 14. Februar 1980 sowie vom 27. bis 29. Februar 1980 Parlamentswahlen statt, aus denen die Patriotische Front unter Robert Mugabe als Sieger hervorging.

³¹ Zum Wissenschaftlichen Forum der KSZE vom 18. Februar bis zum 3. März 1980 in Hamburg vgl. Dok. 75.

³² Die KSZE-Folgekonferenz wurde am 11. November 1980 in Madrid eröffnet. Vgl. dazu Dok. 319 und Dok. 322.

³³ Zur Sitzung des Ministerkomitees des Europarats am 10. April 1980 in Lissabon vgl. Dok. 115.

³⁴ Zum französischen Vorschlag einer Konferenz für Abrüstung in Europa vgl. Dok. 1, Anm. 11.

Carrington, sei jedoch der Auffassung, daß es insbesondere im Hinblick auf Sacharow³⁵ unmöglich sei, die Menschenrechtsfrage in Madrid zu negieren.

BM: Wichtig sei die Weiterverfolgung unserer sachlichen, unpolemischen, nüchternen und stetigen Linie in der Frage der Menschenrechte. Entscheidend sei eine gleichgewichtige Behandlung der einzelnen Themen in Madrid. Er, BM, halte den französischen KAE-Vorschlag nach wie vor für sehr wichtig. In diesem Zusammenhang sei es auch notwendig, die Gierek-Rede³⁶ zu prüfen. Insbesondere müsse untersucht werden, ob die Gierek-Rede der KAE den Todesstoß versetzen solle oder ob sie vielmehr den Zweck gehabt habe, den französischen KAE-Vorschlag entsprechend östlichen Vorstellungen umzuwandeln.

D2 wies darauf hin, daß französischen Befürchtungen über eine mögliche amerikanische Konfrontationspolitik in der Menschenrechtsfrage durch den Besuch von AM Vance in Paris³⁷ gemildert worden seien. AM Vance habe in Paris eine positive Haltung zu Madrid eingenommen.

BM unterstrich im Hinblick auf die weitere westliche Politik gegenüber der SU, daß gegenüber dem Osten unser Interesse am Fortgang der Entspannung „trotz Afghanistan“ ständig wiederholt und glaubwürdig gemacht werden müsse. Neben dem Festhalten am KSZE-Folgetreffen in Madrid gehöre hierzu die volle Nutzung aller diplomatischen und sonstigen Gesprächsmöglichkeiten sowie die Bekräftigung unserer Bereitschaft zu Verhandlungen im Rüstungskontroll- und Sicherheitsbereich. *BM* unterstrich vor allem die Notwendigkeit, die Sitzung des NATO-Ministerrats in Ankara im Juni d. J.³⁸ sehr sorgfältig vorzubereiten. In Ankara müßten wir die Rüstungskontrollvorschläge des Bündnisses vom Dezember des vergangenen Jahres³⁹ neu präsentieren. Es sei wichtig, daß der Westen abrüstungspolitisch in der Offensive bleibe. Dies auch im Hinblick auf die Wirkung auf die Dritte Welt. Man dürfe nämlich die 104 Stimmen in der VN-GV für die Afghanistan-Resolution⁴⁰ nicht als eine gegebene Größe nehmen. Er, BM, sei sich nicht sicher, ob heute noch einmal die gleiche Zahl von Stimmen für eine entsprechende Resolution abgegeben würde. Es bleibe entscheidend, daß die Dritte Welt immer wieder neu überzeugt werden müsse.

7) Naher und Mittlerer Osten

Carrington wies darauf hin, daß er auf seiner Nah- und Mittelostreise⁴¹ den Eindruck gewonnen habe, daß die arabische Welt geneigt sei, das sowjetische Eingreifen in Afghanistan mit der amerikanischen Unterstützung für die israeli-

³⁵ Zur Verbannung des sowjetischen Atomphysikers Sacharow nach Gorki vgl. Dok. 26, Anm. 17.

³⁶ Zum Vorschlag des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, Gierek, vom 11. Februar 1980 für eine Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 55, Anm. 39.

³⁷ Der amerikanische Außenminister Vance hielt sich am 21. Februar 1980 in Frankreich auf.

³⁸ Zur NATO-Ministerratstagung am 25./26. Juni 1980 in Ankara vgl. Dok. 190.

³⁹ Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 10.

Zur NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1979 in Brüssel vgl. AAPD 1979, II, Dok. 378. Vgl. ferner das Kommuniqué; NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 124–129. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN 1979, S. 1411–1414.

Zur dabei gebilligten Initiative der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 1, Anm. 12.

⁴⁰ Zur Resolution ES-6/2 der Notstandssondertagung der VN-Generalversammlung vom 14. Januar 1980 vgl. Dok. 14, Anm. 11.

⁴¹ Zur Reise des britischen Außenministers Lord Carrington vom 9. bis 18. Januar 1980 in die Türkei, nach Oman, Saudi-Arabien, Pakistan und Indien vgl. Dok. 13, Anm. 9, und Dok. 29, Anm. 25.

sche Besetzung arabischen Landes gleichzusetzen. Selbst gemäßigte arabische Staaten hätten große Schwierigkeiten, die amerikanische Nahostpolitik zu unterstützen. Er, Carrington, sei der Auffassung, daß auch ein erfolgreicher Abschluß der ägyptisch-israelischen Autonomie-Gespräche⁴² die gemäßigten Palästinenser nicht überzeugen werde. Die USA seien unrealistisch, wenn sie dies annehmen sollten. Im übrigen seien die Chancen für ein ägyptisch-israelisches Abkommen in der Autonomie-Frage sehr gering. Der ägyptische Botschafter in London⁴³ habe ihm, Carrington, erklärt, daß die ägyptisch-israelischen Standpunkte sehr weit auseinander lägen und daß es für die Ägypter keinen Raum für Kompromisse mehr gäbe. AM Vance habe ihm, Carrington, gegenüber erklärt, daß die USA es begrüßen würden, wenn die Europäer keine neue Sicherheitsratsresolution zur Nahost-Frage vor dem Ablauf der Autonomie-Verhandlungen, d. h. vor dem 26. Mai 1980, erwägen würden. Die amerikanische Seite habe jedoch nichts gegen europäisch-arabische Gespräche auch schon vor diesem Zeitpunkt. Es komme daher darauf an, den EAD wiederzubeleben⁴⁴ und hierüber unter den Neun eine Einigung zu erreichen.

BM stimmte zu, daß die Europäer vor dem 26.5. in der Frage einer SR-Resolution sowie einer eventuellen Ergänzung der SR-Resolution 242⁴⁵ zur Nahostfrage nicht initiativ werden sollten. Sie sollten sich jedoch bereits vorher über ei-

⁴² Zu den Gesprächen zwischen Ägypten und Israel über eine Autonomie der palästinensischen Gebiete vgl. Dok. 13, Anm. 14.

Am 27./28. Februar 1980 fanden in Den Haag Gespräche von Vertretern Ägyptens, Israels und der USA über eine Autonomie der palästinensischen Gebiete statt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Fiedler informierte Bundesminister Genscher, z. Z. Kuala Lumpur, am 6. März 1980, die amerikanische Botschaft habe am Vortag ein Schreiben des Sonderbeauftragten des amerikanischen Präsidenten für den Nahen Osten, Linowitz, übergeben, in dem dieser einräume, „daß auch in Den Haag der entscheidende Durchbruch ausgeblieben ist“. Linowitz habe unter den noch offenen Fragen die der Wasserrechte hervor. Vgl. den Drahterlaß Nr. 109; Unterabteilung 31, Bd. 135599.

Referat 310 vermerkte am 3. März 1980, „die erste Phase des Normalisierungsprozesses“ zwischen Ägypten und Israel habe mit der Akkreditierung der Botschafter am 26. Februar ihren Abschluß gefunden: „In den neunmonatigen Verhandlungen sind die entscheidenden Probleme, nämlich die legislativen und umfassenden exekutiven Befugnisse des Autonomierates, die Einbeziehung Ostjerusalems, der Status jüdischer Siedlungen und die Befugnisse der israelischen Streitkräfte, ungeklärt geblieben. Der Dissens über die Quelle der Autorität des Autonomierates zeigt den Konflikt der beiderseitigen Zielvorstellungen auf: Israel will sie aus der Militärregierung ableiten, Ägypten aus dem Volkswillen, ausgedrückt in Wahlen. Sadat, gestützt auf die USA, will die Palästinenser durch großzügige Ausgestaltung der Autonomieregelung für die Beteiligung an Verhandlungen gewinnen und ihnen den von ihnen selbst zu beschreitenden Weg in die spätere Selbstbestimmung ebnen. Israel lehnt die palästinensische Selbstbestimmung und alles, was zu ihr führen könnte, ab.“ Dazu führe Israel die Siedlungspolitik fort. Vgl. Unterabteilung 31, Bd. 135599.

⁴³ Mohamed Samih Anwar.

⁴⁴ Zum Stand des Europäisch-Arabischen Dialogs vgl. Dok. 46, Anm. 15.

⁴⁵ Resolution Nr. 242 des VN-Sicherheitsrats vom 22. November 1967: „The Security Council [...] 1) Affirms that the fulfilment of Charter principles requires the establishment of a just and lasting peace in the Middle East which should include the application of both the following principles: i) Withdrawal of Israel armed forces from territories occupied in the recent conflict; ii) Termination of all claims or states of belligerency and respect for and acknowledgement of the sovereignty, territorial integrity and political independence of every State in the area and their right to live in peace within secure and recognized boundaries free from threats or acts of force; 2) Affirms further the necessity a) For guaranteeing freedom of navigation through international waterways in the area; b) For achieving a just settlement of the refugee problem; c) For guaranteeing the territorial inviolability and political independence of every State in the area, through measures including the establishment of demilitarized zones“. Vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. VI, S. 42f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1969, D 578 f.

nen Vorentwurf über eine Resolution einigen für den Fall, daß die Autonomie-Verhandlungen erfolgreich blieben.

BM unterstrich, daß eine neue SR-Resolution, die 242 unberührt lasse, vorstellbar sei. Auch im Falle einer neuen SR-Resolution komme es auf den Zeitpunkt und die Abstimmung mit den USA an. Wichtig sei im übrigen eine Wiederbelebung des EAD. Hierbei sei es denkbar, daß zunächst der Generalsekretär der Arabischen Liga⁴⁶ mit der EG-Präsidentschaft rede. Hierdurch könne der arabischen Welt das positive europäische Interesse an einer Intensivierung des Dialogs signalisiert werden. BM wies in diesem Zusammenhang unter Bezugnahme auf den Besuch des irakischen Außenministers Hammadi in Bonn⁴⁷ und den Besuch von PM Suárez in Bagdad⁴⁸ auf das irakische Interesse an einer Intensivierung des EAD hin.

(D 3⁴⁹ wies auf die Arbeit in der Nahost-Arbeitsgruppe hin, der das 93. PK am 12./13.2.1980⁵⁰ das Mandat erteilt habe, zu prüfen, welche weiteren Schritte in dieser Frage unternommen werden können.⁵¹)

BM wies auf Problem der Beteiligung der PLO⁵² und auf Notwendigkeit hin, parallele Gespräche mit Ägypten zu führen. Auch der irakische AM habe Verständnis dafür gezeigt, daß die Europäer nichts tun wollten, was die arabische Spaltung vertiefe.

Auf eine Frage nach der britischen Haltung zum EAD entgegnete Carrington: Großbritannien habe – was die Teilnahme der PLO am EAD angehe – gewisse politische Probleme, die jedoch in letzter Zeit etwas an Gewicht verloren hätten, nämlich im Zusammenhang mit dem Verhältnis PLO/IRA. Die PLO habe zwar erklärt, daß sie ihre Verbindungen mit der IRA gelöst habe. Trotzdem bleibe das Problem für die britische Regierung, sich mit dem Vorwurf auseinanderzusetzen zu müssen, einerseits Verhandlungen mit der IRA abzulehnen, andererseits jedoch Gespräche mit einer terroristischen Organisation wie der PLO zu führen.

D 3 wies auf die libyschen Bemühungen hin, den radikalen Flügel der PLO unter Habasch zu stärken. Es komme daher darauf an, einer solchen Entwicklung entgegenzuwirken.

⁴⁶ Chedli Klibi.

⁴⁷ Der irakische Außenminister Hammadi hielt sich vom 9. bis 13. Februar 1980 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 46.

⁴⁸ Ministerpräsident Suárez hielt sich vom 10. bis 12. Februar 1980 im Irak auf.

⁴⁹ Andreas Meyer-Landrut.

⁵⁰ Korrigiert aus: „13./14.2.1980“.

⁵¹ Für die Sitzung des Politischen Komitees im Rahmen der EPZ am 12./13. Februar 1980 in Rom vgl. Dok. 57.

⁵² Vortragender Legationsrat Kruse informierte am 29. Februar 1980, Bundesminister Genscher habe entschieden, im Rahmen des Europäisch-Arabischen Dialogs in Zukunft auch über politische Themen zu sprechen: „Dabei geht es uns längerfristig um eine unverfängliche Einbindung der PLO. Die PLO nimmt bereits seit geraumer Zeit im Rahmen der ‚Dubliner Formel‘ (nur jeweils eine arabische und eine europäische Delegation) am EAD teil. In der Erkenntnis, daß ohne Beteiligung der PLO eine dauerhafte, gerechte und umfassende Lösung des Nahost-Problems nicht möglich ist, sollten die Europäer daher eine Einbindung der PLO anstreben“. Nachdem Bundeskanzler Schmidt und Genscher dies gegenüber dem britischen Außenminister Lord Carrington ausgeführt hätten, sei eine Diskussion im Politischen Komitee im Rahmen der EPZ anzustreben. Vgl. den Runderlaß Nr. 1226; VS-Bd. 11148 (310); B 150, Aktenkopien 1980.

Carrington: Die jüngsten radikalen Äußerungen von Arafat hätten die Position der britischen Regierung im Verhältnis zu den Palästinensern nicht erleichtert. Die Israelis hätten nicht gezögert, einflußreiche jüdische Gruppen in Großbritannien auf diese Äußerungen hinzuweisen. Carrington äußerte sich sehr besorgt über die innere Lage Saudi-Arabiens. Korruption und Unfähigkeit hätten ein Ausmaß erreicht, das zu sehr pessimistischen Prognosen Anlaß gäben. Er, Carrington, werde nicht überrascht sein, wenn das derzeitige Regime sich nur noch zwei Jahre lang halten könne. Britische Gesprächspartner mit sehr guten Beziehungen zu saudi-arabischen Bankiers hätten ihm berichtet, daß nach der Besetzung der Moschee in Mekka⁵³ 11 Mrd. Dollar aus Saudi-Arabien nach Europa transferiert worden seien. Das Bedenkliche sei, daß man keinen Einfluß auf den Gang der Dinge habe. Die USA könnten kaum einwirken. Hussein habe keinen Erfolg gehabt. Präsident Giscard hätte vielleicht Einfluß, aber er werde auf seiner Reise in die Golfregion Saudi-Arabien aussparen.⁵⁴

BM: Der saudi-arabische Außenminister sei seit Wochen außer Landes. Offiziell sei er auf Ski-Urlaub. Er werde am 3. März zu einem Besuch in Bonn erwartet.⁵⁵

Carrington schloß diesen Teil des Meinungs austausches mit dem Hinweis, daß auch er für Saudi-Arabien keine Lösung bereit habe.

8) EG-Haushalt/Problem des britischen Netto-Saldos⁵⁶

Carrington wies darauf hin, daß die Frage des britischen Netto-Saldos ausführlich in den Gesprächen des Bundeskanzlers mit PM Thatcher und mit ihm, Carrington, erörtert worden sei.⁵⁷ Darüber hinaus habe auch Staatsminister von Dohnanyi bei seinem jetzigen Besuch in London diese Frage mit Sir Gilmour besprochen.⁵⁸ Er, Carrington, wolle daher nicht Detailfragen dieses Problems erörtern, sondern sich auf die politischen Aspekte beschränken. Er, Carrington, sei mehr und mehr besorgt über die negativen politischen Auswirkungen, falls keine Lösung des Problems des britischen Netto-Saldos gefunden werde. Die Labour Party sei zu mehr als 50% anti-europäisch. Sie werde mehr und mehr eine Partei des „little England“. Diese Strömung gewinne innenpolitisch an Stärke. Die Konservativen seien zwar, bis auf wenige Ausnahmen, pro-europäisch.

⁵³ Am 20. November 1979 besetzten Bewaffnete die Große Moschee in Mekka und hielten bis zur Stürmung durch Sicherheitskräfte zwei Wochen später Geiseln in ihrer Gewalt. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 347 und Dok. 367.

⁵⁴ Staatspräsident Giscard d'Estaing hielt sich vom 1. bis 3. März 1980 in Kuwait, am 3./4. März in Katar, am 5./6. März in den Vereinigten Arabischen Emiraten, vom 7. bis 9. März in Jordanien und am 10. März in Saudi-Arabien auf.

⁵⁵ Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem saudi-arabischen Außenminister Saud al-Faisal vgl. Dok. 70.

⁵⁶ Zum britischen Beitrag zum EG-Haushalt vgl. Dok. 9, Anm. 20.

⁵⁷ Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Premierministerin Thatcher am 25. Februar 1980 in London vgl. Dok. 61.

⁵⁸ Staatsminister von Dohnanyi hielt sich am 25./26. Februar 1980 in London auf. Vortragender Legationsrat Graf Brockdorff vermerkte dazu am 27. Februar 1980, eine Lösung für den britischen Beitrag zum EG-Haushalt sei noch nicht in Sicht: „Die britische Regierung geht jetzt von einem Differenzbetrag von 1800 Mio. ECU [...] aus und fordert mindestens einen Ausgleich von 1200 Mio. ECU (unterste Konzessionsgrenze). Es besteht also eine Lücke von mindestens 450 Mio. ECU zu den Maximalvorstellungen im Kreise der Partner.“ Die britische Regierung sei darüber hinaus der Überzeugung, „daß eine kurze, zeitlich begrenzte Dauer der Lösung (etwa drei bis vier Jahre) nicht akzeptabel sei. Sie besteht weiter auf dem Standpunkt: ‚as long as the problem lasts‘.“ Vgl. Referat 412, Bd. 122404.

Aber sie seien eine patriotische Partei. Auch bei ihnen breite sich mehr und mehr das Gefühl aus, von der EG unfair behandelt zu werden. Dies sei an sich vielleicht noch nicht so schwerwiegend. Hinzu komme jedoch die wirtschaftliche Situation, in der sich Großbritannien derzeit befinde. Die konservative Regierung sei derzeit entschlossen, die britische Wirtschaft wieder auf eine gesunde Basis zu stellen. Dies gehe nicht ohne größere, schmerzhaftes Opfer. Die britische Regierung sei darüber hinaus in einer schwierigen Position, wenn ihr entgegengehalten werde, daß die britischen Netto-Zahlungen inzwischen doppelt so hoch seien wie die gesamte britische Entwicklungshilfe. Er, Carrington, sei ernsthaft besorgt über die langfristigen Auswirkungen: Entweder könne die britische Regierung genötigt sein, Dinge zu tun, welche die übrigen EG-Partner derart verärgerten, daß diese versuchen würden, Großbritannien aus der EG loszuwerden, oder es könne ein politisches Klima in GB entstehen, in dem es für eine britische Regierung unmöglich werde, in der EG zu verbleiben. Die Konsequenzen eines britischen EG-Austritts für die NATO und für Europa würden schwerwiegend sein. Großbritannien könne gezwungen werden, sich auf eine „sieged economy“ zurückzuziehen. Auswirkungen auf die Stationierung britischer Truppen in der BR Deutschland könnten nicht ausbleiben. Großbritannien werde nicht mehr in der Lage sein, sich eine BAOR⁵⁹ zu leisten. Ein britischer EG-Austritt werde daher nicht nur die EG berühren, sondern die Gefahr eines Zusammenbruchs des Bündnisses in sich schließen. Hieran könne jedoch nur die SU Freude haben.

BM: Bisher hätten östliche Pressionen Europa immer vorangebracht. Wenn jetzt das Gegenteil eintrete, so müsse dies verheerende Folgen haben. Er, BM, könne sich nicht vorstellen, daß angesichts der schwerwiegenden Konsequenzen eine Einigung in der Frage des britischen Netto-Saldos nicht möglich sei. Er, BM, gehe davon aus, daß Großbritannien, ebenso wie die BR Deutschland, der EG aus eigenem Interesse beigetreten sei.⁶⁰ Der Grund, daß wir in der Frage der Lösung des britischen Problems auf der Stelle träten, läge darin, daß wir das Problem auf Beträge, Summen und Verrechnungseinheiten verengt hätten. Der Bundeskanzler habe jetzt in London die Frage gestellt, ob Großbritannien nicht etwas tun könne, was es den anderen EG-Partnern leichter mache, über die bisherigen Kompromißangebote hinaus zu gehen. Es erscheine ihm, BM, richtig, über diese Punkte zu sprechen.

Carrington stimmte zu und wies darauf hin, daß F den Gedanken einer Paketlösung aufgebracht habe. Die Frage bleibe jedoch, worin eine solche Paketlösung bestehen solle. Ob man hierzu britisches Entgegenkommen in der Fischereipolitik⁶¹ rechne? Aber in diesem Bereich gebe es in jüngster Zeit Fortschritte. Das Einbringen der Energiefrage in eine Paketlösung habe zwar von der Präsentation her gewisse Vorteile, werde von der Sache her jedoch wenig bringen.

BM: Angesichts der Fortschritte in der Fischereipolitik sollte es leicht sein, eine Fischereiordnung zu vereinbaren. In der EG seien in dieser Frage die Fron-

⁵⁹ British Army of the Rhine.

⁶⁰ Dänemark, Großbritannien und Irland unterzeichneten am 22. Januar 1972 den Vertrag über einen Beitritt zu EWG, EURATOM und EGKS mit Wirkung zum 1. Januar 1973. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 1127–1431.

⁶¹ Zu den Verhandlungen über die EG-Fischereipolitik vgl. Dok. 60, Anm. 20.

ten derart festgefahren gewesen, daß man nicht mehr gefragt habe, wie eine solche Fischereiordnung aussehen solle, sondern nur noch, ob man sich überhaupt in dieser Frage noch einigen könne. Auch auf dem Schaffleisch-Markt sollte es möglich sein, sich zu einigen.⁶² Wir seien zwar gegen jede neue Marktordnung. Falls jedoch eine Einigung hiervon abhängt, so komme es auf eine weitere Marktordnung auch nicht mehr an. In diesem Zusammenhang stelle sich auch die Frage eines britischen Beitritts zum EWS. (*Carrington* warf ein, daß die Finanzexperten von einem britischen Beitritt zum EWS dringend abrieten).

BM: Es werde hilfreich sein, wenn Großbritannien sagen würde, es werde innerhalb der nächsten 18 Monate zu einem Zeitpunkt, der geeignet erscheine, dem EWS beitreten. Ein solcher Beitritt solle nicht von dem nächsten Europäischen Rat⁶³ abhängig gemacht werden. Es sei aber richtig, daß eine zeitliche Perspektive genannt werde. Europäische Gesten seitens Großbritanniens seien wichtig, denn diese würden es den anderen EG-Partnern ermöglichen, sich im finanziellen Bereich mehr zu bewegen. *BM* wies anschließend auf ein Interview von *PM Thatcher* in der britischen TV-Sendung „Panorama“ hin, in der sie u. a. eine Suspendierung des britischen Beitrags zum EG-Haushalt angedeutet hatte.⁶⁴ (*Carrington*: *PM Thatcher* sei eine „very direct lady“, die ihre Aussagen wenig verpacke.)

BM wies nochmals darauf hin, daß eine Lösung leichter sein werde, wenn man eine Paketlösung ins Auge fasse. Wenn man neue Elemente in die Diskussion einführe, dann müßte eine Einigung möglich sein. Wenn man aber nur auf der Grundlage alter Zahlungen über die Differenzen rede, dann sei auch er, *BM*, pessimistisch. Auf die Frage von *Carrington*, ob die Kommission in dieser Frage mehr tun könne, entgegnete *BM*, daß man hierbei mit französischen Vorbehalten rechnen müsse. Ein Ausweg könne jedoch eine Initiative der Präsidentschaft sein. *PM Cossiga* sei in dieser Frage sehr aktiv. (*Carrington* stimmte zu.) Wenn allerdings die Staats- und Regierungschefs in Brüssel sich nur über Afghanistan und Olympia-Boykott unterhielten, dann würden sie wohl kaum in der Lage sein, diese Frage in Brüssel zu lösen.

Carrington warf ein, daß man als Teil einer Paketlösung auch erhöhte Rückflüsse nach Großbritannien ins Auge fassen müsse.

BM wies abschließend nochmals darauf hin, daß man die psychologische Bedeutung einer britischen Erklärung über die grundsätzliche Bereitschaft, dem EWS beizutreten, nicht unterschätzen dürfe.

VS-Bd. 14083 (010)

⁶² Zu den Verhandlungen über eine EG-Marktordnung für Schaffleisch vgl. Dok. 60, Anm. 21.

⁶³ Die Tagung des Europäischen Rats war für den 31. März und 1. April 1980 in Brüssel vorgesehen, wurde jedoch auf den 27./28. April verschoben. Zur Tagung in Luxemburg vgl. Dok. 134.

⁶⁴ Die Sendung wurde am 25. Februar 1980 ausgestrahlt.

63

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fleischhauer**501-505 BV SOW/15-183/80 VS-vertraulich****27. Februar 1980**Über Herrn Staatssekretär¹ dem Herrn Bundesminister²Betr.: Deutsch-sowjetische Kooperationsabkommen³;
hier: mögliche Einstellung der Gewährung von Hermes-Bürgschaften

Bezug: a) Direktorenbesprechung vom 7.2. d. J.

b) Vorlagen der Abt. 5 vom 29.1.⁴ und 7.2.1980 mit der darauf bezugnehmenden Vorlage von Dg 21 vom 5.2.1980⁵ und handschriftliche Bemerkung von StS Dr. Lautenschlager¹ Hat Staatssekretär Lautenschlager am 7. März 1980 vorgelegen.² Hat Bundesminister Genscher am 29. März 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ich habe vor dem Deutschen Bundestag auf die [deu]t[sch]-sowjet[ische] Deklaration hingewiesen, die zur Unteilbarkeit Stellung nimmt. Ich würde diesen Gesichtspunkt nicht außer acht lassen, falls dazu Anlaß besteht.“

Hat Staatssekretär Lautenschlager am 31. März 1980 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Fleischhauer verfügte.

Hat Fleischhauer am 8. April 1980 erneut vorgelegen, der handschriftlich für Referat 501 vermerkte: „[B]itte deutsch-sowjet[ische] Deklaration vom Mai 1978 beiziehen (am besten Übern[ahme] und Prüff[un]g 500).“ Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 10766 (501); B 150, Aktenkopien 1980.

³ Für den Wortlaut des Abkommens vom 6. Mai 1978 über die Entwicklung und Vertiefung der langfristigen Zusammenarbeit der Bundesrepublik und der UdSSR auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie vgl. BUNDESGESETZBLATT 1979, II, S. 59f.

Für den Wortlaut des Abkommens vom 30. Oktober 1974 zwischen der Regierung der Bundesrepublik und der Regierung der UdSSR über die weitere Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 1439f.

⁴ Ministerialdirektor Fleischhauer vermerkte, die USA erwarteten von der Bundesregierung die Einstellung von Hermes-Bürgschaften für Exporte in die UdSSR. Das Bundesministerium für Wirtschaft habe deshalb um Stellungnahme gebeten, ob die Bundesregierung die Kooperationsabkommen mit der UdSSR verletze, wenn sie in Zukunft keine Bürgschaften mehr für Lieferungen dorthin erteile. Rechtlich bestünden gewisse Spielräume: „Allerdings müssen wir uns darüber im klaren sein, daß die Einstellung von Hermes-Bürgschaften für Exporte in die Sowjetunion [...] bedeuten würde, daß wir das sowjetische Vorgehen in Afghanistan als konkreten Eingriff in die bilateralen Beziehungen zwischen uns und der Sowjetunion werten.“ Die UdSSR würde darin wohl einen Vertragsbruch sehen: „Da es eine neutrale Schiedsinstanz [...] nicht gibt, würden wir somit durch das Eingehen auf den amerikanischen Wunsch unseren Gegenmaßnahmen gegen die Sowjetunion eine neue Dimension geben.“ Vgl. VS-Bd. 10766 (501); B 150, Aktenkopien 1980.

Staatssekretär Lautenschlager vermerkte auf der Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fleischhauer vom 29. Januar 1980 handschriftlich für Staatssekretär van Well: „1) Dies ist mir zu kompliziert: Wir haben zugesagt, uns anzustrengen... Wenn wir uns nicht anstrengen, sondern sogar das Gegenteil tun, halten wir uns objektiv nicht an den Vertrag. 2) Eine andere Frage ist, ob es für letzteres ggf. einen völkerrechtlichen Rechtfertigungsgrund gibt (Gegenmaßnahmen auf sowjet[isches] Verhalten im deutsch-sowj. Verhältnis). Diese Frage kann nur politisch entschieden werden, je nachdem, ob wir gravierende, Gegenmaßnahmen rechtfertigende Störungen im deutsch-sowj. Verhältnis annehmen wollen oder nicht (Darüber, ob dann unsere ‚Maßnahmen‘ ‚gerechtfertigt‘ sind, wird es mit der SU kein Einverständnis geben; eine übergeordnete Instanz gibt es nicht). In jedem Fall müßten wir darlegen, warum wir ‚zu Recht‘ unsere Zusagen nicht einhalten. 3) M. E. fordert diese Aufz[eichnung] eine ergänzende pol[itische] Bemerkung der Abt[eilung] 2.“ Vgl. VS-Bd. 10766 (501); B 150, Aktenkopien 1980.

⁵ Ministerialdirigent Lücking vermerkte, das Abkommen vom 6. Mai 1978 über die Entwicklung und Vertiefung der langfristigen Zusammenarbeit der Bundesrepublik und der UdSSR auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie lasse hinsichtlich der Förderungswürdigkeit einzelner Projekte einen Ermessensspielraum. Würde die Bundesregierung die Vergabepaxis der Hermes-Bürgschaften än-

c) Vorlage der Abt. 5 vom 7.2.1980⁶ mit handschriftlichen Bemerkungen des Herrn Bundesministers vom 10.2.1980⁷

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

Die Frage unserer Haltung gegenüber dem amerikanischen Wunsch auf „severe restrictions“ (Carter-Brief an Bundeskanzler⁸) unserer Hermes-Bürgschaften im Verhältnis zur Sowjetunion ist im Lichte der Aufzeichnung vom 29.1. und 7.2. d.J. und der dazu gemachten Bemerkungen des Herrn Bundesministers mit folgendem Ergebnis überprüft worden:

Fortsetzung Fußnote von Seite 364

dern, so läge der Grund „in dem veränderten Verhalten der Sowjetunion gegenüber einem dritten Staate, nämlich Afghanistan“. Indirekt habe die sowjetische Intervention negative Auswirkungen auf das deutsch-sowjetische Verhältnis. Er stehe deshalb auch „nicht im Einklang mit Artikel 2 des Moskauer Vertrages“. Die Bundesregierung könne argumentieren, daß die sowjetische Verletzung von Völkerrechtsnormen sie von der Verpflichtung zu Anstrengungen bei der Gewährung von Bürgschaften entbinde: „Die Sowjetunion würde aber – und zwar zu recht – aus dem Abgehen von unserer bisherigen Praxis in diesem Bereich die Schlußfolgerung ziehen, daß der bislang auf Grundlage des Moskauer Vertrages im bilateralen Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion erreichte Stand der Zusammenarbeit in Frage gestellt wird, und ihrerseits mit entsprechenden Maßnahmen reagieren. Insofern würde die Versagung der Gewährung von Hermes-Bürgschaften mit Sicherheit im deutsch-sowjetischen Verhältnis den Beginn einer Eskalation darstellen, den wir vermeiden müssen. Die Versagung von Hermes-Bürgschaften mag für sich gesehen – vor allem vom amerikanischen Standpunkt aus – lediglich einen limitierten Eingriff in die deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen darstellen und insofern mit den amerikanischen Maßnahmen, wie der Einstellung der Weizenlieferungen, qualitativ vergleichbar sein.“ Eine solche Betrachtungsweise verkenne jedoch einen fundamentalen Unterschied: „Durch die deutsche Aktion würde notwendigerweise nach der Gesamtanlage unserer Beziehungen zur Sowjetunion – auch als vierter Statusmacht für Deutschland und Berlin – der mit viel Mühe und Opfern erreichte Modus vivendi, an dem letztlich wir ein größeres Interesse haben als die Sowjetunion, in Frage gestellt“. Gegenüber den USA könne auf die besondere geographische und politische Situation der Bundesrepublik verwiesen werden. Eine Verschlechterung der deutsch-sowjetischen Beziehungen könne „auch nicht im wohlverstandenen Interesse unserer Alliierten und Freunde liegen“. Daher sei eine Versagung von Bürgschaften „mit dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit der Mittel“ nicht zu vereinbaren. Vgl. VS-Bd. 10766 (501); B 150, Aktenkopien 1980.

⁶ Ministerialdirektor Fleischhauer resümierte, eine Einstellung der Hermes-Bürgschaften für Exporte in die UdSSR „würde objektiv gegen vertragliche Verpflichtungen aus Artikel 5 des langfristigen deutsch-sowjetischen Kooperationsabkommens 1978 verstoßen. Diese Bestimmung enthält zwar keine konkrete Leistungspflicht, wohl aber die Verpflichtung zu positiver staatlicher Bürgschaftspolitik, die über bloßes Bemühen hinausgehen soll.“ Die Bundesregierung werde jedoch nicht behaupten können, „daß die zweifellos eingetretene Klimaverschlechterung im Verhältnis zur Sowjetunion bereits einen Eingriff in die Abkommen von 1978 und 1974 rechtfertigt“. Vgl. VS-Bd. 10766 (501); B 150, Aktenkopien 1980.

⁷ Bundesminister Genscher vermerkte auf der Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fleischhauer vom 7. Februar 1980 handschriftlich: „Die Ziele des Abkommens sind nicht nur bilaterale (s. Hinweis auf Moskau-Vertrag und über diesen auf VN-Charta etc., sowie direkte Bezugnahme auf KSZE-Schlußakte). Die Tauglichkeit der vertraglichen Instrumente zur Erreichung eines Vertragszwecks ist daher auch von daher zu sehen, im übrigen orientieren sich die nicht objektiv beschriebenen ‚Anstrengungen‘ an den Möglichkeiten der Vertragspartner. Diese Möglichkeiten hängen wiederum von anderen Faktoren (Verpflichtungen im Bündnis, für die Dritte Welt etc.) ab. Entscheidend ist, daß der Begriff ‚Anstrengungen‘ weder ‚quantitativ‘ noch ‚qualitativ‘ umschrieben ist. Unabhängig davon ist die Frage im Rahmen des Rechtsrahmens politisch zu entscheiden. Eine – auch in der Sache nicht vertretbare – Auffassung, der Rechtsrahmen lasse keine Bewegungsmöglichkeiten zu, würde die politische Handlungsfähigkeit unzulässig einschränken. Der Hinweis auf die Vertragstreue der Bundesrepublik Deutschland bleibt für das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten, aber auch Richtung Osten, bedeutsam.“ Vgl. VS-Bd. 10766 (501); B 150, Aktenkopien 1980.

⁸ Zum Schreiben des Präsidenten Carter vom 11. Februar 1980 an Bundeskanzler Schmidt vgl. Dok. 55, Anm. 20.

1) Artikel 5 des langfristigen deutsch-sowjetischen Kooperationsabkommens 1978 und die entsprechende Bestimmung des Kooperationsabkommens 1974 enthalten zwar keine konkrete Leistungspflicht, wohl aber die völkerrechtliche Verpflichtung zu positiver staatlicher Bürgschaftspolitik, die über bloßes Bemühen hinausgehen soll („Anstrengungen zu unternehmen, damit Kredite zu möglichst günstigen Bedingungen gewährt werden“). Dabei besteht vom Vertragszweck her zunächst einmal ein gewisser Ermessungsspielraum unter wirtschaftlichen Kriterien der Förderungswürdigkeit einzelner Projekte. Auf der anderen Seite haben wir durch unser bisheriges Verhalten in der Bürgschaftspolitik einen Standard für das gesetzt, was wir als vertraglich erfordert und zur Erfüllung unserer Verpflichtungen notwendig ansehen.

2) Darüber hinaus kann sich ein Spielraum bei der Anwendung von Artikel 5 des langfristigen Kooperationsabkommens 1978 und der korrespondierenden Vorschrift des Abkommens 1974 aus der Nähe der beiden Abkommen zu den bilateralen Beziehungen ergeben, ohne daß es eines Rückgriffs auf Rechtfertigungsgründe des allgemeinen Völkerrechts bedarf (Repressalie, Nothilfe etc.). Denn das langfristige Abkommen von 1978 – fast ein politischer Vertrag – läßt sich ebensowenig wie des Kooperationsabkommen von 1974 von der Entwicklung der bilateralen Beziehungen lösen. Dies ergibt sich aus dem Gesamtkontext der Abkommen, wie er in den Präambeln und im Falle des langfristigen Abkommens auch in Artikel 1 deutlich wird; die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten wird als ein notwendiges Element zur Festigung der bilateralen Beziehungen auf einer stabilen und langfristigen Grundlage angesprochen. Diese Verknüpfung bedeutet, daß die Verpflichtung des einen Partners zur Durchführung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit nicht zu trennen ist von der politischen Handhabung der beiderseitigen Beziehungen durch den anderen Partner. In dem Maße, in dem die Sowjetunion in das Substrat der bilateralen Beziehungen zu der Bundesrepublik Deutschland eingreift, gewinnt die Bundesrepublik Deutschland Bewegungsspielraum bei der Anwendung der beiden Abkommen von 1974 und 1978.

3) Die Entscheidung darüber, wann die Schwelle der Eingriffsmöglichkeiten wegen des Konnexes zu den bilateralen Beziehungen erreicht ist, ist sicherlich zu einem guten Teil eine politische. Rechtlich ist jedoch zu sagen, daß auch über Artikel 2 des Moskauer Vertrages⁹ und die KSZE-Schlußakte¹⁰ nicht jeder Verstoß gegen Verpflichtungen erga omnes aus der VN-Satzung¹¹ in das bilaterale Verhältnis durchschlägt. Vielmehr stellt der Moskauer Vertrag auf das gegenseitige Verhältnis der beiden Vertragsparteien zueinander ab, das von ihm in seiner Gesamtheit erfaßt werden soll, d.h. also auch dort, wo die beiden Staaten sich im Bereich der europäischen Sicherheit und der internationalen Sicherheit gegenüberstehen. Über ihr Verhalten im gegenseitigen Verhältnis hinaus haben die beiden Staaten sich durch den Moskauer Vertrag gegenseitig jedoch

⁹ Für den Wortlaut von Artikel 2 des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354.

¹⁰ Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

¹¹ Für den Wortlaut der VN-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 433–503.

keine Verhaltenspflichten für ihr außenpolitisches Gesamtverhalten auferlegt. Die KSZE-Schlußakte stellt ihrerseits auf das Verhältnis der europäischen Staaten untereinander ab.

4) Die Bundesregierung hat bisher nicht zu erkennen gegeben, daß sie den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan bei aller Kritik als direkten Eingriff in die bilateralen Beziehungen ansieht. Sie versucht im Gegenteil, trotz der offenen Verurteilung der Sowjetunion den „acquis politique“ in den deutsch-sowjetischen Beziehungen zu wahren. Unter diesen Umständen wird die Bundesregierung nicht behaupten können, daß die zweifellos eingetretene Klimaver schlechterung im Verhältnis zur Sowjetunion bereits ein Abgehen von unserer bisherigen Bürgschaftspolitik rechtfertigt. Dies ist um so mehr zu beachten, als die Bürgschaftsgewährung für den deutsch-sowjetischen Handel ein zentrales Element ist. Eine Einstellung der in Artikel 5 (1978) bzw. Artikel 3 (1974) des Abkommens vorgesehenen Bemühungen würde die Sowjetunion vermutlich zu Gegenmaßnahmen veranlassen, die weit über den Bereich dieser Verträge hinausreichen und den *acquis politique* erst recht vernichten würden.

5) Angesichts unserer vertraglichen Verpflichtung, die Kooperation zu fördern, käme auch eine teilweise Änderung unserer Bürgschaftspolitik rechtlich gesehen einem Vertragsbruch gleich; im übrigen ist es schon nach innerstaatlichem Recht nicht möglich, bei gleichen Bedingungen der einen Exportfirma Hermes-Bürgschaften zu geben, anderen aber solche zu versagen.¹²

D 2¹³ und D 4¹⁴ haben mitgezeichnet.

Fleischhauer

VS-Bd. 10766 (501)

¹² Zu diesem Absatz vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Differenzierung ließe sich nur risikopolitisch begründen.“

¹³ Klaus Blech.

¹⁴ Per Fischer.

64

Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Giscard d'Estaing

Geheim

29. Februar 1980¹

Telefongespräch mit Präsident Giscard am 29. Februar 1980 von 11.35 Uhr bis 12.00 Uhr

Bundeskanzler gratuliert dem Präsidenten zu den sehr klaren Darlegungen zu deutsch-französischen Beziehungen und der deutsch-französischen Erklärung² vor dem französischen Fernsehen.³ Er hat praktisch dasselbe vor dem Bundestag gesagt⁴ und die deutsch-französische Erklärung neben den beiden Erklärungen des Bundeskanzlers und des Bundesaußenministers vom 17. Januar 1980 vor dem Bundestag⁵ als eins der drei grundlegenden Dokumente unserer Politik bezeichnet. Er hat das auch im Hinblick auf seinen kommenden Besuch in Washington⁶ gesagt.

Giscard hofft, daß er sich an die verabredete Linie gehalten hat. Er fragt, wo der Bundeskanzler Präsident Carter – der sicherlich den Kanzlerbesuch in Washington zu einem persönlichen Erfolg für sich ausgestalten möchte – entgegenkommen kann.

Bundeskanzler kann Präsident Carter nur in einem Punkt entgegenkommen, nämlich der realen Aufstockung des Verteidigungshaushalts um 3%.⁷ Das hat er bereits Vance mitgeteilt.⁸ Dabei wird er allerdings auch nicht verschweigen, daß wir Deutsche – im Gegensatz zu anderen – das seit längerer Zeit jedes Jahr getan haben. (*Giscard*: In jedem Fall eine gute Entscheidung.)

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 29. Februar 1980 gefertigt und über Staatssekretär Schüler, Bundeskanzleramt, an Bundeskanzler Schmidt weitergeleitet. Dazu vermerkte er: „Eilt sehr! Für mögliche Besprechung BM Genscher am Rande des Treffens mit den Länderministerpräsidenten.“

Hat Schmidt am 29. Februar 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Kopie z[u] d[en] A[k-ten] pr[ivat] (S[ammlun]g-P[an]z[er]) bei mir. 2) Chef B[undes]K[anzler]A[mt]. 3) A 2.“

Hat Schüler vorgelegen.

Hat von der Gablentz am 4. März 1980 erneut vorgelegen.

² Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung anlässlich der deutsch-französischen Konsultationen am 4./5. Februar 1980 in Paris vgl. BULLETIN 1980, S. 117f.

³ Staatspräsident Giscard d'Estaing erklärte am 26. Februar 1980 im französischen Fernsehen, die UdSSR müsse ihre Truppen aus Afghanistan abziehen, das keine Bedrohung für seine Nachbarn darstellen dürfe. Außerdem müßten die Afghanen selbst die Politik ihres Landes bestimmen. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 277–279 (Auszug).

⁴ Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Schmidt vom 28. Februar 1980 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTe, Bd. 114, S. 16167–16175.

⁵ Bundeskanzler Schmidt gab am 17. Januar 1980 im Bundestag eine Regierungserklärung ab. Für den Wortlaut vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTe, Bd. 113, S. 15578–15584.

Für die Ausführungen des Bundesministers Genscher am selben Tag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTe, Bd. 113, S. 15593–15600.

⁶ Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 4. bis 8. März 1980 in den USA auf. Zu den Gesprächen vgl. Dok. 71–73.

⁷ Vgl. dazu die „Ministerial Guidance 1977“ der NATO vom 17./18. Mai 1977; Dok. 1, Anm. 8.

⁸ Der amerikanische Außenminister Vance hielt sich am 19./20. Februar 1980 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 55.

Zu weitergehenden Forderungen der Amerikaner auf Leistungen für Infrastrukturvorhaben der NATO⁹ und für „Host Nation Support“¹⁰ wird er darauf hinweisen, daß es sich nicht um bilaterale, sondern um Bündnisentscheidungen handelt. Um ganz ehrlich zu sein: Wir haben das Geld nicht und denken auch nicht daran, es zu drucken.

Giscard: Auf den Hinweis des Kanzlers auf unsere Türkeihilfe¹¹ betont er, daß sich das französische Kabinett am 27.2. für einen Beitrag zur Türkeihilfe ausgesprochen hat. Monory hat den Auftrag, sich mit uns in Verbindung zu setzen und den Betrag festzulegen.

Bundeskanzler berichtet über die interessanten Darlegungen von MP Suárez zu Nahost¹² und regt an, daß sich Giscard noch vor seiner Nahost-Reise¹³ auf

- ⁹ Bei der Ministertagung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 15./16. Mai 1979 in Brüssel wurde Einigung über die gemeinsame Finanzierung eines neuen, auf fünf Jahre angelegten Infrastrukturprogramms in deutlich erhöhtem Umfang erzielt. Vgl. dazu Ziffer 15 des Communiqués; NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 110. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 324. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 140.
- ¹⁰ Referat 201 notierte am 12. Februar 1980, Host Nation Support bezeichne „neue Überlegungen der US-Regierung zur Verstärkung konventioneller amerikanischer Streitkräftekontingente in Mitteleuropa. Insbesondere sollen die Heranführungszeiten von US-Verstärkungen, die im Rahmen der westlichen Verteidigungsplanung zum Einsatz in Mitteleuropa bestimmt sind, drastisch reduziert werden. [...] Wesentliche Voraussetzung dieses Programms ist es, daß wir unsere Unterstützungsleistungen erheblich ausweiten. Hierbei geht es insbesondere um die Kosten für: Einlagerung von Waffen, Gerät, Munition und Betriebsstoffen für die Verstärkungskräfte; Luft- und Seetransport der Verstärkungskräfte aus Übersee; US-Kampftruppen, denen eigene Logistik- und sonstige Unterstützungsgruppen fehlen.“ Dies füge sich in amerikanische Bemühungen, die europäischen NATO-Mitgliedstaaten zu höheren Verteidigungsleistungen zu bewegen. Planungen bestünden für Belgien, die Bundesrepublik, Dänemark, Großbritannien, Luxemburg und die Niederlande. Bundesminister Apel habe den amerikanischen Verteidigungsminister Brown um Präzisierung der von der Bundesrepublik erwarteten Leistungen gebeten. Vgl. VS-Bd. 10268 (201); B 150, Aktenkopien 1980.
- ¹¹ Zur Wirtschafts-, Finanz- und Verteidigungshilfe für die Türkei vgl. Dok. 22.
Am 27. Februar 1980 übermittelte Bundesminister Genscher Staatssekretär Schüler, Bundeskanzleramt, eine Beschlußvorlage für die Sitzung des Bundessicherheitsrats am selben Tag. Darin hieß es, die Türkei benötige dringend Finanzhilfe, um eine Devisenlücke von 1,5 Mrd. Dollar zu decken. Die Bundesrepublik solle sich mit ihren Partnern aus der OECD im Rahmen eines langfristigen Sanierungsprogramms durch Kredite ohne Projekt- und Lieferbindung beteiligen: „BM Matthöfer hat der türkischen Regierung bereits angekündigt, daß wir im Vorgriff auf unseren Beitrag zur Sonderhilfsaktion 1980 einen Beitrag von DM 100 Mio. aus dem Bundeshaushalt 1980 [...] kurzfristig als Überbrückungshilfe zur Verfügung stellen können.“ Die türkische Regierung habe wegen der zunehmenden Unruhe im Lande außerdem um Unterstützung bei der Modernisierung der Polizei gebeten. Eine modern ausgerüstete und nach rechtsstaatlichen Vorstellungen ausgebildete Polizei sei die „einzige demokratische Alternative“. Die Bundesregierung wolle hier einen Schwerpunkt auf die Bekämpfung des Drogenhandels setzen. Dringend modernisiert werden müßten auch die türkischen Streitkräfte. Daher solle eine zusätzliche Verteidigungshilfe gewährt werden, die die schrittweise Einführung des Kampfpanzers „Leopard“ sowie die Ausstattung von Kampfpanzern M-48 mit Dieselmotoren und 105-mm-Kanonen ermögliche. Vgl. VS-Bd. 11100 (203); B 150, Aktenkopien 1980.
Ministerialdirigent Dröge vermerkte am 29. Februar 1980, der Bundessicherheitsrat habe am 27. Februar „ein umfassendes und durchgreifendes Programm der Wirtschafts-, Ausrüstungs- und Rüstungs-sonderhilfe“ für erforderlich befunden. Zugleich sei Griechenland eine im Umfang deutlich geringere zusätzliche Verteidigungshilfe zu gewähren: „Der genaue Umfang der Hilfe an die Türkei und an Griechenland und der Zeitrahmen für die Abwicklung bedarf weiterer Beschlußfassung.“ Ferner empfehle der Bundessicherheitsrat dem Kabinett eine Ausrüstungshilfe für die türkische Polizei. Das Auswärtige Amt solle auf entsprechende Verteidigungshilfen der anderen NATO-Mitgliedstaaten für die Türkei hinwirken. Vgl. VS-Bd. 14088 (010); B 150, Aktenkopien 1980.
- ¹² Ministerpräsident Suárez hielt sich vom 10. bis 12. Februar 1980 im Irak und am 12./13. Februar 1980 in Jordanien auf. Am 25. Februar 1980 führte Bundeskanzler Schmidt mit Ministerpräsident Suárez ein Gespräch. In der Presse wurde dazu berichtet, Suárez habe mit Schmidt vor dem Hintergrund der Ergebnisse seiner Reise das weitere Vorgehen nach der sowjetischen Intervention in Afghanistan

diplomatischem Wege über die Vorstellungen von Suárez unterrichten läßt (Giscard: heute oder morgen).

Giscard fragt, ob Deutsche und Franzosen in der Olympia-Frage weiterhin zu den gleichen Schlußfolgerungen kommen. Wird die Entwicklung zu einer Absage der Spiele führen?

Bundeskanzler meint, daß die Spiele letzten Endes wohl doch stattfinden werden – allerdings in Abwesenheit der Amerikaner, vieler Europäer und einiger Staaten der Dritten Welt, die nicht teilnehmen können, wenn die Amerikaner nicht teilnehmen.

Giscard meint, daß, wenn es dazu kommt, letztlich auch die Franzosen nicht teilnehmen können. Das wird er allerdings nicht öffentlich sagen.

Bundeskanzler will auch seinerseits eine Entscheidung verschieben, solange es noch irgendeine Hoffnung für Bewegung in Richtung eines sowjetischen Truppenrückzuges aus Afghanistan gibt. Der britische Neutralitätsgedanke erscheint ihm vielleicht etwas naiv, verleiht aber der westlichen Forderung nach Truppenrückzug Glaubwürdigkeit. Die Forderung wird nicht glaubwürdig, wenn man gleichzeitig die Aufstände in Afghanistan unterstützt.

Eine Olympia-Entscheidung sollte aber eine abgestimmte Entscheidung sein.

Giscard teilt völlig die Auffassung des Bundeskanzlers. Er weiß allerdings nicht, was die Sowjetunion vorhat. Im Gespräch mit AM François-Poncet gab der sowjetische Botschafter¹⁴ gestern gewisse positive Hinweise in Richtung auf einen Truppenrückzug. Wenn es wirklich zu einer Bewegung kommt, kann sich auch die USA noch anpassen. Wenn nicht, liegt die Sache anders (Bundeskanzler: Dann müssen wir uns anpassen).

Wenn die Sowjets eine harte Linie in Afghanistan vertreten, geraten sie in eine Lage, die die Franzosen aus Algerien kennen. Wenn sie drei Jahre in einem Lande kämpfen, können sie nur erreichen, sich dieses Land für immer zum Feind zu machen. Es gibt dann auch keine Möglichkeit mehr, sich mit Würde zurückzuziehen. Diese Einschätzung hat er auch den Sowjets mitteilen lassen. Sicherlich gibt es einige Leute im Kreml, die auch hierüber nachdenken.

Bundeskanzler möchte festhalten, daß Deutsche und Franzosen, wenn sie schließlich zu einer Entscheidung über Olympia kommen, dies gemeinsam tun. Eine Entscheidung wird spätestens Ende Mai notwendig werden, vielleicht schon früher.

Auf Giscard's Einwurf, daß dies nur für den Fall von Fortschritten beim Truppenabzug gelte, stellt er fest, daß jedenfalls jetzt keine Notwendigkeit zu einer Entscheidung besteht. Diese Notwendigkeit könnte allerdings auch dann entstehen, wenn sich die Lage verschlechtert.

Fortsetzung Fußnote von Seite 369

stan erörtert. Vgl. dazu den Artikel „Hektische Besuchsdiplomatie in Europa“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 26. Februar 1980, S. 1. Vgl. dazu ferner das Gespräch Schmidt mit Suárez am 7./8. Januar 1980 in Madrid; Dok. 4 und Dok. 7.

¹³ Staatspräsident Giscard d'Estaing hielt sich vom 1. bis 3. März 1980 in Kuwait, am 3./4. März in Katar, am 5./6. März in den Vereinigten Arabischen Emiraten, vom 7. bis 9. März in Jordanien und am 10. März in Saudi-Arabien auf.

¹⁴ Stepan Wassiljewitsch Tscherwonenko.

Giscard bittet, Präsident Carter folgendes zu berichten, falls er auf die Absage des für Bonn geplanten Außenministertreffens¹⁵ zu sprechen kommt: Die Presseindiskretion hat ein solches Treffen unmöglich gemacht. Nachdem es einmal öffentlich bekannt war, hätte ein solches Treffen nur zu Presseberichten über westliche Uneinigkeit führen können.

Bundeskanzler teilt diese Auffassung, über die er auch mit Vance gesprochen hat.

Giscard berichtet, daß nach seinem Eindruck die Kampagne der Opposition gegen die Haltung der Bundesregierung in Deutschland nicht verfangt. Er hat nach Meinungsumfragen eine weite Unterstützung für seine Politik nach der Fernsehsendung festgestellt. Er hat den Eindruck, daß die öffentliche Meinung in Deutschland und Frankreich ungefähr auf derselben Linie liegt.

Bundeskanzler berichtet, daß er nach einem privaten Besuch in London auf Anregung Carringtons, den er bei einem Abendessen traf, bei PM Thatcher um einen Höflichkeitsbesuch gebeten hat. Auf ihre Bitte ist daraus ein Gespräch von eineinhalb Stunden geworden.¹⁶ Nach seinem Eindruck versteht Carrington durchaus, daß die britische Haltung in der Frage des EG-Finanzbeitrags auf längere Sicht nicht aufrechtzuerhalten ist. Auch er sieht, daß es nur eine Lösung in Form eines package deal einschließlich solcher Fragen wie die Fischerei¹⁷, Lammfleisch¹⁸ und EWS geben kann. MP Thatcher allerdings zögert immer noch, dies zu verstehen, und gießt weiter Öl in das Feuer, das die britische Presse in dieser Frage entzündet. Er hat ihr deutlich gesagt, daß es nur zwei Möglichkeiten gibt, beim nächsten Europäischen Rat¹⁹ eine Wiederholung von Dublin²⁰ zu vermeiden: entweder die Vorbereitung eines Kompromißvorschlags durch Kommission oder Präsidentschaft oder aber eine Vertagung dieses Punktes nach nur kurzer Diskussion.

Giscard meint, daß sonst der Europäische Rat in Brüssel noch schlimmer werden wird als der von Dublin.

Auch er möchte eine „Familienszene“ vermeiden, glaubt aber nicht wirklich an das Zustandekommen einer Paketlösung.

Bundeskanzler möchte jedenfalls dafür sorgen, daß nicht die Deutschen oder die Franzosen als die Bösewichte in einer europäischen Tragödie erscheinen.

Bundeskanzler berichtet über den guten Gedanken von MP Thatcher, den ersten Tag des kommenden Weltwirtschaftstreffens²¹ den allgemeinen Fragen der internationalen Politik zu widmen.

Giscard hält eine solche außenpolitische Diskussion nur dann für sinnvoll, wenn wirklich völlige Diskretion sichergestellt und die Gefahr von Presseindiskretio-

¹⁵ Zur französischen Absage für ein Treffen der Außenminister der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA vgl. Dok. 61, Anm. 31.

¹⁶ Zu den Gesprächen des Bundeskanzlers Schmidt am 24./25. Februar 1980 in Großbritannien vgl. Dok. 60 und Dok. 61.

¹⁷ Zu den Verhandlungen über die EG-Fischereipolitik vgl. Dok. 60, Anm. 20.

¹⁸ Zu den Verhandlungen über eine EG-Marktordnung für Schafffleisch vgl. Dok. 60, Anm. 21.

¹⁹ Die Tagung des Europäischen Rats war für den 31. März und 1. April 1980 in Brüssel vorgesehen, wurde jedoch auf den 27./28. April verschoben. Zur Tagung in Luxemburg vgl. Dok. 134.

²⁰ Zur Tagung des Europäischen Rats am 29./30. November 1979 in Dublin vgl. AAPD 1979, II, Dok. 362.

²¹ Zum Weltwirtschaftsgipfel am 22./23. Juni 1980 in Venedig vgl. Dok. 184 und Dok. 185.

nen ausgeschlossen werden kann. Das ist nur möglich, wenn die Diskussion in Venedig im engsten Kreis der Regierungschefs und Außenminister stattfindet und sichergestellt wird, daß es während der Diskussion kein ständiges Kommen und Gehen gibt. Nur wenn diese Bedingungen wie in Guadeloupe²² gesichert sind, können die Regierungschefs wirklich sagen, was sie denken.

Er hat keinerlei Bedenken gegen den Vorschlag des Bundeskanzlers an Vance, regelmäßig mit den drei Botschaftern in Washington²³ zu wirklichen Konsultationen zusammenzutreffen.

Auf Frage des Bundeskanzlers, wie er die Nahost-Frage gegenüber Präsident Carter aufwerfen sollte, erwähnt er folgende Punkte:

- Die Palästinenser-Frage bleibt die Grundfrage.
- Solange es hierin keine Bewegung gibt, können wir nicht mit Unterstützung der Araber rechnen.
- Die arabischen Botschafter in Paris haben ihn wissen lassen, daß für ihre Länder die Palästinenser-Frage eine größere Rolle spielt als Afghanistan.

Auf Bemerkung des Bundeskanzlers, daß Vance von einem möglichen amerikanischen Vorstoß zur Ergänzung der Resolution 242²⁴ nach Ablauf der Frist für die Autonomieverhandlungen Ende Mai gesprochen habe, meint er, daß auch hier die Erfolgchancen vom Ausgang der Autonomieverhandlungen²⁵ abhängen. Allerdings ist noch in diesem Jahr Bewegung in der Nahost-Frage nötig.

Bundeskanzler fragt, ob nicht nach seiner Reise in die USA und der Nahost-Reise des Präsidenten ein privater Meinungsaustausch angezeigt ist.

Giscard ist gerne bereit, zu einem solchen Meinungsaustausch in die Bundesrepublik zu kommen.

Bundeskanzler und Giscard verabreden, die Frage eines solchen privaten Treffens nach der Rückkehr Giscard's, d. h. nach dem 10. März, telefonisch erneut aufzunehmen. Auf Vorschlag des Bundeskanzlers wird ein Abendessen am Sonntag, dem 16. März 1980, im Privathaus des Bundeskanzlers in Hamburg in Aussicht genommen.²⁶

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 52

²² Am 5./6. Januar 1979 trafen sich Premierminister Callaghan, Präsident Carter, Staatspräsident Giscard d'Estaing und Bundeskanzler Schmidt auf Guadeloupe zur Erörterung außen- und wirtschaftspolitischer Fragen. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 2, Dok. 3 und Dok. 5.

²³ Nicholas Henderson (Großbritannien), Peter Hermes (Bundesrepublik), François Lefebvre de Laboulaye (Frankreich).

²⁴ Für den Wortlaut der Resolution Nr. 242 des VN-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 vgl. Dok. 62, Anm. 45.

²⁵ Zu den Gesprächen zwischen Ägypten und Israel über eine Autonomie der palästinensischen Gebiete vgl. Dok. 62, Anm. 42.

²⁶ Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Giscard d'Estaing am 16. März 1980 in Hamburg vgl. Dok. 85.

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Schellert**012-312.74 VS-NfD****Aufgabe: 29. Februar 1980, 17.28 Uhr¹****Fernschreiben Nr. 26 Ortez**Zur INFCE-Abschlußkonferenz in Wien vom 25. bis 27.2.1980²

1) Vom 25. bis 27.2.1980 fand in Wien die Abschlußkonferenz der auf dem Weltwirtschaftsgipfel im Mai 1977 von US-Präsident Carter initiierten³ und im Oktober 1977 in Washington⁴ beschlossenen internationalen Bewertung des nuklearen Brennstoffkreislaufes (INFCE) statt.

An der Konferenz nahmen über 60 Staaten sowie fünf internationale Organisationen, darunter die Europäische Gemeinschaft, teil. Zum Präsidenten der Konferenz wurde der Generaldirektor für Wissenschaft und Technologie im japanischen Außenministerium, Atsuhiko Yatabe, gewählt. Die deutsche Delegation wurde von StS Dr. Lautenschlager geleitet, ihr gehörten Vertreter aller beteiligten Ressorts, insbesondere des in den Fachfragen federführenden BMFT, an.

2) Die Konferenz nahm die in knapp zweieinhalb Jahren erarbeiteten, insgesamt mehr als zweitausend Seiten umfassenden Berichte der acht an den einzelnen Abschnitten des Kernbrennstoffkreislaufes ausgerichteten Arbeitsgruppen sowie eine vom Technischen Koordinierungsausschuß erstellte zusammenfassende Übersicht als offizielles Ergebnis der Studie entgegen.

Sie kam auf der Basis der Arbeitsgruppenberichte zu dem Ergebnis, daß

- auf Kernenergie zur Sicherstellung des Weltenergiebedarfes nicht verzichtet werden kann und diese daher umfassend verfügbar gemacht werden sollte,
- wirkungsvolle Maßnahmen ergriffen werden können und müssen, um die Gefahr der Verbreitung von Kernwaffen auf ein Minimum zu beschränken, ohne jedoch die Energieversorgung oder die Entwicklung der Kernenergie für friedliche Zwecke zu gefährden,
- den besonderen Bedürfnissen der Entwicklungsländer verstärkte Beachtung geschenkt werden müsse.

¹ Durchdruck.

Der Runderlaß wurde von Hilfsreferent Rowas konzipiert.

² Vgl. dazu das Kommuniqué der Abschlußkonferenz für die internationale Evaluierung des Brennstoffkreislaufes (INFCE) vom 25. bis 27. Februar 1980 in Wien; EUROPA ARCHIV 1980, D 181–183.

³ Zur Initiative des Präsidenten Carter während des Weltwirtschaftsgipfels am 7/8. Mai 1977 in London vgl. AAPD 1977, I, Dok. 112.

⁴ Vom 19. bis 21. Oktober 1977 fand auf amerikanische Initiative in Washington die Organisationskonferenz für die internationale Evaluierung des Brennstoffkreislaufes (INFCE) statt. Im Kommuniqué erklärten die Teilnehmerstaaten, sie seien „sich der lebenswichtigen Bedeutung einer Verhinderung der Proliferation und darüber hinaus von wirksamen und raschen Maßnahmen zur Einstellung und Umkehrung des nuklearen Wettrüstens zwischen den Kernwaffenstaaten bewußt“. Daher würden acht Arbeitsgruppen eingesetzt, die in „maximal zwei Jahren“ folgende Arbeitsgebiete untersuchen sollten: 1) Verfügbarkeit von Kernbrennstoff und Schwerem Wasser; 2) Verfügbarkeit der Anreicherung; 3) Sicherstellung langfristiger Verfügbarkeit von Technologie, Brennstoff, Schwerem Wasser und Dienstleistungen in mit der Nichtverbreitung vereinbarer Form; 4) Wiederaufarbeitung, Behandlung und Wiederverwendung von Plutonium; 5) Schnellbrüter; 6) Behandlung ausgedienten Brennstoffmaterials; 7) Behandlung und Lagerung von Abfällen; 8) neuartige Konzeptionen für Brennstoffkreisläufe und Reaktoren. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1977, D 710–712.

Sie kam in Übereinstimmung mit dem auf der Washingtoner Eröffnungskonferenz angenommenen Mandat überein, die in INFCE erzielten Ergebnisse den Regierungen zur Prüfung und als Basis- und Referenzmaterial für zu treffende politische Entscheidungen über ihre nationalen Kernenergieprogramme und im Hinblick auf die Gestaltung der internationalen Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie und Nichtverbreitung zuzuleiten. Des weiteren sollen die Ergebnisse auch der im August 1980 in Genf stattfindenden zweiten NVV-Überprüfungskonferenz⁵ vorgelegt werden. Sie forderte die Teilnehmerstaaten auf, bei möglichen politischen Folgemaßnahmen von INFCE auf die technischen Ergebnisse der Arbeitsgruppen aufzubauen und hierbei soweit wie möglich die IAEO einzubeziehen.

3) In der Generaldebatte bezeichneten alle 33 sich daran beteiligten Delegationen INFCE als einen Erfolg. Insbesondere wurde hervorgehoben, daß die Berichte im Konsensusverfahren zustande kamen und daß folglich kein Land einen Vorbehalt angebracht habe. StS Lautenschlager unterstrich in seiner Erklärung, daß die Arbeiten an INFCE zu einer Zeit stattfanden, zu der die Kernenergie als Energieträger national wie international Gegenstand kritischer Diskussionen war und daß diese Diskussion noch nicht abgeschlossen sei. Es sei vor diesem Hintergrund besonders wichtig, daß die INFCE-Arbeiten bestätigt hätten, daß die Rolle der Kernenergie bei der Deckung des Energiebedarfs der Welt noch wachsen werde. Diese Schlußfolgerung werde zu einer weiteren Versachlichung der Diskussion um die Kernenergie beitragen. Er wies auf die intensive Beteiligung einer Reihe von Entwicklungsländern an den INFCE-Arbeiten hin und betonte die besondere Bedeutung, die die Bundesregierung der Zusammenarbeit mit den Ländern der Dritten Welt auch im Bereich der friedlichen Nutzung der Kernenergie einschließlich der Weiterentwicklung einer wirksamen und von möglichst vielen Ländern getragenen Nichtverbreitungspolitik beimißt.

4) Einige Länder benutzten die Konferenz, um ihre bekannten NV-politischen Vorstellungen erneut vorzutragen. Es ist jedoch zu betonen, daß es weder zu einer Nord-Süd- noch zu einer West-Ost-Konfrontation gekommen ist. Es herrschte Übereinstimmung, daß das Momentum an Versachlichung, gegenseitigem Verständnis und Bereitschaft zu Zusammenarbeit über INFCE hinaus aufrechterhalten werden müsse. Wie dies praktisch verwirklicht werden kann, wurde mit unterschiedlicher Ausführlichkeit dargelegt. Hierbei war man sich einig, daß der IAEO eine zentrale Rolle zukommen müsse.

Da die Abschlußberichte von INFCE trotz des weitreichenden Konsensus die politischen Entscheidungen der Regierungen nicht präjudizieren, ist damit zu rechnen, daß die politische Debatte über Kernenergienutzung und Nichtverbreitung demnächst in eine neue Phase eintreten wird.

Schellert

Referat 012, Bd. 115729

⁵ Vom 11. bis 19. August 1980 fand in Genf die zweite Überprüfungskonferenz zum Nichtverbreitungsvertrag vom 1. Juli 1968 statt.

66

Runderlaß des Ministerialdirigenten Lücking**214-321.00-549/80 geheim****Aufgabe: 29. Februar 1980, 18.18 Uhr¹****Fernschreiben Nr. 1209 Plurez****Citissime**

Betr.: Beziehungen mit osteuropäischen Staaten;
 hier: amerikanische Überlegungen

Bezug: DE Nr. 1202 vom 29.2.80 – 214-321.00 543/80 geh.²
 DBe NATO Brüssel vom 27.2.80 Nr. 325 und 326³

Folgt Ergebnis einer ersten Prüfung der im Bezugsdrahtbericht aus Brüssel (NATO) aufgeworfenen Fragen zur dortigen Unterrichtung und mit der Bitte um Stellungnahme bis Montag, den 3. März 1980:

Ergebnis einer ersten Besprechung am 29. Februar 1980 unter Vorsitz von Dg21 mit den Referaten 210, 213, 214.

I. Wir gehen von folgender grundsätzlicher Einordnung der Staaten aus:

1) DDR im Einvernehmen zumindest mit den Drei Mächten (für uns absoluter) Sonderfall.

2) Jugoslawien, ebenfalls unbestrittener Sonderfall.

3) Was die übrigen Staaten des Warschauer Paktes anbetrifft, so sind wir bisher von folgendem ausgegangen:

Nach unseren Informationen ist keiner dieser Staaten vor der sowjetischen Aktion in Afghanistan informiert oder gar konsultiert worden. Alle Staaten befürchten für sich negative Auswirkungen:

¹ Durchdruck.

² Ministerialdirigent Lücking übermittelte den Botschaften in den nichtsowjetischen Warschauer-Pakt-Staaten die Drahtberichte Nr. 325 und Nr. 326 des Botschafters Pauls, Brüssel (NATO), vom 27. Februar 1980. Vgl. VS-Bd. 13193 (214); B 150, Aktenkopien 1980.
 Für die Drahtberichte vgl. Anm. 3.

³ Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), berichtete, die amerikanische Delegation habe eine Liste mit geplanten Kontakten zu Staaten des Warschauer Pakts verteilt und um ähnliche Angaben der anderen Delegationen gebeten. Zugleich habe sie ein Papier mit Richtlinien über die Beziehungen der USA zu diesen Staaten übermittelt. Darin erklärten die USA ihren Willen, „das erreichte Niveau der Beziehungen mit den osteuropäischen Staaten angesichts der Krise um Afghanistan aufrechtzuerhalten und weiterzuentwickeln. [...] Amerikanisches Eintreten für eine aktivere, jedoch differenzierte westliche Politik in den osteuropäischen Hauptstädten“. Damit solle eine Liberalisierung im Inneren sowie eine unabhängigere Außenpolitik ermuntert werden. Voraussetzung sei allerdings, „daß bestimmte Handlungsweisen der osteuropäischen Staaten (z. B. direkte Unterstützung der sowjetischen Invasion in Afghanistan, Umgehung der westlichen Embargo-Maßnahmen gegen die Sowjetunion, Druck auf Jugoslawien) ernste Konsequenzen für diese Beziehungen haben müßten“. Die Beziehungen zu Rumänien sollten intensiviert, die zu Polen und Ungarn etwas reduziert werden. Hinsichtlich einer weiteren Annäherung an Bulgarien, die ČSSR und die DDR seien die Erwartungen gering. Pauls teilte mit, als geeignetes Mittel zu einer Differenzierung würden die USA die Handelsbeziehungen betrachten. Zu denken sei jedoch auch an die wissenschaftlichen, technologischen und kulturellen Kontakte. Pauls bezeichnete den amerikanischen Vorschlag als „einen interessanten Beitrag“, äußerte jedoch Zweifel, ob solch eine differenzierende Behandlung möglich sei. Vgl. VS-Bd. 13193 (214); B 150, Aktenkopien 1980.

a) Erwartung sowjetischen Drucks mit dem Ziel einer verstärkten Disziplinierung, d.h. Rückgängigmachung des relativen, während der letzten zehn Jahre gewonnenen Handlungsspielraums.

b) Dadurch insbesondere Einengung in den Gestaltungsmöglichkeiten bei der Fortführung oder gar Intensivierung ihrer bisherigen Politik gegenüber den westlichen Staaten.

c) Befürchtung zusätzlicher finanzieller Belastungen wegen erhöhter Anforderungen von sowjetischer Seite zum Ausgleich von zusätzlichen Ausgaben auf dem Rüstungssektor usw.

d) Beeinträchtigung ihrer wirtschaftlichen Position durch Einengung der bei der Gestaltung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit dem Westen gewonnenen relativen Freiheit bei gleichzeitiger Sorge, daß die Sowjetunion nicht imstande sein wird, evtl. entstehende Versorgungslücken, insbesondere auf dem Energiesektor, zu schließen.

II. Bei der Beantwortung der Frage nach der zukünftigen Gestaltung der Beziehungen zwischen den westlichen und den osteuropäischen Staaten im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereich ist folgendes zu berücksichtigen:

1) Die Solidarität dieser Staaten mit der Sowjetunion in der Afghanistanfrage ist Funktion ihres Grundverhältnisses zur Sowjetunion als Führungsmacht. Wir sollten zwar die differenzierte Reaktion dieser Staaten im Auge behalten und auch in Rechnung stellen. Wir können das Verhalten der Staaten im konkreten Falle Afghanistan aber nicht zu einem Kriterium schlechthin für eine differenzierende Behandlung in den verschiedenen Bereichen machen. Würden wir die aus westlicher Sicht als besonders moskauhörig und -treu erscheinenden Staaten schlechter behandeln als die anderen, so würden jene dadurch zwangsläufig noch mehr in die Hände Moskaus getrieben werden mit der zusätzlichen Gefahr, daß der Druck Moskaus auf die von uns besser behandelten Staaten steigt. Umgekehrt ist davon auszugehen, daß diese Staaten die Solidarität innerhalb des westlichen Bündnisses auch ihrerseits in Rechnung stellen. Eine unterschiedliche Behandlung der osteuropäischen Staaten durch den Westen könnte von diesen auch zum Anlaß genommen werden, um ihre Beziehungen zu den einzelnen westlichen Staaten nach Maßgabe der von diesen Ländern gegenüber den Vereinigten Staaten geübten „Solidarität“ zu differenzieren.

Die von den osteuropäischen Staaten gegenüber der Sowjetunion geübte Solidarität ist ihrer politischen Qualität nach nicht vergleichbar mit der von den Bündnispartnern der Vereinigten Staaten gegenüber bewiesenen Solidarität. Dabei wird nicht verkannt, daß die Solidarität der osteuropäischen Staaten gegenüber Moskau zwar generell auf einer nicht zu unterschätzenden Interessenidentität zwischen den Führungen beruht, diese aber im Falle Afghanistan – mangels originären Interesses – nur bedingt zum Tragen kommt.

2) Uns erscheint aus den dargelegten Gründen eine systematische Katalogisierung der Kontakte und Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten sachlich nicht gerechtfertigt und politisch nicht opportun. Wir vermögen kein Kriterium zu erkennen, mit dem eine Differenzierung zwischen osteuropäischen Staaten vorgenommen werden könnte und sollte.

Wir halten es im Hinblick auf eine fruchtbare Fortführung des bisherigen Gedankenaustausches im Bündnis mit dem Ziel, zu Konsultationen zu kommen, für unerlässlich, daß zuvor von den NATO-Partnern im Hinblick auf die einzelnen osteuropäischen Staaten eine Analyse zwischen bekundeter Haltung zu Afghanistan einerseits und erkennbarer individueller Interessenlage andererseits erstellt wird. Erst dann wird man eine fruchtbare Diskussion über das (weitere) operative Vorgehen führen können.

III. Im einzelnen ist zu dem amerikanischen Papier folgendes zu sagen (im Bericht als Anlage 3):

1) Wir können uns aus den dargelegten Gründen nicht für das Prinzip einer Sonderbehandlung einzelner Staaten aussprechen (abgesehen von der DDR, die wir bekanntlich überhaupt nicht zu den osteuropäischen Staaten rechnen). Amerikanische Idee einer Sonderbehandlung scheint uns im übrigen auf folgendes zurückzugehen:

Verschiedene westliche Staaten betreiben von jeher eine u.a. historisch bzw. innenpolitisch (Polish vote in den USA) bedingte, selektive Politik gegenüber den osteuropäischen Staaten. Unsere Ausgangsposition hat seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten⁴ einen anderen Charakter. In Anbetracht unseres besonderen geographisch-historisch-politischen Verhältnisses zu den osteuropäischen Staaten verfolgen wir prinzipiell das Ziel, unsere Beziehungen zu jedem von ihnen möglichst intensiv zu gestalten. Daher scheidet für uns auch von vorneherein die Möglichkeit aus, diese Beziehungen noch „weiter zu aktivieren“.

2) Wir können aus denselben Gründen auch nicht im handelspolitischen Bereich für eine wie auch immer geartete Differenzierung der Beziehungen eintreten. Das gleiche gilt für den wissenschaftlichen, technischen und kulturellen Bereich.

3) Was die KSZE-Konsultationen anbetrifft, so sind alle NATO-Partner durch die laufende Abstimmung innerhalb des Bündnisses über unsere bilateralen Konsultationen unterrichtet (wir haben bisher solche Konsultationen geführt mit Rumänien⁵, Jugoslawien⁶, Ungarn⁷ und in der vorvergangenen Woche auch mit der DDR⁸).

⁴ Die Bundesrepublik und Rumänien nahmen am 31. Januar 1967 diplomatische Beziehungen auf. Vgl. dazu AAPD 1967, I, Dok. 39.

Die Bundesrepublik und Polen nahmen im Zuge des Besuchs des polnischen Außenministers Olszowski am 14. September 1972 diplomatische Beziehungen auf; vgl. AAPD 1972, II, Dok. 273.

Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur ČSSR erfolgte am 11. Dezember 1973.

Am 21. Dezember 1973 nahmen Bulgarien und Ungarn diplomatische Beziehungen zur Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1973, III, Dok. 420 bzw. Dok. 421.

⁵ Vortragender Legationsrat I. Klasse Joetze vermerkte am 18. Oktober 1979, in Bukarest hätten am 8./9. Oktober 1979 bilaterale KSZE-Konsultationen stattgefunden. Rumänien habe sich vor allem an Aspekten der militärischen Entspannung interessiert gezeigt. Er, Joetze, habe dazu geäußert, „es sei interessant, zu beobachten, daß die Bundesrepublik, die aufgrund ihrer geostrategischen Lage tatsächlich der Bedrohung durch Atomwaffen ausgesetzt sei, keine derartigen Vorschläge mache, während Rumänien, das sich in einer strategisch viel günstigeren Situation befinde, diese Vorschläge vorbringe“. Hinsichtlich der wirtschaftlichen Kooperation habe die rumänische Delegation betont, daß seit der Verabschiedung der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 in Helsinki mehr Hindernisse bestünden als zuvor. Vgl. Referat 212, Bd. 133363.

⁶ Vortragender Legationsrat I. Klasse Joetze notierte am 18. Oktober 1979, die bilateralen KSZE-Konsultationen am 10./11. Oktober in Belgrad hätten „keine Überraschungen gebracht. [...] Es kann damit

4) Jugoslawien: Wir messen nach wie vor der unabhängigen Politik Jugoslawiens eine hervorragende Bedeutung für die Erhaltung der Stabilität in Europa und das Verhältnis zu den ungebundenen Staaten bei. Wir glauben, in der letzten Zeit einen Beitrag zur Stärkung Jugoslawiens in diesem Sinne geleistet zu haben, indem es – nicht zuletzt durch das persönliche Engagement des Außenministers – zu einem beschleunigten Abschluß des Kooperationsabkommens der EG mit Jugoslawien gekommen ist.⁹

5) Zu dem Gedanken, der sowjetischen Absicht zu begegnen, im Zuge der Afghankrise den westeuropäischen Einfluß in den osteuropäischen Staaten zurückzudrängen: Frage ist: Wie? Mit welchen Mitteln? Typisches Beispiel für sowjetische Politik ist die von ihr geforderte Unterbrechung unseres Besuchsaustausches mit osteuropäischen Staaten auf hoher politischer Ebene (ČSSR¹⁰, Ungarn¹¹).

6) Nach unserer Auffassung ist es gerade in der derzeitigen internationalen Krisensituation kaum vorstellbar, daß eine „Ermunterung der internen Liberalisierung“ mit Erfolg vorgenommen werden könnte. Ja, es besteht die Gefahr, daß derartige Einwirkungsversuche kontraproduzent wirken.

Fortsetzung Fußnote von Seite 377

gerechnet werden, daß alle Vorschläge und Initiativen, die die Nord-Süd-Komponente berücksichtigen, von Jugoslawien befürwortet werden.“ Jugoslawien schlage eine weitere KSZE-Folgekonferenz für 1982 oder 1983 vor und sehe die militärischen Aspekte der Sicherheit als Hauptfrage: „Bezeichnung der Menschenrechtsdiskussion als Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten (wurde von uns zurückgewiesen).“ Probleme bei der wirtschaftlichen Kooperation mit den Europäischen Gemeinschaften seien nur angedeutet worden. Jugoslawien wünsche außerdem eine weitgehende Einbeziehung von Prozedur- und Sachfragen zum Mittelmeerraum. Vgl. Referat 212, Bd. 133360.

⁷ Vortragender Legationsrat I. Klasse Joetze vermerkte am 12. Februar 1980, am 7. Februar hätten KSZE-Konsultationen mit Ungarn stattgefunden. Es habe Konsens bestanden, daß die KSZE-Folgekonferenz in Madrid dazu dienen solle, die jeweiligen politischen Standpunkte zu aktuellen weltpolitischen Entwicklungen offen zu erörtern. Er, Joetze, habe betont, daß die Bundesrepublik auch die Frage der Familienzusammenführung erörtern wolle. Die ungarische Delegation habe erklärt, im Bereich der politischen Kontakte seien große Fortschritte erzielt worden: „Diese Fortschritte könnten jedoch bedroht werden durch einen Mangel an Fortschritten im militärischen Bereich.“ Deutscherseits sei das Interesse an einer Konferenz über Energiefragen vorgebracht worden. Joetze ergänzte, es sei aufgefallen, daß die ungarische Delegation „keinerlei Petiten zum Ablauf des Madrid-Treffens vorbrachte. Es gab kein Drängen auf Sicherheiten für einen ‚konstruktiven Verlauf‘. [...] Auch wurde nicht ersichtlich, daß Ungarn und seine Verbündeten eine kurze Dauer des Treffens anstreben.“ Vgl. Referat 212, Bd. 133367.

⁸ Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, berichtete am 19. Februar 1980, am 15. Februar hätten in Ost-Berlin KSZE-Konsultationen mit der DDR stattgefunden: „Es war möglich, auch alle schwierigen Fragen klar anzusprechen, ohne daß Schärfen auftraten.“ Beide Seiten hätten ihr Interesse an einer Fortsetzung der Gespräche bekundet. Wie erwartet habe die DDR den Akzent auf militärische Aspekte gelegt und auf die Notwendigkeit einer militärischen Entspannung hingewiesen, insbesondere auf die Ratifizierung des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979. Hinsichtlich einer möglichen Verbindung der KSZE-Folgekonferenz in Madrid mit einer Konferenz über Abrüstung in Europa seien die Vertreter der DDR vage geblieben: „Wir erklärten, daß auch wir eine Wiederholung von Belgrad vermeiden wollten; wir strebten konkrete Ergebnisse an und hielten es deshalb für sinnlos, Vorschläge zu machen, die wegen der Systemgegensätze von vornherein nicht verhandlungsfähig seien.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 164; Referat 212, Bd. 133357.

⁹ Zu dem am 25. Februar 1980 in Brüssel paraphierten Abkommen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Jugoslawien vgl. Dok. 58, Anm. 11.

¹⁰ Zur Verschiebung des Besuchs des Bundesministers Genscher in der ČSSR vgl. Dok. 19, Anm. 43.

¹¹ Zur Verschiebung des Besuchs des ungarischen Außenministers Puga vgl. Dok. 29, Anm. 59.

7) Das gleiche dürfte für Bemühungen um die „Förderung einer unabhängigen Außenpolitik durch die Osteuropastaaten“ gelten.

8) Uns liegen keine Informationen vor, nach denen andere osteuropäische Staaten versucht hätten oder beabsichtigten, auf Jugoslawien Druck auszuüben.¹²

Lücking

VS-Bd. 13193 (214)

¹² Botschafter Negwer, Warschau, äußerte am 1. März 1980, die amerikanischen Überlegungen seien „zu vereinfachend“. Eine formalisierte Differenzierung der Haltung gegenüber den Staaten des Warschauer Pakts „hätte für Polen wirtschaftlich wie auch innenpolitisch schwerwiegende und in endgültiger Auswirkung (einschließlich innerer Unruhen) kaum absehbare Konsequenzen. Nicht zuletzt daher sind Polen im eigenen Interesse bemüht, Afghanistan möglichst weitgehend als US-UdSSR-Frage zu behandeln“. Aus polnischer Sicht bestehe zudem die Gefahr, das bei der UdSSR seit den personellen Veränderungen in der Führungsspitze im Zuge des VIII. Parteitags der PVAP vom 11. bis 15. Februar 1980 in Warschau latent vorhandene Mißtrauen zu verstärken. Vgl. den Drahtbericht Nr. 217; VS-Bd. 13193 (214); B 150, Aktenkopien 1980.

Zur Einschätzung des Botschafters Jovy, Bukarest, vgl. Dok. 68.

Botschafter Heimsoeth, Sofia, bemerkte am 3. März 1980, „jede Sonderbehandlung Bulgariens wäre politisch ungerechtfertigt und unklug. Sie würde den gegenteiligen Effekt einer noch stärkeren Bindung an Moskau bewirken und unseren deutschen Interessen zuwiderlaufen.“ Bulgarien habe zwar die sowjetische Intervention in Afghanistan vorbehaltlos unterstützt, zugleich jedoch deutliches Interesse an einer Fortsetzung der Entspannungspolitik an den Tag gelegt. Die Bundesrepublik sei politisch, wirtschaftlich und neuerdings auch kulturell Bulgariens wichtigster Partner außerhalb des Warschauer Pakts: „Es liegt deshalb im vitalen deutschen Interesse, diese günstigen Voraussetzungen zu nutzen und Verhältnis zu Bulgarien auf allen Sektoren weiter auszubauen, wenn notwendig zeitweilig diskreter und unauffälliger. [...] Amerikanische Interessen an und in Bulgarien sind minimal.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 87; VS-Bd. 13193 (214); B 150, Aktenkopien 1980.

Botschafter Diesel, Prag, gab am 3. März 1980 zu bedenken: „Unser Grundkonzept der Entwicklung der Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten geht von deren Gleichbehandlung aus und akzeptiert ihre Solidarität zur Sowjetunion. [...] Das Verhaltensmuster der ČSSR als besonders ergebener Vasall Moskaus und übereifriger Trommler im anti-amerikanischen Propagandakrieg ist kein Ergebnis neuer Entwicklung.“ Vielmehr gehe die ČSSR davon aus, daß sich die Beziehungen zu den USA ohnehin nicht verbessern ließen: „Es spricht manches dafür, daß es diese Rolle Prag bisher erleichterte, seine Beziehungen zu Wien und Bonn relativ ungestört zu entwickeln. [...] Die Frage nach Möglichkeiten der ‚Ermunterung der internen Liberalisierung‘ muß für die ČSSR glatt verneint werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 200; VS-Bd. 13193 (214); B 150, Aktenkopien 1980.

Botschaftsrat Sperl, Budapest, informierte am 3. März 1980, Ungarn folge der Sprachregelung der UdSSR; ungarische Politiker verhielten sich in Gesprächen allerdings passiv: „Unverkennbar ist allgemeine Befürchtung künftiger negativer Auswirkungen derzeitiger internationaler Spannungen auf Handlungsspielraum, insbesondere Einengung der bisherigen Wirtschaftsgestaltung bei sich ohnehin abzeichnenden Erschwerung aufgrund Weltwirtschaftslage“. Die Erhaltung des Status quo würde als Erfolg gelten. Sperl riet, der pragmatischen Haltung Ungarns in gleicher Weise zu begegnen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 99; VS-Bd. 13193 (214); B 150, Aktenkopien 1980.

Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, hielt am 3. März 1980 die amerikanischen Überlegungen für „im Ansatz unrealistisch, praktisch kaum durchführbar und in der Zielsetzung illusionär und gefährlich“. Nach der sowjetischen Intervention in Afghanistan bemühe sich die DDR, ihre ohnehin geringen Spielräume zu erhalten, während die amerikanischen Vorschläge die Abhängigkeit der Warschauer-Pakt-Staaten von der UdSSR noch verstärken und die Ost-West-Beziehungen zusätzlich belasten würden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 189; VS-Bd. 13193 (214); B 150, Aktenkopien 1980.

67

Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt

114-2118/80 VS-vertraulich

Fernschreiben Nr. 985

Citissime

Aufgabe: 1. März 1980, 16.16 Uhr¹

Ankunft: 1. März 1980, 22.37 Uhr

Betr.: Nach-Afghanistan-Politik

Am 29.2. lud Außenminister Vance die Botschafter Großbritanniens², Frankreichs, Italiens³, Kanadas⁴ und mich zu einem informellen Gespräch ein, das der Information über die amerikanischen Überlegungen und der Erörterung einer gemeinsamen Politik nach der sowjetischen Afghanistan-Invasion diene. Vance stellte in Aussicht, ein ähnliches Gespräch in der gleichen Zusammensetzung in unregelmäßigen Abständen zu führen. Der japanische Botschafter⁵ war nicht eingeladen, so daß nur die Teilnahme von Botschaftern von NATO-Mitgliedsländern vorgesehen bleibt. Der japanische Botschafter wird von Vance parallel zu einem Gespräch empfangen werden.

Das zweistündige Gespräch, an dem auf amerikanischer Seite nur Vance teilnahm, verlief bewußt in lockerer Form, um den Anschein förmlicher Konsultationen zu vermeiden. Presseverlautbarungen darüber wurden ausdrücklich ausgeschlossen, und Vance bat auch darum, daß weder die Tatsache noch der Inhalt dieses Gesprächs in den Hauptstädten verlautbart würden. Für den Fortgang dieser Gespräche sei es entscheidend, daß ihre unbedingte Vertraulichkeit gewahrt bliebe.

Vance informierte, stellte aber gleichzeitig auch amerikanische Positionen zur Erörterung und ging auf alle Gegenvorstellungen und -überlegungen bereitwillig ein, wobei er ausdrücklich erklärte, alle geäußerten Überlegungen in die amerikanische Meinungs- und Willensbildung einbeziehen zu wollen.

Vance folgte mit diesem ersten Gespräch nicht nur dem ihm in Bonn gegebenen Rat, das System der Konsultationen zu verbessern⁶, sondern auch dem eigenen Wunsch, die Hauptverbündeten frühzeitig an den noch nicht fixierten amerikanischen Überlegungen Anteil nehmen zu lassen und diese im Gespräch zu testen.

Vance berichtete zunächst über das letzte Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter Dobrynin. Man wisse, daß Dobrynin, auch wenn er sich betont freimütig gebe, immer genau den letzten Moskauer Standpunkt wiedergebe, was keineswegs bedeute, daß er jeweils die Wahrheit sage.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 2. März 1980 vorgelegen.

² Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schenk vorgelegen.

³ Nicholas Henderson.

⁴ Cedronio Agostino Pausa.

⁵ Peter M. Towe.

⁶ Fumihiko Togo.

⁶ Der amerikanische Außenminister Vance hielt sich am 19./20. Februar 1980 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 55.

Dobrynin habe zugegeben, daß die Sowjetunion in und durch Afghanistan in unerwartete Schwierigkeiten geraten sei. Sie habe mit dem hartnäckigen Widerstand in Afghanistan nicht gerechnet und sei auch über die Reaktionen in der islamischen und Dritten Welt überrascht worden. Vance fügte hinzu, daß nach amerikanischen Erkenntnissen die Entscheidung über die Invasion Afghanistans keineswegs im Politbüro einmütig gefallen sei. Das Politbüro sei gespalten gewesen und hätte, wie Dobrynin ihm gesagt habe, die letzte Entscheidung ohne den Rat der außenpolitischen und sicherheitspolitischen Fachleute gefällt. Dobrynins Äußerungen hätten vage erkennen lassen, daß die Sowjetunion daran interessiert sei, einen Ausweg mit Gesichtswahrung zu finden. Die Schärfe und unverminderte Dauer der internationalen Kritik sei neben den unerwarteten Schwierigkeiten in Afghanistan selbst der Hauptanlaß für die Sowjetunion, nach einem Ausweg zu suchen.⁷

Nach Vance bestehe kein Zweifel daran, daß neben der internationalen Kritik nichts die sowjetische Führung stärker getroffen habe als der mögliche Ausfall der Moskauer Olympiade, da dies vor der sowjetischen Öffentlichkeit nicht geheimgehalten werden könne. Es lägen Anhaltspunkte dafür vor, daß die sowjetische Führung selbst eine Verschiebung der Spiele um ein Jahr erwäge. Dem amerikanischen Geschäftsmann Hammer habe Breschnew gesagt, daß die Olympischen Spiele für dieses Jahr verloren seien („the games are gone“).

Vance hielt eine Mitteilung des französischen Botschafters de Laboulaye für wahrscheinlich, daß die seinerzeitige Entscheidung über die Moskauer Bewerbung der Sommerolympiade 1980 im Politbüro nur mit knapper Mehrheit getroffen worden sei. Dies habe Premierminister Barre von sowjetischer Seite erfahren. Auch von diesem Gesichtspunkt aus sei es durchaus vorstellbar, daß die Abhaltung der Olympiade 1980 für die sowjetische Führung an Interesse verloren habe.

Vance teilte mit, daß er Dobrynin, wie schon vorher in der Öffentlichkeit, gesagt habe, daß für die Vereinigten Staaten ein zukünftiger Status Afghanistans in Frage komme, der neutral, ungebunden und annehmbar für das afghanische Volk sei. Daher begrüßten die Vereinigten Staaten auch die Politik der Mitgliedsländer der EG, für Afghanistan eine international anerkannte Neutralitätslösung zu finden.⁸ Selbst wenn dies schließlich nicht zum Erfolg führen

⁷ Botschafter Wieck, Moskau, berichtete am 7. März 1980, der sowjetische Botschafter in Washington, Dobrynin, habe sich gegenüber dem amerikanischen Außenminister Vance in einer Weise zur Intervention in Afghanistan geäußert, „die beim Gesprächspartner Verständnis wecken sollte. Nur so ist es zu verstehen, daß Dobrynin ‚zugab‘, die SU sei durch Afghanistan in unerwartete Schwierigkeiten geraten, sie habe mit dem Widerstand in Afghanistan und mit der Reaktion der Dritten Welt nicht gerechnet.“ Wieck bemerkte dazu, dies widerspreche allen bisherigen sowjetischen Stellungnahmen: „Ebenso erstaunlich klingt aus dem Munde des sowjetischen Botschafters in Washington die Aussage, daß die Entscheidung über den Einmarsch in Afghanistan ohne Anhörung der außen- und sicherheitspolitischen Berater erfolgt sei.“ Auch in Moskau würden „Gerüchte über Falken und Tauben in der sowjetischen Führung“ lanciert: „Es sind Ablenkungsmanöver, mit denen das Wohlwollen und Verständnis des Westens für den sowjetischen Standpunkt geweckt werden soll. Diese Manöver sind als solche um so eher zu erkennen.“ In Wirklichkeit lehne die UdSSR jeglichen politischen Dialog über Afghanistan ab, solange die Situation dort nicht hinreichend konsolidiert sei. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1143; VS-Bd. 11121 (204); B 150, Aktenkopien 1980.

⁸ Vgl. dazu die Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vom 19. Februar 1980; BULLETIN DER EG 2/1980, S. 88 f. Vgl. dazu auch Dok. 57.

sollte, sei es ein Versuch, der unbedingt gemacht werden sollte. Er biete der Sowjetunion, wenn sie dazu bereit sei, einen Ausweg ohne Gesichtsverlust. Vance betonte im Lauf des Gesprächs wiederholt, daß die westlichen Anstrengungen darauf gerichtet sein sollten, der Sowjetunion einen akzeptablen Ausweg zu eröffnen („leave open a window without losing face“).

Dobrynin habe in dem erwähnten Gespräch erklärt, daß die Sowjetunion nicht die Absicht habe, nach Pakistan oder den Iran überzugreifen. Sie respektiere auch die Ölintereessen der westlichen Welt. Sie wünsche aber keinen fundamentalistisch-islamischen Staat Afghanistan an ihrer Grenze.

Vance verneinte die Frage, ob er ein Treffen mit Gromyko beabsichtige, meinte aber, beim Begräbnis Titos⁹ würden sie sicher zusammentreffen. Auch wenn kein konkreter Plan für ein Treffen mit Gromyko bestehe, werde es doch wohl in absehbarer Zeit zu einem Treffen mit ihm kommen.

Zu Vorschlägen, für Afghanistan eine VN-Friedenstruppe oder eine internationale islamische Truppe vorzusehen, habe Dobrynin negativ geantwortet.

Vance resümierte sein Gespräch mit Dobrynin dahingehend, daß gegenüber der Sowjetunion ein starker Druck aufrechterhalten werden müsse, um den Rückzug aus Afghanistan zu erreichen. Gleichzeitig aber müßte ihr ein Ausweg gezeigt und eine bestimmte Art von Garantie gegeben werden. Über die Fragen eines Rückzugs der Sowjetunion aus Afghanistan und eventueller Garantien sollten sich die westlichen Verbündeten in Zukunft intensiv konsultieren.

Vance unterrichtete uns dann, daß die Vereinigten Staaten die afghanischen Freiheitskämpfer unterstützten. Sie seien sich dabei des Risikos für Pakistan bewußt. Die Unterstützung der Freiheitskämpfer erstreckte sich auch auf Waffen zur Panzerabwehr und Flugzeugbekämpfung, insbesondere Hubschrauberbekämpfung. Diese Waffenhilfe werde trotz des Risikos, das damit verbunden sei, fortgesetzt. Im Frühjahr werde mit größeren militärischen Operationen der Sowjetunion gegen die Freiheitskämpfer gerechnet. Auch wenn dabei die Freiheitskämpfer in schwerste Bedrängnis und große Verluste geraten könnten, sei doch damit zu rechnen, daß ihr Kampf auch danach weitergehen werde.

In der Beurteilung Indiens als wichtigster Macht in der Region bestand in dem Gespräch Übereinstimmung. Vance gab zu, daß die Vereinigten Staaten weniger als ihre westlichen Verbündeten in der Lage wären, auf Indien einen positiven Einfluß zu nehmen. Er bat daher darum, daß die westlichen Länder Indien vermehrt in ihre Besuchsdiplomatie und ihre Politik allgemein einbeziehen sollten.

Auf meine Frage, ob in dem Gespräch mit Dobrynin auch die Lage auf der arabischen Halbinsel, insbesondere zwischen den beiden Jemen¹⁰, angesprochen

⁹ Staatspräsident Tito wurde am 20. Januar 1980 ein Bein amputiert, am 16. Februar 1980 wurde eine Niereninsuffizienz diagnostiziert. Botschafter Grabert, Belgrad, berichtete am 22. März 1980, Radio Belgrad habe gemeldet, daß Magenblutungen aufgehalten hätten werden können: „Weiterhin Lungenentzündung mit erhöhter Temperatur. Störungen der anderen Organe ohne Veränderung. Allgemeiner Gesundheitszustand auch weiterhin sehr ernst.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 222; Referat 214, Bd. 132889.

¹⁰ Zu den Beziehungen zwischen der Arabischen Republik Jemen (Nordjemen) und der Demokratischen Volksrepublik Jemen (Südjemen) vgl. Dok. 1, Anm. 44.

worden sei, sagte Vance, er habe Dobrynin die große Sorge der Vereinigten Staaten über die Entwicklung in diesen Gebieten mitgeteilt und ihm unmißverständlich erklärt, daß hier wesentliche amerikanische Interessen betroffen seien. Es bestehe kein Zweifel, daß Dobrynin dieses unmißverständliche Signal verstanden habe.

Vance ging dann auf die Lage in Saudi-Arabien über und meinte, daß die saudiarabische Regierung seit dem blutigen Mekka-Zwischenfall¹¹ die Situation nicht mehr voll in den Griff bekommen habe. Für den stärksten und zuverlässigsten saudiarabischen Politiker hielt er Außenminister Saud.

Zum Abschluß des Gesprächs nannte Vance noch einmal drei Punkte, die die Situation in Afghanistan betreffen:

- 1) Die Analyse darüber, was die Russen zur Invasion Afghanistans veranlaßt habe, sei noch unvollständig und unbefriedigend und sollte daher fortgesetzt werden.
- 2) Der Druck auf die Sowjetunion, sich aus Afghanistan zurückzuziehen, müsse fortgesetzt werden. Gleichzeitig müsse die westliche Antwort auf die veränderte strategische Situation in der Mittelost- und in der Golfregion langfristig und überzeugend sein. Die Sowjetunion müsse bis zu einem Rückzug aus Afghanistan fortlaufend einen hohen Preis bezahlen.
- 3) Der Sowjetunion müßte ein annehmbarer, pragmatischer und realistischer Weg gezeigt werden, den Rückzug aus Afghanistan auch tatsächlich vornehmen zu können. Hierauf sollten die weiteren westlichen Überlegungen konzentriert werden.

[gez.] Hermes

VS-Bd. 11121 (204)

¹¹ Am 20. November 1979 besetzten Bewaffnete die Große Moschee in Mekka und hielten bis zur Stürmung durch Sicherheitskräfte zwei Wochen später Geiseln in ihrer Gewalt. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 347 und Dok. 367.

68

Botschafter Jovy, Bukarest, an das Auswärtige Amt

114-2122/80 geheim
Fernschreiben Nr. 146
Citissime

Aufgabe: 2. März 1980, 12.00 Uhr¹
Ankunft: 2. März 1980, 12.19 Uhr

Betr.: Beziehungen mit osteuropäischen Staaten;
hier: amerikanische Überlegungen

Bezug: Plurez Nr. 1209 vom 29.2.1980 – 214-321.00-549/80 geh.²

Rumänien pocht zwar mit Vorliebe auf ein „Erstgeburtsrecht“ in unseren Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten³, und wir tun gut daran, ihm dafür von Zeit zu Zeit einmal nicht nur verbale Anerkennung zu zollen. Hieraus ergibt sich aber keinesfalls eine Vorzugsbehandlung in dieser Lage als Folge und Belohnung seiner mehr oder weniger unabhängigen Außenpolitik im Verhältnis zu Moskau. Es kann auch in der Afghanistan-Krise nicht übersehen werden, daß Rumäniens relativ selbständige Außenpolitik eine Funktion der Einschätzung Moskaus der rumänischen Führung in ihrer Treue zum Kommunismus und militärischen Gehorsam im Ernstfall ist.

Jeder Versuch des Westens, hier durch offensichtliche Vorzugsbehandlung mehr durchzusetzen, als Moskau annehmbar erscheint, würde mit Sicherheit zu einer Einschränkung des rumänischen außenpolitischen Spielraums führen.

Für uns ist selbst eine relative außenpolitisch selbständige Handlungsfähigkeit Rumäniens in weltpolitischen Fragen (siehe Nahost-Krise oder Nord-Süd-Konflikt) zu wichtig, als daß wir diesen Vorteil jetzt durch eine deutlich sichtbare Vorzugsbehandlung für politisches Wohlverhalten, die Moskau sofort auf den Plan rufen würde, aufgeben könnten.

Die politisch-geographisch-historischen Gegebenheiten der osteuropäischen Staaten lassen eine Differenzierung, die bilateral durchaus einmal berechtigt und angebracht sein kann, gewiß dann nicht zu, wenn Moskau, wie in diesem gegebenen Fall, Nibelungentreue fordert.

Rumänien hat innerhalb des ihm von Moskau gewährten Spielraums – und da ist nicht zu übersehen, daß es sich aus eigenem Verlangen stetig kräftig bewegt, um diesen zu erweitern – seine wirtschaftlich notwendigen und politisch willkommenen Beziehungen zu uns und dem Westen mit Erfolg zu intensivieren versucht. Es entfernt sich damit, wenn auch nur schrittchenweise, auf die Dauer von der jetzt noch gegebenen Abhängigkeit gegenüber der UdSSR.

¹ Hat Legationsrat I. Klasse Brümmer am 3. März 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragende Legationsrätin I. Klasse Finke-Osiander verfügte.
Hat Finke-Osiander am 3. März 1980 vorgelegen.

² Für den Runderlaß des Ministerialdirigenten Lücking vgl. Dok. 66.

³ Die Bundesrepublik und Rumänien nahmen am 31. Januar 1967 diplomatische Beziehungen auf. Vgl. dazu AAPD 1967, I, Dok. 39.

Im Interesse des Westens dürfen wir nicht plump in diese Entwicklung eingreifen.

Hier liegen keinerlei Erkenntnisse vor, daß Rumänien vor der sowjetischen Aktion in Afghanistan konsultiert wurde. Ceauşescu hat sich erst vorgestern in einem persönlichen Gespräch mit dem Zeit-Redakteur Schmidt-Häuer so kritisch über das sowjetische Vorgehen in Afghanistan geäußert, daß es von seinem Gesprächspartner für unklug gehalten wurde, diese Äußerungen zu veröffentlichen. Vom Beginn der Krise an hat der rumänische Präsident, bis an die Grenze des ihm unwillig gewährten Rahmens gehend, Festigkeit bewiesen. Seine Risikobereitschaft durch westliche Maßnahmen überzustrapazieren, würde, ganz abgesehen davon, daß Ceauşescu bisher und auch zukünftig sein Verhältnis zu Moskau und dessen Möglichkeiten genauestens einzuschätzen weiß, nur dazu führen, daß der Kreml energisch gegen ihn eingreifen würde.

Rumäniens kritisches Verhalten gegenüber Moskau in der Afghanistan-Krise hat zweifellos dazu beigetragen, auch Staaten der Dritten Welt zu einer kritischen Stimme zu ermuntern. Der rumänische Einfluß ist da nicht unbeträchtlich. Andererseits liegt die Fortsetzung der Entspannungspolitik so sehr im rumänischen Interesse, daß es nicht zu Schritten bereit sein kann, die Moskau endgültig verärgern. Es wird daher alles tun, um seine Mittlerstellung aufrechtzuerhalten, auch wenn sich dadurch einmal eine mittelbare Begünstigung Moskaus ergäbe.

Die amerikanischen Vorschläge, mit einem differenzierten System der Behandlung bei den Satellitenstaaten anzusetzen, erscheinen mir in ihren Erfolgschancen gleich Null, der Schaden, der durch eine solche Politik aber angerichtet würde, sehr beträchtlich und unsinnig. Gegenüber diesen Staaten kann nur eine sehr langfristige und überaus vorsichtige Politik der Unterstützung ihres Eigeninteresses und Förderung eines Selbstbehauptungswillens gegenüber Moskau dazu führen, ihnen größere Bewegungsfreiheit zu verschaffen. In der jetzigen Krise aber würde solche Sonderbehandlung in Moskau derartig alarmierend wirken, daß es energisch eingreifen würde, um seine Machtsphäre zu sichern. Der Umweg über die osteuropäischen Staaten trifft also Moskau wenig und kann von ihm leicht versperrt werden. Den Überlegungen des Bezugsberichts kann daher von hier aus nur voll zugestimmt werden.

[gez.] Jovy

VS-Bd. 13193 (214)

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Kiewitt, Bundeskanzleramt

3. März 1980¹

Betr.: Gespräche des stellvertretenden Vorsitzenden der SPD, MdB Hans-Jürgen Wischniewski, in Washington vom 24.2. bis 1.3.1980

Anlg.: Programm²

I. 1) Allgemein wurde betont, daß der Besuch des Bundeskanzlers³ im beiderseitigen Interesse ein Erfolg werden müsse. Plastisch stellte dies Robert Strauss, der eine starke Stellung gegenüber dem Präsidenten hat, wie folgt dar: Es gibt ein selten großes Maß an Übereinstimmung zwischen den USA und der Bundesrepublik, daneben gibt es einen kleinen Bereich an Unstimmigkeiten, und nur über diesen wird geredet. Die Public-Relations-Arbeit müsse deshalb verbessert werden. Es dürften nicht ständig Berichte über Differenzen zwischen BK und Präsident Carter erscheinen. Maßstab sei der sehr erfolgreiche Besuch von MP Thatcher.⁴

Überall kam das hohe Ansehen zum Ausdruck, das BK in den USA genießt. Um so mehr wird auf eine positive öffentliche Stellungnahme durch ihn gegenüber den USA Wert gelegt.

Man ist in Washington fest davon überzeugt, daß sich durch die Geiselnahme in Teheran und durch Afghanistan eine neue politische Grundströmung im Lande ergeben hat. Der von der SU ausgehenden Gefahr müsse durch eine feste Haltung der westlichen Welt entgegengewirkt werden. Häufig wird die Frage gestellt, ob die Europäer gewillt seien, diese Herausforderung so ernst zu nehmen wie die Amerikaner, und ob sie nicht vielmehr ihr eigenes Détente-Süppchen weiterkochen wollten. Differenziert wird nur zwischen GB, D und F, wobei GB zumindest in der öffentlichen Meinung als „tough“ gilt, während man uns noch zubilligt – aber auch von uns erwartet –, die Franzosen auf den rechten Weg bringen zu wollen.

2) Derzeit sieht man in den USA keine Chancen für einen Rückzug der Sowjetunion aus Afghanistan. Deshalb müsse der westliche Druck beibehalten werden. Die SU müsse einen Preis für die Intervention zahlen, gleichzeitig müsse sie von weiteren Abenteuern abgehalten werden. Parallel hierzu würden der SU aber auch Signale gegeben (Carter-Brief an Tito⁵, KSZE-Vorbereitung⁶, Liefe-

¹ Ablichtung.

Hat Bundeskanzler Schmidt am 9. März 1980 vorgelegen.

² Dem Vorgang nicht beigelegt.

³ Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 4. bis 8. März 1980 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 71–73.

⁴ Premierministerin Thatcher hielt sich am 16./17. Dezember 1979 in den USA auf.

⁵ Vortragender Legationsrat Gerz vermerkte am 26. Februar 1980, der amerikanische Botschaftsrat van Heuven habe ein Schreiben des Präsidenten Carter an Staatspräsident Tito übergeben, mit dem Carter auf dessen Schreiben vom 20. Februar 1980 geantwortet habe. Carter habe den Rückzug aller fremden Streitkräfte aus Afghanistan gefordert. Die USA unterstützten „die Wiedereinsetzung einer neutralen, blockfreien afghanischen Regierung“. Sie seien auch bereit, Neutralität und Nicht-

rung von Ersatzteilen), um deutlich zu machen, daß man gesprächsbereit sei. Ohne ein deutliches Signal der SU könne man sich aber auf nichts einlassen. Einige Gesprächspartner waren der Meinung, nur ein vollständiger Rückzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan sei derzeit innenpolitisch als Gesprächsgrundlage mit der SU vertretbar. Eine Neutralisierung Afghanistans könne die SU nicht akzeptieren, da dies die Bildung einer Regierung in Kabul bedeute, die der SU distanziert gegenüberstehe.

3) Zu Pakistan wurde zwar zur Kenntnis genommen, daß wir bereit sind, unsere Entwicklungshilfe zu erhöhen.⁷ Die Überlegungen darüber, was wer im einzelnen tun soll, waren jedoch nicht sehr präzise. Brzezinski sagte, die wirtschaftliche Unterstützung Pakistans durch andere Länder würde es der Regierung in Islamabad ermöglichen, Gelder aus den OPEC-Staaten für Waffenkäufe zu verwenden. Im Hintergrund stand bei einigen Gesprächspartnern die Frage, ob sich denn die USA als einzige auf dem Gebiet der militärischen Zusammenarbeit in Pakistan engagieren sollten.

4) Unsere Absicht, erneut die Führung bei der Stützungsaktion für die Türkei zu übernehmen⁸, wurde allgemein begrüßt, insbesondere da dabei der griechischen Komponente Rechnung getragen wird. Skepsis besteht jedoch noch in der Frage der Anrechenbarkeit des militärischen Teils unserer Hilfe auf die Erreichung des 3%-Ziels.⁹

5) Insbesondere im Weißen Haus fordert man von uns einen sichtbaren Schritt gegenüber der Sowjetunion im wirtschaftlichen Bereich. Berichte über die Vereinbarung neuer Großprojekte werden mit Mißtrauen registriert. Die USA hätten u. a. durch das Getreideembargo¹⁰ große Lasten auf sich genommen. Dies könne jedoch keine einseitige Angelegenheit bleiben. Immer wieder angesprochen wurden die Hermes-Garantien.¹¹

6) Auf Vorschlag von Komer und Brown soll Präsident Carter im militärischen Bereich gegenüber BK insbesondere auf die folgenden drei Punkte hinweisen:

- Erreichung des 3%-Ziels.
- Bis zum Amtsantritt von Präsident Carter¹² sei die NATO vernachlässigt worden. Man habe sich entschlossen, dies zu ändern. Dabei komme in Europa der Bundesrepublik naturgemäß die größte Bedeutung zu. Die Lage der Bundesrepublik erfordere eine Vorwärtsstrategie¹³ zur Verhinderung eines

Fortsetzung Fußnote von Seite 386

einmischung in die inneren Angelegenheiten zu garantieren. Carter habe sich darüber hinaus zur Fortführung der Entspannungspolitik bekannt und seine Unterstützung für die Unabhängigkeit und territoriale Integrität Jugoslawiens erklärt. Vgl. Referat 200, Bd. 112929.

⁶ Die KSZE-Folgekonferenz wurde am 11. November 1980 in Madrid eröffnet. Vgl. dazu Dok. 319 und Dok. 322.

⁷ Zur Wirtschafts- und Finanzhilfe für Pakistan vgl. Dok. 15, Anm. 17, und Dok. 55, Anm. 22.

⁸ Zur Wirtschafts-, Finanz- und Verteidigungshilfe für die Türkei vgl. Dok. 64, Anm. 11.

⁹ Vgl. dazu die „Ministerial Guidance 1977“ der NATO vom 17./18. Mai 1977; Dok. 1, Anm. 8.

¹⁰ Zur Einschränkung von Getreidelieferungen in die UdSSR vgl. Dok. 10, Anm. 23.

¹¹ Zum amerikanischen Wunsch nach Einstellung von Hermes-Bürgschaften für Exporte in die UdSSR vgl. Dok. 63.

¹² Die Regierung Carter übernahm am 20. Januar 1977 die Amtsgeschäfte.

¹³ Am 23. Mai 1957 stellte der Militärausschuß der NATO in der Direktive MC 48/2 („Measures to Implement the Strategic Concept“) fest: „In addition to our nuclear retaliatory measures, our land, sea and air forces must be developed also to respond immediately to the task of defending the sea

Blitzkriegs durch die SU und nicht die Verteidigung am Rhein. Im Rahmen eines transatlantischen Tauschgeschäfts seien die USA bereit, ihren Verteidigungsbeitrag in Europa so zu erhöhen, daß ihre Präsenz innerhalb von zehn Tagen von fünf auf elf Divisionen erhöht werden¹⁴ könne. Dies zusammen mit der beabsichtigten Verdreifachung der Stärke der strategischen Luftwaffe bedeute, daß den USA in Europa kurzfristig mehr Feuerkraft als der Bundeswehr zur Verfügung stehen könne. Dieses Konzept setze jedoch voraus, daß das benötigte Gerät vorab in Europa eingelagert und den USA „Host Nation Support“¹⁵ nach dem für die Bundeswehr gültigen Modell gewährt werde (Kostenübernahme im Kriegsfall durch USA). Carter werde BK um Unterstützung gegenüber den zuständigen deutschen Ressorts bitten.

- Für die Vorwärtsstrategie benötige man mittelfristig die Unterstützung Frankreichs. Da Frankreich derzeit einerseits andere Prioritäten habe (Afrika) und andererseits zu schwach sei, um die Vorwärtsstrategie wirkungsvoll unterstützen zu können, müsse BK bei Präsident Giscard d'Estaing das Verständnis für erforderliche französische Truppenverstärkungen wecken. Carter könne dies nicht.

7) Während die Administration einsieht, daß ein Einsatz der Bundeswehr außerhalb des NATO-Gebiets nicht möglich ist¹⁶, hält sich im Kongreß und in der Öffentlichkeit die Auffassung, daß nicht nur die Franzosen und Briten in der Golfregion präsent sein sollten, sondern auch die Bundesrepublik, evtl. durch Flotteneinheiten. Ohne auf die Entwicklung der Carter-Doktrin¹⁷ einzugehen, heißt es, die USA bezögen nur 13% ihres Öls aus dieser Region, die Europäer hingegen über 50%. Warum solle ein einziger amerikanischer Soldat sein Leben an den Stränden Arabiens lassen, während die Europäer mehr oder weniger nur Zuschauer seien?

8) In der Frage des Boykotts der Olympiade gibt es keinerlei Anzeichen für eine Änderung der derzeitigen amerikanischen Haltung, es sei denn, die SU würde ihre Truppen aus Afghanistan zurückziehen. Zwar bringt man im State Department und im Weißen Haus Verständnis für unsere Haltung insbesondere mit dem Argument auf, daß wir uns darum bemühten, eine gemeinsame Haltung der Europäer herbeizuführen. Andererseits weist man darauf hin, daß ein Hinauszögern einer europäischen Stellungnahme bis Mai es erschwere, die Länder der Dritten Welt zu einer Absage zu bewegen. Unser Zögern habe vielmehr wegen des starken sowjetischen Engagements weitere Zusagen aus der Dritten Welt zur Folge. Im Weißen Haus (Cutler) ist man auf die Veranstaltung alternativer Spiele im August festgelegt, die man jedoch nicht als Absage

Fortsetzung Fußnote von Seite 387

areas and NATO territories as far forward as possible in order to maintain the integrity of the NATO area, counting on the use of their nuclear weapons at the outset.“ Vgl. NATO STRATEGY DOCUMENTS, S. 323.

¹⁴ Der Passus „USA bereit ... erhöht werden“ wurden von Bundeskanzler Schmidt hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Keine Speerspitze; keine Bilateralisierung der NATO.“

¹⁵ Zum Host Nation Support vgl. Dok. 64, Anm. 10.

¹⁶ Zur Frage der rechtlichen Zulässigkeit der Beteiligung der Bundeswehr an Friedenstruppen der VN, bei der bewaffneten Unterstützung befreundeter Regierungen bzw. bei der bewaffneten Rettung deutscher Staatsangehöriger im Ausland vgl. AAPD 1978, I, Dok. 162 und Dok. 163.

¹⁷ Vgl. dazu die Rede des Präsidenten Carter vom 23. Januar 1980 zur Lage der Nation vor beiden Häusern des Kongresses; PUBLIC PAPERS, CARTER 1980, S. 194–200. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 101–106. Vgl. dazu auch Dok. 16.

an die olympische Idee verstanden wissen will, sondern lediglich als Angebot an die Moskau fernbleibenden Sportler. Man versucht, den Olympia-Boikott und die alternativen Spiele voneinander zu trennen und erwartet eine baldige Zusage der Europäer und Japans zu den alternativen Spielen, um wiederum Länder der Dritten Welt zu einer Zusage bewegen zu können. Wegen der erforderlichen Vorbereitung wird eine Entscheidung erst im Mai für zu spät erachtet. Die mangelnde Konsultation in dieser Frage sieht man zwar ein, nimmt sie aber nicht besonders ernst. Vereinzelt werden Parallelen zum Neutralitätsvorschlag der Neun¹⁸ gezogen.

9) Das Geiseldrama in Teheran steht in der Administration und in der Öffentlichkeit weiterhin im Vordergrund, verstärkt durch die Botschaftsbesetzung in Bogotá.¹⁹ Jede auch noch so geringe Bewegung wird ausführlich diskutiert. In diesem Bereich wird unsere bisherige Unterstützung dankbar registriert. Über Sanktionen gegenüber Iran²⁰ wird derzeit nicht gesprochen, da man sich der Gefahr einer möglichen sowjetischen Reaktion bewußt ist.

10) Die Administration und Gesprächspartner im Kongreß waren der Meinung, die Kontakte mit den übrigen osteuropäischen Ländern weitgehend im bisherigen Umfang aufrechterhalten zu können.²¹

11) Derzeit hat die Außenpolitik im amerikanischen Wahlkampf²² noch einen hohen Stellenwert. Dies bedeutet jedoch nicht, daß das außenpolitische Handeln überwiegend wahlkampforientiert ist. Der Grundkonsens über „make the Russians pay“ ist äußerst stark, verbunden mit einer gewissen Resignation wegen der angeblichen schwachen Reaktion der Europäer (bis auf GB). Parallel hierzu verstärkt sich jedoch die Diskussion über die wirtschaftliche Entwicklung (auf das Jahr 1980 projizierte Inflationsrate von 18 %, prime rate derzeit auf 16,75 %). Auch aus Bankkreisen wird der Ruf nach Lohn- und Preiskontrollen laut. Im Kongreß strebt eine starke Gruppe Budgetkürzungen von 25 Mrd. US-\$ an, hauptsächlich zu Lasten der Sozialleistungen.

Auf die Frage, ob nicht nach einer Beendigung des Geiseldramas in Teheran die Wirtschaftspolitik den Wahlkampf dominieren könne, gibt es bisher nur ausweichende Antworten. Nach den primaries in New Hampshire²³, denen

¹⁸ Vgl. dazu die Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vom 19. Februar 1980 zur sowjetischen Intervention in Afghanistan; BULLETIN DER EG 2/1980, S. 88 f. Vgl. dazu auch Dok. 57.

¹⁹ Botschafter Noebel, Bogotá, berichtete am 28. Februar 1980, am Vortag habe ein Kommando des „Movimiento 19 de Abril“ die Botschaft der Dominikanischen Republik in Bogotá gestürmt und neben dem amerikanischen Botschafter Asencio zahlreiche weitere Diplomaten als Geiseln genommen. Verlangt werde ein Lösegeld von 50 Mio. Dollar und „die Freilassung der ‚politischen Häftlinge‘ – gesprochen wird von der Zahl von etwa 330“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 49; Referat 331, Bd. 116085. Noebel informierte am 28. April 1980, nach 61 Tagen seien alle Geiseln freigelassen worden: „Mit der Zusicherung freien Geleits durch kolumbianische Regierung flogen Geiseln und Geiselnnehmer mit kubanischer Maschine am Sonntagmorgen nach Kuba aus.“ Die kolumbianische Regierung habe keinerlei Zugeständnisse gemacht. Vgl. den Drahtbericht Nr. 121; Referat 331, Bd. 116085.

²⁰ Zu den geplanten Wirtschafts- und Finanzsanktionen gegen Iran vgl. Dok. 15, Anm. 10 und 13.

²¹ Vgl. dazu die Überlegungen der amerikanischen Regierung hinsichtlich der Beziehungen zu Staaten des Warschauer Pakts; Dok. 66, Anm. 3.

²² Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

²³ Am 26. Februar 1980 siegte Präsident Carter bei den Vorwahlen der Demokratischen Partei für die Präsidentschaftswahlen im amerikanischen Bundesstaat New Hampshire.

aber nicht mehr die früher übliche Signalwirkung gegeben wird, werden Carter einerseits und Bush andererseits gute Chancen eingeräumt, nominiert zu werden, wobei Carter gegenüber Kennedy in der weitaus stärkeren Position ist. Bei den Republikanern wird neben den anderen Kandidaten auch noch Gerald Ford eine Chance eingeräumt.

12) In einem Gespräch mit dem jugoslawischen Botschafter²⁴ regte dieser u. a. an, anlässlich des BK-Besuchs mit den USA eine gemeinsame Formulierung zu den Ergebnissen der Brandt-Kommission²⁵ zu finden. Dies würde von Bedeutung für die bevorstehende Ministerkonferenz der Gruppe der 77 in New York²⁶ sein, auf der Kuba und andere versuchen würden, die Haltung der SU durchzusetzen. Ein Treffen Carter–Breschnew beim Begräbnis für Tito²⁷ könne seiner Meinung nach nur zustande kommen, wenn vorab ein Erfolg für Carter dabei herauskomme.

II. Herr Wischniewski hat durchgängig insbesondere folgende Positionen vertreten:

1) Grundsätzlich müßten wir um Verständnis dafür bitten, daß wir die in den letzten Jahren in Europa erreichten Fortschritte erhalten wollten.

2) Es sei völlig klar, wo wir in der Frage des Olympia-Boykotts stehen werden, wenn die Zeit gekommen ist (Mai²⁸). Die Solidarität mit den USA sei für uns eine Lebensfrage. Daß wir uns derzeit nicht öffentlich festlegen wollten, habe seinen Grund darin, daß letztlich die deutschstämmigen Bürger in den osteuropäischen Ländern und die Juden die Rechnung bezahlen müßten. Mit unserer Olympia-Absage würden die Ausreisemöglichkeiten insbesondere aus der SU, Polen und der DDR zum Erliegen kommen (etwa 250 000 seit Helsinki²⁹, letztes Jahr etwa 50 000). In diesem Jahr sei das Abkommen mit Polen ausgelaufen.³⁰ Die Chancen für die Fortführung der Ausreisep Praxis würden entfallen. Die SU werde mit Gewißheit bei einem Scheitern der Olympiade die Ausreise von Juden (1979 über 40 000) unterbinden. Dies müsse man auf amerikanischer Seite sehen. Für dieses Argument zeigten alle Gesprächspartner Verständnis.

3) Was die Golfregion anbelange, so sehe er nicht so sehr die Gefahr einer militärischen Aktion der SU als vielmehr eine bedrohliche Entwicklung der inter-

²⁴ Budimir Lončar.

²⁵ Der Vorsitzende der Unabhängigen Kommission für Internationale Entwicklungsfragen („Nord-Süd-Kommission“), Brandt, legte VN-Generalsekretär Waldheim am 12. Februar 1980 einen Abschlußbericht vor. Vgl. dazu Das Überleben sichern. Gemeinsame Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer. Bericht der Nord-Süd-Kommission, Köln 1980.

Zu dem Bericht teilte Vortragender Legationsrat I. Klasse Ellerkmann am 20. Februar 1980 mit: „Die Brandt-Kommission macht eine Reihe von Vorschlägen, die dazu beitragen können, die oft starren Fronten in diesem Dialog zwischen Nord und Süd aufzulockern. Die Bundesregierung unterstützt den Vorschlag, einen kleinen, informellen Gipfel von Staats- und Regierungschefs aus den verschiedenen Ländergruppen zu veranstalten.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 19; Referat 012, Bd. 115729.

²⁶ Zur Ministerkonferenz der Gruppe der 77 vom 11. bis 15. März 1980 in New York vgl. Dok. 83, Anm. 26.

²⁷ Zum Gesundheitszustand des Staatspräsidenten Tito vgl. Dok. 67, Anm. 9.

²⁸ Am 24. Mai 1980 endete die Anmeldefrist für die Olympischen Sommerspiele, die vom 19. Juli bis 3. August 1980 in Moskau stattfanden.

²⁹ In Helsinki fand vom 30. Juli bis 1. August 1975 die KSZE-Schlußkonferenz statt.

³⁰ Für den Wortlaut des Ausreiseprotokolls vom 9. Oktober 1975 zwischen der Bundesrepublik und Polen vgl. BULLETIN 1975, S. 1199.

nen Situation dieser Länder, in denen durch plötzlichen Reichtum und einen hohen Ausländeranteil traditionelle Strukturen ins Wanken geraten seien. Die westlichen Länder müßten gemeinsam überlegen, wie man zu einer inneren Stabilisierung der Länder des Golfs beitragen könne. Eine militärische Präsenz der Bundesrepublik außerhalb des NATO-Gebiets könne nicht zur Diskussion stehen. Falls es erforderlich sei, die Präsenz der USA am Golf zu verstärken, so müsse dies durch GB und F geschehen. Wir müßten dann allerdings daran denken, diese Länder in Europa zu entlasten.

4) Im Bereich der militärischen Rüstung leisteten wir unseren Beitrag. Die allgemeine Wehrpflicht sei bei uns unumstritten, während im Kongreß sogar ein Haushaltsansatz für die Registrierung³¹ abgelehnt werde. Unsere Anstrengungen für die Bundeswehr seien seit 1970 kontinuierlich gesteigert worden, ferner führe die Bundeswehr ein Investitionsprogramm über 40 Mrd. DM durch. Im Rahmen eines Nachtragshaushalts für 1980 würden wir die Haushaltsansätze für Treibstoff und Munition erhöhen sowie einen zusätzlichen Beitrag für die militärische Hilfe an die Türkei vorsehen. All dieses zusammen werde uns nicht an das 3%-Ziel bringen, von dem er persönlich allerdings nicht viel halte, da er eine Steigerung des Verteidigungshaushalts als Funktion der Bedürfnisse der Bundeswehr zur Erfüllung ihres Verteidigungsauftrags sehe. Wenn z.B. in einem Jahr 10% erforderlich seien, müsse der Haushalt um diesen Satz steigen. In der TNF-Diskussion im Dezember 1979 sei unsere solidarische Haltung klar zum Ausdruck gekommen. Das Ergebnis³² sei nicht zuletzt dem Bundeskanzler persönlich zu verdanken.

5) Bei unseren Verteidigungsanstrengungen müßten wir auf historisch begründete Befürchtungen unserer westeuropäischen Nachbarn Rücksicht nehmen. Insbesondere die Niederlande, aber auch z.B. Norwegen und Dänemark, würden einer Veränderung der Kräfte in Europa kritisch gegenüberstehen.

6) Was Pakistan anbelange, so sei für uns militärische Hilfe ausgeschlossen. Wir seien aber bereit, unsere Entwicklungshilfeleistungen zu steigern. Hierbei hätten wir allerdings wegen der Natur des Regimes in Pakistan mit Schwierigkeiten im Parlament zu rechnen.

7) Er bedauere, daß die deutsch-französische Erklärung vom 5.2.1980³³ in den USA nicht ausreichend gewürdigt worden sei. Zum erstenmal seit vielen Jahren habe F eine derart klare Haltung zur Allianz eingenommen. Jeder für sich hätten D und F dieses Dokument sicherlich anders formuliert, aber Frankreich hätte aus internen Gründen nicht weiter gehen können. Das Verhältnis zwischen Präsident Giscard d'Estaing und BK sei sicherlich ausgezeichnet. Es sei jedoch ein Unterschied, ob beide etwas vertraulich besprechen oder ob etwas in

³¹ Zu Überlegungen für die Wiedereinführung der Wehrpflicht in den USA vgl. Dok. 21, Anm. 12.

Brigadegeneral von Ondarza, Washington, informierte am 7. März 1980, Präsident Carter habe dem amerikanischen Kongreß am 8. Februar 1980 zwei Gesetzesanträge vorgelegt: „Einen Antrag zur Bewilligung von Geldern für die Wiederbelebung des Selective Service System und für die Registrierung männlicher Jugendlicher“, einen zweiten zur Registrierung weiblicher Jugendlicher. Der erste Antrag sei am 5. März 1980 auf unbestimmte Zeit verschoben, der zweite vom zuständigen Ausschuß abgelehnt worden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1095; Referat 201, Bd. 120164.

³² Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 10.

³³ Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung anläßlich der deutsch-französischen Konsultationen am 4./5. Februar 1980 in Paris vgl. BULLETIN 1980, S. 117 f.

der Öffentlichkeit gesagt werde, was dem französischen Präsidenten evtl. schaden könne.

8) Was Handelsfragen anbelange, so könne man bei der COCOM-Liste sicherlich zu einer Übereinstimmung kommen. Auch über Hermes-Garantien könne man sprechen, allerdings würden diese bei vielen Geschäften wegen der guten Zahlungsmoral der SU nicht in Anspruch genommen. Er persönlich sei ein Gegner von Boykott-Aktionen, weshalb er bereits im letzten Jahr innenpolitisch Ärger gehabt habe (Südafrika-Boykott).

9) Er habe nach dem Einmarsch der SU in Afghanistan gesagt, man müsse die militärische Aktion der SU in eine politische Niederlage verwandeln. So sehe er z. B. Chancen, die SU in einigen afrikanischen Ländern (Guinea, Benin) zurückzudrängen. Ferner hätte man daran denken könne, Länder der Dritten Welt zu einer Diskussion über die Frage zu bewegen, warum die Sowjetunion in den VN drei Stimmen habe.³⁴

Kiewitt

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 52

70

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem saudi-arabischen Außenminister Prinz Saud al-Faisal

VS-vertraulich

3. März 1980¹

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem saudischen Außenminister Prinz Saud al-Faisal bin Abdul-Aziz al-Saud am 3. März 1980 von 19.10 bis 21.30 Uhr²

Weitere Teilnehmer: Botschafter Nouri Ibrahim, Kabinettschef Hassan al-Shawwaf, StS van Well, Botschafter Vestring, MDg von der Gablentz.

Bundeskanzler freut sich auf das Gespräch mit dem Außenminister, weil er ihn persönlich schätzt und weil ihm am Urteil der Saudis über die Entwicklung der Lage im Nahen und Mittleren Osten liegt. Er erkundigt sich nach dem Gesund-

³⁴ Dieser Absatz wurde von Bundeskanzler Schmidt hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Für BRD im White House zuständig: Robert Blackwill.“

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 5. März 1980 gefertigt und „vorbehaltlich der Zustimmung des Bundeskanzlers“ am selben Tag an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau „zur Unterrichtung des Herrn Bundesministers“ übermittelt.

Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 5. März 1980 vorgelegen.

Hat Bundesminister Genscher vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14085 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

² Der saudi-arabische Außenminister Prinz Saud al-Faisal hielt sich am 3. März 1980 in der Bundesrepublik auf.

heitszustand des Königs (Saud: Er ist trotz seiner 70 Jahre und der harten Arbeit wieder bei bester Gesundheit) und übermittelt Grüße an den König und Kronprinz Fahd.

Afghanistan und Naher Osten

Saud berichtet, daß er mit BM Genscher im wesentlichen über Afghanistan und die Folgen für die Region gesprochen habe.³ Er betrachtet die sowjetische Intervention in Afghanistan nicht als Selbstverteidigung oder Schutzmaßnahme, sondern als einen Angriff auf die Region durch die Sowjets, als Glied einer ganzen Kette sowjetischer Aktivitäten in der Region. (Bundeskanzler: Die Behauptung, es handle sich um Schutzmaßnahmen, ist nur ein Schirm, um imperialistisches Vorgehen zu verstecken.)

Araber und Moslems – auch Staaten, die bisher die SU unterstützten – haben der Welt gezeigt, daß sie klar gegen die sowjetischen Übergriffe Stellung nehmen, die zunächst Iran und Pakistan, aber dann auch die anderen arabischen Staaten gefährden. In dieser Lage ergibt sich die Möglichkeit einer gemeinsamen Antwort des Westens und der islamischen Staaten, die der westlichen Unterstützung bedürfen. Wesentlicher Hinderungsgrund für das Zustandekommen eines gemeinsamen Vorgehens ist Israel.

Pakistan hat sich mit seiner klaren Stellungnahme in eine gefährliche Position hineinmanövriert. Es hat nur die islamischen Staaten und China zu Freunden. Der Besuch Brzezinskis mußte enttäuschend sein.⁴ Ihm ging es vor allem um die militärische Lage, obwohl Pakistan ja auf allen Ebenen bedroht ist. Selbst da aber können sich die Pakistanis ausrechnen, daß die USA kaum etwas gegen eine sowjetische Intervention unternehmen können, es sei denn durch Einsatz von Atomwaffen. (Bundeskanzler: Kaum ein anderer Ort ist militärisch unzugänglicher als der Khyber-Paß.) Wenn es nicht das Israel-Problem gebe, könne man sich in dieser Lage auf kollektive Sicherheitsmaßnahmen einigen.

Kronprinz Fahd hat Brzezinski in einem ausführlichen Gespräch dargelegt, daß es nicht nur um militärische Maßnahmen, sondern auch um die Abwehr innerer Subversion gehe.⁵ Er hat dargelegt, daß auch die Israel-Frage gelöst werden muß. Die wirkliche Antwort auf die SU besteht darin, daß die Länder der Region instand gesetzt werden, den sowjetischen Drohungen standzuhalten. Jedes weitere Vorrücken müsse für die SU unkalkulierbare Risiken enthalten.

Bundeskanzler: Auch wir haben den USA den Zusammenhang mit einer Lösung der Palästinenser-Frage deutlich gemacht. Er hat das Gefühl, daß die Amerikaner diesen Zusammenhang jedenfalls intellektuell einsehen, hat aber Zweifel, ob sie die nötigen Konsequenzen auch nach Ablauf der Zeitgrenze für die

³ Vortragender Legationsrat I. Klasse Schlagintweit faßte am 6. März 1980 das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem saudi-arabischen Außenminister Prinz Saud al-Faisal am 3. März zusammen. Themen seien die Motive der sowjetischen Intervention in Afghanistan, der Nahost-Konflikt sowie die geplanten Kooperationsabkommen der Europäischen Gemeinschaften mit den Golfstaaten gewesen. Des weiteren seien die Lage im Jemen, in der Türkei und in Pakistan erörtert worden. Abschließend habe Genscher „eine Liste deutscher in Saudi-Arabien Inhaftierter, die seit langem auf ihre Freilassung warten“, überreicht. Vgl. Referat 311, Bd. 137650.

⁴ Der Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Brzezinski, hielt sich vom 2. bis 4. Februar 1980 in Pakistan auf. Vgl. dazu Dok. 38, Anm. 19.

⁵ Der Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Brzezinski, hielt sich am 4./5. Februar 1980 in Saudi-Arabien auf.

Autonomieverhandlungen⁶ Ende Mai ziehen können. Die amerikanische Zustimmung zur Sicherheitsrats-Resolution über die israelische Siedlungspolitik⁷ ist allerdings ein gutes Zeichen.

Saud: Das amerikanische Stimmverhalten – zum ersten Mal gegen die Israelis – war wichtig, die Stimmerkklärung weniger gut.⁸ Er hofft, daß das ein Signal für die Israelis wird. (Bundeskanzler: Auch für die Araber, die Israelis werden die Abstimmung uminterpretieren.) Brzezinski ist sich des Israel-Problems bewußt. Aber ob er praktische Konsequenzen daraus ziehen kann, ist bei der innenpolitischen Lage in den USA zweifelhaft. Auch die Hoffnung auf einen Wandel der Lage nach den Wahlen in den USA⁹ und in Israel¹⁰ könne täuschen.

Bundeskanzler weist darauf hin, daß Dayan, aber auch die Führer der israelischen Arbeiterpartei, jedenfalls in der Frage des Truppenrückzugs und der Autonomie entgegenkommender sind, auch wenn sie natürlich keine volle Souveränität eines von ihnen so genannten PLO-Staates zulassen wollen. Nach den amerikanischen Wahlen sollte es angesichts des desolaten Zustands der israelischen Wirtschaft gewisse Druckmöglichkeiten für die USA auf Israel geben. Vielleicht können die USA schon nach Ablauf der Autonomie-Zeitgrenze Ende Mai 1980 entgegenkommender sein – zumindest die Planer im State Department, die leider politisch nicht immer so einflußreich sind, wie man möchte.

Wenn man realistisch ist, kann man kaum erwarten, daß 1980, sogar 1981, genügend Druck auf Israel ausgeübt werden kann. Es wird Fortschritte geben in der Palästina-Frage, die aber sicher die Araber nicht zufriedenstellen werden.

Saud betont, daß auch Brzezinski dieselben Ziele verfolge, aber andere Zeitvorstellungen habe. Die sowjetischen Aktivitäten in Afghanistan, aber auch im Jemen, in Libyen, in Syrien stellen eine direkte Drohung dar. Die Gefahr besteht, daß die USA, die doch so großen Wert auf eine gemeinsame Antwort an die SU legen, wegen dieser einen Israel-Frage dazu beitragen, daß keine gemeinsame Antwort zustande kommt.

Iran

Der Iran teilt die Sorgen der anderen Länder der Region. Er betont auf Frage des Bundeskanzlers, daß die kommunistische Tudeh-Partei sicherlich wesentlich durch die Revolution gestärkt wurde und daß letzten Endes die SU am mei-

⁶ Zu den Gesprächen zwischen Ägypten und Israel über eine Autonomie der palästinensischen Gebiete vgl. Dok. 62, Anm. 42.

⁷ In Resolution Nr. 465 des VN-Sicherheitsrats vom 1. März 1980 wurde die israelische Siedlungspolitik im Westjordanland und im Gaza-Streifen kritisiert. Darin hieß es, alle Maßnahmen Israels, die darauf abzielten, den Status der 1967 besetzten Gebiete zu verändern, hätten keine rechtliche Gültigkeit. Die Siedlungspolitik verstoße gegen das Völkerrecht und stehe einem dauerhaften Frieden im Nahen Osten im Wege. Für den Wortlaut vgl. RESOLUTIONS AND DECISIONS 1980, S. 5.

⁸ Präsident Carter erklärte am 3. März 1980, die USA seien unverändert gegen die Errichtung neuer israelischer Siedlungen im Westjordanland und im Gaza-Streifen. Sie lehnten aber auch den in der Resolution Nr. 465 des VN-Sicherheitsrats vom 1. März 1980 enthaltenen Aufruf zur Auflösung der bestehenden Siedlungen ab. Jerusalem dürfe nicht geteilt werden. Er habe ein Votum zugunsten der Resolution befürwortet unter der Voraussetzung, daß diese nirgendwo auf Jerusalem Bezug nehme: „The failure to communicate this clearly resulted in a vote in favor of the resolution rather than abstention.“ Vgl. PUBLIC PAPERS, CARTER 1980, S. 427.

⁹ Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

¹⁰ Die Wahlen zum israelischen Parlament fanden am 30. Juni 1981 statt.

sten von den Aktionen der Geiselnnehmer in Teheran profitiert. Auch der Iran strebt die Zusammenarbeit an wie die arabischen Staaten in der Region; der Irak hat eine wichtige Rolle in Islamabad¹¹ gespielt und nimmt die sowjetische Bedrohung sehr ernst. Ob die irakische Armee die stärkste der Region sei, möchte er nicht unbedingt beurteilen, da er Zweifel an der Schlagkraft politischer Armeen hat.

Türkei

Bundeskanzler: Während wir Pakistan nur mit verstärkter Wirtschaftshilfe beistehen können¹², übernehmen wir die führende Rolle bei der wirtschaftlichen und militärischen Hilfe für die Türkei.¹³ Das ist keine einfache Aufgabe, weil wir dabei auch die Beziehungen zu Griechenland und die verfahrenere innenpolitischen Lage der Türkei im Auge zu halten haben.

Er appelliert an die Saudis, uns zu helfen, der Türkei die angemessene Unterstützung zukommen zu lassen. Wenn die Türkei dem sowjetischen Einflußbereich verfällt, ist die ganze Region verloren.

Saud: Dann läge in der Tat die ganze Region der SU offen. Die Saudis haben der Türkei mit Krediten zur Bezahlung ihrer Öleinfuhren geholfen und sich für Zahlungen an die Türkei aus dem OPEC-Fonds eingesetzt. Er verweist auf die Kontakte BM Matthöfers mit dem saudischen Finanzminister¹⁴.

Er hält die Regierung Demirel für eine vernünftige Regierung, die jetzt auch die richtigen wirtschaftspolitischen Schritte eingeleitet habe. Er will sich der Frage der Türkei-Hilfe annehmen und betont: „Wir wollen helfen, soweit wir können“.

Er hofft, daß auch die Japaner, deren Sonderbotschafter¹⁵ er vor kurzem gesehen hat, zur notwendigen Hilfe an die Türkei und an Pakistan beitragen. Beide Länder stehen unter enormem sowjetischem Druck. Pakistan wird bereits öffentlich bedroht. Auf Frage des Bundeskanzlers betont er, daß er die Türkei als ein normales Mitglied der Islamischen Konferenz betrachtet. Probleme gab es in diesem Zusammenhang bisher nur von seiten der Türkei, die sich als weltlicher Staat betrachtete.

Auf die Bemerkung des Bundeskanzlers, die Saudis sollten einen gespaltenen Ölpreis für Entwicklungsländer in Erwägung ziehen, meint er, daß die Gewährung besonderer Kredite für die Öleinfuhr praktisch darauf hinauskomme.

¹¹ Zur Konferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz vom 27. bis 29. Januar 1980 in Islamabad vgl. Dok. 29, Anm. 19.

¹² Zur Wirtschafts- und Finanzhilfe für Pakistan vgl. Dok. 15, Anm. 17, und Dok. 55, Anm. 22.

¹³ Zur Wirtschafts-, Finanz- und Verteidigungshilfe für die Türkei vgl. Dok. 64, Anm. 11.

¹⁴ Bundesminister Matthöfer und der saudi-arabische Finanzminister Aba al-Khail trafen am 16. Februar 1980 in Genf zusammen. Vortragender Legationsrat I. Klasse Franke, Bundeskanzleramt, vermerkte am 28. Februar 1980: „Saudis stellten wohlwollende Prüfung in Aussicht, ohne sich festzulegen, ob sie zur Gewährung von Finanzhilfe für Ölkäufe bereit sind. Von vorjähriger saudischer Projekthilfe mangels Projekten noch nichts abgeflossen.“ Vgl. Referat 311, Bd. 137650.

¹⁵ Ministerialdirigent Montfort informierte am 25. März 1980 Referat 341, die japanische Botschaft habe eine Aufzeichnung über die Reise des japanischen Sonderbotschafters Sonoda vom 19. Februar bis 17. März 1980 nach Indien, Irak, Oman, Pakistan, Saudi-Arabien, Syrien und in die Vereinigten Arabischen Emirate überreicht. Themen seien die Lage in Afghanistan, der Nahost-Konflikt, die Beziehungen Japans zu den ölexportierenden Staaten, die indisch-pakistanischen Beziehungen sowie die Rolle Japans in diesen Regionen gewesen. Vgl. dazu Unterabteilung 31, Bd. 135615.

Bundeskanzler: Es geht für uns darum, die Türkei zu stärken und Griechenland nicht für die NATO zu verlieren. Beide Länder hätten im übrigen die Fühler ausgestreckt in Richtung der kommunistischen Balkan-Staaten. Die Türken hatten sich in der Vergangenheit praktisch mit dem Überflug sowjetischer Flugzeuge über ihre östlichen Territorien abgefunden.

Strategische Lage

Bundeskanzler betont, daß das militärische Gewicht des Westens im Nahen Osten nur sehr begrenzt verstärkt werden kann. Darin liegt wohl auch einer der Gründe, daß die USA sich bemühen, die SU nicht nur in der Region, sondern auch durch andere Mittel unter Druck zu setzen, z.B. ein Fernbleiben von den Olympischen Spielen. Solche Mittel können sicherlich das notwendige politische Engagement im Westen und in den arabischen Staaten wecken, führen aber in der Sache nicht viel weiter.

Wirklichen Druck auf die SU können die USA dagegen ausüben, wenn sie in einem vollen Rüstungswettlauf ihre leistungskräftige Rüstungsindustrie auf volle Touren bringen. Die Sowjetunion, die wirtschaftlich nicht standhalten kann, könne dann versucht sein, schon in absehbarer Zeit zu Präventivschlägen Zuflucht zu nehmen. Die Drohung eines vollen Rüstungswettlaufs kann also zu unvorhersehbaren Ereignissen führen.

Nach seinem Gefühl muß man die Sowjets gleichzeitig unter Druck setzen und bereit sein, mit ihnen über gesichtswahrende Lösungen für einen Rückzug aus Afghanistan zu sprechen.

Die Abstimmungserfolge des Westens in den VN¹⁶ werden die Sowjets nicht allzu sehr beeindrucken, zumal sich die Frage stellt, wie lange und wie oft solche Erfolge in Zukunft noch möglich sind. Den Sowjets muß allerdings völlig klargemacht werden, daß sie mit harten Gegenschlägen zu rechnen haben, wenn sie (z.B. im Jemen) ihren Einfluß weiter auszudehnen versuchen. Wenn sie, wie in Angola, Äthiopien und Libyen, mit ihren Aktionen auch in Zukunft ungestraft wegkommen, sieht die Zukunft finster aus. Es bleibt nichts übrig, als nach der Devise Th. Roosevelts zu handeln: Leise sprechen, aber einen dicken Stock tragen.¹⁷

Ein Blick auf die militärische Lage sollte deutlich machen, daß der Westen keine Möglichkeit hat, die Sowjets mit militärischer Gewalt aus Afghanistan zu vertreiben. Dafür wären u.a. so viel militärische Basen in der Region notwendig, daß dies auch innenpolitisch von den betroffenen Ländern gar nicht zu verkraften wäre. Das Ziel des sowjetischen Rückzugs aus Afghanistan ist also nur auf andere Weise zu erreichen. Aber wenn jetzt an einem anderen Ort ähnliches passiert, würden wohl auch die Entwicklungsländer ihre Position überdenken müssen und sich den Tatsachen des Lebens – einer sowjetischen Gewalt, der der Westen nichts entgegensustellen hat – anpassen müssen.

¹⁶ Vgl. dazu die Resolution ES-6/2 der Notstandssondertagung der VN-Generalversammlung vom 14. Januar 1980; Dok. 14, Anm. 11.

¹⁷ Der Gouverneur des amerikanischen Bundesstaats New York, Roosevelt, verwendete den Ausdruck „speak softly and carry a big stick“, der zu einem Leitmotiv der amerikanischen Außenpolitik während seiner Präsidentschaft von 1901 bis 1909 wurde, erstmals in einem Schreiben vom 26. Januar 1900. Vgl. ROOSEVELT, Letters, Vol. II, S. 1141.

Saud stimmt zu. Die Antwort des Westens muß sich danach bestimmen, was er wirklich erreichen will, es bedarf einer wirklichen Gewinn und Verlustrechnung, der umfassenden Aggressionsdrohung muß auf allen Ebenen begegnet werden.

Bundeskanzler weist darauf hin, daß auch der Nahe Osten im Zielbereich der sowjetischen nuklearen Mittelstreckenraketen liegt. Sie sind mit einer Reichweite von bis 7000 km z. B. in Turkestan stationiert und können auch zur politischen Erpressung genutzt werden.

Saud unterstreicht in dem Zusammenhang noch einmal die Bedeutung einer umfassenden wirtschaftlichen, militärischen und auch öffentlichkeitswirksamen (Olympia) Antwort auf die Herausforderung der Sowjetunion. Diese Antwort kann nur eine gemeinsame Antwort des Westens und der Länder der Region sein. Daher muß das Hindernis für eine solche Antwort – die Israel-Frage – aus dem Wege geräumt werden.

Bündnisfragen

Bundeskanzler hebt hervor, daß die LRTNF-Entscheidung des Bündnisses¹⁸ ein enormer Schritt auf dem Wege zur Wiederherstellung des Gleichgewichts in Europa war. Die Sowjets könnten sich gezwungen sehen, ihrerseits Kurzstreckenwaffen zu entwickeln, um die Abschlußrampen der neuen westlichen Mittelstreckenwaffen zerstören zu können. Zur Zeit aber haben die Sowjets mit ihren SS-20 und Backfire noch einen wesentlichen Vorsprung.

Er erläutert, daß die Lage für Deutschland schwieriger ist, als viele glauben. Bei einer Ost-West-Auseinandersetzung würden zunächst die 16 Millionen Deutschen in der DDR und die 2 Millionen in Berlin leiden, die praktisch als Geiseln von den Sowjets gehalten werden. Wir haben mit vielen Mühen einen *modus vivendi* mit der DDR aufgebaut, der den Deutschen beider deutscher Staaten wesentliche menschliche Erleichterungen verschafft.

Angesichts der fortdauernden sowjetischen Bedrohung haben wir in den letzten 30 Jahren einen beachtlichen Beitrag zur gemeinsamen westlichen Verteidigung aufgebaut. Wir können auf der Grundlage der Wehrpflicht eine Million ausgebildete und ausgerüstete Soldaten mobilisieren.

Saud betont, daß es sicherlich zu einer Katastrophe führen würde, wenn es sich jetzt herausstellt, daß die USA keine wirksame Antwort auf Afghanistan auf die Beine stellt.

Bundeskanzler sieht eine gewisse Gefahr, daß die USA nach einer Befreiung der Geiseln in Teheran in ihren Anstrengungen nachlassen könnten. Er glaubt allerdings, daß die USA inzwischen die Folgen von Watergate¹⁹ und Vietnam überwunden und als Nation einen neuen Sinn für ihre weltpolitische Verantwortung gefunden haben. Er wird aber Carter übermorgen in Washington auch darauf ansprechen, daß die USA dieser Verantwortung ohne Wiederherstellung der Wehrpflicht kaum gewachsen sein werden.²⁰ Die USA werden allerdings bis zu den Wahlen sich nur vorsichtig bewegen können, da inzwischen der Kongreß sogar die Mittelzuweisung für die Registrierung verweigert hat.²¹ Das

¹⁸ Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 10.

¹⁹ Zur „Watergate-Affäre“ vgl. Dok. 11, Anm. 9.

²⁰ Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 4. bis 8. März 1980 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 71–73.

²¹ Zu Überlegungen für die Wiedereinführung der Wehrpflicht in den USA vgl. Dok. 69, Anm. 31.

Wesentliche in einer Armee sind die Soldaten. Ohne Wehrpflicht läuft die amerikanische Armee Gefahr, zu einer Armee deklassierter Schwarzer zu werden. Ohne eine leistungskräftige Armee könnten die USA bei einem wirklichen Zusammenstoß sehr schnell zu der Entscheidung gedrängt werden, nukleare Waffen einzusetzen. Daß eine so schwerwiegende Entscheidung, deren Folgen überhaupt nicht zu kalkulieren sind, für eine Auseinandersetzung irgendwo auf der Welt nur sehr schwer zu fällen ist, wird auch den sowjetischen Planern nicht entgangen sein.

Er stimmt daher Saud zu, daß es wesentlich ist, eine Gruppe von Staaten für eine gemeinsame Antwort an die Sowjetunion zusammenzubringen und die politischen Barrieren, die dem noch entgegenstehen, zu überwinden.

Camp-David-Prozeß²²

Saud sieht keine Alternative zu einem solchen Vorgehen. Auch wenn die Zeitvorstellungen für eine Lösung des Nahost-Problems verschieden sind, so muß man doch fragen, warum die USA auf die Normalisierung der israelisch-ägyptischen Beziehungen drängen und damit die Chance für eine Lösung des Nahost-Problems verringern. Der Austausch der Botschafter ist ein neues Hindernis.²³ Je weiter Israel die Normalisierung treibt, desto schwieriger wird es für Sadat, in den Kreis der arabischen Staaten zurückzukehren.

Bundeskanzler meint, daß Ende Mai die Chancen für einen Wandel der Politik steigen. Die USA müssen dann anerkennen, daß Camp David nicht zum Erfolg führen kann.

Saud betont noch einmal, daß man jetzt schnell zu Entscheidungen über die Nahost-Frage kommen müsse. Alle arabischen Staaten haben jetzt ihren politischen Willen bewiesen, klar gegen die SU Stellung zu beziehen. Sie erwarten jetzt vom Westen, daß er sich für eine Lösung der Nahost-Frage einsetzt.

Konsultationen

Bundeskanzler stellt fest, daß sich ein Widerspruch zwischen der auch von den Saudis bejahten Notwendigkeit starker amerikanischer Führung bei Ausarbeitung einer Eindämmungspolitik und der Weiterverfolgung des Camp-David-Prozesses zeigt. Die große Schwierigkeit sei der Mangel an amerikanischem Verständnis für andere Völker, ihre Entwicklung und ihre Bestrebungen sowie vor allem der ungeheure Mangel an Konsultation. (*Saud*: Es gibt schon Konsultationen, aber die amerikanischen Entscheidungen werden nur nach innenpolitischen Erwägungen gefällt.)

Wir müssen daher dazu beitragen, daß die USA ihre Führungsrolle bei einer abgestimmten Aktion so ausübt, daß Freunde und Verbündete sich nicht nur unterrichtet fühlen, sondern auch wissen, daß ihre Interessen berücksichtigt worden sind. Der beste Wille in Washington reicht nicht aus, wenn es keine wirksamen Konsultationen gibt. Viele der Fehler der letzten Jahre lassen sich darauf zurückführen, daß es keine Konsultationen gab oder daß aus Konsultationen keine Schlußfolgerungen gezogen wurden.

²² Zum Friedensvertrag 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel vom und zum Camp-David-Prozeß vgl. Dok. 13, Anm. 13.

²³ Zur Eröffnung der israelischen Botschaft in Kairo bzw. der ägyptischen in Tel Aviv vgl. Dok. 29, Anm. 37.

Auf den Hinweis Sauds, daß die Sowjetunion bei der Vorbereitung der Islamabad-Konferenz eine sehr wirkungsvolle und gut abgestimmte Diplomatie betrieben habe, betont er, daß die SU es allerdings nicht geschafft hat, ihre eigenen engsten Verbündeten zu überzeugen. Ungarn, Polen, Rumänien – selbst die DDR – haben Wege gefunden, uns ihre tiefe Besorgnis über die Entwicklung der Lage wissen zu lassen.

Sorge bereitet ihm die Tatsache, daß die Amerikaner Pakistan schützen müssen, wohl wissend, daß sie das im Ernstfall nur unter Einsatz nuklearer Waffen tun können. Der schlimmste Test für den Westen wäre allerdings, wenn er zugeben müßte, daß die Sowjets sogar bei einem Angriff auf China ungestraft davonkommen könnten. Bei der sowjetischen Obsession mit der chinesischen Gefahr und der chinesischen Tendenz, von der Unvermeidbarkeit eines Krieges zu sprechen, der sich dann in der Praxis zwischen Moskau und dem Westen abspielen müsse²⁴, ist ein Präventivschlag der Sowjets gegen China nicht ganz auszuschließen.

Saud berichtet, daß die Chinesen den Besuch des amerikanischen Verteidigungsministers Brown²⁵ als Sommergewitter bezeichnet hätten, das viel Lärm mache und keinen Regen bringe. In dieser gefährlichen Situation müssen die USA festen Willen, Stärke und einen Sinn für ihre weltpolitische Verantwortung zeigen.

Bundeskanzler setzt sich noch einmal für viel engere Konsultationen mit den USA ein und appelliert an die Saudis, ihre politischen Ratschläge bei den USA auch durchzusetzen.

Verteidigungspolitik Saudi-Arabiens

Saud betont, daß sich seine Regierung angesichts dieser gefährlichen Weltlage intensiv mit dem Aufbau der eigenen militärischen Macht beschäftigt. Er ist daher beauftragt worden, mit dem Bundeskanzler auch die Frage der Lieferung von Ausrüstung und Waffen aus Deutschland aufzunehmen. Die saudische Regierung möchte deutsches Material für die Ausrüstung von drei mobilen und gut ausgerüsteten Brigaden kaufen. Sie wird bald zu einer Entscheidung kommen müssen. Sie hofft, daß die Bundesregierung die saudischen Wünsche in Erwägung zieht.

Bundeskanzler meint, daß Saudi-Arabien in seiner strategischen Position zwei bis drei hervorragend ausgerüstete und sehr mobile Brigaden als eine Art Feuerwehr braucht, dazu ein Luftverteidigungssystem.

Er weist auf die seit langem feststehende deutsche Rüstungsexportpolitik hin.²⁶ Er sagt gründliche Prüfung zu, möchte aber keine Hoffnungen wecken, da die erbetenen Lieferungen von Leopard I und Marder²⁷ im Rahmen unserer Rüstungsexportpolitik außerordentlich schwierig erscheinen. (StS *van Well* bestätigt auf seine Frage, daß die Bundesrepublik keine Panzer außerhalb des NATO-Bereichs geliefert hat.)

²⁴ Zur Position der Volksrepublik China hinsichtlich der These von der Unvermeidbarkeit des Krieges vgl. AAPD 1979, I, Dok. 105.

²⁵ Zum Besuch des amerikanischen Verteidigungsministers Brown vom 5. bis 13. Januar 1980 in der Volksrepublik China vgl. Dok. 16, Anm. 23.

²⁶ Zu den rechtlichen Grundlagen der Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung vgl. Dok. 23, Anm. 9.

²⁷ Zur Frage von Rüstungsexporten nach Saudi-Arabien vgl. Dok. 91.

Saud ist sich dieser Schwierigkeiten voll bewußt, betont aber noch einmal, daß er auf Weisung seiner Regierung diese Frage anspreche, die zu der Schlußfolgerung gekommen ist, daß die deutschen Panzer für die Saudis besser geeignet sind als andere.

Bundeskanzler weist darauf hin, daß wir bereits in Zusammenarbeit mit den Franzosen die Planung eines Nachfolgepanzers für Leopard II in Angriff nehmen.²⁸ Er erläutert die besondere Lage Deutschlands in Europa, die ein wichtiger Grund für unsere restriktive Rüstungsexportpolitik ist. Alle diese Gründe gelten nicht für Frankreich, mit dem wir auf vielen Gebieten der Rüstungsproduktion eng zusammenarbeiten.

Im übrigen sollte man den Militärs nicht das letzte Wort bei der Entscheidung über Struktur und Ausrüstung der Streitkräfte lassen. Für die Saudis kommt es wohl vor allem auf hohe Mobilität ihrer Truppen an, Kampf-Helikopter können dabei eine wichtige Rolle spielen, militärische Ausrüstung veraltet heutzutage sowieso in etwa fünf Jahren. Daher kommt es weniger auf Einzelheiten der Ausrüstung an, die man in guter Qualität von verschiedenen Seiten beziehen kann, als darauf, ob die Soldaten und Offiziere willig und fähig sind zu kämpfen. Männer zählen mehr als Ausrüstung.

Er sagt noch einmal zu, die saudischen Wünsche eingehend zu prüfen, warnt aber vor Hoffnungen, daß man ihnen entsprechen könne. Die Probleme der Rüstungsexportpolitik gehören zu den schwierigen und heiklen Fragen der deutschen Demokratie.

Libyen

Saud beschreibt auf Frage des Bundeskanzlers Gaddafi als einen „großen Führer auf der Suche nach einem Lande“. In der Praxis ist er zur Zeit ein Werkzeug der SU, obwohl er meint, die SU seinerseits als Werkzeug zu benutzen. Nach den Infiltrationsversuchen in Tunesien²⁹ lehnen es jetzt z. B. die Syrer, die neben Kubanern und Russen als Piloten der libyschen Flugzeuge dienen, ab, Einsätze gegen arabische Nachbarländer zu fliegen. Bei der gegenwärtigen Struktur Libyens wird Gaddafi von keinen anderen politischen Kräften – auch nicht von Jalloud oder dem Revolutionsrat – kontrolliert. Bei einer Auseinandersetzung mit Ägypten ist Libyen praktisch nicht zu besiegen, weil es hierfür schon geographisch zu groß ist.

Auf Frage des Bundeskanzlers erinnert er an die libyschen Infiltrationsversuche im Sudan³⁰, einem potentiell reichen, aber wegen mangelhafter Infrastruktur außerordentlich verwundbarem Lande.

²⁸ Zur Zusammenarbeit mit Frankreich bei der Produktion von Kampfpanzern vgl. Dok. 43.

²⁹ Botschafter Held, Tripolis, informierte am 26. April 1980, im Januar habe Oberst Gaddafi den Versuch unternommen, mit Hilfe oppositioneller Tunesier in Gafsa einen Aufstand gegen die tunesische Regierung auszulösen: „Mit dem von ihm inspirierten und unterstützten Aufstand um Gafsa glaubte er, das ‚reaktionäre Regime‘ in Tunesien in die Knie zwingen und zumindest seinen ideologischen Einflußbereich auf dieses Land ausdehnen zu können.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 241; Referat 311, Bd. 137638.

³⁰ Botschafter Held, Tripolis, berichtete am 21. Juli 1980, zwischen Libyen und dem Sudan bestünden „latent gespannte Beziehungen. Nimeiri ist Gaddafi zu ‚rechts‘ und ägyptenfreundlich.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 395; Referat 311, Bd. 137639.

Die Arabische Liga ist wegen der Meinungsverschiedenheit unter den gemäßigten arabischen Staaten in ihren Aktionsmöglichkeiten gegen Gaddafi eng begrenzt. Es gibt einen Ausschuß, dessen Existenz auch Gaddafi bekannt ist, der sich bemüht, Sicherheiten oder auch Sanktionen gegen Einmischungen auf die Beine zu stellen.

Die wirkliche Haltung der Araber geht auch daraus hervor, daß sie sich nicht durch die Libyer zu Aktionen gegen Frankreich verleiten lassen.

Jemen

Saud erläutert auf Frage des Bundeskanzlers, daß sich der Südjemen fest in Händen der SU befindet. Mit der NDF³¹ besitzt er auch ein Instrument zur direkten Beeinflussung der Innenpolitik im Nordjemen. Präsident Saleh wird mit den Gefahren der vom Süden und von der SU gesteuerten Subversion nicht fertigwerden, da er versucht, mit allen Seiten gleichzeitig zu spielen, und z.B. die Saudis dazu bringen möchte, gleichzeitig für westliche und sowjetische Waffen zu zahlen.

Iran

Saud betont auf Frage des Bundeskanzlers, daß man nur hoffen könne, daß Präsident Bani Sadr, der Kultivierteste der Gruppe um Khomeini, der moderne Ansichten und islamische Philosophie zu vereinen sucht, zur wichtigsten politischen Macht im Iran werde. Er sieht Aussichten, daß auch die Geiselnnehmer letztlich auf Bani Sadr hören, wenn dieser von Khomeini gestützt wird.

Bundeskanzler weist auf die Gefahren hin, die entstehen, wenn die Geiselnahme noch lange andauert. Es war mehr Glück als Berechnung, daß die USA auf militärische Maßnahmen verzichten konnten. Die Bundesregierung hat ihnen zu einem solchen Verzicht dringend geraten. Aber wenn jetzt den Geiseln durch Absicht oder Zufall etwas zustößt, entsteht wieder eine äußerst gefährliche Lage.

Saud: Khomeini hat mehr zur Schädigung der wirtschaftlichen Interessen des Iran beigetragen, als es die USA je tun könnten. Er stimmt dem Bundeskanzler zu, daß er (wie auch Begin) im Grunde keine Rücksicht auf die Realität nimmt. Die Beziehungen der Saudis mit den gegenwärtigen politischen Kräften im Iran sind auch wegen der Probleme der schiitischen Minderheiten in Saudi-Arabien³² nicht gut.

Besuchspläne

Bundeskanzler unterstreicht unser großes Interesse an einer möglichst engen und freundschaftlichen Beziehung mit Saudi-Arabien. Ihm liegt daran, daß Saud diese Einstellung auch seiner Regierung ausdrücklich übermittelt.

³¹ National Democratic Front.

³² Botschaftsrat Krebs, Djidda, berichtete am 24. Februar 1980, es sei mehrfach zu Unruhen in von Schiiten bewohnten Orten im Osten Saudi-Arabiens gekommen: „Während die Unruhen, die im November in mehreren Schiiten-Orten anlässlich des schiitischen Ashura-Festes ausbrachen, religiöse Akzente trugen, waren diejenigen am 1. Februar d.J. anlässlich des ersten Jahrestages der Rückkehr Khomeinis in den Iran zwar auf einen Ort beschränkt, hatten jedoch auch politische Obertöne. [...] Da die gesamte Ölindustrie des Landes in dieser Provinz konzentriert ist und zahlreiche Aramco-Mitarbeiter Schiiten sind, wird auch die Regierung ihnen künftig verstärkte Aufmerksamkeit widmen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 154; Referat 311, Bd. 137650.

Saud unterstreicht seinerseits Willen und Interesse seiner Regierung an einer Ausdehnung der Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland auf immer weitere Bereiche der Zusammenarbeit. Er erinnert, daß BM Genscher eine ständige Einladung für einen Besuch nach Saudi-Arabien hat. Er erwähnt den Staatsbesuch König Khalids Anfang Juli in Deutschland.³³

Bundeskanzler würde sich freuen, in der nächsten Wahlperiode Saudi-Arabien zu besuchen.³⁴ Er zeigt sich beeindruckt von der Weltkenntnis jedenfalls der Saudis, die er kennenlernte, und von ihrer Haltung einer heiteren Gelassenheit, die Saud auf das Erbe der Wüste zurückführt, die einen zwingt, unter allen Umständen Haltung zu bewahren. Er hofft, daß es den Saudis gelingt, diese Haltung auch in der modernen Welt zu bewahren. Er wünscht Erfolg bei der Vorbereitung eines wirksamen Systems der Selbstverteidigung. (Saud: Mit der Hilfe unserer Freunde.)

In einem abschließenden Meinungsaustausch über Wirtschaftsfragen weist er auf die Gefahren der unkontrollierten Xeno-Währungen hin, die bereits einen Betrag von 1000 Billionen Dollar erreichen. Er erläutert die großen Gefahren der Inflation, auf die er auch Präsident Carter hinweisen wird. Die USA brauchen nach den Wahlen eine strikte Wirtschaftspolitik, auch wenn sie unpopulär ist. Er hat ebenso wie Saud Zweifel, ob es MP Thatcher gelingen wird, mit den Forderungen der Gewerkschaften fertig zu werden.

Er dankt abschließend für den Besuch und bittet, König Khalid und Kronprinz Fahd seine Grüße zu übermitteln.

VS-Bd. 14085 (010)

³³ König Khalid hielt sich vom 16. bis 19. Juni 1980 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 176.

³⁴ Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 27. bis 29. April 1981 in Saudi-Arabien auf. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1 des Staatssekretärs van Well, z.Z. Riad, vom 28. April 1981. Vgl. dazu ferner das deutsch-saudi-arabische Regierungsgespräch am 28. April 1981 in Riad bzw. das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem saudi-arabischen Kronprinzen Fahd in Riad am 28. April 1981; AAPD 1981.

Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Staden, Bundeskanzleramt, z.Z. Washington

Geheim**5. März 1980¹**

Über Herrn Chef BK² dem Herrn Bundeskanzler (StM³ und StS Bölling haben Durchdruck)

Betr.: Ihr Gespräch mit Präsident Carter am 5. März 1980⁴

Anwesend: Sicherheitsberater Brzezinski, Herr von Staden.

Der Präsident drückte einleitend sein Vertrauen in die gegenseitige grundsätzliche Verbundenheit und Gemeinsamkeit aus. Sie bestehe ungeachtet gelegentlicher Unterschiede der Interpretation des Gesichtspunkts und gelegentlicher Kommunikationsprobleme. Er umschrieb die weltweiten Interessen der Vereinigten Staaten und unterstrich die besondere Bedeutung, die seine Administration der NATO beimesse. Er umriß die aktive Afrikapolitik seiner Administration und erinnerte an die Rolle, die er persönlich im Friedensprozeß zwischen Ägypten und Israel⁵ gespielt habe. Er deutete das Bestehen von persönlichen Absprachen an, die nicht veröffentlicht seien. Er rechne damit, sich Ende Mai wieder selbst einschalten zu müssen. Dabei könne es zu einer unangenehmen Auseinandersetzung mit Israel kommen. In der Sache seien die Vereinigten Staaten der ägyptischen Position näher als der israelischen.

Unter Hinweis auf die Bedeutung der Golfregion bezeichnete der Präsident die Entwicklung in Afghanistan als unannehmbar. Man wolle ihr durch Handelsbegrenzungen und andere Maßnahmen entgegentreten. Zugleich wolle man die Bemühungen um Rüstungsbegrenzungen – SALT, MBFR, KSZE, testban⁶ –

¹ Ablichtung.

Die Aufzeichnung wurde von Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 10. März 1980 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau „zur Unterrichtung des Bundesministers“ übermittelt. Dazu vermerkte er, daß die Aufzeichnung von Bundeskanzler Schmidt noch nicht genehmigt sei.

Hat Wallau am 10. März 1980 vorgelegen.

Hat Bundesminister Genscher am 10. März 1980 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14091 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

Vgl. dazu auch SCHMIDT, Menschen, S. 249–251.

² Manfred Schüler.

³ Gunter Huonker.

⁴ Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 4. bis 8. März 1980 in den USA auf. Zu den Gesprächen vgl. auch Dok. 72 und Dok. 73.

⁵ Zum Friedensvertrag 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel vom und zum Camp-David-Prozeß vgl. Dok. 13, Anm. 13.

⁶ Großbritannien, die USA und die UdSSR verhandelten seit dem 13. Juli 1977 in Genf über ein umfassendes Teststoppabkommen (CTB). Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 360.

Gesandter Böcker, London, berichtete am 2. Januar 1980 auf Grundlage britischer Informationen, es werde „bis zur NPT-Überprüfungskonferenz im Sommer wohl nicht zum Vertragsabschluß kommen“, was an den unterschiedlichen Interessenlagen der UdSSR und der USA liege: „Grundsätzlich ist auch SU nach britischer Einschätzung an Zustandekommen CTB-Vertrages interessiert. Dies habe sie zunächst durch eine Reihe wichtiger Konzessionen demonstriert (z. B. Hinnahme von Inspektionen, prinzipielle Hinnahme seismographischer Stationen, Einschluß nicht-militärischer nuklearer Explosionen). Bei einzelnen dieser Konzessionen habe sie jedoch offensichtlich jetzt Schwierigkeiten

fortsetzen. Man werde auch alle Verträge mit der Sowjetunion einhalten. Die bilateralen Beziehungen aber hätten sich in sehr ernster Weise verschlechtert. Die Sowjetunion baue ihre Streitkräfte in Afghanistan weiter aus. Sie treffe im Lande auf starken Widerstand.⁷

Man brauche in dieser Lage eine enge Zusammenarbeit. Die Kommunikation sei am Anfang ungenügend gewesen. Jetzt seien die Konsultationen eng.

Der Präsident sagte zum Abschluß seiner Einleitung, daß er begierig wäre, Ihren Rat zu hören. Er stehe nicht unter Zeitdruck.

Sie erwiderten, daß der Präsident auf die Festigkeit der Allianz vertrauen könne. Es sei wichtig, dies in einer Situation zu unterstreichen, in der die Sowjetunion hoffe, die Alliierten voneinander zu trennen und in der manche Leute in den Medien – meist ohne böse Absicht – Meinungsverschiedenheiten aufzudecken suchten. Sie wollten erneut hervorheben, Sie hätten keinen Zweifel daran, daß man in einer ernsten Lage auch auf Frankreich zählen könne. Nichts anderes wolle Präsident Giscard ausdrücken, wenn er öffentlich erkläre, daß Frankreich noch nie gezögert habe, Vertragspflichten zu honorieren. Man müsse an die schwierige innenpolitische Lage des französischen Präsidenten denken.

Er stehe in einem Zweifrontenkrieg und müsse vorsichtig sein, um seine Gegner zu hindern, ihre Kräfte zu vereinen. Immer wieder gäbe es Mißtrauensanträge im Parlament. Sie erlaubten ihm nicht, das Ausmaß seiner Solidarität öffentlich zu bekunden.

Unter Benutzung entsprechenden Materials wiesen Sie anschließend auf die enge militärische Zusammenarbeit mit Frankreich im Bereich des Mittelabschnitts hin. Der Präsident möge sich dies vom amerikanischen Oberbefehlshaber in Europa⁸ bestätigen lassen. Auf die Einwendung des Präsidenten, daß die französische Verteidigungspolitik den nuklearen und Interventionsstreitkräften höhere Priorität gebe als den konventionellen, erwiderten Sie, Sie hätten Präsident Giscard seit Jahren geraten, die konventionellen Streitkräfte zu verstärken. Sie glaubten, daß dies auch geschehe, wollten sich aber erkundigen.

Der Präsident entgegnete, man habe zunächst das Gefühl gehabt, daß Frankreich (in der gegenwärtigen Krise) zur Allianz hielte und eine harte Haltung gegenüber der sowjetischen Invasion von Afghanistan einnehme. Seit dem 5.2. aber deute die französische Haltung aus innenpolitischen Gründen mehr in eine neutralistische, vermittelnde Richtung. Man sei darüber zutiefst besorgt.

Fortsetzung Fußnote von Seite 403

(seismographische Verifikations-Stationen). [...] Außerdem fürchtet SU schnelle Entwicklung technologischen Know-hows im Westen. Es bestehe auf sowjetischer Seite Gefühl, Gleichstand erreicht zu haben, den es mit Hilfe CTB-Vertrags zu halten gelte.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 10; VS-Bd. 10369 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

⁷ Zur Lage in Afghanistan vgl. Dok. 62, Anm. 11.

Botschaftsrat Disdorn, Kabul, informierte am 5. März 1980, in Kabul sei es zwischen 21. und 23. Februar 1980 zu Unruhen gekommen. Wer hinter den Unruhen stehe, sei nicht zu erkennen: „Es bleibt als vorläufiges Fazit, daß zwar ein Teil der Bevölkerung durch das massive Durchgreifen der afghanischen und sowjetischen Ordnungskräfte eingeschüchtert ist, sich jedoch die Zeichen vermehren, daß die radikalen Kampforganisationen Zulauf bekommen, und zwar jetzt auch in den Städten, die vorher für sie ein wenig erfolgreicher Rekrutierungsgrund waren.“ Die Zeichen seien „auf immer heftigere und blutigere Konfrontation gesetzt. Die bisherige Zurückhaltung der sowjetischen Truppen hat einer wesentlich aktiveren Rolle Platz gemacht.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 190; Referat 340, Bd. 113030.

⁸ Bernard W. Rogers.

Sie haben diesem Eindruck entschieden widersprochen. Sie spürten aber die amerikanischen Besorgnisse. Sie überlegten sich, ein neuerliches Hintergrundgespräch mit etwa 20 Chefredakteuren zu führen. Der Präsident solle überlegen, ob er nicht etwas Ähnliches tun wolle. Sie hätten an der Haltung des französischen Staatspräsidenten keinen Zweifel. Sie würden die Bemerkungen des Präsidenten aber zum Anlaß nehmen, um der Tendenz der Medien entgegenzuwirken, so zu tun, als müßten wir zwischen den USA und Frankreich wählen. Das sei lächerlich.

Kein französischer leader stehe Amerika so positiv gegenüber wie Giscard. Auf eine Zwischenbemerkung von Brzezinski sagten Sie, daß wir die Kontakte zwischen General Rogers und General Méry ermutigten. Auf einen Einwurf des Präsidenten, die zur Schau getragene französische Haltung könne der SU Gelegenheiten bieten, Keile zwischen die Alliierten zu treiben, erwiderten Sie, daß man zwischen den öffentlichen Äußerungen des französischen Staatspräsidenten und seiner Einstellung differenzieren müsse. Der Präsident gab dieses zu.

Auf Einzelprobleme übergehend, bemerkte der Präsident, daß die Olympischen Spiele die wichtigste Frage seien. Sie sei emotional aufgeladen. Die amerikanische öffentliche Meinung fühle sich in dieser Frage allein gelassen.⁹ Deshalb werde diese Frage eine der wichtigsten der gemeinsamen Besprechung sein. Die amerikanische Haltung gegenüber der Sowjetunion im Hinblick auf Afghanistan werde sich nicht ändern. Amerika werde an den Olympischen Spielen nicht teilnehmen, und es werde keinen normalen Handel mit der Sowjetunion treiben.¹⁰ Dies sei nicht eine nur vorübergehende Haltung. Es werde für ihn aber, so fuhr der Präsident fort, zunehmend schwieriger zu verstehen, warum andere und auch Sie sich nicht öffentlich in der Frage der Olympischen Spiele binden könnten. Solange andere europäische Länder und Entwicklungsländer über die deutsche Haltung unsicher seien, seien sie es selbst auch. Die deutsche öffentliche Meinung sei zu zwei Drittel dafür, sich den USA in dieser Frage anzuschließen (was Sie bestätigten). Es sei sehr schwer für Amerika, in dieser Frage allein zu stehen.

Er wisse, daß Sie alternative Spiele für problematisch hielten. Man könne diese vielleicht in den letzten August-Wochen organisieren und dabei den olympischen Gedanken für die Zukunft voll unterstützen. Man wäre auch einverstanden, die Moskauer Spiele um ein Jahr zu verschieben. Wenn die Sowjetunion einen Rückzugsplan vorlegen würde, könnte man nach einem Jahr nach Moskau gehen. Wir bitten Sie, schloß der Präsident, sich uns jetzt anzuschließen. Frankreich könne dann folgen.

⁹ Zur Entscheidung des Präsidenten Carter vom 20. Februar 1980 für einen Boykott der Olympischen Sommerspiele in Moskau vgl. Dok. 60, Anm. 7.

Am 20. Februar 1980 gab das amerikanische Außenministerium bekannt, daß Ägypten, Australien, Bahrain, Bermuda, Chile, Dschibuti, Fidschi, Großbritannien, Haiti, Israel, Japan, Kanada, Katar, Kenia, Liberia, Luxemburg, Malaysia, Neuseeland, die Niederlande, Norwegen, Paraguay, Papua-Neuguinea, Saudi-Arabien, Sudan, die Volksrepublik China und Zaire sich der amerikanischen Forderung nach einem Boykott der Olympischen Sommerspiele anschließen würden. Vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 80 (1980), Heft 2037, S. 78.

¹⁰ Zur Einschränkung von Getreidelieferungen in die UdSSR vgl. Dok. 10, Anm. 23.

Zu den amerikanischen Maßnahmen für ein Embargo bei technologischen Gütern vgl. Dok. 10, Anm. 19.

Sie entgegneten, daß dies für die französische öffentliche Meinung und damit für Präsident Giscard sehr unangenehm wäre. Sie wiederholten die Formulierungen Ihrer Regierungserklärung.¹¹ Zur Organisation alternativer Spiele – eine Frage, die Sie jetzt beiseite lassen wollten – brauche man die Mitwirkung von etwa 60 teilnehmenden Sportverbänden. Ihnen sage der Gedanke des Boykotts nicht zu. Der Boykott würde die innerdeutschen Sportbeziehungen zerstören, die in zehn Jahren aufgebaut worden seien. Aber auch andere Erleichterungen wie der innerdeutsche Reiseverkehr, der acht Millionen Besuche in der DDR jährlich ermögliche, könnten aufhören.

Auch die Repatriierung, die man in zehn Jahren aufgrund von Vereinbarungen entwickelt habe und die die 250 000 Deutschen aus Osteuropa in den Genuß der vollen Menschenrechte in der Bundesrepublik gebracht habe, könne zum Erliegen kommen. Wenn die öffentliche Meinung sich über diese Konsequenzen einmal klar werde, dann würde sich die Stimmung auch wieder wandeln. Sie wiesen auf den Bericht zur Lage der Nation hin, den Sie am 20. März zu erstatten hätten.¹² Sie betonten, daß Sie an die Realität der Nation glaubten. Sie würden die Entscheidung in bezug auf die Olympischen Spiele treffen, aber bis zu einem gewissen Grade brauchten Sie Frankreich dazu, auch aus Ihren eigenen innenpolitischen Gründen. Wenn Sie sich der amerikanischen Haltung jetzt anschließen, würden Sie Beifall erhalten. Aber dann käme der Rückschlag. Anders als in Großbritannien würden unsere Sportorganisationen allerdings Ihrem Rat folgen, so wie auch Ihre Partei Ihnen in Fragen der Außenpolitik folge.

Auf eine Frage des Präsidenten nach der Haltung der Opposition bestätigten Sie, daß diese dazu neige, der amerikanischen Haltung jetzt schon zu folgen.¹³ Strauß allerdings vermeide es, als ein Hitzkopf zu erscheinen. Wenn dann aber negative Folgen eintreten würden, würde die Opposition die Regierung beschuldigen, einerseits die USA nicht rechtzeitig unterstützt zu haben, andererseits die errungenen menschlichen Erleichterungen nicht bewahrt zu haben.

Auf die Frage des Präsidenten, was man denn tun solle, um die Sowjets zum Rückzug aus Afghanistan zu veranlassen, antworteten Sie, daß man sich fragen müsse, ob unsere gegenwärtige Politik die richtige sei. Was solle geschehen, wenn die Olympischen Spiele vorüber sind und die Sowjetunion stünde noch in Afghanistan. Auch gebe es Maßnahmen, die auf einen selbst zurückschlugen, z. B. Beschränkungen im Handel mit der Sowjetunion. Wir hätten unseren Handel mit der Sowjetunion auch aus politischen Gründen entwickelt. Wer Handel miteinander treibe, schieße nicht aufeinander. Unser Handel mit der Sowjetunion sei sechs- bis achtmal größer als der amerikanische. Unsere Exporte sei-

¹¹ Am 28. Februar 1980 gab Bundeskanzler Schmidt im Bundestag bekannt, die Bundesregierung bleibe dabei, daß es an der UdSSR liege, die Voraussetzungen für eine Teilnahme von Mannschaften aller Staaten an den Olympischen Sommerspielen in Moskau zu schaffen: „Diese Voraussetzungen sind gegenwärtig nicht gegeben; vielleicht sollte man auch formulieren: noch nicht gegeben. Nach den Regeln des Internationalen Olympischen Komitees haben die Nationalen Olympischen Komitees bis Ende Mai Zeit, sich zu den Spielen anzumelden. Ich gehe davon aus, daß die europäische und die amerikanische Haltung spätestens zu diesem eben von mir genannten Zeitpunkt in eins zusammengefließen sein wird. Ich setze in dem Zusammenhang hinzu: Ich möchte wegen der Sommerspiele 1980 keinem Wunschenken Vorschub leisten.“ Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 114, S. 16170.

¹² Für den Wortlaut der Erklärung vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 114, S. 16615–16624.

¹³ Zur Haltung der CDU zu einem Boykott der Olympischen Sommerspiele in Moskau vgl. Dok. 25, Anm. 16.

en dabei nicht landwirtschaftlich, sondern zu 90 % Industrieexporte; 1 % unserer Beschäftigung hinge davon ab. Auch die Sowjetunion sei bis zu einem gewissen Grad von diesem Handel abhängig.

Der Präsident bemerkte, daß man die Export-Kredite für die Sowjets beschränken müsse.¹⁴ Sie erläuterten dazu, daß wir niemals öffentliche Kredite und Zins-subventionen gegeben hätten. Auf eine Zwischenfrage des Präsidenten nach dem zur Zeit verhandelten Röhrengeschäft¹⁵ bemerkten Sie, daß dies ein rein privates Geschäft sei. Auch dies werde nicht subventioniert. Sie erklärten dann im einzelnen, wie die Hermes-Versicherung funktioniere. Sie bemerkten, daß nicht alle Lieferkredite für die Sowjetunion durch Hermes versichert würden. Die Sowjetunion sei als zuverlässiger Zahler bekannt. Soweit Hermes beansprucht würde, müsse die Industrie dafür bezahlen.

Brzezinski warf ein, daß die Export-Kreditbürgschaften es der Sowjetunion erleichterten, Abschlüsse zu tätigen. Die Banken würden anderenfalls höhere Zinsen fordern.

Sie wiesen darauf hin, daß 20 % unseres Erdgases aus der Sowjetunion käme. Unser Handel mit der Sowjetunion sei für beide Seiten erheblich. Bei uns mache er 1 % des BSP aus, gegen 0,2 % im Falle der USA.

Der Präsident stellte fest, daß wir seit Afghanistan keine Handelsbeschränkungen im Verhältnis zur Sowjetunion eingeführt hätten. Sie bejahten dies, betonten aber, daß wir bereit seien, COCOM-Entscheidungen mitzutragen.¹⁶ Sie erinnerten daran, daß wir z. B. nie bereit gewesen wären, uns an einem Embargo gegenüber Südafrika zu beteiligen. Unsere Arbeiterschaft sei zu 40 % im Export beschäftigt. Mit unserer wesentlich kleineren Volkswirtschaft exportierten wir ebenso viel wie die USA und dabei fast nur Industrieerzeugnisse.

Der Präsident fragte, welche Maßnahmen nach Ihrer Ansicht geeignet sein könnten, die Sowjetunion zum Rückzug zu veranlassen.

Sie erwiderten, daß wir bereit wären, an gemeinsamen Entscheidungen mitzuwirken. Wir wollten aber nicht vorpreschen. Nicht weil wir Angst hätten. Wir hätten uns für die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts in Europa engagiert. Wir seien für übereinstimmendes Handeln. Wir hätten die Gewißheit, daß wir im Verbund mit den Alliierten von den Sowjets nicht überrundet werden könnten. Aber es befänden sich bis zu 20 Millionen Deutsche im sowjetischen Herrschaftsbereich. Für diese fühlten Sie eine Verantwortung.

Um in der Afghanistankrise etwas zu erreichen, brauche man Druck und Anreiz. Brzezinski habe in diesem Zusammenhang westliche Einheit, islamische Einheit und afghanischen Widerstand genannt. Islamische Einheit aber sei ohne Lösung des Nahost-Problems nicht zu haben und hier stünde die Palästinenser-Frage im Mittelpunkt. Viele nahöstliche Staaten sähen die USA immer noch als ihren Feind Nummer Eins an.

¹⁴ Zum amerikanischen Wunsch nach Einstellung von Hermes-Bürgschaften für Exporte in die UdSSR vgl. Dok. 63.

¹⁵ Zu den Verhandlungen von Firmen aus der Bundesrepublik mit der UdSSR über ein Erdgas-Röhren-Geschäft vgl. Dok. 32, Anm. 19.

¹⁶ Zur Frage der Exportpraxis des COCOM vgl. Dok. 10, Anm. 19, und Dok. 55, Anm. 26 und Anm. 28.

Um voranzukommen, brauche man auch ein stilles Einvernehmen mit Indien, das eine wichtige Rolle spiele. Bei der Lösung für Afghanistan seien Sie nicht eigentlich für die Ausdrucksweise Lord Carringtons, Afghanistan solle ein ungebundenes Land sein.¹⁷ Eine auferlegte Neutralität für die islamischen Staaten nicht akzeptierten.¹⁸

Der Präsident glaubte nicht, daß die Sowjets sich aus Afghanistan zurückziehen würden.

Er fuhr fort, es dürfe nicht der Eindruck entstehen, daß die Alliierten von den USA erwarteten, Maßnahmen zu ergreifen, während sich die anderen darauf beschränkten, das Zuckerbrot hinzuhalten.

Sie erwiderten, daß davon nicht die Rede sein könne. Aber 30% der deutschen Bevölkerung hänge vom Export ab. Der Handel mit der Sowjetunion sei ausgeglichen.

Auf die erneute Frage des Präsidenten, was man gemeinsam tun könne, erwiderten Sie, man müsse:

- 1) gemeinsam auf der Grundlage einer einheitlichen Strategie handeln,
- 2) die westliche Verteidigungskraft stärken. Sie erwähnten in diesem Zusammenhang unsere Hilfe für die Türkei.¹⁹ Wir täten mehr als die USA und hätten unsere Hilfe für die Türkei nie unterbrochen.²⁰ Wir bedauerten, daß die Administration offenbar keine zusätzlichen 100 Mio. \$ aufbringen könne.

Sie erwähnten die in unserem Land auf engem, dichtbesiedeltem Raum – vergleichbar dem Raum zwischen Boston und Philadelphia – stationierten Nuklearwaffen. Es habe Mut gebraucht, den Beschluß vom Dezember²¹ zu fassen. Auf die Türkei-Hilfe zurückkommend, wiesen Sie auf unsere Hilfe für Griechenland²² und den Fortschritt in der Frage des Zivilluftverkehrs hin.

Auf Ihre Frage gab der Präsident an, daß die USA der Türkei im nächsten Haushaltsjahr 250 Mio. \$ Militärhilfe und 200 Mio. \$ Zivilhilfe gewähren wollten.

Sie erwiderten, daß die Militärhilfe wohl ausreiche, die Zivilhilfe aber zu niedrig sei. Sie erwähnten weiter, daß wir unsere Hilfe für Pakistan, die wir anders als die USA nie unterbrochen hätten, verdoppeln würden.²³

Der Präsident erinnerte daran, daß Unterbrechung durch die Nichtverbreitungspolitik bedingt gewesen sei.²⁴ Sie entgegneten, daß Sie ihm schon früher gesagt hätten, das sei ein Fehler.

Der Präsident wies darauf hin, daß er 5 Mrd. \$ im Haushaltsjahr 1981 einsparen müsse.

¹⁷ Vgl. dazu die Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vom 19. Februar 1980; BULLETIN DER EG 2/1980, S. 88 f. Vgl. dazu auch Dok. 57.

¹⁸ So in der Vorlage.

¹⁹ Zur Wirtschafts-, Finanz- und Verteidigungshilfe für die Türkei vgl. Dok. 64, Anm. 11.

²⁰ Zum amerikanischen Waffenembargo gegen die Türkei und seiner Aufhebung vgl. Dok. 22, Anm. 18.

²¹ Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 10.

²² Zur Verteidigungshilfe der Bundesrepublik für Griechenland vgl. Dok. 53.

²³ Zur Wirtschafts- und Finanzhilfe für Pakistan vgl. Dok. 15, Anm. 17, und Dok. 55, Anm. 22.

²⁴ Zur Einstellung der amerikanischen Wirtschaftshilfe wegen des pakistanischen Nuklearprogramms vgl. Dok. 15, Anm. 12.

Sie erwähnten, daß wir eine Regierungsvereinbarung mit der Sowjetunion über Wirtschaftsbeziehungen hätten.²⁵ Ohne daß Hermes-Bürgschaften darin ausdrücklich genannt würden – sie habe es schon lange davor gegeben – ,habe man sich darin verpflichtet, die Wirtschaftsbeziehungen gegenseitig zu fördern. Wir würden diesen Vertrag nicht brechen. Wir müßten uns aber fragen, wie weit man gehen könne, ohne ihn zu brechen. Teil des Vertrags sei die Arbeit der gemischten Wirtschaftskommission.²⁶ Eine Sitzung der Kommission sei für Anfang des Jahres in Deutschland angesetzt gewesen. Die Sowjets hätten ihre Verschiebung gewünscht.²⁷ Nunmehr sagten sie, daß der amtierende Ministerpräsident Tichonow wieder Zeit habe, weil es Kossygin wieder besser ginge. Die Frage hinge übrigens auch mit dem Termin eines Besuch von Ihnen in Moskau zusammen. Das sei aber nicht so wichtig. Wichtig sei der Handel. Solle man die Sowjets wieder ausladen, wo die Wirtschaftskommission doch Teil des Vertrags sei? Sie seien eher geneigt, die Sitzung der Wirtschaftskommission später im Jahr stattfinden zu lassen. Wir seien zu Opfern bereit, aber nicht für Opfer um der Opfer willen.

Auf den Iran übergehend, beglückwünschten Sie Präsident Carter zu der Art, wie er diese kritische Situation gehandhabt habe. Wir wären gegebenenfalls bereit gewesen, Sanktionen der Vereinigten Staaten zu unterstützen. Es sei nach unserer Auffassung aber richtig gewesen, sie nicht zu verhängen.²⁸ Der Präsident bemerkte, das amerikanische Embargo gegenüber dem Iran sei praktisch komplett, man habe lediglich die entsprechende Verordnung nicht erlassen.

Auf die Wirtschaftsbeziehungen mit der Sowjetunion zurückkommend, wiesen Sie darauf hin, daß wir uns beteiligen würden, wenn es zu einer gemeinsamen Strategie käme. Wir würden uns der Herbeiführung eines Konsensus im COCOM ebensowenig widersetzen wie einem neuen Konsensus in der OECD.²⁹

²⁵ Vgl. dazu das Abkommen vom 30. Oktober 1974 zwischen der Regierung der Bundesrepublik und der Regierung der UdSSR über die weitere Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit; BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 1439 f.

Vgl. dazu das Abkommen vom 6. Mai 1978 über die Entwicklung und Vertiefung der langfristigen Zusammenarbeit der Bundesrepublik und der UdSSR auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie; BUNDESGESETZBLATT 1979, Teil II, S. 59 f.

²⁶ In Artikel 6 des Abkommens vom 6. Mai 1978 über die Entwicklung und Vertiefung der langfristigen Zusammenarbeit der Bundesrepublik und der UdSSR auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie hieß es, die 1972 gegründete Kommission werde damit beauftragt, die Durchführung des Abkommens zu überwachen. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1979, Teil II, S. 60.

²⁷ Zur Verschiebung der neunten Tagung der deutsch-sowjetischen Kommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit vgl. Dok. 2, Anm. 8.

²⁸ Zu den geplanten Wirtschafts- und Finanzsanktionen gegen Iran vgl. Dok. 15, Anm. 10 und 13.

²⁹ Das Bundesministerium der Finanzen vermerkte am 4. Januar 1978, Mitte 1976 sei es erstmals bei einer Absprache zwischen der Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada und den USA zu einem „Konsensus über Exportkreditkonditionen“ gekommen, „dem inzwischen die EG als solche und alle übrigen in der OECD-Exportkreditgruppe vertretenen Länder außer Österreich und Neuseeland beigetreten sind. Der Konsensus war das nach langen und schwierigen Verhandlungen erreichte Ergebnis einer Anfang 1974 vom damaligen Bundesfinanzminister Schmidt eingeleiteten Initiative mit dem Ziel, den internationalen Wettlauf bei den Exportkreditsubventionen zu bremsen. Hintergrund dieser Initiative war seinerzeit vor allem der sowjetische Druck auf die Bundesrepublik, ihr staatlich verbilligte Exportkredite nach dem Vorbild anderer westlicher Länder zur Verfügung zu stellen.“ Bei den Verhandlungen über die Fortsetzung des ursprünglich bis Ende 1977 befristeten Konsensus seien vor allem die Mindestzinssätze strittig. Im übrigen zeige sich bei den Verhandlungen, daß die Exportfinanzierungssysteme der beteiligten Staaten so unterschied-

Wir hätten keine gesetzliche Handhabe, in den Osthandel einzugreifen, solange nicht eine gemeinsame Entscheidung des Westens zugrunde liege, die natürlich auch Italien und Frankreich einschließen müßte.

Der Präsident erwiderte, daß ihm nicht klar sei, was geschehen sollte, wenn es etwa zu einem weiteren sowjetischen Übergriff in Pakistan, im Iran oder gar in Jugoslawien käme. Brzezinski warf ein, daß es darauf ankäme, den Eindruck zu vermeiden, als treibe man „business as usual“. Tatsächlich betrieben alle außer den USA „business as usual“. Es werde aber schwer sein, gemeinsame Entscheidungen herbeizuführen. Wir wüßten ebenso wie die Vereinigten Staaten, daß Frankreich nicht bereit wäre, die COCOM-Regeln zu verschärfen. Es wäre aber nicht gut, wenn die USA allein nicht „business as usual“ betrieben. Japan beginne, dies anscheinend zu verstehen.

Sie erwiderten, daß es an den Vereinigten Staaten sei, Vorschläge zu machen. In diesem Zusammenhang wiesen Sie auf die Gipfelkonferenz in Venedig³⁰ hin, deren erster Tag politischen Fragen gewidmet sein sollte.

Der Präsident wiederholte die Erwartung, daß wir die Olympischen Spiele boykottieren würden, falls die sowjetischen Gruppen in Afghanistan auch im Mai etwa die gleiche Stärke hätten wie heute. Er empfinde sehr stark (very deep feelings), was auch Brzezinski angedeutet habe, daß die USA de facto allein stünden.

Sie wiesen darauf hin, daß durch Gegenmaßnahmen dieser Art kein ausreichender Druck gegenüber der Sowjetunion aufgebaut werden könnte. Brzezinski stimmte dem zu, meinte aber, daß doch schon viel gewonnen wäre, wenn jedes Land wenigstens eine Maßnahme ergreifen würde.

So wie es jetzt liege, müßte die Sowjetunion sich sagen, daß die USA auf sich selbst gestellt seien.

Sie wiesen demgegenüber auf den kritischen Ton des Briefes hin, den Sie soeben von Breschnew erhalten hätten.³¹

Der Präsident bat anschließend um Unterstützung gegenüber Ayatollah Beheshti, der sich der Geiselfreiung widersetze. Beheshti habe in Deutschland studiert.³² Der Präsident bat festzustellen, ob es Deutsche gäbe, die mit ihm reden könnten. Sie sagten Prüfung zu (ist veranlaßt).³³

Fortsetzung Fußnote von Seite 409

lich seien, „daß es schon terminologisch außerordentlich schwierig ist, die verschiedenen Positionen auf einen Nenner zu bringen“. Vgl. Referat 413, Bd. 121302.

Das Bundesministerium der Finanzen notierte am 19. Februar 1980, die OECD-Konsensus-Gruppe habe auf ihrer Sitzung am 13./14. Februar 1980 das OECD-Sekretariat beauftragt, auf der Basis einer von allen gebilligten Zinsstudie für die nächste Sitzung im Mai 1980 konkrete Arbeitsmodelle vorzulegen. Die Bundesrepublik und die USA setzten sich für die Einführung eines differenzierten Mindestzinssatzes im Konsensus ein: „Das Ziel einer solchen Neuregelung – Ausgleich der Wettbewerbsnachteile starker Währungen und Abbau der Vorteile schwacher Währungen unter graduellem Veränderung des Subventionselementes“ werde mehrheitlich unterstützt, werde jedoch möglicherweise an Frankreich scheitern. Vgl. Referat 413, Bd. 121302.

³⁰ Zum Weltwirtschaftsgipfel am 22./23. Juni 1980 in Venedig vgl. Dok. 184 und Dok. 185.

³¹ Zum Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 4. März 1980 an Bundeskanzler Schmidt vgl. Dok. 78.

³² Ayatollah Beheshti leitete von 1965 bis 1970 das Islamische Zentrum in Hamburg.

³³ Vortragender Legationsrat I. Klasse Schlagintweit informierte am 20. März 1980 die Botschaft in Washington: „Intensive Nachforschungen bei privaten Institutionen (Deutsches Orient-Institut, Universität) und staatlichen Stellen in Hamburg haben keinen brauchbaren deutschen Kontakt zu

Sie erkundigten sich anschließend, ob der Präsident in der Geiselfrage an die Sowjetunion herangetreten sei. Der Präsident erwiderte, dies sei anfangs der Fall gewesen, seit Afghanistan aber nicht mehr.

Sie wiesen auf die Notwendigkeit hin, mit der Sowjetunion zu sprechen. Der Präsident erwiderte, daß Vance mit Dobrynin und Watson mit Gromyko spreche.

Sie meinten, daß es richtig wäre, die Sowjetunion für den Fall weiterer Übergriffe vor etwaigen kompensatorischen Aktionen der USA zu warnen. In bezug auf die Geiseln sollte man ihnen klarmachen, daß es ihrem Prestige nur gut täte, wenn sie für deren Befreiung einträten. Wegen Afghanistan sollte man der Sowjetunion ein Paket aus negativen und positiven Elementen vorlegen.

Auf den Nahen Osten eingehend, erläuterten Sie, warum die Lösung der Palästinenserfrage ein Schlüssel zu jeder gemeinsamen islamischen Aktion sei. Sie fragten dann, was geschehen würde, falls Nordjemen unter kommunistische Herrschaft geriete.

Der Präsident erwiderte, man müsse versuchen, das zu vermeiden. Das sei aber schwierig. Es gebe keine Antwort auf die Frage, was geschehen sollte, falls es zu einer Vereinigung von Süd- und Nordjemen käme. Er erkundigte sich, ob Sie eine Antwort wüßten.

Sie erwiderten, daß dies nicht der Fall sei. Wir würden uns aber sicher an Hilfe beteiligen, um eine solche Entwicklung zu vermeiden. Unter den Ländern, die Hilfe bräuchten, nannten Sie ferner Somalia, dem man u. a. helfen müsse, seine Probleme mit Kenia zu lösen.

Der Präsident begrüßte dies und erwähnte, daß auch Oman Hilfe brauche.

Brzezinski bemerkte, daß die Vereinigten Staaten in Oman, Somalia und Kenia Benutzungsrechte für militärische Anlagen erhalten würden.³⁴ Dies sei auch in unserem Interesse. Es wäre erwünscht, wenn wir diesen Ländern mehr Wirtschaftshilfe geben würden und ihnen dabei sagten, daß dies in Abstimmung mit den USA geschehe. Der Grund sei, daß diese Regierungen in der Regel zunächst militärische Hilfe verlangten, sich aber dann die militärische Zusammenarbeit mit vermehrter Wirtschaftshilfe vergüten lassen wollten. Dazu seien die Vereinigten Staaten nicht in der Lage. Es gehe dabei nicht um große Summen, sondern um Beträge von einigen „tens of millions“.

Sie sagten zu, dies zu prüfen. Gegebenenfalls könne man in diesem Jahr darüber sprechen und 1981 etwas tun.

Auf Energiepolitik übergehend, bemerkte der Präsident, daß die Vereinigten Staaten beabsichtigten, ihre Ölimporte 1980 erheblich zu senken. Während der ersten 45 Tage hätten sie um 8 % unterhalb derer des Vorjahres gelegen. Man hoffe, 700 000 bis 1 Mio. Barrel pro Tag weniger einzuführen, als man nach den Beschlüssen von Tokio verpflichtet wäre.³⁵ Wenn die letzten drei dem Kongreß

Fortsetzung Fußnote von Seite 410

Beheshti aus seiner Hamburger Zeit ergeben. [...] Über Iraner, die aus der Hamburger Zeit Beheshti nahestehen könnten und entweder noch in Hamburg wohnen oder nach Iran zurückgekehrt sind, war ebenfalls nichts in Erfahrung zu bringen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 1663; VS-Bd. 11152 (311); B 150, Aktenkopien 1980.

³⁴ Zu den Gesprächen über eine Nutzung militärischer Basen in Oman, Somalia, Kenia und Saudi-Arabien durch die USA vgl. Dok. 52.

³⁵ Botschafter Emmel, Paris (OECD), berichtete am 2. März 1979, daß sich der Verwaltungsrat der Internationalen Energieagentur „heute nach langwierigen und schwierigen Verhandlungen über die

noch vorliegenden Gesetze³⁶ verabschiedet wären, würde man über einen angemessenen gesetzlichen Rahmen verfügen. Er hoffe dann, „wir alle“ würden unseren Ölverbrauch und unseren Import vermindern und darüber im Rahmen der IEA im Mai entscheiden.³⁷

Sie erwiderten, daß Sie Verbrauchsbeschränkungen den Vorzug vor Einfuhrbeschränkungen gäben.

Nach einem kurzen Meinungsaustausch über die gemeinsame Presseverlautbarung³⁸ erkundigten Sie sich, ob der Präsident bereit sei, auf den Vorschlag von Premierminister Thatcher einzugehen, am ersten Tag des Gipfels in Venedig eine politische Aussprache zu haben. Sie erläuterten die von Präsident Giscard dabei gewünschten Modalitäten. Die für Wirtschaftsfragen zuständigen

Fortsetzung Fußnote von Seite 411

Situation der Mineralölversorgung“ auf eine Entschließung geeinigt habe. Die Mitgliedstaaten hätten verabredet, „IEA-Ölnachfrage 1979 um zwei Mio. b[arrel]/d[ay] zu senken, was fünf Prozent des für 1979 an sich erwarteten Verbrauchs entspricht. Mitgliedstaaten sind frei, mit welchen Mitteln sie dieses Ziel erreichen wollen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 167; Referat 405, Bd. 121292.

Während des Weltwirtschaftsgipfels am 28./29. Juni 1979 in Tokio erklärten die USA, sich für 1980 an diese Vorgabe halten zu wollen. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 198.

- ³⁶ Ministerialdirektor Lautenschlager resümierte am 6. November 1978: „Der lange Marsch der Energie-Vorlage von Präsident Carter durch die Instanzen des amerikanischen Gesetzgebungsverfahrens ist nach anderthalbjährigem dramatischen Auf und Ab [...] mit der Verabschiedung des ‚National Energy Act‘ durch den Kongreß am 15. Oktober d. J. beendet worden.“ Das verabschiedete Energieprogramm setze sich aus fünf Einzelgesetzen zusammen, die folgende Bereiche zum Gegenstand hätten: Maßnahmen zur Energieeinsparung; verstärkter Einsatz von Steinkohle in Industrie und Kraftwerken; Reform der Stromtarife; Schaffung eines einheitlichen nationalen Erdgasmarktes; Energiesteuern, unter anderem Besteuerung von PKWs mit hohem Benzinverbrauch beim Verkauf und Steuervergünstigungen bei Verwendung erneuerbarer Energieträger wie Sonne. Vgl. Referat 405, Bd. 121279.

Vortragender Legationsrat Dieckmann notierte am 26. April 1979: „Von den von Präsident Carter am 5. April 1979 verkündeten neuen energiepolitischen Maßnahmen kommt vor allem dem Auslaufenlassen der Preiskontrollen für amerikanisches Rohöl in Stufen bis zum September 1981 Bedeutung zu. Präsident Carter hatte auf dem Bonner Wirtschaftsgipfel im Juni 1978 unter internationalem Druck seine Entschlossenheit bekräftigt, den Ölpreis für den amerikanischen Verbraucher bis Ende 1980 auf Weltmarktniveau anzuheben. Ein erster zur Realisierung dieses Ziels unternommener Anlauf im Rahmen des ursprünglichen Carter'schen ‚National Energy Act‘ war gescheitert; der Kongreß hatte der von Carter anfänglich als ‚Herzstück‘ seines Energieprogramms bezeichneten ‚Rohölausgleichssteuer‘, über welche die Anhebung erfolgen sollte, seine Zustimmung verweigert. Der von Präsident Carter jetzt gewählte Weg bedarf nur insoweit der Zustimmung des Kongresses, als über eine ‚windfall profit tax‘ 50 % der den Gesellschaften durch die Preisanhebung zufallenden Sondergewinne abgeschöpft werden sollen.“ Vgl. Referat 405, Bd. 121279.

Botschafter Hermes, Washington, informierte am 24. Januar 1980, Carter habe am Vortrag in seiner Rede zur Lage der Nation den Kongreß gedrängt, „umfassendes Energieprogramm fertigzustellen. Hier dränge er Legislative vor allem zu beschleunigter Beratung und Verabschiedung der wichtigsten Vorlagen (windfall profit tax, energy mobilization board, energy security cooperation, alle derzeit im Vermittlungsausschuß [...]).“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 381; Referat 405, Bd. 126880.

- ³⁷ Die Ministertagung des Verwaltungsrats der Internationalen Energieagentur fand am 21./22. Mai 1980 in Paris statt. Vortragender Legationsrat Boll teilte dazu am 30. Mai 1980 mit: „Im Vordergrund stand zwar wiederum die Frage zahlenmäßiger Einsparziele, die Diskussion wandte sich aber auch verstärkt der Energiepolitik der einzelnen IEA-Länder zu, wie es vor allem von uns gewünscht worden war.“ Die Diskussion über langfristige Einsparziele sei dadurch entschärft worden, „daß länderspezifische Importplafonds (ceilings) nur noch für den Fall einer effektiven Marktanspannung erwogen werden. [...] Für 1990 übernahm die Ministerkonferenz – wie zuvor schon der EG-Energierat – eine Formel, nach der als Ergebnis der gemeinsamen Anstrengungen eine Herabsetzung des Verhältnisses von Energieverbrauch zu gesamtwirtschaftlichem Wachstum von 0,8 auf 0,6 und des Anteils des Öls am Primärenergieverbrauch von 54 Prozent auf rund 40 Prozent erwartet wird.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 72; Referat 012, Bd. 115729.

- ³⁸ Für den Wortlaut der gemeinsamen Presseerklärung des Bundeskanzlers Schmidt und des Präsidenten Carter vom 5. März 1980 in Washington vgl. BULLETIN 1980, S. 237–240.

Minister könnten während dieses ersten Tages den zweiten Konferenztag vorbereiten.

Sie erwähnten anschließend, daß man die Amtszeit von Ministerpräsident Karamanlis ausnutzen sollte, um in der Reintegration von Griechenland in die NATO³⁹ voranzukommen. Man müsse auf MP Demirel einwirken. Nachdem er für den zivilen Luftverkehr etwas getan habe, sollte er jetzt auch etwas in der Frage der Kommandostruktur tun. Wir wollten in dieser Frage, in der wir auch mit SACEUR in Verbindung stünden, nicht ohne amerikanische Unterstützung vorgehen. Der Präsident bestätigte Unterstützung.

Der Präsident erkundigte sich anschließend, ob auch andere Länder sich an der Türkeihilfe beteiligen. Sie erwiderten, Frankreich und in geringem Umfang Großbritannien. Sie wiesen darauf hin, daß die Türkei für amerikanische Kredite für Waffenkauf den zu hohen Zinssatz von 9% zahlen müsse. Sie wiesen darauf hin, daß die Türkei ungebundene Hilfe brauche.

Zur Pressebehandlung Ihres Besuchs zurückkehrend, verabredeten Sie mit dem Präsidenten, daß sich die amerikanische Seite auf folgender Linie äußern würde:

Die Vereinigten Staaten seien zuversichtlich (confident), daß die europäischen Verbündeten einschließlich Deutschland und die Vereinigten Staaten am Ende in der Frage der Olympischen Spiele zusammenstehen würden. In bezug auf wirtschaftliche Maßnahmen solle hervorgehoben werden, daß die Alliierten die amerikanischen Maßnahmen nicht unterließen und aus amerikanischen Restriktionen keine Vorteile zögen. Brzezinski erwähnte, daß unsere Erklärung aus Anlaß der Afghanistan-Resolution der Vollversammlung der Vereinten Nationen⁴⁰ als Argumentation benutzt werden könne.

Der Präsident erklärte seine Bereitschaft, die deutsch-französische Erklärung⁴¹ in der gemeinsamen Presseerklärung zu erwähnen.

³⁹ Zu den Bemühungen um eine Wiedereingliederung Griechenlands in die militärische Integration der NATO vgl. Dok. 53, besonders Anm. 5 und 10.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann unterrichtete die Botschaft in Athen am 3. März 1980, der griechische Botschafter Calogeras habe Staatssekretär van Well am 29. Februar 1980 die Gründe erläutert, warum Griechenland die Vorschläge des Oberbefehlshabers der alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR), Rogers, ablehne. Die Frage der Luftkontrolle in der Ägäis sei kein griechisch-türkisches Problem, sondern „eine Frage zwischen der Gesamtallianz und Athen. [...] Indem Rogers die endgültige Abgrenzung der Kommandobereiche in der Luft und zur See zunächst ausklammere, stelle er die früher praktizierte Abgrenzung der Kommandobereiche generell in Frage.“ Der Vorschlag, für die automatische Weitergabe der Flugüberwachungsdaten eine besondere Zone entlang der F[light]I[nformation]R[egion]-Linie einzurichten, sei einzigartig in der NATO: „Der Rogers-Plan liefe darauf hinaus, der türkischen Luftwaffe völlige Freiheit für Manöver im gesamten internationalen Luftraum über der Ägäis zu geben, denn im Gegensatz zur Regelung bis 1974 bräuchten nach Vorschlag SACEURs die Flugpläne der türkischen Luftwaffe nicht mehr vor Einflug in die Ägäis bekanntgegeben werden.“ Hinzu komme, daß den türkischen Luft- und Seestreitkräften aus dem Schwarzmeerbereich gestattet werden solle, in der Ägäis zu üben. Vgl. den Drahterlaß Nr. 1255; VS-Bd. 10285 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

⁴⁰ Für den Wortlaut der Erklärung des Botschafters Freiherr von Wechmar, New York (VN), vom 7. Januar 1980 im VN-Sicherheitsrat vgl. BULLETIN 1980, S. 33 f.

Zur Resolution ES-6/2 der Notstandssondertagung der VN-Generalversammlung vom 14. Januar 1980 vgl. Dok. 14, Anm. 11.

⁴¹ Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung anläßlich der deutsch-französischen Konsultationen am 4./5. Februar 1980 in Paris vgl. BULLETIN 1980, S. 117 f.

Auf Ihre Bitte erklärte sich der Präsident bereit, den Regierenden Bürgermeister von Berlin zwischen dem 26.3. und 10.4. kurz zu empfangen.⁴²

Auf Ihre Frage, ob die Vereinigten Staaten eine europäische Energiekonferenz nicht mehr befürworteten, sagte der Präsident zu, sich bei AM Vance zu erkundigen.

Ebenso wollte er sich danach erkundigen, wie die Vereinigten Staaten zum Abrüstungsvorschlag von Gierek⁴³ stünden.

Brzezinski bemerkte in diesem Zusammenhang, daß man den französischen Vorschlag⁴⁴ formal hinnehme, ihm aber tatsächlich mit großer Zurückhaltung begegne. Man beurteile die Chancen nicht günstig und fürchte, daß dieser Vorschlag MBFR und KSZE unterminieren könnte. Man frage sich, ob Frankreich ihn überhaupt ernsthaft meine.

Sie sagten, daß Sie an die Ernsthaftigkeit des Vorschlags glauben. Vielleicht könnte dieser Vorschlag als ein Schirm dienen, unter dem es zu Verhandlungen mit der Sowjetunion über Mittelstreckenwaffen kommen könnte.

Brzezinski erwiderte, daß man die Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen nicht in diesem Rahmen mit 35 teilnehmenden Regierungen führen wolle. Diese Verhandlungen sollten im Rahmen von SALT stattfinden oder eng mit SALT verbunden sein.

Staden

VS-Bd. 14091 (010)

⁴² Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Stobbe, hielt sich vom 22. März bis 12. April 1980 in den USA auf. Zu dem Gespräch mit Präsident Carter vgl. Dok. 106.

⁴³ Zum Vorschlag des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, Gierek, vom 11. Februar 1980 für eine Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 55, Anm. 39.

⁴⁴ Zum französischen Vorschlag einer Konferenz für Abrüstung in Europa vgl. Dok. 1, Anm. 11.

Deutsch-amerikanisches Regierungsgespräch in Washington

5. März 1980¹

Vermerk über das wirtschaftspolitische Roundtable-Gespräch des Bundeskanzlers in Washington am 5.3.1980 von 17.00 bis 18.30 Uhr²

Teilnehmer: s. Anlage

Secretary *Miller* stellt eingangs ausführlich die wirtschaftspolitischen Probleme und Ziele der Vereinigten Staaten dar. Die Geldentwertung sei das wirtschaftspolitische Hauptproblem. Sie habe sich über einen 15-Jahres-Zeitraum aufgebaut und sei heute tief verwurzelt. Sie sei deshalb kein konjunkturelles, sondern ein strukturelles Problem. Man werde ihrer nur mit einer umfassenden Strategie Herr werden. Dazu gehörten die Finanzpolitik, die Geldpolitik, die Einkommenspolitik, die Währungspolitik, die Energiepolitik und andere strukturelle Politiken. Zur Finanzpolitik: Die Vereinigten Staaten hätten über viele Jahrzehnte Haushaltsdefizite gemacht. Gleichzeitig habe sich der Anteil der Bundesausgaben am BSP erhöht. Als Präsident Carter sein Amt antrat³, habe sich das Defizit des Bundes auf 60 Mrd. Dollar oder 4 % des BSP belaufen; für das Haushaltsjahr 1980/81 sei die bisherige Planung von einem Defizit von 16 Mrd. Dollar oder 0,6 % des BSP ausgegangen; dies stelle bereits einen beachtlichen *fiscal drag* dar. Zur Geldpolitik: Ziel müsse sein, sukzessive den Zuwachs des Kreditvolumens zu vermindern. Die herkömmlichen Instrumente zur Steuerung des Geldmengenwachstums hätten nicht zuletzt als Folge gewaltiger Veränderungen im Weltwährungssystem versagt.⁴ Zur Einkommenspolitik: Gesetzliche Lohn- und Preiskontrollen funktionierten in einer offenen Wirtschaft nicht. Der Lohn- und Preisstopp von 1971⁵ habe wahrscheinlich die Geldentwertung insgesamt beschleunigt. Deshalb habe man sich auf ein freiwilliges Programm zur Dämpfung des Lohn- und Preisanstiegs beschränkt. Dieses sei im Hinblick auf die Löhne durchaus erfolgreich gewesen; die Löhne seien weniger steil angestiegen als die Preise. Es habe auch bei den Preisen Erfolg gehabt, die dem Programm unterlagen. Zur Währungspolitik: Das Dollarstabilisierungspro-

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Schulmann, Bundeskanzleramt, am 10. März 1980 gefertigt.

Hat Bundeskanzler Schmidt am 13. März 1980 vorgelegen.

² Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 4. bis 8. März 1980 in den USA auf. Zu den Gesprächen vgl. auch Dok. 71 und Dok. 73.

³ Die Regierung unter Präsident Carter übernahm am 20. Januar 1977 die Amtsgeschäfte.

⁴ Dieser Satz wurde von Bundeskanzler Schmidt hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „[wichtig].“

⁵ Präsident Nixon verkündete am 15. August 1971 in einer Fernsehansprache mehrere Maßnahmen für die Schaffung von Arbeitsplätzen, für eine Begrenzung der Inflation und für eine Stabilisierung des Dollar. Neben einer Aussetzung der Konvertibilität des Dollar in Gold oder andere Reservemittel sowie der Einführung einer zehnprozentigen Importabgabe auf in die USA importierte Güter gab Nixon einen zehnprozentigen Steuerkredit für Investitionen in neue Ausrüstungen unter Ausschluß importierter Investitionsgüter („Buy-American-Klausel“), eine Aufhebung der Verkaufssteuer auf Automobile, eine Kürzung der Regierungsausgaben um 4,6 Mrd. Dollar im Haushaltsjahr 1971/72 sowie einen auf 90 Tage begrenzten Lohnpreisstopp bekannt. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. PUBLIC PAPERS, NIXON 1971, S. 886–891. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1971, D 425–429.

gramm⁶ sei erfolgreich gewesen. Außerdem hätten sich die „fundamentals“ zu gunsten der Vereinigten Staaten entwickelt; das Leistungsbilanzdefizit sei abgebaut und in einen leichten Überschuß verwandelt worden. Zur Energiepolitik: Die Zeit, in der die Vereinigten Staaten auf billige heimische Energiequellen zurückgreifen konnten, sei unwiderruflich vorbei. Hauptaufgabe sei jetzt, die Abhängigkeit von Importöl zu vermindern. Es sei aber schwierig, 220 Millionen Menschen zu überzeugen. Das Land sei sehr heterogen; deshalb sei es äußerst schwer, die verschiedenen Interessen unter einen Hut zu bringen. Sonstige Strukturfragen: Im Bankensystem hätten sich strukturelle Veränderungen ergeben. Die Federal Reserve müsse gestärkt werden. Die Sparneigung müsse gefördert werden. Die „financial intermediaries“ müßten modernisiert werden. Die Produktivität der amerikanischen Volkswirtschaft sei ausgehöhlt worden; eine Änderung dieses Trends erfordere neue Formen der Arbeitsorganisation in den Unternehmen und neue Investitionsanreize. Letztere ergäben sich automatisch aus der Freigabe der Ölpreise und dem Trend zu benzinsparenden Automobilen; in den nächsten zehn Jahren müßten 140 Mio. Kraftfahrzeuge ersetzt werden.

Zur gegenwärtigen Lage: Die 125%ige Erhöhung des Weltölpreises im vergangenen Jahr habe erheblich zu den gegenwärtigen Schwierigkeiten beigetragen. Als Folge der Preiskontrollen für heimisches Öl sei die US-Förderung abgeschreckt und mehr Öl importiert worden. Das Zusammentreffen von Freigabe der heimischen Ölpreise und Anstieg des Weltölpreises hätte die Vereinigten Staaten besonders schwer getroffen. Neben der Erhöhung der Energiepreise sei der Anstieg der Hypothekenzinsen gegenwärtig der wichtigste Faktor für den beschleunigten Anstieg der Verbraucherpreise; von diesen Faktoren würden aber mit Sicherheit Sekundär- und Tertiäreffekte auf die übrigen Preise ausgehen. Es bestünden erhebliche Zweifel, ob das Defizit im Haushaltsjahr 1980/81 auf 16 Mrd. Dollar beschränkt werden könne. Die Ereignisse in Südwestasien hätten die Preissteigerungserwartungen verstärkt. Die Regierung stehe jedoch fest zu ihren wirtschaftspolitischen Zielen und arbeite in diesem Sinne mit dem Kongreß zusammen.

Chairman *Volcker* weist darauf hin, daß sich die Geldmengenexpansion seit seiner Amtsübernahme⁷ in relativ engen Bahnen bewegt habe. Die Großunternehmen nähmen jedoch trotz der hohen Zinsen weiterhin massiv Kredite auf.

⁶ Botschafter von Staden, Washington, teilte am 2. November 1978 mit, Präsident Carter habe am Vortag ein Programm zur Stützung des Dollars und zur Inflationsbekämpfung bekanntgegeben: „Dieses Programm sieht u. a. vor: Erhöhung der Interventionsmasse an DM, Yen und Schweizer Franken auf rund 30 Mrd. Dollar. Ziehung (Kreditinanspruchnahme) von rund 3 Mrd. Dollar beim IWF, wovon 1 Mrd. Dollar in Kürze über die AKV (Allgemeinen Kreditvereinbarungen der Zehnergruppe) bereitgestellt werden sollen. Abgabe von zwei Milliarden SZR gegen Währungen anderer Mitgliedsländer. Erhöhungen der Swap-Vereinbarung (auf Abruf bereitstehende kurzfristige Kredite) mit der Bundesbank, der Bank of Japan und der Schweizer Nationalbank. Begebung von langfristigen Anleihen in Auslandswährung durch die USA bis zu 10 Mrd. Dollar. Erhöhung des Diskontsatzes von 8,5 auf 9,5 Prozent. Erhöhung der Mindestreserven um zwei Prozentpunkte und dadurch Stilllegung von rund 3 Mrd. Dollar. Verfünfachung der bisherigen Goldverkäufe auf mindestens 1,5 Mio. Unzen monatlich (d. h. rund 3,5 bis 4 Mrd. Dollar ‚Erlös‘ pro Jahr).“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4075; Referat 420, Bd. 124327.

⁷ Präsident Carter ernannte am 25. Juli 1979 den bisherigen Präsidenten der Federal Reserve Bank of New York, Volcker, zum Vorsitzenden des Federal Reserve Board. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, CARTER 1979, S. 1300.

Anders sei es bei Hypotheken und Konsumentenkrediten. In der Vergangenheit habe es mehr freiwillige Kreditrationierungen gegeben. Niemand, auch er nicht, halte viel von einer Quotierung der Kredite, aber manchmal müsse man auch Maßnahmen ins Auge fassen, die man eigentlich nicht möge. Der Dollar sei gegenwärtig sehr stark; er frage sich, wie das in der Bundesrepublik bewertet werde.

BM *Matthöfer* erinnert an frühere öffentliche Äußerungen. Er habe nie einen Hehl daraus gemacht, daß er die Kombination von Unterbewertung des Dollars und amerikanischer⁸ Technologie als eine Gefahr für die deutsche Wirtschaft ansehe. Deshalb begrüße er die Stärke des Dollars. Im übrigen sei man in der Vergangenheit immer erratischen Wechselkursschwankungen in jeder Richtung entgegengetreten; das solle auch in Zukunft so bleiben. StS *Lahnstein* ergänzt unter Hinweis auf das Leistungsbilanzdefizit der Bundesrepublik und die scharfe Yen-Abwertung⁹, daß wir die weitere Entwicklung sehr aufmerksam verfolgen sollten, damit der DM-Kurs nicht außer Kontrolle gerate.

Chairman *Schultze* bestätigt, daß man immer noch auf die Rezession warte. Die OPEC-Steuer habe zwar das Wachstum der amerikanischen Volkswirtschaft verlangsamt. Andererseits zeigten die Januardaten (Einzelhandelsumsätze, Industrieproduktion) das Bild einer viel stärkeren Wirtschaft. Für das ganze Jahr rechne er aber mit einem Nullwachstum (4. Quartal gegen 4. Quartal). Er hoffe, daß 1981 die Abkühlung so weit fortgeschritten sei, daß eine gewisse Ermäßigung der Hypothekenzinsen möglich sei. Man halte nach wie vor daran fest, daß es 1980 eine Rezession im Sinne der NBER-Definition¹⁰ geben werde, die allerdings gering ausfallen werde. Die Regierung sei entschlossen, sowohl in der Geld- als auch in der Finanzpolitik den restriktiven Kurs zu verschärfen und nehme bewußt in Kauf, daß sich die Rezession bis in das Jahr 1981 fortsetze. Der Haushaltsentwurf für 1980/81 unterstelle einen Anstieg der Arbeitslosenquoten von 6 auf 7,5 v.H. Wenn man den Haushalt, wie beabsichtigt, ausgleiche, bedeute dies, daß der Haushaltsüberschuß, auf Vollbeschäftigungsbasis gerechnet, 40 Mrd. Dollar betragen werde. Man gehe also bewußt große Risiken ein. Dies wurde von *Volcker* bestätigt („we are pressing the market very hard“). *Miller* fügt hinzu, daß man allerdings auch nicht mit der Brechstange an die Dinge herangehen dürfe, da sonst mit erheblichen Rückwirkungen auf die Weltwirtschaft gerechnet werden müsse. Eine Sparquote von 6 v.H. sei auch längerfristig in Ordnung; die jetzige Sparquote von 3 v.H. sei aber viel zu nie-

⁸ Die Wörter „und amerikanischer“ wurden von Bundeskanzler Schmidt gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „plus hohe amerikanische“.

⁹ Die Botschaft in Tokio informierte am 15. Juli 1980: „Die Abwärtsentwicklung des Yen, die mit der Verkündung des Dollar-Stabilisierungsprogramms vom 1. November 1978 eingesetzt hatte, hielt im Jahre 1979 mehr oder weniger ausgeprägt an. Mit einem Durchschnittskurs von 244,88 Yen/1 Dollar erreichte die japanische Währung im November ihren niedrigsten Stand“. Nach einer kurzen Stabilisierungsphase sei der Kurs weiter gefallen, im April 1980 sei mit einem Kurs von 264 Yen für einen Dollar ein neuer Tiefststand erreicht worden. Vgl. den Schriftbericht Nr. 1133; Referat 341, Bd. 113139.

¹⁰ Rezession wird üblicherweise als rückläufiges Wirtschaftswachstum über zwei Quartale verstanden. Das National Bureau of Economic Research definierte Rezession als einen mehr als kurzfristigen, sichtbaren Rückgang wirtschaftlicher Aktivität, dessen Folgen beim Bruttoinlandsprodukt, den Realeinkommen, dem Arbeitsmarkt, der Industrieproduktion und im Groß- und Einzelhandel erkennbar sind.

drig. Im übrigen: Man werde den Kampf gegen die Geldentwertung nicht gewinnen, wenn man den Kampf an der Energiefront nicht gewinne. Er bittet Secretary Duncan, die Energiepolitik der Regierung darzulegen.

Secretary *Duncan* weist zunächst darauf hin, daß der Preis für in den USA gewonnenes Erdöl am 30.9.1981 völlig frei sein werde. Schon jetzt zeichneten sich erste Erfolge der sukzessiven Freigabe des US-Erdölpreises ab. Die Erdöl-exploration in den US bewege sich auf einem seit 1955 nicht mehr erreichten Niveau. Die OPEC-Länder drängten uns, den Ölverbrauch einzuschränken; die US hätten 1979 trotz einer Zunahme des BSP um 2,3% den Prämienergieverbrauch um 1% gedrosselt. In den ersten vier Wochen des Jahres 1980 habe der US-Benzinverbrauch um 9% unter dem Vorjahresniveau gelegen. Von dem dreiteiligen Energieprogramm des Präsidenten¹¹ sei nun der erste Teil – die „windfall profits tax“ – aus dem Vermittlungsausschuß. Mit der „Omnibus Energy Bill“ werde die weitere Einsparung von Energie und die Kohleveredlung erhebliche Anstöße erfahren. Das Kernenergiemoratorium¹² sei in der vergangenen Woche beendet worden; zum ersten Mal seit dem Harrisburg-Störfall¹³ sei ein neues Kernkraftwerk genehmigt worden. Morgen werde der Präsident dem Kongreß ein Zehnjahresprogramm zur schrittweisen Umstellung von Ölkraftwerken auf Kohle vorlegen.¹⁴ Bis 1983 hoffe man, künstliches Erdgas zum Preis von 6 Dollar (Preisbasis 1980) herstellen zu können. Er betont die Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit auf diesem Gebiet. Die Saudis produzierten gegenwärtig mehr Öl, als unter verschiedenen Gesichtspunkten für sie optimal sei. Sie wollten das von ihnen bisher ungenutzte Kuppelprodukt Gas dazu benutzen, eine große petrochemische Industrie aufzubauen. Sie hofften, daß auf der Mai-Sitzung der IEA¹⁵ – und also vor der OPEC-Ministerkonferenz im

¹¹ Zum Energieprogramm der amerikanischen Regierung vgl. Dok. 71, Anm. 36.

¹² Das Bundesministerium für Wirtschaft vermerkte am 19. November 1979: „Zusammenfassend läßt sich zur kernenergiepolitischen Diskussion in den USA sagen: Die Frage der Sicherheit der amerikanischen Kernkraftwerke hat zur Zeit alle anderen Probleme (z. B. der Entsorgung) in den Hintergrund gedrängt. Das Sicherheitsproblem wird vor allem als Frage nach der besten Organisation des Genehmigungsverfahrens gesehen. Die Industrie hat das Gefühl, um ihr Überleben kämpfen zu müssen. Sie glaubt, die notwendigen Konsequenzen aus dem Harrisburg-Unfall bereits weitgehend gezogen zu haben [...]. Die Energielage der USA mache eine Verkürzung der Genehmigungsverfahren für neue Kernkraftwerke auf sechs Jahre erforderlich, damit der Ende der 80er Jahre zu erwartende Kapazitätsengpaß verhindert werden könne. Ein längeres Moratorium sei nicht zu verantworten.“ Vgl. Referat 413, Bd. 129349.

Botschafter Hermes, Washington, informierte am 1. März 1980, erstmals seit dem Unfall im Kernkraftwerk „Three Miles Island“ am 28. März 1979 sei wieder eine Betriebsgenehmigung für ein Kernkraftwerk erteilt worden: „Der Betreiber des KKW Sequoyah, die Tennessee Valley Authority, wurde ermächtigt, das Kernkraftwerk mit neuen Brennelementen zu beladen und den Betrieb aufzunehmen.“ Dieser Entscheidung komme „jedoch mehr politische als praktische Bedeutung zu. Denn die Betriebsgenehmigung ist befristet und erlaubt lediglich eine Auslastung von maximal fünf Prozent der Gesamtauslastung des KKW von 1140 MW.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 977; Referat 431, Bd. 129509.

¹³ In den USA ereignete sich am 28. März 1979 in dem nahe der Stadt Harrisburg gelegenen Kernkraftwerk „Three Mile Island“ ein Unfall, in dessen Verlauf es im Reaktorblock 2 zu einer partiellen Kernschmelze kam, durch die etwa ein Drittel des Reaktorkerns fragmentiert wurde und schmolz. Vgl. dazu den Artikel „New A-Plant Radiation Burst Spurs Partial-Evacuation Order“; INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE vom 31. März/1. April 1979, S. 1.

¹⁴ Vgl. dazu das Schreiben des Präsidenten Carter vom 6. März 1980 an den amerikanischen Kongreß; PUBLIC PAPERS, CARTER 1980, S. 448 f.

¹⁵ Zur Ministertagung des Verwaltungsrats der Internationalen Energieagentur am 21./22. Mai 1980 in Paris vgl. Dok. 71, Anm. 37.

Juni¹⁶ – von den Industrieländern deutliche Signale in Richtung auf eine weitere Verminderung des Öleinfuhrbedarfs gesetzt würden, und zwar sowohl mit Blick auf 1981 als auch mit Blick auf 1985. Er und BM Graf Lambsdorff hätten darüber sehr produktive Gespräche in Washington geführt.¹⁷

Nach Auffassung von Botschafter *Owen* geben die Projektionen der Entwicklung von Angebot und Nachfrage auf dem Welterdölmarkt für 1985 und 1990 Anlaß zu großer Sorge. Sie implizierten eine niedrige Wachstumsrate in den IL; das könne Verteilungskämpfe ums knapper werdende Öl auslösen; ferner blieben die IL gegenüber kurzfristigen Versorgungsstörungen äußerst anfällig. Er ziehe daraus die Konsequenz, daß die Entwicklung alternativer Energiequellen (Kohle, Kernenergie, Kohleveredlung) absoluten Vorrang habe. Dies erfordere ein international abgestimmtes Programm.

Der *Bundeskanzler*, der an der ersten Hälfte des Gesprächs nicht teilnehmen konnte, erinnert daran, daß die deutsche Kohle auch heute noch teurer sei als Öl und wohl erst bei einem noch höheren Ölpreis wieder wettbewerbsfähig werde. Deshalb subventionierten wir Kohleförderung und -veredlung massiv. Er weist *Owen* darauf hin, daß auf deutschen Wunsch in der gemeinsamen Presseerklärung des Präsidenten und des Bundeskanzlers¹⁸ aufgenommen worden sei, welche alternativen Energiequellen in den nächsten Jahren gefördert werden müssen. Schon zu Beginn des Jahres 1974 habe er, damals als Finanzminister, verlangt, was *Owen* jetzt zur Diskussion stelle. Die US hätten zwischenzeitlich schon erhebliche Fortschritte in der Annäherung des heimischen an das internationale Energiepreisniveau erzielt. Der Abstand des amerikanischen Ölpreises zum Weltölpreis habe sich aber in jüngster Zeit wieder vergrößert. Auch die Amerikaner müßten über kurz oder lang den vollen Weltmarktpreis zahlen lernen. Als das deutsche Ölpreisniveau Ende 1973/Anfang 1974 sprunghaft gestiegen sei, habe die deutsche Automobilindustrie einen gewaltigen Absatzrückgang hinnehmen müssen; sie habe sich aber der neuen Lage bald angepaßt und benzinsparende Pkws angeboten. Er habe Verständnis dafür, daß die US wegen des preistreibenden Effekts, der mit einer sofortigen Freigabe der Preise für Öl und Ölderivate verbunden wäre, auf Zeitgewinn arbeiteten, aber letzten Endes gebe es keinen anderen Weg als den der vollständigen Freigabe der Energiepreise.

Undersecretary *Cooper* weist darauf hin, daß zwar der Rohölpreis reguliert werde, aber der für Derivate (außer Benzin) frei sei. *Owen*: Die Preisfreigabe reiche nicht aus. Deshalb habe man in den US z. B. gesetzliche Höchstgeschwindigkeiten auf Autobahnen und Straßen.

¹⁶ Die Ministerkonferenz der OPEC-Mitgliedstaaten fand vom 9. bis 11. Juni 1980 in Algier stand.

¹⁷ Bundesminister Graf Lambsdorff hielt sich im Februar 1980 in den USA auf. Gesandter Dannenbring, Washington, berichtete am 14. Februar 1980, Lambsdorff sei am Vortag mit dem amerikanischen Außenminister Vance zusammengetroffen: „Über die von Präsident Carter in seinem letzten Schreiben an Bundeskanzler angeschnittenen Einzelaspekte könne man noch sprechen, wie z. B. die Regelung im COCOM und die Frage von Kreditgarantien.“ Vance habe entgegnet, er stimme mit den Vorstellungen des Bundesministers Genscher über eine Arbeitsteilung in der NATO überein. Vgl. den Drahtbericht Nr. 724; Referat 204, Bd. 115945.

¹⁸ Für den Wortlaut der gemeinsamen Presseerklärung des Bundeskanzlers Schmidt und des Präsidenten Carter vom 5. März 1980 in Washington vgl. BULLETIN 1980, S. 237–240.

Das Gespräch wendet sich alsdann Einzelaspekten der US-Energiepolitik zu. Secretary *Duncan* erklärt auf eine entsprechende Frage, daß die Kernenergie inzwischen 12% zur US-Stromerzeugung beitrage. 76 KKW mit einer Gesamtkapazität von 50 GW seien in Betrieb. Die Regierung strebe eine Vervierfachung bis zum Jahre 2000 an. 50 KKW stünden zur Genehmigung an oder seien im Bau. Man sei grundsätzlich pro SBR¹⁹; dieser dürfe aber nicht auf der Technologie von 1960 (1970?) entwickelt werden, sondern müsse auf der von 1980 aufbauen. Die Haushaltsansätze für das Fiskaljahr 1980/81 entsprächen dem.

Der *Bundeskanzler* schlägt vor, daß die Schlußerklärung des venezianischen Gipfels²⁰ unmißverständlich zum Ausdruck bringt, wie unabdingbar die weitere Entwicklung der Kernenergie ist. Alle Gipfelländer sähen sich entweder bei den unmittelbar Betroffenen oder bei den Gerichten enormen Schwierigkeiten bei der Durchsetzung ihrer Kernenergieprogramme ausgesetzt. Deshalb müsse man die Autorität des Gipfels in Anspruch nehmen, um die nationale Meinung zugunsten der Kernenergie zu beeinflussen. Er fragt nach den alternativen US-Energieressourcen.

Secretary *Duncan* und Secretary *Miller* versichern, daß die US über riesige ungenutzte Vorräte an Ölschiefer und Teersand verfügen. Die Meinungsbildung über das Kohleveredlungsprogramm sei innerhalb der US-Regierung noch nicht abgeschlossen. Die Freigabe der Ölpreise werde die Investitionsneigung stärken.

Der Rest des Gesprächs dreht sich um Einzelfragen der US-Wirtschaftspolitik. *Volcker* bestätigt in diesem Zusammenhang, daß der Kongreß soeben die Frage der Fed-Mitgliedschaft im Sinne der Regierung geregelt habe.

Bewertung: Eine solche Präsenz der US-Regierung beim Besuch des Bundeskanzlers hat es in der Vergangenheit nie gegeben. Von US-Seite war das halbe Kabinett anwesend. Im Gespräch gerieten die deutschen Teilnehmer nie in Zugzwang; die US-Teilnehmer waren dauernd in der Defensive und verwandten – von Mr. Owen abgesehen – ihre Zeit darauf, den deutschen Teilnehmern Einzelheiten der von ihnen betriebenen Politik darzulegen.

Anlage

Teilnehmer auf US-Seite: *Miller* (Secretary of the Treasury), *Duncan* (Secretary of Energy), *Hodges* (Deputy Secretary of Commerce), *Volcker* (Chairman, Fed), *McIntyre* (Director, Bureau of the Budget), *Cooper* (Under Secretary of State), *Owen* (Ambassador, White House), *Stoessel* (Ambassador, Bonn).

Auf deutscher Seite: Bundeskanzler (ab 17.45 Uhr), BM Matthöfer, Chef des Bundeskanzleramtes²¹, StS Lahnstein (BMF), Sondergäste (*Vetter*, *Kluncker*, *Wolff*, *Rodenstock*, *Rosenthal*), MD Fischer (AA), AL4²².

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 52

¹⁹ Schneller Brüter.

²⁰ Zum Weltwirtschaftsgipfel am 22./23. Juni 1980 in Venedig vgl. Dok. 184 und Dok. 185.

Für den Wortlaut der Erklärung der Staats- und Regierungschefs vom 23. Juni 1980 vgl. BULLETIN 1980, S. 629–633.

²¹ Manfred Schüler.

²² Horst Schulmann.

Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt

114-2190/80 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1038
Citissime

Aufgabe: 5. März 1980, 15.22 Uhr¹
Ankunft: 5. März 1980, 21.43 Uhr

Kuala Lumpur für BM-Delegation²

Betr.: Reise des Bundeskanzlers nach Washington³;
hier: Gespräch Bundeskanzler mit AM Vance am 5.3.

1) KSZE-Folgetreffen in Madrid

Vance bekräftigte, daß die Vereinigten Staaten sich auf das KSZE-Folgetreffen in Madrid so vorbereiten würden, als wenn es mit Sicherheit stattfände. Es sei bekannt, daß Frankreich dem Treffen reserviert gegenüberstehe.⁴

Der Bundeskanzler betonte das Interesse, das die osteuropäischen Länder – außer der Sowjetunion – an diesem Treffen hätten. Sie seien – das gelte auch für die DDR – beunruhigt und in Furcht vor einer Verschlechterung der allgemeinen Ost-West-Lage.

2) Nach-Afghanistan-Konsultationen

Vance hielt weiterhin regelmäßige westliche Konsultationen für erforderlich, insbesondere auch, um Einverständnis darüber zu erreichen, welcher Ausweg für die SU gefunden oder angeboten werden könne. Es sollten aus verschiedenen westlichen Ländern hierzu keine verschiedenen Signale nach Moskau gelangen.

¹ Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.

² Bundesminister Genscher hielt sich vom 5. bis 7. März in Malaysia auf, wo er bilaterale Gespräche führte und an der Konferenz der Außenminister der ASEAN- und der EG-Mitgliedstaaten vom 6. bis 8. März 1980 in Kuala Lumpur teilnahm. Vgl. dazu Dok. 84.

³ Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 4. bis 8. März 1980 in den USA auf. Zu den Gesprächen vgl. auch Dok. 71 und Dok. 72.

⁴ Botschafter Herbst, Paris, berichtete am 6. März 1980: „Die französische Regierung überlegt noch, ob das KSZE-Treffen von Madrid zum vorgesehenen Zeitpunkt durchgeführt oder verschoben werden soll.“ Im französischen Außenministerium werde dafür plädiert, „daß die Vorbereitungskonferenz unter allen Umständen stattfinden müsse. Nur sie könne letztlich darüber befinden, ob die Hauptkonferenz wie vorgesehen stattfinden könne oder ob sie (wie Dänemark und die Schweiz gerne sähen) in zwei Phasen (Eröffnungsdebatte und Vertagung bis Ostern 1981) zu teilen sei oder gar zu verschieben wäre. Eine Umfrage habe ergeben, daß nach Einschätzung der französischen Botschaften alle westlichen Staaten für die Durchführung der Konferenz seien (mit der oben genannten dänischen Variante), ebenso alle Satelliten der SU. Über die Haltung der SU sei man sich nicht im klaren.“ Staatspräsident Giscard d'Estaing dagegen beurteile die Erfolgsaussichten für die KSZE-Folgekonferenz in Madrid skeptisch: „Die Gründe für das Zögern der Staatsspitze und des Außenministers dürften drei sich ergänzende Überlegungen sein: Sorge, daß eine Konfrontation in Madrid der SU die Möglichkeit geben würde, ihre Satelliten stärker an sich zu binden; Befürchtung, daß über eine Ost-West-Konfrontation der französische Vorschlag für eine Konferenz über Abrüstung in Europa Schaden leiden werde; Hinhalten der SU (falls man unterstellt, sie sei überhaupt an Madrid interessiert), um ihr zu beweisen, daß die Entspannung in Europa nicht selbstverständlich ist.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 563; VS-Bd. 13138 (212); B 150, Aktenkopien 1980.

Bundeskanzler hielt die kürzliche Konsultationen der fünf Botschafter in Washington mit Vance⁵ für eine gute Sache und bat, sie fortzusetzen.

Vance versprach dies und versicherte, daß auf französischen Wunsch der informelle Charakter gewahrt bleiben sollte, daß diese Konsultationen aber, wie vom Bundeskanzler vorgeschlagen, dadurch noch ergiebiger gemacht werden könnten, daß er den fünf Botschaftern vor den Konsultationen die Gesprächsthemen mitteile. Dann könnten die Auffassungen der Hauptstädte in den Konsultationen noch präziser und nach dem letzten Stand wiedergegeben werden.⁶

3) Amerikanische Chinapolitik

Auf die Frage des Bundeskanzlers nach den langfristigen Zielen der amerikanischen Chinapolitik antwortete Vance, daß nach Normalisierung⁷ eine Vertiefung und Verstärkung der Beziehungen auf normale Weise beabsichtigt sei. Das bedeute Ausbau der Beziehungen im wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, kulturellen Bereich und die Fortführung eines politischen Dialogs, der sowohl globale wie auch regionale Themen umfassen werde.

Vance bestätigte die amerikanische Politik, keine Waffen oder militärische Ausrüstungen an China zu liefern. Seit der Brown-Reise⁸ sei man aber bereit, auch für das Militär verwendbare Gegenstände zu liefern wie LKWs, Kommunikationssysteme, Radar u. a. ähnliche Ausrüstungsgegenstände.⁹ Die Vereinigten Staaten verstünden vollkommen, daß die SU wissen wolle, was die Ziele der amerikanischen Chinapolitik seien. Es sei richtig, daß Moskau glaube, die USA beabsichtigten eine Einkreisung oder sogar Abschnürung der Sowjetunion. Dies sei nicht die amerikanische Politik, und den Russen sei dies auch gesagt worden. Er erwarte, daß er selbst in einigen Wochen Gelegenheit haben werde,

⁵ Zum Gespräch des amerikanischen Außenministers Vance mit den Botschaftern Henderson (Großbritannien), Hermes (Bundesrepublik), Lefebvre de Laboulaye (Frankreich), Pansa (Italien) und Towe (Kanada) am 29. Februar 1980 vgl. Dok. 67.

⁶ Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 8. März 1980, der amerikanische Außenminister Vance habe die Botschafter Hermes (Bundesrepublik), Lefebvre de Laboulaye (Frankreich), Pansa (Italien), Togo (Japan) und Towe (Kanada) zu einem Gespräch gebeten. Ziel sei die Abstimmung hinsichtlich einer gemeinsamen Politik angesichts der sowjetischen Intervention in Afghanistan gewesen, wobei die Frage im Mittelpunkt gestanden habe, wie ein neutraler und nicht gebundener Status des Landes zu definieren sei, der für die UdSSR und die Afghanen annehmbar sein könne: „Vance betonte mehrfach während des Gesprächs, daß jeder westliche bilaterale Dialog mit der Sowjetunion über einen möglichen zukünftigen Status Afghanistans und internationale Garantien unterbleiben sollte, bis sich die westlichen Länder über das inhaltliche Konzept und Verfahren geeinigt hätten.“ Vance habe zudem über die militärische Lage in Afghanistan informiert. Weitere Themen seien die pakistanische Ablehnung des amerikanischen Angebots auf Verteidigungshilfe, finanzielle und wirtschaftliche Hilfe für Pakistan und die Türkei sowie die amerikanisch-iranischen Beziehungen gewesen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1099; VS-Bd. 11108 (204); B 150, Aktenkopien 1980.

⁷ Die Volksrepublik China und die USA nahmen am 1. Januar 1979 diplomatische Beziehungen auf. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 395.

⁸ Zum Besuch des amerikanischen Verteidigungsministers Brown vom 5. bis 13. Januar 1980 in der Volksrepublik China vgl. Dok. 16, Anm. 23.

⁹ Referat 341 vermerkte Mitte März 1980, die Beziehungen der USA zur Volksrepublik China böten „im militärischen Bereich nunmehr folgendes Bild: Ein formelles Bündnis ist ausgeschlossen. [...] Amerikanische Waffenlieferungen an China bleiben ausgeschlossen. [...] Sensible Technologie wird den Chinesen künftig in stärkerem Umfang zugänglich gemacht, dabei geben die Amerikaner den Grundsatz der Gleichbehandlung mit der Sowjetunion ausdrücklich auf. Ein Schritt auf diesem Gebiet wäre die von Brown angekündigte Lieferung einer Bodenstation für den US „Earth Resources Satellite, Landsat“. Militärkontakte sollen intensiviert werden.“ Vgl. Referat 341, Bd. 113071.

den Russen zu sagen, daß die Vereinigten Staaten keine Einkreisungspolitik verfolgten und auch China für diesen Zweck nicht gebrauchten.

Bundeskanzler fragte, ob nicht in Moskau tatsächlich ein solcher Eindruck entstehen könne, wenn man die sowjetische Besessenheit mit dem China-Problem berücksichtige. Eine sowjetische Reaktion gegen China sei dann nicht völlig auszuschließen. Was geschehe, wenn die Sowjetunion in Sinkiang angreife, einer Provinz, die nicht gegen die SU verteidigt werden könne?

Vance wiederholte, daß die Vereinigten Staaten die Ausgewogenheit ihrer Politik gegenüber Moskau und Peking deutlich machen müßten. Er erwähnte eine Äußerung Breschnews gegenüber David Rockefeller, daß die SU wohl eines Tages China eine Lektion erteilen müßte.

Der Bundeskanzler berichtete aus seinen Gesprächen mit Hua Guofeng¹⁰, daß die Chinesen überzeugt seien, selbst nach einem schweren sowjetischen Angriff noch über die „second strike capability“ zu verfügen und Moskau und vor allem die Transsibirische Eisenbahn treffen zu können.

Vance hielt diese Beurteilung für richtig.

4) Pakistan und Indien

Der Bundeskanzler bestätigte, daß wir an Pakistan keine Waffen liefern, aber unsere Gesamthilfe erheblich erhöhen würden.¹¹ Pakistan sei aber politisch schwach. Das Schlüsselland der Region sei Indien. Indira Gandhi möge zwar gegenüber den westlichen Ländern starke Reserven haben, verdiene aber jetzt große Beachtung und aufmerksame Behandlung.

Vance stimmte der Beurteilung Indiens als regionaler Schlüsselkraft zu und nannte als amerikanische Waffenlieferungen an Pakistan nur solche, die zur Grenzverteidigung, aber zu nicht mehr geeignet seien. Im übrigen sollte man im Verhältnis zu Indien die Vergangenheit auf sich beruhen lassen und Indien so behandeln, wie es seiner wichtigen Rolle entspreche. Was Pakistan angehe, so seien die Vereinigten Staaten dabei, ein Gesamthilfepaket zu schnüren, über dessen Annahme die pakistanische Regierung entscheiden müsse.¹²

¹⁰ Ministerpräsident Hua Guofeng hielt sich vom 21. bis 28. Oktober 1979 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 301 und Dok. 305.

¹¹ Zur Wirtschafts- und Finanzhilfe für Pakistan vgl. Dok. 15, Anm. 17, und Dok. 55, Anm. 22.

¹² Zur geplanten amerikanischen Finanz- und Verteidigungshilfe für Pakistan vgl. Dok. 38, Anm. 19. Botschafter Scheske, Islamabad, berichtete am 11. Februar 1980, Pakistan wolle zuerst sehen, welche „grundsätzlichen ‚assurances‘ des Beistands die USA für Pakistan zu geben bereit seien. Der Hinweis auf das Exekutivabkommen von 1959 genüge nicht. [...] Erwünscht wäre ein formeller Beistandspakt, der die USA über die jeweilige Administration hinaus binde.“ Vorrang müsse zunächst die wirtschaftliche Entwicklung haben, denn „ohne gesunde sozio-ökonomische Struktur nützte die ganze Aufrüstung nichts (Bemerkung: Mit dieser plausiblen und abwartenden Haltung gegenüber den amerikanischen Avancen, welche für Pakistan schließlich ein gewisses Risiko in sich bergen, kann Pakistan die USA auch besser überzeugen, daß hier nicht einige hundert Millionen Dollar aufzuwenden sind, sondern einige Milliarden).“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 143; Referat 340, Bd. 113187. Am 7. März 1980 teilte Scheske mit, der pakistanische Außenminister Agha Shahi habe am 5. März 1980 in einer Rede in Islamabad informiert, „Pakistan habe das Hilfsangebot der US-Regierung, das bei dem Besuch von Brzezinski und Christopher Anfang Februar übermittelt worden war, abgelehnt. In den Gesprächen mit Brzezinski und Christopher sei es nicht möglich gewesen, Übereinstimmung hinsichtlich der Verstärkung der US-Sicherheitsverpflichtung über die Bestätigung (affirmation) des Kongresses hinaus oder über den Umfang des mit lästigen (onerous) Bedingungen verbundenen Hilfspakets zu erzielen. Die pakistanische Regierung sei der Meinung, die Annahme des US-Angebots würde Pakistans Sicherheit mehr gefährden als festigen, werde es nicht grundle-

5) Türkei

Der Bundeskanzler stellte die Frage, ob zur Bekämpfung der gegenwärtigen US-Wirtschaftsschwierigkeiten Haushaltskürzungen einschließlich der Entwicklungshilfe ein angemessenes Mittel seien. Die Bundesrepublik habe in der Vergangenheit der Türkei mehr Hilfe gegeben als die Vereinigten Staaten.

Unsere Hilfe an die Türkei einschließlich der Verteidigungshilfe sei in den vergangenen Jahren immer erheblich gewesen und niemals unterbrochen worden. Bei der gegenwärtigen Hilfsaktion für die Türkei¹³ werde der deutsche Beitrag nicht höher als der amerikanische sein können. Dies sei sehr viel, wenn man bedenke, daß das deutsche wirtschaftliche Potential ein Viertel des amerikanischen sei.

Der Bundeskanzler stellte fest, daß die deutschen Möglichkeiten überhaupt erheblich überschätzt würden. Wenn es auch zutreffe, daß unsere Gesamtwirtschaftslage wohl besser sei als in manchen anderen Ländern, sei sie doch nicht gut. Die wirtschaftliche Gesundheit der Bundesrepublik Deutschland sei entscheidend, auch für unsere Identität. Ob es eines Tages eine eigene westdeutsche nationale Identität geben werde, sei eine noch offene Frage. Er hoffe nicht, aber unbestreitbar sei unsere gegenwärtige Identität gegründet auf unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und politische und soziale Stabilität. Es sei fraglich, ob diese Identität schweren wirtschaftlichen Rückschlägen standhalten könne. Er, der Bundeskanzler, sei nicht bereit, einen deutschen Hilfsbeitrag für die Türkei vorzusehen, der höher sei als der amerikanische.

Vance bestärkte den Bundeskanzler in der Absicht, das Thema der Türkeihilfe nachhaltig mit Präsident Carter zu besprechen.

6) Wirtschaftsbeziehungen zur Sowjetunion

Der Bundeskanzler machte darauf aufmerksam, daß der amerikanische Handel, gemessen am BSP, mit der SU nur ein Achtel des deutschen ausmache. Für uns sei der sowjetische Handel für den Export von Industrieanlagen, für die Einfuhr von Rohstoffen, z.B. Erdgas, wichtig. Würden wir den Handel mit der SU unterbrechen, würde die Arbeitslosigkeit um 1 % zunehmen.

7) Verteidigungsanstrengungen

Der Bundeskanzler hielt öffentliche Äußerungen darüber, daß die Bundesrepublik Deutschland im Verteidigungsbereich größere finanzielle Anstrengungen unternehmen müsse, für unangebracht. Unser Verteidigungsbeitrag in Europa

Fortsetzung Fußnote von Seite 423

gend geändert werden. [...] Pakistan würde sich mit der Verstärkung der US-Beistandsverpflichtung durch die Bestätigung des 1959er-Abkommens zufrieden geben. Auch sei man bereit, die angebotene Wirtschaftshilfe zu akzeptieren. Jedoch seien, so habe die US-Regierung unterrichtet, beide Angebote untrennbar mit der Annahme der angebotenen Militärhilfe in Höhe von 200 Mio. Dollar verbunden.“ Deshalb sei das Angebot mit dem Gesamtvolumen von 400 Mio. Dollar abgelehnt worden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 216; Referat 340, Bd. 113187.

Am 15. April 1980 berichtete Botschafter Hermes, Washington, seit der Rede Agha Shahis stagnierten die amerikanisch-pakistanischen Beziehungen. Das amerikanische Außenministerium habe nach dem Besuch einer Delegation des Repräsentantenhauses Ende März 1980 in Pakistan mitgeteilt: „Wirtschaftshilfe an Pakistan sei weiterhin nicht ausgeschlossen, jedoch nicht mehr für das Haushaltsjahr 1980 zu erwarten. Immerhin sei am 25.3. ein Abkommen über Nahrungsmittelhilfe im Rahmen des Programms PO 480 über 40 Mio. Dollar abgeschlossen worden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1585; Referat 340, Bd. 113187.

¹³ Zur Wirtschafts-, Finanz- und Verteidigungshilfe für die Türkei vgl. Dok. 64, Anm. 11.

sei ausgezeichnet, und die Bundeswehr stünde keiner Armee nach. Was für die Bundesrepublik Deutschland nicht in Frage komme, sei zur Speerspitze der Vereinigten Staaten in Europa zu werden. Eine deutsch-amerikanische Allianz würde das Ende der NATO bedeuten. Eine Vergrößerung der deutschen Streitkräfte würde den Argwohn der europäischen NATO-Partner erwecken und ihnen neben dem bestehenden Gefühl der deutschen wirtschaftlichen Überlegenheit auch noch ein solches der deutschen militärischen Überlegenheit geben. Dies könne in niemandes Interesse sein. Selbst wenn wir unsere Verteidigungsstärke erhöhen könnten, müßte auf Großbritannien, Niederlande, Belgien, Dänemark, Norwegen und Frankreich Rücksicht genommen werden.

Auf die Frage des Bundeskanzlers nach der Wiedereinführung der Wehrpflicht¹⁴ in den USA verwies Vance auf seine Rede in Chicago, in der er als seine persönliche Ansicht geäußert habe, daß die Wehrpflicht wiedereingeführt und für alle Amerikaner beiderlei Geschlechts eine allgemeine Dienstpflicht, in der Armee oder außerhalb, erwogen werden solle.¹⁵

8) Golfregion und Nahost

Der Bundeskanzler dankte dafür, daß seiner Anregung entsprechend Ministerpräsident Suárez von Präsident Carter empfangen worden sei.¹⁶ Die spanischen Kenntnisse und Verbindungen zur arabischen Welt sollten vollständig genutzt werden.

Über die Verhältnisse in den einzelnen Golfstaaten, aber auch in Saudi-Arabien und im Sudan, seien noch zu wenig gesicherte Erkenntnisse vorhanden. Wir sollten uns um gemeinsame Einschätzung bemühen. Gebe es etwa eine eindeutige westliche Politik gegenüber Gaddafi? Die Rolle der Palästinenser in allen arabischen Staaten könne nicht hoch genug eingeschätzt werden.

9) Der Bundeskanzler und AM Vance stimmten zum Abschluß darin überein, daß der Besuch des Bundeskanzlers und das Ergebnis der politischen Gespräche von beiden Seiten einheitlich in der Öffentlichkeit dargestellt werden sollten.

[gez.] Hermes

VS-Bd. 14091 (010)

¹⁴ Zu Überlegungen für die Wiedereinführung der Wehrpflicht in den USA vgl. Dok. 69, Anm. 31.

¹⁵ Der amerikanische Außenminister Vance hielt am 3. März 1980 in Chicago vor dem Council on Foreign Relations eine Rede zur amerikanischen Außenpolitik angesichts der sowjetischen Intervention in Afghanistan. In der anschließenden Fragerunde nannte er die Abschaffung der Wehrpflicht einen Fehler. Für den Wortlaut der Rede und der Diskussion vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 80 (1980), Heft 2037, S. 12–16.

¹⁶ Ministerpräsident Suárez und Präsident Carter führten am 14. Januar 1980 ein Gespräch. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, CARTER 1980, S. 82 f.

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Franke, Bundeskanzleramt

7. März 1980

Über Herrn Abteilungsleiter 2 i.V.¹ dem Herrn Chef BK² (StM³ hat Durchdruck)

Betr.: Nicaragua

Auf Weisung

1) Sie haben in der „Lage“ vom 29. Februar 1980 unter Hinweis auf Meldungen über wirre Verhältnisse in Nicaragua⁴ die Frage aufgeworfen, ob unser Einsatz dort noch vertretbar sei.

2) Besorgniserregenden Aspekten der Entwicklung zum Trotz befürwortet das Auswärtige Amt eine Fortsetzung unseres Engagements und äußert sich hierzu wie folgt:

2.1) Deutliche Tendenz, die Macht mehr und mehr in den Händen der linken Sandinistischen Befreiungsfront zu konzentrieren, wobei es noch offen ist, ob die Front zur letzten Konsequenz schreitet, nur linientreue Parteien zuläßt und schließlich auch die angekündigten Wahlen⁵ aussetzt.

Eine Beteiligung an der Regierung aller in Opposition zu Somoza geeinten Schichten war das erklärte Ziel der sandinistischen Regierung.

¹ Hat Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 7. März 1980 in Vertretung von Ministerialdirektor von Staden, Bundeskanzleramt, vorgelegen.

² Hat Staatssekretär Schüler, Bundeskanzleramt, am 10. März 1980 vorgelegen.

³ Gunter Huonker.

⁴ Botschafter Haak, Managua, berichtete am 11. März 1980, in Nicaragua habe sich die Wirtschaftslage weiter verschlechtert und das innenpolitische Klima verschärft. Es sei zu Streiks, Fabrikbesetzungen und illegalen Landbesetzungen gekommen. Haak äußerte dazu, es werde offensichtlich, „daß Mechanismen nach kubanischem Vorbild – wie Kampagnen, Massenmobilisierungen und administrative Maßnahmen – nicht geeignet sind, die Bevölkerung ihre unmittelbaren Nöte vergessen zu machen. Aber die Versuchung, statt dessen alle Schuld auf die CIA zu schieben und die Basis durch Zugeständnisse auf institutionellem Gebiet zu entschädigen, ist groß.“ Eine Alternative zu den Sandinisten sei nicht in Sicht, weil „alle Kräfte, die mit gestürzter Somoza-Regierung zusammengearbeitet hatten, beim Volk vollkommen diskreditiert bleiben, und alle anderen politischen Kräfte, die mit F[rente]S[andinista de]L[iberación]N[acional] gegen Somoza gekämpft hatten, stark in den Hintergrund getreten sind.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 77; Referat 331, Bd. 127451.

⁵ Botschafter Haak, Managua, informierte am 9. Juni 1980, bislang sei kein Datum für Wahlen festgelegt worden. Es stehe außer Frage, „daß die F[rente]S[andinista de]L[iberación]N[acional] die Legitimation aufgrund ihrer führenden Rolle beim Sturz des Somoza-Regimes und der Zustimmung der Bevölkerung hierzu für ausreichend erachtet und jedenfalls nicht geneigt ist, die von ihr im Kampf gewonnene innenpolitische Vormachtstellung in der einen oder anderen Weise wieder aufzugeben. Interessant ist auch eine Äußerung von Direktoriums-Mitglied Daniel Ortega in einer Pressekonferenz am 12.5. [...]: ‚Wir planen nicht Wahlen über ein Individuum, eine Person, sondern über einen bestimmten programmatischen Vorschlag.‘“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 355; Referat 331, Bd. 127451. Kanzler I. Klasse Strohe, Managua, berichtete am 25. August 1980, die FSLN habe bekanntgegeben, daß das „Mandat der Junta um weitere fünf Jahre verlängert werde“, um den Wiederaufbau des Landes zu gewährleisten: „Im Jahre 1984 soll von ihr Wahlprozeß eingeleitet und das arbeitende Volk aufgefordert werden, im Jahre 1985 das Regierungsprogramm und die besten Männer des Landes zu wählen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 194; Referat 331, Bd. 127451.

Sieben Monate nach dem Sturz Somozas⁶ schreibt die Bevölkerung die Verantwortung für die unabsehbare soziale und wirtschaftliche Misere zunehmend der Regierung zu. Diese versucht dem durch Mobilisierung der Bürger in Massenveranstaltungen, Propaganda und Beschäftigungstherapie zu begegnen und greift hierfür auf alte Freund-Feind-Bilder, d. h. Kuba und USA, zurück.

Kuba hat den Sandinismus von Anfang an systematisch und massiv unterstützt.⁷ USA waren Partner des von gesamter Bevölkerung gehaßten Diktators, der Wirtschaft und Politik beherrschte und dem zwei Drittel des Landes gehörten.

Dieser Anti-Amerikanismus hat damit zu einem wesentlichen Teil auch Blitzableiterfunktion.

Es bleibt abzuwarten, ob Mexiko, das erst kürzlich umfangreiche Wirtschaftshilfe und billiges Öl zugesagt und dessen Präsident bei einem Besuch Nicaraguas empfohlen hat, das kubanische Modell nicht zu kopieren, weil bei ihm die Freiheit zu kurz komme⁸, mit seinem neuerdings bewiesenen aktiven Interesse an der Stabilisierung der Region Mittelamerika etwas ausrichtet.

2.2) Es gibt keine Alternative zur Fortsetzung unserer Hilfe⁹ – Rahmenplanung 1980 sieht 25 Mio. KH und 3 Mio. TZ vor –, für die zwar bezüglich der Verhinderung einer „Kubanisierung“ keinerlei Erfolgsgarantie besteht, die eventuell vergebens sein wird, deren Vorenthaltung jedoch mit Sicherheit die Gefahr des Abdriftens Nicaraguas in das kubanisch-sowjetische Lager konkret und wesentlich erhöhen würde. Auch die USA sind für vertrauensbildende Maßnahmen des Westens in Form von materieller Hilfe und Kontakten mit allen Kreisen, um den Pluralismus in Nicaragua zu halten. USA haben gute Kontakte zur Regierung und zur Privatwirtschaft in Nicaragua. Sie haben bisher 75 Mio. US-Dollar Hilfe gebilligt.¹⁰

⁶ Präsident Somoza erklärte am 17. Juli 1979 seinen Rücktritt und verließ am selben Tag Nicaragua.

⁷ Botschafter Freitag, Havanna, legte am 24. Juni 1980 dar, Kuba fühle sich der nicaraguanischen Regierung „durch viele Gemeinsamkeiten ‚brüderlich‘ verbunden. Zwischen der kubanischen Führung und Führern der sandinistischen Befreiungsfront bestehen seit langem enge persönliche Kontakte.“ Kubas Unterstützung sei aber auch praktischer Natur: „Unmittelbar nach dem Sturz Somozas hat Kuba in einer sehr beachtlichen Sofortaktion zur Unterstützung des Wiederaufbaus bisher 1200 Lehrer sowie 213 Ärzte und Krankenhelfer nach Nicaragua entsandt. Darüber hinaus schenkte Kuba der Regierung Nicaraguas ein 13 000-t-Schiff und 22 Krabbenfänger. Es sieht zahlreiche Projekte im wirtschaftlichen, technischen, sozialen und kulturellen Bereich vor. Hervorzuheben ist, daß die Zahl der kubanischen Stipendien für Schüler und Studenten aus Nicaragua wesentlich erhöht werden soll.“ Vgl. die Anlage zum Schriftbericht Nr. 269; Referat 331, Bd. 127450.

⁸ Botschaftsrat I. Klasse Stelzenmüller, Mexiko, berichtete am 30. Januar 1980, Präsident Lopéz Portillo habe am 24. Januar nach seinem Besuch in Nicaragua erläutert: „Die kubanische Revolution dürfe nicht als ‚Modell‘ (patrón) der lateinamerikanischen Entwicklungen betrachtet werden. Von besonderer Bedeutung für das Überleben der nicaraguensischen Revolution sei der rasche Wiederaufbau des Landes. Hierzu leiste Mexiko Hilfe. Besonders wichtig sei die mexikanische Hilfe auf dem Energiesektor.“ Außer Mexiko habe auch Kuba umfangreiche Hilfe angeboten, Nicaragua sei sich jedoch bewußt, „daß weder Kuba noch die Sowjetunion oder sozialistisches Lager ihren Wiederaufbau unterstützen können, weil Nicaragua dann gegenüber den umliegenden Volkswirtschaften in Isolation geraten würde“. Vgl. den Schriftbericht Nr. 109; Referat 331, Bd. 127452.

⁹ Zum Stand der deutsch-nicaraguanischen Beziehungen vgl. AAPD 1979, II, Dok. 279.

¹⁰ Abteilung 3 vermerkte am 11. März 1980, die USA hätten den Kredit in Höhe von 75 Mio. Dollar mittlerweile wieder blockiert, „nachdem Haushalts-Ausschuß des Senats Überschreitung der Gesamthöhe amerikanischer Bundeshaushalts und insbesondere amerikanische Auslandshilfe beanstandet hat. Auszahlung des Kredits nur möglich, wenn eine von Administration einzubringende

So das Gesprächsergebnis Unterstaatssekretär Botschafter Bowdler/StM von Dohnanyi am 7. Februar 1980.

3) Stellungnahme

Ich schließe mich der Stellungnahme des Auswärtigen Amts an. Auch die Schlüsselfunktion Nicaraguas für die weitere Entwicklung Mittelamerikas gebietet es, das Risiko der Vergeblichkeit unserer Hilfe – deren Höhe zu diesem Risiko in einem vertretbaren Verhältnis steht – einzugehen.

Eine Gelegenheit zu politischen und wirtschaftlichen Gesprächen wird der Besuch von nicaraguanischen Politikern in Bonn vom 12. bis 14. März: Junta-Mitglied Sergio Ramírez; Bayardo Arce, Mitglied der nationalen Leitung der Sandinistischen Befreiungsfront; Finanzminister Cuadra; Stellvertretender Planungsminister Cerda und drei Abteilungsleiter aus verschiedenen Ministerien, die von BM Offergeld, StS von Würzen, voraussichtlich von BM Matthöfer und vielleicht auch von BM Genscher (der an sich durch Wahlkampf¹¹ gebunden) und zu einem Höflichkeitsbesuch vom Bundespräsidenten empfangen werden (auch Gespräche mit der SPD vorgesehen).¹²

Franke

Helmut-Schmidt-Archiv, 1/HSAA 006603

Fortsetzung Fußnote von Seite 427

Vorlage zur Erhöhung des Haushalts von Kongreß bewilligt wird oder wenn Nicaragua-Hilfe den andernfalls notwendigen Streichungen nicht zum Opfer fällt.“ Vgl. Referat 331, Bd. 127451.

¹¹ Die Wahl zum Landtag von Baden-Württemberg fand am 16. März 1980 statt.

¹² Vortragender Legationsrat I. Klasse Martius vermerkte am 24. März 1980, die nicaraguanische Delegation unter Leitung des Junta-Mitglieds Ramirez habe sich vom 12. bis 16. März 1980 in der Bundesrepublik aufgehalten und sei dort unter anderem mit Bundespräsident Carstens und Staatsminister von Dohnanyi zusammengetroffen: „Dabei äußerte die nicaraguanische Seite wiederholt Anerkennung für unsere bisherige Hilfe, die besonders geschätzt werde, weil sie schnell und ohne Bedingungen erfolge. Auf die Bitte um weitere Unterstützung, insbesondere bei der Umschuldung und der Ausrüstung der Polizei, wurden im Hinblick auf die bevorstehenden Regierungsverhandlungen im April in Managua jedoch keine konkreten Zusagen gegeben. [...] Das BMF will sich im Rahmen des Pariser Clubs und bei der Weltbank für Nicaragua verwenden. Bei aller Anerkennung der großen Leistungen Nicaraguas bei der Beseitigung der Diktatur haben wir jedoch nicht verhehlt, daß die Gewährleistung der Grundrechte für alle Nicaraguaner, demokratischer Pluralismus, Gerechtigkeit und freie Wahlen für uns nach wie vor oberstes Ziel der nicaraguanischen Revolution bleiben.“ Vgl. Referat 331, Bd. 127451.

75

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Ellerkmann

012-312.74 VS-NfD

Aufgabe: 7. März 1980, 16.47 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 30 Ortez

Zum Wissenschaftlichen Forum der KSZE in Hamburg, 18. Februar bis 3. März 1980

Allgemein

Das Wissenschaftliche Forum der KSZE – eine Initiative des damaligen Bundesaußenministers Scheel auf der Helsinki-Konferenz 1973² – fand vom 18. Februar bis zum 3. März 1980 im Kongreß-Zentrum in Hamburg statt. Veranstalter waren die 35 Signatarstaaten der Helsinki-Schlußakte³. Rund 350 „führende Persönlichkeiten der Wissenschaft“ nahmen teil. Als gastgebendes Land waren wir für die organisatorisch-technischen Vorbereitungen und Abläufe verantwortlich. Exekutivsekretär des Forums war Professor Dr. Klaus Gottstein, Max-Planck-Institut Starnberg.

Nach der Helsinki-Schlußakte und dem „Bericht“ des Bonner Vorbereitungstreffens 1978⁴ umfaßte das Mandat des Forums in den Gebieten Naturwissenschaften (Alternative Energiequellen und Nahrungsmittelerzeugung), Medizin und Geistes- und Sozialwissenschaften eine wissenschaftstheoretische und eine wissenschaftspolitische Komponente:

- Vergleich wissenschaftlicher Erkenntnisse, Identifizierung von Forschungszielen, auch unter interdisziplinären Aspekten;
- Förderung des wissenschaftlichen Austauschs und der wissenschaftlichen Zusammenarbeit.

Nach westlicher Interpretation nahmen die Wissenschaftler als eigenverantwortliche Individuen und nicht als weisungsgebundene Angehörige staatlicher Delegationen an dem Forum teil.

Das Forum wurde am 18. Februar mit einer Ansprache von Frau Staatsminister Dr. Hamm-Brücher als Vertreterin des Gastgeber-Landes eröffnet.⁵ StS Dr. Lautenschlager begrüßte die Teilnehmer auf einem Empfang am 29.2.1980.

¹ Durchdruck.

Der Runderlaß wurde von Hilfsreferent Rowas konzipiert.

Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 10.

² Bundesminister Scheel legte am 4. Juli 1973 während der ersten Phase der KSZE in Helsinki „Erläuterungen zu der Anregung, ein wissenschaftliches Forum zu gründen“, vor. Vgl. dazu SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 682 f.

³ Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

⁴ Das Expertentreffen zur Vorbereitung des Wissenschaftlichen Forums fand vom 20. Juni bis 28. Juli 1978 in Bonn statt. Für den Wortlaut des Berichts zur Vorbereitung eines Wissenschaftlichen Forums vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 442–444.

⁵ Für den Wortlaut der Rede der Staatsministerin Hamm-Brücher vgl. BULLETIN 1980, S. 157 f.

In den frühen Morgenstunden des 3. März 1980 endete das Forum mit der Verabschiedung eines Schlußdokuments.⁶

II. Verlauf des Forums

Das Forum verlief in drei Phasen:

1) Eröffnungserklärungen

In ihren Eröffnungserklärungen nahmen die westlichen Delegationen teilweise prononciert Stellung zur sowjetischen Intervention in Afghanistan, zum Fall Sacharow⁷, zu anderen Fällen von Menschenrechtsverletzungen und zu den Behinderungen eines freien wissenschaftlichen Austauschs.

Die sowjetische Reaktion auf diese Kritik fiel nach Form und Inhalt relativ gemäßigt aus.

2) Sachdiskussionen

Die Beratungen der vom Plenum eingesetzten vier subsidiären Arbeitsgruppen „alternative Energiequellen“, „Nahrungsmittelerzeugung“, „Medizin“ und „Geistes- und Sozialwissenschaften“ verliefen in konstruktiv-sachlicher Atmosphäre. Alle vier Arbeitsgruppen übermittelten dem Plenum Berichte.

3) Die Verhandlungen über ein Schlußdokument wurden von den gegensätzlichen Positionen der westlichen und der östlichen Delegationen bestimmt. Während die westlichen Delegationen konkrete Formulierungen forderten, die über die Helsinki-Schlußakte hinausgingen und Aussagen über Freiheit von Forschung und Lehre, Freizügigkeit der Wissenschaftler und ihr Recht auf Überwachung der Implementierung der Helsinki-Schlußakte enthalten sollten, lehnten die östlichen Delegationen zunächst alle Textentwürfe ab, die eine dynamische Interpretation der Helsinki-Schlußakte erlaubt hätten.

Dennoch konnte das Forum nach kontrovers und zäh geführten Verhandlungen am 3. März 1980 bei Konzessionen der östlichen Seite schließlich doch ein Schlußdokument verabschieden (Auszüge in der Anlage).

III. Bewertung des Forums

Nach Verlauf und Ergebnis kann das Forum als erfolgreich bezeichnet werden.

1) Wissenschaftlicher Ertrag

Zwar erbrachten die Diskussionen in den vier subsidiären Arbeitsorganen keine neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse, wie sie von einem thematisch eng begrenzten wissenschaftlichen Fachkongreß zu erwarten gewesen wären. Dennoch ist es den Teilnehmern trotz der Themenbreite gelungen, in überraschender Übereinstimmung und Ausführlichkeit gemeinschaftlich Probleme aufzuzeigen, sich auf Forschungsziele zu einigen und Vorschläge in Form von Projekten, meistens im Rahmen bestehender Organisationen, wie UNESCO und ECE, auszuarbeiten. Besonders der interdisziplinäre Ansatz dürfte seinen Nutzen erweisen.

Darüber hinaus ermöglichte das Forum zahlreiche persönliche Begegnungen, die den Teilnehmern Einblicke in die Welt des Denkens und Schaffens ihrer

⁶ Für den Wortlaut des Berichts des Wissenschaftlichen Forums der KSZE mit ausgewählten Anlagen vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 225–232 (Auszug).

⁷ Zur Verbannung des sowjetischen Atomphysikers Sacharow nach Gorki vgl. Dok. 26, Anm. 17.

Partner gewährten und aus denen neue Impulse für vermehrte wissenschaftliche Zusammenarbeit erwachsen können.

2) Erfüllung der wissenschaftspolitischen Komponente des Mandats

Die Aussagen des Schlußberichts enthalten Fortschritte gegenüber den bisherigen KSZE-Dokumenten: Die Notwendigkeit der Verbesserung des wissenschaftlichen Austauschs und der wissenschaftlichen Zusammenarbeit wird unterstrichen. Bestehende Behinderungen, besonders bei Reisen zu wissenschaftlichen Zwecken, werden angesprochen durch die Forderung, angemessene Möglichkeiten für die wissenschaftliche Forschung und für die Erweiterung des wissenschaftlichen Gedankenaustausches, der wissenschaftlichen Verbindungen und der Reisen zu wissenschaftlichen Zwecken zu schaffen. Schließlich wird die Achtung des Prinzips der Menschenrechte durch alle Staaten erstmalig als Voraussetzung für eine grundlegende Verbesserung hervorgehoben, nicht nur der gegenseitigen Beziehungen, sondern unmittelbar durchgreifend auch für die internationale wissenschaftliche Zusammenarbeit auf allen Ebenen, also auch für die Zusammenarbeit zwischen einzelnen Wissenschaftlern.

Die Empfehlung, auf dem Madrider Folgetreffen⁸ ein weiteres Forum zu erwägen, dürfte als zusätzlicher Beleg für den Erfolg des Hamburger Forums gewertet werden, wenn auch der Termin dieses neuen Forums von der weiteren Entwicklung der Wissenschaft und der wissenschaftlichen Zusammenarbeit abhängig sein soll.

3) Allgemeine KSZE-Gesichtspunkte

a) Aus dem Verhalten der Sowjetunion in den Verhandlungen und aus Äußerungen ihrer Delegationsmitglieder wurde deutlich, daß sie derzeit großen Wert auf eine Fortführung des KSZE-Prozesses legt. Deshalb mußte ihr an einem befriedigenden Abschluß des Forums gelegen sein. Offenbar sah sie das Hamburger Forum in der Perspektive des Madrider Treffens. Der Eindruck hat sich verstärkt, daß die Sowjetunion in Madrid anders als in Belgrad⁹ auftreten will, sie wird dort flexibel verhandeln wollen, allerdings naturgemäß zur Verfolgung ihrer eigenen Interessen: Sie wird Madrid als Podium für eine offensive Strategie, insbesondere für ihre Initiative auf dem Gebiet der Abrüstung und anderer Aspekte der Sicherheit nutzen wollen.

b) Diese Interessenlage konnte der Westen nutzen. Es gelang dabei, eng mit den Teilnehmern aus den neutralen Ländern zusammenzuarbeiten, bei deren Delegationen die politische Ausrichtung im Interesse der traditionellen KSZE-Ziele weit stärker zutage trat als die individuellen Neigungen der Wissenschaftler.

Die Verbündeten der Sowjetunion zeigten betontes Interesse an einem positiven Ausgang des Forums angesichts der Bedeutung, die sie dem KSZE-Prozeß, seiner kontaktfördernden Wirkung und seiner Auswirkung auf ihre Bewegungsfreiheit beimessen.

c) Die gesonderte Erwähnung des Menschenrechtsprinzips wird für die westliche Seite in Madrid ein wertvoller Präzedenzfall für die Verhandlungen über

⁸ Die KSZE-Folgekonferenz wurde am 11. November 1980 in Madrid eröffnet. Vgl. dazu Dok. 319 und Dok. 322.

⁹ In Belgrad fand vom 4. Oktober 1977 bis 9. März 1978 die KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 88.

ein Schlußdokument sein. Die sowjetische Position, daß das Menschenrechtsprinzip im Zusammenhang mit dem Einmischungsprinzip zu verstehen und durch es einzuschränken sei, hat damit eine spürbare und möglicherweise dauerhafte Schwächung erfahren.

d) Auf dem Gebiet der Kontakte zwischen Wissenschaftlern bringt der Bericht Verbesserungen gegenüber dem Text der Schlußakte. Diese sind, im Vergleich zur Schlußakte, gewiß nicht weitreichend. Sie schaffen aber einen wertvollen Präzedenzfall und eine Argumentationshilfe gegen den bisherigen östlichen Einwand, die KSZE-Folgetreffen könnten auf dem Gebiet der menschlichen Erleichterungen keine über die Schlußakte hinausgehende Entscheidungen fällen.

e) Der KSZE-Prozeß hat durch Verlauf und Abschluß des Forums seine Widerstandsfähigkeit auch in Zeiten großer Belastungen des Ost-West-Verhältnisses gezeigt. Überraschend ist der Nachweis gelungen, daß auch unter den gegenwärtigen Umständen ein KSZE-Treffen nicht nur seine volle vorgesehene Zeit andauern, sondern selber auch neue Impulse geben konnte. Unsere These, daß der KSZE-Prozeß, gerade in einem belasteten Ost-West-Verhältnis, politisch genutzt werden kann, um den klärenden Dialog weiterzuführen, ist bestätigt worden.

Anlage (Auszüge aus dem Schlußdokument)

Als Ergebnis seiner Arbeit kam das „Wissenschaftliche Forum“ zu nachstehenden Schlußfolgerungen:

- Seit der Unterzeichnung der Schlußakte der KSZE ist es zu einer bedeutenden Ausweitung der internationalen Zusammenarbeit in Forschung und Ausbildung sowie im Informationsaustausch gekommen. Dabei waren jedoch die Fortschritte auf einigen Gebieten größer als auf anderen.¹⁰ Es wird bemerkt, daß der gegenwärtige Stand der internationalen wissenschaftlichen Zusammenarbeit noch in verschiedener Hinsicht Verbesserungen erfordert. Derartige Verbesserungen sollten bilateral und multilateral auf staatlicher und nichtstaatlicher Ebene durch zwischenstaatliche und andere Abkommen, internationale Programme und Kooperationsprojekte und durch Schaffung angemessener Möglichkeiten für wissenschaftliche Forschung sowie für umfassendere Verbindungen und Reisen, die für berufliche Zwecke notwendig sind, erreicht werden.
- Dieses Ziel kann jedoch nur durch die Achtung aller Prinzipien und die volle Durchführung der einschlägigen Bestimmungen der Schlußakte erreicht werden. Alle Teilnehmerstaaten werden daher dringend aufgefordert, die Schlußakte nach Geist und Buchstaben einzuhalten, insbesondere hinsichtlich der für die internationale wissenschaftliche Zusammenarbeit wesentlichen Bedingungen.
- Es wird ferner für notwendig erachtet, festzustellen, daß die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten durch alle Staaten eine der Grundlagen für eine bedeutende Verbesserung ihrer gegenseitigen Beziehungen und der internationalen wissenschaftlichen Zusammenarbeit auf allen Ebenen darstellt.

¹⁰ Beginn des mit Runderlaß Nr. 31 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

- Es wird empfohlen, daß die Teilnehmerstaaten die Möglichkeit prüfen, zu einem geeigneten Zeitpunkt, der von Entwicklungen im Bereich der Wissenschaft und der wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Teilnehmerstaaten abhängt, ein neues „Wissenschaftliches Forum“ einzuberufen. Die Ergebnisse des „Wissenschaftlichen Forums“ von Hamburg können, soweit angemessen, von den Teilnehmerstaaten auf dem für November 1980 anberaumten Treffen in Madrid berücksichtigt werden.

Ellerkmann¹¹

Referat 012, Bd. 115729

76

**Botschaftsrat I. Klasse Hallensleben, Belgrad,
an das Auswärtige Amt**

114-2315/80 geheim
Fernschreiben Nr. 175
Citissime

Aufgabe: 7. März 1980, 13.00 Uhr¹
Ankunft: 8. März 1980, 09.38 Uhr

Betr.: Lage in Jugoslawien

Bezug: DE 62 vom 6.3.1980 – D2-214-320.10 JUG-616/80 geheim²

Beantwortung der Fragen des Bezugserrlasses erfolgt unter mittelfristiger Perspektive mit Berücksichtigung aller hier bekannten Faktoren und steht grundsätzlich in Übereinstimmung mit der Bewertung überwiegender Zahl anderer Vertretungen, vor allem der westlichen am Ort. Wenn bei jugoslawischen Einschätzungen gegenüber Ausländern auch immer ein Moment der Zweckargumentation in Rechnung zu stellen ist, können die folgenden Beurteilungen jedoch auch in wichtigen Grundzügen als mit eigener jugoslawischer Bewertung in Übereinstimmung betrachtet werden:

¹¹ Paraphe.

¹ Hat Legationsrat I. Klasse Brümmer am 12. März 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragende Legationsrätin I. Klasse Finke-Osiander verfügte.

² Ministerialdirektor Blech übermittelte der Botschaft in Belgrad eine Reihe von Fragen zur jugoslawischen Politik und bat um Antwort bis zum 10. März 1980. Informationen würden erbeten über Zusammensetzung, Struktur und Leistungsfähigkeit der neuen politischen Führung, die Haltung der Bevölkerung dazu und Einflußmöglichkeiten der UdSSR. Hinzu seien Angaben zur Wirtschaftspolitik erwünscht. Hinsichtlich der jugoslawischen Außenpolitik sei eine Einschätzung der Haltung gegenüber der UdSSR und der künftigen Rolle in der Bewegung blockfreier Staaten vonnöten. Schließlich fragte Blech an, ob es in Jugoslawien vermehrte Sorgen „bezüglich politischer Aktivitäten von Emigranten und bezüglich Terrorismus“ gäbe, was die Regierung dagegen unternehme und ob eine Politik „bezüglich ‚legitimer‘ politischer Aktivitäten oppositioneller Emigranten-Organisationen“ verfolgt würde. Vgl. VS-Bd. 13198 (214); B 150, Aktenkopien 1980.

1) Innere Lage

a) Entscheidender Führungskreis wird auf absehbare Zeit auch nach Tito³ aus den bekannten Persönlichkeiten bestehen, unter denen noch eine Reihe „alter Kämpfer“ sind, deren Lebensalter jedoch noch nicht so fortgeschritten ist, daß sie deswegen sehr bald ausfallen müßten. Kollektive Führung ist vorläufig, auch im Hinblick auf Nationalitätenvielfalt, einzige Alternative.

Wie seit Monaten ist auch heute politische Leistungsfähigkeit dieser Führung als gut und stabil zu bezeichnen. Sie wird es auch bleiben. Der Zusammenhalt wird gleichfalls aufgrund gemeinsamer Interessenlage erhalten bleiben. Grundlage ist demokratischer Zentralismus, wesentliche Faktoren sind Partei, Sicherheits- und Streitkräfte.

Entscheidungsprozesse können sich etwas verlangsamen, da in Grundsatzfragen künftig Titos Ex-Cathedra-Autorität fehlt. Derzeit gibt es allerdings auch dafür keine Anzeichen. Potentielle Probleme liegen im innerjugoslawischen Nord-Süd-Gegensatz.

Staatliche Struktur, Selbstverwaltungssystem und Ideologie werden grundsätzlich beibehalten werden. Der in Bundesorganen, die aus Republikvertretern ausgewogen zusammengesetzt sind, auf ganz Jugoslawien ausgerichteten Politik mit bisweilen zentralisierenden Tendenzen stehen Republikorgane mit vorwiegend regionalen Interessen gegenüber. Beide kommen in ständigem Prozeß der Diskussion immer wieder zum Ausgleich. Diese Bewegungen werden von Verfassungsrahmen gedeckt.

Durch Doppelamt in Staats- und Parteispitze maßgebliche Persönlichkeiten: Bakarić (als nunmehr alleiniger enger Kampfgefährte Titos an unbestritten hervorragender Stelle), Doronjski (vor und nach 1971/72 in hohen Ämtern), Hodža (bedeutend als albanischer Vertreter), Petar Stambolić (Vertreter Serbiens, eher aus Gründen der Tradition als des eigenen Gewichts wegen).

Daneben werden bedeutend sein: Minić als unangefochtene außenpolitische Autorität, Grlićkov als erfahrener Theoretiker in Fragen der internationalen Lage und der Parteibeziehungen, Herljević und Ljubičić nicht durch Persönlichkeit, sondern kraft ihrer Ämter, Dragosavac als wachsamer und konservativer Sachhalter der Partei.

In Reserve stehen überwiegend bereits bekannte und bewährte Kräfte aus den Republiken: Dolanc, Ivan Stambolić, Vratuša, Bilić, Popit, Fleković, Bakali, Šetinc, Mojsov, Mikulić, Čulafić.

Über Veränderungen auf weite Sicht ist noch keine Aussage möglich. Die föderale Struktur des Landes macht weitgehende Beibehaltung kollektiver Führung praktisch erforderlich, allgemeine Erfahrung legt den Schluß nahe, daß sich, wenn nicht eine Einzelpersonlichkeit, so doch ein zahlenmäßig kleines Führungsgremium im Lauf der Zeit aus den Jüngeren herauskristallisieren muß.

b) Titos Erfolg im Partisanenkampf beruhte nicht so sehr darauf, daß er als Kommunist attraktiv war, sondern als die einzige Kraft, die uneingeschränkt die jugoslawische Unabhängigkeit und Freiheit anstrebte. Dies ist auch heute

³ Zum Gesundheitszustand des Staatspräsidenten Tito vgl. Dok. 67, Anm. 9.

und bleibt weiterhin grundlegendes verbindendes Element für alle Bevölkerungssteile. Eine gewisse Unsicherheit dürfte nur im Kosovo vorhanden sein.

Haltung gegenüber SU und künftiger SU-Politik ist ganz überwiegend von Skepsis und Sorge wie durchaus auch Abneigung bestimmt. Haltung gegenüber dem Westen ist durch Konsum-Orientierung bestimmt, politisch bis auf Ausnahmen eher indifferent. Persönliche Entfaltungsmöglichkeiten sind weitgehendes Kriterium für Urteil auch über Zustand und Entwicklung im Lande selbst und können je nach Erwartungshorizont Schwierigkeiten bringen, wenn auf sie nicht hinreichend Rücksicht genommen wird. Das allerdings geschieht bisher und wird in klarer Erkenntnis dieses Zusammenhangs wohl auch so bleiben.

c) SU ist größtes Käuferland und wird als Energieversorger (Erdöl u. a.) immer wichtiger. Sie hat außerdem noch entscheidende Bedeutung für jugoslawische Rüstung.

d) Getroffene Maßnahmen greifen (Verminderung der Importe, Erhöhung der Exporte), aber noch nicht ausreichend (Fortsetzung inflationärer Tendenzen).

Wirkung Abkommens mit EG⁴ ist vornehmlich politisch. Davon erhoffte wirtschaftliche Auswirkungen sind wichtig und können auch positiv sein, rühren jedoch nicht an Kern der hiesigen Probleme. Abzuwarten bleibt, ob nicht nur Import aus EG durch Abkommen wieder stärkere Impulse erhält, sondern größere Exportmöglichkeiten in EG derart genutzt werden, daß spürbare stärkere Exportorientierung von Industrie und Wirtschaft die Folge ist. Bei der vorläufig unverändert vorhandenen Inlandskaufkraft ist hier Skepsis geboten.

2) Außenpolitik

a) In der Führung besteht über SU-Politik gegenüber Jugoslawien keine besondere Sorge. Man sieht das bilaterale Verhältnis auf eher sicherer Grundlage, also auch das „Gewährenlassen“ innenpolitisch und ideologisch wie außenpolitisch. Illusion über Erfordernis ständiger Wachsamkeit und Absicherung besteht allerdings nicht.

Die im Plurez 1095 vom 5.3.1980 aus Moskau unter II. erwähnten möglichen Entwicklungen, die SU-Politik gegenüber Jugoslawien bestimmen werden⁵, werden aus eben diesen Gründen wenig wahrscheinlich sein:

⁴ Am 25. Februar 1980 wurde in Brüssel ein Kooperationsabkommen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Jugoslawien paraphiert. Vgl. dazu Dok. 58, Anm. 11.

Das Abkommen wurde am 2. April 1980 in Belgrad unterzeichnet. Vortragender Legationsrat Boll teilte dazu am 3. April 1980 mit: „Das Abkommen hat präferentiellen Charakter und ergänzt die im Rahmen der globalen Mittelmeerpolitik der Gemeinschaft geschlossenen Vereinbarungen. Durch den EG-Beitritt Griechenlands (1.1.1981), der Jugoslawien zu einem Transitland macht, hat das Abkommen zusätzliche Bedeutung gewonnen. Es soll Jugoslawien ermöglichen, durch erhöhte Exporte sein erhebliches Handelsbilanzdefizit gegenüber der Gemeinschaft (1979 über 5 Mrd. DM) abzubauen und seine Ausfuhren stärker zu diversifizieren. [...] Mit dem Kooperationsabkommen leistet die Gemeinschaft einen Beitrag zur wirtschaftlichen Stabilität und Erhaltung der Unabhängigkeit Jugoslawiens.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 43; Referat 012, Bd. 115729.

Für den Wortlaut vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 41 vom 14. Februar 1983, S. 2–27.

⁵ Botschafter Wieck, Moskau, legte dar: „In jüngster Zeit wiederholt angestellte Überlegungen über ein militärisches Eingreifen der SU in Jugoslawien nach Titos Tod entbehren derzeit noch jeglicher Grundlage. Es gebe keine ernstzunehmenden Hinweise darauf, daß die SU ihre gegenwärtige Balkan-Politik zu ändern beabsichtigt. Sie wird weiterhin versuchen, mit politischen und wirtschaftlichen Mitteln auf die jugoslawische Politik einzuwirken. Ein militärisches Eingreifen läßt sich erst

System und Außenpolitik müssen aus jugoslawischer Sicht immer noch als bewährteste Sicherung der Position des Landes nach innen und außen gesehen werden. Eine enger werdende balkanische „Allianz“ erscheint angesichts der Position der möglichen Partner und ihrer jeweils eigenen Interessen und Sorgen ganz unwahrscheinlich. Die bisherige Entwicklung der multilateralen Bemühungen zeigt das deutlich.

Die für ein mögliches militärisches Eingreifen der SU in dem Bericht aus Moskau genannten Voraussetzungen werden nach jetziger Abschätzung nicht eintreten, außer es käme zu ganz entscheidenden Veränderungen der politischen Konstellation in Europa. Insofern gehört das ganz in den spekulativen Bereich. Bemerkenswert ist, daß offenbar auch aus SU-Sicht solche Schritte allenfalls in fernerer Zukunft und nur unter den hier als unwahrscheinlich genannten Voraussetzungen für möglich gehalten werden.

Innenpolitisch werden die kommunistische Ideologie mit ihrer Variante der Selbstverwaltung, staatlich die föderale Struktur und außenpolitisch die Blockfreiheit nachdrücklich weiter verfolgt und dadurch die auch bisher gewahrte Distanz zu beiden Seiten gewahrt bleiben. Es kann je nach Lage zu Ausschlägen kommen, eine grundsätzliche stärkere Distanz zum Westen ist nicht zu erwarten.

b) Perspektiven und Ziele der jugoslawischen Politik in Blockfreiheit werden unverändert bleiben: Versuch der Absicherung der Unabhängigkeit, wenn auch gerade Afghanistan gezeigt hat, daß sich die Großmachtpolitik in entscheidenden Lagen über die zu erwartende Haltung von 90 oder noch mehr Ländern hinwegsetzt. Eine Alternative ist vorderhand für Jugoslawien jedoch nicht zu sehen.

Jugoslawiens Bedeutung in der Bewegung wird abnehmen (fehlendes Prestige des Gründervaters und sich verschiebender Sachschwerpunkt). Mit zunehmendem Zeitablauf kann Jugoslawien immer weniger als Entwicklungsland und muß immer stärker als europäisches Land erscheinen. Politisch bleibt es für die Bewegung gerade als europäisches Land auch noch wichtig, bei der zunehmenden Wirtschaftsproblematik (Nord-Süd-Fragen) wird es eher in dem Maße an Gewicht verlieren, in dem diese Fragen in der Bewegung in den Vordergrund treten. Das wird hier gewiß auch gesehen. Das Bewußtsein, zu Europa zu gehören, ist daher nicht von ungefähr seit dem Vorjahr in manchen Verlautbarungen stärker spürbar geworden.

3) Emigrationsproblem

a) Erhöhte Sorge ist nicht erkennbar. Dennoch würde man selbstverständlich vorziehen, wenn diese Kreise im Ausland nicht mehr existierten oder ihre Aktivitäten in bisheriger Form fortsetzen könnten. Problem wird daher für bilaterale Beziehungen ständiger potentieller Störfaktor bleiben. Auch künftig ist nicht ausgeschlossen, daß bei Gelegenheit im Interesse einer „abschließenden Lösung“ beispielsweise mit uns ein „Deal“ zu machen versucht wird, wie er 1978

Fortsetzung Fußnote von Seite 435

als Folge schwerer innerer Auseinandersetzungen in Jugoslawien selbst denken.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1095; Referat 214, Bd. 132876.

mißlungen ist.⁶ Es wird auch bisweilen spürbar, daß man von einem Regierungswechsel in der Bundesrepublik Deutschland größeren Einfluß solcher Kreise befürchtet, die Emigranten mit mehr Sympathie gegenüberstehen.

b) Jugoslawien wird weiter intensiv versuchen, alle im Ausland lebenden Jugoslawen zu beobachten und ihre Tätigkeiten unter Kontrolle zu halten. Wichtiges Mittel dafür sind beispielsweise die Arbeiterklubs.

c) Aus offizieller jugoslawischer Sicht gibt es keine „legitime“ oppositionelle Emigrantenorganisation. Emigranten, die sich unverändert als Jugoslawen fühlen, dem Regime gegenüber jedoch auf Distanz stehen, werden bei Besuchen in Jugoslawien ebenso „betreut“, wie man in ihren jetzigen Gastländern von seiten eindeutig gegen das Regime gerichteter Emigrantenorganisationen versucht, sie zu beeinflussen.

[gez.] Hallensleben

VS-Bd. 13198 (214)

77

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Landrut

310-321.00-253/80 VS-vertraulich

9. März 1980¹

Betr.: Gespräch Bundesminister – Präsident Sadat in Kairo,
8. März 1980 von 11.30 Uhr bis 13.00 Uhr²

Auf entsprechende Fragen des BM erläuterte Präsident Sadat seine Beurteilung der Nahostlage im Lichte des Standes der Verhandlungen zur Autonomiefrage in Westbank und Gaza.³

Präsident Sadat erklärte, bei den trilateralen Gesprächen in Den Haag habe es keine Fortschritte gegeben. Am 25. März stünden erneute Gespräche an, bei

⁶ 1978 bemühte sich die jugoslawische Regierung vergeblich darum, im Gegenzug zur Auslieferung von vier in Jugoslawien inhaftierten Mitgliedern der RAF die Auslieferung von Exilkroaten aus der Bundesrepublik zu erreichen. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 154, und AAPD 1978, II, Dok. 351.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Meyer-Landrut am 9. März 1980 an Bundesminister Genscher weitergeleitet. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Zum weiteren Verfahren schlage ich vor: lediglich ein Ex[emplar] für Bundeskanzler und 1 Expl. für Kairo. Im Hause nur StS.“ Hat Genscher am 9. März 1980 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Buchrucker am 11. März 1980 vorgelegen, der handschriftlich für Referat 310 vermerkte: „Bitte entsprechende Verteilung veranlassen.“ Ferner verfügte er die Weiterleitung an Ministerialdirigent Montfort „z[ur] g[leifälligen] K[enn]ntnisnahme“ und an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Fiedler „n[ach] R[ückkehr]“.

Hat Montfort am 14. März 1980 vorgelegen.

Hat Fiedler vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 11142 (310); B 150, Aktenkopien 1980.

² Bundesminister Genscher hielt sich am 8. März 1980 in Ägypten auf.

³ Zu den Gesprächen zwischen Ägypten und Israel über eine Autonomie der palästinensischen Gebiete vgl. Dok. 62, Anm. 42.

denen es darauf ankommen werde, in der Sicherheitsfrage weiterzukommen.⁴ Ägypten betrachte diese Gespräche als für den Fortgang des Camp-David-Prozesses⁵ entscheidend.

Die Hauptschwierigkeit für Israel bestehe darin, daß eine Autonomie-Körperschaft (Parlament) die Unabhängigkeit des Gebiets erklären könne, noch bevor die Fünf-Jahres-Frist abgelaufen sei. Auf Frage des Präsidenten-Beauftragten Linowitz habe er vertraulich zugestimmt, eine demgemäße Garantie zu übernehmen, denn der CD-Prozeß müsse strikt eingehalten werden.

Ein weiterer Kompromißvorschlag betreffe die Ablösung der israelischen Militärregierung. Er (Sadat) sei bereit, ein Dreier-Gremium (Ägypten, Israel, USA) an der Spitze der Sicherheitskräfte für die Übergangszeit zu akzeptieren, weil der Verantwortungsumfang für den Militärkommandanten für die Israelis eine große Rolle spiele.

Weiterhin sei er nach wie vor bereit, die Anwendung des Autonomiestatuts in Etappen, zunächst auf Gaza, dann auf die Westbank anzuwenden. Dies würde es König Hussein erleichtern, sich dem Camp-David-Prozeß anzunähern, woran die Israelis ein Interesse hätten, damit die Westbank in einer engen Bindung zu Jordanien bleibe.

Im Hinblick auf den Gesamtprozeß sei er der Meinung, daß der Camp-David-Prozeß nicht auf halbem Wege abgebrochen werden dürfe, auch wenn das Datum vom 26. Mai verstreiche. Auch die Friedensvertragsverhandlungen hätten einen Monat länger gedauert, als vorgesehen war.

Auf die Frage, ob Jerusalem in die Westbank in seiner Sicht einbezogen sei, erklärte Sadat, das sei in der Tat der Fall. Er sei mit Begin einig, daß Jerusalem nicht geteilt werden solle. Allerdings wolle Begin noch keine arabische Verwaltung und Flagge für Ost-Jerusalem konzedieren. Nach seiner, Sadats, Ansicht, solle Jerusalem auf Dauer von einer gemeinsamen israelisch-arabischen Verwaltung regiert werden. Die Frage Jerusalems sei aber entgegen zu allem, was Begin öffentlich verkünde, verhandlungsfähig.

Wichtig sei es, daß die Grundstimmung der israelischen Bevölkerung für den Frieden sei. Diese müsse so stark werden, daß Begin sich ihr nicht entgegenstellen könne. Eine Ablösung Begins könne er nur dann befürworten, wenn der Ministerpräsident aus der Politik ausscheide. Als Führer der Opposition könne er großen Schaden anrichten, denn er sei stärker als Peres, ja, als Peres und Weizman zusammen. Deshalb halte er ein Ausscheiden aus der Regierung von

⁴ Vortragender Legationsrat I. Klasse Fiedler vermerkte am 17. März 1980, die Gesprächen zwischen Ägypten, Israel und den USA über eine Autonomie der palästinensischen Gebiete gestalteten sich schwierig. Zwar sei es in insgesamt 18 Punkten zu einer Einigung über technische Fragen gekommen: „Probleme wie Sicherheit, Wasser und Land, die der eigentliche Kern der Verhandlungen sind, blieben gemäß Unterrichtung durch den US-Sonderbeauftragten für Nahost, Linowitz, weiterhin ungelöst. [...] Für Ägypten ist die Autonomie ein Übergangsstadium zur Selbstbestimmung für das palästinensische Volk. Begin hingegen sieht die Autonomie als Endstation im Rahmen seines Erez-Israel-Konzepts an. Den Palästinensern im Westjordanland und Gaza bliebe nach dem israelischen Modell praktisch nur eine Art Minderheitenstatus. Die nächsten Dreierverhandlungen finden am 26. März in Kairo statt. Zieldatum für die Beendigung der Verhandlungen ist der 26. Mai. Es sieht gegenwärtig nicht danach aus, daß bis dahin die substantiellen Fragen durch einen Formelkompromiß – ein solcher dürfte das Optimum darstellen – gelöst werden können.“ Vgl. Unterabteilung 31, Bd. 135599.

⁵ Zum Camp-David-Prozeß vgl. Dok. 13, Anm. 13.

Yadin und Burg, den er sehr schätze – wie auch Peres –, das den Sturz der Regierung Begin mit sich bringen würde, nicht für eine gute Lösung.

McHenry habe die Lage nach dem 26. Mai mit ihm besprochen⁶ und eine Idee vorgebracht, die ihm bereits von einem Gipfelgespräch zwischen Fahd und Hussein in Tunis von Lipkowski zugetragen worden sei, nämlich eine 242⁷ ergänzende Resolution herbeizuführen. Diese dürfe CD nicht widersprechen („in the language of Camp David“), solle es aber Saudi-Arabien, dessen Herrscherfamilie Sadat aufs Schärfste als korrupt und unfähig charakterisierte, und Hussein erleichtern, sich dem CD-Prozeß anzuschließen.

Mithin solle Anfang Mai zweierlei vorgesehen werden:

- 1) Eine ergänzende Resolution zu 242 über die Palästinenserfrage und
- 2) die Forderung nach einer internationalen Konferenz über den Nahen Osten (ob Sicherheitsratsdebatte oder größeres VN-Gremium, darüber habe er sich noch keine Gedanken gemacht).

Dies beides solle den Druck auf Israel erhöhen und deshalb noch vor dem 26. Mai 1980 in die Öffentlichkeit kommen. Dann werde man weitersehen. Er könne nicht zulassen, daß seine gesamte Politik zusammenfalle. Die Europäer sollten in dieser Angelegenheit führend sein.

Insofern sei Anfang Mai eine entscheidende Phase. Entscheiden wolle er hierüber aber erst nach den Verhandlungen am 25. März über die Sicherheitsfrage. Dann werde er Vizepräsident Mubarak oder Ministerpräsident Khalil nach Bonn entsenden, um uns zu unterrichten und zu konsultieren. Gleichzeitig werde er mit Großbritannien und Frankreich Kontakte aufnehmen, obwohl er die französische Politik als egoistisch kritisierte (Ölversorgung und Rüstungsindustrie – Export, um sich von den USA zu distanzieren). Der französische Präsident habe sich bei den Golfstaaten⁸ damit anbieten wollen, daß er ihnen gesagt habe, sie bräuchten die USA nicht für ihre Sicherheit. Das glauben aber die Scheichs nicht.

Er habe nach Afghanistan den USA Fazilitäten angeboten.⁹ Diese seien auch bereits für Manöver in der Golf-Region genutzt worden.¹⁰ Allerdings hätten die

⁶ Botschafter Freiherr von Wechmar, New York (VN), berichtete am 5. März 1980, der amerikanische Ständige Vertreter bei den Vereinten Nationen in New York, McHenry, habe die Ständigen Vertreter der EG-Mitgliedstaaten über die Ergebnisse seiner Nahost-Reise vom 9. bis 22. Februar 1980 nach Ägypten, Israel, Jordanien, Kuwait, Libanon, Saudi-Arabien und Tunesien unterrichtet: „Als Ergebnis der von ihm geführten Gespräche zeichnet McHenry äußerst pessimistisches Bild über Einschätzung, die Camp David und Autonomieverhandlungen in arabischer Welt finden. Ägyptische Führung wertet er als in sich gespalten, was Bewertung der Erfolgsaussichten von Camp David angehe. Sadat sei nicht nur in arabischer Welt, sondern auch in eigener Regierung mit seiner positiven Einschätzung weitgehend isoliert. Israel und Syrien würfen sich gegenseitig Vorbereitung eines Angriffskrieges vor. Aussichten, israelische Haltung zu Siedlungspolitik zu ändern, seien minimal.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 592; Unterabteilung 31, Bd. 135599.

⁷ Für den Wortlaut der Resolution Nr. 242 des VN-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 vgl. Dok. 62, Anm. 45.

⁸ Staatspräsident Giscard d'Estaing hielt sich vom 1. bis 3. März 1980 in Kuwait, am 3./4. März in Katar, am 5./6. März in den Vereinigten Arabischen Emiraten, vom 7. bis 9. März in Jordanien und am 10. März in Saudi-Arabien auf.

⁹ Zu Überlegungen bezüglich der Errichtung amerikanischer Militäreinrichtungen in Ägypten vgl. Dok. 4, Anm. 3.

¹⁰ Botschafter Hille, Kairo, berichtete am 10. Januar 1980, die amerikanische Botschaft habe israelische Informationen bestätigt, „daß seit Mitte Dezember zwei Boeing 707 der USAF mit AWACS-

Amerikaner nicht dafür bezahlt. Ebenso wenig wie für die große Menge sowjetischer Waffen, die er für die afghanischen Aufständischen nach Pakistan geliefert habe („heaps of Soviet weapons“).

BM erläuterte unsere Politik in Zusammenhang mit Afghanistan unter Betonung der zunehmenden Bedeutung einer raschen Lösung des Nahost-Konflikts, eine Meinung, die von den ASEAN-Außenministern in Kuala Lumpur geteilt wurde.¹¹

Meyer-Landrut

VS-Bd. 11142 (310)

78

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Lücking

213-322.00 AFG-658/80 geheim

10. März 1980¹

Herrn Staatssekretär² mit dem Vorschlag

1) der Vorlage beim Herrn Bundesminister³

2) der Weiterleitung des beigefügten Doppels an das Bundeskanzleramt⁴

Betr.: Botschaft von Generalsekretär Breschnew an den Bundeskanzler vom

4. März 1980⁵ (Antwort auf Botschaft des Bundeskanzlers vom 31. Januar 1980⁶);

hier: Bewertung

Fortsetzung Fußnote von Seite 439

Ausrüstung auf einem Militärflughafen östlich von Qena in Oberägypten stationiert sind. Die Maschinen dienen zur Überwachung des Flugverkehrs über dem Indischen Ozean und als Informationsleitstelle für im Indik und Persischen Golf operierende Flotteneinheiten, insbesondere Flugzeugträger. Die Maschinen würden auf absehbare Zeit in Qena bleiben. Eine „erhebliche“ Anzahl von US-Personal und Ausrüstung sei in Qena stationiert.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 52; Referat 310, Bd. 124989.

¹¹ Vom 6. bis 8. März 1980 fand in Kuala Lumpur die Konferenz der Außenminister der ASEAN- und der EG-Mitgliedstaaten statt. Vgl. dazu Dok. 84.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Arnot und Legationsrat I. Klasse Barker konzipiert.

² Hat Staatssekretär van Well am 11. März 1980 vorgelegen.

³ Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braumnühl am 12. März 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Hat BM vorgelegen. Zurück an 213.“

⁴ An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär van Well handschriftlich: „Sofort.“

⁵ Vortragender Legationsrat I. Klasse Arnot übermittelte am 5. März 1980 Bundesminister Genscher, z. Z. Kuala Lumpur, den Wortlaut des vom sowjetischen Botschafter Semjonow überreichten Schreibens des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom Vortag an Bundeskanzler Schmidt. In diesem nahm Breschnew auf Schmidts Schreiben vom 31. Januar 1980 Bezug und wies eine sowjetische Verantwortung für „die Störungen, die in dem Funktionieren der Entspannungsmechanismen aufzutreten beginnen“, zurück: „Sie wissen doch auch selbst, daß sie keineswegs mit den afghanischen Ereignissen begonnen haben, sondern viel früher, als die Linie der US-Admini-

Nachstehend lege ich eine Bewertung der Breschnew-Botschaft vor. Sie basiert auf der von Herrn D2 am 5. März verfaßten vorläufigen Bewertung⁷, berücksichtigt den Wortlaut des russischen Originals⁸ und der vom Sprachendienst gefertigten Übersetzung ins Deutsche (die beide zum Zeitpunkt der vorläufigen Bewertung noch nicht vorlagen) und bezieht auch die von der Botschaft Moskau übermittelten ergänzenden Kommentare ein (DB Nr. 1129 vom 6. März⁹).

I. Bewertung nach Einzelthemen

1) Die internationale Lage wird von Breschnew so dargestellt, als sei nicht die sowjetische Intervention in Afghanistan, sondern vielmehr die seit längerer Zeit eingeleitete westliche Politik die Ursache einer krisenhaften Zuspitzung. Diese Sicht der Dinge wird ausführlich dargelegt.

Fortsetzung Fußnote von Seite 440

stration und der NATO-Verbündeten der USA, das Aufpeitschen des Wettrüstens, auf die Sicherstellung der militärischen Überlegenheit der USA in der Welt, auf das Streben Washingtons, die internationalen Probleme von der Position der Stärke aus zu lösen, immer deutlicher zum Ausdruck kam.“ Die Intervention in Afghanistan sei auf Bitten der afghanischen Regierung erfolgt, „nachdem die Amerikaner damit begonnen haben, ihre Seestreitkräfte in der Nähe unserer südlichen Grenze zusammenzuziehen. [...] Der wahre Sinn aller dieser Unterstellungen und der in den USA eingeleiteten antisowjetischen Hysterie besteht [...] darin, in den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens fester Fuß zu fassen, und zwar nicht nur wirtschaftlich, sondern auch militärisch.“ Dies werde auch Folgen für Europa haben: „Washington strebt offensichtlich danach, daß die Europäer mit eigenen Händen all das zerstören, was sie in den siebziger Jahren geschaffen haben.“ Die UdSSR werde ihre Truppen aus Afghanistan abziehen, sobald die Einmischung von außen aufgehört habe. Vgl. den Drahterlaß Nr. 1290; VS-Bd. 14086 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

6 Für das Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, vgl. Dok. 34.

7 Ministerialdirektor Blech übermittelte am 5. März 1980 Staatssekretär van Well, z. Z. Washington, sowie der Delegation des Bundesministers Genscher, z. Z. Kuala Lumpur, und der Botschaft in Moskau eine Einschätzung des Schreibens des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom Vortrag an Bundeskanzler Schmidt. Die Argumentation liege auf der Linie der öffentlichen Stellungnahmen, es werde auf eine besondere Verantwortung der Bundesrepublik verwiesen. Die Intervention in Afghanistan habe demnach der Sicherheit der UdSSR gedient. Neu sei die „Behauptung einer separaten Bedrohung der SU durch die amerikanischen Seestreitkräfte“. Breschnew gehe von einer Beeinträchtigung der Entspannung in Europa aus: „Diese Entwicklung hält er jedoch bei entsprechendem Handeln der Europäer für aufhaltbar.“ Die Bundesrepublik werde als Nutznießer der Entspannungspolitik dargestellt, und es werde deutlich gemacht, wo die dadurch gewonnenen Vorteile eingeschränkt oder rückgängig gemacht werden könnten. Die Aussichten auf einen Rückzug der sowjetischen Streitkräfte seien vager als in den öffentlichen Stellungnahmen: „Die kursorische Behandlung der Rüstungskontrollproblematik läßt vermuten, daß Breschnew hier im Augenblick keine Priorität sieht, sondern den regionalen Aspekten der Afghanistan-Krise und ihren Auswirkungen auf Europa gerade auch im nicht-militärischen, d. h. politischen und wirtschaftlichen Bereich Vorzug einräumt. [...] Das maßvoll abgefaßte, von einer diskreten Werbung durchgezogene Schreiben Breschnews läßt, wie auch die bisherigen öffentlichen Äußerungen der sowjetischen Führung, keinerlei Verständnis für die westliche Bewertung der eingetretenen Lage mit der einen Ausnahme westlicher Sicherheitsinteressen insbesondere bezüglich der Energie im Mittleren Osten erkennen.“ Vgl. den nicht nummerierten Drahterlaß; VS-Bd. 14086 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

8 Vgl. VS-Bd. 13169 (213).

9 Botschafter Wieck, Moskau, teilte mit, er stimme der Beurteilung des Ministerialdirektors Blech vom 5. März 1980 zu: „In Breschnews Schreiben tritt die Rolle Europas (und die der Bundesrepublik Deutschland) im Verhältnis zur Breschnew-Rede vom 22.1. stark in den Vordergrund.“ Die Fortsetzung der guten Beziehungen zur Bundesrepublik werde von Bedingungen abhängig gemacht: „a) Einfluß auf die USA mit dem Ziel einer vernünftigen Afghanistan-Politik [...]. b) Kein Anschluß der Bundesrepublik Deutschland an Sanktionen und Boykotte. c) In indirekter Form: Überdenken der TNF-Beschlüsse. Kontakte: Erscheinen als eine Art Belohnung (Krönung) für „geleistete Arbeit“. Derzeit seien aus sowjetischer Sicht „die Voraussetzungen für einen Dialog auf hoher Ebene nicht gegeben“. Vgl. VS-Bd. 14086 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

2) Die Ost-West-Beziehungen sieht die Breschnew-Botschaft konsequenterweise beeinträchtigt durch eine Reihe von politischen Entscheidungen entweder der USA oder der NATO unter Führung der USA. Im einzelnen genannt werden

a) die Neigung zu einer „Politik von der Position der Stärke“, das Streben nach verstärkter Präsenz im Nahen und Mittleren Osten und die Bemühungen um die VR China (dies alles wird allein den USA zur Last gelegt) und

b) eine Politik des forcierten Wettrüstens und der Sicherung amerikanischer militärischer Überlegenheit im globalen Maßstab sowie – als konkrete Ausformung dieser Politik – der zweimal erwähnte Beschluß über die LRTNF-Modernisierung¹⁰ (dies wird dem Atlantischen Bündnis kollektiv zur Last gelegt).

Die so beschriebenen politischen Entscheidungen des Westens werden als Umbruch in einer bis dahin insgesamt positiven internationalen Entwicklung, als „Wende“ apostrophiert.

Interessant ist, daß die Breschnew-Botschaft nicht den gewohnten Katalog westlichen „Fehlverhaltens“ (beginnend mit dem NATO-Beschluß vom Frühjahr 1978¹¹ und mit besonderem Nachdruck auf der Verschiebung der SALT-II-Ratifikation¹²) wiedergibt, sondern stark auf den NATO-Beschluß über LRTNF-Modernisierung vom Dezember 1979 als Einzelereignis und auf die aktive Rolle der Bundesrepublik Deutschland bei diesem Beschluß abstellt; hier findet eine Verkürzung auf die europäische und deutsche Perspektive statt, um eine besondere deutsche Verantwortung zu suggerieren.

Dementsprechend konzentriert sich Breschnew in seiner Darstellung auch auf die Folgen der Krise für die Entspannung in Europa und insbesondere für Deutschland. Westeuropa wird einerseits als Objekt amerikanischer Pressuren oder Manipulation dargestellt – offenkundig in der Absicht, einen fundamentalen Interessenunterschied zwischen Amerikanern und Europäern zu suggerieren, dessen sich die letzteren nur bewußt werden müssen. Andererseits wird – und dies insbesondere mit Zielrichtung auf die Bundesrepublik Deutschland – die Eigenverantwortlichkeit für frühere (LRTNF-Modernisierung!) und eventuelle zukünftige Fehlentscheidungen deutlich gemacht; die Europäer und insbesondere die Deutschen müssen mit entsprechenden Folgen rechnen, wenn bzw. insoweit sie dieser Verantwortung nicht gerecht werden.

3) Die USA sind in Breschnews Präsentation die Hauptverursacher der „wahren Gründe, die gegenwärtig die internationale Lage erschweren“ (vgl. das vorstehend, Ziffer 2, Gesagte). Sie sind auch in doppelter Weise mitverantwortlich für das sowjetische militärische Eingreifen in Afghanistan: Zum einen wird ihnen – im Verbund mit „einigen anderen Ländern“ – eine „bewaffnete Aggression gegen die Regierung und das Volk von Afghanistan“ zur Last gelegt, zum anderen wird eine Konzentration der US-Kriegsmarine im Indischen Ozean als ein auslösendes Moment der sowjetischen Intervention genannt.

¹⁰ Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 10.

¹¹ Zum Langfristigen Verteidigungsprogramm der NATO vom 30./31. Mai 1978 vgl. Dok. 1, Anm. 9.

¹² Zum Stand des Ratifizierungsverfahrens des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 im amerikanischen Senat vgl. Dok. 59.

Weiter moniert Breschnew, daß die USA

- „nicht nur in wirtschaftlicher“ (was bedeuten kann, daß dies noch anginge), „sondern auch in militärischer Hinsicht“ im Nahen und Mittleren Osten etwas fester Fuß zu fassen suchen,
- die VR China in ihre politischen Pläne einzuspannen suchen (dies allerdings mit der angedeuteten Relativierung „offensichtlich“),
- die Europäer zur Zerstörung des im letzten Jahrzehnt erreichten Standes der Entspannung veranlassen.

Pauschal spricht Breschnew von den „zerstörerischen Grundsätzen, die gegenwärtig die Linie der USA in den internationalen Angelegenheiten bestimmen“.

Während Breschnew in seinem „Interview“ vom 13. Januar¹³ und – wenn auch weniger prägnant – in seiner „Wahlrede“ vom 22. Februar d.J.¹⁴ auch gute Beziehungen zu den USA als prinzipiell möglich und wünschenswert darstellte, fehlt jeder entsprechende Hinweis in seiner Botschaft an den Bundeskanzler, auf dessen Übermittlung noch vor den Gesprächen des Bundeskanzlers in Washington¹⁵ die sowjetischen Seite offenbar Wert legte.

Die einzige positive Note in der Behandlung der USA ist die Bemerkung im fünften Absatz des Schreibens, aus der gefolgert werden kann, daß die Sowjetunion ein Interesse der USA (und Westeuropas) an gesicherten Transportwegen für das Golföl in Rechnung stellt. Dies zielt in dieselbe Richtung wie eine Passage in Breschnews „Wahlrede“ vom 22. Februar d.J., die durch den TASS-Kommentar von N. Portugalow vom 29. Februar¹⁶ genauer ausgeführt wurde.

4) Für die Begründung der sowjetischen Intervention in Afghanistan wiederholt Breschnew die bekannten Argumente der sowjetischen wie afghanischen Sicherheit, fügt aber der Behauptung einer Bedrohung Afghanistans von außen die neue Behauptung einer separaten Bedrohung der SU durch die US-Marine „in der Nähe der südlichen Grenzen unseres Landes“ hinzu.

Gleichzeitig wird der Verdacht eines weiteren Ausgreifens zum „warmen Meer, an den Indischen Ozean“ abgewehrt und versichert, die SU wolle weder die Län-

¹³ Korrigiert aus: „12. Januar“.

Für den Wortlaut des Interviews des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, mit der Tageszeitung „Prawda“ vom 13. Januar 1980 vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 152–157.

¹⁴ Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 22. Februar 1980 in Moskau vgl. Dok. 56, Anm. 12.

¹⁵ Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 4. bis 8. März 1980 in den USA auf. Zu den Gesprächen vgl. Dok. 71–73.

¹⁶ Botschafter Wieck, Moskau, übermittelte am 1. März 1980 den über die sowjetische Nachrichtenagentur TASS verbreiteten Text des Mitarbeiters des ZK der KPdSU, Portugalow, über die Sicherung der Erdölversorgungswege. Wieck äußerte dazu, die UdSSR bekunde nicht nur eigenes Interesse, sondern beanspruche ein Mitspracherecht: „Der Portugalow-Kommentar verfolgt das doppelte Ziel, einerseits ein allgemeines amerikanisches Sicherheitsinteresse im Persischen Golf im Sinne der Carter-Doktrin in Abrede zu stellen, andererseits das sowjetische Mitspracherecht dadurch geschickt einzubringen, daß die Frage der Ölversorgungswege als Gegenstand der KSZE-Energiekonferenz vorgeschlagen wird. Dadurch wird den westeuropäischen Ländern [...] klargemacht, daß es in ihrem Interesse ist, sich hinsichtlich der Sicherstellung der Ölversorgungswege im Persischen Golf auch mit der Sowjetunion zu arrangieren [...]. Auffällig sind die in dem Kommentar wiederholten Warnungen, die USA könnten mögliche innenpolitische Veränderungen in den Ländern der Golfregion zum Anlaß nehmen, sich mit militärischen Maßnahmen in diesen Ländern einzumischen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1027; Referat 421, Bd. 122557.

der der Region noch Länder außerhalb der Region bedrohen, auch nicht durch Abriegelung der Transportwege des Golföls nach Nordamerika und Westeuropa (das hier, anders als in Breschnews Rede vom 22. Februar, ausdrücklich genannt wird).

Die Behauptung maritimer Bedrohung durch die USA vom Indischen Ozean bzw. Golf her läßt jedoch keinen Zweifel, daß die SU – unbeschadet des Anspruchs, selbst nicht an die Küsten dieser Meere zu drängen – die Gesamtregion als eine solche ihres unmittelbaren Interesses betrachtet. Insoweit liegt auch dieses Argument auf der Linie der Breschnew-Rede vom 22.2., ohne weitere Hinweise (etwa im Sinne des Portugalow-Kommentars) dafür zu geben, wie die SU sich die Ausübung des damit beanspruchten Mitspracherechts vorstellt. Von dieser Grundlage aus bestreitet Breschnew nicht das westliche Interesse an der Region (Öl).

Auf Möglichkeiten einer Lösung des Afghanistan-Problems geht Breschnew nur an einer Stelle ein: „Wenn die Regierung der Bundesrepublik Deutschland die Absicht hat, einen eigenen Beitrag zur Normalisierung der Lage um Afghanistan zu leisten, so ist dies nur zu begrüßen.“

Hier fällt der präzise geographische Bezug auf („Lage um Afghanistan“). Nach sowjetischer Vorstellung kann also die Bundesrepublik eine regionale Rolle spielen; sie wird nicht auf Aufgaben in Europa eingeschränkt. Andererseits wird damit klargestellt, daß die Verhältnisse in Afghanistan nicht zur Disposition stehen.

Man wird annehmen dürfen, daß die Bezugnahme auf die Absichten der Bundesregierung auch die Neuner-Initiative für ein neutrales Afghanistan¹⁷ abdeckt. Breschnew geht allerdings hierauf nicht spezifisch ein, sondern erwartet vielmehr, daß wir die sowjetischen Vorstellungen gegenüber den Amerikanern in der Weise unterstützen, daß vor allem die USA, aber auch „einige andere Länder“ ihre Einmischung in Afghanistan einstellen und wirksame Garantien gegen Wiederholungen geben.

Die Passage über den Abzug sowjetischer Truppen ist vager formuliert als in Breschnews Rede vom 22.2. Zur zeitlichen Dimension heißt es einerseits, die Truppen würden nicht „bis in alle Ewigkeit“ in Afghanistan bleiben, andererseits fährt Breschnew fort, sie würden auch nicht abgezogen, bevor die Gründe für ihre Anwesenheit entfallen sind. In dieser Formulierung ist eine lockere Verbindung zwischen dem Wegfall der Gründe und dem Abzug hergestellt. Hier wird nicht mehr explizit (wie am 22. Februar) die Kumulation der vorherigen vollständigen Beendigung der Intervention und der Abgabe von Garantien und der Einwilligung der afghanischen Regierung in einen Abzug verlangt. Wieweit es sich um eine wohlerwogene, die Möglichkeit schrittweisen synchronen Vorgehens eröffnende Nuancierung der bisherigen Bedingungskonstellation handelt, läßt sich z.Zt. noch nicht ohne weiteres sagen. Im übrigen spricht Breschnew auch hier nicht von sowjetischen Garantien.

¹⁷ Vgl. dazu die Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vom 19. Februar 1980; BULLETIN DER EG 2/1980, S. 88 f. Vgl. dazu auch Dok. 57.

5) Die Ausführungen über Europa sind ambivalent: Die Westeuropäer erscheinen teils als Objekt amerikanischer Politik, teils als eigenverantwortlich Handelnde und damit auch Mitschuldige an einer gefährlichen Politik. Soweit Europa als reines Instrument amerikanischen Vorgehens hingestellt wird, ist das der gewohnte sowjetische Versuch, die USA und Westeuropa auseinanderzudividieren.

Breschnew geht von einer bereits erfolgten Beeinträchtigung der Entspannung in Europa aus („im Grunde hat die Demontage des ... Systems der gegenseitig vorteilhaften, friedlichen Zusammenarbeit in Europa begonnen“) – in seiner Sicht selbstverständlich nur infolge westlichen, ursächlich amerikanischen Handelns. Diese Entwicklung hält er jedoch bei entsprechendem Handeln der Europäer für noch aufhaltbar.

Bemerkenswert auch in diesem Kontext ist das Motiv der Trennung von Amerikanern und Europäern: „Washington geht es offensichtlich darum, daß die Europäer all das mit ihren eigenen Händen zerstören, was sie in den 70er Jahren geschaffen haben“ (7. Absatz); dabei impliziert die Wendung „was sie ... geschaffen haben“, daß die Amerikaner an dem in Europa erreichten Stand der Entspannung keinen Anteil haben.

6) Breschnew geht bei den bilateralen deutsch-sowjetischen Beziehungen durchaus von einem beiderseitigen Interesse an der Aufrechterhaltung eines störungsfreien Verhältnisses aus, knüpft das sowjetische Interesse aber an bestimmte sowjetische Erwartungen gegenüber der Bundesregierung. Die Bundesrepublik Deutschland stellt er als Nutznießer der europäischen Entspannung dar und macht deutlich, wo die Vorteile für uns liegen, bzw. wo diese Vorteile eingeschränkt oder rückgängig gemacht werden könnten: vor allem im Verhältnis zur SU und zur DDR. An sich deckt dies auch Berlin ab; Berlin wird aber nicht ausdrücklich als Stelle besonderer deutscher Verwundbarkeit genannt. Die hier im Hintergrund stehende Drohung wird konkret angewandt („würde dies die Lage nur weiter erschweren“) auf die Eventualität, daß die Bundesrepublik sich „den verschiedenen Sanktionen und Boykotten“, die die USA propagieren, anschließen sollte (ein Olympia-Boycott wird ausdrücklich nur an anderer Stelle im Zusammenhang mit der bedrohlichen amerikanischen Politik genannt).

Insgesamt vermittelt Breschnew den Eindruck, daß die Bundesrepublik Deutschland mit ihrer „aktiven Rolle“ beim Zustandekommen der LRTNF-Entscheidung ihr Konto schon stark strapaziert hat und es mit weiteren Schritten endgültig überziehen würde. Sie muß sich also wegen ihrer Mitverantwortung für die LRTNF-Modernisierung jetzt besonders bewähren, was allerdings nicht bedeutet, daß sie aus dieser spezifischen Mitverantwortung dann entlassen wäre. Breschnew hält sich vielmehr die Möglichkeit offen, hierauf zurückzukommen, wenn die militärischen bzw. Rüstungskontrollfragen wieder operativ werden.

7) An der Fortführung des persönlichen Gesprächs mit dem Bundeskanzler bekundet Breschnew zwar ein positives Interesse, schränkt aber zugleich ein: In sowjetischer Sicht waren frühere Begegnungen „so etwas wie die Krönung der geleisteten Arbeit“, und eine derartige Arbeit steht offenbar noch bevor. Es gilt nach sowjetischer Auffassung, „die weitere Entwicklung der internationalen

Lage wie auch unserer bilateralen Beziehungen“ (d.h.: unser Verhalten gegenüber der SU) abzuwarten, bevor man sich Klarheit darüber verschaffen kann, „wie wir unser nächstes Treffen am besten organisieren sollen“. Das legt den Schluß nahe, daß Breschnew im gegenwärtigen Zeitpunkt die Voraussetzungen nicht für gegeben hält, die einen Besuch aus seiner Sicht sinnvoll erscheinen lassen.

8) Das Thema der Rüstungskontroll- und Sicherheitspolitik (in sowjetischer Terminologie: der „militärischen Entspannung“), das der SU sonst besonders am Herzen liegt, wird in der Botschaft Breschnews auffallend kurz abgehandelt. Im einzelnen:

a) Breschnew verweist auf die diesbezüglichen östlichen Vorschläge¹⁸ mit dem Zusatz: „sie bleiben gültig“ – also auch die Vorschläge zu TNF. Von einer Rücknahme der bekannten sowjetischen Bedingungen für TNF-Verhandlungen¹⁹ ist nicht die Rede; allerdings werden sie in dem in die Zukunft weisenden Satz („wir sind bereit, Verhandlungen zu führen und konstruktive Lösungen zu suchen“) auch nicht wiederholt.

b) Auffallend im Hinblick auf die bevorstehenden Washingtoner Gespräche des Bundeskanzlers ist, daß SALT II nicht erwähnt wird. (Kein Interesse mehr? Keine Erwartungen?)

c) Auch Bemerkungen über das KSZE-Folgetreffen in Madrid und das KAE-Projekt²⁰ fehlen. Angesichts der Rolle, die diese Themen in den Äußerungen von Vertretern anderer WP-Staaten spielen, ist das bemerkenswert.

Die kursorische Abhandlung der Rüstungskontrollproblematik läßt vermuten, daß die sowjetische Führung hierin im Augenblick keine Priorität sieht, sondern den regionalen Aspekten der Afghanistan-Krise und ihren Auswirkungen auf Europa gerade auch im nicht-militärischen, d.h. politischen und wirtschaftlichen Bereich den Vorrang einräumt.

8) Gemessen an der sonst oft feststellbaren sowjetischen Obsession mit der VR China kommt sie in dieser Botschaft Breschnews (der erst vor gut einem Jahr zwei schriftliche Warnungen vor China an den Bundeskanzler gerichtet hat²¹) erstaunlich knapp weg. Die einschlägige Passage enthält die gewohnte sowjetische Charakterisierung chinesischer Politik („gefährliche Neigung zu militärischen Abenteuern“, „allgemeine aggressive Ausrichtung“) und versucht, den Bundeskanzler durch eine Erinnerung an seine angeblichen wiederholten Äußerungen in dieser Richtung auf dieselbe Qualifizierung festzulegen.

¹⁸ Zu den Vorschlägen des Komitees der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten am 14./15. Mai 1979 in Budapest vgl. Dok. 1, Anm. 28.

Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin vgl. Dok. 29, Anm. 5.

Zum Vorschlag des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, Gierek, vom 11. Februar 1980 für eine Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 55, Anm. 39.

¹⁹ Zur sowjetischen Stellungnahme vom 3. Januar 1980 vgl. Dok. 3.

²⁰ Zum französischen Vorschlag einer Konferenz für Abrüstung in Europa vgl. Dok. 1, Anm. 11.

²¹ Zu den Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom November und Dezember 1978 an Bundeskanzler Schmidt vgl. Dok. 20, Anm. 17.

II. Unterlassene Antworten

Breschnew antwortet auf die an ihn gerichtete Botschaft des Bundeskanzlers vom 31. Januar. Es lohnt also festzuhalten, auf welche der vom Bundeskanzler angeschnittenen Themen Breschnew nicht eingegangen ist.

1) Den Gedanken der Kanzler-Botschaft, daß es für eine Atmosphäre des Vertrauens in der internationalen Politik auf Zuverlässigkeit und Vorhersehbarkeit ankomme, nimmt Breschnew ebenso wenig auf wie den Verweis auf die Regeln internationalen Wohlverhaltens in der VN-Charta²² und der KSZE-Schlußakte²³.

2) Von den in der Kanzler-Botschaft genannten wahren Problemen internationaler Politik (unsere wirtschaftliche Zukunft, Energieversorgung und Hilfe für die Dritte Welt) geht Breschnew nur auf Wirtschaftsfragen (im Kontext des in Europa erreichten Standes der Entspannung) und auf die Energieversorgung (im Kontext der Sicherung der Transportwege für das Golföl) cursorisch ein. Die Dritte Welt erwähnt er gar nicht; das liegt auf der Linie ständiger sowjetischer Argumentation, wonach die Probleme der Dritten Welt ausschließlich vom Westen geschaffen wurden und daher auch ausschließlich vom Westen zu lösen sind.

3) Auf die Ausführungen des Bundeskanzlers zur Geiselnahme in Teheran antwortet Breschnew mit keinem Wort. Hier zeigt sich erneut, daß dieses Thema für die SU höchst problematisch ist.²⁴

4) Auch den Satz aus der Kanzler-Botschaft über die besondere Verantwortung der Weltkriegsgeneration für den Frieden ignoriert er – was erstaunlich ist, weil dieser Gedanke exakt der sowjetischen Mentalität entspricht und in sowjetischen Äußerungen ständig wiederkehrt.

5) Schließlich schweigt Breschnew zu den besorgten Äußerungen des Bundeskanzlers über den Stand der Kommunikation zwischen Washington und Moskau. Die Erklärung liegt wohl darin, daß die SU den (in ihren Augen exklusiven) Dialog der Supermächte nicht mit einer dritten Regierung erörtern möchte.

III. Gesamtbewertung

1) Die Botschaft Breschnews an den Bundeskanzler ist im Ton maßvoll, im Duktus von diskretem Werben für die sowjetische Sicht der internationalen Lage geprägt, in der Sache jedoch hart, in der Substanz mager. Das zeichnete sich schon ab, als der Leiter der (für uns zuständigen) Dritten Europäischen Abteilung im sowjetischen Außenministerium, Bondarenko, in einer langen Unterredung mit Botschafter Wieck am 27. Februar bemerkte, Breschnew sei in seiner Ansprache vom 22. Februar im Grunde bereits auf alle im Schreiben des Bundeskanzlers angeschnittenen Themen eingegangen, der guten Form halber werde man aber demnächst trotzdem ein Antwortschreiben übergeben; tatsächlich

²² Für den Wortlaut der VN-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 433–503.

²³ Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

²⁴ Zur Haltung der UdSSR zur Geiselnahme von Angehörigen der amerikanischen Botschaft in Teheran vgl. AAPD 1979, II, Dok. 360.

geht die Breschnew-Botschaft an keiner Stelle über öffentliche Äußerungen der sowjetischen politischen Führung aus der letzten Zeit hinaus.

2) Breschnews Botschaft läßt keinerlei Verständnis für die westliche Bewertung der internationalen Lage erkennen (einzige Ausnahme: Rücksichtnahme auf westliche Sicherheitsinteressen hinsichtlich der Transportwege für das Golföl). Der Text offenbart einen tiefgreifenden Ost-West-Dissens über die Beurteilung der gegenwärtigen internationalen Lage, den Breschnew ja auch gleich im ersten Absatz konstatiert. Einvernehmen besteht im Grunde genommen nur darüber, daß wir uns in einer Krise befinden. Aber schon über die Schwere der Krise gehen die Urteile auseinander, wie das verwendete Vokabular zeigt: Während der Bundeskanzler in seiner Botschaft an Breschnew von der „kritischen Entwicklung der letzten Wochen und Monate“ gesprochen und Afghanistan als „internationalen Krisenherd“ bezeichnet hatte, benutzt Breschnew eher beschwichtigende Bezeichnungen wie „gegenwärtig aufgetretene Spannungen in den internationalen Beziehungen“ und „Störungen im Funktionieren der Entspannungsmechanismen“.

Über die Ursachen für die krisenhafte Zuspitzung entwickelt Breschnew eine der westlichen Sicht diametral entgegenstehende Auffassung. In seiner Perspektive ist es nicht die sowjetische Afghanistan-Intervention, die eine Krise verursacht, sondern die westliche (insbesondere amerikanische) Abkehr von einer friedenserhaltenden Politik. Breschnew macht dies auch sprachlich dadurch klar, daß er die Afghanistan-Passage der Kanzler-Botschaft (als einzige Textstelle!) fast wörtlich wiederholt, aber mit leiser Ironie auf die Politik der USA und ihrer Verbündeten anwendet:

Kanzler-Botschaft

(nach Ausführungen über die sowjetische Intervention in Afghanistan:)

„Der Verlust an internationalem Vertrauen, den das bedeutet, die Unsicherheit, die ein solches Ereignis in die internationalen Beziehungen hineinträgt, die Verschlechterung der Weltlage, die eine unvermeidbare Folge der Anwendungen bewaffneter Gewalt ist, stellen einen hohen Preis dar ...“

Breschnew-Botschaft

(nach Ausführungen über entspannungsfeindliche politische Entscheidungen der US-Regierung und ihrer NATO-Partner:)

„Gerade eine derartige Politik untergräbt das internationale Vertrauen, ruft bei den Menschen Unsicherheit hinsichtlich der nächsten Zukunft hervor und führt zu einer erheblichen Verschlechterung der Lage in der Welt.“

3) Die Breschnew-Botschaft leugnet also – wie andere Äußerungen der sowjetischen Führung auch – jegliche sowjetische Verantwortung für die eingetretene Lage. Dementsprechend kann der Weg zur Überwindung der Krise nur über eine Änderung westlichen Verhaltens führen. Dies entspricht der prinzipiellen sowjetischen Haltung in Spannungszeiten, einseitige Änderungen vom Westen zu verlangen.

4) Da die sowjetische Intervention in Afghanistan nicht ursächlich für die Komplikation der internationalen Lage ist, fühlt sich Breschnew auch nicht aufgefordert, in seiner Botschaft irgendwelche konkrete Lösungsmöglichkeiten für die-

ses Problem aufzuzeigen. Er behandelt im Grunde genommen Afghanistan als Scheinproblem, als eine vom Westen (und vom Bundeskanzler in seiner Botschaft) künstlich aufgeworfene Frage, während das wahre Problem in Störungen der Ost-West-Beziehungen liegt, die der Westen zu verantworten hat.

5) Der Bundesrepublik Deutschland wird eine besondere Rolle beigemessen. Sie ist mitschuldig an der Verschlechterung des Ost-West-Verhältnisses (was besonders bei der LRTNF-Entscheidung deutlich gesagt wird), folglich kann man von ihr bestimmte Leistungen erwarten (z.B. Überzeugungsarbeit gegenüber den USA in puncto Afghanistan, z.B. Abstinenz bei Sanktionen und Boykotten gegen die SU, z.B. Fortführung der bisherigen Politik gegenüber der SU) und ihr zugleich bedeuten, mangelndes Wohlergehen könnte den Verlust handfester Vorteile aus der Entspannung in Europa nach sich ziehen.

Zugleich aber ist die sowjetische Führung nicht bereit, gegenwärtig einen operativ weiterführenden Dialog mit uns aufzunehmen. Vielmehr wird die Möglichkeit einer Begegnung zwischen dem Bundeskanzler und Breschnew dadurch hinausgeschoben, daß eine solche Begegnung von der Entwicklung der internationalen Lage und von vorher (offensichtlich von uns) zu leistender Arbeit im bilateralen Gebiet abhängig gemacht wird. Dieser ausweichende Bescheid erklärt sich zum einen aus der unveränderten sowjetischen Konzeption für Gipfeltreffen (die mit der Besiegelung einer möglichst spektakulären Vereinbarung enden müssen), zum andern aus der sowjetischen Erkenntnis über das Ausmaß der Differenzen hinsichtlich der Afghanistan-Intervention (möglicherweise auch daraus, daß sich die sowjetische Führung über Möglichkeiten und Modalitäten einer Lösung der Afghanistan-Krise selbst noch nicht endgültig im klaren ist).

6) Wir können davon ausgehen, daß die Breschnew-Botschaft im Hinblick auf die bevorstehenden Unterredungen des Bundeskanzlers mit der amerikanischen Regierung konzipiert wurde, daß also die Übereichung der Botschaft am Tag der Abreise des Bundeskanzlers in die USA (4. März) kein Zufall war.

Im Hinblick auf die Gespräche in Washington gibt die Breschnew-Botschaft zwar durch einige interessante Nuancen, insbesondere im regionalen Zusammenhang, auch Material für eine positive Erörterung mit den Amerikanern. Im Grunde versucht er aber, den deutsch-amerikanischen Dialog dadurch zu erschweren, daß er die These „Die Amerikaner sind an allem schuld“ ganz in den Vordergrund stellt und so weit geht, hierüber eine Art selbstverständlichen deutsch-sowjetischen Einvernehmens zu unterstellen (Absatz 2: „Sie wissen ja auch selbst ...“, Absatz 6: „Ich glaube, auch von Bonn aus ist das unschwer festzustellen“). Auch Breschnews Warnungen vor den Folgen deutscher Solidarität mit den USA sind offensichtlich im Hinblick auf den deutsch-amerikanischen Dialog geschrieben.

7) Was war mit dieser Botschaft Breschnews – über die Einflußnahme auf die Gespräche des Bundeskanzlers in den USA hinaus – operativ beabsichtigt? Es gibt keinen Punkt der Botschaft, an dem ein eindeutiges sowjetisches Ziel sichtbar wäre; die erkennbaren Motive entsprechen vielmehr der üblichen sowjetischen Linie (Auseinanderdividieren von USA und Europa, Erinnerung an westliche Entspannungsvorteile, Hervorhebung alleiniger westlicher Schuld für kritische Entwicklung etc.).

Offenbar entsprach Bondarenkos Vorankündigung den Tatsachen: Die sowjetische Führung hat keine substantielle Mitteilung gemacht, sondern sich einer protokollarisch gebotenen Pflicht entledigt.

i. V. Lücking

(in Abwesenheit von Herrn MD Dr. Blech, der sich zu Konsultationen der Politischen Direktoren²⁵ in Paris aufhält)

VS-Bd. 13169 (213)

79

Aufzeichnung des Botschafters Ruth

221-372.20/30-350/80 VS-vertraulich

10. März 1980¹

Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister zur Unterrichtung

Vorschlag: Vorlage bei dem Herrn Bundeskanzler

Betr.: MBFR;

hier: Östlicher Vorschlag eines Austausches aktualisierter Daten per 1.1.1980

Bezug: Anforderung des Bundeskanzleramts vom 5.3.1980 (Randverfügung BStS v. 7.3.1980 – 014-30 SA-0116/80)³

I. Sachstand:

1) Der Osten hat in Wien am 21.2.1980 offiziell einen neuen Datenaustausch per 1.1.1980 vorgeschlagen⁴ (Stand bisher: 1.1.1976⁵). Jede Seite soll aktuali-

²⁵ Das Gespräch der vier Politischen Direktoren der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA, Blech, Robin, Bullard und Vest, fand am 10./11. März 1980 in Paris statt. Themen waren die Lage in Afghanistan, Pakistan, der Nahe und Mittlere Osten und die Entwicklung in Rhodesien/Simbabwe. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schenk vom 13. März 1980; VS-Bd. 11114 (204); B 150, Aktenkopien 1980.

¹ Durchdruck.

Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holik und Vortragendem Legationsrat von Jagow konzipiert.

Hat Holik am 22. März 1980 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[errn] Michael (als Hintergrundinformation).“

² Günther van Well.

³ Vortragender Legationsrat I. Klasse Franke, Bundeskanzleramt, teilte Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg am 5. März 1980 mit, Bundeskanzler Schmidt habe „um eine Analyse des vom Osten am 21. Februar 1980 förmlich in die Verhandlungen eingebrachten Vorschlags eines neuen Datenaustauschs gebeten“. Franke bat um „Übersendung bis zum 12. März 1980“.

York von Wartenburg notierte dazu am 7. März 1980 handschriftlich: „Referat 221 m[it] d[er] B[itt]el, die erbetene Analyse dem Herrn StS bis 12.3. zur W[ei]t[er]l[e]it[un]g an das B[un]des[K]anzl[er]Amt zuzuleiten.“ Vgl. das Schreiben; VS-Bd. 544 (014); B 150, Aktenkopien 1980.

⁴ Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), informierte am 21. Februar 1980, die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten hätten in der informellen Sitzung vom

sierte Zahlen über das Personal der eigenen Land- und Luftstreitkräfte vorlegen. Für die Aufgliederung könne das Muster des Datenaustausches von 1978⁶ dienen. Durchzuführen wäre der neue Austausch am Ende der laufenden Verhandlungsrunde⁷ oder zu Beginn der nächsten⁸. Es stehe dem Westen frei, auch revidierte rote Daten zu präsentieren.

Diesen Vorschlag hat der Osten unmittelbar anschließend veröffentlicht und ihn seither als eine neue Initiative propagandistisch stark herausgestellt.

2) Der Westen hat in seiner ersten Reaktion Prüfung zugesagt, dabei aber an das bisher nicht sehr kooperative Verhalten des Ostens in der Datenfrage erinnert. Die Ad-hoc-Gruppe Wien hat den NATO-Rat um Weisung für das weitere westliche Vorgehen ersucht. In der ersten Erörterung des Rats am 29.2.1980 ergab sich grundsätzliche Zustimmung zu einem neuen Datenaustausch.⁹ Die

Fortsetzung Fußnote von Seite 450

19. Februar 1980 einen Austausch revidierter Streitkräftedaten in Aussicht gestellt und dabei die Vorschläge der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Staaten vom 20. Dezember 1979 kritisiert. Der Leiter der sowjetischen MBFR-Delegation, Tarassow, habe erklärt, die amerikanischen und sowjetischen Streitkräftedaten hätten sich seit 1976 verändert: „Der Osten gehe davon aus, daß beide Seiten die seit 1976 eingetretenen organisatorischen Änderungen in den Streitkräften sowie das Ergebnis der bisherigen Datendiskussion in den neuen Zahlen berücksichtigen würden.“ Jung äußerte zum Stand der Beratungen: „Hinsichtlich des Datenaustauschs einigte sich die AHG am 20.2.1980, kommende Woche ein Weisungsersuchen und einen Vorschlag an den NATO-Rat zu beraten und ggfs. abzusenden. Über den Umfang des Datenaustausches bestand insofern Unklarheit, als mehrere östliche Delegierte bilateral geäußert haben, der Osten wünsche auch die Vorlage revidierter westlicher roter Daten. Die AHG kam aber zu dem Schluß, daß gegebenenfalls nur schrittweise vorgegangen werden und der Austausch der revidierten Daten der beiderseitigen eigenen Streitkräfte am Anfang stehen müsse. Die AHG war sich in der Beurteilung einig, daß es sich um einen geschickten östlichen Zug handele, daß der Osten ausschließlich von taktischen Überlegungen geleitet werde und daß als Ergebnis eines Datenaustausches allenfalls eine gewisse Verringerung der Disparitäten und vielleicht auch der Diskrepanzen erwartet werden könne. Primär gehe es dem Osten darum, den Westen wieder an den Zug zu bringen, den Druck in der Datenfrage zu vermindern und mehrere Optionen für die künftige Behandlung der Datenfrage offenzuhalten.“ Die Mehrheit in der Ad-hoc-Gruppe sei der Auffassung, „bei Abwägung des Für und Wider des an sich unwillkommenen östlichen Vorschlags“ stelle es „das geringste Übel dar“, wenn beide Seiten möglichst noch in der laufenden Verhandlungsrunde revidierte Zahlen austauschten. Vgl. die Drahtberichte Nr. 109 und Nr. 110; VS-Bd. 10442 (221); B 150, Aktenkopien 1980.

⁵ Vgl. dazu die Streitkräftedaten, die am 10. Juni 1976 von den an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vorgelegt wurden; AAPD 1976, I, Dok. 189.

Vgl. dazu die Streitkräftedaten, die am 15. Dezember 1976 von den an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vorgelegt wurden; AAPD 1976, II, Dok. 366.

⁶ Am 15. März 1978 tauschten die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO- und Warschauer-Pakt-Staaten Landstreitkräftedaten aus. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 78. Die Daten für die Luftstreitkräfte wurden am 4. April 1978 ausgetauscht. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 98.

⁷ Die 20. Runde der MBFR-Verhandlungen fand vom 31. Januar bis 3. April 1980 in Wien statt. Vgl. dazu Dok. 114.

⁸ Die 21. Runde der MBFR-Verhandlungen fand vom 14. Mai bis 24. Juli 1980 in Wien statt. Vgl. dazu Dok. 254.

⁹ Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), berichtete am 1. März 1980 von der Sitzung des Ständigen NATO-Rats am Vortag: „Mündliche Unterrichtung des Rats über letzte Entwicklungen bei MBFR durch AHG Wien wurde am 29. Februar vorgenommen von belgischem Delegationsleiter Smolderen, zusammen mit amerikanischem (Dean) und griechischem Vertreter in Wien. [...] Im Vordergrund der Aussprache standen Empfehlungen der AHG zur Beantwortung des östlichen Vorschlags eines revidierten Daten-Austausches, denen im Prinzip zugestimmt wurde. Vertreter M[military] Clommittee sah Schwierigkeiten für Zusammenstellung der Daten noch vor Ende laufender Verhandlungsrunde. Als Kompromißmöglichkeit wurde positive Antwort an Osten mit Datenaustausch erst zu Beginn nächster Runde erwogen. Dean zeigte jedoch deutliche Präferenz für Austausch noch vor Ende dieser Verhandlungsrunde. Weitere Diskussionsthemen waren östliche ‚freeze‘-Forderungen, Modalitäten eines Divisionsdaten-Austausches, Problem der Anpassung ‚roter Daten‘ und die östliche

Frage wird gegenwärtig im Politischen Ausschuß auf Gesandtenebene (SPC) weiterberaten.¹⁰

II. Bewertung

1) Eine Dateneinigung wird auf jeden Fall auch eine Aktualisierung der Daten voraussetzen. Diese ohnehin erforderliche Operation könnte zum geeigneten Zeitpunkt – nämlich dann, wenn sich eine Lösung des Datenproblems in der Substanz abzeichnet – zugleich genutzt werden, dem Osten eine wichtige Brücke zur Gesichtswahrung zu bieten.

2) Im gegenwärtigen Zeitpunkt liegen jedoch keine Anhaltspunkte dafür vor, daß der Osten Zahlen vorlegen könnte, aus denen sich eine wesentliche Verringerung der Diskrepanzen ergibt. Zwar gibt es Andeutungen von polnischer Seite, daß Polen möglicherweise seinen Daten bisher nicht berücksichtigte Elemente hinzufügen wird.¹¹ Von sowjetischer Seite dagegen sind höhere Daten schon deshalb nicht zu erwarten, weil die Sowjetunion wiederholt erklärt hat, daß sie den Personalumfang ihrer Streitkräfte im Raum der Reduzierungen seit 1973 nicht erhöht hat. Möglicherweise werden in den neuen sowjetischen Daten sogar schon die bis 1.1.1980 vollzogenen einseitigen sowjetischen Abzüge aus der DDR¹² Niederschlag finden, die sich als Verminderung der Disparität, nicht aber der Diskrepanz zwischen östlichen und westlichen Daten für die Streitkräfte des WP auswirken. Der Osten hat mehrfach zu erkennen gegeben, daß er eine Verminderung der Disparität durch Erhöhungen der westlichen Zahlen

Fortsetzung Fußnote von Seite 451

Reaktion auf westlichen A[ssociated]M[easures]-Vorschlag.“ Vgl. die Drahtberichte Nr. 343 und Nr. 344; VS-Bd. 11495 (221); B 150, Aktenkopien 1980.

10 Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), informierte am 20. März 1980, in der Sitzung des Politischen Ausschusses auf Gesandtenebene hätten die USA eine Stellungnahme zum Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 21. Februar 1980 zum Austausch aktualisierter Streitkräftedaten mit Stand vom 1. Januar 1980 vorgelegt: „Mehrere Verbündete, darunter auch wir, äußerten sich in erster Stellungnahme zurückhaltend gegenüber US-Vorstellungen, Eingehen auf östliche Anregung mehr oder weniger abhängig zu machen von Entgegenkommen bei Divisionsdatenaustausch und Definitionsdiskussion. Tendenz ging dahin, die primär taktisch motivierte östliche Anregung nicht ungebührlich aufzuwerten und dem Osten damit Gelegenheit zur Ablenkung von Dezembervorschlägen und Datendiskrepanz sowie zu propagandistischer Nutzung seines Vorschlags zu geben. Auch zu Modalitäten von updating und Divisionsdaten-Austausch bestehen noch divergierende Auffassungen. Der Aktualisierung roter Daten wurde unterschiedliche Dringlichkeit beigemessen.“ Vgl. die Drahtberichte Nr. 456 und Nr. 457; VS-Bd. 11495 (221); B 150, Aktenkopien 1980.

11 Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), informierte am 3. März 1980, das Mitglied der polnische MBFR-Delegation, Szyc, habe ihm mitgeteilt, der Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 21. Februar 1980 zum Austausch aktualisierter Streitkräftedaten mit Stand vom 1. Januar 1980 werde zu einer Verminderung der Diskrepanzen führen, „auch wenn der Osten nicht die westlichen Zahlen übernehmen werde und damit größere Unterschiede bestehen blieben. Polen werde möglicherweise seinen Daten bisher nicht berücksichtigte Elemente hinzufügen. Die neuen Zahlen lägen den östlichen Delegationen noch nicht vor, würden aber bis zum Ende der Runde erwartet.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 136; VS-Bd. 11447 (221); B 150, Aktenkopien 1980.

12 Zur Ankündigung eines Teilabzugs von sowjetischen Streitkräften aus der DDR durch den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin vgl. Dok. 44, Anm. 15. Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann vermerkte am 21. Mai 1980, nach Erkenntnissen des Bundesministeriums der Verteidigung seien bislang ca. 10 000 sowjetische Soldaten und 350 Kampfpanzer aus der DDR abgezogen worden. Sie seien vermutlich in die UdSSR verlegt worden: „Gerüchte, wonach zunächst aus der DDR abgezogene Truppen in die CSSR oder Polen verlegt und von dort wieder in die DDR zurückgekehrt seien, sind bisher unbestätigt.“ Vgl. VS-Bd. 10292 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

erwartet. Damit ist die öffentlich bekannte Erhöhung der US-Landstreitkräfte seit 1976 um etwa 14 000 Mann gemeint. Unklar ist bisher, ob der Osten auch die gegenläufige Entwicklung bei den französischen Streitkräften auf deutschem Boden (etwa 10 000 weniger) in Rechnung stellt.

3) Ein Austausch aktualisierter Daten bietet somit im gegenwärtigen Zeitpunkt wenig Aussicht für Fortschritte in der Datendiskussion. Eher besteht die Gefahr, daß sich der Osten erneut auf zu niedrige Zahlen festlegt und daß sich damit die Fronten in der Datenfrage noch mehr verhärten. Wenn der Osten gleichwohl den Austausch vorschlägt, dürften taktische Motive dafür den Ausschlag geben. Der Osten versucht,

- gegenüber der Öffentlichkeit den Eindruck konstruktiven und vernünftigen Verhaltens in der Datenfrage zu erwecken,
- zum früheren Ansatz einer Diskussion über die Gesamtdaten zurückzukehren
- und sich damit dem Zugzwang zu entziehen, der durch die westlichen Vorschläge vom Dezember 1979¹³ auch in der Datenfrage entstanden ist.

III. Weiteres Vorgehen

1) Der Westen kann den östlichen Vorschlag kaum ablehnen, ohne sich dem Vorwurf unkonstruktiven Verhaltens in der Datendiskussion auszusetzen. Deshalb kommt es darauf an, dieses östliche Ablenkungsmanöver zu neutralisieren, zur Diskussion des vorgeschlagenen Zwischenergebnisses und der begleitenden Maßnahmen zurückzukehren und damit den Osten wieder an den Zug zu bringen.¹⁴ Dem östlichen Vorschlag sollte daher grundsätzlich zugestimmt und der neue Datenaustausch noch in dieser Runde durchgeführt werden.

2) Dabei kommt nur ein Datenaustausch für alle direkten Teilnehmer in Betracht, also nicht eine Beschränkung auf USA und SU:

- Nur bei Wiederanwendung des vollständigen Musters von 1978 läßt sich beim Datenaustausch das Kollektivitätsprinzip im erforderlichen Maß zur Geltung bringen.
- Eine Beschränkung auf USA und SU würde das Ziel verfehlen, den taktischen Zug des Ostens zu neutralisieren.
- Durch einen Gesamtdatenaustausch wird der westliche Vorschlag, die Dateneinigung zunächst auf sowjetische und amerikanische Streitkräfte zu beschränken, nicht präjudiziert.

¹³ Zum Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 20. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 12.

Zum darin enthaltenen Paket begleitender Maßnahmen vgl. Dok. 40, Anm. 29.

¹⁴ Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), berichtete am 20. März 1980: „In der im übrigen routinemäßigen informellen Sitzung vom 18.3.1980 nahm der Osten erstmals zu einigen, vom Westen vorgeschlagenen A[ssociated] M[easures], nämlich den Maßnahmen 1 und 2, im einzelnen Stellung. Dabei kritisierte er sowohl die für diese Maßnahmen vorgesehene Ausdehnung auf Teile der SU und auf die Teilnehmer mit besonderem Status, die nicht mit dem Ergebnis der vorbereitenden Konsultationen im Einklang stehe, als auch ihre inhaltliche Ausgestaltung. [...] Generell erklärte der Osten zu AM, die westlichen Vorschläge bedeuteten eine für ihn alarmierende Verlagerung der Prioritäten der Verhandlungen, denn das umfassende und komplizierte AM-Paket stehe außer allem Verhältnis zu den westlicherseits vorgeschlagenen begrenzten Phase-I-Reduzierungen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 179; VS-Bd. 10443 (221); B 150, Aktenkopien 1980.

3) Der Westen sollte die Gelegenheit nutzen, um den Osten erneut zu drängen, durch weitere Aufschlüsselung seiner Daten in Form eines Austausches von Zahlen über Personal in Divisionen zur Lokalisierung der Diskrepanzen und damit zur Lösung des Datenproblems beizutragen. Der Austausch von Divisionsdaten sollte jedoch nicht zur Bedingung des neuen Datenaustausches gemacht werden. Die voraussehbare Verzögerung, die dadurch einträte, würde dem Osten unerwünschten Zeitgewinn schaffen und ihm damit taktisch in die Hände arbeiten.

4) Bei der Vorlage der westlichen Zahlen nach dem Muster von 1978 muß eine erläuternde Formel gefunden werden, die deutlich macht, daß sich die westliche Gesamtzahl seit 1976 nicht nur um amerikanische Truppen erhöht, sondern auch um französische vermindert hat. Der Osten darf nicht in die Lage versetzt werden, einseitig nur auf die Erhöhung der US-Truppen zu verweisen und die übrigen Veränderungen unberücksichtigt zu lassen. Der Rückgang der französischen Zahlen muß dem Osten in einer Form signalisiert werden, die es vermeidet, französischen Widerspruch zu provozieren.

Dazu bietet sich eine ähnliche Formel wie 1976 an: Die westlichen Zahlen werden ohne die französischen vorgelegt.¹⁵ Das ergibt – von kleinen Veränderungen der anderen Partner abgesehen – eine Erhöhung um etwa 14 000 Amerikaner. Da die stillschweigend hinzuzurechnenden französischen Truppen um etwa 10 000 zurückgegangen sind, wird der anderen Seite mitgeteilt, die Gesamtzahl habe sich gegenüber dem Stand von 1976 um etwa 4 000 erhöht.

5) Unmittelbar nach dem neuen Datenaustausch wird der Westen zu den neuen östlichen Zahlen Stellung nehmen müssen. Dazu wird er sich für eine vorläufige Bewertung auf die in Wien vorgelegten roten Daten stützen müssen, die auf der zuletzt im Herbst 1978 erstellten Datengrundlage der NATO beruhen.¹⁶ Die routinemäßige Aktualisierung dieser Daten innerhalb der NATO ist für Mitte Oktober 1980 vorgesehen. Im Bündnis wird geprüft werden müssen, ob diese Aktualisierung beschleunigt werden kann.

6) Der neue Datenaustausch sollte deshalb aber nicht aufgehalten werden. Eine Kopplung zwischen dem Austausch aktualisierter eigener Daten und der Vorlage aktualisierter roter Daten ist nicht zwingend. Der Westen muß sich nicht sofort auf eine konkrete Bezifferung der Diskrepanzen festlegen, die sich nach einem neuen Datenaustausch ergeben. Es dürfte der Datendiskussion im Gegenteil förderlich sein, das konkrete Ausmaß der neuen Diskrepanz zunächst offenzuhalten, bis in Wien weiter geklärt ist, wie der Westen etwaige Änderun-

¹⁵ Zur Frage der Einbeziehung französischer Streitkräfte in die Vorlage von Streitkräftedaten durch die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vgl. AAPD 1976, II, Dok. 361.

¹⁶ Am 30. November 1978 berichtete Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), daß im Verlauf der 16. Runde der MBFR-Verhandlungen „dem Osten [...] folgende westliche Zahlen über östliche Streitkräfte im Reduzierungsgebiet genannt“ worden seien: „285 500 Mann sowjetisches und 90 100 Mann polnisches Militärpersonal in motorisierten Schützen- und Panzerdivisionen; 421 600 Mann sowjetisches und 158 500 Mann polnisches Landstreitkräftepersonal in größeren Verbänden“ sowie „61 700 Mann sowjetisches und 61 600 Mann polnisches Landstreitkräftepersonal in sonstigen Verbänden“, zudem „die prozentualen Auffüllungsgrade der sowjetischen und polnischen Divisionen sowie die Anzahl dieser Divisionen nach den westlichen Daten“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1001; VS-Bd. 11472 (221); B 150, Aktenkopien 1978.

gen der östlichen Zahlen zu bewerten hat und ob er aus ihrer Zusammenstellung etwa Rückschlüsse für die roten Daten ziehen kann.

Das BMVG hat auf Arbeitsebene mitgezeichnet.

[gez.] i. V. Ruth

VS-Bd. 11495 (221)

80

Botschafter Gehlhoff, Rom (Vatikan), an Staatssekretär van Well

114-2265/80 geheim
Fernschreiben Nr. 31

Aufgabe: 10. März 1980, 16.10 Uhr
Ankunft: 10. März 1980, 17.07 Uhr

Nur für Staatssekretär¹

Betr.: Parteitag der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei und polnische Beurteilung der Afghanistan-Krise

Bezug: DE Nr. 96 vom 5.3.1980² – 214-322.00-599/80

1) Botschafter Treczyński rief mich am 4.3., alsbald nach seiner Rückkehr aus Warschau, an und schlug ein neues Gespräch³ vor. Dieses fand am 7. März statt.

Als wichtigstes Ereignis des zu Ende gegangenen Kongresses der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei⁴ bezeichnete T. die unvorhergesehene Ablösung von Ministerpräsident Jaroszewicz. Parteikongresse dienten normalerweise in sozialistischen Staaten bekanntlich nur dem Nachvollzug längst vorher getroffener Entscheidungen. Über einen möglichen Rücktritt von Jaroszewicz sei im Politbüro zwar gelegentlich offen gesprochen worden, Jaroszewicz habe aber stets vehement erklärt, daß er auf seinem Posten zu bleiben gedenke. Infolgedessen sei der Parteikongreß in der allgemeinen Erwartung eröffnet worden,

¹ Hat Staatssekretär van Well am 10. März 1980 vorgelegen.

² Korrigiert aus: „6.3.“

Für den Drahterlaß des Ministerialdirigenten Lücking vgl. Dok. 33, Anm. 16.

³ Zum Gespräch des Botschafters Gehlhoff, Rom (Vatikan), mit dem polnischen Botschafter in Rom, Treczyński, am 30. Januar 1980 vgl. Dok. 33.

⁴ Der VIII. Parteitag der PVAP fand vom 11. bis 15. Februar 1980 in Warschau statt. Botschafter Negwer, Warschau, berichtete am 15. Februar 1980, der „vollständige Machtverlust“ von Ministerpräsident Jaroszewicz und das Ausscheiden des Politbüromitglieds und ZK-Sekretärs Olszowski sei eine Überraschung. Jaroszewicz sei auch für seine private Lebensführung angegriffen worden: „Dieser fast erzwungene Rücktritt spiegelt sich in anderen Personalentscheidungen wider, die z. T. Merkmal kurzfristiger Entscheidungen tragen.“ Olszowskis „Politik des Abwartens, um nicht zu sagen Verharrens im Schmollwinkel, nachdem von ihm entwickelte Wirtschaftsreformpläne vor drei Jahren im Politbüro abgelehnt worden waren, hat sich nicht ausgezahlt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 165; Referat 214, Bd. 132895.

daß auf dem Posten des Ministerpräsidenten keine Veränderung stattfinden werde. Eine ausführliche Rede von Jaroszewicz sei für den Nachmittag des zweiten Konferenztages vorgesehen gewesen.

Als geschickter Strategie im Hintergrund, der den Rücktritt von Jaroszewicz dann doch zustande brachte, habe sich Edward Babiuch erwiesen. In erfolgreichem Zusammenspiel mit den Parteisekretären der Woiwodschaften habe Babiuch die allgemeine Unzufriedenheit über die wirtschaftliche Lage des Landes auf den Ministerpräsidenten gelenkt und dafür gesorgt, daß Jaroszewicz nicht mehr als Kandidat für die Wahlen zum Politbüro aufgestellt wurde. Erst aufgrund dieses Schachzuges habe Jaroszewicz begriffen, daß er auf verlorenem Posten stehe und daraus die Konsequenzen gezogen.

Gierek habe gewiß von dem seit längerer Zeit eingeleiteten Zusammenspiel zwischen Babiuch und den Woiwodschaftssekretären gewußt, sei auf dem Parteikongreß aber gegen Jaroszewicz nicht hervorgetreten. Die sowjetische Gastdelegation unter Suslow („der nicht gerade zu den Tauben in Moskau zählt“), nicht zuvor unterrichtet, habe eine Miene kühler Gleichgültigkeit zur Schau getragen und geschwiegen.

In der Bevölkerung wie in Parteikreisen herrsche über den Abgang von Jaroszewicz, der stets als ein Mann der Russen angesehen wurde, große Erleichterung.

Der Rücktritt von Olszowski sei gewissermaßen in einem Aufwasch erzwungen worden. Olszowski habe mit allzu hohem Einsatz gespielt. Er habe nicht nur mit Hilfe einer Gruppe von jungen Fachleuten wirtschaftliches Material gegen Jaroszewicz zusammentragen lassen und sich damit als Kandidat für den Posten des Ministerpräsidenten angeboten, sondern sei auch auf Distanz zu Gierek gegangen, um bei dessen möglichem Sturz als potentieller Nachfolger zur Verfügung zu stehen. Meine Frage, ob Olszowski auch deshalb geopfert worden sei, damit ein gewisser innerparteilicher Ausgleich zum Rücktritt von Jaroszewicz geschaffen werde, verneinte T. entschieden. Diesen Ausgleich habe der Rücktritt von Józef Kępa geschaffen.

T. schloß diesen Teil seiner Ausführungen mit dem Bemerken, daß der Verlauf des Parteitages und insbesondere der Sturz von Jaroszewicz zu einer Stärkung der Regierung und zu einer erheblich verbesserten Zusammenarbeit zwischen der Regierung und der Partei geführt habe.

Ich äußerte meinerseits, daß nach den mir zugänglichen Quellen die Leistungen von Gierek seitens des polnischen Episkopats durchaus anerkannt würden. Eine indirekte Unterstützung durch die katholische Kirche in Polen und auch eine wirtschaftliche Hilfe von außen würden aber nicht dazu ausreichen, die gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Polen zu überwinden. Die Hauptverantwortung könne der Regierung und der Partei nicht abgenommen werden.

2) Ich lenkte das Gespräch sodann auf außenpolitische Fragen. Wie sei auf dem Parteitag die Weiterentwicklung der Afghanistan-Krise beurteilt worden? Welche Faktoren hätten die Sowjetunion zum Einmarsch nach Afghanistan bewegt?

T. führte aus, in Gesprächen am Rande des Parteitages sei über zwei mögliche Motive der sowjetischen Besetzung Afghanistans gesprochen worden. Unter

außenpolitischen Aspekten sei bemerkt worden, daß die sowjetische Führung die Annäherung Chinas an die USA und den Ausschluß der Sowjetunion aus den Friedensbemühungen im Nahen Osten als zwei empfindliche Niederlagen empfunden habe. Sie habe deshalb einen spektakulären außenpolitischen Erfolg erzielen wollen, wie ihn die Besetzung Afghanistans darstelle. Unter innenpolitischen Aspekten sei überlegt worden, ob das sowjetische Unternehmen in Afghanistan von inneren, vor allem wirtschaftlichen Schwierigkeiten in der Sowjetunion ablenken solle. Der Kampf gegen die angebliche imperialistische Infiltration in Afghanistan könne jetzt als Erklärung der sowjetischen Führung gegenüber der eigenen Bevölkerung dienen, warum sich die wirtschaftliche und soziale Lage für die Sowjetbürger nicht verbessere.

Die sowjetische Delegation beim Warschauer Parteitag habe sich hinsichtlich Afghanistans sehr gelassen und siegesbewußt gegeben. Sie habe die These verbreitet, daß nach einem, höchstens zwei Jahren die ganze Angelegenheit vergessen sein werde und die Beziehungen zum Westen wieder voll normalisiert sein würden.

Auch T. selber äußerte resigniert die Befürchtung, daß die sowjetischen Truppen sich nicht aus Afghanistan zurückziehen würden. Was hätte sie bisher denn auch zum Rückzug veranlassen können? Die westliche Reaktion auf den sowjetischen Einmarsch sei nicht überzeugend. Der Westen zeige sich uneins. Frankreich stehe abseits. Den Beschlüssen der Dritten Welt werde in Moskau wenig Gewicht beigemessen. Die Haltung der Bundesregierung finde in Polen viel Anerkennung und werde als der Versuch gewertet, der Sowjetunion einen Ausweg zu bieten.

Ich erwiderte, niemand möge sich täuschen, daß die Bundesrepublik Deutschland voll und verläßlich in der Allianz stehe. Bestreben der Bundesregierung sei es bisher gewesen, der Sowjetunion einen Weg zum Rückzug aus Afghanistan offen zu lassen. Ohne einen solchen Rückzug werde aber die Entspannungspolitik der 70er Jahre nicht fortgesetzt werden können. Ohne einen solchen Rückzug sei mir auch die Teilnahme der deutschen Mannschaft an den Olympischen Spielen in Moskau nicht denkbar.

Ich fügte hinzu, daß in Afghanistan selber ein Dilemma bestehe. Solange dort gekämpft werde⁵, fühle sich die Sowjetunion vermutlich zum Bleiben gezwungen. Und wenn dort nicht gekämpft werde, gebe es für die Sowjetunion keinen Grund, sich zurückzuziehen. T. stimmte dieser Einschätzung mit großem Nachdruck zu.

T. betonte, beinahe erwartungsvoll, daß ein allgemeines Fernbleiben von den Olympischen Spielen in Moskau die Sowjetregierung härter treffen würde als alle anderen bisher öffentlich diskutierten Schritte. Man dürfe nicht vergessen, daß die sowjetische Bevölkerung über die Afghanistan-Krise und über die westliche Reaktion gar nicht oder nur unter den von der Sowjetregierung gewünschten Aspekten unterrichtet werde. Ein Boykott der Olympischen Spiele ließe sich dagegen innerhalb der Sowjetunion nicht verheimlichen. Deshalb sei die Sowjetregierung in diesem Punkte besonders empfindlich.

⁵ Zur Lage in Afghanistan vgl. Dok. 71, Anm. 7.

4) T. wies auf den Vorschlag von Gierek zu einer europäischen Abrüstungskonferenz in Warschau hin.⁶ Gierek habe diesen Vorschlag gemacht, um dem Westen das fortbestehende polnische Interesse an der Entspannung zu signalisieren. Gewiß sei dieser Vorschlag mit Kenntnis der sowjetischen Führung, nicht aber auf deren Veranlassung gemacht worden. Gierek rechne wohl nicht damit, daß sein Vorschlag ohne weiteres angenommen werde. Der polnischen Führung sei klar, daß eine solche Konferenz einer langen Vorbereitung bedürfe. Bestenfalls könnte man hoffen, daß es bei dem KSZE-Folgetreffen in Madrid zu einem Beschluß über eine europäische Abrüstungskonferenz komme.

Gierek habe im übrigen auf dem Parteitag nur das absolut notwendige Minimum an Unterstützung für das sowjetische Vorgehen in Afghanistan geäußert. Seine Verurteilung der ausländischen Einmischung und seine Unterstützung für die Unabhängigkeit Afghanistans seien so zweideutig gewesen, daß die Delegierten bei diesem Teil der Ausführungen Giereks geradezu den Atem angehalten hätten.

5) T. schätzte die Aussichten, daß die Sowjetunion auf den europäischen Vorschlag einer Neutralität Afghanistans⁷ eingehen würde, für sehr gering ein. Weder sei ein solcher Status Afghanistans für die Sowjetunion irgendwie attraktiv, noch seien bisher Faktoren vorhanden, welche der Sowjetunion die Annahme des Neutralitätsvorschlag geraten erscheinen lassen könnten.

Als persönliche Wunschvorstellung brachte T. vor, daß die Sowjetunion im Tausch gegen die Zusage, daß alle Nationen sich an den Olympischen Spielen in Moskau beteiligen würden, auf den europäischen Neutralitätsvorschlag eingehen könnte. Doch fügte er von sich aus hinzu, daß ein solcher Kompromiß wohl mehr ein Wunsch als eine reale Aussicht sei.

6) Zum Abschluß des Gesprächs sagte ich T., es könne nicht unsere Aufgabe sein, in die laufenden Geschäfte zwischen unseren beiden Ländern einzugreifen. Wir sollten unseren Gesprächskanal aber für besondere Zwecke offenhalten. Ich könne ihm versichern, daß der Kanal auf meiner Seite bis zur Spitze der Bundesregierung laufe.

T. entgegnete, unser Kanal sollte für die von mir genannten Zwecke in der Tat zur Verfügung stehen. Er habe Gierek über unser erstes Gespräch eingehend berichtet. Giereks allererste Frage – so offenbarte mir T. zögernd – sei gewesen: Wird der Westen gegenüber dem sowjetischen Vorgehen in Afghanistan eine entschlossene, unbeugsame Haltung aufbringen? T. äußerte nicht, welche Antwort er Herrn Gierek auf diese Frage gegeben hat.

7) Ein neuer Gesprächstermin wurde nicht vereinbart, aber locker für das Frühjahr in Aussicht genommen.⁸

[gez.] Gehlhoff

VS-Bd. 13205 (214)

⁶ Zum Vorschlag des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, Gierek, vom 11. Februar 1980 für eine Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 55, Anm. 39.

⁷ Vgl. dazu die Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vom 19. Februar 1980; BULLETIN DER EG 2/1980, S. 88 f. Vgl. dazu auch Dok. 57.

⁸ Ministerialdirigent Lücking informierte Botschafter Gehlhoff, Rom (Vatikan), am 11. März 1980, er sei in der Direktorenbesprechung am selben Tag gebeten worden, „Ihnen mitzuteilen, daß Ihr Be-

**Botschafter Freiherr von Wechmar, New York (VN),
an das Auswärtige Amt**

114-2284/80 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 633

Aufgabe: 10. März 1980, 19.22 Uhr¹
Ankunft: 11. März 1980, 01.39 Uhr

Betr.: Afghanistan

Bezug: DB 622 vom 10.3.1980, AZ.: Pol 322.00 AFG

Zur Unterrichtung

Tschechischer VN-Botschafter Hulinský hat bei von ihm gesuchten längeren Gespräch heute (10.3.1980) die Besorgnis ausgesprochen, daß die Ereignisse in Afghanistan den europäischen Ost-West-Dialog stören und die KSZE-Folgekonferenz in Madrid gefährden können. Seine Sorge war insbesondere, daß die Vereinigten Staaten und andere westliche Länder der Konferenz wegen Afghanistan fernbleiben und dem Boykott der Olympischen Spiele einen Boykott des Madrider Treffens folgen lassen könnten.

Er versicherte, daß die sozialistischen Staaten Osteuropas nach wie vor an dem Konferenztermin festhalten und sich in naher Zukunft in einer (vermutlich in Warschau stattfindenden) Sitzung darauf vorbereiten würden.² Er sähe in dem Madrider Folgetreffen eine Möglichkeit, den Entspannungsprozeß wieder in Gang zu setzen und verband damit zugleich die Hoffnung, daß bis dahin und danach wenigstens die Kontakte zwischen den westeuropäischen und den osteuropäischen Staaten weiter gepflegt werden könnten, wenn dies zwischen Washington und Moskau schon nicht möglich sei.

Ich unterrichtete ihn über die positive Haltung der Bundesregierung hinsichtlich der KSZE-Folgekonferenz und fragte, welche Wirkung denn ein Boykott der Olympischen Spiele in Osteuropa auslösen würde. In seiner Reaktion spielte er die Bedeutung des Fernbleibens wichtiger Sportnationen von den Spielen in Moskau betont herunter und sagte, von einer Rumpfolympiade werde die Welt nicht untergehen. Wichtiger sei, daß der Prozeß der Entspannung fortgesetzt werde.

Ausweichend beantwortete er meine Frage, warum denn in einer Reihe von Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes nur wenig öffentliche Solidaritätsbekennnisse mit dem sowjetischen Vorgehen in Afghanistan zu verzeichnen gewesen seien, und sagte lediglich, die jeweiligen Regierungen hätten ihre öffentli-

Fortsetzung Fußnote von Seite 458

zugsbericht hier als ein besonders wertvoller Beitrag zur Meinungsbildung mit Interesse zur Kenntnis genommen und unverzüglich dem Herrn Bundeskanzler vorgelegt worden ist“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 12; VS-Bd. 13205 (214); B 150, Aktenkopien 1980.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Arnot am 11. März 1980 vorgelegen.
Hat Legationsrat I. Klasse Barker und Oberamtsrat Schlote am 12. März 1980 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Heyken vorgelegen.

² Die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts fand am 14./15. Mai 1980 in Warschau statt. Vgl. dazu Dok. 150, besonders Anm. 5.

chen Stellungnahmen ja abgegeben. Für Spruchbänder und Betriebsversammlungen sei derzeit kein Platz.

Hulinský gab zu verstehen, daß er nicht mit einem baldigen Abzug sowjetischer Truppen aus Afghanistan rechne, was dazu führen könne, daß die Madrider Konferenz in einer Atmosphäre der Konfrontation beginne. In einem solchen Falle käme auf die mitteleuropäischen Staaten eine besondere Verantwortung zu, die er mit dem Begriff „Aufruf zur Mäßigung, Versuch zur Dämpfung“ beschrieb.

Er bedauerte, daß die Besuchsdiplomatie zwischen Ost und West derzeit zum Erliegen gekommen sei³, verwies aber zugleich auf die vielfältigen vertraglichen Verpflichtungen – auch zwischen unseren beiden Staaten –, auf denen man weiterhin aufbauen könne.

Die Unterhaltung wurde von Hulinský defensiv geführt, und es war das deutliche Unbehagen zu spüren, mit dem er die sowjetische Aktion im Sinne der Moskauer Propagandalinie zu erklären versuchte. Er behauptete im übrigen, von einem sowjetischen Gewährsmann in Washington gesagt bekommen zu haben, daß in der dortigen sowjetischen Botschaft die Meinung vorherrsche, Carter sei der Einmarsch in Afghanistan willkommen gewesen, weil es ihm eine für den Wahlkampf⁴ nützliche Politik der Härte gegenüber Moskau erlaubt habe.

Auf meine mehrfachen Fragen, auf welche Weise er denn glaube, wie man Moskau zum Einlenken und Rückzug bewegen könne, wußte er keine Antwort. Das Projekt eines neutralen Afghanistan⁵ bezeichnete er als interessant, fügte aber sogleich hinzu, daß – zumindest gegenwärtig – in der SU dafür keine Gegenliebe vorhanden sei. Er bestritt, daß es im Moskauer Politbüro über die Entscheidung betreffend Afghanistan zu Meinungsverschiedenheiten gekommen sei.

Zusammenfassend hatte ich den Eindruck eines eher flehentlich geführten Gesprächs in der verzweifelten Suche nach einem Ausweg und in der Hoffnung, in der Entspannungspolitik Erreichtes nicht zu zerstören. Er bezog sich dabei im übrigen auch ausdrücklich auf die Rede des BK in New York vor der Foreign Policy Association am 6.3.1980.⁶

Tschechischen Diplomaten in New York war schon früher die Aufgabe zugefallen, Vertreter der BR Deutschland anzusprechen. Obwohl es aus seinen Bemerkungen nicht völlig klar erkennbar war, kann ich im Hinblick auf die Rolle, die der Botschafter in der osteuropäischen Gruppe spielt, nicht ausschließen, daß

³ Vgl. dazu die Verschiebung des Besuchs des ungarischen Außenministers Puja vgl. Dok. 29, Anm. 59. Vgl. dazu die Verschiebung des Besuchs des Bundesministers Genscher in der ČSSR vgl. Dok. 19, Anm. 43.

Vgl. dazu die Verschiebung des Besuchs des Bundeskanzlers Schmidt in der DDR vgl. Dok. 42, Anm. 7.

⁴ Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

⁵ Vgl. dazu die Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vom 19. Februar 1980; BULLETIN DER EG 2/1980, S. 88 f. Vgl. dazu auch Dok. 57.

⁶ Bundeskanzler Schmidt erklärte in einer Rede vor der Foreign Policy Association in New York, er sei sich mit Präsident Carter einig, daß das bisher durch die Entspannungspolitik Erreichte bewahrt und der Dialog zwischen NATO und Warschauer Pakt fortgesetzt werden solle. Für den Wortlaut der Rede vgl. BULLETIN 1980, S. 244–247.

seine Ausführungen auch im Namen zumindest einiger seiner Kollegen gemacht wurden.

[gez.] Wechmar

VS-Bd. 13171 (213)

82

Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt

VS-NfD

Aufgabe: 13. März 1980, 19.40 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 1159

Ankunft: 14. März 1980, 06.04 Uhr

Citissime

Betr.: Gespräch von Ministerpräsident Strauß mit Außenminister Vance

Vance empfing den bayerischen Ministerpräsidenten am 13. März 1980 zu einem etwa fünfzigminütigen Gespräch.²

Ich halte daraus fest:

MP Strauß eröffnete das Gespräch mit dem Hinweis, daß das sowjetische Vorgehen gegenüber der Tschechoslowakei im Jahr 1968³ bewiesen habe, daß die Sowjetunion nicht zögere, militärisch einzugreifen, sobald es um die Erhaltung ihres Herrschaftsbereichs gehe. Für die Sowjetunion trete dann das Interesse an der Wahrung ihrer internationalen Reputation hinter dem Interesse an der Aufrechterhaltung ihres Machtsystems zurück.

Er ging dann auf das deutsch-amerikanische Kommuniqué vom 5.3.⁴ ein und bemerkte, daß darin einige Passagen verschieden ausgelegt werden könnten. Brzezinski habe sich ihm gegenüber jedenfalls sehr kritisch hinsichtlich der

¹ Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 20.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 14. März 1980 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunnühl am 14. März 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher am 16. März 1980 vorgelegen.

² Der bayerische Ministerpräsident Strauß hielt sich vom 11. bis 14. März 1980 in den USA auf. Am 13. März 1980 traf er mit Präsident Carter zusammen. Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 14. März 1980, nach Angaben von Strauß seien dieselben Themen erörtert worden wie mit dem amerikanischen Außenminister Vance. Strauß habe ausgeführt: „Außerdem habe er dem Präsidenten gesagt, daß die 16 Millionen Deutschen in der DDR keine Geiseln, sondern eine lebende Anklage gegen das kommunistische System seien.“ Er habe Carter für dessen Eintreten für die Menschenrechte gedankt. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1167; VS-Bd. 11109 (204); B 150, Aktenkopien 1980.

³ Am 20./21. August 1968 intervenierten Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR. Vgl. dazu AAPD 1968, II, Dok. 261–263 und Dok. 273.

⁴ Für den Wortlaut der gemeinsamen Erklärung des Präsidenten Carter und des Bundeskanzlers Schmidt vgl. BULLETIN 1980, S. 237–240.

Solidarität der europäischen Verbündeten geäußert (excessive rhetoric, poor practical support).⁵

Außenminister Vance bemerkte dazu, es gebe in der Tat zwei Bereiche, in denen erhebliche Meinungsunterschiede bestünden: Einmal in der Frage der Gewährung von Krediten an die Sowjetunion; die USA hätten die Einschränkung und zeitliche Begrenzung von Krediten gefordert, dafür aber nicht die Unterstützung der Verbündeten, einschließlich Großbritanniens, gefunden.⁶ Der zweite Bereich sei die Frage der Teilnahme an den Olympischen Spielen.⁷ Er verstehe, daß dies ein schwieriges Problem sei. Es sei jedoch wichtig, daß der Sowjetunion gerade auch in diesem Bereich unsere gemeinsame Entschlossenheit deutlich gemacht werde. Die mangelnde Unterstützung der amerikanischen Haltung durch die Verbündeten in dieser Frage sei schädlich.

In den anderen Bereichen seien die Verbündeten hilfreich gewesen. Vance nannte im einzelnen die Bereiche Getreidelieferungen⁸, COCOM⁹ und die Lastenteilung hinsichtlich der Stabilisierung in Südwestasien; die Führungsrolle der Bundesrepublik Deutschland in der Türkeihilfeaktion¹⁰ und bei der Unterstützung Pakistans¹¹ hob er lobend hervor. Auch in anderen Bereichen seien die

⁵ Der bayerische Ministerpräsident Strauß traf am 11. März 1980 in Washington mit dem Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Brzezinski, zusammen. Botschafter Hermes, Washington, berichtete dazu am 14. März 1980: „Auf Brzezinskis Wunsch fand das Gespräch unter vier Augen statt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1187; Referat 010, Bd. 178830.

⁶ Zum amerikanischen Wunsch nach Reduzierung der Rahmenkredite für die UdSSR vgl. Dok. 13, Anm. 2.

Zum amerikanischen Wunsch nach Einstellung von Hermes-Bürgschaften für Exporte in die UdSSR vgl. Dok. 63.

⁷ Zur Entscheidung des Präsidenten Carter vom 20. Februar 1980 für einen Boykott der Olympischen Sommerspiele in Moskau vgl. Dok. 60, Anm. 7.

⁸ Zur Einschränkung von Getreidelieferungen in die UdSSR vgl. Dok. 10, Anm. 23.

⁹ Zur Frage der Exportpraxis des COCOM vgl. Dok. 10, Anm. 19, und Dok. 55, Anm. 26 und Anm. 28. Ministerialdirektor Fischer notierte am 27. März 1980: „Die USA haben am 18. März 1980 im Coordinating Committee for East-West-Trade Policy (COCOM) in Paris umfangreiche Vorschläge eingebracht, die zusätzliche Ausfuhrbeschränkungen gegenüber der Sowjetunion zum Ziel haben. Sie sollen nach amerikanischer Vorstellung ab 15. April in etwa 30 Sitzungstagen bis zum 20. Juni 1980 erörtert werden. Die teilweise sehr weitreichenden amerikanischen Vorschläge sehen praktisch die völlige Einstellung von Ausfuhrgenehmigungen für die Lieferung COCOM-genehmigungspflichtiger Waren in die UdSSR und eine bisher nicht vorgesehene beträchtliche Einschränkung des industriellen Technologietransfers im Rahmen von Anlagelieferungen für zahlreiche Industriebereiche auf eine Höchstgrenze von 100 Mio. Dollar vor. Die Verwirklichung dieser Maßnahmen würde den Kernbereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen westlichen Ländern und der UdSSR treffen. Darüber hinaus würde den USA eine Kontrollbefugnis über die bisher nicht von den COCOM-Regeln berührte Ausfuhr von Investitionsgütern in die UdSSR eingeräumt werden. Die US-Vorschläge sollen gegenüber allen RGW-Ländern gelten, in der Praxis könnten die USA auch einschlägige westliche Exporte in die übrigen RGW-Länder und damit z. B. auch den innerdeutschen Handel teilweise kontrollieren, falls sie dies eines Tages für notwendig erachten sollten. Diese weitreichenden Vorschläge dürften kaum konsensfähig sein. Frankreich und Belgien haben im COCOM bereits zu erkennen gegeben, daß sie nicht bereit sind, weitreichende Beschränkungen gegenüber der UdSSR mitzutragen. Es besteht daher die Gefahr, daß die noch bestehende Geschlossenheit der westlichen Bündnispartner und Japans im COCOM auseinanderbrechen könnte.“ Fischer empfahl, die Bundesregierung solle auch mit Blick auf Frankreich „bei den weiteren Erörterungen weder in der einen noch in der anderen Richtung eine Vorreiterrolle einnehmen“ und zuerst die Stellungnahmen Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, Japans und Belgiens abwarten. Vgl. Referat 421, Bd. 122557.

¹⁰ Zur Wirtschafts-, Finanz- und Verteidigungshilfe für die Türkei vgl. Dok. 64, Anm. 11.

¹¹ Zur Wirtschafts- und Finanzhilfe für Pakistan vgl. Dok. 15, Anm. 17, und Dok. 55, Anm. 22.

Verbündeten zu einem gemeinsamen Vorgehen im Sinne einer Lastenteilung bereit.

MP Strauß erwähnte seine kürzlichen Gespräche in Paris. Premierminister Barre habe ihm gegenüber geäußert, die sowjetische Intervention in Afghanistan sei ein Beweis der sowjetischen Schwäche, nicht der Stärke.¹² Man müsse es der Sowjetunion ermöglichen, diese Situation ohne Gesichtsverluste zu bewältigen.

Er, Strauß, sei völlig anderer Ansicht. Er halte es zwar nicht für richtig, von einer Bestrafung der Sowjetunion zu sprechen. Man könne in der Tat von einer Großmacht nicht erwarten, daß sie einen Gesichtsverlust riskiere. Er sei aber der Auffassung, daß die sowjetische Invasion Afghanistans keine Fehlkalkulation, sondern global ein logischer Schritt in der Strategie der sowjetischen Machtpolitik sei.¹³ Man würde diese langfristige Strategie verkennen, wenn man jetzt sein Hauptaugenmerk auf das Problem der Gesichtswahrung lenke.

Zum Begriff der Entspannungspolitik bemerkte MP Strauß, er sei zu einer Leerformel geworden. Alle seien für die Entspannung. In Deutschland habe dieser Begriff eine romantische, fast religiöse Bedeutung erlangt. In Wirklichkeit habe sich die sowjetische militärische Aufrüstung gerade im Jahrzehnt der Entspannung stärker beschleunigt als je zuvor.

Es sei jetzt die gemeinsame Hauptaufgabe, die gegenwärtige Bedrohung allen Verbündeten deutlich zu machen. Erforderlich seien eine gemeinsame Beurteilung und ein konzertiertes Vorgehen. Er, Strauß, lehne hierbei den Begriff der Solidarität ab, weil er impliziere, daß die Verbündeten nur handelten, weil die USA handelten. In Wirklichkeit müsse deutlich gemacht werden, daß das gemeinsame Vorgehen unserem gemeinsamen Interesse entspreche.¹⁴

Ein Beispiel hierfür sei die Frage der Olympischen Spiele. Für ihn stehe außer Zweifel, daß Hitler die ihm zuteil gewordene internationale Reputation nicht erhalten hätte, wenn die Olympischen Spiele in Berlin 1936¹⁵ nicht stattgefunden hätten. Eine Nichtteilnahme an den Moskauer Spielen liege deshalb auch im eigenen deutschen Interesse.

Zur Frage der Wirtschaftssanktionen führte Strauß aus, er trete für eine Erweiterung der COCOM-Liste ein. Hinsichtlich der Nichtteilnahme Argentiniens an dem Getreideembargo¹⁶ müsse man sich fragen, ob es nicht angezeigt sei,

¹² Zum Gespräch des bayerischen Ministerpräsidenten Strauß mit Ministerpräsident Barre am 12. Februar 1980 in Paris vgl. Dok. 48.

¹³ So in der Vorlage.

¹⁴ Der Passus „Erforderlich seien ... Interesse entspreche“ wurde von Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Da hat er m. E. einen Punkt.“

¹⁵ Die XI. Olympischen Sommerspiele fanden vom 1. bis 16. August 1936 in Berlin statt.

¹⁶ Am 16. Januar 1980 wurde in der Presse berichtet: „Die Getreidelieferungen Argentiniens an den Weltmarkt werden allein durch die Marktkräfte bestimmt werden, erklärte der argentinische Landwirtschaftsminister, Jorge Zorreguieta, am Montag in Buenos Aires. Nach seinen Ausführungen scheint die Haltung Argentiniens gegenüber dem amerikanischen Teilembargo der Getreideausfuhr nach der UdSSR von den USA falsch interpretiert worden zu sein. [...] Nach Zorreguieta widersetzt sich sein Land einem solchen Boykott, da die Politik Argentiniens darauf ausgerichtet sei, keine wirtschaftlichen Sanktionen als Waffe in der internationalen Politik einzusetzen. Argentinien lehne es ab, an Entscheidungen für politische Ereignisse teilzunehmen, in welche es nicht verwickelt sei.“ Vgl. den Artikel „Argentinische Ablehnung des US-Getreideembargos“, NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe vom 16. Januar 1980, S. 11.

auf bessere Beziehungen zu Argentinien, aber auch zu Brasilien und Chile hinarbeiten. Seine Position zu dem übrigen Handel mit der Sowjetunion charakterisierte der Ministerpräsident mit der Formel „cash and carry“; Vorfinanzierungen unserer Exporte an die Sowjetunion und ratenweise Rückzahlungen sollten beendet werden. Dies schlug er vor, allerdings sollte es für die Bundesrepublik Deutschland nur gelten, wenn die anderen mitmachten.

Die osteuropäischen Satelliten sollten allerdings von solchen Einschränkungen nicht betroffen werden.

Zur Verteidigungspolitik stellte MP Strauß seine Position wie folgt dar:

- Die Entsendung deutscher Truppen in den Persischen Golf komme nicht in Betracht.
- Bundesrepublik müsse das Panzermodernisierungsprogramm von 1985 auf 1983 vorziehen.
- Die Türkei sollte den Leopard I erhalten.
- Zur Entlastung der alliierten Flottenverbände im Atlantik sollten die ursprünglich geplanten sechs zusätzlichen Fregatten für die Bundesmarine doch gebaut werden.
- Die Infrastruktur für „big lift“ müsse verbessert werden.
- Die Bundesrepublik Deutschland müsse die Führungsrolle in der Türkeihilfe übernehmen. Wir seien dafür am besten geeignet, weil unser Verhältnis zur Türkei ungetrübt sei.
- Er, Strauß, sei im übrigen auch bereit, zwei oder drei Zerstörer in den Persischen Golf zu schicken; dabei könne es sich allerdings nicht um eine militärische Aktion als vielmehr um eine Geste zur Demonstration unserer Solidarität handeln.

Zur Neutralisierung Afghanistans¹⁷ bemerkte Ministerpräsident Strauß, er lehne diesen Begriff ab. Die Sowjetunion werde niemals eine Neutralisierung akzeptieren, die Blockfreiheit, Unabhängigkeit und Souveränität bedeute. Moskau werde Afghanistan nicht aus seinem Herrschaftsbereich entlassen.

Ein Zusammenbruch des Regimes in Kabul oder ein Rückzug aus Afghanistan sei für Moskau nicht akzeptabel, weil dies mit schwerwiegenden politischen und psychologischen Konsequenzen für den gesamten sowjetischen Herrschaftsbereich, aber auch für die sowjetische Politik gegenüber Pakistan und der Nahostregion verbunden wäre.¹⁸

Der Westen müsse dafür sorgen, daß Moskau einen hohen Preis zahle: Der Sowjetunion müsse eine „psychologische und politische Niederlage“ zugefügt werden.

Dies sei nur unter der Voraussetzung großer und gemeinsamer Anstrengungen des Westens möglich. Nur so könne das in den siebziger Jahren in Afrika und anderswo verlorene Terrain wiedergewonnen werden. Die kommenden Jahre

¹⁷ Vgl. dazu die Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vom 19. Februar 1980; BULLETIN DER EG 2/1980, S. 88 f. Vgl. dazu auch Dok. 57.

¹⁸ Der Passus „Er, Strauß, sei im übrigen ... verbunden wäre“ wurde von Vortragendem Legationsrat Edler von Braunnühl hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Begründung der Ablehnung (Haltung der SU) ist interessant!“

seien entscheidend; sie würden für das globale machtpolitische Verhältnis zur Sowjetunion eine schwierige Testperiode bringen („test and trial“).

Vance bemerkte, er teile die Beurteilung der Lage durch den Ministerpräsidenten weitgehend. An den Sanktionen gegenüber der Sowjetunion müsse, anders als im Falle der Tschechoslowakei 1968, entschlossen festgehalten werden.

Die Verbündeten müßten gemeinsam beweisen, daß sie zur Sicherung der Ölversorgung imstande seien.

Hierzu warf Strauß ein, wir müßten auch die arabischen Monarchien in der Region unterstützen. Vance fuhr fort, die Lastenteilung unter den Verbündeten könne verbessert werden. Es sei jetzt die gemeinsame Aufgabe, in enger Zusammenarbeit den Rahmen für eine Stabilisierung des Nahen und Mittleren Ostens zu entwickeln.

Gegenwärtig liege kein Hinweis dafür vor, daß die Sowjetunion zu einem Rückzug aus Afghanistan bereit sei. Man müsse sich fragen, was mit dem Begriff der Neutralität gemeint sei. Dazu gehöre seiner Auffassung nach außer einem militärischen Rückzug auch, daß die Sowjetunion eine vom afghanischen Volk akzeptierte Regierung zulasse.¹⁹

MP Strauß erwiderte, eine Hauptaufgabe müsse es sein, der Einschüchterung afrikanischer und anderer Staaten der Dritten Welt durch die Sowjetunion entgegenzuwirken. Präsident Senghor habe ihm gegenüber vor einiger Zeit seine diesbezüglichen Befürchtungen im Zusammenhang mit der Westsahara-Frage geäußert. Auch Prinz Fahd habe ihm gegenüber ähnliche Sorgen zum Ausdruck gebracht; es gebe Mitglieder der königlichen saudischen ²⁰Familie, die Angst vor der sowjetischen Macht hätten und deshalb nach besseren Beziehungen zur Sowjetunion suchten. Fahd habe im übrigen scharfe Attacken gegen Israel vorgebracht; er, Strauß, habe darauf erwidert, daß nicht Israel, sondern die Sowjetunion der wahre Feind Saudi-Arabiens sei.

Die arabische Halbinsel sei eine Krisenregion (crises area). Die Stabilität arabischer Regierungen sei auf Sand gebaut. Wir könnten es nicht zulassen, daß wir in unserer Ölversorgung von sowjetischem Wohlwollen abhängig würden. Eine Bedrohung unserer Ölversorgung wäre eine Bedrohung unseres gesamten Systems. Sie würde unsere Finnlandisierung bedeuten.

Strauß fügte hinzu, er sei sich der dauerhaften inneren Stabilität der Bundesrepublik Deutschland nicht so sicher.

Unsere gegenwärtige Stabilität hänge von einer Reihe von Bedingungen wie dem freien Welthandel, dem hohen Lebensstandard und der niedrigen Arbeitslosigkeit ab. Man könne nicht wissen, wie widerstandsfähig dieses System gegen krisenhafte Entwicklungen sei.

Er habe dem Bundeskanzler gegenüber darauf hingewiesen, daß es zwischen uns und den USA keine Differenzen, sondern nur gemeinsame Interessen geben dürfe.

¹⁹ Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

²⁰ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1160 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

Es sei richtig, daß die sowjetischen Panzer nur 35 Meilen weit von Hamburg stünden; andererseits benötigten die sowjetischen Raketen auch nur wenige Minuten, um die USA zu treffen.

Obwohl er Gaullist genannt worden sei, halte er die gegenwärtige unabhängige französische Politik nicht für richtig.

Er unterstütze die amerikanische Politik und wolle dazu nur eine Bitte äußern, nämlich, daß die USA an dieser Politik festhielten.

Vance: Das tun wir. Die Schlüsselfrage zur Stabilisierung des Nahen Ostens sei die Palästinenserfrage.

Strauß erwiderte, Präsident Sadat sei ein großer Mann; er müsse unterstützt werden. Israel sollte die Siedlungspolitik²¹ beenden und einen Teil der Westbank als symbolische Geste den Arabern übergeben, um es jedenfalls einigen Mitgliedern der Ablehnungsfront zu ermöglichen, sich einer Nahost-Friedenslösung anzuschließen. Eine Front gegen die Sowjetunion im Nahen Osten könne nur zustande kommen, wenn das Nahost-Problem einer Lösung zugeführt werde.

Hinsichtlich größerer deutscher Verteidigungsanstrengungen habe er, Strauß, gemeinsam mit Kohl und Zimmermann Gespräche mit dem Bundeskanzler und den Ministern Genscher und Apel geführt²² und dabei vorgeschlagen, das Steuerentlastungsprogramm, bei dem es um einen Betrag von 17 Milliarden²³ DM gehe, zu verschieben oder zu kürzen. Der dadurch freiwerdende Betrag sollte zur Stärkung unserer Verteidigungskraft eingesetzt werden.

Vance bemerkte dazu, wir könnten darauf vertrauen, daß die Vereinigten Staaten ihre Verteidigungskraft in drei Bereichen stärken werden: im strategischen Bereich, im TNF-Bereich und Bereich konventioneller Waffen. Präsident Carter sei entschlossen, die Verteidigungsausgaben in den nächsten Jahren um jährlich mehr als drei Prozent zu erhöhen, um dieses Programm durchführen zu können.

Abschließend bemerkte MP Strauß, es sei seine politische Stärke, daß er nicht mit innerparteilichen Schwierigkeiten zu kämpfen habe.²⁴

[gez.] Hermes

Referat 010, Bd. 178830

²¹ Zur israelischen Siedlungspolitik vgl. Dok. 38, Anm. 11.

²² Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Strauß und den Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Kohl, bzw. der CSU-Landesgruppe, Zimmermann, am 24. Januar 1980 vgl. Dok. 23.

²³ Ab hier verstümmelte Übermittlung des Drahtberichts.

An dieser Stelle vermerkte Vortragender Legationsrat Edler von Braunmühl handschriftlich: „Angefordertes Klar-Text kommt erst um 15 Uhr.“

Ergänzung anhand des unverstümmelt übermittelten Drahtberichts Nr. 1160; Referat 204, Bd. 115945.

²⁴ Referat 204 vermerkte am 18. März 1980, Ministerpräsident Strauß habe „gelegentlich geäußert, die amerikanische Administration stehe der Politik der Opposition näher als derjenigen der Bundesregierung; einzelne amerikanische Gesprächspartner hätten ihm gegenüber Unzufriedenheit mit dem Verbündeten zum Ausdruck gebracht“. Referat 204 bemerkte hierzu: „Ein Vorwurf mangelnder Solidarität ist in keinem der Gespräche, über die wir Vermerke haben (alle außer Carter-, Brzezinski-, Brown-Gespräch) erhoben worden.“ Der Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Brzezinski, und der amerikanische Außenminister Vance hätten in ihren öffentlichen Stel-

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem indischen Außenminister Rao

340-321.11 INI VS-NfD

17. März 1980¹

Gespräch des Bundesministers des Auswärtigen mit dem indischen Außenminister Rao am 17.3.80 von 11.00 bis 15.30 Uhr²

Anwesend: Botschafter M.A. Rahman, StS Krishnan, StS Dr. Lautenschlager (nur während Teil II), MD Dr. Blech (nur während Teil I), MDg Dr. Petersen, VLR I Weber (als Dolmetscher).

I. *BM* begrüßt den Gast. Er freue sich, daß *AM Rao* Gelegenheit genommen habe, auf seiner Rückreise von New York einen Aufenthalt in Bonn einzulegen. Die Bundesrepublik lege großen Wert auf die Beziehungen zu Indien, die eine gute Tradition haben; für die Wiederholung der Einladung nach Indien, die er leider zu dem vorgesehenen Zeitpunkt nicht habe wahrnehmen können³, bedanke er sich. In dieser kritischen Zeit sei es wichtig, daß Indien und die Bundesrepublik Deutschland die Gelegenheit nähmen, über ihre gemeinsamen Besorgnisse zu sprechen.

AM bedankt sich für die freundliche Aufnahme und erklärt seine Bereitschaft, die deutsche Auffassung über die schwierige Weltsituation zu erfahren; dies ins-

Fortsetzung Fußnote von Seite 466

lungennahmen vielmehr die Solidarität der Verbündeten positiv bewertet und die Bundesrepublik besonders hervorgehoben: „Ein Vergleich der von MP Strauß in Washington vertretenen Linie in den wesentlichen Punkten zeigt, daß er sich bis auf wenige Ausnahmen nicht weit von der Linie der Bundesregierung in Washington entfernt“. Vgl. Referat 204, Bd. 115945.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Petersen am 24. März 1980 gefertigt und von Vortragendem Legationsrat Siemes am 25. März 1980 über Staatssekretär van Well an Bundesminister Genscher „mit der Bitte um Genehmigung“ weitergeleitet.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 2. April 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Original“ an 340. Vermerk kann z.Zt. nicht zur Billigung vorgelegt werden.“ Vgl. den Begleitvermerk; Referat 010, Bd. 178801.

² Der indische Außenminister Rao hielt sich am 17. März 1980 auf der Rückreise von der Ministerkonferenz der Gruppe der 77 vom 11. bis 15. März 1980 in New York in der Bundesrepublik auf.

Bundeskanzler Schmidt führte am 17. März 1980 ebenfalls ein Gespräch mit Rao. Ministerdirektor von Staden, Bundeskanzleramt, vermerkte am 18. März 1980, Schmidt habe dabei dargelegt, niemand könne die UdSSR zum Abzug aus Afghanistan zwingen: „Man müsse eine Lösung aus Elementen der Gesichtswahrung und des Drucks finden. [...] In unserer Sicht sei die militärische Besetzung Afghanistans nicht so sehr eine Verletzung der Prinzipien des West-Ost-Verhältnisses als eine Verletzung der Verhaltensregeln im Verhältnis zu den nichtgebundenen Ländern.“ Deshalb habe Schmidt Indien eine wichtige Rolle zugemessen. Die derzeitige Lage stelle eine Bedrohung für Indien, Pakistan und Iran dar. Die Bundesrepublik liefere Pakistan keine Waffen, steigere aber die Wirtschaftshilfe, die momentan weniger als ein Drittel derjenigen für Indien betrage. Rao habe entgegnet, Indien habe „keine Lösung, man habe kein Schema, man habe nicht einmal eine feste Richtung“. Die UdSSR werde entscheiden müssen, ob sie sich die islamische Welt zum Feind machen wolle. Schmidt habe erklärt, er lege Wert darauf, Ministerpräsidentin Gandhi bei der bevorstehenden Beisetzung von Staatspräsident Tito zu sprechen: „Man müsse zu ernsthaften Gesprächen zwischen Entwicklungsländern und Industrieländern gelangen. Die bisherigen Mißerfolge seien ärgerlich und enttäuschend.“ Vgl. Bundeskanzleramt; AZ: 21-30 100 (56), Bd. 52; B 150, Aktenkopien 1980.

³ Zur Verschiebung des Besuchs des Bundesministers Genscher in Indien vgl. Dok. 29, Anm. 31.

besondere im Hinblick auf die verschiedenen Besuche, die der Bundesminister kürzlich gemacht habe.

Auf Bitte BM erklärt AM Rao zunächst, wie sich in indischer Sicht die Krise darstelle.

AM: Für die neue indische Regierung sei die Afghanistan-Krise überraschend gekommen. Die Regierung sei noch nicht einmal vereidigt gewesen.⁴ Seit dieser Zeit stünde die Außenpolitik im Vordergrund aller Überlegungen von Premierministerin Gandhi. Die indische Auffassung sei in öffentlichen Reden und Erklärungen bereits hinreichend zum Ausdruck gekommen. Indien habe klargemacht, daß kein Land durch Truppen eines anderen Staates besetzt sein sollte. Die Entwicklung sei dann sorgfältig verfolgt worden; die Reaktion der Vereinigten Staaten (Waffenlieferungen an Pakistan) habe Indien außerordentlich beunruhigt. Vor allen Dingen befürchte man eine Eskalation der Krise mit der Folge, daß die gesamte Region erfaßt werde. Pakistan gegenüber habe man sofort diese Besorgnis mitgeteilt. In der Folge habe man Gromyko⁵, die Präsidenten von Frankreich⁶ und Bangladesch⁷, die Könige von Bhutan⁸ und Nepal⁹ und den Außenminister von Ungarn¹⁰ empfangen. Die Auffassung Indiens und seiner Gesprächspartner über die Genesis der Krise sei zwar differenziert gewesen; Einigkeit habe jedoch darin bestanden, daß es jetzt darauf ankäme, Weiterungen zu vermeiden.

Der nächste Schritt müsse nun sein, praktische Wege für eine brauchbare Lösung (*viable solution*) zu finden.

Indien habe einstweilen keinen Plan, aber ein „objective“. Den europäischen Vorschlag eines neutralen und ungebundenen Afghanistan¹¹ hätte die indische Regierung mit Interesse zur Kenntnis genommen. Indien selber spräche lieber von einem unabhängigen und blockfreien Afghanistan. Man wisse, daß Freunde Indiens meinten, Indien selbst solle eine Rolle bei der Lösung der Krise spielen. Ihn, den Außenminister, interessierten in diesem Zusammenhang unsere Vorstellungen. Nach seiner Auffassung sollten Indien und die Bundesrepublik in den relevanten Fragen ihren Kontakt aufrechterhalten und u. U. auch ihre Schritte miteinander koordinieren.

BM erläutert seinem Gast die Stellung der Bundesrepublik im Ost-West-Zusammenhang als eine Folge des Zweiten Weltkrieges, unsere Einbindung in die Europäische Gemeinschaft und das NATO-Bündnis. Die Teilung unseres Volkes sei eine bedrückende Tatsache; so erkläre sich unser starkes Interesse an einer Fortsetzung der Entspannungspolitik; wir würden unter einem Rückfall in den Kalten Krieg mehr leiden als andere.

⁴ Bei den Wahlen zum indischen Parlament am 3. und 6. Januar 1980 gewann die Kongreß-I-Partei mehr als zwei Drittel der Parlamentssitze. Am 10. Januar 1980 wurde die Vorsitzende der Kongreß-I-Partei, Gandhi, zur neuen Ministerpräsidentin ernannt.

⁵ Der sowjetische Außenminister Gromyko besuchte am 12./13. Februar 1980 Indien.

⁶ Staatspräsident Giscard d'Estaing hielt sich vom 25. bis 29. Januar 1980 in Indien auf.

⁷ Präsident Rahman besuchte am 21./22. Januar 1980 Indien.

⁸ König Jigme Singye Wangchuk hielt sich vom 22. bis 25. Februar 1980 in Indien auf.

⁹ König Birendra besuchte Indien vom 6. bis 8. März 1980.

¹⁰ Der ungarische Außenminister Puja hielt sich vom 29. Februar bis 5. März 1980 in Indien auf.

¹¹ Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vom 19. Februar 1980 vgl. BULLETIN DER EG 2/1980, S. 88 f. Vgl. dazu auch Dok. 57.

Mit großem Interesse und mit Sympathie beobachteten wir die Blockfreien. Die Bewegung habe nicht nur unseren Respekt, wir hielten die Bündnisfreiheit der meisten Staaten der Dritten Welt auch für einen wichtigen Faktor bei den Bemühungen um die Erhaltung des Weltfriedens. Wichtig sei es, daß die Bewegung der Blockfreien ihre Identität bewahre und daß der Grundgedanke der Blockfreiheit erhalten bleibe. Es wäre nach unserer Auffassung ein schwerer Fehler, den Ost-West-Gegensatz auf die Dritte Welt zu übertragen. Wir, die Bundesrepublik, wünschten dies auf keinen Fall. Unsererseits strebten wir nicht nach Einflußzonen, sondern nach einem partnerschaftlichen Verhältnis zu den Ländern der Dritten Welt. Dies meinten wir sowohl politisch wie ökonomisch.

Aus dieser prinzipiellen Haltung heraus sähen wir die Entwicklung in Afghanistan mit besonderer Besorgnis. Die Anwesenheit von Sowjettruppen verletze die Ungebundenheit Afghanistans als eines Mitgliedes der Bewegung der Blockfreien. Hier liege der Ausgangspunkt für den europäischen Vorschlag. Wir verwendeten mit Absicht nicht den Begriff der Neutralisierung. Mit Indien seien wir der Auffassung, daß es um die Wiederherstellung von Unabhängigkeit und Ungebundenheit Afghanistans gehe. Eine von dritten Staaten aufgezwungene Neutralisierung würde das Selbstbestimmungsrecht des afghanischen Volkes verletzen. Es gelte, Afghanistan aus dem Gegensatz Ost–West und insbesondere aus der Auseinandersetzung zwischen den Supermächten herauszuhalten. Jetzt müßten wir überlegen, wie das konkretisiert werden könne. Als Freund Indiens glaubten wir in der Tat, daß Indien hierbei eine besondere Rolle spielen könne.

Wir hätten selbstverständlich die Konferenz der Blockfreien in Havanna¹² beobachtet und hätten dabei mit Genugtuung feststellen können, daß die Blockfreien selbst erkannt haben, daß die Sowjetunion nicht ihr natürlicher Verbündeter sei. Ebenso falsch wäre es allerdings nach unserer Auffassung, den Westen als natürlichen Verbündeten der Blockfreien darstellen zu wollen.

Das Bemühen Indiens um eine Verständigung mit Pakistan werde von uns positiv bewertet.

Ziel unseres Bemühens sei die Erfüllung der Afghanistan-Resolution der VN-Generalversammlung.¹³ Nach unserer Auffassung ließe sich dies erreichen, wenn man eine Lösung findet, bei der aus dem Rückzug der sowjetischen Truppen niemand Vorteile ziehen könne; auch nicht der Westen.

Die Sowjetunion sei am besten beraten, wenn sie erkenne, daß ein blockfreies Afghanistan auch ihren eigenen Sicherheitsinteressen am besten entspreche. Es möge sowjetische Militärs geben, die den gegenwärtigen Zustand oder eine dauernde Besetzung Afghanistans als einen Vorteil für die SU ansähen. Wir bezweifelten die Richtigkeit einer solchen Einschätzung.

Nach unserer Auffassung stünde die Welt jetzt an einer historischen Wende. Die Staaten begännen, die Methoden zur Wahrung ihrer Interessen anders einzuschätzen. Im 19. Jahrhundert hätten die Mächte geglaubt, daß die Beherrschung

¹² Die sechste Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten fand vom 3. bis 9. September 1979 in Havanna statt. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 266.

¹³ Zur Resolution ES-6/2 der Notstandssondertagung der VN-Generalversammlung vom 14. Januar 1980 vgl. Dok. 14, Anm. 11.

anderer das beste Mittel zur Wahrung der eigenen Interessen sei. Es sei ein langer Weg bis zur Erlangung der Überzeugung gewesen, daß dies falsch ist.

AM fragt, ob wir Informationen über die Absichten der Beteiligten und über ihre Bereitschaft, an einer Lösung mitzuwirken, hätten, und wie eine solche Lösung aussehen solle.

BM: Die Prinzipien zu definieren, wie ein blockfreies Land aussehen solle, sei sehr schwierig. Nach unserem Eindruck herrsche in der Europäischen Gemeinschaft Einigkeit hierüber. Auch die USA unterstützten unsere Vorstellungen. AM Vance habe ihm, BM, gegenüber bereits einen Tag nach dem Kommuniqué vom 19. Februar spontan seine Unterstützung für den europäischen Plan zum Ausdruck gebracht.¹⁴

Interessant sei es, daß sich bei den Staaten des Warschauer Paktes die Haltung der kleinen Länder erheblich von derjenigen der SU unterscheide.¹⁵ Die kleineren WP-Staaten seien zwar verpflichtet, im Hinblick auf die ideologische Verbundenheit mit der SU ihre Solidarität mit dem Vorgehen in Afghanistan öffentlich zu bekunden. In Wirklichkeit seien diese Staaten jedoch wegen der politischen Konsequenzen sehr besorgt. Sie fürchteten um ihre eigene Sicherheit und seien auch wegen der wirtschaftlichen Probleme beunruhigt.

Auch die DDR bemühe sich, ihre Beziehungen zur Bundesrepublik unberührt von der Afghanistan-Krise zu halten.¹⁶ AM Puja habe das anlässlich seines Besuchs in Indien sicherlich bestätigt. Auch der Vorschlag einer europäischen Abrüstungskonferenz, den der polnische Parteichef Gierek gemacht habe¹⁷, sei ein Anhaltspunkt für eine prinzipiell von der SU verschiedene Einstellung der kleineren osteuropäischen Länder. Der Gierek-Vorschlag decke sich nach unserer Auffassung nicht nur dem Namen nach, sondern auch inhaltlich weitgehend mit einem früheren Vorschlag des Westens¹⁸. Nach unserer Auffassung sollte auch das KSZE-Folgetreffen in Madrid stattfinden. Das in der Helsinki-Schlußakte¹⁹ vorgesehene Wissenschaftsforum habe kürzlich in Hamburg stattgefunden, und es sei bemerkbar gewesen, daß keiner der Teilnehmer die Veranstaltung scheitern lassen wollte.²⁰

Wir könnten uns aus diesen Gründen vorstellen, daß die Osteuropäer über eine politische Lösung der Afghanistan-Krise erleichtert sein würden.

Nach unserer Auffassung sei die SU von einer Fehleinschätzung der Reaktionen sowohl in Afghanistan selbst als auch im Westen und in der Dritten Welt

¹⁴ Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Vance am 20. Februar 1980 vgl. Dok. 55.

¹⁵ Zur Haltung Polens zur sowjetischen Intervention in Afghanistan vgl. Dok. 80.

Zur Haltung der ČSSR vgl. Dok. 81.

Zur Haltung Rumäniens vgl. Dok. 68.

¹⁶ In einem Schreiben an Bundeskanzler Schmidt sprach sich der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, am 28. Januar 1980 für eine Fortsetzung der Zusammenarbeit ungeachtet der Entwicklung der internationalen Lage aus. Vgl. dazu BONN UND OST-BERLIN, S. 489 f.

¹⁷ Zum Vorschlag des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, Gierek, vom 11. Februar 1980 für eine Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 55, Anm. 39.

¹⁸ Zum französischen Vorschlag einer Konferenz für Abrüstung in Europa vgl. Dok. 1, Anm. 11.

¹⁹ Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

²⁰ Zum Wissenschaftlichen Forum der KSZE vom 18. Februar bis 3. März 1980 in Hamburg vgl. Dok. 75.

ausgegangen. Jetzt käme es darauf an, daß sie aus dieser Falschbeurteilung die richtigen Folgerungen ziehe. Dabei werde die SU sicher eher bereit sein, Anregungen aus der Dritten Welt zu folgen als Anregungen aus dem Westen. Indien könne aufgrund seines großen moralischen Ansehens und seines bisher geleisteten Beitrages zur Erhaltung des Weltfriedens in der Tat hier eine entscheidende Rolle spielen. Sicher würde Indien unsere Sorge teilen, daß die SU bei einer Fortsetzung dieser Politik der Intervention dem Grundgedanken der Ungebundenheit nachhaltigen Schaden zufügt und das Kräftegleichgewicht in bedrohlicher Weise verändert. Man müsse sehen, daß die USA, die früher ein erhebliches Übergewicht gehabt hätten, hiervon keinen den Frieden gefährdenden Gebrauch gemacht hätten. Bereits mit dem ersten SALT-Abkommen²¹ hätten die USA gezeigt, daß sie ihr Übergewicht nicht zur Machtausweitung benutzen wollten, sondern im Gegenteil bereit waren, sich mit der SU auf eine Erhaltung des Gleichgewichts zu verständigen.

AM: Ich möchte auf einen Punkt zurückkommen. Sie sagten eben, daß die Osteuropäer ihre speziellen Sorgen hätten. Haben sie diese der SU auch zur Kenntnis gebracht?

BM: Das kann man nur vermuten. Nehmen Sie einen geschichtlichen Vergleich: In Ungarn 1956²² und in der Tschechoslowakei 1968²³ waren die sowjetischen Aktionen von ständigen Erklärungen der Solidarität und der Unterstützung seitens der kleinen osteuropäischen Staaten begleitet. Dies ist jetzt grundsätzlich anders.

AM: Ich bin der gleichen Auffassung. Die Reaktionen der Osteuropäer haben besonderes Gewicht. Auch Indien hat der SU seine Auffassung sehr klar gesagt. Nach unserer Meinung kann eine Lösung nur dann erreicht werden, wenn auch die SU zur Auffassung kommt, daß sie im Interesse eine Lösung mit anderen zusammenarbeiten muß, weil sie andernfalls isoliert wird.

BM: Ich glaube, daß die Haltung der Dritten Welt einen entscheidenden Eindruck auf die SU machen wird. Sie wird aber auch nicht unbeeindruckt bleiben von der Haltung der übrigen Staaten des Warschauer Paktes.

AM: Wir stehen also vor folgender Situation: Die ungebundenen Länder haben ihren Standpunkt bereits klargemacht. Osteuropa hat das, wie Sie sagen, auch getan. Die indische Stimmhaltung in New York war berechnet. Sie sollte es ermöglichen, uns die Wege zu einer Lösung unter Einschluß der SU offenzuhalten.

BM: Wir haben uns die Frage gestellt, welche Bedeutung Ihre Haltung in New York hatte. Ihre jetzigen Feststellungen sind für uns außerordentlich wichtig.

²¹ Am 26. Mai 1972 unterzeichneten der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, und Präsident Nixon in Moskau einen Vertrag über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) und ein Interimsabkommen über Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waffen (SALT) mit Protokoll. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 944, S. 4–26. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 392–398.

Vgl. auch die vereinbarten und einseitigen Interpretationen zu den Verträgen; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 67 (1972), S. 11–14. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 398–404.

²² Nach dem Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt intervenierten am 4. November 1956 sowjetische Truppen.

²³ Am 20./21. August 1968 intervenierten Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR. Vgl. dazu AAPD 1968, II, Dok. 261–263 und Dok. 273.

AM: Die Weltmeinung scheint also klar zu sein. Was nun?

BM: Ich komme auf den Gedanken einer Präferenz der SU für Vorschläge aus der Dritten Welt zurück. Wegen dieser Ausgangslage habe ich meinen europäischen Kollegen in Rom²⁴ auch gesagt, daß wir mit unseren eigenen Vorschlägen nicht zu konkret werden dürfen. Wir müssen ohne eigenen Ehrgeiz an die Sache herangehen.

AM fragt nach unserer Kenntnis der inneren Entwicklung in Afghanistan.

BM: Erlauben Sie einen historischen Exkurs. Afghanistan lag unter früheren Regierungen ideologisch nicht auf der gleichen Linie wie die SU, war jedoch in politischer Beziehung ein mit der SU befreundetes Land. Dann hat sie jedoch einen alten Fehler der früheren Kolonialmächte wiederholt und mit ihrer Hilfestellung bei der Errichtung einer kommunistischen Herrschaft in Afghanistan²⁵ sich die Mehrheit des afghanischen Volkes zu Feinden gemacht.

Über die gegenwärtige Lage in Afghanistan haben wir keine zuverlässigen Informationen. Wenn jedoch die SU 60–100 000 Mann Truppen nach Afghanistan schicken muß, dann kann man daraus nur den Schluß ziehen, daß das herrschende Regime im Volk keinerlei Rückhalt hat.

II. *StS* fragt nach Verlauf des Ministertreffens der 77 in New York.²⁶

AM: Zweck des Treffens war die Formulierung der Auffassung der 77 über die bevorstehenden globalen Verhandlungen. Es gab einen intensiven Meinungsaustausch über die wünschenswerte Tagesordnung, den Zeitplan und die Verfahrensregeln. Der Plenarausschuß (Committee of the Whole) wird die Fragen noch weiter diskutieren.

StS: Hat man bestimmte Prioritäten vorgeschlagen?

AM: Wir haben zwar eine Liste von Fragen aufgestellt, die den EL als prioritär erscheinen, jedoch hat man keine Reihenfolge festgesetzt nach der Wichtigkeit der Einzelthemen.

Krishnan: Die 77 haben die Absicht, insoweit sich eine gewisse Flexibilität zu erhalten.

StS: Sind Energiefragen in die Liste aufgenommen worden?

AM: Auch hierüber gab es Konsensus auf dem Treffen in New York. Allerdings sei der Grad der Zustimmung, dieses Thema aufzunehmen, unterschiedlich gewesen.

²⁴ Zur Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 19. Februar 1980 vgl. Dok. 57.

²⁵ Zum Staatsstreich vom 27. April 1978 in Afghanistan vgl. Dok. 31, Anm. 4.

²⁶ Referat 402 vermerkte am 14. März 1980, vom 11. bis 15. März 1980 habe in New York eine Ministerkonferenz der Gruppe der 77 stattgefunden: „Kennzeichnend für die derzeitige Situation ist das Unvermögen der G 77, sich auf eine gedrängte, nur wichtige Punkte umfassende Themenliste oder ein konkretes Programm für die wirtschaftliche Zusammenarbeit untereinander als gemeinsame Basis für den Nord-Süd-Dialog zu einigen. Es ergeben sich insbesondere auch Schwierigkeiten bezüglich einer Abstimmung der übrigen EL mit den OPEC-Ländern. Bezeichnend ist, daß die Golfstaaten an dem Ministertreffen nicht durch Minister vertreten waren. Eines der Haupthindernisse für substantielle Beratungen innerhalb der 77 scheint die Zurückhaltung der OPEC-Staaten über die Frage der Diskussion über Energiefragen zu sein. Es sind daher auch schon zweifelnde Stimmen aufgetreten, ob die OPEC-Länder überhaupt Interesse an einer Abhaltung der neuen globalen Verhandlungen hätten, somit also den Dialog überhaupt gefährden könnten.“ Vgl. Referat 340, Bd. 113104.

StS stellt die Frage nach der Haltung der 77 zu dem Gedanken von vorgeschalteten Gipfelgesprächen.

AM: Ich habe mit GS Waldheim darüber gesprochen, der sich allerdings nicht darüber im klaren war, wie ein solches Gipfeltreffen organisiert werden sollte. Er jedenfalls wollte hierzu nicht einberufen. Er, *AM Rao*, als Vorsitzender der 77 habe auch nicht die Absicht, dies zu tun, meine jedoch, daß es eine solche Art von Zusammentreffen geben müsse. Es müsse zunächst einmal allen Regierungen Zeit gelassen werden, über diese Frage nachzudenken.

StS: Auch wir stehen am Beginn unserer eigenen Überlegungen. Der Minister-rat der EG befaßte sich damit. Das gleiche gelte für den bevorstehenden Sieben-er-Gipfel in Venedig.²⁷ Besonders schwierig sei die Frage, wer an einem der SGV vorgeschalteten Treffen ausgewählter Regierungen teilnehmen solle. Waldheim denke offensichtlich an ein Treffen nach dem Muster Jamaika²⁸, also sehr informell.

Krishnan: Waldheim denkt sogar an mehrere Treffen.

StS: Als Gastland biete sich Mexiko an, es gehöre zu den 77, sei Ölproduzent, aber nicht OPEC-Mitglied.

Krishnan: Nach indischer Auffassung könne ein vorgeschaltetes Gipfeltreffen etwa nach dem Muster der Brandt-Kommission²⁹ arbeiten, d.h. mit dem Ziel, ein größtmögliches Maß an Übereinstimmung zu erzielen (generating common will).

AM: Auf jeden Fall ist der Zweck eines solchen Gipfeltreffens außerordentlich beschränkt; man sollte sich auf das Studium der einschlägigen Fragen und auf gegenseitige Konsultationen beschränken.

BM stimmt zu. Alles andere ist unrealistisch. Eine kleine Gruppe von Ländern, die an den globalen Verhandlungen teilnehmen, könnte nicht erwarten, daß die übrigen annehmen, was sie in kleinem Kreis beschließen. Es kommt auf die Persönlichkeiten an, die sich treffen, denn sie können u.U. den Weg für einen guten Verlauf der globalen Verhandlungen ebnen. Wir haben unsere schlechten Erfahrungen mit unfruchtbaren Groß-Konferenzen. Auf jeden Fall stehen wir einem Summit positiv gegenüber.

StS: Auf jeden Fall ist – unabhängig von dem Gedanken einer vorgeschalteten Gipfelkonferenz – ein erhebliches Mehr an Meinungs-austausch vor der SGV³⁰ nötig, damit sich UNIDO III³¹ nicht wiederholt.

StS möchte wissen, ob *AM* für die indische Seite die SGV wahrnimmt.

²⁷ Zum Weltwirtschaftsgipfel am 22./23. Juni 1980 in Venedig vgl. Dok. 184 und Dok. 185.

²⁸ Am 28./29. Dezember 1978 fand auf Jamaika ein informelles Treffen von sieben Staats- und Regierungschefs statt. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 401.

²⁹ Die „Unabhängige Kommission für internationale Entwicklungsfragen“ („Nord-Süd-Kommission“) trat vom 9. bis 11. Dezember 1977 auf Schloß Gymnich zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen. Vgl. dazu BULLETIN 1977, S. 1169–1172.

Zu ihrem Bericht vom 12. Februar 1980 vgl. Dok. 69, Anm. 25.

³⁰ Zur VN-Sondergeneralversammlung für Entwicklungsfragen vom 25. August bis 15. September 1980 in New York vgl. Dok. 273.

³¹ Zur dritten Generalkonferenz der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO III) vom 21. Januar bis 9. Februar 1980 in Neu Delhi vgl. Dok. 45, Anm. 6.

Krishnan: Unter den 77 besteht Einigkeit über hochrangige Delegationsleitung zu Beginn der Konferenz. In dieser Phase sollte bereits klar sein, wo Möglichkeiten zur Einigung vorhanden sind. Dann sollten Experten die Konferenz übernehmen. Auch die Sonderorganisationen des VN-Systems sollten eingeladen werden, um ihren Beitrag zu liefern.

Botschafter bringt die Unterhaltung auf bilaterale Fragen und fragt StS nach der gemeinsamen Kommission.³²

StS: Die Kommission soll weiterarbeiten. Der Start sei zwar schwierig gewesen, die Arbeit sollte nunmehr intensiviert werden.

Botschafter: Vor allen Dingen muß die Arbeit konkreter werden. Man dreht sich im Kreise, z. B. in der Frage der Hermes-Garantien. Welches sind die Kriterien für die Gewährung dieser Garantien? Warum gibt es im Verhältnis zu Indien Begrenzungen, obwohl Indien pünktlich zahlt?

StS erläutert unser Verfahren in Sachen Hermes-Garantien.

Botschafter bemerkt, daß Indien seine Stahlerzeugung weiter ausbauen wolle.

StS fragt, ob hier nicht Gefahr der Schaffung von Überkapazität bestehe.

BM: Welche Summen stehen auf dem Spiel?

AM: Das wiederum hängt von dem Verlauf der Verhandlungen mit Ihnen ab.

BM beendet dieses Thema mit der Bemerkung, daß wir uns dieser Frage positiv widmen werden.

Botschafter bringt das Gespräch auf die mögliche Lieferung von deutschen U-Booten.

StS: Unser Botschafter in New Delhi³³ hat inzwischen die indische Regierung über unsere Stellungnahme zu den indischen Wünschen unterrichtet.³⁴ Im April erwarten wir hier eine indische Delegation.³⁵

³² Das Bundesministerium für Wirtschaft informierte am 25. Januar 1980, auf Anregung von Bundesminister Genscher sei 1977 eine deutsch-indische Ad-hoc-Kommission eingesetzt worden, „um die rechtlichen und administrativen Schwierigkeiten im Bereich industrieller Kooperationen zu behandeln und Möglichkeiten für ein verstärktes deutsches privates Engagement zu finden. Der Ad-hoc-Ausschuß ist bisher zweimal zusammengetreten, im Dezember 1977 in New Delhi und im Juni 1978 in Bonn [...]. Die Erörterungen ergaben, daß ausländische Direktinvestitionen, insbesondere mittelständischer Betriebe, grundsätzlich dort willkommen sind, wo sie die Übertragung von in Indien nicht verfügbarem Know-how oder die internationale Wettbewerbsfähigkeit exportorientierter Unternehmen ermöglichen.“ Die Haltung der neuen indischen Regierung zu einer Fortsetzung der Tätigkeit der Kommission sei noch nicht bekannt. Vgl. Referat 340, Bd. 113109.

³³ Rolf Ramisch.

³⁴ Am 2. Mai 1977 genehmigte der Bundessicherheitsrat den Export von zwei U-Booten sowie den Nachbau von sechs weiteren in Indien. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 10.

Im Mai 1979 erbat Indien eine verbindliche Zusage, Genehmigungen für alle Haupt- und Unterlieferungen und für einen umfassenden Technologietransfer unter Verzicht auf künftige Beschränkungen für eine Dauer von ca. 25 Jahren. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 168.

Referat 422 vermerkte am 11. März 1980, der Bundessicherheitsrat habe im Juni 1979 die Lieferung von zwei U-Booten bestätigt, dem Bau von bis zu drei weiteren mit Komponenten und Technologie aus der Bundesrepublik zugestimmt. Er habe sich aber gegen einen unbegrenzten Lizenzbau und den „Transfer allgemeiner U-Boot-Technologie zur Ermöglichung künftiger indischer Eigenentwicklungen“ ausgesprochen. Statt eines ausdrücklichen Verzichts auf künftige Lieferbeschränkungen könne eine Wohlwollenserklärung abgegeben werden. Im Januar 1980 habe Indien ein Memorandum of Understanding überreicht, das auf den Beschluß des Bundessicherheitsrats nicht eingee und die früheren Forderungen aufrecht erhalte: „Besonderen Wert legt Indien auf eine Garantie, daß wir nicht aus politischen Gründen irgendwann einmal die Erteilung der Genehmigungen

StS weist ferner auf die allgemeinen Einschränkungen in unserer Rüstungsexportpolitik hin.³⁶

BM fragt nach anderen Themen gemeinsamen Interesses.

StS: Eine Bemerkung zur Seerechtskonferenz³⁷ (ohne eine Diskussion hierüber beginnen zu wollen): Ich hatte ein Gespräch mit dem indischen Delegationslei-

Fortsetzung Fußnote von Seite 474

einschränken oder unterbinden.“ Indien erwarte bis 12. März 1980 eine Antwort und werde anderenfalls Vertragsverhandlungen mit einem schwedischen Anbieter aufnehmen. Vgl. Referat 340, Bd. 113101.

Ministerialdirigent Freiherr von Stein vermerkte am 11. März 1980, das Vorstandsmitglied der Howaldtswerke-Deutsche Werft AG, Körte, habe am 4. März gegenüber Bundesminister Genscher ausgeführt, auf indischer Seite bestünden Befürchtungen, „wonach wir seit dem Regierungswechsel aufgrund von politischen Erwägungen grundsätzlich gegen die Realisierung des U-Boot-Projekts eingestellt seien“. Genscher habe entgegnet, „daß wir angesichts der westlichen Aktivitäten zugunsten einer Stärkung Pakistans sogar ein besonderes Interesse hätten, der Regierung Gandhi unsere generelle Kooperationsbereitschaft zu bekräftigen“. Vgl. VS-Bd. 9522 (422); B 150, Aktenkopien 1980.

- ³⁵ Vortragender Legationsrat I. Klasse Henze vermerkte am 19. Mai 1980, eine indische Delegation habe sich vom 4. bis 10. Mai 1980 in der Bundesrepublik aufgehalten und Gespräche mit den am geplanten U-Boot-Bau beteiligten Firmen sowie dem Bundesministerium der Verteidigung geführt. Es zeichne sich ab, „daß die Inder offenbar großes Interesse an einem Abschluß mit einer deutschen Werft (vermutlich HDW) haben“. Aus indischer Sicht sei jedoch die beabsichtigte Wohlwollenserklärung der Bundesregierung mit „der Erwähnung unserer ‚politischen Grundsätze‘ im Text“ problematisch. Indien sei zudem nicht bereit, ein Abkommen zwischen den Verteidigungsministerien zu akzeptieren. Außerdem werde der Abschluß von „der Lieferung eines hochmodernen Torpedos von AEG“ abhängig gemacht, der auch Unterwasserziele bekämpfen könne. Vgl. Referat 340, Bd. 113101.

Vortragender Legationsrat Bosch informierte die Botschaft in New Delhi am 1. Juli 1980, der Bundes sicherheitsrat habe am 19. Juni 1980 der Ausfuhrgenehmigung für zwei komplette U-Boote sowie für Bauteile für bis zu vier weitere zugestimmt. Im Falle des Zustandekommens des Geschäfts würde auch der Export der Torpedos genehmigt: „Für die Vereinbarung mit Indien über Güteprüfung und Ausbildung ist an der Form des Ressortabkommens festzuhalten. Falls Indien auf Regierungsabkommen bestehen sollte und Geschäft daran zu scheitern droht, sollte zwischen den Ressorts Frage erneut geprüft werden.“ Ein Regierungsabkommen könne „das Geschäft in indischen Augen möglicherweise auf Ebene einer weitreichenden regierungsamtlichen Zusammenarbeit im Rüstungsbereich anheben [...], wie wir sie nur gegenüber NATO-Partnern kennen. Dies könnte angesichts erhöhten Erwartungshorizonts der Inder zu unnötigen Komplikationen führen, wenn wir diesen Erwartungen nicht entsprechen können.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 227; VS-Bd. 9522 (422); B 150, Aktenkopien 1980.

- ³⁶ Zu den rechtlichen Grundlagen der Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung vgl. Dok. 23, Anm. 9.

- ³⁷ Am 3. Dezember 1973 begann in New York die Dritte VN-Seerechtskonferenz. Bis zum 17. Juli 1977 hielt sie sechs Sitzungsperioden ab. Zu den bisherigen Arbeiten vermerkte der Arbeitsstab 50 für den Auswärtigen Ausschuß des Bundestags: „Aufgabe der Seerechtskonferenz ist – bedingt durch die technologischen, technischen und wirtschaftlichen Umwälzungen der letzten Jahrzehnte ebenso sehr wie durch die Entlassung einer Vielzahl von früher abhängigen Gebieten in die Unabhängigkeit – die durchgreifende und vollständige Neuregelung aller Nutzungsverhältnisse an den Weltmeeren. Die Neufestsetzung der Breite der Küstenmeere, die Schaffung von Präferenzonen vor den Küstenmeeren, die Neuregelung der Fischereibedingungen in diesen Zonen, die Bekämpfung der Umweltverschmutzung auf den Meeren gehören ebenso sehr zu den Konferenzthemen wie die Regelung des Meeresbodenbergbaus, die Neufestsetzung der Festlandsockelbreite und die wissenschaftliche Forschung.“ Vgl. die Aufzeichnung vom 26. September 1977; Referat 402, Bd. 122228. Vgl. dazu ferner AAPD 1976, I, Dok. 93.

Die erste Verhandlungsrunde der IX. Sitzungsperiode der Dritten VN-Seerechtskonferenz fand vom 3. März bis zum 4. April 1980 in New York statt. Botschafter Jelonek, New York (VN), berichtete am 20. März 1980, bislang sei keine Einigung zu erwarten: „Eher ist in den das Schicksal der Konferenz entscheidenden Fragen des Meeresbodenregimes (Technologie transfer, Produktionsbeschränkung, Finanzierung des Behördenunternehmens, Abgabensystem) eine Verhärtung der Positionen zu verzeichnen. [...] Bemerkenswert ist, daß sich im Vergleich zu UNCTAD- und UNIDO-Verhandlungen Seerechtskonferenz weiterhin durch relativ hohes Niveau an Sachlichkeit und Ideologiefreiheit auszeichnet.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 748; Arbeitsstab 50, Bd. 125397.

ter³⁸, der darüber klagte, daß die Konferenz sich hinziehe. Auch wir wollen, daß die Konferenz bald beendet wird, leider sind jedoch noch wichtige Fragen offen. Insbesondere was den Meeresboden-Bergbau betrifft. Wir haben Schwierigkeiten, die vorgeschlagenen Regelungen zu akzeptieren. Wenn wir dies nicht können, wird die Bundesregierung auch nicht zeichnen können. Wir empfinden uns bei der Diskussion über diesen Punkt ausgesprochen als Verlierer. Indien hat in diesem Zusammenhang ja keine Probleme. Wir aber können unserer Industrie eine so weitreichende Beschränkung ihrer Möglichkeiten nicht zumuten. Wenn hier kein Kompromiß gefunden wird, dann werden unseres Erachtens unser aller Interessen berührt. Ich bin jedenfalls mit großer Sorge aus New York zurückgekommen.

Krishnan: Ich möchte hierzu ganz offen sagen, daß die Entwicklungsländer in die Zukunft sehen. Es kommt wesentlich darauf an, daß die Gleichheit hergestellt wird.

BM: Hier geht es allerdings nicht um eine Interessenverschiedenheit zwischen Entwicklungs- und Industrieländern, wie es sonst üblich ist. Unterschiede im Besitz von Rohstoffen, Rohstoffbedarf, Länge der Küsten und andere Merkmale sind jeweils innerhalb der Entwicklungsländer und der Industrieländer unterschiedlich verteilt.

Krishnan: Der Außenminister hat etwas Bestimmtes im Auge, und zwar die Gesetzgebung der Vereinigten Staaten zur Thematik der Seerechtskonferenz.³⁹ Das Ministertreffen der 77 hat zu diesem Punkt einen besonderen Paragraphen in sein Kommuniqué aufgenommen.

StS: Verweist auf die Gesetzesinitiative der drei Parteien im Bundestag⁴⁰ und macht darauf aufmerksam, daß es sich hier nicht um eine Initiative der Bundesregierung handele.

BM ergänzt: Dies zeigt, wie kritisch die Frage ist und in welchem Maße die Bundesregierung der Kritik in der deutschen Öffentlichkeit wegen angeblicher schlechter Verhandlungsführung ausgesetzt ist.

Krishnan fragt nach dem Außenministertreffen EG-ASEAN.⁴¹

³⁸ P. Shiv Shanker.

³⁹ Botschafter Jelonek, New York (VN), informierte am 20. März 1980, die USA seien an einem raschen Abschluß der Dritten VN-Seerechtskonferenz interessiert: „USA scheinen bereit zu sein, zu diesem Zweck in einigen Bereichen des Meeresbodenregimes Ergebnisse hinzunehmen, die hinter bisherigen Forderungen der westlichen IL zurückbleiben. Wesentliches Motiv hierfür ist der amerikanische Wunsch, die anstehende Verabschiedung des amerikanischen Tiefseebergbaugesetzes in einen Konventionsentwurf einzubetten und damit ein Scheitern der Konferenz durch einseitige amerikanische Maßnahmen zu vermeiden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 748; Arbeitsstab 50, Bd. 125397.

⁴⁰ In einem gemeinsamen Antrag der CDU/CSU-, der FDP- und SPD-Bundestagsfraktionen vom 22. Juni 1977 wurde gefordert, die Regelungen der Dritten VN-Seerechtskonferenz zum Meeresbodenregime sollten den dauerhaften Zugang aller interessierter Nationen sichern, eine zu strenge institutionelle Kontrolle des Meeresbodenbergbaus vermeiden, akzeptable Fördermengen und Preise für die Verbraucherländer beschließen und den Teilnehmerstaaten keine Lösungen zumuten, „bei denen die finanziellen Lasten nicht in einem angemessenen Verhältnis zum volkswirtschaftlichen Nutzen stehen“. Vgl. BT ANLAGEN, Bd. 234, Drucksache Nr. 8/661.

⁴¹ Vom 6. bis 8. März 1980 fand in Kuala Lumpur die Konferenz der Außenminister der ASEAN- und der EG-Mitgliedstaaten statt. Vgl. dazu Dok. 84.

StS erläutert das Kooperationsabkommen⁴²; dies sei im wesentlichen ein Rahmenwerk. Die wichtigste Neuerung sei die Einrichtung eines ständigen Komitees mit weitem Aufgabengebiet als Plattform für die weitere Diskussion.

BM erläutert – zur politischen Seite des EG-ASEAN-Treffens – das Interesse der Europäischen Gemeinschaft an anderen Staatengruppierungen. Schon vor zwei Jahren in Brüssel habe es einen interessanten Dialog zwischen EG und ASEAN gegeben.⁴³ Das sei jetzt fortgesetzt worden. In Sachen Afghanistan und Kambodscha habe man ein großes Maß an Übereinstimmung gefunden.⁴⁴ Solche Gesprächsrunden können von erheblichem stabilisierendem Wert sein. Die Bundesrepublik setzte sich auch für eine Wiederbelebung des euro-arabischen Dialoges ein⁴⁵; dies sei zwar ein Dialog anderer Art, dahinter stehe aber die gleiche Philosophie.

StS fragt nach dem Stand der amerikanischen Lieferungen für Tarapur. Der indischen Botschaft in Washington soll von den Amerikanern gesagt worden sein, daß eine Entscheidung der USA noch nicht getroffen worden sei.⁴⁶ Die New York Times berichte hierüber jedoch anders.

AM: Der New-York-Times-Bericht sei falsch. In Wirklichkeit sei die Entscheidung noch nicht gefallen.

Botschafter bringt Gespräch auf die von uns beabsichtigte Einführung des Visumszwanges.⁴⁷

⁴² Für den Wortlaut des Kooperationsabkommens vom 7. März 1980 zwischen der EWG und den ASEAN-Mitgliedstaaten vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 144 vom 10. Juni 1980, S. 2–8.

⁴³ Am 20./21. November 1978 fand in Brüssel eine Konferenz der Außenminister der EG- und der ASEAN-Mitgliedstaaten statt. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 353.

⁴⁴ Vgl. dazu die gemeinsame Erklärung der Konferenz der Außenminister der ASEAN- und der EG-Mitgliedstaaten zu politischen Fragen; BULLETIN DER EG 3/1980, S. 78–81.

⁴⁵ Zum Europäisch-Arabischen Dialog vgl. Dok. 46, Anm. 15, und Dok. 62, Anm. 52.

⁴⁶ Botschafter Ramisch, Neu Delhi, berichtete am 26. März 1980, laut Erklärung des indischen Außenministers Rao hätten die USA die weitere Belieferung des Kernkraftwerks Tarapur mit Brennstoff „bislang nicht endgültig abgelehnt. Während der letzten vier Jahre habe es jedoch ständige Verzögerungen bei diesen Lieferungen gegeben.“ Indien habe 1978 und 1979 Anträge auf weitere Lieferungen gestellt, die im August 1979 bzw. im Februar 1980 erfolgen hätten sollen. Keine der beiden Parteien des Vertrags vom 8. August 1963 könne diesen einseitig abändern, Indien lehne daher die wiederholten Forderungen nach umfassenden Sicherheitsgarantien ab. Ramisch fuhr fort, die amerikanische Botschaft habe vertraulich mitgeteilt, „man erwarte von der indischen Regierung lediglich einige Zusicherungen über den friedlichen Charakter seines Nuklearprogramms. Der amerikanische Präsident sei außerdem geneigt, beide Lieferungen zu genehmigen“. Die Zustimmung des amerikanischen Kongresses sei zu erwarten: „Eine allzu stringente NV-Politik würde sich letztlich als kontraproduzent erweisen, und eine evtl. Terminierung der vertraglichen Zusammenarbeit mit Indien würde die USA auch der Möglichkeit berauben, im Sinne ihrer NV-Politik auf Indien Einfluß zu nehmen. Man würde in diesem Falle Indien geradezu zwingen, eigene Wege zu gehen und sich damit allen Kontrollen zu entziehen“. Vgl. den Schriftbericht Nr. 594; Referat 340, Bd. 113112.

⁴⁷ Referat 510 vermerkte am 4. März 1980, die Bundesregierung erwäge die Einführung einer Visumpflicht für indische Staatsangehörige. Trotz von „Indien bereits durchgeführten Maßnahmen (Aushebung krimineller Anwerbezentralen)“ sei es nicht gelungen, den „Zustrom der Ausländer, die unser liberales Asylrecht mißbrauchen“, zu mindern. Gegenüber Pakistan bestehe bereits seit 1976 eine Visumpflicht, diese werde möglicherweise gegenüber Afghanistan, Äthiopien, Sri Lanka und Bangladesch eingeführt: „Es kann nicht im Interesse der indischen Regierung liegen, daß jährlich tausende indischer Staatsangehöriger (1978: 4174, 1979: 3044 (vorläufig)) mit der Behauptung, sie würden in Indien politisch verfolgt, in der Bundesrepublik Deutschland um politisches Asyl nachsuchen.“ Vgl. Referat 340, Bd. 113104.

BM erläutert eingehend die Problematik.

BM und *AM* unterhalten sich sodann über den günstigsten Zeitpunkt für den geplanten Besuch *BM* in Indien und kommen überein, daß dieser zweckmäßigerweise noch im ersten Halbjahr 1980 stattfindet, jedoch nach den Wahlen in neun indischen Bundesstaaten⁴⁸ und auch nach den Wahlen in Nordrhein-Westfalen⁴⁹, die sämtlich im Mai stattfinden werden.

BM äußert, daß er nicht die Absicht habe, diesen Besuch in Indien mit Gesprächen in Pakistan zu verbinden.

AM fragt nach unseren Kontakten mit Pakistan.⁵⁰

BM: Wir glauben nicht, daß Pakistan sich einer politischen Lösung entgegenstellen wird. Dies wird jedoch wesentlich von der Entwicklung der Beziehungen zwischen Pakistan und den USA einerseits und zwischen Pakistan und Indien andererseits abhängen.

Krishnan: Ist Ihnen bekannt, warum Pakistan das US-Hilfsangebot zurückgewiesen hat?⁵¹

BM: Pakistan glaubt, sich nicht zu sehr exponieren zu sollen und hat damit wohl auch Recht. Auch die USA scheinen das eingesehen zu haben. Nach unserer Auffassung sollte Pakistan ohnehin mehr Wert auf seine wirtschaftliche Entwicklung und entsprechende ausländische Hilfe hierfür legen als auf militärische Hilfe.

AM auf die Frage nach dem indisch-chinesischen Verhältnis: Beide Seiten bemühen sich um Annäherung und Verständigung.⁵²

BM: Wir halten dies für eine wesentliche Voraussetzung für eine friedliche Entwicklung in Asien. Hua Guofeng hat bei seinem Besuch in der Bundesrepublik⁵³ den Eindruck eines klugen und verantwortungsvollen Staatsmanns hinterlassen. Auch die Sprache der Chinesen ist nach unserem Eindruck eine gänzlich andere geworden als in der Vergangenheit. Es scheint uns, daß die Einbindung Chinas in die weltpolitische Verantwortung bereits Erfolg zeigt. Dies

⁴⁸ Im Mai 1980 fanden Wahlen in den indischen Bundesstaaten Bihar, Gujarat, Madhya Pradesh, Maharashtra, Orissa, Pandschab, Rajasthan, Tamil Nadu und Uttar Pradesh statt.

⁴⁹ Die Wahlen zum nordrhein-westfälischen Landtag fanden am 11. Mai 1980 statt.

⁵⁰ Zur Verschiebung des Besuchs des Bundesministers Genscher in Pakistan vgl. Dok. 29, Anm. 30. Zur Wirtschafts- und Finanzhilfe für Pakistan vgl. Dok. 15, Anm. 17, und Dok. 55, Anm. 22.

⁵¹ Zur Ablehnung amerikanischer Wirtschafts- und Verteidigungshilfe durch Pakistan vgl. Dok. 73, Anm. 12.

⁵² Referat 341 vermerkte am 4. März 1980, die Volksrepublik China bemühe sich nach der sowjetischen Intervention in Afghanistan und der Regierungsübernahme von Indira Gandhi um eine Verbesserung des Verhältnisses zu Indien: „Sie versucht, die Inder davon zu überzeugen, daß eine Stärkung Pakistans sicherheitspolitischen Notwendigkeiten entspringt und nicht einer Reaktivierung des indo-pakistanischen Konflikts dient.“ Indien kritisiere die amerikanischen und chinesische Unterstützung Pakistans durch Waffenlieferungen aber offen: „Erste Ansätze zu einer Verbesserung der chinesisch-indischen Beziehungen sind ursprünglich noch vom letzten Kabinett Gandhi ausgegangen (Wiederentsendung eines Botschafters). [...] Das neue Kabinett Gandhi scheint seine endgültige China-Politik noch nicht festgelegt zu haben. [...] Für die weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden Ländern ist somit der Fortgang der Afghanistan-Krise von ebenso entscheidender Bedeutung wie der traditionelle chinesisch-indische Grenzkonflikt.“ Vgl. Referat 340, Bd. 113104.

⁵³ Ministerpräsident Hua Guofeng hielt sich vom 21. bis 28. Oktober 1979 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 301 und Dok. 304.

läßt uns hoffen, daß auch das indisch-chinesische Verhältnis auf eine neue Grundlage gestellt werden kann.

BM erklärt zum Nahost-Problem, daß nunmehr die Zeit reif sei, der Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser näher zu kommen. Wir hofften sehr auf Fortschritte in dieser Beziehung, verlören unsererseits jedoch nicht die Parallelität des Selbstbestimmungsrechts für die Palästinenser einerseits und des Existenzrechts für Israel andererseits aus den Augen.

BM fragt nach indischer Beurteilung der Entwicklung im Iran.

AM: Wir hoffen, daß Bani Sadr weiterhin Unterstützung erfährt, haben jedoch das Gefühl, daß er den Rückhalt von Khomeini nicht mehr voll genießt. Die Wahlen⁵⁴ zeigen eine schlechte Tendenz. Wichtig erscheint es uns, daß die USA in dieser Lage nicht durch Maßnahmen gegenüber dem Iran den Druck auf Bani Sadr verstärken.

Referat 010, Bd. 178801

84

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Ellerkmann

012-312.74 VS-NfD

Aufgabe: 17. März 1980, 14.27 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 36 Ortez

Betr.: Zum zweiten EG-ASEAN-AM-Treffen am 6./7. März 1980 in Kuala Lumpur²

I. Am 6./7.3.1980 fand in Kuala Lumpur das Zweite EG-ASEAN-AM-Treffen unter Teilnahme des BM des Auswärtigen statt. Dem AM-Treffen vorausgegangen war ein Besuch des BM in Malaysia am 5./6.3.1980, bei dem der BM mit MP Hussein Onn, stellvertretendem MP Dr. Mahathir und AM Rithauddeen Gespräche führte.³ Am Rande des EG-ASEAN-AM-Treffens führte der BM au-

⁵⁴ Nachdem bei den Parlamentswahlen in Iran am 14. März 1980 nur wenige Kandidaten die erforderliche absolute Mehrheit erreicht hatten, fand am 9. Mai die zweite Runde der Wahlen statt.

¹ Durchdruck.

² Die erste Konferenz der Außenminister der EG- und der ASEAN-Mitgliedstaaten fand am 20./21. November 1978 in Brüssel statt. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 353.

³ Botschafter Linsser, Kuala Lumpur, informierte am 11. März 1980 über die Gespräche des Bundesministers Genschers in Malaysia. Mit Ministerpräsident Hussein bin Onn sei die Lage in Südostasien erörtert worden, wobei dieser auf die ungewisse Haltung der Volksrepublik China hingewiesen habe, die zwar die „Unterstützung kommunistischer Insurgenten in Malaysia“ weitgehend eingestellt habe, aber möglicherweise Gebietsansprüche erheben werde. Wie Außenminister Rithauddeen habe auch der Ministerpräsident vietnamesische Expansionsabsichten nach Süden nicht ausschließen wollen. Mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Mahathir seien wirtschaftliche Fragen erörtert worden. Linsser ergänzte, für Malaysia sei der Besuch Genschers von besonderer Bedeutung gewesen, nachdem der Besuch des Bundesministers Scheel auf 1969 zurückdatiere. In den Ge-

ßerdem Gespräche mit AM Rajaratnam, Singapur, AM Romulo, Philippinen, AM Mochtar, Indonesien⁴ und dem Sonderbeauftragten Thailands, dem amtierenden AM Siddhi⁵.

Die Beratungen während des Ministertreffens, das als voller Erfolg anzusehen ist, verliefen in besonders freundlicher und gelockerter Atmosphäre. Das Treffen war unterteilt in einen wirtschaftlichen und politischen Teil. Es wurde ein Kooperationsabkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den ASEAN-Mitgliedstaaten abgeschlossen.⁶ Ferner wurden eine gemeinsame Erklärung zu wirtschaftlichen Fragen und ein gemeinsames „Statement“ zu politischen Themen⁷ verabschiedet. Sowohl in Ministersitzung als auch in Gesprächen am Rande der Tagung hob ASEAN-Seite Bedeutung hervor, die sie sowohl der Ministerbegegnung als auch dem Abschluß des Kooperationsabkommens und dessen baldiger Implementierung beimißt.

II. Hauptpunkte des Kooperationsabkommens sind:

- nichtpräferentielles Rahmenabkommen über handels- und wirtschaftspolitische Zusammenarbeit (gleichzeitig das erste, das die Gemeinschaft mit einer anderen Staatengruppe abschließt),
- Vertragspartner: Gemeinschaft auf der einen, die fünf ASEAN-Länder auf der anderen Seite,
- Gewährung der Meistbegünstigung (mit Einschränkung für das GATT-Nichtmitglied Thailand),

Fortsetzung Fußnote von Seite 479

sprächen habe sich weitgehende Übereinstimmung in der Beurteilung der Lage gezeigt, „dies in erster Linie hinsichtlich Afghanistans und Kambodschas. In Nahost-Frage war malaysische Zurückhaltung spürbar. [...] Beiden Seiten war Wunsch gemeinsam, durch eine Politik regionaler Stabilisierung sowjetischem Expansionsstreben die Grundlage zu entziehen. In Olympia-Frage hat sich Malaysia prononciert gegen eine Teilnahme an Spielen in Moskau ausgesprochen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 174; Referat 340, Bd. 113169.

⁴ Ministerialdirektor Meyer-Landrut, z. Z. Kuala Lumpur, faßte am 7. März 1980 die Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem singapurischen Außenminister Rajaratnam und dem philippinischen Außenminister Romulo am 6. März 1980 sowie mit dem indonesischen Außenminister Mochtar am 7. März 1980 zusammen. Rajaratnam habe sich zu den Motiven der sowjetischen Politik geäußert: „Die Sowjetunion und Vietnam verfahren seiner Ansicht nach nach einem gemeinsamen Konzept zur Expansion des Sozialismus ihres Verständnisses in der Welt.“ Genscher habe entgegnet, „bei Kambodscha und Afghanistan handele es sich um zwei parallele Vorgänge, die jedoch nicht unbedingt konzeptionell miteinander verbunden seien“. Auch Romulo habe geraten, die Lösung beider Probleme miteinander zu verbinden, „beispielsweise durch eine gemeinsame internationale Konferenz“. Mochtar habe ausgeführt, „in der Region mache den Indonesiern Vietnam weniger Sorge als China. Kein Mensch spreche heute von der chinesischen Invasion in Vietnam, weil die Chinesen schlau genug gewesen seien, sich rechtzeitig zurückzuziehen. Die Vietnamesen seien wirtschaftlich schwach, und die Moral in den Streitkräften sei nicht gut.“ Vgl. Referat 340, Bd. 127389.

⁵ Ministerialdirektor Meyer-Landrut resümierte am 11. März 1980 das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem thailändischen amtierenden Außenminister Siddhi in Kuala Lumpur am 7. März 1980. Siddhi habe zunächst die innenpolitische Lage in Thailand erläutert. Zur Lage in Kambodscha äußerte er, Vietnam müsse bis zum Beginn der Regenzeit im Mai durchschlagende militärische Erfolge vorweisen können. Ansonsten müsse „der Pol-Pot-Widerstand als etabliert und für die Zukunft einkalkuliert betrachtet werden“. Die Zahl der Flüchtlinge in Thailand drohe auf eine Million anzuwachsen. Vgl. Referat 340, Bd. 113211.

⁶ Für den Wortlaut des Kooperationsabkommens vom 7. März 1980 zwischen der EWG und den ASEAN-Mitgliedstaaten vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 144 vom 10. Juni 1980, S. 2–8.

⁷ Für den Wortlaut der gemeinsamen Erklärung der Außenminister der ASEAN- und der EG-Mitgliedstaaten zu politischen Fragen vgl. BULLETIN DER EG 3/1980, S. 78–81.

- Förderung der handels- und wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit, einschließlich der Ausdehnung von Investitionsschutzabkommen durch und zugunsten aller MS der Gemeinschaft und aller ASEAN-Länder (Protokollerklärung des Rats stellt fest, daß Neuabschluß dieser Abkommen zur Kompetenz der MS gehört),
- Verstärkung der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit (insbesondere Programm für nichtassoziierte Entwicklungsländer),
- gemeinsamer Kooperationsausschuß als Konsultationsorgan und zur Überwachung und Förderung von Kooperationsvorhaben, dessen erste Sitzung in Manila vorgesehen ist⁸,
- Laufzeit fünf Jahre, stillschweigende Verlängerung um jeweils zwei Jahre.

Hauptpunkte der gemeinsamen Erklärung zum wirtschaftlichen Teil, die von Ministern ohne Aussprache angenommen wurde, sind:

Beide Seiten bekräftigen ihren Willen zur verstärkten Zusammenarbeit im internationalen und bilateralen Rahmen. Besonders wird Beschleunigung der handels- und wirtschaftspolitischen Entwicklung von ASEAN, Stärkung der regionalen Integration, Ausbau der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit (Programm für nichtassoziierte Entwicklungsländer) betont. Auch der Ausbau der kulturellen Beziehungen findet Berücksichtigung.

BM unterstrich in seinem Vortrag Besonderheit, daß zwei Gruppierungen von Industriestaaten einerseits und Länder der Dritten Welt andererseits aus verschiedenen Regionen in Partnerschaft zusammenarbeiten und gemeinsam nach Lösung für Probleme suchen. BM bezeichnete Zusammenarbeit EG–ASEAN als Modell für auch andere regionale Zusammenschlüsse.⁹ Die ASEAN-Seite begründete das große Interesse an einer Zusammenarbeit damit, daß die Gemeinschaft in ASEAN einen großen Absatzmarkt sowie Rohstoffe findet, während die ASEAN-Länder Erwartungen in Technologien und Investitionen der EG-Länder setzen.

III. Der Schwerpunkt des Ministertreffens lag bei den politischen Fragen.

Im informellen politischen Meinungsaustausch aller Außenminister standen die Themen Kambodscha und Afghanistan im Mittelpunkt. ASEAN zog deutliche Parallelen bei diesen beiden internationalen Krisen, sowohl hinsichtlich der Ursachen (Rolle der Sowjetunion) als auch hinsichtlich Abwehrmittel (politische Lösungen).

Die EG-Seite erläuterte und präziserte den Neuner-Vorschlag zu einem „blockfreien und neutralen Afghanistan“.¹⁰ ASEAN zeigte sich besorgt über die fort-

⁸ Botschafterin Feilner, Manila, berichtete am 1. Dezember 1980: „Gemischter Kooperationsausschuß traf sich am 28. und 29.11. in Manila zu seiner ersten Sitzung. ASEAN-Delegation stand unter Leitung von Botschafter Thep Devakula (Thailand), die der EG von G[eneral]D[irektor] Sir Roy Denman. Verhandlungen verliefen im Geist freundschaftlicher Zusammenarbeit. Dennoch war nicht zu übersehen, daß ASEAN nach durch AM-Treffen geweckte Erwartungen über die durch wirtschaftliche und budgetäre Schwierigkeiten der Gemeinschaft sowie Kompetenzen EG-K[ommission] (z.B. bei Industriefinanzierung) begrenzten Kooperationsmöglichkeiten ernüchtert war.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 264; B 201 (Referat 411), Bd. 427.

⁹ Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 5. März 1980 in Kuala Lumpur vgl. BULLETIN 1980, S. 218 f.

¹⁰ Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vom 19. Februar 1980 vgl. BULLETIN DER EG 2/1980, S. 88 f. Vgl. dazu auch Dok. 57.

dauernde Besetzung Kambodschas und die hierdurch hervorgerufene Störung des Gleichgewichts in Südostasien. Thailand konfrontierte die Neun mit konkreten Anliegen (Zwei-Jahres-Kamboscha-Hilfe, Aktionsplan zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktion im Kambodscha, Plan für abgestimmte Maßnahmen zur Verteilung der Hilfe in Kambodscha).

BM stellt fest, daß

- die beiden Staatengruppen zu Afghanistan und Indochina zu gleichartigen Bewertungen gelangt sind,
- beide entschlossen sind, das Prinzip der „Partnerschaft“ gegen das Streben nach Einführung der Vorherrschaft zu setzen,
- beide Festigkeit in den Prinzipien mit dem Willen, Krisen auf politischem Wege zu überwinden, verbinden.

BM wies auch auf die Notwendigkeit hin, Bemühungen im israelisch-arabischen Konflikt zu verstärken, um „gerechten, umfassenden und dauerhaften Frieden auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker“ zu verwirklichen.

Politisches Joint Statement knüpft an die Brüsseler Konferenz vom November 1978 an. Es bezieht gemeinsame Positionen in den Fragen Kambodscha und Afghanistan. Den Neun gelang es, die ASEAN-Seite in der Substanz auf eine Unterstützung des Neuner-Vorschlags zu einem „blockfreien und neutralen Afghanistan“ zu verpflichten. Auch zu Kambodscha haben die Neun ihre eigene Position, wie sie im Europäischen Rat vom 29./30. November 1979 definiert worden (blockfreies und neutrales Kampuchea) ist¹¹, festschreiben können.

Die Neun haben sich zur Unterstützung der ASEAN- und vor allem Thai-Anliegen (Kambodscha-Konferenz, verstärkte internationale Präsenz im thai-kambodschanischen Grenzgebiet, Verstärkung des internationalen Personals für die humanitäre Hilfe, internationale Beobacherteams) verpflichtet. Sie haben versprochen, ihre Hilfe für die Indochina-Flüchtlinge fortzusetzen. Ferner haben die Neun sich erstmals für die ZOPFAN-Konzeption der ASEAN („Zone des Friedens, der Freiheit und Neutralität“)¹² ausgesprochen.

Ellerkmann¹³

Referat 012, Bd. 115729

¹¹ Der Europäische Rat verabschiedete am 29./30. November 1979 bei seiner Tagung in Dublin eine Erklärung zur Lage in Kambodscha. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 362.

Für den Wortlaut der Schlußfolgerungen des Europäischen Rats vgl. BULLETIN 1979, S. 1361–1363.

¹² Zone of Peace, Freedom and Neutrality.

Die Außenminister der ASEAN-Mitgliedstaaten verabschiedeten bei ihrer Tagung am 26./27. November 1971 in Kuala Lumpur eine Erklärung, die das Gebiet der ASEAN-Mitgliedstaaten als Zone des Friedens, der Freiheit und der Neutralität deklarierte und auswärtige Einmischung ablehnte.

¹³ Paraphe.

Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Staden, Bundeskanzleramt

Geheim

18. März 1980¹

Betr.: Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit Präsident Giscard d'Estaing in Hamburg am 16. März 1980²

Sie³ haben mir über das Gespräch folgende Angaben gemacht:

I. Das Gespräch habe folgende Themen umfaßt:

- 1) Naher und Mittlerer Osten
- 2) Ost-West-Beziehungen, Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, Afghanistan-Krise
- 3) Lage in der Europäischen Gemeinschaft
- 4) Verschiedenes

II. Zu 1)

a) Präsident Giscard d'Estaing (G.) hält am Trialog⁴ fest, möchte ihn nicht durch die Palästinenserfrage belasten. Hält die Einbeziehung Afrikas für notwendig,

¹ Ablichtung.

Die Aufzeichnung wurde von Ministerialdirektor von Staden, Bundeskanzleramt, am 20. März 1980 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau „nur zur persönlichen Unterrichtung des Bundesministers des Auswärtigen“ übermittelt.

Hat Wallau am 21. März 1980 vorgelegen.

Hat Bundesminister Genscher am 23. März 1980 vorgelegen.

Hat Staatssekretär Lautenschlager am 24. März 1980 vorgelegen, der handschriftlich für das Ministerbüro vermerkte: „Danke!“ Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14083 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

² Staatspräsident Giscard d'Estaing hielt sich am 16. März 1980 in Hamburg auf. In einem Telefongespräch mit Giscard d'Estaing am 11. März 1980 hatte Bundeskanzler Schmidt dazu vereinbart, „daß er Giscard am Sonntag, dem 16. März 1980, um 18.00 Uhr am Flughafen Hamburg abholen wird. Giscard wird dann gegen 22.30 Uhr Hamburg wieder verlassen. Er wird sich lediglich von seinem Adjutanten begleiten lassen, nicht von einem außenpolitischen oder wirtschaftspolitischen Berater.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 52; B 150, Aktenkopien 1980.

³ Helmut Schmidt.

⁴ Vortragender Legationsrat I. Klasse Fiedler legte am 16. April 1980 dar: „Auf der frankophonen Gipfelkonferenz in Kigali im Mai 1979 hat Präsident Giscard d'Estaing eine internationale europäisch-arabisch-afrikanische Zusammenarbeit und eine ‚euro-afro-arabische Charta der Solidarität‘ vorgeschlagen. Die Konferenz beauftragte ihn, den Gedanken bei interessierten Politikern zu sondieren. Gegenüber Präsident Nimeiri erläuterte er ihn später in dem Sinne, daß der ‚Trialog‘ nach einer ersten Stufe der Überlegungen und Sondierung und einer zweiten der Vorbereitung verwirklicht werden solle. Nach längerer Pause wiederholte Giscard seine Vorstellungen Anfang 1980 vor arabischen Botschaftern in Paris.“ Der Generalsekretär der Arabischen Liga, Klibi, habe Anfang März 1980 bei einer Messe in Bordeaux die französischen Vorschläge begrüßt: „Hingegen war die Reaktion der arabischen Golfstaaten, bei denen Giscard wenige Tage später für den Trialog warb, verhaltener. In den gemeinsamen Kommunikés wird nur kurz Interesse an dem französischen Vorschlag und Meinungsaustausch darüber erwähnt. Es ist nicht bekannt, wie ernst der französische Vorschlag gemeint ist. Die in der Theorie attraktive ‚Dreieckskooperation‘ dürfte in der Praxis kaum zu verwirklichen sein, da zwischen Arabern und Afrikanern eine tragfähige Interessenkonvergenz nur im politischen Bereich der gegenseitigen Unterstützung der Positionen zu den Problemen Nahost-Konflikt und südliches Afrika nachweisbar ist, nicht aber der Wille zur gegenseitigen Ergänzung auf anderen Gebieten.“ Vgl. Referat 311, Bd. 135615.

weil ein europäisch-arabischer Dialog zu sehr nach Öl riechen würde. Will den Dialog auf europäischer Seite nicht durch die Gemeinschaft als solche, sondern durch die Regierungen der Mitgliedstaaten plus Spanien und Portugal führen lassen. Auf afrikanischer Seite sollen alle bis auf die extremistischen Länder – wie Äthiopien, Libyen – teilnehmen (nach Ihrem Eindruck waren die Vorstellungen des Präsidenten noch nicht sehr konkret).

b) G. sei auf seiner Nahost-Reise⁵ vielfach wegen einer europäischen Initiative nach dem 26.5.⁶ befragt worden. Auf Ihre Frage, ob man die Initiative für nach dem 26.5. ins Auge fassen, aber die Absicht dazu zuvor schon durchsickern lassen solle, waren Sie sich einig, daß die Außenminister⁷ dies prüfen sollten. Sie waren sich weiter einig, daß es sich um eine Erklärung der Neun handeln würde, die dann eine Resolution im Sicherheitsrat oder in der Vollversammlung der Vereinten Nationen auslösen solle. Nach Auffassung von G. sollte man die USA nicht vorher um Zustimmung ersuchen, weil dies von den arabischen Regierungen schlecht vermerkt würde. Das amerikanische Verhalten im Zusammenhang mit der letzten Nahost-Resolution des Sicherheitsrats⁸ habe in den arabischen Ländern katastrophal gewirkt.

c) G. habe unseren Eindruck bestätigt, daß die arabischen Regierungen den Zionismus und die USA als Feind Nummer 1 vor der Sowjetunion betrachteten. In der Bevölkerung der arabischen Staaten bestehe ein starkes emotionales Engagement für das Selbstständigkeitsstreben der Palästinenser. Auch die Regierungen der Golfstaaten träten dafür ein. Sie fürchteten die im eigenen Land tätigen palästinensischen Fachkräfte und wollten deren Druck loswerden. Die PLO werde in allen arabischen Staaten als Vertreter der Palästinenser anerkannt. Arafat persönlich werde nicht sehr hoch eingeschätzt. Sein Lebensweg sei den Arabern unklar.

G. hätte keine Einwendungen gegen einen Besuch von Arafat in Paris nach dem 26.5., wenn dies dem Frieden diene. Auf einen Vorhalt von Ihnen habe G. ergänzt, daß es zuvor zu getrennten Besuchen von Sadat und Begin in den europäischen Hauptstädten kommen sollte. Sie waren sich mit G. darüber einig, daß es wichtig sei, Sadat wieder stärker in das arabische Lager zurückzuführen.

⁵ Staatspräsident Giscard d'Estaing hielt sich vom 1. bis 3. März 1980 in Kuwait, am 3./4. März in Katar, am 5./6. März in den Vereinigten Arabischen Emiraten, vom 7. bis 9. März in Jordanien und am 10. März in Saudi-Arabien auf.

⁶ Zu den Gesprächen zwischen Ägypten und Israel über eine Autonomie der palästinensischen Gebiete, deren Abschluß für den 26. Mai 1980 vorgesehen war, vgl. Dok. 77, besonders Anm. 4. Vortragender Legationsrat I. Klasse Fiedler, z.Z. Rom, berichtete am 12. März 1980, die Überlegungen auf der Sitzung der EZP-Arbeitsgruppe Nahost am 11./12. März 1980 in Rom seien davon ausgegangen, „daß, wie immer Ergebnis der Autonomieverhandlungen am Stichtag 26. Mai aussehe, werde, Araber nicht zufriedengestellt sein werden. Es bestand Einigkeit, daß im Lichte der Ereignisse in Afghanistan etwas geschehen müsse. Arabische Erwartungen in EG seien hoch. [...] Bei der Diskussion über die Frage, welche Initiative die Neun ergreifen sollten, standen der britische Vorschlag, Res[olution] 242 zu ergänzen (Lord Carrington), und unser Vorschlag, einige über die bisherige europäische Position hinausführende Elemente zu erarbeiten (insbesondere Selbstbestimmungsrecht für das pal[ästinensische] Volk, Gewaltverzicht und Sicherheit Israels) im Mittelpunkt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 299; Referat 200, Bd. 112935.

⁷ Jean François-Poncet und Hans-Dietrich Genscher.

⁸ Zur Resolution Nr. 465 des VN-Sicherheitsrats zur israelischen Siedlungspolitik vom 1. März 1980 vgl. Dok. 70, Anm. 7. Zu den Äußerungen des Präsidenten Carter vom 3. März 1980 zum Abstimmungsverhalten der USA vgl. Dok. 70, Anm. 8.

G. betrachtet die vorhersehbare Ineffizienz des Camp-David-Prozesses⁹ sehr kritisch und hält die innenpolitische Lage von Sadat für zunehmend schwierig.

d) Nach Ansicht von G. müsse die Nahost-Frage letztlich so gelöst werden, daß unter einem Dach der Vereinten Nationen zweierlei zustande käme:

(1) Eine Sicherheitsgarantie der Vereinten Nationen für Israel und seine arabischen Nachbarn. Für deren Zustandekommen sei eine Beteiligung der Sowjetunion im Hinblick auf ihr Vetorecht im Sicherheitsrat unerläßlich. Beteiligen sollten sich die Vereinigten Staaten, die Sowjetunion, Großbritannien, Frankreich und möglicherweise die Bundesrepublik Deutschland und andere europäische Länder.

(2) Die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser. Diese müsse ohne Beteiligung der Sowjetunion herbeigeführt werden (G. kritisierte in diesem Zusammenhang scharf die Siedlungspolitik Begins.)

Beide Elemente sollten durch die Vereinten Nationen miteinander verbunden sein.

e) G. stimmte mit unserer Beurteilung überein, daß die Haltung des Irak zunehmend pro-westlich werde. Er beabsichtigt, den Irak im Herbst zu besuchen. G. schien die jordanische Armee höher einzuschätzen als die irakische. Jordanien wäre bereit, zugunsten von Nordjemen einzugreifen, wenn es zu einem Angriff durch Südjemen käme. Sie haben hinzugefügt, daß nach unseren Eindrücken das gleiche von Irak gelte. Der Ministerpräsident von Nordjemen¹⁰ werde positiv beurteilt, der Außenminister¹¹ sei der Sowjetunion hörig, der Präsident¹² laviere. G. hat Eindrücke empfangen, nach denen die Entwicklung in Südjemen¹³ nicht irreversibel sei.

G. hält Kronprinz Fahd für den kommenden Mann in Saudi-Arabien, auch wenn der König¹⁴ gesund wäre und zur Zeit einen guten Eindruck mache.

f) G. hat in den Golfstaaten die Tendenz festgestellt, Ölverkäufe möglichst von Regierung zu Regierung zu tätigen. Man sehe nicht ein, warum man die Verkaufsspannen und die publizierten Milliarden Gewinne der Ölgesellschaften hinnehmen solle.

Zu 2)

a) Sie haben G. Ihre Beurteilung der Lage gegeben und u. a. darauf hingewiesen, daß vor allem repatriierungswillige Deutsche und emigrationswillige Juden aus Osteuropa unter einer Verschärfung der Spannungen leiden würden. Zur Frage eines Besuchs in Moskau haben Sie erläutert, warum Sie in Ihrer Pressekonferenz gesagt hätten, daß zu einem Besuch zwei gehörten. G. hat davon abgera-

⁹ Zum Camp-David-Prozeß vgl. Dok. 13, Anm. 13.

¹⁰ Abdul Aziz Abdul Ghani.

¹¹ Hassan Mohamed Makki.

¹² Ali Abdullah Saleh.

¹³ Vortragender Legationsrat I. Klasse Franke, Bundeskanzleramt, vermerkte am 28. Februar 1980, die Hoffnungen Saudi-Arabiens seien enttäuscht worden, „durch Ermutigung der nationalistischen Kräfte und massive Finanzhilfen Südjemen aus sowjetischem Einflußbereich herauslösen zu können“. Die Demokratische Volksrepublik Jemen (Südjemen) sei „jetzt noch mehr denn je straff organisierter kommunistischer Kaderstaat (einziges im sowjetischen Sinne kommunistisches arabisches Land)“. Vgl. Referat 311, Bd. 137650.

¹⁴ Khalid ibn Abdul Aziz al-Saud.

ten, Besuchspläne derzeit zu verfolgen. Ein Besuch könnte politisch gefährlich sein – auch gegenüber der französischen öffentlichen Meinung. Ein Besuch von Breschnew in Paris und ebenso von Gromyko in Paris¹⁵ sei nicht aktuell.

b) Gegenüber Wirtschaftssanktionen gegen die Sowjetunion verhalte sich G. ähnlich zurückhaltend wie wir. Sie waren sich einig, daß Verträge zu halten seien.

c) G. sprach sich für eine weitere Vorbereitung – low key – der KSZE-Nachfolgekonzferenz in Madrid aus. Es bestehe die Gefahr eines „shouting match“. Der Westen dürfe aber nicht die Verantwortung für eine Verschiebung übernehmen (bewußt anders als de Leusse). Auch das Projekt der KAE¹⁶ werde low key weiter vorbereitet, jedoch ohne daß öffentlich spezifische Vorschläge gemacht werden sollten. Auf Ihre Bemerkung, daß hier Idealkonkurrenz mit dem Vorschlag von Gierek¹⁷ drohe, habe G. bemerkt, daß er die polnische Initiative eher als Hilfe empfinde.

d) G. hat von Präsident Carter den gleichen Brief wie Sie wegen eventueller Unterstützung gegenüber dem Iran¹⁸ erhalten. Er wolle am Ende im gewissen Umfang helfen, jedoch ohne Verträge zu verletzen. Der Iran erhalte allerdings keine neuen Kredite. Sie haben dies auf staatliche Kredite bezogen (dieser Frage wird nachgegangen) und bestätigt, daß wir uns ebenso verhielten.¹⁹ Die Andeutung weiterer Maßnahmen im Brief des amerikanischen Präsidenten hat G. nicht im Sinne militärischer Sanktionen verstanden.

e) In bezug auf die Teilnahme an den Olympischen Spielen wurde bestätigt, was bereits in einem früheren Gespräch gesagt worden war.²⁰ Eine Entscheidung soll nach Wunsch G's so spät wie möglich erfolgen, d. h. zum 24.5.²¹

¹⁵ Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich vom 23. bis 25. April 1980 in Frankreich auf. Vgl. dazu Dok. 130, Anm. 14, und Dok. 148, Anm. 6.

¹⁶ Zum französischen Vorschlag einer Konferenz für Abrüstung in Europa vgl. Dok. 1, Anm. 11.

¹⁷ Zum Vorschlag des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, Gierek, vom 11. Februar 1980 für eine Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 55, Anm. 39.

¹⁸ Vortragender Legationsrat I. Klasse Schlagintweit übermittelte der Botschaft in Washington am 28. März 1980 ein Schreiben des Präsidenten Carter vom 13. März 1980 an Bundeskanzler Schmidt. Darin hieß es, die VN-Untersuchungskommission habe ihre am 23. Februar 1980 aufgenommene Tätigkeit in Iran vorzeitig beendet, weil sie entgegen der Absprachen keinen Zugang zu den als Geiseln festgehaltenen amerikanischen Botschaftsangehörigen erhalten habe: „The steps which were agreed among all the parties at the outset included the transfer of the hostages to the control of the Iranian government, the submission of the Commission's report to the Secretary-General on the Commission's return to New York and the release of the hostages in connection with the completion of the work of the commission“. Sollte die VN-Untersuchungskommission ihre Arbeit nicht wieder aufnehmen können, sähen sich die USA zur Verhängung von Wirtschaftssanktionen gezwungen: „In the meantime, it would be a serious error if misleading signals were sent to the Iranians through bilateral measures that might indicate business as usual. I would appreciate it very much if you could review those measures which you instituted during the winter, such as the informal financial measures, the restraint on buying Iranian oil at prices sharply different from other OPEC producers, and the ban on supply of military equipment, to assure that they are being enforced.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 408; VS-Bd. 11152 (311); B 150, Aktenkopien 1980.

¹⁹ Zu den Bemühungen der Bundesregierung, der amerikanischen Bitte um finanzielle Sanktionen gegen Iran Rechnung zu tragen, vgl. Dok. 13, Anm. 15.

²⁰ Vgl. dazu das Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Giscard d'Estaing am 29. Februar 1989; Dok. 64.

²¹ Am 24. Mai 1980 endete die Anmeldefrist für die Olympischen Sommerspiele, die zwischen dem 19. Juli und dem 3. August 1980 in Moskau stattfanden.

f) G. äußerte sich skeptisch zur Entwicklung in Afghanistan. Der afghanische Widerstand²² werde es der Sowjetunion einstweilen unmöglich machen, das Land zu räumen. Das Ost-West-Verhältnis, die Entwicklung im Nahen Osten und die Afghanistan-Krise hingen eng miteinander zusammen.

Zu 3)

a) G. habe ausgeführt, er sei gegen „broad balance“. Wenn Großbritannien eine „broad balance“ wünsche, dann müsse die Kommission erst ermitteln, was „broad balance“ für alle, d. h. jeden einzelnen Mitgliedstaat, bedeute.

b) G. würde eine Paketlösung akzeptieren, die die Landwirtschaftspolitik einschließt. Dies aber nur bei umfassender Revision. Eine Paketlösung müsse Fischerei²³, Schaffleisch²⁴ und Energiefragen einschließen.

Die Kommission müsse für den Europäischen Rat Vorschläge vorlegen – a set of proposals. Sie versäume ihre Pflicht. Wenn solche Vorschläge nicht sehr bald gemacht würden, werde man beim ER alsbald zum Punkt der Tagesordnung übergehen müssen, um einen sinnlosen Streit à la Dublin²⁵ zu vermeiden. Bei Lösung aller anstehender Fragen werde Frankreich im Paket bis zu 700 Mio. RE gehen. Für andere Länder – Irland, Italien – dürfe aber nichts Zusätzliches geschehen. G. stimmte Ihnen zu, daß ein innerer gemeinschaftlicher Konflikt weltpolitisch sehr unwillkommen sei. Er ließ sich aber nur mit einigem Widerstreben davon überzeugen, daß eine Paketlösung besser sei als eine Trennung.

c) G. sprach sich gegen eine Teilnahme Großbritanniens am EWS aus, gab Ihnen aber zu, daß man einen Teilnahmeantrag schwer zurückweisen könnte.

d) G. begründete die französische Haltung in der Schaffleisch-Frage. Frankreich habe seinen Fall im ersten Durchgang beim Europäischen Gerichtshof nicht gut vertreten. Nach Artikel 43 Absatz 4 des EG-Vertrages²⁶ habe die Kommission die Verpflichtung, Vorschläge zu machen. Dies habe der Europäische Gerichtshof auch festgestellt. Die Haltung Frankreichs sei nicht illegitim, da die Kommission ihre Pflicht nicht erfüllt habe. Frankreich habe erneut geklagt und warte legitimerweise auf einen Kommissionsvorschlag für Schaffleisch.

e) G. glaubt weder, daß Großbritannien die Gemeinschaft verlassen, noch die Zahlung seiner Haushaltsbeiträge einstellen werde.

f) Sie waren sich einig, daß die britische Regierung wegen Rhodesien zu loben sei.²⁷

²² Zur Lage in Afghanistan vgl. Dok. 71, Anm. 7.

²³ Zu den Verhandlungen über die Fischereipolitik der Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 60, Anm. 20.

²⁴ Zu den Verhandlungen über eine EG-Markordnung für Schaffleisch vgl. Dok. 60, Anm. 21.

²⁵ Zur Tagung des Europäischen Rats am 29./30. November 1979 in Dublin vgl. AAPD 1979, II, Dok. 362.

²⁶ Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 800.

²⁷ Zur Lage in Rhodesien/Simbabwe vgl. Dok. 45, Anm. 9.

Beim Gespräch der vier Politischen Direktoren der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA, am 10./11. März 1980 in Paris berichtete der Abteilungsleiter im britischen Außenministerium, Bullard, „über die britische Einschätzung der Lage in Rhodesien nach den Wahlen. Er betonte, daß Mugabe, trotz einiger Extremisten im Zentralkomitee, bemüht sei, eine echte Politik der Ungebundenheit zu führen. Großbritannien werde ihn in diesen Bemühungen stützen. Im übrigen stehe Simbabwe auf der Prioritätenliste für britische Entwicklungshilfe ganz oben. Großbritannien werde ein eigenes Entwicklungsprogramm für Simbabwe ausarbeiten. Er hoffe, daß auch andere westliche Staaten dem neuen Staat wirtschaftliche Unter-

Zu 4)

- a) Über Spacelab²⁸ ist nicht gesprochen worden.
- b) Programm des Staatsbesuchs (wird mit AA weitergeführt).²⁹
- c) G. wird bei Ableben von Präsident Tito³⁰ nicht nach Belgrad gehen. Seine Teilnahme würde der französischen Tradition widersprechen.
- d) G. hat die Erwähnung der deutsch-französischen Erklärung vom 5.2.³¹ in der deutsch-amerikanischen Presseerklärung vom 5.3.³² positiv aufgenommen und dafür gedankt.
- e) G. bestätigte sein Einverständnis mit dem geplanten Verlauf des Weltwirtschaftsgipfels in Venedig.³³ Der erste Teil solle politisch sein (Teilnahme Staats-

Fortsetzung Fußnote von Seite 487

stützung geben würden. Angesichts des natürlichen Reichtums des Landes seien die Aussichten für eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung gut.“ Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schenk vom 13. März 1980; VS-Bd. 1114 (204); B 150, Aktenkopien 1980.

- 28 Am 20. Dezember 1972 erteilte die Europäische Weltraumkonferenz (ESC) ihre Zustimmung zu einer Beteiligung an der Entwicklung eines Weltraumlaboratoriums („Spacelab“) im Rahmen des amerikanischen Post-Apollo-Programms sowie an der Entwicklung der französischen Trägerrakete L3S, die an die Stelle des Projekts der Trägerrakete „Europa III“ treten sollte. Vgl. dazu AAPD 1972, III, Dok. 423.

Am 15. Februar 1973 schlossen einige Mitgliedstaaten der Europäischen Weltraumforschungs-Organisation (ESRO) mit der ESRO eine Vereinbarung über die Durchführung eines Spacelab-Programms. Am 14. August 1973 unterzeichneten diese Staaten und die USA ein Übereinkommen über ein Programm der Zusammenarbeit bei der Entwicklung, Beschaffung und Nutzung eines Weltraumlaboratoriums in Verbindung mit dem Raumtransportsystem. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1975, Teil II, S. 1295–1300 bzw. S. 1302–1306.

Referat 413 erläuterte am 2. Februar 1978, daß sich die Bundesrepublik an der Entwicklung einer Trägerrakete vom Typ „Ariane“ mit einem Festbetrag von 381 Mio. DM für die Jahre 1974 bis 1981 beteilige: „Frankreich ist an der Ariane-Produktion stark interessiert [...] und drängt jetzt auf schnelle Inangriffnahme eines Produktionsprogramms für sechs Raketen (Gesamtkosten ca. 530 Mio. DM). [...] Ein Eingehen auf das französische Verlangen würde zu einem deutschen Beitrag am Produktionsprogramm der Ariane in der Größenordnung von 85 bis 112 Mio. DM führen. Der deutsche ESA-Beitrag ist aber aufgrund der für die Forschungspolitik gesetzten Prioritäten in der mittelfristigen Finanzplanung auf 360 Mio. DM/Jahr festgelegt; er wird bereits weitgehend durch beschlossene Programmaktivitäten (insbesondere Spacelab) aufgezehrt.“ Vgl. Referat 413, Bd. 123694. Vgl. dazu ferner AAPD 1977, II, Dok. 365.

Im Telefongespräch mit Bundeskanzler Schmidt am 11. März 1980 bemerkte Staatspräsident Giscard d'Estaing, „daß morgen die Frist für die Zustimmung zur Fortführung des Spacelab-Programms abläuft. Die Deutschen drängten darauf, daß die Franzosen das Programm trotz der gestiegenen Kosten akzeptierten. Er hat Weisung gegeben, ad referendum zuzustimmen. Die Franzosen warteten ihrerseits noch auf die deutsche Unterstützung für die Ariane.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 52; B 150, Aktenkopien 1980.

Das Bundesministerium für Forschung und Technologie vermerkte am 24. Juni 1980: „Die Bundesrepublik Deutschland ist der ‚Erklärung europäischer Regierungen über die Produktionsphase der Ariane-Träger‘ vom 23. Januar 1980 fristgerecht beigetreten; ferner sind Mitglied Italien, Belgien, Großbritannien, Schweden und Frankreich (Stand: Mai 1980). Die Erklärung sieht vor, daß die Produktion der Ariane-Rakete durch eine Aktiengesellschaft französischen Rechts, Arianespace, mit Sitz in Frankreich durchgeführt werden soll. [...] Von dem Aktienkapital von insgesamt 150 Mio. Francs haben die deutschen Aktionäre [...] insgesamt ca. 20 % gezeichnet.“ Vgl. Referat 413, Bd. 142056.

- 29 Staatspräsident Giscard d'Estaing hielt sich vom 7. bis 11. Juli 1980 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 211.

- 30 Zum Gesundheitszustand des Staatspräsidenten Tito vgl. Dok. 67, Anm. 9.

- 31 Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung anlässlich der deutsch-französischen Konsultationen am 4./5. Februar 1980 in Paris vgl. BULLETIN 1980, S. 117 f.

- 32 Für den Wortlaut der gemeinsamen Presseerklärung des Bundeskanzlers Schmidt und des Präsidenten Carter vom 5. März 1980 in Washington vgl. BULLETIN 1980, S. 237–240.

- 33 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 22./23. Juni 1980 in Venedig vgl. Dok. 184 und Dok. 185.

und Regierungschefs, Außenminister, je ein Note-taker). An diesem ersten Teil solle die Kommission nicht teilnehmen. Währenddessen sollten die Wirtschafts- und Finanzminister den zweiten Teil vorbereiten.

Zum Morgenfrühstück des ersten Tages sollten sich die Vier auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs und auf der Ebene der Außenminister treffen (wie in Tokio³⁴ – der dortige Ablauf wird überprüft).

Staden

VS-Bd. 14083 (010)

86

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Graf Finck von Finckenstein

203-320.10 ZYP-240/80 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1604 Plurez

Aufgabe: 19. März 1980, 16.20 Uhr¹

Betr.: Zypern-Frage;

hier: Vorsprache des zyprischen Botschafters bei Dg20² am 18.3.1980

Bezug: DB 689 vom 14.3.1980 aus New York UNO und

DB 728 vom 18.3.1980 aus New York UNO³

Zur Unterrichtung

1) Im Zusammenhang mit den Bemühungen von GS Waldheim zur Wiederaufnahme der Volksgruppen-Gespräche in Zypern⁴ suchte Botschafter Iacovou am

³⁴ Der Weltwirtschaftsgipfel fand am 28./29. Juni 1979 in Tokio statt. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 198.

¹ Durchdruck.

Hat Ministerialdirigent Dröge am 19. März 1980 vorgelegen.

² Heinz Dröge.

³ Botschafter Jelonek, New York (VN), berichtete: „Zypern-Team des VN-Sekretariats hat Abreise nach Nikosia aus angeblich technischen Gründen verschoben. Die eigentliche Ursache dürfte jedoch in den konträren Positionen der Parteien [...] liegen. Dies wird durch ein Gespräch, das Mitarbeiter mit Zypern-Experten der türkischen Ständigen Vertretung heute (18.3.1980) führte, bestätigt. Danach bestehen Ankara und die zypern-türkische Seite auf einem vereinbarten Text der Eröffnungs-erklärung des VN-GS, in der insbesondere der Grundsatz der Bizonalität von beiden Seiten akzeptiert werden soll. Im übrigen schien türkischer Gesprächspartner eher optimistisch und erklärte, auch Demirel und Denktasch wollten diesmal einen Durchbruch erzielen. Sollte es jedoch zur Konstituierung einer VN-Zypern-Kommission entsprechend GV-Resolution 34/50 kommen, dann würden die Volksgruppengespräche endgültig gescheitert sein.“ Vgl. Referat 203, Bd. 115918.

⁴ Am 28. April 1975 wurden die Gespräche zwischen Vertretern der griechischen bzw. türkischen Volksgruppe auf Zypern eröffnet, die unter der Schirmherrschaft des VN-Generalsekretärs Waldheim in New York und Wien stattfanden. Sie wurden nach mehreren Gesprächsrunden am 7. April 1977 abgebrochen. Vgl. dazu AAPD 1977, I, Dok. 89, und AAPD 1979, I, Dok. 183. Eine weitere Gesprächsrunde fand vom 15. bis 22. Juni 1979 statt. Gesandter Jelonek, New York (VN), informierte am 10. August 1979, Waldheim schlage vor, die Volksgruppengespräche wiederaufzunehmen. In einem vertraulichen Memorandum Waldheims hieße es, in Zukunft müßten dabei verfas-

18.3.1980 Dg20 auf, um uns über letzte Entwicklung aus der Sicht Nikosias ins Bild zu setzen. Botschafter übergab bei dieser Gelegenheit ein von ihm selbst verfertigtes inoffizielles Memorandum, in dem Stand der Vorgespräche der beiden Volksgruppen mit GS Waldheim skizziert wird.⁵ Er betonte die Bereitschaft seiner Regierung zur Wiederaufnahme der Volksgruppengespräche, die auch in der Zustimmung zu dem von Waldheim im Januar vorgeschlagenen Verfahren zum Ausdruck komme. Zypern-griechische Seite habe insgesamt „a lot of flexibility“ gezeigt, sei sich aber über die wirklichen Absichten von Denktash im unklaren. Die zypern-türkische Seite bestehe auf vollständiger Vorverhandlung des „opening statements“ des GS, das gleichzeitig ein von beiden Volksgruppen akzeptiertes und beide Gruppen bindendes Dokument sein müsse. Botschafter sieht entsprechende Ursache der Schwierigkeiten zur Wiederaufnahme der Volksgruppengespräche allein auf zypern-türkischer Seite und gab sich insgesamt nicht sehr optimistisch.

2) Eigentliches Petikum der Vorsprache war Bitte zyprischen Botschafters, im Rahmen unserer Hilfsaktion für die Türkei⁶ unseren Einfluß auf Ankara geltend zu machen (exercise your influence on Turkey), um zypern-türkische Seite zum Einlenken zu bewegen. Botschafter erklärte, wir seien als Freund der Türkei einziges westliches Land, das auch wirklichen Einfluß auf Ankara nehmen könne. Kyprianou habe bei seinen Besuchen in Paris⁷, London⁸ und Rom⁹ auch

Fortsetzung Fußnote von Seite 489

sungsrechtliche und territoriale Fragen vorrangig behandelt werden. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1513; VS-Bd. 11096 (203); B 150, Aktenkopien 1979.

Botschafter Söhnke, Nikosia, resümierte am 27. März 1980, Waldheims Initiative sei in eine Sackgasse geraten: „Die Verhandlungsziele waren zunächst gemeinsam so formuliert, daß ein auf politische Stabilität und wirtschaftliche Lebensfähigkeit orientierter bikommunaler Bundesstaat geschaffen werden sollte. [...] Die z[yprisch]-t[ürkische] Seite wiederholt ständig ihr Sicherheitsinteresse und beharrt darauf, ihren international nicht anerkannten Teilstaat [...] als eigenständige Zone in eine ‚bizonale‘ Föderation einzubringen, die eher Staatenbund als Bundesstaat wäre. [...] Für die [Zy-pern]-[Griechen] steht die wirtschaftliche Lebensfähigkeit des zukünftigen gemeinsamen Staates im Vordergrund. Sie wollen eine biregionale Republik mit starker Bundesgewalt, die allen Bürgern Bewegungsfreiheit, Niederlassungsfreiheit und Eigentumsrecht in beiden Regionen gestattet.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 119; Referat 203, Bd. 115916.

⁵ Vortragender Legationsrat I. Klasse Graf Finck von Finckenstein übermittelte am 20. März 1980 das am 18. März 1980 übergebene zyprische Memorandum. Darin hieß es: „In the first instance, the Secretary-General sounded the two parties through his Special Representative, in order to establish their positions. Subsequently he communicated certain ideas/suggestions relating to the methods and procedures for the new dialogue and which he wished to have included in his opening statement. The following are the main points: 1) The conduct of negotiations in the framework of the Secretary-General good offices, on the basis of 19 May 1979 agreement and reconfirmation of its validity. 2) Confirmation by both sides for the conduct of substantive and constructive talks. 3) Agenda comprising a) resettlement of Varosha, b) practical measures of good will, c) territorial issue, d) constitutional issue. 4) The talks would proceed in sessions with the possibility for the interlocutors establishing committees. [...] Position of Mr. Denktash to the suggestion of the Secretary-General: 1) Mr. Denktash rejected the procedure proposed by the Secretary-General. 2) Demanded the complete pre-negotiation of the Secretary-General's opening Statement to become a completely agreed and binding document for the two sides. [...] Position of the Greek-Cypriot side to the suggestions of the Secretary-General: The Greek-Cypriot side accepted the above and informed the Secretary-General accordingly.“ Vgl. den nicht nummerierten Runderlaß; Referat 203, Bd. 115916.

⁶ Zur Wirtschafts-, Finanz- und Verteidigungshilfe für die Türkei vgl. Dok. 64, Anm. 11.

⁷ Präsident Kyprianou hielt sich vom 26. bis 28. Februar 1980 in Frankreich auf.

⁸ Gesandter Böcker, London, berichtete am 12. Februar 1980, daß Präsident Kyprianou „am 29.2. zu Gesprächen mit PM Frau Thatcher und Lord Carrington nach London kommen“ werde. Vgl. den Drahtbericht Nr. 279; Referat 204, Bd. 115970.

⁹ Präsident Kyprianou hielt sich am 4./5. März 1980 in Italien auf.

diese Länder um Unterstützung gebeten und auch dort auf die besondere Stellung der Bundesrepublik hingewiesen.

In seiner Antwort wies Dg20 auf unser unverändert großes Interesse an der baldigen Wiederaufnahme der Volksgruppengespräche hin. Wir hätten dieses Interesse, wie bekannt, in der Vergangenheit gegenüber der türkischen Seite mehrfach unmißverständlich zum Ausdruck gebracht und uns immer um Fortschritte in der Zypern-Frage bemüht. Wir würden auch weiterhin mit der Türkei in diesem Sinne über Zypern sprechen. Allerdings sei nicht daran gedacht, die Türkeihilfe in irgendeiner Form durch ein politisches Junktim mit der Zypern-Frage zu verbinden. Dg20 erläuterte die Hilfsaktion für die Türkei als eine der Folgen der sowjetischen Intervention in Afghanistan, die eine Konsolidierung und Sicherung der Südost-Flanke der NATO dringend erforderlich mache. Die Türkeihilfe entspringe nicht der Freundschaft zur Türkei, sondern sei eine „vital necessity“ als Konsequenz der Afghanistan-Krise. Wir hofften, daß die sehr abgewogene und überlegte Initiative Waldheims zur Wiederaufnahme der VG-Gespräche trotz der aufgetretenen Schwierigkeiten zu einem Erfolg führe.

3) Botschafter Iacovou brachte sodann den uns schon von der Botschaft Nikosia übermittelten Wunsch von AM Rolandis nach einem Gespräch mit BM vor.¹⁰ Als Termin regte er Mitte April oder Mitte Mai an. Botschafter sagte, er habe seinem Minister geraten, den noch anstehenden offiziellen Besuch in Bonn mit Rücksicht auf den Terminkalender unseres Ministers erst für einen Zeitpunkt nach den Bundestagswahlen¹¹ ins Auge zu fassen, doch sei Rolandis an einem kurzen, etwa einstündigen Gespräch mit dem BM, auf dessen Rat er besonders großen Wert lege, sehr interessiert und er sei deshalb bereit, auch für einen solchen kurzen, informellen Arbeitsbesuch nach Bonn zu kommen.

Dg20 sagte zu, daß wir den BM entsprechend unterrichten würden.

4) Abschließend trug Botschafter Iacovou noch einmal Überlegungen von AM Rolandis über mögliches diskretes Treffen mit AM Erkmen am Rande des Ministerkomitees des Europarats¹² vor und bat um unsere Einschätzung dazu sowie im Falle einer positiven Bewertung durch uns um unsere Vermittlung zum Zustandekommen einer solchen Begegnung.¹³ Er sagte, eventuell könne diese

¹⁰ Botschafter Söhnke, Nikosia, berichtete am 14. März 1980, der zyprische Außenminister Rolandis habe um ein Gespräch mit Bundesminister Genscher gebeten: „Rolandis wird am 9. und 10. April an Ministertreffen in Lissabon teilnehmen. Falls auch AM Erkmen teilnimmt und er es wünscht, möchte Rolandis mit ihm unter vier Augen erörtern, ob es bei gegenwärtigen Vorstellungen gemeinsame Basis gibt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 43; VS-Bd. 11096 (203); B 150, Aktenkopien 1980.

¹¹ Die Wahlen zum Bundestag fanden am 5. Oktober 1980 statt.

¹² Zur Sitzung des Ministerkomitees des Europarats am 10. April 1980 in Lissabon vgl. Dok. 115.

¹³ Botschafter Oncken, Ankara, berichtete am 25. März 1980, der türkische Außenminister Erkmen habe mitteilen lassen, er „könne aus bekannten politischen Gründen nicht mit Rolandis zusammentreffen. [...] Nach Auffassung von Erkmen würde es aber möglich sein, daß ein Mitarbeiter Erkmens Rolandis ‚by chance‘ treffen und mit ihm eine Tasse Kaffee trinken würde.“ Voraussetzung sei absolute Diskretion. Oncken riet dazu, den zyprischen Außenminister Rolandis erst kurz vor dem Termin zu informieren: „Ich erbitte vertrauliche Behandlung, auch im Hinblick auf hiesige Position der Botschaft.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 367; VS-Bd. 11096 (203); B 150, Aktenkopien 1980.

Frage auch über zyprischen Botschafter beim Europarat¹⁴ vorsichtig ventiliert werden.

Botschafter wurde von uns darauf hingewiesen, daß dieser Kanal geeigneter erscheine, zumal das Zustandekommen solcher Begegnungen bisher an der Anerkennungsfrage gescheitert sei, doch wurde Iacovou darüber hinaus Prüfung dieses Petitums zugesagt (hierzu wurde Botschaft Ankara telefonisch um Stellungnahme gebeten).¹⁵

5) Text des uns von Botschafter Iacovou übergebenen Memorandums wird den Vertretungen mit Schriffterlaß übermittelt.

Finckenstein¹⁶

VS-Bd. 11096 (203)

¹⁴ Constantinos Pilavachi.

¹⁵ Vortragender Legationsrat I. Klasse Graf Finck von Finckenstein informierte die Botschaft in Nikosia am 17. März 1980, die Bundesregierung beabsichtige nicht, die Türkei im Zusammenhang mit der Wirtschafts-, Finanz- und Verteidigungshilfe auf den Zypern-Konflikt anzusprechen: „Die von uns gewählte Höflichkeitsformel der Absage von Kyprianous Besuchswünschen bedeutet ‚Verschiebung sine die‘. Botschafter Iacovou hat das auch durchaus so verstanden.“ Die Türkei lehne direkte Gespräche mit der zyprischen Regierung ab, eine Vermittlung habe daher keine Erfolgsaussichten. Es sei zu begrüßen, daß Botschafter Söhnke, Nikosia, in kurzer Zeit gute Kontakte habe herstellen können. Allerdings dürfe nicht der unzutreffende und nicht beabsichtigte Eindruck entstehen, „als sei die Bundesregierung in nächster Zeit bereit bzw. in der Lage, im Zypern-Konflikt irgendwelche besonderen Initiativen zu ergreifen“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 1551; VS-Bd. 11096 (203); B 150, Aktenkopien 1980.

Botschafter Oncken, Ankara, erklärte dazu am 19. März 1980, ein formeller Schritt gegenüber der Türkei habe keine Aussichten auf Erfolg und widerspreche der bisherigen Linie der Bundesregierung. Es sei aber ratsam, weiterhin einen Beitrag zur Reduzierung der Spannungen zu leisten: „Dies geschieht oft dadurch, daß wir uns verschweigen, um bei den gelegentlich überempfindlichen Türken den hier fast immer kontraproduzent wirkenden Eindruck eines Drucks oder eines Junktims zu vermeiden. Diese Methode ist in den meisten Fällen immer noch die beste, um die Türken hinsichtlich berechtigter griechischer oder zyprisch-griechischer Petita aufgeschlossener zu machen.“ Oncken schlug vor, „daß ich den mir gut bekannten früheren türkischen Athener Botschafter Gürün, derzeit einer der Berater des Außenministers, theoretisch immerhin ein Kandidat für den Posten des Generalsekretärs, anspreche.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 347; VS-Bd. 11096 (203); B 150, Aktenkopien 1980.

¹⁶ Paraphe.

Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-2419/80 geheim

Fernschreiben Nr. 447

Aufgabe: 19. März 1980, 20.55 Uhr¹

Ankunft: 19. März 1980, 21.05 Uhr

Betr.: NATO-Ratssitzung am 19.3.1980;

hier: Aussprache über chemische und biologische Kriegführung

Zur Unterrichtung

1) In NATO-Ratssitzung am 19. März 1980 sprach Generalsekretär Luns Gerüchte über angeblichen Vorfall mit biologischen Kampfstoffen in und um die Stadt Swerdlowsk an und stellte fest, daß sich Wahrheitsgehalt dieser Meldungen mehr und mehr verdichtete.² Swerdlowsk sei seit Wochen für Ausländer gesperrt. Meldung müsse im Zusammenhang mit anderen Informationen über sowjetische Maßnahmen auf dem Gebiet biologischer und chemischer Waffen gesehen werden. Auch Meldungen über angeblichen sowjetischen Einsatz von chemischen Waffen in Afghanistan³ und Südostasien ergänzten das Bild. Zu Recht

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann am 21. März 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Hofstetter und die Legationsräte I. Klasse Kreusel und Rupprecht verfügte.

Hat Hofstetter und Rupprecht am 24. März 1980 vorgelegen.

Hat Kreusel am 25. März 1980 vorgelegen.

² Botschafter Hermes, Washington, informierte am 15. März 1980 über ein Gespräch mit dem Leiter der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde, Earle. Die amerikanische Regierung habe die Absicht, gegenüber der UdSSR einen Unfall mit biologischen Waffen im Frühjahr 1979 in Swerdlowsk aufzugreifen. Sie unterrichte nur die Bundesrepublik, Frankreich und Großbritannien über diesen Schritt. Earle habe ein Papier übergeben, in dem es heiße, im April 1979 sei in Swerdlowsk eine Seuche ausgebrochen, die erst Ende Mai unter Kontrolle gebracht worden sei: „There is a military facility in Swerdlowsk that has long been suspected of being involved in research and development on biological warfare agents. We have recently acquired accounts of symptoms associated with the disease in Swerdlowsk last year which point toward pulmonary anthrax, which is a potential biological warfare agent. [...] That would be inconsistent with the prohibition in the biological weapons convention on stockpiling or retaining biological agents in quantities that have no justification for prophylactic, protective or other peaceful purposes.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1200; VS-Bd. 10319 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

Botschafter Pfeiffer, Genf (CD), berichtete am 19. März 1980, der Leiter der amerikanischen Delegation beim Genfer Abrüstungsausschuß, Flowerree, habe am Vortrag die „Botschafter westlicher Gruppe“ informiert, daß er bei der Überprüfungskonferenz für das Übereinkommen vom 10. April 1972 über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen das Plenum über den Unfall in Swerdlowsk unterrichten werde: „Ergänzend sagte Flowerree, daß die Amerikaner unter diesen Umständen einer Formulierung im Schlußdokument des B-W[affen]Ü[bereinkommens] nicht zustimmen könnten, in der festgestellt würde, daß es keine Verletzung der Konvention gegeben habe.“ Die UdSSR sei darüber informiert worden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 473; VS-Bd. 11548 (222); B 150, Aktenkopien 1980.

³ Gesandter Pfeffer, Brüssel (NATO), informierte am 7. März 1980, am Vortrag habe in der Sitzung des Politischen Ausschusses auf Gesandtenebene ein Vertreter des Internationalen Militärstabs erklärt, „daß sich Nachrichten über den angeblichen Einsatz von chemischen Kampfmitteln gegen afghanische Widerstandskämpfer verdichteten. Dabei würden zum ersten Mal nähere Einzelheiten angegeben (Abwurf von Kanistern aus der Luft, farbige Wolkenbildung, teils Lähmungserscheinungen, teils Tod der Betroffenen, größere Verluste in Zivilbevölkerung). Bisher sei ein Beweis für die Richtigkeit dieser Nachrichten nicht erbracht“. Es sei auch nicht klar, ob die Kampfstoffe von afghanischen oder sowjetischen Truppen verwendet würden. Er, Pfeffer, habe nachgefragt, auf welchen Quellen diese Informationen beruhten und ob sie sich verifizieren ließen. Die Angaben widersprächen

habe SACEUR⁴ vor kurzem auf Dringlichkeit des Problems hingewiesen. Die NATO sei einem Angriff der SU mit chemischen oder biologischen Kampfmitteln schutzlos ausgesetzt. Thema sollte in geeigneter Form bei kommender Genfer CW-Konferenz⁵ von einzelnen Bündnispartnern angesprochen werden. Luns ging davon aus, daß sich der Militärausschuß eingehender mit dem Problem befassen werde.

2) Ausführungen von GS Luns wurden von Frankreich und USA kommentiert. Französischer Botschafter⁶ erklärte, daß Frankreich als Hinterlegerstaat des CW-Protokolls⁷ über die jüngsten Meldungen aus Afghanistan und der Sowjetunion äußerst beunruhigt sei. Französische Regierung gehe zur Zeit Meldungen und Gerüchten nach und habe eine Untersuchung der Vorwürfe eingeleitet. Wegen des angeblichen Einsatzes chemischer Waffen in Afghanistan und Südostasien habe man bereits in Moskau demarchiert.⁸

US-Vertreter sprach von beunruhigenden Indikatoren, die seit Frühjahr 1979 den Verdacht erhärteten, die Sowjetunion verstoße gegen von ihr unterzeichnete Verträge zum Verbot biologischer und chemischer Waffen. SU verfüge anscheinend über Menge dieser Kampfmittel, die möglicherweise über die nach den Verträgen zulässigen Vorräte für prophylaktische Forschung und zur friedlichen Anwendung hinausgehen. Vereinigte Staaten hätten vor ein paar Tagen in Moskau demarchiert und Konsultationen vorgeschlagen mit dem Ziel, den

Fortsetzung Fußnote von Seite 493

chen der Einschätzung des Militärstabs, „die sowjetische militärische Operation verlaufe technisch hervorragend und stehe im Gegensatz zu der unzureichenden sowjetischen Einschätzung der außenpolitischen Folgen und der entsprechend unzureichenden diplomatischen Absicherung der Intervention. [...] Wenn die Nachrichten über den Einsatz chemischer Kampfmittel sich bewahrheiteten, wäre das ein weiterer Hinweis in der Richtung, daß die Sowjetunion den Widerstand mit konventionellen Mitteln nicht oder nicht schnell genug brechen zu können glaube.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 385; VS-Bd. 10284 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), vermerkte am 11. März 1980, die amerikanische Delegation habe im Politischen Ausschuß auf Gesandtenebene mitgeteilt: „Reports of Soviet use of chemical warfare in Afghanistan could be confirmed in several ways. [...] Verification, in the sense of collecting adequate evidence to present a case to an international organization or the world public, would be difficult.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 401; VS-Bd. 10284 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

Botschafter Pfeiffer, Genf (CD), informierte am 19. März 1980, der pakistanische Botschafter Marker habe am Vortag gegenüber einem Vertreter der niederländischen Botschaft dargelegt, „die rund fünftausend afghanischen Flüchtlinge in Pakistan hätten bisher nichts über einen sowjetischen Einsatz chemischer Waffen berichtet. Es gebe einige Fälle von Verbrennungen, die durch Napalm verursacht worden seien könnten; es könne sich aber ebensogut auch um Verletzungen handeln, die bei der Flucht aus brennenden Häusern aufgetreten seien.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 473; VS-Bd. 11548 (222); B 150, Aktenkopien 1980.

⁴ Bernard W. Rogers.

⁵ Die zweite Sitzungsrunde des Abrüstungsausschusses in Genf (CD), die sich mit dem Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung chemischer und radiologischer Waffen befaßte, wurde am 12. Juni 1980 eröffnet.

⁶ Claude Arnaud.

⁷ Für den Wortlaut des Genfer Protokolls vom 17. Juni 1925 über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie bakteriologischen Mitteln im Kriege vgl. REICHSGESETZBLATT 1929, Teil II, S. 173–177.

⁸ Botschafter Wieck, Moskau, informierte am 26. März 1980, der französische Botschafter Froment-Meurice habe am 21. März berichtet, „daß der französischen Regierung im Oktober-November 1979 von zuverlässiger sowjetischer Seite Hinweise auf die Swerdlowsker Katastrophe zugegangen seien“. Das Gebiet sei aus der Luft mit „Gegenstoffen bespritzt worden“. Wieck ergänzte, die sowjetische Presse habe das Thema mittlerweile aufgegriffen und schreibe, ein Ausbruch von Milzbrand unter Nutzvieh im Vorjahr sei von den USA zu einem Unfall mit biologischen Waffen stilisiert worden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1469; VS-Bd. 10929 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

erhobenen Vorwürfen nachzugehen.⁹ Bisher habe Sowjetunion auf diese Demarche nicht geantwortet. Es sei zweifellos angebracht, Problem in Genf anzusprechen.¹⁰

3) Wegen innen- und außenpolitischer Sensitivität schlage ich vor, daß wir uns bilateral mit Amerikanern verständigen, wie das Problem am besten weiter behandelt werden sollte.¹¹

[gez.] Pauls

VS-Bd. 10369 (201)

⁹ Botschafter Wieck, Moskau, informierte am 19. März 1980, der amerikanische Botschafter Watson habe am 17. März „wegen des Unfalls in Swerdlowsk bei Erstem Stellvertretenden Außenminister Kornienko in sowjetischem Außenministerium demarchiert. Kornienko habe auf die vorgetragenen Tatsachen und Besorgnisse betont kühl und gelassen reagiert („he played it cool“) und gesagt, er wisse von alledem nichts. [...] Watson stellte trotz dieser Reaktion bei Kornienko eine gewisse Überraschung und Betroffenheit fest. Die Zusage der Prüfung der Angelegenheit wurde von Kornienko offenbar nicht gegeben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1341; VS-Bd. 11548 (222); B 150, Aktenkopien 1980.

¹⁰ Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), berichtete am 25. März 1980, die Meldungen über einen Unfall mit biologischen Waffen in Swerdlowsk bezögen sich ausschließlich auf amerikanische Quellen, Frankreich verfüge über keine eigenen Erkenntnisse. Die amerikanischen Angaben seien „in hohem Maße spekulativ. Bezeichnend in diesem Zusammenhang ist Meldung, daß Diskussion über Swerdlowsk durch von CIA herausgegebenen ‚foreign broadcast information service‘-Artikel ausgelöst wurde. Artikel zitierte deutsche Pressemeldungen von Oktober 1979 und Februar 1980, in denen von durch biologische Kampfstoffe verursachten Epidemien in den Städten Nowosibirsk bzw. Kashino die Rede war. Deutsche Pressemeldungen wurden auch in US-Regierungskreisen als ‚aufgebauscht‘ kritisiert.“ Ein Einsatz biologischer oder chemischer Kampfstoffe in Afghanistan sei angesichts der Kräfteverhältnisse unnötig, „denkbarer militärischer Vorteil stünde in keinem Verhältnis zu weltweiter politischer Wirkung zu Ungunsten der SU“. Der behauptete Einsatz von Kurzstreckenraketen mit biologischen oder chemischen Sprengköpfen gegen afghanische Widerstandskämpfer mache militärisch keinen Sinn: „In Bündniskreisen ist mehrfach in privaten Gesprächen folgende Vermutung geäußert worden: Die in letzter Zeit sich häufenden amerikanischen Informationen über angeblichen sowjetischen Einsatz von C-Waffen und Entwicklung und Lagerung von B-Waffen in der SU werden gezielt zugänglich gemacht, um vielleicht im Bündnis in der Öffentlichkeit eine Grundhaltung zu erzeugen, welche die Schaffung eines ‚retaliatory potentials‘ auf dem Gebiet der B- und C-Waffen ermöglichen würde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 472; VS-Bd. 10284 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

¹¹ Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), berichtete am 28. März 1980, in einer informellen Sitzung des Ständigen NATO-Rats am Vortag hätten die USA über ihre Erkenntnisse zum Unfall in Swerdlowsk informiert. Gesichert sei der Ausbruch einer Seuche, die rege Aktivität in der UdSSR ausgelöst habe, aber ungewöhnlich streng geheim gehalten worden sei. Vermutet werde, „daß Lungen-Milzbrandseuche durch Explosion in der Swerdlowsker Anlage hervorgerufen worden sei“, weil in einer benachbarten Fabrik eine hohe Zahl von Menschen gestorben sei: „‚Normaler‘ Milzbrand breche im übrigen gewöhnlich in warmen Jahreszeiten aus, also nicht im Frühjahr. Explosion müsse große Mengen an Erregern freigesetzt haben, da zur Ansteckung einer Person im Schnitt 10 000 bis 20 000 Erreger erforderlich seien, anscheinend umfangreiche Arbeiten zur Beseitigung der Erreger notwendig gewesen seien, Milzbrand von Mensch zu Mensch nicht übertragbar sei, was Ketten-Kontaminierung aufgrund von Experimenten an einer begrenzten Zahl von Freiwilligen ausschließe (derartige kontrollierte Experimente würden in der SU durchgeführt), eine derart hohe Zahl von Todesfällen nicht durch zu Laborzwecken gezüchtete Erreger verursacht werden könne“. Auf Nachfrage habe der amerikanische Botschafter Bennett erklärt, die USA hätten keinen sicheren Nachweis, daß die UdSSR über biologische und chemische Kampfstoffe verfüge, „es bestehe jedoch eine hohe Wahrscheinlichkeit“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 492; VS-Bd. 10292 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Staatssekretär im iranischen Ministerpräsidentenamt, Tabatabai

311-321.00 IRN-301/80 VS-vertraulich

21. März 1980¹

Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister mit der Bitte um Billigung Gespräch des Bundesministers mit dem Staatssekretär im iranischen Ministerpräsidentenamt, Sadegh Tabatabai, am 21. März 1980; Beginn: 17.00 Uhr³

1) Zu seiner eigenen Person sagte *Tabatabai*, er sei 18 Jahre im Ausland gewesen, zwischen 1966 und 1979 ununterbrochen. Er sei eine von acht Personen in Europa und Amerika gewesen, die die Revolution im Ausland vorbereitet und Kontakt mit Khomeini gehalten hätten. Wegen seiner langen Abwesenheit habe er das Amt des Staatssekretärs im Innenministerium nach kurzer Zeit aufgegeben und den weniger Personalkenntnisse erfordernden Posten in der Kanzlei des Ministerpräsidenten übernommen. Bani Sadr habe ihm angeboten, Außenminister, Erdölminister oder Informationsminister zu werden. Wahrscheinlich werde er keines dieser drei Ämter antreten.

2) *Bundesminister* erklärte: Seitdem ich 1974 Außenminister geworden bin, reiste ich weder nach Iran, noch empfing ich den offiziellen Besuch eines iranischen Außenministers in Bonn. Ich spürte, daß sich in Iran etwas entwickelt.

Hätten Sie gedacht, daß die Revolution so rasch kommt?

Tabatabai: Die Revolution kam schneller als erwartet. Noch vor drei Jahren hätte ich gesagt, daß es noch zehn Jahre dauern würde. Die Menschenrechtspolitik Carters hat sehr dazu beigetragen, die Entwicklung zu beschleunigen.

In den letzten Monaten haben sich die Verhältnisse unerwartet schnell normalisiert. Die Revolution hat ohne Polizei, ohne Militär und ohne Nachrichtenapparat angefangen. Nun ist das Wesentliche wieder aufgebaut worden, zum Teil mit anderer Struktur und natürlich mit anderen Aufgaben. Auch die großen Wirtschaftsprobleme, die infolge des Abflusses von 40 Milliarden Dollar und eines sechsmonatigen Streiks entstanden sind, wurden weitgehend beseitigt. Die Industrie arbeitet im Schnitt wieder zu 40 %. Die Landreform schreitet

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schlagintweit am 25. März 1980 gefertigt.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 2. April 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 311 verfügte und handschriftlich vermerkte: „Vermerk kann BM z. Zt. nicht zur Billigung vorgelegt werden.“

² Hat Staatssekretär Lautenschlager am 27. März 1980 vorgelegen.

³ Ministerialdirigent Petersen notierte am 20. März 1980, der Staatssekretär im iranischen Ministerpräsidentenamt, Tabatabai, nehme am 20./21.3.1980 an einem Symposium der Friedrich-Ebert-Stiftung über die „Islamische Republik Iran – Probleme und Perspektiven“ in Bonn teil: „Tabatabai war bis 8.11.1979 stellvertretender Ministerpräsident und Regierungssprecher, bis Juni 1979 Staatssekretär im Innenministerium. Er ist mit Khomeini verschwägert (seine Schwester ist mit dem Khomeini-Sohn Ahmad verheiratet).“ Tabatabais Familie lebe noch in der Bundesrepublik, wo Tabatabai 17 Jahre studiert und gelebt habe: „Tabatabai war schon zweimal in Bonn. Im April 1979 sprach er u. a. mit StS van Well, im Oktober 1979 mit ChBK – StM Wischniewski, unter teilweiser Teilnahme des Bundeskanzlers. Wischniewski hat außerdem als Anerbieten gegenüber den USA im November 1979 mit Tabatabai wegen der Geisellaffäre telefoniert.“ Vgl. Referat 311, Bd. 137609.

züglich fort, obwohl ich Bedenken gegen zu starke Parzellierung des Grundbesitzes habe.

3) Tabatabai: Im Irak werden die Dinge ähnlich wie in Iran verlaufen. Ich gebe dem Irak kein halbes Jahr mehr. Diese Entwicklung wird auf Kosten der Sowjetunion gehen. Dann wird auch die Kurdenproblematik anders aussehen. Vor drei Wochen haben die irakischen Schiiten ein Abkommen mit den Kurden geschlossen, daß sie nun gemeinsam gegen die Regierung kämpfen. Saudi-Arabien, das zunächst mit Irak zusammengearbeitet hat, da es eine iranische Expansion am Golf befürchtete, hat eingesehen, daß diese Angst grundlos war. Daher hat es sich nun vom Irak zurückgezogen.

Die Chinesen haben Fühler nach Südjemen ausgestreckt. Dies wird dazu führen, daß der sowjetische Einfluß nachläßt.

4) Hinsichtlich Afghanistans wird Iran sich darauf einstellen, für eine lange Zeit eine längere Grenze mit der Sowjetunion zu haben. In Afghanistan ist zwar die Lage trotz 80 000 sowjetischer Soldaten unstabil. Karmal kann sich auf nicht mehr als 1000 Leute verlassen – einschließlich des Regierungsapparates. Leider sind die amerikanischen Radaranlagen an der iranischen Nordgrenze bei der Revolution zerstört worden, so daß man nicht mehr feststellen kann, was auf der anderen Seite der Grenze passiert.

Viele moslemische Staaten unterstützen die Rebellen. Auch Iran tut dies im geheimen. Die Afghanistanfrage läßt sich aber nicht allein militärisch lösen, auch politischer Druck ist nötig. Die iranische Weigerung, den Russen Gas zu verkaufen, wurde nach außen mit Differenzen wegen des Preises begründet, in Wirklichkeit war aber dies der Hauptfaktor.

5) *Bundesminister*: 1980 wird ein geschichtliches Jahr sein, wenn es gelingt, den Begriff der wirklichen Blockfreiheit zu einem zentralen Ziel der Weltpolitik zu machen. Geht die Geschichte aber über Afghanistan hinweg, so kann das gewisse Länder ermutigen, ähnliche Schritte zu tun.

In Iran liegt eine echte Entwicklung zu einer religiös-nationalistischen Identifikation vor. Zusammen mit der Afghanistankrise kann das den Anstoß für eine neue weltpolitische Entwicklung geben. Die Zeit der Vorherrschaft der Großmächte ist vorbei. Immer wenn eine Epoche zu Ende geht, erhebt sich die Frage, ob genug kluge Leute da sind, die den Übergang friedlich gestalten oder ob sich alte Formen aufbauen. In der Welt der Zukunft werden die verschiedensten Lebensformen miteinander auskommen, zwar nicht ohne Spannung, aber ohne die ganz großen Verwerfungen.

6) *Bundesminister*: Wie werden Sie das Problem der Geiseln lösen?

Tabatabai: Wenn das Problem militärisch zu lösen wäre, hätten wir es getan. Das Risiko für die Geiseln war aber zu groß.

Die Geiselfrage darf nicht separat gesehen werden. Wenn die Amerikaner im Oktober 1979 auf die Proteste und die Aufforderungen des iranischen Außenministers nach der Reise des Schah nach New York⁴ reagiert hätten, wäre es nicht

⁴ Schah Reza Pahlevi hielt sich vom 22. Oktober bis 15. Dezember 1979 in den USA auf, um sich einer medizinischen Untersuchung zu unterziehen. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, CARTER 1979, S. 2251. Nach einem Aufenthalt in Panama traf Reza Pahlevi am 24. März 1980 in Ägypten ein. Vgl. dazu Dok. 95, Anm. 5.

soweit gekommen. Die allgemeine Empörung der Bevölkerung über das amerikanische Schweigen machte es der Regierung aber nach der Geiselnahme unmöglich, sich von den „Studenten“ zu distanzieren.

Der Revolutionsrat verurteilt zwar die Geiselnahme, aber die Forderungen der „Studenten“ sind gerecht. Auch das Parlament wird die Geiseln nur freilassen, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:

- Die Amerikaner müssen zugeben, daß sie mitschuldig am Elend des Landes sind;
- Überstellung des Schahvermögens in den USA.

Bundesminister: Ohne die Geiselfrage würde die iranische Revolution auch bei uns mit viel mehr Sympathie und Verständnis gesehen werden. Ich werde oft auf Wahlreisen hierauf angesprochen. Die Leute sagen, wenn die Amerikaner sich nicht korrekt verhalten haben, hätte man sie ausweisen müssen.

Tabatabai: Auch wir waren von der Geiselnahme überrascht. Wir wollten das nicht.

Bundesminister: Wie geht es nun weiter? Man muß der Gewalt einmal ein Ende machen. Wir standen nach dem Krieg hinsichtlich der Ostgebiete vor einer ähnlichen Frage. Zugunsten des Friedens haben wir sogar auf Gerechtigkeit verzichtet. Auch beim iranisch-amerikanischen Verhältnis frage ich nicht, wer hat recht und wer nicht. Wichtig ist zu vermeiden, was am Ende sehr gefährliche Auswirkungen haben könnte. Kann die Bundesregierung etwas tun?

Tabatabai: Man sollte in der Tat eine Eskalation vermeiden. Das Interesse der iranischen Öffentlichkeit an der Geiselfrage hat abgenommen. Die Regierung kritisiert die „Studenten“. Sogar im Fernsehen hat der Außenminister⁵ ihnen vorgeworfen, von ihnen gezeigte amerikanische Spionagedokumente seien sowjetische Fabrikate.

Es würde helfen, wenn wir sagen könnten, daß wir mit den Europäern und Skandinaviern andere Erfahrungen gemacht haben als mit den Amerikanern. Sie könnten unsere Verbündeten sein. Aber wenn sie sich mit den USA identifizieren, wird es für uns schwierig sein, mit ihnen zusammenzuarbeiten. Wenn ein Iraner aus Ihrem Munde hört, daß Herr Genscher den Schah und die Rolle der amerikanischen Regierung verurteilt und die iranische Forderung, den Schah vor ein Gericht zu stellen, unterstützt, gleichzeitig aber fordert, die Geiseln freizulassen, dann wird das von Einfluß sein.

Bundesminister: Das ist nicht möglich. Wir sind Verbündete der USA. Sie wissen, daß Carter bereit ist, sich zu bewegen. Wir können uns nur zu dem äußern, was in Ihrem Land jetzt geschieht, daß wir das positiv sehen.

Tabatabai: Wenn Sie die Menschenrechtsverletzungen des Schah genau so verurteilen wie die Geiselnahme, so wäre auch das eine Hilfe.

Bundesminister: Ihr Parlament wird sicher nicht vor Ende Mai die Geiselfrage behandeln (Tabatabai: evtl. schon Ende April). Das ist eine lange Zeit. Carter hat sich bisher klug verhalten. Die Stimmung der USA schlägt aber wieder um.

⁵ Sadegh Ghotbzadeh.

Wenn Sie sagen könnten, die Geiseln sind am 5. Mai frei, so wäre das etwas anderes.

Wir sind zutiefst überzeugt, daß Ihr Land eine große Rolle spielen wird. Es gibt alte und freundschaftliche Beziehungen zu Ihnen. Auch die Beziehungen zu den USA sind heilbar. Wenn die Dinge sich aber noch lange hinziehen, kann es sehr schwierig werden. Kann man nicht ein Signal setzen?

Tabatabai: Die Geiseln sind in Händen, für die wir nicht hundertprozentig garantieren können. Aber sie haben zugestimmt, daß das Parlament entscheidet.

7) *Bundesminister:* Kann Khomeini nicht eine Erleichterung der Lebensbedingungen verfügen? Dies würde die Situation entspannen.

Tabatabai: Khomeini hat das einmal versucht. Dann kam das ungeschickte Verhalten der UN-Kommission. Sie wollten mit allen Geiseln reden.⁶ Die „Studenten“ sagten, das ist ein amerikanisches Diktat. Sie wollten die Geiseln nach achtstündiger Vorankündigung dem Revolutionsrat übergeben. Wären wir darauf eingegangen, so hätten sie alle Terrororganisationen zusammengerufen. In dem Augenblick, in dem der Revolutionsrat die Verantwortung gehabt hätte, wäre etwas passiert. Khomeini hat daher entschieden, daß das Parlament die Geiseln aus den Händen der „Studenten“ übernehmen soll.

Die „Studenten“ sind sehr gut organisiert, besser als man es normalerweise nach einigen Semestern an der Universität ist. Der Kern besteht aus zehn Leuten, von denen acht identifiziert sind. Ihre Gesamtzahl beträgt etwa 400.

8) *Bundesminister:* Warum haben Sie keinen direkten Kontakt mit den Amerikanern? Ein Gespräch wäre gut, auch wenn es nichts wesentlich Neues erbringt.

Tabatabai: Die Regierung trägt nicht die Verantwortung für die Geiselnahme. Die Forderungen der „Studenten“ sind bekannt. Aber ich sehe ein, daß ein Gespräch nützlich wäre. Die Entscheidung liegt nicht bei mir. Der Revolutionsrat würde wahrscheinlich nicht zustimmen.

Bazargan war sicher auf dem richtigen Weg, als er sich mit Brzezinski traf.⁷ Kommt der Vorschlag von den Amerikanern?⁸

⁶ Botschafter Ritzel, Teheran, berichtete am 21. Februar 1980, Iran habe am Vortag den Besuch einer VN-Untersuchungskommission bewilligt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 190; Referat 311, Bd. 137622. Die VN-Untersuchungskommission hielt sich vom 23. Februar bis 10. März 1980 in Iran auf. Ritzel informierte am 11. März 1980, die VN-Untersuchungskommission sei am Vortag unverrichteter Dinge abgereist und wolle keinen schriftlichen Bericht abgeben: „Erst die einem Höhepunkt zutreibende und zu einem öffentlichen Ärgernis und internen Politikum ersten Ranges gewordene Zuspitzung des Geiselstreits zwischen Präsident und Revolutionsrat einerseits, Botschaftsbesetzern andererseits hat Khomeini letztlich bewogen, aus seiner Reserve herauszukommen und ein – oder besser ‚das‘ – Machtwort zu sprechen.“ Demnach blieben die Geiseln in der Hand der Studenten: „Khomeini will, wenn er schon nicht den Schah bekommt, sein Tribunal, und zwar ein Tribunal, das nicht nur über die Schah-Verbrechen, sondern auch über die Verbrechen des US-Imperialismus zu Gericht sitzt und sie öffentlich anprangert – und dafür braucht er auch die amerikanischen Geiseln. Man muß wohl unterstellen, daß Khomeinis Haß auf die USA ebenso groß und unveröhnlich ist wie sein Haß auf den Schah.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 254; Referat 311, Bd. 137622. Vgl. dazu auch Dok. 85, Anm. 18.

⁷ Ministerpräsident Bazargan sprach am 1. November 1979 in Algier mit dem Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Brzezinski. Vgl. dazu BRZEZINSKI, Power, S. 475 f. An dieser Stelle notierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Wallau handschriftlich: „Hier fehlt etwas.“

⁸ Ministerialdirigent Petersen vermerkte am 20. März 1980, der Mitarbeiter der amerikanischen Botschaft, Willis, habe am selben Tag telefonisch „eine Reihe von Argumenten“ für das Gespräch

Bundesminister: Lassen Sie das offen. Gehen Sie davon aus, daß die Frage von mir kommt, daß die Amerikaner aber das wollen. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie Teheran fragen würden.

Tabatabai: Ich werde versuchen, morgen, trotz des Feiertages⁹, mit dem Außenminister zu telefonieren, und gebe Ihnen dann Bescheid.

Auch wenn dieser Bescheid negativ ist, können Sie das, was wir besprochen haben, weiterleiten. Das könnte dazu beitragen, die Beziehungen zu lockern.

Bundesminister: Wenn Ihre Führung eine andere Möglichkeit zur Kontaktaufnahme sieht, wir wären bereit. Wir können das sehr privat machen, so daß es später als zufälliges Zusammentreffen ausgegeben werden kann.

9) *Tabatabai:* Bei Ihrem Ministerium liegt ein Antrag auf Beglaubigung eines Botschafters.¹⁰ Wollen Sie das nicht auf die Bahn bringen?

Bundesminister: Erleichtern Sie uns das!

Tabatabai: In Teheran wird Ihre Haltung als Bedenken betrachtet. Wollen Sie abwarten, bis die Geisellaffäre zu Ende ist?

Fortsetzung Fußnote von Seite 499

des Bundesministers Genscher mit dem Staatssekretär im iranischen Ministerpräsidentenamt, Tabatabai, am folgenden Tag übermittelt. Neu sei „ein Wunsch der Amerikaner, den Deutschlandbesuch Tabatabais zu einem direkten diskreten Kontakt mit ihm zu benutzen. Hierzu erklärte Willis auf Befragen, daß er zu den Einzelheiten dieses Kontaktvorschlages, insbesondere auch der Person eines möglichen amerikanischen Gesprächspartners, keine Weisung habe. Es gehe zunächst nur um die grundsätzliche Erkundung der Kontaktmöglichkeit. Die Amerikaner wären uns dankbar, wenn der Herr Minister diesen Kontaktwunsch Tabatabai in dem bevorstehenden Gespräch mitteilen könnte.“ Petersen bemerkte dazu: „Art und Weise der Übermittlung dieses amerikanischen Wunschs lassen nicht darauf schließen, daß es sich um einen dringenden und persönlichen Wunsch des Secretary of State handelt, sondern eher um einen Vorschlag der Arbeitsebene. Sie sollten ihm daher nur entsprechen, wenn das Gespräch unerwartet einen günstigen Verlauf nimmt und einen Anlaß dazu bietet.“ Vgl. VS-Bd. 11155 (311); B 150, Aktenkopien 1980.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Schlagintweit übermittelte der Botschaft in Washington am 21. März 1980 ein Schreiben Genschers an den amerikanischen Außenminister Vance, in dem das Gespräch mit Tabatabai wiedergegeben wurde. Genscher äußerte, Tabatabai habe die Frage der Freilassung der amerikanischen Geiseln „maßvoll und, den Umständen entsprechend, rational“ behandelt. Wegen eines möglich direkten amerikanisch-iranischen Kontakts werde Tabatabai bei dem iranischen Außenminister Ghotbzadeh nachfragen. Vgl. den Drahterlaß Nr. 379; VS-Bd. 14084 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

Ministerialdirigent Montfort informierte am 3. April 1980 die Botschaften in Rom, Teheran und Washington sowie die Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York über ein Schreiben von Vance an Genscher vom 1. April. Darin begrüßte er die Entscheidung von Präsident Bani Sadr zur Unterstellung der Geiseln unter die Obhut der iranischen Regierung und brachte die Hoffnung auf baldige Freilassung zum Ausdruck. Die USA dankten der Bundesregierung für ihre Bemühungen. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 1954; VS-Bd. 11152 (311); B 150, Aktenkopien 1980.

Am 2. April 1980 wies Vortragender Legationsrat I. Klasse Wallau Gesandten Dannenbring, Washington, an, Vance ein Schreiben Genschers zu übermitteln. Darin hieß es, Tabatabai habe sich zu einem weiteren Gespräch am kommenden Tag bereit erklärt und werde unmittelbar danach nach Iran abreisen. Genscher bat um weitere Informationen, „die bis zu diesem Zeitpunkt für mein Gespräch mit ihm von Bedeutung sein könnten“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 426; VS-Bd. 14084 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

⁹ Das iranische Neujahrsfest fiel auf den 21. März 1980.

¹⁰ Ministerialdirigent Petersen notierte am 19. März 1980: „Die iranische Regierung hat am 9.1.1980 über unsere Botschaft in Teheran für Herrn Navab-Motlagh, der seit Oktober 1979 die hiesige iranische Botschaft als Geschäftsträger a. i. leitet, das Agrément als Botschafter beantragt.“ Petersen empfahl, die Agrémentserteilung weiter dilatorisch zu behandeln, „bis die Geiseln freigelassen werden oder sich konkrete Anzeichen für eine Lösung zeigen“. Auch innerhalb der Europäischen Gemeinschaften solle im Rahmen der EPZ Einigkeit über ein solches Vorgehen hergestellt werden. Vgl. Referat 311, Bd. 137609.

Bundesminister: So ist das nicht gemeint.

Tabatabai: Ich werde das dem Außenminister sagen, er wird sich freuen.
Wann schätzen Sie, wird es soweit sein?

Bundesminister: Ich kann das noch nicht sagen. Wir untersuchen das.

10) *Bundesminister:* Ich habe Ihren Präsidenten getroffen, als er Außenminister war.

Tabatabai: Wie schätzen Sie ihn ein?

Bundesminister: Er hat großen Mut. Ich frage mich aber auch, ob er weiß, eine wie schwere Aufgabe er übernimmt. Ich sehe mit großem Respekt, wie er die Schwierigkeiten meistert. Bis jetzt war das eine große Leistung. Das wird verdeckt durch die Geiselfrage. Ich hoffe auf ein Zeichen der Entspannung.

Ende des Gesprächs: 18.30 Uhr.¹¹

Zusatz:

StS Tabatabai teilte mir¹² am 24. März gegen 19.00 Uhr mit, er habe am Samstag¹³ mehrfach versucht, den BM zu erreichen. Sein Außenminister habe gesagt, ein direkter Kontakt mit den Amerikanern würde jetzt stören. Es seien andere Dinge im Gange. Er bat mich, den Herrn BM nochmals an die Erteilung des Agréments für den neuen iranischen Botschafter zu erinnern.¹⁴

VS-Bd. 11155 (311)

¹¹ Bundesminister Genscher unterrichtete am 21. März 1980 den amerikanischen Außenminister Vance telefonisch über das Gespräch mit dem Staatssekretär im iranischen Ministerpräsidentenamt, Tabatabai, und kündigte eine ausführlichere Unterrichtung durch Botschafter Hermes, Washington, an. Vance kündigte an, sicherstellen zu wollen, „daß T[abatabai] auf einen informierten Gesprächspartner stoße“. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14084 (010); B 150, Aktenkopien 1980. Vortragender Legationsrat I. Klasse Schlagintweit übermittelte am selben Tag der Botschaft in Washington das „von BM bereits fernmündlich angekündigte Schreiben“ an Vance. Darin hieß es: „Der größte Teil des Gesprächs war der Geiselfrage gewidmet. Tabatabai behandelte dieses Problem maßvoll und, den Umständen entsprechend, rational und vermittelte mir die Überzeugung, daß seine Regierung und Präsident Bani Sadr bald zu einer positiven Lösung kommen möchten.“ Genscher legte dar, entsprechend einer Anregung der amerikanischen Botschaft habe er „die Frage eines direkten Kontakts mit den USA“ angesprochen: „Auf meine Frage, ob er bereit sei, evtl. in sehr diskretem Rahmen mit einem amerikanischen Vertreter zu sprechen, reagierte er zunächst vorsichtig. Er zweifle, ob der Revolutionsrat zustimmen würde. Dann sagte er aber, daß er den Sinn eines solchen Kontaktes nicht nur verstehe, sondern auch bejahe. Er fragte, ob die Anregung von mir oder von den Amerikanern komme. Ich antwortete, ich wolle diese Frage offenlassen. Sie käme von mir, er könne aber davon ausgehen, daß die Amerikaner einen solchen Kontakt wollten.“ Tabatabai habe zugesagt, sich persönlich für ein solches Gespräch einzusetzen. Vgl. den Drahterlaß Nr. 379; VS-Bd. 14084 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

¹² Reinhard Schlagintweit.

¹³ 22. März 1980.

¹⁴ Ministerialdirigent Montfort informierte am 3. April 1980 über ein weiteres Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Staatssekretär im iranischen Ministerpräsidentenamt, Tabatabai, das auf Bitten des amerikanischen Außenministers Vance geführt worden sei. Genscher habe erklärt, er spreche im Namen der Bundesregierung, aber auch „auf der Grundlage von einigen Informationen, die wir von der amerikanischen Seite bekommen hätten“. Den USA käme es auf eine schnelle Überstellung der Geiseln unter die Obhut der iranischen Regierung an: „Wir hätten festen Eindruck, unter dieser Voraussetzung wäre US-Regierung bereit, wenn es gar nicht anders gehe, sogar bis Entscheidung des Parlaments über Geiseln zu warten, von Protesten abzusehen und bisherige Zurückhaltung beizubehalten. Sollte dagegen Überstellung nicht zustande kommen und der o. e. Prozeß zusammenbrechen, würde nach unserem Eindruck Geduld der USA sehr schnell erschöpft und Verhängung von Sanktionen unvermeidbar sein.“ Montfort ergänzte, daß der amerikanische Bot-

Botschafter Florin, Conakry, an das Auswärtige Amt

114-2480 VS-vertraulich

Aufgabe: 24. März 1980, 10.00 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 38

Ankunft: 24. März 1980, 17.13 Uhr

Cito

Betr.: Deutsch-guineische Beziehungen;
hier: östliche Störversuche

Auf verschiedene Hinweise aus Drittländern über angeblich deutsche Gefangene in Guinea ließ ich mir von PM Dr. Béavogui und vom Chef der politischen Polizei Touré versichern, daß es hier keine deutschen oder andere ausländische Gefangenen gebe.² Wegen der bekannt schwierigen Verhältnisse in hiesigen Gefängnissen habe ich gleichwohl unter Einsatz von Sondermitteln weitere Informationen gesucht. Dabei ergaben sich derart detaillierte Angaben über einen Journalisten Culman alias Foerster und einen Architekten Bergmann, daß unauffällige Versorgung mit Medikamenten und Lebensmitteln angezeigt schien, um mögliche Haftschäden sowie späteren publizistischen Vorwürfen wegen unterlassener Hilfeleistung vorzubeugen. Französische Botschaft hat entsprechende Hinweise nicht verfolgt, nachdem Identität zweier Gefangener mit französischen Pässen aus Paris nicht bestätigt wurde.

Fortsetzung Fußnote von Seite 501

schafter Stoessel direkt im Anschluß über das Gesprächs informiert worden sei. Vgl. den Runderlaß Nr. 1955; VS-Bd. 11152 (311); B 150, Aktenkopien 1980.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 25. März 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau verfügte und handschriftlich vermerkte: „Klingt abenteuerlich. RL 321 meint: Florin übertreibt etwas. Er verfolgt die Sache weiter.“

Hat Wallau am 25. März 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher sowie die Wiedervorlage am 2. April verfügte.

Hat Genscher am 26. März 1980 vorgelegen.

Hat Legationsrat I. Klasse Petersmann am 2. April vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „W[ieder]v[or]l[age] 6 Wochen (Stand?).“

Hat Wallau am 19. Mai 1980 erneut vorgelegen, der die Wiedervorlage nach zwei Wochen verfügte.

Hat Wallau am 2. Juni 1980 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[err] v. Pl[oetz], gibt es eine neue Entwicklung?“

Hat Vortragendem Legationsrat von Ploetz am 4. Juni 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Nein; Dg 32 hat auch bei seinem Besuch im April in Conakry nichts Zusätz[liches] erfahren + sieht keine Veranlassung, in dieser Sache erneut tätig zu werden (so Ohlraun nach heutiger B[e]s[pr]echung) mit Dg 32.“

² Botschafter Florin, Conakry, berichtete am 23. Januar 1980, Ministerpräsident Beavogui habe verneint, daß sich deutsche Staatsbürger in Guinea in Haft befänden: „Erfahre dazu aus besonderer Quelle, daß zwei Personen möglicherweise deutscher Staatsangehörigkeit wegen illegaler Grenzüberschreitung unter belastenden Umständen seit September 1979 festgehalten werden.“ Es handle sich um den Architekten Bergmann und den Journalisten „Culman alias Alfred Foerster“, der drei deutsche Pässe mit sich führe. Florin bat um Überprüfung der Identitäten. Vgl. den Drahtbericht Nr. 7; VS-Bd. 11171 (320); B 150, Aktenkopien 1980.

Florin informierte am 11. März 1980, bei den beiden Personen handele sich es „um Staatsangehörige einer dritten Macht, die mit gefälschten deutschen Pässen in Guinea eingreist waren, um Wirtschaftssabotage zu organisieren. [...] Botschaft hat zum Aufdecken der Zusammenhänge maßgeblich beigetragen. [...] Frühere Indiskretion in dieser Angelegenheit hat zeitweilig Aufklärung der Zusammenhänge in Frage gestellt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 31; VS-Bd. 14090 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

2) Interesse der Botschaft in dieser Sache veranlaßte Regierung, heimliche Abschiebung der beiden deutschen Paßinhaber durch Dekret vorzubereiten (Kopie liegt vor). Über inzwischen eingespielten Versorgungsweg erbat ich kurze schriftliche Bestätigung der Gefangenen über erhaltene Hilfe. Elementare Schreibfehler machten Angaben über Nationalität und Berufe der Gefangenen unglaublich, was ich hiesige Behörden wissen ließ. Abschiebung wurde daraufhin gestoppt und gegen ausdrücklichen Wunsch der Botschaft Folterverhör eingeleitet, bei dem Bergmann verstarb.

Verhör ergab: Beide Gefangene sind Sowjets (KGB), die in hiesiger Sowjetbotschaft gefälschte deutsche Pässe erhielten. Bergmann war Führer der Gruppe, der auch die beiden genannten, mit französischen Pässen versehenen DDR-Agenten angehören.

Auftrag der Gruppe war es, den mit Westhilfe sich anbahnenden Wirtschaftsaufschwung Guineas durch Sabotage zu vereiteln, damit Guinea in die wirtschaftliche und politische Abhängigkeit des Ostblocks zurückzuzwingen, Vertrauen der Regierung in Frankreich und Bundesrepublik dauerhaft zu stören. Culman alias Foerster ist Sprengstoffspezialist und sollte an Tatorten jeweils einen seiner drei deutschen Pässe lassen, um Tatverdacht auf Bundesrepublik zu lenken.

Angaben als Foltergeständnis nicht ohne Vorbehalte, aber durch zahlreiche nachprüfbare Details gestützt.

3) Unternehmen ist letztlich gescheitert, weil Culman als angeblich westlicher Journalist ohne die vorgeschriebene guineische Begleitung auffällig war und durch uns unglaubwürdige Paßangaben erkannt wurde. Guineisch-sowjetische Beziehungen sind durch Aufdeckung der Sabotagepläne auf neuen Tiefstand gesunken. Regierung ist jetzt endgültig überzeugt, daß auch frühere Anschuldigungen des Ostens gegen uns unbegründet waren. Öffentliche Verurteilung der Saboteure und ihrer Drahtzieher wird noch zurückgehalten, da kürzlich gelungener Sprengstoffanschlag auf Wasserkraftwerk vermuten läßt, daß weitere Saboteure auf freiem Fuß sind. Vorgesehene weitreichende politische Konsequenzen im einzelnen noch nicht abzusehen.

4) Vertrauen der Regierung in Zusammenarbeit mit unserer Botschaft entscheidend verbessert.

Botschaft hofft, gefälschte deutsche Pässe in Kopie beschaffen zu können.

5) Botschaft bittet dringend, die bisher in dieser Sache nicht beachtete Geheimhaltung sicherzustellen, um die unter den besonderen Verhältnissen in Conakry nicht auszuschließende Gefährdung von Botschaftsangehörigen wegen Beteiligung an der Sachaufklärung gering zu halten.

5) Bitte Referat 118 benachrichtigen, um eventuelle parallele Bemühungen wegen angeblicher deutscher Gefangener zu stoppen.

[gez.] Florin

VS-Bd. 14090 (010)

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von der Gablentz, Bundeskanzleramt

VS-NfD

25. März 1980¹

Über Herrn Abteilungsleiter 2² und den Herrn Chef BK³ dem Herrn Bundeskanzler (StM⁴, AL⁵ und Leiter Kanzlerbüro⁶ haben Durchdruck)

Betr.: Ihre Gespräche mit dem dänischen Ministerpräsidenten Jørgensen am 20. und 21. März 1980⁷

I. Sie haben mit MP Jørgensen insgesamt knapp zwei Stunden im Bundeskanzleramt gesprochen (am 20. März von 18.40 bis 19.30 Uhr mit nur je einem Begleiter, am 21. März von 11.30 bis 12.30 Uhr mit vier dänischen und zwei deutschen Begleitern). Sie haben außerdem das Abendessen am 20. März, das Sie Ihrem Gast in der Redoute gaben, sowie die Rheinfahrt am 21. März von 13.30 bis 15.30 Uhr zu Gesprächen genutzt.⁸

II. Sie haben gebeten, daß bei den Gesprächen keine Notizen gefertigt werden. Ich schlage vor, auf den Versuch einer Rekonstruktion des Gesprächsverlaufs aus dem Gedächtnis zu verzichten. Das Auswärtige Amt sollte auf Grund der nachfolgenden Punktation mündlich unterrichtet werden. Der BML ist über Ihre Verabredung für ein Treffen der Fischereiminister⁹ in Kopenhagen unterrichtet worden.¹⁰

III. Wesentliche Themen Ihres Gesprächs mit MP Jørgensen waren:

¹ Ablichtung.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Zeller, Bundeskanzleramt, vorgelegen, der die Weiterleitung an die Referat 212 und 213 des Bundeskanzleramts verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Höynck, Bundeskanzleramt, vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Franke, Bundeskanzleramt, vorgelegen.

² Berndt von Staden.

³ Manfred Schüler.

⁴ Hat Staatsminister Huonker, Bundeskanzleramt, am 25. März 1980 vorgelegen.

⁵ Horst Schulmann.

⁶ Werner Bruns.

⁷ Ministerpräsident Jørgensen hielt sich am 20./21. März 1980 in der Bundesrepublik auf.

⁸ Am 21. März 1980 traf ferner Bundesminister Genscher mit Ministerpräsident Jørgensen zusammen. Gesprächsthemen waren die Lage nach der sowjetischen Intervention in Afghanistan, ein möglicher Boykott der Olympischen Sommerspiele in Moskau sowie Entwicklungen innerhalb der Europäischen Gemeinschaften. Hinsichtlich der Frage der britischen Beitragszahlungen zum EG-Haushalt habe Genscher auf eine schnelle Lösung gedrängt: „Eine Lösung des britischen EG-Problems werde die SU mehr beeindrucken als 1000 neue Panzer. Eine Lösung in dieser Frage sei auch ein Teil einer politischen Antwort auf die sowjetische Invasion Afghanistans.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 204, Bd. 115958.

⁹ Josef Ertl und Poul Dalsager.

¹⁰ Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, informierte am 25. März 1980 das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Bundeskanzler Schmidt habe gegenüber Ministerpräsident Jørgensen „ein privates Treffen der für Fischereifragen zuständigen Minister in Kopenhagen vereinbart, das nicht formellen Verhandlungen, sondern lediglich der persönlichen Aussprache dienen sollte“. Jørgensen habe versprochen, für eine entsprechende Einladung zu sorgen. Vgl. Referat 420, Bd. 129852.

- 1) Gedankenaustausch über die wirtschaftliche Lage in Dänemark (restriktives Wirtschaftsprogramm im April¹¹; Hoffnung, 25 bis 30 % des Energieverbrauchs in drei bis vier Jahren aus Nordsee-Gas zu decken, das möglichst im Verbund mit norwegischen Gasquellen in der Perspektive eines integrierten skandinavischen Gasversorgungssystems entwickelt werden sollte). Sie erläuterten die Auswirkungen der amerikanischen Hochzinspolitik auf die europäische Wirtschaft und rechneten mit eher negativen Einflüssen der Weltwirtschaft auf die wirtschaftliche Entwicklung in Europa.
- 2) Afghanistan: Unsicherheit über die weitere Entwicklung, eher Aussichten auf sowjetische Truppenverstärkung als auf Rückzug.
- 3) Nahost: Notwendigkeit einer Neuer-Stellungnahme und anschließender Aktion im VN-Bereich nach Ablauf der Frist für die Autonomieverhandlungen.¹²
- 4) Verhältnis Europa–USA: Austausch über die jeweiligen Erfahrungen der letzten Monate. Sie appellierten an die Dänen, jeden Kontakt zu fördern, um neue Generation amerikanischer Führungsschicht mit Tatsachen und Entwicklungen in Europa vertraut zu machen.
- 5) Olympia: Sie hofften, daß die Westeuropäer geschlossen den Spielen fernbleiben werden, wenn die Anmeldefrist¹³ verstreicht, ohne daß die Sowjets wesentliche Schritte in Richtung Truppenrückzug in Afghanistan tun. Jørgensen wies auf die Notwendigkeit skandinavischer Zusammenarbeit hin, schloß aber nicht aus, daß sich Norweger, Dänen und auch Schweden einem gemeinsamen europäisch-amerikanischen Vorgehen anschließen werden. Finnland wird wohl jedenfalls teilnehmen müssen.

¹¹ Botschafter Hofmann, Kopenhagen, berichtete am 6. Mai 1980: „Ministerpräsident Anker Jørgensen legt heute Folketing neues Gesetzesbündel zur Milderung finanzieller Krise und Förderung der Wirtschaft vor. Es handelt sich um Kompromiß, der mit Radikalliberalen, Zentrumsdemokraten und Christlicher Volkspartei geschlossen wurde. Sozialdemokratische Regierungspartei und genannte Fraktionen haben zusammen 90 von 179 Stimmen im Parlament. Verhandlungen Jørgensens mit Konservativen und Liberalen waren am 23. April gescheitert. 2) Kompromiß sieht vor, Mehrwertsteuer mit Wirkung vom 1. Juli d[es] J[ahres] von 20,25 auf 22 Prozent zu erhöhen. Mehreinnahme wird auf 3,1 Mrd. D[änische]KR[onen] jährlich beziffert. Direkte Steuern werden um 1 Mrd. DKR heraufgesetzt. Abgabe für eine Kilowattst[un]d[e] Strom wird von 4,5 auf 12,5 Öre erhöht. Ähnliche Herausforderungen sind für Heizöl und Treibstoff geplant. [...] Ein Teil der Mehreinnahmen wird zusammen mit anderen Mitteln der Wirtschaftsförderung auf insges[amt] 5,5 Mrd. DKR aufgestockt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 247; Referat 420, Bd. 129851.

¹² Zu den Gesprächen zwischen Ägypten und Israel über eine Autonomie der palästinensischen Gebiete, deren Abschluß für den 26. Mai 1980 vorgesehen war, vgl. Dok. 77, besonders Anm. 4. Botschafter Hille, Kairo, berichtete am 28. März 1980, daß die erneut unter Einschluß einer amerikanischen Delegation am Vortag in Alexandria begonnene zehnte Runde der Gespräche zwischen Ägypten und Israel über eine Autonomie der palästinensischen Gebiete bereits am Vorabend ergebnislos beendet worden sei: „Alle drei Delegationen bemühten sich jedoch redlich, gute Miene zum bösen Spiel zu machen und die Hoffnungen jetzt auf die kommenden Gespräche Carters mit Sadat und Begin zu lenken. Weder bei der Bildung eines Ausschusses zur Definition der israelischen Sicherheit noch in den umstrittenen Sachfragen ist man sich näher gekommen. [...] Mißt man Alexandria an den Erwartungen der Ägypter, so kann nur von einem Fehlschlag gesprochen werden. [...] Wenn Begin, wie heute verlautete, parallel zu den Autonomieverhandlungen ausdrücklich weiter auf Siedlungen in den besetzten Gebieten besteht, und selbst die Einsetzung eines Ausschusses für Sicherheitsfragen abgelehnt wird, kann man auch keine großen Hoffnungen auf Ergebnisse in Washington setzen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 577; Unterabteilung 31, Bd. 135599.

¹³ 24. Mai 1980.

6) TNF: Sie erläuterten die Bedeutung des Doppelbeschlusses der NATO für das militärische Gleichgewicht und als Sicherung gegen politische Erpressung durch den Osten.

7) Osthandel: Sie hoben seine Bedeutung für die Deutschen, die Westeuropäer und die osteuropäischen Staaten hervor und betonten, daß langfristige Einbußen durch Sanktionen, wie sie von den USA vorgeschlagen werden, in einem vernünftigen Verhältnis zum politischen Effekt stehen müßten (keine Politik der Nadelstiche gegen die SU).

8) Osteuropa: Sie erläuterten unser Verhältnis zu den Polen und begründeten die letzte Kreditgewährung durch deutsche Banken.¹⁴ Kurzer Gedankenaustausch über Rumänien und Ceauşescu.

9) Besuche in Moskau und der DDR: Sie rechneten nicht mit einem Besuch in Moskau, der in der gegenwärtigen Lage kaum Erfolg verspricht. Sie erläuterten MP Jørgensen, daß ein Besuch seinerseits in der DDR, auf den die DDR drängt, der erste eines verbündeten Regierungschefs in der DDR sein würde. Sie wiesen in dem Zusammenhang darauf hin, daß Honecker den geplanten Besuch des Bundeskanzlers auf russischen Druck hat verschieben müssen.¹⁵

10) EG–EFTA: Jørgensen berichtete von Vorstellungen BK Kreiskys für engere Beziehungen zwischen EG und EFTA¹⁶ und erwähnte den Gedanken, daß die EFTA-Länder Beobachter in das Europäische Parlament entsenden. Sie äußerten Verständnis für die Notwendigkeit, enge Kontakte zwischen den EG-Staaten und den übrigen westeuropäischen Demokratien zu halten, hielten aber hierfür bilaterale Beziehungen (besonders die Brückenfunktion Dänemarks in Skandinavien) für wesentlicher als institutionelle Kontakte.

11) Fischereifragen: Auf Ihren Vorschlag wurde ein privates persönliches Gespräch der beiden für Fischereifragen zuständigen Minister in Kopenhagen verabredet. MP Jørgensen zögerte zunächst, da er jeden Eindruck vermeiden wollte, als könne über die deutsche Hochseefischerei vor Grönland verhandelt werden (es geht nur darum, die deutschen Fischereischiffe aus grönländischen Gewässern herauszuhalten). Er erklärte sich aber schließlich bereit, ein privates Treffen, das lediglich der persönlichen Aussprache der beiden Minister dienen sollte, in Kopenhagen zu organisieren. Sie erläuterten in dem Zusammenhang die psychologisch-politische Situation der deutschen Fischereiwirtschaft, die in den letzten Jahren 60 % ihrer normalen Fanggründe verloren hat.

12) Europäischer Rat: Sie haben MP Jørgensen während des Abendessens auf die zusätzlichen Beitragszahlungen hingewiesen, die auf alle EG-Mitgliedstaa-

¹⁴ Zu deutsch-polnischen Gesprächen über die Gewährung von Bürgschaften und der Umstrukturierung von Krediten vgl. Dok. 54.

¹⁵ Zur Verschiebung des Besuchs des Bundeskanzlers Schmidt in der DDR vgl. Dok. 42, Anm. 7.

¹⁶ Ministerpräsident Jørgensen hielt sich am 10./11. Januar 1980 in Österreich auf. Botschafter Graf von Podewils-Dürniz, Wien, berichtete, in Jørgensens Gesprächen mit Bundeskanzler Kreisky und Bundespräsident Kirchschläger sei es um eine Vertiefung der Zusammenarbeit Österreichs mit den Europäischen Gemeinschaften gegangen: „Desgleichen wird Dänemark versuchen, die EFTA-Bedenken und besonders die Österreichs gegenüber einer behaupteten Diskriminierung durch die EG durch entsprechende Einflußnahme in Brüssel auszuräumen. Österreich strebt Beobachterstatus im Europäischen Parlament an.“ Außerdem sei die Lage in Afghanistan besprochen worden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 23; Referat 204, Bd. 115958.

ten zukommen, falls Großbritannien seine Beitragszahlungen einschränkt oder einstellt.

Gablentz

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 52

91

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer

422-411.10 SAR-338/70 VS-vertraulich

26. März 1980¹

Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³

Betr.: Rüstungsexportpolitik gegenüber Saudi-Arabien

Bezug: Ihre mündliche Weisung vom 12. März 1980

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung und mit der Bitte um Zustimmung

Anlg.: 1

(Vorbemerkung: Der Herr Bundeskanzler möchte bei einer BSR-Sitzung am 15.4. diesen Fragenkomplex besprechen und hat hierzu eine Unterlage angefordert. Diese Aufzeichnung ist nicht für diesen Zweck bestimmt, sondern soll der Vorklärung und Meinungsbildung im Hause dienen. Auf der Grundlage Ihrer Entscheidung wird bis zum 9.4. die vom BK angeforderte Unterlage vorbereitet und Ihnen zur abschließenden Billigung vorgelegt werden).

1) Ausgangslage

1.1) Auf verschiedenen Wegen sind uns folgende saudische Wünsche nach Lieferungen von Rüstungsmaterial bekannt geworden:

- Kampfpanzer „Leopard I“ (evtl. auch „Leopard II“),
- Flakabwehrpanzer „Gepard“,
- Schützenpanzer „Marder“.

Bei diesem Gerät handelt es sich sämtlich um schwere Kriegswaffen fortgeschrittener Rüstungstechnologie.

1.2) Eine Ausfuhr solchen Geräts nach Saudi-Arabien haben wir aus den folgenden Gründen bisher stets abgelehnt (Sie hatten einem entsprechenden Votum der Abt. 4 vom 18.4.1979 betr. „Gepard“⁴ zugestimmt):

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Pabsch konzipiert.

² Hat Staatssekretär Lautenschlager am 31. März 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Im Ergebnis schließe ich mich dem Votum von Abt[eilung] 4 an.“

³ Hat Bundesminister Genscher am 4. April 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Es bedarf der Definition „Spannungsgebiet“.“

⁴ Für die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Lautenschlager vgl. AAPD 1979, I, Dok. 108.

1.2.1) Nach den „Politischen Grundsätzen für den Export von Waffen und Rüstungsmaterial“ von 1971⁵ soll die Ausfuhr von Kriegswaffen i. S. d. KWKG⁶ in Länder außerhalb der NATO grundsätzlich unterbleiben; sie kann ausnahmsweise genehmigt werden, wenn „besondere politische Erwägungen“ dafür sprechen. Dies war im Falle Saudi-Arabiens stets verneint worden, da wir Genehmigungen für die Lieferungen von Panzerwaffen in Länder außerhalb der NATO in der Vergangenheit stets abgelehnt haben (einzige Ausnahme: Lieferung von Panzerteilen für die bereits Anfang der 70er Jahre genehmigte Fertigung des Panzers „TAM“ in Argentinien⁷).

1.2.2) Nach den „Politischen Grundsätzen“ finden Kriegswaffenlieferungen in Spannungsgebiete nicht statt. Saudi-Arabien ist wegen seiner Ablehnung des ägyptisch-israelischen Friedensschlusses⁸ und seiner Unterstützung der Konfrontationsstaaten weiterhin als zum Spannungsgebiet des Nahen Ostens gehörig anzusehen.

1.3) Im Bereich der „sonstigen Rüstungsgüter“, deren Genehmigung sich nach dem AWG⁹ (nicht KWKG) richtet, sind wir in der Vergangenheit bereits relativ großzügig verfahren (vgl. Anlage¹⁰).

2) Wertung

2.1) Eine Genehmigung der Lieferung von schweren hochmodernen Panzer- (oder Artillerie-)waffen an Saudi-Arabien, die ganz eindeutig im Vordergrund der saudischen Wünsche stehen, wäre eine Entscheidung von außerordentlich weittragender Bedeutung, die sehr sorgfältiger Abwägung bedarf.

2.2) Für eine Überprüfung unserer bisherigen Rüstungsexportpolitik gegenüber Saudi-Arabien sprechen folgende Gründe:

2.2.1) Die sowjetische Invasion in Afghanistan hat unser Interesse an einer Stützung Saudi-Arabiens als Stabilitätsfaktor in der Golfregion und im gesamten Nahen Osten verstärkt;

2.2.2) Saudi-Arabien ist einer der Hauptlieferanten für Erdöl der westlichen Industriestaaten und der Bundesrepublik, von dessen Einstellung zum Westen die Lebensfähigkeit der westlichen Industriegesellschaft zu einem wichtigen

⁵ Zu den „Politischen Grundsätzen der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ vom 16. Juni 1971 vgl. AAPD 1971, I, Dok. 83.

⁶ Für den Wortlaut des Ausführungsgesetzes vom 20. April 1961 zu Artikel 26 Absatz 2 des Grundgesetzes (Kriegswaffenkontrollgesetz) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 444–450.

⁷ Die Thyssen Industrie AG–Henschel informierte im Zusammenhang mit einem Antrag vom 9. September 1977 zur Genehmigung der Ausfuhr von Ketten und Motoren nach Argentinien, dieses habe im Juli 1974 den Auftrag für Entwicklung und Bau des „Tanque Argentino Mediano“ (TAM) erteilt. In das Konzept sei „Basis-Know-How des deutschen Schützenpanzers „Marder““ eingeflossen, die übrigen Baugruppen seien neu entwickelt worden. 1976 habe die argentinische Regierung die Serienproduktion des TAM und des „Vehículo de Combate y Transporte de Personal“ (VCTP) beschlossen. Die Komponenten aus der Bundesrepublik fielen nicht unter das Kriegswaffenkontrollgesetz vom 20. April 1961, die Bewaffnung komme aus argentinischer Produktion. Die Produktion werde voraussichtlich Ende 1979 beginnen, bis 1985 seien jährlich 80 bis 100 Fahrzeugen vorgesehen. Vgl. Referat 422, Bd. 124200. Vgl. dazu auch AAPD 1977, II, Dok. 177.

⁸ Zum Friedensvertrag vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 13, Anm. 13.

⁹ Für den Wortlaut des Außenwirtschaftsgesetzes vom 28. April 1961 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 481–495.

¹⁰ Dem Vorgang beigelegt. Für die Auflistung der Lieferung „sonstiger Rüstungsgüter“ nach Saudi-Arabien in den Jahren 1975 bis 1979 vgl. VS-Bd. 9523 (422); B 150, Aktenkopien 1980.

Teil abhängt; wir sind daher an der Stützung der saudischen Regierung interessiert;

2.2.3) Wegen unserer hohen Abhängigkeit von Erdöleinfuhren aus Saudi-Arabien haben wir ein unmittelbares Interesse an einer Sicherung der saudischen Ölfelder und der Tankerrouten am Golf gegen äußere Angriffe;

2.2.4) Unsere bilateralen Beziehungen würden durch ein Entgegenkommen im Rüstungsbereich gefördert werden; dies würde auch unseren bilateralen Wirtschaftsbeziehungen und dem Ausgleich unserer Zahlungsbilanz durch erhebliche Rückflüsse von Ölgeldern zugute kommen. Außerdem würden saudische Rüstungsaufträge im Panzerbereich Arbeitsplätze sichern helfen und die Stückkosten für unsere eigene Rüstungsproduktion senken.

Diese Interessen sind gewichtig und rechtfertigen eine ernsthafte Überprüfung unserer bisherigen Rüstungsexportpolitik gegenüber Saudi-Arabien.

2.3) Auf der anderen Seite sind folgende Gesichtspunkte von Bedeutung:

2.3.1) Die restriktive Rüstungsexportpolitik¹¹, die alle Bundesregierungen seit 1949 in ihren wesentlichen Elementen eingehalten haben und die einem Verfassungsauftrag (Art. 26) entspricht, ist zu einem wesentlichen Bestandteil unserer Außenpolitik geworden, der in der Welt bekannt und anerkannt ist. Sie entspringt unserer Interessenlage als geteiltes Land an der Grenze zum sowjetischen Machtbereich und hat uns von aus der deutschen Vergangenheit herrührenden Verdächtigungen unserer außenpolitischen Motive freigehalten.¹²

2.3.2) Der Grundsatz, Kriegswaffen nicht in Länder außerhalb der NATO und vor allem nicht in Spannungsgebiete zu liefern, ist das Kernelement dieser restriktiven Rüstungsexportpolitik. Saudi-Arabien gehört zwar nicht zur Kernzone des Spannungsgebietes Naher Osten, ist aber bisher mindestens politisch, wenn auch z.Z. nicht militärisch, Kampfpartei im arabisch-israelischen Konflikt. Argumente, Saudi-Arabien günstiger zu behandeln als etwa Syrien, den Irak oder Libyen können zwar aus unserer Interessenlage und dem Stand unserer bilateralen Beziehungen, nicht aber aus der objektiven politischen Gesamtsituation in Nahen Osten hergeleitet werden; sie würden deshalb andere arabische Staaten und vor allem Israel nicht überzeugen und uns den Vorwurf einer utilitaristischen und in der Wirkung doppelten Moral aussetzen.

2.3.3) Wir könnten den arabischen Staaten im unmittelbaren nahöstlichen Spannungsfeld kaum, den übrigen arabischen Staaten des Maghreb (Libyen, Algerien, Tunesien, Marokko) aber sicher nicht verweigern, was wir Saudi-Arabien zu gewähren bereit wären. In eine besonders schwierige Lage kämen wir gegenüber Ägypten, das sich ebenfalls an deutschen Kriegswaffen interessiert gezeigt hat und sogar darauf hinweisen könnte, daß es mit Israel Frieden geschlossen hat; ob Israel aber deutsche Kriegswaffenlieferungen an Ägypten trotz des Friedensschlusses tolerieren würde, ist äußerst zweifelhaft, nachdem es schon größte Anstrengungen unternimmt, die USA an derartigen Lieferungen zu hindern.

Kompensierende Lieferungen auch an Israel aber würden mit Sicherheit harte Gegenmaßnahmen aller arabischen Staaten gegen uns heraufbeschwören.

¹¹ Zu den rechtlichen Grundlagen der Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung vgl. Dok. 2, Anm. 15.

¹² Zu diesem Satz vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Dieses Argument ist etwas zweifelhaft.“

2.3.4) Lieferungen an Saudi-Arabien würden mit Sicherheit uns auch entsprechenden Wünschen Pakistans, Südkoreas, der ASEAN-Staaten sowie einiger Staaten Afrikas und Lateinamerikas aussetzen, die wir bisher mit dem Hinweis auf unsere allgemeine restriktive Haltung ohne Belastung unserer bilateralen Beziehungen zurückweisen konnten.

2.3.5) Ein Kernpunkt der Carter-Initiative zur Beschränkung des Rüstungsexports ist der Vorschlag, vor allem im Bereich hochmoderner schwerer Waffen Zurückhaltung zu üben.¹³ Die saudischen Lieferwünsche würden uns gerade mit dieser Zielsetzung in Konflikt bringen.

2.3.6) Unsere restriktive Rüstungsexportpolitik ist nur dann weiter durchzuhalten, wenn sie plausibel und berechenbar bleibt. Die Erfüllung der saudischen Lieferwünsche und die davon zu erwartenden Folgewünsche anderer Staaten würde uns letztlich dazu zwingen, diese bisherige Politik in aller Form aufzugeben und uns künftig wie GB und F zu verhalten.¹⁴ In kürzester Frist würde unser jährliches Rüstungsexportvolumen das Fs und GBs überflügeln, wir würden neben SU und USA in die Spitzengruppe der Weltrüstungsexporteure vorstoßen.

2.4) Problematisch wäre auch die Nutzung von Rüstungslieferungen als Mittel unserer Außenpolitik:

2.4.1) Die Bundesregierung hat bisher ausdrücklich auf Rüstungslieferungen als Mittel unserer Außenpolitik verzichtet und stets erklärt, ihren Stabilisierungsbeitrag für gefährdete Regionen durch politisch-diplomatische und wirtschaftliche Mittel leisten zu wollen (z.B. in bezug auf Pakistan nach „Afghanistan“¹⁵); bei der Abwägung unserer rüstungsexportpolitischen Entscheidungen haben wir Sicherheitserwägungen der betroffenen Länder bisher nur subsidiär Raum gegeben.

Dabei haben wir auch berücksichtigt, daß uns Art. 26 GG verbietet, Waffen zu liefern, wenn sie zu Friedensstörungen verwendet werden, was in der Praxis bedeutet, daß wir gerade im Kriegsfall, für den Waffen erworben werden, Nachlieferungen sowie Ersatzteillieferungen an den Friedensstörer unterbinden müßten. Wir stünden im Kriegsfall damit vor dem schweren Konflikt, ob wir durch Fortführung der Lieferungen für eine Streitpartei optieren und damit eine u.U. angezeigte Neutralität aufgeben oder ein befreundetes Land, das gerade dann unserer Hilfe bedürfte, im Stich lassen wollen. Besonders problematisch wäre dies, wenn die Sowjetunion in den Konflikt involviert wäre.

2.4.2) Der Einsatz von Rüstungsexporten als Mittel der Außenpolitik erweist sich gerade im Konfliktfall für ein Land von der Größe der Bundesrepublik als äußerst problematisch, da er uns in eine Rolle der Mitverantwortung bringen

¹³ Präsident Carter verkündete am 19. Mai 1977 sechs Grundsätze zur neuen amerikanischen Rüstungsexportpolitik: Das Dollar-Volumen für amerikanische Rüstungslieferungen solle im Haushaltsjahr 1978 reduziert werden; die USA würden nicht als erster Lieferant neue militärische Systeme in eine Region liefern, wenn sie dort die Kampfkraft erhöhten; die Weiterentwicklung hochtechnisierter Waffensysteme ausschließlich für den Export werde verboten; Koproduktionen für wichtige Waffen würden untersagt; bei Waffenverkäufen sollte eine Weitergabe an Drittstaaten ausgeschlossen werden; Waffenverkäufe müßten vom amerikanischen Außenministerium genehmigt werden. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, CARTER 1977, S. 931 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1978, I, Dok. 169.

¹⁴ Zu diesem Satz vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „richtig!“.

¹⁵ Zur Wirtschafts- und Finanzhilfe für Pakistan vgl. Dok. 15, Anm. 17, und Dok. 55, Anm. 22.

würde. Unsere außenpolitischen Einwirkungsmöglichkeiten auf beide Streitparteien sind im Zweifel nicht so groß, daß wir einen ausschlaggebenden Einfluß zugunsten der Wiederherstellung des Friedens ausüben könnten. Dies gilt insbesondere gegenüber den Staaten der Nahostregion, aber auch für andere potentielle Konfliktbereiche. Die USA, die an beide Seiten im Nahostkonflikt Waffen liefert, verfügt in Konfliktsituationen über ungleich größere Möglichkeiten zum crisis management als wir.

2.4.3) Unsere Beziehungen zu Saudi-Arabien sind auch trotz unserer bisherigen restriktiven Rüstungsexportpraxis ausgezeichnet und könnten durch Erfüllung der Wünsche nach Panzerwaffen nur unwesentlich verbessert werden. Vielmehr bestünde die Gefahr von Reibungen, wenn wir zwar bereit wären, ausnahmsweise den einen oder anderen Waffentyp zu liefern, jedoch nicht alle saudischen Wünsche zu erfüllen.

2.4.4) Die mögliche Gefahr einer Änderung der Herrschaftsverhältnisse in Saudi-Arabien geht nicht unbedingt von außen aus. Panzerwaffen wären gegen innere Umwälzungen kein ausreichender Schutz, wenn die Armee nicht zum Regime halten sollte. Die Entwicklung im Iran hat gezeigt, daß Kriegswaffenlieferungen an eine konservative Monarchie, wie die USA sie massiv betrieben haben, keine langfristige Garantie gegen einen Umsturz sind. Auch haben die Amerikaner im Iran die Erfahrung machen müssen, daß vor allem Waffenlieferungen an ein solches Regime im Falle eines Umsturzes zu tiefgreifenden Störungen der Beziehungen mit dem Nachfolgeregime führen können. Andererseits erweist sich gerade unsere Zurückhaltung bei Lieferungen von Kriegswaffen an den Schah¹⁶ (z. B. Nichtlieferung des „Leopard I“¹⁷) heute als ein wesentlicher Vorteil bei der Wiederanknüpfung der Beziehungen zu dem neuen revolutionären Regime im Iran.

3) Abwägung

Eine Abwägung der unter 2) genannten Gesichtspunkte führt zu dem Ergebnis, daß eine Änderung unserer bisherigen rüstungsexportpolitischen Haltung gegenüber Saudi-Arabien in ihrer Konsequenz zu einer Aufgabe unserer bisherigen „Politischen Grundsätze für den Rüstungsexport“ führen müßte, die der Bundessicherheitsrat 1971 festgelegt hat.

Abteilung 4 neigt deshalb zu der Auffassung, daß die Argumente für die Beibehaltung dieser Grundsätze überwiegen. Diesem Ergebnis zu folgen, würde eine

¹⁶ Mohammed Reza Pahlevi.

¹⁷ Der Iran bemühte sich seit 1968 um den Erwerb von Panzern des Typs „Leopard“ von der Bundesrepublik. Im Oktober 1970 äußerte die iranische Regierung ferner Interesse an einer Lizenzproduktion des „Leopard“ im Iran. Vgl. dazu AAPD 1970, III, Dok. 477. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, I, Dok. 66. Ministerialdirektor Hermes vermerkte am 20. Juni 1975, daß dem Iran im April 1974 die Bereitschaft der Bundesregierung mitgeteilt worden sei, „die Lizenzfertigung des Leopard II im Iran und die Ausfuhr von Zulieferungen für die Fertigung zu genehmigen“. Im September 1974 seien die beteiligten Ministerien übereingekommen, „daß auch die Fertigung des Leopard I im Iran genehmigt werden solle, falls der Iran dies wünsche. Eine Lieferung fertiger Leopard I wurde nicht in Betracht gezogen. Dagegen wurde für Leopard I einer degressiven Teillieferung zugestimmt. Die Frage, ob einige komplette Sätze für die Montage von Prototypen geliefert werden könnten, blieb offen.“ Von iranischer Seite sei im November 1974 mehrfach erklärt worden, daß an einer „Lizenzfertigung des Leopard II kein Interesse“ bestehe. Vgl. VS-Bd. 8877 (403); B 150, Aktenkopien 1975. Zu iranischen Äußerungen, die Bedingungen der Bundesregierung hätten der Verwirklichung des Projekts im Wege gestanden, vgl. AAPD 1975, I, Dok. 169.

Lieferung der gewünschten Panzer an Saudi-Arabien ausschließen müssen. Hingegen könnten wir bei Lieferungen sonstiger Rüstungsgüter, die nicht Kriegswaffen (i. S. d. KWKG) sind, wie bisher großzügig verfahren.

4) Vorschlag

Es wird vorgeschlagen, für die vom Bundeskanzler vorgesehene Aussprache im BSR zum 15. April eine Unterlage auf der Grundlage der Erwägungen zu Ziff. 1 und 2 dieser Vorlage zu fertigen, ohne jedoch ein Votum abzugeben¹⁸; dies sollte Ihrem mündlichen Vortrag vorbehalten bleiben. Die Entscheidung sollte dann nach einer Aussprache im BSR in der Gesamtverantwortung des BSR fallen.¹⁹

Abteilung 3 hat mitgezeichnet.

Per Fischer

VS-Bd. 9523 (422)

92

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Arnot

213-516.81 E/Kuithan SOW-820/80 VS-vertraulich

27. März 1980

Betr.: Ausreise des deutschen Staatsangehörigen Klimens Kuithan aus der Sowjetunion¹

Bezug: DB Nr. 1356 der Botschaft Moskau vom 19.3.1980
– RK 516 VS-v – an Referat 510, Tgb.-Nr. 259/80²

1) Bei dem Gespräch der Botschaft mit dem Stellvertretenden Leiter der Konsularverwaltung des sowjetischen Außenministeriums, Herrn Wassiljew, am 19.3.1980 in Moskau zeigte sich folgendes:

¹⁸ Vortragender Legationsrat I. Klasse Pabsch erörterte am 9. April 1980 in der „Vorlage zur Sitzung des Bundessicherheitsrats am 15. April 1980 zu TOP 5: Rüstungsexport-Richtlinien (Saudi-Arabien)“ die Argumente für und gegen Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien. Er kam zum Ergebnis, „daß eine Änderung unserer bisherigen rüstungsexportpolitischen Haltung gegenüber Saudi-Arabien in ihrer Konsequenz zu einer Aufgabe unserer bisherigen ‚Politischen Grundsätze für den Rüstungsexport‘ führen müßte, die der Bundessicherheitsrat 1971 festgelegt hatte.“ Vgl. VS-Bd. 9523 (422); B 150, Aktenkopien 1980.

¹⁹ Ministerialdirektor Fischer vermerkte am 29. Mai 1980, der Bundessicherheitsrat habe sich am 15. April 1980 eingehend mit der Frage des Rüstungsexports nach Saudi-Arabien befaßt: „Zusammenfassend hatte das AA – ohne ein entsprechendes Votum abzugeben – darauf hingewiesen, daß eine Änderung unserer bisherigen rüstungsexportpolitischen Haltung gegenüber Saudi-Arabien in ihrer Konsequenz zu einer Aufgabe unserer ‚Politischen Grundsätze für den Rüstungsexport‘ führen müßte. Der BSR hatte beschlossen, daß weder die Wünsche Saudi-Arabien noch die der VAE nach Lieferung von Kriegswaffen erfüllt werden können. Im Spätjahr 1980 soll sich eine Arbeitsgruppe mit der Frage befassen, ob es neue Gesichtspunkte gibt.“ Vgl. VS-Bd. 9523 (422); B 150, Aktenkopien 1980.

¹ Zur Verhaftung des deutschen Staatsbürgers Kuithan beim Versuch der Ausreise aus der UdSSR vgl. Dok. 35.

² Botschafter Wieck, Moskau, berichtete am 19. März 1980, ein Mitarbeiter der Botschaft habe am Vortrag wegen der Inhaftierung des deutschen Staatsbürgers Kuithan ein Gespräch mit dem Mitar-

- Sowjetische Seite behauptet weiterhin, daß es sich bei dem in Moskau vor dem Abflug in die Bundesrepublik Deutschland Verhafteten um eine andere Person handle als einen Kuithan, und zwar um den sowjetischen Staatsangehörigen K. L. Korssakow;
- gibt keine Erklärung dazu, auf welche Weise diese Person zu dem in Münster eifel ausgestellten, auf den Namen „Kuithan“ lautenden Personalausweis gekommen ist, den der Verhaftete bei der Festnahme bei sich hatte;
- äußert sich auch nicht dazu, daß der Verhaftete nach dem von uns vorgelegten Foto mit Kuithan identisch ist;
- behandelt statt dessen diese Angelegenheit ironisierend von oben herab, wenngleich dabei auch Prüfung unserer bei dieser Gelegenheit übergebenen Note³ zugesagt wurde.

2) Wir haben demgegenüber keine Hinweise dafür, daß der Verhaftete eine andere Person ist als der deutsche Staatsangehörige Klimens Kuithan; wir haben auch keine Hinweise darauf, daß Kuithan auch eine andere Staatsangehörigkeit besitzen könnte.

Wir gehen weiter davon aus, daß Kuithan die Ausreise aus der Sowjetunion ausschließlich deshalb verweigert wird, weil er für die Sowjetunion nachrichtendienstlich tätig war.

Bei dieser Lage könnte uns vorgeworfen werden, daß die Bundesregierung ihre Bemühungen um die Ausreise eines deutschen Staatsangehörigen in die Bundesrepublik Deutschland, der – vor den Augen ihrer diplomatischen Vertreter – auf dem Flughafen in Moskau verhaftet worden ist, nach anfänglichen Bemühungen letztlich eingestellt habe, wenn wir diese Angelegenheit nicht unverzüglich weiter intensiv verfolgen.

3) Referat 213 möchte daher folgende Anregung für unser weiteres Vorgehen machen:

- a) Der in Moskau bisher auf der konsularischen Ebene behandelte Fall wird jetzt dadurch auf die politische Ebene angehoben, daß in einem ersten Schritt
- der Botschaftsrat für politische Angelegenheiten der sowjetischen Botschaft, Safrontschuk, vom RL 213⁴ ins Auswärtige Amt einbestellt wird, wobei ihm nach mündlichem Vorbringen unseres Anliegens, Kuithan an seinem jetzigen Aufenthaltsort unverzüglich besuchen zu dürfen, ein Aide-mémoire oder ein Non-paper zur Weiterleitung an Moskau übergeben wird, welches auch unserer Botschaft in Moskau zur Übergabe in der Dritten Europäischen Abteilung des sowjetischen Außenministeriums zugeht.

Fortsetzung Fußnote von Seite 512

beiter im sowjetischen Außenministerium, Wassiljew, geführt. Dieser habe der Botschaft eine „schwere Rechtsverletzung“ vorgeworfen, weil sie den sowjetischen Staatsangehörigen Korssakow unter falschem Namen außer Landes habe bringen wollen. Wassiljew habe angezweifelt, daß die Behörden der Bundesrepublik in der Lage sein könnten, die Identität des Inhaftierten nachzuweisen: „Das Gespräch wurde von sowjetischer Seite in einer zuweilen gespielt belustigt erscheinenden Stimmung geführt, so z. B. bei der zuletzt genannten Frage, wie schnell die deutsche Seite die nötigen Feststellungen treffen könne und wie wir überhaupt auf den Gedanken kommen könnten, K. als deutschen Staatsangehörigen anzusehen.“ Vgl. VS-Bd. 10785 (510); B 150, Aktenkopien 1980.

³ Für den Wortlaut der am 4. Februar 1980 übergebenen Note vgl. Dok. 35.

⁴ Alexander Arnot.

- Sollte nach zwei weiteren Wochen keine sowjetische Reaktion auf unser Besuchsanliegen erfolgen, wird die Angelegenheit in der Weise auf eine höhere Ebene gebracht, daß der Herr Staatssekretär⁵ den sowjetischen Botschafter⁶ einbestellt und unser Petitum wiederholt.
- b) Je nach dem Maße, wie wir mit der Erörterung der Angelegenheit auf diplomatischem Wege vorankommen, ist zu überlegen, ob wir die Erörterung des Falles Kuithan in der Öffentlichkeit – z. B. durch eine bestellte Anfrage für die Fragestunde des Deutschen Bundestages – fördern sollten.
- c) Außerdem sollte geprüft werden, ob der IGH mit der Angelegenheit befaßt werden sollte. Wegen der öffentlichen Wirkung sollte ein derartiger Schritt auch dann ins Auge gefaßt werden, wenn mit einer sowjetischen Erklärung zur Unterwerfung unter die Gerichtsbarkeit nicht zu rechnen ist.⁷

Arnot

VS-Bd. 10785 (510)

⁵ Günther van Well.

⁶ Wladimir Semjonowitsch Semjonow.

⁷ Vortragender Legationsrat Heinemann vermerkte am 8. April 1980, er teile die Auffassung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Arnot, daß Kuithan deutscher Staatsbürger und mit Klimenti Aleksejewitsch Korssakow identisch sei. Die Angelegenheit sei „auf politischer Ebene energisch weiterzuverfolgen“. Wegen der Ermittlung sei es zu einer zeitlichen Verzögerung gekommen, „die auf sowjetischer Seite den Eindruck erweckt haben könnte, wir hätten den Fall Kuithan abgeschlossen“. Vgl. VS-Bd. 13191 (213); B 150, Aktenkopien 1980.

Arnot unterrichtete die Botschaft in Moskau am 25. April 1980, er habe dem sowjetischen Botschaftsrat Safrontschuk eine Note übergeben, in der die Ermittlungsergebnisse zusammengefaßt seien, die die Identität und deutsche Staatsbürgerschaft Kuithans bestätigten. Dazu habe er erklärt, die Bundesregierung sei nicht bereit, das Vorgehen der UdSSR hinzunehmen: „Die sowjetische Seite habe nicht einmal den Versuch eines Nachweises für ihre Behauptungen zur Identität der betreffenden Person unternommen. [...] Die gegenwärtige Demarche sei von dem Bemühen getragen, die Angelegenheit gütlich zu bereinigen.“ Arnot ergänzte, die Botschaft solle in der Angelegenheit nicht selbst aktiv werden. Vgl. den Drahterlaß Nr. 629; VS-Bd. 13192 (213); B 150, Aktenkopien 1980.

Botschafter Wieck, Moskau, informierte am 13. Juni 1980, der Stellvertretende Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, Terechow, habe am 10. Juni eine Note übergeben, in der die UdSSR darauf beharre, daß es sich bei Kuithan um den sowjetischen Staatsangehörigen Korssakow handle. Terechow habe auch die darin erwähnten Unterlagen und Photos vorgelegt: „Eine genaue Überprüfung der vorgelegten Dokumente wäre nur möglich, falls die sowjetische Seite sie uns zu diesem Zweck überlassen würde. Hiermit ist jedoch nicht zu rechnen. [...] Der Hinweis in der Note auf die Folgen der von sowjetischer Seite wiederholt behaupteten Verabreichung von Narkotika dient offensichtlich dazu, unabhängig von der Frage einer konsularischen Betreuung, einem Verlangen nach einer Gegenüberstellung von K. mit der Botschaft vorzubeugen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2615; VS-Bd. 10785 (510); B 150, Aktenkopien 1980.

Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, berichtete am 12. Dezember 1980, Gesandter Huber habe dem Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, Bondarenko, ein Aide-mémoire überreicht, in dem der Standpunkt der Bundesregierung nachdrücklich dargelegt und die Möglichkeit der konsularischen Betreuung Kuithans erbeten worden sei. Bondarenko habe entgegnet, es hätten sich in dem Fall keine neuen Gesichtspunkte ergeben. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 5449; VS-Bd. 13192 (213); B 150, Aktenkopien 1980.

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Premierministerin Thatcher in Chequers

VS-vertraulich

28. März 1980¹

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem britischen Premierminister Frau Thatcher am 28. März 1980 von 9.55 Uhr bis 11.45 Uhr in Chequers²

Thatcher eröffnet das Vier-Augen-Gespräch (als Note-taker: Whitmore, von der Gablentz) mit der Bemerkung, daß sich das Problem des britischen Haushaltsbeitrags³ seit Dublin⁴ verschärft habe. Je höher der Nettobeitrag werde, desto mehr liege es im britischen Selbstinteresse, auf Einhaltung der 1%-Mehrwertsteuergrenze⁵ zu bestehen. Das sei auch der einzige Weg, eine Änderung der absurden Auswüchse der Gemeinsamen Agrarpolitik zu erzwingen (Bundeskanzler stimmt voll zu).

Sie betont, daß die Briten keine Führungsrolle beim Drängen auf eine Reform der GAP übernehmen können, da man ihnen dann ein antikommunitäres Verhalten vorwerfen werde. Alle EG-Partner werden sich dann gegen Großbritannien wenden.

Bundeskanzler zögert zuzustimmen. Die Reaktion der EG-Partner werde von der Form abhängen, in der Großbritannien sein Anliegen vorbringe. Er ist seit Jahren der Überzeugung, daß eine Reform der GAP nur dann zustande kommt, wenn der Anstoß von Großbritannien ausgeht. Es ist das einzige Land mit einem unterschiedlichen Agrarsystem. Alle anderen Länder haben vested interests in der GAP. Sie werden aber nicht notwendigerweise Großbritannien eines antikommunitären Verhaltens beschuldigen, wenn es die Initiative zu einer Reform der GAP ergreift.

Er hält aus seinem Gespräch mit Präsident Giscard⁶ fest, daß man zur Frage der Reform der GAP in die Paketlösung für den britischen Haushaltsbeitrag nur eine Grundsatzeinigung aufnehmen könne. Fragen der Substanz erfordern mehr Zeit. Man müsse aber den Grundsatz einer notwendigen Reform erwähnen, da sonst die Mehrzahl der EG-Länder zögern würde, an Substanzfragen heranzugehen. Allerdings müsse dabei auch klar festgestellt werden, daß die

¹ Ablichtung.

Hat Bundeskanzler Schmidt vorgelegen.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, gefertigt und am 3. April 1980 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau „zur Unterrichtung des Bundesministers“ übermittelt.

Hat Wallau am 3. April 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14083 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

² Bundeskanzler Schmidt hielt sich am 27./28. März 1980 in Großbritannien auf. Vgl. dazu auch Dok. 98.

³ Zum britischen Beitrag zum EG-Haushalt vgl. Dok. 9, Anm. 20.

⁴ Zur Tagung des Europäischen Rats am 29./30. November 1979 in Dublin vgl. AAPD 1979, II, Dok. 362.

⁵ Zur Finanzierung des EG-Haushalts aus Mehrwertsteuereinnahmen vgl. Dok. 61, Anm. 8.

⁶ Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Giscard d'Estaing am 16. März 1980 in Hamburg vgl. Dok. 85.

drei Grundsätze der GAP – Gemeinschaftspräferenz, Gemeinschaftsfinanzierung, Gemeinschaftspreis – nicht in Frage gestellt werden. Man könne sich aber darüber einig werden, daß das nationale Selbstinteresse aller EG-Staaten und das allgemeine Interesse der Gemeinschaft uns zwingen, die Ausgaben für die GAP zu begrenzen.

Thatcher unterstreicht noch einmal das britische Interesse, nicht eines anti-kommunitären Verhaltens beschuldigt zu werden. Großbritannien hat viel in die Gemeinschaft eingebracht. Es wird an seiner Zugehörigkeit zur Gemeinschaft nicht rütteln. Es wird an der 1%-Mehrwertsteuergrenze festhalten und an allen GAP-Reformbestrebungen voll mitwirken. Der Einschluß einer allgemeinen Formel über die Reform der GAP erscheint ihr nicht zu schwierig, da dies ja bereits im Kommuniqué von Dublin⁷ enthalten ist. In der Sache könne man sich allerdings hiervon nur eine sehr langfristige Lösung für das Problem des britischen Haushaltsbeitrags versprechen, das sich wesentlich verschärft hat und voraussichtlich weiter verschärfen wird.

Bundeskanzler sieht das Problem sehr deutlich. Bei einer Lösung müsse man allerdings von Lage und Interesse aller EG-Partner ausgehen.

Dem dänischen Ministerpräsidenten habe er kürzlich dargelegt, welche Folgen eine Einbehaltung der britischen Mehrwertsteuerbeiträge für die Gemeinschaft und ihre Mitglieder haben werde.⁸ Die Kommission würde dann gewisse Auszahlungen für gemeinsame Politiken einstellen müssen. Andere müßten die beachtliche Lücke füllen. Ihre zusätzlichen Beiträge würden dann wohl höher liegen, als wenn es in Dublin zum Kompromiß gekommen wäre. Es sei vorauszu-sehen, daß die nationalen Haushalte der einzelnen EG-Partner diese zusätzlichen Leistungen nicht tragen könnten. Man würde daher zu wesentlichen Beschneidungen der EG-Ausgaben, d.h. insbesondere der Agrarausgaben, gezwungen sein. Solche Argumente könne er, nicht aber die Briten verwenden. *Giscard* habe im übrigen den Eindruck, daß Großbritannien solche Schritte nicht tun würde. Allerdings habe sich die öffentliche Meinung in England in letzter Zeit bedenklich verhärtet.

Thatcher berichtet, daß selbst 120 Abgeordnete ihrer eigenen Partei sie in einem Antrag im Unterhaus auffordern wollen, die Mehrwertsteuerzahlungen ein-zubehalten, falls das Problem des Haushaltsbeitrags nicht zufriedenstellend gelöst wird.

Sie ist sich darüber im klaren, daß beim geplanten Europäischen Rat am näch-sten Montag⁹ keine volle Übereinstimmung zu erzielen gewesen wäre. Da der Europäische Rat jetzt verschoben wurde¹⁰, wird es um so wichtiger, so weit wie irgend möglich Einigung zu erzielen. Die jetzt verbleibenden drei bis vier Wo-chen müßten voll dafür genutzt werden, beim Europäischen Rat weiterzukom-men, als es Ende März möglich gewesen wäre.

⁷ Für den Wortlaut der Schlußfolgerungen des Vorsitizes zur Tagung des Europäischen Rats am 29./30. November 1979 in Dublin vgl. BULLETIN DER EG 11/1979, S. 8–12.

⁸ Zu den Gesprächen des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Jørgensen am 20./21. März 1980 vgl. Dok. 90.

⁹ 31. März 1980.

¹⁰ Die Tagung des Europäischen Rats war für den 31. März und 1. April 1980 in Brüssel vorgesehen, wurde jedoch auf den 27./28. April verschoben. Zur Tagung in Luxemburg vgl. Dok. 134.

Sie ist sich darüber im klaren, daß Giscard auch noch andere Dinge bei dieser Gelegenheit erledigen möchte. Das könne aber nur bedeuten, daß sie innerhalb eines vernünftigen Zeitrahmens erledigt werden müßten. Denn jede dieser Fragen müsse „on its own merits“ gelöst werden. Sie verneint die Frage des Bundeskanzlers, ob sie damit sagen wolle, daß ihre Probleme gleich, die der anderen aber erst später gelöst werden sollten. Sie erkennt an, daß die von Frankreich genannten Probleme gelöst werden müssen. Im Ausdruck „on its own merits“ liege die Aussage, daß sie parallel mit dem Beitragsproblem und im selben Zeitrahmen gelöst werden könnten. Die Fischereiprobleme¹¹ allerdings würden mehr Zeit in Anspruch nehmen.

Bundeskanzler hält es für erforderlich, daß zumindest entsprechende Absichtserklärungen und allgemeine Richtlinien zusammen mit den Lösungen für die Beitragsfrage beschlossen werden, da jeder der EG-Partner sein Gesicht wahren muß. Es ist für die Regierungschefs nicht möglich, vom Europäischen Rat mit leeren Händen zurückzukommen und von Parlament und Volk neue finanzielle Opfer zu verlangen, die nur im Wege eines Nachtragshaushalts verwirklicht werden können. Sie können die zusätzlichen Opfer nur mit zusätzlichen Vorteilen für die EG – wenn schon nicht mit spezifischen nationalen Interessen – rechtfertigen. Sie müssen zumindest den Anschein eines Quidproquo erwecken können.

Man darf nicht verkennen, daß alle EG-Staaten Probleme haben, ihre öffentlichen Finanzen auszugleichen. Die kleineren EG-Staaten haben sich in ihren Haushalten darauf eingestellt, Nettoempfänger zu sein. Die zusätzlichen Beiträge, die jetzt von ihnen erwartet werden, stellen im Verhältnis zum nationalen Haushalt wesentliche Opfer dar.

Thatcher möchte unbedingt eine Wiederholung der Diskussion von Dublin vermeiden. Die Gemeinschaft habe Interesse, die offene Wunde der Beitragsproblematik schnell zu schließen. Sie habe sich im französischen Fernsehen und in dem Interview mit der „Welt“¹² um Verständnis für dieses Problem in Frankreich und Deutschland bemüht. Es bedürfe einer Lösung, die dauerhaft ist.

Bundeskanzler betont, daß es eine dauerhafte Lösung für dieses Problem nicht geben wird. Keiner hat die Entwicklung von Nettobeiträgen solchen Ausmaßes vorausgesehen. Sie ist von weltwirtschaftlichen Entwicklungen abhängig. Es wird sicher neue Schwierigkeiten geben – wir könnten z. B. durch einen Krieg im Nahen Osten von unseren Ölquellen abgeschnitten werden –, die sich auch auf die Struktur der Beiträge zum EG-Haushalt auswirken werden. Man wird die Frage daher nicht ein für allemal lösen können, sondern muß sich auf ein gewisses „muddle through“ einstellen.

Auf Einwurf von PM Thatcher, daß sie sich doch von ihren Partnern in Zukunft nicht sagen lassen könne, daß sie nach 1974¹³ und 1979 nun zum dritten

¹¹ Zu den Verhandlungen über die Fischereipolitik der Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 60, Anm. 20.

¹² Vgl. dazu den Artikel „Thatcher: Wer Deutschland bedroht, bedroht auch uns. England will keine EG-Krise“; DIE WELT vom 19. März 1980, S. 1 und S. 9.

¹³ Vortragender Legationsrat I. Klasse Dohms informierte am 3. April 1974, der britische Außenminister Callaghan habe im Rahmen der EG-Ministerratstagung am 1./2. April 1974 in Luxemburg den Wunsch nach einer Änderung der Beitrittsbedingungen zu den Europäischen Gemeinschaften ge-

Mal mit der Forderung nach Neuverhandlungen komme, bleibt er dabei, daß er sich nicht vorstellen könne, wie man das britische Beitragsproblem mit Sicherheit über viele Jahre hinaus lösen könne. Mit den jetzt allein möglichen Tricks zur Vergrößerung der Rückflüsse nach Großbritannien könne man für zwei bis drei Jahre helfen. Lösen lasse sich das Problem aber nur, wenn man die den Finanzproblemen zugrundeliegenden Politiken ändere. Dann aber kommen auch die anderen Länder mit legitimen Ansprüchen, z.B. die Iren und Italiener, die auf wirklich arme Regionen in ihren Ländern verweisen können. Großbritannien müsse sich auch in die Lage der anderen EG-Partner versetzen. Ein Kompromiß werde nur möglich sein, wenn man einen Ausgleich zwischen den von Großbritannien genannten Zahlen und den in Dublin genannten Lösungen finde und wenn man nicht erwarte, daß die hierfür gefundenen Tricks dies bis zum Ende des Jahrhunderts tun könnten.

Thatcher möchte in jedem Fall vermeiden, daß Großbritannien nach drei Jahren wieder mit demselben Problem an die Gemeinschaft herantreten muß. Das wirkliche Problem seien die absurden Politiken der Gemeinschaft, die dazu führen, daß wir erhöhte Preise für die Nahrungsmittel zahlen, die wir essen, und noch höhere für die, die wir nicht essen. Sie stehe unter massivem Druck der britischen Wähler, die ihr die einschneidenden Kürzungen z.B. im Sozial- und Erziehungshaushalt nicht abkaufen, solange Großbritannien diese absurden Politiken finanziere.

Bundeskanzler weist darauf hin, daß sich diese absurden Politiken in zweieinhalb Jahrzehnten in der Gemeinschaft entwickelt haben. Hinter ihnen stünden pressure groups, die in anderen Ländern weit mächtiger seien als in Großbritannien.

Ein Kompromißvorschlag könne nur von einer der folgenden drei Seiten ausgehen:

- der Kommission, die mit der Vorlage von Papieren ohne konkrete Zahlen ihrer Pflicht nicht genüge,
- der Präsidentschaft, die durch die schwierige innenpolitische Lage der Regierung Cossiga¹⁴ geschwächt werde,
- Großbritanniens, das die Änderung des gegenwärtigen Zustandes wünsche.

Fortsetzung Fußnote von Seite 517

äußert, darunter eine Neuverteilung der finanziellen Lasten. Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 33; Referat 240, Bd. 102872. Vgl. dazu auch AAPD 1974, I, Dok. 99, Dok. 109, Dok. 133, Dok. 177 und Dok. 181, AAPD 1974, II, Dok. 346, sowie AAPD 1975, I, Dok. 33.

Dohms berichtete am 13. März 1975, auf der Tagung des Europäischen Rats am 10./11. März 1975 in Dublin sei eine Einigung gelungen. Die Finanzfrage sei auf der Grundlage des Vorschlags der EG-Kommission vom 30. Januar 1975 zum Korrekturmechanismus im Bereich der Eigeneinnahmen der Europäischen Gemeinschaften gelöst worden, wobei die „Obergrenze eines eventuellen Erstattungsbetrages auf 250 Mio. Rechnungseinheiten festgesetzt“ worden sei. Vgl. den Runderlaß Nr. 39; Referat 340 Bd. 102879.

- ¹⁴ Botschafter Arnold, Rom, informierte am 17. März 1980: „Indem der PSI-Parteivorstand auf seiner in der letzten Woche stattgefundenen Sitzung der ‚Überzeugung‘ Ausdruck gab, daß das ‚Parlament mit der Krisensituation‘ des Landes befaßt werden müsse, verließ er der schleichenden Destabilisierung der Regierung eine Beschleunigung, die ihren Sturz nunmehr als unmittelbar bevorstehend annehmen läßt. [...] Etwas mehr als ein Jahr nach der Aufkündigung der ‚parlamentarisch-programmatischen Mehrheit‘ durch die Kommunisten“ sei Italien erneut an einem Punkt angelangt, an dem eine Koalitionsbildung so unwahrscheinlich sei, daß Neuwahlen nicht ausgeschlossen werden könnten. Vgl. den Drahtbericht Nr. 322; Referat 203, Bd. 115872.

Am 1. April 1980 ergänzte Arnold, die Regierungskrise in Italien werde möglicherweise schnell über-

Deutschland könne keine Vermittlerrolle übernehmen. Ein Kompromiß könne nicht so aussehen, daß auf der einen Seite ein Sieger und auf der anderen Seite die stünden, die zusätzliche Opfer zu tragen haben. Es werde nur dann einen Kompromiß geben, wenn alle davon überzeugt sind, daß er funktionieren könne. In der Sache werde er dann funktionieren, wenn alle Neun das Schlachtfeld mit dem gleichen Grad an Unzufriedenheit verlassen. Nach seinen Erfahrungen mit Koalitionsregierungen hielten nur solche Kompromisse, die jedem gleichermaßen weh tun. Ohne Kompromisse aber könne man das Problem des britischen Haushaltsbeitrags nicht lösen. Es gäbe keine Frontstellung 1:8, sondern aller Neun gegeneinander. Er warnt davor, die innerpolitischen Probleme der Partner zu unterschätzen. Die starke verfassungsrechtliche Stellung des Premierministers und die komfortable Mehrheit der Konservativen im Unterhaus gäben der britischen Regierung einen größeren innenpolitischen Spielraum, als ihn die anderen europäischen Regierungen besäßen. Das gelte auch für Giscard, dessen Premierminister Barre von immer neuen Mißtrauensvoten im Parlament bedroht werde.

Thatcher: Weist noch einmal auf ihre innenpolitischen Schwierigkeiten hin: Den Antrag von 120 Abgeordneten ihrer eigenen Partei, der ebenso wie die Opposition Einbehaltung des Mehrwertsteuerbeitrags fordert, wenn die übrigen Acht keine befriedigende Antwort auf das Beitragsproblem finden. Die öffentliche Meinung ist insgesamt noch kritischer. Nur auf allerstärksten Druck Callaghans habe sie im Unterhaus sagen müssen, daß die Regierung „in the last resort“ auch die Einbehaltung des Mehrwertsteuerbeitrags in Erwägung ziehen müsse.

Es komme vor allem darauf an, die den Budget-Problemen zugrundeliegenden EG-Politiken zu ändern. Bislang scheine sich jede Änderung der GAP zuungunsten Großbritanniens auszuwirken. Die neuen Mitverantwortungsabgaben für Milch¹⁵ belasteten z.B. in besonderer Weise die effiziente Milchwirtschaft Großbritanniens. Die GAP beeinträchtige die traditionellen Handelsbeziehungen mit den Commonwealth-Staaten. Sie dürfe nicht zur Lösung sozialer Probleme benutzt werden. (Bundeskanzler: Die Tatsache, daß in manchen Ländern noch über¹⁶ 20% der Erwerbsbevölkerung auf dem Lande arbeiten, ist ein soziales Problem.)

Seit Dublin sei so der Nettobeitrag Großbritanniens wieder bereits um 300 Mio. ERE gestiegen – ein Beitrag, der die für den Bürger besonders einschneidenden Budgetersparnisse beim sozialen Wohnungsbau bereits wieder aufgefressen habe.

Fortsetzung Fußnote von Seite 518

wunden und Cossiga eine neue Regierung bilden können: „Koalition aus Christdemokraten, Sozialisten und Republikanern wird vermutlich kurz nach Ostern parlamentarische Zustimmung finden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 363; Referat 203, Bd. 115872.

¹⁵ Mit Verordnung Nr. 1079 des EG-Rats vom 17. Mai 1977 wurde für Milcherzeuger ab 16. September 1977 eine Mitverantwortungsabgabe zunächst bis Ende des Milchwirtschaftsjahres 1979/80 eingeführt. Bis Ende des Milchwirtschaftsjahres 1977/78 wurde die Abgabe auf 1,5% des Richtpreises für Milch festgelegt. Maximal war eine Höhe von 4,0% möglich. Für den Wortlaut der Verordnung vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 131 vom 26. Mai 1977, S. 6 f.

¹⁶ Dieses Wort wurde von Bundeskanzler Schmidt handschriftlich eingefügt.

Auf Frage des Bundeskanzlers erläutert sie, daß alle Bestandteile des britischen EG-Beitrags – Mehrwertsteuer, Zölle und Abschöpfungen – in Großbritannien im Haushalt erscheinen. Der Nettobeitrag sei danach in den letzten fünf Jahren von 0 auf 1100 Mio. Pfund gestiegen, er werde für 1981 auf 1400 bis 1500 Mio. Pfund geschätzt.

Bundeskanzler erläutert am Beispiel des von anderen Wirtschaftsfaktoren abhängigen Währungsausgleichsbetrags, daß es kaum zu einer Dauerlösung des britischen Problems kommen kann. Eine Paketlösung in diesem Jahr müsse eine klare Absichtserklärung zur Änderung der GAP enthalten. Er erkennt die schwierige Rolle von Kommissionspräsident Jenkins in der gegenwärtigen Lage an, möchte sich aber – wie bereits Jenkins gegenüber¹⁷ – dafür einsetzen, daß die Kommission in Erfüllung ihres Mandats aus den EG-Verträgen¹⁸ Lösungsvorschläge mit konkreten Zahlen vorlegt.

Er hält die Einbeziehung der Einnahmen aus Zöllen und Abschöpfungen in den britischen Haushalt für irreführend, da diese Beträge ja überhaupt nicht den Briten gehören, und betont, daß die Zurückbehaltung dieser Beträge eindeutig dem EG-Recht widersprechen würde.

Thatcher: Dem EG-Recht widerspricht aber auch das Verhalten der Franzosen in der Schafffleischfrage.¹⁹ (*Bundeskanzler*: In dieser begrenzten Frage wird das wichtige Prinzip der Befolgung von Beschlüssen des EuGH verletzt.) Sie werde sich aber sehr bemühen, diese Frage zu lösen. Als größter Schafffleischproduzent sollte Großbritannien auch den größten Teil möglicher Gemeinschaftsausgaben erhalten. Allerdings sei Großbritannien gegen ein neues Interventionsystem, das nur zur Produktion von Schafffleischbergen führen könne.

Bundeskanzler betont, daß die Deutschen jedem Ergebnis zustimmen würden, das die Briten und die Franzosen in dieser Frage erreichen. Er entwickelt mit Zustimmung PM Thatchers den Gedanken, landwirtschaftliche Überschußproduktion der EG als Entwicklungshilfe in Entwicklungsländer zu versenden und die Kosten auf die EG-Ausgaben für Entwicklungshilfe zu übernehmen.

Auf Feststellung PM Thatchers, man spreche noch nicht über konkrete Zahlen, da jeder wie bei Tarifverhandlungen seine Karten verdeckt halte, bemerkt er, daß er bereits deswegen kritisiert wurde, weil er in Dublin zu früh Zahlen genannt habe. Kompromißzahlen müßten jedenfalls niedriger sein als die von den Briten in Dublin eingenommene Ausgangsposition. In einer Gemeinschaft könne von keinem Mitglied die Forderung nach einer broad balance erhoben werden. Das gelte für alle Mitglieder.

Thatcher betont, daß sie kein Prinzip der broad balance einführen wolle. Es gehe ihr lediglich darum, daß nicht die ärmeren Mitglieder Nettozahler sind. Die Briten mit ihrem – auch nach Kaufkraft – unterdurchschnittlichem Pro-Kopf-Einkommen hätten bereits zwei Kompromisse gemacht, nämlich nicht auf einer broad balance zu bestehen und nach einer Kompromißlösung zu suchen.

¹⁷ Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Präsidenten der EG-Kommission, Jenkins, am 23. Februar 1980 in London; Dok. 60.

¹⁸ Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 753–1223.

¹⁹ Zu den Verhandlungen über eine EG-Markordnung für Schafffleisch vgl. Dok. 60, Anm. 21.

Ihr Konzept beruhe auf dem Gedanken der equity. Wenn es reicher wäre, wäre Großbritannien auch bereit, mehr zu zahlen.

In der gegenwärtigen Lage müsse Großbritannien mehr von der Gemeinschaft bekommen. Es sei schwierig, stets von der Gemeinschaft zu hören, daß die Briten im industriellen Bereich effizienter sein müßten, während ihnen gleichzeitig im Landwirtschaftsbereich, wo sie effizient und produktiv arbeiten, die Möglichkeit zum Export genommen wird.

Bundeskanzler hat das Gefühl, daß man jetzt mit konkreten Zahlen arbeiten müsse. Er regt daher an, ein Treffen von persönlichen Beauftragten der neun Regierungschefs zu erwägen, die sich privat und ohne Aufsehen treffen und unter ihrer eigenen Verantwortung einen entsprechenden Vorschlag ausarbeiten könnten.

Thatcher möchte diesen Gedanken zunächst mit AM Carrington erörtern. Die Ausarbeitung eines solchen Vorschlags sei allerdings sehr viel leichter als das Aushandeln harter finanzieller Belastungen. Sie besteht darauf, daß in jeder möglichen Lösung eine Änderung der GAP angesprochen werde.

Bundeskanzler nennt folgende mögliche Elemente eines Beschlusses auf diesem Gebiet:

- 1) Das Wachstum der Landwirtschaftsausgaben wird auf den Anteil am BSP begrenzt, den sie heute erreicht haben. Also kein überproportionales Wachstum der GAP-Ausgaben.
- 2) Eine Festlegung auf gewisse Grundprinzipien der GAP.
- 3) Gewisse Richtlinien für Strukturänderungen.

Auch eine Lösung der Fischereifrage müsse Teil des Pakets sein. Ohne sie könne die EG nicht mit anderen Staaten über diese Fragen verhandeln. Die Aussicht auf eine Lösung sei z. B. nötig für die Zustimmung der Dänen zu einem Gesamtpaket.

Thatcher betont, daß die Fischereiverhandlungen²⁰ gute Fortschritte machten. Auch die Briten seien an einer baldigen Lösung dringend interessiert. Allerdings sei man jetzt bei dem schwierigsten Problem, der Festlegung der Quoten, angelangt. Großbritannien könne allerdings nicht eine Dauerlösung in dieser für das ganze Land elementaren Frage als Gegenleistung für eine nur temporäre Hilfe beim Haushaltsbeitrag akzeptieren.

Die Briten, die ihre traditionellen Fischereigründe vor Grönland und Island verloren hätten, könnten nur schwer akzeptieren, daß die Gemeinschaft von allen Naturschätzen nur die Fische als Gemeinschaftseigentum betrachte. Sie hätten auf diesem Gebiet weit mehr in die Gemeinschaft eingebracht als irgendein anderes Mitglied. Sie müsse daher davor warnen, anzunehmen, daß eine Fischereination wie die Briten auf dem Gebiet permanent auf Rechte verzichten würde gegen eine nur temporäre Hilfe auf anderen Gebieten. Man solle daher nicht erwarten, daß die Fischereifrage in Venedig²¹ gelöst werden könne.

²⁰ Der Wortteil „Fischerei“ wurde von Bundeskanzler Schmidt handschriftlich eingefügt.

²¹ Zur Tagung des Europäischen Rats am 12./13. Juni 1980 in Venedig vgl. Dok. 177 und Dok. 178.

Bundeskanzler betont, daß die Sympathie der anderen EG-Mitglieder für das britische Anliegen wesentlich vom britischen Willen beeinflußt wird, auch auf anderen Gebieten zu Lösungen zu kommen. Wir Deutsche bemühen uns, den Briten das Leben zu erleichtern, müssen aber betonen, daß auch andere ihre Probleme haben.

Thatcher betont auf Frage des Bundeskanzlers, daß die Briten sicher eines Tages dem EWS beitreten werden, daß aber zur Zeit die Bemühungen, die Geldmenge unter Kontrolle zu kriegen, Vorrang hätten.

Sie könne nicht verstehen, wenn die Briten, die äußerst großzügige Beiträge zur EG leisteten, immer wieder in den Anklagezustand versetzt werden.

Bundeskanzler bemerkt, daß es sich nicht um Großzügigkeit, sondern um Erfüllung vertraglicher Verpflichtungen handele. Beim Zusammenbruch der Lösungsbemühungen könne der Eindruck entstehen, als habe die britische Regierung zu einer Stimmung im eigenen Lande beigetragen, die sie wiederum unausweichlich in einen Konflikt mit der EG gebracht habe. (*Thatcher*: Diese Stimmung mußte aus Gründen entstehen, die nur allzu gerechtfertigt erscheinen.) Was die Regierung dann tue, könne eines Tages so betrachtet werden, wie wir heute das jüngste Schreiben Carters²² betrachten: Er handelte, weil irgendein Handeln erforderlich war.

Er werde sein Bestes tun, um andere von der Notwendigkeit einer Lösung zu überzeugen. Aber ein Kompromiß komme nur dann zustande, wenn alle etwas geben und nicht, wenn einer meint, bereits alles gegeben zu haben. Dann bleibe nur der Austritt aus der Gemeinschaft. In Frankreich möge es gewisse Vorurteile gegenüber den britischen Absichten geben, aber sicherlich nicht in Deutschland. Dort möchte keiner, daß die Briten in der Gemeinschaft alle Opfer bringen. Aber auch in Frankreich seien sich Giscard und Barre voll dessen bewußt, daß man die Gemeinschaft nicht in einer Lage auseinanderfallen lassen dürfe, in der es gerade darauf ankomme, daß die europäischen Mächte mitt-

²² Vortragender Legationsrat I. Klasse Höynck, Bundeskanzleramt, übermittelte Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 28. März 1980 ein Schreiben des Präsidenten Carter vom 27. März 1980 an Bundeskanzler Schmidt, das zu den deutsch-britischen Konsultationen am 27./28. März 1980 in Chequers weitergeleitet werden sollte. Carter betonte darin, er suche Rücksprache mit Schmidt und Premierministerin Thatcher, um der sowjetischen Intervention in Afghanistan angemessen begegnen zu können, die die NATO herausfordere. Er schlug eine NATO-Ratstagung auf Ebene der Staats- und Regierungschefs Ende Mai in Washington oder Ende Juni in Brüssel oder Italien vor, die Geschlossenheit demonstrieren und zumindest die folgenden Maßnahmen beschließen solle: „Condemn the Soviet invasion and occupation of Afghanistan; call for prompt and total Soviet withdrawal from Afghanistan; indicate our support for a truly neutral and nonaligned Afghanistan; confirm that there will be no business as usual with the USSR until Soviet troops withdraw from Afghanistan and the situation of total repression there is ended; stress our intention to boycott the Moscow Olympics; underline our commitment to restrict through COCOM the transfer of high technology to the Soviet Union; emphasize the importance of the economic rescue effort for Turkey and the Federal Republic's leadership in that endeavor; express our desire to continue the benefits of détente and arms control under mutually acceptable conditions; renew our commitment to meet the three percent defense pledge we made at the 1978 summit; accelerate a select number of Long Term Defense Program measures and the NATO infrastructure program; and finally, though this might not be possible in the formal communiqué, find a way to make clear that we in the West now regard the Persian Gulf as an area that is of critical importance to our long-term vital security interests.“ Es sei wünschenswert, bei einem solchen Gipfel auch Frankreich mit einzubeziehen: „If you and Margaret believe a NATO summit would be useful, we will want to discuss how best to approach Valéry.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 730; VS-Bd. 14087 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

lerer Größe angesichts des Mangels an amerikanischer Führungskraft zusammenhalten.

VS-Bd. 14083 (010)

94

Botschafter Wieck, Moskau, an das Auswärtige Amt

114-2580/80 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1508

Aufgabe: 28. März 1980, 18.03 Uhr¹
Ankunft: 29. März 1980, 11.02 Uhr

Betr.: Sowjetische Optionen in Südwestasien

Bezug: DB Washington Nr. 1139 vom 11.3.80 – Pol 322.00 AFG/PAK/IRN geh.²

Zur Information

Auch an 201, 213, 311

I.1) Amerikanische Einschätzung sowjetischer Politik in Südwestasien geht von der richtigen Annahme aus, daß Moskau derzeit bestrebt ist, zuerst die Lage in Afghanistan selbst zu konsolidieren und die durch die Intervention hervorgerufenen negativen Auswirkungen auf die Beziehungen zu Iran, zu Pakistan und zu Indien zu begrenzen. In dieser für die sowjetische Außenpolitik schwierigsten Phase seit den Zeiten des Kalten Krieges überwiegt in der Tat eine defensive Motivation. Die Konfrontation mit dem Westen und insbesondere die wie eine Kettenreaktion ablaufende Zerstörung der bisher für das Verhältnis zu den USA geltenden Parameter hat jedoch für die SU eine Lage geschaffen, in der sie aufgrund ihres Selbstverständnisses als gleichberechtigte Großmacht und unter Berücksichtigung ihrer Sicherheitsinteressen außenpolitisch offensiv werden mußte.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Arnot am 3. April 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Heyken und Legationsrat I. Klasse Barker sowie Wiedervorlage verfügte.

Hat Heyken am 3. April 1980 vorgelegen.

Hat Barker am 14. April 1980 vorgelegen.

Hat Arnot am 16. April 1980 erneut vorgelegen.

² Botschafter Hermes, Washington, berichtete, das amerikanische Außenministerium habe über eine „geheime, bisher offensichtlich nur intern vorgelegte Untersuchung über sowjetische Optionen in Südwestasien“ informiert: „Ihre Schlußfolgerungen sind deutlich weniger dramatisch als US-Strategiepapier für NATO: 1) Bei Afghanistan werden Maßnahmen zur Besitzstandswahrung und -konsolidierung erwartet, 2) bei Pakistan wird sowjetisches Hauptinteresse darin gesehen, daß von dort aus Moskaus Zielen in Afghanistan nicht entgegengewirkt wird, 3) bei Iran wird doppelte Stoßrichtung vermutet: einmal Heraushalten der USA, zum anderen Herstellung freundschaftlicher Beziehungen unter Einschluß von Zugang zu iranischem Öl.“ Der Einsatz militärischer Mittel gegenüber Pakistan gelte als unwahrscheinlich, gegenüber Iran werde er „weitgehend ausgeschlossen“. Hermes ergänzte: „Bei der Intervention in Afghanistan wird defensive Motivation betont, ebenso wird erwartet, daß künftige sowjetische Politik eher defensiv ist“. Eine direkte Gefährdung des Zugangs zu den Erdölvorkommen der Golfregion werde nicht befürchtet, wie dies gegenüber der NATO in den Vordergrund gestellt worden sei. Vgl. VS-Bd. 13171 (213); B 150, Aktenkopien 1980.

2) Diese außenpolitische Offensive konzentrierte sich zunächst darauf, die Afghanistan-Krise zu einer Ost-West-Krise zu machen und damit negative Auswirkungen in der Dritten Welt zu entschärfen. Sie ist jetzt darauf gerichtet, die schwache Position der USA in der Region in eigene Positionsgewinne umzuwandeln. Das zeigt die Nutzung der antiamerikanischen Hysterie im Iran ebenso wie das Werben um Indien und die sehr differenzierte Kampagne gegen Pakistan.

3) Die intensive Suche nach einer international garantierten politischen Lösung durch Verhandlungen und praktische Maßnahmen zur Reduzierung der militärischen Präsenz in Afghanistan sind auf absehbare Zeit keine vorrangigen Ziele sowjetischer Außenpolitik: Solange es keine funktionsfähige afghanische Armee gibt und solange die von den Sowjets eingesetzten Regierungen ohne sowjetischen „Beistand“ nicht überleben können, bleibt aus sowjetischer Sicht eine „politische Lösung“ ein bilaterales Problem zwischen der SU und ihren afghanischen Schützlingen. Hierzu bedarf es des Wohlverhaltens der Nachbarstaaten, ihre direkte Mitwirkung bei einer Lösung, die zum Abzug sowjetischer Truppen führen könnte, wird von sowjetischer Seite nicht gewünscht.

4) Nur wenn es dem Westen gelingt, Pakistan und Indien trotz ihrer unterschiedlichen strategischen Interessen zur Formulierung einer gemeinsamen, gegen die sowjetische Besetzung Afghanistans gerichtete Politik zu bewegen, wird die sowjetische Rechnung nicht aufgehen, daß die Nachbarländer der Region sowjetische Präsenz in Afghanistan hinnehmen müssen.

Die SU geht davon aus, daß diese ihr, selbst bei Unterstützung von dritter Seite, militärisch nichts entgegensetzen haben. Um so wichtiger wären diplomatische Initiativen dieser Länder selbst, die SU zu einem bedingten militärischen Abzug aus Afghanistan zu bewegen. Gleiches gilt für Iran, wo sich bereits seit einiger Zeit zunehmend Kritik an sowjetischer Afghanistan-Intervention artikuliert, was Sowjets aber im Hinblick auf ihre langfristige Strategie für die Golfregion nur wenig beeindruckt.

II. Bezogen auf die einzelnen Länder der Region stellt sich die Lage wie folgt dar:

1) Afghanistan

In der innerafghanischen Entwicklung liegt für die Sowjets der Schlüssel für ihr weiteres Vorgehen. In Moskau wird zugegeben, daß die Schwierigkeiten eher noch größer geworden sind, das Land militärisch und politisch unter Kontrolle zu stellen.³ Militärisch bedeutet das: Verstärkung der Truppenpräsenz, Sicherung der Logistik, zunehmende Involvierung des sowjetischen Militärs in die administrativen Abläufe.

³ Zur Lage in Afghanistan vgl. Dok. 71, Anm. 7.

Botschaftsrat Disdorn, Kabul, informierte am 3. April 1980, die sowjetischen Truppen zeigten in und um Kabul demonstrativ militärische Präsenz. In Herat komme es immer wieder zu Schießereien, auf den Straßen zwischen Kabul und Kandahar bzw. Jallalabad würden Fahrzeuge überfallen: „Das gesamte Hazarajat scheint ruhig, jedoch völlig außer Kontrolle der Regierung [...] In den Provinzen Badakshan und Takhar soll jedoch nach wie vor gekämpft werden. [...] Gesamteindruck für die Lage in den Provinzen nach wie vor, daß sowjetische Truppen, soweit irgendwie möglich, einer unmittelbaren Konfrontation mit dem Widerstand aus den Stämmen aus dem Weg gehen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 246; Referat 340, Bd. 113030.

Deshalb hat AM Dost in Moskau⁴ fast ausschließlich über Fragen der Truppenstationierung gesprochen und wohl auch ein entsprechendes Abkommen unterzeichnet.

Politisch stellt sich für SU die schwierige Aufgabe, dem afghanischen Volk eine Quisling-Regierung schmackhaft zu machen, die mit dem Odium der Konspiration mit den ausländischen Besatzern belastet ist. Der Wiederaufbau der afghanischen Armee scheint ebenfalls eine schwer zu bewältigende Aufgabe zu sein. Zur Stabilisierung der Lage in Afghanistan selbst hat die sowjetische Führung jetzt zwei Optionen: Sie kann entweder durch einen massiven militärischen Einsatz eine gewaltsame „Befriedung“ erzwingen, oder sie kann bei gleichbleibendem oder sogar leicht reduziertem Einsatz die Zeit für sich arbeiten lassen in der Hoffnung, die Revolution werde sich schließlich durchsetzen. Sowjetische Gesprächspartner sehen hier einen Prozeß von „vielen Jahren“, erinnern aber gleichzeitig daran, daß auch in den mittelasiatischen Sowjetrepubliken der „wahre Fortschritt“ sich erst nach Jahren einstellte. Hier wird die Tendenz sichtbar, mit Afghanistan nach bereits erprobtem Muster zu verfahren und sich über die historisch anderen Gegebenheiten im Falle Afghanistan hinwegzusetzen. Welche Option auch immer gewählt wird, die Sowjetunion betrachtet heute jede „politische Lösung“ als ein bilaterales Problem und will sich von niemandem Lösungen „hinter dem Rücken des afghanischen Volkes“, sprich ohne ausdrückliches sowjetisches Plazet, aufzwingen lassen.

2) Pakistan/Indien

Während die SU offiziell darauf beharrt, daß „Einmischung von außen“ einziger Grund für Aufrechterhaltung ihrer Truppenpräsenz in Afghanistan ist, dürfte sie die tatsächliche Bedrohung ihrer afghanischen Position von Pakistan her sehr viel realistischer einschätzen. Dennoch besteht die Befürchtung, USA und China könnten sowohl afghanische Rebellen als auch das Zia-Regime eines Tages massiv militärisch unterstützen. Zia ul-Haq seinerseits weiß, daß er militärisch gegen die übermächtige Besatzungsmacht im Nachbarstaat wenig ausrichten kann, falls diese entscheidet, Pakistan zu bestrafen. Systematische Förderung der afghanischen Rebellen und Annahme einer beträchtlichen US-Militärhilfe könnten solche Strafaktionen und zusätzliche Spannungen zu Indien bewirken, ein Risiko, das Zia offenbar nicht auf sich nehmen will.⁵

⁴ Gesandter Huber, Moskau, berichtete am 17. März 1980, beim Besuch des afghanischen Außenministers Dost am 13./14. März 1980 in der UdSSR sei es in der Hauptsache um die Modalitäten der Stationierung sowjetischer Streitkräfte in Afghanistan gegangen: „Weder Gromyko noch Dost haben sich zur Frage des sowjetischen Truppenabzugs geäußert. Während Breschnew noch am 13.1. von ‚vollständigem Abzug‘, dann am 22.2. in seiner Wahlrede bereits einschränkender nur noch von ‚Abzug‘ gesprochen hatte, ist diesmal in Äußerungen Gromykos von Abzug nicht die Rede. Dagegen spricht kurze TASS-Mitteilung über Besuchsergebnis von ‚vorübergehendem Aufenthalt‘, eine Formulierung, die bereits auf nächste Stufe der Entwicklung, den ‚Aufenthalt‘ (ohne ausdrückliche zeitliche Begrenzung) hinweisen könnte.“ Huber ergänzte, die Rede Dosts enthalte „auffällige Häufung ideologischer Schablonen“. Sie erschienen als „Mittel einer moralischen Einflußnahme auf den mächtigeren Partner, von dem die derzeitige afghanische Führung befürchtet, eines Tages vorrangigeren sowjetischen Interessen geopfert zu werden“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1290; Referat 340, Bd. 113037.

⁵ Zur Ablehnung amerikanischer Wirtschafts- und Verteidigungshilfe durch Pakistan vgl. Dok. 73, Anm. 12.

Pakistan und Indien fordern beide den Abzug sowjetischer Truppen aus Afghanistan. Ihre Interessen sollten ungeachtet unterschiedlicher gesamtstrategischer Verhältnisse auf dieser Basis in Einklang zu bringen sein. Dies würde die Möglichkeit eröffnen:

- a) die Integrität Pakistans als wichtiges Ziel bei der Lösung der gegenwärtigen Krise anzuerkennen,
- b) mittels der Garantie der afghanisch-pakistanischen Grenze durch beide Seiten der politischen Subversion in Belutschistan⁶ entgegenzuwirken,
- c) die SU zu einem bedingten militärischen Abzug aus Afghanistan zu bringen, ohne die Existenz des kommunistischen Regimes in Afghanistan förmlich zu garantieren,
- d) die Koordination der regionalen Kräfte zu befördern,
- e) die für Pakistan erforderliche militärische Zusammenarbeit mit der islamischen Bewegung (Saudi-Arabien) zu ermöglichen,
- f) die USA und China aus der Frontstaatsituation um Afghanistan herauszuhalten und den USA lediglich die Funktion der strategischen Schutzmacht in der Region zuzuweisen (Indischer Ozean, afrikanische Gegenküste).

Damit würde der Druck auf die SU, ihren Schritt nach Afghanistan wieder zurückzunehmen, ganz erheblich wachsen, ihre Optionen, in der Region weiter zu expandieren, würden reduziert.

3) Iran

Das machtpolitische Vakuum, das durch die iranische Revolution⁷ im Mittleren Osten entstand, die mit der Geiselnahme einhergehende antiamerikanische Hysterie in Iran und die Erwartung, daß Khomeini und jedes andere Regime in Iran sich mit der SU werde arrangieren müssen, waren entscheidende⁸ Faktoren in der sowjetischen Lageeinschätzung⁹ vor der Afghanistan-Intervention. Der Nachdruck, mit dem die SU heute ihr Mitspracherecht im Persischen Golf betont, die drohende Polemik, mit der sie die amerikanische Flottenpräsenz in diesem Raum kritisiert, lassen eine strategische Gesamtkonzeption erkennen,

⁶ Der Planungsstab vermerkte am 9. Januar 1980, ca. 5 Mio. Belutschen würden in Afghanistan, Iran und Pakistan leben. In Pakistan seien ihre Autonomiebestrebungen „besonders virulent. Zuletzt vierjähriger blutiger Aufstand 1973–77, von General Zia ul-Haq mit einer Art Waffenstillstand beendet. [...] Belutschen-Problem in Pakistan böte zweifellos Ansatzpunkte für sowjetisch-afghanische Subversion. [...] Ob und inwieweit massive Militärintervention der SU in Afghanistan zu Ernüchterung unter radikaleren Kräften geführt hat, entzieht sich bisher der Beurteilung.“ Vgl. Referat 340, Bd. 113187.

Botschaftsrat Nöldeke, Islamabad, berichtete am 3. April 1980, es gebe „weder hier noch bei befreundeten Botschaften“ konkrete Hinweise auf eine sowjetische Unterstützung für iranische oder pakistanische Belutschen: „Pakistanisches Außenministerium hält – wie außenpolitischer Berater des Präsidenten Agha Shahi gegenüber Delegation des Auswärtigen Ausschusses ausführte – subversive sowjetische Aktivität in Belutschistan für sehr wahrscheinlich und mißt enger Zusammenarbeit mit Iran – auch aus geopolitischen Gründen – hohe Bedeutung bei.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 276; Referat 340, Bd. 113187.

⁷ Zum Machtwechsel in Iran vgl. Dok. 52, Anm. 3.

⁸ Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Arnot gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „mitentscheidend“.

⁹ Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Arnot hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Ja“.

deren Ziel eine Konsolidierung des sowjetischen Einflusses in Iran ist. Die Kritik Khomeinis und Bani Sadrs an der Afghanistan-Intervention¹⁰ wird die SU so lange kaum beeindrucken, als sich die iranische Regierung mit einer Unterstützung der Rebellen zurückhält. Längerfristig rechnet Moskau ohnehin mit einem Scheitern des politischen Islam in Iran, da er nicht in der Lage sei, die bestehenden sozialen Probleme zu lösen. Zur Zeit ist die Sowjetunion bemüht, die Beziehungen zum Iran als normal erscheinen zu lassen. Sie läßt sich jedoch die Option eigenen Eingreifens im Iran offen, falls die USA die Ölversorgungswege im Persischen Golf mit militärischen Mitteln sichern oder militärische Aktionen zur Rettung der Geiseln beginnen sollten. Breschnew hat hierzu in seiner Rede vom 22.2.1980¹¹ eine klare Warnung ausgesprochen.

Beunruhigend ist die zur Begründung der Afghanistan-Intervention jetzt angeführte sowjetische These von der angeblichen Gefährdung der sowjetischen Südgrenze¹². Sollte sich im Iran eine entsprechende politische Konstellation ergeben, läge es für die Sowjetunion nahe, wiederum eine „Gefährdung der Südgrenze“ als gegeben anzunehmen und daraus ähnliche Konsequenzen zu ziehen wie in Afghanistan.

[gez.] Wieck

VS-Bd. 13172 (213)

10 Botschafter Ritzel, Teheran, berichtete am 27. März 1980, sowohl Präsident Bani Sadr als auch Ayatollah Khomeini hätten in Reden zum iranischen Neujahrsfest am 21. März deutliche Kritik an der sowjetischen Intervention in Afghanistan geübt. Bani Sadr habe betont, Iran „könne die Stationierung sowjetischer Truppen zur Stützung eines dem afghanischen Volk aufgezwungenen Regimes [...] nicht dulden. Die sowjetischen Argumente für die Gründe des Einmarsches in Afghanistan seien ‚erlogen‘.“ Erstmals habe auch Khomeini nicht nur gegenüber den USA, sondern auch gegenüber der UdSSR Stellung bezogen: „Der islamische Iran befinde sich mit dem internationalen Kommunismus ebenso im Kriegszustand wie mit den ‚weltverschlingenden‘, von den USA geführten Mächten des Westens und des Zionismus, wobei die vom kommunistischen Block drohende Gefahr in keiner Weise geringer sei.“ Er habe „die brutale Besetzung Afghanistans durch fremde Plünderer“ verurteilt. Vgl. den Drahtbericht Nr. 297; Referat 340, Bd. 113032.

11 Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 22. Februar 1980 in Moskau vgl. Dok. 56, Anm. 12.

12 Die Wörter „sowjetische Südgrenze“ wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Arnot hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Ja.“

Bundeskanzler Schmidt an Präsident Carter

29. März 1980¹

Dear Mr. President, dear Jimmy,

Vielen Dank für Ihren Brief vom 25. März betreffend Ihre Überlegungen zum weiteren Vorgehen im Interesse einer Freilassung der amerikanischen Geiseln in Teheran.² Ich weiß Ihren Dank für unsere Unterstützung und unseren Rat in dieser schwierigen und schmerzlichen Frage zu schätzen.

Wir verstehen, auf welche harte Probe die Geduld der amerikanischen Nation gestellt wird, und wir begreifen auch Ihre Sorge, daß die jüngste Entwicklung es weiter erschweren könnte, den Leiden der Geiseln endlich ein Ende zu machen und ihre Befreiung zu erreichen. Sicher ist die Situation derjenigen, die sich in Teheran für die Befreiung der Geiseln einsetzen, vorerst schwieriger geworden.

Ich will daher gern Ihrer Bitte entsprechen und Präsident Bani Sadr in einer schriftlichen Botschaft eindringlich auf den Ernst der Lage hinweisen. In meinem Brief werde ich betonen, die Bundesregierung gehe davon aus, daß Präsident Bani Sadr in seinen Anstrengungen fortfahre, die Befreiung der amerikanischen Geiseln zu erreichen. Die Geduld des amerikanischen Volkes sei bemerkenswert, sie lasse sich aber nicht endlos strapazieren. Ein weiteres Hinauszögern des gegenwärtigen Zustandes könne die gravierendsten Folgen haben.³

¹ Durchdruck.

Datum des Drahterlasses Nr. 1836, mit dem Staatssekretär Lautenschlager der Botschaft in Washington das Schreiben übermittelte. Dazu teilte er mit: „Bitte nachstehenden Brief des Bundeskanzlers umgehend Präsident Carter zuzuleiten.“ Vgl. VS-Bd. 11155 (311); B 150, Aktenkopien 1980.

² Ministerialdirigent Montfort übermittelte den Botschaften in Teheran und Washington am 27. März 1980 das Schreiben des Präsidenten Carter vom 25. März 1980 an Bundeskanzler Schmidt. Darin hieß es, die iranische Regierung zeige weiterhin keine Bereitschaft, die amerikanischen Geiseln freizulassen oder ihre Haftbedingungen zu verbessern. Wenn Iran bis 31. März keine Bereitschaft zum Einlenken erkennen lasse, werde er, Carter, Wirtschaftssanktionen verhängen und alle iranischen Diplomaten aus den USA ausweisen. Dazu werde eine Begleichung iranischer Schulden aus den eingefrorenen iranischen Auslandsguthaben erwogen: „We continue to need your active support and assistance. As a first step, it would be valuable if you would communicate now with President Bani Sadr so that he might clearly understand the seriousness of the present moment and the consequences that will flow from continued Iranian intransigence. The US strongly hopes that you and our other close friends will let the Iranian officials know that in the event the above steps do not result in freeing the hostages by no later than two weeks after the Majlis convenes, and in any case no later than mid-May, you will join with us at that time in complete and formal severance of all diplomatic relations with Iran.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 1786; VS-Bd. 11152 (311); B 150, Aktenkopien 1980.

³ Staatssekretär Lautenschlager übermittelte Botschafter Ritzel, Teheran, am 29. März 1980 das Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt an Präsident Bani Sadr mit der Weisung auf unverzügliche Übergabe. Darin hieß es, die Geiselnahme füge „dem Ansehens Irans in der Welt schweren Schaden zu [...]. Meiner Ansicht nach hat das amerikanische Volk gegenüber einem Vorgang, den keine Regierung der Welt gutheißen kann, eine bemerkenswerte Geduld bewiesen. Wir müssen aber davon ausgehen, daß jede Geduld ihre Grenzen hat. Ich bin tiefst besorgt, daß schwerwiegendste Folgen eintreten, wenn der gegenwärtige Stillstand in der Geiselnahme weiter andauert. Sicher wäre es eine wesentliche Beruhigung für die amerikanische Regierung, wenn eine unabhängige und anerkannte Stelle, vielleicht die iranische Regierung selbst, die Geiseln aus dem Gewahrsam derjenigen übernehmen könnte, die sie bisher in der amerikanischen Botschaft festhalten. [...] Auch die

Um der Aufforderung an Bani Sadr mehr Nachdruck zu verschaffen, er möge sein Möglichstes tun, damit die Geiseln befreit werden, werde ich mich dafür einsetzen, daß möglichst viele Regierungschefs anderer Staaten in entsprechender Weise vorgehen und sich in ähnlichen Botschaften an Bani Sadr wenden.⁴

Ich teile Ihre Ansicht, daß Appelle dieser Art von möglichst vielen Regierungen ihre Wirkung nicht verfehlen würden. Ich bin jedoch der Meinung, daß wir Teheran Zeit zum Reagieren geben müssen. Zum gegenwärtigen kritischen Zeitpunkt könnten überstürzte Aktionen eine kontraproduzente Wirkung haben. Das gilt insbesondere für die Unterbrechung der Kommunikationsmöglichkeiten mit der iranischen Regierung, die sich zwangsläufig aus einem Abbruch der diplomatischen Beziehungen ergeben würde. Dadurch würde unser Aktionsspielraum in bezug auf die Freilassung der Geiseln eingeengt. Auch sollte noch etwas Zeit verstreichen, nach der für die Iraner überraschenden Übersiedlung des Schahs nach Ägypten.⁵ Man solle zu vermeiden suchen, daß sich in der letzten Phase des Wahlkampfes in Iran⁶ die Kandidaten in der Verurteilung der Vereinigten Staaten überbieten. Die neue Volksvertretung solle nicht in einer Stimmung ausgeprägter Feindschaft gegenüber den Vereinigten Staaten zusammentreten.

Es ist mir klar, daß Sie sich der potentiellen Gefahren der gegenwärtigen Situation voll bewußt sind. Meiner Ansicht nach riskieren wir bei zu hartem Vorgehen eine zusätzliche Gefährdung der Geiseln und eine krisenhafte Verschärfung der Spannung in der Region. Ein verstärktes amerikanisches Engagement könnte eine sowjetische Reaktion auslösen, deren Auswirkungen schwer zu

Fortsetzung Fußnote von Seite 528

Erleichterung des Zugangs zu den Geiseln durch unabhängige Personen wäre eine hilfreiche Geste.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 1837; VS-Bd. 11155 (311); B 150, Aktenkopien 1980.

Ritzel informierte am 31. März 1980, das Schreiben sei am Vortag übergeben worden. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 316; VS-Bd. 11155 (311); B 150, Aktenkopien 1980.

⁴ Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, vermerkte am 31. März 1980, bei einem Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt und des Bundesministers Genscher mit Premierministerin Thatcher und dem britischen Außenminister Lord Carrington am 27. März 1980 in Chequers sei Einigkeit über „Elemente einer Antwort auf den Brief Präsident Carters an die übrigen Teilnehmerstaaten des Weltwirtschaftsgipfels zum Iran“ erzielt worden: „Die Elemente sollten AM François-Poncet für sein Gespräch mit Präsident Giscard am 28. März und der italienischen Präsidentschaft für das EPZ-Treffen in Rom, das auf den Nachmittag des 29. März verschoben werden sollte, übermittelt werden.“ Einigkeit habe insbesondere darin bestanden, vor übereilten Aktionen zu warnen, es bestehe die „Gefahr eines Hineinschlitterns in gefährliche militärische Konfrontationen“. Von der Gablentz ergänzte: „Zu Beginn des Gesprächs am 28. März berichtete Lord Carrington, daß Präsident Giscard nach Mitteilung AM François-Poncets im Prinzip den Elementen zustimme, den Brief aber in etwas allgemeinerer Form beantworten wolle.“ Man habe sich verständigt, umgehend Schreiben an Präsident Bani Sadr zu richten. Vgl. Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 52; B 150, Aktenkopien 1980.

Botschafter Ritzel, Teheran, berichtete am 31. März 1980, die Regierungen aller EG-Mitgliedstaaten hätten „in gleichlautenden Schreiben an die iranische Regierung baldige Freilassung der US-Geiseln gefordert“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 316; VS-Bd. 11155 (311); B 150, Aktenkopien 1980.

⁵ Botschafter Hille, Kairo, informierte am 24. März 1980, Schah Reza Pahlevi sei am selben Tag in Kairo eingetroffen. Präsident Sadat habe ihn am Flughafen abgeholt und ins Krankenhaus begleitet. Über die Hintergründe der Aufnahme könne nur spekuliert werden: „Für Sadat bedeutet die Einladung eine Geste der vom Islam gebotenen Gastfreundschaft für einen in Not geratenen Freund, der 1973 Geld und Erdöl in schwerer Stunde bereitstellte. Die übrige arabische Welt soll beschämt werden. [...] Selbstverständlich erhofft sich Sadat von seiner Asylgewährung auch eine Reaktion der Dankbarkeit in den USA, die sich in Unterstützung bei den Autonomieverhandlungen und in Waffenlieferungen niederschlagen soll.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 537; Referat 310, Bd. 124989.

⁶ Nachdem bei den Parlamentswahlen in Iran am 14. März 1980 nur wenige Kandidaten die erforderliche absolute Mehrheit erreicht hatten, fand am 9. Mai die zweite Runde der Wahlen statt.

übersehen sind. Genau das sollten wir vermeiden. Ich hoffe daher, daß Sie, trotz des Drucks, dem Sie ausgesetzt sind, Ihre Politik des vorsichtigen Taktierens noch einige Zeit fortsetzen können. Schließlich hat diese Politik vor einigen Wochen fast zum Erfolg geführt.

Wenn freilich unsere gemeinsamen Anstrengungen erfolglos verlaufen, wenn das Zusammentreten des iranischen Parlaments noch keine Lösung erbringt und Sie der Ansicht sind, daß weiteres Tätigwerden geboten ist, darf ich Ihnen weiterhin die Unterstützung meiner Regierung zusichern. Alle dann erforderlichen Schritte müßten aufs Engste abgestimmt werden. Sie haben mit Ihrer Feststellung durchaus Recht, daß wir unsere Aktionen in diesen so entscheidenden Tagen so effektiv wie möglich koordinieren müssen.

Bitte lassen Sie mich bald Ihre Reaktion auf meine von ernster Sorge um das Schicksal der Geiseln getragenen Überlegungen wissen.⁷

Mit freundlichen Grüßen
Helmut Schmidt

VS-Bd. 11155 (311)

96

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister François-Poncet

105-16.A/80 VS-vertraulich

31. März 1980¹

Gespräch des Herrn BM mit AM François-Poncet am 31.3.1980 von 8.45 Uhr bis 11.15 Uhr (Teilnehmer: StS Lautenschlager; Botschafter Brunet, Herr Paye)²; hier: Dolmetscheraufzeichnung – Ergebnisvermerk

⁷ Vortragender Legationsrat I. Klasse Schenk übermittelte der Botschaft Washington am 11. April 1980 den Wortlaut eines Schreibens des Präsidenten Carter an Bundeskanzler Schmidt, das am 8. April 1980 im Bundeskanzleramt übergeben worden war. Darin hieß es: „Despite our persistent efforts, the Iranian authorities have still not taken steps to transfer the hostages to the full custody and protection of the Revolutionary Council. I want you to know that if the issue of the transfer is not satisfactorily resolved on Monday, I intend promptly thereafter to impose the additional measures which I have described to you.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 461; VS-Bd. 11109 (204); B 150, Aktenkopien 1980.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde am 31. März 1980 von Vortragender Legationsrätin Siebourg gefertigt und am 8. April 1980 vom Büro Staatssekretäre an Referat 202 weitergeleitet. Dazu wurde mitgeteilt: „Um Unterrichtung der interessierten Stellen des Hauses wird gebeten. Das Bundeskanzleramt hat ein Doppel erhalten.“ Hat Vortragendem Legationsrat Schräpler am 4. April 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Auf Anlage bezeichnete Referate haben Fotokopie der für sie betreffenden Fragen erhalten.“ Hat Schräpler am 10. April 1980 erneut vorgelegen, der für Legationssekretär Gottwald handschriftlich vermerkte: „Anbei beide Unterlagen zurück, die vom Verfasser VS-v erklärt werden müßten.“ Vgl. den Begleitvermerk vom 8. April 1980; VS-Bd. 11089 (202); B 150, Aktenkopien 1980.

² Der französische Außenminister François-Poncet hielt sich am 31. März 1980 in der Bundesrepublik auf.

BM berichtete über deutsch-englische Konsultationen in Chequers³, einschließlich US-Vorschlags im Zusammenhang mit NATO-Frühjahrstagung⁴.

BM erläuterte deutsch-britische Zurückhaltung gegenüber diesem Vorschlag und die hierfür maßgebenden Gründe.

François-Poncet äußerte sich ebenfalls zurückhaltend, zumal bisher keine Kenntnis von dieser Initiative

Unabhängigkeitsfeier in Salisbury⁵

F wird ehemaligen AM de Guiringaud entsenden. Wenige Tage vor den rhodesischen Wahlen⁶ habe er (*François-Poncet*) mit Botha gesprochen⁷, dessen Äußerungen im Hinblick auf Namibia nicht eben ermutigend geklungen hätten. Botha scheine in der Tat einen Wahlsieg Muzorewas erwartet zu haben.

BM erläuterte seinen Entschluß – auch wegen der Zusammenhänge im Hinblick auf Namibia – „nach Salisbury zu reisen.“⁸

Olympia-Boycott

BM berichtete über Verlauf des Gesprächs in Chequers zu diesem Thema.

François-Poncet: Wie bekannt, habe F auf das Prinzip eines Boykotts negativ reagiert und erklärt, die Entscheidung liege bei dem NOK. Sollte sich herausstellen, daß viele westliche Länder nicht nach Moskau gehen, so werde die französische Regierung vermutlich dem französischen NOK gegenüber darlegen, angesichts dieser Entwicklung könne man nicht mehr eigentlich von Olympischen Spielen sprechen; das NOK möge überlegen, ob französische Mannschaften unter diesen Umständen sinnvollerweise nach Moskau reisen könnten. Dies werde seitens der französischen Regierung eine Empfehlung, keine veröffentlichte Stellungnahme sein.

Den Einwurf des BM, wenn man seine Haltung oder Entscheidung zu Olympia-Frage zu spät bekanntgebe, treffe man sie am Ende möglicherweise in Selbstisolierung, bezeichnete französischer Außenminister als einen bedenkswerten Gesichtspunkt.

³ Zu den deutsch-britischen Konsultationen am 27./28. März 1980 in Chequers vgl. Dok. 93 und Dok. 98.

⁴ Vgl. dazu das Schreiben des Präsidenten Carter vom 27. März 1980 an Bundeskanzler Schmidt; Dok. 93, Anm. 22.

⁵ Simbabwe wurde am 18. April 1980 formal in die Unabhängigkeit entlassen.

⁶ In Rhodesien/Simbabwe fanden am 14. und vom 27. bis 29. Februar 1980 Wahlen statt, aus denen die Patriotic Front unter Robert Mugabe als Sieger hervorging.

⁷ Botschaftsrat I. Klasse Schmidt, z. Z. Kapstadt, berichtete am 26. Februar 1980: „1) Es bleibt anzunehmen, daß R. F. Botha seine kurzfristige Reise in erster Linie unternommen hat, um in Paris Vertreter schwarzafrikanischer Staaten [...] zu treffen. 2) Schwerpunkt seines einstündigen Gesprächs mit François-Poncet am 20. Februar war laut hiesiger franz[ösischer] Botschaft eindeutig Rhodesien. Dort sei laut Botha die Situation außerordentlich fließend und könne täglich Änderungen bringen. Mugabes Methoden der Einschüchterung grenzten ans Kriminelle, während sich Nkomo ‚zufriedenstellend‘ verhalte. [...] Erstrebenswert sei eine Koalition zwischen Muzorewa, Nkomo, Sithole und Chikerema, in der Muzorewa mehrere Schlüsselministerien erhalten solle.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 38; Referat 320, Bd. 125276.

⁸ Bundesminister Genscher hielt sich am 17. April 1980 in Simbabwe auf. Zu den Gesprächen mit dem kanadischen Außenminister MacGuigan, dem Präsidenten der SWAPO, Nujoma, dem chinesischen Außenminister Huang Hua sowie den Präsidenten Zia ul-Haq und Kaunda vgl. Dok. 116–119 sowie Dok. 121.

Britisches Problem – EG

BM berichtete hierzu: PM Thatcher scheine sich je länger desto weniger der Idee zu verschließen, mehrere Probleme müßten miteinander gelöst werden, mindestens in zeitlicher Gleichsetzung, wenn nicht als „Paket“.

Bezüglich der Dauer einer Sonderregelung strebe GB einen Zeitraum von mehr als zwei bis drei Jahren an, deren Ende jedenfalls nicht im britischen Wahlkampf 1984, sondern nach Möglichkeit danach fallen solle.

MP Cossiga habe weiterhin die Absicht, die Lösung dieses Problems intensiv vorzubereiten und die Hauptstädte zu besuchen. Hierfür komme etwa die Woche ab 14.4. in Frage.⁹

Der zusätzliche Gedanke, Sonderbeauftragte mit Lösungsvorbereitung zu betrauen (Beginn dieser Sondierung Mittwoch, 2.4.1980), sei in GB nicht negativ aufgenommen worden. Genereller Eindruck sei, daß auch britischer PM sich ernsthaft um Einigung bemühen wolle.

François-Poncet: Zum Verfahren: Sinn habe eine Bemühung nur, wenn sie anders als im vergangenen Monat behandelt werde und der Rat in Brüssel¹⁰ wirklich arbeiten und Erfolg bringen könne. Dazu bedürfe es inhaltlicher Vorbereitung durch AM Rat.

Zum zeitlichen Ablauf wurde erörtert:

21.4. Landwirtschaftsrat¹¹

21./22.4. AM plus Finanzministerrat (Orientierungsdebatte Budget)¹²

Zeitliche Überschneidung beider Räte mache Fortschritt bezüglich GB-Problem schwierig.

27./28.4. Bisher einzig mögliche Daten für ER (noch nicht endgültig geklärt)

F fuhr fort: Zum Inhalt des Problems: Je länger eine Lösung sich verzögere, desto schwieriger werde sie. Es bestehe gewisser Widerspruch zwischen Länge der Frist einer Regelung und Höhe des Betrages. Falls lange Dauer – etwa vier Jahre – für Regelung britischen Problems angesetzt würde, stelle sich die Frage, ob diese dann nicht zu einer generellen Regelung innerhalb der Gemeinschaft erhoben werden müsse. Wenn man eine Grenze für einen negativen Saldo einführe, so sei es nur logisch, ja geradezu zwingend, denselben Prozentsatz auch als Obergrenze für positiven Saldo einzuführen. Dies aber ziehe Schwierigkeiten mit den „kleinen, reichen“ Partnern (DK, B, LUX, NL) nach sich, die nur durch Kürzung der Frist im Sinne zeitlich begrenzter britischer Sonderregelung zu umgehen seien. Eine „lex Britannica“ auf Dauer erfordere eine insgesamt neue Regelung.

⁹ Der italienische Ministerpräsident Cossiga hielt sich am 24./25. April 1980 in Frankreich, am 25. April in Großbritannien und am 26. April in der Bundesrepublik auf.

¹⁰ Die Tagung des Europäischen Rats war für den 31. März und 1. April 1980 in Brüssel vorgesehen, wurde jedoch auf den 27./28. April verschoben. Zur Tagung in Luxemburg vgl. Dok. 134.

¹¹ Die EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister fand vom 21. bis 24. April 1980 in Brüssel statt. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 4/1980, S. 55.

¹² Die EG-Ratstagung auf der Ebene der Wirtschafts- und Finanzminister fand am 21. April 1980 in Luxemburg statt.

Die EG-Ministerratstagung fand am 21./22. April 1980 in Luxemburg statt.

BM entgegnete, es seien auch Wege denkbar, wonach eine britische Ausnahmeregelung etwa laute „kann durch Beschluß verlängert werden“ oder „gilt zunächst für zwei bis drei Jahre und verlängert sich automatisch, sofern nicht ein Partner Widerspruch erhebt“. Es möge sich ja erweisen, daß in zwei bis drei Jahren die Lage insgesamt (Entwicklung des Erdölmarktes) ganz anders aussehe.

François-Poncet erwiderte, dennoch bleibe zu bedenken, daß die neuen Beitritte bevorstünden¹³ und heutige, zu langfristige Regelungen auf künftige nicht ohne kostentreibende Auswirkung bleiben könnten. Allein eine Projektion der GR-Kosten auf SP¹⁴ mache den Gedanken an eine allgemeine Begrenzung attraktiv. Es sei nachhaltiger Überlegung wert, ob auf Dauer eine Regelung überhaupt verzichtbar sei; wenn man aber eine solche einführe, müsse sie generell gelten. Sonst würden am Ende D und F die Hauptkostenlast tragen und für arme wie reiche Partner zahlen müssen. Eine zu weitgehende Ausnahmeregelung für GB könne jedenfalls das „ganze Schiff zum Kippen bringen“.

BM antwortete: Hinweis auf bevorstehende Beitritte sei wichtig. Es sei fraglich, ob es dann bei der 1 %-Regelung¹⁵ bleiben könne.

GB habe nicht die Absicht, aus Gemeinschaft auszuscheiden. Es gelte aber zu bedenken, daß, wenn GB beschließe, die MWSt nicht mehr abzuführen, dies eine Kostenerrhöhung für die übrigen Acht bedeute. Das sich in diesem Fall ergebende Zahlenbild werde derzeit errechnet. Es sei tunlichst nicht GB gegenüber zu erwähnen, denn angesichts der mutmaßlichen Resultate könnte es GB nur unnachgiebiger stimmen.

François-Poncet: Auch französische Regierung stelle gewisse Kalkulationen an. Wenn GB beschließe, nicht zu zahlen, so scheine es damit für sich von anderem Status innerhalb der Gemeinschaft auszugehen. Damit würden dann viele Aspekte der Gemeinschaftspolitik zur Überprüfung fällig. Eine Weigerung GBs, zu zahlen, sei ohnehin auf Dauer nicht hinnehmbar.

¹³ Am 28. Mai 1979 wurden in Athen die Verträge über den Beitritt Griechenlands zu den Europäischen Gemeinschaften unterzeichnet, der am 1. Januar 1981 erfolgte. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 5/1979, S. 7–16.

Portugal stellte am 28. März 1977 einen Antrag auf Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 3/1977, S. 8–10.

Am 17. Oktober 1978 wurden die Beitrittsverhandlungen eröffnet. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 318. Über den Stand der Verhandlungen vermerkte Referat 410 am 31. März 1980: „Ob ursprüngliches Ziel sowohl der Portugiesen als auch der Kommission, Verhandlungen Ende 1980 oder Frühjahr 1981 abzuschließen, so daß PTG 1983 Mitglied der EG werden könnte, erreicht werden kann, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht mit Sicherheit abzusehen. Vorgesehener Verhandlungsrhythmus konnte bisher nicht ganz eingehalten werden. 1979 fand kein förmliches Treffen auf Ministerebene statt. Auf Ebene der Stellvertreter konnten in bisher sieben Tagungen (letzte am 20. Februar 1980) Stellungnahmen zu den Bereichen Zollunion, Außenbeziehungen, EGKS, EURATOM, Steuersystem, Kapitalverkehr, Verkehr, Regionalpolitik sowie Niederlassungsrecht einschließlich freiem Dienstleistungsverkehr ausgetauscht werden. Über die wichtigen Bereiche ‚Landwirtschaft‘ und ‚Freizügigkeit‘ sind folglich noch keine gemeinsamen Gespräche geführt worden. [...] Die eigentlichen Verhandlungen über die materiellen Kernfragen haben noch nicht begonnen. Hauptgrund: Portugal drängte zunächst nicht auf Beschleunigung der Verhandlungen, da es vorrangig an schneller Anpassung bestehenden Freihandelsabkommens mit der EG aus dem Jahre 1972 interessiert war“. Vgl. Referat 410, Bd. 121927.

Zum Stand der Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 5, Anm. 16.

¹⁴ Spanien.

¹⁵ Zur Finanzierung des EG-Haushalts aus Mehrwertsteuereinnahmen vgl. Dok. 61, Anm. 8.

Er komme auf seine geäußerte Überzeugung zurück: Man müsse eine Übergangsregelung anhand der bekannten Prinzipien finden oder eine grundsätzlich neue Gesamtregelung. Diese Frage sei allein von den Staats- und Regierungschefs zu lösen. Jedenfalls könne man nicht hoffen, in Venedig¹⁶ die Summe erneut, zum dritten Mal, zu ändern.

StS *Lautenschlager* warf ein: Ein diskretionäres Element liege in der Dauer der Sonderregelung. Man müsse am Gedanken der zeitlich begrenzten „Sonderregelung“ festhalten. Eine grundsätzliche Neuregelung der Finanzstruktur der Gemeinschaft würde zeitraubende neue Verhandlungen voraussetzen.

François-Poncet: Er stimme zu. Allerdings sei der bisherige Weg mit Erfolg nur dann gangbar, wenn die übrigen Acht wirklich fest zusammenstünden und sich untereinander auf eine Höchstzahl einigten. Vermutlich liege die Frankreich vorschwebende (nicht über 700 Mio.) beträchtlich unter der von Frau Thatcher erhofften. Gleichzeitig müsse in den anderen Fragen (Erdöl, Fischerei¹⁷) mehr als „Kosmetisches“ geschehen. Das gleiche gelte natürlich für die Schafffleischproblematik.¹⁸

Der Gipfel müsse auch die Landwirtschaftspreise für 1980 festsetzen.

StS *Lautenschlager*: Agrarrat bereite ER vor. In Venedig werde ein Paket vorliegen, das dort dann finalisiert werden könne.

François-Poncet: Die Agrarpreisvorschläge der Kommission¹⁹ seien entschieden zu niedrig. F komme zum Gipfel mit dem festen Willen, das Mögliche zu tun. Das französische Landwirtschaftsproblem müsse allerdings berücksichtigt werden: Wenn eine Lösung für das britische Problem gefunden und Zahlen hierzu veröffentlicht würden, nicht aber gleichzeitig Zahlen im Bereich der Landwirtschaft vorlägen, so werde die Klage in der französischen Landwirtschaft drei weitere Monate anhalten und für die französische Regierung zu einer unerträglichen Klimaverschlechterung führen. Gemessen daran wäre es vorzuziehen, auf dem Gipfel dann lieber nur „Prinzipien“ zu erörtern.

StS *Lautenschlager*: Es gelte, einen Schritt weiter zu denken, um über Dublin²⁰ hinauszugelangen. So könne man einige Dinge auf dem Rat entscheiden, andere nur grundsätzlich, alle Entscheidungen aber jedoch bis zum ER in Venedig „schwebend unwirksam“ halten, wo dann das Gesamtpaket verabschiedet werden könne.

François-Poncet erwiderte, er verstehe diesen Gedankengang, er komme jedoch zurück auf seine Bemerkung, das Problem liege auch in der Verknüpfung von Höhe der Summe und Dauer der Frist.

¹⁶ Zur Tagung des Europäischen Rats am 12./13. Juni 1980 in Venedig vgl. Dok. 177 und Dok. 178.

¹⁷ Zu den Verhandlungen über die Fischereipolitik der Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 60, Anm. 20.

¹⁸ Zu den Verhandlungen über eine EG-Markordnung für Schafffleisch vgl. Dok. 60, Anm. 21.

¹⁹ Die EG-Kommission übermittelte dem EG-Ministerrat am 7. Februar 1980 Vorschläge zur Festsetzung der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse sowie für flankierende Maßnahmen. Vorgeschlagen wurden Preiserhöhungen für die meisten Agrarerzeugnisse um zwei bis dreieinhalb Prozent, bei Milch, Zucker und Rindfleisch um eineinhalb Prozent sowie ein „Einfrieren“ des Butterpreises um ein weiteres Jahr. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 2/1980, S. 25–32.

²⁰ Zur Tagung des Europäischen Rats am 29./30. November 1979 in Dublin vgl. AAPD 1979, II, Dok. 362.

StS *Lautenschlager* erläuterte zur Frage der von F ins Gespräch gebrachten „zinsbonifizierten Anleihen“, diese seien – ursprünglich innerhalb des EWS im Hinblick auf das Problem IR und I konzipiert – von GB stets als „aliud“, nicht als möglicher Teil einer Lösung des eigentlichen Problems angesehen worden. Wir hielten den Gedanken für prüfungswert.

François-Poncet: Das italienische Problem könne man ggf. mit Erklärung über Entgegenkommen bei Mittelmeerprodukten lösen.

Abschließend wurde vereinbart, enge deutsch-französische Verbindung zu halten. Kurz vor dem ER sollten die beiden Außenminister und die beiden Landwirtschaftsminister²¹ gemeinsam Gespräche führen.

Iran

François-Poncet: Präsident Carter habe am Samstag (30.3.) telefonisch bei Präsident Giscard angefragt, ob F helfen könne, einem US-Anwalt Kontakt zu Khomeini zu vermitteln. Frankreich habe zugesagt, seinen Botschafter in Teheran²² entsprechend anzuweisen, der noch am Samstag Kontakt mit Bani Sadr aufgenommen habe. Dieser sei soeben aus Gespräch mit Khomeini gekommen und habe erklärt, nunmehr dessen Zustimmung zu einem Kommuniqué erhalten zu haben, wonach die neugewählte iranische Volksvertretung einer Befreiung der Geiseln zustimmen werde. Dies sei der US-Botschaft in Paris unverzüglich mitgeteilt worden. Dabei sei allerdings zu bedenken, daß bis zum zweiten iranischen Wahlgang noch sechs Wochen verstreichen werden.²³ Im weiteren Verlauf des Wochenendes allerdings habe es einige Unklarheiten im Zusammenhang mit der „Botschaft“, den „Mitteilungen“ oder dem „Non-paper“ Präsident Carters an Khomeini und Bani Sadr gegeben.

BM: Während der Chequers-Begegnung habe es ebenfalls Telefon-Kontakt zwischen PM Thatcher und Präsident Carter gegeben, um im Hinblick auf US-Wunsch an Europäer vorab zu klären, inwieweit Iran von US-Absichten (Aufnahme des Boykotts zu Wochenbeginn) informiert sei.²⁴ Den erhaltenen Informationen zufolge seien die US-Auffassungen der iranischen Seite zugegangen. In Chequers habe man dies zunächst auf die Warnung vor weiteren Schritten für den Fall der Nichtübergabe der Geiseln an die Regierung bezogen. Offensichtlich gebe es eine Fülle von interpretierbaren Mitteilungen in beiden Richtungen. Ein Kernpunkt sei der Satz bezüglich der Überstellung des Schah²⁵ gewesen, wobei die iranische Öffentlichkeit offensichtlich in einer ersten Phase mit dieser Überstellung rechnen konnte, selbst ohne Gegenleistung, inzwischen aber diese Hoffnung nicht mehr hegen kann.

BM fuhr fort, mit *AM Vance* (Telefongespräch²⁶) sei er der Auffassung, der zweite Wahlgang in Iran solle Bani Sadr eine größere Chance einräumen. US for-

²¹ Josef Ertl und Pierre Méhaignerie.

²² Raoul Delaye.

²³ Nachdem bei den Parlamentswahlen in Iran am 14. März 1980 nur wenige Kandidaten die erforderliche absolute Mehrheit erreicht hatten, fand am 9. Mai die zweite Runde der Wahlen statt.

²⁴ Vgl. dazu das Schreiben des Präsidenten Carter vom 25. März 1980 an Bundeskanzler Schmidt; Dok. 95, Anm. 2.

²⁵ Mohammed Reza Pahlevi.

²⁶ Zu den Bemühungen des Bundesministers Genscher, in Rücksprache mit dem amerikanischen Außenminister Vance in der Frage der amerikanischen Geiseln in Iran zu vermitteln, vgl. Dok. 88.

cierten dennoch bereits jetzt, weil Hinweise auf mögliche kleinere Bewegung bei Regierung derzeit vorlägen.

Es bestand Einigkeit, daß die derzeitige Unüberschaubarkeit des Gesamtbildes die Hilfestellung und auch Meinungsbildung der Europäer kompliziere.

Afghanistan

BM: Die Geschichte des Landes deute darauf hin, daß das Volk sich nicht mit einer Besetzung auf Dauer abfinden werde. Eine einheitliche Widerstandsfront gebe es allerdings wegen der Zersplitterung der Stämme bislang nicht. Auch seien höchstens versprengte Teile der Armee, die Informationen zufolge übergelaufen sein sollen, nicht aber die Widerstandskämpfer in den Bergen in der Lage, technisch kompliziertes Gerät (Hubschrauber) einzusetzen.

Es frage sich, ob SU sich mit einer strategischen Besetzung begnüge oder Satellitenstatus Afghanistans anstrebe. Letzteres sei wahrscheinlicher.

Sorge bereite ihm der Flüchtlingsstrom nach Pakistan. Es werde zu prüfen sein, ob hier der Entwicklung eines Potentials analog zur palästinensischen Lagerbevölkerung durch gezielte Maßnahmen vorgebaut werden könne.

Pakistan habe (François-Poncet: angesichts der Tatsache, daß US die Sache aus den Händen gegliitten sei) seine Haltung geändert. Es gebe Hinweise (BM – AM Rao²⁷) auf eine Annäherung zwischen Pakistan und Indien, die hier nicht unwillkommen sein könne. Pakistan wolle sich entweder unter enormem Einsatz von Mitteln zu einem großangelegten Stützpunkt aufbauen lassen oder es ziehe vor, seine Situation nicht grundsätzlich zu ändern. Für Pakistan sei letzteres langfristig vermutlich auch der bessere Weg.

BM: Sorge bereite ihm ebenfalls die bevorstehende zweite Islamische Konferenz.²⁸ Bei ungünstiger Fortentwicklung und gegenseitiger Überlagerung der Ereignisse (Afghanistan, Iran, Naher Osten) werde die zweite Islamische Konferenz möglicherweise sehr viel weniger Ausgewogenheit zeigen als die erste.²⁹ Auch Prinz Hassan von Jordanien habe ihm jüngst die große Schwierigkeit dargelegt, die Notwendigkeit des SU-Truppenabzugs aus Afghanistan zu betonen, ohne gleichzeitig mit demselben Nachdruck die Befreiung der besetzten Gebiete zu fordern.³⁰

François-Poncet bekräftigte: Ihm gegenüber habe Generalsekretär Chatti jüngst erklärt: Die zweite Islamische Konferenz werde vermutlich unter veränderter

²⁷ Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem indischen Außenminister Rao am 17. März 1980 vgl. Dok. 83.

²⁸ Die Tagung der Außenminister der Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz fand vom 17. bis 22. Mai 1980 in Islamabad statt. Vgl. dazu Dok. 148, Anm. 7.

²⁹ Zur Konferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz vom 27. bis 29. Januar 1980 in Islamabad vgl. Dok. 29, Anm. 19.

³⁰ Der jordanische Kronprinz Hassan hielt sich am 24./25. März 1980 in der Bundesrepublik auf. Vortragender Legationsrat I. Klasse Fiedler informierte am 28. März 1980 die Botschaft in Amman, Bundesminister Genscher und Hassan hätten vor allem Nutzen und Zeitpunkt einer Nahost-Initiative der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ erörtert. Hassan habe auf eine europäische Initiative im zweiten Halbjahr gedrängt: „Gespräche mit jordanischem Kronprinz ordnen sich ein in bisherige Kontakte BM mit arabischen Regierungen nach Ausbruch der Afghanistan-Krise [...]. Mit all diesen Gesprächspartnern bestand Übereinstimmung, daß Lösung Nahost-Konflikts nach sowjetischem Einmarsch in Afghanistan noch dringender geworden ist.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 35; Referat 310, Bd. 125011.

Stimmungslage verlaufen; es werde die Frage gestellt, ob es nicht geradezu kontraproduzent sei, nur die Sowjetunion wegen Afghanistan zu bedrängen, nicht aber mindestens gleichermaßen die US unter Druck zu setzen wegen ihres wenig entgegenkommenden Verhaltens im Nahen Osten. Er (François-Poncet) habe Chatti gegenüber betont, es sei dringend, den Abzug der SU aus Afghanistan zu fordern.³¹ Der Westen – so fuhr französischer Außenminister fort – müsse hier Unterstützung geben, wo immer möglich. Das Klima habe sich bereits fühlbar verändert, und die PLO nutze dies.

Bezüglich der Sicherheitsratsdebatte habe F seine Position noch nicht endgültig festlegen können.

Es bestand Einigkeit, die Erklärung des ER müsse Aussage zu Afghanistan und Nahem Osten enthalten.³²

Naher Osten

BM: Er glaube nicht, daß im Mai noch Ergebnisse der Verhandlungen³³ zu erwarten seien, jedenfalls nicht solche, die eine Vertagung – es sei denn aus face-saving Gründen vor den US-Wahlen³⁴ – rechtfertigten. Er frage sich, wie lange Sadat den bisherigen Weg überhaupt weitergehen werde. Wichtig sei, daß Europa nach Bekanntwerden der Ergebnislosigkeit der Verhandlungen eine klare Initiative ergreife, um das zwischen Juni und Januar entstehende „Loch“ (amerikanische Wahlen) zu füllen und eine für den Westen insgesamt ungünstige Bewegung in der arabischen Welt zu verhindern. Eine solche Initiative könne sich orientieren an: der Erklärung von London³⁵, Äußerungen des irischen AM aus dem vergangenen Jahr³⁶; das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser sei expressis verbis aufzunehmen; offen bleibe die Frage nach einer möglichen Ergänzung der Entschließung 242³⁷. Auf ein amerikanisches Veto zu stoßen, sei dabei natürlich wenig vernünftig. Verstärkter Akzent könne jedenfalls auf den euro-arabischen Dialog³⁸ gelegt werden, einschließlich der Ausweitung der zu behandelnden Thematik.

Israel fürchte offenbar einen Einbruch während der sieben Monate Vakanz auch sehr stark. Noch bevor Teheran sich äußerte, habe Israel die Aufnahme des Schah durch Sadat³⁹ sehr stark kritisiert, und in der Presse sei die Frage an-

³¹ Der französische Außenminister François-Poncet führte am 24. März 1980 in Paris ein Gespräch mit dem Generalsekretär der Organisation der Islamischen Konferenz, Chatti.

³² Zur Tagung des Europäischen Rats am 27./28. April 1980 in Luxemburg vgl. Dok. 134.

Für den Wortlaut der Erklärung zur internationalen Lage vgl. BULLETIN DER EG 4/1980, S. 12 f.

³³ Zu den Gesprächen zwischen Ägypten und Israel über eine Autonomie der palästinensischen Gebiete, deren Abschluß für den 26. Mai 1980 vorgesehen war, vgl. Dok. 90, Anm. 12.

³⁴ Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

³⁵ Für die Erklärung des Europäischen Rats vom 28./29. Juni 1977 in London zum Nahen Osten vgl. AAPD 1977, II, Dok. 174.

³⁶ Für den Wortlaut der Rede des irischen Außenministers O'Kennedy am 25. September 1979 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. UN GENERAL ASSEMBLY, 34th Session, Plenary Meeting, S. 119–125; Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 638–644.

³⁷ Korrigiert aus: „224“.

Für den Wortlaut der Resolution Nr. 242 des VN-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 vgl. Dok. 62, Anm. 45.

³⁸ Zum Europäisch-Arabischen Dialog vgl. Dok. 46, Anm. 15, und Dok. 62, Anm. 52.

³⁹ Zur Aufnahme von Schah Reza Pahlavi am 24. März 1980 in Ägypten vgl. Dok. 95, Anm. 5.

geklungen, ob Sadat sich wohl in den US mit diesem Schritt eine stärkere Position für die Verhandlungen verschaffen wolle. Einmal abgesehen davon, ob die amerikanische Administration über Sadats Vorgehen sehr erfreut gewesen sei, könne mit Sicherheit von einem Popularitätszuwachs Sadats bei der amerikanischen wie im übrigen auch vermutlich bei der europäischen Bevölkerung ausgegangen werden. Bei der letzten Begegnung habe er (BM) Sadat sehr bedrückt gefunden⁴⁰; er glaube nicht, daß Sadat noch für weitere 18 Monate seine Haltung beibehalten werde. Schon heute spreche er z. B. nicht von der „Autonomie-Lösung“, sondern benutze Vokabeln der Ablehnungsfront wie Selbstbestimmungsrecht, Befreiung der besetzten Gebiete einschließlich Jerusalems. Entgegen seinem früher an den Tag gelegten Optimismus scheine er heute bereits eine Linie aufzubauen, die ihm erlaubt zu erklären, wenn dieser große historische Versuch nicht gelinge, so sei er an der Haltung eines Mannes gescheitert. Israel andererseits bemühe sich, eine ihm günstige Stimmung zu schaffen (z. B. zahlreiche Einladungen an deutsche Politiker).

KSZE-Folgetreffen Madrid

Auf die Frage des BM, ob Frankreich mit Skepsis nach Madrid blicke⁴¹, erklärte *französischer Außenminister*: Skepsis sei nicht die rechte Bezeichnung. F werde jedenfalls nach Madrid gehen; es sei jedoch der Auffassung, es müsse klar zum Ausdruck gebracht werden, die Entspannung habe ihre Voraussetzungen u. a. in einem bestimmten Verhalten der Staaten. Die SU dürfe nicht glauben können, daß sie tun und lassen könne, was sie wolle, und dann bei einer KSZE-Folgekonferenz erscheinen könne, ohne daß man ihr ihr Benehmen vorhalte.

BM: Die Bundesregierung wolle nicht eine Konferenz des Westens in Frage stellen, und man dürfe SU nicht die Möglichkeit geben zu erklären, der Westen lasse Unterbrechungen der Kontakte eintreten.

François-Poncet: In der Tat sei das Problem, wie man ernst und hart mit der SU reden könne, ohne indes die Fäden abzuschneiden, die nur schwer wieder angeknüpft werden könnten. Auch Madrid sei ein Mittel, Druck auf SU auszuüben, jedoch müsse dies umsichtig geschehen. *BM* erwähnte das in diesem Lichte positiv verlaufene Wissenschaftsforum in Hamburg.⁴²

Auf Befragen *BM* erklärte *französischer Außenminister*, er werde zum 25. Jahrestag des Staatsvertrages⁴³ nach Wien reisen. Beide Seiten waren sich einig, daß die Möglichkeit einer SU-US-Begegnung positiv zu bewerten sei.

VS-Bd. 11089 (202)

⁴⁰ Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Sadat am 8. März 1980 in Kairo vgl. Dok. 77.

⁴¹ Zu französischen Überlegungen, die für November 1980 geplante KSZE-Folgekonferenz in Madrid zu verschieben, vgl. Dok. 73, Anm. 4.

⁴² Zum Wissenschaftlichen Forum der KSZE vom 18. Februar bis 3. März 1980 in Hamburg vgl. Dok. 75.

⁴³ Für den Wortlaut des Staatsvertrags vom 15. Mai 1955 über die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich vgl. BUNDESGESETZBLATT FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH 1955, S. 725–810.

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow in Hamburg

Geheim**31. März 1980¹**

Betr.: Gespräch des Bundeskanzlers mit dem sowjetischen Botschafter am
31. März 1980 im Haus des Bundeskanzlers in Hamburg

Anwesend: Bundeskanzler, VLR I Dr. Höynck, LR I Hartmann als Dolmetscher,
Botschafter Semjonow, Erster Sekretär Kurpakow.

Das Gespräch dauerte eine Stunde.

Semjonow erklärte, er habe einen eiligen Auftrag erhalten und deshalb um ein Gespräch in Hamburg gebeten. Es handele sich um eine an den Bundeskanzler adressierte Mitteilung des Generalsekretärs.

Semjonow verlas sodann den anliegenden Text, den er anschließend übergab.² Auf die Frage des Bundeskanzlers, ob er zusätzliche Bemerkungen habe, fragte Semjonow, was er als Reaktion des Bundeskanzlers berichten solle.

Bundeskanzler erklärte, er müsse über das Gehörte nachdenken. Aus dem Handgelenk wolle er jedoch ein paar Bemerkungen machen. Er danke für die Mitteilung. Er sei der sowjetischen Führung auch dafür dankbar, daß sie auf seine mehrfach bekundete Bereitschaft zum Gespräch mit dieser Botschaft eingehe. Er sei der Meinung, daß die Weltlage im Frühjahr 1980 nicht mehr so günstig sei wie im gleichen Zeitraum des Vorjahres; infolgedessen seien Gespräche auf hoher und höchster Ebene zwischen West und Ost eher wichtiger als 1978/1979. Allerdings seien die Kontakte zwischen Moskau und Washington von noch größerer Bedeutung als Gespräche, an denen die Bundesrepublik teilnehme.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Höynck, Bundeskanzleramt, gefertigt und am 1. April 1980 Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau „zur persönlichen Unterrichtung von Bundesminister Genscher“ übermittelt. Dazu teilte er mit: „Der Bundeskanzler hat dem Vermerk noch nicht zugestimmt.“

Hat Wallau am 1. April 1980 vorgelegen.

Hat Genscher am 1. April 1980 vorgelegen.

Hat Staatssekretär van Well am 3. April 1980 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Arnot am 11. April 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Das Bundeskanzleramt (Höynck) hat sich damit einverstanden erklärt, daß der Vermerk an die Botschaft Moskau geleitet wird. Der StS hat der Übermittlung zugestimmt.“ Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14086 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

² Dem Vorgang beigelegt. Der vom sowjetischen Botschafter Semjonow übergebene Text in der „Übersetzung durch LR I Hartmann (noch nicht überprüft)“ lautete: „[1] In Übereinstimmung mit der früher übermittelten Einladung schlägt L. I. Breschnew den offiziellen Besuch des Bundeskanzlers in der Sowjetunion für die erste Hälfte des Monats Juni d. J. vor. In Moskau berücksichtigt man hierbei auch die vom Kanzler mehrfach geäußerten Überlegungen, daß ein solcher Besuch in diesem Jahr wünschenswert wäre. [2] Die sowjetische Seite geht davon aus, daß das neue sowjetisch-westdeutsche Gipfeltreffen, wie auch in der Vergangenheit, der Festigung des gegenseitigen Verständnisses und der Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der BRD sowie der Stärkung der Entspannung und des Friedens in Europa dienen wird. Wir beabsichtigen, den Besuch in eben diesem Geiste vorzubereiten. [3] Die sowjetische Führung und L. I. Breschnew persönlich äußern die Hoffnung, daß in den Beziehungen zwischen unseren Ländern nichts geschieht, was die Durchführung des Besuchs des Kanzlers in der Sowjetunion oder einen insgesamt positiven Ausgang der bevorstehenden Begegnung verhindern könnte.“ Vgl. VS-Bd. 14086 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

Der genannte Juni-Termin sei für ihn sehr spät in einem Wahljahr³; aus innenpolitischen Gründen müsse das sorgfältig bedacht werden. Der Termin liege nur vier Monate vor der Bundestagswahl, d. h. man werde dann voll im Wahlkampf sein. Er sei der Meinung gewesen, solche Besuche sollten in einem Wahljahr nicht mehr nach Ostern⁴ stattfinden. Aber besondere Umstände könnten Besonderes auslösen. Dies müsse sorgfältig bedacht werden.

Wenn er sich richtig erinnere, habe der Generalsekretär in seinem Brief vom 4. März⁵ die Äußerung getan, daß ein solches Gespräch auf höchster Ebene eigentlich die Bestätigung, die Krönung eines vorausgehenden positiven Prozesses sein müsse. Falls er das so richtig erinnere, werfe dies die Frage auf, ob die sowjetische Führung, ob sich insbesondere der Generalsekretär bei dem Gedanken an den festzulegenden Besuch eine bestimmte Entwicklung vorstelle, die bei Gelegenheit des Besuchs bestätigt oder öffentlich festgelegt werden sollte; oder ob die sowjetische Seite andere Vorstellungen von dem Besuch habe – und welche?

Er wolle eine Bemerkung machen zum letzten Absatz des übergebenen Textes: Die sowjetische Führung und der Generalsekretär seien sich sicher darüber im klaren, daß die Bundesregierung spätestens in der letzten Mai-Woche eine Entscheidung wegen der Olympia-Teilnahme treffen müsse.⁶ Er habe dazu in seiner Regierungserklärung im Februar⁷ gesagt, daß er nicht sehr hoffnungsvoll sei. Ihm seien inzwischen keine Eindrücke vermittelt worden, die größeren Optimismus rechtfertigten.

Auf Grund eines Teils der sowjetischen Publizistik der letzten Wochen, auch aus anderen sowjetischen Äußerungen, auch aus den Äußerungen von Botschafter Semjonow ihm gegenüber⁸, habe er den Eindruck einer Dichotomie (Zweiteilung) der sowjetischen Einschätzung der objektiven Lage der Bundesrepublik. Auf der einen Seite gehe die Sowjetunion richtigerweise davon aus, daß sie den Status seines Landes innerhalb des westlichen Bündnisses nicht beeinträchtigen wolle, insbesondere seine Allianzbindungen an die USA; andererseits werde aber immer wieder die Erwartung zum Ausdruck gebracht, daß die Bundesregierung sich anders verhalten möge als ihre Bündnisvormacht. Dabei richte sich die sowjetische Erwartung vornehmlich auf zwei Sachgebiete: Olympia und die wirtschaftlichen Beziehungen. Die Handlungsfreiheit der Bundesrepublik und der Bundesregierung sei insgesamt begrenzt durch ihr dringendes Interesse und ihren unbedingten Willen, am Bündnis und seinen Bindungen festzuhalten. Selbstverständlich habe die Bundesrepublik mehr Bewegungsfreiheit innerhalb des Bündnisses. Da wir mit der Gesamtentwicklung der Welt unzufrieden seien, da wir über die Lage besorgt seien, machten wir von

³ Wahlen zum saarländischen sowie zum nordrhein-westfälischen Landtag fanden am 27. April 1980 bzw. am 11. Mai 1980 statt. Am 5. Oktober 1980 erfolgten die Wahlen zum Bundestag.

⁴ 6. April 1980.

⁵ Zum Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, an Bundeskanzler Schmidt vgl. Dok. 78.

⁶ Am 24. Mai 1980 endete die Anmeldefrist für die Olympischen Sommerspiele, die zwischen dem 19. Juli und dem 3. August 1980 in Moskau stattfanden.

⁷ Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Schmidt vom 28. Februar 1980 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 114, S. 16167–16175. Für einen Auszug vgl. Dok. 71, Anm. 11.

⁸ Vgl. dazu das Gespräch am 14. Februar 1980; Dok. 55, Anm. 37.

unseren Möglichkeiten durchaus auch Gebrauch. Deshalb gehe z. B. die sowjetische Kritik, die er während und nach seiner Reise in die USA⁹ gelesen habe, in die Irre. Hinsichtlich der tatsächlichen Einschätzung der gegenwärtigen Lage müsse er an zwei kritischen Einstellungen festhalten, die er gegenüber Botschafter Semjonow schon mehrfach zum Ausdruck gebracht habe. Diese kritische Einstellung, die wir nicht nur nach außen verträten, betreffe den schnellen Fortschritt der SS-20- und Backfire-Rüstung sowie die Intervention in Afghanistan. Er hoffe, daß hierzu in Moskau ein Mißverständnis nicht dadurch entstehe, daß er sich um eine sehr gemäßigte und gezügelte Sprache in öffentlichen Erklärungen und Reden bemühe.

Zu den beiden Sachfragen (Wirtschaftsbeziehungen und Olympiade) wolle er bemerken, daß er absolut festhalten werde an dem deutsch-sowjetischen Abkommen über die langfristige wirtschaftliche Zusammenarbeit¹⁰. Er habe sich für dieses Abkommen eingesetzt auf Grund einer Analyse sowohl der langfristigen deutschen als auch der langfristigen sowjetischen Interessen. Es könne schwierig werden, dies durchzuhalten. Eine Garantie für das letzte Prozent könne er nicht abgeben. Im Verhältnis zu den Wirtschaftsfragen seien die Olympischen Spiele von vorübergehender Bedeutung. Die Bundesregierung habe hierzu bisher eine Entscheidung nicht getroffen. Falls die gegenwärtige Lage in Afghanistan beibehalten werde, seien jedoch die Aussichten für eine positive Entscheidung der Bundesregierung, die im Mai zu treffen sei, nicht günstig.

Das, was Semjonow vorgetragen habe, müsse er mit seinen Freunden besprechen. Angesichts der gegenwärtigen Lage erscheine es ihm wünschenswert, wenn sowohl seine jetzt improvisierten Erwägungen als auch andere Erwägungen zur gegenwärtigen Lage auf beiden Seiten mit Sorgfalt überdacht werden.

Er wolle mit einer Fußnote schließen: In den USA trete wegen des Andauerns der Ungewißheit über das Schicksal der 50 Geiseln in Teheran eine zunehmende Nervosität des ganzen Volkes an den Tag. Er sehe diese Entwicklung mit großem Verständnis, aber zugleich mit Besorgnis wegen der Weiterungen, die sich daraus ergeben könnten. Er wolle deshalb dieses Gespräch erneut nutzen, um gegenüber der sowjetischen Führung die Anregung zu wiederholen, die er aus eigener Initiative und auf Grund seiner eigenen Überlegungen schon einmal gemacht habe.¹¹ Er wolle anregen zu prüfen, ob nicht die Sowjetunion zur Entspannung der Weltlage dadurch beitragen könne, daß die sowjetische Führung ihren Einfluß zur Freilassung der völkerrechtswidrig behandelten Geiseln geltend mache.

(Ab hier Dolmetscheraufzeichnung)

Semjonow: Er wolle seinerseits den Wunsch zum Ausdruck bringen, daß der übergebene Text der mündlichen Mitteilung von Leonid Iljitsch Breschnew und der sowjetischen Führung, der in Form und Inhalt äußerst abgewogen und gehaltvoll sei, aufmerksam geprüft wird. Die sowjetische Führung und Leonid Il-

⁹ Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 4. bis 8. März 1980 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 71–73.

¹⁰ Für den Wortlaut des Abkommens vom 6. Mai 1978 über die Entwicklung und Vertiefung der langfristigen Zusammenarbeit der Bundesrepublik und der UdSSR auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie vgl. BUNDESGESETZBLATT 1979, II, S. 59 f.

¹¹ Vgl. dazu das Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt vom 31. Januar 1980 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew; Dok. 34.

jitsch Breschnew persönlich hätten in diesem Fall den Wunsch zum Ausdruck gebracht, daß der Besuch des Bundeskanzlers in der Sowjetunion in einem konstruktiven und wohlwollenden Geist verlaufen möge. Wie er aus den aus dem Handgelenk gemachten Anmerkungen des Bundeskanzlers entnommen habe, verstehe dieser den Sinn dieses Besuches in ähnlicher Weise. In dem Dokument, das er übergeben habe, werde der Gedanke ausgedrückt, daß das neue sowjetisch-westdeutsche Gipfeltreffen der Festigung des gegenseitigen Verständnisses und der Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern und der Stärkung des Friedens und der Entspannung in der Welt und in Europa dienen werde. Wenn er hier die Entwicklung der politischen Ereignisse und die öffentlichen Äußerungen verfolge, so verstehe er, daß diese Richtung – er denke jetzt nicht an das Verhältnis der beiden Länder in den jeweiligen Bündnissen – die Priorität bilde. (Einwurf BK: Er verstehe diesen Satz nicht.) Wenn er es richtig verstehe, so überwiege die Bedeutung dessen, was in dem sowjetischen Text enthalten sei, nämlich daß man in einem solchen Geiste den Besuch vorbereiten müsse. Er wolle jetzt nicht die Frage aufwerfen, wie, in welcher Form diese Vorbereitung erfolgen solle. Dies sei eine Frage der Zukunft. Aber der Inhalt und die Hauptrichtung seien hier verankert.

Er werde nach Moskau übermitteln, was BK geäußert habe und wie er die Einladung verstehe.

BK: Es handele sich um eine vorläufige Antwort.

Semjonow: Er werde dies so übermitteln. Er werde auch übermitteln, daß BK geäußert habe, daß die Frage des Zeitpunkts zusätzlicher Überlegungen bedürfe.

Er könnte sich auf diese Anmerkungen beschränken.

Wenn BK bei Erzielung einer Vereinbarung über den Besuch an eine Publikation in der Presse denke, so könne er hier folgenden Text vorschlagen, der Mitte April veröffentlicht werden könnte. Dieser Text sei hinreichend neutral. Semjonow zitiert: „Besuch von H. Schmidt in der UdSSR. Auf Einladung der sowjetischen Regierung wird der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland H. Schmidt der Sowjetunion in der ersten Juni-Hälfte d.J. einen offiziellen Besuch abstatten.“ (Text wird übergeben.¹²)

BK: Dafür sei es jetzt zu früh.

Semjonow: Er wolle nun einige kurze Anmerkungen zu den Äußerungen des BK machen.

Die sowjetische Regierung wünsche in der Tat, daß der Besuch in einem positiven und günstigen Geist verlaufen möge. Er glaube nicht, daß sich aus der Botschaft von Leonid Iljitsch Breschnew vom Februar oder aus der heutigen Mitteilung einseitige Urteile darüber ergeben, was für eine Entwicklung vor dem Besuch vor sich gehen müßte. Ein Gipfeltreffen sei ein Gipfeltreffen. Natürlich würden bei einem solchen Treffen die führenden Politiker einen Meinungsaustausch über verschiedene Fragen, darunter auch über Fragen führen, in denen keine gleiche Meinung zu den Positionen vorhanden sei. Dies sei keine Ausnahme in der internationalen Praxis. Es sei selbstverständlich klar, daß keine Seite Vorbedingungen stellen könne. Dies sei nicht die Absicht der sowjetischen

¹² Dem Vorgang beigelegt. Vgl. VS-Bd. 14086 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

Führung. Bei der Vorbereitung des Besuches könne man bereits eine Reihe von Aspekten erörtern. Erfahrungen seien vorhanden.

Die Lage sei jetzt eine andere, sie sei immer anders, das Leben entwickle sich weiter. Man könne nur damit einverstanden sein, daß bei einer Verschärfung der Lage ein Meinungsaustausch, ein Treffen nötig seien.

BK: Dies sei auch seine Meinung.

Semjonow: Dies sei nur schwer zu bestreiten.

Semjonow zitierte den letzten Satz der Mitteilung und sagte, daß die sowjetische Seite bezüglich ihrer Einschätzungen und der Einschätzungen einiger Aspekte durch die sowjetische Presse davon ausgehe, daß durch die Entwicklung der Beziehungen und durch die Erörterung dieser Fragen der Status und die Beziehungen der Sowjetunion und der Bundesrepublik in den Bündnissen, in denen sie sich befänden, nicht berührt würden. Er habe in den Worten des BK bemerkt, daß er die Erwartung zum Ausdruck gebracht habe, daß die sowjetische Regierung hinsichtlich einiger Aspekte etwas unternehmen könne. Solche Erwartungen zu anderen Aspekten könnten auch von sowjetischer Seite geäußert werden. Das sei ein normaler Prozeß.

Die Frage der Olympischen Spiele sei eine Frage von gegenwärtiger Bedeutung. Das habe BK selbst gesagt.

BK: Am 1. September sei dies eine Frage der Vergangenheit.

Semjonow: Vielleicht schon im Juni.

Es bestünden unterschiedliche Standpunkte in der Frage der Mittelstreckenwaffen. Er glaube, daß BK die sowjetische Position zu dieser Frage kenne. Er verstehe, daß BK sie jetzt erwähne. Das sei eine große Frage. Man müsse aufmerksam prüfen, was man tun könne. Es bleibe noch Zeit, aber wenn die Zeit laufe und die Sache ruhe, so helfe das nicht.

BK: Man habe drei Jahre Zeit.

Semjonow: Er verstehe, aber man müsse hier die gegenseitigen Positionen einschätzen, und die drei bevorstehenden Jahre dürften keine größere Gefahr heraufbeschwören.

Er werfe jetzt nicht die Frage des Palästinenser-Problems oder des Verhältnisses gegenüber dem Regime Pol Pot auf. Das sei verständlich.

Er wolle nun noch etwas zu Wirtschaftsangelegenheiten sagen. Er habe bekanntlich gute Beziehungen und Kontakte zu führenden Firmen der Bundesrepublik Deutschland entwickelt. Er wolle zum Ausdruck bringen, daß das, was man durch das Abkommen von 1978 vorgezeichnet habe, das Wachstum des Warenaustausches, jetzt eingetreten sei, daß das ein reales Kennzeichen der Entwicklung sei. Bei der Ausarbeitung der Perspektiven, der Plattform der Zusammenarbeit, zeichneten sich recht bedeutsame Dinge ab, die die Interessen beider Seiten berücksichtigten. Das betreffe z.B. die Energiewirtschaft. Was man heute im Blickfeld habe, was auf der Tagesordnung beider Seiten stehe, zeuge davon, wie weitsichtig man 1978 gewesen sei, als man das Abkommen geschlossen habe. Man könne dies nicht in fünf Jahren machen. Es gebe schon eine Reihe wichtiger Richtungen der Zusammenarbeit, die die stabile Entwicklung der Wirtschaft sichern könnten. Unter den Experten würden diese Fragen

bearbeitet, auch unter anderen, die man hierbei für zweckmäßig hielte. Die Entwicklung der für beide Seiten vorteilhaften Zusammenarbeit auf dem entsprechenden Wirtschaftsgebiet sei die beste Grundlage für Frieden und Entspannung. Hier befänden sich beide Seiten auf einem sehr guten Boden. Das erfordere eine konstruktive Durcharbeitung, aber es gebe bereits eine Reihe positiver Richtungen.

Er wolle auch die Zusatzbemerkung, die Fußnote des BK, weiterleiten.

Er wolle abschließend sagen, daß er nun auf eine Mitteilung des BK warte.

BK: Man müsse nicht im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion, sondern im Weltmaßstab den Hinweis auf die wachsende Nervosität ernst nehmen.

Semjonow: In der Sowjetunion herrsche auch nicht immer die gleiche Stimmung. Manchmal höre man aus den USA Kleinigkeiten und denke, warum eine Weltmacht so etwas sogar sage und nicht nur denke.

BK: In den USA sei auch ein Wahljahr.¹³

Semjonow: Er fürchte, daß das Volk ein Gedächtnis habe. Man könne die Wahl vergessen, man könne jedoch nicht die gemachten Erfahrungen vergessen. Es sei schwer, ein bestimmtes Niveau in den Beziehungen zwischen Staaten unterschiedlicher Systeme zu erreichen, es sei aber leicht, all dies zu zerstören. Dann sei es sehr schwer, alles zu reparieren. Er wisse nicht, was man dort denke. Jedenfalls mache dies alles bei dem sowjetischen Volk einen tiefen Eindruck.

BK: Die Aufschiebung der SALT-II-Ratifizierung¹⁴ sei unglücklich, aber gegenwärtig sei sie im Senat nicht zu erzwingen. Er teile die Hoffnung von Carter, daß in diesem Falle aufgeschoben keinesfalls aufgehoben bedeuten werde. Er erachte dies beinahe für wichtiger für die Lösbarkeit dieser Probleme als einzelne Äußerungen in der US-Presse oder einzelne Kritiken in der sowjetischen Presse. Von seiner Interpretation des gemeinsamen Interesses für den Frieden in der Welt habe SALT II für die sowjetische Seite nicht nur prinzipielle, sondern auch instrumentale Bedeutung.¹⁵

Semjonow: Er könne sich den Überlegungen des BK nur anschließen, weil er selbst zehn Jahre hierfür geopfert habe.¹⁶ Es wäre schade, wenn diese Zeit umsonst gewesen sein sollte, um so mehr, da sich am Horizont Gefahren neuer Ordnung abzeichneten, weil sich neue Betrachtungsweisen entwickelten, die nicht minder gefährlich seien als die Kernwaffen.

¹³ Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

¹⁴ Zum Stand des Ratifizierungsverfahrens des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 im amerikanischen Senat vgl. Dok. 59.

¹⁵ Vortragender Legationsrat I. Klasse Höyneck, Bundeskanzleramt, informierte am 3. April 1980 Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau, Bundeskanzler Schmidt habe dem Gesprächsprotokoll zugestimmt, wünsche aber eine Änderung dieses Satzes. Dieser habe zu lauten: „In seiner Interpretation des gemeinsamen Interesses für den Frieden in der Welt habe SALT II auch für die sowjetische Seite nicht nur prinzipielle, sondern auch instrumentale Bedeutung.“ Vgl. VS-Bd. 14086 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

¹⁶ Botschafter Semjonow war von 1969 bis 1978 Leiter der sowjetischen Delegation bei den Verhandlungen über eine Begrenzung strategischer Waffen (SALT).

Er wolle nun noch einige Anmerkungen zu Großbritannien machen. Die sowjetische Seite verstehe die Geschichte und die Emotionen Großbritanniens und der englischen Politiker. Aber dennoch schienen ihm so impulsive und expressive Äußerungen auf wirtschaftlichem Gebiet nicht das Glückliche zu sein, was Großbritannien unternommen habe. Er wisse nicht, wie sich die Premierministerin¹⁷ die Zukunft vorstelle. Aber das sei ihre interne Angelegenheit. Die sowjetische Seite werde ihre Schlußfolgerungen ziehen. Nichts werde vergessen und nichts werde verziehen.

BK: Der letzte Satz sei nicht klug gewesen.

Semjonow: Er hielte sich an das Sprichwort: „Dumme Gedanken hat jeder, nur der Weise verschweigt sie.“ Er glaube kaum, daß dies dem Kurs der Entspannung diene.

VS-Bd. 14086 (010)

98

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von der Gablentz, Bundeskanzleramt

Geheim

31. März 1980¹

Betr.: Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit PM Thatcher und den Außenministern Genscher und Lord Carrington sowie Mitarbeitern am 28. März in Chequers von 11.55 bis 13.00 Uhr² über den Vorschlag eines NATO-Gipfeltreffens³

Das Gespräch führte zur Einigung, auf das Schreiben Präsident Carters vom 27. März an den Bundeskanzler und an PM Thatcher über ein NATO-Gipfeltreffen eine Verbindung des Gipfeltreffens in Venedig (22./23. Juni)⁴ und der NATO-Sommerkonferenz in Ankara (25./26. Juni)⁵ vorzuschlagen. Während der Gespräche wurden Elemente für Antwortbriefe erarbeitet. Die Briten haben in-

¹⁷ Margaret Thatcher.

¹ Ablichtung.

Hat Bundeskanzler Schmidt am 1. April 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Einverst[an]d[en].“

Die Aufzeichnung wurde von Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 3. April 1980 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau übermittelt.

Hat Wallau am 15. April 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14083 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

² Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher hielten sich am 27./28. März 1980 in Großbritannien auf. Vgl. dazu auch Dok. 93.

³ Vgl. dazu das Schreiben des Präsidenten Carter vom 28. März 1980 an Bundeskanzler Schmidt; Dok. 93, Anm. 26.

⁴ Zum Weltwirtschaftsgipfel am 22./23. Juni 1980 in Venedig vgl. Dok. 184 und Dok. 185.

⁵ Zur NATO-Ministerratstagung am 25./26. Juni 1980 in Ankara vgl. Dok. 190.

zwischen die vereinbarte Abstimmung der Antworten durch Übersendung ihres Entwurfs (Anlage 4⁶) eingeleitet.⁷

Das Gespräch konzentrierte sich auf folgende Punkte:

1) Vorschlag eines Gipfeltreffens sollte begrüßt werden als Demonstration enger westlicher Zusammenarbeit. Es könnte, wie PM Thatcher betonte, dazu beitragen, zu verhindern, daß Afghanistan in Vergessenheit gerät. Aber Modalität und Vorbereitung müssen sicherstellen – wie der Bundeskanzler betonte –, daß westliche Einigkeit und nicht Uneinigkeit gezeigt werden kann.

2) Im Ost-West-Verhältnis könnte ein solcher Gipfel, wie der Bundeskanzler betonte, zu einer gefährlichen Eskalation des Konflikts führen, auf die der Westen, insbesondere die USA, militärisch nicht voll vorbereitet ist (keine Wehrpflicht in USA⁸, keine ausreichenden westlichen militärischen Kapazitäten in der Golfregion, zu lange Transportzeiten für zusätzliche amerikanische Truppenkontingente für Europa). Er könnte außerdem den Sowjets Gelegenheit verschaffen, bei einem Gegengipfel des Warschauer Pakts die bisher zu Afghanistan zurückhaltenden Osteuropäer zu disziplinieren. Ein westliches Gipfeltreffen sollte daher so normal wie möglich aussehen.

3) Zur Liste der Maßnahmen, die ein Gipfeltreffen beschließen könnte, betonte der Bundeskanzler, daß sie überwiegend Bekanntes enthalte. Bei den Punkten 4) und 6) (no business as usual, COCOM) müsse klargestellt sein, daß hieraus keine allgemeine Unterbrechung von Osthandel und Ostverbindungen hergeleitet wird. Zu Punkt 10) (Beschleunigung von LTDP⁹ und Infrastrukturmaßnahmen) habe er Zweifel, wenn damit auch die Beschleunigung des TNF-Programms gemeint sei sowie größere europäische Zahlungen für US-Infrastrukturvorhaben. Die ernstesten Zweifel habe er zu Punkt 11, der auf eine Bekräftigung der Carter-Doktrin¹⁰ durch die NATO hinauslaufe. Er erläuterte die grundgesetzlichen Schranken für deutsche Beteiligung bei einer Ausdehnung des NATO-Gebiets¹¹ und befürchtete negative Auswirkungen auf unsere Bemühungen, Unterstützung mittelöstlicher Staaten für die Eindämmungspolitik gegen die Sowjetunion zu gewinnen. BM Genscher wies auf negative Wirkun-

⁶ Dem Vorgang nicht beigelegt.

Die Wörter „Anlage 4“ wurden von Bundeskanzler Schmidt hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Fehlt hier!“

⁷ Vortragender Legationsrat Umlauff notierte am 31. März 1980, ein Mitarbeiter der britischen Botschaft habe dem Auswärtigen Amt die Schreiben der Premierministerin Thatcher an die Präsidenten Carter und Bani Sadr „mit der Bitte um vertrauliche Behandlung“ übergeben: „Die Briefe sind inhaltsgleich mit den entsprechenden Briefen von Bundeskanzler Schmidt. Sie beruhen auf einem bei den Chequers-Konsultationen abgestimmten deutsch-britischen Entwurf.“ Im Gegenzug seien der britischen Seite „je eine Kopie der Briefe des Bundeskanzlers an Präsident Carter und Präsident Bani Sadr ausgehändigt“ worden. Vgl. VS-Bd. 11152 (311); B 150, Aktenkopien 1980.

⁸ Zu Überlegungen für die Wiedereinführung der Wehrpflicht in den USA vgl. Dok. 69, Anm. 31.

⁹ Zum Langfristigen Verteidigungsprogramm der NATO vom 30./31. Mai 1978 vgl. Dok. 1, Anm. 9.

¹⁰ Für den Wortlaut von Carters Rede am 23. Januar 1980 zur Lage der Nation vor beiden Häusern des Kongresses vgl. PUBLIC PAPERS, CARTER 1980, S. 194–200. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 101–106. Vgl. dazu auch Dok. 16.

¹¹ In Artikel 87 a, Absatz 2 des Grundgesetzes hieß es: „Außer zur Verteidigung dürfen die Streitkräfte nur eingesetzt werden, soweit dieses Grundgesetz es ausdrücklich zuläßt.“ Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1956, Teil I, S. 112.

Die Bündnisverpflichtungen waren in Artikel 5 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 geregelt. Artikel 6 legte das Bündnisgebiet fest. Vgl. dazu BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 290.

gen auf unsere Dritte-Welt-Politik hin, wenn auch der Westen Interessensphären deklariert.

4) Zum Ort eines Gipfeltreffens betonte der Bundeskanzler, daß eine Teilnahme Präsident Giscard in Washington oder Brüssel keinesfalls, in Ankara oder Venedig evtl. möglich wäre. Er erläuterte auf Fragen PM Thatchers den innenpolitischen Druck, dem sich Giscard in dieser Frage ausgesetzt sehe. Je größer die Eskalationsgefahr, desto weniger werde Frankreich gewillt sein, an einem NATO-Treffen teilzunehmen. Ein Treffen in Washington sei überdies, wie PM Thatcher betonte, eine besondere Herausforderung für die Sowjetunion.

Die Gesprächsteilnehmer stimmten der Feststellung BM Genschers zu, daß das geplante Sommertreffen der NATO unter den gegenwärtigen Umständen keinesfalls von Ankara wegverlegt werden dürfe.

Auf Erläuterung des Bundeskanzlers zur geplanten außenpolitischen Diskussion am ersten Tag des Weltwirtschaftsgipfels in Venedig bemerkte PM Thatcher, daß damit ja schon dem halben Anliegen Präsident Carters entsprochen werde. BK hob hervor, daß die Teilnahme in Venedig auf 14 Personen (und sieben Note-taker) begrenzt werden könne, während bei einem NATO-Gipfel mit mindestens 65 Personen im Saal zu rechnen sei. Lord Carrington unterstrich, daß die sechs Außenminister, die in Venedig teilnehmen¹², dann anschließend die Verbindung zum NATO-Sommertreffen in Ankara am 25./26. Juni herstellen könnten.¹³

Gablentz

VS-Bd. 14083 (010)

¹² Lord Peter Carrington (Großbritannien), Emilio Colombo (Italien), Jean François-Poncet (Frankreich), Hans-Dietrich Genscher (Bundesrepublik), Mark MacGuigan (Kanada) und Edmund S. Muskie (USA).

¹³ Bundeskanzler Schmidt antwortete am 2. April 1980 auf das Schreiben des Präsidenten Carter vom 27. März 1980. Schmidt äußerte darin Bedenken gegen den Vorschlag einer NATO-Ministerratstagung auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs. Die Teilnahme von Staatspräsident Giscard d'Estaing sei unwahrscheinlich. Zudem sei eine Verstimmung der Türkei denkbar, die auf der regulären NATO-Ministerratstagung am 25./26. Juni 1980 in Ankara ihre Bündnissolidarität demonstrieren wolle: „Sollte dieser Konferenz kurzfristig ein Gipfel des Bündnisses an anderem Ort vorgeschaltet werden, so könnte dies bei der türkischen Regierung zu Verstimmung oder sogar Verärgerung führen. Die Ausrichtung eines Gipfeltreffens in der Türkei selbst aber würde die türkische Regierung vor erhebliche Sicherheitsprobleme stellen.“ Schließlich solle der UdSSR kein Vorwand geliefert werden, nach der reservierten Aufnahme der Intervention in Afghanistan bei den eigenen Verbündeten diese „zu disziplinieren, etwa durch einen Gegengipfel des Warschauer Pakts“. In Absprache mit Premierministerin Thatcher rege er, Schmidt, daher an, den ersten Tag des Weltwirtschaftsgipfels am 22./23. Juni 1980 in Venedig zur Erörterung aktueller politischer Fragen zu nutzen. In diesem Rahmen sei die Teilnahme Giscard d'Estaings gesichert, dazu die Einbindung Japans, das bereits ein Interesse an einer engen politischen Koordinierung signalisiert habe. Vgl. VS-Bd. 11109 (204); B 150, Aktenkopien 1980.

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Fiedler

310-321.00 SYR-339/80 geheim

1. April 1980

Über Herrn Dg 31¹, Herrn D3 i.V.² an Büro Staatssekretär und Ministerbüro³ im Hause

Betr.: Zusammenarbeit zwischen deutschen und syrischen Sicherheitsdiensten

Bezug: DB Nr. 254 der Botschaft Damaskus vom 21.3.1980⁴

1) Das federführende Referat 511 hat fernschriftlich BMI, BfV und BND um Stellungnahme gebeten, ob dort ein polizeiliches bzw. nachrichtendienstliches Interesse an dem von syrischer Seite vorgeschlagenen Zusammentreffen zum Austausch von syrischem Beweismaterial über die Tätigkeit von Gruppen der „Moslemb Brüder“ in der Bundesrepublik besteht.

Das BMI/BfV haben bereits ihre Bereitschaft zu einer solchen Kontaktaufnahme erklärt. Den Umfang und die weitere Ausgestaltung einer Zusammenarbeit mit den syrischen Sicherheitsbehörden möchte das BMI vom Ergebnis des ersten Gesprächs abhängig machen.

2) Unsere außenpolitischen Interessen sprechen grundsätzlich für ein Eingehen auf den syrischen Wunsch. Es liegt in unserem Interesse, keinen Bereich aus unserer bilateralen Zusammenarbeit mit Syrien auszuklammern. Besonders bei der Abwehr terroristischer Anschläge auf deutsche Staatsbürger und deutsche Einrichtungen im In- und Ausland sind wir an Kontakten zu arabischen Regierungen interessiert.

Wegen der gegenwärtigen innenpolitischen Schwierigkeiten des Assad-Regimes, das mit dem Widerstand moslemischer Oppositionsgruppen in den nordsyri-

¹ Hat Ministerialdirigent Montfort am 1. April 1980 vorgelegen.

² Hat Ministerialdirigent Petersen am 1. April 1980 vorgelegen.

³ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 8. April 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher am 9. April 1980 vorgelegen.

⁴ Botschafter Peckert, Damaskus, berichtete, der Staatsminister im syrischen Außenministerium, al-Scharea, habe auf die „konspirative Tätigkeit der Moslemb Brüder um ihren in Aachen lebenden Führer Attar“ hingewiesen und bedauert, daß in der Bundesrepublik gegen die syrische Regierung gerichtete Aktivitäten geduldet würden: „Er verband damit die Frage, ob Syrien auf eine Zusammenarbeit mit deutschen Stellen zur Unterbindung dieser Aktivitäten rechnen könne.“ Er, Peckert, habe dargelegt, daß ihm „die Usancen des nachrichtendienstlichen Verkehrs und Erfahrungsaustauschs zwar unbekannt seien“, er sich jedoch vorstellen könne, „daß dies vornehmlich auf der Basis des do ut des erfolge. Sicher verfüge der syrische Nachrichtendienst über Erkenntnisse, die für die deutsche Seite von Interesse wären“. Scharea habe ein Treffen angeregt, um Beweismaterial gegen die Muslimbruderschaft zu übergeben, und angekündigt, daß er umgehend Präsident Assad unterrichten werde. Peckert regte an, ihn zu ermächtigen, „dem Minister das Einverständnis zu einem Treffen seiner Leute mit Herren des Bundesamts für Verfassungsschutz auf deutschem Boden unverzüglich zu übermitteln. Die gegenwärtige Existenzangst des Regimes verspricht eine auch für uns interessante Zusammenarbeit, insbesondere wenn auch der BND daran beteiligt werden könnte.“ Vgl. VS-Bd. 11142 (310); B 150, Aktenkopien 1980.

schen Städten Aleppo, Hama und Homs ringt⁵, müssen wir allerdings darauf bedacht sein, nicht über die angebotenen Sicherheitskontakte in die innenpolitische Auseinandersetzung in Syrien hineingezogen zu werden. Es besteht sonst die Gefahr, daß wir zum Werkzeug innenpolitischer Unterdrückung des gegenwärtigen Regimes werden und uns dies von einem nachfolgenden Regime später angelastet wird. Das Regime Assad durchläuft gegenwärtig seine größte Krise seit 1970. Seit vorigem Jahr ist eine langsame Erosion festzustellen. Es ist nicht auszuschließen, daß gemäß allgemeinem Trend zum islamischen Fundamentalismus den Moslembrothern in Syrien im Falle eines Regimewechsels Regierungsverantwortung zufallen könnte. Daraus folgt, daß wir auf das vorliegende Angebot flexibel, aber im Lichte unseres eigenen Interesses antworten sollten, um Türen für mögliche künftige Entwicklungen nicht zu verschließen.

Eine Kontaktaufnahme zwischen den deutschen und syrischen Sicherheitsdiensten sollte sich daher, wie vom BMI auch bereits vorgeschlagen, zunächst auf die Entgegennahme von syrischem Beweismaterial und Unterlagen über mögliche Straftaten der „Moslembrother“ in Deutschland beschränken.

Fiedler

VS-Bd. 11142 (310)

⁵ Oberstleutnant i. G. Kuhn, Damaskus, berichtete am 6. März 1980, seit Ende Februar 1980 komme es in Aleppo „täglich zu bewaffneten Auseinandersetzungen“. Zahlreiche Hausdurchsuchungen und Straßenkontrollen würden durchgeführt: „Die meisten Geschäfte Aleppos sind seit 29.2. geschlossen, nachdem ein Aufruf der Opposition an die Geschäftsleute zum Generalstreik erfolgt ist. Diesem Aufruf wurde mit Bombendrohungen nachgeholfen. Die Regierungskräfte riefen hingegen auf, die Geschäfte zu öffnen, und drohten, die Geschäfte mit Gewalt öffnen zu lassen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 197; Referat 310, Bd. 125025.

Botschafter Peckert, Damaskus, teilte am 7. März 1980 mit, die Unruhen hätten sich ausgeweitet. Eine kritische Lage könne entstehen, falls die Regierung zum Einsatz regulärer Truppen gezwungen werde: „Würden die mehrheitlich sunnitischen Soldaten den Befehl ihrer alawitischen Offiziere verweigern, auf die eigenen Glaubensbrüder zu schießen, wäre eine für das Regime fatale Lageentwicklung nicht auszuschließen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 203; Referat 310, Bd. 125025.

Am 26. März 1980 analysierte Peckert, die „akute innere Krise“ sei „einstweilen überstanden. Die Geschäfte und Souks in Aleppo und Hama sind wieder geöffnet. Es herrscht Ruhe im Land, möglicherweise aber die Ruhe vor dem Sturm. Die Ursachen der Krise bestehen nämlich fort. Die Lage ist weiterhin gespannt. Es werden weiterhin Flugblätter verteilt. Die Sicherheitskräfte treffen sichtbare Vorkehrungen für den Ernstfall.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 320; Referat 310, Bd. 125025.

100

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech

221-372.14 FRA/KAE-447/80 VS-vertraulich

2. April 1980¹

Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³ mit der Bitte um Zustimmung

Betr.: Konferenz über Abrüstung in Europa⁴;
hier: westliche Verhandlungsstrategie

Anlg.: 1

1) Wir haben nach vorbereitenden Konsultationen mit Franzosen⁵, Amerikanern⁶ und Briten⁷ in der NATO vorgeschlagen, eine gemeinsame westliche Verhandlungsstrategie zur KAE zu entwickeln, um

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holik konzipiert.

² Hat Staatssekretär van Well am 30. April 1980 vorgelegen.

³ Hat Bundesminister Genscher am 4. Mai 1980 vorgelegen.

⁴ Zum französischen Vorschlag einer Konferenz für Abrüstung in Europa vgl. Dok. 1, Anm. 11.

⁵ Vortragender Legationsrat I. Klasse Holik unterrichtete am 12. März 1980 die Botschaften in Paris und Warschau sowie die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel, Botschafter Ruth habe dem französischen Gesandten Bernière die Absicht der Bundesregierung mitgeteilt, „die Zusammenfassung der bisherigen im Rahmen der NATO und der EPZ unternommenen Vorbereitungen für eine KAE mit dem Ziel der Erarbeitung einer gemeinsamen westlichen Verhandlungsstrategie im Bündnis vorzuschlagen“. Erörtert worden sei auch die Initiative des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, Gierrek, vom 11. Februar 1980 für eine Konferenz über Abrüstung in Europa. Bernière habe dargelegt: „Nach französischer Auffassung handelt es sich bei französischem und WP-Vorschlag für eine Konferenz um verschiedene Konzepte, die eine Synthese vor Einbringung in den 35er-Rahmen nicht erlauben.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 1478; VS-Bd. 11444 (221); B 150, Aktenkopien 1980.

⁶ Botschafter Ruth, z. Z. Washington, teilte am 29. Februar 1980 über die deutsch-amerikanischen Rüstungskontrollgespräche vom 29. Februar bis 3. März 1980 mit, beide Regierungen hätten ein Interesse an der Kontinuität des KSZE-Prozesses und einer Nutzung des KSZE-Rahmens zur Erarbeitung eines Mandats für eine Konferenz über Abrüstung in Europa auf Grundlage des französischen Vorschlags: „Grundsätzliche Übereinstimmung mit den amerikanischen Vorstellungen zu den Kriterien eines solchen Mandats: Einbindung der KAE in den KSZE-Prozeß zur Sicherstellung der Gesamtbalance, keine Festlegung auf Phase II einer KAE, keine Beeinträchtigung der MBFR-Verhandlungen, militärisch bedeutsame, verbindliche und verifizierbare vertrauensbildende Maßnahmen, Anwendungsbereich: ganz Europa. Zusätzlich legen wir besonderen Wert darauf, daß die Interessen der Bündnispartner an der Gewährleistung der integrierten Verteidigung (Kollektivität) im Hinblick auf eine KAE gewahrt werde.“ Die amerikanischen Bedenken gegen eine Phase II der KAE würden insoweit geteilt, daß auch die Bundesrepublik „jede Festlegung auf Verhandlungen über Verminderung von Personal und Waffen schon wegen der Vielzahl der in diesem Zusammenhang noch offenen Probleme vermeiden“ wolle: „Wir halten es aber für möglich, im Bündnis eine Formel zu entwickeln, die den amerikanischen Bedenken Rechnung trägt, ohne daß auf die Perspektive einer zweiten KAE-Phase ganz verzichtet wird.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 969; VS-Bd. 11451 (221); B 150, Aktenkopien 1980.

⁷ Vortragender Legationsrat Pöhlmann notierte am 29. Februar 1980, bei den deutsch-britischen Rüstungskontrollgesprächen am 26. Februar 1980 habe Einigkeit bestanden, daß das vom Politischen Komitee im Rahmen der EPZ gebilligte Papier der Arbeitsgruppe KSZE vom 5. Februar 1980 Grundlage für die Behandlung des französischen Vorschlags einer Konferenz für Abrüstung in Europa sein solle und auch in der NATO eine gemeinsame Position erarbeitet werden müsse: „Es wurde Übereinstimmung erzielt, daß auf dem KSZE-Folgetreffen in Madrid die Ausarbeitung und Verabschiedung eines möglichst substantiellen Verhandlungsmandats für eine Phase I (vertrauensbildende Maßnahmen) der KAE Priorität haben sollte.“ Vgl. VS-Bd. 11445 (221); B 150, Aktenkopien 1980.

- sicherzustellen, daß eine KAE, wenn sie zustande kommt, im westlichen Interesse einer Stabilisierung der militärischen Lage im gesamteuropäischen Maßstab genutzt wird,
- im Hinblick auf Madrid⁸ die Initiative zu behalten und östliche Konferenzvorschläge im Rahmen einer „Friedensoffensive“ aufzufangen,
- geschlossenes westliches Auftreten auf sicherheitspolitischem Gebiet zu gewährleisten und allen östlichen Versuchen zu begegnen, Amerikaner und Westeuropäer auseinanderzuzuidividieren.

2) Trotz grundsätzlich positiver Aufnahme dieses Vorschlags gehen die gemeinsamen Vorbereitungen im Bündnis schleppend voran. Dies liegt hauptsächlich an der reservierten Haltung der Amerikaner, die eine Festlegung auf die KAE immer noch vermeiden wollen, sowie an der französischen „Arbeitshypothese“, eine Verschiebung des KSZE-Folgetreffens in Madrid in Rechnung zu stellen.⁹

3) Um die Konsultationen im Bündnis voranzubringen und über operative Bedürfnisse hinaus zu gemeinsamen Zielvorstellungen zu orientieren, beabsichtigen wir, ein Arbeitspapier zu zirkulieren, das diese Zielvorstellungen zu definieren sucht und daraus operative Aufgaben ableitet. Diesem Arbeitspapier wird folgendes Konzept zugrunde liegen:

a) Ziel muß sein, den von Frankreich vorgeschlagenen Rahmen für Verhandlungen zur Stabilisierung der militärischen Lage im gesamteuropäischen Maßstab so weit zu nutzen, wie dies in dem vorgesehenen Forum der 35 KSZE-Teilnehmerstaaten ohne Beeinträchtigung anderer deutscher und westlicher Interessen möglich ist.

Dies erfordert die Einordnung der KAE in ein rüstungskontrollpolitisches Gesamtkonzept, das auch mögliche Verhandlungen in einer späteren KAE-Phase über Begrenzung und Verminderung offensiver Waffen umfaßt und sicherstellt, daß sich eine KAE und Rüstungskontrollverhandlungen im Ost-West-Rahmen (insbesondere MBFR) gegenseitig ergänzen.

b) Bei der Verfolgung dieser Zielsetzung ist einerseits das Interesse der WP-Staaten an einer Konferenz im gleichen Rahmen als Forum für „militärische Entspannung“ zu nutzen, andererseits müssen die Gefahren neutralisiert werden, die sich aus den mit diesem Konzept verbundenen östlichen Zielsetzungen ergeben.

Dies erfordert die Erarbeitung eines Instrumentariums zur Steuerung des Verhandlungsprozesses, um die Einordnung einer KAE in den KSZE-Rahmen und dabei auch die¹⁰ Gesamtbalance des KSZE-Prozesses sicherzustellen und die verteidigungspolitischen Interessen des westlichen Bündnisses zu wahren.

c) Bei zielbewußter Nutzung des Steuerungsinstrumentariums besteht die Aussicht, daß sich die Eigendynamik des KAE-Verhandlungsprozesses – ähnlich wie bei der KSZE – im Sinne westlicher Zielsetzungen entfaltet. Andererseits

⁸ Die KSZE-Folgekonferenz wurde am 11. November 1980 in Madrid eröffnet. Vgl. dazu Dok. 319 und Dok. 322.

⁹ Zu französischen Überlegungen, die für November 1980 geplante KSZE-Folgekonferenz in Madrid zu verschieben, vgl. Dok. 73, Anm. 4.

¹⁰ Der Passus „Einordnung einer KAE ... dabei auch die“ wurde von Ministerialdirektor Blech handschriftlich eingefügt.

muß sich der Westen die Möglichkeit der Blockierung für den Fall offenhalten, daß die Verhandlungen in Richtung auf das sowjetische Konzept der „militärischen Entspannung“ abgleiten.

Dies erfordert eine gemeinsame westliche Verhandlungsstrategie und laufende enge Abstimmung in den westlichen Konsultationsgremien sowie – schon mit Rücksicht auf die Haltung anderer Verbündeter – etappenweises Vorgehen. Im Hinblick auf Madrid muß deshalb eine Festlegung auf Verhandlungsziele, die über ein Mandat für vertrauensbildende Maßnahmen in einer ersten KAE-Phase hinausgehen, vermieden werden.¹¹

4) Zur Vorbereitung dieses Arbeitspapiers erscheint es erforderlich, unsere eigene Haltung zur KAE in einem internen Positionspapier klarzustellen und insbesondere diejenigen Fragen zu identifizieren, die einer weiteren Klärung bedürfen. Der Entwurf eines solchen Positionspapiers wird als Anlage vorgelegt. Bei der Formulierung der noch zu klärenden Fragen ist die Aufzeichnung des Planungsstabs vom 25.2.1980 – 02-370-57/80 VS-v¹² über eine Gesamtkonzeption für eine KAE berücksichtigt worden.

Blech

Anlage

Konferenz über Abrüstung in Europa

1) Unser Interesse an der von Frankreich vorgeschlagenen KAE hat von Anfang an in erster Linie dem geographischen Ansatz „vom Atlantik bis zum Ural“ gegolten. Wenn überhaupt ein Forum auf absehbare Zeit Aussicht auf Einbeziehung des europäischen Territoriums der Sowjetunion in Rüstungskontrollverhandlungen bietet, dann der Verhandlungsrahmen der 35 KSZE-Teilnehmerstaaten. Mit dem Sicherheitsbegriff der KSZE-Schlußakte, der grundsätzlich ganz Europa erfaßt, ist die Sanktuarisierung europäischen Staatsgebiets der SU und der dort vorhandenen Streitkräfte – wie sie in der auf einen 250 km-Gebietsstreifen begrenzten Anwendung einer einzigen vertrauensbildenden Maßnahme der KSZE-Schlußakte zum Ausdruck kommt¹³ – auf die Dauer nicht zu vereinbaren.

¹¹ Der Passus „muß deshalb ... vermieden werden“ wurde von Staatssekretär van Well hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig!“.

¹² Korrigiert aus: „02-270-57/80 VS-v“.

Ministerialdirektor Hansen erörterte „eine die längerfristigen Interessen des Westens an einem echten Gleichgewicht berücksichtigende Gesamtkonzeption“ für eine Konferenz für Abrüstung in Europa und skizzierte entsprechende Überlegungen des Planungsstabs. Vgl. VS-Bd. 11444 (221); B 150, Aktenkopien 1980.

Hansens Aufzeichnung wurde zusammen mit einer ebenfalls am 25. Februar 1980 gefertigten Aufzeichnung der Abteilung 2 zum selben Thema von Ministerialdirektor Blech mit einer Begleitaufzeichnung vom 6. März 1980 Staatssekretär van Well vorgelegt. Dieser vermerkte darauf am 12. März 1980 handschriftlich für Blech und Hansen: „Bitte um gemeinsame Vorlage an H[errn] Minister]. Er kann nicht drei Vorlagen zum gleichen Thema lesen.“ Vgl. VS-Bd. 11444 (221); B 150, Aktenkopien 1980.

¹³ Im „Dokument über vertrauensbildende Maßnahmen und bestimmte Aspekte der Sicherheit und Abrüstung“ der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 verpflichteten sich die Teilnehmerstaaten zur Ankündigung von Manövern auf ihrem Territorium ab einer Gesamtstärke von 25 000 Mann. Von Teilnehmerstaaten mit außerhalb von Europa liegendem Territorium waren Manöver anzukündigen, „die in einem Gebiet innerhalb von 250 Kilometern von seiner Grenze stattfinden, die einem anderen

2) Darüber hinaus bietet der französische Vorschlag dem Westen die Möglichkeit, die seit langem propagierten östlichen Vorschläge zur „militärischen Entspannung“¹⁴ aufzufangen und das östliche Interesse an einem entsprechenden Forum im Sinne westlicher Zielsetzungen zu nutzen. Dieser Gesichtspunkt ist insofern von besonderer Aktualität, als der Vorschlag einer „Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung in Europa“ ein zentrales Element der sich bereits abzeichnenden östlichen „Friedensoffensive“ darstellen dürfte, die mit dem Näherrücken des KSZE-Folgetreffens in Madrid an Momentum gewinnen wird. Sie zielt darauf ab, von der internationalen Kritik an der sowjetischen Intervention in Afghanistan abzulenken, die USA von ihren europäischen Bündnispartnern zu trennen und das Engagement des Warschauer Pakts an der Fortsetzung des Entspannungsprozesses in Europa unter Beweis zu stellen. Die Wahrscheinlichkeit, daß der Osten seinen Konferenzgedanken in den nächsten Monaten zum Gegenstand einer vehementen Agitprop-Kampagne machen wird (vgl. ins Auge gefaßte Konferenz der Kommunistischen Parteien¹⁵; Exekutivrat WP zum 14.5.¹⁶), wird auch den Westen zur Entwicklung einer publizistischen Strategie bzgl. KAE veranlassen müssen.¹⁷

3) Gegenüber diesen konkreten politischen Anliegen ist die konzeptionelle Durchgestaltung des von Frankreich vorgeschlagenen neuen rüstungskontrollpolitischen Ansatzes zunächst in den Hintergrund getreten.

Nach dem französischen Memorandum vom 24.5.1978 soll die KAE dem Ziel dienen, die Gefahr von Überraschungsangriffen mit konventionellen Mitteln im gesamteuropäischen Maßstab zu verringern und die Hauptfaktoren der militärischen Instabilität etappenweise unter Berücksichtigung der Vielfalt der Situationen und regionalen Gegebenheiten zu reduzieren. Der Versuch einer Konkretisierung dieser Zielsetzung hätte im Hinblick auf die bestehenden Interessen und Auffassungsunterschiede nicht nur zwischen West und Ost, sondern auch innerhalb des westlichen Bündnisses dazu geführt, die operative Aufnahme des Konferenzgedankens zu erschweren. Im Interesse der Beschränkung auf das Machbare haben sich die konzeptionellen Vorarbeiten deshalb auf die erste Phase einer KAE konzentriert, die den Grund für eine spätere Phase legen könnte. Für eine erste KAE-Phase besteht innerwestlich bereits ein gewisses Maß an Substanzübereinstimmung. Zwischen West und Ost ist unumstritten, daß sich die erste Phase mit vertrauensbildenden Maßnahmen befassen soll.

Fortsetzung Fußnote von Seite 552

europäischen Teilnehmerstaat gegenüberliegt, oder die er mit ihm teilt“. Ferner war die Einladung von Manöverbeobachtern vorgesehen. Vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 922f.

¹⁴ Zu den Vorschlägen des Komitees der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten bei der Tagung am 14./15. Mai 1979 in Budapest vgl. Dok. 1, Anm. 28.

Zum Vorschlag des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, Gierek, vom 11. Februar 1980 für eine Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 55, Anm. 39.

¹⁵ Am 28./29. April 1980 fand in Paris die Konferenz kommunistischer und Arbeiter-Parteien Europas statt. In einem Appell an die Staaten Europas wurden ein Dialog auf breiter Grundlage, die Annullierung des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979, die Ratifizierung des SALT-II-Abkommens vom 18. Juni 1979 sowie Fortschritte bei den MBFR-Verhandlungen in Wien und der KSZE-Folgekonferenz in Madrid gefordert. Vgl. dazu den Artikel „KP-Konferenz erläßt ‚Friedensappell‘“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 30. April 1980, S. 5.

¹⁶ Die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Warschauer-Pakt-Staaten fand am 14./15. Mai 1980 in Warschau statt. Vgl. dazu Dok. 150, besonders Anm. 5.

¹⁷ Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Blech handschriftlich eingefügt.

Ungeachtet dieser operativen Zwänge, die unsere Politik zur KAE im Hinblick auf Madrid bestimmen werden, wird es auf längere Sicht unerlässlich sein, die Konferenz in ein Gesamtkonzept der Stabilisierung einzuordnen, das auch mögliche Verhandlungen in einer späteren KAE-Phase über Begrenzung und Verminderung offensiver Waffen umfaßt und das sicherstellt, daß sich eine KAE und Rüstungskontrollverhandlungen im Ost-West-Rahmen (insbesondere MBFR) gegenseitig ergänzen.

Folgende konzeptionelle Fragen bedürfen der Vertiefung:

- Welche Kombination von Maßnahmen zur Vertrauensbildung/Stabilisierung/constraints entspricht im angenommenen geographischen Bezugsrahmen unseren verteidigungs- und rüstungskontrollpolitischen Interessen? Konsequenzen, falls sich der Bezugsrahmen ändert? Entwicklung objektivierbarer Kriterien für Vertrauensbildung und Stabilisierung.
- Mögliche Verhandlungsziele für eine zweite KAE-Phase: Probleme der Einbeziehung von Nuklearwaffen in eine KAE; lassen sich objektivierbare Kriterien aufstellen, an denen Offensivkapazität und die Gefährdung militärischer Stabilität gemessen werden kann? Welche Forderungen lassen sich daraus für eine Phase II der KAE ableiten? Optionen für westliche Verhandlungsangebote?
- In welchem Verhältnis sollen KAE und MBFR stehen? Kann ein Zusammenhang zwischen KAE und Verhandlungen über nukleare Mittelstreckenwaffen hergestellt und genutzt werden?
- Unter welchen Voraussetzungen wäre ein sowjetisches Interesse an militärischer Stabilität in Europa vorstellbar? Kann das sowjetische Interesse an einer Intensivierung der wirtschaftlichen, insbesondere energiewirtschaftlichen Kooperation, dabei genutzt werden?

4) Für die Realisierung des westlichen Gesamtkonzepts ist zu berücksichtigen, daß West und Ost mit dem vorgesehenen Verhandlungsforum der 35 KSZE-Teilnehmerstaaten gegensätzliche Zielvorstellungen verbinden. Es erscheint wenig realistisch, als Geschäftsgrundlage des Verhandlungsprozesses eine Abkehr der SU von ihrem ideologisch fundierten Konzept der „militärischen Entspannung“ und ihre Zustimmung zu dem auf militärische Stabilisierung ausgerichteten westlichen Konzept zu fordern. Zunächst werden wir darauf angewiesen sein, vom bestehenden Dissens der Zielvorstellungen ausgehend, das Interesse der WP-Staaten an der Konferenzidee zu nutzen, um möglichst viele unserer eigenen Ziele durchzusetzen. Da sich der Osten in seinem Sinne ähnlich verhalten wird, wird für den Erfolg ausschlaggebend sein, ob wir die Gefahren neutralisieren können, die sich aus unserer Einlassung auf Verhandlungen über militärische Aspekte der Sicherheit in diesem Rahmen ergeben. Vor allem sind folgende Gefahren zu berücksichtigen:

- Die Konzentration der Verhandlungen im 35er Rahmen auf Fragen der militärischen Sicherheit könnte zu einer Austrocknung des KSZE-Prozesses in anderen Bereichen führen, an deren Fortführung ein besonderes deutsches und westliches Interesse besteht.
- Die Konzentration der Verhandlungen über Sicherheit in Europa auf das Forum der 35 KSZE-Teilnehmerstaaten könnte in ihrer Loslösung von den Fra-

gen des machtpolitischen Kräfteverhältnisses führen und einem Sicherheitssystem Vorschub leisten, das nicht auf dem durch die Bündnissysteme verbürgten militärischen Gleichgewicht, sondern auf gegenseitig deklarierten friedlichen Absichten aufbaut.

5) Bei der Bewertung der Gefahren, die sich für die Ausgewogenheit des KSZE-Prozesses ergeben könnten, stimmen westliche wie auch neutrale und ungebundene Teilnehmerstaaten grundsätzlich überein. Im Rahmen der EPZ sind bereits die Grundzüge einer Verhandlungsstrategie entwickelt worden, die auf Wahrung der Gesamtbalance dieses Prozesses abzielt. Ein vom PK gebilligter und in die NATO-Konsultationen eingeführter Bericht der KSZE-Arbeitsgruppe der EPZ (CSCE (80)2/Ref./5.2.1980)¹⁸ enthält hierzu folgende Elemente:

- a) Enge und klar definierte Verbindung zwischen KAE und KSZE.
- b) Deshalb möglichst genaues Verhandlungsmandat des KSZE-Folgetreffens in Madrid für eine KAE.
- c) Verhandlung über dieses Mandat in Madrid und nicht auf einem multilateralen Vorbereitungstreffen.
- d) Inhalt des Mandats: geographische Anwendung in ganz Europa einschließlich des sowjetischen Territoriums bis zum Ural; verifizierbare und verbindliche vertrauensbildende Maßnahmen, die auf Transparenz der militärischen Aktivitäten und Verminderung der Gefahr von Überraschungsangriffen ausgerichtet sind. Verbindlichkeit bedeutet dabei nicht notwendigerweise Vertragsform; es genügt möglicherweise die Aufhebung der in der Schlußakte vorgesehenen Freiwilligkeit sowie eine präzisere Umschreibung der Zusagen.
- e) Verhandelbarkeit: Trotz des zu erwartenden sowjetischen Widerstands gegen die Einbeziehung des europäischen Territoriums der Sowjetunion keine Andeutung einer Konzessionsbereitschaft; da östliche Vorschläge für deklaratorische Maßnahmen gerade nach Afghanistan unannehmbar sind, müssen deklaratorische Elemente auf das Minimum im Lichte des Fortschritts beschränkt werden, der auf dem Gebiet der Sicherheit tatsächlich zu erzielen ist.
- f) Inhaltliche Weiterentwicklung der in der KSZE-Schlußakte enthaltenen vertrauensbildenden Maßnahmen:

Priorität muß die Verhandlung militärisch wirksamer Maßnahmen in einer KAE haben; bei Scheitern eines entsprechenden Mandats möchten einige Partner (so wir, dagegen Frankreich) die Option der Weiterentwicklung der „klassischen“ CBMs offenhalten.

g) Um ausgewogene Ergebnisse in allen drei Körben sicherzustellen, dürfen Fortschritte im militärischen Bereich nicht zu Lasten des humanitären Bereichs gehen: Ein KAE-Mandat darf nicht das einzige Ergebnis von Madrid sein.

h) Übergang von der ersten zu einer weiteren KAE-Phase: Entscheidung auf der Grundlage der Ergebnisse einer ersten Phase auf einem späteren KSZE-Folgetreffen.

¹⁸ Für den Wortlaut des vom Politischen Komitee im Rahmen der EPZ am 12./13. Februar verabschiedeten Berichts „Les aspects militaires de la sécurité – rapport sur la base du questionnaire des neuf“ vom 5. Februar 1980 vgl. den Drahtbericht Nr. 483 aus Rom (Coreu) vom 6. Februar 1980; Referat 200, Bd. 112924.

i) Unterstützung der Neutralen und Nichtgebundenen unerlässlich zur Durchsetzung des westlichen Konferenzkonzepts.

Fragen, die einer Lösung bedürfen:

- Abstimmung über Rückfallpositionen für Verhandlungen zur Fortentwicklung der „klassischen“ CBMs auf dem Folgetreffen in Madrid,
- Art und Weise, wie die vertrauensbildenden Maßnahmen verbindlich gemacht werden können,
- ausgewogenes Ergebnis in Madrid: Welche Verhandlungsergebnisse müssen in Korb III¹⁹ erzielt werden, um ein KAE-Mandat zu rechtfertigen?
- Verhandelbarkeit: Wie weit können wir uns auf östliche Vorschläge für deklaratorische Maßnahmen einlassen?

6) Schwieriger wird es sein, eine gemeinsame westliche Position im Hinblick auf die Wahrung der Interessen des Bündnisses in Verhandlungen im 35er-Rahmen zu finden und durchzusetzen.

Das in Helsinki etablierte Forum der 35 souveränen, auf der Basis völliger Gleichberechtigung handelnden Staaten hat es ermöglicht, die unabhängige Teilnahme der mit der Sowjetunion verbündeten osteuropäischen Staaten und der NNA²⁰-Staaten am Entspannungsprozeß zu sichern. Aus dieser für den Westen wichtigen Zielsetzung ergab sich die Notwendigkeit, den beiden Bündnisssystemen nicht nur keine Rolle in den Verhandlungen zu geben, sondern sogar ausdrücklich festzuschreiben, daß den Verhandlungen kein Block-zu-Block-Charakter zukommen soll. So nützlich dieses Verhandlungsmuster sich für die allgemeine Fortführung des Entspannungsprozesses erwiesen hat, so problematisch ist es für die Behandlung von Fragen der militärischen Sicherheit. Hier bietet es der Sowjetunion Ansatzpunkte zur Verfolgung ihres Konzepts eines europäischen Sicherheitssystems, das auf Singularisierung der europäischen Mittel- und Kleinstaaten gegenüber der europäischen Weltmacht Sowjetunion, auf Lockerung des durch die NATO gesicherten Verbundes zwischen Westeuropa und Nordamerika und langfristig auf Auflösung der Bündnisse abzielt.

Aus westlicher Sicht war es deshalb sinnvoll, daß sich die KSZE-Schlußakte bei der Behandlung der militärischen Aspekte der Sicherheit auf einige wenige und vorwiegend politisch wirksame Maßnahmen zur Vertrauensbildung im militärischen Bereich beschränkt hat. Ebenso wichtig war es gleichzeitig, mit MBFR ein Forum zu schaffen, das dem westlichen Bündnis die ihm aufgrund der realen Sicherheitslage in Europa zukommende Bedeutung zuwies und insofern das KSZE-Forum als sicherheitspolitisches Korrektiv ergänzte.

Eine gesonderte Konferenz, die sich ausschließlich mit Fragen der militärischen Sicherheit befaßt, läßt dieses Problem in einem neuen Licht erscheinen. In den bisherigen Vorbereitungen zur KAE in der NATO und in der EPZ haben wir deshalb die notwendige Rolle des Bündnisses im Verhandlungsprozeß stets betont. In bilateralen Konsultationen ist es uns gelungen, die ursprünglich reservierte französische Haltung in dieser Frage aufzulockern. In dem o. a. EPZ-

¹⁹ Für den Wortlaut des Abschnitts „Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen“ (Korb III) der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 946–964.

²⁰ Neutral and non-aligned.

Bericht zur KAE (vgl. Ziff. 5) wird festgestellt, daß die Verhandlungen auf einer KAE die Realität der Allianzen in Europa und die sich daraus ergebenden Implikationen nicht außer acht lassen dürfen. Gleichzeitig wird festgestellt, daß die Rolle der Allianzen im Zusammenhang mit den vertrauensbildenden Maßnahmen noch vertieft untersucht werden muß.

Nach unserer Auffassung müssen die verteidigungspolitischen Interessen des westlichen Bündnisses in folgender Hinsicht sichergestellt werden:

a) Die Bündnispartner müssen in den Verhandlungen die Möglichkeit haben, ihre gemeinsamen Sicherheitsinteressen gemeinschaftlich zu vertreten; dies dürfte indes nicht auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen. Bereits in Belgrad²¹ war die Verhandlungspraxis, was die Meinungsbildung und Diskussionsführung betrifft, von der Dreiteilung in NATO/WP/NNA-Staaten geprägt. Auf einer KAE sollte es bei effektiver allianzinterner Abstimmung möglich sein, die gemeinsame Verhandlungsposition im 35er-Rahmen ggf. auch mit verteilten Rollen zu vertreten.

b) Wichtiger wird es sein, sicherzustellen, daß die Verhandlungsergebnisse die Struktur der integrierten Verteidigung im Bündnis nicht beeinträchtigen.

Ein Mitspracherecht des WP in Fragen der westlichen Verteidigung, das bei MBFR erfolgreich abgewehrt werden konnte, darf nicht auf dem Umweg über eine KAE begründet werden. Insofern ist die Kollektivität, die wir als Kernprinzip bei MBFR durchgesetzt haben, auch für eine KAE relevant. Dies würde selbstverständlich vor allem für die Verminderung und Begrenzung von Rüstungen als denkbarer Inhalt einer zweiten Phase gelten. Aber auch für vertrauensbildende und stabilisierende Maßnahmen kann die Kollektivität relevant werden, und zwar in dem Maße, in dem die militärische Flexibilität eingeschränkt wird. Dies wird für jede Einzelmaßnahme sorgfältig zu prüfen sein. Der Wortlaut unserer Zusage muß so beschaffen sein, daß die Kollektivität gewahrt bleibt, wo dies nötig ist. Ihre ausdrückliche Erwähnung wird allerdings kaum durchzusetzen sein.

c) Wenn es gelingt, in den Rahmenbedingungen für eine KAE den praktischen Erfordernissen der integrierten Verteidigung Rechnung zu tragen, wird damit gleichzeitig einem grundlegenden sicherheitspolitischen Interesse des Westens entsprochen: Es darf nicht der Eindruck entstehen, als käme dem Atlantischen Bündnis keine eigenständige Rolle in den Verhandlungen über die Sicherheit in Europa zu. Unter diesem Gesichtspunkt wird sich mit zunehmender Bedeutung der KAE die Frage nach ihrem Verhältnis zu MBFR als erste gemeinsame Verhandlungsaufgabe des Bündnisses stellen und einer konzeptionellen Lösung bedürfen.

Fragen, die einer Lösung bedürfen:

Die mit der Rolle des Bündnisses in einer KAE zusammenhängenden Fragen sind im Bündnis noch nicht untersucht worden. Zur Vorbereitung der Diskussion wären Beiträge zu folgenden Fragen hilfreich:

²¹ In Belgrad fand vom 4. Oktober 1977 bis 9. März 1978 die erste KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 88.

- Stehen die Verfahrensregeln von Helsinki („blue book“)²² der gemeinschaftlichen Vertretung von Interessen des westlichen Bündnisses entgegen und bedürfen sie ggf. einer Anpassung an die gegenüber der damaligen Situation veränderten Verhandlungsaufgabe einer KAE?
- Welche Handhaben bieten sich, um in einem von der KAE zu verabschiedenden Dokument Kollektivität für die Anwendung vereinbarter Maßnahmen sicherzustellen?
- Könnte die Herstellung einer Verbindung zwischen KAE und MBFR genutzt werden, um die Rolle des Bündnisses in Verhandlungen über die Sicherheit in Europa zu unterstreichen?

7) Das hier aufgezeigte Instrumentarium bietet die Aussicht, den KAE-Prozeß so zu steuern, daß die sich aus dem Forum ergebenden Risiken umgangen werden und daß die Eigendynamik des Verhandlungsprozesses sich – ähnlich wie bei der KSZE – im Sinne der westlichen und nicht der östlichen Zielsetzungen entfaltet. In dem Maße, wie es gelingen wird, den Verhandlungsgegenstand auf konkrete Maßnahmen im Sinne des westlichen Stabilisierungskonzepts festzuschreiben und ein Abgleiten der Verhandlungen in Richtung auf deklaratorische Projekte zu verhindern, würde die Konferenz für die SU als Forum der „militärischen Entspannung“ an Interesse verlieren. Damit würde die Gefahr der Austrocknung des KSZE-Prozesses abnehmen, und der Westen wäre mancher Rücksichten enthoben, die gegenwärtig bei Verhandlungen über militärische Fragen der Sicherheit im Hinblick auf die Entwicklung in anderen Bereichen der Schlußakte angebracht erscheinen. Andererseits würde es schwieriger werden, das sowjetische Interesse an der Konferenz an sich taktisch für Fortschritte in den Verhandlungen zu nutzen. Fortschritte würden dann im wesentlichen davon abhängen, ob es dem Westen mit Unterstützung der Neutralen und Nichtgebundenen längerfristig gelingt, die SU auf ein Konzept vereinbarter militärischer Stabilität festzulegen.

Bei aller Zuversicht muß jedoch in Rechnung gestellt werden, daß die Verhandlungen sich auch entgegen den westlichen und im Sinne der östlichen Zielvorstellungen entwickeln könnten.

Für diesen Fall muß sich der Westen alle angemessenen Möglichkeiten²³ offenhalten. Schon aus diesem Grunde ist etappenweises Vorgehen geboten und im Hinblick auf Madrid die Festlegung auf Verhandlungsziele, die über ein Mandat für vertrauensbildende Maßnahmen in einer ersten KAE-Phase hinausgehen, zu vermeiden.

Ob der Verhandlungsprozeß im Sinne westlicher Zielsetzungen zu steuern ist, wird in erster Linie von der Zusammenarbeit unter den Neun und in der NATO sowie von der Koordinierung beider Konsultationsgremien auf allen Stufen des Verhandlungsprozesses abhängen. Voraussetzung ist die Entwicklung einer westlichen Verhandlungsstrategie, die sich an gemeinsam definierten Zielset-

²² Die Verfahrensregeln für die KSZE waren in den Ziffern 64 bis 88 der Schlußempfehlungen der multilateralen Vorgespräche für die KSZE in Helsinki vom 8. Juni 1973 festgelegt. Gemäß Ziffer 79 waren die Vertreter der Teilnehmerstaaten berechtigt, formelle Vorbehalte oder interpretative Erklärungen registrieren zu lassen. Vgl. dazu SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 605.

²³ Die Wörter „alle angemessenen Möglichkeiten“ wurden von Ministerialdirektor Blech handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „die Möglichkeit der Blockierung.“

zungen orientiert und die Interessen aller Beteiligten in Rechnung stellt. Hierfür kann die EPZ wie bisher eine nützliche Rolle spielen, insbesondere auch um französische Sonderinteressen einzubinden. Ein geschlossenes westliches Auftreten auf sicherheitspolitischem Gebiet kann letztlich aber nur durch umfassende Konsultationen aller Bündnispartner in der NATO sichergestellt werden.

Zukünftige Aufgaben:

- Fortentwicklung der gemeinsamen Position zur Verbindung KSZE/KAE auf der Grundlage des bereits in die NATO eingeführten EPZ-Berichts zu diesem Fragenkomplex (vgl. Ziff. 5).
- Einigung auf ein für alle Bündnispartner akzeptables Vorschlagspaket vertrauensbildender Maßnahmen und Erarbeitung von inhaltlichen Kriterien, die in ein KAE-Mandat aufgenommen werden könnten.
- Zusammenfassung der Konsultationen zu beiden Komplexen in einem geeigneten NATO-Forum (POLADS oder SPC mit Experten aus den Hauptstädten) mit dem Ziel, eine Handlungsweisung für die westlichen Delegationen in Madrid – einschließlich eines illustrativen Mandats – auszuarbeiten.

VS-Bd. 11444 (221)

101

Ministerialdirigent Haas, z.Z. Salisbury, an das Auswärtige Amt

114-2662/80 VS-vertraulich

Fernschreiben Nr. 90

Citissime nachts

Aufgabe: 3. April 1980, 21.00 Uhr¹

Ankunft: 3. April 1980, 22.30 Uhr

Auch für New York UNO

Betr.: Vorbereitung der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Simbabwe/Rhodesien

Bezug: DB Nr. 88 vom 2.4.80², DB Nr. 89 vom 2.4.80³

¹ Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 14.

Hat dem Bereitschaftsdienst am 3. April 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[errn] VLR Dr. Platz benachrichtigt.“

Hat Vortragendem Legationsrat Hillgenberg am 4. April 1980 und erneut am 8. April vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 320 verfügte.

² Ministerialdirigent Haas, z. Z. Salisbury, resümierte ein Gespräch mit dem britischen Gouverneur für Rhodesien/Simbabwe, Soames, am 1. April 1980: „Mit viel Glück, so Soames, seien bisher zwei der drei Hauptziele erreicht: ehrenhafte Entlassung der Kolonie in Unabhängigkeit, und dies unter Wahrung der Interessen Großbritanniens und seiner Freunde. Jetzt müßten alle das dritte Ziel weiterverfolgen: stabile innere Entwicklung Simbawbes bei einer dem Westen gewogenen Ungebundenheit, die trotz großer Fähigkeiten und vernünftiger Absichten Mugabes durchaus nicht gesichert sei.“ Soames habe für „schnelle und großzügige Hilfe“ durch die Bundesrepublik und die Europäischen Gemeinschaften geworben und erklärt, „er hoffe, wir würden angesichts großer Wirkungsmög-

New York UNO sofort D5⁴ vorzulegen. Dieser Bericht enthält heutiges (zweites) Gespräch mit AM Mzenda, Vorgeschichte dieses Gesprächs, Verhandlungsstand, Wertung und Votum.

Wegen Ausfalls Chi-Gerät⁵ werden jetzt Abschnitte Verhandlungsstand, Wertung und Votum zuerst abgesetzt.

III. Verhandlungsstand

1) Wir haben Recht zur Vertretung Interessen Berlins einschließlich konsularischer Betreuung schriftlich durch Brief des BM an AM Mzenda⁶ und durch eingehende mündliche Erläuterungen gegenüber AM Mzenda (und seinen Mitarbeitern) klargestellt. Vertretungsrecht wurde auf allen angesprochenen Ebenen ohne Vorbehalt mündlich bestätigt. AM Mzenda ist bereit, Bestätigung gegenüber BM zu wiederholen. Außerdem wurde schriftliche zustimmende Antwort auf BM-Brief versprochen.⁷

2) Wenn Antwortbrief Mzendas vorliegt, haben wir alle denkbare Sicherheit. Solange dies nicht der Fall ist, ergibt bisheriges Ergebnis im Vergleich mit anderen Ländern, bei denen wir ebenfalls besondere Klarstellungen für erforderlich gehalten haben, folgendes:

Fortsetzung Fußnote von Seite 559

lichkeiten im südlichen Afrika für EG und die Bundesrepublik Deutschland „not be too particular about the Berlin clause“. Vgl. Referat 320, Bd. 125207.

³ Legationsrat I. Klasse Ohlraun, Salisbury, berichtete, Ministerialdirigent Haas habe dem designierten simbabwischen Außenminister Mzenda am 31. März 1980 dargelegt, er sei in Simbabwe, um die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu regeln: „Die Punkte seien: Anwendung der völkerrechtlichen Regeln über diplomatisch-konsularische Beziehungen (WÜD, WÜK), Vertretung der Interessen von Berlin (West) einschließlich konsularischer Betreuung von deutschen Staatsangehörigen mit Wohnsitz in Berlin, Erlaubnis zur Errichtung einer Funkanlage und gegenseitige Unterstützung bei der Kanzlei- und Wohnungsbeschaffung.“ Mzenda habe sein Einverständnis zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen erklärt und keine Probleme bei der Gewährung von Immunitäten gesehen: „Zu Berlin meinte er, das sei doch kein Problem, da Berlin (West) Teil der Bundesrepublik Deutschland sei.“ Nach Unterrichtung über den „besonderen Status von Berlin und die Grundlagen der Außenvertretung von Berlin (West) durch die Bundesrepublik“ habe Mzenda vorgeschlagen, „daß BM vor dem 17.4. ein Schreiben an ihn richte, in dem er den Wunsch zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zum Ausdruck bringe. Außerdem solle BM bereits das Agrément-Ersuchen für unseren Botschafter mitbringen.“ Vgl. Referat 320, Bd. 125207.

⁴ Carl-August Fleischhauer.

⁵ Chiffrier-Gerät.

⁶ Dazu vermerkte Vortragender Legationsrat Hillgenberg handschriftlich: „liegt bei“.

In dem Schreiben vom 3. April 1980 an den designierten simbabwischen Außenminister Mzenda erläuterte Bundesminister Genscher erneut die Absicht, anlässlich der Unabhängigkeitsfeierlichkeiten am 17./18. April 1980 diplomatische Beziehungen aufzunehmen: „Herr Haas hat Ihnen dargelegt, daß sich die Aufnahme diplomatischer Beziehungen auf ein Einvernehmen beider Seiten über einige Punkte gründen sollte, die für die Tätigkeit der Botschaften von Bedeutung sind. Ich beziehe mich darauf, daß die völkerrechtlichen Regeln über die diplomatischen und konsularischen Beziehungen Anwendung finden und daß die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Salisbury, entsprechend der Rechtslage einschließlich des Vier-Mächte-Abkommens vom 3. September 1971, die Interessen von Berlin (West) vertreten und Deutsche mit Wohnsitz in Berlin (West) konsularisch betreuen wird, vorausgesetzt, daß nicht Angelegenheiten der Sicherheit und des Status von Berlin berührt sind.“ Vgl. Referat 320, Bd. 125207.

⁷ Legationsrat I. Klasse Ohlraun, Salisbury, übermittelte am 11. April 1980 das Antwortschreiben des designierten simbabwischen Außenministers Mzenda auf das Schreiben des Bundesministers Genscher vom 3. April 1980. Darin hieß es: „It is the intention of our country to accede to the Vienna Convention on diplomatic and consular relations soon after attaining independence. Secondly, our government will accept that the embassy of the Federal Republic of Germany will be competent to represent the interests of Berlin (West) and perform consular services for Germans having their permanent residence in Berlin (West), provided that matters relating to security and status of Berlin are excluded.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 109; Referat 320, Bd. 125207.

- Bei Angola (und osteuropäischen Staaten, Mongolei, Kuba und Vietnam) konnten wir Funktion der Botschaft in Briefwechseln festhalten, allerdings nur für engeren Bereich konsularischer Betreuung und für Einreisefragen.
- Mosambik haben wir Vertretungsrecht unwidersprochen mündlich erläutert und Erläuterung in einseitigem Vermerk festgehalten, jedoch erfolgte weder schriftliche Klarstellung durch BM noch förmliche Bestätigung durch Außenminister.⁸
- Bei China erfolgte Klarstellung durch BM, jedoch nur mündlich und nicht in Form eines Briefes, der von Gegenseite mit mündlicher Zustimmung entgegengenommen wurde.⁹

Wir hätten folglich auch ohne Antwortbrief von AM Mzenda ein Ergebnis, das dem gegenüber China erzielten ähnelt, aber wegen Schriftform der Klarstellung von Vorteil ist. Auch verglichen mit den anderen Fällen, in denen wir Zweifel an der Haltung zu Berlin hatten, und daher besondere Klarstellung für erforderlich hielten, wäre vorläufiges Ergebnis vorzeigbar.

IV. Wertung

1) Von AM Mzenda (ebenso wie von Minister Hove und Staatsminister im Präsidialamt Munangagwa) betonter Wunsch nach guter Zusammenarbeit mit uns ist ebenso glaubhaft wie erklärte Bereitschaft zu baldiger Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Wenn es zu Beziehungsaufnahme nicht schon am 18. April kommen sollte, dann jedenfalls nicht wegen simbabwischer Vorbehalte gegen uns, sondern weil Premierminister derartige Entscheidungen erst nach Unabhängigkeit treffen will. Sein Staatsminister Munangagwa sagte mir heute, Premierminister werde BM empfangen, und es werde keine Schwierigkeiten geben, sich dann über Beziehungsaufnahme zu verständigen.¹⁰

⁸ Die diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Mosambik wurden mit Wirkung vom 26. Februar 1976 aufgenommen. Vgl. dazu AAPD 1976, I, Dok. 8.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Marschall Freiherr von Bieberstein legte dazu am 12. Juli 1979 dar: „Rechtlich gesehen stellt sich die Lage gegenüber Mosambik so dar, daß die mosambikanische Regierung unsere Darlegung über unser Vertretungsrecht für Berlin und die Berliner Bevölkerung widerspruchslos zur Kenntnis genommen und in dieser Kenntnis der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zugestimmt hat, ohne jedoch ausdrücklich auch unserem Vertretungsrecht für Berlin und den von uns dargelegten diesbezüglichen Einzelpunkten zugestimmt zu haben. Sie kann also jederzeit – etwa unter Berufung auf eine sowjetische Auslegung des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin – behaupten, unsere Darlegungen zu unserem Vertretungsrecht für Berlin seien völkerrechtlich nicht haltbar gewesen und Mosambik sei mangels gegenteiliger Vereinbarung auch nicht daran gebunden. Darüber hinaus sind keinerlei schriftliche Festlegungen erfolgt, so daß unsere Behauptung der widerspruchslosen Hinnahme unserer Berlin-Position auch nicht nachweisbar ist.“ Vgl. Referat 320, Bd. 125163.

⁹ Die Volksrepublik China und die Bundesrepublik Deutschland nahmen am 11. Oktober 1972 während eines Besuchs des Bundesministers Scheel vom 10. bis 14. Oktober 1972 diplomatische Beziehungen auf. Vgl. dazu AAPD 1972, III, Dok. 328.

¹⁰ Bundesminister Genscher führte am 18. April 1980 in Salisbury ein Gespräch mit Ministerpräsident Mugabe. Ministerialdirigent Haas vermerkte dazu am 21. April 1980, Genscher habe über den Beschluß der Bundesregierung unterrichtet, „für den beschleunigten Wiederaufbau Simbabwe DM 57 Mio. im Jahre 1980 zur Verfügung zu stellen. Als Soforthilfe für die Wiedereingliederung von Flüchtlingen werde die Bundesregierung DM 2 Mio. leisten.“ Mugabe habe dem Vorschlag zugestimmt, „gleichzeitig von beiden Seiten eine gleichlautende Erklärung“ über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu veröffentlichen: „Er dankte für die angekündigte deutsche Entwicklungshilfe und bekräftigte seinerseits die Bereitschaft zu freundschaftlicher Zusammenarbeit, die u. a. in der Wirtschaft, Wissenschaft und Technik hoherwünscht sei.“ Vgl. Referat 320, Bd. 125027.

2) Glaubhaft sind auch die bereits abgegebenen eindeutigen und förmlichen mündlichen Erklärungen, daß es in Simbabwe bei unserer Vertretung der Interessen Berlins und bei konsularischer Betreuung von Berlinern keine Schwierigkeiten geben werde.

Es gibt auch nicht bloße Indizien, sondern – siehe vor allem Beitrittsantrag Lomé¹¹ – handfeste Anhaltspunkte dafür, daß Regierung Mugabe kein Handlanger sowjetischer oder DDR-Interessen sein wird. Mzenda und Munangagwa betonten gleichermaßen simbabwische Ungebundenheit, die gewisse Großmächte unglücklich mache. Nach zuverlässiger Auskunft plant Simbabwe in Europa Botschaften vorerst nur in London, Bonn, Brüssel, Stockholm, Bukarest und Belgrad.

3) Für simbabwische Weigerung, Einvernehmen jetzt schon schriftlich zu fixieren, sind mehrere Gründe denkbar. Mündlich erklärter Grund, BM-Brief liege noch nicht im Original vor, zielt wohl auf Zeitgewinn.

Regierung ist formell noch nicht im Amt, und wahrscheinlich will Regierung Mugabe erst nach Unabhängigkeit mit Ausland verkehren.

Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit designierter Regierung leidet zusätzlich darunter, daß es ihr an Erfahrung und – vor allem im Außenministerium, das mit einer einzigen Auslandsvertretung in Pretoria dahinkümmerte – an kompetentem und vertrautem Beamtenapparat fehlt. Dies wirkt sich besonders aus, wenn Regierung, wie jetzt von uns, kurzfristig vor Entscheidung gestellt wird, deren rechtlichen Hintergrund und weltpolitische Verästelungen sie nicht zu durchschauen und überblicken fürchtet.

Bei dieser Lage halte ich es für sehr wahrscheinlich, daß Simbabwe spätestens nach Unabhängigkeit mit dem zugesagten Schreiben überkommen¹², kann mich dafür aber nicht verbürgen.

4) Ich glaube nicht, daß jetzt weiteres Drängen nützt, jedenfalls nicht bis Unabhängigkeitstag.¹³ Bis dahin werden die geschilderten Entscheidungsprobleme andauern und durch Terminprobleme noch verstärkt werden. Innerhalb vier Tagen hat AM immerhin zweimal insgesamt anderthalb Stunden für unsere Delegation Zeit gehabt, und Hove, der einzige Schwarze im Außenministerium, hat mir darüber hinaus über zwei Stunden gewidmet. Insbesondere hielte ich nichts davon, jetzt noch Premierminister ins Spiel zu bringen.

¹¹ Ministerpräsident Mugabe erklärte nach Gesprächen mit dem Mitglied der EG-Kommission, Cheysson, am 1./2. April 1980, Rhodesien/Simbabwe werde unmittelbar nach Erlangung der Unabhängigkeit den Beitritt zum zweiten AKP-EWG-Abkommen von Lomé vom 31. Oktober 1979 beantragen. Einen entsprechenden Antrag stellte Simbabwe am 18. April 1980, dem Tag seiner Unabhängigkeit. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 4/1980, S. 32 f.

Der AKP-EWG-Ministerrat erteilte dem Antrag auf seiner Tagung am 8./9. Mai 1980 in Nairobi seine Zustimmung. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 5/1980, S. 82.

¹² So in der Vorlage.

¹³ Legationsrat I. Klasse Ohlraun, Salisbury, berichtete am 21. April 1980: „Die Mitternacht des 17./18. April war die Geburtsstunde des 50. OAE-Mitglieds, des 43. Commonwealth-Mitglieds und des sechsten Frontlinienstaates. Aus Südrhodesien, der letzten bedeutenden überseeischen Besitzung Großbritanniens, wurde Simbabwe. Nach 14 Jahren der Illegalität, sieben Jahren Guerillakrieg, dem siebenmonatigen Zwischenspiel unter Smith-Muzorewa und der vier Monate währenden Rückkehr unter britische Oberherrschaft entstand ein Staat, dem man schon jetzt eine bedeutsame politische und wirtschaftliche Rolle in Afrika vorhersagt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 131; Referat 320, Bd. 125205.

Leiter Verbindungsbüros sollte bei Übergabe BM-Briefs und ggf. periodisch an zugesagte Antwort erinnern.

V. Votum

Ich rate zu Ministerreise und zu Beziehungsaufnahme schon aufgrund bisher erzielter Zusicherungen, selbst wenn AM Mzendas Antwortbrief auf sich warten lassen sollte.

Wir sollten in deutschem, europäischem und westlichem Interesse in Salisbury präsent sein, und das so bald und so sichtbar wie möglich.

¹⁴I. Gespräch mit AM am 3.4.

Heutiges (zweites) Gespräch mit AM Mzenda fand in Anwesenheit von Byron Hove, Williams und Hillgenberg statt. Williams schlug als Ergebnis seiner Gespräche mit Hillgenberg vor, daß AM persönliches Schreiben an BM richte und darin Berlin-Punkt erwähne.

Ich ergänzte, ich sei beauftragt, zur Vervollständigung Vorschlags Aufnahme diplomatischer Beziehungen Ohlraun als Chargé d'Affaires vorzuschlagen, und überreichte entsprechendes Schreiben.

Hove erklärte, AM habe mir bereits bei letztem Treffen erläutert, daß er hinsichtlich der nun auch im Schreiben BM angesprochenen Punkte keine Schwierigkeiten sehe. Mzenda übernahm darauf Gesprächsführung und sagte, es bestünden „no problems on the points at all“. Da Brief BM aber im Original noch nicht vorliege, wolle er zwar vorerst davon ausgehen, daß Voraustext, mit dem er keine Schwierigkeiten habe, mit Original identisch sei. Verbindliche schriftliche Antwort sei aber nur nach Eingang Originals möglich. Er werde nach dessen Eingang BM schriftlich antworten und sehe keine Schwierigkeiten, dann auch zu bestätigen, daß keine Einwendungen bestehen. Ich faßte Ergebnis entsprechend zusammen, erhielt von AM Bestätigung Richtigkeit dieser Zusammenfassung und sagte, ich würde jetzt Weisung erbitten, ob ich sein Antwortschreiben hier abwarten oder BM bei Reisevorbereitung zur Verfügung stehen solle. BM würde bei Treffen mit AM am 18.4. vermutlich auf von ihm angesprochene Punkte zurückkommen. AM antwortete, er werde BM selbstverständlich am Flughafen empfangen und stehe für Gespräche mit BM zur Verfügung, bei dem alles bestätigt werden könne. Allerdings sehe er keine Veranlassung, hierauf zu sehr zu beharren. Es bestehe doch sowohl Einverständnis, daß wir Botschaft in Salisbury eröffnen können, als auch, daß Brief BM mit Bestätigung darin angeführter Punkte beantworten werde.

AM erkundigte sich anschließend nach Problemen, die wir hinsichtlich Berlins mit anderen Ländern hätten, sowie nach Status von Ost-Berlin. Hillgenberg und ich gaben hierzu kurzen Überblick. AM wiederholte abschließend, bei Simbabwe bestehe kein Grund, diesen Problemen zuviel Gewicht zu geben. Simbabwe sei kein Land, das der Linie irgendeines anderen Landes folge.

II. Vorgeschichte des heutigen Gesprächs

1) Wir haben Ergebnisse angestrebt

- mit Außenminister und seinem (einzigen) schwarzen Berater, Special Assistant Byron Hove,

¹⁴ Beginn des zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

- mit Mr. Williams und Miss Murray vom Außenministerium,
- mit Hilfe der Briten.

Es wurde zunehmend klar, daß es auf AM und seine Berater ankommt. Ferner, daß britische Hilfestellung äußerst korrekt, aber ohne politischen Nachdruck gegeben wird.

2) Gespräch am 2.4. mit Byron Hove (zuletzt bei OAU tätig, 1965 Besuch in Bundesrepublik und Berlin) begann mit Fragen und Antworten zu deutscher Afrikapolitik (ich gab ihm Ministerrede 18.1.¹⁵).

Hove ließ durchblicken, wie schwierig für AM und ihn Einarbeitungsphase ist, und zeigte deutliche Zurückhaltung gegenüber seinem administrativen Unterbau.

Er erbat schriftliche Benennung und Lebenslauf des vorgesehenen Geschäftsträgers und erweckte dabei Eindruck, daß Regierung erst nach Unabhängigkeit über Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den einzelnen interessierten Staaten befinden könne.

Zu Westberlin knüpfte Hove an Bemerkung Mzendas an, es gehöre ja zur Bundesrepublik. Das sei rechtlich unzutreffend, gebe aber praktisch die in der simbabwischen Regierung herrschende Meinung wieder. Mit Vertretung Berliner Interessen würden wir daher in Simbabwe keine Schwierigkeiten haben. Schriftlich könne man jetzt auf den BM-Brief nicht antworten, weil AM formell noch nicht amtiere.

Unser Insistieren auf schriftlicher Fixierung simbabwischen Einverständnisses leuchte im übrigen nicht ganz ein, wenn Vertretungsrecht, wie von uns dargelegt, allgemein anerkannt sei. Ich erklärte nochmals unseren Wunsch nach nachweisbarer simbabwischer Stellungnahme und fragte, ob sich AM nach Unabhängigkeit schriftlich äußern könne, was Hove zuerst spontan bejahte, dann aber dahin undeutete, AM könne mündliche Zusicherung nochmals gegenüber BM abgeben.

Ich bestand auf einer nachweisbaren simbabwischen Reaktion. Hove riet mir, am 3.4. bei AM neuen Termin zu erbitten.

3) In parallelen Gesprächen mit Williams und Murray erklärten diese, es sei bisher daran gedacht, Entscheidungen über Beziehungsaufnahme erst nach Unabhängigkeit zu treffen.

Hillgenberg konnte sie jedoch von politischem Vorteil Aufnahme Beziehungen gleich bei Unabhängigkeit überzeugen. Bei Erörterung Berlin-Vertretungsrechts hielten Gesprächspartner trotz voller Übereinstimmung in der Sache förmliche Fixierung in beiderseits unterschriebenem Protokoll nicht für möglich, weil Regierung noch keine förmlichen Verpflichtungen eingehen könne. Man könne jedoch durch Note des Außenministeriums nach Unabhängigkeit Vertretung der Interessen Berlins ausdrücklich bestätigen. Auch sofortiges Antwortschreiben von AM Mzenda an BM, in dem jener Bereitschaft erklärt, am 18.4. diplomatische Beziehungen aufzunehmen, und hinzufügt, daß er im Hinblick auf die im

¹⁵ Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher vom 18. Januar 1980 über die Afrikapolitik der Bundesregierung vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 113, S. 15709–15718.

Schreiben von BM angesprochenen Punkte keine Schwierigkeiten sieht, sei möglich.

Gesprächspartner sagten zu, AM noch am gleichen Tage entsprechenden Vorschlag vorzulegen.

4) Briten haben auf Arbeitsebene bei Hove und im Außenministerium nachdrücklich auf Wichtigkeit unseres Anliegens hingewiesen. Nach Äußerung von Lord Soames mir gegenüber am 1.4. (siehe DB Nr. 88 vom 2.4.) ist ein stärkeres politisches Engagement der Briten kaum zu erwarten.

Soames hat Berlin in einem längeren Treffen am 2.4. mit Mugabe nicht angesprochen.

[gez.] Haas

VS-Bd. 11168 (320)

102

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech

220-370.73/10 LRTNF-522/80 VS-vertraulich

9. April 1980¹

Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister zur Unterrichtung und mit der Bitte um Billigung des in Abschnitt 2 vorgeschlagenen Vorgehens

Betr.: Belgischer LRTNF-Vorbehalt³;
hier: amerikanische Bitte, auf Belgien einzuwirken

Bezug: Vorlage der Unterabteilung 22 vom 26.3.1980,
Az: 220-370.73/10 LRTNF-444/80 geheim⁴

¹ Ablichtung.

Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Citron konzipiert.

Hat Legationsrat I. Klasse Bolewski am 14. April 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Hofstetter „z[ur] g[le]fälligen K[en]ntnisnahme“ verfügte.

Hat Hofstetter am 15. April 1980 vorgelegen.

² Günther van Well.

³ Zur Haltung Belgiens zur Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 16.

⁴ Ministerialdirigent Ruth notierte am 26. März 1980, er sei am Vortrag in Brüssel vom Abteilungsleiter im belgischen Außenministerium, Willot, über die Haltung Belgiens zur Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 unterrichtet worden. Die belgische Regierung habe zwar dem Beschluß und einer Stationierung von Mittelstreckensystemen auf ihrem Territorium prinzipiell zugestimmt, sich aber vorbehalten, „über die Implementierung dieser Entscheidung auf belgischem Territorium im Lichte der rüstungskontrollpolitischen Entwicklung im Juni 1980 zu befinden“. Die belgische Regierung sei zuversichtlich, termingerecht eine bestätigende Entscheidung herbeiführen zu können: „Widerstände seien nur von einer Minderheit zu erwarten. Dabei gehe es vor allem um die flämischen Sozialisten, die argumentierten, daß wegen der weltpolitischen Ereignisse die Zeit zur Einleitung von Verhandlungen nicht ausgereicht habe, so daß es erforderlich sei, die Frist für den Ablauf des Vorbehalts um weitere sechs Monate zu verlängern.“ Um gegenüber Parlament und Öffentlichkeit darlegen zu können, nichts zur Förderung von Verhandlungen über LRTNF-Begrenzungen unversucht gelassen zu haben, sei ein umfangreiches Besuchspro-

1) Ein Vertreter der US-Botschaft trug am 8. April 1980 auf Arbeitsebene die amerikanische Bitte vor, die Bundesregierung möge gemeinsam mit Washington und London prüfen, welche Schritte geeignet seien, belgische Regierung in ihrer Entschlossenheit zu bestärken, termingerecht vor der NATO-Frühjahrskonferenz in Ankara⁵, der Implementierung des LRTNF-Modernisierungsbeschlusses vom 12.12.1979⁶ auf belgischem Territorium zuzustimmen. Washington beabsichtige, in geeigneter Weise auf belgische Regierung einzuwirken, halte es jedoch für wünschenswert, daß auch die wichtigsten Bündnispartner das Interesse der Allianz an einer positiven belgischen Entscheidung in Brüssel zum Ausdruck bringen. Amerikanische Seite beabsichtige, dabei erneut zu betonen, daß SU erst dann zu Verhandlungen bereit sein werde, wenn sie eingesehen habe, daß Versuche, die Allianz in dieser Frage zu spalten, aussichtslos seien.

Amerikanischer Vertreter stellte in diesem Zusammenhang die Frage, ob deutsche Seite ggfs. Gesprächskontakte der SPD mit belgischen⁷ Sozialisten in Erwägung ziehen könne.

Ich habe amerikanische Seite über das Ergebnis der Gespräche von Dg22⁸ in Brüssel vom 25.3.80 unterrichtet und erklärt, daß die Bundesregierung auch bisher schon bei ihren Gesprächen mit belgischer Regierung⁹ für eine positive Entscheidung Brüssels eingetreten sei. Eine baldige Stellungnahme zu dem amerikanischen Vorschlag wurde in Aussicht gestellt.¹⁰

2) Es wird vorgeschlagen, daß der Herr Bundesminister aus Anlaß des Europäischen Rats¹¹ ein Gespräch mit dem belgischen AM¹² führt und ihn bei dieser Gelegenheit fragt, welche Hilfestellung von deutscher Seite geeignet wäre, ihm bei seinem Bemühen um eine termingerechte¹³ belgische Entscheidung zu nützen.¹⁴ Dabei könnte auch in Erfahrung gebracht werden, zu welchem Zeitpunkt (mit Rücksicht auf die derzeitige innenpolitische Krise¹⁵) und auf welcher Ebene Gesprächskontakte zwischen der SPD und den sozialistischen Parteigruppierungen in Belgien wünschenswert erscheinen.¹⁶

Fortsetzung Fußnote von Seite 565

gramm in den Warschauer-Pakt-Staaten außer der UdSSR geplant. Ruth vermerkte, die USA hätten daher Verbindung mit der belgischen Regierung aufgenommen, „um sie in ihrer Entschlossenheit zu stärken, die NATO-Position zu vertreten“. Vgl. VS-Bd. 10328 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

⁵ Zur NATO-Ministerratstagung am 25./26. Juni 1980 vgl. Dok. 190.

⁶ Zum NATO-Doppelbeschluß vgl. Dok. 1, Anm. 10.

⁷ Dazu vermerkte Legationsrat I. Klasse Bolewski handschriftlich: „flämischen!“

⁸ Friedrich Ruth.

⁹ Für das deutsch-belgische Regierungsgespräch am 15. Februar 1980 in Brüssel vgl. Dok. 50.

¹⁰ Dieser Satz wurde von Legationsrat I. Klasse Bolewski durch Pfeil hervorgehoben.

¹¹ Die Tagung des Europäischen Rats fand am 27./28. April 1980 in Luxemburg statt. Vgl. dazu Dok. 134.

¹² An dieser Stelle wurde von Legationsrat I. Klasse Bolewski handschriftlich eingefügt: „Simonet“.

¹³ An dieser Stelle wurde von Legationsrat I. Klasse Bolewski handschriftlich eingefügt: „positive“.

¹⁴ Zu diesem Satz vermerkte Legationsrat I. Klasse Bolewski handschriftlich: „21.4.? Parti Socialiste Belge.“

¹⁵ Ministerpräsident Martens trat am 9. April 1980 zurück, weil ein geplantes Gesetz zur Regionalisierung im belgischen Senat gescheitert war. Vgl. dazu den Artikel „Baudouin konsultiert die Politiker“, SÜDEUTSCHE ZEITUNG vom 10. April 1980, S. 8.

Am 17. April 1980 wurde Martens von König Baudouin erneut mit der Bildung einer Regierung beauftragt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 148 des Botschaftsrats I. Klasse Elles vom 18. April 1980; Referat 202, Bd. 140567.

¹⁶ Legationsrat I. Klasse Bolewski vermerkte am 14. April 1980 handschriftlich: „Laut IHT v[om] 11.4. soll amtierender Ministerpräsident Martens LRTNF-Entscheidung als ‚politically too sensitive‘ bis zur Etablierung einer neuen Regierung verschoben haben.“

3) Sollte der Herr Bundesminister dem vorgeschlagenen Procedere zustimmen, beabsichtigen wir, die amerikanische Botschaft entsprechend zu unterrichten.

gez. Dr. Blech

VS-Bd. 10328 (201)

103

Gesandter Dannenbring, Washington, an das Auswärtige Amt

114-2705/80 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1509
Citissime

Aufgabe: 9. April 1980, 20.30 Uhr¹
Ankunft: 10. April 1980, 03.55 Uhr

Betr.: Iran;
hier: Treffen Vance mit den Botschaftern verbündeter und befreundeter
Länder

Bezug: DB Nr. 1474 vom 7.4.1980²

1) Am 9.4.1980, 14 Uhr, hatte AM Vance insgesamt 24 Botschafter oder deren Vertreter sowie den Leiter der hiesigen EG-Vertretung³ ins State Department gebeten. Es handelte sich um die Botschafter der NATO-Länder sowie Österreichs⁴, Finnlands⁵, der Schweiz⁶, Schwedens⁷, Spaniens⁸, Australiens⁹, Neuseelands¹⁰, Japans¹¹ und Koreas¹².

¹ Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 21.

Hat am 10. April 1980 Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg vorgelegen.

² Gesandter Dannenbring, Washington, berichtete, Präsident Carter habe „über die großen Fernsehsender und Radio den sofortigen Abbruch der Beziehungen zum Iran sowie eine Reihe weiterer Maßnahmen“ bekanntgegeben. Carter habe mitgeteilt, die Maßnahmen seien mit den Verbündeten konsultiert worden. Dannenbring ergänzte: „Wie uns gesagt wurde, erwartet die amerikanische Regierung, daß die Verbündeten sich an der Durchführung der Sanktionen, insbesondere im wirtschaftlichen und finanziellen Bereich, beteiligen. Ferner wird, wie es heißt, die Erwartung ausgesprochen, daß die verbündeten Regierungen unverzüglich ihre Botschafter aus Teheran abberufen und ernsthaft den Abbruch der Beziehungen innerhalb der nächsten Wochen in Erwägung ziehen, sofern in der Geiselfrage keine Fortschritte erzielt wurden.“ Vgl. VS-Bd. 14084 (010); B 150, Aktienkopien 1980.

³ Fernand Spaak.

⁴ Karl Herbert Schober.

⁵ Jaakko Iloniemi.

⁶ Raymond Probst.

⁷ Wilhelm Wachtmeister.

⁸ José Lladó Fernández-Urrutia.

⁹ Nicholas Fancourt Parkinson.

¹⁰ Merwyn Norrish.

¹¹ Fumihiko Togo.

¹² Kim Yong Shik.

Vance war begleitet von stellv. Außenminister Christopher sowie von dem für Wirtschaftsfragen zuständigen Staatssekretär Cooper.

Das Treffen diene, wie Vance einleitend erklärte, der Unterrichtung der Verbündeten und Freunde über die Hintergründe und Perspektiven der vom Präsidenten am 7. April bekanntgegebenen Sanktionen.¹³ Der Inhalt dieser Erklärungen deckt sich, wie Christopher mir anschließend sagte, im wesentlichen mit dem bereits in Bonn und in den Hauptstädten des Teilnehmerkreises übergebenen Memorandum.¹⁴ AM Vance habe jedoch durch seine persönliche Intervention den amerikanischen Vorstellungen noch größeren Nachdruck verleihen wollen.

2) Vance führte im einzelnen aus:

Die Zurückhaltung der USA in der Geiselfrage und die monatelangen intensiven diplomatischen Bemühungen hätten nicht zu einer Lösung der Krise und der Freilassung der Geiseln geführt. Alle Zusagen der iranischen Regierung seien nicht honoriert worden. Die angekündigte Lösung durch das iranische Parlament sei nach Zeitpunkt und Inhalt nicht vorhersehbar. Nunmehr sei offensichtlich, daß Khomeini und die iranische Regierung nicht bereit seien, an einer Lösung der Krise mitzuwirken. Dies werde auch dadurch unterstrichen, daß Khomeini und der Revolutionsrat eine Überstellung der Geiseln an die Regierung abgelehnt haben, obwohl die Terroristen dazu bereit gewesen wären.¹⁵

Die amerikanische Regierung sei sehr dankbar für die Bemühungen des UN-Generalsekretärs¹⁶ und der hier vertretenen verbündeten und befreundeten Regierungen. Da sich auf den bisherigen Wegen eine Lösung jedoch nicht abzeichne, habe Präsident Carter die am 7. April 1980 bekanntgegebenen Maßnahmen treffen müssen. Der Erfolg dieser Sanktionen werde in erheblichem Maße von der Unterstützung durch die verbündeten und befreundeten Nationen abhängen. Notfalls würden die Vereinigten Staaten ihrerseits zusätzliche und noch stärkere Schritte unternehmen müssen.

¹³ Zu den geplanten Wirtschafts- und Finanzsanktionen gegen Iran vgl. Dok. 15, Anm. 10 und 13.

Zu den am 7. April 1980 von Präsident Carter in Kraft gesetzten amerikanischen Sanktionen gegen Iran gehörten der Abbruch der diplomatischen Beziehungen und die Weisung, Personal an den diplomatischen und konsularischen Vertretungen Irans in den USA bis 8. April auszuweisen sowie Exporte nach Iran mit Ausnahme von Lebensmitteln und Medikamenten zu verbieten. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, CARTER 1980, S. 611–614.

¹⁴ Vortragender Legationsrat I. Klasse Schlagintweit unterrichtete am 8. April 1980 die Botschaft in Teheran, der amerikanische Botschafter Stoessel habe Bundesminister Genscher ein Aide-mémoire übergeben, in dem die USA die Bundesregierung baten, bereits getroffene „Maßnahmen zur Beschränkung des Wirtschafts- und Finanzverkehrs mit Iran durch volle Anwendung der Sanktionen, die ohne sowjetisches Veto vom Sicherheitsrat beschlossen worden wären“, anzuwenden, unverzüglich den Botschafter aus Teheran abzurufen und den Abbruch diplomatischer Beziehungen zu Iran zu erwägen, falls in den nächsten Wochen keine friedliche Lösung der Geiselfrage erreicht werde. Vgl. den Drahterlaß Nr. 110; VS-Bd. 11152 (311); B 150, Aktenkopien 1980. Vgl. dazu ferner Dok. 105, Anm. 3.

¹⁵ Ayatollah Khomeini erklärte am 7. April 1980, die amerikanischen Geiseln würden bis zur Konstituierung des iranischen Parlaments, mit der erst Ende Mai oder Anfang Juni zu rechnen war, in der Hand der Botschaftsbesetzer bleiben. Vgl. dazu den Artikel „Chomeini setzt sich durch: Die Geiseln bleiben in der Gewalt der Botschaftsbesetzer“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 8. April 1980, S. 1.

¹⁶ Kurt Waldheim.

Zum Aufenthalt einer VN-Untersuchungskommission vom 23. Februar bis 10. März 1980 in Iran vgl. Dok. 88, Anm. 6.

Vance forderte sodann die angesprochenen Regierungen auf, ihre bisher schon gezeigte Zurückhaltung im Handels- und Finanzverkehr mit dem Iran zu verstärken, indem sie in diesem Bereich die vollen Sanktionen anwenden, die am 13. Januar 1980 von zehn Mitgliedern des VN-Sicherheitsrates gegen das Veto der SU beschlossen wurden.¹⁷ Für den Fall, daß dafür in einzelnen Ländern keine ausreichende Rechtsgrundlage bestehe, würde es schon nützlich sein, wenn die Regierungen sich um die Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen für Handels- und Finanzsanktionen bemühen würden.

Ferner forderte Vance die angesprochenen Regierungen zu „politischer Zusammenarbeit“ auf. Er bat darum, daß alle Regierungen die diplomatische Isolierung des Iran verstärken. Insbesondere bitte er dringend um die Abberufung der noch in Teheran amtierenden Botschafter sowie um ernsthafte Prüfung eines vollständigen Abbruchs der Beziehungen in den kommenden Wochen, sofern Iran bis dahin einer friedlichen Lösung der Krise nicht zustimme.

Vance bemerkte dazu, daß er den Wunsch vieler Regierungen verstehe, die gemäßigten Kräfte in Teheran zu unterstützen und eine verschärfte sowjetische Reaktion zu vermeiden. Die amerikanische Regierung sei jedoch fest überzeugt, daß jetzt nur noch Fortschritte zu erzielen seien, wenn man dem Iran spürbare wirtschaftliche und politische Kosten auferlege. Gleichzeitig blieben die USA zu Gesprächen bereit, wenn sich auf diesem Wege eine friedliche Lösung der Krise ermöglichen sollte.

Vance betonte den Wunsch seiner Regierung, mit den befreundeten und verbündeten Regierungen über die getroffenen Maßnahmen und etwa notwendige zusätzliche Schritte zu konsultieren. Sollten sich diese Maßnahmen als ergebnislos erweisen, seien die USA ihrerseits entschlossen, weitere Schritte zu ergreifen, um den Geiseln die Heimkehr zu ermöglichen.

3) In der folgenden Diskussion wurden eine Reihe Fragen aufgeworfen. Nur der schwedische Botschafter gab namens seiner Regierung eine Erklärung ab, der sich der finnische Botschafter voll inhaltlich anschloß. Der schwedische Botschafter erklärte:

- Sein Land sei mit den USA befreundet, wenn auch nicht verbündet. Seine Regierung sei voller Bewunderung für die von der amerikanischen Regierung und dem amerikanischen Volk bewiesene Geduld und habe großes Verständnis für die amerikanische Lage.
- Die schwedische Botschaft in Teheran werde Weisung erhalten, weiterhin die iranische Regierung mit großem Nachdruck zu einer Lösung der Geiselfrage aufzufordern und ihrerseits zu versuchen, mit den Geiseln Verbindung zu halten.
- In der Frage von Sanktionen werde sich seine Regierung streng in dem von den VN vorgezeichneten Rahmen halten. Sie sei deshalb nicht in der Lage, ihren Botschafter¹⁸ aus Teheran abzurufen.
- Er bitte darum, daß diese Haltung nicht als Mangel an Solidarität verstanden werde.

¹⁷ Zur Abstimmung des VN-Sicherheitsrats über den Resolutionsentwurf S/13735 vgl. Dok. 15, Anm. 9.

¹⁸ Kay Sundberg.

Unter den Fragen, die von einigen Botschaftern gestellt wurden, sind die folgenden hervorzuheben:

Schutzmachtvertretung:

Vance teilte mit, daß die USA die Schweiz gebeten haben, in Teheran ihre Interessen wahrzunehmen. Eine Entscheidung sei nicht gefallen. Wie mir der schweizerische Geschäftsträger sagte, habe seine Regierung schon im November 1979 der Interessenvertretung grundsätzlich zugestimmt. Es bedürfe jetzt noch eines formellen Beschlusses des Bundesrates im Lichte der letzten Ereignisse, der sicherlich positiv ausfallen werde.¹⁹

Vance teilte mit, daß der Iran Algerien und Syrien gebeten habe, die Interessenvertretung zu übernehmen. Beide hätten jedoch noch nicht reagiert.

Öllieferungen aus dem Iran:

Auf die Frage, ob die US-Regierung bereits geprüft habe, was im Falle des vom Iran angedrohten Ölembargos²⁰ geschehen solle, erwiderte Vance, daß er dieses Problem bisher nur mit einigen Regierungschefs und Außenministern in sehr allgemeiner Form besprochen habe. Es gebe in diesem Punkt noch keine detaillierten Pläne. Die USA hätten die Verbündeten nicht aufgefordert, sich an dem amerikanischen Boykott iranischer Öllieferungen zu beteiligen. Im übrigen weise er darauf hin, daß die iranische Ölproduktion ständig zurückgegangen sei und gegenwärtig nur noch 1 Million Faß pro Tag betrage, wovon nur 300 000 Faß für den Export zur Verfügung stünden. Der Rückgang der Ölproduktion habe mehrere Gründe: Mangel an Ersatzteilen und andere technische Schwierigkeiten, Mangel an qualifizierten Technikern, eine größere Explosion in einer Förderanlage, schließlich aber auch geringe Nachfrage angesichts des gegenwärtigen Überangebots und des vom Iran geforderten Überpreises. Günstigenfalls würde die Produktion wieder 1,5 Millionen Faß erreichen können.

Zusätzliche Maßnahmen:

Auf die Frage, welche zusätzlichen einseitigen Schritte die USA außer den bereits verkündeten Sanktionen²¹ ins Auge fassen, erklärte Vance ausweichend, daß im Rahmen der VN eine ganze Reihe wirksamer Sanktionen, vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet, möglich seien. Über die darüber hinausgehenden Möglichkeiten wolle er sich hier nicht äußern.

Reaktion der Sowjetunion:

Auf die Frage, ob die SU in der Lage sei, die westlichen Wirtschaftssanktionen auszugleichen, sagte Vance, daß dies nur teilweise und jedenfalls nicht im Bereich höherer Technologie zutreffe. Selbst wenn sich die SU zusammen mit den

¹⁹ Die Schweiz übernahm am 24. April 1980 die Schutzmachtvertretung für die USA in Teheran.

²⁰ Der iranische Erdölminister Moïfar kündigte am 13. Januar 1980 ein Erdölembargo gegen alle Staaten an, die sich Wirtschaftssanktionen der USA gegen Iran anschließen würden. Vgl. dazu die undatierte Aufzeichnung „Lage in Iran – Fortschreibung der Ereignisse Nr. 3/1980“; Referat 413, Bd. 121326.

In der Presse wurde berichtet, Präsident Bani Sadr habe gegenüber den Botschaftern der EG-Mitgliedstaaten „mit der ‚Ölwaffe‘ gedroht“, falls sich die Europäischen Gemeinschaften Sanktionen gegen Iran anschließen würden. Vgl. den Artikel „Der iranische Präsident droht mit der ‚Ölwaffe‘“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 14. April 1980, S. 3.

²¹ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1510 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

osteuropäischen Ländern bemühen würde, die Lücke zu schließen, würde das westliche Handelsembargo dennoch wirksam bleiben. Voraussetzung sei jedoch die Mitwirkung der verbündeten und befreundeten Länder. In diesem Fall sei auch die psychologische Wirkung des Embargos nicht zu unterschätzen. Im übrigen sei nicht zu verkennen, daß die SU ihre Kritik an der Iranpolitik der USA verstärke und versuche, sich mit Khomeini und seiner Regierung zu solidarisieren. Es sei jedoch festzustellen, daß die iranische Regierung vorläufig noch fortfahre, die SU ebenso wie die USA zu attackieren.

Haltung der islamischen Länder:

Vance bedauerte die Verschiebung der Konferenz von Islamabad²², von der sich die US-Regierung einen gewissen Druck auf Iran erhofft hatte. Er glaube, daß die islamischen Länder in der Region als Folge von Afghanistan ein zunehmendes Interesse an der Lösung der Iran-Krise hätten. Die Beziehungen zwischen Iran und Irak seien offensichtlich äußerst gespannt. Beide Länder hätten ihre Botschaften geschlossen.²³ Die USA hätten nur einen sehr dünnen Draht nach Bagdad²⁴ und könnten daher die weitere Entwicklung nur schwer beurteilen. Er wäre interessiert, die Einschätzung besser informierter Verbündeter zu erfahren. Nach seiner Meinung sei der Spannungszustand zwischen Irak und Iran einer Lösung der Geiselkrise nicht förderlich.

Rolle der VN:

Hierzu sagte Vance, daß die weiteren Bemühungen der VN in den Händen des Generalsekretärs lägen. Die Erfahrung mit der UN-Untersuchungskommission habe jedoch leider bewiesen, daß die iranische Regierung die Tätigkeit der UN nicht unterstütze, sondern im Gegenteil gegebene Zusagen nicht einhalte. Er sehe daher zu seinem Bedauern gegenwärtig keine Aussicht für eine erfolgversprechende Tätigkeit in den VN.

Pressebehandlung:

Auf entsprechende Frage erwiderte Vance, Zweck dieser Sitzung sei gewesen, den vertretenen Regierungen die amerikanischen Schritte und ihren Hintergrund sowie die amerikanische Einschätzung der weiteren Entwicklung zu erläutern und um Unterstützung der amerikanischen Maßnahmen zu ersuchen. Dies könne nach seiner Meinung auch der Presse erklärt werden. Im übrigen müsse er die Pressebehandlung den einzelnen Teilnehmern überlassen.

²² Die Konferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz fand vom 17. bis 22. Mai 1980 in Islamabad statt. Vgl. dazu Dok. 148, Anm. 7.

²³ In der Presse wurde berichtet, tausende Iraner seien nach Anschlägen in Irak, die von der dortigen Regierung dem Nachbarland angelastet würden, ausgewiesen worden. Der iranische Außenminister Ghotbzadeh habe am 6. April 1980 die Rückberufung iranischer Diplomaten aus Bagdad bekanntgegeben. Die iranischen Streitkräfte seien in Alarmbereitschaft versetzt worden. Vgl. den Artikel „Iran Alerts Army, Recalls Envoys in Iraq“; INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE vom 8. April 1980, S. 1.

In den folgenden Tagen kam es zu Gefechten zwischen irakischen und iranischen Streitkräften. Am 8. April 1980 forderte Ayatollah Khomeini die Iraker zum Aufstand gegen ihre Regierung auf. Vgl. dazu den Artikel „Kämpfe zwischen dem Iran und dem Irak“; SÜDEUTSCHE ZEITUNG vom 9. April 1980, S. 2.

²⁴ Irak brach am 7. Juni 1967 die diplomatischen Beziehungen mit den USA ab.

4) Es wird angeregt, über die Weiterleitung an die im Verteiler nicht vorgesehenen, aber beim Botschaftertreffen vertretenen Hauptstädte im AA zu entscheiden.

[gez.] Dannenbring

VS-Bd. 14084 (010)

104

Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schenk

204-321.00 USA-311/80 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 2083 Plurez

Aufgabe: 11. April 1980, 19.09 Uhr¹

Betr.: Gespräch StS van Well mit Botschafter Stoessel am 11.4.1980 in Bonn

1) StS van Well unterrichtete am 11.4. in Ergänzung einer Botschafter Stoessel bereits am 10.4. gegebenen telefonischen Vorabunterrichtung über Ablauf und Ergebnis des Neuner-AM-Treffens in Lissabon². StS unterstrich hierbei, daß BM in Lissabon vor den Außenministern der Neun und der 21³ angesichts der Iran-Krise nachdrücklich auf die Notwendigkeit zu gemeinsamer Aktion im wirtschaftlichen Bereich hingewiesen und hierbei unsere Bereitschaft zum Handeln unterstrichen habe.

2) StS unterrichtete Botschafter Stoessel dann über unsere Überlegungen zu weiterem Vorgehen in der Frage wirtschaftlicher Maßnahmen gegenüber Iran⁴:

– Zunächst in Brüssel Klärung der Rechtsgrundlagen für ein gemeinsames EG-Handeln. Wir betrachten Art. 113 des Römischen EG-Vertrages⁵ als eine ge-

¹ Durchdruck.

Drahterlaß an die Botschaften in London, Paris und Washington sowie die Ständigen Vertretungen bei den Europäischen Gemeinschaften bzw. bei der NATO in Brüssel.

Hat Staatssekretär van Well am 11. April 1980 zur Mitzeichnung vorgelegen.

² Am Rande der Tagung des Ministerkomitees des Europarats am 10. April 1980 in Lissabon trafen sich die Außenminister der EG-Mitgliedstaaten zu einer informellen Sitzung im Rahmen der EPZ. Vortragender Legationsrat I. Klasse Schlagintweit unterrichtete die Botschaft in Teheran am 10. April 1980, in der dabei verabschiedeten Erklärung sei die Forderung nach unverzüglicher Freilassung der als Geiseln festgehaltenen amerikanischen Diplomaten in Teheran wiederholt, Bedauern über das Scheitern der unter Schirmherrschaft des VN-Generalsekretärs Waldheim geführten Verhandlungen ausgedrückt und das iranische Verhalten als Verstoß gegen Prinzipien verurteilt worden, zu denen sich die Europäischen Gemeinschaften bekennen würden und die die Grundlage des internationalen Zusammenlebens seien. Die Botschafter der EG-Mitgliedstaaten in Teheran seien beauftragt worden, „um die Freilassung der Geiseln nachzusuchen sowie von den iranischen Behörden genaue und sichere Auskünfte über Zeitpunkt und Art dieser Freilassung zu erbitten“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 114; Referat 311, Bd. 137625.

Für den Wortlaut der Erklärung vgl. BULLETIN DER EG 4/1980, S. 22.

³ Zur Tagung des Ministerkomitees des Europarats am 10. April 1980 in Lissabon vgl. Dok. 115.

⁴ Zum Inkraftsetzen amerikanischer Sanktionen gegen Iran am 7. April 1980 vgl. Dok. 103, Anm. 2 und 13.

⁵ Artikel 113 Absatz 1 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957: „Nach Ablauf der Übergangszeit wird

nügende Rechtsgrundlage hierfür und streben einen entsprechenden Ratsbeschluß an. Diese Rechtsauffassung wird offenbar auch von der Kommission geteilt.

- Sollte diese Rechtsauffassung zu Art. 113 jedoch von den übrigen MS nicht geteilt werden und ein gemeinsames EG-Handeln aufgrund Art. 113 nicht möglich erscheinen, so sind wir zu nationalen Maßnahmen bereit. Hierfür kommt nach unserer Auffassung als Grundlage Art. 224 des Römischen EG-Vertrages⁶ in Betracht. Aufgrund von Art. 224 könnten entsprechende nationale Maßnahmen der MS von der EG koordiniert werden.
- Die Bundesregierung hat die rechtlichen Vorbereitungen für entsprechende wirtschaftliche Maßnahmen abgeschlossen (Schubladenverordnung aufgrund Art. 7 AWG⁷). Die entsprechende Verordnung bedarf nur noch der formellen Zustimmung des Kabinetts. Aufgrund einer solchen Verordnung werden alle wirtschaftlichen Transaktionen mit dem Iran genehmigungspflichtig.

StS betonte, daß wir eine Klärung dieser rechtlichen Vorfragen vor dem nächsten Neuner-AM-Treffen⁸ anstrebten. StS wies darauf hin, daß wir ebenso wie die Vereinigten Staaten keine Eingriffe in bestehende Verträge mit dem Iran beabsichtigten (nach den amerikanischen Vorschlägen im Aide-mémoire vom 8.4.80 soll nur der Abschluß neuer Verträge mit dem Iran unterbunden werden⁹). StS erläuterte dann, daß ein Eingriff in bestehende Verträge für uns auch verfassungsrechtliche Probleme mit sich bringe, denn dies sei eine Enteignung oder zumindest ein enteignungsgleicher Eingriff, der nur auf gesetzlicher Grundlage möglich sei.

3) Zu einem evtl. iranischen Öl-Lieferstopp¹⁰ wies StS darauf hin, daß eine solche Maßnahme nach unseren bisherigen Prüfungen für uns keine bedrohlichen Auswirkungen haben werde. Problem sei jedoch die Frage einer möglichen So-

Fortsetzung Fußnote von Seite 572

die gemeinsame Handelspolitik nach einheitlichen Grundsätzen gestaltet; dies gilt insbesondere für die Änderung von Zollsätzen, den Abschluß von Zoll- und Handelsabkommen, die Vereinheitlichung der Liberalisierungsmaßnahmen, die Ausfuhrpolitik und die handelspolitischen Schutzmaßnahmen, zum Beispiel im Falle von Dumping und Subventionen.“ Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 846.

⁶ Artikel 224 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957: „Die Mitgliedstaaten setzen sich miteinander ins Benehmen, um durch gemeinsames Vorgehen zu verhindern, daß das Funktionieren des Gemeinsamen Marktes durch Maßnahmen beeinträchtigt wird, die ein Mitgliedstaat bei einer schwerwiegenden innerstaatlichen Störung der öffentlichen Ordnung, im Kriegsfall, bei einer ernsten, eine Kriegsgefahr darstellenden internationalen Spannung oder in Erfüllung der Verpflichtungen trifft, die er im Hinblick auf die Aufrechterhaltung des Friedens und der internationalen Sicherheit übernommen hat.“ Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 892–894.

⁷ Laut Artikel 7 Absatz 1 des Außenwirtschaftsgesetzes vom 28. April 1961 konnten „Rechtsgeschäfte und Handlungen im Außenwirtschaftsverkehr“ beschränkt werden, „um 1) die Sicherheit der Bundesrepublik zu gewährleisten, 2) eine Störung des friedlichen Zusammenlebens der Völker zu verhüten oder 3) zu verhüten, daß die auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland erheblich gestört werden“. Absatz 2 nannte dafür insbesondere den Bereich der Ein- und Ausfuhr von Waffen- und Rüstungsmaterial. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 484.

⁸ Zur EG-Ministerratstagung am 21./22. April 1980 in Luxemburg vgl. Dok. 113, Anm. 20.

⁹ Für das am 8. April 1980 übergebene amerikanische Aide-mémoire vgl. Dok. 103, Anm. 14.

¹⁰ Zu iranischen Ankündigungen, auf Sanktionen mit einem Lieferstopp für Erdöl zu reagieren, vgl. Dok. 103, Anm. 20.

lidarisierung insbesondere durch Algerien und Libyen.¹¹ StS unterstrich die Notwendigkeit enger Kontakte mit IEA.

4) StS unterrichtete Botschafter Stoessel über Gespräche Botschafter Ritzels mit Bani Sadr¹² und Beheshti am 10.4.¹³ StS erläuterte ferner, daß wir dabei seien, die Botschaft weiter auszudünnen (u. a. Abzug des Militärattachés)¹⁴ und auch um eine Ausdünnung der deutschen Kolonie¹⁵ bemüht seien.

5) StS unterrichtete Botschafter Stoessel, daß der Herr Bundesminister entschieden habe, an der DPC-Sitzung am 14.5. in Brüssel teilzunehmen.¹⁶ Der Herr Bundesminister würde es begrüßen, wenn AM Vance es so einrichten könne, daß er vor dem Brüsseler Treffen zu dem vorgesehenen Besuch nach Bonn komme (evtl. gemeinsamer Flug nach Brüssel).

¹¹ Das Bundesministerium für Wirtschaft analysierte am 10. April 1980 mögliche Auswirkungen eines iranischen Lieferstopps für Erdöl: „Von den größeren IEA-Ländern werden Japan, die Bundesrepublik und die Niederlande mit Versorgungsausfällen von 8,8 %, 7,7 % bzw. 11,7 % am härtesten getroffen. [...] Ein Ausfall der iranischen Öllieferungen dürfte einige deutsche Ölgesellschaften vor beträchtliche Versorgungsprobleme stellen, die sich zwangsläufig auch auf die Versorgung unseres Marktes auswirken müßten.“ Angesichts einer kritischen Haltung der OPEC-Mitgliedstaaten gegenüber dem amerikanischen Vorgehen in Iran sei nicht auszuschließen, daß Algerien und Libyen aus Solidarität mit Iran ihre Erdölförderung einschränken würden: „Der zusätzliche Ausfall Libyens würde beispielsweise für die Bundesrepublik das Versorgungsdefizit auf über 20 % erhöhen. Schließt sich auch Algerien dem Embargo an, beläuft sich der Ausfall sogar auf ca. 27 %.“ Vgl. Referat 413, Bd. 121326.

¹² Botschafter Ritzel, Teheran, berichtete am 10. April 1980, er habe Präsident Bani Sadr vorgetragen, „daß sich die Deutschen große Sorge über die Entwicklung um die Geiselnahme machten. Wir hofften auf eine Entkrampfung durch geeignete iranische Schritte (IKRK).“ Er habe dargelegt, daß niemand das iranische Volk aushungern wolle: „Eine Hinnahme der Verletzung der internationalen Sitten und Menschenrechte sei aber auch ausgeschlossen. Das Image Irans in der Welt sei so schlecht heute, die Völker verstünden nicht mehr iranisches Verhalten, so daß es immer schwieriger würde, Iran mit Waren zu beliefern und iranisches Erdöl zu kaufen.“ Bani Sadr habe verständnisvoll zugehört und erklärt, er versuche „das Los der Geiseln, denen es im übrigen doch nicht schlecht ginge, zu verbessern. Er bäte allerdings diese seine Bemühungen nicht publik zu machen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 344; VS-Bd. 11155 (311); B 150, Aktenkopien 1980.

¹³ Botschafter Ritzel, Teheran, berichtete am 11. April 1980, Ayatollah Beheshti habe ihm am Vortag erklärt, die iranische Revolution brauche keine Geiseln; diese würden gut behandelt, bis das Parlament eine Lösung gefunden habe. Beheshti habe erklärt: „Wir wollen uns gesittet benehmen, aber sagen Sie den Deutschen und den Amerikanern, Carter, daß hier eine totale Revolution ist, und lernen Sie dies verstehen. Wir haben andere Wertmaßstäbe als Ihre Welt.“ Wenn Iran noch mehr isoliert werde, führe dies „nur zu vermehrter Selbstbesinnung“. Die USA müßten „ihre Agentenhände“ zurückziehen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 350; VS-Bd. 11152 (311); B 150, Aktenkopien 1980.

¹⁴ Das Bundesministerium der Verteidigung teilte dem Auswärtigen Amt am 7. Mai 1980 mit, „daß für Oberst i. G. Meyer-Platz, F[regatten]K[apitän] Mahrenholtz und H[aupt]F[eld]W[ebel] Bartolet in Absprache zwischen AA (Herrn D 1) und BMVg (St[ellvertretend]Gen[eral]Inspekteur) Dienstreise angeordnet und genehmigt wurde. Zweck: Berichterstattung im AA und BMVg. Eintreffen der Genannten in Teheran rechtzeitig vorher. Umzugsreise erfolgt nach Abschluß der Zollformalitäten in Teheran.“ Vgl. das Fernschreiben Nr. 3480; Referat 311, Bd. 137625.

¹⁵ Ministerialdirigent Petersen wies die Botschaft in Teheran am 10. April 1980 an, deutschen Staatsangehörigen in Iran die Ausreise zu empfehlen: „Vorstehende starke Empfehlung soll bei allem Ernst und Nachdruck so diskret behandelt werden, daß Panikreaktionen der Deutschen oder iranische Reaktionen auf scheinbar demonstratives Verhalten vermieden werden.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 113; Referat 311, Bd. 137625.

Botschafter Ritzel, Teheran, teilte am 22. April 1980 mit, der Ausreiseempfehlung seien „etwa 200 Frauen und Kinder sowie 15 bis 20 Firmenmitarbeiter“ gefolgt: „Damit beläuft sich gegenwärtige Stärke der hiesigen Kolonie auf ca. 1000 Personen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 406; Referat 311, Bd. 137625.

¹⁶ Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO unter Teilnahme der Außenminister am 13./14. Mai 1980 vgl. Dok. 145.

6) Zu den letzten kritischen Äußerungen Präsident Carters zur Solidarität der Verbündeten¹⁷ erklärte StS, wir betrachteten uns hierdurch nicht angesprochen. Botschafter Stoessel unterstrich in diesem Zusammenhang, daß die führende Rolle (leadership role) der Bundesregierung in allen diesen Fragen, ebenso wie die Initiative des Herrn Bundesministers für das Neuner-Treffen in Lissabon, von Washington besonders gewürdigt werde.

Schenk¹⁸

VS-Bd. 11109 (204)

105

Ministerialdirektor Fischer an die Ständige Vertretung bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel

422-413.00 GA/IRN-393/80 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 2082 Plurez

Aufgabe: 11. April 1980, 10.01 Uhr¹

Betr.: Wirtschaftsmaßnahmen Iran²

Bezug: DE Nr. 2009 vom 9.4.1980³

I. Nach Abstimmung mit BMWi werden Sie gebeten, im AStV deutsche Position wie folgt zu erläutern:

1) Die Bundesregierung verfolgt die jüngste Entwicklung der internationalen Lage um den Iran mit größter Besorgnis. Die bisherige Erfolglosigkeit der in-

¹⁷ Zu Presseberichten über Äußerungen der amerikanischen Regierung zur Politik der Bündnispartner vgl. Dok. 106, Anm. 6.

¹⁸ Paraphe.

¹ Durchdruck.

Der Drahterlaß wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Pabsch konzipiert.
Hat Staatssekretär van Well am 11. April 1980 vorgelegen.

² Zum Inkraftsetzen amerikanischer Sanktionen gegen Iran am 7. April 1980 vgl. Dok. 103, Anm. 2 und 13.

³ Ministerialdirektor Fischer informierte die Ständige Vertretung bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel, der amerikanische Botschafter Stoessel habe Bundesminister Genscher am 8. April 1980 ein Aide-mémoire übergeben, „mit dem US-Regierung u. a. um die Beibehaltung der um die Jahreswende eingeleiteten ‚freiwilligen‘ Maßnahmen sowie um die Einführung von weiteren Sanktionsmaßnahmen gegen Iran bittet“. Fischer legte dar, die Sanktionen seien bereits im Entwurf S/13735 einer VN-Sicherheitsratsresolution enthalten, der am 13. Januar 1980 am sowjetischen Veto gescheitert sei. Aus Sicht der Bundesregierung seien die Maßnahmen „unter den Gesichtspunkten der Notwehr bzw. Nothilfe völkerrechtsgemäß. Die rechtlichen Voraussetzungen im innerstaatlichen Bereich sind gegeben“. Der Entwurf einer Außenwirtschaftsverordnung zur Einführung einer Genehmigungspflicht für den Außenwirtschaftsverkehr mit Iran sehe „entsprechend dem in der deutschen Rechtsordnung allgemein üblichen Verfahren nicht ein generelles Verbot der im amerikanischen Sanktionsbeschluß erwähnten Handlungen und Rechtsgeschäfte vor, sondern die Einführung eines Genehmigungsvorbehalts; die Maßnahmen würden durch Nichterteilung der Genehmigung durchgeführt werden können.“ Allerdings blieben rechtliche Vorbehalte. Paragraph 2 Absatz 2 des Außenwirtschaftsgesetzes vom 28. April 1961 erlaube zwar in Ausnahmefällen Eingriffe

tensiven Bemühungen der amerikanischen Regierung, des VN-Generalsekretärs⁴, einer VN-Kommission⁵ sowie anderer Regierungen um eine Freilassung oder mindestens Verbesserung der Lage der amerikanischen Geiseln hat zu einer sehr kritischen Zuspitzung der Situation geführt. Die Bundesregierung erkennt an, daß die amerikanische Regierung vom ersten Tage der Geiselnahme⁶ an große Zurückhaltung an den Tag gelegt und versucht hat, die jetzt eingetretene Lage zu vermeiden. Sie hat Verständnis dafür, daß die US-Regierung angesichts der Weigerung der Kreise um Ayatollah Khomeini, die Regierung die Verantwortung für die Sicherheit der Geiseln übernehmen zu lassen,⁷ sich genötigt sieht, den Druck auf den Iran durch politische und wirtschaftliche Maßnahmen zu verstärken.

2) Sie hat nie einen Zweifel daran gelassen, daß sie als Freund und Partner der USA handeln wird. In seiner Regierungserklärung vom 17.1.1980 hat der Bundeskanzler erklärt, daß wir uns bewußt sind, daß dies auch für uns wirtschaftliche Opfer bedeuten wird.⁸

3) Sicherlich sind gewisse Zweifel berechtigt, daß wirtschaftliche Maßnahmen nicht unbedingt geeignet sind, die Freilassung der Geiseln zu erreichen. Die Kreise um Khomeini sind rationalen Überlegungen kaum zugänglich und dürften sich von Wirtschaftssanktionen kaum allzusehr beeindrucken lassen. Auch ist die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, daß sich die SU dem Iran als Not Helfer anbietet und dadurch Gelegenheit erhält, ihren Einfluß auf die innere Entwicklung im Iran zu verstärken. Dennoch besteht eine gewisse Aussicht, daß der Einsatz wirkungsvoller Maßnahmen, wie die USA sie ergriffen haben und von ihren Verbündeten erwarten, die gemäßigten Kräfte in der iranischen Führung dazu veranlassen, die Übernahme der Geiseln in die Verantwortung der iranischen Regierung weiter zu betreiben und die Klärung der innenpolitischen

Fortsetzung Fußnote von Seite 575

in bestehende Verträge: „Bei der großen Zahl uns im einzelnen nicht bekannter Verträge ist es jedoch wahrscheinlich, daß in Einzelfällen infolge Überschreitens der ‚Opfergrenze‘ ein enteignungsgleicher Eingriff gegeben ist, der aus verfassungsrechtlichen Gründen (Art. 14 Abs. 3 GG) nicht durch eine A[ußen]W[irtschafts]V[erordnung], sondern nur durch ein Bundesgesetz vorgenommen werden könnte.“ Mögliche Maßnahmen würden zudem nicht für im Ausland lebende deutsche Staatsangehörige gelten. Fischer wies an, die EG-Kommission um Prüfung zu ersuchen, in welchem Umfang die von der amerikanischen Regierung erbetenen Maßnahmen „Zuständigkeiten der EG berühren, in welchem Maße einerseits Entscheidungen im Gemeinschaftsrahmen (EG-Rat) möglich und notwendig sind und andererseits ein koordiniertes Vorgehen der EG-Mitgliedsstaaten angezeigt erscheint.“ Die Bundesregierung sei bereit, „an Entscheidungen des EG-Rats unter Anwendung von Art. 113 Abs. 1 EWG-Vertrag im erforderlichen Umfang konstruktiv mitzuwirken. Wir können die Möglichkeit eines autonomen Handelns gemäß Art. 224 EWG-Vertrag für den Fall nicht ausschließen, daß Beschlüsse des EG-Rats nicht zustande kommen sollten.“ Vgl. VS-Bd. 9526 (422); B 150, Aktenkopien 1980.

⁴ Kurt Waldheim.

⁵ Zum Aufenthalt einer VN-Untersuchungskommission vom 23. Februar bis 10. März 1980 in Iran vgl. Dok. 88, Anm. 6.

⁶ 4. November 1979.

⁷ Ayatollah Khomeini erklärte am 7. April 1980, die amerikanischen Geiseln würden bis zur Konstituierung des iranischen Parlaments, mit der erst Ende Mai oder Anfang Juni zu rechnen war, in der Hand der Botschaftsbesetzer bleiben. Vgl. dazu den Artikel „Chomeini setzt sich durch: Die Geiseln bleiben in der Gewalt der Botschaftsbesetzer“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 8. April 1980, S. 1.

⁸ Für den Wortlaut der Erklärung des Bundeskanzlers Schmidt vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 113, S. 15578–15584.

Verhältnisse voranzutreiben. Wir wollen deshalb die amerikanischen Maßnahmen durch unsere Beteiligung stärken. Wir können uns angesichts unserer engen Bindungen an die USA unserer Verpflichtung zum Handeln nicht entziehen, wenn wir unser Verhältnis zu Regierung und Bevölkerung der USA nicht schweren Belastungen aussetzen wollen. Wir sind der Auffassung, daß nur, wenn die wirtschaftlichen Maßnahmen mit überzeugendem Nachdruck durchgeführt werden, schwerer wiegende Alternativen – wie etwa militärische Maßnahmen – vermieden werden können. Es muß gesehen werden, daß die USA nicht viele weitere Handlungsmöglichkeiten haben.

4) Die Bundesregierung hält es für erforderlich, daß die Europäische Gemeinschaft in dieser Lage ihrer Verantwortung nachkommt und die erforderlichen Maßnahmen auf der Grundlage von Art. 113 Abs. 1 EWG-Vertrag trifft.⁹ Hierbei wird im einzelnen zu prüfen sein, welche zusätzlichen Regelungen gestützt auf diesen Artikel erlassen werden müssen.

5) Zum Zeitplan sind wir der Auffassung, daß die Beratungen im Laufe der kommenden Woche soweit vorangetrieben werden müssen, daß auf der Sitzung des EG-Rats am 21./22. April¹⁰ Beschlüsse gefaßt werden können.

6) Die Bundesregierung hält im übrigen auch die innerstaatlichen Voraussetzungen für die Einleitung wirtschaftlicher Maßnahmen für gegeben und hat bereits vorsorglich die nötigen Vorarbeiten für den Erlass einer Rechtsverordnung (vgl. Bezugs-DE, Ziff. I, 3) für den Fall abgeschlossen, daß sich dies nach den Beratungen im EG-Rat unter Ausnutzung der Möglichkeiten des Art. 224 EWG-Vertrag¹¹ als notwendig erweisen sollte.

7) Zu den im einzelnen vorgeschlagenen Maßnahmen vgl. Ziff. 1, 2 und 3 des Bezugs-erlasses. Die dort gemachten Ausführungen können vorgetragen werden, soweit sie für Entscheidungen nach Art. 113 von Belang sind. Weitere Ergänzungen bleiben vorbehalten.

II. Um Bericht über die Reaktionen der anderen Delegationen wird gebeten.¹²

[gez.] Per Fischer

VS-Bd. 9526 (422)

⁹ Für Artikel 113 Absatz 1 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. Dok. 104, Anm. 5.

¹⁰ Zur EG-Ministerratstagung am 21./22. April 1980 in Luxemburg vgl. Dok. 113, Anm. 20.

¹¹ Für Artikel 224 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. Dok. 104, Anm. 6.

¹² Botschafter Herbst, Paris, berichtete am 17. April 1980, der Generalsekretär des französischen Präsidialamts, Wahl, habe ihm mitgeteilt, nach Überzeugung der französischen Regierung befinde man sich bei der Anwendung wirtschaftlicher Sanktionen gegen Iran „nicht im Bereich der gemeinsamen Handelspolitik, sondern auf dem Felde der reinen Außenpolitik (...politique extérieure pure...)“. Die Vorstellung, daß die Kommission nach den Regeln des Römischen Vertrages Vorschläge für Wirtschaftssanktionen machen solle, die dann nach den Verfahrensregeln der Gemeinschaft beschlossen würden, sei für die französische Regierung inakzeptabel. Auch solle man nicht handelspolitische Bestimmungen, die für gänzlich andere Zwecke geschaffen worden seien, für etwas gebrauchen, was just das Gegenteil von Handelspolitik sei und daher nur politisch entschieden und auch administriert werden könne.“ Herbst konstatierte, es bestehe „kaum Aussicht, daß sich Frankreich unserer Ansicht zur Möglichkeit der Anwendung des Artikels 113 des Römischen Vertrages anschließt und diese Bestimmung als gemeinschaftliche Grundlage für wirtschaftliche Sanktionen der Neun gegen den Iran akzeptiert. Die französische Regierung möchte vielmehr die Abstimmung in dieser Frage innerhalb der EPZ halten, wobei sie allerdings – wie Wahl mir auf meine Frage be-

Gesandter Dannenbring, Washington, an das Auswärtige Amt

114-2740/80 VS-vertraulich

Fernschreiben Nr. 1529

Citissime nachts

Aufgabe: 11. April 1980, 14.29 Uhr¹

Ankunft: 11. April 1980, 21.43 Uhr

Betr.: Besuch des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Stobbe, in Washington vom 9. bis 11. April 1980²,
hier: Gespräch mit Präsident Carter

Bezug: DB 1521 vom 10.4.1980 VS-NfD³

1) RBM Stobbe wurde am 11. April 1980, 9.00 Uhr, nach kurzer Begrüßung durch Brzezinski, von Präsident Carter im Oval Office zu einem Gespräch empfangen, das 25 Minuten dauerte. Weitere Teilnehmer auf amerikanischer Seite: Aaron und Blackwill; auf deutscher Seite: Dannenbring (in Vertretung des

Fortsetzung Fußnote von Seite 577

stätigte – einer Anwendung der Bestimmungen der Artikel 224–225 des Römischen Vertrages a posteriori nicht abgeneigt ist.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 896; VS-Bd. 11092 (202); B 150, Aktenkopien 1980.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat von Nordenskjöld am 11. April 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Nach R[ück]spr[ache] mit Ges[andtem] Dannenbring Vorlage bei BM morgen früh 7.00 Uhr; anschließend StS v[an] Well und RL 013.“ Ferner verfügte Nordenskjöld die Weiterleitung einer Ablichtung an Ministerialdirektor Meyer-Landrut.

Hat dem Bereitschaftsdienst am 12. April 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1 Ex[em]pl[ar] am 12.4.80 um 6.30 Uhr an BM übermittelt“.

Hat Legationsrat I. Klasse Bolewski am 12. April 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Auf Anforderung an BMVg weitergeleitet.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ellerkmann am 15. April 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Schellert verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schlagintweit vorgelegen.

Hat Schellert am 15. April 1980 vorgelegen.

² Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Stobbe, hielt sich vom 22. März bis 12. April 1980 in den USA auf.

³ Gesandter Dannenbring, Washington, berichtete, der Regierende Bürgermeister von Berlin, Stobbe, habe am 10. April 1980 im amerikanischen Außenministerium hervorgehoben, „daß die Fortsetzung der Entspannungspolitik im Interesse seiner Stadt liege. Die Berliner seien sich bewußt, daß die Lage in und um Berlin wesentlich von der Entwicklung der Ost-West-Beziehungen beeinflusst werde.“ Der amerikanische Außenminister Vance habe für die Gespräche mit der DDR Verständnis gezeigt, aber auch dargelegt, „daß die Frage der Solidarität der Verbündeten inzwischen außerordentlich sensitiv geworden sei. Jedenfalls in der Perzeption der amerikanischen Öffentlichkeit und des Kongresses täten die Verbündeten nicht genug, um die gemeinsamen Ziele zu unterstützen. Zwischen den USA und der Bundesregierung gebe es in der Frage der Ostkredite und anderer Aspekte von Wirtschaftssanktionen Meinungsunterschiede. Nach seiner Ansicht sei jedoch die Unterstützung durch die Bundesregierung insgesamt anerkennenswert, was in der amerikanischen Öffentlichkeit und im Kongreß nicht richtig gesehen werde. Vor allem in der Geiselfrage werde jetzt die Haltung der Verbündeten mit großer Aufmerksamkeit verfolgt werden. [...] Auch die Unterstützung des Olympiaboykotts sei von großer psychologischer Bedeutung. Hier habe die Bundesregierung den Schlüssel in der Hand: Wenn die Deutschen nicht nach Moskau gingen, würden Frankreich und andere folgen.“ Vgl. Referat 210, Bd. 132503.

Botschafters⁴) und Meichsner. Das Gespräch wurde anschließend für weitere 30 Minuten im Büro von Aaron fortgesetzt. Darüber gesonderter Bericht.⁵

2) Zusammenfassung: Beide Gespräche standen stark unter dem Eindruck der amerikanischen Morgenpresse (New York Times, Washington Post), in der in großer Aufmachung über kritische Bemerkungen des Präsidenten und Brzezinskis über mangelnde Solidarität der europäischen Verbündeten berichtet wurde.⁶ Der Präsident bekräftigte das unerschütterliche amerikanische Engagement für Berlin und das Bündnis, wies aber mit klaren Worten auf die wachsende Verbitterung in Kongreß und Öffentlichkeit über das Ausbleiben konkreter Unterstützung der amerikanischen Maßnahmen zu Afghanistan und Iran hin. Carter betonte, daß im Hinblick auf Iran fast alle politischen und friedlichen Mittel erschöpft seien, so daß er gezwungen sein könnte, schon in wenigen Tagen stärkere Maßnahmen zu ergreifen. Noch deutlicher wurde im Gespräch mit Aaron, daß die Amerikaner eine wachsende Kluft zwischen USA und Europa in der grundsätzlichen Bewertung des Ost-West-Verhältnisses nach Iran und Afghanistan und der sich daraus ergebenden operativen Konsequenzen sehen. In beiden Gesprächen wurde klar, daß in amerikanischen Augen die atlantischen Beziehungen gegenwärtig einer starken Belastung ausgesetzt sind.

3) Im einzelnen: Carter unterstrich einleitend in Gegenwart von Pressevertretern und im anschließenden Gespräch, daß er entschlossen sei, die amerikani-

⁴ Peter Hermes.

⁵ Gesandter Dannenbring, Washington, berichtete am 11. April 1980, der stellvertretende Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Aaron, habe auf die Frage des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Stobbe, nach amerikanischer Kritik an der Bundesregierung erklärt, „das Problem bestehe darin, daß die Bundesrepublik eine Position der Anpassung einnehme (Germany is moderating its stand)“. Auf Stobbes Hinweis, „daß bei Betrachtung aller Bereiche deutsch-amerikanischer Zusammenarbeit mindestens 95 Prozent Übereinstimmung bestünde“, und auf seine Ausführungen zur Haltung der Bundesregierung zu einem Boykott der Olympischen Sommerspiele in Moskau habe Aaron erwidert, entscheidend sei, „in welchem Geiste die Bundesregierung ihre Entscheidungen treffe. Die Unterstützung der USA sei nicht Selbstzweck, vielmehr müsse das gemeinsame Ziel sein, der neuen Generation sowjetischer Führer zu zeigen, daß der Westen auf sowjetische Aggressionen wirksam reagiere.“ Die USA wollten keine Rückkehr zum Kalten Krieg, aber die sowjetische Intervention in Afghanistan bedeute eine strategische Bedrohung: „Die Europäer schienen die Konsequenzen von Afghanistan nicht zu sehen. Die langfristige strategische Konsequenz der sowjetischen Besetzung Afghanistans werde die Destabilisierung Irans, Pakistans und der Golfstaaten sein.“ Die UdSSR sei empfindlich gegen Wirtschaftssanktionen: „Sie würde z. B. hart getroffen werden, wenn die Bundesregierung erklären würde, daß in den nächsten sechs oder zwölf Monaten keine Großprojekte geliefert werden. [...] Es gehe nicht an, im westlichen Bündnis eine Arbeitsteilung einzuführen, where you carry the carrot and we carry the stick“. Für einen neuen Dialog mit der SU sei die Zeit noch nicht reif.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1535; VS-Bd. 9752 (012); B 150, Aktenkopien 1980.

⁶ In der amerikanischen Tageszeitung „Washington Post“ hieß es: „President Carter stepped up the public pressure on U.S. allies yesterday, expressing disappointment about the response of some countries to the Iranian crisis and warning that the benefits of détente may be lost by failure to deter Soviet aggression. [...] Nations ask us for leadership, but at the same time they demand their independence of action“, he said. „They ask for aid, but they reject any interference. They ask for understanding, yet often decline to understand us in return. Some ask for protection, but are wary of the obligations of alliance. Others ask for firmness and certainty, but at the same time demand the flexibility required by the pace of change and the subtlety of events.“ Noch deutlicher habe sich der Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Brzezinski, geäußert, der von den Verbündeten nicht nur Solidaritätsbekundungen, sondern Taten gefordert habe. Vgl. den Artikel „Carter Prods Allies On Response To Iran“; THE WASHINGTON POST vom 11. April 1980, S. A1. Vgl. dazu auch den Artikel „President Warns Iran And Soviets; Asks Allies' Aid“; THE NEW YORK TIMES vom 11. April 1980, S. A 1.

schen Verpflichtungen in Berlin und im Bündnis voll zu erfüllen. Er hoffe aber auch, daß die europäischen Verbündeten in der schwierigen Lage, der sich die USA im Iran gegenübersehen, und angesichts der Gefährdung gemeinsamer Interessen durch die sowjetische Invasion Afghanistans solidarisch an der Seite Amerikas stehen.

RBM Stobbe erwiderte (auch vor der Presse), die Berliner seien sich bewußt, daß die Lage der Stadt von der internationalen Entwicklung, insbesondere des Ost-West-Verhältnisses, abhängig sei. Die Berliner seien bereit, wenn nötig, ihren Teil an den gemeinsamen Lasten zu übernehmen. Berlin habe oft die USA um Hilfe bitten müssen. Nach seiner Meinung sollten die Europäer bereit sein, auch den USA zu helfen, wenn diese in einer schwierigen Situation um europäische Unterstützung bitten.

Carter erklärte unter Hinweis auf die Presse, daß es in den USA ein wachsendes Gefühl der Enttäuschung, ja Verbitterung über den Mangel an europäischer Unterstützung der amerikanischen Maßnahmen gegen Iran gebe. Er persönlich teile diese Verbitterung nicht, sondern erkenne auch die Schwierigkeiten, denen sich die europäischen Regierungen gegenübersehen. Der Kongreß beurteile jedoch die Haltung der Europäer sehr viel kritischer.

Zur Lage im Iran sagte der Präsident, er habe nunmehr alle friedlichen und diplomatischen Mittel ausgeschöpft. Jetzt blieben ihm nur noch wenige Tage Zeit, in denen er weiter mit Mäßigung und Zurückhaltung reagieren könne. Wenn er stärkere Schritte ergreifen müsse, werde es entscheidend sein, ob die europäischen Verbündeten ihrerseits bereit seien, Opfer zu bringen.

Carter fuhr fort, die amerikanischen Verpflichtungen für Berlin und die NATO stünden überhaupt nicht zur Debatte. Es handele sich hier um gemeinsame und gegenseitig nützliche Positionen, die unerschütterlich seien. Seine Appelle um konkrete europäische Unterstützung seien jedoch ohne Echo geblieben. Auch aus einer telefonischen Unterrichtung über die EG-Beschlüsse⁷, die Giscard ihm vorgestern gegeben habe, habe er entnommen, daß die Europäer nicht bereit seien, weiter zu gehen als in der Vergangenheit, also keine praktischen Sanktionen oder die Abberufung ihrer Botschafter vorzunehmen.

Er sei sich dabei bewußt, daß die Bundesregierung und die Briten im Kreise der Neun für weitergehende Maßnahmen eingetreten seien, während sich Frankreich in typischer Weise zurückgehalten habe. Er sei sich auch im klaren, daß die westliche Reaktion auf das sowjetische Vorgehen in Afghanistan strategisch viel wichtiger als das Geiselnproblem im Iran sei und daher der europäischen Unterstützung auch insoweit große Bedeutung zukomme.

Auf den Hinweis von RBM Stobbe, daß die Bundesrepublik mit der amerikanischen Zielsetzung und auf fast allen Gebieten – insbesondere Verteidigung, Hilfsprogramme für Türkei⁸ und Pakistan⁹ sowie politische Bemühungen um

⁷ Am Rande der Tagung des Ministerkomitees des Europarats am 10. April 1980 in Lissabon erörterten die Außenminister der EG-Mitgliedstaaten in einer informellen Sitzung im Rahmen der EPZ die Lage in Iran und verabschiedeten dazu eine Erklärung. Vgl. dazu Dok. 104, Anm. 2.

⁸ Zur Wirtschafts-, Finanz- und Verteidigungshilfe für die Türkei vgl. Dok. 64, Anm. 11. Vortragender Legationsrat I. Klasse Feit vermerkte am 11. April 1980, Bundeskanzler Schmidt habe in der Sitzung des Bundessicherheitsrats am 2. April 1980 Bundesminister Genscher gebeten, in einem Schreiben an den amerikanischen Außenminister Vance darzulegen, „was wir – auch im Ver-

die Stabilisierung der Region – übereinstimme, erwiderte Carter, daß er in dem Punkt wirtschaftlicher Sanktionen widersprechen müsse. In dieser Frage habe er auch in seinem Gespräch mit dem Bundeskanzler¹⁰ keineswegs Übereinstimmung erzielt. Die Bundesrepublik fahre vielmehr fort, der SU entgegenkommende Kreditbedingungen einzuräumen.¹¹ Er kenne kein Beispiel, wo sich die Bundesrepublik in ihren Wirtschaftsbeziehungen mit der SU Zurückhaltung und Opfer auferlegt habe. Er erkenne die Bereitschaft der Bundesregierung an, in der Olympiafrage dem amerikanischen Beispiel zu folgen. Er habe jedoch die Sorge, daß die deutsche Entscheidung zu spät komme, um für andere ein Beispiel zu geben. Die Olympiafrage sei unter den Sanktionen der einzige Fall, wo zwischen den USA und der Bundesregierung konkrete Übereinstimmung bestehe – weshalb dann die Verzögerung?

RBM Stobbe erläuterte den besonderen Charakter unserer Osthandelsbeziehungen und der Hermes-Garantien. Präsident Carter erwiderte, daß ihm dies alles bekannt sei.

Zum Abschluß des Gesprächs sprach der Präsident seine Bewunderung für die Bevölkerung Berlins und seinen Dank für die warmherzige Aufnahme bei seinem Besuch in der Stadt¹² aus und bat, den Berlinern seine Grüße zu übermitteln.

[gez.] Dannenbring

VS-Bd. 9752 (012)

Fortsetzung Fußnote von Seite 580

hältnis zu den USA – im Bereich der Türkei- und Pakistan-Hilfe geleistet haben und noch zu leisten beabsichtigen. Hierbei soll auch auf die Notwendigkeit einer angemessenen Erhöhung der amerikanischen Beiträge hingewiesen werden.“ In dem beigefügten Entwurf des Schreibens hieß es, die Bundesregierung messe Unterstützungsmaßnahmen für die Türkei eine große Bedeutung für die NATO zu. Daher habe die Bundesrepublik „diesem Lande frühzeitig eine hohe Priorität bei Gewährung unserer bilateralen Kapitalhilfe eingeräumt (Gesamtwert bis Ende 1979: über 2,5 Mrd. DM) und ihm auch ohne Unterbrechung Verteidigungshilfe (allein im letzten Jahrzehnt 930 Mio. DM) gewährt. Hinzu kommt eine unentgeltliche Materialhilfe von bisher über 500 Mio. DM.“ Die Bundesregierung beabsichtige darüber hinaus, „den türkischen Streitkräften eine einmalige, durchgreifende unentgeltliche Rüstungs-sonderhilfe zu gewähren. Sie soll vorwiegend der Stärkung der türkischen Panzer- und Luftabwehrfähigkeit unter gleichzeitiger Modernisierung der türkischen Panzerwaffe dienen.“ Zudem habe die Bundesregierung die Initiative für eine Sonderhilfsaktion ergriffen, bei der sie selbst eine führende Rolle einnehme: „In Abweichung von unserer im vorigen Jahre aus guten Gründen eingenommenen Haltung sind wir diesmal auch grundsätzlich bereit, für 1980 einen Beitrag zu leisten, dessen bezifferte Höhe demjenigen der USA entsprechen würde.“ Voraussetzung sei jedoch, daß die USA zu ihrem Beitrag stünden. Vgl. VS-Bd. 1109 (204); B 150, Aktenkopien 1980.

- 9 Zur Wirtschafts- und Finanzhilfe für Pakistan vgl. Dok. 15, Anm. 17, und Dok. 55, Anm. 22. Ministerialdirektor Blech resümierte am 1. April 1980 für die Sitzung des Bundessicherheitsrats am folgenden Tag: „1) Die für 1980 vorgesehene und vor den Ereignissen in Afghanistan festgelegte Erhöhung der Kapitalhilfe für Pakistan beträgt 10 Mio. DM (von 100 auf 110 Mio. DM). 2) Eine Umschuldung, die einen erheblichen Betrag erbringen würde (82 Mio. DM), ist unter den gegebenen Umständen zweifelhaft, da die USA nicht mitziehen und eine bilaterale Umschuldung auf den Widerstand der Ressorts, vor allem des BMF, stößt. 3) Wir sollten uns unter diesen Umständen dafür einsetzen, daß die Kapitalhilfe mindestens um zusätzliche 30 Mio. DM aufgestockt wird, zu finanzieren im Wege des Nachtragshaushalts.“ Vgl. VS-Bd. 10271 (201); B 150, Aktenkopien 1980.
- 10 Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Carter am 5. März 1980 in Washington vgl. Dok. 71.
- 11 Zum amerikanischen Wunsch nach Einstellung der Absicherung von Exporten in die UdSSR durch Hermes-Bürgschaften vgl. Dok. 63.
- 12 Präsident Carter besuchte Berlin (West) am 15. Juli 1978 im Zuge seines Aufenthalts in der Bundesrepublik vom 14. bis 17. Juli 1978.

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Sá Carneiro

VS-vertraulich

14. April 1980¹

Gespräch mit dem portugiesischen Premierminister Sá Carneiro am Montag, dem 14. April 1980, 11.45 Uhr bis 13.15 Uhr

Teilnehmer:

Auf portugiesischer Seite: Botschafter Dr. Ennes, Dr. Gouveia (Kabinettschef des PM), Dipl. Ing. Martins (Berater des PM).

Auf deutscher Seite: MD von Staden, Botschafter von Puttkamer, LR I Matussek (als Note-taker).

(Anmerkung: Das Gespräch wurde auf englisch geführt.)

Einleitend drückte *Bundeskanzler* seine Freude aus, die bei dem letzten Zusammentreffen mit PM Sá Carneiro vor fast vier Jahren geschlossene Bekanntschaft erneuern und vertiefen zu können.²

Sá Carneiro dankte seinerseits für die Gelegenheit, die Position seiner Regierung und die Lage in seinem Lande erläutern zu können. Damals sei er noch Oppositionspolitiker gewesen, heute als Regierungschef „débutante“.

Sá Carneiro bedauerte, daß die Hoffnungen, die man beim letzten Zusammentreffen in eine Stabilisierung der politischen Lage in Portugal gesetzt habe, getrogen hätten: Im Durchschnitt habe man alle sechs Monate eine neue Regierung gehabt. Eine gewisse Schuld treffe hier die Sozialisten und Mário Soares. Diese hätten eine Koalition mit seiner „Sozialdemokratischen Partei“ abgelehnt.

Bundeskanzler bat Sá Carneiro, etwas spezifischer zu werden. Er selbst habe Mário Soares zweimal gedrängt, eine Koalition zu bilden.³

Sá Carneiro erwiderte, Mário Soares habe eine Koalition zweimal, vor und nach den Wahlen 1976⁴, abgelehnt. Nach 18monatiger Minderheitsregierung der So-

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Matussek, Bundeskanzleramt, am 15. April 1980 gefertigt und von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Zeller, Bundeskanzleramt, am 23. April 1980 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau „vorbehaltlich der Genehmigung des Herrn Bundeskanzlers“ übermittelt.

Hat Wallau am 24. April 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14085 (1010); B 150, Aktenkopien 1980.

² Vortragender Legationsrat Kuhn, Porto, teilte am 29. November 1975 mit, der Generalsekretär der Demokratischen Volkspartei Portugals (PPD), Sá Carneiro, und seine Begleitung hätten sich bei der Rückkehr aus Bonn „hochbefriedigt und beeindruckt von ihren Gesprächen, vor allem mit dem Bundeskanzler (80 Minuten statt der vorgesehenen 20), unserem Minister und dem SPD-Vorsitzenden, Willy Brandt“, gezeigt. Vgl. den Schriftbericht Nr. 131; Referat 203, Bd. 110244.

Sá Carneiro hielt sich vom 17. bis 20. März 1976 erneut in Bonn auf und führte Gespräche mit den Bundesministern Genscher und Leber sowie mit Bundeskanzler Schmidt. Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 33 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Engels vom 23. März 1976; Referat 203, Bd. 110244.

³ Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Soares am 8. März 1977 und am 13. Juni 1978 vgl. AAPD 1977, I, Dok. 53, sowie AAPD 1978, I, Dok. 182.

⁴ Bei den Wahlen zum portugiesischen Parlament am 25. April 1976 erhielt die Sozialistische Partei 35,01 % der Stimmen (106 Sitze), die Demokratische Volkspartei 24,01 % (71 Sitze), das Demokra-

zialisten seien diese zu einer Koalitionsregierung gezwungen worden.⁵ Mehrere Regierungskrisen seien gefolgt. Im Februar 1979 habe er öffentlich der PS ein Koalitionsangebot gemacht. Einzige Bedingung: Mário Soares hätte es vor den Wahlen⁶ annehmen müssen, um den Wählern die Alternativen deutlich zu machen. Dies habe Mário Soares abgelehnt. Im Juli 1979 habe er, Sá Carneiro, dann eine Allianz (AD⁷) mit Christdemokraten, Monarchisten und „Grünen“ gebildet.

Bundeskanzler nahm diese Zusammensetzung der Koalition zum Anlaß, auf seine Bewunderung für die Monarchie, insbesondere für die Person des spanischen Königs⁸, hinzuweisen. Auch vom spanischen Premierminister⁹ und Oppositionsführer¹⁰, die beide noch relativ jung seien, sei er sehr beeindruckt. *Sá Carneiro* pflichtete ihm bei.

Zurückkommend auf die Koalition innerhalb der AD, berichtete Sá Carneiro, man habe ein gemeinsames Programm beschlossen und eine feste Koalitionsabsprache bis zum Auslaufen der nächsten Legislaturperiode (1984) getroffen.

Bundeskanzler bat, unter Hinweis auf die dicht aufeinanderfolgenden Wahlen in Portugal (Parlamentswahlen Dezember 1979, Parlamentswahlen September 1980¹¹, Präsidentschaftswahlen November 1980¹²) ihm das schwer verständliche politische System Portugals zu erläutern. Unter Hinweis auf die portugiesische Verfassung¹³, die in der Tat „surrealistische“ Züge trage, erläuterte *Sá Carneiro*, daß innerhalb einer Legislaturperiode erforderlich werdende Parlamentswahlen nicht die regulären Parlamentswahlen nach Ablauf der Legislaturperiode ersetzen könnten. Auf eine weitere Frage des Bundeskanzlers erläuterte er, daß es in Portugal 18 Wahlkreise gebe, jedoch in ihnen keine Direkt-, sondern Listenwahl. Die Parteilisten trügen keine Namen. Die Sitzverteilung erfolge nach dem d'Hondtschen-System. Die Parteien der AD stellten sich der Wahl in einer gemeinsamen Liste.

Fortsetzung Fußnote von Seite 582

tisch-Soziale Zentrum 15,87 % (41 Sitze), die Kommunistische Partei 14,59 % (40 Sitze) und die Demokratische Volksunion 1,69 % (1 Sitz).

Am 23. Juli 1976 wurde eine Minderheitsregierung unter Ministerpräsident Soares gebildet.

⁵ Nach einer verlorenen Vertrauensabstimmung im portugiesischen Parlament am 8. Dezember 1977 erklärte Ministerpräsident Soares am selben Tag seinen Rücktritt. Er blieb aber geschäftsführend im Amt und wurde am 19. Januar 1978 von Präsident Eanes erneut zum Ministerpräsidenten ernannt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 590 des Botschaftsrats van Edig, Lissabon, vom 20. Januar 1978; Referat 203, Bd. 110252.

⁶ Bei den Parlamentswahlen am 2. Dezember 1979 errang die Demokratische Allianz 128 Sitze, die Sozialistische Partei 74, die Kommunistische Partei 44, die Demokratische Volksbewegung 3 und die Demokratische Volksunion einen Sitz.

⁷ Aliança Democrática.

⁸ Juan Carlos I.

⁹ Adolfo Suárez González.

¹⁰ Felipe González Márquez.

¹¹ Bei den portugiesischen Parlamentswahlen am 5. Oktober 1980 errang die Demokratische Allianz 134 Sitze, die Republikanisch-Sozialistische Front 74, wobei 66 Sitze auf die Sozialistische Partei entfielen, die aus Kommunistischer Partei und Demokratischer Volksbewegung bestehende Vereinigte Volksallianz 41 und die Demokratische Volksunion einen Sitz.

¹² Bei den portugiesischen Präsidentschaftswahl am 7. Dezember 1980 wurde Präsident Eanes im Amt bestätigt.

¹³ Für den Wortlaut der portugiesischen Verfassung vom 25. April 1976 vgl. CONSTITUIÇÃO. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPÄISCHE GRUNDRECHTE ZEITSCHRIFT 8 (1981), H. 1/2, S. 55-62.

Bundeskanzler erklärte daraufhin unser System, insbesondere Unterschied zwischen Listenplatz und Direktmandat eines Abgeordneten. Träger eines Direktmandates fühlten sich in der Regel einem über die Liste in das Parlament eingezogenen Abgeordneten überlegen. Er selbst sei einmal von einem Parteifreund nach seiner Direktstimmenzahl gefragt worden. Dem habe er allerdings mit Hinweis auf eine 60%ige Mehrheit in seinem Wahlkreis begegnen können. Sodann erläuterte der Bundeskanzler die Möglichkeit der Sitzvermehrung im Bundestag durch „Überhangmandate“. Er unterstrich die Vorteile der 5%-Klausel. Diese habe sich seit den 50er Jahren als sehr nützlich für die politische Stabilität erwiesen, da sie in der Praxis zu einem Dreiparteiensystem geführt habe. Lediglich in einigen Landtagen sei es kleineren Gruppen gelungen, die 5%-Hürde zu überspringen. Dies sei auch manchmal ganz gut, da die großen Parteien sonst Gefahr liefen, zu träge zu werden.

Sá Carneiro meinte hierzu, zwar gebe es in Portugal keine 5%-Klausel, so daß auch radikale Abgeordnete in das Parlament einziehen könnten. In der Praxis habe man jedoch nur vier Parteien sowie einen unabhängigen Abgeordneten und eine den Kommunisten angeschlossene kleine Splittergruppe.

Bundeskanzler erkundigte sich, was aus Gonçalves geworden sei. Er sei ein phantastischer Mann, der ständig von Dingen geredet habe, von denen er nichts verstand.¹⁴

Sá Carneiro erwiderte, er befinde sich jetzt im Ruhestand. Aber man habe jetzt Carvalho. Coutinho, nach dem Bundeskanzler sich auch erkundigte, sei ebenfalls im Ruhestand.

1975 hätten die Kommunisten die Macht innegehabt und diese dazu benutzt, die Dekolonisierung in Afrika zugunsten der Sowjetunion zu betreiben. Insbesondere in Angola hätten sie das sowjetische Engagement ermutigt. Danach seien sie „respektabel“ geworden. Erst nach dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan zeigten sie wieder ihr wahres stalinistisches Gesicht.

Auf Frage des *Bundeskanzlers* nach dem kommunistischen Einfluß in den Gewerkschaften, erwiderte *Sá Carneiro*, daß es in Portugal neue, nicht kommunistische Gewerkschaften gebe. Nach 1976 hätten die Kommunisten lediglich in den Blue-Collar-Gewerkschaften ihren Einfluß behalten, während seine Partei und die Sozialisten sich in den White-Collar-Gewerkschaften durchgesetzt hätten.

Bundeskanzler wies auf die Gefährlichkeit kommunistisch gelenkter Gewerkschaften hin.

Sá Carneiro bekräftigte dies und erwähnte die wiederholten, allerdings fehlgeschlagenen Versuche, Streiks gegen seine Regierung zu organisieren. Die Sozialistische Partei spiele dabei keine sehr glückliche Rolle. Zur Zeit versuche sie, mehr das politische Zentrum zu besetzen. Dort finde sie aber bereits die AD vor. Sollte sie bei den nächsten Wahlen Stimmen gewinnen, werde sie wieder versuchen, auf dem linken Flügel gegenüber den Kommunisten aktiv zu werden.

¹⁴ Am 30. Mai 1975 führte Bundeskanzler Schmidt in Brüssel mit Ministerpräsident Gonçalves ein Gespräch. Vgl. dazu AAPD 1975, I, Dok. 141.

Hieran anknüpfend wies der *Bundeskanzler* auf die unkluge Politik der Sozialisten in Italien (weniger in Frankreich) hin, die in einem Zweifrontenkrieg gegen rechts und links ständig an Stimmen verloren hätten. Die italienischen Sozialisten seien seit Nenni nicht mehr erfolgreich gewesen, sondern hätten ständig Sitze eingebüßt. Eine weise und geschickte PCI-Führung, Berlinguer und vor ihm schon Gramsci, (Einwurf Sá Carneiro: auch Togliatti) habe die Sozialistische Partei überrundet und dazu beigetragen, daß die Kommunisten nun 2 1/2mal so stark seien wie die Sozialisten. Craxi sei zwar ein guter Politiker, verfüge aber nicht über die notwendige Autorität.

Sá Carneiro: In Portugal verfügen die Sozialisten über bessere Bedingungen, da sie gegen eine orthodox-stalinistische Partei antreten können und sich nicht mit einer flexiblen eurokommunistischen Partei auseinandersetzen müssen. (Gott schütze Cunhal!)

Seine AD habe bei den letzten Wahlen 45 % aller Stimmen erhalten und eine absolute Parlamentsmehrheit von sechs Sitzen.

Unter Hinweis auf die Stellung von Sá Carneiros „Sozialdemokratischer Partei“ innerhalb der AD sagte *Bundeskanzler*, es sei gut, einen Partner zu haben. Damit könne man auch den eigenen Parteimitgliedern entgegentreten und sie unter Hinweis auf Koalitionszwänge, wo nötig, disziplinieren.

Nach Auffassung von *Sá Carneiro* ließe sich die politische Stabilität in Portugal erhöhen, wenn die AD auch den Staatspräsidenten stelle. Auf eine entsprechende Frage des Bundeskanzlers erläuterte er, daß es in Portugal immer noch den Revolutionsrat gebe. Er strebe an, mit einer parlamentarischen Zweidrittelmehrheit diesen – und damit die Reste der Militärherrschaft – zu beseitigen. Auf den Einwurf des *Bundeskanzlers*, daß es sicher schwer sein dürfte, diese Zweidrittelmehrheit zu mobilisieren, erwiderte *Sá Carneiro*, dies liege nur an den Sozialisten, die sich in dieser Frage verweigerten. Der Revolutionsrat, der auch die alleinige Autorität über die Streitkräfte habe, müsse im Interesse der politischen Stabilisierung abgeschafft werden.¹⁵

Sá Carneiro erklärte, daß er, für den Fall, keine 2/3-Mehrheit im Parlament zu erhalten, ein Referendum über die Frage der Beseitigung des Revolutionsrates abhalten werde. Was dessen Ausgang betreffe, sei er zuversichtlich.

Bundeskanzler fragte nach Präsident Eanes, den er persönlich gut kenne. Sein Ziel sei es doch, die Streitkräfte vom kommunistischen Einfluß zu befreien.

Sá Carneiro gab zu, daß Eanes nach 1975 gute Arbeit geleistet habe. Sein altes Konzept, eine große Koalition aus der Sozialdemokratischen Partei und den Sozialisten zustande zu bringen, sei allerdings nun fehlgeschlagen, da Soares entsprechende Koalitionsangebote zweimal abgelehnt habe.

¹⁵ Gesandter Gracher, Lissabon, teilte am 8. Februar 1979 mit, die Frage der Revision der portugiesischen Verfassung von 1976 werde zunehmend ein wichtiges Thema in Portugal: Der Generalsekretär der Demokratischen Volkspartei Portugals (PPD), Sá Carneiro, habe unter anderem eine ersatzlose Streichung jenes Verfassungsartikels gefordert, „wonach portugiesische Republik auf Weg in klassenlose Gesellschaft und in den Sozialismus sei“. Andererseits heiße es, die nach dem 25. April 1975 nationalisierten Unternehmen dürften, wenn sie zu den „Basissektoren der Wirtschaft“ gehörten, nicht reprivatisiert werden: „Sá Carneiro hat ferner u. a. Abschaffung des Revolutionsrats und Schaffung eines ‚Rats der Republik‘, Verlängerung der Amtszeit des Staatspräsidenten auf sieben Jahre und die Einführung der Möglichkeit der Abhaltung von Volksabstimmungen verlangt.“ Vgl. die Kurzfassung des Schriftberichts Nr. 217; Referat 203, Bd. 115886.

Bundeskanzler unterstrich, daß es jedenfalls eine gute Idee sei, eine starke Regierungskoalition der Mitte und kleine oppositionelle Parteien rechts und links zu haben. Vielleicht sei es dazu aber tatsächlich jetzt zu spät. Weshalb Soares sich gegen eine Koalition gesträubt habe, könne er sich nicht erklären.

Nach Meinung von *Sá Carneiro* war es eher die Sozialistische Partei als Soares selbst. Er hätte vielleicht 1976 oder auch 1977 das Angebot angenommen, wenn nicht in der Sozialistischen Partei die Gefahr bestanden hätte, daß dann einige Abgeordnete des linken Flügels zu den Kommunisten abgewandert wären. Jetzt sei es jedenfalls für eine derartige Koalition zu spät.

Es folgte ein kurzer Meinungsaustausch über die Frage, ob es zweckmäßig sei, das Amt des Parteivorsitzenden der Regierungspartei und das des Regierungschefs in einer Person zu vereinen.

Der *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß man damit in der Bundesrepublik in der Vergangenheit keine guten Erfahrungen gemacht habe. Adenauer und Willy Brandt seien vielleicht Ausnahmen. Er werde sich jedenfalls immer dagegen sträuben, gleichzeitig Bundeskanzler und Parteivorsitzender zu sein. Dies sei besonders in einer Koalitionsregierung wichtig. Ein Parteivorsitzender könne sich hin und wieder gegen Regierungspolitik auflehnen. Ein Premierminister oder Bundeskanzler müsse jedoch darüberstehen.

Bei der Person des Vizekanzlers und Vorsitzenden der kleineren Koalitionspartei (Einwurf *Sá Carneiro*: wie in Portugal!) stelle sich diese Frage weniger scharf. Sie erfordere allerdings auch dort großes taktisches Geschick und ein hohes Maß an physischem Durchstehvermögen.

Auf eine Frage des Bundeskanzlers erklärte *Sá Carneiro*, er selbst wolle nicht Präsident werden. Seine Partei werde den General Carneiro unterstützen. Dieser habe die größten Chancen, sich auch gegenüber Präsident Eanes durchzusetzen, sollte Eanes sich für eine erneute Kandidatur entscheiden. Da die Kommunisten und die AD Eanes jedoch ablehnten, würde es für ihn sehr schwer werden. Mário Soares werde möglicherweise ebenfalls kandidieren. Jedoch sei er zuversichtlich, daß es General Carneiro spätestens im zweiten Wahlgang gelingen werde, die erforderliche Mehrheit zu erringen.

Zurückkommend auf seinen Plan, den Revolutionsrat durch Verfassungsänderung abzuschaffen, wies *Sá Carneiro* erneut auf die Möglichkeit eines Referendums hin. Die Sozialisten und Kommunisten seien zwar gegen die Abschaffung der provisorischen Verfassung. Das Volk werde ihnen jedoch eine klare Antwort erteilen. Seine Regierung habe erst kürzlich größere Schwierigkeiten mit dem Revolutionsrat gehabt, als dieser gegen einen Gesetzesentwurf, der Privatinvestitionen in stärkerem Maß ermutigen sollte, sein Veto einlegte.

Bundeskanzler warf hier ein, besonders ausländische Privatinvestitionen seien für Portugal wichtig. Staatsmonopol wäre niemals effizient. Es sei gefährlich, wenn Beamte und Militärs, die zwar in ihren Berufen gute Arbeit leisteten, für die Wirtschaft eines Landes verantwortlich wären. Die wirtschaftliche Lage der Bundesrepublik sei relativ gut, weil sie nicht in den Händen des Staates liege. Erheblichen Anteil hätten hieran die gemäßigten Gewerkschaften, deren Führung aus besonnenen Sozialdemokraten bestünde, die zwar gelegentlich „Sonntagsreden“ hielten, aber sonst hervorragende praxisbezogene Arbeit leisteten. Es

sei wichtig, Industriegewerkschaften zu haben. Dies zeige sich auch am Beispiel Österreichs, Dänemarks und Schwedens, deren Gewerkschaften wie die der Bundesrepublik strukturiert seien. In Italien biete sich das traurige Schauspiel, daß christliche und kommunistische Gewerkschaften einander jeweils rechts oder links überholen wollten, angeblich im Arbeiterinteresse, in Wirklichkeit jedoch aus Eigennutz. In Italien gebe es 1000 % mehr Streiktage als in der Bundesrepublik. Natürlich hätten auch wir Streiks, sonst wären es keine richtigen Gewerkschaften. Die Gewerkschaften könnten es sich bei uns aber leisten, gemäßigt zu sein, da sie sich nicht gegen radikale Rivalen profilieren müßten. Sie hätten eingesehen, daß es besser ist, die Kuh in jedem Jahr zu melken, als sie zu schlachten. Unser Gewerkschaftssystem sei zwar nicht das einzige Geheimnis des wirtschaftlichen Erfolges der Bundesrepublik, trage jedoch hierzu entscheidend bei.

Auf die Frage *Sá Carneiro*, ob unsere Erfolge bei der Inflationsbekämpfung in erster Linie auf die Mäßigung der Gewerkschaften oder auf die restriktive Haltung der Arbeitgeber zurückzuführen seien, erwiderte *Bundeskanzler*, daß man die Gewerkschaften nicht mit einer 6%igen Lohnerhöhung hätte zufriedenstellen können, wenn sie 15 % gefordert hätten. Das System der Industriegewerkschaften ermögliche erst vernünftige Forderungen ihrer Führung. So sei es erst vor 14 Tagen möglich gewesen, mit der ÖTV zu einem Lohnabschluß von 6,4 % zu kommen.¹⁶

Bundeskanzler erläuterte sodann das System der „konzertierten Aktion“ das u. a. Gewerkschaften, Industrie, Banken in die gesamtwirtschaftliche Verantwortung einbinde. Er könne seinen Gesprächspartnern in der konzertierten Aktion deutlich machen, daß ein Lohnabschluß von 10 % Tausende von Arbeitslosen bedeute. Einfach mehr Geld zu drucken, um höhere Abschlüsse zu finanzieren, käme für ihn nicht in Betracht. Zudem sei die Bundesbank unabhängig.

Er glaube nicht an die Lehren von Milton Friedman, benutze jedoch seine Methode: Inflationsbekämpfung durch Kontrolle des Geldmengenwachstums. Dies habe zur Zurückhaltung bei Lohnabschlüssen geführt und den Arbeitnehmern über die Jahre ständige Zuwachsraten ihrer Reallöhne gebracht. Unsere Regierung sei eine Koalitionsregierung, bei der auch die Gewerkschaften und die Privatindustrie Mitverantwortung tragen.

Auf den Hinweis von *Sá Carneiro*, daß die Lohnforderungen in Portugal zur Zeit 20 bis 25 % betragen, sagte *Bundeskanzler*, daß dies entweder mehr Arbeitslosigkeit oder stärkere Inflation bedeute. Bei einer Inflationsrate von 20 % dürften die Abschlüsse nicht höher als 18 % liegen. In der Bundesrepublik habe man dies (Abschlüsse unter Inflationsrate) zweimal praktiziert, und zwar durch Überzeugungsarbeit, nicht durch rechtliche Druckmittel.

Sá Carneiro unterstrich, daß 20%ige Lohnabschlüsse in Portugal bereits ein gutes Ergebnis seien. Seine Regierung versuche, durch zusätzliche Steuererleichterungen reale Einkommenssteigerungen von 4–6 % zu erreichen. Auf den Einwurf des *Bundeskanzlers*, daß dies zuviel sei, erwiderte *Sá Carneiro*, wegen

¹⁶ Am 28. März 1980 wurde eine Einigung im Tarifkonflikt des Öffentlichen Dienstes erreicht, die Einkommensverbesserungen für die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes von durchschnittlich 6,6 Prozent vorsahen. Vgl. dazu den Artikel „Warnstreiks‘ nicht ganz ohne Konsequenzen“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 31. März 1980, S. 6.

des hohen Zuwachses der Staatsausgaben und der völligen Stagnation der Privatausgaben müsse er Anreize schaffen. Dann könne er eine Inflationsrate von nur 20 % für das nächste Jahr projizieren.

Bundeskanzler drückte seine Skepsis gegenüber derartigen Zahlenprojektionen aus. *Sá Carneiro* erläuterte, daß er zumindest sich an diese Zahlen halten und aufgrund dieser Daten Ergebnisse noch vor den Wahlen produzieren müsse. Den erst kürzlich abgeschafften Lohnstopp werde er nicht wieder einführen.

Bundeskanzler schilderte die guten Erfahrungen, die er damit gemacht habe, ein oder zwei Kabinettsposten mit Politikern zu besetzen, die aus der Gewerkschaftsbewegung kämen, einen anderen Kabinettsposten mit einem Politiker, der praktische Wirtschaftserfahrung habe.

Übergehend auf die Weltlage, schilderte *Sá Carneiro*, daß Portugal als eines der ersten Länder auf die sowjetische Intervention in Afghanistan reagiert habe. Es habe seinen Botschafter¹⁷ abberufen, ein Kulturabkommen gekündigt.¹⁸ Portugal wolle zu einer europäischen Politik und einer im europäischen Rahmen erarbeiteten Lösung beitragen. Er hoffe nur, daß es zu einer solchen Lösung komme. Zur Zeit vermöge er keine klare europäische Politik zu erkennen. *Bundeskanzler* sagte, dies gelte für den Westen überhaupt.

Er führte sodann aus, daß es wichtig sei, bei der Bewältigung der Krise Kompromisse zu schließen und sich auch in die Position des Gegners zu versetzen. In der derzeitigen Lage könne den USA niemand helfen. In den ersten 72 Stunden nach der Geiselnahme¹⁹ hätte man mit Gewalt vielleicht noch etwas erreichen können. Diese Möglichkeit gebe es ohne Lebensgefahr für die Geiseln jetzt nicht mehr. Sanktionen helfen nur dem Ayatollah²⁰ und tragen zu noch größerer nationalistischer Arroganz der iranischen Machthaber bei.²¹ Unter den Sanktionen hätten nicht die zu leiden, die die Entscheidungen treffen.

Den USA sei bereits seit Januar bekannt gewesen, daß wir uns ihren Schritten anschließen werden.²² Anderslautende Pressemeldungen seien falsch. In einigen Wochen werde man sehen, daß wirtschaftliche Sanktionen nicht erfolgreich

¹⁷ Fernando de Magalhães Cruz.

¹⁸ Botschafter von Puttkamer, Lissabon, berichtete am 25. Januar 1980: „In einem am 24.1. veröffentlichten Kommuniqué des Außenministeriums hat die port[ugiesische] Regierung die Maßnahmen bekanntgegeben, die sie als Reaktion auf die sowjet[ische] Intervention in Afghanistan ergreifen wird. Hierzu zählen insbesondere: Verschiebung des für 1980 geplanten Besuchs Außenministers Gromyko, Einstellung aller Besuche und offiziellen Kontakte mit politischem Charakter, Kündigung des bilateralen Abkommens über kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit, Verschiebung der Unterzeichnung eines Fischereivertrags.“ In einem Kommuniqué des Ministerpräsidenten Sá Carneiro seien zudem die sowjetischen Maßnahmen gegen den sowjetischen Atomphysiker Sacharow verurteilt worden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 38; Referat 203, Bd. 115891.

Für den Wortlaut des Abkommens vom 3. Oktober 1975 zwischen der UdSSR und Portugal über kulturelle und wirtschaftliche Zusammenarbeit vgl. UNTS, Bd. 1024, S. 425–427.

¹⁹ Am 4. November 1979 besetzten Demonstranten die amerikanische Botschaft in Teheran und hielten seither Botschaftsangehörige als Geiseln fest. Vgl. dazu Dok. 2, Anm. 13.

²⁰ Ruhollah Khomeini.

²¹ Zum Inkraftsetzen amerikanischer Sanktionen gegen Iran am 7. April 1980 vgl. Dok. 103, Anm. 2 und 13.

²² Zu den Bemühungen der Bundesregierung, der amerikanischen Bitte um finanzielle Sanktionen gegen Iran Rechnung zu tragen, vgl. Dok. 13, Anm. 15.

Zur Reaktion der Bundesregierung auf das Inkraftsetzen amerikanischer Sanktionen gegen Iran am 7. April 1980 vgl. Dok. 104 und Dok. 105.

sind. Dann werde man andere Maßnahmen ergreifen, die ebenfalls nicht helfen würden.

Die Sowjetunion habe starke Kräfte an der Grenze zum Iran zusammengezogen. Die Gefahr eines sowjetischen Eingreifens sei groß, das Kriegsrisiko steige. Die Freilassung der Geiseln werde man nicht erreichen. Wir hätten die USA um Zurückhaltung gebeten. Dafür hätten uns manche hierzulande feige genannt. Wie auch im Privatleben gebe es in der Politik manchmal Problemstellungen, für die man keine Lösung habe. Auf Einwurf von Sá Carneiro („Kommt Zeit, kommt Rat!“) erwiderte er, die Zeit löse nicht alle Probleme. Durch Druck jedenfalls könne man die Geiseln nicht freibekommen. Wir seien bereit, uns an Sanktionen zu beteiligen.

Unserer Öffentlichkeit hätten wir dies nicht immer sehr klar gesagt. Nunmehr sei es jedoch für jeden offenkundig, daß wir gemeinsam mit unseren EG-Partnern handeln wollten. Ein Alleingang zusammen mit den USA wäre kontraproduzent, ja lächerlich. Je stärker der Druck auf den Iran werde, desto mehr werde man ihn in die Arme der Sowjetunion treiben. Welche andere Möglichkeit habe denn der Iran!

Nach Ansicht von Sá Carneiro kann sich die Sowjetunion zwischen Irak und Iran entscheiden. *Bundeskanzler* stimmte dem zu. Die Sowjets seien Rechner. Sie bräuchten nur das Gewicht und die Bevölkerung des Irak gegen den Iran abzuwägen. Iran werde früher oder später zu einer sowjetischen Allianz im weiteren Sinne gehören. Das sowjetische Verhalten, auch im VN-Rahmen²³, zeige, daß Sowjetunion und Iran sich aufeinander zubewegten. Er wäre erstaunt, wenn es nicht schon Geheimkontakte in letzter Zeit zwischen beiden Regierungen gegeben hätte.

Sollte es zu stärkeren Druckmitteln, wie z.B. zu einer Seeblockade gegen den Iran kommen²⁴, müsse der Iran Importe über den Landweg abwickeln. Dafür kämen einige arabische Länder, möglicherweise die Türkei, vor allem aber Pakistan und die Sowjetunion in Betracht. Bei einer Seeblockade könne die Sowjetunion dem Iran außerdem ihre Hilfe gegenüber einer derartigen „Völkerrechtsverletzung“ anbieten. Würde die iranische Regierung ein derartiges Angebot etwa ablehnen?

Die anderen Schauplätze Afghanistan und der Nahe Osten zeigten ebenfalls gefährliche Situationen. Für viele arabische und islamische Staaten sei der Zionismus immer noch der Feind Nr. 1, danach erst der Kommunismus. Sanktionen gegen den Iran würden die Einheit der islamischen Welt zerreißen. Die

²³ Zum Veto der UdSSR vom 13. Januar 1980 im VN-Sicherheitsrat gegen den Resolutionsentwurf S/13735, der Sanktionen gegen Iran vorsah, vgl. Dok. 15, Anm. 9.

²⁴ Vortragender Legationsrat Hilgenberg notierte am 23. April 1980, ein Mitarbeiter des amerikanischen Außenministeriums habe ihm mitgeteilt, bei einer Seeblockade stünden die USA „vor dem Dilemma, entweder Art. 2 Ziff. 4 der VN-Charta (Gewaltverbot) einschränkend zu interpretieren mit der Folge, daß dies Auswirkungen auf andere Fälle haben könne, oder Art. 51 VN-Charta (Notwehr) heranzuziehen. Wahrscheinlich werde man sich auf Art. 51 stützen.“ Feldmann habe zudem erklärt, „die Frage der Anwendung von Blockademaßnahmen werde sicher nicht nach völkerrechtlichen Gesichtspunkten entschieden. Auch sei nicht das State Department, sondern das amerikanische Verteidigungsministerium zuständig, das seine eigenen Entscheidungen treffe und das State Department wohl nicht beteilige.“ Vgl. VS-Bd. 12395 (500); B 150, Aktenkopien 1980.

meisten von ihnen würden sich zwar gegen die Sowjetunion stellen, ebenso aber auch gegen Israel und die USA.

Sá Carneiro bezeichnete es als erste außenpolitische Priorität seiner Regierungen, möglichst bald der EG beizutreten.²⁵ Die Vorbereitungsarbeiten sollten im nächsten Jahr abgeschlossen sein. 1983 wolle Portugal Vollmitglied sein.

Bundeskanzler zeigte sich sehr skeptisch. Die internationale Lage werde alles überschatten. Die Iran-Sanktionen (z. B. Handelsembargo, Einfrieren von Bankkonten) werden noch vor Jahresende zu einer dramatischen Verschlechterung der Weltwirtschaftslage führen. Ölpreiserhöhungen von derzeit 27 bis 35 Dollar pro Barrel auf vielleicht 50 Dollar pro Barrel gegen Ende des Jahres würden für die Entwicklungsländer zu einer Explosion der Arbeitslosigkeit und zu Hungersnöten führen. Aber auch die Industrieländer würden eine derartige Preisexplosion so kurz nach dem letzten starken Preisanstieg nicht verdauen können. Der wirtschaftliche Einbruch werde die meisten Länder der Welt schwer treffen und die Diskrepanz zwischen reichen und armen Ländern noch verstärken.

Auf eine entsprechende Frage *Sá Carneiros* erwiderte *Bundeskanzler*, wir wollten den portugiesischen EG-Beitritt nicht auf Eis legen. Er werde jedoch so schwierig werden, daß er nicht wisse, wie Portugal ihn in absehbarer Zeit verkraften wolle.

Den Hinweis *Sá Carneiros*, schon aus strategischen Gründen wäre ein schneller Beitritt wünschenswert, hielt *Bundeskanzler* grundsätzlich für richtig. Für die nächsten 18 bis 24 Monate müsse man allerdings sehr skeptisch sein.

Das Wort Weltrezession, eine Wortschöpfung der 50er und 60er Jahre, sei für das, was nunmehr auf uns zukäme, ein zu schwaches Wort: Zutreffender wäre die Umschreibung als eine strukturelle Weltwirtschaftskatastrophe. Der Hunger in den Entwicklungsländern sei heute bereits größer als vor drei Jahren. Ebenso das Durcheinander in den Zahlungsbilanzen. Die Bevölkerungsexplosion schreite voran. Ein erneut starker Ölpreisanstieg werde diese Entwicklung noch beschleunigen.

Wir wollten nicht die USA von Sanktionen abhalten. Schließlich gehe es um amerikanische Staatsbürger. Was die USA für ihre Landsleute tun wollten, hätten sie nur gegenüber ihrem Gott zu verantworten. Wir als Verbündete müßten allerdings mitmachen. Niemand könne vorhersehen, was die Folgen sein werden. Z. Z. werde zuviel über zweitrangige Fragen geredet.

Die rhetorische Frage von *Dr. Gouveia*, ob nicht die vom *Bundeskanzler* skizzierte Entwicklung einen portugiesischen EG-Beitritt eher beschleunigen müsse, schwächte *Sá Carneiro* ab: nicht beschleunigen, sondern planmäßig durchführen!

Die dringendste Bitte, die Portugal z. Z. an die Gemeinschaft habe, sei die nach der Finanzierung eines Ausbauprogramms für wichtige Durchgangsstraßen und ihre Anbindung an das europäische Straßennetz, eine Frage, die z. Z. im Parallelgespräch zwischen den Außenministern²⁶ erörtert werde.

²⁵ Zum Stand der Verhandlungen über einen EG-Beitritt Portugals vgl. Dok. 96, Anm. 13.

²⁶ Bundesminister Genscher erörterte am 14. April 1980 mit dem portugiesischen Außenminister Freitas do Amaral die Verhandlungen über einen EG-Beitritt Portugals und die Lage der portugiesischen Wirtschaft. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 203, Bd. 115889.

(Auf Frage des *Bundeskanzlers* stellte sich heraus, daß diese portugiesische Bitte für die deutschen Teilnehmer des Gesprächs völlig neu und überraschend war.)

Von Bundeskanzler um Erläuterung gebeten, führte *Sá Carneiro* aus, Portugal benötige für dieses Programm 400 Mio. US-Dollar, auf drei Jahre verteilt. Dieses sei aus dem EG-Haushalt zu finanzieren. Sollte dies nicht möglich sein, wäre an Sonderzahlungen der EG-Mitglieder zu denken.

Bundeskanzler äußerte sich hierzu sehr skeptisch: Wenn es den EG-Mitgliedern nicht einmal gelänge, eine Lösung für das Problem des britischen EG-Haushaltsbeitrages²⁷ in einer Größenordnung von mehr als 1 Mrd. DM im Wege eines Kompromisses zu finden – Dänemark, Irland und die Bundesrepublik werden hierfür erhebliche Zahlungen leisten müssen –, wisse er nicht, wie wir zusätzlich noch das portugiesische Projekt bezahlen wollten. Er jedenfalls denke nicht daran, einfach Geld zu drucken. Es sei bereits eine absurde Situation, daß die Bundesrepublik sich Geld in Saudi-Arabien leihen müsse. Er sei bereits deswegen von der Opposition angegriffen worden.²⁸ Außerdem würden wir von den USA und der EG verschiedentlich kritisiert, weil wir nicht genug Mittel für bestimmte Projekte bereitstellten. Unsere angespannte Finanzlage gebe es in noch stärkerem Maße in anderen EG-Ländern. Wer nun zusätzliche Leistungen von uns verlange, bekäme bestenfalls freundliche Worte. Die Regierungschefs der Gemeinschaft würden sich jedoch von ihren Finanzministern die Frage entgegenhalten lassen müssen, wie dies gedeckt werden solle. (Verteidigungshaushalt? Türkeihilfe²⁹?)

Er wolle jetzt nicht kategorisch nein sagen, da er die Einzelheiten noch nicht kenne, müsse aber vor hohen Erwartungen warnen. Portugal könne vielleicht

²⁷ Zum britischen Beitrag zum EG-Haushalt vgl. Dok. 9, Anm. 20.

²⁸ Mit einer Kleinen Anfrage forderte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 9. April 1980 Auskunft über Höhe, Zeitpunkt, Art und Umfang von Kreditaufnahmen der Bundesregierung im Ausland. Vgl. dazu BT ANLAGEN, Bd. 262, Drucksache Nr. 8/3894.

Das Bundesministerium der Finanzen teilte daraufhin am 28. April 1980 mit: „Der Bund hat seit dem 1. Januar 1980 erneut den Gegenwert von den USA begebener DM-Schuldtitel von rd. zwei Mrd. DM übernommen, durch direkte Verhandlungen in Saudi-Arabien Kredite von rd. zweieinhalb Mrd. DM und aus Mitteln der Devisenmarkt-Interventionen der USA eine Mrd. DM aufgenommen. In einer Absprache mit den saudi-arabischen Währungsbehörden wurde eine längerfristige währungs- und kreditpolitische Zusammenarbeit vereinbart. Von saudi-arabischer Seite wurde dabei die Bereitschaft erklärt, weiterhin D-Mark-Schuldscheine des Bundes über deutsche Kreditinstitute zu erwerben. Dies ist in der Zwischenzeit geschehen.“ Vgl. BT ANLAGEN, Bd. 263, Drucksache Nr. 8/3961, S. 3.

²⁹ Zur Wirtschafts-, Finanz- und Verteidigungshilfe für die Türkei vgl. Dok. 106, Anm. 8.

Referat 420 vermerkte am 13. Mai 1980: „Auf der Pariser Zusagenkonferenz am 15. April 1980 haben die 16 beteiligten OECD-Staaten Kredite in Höhe von 1061 Mio. Dollar zugesagt (1979: 960 Mio.), die EIB weitere 100 Mio. Der Anteil der – weniger günstigen – Exportkredite an dem Gesamtergebnis beträgt nur noch ca. 25 % (1979: 34 %). [...] Der deutsche Beitrag von 295 Mio. Dollar (= DM 560 Mio.) macht ein Viertel der Gesamtzusage aus. Angesichts seiner günstigen Konditionen (30 Jahre Laufzeit, 10 Freijahre, 2 % Zinsen) hat er einen Zuschußwert von 65,3 % (= 193 Mio. Dollar). Demgegenüber hat der US-Beitrag, der sich ebenfalls auf 295 Mio. Dollar beläuft (davon 200 Mio. erst ab Oktober 1980 zahlbar), einen wesentlich geringeren Zuschußwert (83 bis höchstens 91 Mio. Dollar je nach seinen noch nicht im einzelnen bekannten Konditionen). Unser Beitrag zur Sonderhilfsaktion ist besonders wirksam, weil wir der Türkei rasch zu Devisenzufluß in Höhe von rd. 255 Mio. Dollar verholfen haben: 100 Mio. DM wurden als ungebundener Warenkredit aufgrund Regierungsabkommens bereits im Februar der Türkei zur Verfügung gestellt; am 27. März hat die Bundesbank durch Garantieübernahme einen Zwischenfinanzierungskredit der BIZ für die Türkei in Höhe von 200 Mio. Dollar ermöglicht. Von unserem Beitrag werden 430 Mio. DM als ungebundene Warenhilfe, die restlichen DM 130 Mio. als Projekthilfe vergeben.“ Vgl. Referat 420, Bd. 124284.

an eine Anleihe denken. Dies aber führe zu weiterer Verschuldung. Für seine Zahlungsbilanz werde es sicher schwierig werden. *Sá Carneiro* stimmte dem zu. Portugal wolle aber für die Gemeinschaft in Zukunft nicht nur das arme Land mit den schönen Stränden sein.³⁰

Bundeskanzler ließ keinen Zweifel daran, daß Portugal nach dem Beitritt Empfängerland sein werde. Es wäre nach seiner Meinung eine kluge Politik, die öffentliche Meinung auf die nachteiligen Folgen des EG-Beitritts in den ersten Jahren hinzuweisen. Portugal werde offen und ungeschützt gegenüber den viel effizienteren französischen, niederländischen, italienischen und deutschen, vielleicht sogar britischen Importen sein. Es müsse daher sehr sorgfältig über die Länge der Übergangsperiode nachdenken. Selbst mittelständische europäische Unternehmen würden sich in den nächsten Jahren als effizienter als die portugiesischen, insbesondere die staatlichen Betriebe erweisen. Er wisse nicht, auf welchen Gebieten, außer vielleicht in der Sardinienfischerei, Portugal wettbewerbsfähig sei.

Sá Carneiro wandte darauf ein, um so wichtiger sei es, vor dem Beitritt die Infrastruktur zu verbessern, um die Kluft zwischen Arm und Reich in der EG nicht noch größer werden zu lassen. Sogar Griechenland läge vor Portugal. *Bundeskanzler* erwiderte, er habe seinen Freund Karamanlis ebenfalls auf die nachteiligen Konsequenzen des Beitritts³¹ hingewiesen.

Auf das Straßenbauprojekt zurückkommend, erläuterte *Sá Carneiro*, daß wichtige Verkehrsadern des Landes in einem so schlechten Zustand seien, daß die betreffenden Regionen wirtschaftlich fast völlig voneinander getrennt seien.

Die Gemeinschaftsländer seien z. Z. im Durchschnitt sechsmal so reich wie Portugal, bald würden sie zwölfmal so reich sein, wenn nicht schnell Abhilfe geschaffen werde.

Bundeskanzler faßte seine Haltung zum portugiesischen EG-Beitritt zusammen:

- Er sei für den portugiesischen Beitritt;
- er müsse jedoch zur Vorsicht mahnen; die negativen Auswirkungen auf die

³⁰ Ministerialdirektor Fischer notierte am 22. April 1980, daß die EG-Kommission auf der Sitzung des Ausschusses der Ständigen Vertreter am 17. April 1980 „einen Überblick über die Gesamtvorstellungen der Portugiesen für Hilfe der Gemeinschaft bis zum Beitritt (voraussichtlich 1983)“ gegeben habe: „Portugiesen hätten neben einem erneuten Finanzprotokoll (Laufzeit November 1981 bis Beitritt/Volumen 125 Mio. plus 20 Mio. ERE Zinsbenefikation) um nichtrückzahlbare Hilfen von insgesamt 280 Mio. ERE in vier Bereichen gebeten, und zwar um 47 Mio. ERE für kleine und mittlere Unternehmen, 50 Mio. ERE für Berufsausbildung, 74 Mio. ERE für Agrarstruktur und um 108 Mio. ERE für Straßen, Eisenbahnen und Wasserstraßen.“ Fischer legte dar: „Gesamtkonzept einer Beihilfe der Gemeinschaft zur Vorbereitung Portugals auf den Beitritt wird von AA grundsätzlich befürwortet. Schon im Vorfeld des Beitritts ist vorzubeugen, daß es nach dem Beitritt angesichts des starken wirtschaftlichen Gefälles nicht zu negativen Auswirkungen auf die portugiesische Wirtschaft und zu Integrationsproblemen kommt.“ Bei der Prüfung der einzelnen Anträge komme der EG-Kommission Vorrang zu: „Aufgrund ihrer Vorschläge, die zu drei Bereichen einschließlich des Verkehrsprojekts noch nicht vorliegen, werden M[itglied]Staaten über die Zweckmäßigkeit sowie ggf. über Prioritäten im Rahmen der zur Verfügung stehenden Finanzmittel zu entscheiden haben.“ Vgl. Referat 410, Bd. 121927.

³¹ Am 28. Mai 1979 wurden in Athen die Verträge über den Beitritt Griechenlands zu den Europäischen Gemeinschaften unterzeichnet, der am 1. Januar 1981 erfolgte. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 5/1979, S. 7.

portugiesische Industrie nach der Übergangszeit dürften nicht unterschätzt werden;

- Portugal brauche von europäischen Firmen Direktinvestitionen und technologisches Know-how; dadurch könnten Arbeitsplätze in Portugal geschaffen werden;
- Portugal werde Empfängerland sein. Es dürfe jedoch nicht zuviel erwarten. Statt dessen solle es jetzt daran gehen, die Bedingungen für Direktinvestitionen aus europäischen Ländern zu verbessern. Die deutsche Industrie sei z.Z. nicht sehr investitionsbereit. Sá Carneiro kenne das Problem, auf das er anspiele. Es habe eine große psychologische Wirkung.³²

Sá Carneiro erwiderte, in zwei bis drei Monaten werde die vom Bundeskanzler angesprochene Frage der Entschädigung für widerrechtliche Enteignung während der Revolution geregelt sein.³³

Bundeskanzler sprach sich anerkennend über die gute Zusammenarbeit mit Portugal in der EPZ³⁴ aus. Wir müßten sie weiter intensivieren. Z.B. in Afrika und Brasilien verfüge Portugal über wichtige Erfahrungen und Kenntnisse, die es in die Gemeinschaft einbringen könne.

Sá Carneiro wies in diesem Zusammenhang auf die Bedeutung Afrikas hin, ohne das Europa und das Atlantische Bündnis verwundbar seien.

³² Das Landgut des deutschen Staatsangehörigen Hans-Joachim Gerike wurde am 6. August 1976 gemäß eines portugiesischen Landreformgesetzes vom Juli 1975 enteignet. Botschafter Caspari, Lissabon, berichtete am 17. Februar 1977, trotz Interventionen der Botschaft habe Portugal „uns in unvertretbarer Weise seit über einem Jahr hingehalten und schließlich eine ganz unangemessene Entschädigungsprozedur in Aussicht gestellt. Die Bundesregierung kann kaum einen hohen Beitrag zu einem Kredit an Portugal vor dem Bundestag vertreten, wenn deutsche Interessen in solch eklatanter Weise von einer Regierung des Empfängerlandes verletzt werden.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 77; Referat 203, Bd. 110250.

³³ Botschafter von Puttkamer, Lissabon, berichtete am 15. April 1980, bei den Gesprächen, die Ministerialdirigent Dröge im Anschluß an die Sitzung des Ministerkomitees des Europarats am 11. April 1980 in Lissabon im portugiesischen Außenministerium geführt habe, sei u. a. die finanzielle und technische Zusammenarbeit der Bundesrepublik mit Portugal erörtert worden: „Der Investitionsförderungsvertrag und das Doppelbesteuerungsabkommen, die beide paraphiert sind, wurden als wichtige Instrumente für die Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen gesehen. Dg20 hob in diesem Zusammenhang die notwendige Regelung der Entschädigungsfälle hervor und äußerte sich befriedigt über die ersten konkreten portugiesischen Schritte in diese Richtung.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 610; Referat 203, Bd. 115889.

Am 27. August 1980 vermerkte Ministerialdirigent Dröge, anläßlich des Staatsbesuchs von Bundespräsident Carstens vom 14. bis 17. Juli 1980 in Portugal am habe Ministerpräsident Sá Carneiro 15. Juli 1980 gegenüber Bundesminister Genscher das Entschädigungsangebot im Fall Gerike auf drei Millionen DM erhöht. Die portugiesische Regierung sei der Auffassung, „bis an die Grenzen des ihr rechtlich wie tatsächlich Möglichen gegangen zu sein“. Dröge folgerte: „Von ursprünglich elf Entschädigungsfällen sind nur noch vier, wenngleich teilweise auch die gewichtigsten, offen. [...] Im Fall Gerike hatte BM in Lissabon angedeutet, daß er 3 Mio. DM für ein angemessenes Angebot halte. In den übrigen Fällen scheinen sich Lösungen abzuzeichnen, die fraglich erscheinen lassen, ob mit Aufrechterhaltung eines Junktims, das zunehmend untuglich zu werden droht, noch viel Nachdruck erreichbar ist.“ Daher sollte „noch ein letzter Vorstoß bei der portugiesischen Seite unternommen werden, um weitere Verbesserungen im Angebot zu erhalten“, auch wenn die Erfolgsaussichten gering seien: „In jedem Fall sollten wir auf einer portugiesischen Erklärung bestehen, in der sie sich verpflichtet, um eine befriedigende Regelung der Entschädigungsfälle bemüht zu bleiben.“ Vgl. Referat 203, Bd. 115892.

³⁴ Am Rande der Tagung des Ministerkomitees des Europarats am 10. April 1980 in Lissabon trafen sich die Außenminister der EG-Mitgliedstaaten zu einer informellen Sitzung im Rahmen der EPZ. Vgl. dazu Dok. 104, Anm. 2.

Bundeskanzler unterbrach hier das Gespräch mit dem Hinweis, man werde sich bei dem anschließenden Arbeitsessen insbesondere auch über Afrika unterhalten können.³⁵

VS-Bd. 14085 (010)

108

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Minister für Erdöl und Bodenschätze der Vereinigten Arabischen Emirate, al-Otaiba

14. April 1980¹

Teilnehmer: Bundeskanzler, Dr. Mana Said al-Otaiba, Botschafter Rashid A. al-Mukhawi, BM Graf Lambsdorff, Frau MD Steeg (BMW), MR Meyer-Sebastian (BK)

1) Der Erdölminister der VAE, *Dr. Otaiba*, erwidert die herzliche Begrüßung durch den Bundeskanzler² und überbringt eine Einladung des Präsidenten der VAE, Scheich Zayed³, an den Bundeskanzler, die VAE zu besuchen.

³⁵ Botschafter von Puttkamer, Lissabon, berichtete am 17. April 1980, beim Mittagessen am 14. April 1980 hätten Bundeskanzler Schmidt, Ministerpräsident Sá Carneiro und der portugiesische Außenminister primär die Lage in Afrika erörtert. Freitas Do Amaral habe dargelegt, „daß die Beziehungen Portugals zu den Inselstaaten Cap Verde, São Tomé und Guinea-Bissau schon jetzt ausgezeichnet seien, während die Beziehungen zu Angola und Mosambik Schwankungen unterworfen wären. [...] Der Bundeskanzler meinte, daß Portugal als EG-Mitglied nicht nur seine Beziehungen zu Afrika, sondern auch zu Südamerika einbringen könnte. Hierzu erklärte Sá Carneiro allerdings, daß die portugiesisch-brasilianischen Beziehungen bislang primär immer noch sentimentaler Natur seien.“ Weitere Themen seien der Ausbau von Hörfunk- und Fernsehprogrammen für portugiesische Gastarbeiter sowie eine Mitnutzung der Luftwaffenbasis in Beja durch die USA gewesen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 170; VS-Bd. 11097 (203); B 150, Aktenkopien 1980.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialrat Meyer-Sebastian, Bundeskanzleramt, am 15. April 1980 gefertigt und am selben Tag über Ministerialdirigent Heick, Bundeskanzleramt, Ministerialdirektor Schulmann, Bundeskanzleramt, und Staatssekretär Schüler, Bundeskanzleramt, an Bundeskanzler Schmidt „mit der Bitte um Billigung“ weitergeleitet. Dazu vermerkte Meyer-Sebastian: „Der Entwurf ist mit Frau MD Steeg abgestimmt.“ Zudem regte er an, die Gesprächsaufzeichnung an Ministerialdirektor von Staden, Bundeskanzleramt, weiterzuleiten „mit der Bitte, ein Exemplar an das Auswärtige Amt weiterzuleiten“.

Hat Heick am 15. April 1980 vorgelegen.

Hat Schüler am 16. April 1980 vorgelegen.

Hat Schmidt am 16. April 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Zustimmung.“

Hat Vortragendem Legationsrat Peters, Bundeskanzleramt, am 16. April 1980 vorgelegen.

Hat Verwaltungsangestelltem Bruns, Bundeskanzleramt, am 16. April 1980 vorgelegen, der die „W[ieder]v[or]lage bei] Ref. 421“ verfügte.

Hat Meyer-Sebastian am 17. April 1980 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „AL4 n[ach] R[ückkehr] z[ur] K[enntnisnahme].“ Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 53; B 150, Aktenkopien 1980.

² Der Minister für Erdöl und Bodenschätze der Vereinigten Arabischen Emirate, al-Otaiba, hielt sich vom 14. bis 16. April 1980 in der Bundesrepublik auf.

³ Korrigiert aus: „Said“.

Außerdem übermittelt Dr. Otaiba Grüße des irakischen Staatspräsidenten Saddam Hussein, der mit einem Besuch des Bundeskanzlers in Bagdad rechne.

Der *Bundeskanzler* nimmt die Einladung an, bittet jedoch um Verständnis, daß sein Besuch wegen des Wahljahres⁴ nicht vor Ende 1980 bzw. erst im Laufe des kommenden Winters erfolgen könne.⁵

2) Dr. Otaiba unterstreicht die Bedeutung politischer Stabilität der Golfregion für die Weltrohölversorgung. Diese Stabilität sei durch die Ereignisse im Iran und in Afghanistan, durch die kommunistische Bedrohung und durch die ungeklärte Palästinenserfrage bedroht. Europa und die Golfstaaten müßten gemeinsame konstruktive Anstrengungen unternehmen, um die Stabilität am Golf zu gewährleisten. Zur Palästinenserfrage weist Dr. Otaiba darauf hin, daß es einziges Ziel der Araber sei, Gerechtigkeit für die Palästinenser zu verwirklichen. Dies könnte durch Autonomie und garantierte Grenzen für die Palästinenser im Gaza-Streifen und auf der Westbank erreicht werden. Araber und Israelis könnten friedlich zusammenleben. Die Araber hätten nicht die Absicht, die Israelis ins Meer zu werfen, die Israelis dürften aber ihrerseits auch nicht die Palästinenser in die Wüste werfen.

3) Der *Bundeskanzler* erinnert in diesem Zusammenhang an die gemeinsame Pressekonferenz anlässlich des Besuches von Kronprinz Fahd von Saudi-Arabien vom Juni 1978 in Bonn.⁶ Damals habe er sich gemeinsam mit Kronprinz Fahd für das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser eingesetzt, ohne daß es irgendwelche Auffassungsunterschiede in dieser Frage gegeben hätte.⁷ Zugleich weist der Bundeskanzler auf seine von Anfang an gehegten Bedenken gegen das Camp-David-Agreement⁸ hin. Die Möglichkeiten einer europäischen Einflußnahme in der Palästinenserfrage seien dadurch begrenzt. Die USA hätten die Europäer verschiedentlich gebeten, sich aus den Nahost-Verhandlungen herauszuhalten. Deshalb würden wir uns sowohl durch von Dr. Otaiba angeregte direkte Gespräche mit der PLO als auch mit einer neutralen Richterrolle in einen offenen Gegensatz zur amerikanischen Politik setzen.

⁴ Wahlen zum saarländischen sowie zum nordrhein-westfälischen Landtag fanden am 27. April 1980 bzw. am 11. Mai 1980 statt. Am 5. Oktober 1980 erfolgten die Wahlen zum Bundestag.

⁵ Bundeskanzler Schmidt besuchte am 29./30. April 1981 die Vereinigten Arabischen Emirate. Vgl. dazu das Gespräch mit dem Präsidenten der Vereinigten Arabischen Emirate, Zayed, am 30. April 1981 in Abu Dhabi sowie den Drahtbericht Nr. 110 des Botschafters Kuhn, Abu Dhabi, vom 2. Mai 1981; AAPD 1981.

⁶ Kronprinz Fahd besuchte die Bundesrepublik vom 21. bis 23. Juni 1978. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 195 und Dok. 197.

⁷ Bundeskanzler Schmidt äußerte in einer Tischrede zu Ehren des Kronprinzen Fahd am 21. Juni 1978: „Die Bundesregierung hat sich deshalb immer wieder und öffentlich für das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes eingesetzt. Es wird entscheidend darauf ankommen, das Existenzrecht Israels und die legitimen Rechte der Palästinenser miteinander in Einklang zu bringen.“ Vgl. BULLETIN 1978, S. 651.

Referat 310 vermerkte am 27. Juni 1978, Bundeskanzler Schmidt habe in der folgenden Pressekonferenz bezüglich des Selbstbestimmungsrechts für die Palästinenser ergänzt, „daß dies auch ‚das Recht, sich staatlich zu organisieren‘ [...] einschließe. Die israelische Presse hat daraus ein Eintreten für einen souveränen palästinensischen Staat gemacht und damit scharfe Angriffe gegen die Bundesregierung verknüpft. Ebenso wurde übrigens behauptet, der Bundeskanzler habe den Rückzug Israels aus allen besetzten Gebieten gefordert; er hat hingegen die Formel vom 6.11.1973 und 29.6.1977 benutzt (Beendigung der Besetzung, die Israel seit 1967 aufrechterhält).“ Vgl. Referat 310, Bd. 119883.

⁸ Zum Camp-David-Prozeß vgl. Dok. 13, Anm. 13.

Der Bundeskanzler bezweifelt, daß die Autonomiegespräche wie im Camp David Agreement vorgesehen fristgerecht bis zum 26. Mai 1980 abgeschlossen werden können⁹, und bringt seine Enttäuschung darüber zum Ausdruck, daß der israelische Premierminister Begin seine historische Chance bisher nicht genutzt habe. Er weist zugleich darauf hin, daß die Europäer bei einem Fehlschlag der Verhandlungen nach dem 26. Mai 1980 die Absicht hätten, die Nahost-Problematik in den Vereinten Nationen zu erörtern.¹⁰ Die USA hätten wissen lassen, daß sie eine solche Debatte tolerieren würden. Er zweifle aber daran, daß die USA angesichts der bevorstehenden Präsidentschaftswahl¹¹ und der sechs Millionen jüdischen Wähler bei dieser Haltung blieben.

4) Der Bundeskanzler bringt angesichts der Ereignisse in Afghanistan und Iran, aber auch des Verhältnisses Iran/Irak¹² seine Sorge um die Erhaltung des Weltfriedens zum Ausdruck. In diesem Zusammenhang betont er, daß sich die Bundesregierung immer wieder nachdrücklich gegen wirtschaftliche und militärische Sanktionen gegenüber dem Iran ausgesprochen hat, weil sonst die Gefahr eines automatischen eskalatorischen Prozesses nicht mehr ausgeschlossen werden könne. Sanktionen oder eine mögliche Blockade Irans würden zudem die Gefahr einer Anlehnung dieses Landes an die Sowjetunion heraufbeschwören. Allerdings könnte sich die Bundesregierung nicht in Gegensatz zur amerikanischen Politik stellen. Wenn die USA Sanktionen gegenüber dem Iran als ein Mittel zur Befreiung ihrer dort festgehaltenen Geiseln verhängen¹³, würden wir uns trotz unserer Zweifel an der Effektivität solcher Maßnahmen anschließen. Die

⁹ Zu den Gesprächen zwischen Ägypten und Israel über eine Autonomie der palästinensischen Gebiete vgl. Dok. 90, Anm. 12.

Botschafter Schütz, Tel Aviv, berichtete am 11. April 1980, über die Sitzung der in den Autonomieverhandlungen eingesetzten vier Arbeitsgruppen am 9./10. April 1980 in Tel Aviv sei bislang nur bekannt, „daß volle Übereinstimmung über ‚freedom of public expression during elections to the autonomy institutions‘ erzielt wurde. Diese sibyllinische Formulierung, die sich auch im regierungsamtlichen Pressebulletin wiederfindet, soll implizieren, daß Israel darauf verzichtet, Wahlkampf, besonders auch den von PLO-Sympathisanten geführten, unter besondere Überwachung zu stellen. Von den vier Arbeitsgruppen ist die für Wirtschaftsfragen erstmals, dagegen die für Rechtsangelegenheiten nicht zusammengetreten, weil sich ägyptischer AM Ghali in Washington befand.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 358; Unterabteilung 31, Bd. 135600.

¹⁰ Zu Überlegungen für eine Nahost-Initiative der Europäischen Gemeinschaften im Rahmen der EPZ vgl. Dok. 85, Anm. 6.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Fiedler informierte am 1. April 1980, bei der Sitzung des Politischen Komitees im Rahmen der EPZ am 13./14. März 1980 in Rom sei erörtert worden, „ob und ggfs. welche Schritte die Neun im Nahen Osten in den nächsten Monaten unternehmen sollen. Einigkeit bestand, daß Lösung des Nahost-Problems durch Einfall der Sowjets nach Afghanistan dringlicher geworden ist und daß insbesondere arabische Seite angesichts sich abzeichnenden Scheiterns der israelisch-ägyptischen Autonomiegespräche sowie Blockierung der US-Politik (Wahljahr) eine europäische Initiative erwarte.“ Konsens habe bestanden, „daß jede Erklärung der Neun vor dem 26. Mai geeignet sein würde, israelisch-ägyptische Verhandlungen zu belasten. Infolgedessen wollen die Neun bis zu diesem Zeitpunkt Zurückhaltung wahren, gleichzeitig aber interne Vorbereitungen vorantreiben. [...] Für ER wird Präsidentschaft Text einer Erklärung (ggfs. press guideline) vorbereiten. In EAD soll arabischer Seite ein Signal gegeben werden, daß Europäer bereit sind, auch politische Themen zu behandeln und damit arabischem Konzept einer ‚discussion globale‘ entgegenzukommen.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 1888; VS-Bd. 11144 (310); B 150, Aktenkopien 1980.

¹¹ Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

¹² Zum Konflikt zwischen Irak und Iran vgl. Dok. 103, Anm. 23.

¹³ Zum Inkraftsetzen amerikanischer Sanktionen gegen Iran am 7. April 1980 vgl. Dok. 103, Anm. 2 und 13.

Bundesregierung könne es nicht hinnehmen, daß sich in der öffentlichen Meinung der USA die antideutsche Stimmung erhöht, weil wir infolge unserer geographischen Lage sehr schnell auf amerikanische Hilfe angewiesen sein könnten.

Dr. Otaiba teilt die Einschätzung der Situation. Die Sowjetunion warte nur darauf, neue „Fischzüge“ zu machen. Die Sowjetunion würde sowohl ein militärisches Eingreifen der USA als auch eine kriegerische Auseinandersetzung zwischen Iran und Irak ausnutzen. Er äußert Verständnis für die Haltung von Präsident Carter, hält aber eine geduldigere, vor allem friedliche Politik gegenüber dem Iran für angemessen. Die VAE würden ihrerseits auch mäßigend auf den Irak einwirken, der befürchten muß, daß die schiitische Revolution auf ihn übergreift. Der Irak habe schätzungsweise einen Anteil von 30–60% Schiiten an der Gesamtbevölkerung. Der Irak verfüge gegenüber Iran über eine weitaus besser qualifizierte Armee; strategisch kommt ihm darüber hinaus zugute, daß die iranischen Ölgebiete in erster Linie von Sunniten bewohnt sind.

Der Versuch Irans, auf die arabischen Länder Druck auszuüben, um im Falle von Wirtschaftssanktionen gegen den Iran die Öllieferungen in die USA und die sich an Sanktionen beteiligenden Länder einzustellen oder zu drosseln¹⁴, würde bei den konservativen arabischen Ländern nicht zum Erfolg führen. Auch die diesbezüglichen Drohungen Libyens und Algeriens könne man nicht ernst nehmen.¹⁵ Gaddafi habe selbst nach 1973¹⁶ trotz gegenteiliger Äußerungen Öl an die USA geliefert; Algerien sei dringend auf die Deviseneinnahmen angewiesen.

Die iranische Ölförderkapazität von gegenwärtig rd. 2 Mio. b/d¹⁷ entspräche ungefähr der gegenwärtigen Überschußproduktion, die sich nur infolge der schwierigen politischen Situation preispolitisch nicht ausgewirkt habe.

Zumindest mittelbare Auswirkungen auf die Ölversorgung Westeuropas und Japans würde eine Verminung des Golfs oder eine Seeblockade an der Straße von Hormuz haben, weil z. B. 50 v. H. des Öls der VAE off-shore gewonnen werden. Ernstlich bedroht könne die Ölversorgung der westlichen Industrieländer dann werden, wenn Saudi-Arabien einem radikalen Regime zum Opfer fiel. Die Saudis überdächten ohne Aufregung gegenwärtig ihre Innenpolitik, um Zwi-

¹⁴ Zu iranischen Ankündigungen, auf Sanktionen mit einem Lieferstopp für Erdöl zu reagieren, vgl. Dok. 103, Anm. 20.

¹⁵ In der Presse hieß es dazu: „Libyen und Algerien wollen kein Erdöl und Erdgas mehr an die Vereinigten Staaten liefern, die Länder Westeuropas sollen von diesem Boykott zunächst nicht betroffen werden. Das teilte ein Sprecher der Konferenz der Staaten der arabischen Ablehnungsfront mit, die seit dem Wochenende in Tripolis tagt. [...] Der Sprecher schloß nicht aus, daß auch Westeuropa mit einem Öl- und Gasboykott belegt werden könne, wenn die westeuropäischen Länder nicht ‚in wenigen Monaten‘ ihre von Washington abhängige Nahostpolitik änderten.“ Vgl. den Artikel „Algerien und Libyen: Kein Öl mehr für Amerika“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 15. April 1980, S. 1.

¹⁶ Am 6. Oktober 1973, dem israelischen Feiertag Jom Kippur, begannen ägyptische Angriffe am Suez-Kanal auf das Sinai-Gebiet sowie syrische Angriffe auf israelische Stellungen auf den Golan-Höhen. Nachdem erste Bemühungen um einen Waffenstillstand am 22./23. Oktober 1973 erfolglos blieben, wurde am 11. November 1973 eine ägyptisch-israelische Vereinbarung über einen Waffenstillstand unterzeichnet. Vgl. dazu den Artikel „Israel und Ägypten unterzeichnen Waffenstillstand“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 12. November 1973, S. 1.

¹⁷ Barrels per day.

schenfälle wie die Moscheebesetzung in Mekka¹⁸ zukünftig zu verhindern. Für alle pro-westlich eingestellten Regierungen der Golfregionen bestehe allerdings eine Gefahr, in den Augen der nachwachsenden Generationen unglaublich zu werden, wenn die Palästinenserfrage nicht gelöst werden kann. Das könne zu Radikalisierung führen.

Deshalb komme dem Euro-Golf-Dialog¹⁹ auch erstrangige Bedeutung zu. Die Initiativen dazu sollten von den Regierungen der VAE und der Bundesrepublik Deutschland vorangetrieben werden. Einen „Trialog“ unter Einbeziehung afrikanischer Staaten – entsprechend einem Vorschlag des französischen Staatspräsidenten²⁰ – hält Dr. Otaiba zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht für hilfreich.

Der *Bundeskanzler* hält das Zustandekommen eines Euro-Golf-Dialogs in Form einer konzentrierten Konferenz für wichtig; er dürfe nicht zu einer Massenveranstaltung ausarten.

5) Dr. Otaiba trägt den Wunsch von Präsident Scheich Zayed²¹ vor, deutsche Panzer zu kaufen.²² Der *Bundeskanzler* sagt zu, die Frage im Bundessicherheitsrat zu erörtern, macht Dr. Otaiba jedoch keine Hoffnungen auf Realisierung eines solchen Geschäfts.²³ Er empfiehlt, Waffen bei unseren europäischen Partnerländern zu beziehen.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 53

¹⁸ Am 20. November 1979 besetzten Bewaffnete die Große Moschee in Mekka und hielten bis zur Stürmung durch Sicherheitskräfte zwei Wochen später Geiseln in ihrer Gewalt. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 347 und Dok. 367.

¹⁹ Zur Initiative für ein Kooperationsabkommen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den Golfstaaten vgl. Dok. 58, Anm. 13.

Vortragender Legationsrat Wernld notierte am 9. April 1980, die italienische EG-Ratspräsidentschaft habe in den Golfstaaten angefragt, „ob die Entsendung von Kommissionsbeamten zu Sondierungsgesprächen genehm wäre. Reaktion bisher nur von Oman bekannt; sie ist positiv. Haltung der Araber: Kuwait, das im Sommer 1979 noch mit dem Vorschlag eines Energie-Dialogs Europa/Golfstaaten hervortrat, steht unserer Initiative neuerdings zurückhaltend gegenüber. Irak hat sich kritisch, aber nicht ablehnend geäußert. Saudi-Arabien ist gleichfalls nicht ablehnend. Lt. EG-Vertretung Brüssel soll jedoch Yamani geäußert haben, sein Land sei nur interessiert, wenn EG bei Erdöl-Veredelungsprodukten und arabischen Kapitalanlagen entgegenkomme. Verhältnismäßig positiv haben sich Bahrain und Katar geäußert, ausgesprochen positiv die VAE und Oman.“ Vgl. B 201 (Referat 411), Bd. 437.

²⁰ Zum französischen Vorschlag eines europäisch-arabisch-afrikanischen Trialogs vgl. Dok. 85, Anm. 4.

²¹ Korrigiert aus: „Said“.

²² Vortragender Legationsrat I. Klasse Bente vermerkte am 5. April 1980, bei einer Zwischenlandung in den Vereinigten Arabischen Emiraten sei Bundesminister Apel am 4. April 1980 ein Schreiben übergeben worden, „in dem die Regierung der VAE um die Lieferung von 60 Leopard-Panzern II bittet“. Vgl. Referat 311, Bd. 137658.

²³ Zur Frage von Rüstungsexporten in die Vereinigten Arabischen Emirate vgl. Dok. 162.

Aufzeichnung des Staatssekretärs Schüler, Bundeskanzleramt**Geheim****14. April 1980¹**

Betr.: Ministergespräch unter Vorsitz des Bundeskanzlers mit den Bundesministern Genscher, Apel und Graf Lambsdorff am Sonntag, dem 13. April 1980, zwischen 17.00 und 19.00 Uhr, im Bungalow

An dem Gespräch nahmen als Gäste zeitweilig teil: W. Brandt, H. Wehner, W. Mischnick, E. Bahr, G. Verheugen.

Das Gespräch hatte folgende Ergebnisse:

1) Es wird vorgesehen, in der Kabinettsitzung am Mittwoch, dem 23. April 1980, folgende Beschlüsse zu fassen:

a) über EG-rechtliche, ersatzweise gemeinsame nationale Wirtschaftssanktionen gegenüber dem Iran. Dabei wird von einer erkennbar positiven Haltung gegenüber den Vorstellungen der USA² ausgegangen (mit Ausnahme etwaiger Beschlagnahmen und dergl. im finanziellen Sektor);

b) über eine Empfehlung des Kabinetts an das deutsche NOK, an der Olympiade in Moskau nicht teilzunehmen. Ausgangspunkt: Erklärungen des Bundeskanzlers vor dem Bundestag³ und gemeinsame Erklärung des Bundeskanzlers mit Präsident Carter⁴ – Sowjetunion hat in der Zwischenzeit nicht die Voraussetzungen für eine Teilnahme geschaffen. Vielmehr hat die Sowjetunion die militärische Präsenz erhöht und operiert mit Truppen aus dem Süden der Sowjetunion;

c) über eine Ermächtigung an den Bundesminister für Wirtschaft⁵, eine Sitzung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftskommission anzuberaumen und zur Vorbereitung dieser Sitzung Arbeitsgruppen tagen zu lassen. Es besteht Einverneh-

¹ Ablichtung.

Die Aufzeichnung wurde von Staatssekretär Schüler, Bundeskanzleramt, am 15. April 1980 an die Bundesminister Apel, Baum, Genscher und Graf Lambsdorff übermittelt.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 15. April 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14082 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

² Zum Inkraftsetzen amerikanischer Sanktionen gegen Iran am 7. April 1980 vgl. Dok. 103, Anm. 2 und 13.

³ Bundeskanzler Schmidt gab am 17. Januar 1980 im Bundestag eine Regierungserklärung ab. Für den Wortlaut vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 113, S. 15578–15584.

Zur Erklärung Schmidts am 28. Februar 1980 vgl. Dok. 71, Anm. 11.

Am 20. März 1980 führte Schmidt im Bericht zur Lage der Nation aus: „Die Bundesregierung hält es für unerlässlich, daß die Sowjetunion die Bedingungen schafft, unter denen Sportler aus allen Staaten an den Olympischen Spielen teilnehmen können. Wir haben dies mehrfach erklärt. Auch heute sind diese Bedingungen nicht gegeben; denn Besatzung und Kämpfe in Afghanistan dauern unvermindert an. [...] Die Olympische Idee ist aber seit ihren Anfängen im klassischen Griechenland untrennbar mit dem Zustand des Friedens unter den Völkern verbunden. Wenn der Friede Afghanistans nicht wiederhergestellt wird, so wird eine gemeinsame Konsequenz in dieser Sache unvermeidlich.“ Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 114, S. 16622.

⁴ Für den Wortlaut der gemeinsamen Presseerklärung des Bundeskanzlers Schmidt und des Präsidenten Carter vom 5. März 1980 in Washington vgl. BULLETIN 1980, S. 237–240.

⁵ Otto Graf Lambsdorff.

men, daß derartige Sitzungen der Kommission Bestandteil eines vertragskonformen Verhaltens sind.⁶

2) Die Wirtschaftssanktionen gegenüber dem Iran sollen durch einen Beschluß gemäß Art. 113 des EG-Vertrages⁷ gemeinschaftlich bewirkt werden. Kommt ein solcher Beschluß in der EG-Ministerratssitzung am 22. April 1980⁸ nicht zustande, wird das Kabinett am 23. April 1980 seine Bereitschaft zu entsprechenden konzertierten nationalen Maßnahmen beschließen.

3) Für das Gespräch mit den Sportorganisationen am 16. April 1980 werden AA und BMI Vorlagen erstellen für

a) das Gespräch von Bundeskanzler und Vizekanzler mit den Organisationspitzen,

b) für die anschließende Rede des Bundeskanzlers an die deutschen Teilnehmer der Winterolympiade⁹.

Dem deutschen Sport soll dabei vermittelt werden, daß er in Kürze mit einer Empfehlung der Bundesregierung zur Nichtteilnahme an den Olympischen Spielen in Moskau rechnen muß. Dabei soll an die deutsch-amerikanische Presseerklärung vom 5.3.1980 sowie an die entsprechenden Regierungserklärungen vor dem Deutschen Bundestag angeknüpft werden.

4) Für das Gespräch mit dem deutschen Sport am 16. April 1980 werden eingeladen:

a) für das NOK der Präsident¹⁰ und die drei Vizepräsidenten¹¹ sowie Herr Berthold Beitz,

b) für den Deutschen Sportbund der Präsident¹² sowie sein Stellvertreter¹³,

c) für die Deutsche Sporthilfe der Präsident¹⁴ sowie sein Stellvertreter¹⁵.

5) Sowohl gegenüber den USA wie gegenüber der Sowjetunion soll in den nächsten Tagen, d.h. mit einer Vorlaufzeit von etwa einer Woche, signalisiert werden, welche Entscheidungen die Bundesregierung am 23. April 1980 treffen wird. Die Unterrichtung gegenüber der Sowjetunion soll über den deutschen Botschafter in Moskau¹⁶ erfolgen.

Die Unterrichtung gegenüber den USA soll durch Telefongespräche zwischen

⁶ Zur am 9. Januar 1980 bekanntgegebenen Verschiebung der neunten Tagung der deutsch-sowjetischen Kommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit vgl. Dok. 2, Anm. 8.

Die Tagung fand am 29./30. Mai 1980 statt. Vgl. dazu Dok. 151, Anm. 11.

⁷ Für Artikel 113 Absatz 1 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. Dok. 104, Anm. 5.

⁸ Am 21./22. April 1980 fand in Luxemburg eine EG-Ministerratstagung statt. Am 22. April 1980 verabschiedeten die Außenminister der EG-Mitgliedstaaten dabei im Rahmen der EPZ eine Erklärung zu Iran. Vgl. dazu Dok. 113, Anm. 20.

⁹ Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Schmidt vom 16. April 1980 anlässlich des Empfangs der Olympiamannschaft der Bundesrepublik bei den Olympischen Winterspielen vom 13. bis 24. Februar 1980 in Lake Placid vgl. BULLETIN 1980, S. 345–347.

¹⁰ Willi Daume.

¹¹ Claus Heß, August Kirsch und Fritz Wagnerberger.

¹² Willi Weyer.

¹³ Dieter Graf von Landsberg-Velen.

¹⁴ Josef Neckermann.

¹⁵ Eberhard von Brauchitsch.

¹⁶ Hans-Georg Wieck.

Bundeskanzler und US-Präsident einerseits¹⁷, zwischen den beiden Außenministern andererseits erfolgen.

6) Die Unterrichtung gegenüber Präsident Giscard d'Estaing erfolgt durch ein Telefongespräch des Bundeskanzlers.¹⁸

7) Eine entsprechende Unterrichtung wird auch gegenüber der DDR in Aussicht genommen.¹⁹

Schüler

VS-Bd. 14082 (010)

110

Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Carter

VS-vertraulich

15. April 1980¹

Vermerk über das Telefongespräch des Bundeskanzlers mit Präsident Carter am 15. April 1980 von 19.20 Uhr bis 19.40 Uhr

Bundeskanzler erwähnt einleitend die Themen, über die er mit dem Präsidenten sprechen möchte. Er dankt für den Empfang des Regierenden Bürgermei-

¹⁷ Für das Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Carter am 15. April 1980 vgl. Dok. 110.

¹⁸ Bundeskanzler Schmidt wies in einem Telefongespräch am 15. April 1980 mit Staatspräsident Giscard d'Estaing „auf den starken Druck von seiten der USA und der deutschen Innenpolitik hin, eine Entscheidung der Bundesregierung früher zu fällen, als er eigentlich gewollt hatte“. Die Bundesregierung werde dem NOK empfehlen, nicht an den Olympischen Sommerspielen in Moskau teilzunehmen: „Sie wird den Sportlern allerdings keine administrativen Hindernisse (z. B. Zurückhaltung von Pässen) in den Weg legen. Er ist sich bewußt, daß er damit auch anderen das Tempo vorschreibt.“ Giscard äußerte Verständnis für die Entscheidung: „Die französische Regierung sei in einer anderen Lage. Sie habe betont, daß es Sache der Sportorganisationen sei, je nach dem Charakter der Spiele ihre Entscheidung zu fällen. Die richtige Zeit hierfür sei Mitte Mai. Er sehe keinen Grund, diesen Termin zu ändern.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14083 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

¹⁹ Bundeskanzler Schmidt unterrichtete das Mitglied des ZK der SED, Mittag, am 17. April 1980 über die Entscheidung, dem NOK zu empfehlen, an den Olympischen Sommerspielen in Moskau nicht teilzunehmen. Vgl. dazu BONN UND OST-BERLIN, S. 504–515. Vgl. dazu ferner VON HUBERTUSSTOCK NACH BONN, S. 43–50.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 16. April 1980 gefertigt und am selben Tag zusammen mit der Gesprächsaufzeichnung über das Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Giscard d'Estaing vom 15. April 1980 „zur Unterrichtung des Bundesministers“ an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau übermittelt. Dazu teilte Gablentz mit: „Der Bundeskanzler hat die Vermerke noch nicht gebilligt. Über den Punkt Iran wurde St[aa]tssekretär Lautenschlager gestern abend vorab unterrichtet.“

Hat Genscher am 17. April 1980 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14083 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

Zum Telefongespräch vgl. auch SCHMIDT, Menschen, S. 252 f.; vgl. CARTER, Faith, S. 535 f.

sters Stobbe² und das klare Engagement des Präsidenten für Berlin. Er dankt noch einmal für die gründlichen Gespräche in Washington Anfang März und erwähnt, daß es hier eine gewisse Konfusion über die angebliche Frist gegeben habe, in der die Partner Amerikas gewisse Maßnahmen ergreifen sollten.³

Carter betont, daß er den Alliierten keinerlei Frist setzten wollte. Er habe sich auf die Aufforderung an die Iraner bezogen, die Geiseln innerhalb von zwei Wochen nach der Wahl des neuen Parlaments⁴ oder spätestens Mitte Mai freizulassen. Die Amerikaner hatten selbst dieses Zieldatum gesetzt.

Bundeskanzler betont, daß er die Bemerkung des Präsidenten in seinem Interview mit den europäischen Fernsehanstalten⁵ in dieser Weise interpretiert hatte. Er möchte die Gelegenheit nutzen, um noch einmal klarzustellen, daß er wie auch Präsident Giscard, mit dem er eben telefoniert habe⁶, jede Gelegenheit zum engen persönlichen Kontakt mit Präsident Carter nutzten.

Er möchte ihn jetzt über die Beschlüsse informieren, auf die sich die führenden Politiker der Koalition in vertraulichen Beratungen am Sonntag geeinigt haben.⁷ Er will hierüber auch den Auswärtigen Ausschuß in einem informellen Gespräch unterrichten.⁸

Iransanktionen⁹

Bundeskanzler erläutert, daß er seit Anfang Januar öffentlich seine Entschlossenheit betont habe, amerikanische Aktionen zu unterstützen. Er habe allerdings Zweifel, ob wirtschaftliche Sanktionen wirklich den Geiseln helfen. (Carter teilt diese Zweifel. Es gibt keine Möglichkeit, die Wirksamkeit der Maßnahmen vorauszusagen.) Vor allem sehe er die Gefahr, daß die Iraner sich den Russen zuwenden könnten und daß die Erfolglosigkeit der wirtschaftlichen Maßnahmen dann andere Maßnahmen notwendig mache.

Bundeskanzler berichtet, daß wir im Ministerrat am Montag¹⁰ einen Konsens aller EG-Staaten anstreben über Sanktionen in der Form einer gemeinsamen europäischen Entscheidung oder in der eines europäischen Mantels um Aktionen der einzelnen Mitgliedstaaten. Am Mittwoch nächster Woche¹¹ werde das

² Zum Gespräch des Präsidenten Carter mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Stobbe, am 11. April 1980 in Washington vgl. Dok. 106.

³ Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 4. bis 8. März 1980 in den USA auf. Zum Gespräch mit Präsident Carter am 5. März 1980 vgl. Dok. 71.

⁴ Die erste Runde der Parlamentswahlen in Iran fand am 14. März 1980 statt, die zweite Runde am 9. Mai 1980.

⁵ Für den Wortlaut des Interviews des Präsidenten Carter am 12. April 1980 mit Fernsehkorrespondenten aus der Bundesrepublik, Frankreich und Italien vgl. PUBLIC PAPERS, CARTER 1980, S. 668–682.

⁶ Unmittelbar vor dem Telefongespräch mit Präsident Carter führte Bundeskanzler Schmidt am 15. April 1980 ein Telefongespräch mit Staatspräsident Giscard d'Estaing. Vgl. dazu Dok. 109, Anm. 18.

⁷ Zum Gespräch führender Politiker der Koalition aus SPD und FDP unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers Schmidt am 13. April 1980 vgl. Dok. 109.

⁸ Zu den Ausführungen des Bundeskanzlers Schmidt im Auswärtigen Ausschuß des Bundestags am 15. April 1980 vgl. Dok. 112.

⁹ Zum Inkraftsetzen amerikanischer Sanktionen gegen Iran am 7. April 1980 vgl. Dok. 103, Anm. 2 und 13.

¹⁰ Am 21./22. April 1980 fand in Luxemburg eine EG-Ministerratstagung statt. Am 22. April 1980 verabschiedeten die Außenminister der EG-Mitgliedstaaten dabei im Rahmen der EPZ eine Erklärung zu Iran. Vgl. dazu Dok. 113, Anm. 20.

¹¹ 23. April 1980.

Bundeskabinett öffentlich die Entscheidung ankündigen, daß Sanktionen verhängt werden, die wirksam werden, wenn nicht 14 Tage nach der Wahl des iranischen Parlaments die Geiseln freigelassen werden. Auf Einwurf Carters, daß man bezweifeln könne, ob überhaupt noch eine zweite Runde der Parlamentswahlen im Iran stattfindet, erklärt er sich bereit, den Termin für das Wirksamwerden der Maßnahmen wie folgt zu präzisieren: 14 Tage nach der Wahl des iranischen Parlaments oder Mitte Mai. Er wird Präsident Giscard hierüber unterrichten.

Militärische Maßnahmen

Bundeskanzler äußert seine tiefe Sorge über Gerüchte über militärische Maßnahmen¹², die auch von den Irakern und den Saudis geteilt werden. Er bittet den Präsidenten um äußerste Vorsicht bei der Erwägung solcher Maßnahmen. Die Sowjetunion könnte auf einen Vorwand warten, in Aserbaidschan einzumarschieren.

Carter: Ich verstehe, was Sie sagen.

Olympiade

Bundeskanzler betont, daß er bereits im Januar vor dem Parlament die Sowjetunion aufgefordert habe, die Voraussetzungen für die Teilnahme aller Sportler an den Moskauer Spielen zu schaffen.¹³ Diese Haltung sei dann in der deutsch-amerikanischen Erklärung wiederholt worden mit der Bemerkung, daß diese Voraussetzungen zur Zeit nicht gegeben seien.¹⁴ Diese Lage hat sich in der Zwischenzeit nicht gewandelt. Die Bundesregierung wird daher dem NOK empfehlen, nicht nach Moskau zu gehen.¹⁵

Carter: Eine gute Nachricht.

Bundeskanzler berichtet, daß er morgen die führenden Sportfunktionäre hierüber unterrichten wird.¹⁶ Er habe Präsident Giscard informiert, der diese Entscheidung akzeptiere. Die Franzosen werden in der Sache folgen, wenn auch die französische Regierung keine formelle Empfehlung aussprechen werde. Er sei mit Rücksicht auf die innere und äußere Entwicklung von seiner früheren Position abgerückt, seine Empfehlung nicht vor den Franzosen öffentlich be-

¹² Botschafter Ritzel, Teheran, berichtete am 18. März 1980, die Botschafter der EG-Mitgliedstaaten in Teheran hätten Grund zur Annahme, „daß in Washington neben anderen Planungen im wirtschaftlichen und politischen Bereich auch eine militärische Aktion zur Geiselnbefreiung erneut einer Prüfung unterzogen werde“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 273; VS-Bd. 11155 (311); B 150, Aktenkopien 1980.

Gesandter Strenziok, Teheran, informierte am 14. April 1980, in einer englischsprachigen iranischen Tageszeitung werde unter Berufung auf einen Artikel in der deutschen Wochenzeitung „Bild am Sonntag“ gemeldet, die USA, Israel und die Bundesrepublik würden eine gemeinsame Aktion zur Befreiung der als Geiseln festgehaltenen amerikanischen Botschaftsangehörigen planen: „Diese Meldung, die zum Glück bisher noch nicht in Farsi-sprachiger Presse erschienen ist, ist wie kaum eine denkbare andere geeignet, antideutsche Stimmungsumschwung in hiesiger Öffentlichkeit zu bewirken und Sicherheit jedes einzelnen deutschen Staatsangehörigen in Iran zu gefährden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 364; Referat 311, Bd. 137623.

¹³ Bundeskanzler Schmidt gab am 17. Januar 1980 im Bundestag eine Regierungserklärung ab. Für den Wortlaut vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 113, S. 15578–15584.

¹⁴ Für den Wortlaut der gemeinsamen Presseerklärung des Bundeskanzlers Schmidt und des Präsidenten Carter vom 5. März 1980 in Washington vgl. BULLETIN 1980, S. 237–240.

¹⁵ Zur Empfehlung der Bundesregierung an das NOK vom 23. April 1980 vgl. Dok. 122, Anm. 3.

¹⁶ Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt am 16. April 1980 mit führenden Vertretern der Sportorganisationen vgl. Dok. 116, Anm. 6.

kanntzugeben. Er vertraue darauf, daß die deutschen Sportler der Empfehlung folgen.

Beziehungen zur Sowjetunion

Bundeskanzler bezieht sich auf Gerüchte, nach denen amerikanische Beamte uns praktisch den Abbruch unserer Wirtschaftsbeziehungen mit der Sowjetunion nahelegen. Er regt an, daß die Mitarbeiter des Präsidenten Gelegenheit erhalten, die Vermerke über die Gespräche mit dem Bundeskanzler vom 5. März 1980 nachzulesen. Er habe bei der Gelegenheit betont, daß er sich an die Verträge mit der Sowjetunion¹⁷ halten werde, und dies nur qualifiziert, soweit im COCOM oder im „OECD-Consensus“ gemeinsame Einschränkungen erfolgen.¹⁸

Die Olympia-Entscheidung wird sicherlich die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten wesentlich verschlechtern und z.B. zum Abbruch der Sportbeziehungen führen. Sie wird also die Deutschen, und vor allem die in der DDR, stärker treffen als andere Staaten und kann zu großen menschlichen Härten führen.

In dem Zusammenhang dankt er für das große Verständnis, das der Präsident in seinem Fernsehinterview für die besondere Position der Europäer und insbesondere der Deutschen gezeigt habe.

Carter versichert, daß keiner glaubt, der Bundeskanzler habe wirtschaftlichen Sanktionen gegen die Sowjetunion zugestimmt. Er wird das auch gegenüber AM Vance klarstellen. Er selbst hätte sich gewünscht, daß der Bundeskanzler auf diesem Gebiet weiter gegangen wäre. Aber es sei ihm völlig klar geworden, daß der Bundeskanzler die bestehenden Wirtschaftsbeziehungen erhalten wolle.

Bundeskanzler betont noch einmal, daß er als Deutscher, der in der Hitlerzeit aufgewachsen sei, eine besondere moralische Verpflichtung fühle, keine Verträge zu brechen.

Carter unterstreicht, daß auch die USA alle Regierungsverträge respektiere. Auch die Getreidelieferungen seien durchgeführt worden, soweit sie auf Regierungsverträgen beruhten.¹⁹

Bundeskanzler begrüßt die in der Presse veröffentlichte Nachricht, daß AM Vance in Wien AM Gromyko treffen werde. Auf Einwurf des Präsidenten, daß hierüber noch nicht entschieden sei, hofft er, daß in diesem Sinne entschieden wird. Gromyko wird in der nächsten Woche zu den normalen jährlichen Konsul-

¹⁷ Vgl. dazu das Abkommen vom 30. Oktober 1974 zwischen der Regierung der Bundesrepublik und der Regierung der UdSSR über die weitere Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit; BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 1439 f.

Vgl. dazu das Abkommen vom 6. Mai 1978 über die Entwicklung und Vertiefung der langfristigen Zusammenarbeit der Bundesrepublik und der UdSSR auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie; BUNDESGESETZBLATT 1979, Teil II, S. 59 f.

¹⁸ Der Passus „soweit im ... erfolgen“ ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Vortragenden Legationsrats Edler von Braunnmühl zurück. Vorher lautete er: „soweit ein Konsensus bei COCOM oder in der OECD gefunden wird“.

Zu den amerikanischen Vorschlägen vom 18. März 1980 für eine Verschärfung der COCOM-Bestimmungen für Ausfuhren in die UdSSR vgl. Dok. 82, Anm. 9.

Zur Einigung der OECD-Mitgliedstaaten über Zinssätze für Exportkredite vgl. Dok. 71, Anm. 29.

¹⁹ Zur Einschränkung von Getreidelieferungen in die UdSSR vgl. Dok. 10, Anm. 23.

tationen nach Paris kommen.²⁰ Es sei erforderlich, daß auch die beiden Großmächte miteinander in Kontakt stünden.

Carter versteht, was der Bundeskanzler meint, betont aber noch einmal, daß über ein mögliches Treffen Vance/Gromyko noch nicht entschieden ist.

Mittelstreckenwaffen

Bundeskanzler begrüßt es, daß AM Vance dem sowjetischen Geschäftsträger noch einmal das Verhandlungsangebot der NATO vom 12. Dezember²¹ förmlich wiederholt habe.²² Er unterrichtet den Präsidenten in dem Zusammenhang über eine Bemerkung, die er in Wahlkampfreden gemacht hat. Sie ging von der Überlegung aus, daß es vielleicht möglich sei, Verhandlungen zustande zu bringen auf der Grundlage eines Zwischenabkommens der Großmächte, jedenfalls bis 1982 keine neuen Mittelstreckenwaffen zu dislozieren. Der Westen kann das sowieso nicht, da die Produktion dieser Waffen noch bis zu drei Jahren in Anspruch nimmt.²³ Für die Sowjetunion könne hierin eine gewisse Gesichtswahrung liegen, wenn sie bereit sei, ihrerseits keine zusätzlichen SS-20 zu dislozieren. Beide Seiten könnten dann unter dem Anschein einer gleichgewichtigen Vereinbarung mit Verhandlungen beginnen.

Er hofft, daß dieser Gedanke die amerikanischen Experten interessieren könne.

Auf Einwurf Präsident Carters, daß man mit Rücksicht auf die wacklige Haltung der Italiener und Belgier²⁴ jeden Anschein vermeiden müsse, an den Entscheidungen vom 12. Dezember 1979 zu rütteln, betont er, daß er diese Vorstellungen selbstverständlich nur im Rahmen der Dezemberentscheidungen entwickelt habe, für deren Zustandekommen er sich ja gerade mit besonderem Engagement eingesetzt habe. Er selbst würde sehr ärgerlich werden, wenn jemand versuchen würde, die Dezemberentscheidungen in Frage zu stellen.

Auf Vorschlag Präsident Carters erklärt er sich bereit, seine Vorstellungen mit Erläuterungen den anderen NATO-Partnern noch in dieser Woche zuzuleiten und dabei darauf hinzuweisen, daß sie in keiner Weise eine Abweichung von den Dezemberbeschlüssen darstellten.²⁵

²⁰ Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich vom 23. bis 25. April 1980 in Paris auf. Vgl. dazu Dok. 130, Anm. 14, und Dok. 148, Anm. 6.

²¹ Zum NATO-Doppelbeschluß vgl. Dok. 1, Anm. 10.

²² Vortragender Legationsrat I. Klasse Citron vermerkte am 9. April 1980, die amerikanische Botschaft habe am Vortag über ein Gespräch des amerikanischen Außenministers Vance mit dem sowjetischen Gesandten in Washington, Wassew, am 4. April 1980 unterrichtet. Vance habe nochmals das Rüstungskontrollangebot des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 erläutert und hervorgehoben, „die Allianz werde von dem vollen beschlossenen Modernisierungsprogramm nur dann abgehen, wenn es zu vereinbarten Rüstungskontrollergebnissen mit der SU komme; Verhandlungen auf der Grundlage des Prinzips der Gleichheit seien im gemeinsamen Interesse von West und Ost; die USA seien ohne Vorbedingungen bereit, ohne Verzug Vorgespräche (preliminary exchanges) mit der SU aufzunehmen (auch vor dem Beginn von SALT III).“ Wassew habe die Position der UdSSR wiederholt und bedauert, „daß die USA das Angebot Breschnews vom 6.10.1979 nicht beachtet habe. Die TNF-Entscheidung der Allianz wirke sich gegen das Prinzip der Gleichheit und gleichen Sicherheit aus. Die SU sei der Meinung, daß die westliche LRTNF-Modernisierung zu einem Wettüben in Europa führen werde.“ Vgl. VS-Bd. 10328 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

²³ Zu den Äußerungen des Bundeskanzlers Schmidt am 11. April 1980 in Hamburg bzw. am 12. April 1980 in Essen vgl. Dok. 111.

²⁴ Zur Haltung Italiens zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 21. Zur Haltung Belgiens vgl. Dok. 102.

²⁵ Zu den Darlegungen des Bundeskanzlers am 17. April 1980 in Düsseldorf vgl. Dok. 126, Anm. 5.

Carter betont abschließend, daß die Mitteilungen des Bundeskanzlers über die bevorstehenden Kabinettsbeschlüsse sehr hilfreich und sehr ermutigend seien. Er werde sie gleich AM Vance übermitteln. Er sagt auf Bitte des Bundeskanzlers zu, die Unterrichtung vertraulich zu behandeln, damit sich die deutschen Kabinettsmitglieder nicht übergangen fühlen. Wenn etwas in die Presse komme, so werde es nicht von Washington ausgehen, sondern vielleicht von der deutschen Presse, die ja bereits ziemlich offen hierüber schreibe.

Bundeskanzler unterstreicht, daß auch BM Genscher AM Vance unterrichten werde. (Einwurf Carter: Ist schon geschehen, danke.) Man werde die Darstellungen in der deutschen Presse bis zur Kabinettsentscheidung vom 23. April sehr allgemein halten.

Er vereinbart mit dem Präsidenten, daß die Öffentlichkeit über das ausführliche Telefongespräch unterrichtet werden sollte, schon um den Eindruck wettzumachen, als müßten sich die beiden Regierungschefs auf dem Wege über das Fernsehen unterhalten.²⁶

VS-Bd. 14083 (010)

111

Aufzeichnung des Botschafters Ruth

220-371.80 SCG-549/80 geheim

15. April 1980¹

Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister

Zweck der Vorlage: Zur Information und mit Anregung, die Thematik mit dem Herrn Bundeskanzler zu erörtern.

Betr.: Doppelbeschluß der NATO vom 12.12.1979;
hier: Äußerungen des Bundeskanzlers in Hamburger Parteitagsrede vom 11.4.1980³

1) Laut SPD-Pressedienst vom 13.4.80 hat der Bundeskanzler in seiner Hamburger Parteitagsrede vom 11. April 1980 folgendes zum Doppelbeschluß der NATO vom 12.12.1979 ausgeführt:

²⁶ Unter Berufung auf Regierungskreise wurde in der Presse berichtet, Bundeskanzler Schmidt wolle vermeiden, in den USA wegen der geplanten Reise in die UdSSR „in ein ‚schiefes Licht‘ zu kommen. Es dürfe nicht der Eindruck entstehen, die Amerikaner schlugen sich für die Freiheit des Westens, während die Bundesregierung sich in Moskau ‚anbiedern‘ wolle. Schmidt hat deswegen bereits am Dienstag mit Präsident Carter und dem französischen Staatspräsident Giscard d'Estaing telefoniert.“ Vgl. den Artikel „Moskau lädt Schmidt für Juni ein“, SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 17. April 1980, S. 1.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 23. April 1980 vorgelegen.

² Hat Staatssekretär van Well am 15. April 1980 vorgelegen.

³ Für Auszüge aus der Rede des Bundeskanzlers Schmidt vor der Landesdelegiertenkonferenz der SPD vgl. die SPD-Pressemitteilung Nr. 224/80 vom 13. April 1980; <http://library.fes.de/cgi-bin/digibert.pl?id=002414&dok=26/002414>.

„Ein erster Schritt in die richtige Richtung könnte darin liegen, daß beide Seiten gleichzeitig für eine bestimmte Anzahl von Jahren auf eine Dislozierung von neuen oder zusätzlichen Mittelstreckenwaffen verzichten und diese Zeit für Verhandlungen nutzen. Ich räume ein, der gegenwärtig erreichte Vorsprung der Sowjetunion würde für diese Zeit bestehen bleiben. Aber das wäre auch ansonsten mindestens für die drei Jahre der Fall, ja, der sowjetische Vorsprung würde in dieser Periode der drei Jahre noch wachsen, die der Westen für seine Produktion braucht.“

Der dieselbe Thematik behandelnde Text der Essener Rede des Bundeskanzlers wird als Anlage beigefügt.⁴

2) Das NATO-Kommuniqué vom 12. Dezember 1979 sagt dazu folgendes:

„... Die Minister unterstützen voll die als Ergebnis von Beratungen im Bündnis getroffene Entscheidung der Vereinigten Staaten, über Begrenzungen der LRTNF zu verhandeln und der Sowjetunion vorzuschlagen, so bald wie möglich Verhandlungen aufzunehmen.“ (aus Ziff. 9)

„Erfolgreiche Rüstungskontrolle, die den sowjetischen Aufwuchs begrenzt, kann die Sicherheit des Bündnisses stärken, den Umfang des TNF-Bedarfs der NATO beeinflussen und im Einklang mit der grundlegenden NATO-Politik der Abschreckung, Verteidigung und Entspannung – wie sie im Harmel-Bericht⁵ niedergelegt wurde – Stabilität und Entspannung in Europa zu fördern. Der TNF-Bedarf der NATO wird im Lichte konkreter Verhandlungsergebnisse geprüft werden.“ (aus Ziff. 11)⁶

3) Im geheimen Bericht der High Level Group⁷ wird zum Zeitbedarf für die LRTNF-Dislozierung folgendes festgestellt: „Program decisions on the recommended Pershing II-GLCM force mix, if taken by the end of 1979, will permit these systems to enter the force near the end of 1983.“ Daraus erhellt, daß die bis zur tatsächlichen Stationierung der neuen amerikanischen Systeme erfor-

⁴ Dem Vorgang beigefügt. Auf einer SPD-Veranstaltung am 12. April 1980 in Essen zur Eröffnung des Landtagswahlkampfes in Nordrhein-Westfalen verwies Bundeskanzler Schmidt u. a. auf die Gefahr eines neuen Rüstungswettlaufs. Daher müßten die Europäer die USA und die UdSSR zur Ratifizierung des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 drängen: „Ich weiß, daß das gegenwärtig im wesentlichen eine Forderung an die Adresse unserer amerikanischen Freunde ist. Wir müssen umgekehrt von der Sowjetunion erwarten, daß sie bereit ist, über die beiderseitige Begrenzung auch von atomaren Mittelstreckenwaffen zu verhandeln.“ Seit zwei Jahren störe die UdSSR das strategische Gleichgewicht: „Jede Woche kommt eine neue Rakete mit drei nuklearen Sprengköpfen hinzu, jeden Monat kommen zweieinhalb Mittelstrecken-Bombenflugzeuge hinzu, ohne daß auf westlicher Seite etwas anderes geschieht als die Vorbereitung für ein Nachziehen. Bis wir nachziehen, werden schon aus rein technischen Gründen zwei, drei oder vier Jahre vergehen. Dies ist eine gefährliche Sache.“ Schmidt legte dar: „Ein erster möglicher Schritt zur Lösung dieses Konflikts könnte darin liegen, daß beide Seiten gleichzeitig für eine bestimmte Zahl von Jahren darauf verzichten, neue zusätzliche oder moderne Mittelstreckenwaffen hinzustellen, damit diese Zwischenzeit von Jahren zu Verhandlungen und zur beiderseitigen Begrenzung – Begrenzung auf ein Gleichgewicht auf niedrigerer Ebene – genutzt werden kann.“ Vgl. VS-Bd. 10370 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

⁵ Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu ferner AAPD 1967, III, Dok. 435.

⁶ Vgl. BULLETIN 1979, S. 1410.

⁷ Für den „High Level Group Report on NATO Long-Range Theater Nuclear Force Modernization“, den der Vorsitzende der High Level Group der Nuklearen Planungsgruppe, McGiffert, NATO-Generalsekretär Luns am 28. September 1979 übermittelte, vgl. VS-Bd. 11325 (220).

derliche Zeit einen für Verhandlungen nutzbaren Zeitraum von mindestens drei Jahren läßt.

4) Die Bundesregierung hat bei zahlreichen Gelegenheiten klar zum Ausdruck gebracht,

- daß sie gemeinsam mit ihren Bündnispartnern voll zum Doppelbeschluß der NATO vom 12. Dezember 1979 steht,
- daß sie sich auf der Grundlage der Bündnisposition mit Nachdruck für Rüstungskontrollverhandlungen über LRTNF einsetzt,
- daß der Zeitraum bis zur Dislozierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen in Europa in ca. drei Jahren für Verhandlungen genutzt werden solle,
- daß sie bedauert, daß die Sowjetunion das westliche Verhandlungsangebot bis jetzt nicht angenommen hat.

5) In bilateralen Kontakten mit der Sowjetunion sowohl in Washington wie in Bonn wurde darauf hingewiesen, daß die Sowjetunion ihre Systeme laufend vermehre, während die westliche LRTNF-Entscheidung vom Dezember so angelegt ist, daß die Neustationierung des Westens erst in drei Jahren vollzogen werde. Damit bleibt Zeit für konkrete Verhandlungen und für den Abschluß von für beide Seiten geltenden Limitierungen auf der Grundlage von Gleichheit und Parität. Dieses Argument ist zuletzt von Außenminister Vance gegenüber dem sowjetischen Geschäftsträger in Washington bei der Wiederholung des westlichen Rüstungskontrollangebots am 4. April 1980 gebraucht worden.⁸

In öffentlichen Äußerungen haben Bundesminister und Bundeskanzler darauf hingewiesen, daß die Verhandlungen über LRTNF dadurch erleichtert werden könnten, daß die Sowjetunion auf die zusätzliche Produktion und Dislozierung von modernen LRTNF verzichtet. Hierauf ist keine sowjetische Reaktion erfolgt.

6) Es ist bemerkenswert, daß die Sowjetunion auf den Zeitaspekt der westlichen Doppelentscheidung bisher nicht eingegangen ist. Das dürfte einerseits darauf zurückzuführen sein, daß hier ein rüstungskontrollpolitisch glaubwürdiger Ansatz gelungen ist, den die Sowjetunion nicht ablehnen kann oder will. Jedenfalls liegt in diesem Punkt die Möglichkeit einer gesichtswahrenden Veränderung der jetzigen ablehnenden sowjetischen Position.

7) In den Diskussionen in der Allianz ist deutlich geworden, daß bisher keine Meinungsverschiedenheit darüber besteht, daß an dem Verhandlungsvorschlag des Bündnisses, wie er im Dezember formuliert wurde, festgehalten werden muß. Damit verbunden ist die Überzeugung, daß der in den westlichen Vorschlag eingebaute Zeitbezug maximal politisch genutzt werden soll. Die Nutzung dieses Ansatzes als Einstieg in Verhandlungen wird aber nur möglich sein, wenn die Sowjetunion davon überzeugt werden kann, daß sie anders als über Verhandlungen und über konkrete Ergebnisse den Umfang der neuen amerikanischen Systeme in Europa nicht beeinflussen kann.

8) Die Formulierung des Bundeskanzlers greift einerseits den Gedanken der bis zur Dislozierung verfügbaren drei Jahre auf und versucht ihn politisch zu nutzen. Andererseits wird dieser Gedanke mit der Bereitschaft zu einem wenn

⁸ Zum Gespräch des amerikanischen Außenministers Vance mit dem sowjetischen Gesandten in Washington, Wassew, am 4. April 1980 vgl. Dok. 110, Anm. 22.

auch zeitlich befristeten Freeze auf der Grundlage der bestehenden Disparität verbunden.

Es ist nicht vorauszusehen, ob die Sowjetunion bereit sein könnte, auf diesen Vorschlag einzugehen. Nicht auszuschließen ist jedoch, daß die Sowjetunion im Blick auf die für Mitte Mai vorgesehene Konferenz des Warschauer Pakts⁹ die Möglichkeit eines Moratoriumsvorschlags als Voraussetzung für LRTNF-Verhandlungen prüft.

Aus westlicher Sicht ist zu dem Ergänzungsvorschlag des Bundeskanzlers folgendes zu sagen:

- Es besteht die Gefahr, daß mit einem solchen unabgestimmten modifizierten Vorschlag die Irritationen mit den Vereinigten Staaten auch auf das LRTNF-Gebiet übertragen werden, wo bisher volle Übereinstimmung bestand.
- Er ist nicht durch eine NATO-Position abgedeckt und wird vermutlich zu kritischen Fragen im Bündnis führen.
- Wir haben bisher im Bündnis erreicht, daß es sich bei der LRTNF-Position um einen kollektiven und im Prinzip von allen Bündnispartnern mitgetragenen Beschluß handelt. Mit der nationalen Weiterentwicklung der LRTNF-Position des Bündnisses laufen wir Gefahr der umgekehrten Singularisierung.
- Es ist nicht auszuschließen, daß der Gedanke des Bundeskanzlers besonders von den Bündnispartnern positiv aufgegriffen wird, die nur mit Schwierigkeiten den Konsens im Dezember mitgetragen haben.
- Es besteht die Gefahr, daß sich die Sowjetunion in ihrer Vermutung bestärkt sehen könnte, daß der Westen letztlich doch zu einer Aufweichung seiner Position gebracht werden kann.

9) Es wird vorgeschlagen,

a) den Versuch zu unternehmen, sich innerhalb der Bundesregierung auf eine Interpretation der Äußerung des Bundeskanzlers zu einigen, die deutlich macht, daß nicht die Absicht besteht, den Beschluß vom Dezember zu ändern. Staatssekretär Bölling hat sich bereits in dieser Weise geäußert¹⁰;

b) in den Erörterungen der Special Consultative Group zu prüfen, wie das Zeitelement in der westlichen Position für die öffentliche Präsentation und für die Diskussion mit der Sowjetunion noch besser genutzt werden kann.

i. V. Ruth

VS-Bd. 11343 (220)

⁹ Die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Warschauer-Pakt-Staaten fand am 14./15. Mai 1980 in Warschau statt. Vgl. dazu Dok. 150, besonders Anm. 5.

¹⁰ In der Presse wurde berichtet, Staatssekretär Bölling, Presse- und Informationsamt, habe am 14. April 1980 in der Bundespressekonferenz erklärt, „daß Schmidts Vorschlag kein Abrücken vom NATO-Beschluß bedeute. Das zu vermuten, sei ‚völlig absurd‘.“ Bölling habe dargelegt, daß der Bundeskanzler „seine Anregung wohl von sich aus gemacht und darüber mit niemand in der Regierung oder der NATO gesprochen“ habe. Mit Schmidts Äußerungen seien „sicherlich die drei Jahre gemeint, welche die USA zur Produktion solcher Waffen benötigen“. Vgl. den Artikel „Schmidts Abrüstungsvorstoß im Alleingang“, DIE WELT vom 15. April 1980, S. 2.

112

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Neukirchen

011-300.18-74/80 VS-vertraulich

16. April 1980¹

Aussprache des Auswärtigen Ausschusses mit dem Bundeskanzler am 15. April 1980

Aus der Einführung:

Frage, wie ein weiteres Ausgreifen der Sowjetunion verhindert werden kann, für uns nicht eine Betrachtung als Zuschauer, sondern als Betroffene, und zwar als Teil einer der Parteien (Weltmächte), deren Position ohne uns nicht aufrecht erhalten werden könnte. Unsere Sicherheit liegt in der Partnerschaft und Zusammenarbeit mit EG, NATO und USA. Kooperation mit Frankreich funktioniert erstklassig, auch mit USA, aber wir sehen manches anders als diese. So z. B. die Geiselnahme, die wir nachempfinden können, nicht aber mit derselben Intensität der Qual. Hier müßten wir Vergleich mit Schleyer² bzw. Mogadischu³ ziehen.

Wir haben USA von Anfang an zugesichert, daß wir Sanktionen gegen Iran⁴ mittragen werden, wenn US dies von uns verlangen – obwohl wir klargemacht haben, daß wir sie nicht für nützlich halten, d. h. von ihnen keine Geiselbefreiung erwarten. Das Schmerz- bzw. Entscheidungszentrum ist in Teheran nicht in der gleichen Hand. Sogenannte „Studenten“ werden von den Sanktionen nicht beeindruckt, sondern höchstens in ihrem blinden Haß bestärkt. Den für Wirtschaft verantwortlichen Politikern wird hingegen ein Hinwenden zur Sowjetunion für Ersatzlieferungen nahegelegt. Gefahr außerdem: Wenn Sanktionen Befreiung

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Neukirchen am 16. April 1980 „über Herrn Staatssekretär Herrn Bundesminister mit der Bitte um Kenntnisnahme“ vorgelegt. Dazu vermerkte er: „Über die o. a. Sitzung wird von dem Auswärtigen Ausschuß kein Protokoll angefertigt. Die Aussprache ist auch nicht auf Tonband mitgeschnitten worden. Anliegende Aufzeichnung beruht auf Notizen, die während der Sitzung angefertigt wurden. Dabei ist keine besondere Gewichtung von besonders aktuellen Einzelproblemen vorgenommen worden. Zum Thema ‚Mittelstreckenmoratorium‘ folgt gesonderte Aufzeichnung zum event[uellen] Gebrauch auch der damit befaßten Arbeitseinheiten des Hauses.“ Vgl. dazu Anm. 19.

Hat Staatssekretär van Well am 17. April 1980 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 28. April 1980 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 9751 (011); B 150, Aktenkopien 1980.

² Der Präsident der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, Schleyer, wurde am 5. September 1977 in Köln von RAF-Mitgliedern entführt und am 18. Oktober 1977 ermordet. Vgl. dazu AAPD 1977, II, Dok. 242 und Dok. 288.

³ Am 13. Oktober 1977 wurde die Lufthansa-Maschine „Landshtut“ auf dem Weg von Palma de Mallorca nach Frankfurt am Main von palästinensischen Terroristen entführt, um in Stuttgart-Stammheim einsitzende RAF-Mitglieder sowie zwei in der Türkei einsitzende Mitglieder der PFLP freizupressen. Nach mehreren Zwischenstationen landete die Maschine am 17. Oktober 1977 in Mogadischu. In den frühen Morgenstunden des 18. Oktober 1977 wurde die Maschine durch Angehörige der Sondereinheit GSG 9 des Bundesgrenzschutzes gestürmt. Während drei von vier Terroristen bei dem Einsatz getötet wurden, gelang die Befreiung aller Geiseln. Vgl. dazu AAPD 1977, II, Dok. 284, Dok. 288–295 und Dok. 299.

⁴ Zum Inkraftsetzen amerikanischer Sanktionen gegen Iran am 7. April 1980 vgl. Dok. 103, Anm. 2 und 13.

der Geiseln nicht bewirken, was dann? Militärische Mittel? Das führt in ein unkalkulierbares Feld von Maßnahmen. Mit der Ermordung der Geiseln ist dann zu rechnen. Die Sowjetunion wird bei evtl. Landoperationen der Versuchung nicht widerstehen können, sich auch ein Stück aus dem Kuchen zu holen.

Nach Demarche EG-Botschafter⁵ eine gewisse Erleichterung für Geiseln durch IKRK-Besuch.⁶ Gesamtbewertung des Erfolgs erst am 21./22. April durch „Entschluß-Fassung“ der EG-Minister für eine gemeinsame Linie gegen Iran.⁷ Dies könne dort zu einem Ausbruch des Hasses und zu Massenhysterie führen. Präsident Carter habe Bundeskanzler übrigens sein großes Bedauern darüber ausgedrückt, daß Eindruck einer Terminsetzung für Maßnahmen europäischer Verbündeter entstanden sei.⁸ Dies sei ein Mißverständnis, das sich aus Carters internen Planungsdaten ergeben habe.

Stärker und stärker fließen Iran und Afghanistan als Krisenzentrum zusammen. Hinzu trete die weitere Entwicklung im Nahen Osten. Konferenz der islamischen Staaten von Islamabad⁹ zeige, daß von ihnen Palästinenserfrage eher als vorrangig vor Afghanistan betrachtet werde. Ferner liege in der Aufspaltung des arabischen Lagers die Gefahr eines erneuten Aufbrechens des alten

⁵ Am 13. April 1980 übermittelte die italienische EG-Ratspräsidentschaft einen Bericht über die Demarche der Botschafter der EG-Mitgliedstaaten und der Botschafter Japans und Neuseelands in Teheran, Wada und Beeby, sowie des dortigen Geschäftsträgers der australischen Botschaft am 11. April 1980 beim iranischen Außenminister Ghotbzadeh gegen die Geiselnahme amerikanischer Botschaftsangehöriger. Ghotbzadeh habe erklärt, sich seit der Amtsübernahme um eine Lösung zu bemühen; er habe jedoch gewarnt, sich den vom amerikanischen Wahlkampf beeinflussten Sanktionen der USA anzuschließen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1369 (Coreu) aus Rom; Referat 200, Bd. 112916.

Die italienische Ratspräsidentschaft teilte ferner mit, die Botschafter der EG-Mitgliedstaaten und Botschafter Wada hätten am 12. April 1980 bei Präsident Bani Sadr die sofortige Freilassung der amerikanischen Geiseln und die Konkretisierung eines Datums dafür gefordert: „Sur des nouvelles questions de notre part, M. Bani Sadr affirme à notre surprise, que les visites aux otages pourraient avoir lieu dès aujourd'hui, qu'il allait nommer l'ayatollah Rafsandjani (membre du conseil de la révolution) pour organiser les visites à tous les otages, de la part de la Croix Rouge et des ambassadeurs. Ceux-ci pourront parler librement aux otages.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1370 (Coreu) aus Rom vom 13. April 1980; Referat 200, Bd. 112916.

Botschafter Ritzel, Teheran, teilte am 12. April 1980 mit, die Ausführungen Bani Sadrs zeigten dessen Bestreben, die Geiselfrage zu lösen. Ritzel riet, „daß wir bei Aufrechterhaltung des Drucks auf Iran zuwarten sollten mit weiteren Schritten, bis das IKRK in US-Botschaft zugelassen wird. Zuwarten nicht später als bis Sonntag, den 20. April 1980.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 354; VS-Bd. 14084 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

⁶ Vortragender Legationsrat I. Klasse Schlagintweit vermerkte am 9. April 1980, Botschafter Ritzel, Teheran, habe telefonisch mitgeteilt, „StS Tabatabai habe [...] ihm gesagt, daß seine, Ritzels, Bemühungen um Besuchsmöglichkeiten bei den Geiseln Erfolg gehabt hätten. Die Geiseln könnten durch Angehörige des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz besucht werden.“ Vgl. Referat 413, Bd. 121326.

Botschaftsrat I. Klasse Strenziok, Teheran, berichtete am 15. April 1980: „Agenturmeldungen über gestrigen ersten IKRK-Besuch bei US-Geiseln sind im wesentlichen zutreffend. [...] Die Delegation „konnte angeblich mit allen Geiseln sprechen, darunter auch solchen, die seit November v[origen] J[ahres] nicht mehr sicher identifiziert werden konnten, und persönliche Mitteilungen an Angehörige entgegennehmen. Gesundheitszustand aller Geiseln soll bis auf zwei Fälle von Depression gut sein.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 369; Referat 311, Bd. 137623.

⁷ Am 21./22. April 1980 fand in Luxemburg eine EG-Ministerratsstagung statt. Am 22. April 1980 verabschiedeten die Außenminister der EG-Mitgliedstaaten dabei im Rahmen der EPZ eine Erklärung zu Iran. Vgl. dazu Dok. 113, Anm. 20.

⁸ Für Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Carter am 15. April 1980 vgl. Dok. 110.

⁹ Zur Konferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz vom 27. bis 29. Januar 1980 in Islamabad vgl. Dok. 29, Anm. 19.

Krisenherdes Nahost. Sadat werde Isolierung vom übrigen arabischen Lager nicht ewig aufrecht erhalten können. Von einer kriegerischen Entwicklung fürchteten nicht wenige der arabischen Regierungen auch eine Destabilisierung im Inneren ihrer Länder.

Zur Frage der Olympiateilnahme verweist Bundeskanzler auf deutsch-amerikanische Presseerklärung.¹⁰ Sowjetunion habe bisher keine Verhältnisse hergestellt, die uns Teilnahme ermöglichen. Bisher hätten nur wenige Regierungen Empfehlung zur Nichtteilnahme an ihre NOKs gegeben. Man müsse sich darauf gefaßt machen, daß nach Zustandekommen eines entsprechenden Entschlusses ein Zusammensacken der Willenskraft des Westens eintrete, das ihn zu wirksamen weiteren Maßnahmen gegen die sowjetische Invasion nicht mehr Kraft finden lasse. Andererseits werde es in der Sowjetunion zu einer „rally behind the politbureau“ kommen. Er erwarte also von der Boykott-Erklärung keine positive Entwicklung in Afghanistan. Danach werde man sich wirtschaftlichen Sanktionen gegen die Sowjetunion zuwenden müssen. Bundesregierung werde dabei langfristiges deutsch-sowjetisches Wirtschaftsabkommen¹¹ nicht zur Disposition stellen. Dafür gebe es historisch-moralische Gründe aus der Vergangenheit (Vertragstreue). Bei einer Verschärfung der Lage zwischen West und Ost bestehe auch Gefahr, daß das Vier-Mächte-Abkommen¹² unterlaufen werde – es brauche nicht einmal gebrochen zu werden.

Für Maßnahmen gegen SU würden wir im wesentlichen auf zwei seit den frühen 50er Jahren geltende Verabredungen, nämlich COCOM¹³ sowie den OECD-Konsensus¹⁴ (Kreditbedingungen) zurückgreifen. Auf diesen beiden Gebieten könnten die Schrauben ggf. etwas angezogen werden. Dies werde Moskau aber nicht allzu großen Schmerz verursachen, d.h. der Zweck der Übung werde nicht erreicht. Dagegen werde die SU die anderen Ostblockländer wieder enger an die Kandare nehmen.

Die Sowjetunion sollte nicht gezwungen werden, ihr Gesicht zu verlieren. Die EG-Staaten sollten Souveränität, Blockfreiheit für Afghanistan fordern¹⁵; eine solche Lösung liege auch im Interesse der Anrainer wie Pakistan und Indien.

¹⁰ Für den Wortlaut der gemeinsamen Presseerklärung des Bundeskanzlers Schmidt und des Präsidenten Carter vom 5. März 1980 in Washington vgl. BULLETIN 1980, S. 237–240.

¹¹ Für den Wortlaut des Abkommens vom 6. Mai 1978 über die Entwicklung und Vertiefung der langfristigen Zusammenarbeit der Bundesrepublik und der UdSSR auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie vgl. BUNDESGESETZBLATT 1979, Teil II, S. 59 f.

¹² Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73.

¹³ Am 6. Dezember 1951 übergab die amerikanische Delegation im Coordinating Committee of the Paris Consultative Group of nations working to control export of strategic goods to Communist countries (COCOM) den übrigen Delegationen ein Aide-mémoire, das eine Spezifizierung der Waren enthielt, die unter den Mutual Defense Assistance Control Act vom 26. Oktober 1951 fielen. Zur Kategorie A gehörten danach u. a. Waffen, Munition und Nuklearmaterial, zur Kategorie B Transportmaterial von strategischem Wert sowie zur Herstellung von Rüstungsmaterial geeignete Güter. Vgl. dazu FRUS 1951, I, S. 1221.

Zu den amerikanischen Vorschlägen vom 18. März 1980 für eine Verschärfung der COCOM-Bestimmungen für Ausfuhren in die UdSSR vgl. Dok. 82, Anm. 9.

¹⁴ Zur Einigung der OECD-Mitgliedstaaten über Zinssätze für Exportkredite vgl. Dok. 71, Anm. 29.

¹⁵ Vgl. dazu die Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vom 19. Februar 1980; BULLETIN DER EG 2/1980, S. 88 f. Vgl. dazu auch Dok. 57.

Man sollte sich aber nicht der Illusion hingeben, daß die Kombination von Druck und Gesichtswahrungschance auf diplomatischen Wegen zu Erfolg führe.

Es komme alles darauf an, der sowjetischen Expansion Paroli zu bieten. Der Westen habe Angola, Äthiopien hingenommen, Kambodscha hinnehmen müssen, auch Südjemen. Die Sowjetunion habe danach gemeint, das Risiko eines Einmarsches in Afghanistan auf sich nehmen zu können. Frage, ob Reaktion des Westens nicht früher als bei dem fernen Afghanistan hätte einsetzen müssen.

Amerikanische Erklärung des Persischen Golfs zur Interessensphäre¹⁶ lasse fragen, wie der Anspruch durchgesetzt werden soll.

Die USA hätten keine Wehrpflicht, glaubten, daß alles mit größeren finanziellen Aufwendungen zu machen sei. Waffen ohne Soldaten aber seien nichts wert.

Die sich abzeichnende Weltkrise werde weit bis in die Jahre 1981/82 hineinwirken. Ihr Höhepunkt noch nicht erreicht. Für ein Containment der Sowjetunion sei Rückkehr der USA zur Wehrpflicht notwendig.¹⁷ Das sei der wesentlichste Schritt. Sonst werde jeder neue Konfliktpunkt irgendwo in der Welt sofort wieder Abzug von Truppenteilen aus Europa zur Folge haben.

Zu SALT II: Wenn es nicht zur Ratifikation durch USA komme¹⁸, müsse Sowjetunion damit rechnen, daß sie Rüstungswettlauf über längere Jahre nicht durchhalten könne. Dadurch könne sie versucht sein, innerhalb der nächsten zwei Jahre eine Entscheidung zu suchen. Wir müssen daher mit Entschiedenheit an Streben nach Rüstungskontrolle und Gleichgewicht festhalten.

SU hat zur Zeit Vorsprung bei Modernisierung ihres Raketenpotentials. 50 Aggregate pro Jahr seit Ende 76 bzw. Mitte 77 werden zusätzlich disloziert. (In diesem Zusammenhang verweist Bundeskanzler auf seine Rolle bei der Aufdeckung der Grauzone im Mittelstreckenbereich.)¹⁹

¹⁶ Vgl. dazu die schriftliche Botschaft des Präsidenten Carter vom 21. Januar 1980 an den amerikanischen Kongreß zur Lage der Nation; PUBLIC PAPERS, CARTER 1980, S. 114–180.

Vgl. dazu ferner Carters mündliche Erklärung vom 23. Januar 1980 vor beiden Häusern des amerikanischen Kongresses; PUBLIC PAPERS, CARTER 1980, S. 194–200. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 101–106. Vgl. dazu auch Dok. 16.

¹⁷ Zu Überlegungen für die Wiedereinführung der Wehrpflicht in den USA vgl. Dok. 69, Anm. 31.

In der Presse wurde berichtet, der stellvertretende amerikanische Verteidigungsminister Komer habe am 14. April 1980 bei einem Pressegespräch in Brüssel ausgeführt, „die USA würden noch nicht einmal anfangen, Probleme bei der Verstärkung Europas zu haben, wenn die europäischen Streitkräfte wegen Munitionsmangels schon nicht mehr schießen könnten. Wenn die europäischen Regierungen mehr Munition für ihre Streitkräfte kaufen würden, dann wären die Vereinigten Staaten auch bereit, die Wehrpflicht wieder einzuführen.“ Vgl. den Artikel „Ihr Europäer habt ja nicht mal genug Munition“; DIE WELT vom 16. April 1980, S. 1.

¹⁸ Zum Stand des Ratifizierungsverfahrens des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 im amerikanischen Senat vgl. Dok. 59.

¹⁹ In einer weiteren Aufzeichnung über die Ausführungen des Bundeskanzlers Schmidt im Auswärtigen Ausschuß des Bundestags vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Neukirchen: „Bundeskanzler hat bei dieser Gelegenheit noch einmal ‚ein paar Tatsachen rekapituliert‘: Er sei es ja gewesen, der in seiner Rede vor dem IISS im Herbst 1977 in London auf die ‚Grauzone‘ der Mittelstreckenraketenrüstung der Sowjetunion hingewiesen habe, die ihm – auch von amerikanischer Seite – viel Kritik eingetragen habe. Er habe auch Generalsekretär Breschnew gegenüber im Mai 1978 anlässlich dessen Besuchs in Bonn sehr offen auf dieses Problem hingewiesen. Nicht zuletzt seinem persönlichen Einsatz in seiner Partei sei schließlich das Zustandekommen des Nachrüstungsbeschlusses von Brüssel, d. h. der deutschen Zustimmung dazu, zu verdanken. Es müsse je-

Abschließend verwies er auf die schwierige Lage in der EG, hochgepeitschte Empfindungen in Großbritannien. Wir seien zwar bereit zu helfen, könnten dies aber nicht allein schaffen. Von den fällig werdenden vier Milliarden jährlich hätten wir 45% zu tragen, wenn es zu einer Vereinbarung käme. Es könne aber keine Frage sein, daß wir und die anderen Partner dafür auch etwas vorzeigen können müssen (Fischerei²⁰, Schafffleisch²¹, Agrarpolitik ...). Der britischen Regierung sei dieses heute klarer als zuvor.

Fragen und Antworten:

Auf entsprechende Fragen der Abgeordneten Amrehn, Ehmke, Mertes, Corterier, Narjes, Dregger, Horn, Jäger (Wangen), Rapp, Wulff, Czaja und Möllemann machte der Bundeskanzler u. a. folgende Ausführungen:

Wenn USA der Türkei soviel helfen würden wie wir²², wäre dieses Land bereits aus dem Schneider. Aber US-Senat habe nicht mitgezogen²³, während wir unsere Hilfe auch in der Vergangenheit nie unterbrochen hätten. Ähnlich sei es bei Pakistan gewesen.²⁴ Hier habe man ein Beispiel für Arbeitsteilung in der Allianz. Auch der Besuch des Roten Kreuzes bei den Geiseln in Teheran sei dafür ein Beispiel, ohne daß wir Deutsche dies als Erfolg für uns in Anspruch nehmen möchten.

Fortsetzung Fußnote von Seite 613

doch ein Weg zum Ausgleich und zu Verhandlungen gesucht werden, ehe die Fristen verstreichen.“ Vgl. VS-Bd. 9751 (011); B 150, Aktenkopien 1980. Vgl. Anm. 1.

²⁰ Zu den Verhandlungen über die EG-Fischereipolitik vgl. Dok. 60, Anm. 20.

Referat 411 notierte am 1. April 1980: „Nachdem Rat am 29.1.1980 Gesamtfangmengen (GFM) dafür 1980 festgelegt hat, müßte EG-K[ommission] nunmehr Vorschläge zu den noch offenen Punkten, insbesondere Quotenaufteilung unter die MS und Festlegung sowie Ausgestaltung von Quotenaufteilung unter die MS und Festlegung sowie Ausgestaltung von Küsten-Präferenzen, vorlegen. EGK (GD Gallagher und Dir[ektor] Simonnet) sondiert z. Z. Kompromißmöglichkeiten in Hauptstädten. Sie war am 20.3.1980 im BML (nach GB und DK und vor F) und hat bei dieser Gelegenheit erkennen lassen, sie werde in nächster Zeit keine Vorschläge, insb[esondere] keine Quotenaufteilungsvorschläge für 1980 vorlegen, da v. a. wegen Verhärtung dänischer Haltung derzeit keinerlei Aussicht auf Einigung bestehe. Lösung könne nur irgendwo zwischen Berliner Kompromiß (Achtereinigung vom Januar 1978) und britischen Forderungen liegen. DK sei jedoch nicht nur nicht bereit, über die damalige Linie hinauszugehen, sondern habe seine damaligen Zugeständnisse z. T. wieder zurückgenommen.“ Vgl. B 201 (Referat 411), Bd. 566.

²¹ Zu den Verhandlungen über eine EG-Marktordnung für Schafffleisch vgl. Dok. 60, Anm. 21.

²² Zur Wirtschafts-, Finanz- und Verteidigungshilfe der Bundesrepublik für die Türkei vgl. Dok. 107, Anm. 29.

²³ Zum amerikanischen Waffenembargo gegen die Türkei und seiner Aufhebung vgl. Dok. 22, Anm. 18.

²⁴ Zur Wirtschafts- und Finanzhilfe der Bundesrepublik für Pakistan vgl. Dok. 106, Anm. 9. Zur Ablehnung amerikanischer Wirtschafts- und Verteidigungshilfe durch Pakistan vgl. Dok. 73, Anm. 12.

Vortragender Legationsrat Bürger vermerkte am 15. April 1980, bei einer Ressortbesprechung des Auswärtigen Amts, des Bundesministeriums der Finanzen, des Bundesministeriums für Wirtschaft sowie des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit am Vortag habe Ministerialdirektor Meyer-Landrut darauf hingewiesen, eine von der Bundesregierung gewünschte schnelle multilaterale Umschuldung sei „wegen der zögernden amerikanischen Haltung nicht zu erreichen“. Darum müsse eine Umschuldung in einem anderen, möglicherweise auch bilateralen Rahmen geprüft werden. Darüber hinaus solle in den erforderlich werdenden Nachtragshaushalt „für Pakistan eine Verpflichtungsermächtigung von 50 Mio. DM aufgenommen werden“. Als Ergebnis der Aussprache hielt Bürger fest: „Eine zusätzliche Entwicklungshilfe über einen Nachtragshaushalt wird sowohl vom BMZ als auch vom BMF abgelehnt. BMF verwies nachdrücklich auf die bestehende Haushaltslage. Neue Ansätze ebenso wie Verpflichtungsermächtigungen könnten ohnehin nur gegen entsprechende Einsparungen berücksichtigt werden.“ Die Frage einer Umschuldung sei kontrovers diskutiert worden. Vgl. Referat 340, Bd. 113191.

Außer den Engländern habe bisher kein Partnerland sich gegen Teilnahme an Olympiade ausgesprochen.²⁵ Wir stünden da also nicht isoliert. Wenn wir aber beschlössen, nicht hinzugehen, so werde dies auch befolgt werden. Dafür sähe man in England keine Garantie.²⁶ Bundeskanzler wiederholte, daß zu einem effektiven Containment der Sowjetunion die amerikanische Wehrpflicht gehöre. Er werde dies aber nicht öffentlich fordern.

Die Bundesregierung vollziehe ihren außenpolitischen Willen durch das Kabinett. Daneben gäbe es Informationen, Berichte und Meinungen von Medien, Abgeordneten etc., die zu dieser Meinungsbildung beitragen. Wie jene aber zu ihren Informationen kommen, sei nicht Sache der Bundesregierung. Hinsichtlich der Abgeordneten habe da ja auch die Indemnität ihre Rolle. Viele haben Kontakte in das Ausland, zu Moskau – so auch Wehner.

Er ziehe sich übrigens den Schuh der Carterschen Kritik an den Verbündeten²⁷ nicht an.

Wenn er die Priorität der Rüstungskontrolle gefordert habe²⁸, so deswegen, weil er den Rüstungswetlauf verhindern wolle. So sei seine Rede zu verstehen. Militärisches Gleichgewicht sei wichtig, aber alleine nicht hinreichend. Sowjetunion treibe eine ihre Sicherheitsbedürfnisse übertreibende Rüstung, die er auch in öffentlichen Äußerungen stets angeprangert habe. Er sei aber gegen Emotionen.

Aus dem Doppelbeschluß von Brüssel²⁹ ergebe sich ein Zeitraum von ca. drei Jahren bis zum Vollzug der Dislozierung. Dies sei die Zeit für Verhandlungen. Davon unberührt bleibe natürlich die Produktion der von dem NATO-Nachrüstungsbeschluß vorgesehenen Mittelstreckenwaffen. Auf der anderen Seite werde die Sowjetunion bis 1983 weiterhin Woche für Woche ein Launchersystem mit je zwölf Sprengköpfen (SS-20) produzieren und auch installieren. Dem könne nur begegnet werden, wenn auch auf sowjetischer Seite zumindest die Dislozierung ausgesetzt werde (Produktion dagegen unvermeidlich). Der Westen bezahle dafür einen geringen Preis, wenn er ebenfalls sich verpflichte, keine Mit-

25 Botschafter Ruhfus, London, analysierte am 26. März 1980: „Die britische Reaktion auf die Intervention der SU in Afghanistan war von Anfang an durch eine – im Verhältnis zu Kontinentaleuropa – stärkere Identifizierung mit der Haltung der USA gekennzeichnet. Z. Z. kommt dies besonders dadurch zum Ausdruck, daß die Regierung Thatcher versucht, analog zu den USA auch das britische NOK auf einen Boykott der Olympischen Spiele in Moskau festzulegen. Diese keineswegs unkritische Anlehnung erklärt sich zum einen durch die in sehr langer Zeit gewachsenen besonderen Beziehungen Großbritanniens zu den Vereinigten Staaten (special – oder besser – natural relationship), aber auch durch die hier auch in Labour Partei seit jeher größere Distanz zur Sowjetunion, die in den entscheidenden letzten Kriegsjahren zeitweilig ausgeprägter war als die der amerikanischen Regierung. Die Einschätzung der SU als Europa bedrohende und ihm wesensfremde Macht ist in hiesiger Öffentlichkeit noch stärker lebendig als in den übrigen europäischen Staaten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 593; Referat 340, Bd. 113032.

26 Das britische Nationale Olympische Komitee stimmte am 25. März 1980 in London für eine Teilnahme an den Olympischen Sommerspielen in Moskau. Dazu hieß es in der Presse: „Damit stellte sich das NOK gegen die britische Regierung und das Unterhaus, die einen Boykott fordern. [...] Ein Sprecher des Außenministeriums in London bedauerte, daß der britische Verband der erste eines größeren westlichen Landes sei, der sich für die Teilnahme in Moskau entschieden habe.“ Vgl. den Artikel „Britisches NOK entscheidet sich für Moskau“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 26. März 1980, S. 1.

27 Zu den Äußerungen des Präsidenten Carter gegenüber der Presse vgl. Dok. 106, Anm. 6.

28 Vgl. dazu die Äußerungen des Bundeskanzlers Schmidt am 11. April 1980 in Hamburg bzw. am 12. April 1980 in Essen; Dok. 111.

29 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 10.

telstreckenwaffen in Europa zu dislozieren – da er dazu vor 1983 gar nicht in der Lage sei ... Es handele sich hier also um eine façon de parler, ohne daß der Westen dabei auf etwas verzichten müsse.

Er habe kein Szenario für einen Raketenrüstungswettlauf, falls SALT II nicht ratifiziert werde. Er wisse aber, daß Carter seinerseits auf Rüstungsbeschränkung und Rüstungskontrolle bestehe, und die amerikanische Generalität, die sich seinerzeit im US-Kongreß bedenklich gegen SALT II gezeigt habe, bedaure inzwischen, daß es nicht ratifiziert sei.

Auf eine entsprechende Frage des Abgeordneten Dregger, was die Verbündeten denn positiv im Mittleren Osten tun können oder ob der Westen vielleicht nicht handlungsfähig sei, fragte Bundeskanzler zurück, ob der Abgeordnete sich denn irgendein Handeln zur positiven Beeinflussung der Lage vorstellen könne. Westliches Handeln sei in dieser Region in der Tat in jedem Fall risikobelastet. Während man öffentlich aber zum einzigen Mittel, nämlich Geduld auf eine Stabilisierung der Regierung im Iran, den USA nicht anraten könne, habe er dies Präsident Carter gegenüber sehr wohl getan. Was Afghanistan betreffe, so habe er hinsichtlich auszuübenden Drucks auf die Sowjetunion zwar Vorstellungen, die er auch Carter vorgetragen habe, aber nicht ausbreiten möchte.

Konsultationsmechanismen mit USA hätten in den letzten Monaten nicht jederzeit voll funktioniert, seien gegenwärtig jedoch in Ordnung. Wichtig sei, daß die Kommunikation zwischen den beiden Weltmächten aufrecht erhalten bleibe. Dazu sei es wichtig zu wissen, daß auch in der gegenwärtigen kritischen Phase der heiße Draht zwischen Washington und Moskau funktioniert.

Bundeskanzler sagt, er rate auch jetzt noch zu Geduld in der Geiselfrage, obwohl auch für den Fall, daß es Bani Sadr unternähme, sie dem Bereich der „Studenten“ zu entziehen, nicht ausgeschlossen werden könnte, daß sie sterben müßten.

Er habe kein Rezept, Stärke des Westens in der Golfregion zu demonstrieren, ohne dabei Risiken zu laufen. Patentrezepte dafür gebe es bei niemandem.

Kanzler unterstreicht Bedeutung der genuinen Blockfreiheit. Wir hätten uns mehr als andere unserer Verbündeten dafür verwandt, vor allem um demokratische Regierungen zu unterstützen. Man könne sich aber darauf nicht beschränken. Es gelte, zur Zeit vor allem auf Entwicklungen in Mittel- und Südamerika zu achten, wo Staaten vor der Haustür der USA unter fremdgesteuerte Bestimmung fallen.

Bundeskanzler sieht für die Aktionen der USA im Persischen Golf verschiedene Möglichkeiten. So könnten persische Häfen einzeln vermint oder z.B. die Straße von Hormuz blockiert werden. Welche Folgen es habe, wenn ein sowjetisches Schiff auf eine Mine auflaufe oder bei dem Versuch, die Blockade zu brechen, von US-Kriegsschiffen aufgehalten werde, sei schwer abzusehen.

Zur Frage der wirtschaftlichen Sanktionen im Falle Iran: Wir hätten da völkerrechtlich keine Schwierigkeiten, wohl aber andere Partner. Wir steuerten daher auf EG 113.³⁰ Zugriff auf iranische assets könnte Reaktion anderer Öllän-

³⁰ Zu den Bemühungen der Bundesregierung, die EG-Mitgliedstaaten auf der Grundlage des Artikel 113 Absatz 1 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 zur Unterstützung amerikanischer Sanktionen gegen Iran zu gewinnen, vgl. Dok. 105.

der zur Folge haben und die Gefahr der Zerrüttung des gesamten Finanzsystems heraufbeschwören. Was Sanktionen gegen Sowjetunion betreffe, so habe er mit Carter noch einmal darüber gesprochen, daß bestehende und langfristige Verträge nicht perforiert werden.

Bundeskanzler vertritt die Auffassung, daß Reisen der Abgeordneten dazu beitragen, gemeinsamen Erkenntnisstand zu fördern. Sie helfen auch Mißtrauen abzubauen. Bundesregierung wäre für Unterrichtung immer dankbar. Man müsse wissen, daß sie ohnehin schließlich von Gesprächen draußen erfahre, selbst wenn sie als Vier-Augen-Treffen vereinbart gewesen seien.

Von einer Konfrontation sowjetischer Truppen an der iranischen Grenze (auch Nordgrenze) sei ihm nichts bekannt. Dies solle aber nichts beschwichtigen. In Afghanistan stünden den Sowjets 19 z. T. hochmoderne Jet-Flugplätze zur Verfügung, die den Zugriff auf den Golf drastisch verkürzen.

Zur Frage des Containments der Sowjets: Wir haben in unserer besonderen Lage ein besonderes Risiko zu tragen, sollten uns daher auch nicht vordrängen. Man müsse sich darüber im klaren sein, daß evtl. Repressionen der Sowjets zuerst die Dissidenten, ausreisewillige Juden und Deutsche träfe. Zu einer umfassenden Abschreckung gehöre außer der technischen Kapazität auch der politische Wille. Ohne Truppen aber gehe nichts. (Wehrpflicht!)

Ein Zusammenfließen der Entwicklungen in Afghanistan und Iran sehe er z. B. darin, daß unter den sogenannten Studenten eine starke Tudeh-Orientierung bestehe. Von dem deutschen Botschafter³¹ wisse man, daß Khomeini bereits stark durch andere Machtzentren verdrängt werde. Sein Tod könne zu einer unvorhersehbaren Entwicklung führen, selbst wenn US nicht zu militärischen Maßnahme griffen.

Im Nahen Osten sollten wir uns nicht vordrängen. Auschwitz sei noch nicht so lange her. EG mache sich aber Gedanken.³² Größte Gefahr gehe von Siedlungspolitik der Israelis aus, die zu ihrer Isolierung führe.

[Neukirchen]³³

VS-Bd. 9751 (011)

³¹ Gerhard Ritzel.

³² Zu Überlegungen für eine Nahost-Initiative der Europäischen Gemeinschaften im Rahmen der EPZ vgl. Dok. 108, Anm. 10.

³³ Verfasser laut Begleitvermerk. Vgl. Anm. 1.

113

Aufzeichnung des Botschafters Ruth**220-370.73/10 LRTNF-560/80 geheim****16. April 1980¹****Gesprächsvermerk**

Der amerikanische Botschafter hatte um das Gespräch mit dem Bundesminister nachgesucht. Er betonte anfangs, daß er Weisung habe, seine Instruktionen zu den LRTNF-Äußerungen des Herrn Bundeskanzlers² dringlich und ohne Zeitverzug vorzutragen.

I. Der Botschafter folgte in seiner Gesprächsführung den als Anlage beigefügten talking points.³ Die Hauptpunkte seiner Ausführungen waren:

- Befürchtung, die Äußerungen könnten als Freeze-Vorschlag mißverstanden werden. Ein Freeze sei in der Allianz abgelehnt worden.
- Es bestehe mit dem Bundeskanzler Übereinstimmung, daß nichts vorgeschlagen werden solle, was die Unterstützung der LRTNF-Dislozierung in Italien und Belgien⁴ unterminiere.
- Man wisse, daß der Bundeskanzler vorhabe, gegenüber der belgischen und der italienischen Regierung klarzustellen, daß er die Entscheidung vom 12. Dezember unverändert unterstütze und daß seine Bemerkungen dazu nicht im Widerspruch stehen.⁵
- Das Kommuniqué vom 12. Dezember⁶ beinhalte die klare deutsch-amerikanische Übereinstimmung, daß LRTNF-Limitierungen mit dem Prinzip der Gleichheit im Einklang stehen müssen.
- Washington hoffe darauf, daß Bonn zustimme, daß die Allianz nicht das Konzept des beiderseitigen Verzichts auf neue Systeme, auch nicht während einer bestimmten Zeit, akzeptieren könne. Denn dies werde sowjetische Überlegenheit im LRTNF-Bereich legitimieren. Aus dem gleichen Grunde werden MBFR-Freeze-Vorschläge abgelehnt.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Botschafter Ruth am 16. April 1980 „über Herrn Staatssekretär“ Bundesminister Genscher vorgelegt.
Hat Genscher am 16. April 1980 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 11343 (220); B 150, Aktenkopien 1980.

² Zu den Äußerungen des Bundeskanzlers Schmidt am 11. April 1980 in Hamburg bzw. am 12. April 1980 in Essen vgl. Dok. 111.

³ Dem Vorgang beigefügt. Vgl. VS-Bd. 11343 (220).
Am 17. April 1980 unterrichtete Staatssekretär van Well Botschafter Hermes, Washington, über die Demarche des amerikanischen Botschafters Stoessel bei Bundesminister Genscher am Vortrag und übermittelte die amerikanischen „talking points“. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 2157; VS-Bd. 11343 (220); B 150, Aktenkopien 1980.

⁴ Zur Haltung Italiens zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 21.
Zur Haltung Belgiens vgl. Dok. 102.

⁵ Bundeskanzler Schmidt führte am 19. April 1980 in Aachen ein Gespräch mit dem belgischen Außenminister Simonet. Vgl. dazu Dok. 126, Anm. 4.

⁶ Für das Kommuniqué der gemeinsamen Tagung der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten vom 12. Dezember 1979 (NATO-Doppelbeschluß) vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN 1979, S. 1409 f.

- Zusätzlich:
Ein Freeze sei für künftige Rüstungskontrollverhandlungen unter Einbeziehung von LRTNF schädlich. Es würde einen Zweifel auf die Entschlossenheit zu modernisieren werfen und damit den Anreiz für die Sowjets vermindern.
- Die Vereinigten Staaten unterstützen unverändert den Allianzvorschlag für LRTNF-Rüstungskontrolle. Die Aussichten darauf werden nach amerikanischer Auffassung verstärkt, wenn das Bündnis alle Aspekte der Dezember-Entscheidung verwirklicht.
- Die Instruktionen würden der Bundesregierung deshalb zur Kenntnis gebracht, weil man in Washington befürchte, daß die Äußerungen des Bundeskanzlers in Brüssel und Rom mißverstanden werden könnten als ein Vorschlag, einen Freeze für die Neudislozierung zu vereinbaren.

II. Der Bundesminister antwortete wie folgt:

- 1) Der Sprecher des AA habe am Montag erklärt, daß nicht beabsichtigt sei, den Dezember-Beschluß zu ändern.⁷
- 2) Im verteilten Text des Bundeskanzlers sei ausdrücklich der Zeitraum von drei Jahren erwähnt.
- 3) Der Bundesminister habe mehrfach die Sowjetunion aufgefordert, die Dislozierung und die Produktion ihrer Systeme zu stoppen, und zwar
 - am 28. Oktober⁸,
 - am 4. November⁹,
 - am 2. Dezember¹⁰,

⁷ Zu den Äußerungen des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Sudhoff vom 14. April 1980 hieß es in der Presse, im Namen von Bundesminister Genscher sei erklärt worden: „Es ist nicht beabsichtigt, die Haltung der Bundesregierung zu ändern. Es bleibt bei den Beschlüssen vom Dezember 1979.“ Kühler und deutlicher zugleich konnte sich der Minister vom eigenen Regierungschef nicht absetzen, ohne die gebotenen Regeln der Höflichkeit zu verletzen.“ Vgl. den Artikel „Erst Genschers Reaktion machte das Ausmaß des Kanzler-Vorschlags deutlich“, DIE WELT vom 16. April 1980, S. 2.

⁸ In der Erklärung vom 28. Oktober 1979 führte Bundesminister Genscher aus: „Es liegt nun an der Sowjetunion, ob sie dem Verhandlungsziel des Westens folgt, die Mittelstreckenrüstung so gering wie möglich zu halten. Die Sowjetunion könnte jetzt ein Zeichen setzen und als ersten Schritt die Produktion ihrer neuen Mittelstreckenwaffen stoppen. Das wäre keine Vorleistung, sondern der Stopp des einseitigen sowjetischen Drehens an der Rüstungsspirale, denn der Westen wird bekanntlich erst in drei bis vier Jahren über die ersten Mittelstreckenwaffen verfügen.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 5388 des Vortragenden Legationsrats Heyken vom 29. Oktober 1979; Referat 213, Bd. 133143.

⁹ Im Pressedienst der FDP führte Bundesminister Genscher aus: „Das Verhandlungsangebot, das der Westen im Dezember für den Mittelstreckenbereich beschließen wird, soll den Rüstungswettlauf bei den Mittelstreckenwaffen stoppen. Darüber soll im Rahmen von SALT III von den USA und der Sowjetunion verhandelt werden. Wir wollen die Mittelstreckenwaffen auf möglichst niedrigem Niveau begrenzen. Je niedriger, desto besser. Wir nehmen die von Generalsekretär Breschnew geäußerte – von uns begrüßte – Verhandlungsbereitschaft beim Wort. Ein Verhandlungsergebnis auf einem möglichst niedrigen Niveau ist leichter erreichbar, wenn die Sowjetunion jetzt ihre Mittelstreckenraketen-Aufrüstung stoppt.“ Vgl. den Artikel „Genscher: Moskau soll Verhandlungswillen des Westen ernst nehmen“, FREIE DEMOKRATISCHE KORRESPONDENZ (FDK) Nr. 320 vom 4. November 1979; Referat 013, Bd. 179034.

¹⁰ In einem Interview für die ZDF-Sendung „Bonner Perspektiven“ erklärte Bundesminister Genscher am 2. Dezember 1979 mit Blick auf den bevorstehenden NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember: „Wir stehen jetzt vor der Notwendigkeit, eine Beeinträchtigung des Gleichgewichts als Voraussetzung jeglicher Sicherheit mittel- und langfristig zu verhindern. Deshalb wollen wir im Dezember eine Nachrüstung des Westens für Mittelstreckenwaffen beschließen, die allerdings erst

– am 11. Dezember vor dem Bundestag¹¹.

Diese Bemerkungen hätten nur das Ziel gehabt, einen weiteren Aufwuchs des sowjetischen LRTNF-Potentials zu verhindern.

Der Bundeskanzler habe sich ausdrücklich auf die nach dem NATO-Beschluß bis zur Dislozierung verfügbare Zeit von drei Jahren bezogen. Es bestehe bei ihm und beim Bundesminister nicht die Absicht, die NATO-Entscheidung vom Dezember zu ändern.

Botschafter Stoessel: Es bestehe die Gefahr, daß man dies auch als Freeze verstehen könne mit beiderseitigen Absprachen. Auf einen solchen beiderseitigen Freeze beziehe sich die amerikanische Befürchtung.

Bundesminister stellte erneut fest, daß er öffentlich erklärt habe, daß sie Verhandlungen erleichtere, wenn sie in den drei Jahren keine zusätzlichen Systeme disloziere.¹²

III. Andere Themen

1) Bundesminister erwähnte, daß er am vergangenen Sonntag¹³ mit Außenminister Vance über die anstehenden Entscheidungen telefoniert habe. Vance habe bemerkt, daß die Zustimmung zum Besuch der Vertreter des Roten Kreuzes bei den Geiseln¹⁴ ein Schritt in die richtige Richtung sei. Er wolle fragen, was die amerikanische Regierung glaube, worin ein zweiter Schritt bestehen könne. Er wolle dann auch seinen Draht zu Tabatabai im Interesse dieser Überlegungen nutzen.¹⁵ Es müsse das Bewußtsein in Teheran erhalten werden, daß es so nicht bleiben dürfe. Dieses Momentum müsse erhalten werden.

2) Der Bundesminister berichtete, daß er heute abend zu den Feierlichkeiten nach Rhodesien fahren werde.¹⁶ Die Bundesregierung habe beschlossen, politisch vertreten zu sein. Botschafter Stoessel wies darauf hin, daß Mr. Harriman die amerikanische Regierung vertreten werde.

3) Bundesminister berichtete, daß um 14.30 Uhr Vertreter der Sportverbände beim Bundeskanzler empfangen würden. Es solle ihnen gesagt werden, was die Bundesregierung am nächsten Mittwoch beschließen werde.¹⁷ Diese Entscheidung werde die Bitte beinhalten, nicht an den Olympischen Spielen teilzunehmen. Die Entscheidung werde am 23. April fallen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 619

in drei bis vier Jahren praktisch wird. Und wir verbinden [...] diese Entscheidung mit einem konkreten Verhandlungsangebot an den Osten, so daß man diese drei bis vier Jahre nutzen kann. Die Sowjetunion würde diese Verhandlungen erleichtern, wenn sie jetzt sofort eine weitere Verstärkung ihrer Mittelstreckenraketen stoppen würde.“ Vgl. die Pressemitteilung des Auswärtigen Amts Nr. 1031B/79; Referat 013, Bd. 179035.

¹¹ Erklärung des Bundesministers Genscher vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 113, S. 15071–15077.

¹² So in der Vorlage.

¹³ 13. April 1980.

¹⁴ Zum Besuch einer Delegation des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz am 14. April 1980 bei den als Geiseln festgehaltenen amerikanischen Botschaftsangehörigen in Teheran vgl. Dok. 112, Anm. 6.

¹⁵ Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Staatssekretär im iranischen Ministerpräsidentenamt, Tabatabai, am 21. März 1980 vgl. Dok. 88.

¹⁶ Am 18. April 1980 wurde die vormalige britische Kolonie Rhodesien formell in die Unabhängigkeit entlassen. Zu den Gesprächen, die Bundesminister Genscher in Simbabwe anläßlich der Unabhängigkeitsfeiern führte, vgl. Dok. 116–119 und Dok. 121.

¹⁷ Zur Empfehlung der Bundesregierung an das NOK vom 23. April 1980 vgl. Dok. 122, Anm. 3.

4) Der Bundesminister hoffe, daß auf der Sitzung des EG-Ministerrats am 22. April die Sanktionsfrage auf der Grundlage des Art. 113¹⁸ (Welt-Beitrag von MD Fischer¹⁹) entschieden werden könne.²⁰ Der Zeitungsartikel von MD Fischer sei kein privater Beitrag gewesen. Er habe gezeigt, daß es EG-konforme Möglichkeiten gibt, die Sanktionen zu begründen, wenn man wolle.

5) Zur Olympia-Frage:

Frankreich werde eine Entscheidung der Neun wohl nicht mitmachen. Aber es sei damit zu rechnen, daß es dem französischen NOK empfohlen werde, nicht nach Moskau zu gehen.²¹ Dies hoffe er auch vom britischen NOK. Wenn die USA, Japan, Kanada und die Bundesrepublik Deutschland nicht nach Moskau gehen würden, werde es eigenartig sein, wenn die Briten vertreten seien.²²

6) Botschafter Stoessel fragte, ob der Bundesminister hinsichtlich der Iran-Sanktionen²³ optimistisch sei. Der BM antwortete, dies sei im Augenblick der Fall. Der Bundeskanzler habe darüber mit dem Präsidenten ausführlich gesprochen.²⁴

7) Botschafter Stoessel berichtete, daß der amerikanische EG-Botschafter²⁵ mit Mr. Jenkins gesprochen habe. Dabei sei der Eindruck entstanden, daß Jenkins

¹⁸ Für Artikel 113 Absatz 1 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. Dok. 104, Anm. 5.

¹⁹ Vgl. Per Fischer: „Sanktionen gegen Iran? Die EG hat schon die Instrumente dazu“, DIE WELT vom 14. April 1980, S. 5.

²⁰ Am 21./22. April 1980 fand in Luxemburg die EG-Ministerratstagung statt. Am 22. April 1980 traten die Außenminister der EG-Mitgliedstaaten dabei zu einer Sondersitzung im Rahmen der EPZ zusammen. Vortragender Legationsrat I. Klasse Ellerkmann berichtete am 25. April 1980: „Außenminister der Neun beschlossen, im Rahmen von Art[ikel] 224 EWG-V[ertrag], Wirtschaftssanktionen gegen Iran entsprechend der an sowjetischem Veto gescheiterten VN-Sicherheitsratsresolution vom 10. Januar 1980 zu ergreifen. Da einige Mitgliedstaaten erst noch gesetzliche Grundlagen für solche Maßnahmen schaffen müssen, soll über endgültige Inkraftsetzung später gemeinsam entschieden werden (voraussichtlich beim informellen Gymnich-type-EPZ-Außenministertreffen am 17./18. Mai 1980), falls bis dahin keine entscheidenden Fortschritte erzielt sind, die zur Befreiung der Geiseln führen. Entscheidung der Neun erfolgte aufgrund Kompromißvorschlags von BM Genscher, der sich mit besonderem Nachdruck für gemeinsames Vorgehen eingesetzt hatte. Bundesregierung hat entsprechende nationale Verordnung bereits am 23.4.1980 beschlossen und verkündet, Inkrafttreten jedoch mit Rücksicht auf den gemeinsam beschlossenen Zeitplan zunächst ausgesetzt. Gleichzeitig hat Bundesregierung Unternehmen im Bundesgebiet aufgefordert, ab 23.4.1980 keine neue Ausfuhr- und Dienstleistungsverträge mit iranischer Regierung oder iranischen Unternehmen mehr abzuschließen.“ Als Sofortmaßnahmen hätten die Außenminister ferner die Verringerung des Botschaftspersonals an ihren Vertretungen in Teheran bzw. der iranischen in ihren Ländern, die Wiedereinführung einer Visumpflicht für Iraner sowie die Nichterteilung von Genehmigungen für Rüstungsexporte nach Iran beschlossen: „Botschafter der Neun sind angewiesen, nach Teheran zurückzukehren, die getroffenen Beschlüsse der iranischen Regierung mitzuteilen und alle Anstrengungen zur Erleichterung der Lage der Geiseln zu unternehmen.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 51; Referat 012, Bd. 115729.

Für den Wortlaut der Erklärung im Rahmen der EPZ vom 22. April 1980 vgl. BULLETIN DER EG 4/1980, S. 26f.

²¹ Zur Haltung der französischen Regierung bezüglich eines Boykotts der Olympischen Sommerspiele in Moskau vgl. Dok. 96 und Dok. 109, Anm. 18.

²² Zum Beschluß des britischen NOK vom 25. März 1980, an den Olympischen Sommerspiele in Moskau teilzunehmen, vgl. Dok. 112, Anm. 26.

²³ Zum Inkraftsetzen amerikanischer Sanktionen gegen Iran am 7. April 1980 vgl. Dok. 103, Anm. 2 und 13.

Zu den Bemühungen der Bundesregierung, die Europäischen Gemeinschaften zur Unterstützung dieser Sanktionen zu gewinnen, vgl. Dok. 105.

²⁴ Für das Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Carter am 15. April 1980 vgl. Dok. 110.

²⁵ Thomas O. Enders.

persönlich sehr reserviert sei gegenüber europäischen Sanktionen. (StS Lautenschlager ist darüber unterrichtet.)

Botschafter Stoessel empfahl, ein Telefongespräch mit Herrn Jenkins zu erwägen. Der Bundesminister will die Frage am Wochenende²⁶ prüfen, wenn sich dies als notwendig erweisen sollte.

(Bundesminister weist die zuständigen Stellen des Hauses an, die entsprechenden Unterlagen und Vorschläge für ihn bis zur Rückkehr am Samstag vorzubereiten.)

Ruth

VS-Bd. 11343 (220)

114

Aufzeichnung des Botschafters Ruth

221-372.20/31-558/80 VS-vertraulich

16. April 1980¹

Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³ zur Unterrichtung vorgelegt

Betr.: Stand der MBFR-Verhandlungen nach der 20. Gesprächsrunde (31.1. bis 3.4.80)

I. Allgemeine Bewertung

Trotz Überschattung durch die Ereignisse in Afghanistan wurden die MBFR-Verhandlungen in der 20. Runde (31.1. bis 3.4.80) geschäftsmäßig fortgesetzt. Damit unterstrichen beide Seiten ihr ungemindertes Interesse am Thema der Rüstungskontrolle. Die Wiener Verhandlungen, zur Zeit einziges Ost-West-Forum in diesem Bereich, bewährten sich als Rahmen für die Fortführung des multilateralen Rüstungskontrolldialogs zwischen Ost und West. Fortschritte waren angesichts der allgemeinen internationalen Lage nicht zu erwarten.

Für den Westen erwies es sich als Vorteil, daß er seine neuen Vorschläge noch vor Afghanistan in die Verhandlungen eingeführt hatte.⁴ Dies erlaubte ihm,

²⁶ 19./20. April 1980.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Pöhlmann konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau und Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 5. Mai 1980 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holik am 12. Mai 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Zurück am 12.5.1980.“ Ferner verfügte er die Weiterleitung an Pöhlmann.

Hat Pöhlmann am 13. Mai 1980 erneut vorgelegen.

² Hat Staatssekretär van Well vorgelegen.

³ Hat Bundesminister Genscher am 11. Mai 1980 vorgelegen.

⁴ Zum Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 20. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 12.

durch eingehende Erläuterungen seiner Vorschläge den Osten unter Zugzwang zu halten und selbst die Initiative zu behalten.

Der Osten lehnte die westlichen Vorschläge nicht ab, brachte aber keine substantiellen Gegenvorschläge ein, sondern beschränkte sich darauf, diese Vorschläge praktisch in allen Punkten einer Kritik zu unterziehen. Als eigenen Verhandlungsschritt schlug der Osten formell einen per 1.1.80 aktualisierten Datenaustausch vor und informell, mit der Erarbeitung des Textes eines Phase-I-Abkommens zu beginnen.⁵ Schließlich forderte er informell zum Schluß der Verhandlungsrunde die Anrechnung des einseitigen Abzugs sowjetischer Truppen aus der DDR.⁶

II. Die Verhandlungslage im einzelnen:

1) Die östliche Kritik an den westlichen Dezebervorschlägen:

- Mit den westlichen Vorschlägen stehe man praktisch wieder am Anfang der Verhandlungen wie 1973; alle zwischenzeitlich erreichten Kompromisse würden durch diese Vorschläge zerstört.
- Datenfrage: Einigung über die Daten nur der amerikanischen und sowjetischen Landstreitkräfte im Raum der Reduzierungen sei keine Vereinfachung der Verhandlungen. Diese vorgeschlagene Aufteilung der Datendiskussion in zwei Phasen sei ein Vorwand, eine Verpflichtung zur Nichterhöhung (Freeze) zwischen den Phasen sowie westeuropäische Reduzierungsverpflichtungen für Phase II zu vermeiden.
- Verpflichtung zur Nichterhöhung (Freeze) der nicht-amerikanischen westlichen Streitkräfte in einem Phase-I-Abkommen für die Zeit zwischen den Phasen sei eine unabdingbare Voraussetzung für ein erstes Abkommen. Sie könne nicht durch die vom Westen vorgeschlagene allgemeine und rechtlich nicht bindende Wohlverhaltensklausel ersetzt werden.
- Verknüpfung der Phasen: Ein Phase-I-Abkommen müsse individuelle Reduzierungsverpflichtungen der nicht-amerikanischen und nicht-sowjetischen direkten Teilnehmer enthalten. Die vom Westen vorgeschlagene Erklärung, jeder westliche direkte Teilnehmer (außer Luxemburg) werde einen „significant share“ übernehmen, sei vage und reiche nicht aus.
- Frage der Rüstungsverminderung: Ein Phase-I-Abkommen könne diese Frage nicht ausklammern. Gleichzeitig müßten sich alle direkten Teilnehmer generell zu Rüstungsreduzierungen in Phase II verpflichten.
- Luftstreitkräfte: Spezielle kollektive Höchststärken seien auch für das Personal der Luftstreitkräfte zu fordern.

⁵ Zum Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 21. Februar 1980 vgl. Dok. 79.

⁶ Zum Teilabzug sowjetischer Streitkräfte aus der DDR vgl. Dok. 79, Anm. 12.

Botschaftsrat I. Klasse Hartmann, Wien (MBFR-Delegation), berichtete am 8. April 1980 über ein Gespräch des Leiters der amerikanischen MBFR-Delegation, Dean, mit dem Leiter der sowjetischen MBFR-Delegation, Tarassow, am 4. April 1980 über den am selben Tag in Ost-Berlin angekündigten weiteren Teilabzug sowjetischer Streitkräfte aus der DDR: „Auf Deans Frage nach dem Zusammenhang zwischen dieser Ankündigung und dem in Wien gemachten östlichen Vorschlag, bei Anrechnung der Abzüge auf die sowjetischen Phase-I-Reduzierungen mit dem Westen Möglichkeiten zur Kontrolle künftiger Teilabzüge zu erörtern, habe T. erwidert: Zwischen der Ankündigung eines weiteren Teilabzugs und dem Vorschlag bestehe kein direkter Zusammenhang. Die Abzüge würden fortgesetzt, um die Frist Anfang Oktober einhalten zu können. Der in Wien gemachte Vorschlag bleibe weiterhin gültig.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 212; VS-Bd. 11495 (221); B 150, Aktenkopien 1980.

- Begleitende Maßnahmen (AM⁷): Der westliche Paketvorschlag sei ein Versuch, den 1973 festgelegten Verhandlungsgegenstand zu verändern und die Priorität der Verhandlungen von den Reduzierungen auf begleitende Maßnahmen zu verlagern. Die vorgeschlagene Ausdehnung der AM auf Teile der SU und auf Teilnehmer mit besonderem Status widerspreche der 1973 festgelegten Fixierung des Raums der Reduzierungen.

2) Eigene östliche Verhandlungsschritte:

- Datenaktualisierung: Da die derzeit diskutierten Daten (Austausch 1976⁸) nicht mehr den jetzigen zahlenmäßigen Stärken der Streitkräfte entsprächen, sollen per 1.1.80 aktualisierte Daten vorgelegt werden.

Der Westen hält dies für einen taktisch bestimmten Zug, um Initiative zu zeigen und von der eigentlichen Datenproblematik und schließlich gleichzeitig von den westlichen Dezembervorschlägen abzulenken. Er kann den Vorschlag aber nicht ablehnen, um seine Initiativ-Position nicht zu verlieren. Trotz unserer Bemühungen im Bündnis kam eine schnelle und positive westliche Reaktion nicht zustande, da die USA in den Beratungen die Forderungen stellten, die SU dabei zum Austausch von Divisionszahlen aufzufordern. Die Frage wird in der NATO weiter beraten. Informell hat der Westen in Wien geantwortet, den Vorschlag sorgfältig zu prüfen, wobei die Weigerung des Ostens berücksichtigt werden müßte, Divisionszahlen vorzulegen und informative westliche Fragen zu beantworten.

- Anrechnung des einseitigen sowjetischen Truppenabzugs aus der DDR (gesonderte Vorlage folgt⁹):

Am Ende der Verhandlungsrunde erhob der Osten informell die Forderung, den von Breschnew am 6.10.79 angekündigten einseitigen Truppenabzug¹⁰ von bis zu 20000 Mann auf die von der SU in einem Phase-I-Abkommen zu leistenden Reduzierungen anzurechnen.

Offenbar will der Osten diese Anrechnung zu einer Vorbedingung für ein Phase-I-Abkommen machen. Dabei scheint er temporär bereit, gewisse Verfahren für die Verifikation und Kontrolle dieser Personalabzüge annehmen zu wollen (Bezeichnung und Information über abziehende Einheiten und Untereinheiten, Einrichtung von ein oder mehr Durchlaufpunkten mit westlichen Beobachtern).¹¹ Diese temporären Maßnahmen sollten die vom We-

⁷ Zu dem im Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 20. Dezember 1979 enthaltenen Paket begleitender Maßnahmen vgl. Dok. 40, Anm. 29.

⁸ Zu den Streitkräftedaten, die am 10. Juni 1976 von den an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vorgelegt wurden, vgl. AAPD 1976, I, Dok. 189.

Zu den Streitkräftedaten, die am 15. Dezember 1976 von den an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vorgelegt wurden, vgl. AAPD 1976, II, Dok. 366.

⁹ Zur Aufzeichnung des Botschafters Ruth vom 13. Mai 1980 vgl. Dok. 128, Anm. 10.

¹⁰ Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, in Ost-Berlin vgl. Dok. 29, Anm. 5.

¹¹ Am 27. März 1980 teilte Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), mit, die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten hätten in der informellen Sitzung am 25. März 1980 ihre Stellungnahme zum im Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 20. Dezember 1979 enthaltenen Paket begleitender Maßnahmen weiter präzisiert: „Maßnahme 3 habe den Hauptmangel, daß nur Truppenbewegungen in das Gebiet hinein, aber nicht auch Bewegungen aus ihm heraus ankündigungspflichtig sein sollten. Maßnahme 5 erfasse nicht die Land- und Luftstreitkräfte der im Reduzierungsgebiet liegenden Teilnehmer. Zudem sei

sten vorgeschlagenen begleitenden Maßnahmen nicht präjudizieren und stünden auch nicht im Zusammenhang mit diesen bzw. mit der Datenfrage.

Westliche Reaktion: Der sowjetische Truppenabzug aus der DDR sei eine einseitige Maßnahme der SU außerhalb des Rahmens der Wiener Verhandlungen und damit in diesem Forum nicht zu berücksichtigen. Informell antwortete der Westen, alle Reduzierungen im Zusammenhang mit einem Phase-I-Abkommen müßten alle Bedingungen des Abkommens erfüllen einschließlich der vorherigen Dateneinigung und der Anwendung der ganzen Breite begleitender Maßnahmen.

- Beginn der Ausarbeitung eines Phase-I-Abkommen-Entwurfs:

Auf der Grundlage der positiv erscheinenden Verhandlungssituation vor Dezember 1979 soll nach östlicher Auffassung mit der Ausarbeitung eines Abkommensentwurfs begonnen werden. Dabei könne man die Datenprobleme behandeln, die zur Lösung konkreter Einzelfragen erforderlich seien. Auch werde die Ausarbeitung eines Entwurfs Fortschritte bei den begleitenden Maßnahmen bringen.

Der Westen hat in diesem informell immer wieder wiederholten Vorschlag einen taktischen Zug gesehen, der von der Diskussion der eigentlichen Substanzfragen ablenken und den Westen unter Zugzwang setzen soll. Eine Beratung dieses Vorschlags im Bündnis ist vorläufig nicht vorgesehen. Abteilung 2 wird aber vorsorglich eine deutsche Position vorbereiten.

III. Ausblick

- Der Westen hat keinen Anlaß, seine Dezembervorschläge zu revidieren. Es würde dem Wiener Verhandlungsmuster entsprechen, wenn der Osten einen Gegenvorschlag vorlegen würde.
- Als nächster Verhandlungsschritt steht die Beantwortung des östlichen Vorschlags für den Austausch aktualisierter Daten sowie ggf. dessen Durchführung an. Nach den bisherigen Äußerungen östlicher Teilnehmer ist nicht mit einer erheblichen Korrektur der Datenangaben des Warschauer Pakts zu rechnen. Die Bedeutung eines Austausches neuer Daten für die Substanz der Datenfrage wird daher voraussichtlich begrenzt sein.

Andererseits versucht der Osten, mit diesem Vorschlag vom westlichen Dezemberangebot abzulenken und den Westen in die Rolle des die Datendiskussion blockierenden Verhandlungspartners zu drängen. Wir werden uns daher im Bündnis weiter um eine Antwort bemühen, die darauf verzichtet, den Datenaustausch an Vorbedingungen zu binden, ihn aber nutzt, um die westliche Forderung nach Austausch von Divisionszahlen zu aktualisieren.

- Zur Analyse und Bewertung der östlichen Forderungen nach Anrechnung der einseitigen sowjetischen Truppenabzüge aus der DDR und des Gedankens eines Phase-I-Abkommen-Entwurfs folgen gesonderte Vorlagen.

i.V. Ruth

VS-Bd. 11472 (221)

Fortsetzung Fußnote von Seite 624

en wegen der Seltenheit größerer Truppenbewegungen temporäre Durchlaufpunkte mit Beobachtern ausreichend.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 191; VS-Bd. 10443 (221); B 150, Aktenkopien 1980.

115

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Boll**012-312.74 VS-NfD****Aufgabe: 16. April 1980, 16.01 Uhr¹****Fernschreiben Nr. 46 Ortez**

Zur 66. Sitzung des Ministerkomitees des Europarats am 10.4.1980 in Lissabon I. 1) Am 10. April 1980 fand auf Einladung der portugiesischen Regierung unter Vorsitz des amtierenden portugiesischen Außenministers, Diogo de Freitas do Amaral, in Lissabon die 66. Sitzung des Ministerkomitees des Europarats statt.

Der offiziellen Ministerkomitee-Sitzung ging am Vorabend ein informelles Ministertreffen der 21 Mitgliedstaaten des Europarats voraus.

Die neun EG-Außenminister trafen am 10.4.1980 auf Initiative von Bundesaußenminister Genscher unter italienischem Vorsitz zu einem gemeinsamen Frühstück zusammen, bei dem die Frage der Geiselnahme im Iran besprochen und eine Erklärung verabschiedet wurde² (Wortlaut: Info-Funk-Meldung 1027 D/F 1004).

2) Die deutsche Delegation wurde von Bundesaußenminister Genscher geleitet, ihr gehörte auch Frau Staatsminister Dr. Hamm-Brücher an, die nach der Abreise des Bundesministers während der Nachmittagssitzung des Ministerkomitees den Delegationsvorsitz übernahm.

Neben der Bundesrepublik Deutschland waren u.a. auch Frankreich, Italien und das Vereinigte Königreich durch ihre Außenminister³ vertreten. Die Anwesenheit der Außenminister unterstrich in eindrucksvoller Weise die Bedeutung, die die Mitgliedstaaten der Sitzung des Ministerkomitees in Lissabon beimaßen. Sie brachte das Interesse der Mitgliedstaaten an Portugal und der jungen portugiesischen Demokratie zum Ausdruck. Für die portugiesische Außenpolitik war die Ministerkomitee-Sitzung ein großer Erfolg und ein sichtbares Zeichen für die Einbindung Portugals in das Europa der 21.

3) Die Außenminister der Europarats-Mitgliedstaaten nutzten ihre Anwesenheit in Lissabon zu einer Reihe von bilateralen Kontakten. Bundesaußenminister Genscher wurde am 9.4. zu einem anderthalbstündigen Gespräch von dem portugiesischen Ministerpräsidenten Sá Carneiro⁴ und im Anschluß daran zu einem dreiviertelstündigen Gespräch vom portugiesischen Außenminister Frei-

¹ Durchdruck.

Der Runderlaß wurde von Hilfsreferent Rowas konzipiert.

² Zur informellen Sitzung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ, die am Rande der Tagung des Ministerkomitees des Europarats am 10. April 1980 in Lissabon stattfand, vgl. Dok. 104, Anm. 2.

³ Jean François-Poncet, Emilio Colombo und Lord Peter Carrington.

⁴ Ministerialdirigent Dröge notierte am 14. April 1980, im Gespräch des Bundesministers Genscher mit Ministerpräsident Sá Carneiro am 9. April 1980 in Lissabon seien die politische und wirtschaftliche Lage Portugals, dessen Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften, ein Boykott der Olympischen Sommerspiele in Moskau, der Nahost-Konflikt sowie die Lage im südlichen Afrika erörtert worden. Vgl. dazu Referat 203, Bd. 115889.

tas do Amaral⁵ empfangen. Bei beiden Gesprächen wurden die internationale Lage erörtert und Fragen im Zusammenhang mit dem portugiesischen Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft⁶ besprochen.

Frau Staatsminister Dr. Hamm-Brücher stattete der deutschen Schule in Lissabon einen Besuch ab und traf in der Residenz des deutschen Botschafters⁷ mit dem portugiesischen Erziehungsminister, Prof. Dr. Vítor Pereira Crespo, und anderen Persönlichkeiten des portugiesischen kulturellen Lebens zusammen; sie brachte die Befriedigung der Bundesregierung über die Intensivierung der deutsch-portugiesischen Kulturbeziehungen zum Ausdruck.

II. 1) Im Mittelpunkt des informellen Ministertreffens der 21 Europaratsmitgliedstaaten standen KSZE-Fragen. BM Genscher erläuterte die deutsche Haltung zum Madrider KSZE-Folgetreffen⁸ (termingerechte Abhaltung des Treffens, Ministerebene sowie Überprüfung der Implementierung der Bestimmungen der KSZE-Schlußakte⁹). BM Genscher nahm das informelle Treffen ferner zum Anlaß, die Neuner-Initiative im Hinblick auf die Wiederherstellung der Unabhängigkeit und Blockfreiheit Afghanistans¹⁰ darzulegen und auf die Lage im Iran und die unveränderte Situation der amerikanischen Geiseln in Teheran einzugehen¹¹ (vgl. Info-Funk-Meldung 1029 D–1104).

2) Auf der 66. Ministerkomitee-Sitzung verabschiedeten die Minister zunächst zwei Erklärungen zu Iran und Afghanistan¹² (Wortlaut: Info-Funk-Meldung 1028 D/E 1104).

Die italienische Präsidentschaft im EG-Ministerrat unterrichtete die Minister der Mitgliedstaaten, die nicht der EG angehören, über den Wortlaut der Neuner-Erklärung zur Frage der amerikanischen Geiseln im Iran.

Die Minister führten einen vertieften Meinungsaustausch zu KSZE-Fragen sowie zu Fragen der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichgewichte in Europa. Weitere Punkte der Tagesordnung betrafen die Fortschritte der europäischen Zusammenarbeit in EG–EFTA und im Europarat (mit einführenden Berichten der amtierenden Präsidentschaft im EG-Ministerrat¹³, der Präsidentschaft im

⁵ Ministerialdirigent Dröge vermerkte am 14. April 1980, Bundesminister Genscher und der portugiesische Außenminister Freitas do Amaral hätten am 9. April 1980 in Lissabon über die innen- und wirtschaftspolitische Entwicklung Portugals sowie einen Boykott der Olympischen Sommerspiele in Moskau gesprochen. Vgl. dazu Referat 203, Bd. 115889.

⁶ Zum Stand der Verhandlungen über einen EG-Beitritt Portugals vgl. Dok. 107.

⁷ Jesco von Puttkamer.

⁸ Die KSZE-Folgekonferenz wurde am 11. November 1980 in Madrid eröffnet. Vgl. dazu Dok. 319 und Dok. 322.

⁹ Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

¹⁰ Vgl. dazu die Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vom 19. Februar 1980; BULLETIN DER EG 2/1980, S. 88 f. Vgl. dazu auch Dok. 57.

¹¹ Zur Erklärung des Bundesministers Genscher am 10. April 1980 im ZDF vgl. den undatierten Pressespiegel des Presse- und Informationsamts, Rundfunk-Auswertung Deutschland; Referat 013, Bd. 179096.

¹² Für die Erklärungen des Ministerkomitees des Europarats vom 10. April 1980 zu Iran und Afghanistan vgl. das Pressecommuniqué; Referat 200, Bd. 120017.

¹³ Italien hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1980 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

EFTA-Rat¹⁴ und des Generalsekretärs des Europarats¹⁵) sowie Vereinte Nationen (vgl. Info-Funk-Meldung 1031 D – 1104).

3) Im einzelnen zum politischen Meinungsaustausch der Minister zu

a) KSZE-Fragen:

BM Genscher unterstrich die Bedeutung der Lissaboner Ministerkomitee-Sitzung zum gegenwärtigen Zeitpunkt und hob die Bedeutung des Europarats als einigendes Band der Demokratien Europas hervor, deren Wertvorstellungen auch von den Vereinigten Staaten von Amerika geteilt werden. BM Genscher hob angesichts der gegenwärtigen internationalen Lage die Notwendigkeit des Madrider Treffens auf politischer Ebene (AM) hervor, das sich mit großer Klarheit der Fortsetzung des Entspannungsprozesses widmen und sehr präzise die Implementierung der Bestimmungen der Schlußakte von Helsinki überprüfen müsse. BM wies auf Verpflichtungen der KSZE-Teilnehmerstaaten – und zwar nicht nur der westlichen, sondern auch der sozialistischen Industrieländer – der Dritten Welt gegenüber hin und auf die Notwendigkeit, einen Beitrag zur wirtschaftlichen und politischen Stabilität in der Dritten Welt zu leisten. BM betonte die Unteilbarkeit des Entspannungsprozesses und unterstrich die Bedeutung, die vor dem Hintergrund der sowjetischen Invasion in Afghanistan den militärischen Aspekten des Entspannungsprozesses zukomme (Europäische Abrüstungskonferenz¹⁶, vertrauensbildende Maßnahmen unter Einbeziehung auch des europäischen Teils der Sowjetunion). BM appellierte an die Mitgliedstaaten des Europarats, aktiv zur Friedenssicherung in der Welt beizutragen.

Die Minister stimmten darin überein, daß das Madrider Treffen termingerecht abgehalten werden sollte (Ausnahme Malta, das sich für eine Verschiebung aussprach), und bekräftigten die Notwendigkeit, die Konferenz aktiv und gründlich vorzubereiten. Die Minister wiesen auf die Verschlechterung der internationalen Lage hin und die verstärkte Notwendigkeit, die Entspannung nicht mit leeren Worten, sondern mit konkreten Taten fortzuführen. Im Hinblick auf die Vorbereitung des Madrider Treffens stimmten die Minister überein, daß die nächste Ministerkomitee-Sitzung des Europarats vor Beginn des Madrider Folgetreffens im Oktober stattfinden sollte.¹⁷

b) Fragen der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichgewichte in Europa:

Frau Staatsminister Dr. Hamm-Brücher unterstrich die Bedeutung, die die Bundesregierung der Solidarität der europäischen Staaten untereinander beimißt. Sie bekräftigte die positive Haltung der Bundesregierung in der Frage eines Beitrags zum Abbau von Disparitäten in Europa. An dieser Grundhaltung ändere sich auch nichts, wenn die Bundesregierung der Einrichtung eines Sonderfonds für technische Hilfe im Hinblick auf die nationale Haushaltslage und die zahlreichen von Deutschland unterstützten multilateralen und bilateralen Hilfsmaßnahmen im europäischen Rahmen zurückhaltend gegenüberstehe. Frau StM sagte die deutsche Unterstützung für eine stärkere Ausrichtung des Arbeits-

¹⁴ Schweden hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1980 den Vorsitz im EFTA-Rat inne.

¹⁵ Franz Karasek.

¹⁶ Zum französischen Vorschlag einer Konferenz für Abrüstung in Europa vgl. Dok. 1, Anm. 11.

¹⁷ Die Sitzung des Ministerkomitees des Europarats fand am 16. Oktober 1980 in Straßburg statt.

programms auf den Abbau von Ungleichgewichten und eine verstärkte Nutzung des Wiedereingliederungsfonds hierfür zu.

Die Minister stimmten darin überein, daß der Europarat in Zukunft aktiver in die Beseitigung von Ungleichgewichten eingeschaltet werden sollte, daß hierfür das Arbeitsprogramm des Europarats und der Wiedereingliederungsfonds genutzt und weitere Möglichkeiten überprüft werden sollten. Zur Frage der Einrichtung eines Sonderfonds wurde keine Übereinstimmung erzielt.

Boll¹⁸

Referat 012, Bd. 115729

116

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem kanadischen Außenminister MacGuigan in Salisbury

17. April 1980¹

Niederschrift über Gespräch BM mit kanadischem AM MacGuigan am Donnerstag, 17.4., vormittags, in Salisbury/Rhodesien²

Teilnehmer: Dolmetscherin Frau Siebourg; VLR I Wallau.

Kanadischer Außenminister drückte eingangs Erwartung aus, daß Bundesminister seinen lange anstehenden Besuch in Kanada realisieren werde.³ Er wandte sich dann dem Thema Olympiade zu. Kanadische Regierung glaube, die Olympischen Spiele boykottieren zu müssen. Er und der Sportminister⁴ glaubten, das kanadische NOK werde einer Empfehlung der Regierung, von den Spielen fernzubleiben, folgen. Die Aussichten seien nach der Entscheidung des amerikanischen NOK⁵ gestiegen; die Finanziere des kanadischen Sports seien gleichfalls gegen eine Teilnahme an den Olympischen Spielen.

¹⁸ Paraphe.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 21. April 1980 gefertigt.

² Bundesminister Genscher hielt sich am 17./18. April 1980 anlässlich der Unabhängigkeitsfeiern in Simbabwe auf.

³ Botschafter Schoeller vermerkte am 7. November 1979, der ursprünglich für 2. bis 4. Oktober 1979 vorgesehene Besuch des Bundesministers Genscher habe sich nicht verwirklichen lassen und solle Anfang des Jahres 1980 nachgeholt werden. Vgl. Referat 010, Bd. 178854.

Bundesminister Genscher schrieb dem kanadischen Außenminister MacGuigan am 5. Mai 1980, es werde ihm „leider nicht möglich sein, bereits im Frühjahr nach Kanada zu kommen. Ich hoffe jedoch, daß wir unser in Salisbury begonnenes Gespräch bei unseren bevorstehenden Begegnungen im Mai und Juni fortsetzen können. Vielleicht läßt sich dann auch schon besser übersehen, ob mir ein Besuch in Kanada später im Jahr möglich sein wird.“ Vgl. Referat 010, Bd. 178854.

⁴ Gerald Regan.

⁵ Am 13. April 1980 stimmte das amerikanische Nationale Olympische Komitee mit Zweidrittelmehrheit für einen Boykott der Olympischen Sommerspiele in Moskau. Vgl. dazu den Artikel „US-Sportler bleiben zu Hause. Moskau: kriminell“, DIE WELT vom 14. April 1980, S. 1.

Bundesminister führt aus, daß wir schon seit Jahresbeginn die grundsätzliche Entscheidung getroffen hätten, daß Moskau die Voraussetzungen dafür schaffen müsse, daß alle Sportler an den Olympischen Spielen teilnehmen können.

Bundesminister berichtet dann über das Gespräch mit den Sportorganisationen am 16.4.⁶ und kündigt den formellen Beschluß für den 23.4.⁷ an.

Außenminister befürwortet, daß beide Regierungen die Empfehlung an die NOKs, den Spielen fernzubleiben, möglichst zum gleichen Zeitpunkt bekanntgeben. Am kommenden Montag⁸ tage ein Kabinettsausschuß. Eine weitere Kabinettsberatung werde Dienstag⁹ stattfinden. Es stünde noch nicht fest, ob Entscheidung noch am selben Tage oder erst in den folgenden Tagen veröffentlicht werde. Da am kommenden Mittwoch AM Vance zu Besuch komme¹⁰, empfehle es sich, die Entscheidung bereits am Dienstag zu verkünden, um den Anschein nicht zu erwecken, als entscheide sich die kanadische Regierung aufgrund des amerikanischen Besuchs. Zöge man den Zeitunterschied von sieben Stunden in Betracht, wäre die Veröffentlichung der kanadischen Entscheidung am Dienstag nachmittag nur wenige Stunden von der Veröffentlichung der deutschen Entscheidung am Mittwoch auseinander.

Bundesminister begrüßt dieses Vorgehen und äußert sich optimistisch darüber, daß das britische NOK seine bisherige Haltung¹¹ unter dem Eindruck der amerikanischen, kanadischen und deutschen Entscheidung überdenken werde.

Kanadischer Außenminister erkundigt sich, ob es auch eine veröffentlichte Empfehlung der französischen Regierung geben werde.

Dieses verneint *Bundesminister*. Die französische Regierung sei jedoch überzeugt, daß das französische NOK ebenfalls dem Rat der Regierung¹² folgen werde.

Bundesminister führt aus, daß unsere Entscheidung von anderen unabhängig sei. Noch nie sei ein kriegführendes Land Gastgeber Olympischer Spiele gewesen. Es sei von größter Wichtigkeit, im Westen die Entscheidungen in der nächsten Woche zu treffen; die Länder der Dritten Welt und gerade auch Afrikas warteten auf unsere Entscheidung.

Kanadischer Außenminister schnitt das Thema Iran-Sanktionen an.¹³ Es gebe keine kanadische Entscheidung, doch tendiere man zu einem Wirtschaftsem-

⁶ Bundeskanzler Schmidt führte am 16. April 1980 ein Gespräch mit führenden Vertretern der Sportorganisationen. In der Presse hieß es dazu, die Bundesregierung werde dem NOK einen Verzicht auf die Teilnahme an den Olympischen Sommerspielen in Moskau empfehlen: „Regierungssprecher Grünewald sagte dazu, bei dem Gespräch habe es sich um einen ‚Gedankenaustausch‘ gehandelt. Der Kanzler habe nicht etwa schon eine endgültige, formelle Empfehlung abgegeben.“ Vgl. den Artikel „Schmidt spricht mit Sportfunktionären über Boykott“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 17. April 1980, S. 1.

⁷ Zur Empfehlung der Bundesregierung an das NOK vom 23. April 1980 vgl. Dok. 122, Anm. 3.

⁸ 21. April 1980.

⁹ 22. April 1980.

¹⁰ Der amerikanische Außenminister Vance hielt sich am 23. April 1980 in Kanada auf.

¹¹ Zum Beschluß des britischen NOK vom 25. März 1980, an den Olympischen Sommerspielen in Moskau teilzunehmen, vgl. Dok. 112, Anm. 26.

¹² Zur Haltung der französischen Regierung bezüglich eines Boykotts der Olympischen Sommerspiele in Moskau vgl. Dok. 96 und Dok. 109, Anm. 18.

¹³ Zum Inkraftsetzen amerikanischer Sanktionen gegen Iran am 7. April 1980 vgl. Dok. 103, Anm. 2 und 13.

bargo. Diese Entscheidung sei jedoch relativ einfach, da Kanada keinen großen Handelsaustausch habe.

Bundesminister berichtet, wir hätten den Amerikanern früher im Jahr gesagt, wir würden Sanktionen verhängen, wenn sie uns darum bäten. Wir seien nicht sicher, ob Sanktionen den Geiseln zum Vorteil gereichten. Aber diese Entscheidung müßten die Amerikaner selbst treffen. Wir könnten nur raten, seien aber zur Solidarität bereit. Wir bemühten uns um eine gemeinsame Haltung der Neun auf der Grundlage von Art. 113 des EG-Vertrags¹⁴. Die Neun sollten zum einen – wenn sie können – gemeinsam handeln, zum anderen bietet die Gemeinschaftslösung Großbritannien und Italien die notwendige Rechtsgrundlage, die sie in ihren nationalen Gesetzgebungen nicht haben. Wir würden aber bei Nicht-Zustandekommen einer gemeinsamen Neuner-Haltung am 23.4. die notwendigen nationalen Schritte einleiten. Wir dächten nicht an den Abbruch diplomatischer Beziehungen und würden auch kein vollständiges Embargo verhängen. Wir hofften, daß nach dem zweiten Wahlgang am 5. Mai¹⁵ eine iranische Entscheidung für eine Freilassung der Geiseln zustande käme. Wir sollten all unseren Einfluß geltend machen, um die führenden Persönlichkeiten im Iran zur richtigen Entscheidung zu bewegen.

Der *kanadische Außenminister* erkundigt sich danach, ob Bundesminister am zweiten Tag des DPC (14.5.) in Brüssel¹⁶ teilnehme.

Bundesminister bejaht und erwähnt, daß auch GB teilnehmen werde.

Kanadischer Außenminister wirft ein, Kanada würde, wenn die anderen kämen, gleichfalls teilnehmen.

Bundesminister berichtet, daß am gleichen Tage ein Gipfeltreffen des Warschauer Pakts in Warschau¹⁷ stattfinde.

Er berichtet weiter, daß AM Vance am 13. Mai nach Deutschland käme und am 15./16.5. in Wien der 25. Jahrestag des österreichischen Staatsvertrags¹⁸ begangen werde.¹⁹ Hierzu seien zunächst nur die vier großen Außenminister²⁰ geladen gewesen; die Österreicher hätten aber in einem weiteren Schritt die Außenminister sämtlicher Nachbarstaaten eingeladen.

¹⁴ Für Artikel 113 Absatz 1 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. Dok. 104, Anm. 5.

Zu den Bemühungen der Bundesregierung, die Europäischen Gemeinschaften zur Unterstützung amerikanischer Sanktionen gegen Iran zu gewinnen, vgl. Dok. 105.

¹⁵ Die erste Runde der Parlamentswahlen in Iran fand am 14. März 1980 statt, die zweite Runde am 9. Mai 1980.

¹⁶ Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 13./14. Mai 1980 in Brüssel vgl. Dok. 145.

¹⁷ Die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Warschauer-Pakt-Staaten fand am 14./15. Mai 1980 in Warschau statt. Vgl. dazu Dok. 150, besonders Anm. 5.

¹⁸ Für den Wortlaut des Staatsvertrags vom 15. Mai 1955 über die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich vgl. BUNDESGESETZBLATT FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH 1955, S. 726–745.

¹⁹ Der amerikanische Außenminister Muskie hielt sich vom 13. bis 15. Mai 1980 in Brüssel und am 15./16. Mai 1980 in Wien auf.

²⁰ Lord Peter Carrington (Großbritannien), Jean François-Poncet (Frankreich), Andrej Andrejewitsch Gromyko (UdSSR) und Cyrus R. Vance (USA).

Kanadischer Außenminister hält es für gut, wenn der Gipfel in Venedig²¹ nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Themen behandelt.

Bundesminister schildert die bevorstehenden drei Stufen:

- 1) Treffen in Brüssel; F, Nichtteilnehmer der DPC, werde nicht zugegen sein.
- 2) Venedig-Gipfel.
- 3) NATO-AM-Rat in Ankara²².

An den beiden letzten Treffen werde F teilnehmen.

Kanadischer Außenminister erkundigt sich, ob damit am 23.4. bei uns zwei Entscheidungen fielen.

Bundesminister bejaht dies. Er halte es auch deswegen für wünschenswert, weil man sonst dem Vorwurf der Sportler ausgesetzt sei, die Entscheidungen würden einzig auf dem Rücken der Sportler ausgetragen.

Bundesminister erkundigt sich sodann, was die kanadische Position zum Afghanistan-Vorschlag der Neun vom 19.2.²³ sei.

Kanadischer Außenminister führt aus, daß Kanada ihn wahrscheinlich unterstützen könne. Der kanadische Botschafter in Moskau²⁴ hätte den Plan analysiert, er halte ihn zwar für nicht sehr aussichtsreich, aber Kanada werde ihn unterstützen können.

Außenminister erkundigt sich, ob die Entscheidung zu den Olympischen Spielen eine absolute sein werde oder die Möglichkeit einer Änderung offenlasse für den Fall eines sowjetischen Rückzugs.

Bundesminister: Die Entscheidung sei im Interesse Deutschlands getroffen. Sie berücksichtige nationale Interessen; sie sei eine Frage der Außenpolitik und nicht des Sports.

Referat 010, Bd. 178829

²¹ Zum Weltwirtschaftsgipfel am 22./23. Juni 1980 in Venedig vgl. Dok. 184 und Dok. 185.

²² Zur NATO-Ministerratstagung am 25./26. Juni 1980 in Ankara vgl. Dok. 190.

²³ Vgl. dazu die Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vom 19. Februar 1980; BULLETIN DER EG 2/1980, S. 88 f. Vgl. dazu auch Dok. 57.

²⁴ Robert A. D. Ford.

117

**Gespräch des Bundesministers Genscher
mit dem Präsidenten der SWAPO, Nujoma, in Salisbury**

VS-NfD

17. April 1980¹

Gespräch des Bundesministers mit dem Präsidenten der SWAPO, Sam Nujoma, am 17. April 1980 von 11.00 bis 11.45 Uhr²
(am Gespräch nahmen Mr. Nambinge, SWAPO, und Dg32³ teil)

Bundesminister erinnert an letzte Begegnung mit Präsident Nujoma in New York im September 1978⁴. Seither sei viel geschehen. Wie sich Namibia-Frage nach den Ereignissen in Rhodesien entwickle?

Nujoma stellt fest, simbabwesche Unabhängigkeit sei beachtlicher Schritt vorwärts und werde Auswirkungen auf die Bevölkerung in Namibia und Südafrika haben. Südafrikanische Regierung zeige jedoch kein Entgegenkommen, wolle nicht mit VN zusammenarbeiten und treibe interne Lösung voran.

Bundesminister glaubt, daß Entwicklung in Simbabwe, wenn Mugabe Erfolg hat, für die Haltung der Weißen in Namibia als auch in Südafrika sehr bedeutsam sein würde. Er sei jetzt hoffnungsvoller als zuvor. Nujoma solle weiter vertrauensbildend wirken und wiederholen, daß SWAPO die Weißen nicht aus Namibia vertreiben wolle. Auch Nujomas wiederholtes Angebot direkter Gespräche mit Südafrika sei richtig.

Nujoma weist auf südafrikanische Furcht vor freien Wahlen in Namibia hin. Anders als bei Rhodesien habe Südafrika starke wirtschaftliche Interessen in Namibia und wolle es als Vorfeld behalten. Es halte daher an seinen Machtpositionen in Windhuk fest. Südafrikanische Behauptung, Namibia würde unter schwarzer Mehrheitsherrschaft wirtschaftlich zusammenbrechen, sei Unfug. Namibia sei ein reiches Land, und SWAPO habe bei den VN und auch bilateral Freunde.

Bundesminister erinnert an unsere häufig erklärte Bereitschaft, einem unabhängigen Namibia wirtschaftlich beizustehen (so wie wir es jetzt bei Simbabwe täten⁵). Nujoma und das Volk in Namibia sollten wissen, daß wir sein Land zu unterstützen bereit sind.

Nujoma beklagt ungenügende Unterstützung durch die Bundesrepublik Deutschland. Wir nähmen eine „wait and see“-Haltung ein.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Haas am 17. April 1980 gefertigt.

Hat Legationsrat I. Klasse Petersmann am 13. April 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau „z[ur] K[enn]tnisnahme“ verfügte und handschriftlich vermerkte: „W[ieder]v[or]lage 6 Wochen (S. 3)“. Vgl. dazu Anm. 10.

Hat Vortragendem Legationsrat von Ploetz am 9. und erneut am 20. Juni 1980 vorgelegen.

² Bundesminister Genscher hielt sich am 17./18. April 1980 anlässlich der Unabhängigkeitsfeiern in Simbabwe auf.

³ Wilhelm Haas.

⁴ Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Präsidenten der SWAPO, Nujoma, am 29. September 1978 vgl. AAPD 1978, II, Dok. 288.

⁵ Zur Wirtschaftshilfe für Simbabwe vgl. Dok. 101, Anm. 10.

Bundesminister erinnert, daß er im September 1978 in New York gesagt habe, es sei nicht vorauszusagen, ob das Namibia- oder das Rhodesien-Problem zuerst gelöst würde, sicher sei, daß die Lösung des einen Problems die des anderen beschleunigen würde. Von nun an sollten wir, auf der Basis der Entwicklung in Simbabwe, der Namibia-Initiative⁶ neue Impulse geben, denn der einzige Weg zu dauerhaftem Frieden seien freie und faire Wahlen unter Einschluß aller relevanten politischen Kräfte. Als Deutsche, als Mitglied der Neun und der Fünf würden wir dementsprechend handeln.⁷

Bundesminister erneuert die in New York ausgesprochene Einladung an Nujoma zu Deutschlandbesuch. Es gäbe vieles gemeinsam zu besprechen, auch die Frage, was die Bundesregierung jetzt zur Unterstützung der Namibier tun könne; mit Mugabe hätten wir ein erfolgreiches Ausbildungsprogramm⁸ durchgeführt.

Nujoma sagt zu, diese Einladung im Zentralkomitee zu besprechen und über unsere Botschaften in Lusaka, Daressalam oder Luanda Antwort zu geben.⁹ Er

⁶ Am 10. April 1978 unterbreiteten fünf Mitglieder des VN-Sicherheitsrats, die Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Kanada und die USA, einen Vorschlag für eine Lösung der Namibia-Frage. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 574–578. Vgl. dazu ferner AAPD 1978, I, Dok. 115. Ministerialdirigent Haas notierte am 7. März 1980 zum Stand der Namibia-Gespräche: „Seit Februar 1979 Widerstand Südafrikas gegen substantielle Fortschritte bei vorgegebener weiterer Bereitschaft zur Durchführung westlichen Lösungsvorschlags. Hinhalten des Taktieren gegenüber dem von VN und den Fünf eingeführten D[e]M[m]iliarierte]Z[one]-Vorschlag. Forderung nach Ausräumung aller südafrikanischen Sicherheitsbedenken. Vorbereitung der Alternative ‚Interne Lösung‘. Bisher jedoch sorgfältige Vermeidung eines Überschreitens der kritischen Schwelle und des Reizwortes ‚Unabhängigkeit‘. Seit Anfang Februar 1980 tätige VN-Mission (Prem Chand) unter Mitwirkung der Fünf vermochte bisher nicht, bestehende Hindernisse für Anlaufen westlichen Namibia-Plans zu überwinden. Gespräch in Angola und Sambia (erste Phase) erbrachte grundsätzliche Bereitschaft von Frontstaaten und SWAPO zur Verwirklichung des DMZ-Konzepts. Bei anschließenden Gesprächen in Kapstadt (zweite Phase) war von Südafrika eine Annäherung an das Konzept nicht zu erreichen. Südafrika besteht auf einem Bündel von Forderungen, ohne für ihre Erfüllung ein Anlaufen des Namibia-Plans zuzusagen. Am 6.3.1980 [...] offizielle Forderung von UNITA-Führer Savimbi an VN-GS nach künftiger Beteiligung an DMZ-Gesprächen. Trotz des Mißerfolgs in Kapstadt nunmehr Fortsetzung der Prem-Chand-Mission in Luanda, Lusaka und Gaborone, um dort für Verständnis dafür zu werben, daß angesichts des Ergebnisses der Rhodesien-Wahlen nicht kurzfristig mit südafrikanischen Konzessionen zu rechnen ist.“ Vgl. Referat 320, Bd. 125276.

⁷ Vortragender Legationsrat I. Klasse Kremer unterrichtete die Ständige Vertretung bei den VN in New York am 18. April 1980, Großbritannien werde in der New Yorker Namibia-Kontaktgruppe den „Vorschlag einbringen, direkte Gespräche zwischen SWAPO und RSA aktiv zu fördern. Angola soll Vermittlerrolle zwischen RSA und SWAPO übernehmen. Wir haben geantwortet, daß wir Minimum von Vertrauen zwischen Hauptbeteiligten für Lösung für unerlässlich halten. Direkte Kontakte zwischen SWAPO und Südafrika würden Vertrauensbildungsprozeß einleiten können. Wir ständen der britischen Idee daher grundsätzlich positiv gegenüber. Ob allerdings Angola wegen seiner engen Beziehungen zum Ostblock der geeignete Vermittler sei, bedürfe eingehender Prüfung.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 324; Referat 320, Bd. 125276.

⁸ Ministerialdirigent Haas informierte die Vertretung in Salisbury am 15. April 1980, mit Bundesminister Genscher würden sechs simbabwische Stipendiaten zur Unabhängigkeitsfeier Simbawes am 17./18. April reisen, die im Rahmen eines Sonderprogramms für Flüchtlinge aus dem südlichen Afrika in der Bundesrepublik ausgebildet würden. Zu diesem Programm teilte Haas mit, aus Simbabwe würden 390 Stipendiaten gefördert, davon 349 in der Bundesrepublik und 41 in vorwiegend afrikanischen Drittländern: „Von den 349 Stipendiaten aus Simbabwe, die in der Bundesrepublik Deutschland z. Z. eine Berufsausbildung erhalten, sind seinerzeit ca. 280 von der ZANU und ca. 50 von der ZAPU benannt worden.“ Weitere 16 Studierende aus Simbabwe würden eine Hochschulausbildung, vorwiegend in Medizin, an Hochschulen der Bundesrepublik erhalten. Vgl. den Drahterlaß Nr. 2119; Referat 320, Bd. 125208.

⁹ Der Präsident der SWAPO, Nujoma, hielt sich vom 23. bis 27. Oktober 1980 in der Bundesrepublik auf. Zum Gespräch mit Bundesminister Genscher am 23. Oktober 1980 vgl. Dok. 302.

beklagt sich dann über die Haltung der Deutschen in Namibia, die das südafrikanische Regime finanziell unterstützten und auch in der südafrikanischen Armee dienten. Die deutschen Parteien und die Bundesregierung sollten auf die Namibia-Deutschen Einfluß nehmen. Die Namibia-Deutschen sollten sich zumindest neutral verhalten.

Bundesminister antwortet, es sei nicht leicht, die Deutschen in Namibia zu überzeugen, doch habe sich ihre Haltung in den letzten Jahren schon sehr verändert. Die Entwicklung in Simbabwe werde dazu beitragen. Der Frage des angeblichen Wehrdienstes von Deutschen in der südafrikanischen Armee werde er, der Bundesminister, nachgehen. Im übrigen wäre es gerade unter dem Aspekt der Haltung der Namibia-Deutschen wichtig, wenn Nujoma in die Bundesrepublik Deutschland käme. Das würde als Beweis dafür angesehen werden, daß die Bundesregierung zur Zusammenarbeit mit SWAPO bereit ist, daß wir Beziehungen haben und im Dialog stehen, weil die SWAPO eine entscheidende Rolle in einem unabhängigen Namibia spielen werde. Aus demselben Grund schlägt Bundesminister vor, jetzt die Bildpresse zuzulassen.

Nujoma ist einverstanden.

Während der Aufnahmen betont Nujoma, daß der Kampf der SWAPO nicht gegen einzelne Weiße gerichtet sei, sondern gegen Rassendiskriminierung, Kolonialismus und Ausbeutung. Da die Weißen nun in Namibia die privilegierte Klasse bildeten, seien sie notwendigerweise das Objekt des Freiheitskampfes.

Bundesminister gibt seiner Überzeugung Ausdruck, daß die Weißen in Namibia heute verstanden haben, daß sich die Verhältnisse ändern müßten, obgleich vielleicht noch nicht allen klar sei, wohin die Entwicklung gehen werde.

Nujoma meint, daß ohne starken, einschließlich wirtschaftlichen Druck auf Südafrika keine Fortschritte zu erwarten seien. Südafrika sei jetzt schon isoliert, und zusätzliche Isolierung könne nur helfen. Er beschwert sich erneut über angebliche mangelnde Unterstützung durch die Bundesrepublik Deutschland und die Fünf.

Bundesminister bezweifelt Wirksamkeit von wirtschaftlichem Druck, betont Notwendigkeit politischen Drucks, den wir nachdrücklich ausübten, und hält eine interne Lösung in Namibia (die von Nujoma befürchtet wird), gerade auch nach den rhodesischen Erfahrungen, allenfalls für eine belanglose Zwischenphase.

Nujoma behauptet, viele SWAPO-Anhänger seien in Namibia in Haft.

Bundesminister erbittet Liste solcher Häftlinge, die Nujoma zusagt. Dg 32 weist darauf hin, daß in letzter Zeit aufgrund unserer Intervention viele SWAPO-Häftlinge freigelassen worden sind.¹⁰

Referat 010, Bd. 178828

¹⁰ Dieser Absatz wurde von Vortragendem Legationsrat von Ploetz hervorgehoben, der dazu am 9. Juni 1980 handschriftlich für Referat 320 vermerkte: „Ist diese Liste eingegangen?“ Legationsrat I. Klasse Petersmann vermerkte dazu handschriftlich am selben Tag: „Luanda, Lusaka, Daressalam sind darüber unterrichtet, daß dies noch aussteht.“

118

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem chinesischen Außenminister Huang Hua in Salisbury

17. April 1980¹

Niederschrift über Gespräch BM mit chinesischem AM Huang Hua am Donnerstag, 17. April 1980, in Salisbury/Rhodesien, um 11.30 h²

Teilnehmer: zwei Herren aus der chinesischen Delegation; Dolmetscherin Frau Siebourg; VLR I Wallau.

Bundesminister erkundigt sich nach der chinesischen Einschätzung der Lage in der asiatischen Region.

Außenminister führt aus, daß die vietnamesische Aktion in Kambodscha³ im Grunde gescheitert sei. Es sei Kambodscha gelungen, seine Kräfte zu sammeln und die Guerilla-Tätigkeit auszuweiten. Auf politischer Ebene hätte es die Demokratische Patriotische Nationale Einheit als Plattform proklamiert. Es müßte dem kambodschanischen Volk überlassen bleiben, seine Zukunft in freier Entscheidung zu treffen. Die massierten vietnamesischen Truppen in Kambodscha stellten eine Bedrohung Thailands dar. Thailand fürchte eine Ausbreitung der Kämpfe auf sein Gebiet. Er glaube aber, daß nach dem SU-Einfall in Afghanistan und der starken internationalen Reaktion die Sowjetunion Vietnam dazu anhalte, nicht nach Thailand vorzudringen. Bei Afghanistan und Kambodscha handele es sich um verwandte Vorgänge, die daher auch gleichermaßen behandelt werden sollten. Die Vorgänge dort seien ebenso wie die Krise in Mittelost koordiniert mit dem sowjetischen Vorgehen in Europa. Er sehe in den Ereignissen in Kambodscha und Afghanistan keine vorübergehende Erscheinung, sondern die Ausführung eines strategischen Plans. Die Invasion in Afghanistan sei lange und sorgfältig vorbereitet und die einzugehenden Risiken genau kalkuliert worden. Der Versuch einer diplomatischen Lösung der Afghanistan-Krise sei nicht nur verfrüht, sondern vergeblich. Die SU werde bleiben – der Truppenvertrag mit Afghanistan⁴ sei der beste Beweis.

Bundesminister führt aus, daß unsere Anstrengungen darauf abstellten, die SU zum Abzug aus Afghanistan zu veranlassen. Wir träten ein für ein blockfreies unabhängiges Afghanistan.⁵ Hierbei sei der Welt zu zeigen, daß keine Absicht bestehe, Afghanistan durch den Westen zu besetzen. Es bestehe kein Zweifel,

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 21. April 1980 gefertigt.

² Bundesminister Genscher hielt sich am 17./18. April 1980 anlässlich der Unabhängigkeitsfeiern in Simbabwe auf.

³ Nach dem Einmarsch vietnamesischer Truppen in Kambodscha am 25. Dezember 1978 wurde am 8. Januar 1979 eine provietnamesische Regierung unter dem Vorsitz von Heng Samrin gebildet und am 11. Januar 1979 die „Volksrepublik Kambodscha“ ausgerufen.

⁴ Zum sowjetisch-afghanischen Abkommen vom März 1980 über die provisorische Anwesenheit sowjetischer Streitkräfte in Afghanistan vgl. Dok. 94, Anm. 4.

⁵ Vgl. dazu die Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vom 19. Februar 1980; BULLETIN DER EG 2/1980, S. 88 f. Vgl. dazu auch Dok. 57.

daß nach einem sowjetischen Abzug die gegenwärtige afghanische Regierung sich nicht behaupten könne.

Außenminister weist nach einer kurzen Beschreibung des sowjetischen Truppeneinsatzes in Afghanistan (150 000 bis 200 000 Mann) und nach einer Schilderung der unwegsamen chinesisch-afghanischen Grenze auf die Maßnahmen hin, die seiner Ansicht nach notwendig seien:

- a) Beharren darauf, daß die SU die Resolutionen der VN und der Islamischen Konferenz⁶ befolge und ihre Truppen aus Afghanistan abziehe;
- b) Aufrechterhaltung des Drucks auf die SU durch verschiedene Arten von Sanktionen;
- c) Unterstützung des afghanischen Volkes. Die Afghanen seien mutige Kämpfer, die, würden sie unterstützt, ihre Unabhängigkeit erkämpfen würden.
- d) Die direkte Bedrohung Pakistans und Indiens dürfe nicht übersehen werden. Beiden Ländern müsse gegen die SU geholfen werden. Versuche, Pakistan zu Verhandlungen mit Kabul zu bringen, seien abwegig.

Pakistan brauche Hilfe. Das amerikanische Angebot einer Militärhilfe mußte abgelehnt werden, da es öffentlich bekanntgegeben worden war⁷ und Pakistan durch seine Annahme seinen Charakter als neutrales oder blockfreies Land verloren hätte. Über das Ausmaß der Hilfe der Ölländer an Pakistan könne er nichts sagen. Aber er halte es für gut, wenn Europa Pakistan unterstütze. *Bundesminister* erklärte Bereitschaft hierzu.⁸

Außenminister: Die Vorgänge im Iran nannte er chaotisch. Chinas Verhältnis zum Iran sei normal. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch Washington⁹ sei für Präsident Carter sicher kein einfacher Entschluß gewesen. Es sei notwendig, daß die Beziehungen zwischen beiden Ländern sich nicht noch mehr verschlechterten. Die SU wäre der Gewinner; der sowjetischen Expansion müsse Einhalt geboten werden.

Bundesminister weist auf den zweiten Wahlgang am 5.5. hin.¹⁰ Parlamentarier und Regierungsmitglieder des Iran müßten darin bestärkt werden, verantwortlich zu handeln. Der iranisch-amerikanische Konflikt sei angesichts der sowjetischen Aggression in Afghanistan unsinnig. Alle müßten beitragen, eine Eskalation zu verhindern. China komme hier eine wichtige Rolle bei der Beeinflussung der Länder der Dritten Welt zu.

Außenminister: Die SU strebe an die Ölquellen. Die sowjetische Strategie sei „to outflank and encircle“ Westeuropa. Zwar bereite die SU keinen Zusammenstoß

⁶ Zur Resolution ES-6/2 der Notstandssondertagung der VN-Generalversammlung vom 14. Januar 1980 vgl. Dok. 14, Anm. 11.

Zu den Resolutionen der Konferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz vom 27. bis 29. Januar 1980 in Islamabad vgl. Dok. 29, Anm. 19.

⁷ Zur Ablehnung amerikanischer Wirtschafts- und Verteidigungshilfe durch Pakistan vgl. Dok. 73, Anm. 12.

⁸ Zur Wirtschafts- und Finanzhilfe der Bundesrepublik für Pakistan vgl. Dok. 112, Anm. 24.

⁹ Zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen der USA zu Iran und zur Verhängung von Sanktionen am 7. April 1980 vgl. Dok. 103, Anm. 2 und 13.

¹⁰ Die erste Runde der Parlamentswahlen in Iran fand am 14. März 1980 statt, die zweite Runde am 9. Mai 1980.

in Europa vor, aber sie strebe danach, durch Beeinflussung Angolas, Äthiopiens, Südjemens und Afghanistans Europa von Öl und Rohstoffen abzuschneiden.

Bundesminister ergänzt, die SU versuche die Abspaltung Europas von den USA. Das sowjetische Endziel sei, eine Art neutralisiertes Westeuropa zu erhalten und die USA aus Europa zu entfernen. Wir bemühten uns um die Erweiterung der EG¹¹ unter erheblichen Kosten; sie sei aber wichtig für die Zukunft Europas.

Die Entwicklung in Simbabwe sei Gegenstand großer Sorge der SU. BM berichtet an dieser Stelle über sein Gespräch mit AM Gromyko in Bonn, das neben TNF auch die Entwicklung in Simbabwe zum Gegenstand hatte.¹²

Außenminister wirft ein, Mugabe habe von der angestrebten 40köpfigen sowjetischen Delegation nur vier Personen zugelassen; er wolle auch diplomatische Beziehungen mit der SU erst nach Aufnahme der Beziehungen mit anderen Ländern eingehen.¹³ Er erwähnte auch, daß er nach seinem Besuch in Deutschland¹⁴ Präsident Tito über die seinerzeit bevorstehende TNF-Entscheidung unterrichtet¹⁵ und daß Tito sich über diese Entwicklung befriedigt geäußert habe.

Auf das Afghanistan-Thema zurückkommend, warnt Hua davor, sich in Verhandlungen mit der SU über die Achtung der Souveränität Afghanistans und seiner Regierung einzulassen; sobald man verhandle, werde die Aufmerksamkeit der Welt von dem eigentlichen dahinterliegenden Problem abgelenkt.

Auf Anfrage *Bundesministers* nach chinesischer Unterstützung Afghanistans antwortet *Außenminister*: China habe bis zur sowjetischen Intervention keine Waffen an afghanische Widerstandsgruppen geliefert. Nach der sowjetischen Intervention sei eine andere Lage eingetreten. Die SU habe eskaliert; sie greife nach dem Golf und dem Indischen Ozean. Dies gehe die europäischen Länder mehr als andere Staaten an. Wenn man die SU nicht zum Rückzug bewegen könne, müsse man ihren Vorstoß eingrenzen.

Bundesminister: Daher unser Bemühen um eine feste Haltung. Wir begrüßten nicht alle Entscheidungen Washingtons; jedoch nur mit den Amerikanern könnten die Europäer ihre Unabhängigkeit bewahren. Dies sei der einzige Weg, den Frieden in Europa zu retten.

Außenminister wiederholt, daß der sowjetische Einfall in Afghanistan in einem koordinierten Verhältnis zu den Vorgängen in Europa stehe.

Bundesminister: Er hoffe deshalb auf japanische Unterstützung.

Dem widerspricht AM *Hua*: Die Japaner seien zu vorsichtig. Die Chinesen hätten sie ermutigt, ihre Verteidigung zu stärken.

¹¹ Zu dem auf 1. Januar 1981 terminierten EG-Beitritt Griechenlands vgl. Dok. 5, Anm. 23.

Zum Stand der Verhandlungen über einen EG-Beitritt Portugals vgl. Dok. 107.

Zum Stand der Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 5, Anm. 16.

¹² Der sowjetische Außenminister Gromyko besuchte von 21. bis 24. November 1979 die Bundesrepublik. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 341–344.

¹³ Die UdSSR und Simbabwe nahmen am 18. Februar 1981 diplomatische Beziehungen auf.

¹⁴ Der chinesische Außenminister Huang Hua begleitete Ministerpräsident Hua Guofeng vom 21. bis 28. Oktober 1979 bei dessen Besuch in der Bundesrepublik. Für das Gespräch mit Bundesminister Genscher am 23. Oktober 1979 vgl. AAPD 1979, II, Dok. 304.

¹⁵ Der chinesische Außenminister Huang Hua hielt sich vom 6. bis 8. November 1979 in Jugoslawien auf.

Außenminister äußert die Hoffnung, daß Bundesminister China erneut besuchen werde.¹⁶

Bundesminister verweist auf das Wahljahr¹⁷ in Deutschland; nach den Wahlen werde er China gern erneut besuchen.

Außenminister erkundigt sich nach unserer bevorstehenden Politik bezüglich Simbabwe.

Bundesminister: Es sei wichtig, das Land zu stabilisieren; Mugabe müsse erfolgreich sein und dem Volk von Simbabwe das Gefühl des Erfolgs vermitteln. Gelingt ihm dieses nicht, müßte er eine radikale Politik betreiben. Für 1980 würde die Bundesregierung 57 Mio. DM Finanzhilfe zu Verfügung stellen.¹⁸

Referat 010, Bd. 178829

119

Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Zia ul-Haq in Salisbury

17. April 1980¹

Niederschrift über Gespräch BM mit pakistanischem Staatspräsidenten Zia ul-Haq am Donnerstag, 17. April, um 15.30 h, in Salisbury/Rhodesien²

Teilnehmer: AM Agha Shahi; Dolmetscherin Frau Siebourg; VLR I Wallau.

BM erkundigt sich nach Zias Einschätzung der Lage.

Präsident verweist auf kritische Lage in Afghanistan. Das offene Militärhilfeangebot der USA sei kein echter Versuch gewesen, das Problem zu lösen³; es sei wohl mehr innenpolitisch gedacht gewesen.

Pakistan habe von den USA eine feste Haltung erwartet. USA hätten eine feste Haltung zur Golfregion bezogen, nicht aber zu Pakistan. Die Folge sei gewesen, daß die SU ihre Haltung Pakistan gegenüber versteift hätte. Sowjetischer Einmarsch nach Afghanistan sei nackte Aggression; die sowjetischen Truppen müßten zurückgezogen werden. Pakistan erwarte Hilfe; humanitäre Hilfe wer-

¹⁶ Bundesminister Genscher hielt sich vom 12. bis 15. Oktober 1977 in der Volksrepublik China auf. Vgl. dazu AAPD 1977, II, Dok. 285.

¹⁷ Wahlen zum saarländischen sowie zum nordrhein-westfälischen Landtag fanden am 27. April 1980 bzw. am 11. Mai 1980 statt. Am 5. Oktober 1980 erfolgten die Wahlen zum Bundestag.

¹⁸ Zur Wirtschaftshilfe für Simbabwe vgl. Dok. 101, Anm. 10.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 21. April 1980 gefertigt.

² Bundesminister Genscher hielt sich am 17./18. April 1980 anlässlich der Unabhängigkeitsfeiern in Simbabwe auf.

³ Zur Ablehnung amerikanischer Wirtschafts- und Verteidigungshilfe durch Pakistan vgl. Dok. 73, Anm. 12.

de in ausreichendem Maße gegeben. Ohne militärische Unterstützung des afghanischen Widerstands werde sich dieser nicht lange halten können. Pakistan könne nicht viel tun. Es habe das Flüchtlingsproblem und stehe unter sowjetischem und indischem Druck, obwohl Indien versichere, die Grenzen zu Pakistan seien sicher. Er sei dankbar für die deutsche Unterstützung. Er wisse, daß von Deutschland keine Militärhilfe möglich sei, aber er erwarte Wirtschaftshilfe.⁴

BM: Bundesregierung bestehe auf einem sowjetischen Rückzug aus Afghanistan. In der westlichen Allianz liege die größte Last auf unseren Schultern. Wir unterstützen die Türkei militärisch und wirtschaftlich.⁵ Wir seien auch zu Hilfe an Pakistan bereit. Die Stabilität der Region sei die beste Sicherung gegen neue sowjetische Aggressionen nach dem Muster Afghanistans. Er glaube, es sei zum Vorteil Pakistans und Indiens, wenn sie ihre Differenzen beilegen. Nutznießer sei die SU. Es sei wichtig, daß Präsident Zia am kommenden Tage mit Indira Gandhi zusammentreffe.⁶ Man müsse der SU zeigen, daß ihr Angriff auf Afghanistan die blockfreien und die westlichen Länder einige. Er sei sich nicht sicher, ob eine amerikanische Militärhilfe an Pakistan der richtige Weg sei. Wichtig sei eine Hilfe an Pakistan zur Stabilisierung des Landes. Die EG bemühe sich um engere Beziehungen mit ASEAN.⁷ Ein ähnliches Angebot sei den Golfstaaten unterbreitet.⁸

⁴ Zur Wirtschafts- und Finanzhilfe der Bundesrepublik für Pakistan vgl. Dok. 112, Anm. 24.

⁵ Zur Wirtschafts-, Finanz- und Verteidigungshilfe der Bundesrepublik für die Türkei vgl. Dok. 107, Anm. 29.

⁶ Ministerpräsidentin Gandhi führte am 18. April 1980 in Salisbury mit Präsident Zia ul-Haq ein Gespräch. Dazu teilte Gandhi im Gespräch mit Bundesminister Genscher am selben Tag in Salisbury mit: „Indien habe Pakistan nie angegriffen. Die Afghanistan-Krise gebe Pakistan nunmehr Gelegenheit, auf eine Bedrohung aus Afghanistan oder der SU zu verweisen. Sie, MP Gandhi, glaube hieran nicht. Dagegen sei Indien bedroht. Die pakistanische Regierung sei nicht stabil; in einer solchen Lage seien unüberlegte Aktionen möglich. Als die Lieferung neuer Waffen an Pakistan zur Diskussion stand, hätten einige Pakistanis das Gefühl, daß die Waffen gegen sie selbst gebraucht würden. Zwar glaube sie nicht, daß Pakistan einen Krieg gegen Indien plane; in der pakistanischen Militär- und Zivilverwaltung jedoch wolle man keine normalen Beziehungen. Andererseits wisse sie, daß das pakistanische Volk mit Indien Freundschaft wolle.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178829.

⁷ Zur Konferenz der Außenminister der ASEAN- und der EG-Mitgliedstaaten vom 6. bis 8. März 1980 in Kuala Lumpur und dem dabei abgeschlossenen Kooperationsabkommen vgl. Dok. 84.

⁸ Zur Initiative für ein Kooperationsabkommen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den Golfstaaten vgl. Dok. 108, Anm. 19.

Vortragender Legationsrat Werndl vermerkte am 23. April 1980: „Die Mitgliedstaaten der Gemeinschaft unterstützen unsere Initiative zwar grundsätzlich (nachdrückliche Unterstützung von GB), mahnen aber in ihrer Mehrzahl zur Behutsamkeit und möglichst vorsichtigem Vorgehen. Das gilt besonders für F. Eine im Rahmen des AStV gebildete Ad-hoc-Gruppe zur Klärung technischer Fragen traf sich bisher zweimal. Dabei wurde sichtbar, daß die meisten Mitgliedstaaten Schwierigkeiten haben, in den für die Araber besonders interessanten Bereichen entgegenzukommen (Aufnahme petrochemischer Produkte und Erdölderivate, Kapitalanlagenschutz).“ Es gelte zu verhindern, „daß die Reaktion Kuwaits und die Zurückhaltung der beiden anderen großen Golfstaaten Irak und Saudi-Arabien zum Anlaß genommen wird, die vorgesehenen exploratorischen Gespräche von Beamten der Kommission mit den Arabern noch weiter hinauszuzögern“. Auf der EG-Ministerratstagung am 21./22. April 1980 in Luxemburg habe Frankreich die „Entsendung von Sondierungsdelegation in nur eine begrenzte Zahl von Golfstaaten“ abgelehnt, da dies „die übrigen Golfstaaten verwirren“ würde und zunächst die Wirkung von Sanktionen gegen Iran abgewartet werden müsse. Vgl. B 201 (Referat 411), Bd. 437.

Die Lage im Iran bereite ihm große Sorgen. Er verstehe die Gefühle der USA; eine Eskalation in Teheran sei letztlich zum Vorteil der Sowjets in Afghanistan. Was könne man zur Lösung tun?

Präsident: Die Geiseln hätten Khomeini und Bani Sadr ein Werkzeug in die Hand gegeben. Khomeini und Bani Sadr seien nicht bereit, die Macht, die sie jetzt haben, wieder abzugeben. Moralische Gründe seien bei ihnen ohne Gewicht. Er glaube nicht an eine Freilassung durch das neue iranische Parlament.⁹ Pakistan unterhalte enge Beziehungen zum Iran; aber vom Iran die Geiselfreilassung zu verlangen, sei für ihn ein rotes Tuch. Der amerikanische Druck auf den Iran treibe ihn in die Arme der SU, die seit den letzten 20 Jahren versucht habe, im Iran Fuß zu fassen.

Agha Shahi ergänzt, Bani Sadr und iranischer AM¹⁰ seien hilfreich, aber der in seiner Mehrzahl radikalen linken Geistlichkeit unterlegen.

Die Gewaltandrohung durch die USA kompliziere die Lage: Die SU könne zur Hilfe eilen. Einzige Hoffnung sei das neue Parlament. Die Iraner sprächen eine andere Sprache. Sie seien bereit zum Märtyrertum.

BM hofft auf die Zeit nach der Wahl. Dann gebe es die Verfassungsorgane Präsident/Regierung/Parlament. Man müsse versuchen, ihre Meinung zu beeinflussen.

AM Agha Shahi: Westliche Parlamentarier sollten den direkten Kontakt zu ihren iranischen Kollegen suchen. Der iranische AM sei ohne Einfluß.

BM erkundigt sich nach dem Einfluß der islamischen Länder auf Khomeini.

Präsident: Er halte eine Einflußnahme für denkbar. Eine besondere Rolle jedoch messe er selbst Frankreich zu. F habe Einfluß auf den iranischen AM, auf Bani Sadr und den Imam. Frankreich und Deutschland sollten ergänzen, was die Islamische Konferenz bewirken könnte.

BM: Es sei die Frage, wieviel Zeit Carter innenpolitisch habe.

BM erklärt den Lösungsvorschlag der EG-AM vom 19.2. als Initiative, um die SU aus Afghanistan zu bringen.¹¹ Er fragt, ob Pakistan, Indien und andere Länder diesen Gedanken aufgreifen könnten.

Präsident hält den Gedanken für gut; er bezweifelt aber indische Teilnahme. Der frühere indische AM Singh habe in Pakistan erklärt, eine Politik der Konfrontation mit der SU führe zu nichts.¹² Er habe auf die sowjetische Hilfe hin-

⁹ Die erste Runde der Parlamentswahlen in Iran fand am 14. März 1980 statt, die zweite Runde am 9. Mai 1980.

¹⁰ Sadegh Ghotbzadeh.

¹¹ Vgl. dazu die Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vom 19. Februar 1980; BULLETIN DER EG 2/1980, S. 88 f. Vgl. dazu auch Dok. 57.

¹² Botschafter Ramisch, Neu Delhi, berichtete am 17. April 1980: „New Delhi ist anhaltendes Forum diplomatischer Aktivitäten. Im Vordergrund stehen Gespräche zur Afghanistan-Krise, so mit dem selbsternannten Vermittler Yasser Arafat (vom 28.3. bis 30.3.80) und mit dem kubanischen AM (vom 7. bis 10.4.80) als Geschäftsführer in sowjetischen Angelegenheiten, aber auch der Besuch des vietnamesischen MP (7. bis 13.4.1980) und die Mission des ehemaligen indischen AM Swaran Singh am 10. bis 13.4. in Pakistan sind Marksteine in der Region.“ Ramisch bilanzierte: „Die eigenen indischen Initiativen zur Bildung eines regionalen Konsensus, von dem starke Impulse zur Lösung der Krise ausgehen sollten, haben bisher nicht viel erbracht. Gleichwohl setzt Indien seine Bemühungen fort, eingeordnet in das größere Konzept, eine Entspannung zwischen den Großmächten im Bereich

gewiesen, als der Westen für Indien nichts getan habe. Er hoffe, Frau Gandhi werde sich aufgeschlossener zeigen.

AM *Agha Shahi* ergänzte, Singh sei nicht bereit gewesen, den sowjetischen Einfall in Afghanistan zu beurteilen; er sei nicht bereit gewesen, eine strategische Einschätzung zu geben, sondern habe die entstandene Lage verschleiern wollen. Er habe gefordert, daß Pakistan seine Grenzen nach Afghanistan schließen solle. Er habe nicht zugeben wollen, daß die Sowjetunion in Afghanistan eine größere Bedrohung bedeute.

Präsident ergänzte, daß der frühere MP Desai wesentlich positiver gewesen sei. So habe er 1979 die sowjetische Forderung abgelehnt, auf Pakistan Druck auszuüben, daß Pakistan eine positivere Haltung zu Afghanistan einnehme.

AM *Agha Shahi* erkundigte sich, wann die Bundesregierung sich zur Pakistan-Hilfe äußere.

BM: Dies hänge auch von der Haltung anderer Länder ab, aber er hoffe auf eine Entscheidung in den nächsten Wochen.

Präsident *Zia* hatte eingangs auf Nachholung des abgesagten BM-Besuchs in Pakistan¹³ gedrängt.

Referat 010, Bd. 178829

Fortsetzung Fußnote von Seite 641

West-/Südasiens und Indiens herbeizuführen, mit dem Ziel, den Raum von der Rivalität der Großmächte freizuhalten und selbst zur bestimmenden Raumordnungsmacht zu werden. [...] Das indisch-pakistanische Verhältnis macht Fortschritte durch Gespräche. Indien versucht, sowohl die Bevölkerung als auch die Militärregierung in Pakistan für Zusammenarbeit zu gewinnen. Diese Politik zielt auf eine Stärkung beider Länder ab, die ihnen insbesondere in der Afghanistan-Krise wesentlich mehr Gewicht geben würde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 383; Referat 340, Bd. 113039.

¹³ Zur Verschiebung des Besuchs des Bundesministers Genscher in Pakistan vgl. Dok. 29, Anm. 30.

120

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer**422-413 GA/KUB-418/80 geheim****17. April 1980¹**Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³

Betr.: Ausfuhrbürgschaften für Geschäfte mit Kuba;
 hier: Antrag der Firma Uhde auf Indeckungnahme einer Lieferung von
 Spezialteilen für eine Ammoniak- und Harnstoffanlage

Bezug: Vorlage der Abteilung 4 – 422-413 GA/KUB – vom 20.3.1980 (Anl. 1)⁴
 Vorlage der Abteilung 3 – 330-322.00 KUB-851/79 geh. vom 3.4.1980
 (Anl. 2)⁵
 Gesprächsunterlage für D 3 – 330-322.00 KUB-851/79 geh. vom
 5.11.1979 (Anl. 3)⁶

¹ Die Aufzeichnung wurde von den Vortragenden Legationsräten Bosch und Runge konzipiert.

² Hat Staatssekretär Lautenschlager am 22. April 1980 vorgelegen, der für Ministerialdirektor Fischer handschriftlich vermerkte: „1) Im Hinblick auf die den USA gegebenen Zusagen bleibt wohl keine Wahl, als dem Vorschlag zu folgen. (Als damaliger Leiter der Abt[eilung] 4 war ich bei dem Vorgang am 5.11.79 nicht beteiligt.) 2) Unter dem Aspekt einer kohärenten AA-Politik in Bezug auf die Anwendung des Bürgschaftsinstruments bleibt diese Entscheidung gleichwohl problematisch (z. B. Chile, Südafrika einerseits, Sowjetunion u. Ostblock andererseits).“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 24. April 1980 vorgelegen.

Hat Ministerialdirektor Fischer am 30. April erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Freiherr von Stein und Vortragenden Legationsrat I. Klasse Pabsch verfügte.

Hat Stein am 2. Mai 1980 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Bosch am 2. Mai 1980 erneut vorgelegen, der dazu handschriftlich vermerkte: „H[errn] Runge, z[ur] w[eiteren] V[er]anlassung!“

Hat Vortragendem Legationsrat Runge am 14. Mai 1980 vorgelegen, der handschriftlich für Pabsch vermerkte: „Geschäft wurde als TOP 3 auf I[n]ter[M]inisteriellem[A]usfuhrgarantieausschuß am 13.5. wiedervorgelegt und auf unseren Antrag wegen seiner Größenordnung abgelehnt.“

³ Hat Bundesminister Genscher am 26. April 1980 vorgelegen.

⁴ Dem Vorgang beigefügt. Ministerialdirektor Fischer informierte über einen dem Interministeriellen Ausfuhrgarantieausschuß vorliegenden Antrag der Firma Uhde GmbH auf Indeckungnahme eines im Verhandlungsstadiums befindlichen Exportgeschäfts nach Kuba über „Planung, Lieferung und Montageüberwachung einer Ammoniak- und Harnstoff-Anlage. Das Projekt, das konsortial mit der französischen Uhde, S.A., Paris, durchgeführt werden soll, hat einen Gesamtauftragswert von rd. 276 Mio. DM. [...] Der deutsche Anteil beträgt 25 Mio. DM. Die Zahlungsbedingungen sehen eine zehnjährige Kreditlaufzeit für 85 % des Auftragswertes vor.“ Die Firma Uhde habe nach Ablehnung ihres bereits im Juli 1979 gestellten Deckungsantrags das Geschäft „zunächst auf 32 Mio. und jetzt auf 25 Mio. DM verkleinert“. Die Bundesministerien der Finanzen, für Wirtschaft bzw. für wirtschaftliche Zusammenarbeit würden den Antrag befürworten. Fischer wies darauf hin, daß der Auftragswert des Geschäfts „noch immer erheblich über der für Kuba geltenden Orientierungsgröße von 5 Mio. DM“ liege. Eine Ausnahmeentscheidung sei problematisch, zumal den USA im Oktober 1979 versichert worden sei, „daß die Bundesrepublik Kuba weder Staatskredite noch staatliche Zinssubventionen gewährt und bei der Absicherung von Handelsgeschäften die geltende Orientierungsgröße auch ausnahmsweise nicht überschreiten werde“. Gegenüber dem amerikanischen Gesandten York habe er, Fischer, am 13. Februar 1980 das Festhalten an der restriktiven Praxis bekräftigt, „da die Zahlungsbilanzsituation Kubas sich weiter verschlechtert habe“. Vgl. VS-Bd. 9525 (422); B 150, Aktenkopien 1980.

⁵ Dem Vorgang nicht beigefügt.

Ministerialdirigent Petersen notierte, Bundesminister Genscher habe der Empfehlung der Abteilung 3 vom 5. November 1979 zugestimmt, sich bei Kreditgeschäften mit Kuba weiter zurückzuhalten: „Auf entsprechende Anfragen der US-Botschaft und der Kollegen im NATO- und EPZ-Kreis haben

Anlg.: 3

Zweck der Vorlage: zur ergänzenden Unterrichtung auf Weisung und mit der Bitte um Zustimmung zu dem Vorschlag, der Indeckungnahme zu widersprechen.

I. Mit Randvermerk auf der Vorlage vom 20.3.1980⁷ hatten Sie um Präzisierung gebeten, welche Zusagen den USA im Hinblick auf unsere Deckungspolitik gegenüber Kuba gegeben worden sind.

Aufgrund einer von Referat 330 vorbereiteten Gesprächsunterlage für D3⁸ (Anl. 3, S. 4, Ziff. IV 1), die Herrn StS van Well und Ihnen vorgelegt worden war, hat D3 dem Gesandten Woessner der US-Botschaft erklärt, daß wir bei Absicherung von Außenhandelsgeschäften bei Kuba die Orientierungsgröße von 5 Mio. DM nicht überschreiten werden. D2⁹ hat dem Politischen Direktor vom State Department¹⁰ die gleiche Auskunft erteilt, ebenso wie Dg33¹¹ gegenüber Botschaftsrat van Heuven und RL 330¹² in den Lateinamerika-Arbeitsgruppensitzungen der NATO und der EPZ.

II. 1) Der Festlegung von Orientierungsgrößen für einzelne Länder bei der Indeckungnahme von Ausfuhrgeschäften liegen in erster Linie außenwirtschaftliche und risikopolitische Kriterien, darunter vor allem die Bewertung der Zahlungsbilanzsituation des Bestellerlandes, zugrunde. Deshalb verfolgt der Interministerielle Ausfuhrgarantieausschuß gegenüber Kuba bereits seit der Machtübernahme Castros¹³ eine restriktive Deckungspraxis. Von 1960 bis 1974 wurden wegen ungeregelter kubanischer Zahlungsverpflichtungen überhaupt keine Ausfuhrgeschäfte verbürgt. Nach einer Zahlungsvereinbarung zwischen Hermes-Kreditversicherungs-AG und der Banco Nacional de Cuba wurde die Sperre im Oktober 1974 aufgehoben und eine Orientierungsgröße von zunächst 2,5 Mio.

Fortsetzung Fußnote von Seite 643

die Vertreter der Abteilungen 2 und 3 daraufhin wiederholt erklärt, daß die Bundesregierung von ihrer restriktiven Haltung gegenüber Kuba nicht abweichen und Außenhandelsgeschäfte, die über einen Wert von 5 Mio. DM hinausgingen, nicht absichern werde.“ Petersen riet daher, die „gültige Orientierungsgröße bei der Absicherung von Außenhandelsgeschäften in Höhe von 5 Mio. DM“ beizubehalten. Vgl. VS-Bd. 11174 (330); B 150, Aktenkopien 1980.

⁶ Dem Vorgang nicht beigelegt.

Für die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hoff vgl. AAPD 1979, II, Dok. 318.

⁷ Staatssekretär Lautenschlager vermerkte am 21. März 1980 handschriftlich für Bundesminister Genscher: „Im Hinblick auf unser Verhältnis zu den USA sollte man sich wohl dem Vorschlag der Ab[teilun]g 4 anschließen u. die Indeckungnahme trotz positivem Votums der anderen Ressorts ablehnen, was allerdings ungewöhnlich ist. In jedem Falle müßte das negative Votum risikopolitisch begründet werden, was objektiv möglich ist.“

Bundesminister Genscher bat Lautenschlager daraufhin am 27. März 1980 um Rücksprache.

Lautenschlager vermerkte am 1. April 1980 handschriftlich: „1) R[ück]spr[ache] hat in heutiger D[i]rektoren[B]esprechung (1.4.) stattgefunden. 2) H[errn] D 4. 3) W[ieder]V[orlage].“ Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer; VS-Bd. 9525 (422); B 150, Aktenkopien 1980.

⁸ Andreas Meyer-Landrut.

⁹ Klaus Blech.

¹⁰ George S. Vest.

¹¹ Herbert Limmer.

¹² Hellmut Hoff.

¹³ Nach der Flucht des Präsidenten Batista y Zaldívar am 1. Januar 1959 übernahm Fidel Castro am 13. Februar 1959 das Amt des kubanischen Ministerpräsidenten.

DM eingeführt, die 1975 auf 10 Mio. angehoben, 1977 jedoch wieder auf 5 Mio. DM herabgesetzt worden ist.

2) In der ständigen Praxis des Ausfuhrgarantiausschusses bedeuten Orientierungsgrößen keine starren Begrenzungen nach oben. Überschreitungen in Einzelfällen werden dadurch grundsätzlich nicht ausgeschlossen. Eine solche Situation ist auch beim Deckungsantrag der Fa. Uhde gegeben. Da die übrigen Resorts insbesondere im Hinblick auf das begrenzte Gesamtobligo Kubas (44 Mio. DM), die Absicherung des erheblich höheren französischen Lieferanteils durch die staatliche französische Exportkreditversicherung und die wiederholte Verkleinerung des deutschen Lieferanteils eine Indeckungnahme für noch vertretbar halten, bestände für das AA unter Risikogesichtspunkten kein Grund, dieser Auffassung zu widersprechen, obwohl nicht zu übersehen ist, daß eine Überschreitung der Orientierungsgröße um das Fünffache es künftig sehr erschweren würde, an unserer Deckungspolitik gegenüber Kuba festzuhalten.

3) Aus unserer Sicht stellt sich jedoch die Frage, ob eine Indeckungnahme mit den erwähnten Zusicherungen an die amerikanische Seite in Einklang zu bringen wäre.

Unsere Erklärungen sollten klarstellen, daß wir an unserer bisherigen restriktiven Deckungspraxis gegenüber Kuba festhalten, wie ich dies dem Gesandten York am 13.2. nochmals ausdrücklich gesagt habe, nicht aber, daß wir 5 Mio. pro Einzelgeschäft von nun an als starre, unüberschreitbare Obergrenze betrachten. Die Einführung eines solchen Limits würde die bisherige Beschlußlage verschärfen und bedürfte deshalb der vorherigen Zustimmung der übrigen Resorts. Mit einer ausnahmsweisen Verbürgung von Geschäften, die etwa um 1 bis 2 Mio. DM über der Orientierungsgröße liegen, würden wir im Rahmen unserer Zusicherungen bleiben.

Problematisch ist dagegen der vorliegende Uhde-Antrag auf Absicherung eines Geschäfts, das das Fünffache der Orientierungsgröße ausmacht. Gerade vor dem Hintergrund der amerikanischen Forderungen nach Wirtschaftssanktionen gegenüber Iran¹⁴ und der Sowjetunion¹⁵ könnte die Indeckungnahme dieses Geschäfts bei den USA Befremden auslösen und als Verletzung gegebener Zusagen verstanden werden.

Wir sollten es deshalb vermeiden, mit den USA wegen der Deckungspolitik gegenüber einem Lande wie Kuba, das für die deutsche Exportwirtschaft von untergeordneter Bedeutung, dessen Politik für die USA aber schon aus geographischen Gründen Gegenstand ständiger Irritation ist, zusätzliche Reibungsflächen zu schaffen, zumal eine Ablehnung der Indeckungnahme mit der Notwendigkeit der Einhaltung der Orientierungsgröße ohne weiteres begründet werden kann.

¹⁴ Zum Inkraftsetzen amerikanischer Sanktionen gegen Iran am 7. April 1980 vgl. Dok. 103, Anm. 2 und 13.

¹⁵ Zur Einschränkung von Getreidelieferungen in die UdSSR vgl. Dok. 10, Anm. 23.

Zu den amerikanischen Vorschlägen vom 18. März 1980 für eine Verschärfung der COCOM-Bestimmungen für Ausfuhren in die UdSSR vgl. Dok. 82, Anm. 9.

Zum amerikanischen Wunsch nach Einstellung der Absicherung von Exporten in die UdSSR durch Hermes-Bürgschaften vgl. Dok. 63.

III. Abteilung 4 hält deshalb seinen in der Vorlage vom 20.3.1980 gemachten Vorschlag aufrecht, den Deckungsantrag unter Hinweis auf die für Kuba geltende Orientierungsgröße abzulehnen.

Abteilung 3 hat mitgezeichnet.

Per Fischer

VS-Bd. 9525 (422)

121

Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Kaunda in Salisbury

VS-NfD

18. April 1980¹

Gespräch des Bundesministers mit Präsident Kaunda am 18. April 1980 von 11.45 bis 12.30 Uhr²

Präsident *Kaunda* begrüßt (in Anwesenheit von Außenminister Chakulya, Presidential Advisor Mark Chona und Dg32³) den Bundesminister besonders herzlich und freundschaftlich. Präsident Kaunda stimmt BM in der Erwartung zu, daß Rhodesien-Lösung positive Impulse für Namibia und Südafrika haben wird.

Auf Frage *BM*, ob jetzt auf Namibia-Lösung gedrängt werden oder ob man einige Monate abwarten solle, antwortete *Kaunda* (unter Bezugnahme auf seine Pressekonferenz nach Veröffentlichung des rhodesischen Wahlergebnisses⁴): Südafrika werde erst schockiert und ablehnend reagieren, doch werde Mugabe zeigen, daß die Weißen nichts zu fürchten hätten. Man solle Mugabe vertrauen; er könne es sich nicht leisten, zu schwindeln. Die Namibia-Fünf⁵, die er, Kaunda, als einen „Unterausschuß“ der VN betrachte, wie er die Frontlinienstaaten⁶ als

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Haas am 21. April 1980 gefertigt.

Hat Vortragendem Legationsrat Hiller am 23. April 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Vermerk hat BM nicht zur Genehmigung vorgelegen.“

² Bundesminister Genscher hielt sich am 17./18. April 1980 anlässlich der Unabhängigkeitsfeiern in Simbabwe auf.

³ Wilhelm Haas.

⁴ In Rhodesien/Simbabwe fanden am 14. und vom 27. bis 29. Februar 1980 Wahlen statt, aus denen die Patriotic Front unter Robert Mugabe als Sieger hervorging.

Legationsrat I. Klasse Steck, Lusaka, berichtete am 4. April 1980, Präsident Kaunda habe in einer Pressekonferenz die Parlamentswahlen in Rhodesien/Simbabwe im wesentlichen als „frei und fair“ und ihr Ergebnis daher als nicht anzweifelbar bezeichnet: „Das Volk von Simbabwe habe weise abgestimmt, er erwarte nun die Regierungsbildung durch Mugabe, die Sambia schon jetzt vorbehaltlos akzeptiere. [...] Er sei überzeugt, daß rhodesisches Wahlergebnis positiven Einfluß auf Namibiafrage wie auch auf die schwarze Mehrheit in Südafrika haben werde. Er hoffe, daß die Weißen in Süd[A]frika nunmehr beginnen werden, einen Wechsel zuzulassen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 82; Referat 320, Bd. 125205.

⁵ Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Kanada und die USA.

⁶ Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia und Tansania.

einen „Unterausschuß“ der Blockfreien ansehe, könnten helfen, Südafrika klarzumachen, daß es nichts zu befürchten habe. SWAPO werde (wie Mugabe) bei der Entwicklung Namibias die Hilfe westlicher Staaten brauchen. Dies müsse Südafrika einsehen, ebenso wie die Tatsache, daß die Bewußtwerdung der Schwarzen unaufhaltbar sei und daß man schwarze Wähler auch mit großen Summen nicht kaufen könne (Beispiel: Unterstützung von Muzorewa). Sambia wolle Lösung der Namibia-Frage, weil es Frieden brauche und keine Südafrikaner auf seinem Boden. Er habe Prem-Chand-Mission⁷ gestützt. Es werde keinen schwarzafrikanischen Marsch auf Südafrika geben, das als unabhängiger Staat anerkannt werde. Südafrika brauche sich gegen seine schwarzen Nachbarn nicht zu rüsten. Gefahren drohten für Südafrika dagegen von Revolten seiner städtischen Schwarzen.

BM bestätigt deutsche Bereitschaft zur Unterstützung einer erfolgreichen Entwicklung in Simbabwe⁸, die bei den Weißen im südlichen Afrika vertrauensbildend wirken werde. Er habe gestern ausführlich mit Nujoma gesprochen und ihn zu Deutschland-Besuch eingeladen, damit er unsere Öffentlichkeit unmittelbar ansprechen könne.⁹ Wir seien bereit, mit Nujoma zu arbeiten.

Kaunda antwortete auf erneute Frage BM, ob Namibia-Initiative sofort oder erst nach etwas Wartezeit vorangetrieben werden solle, man dürfe nicht zu lange warten.

BM fragt, wer eigentlich für die schwarze Mehrheit in Südafrika repräsentativ sei.

Kaunda stellt fest, daß ihm zum ersten Mal von einem westlichen Politiker diese wichtige Frage gestellt worden sei, und antwortet, man solle sich vor allem an ANC halten, deren Führer, der einsitzende Mandela und Oliver Tambo, allgemein anerkannt seien. Auch Chief Buthelezi, der mit Tambo befreundet sei,

⁷ Der VN-Sondergesandte für Namibia, Prem Chand, hielt sich vom 5. bis 18. Februar 1980 in Angola, Botsuana und Sambia auf. Botschafter Jelonek, New York (VN), berichtete am 14. Februar 1980, der stellvertretende VN-Generalsekretär Urquhart habe die westliche Namibia-Kontaktgruppe über das Ergebnis der Gespräche in Luanda und Lusaka unterrichtet: „Angola habe klargestellt, Kontakte der VN mit UNITA, welcher Art auch immer, seien unter keinen Umständen akzeptabel. SWAPO habe mit Beharrlichkeit darauf bestanden, in Namibia Sammelpunkte für bewaffnete Kräfte zu erhalten, keinesfalls bewaffnete Kräfte von Namibia nach Angola oder Sambia zurückzuführen, keinesfalls VN-Monitoring der Lager in Angola zuzulassen, keine südafrikanischen selected locations in Namibia-D[e]Militarisierte[r]Z[one] zu erlauben. [...] Angola und Sambia hätten erklärt, sie seien nicht bereit, bewaffnete SWAPO-Angehörige nach dem Waffenstillstand aus Namibia in ihr Territorium zu lassen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 418; Referat 320, Bd. 125276.

Vom 4. bis 7. März 1980 hielt sich Chand in Südafrika auf. Botschaftsrat I. Klasse Vergau, z. Z. Kapstadt, berichtete am 7. März 1980, daß die Gespräche ohne Einigung geendet hätten: „In den technischen Einzelfragen der DMZ ist es zu einem ausgezeichneten Einverständnis zwischen den Generälen Geldenhuys und Prem Chand und zur befriedigenden Klärung nahezu aller Fragen gekommen. Ferner stehen nicht nur Urquhart und Ahtisaari, sondern auch die Fünf unter dem Eindruck, daß AM Botha, StS Fourie und General Malan die Bereitschaft zu einer international anerkannten Namibia-Lösung noch nicht vollständig aufgegeben haben. Die Haltung von Premierminister Botha ist zur Zeit schwer bestimmbar. Er hat gegenüber Urquhart wiederholt, Stabilität werde ihm stets vor internationale Anerkennung gehen. Andere Elemente in Regierung und insbesondere im Parlament sind verschiedener denn je für die interne Lösung und sehen sich durch den Rhodesien-Schock bestätigt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 63; Referat 320, Bd. 125276.

⁸ Zur Wirtschaftshilfe für Simbabwe vgl. Dok. 101, Anm. 10.

⁹ Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Präsidenten der SWAPO, Nujoma, in Salisbury vgl. Dok. 117.

akzeptiere letztlich ANC als allumfassende Bewegung und sei zu Zusammenarbeit mit ihm bereit.

BM stellt fest, daß die Ungebundenen und unter ihnen die afrikanischen Staaten in der blockfreien Bewegung und bei Erhaltung des Weltfriedens als Stabilitätsfaktor eine noch größere Rolle spielen könnten und sollten. Sie sollten bei Fragen wie Afghanistan, Iran, Nahost und afrikanischen Konflikten ihre große Autorität voll zum Tragen bringen.

Kaunda stimmt zu und erklärt, er habe immer schon seinen sowjetischen und amerikanischen Freunden Rat zu geben versucht, allerdings möglichst diskret. Zu Afghanistan habe er und sein Außenminister den Sowjets deutlich gesagt, daß sie sich möglichst schnell aus Afghanistan zurückziehen sollten. Zum Iran habe er an Khomeini eine Botschaft mit religiösen Argumenten geschickt. Zu Nahost habe er den Amerikanern gesagt, daß ohne die Palästinenser nichts gehe. (*BM* erinnert daran, daß er seit 1974 das Selbstbestimmungsrecht für die Palästinenser gefordert habe.¹⁰) Zu Südostasien habe man sich nach der Diskussion auf der Blockfreien-Konferenz in Havanna¹¹ noch keine endgültige Meinung bilden können. Er, *Kaunda*, habe sich jetzt in Pnom Yang und Peking¹² informiert und wolle AM Chakulya zum weiteren fact finding nach Hanoi, Phnom Penh und Vientiane schicken. In dieser wie in allen anderen Fragen ziehe er diskretes Handeln vor.

Wünsche *BM* sambische Unterstützung spezifischer Aktionen?

BM erläutert Neuner-Vorstellungen zu Unabhängigkeit und Blockfreiheit Afghanistans¹³ und weist darauf hin, daß es für die Sowjets psychologisch weit schwieriger ist, westliche Vorschläge zu prüfen und anzunehmen als Vorschläge, die von Blockfreien kämen. Im Verhältnis zwischen den Supermächten werde daher in Zukunft Blockfreienbewegung immer wichtiger werden, weil sie für Weltfrieden und nicht „für den Westen oder für den Osten“ wirken könne.

Kaunda teilt mit, daß er Afghanistan vor zwei Tagen in Delhi mit Frau Gandhi besprochen habe.¹⁴ Diese sei ihrerseits im Gespräch mit Sowjets und Kubanern. Er, *Kaunda*, sehe ganz klar, daß es für ein Land wie Sambia leichter sei, Vorschläge zu machen und ggfs. auch wieder zurückzuziehen als für eine Supermacht.

¹⁰ Am 14. April 1975 äußerte Bundesminister Genscher gegenüber der ägyptischen Tageszeitung „Al Ahrām“, die Bundesrepublik habe bereits am 19. September 1974 in der VN-Generalversammlung „ausdrücklich das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes unterstützt und sein Recht anerkannt, selbst zu entscheiden, ob es auf den von Israel zu räumenden Gebieten eine eigene staatliche Autorität errichten oder eine andere Lösung wählen will“. Vgl. BULLETIN 1975, S. 463.

¹¹ Die sechste Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten fand vom 3. bis 9. September 1979 in Havanna statt. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 266.

¹² Präsident Kaunda hielt sich vom 5. bis 9. April 1980 in der Demokratischen Volksrepublik Korea (Nordkorea) und anschließend bis 13. April in der Volksrepublik China auf.

¹³ Vgl. dazu die Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vom 19. Februar 1980; BULLETIN DER EG 2/1980, S. 88 f. Vgl. dazu auch Dok. 57.

¹⁴ Präsident Kaunda hielt sich am 15./16. April 1980 in Indien auf. Botschafter Ramisch, Neu Delhi, berichtete am 16. April 1980: „Kaunda rief zu einer Initiative der Ungebundenen auf, die sich mit den von der Rivalität der Supermächte ausgehenden Bedrohungen des internationalen Friedens und der Sicherheit befassen solle. Die Ungebundenen müßten Bollwerk des Friedens in einer krisengeschüttelten Situation sein, die sich in einen viel größeren Konflikt auszuweiten drohe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 382; Referat 320, Bd. 125197.

BM bittet Kaunda abschließend um Hinweise, falls und sobald er etwas für (verhaftete) Schwarze im südlichen Afrika tun könne.

Kaunda dankt *BM* abschließend für unsere umgehende Reaktion auf sambische Demarchen wegen Anwesenheit südafrikanischer Truppen in Sambia.¹⁵

Referat 010, Bd. 178829

122

Gespräch des Staatssekretärs van Well mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow

213-653.66 SOW VS-NfD

21. April 1980¹

Anwesend: Auf deutscher Seite: VLR I Dr. Arnot, LR I Hartmann als Dolmetscher.

Auf sowjetischer Seite: I. A. Kurpakow, Erster Sekretär der sowjetischen Botschaft, als Dolmetscher.

Die Unterredung, zu der der Staatssekretär den Botschafter gebeten hatte, begann um 15.30 Uhr und dauerte ca. 45 Minuten.

¹⁵ Legationsrat I. Klasse Steck, Lusaka, berichtete am 3. April 1980: „Am Vorabend seiner Reise nach Nordkorea, China und Indien rief Präsident Kaunda die Lusaka-Fünf in Anwesenheit [...] zu sich und erklärte folgendes: Er habe uns über ernste Entwicklungen in der Westprovinz zu informieren. Südafrika habe seine Truppen nicht zurückgezogen, sondern im Gegenteil neuerdings gepanzerte Fahrzeuge und Truppentransporter in das Land gebracht, nicht nur den Hauptponton über den Sambesi, sondern auch mehrere km einer Straße zwischen Senanga und Checheke sowie eine Reihe von Brücken zerstört. Außerdem hätten sie Menschen getötet und andere nach Namibia entführt. Sie riefen Versammlungen zusammen und erzählten, Sambia wäre nicht in der Lage, das Volk zu ernähren. All dies sei vollkommen unannehmbar.“ Steck erläuterte, es sei bekannt, „daß Südafrika seit langem ständig Übergriffe auf sambisches Gebiet durchführt. Gesicherte Erkenntnisse über eine erhebliche Zunahme der Übergriffe in letzter Zeit liegen uns jedoch nicht vor. Gleichwohl sind wir davon überzeugt, daß Kaundas Botschaft so ernst wie nur irgend möglich genommen werden muß.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 121; Referat 320, Bd. 125197.

Ministerialdirigent Petersen wies am 8. April 1980 die Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York an, „unseren Partnern in der Kontaktgruppe eine gemeinsame Botschaft der fünf Außenminister an AM Botha vorzuschlagen, in der die südafrikanische Regierung aufgefordert wird, die Verletzung sambischen Territoriums durch südafrikanische Truppen sofort einzustellen“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 2010; Referat 320, Bd. 125197.

Botschaftsrat I. Klasse Schmidt, z. Z. Kapstadt, teilte am 14. April 1980 mit: „In der Demarche vom 11.4. der Kapstadt-Fünf bei StS Brand Fourie, bei der schriftliche Botschaft der fünf Regierungen an S[üd]A[frika-]Regierung übergeben wurde, verwies dieser lediglich darauf, daß SA-Position in der Note an den SR-Präsidenten [...] klar zum Ausdruck komme. Auch zusätzliches Drängen US-Botschafters, der gegenüber evtl. militärischen Vorteilen immensen politischen Schaden herausstellte, vermochte nicht, Fourie zu irgendeiner weiteren substantiellen Reaktion zu veranlassen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 99; Referat 320, Bd. 125197.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Arnot am 23. April 1980 gefertigt.

Hat Vortragendem Legationsrat von Studnitz am 24. April 1980 vorgelegen, der dazu vermerkte: „Herrn Staatssekretär vorzulegen zur Genehmigung.“

Hat Staatssekretär van Well am 24. April 1980 vorgelegen.

Der *Staatssekretär* machte dem Botschafter folgende Mitteilung:

Er habe den Auftrag, dem Botschafter im Namen der Bundesregierung mitzuteilen, daß das Bundeskabinett sich am Mittwoch, dem 23. April, mit der Teilnahme einer Mannschaft der Bundesrepublik Deutschland an den Olympischen Sommerspielen in Moskau befassen werde. Der Bundeskanzler habe ja mit dem Botschafter am 14. Februar bereits über diese Problematik gesprochen und dabei die Erwartung ausgedrückt, daß die sowjetische Regierung – als die Regierung des gastgebenden Landes – die Voraussetzungen dafür schaffen möge, daß die Sportler aller Staaten an den Olympischen Sommerspielen teilnehmen könnten.² In letzter Zeit hätten intensive Erörterungen darüber stattgefunden. Das Kabinett werde am 23. April leider feststellen müssen, daß die Voraussetzungen nicht eingetreten seien. Die Besetzung Afghanistans dauere an; es lägen keine Anzeichen dafür vor, daß die Situation sich in absehbarer Zeit ändern werde.³

Die Entscheidung über die Teilnahme an den Olympischen Sommerspielen liege beim NOK. Die Bundesregierung werde dem NOK ihre Stellungnahme zur Afghanistan-Krise und deren Relevanz für die Teilnahme an den Olympischen Sommerspielen zukommen lassen. Nach Lage der Dinge werde die Bundesregierung dabei zu dem Schluß kommen müssen, daß sie die politischen Voraussetzungen für die Teilnahme von Sportlern aus der Bundesrepublik Deutschland an den Olympischen Spielen leider nicht als gegeben betrachten müsse. Die Bundesregierung bedauere ausdrücklich, daß die Lage es nicht erlaube, dem NOK eine andere Mitteilung zu machen. Sie lege um so mehr Wert darauf, die sowjetische Regierung schon heute davon zu unterrichten.

Botschafter *Semjonow* erwiderte, er werde seine Regierung entsprechend unterrichten. Er glaube, daß die Mitteilung des Staatssekretärs in Moskau einen ungünstigen Eindruck hervorrufen werde. Sie stelle eine direkte Verletzung der Olympischen Charta dar, die eine Trennung von Sport und Politik vorsehe. Die SU habe bereits auf die zahlreichen Fälle hingewiesen, in denen Olympische Spiele zugleich mit aggressiven Kriegen imperialistischer Mächte stattgefunden hätten. Wenn sich die Bundesregierung auf derartige Wege begeben, so könne das nichts Gutes versprechen.

² Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow am 14. Februar 1980 vgl. Dok. 55, Anm. 37.

³ Am 23. April 1980 gab das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung die Empfehlung der Bundesregierung an das NOK bekannt, keine Sportler zu den Olympischen Sommerspielen in Moskau zu entsenden. Vgl. dazu BULLETIN 1980, S. 375.
Vortragender Legationsrat Boll unterrichtete am 25. April 1980 über diesen Beschluß und wies die Auslandsvertretungen mit Ausnahme jener in Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts an, die Gastregierung entsprechend zu unterrichten. Dazu teilte er mit: „Bundesregierung geht davon aus, daß Mitgliederversammlung des NOK für Deutschland, die voraussichtlich 15. Mai 1980 zusammentritt, der politischen Verantwortung gerecht wird, die sie mit ihrem Beschluß über Teilnahme oder Nichtteilnahme in Moskau übernimmt. Erste Erklärungen von Mitgliedern des NOK lassen bereits erkennen, daß der Beschluß der Bundesregierung, die einmütige Zustimmung des Deutschen Bundestages und die zustimmende Reaktion in der Öffentlichkeit dabei schwer ins Gewicht fallen werden. Empfehlung der Bundesregierung ist eindeutig und läßt keinen Zweifel, daß sie sich auch auf etwaige Teilnahme einzelner Sportler an Olympischen Spielen bezieht.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 52; Referat 012, Bd. 115729.

Der Staatssekretär spreche ständig von Afghanistan. Dort habe es eine Verschwörung gegen die April-Revolution von 1978⁴ gegeben, und zwar eine Verschwörung unter Führung des amerikanischen Imperialismus; der SU lägen entsprechende Dokumente vor. Unter diesen Umständen könne die Mitteilung des Staatssekretärs, die zwischen den Plänen der Bundesregierung und Afghanistan einen Zusammenhang herstelle, nur den Eindruck erwecken, daß die Bundesregierung an dieser Verschwörung beteiligt sei. Die SU habe bereits vor einem derartigen Spiel gewarnt. Es sei eine bekannte Tatsache, daß die Olympischen Spiele in Moskau stattfinden würden. Sie würden den sowjetischen Bürgern mit all ihren Begleitumständen in Erinnerung bleiben. Er könne nur sein Bedauern über die psychologischen und politischen Konsequenzen zum Ausdruck bringen, die sich dadurch ergäben, daß sich die Bundesrepublik Deutschland dem Häuflein von Staaten anschließe, die von der Möglichkeit eines Boykotts sprächen. Die SU sei bemüht, bei den Sowjetbürgern die Erinnerungen an die Verbrechen des Hitler-Imperialismus (sic) zu tilgen, sie verfolge eine Politik des Friedens und der Entspannung. Der Schritt, über den der Staatssekretär ihn unterrichtet habe, ziele in eine andere Richtung.

Im übrigen: Die Mitteilung des Staatssekretärs werde „im Raume Moskau kein Espenblatt bewegen können“.

Staatssekretär: Wir hätten stets eine klare Haltung eingenommen und betont, daß die Teilnahme an den Olympischen Spielen nicht angebracht sei, solange die Besetzung Afghanistans andauere. Von einer Verschwörung gegen Afghanistan unter Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland könne natürlich nicht im entferntesten die Rede sein. Dies sei eine völlig abwegige, geradezu abenteuerliche Vorstellung. Man müsse doch die Tatsachen sehen, um zu objektiven Schlußfolgerungen zu kommen. Wir träten nach wie vor auf der Basis der VN-Resolution⁵ für die Wiederherstellung eines souveränen, unabhängigen, ungebundenen Afghanistan ein und würden hierzu unseren Beitrag leisten.

Was die Teilnahme an den Olympischen Sommerspielen in Moskau angehe, so liege die Entscheidung in der Sache beim NOK, sei also die Angelegenheit unabhängiger Sportvertreter. Die Bundesregierung werde aber zu den außenpolitisch relevanten Fragen in diesem Zusammenhang Stellung nehmen müssen. Das sei ihre Pflicht und ihre Verantwortung gegenüber dem Sport, der dann unabhängig seine Entscheidung treffe.

Botschafter: Er könne uns nur raten, nicht zu fest an kolonialen und feudalen Ordnungen festzuhalten. Das sei Vergangenheit. Wie sehr man sich auch bemühe: Alle Versuche, die Ereignisse wieder auf den gestrigen Tag zurückzudrehen, müßten fehlschlagen. Das sei der objektive Lauf der Geschichte. Wir könnten die Uhrzeiger verstellen, soviel wir wollten, das einzige Ergebnis werde sein, daß die Uhr falsch gehe. Er wolle noch einmal wiederholen, daß unsere Entscheidung bedauerlich sei.

⁴ Am 27. April 1978 fiel Präsident Daud einem Staatsstreich der afghanischen Streitkräfte zum Opfer. Der Revolutionsrat der Streitkräfte rief am 30. April die Demokratische Republik Afghanistan aus und übertrug dem Vorsitzenden der kommunistischen Khalq-Partei, Taraki, die Ämter des Präsidenten und Ministerpräsidenten. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 145.

⁵ Zur Resolution ES-6/2 der Notstandssondertagung der VN-Generalversammlung vom 14. Januar 1980 vgl. Dok. 14, Anm. 11.

Staatssekretär: Es gebe in der Tat eine bedauerliche Entwicklung. Was die Zukunftsperspektiven betreffe, so sei die Haltung der Bundesregierung bekannt: Wir seien für unabhängige Partner in der internationalen Zusammenarbeit, besonders in der Dritten Welt. Jeder solle seine politische Ordnung ohne äußere Einmischung bestimmen können. Wir seien bereit, unseren Beitrag für die wirtschaftliche Entwicklung und die Schaffung einer wirklichen Unabhängigkeit zu leisten. Wir träten für die Partnerschaft mit der Dritten Welt ein und respektierten im wahren Sinne des Wortes die Politik des non-alignment, der sich viele Staaten verschrieben hätten; wir hofften, daß diese Politik auch von den Großmächten respektiert werde.

Botschafter erwiderte, die sowjetische Politik diene der Sicherheit, der Entspannung und dem Frieden. Keine Kraft auf dieser Erde könne die SU auf diese oder jene Art zwingen, diese Politik aufzugeben. Auch durch Manöver aus Übersee werde es nicht gelingen, der SU die Bedingungen ihrer Politik zu diktieren. Er könne nur sein Bedauern wiederholen.

Staatssekretär: Die neun EG-Staaten hätten sich schon lange bemüht, zur Schaffung der Voraussetzung für eine Teilnahme an den Olympischen Spielen beizutragen, und Lösungsmöglichkeiten zur Diskussion gestellt⁶; leider sei dies ohne Echo geblieben. Dennoch müsse man diese Bemühungen fortsetzen.

Botschafter: Wir sollten mit den Afghanen sprechen. Die SU sei ein großes und freies Land und hätte nie ein Diktat akzeptiert, mit wem sie Bündnisse zu schließen hätte und wie sie ihre Verträge zu erfüllen hätte. Die Bundesrepublik sei ein freier Staat und könne sich bemühen, wo immer sie wolle. Die SU richte ihre Bemühungen auf die Unabhängigkeit und Freiheit der Völker.

Staatssekretär: Wir könnten in der Tat viele Afghanen fragen. Sie alle sagten uns, daß sie ein souveränes, unabhängiges und blockfreies Afghanistan wollten. Wir hätten keine Afghanen gefunden, die behaupteten, daß der jetzige Zustand dem entspreche.

Botschafter: Er habe bemerkt, daß der Staatssekretär jetzt in seriösen Zeitungen über die Verbrechen des Pol-Pot-Regimes schreibe (ihm, dem Botschafter, sei natürlich klar, daß andere dies in seinem Auftrag schrieben, aber immerhin stehe sein Name dabei). Dabei sei es noch gar nicht lange her, daß man in Bonn für dieses Regime eingetreten sei. Es werde die Zeit kommen, da man in der Presse der Bundesrepublik Deutschland auch über Afghanistan und über die äußeren Kräfte, die alles Mögliche organisierten (z. B. hätten die Rebellen waffenlosen Lehrern die Hände abgehackt und sie gefoltert), die Wahrheit berichten werde. Aber das sei alles vergebens. Der Donner, den man jetzt vernehme, komme nicht aus Regenwolken, sondern aus einem Misthaufen. Beide Seiten bewerteten die Ereignisse offensichtlich unterschiedlich, die Zeit werde ihr Urteil sprechen.

Staatssekretär: Er könne nur betonen, daß wir stark an einer Lösung interessiert seien, die den erklärten Zielen der Afghanen entspreche. Wir sollten in der Lage sein, aufgrund der wachsenden Interdependenzen und angesichts der krisenhaften Erscheinungen und der Entwicklung in diesem Raum zu Überlegun-

⁶ Vgl. dazu die Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vom 19. Februar 1980; BULLETIN DER EG 2/1980, S. 88 f. Vgl. dazu auch Dok. 57.

gen darüber zu gelangen, wie man der Entwicklung Herr werden könne. Dies sei Ziel unserer Politik.

Botschafter replizierte, er habe seinen Ausführungen nichts hinzuzufügen.

Anmerkung zur Gesprächsatmosphäre:

Das Gespräch wurde bei aller Härte in der Sache nicht unfreundlich geführt. Vor und nach dem vorstehend protokollierten eigentlichen Gespräch tauschten der Staatssekretär und der Botschafter verbindliche Bemerkungen aus.

B 2 (Referat 014), Bd. 246

123

Botschafter Schödel, Peking, an das Auswärtige Amt

114-2895/80 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 625
Citissime

Aufgabe: 21. April 1980, 17.07 Uhr¹
Ankunft: 21. April 1980, 16.21 Uhr

Betr.: Übernahme der Vertretung Chinas im IMF durch Peking²

Bezug: DE 296 vom 16.4.1980 – 412-401.30/1 CHN VS-NfD³

Bitte um Weisung

I. Aufgrund der zweimaligen Bitten der chinesischen Seite, die Meinung der Bundesregierung zu den chinesischen Wünschen hinsichtlich des Beitritts zum

¹ Hat Vortragendem Legationsrat Graf Brockdorff am 29. April 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Möhler verfügte.
Hat Möhler vorgelegen.

² Ministerialdirektor Fischer legte am 1. April 1980 dar, die Volksrepublik China sei „in Washington gegenüber dem IWF und der Weltbank mit dem Ziel initiativ geworden, den Platz Chinas in diesen beiden Organisationen der VN einzunehmen. [...] China gehört zu den Gründungsmitgliedern von IWF und Weltbank. Nach der kommunistischen Machtübernahme auf dem Festland 1949 ist die chinesische Mitgliedschaft von der nach Taiwan ausgerichteten Nationalregierung weiterhin wahrgenommen worden. Bis 1960 hatte China in beiden Organisationen – im IWF aufgrund seiner Quote und in der Weltbank als drittgrößter Anteilseigner nach den USA und GB – Anspruch auf einen Ständigen Direktor im Exekutivdirektorium. Da Taiwan sich an den Quoten- und Kapitalerhöhungen nicht mehr beteiligte, stellte es von 1960 bis 1972 nur einen gewählten Direktor. Seit 1972 hat es nicht mehr an der Direktorenwahl teilgenommen.“ Fischer führte aus, die Volksrepublik China sei primär an Kreditmöglichkeiten der Weltbankgruppe interessiert: „Voraussetzung für die Mitgliedschaft in der Weltbank ist jedoch die Mitgliedschaft im IWF, die wegen der dort bestehenden Möglichkeiten der Zahlungsbilanz-Finanzierung für die VR China ebenfalls nicht ohne Interesse sein dürfte.“ Rechtlich gehe es um die Feststellung, daß die Regierung in Peking berechtigt sei, das Völkerrechtssubjekt China zu vertreten: „Von größerer Tragweite ist jedoch die Frage, ob die Mitgliedschaft eines Staatshandelslandes vom Gewicht Chinas – trotz seines geringen Bruttosozialprodukts – nicht auf längere Sicht die Rolle des IWF bei der Aufrechterhaltung eines freien Weltwirtschafts- und Währungssystems schwächen wird.“ Vgl. Referat 412, Bd. 122394.

³ Ministerialdirigent Ungerer unterrichtete die Botschaft in Peking: „1) Deutscher Exekutivdirektor im IWF hat Weisung für positive Stellungnahme zur Übernahme der Vertretung Chinas durch VR China im IWF erhalten. Er wird es begrüßen, daß VR China nicht nur die Rechte, sondern auch alle Pflichten Chinas übernimmt. Es kann davon ausgegangen werden, daß IWF-Exekutivdirektoren

IMF zu erhalten (DB 514 vom 5.4.⁴ und DB 587 vom 14.4.⁵), habe ich auf der Grundlage der Bezugsweisung, Ziff. 5, bei heutigem Gespräch mit Vizeaußenminister Zhang Wenjin erläutert, daß der deutsche Exekutivdirektor⁶ Weisung zu positiver Stellungnahme hinsichtlich des Beitritts erhalten habe und daß wir bei der Goldrückgabe zusammen mit den USA gestimmt hätten, um der VR China von Anfang an Zugang zu den vollen Reservetranchen zu ermöglichen. Dabei habe ich mich bewußt auf die beiden genannten Ausführungen beschränkt, da mir die übrigen Punkte (Ziff. 3) a), c), d) und Ziff. 4)) für ein solches Gespräch nicht hilfreich erschienen.

Der Vizeaußenminister antwortete sehr ernst, daß die Entscheidung im IMF für China von großer Bedeutung sei. Hinsichtlich der Goldrückgabe sei er perplex über meine Mitteilung, denn D3⁷ im AA habe am 17.4. dem chinesischen Botschafter in Bonn⁸ erklärt, daß das negative Votum im Direktorium IMF nicht mit der politischen Linie der Bundesregierung übereinstimme. Es habe einen

Fortsetzung Fußnote von Seite 653

rium am 17.4. eine positive Entscheidung in Vertretungsfrage zugunsten der VR China fällen wird. 2) Die Fragen der Erhöhung der chinesischen Quote und der Vertretung der VR im Exekutivrat des IWF durch einen chinesischen Exekutivdirektor bedürfen noch der Prüfung. 3) Zum Verständnis unserer Haltung in Fragen der Rückgabe des IWF-Goldes an Taiwan wird auf folgende Punkte hingewiesen: a) Das Gold war von Taiwan 1970 in den USA zur Erfüllung seiner Verbindlichkeiten gegenüber dem IWF gekauft worden. b) Als Gegenleistung für Rückgabe des Golds tilgt Taiwan seine Ziehungen auf Reservetranche vorzeitig, so daß VR China von Anfang an Zugang zur vollen Reservetranche hat. c) Bei Goldrückgabe handelt es sich nur um ein Sechstel des insgesamt eingezahlten Golds, so daß zwei Drittel des Golds im IWF verbleiben. d) Amerikanische Regierung hat uns sehr gedrängt, der von ihr vorgeschlagenen Lösung zuzustimmen (Telefongespräch Finanzminister Miller mit StS Lahnstein und Demarche im AA). 4) Die deutschen Stimmenanteile waren für Ausgang der Abstimmung nicht entscheidend.“ Vgl. Referat 412, Bd. 122394.

⁴ Botschafter Schödel, Peking, berichtete, der chinesische Stellvertretende Außenminister Zhang Wenjin habe am 4. April 1980 den Botschaftern der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Japans und der USA in Peking, Schödel, Chayet, Cradock, Yoshida und Woodcock, mitgeteilt, die chinesische Seite habe in den Gesprächen mit dem IWF erklärt, „daß sie auf Grund entsprechender VN-Resolution die einzig legitimierte Seite sei, den Platz für China im IWF auszufüllen. Die chinesische Regierung betrachtete die Ratifikationsinstrumente der damaligen Seite für sich als gültig.“ Die Volksrepublik China wünsche, „ihre Quote zu erhöhen und im IWF-Direktorium durch einen eigenen Exekutivdirektor vertreten zu sein. China habe 1945 als Anteilseigner an dritter Stelle gelegen. Seitdem seien alle Quoten erhöht worden, nur die chinesische sei gleich geblieben. Die chinesische Quote ebenfalls anzuheben, sei ein berechtigtes Anliegen seiner Regierung. Diese Anhebung wird von chinesischer Seite aber nur in einer vernünftigen Relation erbeten werden.“ Die Volksrepublik China habe Interesse an Verhandlungen über Kredite. Vgl. Referat 412, Bd. 122394.

⁵ Gesandter Keil, Peking, berichtete, der amtierende Abteilungsleiter im chinesischen Außenministerium, Wang Benzuo, habe den Vertretern der Botschafter der Bundesrepublik, Frankreichs und Großbritanniens eröffnet, seine Regierung wisse, daß das Direktorium des IWF am 14. April 1980 in Washington die Frage des Goldanteils der Volksrepublik China sowie der Vertretung Chinas diskutiere: „Wang erklärte, er habe Weisung, im Namen der chinesischen Regierung die befreundeten Regierungen um weitere Unterstützung für die gerechte Sache und die legitimen Rechte der VR China im IWF zu bitten. Er wies erläuternd darauf hin, als bei der Einführung der SZR 1975 insgesamt 25 Mio. Unzen Gold zu offiziellen Preisen an die Mitgliedsländer des IWF zurückerstattet worden seien, habe man den Anteil Chinas auf 470 000 Unzen bestimmt. Im September 1976 habe der Präsident der Bank of China an den Präsidenten des IWF telegraphiert, alle Rechte und Anteile Chinas am IWF kämen der VR China zu, und er habe diesen gebeten, diese Rechte zu erhalten. Daraufhin habe das Direktorium, auch auf Vorschlag freundlicher Länder wie Frankreich, im Hinblick darauf, daß die Frage der Mitgliedschaft der VR China noch nicht geklärt war, beschlossen, die Frage der Rechte Chinas offenzuhalten.“ Vgl. Referat 412, Bd. 122384.

⁶ Gerhard Laske.

⁷ Andreas Meyer-Landrut.

⁸ Zhang Tong.

Fehler in der Übermittlung des Wunsches der Bundesregierung an den deutschen Exekutivdirektor gegeben, und die Bundesregierung bedauere diese Abstimmungshaltung.⁹ Da ich über diesen Schritt und den tatsächlichen Gesprächsinhalt in Bonn nicht unterrichtet war, vermied ich jede weitere Diskussion und sicherte dem Vizeminister nur zu, daß ich zur Klärung beitragen würde.

II. 1) Der Vizeminister bat mich noch, folgende ergänzende Erklärung entgegenzunehmen: Er habe die Botschafter hier am 4. April über den Abschluß eines Memorandums mit der Verhandlungsdelegation des IMF unterrichtet, aber seinerzeit den Text nicht bekanntgegeben, um vor Rückkehr dieser Delegation Einzelheiten vertraulich zu halten. In diesem Memorandum sei stipuliert, daß auch die Rückgabe des IMF-Goldes zu den Gegenleistungen für die von China geforderte Pflichtenübernahme gehöre. Der Delegation sei genau erklärt worden, wie sich China das Gesamtpaket gegenseitiger Bedingungen vorstelle. Dabei sei der chinesischen Seite klar gewesen, daß man bei Rückgabe des Goldes an die VR China nicht die sofortigen Ziehungsmöglichkeiten aus der Reservetranche habe.

2) Noch am 3. April hätten sich die USA am sofortigen Beitritt Chinas am IMF sehr interessiert gezeigt. Darum sei man über die spätere Reaktion der USA höchst erstaunt. Nach dem genannten Gespräch mit den Botschaftern am 4. April sei der USA-Botschafter¹⁰ bei ihm zurückgeblieben und habe ihn unterrichtet, daß die USA den sofortigen Beitritt wie auch eine Klärung der IMF-Guthaben nicht wollten. Sie stünden unter innerpolitischem Druck, wollten aber gleichzeitig versichern, daß die USA ihre eindeutige positive Haltung zur VR China nicht durch diesen Wunsch änderten und damit keinesfalls das Unabhängigkeitsstreben Taiwans unterstützten.

Vizeminister hat darauf dem USA-Botschafter die Haltung seines Landes erklärt, die auch in Brief von Hua Guofeng an das IMF-Direktorium¹¹ enthalten sei. Zwischen dem 4. und 14. April hätten die USA dann mit allen Kräften ver-

⁹ Ministerialdirektor Fischer vermerkte am 15. April 1980: „Am 14.4. hat das Exekutivdirektorium des IWF mehrheitlich beschlossen, das seit 1977 Taiwan vorenthaltene Gold gegen die sofortige Rückzahlung der Ziehungen aus der Reservetranche auszuhändigen. Dieser Beschluß ging auf einen amerikanischen Vorschlag zurück, dem die Exekutivdirektoren Japans, Saudi-Arabiens, Australiens, Kanadas, der USA, Italiens und Deutschlands zustimmten, während sich die Exekutivdirektoren Frankreichs, der skandinavischen Länder, der Niederlande, Spaniens, Belgiens, Libyens und der französisch-sprachigen afrikanischen Länder gegen den Vorschlag wandten. Die übrigen Exekutivdirektoren, insbesondere der britische Direktor, enthielten sich der Stimme. [...] Der BMF (StS Lahnstein) hat sich in dieser Angelegenheit über das eindeutige Votum des AA, der Rückgabe des IWF-Goldes an Taiwan keinesfalls zuzustimmen, hinweggesetzt. Die Haltung des AA wurde am 11.4. in der Direktorenbesprechung festgelegt. Maßgebend war für sie die Erwägung, daß im Jahr 1977 bei der teilweisen Rückgabe von IWF-Gold an die Mitgliedstaaten Taiwan mit Rücksicht auf die ungeklärte Vertretungsfrage Chinas durch Beschluß des Exekutivdirektoriums ausdrücklich ausgenommen wurde. Es erschien dem AA nicht vertretbar, eine seit drei Jahren eingenommene Haltung gerade in dem Augenblick aufzugeben, in dem die Vertretungsfrage einer Klärung nahe rückt.“ Vgl. Referat 412, Bd. 122394.

In der Sitzung des Bundeskabinetts am 16. April 1980 führte Bundesminister Genscher aus, „daß der BMF seine Haltung im IWF zur Frage der Restitution des Goldes bei Eintritt der VR China nicht mit dem AA abgestimmt, insbesondere sich für die Rückgabe an Taiwan eingesetzt habe“. Vgl. den Auszug aus dem Kurzprotokoll der 174. Sitzung des Bundeskabinetts am 16. April 1980; Referat 412, Bd. 122394.

¹⁰ Leonard F. Woodcock.

¹¹ Für das Schreiben des chinesischen Außenministers Huang Hua vom 1. April 1980 an den Direktor des IWF, de Larosière de Champfeu, vgl. Referat 412, Bd. 122394.

sucht, die Vereinbarungen im Memorandum zwischen der chinesischen Regierung und IMF zu unterminieren. China wisse, daß zahlreiche Länder trotz starken Drucks der USA damit nicht übereinstimmen. Man sieht dieses Verhalten in China als sehr ernst an, nicht nur weil es einen materiellen Verlust bedeutet, sondern am Vorabend des Beitritts Chinas zum IMF einen eklatanten Vertrauensbruch darstellt. Man sei verbittert, daß die Entscheidung unter dem Druck der USA mit schwacher Mehrheit zustande gekommen sei. Sie bedeute eine Schande gegenüber dem IMF. Er wolle uns gegenüber als Freund der USA nicht zurückhalten, daß man keine Bevormundung dieses Landes benötige. Ob und wann Reservetranchen gezogen werden, läge allein in der Entscheidung seines Landes. Die USA hätten mit China auf gleicher Ebene zu verhandeln und nicht als Supermacht zu reagieren. Dies sei das übliche Verfahren der USA, unter Druck andere zu ihrer Meinung zu zwingen, wobei es ein anderer Fall sei, wenn es sich um die Geiseln in Teheran handele. Dieser Druck sei unerträglich, wenn es nicht nur um die Sache der Verbündeten der USA, sondern auch um China ginge und dessen lebenswichtige Interessen verletzt würden. Abweichend von dieser Darstellung der Ereignisse aus seiner Sicht wolle er noch drei Punkte hinzufügen:

- 1) China sei den Exekutivdirektoren des IMF, die sich zum Beitritt seines Landes positiv gestellt haben, dankbar.
- 2) Es müsse den Ländern, die dem Druck der USA widerständen oder sich der Stimme enthalten hätten, Dank zollen. Für die anderen Länder hätte man ein gewisses Verständnis. Das Mißfallen treffe einzig die USA.
- 3) Presseberichten zufolge soll ein hoher USA-Beamter geäußert haben, daß für Taiwan eine Chance bestünde, Status als associate oder beobachtendes Mitglied im IMF zu erhalten. Er wünsche klar festzustellen, daß dies ein sehr ernster Fall würde, und zitierte aus dem mit dem IMF abgeschlossenen Memorandum, nach dem eindeutig mit dem Beitritt VR Chinas dieses der einzige Vertreter Chinas im IMF sei und die Beziehungen mit Taiwan beendet würden.

Der chinesische Botschafter in Washington¹² habe mit Direktor de Larosière¹³ vom Vorstand IMF am 18.4. ein Gespräch geführt, in dem ersterer auf diese Absicht der Amerikaner hinwies. L.¹⁴ habe versichert, daß Beziehungen künftig nur mit der VR China bestehen werden. China stütze sich auf diese Feststellung und erwartet, daß diese Auffassung vom gesamten Exekutivdirektorium vertreten wird. In einer abschließenden Bemerkung fügte er hinzu, daß IMF und Weltbank internationale Institutionen seien. Auch wenn reiche Länder die Richtungen in diesen Gremien bestimmen, hätten sie keine Befugnis, die Rechte anderer Staaten zu verletzen oder den IMF zu diskreditieren.

III. Die unterschiedliche Interpretation unseres Verhaltens in Bonn (falls die vom Vizeminister gegebene Version zutrifft) und hier gegenüber chinesischen Vertretern ist wenig glücklich. In der einen oder anderen Form werden wir ein klärendes Wort gegenüber der chinesischen Seite äußern müssen. Ich bitte daher um Weisung, insbesondere um eine eindeutige Sprachregelung, auch zu den

¹² Chai Zemin.

¹³ Korrigiert aus: „de la Roussier“.

¹⁴ Korrigiert aus: „R.“

Detailfragen. Sollte die vom Vizeminister wiedergegebene Version stimmen, würde ich allerdings raten, nicht sofort eine Klärung herbeizuführen, da offensichtlich die Stoßrichtung des chinesischen Ärgers gegen die USA geht und wir zugunsten Chinas angeheizt werden sollen. Reaktion bestätigt meine Besorgnis in DB Nr. 594 vom 16.4.¹⁵ Vereinzelte Öffnungen der VR China gegenüber Taiwan im bilateralen Verhältnis, um Wirtschaftsbeziehungen zu fördern, bedeuten keine Verständigungsbereitschaft gegenüber Taiwan in der politischen Frage des Status. Im Gegenteil, das Verhalten wird im außenpolitischen Bereich wegen der wirtschaftlichen Liberalisierung eher härter: Taiwan ist in Chinas Augen eine Provinz, die wieder eingegliedert wird, wenn es die gesamtpolitischen Verhältnisse erlauben. Das Aufbrechen der Abneigung gegen eine Großmacht-politik der USA ist bestürzend und sollte dort ins Kalkül gezogen werden. Chinesen erwarten von den befreundeten Ländern, daß sie in Auseinandersetzungen um die Taiwanfrage nicht gegen China votieren. Ich habe von unmittelbarer Unterrichtung Botschaft Washington Abstand genommen.¹⁶

[gez.] Schödel

VS-Bd. 11190 (341)

¹⁵ Botschafter Schödel, Peking, berichtete: „Das Stimmverhalten der Bundesrepublik am 14.4.1980 im IWF-Exekutivdirektorium, für eine Rückgabe des bisher einbehaltenen Goldes an Taiwan einzutreten, wird uns angesichts der Empfindlichkeiten der Chinesen in der Taiwanfrage in der VR China Goodwill kosten. Aus Sicht der d[deutsch]-ch[inesischen] Beziehungen hätten wir gegen die Rückgabe stimmen oder uns wenigstens der Stimme enthalten sollen. [...] Ich möchte raten, daß wir uns in den nunmehr noch ausstehenden Fragen (Anhebung der Quote der VR China und Vertretung im Exekutivdirektorium) mit Nachdruck für eine der VR China günstige Entscheidung einsetzen und dadurch versuchen, die nachteiligen Auswirkungen unseres Stimmverhaltens auf die bilateralen Beziehungen zu mildern.“ Vgl. Referat 412, Bd. 122394.

¹⁶ Vortragender Legationsrat I. Klasse Bente vermerkte am 22. April 1980, Ministerialdirektor Meyer-Landrut habe am selben Tag gegenüber dem chinesischen Botschafter Zhang Tong eingeräumt, „die Bundesregierung müsse sich zu der von ihrem Vertreter im IWF eingenommenen Haltung bekennen. Dies sei ihre öffentlich dokumentierte Haltung, sie müsse dazu stehen. Sie werde wie folgt begründet: a) Das Gold sei von Taiwan 1970 in den USA zur Erfüllung seiner Verbindlichkeiten gegenüber dem IWF gekauft worden. b) Es handelte sich um ein Sechstel des insgesamt eingezahlten Goldes, während zwei Drittel des Goldes ohnehin im IWF verblieben. c) Die amerikanische Regierung habe uns gedrängt, dieser Lösung zuzustimmen. d) Die deutschen Stimmanteile seien für den Ausgang der Abstimmung nicht entscheidend gewesen. Allerdings entspreche diese Haltung nicht der des Auswärtigen Amts; sie sei durch einen Kommunikationsfehler innerhalb der Bundesregierung entstanden. Er bedauere diesen Vorfall. Die Bundesregierung werde den übrigen Petita der chinesischen Regierung bezüglich des IWF grundsätzlich positiv gegenüberstehen, woraus sie auf unsere positive Grundhaltung in der Sache schließen möge. Die Bundesregierung hoffe, daß das deutsch-chinesische Verhältnis durch diesen Vorfall keinen Belastungen ausgesetzt sein werde.“ Vgl. Referat 412, Bd. 122394.

124

Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt

114-2910/80 geheim
Fernschreiben Nr. 1670

Aufgabe: 21. April 1980, 19.35 Uhr¹
Ankunft: 22. April 1980, 02.57 Uhr

Betr.: Gespräch Vance–Dobrynin am 19.4.80

Bezug: DB 1655 vom 20.4. – POL 322.00/SOW²

Zur Unterrichtung

In Verhinderung von AM Vance, den ich dringend um Termin gebeten hatte, unterrichtete mich Vest heute eingehend über das Gespräch Vance–Dobrynin am 19.4., an dem nur er selbst noch teilgenommen hatte. In Ergänzung des Bezugs-DB berichte ich folgendes:

1) TNF

Mit Genehmigung von Vance übergab Vest das als Anlage folgende Non-paper, das die sowjetische Reaktion auf den von Vance am 4. April noch einmal erläuterten Vorschlag der USA enthält, sowjetisch-amerikanische Gespräche über Rüstungskontrolle im Mittelstreckenbereich aufzunehmen.³ Das Papier soll demnächst in der NATO zirkuliert werden.

Vest bestätigte, daß die sowjetische Reaktion auf diesen Vorschlag denkbar negativ ausgefallen sei.

Moskau versuche offensichtlich, in den verschiedenen Rüstungskontrollbereichen zu differenzieren:

a) Mit SALT wolle es fortfahren (SALT II⁴ sei im übrigen zwischen Vance und Dobrynin nur allgemein durch Wiederholung beiderseitiger Positionen angesprochen worden),

b) es habe auch die Hoffnung auf CTB-Vertrag⁵ nicht aufgegeben,

¹ Hat Ministerialdirigent Gorenflos am 22. April 1980 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Hofstetter am 22. April 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofmann und Legationsrat I. Klasse Bolewski verfügte.

Hat Hofmann und Bolewski am 23. April 1980 vorgelegen.

² Botschafter Hermes, Washington, berichtete, bislang gebe es keine Unterrichtung über das Gespräch des amerikanischen Außenministers Vance mit dem sowjetischen Botschafter in Washington, Dobrynin, am Vortag. Als Gesprächsteilnehmer habe der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Vest, mitgeteilt, daß Dobrynin sich darauf beschränkt habe, die ablehnende Haltung der UdSSR zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 zu wiederholen: „Insbesondere habe er auf die Äußerungen Breschnews verwiesen, wonach die Sowjetunion zu Verhandlungen nicht bereit sei, solange die NATO an ihrem LRTNF-Beschluß vom 12.12.1979 festhalte.“ Vance habe sich nach sowjetischen Lösungsansätzen für Afghanistan erkundigt und „sich dabei auf Babrak-Vorschläge von Anfang April über ein neutrales Afghanistan unter Mitwirkung Pakistans und Irans als Garantien bezogen. Dobrynin habe ausweichend reagiert: Wenn die drei Länder sich auf Grenzgarantien einigen könnten, würde dies manches erleichtern.“ Vgl. VS-Bd. 13176 (213); B 150, Aktenkopien 1980.

³ Vgl. dazu das Gespräch des amerikanischen Außenministers Vance mit dem sowjetischen Gesandten in Washington, Wassew, Dok. 110, Anm. 22.

⁴ Zum Stand des Ratifizierungsverfahrens des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 im amerikanischen Senat vgl. Dok. 59.

⁵ Zu den Verhandlungen in Genf über ein umfassendes Teststoppabkommen vgl. Dok. 71, Anm. 6.

c) bei MBFR suche es nach Mitteln, wieder aus der Ecke herauszukommen,
d) bei TNF hingegen spiele es die harte Breschnew-Linie und versuche, die Allianz in dieser Frage zu spalten: Gegenüber Washington lehne es Verhandlungen vor Aufhebung oder Absetzung des Brüsseler Beschlusses ab, in europäischen Hauptstädten hingegen deute es an, durchaus über TNF-Begrenzungen reden zu wollen, aber: Mit Washington sei dies leider nicht möglich. Moskaus Hoffnungen richteten sich offenbar besonders auf Belgien, die Niederlande und Italien.

Vest stimmt mit mir überein, daß es in dieser Situation besonders wichtig ist, wie in Brüssel beschlossen, daran festzuhalten, daß die Verhandlungen über TNF-Rüstungskontrolle auf westlicher Seite allein durch die USA⁶ geführt würden.

Auf entsprechende Frage stellte Vest fest, daß Washington – nachdem es das Verhandlungsangebot nunmehr zweimal offiziell an Moskau gemacht habe⁷ – vorläufig keinen Anlaß sehe, es ein drittes Mal zu wiederholen. Das schließe aber nicht aus, daß es z.B. bei einer möglichen Begegnung Vance–Gromyko Mitte Mai in Wien von Vance angesprochen werden könnte.⁸

2) Wien-Treffen Mitte Mai

Dobrynin habe sich nach den Reiseplänen von AM Vance erkundigt. Vance habe auf Möglichkeit seiner Teilnahme an Feierlichkeiten in Wien Mitte Mai⁹ hingewiesen, es sei aber keine mögliche Begegnung mit Gromyko erörtert worden. Dieser werde ohnehin erst am 16. in Wien sein können, da er zunächst an Jubiläumssitzung des Warschauer Paktes¹⁰ teilnehme. Sowjets hätten Österreicher gebeten, die Feierlichkeiten in Wien bis zum 16. auszudehnen. Vest war nicht in der Lage zu sagen, ob Washington die Initiative zu einem Gespräch Vance–Gromyko ergreifen will. Aus seinen Worten, in denen er auf die derzeitige Stimmung in Washington hinwies, klang insoweit deutliche Skepsis heraus.

Vest sprach im übrigen Vermutung aus, daß Gromyko seine Anwesenheit in Wien propagandistisch nutzen könnte, um Beschlüsse und ggf. Vorschläge des WP, besonders zur Rüstungskontrolle, zu präsentieren.

3) Treffen der vier westlichen Außenminister

Auf meine Mitteilung, daß der Bundesminister ebenfalls nach Wien reisen werde, meinte Vest, daß sich damit vielleicht Gelegenheit zu einer diskreten Begegnung der vier Außenminister, z.B. bei einem Frühstück, ergebe. Ich habe zu

⁶ Der Passus „Verhandlungen über ... durch die USA“ wurde von Legationsrat I. Klasse Bolewski hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Und nicht Bonn.“

⁷ Zur ersten Erläuterung des im NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 enthaltenen Rüstungskontrollangebots durch den amerikanischen Außenminister Vance beim sowjetischen Gesandten in Washington, Wassew, am 18. Dezember 1979 vgl. Dok. 3, Anm. 3.

⁸ Der amerikanische Außenminister Muskie und der sowjetische Außenminister Gromyko erörterten am 16. Mai 1980 in Wien die sowjetische Intervention in Afghanistan, die Ratifizierung des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979, Rüstungskontrollfragen und die Geiselnahme amerikanischer Botschaftsangehöriger in Teheran. Vgl. dazu Dok. 145, Anm. 15, und Dok. 149, Anm. 11.

⁹ Anlässlich des 25. Jahrestags des Österreichischen Staatsvertrags vom 15. Mai 1955 fanden am 15./16. Mai 1980 in Wien Jubiläumsfeierlichkeiten statt.

¹⁰ Die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Warschauer-Pakt-Staaten fand am 14./15. Mai 1980 in Warschau statt. Vgl. dazu Dok. 150, besonders Anm. 5.

diesem Gedanken nicht Stellung genommen, zumal Vest ihn spontan auszusprechen schien.¹¹

4) Angebliches amerikanisches Junktim zwischen verschiedenen Rüstungskontrollfragen

Unter Hinweis auf diesbezügliche Passage unter Ziffer 2 des sowjetischen Non-papers bemerkte Vest, daß Sowjets – offensichtlich durch ein Mißverständnis ihres hiesigen Geschäftsträgers Wassew – irrtümlich zur Auffassung gelangt seien, daß die USA zwischen Vertrag über die Begrenzung von unterirdischen Kernwaffenversuchen¹² und Datenbasis hierzu ein Junktim hergestellt hätten. Dies treffe nicht zu. Washingtons Ansatz sei unverändert, Fortschritte in allen Bereichen anzustreben, allerdings habe SALT Priorität.

5) Das Gespräch Vance–Dobrynin sei auf Dobrynins Initiative zustande gekommen. Er habe sich zuvor etwa drei Wochen aus persönlichen Gründen (ärztliche Behandlung) in Moskau aufgehalten.

[gez.] Hermes

Folgt Anlage

With reference to Secretary Vance's remarks in his conversation with the Soviet Chargé d'Affaires on April 4 we would like to say the following.

1) We can in no way agree that the start of negotiations on medium range nuclear systems is allegedly impeded by some preliminary conditions advanced by the Soviet side. The Soviet Union has not made and is not making any preliminary conditions. The things are right the other way round. It is precisely the United States and its NATO Allies who, having taken in December 1979 the decision on the production and subsequent deployment in Western Europe of American medium range nuclear weapons¹³ and refusing to revoke this decision or at least to suspend its implementation, have thus deliberately created unacceptable to the other side conditions for conducting negotiations.

¹¹ Ministerialdirigent Dröge vermerkte am 25. April 1980, die Frage eines Treffens der Außenminister der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA am 15./16. Mai 1980 in Wien sei auch beim Gespräch der vier Politischen Direktoren der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA am 10./11. März 1980 in Paris erörtert worden: „Es bestand damals Übereinstimmung (wobei sich allerdings die französische Seite zurückhielt), daß ein Vierer-Treffen der Außenminister Mitte Mai im Hinblick auf die Entwicklung der Lage im Iran und in Afghanistan und vor dem Weltwirtschaftsgipfel in Venedig und der NATO-Ministerratstagung in Ankara zweckmäßig sei. Der französische Politische Direktor Robin wies allerdings auf die Notwendigkeit hin, daß eine solche Frage mit größter Vertraulichkeit behandelt werden müsse, um die gleichen Schwierigkeiten zu vermeiden, die zu einem Scheitern des seinerzeit für den 20.2.1980 vorgesehenen Außenminister-Treffens der Vier in Bonn geführt hätten.“ Vgl. VS-Bd. 11114 (204); B 150, Aktenkopien 1980.

Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Lord Carrington, dem französischen Außenminister François-Poncet und dem amerikanischen Außenminister Muskie am 16. Mai 1980 in Wien vgl. Dok. 148.

¹² Für den Wortlaut des Abkommens vom 3. Juli 1974 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung unterirdischer Kernwaffenversuche sowie des dazugehörigen Protokolls vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 217 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 364–367.

¹³ Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 10.

The Soviet position on this matter was already stated to the US side last January¹⁴ and it remains fully in force. This also applies to the so-called preliminary talks mentioned by the Secretary. If the US side is really interested in a constructive solution of the question of medium range weapons in Europe then we would like to hope that it will consider once more with all attention this position of ours and draw conclusions based on the objective assessment of the situation and the positions of the sides.

2) As for the question of exchanging data concerning underground nuclear weapon test sites, it is regulated, as is known, by the treaty between the USSR and the USA on the limitation of underground nuclear weapon tests of July 3, 1974. Under the protocol to the treaty the sides should have exchanged such data simultaneously with the exchange of instruments of ratification of the treaty. Practical preparation for the exchange of these data was also started. However, later on the entire process of the treaty ratification and hence the exchange of data for test sites happened to be suspended, not at all through the Soviet Union's fault.¹⁵

Attempts undertaken by the US side to separate now the question of the exchange of data for test sites from that of the ratification of the 1974 treaty are absolutely unfounded. Accordingly, there are no conditions for establishing any joint technical panel or working group for developing procedures for the exchange of such data. Equally unjustified are the attempts by the US side to link somehow the question of the exchange of data for test sites with the treaty on general and complete prohibition of nuclear weapon tests which is being worked out. It is well known, indeed, that the treaty provides for its own mechanism of verification which is to ensure the confidence of the sides that the provisions of the treaty are strictly complied with.

As to the yield of underground nuclear weapon explosions conducted in the USSR we have already stated on more than one occasion that the Soviet Union, in accordance with its statement of April 2, 1976¹⁶, did not and does not intend to

¹⁴ Zur sowjetischen Reaktion vom 3. Januar 1980 auf den NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 3.

¹⁵ Seit dem 7. Oktober 1974 verhandelten die USA und die UdSSR in Ausführung des Artikels III des Vertrags vom 3. Juli 1974 zur Begrenzung unterirdischer Atomtests über den Abschluß eines weiteren, zu dessen Inkraftsetzung notwendigen Abkommens zur Einschränkung unterirdischer Kernwaffenversuche zu friedlichen Zwecken. Die Verhandlungen wurden am 9. April 1976 in Washington abgeschlossen, das Abkommen am 12. Mai 1976 in Moskau paraphiert und am 28. Mai 1976 von Präsident Ford und dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, gleichzeitig in Washington bzw. Moskau unterzeichnet. Zum Abkommen gehörten ferner ein Protokoll, das technische und Verfahrensfragen regelte, sowie eine vereinbarte Erklärung. Es sah u. a. eine Höchststärke der gezündeten Sprengsätze von 150 Kilotonnen, bei Gruppensprengungen von 1,5 Megatonnen vor. Explosionen sollten erlaubt werden an jedem beliebigen Ort innerhalb der Jurisdiktion oder Kontrolle der Vertragsparteien bzw. auf dem Territorium eines anderen Staates, sofern dieser Staat darum bitet, und sollten einem System von Ortsinspektionen unterliegen. Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 74 (1976), S. 802–812. Für den deutschen Wortlaut des Abkommens und der vereinbarten Erklärung vgl. EUROPA-ARCHIV 1976, D 539–542.

Am 29. Juli 1976 legte Ford beide Vertragswerke dem amerikanischen Senat zur Ratifizierung vor. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, FORD 1976–77, S. 2102–2104.

¹⁶ Am 2. April 1976 veröffentlichten das sowjetische und amerikanische Außenministerium gleichlautende Erklärungen. Da beide Seiten sich noch nicht auf das zusätzlich vereinbarte Abkommen betreffend unterirdische Kernexplosionen zu friedlichen Zwecken hätten einigen können, habe der Vertrag vom 3. Juli 1974 zur Begrenzung unterirdischer Atomtests nicht bis zum an sich verein-

take any act incompatible with the provisions of the 1974 treaty with the understanding that the US on its part will act likewise.

In conclusion we would like to stress that the Soviet Union, when signing agreements with other states, always brings the matter to its conclusion and strictly abides by the obligations it assumes. There is no ground at all for any distrust with regard to the course of behavior of the Soviet side in such matters. But the line of behavior of the United States, which signs agreements, assumes certain obligations and then acts in a different direction, cannot but cause legitimate questions concerning such a practice.

VS-Bd. 10328 (201)

125

Aufzeichnung des Staatssekretärs van Well

014-StS-389/80 geheim

22. April 1980¹

Vermerk über Gespräch beim Bundeskanzler am 20.4.1980

Betr.: Informationen von sowjetischer Seite zur LRTNF-Frage

Der Bundeskanzler unterrichtete über eine Mitteilung von Herrn Bahr vom 10.4., wonach ein Emissär des sowjetischen ZK im Namen Breschnews folgendes ausgeführt habe: Der sowjetische Terminvorschlag zum Bundeskanzler-Besuch in Moskau vom 31.3.² habe die zu erwartende negative deutsche Entscheidung zur Olympia-Teilnahme³ bereits einkalkuliert gehabt. Die sowjetische Seite würde jedoch kein Verständnis dafür haben, wenn administrativer Druck auf

Fortsetzung Fußnote von Seite 661

barten Zeitpunkt des 31. März 1976 in Kraft treten können. Angesichts der Verhandlungsschritte hoffe man indes auf einen baldigen Abschluß der Zusatzvereinbarung und ein anschließendes Inkrafttreten des Begrenzungsvertrags. In der Zwischenzeit seien die Vertragspartner auf der Grundlage der Gegenseitigkeit zum Verzicht auf unterirdische Kernwaffenversuche mit einer Sprengkraft von über 150 Kilotonnen TNT bereit. Vgl. dazu DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XIV, S. 107.

¹ Hat Bundesminister Genscher am 24. April 1980 vorgelegen.

² Zur Einladung des Bundeskanzlers Schmidt zu einem Besuch in der UdSSR vgl. Dok. 97. Vortragender Legationsrat I. Klasse Arnot informierte die Botschaft in Moskau am 22. April 1980, Ministerialdirektor von Staden, Bundeskanzleramt, habe am 21. April 1980 dem sowjetischen Gesandten Kwizinskij die Gründe dargelegt, weshalb die Bundesregierung noch nicht Stellung zum sowjetischen Terminvorschlag für den Besuch des Bundeskanzlers genommen habe: „MD von Staden wies insbesondere auf die Osterpause hin und hob hervor, daß das Ausbleiben einer Reaktion nicht auf eine unfreundliche Haltung zurückzuführen sei. Kwizinskij ließ eine gewisse Empfindlichkeit wegen der öffentlichen Behandlung des Terminvorschlags erkennen. MD von Staden erklärte demgegenüber, daß aufgrund osteuropäischer Quellen leaks in die Presse gekommen seien. Kwizinskij wurde eine Zwischenantwort für kommende Woche in Aussicht gestellt.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 325; VS-Bd. 13165 (213); B 150, Aktienkopien 1980.

³ Zur Empfehlung der Bundesregierung an das NOK vom 23. April 1980 vgl. Dok. 122, Anm. 3.

die Sportler ausgeübt werde. Die TNF-Frage habe große Bedeutung für Brezhnev. Unabhängig von dem öffentlichen deklarierten Standpunkt der sowjetischen Regierung sei man zu einem Produktions- und Dislozierungsstopp für SS-20, im Ergebnis der Verhandlungen sogar zu einer Vernichtung vorhandener Bestände bereit. Eine entsprechende sowjetische Erklärung könne vor oder als Ergebnis der Reise des Bundeskanzlers abgegeben werden.

Der Bundeskanzler bezog sich auf ein vorhergehendes Gespräch mit dem Herrn Bundesaußenminister und sagte, Staatssekretär van Well solle nach Moskau reisen, um diese sowjetische Haltung zu eruieren und auch über weitere Besuchsvorbereitungen, Kommuniqué usw. zu sprechen.⁴ Der Bundeskanzler meinte, wirkliche Substanz für seinen Besuch in Moskau seien zwei Kardinalprobleme, nämlich die Afghanistan-Krise, in der er den Standpunkt des Westens vertreten würde, und der Rüstungswettlauf, insbesondere die TNF-Frage, in der er nach vorheriger Abstimmung mit den USA und Großbritannien versuchen wolle, eine Bewegung zustande zu bringen. In der TNF-Frage müsse man Herrn Bahr fragen, wie die sowjetischen Fühler offizialisiert werden sollen.

BM Apel meinte, wenn der sowjetische Aufwuchs so weitergehe wie bisher, so würden nach drei Jahren 572 Sprengköpfe für den Westen nicht mehr ausreichen, dann hätten wir zumindest keine Möglichkeit mehr herunterzugehen. Die Chancen der Verhandlungen würden erhöht, wenn die Sowjets jetzt stoppten.

Herr Bahr trat hinzu und sagte, die Sowjetunion wisse, daß sie ihre Position in der Frage der LRTNF-Verhandlungen ändern müsse. Auf die Frage, was die Sowjetunion vom Westen erwarte, antwortete Bahr, was sie erhoffe, sei, daß verhandelt wird. Die Sowjetunion fordere nicht, daß der Westen etwas anderes tue als verhandeln.

Der Bundeskanzler verwies auf sein Vier-Augen-Gespräch mit Gromyko bei dessen letztem Bonn-Besuch, wo Gromyko zu erkennen gegeben habe, daß die Sowjetunion große Angst vor den westlichen Mittelstreckenraketen habe, weil sie die Vorwarnzeit auf vier Minuten verkürzten.⁵ Auch er sei der Auffassung, daß die Sowjets verhandeln wollten.

Auf den Einwurf von BM Genscher, daß bei der SPD schon von einem Dislozierungsstopp von fünf Jahren gesprochen werde, erwiderte der Bundeskanzler, dies sei abwegig.

⁴ Zum Besuch des Staatssekretärs van Well am 11./12. Juni 1980 in der UdSSR vgl. Dok. 171.

⁵ Der sowjetische Außenminister Gromyko besuchte von 21. bis 24. November 1979 die Bundesrepublik. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt am 23. November 1979 vgl. AAPD 1979, II, Dok. 344.

Helmut Schmidt berichtete rückblickend, er habe am Abend des 23. November 1979 in seiner Bonner Wohnung ein Vier-Augen-Gespräch mit Gromyko geführt, bei dem sie einander Landkarten vorgelegt hätten, in denen bestehende und künftige Nuklearwaffensysteme verzeichnet gewesen seien: „Es gab eine lange, sehr sachliche Unterhaltung über alle damit verbundenen Aspekte. Gromyko schien mir ernstlich beunruhigt; ich hatte jedoch den Eindruck, daß er auch meine tiefe Besorgnis ernst nahm. Er blieb dabei, der bevorstehende NATO-Beschluß werde die Grundlagen für Verhandlungen zerstören. Aber es kam mir so vor, als befriedige ihn dieses Festhalten an seiner offenbar in Moskau festgelegten Linie innerlich nicht; er wirkte auf mich zum ersten Mal etwas ratlos. Zum Schluß fragte er mich, was er dem Generalsekretär sagen könne.“ Er, Schmidt, habe geantwortet, die Bundesregierung werde alles tun, „um die bevorstehenden Verhandlungen zum Erfolg zu führen; ich glaubte nicht, daß ein Beschluß über Gegenmaßnahmen die Verhandlungsgrundlagen zerstöre. Gerne käme ich im Frühjahr nach Moskau; ich wolle auch weiterhin das deutsch-sowjetische Verhältnis pflegen und ausbauen.“ Vgl. SCHMIDT, Menschen, S. 105.

BM Genscher fragte, ob die Sowjetunion Bedingungen für die Verhandlungsaufnahme stelle. Herr Bahr antwortete „nein“. Es gehe um eine faktische Nicht-Stationierung auf westlicher Seite und eine einseitige faktische Nicht-Weiterstationierung auf östlicher Seite. Der Bundeskanzler warf ein, er selbst habe in seiner Rede am Samstag in Köln betont, daß es hierüber keine Vereinbarungen geben dürfe.⁶

Der Bundeskanzler meinte, Herr Bahr solle noch einmal mit dem sowjetischen Gewährsmann sprechen und darauf hinwirken, daß, wenn die Sowjets sich in der Frage der Verhandlungsaufnahme bewegen wollten, dies bald offiziellisiert werden müsse. Am besten wäre eine einseitige sowjetische Erklärung der Verhandlungsbereitschaft bei dem Bundeskanzler-Besuch in Moskau. Vorher müsse sichergestellt werden, daß die Sowjets keine Bedingungen stellen. Das solle van Well herausfinden. Wenn die Sowjets Bedingungen stellen wollten, dann solle dies nicht beim Bundeskanzler-Besuch geschehen.

BM Genscher setzte sich für eine einseitige Erklärung der Sowjetunion über Verhandlungsbereitschaft ein, wie dies beim NATO-Beschluß⁷ vorgesehen worden sei. Die Einführung materieller Gesichtspunkte auf Gegenseitigkeit sei inakzeptabel. Wir könnten mit der Sowjetunion keine substantiellen Gespräche führen. Auch hier wollten wir keine Singularisierung.

BM Genscher betonte, daß keine Vergleichbarkeit gegeben sei zwischen östlicher und westlicher Nicht-Dislozierung. In der Sowjetunion produzierte SS-20 ständen automatisch in Schußweite, während amerikanische Systeme erst in Europa disloziert werden müßten, um die Sowjetunion zu erreichen.

BM Apel ergänzte, jede Zusage der Nicht-Dislozierung auf westlicher Seite würde in den USA zu einer Tendenz der Nicht-Produktion führen.

van Well

VS-Bd. 14091 (010)

⁶ In der Presse wurde berichtet, Bundeskanzler Schmidt habe bei einer sicherheitspolitischen Tagung der SPD-Bundestagsfraktion am 19./20. April 1980 in Köln davor gewarnt, „daß beide Weltmächte in der aktuellen Krisenlage über keine ‚überzeugende Kriegsvermeidungsstrategie‘ verfügten“. Schmidt habe die Bedeutung des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 unterstrichen, zugleich aber „seinen vor einer Woche in Hamburg dazu gemachten Vorschlag“ bekräftigt. Vgl. den Artikel „Schmidt: Entscheidung anderer nicht sprachlos hinnehmen“; DIE WELT vom 21. April 1980, S. 1.

⁷ Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 10.

126

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Citron**220-370.73/10-610^I/80 VS-vertraulich****22. April 1980**Herrn Staatssekretär¹

Zweck der Vorlage: Zur Information

Betr.: Hamburger Äußerungen des Bundeskanzlers²;
hier: britische Demarche im BundeskanzleramtAnl.: 1 (220-610/80 VS-vertr.)³

Ein Vertreter der britischen Botschaft unterrichtete uns am 21.4.1980 über eine Vorsprache des Geschäftsträgers Goodall bei MD v. Staden am 18.4., bei der britische Seite ihre Besorgnis über die möglichen Auswirkungen der Äußerungen des Bundeskanzlers zum Ausdruck gebracht habe.

London sehe vor allem die Gefahr, daß man in der Erklärung des Kanzlers ein Moratoriumsangebot sehen könne, das Auswirkungen auf andere Bündnispartner – wie z. B. Belgien⁴ – haben könne.

Gesandter Goodall habe ursprünglich um Klarstellung bitten wollen, dies sei jedoch nicht mehr nötig gewesen, nachdem die Botschaft vor der Demarche bereits den Text der Erklärung des Bundeskanzlers vor der Landespressekonferenz in Düsseldorf vom 17.4.⁵ erhalten habe.

¹ Hat Staatssekretär van Well am 30. April 1980 vorgelegen.

² Zu den Äußerungen des Bundeskanzlers Schmidt am 11. April 1980 vor der Landesdelegiertenkonferenz der SPD in Hamburg vgl. Dok. 111.

³ Dem Vorgang beigelegt. Für das britische Non-paper vgl. VS-Bd. 11343 (220).

⁴ Zur Haltung Belgiens zur Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 102.

Referat 220 vermerkte am 18. April 1980: „Der belgische Außenminister Simonet hat bei einem Abschiedessen Botschafter Limbourg auf die Hamburger Äußerungen des Bundeskanzlers hingewiesen und betont, daß er befürchtete, daß daraus auch für die noch erforderliche belgische Entscheidung über den Beginn der Vorbereitungen für die Dislozierung von LRTNF Probleme entstehen können. Er hat gebeten, mit dem Bundeskanzler auf der Bilderberg-Konferenz über das Thema sprechen zu können.“ Vgl. VS-Bd. 11343 (220); B 150, Aktenkopien 1980.

Bundeskanzler Schmidt legte Simonet am 19. April 1980 in Aachen dar, bei Verabschiedung des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 sei betont worden, daß drei Jahre Zeit zum Verhandeln blieben, was die UdSSR bislang aus Prestige Gründen abgelehnt habe: „Er, der Bundeskanzler, versuche nun, der Sowjetunion eine Gesichtswahrung zu ermöglichen. Wenn die USA erklärten, sie könnten vor 1983 nicht dislozieren, sehe das nach gleichem Verhalten der Amerikaner und der Sowjetunion aus. Es handle sich nur um eine Frage der Präsentation. Simonet stimmte zu, es handle sich in der Tat um cosmetics.“ Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Höynck, Bundeskanzleramt, vom 22. April 1980; Referat 201, Bd. 120239.

⁵ Bundeskanzler Schmidt legte am 17. April 1980 dar, daß entsprechend dem NATO-Doppelbeschuß vom 12. Dezember 1979 eine Modernisierung der Mittelstreckensysteme erst ab 1983 erfolgen werde: „In diesen drei Jahren, die die USA noch brauchen, bevor sie die erste moderne Mittelstreckenwaffe einsatzfähig aufstellen können, kann die Sowjetunion ihren großen Vorsprung im Mittelstreckenbereich weiter ausbauen.“ Er habe deshalb den Gedanken vorgetragen, „daß auch die Sowjetunion in den nächsten drei Jahren keine weiteren modernen Mittelstreckenwaffen disloziert, wie das im Westen schon der Fall ist. Ich habe dafür ausdrücklich drei Jahre zur Erwägung gestellt. Für diese Zeit gilt dann auf beiden Seiten: Man verhandelt, aber man disloziert nicht. M. E. wäre das eine für beide Seiten faire Lösung. Wohlgermerkt, unterbleiben würde in den drei Jahren nur das, was

Die britische Regierung habe die schnelle Klarstellung durch die Bundesregierung auch im Hinblick auf die Lage in Belgien mit Genugtuung zur Kenntnis genommen.

Der Vertreter der britischen Botschaft überreichte dann den als Anlage beigegeführten Text, der am 18.4. Herrn MD v. Staden übergeben worden war. (Text enthält britische Überlegungen für eine Klarstellung in der Öffentlichkeit.)

Er wies sodann auf die von Mr. Goodall geäußerte Besorgnis hin, daß eine – auch stillschweigende oder informelle – Übereinkunft, die Dislozierung auszusetzen, die Gefahr impliziere, die bestehende Disparität festzuschreiben. Auch würde ein Dislozierungsmoratorium die sowjetische Weiterrüstung kaum behindern, da bei fortlaufender Produktion die Dislozierung der SS-20-Raketen nur wenig Zeit verlange.

Britischer Vertreter berichtete, daß MD v. Staden die Ausführungen des Bundeskanzlers in ihrem Kontext erläutert und betont habe, daß die Bundesregierung sich in voller Übereinstimmung mit der von der Allianz verfolgten Linie befinde.⁶

Citron

VS-Bd. 11343 (220)

Fortsetzung Fußnote von Seite 665

man auch wirksam verifizieren kann, d. h. das einsatzfähige Aufstellen der Waffen.“ Ziel seines Vorschlags sei es, „den Weg zu ebnen für Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen zwischen den USA und der Sowjetunion. Unsere Erwägungen stehen ersichtlich in jeder Beziehung auf dem Boden des von uns selbst mit herbeigeführten Doppelbeschlusses vom Dezember 1979, an dem wir mit Nachdruck festhalten.“ Vgl. die Anlage zur Aufzeichnung des Referats 220 vom 18. April 1980; VS-Bd. 11343 (220); B 150, Aktenkopien 1980.

Referat 220 vermerkte am 18. April 1980, Schmidts Ausführungen vom Vortag seien zusammen mit einer darauf beruhenden Weisung an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel und an alle Botschaften in den NATO-Mitgliedstaaten übermittelt worden: „Beide Texte wurden heute von unserer NATO-Vertretung in Brüssel zirkuliert. Damit dürfte es möglich sein, der im Bündnis entstandenen Unruhe entgegenzuwirken.“ Vgl. VS-Bd. 11343 (220); B 150, Aktenkopien 1980.

⁶ Botschafter Hermes, Washington, teilte am 21. April 1980 mit, er habe dem Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Vest, die Erklärung des Bundeskanzlers Schmidt vom 17. April 1980 und die Sprachregelung der Bundesregierung übergeben. Vest habe festgestellt, „daß es hier keinerlei Zweifel gebe, daß die Bundesregierung fest zu den TNF-Beschlüssen stehe“. Über die Reaktionen europäischer NATO-Mitgliedstaaten habe Vest ausgeführt, der in Washington weilende belgische Außenminister Simonet „habe die ernste Sorge geäußert, daß die ursprüngliche Erklärung des Bundeskanzlers es ihm sehr viel schwerer machen werde, den TNF-Beschluß in Belgien durchzusetzen. Die späteren Erläuterungen des Bundeskanzlers und das Gespräch in Aachen habe [Simonet] als nützlich bezeichnet.“ Aus den Niederlanden und Italien sei „wie bisher keine Reaktion bekannt“, während die britische Regierung bestürzt reagiert habe: „Näheres führte Vest nicht aus.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1669; VS-Bd. 10328 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

127

Botschafter Schmidt-Dornedden, Beirut, an das Auswärtige Amt

114-2921/80 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 227
Citissime

Aufgabe: 22. April 1980, 15.30 Uhr¹
Ankunft: 22. April 1980, 17.04 Uhr

Betr.: Informationen über deutsche Terroristen

Bezug: 1) DB Nr. 224 vom 21.4.1980 – 530.36 VS-v²
2) FS aus BKA Nr. 6159 vom 19.4.1980³

1) Informant rief am Abend des 21.4. wie verabredet (vgl. DB Nr. 217 vom 17.4.1980⁴) bei BKA-SG-Beamten Köhler an und suchte kurz später – nachdem Herr Köhler nach Absprache mit mir Treffen außerhalb Botschaftsgebäudes abgelehnt hatte – auf.⁵ Er war – wie von ihm angekündigt – bewaffnet, legte aber Waffe ab (38er-Colt).

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lohse am 23. April 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Platz verfügte.

² Botschafter Schmidt-Dornedden, Beirut, übermittelte das Fernschreiben Nr. 2197 des Bundeskriminalamts vom 19. April 1980 an die Botschaft in Beirut. Darin hieß es: „Eine nähere Bewertung der Informationen ist erst nach Überprüfung einer Reihe von Einzelangaben sowie Abklärung der Person des angeblichen Khalid Jihad möglich. Besonderes Interesse besteht an dem Namen der deutschen Freundin sowie der genauen Adresse der Plambeck. Khalid Jihad sollte bei einer erneuten Kontaktaufnahme zunächst veranlaßt werden, weitere Beweise für die Richtigkeit seiner Identität und seiner Informationen zu liefern.“ Vgl. VS-Bd. 10798 (511); B 150, Aktenkopien 1980.

³ Für das Fernschreiben des Bundeskriminalamts vgl. VS-Bd. 11146 (310).

⁴ Botschafter Schmidt-Dornedden, Beirut, berichtete, ein Mann habe sich in der Botschaft über den Verbleib einer Freundin aus der Bundesrepublik erkundigen wollen und sich dabei als „Mitglied der Gruppe des PFLP-Dissidenten Wadi Haddad (gest[orben] 1978)“ vorgestellt, der in Irak und der Demokratischen Volksrepublik Jemen (Südjemen) Terroristen aus der Bundesrepublik ausgebildet habe, nun aber aussteigen wolle. Der Informant nenne sich Khalid Jihad und fordere „als Gegenleistung für detaillierte Informationen über deutsche Terroristen“ eine Arbeitsstelle: „Geld (Belohnung) interessiere ihn als solches nicht!“ Jihad habe Informationen über mehrere auf dem Fahndungsplakat der Botschaft abgebildete Personen angeboten. Von vorgelegten 37 Lichtbildern habe er zehn Personen wiedererkannt und Aussagen zu deren Lebensverhältnissen und Aufenthaltsort gegeben, so über Peter-Jürgen Boock, „Carlos“ (Ilich Ramírez Sánchez), Hans-Joachim Klein, Jörg Lang, Angela Luther, Brigitte Mohnhaupt, Juliane Plambeck und Inge Viett: „Informant betonte, er könne wesentlich wertvollere Informationen beibringen, wenn ihm eine Arbeitsstelle besorgt werde. Botschaftsangehörige wiesen Informanten darauf hin, daß sie in dieser Hinsicht keinerlei Versprechungen machen könnten. Eventuelle Zusammenarbeit mit zuständigen deutschen Stellen sei allenfalls denkbar, falls er nachprüfbar Informationen beschaffen könne.“ Diese habe der Informant, der eine Angabe von Adresse oder Telefonnummer abgelehnt habe, ebenso angekündigt wie einen Telefonanruf am 21. April 1980, „falls er (der Informant) zu diesem Zeitpunkt nicht gerade in Paris sei“. Schmidt-Dornedden resümierte: „Informant hinterließ Eindruck eines intelligenten und ernstzunehmenden, jedoch undurchsichtigen und möglicherweise gefährlichen Mannes. Wichtigtuerei als Grund für seinen Besuch in der Botschaft scheidet allem Anschein nach aus, jedoch kann auch Anliegen, Arbeitsstelle zu suchen, nicht als ausreichendes Motiv für angebliche Aussagebereitschaft gewertet werden. Botschaft hält es eher für wahrscheinlich, daß Informant im Auftrag eines Dienstes (wobei an die verschiedensten Seiten zu denken ist) vorsprach, um Reaktionen und/oder Kenntnisstand auf unserer Seite zu testen bzw. um sich Möglichkeit zu verschaffen, nach Vertrauenserweckung Fehlinformationen an uns weitergeben zu können.“ Vgl. VS-Bd. 11146 (310); B 150, Aktenkopien 1980.

⁵ So in der Vorlage.

2) Bei anschließendem Gespräch zwischen Informanten einer- und LR Erbel sowie Herrn Köhler andererseits wurde Informant nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen, daß Botschaft im Libanon keinerlei Aufklärungsarbeit betreiben und daher Hinweise auf etwa in Beirut befindliche deutsche Terroristen höchstens entgegennehmen, aber nicht selbst nachprüfen könne. Botschaft könne lediglich Informationen an zuständige Stellen in der Bundesrepublik weiterleiten. Eine eventuelle Zusammenarbeit zwischen Informant und dt. Behörden könne allenfalls entstehen, wenn Informant Hinweise gebe, die von deutschen Behörden überprüft werden könnten.

Informant nahm Zurückhaltung der Botschaft und ihre Beschränkung auf passive Rolle nur widerstrebend zur Kenntnis.

3) Informant machte im Verlauf des Gesprächs folgende Angaben:

a) Von „einem Deutschen“ habe er erfahren, daß sich in 8000 München 90, Gernersheimerstr. 33, ein „nachrichtendienstliches Trainings-Zentrum“ befinde. Ebenfalls in München, im „St. Donata-Laboratorium“ (lautliche Schreibweise) sei ein Ausbildungszentrum für Jemeniten untergebracht.

b) Plambeck befinde sich nach wie vor in Beirut an ihm bekannten Ort. Anmerkung: Aus Sicherheitsgründen kann Botschaft keinen Beamten mit Informanten mitgehen und sich von diesem Wohnung zeigen lassen. Adressenangabe allein würde bei hiesigen Ortsverhältnissen nichts nutzen.

c) Seine (des Informanten) deutsche Freundin, die er im Südjemen kennengelernt habe, sei 1978 am Flughafen Paris-Orly mit gefälschtem iranischem Paß auf den Namen „Nawa'i“ festgenommen worden.⁶ Ihren wirklichen deutschen Namen kenne er nicht, er habe sie stets „Maha“ (arabischer Vorname) genannt.

Informant legte großen Wert auf Feststellung, daß „Maha“ nie in irgendwelche TE⁷-Straftaten verwickelt gewesen sei.

Rechtsanwalt (welcher?) seiner Freundin habe vor kurzem bei Bassam Abu Sharif (Sprecher der PFLP) in Beirut angerufen und ihm (dem Informanten) ausrichten lassen, Freundin wolle in etwa vier Monaten nach Beirut kommen.

Hierzu gab Informant erläuternd an, er arbeite z. Z. noch mit PFLP zusammen und übernachtete gelegentlich in Wohnung Bassam Abu Sharifs.

d) Erneut auf sein Motiv für Aussagebereitschaft angesprochen, gab Informant jetzt an, er wolle erfahren, wie es seiner Freundin gehe, und erwäge, zu ihr nach Deutschland zu ziehen, um evtl. auch dort zu arbeiten. Zwar brauche er auch

⁶ In der Presse wurde berichtet: „Marion Folkerts, die Frau des als mutmaßlicher Terrorist in Untersuchungshaft einsitzenden Uwe Folkerts, die nach Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden ebenfalls an den Mordtaten gegen Buback, Ponto und Schleyer mitgewirkt haben soll, ist am Donnerstag in Paris festgenommen worden. Sie war mit einem gefälschten iranischen Paß und einem falschen Paß Malτας mit einem Flugzeug aus dem Nahen Osten gekommen.“ Vgl. den Artikel „Fahndungserfolg in Paris“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 28. Mai 1978, S. 1.

Am 17. Oktober 1979 wurde Folkerts zu zwei Jahren und drei Monaten Freiheitsstrafe verurteilt. Dazu hieß es: „Das in Stuttgart-Stammheim tagende OLG, das die eineinhalbjährige Untersuchungshaft der Angeklagten auf die Haftdauer anrechnete, sah es als erwiesen, daß Frau Folkerts seit 1978 zwei gefälschte Pässe benutzt habe. [...] Die Staatsanwaltschaft hatte den Vorwurf der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung fallengelassen und drei Jahre Haft gefordert.“ Vgl. den Artikel „Haft für Frau Folkerts“; DIE WELT vom 18. Oktober 1979, S. 2.

⁷ Terror.

Geld, dies sei aber kein wichtiger Punkt. Arbeit (deren Beschaffung er im letzten Gespräch als Hauptwunsch geäußert hatte) im Libanon könne er auch selbst finden.

4) Informant erklärte sich bereit, Paßphoto seiner Freundin zur Weiterleitung an deutsche Behörden zur Verfügung zu stellen. Übergabe könne aber nur an drittem Ort erfolgen, da es ihm zu gefährlich sei, erneut Botschaft aufzusuchen.

Botschaftsangehörige lehnten „konspirative Treffen“ außerhalb der Botschaft ab, da dies nicht mit ihrer Tätigkeit zu vereinbaren sei. Um jegliche Gefährdung für Begleitschutzbeamten auszuschließen, kam auch für heute, 13 Uhr, vorgeesehenes Treffen zur Bildübergabe in Supermarkt in Botschaftsnähe auf meine Weisung nicht zustande. Informant legte Bild und Munition (im Umschlag) statt dessen soeben – nach Sichtkontakt mit Herrn Köhler (vom Balkon des Botschaftsgebäudes aus) – gegenüber Botschaftseingang ab, wo Kuvert von Herrn Köhler aufgenommen wurde.⁸ Weitere Kontakte sind nur möglich, wenn sich Informant telefonisch bei Botschaft meldet.

5) Informant wurde während Gespräch am 21.4. Flasche Bier mit Trinkglas angeboten. Beide Gegenstände, die von ihm mehrfach berührt wurden, werden zur Sicherung der Fingerabdrücke mit nächstem Luftbeutel zur Weiterleitung an BKA Wiesbaden übersandt. Mit gleicher Sendung werden ferner übersandt:

- Paßphoto des Informanten,
- Paßphoto seiner deutschen Freundin,
- zwei Patronen aus der Waffe des Informanten,
- vom Informanten hinterlassene Zigarettenschachtel Marke „Gitanes“.⁹

[gez.] Schmidt-Dornedden

VS-Bd. 10798 (511)

⁸ Vortragender Legationsrat I. Klasse Lohse vermerkte am 28. April 1980, Referat 511 halte die Aktivitäten der Botschaft in Beirut für bedenklich: „Unabhängig davon, ob eine solche Tätigkeit innerhalb oder außerhalb der Botschaft wahrgenommen wird, dürfte sie kaum mit den diplomatischen Aufgaben in Einklang zu bringen sein. Eine persönliche Gefährdung der betreffenden Beamten ist nicht auszuschließen.“ Es müsse eine Möglichkeit gefunden werden, „diese Art von Aufklärungsarbeit aus der Botschaft zu verlagern“. Vgl. VS-Bd. 9732 (110); B 150, Aktenkopien 1980.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Graf von der Schulenburg notierte dazu am 29. April 1980, Referat 110 teile zwar die Auffassung von Referat 511 über eine mögliche Gefährdung der Botschaftsangehörigen. Die Mitarbeiter der Botschaft sollten sich weiter „jeder eigenen Ermittlungstätigkeit enthalten und nur Informationen entgegennehmen“ sowie sich von „konspirativen Treffen“ fernhalten: „Andererseits muß davon ausgegangen werden, daß die Informationen der Botschaft für das BKA wichtig sein können und daß Amtshilfe geleistet werden sollte, soweit dies der Botschaft ohne eigene Gefährdung und ohne Belastung ihres diplomatischen Status möglich ist. Aus hiesiger Sicht wird anheimgestellt, dem BKA häufigere Reisen nach Beirut nahezulegen, um die Botschaft von sie gefährdenden Tätigkeiten zu entlasten. Ob eine Weisung an die Botschaft, sich jeglicher derartiger Tätigkeit für das BKA zu enthalten, möglich ist, entzieht sich meiner Kenntnis, da ich die Vereinbarungen zwischen BKA und Auswärtigem Amt auf diesem Gebiet nicht kenne.“ Vgl. VS-Bd. 9732 (110); B 150, Aktenkopien 1980.

⁹ Botschaftsrat Altenburg, Beirut, teilte am 24. Mai 1980 mit, am Vortrag sei es zu einem weiteren Kontakt zwischen dem Mitarbeiter des Bundeskriminalamts, Köhler, und dem Informanten gekommen. Dieser halte „Bewegung deutscher Terroristen, die sich z. Z. im Mittleren Osten befinden, für nicht wahrscheinlich“. Nach der Verhaftung von Sieglinde Hofmann und vier Angehörigen der „Bewegung 2. Juni“ am 5. Mai 1980 in Paris wolle man zuerst Ruhe einkehren lassen: „Da laut Presse Spur für Aktion in Paris aus dem Südjemen stamme, sei vor einigen Tagen Führer PFLP-Gruppe ‚Aden‘ hier in Beirut eingetroffen, um zu besprechen, wer Verantwortung für Panne trage. [...] Auf konkrete Fra-

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Pöhlmann

221-372.00-614/80 VS-vertraulich

23. April 1980¹

Betr.: Hausbesprechung des Herrn StS² am 18.4.1980 über Stand und Aussichten der MBFR-Verhandlungen

Der Herr StS hielt am 18.4.1980 eine Hausbesprechung zum Stand und zu den Aussichten der MBFR-Verhandlungen, an der Herr Dg22, Herr Botschafter Dr. Jung, Herr Dr. Hofstetter (201) und der Unterzeichnende teilnahmen. Zur Diskussion standen folgende Einzelfragen;

1) Sitzung des Unterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle des Deutschen Bundestages am 16.4.1980

Dg22 berichtete über die von einigen Abgeordneten erhobenen Vorwürfe:

– Nichterhöhung (Freeze):

Westen sollte Entgegenkommen zeigen. Um ein gelegentliches Gespräch mit dem Herrn Bundesminister und dem BMVg³ wurde gebeten.

Dg22: Freeze wäre unter bestimmten Voraussetzungen verhandlungstaktische Option, doch nicht jetzt, da dann keine östliche Bereitschaft in der Datenfrage zu erreichen wäre.⁴

– Uneinigkeit der westlichen Verhandlungspartner in Wien:

Dg22: Die beim Besuch der Delegation des Unterausschusses in Wien zutage

Fortsetzung Fußnote von Seite

ge von Herrn Köhler, ob seitens PFLP Aktionen oder Ausspähungen gegen deutsche Einrichtungen bzw. Botschaften allgemein oder in Beirut insbesondere ins Auge gefaßt seien, erklärte Informant, daß ihm davon nichts bekannt sei.“ Gegebenfalls werde er umgehend über solche Planungen berichten: „Da Kontaktaufnahme zu Herrn Köhler dem Informanten unter den derzeitigen Umständen zu gefährlich erscheint, er aber mit keiner anderen Person verhandeln möchte, schlägt er Anmietung eines kleinen Apartments vor, für das er einen Schlüssel und Herr Köhler zweiten Schlüssel erhalten solle. [...] Informant hat Eindruck, bisher keiner Verdächtigung seitens PFLP ausgesetzt zu sein. Für den Fall, daß er ‚auffliege‘, bittet Informant um Möglichkeit, dann sofort Herrn Köhler verständigen zu können und anderer, von Herrn Köhler benannter Kontaktperson seinen irakischen Paß an vereinbarter Stelle zu übergeben, um so in kürzester Zeit Visum für Bundesrepublik Deutschland zu erhalten und sich dorthin absetzen zu können.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 269; VS-Bd. 11146 (310); B 150, Aktenkopien 1980.

¹ Hat Botschafter Ruth am 30. April 1980 vorgelegen.

² Friedrich Ruth.

³ Günther van Well.

⁴ Vortragender Legationsrat von Jagow notierte am 17. April 1980, Botschafter Ruth habe am Vortag im Unterausschuß für Abrüstung und Rüstungskontrolle des Bundestags dargelegt: „Es mache keinen Sinn, ein Einfrieren zu vereinbaren, solange über das, was einzufrieren ist, keine Einigung besteht. Das westliche Angebot einer Nichterhöhungszusage von 1974 war auf die Voraussetzung der Dateneinigung gegründet. Die westliche Bereitschaft, die Dateneinigung zunächst auf Amerikaner und Sowjets zu beschränken, habe die notwendige Konsequenz, daß damit die Voraussetzung für eine Nichterhöhungszusage entfalle. [...] Es gebe bisher keine Äußerung der SU, daß sie zu einem Einfrieren auf der Grundlage vereinbarter Daten bereit wäre. Das sowjetische Interesse am Einfrieren sei eines der wenigen Mittel, die SU zu einer Dateneinigung zu bringen; bevor die SU sich bereit erklärt, gegen eine Nichterhöhungszusage echte Daten herzugeben, sei es verhandlungstaktisch zu früh, westlicherseits über Bewegung in diesem Punkt zu reden.“ Vgl. VS-Bd. 11438 (221); B 150, Aktenkopien 1980.

getretene Uneinigkeit sei bedauerlich, nach außen hin werde jedoch klar die in der NATO festgelegte Position vertreten.

- Bilaterale amerikanisch-sowjetische Gespräche im Mai 79⁵:

Amerikaner hätten gegenüber den Sowjets gewisse Verpflichtungen abgegeben, sich bei den Bündnispartnern für einen Freeze zu verwenden.

Dg22: Wir haben unsere Botschaft Washington gebeten, Amerikaner um Klärung zu bitten.⁶

StS: Träfe Aussage zu, könnte dies nicht ohne Konsequenz bleiben; unser Vertrauen in Botschafter Dean wäre beeinträchtigt.⁷

⁵ Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), berichtete am 21. März 1980, beim Besuch des Unterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle des Bundestags in Wien vom 11. bis 13. März 1980 habe sich gezeigt, „daß in den sowjetisch-amerikanischen Sondierungsgesprächen zur Vorbereitung des Gipfels vom 18. Juni 1979 in Wien die Frage des Freeze in den MBFR-Verhandlungen eingehender behandelt worden ist, als uns bisher bekannt war“. Am 12. März 1980 habe der Leiter der sowjetischen MBFR-Delegation, Tarassow, gegenüber den Abgeordneten des Bundestags erklärt, „in den bilateralen Gesprächen von 1979 hätten die USA denselben Freeze in Aussicht gestellt, den der Westen insgesamt nun ablehne und stattdessen nun auch noch ein System von begleitenden Maßnahmen anhängen. Als MdB Pawelczyk insistierte, das Freeze-Angebot sei ja wohl mit der Klärung der Datenfrage verbunden gewesen, antwortete Tarassow sehr pointiert, dies sei nicht der Fall gewesen und im übrigen hätten damals die Amerikaner erklärt, sie würden dafür sorgen, daß sich auch die Deutschen an einem solchen Freeze beteiligten.“ Der Leiter der amerikanischen MBFR-Delegation, Dean, habe den Abgeordneten am selben Tag erklärt, in Washington habe man „damals die Möglichkeit eines Freeze nach einer Einigung allein über sowjetische Daten von amerikanischer Seite für akzeptabel gehalten und dies den Sowjets gegenüber auch zum Ausdruck gebracht“. Jung folgerte: „Es bleibt festzuhalten, daß wir von den Amerikanern bisher nicht davon unterrichtet worden waren, daß sie bei den amerikanisch-sowjetischen Sondierungsgesprächen im April/Mai 1979 sich für einen vorgezogenen Freeze ausgesprochen haben. Es ist ein Unterschied, ob Washington im Bündnis eine Präferenz für einen vorgezogenen Freeze äußert oder ob Washington diese Auffassung den Sowjets mitteilt, ohne uns vorher zu informieren und Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Für die Sowjets ist diese Haltung auch für die laufenden Verhandlungen eine Ermunterung, weiterhin auf einem vorgezogenen Freeze zu bestehen.“ Offen bleibe, ob die USA tatsächlich erklärt hätten, dafür sorgen zu wollen, daß die Bundesregierung sich an einem Freeze beteilige: „Ich persönlich halte das für möglich; Dean hat dazu keine Stellung genommen.“ Vgl. den nicht nummerierten Schriftbericht; VS-Bd. 11451 (221); B 150, Aktenkopien 1980.

⁶ Vortragender Legationsrat I. Klasse Holik bat die Botschaft in Washington am 8. April 1980, zu klären, „wieweit die amerikanische Seite damals – natürlich vorbehaltlich der Genehmigung durch die Verbündeten – auf sowjetische Vorstellungen in dieser Frage eingegangen ist“. Zwar treffe zu, „daß die amerikanische Seite beim Trilateral im September 79 in einem informellen Papier einen Freeze nach einer Teildateneinigung vorgeschlagen hat. Dies wurde jedoch bei der Präsentation des Papiers ausdrücklich nicht als offizielle amerikanische Haltung dargestellt. Außerdem fehlte jeder Hinweis auf etwaige vorherige amerikanische Festlegungen gegenüber der Sowjetunion.“ Vgl. den nicht nummerierten Schrifterlaß; VS-Bd. 11451 (221); B 150, Aktenkopien 1980.

⁷ Botschafter Hermes, Washington, teilte am 23. Mai 1980 mit, der Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium, Kahan, habe mitgeteilt: „Richtig sei, daß in internen amerikanischen Überlegungen der Freeze-Gedanke nach einer Teildateneinigung geprüft und nicht von vornherein völlig verworfen worden sei. Doch sei dies selbstverständlich zu keinem Zeitpunkt als Position in die Gespräche mit den Sowjets eingeführt worden. Man wisse amerikanischerseits sehr genau, daß wir einen solchen Freeze nicht akzeptieren könnten. Während der Sondierungsgespräche sei nichts gesagt worden, was in dieser Hinsicht den Sowjets ein falsches Bild hätte vermitteln können.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 828; VS-Bd. 11451 (221); B 150, Aktenkopien 1980.

Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), konstatierte am 25. Juni 1980, die Aussage Kahans stehe im Widerspruch zu Äußerungen des Leiters der amerikanischen MBFR-Delegation: „Deans Beherrschung der Materie bis in letzte Details und sein gutes Gedächtnis sprechen dafür, daß seine Äußerung, über deren Tragweite er sich im klaren sein mußte, korrekt war. Dem State Department seinerseits mußte eine solche Äußerung unangenehm sein. [...] Dem für unsere Verhandlungsführung wichtigen Anliegen, die Amerikaner wissen zu lassen, daß wir sehr wohl bemerkt haben, daß sie uns nicht voll informiert hatten, ist durch unsere Vorsprache im State Department und durch

2) Frage der Anrechnung der einseitigen sowjetischen Truppenabzüge⁸ bei MBFR:

Botschafter Jung legte Vor- und Nachteile eines Eingehens auf östliche Forderungen dar.

Vorteile:

- gewisser Einstieg der SU in die Datenfrage;
- sowjetische Anerkennung einiger Elemente der begleitenden Maßnahmen (Durchlaufpunkte mit westlichen Beobachtern, Übergabe von Truppenlisten)⁹;
- sowjetisches Interesse an baldiger Vorabsprache.

Nachteile:

- Anrechnung wäre Anerkennung als Vorleistung;
- Anerkennung, daß Truppen zurückgezogen sind und evtl. in Krisengegend (Afghanistan/Iran) verlegt werden können;
- Anerkennung der propagandistischen Ausnutzung auch im MBFR-Zusammenhang;
- Unmöglichkeit, die bereits vollzogenen Abzüge zu verifizieren, ebenso ist temporäre Verifizierung der noch folgenden, bis zum 6.10.1980 beabsichtigten Reduzierungen kaum zu erreichen.

Dg22: Es gibt zwei Möglichkeiten der Anrechnung:

Abzug bei der Gesamtrechnung oder in Phase-I-Abkommen, was bedeutete, daß SU dann nur noch 10000 Mann abzuziehen hätte; letzteres ist unannehmbar. Wir prüfen diese Frage derzeit, Vorlage ist in Vorbereitung.¹⁰

Fortsetzung Fußnote von Seite 671

die zweifelsohne erfolgte Unterrichtung Deans durch das State Department Genüge getan.“ Vgl. den nicht nummerierten Schriftbericht; VS-Bd. 11451 (221); B 150, Aktenkopien 1980.

⁸ Zum Teilabzug sowjetischer Streitkräfte aus der DDR vgl. Dok. 114, Anm. 6.

⁹ Zu dem im Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 20. Dezember 1979 enthaltenen Paket begleitender Maßnahmen vgl. Dok. 40, Anm. 29.

¹⁰ Botschafter Ruth erörterte am 13. Mai 1980 die Frage der Anrechnung einseitiger Teilabzüge sowjetischer Streitkräfte aus der DDR auf Reduzierung in einem Phase-I-Abkommen bei MBFR. Er empfahl, eine Antwort der bei den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten könne aus einer Kombination folgender Elemente bestehen: „Einseitige Abzüge sowjetischen Streitkräftepersonals aus dem Raum der Reduzierungen werden, wann immer sie erfolgen, spätestens in Phase II Berücksichtigung finden, wenn auf der Grundlage gegenseitig anerkannter Daten festgelegt wird, wie viel beide Seiten reduzieren müssen, damit Parität beim Personal der Landstreitkräfte hergestellt wird. Abzüge, die im Rahmen eines Phase-I-Abkommens berücksichtigt werden sollen, müssen alle Bedingungen dieses Abkommens erfüllen, einschließlich vorheriger Dateneinigung über sowjetische und amerikanische Landstreitkräfte im Raum der Reduzierungen. Falls eine amerikanisch-sowjetische Dateneinigung eine gegenüber Oktober 1979 um 20000 Mann verringerte sowjetische Präsenz ergeben sollte, ist der Westen bereit, dies durch angemessene Verminderung der sowjetischen Reduzierungsquote in Phase I zu berücksichtigen. Der Westen ist darüber hinaus bereit, das noch nicht abgezogene, aber bis Oktober 1980 noch abzuziehende sowjetische Streitkräftepersonal auf die sowjetische Reduzierungsquote in Phase I unter der Voraussetzung anzurechnen, daß dem Westen die Möglichkeit der Kontrolle darüber eingeräumt wird, ob und in welcher Höhe einseitige Abzüge durchgeführt werden und ob die Rückführung bzw. Neueinführung von sowjetischen Streitkräften unterbleibt, ein Eingehen des Westens auf die vom Osten angebotenen temporären Kontrollmaßnahmen Verhandlungen über das vom Westen vorgeschlagene Paket begleitender Maßnahmen nicht ersetzt, eine Einigung über sowjetische und amerikanische Streitkräftepersonal im Raum der Reduzierungen Voraussetzung für ein Phase-I-Abkommen bleibt.“ Vgl. VS-Bd. 11495 (221); B 150, Aktenkopien 1980.

StS: Es wird schwer sein, eine Anrechnung ganz abzulehnen. Anrechnung kann allenfalls in Frage kommen, wenn Phase-I-Abkommen zustande kommt, also Dateneinigung über sowjetische und amerikanische Truppen erzielt wird, aber nur hinsichtlich der Abzüge, die der Westen mittels des temporären und partiellen Verifikationssystems prüfen kann.

3) Nichterhöhung (Freeze):

StS: Wir können Freeze nur bei vollständiger Dateneinigung und bei befriedigender Verifikation akzeptieren; er muß sich auf alle Teilnehmer beziehen. Frage nach Freeze bei partieller Dateneinigung?

Dg22/Botschafter Jung: Dies wäre eine nicht annehmbare westliche Konzession. Interessant ist belgischer Gedanke, eine Situation zu erreichen, wo Freeze erreichbar und verifizierbar ist.¹¹ Es bedarf also eines Verifikationssystems, um verlässlich festzustellen, wie der Bestand an Truppen ist.

4) Datenaktualisierung:

Botschafter Jung: Westliche Teilnehmer sind für positive Antwort auf östlichen Vorschlag einer Datenaktualisierung per 1.1.1980¹², USA allerdings nur bedingt (Forderung nach Divisionszahlen). SU hat Vorschlag am Ende der 20. Verhandlungsrunde¹³ nicht mehr erwähnt; vertraulich wisse man, daß Polen zur Angabe höherer Zahlen bereit sei, SU dies aber nicht zulassen wolle. Polen sei daher nicht unglücklich, daß Westen nicht sofort auf Vorschlag eingegangen sei.

StS: Wir müssen uns für baldigen Datenaustausch einsetzen.

5) Verknüpfung:

StS: Angesichts amerikanischer Vorstellungen einer „Arbeitsteilung im Bündnis“ sei Zusage für Phase II und der 50 %-Gedanke¹⁴ ferner gerückt. Wenn auch die USA keine Truppenabzüge aus Europa pflanzen, so werde eine mögliche Zuführung von amerikanischen Reserven zahlenmäßig geringer werden, so daß Allianzpartner verpflichtet seien, ihren Beitrag zu erhalten.

6) Wohlverhaltensklausel:

StS: Es ist zu überlegen, die Wohlverhaltensklausel der Dezembervorschläge¹⁵ zu konkretisieren, wenn der Osten Gegenleistungen mache.

Dg22 bezweifelt, daß der Herr Minister hierzu bereit sei.

7) Erarbeitung eines Entwurfs des Phase-I-Abkommens:

Dg22: Die vom Osten wiederholt gemachte Anregung, den Text eines Abkommensentwurfs zu erarbeiten, wird zur Zeit geprüft. Es erscheint jedoch fraglich, ob ein Eingehen auf diesen Vorschlag in unserem Interesse liegt, jedenfalls müßte eine Einigung über die Daten Bestandteil sein.

¹¹ Die Wörter „erreichbar und verifizierbar ist“ wurden von Botschafter Ruth gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „an Verifizierung des Bestandes gebunden wäre“.

¹² Zum Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 21. Februar 1980 vgl. Dok. 79.

¹³ Die 20. Runde der MBFR-Verhandlungen fand vom 31. Januar bis 3. April 1980 in Wien statt. Vgl. dazu Dok. 114.

¹⁴ Vgl. dazu die Äußerungen des Bundeskanzlers Schmidt vom 9. März 1979 im Bundestag; Dok. 23, Anm. 10.

¹⁵ Zum Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 20. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 12.

8) Weiteres Vorgehen

StS fordert aggressive Vorschläge angesichts möglichen Besuchs Gromykos in Bonn und Kanzler-Besuchs in Moskau.¹⁶

Dg22/Botschafter Jung:

- Wir werden baldige westliche Antwort auf vorgeschlagene Datenaktualisierung aktiv betreiben.
- Westen wird in Wien darauf drängen, daß der Osten die westlichen Dezembervorschläge beantwortet.
- Westen wird in Wien Fragen zu Einzelheiten der Anrechnungsforderung stellen. Wir werden die Forderung selbst und im Bündnis prüfen (Vorlage ist in Vorbereitung).
- Wir werden Vorschlag, Entwurf eines Phase-I-Abkommenstextes zu erarbeiten, prüfen. (Vorlage wird erarbeitet.)

Pöhlmann

VS-Bd. 11434 (221)

129

Botschafter Ruth an die Botschaft in Washington

220-371.70 USA-606/80 geheim
Fernschreiben Nr. 2301 Plurez
Cito

Aufgabe: 23. April 1980, 10.23 Uhr¹

Betr.: Einseitiger Abzug von 1000 amerikanischen Sprengköpfen aus Europa

1) Die amerikanische Botschaft hat uns am 15.4. auf Arbeitsebene unterrichtet, daß mit dem im NATO-Doppelbeschuß vom 12.12.1979 angekündigten Rückzug der 1000 amerikanischen Kernsprengköpfe² demnächst begonnen werde. Die amerikanische Regierung beabsichtigt, keine öffentliche Erklärung über den Abzug der Kernsprengköpfe abzugeben, u. a. um zu vermeiden, daß der Abzug in der Öffentlichkeit falsch interpretiert werde.³

¹⁶ Der Passus „aggressive Vorschläge ... in Moskau“ wurden von Botschafter Ruth gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „offensives westliches Vorgehen in Wien“.

¹ Durchdruck.

Der Drahterlaß wurde von Vortragendem Legationsrat Ritter von Wagner konzipiert, der am 24. April 1980 handschriftlich vermerkte: „Von H[errn] Citron im Entwurf gebilligt. 201 hat mitgezeichnet.“ Der Drahterlaß wurde vom Bundesministerium der Verteidigung mitgezeichnet.

² Vgl. dazu Ziffer 7 des Kommuniqués der gemeinsamen Tagung der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten vom 12. Dezember 1979; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1975-1980, S. 122. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN 1979, S. 1409 f.

³ Bundesminister Genscher vermerkte dazu am 27. April 1980 handschriftlich auf einer Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Citron vom 22. April 1980: „Könnte sich eher posi-

Für den Fall eines leaks hat uns die amerikanische Botschaft mit der Bitte um Stellungnahme den in Anlage 1 aufgeführten Entwurf einer contingency press guidance zum Abzug der 1000 nuklearen Gefechtsköpfe aus Europa übergeben. Nachstehende Überlegungen, die mit dem BMVg abgestimmt sind, werden wir hier der amerikanischen Botschaft mitteilen. Es wird gebeten, auch dort an geeigneter Stelle unsere Vorstellungen zur Sprache zu bringen und über die amerikanische Reaktion zu berichten.⁴

2) Die Bundesregierung mißt allen Bestandteilen des NATO-Beschlusses vom 12.12.1979 großes Gewicht bei. Dabei sind für sie die verteidigungspolitischen wie die rüstungskontrollpolitischen Zielsetzungen gleichermaßen bedeutend. Die Bundesregierung hält es für wichtig, daß mit dem Beginn des Abzugs von 1000 amerikanischen Sprengköpfen unterstrichen wird, daß der Westen an der Durchführung des Dezemberbeschlusses festhält.

3) Die Durchführung des Abzuges der amerikanischen Sprengköpfe muß aus militärischen und internen Sicherheitsgründen während der Durchführung strikter Geheimhaltung unterliegen. Wir teilen deshalb die amerikanische Auffassung, daß zu diesem Thema in der Öffentlichkeit bis zum Abschluß der Maßnahmen größte Zurückhaltung geboten ist. Eine publizistische Verwertung ähnlich wie beim Rückzug sowjetischer Einheiten und Rüstungen aus der DDR ist wegen der militärischen und politischen Sensibilität der Transporte nuklearer Sprengköpfe nicht möglich.

Wir teilen deshalb die amerikanische Meinung, daß in der Öffentlichkeit zunächst nichts über den o. a. Abzug gesagt werden sollte.⁵

4) Sollte die Presse dennoch davon erfahren, würden wir vorschlagen, wie in Ziff. 1 der Anlage 2 dargestellt, zu argumentieren, d. h. lediglich darauf hinzuweisen, daß es sich bei dem Abzug um die gewissenhafte Implementierung eines Teils des NATO-Beschlusses vom 12.12.79 handelt. Weder der Zeitpunkt noch sonstige Einzelheiten des Abzugs sollten mitgeteilt werden.

5) Die Allianz – HLG oder SCG – sollte sich bald über die politische Nutzung des o. a. Abzugs verständigen. Unserer Auffassung nach sollte dabei die folgende – in Anlage 2 Ziff. 2 dargestellte – Tendenz verfolgt werden:

- Bis zum Abschluß des Abzuges sollten alle Allianzpartner gemäß Ziffer 3 und 4 (oben) verfahren.

Fortsetzung Fußnote von Seite 674

tiv auswirken. SU praktiziert den Abzug ihrer Panzer und Soldaten aus der DDR mit zunächst propagandistischem Erfolg.“ Vgl. VS-Bd. 11339 (220); B 150, Aktenkopien 1980.

⁴ Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 30. April 1980, er habe dem Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium, Gompert, die Vorstellungen der Bundesregierung über eine „contingency press guidance zum Abzug der tausend nuklearen Gefechtsköpfe aus Europa“ dargelegt: „Zur Frage, wie der Abzug – post factum – politisch genutzt werden sollte, meinte Gompert, daß dies zur Zeit schwierig zu bewerten sei, da wichtige politische Probleme in den USA und Europa aufgeworfen werden. Da der Abzug frühestens bis Ende des Jahres abgeschlossen werde, sei noch Zeit, dies genauer zu prüfen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1805; VS-Bd. 11339 (221); B 150, Aktenkopien 1980.

⁵ Vortragender Legationsrat I. Klasse Citron vermerkte am 29. April 1980, das Bundesministerium der Verteidigung habe dazu in einer Ressortbesprechung ausgeführt: „Es sollte vermieden werden, daß die Gegenseite bzw. potentielle Terroristen auf die Depots aufmerksam gemacht werden. Abzug erfolgt aus geheim gehaltenen Depots, in denen auch weiterhin sensitive Munition deponiert wird. Es sollte vermieden werden, engagierten Ökologen und Nuklearwaffengegnern Gelegenheit zu einer Kampagne zu geben, die sich gegen den Transport dieser Waffen richtet.“ Vgl. VS-Bd. 11339 (220); B 150, Aktenkopien 1980.

- Nach Abschluß des Abzuges oder evtl. anläßlich des Abzuges der letzten Gefechtsköpfe sollte von den Bündnispartnern auf die gewissenhafte Durchführung auch dieses Bestandteiles des Dezemberbeschlusses der NATO hingewiesen werden, um damit erneut die Glaubwürdigkeit der Allianzentscheidung hervorzuheben.

Aus rüstungskontrollpolitischer Sicht könnte zudem noch betont werden, daß damit die Gesamtzahl der amerikanischen Nuklearsprengköpfe in Europa insgesamt um 1000 gesenkt wird.

- 6) Wir verstehen die Motive, die zu dem Wortlaut des zweiten Anstrichs des amerikanischen Entwurfs (Anl. 1) geführt haben. Aus politischer Sicht erscheint es uns jedoch nicht angebracht, in einer allgemeinen Erklärung nur die verteidigungspolitischen Aspekte so stark herauszustreichen. Neben der vorrangigen Betonung der Glaubwürdigkeit der Dezemberentscheidung liegt es auch im westlichen Interesse – ohne konkrete Nennung –, zu gegebener Zeit die öffentliche Wirkung des begrenzten sowjetischen Truppenabzugs aus der DDR politisch auszubalancieren.⁶

[gez.] Ruth

Folgt Anlage 1:

„Public explanation:

- At the December 12, 1979 NATO Special Meeting, Foreign and Defence Ministers⁷ decided that, as an integrated part of its decision to deploy new long-range theater forces, 1000 US nuclear warheads should be withdrawn from Europe as soon as feasible. The US now intends to move forward with this withdrawal.
- The Alliance decision was a unilateral step, not contingent upon any unilateral Soviet troop and tank withdrawal. This withdrawal is militarily prudent. It will not reduce the effectiveness of NATO's theater nuclear forces. It will permit a streamlining of their overall stockpile to leave more modern and effective capabilities, facilitate the maintenance of a high level of stockpile security, and provide the basis for greater operational flexibility and efficiency. The 1000 warhead withdrawal is in the overall security interest of the US and its Allies and will contribute to achievement of greater stability in the military balance in Europe.“

⁶ Vortragender Legationsrat I. Klasse Citron vermerkte am 26. Juni 1980, die amerikanische Botschaft habe eine überarbeitete Fassung der Sprachregelung für den Fall eines Bekanntwerdens des Abzugs von 1000 amerikanischen Nuklearsprengköpfen überreicht und erklärt, diese Neufassung „gehe auf Anregungen der Bundesregierung zurück, die dem State Department Mitte Juni von einem Vertreter der Botschaft übermittelt wurden. Washington habe entsprechend unseren Vorschlägen betont, daß der Abzug zeige, daß alle Bestandteile der Dezemberentscheidung, auch der Rüstungskontrolle, implementiert werden.“ Der amerikanische Entwurf betone im zweiten Teil wie bisher den militärischen Nutzen, „um jeden Anschein einer etwaigen Verringerung der Verteidigungsfähigkeit der Allianz durch den Abzug auszuschließen. Eine offizielle Verlautbarung der amerikanischen Regierung über die Aktion sei erst nach dem Abzug der Sprengköpfe vorgesehen. Wir haben darum gebeten, über Zeitpunkt und Text einer etwaigen Erklärung nach Abschluß der Aktion unterrichtet zu werden.“ Vgl. VS-Bd. 11339 (220); B 150, Aktenkopien 1980.

⁷ Zur gemeinsamen Tagung der Außen- und Verteidigungsminister der NATO in Brüssel vgl. AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

Folgt Anlage 2:

„1) Public explanation (only upon question):

a) At the December 12, 1979 NATO Special Meeting, Foreign and Defence Ministers decided that, as an integrated part of its decision to deploy new LRTNF and to propose US-Soviet arms control negotiations involving TNF, 1000 US nuclear warheads should be withdrawn from Europe.

b) This element of the NATO decision of December 12, 1979 is part of the process of implementation involving all other parts of this decision.

c) The Alliance decision to withdraw 1000 nuclear warheads was a unilateral step not contingent upon any unilateral Soviet troop and tank withdrawal. It will not reduce the effectiveness of NATO's TNF. At the same time it underlines that the modernisation programme will not increase NATO's reliance upon nuclear weapons.

d) For reasons of military security no further details can be given.

2) Public explanation to be used by Allies upon conclusion of the withdrawal:

a) At the December 12, 1979 NATO Special Meeting, Foreign and Defence Ministers decided, that, as an integrated part of TNF modernisation and arms control, 1000 US nuclear warheads should be withdrawn from Europe.

b) This part of the NATO decision of December 12, 1979 has been implemented as will be the case with any other part of this decision.

c) This part of the Alliance decision was a unilateral step to underline that the modernisation programme will not increase NATO's reliance upon nuclear weapons.

d) This withdrawal, although militarily feasible, has reduced the number of US nuclear warheads deployed in Europe by the important number of 1000.“

VS-Bd. 11339 (220)

130

Deutsch-polnisches Regierungsgespräch

105-26.A/80 VS-vertraulich

25. April 1980¹

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem Vizepremierminister der Volksrepublik Polen, Herrn Wrzaszczyk, am 25. April 1980 um 9.20 Uhr im Bundeskanzleramt (Teilnehmer: BM Graf Lambsdorff, MD Frau Dr. Steeg, Herr VLR I Dr. Höynck und der Stellvertretende AM Czyrek sowie Botschafter Chyliński); hier: Dolmetscheraufzeichnung

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscherin Hamerlak-Hermesdorf am 29. April 1980 gefertigt.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Höynck, Bundeskanzleramt, übermittelte Vortragendem Lega-

Der Herr *Bundeskanzler* bat, Premierminister Babiuch zu grüßen und ihm in seinem neuen Amt, das von noch größerer öffentlicher Verantwortung sei, Glück und Erfolg zu wünschen.²

Er freue sich, das heutige Gespräch führen zu können, das bereits sein drittes oder viertes Zusammentreffen mit Herrn Wrzaszczyk sei.³ Alle Treffen und Gespräche zwischen Vertretern der Bundesregierung und der Regierung der VR Polen seien von sehr großem Verständnis gekennzeichnet. Die Welt sei seit seinem letzten Zusammentreffen mit Edward Gierek im August auf der Halbinsel Hela keinesfalls freundlicher geworden.⁴ Er wisse, daß die VR Polen und deren Führung wisse, daß die Bundesrepublik Deutschland in der veränderten Weltlage nicht nur vorsichtiges Handeln von den Weltmächten erwartete, sondern sich auch selbst vorsichtiges Handeln auferlegt.

Da die polnischen Gäste gute Freunde seien, bitte er, klar und freimütig sprechen zu dürfen und seine Ausführungen den Frauen und Männern der polnischen Führung zu übermitteln. Er bat, davon überzeugt zu sein, daß sich die Gefühle und die Einstellung der deutschen Seite gegenüber Warschau, dem polnischen Volk und der polnischen Führung um keinen Grad verändert hätten. Er bat ferner, davon überzeugt zu sein, daß sich alle Deutschen, die in dem Prozeß der Zusammenarbeit mit Polen tätig seien, aufrichtig bemühten, um keinen Zentimeter von dieser Haltung abzuweichen. Er gehe davon aus, daß sich auch in den Gefühlen und der Politik der VR Polen der Bundesrepublik gegenüber nichts geändert habe. Es treffe zwar zu, daß man vorsichtiger vorgehen müsse, aber an der Substanz und den inneren Motiven lasse sich nichts deuteln, es habe sich nichts verändert, und es seien auch keine Abstriche gemacht worden, und dies werde auch nicht geschehen, es sei denn, man werde dazu gezwungen.

Wir seien für die Fortsetzung der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Zusammenarbeit und wollten auch das III. Forum Bundesrepublik Deutschland – VR Polen nicht beeinträchtigt sehen. Dieses Forum trage in sehr hohem Maße zu einem besseren gegenseitigen Verständnis bei.⁵

Fortsetzung Fußnote von Seite 677

tionsrat I. Klasse Wallau am 30. April 1980 die Gesprächsaufzeichnung zusammen mit einer weiteren Aufzeichnung vom 28. April 1980 über das Vier-Augen-Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem polnischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Wrzaszczyk am 25. April 1980 „zur Unterrichtung vorbehaltlich der Zustimmung des Herrn Bundeskanzlers“. Für einen Auszug vgl. Anm. 31.

Hat Wallau am 30. April 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Orig[inal] BM als Eingang. 2) Abl[ichtung] beider Vermerke an B[üro]StS. 3) Abl. des Vermerks vom 28.4. an Dg 21, RL 214, D 4, RL 421. 4) Abl. des Vermerks vom 29.4. Dg 21, RL 213, RL 214, RL 204, D 3.“

Hat Bundesminister Genscher am 4. Mai 1980 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14085 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

² Am 18. Februar 1980 wurde der bisherige Stellvertretende Vorsitzende des polnischen Staatsrats, Babiuch, zum Ministerpräsidenten gewählt.

³ Referat 214 vermerkte am 17. April 1980: „Frühere Begegnung am 22. Dez[ember] 1978; am 7./8. Juni 1979 kam Treffen nicht zustande, weil Bundeskanzler sich in USA aufhielt.“ Vgl. Referat 214, Bd. 132944.

⁴ Bundeskanzler Schmidt führte am 17./18. August 1979 auf Hela Gespräche mit dem Ersten Sekretär des ZK der PVAP, Gierek. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 236 und Dok. 237.

⁵ Die Gründung eines deutsch-polnischen Forums wurde während des Besuchs des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, Gierek vom 8. bis 12. Juni 1976 in der Bundesrepublik vereinbart. Vgl. dazu Ziffer VII der Gemeinsamen Erklärung vom 11. Juni 1976 über die Entwicklung der Beziehungen zwi-

Auf die Lage im Iran eingehend, unterrichtete der Herr BK die Gäste über die jüngsten Ereignisse (mißglückter Befreiungsversuch)⁶, die eine Verschärfung der internationalen Lage durchaus denkbar werden ließen. Bisher wisse er noch nichts über die Reaktion des Iran, der SU oder anderer Länder. Es sei jedoch bereits jetzt klar, daß die internationale Situation nicht erleichtert, sondern erschwert werde. Man habe in Warschau vielleicht bereits bemerkt, daß – ohne unsere Bündnistreue den Amerikanern oder anderen Verbündeten gegenüber in Frage zu stellen – die Bundesregierung an der Fähigkeit der Weltmächte Zweifel hege, mit Besonnenheit vorzugehen und die Gefahr eines Krieges zu vermeiden.

Er glaube zu wissen, daß die Führung in Warschau, ähnlich wie die Bundesregierung, an die Grenze dessen gehe, was mit der Loyalität zur UdSSR bzw. zu den USA vereinbar sei, und man beiderseits sehr konkrete Vorschläge unterbreite, um die Situation mit Vorsicht und Umsicht einer Lösung zuzuführen. Der Herr BK verwies auf seine Erklärung zur Lage der Nation und auf seine dortigen Äußerungen zur Intervention der SU in Afghanistan.⁷ Dies wolle er nicht noch einmal wiederholen. Auch die polnische Seite könne auf offizielle Verlautbarungen hinweisen, die ebenfalls nicht zitiert zu werden brauchten.

Die Bundesregierung frage sich, was sie tun könne, um die Gefahr einzudämmen. Er habe im März Carter gesprochen⁸ und werde mit ihm erneut im Juni in Venedig zusammentreffen.⁹ Er sei auch von Breschnew eingeladen worden, doch sei über den Termin noch nichts beschlossen worden.¹⁰

Fortsetzung Fußnote von Seite 678

schen der Bundesrepublik und Polen; BULLETIN 1976, S. 672. Vgl. dazu auch AAPD 1976, I, Dok. 187.

Die erste Tagung des deutsch-polnischen Forums fand vom 13. bis 16. Juni 1977 in Bonn, die zweite vom 16. bis 20. Oktober 1978 in Allenstein statt. Die dritte Tagung des deutsch-polnischen Forums vom 12. bis 15. Mai 1980 in Darmstadt erörterte das Thema „Die Bundesrepublik Deutschland und die Volksrepublik Polen: Die Weiterentwicklung der Beziehungen nach zehn Jahren Warschauer Vertrag im Rahmen des Entspannungsprozesses in Europa“. Vortragende Legationsrätin I. Klasse Finke-Osiander vermerkte am 20. Mai 1980: „Die programmgemäße Durchführung des Forums in insgesamt guter und konstruktiver Atmosphäre, ohne wesentliche Dissonanzen, war in der gegenwärtigen internationalen Lage politisch wichtig.“ Das Forum habe konkrete Anregungen erbracht: „Insbesondere die Vorschläge zur Frage der Schulbuchempfehlungen und zum Jugendaustausch können den Weg dafür öffnen, über fruchtlose Diskussionen hinaus zu praktischen Fortschritten zu gelangen.“ Vgl. Referat 204, Bd. 132891.

⁶ In der Nacht vom 24. auf den 25. April 1980 scheiterte ein militärisches Kommandounternehmen, mit dem die amerikanische Regierung die seit 4. November 1979 als Geiseln festgehaltenen amerikanischen Botschaftsangehörigen in Iran zu befreien versuchte. Vgl. dazu auch Dok. 138.

Präsident Carter unterrichtete Bundeskanzler Schmidt mit Schreiben vom 25. April 1980 über das gescheiterte Unternehmen: „The sole purpose of this mission was to obtain the release of the hostages. The mission was cancelled because of a malfunction and accident involving our aircraft, and those involved in the mission have been withdrawn from Iran. So far as we know there were no Iranian casualties, but unfortunately there were eight American fatalities.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 521 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schenk vom 28. April 1980 an die Botschaft in Washington; VS-Bd. 11109 (204); B 150, Aktienkopien 1980.

⁷ Für den Wortlaut der Ausführungen des Bundeskanzlers Schmidt vom 20. März 1980 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 114, S. 16615–16624.

⁸ Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 4. bis 8. März 1980 in den USA auf. Zu dem Gespräch mit Präsident Carter am 5. März 1980 vgl. Dok. 71.

⁹ Bundeskanzler Schmidt führte mit Präsident Carter am 21. Juni 1980 am Vortag des Weltwirtschaftsgipfels am 22./23. Juni 1980 in Venedig ein Gespräch. Vgl. dazu Dok. 182.

¹⁰ Zum Stand der Planungen für einen Besuch des Bundeskanzlers Schmidt in der UdSSR vgl. Dok. 125, Anm. 2.

Der Herr BK bat den VPM¹¹, ihm in zwei bis drei Wochen Informationen darüber zukommen zu lassen, wie Herr Gierek die Frage des Termins beurteile. Diese Bitte richte sich an niemand anderen, da auch in Bonn die Angelegenheit nur im kleinsten Kreis erörtert werde.

Unsere Völker lebten in tiefer Besorgnis, daß ein Krieg ausbrechen könnte – dies gelte für Polen und Ungarn ebenso wie für Deutsche in der DDR und in der Bundesrepublik. Die Regierungen trügen Verantwortung für das Wohl und das Leid ihrer Völker, und er selbst sei zu äußersten Anstrengungen bereit, um Leid von seinem Volk abzuwenden. Es gehe nicht um die Frage, ob der Breschnew-Besuch von 1978¹² erwidert werden solle oder nicht, vielmehr darum, wann eine solche Reise die größte Aussicht auf Erfolg habe: Jetzt oder zu einem späteren Zeitpunkt. Vor einigen Tagen sei er mit Herrn Günter Mittag aus der DDR zusammengetroffen¹³, den er bis dahin nicht gekannt habe. Dennoch habe man ein sehr offenes und gutes Gespräch miteinander geführt, und er habe gefühlt, daß in Ost-Berlin dieselbe Sorge wie in der Bundesrepublik herrsche, eine Sorge, die auch in der VR Polen zu spüren sei. Günter Mittag habe ihn sehr nachdrücklich gebeten, die Reise nach Moskau zu unternehmen. Nach Honeckers Vorstellung könnte die Reise zu einer Entschärfung der internationalen Situation beitragen.

Er selbst sei sich nicht sicher, ob eine Reise im gegenwärtigen Zeitpunkt zur Entspannung der Weltsituation beitragen könnte. Bei dem Besuch Gromykos bei Giscard, der zwar höflich verlaufen sei, habe es keine Bewegung gegeben und es sei zu keinerlei Annäherung gekommen.¹⁴ Falls er selbst das Risiko dieses für die Welt spektakulären Schrittes einer Reise nach Moskau auf sich nehme, müsse er vorher wissen, ob etwas zu erwarten sei. Es bestehe immer die Gefahr, daß diese Reise welt-, außen- und innenpolitisch als Versuch ausgelegt werde, die westlichen Verbündeten voneinander zu trennen. Es bestehe ferner die Gefahr, mit leeren Händen zurückzukommen und Mißtrauen – zumindest innerhalb des westlichen Bündnisses – entstehen zu lassen. Es wäre etwa so, wie wenn Edward Gierek eine Einladung von Carter erhielte und nach Amerika reiste. Dies wäre sicherlich für Polen ein vergleichbares Risiko. Er wolle zunächst einmal die wichtigsten Verbündeten über den Inhalt einer solchen Reise konsultieren und darüber auch mit der SU selbst sprechen. Zwei Dinge habe er zu-

¹¹ Vizepremierminister.

¹² Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, hielt sich vom 4. bis 7. Mai 1978 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 135, Dok. 136, Dok. 142 und Dok. 143.

¹³ Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Mitglied des ZK der SED, Mittag, am 17. April 1980 vgl. BONN UND OST-BERLIN, S. 504–515. Vgl. dazu ferner VON HUBERTUSSTOCK NACH BONN, S. 43–50.

¹⁴ Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich vom 23. bis 25. April 1980 in Paris auf. In einem Telefongespräch mit Bundeskanzler Schmidt berichtete Staatspräsident Giscard d'Estaing am 24. April 1980: „Das Gespräch mit Gromyko habe lange gedauert, vier bis viereinhalb Stunden. Sein Gesamteindruck sei, daß die SU keineswegs bereit sei, sich in irgendeiner Weise zu bewegen. Gründe dafür seien ihm nicht ganz klar. Gromyko sei jedenfalls sehr kritisch gegenüber den USA gewesen. Es sei kein Anzeichen für einen Verhandlungswillen der SU sichtbar geworden. Dies gelte für alle Bereiche, insbesondere für Afghanistan. AM Gromyko habe die Äußerungen des Bundeskanzlers zu TNF erwähnt; er habe sie jedoch abgetan. [...] In jedem Fall wolle die SU die November-Wahlen in den USA abwarten und inzwischen ihre Position in Afghanistan konsolidieren. Andererseits seien in den Äußerungen Gromykos keine aggressiven ‚Kalte-Kriegs-Gefühle‘ zum Ausdruck gekommen.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14086 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

nächst abwarten wollen: den Besuch Gromykos in Paris und die Reaktion der SU auf seine Ausführungen im Bundestag zum Thema Olympische Spiele.¹⁵ Er nehme an, daß nunmehr exploratorische Gespräche in Gang kämen. So sei auch seine Bitte an Gierek zu verstehen. Giereks Urteil über den Termin einer Moskau-Reise bitte er, ihm auf vertraulichen diplomatischen Weg über einen der beiden Botschafter¹⁶ oder auf einem anderen, noch vertraulicheren Wege mitzuteilen.

Die Bundesrepublik halte sich keineswegs für eine Großmacht, aber sie sei sich der Verantwortung für die Menschheit bewußt. Die gegenwärtige Situation sei keinesfalls total verschieden von der Weltlage im Juni 1914, und alle müßten sich um die Erhaltung des Friedens bemühen. In diesem Geiste habe er seine Bitte an E. Gierek formuliert. Selbstverständlich erwarte er keine umgehende Antwort, doch wäre ihm sehr viel daran gelegen, die Lagebeurteilung Giereks und seine Meinung über die Reise zu erfahren. Der Herr BK wiederholte, daß sich die Gefühle und Absichten gegenüber dem polnischen Volk, der VR Polen und der polnischen Führung, der er sehr großes Vertrauen entgegenbringe, nicht im Geringsten verändert hätten.

VPM *Wrzaszczyk* dankte dem Herrn BK zunächst für dieses Gespräch und die Möglichkeit, zusammen mit Graf Lambsdorff in Düsseldorf die Nationalschau „Polen 80“ eröffnen zu können.¹⁷ Hierin erkenne man den Willen der Bundesrepublik, die Beziehungen zwischen den beiden Ländern fortzusetzen. E. Gierek habe ihn vor seiner Abreise nicht nur gebeten, Grüße und beste Wünsche zu übermitteln, sondern auch zu versichern, daß die polnische Führung die bestehende Zusammenarbeit konsequent fortzusetzen wünsche.

Dies gelte auch für den möglichen Besuch von Edward Gierek in der Bundesrepublik unter den gegebenen Voraussetzungen. Es stellten sich zwar aktuelle und politische Probleme, und es gebe die Pläne des Herrn BK, nach Moskau zu reisen, doch die Grundeinstellung des Ersten Sekretärs sei durchaus positiv, d.h. er wolle in die Bundesrepublik Deutschland kommen.¹⁸ Er selbst werde auch gerne die Grüße und Wünsche für PM Babiuch übermitteln.

VPM stimmte den Äußerungen des Herrn BK zur weltpolitischen Lage voll und ganz zu.

Die Führung der VR Polen lese und höre mit sehr großer Aufmerksamkeit alles, was der Herr BK hierzu sage. Polen sehe in ihm den Sprecher einer Frie-

¹⁵ Für den Wortlaut der Erklärung des Bundeskanzlers Schmidt am 23. April 1980 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 115, S. 17097–17099.

¹⁶ Jan Chyliński bzw. Georg Negwer.

¹⁷ Referat 421 und das Bundesministerium für Wirtschaft vermerkten am 21. April 1980 in einer gemeinsamen Aufzeichnung: „Die zweite polnische Nationalausstellung nach Essen 1974, die nunmehr als ‚Polen 1980‘ in Düsseldorf abgehalten wird, ist die größte jemals im westlichen Ausland ausgerichtete nationale Präsentationsausstellung Polens. Eröffnung am 25.4. durch Ansprachen Bundesminister Graf Lambsdorffs und Vizepremier *Wrzaszczyks*, anschließend Podiumsdiskussion über bilaterale Wirtschaftsfragen unter Beteiligung beider Herren und der Moderation Wolff von Amerongens (als Vorsitzender der Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft).“ Vgl. Referat 214, Bd. 132944.

¹⁸ Ministerialdirektor von Staden, Bundeskanzleramt, notierte am 16. Juli 1980, der Erste Sekretär des ZK der PVAP, Gierek, wolle am 19./20. August 1980 Hamburg besuchen: „Der protokollarische Rahmen soll dem des Besuchs in Hela entsprechen, daher klein gehalten werden.“ Vgl. Referat 214, Bd. 132946.

denspolitik und einen Menschen, der die richtige Strategie für die Welt festzulegen versuche. Die Lage stelle sich immer komplizierter dar und sei so schlecht wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Das Schlimmste sei, daß eine allgemeine und sich dazu noch verstärkende Tendenz nicht auf positive Lösungen zulaufe. Dies sei fast schon Determination und mache die Lage so gefährlich, um so mehr, als sich kein Wendepunkt zur Entspannung hin abzeichne. Trete dies nicht ein, so werde es zu einer Einfrierung der internationalen Beziehungen mit möglichen gefährlichen Konsequenzen kommen. Vor diesem Hintergrund habe Polen die wirtschaftliche Zusammenarbeit zur wichtigsten Forderung seiner Politik erhoben, doch könne sich auch Polen den Auswirkungen der negativen Entwicklung nicht entziehen.

Die Feststellung des Herrn BK, daß sich in den Beziehungen und in den Gefühlen Polen gegenüber nichts geändert habe, erwiderte der VPM mit der Bemerkung, daß auch Polen konsequent an der Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik festhalte und auch in der sehr schwierigen Situation konsequent eine gute Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik, mit Frankreich und mit anderen westlichen Staaten anstrebe. Mit großer Befriedigung habe man festgestellt, daß nach Auffassung der Bundesrepublik mittlere und kleinere Länder sich aktiv für die Rettung der Entspannungspolitik einsetzen müßten.

Die Wirtschaftsrestriktionen gegen die Sowjetunion beurteile man keinesfalls als Beitrag zur Entspannung.¹⁹ Überdies träfen sie die SU gar nicht so stark, da es nur um 4% des Außenhandels der SU gehe. Außerdem sei sie ein rohstoffreiches Land. Daher würden die Auswirkungen zum Teil im Land selbst, zum Teil durch Lieferungen aus anderer Richtung (Getreide) aufgefangen. Restriktionen fielen vor allem auf andere kleinere Länder zurück und träfen diese sehr hart. Länder wie beispielsweise Polen oder Ungarn liefen Gefahr, daß ihre Zusammenarbeit mit dem Ausland immer stärker eingedämmt werde und sie schließlich gezwungen seien, sich völlig auf eine einseitige Zusammenarbeit im Rahmen des sozialistischen Lagers zurückzuziehen. Wirtschaftlich und politisch sei Polen stets sehr nach dem Westen hin offen gewesen, aber bei einer weiterhin negativen Entwicklung würde es auch hier zu einer Einfrierung der Beziehungen kommen müssen. Polen bemühe sich – ebenso wie der Herr BK dies für die Bundesrepublik Deutschland ausgeführt habe –, eine ausgleichende und die Entspannung fördernde Politik zu betreiben, auch zu den westlichen Nachbarn hin.

Vor diesem Hintergrund müsse auch Giereks Initiative der Einberufung einer Europäischen Abrüstungskonferenz nach Warschau²⁰ gesehen werden. Dies gelte auch für die Initiative eines Treffens der europäischen kommunistischen Parteien zur Diskussion der vorrangigen Probleme. Hierzu gehöre auch die Arbeit der polnischen und französischen KP an einem Appell zugunsten der interna-

¹⁹ Zur Einschränkung von Getreidelieferungen in die UdSSR vgl. Dok. 10, Anm. 23.

Zu den amerikanischen Vorschlägen vom 18. März 1980 für eine Verschärfung der COCOM-Bestimmungen für Ausfuhren in die UdSSR vgl. Dok. 82, Anm. 9.

Zum amerikanischen Wunsch nach Einstellung der Absicherung von Exporten in die UdSSR durch Hermes-Bürgschaften vgl. Dok. 63.

²⁰ Zum Vorschlag des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, Gierek, vom 11. Februar 1980 für eine Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 55, Anm. 39.

tionalen Entspannung und des Friedens.²¹ Polen versuche, diese Entspannung auch durch individuelle Maßnahmen zu fördern. Natürlich falle all dies Polen nicht immer leicht.

Was das Afghanistan-Problem betreffe, so wolle er nicht Stellung nehmen. Die gesamte Entwicklung habe bereits viel früher begonnen. Bei den Wiener Gesprächen²² sei eine Abkehr von der Entspannungskonzeption und ein Rückzug hinter bereits festgelegte Positionen eingetreten. Da Polen den Dingen etwas näher stehe, könne er mit Sicherheit sagen, daß Afghanistan in keinem Zusammenhang mit sowjetischen Interessen am Persischen Golf stehe. Wenn es eine Garantie der Nicht-Einmischung in die inneren Angelegenheiten Afghanistans gäbe, würde der Sowjetunion ein rascher Abzug ihrer Soldaten aus Afghanistan leichter fallen. Gewiß seien weder die Iran-Krise noch die Afghanistan-Krise lokal begrenzt, doch sollten beide Probleme keinen so immensen Einfluß auf Europa und die Welt haben dürfen. Schließlich handele es sich um eine Region, die weder dem Warschauer Pakt angehöre noch direkte Interessen der Bundesrepublik Deutschland berühre.

Zur Reise des Herrn BK nach Moskau sagte der VPM, er wolle wiederholen, was Herr Mittag gesagt habe, daß diese Reise nämlich äußerst wünschenswert sei, auch falls es sich nur um einen Versuch handeln sollte, erste Gespräche in die Wege zu leiten. Natürlich verstehe er die Implikationen einer solchen Reise für die Beurteilung durch die westlichen Bündnispartner sowie die Gefahren, falls es zu keinen Ergebnissen oder Fortschritten komme. Er werde Gierек unterrichten und sobald wie möglich dem Herrn BK über Botschafter Chyliński eine Antwort zukommen lassen. Es komme heute vor allem darauf an, nichts Spektakuläres zu unternehmen, was zu einer Einfrierung der negativen Situation führen würde, wie z.B. die Nicht-Teilnahme an den Olympischen Spielen²³ oder die Einstellung von kulturellen Beziehungen. Dies verschlechtere das politische Klima. Hiermit verlasse man den Bereich sachlicher Handlungen und lasse sich von Prestigesucht, Ambition und Effekthascherei leiten. Polen bemühe sich um Verständnis für die Situation, in der in der Bundesrepublik und in anderen Staaten Entscheidungen getroffen werden. Entscheidend sei aber, an die Zukunft zu denken, und künftig von spektakulären, nach außen gerichteten Maßnahmen Abstand zu nehmen, was nach einiger Zeit zu einem Dialog führen könne.

Von seinen Kollegen in Moskau wisse er, daß die von den USA verhängten Maßnahmen nur zu einer Verschärfung der Lage führten, woraus sich schließlich ein Verzicht auf Zusammenarbeit und damit ein immer weiteres Auseinan-

²¹ Botschafter Arnold, Rom, berichtete am 28. Januar 1980: „Wie der gewöhnlich verläßlich unterrichtete jugoslawische Publizist Frane Barbieri in der Turiner ‚Stampa‘ vom 13. Januar berichtet, sollen sich Marchais und Gierек zu Promotoren für die Einberufung einer neuen Konferenz der kommunistischen Parteien Europas gemacht haben. Ziel einer solchen Konferenz solle es sein, „Sozialisten, Sozialdemokraten und europäische Progressisten aufzufordern, sich zusammen mit den Kommunisten zu Wahren und Garanten für die Unumkehrbarkeit der Entspannung zu machen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 112; Referat 203, Bd. 115878.

Zur Konferenz kommunistischer und Arbeiter-Parteien Europas am 28./29. April 1980 in Paris vgl. Dok. 100, Anm. 15.

²² In Wien wurden am 30. Oktober 1973 die MBFR-Verhandlungen aufgenommen.

²³ Zur Empfehlung der Bundesregierung an das NOK vom 23. April 1980 vgl. Dok. 122, Anm. 3.

derklaffen der Meinungen ergebe. Eben dies versuchten Polen wie auch die Bundesrepublik zu verhindern. Ebenso wenig erschienen in Polen extremistische Artikel in der Presse.

Der Herr *Bundeskanzler* bedankte sich für diese Ausführungen und bat um vertrauliche Behandlung des Gesprächsinhalts, die er seinerseits ebenfalls zusagte. Natürlich sei alles für Herrn Gierek und für die polnische Führung bestimmt, doch werde Gierek selbst über die Verwendung entscheiden. Bekanntlich gebe es beiderseits bei den Verbündeten besondere Empfindlichkeiten. Eine ungewöhnliche Lage rechtfertige aber auch eine ungewöhnliche Offenheit. Zu den ungewöhnlichen Schritten, die man unternehmen könnte, würde auch ein Treffen zwischen Edward Gierek und ihm zählen. Er sei jederzeit in der Lage und von ganzem Herzen bereit, Gierek in einer ihm genehmen Form und zu einem Zeitpunkt seiner Wahl zu treffen. Nicht nur sein Herz, sondern auch sein politischer Verstand würden sich über ein solches Treffen freuen.²⁴ Natürlich sei er damit einverstanden, Giereks Beurteilung eines Moskau-Besuchs über den polnischen Botschafter entgegenzunehmen.

Den Hinweis des VPM aufgreifend, daß es bei einer Nicht-Einmischungsgarantie für Afghanistan der SU leichter fiele, ihre Truppen abzuziehen, erklärte der Herr BK, daß es bekanntlich eine Initiative gebe, die zwar in der Presse den Engländern zugeschrieben werde, in Wirklichkeit aber von deutscher Seite stamme und vor fünf Wochen in Rom von den EG-Außenministern vorgeschlagen worden sei.²⁵ Danach sollten Garantien für die Nicht-Einmischung, Souveränität und Blockfreiheit Afghanistans gegeben werden. Eine Erklärung dieser Art müßte von allen Nachbarn, den Weltmächten und möglicherweise auch von Indien abgegeben werden.

Der *Vizepremierminister* schlug vor, daß auch China dieser Erklärung beitreten sollte.

Dieses Thema bedürfe, wie der Herr *Bundeskanzler* fortfuhr, der dringenden Behandlung durch die Großmächte.

Schließlich gehe es um den Wirtschaftsaustausch und den Handel. Nach deutscher Auffassung dürften alle Abkommen und Verträge, die geschlossen worden seien, nicht verletzt werden. Dies gelte auch für die Abkommen mit der SU und anderen Staaten des Ostblocks. Diesen Standpunkt hätten letzten Endes auch die amerikanischen Verbündeten akzeptiert. Dennoch könne es in Zukunft zu Schwierigkeiten kommen, da die betreffenden Verträge auf der Grundlage des OECD-Konsensus²⁶ über die Kreditbedingungen und auch der COCOM-Li-

²⁴ Botschafter Negwer, Warschau, berichtete am 6. Mai 1980, das ZK der PVAP habe mitgeteilt, „daß Erster Sekretär Gierek Anregung Bundeskanzlers positiv beantwortet und als Zeitpunkt Treffens Mittwoch, 7. Mai, 18.00 Uhr vorschlägt. Nach polnischen Vorstellungen soll Gespräch ohne Kommunikation und ohne Information Presse geführt werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 508; Referat 214, Bd. 132946.

Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Ersten Sekretär des ZK der PVAP, Gierek, am 8. Mai 1980 in Belgrad am Rande der Begräbnisfeierlichkeiten für Staatspräsident Tito vgl. Dok. 140, Anm. 29.

²⁵ Vgl. dazu die Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vom 19. Februar 1980; BULLETTIN DER EG 2/1980, S. 88 f. Vgl. dazu auch Dok. 57.

²⁶ Zur Einigung der OECD-Mitgliedstaaten über Zinssätze für Exportkredite vgl. Dok. 71, Anm. 29.

ste über die Ausfuhr von strategischen Gütern abgeschlossen wurden. In beiden Fällen könnte es zu Änderungsversuchen kommen, was jedoch der Einstimmigkeit bedarf.

Der Wirtschaftsaustausch mit der SU und mit den anderen osteuropäischen Staaten sei von der Bundesrepublik zunächst aus politischen Gründen in Gang gesetzt worden. Das heute bestehende erhebliche wirtschaftliche Interesse sei erst viel später entstanden, und heute sei die Bundesrepublik zum Teil auf das angewiesen, was aus den osteuropäischen Staaten geliefert werde. Die am 29. und 30. Mai unter Vorsitz von BM Graf Lambsdorff und Herrn Tichonow vorgesehene Sitzung der deutsch-sowjetischen gemischten Wirtschaftskommission sei auch ein Zeichen des Willens der Bundesrepublik, die Wirtschaftsbeziehungen zu den östlichen Partnern fortzusetzen.²⁷ Die Beurteilung der Weltwirtschaftssituation durch den VPM teile er. Die Lage werde durch die Ereignisse am Persischen Golf nur noch mehr verschlechtert. Die Bundesrepublik habe sehr enge Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zu den europäischen Staaten in der EG, hierunter auch mit Staaten, in denen die Inflation bereits galoppierend sei. Sehr enge Beziehungen bestünden auch zu westlichen Ländern, in denen die Arbeitslosigkeit bereits ein bedrückendes Ausmaß erreicht habe. Dies erfülle ihn mit ebenso tiefer Besorgnis wie die Wirtschaftsentwicklung in den Ländern der Dritten Welt, deren Zahlungsbilanzen durch das Ansteigen der Ölpreise stark in Mitleidenschaft gezogen worden seien. Statt abzunehmen, nehme der Hunger in diesen Ländern zu. Die Bundesrepublik selbst befinde sich in Schwierigkeiten, da sie Verpflichtungen gegenüber den Entwicklungsländern und der Europäischen Gemeinschaft, so z. B. auch England gegenüber habe. Am kommenden Wochenende²⁸ finde in Luxemburg wohl eines der schwierigsten Treffen statt, das es je in der EG gegeben habe und dem er mit Sorge entgegen sehe.²⁹ Die Bundesrepublik könne den von GB angemeldeten finanziellen Bedarf nicht befriedigen. Diese Äußerung sei keinesfalls für die Augen und Ohren Außenstehender bestimmt, aber man müsse klar sehen, daß eine wirtschaftliche Desintegration der EG – die keineswegs mehr auszuschließen sei – zu einer Verschärfung der Weltsituation führen würde. Er bemühe sich mit seiner Regierung, insbesondere mit dem Außenminister, Wirtschaftsminister und Finanzminister³⁰, die internationale Wirtschaftsstruktur aufrechtzuerhalten. Angesichts der vielfältigen, an die Bundesrepublik gestellten Forderungen frage er sich, wie der Haushalt überhaupt noch finanziert werden könne. Die Opposition greife die Regierung aufs schärfste an, und es stimme auch, daß – verglichen mit allen anderen westlichen Ländern – das deficit spending bei uns am größten sei. Dennoch sei er zuversichtlich, daß die Schwierigkeiten gemeistert würden. Er habe nur darauf hingewiesen, um zu zeigen, daß nicht nur Polen, sondern auch die Bundesrepublik die Auswirkungen der schwierigen Weltwirtschaftssituation zu spüren bekomme.

²⁷ Die neunte Tagung der deutsch-sowjetischen Kommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit fand am 29./30. Mai 1980 statt. Vgl. dazu Dok. 151, Anm. 11.

²⁸ 26./27. April 1980.

²⁹ Zur Tagung des Europäischen Rats am 27./28. April 1980 in Luxemburg vgl. Dok. 134.

³⁰ Hans Matthöfer.

Der *Vizepremierminister* bemerkte, daß die von Herrn BK dargelegten Überlegungen denen Polens sehr ähnlich seien. Wenn eine politische Destabilisierung der Lage schon unvermeidlich sei, so müßten sich doch alle Völker darum bemühen, wenigstens eine wirtschaftliche Destabilisierung zu vermeiden. Polen verhalte sich innerhalb seines Lagers loyal, so wie dies auch für die Bundesrepublik gelte. Bei steigendem politischen Druck müßten gerade die kleinen und mittleren Länder unbedingt versuchen, die wirtschaftliche Stabilität aufrechtzuerhalten, in der Hoffnung, daß hieraus wieder eine neue politische Stabilität entstehen könne. Mit einem Neuanfang des Entspannungsprozesses würde auch eine neue Generation der Zusammenarbeit beginnen, auf die man vorbereitet sein sollte. Deshalb seien die Aufrechterhaltung und möglicherweise der Ausbau von Wirtschaftsbeziehungen gut, hilfreich und äußerst wünschenswert.

Das Gespräch endete um 11.00 Uhr.³¹

VS-Bd. 14085 (010)

³¹ In einem sich anschließenden Vier-Augen-Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt wies der polnische Stellvertretende Ministerpräsident Wrzaszczyk auf die polnischen Schwierigkeiten bei der Zahlungsbilanz mit der Bundesrepublik und die hohe Verschuldung hin: „Für dieses Jahr bestünden Fälligkeiten von drei Milliarden DM, für das nächste von zwei Milliarden DM. Polen habe sich immer als solider Partner erwiesen. Es seien bisher drei Milliarden DM bereits zurückgezahlt worden. Die Rückzahlungen für das erste Quartal d. J. beliefen sich auf 800 Millionen DM. Das Anliegen, das er hier ansprechen wolle, sei die Gewährung eines Kredits, der gewährleiste, daß die Importe nicht zurückgingen und der Stand der Handelsumsätze zwischen beiden Ländern erhalten bleibe. [...] Dieser Kredit sollte von einem von der Dresdner Bank zu organisierenden Konsortium gewährt werden. Nun sehe Polen mit Beunruhigung und mit Sorge, daß die Vorbereitung hierfür nur sehr zögernd vorangingen. Der Kredit sollte ohne Bundesgarantie gewährt werden, jedoch mit politischer Unterstützung der Regierung. Der polnischen Führung gehe es nun um Klarheit, ob der Kredit gewährt werde oder nicht.“ Ansonsten sei Polen gezwungen, „sich auf die einseitige Unterstützung und Hilfe im sozialistischen Lager zu stützen. Der Herr Bundeskanzler verstehe gewiß, womit dies verbunden sei.“ Schmidt legte dar, daß er nicht „an den Gesprächen über die Gewährung dieses privatwirtschaftlichen Kredits ohne Hermes-Garantie“ beteiligt sei. Es gebe „keinerlei politische Hemmnisse für die Gewährung eines solchen Kredits“. Vielmehr sei die Bundesregierung „am Zustandekommen dieses Kredits interessiert und habe dies auch den Banken mitgeteilt. Er sei bereit, dies an diesem Wochenende Herrn Friderichs nochmal zu sagen. Die dritte Bemerkung bezog sich darauf, daß die Bundesregierung keinerlei wirklichen Einfluß auf die Banken nehmen könne. Es handele sich hier mehr um einen atmosphärischen, einen politischen Einfluß. [...] Abschließend sagte der Herr BK, er habe sowohl ein politisches als auch ein persönliches herzliches Interesse daran, daß sich die deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen weiterhin gut entwickelten, und dazu gehörten ja auch die Kreditbeziehungen. Diese Beziehungen sollten ungestört weitergehen.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14085 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

131

Botschafter Ruhfus, London, an Staatssekretär van Well25. April 1980¹

Lieber Günther,

mir liegt daran, ergänzend zu der offiziellen Berichterstattung der Botschaft (Drahtbericht Nr. 754 vom 25.4.1980 – Pol. 303.11 – VS-NfD) noch einige vertrauliche Mitteilungen zu dem Besuch von Ministerpräsident Dr. Strauß² zu übermitteln.

1) Nach entsprechender Anregung der Botschaft hatten sich das Conservative Central Office und die CSU sofort damit einverstanden erklärt, daß der frühere Premierminister Callaghan zu dem Abendessen in der Residenz eingeladen wurde. Dies erwies sich als nützlich und hilfreich. Ministerpräsident Strauß hat auf Anregung Callaghans vor der größeren Runde konservativer Politiker und einiger britischer und deutscher Korrespondenten in prononcierter, wenn auch teilweise polemischer Form dargelegt, wo er sich von den außenpolitischen Vorstellungen der Bundesregierung unterscheidet.

Callaghan hat es durch sehr geschickte Zwischenfragen erreicht, daß Dr. Strauß veranlaßt wurde, seine unterschiedlichen Auffassungen, insbesondere zu den Sanktionen gegen Iran³, zu den Maßnahmen gegenüber der Sowjetunion⁴ als Antwort auf die sowjetische Invasion in Afghanistan und auch der Einschätzung der Wirtschaftspolitik von Präsident Carter und zu der „efficiency“ der Außenpolitik von Präsident Carter, im Detail zu erläutern.

Die Antworten auf diese präzisen Fragen zeigten, daß Ministerpräsident Strauß in den einzelnen konkreten Maßnahmen gar nicht allzuweit von der Regierungspolitik abweicht. Dieser Eindruck wurde mir von einem Journalisten und einem jüngeren konservativen Abgeordneten am Ende des Essens bestätigt. Auch Callaghan wies von sich aus darauf hin. Er fügte hinzu, er habe den Eindruck, daß der Bundeskanzler „three times wiser“ sei.

Trotz seines relativ fließenden Englisch wirkten die Ausführungen von Ministerpräsident Strauß in Englisch weniger als vergleichbare Ausführungen des Kanzlerkandidaten in deutscher Sprache.

¹ Privatdienstschreiben.

Hat Staatssekretär van Well am 28. April 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher und einer Kopie an Ministerialdirektor von Staden, Bundeskanzleramt, verfügte. Ferner vermerkte er handschriftlich „Diktat.“

Hat Genscher vorgelegen.

² Der bayerische Ministerpräsident Strauß hielt sich am 24./25. April 1980 in Großbritannien auf.

³ Zum Inkraftsetzen amerikanischer Sanktionen gegen Iran am 7. April 1980 vgl. Dok. 103, Anm. 2 und 13.

⁴ Zur Einschränkung von Getreidelieferungen in die UdSSR vgl. Dok. 10, Anm. 23.

Zu den amerikanischen Vorschlägen vom 18. März 1980 für eine Verschärfung der COCOM-Bestimmungen für Ausfuhren in die UdSSR vgl. Dok. 82, Anm. 9.

Zum amerikanischen Wunsch nach Einstellung der Absicherung von Exporten in die UdSSR durch Hermes-Bürgschaften vgl. Dok. 63.

Ministerpräsident Strauß sagte in der Diskussion nach dem Abendessen, er habe in Washington⁵ den Vorwurf gehört, der Kanzler, den er als „Helmut Schmidt“ bezeichnete, habe versucht, Präsident Carter „zu einer Karikatur zu machen“. Carter gebe sicher Anlaß zur Kritik, aber dieser Art von Kritik gehe ohne Zweifel zu weit.

2) Zur Behandlung der Frage der Neutronenwaffe⁶ führte Herr Strauß aus, daß die Unterrichtung, die er über den Abstimmungsprozeß zwischen den europäischen Verbündeten und Washington von dem Bundeskanzler einerseits und bei seinem letzten Besuch in Washington von Präsident Carter andererseits erhalten habe, einander widersprüchen.

Ich habe Ministerpräsident Strauß in einem anschließenden privaten Gespräch aus meiner persönlichen Erfahrung berichtet, welche konsequente und konstruktive Haltung Bundeskanzler und Bundesminister in dieser Frage im Frühjahr 1978 eingenommen haben. Ministerpräsident Strauß war angeblich von Präsident Carter gesagt worden, daß er – der Präsident – die nötigen Schritte für die Entwicklung der Neutronenwaffe unternommen habe, daß die Neutronenwaffe inzwischen in Amerika entwickelt werde⁷ und daß der Fehlschlag im Frühjahr 1978 durch eine unklare Haltung der Verbündeten, insbesondere der Bundesregierung, verursacht worden sei. Die Bundesregierung habe zunächst auf der Dislozierung in einem weiteren Land bestanden. Als Großbritannien sich hierzu bereit erklärt habe, habe die Bundesregierung ihre Forderung auf weitere, nicht-atomare kontinentaleuropäische Verbündete ausgeweitet.

Ich habe Ministerpräsident Strauß darauf hingewiesen, daß mit dem State Department über den Ablauf der entscheidenden NATO-Ratssitzung im März 1978, in der der Beschluß über die Neutronenwaffe gefaßt werden sollte, weitgehende Übereinstimmung bestanden habe⁸, daß diese Haltung des State Department erst in letzter Minute durch neue Weisungen aus dem Weißen Haus über den Haufen geworfen wurde.⁹

⁵ Der bayerische Ministerpräsident Strauß hielt sich vom 11. bis 14. März 1980 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 82.

⁶ Präsident Carter gab am 7. April 1978 eine Erklärung über die unbefristete Verschiebung der Produktion der Neutronenwaffe ab. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, CARTER 1978, S. 702. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 470 (Auszug). Vgl. dazu ferner AAPD 1978, I, Dok. 108.

⁷ Brigadegeneral von Ondarza, Washington, berichtete am 8. Februar 1980 über den Stand der Entwicklung der Neutronenwaffe in den USA: „Präsident Carter hat mit seiner Entscheidung vom 7.4.78 die Option für die E[nhanced]R[adiation]W[eaapon] offengehalten, indem er zwar die neuen Gefechtsköpfe/Granaten für Lance und 8-inch-Artillerie in Auftrag gab, die Produktion der ER-Komponenten aber noch zurückstellte. [...] Mit der Entscheidung am 18.10.78 hat der Präsident die Produktion von Teilen der ER-Komponente angeordnet, deren Fertigung nun parallel zu der der Geschosse erfolgen kann. Geschosse und ER-Komponente sollen nach Aussage der Quelle Ende 1981 verfügbar sein. Damit allein aber könnte noch keine ER-Waffe hergestellt werden. Dazu sind weitere Bauteile erforderlich, deren Produktion allerdings nur wenige Monate in Anspruch nehmen würde. Diese Entscheidung des Präsidenten steht noch aus und ist, wie erwähnt, zur Zeit nicht zu erwarten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 641; VS-Bd. 10338 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

⁸ Vgl. dazu die Weisung des Ministerialdirektors Blech an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel vom 17. März 1978; AAPD 1978, I, Dok. 82.

⁹ Die Bundesregierung wurde am 19. März 1978 über die amerikanische Absicht informiert, die Entscheidung über die Einführung der Neutronenwaffe im Rat der Ständigen Vertreter der NATO in Brüssel abzusetzen. Der amerikanische stellvertretende Außenminister Christopher erläuterte Bun-

3) Beim Essen sprach Callaghan mich auf die Einladung des Bundeskanzlers zu einem Besuch in Moskau¹⁰ an. Er äußerte als persönliche Meinung, daß er nicht recht sehe, was der Besuch bewegen könne. Er gehe davon aus, daß der Bundeskanzler eindringlich die westliche Position zu Afghanistan und zu Iran vertreten werde. Dies werde dazu führen, daß die unterschiedliche sowjetische und westliche Position einander gegenübergestellt würden. Eine solche Konfrontation würde sich aber auf die deutsch-sowjetischen Beziehungen kaum förderlich auswirken.

Ich erwiderte, daß es auch außerhalb dieser Themen andere Ost und West gemeinsam berührende Fragen gebe, wie beispielsweise das Problem der Eindämmung des sich abzeichnenden Rüstungswettlaufs oder das Problem der Energieversorgung von Ost und West. Callaghan zeigte sich vor allem für die letzte Überlegung aufgeschlossen. Er sei davon überzeugt, daß eine Ost-West-Konferenz über diese für alle Industrienationen lebenswichtige Frage von großer Bedeutung sei.

Callaghan hat mich ausdrücklich gebeten, diesen Teil der abendlichen Gespräche nicht in einen allgemeinen Bericht aufzunehmen. Daher wählte ich diese Form der Übermittlung. Ich möchte es Dir überlassen, ob und wie Du den Herrn Minister unterrichtest. Ich wäre Dir dankbar, wenn Du auch Herrn von Staden informieren könntest.¹¹

Mit herzlichen Grüßen
Dein Jürgen¹²

B 2 (Referat 014), Bd. 246

Fortsetzung Fußnote von Seite 688

desminister Genscher am 30. März 1978 bzw. Bundeskanzler Schmidt am 31. März 1978 in Hamburg diese Entscheidung. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 84, Dok. 92 und Dok. 93.

¹⁰ Zum Stand der Planungen für einen Besuch des Bundeskanzlers Schmidt in der UdSSR vgl. Dok. 125, Anm. 2.

¹¹ Staatssekretär van Well schrieb Botschafter Ruhfus, London, am 7. Mai 1980: „Für die zusätzliche Unterrichtung über den Besuch des bayerischen Ministerpräsidenten in London in Deinem Brief vom 25. April möchte ich Dir vielmals danken. Sie ist hier mit Interesse zur Kenntnis genommen und als eine nützliche Ergänzung zu dem vorangegangenen Drahtbericht der Botschaft aufgefaßt worden. Deinem Wunsche gemäß ist der Brief Minister Genscher vorgelegt worden, und ich habe auch Herrn von Staden eine Kopie übersandt.“ Vgl. B 2 (Referat 014), Bd. 246.

¹² Handschriftliche Schlußformel.

132

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Cossiga in Hamburg

105.28A/80 VS-NfD

26. April 1980¹

Gespräch des Bundeskanzlers mit dem italienischen Ministerpräsidenten Cossiga am 26.4.1980 um 14.00 Uhr im Gästehaus des Hamburger Senats in Hamburg²;

Dolmetschervermerk über die Ausführungen von Ministerpräsident Cossiga

Nach der Vorstellung seiner Begleitung – Landwirtschaftsminister Marcora, Botschafter Ruggiero, Gesandten Berlinguer, Kabinettschef Squillante – berichtete Cossiga über seine Treffen mit Giscard d'Estaing³ und Mrs. Thatcher⁴.

In dem Gespräch mit Giscard – an dem auch Barre und François-Poncet teilgenommen hatten – seien die folgenden drei Punkte berührt worden:

- 1) Französischer Wunsch einer Erklärung über EG-Prinzipien im Kommuniqué des Europäischen Rates⁵.
- 2) Britische Haushaltsfrage.
- 3) Agrarpaket.

Zu 1) habe er – Cossiga – zwar Verständnis für französischen Standpunkt, halte es jedoch im Zusammenhang mit der Lösung der britischen Frage nicht für zweckmäßig, allzu ausführlich auf die Prinzipien einzugehen. Seiner Auffassung nach würden einige Hinweise auf die wichtigsten Prinzipien im Sinne des entsprechenden Ratspapiers ausreichen.

Zu 2) und 3): Er habe danach mit den Franzosen über die Agrarpreise und die Frage der Kontrolle der landwirtschaftlichen Produktion (lineare Abgabe und Superabgabe usw.) gesprochen. Die Franzosen seien nicht bereit, die britische Frage zu „entblocken“, bevor nicht die Frage der Agrarpreise gelöst sei.

Hierzu könne man nur zur Kenntnis nehmen, daß es den Landwirtschaftsministern trotz aller Anstrengungen nicht gelungen sei, zu einer Lösung zu kommen.⁶ Er – Cossiga – habe den Franzosen gesagt, die Agrarpreissteigerung

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde am 29. April 1980 von Vortragender Legationsrätin Bouverat gefertigt.

² Ministerpräsident Cossiga besuchte am 26. April 1980 die Bundesrepublik im Zuge einer Rundreise als EG-Ratspräsident zur Vorbereitung des Europäischen Rats am 27./28. April 1980 in Luxemburg.

³ Ministerpräsident Cossiga hielt sich am 24./25. April 1980 in Frankreich auf. Am 25. April führte er ein Gespräch mit Staatspräsident Giscard d'Estaing.

⁴ Ministerpräsident Cossiga hielt sich am 25. April 1980 in Großbritannien auf, wo er u. a. mit Premierministerin Thatcher sprach.

⁵ Die Tagung des Europäischen Rats fand am 27./28. April 1980 in Luxemburg statt. Vgl. dazu Dok. 134.

⁶ Die EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister fand vom 21. bis 24. April 1980 in Brüssel statt. Ministerialdirigent Kittel, Brüssel (EG), berichtete am 24. April 1980: „Agrarrat vertagte seine weiteren Beratungen über das Paket aus Agrarpreisen und Einsparmaßnahmen in den heutigen frühen Morgenstunden auf den 6.5.80 (in Lux[emburg]). Beratungen in den vergangenen zwei Tagen hatten sich sehr stark auf den Milchsektor als den finanziell aufwendigsten Bereich konzentriert. Ursprüngliche Vorstellungen der Präsidentschaft zur Annahme oder Ablehnung solcher

könnte zwischen 2,4 % (Kommissionsvorschlag⁷) und 5 % oder – gemäß dem Wunsch anderer Länder – zwischen 5 und 6 % liegen. Giscard und Barre hätten daraufhin sofort – allerdings nicht in ultimativer Form – geantwortet, die Agrarpreissteigerung sollte zwischen 5 und 6 % liegen. Für die Mitverantwortungsabgabe (linear) schlage die französische Regierung eine Erhöhung um 1,5 % vor, mit einigen nicht genauer umrissenen Ausnahmen zugunsten kleinerer Unternehmen. Über die Höhe der „Superabgabe“ hätten die Franzosen sich prozentual nicht festgelegt, jedoch deren Gegenstand und Zweck beschrieben (Einschränkung der Produktion, vor allem der nur „fiktiv landwirtschaftlichen“ Erzeugung).

Gleichzeitig mit der Erhöhung der Agrarpreise erwarte man einen Abbau der positiven Grenzausgleichsabgabe⁸ um 1 1/2 %.

Cossiga berichtete weiter, er habe dann mit Giscard über die britische Haushaltsfrage gesprochen. Es handele sich s.E. um eine wirtschaftlich und politisch sehr schwerwiegende Frage. Sollte die Gemeinschaft bei ihren Beratungen in eine Sackgasse geraten, so könnte dies als ein negatives Vorzeichen für die Fähigkeit zur politischen Gestaltung und die Glaubwürdigkeit Europas betrachtet werden. (Als er – Cossiga – z.B. vor einiger Zeit bei einem Besuch amerikanischer Senatoren in Italien im Zusammenhang mit den Krisen in Afghanistan und Iran auf die Notwendigkeit einer „angemessenen Partnerschaft“ zwischen Europa und den USA hingewiesen habe, hätten seine Gäste ihm unverblümt die mangelnde Partnerschaft innerhalb Europas vorgehalten.)

Fortsetzung Fußnote von Seite 690

Werte auf dem ER vorzuschlagen, ließ sich nicht verwirklichen: Allein die internen Beratungen über die konkrete Ausgestaltung der Mitverantwortungsabgabe (MVA) im Milchsektor zeigte, daß auf dieser Tagung eindeutige, vom ER zu billigende politische Formeln nicht erreichbar waren. Rat verständigte sich indessen, bei franz[ösischem] Vorbehalt, auf Text eines Sachstandsberichts.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1381; B 201 (Referat 411), Bd. 534.

⁷ Zu den Agrarpreisvorschlägen der EG-Kommission vom 7. Februar 1980 vgl. Dok. 96, Anm. 19.

⁸ Vor dem Hintergrund der anhaltenden Währungskrise und der Aufnahme der drei neuen Mitgliedstaaten Dänemark, Großbritannien und Irland legte die EG mit Wirkung vom 1. Februar 1973 spezielle Währungsausgleichsbeiträge auf dem Agrarsektor fest, in die ab 13. Februar 1973 auch Italien einbezogen wurde. Vgl. dazu SIEBENTER GESAMTBERICHT 1973, S. 263 f.

Zur Funktion und Entwicklung dieses Währungsausgleichs informierte das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten am 23. Juni 1976: „Für Länder mit abgewerteter Währung – wie Großbritannien – besteht der Währungsausgleich darin, daß bei der Einfuhr Erstattungen gewährt und bei der Ausfuhr Abgaben erhoben werden. [...] Die Schwäche des britischen Pfund hat zu einem erheblichen Ansteigen des britischen Währungsausgleichs geführt (z. Z. 20,9 %). Da Großbritannien ein Agrarimportland ist, belastet jeder Prozentpunkt, um den das britische Pfund sinkt, den E[uropäischen]A[us]G[leichs]F[onds für]L[andwirtschaft] mit 25 bis 30 Mio. RE. Der derzeitige britische Währungsausgleich kostet den EAGFL pro Jahr 500 bis 600 Mio. RE. Eine Begrenzung dieser Kosten kann nur durch Abwertung des ‚Grünen Pfund‘ erreicht werden.“ Vgl. B 201 (Referat 411), Bd. 511.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Freitag hielt am 25. Januar 1979 fest, daß der britische Botschafter Wright Staatsminister von Dohnanyi am selben Tag die britische Haltung zur Frage der Währungsausgleichsbeträge in der EG-Agrarpolitik wie folgt dargelegt habe: „Die britische Regierung stehe voll zur Entschließung des Europäischen Rats zu dieser Problematik; sie betone jedoch in diesem Zusammenhang die Bedeutung, welche die Preispolitik für das VK habe. Seine Regierung sei bereit, den Abbau neu entstehender W[ährungs]A[us]G[leichsbeträge] zu prüfen; hierüber dürfe jedoch wegen der Auswirkungen eines Abbaus auf Preise, Produktion und Haushaltskosten nicht isoliert entschieden werden. VK sei auch bereit, den schrittweisen Abbau (‘phasing out’) bestehender WAG zu diskutieren, zugleich müsse aber ein Preisniveau festgelegt werden, das zum Abbau der Überschüsse führe. Der von der Kommission in ihrem Bericht an den Europäischen Rat vom 4./5.12.1978 aufgezeigten Linie zur künftigen Preispolitik könne seine Regierung zustimmen.“ Vgl. Referat 010, Bd. 178806.

Wie das Ungleichgewicht bei der britischen Beitragsleistung auch berechnet werde (1803 Mio. ERE nach britischer Auffassung oder 1375 Mio. ERE nach der französischen Berechnungsmethode), handele es sich zweifellos um eine sehr hohe Summe. Er sei sich im klaren über die Ursachen der britischen Situation (nicht zufriedenstellender Warenverkehr zwischen GB und Gemeinschaft, geringer Wert der britischen Agrarerzeugung im Gesamtrahmen der nationalen britischen Bruttoproduktion und bisher ungenügende Auswirkung der EG-Interventions- und Strukturmechanismen zugunsten des VK). Es seien infolgedessen Interventionen erforderlich, die jedoch außergewöhnlicher Art und zeitlich begrenzt zu sein hätten sowie nach EG-Mechanismen gewährt werden müßten.

Bisher habe man dabei an eine feste Summe gedacht, die den Briten für drei bis vier Jahre – nach deren Vorstellungen für sechs Jahre – zu „zahlen“ wäre.

Giscard habe einen neuen Vorschlag aufs Tapet gebracht, bei dem das britische Problem aus einer „umgekehrten“ Sicht angegangen werde: GB halte es für unerträglich, daß das Ungleichgewicht seines Beitrags ständig ansteige. Man sollte daher den britischen Nettobeitrag für das Jahr 1979 als festen Bezugspunkt zugrundelegen, ihn sozusagen „einzufrieren“, und den Briten für die nächsten drei Jahre (1980, 1981, 1982) über den Korrektur- und Ausgabemechanismus der Gemeinschaft jeweils den Unterschiedsbetrag zwischen dem 1979er Nettobeitrag und den dann anfallenden Beiträgen „erstatten“. Dadurch könne man die Briten gegen die ständigen Steigerungen ihres Haushaltsbeitrags absichern und sie vor dem Mechanismus der Agrarpreissteigerungen schützen. Infolge des Junktims könne die britische Haushaltsfrage nicht ohne vorherige Lösung des Agrarpreisproblems bereinigt werden.

In diesem Zusammenhang brachte Cossiga das Gespräch auf die – von französischem EG-Botschafter⁹ am Vorabend im AStV aufgebrachte – Frage eines möglichen italienischen Kompensationswunsches und betonte – wie er auch Giscard gegenüber versichert habe –, daß Italien im Zusammenhang mit der Lösung der britischen Frage keine besonderen Wünsche vorbringen werde. Es habe allerdings ein nationales Interesse daran, daß die von der Kommission vorgeschlagene und vom Europäischen Parlament befürwortete Aufstockung des Regionalfonds von 1050 Mio. auf 1200 Mio. ERE gebilligt werde.¹⁰ Giscard habe diese Möglichkeit nicht ausgeschlossen.

Von den beiden denkbaren Wegen zur Behandlung des vorliegenden Problems (durch die Präsidentschaft im ER oder ein erneutes Treffen der Agrarminister) – wobei seiner, Cossigas, Auffassung nach der erstere Weg ohnehin nicht gangbar sei, weil der Europäische Rat sich nicht mit Zahlen zu befassen habe –, habe sich Giscard für den zweiten Weg ausgesprochen. Nur der Rat der Landwirtschaftsminister könne formal über die Preissteigerung und die Kontrolle der Produktion entscheiden. Die Landwirtschaftsminister sollten sich demnach

⁹ Luc de la Barre de Nanteuil.

¹⁰ Die EG-Kommission legte dem Europäischen Parlament am 14. Februar 1980 ein Bündel von Vorschlägen zur Wiederingangsetzung des Haushaltsverfahrens vor, das am 13. Dezember 1979 unterbrochen worden war, nachdem das Parlament den Vorentwurf der EG-Kommission vom 14. Juni 1979 für das Haushaltsjahr 1980 abgelehnt hatte. Die EG-Kommission empfahl am 14. Februar 1980, „daß die Mittel des Regionalfonds so hoch bleiben wie im Vorentwurf (1200 Mio. ERE für Verpflichtungsermächtigungen; eine erneute Veranschlagung der Zahlungsermächtigungen hatte sie veranlaßt, eine Kürzung um 200 Mio. ERE vorzuschlagen).“ Vgl. BULLETIN DER EG 2/1980, S. 34.

ebenfalls in Luxemburg treffen und sich parallel zum Europäischen Rat um eine Lösung der Agrarpreisfrage bemühen.¹¹

Er – Cossiga – habe Giscard's Vorschlag zwar für gut befunden, sich aber vorbehalten, auch andere Mitgliedstaaten zu konsultieren, da er eine entsprechende Entscheidung, die, falls überstürzt getroffen, möglicherweise katastrophale Folgen haben könnte, nicht allein treffen wolle.

Im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Europäischen Rats vom 27./28.4. in Luxemburg verwies Cossiga auf die Notwendigkeit, dabei für die politischen Konsultationen eine angemessene Beratungszeit vorzusehen: Die öffentliche Meinung der Mitgliedstaaten, ebenso wie die europäische und internationale öffentliche Meinung würden es nicht verstehen, wenn die Regierungschefs in einem so heiklen Zeitpunkt, nach wichtigen Entscheidungen der Außenminister, nach der amerikanischen Initiative in Iran¹², den politischen Konsultationen keinen ausreichenden Platz einräumten. (Im übrigen habe er die Nachricht von der jüngsten amerikanischen Intervention in Iran ebenso wie Giscard zehn Minuten vor seinem Gespräch mit den französischen Staatschefs von den Presseagenturen erfahren. Giscard und Barre hätten keinen Kommentar abgegeben, nur François-Poncet habe bemerkt, die französische Regierung habe von der US-Regierung keine Vorausinformation erhalten.)

Er habe ferner die Frage gestellt, was geschehen solle, falls auf der bevorstehenden Sitzung des Europäischen Rats keine Einigung in den genannten Fragen erzielt werde.

Er – Cossiga – sei absolut gegen eine Verschiebung der ER-Tagung. Gegebenenfalls könnte man in Luxemburg für die politischen Konsultationen mehr Zeit vorsehen und einen Zeitplan für die weitere Behandlung der Probleme aufstellen. Dadurch würde man im Hinblick auf den nächsten Europäischen Rat in Venedig¹³ eine größere Sicherheit gewinnen. Im übrigen habe ihn die Argumentation Giscard's noch mehr darin bestärkt, nicht für eine Verschiebung zu plädieren.

Cossiga führte weiter aus, im Anschluß an das Gespräch mit Giscard sei er nach London geflogen, wo er zunächst mit Lord Carrington zu einem Abendessen zusammengekommen sei. Er habe mit ihm einige Punkte im Zusammenhang mit der besonderen weltpolitischen Lage erörtert. Auch die britische Regierung sei von den Amerikanern nicht vorinformiert worden, wenn sie auch behauptete, etwas von den bevorstehenden Ereignissen in Iran „gespürt“ zu haben.

Nach seinem Gespräch mit Lord Carrington habe er – Cossiga – Mrs. Thatcher aufgesucht und zunächst die Frage des Agrarpakets angeschnitten: Zu den Agrarpreisen habe sie sich nur sehr kurz geäußert. Als er von der Möglichkeit einer Erhöhung um 5 bis 6% eher als um 4 bis 5% gesprochen habe, habe sie diese Aussicht als „skandalös“ bezeichnet, um so mehr als die voraussichtliche Zahl näher bei 6 als bei 5 liegen würde. Danach habe er mit Mrs. Thatcher an-

¹¹ Eine weitere EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister fand am 26. und 28. April 1980 in Luxemburg statt. Vgl. dazu Dok. 134, Anm. 7.

¹² Zum gescheiterten amerikanischen Kommandounternehmen vom 24./25. April 1980 zur Befreiung der seit 4. November 1979 als Geiseln festgehaltenen Botschaftsangehörigen vgl. Dok. 130, Anm. 6, und Dok. 138.

¹³ Zur Tagung des Europäischen Rats am 12./13. Juni 1980 vgl. Dok. 177 und Dok. 178.

dere, geringfügigere Aspekte des Agrarpakets behandelt, worauf sie dann sehr offen von der Notwendigkeit eines für sie positiven Ergebnisses und von dem Junktim zwischen dem Agrarpaket und der Lösung der britischen Frage gesprochen habe.

Er selbst – Cossiga – habe seinen britischen Gesprächspartnern – zunächst unter Ausklammerung des Agrarpakets – Giscard's neuen Vorschlag erläutert. Diese hätten zunächst unter sich beraten und offensichtlich positive Aspekte an den neuen Vorstellungen entdeckt. Sie hätten aber die Gegenfrage gestellt, warum man sich unbedingt auf das Jahr 1979 beziehen wolle: Mrs. Thatcher sei damals erst einige Wochen lang im Amt gewesen¹⁴, und soweit ihr bekannt sei, habe sich auch ihr Vorgänger Callaghan bereits über die Höhe der früheren britischen Nettobeiträge beschwert. Ihrer Auffassung nach sollte also nicht das Jahr 1979, sondern ein Durchschnittswert aus vorhergehenden Jahren zugrunde gelegt werden.

Ministerpräsident Cossiga legte dem Bundeskanzler sodann seine Vorstellungen über das weitere Verfahren dar:

Landwirtschaftsminister Marcora habe seine Kollegen für den gleichen Abend (26.4.) in Luxemburg offiziell zu einem Essen eingeladen. Es bleibe ihnen unbenommen, die übrige Zeit nach ihrem Gutdünken – also auch mit Fachgesprächen – zu verbringen. Parallel dazu sollte die „Ruggiero-Gruppe“¹⁵ zusammentreten. Entsprechende Entscheidungen sollten ad referendum getroffen und gegebenenfalls im Hinblick auf die Lösung der britischen Frage in den Europäischen Rat eingebracht werden. Die Holländer, Belgier und Luxemburger wären mit einem derartigen Verfahren einverstanden; die Dänen und Iren habe er noch nicht konsultiert.

Der *Bundeskanzler* erklärte sich mit dem geschilderten Verfahren einverstanden.

Cossiga präzisierte, daß die Landwirtschaftsminister in Luxemburg nur den Versuch unternehmen könnten, eine Einigung über einzelne Punkte des Agrarpakets herbeizuführen. Eine Behandlung des Globalpakets wäre zu schwierig. Die übrigen Fragen müßten in der nächsten Sitzung der Landwirtschaftsminister

¹⁴ Am 3. Mai 1979 fanden in Großbritannien Parlamentswahlen statt, aus denen die Konservative Partei als Sieger hervorging. Die Bildung einer neuen Regierung erfolgte am 5. Mai 1979 durch Premierministerin Thatcher.

¹⁵ Vortragender Legationsrat I. Klasse Möhler notierte am 17. April 1980: „Nach der Tagung der Hohen Beamten am 2.4.1980 in Paris unter Leitung des Gesandten Ruggiero zeichnet sich Übereinstimmung über Struktur und Ausrichtung der Schlußfolgerungen des ER zum Problem des britischen Nettosaldo ab. Hiernach werden sich die Schlußfolgerungen wie folgt gliedern: a) Bekräftigung von vier Grundsätzen (Wahrung des gemeinschaftlichen Besitzstandes einschl. des Systems der eigenen Einnahmen und der GAP, Fortentwicklung der Gemeinschaft, unterschiedliche Aufgaben der Gemeinschaft für die Konvergenz, Lösungen für unzumutbare Situationen). b) Anerkennung der Tatsache, daß die Gemeinschaft die Wurzeln des britischen Problems (Löwenanteil der Agrarausgaben und unzureichende Entwicklung der Ausgaben für andere Bereiche gemeinschaftlicher Politik sowie verhältnismäßig hoher Anteil des Drittlandsanteils am britischen Außenhandel) angehen muß, daß aber zeitlich begrenzte Sondermaßnahmen notwendig sind. c) Einigung, daß die Sofortmaßnahmen die Änderung des bestehenden Korrekturmechanismus (Aufhebung der drei Beschränkungen) und zusätzliche Maßnahmen der Gemeinschaft in GB umfassen sollen. d) Zusätzliche Maßnahmen zugunsten Italiens und Irlands. e) Aussagen zur Agrarpolitik einschließlich der Schafffleischmarktordnung, zur Fischereipolitik und ggf. zur Energiepolitik.“ Vgl. Referat 412, Bd. 122406.

am 6.5. behandelt werden.¹⁶ In Luxemburg sollte man sich konzentrieren auf die Preissteigerung, die lineare und progressive Mitverantwortungsabgabe für Milch, den Abbau der Ausgleichsabgabe und auf das Hammelfleischproblem¹⁷. Die Landwirtschaftsminister sollten versuchen, über die genannten Punkte ad referendum eine Einigung herbeizuführen, damit Großbritannien sich dann im Europäischen Rat in diesem Zusammenhang zur Frage seines Haushaltsbeitrags äußern könne.

Der *Bundeskanzler* machte im Anschluß an die Darlegungen von Ministerpräsident Cossiga längere Ausführungen zur derzeitigen internationalen Lage, die in mancher Hinsicht an die Situation des Jahres 1914 erinnere. Die damals amtierenden Staatsmänner hätten zwar sicher keinen Krieg gewünscht, sie seien aber auch nicht in der Lage gewesen, einen Krieg zu verhindern. Angesichts der bestehenden weltpolitischen Gefahren sei es um so wichtiger, die strittigen Fragen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft bald zu lösen. „Letztlich werde ein Kompromiß nicht an Deutschland scheitern“, wenn die finanzpolitischen Auswirkungen für die Bundesrepublik auch nur sehr schwer tragbar erschienen. Sein Land verfolge bei den Bemühungen um eine Lösung allgemein betrachtet keine nationalen Interessen. Allerdings gebe es einen Bereich, in dem er doch ein nationales Interesse unterstreichen müsse: die Fischereifrage.¹⁸ Hier müßte es gelingen, die Briten endlich zu einem Einlenken zu bewegen. Ein weiterer Punkt, den er im Schlußkommuniqué des Europäischen Rats behandelt sehen möchte, sei die Energiefrage. Was die von Giscard gewünschte Erklärung zu den Grundsätzen der EG-Verträge betreffe, sei er mit einer Behandlung am Schluß der Beratungen des ER einverstanden. Gegebenenfalls könnte man die Formulierung dann auch an den Anfang des Kommuniqués setzen. Es sollte jedoch vermieden werden, die Beratungen mit einer Diskussion über diesen Punkt zu beginnen.

Auf eine Bemerkung des Bundeskanzlers zum Abbau der „Monetary Compensatory Amounts“ erläuterte *Marcora*, es sei bereits beschlossen worden, daß ein Abbau der positiven M.C.A. nicht zu einer Senkung der Preise der Agrarerzeugnisse in den nationalen Währungen der Starkwährungsländer führen dürfe.

Hierauf erwiderte der *Bundeskanzler*, im Falle einer Reduktion der M.C.A. um 1 1/2 % und einer Steigerung der Agrarpreise um 4 % würden die deutschen Landwirte etwa den Rentnern gleichgestellt.

Cossiga dankte dem Bundeskanzler für seine Ausführungen ebenso wie für den dabei zum Ausdruck gebrachten „gemäßigten Pessimismus/Optimismus“, zwei Dinge, die durchaus zusammengehen könnten. Wie der Bundeskanzler sehr offen über das nationale deutsche Interesse in der Fischereifrage – das er verstehe – gesprochen habe, so möchte er den italienischen Wunsch nach einer Aufstockung des Regionalfonds von 1050 Mio. auf 1200 Mio. ERE bekräftigen und

¹⁶ Am 6./7. Mai 1980 fand in Brüssel die EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister statt. Im Zentrum standen agromonetäre Maßnahmen. Beschlossen wurde mit Wirkung vom 12. Mai 1980 eine Abwertung des repräsentativen Kurses des Französischen Francs um 1,336 % sowie des repräsentativen Kurses der Lira um 3,523 %. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 5/1980, S. 54 und S. 93.

¹⁷ Zu den Verhandlungen über eine EG-Marktordnung für Schafffleisch vgl. Dok. 60, Anm. 21.

¹⁸ Zu den Verhandlungen über die EG-Fischereipolitik vgl. Dok. 112, Anm. 20.

werde im Europäischen Rat die Aufnahme dieses Punktes in das Kommuniqué beantragen.

Zu dem Verfahren sei er mit dem Bundeskanzler durchaus einverstanden, wenn dieser anrege, daß die Landwirtschaftsminister während der gesamten Dauer des Europäischen Rats in Reichweite bleiben sollten. Auch er sei der Auffassung, daß die „Ruggiero-Gruppe“ bis zum Tagungsbeginn ein Papier ausarbeiten solle, wenn es auch sicherlich viele „eckige Klammern“ enthalten werde. Die Vorstellungen des italienischen Landwirtschaftsministers zu den Agrarpreisen seien gemäßiger als die Forderungen der Franzosen. Italien würde sich mit einer Preissteigerung von 4,5 % begnügen, wenn es auch bereit sei, verhandlungstaktisch von einer Zahl zwischen 5 und 6 auszugehen und diese gegenüber Giscard auszuspielen, um zu einer Lösung des britischen Problems zu gelangen.

Cossiga unterstrich, daß er es im Hinblick auf Venedig¹⁹ für politisch sehr wichtig halte, bis dahin die strittigen Gemeinschaftsfragen zu bereinigen. Er teile den Pessimismus des Bundeskanzlers in bezug auf die Entwicklung der Weltlage, insbesondere dessen Pessimismus hinsichtlich einer möglichen – auf Mißverständnissen beruhenden – „nicht positiven Entwicklung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Europa“, die in diesem Moment lebensgefährlich wäre. Europa dürfe Amerika nicht das Gefühl geben, allein gelassen zu werden, andererseits dürften die USA die europäischen Staaten auch nicht jede Woche vor neue Tatsachen stellen, die vor den jeweiligen öffentlichen Meinungen schwer zu vertreten seien. Dies sei auch der Grund, weswegen er dem Europäischen Rat vorschlagen werde, im Anschluß an das Abendessen vom 27.4. eine formelle, der politischen Konsultation gewidmete Sitzung abzuhalten. Es sei auch eine Frage des Stils, schwerwiegende weltpolitische Probleme nicht bei Tisch „zwischen dem schwarzen Kaffee und einem Glas Cognac“ abzuhandeln.

Nach dem etwa 2 1/2stündigen Gespräch im Kreise der Mitarbeiter führten Ministerpräsident Cossiga und der Bundeskanzler ein kurzes Gespräch unter vier Augen, in dem der *Bundeskanzler* zunächst etwas ausführlicher auf die finanziellen Konsequenzen der Lösung des britischen Problems für den Bundeshaushalt einging.

Cossiga griff die Frage der fehlgeschlagenen amerikanischen Intervention in Iran wieder auf und berichtete über die italienischen Vorkehrungen im Hinblick auf eine amerikanische Aktion. Bei allen Erörterungen – auch im Verteidigungsrat – sei man auf italienischer Seite jedoch aufgrund der Erklärungen Carters davon ausgegangen, daß mit einer direkten Intervention erst ab Mitte Mai gerechnet werden müßte.

Der *Bundeskanzler* unterstrich die Bedeutung einer Unterscheidung zwischen einer „polizeilichen Rettungsaktion“ – wie im vorliegenden Fall –, die völkerrechtlich nicht verboten sei, und einer militärischen Intervention.

Abschließend hob Cossiga hervor, daß der Wirtschaftsgipfel in Venedig auch als ein politisches Treffen gesehen werden müsse. Die politischen Fragen sollten nach Auffassung Giscard's allerdings nur während eines Essens von den Regierungschefs und Außenministern erörtert werden.

¹⁹ Der Weltwirtschaftsgipfel fand am 22./23. Juni 1980 statt. Vgl. dazu Dok. 184 und Dok. 185.

Der *Bundeskanzler* meinte, daß der französische Staatspräsident sich auch zu einer längeren politischen Konsultation bereit erklären würde, wenn sich diese in begrenztem Kreis und ohne technischen Apparat durchführen ließe.

Es wurde vereinbart, wie nach den jüngsten Gesprächen Cossigas in Paris und London, auch in Hamburg keine Presseerklärungen und -verlautbarungen abzugeben.

Das Treffen endete gegen 17.00 Uhr.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 53

133

Ministerialdirektor Fleischhauer an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel

500-503.30/1-391/80 VS-vertraulich

Fernschreiben Nr. 2461 Plurez

Citissime nachts

28. April 1980¹

Aufgabe: 5. Mai 1980

Betr.: Humanitäres Kriegsvölkerrecht/Genfer Zusatzprotokoll²;
hier: NATO-Konsultationen am 6.5.1980

Bezug: Drahtbericht Nr. 501 vom 1.4.1980 I 370.79

I. Der Bundessicherheitsrat hat am 15.4.1980 aufgrund einer gemeinsamen Vor-

¹ Durchdruck.

Der Drahterlaß wurde von Vortragendem Legationsrat Hilger konzipiert.

Hat Referat 201 zur Mitzeichnung vorgelegen.

In einem Begleitvermerk notierte Hilger am 28. April 1980 handschriftlich: „1) Achtung: Dieser DE darf nicht vor Ablauf der Zustimmungsfrist im BSR (2. Mai 1980) abgesandt werden. Er muß andererseits zur Konsultation am 6. Mai 80 in Brüssel vorliegen. Über Herrn RL500 Herrn D 5. 2) W[ieder]v[or]l[age] Hilger (Überwachung der Absendung).“

Hat Vortragendem Legationsrat Hillgenberg am 2. Mai 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Nach Mitteilung BK (Oberst Genschel) sind bis Dienstscluß keine Einwendungen eingegangen. Weisung kann abgehen.“ Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 10760 (500); B 150, Aktenkopien 1980.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Oesterhelt am 2. Mai 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „citissime nachts“ sowie „H[errn] Hilger: B[itt]e R[ück]sprache am 8.5. w[el]g[en] Ergebnis 6.5.“

² Die Diplomatische Konferenz zur Bestätigung und Weiterentwicklung des in bewaffneten Konflikten anwendbaren humanitären Völkerrechts wurde 1974 von der Schweiz einberufen. Nach vier Sitzungsperioden wurden am 8. Juni 1977 die beiden Zusatzprotokolle zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 zur Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken der Streitkräfte im Felde, zur Verbesserung des Loses der Verwundeten, Kranken und Schiffbrüchigen der Streitkräfte zur See, über die Behandlung der Kriegsgefangenen sowie zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten angenommen. Für den Wortlaut der Zusatzprotokolle einschließlich der dazu abgegebenen Erklärungen und Vorbehalte vgl. UNTS, Bd. 1125, S. 4–434 bzw. S. 610–699. Vgl. dazu ferner AAPD 1977, I, Dok. 151, bzw. AAPD 1977, II, Dok. 234 ferner AAPD 1978, I, Dok. 54, bzw. AAPD 1978, II, Dok. 214 und Dok. 328 sowie AAPD 1979, I, Dok. 52.

Für den Wortlaut der Zusatzprotokolle einschließlich der dazu abgegebenen Erklärungen und Vorbehalte vgl. UNTS, Bd. 1125, S. 4–434 bzw. S. 610–699.

lage des AA und des BMVg³ die im Zusammenhang mit der Ratifizierung der Genfer Zusatzprotokolle stehenden Fragen kurz behandelt und inzwischen im Umlaufverfahren folgendes beschlossen:

1) Der Bundessicherheitsrat nimmt zustimmend von dem Ergebnis der NATO-Konsultationen über die sicherheitspolitische Wertung der Zusatzprotokolle zu den Genfer Rotkreuzabkommen Kenntnis. Er begrüßt die im Bündnis gemeinsam entwickelte Auffassung, daß militärisch bedeutsame Auslegungsschwierigkeiten dieser Texte durch Erklärungen bei der Ratifikation ausgeräumt werden können und sollen, um die völkerrechtliche Bindungswirkung der Ratifikation zu präzisieren.

2) Die Entscheidung über die Einleitung des Zustimmungsverfahrens nach Artikel 59 II GG⁴, welches vor der Ratifikation der Protokolle durchlaufen werden muß, wird zurückgestellt. Die Frage wird zu Anfang der nächsten Legislaturperiode⁵ erneut geprüft, auch im Lichte des bis dahin erreichten Standes an Ratifikationen anderer NATO-Staaten.

3) Die beteiligten Ressorts werden gleichwohl aufgefordert, den Entwurf einer Denkschrift zu einem Zustimmungsgesetz zu erarbeiten. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Bundesregierung entsprechend dem Ergebnis der NATO-Konsultationen beabsichtigt, bei der Ratifikation eine Erklärung abzugeben, die klarstellt, daß die in dem I. Zusatzprotokoll entwickelten Kampfführungsbestimmungen den Einsatz nuklearer Waffen nicht regeln.

4) Der Herr Bundesminister des Auswärtigen und der Herr Bundesminister der Verteidigung⁶ werden gebeten, sich darum zu bemühen, daß möglichst viele Bündnispartner entsprechende Erklärungen abgeben.

Ein vollständiges Exemplar der Beschlußvorlage mit Anlagen ist Botschafter Dr. Pauls als Teilnehmer der BSR-Sitzung am 15.4.1980 zugegangen.

³ Ministerialdirigent Verbeek legte am 2. April 1980 eine gemeinsame Beschlußvorlage des Auswärtigen Amtes und des Bundesministeriums der Verteidigung zum Humanitären Kriegsvölkerrecht vor. Dazu notierte er, der Bundessicherheitsrat habe am 29. November 1977 Leitlinien für die Besprechungen in der NATO über die am 8. Juni 1977 verabschiedeten Zusatzprotokolle zu den Genfer Rotkreuz-Abkommen vom 12. August 1949 beschlossen, insbesondere um eine einheitliche Haltung der Allianz „vor allem zur Frage einer Nuklearkerklärung im Hinblick auf die Kriegsführungsbestimmungen von Zusatzprotokoll I“ herbeizuführen. Inzwischen sei mit den wichtigsten NATO-Partnerstaaten Einvernehmen erzielt worden: „Die jetzige gemeinsame Vorlage dient einerseits der Unterrichtung des Bundessicherheitsrats über dieses Ergebnis und der Bestätigung unserer in Brüssel ad referendum eingenommenen Haltung. Sie enthält andererseits einen Beschlußvorschlag über die weitere Behandlung der Zusatzprotokolle durch die Bundesregierung. Der Entscheidung des Bundessicherheitsrats kommt im Interesse eines weitgehend bündniseinheitlichen Vorgehens vor allem in der Nuklearfrage besondere Bedeutung zu.“ Verbeek verwies auf die interministeriellen Schwierigkeiten, die vor allem auf „Bewertungsunterschiede innerhalb des BMVg“ zurückzuführen seien: „Eine Intervention von Herrn StS Dr. Lautenschlager bei StS Dr. Hiehle hat schließlich ein einheitlich zustimmendes Votum des BMVg zur gemeinsamen Vorlage bewirkt.“ Vgl. VS-Bd. 10760 (500); B 150, Aktenkopien 1980.

⁴ Artikel 59 Absatz 2 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949: „Verträge, welche die politischen Beziehungen des Bundes regeln oder sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen, bedürfen der Zustimmung oder der Mitwirkung der jeweils für die Bundesgesetzgebung zuständigen Körperschaften in der Form eines Bundesgesetzes. Für Verwaltungsabkommen gelten die Vorschriften über die Bundesverwaltung entsprechend.“ Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 7.

⁵ Am 4. November 1980 konstituierte sich der am 5. Oktober 1980 gewählte zehnte Bundestag.

⁶ Hans Apel.

II. Die NATO-Vertretung wird gebeten, sich in den Konsultationen am 6.5.1980 im Sinne des Beschlusses des Bundessicherheitsrates zu äußern, insbesondere also

1) mitzuteilen, daß die bisher von der NATO-Vertretung ad referendum eingenommene Haltung zugunsten einer Nuklearerklärung nunmehr politisch bestätigt worden ist,

2) die übrigen Bündnispartner aufzufordern, entsprechend zu verfahren,

3) auf Anfrage mitzuteilen, daß mit der Entscheidung über die Einleitung des Ratifizierungsverfahrens nicht mehr in dieser Legislaturperiode zu rechnen ist, inzwischen die Vorbereitungen unter den Ressorts aber fortgeführt werden.

III. Ergänzend dazu kann auf Fragen gesagt werden, daß im Bundessicherheitsrat ein Beschluß über den Wortlaut der Nuklearerklärung nicht gefaßt worden ist.

IV. Nur zur eigenen Unterrichtung der Vertretung wird weiterhin mitgeteilt:

1) Unter unseren Verbündeten sollte die Bereitschaft zur Abgabe einer Nuklearerklärung nicht nur von den TNF-Ländern angedeutet werden, um einen zu engen Zusammenhang zwischen der Nuklearerklärung und der TNF-Stationierung zu vermeiden.

2) Es ist die Absicht des BSR, daß die Bundesrepublik Deutschland die Zusatzprotokolle nicht vor, aber auch nicht wesentlich nach den übrigen Verbündeten ratifiziert.

3) Zum Stande der Ratifikationsvorbereitungen im Kreise unserer Verbündeten ergibt sich für uns aufgrund einer Demarche im Frühjahr d. J. folgendes Bild (das ggf. aufgrund des Ergebnisses der Konsultationen zu ergänzen wäre):

In den Vereinigten Staaten ist die Einleitung des Ratifikationsverfahrens durch die SALT-Debatte⁷ verzögert worden.

In Großbritannien könnte die Einleitung des Verfahrens in diesem Jahr erwartet werden.

In Island ist mit einer Ratifizierung noch 1980 zu rechnen.

In Griechenland erscheint eine Ratifizierung im Herbst 1980 möglich.

In Dänemark wird mit der Ratifizierung nicht vor 1981 gerechnet.

In Norwegen wird die Ratifizierung vermutlich nicht vor 1982 erfolgen.

In den Niederlanden und Belgien wird mit der Ratifizierung gleichfalls nicht vor 1981 gerechnet.

In Portugal könnte die Ratifizierung 1981 erfolgen.

In Italien ist die Ratifizierung noch nicht eingeleitet.

Darüber hinaus wissen wir aus einer Anfrage der hiesigen österreichischen Botschaft, daß auch in Österreich mit einer Ratifizierung nicht vor 1981 zu rechnen ist.

⁷ Zum Stand des Ratifizierungsverfahrens des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 im amerikanischen Senat vgl. Dok. 59.

V. Die Vertretung wird gebeten, über den Verlauf der Konsultationen am 6. Mai 1980 zu berichten.⁸

Fleischhauer

VS-Bd. 10760 (500)

134

Bundeskanzler Schmidt an den SPD-Fraktionsvorsitzenden, Wehner

30. April 1980¹

Sehr geehrter Herr Wehner,

ich möchte Ihnen von dem Ablauf und vom Ergebnis des Europäischen Rates² berichten, so wie er sich mir und der Bundesregierung heute darstellt.

⁸ Vortragender Legationsrat I. Klasse Oesterheld notierte am 9. Juni 1980: „Der Politische Ausschuß der NATO hat sich am 6. Mai mit der Frage der Genfer Zusatzprotokolle nicht befaßt, sondern beschlossen, die Konsultationen ‚durch Zirkulation der Weisungen‘ fortzuführen. Aufgrund dessen liegen uns bisher schriftliche Beiträge vor von Großbritannien, Kanada, Dänemark, Norwegen, den Niederlanden, Italien. Wir hatten NATO-Vertretung mit Drahterlaß vom 29.5.1980 angewiesen, den Wortlaut unseres zirkulierten Beitrags zu übersenden. Dies ist mit DB 860 vom 4.6. angekündigt worden, jedoch ist der Text bisher nicht eingetroffen. Unabhängig davon hat die NATO-Vertretung, ebenfalls aufgrund unserer Weisung vom 29.5.1980, in der Sitzung des Politischen Ausschusses vom 3.6.1980 klargestellt, daß unsere schriftliche Stellungnahme nicht in dem Sinne als abschließend betrachtet werden darf, als beabsichtigten wir, lediglich zur Nuklearfrage einen Vorbehalt einzulegen. Die Frage weiterer Vorbehalte bedürfe vielmehr zunächst der internen Prüfung innerhalb der Bundesregierung.“ Vgl. B 80 (Referat 500), Bd. 1296.

¹ Ablichtung.

Das Schreiben wurde von Vortragenden Legationsrat I. Klasse Zeller, Bundeskanzleramt, am 30. April 1980 „nach Absprache mit Herrn Bruns“ Bundeskanzler Schmidt vorgelegt. Dazu teilte er mit: „1) Ihre Änderungswünsche erreichten mich erst am späten Nachmittag. Die Schreiben konnten Ihnen daher nicht mehr vor Ihrem Abflug vorgelegt werden. Sie werden Ihnen heute noch mit der Bitte um Unterzeichnung vorgelegt, weil sie sonst erst am Dienstag nächster Woche abgeschickt werden könnten. 2) Die Schreiben berücksichtigen Ihre Änderungswünsche. Sie enthalten außerdem auf Wunsch von Chef BK einige weitere Formulierungsänderungen gegenüber dem ursprünglichen, von Ihnen gebilligten Entwurf. Diese Änderungen sind von Chef BK gebilligt. Sie ergeben sich aus den im Entwurf angebrachten Unterstreichungen.“ Zudem fügte Zeller die vorigen Entwürfe und Originale des Schreibens bei.

Hat Schmidt am 1. Mai 1980 vorgelegen, der für Ministerialdirektor von Staden, Bundeskanzleramt, handschriftlich vermerkte: „Bitte Durchschlag an BM Genscher, BM Matthöfer und BM Graf Lambsdorff.“

Hat Verwaltungsangestelltem Bruns, Bundeskanzleramt, am 2. Mai 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Eilt! Sofort! Über Chef BK z[ur] K[enntnisnahme] AL 2 z[ur] w[eiteren] V[eranlassung] (Versendung durch Fahrer).“

Hat Staatssekretär Schüler, Bundeskanzleramt, vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Helmut-Schmidt-Archiv 1/HSAA 006755.

Gleichlautende Schreiben erhielten der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende, Kohl, der FDP-Fraktionsvorsitzende, Mischnick, und der CSU-Landesgruppenvorsitzende, Zimmermann. Vgl. dazu das Schreiben des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Zeller, Bundeskanzleramt, vom 2. Mai 1980 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg; Referat 412, Bd. 122406.

² Die Tagung des Europäischen Rats fand am 27./28. April 1980 in Luxemburg statt.

Vorab möchte ich bemerken, daß der Ausgang des Europäischen Rates mich tief enttäuscht hat und mit Sorge erfüllt, weil er – zu Recht oder zu Unrecht – der Stellung Europas in der Welt abträglich ist. Die Verantwortlichkeiten scheinen mir klarzuliegen, die Folgen würden wir alle zu tragen haben.

Bundesminister Genscher und ich selbst haben auf dem Europäischen Rat keine Anstrengungen gescheut, um eine befriedigende Lösung in der Frage der britischen Beitragszahlungen zu erreichen und so den inneren Zusammenhalt in der Gemeinschaft in der augenblicklichen weltpolitischen Lage zu sichern und zu festigen. Wir haben angesichts der bedrohlichen Entwicklungen im internationalen Bereich unsere Bereitschaft bekundet, erheblich über die wohlerwogenen Grenzen für die von der Bundesrepublik Deutschland zu erbringenden zusätzlichen Leistungen hinauszugehen, die wir uns in den Vorbereitungen auf dem Europäischen Rat gesetzt hatten.

Ähnliches gilt für den französischen Staatspräsidenten³, der ebenfalls an die Grenze dessen gegangen ist, was die nationale Volkswirtschaft in der Lage ist zu tragen. Ähnliches gilt für andere Regierungen in den Partnerstaaten, insbesondere für die italienische Präsidentschaft⁴. Die Bemühungen von Ministerpräsident Cossiga vor dem Rat und auf dem Europäischen Rat verdienen höchste Anerkennung und unseren Dank.

Premierminister Thatcher konnte sich mit keinem der ihr auf dem Europäischen Rat unterbreiteten Vorschläge einverstanden erklären, obwohl diese eine erhebliche sofortige Entlastung für die britischen Nettozahlungen an die Gemeinschaft – über 1 Mrd. ERE, über 2,5 Mrd. DM hinaus – erbracht und außerdem die Möglichkeit eröffnet hätten, auf längere Frist die Frage des britischen Beitrages zu regeln.

Insgesamt haben wir sieben Stunden über die Beitragsfragen im Europäischen Rat beraten. Darüber hinaus hat es natürlich eine Fülle von Einzelgesprächen gegeben, die dem Ziel dienten, eine Lösung zu ermöglichen. Auf eine Darstellung der verschiedenen Stadien unserer Beratungen im einzelnen möchte ich verzichten. Hier nur das Wesentliche:

Im Ergebnis lag dem Europäischen Rat ein niederländischer Vorschlag vor, der vorsah, Großbritannien in den Jahren 1980 bis 1982 jeweils um 1 Mrd. ERE (etwa 2,5 Mrd. DM) zu entlasten, in den beiden folgenden Jahren um einen etwas geringeren, ebenfalls festen Betrag.

Sodann gab es einen von uns mitgetragenen französischen Vorschlag, die britischen Nettozahlungen in der Höhe der 1979 von Großbritannien erbrachten Nettoleistungen, d. h. auf 849 Mio. ERE, also etwa 2,15 Mrd. DM, zu plafondieren. Dies sollte zunächst für 1980 gelten, wobei offen blieb, was 1981 und 1982 geschehen sollte.

Beide Vorschläge bezeichnete die britische Seite als nicht akzeptabel; der niederländische Vorschlag war auch auf Bedenken anderer Mitgliedstaaten gestoßen.

³ Valéry Giscard d'Estaing.

⁴ Italien hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1980 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

Premierminister Thatcher erklärte sich ihrerseits nur bereit, Zahlungen nach dem Durchschnitt der britischen Nettobeiträge in den Jahren 1977, 1978 und 1979 zu leisten; das hätte eine britische Nettobelastung von 320 Mio. ERE, d. h. rund 800 Mio. DM, bedeutet. Dieser Vorschlag wurde von allen anderen Vertretern im Rat als nicht annehmbar empfunden.

Ich habe daraufhin als Kompromißvorschlag eine einmalige Begrenzung der britischen Zahlungen für 1980 auf den Durchschnitt der Nettozahlungen von 1978 und 1979 vorgeschlagen, mit der Maßgabe, daß bis zum Jahresende Vorschläge für die Zeit nach 1980 von den Organen der Gemeinschaft ausgearbeitet werden sollten. Danach hätte Großbritannien in diesem Jahr 540 Mio. ERE, d. h. 310 Mio. ERE (= ca. 775 Mio. DM) weniger als im vergangenen Jahr zu tragen gehabt. Großbritannien wäre auf der Grundlage der geschätzten Haushaltsentwicklung eine Erleichterung von etwa 1250 Mio. ERE gewährt worden; auf uns wäre eine zusätzliche Belastung in DM in etwa gleicher Höhe zugekommen.

Ich wiederhole, daß ich mich zu einem solchen, die uns bekannten britischen Wünsche für 1980 nahezu vollständig berücksichtigenden Angebot nur bereithalten konnte, weil ich der Überzeugung war und bin, daß sich die Gemeinschaft ein inneres Zerwürfnis in der augenblicklichen Weltlage einfach nicht leisten sollte. Selbstverständlich hatte ich bei meinem Vorschlag sehr deutlich gemacht, daß durch diese Maßnahmen der 1%-Plafond für den Mehrwertsteueranteil der Gemeinschaft⁵ auch in den nächsten Jahren auf keinen Fall durchstoßen wird. Dies entspricht im übrigen auch der vom Deutschen Bundestag in seinem Beschluß vom 27. Juni 1979 bekundeten Haltung.⁶

Jedoch ist die britische Seite auch hierauf nicht eingegangen. Sie verlangte vielmehr, daß die vorgeschlagene Plafondierung für nicht nur ein Jahr, sondern von vorneherein für drei Jahre gelten sollte. Dies wiederum hätte für alle anderen Partner, selbstverständlich uns eingeschlossen, und ich gehe davon aus, daß Sie hierin mit mir übereinstimmen, nicht annehmbare Belastungen bedeutet.

Das Ergebnis der Beratungen der Agrarminister, die sich, Großbritannien ausgenommen, als Bestandteil einer Gesamtlösung auf eine substantielle Anhebung der Agrarpreise für das Jahr 1980/81 verständigt hatten, traf ebenfalls auf globale britische Ablehnung, dies wohl im Hinblick auf die nicht gelöste Beitragsfrage.⁷

⁵ Zur Finanzierung des EG-Haushalts aus Mehrwertsteuereinnahmen vgl. Dok. 61, Anm. 8.

⁶ In einem Entschlußantrag des Haushaltsausschusses des Bundestags vom 2. Mai 1979 zum EG-Haushalt wurde die Bundesregierung aufgefordert, die EG-Kommission „dringend darauf hinzuweisen, daß der Bundeshaushalt weitere über die bisherigen ‚eigenen Einnahmen‘ der Europäischen Gemeinschaften hinausgehende Belastungen auf absehbare Zeit nicht verkraften kann“. Vgl. BT ANLAGEN, Bd. 251, Drucksache Nr. 8/2795.

Der Bundestag verabschiedete am 27. Juni 1979 die Beschlußempfehlung. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 111, S. 1380.

⁷ Die EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister fand am 26. und 28. April 1980 in Luxemburg statt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Ellerkmann erläuterte dazu am 30. April 1980: „Die Verhandlungen wurden noch dadurch kompliziert, daß in einem ‚Paket‘ auch in unserem Interesse zugleich über die Agrarpreise, die Agrarkosteneindämmungsvorschläge der Kommission, über eine Schafffleischmarktorganisation, die EG-Fischereipolitik und einen Einstieg in die EG-Energiepolitik verhandelt wurde. Ein Kompromißvorschlag der Kommission zum Agrarpaket sah als wesentliche Elemente eine Preisanhebung für das kommende Wirtschaftsjahr um durchschnittlich 5 %, eine Erhöhung der Erzeuger-Mitverantwortungsabgabe bei Milch um 0,5 % auf 2 % und einen Abbau des deutschen Währungsausgleichs um 1 % (d. h. eine Preisanhebung für die deutsche Land-

Auch bei der Behandlung der Grundsätze der künftigen Fischereipolitik der Gemeinschaft⁸, um nur sie noch zu erwähnen, verschloß sich Großbritannien in der wichtigen Zugangsfrage den Vorstellungen seiner Partner.

Bei dieser Verhandlungslage war eine weitere Behandlung dieser Themen durch den Europäischen Rat nach allgemeiner Auffassung nicht mehr sinnvoll. Der Rat schloß mithin seine Beratungen zu diesen Punkten ohne Ergebnis ab. Es versteht sich, daß damit auch das von mir auf dem Europäischen Rat gemachte Angebot erledigt ist. Ich habe das im Europäischen Rat ausdrücklich erklärt.

Der italienischen Präsidentschaft wurde am Ende des Europäischen Rats von mehreren Seiten vorgeschlagen, diese Thematik nicht mehr auf die Tagesordnung des nächsten Europäischen Rats in Venedig am 12./13. Juni 1980⁹ zu setzen. Es wird vielmehr die Aufgabe der verschiedenen ordentlichen Ratsgremien sein, die einzelnen zur Debatte stehenden Fragen in den vorgesehenen Verfahren zu behandeln.

In den übrigen Fragen schloß der Rat seine Beratungen mit den beigefügten Schlußfolgerungen ab.¹⁰ Ich möchte in diesem Zusammenhang unterstreichen, daß die Mitglieder des Rates sehr engagiert und sachlich die aktuellen internationalen Fragen, insbesondere die neueren Entwicklungen im Iran, die Lage in Afghanistan und im Nahen Osten sowie die wirtschaftliche Lage beraten haben. Sie haben die unerträgliche Verletzung des Völkerrechts durch die Geiselnahme in Teheran erneut verurteilt und ihre Solidarität mit der Regierung und dem Volk der Vereinigten Staaten in dieser Zeit der Prüfung bekräftigt.¹¹ Sie haben außerdem die von den Außenministern der Neun am 22. April 1980 in Luxemburg gefaßten Beschlüsse bekräftigt.¹² Zu Afghanistan hat der Europäische Rat die Neuner-Initiative vom 19. Februar 1980 bestätigt, die eine politische Lösung der Krise im Sinne eines blockfreien und neutralen Afghanistan anvisiert.¹³

Es bleibt unsere Aufgabe, die Gemeinschaft auch unter den jetzt erschwerten Umständen in ihren eigenen Angelegenheiten politisch handlungsfähig zu erhalten und sie weiterhin zu befähigen, ihre politischen Verantwortlichkeiten in der Welt wahrzunehmen. Es wird in den kommenden Wochen und Monaten Aufgabe aller verantwortlichen politischen Kräfte in Europa sein, dazu beizutragen, daß der durch diesen Ausgang des Europäischen Rates für die Europäische

Fortsetzung Fußnote von Seite 702

wirtschaft von etwa 4%) vor. Das Paket hätte zu einer Erhöhung der Agrarausgaben um 10,5% (1,1 Mrd. ERE) gegenüber dem Vorjahr geführt. Acht Mitgliedstaaten konnten diesen Kompromiß im Interesse einer gleichzeitigen Regelung der britischen Haushaltsfrage akzeptieren. GB stimmte wohl im Hinblick auf die nicht gelöste Beitragsfrage nicht zu. In der Schafffleischfrage konnte GB die von F als Bedingung für eine Lösung geforderte, bereits erheblich eingeschränkte staatliche Interventionsregelung ebenfalls nicht akzeptieren.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 55; Referat 012, Bd. 115729. Vgl. dazu ferner BULLETIN DER EG 4/1980, S. 8 f.

⁸ Zu den Verhandlungen über die EG-Fischereipolitik vgl. Dok. 112, Anm. 20.

⁹ Zur Tagung des Europäischen Rats am 12./13. Juni 1980 vgl. Dok. 177 und Dok. 178.

¹⁰ Dem Vorgang nicht beigefügt.

Für den Wortlaut der „Schlußfolgerungen des Vorsitzes“ vgl. BULLETIN DER EG 4/1980, S. 9–12.

¹¹ Vgl. dazu die Erklärung des Europäischen Rats sowie der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ zur internationalen Lage; BULLETIN DER EG 4/1980, S. 12 f.

¹² Zur Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vom 22. April 1980 vgl. Dok. 113, Anm. 20.

¹³ Vgl. dazu die Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vom 19. Februar 1980; BULLETIN DER EG 2/1980, S. 88 f. Vgl. dazu auch Dok. 57.

Gemeinschaft entstandene Schaden begrenzt und durch konstruktives politisches Handeln überwunden wird. Die Bundesregierung hat durch ihr Verhalten vor dem Europäischen Rat und auf dem Europäischen Rat bewiesen, welche große Bedeutung für sie die innere Handlungsfähigkeit der Gemeinschaft gerade zum jetzigen Zeitpunkt hat, nicht zuletzt im Hinblick auf ihr stetig wachsendes Gewicht in der internationalen Politik. Sie wird sich von diesen Grundsätzen, soweit ihre Verwirklichung von ihr abhängt, auch in der Zukunft leiten lassen.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr ergebener
Helmut Schmidt¹⁴

Helmut-Schmidt-Archiv, 1/HSAA 006755

135

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Dröge

201-363.31-1333/80 geheim

5. Mai 1980¹

Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³ zur Unterrichtung
Betr.: Durchführung der LRTNF-Modernisierung;
hier: Zeitpunkt der Dislozierung in der Bundesrepublik Deutschland

1) Der amerikanische Assistant Secretary of Defense, McGiffert, teilte dem BMVg, FüSIII (Gen. Maj. Tandecki), mit, die technische Entwicklung von Pershing II XR und GLCM verlaufe planmäßig, so daß die nukleare Einsatzbereitschaft der ersten Batterie (Initial Operational Capability – IOC) in Europa bereits im Zeitraum Mai bis Juli 1983 erreicht werden könne.

2) Das BMVg (FüSIII, nach Rücksprache mit BM Apel) bat die amerikanische Seite, die IOC statt dessen auf den 1. November 1983 hinzusteuern. Damit solle sichergestellt werden, daß der im NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979⁴ über die LRTNF-Modernisierung („Einführung der Systeme gegen Ende

¹⁴ Handschriftliche Schlußformel.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann und Legationsrat I. Klasse Bolewski konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat Hofstetter am 12. Mai 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[errn] Bolewski z[ur] K[enn]tnisnahme.“

Hat Bolewski erneut am 22. Mai 1980 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl vorgelegen.

² Hat Staatssekretär van Well am 6. Mai 1980 vorgelegen.

³ Hat Bundesminister Genscher am 11. Mai 1980 vorgelegen.

⁴ Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 10.

1983“) für Rüstungskontrollverhandlungen vorgesehene Zeitraum nicht verkürzt wird.

Die amerikanische Seite stimmte daraufhin folgendem Einführungsablauf für die Bundesrepublik Deutschland zu:

- frühestens ab August 1983 Zulauf der ersten Waffen-/Ausrüstungsteile für die erste Pershing-II-Batterie;
- frühestens ab Oktober 1983 Zulauf der ersten nuklearen Gefechtsköpfe;
- frühestens ab November 1983 IOC, d. h. nukleare Einsatzbereitschaft der ersten Batterie (neun Werfer).

3) Die amerikanische Seite sicherte erneut die zeitliche Parallelität der Einführung der Systeme in den verschiedenen „host countries“ (Großbritannien, Italien und Bundesrepublik Deutschland) zu. Entwicklungs-, Produktions- und Infrastrukturplanung seien so abgestimmt, daß die Einführung von Pershing II XR in der Bundesrepublik Deutschland und GLCM in Großbritannien und Italien mit einem Zeitunterschied von höchstens einem Monat erfolgen könne. Es sei damit zu rechnen, daß die Dislozierung der GLCM – wenn überhaupt – dann in Großbritannien vorgezogen werde.

Die Einführung der GLCM in der Bundesrepublik Deutschland sowie evtl. Belgien und den Niederlanden erfolge nach Abschluß der Einführung der Systeme in Großbritannien und Italien, d. h. ab 1985.

4) Erfahrungsgemäß ist davon auszugehen, daß derartige Terminplanungen eher verzögert werden, so daß auch Erzielen der Ersteinsatzbereitschaft erst im Jahre 1984 möglich erscheint. Aus finanztechnischen Gründen (Bindung der Pershing-II-IOC an das Ende des US Financial Year 1983, also August 1983) muß jedoch die Planung in Washington schon jetzt wie dargelegt vorgenommen werden.

5) FÜS III beabsichtigt, bei sich bietender Gelegenheit bestimmte Bundestags-abgeordnete von der Dislozierungsterminplanung zu unterrichten.

i. V. Dröge

VS-Bd. 10329 (201)

136

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Bundeskanzler Kreisky

VS-vertraulich

6. Mai 1980¹

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem österreichischen Bundeskanzler Kreisky am Dienstag, dem 6. Mai 1980 (11.00 Uhr bis 12.50 Uhr)²

Sonstige Teilnehmer:

Auf österreichischer Seite: Herr Landeshauptmann Kery, Botschafter Pein, Botschafter Bauer (Leiter der politischen Sektion im österreichischen Außenministerium), zusätzlich: Kommerzialrat Schönbichler, Vizepräsident der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft.

Auf deutscher Seite: Staatssekretär van Well, Botschafter Podewils, VLRI Dr. Zeller als Note-taker.

Nach Worten der Begrüßung und einigen persönlichen Bemerkungen und nachdem Bundeskanzler Kreisky seine Delegation vorgestellt hatte, eröffnet der *Bundeskanzler* das Gespräch mit einigen Bemerkungen zur Lage in der Welt:

Österreich sei in der augenblicklichen Weltlage ebenso exponiert wie wir, wobei wir einerseits durch unsere Zugehörigkeit zum Bündnis, Österreich andererseits durch seine Neutralität in einer jeweils anderen Lage seien. Mit Interesse habe er verfolgt, wie der österreichische Bundeskanzler zu aktuellen Fragen, sei es öffentlich, sei es nicht öffentlich, Stellung nimmt, um damit zum besseren Verständnis (zwischen Ost und West) beizutragen.

Hauptgegenstand des heutigen Gesprächs werde, so meine er, die internationale Lage sein. Soweit er sehen könne, gebe es keine wesentlichen bilateralen Probleme zwischen uns.

Bundeskanzler *Kreisky* stimmt zu. Seit 1953 hätten sich die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern ununterbrochen verbessert.³ Die Bundesrepublik Deutschland sei der weitaus größte Handelspartner seines Landes. Österreich kaufe bei uns für etwa 20 Mrd. DM Waren. Es sei auch für deutsche Investoren ein guter Markt.

Bundeskanzler würdigt die erfolgreiche Währungs- und Finanzpolitik der österreichischen Bundesregierung.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Zeller, Bundeskanzleramt, am 8. Mai 1980 gefertigt und an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg am folgenden Tag „vorbehaltlich der Zustimmung des Bundeskanzlers und mit der Bitte, den Herrn Bundesminister und Staatssekretär van Well zu unterrichten“, übermittelt.

Hat York am 9. Mai 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär van Well verfügte.

Hat van Well am 10. Mai 1980 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 541 (014); B 150, Aktenkopien 1980.

² Bundeskanzler Kreisky hielt sich vom 5. bis 7. Mai 1980 in der Bundesrepublik auf.

³ Beim Besuch des österreichischen Außenministers Gruber und seines Staatssekretärs Kreisky vom 18. bis 21. Mai 1953 in der Bundesrepublik fand das erste unmittelbare amtliche Gespräch zwischen den Außenministerien beider Länder statt, die noch keine diplomatischen Beziehungen zu einander aufgenommen hatten. Vgl. dazu AAPD 1953, I, Dok. 158.

Bundeskanzler *Kreisky* bestätigt, daß sich zwischen unseren Ländern ein besonderes „Nahverhältnis“ entwickelt habe.

Er berichtet von der guten Zusammenarbeit im Bereich der Automobilindustrie, und er dankt dem Bundeskanzler für frühere Vermittlung. Besonders erfreuliche Kontakte bestünden zu VW. VW, an dessen Aktivitäten in Österreich Porsche beteiligt sei, plane die Errichtung eines Montagewerkes. Gute Zusammenarbeit bestehe auch mit Mercedes; in Österreich (Graz) werden Geländewagen hergestellt. BMW schließlich wolle ein großes Motorenwerk errichten.

Die Strukturkrise bringe auch in Österreich Schwierigkeiten mit sich. Besonders bei der Stahlproduktion stehe es nicht gut. Er nennt die Voest-Werke. Die traditionelle Edelstahlproduktion sei ein Sorgenkind. Deren Produkte könnten heute von Massenstahlherstellern (Italien, Schweden) besser und billiger hergestellt werden. Hier müsse der Staat draufzahlen.

Bundeskanzler ist hierüber erstaunt: Zwar hätten auch wir Schwierigkeiten bei der Massenstahlherstellung, nicht aber beim Edelstahl.

Bundeskanzler *Kreisky* erläutert, daß es sich bei den österreichischen Erzeugnissen nicht um „echten“ Edelstahl handele.

Sorgen mache auch die Reifenindustrie, die unter der mächtigen Konkurrenz großer Hersteller wie Michelin zu leiden habe.

Sorgen mache man sich schließlich auch über die starke Abwanderung aus Wien; die Regierung hoffe jedoch auf eine leichte Rückwanderung.

Bundeskanzler verweist auf die niedrige Arbeitslosenziffer in Österreich (nur 2%). In dieser Lage müsse es der österreichischen Wirtschaft an Arbeitskräften, insbesondere qualifizierten Arbeitskräften fehlen.

Bundeskanzler *Kreisky* stimmt zu; man müsse hier umschichten. Er wünscht sich, daß die Exporte nach Deutschland anstiegen. Besonders in Norddeutschland habe man mit dem Absatz österreichischer Produkte noch Schwierigkeiten.

Bundeskanzler empfiehlt ein aggressiveres Marketing.

Bundeskanzler *Kreisky*: Man habe damit begonnen; Österreich sei stark in Hannover⁴ vertreten gewesen. Der Fremdenverkehr entwickle sich gut.

Er empfiehlt auch engere und häufigere Zusammenarbeit auf dritten Märkten. Zwar brauchten die deutschen Firmen die Österreicher kaum, jedoch könne die Zusammenarbeit mit österreichischen Firmen auf manchen Märkten politisch nützlich sein. Er nennt hier Polen.

Der Wirtschaftsverkehr mit der DDR habe sich sehr gut entwickelt und biete auch gute Zukunftsperspektiven. Die DDR habe gegenüber dem kleinen Österreich keine Minderwertigkeitsgefühle, anders als uns gegenüber. Auch hier könne man evtl. an gemeinsame Vorhaben denken.

In diesem Zusammenhang äußert sich Bundeskanzler *Kreisky* sehr anerkennend über Dr. Mittag. Er sei der beste Mann, den er kenne.

Bundeskanzler stimmt zu.⁵

⁴ Die Hannover-Messe fand vom 16. bis 24. April 1980 statt.

⁵ Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, charakterisierte am 2. April 1980 das Mitglied des ZK der SED: „Günter Mittag hat, wie seine Lebensdaten ausweisen, seit Jahren entscheidenden Einfluß auf die

Bundeskanzler *Kreisky* vermutet, daß Dr. Mittag demnächst vielleicht noch in eine höhere Stellung einrücken könne.

Bundeskanzler: De facto ist er jetzt schon der zweite Mann.

Bundeskanzler *Kreisky*: Er wolle auch Staatssekretär Beil sehr herzlich empfehlen; er sei nicht ohne Einfluß.

Er empfiehlt dem Bundeskanzler dringend, an seinem Treffen mit Honecker festzuhalten.

Bundeskanzler hält ein Zusammentreffen in Belgrad für möglich.⁶

Er macht anschließend Ausführungen über den augenblicklichen Zustand der deutsch-deutschen Beziehungen. Auch in der DDR wachse das Gefühl einer gemeinsamen Bedrohung und einer möglichen Schicksalsgemeinschaft sowie das Bewußtsein, einer gemeinsamen deutschen Nation zuzugehören. Dabei bleibe offen, wie tief dies gehe.

In der DDR, Polen und Ungarn, d.h. in den Führungen der mehr nach Westeuropa tendierenden Länder, mache man sich große Sorgen über die augenblickliche Lage. Zuweilen verzichte man dort sogar auf Pflichtübungen in Sachen Afghanistan. Zum Ausdruck komme freilich dort ein deutliches Mißvergnügen über Carter.

Bundeskanzler fragt nach den Eindrücken seines Gesprächspartners von den Verhältnissen in der ČSSR.⁷

Bundeskanzler *Kreisky* bestätigt, daß er dieselben Eindrücke über das Verhalten in der DDR in Polen und Ungarn habe. Die Führungen dieser Länder wollten die Entspannungspolitik weiterführen. Gleichzeitig befürchte man dort, daß die Berechenbarkeit der Politik abnehme.

In der ČSSR seien die stalinistischen Chefs in der kommunistischen Partei übermächtig und ausschließlich an der SU orientiert (Bilak, Indra).

Was die SU betreffe, so verhalte sie sich gegenüber Österreich sehr zurückhaltend und vorsichtig. Wichtig sei, daß AM Gromyko am 16. Mai 1980 nach Wien komme. Das gleiche gelte für die AM der anderen Unterzeichnermächte des Staatsvertrages⁸. Was sich hieraus an Gesprächskontakten ergebe, wolle und

Fortsetzung Fußnote von Seite 707

Wirtschaftspolitik der DDR.“ Mittag sei als „der führende Repräsentant einer neuen ‚technokratischen‘ Führungsschicht der DDR anzusehen, für die in der Steigerung der Wirtschaftsproduktion die Grundlage für die Steigerung des Nationaleinkommens, die Durchführung der Sozialpolitik und die Durchsetzung der politischen Ziele auch innerhalb des Ostblocks liegt. [...] Honecker hat Günter Mittag offensichtlich im Inland wie auch bei der Vertretung der Außeninteressen eine besondere Rolle übertragen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 275; VS-Bd. 13117 (210); B 150, Aktenkopien 1980.

⁶ Bundeskanzler Schmidt führte am 8. Mai 1980 am Rande der Beisetzungsfeierlichkeiten für Staatspräsident Tito ein Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker. Vgl. BONN UND OST-BERLIN, S. 516–534.

⁷ Bundeskanzler Kreisky besuchte am 25./26. Januar 1979 die ČSSR. Botschafter Diesel, Prag, berichtete am 31. Januar 1979, laut Informationen aus dem tschechoslowakischen Außenministerium und aus der österreichischen Botschaft hätten Wirtschaftsfragen im Zentrum der Gespräche gestanden. Weitere Themen seien humanitäre Fälle, grenznahe tschechoslowakische Atomkraftwerke, die kulturelle Zusammenarbeit und eine von österreichischer Seite gewünschte Abschaffung der Visapflicht gewesen: „Im internationalen Teil wurden Entspannung, Madrid und Abrüstung behandelt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 84; Referat 202, Bd. 115678.

⁸ Für den Wortlaut des Staatsvertrags vom 15. Mai 1955 über die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich vgl. BUNDESGESETZBLATT FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH 1955, S. 726–745.

könne Österreich nicht beeinflussen. Man habe aber im Programm genügend Zeit für mögliche Kontakte vorgesehen. Sicher sei es wohl, daß Muskie mit Gromyko zusammentreffe.⁹

Bundeskanzler bemerkt, er habe sich bei Präsident Carter für diese Begegnung verwandt. Der Rücktritt von AM Vance¹⁰ sei zu bedauern, zu begrüßen jedoch, daß Muskie sich durchgesetzt hat.¹¹ Er teilt mit, daß BM Genscher in Wien voraussichtlich mit AM Gromyko zusammentreffen werde.¹² Dabei werde auch über seine Pläne für eine Moskau-Reise¹³ zu sprechen sein. Über den Besuch befinden wir uns in Abstimmung mit den drei Hauptverbündeten. Danach werde noch im Mai Staatssekretär van Well nach Moskau reisen.¹⁴

In naher Zukunft gebe es zwei Möglichkeiten für Kontakte zwischen Ost und West: Bei dem Trauerakt für Tito¹⁵, bei den Veranstaltungen in Wien.

Breschnew habe seine Anwesenheit in Belgrad bestätigt¹⁶; es sei zu bedauern, daß Präsident Carter nicht nach Belgrad kommt.¹⁷

Bundeskanzler *Kreisky* fügt zum Staatsakt in Wien hinzu, daß seine Regierung die Sonderstellung der Vier nicht zu sehr markieren wolle; man habe daher auch

- ⁹ Der amerikanische Außenminister Muskie und der sowjetische Außenminister Gromyko führten am 16. Mai 1980 ein Gespräch in Wien. Vgl. dazu Dok. 145, Anm. 15, und Dok. 149, Anm. 11.
- ¹⁰ Am 28. April 1980 akzeptierte Präsident Carter das Rücktrittsgesuch des amerikanischen Außenministers Vance vom 21. April 1980. In der Presse wurde dazu berichtet: „Vance hat diesen Schritt getan, weil er offenbar als einziger unter den höchsten Beratern Präsident Carters von dem Kommandounternehmen zur Befreiung der amerikanischen Geiseln in Teheran abriet.“ Vgl. den Artikel „Der Rücktritt von Außenminister Vance bezeichnet und verstärkt Carters Schwierigkeiten“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 29. April 1980, S. 1.
- ¹¹ Präsident Carter nominierte am 29. April 1980 Senator Muskie zum amerikanischen Außenminister. Am 7. Mai 1980 wurde Muskie vom amerikanischen Senat in diesem Amt bestätigt.
- ¹² Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 16. Mai 1980 vgl. Dok. 151.
- ¹³ Zum Stand der Planungen für einen Besuch des Bundeskanzlers Schmidt in der UdSSR vgl. Dok. 125, Anm. 2.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Arnot unterrichtete am 3. Mai 1980 die Botschaften in London, Paris und Washington, Staatssekretär van Well habe am selben Tag dem sowjetischen Botschafter Semjonow mitgeteilt, die Bundesregierung sei noch nicht in der Lage, „einen genauen Termin für den Besuch zu nennen. Jedenfalls könne der Besuch nicht vor dem Gipfel in Venedig am 22./23. Juni stattfinden. Wir hätten indessen festgestellt, daß sich die Außenminister beider Länder gleichzeitig in Wien zu den Jubiläumsfeierlichkeiten anlässlich des 25. Jahrestages des österreichischen Staatsvertrages aufhalten würden. So wäre es der Wunsch des Bundesministers, wenn irgend möglich ein Gespräch mit Minister Gromyko in Wien zu führen. Bei diesem Gespräch könnte der Besuch des Bundeskanzlers weiter erörtert werden.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 2457; VS-Bd. 13165 (213); B 150, Aktenkopien 1980.
- ¹⁴ Zum Besuch des Staatssekretärs van Well am 11./12. Juni 1980 in der UdSSR vgl. Dok. 171.
- ¹⁵ Staatspräsident Tito starb am 4. Mai 1980 in Ljubljana. In der Presse wurde dazu berichtet: „Titos Krankenlager im Klinikzentrum von Ljubljana hatte über hundert Tage gedauert. Am 20. Januar war ihm nach einer nicht gelungenen Bypass-Operation das linke Bein amputiert worden. Seit Mitte Februar machte sich eine schwere Niereninsuffizienz bemerkbar. Es folgten eine wochenlange Lungenentzündung, Magenblutungen, Leberversagen und schließlich zunehmende Herzschwäche.“ Vgl. dazu den Artikel „Marshall Tito gestorben“; NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe vom 6. Mai 1980, S. 1.
- ¹⁶ Botschafter Wieck, Moskau, berichtete am 6. Mai 1980, aus der jugoslawischen Botschaft sei zu erfahren, „daß an der Spitze sowjetischer Trauerdelegation Breschnew und Gromyko stehen werden“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2057; Referat 214, Bd. 132889.
- ¹⁷ Am 5. Mai 1980 gab das amerikanische Präsidialamt bekannt, Präsident Carter habe Vizepräsident Mondale gebeten, die amerikanische Delegation bei den Trauerfeierlichkeiten für Staatspräsident Tito in Jugoslawien zu leiten. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, CARTER 1980, S. 827.

die Außenminister der Nachbarstaaten eingeladen. Wien könne vielleicht eine Art von „Mini-Helsinki“¹⁸ werden. Auf die aktuelle Krisenlage eingehend, bemerkt er, daß Österreich sich nicht an Sanktionen gegen Iran¹⁹ beteiligen könne; auch nicht, wenn die Krise sich verschärfe. Andererseits hätten die Österreicher den Schah²⁰ hereingelassen, wenn er darum gebeten hätte. Im übrigen schwäche man mit den Sanktionen die vernünftigen Kräfte im Iran, so insbesondere Bani Sadr. Bundeskanzler Kreisky spricht sich auch gegen einen Olympia-Boycott aus. In Österreich gebe es dafür keine gesetzlichen Handhaben. Sein Land könne es sich auch nicht leisten, wegen eines Olympia-Boykotts fünf Jahre lang zu Canossa-Gängen nach Moskau gezwungen zu sein.

Bundeskanzler: Auch wir haben keine gesetzlichen Möglichkeiten. Bundesregierung habe jedoch sehr eingehend auf die Sportführungen eingewirkt, nicht nach Moskau zu gehen²¹, nachdem wir der Sowjetunion drei Monate Zeit gelassen hätten, um die Voraussetzungen für die Abhaltung der Spiele zu schaffen. Unsere Position in dieser Frage liege seit Februar fest. Bundeskanzler macht einige Ausführungen zur Vorgeschichte der amerikanischen Entscheidung in dieser Frage. In jedem Fall fühlten wir uns hier voll eingebunden. Dezierte Vorhersagen über das schließliche Verhalten unserer Sportler wollte er nicht machen. Hier gebe es noch einige Unsicherheiten.

Staatssekretär *van Well* verweist auf die Beschlüsse des IOC von Rom²², gibt aber der Hoffnung Ausdruck, daß sich die Lage wieder einrenken werde.

Bundeskanzler Kreisky: Der Olympia-Boycott sei eine echte Kränkung der SU, die Österreich nicht wolle. Sein Eindruck sei, daß sich dadurch das russische Volk persönlich gekränkt fühle. Für das Volk seien die Olympischen Spiele ein unpolitisches Ereignis. Man hätte andere Formen des Reagierens, so z. B. Änderungen in der Form der Olympischen Spiele, finden müssen.

Bundeskanzler Kreisky berichtet, daß Österreich trotz seines Neutralitätsstatus von den USA nachdrücklich zur Beteiligung an den Iran-Sanktionen aufgefordert worden sei.²³

¹⁸ In Helsinki fand vom 30. Juli bis 1. August 1975 die KSZE-Schlußkonferenz statt. Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

¹⁹ Zum Inkraftsetzen amerikanischer Sanktionen gegen Iran am 7. April 1980 vgl. Dok. 103, Anm. 2 und 13.

Zum Beschluß der Bundesregierung vom 23. April 1980 vgl. Dok. 113, Anm. 20.

²⁰ Mohammed Reza Pahlevi.

²¹ Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt am 16. April 1980 mit führenden Vertretern der Sportorganisationen; Dok. 116, Anm. 6.

Vgl. dazu die Empfehlung der Bundesregierung an das NOK vom 23. April 1980; Dok. 122, Anm. 3.

Am 29. April 1980 erörterten Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Baum in einem weiteren Gespräch mit Vertretern der Sportorganisationen die Entscheidung der Bundesregierung. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 12453 (614); B 150, Aktenkopien 1980.

²² In Rom sprachen sich am 3. Mai 1980 die Nationale Olympischen Komitees aus 18 europäischen Staaten, darunter auch der Bundesrepublik, für eine Entpolitisierung der Olympischen Sommerspiele in Moskau aus, um so allen Staaten die Teilnahme zu ermöglichen. Die Olympische Fahne sollte das Führen der Nationalflagge ersetzen, ebenso die Olympia-Hymne die jeweiligen Nationalhymnen; politische Reden bei der Eröffnungszeremonie sollten unterbleiben. Vgl. dazu den Artikel „Achtzehn westeuropäische NOK für eine Teilnahme in Moskau“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 5. Mai 1980, S. 4.

²³ In der Presse wurde dazu berichtet: „Die amerikanische Regierung hat das neutrale Österreich in einer Note aufgefordert, sich den amerikanischen Maßnahmen gegen Iran im Interesse der Geisel-

Botschafter *Pein* ergänzt: So auch Schweden und die Schweiz.

Bundeskanzler *Kreisky*: Die Formulierungen in der amerikanischen Note seien sehr hart gewesen. Auch früher habe es bereits sehr harte amerikanische Interventionen gegen verstärkte iranische Transferzahlungen nach Österreich gegeben (Cooper). Hierauf habe er antworten lassen.

Es folgt ein kurzer Meinungsaustausch über einige Aspekte der amerikanischen Wirtschaftspolitik in den vergangenen Jahren.

Sodann wird das Gespräch zu Fragen Osteuropas mit dem Austausch einiger Informationen zu Personen und Zuständen fortgesetzt. Bundeskanzler *Kreisky* bemerkt, daß die ČSSR im Kreis der Warschauer-Pakt-Staaten der unbeliebteste Staat sei. Auch hohe Funktionäre aus anderen Staaten Osteuropas müßten sich schikanösen Grenzkontrollen unterwerfen. Österreich mache die ČSSR große Schwierigkeiten, z. B. bei den polnischen Kohlelieferungen.

Sodann macht Bundeskanzler *Kreisky* auf eine Bitte des Bundeskanzlers Ausführungen zur Rolle Kubas: Er habe Fidel Castro sagen lassen, daß sich die Kubaner mehr um die Auswirkungen von Afghanistan kümmern müßten. In dieser Sache habe sich Castro bislang als ein wenig überzeugender Sprecher der Blockfreien gezeigt. Dabei seien auch die Kubaner selbst gefährdet. Castro wolle jetzt etwas unternehmen. Der kubanische Außenminister sei zu ihm nach einem Besuch Afghanistans und in der Region²⁴ gekommen (1. Mai).²⁵ Er habe

Fortsetzung Fußnote von Seite 710

befreiung anzuschließen, also die diplomatischen Beziehungen zu Teheran abubrechen und Wirtschaftssanktionen zu ergreifen. Dieses amerikanische Verlangen („request“) nach der Solidarität eines neutralen Staates hat in der Hauptstadt Österreichs große Überraschung und peinliches Befremden hervorgerufen. In Wien verweist man darauf, daß Österreich dem westlichen Bündnissystem nicht angehört und als neutrales Land gar nicht das Recht habe, in einer Auseinandersetzung zwischen Drittstaaten Partei zu ergreifen.“ Vgl. den Artikel „Befremden in Österreich“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 14. April 1980, S. 2.

24 Botschafter Disdorn, Kabul, berichtete am 25. März 1980: „Vermutlich am 19.3.80 ist hier der kubanische Außenminister, begleitet von vier hohen und einem weiteren Beamten des kubanischen Außenministeriums, eingetroffen und am 21.3. wieder abgereist. Zweck des Besuches und afghanische Gesprächspartner sind nicht bekannt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 232; Referat 330, Bd. 127433.

Am 1. April 1980 teilte Disdorn mit, der kubanische Botschafter in Kabul, García Pelaez, habe den Besuch des kubanischen Außenministers Malmierca in Afghanistan und Pakistan bestätigt: „Botschafter bezeichnete die in Kabul und anschließend in Islamabad geführten Gespräche als Versuch, die zwischen beiden Ländern bestehenden Schwierigkeiten einer Lösung näherzubringen. [...] Kubanische Initiative sei langfristig angelegt und werde von SU unterstützt. Mit einem schnellen Erfolg rechne man nicht. Falls Gespräche im Verhältnis Afg[hanistan]–Pak[istan] Fortschritt zeigten, sei beabsichtigt, auch andere Länder der Region einzubeziehen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 242; Referat 330, Bd. 127433.

Disdorn informierte am 8. April 1980: „Kubanischer Außenminister Isidoro Malmierca hat sich vom 5. bis 7.4.80 erneut (mit Delegation) in Kabul aufgehalten und ist von hier nach Delhi weitergereist. Bekanntgegeben wurde, daß AM zwei längere Gespräche mit Babrak Karmal führte, „to exchange views on Fidel Castro's initiative to find out a solution for the complicated situation in the region.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 250; Referat 330, Bd. 127433.

25 Der kubanische Außenminister Malmierca hielt sich am 1./2. Mai 1980 in Wien auf, wo er zwei Gespräche mit Bundeskanzler *Kreisky* führte. Gesandter Heibach, Wien, berichtete: „Wie die Botschaft erfuhr, hat Malmierca Bundeskanzler *Kreisky* keine formelle Botschaft übermittelt, sondern ihn mündlich über die Vorstellungen Fidel Castros unterrichtet, in welcher Weise die Ungebundenen zur Lösung der Afghanistan-Krise beitragen könnten.“ Heibach teilte weiter mit, *Kreisky* habe sich am 3. Mai 1980 gegenüber dem niedersächsischen Finanzminister Kiep enttäuscht über die kubanischen Vorstellungen geäußert: „*Kreisky* glaube nicht, daß Kuba als Präsident der Ungebundenen Wesentliches zur Verbesserung der Lage in Afghanistan beitragen könne. Kuba komme jedoch auf Grund seiner Präsidentschaft die Initiativrolle zu, die kein anderer Staat ihm abnehmen könne.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 762; Referat 330, Bd. 127433.

von steigendem Interesse in Afghanistan berichtet, zu einer Aussöhnung mit Pakistan zu gelangen. Wenn es dazu komme, dann wolle man versuchen, einen schrittweisen Rückzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan zu erreichen. Auch Pakistan sei am Ausgleich mit Afghanistan interessiert, fühle sich jedoch noch an das bestehende Mandat der ersten Islamabad-Konferenz²⁶ gebunden. Vielleicht komme es auf der zweiten Konferenz zu einem neuen Mandat.²⁷ Kuba plane, eine Gruppe von fünf Blockfreien zusammenzubringen, die einmal mit der SU reden und andererseits auf die Freunde der blockfreien Welt einwirken könnten.

Indiens Haltung sei wenig hilfreich. Frau Gandhi wolle auch China einbinden. Freilich dürfe man sich auch von Pakistan, bei der Unsicherheit des Regimes, nicht allzu viel versprechen.

Fest stehe für ihn, daß es in Afghanistan keine Lösung geben könne, wenn nicht auch innenpolitische Fragen gelöst würden. Die Opposition bestehe aus zwei Lagern: den islamischen Fundamentalisten sowie den Vertretern der Talschafoten. Letztere wären mit jeder Lösung einverstanden, die die Russen aus dem Lande brächten. Sie wüßten, daß es immer schwieriger würde, Partisanenkrieg zu führen. Die SU verfüge über Mittel, kleinere Partisanengruppen zu entdecken und zu vernichten. Seiner Einschätzung nach gehe die Entwicklung Afghanistans nicht in Richtung eines Vietnam.

Auch für den *Bundeskanzler* hat die Afghanistan-Frage außenpolitische und innenpolitische Aspekte.

Bundeskanzler Kreisky: Ein wichtiger Schritt wäre es, wenn es zu einer Lösung mit Pakistan käme, durch die Ruhe in den Grenzgebieten eintreten würde. Grundsätzlich sei das Afghanistan-Problem nicht unlösbar. Man könne an einen Rückzug der Sowjets in Etappen denken. Er glaube, daß Castro nicht tätig geworden wäre, wenn es nicht diese Möglichkeit gäbe.

Bundeskanzler glaubt, daß die augenblickliche sowjetische Führung sich selbst sehr unsicher über ihre eigene Zukunft sei. Es fehle jedenfalls der Kapitän. Sowjetische Führer wüßten nicht, wie sich in der Zukunft intern die Kräfte gruppieren würden.

Dies ist auch der Eindruck, den Bundeskanzler Kreisky hat. Die bisherige Führung falle aus. Kossygin könne nur noch zwei bis drei Stunden pro Tag arbeiten. GS Breschnew habe wohl keine wirkliche Macht mehr. Der Einfluß Gromykos sei gestiegen.

Er berichtet sodann von dem sinkenden Einfluß Arafats in der PLO und von deren zunehmender Radikalisierung. In den Augen der Palästinenser sei Arafats Westpolitik gescheitert.

Der deutsche Bundeskanzler habe in der augenblicklichen weltpolitischen Lage eine wichtige Rolle zu spielen. Die politische Bedeutung der Bundesrepublik Deutschland sei gewachsen und wachse. Diese gestärkte Rolle der Bundesrepublik werde auch von allen anderen europäischen Staaten heute bejaht.

²⁶ Zur Konferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz vom 27. bis 29. Januar 1980 in Islamabad vgl. Dok. 29, Anm. 19.

²⁷ Die Konferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz fand vom 17. bis 22. Mai 1980 in Islamabad statt. Vgl. dazu Dok. 148, Anm. 7.

Bundeskanzler: Man dürfe unser politisches Gewicht nicht überschätzen.

Sodann erläutert der Bundeskanzler auf eine Frage des österreichischen Bundeskanzlers ausführlich den Stand der augenblicklichen deutsch-französischen Beziehungen im Umfeld der Beziehungen zu den USA, zur SU und innerhalb der EG.

Es sei in der augenblicklichen Lage der aufrichtige Wunsch des französischen Staatspräsidenten²⁸ und der französischen Regierung, mit uns gemeinsame Politik zu machen.

Der Bundeskanzler unterstreicht die historische Dimension im Wandel der deutsch-französischen Beziehungen; sie hätten sich seit 200 Jahren nicht in einer so glücklichen Verfassung befunden wie heute und hätten einen seltenen Grad des gegenseitigen Verstehenwollens und gegenseitigen Verständnisses erreicht. Die guten Beziehungen an der Spitze wirkten sich auch auf die jeweiligen öffentlichen Meinungen aus.

Wir würden mit F auch in der Beurteilung der internationalen Lage sehr eng beieinander seien. Gewiß wäre für F eine deutsche Wiedervereinigung nicht ganz unproblematisch, wie auch für andere Nachbarn.

Bundeskanzler *Kreisky* wirft ein: für Österreich nicht.

Bundeskanzler glaubt, daß der Wille in beiden deutschen Staaten, als Nation wieder enger zusammenzukommen, spätestens zu Beginn des nächsten Jahrhunderts wieder sehr viel stärker werde. Dies sei für ihn eine moralisch gerechtfertigte, ja gebotene Haltung, die er fördere.

In Nahost-Fragen sei F noch kritischer als wir in der Beurteilung des Camp-David-Prozesses²⁹. Aber auch wir glaubten, daß durch den Camp-David-Prozeß eher Schaden entstanden sei, auch für den mutigen und vorzüglichen Sadat. Selbstverständlich hätten wir – auch auf Grund unserer Geschichte – tiefe innere Sympathien für Israel. F sei hier distanzierter und führe auch eine deutlichere und klarere Sprache als wir. Für uns sei es sehr schwierig, den Israelis zu sagen, was wir z.B. von ihrer Siedlungspolitik hielten. Dabei sei ganz klar, daß sich ein weiterer Nahost-Krieg nicht auf Israel beschränken würde. Jedenfalls könne Israel bei einem neuen Konflikt auf nur wenige Freunde in Europa zählen.

Bundeskanzler *Kreisky* berichtet von einer blitzartigen Änderung im arabischen Lager.

In Ägypten sei es zu einer Abkühlung zwischen Sadat und seinem Ministerpräsidenten³⁰ gekommen. Mubarak sei dadurch etwas in den Vordergrund getreten. Er habe gute Verbindungen zur Armee.

Die Opposition der Studenten, unter denen der islamische Fundamentalismus zunehmend Anhänger gewinne, in der Bevölkerung selbst seien die Erwartungen in Camp David sehr groß gewesen; um so größer seien jetzt die enttäuschten Hoffnungen.³¹

²⁸ Valéry Giscard d'Estaing.

²⁹ Zum Camp-David-Prozeß vgl. Dok. 13, Anm. 13.

³⁰ Mustafa Khalil.

³¹ So in der Vorlage.

Syrien sei eindeutig zur Bastion der SU geworden, der sich Assad klar verschrieben habe. Arafats Stern sinke; er komme jedenfalls nicht mehr als Führer der Palästinenser in Frage.

Algerien spiele eine ziemlich klägliche Rolle; dem Präsidenten³² fehle es an Autorität und Durchsetzungsvermögen.

Im algerisch-marokkanischen Konflikt³³ sei ein Ende nicht abzusehen. Am anderen Ende der arabischen Welt gebe es den Konflikt Iraks mit Syrien³⁴.

Saddam Husseins Wendung zu den USA sei zu begrüßen³⁵; er vollführe sie allerdings mit schlimmen Mitteln, indem er alle diejenigen umbringe, die gegen eine solche Politik sein könnten.

Bundeskanzler Kreisky hält es für möglich, daß die drei Inseln im Golf aus dem iranischen Territorium herausgebrochen werden könnten.³⁶

³² Chadli Bendjedid.

³³ Beim Rückzug Spaniens aus der West-Sahara übernahmen Marokko und Mauretanien im Frühjahr 1976 die Verwaltung des Gebiets. Botschaftsrat I. Klasse Fiedler, Rabat, resümierte am 14. März 1978, daraus habe sich ein marokkanisch-algerischer Konflikt entwickelt, „dessen äußerer Anlaß zwar der phosphatreiche Wüstenstreifen am Atlantik war, der inzwischen aber in eine internationale Dimension hineingewachsen ist. [...] Marokko betrachtet die Zugehörigkeit der Westsahara zwar als irreversibel und hat in dem in drei Provinzen gegliederten Gebiet Fakten geschaffen, aber trotz allen entgegengesetzten Beteuerungen konnte das Sahara-Dossier noch immer nicht geschlossen werden. Algerien und die von ihm unterstützte Polisario stellen die neuen Realitäten mit zunehmender Intensität militärisch und diplomatisch und politisch in Frage.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 246; Referat 311, Bd. 137590.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Schlagintweit notierte am 21. Februar 1980: „Mauretanien ist durch den Friedensschluß mit der F[rente] Polisario aus dem Konflikt ausgeschieden. Marokko hat daraufhin unter Berufung auf historische Rechte auch den mauretanischen Teil der Westsahara annektiert. Algerien nutzt alle politisch-diplomatischen Mittel aus, um Rabat zu isolieren (OAE, VN und Blockfreien-Bewegung), und unterstützt den bewaffneten Kampf der F. Polisario. Der Gesamtkonflikt stellt sich als Ringen um die Vorherrschaft in Nordwestafrika dar.“ Vgl. Referat 311, Bd. 137591.

³⁴ Bei einem Treffen der Präsidenten Assad und al-Bakr vom 16. bis 19. Juni 1979 in Bagdad wurde die Bildung einer gemeinsamen politischen Führung beschlossen, der je sieben Vertreter beider Länder angehören sollten. In einer undatierten Aufzeichnung des Referats 311 anlässlich des Besuchs des Bundesministers Genscher vom 4. bis 6. Juli 1979 in Irak hieß es, Syrien stehe einer Vereinigung mit Irak zurückhaltend gegenüber, da sich Syrien dann „der alleinigen Entscheidungsgewalt über militärische Aktionen gegen Israel begeben“ würde: „Die syrische Politik, israelische Vergeltungsschläge auf eigenes Territorium sorgfältig zu vermeiden, brähe zusammen.“ Referat 311 hielt daher die Aussichten der geplanten syrisch-irakischen Vereinigung für gering. Vgl. Referat 311, Bd. 137604.

Botschafter Holzheimer, Bagdad, teilte am 20. Juli 1980 mit, die irakischen Medien hätten monatelang keine Nachrichten über Syrien gebracht: „Umso auffallender ist es, daß seit wenigen Wochen die irakischen Zeitungen nunmehr Berichte westlicher Zeitungen über die Situation in Syrien zitieren. Tenor dieser Berichte ist die wachsende Opposition gegen das syrische Regime und dessen Unterdrückungsmaßnahmen.“ Dies deute darauf hin, „daß die Periode des Stillhaltens der irakischen Führung gegenüber dem syrischen Regime zu Ende ist. Es wird von der innersyrischen Entwicklung abhängen, ob aus der Beendigung des Stillhaltens eine neue Konfrontation wird oder nicht.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 594; Referat 311, Bd. 137596.

³⁵ Botschafter Hermes, Washington, gab am 30. April 1980 Informationen aus dem amerikanischen Außenministerium über die Beziehungen zu Irak weiter: „Die allmähliche Verbesserung der irakisch-amerikanischen Beziehungen, die man hier seit einigen Monaten anstrebt, manifestiere sich weniger in konkret benennbaren Schritten einer Annäherung als in abnehmender Frequenz und Schärfe antiamerikanischer Äußerungen. Das stetige, aber undramatische Anwachsen des bilateralen Handelsvolumens (z. Z. etwa 1 Mrd. Dollar p[er] a[nnum]) sei eher Indikator als gezieltes Ergebnis dieser Entspannung. Die USA begrüßten diese Entwicklung und seien bemüht, sie nicht zu behindern.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1817; Referat 311, Bd. 137596.

³⁶ Die westlich der Straße von Hormuz gelegenen Inseln Abu Musa, Tomb-e Bozorg und Tomb-e Kutschak wurden 1971 nach Abzug der britischen Streitkräfte von Iran besetzt. In einem Schreiben

In Saudi-Arabien, in Kuwait und in den Emiraten sei man sehr besorgt über die Entwicklung des islamischen Fundamentalismus.

In dieser Lage wäre die einzige Hoffnung eine radikale politische Änderung in Israel; aber dafür gebe es keine Aussicht.

Bundeskanzler bezweifelt, ob ein Regierungswechsel in Israel zu einer Änderung der israelischen Außenpolitik führen würde.

Bundeskanzler *Kreisky* berichtet von einer Bewußtseinsänderung bei der israelischen Bevölkerung; man wolle dort zunehmend den Frieden.

In König Hussein solle man nicht zu große Hoffnungen setzen.

Bundeskanzler stimmt zu; er hätte vor dem Rabat-Gipfel³⁷ eine Rolle spielen können.

Bundeskanzler *Kreisky* ist der Meinung, daß in der Sache die Probleme lösbar seien, wenn beide Seiten aufrichtig miteinander redeten.

Shimon Peres wolle, daß die Westbank und der Gaza-Streifen in einen palästinensisch-jordanischen Staat eingebracht würden. Arafat wäre bereit, unter Umständen mit Jordanien über eine Föderation zu verhandeln.

Bundeskanzler: Eine Lösung setze jedoch voraus, daß die USA eine andere Haltung einnehmen (was bei der Stärke der jüdischen Gemeinde in den USA schwierig sei) oder daß die Europäer die Rolle eines Geburtshelfers für eine Lösung übernehmen.

Laut Bundeskanzler *Kreisky* gibt es Klarstellungsmöglichkeiten zwischen Israel und den Palästinensern. Dies könne freilich nur unter dem Schirm eines UNO-Beschlusses geschehen. Camp David habe viele Lösungsmöglichkeiten zerstört.

Bundeskanzler gibt sodann, ausgehend von den Grundgedanken des militärischen Kräftegleichgewichts, eine ausführliche Darlegung der Mittelstreckenproblematik. Er analysiert die Entwicklung des militärischen Kräftegleichgewichts seit Mitte der 50er Jahre und im besonderen die Natur und die Folgen der Entwicklung, Produktion und Dislozierung neuer LRTNF durch die SU, nachdem die USA ihr Mittelstreckenpotential nach Kuba aus Europa abgezogen hatten.³⁸ Er erläutert eingehend die von ihm zu dieser Entwicklung angestellten Überlegungen und sein politisches Vorgehen in diesem Bereich in den vergangenen Jahren.

In diesem Zusammenhang bewertet er auch SALT I³⁹ und SALT II⁴⁰ in ihrem Entstehen und ihren Konsequenzen für Europa.

Fortsetzung Fußnote von Seite 714

des irakischen Außenministers Hammadi an VN-Generalsekretär Waldheim vom 6. April 1980 machte Irak Ansprüche auf die Inseln geltend. Dazu hieß es in der Presse: „The official Iraqi news agency quoted the letter, from Foreign Minister Sadoun Hammadi, as demanding that Iran ‚halt its expansionist and aggressive policy‘. Mr. Ghotbzadeh, in his rejection, said: ‚The whole world must know that we will not give up even one centimeter of our territory.‘“ Vgl. den Artikel „Iran Alerts Army, Recalls Envoys In Iraq“, INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE vom 8. April 1980, S. 1.

³⁷ Die Konferenz der Könige und Präsidenten der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga fand vom 26. bis 29. Oktober 1974 statt. Vgl. dazu das Communiqué; EUROPA-ARCHIV 1975, D 614–616.

³⁸ Zum Abzug amerikanischer Raketen vom Typ „Jupiter“ nach dem Ende der Kuba-Krise vom Oktober 1962 vgl. Dok. 32, Anm. 4.

³⁹ Am 26. Mai 1972 unterzeichneten der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, und Präsident Nixon in Moskau einen Vertrag über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag)

Er berichtet, wie es zum Doppelbeschluß des Bündnisses im Dezember vergangenen Jahres gekommen ist.⁴¹ Dabei stellt er auch die verschiedenen Stadien der sowjetischen Reaktionen dar und bewertet im besonderen auch das Breschnew-Angebot vom Oktober⁴².

Er gibt des weiteren einen Ausblick auf die wahrscheinliche weitere Entwicklung des Kräftegleichgewichts bis 1983. Er betont, daß er ein Jahrzehnt auf den Dezember-Beschluß der NATO hingearbeitet habe. Es sei unter diesen Umständen der Gipfel der Absurdität, ihm unterstellen zu wollen, ausgerechnet er wolle den Beschluß unterlaufen, wie dies hier durch die Opposition geschehe. Ebenso nachdrücklich wolle er allerdings auch Verhandlungen für eine Begrenzung des militärischen Gleichgewichts. Er glaubt, daß SU die Ernsthaftigkeit des westlichen Verhandlungsangebots erkennt. Es sei auch im Interesse der SU zu verhandeln, da sie einen Rüstungswettlauf kaum durchhalten könne. Wir seien freilich nicht die Verhandlungsführer.

Nach seiner Einschätzung hat die SU sich in den vergangenen Monaten in zwei Fragen entscheidend verkalkuliert: Sie habe geglaubt, den Beschluß der NATO verhindern zu können; sie habe sich in der weltweiten Reaktion auf Afghanistan vertan. Sie könne sich mithin auch in der Zukunft verkalkulieren.

In jedem Fall werde die erste Hälfte der 80er Jahre eine gefährliche Periode sein. Bundeskanzler *Kreisky*: In dieser Lage müßten alle Beteiligten eine sehr vorsichtige Politik führen.

Bundeskanzler: Dies sei auch der Grund, daß er die Einladung nach Moskau annehmen wolle. Auch wenn es keine spektakulären Ergebnisse gebe, so müsse man doch mit Moskau in Tuchfühlung bleiben.

Laut Bundeskanzler *Kreisky* gebe es auch in der SU Kräfte, die sich sehr ernsthafte Gedanken über die Entwicklung der Beziehungen zu den USA machten. Vielleicht werde man dem Bundeskanzler Dinge sagen, die man mit den USA nicht bespreche.

Bundeskanzler: Gewiß werde man aber auch versuchen, Mißtrauen bei anderen westlichen Staaten zu säen.

Bundeskanzler *Kreisky* fragt nach den möglichen Gesprächspartnern. Es stelle sich die Frage, mit wem ein Gespräch wirklich produktiv sein könne.

Bundeskanzler: Wir wollen den Gesprächskreis möglichst erweitern, wobei ungewiß ist, ob die Sowjets darauf eingehen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 715

und ein Interimsabkommen über Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waffen (SALT) mit Protokoll. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 944, S. 4–26. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 392–398.

Vgl. auch die vereinbarten und einseitigen Interpretationen zu den Verträgen; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 67 (1972), S. 11–14. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 398–404.

⁴⁰ Am 18. Juni 1979 unterzeichneten Präsident Carter und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, in Wien den Vertrag zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II). Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 195, und AAPD 1979, II, Dok. 197.

⁴¹ Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 10.

⁴² Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin vgl. Dok. 29, Anm. 5.

Bundeskanzler *Kreisky* hält es für unbedingt erforderlich, die augenblicklich bestehende Gesprächssituation auszunutzen.

Bundeskanzler stimmt zu.

Bundeskanzler *Kreisky*: Österreich sei vor 25 Jahren in ähnlicher Situation gewesen. Auch damals sei völlig offen gewesen, womit man nach Hause komme. Man solle solche Konstellationen nicht vorbeigehen lassen.

Bundeskanzler fragt nach dem Eindruck, den *Kreisky* von Gromyko habe.

Bundeskanzler *Kreisky*: Er sei nicht sehr ergiebig. Nach Meinung von Frau Gandhi und auch der Kubaner rede er eigentlich nur Zeitung. Er redet immer wie die Prawda.

Nach Einschätzung von Staatssekretär *van Well* werde es sich bei den Gesprächspartnern um Breschnew und seine Entourage handeln.

Abschließend macht der *Bundeskanzler* auf die besondere Sensibilität einiger von ihm behandelter Fragen aufmerksam.

VS-Bd. 541 (014)

137

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Ellerkmann

012-312.74 VS-NfD

Aufgabe: 6. Mai 1980, 09.38 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 57 Ortez

Betr.: Zu neuen innerdeutschen Vereinbarungen und Regelungen

1) Am 30. April 1980 wurden nach intensiven Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR Vereinbarungen über neue Verkehrsprojekte unterzeichnet und Erklärungen zur Regelung dringender Gewässerschutzfragen ausgetauscht.²

Die Bundesregierung führte die Verhandlungen in enger Abstimmung mit den drei Alliierten unter Wahrung derer Rechte und Verantwortlichkeiten für Berlin.

2) Das neue Verhandlungspaket enthält:

- die Herstellung einer durchgehenden Autobahnverbindung zwischen Berlin und der innerdeutschen Grenze bei Herleshausen durch Neu- bzw. Ausbau von Autobahnteilstücken im Grenzbereich einschließlich des Baues einer

¹ Durchdruck.

Der Runderlaß wurde von Hilfsreferent Rowas konzipiert.

² Vgl. dazu die „Mitteilung der Bundesregierung zu den Verhandlungen mit der DDR über Verkehrsverbesserungen und Gewässerschutzfragen“ mitsamt Notenwechsel und Erläuterungen; BULLETIN 1980, S. 385–395.

- Großbrücke über das Werratal durch Firmen unserer Seite (Kostenbeteiligung: 268 Mio. DM),
- die Verbreiterung des Mittellandkanals auf einem knapp 27 km langen Abschnitt zwischen dem Grenzbereich und dem Raum von Haldensleben (Kostenbeteiligung: 150 Mio. DM),
 - Ermöglichung eines durchgängig zweigleisigen Betriebes im Eisenbahnverkehr zwischen Berlin und Helmstedt/Marienborn durch den Ausbau der Streckenabschnitte Wannsee/Griebnitzsee sowie Potsdam/Werder sowie den Ausbau der Wasch- und Reinigungsanlage in Rummelsburg, wodurch der Komfort der Transitreisezüge nach Berlin (West) entscheidend verbessert werden kann (Kostenbeteiligung: 80 Mio. DM plus 9 Mio. DM für Baumaßnahmen in Berlin (West)),
 - Erklärung zur Aufnahme von Expertengesprächen über beide Seiten belastende Gewässerschutzfragen, dazu gehören insbesondere die Werra/Weserversalzung³ und Berliner Gewässerschutzfragen⁴. Die Expertengespräche haben auch neue Vereinbarungen über den grenzüberschreitenden Kaliabbau und die Erhöhung der Bergbausicherheit im Grenzgebiet zum Ziel.

Für die genannten Verkehrsprojekte ist insgesamt eine Kostenbeteiligung der Bundesregierung in Höhe von DM 507 Mio. vereinbart worden. Die Beteiligungen an den einzelnen Projekten verstehen sich als Festpreise.

Für das neue Autobahnteilstück zwischen Eisenach/West und der innerdeutschen Grenze gilt in vollem Umfange das Transitabkommen vom 17. Dezember 1971⁵. Es tritt als neue Transitstrecke an die Stelle der Fernverkehrsstraße 7/7a. Diese Regelung steht im Einklang mit dem Vier-Mächte-Abkommen vom 3. September 1971⁶.

Hervorzuheben ist, daß es gelungen ist, ein insgesamt befriedigendes Modell für Verbesserungen im Transiteisenbahnverkehr zu finden. Dies gilt vor allem für Eisenbahnverbesserungen in Berlin (West), die rechtlich schwierige Fragen aufwerfen. Hierzu hat StS Gaus dem zuständigen Staatssekretär im DDR-Verkehrsministerium eine Mitteilung über die finanzielle Kostenbeteiligung der Bundesregierung gemacht und übergeben.⁷ Abschließend hat ein Beauftragter der Deutschen Reichsbahn gegenüber einem Beauftragten des Senators für Bau- und Wohnungswesen eine Mitteilung zu den Baumaßnahmen, zu ihrem zeitlichen Ablauf und zu ihren Kosten gemacht. Die Baumaßnahmen in Westberlin werden von den zuständigen Stellen gemäß den üblichen Verfahren durchgeführt werden.

³ Zur Frage der Werra-Entsalzung vgl. Dok. 49, Anm. 9.

⁴ Zur Frage des Gewässerschutzes in Berlin vgl. Dok. 49, Anm. 10.

⁵ Für den Wortlaut des Abkommens vom 17. Dezember 1971 zwischen der Regierung der Bundesrepublik und der Regierung der DDR über den Transitverkehr von zivilen Personen und Gütern zwischen der Bundesrepublik und Berlin (West) vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 7–13.

⁶ Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972 vgl. UNTS, Bd. 880, S. 116–148. Für den deutschen Wortlaut vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73.

⁷ Vgl. dazu das Schreiben des Staatssekretärs im Verkehrsministerium der DDR, Schmidt, an Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, vom 30. April 1980 über Baumaßnahmen und finanzielle Leistungen und dessen Antwortschreiben vom selben Tag; BULLETIN 1980, S. 390 f.

Besonders wichtig ist der Austausch von inhaltlich gleichen Erklärungen beider Seiten zu Fragen des Gewässerschutzes, die die Aufnahme von Expertengesprächen ermöglichten.⁸ Diese Erklärungen bilden auch ein Bundesdach für die vorgesehenen Expertengespräche des Senats von Berlin mit der DDR zur Herabsetzung der Belastung insbesondere in den Fließgebieten von Spree und Havel einschließlich des Teltowkanals durch nährstoffreiche Abwässer.

Beim Abschluß der Verhandlungen hat die Bundesregierung ihre Bereitschaft bekräftigt, zu gegebener Zeit mit der DDR weitere langfristige Regelungen und Vereinbarungen anzustreben, die im beiderseitigen Interesse liegen und die Beziehungen der beiden Staaten verbessern.

3) Die neuen Verkehrsprojekte verwirklichen die Absichtserklärung der Bundesregierung vom 18. November 1978, „mit der Regierung der DDR im Jahr 1980 Verhandlungen über weitere Verkehrsverbesserungen mit einer Kostenbeteiligung der Bundesregierung in Höhe von bis zu DM 500 Mio. während eines Zeitraums von fünf Jahren aufzunehmen“ (vgl. Ortex Nr. 116 vom 17.11.1978⁹).

Die Bundesregierung bewertet die erzielten Ergebnisse als angemessen und vertretbar. Dabei ist insbesondere zu berücksichtigen, daß bestehende Engpässe im Berlinverkehr bei Wartha/Herleshausen und im Eisenbahnverkehr beseitigt werden.

Der Abschluß des Verhandlungspaketes zeigt die Absicht und die Fähigkeit beider deutscher Staaten, trotz schwieriger Zeiten tragfähige Kompromisse zu entwickeln.

Die Bundesregierung hält fest an ihrer Politik der geduldigen Schritte zur Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen, wie sie im Grundlagenvertrag¹⁰ vorgesehen sind.

An den Abschluß eines Kfz-Steuerabkommens am 31. Oktober 1979¹¹ und eines Veterinärabkommens am 21. Dezember¹² wird erinnert.

Ellerkmann¹³

Referat 012, Bd. 115729

⁸ Vgl. dazu die wechselseitigen Erklärung des Staatssekretärs Gaus, Ost-Berlin, und des Stellvertretenden Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, Kohl, vom 30. April 1980 zu Gewässerschutzfragen; BULLETIN 1980, S. 392 f.

⁹ Vgl. den Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Ellerkmann; Referat 012, Bd. 108142.

¹⁰ Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429.

¹¹ Für den Wortlaut des Abkommens vom 31. Oktober 1979 zwischen der Bundesrepublik und der DDR über die Befreiung von Straßenfahrzeugen von Steuern und Gebühren bzw. des Protokolls vom 31. Oktober 1979 über die Vereinbarung einer Pauschalabgeltung von Straßenbenutzungsgebühren für Personenkraftfahrzeuge im Verkehr in und durch das Gebiet der DDR vgl. BULLETIN 1979, S. 1234–1236.

¹² Für den Wortlaut des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik und der Regierung der DDR vom 21. Dezember 1979 auf dem Gebiet des Veterinärwesens vgl. BUNDESGESETZBLATT 1980, Teil II, S. 846 f.

¹³ Paraphe.

Kapitän zur See Radicke, Washington, an das Auswärtige Amt

114-3169/80 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1885

Aufgabe: 7. Mai 1980, 19.00 Uhr¹
Ankunft: 8. Mai 1980, 01.08 Uhr

Betr.: Lage im Iran;

hier: Bewertung der militärischen Planungen des Kommandounternehmens und dessen Auswirkungen²

Auf eine erste Phase, die von Betroffenheit bestimmt war³, folgte im Bereich der Streitkräfte zunehmend das Gefühl, in einer unglaublichen Verkettung unglücklicher Umstände vom Pech verfolgt gewesen zu sein. Auch wenn dies sicher zum großen Teil unbestreitbar bleiben wird, erheben sich nunmehr zunehmend Fragen und Aspekte, die in den Bereich des Plan- und Vorhersehbaren fallen.

1) Auswahl von Personal und Gerät für den Auftrag war gut; gemessen am Schwierigkeitsgrad des Auftrages und an Erfahrungen bei vorhergehenden Übungen hätten jedoch zusätzliche Hubschrauber eingesetzt werden müssen.

Das Argument, weitere Luftfahrzeuge würden die Entdeckungswahrscheinlichkeit unvertretbar erhöht haben, überzeugt kaum. Eine größere „Risikomasse“ an Mensch und Material hingegen hätte die Erfolgswahrscheinlichkeit ungleich verbessert. Theoretisch hätten allerdings auch die verbleibenden fünf RH 53 für die Weiterführung der Operation ausgereicht.

2) Bei meteorologischen Störeinflüssen sind zwar die Dauer der Dunkelheit und Stärke vorherrschender Winde berücksichtigt worden, jedoch nicht der Störeinfluß eines Sandsturmes. Früherer Abbruch des Fluges, Umfliegen des Sturmes, technische Vorbereitung der Hubschrauber auf einen derartigen Fall (FOD⁴-Deflektoren) wie auch bessere Prognosemöglichkeiten wären Ausdruck ergänzender oder alternativer Planung gewesen.

¹ Hat Legationsrat I. Klasse Boldt am 8. Mai 1980 vorgelegen, der handschriftlich die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofmann „n[ach] R[ückkehr]“, Vortragenden Legationsrat Hofstetter und Legationsrat I. Klasse Boden verfügte.

Hat Hofstetter am 12. Mai 1980 vorgelegen.

Hat Boden am 13. Mai 1980 vorgelegen.

Hat Hofmann am 19. Mai 1980 vorgelegen.

² Zum Versuch einer militärischen Befreiung der in Iran festgehaltenen amerikanischen Botschaftsangehörigen am 24./25. April 1980 vgl. Dok. 130, Anm. 6.

Referat 311 vermerkte am 26. April 1980 über das amerikanische Kommandounternehmen: „Durchführung: 24.4. mit 90 Mann, 6 Herkules C/130, die offenbar von einem Flugplatz über Bahrain kamen, und 8 Hubschraubern RH 53, die auf dem Flugzeugträger Nimitz im Golf von Oman gestartet waren. Abbruch, nachdem drei Hubschrauber defekt geworden waren bzw. sich verirrt hatten. Verluste: 8 Tote, mehrere Verletzte, 8 Hubschrauber, 1 Herkules.“ Vgl. Referat 311, Bd. 137623.

³ Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 24. April 1980: „Die Nachricht von der fehlgeschlagenen Rettungsaktion zur Befreiung der amerikanischen Geiseln in Teheran hat in Washington wie ein Schock gewirkt. In ersten Reaktionen haben sich wichtige Politiker beider Parteien spontan hinter den Präsidenten gestellt und betont, es komme in dieser Stunde darauf an, nationale Einheit zu zeigen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1739; Referat 311, Bd. 137623.

⁴ Foreign Object Damage.

Die Annahme, auch die zurückgelassenen fünf Hubschrauber seien durch „Versandung“ der Triebwerke bereits für einen Ausfall prädestiniert gewesen, ist begründet (Quelle: US-Navy).

3) Die Fernmeldeführung der Einheiten ist durchgehend gewährleistet gewesen. So war der Präsident stets unmittelbar am Entscheidungsgang beteiligt. Vor Ort jedoch fehlte offensichtlich die sichtbare, straffe und ungeteilte Führung. Kompetenzschwierigkeiten wurden deutlich. Dies wird dazu beigetragen haben, daß der Abbruch der Aktion nicht planmäßig erfolgen konnte und somit relativ ungeordnet ablief. Hubschrauber wurden nicht zurückgeführt bzw. nicht zerstört und geheimschutzbedürftiges Material nicht gesichert.

4) Die direkte Anbindung des Unternehmens an Präsident Carter während jeder Phase mußte zwangsläufig zu mangelnder Delegation der Verantwortung beim Truppenführer führen. Durch diesen Absicherungsmechanismus konnte die Entscheidung zum Abbruch in der kritischen Phase auch nicht anders ausfallen.

Ohne den Einzelnachweis erbringen zu können, drängt sich der Eindruck auf, als habe dem Unternehmen die letzte Entschlossenheit (commitment) gefehlt.

Weitere Einschränkungen bei einem geplanten weiteren Vorgehen in Teheran würden eine gewisse Halbherzigkeit noch zusätzlich erklären. Es ist bezweifelbar, daß der größere Anteil der Schwierigkeiten mit Erreichen der Position Desert I bereits überwunden war. Man kann den Hinflug zwar als schwieriges fliegerisches Unternehmen einstufen, aber es fehlte doch die volle Skala gegnerischer Störmöglichkeiten, die während der eigentlichen Befreiungsaktion zu erwarten gewesen wären. US-Seite hatte zuvor detailliertes Gespräch mit einem Diplomaten (Südafrika) (Quellenschutz) geführt, der wegen guter Ortskenntnisse (fünf Jahre Teheran) um Beratung ersucht wurde. Dieser hatte den Eindruck, als wenn Befreiung und Rücktransport der Geiseln ausschließlich mit Kfz erfolgen sollte, da eine Landung der Hubschrauber in Botschaftsnähe nicht und im nahegelegenen Sportgelände bestenfalls in mehreren zeitlich gestreckten Phasen denkbar war. Damit hätten weitere Imponderabilien auf den Ablauf eingewirkt.

5) Eine unmittelbare Verknüpfung der gegenwärtigen Personal- und Materiallage der Streitkräfte mit dem mißglückten Befreiungsversuch kann nicht begründet werden. Dennoch versuchen mehrere Abgeordnete und Journalisten, einen Zusammenhang herzustellen, um ihre Vorstellungen über Verbesserungen der Verteidigungsfähigkeit durchzusetzen oder zum Ausdruck zu bringen.

6) Dem Selbstbewußtsein der Streitkräfte war der Mißerfolg abträglich, weil die USA sich gerade in den bisherigen Domänen Materialumfang, hohe Technologie und Planungsvermögen nicht beweisen konnten.

[gez.] Radicke

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Djuranović in Belgrad

8. Mai 1980¹

Das einstündige Gespräch fand am Abend nach den Trauerfeierlichkeiten für Präsident Tito um 21.00 Uhr am Sitz der jugoslawischen Bundesregierung statt und verlief in aufgelockerter und freundlicher Atmosphäre.²

Der *Bundeskanzler* erklärte eingangs, er sei tief beeindruckt, welch großen Anteil die ganze Welt am Tod Titos³ nehme und mit welcher Würde Jugoslawien diese Totenfeier ausgerichtet habe. Er zähle dieses Erlebnis zu seinen bleibenden Erinnerungen. Auch bei uns zu Hause werde in starkem Maße Anteil genommen.⁴

MP *Djuranović* bedankte sich für das höchstmögliche Niveau unserer Delegation. Wir hätten dadurch eindrucksvoll den sehr guten Stand unserer Beziehungen und die von Jugoslawien geteilte Absicht, sie weiter zu entwickeln, bestätigt; dies sei auch in der jugoslawischen Bevölkerung aufmerksam registriert worden.

Er wolle dieses Treffen nutzen, um die Bundesregierung von der festen Entschlossenheit der jugoslawischen Führung zu unterrichten, den von Tito eingeschlagenen außenpolitischen Kurs fortzusetzen. Man sei sehr dankbar für die breite Unterstützung, die Jugoslawien gerade in diesen Tagen für diesen Weg erhalte.

Das weitere Gespräch konzentrierte sich auf die Lage in der Gruppe der nicht-paktgebundenen Staaten, das Ost-West-Verhältnis sowie bilaterale Terminfragen.

Im einzelnen

1) Nichtpaktgebundene Staaten

AM *Vrhovec* hob die jugoslawische Absicht hervor, die Bemühungen zu einer Aktivierung der Begegnung zu verstärken. Gerade nach den zahlreichen Kontakten der letzten Tage sehe man sich darin ermutigt.

Der *Bundeskanzler* begrüßte dies ausdrücklich: Eine Aktivierung sei nicht nur möglich, sondern notwendig. Er habe den Eindruck, daß die nichtpaktgebundenen Staaten möglicherweise entscheidend zur Lösung der Afghanistan-Krise beitragen könnten.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Brümmer am 9. April 1980 gefertigt.

² Bundespräsident Carstens, Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher hielten sich vom 7. bis 9. Mai 1980 anlässlich der Trauerfeierlichkeiten für Staatspräsident Tito in Jugoslawien auf.

³ Staatspräsident Tito starb am 4. Mai 1980 in Ljubljana. Vgl. dazu Dok. 136, Anm. 15.

⁴ Das Bundesministerium des Innern unterrichtete die übrigen Bundesministerien am 4. Mai 1980, „im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt“ sei anlässlich des Todes von Staatspräsident Tito „Halbmast-Beflaggung für die obersten Bundesbehörden in Bonn am 5. Mai 1980“ angeordnet worden. Vgl. das Fernschreiben Nr. 494; Referat 214, Bd. 132889.

BM Genscher und er hätten in ihrem Gespräch mit Frau Gandhi den Eindruck einer eher resignativen und pessimistischen Haltung der indischen PM festgestellt.⁵ Er habe jedoch darauf bestanden, daß Indien z.Z. eine Schlüsselrolle zufalle.

Nach den weltweiten Manifestationen des Vertrauens in diesen Tagen sollte im übrigen auch Jugoslawien die Bedeutung seiner eigenen Rolle in der Bewegung nicht unterschätzen.

MP Djuranović bestätigte den Eindruck einer eher pessimistischen Frau Gandhi. Allerdings sei Indiens Haltung vor zwei Monaten – von der Stimmenthaltung in den VN⁶ (praktisch sowjetfreundliches Votum in bezug auf Afghanistan) ganz zu schweigen – noch sehr viel restriktiver gewesen. Man registriere hier eine deutliche (positive) Entwicklung.

Indien sei wegen Pakistan sehr beunruhigt (Pakistans Gebietsansprüche in Kaschmir und anderen Teilen Indiens).

AM *Vrhovec* fügte hinzu, auch der chinesische und amerikanische Faktor spiele eine Rolle. Indien sei sehr mißtrauisch gegenüber den USA. Gerade Westeuropa könne sich deshalb überlegen, was es zum Abbau dieses Mißtrauens beitragen könne.

Der *Bundeskanzler* erwähnte, er habe Vizepräsident Mondale heute nachmittag sehr nahegelegt, die USA müßten sich besonders freundschaftlich gegenüber Indien verhalten.⁷

Andererseits sei auch Frau Gandhi klar, daß Indien sich keinem Antiamerikanismus hingeben dürfte. Er glaube, sie werde sich von sich aus so bewegen, daß das amerikanische Mißtrauen gegenüber Indien abnehme.

Frau Gandhi habe sich in dem gestern mit ihr geführten Gespräch beklagt, die Amerikaner hielten sie für eine Parteigängerin der SU, die sie gar nicht sei.

⁵ Zum Gespräch mit Ministerpräsidentin Gandhi am 7. Mai 1980 in Belgrad vgl. Dok. 142.

⁶ Zu der bei Stimmenthaltung Indiens verabschiedeten Resolution ES-6/2 der VN-Sondergeneralversammlung vom 14. Januar 1980 vgl. Dok. 14, Anm. 10.

⁷ Bundeskanzler Schmidt führte am 8. Mai 1980 mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Mondale in Belgrad ein Gespräch. Vortragender Legationsrat I. Klasse Schenk übermittelte Botschafter Hermes, Washington, am 14. Mai 1980 die darüber von Ministerialdirektor von Staden, Bundeskanzleramt, gefertigte Aufzeichnung. Gesprächsthemen waren mögliche Perspektiven für Jugoslawien, die Geiselkrise in Teheran, Wirtschaftssanktionen gegen Iran, der Weltwirtschaftsgipfel am 22./23. Juni 1980 in Venedig, die sowjetische Intervention in Afghanistan, der Nahost-Konflikt, ein Gespräch des amerikanischen Außenministers Muskie mit seinem sowjetischen Kollegen Gromyko in Wien, Abrüstungs- und Rüstungskontrollfragen sowie die geplante Reise Schmidts in die UdSSR. Schmidt habe argumentiert, er werde „zwar im eigenen Namen sprechen, doch immer im Interesse der Alliierten“. Es käme darauf an, „die Sowjets zum Reden zu überreden. Dann allerdings müsse es zum Dialog der Großmächte kommen.“ Die Bundesregierung strebe keine Vermittlerrolle an, doch gebe es ein „nationales Interesse an der Fortsetzung der Zusammenarbeit in Europa“, insbesondere mit Blick auf die innerdeutschen Beziehungen. Staden hielt fest, Schmidt habe darauf hingewiesen, „daß der amerikanische Entschluß, der Sowjetunion gerade in Afghanistan entgegenzutreten, auch im geographischen Zusammenhang bewertet werden müsse. Selbst die Antarktis sei für Washington leichter erreichbar als Afghanistan. Nur Nepal sei vielleicht unzugänglicher. Demgegenüber nähme man es hin, daß die Sowjetunion in anderen Gebieten Macht entfalte, wo sie militärisch nichts zu suchen hätte, wie in Angola, Äthiopien oder Südjemen. Man müsse das sowjetische Vordringen eindämmen. Um das zu erkennen, brauche man nur eine Landkarte von 1960 mit einer von 1980 zu vergleichen. Nun aber wolle man sie sozusagen an ihrer eigenen Schwelle stoppen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 596 und Nr. 597; VS-Bd. 11109 (204); B 150, Aktenkopien 1980.

MP *Djuranović* warf ein, ihre Haltung sei auch durch die Verbesserung der amerikanisch-chinesischen Beziehungen beeinflusst.

Die Lage der nichtpaktgebundenen Staaten sei z. Z. grundsätzlich schwierig. Ein Treffen dieser Staaten zum alleinigen Thema Afghanistan sei ebenso abzulehnen wie ein Treffen zur ausschließlichen Verurteilung des amerikanischen Vorgehens im Iran.

Für das von Jugoslawien angestrebte Ministertreffen sei die allgemeine Stimmung z. Z. nicht reif.⁸

Aufgrund der zahlreichen Kontakte in diesen Tagen und der dabei gewonnenen Erkenntnisse müsse man in Ruhe prüfen, was nun zu tun sei.

Es gebe gewisse Schwierigkeiten mit dem Koordinator, dessen Mandat bis zur nächsten Gipfelkonferenz (1982)⁹ dauere.

AM *Vrhovec* hob die Bedeutung des zuvor in der Regie des Gastgebers (und nicht des Koordinators) der nächsten Gipfelkonferenz stattfindenden Ministertreffens (Anfang 1981)¹⁰ hervor. Leider sei Gastgeber Indien z. Z. pessimistisch.

2) Ost-West-Verhältnis

MP *Djuranović* wies auf die sehr nützlichen Gespräche hin, die man mit Breschnew ebenso wie mit Mondale geführt habe.

Es interessiere Jugoslawien besonders, ob eine Wiederaufnahme des Dialogs SU–USA möglich sei.

Breschnew habe Interesse an dem (von den USA vorgeschlagenen) Treffen der Außenminister beider Länder in Wien (am 16.5.)¹¹ gezeigt; es dürfe nur keine Vorbedingungen geben.

Gesundheitlich habe er einen günstigeren Eindruck gemacht als erwartet; allerdings habe er ablesen müssen.

Man sei zufrieden mit seinen Formulierungen zum sowjetisch-jugoslawischen Verhältnis.¹²

⁸ Botschaftsrat I. Klasse Hallensleben, Belgrad, berichtete am 24. Juni 1980, bei einer Sitzung „der Gruppe der Blockfreien in den UN unter Vorsitz des kubanischen Botschafters“ sei am 19. Juni 1980 dem indischen Vorschlag zugestimmt worden, „die ordentliche Ministersitzung aller Blockfreien etwas früher als geplant Anfang 1981 in New Delhi stattfinden zu lassen [...]“. Mit dieser Entscheidung ist die von der jugoslawischen Diplomatie angestrebte außerordentliche Ministerkonferenz, für die sich formal kein Termin und kein Ort finden ließ, von der Tagesordnung.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 408; Referat 214, Bd. 132875.

⁹ Die siebte Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten fand vom 7. bis 12. März 1983 in Neu Delhi statt.

¹⁰ Vom 9. bis 12. Februar 1981 fand eine Konferenz der Außenminister blockfreier Staaten in Neu Delhi statt.

¹¹ Zum Gespräch des amerikanischen Außenministers Muskie mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 16. Mai 1980 in Wien vgl. Dok. 145, Anm. 15, und Dok. 149, Anm. 11.

¹² In der am 5. Mai 1980 in Moskau veröffentlichten Kondolenzmitteilung des ZK der KPdSU, des Präsidiums des Obersten Sowjets und des Ministerrats der UdSSR für Staatspräsident Tito hieß es: „Der Weltöffentlichkeit ist Tito als Verfechter des Friedens, der Entspannung und der friedlichen Koexistenz, als einer der Begründer der Bewegung der Nichtpaktgebundenheit bekannt. Josip Broz Tito maß der Entwicklung der allseitigen Zusammenarbeit zwischen dem BdKJ und der KPdSU, zwischen Jugoslawien und der Sowjetunion große Bedeutung bei. Seine regelmäßigen Begegnungen mit den führenden sowjetischen Repräsentanten dienten der Vertiefung der sowjetisch-jugoslawischen Freundschaft.“ Vgl. den Artikel „Kondolenz aus aller Welt zum Tode Josip Broz Titos“, NEUES DEUTSCHLAND vom 6. Mai 1980, S. 5.

Breschnew sei „ziemlich bemüht gewesen“, die jugoslawische Seite zu überzeugen, daß Moskau die Zusammenarbeit „auf gleichberechtigter Basis“ fortsetzen wolle.

Man hoffe, daß es mit diesen Beziehungen „gutgehen“ werde.

Man habe im übrigen die schon einen Tag nach Titos Tod übermittelte Entscheidung Breschnews, nach Belgrad zu kommen¹³, als richtigen Schritt begrüßt. Einige Länder hätten nach dieser Entscheidung ihre Reisepläne geändert (Hinweis auf Bulgarien).

Auf die Frage, ob und ggf. wann der *Bundeskanzler* nach Moskau reisen werde, antwortete dieser, er rechne damit; die Terminfrage zu beantworten, sei aber schwierig.¹⁴ Er habe im gleichen Zusammenhang am Nachmittag Herrn Honecker gefragt, ob er zum jetzigen Zeitpunkt eine Einladung Präsident Carters nach Washington annehmen würde.¹⁵

Der Besuch bedürfe sorgfältiger Vorbereitung und Abstimmung mit den Verbündeten. Auch in Wien werde man dazu noch Gelegenheit haben. Er habe unter diesem Vorbehalt eine gewisse Hoffnung, daß der Besuch Ende Juni/Anfang Juli stattfinden werde.¹⁶

Es dürfe dabei nicht der Eindruck entstehen, daß die Deutschen als Vermittler oder gar Unterhändler für den Westen auftreten. Trotzdem müsse alles, was wir täten, zur Zufriedenheit des Westens ausfallen und der Entspannung dienlich sein.

Auch für Breschnew sei der Besuch (des BK in Moskau) nicht einfach, da wir unserem Olympischen Komitee empfohlen hätten, nicht nach Moskau zu gehen.¹⁷

AM *Vrhovec* fragte, ob es neben dem Zeitfaktor (Vorbereitung, Abstimmung) auch qualitative Bedingungen gäbe.

Der *Bundeskanzler* verneinte dies. Man habe sich lediglich wechselseitig die Hoffnung ausgedrückt, daß in der Zwischenzeit keine zusätzliche Erschwerung der internationalen Lage eintrete.

Es müsse vorher auch nichts sonstwie Spektakuläres eintreten, und wir seien ängstlich bemüht, keine großen Erwartungen zu wecken. Vielleicht könne dabei auch Jugoslawien etwas helfen.

Es ginge allein um die Fortsetzung eines offenen, ehrlichen und anständigen Dialogs.

MP *Djuranović* stellte fest, allein die Fortführung des Dialogs sei heute schon ein Wert an sich.

¹³ Zur Teilnahme des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, an den Trauerfeierlichkeiten für Staatspräsident Tito in Belgrad vgl. Dok. 136, Anm. 16.

¹⁴ Zum Stand der Planungen für einen Besuch des Bundeskanzlers Schmidt in der UdSSR vgl. Dok. 136, Anm. 13.

¹⁵ Bundeskanzler Schmidt führte am 8. Mai 1980 in Belgrad am Rande der Trauerfeierlichkeiten für Staatspräsident Tito ein Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker. Vgl. BONN UND OST-BERLIN, S. 516–534.

¹⁶ Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher hielten sich am 30. Juni und 1. Juli 1980 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 192–195.

¹⁷ Zur Empfehlung der Bundesregierung an das NOK vom 23. April 1980 vgl. Dok. 122, Anm. 3.

3) Bilaterale Terminfragen

MP Djuranović äußerte großes Bedauern über Verschiebung seines für den 7./8. Mai geplanten Besuches in Bonn sowie ein starkes jugoslawisches Interesse an einer baldigen Durchführung des Besuches.¹⁸

Der *Bundeskanzler* stellte fest, auch wir hätten dieses Interesse; bis zu den Wahlen am 5.10. d.J.¹⁹ sähe er aber nur noch die Möglichkeit, einen halben Tag im Juli freizumachen. Er hätte Bedenken, ob dies im Interesse unserer Beziehungen liege. Wir wollten den Eindruck vermeiden, als würden wir den deutsch-jugoslawischen Beziehungen nach Titos Tod weniger Aufmerksamkeit widmen. Im Gegenteil: Der erste Besuch des jugoslawischen Regierungschefs nach Titos Tod müsse eine große Sache werden.

MP *Djuranović* stimmte zu. Man sei zwar über eine Verschiebung bis Oktober nicht glücklich, ziehe einen mehrtägigen offiziellen Besuch im Oktober jedoch auf jeden Fall einem halbtägigen Arbeitsbesuch im Juli vor.

Zwischenzeitlich könnte eine Reihe laufender bilateraler Angelegenheiten auf anderer Ebene weiterverfolgt werden.

AM *Vrhovec* stimmte zu. Die Verschiebung sei zwar nicht schön. Er selbst habe im Rahmen der gesamteuropäischen Beziehungen Jugoslawiens immer gerade auf diesen Besuch gedrängt; aber dies ändere nichts daran, daß unsere Beziehungen sich auf einem guten Weg befänden.

Er habe mit BM Genscher ein Treffen in Wien am 16.5. d.J. vereinbart.²⁰ Man könne sich in Wien auch über den endgültigen Termin des für Anfang Juli geplanten offiziellen Besuches des Herrn Bundesministers in Jugoslawien verständigen.²¹

BM *Genscher* stimmte zu.

Der *Bundeskanzler* erkundigte sich abschließend nach dem Gesundheitszustand Vladimir Bakarićs (*Djuranović*: „Er ist immer etwas krank; dennoch einer der aktivsten unserer Führung“) und sprach die Hoffnung aus, MP Djuranović werde im Herbst auch Hamburg besuchen, wo er ihn gern zu einem privaten Abendessen in sein Haus einladen werde.²²

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 53

¹⁸ Botschafter Grabert, Belgrad, berichtete am 5. Mai 1980, Ministerpräsident Djuranović habe ihm mitgeteilt, wegen des Todes von Staatspräsident Tito könne er nicht, wie geplant, in den nächsten Tagen die Bundesrepublik besuchen: „Es wäre sein Wunsch, die Reise so schnell wie möglich nachzuholen, da er großen Wert auf eine intensive Gesprächsmöglichkeit mit BK Schmidt legt. Wenn es der Terminkalender des Herrn BK erlaubt, wäre ihm ein Termin ab 19. Mai hochwillkommen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 305; Referat 214, Bd. 132872.

¹⁹ Am 5. Oktober 1980 fanden die Wahlen zum Bundestag statt.

²⁰ Bundesminister Genscher und der jugoslawische Außenminister Vrhovec führten am 15. Mai 1980 in Wien ein Gespräch, in dessen Mittelpunkt der Beitrag der Bewegung der Blockfreien zur Lösung des Afghanistan-Konflikts, die Geiselkrise in Iran, die KSZE-Folgekonferenz in Madrid und die Entwicklung im südlichen Afrika standen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Dröge vom 16. Mai 1980; Referat 010, Bd. 178802.

²¹ Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 17. bis 19. Juli 1980 in Jugoslawien vgl. Dok. 217.

²² Ministerpräsident Djuranović besuchte vom 10. bis 13. Februar 1981 die Bundesrepublik. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von der Gablentz, Bundeskanzleramt, vom 12. Februar 1981; AAPD 1981.

140

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Ohira

VS-vertraulich

9. Mai 1980¹

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem japanischen Ministerpräsidenten Ohira (Freitag, 9. Mai 1980, 13.00 Uhr bis ca. 16.00 Uhr)²

Teilnehmer:

Auf japanischer Seite: Ministerpräsident Ohira; Katori, Staatssekretär im Auswärtigen Amt; Muto, Leiter der Europaabteilung im Auswärtigen Amt; Kato, stellvertretender Generaldirektor im Kabinettssekretariat; Botschafter Yoshino. Auf deutscher Seite: Bundeskanzler; BM Matthöfer; Staatssekretär Lautenschlager; AL⁴³; VLRI Dr. Zeller als Note-taker; zwei Dolmetscher.

Bundeskanzler erinnert an seine Tokio-Besuche.⁴ Deutschland und Japan seien in den letzten zehn Jahren immer enger wirtschaftspolitisch zusammengedrückt. Wir befänden uns annähernd in der gleichen Lage.

Beides sind Länder ohne Rohstoffe, beide gehören zu den Besiegten des letzten Weltkrieges, an dem sie nicht unschuldig waren, beide sind Angehörige des westlichen Lagers, beide haben Interesse daran, daß die Spannungen zwischen den Weltmächten abgebaut werden. Beide haben auch ein nicht zu unterschätzendes Gewicht in der Welt gewonnen, das sie in die Waagschale werfen wollten. Dies werde um so leichter möglich sein, je enger wir zusammenarbeiteten.

Auf dem Wirtschaftsgipfel in Venedig⁵ werde man sich wiedersehen; dieser werde sich dieses Mal auch mit politischen Fragen beschäftigen müssen und in jedem Fall von größerer weltpolitischer Bedeutung sein als die bisherigen⁶.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Zeller, Bundeskanzleramt, am 12. Mai 1980 gefertigt und am selben Tag „vorbehaltlich der Zustimmung des Herrn Bundeskanzlers“ an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg „zur Unterrichtung des Herrn Bundesministers und der Herren Staatssekretäre“ übermittelt.

Hat York am 12. Mai 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an die Staatssekretäre van Well und Lautenschlager, das Ministerbüro, die Ministerialdirektoren Blech, Fischer und Meyer-Landrut verfügte sowie an Referat 341 „m[it] d[er] B[itte] um Unterrichtung der interessierenden Stellen des Hauses“.

Hat Vortragendem Legationsrat Heyken am 13. und erneut am 15. Mai 1980 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Arnot am 14. Mai 1980 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Richthofen am 14. Mai 1980 vorgelegen.

Hat Ministerialdirigent Lücking am 14. Mai 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Blech „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.

Hat Blech vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 13164 (213); B 150, Aktenkopien 1980.

² Ministerpräsident Ohira besuchte am 9./10. Mai 1980 die Bundesrepublik.

³ Horst Schulmann.

⁴ Anlässlich des Weltwirtschaftsgipfels am 28./29. Juni 1979 in Tokio hielt sich Bundeskanzler Schmidt zuletzt vom 26. bis 29. Juni 1979 in Japan auf. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 198.

⁵ Zum Weltwirtschaftsgipfel am 22./23. Juni 1980 in Venedig vgl. Dok. 184 und Dok. 185.

⁶ Vom 15. bis 17. November 1975 fand der Weltwirtschaftsgipfel auf Schloß Rambouillet statt. Vgl. dazu AAPD 1975, II, Dok. 346 und Dok. 348–350.

Am 27./28. Juni 1976 fand der Weltwirtschaftsgipfel in San Juan statt. Vgl. dazu AAPD 1976, I, Dok. 208.

Bundeskanzler würdigt das engere Heranrücken Japans an Europa und erwähnt das Zusammenwirken bei den Iran-Sanktionen.⁷ Er habe gesehen, daß es auch in Japans Interesse sei, derartige Maßnahmen mit uns abzustimmen. Wir müßten darauf achten, daß auch unsere Interessen gewahrt würden.

Er dankt dem Ministerpräsidenten für seinen Besuch, der ihm persönliche und politische Genugtuung bereite. Er begrüßt die Gelegenheit zu einem vertiefenden Meinungsaustausch, zunächst in diesem größeren Kreise, danach, wenn es der Ministerpräsident wünsche, auch unter vier Augen.

MP *Ohira* dankt für den Empfang. Er stimmt dem Bundeskanzler zu, daß die Bundesrepublik Deutschland mit ihrer wirtschaftspolitischen Kraft in der Tat dazu beitragen müsse, den Frieden zu erhalten. Er verweist auf sein Gespräch mit BM Graf Lambsdorff, in dem Übereinstimmung bestanden hätte, daß auch Japan nach Kräften in diesem Sinne sein Wirtschaftspotential zum Einsatz bringen solle, auch wenn sein Land sich nicht ganz mit der Bundesrepublik Deutschland vergleichen könne.⁸ Die Zusammenarbeit Japans mit der EG sei in der Vergangenheit schon sehr eng gewesen. Vermehrte Zusammenarbeit könne dazu beitragen, Spannungen in der Welt abzubauen. Seine Regierung werde sich in dieser Richtung bemühen.⁹ Er stimme dem Bundeskanzler auch zu, daß die heutige Begegnung den deutsch-japanischen Beziehungen einen zusätzlichen Auf-

Fortsetzung Fußnote von Seite 727

Am 7./8. Mai 1977 fand der Weltwirtschaftsgipfel in London statt. Vgl. dazu AAPD 1977, I, Dok. 111, Dok. 112 und Dok. 114.

Am 16./17. Juli 1978 fand in Bonn der Weltwirtschaftsgipfel statt. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 225.

- ⁷ Zum Inkraftsetzen amerikanischer Sanktionen gegen Iran am 7. April 1980 vgl. Dok. 103, Anm. 2 und 13.

Referat 341 vermerkte Anfang Mai 1980, Japan habe bezüglich der Entwicklung in Iran seit der Geiselnahme von Angehörigen der amerikanischen Botschaft in Teheran am 4. November 1979 zunächst zurückhaltend agiert: „In seiner Botschaft vom 18. April 1980 an die Regierungschefs von Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien äußerte MP Ohira Befürchtungen vor amerikanischen Zwangsmaßnahmen und forderte eine enge Abstimmung zwischen Japan und den Neun. Dieser Aktion folgte der überraschende Besuch des japanischen AM Okita in Luxemburg am 21./22. April, wo die Außenminister der Neun über Sanktionen gegen den Iran berieten. Die japanische Regierung demonstrierte damit einerseits ihre Bereitschaft, den Beschlüssen der Neun weitgehend zu folgen, wie dies bei der gemeinsamen Demarche der Botschafter der EG und Japans in Teheran der Fall gewesen war“. Andererseits habe Japan den Wunsch deutlich gemacht, „seine eigene Meinung in den europäischen Abstimmungsprozeß einzubringen“. Vgl. Referat 341, Bd. 113134.

- ⁸ Im Gespräch des Bundesministers Graf Lambsdorff mit Ministerpräsident Ohira am 9. Mai 1980 wurden Energie- und Handelsfragen, Sanktionen gegen Iran bzw. eine Verschärfung der COCOM-Kontrollen und die Entwicklung des Nord-Süd-Dialogs erörtert. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 9. Mai 1980; Referat 340, Bd. 113129.

- ⁹ Referat 341 notierte im Mai 1980: „Hatte die japanische Regierung noch ohne vorherige direkte Konsultationen den Lissaboner Beschluß der Neun übernommen und sich der Demarche der EG-Botschafter in Teheran angeschlossen, übermittelte sie ihre eigenen Vorstellungen zum weiteren Vorgehen in der Iran-Krise unmittelbar vor der Luxemburger Sitzung des ER den Regierungen in Bonn, London, Paris und Rom und entsandte – überraschend – ihren Außenminister zur unmittelbaren Abstimmung dorthin.“ Bislang habe Japan die Europäischen Gemeinschaften primär als konkurrierenden wirtschaftlichen Interessenverband betrachtet, aber ihnen wenig politisches Interesse entgegengebracht: „Die sowjetische Intervention in Afghanistan rückte in der bisher auf die USA als einzigen Bündnis- und größten Handelspartner sowie auf die Wahrung eigener wirtschaftlicher Interessen ausgerichteten japanischen Außenpolitik die europäische Komponente mit in den Vordergrund. Die japanische Regierung ist bestrebt, bei schwerwiegenden Entscheidungen gegenüber der SU, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet, Westeuropa die Führungsrolle zuzusprechen und ihre eigenen Entschlüsse an dessen Entscheidungen auszurichten.“ Vgl. Referat 340, Bd. 113129.

trieb geben werde. Er freue sich auf die Anregungen, die er aus dem heutigen Gespräch gewinnen werde.

Es folgt ein kurzer persönlicher Wortwechsel, aus dem sich ergibt, daß die japanische Anrede San Ausdruck für ein besonders freundliches Verhältnis zwischen zwei Gesprächspartnern ist.¹⁰ Man war sich daher einig, sich gegenseitig in diesem Gespräch mit Ohira San und Schmidt San anzureden.

Sodann bittet der *Bundeskanzler* den japanischen Ministerpräsidenten, ihm seine Eindrücke aus den Gesprächen mit Präsident Carter¹¹, Präsident López Portillo¹² und PM Trudeau mitzuteilen.

MP *Ohira* berichtet, daß er in Washington nur einen kurzen Zwischenaufenthalt zwischen seinen beiden Besuchen in Mexiko und Kanada eingelegt und sich dort nur einen Abend lang aufgehalten habe. Sein erster Eindruck von Präsident Carter sei gewesen, daß dieser trotz des Fehlschlags der Befreiungsaktion¹³ sich in guter Verfassung befunden habe. Er habe ihm vorgeschlagen, in der Iran-Frage den Weg der Verhandlungen einzuschlagen. Er habe auch gefordert, die Kommunikation unter Freunden noch stärker auszugestalten. Dabei gehe es auch Japan darum, sich eigene Optionen freizuhalten.

Präsident Carter habe von ihm verstärkte Verteidigungsanstrengungen gefordert. (Hierbei ging es v. a. um die vorzeitige Inangriffnahme des mittelfristigen Regierungsprogramms für Verteidigung.) Er habe ihm geantwortet, daß Japan sich darum bemühen werde, dies aber in eigener Regie durchführen wolle.¹⁴ Sodann sei das Problem der japanischen Automobilexporte in die USA behandelt worden. Amerikanische Autohersteller hätten Maßnahmen der Regierung gefordert; die japanischen Automobilexporte in die USA hätten angeblich zum Verlust von 200 000 Arbeitsplätzen in den USA geführt. Japan solle seine Investitionen in den USA erhöhen. Er habe geantwortet, daß dies in erster Linie Sache der Privatindustrie sei. Jedoch wolle sich japanische Regierung auch um verbesserten Zugang zum japanischen Markt bemühen. Die japanische Seite

¹⁰ Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Blech mit Fragezeichen hervorgehoben.

¹¹ Ministerpräsident Ohira hielt sich vom 30. April bis 1. Mai 1980 in den USA auf, wo er am 1. Mai ein Gespräch mit Präsident Carter führte. Vgl. dazu DEPARTMENT OF STATE BULLETIN 80 (1980), Nr. 2040, S. 24–26.

¹² Ministerpräsident Ohira führte am 3. Mai 1980 in Mexiko-Stadt ein Gespräch mit Präsident López Portillo. In der Presse wurde berichtet, im Mittelpunkt habe der japanische Wunsch nach Erdöllieferungen aus Mexiko gestanden: „Nach Angaben mexikanischer Kreise ist die in diesem Jahr für den Export vorgesehene Erdölmenge auf Grund bestehender Lieferabkommen mit dem Ausland größtenteils bereits vergeben. Mexiko hat Japan vertraglich die Lieferung von 100 000 Barrel Öl pro Tag vom Herbst an zugesagt. Die Bereitstellung zusätzlicher Mengen wäre jedoch nur durch eine Steigerung der Förderung möglich, und gerade davor schreckt man, wie weiter verlautet, in Mexiko zurück.“ Vgl. den Artikel „Japanisch-mexikanisches Gipfelgespräch“, NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe vom 6. Mai 1980, S. 4.

¹³ Zum Versuch einer militärischen Befreiung der in Iran festgehaltenen amerikanischen Botschaftsangehörigen am 24./25. April 1980 vgl. Dok. 138.

¹⁴ Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 2. Mai 1980, Ministerpräsident Ohira habe Präsident Carter am Vortag erklärt, „daß Japan dabei sei, die Möglichkeiten einer Intensivierung seiner ‚Allianz‘ mit den USA zu prüfen. Er werde sich für eine Steigerung des Verteidigungshaushalts sowie für eine Erhöhung des japanischen Beitrags zu den Stationierungskosten für amerikanische Truppen einsetzen, was allerdings vertraglich nur begrenzt möglich sei. Japan sei aber statt dessen bereit, seine Wirtschaftshilfe wesentlich zu erhöhen. Dabei nannte er 100 Millionen Dollar für die Türkei, eine Milliarde Dollar für Thailand und 1,23 Milliarden Dollar für Pakistan.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1839; Referat 340, Bd. 113137.

habe zugesagt, daß hierüber mit dem amerikanischen Sonderbotschafter in Tokio in Kürze abschließend verhandelt werden solle.¹⁵

Unter Hinweis auf die eigenen amerikanischen Anstrengungen für die Vietnam-Flüchtlinge und in Südwestasien habe man Japan aufgefordert, die japanische Hilfe hier und in Nahost erheblich zu erhöhen.

Auf sein Gespräch mit dem mexikanischen Präsidenten übergehend, berichtete MP Ohira: Dieser habe die Geiselnahme in Teheran als einen eklatanten Verstoß gegen das Völkerrecht bezeichnet; auch gewisses Verständnis für die US-Maßnahmen gezeigt, sich aber nachdrücklich für eine friedliche Lösung ausgesprochen.

Von japanischer Seite sei gebeten worden, die bisherigen Erdöllieferungen von 100 000 Barrel pro Tag, heute, auf 300 000 Barrel pro Tag, 1982, zu erhöhen. Die mexikanische Seite habe mitgeteilt, daß ihr Modernisierungsprogramm bis 1982 eine Erhöhung der Förderung auf 2,5 Mio. Barrel und des Exportes auf 1,5 Mio. Barrel/day vorsehe. Man wolle versuchen, den japanischen Wünschen im Rahmen der Möglichkeiten Rechnung zu tragen.

In diesem Zusammenhang sei Mexiko an verstärkter japanischer Wirtschaftshilfe interessiert gewesen, insbesondere im Bereich der Stahlindustrie (mexikanischer Stahlplan). Präsident Portillo habe seinen bevorstehenden Besuch in der Bundesrepublik Deutschland erwähnt.¹⁶

Die kanadische Haltung in den Fragen Iran und Afghanistan sei sehr fest; Kanada befände sich entschieden auf der Seite der USA; man habe dies in den Gesprächen mehrfach betont. Zur Frage der Abstimmung im westlichen Lager habe PM Trudeau einen Vorschlag gemacht, den er etwa so verstanden habe: Es solle eine Art „internationaler Mechanismus“ der Gipfelländer, d.h. also der Sieben¹⁷, gebildet werden, in dem vor jeglicher Aktion Konsultationen stattfinden sollten; hierdurch sollten Entscheidungen erleichtert werden.

In den bilateralen Beziehungen zu Kanada gehe es um die Erschließung von Energiereserven an der Westküste; hier gebe es bereits enge Beziehungen im privaten Sektor, die jedoch von den Regierungen gefördert werden sollen. Man wolle auch bei der Prospektion und Erschließung von Bodenschätzen zusammenarbeiten.

Der *Bundeskanzler* will seinerseits über seine Einschätzung der Lage berichten.

Wir hätten den Rücktritt von AM Vance¹⁸ sehr bedauert, weil er ein Mann gewesen sei, der Konflikte im Verhandlungswege regeln wollte. Auch der neue Außenminister Muskie sei kein Falke. Er brauche jedoch Zeit zur Einarbeitung;

¹⁵ Der Sonderbeauftragte des amerikanischen Präsidenten für Handelsfragen, Askew, besuchte Japan vom 10. bis 15. Mai 1980. Botschafter Diehl, Tokio, übermittelte am 27. Mai 1980 ein amerikanisch-japanisches Memorandum über Automobilnormen mit weiteren Dokumenten. Diehl wies darauf hin, „daß beide Seiten vereinbart haben, die Ergebnisse der Verhandlungen nicht zu veröffentlichen“. Vgl. den Schriftbericht Nr. 767; Referat 340, Bd. 113144.

¹⁶ Präsident López Portillo hielt sich vom 19. bis 22. Mai 1980 in der Bundesrepublik auf. Zum Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt am 20. Mai 1980 vgl. Dok. 155.

¹⁷ Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada und die USA.

¹⁸ Zum Rücktritt des amerikanischen Außenministers Vance am 28. April 1980 vgl. Dok. 136, Anm. 10.

auch müsse er sich den Notwendigkeiten des Wahlkampfes in den USA¹⁹ anpassen. Die Konsultationen mit den USA seien zuweilen unzureichend gewesen, inzwischen jedoch besser geworden. Wir müßten jedoch darauf achten, daß dies auch in Zukunft so bleibt.

Aus dem Gespräch mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Mondale²⁰ habe er den Eindruck gewonnen, daß der Einfluß der Wahlkampfmanager in der amerikanischen Politik heute sehr stark sei. Er fürchte auch, daß es an einem amerikanischen Konzept für die Bewältigung der vier Krisen fehle. Man könne nicht die Unterstützung der Araber erwarten, wenn man gleichzeitig in den Nahost-Fragen die bekannten Positionen einnehme. Man müsse verstehen, daß militärische Drohungen gegen den Iran große Furcht bei den Golfstaaten erzeugten. All dies hänge eng zusammen, und man müsse diese Zusammenhänge sehen.

Für die Araber sei die Besetzung der Westbank ein ihnen sehr viel näheres Problem als die Besetzung Afghanistans. Er sehe voraus, daß Syrien recht bald zu einem Satelliten der Sowjetunion werde. Auf der zweiten Islamabad-Konferenz²¹ werde das Westbank-Problem eine mindestens ebenso, wenn nicht größere Rolle spielen als Afghanistan. Jedenfalls sei die Einheit im islamisch-arabischen Lager zugunsten einer einhelligen Verurteilung der Afghanistan-Besetzung kaum mehr gewährleistet.

Wir hätten geraten, die Iran-Krise von Anfang an klein zu spielen. Bei den chaotischen Zuständen, die in Teheran herrschten, könnte nur eine „leise Erledigung“ der Geiselfrage erfolgreich sein. Alles andere Vorgehen würde zumindest das Leben der Geiseln gefährden.

Zusätzlich zu den genannten Krisen zeichne sich eine Vertiefung des Rüstungswettlaufs ab. Daß SALT II nicht ratifiziert worden sei, müsse sehr bedauert werden.²² Dies sei nicht Präsident Carter anzulasten, jedoch sei das Vertrauen der SU in getroffene Absprachen durch die Nichtratifizierung erschüttert worden. Die SU gehe daher rücksichtslos daran, ihr Mittelstreckenpotential weiter aufzubauen. Dies sei eine Bedrohung Europas, Japans, Chinas und anderer Regionen in Mittelasien. Bundeskanzler glaube zwar nicht an einen militärischen Einsatz dieses Potentials, jedoch werde hier ein politisches Pressionsinstrument ausgebaut, das in den 80er Jahren wirksam werden könnte. AM Vance sei trotz des Wahlkampfes bereit gewesen, sich für die Ratifizierung von SALT II einzusetzen. Im Augenblick könne man nicht mehr damit rechnen, daß es dazu kommt.

Wir hätten Präsident Carter beschworen, nach Belgrad²³ zu kommen; dies sei nicht geschehen, und Präsident Carter sei auch gegen ein Zusammentreffen von AM Vance mit AM Gromyko gewesen. Jetzt habe AM Muskie offensichtlich den

¹⁹ Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

²⁰ Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Mondale am 8. Mai 1980 in Belgrad vgl. Dok. 139, Anm. 7.

²¹ Die Konferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz fand vom 17. bis 22. Mai 1980 in Islamabad statt. Vgl. dazu Dok. 148, Anm. 7.

²² Zum Stand des Ratifizierungsverfahrens des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 im amerikanischen Senat vgl. Dok. 59.

²³ In Belgrad fanden am 8. Mai 1980 die Trauerfeierlichkeiten für den am 4. Mai verstorbenen Staatspräsidenten Tito statt.

Gedanken von Vance wieder aufgenommen. Aller Voraussicht nach werde es jedoch nur zu einem oberflächlichen Höflichkeitskontakt in Wien kommen.²⁴

Es sei die Absicht der USA, die SU zu bestrafen. Durch Bestrafung könne man jedoch die SU nicht aus Afghanistan herausdrängen. Eine Lösung in Afghanistan müsse sowohl innere wie äußere Umstände berücksichtigen. Sie könne bei dem augenblicklichen Stand der Beziehungen unter den Supermächten voraussichtlich nur durch unbeteiligte Dritte gefördert werden. Möglicherweise komme es zu einer Sondierungsaktion von Vertretern der Blockfreien.

Aus seinem Gespräch mit Indira Gandhi in Belgrad habe er den Eindruck gewonnen, sie habe zwar Interesse an einem solchen Vorgehen, jedoch wohl kaum die Kraft, selbst dazu beizutragen.²⁵ Sehr viel beweglicher und erfindungsreicher habe sich der pakistanische Präsident gezeigt.²⁶ Frau Gandhi habe ebenso wie Moskau Angst vor einer Stärkung des islamischen Fundamentalismus. Mit großem Argwohn betrachte sie auch die zweite Islamabad-Konferenz.

Eine Lösung für Afghanistan setze voraus, daß die SU Garantien von außen für die Souveränität, territoriale Integrität und Ungebundenheit Afghanistans erhalte. Dies bedeute insbesondere auch Garantien von Seiten Pakistans. Pakistan selbst sei auch mit internationalen Kontrollen einverstanden. Berücksichtigt werden müsse auch, daß es in Afghanistan seit längerem einen erheblichen sowjetischen Einfluß gäbe. Innenpolitisch müsse in Afghanistan ein Zustand herrschen, der den Sowjets die Sicherheit gebe, daß dort kein ihnen feindliches Regime errichtet werde. Ein solch schwieriges Paket zu schnüren, würde den Supermächten wohl kaum gelingen, hier brauchten sie die Hilfe Dritter. Der Zustand der Beziehungen unter den Supermächten erfülle ihn jedenfalls mit großer Sorge.

²⁴ Zum Gespräch des amerikanischen Außenministers Muskie mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 16. Mai 1980 in Wien vgl. Dok. 145, Anm. 15, und Dok. 149, Anm. 11.

²⁵ Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsidentin Gandhi am 7. Mai 1980 in Belgrad vgl. Dok. 142.

²⁶ Bundeskanzler Schmidt führte am 9. Mai 1980 in Belgrad am Rande der Trauerfeierlichkeiten für Staatspräsident Tito ein Gespräch mit Präsident Zia ul-Haq und dem pakistanischen Außenminister Agha Shahi. Im Zentrum stand Afghanistan. Ministerialdirigent Montfort notierte, Zia ul-Haq habe ein Gremium von Außenministern der führenden Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz angeregt: „Die Zusammensetzung könne wie folgt aussehen: ein arabisches Mitglied, ein afrikanisches Mitglied und ein asiatisches und Pakistan in seiner Eigenschaft als Vorsitzender. Bei den Afrikanern habe man Guinea oder Senegal in Erwägung gezogen, bei den Arabern Tunesien.“ Zia ul-Haq habe für einen Abzug der amerikanischen Flottenverbände aus dem Persischen Golf plädiert: „Pakistan sehe keinerlei Notwendigkeit für die Präsenz einer amerikanischen Flotte in den Randgebieten des Indischen Ozeans. Dadurch würde der Sowjetunion nur ein Vorwand zum Bleiben in Afghanistan gegeben.“ Über die Beziehungen zu Indien nach dem Gespräch mit Ministerpräsidentin Gandhi am Vortag habe Zia ul-Haq mitgeteilt, es bestehe Übereinstimmung, „daß man für Afghanistan eine Lösung finden müsse“. Indien bleibe weiter an sowjetischer Unterstützung interessiert: „Auf die Frage des Bundeskanzlers, ob Frau Gandhi einen islamischen Fundamentalismus fürchte, meinte Agha Shahi ausweichend, das afghanische Volk werde sich mit der Regierung Karmal nicht abfinden, die Stämme würden weiterkämpfen. Im übrigen wehre sich Pakistan gegen den Vorwurf der Sowjetunion, durch eine angebliche Einmischung den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan ausgelöst zu haben. Ebenso unberechtigt sei die Anschuldigung, Pakistan bilde afghanische Rebellen aus oder unterstütze sie durch Waffenlieferungen. Er sei bereit, eine internationale Kommission zuzulassen, die diese Behauptung überprüfe. Auch habe er nichts gegen eine internationale Absicherung der 1200 km langen pakistanisch-afghanischen Grenze. Selbst gegen VN-Streitkräfte oder solche unter Kontrolle der islamischen Staaten habe er nichts einzuwenden.“ Vgl. die undatierte Aufzeichnung; Referat 010, Bd. 178801.

In dieser Lage wolle er nach Moskau gehen²⁷, nicht als Sprecher für alle Partner im Bündnis, wohl aber für die Interessen des Bündnisses. Jedenfalls sei er kein Vermittler, die Bundesrepublik Deutschland sei Teil der westlichen Partei.

In seinen Gesprächen mit Honecker²⁸ und Gierek²⁹ habe er bestätigt gefunden, daß die kommunistischen osteuropäischen Staaten mit dem Verhalten der SU zutiefst unzufrieden und darüber sehr besorgt seien. Dasselbe gelte für ihr Urteil über die amerikanische Politik. Letzteres könnten sie laut sagen, ersteres nicht. Jedenfalls gebe es in Europa Anzeichen für Kriegsfurcht.

Er wolle nach Moskau gehen, obwohl ihm manche den Vorwurf machen würden, er weiche dadurch die westliche Position auf. Breschnew allerdings wisse, daß er nicht weich sei. Bundeskanzler wollte mit seinen Gesprächen in Moskau versuchen „to talk the Russians into talking“.

Man müsse leider feststellen, daß beide Weltmächte in der augenblicklichen Lage ohne weitreichende Konzeption seien; auch die UdSSR sei ratlos. Hieraus könnten sich große Bedrohungen für den Frieden ergeben. Dies sei auch den beiden Weltmächten bewußt. Selbstverständlich wolle keine von ihnen den Krieg, man müsse sich aber fragen, ob sie auch alles täten, um ihn zu verhindern. Für den Fall eines Konflikts seien Europa und die USA auf Gedeih und Verderb miteinander verbunden. Man müsse aber wissen, daß ein solcher Konflikt für Europa den Verderb bedeute. Dies gelte wie für West- so für Osteuropa.

Unser Interesse sei es daher, zur Formulierung eines Konzepts beizutragen.

In Venedig würden die Vereinigten Staaten eine starke politische Resolution im wesentlichen für Zwecke innenpolitischen Gebrauchs fordern. Es könnte in der Folge dazu kommen, daß sich noch weitere Staaten der Dritten Welt von uns abwendeten.

Man müsse sich daher sehr energisch die Frage nach dem Sinn einer solchen Erklärung stellen. Von F werde sie jedenfalls abgelehnt.

Unsere Linie müßte es sein, den USA genügend Solidarität entgegenzubringen, um unseren Einfluß auf die Formulierung amerikanischer Pläne zu bewahren

²⁷ Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher hielten sich am 30. Juni und 1. Juli 1980 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 192–195.

²⁸ Bundeskanzler Schmidt führte am 8. Mai 1980 in Belgrad am Rande der Trauerfeierlichkeiten für Staatspräsident Tito ein Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker. Vgl. BONN UND OST-BERLIN, S. 516–534.

²⁹ Bundeskanzler Schmidt führte am 8. Mai 1980 in Belgrad am Rande der Trauerfeierlichkeiten für Staatspräsident Tito ein Gespräch mit dem Ersten Sekretär des ZK der PVAP, Gierek. Ministerialdirektor von Staden, Bundeskanzleramt, notierte am 16. Mai 1980, Schmidt habe darüber mitgeteilt, beide Gesprächspartner hätten Sorge wegen zunehmender Spannungen in den amerikanisch-sovietischen Beziehungen. Gierek rate, als „loyale Partner des jeweiligen Bündnisses“ sollten die Bundesrepublik und Polen „versuchen, auf die Großmächte Einfluß zu nehmen. Polen tue alles, um Spannungen zu vermindern. Auf diesem Hintergrund habe er auch den Vorschlag gemacht, eine europäische Abrüstungskonferenz nach Warschau einzuberufen.“ Gierek habe auf die Aussage des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, verwiesen, die UdSSR bestehe nicht auf einem Verbleib ihrer Streitkräfte in Afghanistan. Schmidt habe das Verhalten der UdSSR zur Geiselnahme amerikanischer Diplomaten in Iran kritisiert und bezüglich der nuklearen Mittelstreckensysteme in Europa gefordert, die Zeit bis 1983 für Verhandlungen zu nutzen. Gierek habe Schmidt nachdrücklich zu dessen Reise nach Moskau geraten: „Bundeskanzler werde wohl nicht mit leeren Händen zurückkommen. Ein Meinungsaustausch auf höchster Ebene habe auch einen Wert in sich; jedenfalls werde der Bundeskanzler wertvolle Informationen aus Moskau mitbringen.“ Vgl. VS-Bd. 14085 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

oder auch nur, um die Voraussetzungen zu schaffen, daß es überhaupt zum Entstehen von Plänen kommt. Venedig sei aus diesem Grunde sehr wichtig.

Aus Gründen der Solidarität hätten wir uns zu dem bekannten Olympia-Beschluß bereit gefunden.³⁰ (Bundeskanzler geht davon aus, daß deutsche Sportler nicht nach Moskau fahren werden.³¹) Aus demselben Grunde hätten wir uns den Wirtschaftssanktionen gegen den Iran angeschlossen³², die uns härter treffen würden als Khomeini. Es seien dies Maßnahmen, mit denen man weder den sowjetischen Rückzug aus Afghanistan noch die Geiselfreigabe erreichen würde. Die USA wüßten, was wir von diesen Maßnahmen hielten, sie wüßten aber auch, daß wir sie aus Gründen der Solidarität mit ihnen getroffen hätten.

Allgemeine Wirtschaftssanktionen gegen die SU³³ habe er jedoch abgelehnt und werde in diesem Punkte auch nicht nachgeben. Mit gewisser Flexibilität habe er auf die amerikanische Forderung nach einer Erhöhung der Rüstungsausgaben reagiert. Mit militärischer Stärke allein sei in der augenblicklichen Lage nichts zu erreichen, wenn man gleichzeitig darauf verzichtet, die notwendigen diplomatischen Anstrengungen zu unternehmen. Mit reinen Bestrafungsaktionen handelten wir uns lediglich Nachteile in der Dritten Welt ein.

In Venedig könne es zu wichtigen Weichenstellungen für die nächsten Jahre kommen.

Wir, Sie, die wir nicht Atommächte sind, mithin auch Italien und Kanada, haben Interesse daran, gemeinsam vorzugehen, auch wenn wir dieses Interesse je verschieden formulieren. Jedenfalls dürfe es mit unserer Politik nicht dazu kommen, daß das Gegenteil von Ted Roosevelts Wort eintritt: „Speak softly and carry a big stick.“³⁴

Bundeskanzler erwähnt in diesem Zusammenhang, daß der pakistanische Präsident durchaus bereit gewesen wäre, unmißverständlich Partei zu ergreifen, wenn die USA ihrerseits die notwendigen Anstrengungen unternommen hätten. Das Angebot einer Militärhilfe von 200 Mio. Dollar sei jedoch völlig unzureichend gewesen.³⁵

Auf Venedig zurückkommend, bemerkt der Bundeskanzler, daß sich die USA dort nicht von ihren Verbündeten verlassen fühlen dürften; diese müßten jedoch ihrerseits ihre Position zur Geltung bringen und nicht darauf verzichten, Einfluß auszuüben. Ähnlich werde sich auch F verhalten. Auch für GB gelte das Gleiche, wenn es sich auch nach außen hin als der Musterschüler in den Beziehungen zu den USA gebärde.

³⁰ Zur Empfehlung der Bundesregierung an das NOK vom 23. April 1980 vgl. Dok. 122, Anm. 3.

³¹ Zur Entscheidung des NOK vom 15. Mai 1980 in Düsseldorf vgl. Dok. 148, Anm. 45.

³² Zum Beschluß der Bundesregierung vom 23. April 1980 vgl. Dok. 113, Anm. 20.

³³ Zur Einschränkung von Getreidelieferungen in die UdSSR vgl. Dok. 10, Anm. 23.

Zu den amerikanischen Vorschlägen vom 18. März 1980 für eine Verschärfung der COCOM-Bestimmungen für Ausfuhren in die UdSSR vgl. Dok. 82, Anm. 9.

Zum amerikanischen Wunsch nach Einstellung der Absicherung von Exporten in die UdSSR durch Hermes-Bürgschaften vgl. Dok. 63.

³⁴ Zum Ausdruck „speak softly and carry a big stick“ vgl. Dok. 70, Anm. 17.

³⁵ Zur Ablehnung amerikanischer Wirtschafts- und Verteidigungshilfe durch Pakistan vgl. Dok. 73, Anm. 12.

Zur Frage der Iran-Sanktionen bemerkte der Bundeskanzler, daß rechtlich die Voraussetzungen bestünden, um sie auch auf Altverträge auszudehnen. Wir wollten dies jedoch nur tun, wenn alle so verfahren werden. Auch im COCOM und in der OECD würden wir uns im Rahmen des allgemeinen Konsens' halten.

Die Entwicklung der Energiepreise in den 80er Jahren werde schockartige Wirkungen auf das internationale Finanz- und Währungssystem haben; in den Entwicklungsländern könnte dies zu chaotischen Zuständen führen. Wir würden unsererseits äußerste Anstrengungen unternehmen, um die Nuklearenergie zu entwickeln, und dies trotz innerer Widerstände. Wir würden gleichzeitig die Gewinnung von Kohle und hieraus von Gas und flüssigen Treibstoffen vorantreiben. In Venedig müsse man zugunsten der Entwicklung der Nuklearenergie eine sehr deutliche Sprache sprechen, die auch gehört würde.

Aus dem sich hieran anschließenden Gespräch beim Mittagessen im selben Kreis halte ich³⁶ folgendes fest:

Auf eine Frage von MP Ohira nach der Rolle Chinas bemerkte der Bundeskanzler, daß China sich seiner Einschätzung nach weise zurückhalten werde und die Rolle eines lachenden Dritten anstrebe.

MP Ohira fragte sodann nach den strategischen Vorstellungen der SU.

Bundeskanzler kann keine langfristige sowjetische Strategie erkennen. Seiner Einschätzung nach werde sich die SU bis 1981 relativ vorsichtig verhalten. Dafür gebe es zwei Gründe: Die augenblickliche Führung der SU werde aus der amerikanischen Strategie nicht schlau; vor allem aber zwingt das augenblickliche innenpolitische Kräfteverhältnis in der Führung der SU diese zur Vorsicht. Breschnew und Kosygin seien beide aus gesundheitlichen Gründen weitgehend ausgeschaltet, ein Wechsel stehe bevor; in dieser Lage halte sich jeder zurück und wolle sich nicht exponieren. In solcher Lage könne man eine große strategische Linie der SU nicht erkennen.

Bundeskanzler glaubt jedoch nicht, daß diese vorsichtige Haltung lange andauern wird.

MP Ohira fragt nach den Entscheidungsprozeduren in den Führungsgremien der SU.

Bundeskanzler: Bis 1975 sei Breschnew die bei weitem dominierende Persönlichkeit gewesen. Seither sei seine Position laufend schmaler geworden; dies habe sachliche, aber auch persönliche Gründe, welche letztere vor allem mit dem Gesundheitszustand Breschnews und seinen Folgen zu tun hätten. Im Augenblick herrsche offensichtlich eine Art kollektiver Führung im Politbüro. Man wolle in dieser Lage auf Breschnew auch keineswegs verzichten, da jeder Interesse daran habe, die Nachfolgekämpfe vor sich herzuschieben.

MP Ohira bemerkt, so sehr er das sowjetische Interesse an Afghanistan und auch im Jemen verstehen könne, so wenig das Engagement in Angola.

Bundeskanzler antwortet hierauf, daß es vor vier Jahren wohl die sowjetische Vorstellung gewesen sei, eine Einflußzone quer durch Afrika zu schaffen, die sich von Angola über Zaire und Uganda bis nach Tansania und Mosambik auf der anderen Seite Afrikas erstrecken sollte. Diese Pläne hätten sich offensicht-

³⁶ Klaus Zeller.

lich nicht verwirklichen lassen (Verhalten Somalias, Mosambiks); insbesondere sei durch die Rhodesien-Lösung³⁷ diesen Plänen ein Riegel vorgeschoben worden. Mugabe, der eher unter chinesischem Einfluß gestanden habe, verbinde sich jetzt mit Machel. Die Sowjets würden daher Mugabe bekämpfen.

Einen weiteren Einstieg in Afrika hätten die Sowjets über Libyen in Richtung auf den Sudan gefunden, den man zwischen Libyen und Äthiopien in die Zange nehmen wolle. Einen dritten Einstieg über Algerien und die Polisario, mit deren Hilfe man Marokko unterminieren wolle.

Nach Einschätzung des Bundeskanzlers sind auf mittlere Sicht die Gefahren in Mittelamerika freilich sehr viel größer als die in Afrika. Auch durch eine nicht immer sehr intelligente Einflußpolitik im Innern der Länder seien dort zum Teil chaotische Verhältnisse entstanden, die entweder auf eine Militärdiktatur oder auf eine Linksdiktatur hinführten. In beiden Fällen würden langfristig die Kommunisten begünstigt. Mexiko könne möglicherweise ein ganz wichtiger Faktor der Stabilität in der Region werden.

MP *Ohira* bezweifelt, ob die Sowjets wirtschaftlich stark genug seien, um forcierte Rüstungsanstrengungen und eine imperiale Politik verkraften zu können.

Bundeskanzler entgegnet, daß die sowjetische Führung ihrem Volk und insbesondere dem russischen Volk stets sehr viel zugemutet habe; dessen Leidensfähigkeit sei wahrscheinlich auch in Zukunft noch unerschöpflich groß, jedenfalls gemessen an uns unvorstellbar.

Er sei letztlich schon froh, wenn es wenigstens nicht zu einem Krieg kommt. Im Lebensstandard sei die Sowjetunion durch andere kommunistische Staaten wie die DDR, Ungarn und wohl auch die Tschechoslowakei, vielleicht sogar Rumänien und Bulgarien überholt worden. Was schließlich die Bevölkerung im Süden der Sowjetunion angehe, so bringe ihr die gegenwärtige wirtschaftliche Entwicklung nur Vorteile, verglichen mit dem Zustand, in dem sie sich früher befand. Was die Leidensfähigkeit des russischen Volkes angehe, so würde wahrscheinlich auch heute noch gelten, was Dostojewski, Gorki und Pasternak darüber geschrieben hätten.

Japanischer Botschafter verweist auf die gestiegene militärische Kraft der Sowjetunion, das veränderte militärische Gleichgewicht zwischen den USA und der SU und die Folgerungen, die daraus für die Stabilität der sowjetischen Herrschaft nach innen und ihren Einfluß nach außen zu ziehen seien.

Bundeskanzler hält die Herrschaft der augenblicklichen sowjetischen Führung über das eigene Territorium für gesichert und für sicherbar.

Das Kräfteverhältnis zu China sei prekärer; es beruhe auf einem nuklear-strategischen Gleichgewicht. Die SU sei gegenüber China konventionell überlegen, andererseits habe China unverwundbare Raketen mit nuklearen Sprengköpfen.

Prekär sei das Gleichgewicht zwischen der SU und Europa. Im Verhältnis zu Europa bestehe eine konventionelle sowjetische Überlegenheit. Außerdem komme die zunehmende sowjetische Stärke im Mittelstreckenbereich zum Tragen.

³⁷ Am 18. April 1980 wurde die vormalige britische Kolonie Rhodesien formell in die Unabhängigkeit entlassen.

Weltweit gesehen, sei es das Ziel der Sowjetunion in den 50er, 60er und 70er Jahren gewesen, militärstrategisch den USA gleichwertig zu werden. Jetzt sei es ihr Ziel, an jedem Punkt der Erde auch gleichberechtigt zu sein; wo immer die USA oder der Westen ein Schiff stationierten, wolle nunmehr auch die Sowjetunion ein Schiff stationieren; übe die USA/der Westen in einem Land der Dritten Welt Einfluß aus, so wolle die SU im Nachbarland ebenso Einfluß ausüben. Diese Obsession, gleichberechtigt zu sein, werde sich in den nächsten zehn Jahren nur noch stärker ausprägen und in Regionen wie Ostafrika, dem Golf, Südwestasien Folgen haben. Man könne nicht ausschließen, daß hier die SU eine Aufteilung in Interessensphären anstrebe. Er schließe dies aus Äußerungen, die sowjetische Politiker ihm gegenüber gemacht hätten. Sie meinten, daß das, was die Amerikaner täten, auch ihnen zustünde. Jedenfalls würden sie hieraus eine Legitimierung für ihr imperiales Vorgehen ziehen.

Er glaube, daß die Chinesen noch klüger seien als die Russen. Sie verfügten über eine tiefe innere Gelassenheit; man solle sich durch Erscheinungen wie die Kulturrevolution nicht täuschen lassen. Hierüber wisse jedoch MP Ohira sicher besser Bescheid.

MP Ohira zitiert ein japanisches Sprichwort, wonach es unter dem Leuchtturm immer am dunkelsten ist. Aus der Ferne habe man die bessere Sicht. In Japan habe man gewisse Schwierigkeiten, China zu verstehen. Das habe historische Gründe, jedoch sei auch im heutigen Japan das kulturelle Verständnis für China (und Korea) nicht genügend verbreitet (Sprachenfrage!).

Generell wollte MP Ohira wohl auf eine gewisse japanische Selbstbezogenheit abheben, als er u. a. bemerkte, daß es den Japanern erhebliche Schwierigkeiten gemacht habe, „das Meer zu überwinden“.

Aus Gesprächen, die er mit chinesischen Führern geführt habe, so gestern in Belgrad mit Hua Guofeng³⁸, sei ihm immer eine große Bescheidenheit entgegengeklungen: China sei ein Entwicklungsland, das viel zu lernen habe. Hua sei in Belgrad in die japanische Botschaft gekommen, was MP Ohira als Geste chinesischer Bescheidenheit würdigte. Seiner Meinung nach verfüge das chinesische Volk über unermessliche Tiefe und Klugheit.

Auch Zhou Enlai habe ihm gesagt, daß China ein armes Land sei, das viel von außen zu lernen habe und der Hilfe Dritter bedürfe. Er habe entgegnet, daß ein Land mit einer Milliarde. Menschen kein armes Land sein könne.

Zhou Enlai hätte ihm des weiteren gesagt, daß für die SU der erste Feind die Amerikaner seien, der zweite Japan. Dies solle Japan nicht vergessen. Im übrigen wisse die SU, daß sie vielleicht mit motorisierten Einheiten in einer Woche bis nach Peking vorstoßen könne, sie wisse jedoch gleichermaßen, daß kein sowjetischer Soldat das Land lebend verlassen würde. Die SU würde daher nicht nach China einmarschieren.

³⁸ Botschafter Grabert, Belgrad, teilte am 13. Mai 1980 mit: „Japanische Botschaft berichtete uns, MP Ohira habe am Rande Trauerfeierlichkeiten für Tito mit Hua Guofeng und MP Djuranović Gespräche geführt – beide auf Initiative der Partner. Hua habe sich vor allem zu Afghanistan und Iran geäußert. In Afghanistan komme traditioneller russischer Ehrgeiz zum Ausdruck, an Öl produzierende Gebiete heranzukommen. Die Lage dort sei sehr prekär. Auf Iran solle man keinen Druck ausüben, da man es sonst noch mehr in die russischen Arme treibe. Probleme dort seien nicht so gewichtig wie in Afghanistan.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 329; Referat 214, Bd. 132875.

Bundeskanzler entgegnete, Mao habe ihm gesagt, daß die Russen die Feinde der USA seien, aber auch unsere.³⁹ Und diejenigen, die einen Konflikt am ehesten zu spüren bekämen, seien wir in Europa und insbesondere die Deutschen. Hier seien schon mehrere Feinde der Russen genannt, und nie eigentlich die Chinesen. Sie selber sähen sich eben in der Rolle des lachenden Dritten, der mit den Russen in Frieden lebe. Daher glaube er, der Bundeskanzler, daß sie sehr klug seien. Unter diesen Umständen müsse man sich fragen, ob es richtig sei zu glauben, man könne die Chinesen als Instrument gegen die Russen benutzen. Eher wäre es wohl umgekehrt, daß die Chinesen andere als ihr Instrument gegen die Russen benutzten.⁴⁰

Hieran schloß sich ein etwa viertelstündiges Gespräch unter vier Augen.⁴¹

VS-Bd. 13164 (213)

141

Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Staden, Bundeskanzleramt

VS-NfD

9. Mai 1980¹

Betr.: Vermerk über Ihr Gespräch mit PM Thatcher am 7.5., 21.15 Uhr bis 22.00 Uhr (20.15 Uhr bis 21.00 Uhr)²

1) PM schildert zunächst die Eindrücke von Lord Carrington aus dessen kürzlichen Gesprächen in Washington³: Die Politik Carters sei in einem Ausmaß, das

³⁹ Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 29. Oktober bis 2. November 1975 in der Volksrepublik China auf. Für das Gespräch mit dem Vorsitzenden des ZK der KPCh, Mao Zedong, am 30. Oktober 1975 vgl. AAPD 1975, II, Dok. 323.

⁴⁰ Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Blech mit Ausrufezeichen hervorgehoben.

⁴¹ In dem anschließenden Vier-Augen-Gespräch legte Ministerpräsident Ohira dar, er stimme mit Bundeskanzler Schmidt darin überein, „daß die Zusammenarbeit der westlichen Länder noch weiter ausgebaut werden müsse, denn nur auf diese Weise könne die Gemeinsamkeit des Westens unter Beweis gestellt werden, was wiederum Voraussetzung sei, um den USA unter die Arme greifen zu können. Auf die Frage des Bundeskanzlers nach einem japanischen Kulturzentrum in Berlin, dessen Errichtung er sehr begrüßen würde, antwortete der japanische Ministerpräsident, daß er darüber noch nicht genau informiert sei, sich jedoch sofort nach der Rückkehr nach Japan danach erkundigen und dem Bundeskanzler einen Bericht zukommen lassen wolle.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 53; B 150, Aktenkopien 1980.

¹ Ablichtung.

Die Aufzeichnung wurde am 9. Mai 1980 von Ministerialdirektor von Staden, Bundeskanzleramt, an Staatssekretär van Well übermittelt.

Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 12. Mai 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat von Ploetz „z[ur] K[enn]tnisnahme“ verfügte.

Hat Ploetz am 13. Mai 1980 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 010, Bd. 178801.

² Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 7. bis 9. Mai 1980 anlässlich der Trauerfeierlichkeiten für Staatspräsident Tito in Jugoslawien auf.

³ Der britische Außenminister Lord Carrington hielt sich vom 3. bis 7. Mai 1980 in den USA auf. Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 6. Mai 1980, Carrington habe den Botschaftern der EG-

sie als beängstigend empfinde, von Wahlüberlegungen⁴ bestimmt. Der Einfluß von Brzezinski sei enorm, der des State Department zu gering. Brzezinski rede allerdings härter, als er handle. Dies gelte auch für die Warnung, daß die USA zu militärischen Sanktionen gegen den Iran schreiten müßten, falls mangelnde alliierte Solidarität wirtschaftliche unwirksam machte. Carrington habe vor allem vor militärischen Sanktionen gewarnt, auch vor deren negativen Auswirkungen auf das Verhältnis zu den islamischen und mittelöstlichen Staaten. Er habe klargemacht, daß Europa militärischen Sanktionen nicht folgen würde. Er habe den Eindruck gewonnen, daß vorerst nicht mit militärischen Aktionen zu rechnen sei. Den Zusammenhang der Iran-Krise, der Afghanistan-Krise und des Nahost-Konflikts habe man in Washington aber noch nicht erfaßt; sogar im State Department sehe man ihn nicht deutlich genug.

Muskie werde Einfluß gewinnen, brauche aber noch lange Zeit, um Erfahrungen zu sammeln. Aber er kenne sich im Senat aus.

In der Nahostpolitik werde sich die pro-israelische Komponente der amerikanischen Politik bis zu den Wahlen noch verstärken. Eine von den Neun eingebrachte SR-Resolution würde voraussichtlich mit einem amerikanischen Veto belegt werden.⁵

Sie erwiderten, man solle es dennoch versuchen; man müsse die Amerikaner an den Punkt führen, wo sie mit der Notwendigkeit zu entscheiden konfrontiert

Fortsetzung Fußnote von Seite 738

Mitgliedstaaten am Vortag mitgeteilt, Kritik an den Verbündeten sei primär im amerikanischen Kongreß geäußert worden: „Auf seine Frage nach Substantiierung der Kritik seien Senatoren und Abgeordnete in der Regel die konkrete Antwort schuldig geblieben.“ Zu Sanktionen gegen Iran habe Carrington „auf die ungünstigen Folgen hingewiesen [...], die eine ständige, wenig substantiierte Kritik an den Verbündeten in Europa habe. Die Verbündeten hätten in Luxemburg eine klare Entscheidung getroffen und bestätigt.“ Carrington zufolge sei die „Mahnung an die amerikanische Adresse, zur Geiselfreieung keine Gewalt mehr anzuwenden, verstanden worden“, zudem wachse allmählich das Verständnis für „das Konzept eines neutralen, ungebundenen Afghanistans“. Carrington habe ferner eine Nahost-Initiative der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ angekündigt, um die „nach dem 26. Mai zu erwartende Lage für den Westen günstig beeinflussen zu können“, und empfohlen, „daß man den Südafrikanern etwa Zeit lassen müsse, bevor man bei der Lösung der Namibia-Frage energischer vorgehe“. Was die KSZE-Folgekonferenz in Madrid betreffe, seien die USA „noch nicht davon überzeugt, daß die Außenministerebene angebracht sei“. Vom neuen amerikanischen Außenminister Muskie habe Carrington einen guten Eindruck: „Muskie habe zu seiner Rolle in der amerikanischen Außenpolitik wörtlich gesagt, es sei seine feste Absicht, ‚to bring the State Department back into government‘.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1851; Referat 204, Bd. 115947.

⁴ Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

⁵ Zu Überlegungen für eine Nahost-Initiative der Europäischen Gemeinschaften im Rahmen der EPZ vgl. Dok. 108, Anm. 10.

Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 26. April 1980, in der amerikanischen Presse werde über Pläne für eine vor allem von Frankreich und Großbritannien forcierte Nahost-Initiative der EG im Rahmen der EPZ in den Vereinten Nationen berichtet. Dazu heiße es: „Trotz gegenteiliger Versicherungen trage dieses Verhalten der Europäer durchaus Züge einer Rivalität mit den USA, besonders in Paris und London. Beabsichtigt sei eine Neufassung der Resolution 242: Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser im Austausch gegen deren Anerkennung des Existenzrechts Israels. Im amerikanischen Wahljahr, wo Carter jeden Anschein einer Sympathie für eine von Israel bekämpfte Initiative vermeiden müsse, sei unschwer vorauszusagen, daß das Ergebnis der europäischen Bemühungen nicht Fortschritt in Richtung auf einen Nahostfrieden sein werde, sondern ‚a new series of acrimonious strains in the Atlantic Alliance‘.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1741; Referat 200, Bd. 112915.

seien. Die amerikanische Nahostpolitik sei inkohärent. Dies zeige schon der häufige Wechsel der Nahostbeauftragten.⁶

Im übrigen teilten Sie das Urteil der PM. Die amerikanische Politik sehe den Zusammenhang der Krisen nicht. Sie hätten Carter davon zu überzeugen versucht. Er sei auf die Substanz der Frage aber nicht eingegangen.

PM: Über das amerikanisch-chinesische Verhältnis habe Lord Carrington in Washington nicht gesprochen. Sie charakterisierten den Unterschied zwischen der Chinapolitik von Vance und Brzezinski: Der letztere versuche, die Chinesen zu „benutzen“. PM glaubte nicht, daß die Chinesen das mitmachen würden. Brzezinski sei „a little bit insensitive“.

2) Ein kurzer Meinungs austausch über den politischen Teil des Gipfels⁷ machte erneut deutlich, daß es sehr schwierig sein würde, ein Vierertreffen zu organisieren, einmal aus Zeitmangel (Carter kann am Vorabend nicht, Italiener laden zum Morgenfrühstück am ersten Morgen ein), aber auch aus Rücksicht auf das präsidierende Gastland.

Sie wiesen darauf hin, daß Frankreich ernstlich nur im Viererkreis zum politischen Gespräch bereit sei.⁸ Man sollte aber auch für die Sieben⁹ einige politische Themen finden, insbesondere wegen der Japaner und Trudeau.

Die Außenminister von D, F, GB treffen sich am 12.5. in Bonn.¹⁰ Dem Bundesaußenminister wird ein Brief von Lord Carrington übergeben, in dem dieser mitteilt, daß AM Colombo droht, nicht nach Wien zu kommen, wenn er als einziger AM eines NATO-Landes vom Treffen seiner Kollegen ausgeschlossen würde.¹¹

Die britische Tendenz ist es, einen Ausweg zu suchen (ohne Präzedenz), evtl. durch zwei Treffen zu viert und zu fünft.

⁶ Der seit 7. April 1978 amtierende Sonderbeauftragte des amerikanischen Präsidenten für den Nahen Osten, Atherton, wurde am 22. Mai 1979 vom bisherigen Beauftragten für Handelsverhandlungen der Vereinigten Staaten, Strauss, abgelöst. Am 27. November 1979 ernannte Präsident Carter Sol M. Linowitz zum Sonderbeauftragten des amerikanischen Präsidenten für den Nahen Osten, der das Amt am 29. November 1979 antrat.

⁷ Zum Weltwirtschaftsgipfel am 22./23. Juni 1980 in Venedig vgl. Dok. 184 und Dok. 185.

⁸ Ministerialdirigent Dröge notierte am 9. Mai 1980: „Die Italiener haben, insbesondere seit dem Gadeloupe-Treffen der Staats- und Regierungschefs, mit Nachdruck auf eine Erweiterung des Vierer-Rahmens gedrängt. Der italienische Druck in diese Richtung hat insbesondere nach der Bündnisentscheidung vom Dezember 1979 zu LRTNF zugenommen. Hierbei gründen die Italiener ihr gewünschtes Mitspracherecht im Rahmen der Vier bzw. Fünf auch auf ihren Einsatz für das Zustandekommen der LRTNF-Entscheidung. Offenbar gibt es seit dem Cossiga-Besuch in Washington Anfang des Jahres auch eine entsprechende amerikanische Bereitschaft, möglicherweise sogar Zusagen, die Italiener in die Vierer-Gespräche einzubeziehen.“ Dröge riet jedoch zur Beibehaltung des bisherigen Rahmens, der auf die traditionellen deutschpolitischen Treffen des Bundesministers mit dem amerikanischen, britischen und französischen Außenminister am Vorabend des NATO-Ministerrats zurückzuführen sei: „Der Vierer-Rahmen ist von französischer Seite bisher als einziges Gremium für einen substantiellen politischen Meinungs austausch anerkannt worden.“ Die britische Regierung denke ähnlich. Zudem drohe sonst „die Gefahr der Aushöhlung des politischen Konsultationsprozesses der NATO und der EPZ. Schon jetzt beobachten die kleineren Bündnispartner mit Mißtrauen und Eifersucht mögliche Tendenzen eines ‚Direktoriums der Großen‘. Dies gilt vor allem für die Holländer.“ Vgl. VS-Bd. 11114 (204); B 150, Aktenkopien 1980.

⁹ Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada und die USA.

¹⁰ Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister François-Poncet und dem britischen Außenminister Lord Carrington vgl. Dok. 143.

¹¹ Für das Schreiben des britischen Außenministers Lord Carrington an Bundesminister Genscher vgl. VS-Bd. 538 (014).

3) Zur Frage von Wirtschaftssanktionen gegen den Iran ist die Einstellung beiderseits skeptisch. Sie erläutern die für uns auf dem Spiel stehenden finanziellen Größenordnungen und betonen, daß wir Sanktionen nur durchführen könnten, wenn alle mitmachten.¹² PM teilt diese Sorge. Die Japaner, die in Altverträge nicht eingreifen könnten, würden die britischen Verträge einfach übernehmen. GB werde am 17.5. über die gesetzlichen Voraussetzungen verfügen, in Altverträge einzugreifen und neue zu verhindern. Den Banksektor werde man aus den bekannten Gründen auslassen. Bei einigen Altverträgen würde ein Eingriff sehr schwierig sein. PM erwähnt die Gefahr von Abwicklungen über Abu Dhabi. Sie überlege noch, ob man an der Anwendung von Sanktionen vorbeikäme. Aber die Amerikaner legten enormen Wert darauf, daß am 17.5.¹³ etwas geschieht „even if only to show virility“. PM erwähnt, daß GB auf iranische Ölpreisforderungen nicht einginge, und appelliert insoweit an westliche Solidarität.

4) Sie begründeten Ihr Bedauern über die Abwesenheit von Carter. Zu Ihrer geplanten Reise nach Moskau¹⁴ erläutern Sie, daß wir in einer gefährlichen Welt lebten und daß wir alle die Verbindungskanäle offenhalten sollten, in enger Konsultation in der Allianz.

5) Nachdem PM das Gespräch auf EG-Probleme lenkt, machten Sie zunächst mit Nachdruck klar, daß Ihr letztes Angebot von Luxemburg¹⁵ definitiv zurückgezogen bleibe. PM insistierte nur kurz – und nicht ohne Emotion –, um dann zur GAP überzugehen.

Sie sei besorgt darüber, daß die Agrarpreispolitik und die Vorschläge für eine Marktordnung für Schafffleisch genau in die verkehrte Richtung gingen.¹⁶ Davon würden die Aufwendungen noch höher, und es sei lächerlich, daß Europa hauptsächlich durch Überschußproduktion zusammengehalten würde.

Jeder sei für Reformen, wenn es aber zum Handeln käme, täte er das Gegenteil davon. Wenn sie Ihrem Rat folgte, die Führung in der Reform der GAP zu übernehmen, dann würde man ihr eine gemeinschaftsfeindliche Haltung vorwerfen.

¹² Zum Beschluß der Bundesregierung vom 23. April 1980 vgl. Dok. 113, Anm. 20.

Referat 421 notierte am 25. April 1980: „Iran war 1979 immer noch unser zweitgrößter Exportmarkt in Nahost. Das Gesamtbilago aus gedeckten Ausfuhrgeschäften beläuft sich z.Z. auf 7,7 Mrd. DM; im schlimmsten Fall würde der Bund als Versicherer bis zu dieser Höhe bei der Versagung der Ausfuhrgenehmigungen von betroffenen Firmen in Anspruch genommen.“ Zudem stelle sich „das Problem des Eingriffs in bereits abgeschlossene Verträge (Altverträge)“. Je nach Vertragsinhalt sei eine unterschiedliche Behandlung geboten, etwa von Rahmenverträgen oder von Restlieferungen aus begonnenen Projekten. Hinzu komme „das Problem der von der Rechtsprechung weit gefaßten Eigentums-garantie des Grundgesetzes. Zwar erlaubt das Außenwirtschaftsgesetz (§ 2 Abs. 2) in Ausnahmefällen einen Eingriff in laufende Verträge. Bei der großen Zahl uns im einzelnen nicht bekannter Verträge ist es jedoch wahrscheinlich, daß in Einzelfällen infolge Überschreitens der ‚Opfergrenze‘ ein enteignungsgleicher Eingriff gegeben ist, der aus verfassungsrechtlichen Gründen (Art. 14 Abs. 3 GG) nicht durch eine V[erwaltungs]O[rdnung], sondern nur durch ein – noch nicht vorhandenes – Bundes-gesetz vorgenommen werden könnte, das ausdrücklich eine Entschädigungsregelung enthält.“ Vgl. Referat 421, Bd. 121324.

¹³ Zum informellen Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 17./18. Mai 1980 in Neapel vgl. Dok. 149, Anm. 6.

¹⁴ Zum Stand der Planungen für einen Besuch des Bundeskanzlers Schmidt in der UdSSR vgl. Dok. 136, Anm. 13.

¹⁵ Zur Tagung des Europäischen Rats am 27./28. April 1980 in Luxemburg vgl. Dok. 134.

¹⁶ Zum Vorschlag der EG-Kommission bei der EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister am 26. und 28. April 1980 in Luxemburg vgl. Dok. 134, Anm. 7.

Sie erwiderten, daß zwischen der Struktur der GAP, die in der Tat monströs sei, und den Preisanhebungen unterschieden werden müsse. Man könne nicht allein den Bauern Einkommensverbesserungen verweigern, zumal bei Inflationsraten, die bei uns 5% und in anderen Ländern bis zum dreifachen betrügen. Unabhängig davon müsse die Struktur der GAP reformiert werden. Sie könnten jedoch verstehen, wenn die PM dabei nicht Vorreiter sein wolle.

Auf einen Einwand der PM, daß ja auch Industriepreise nicht subventioniert werden, erwidern Sie, daß die Landwirtschaft in der Gemeinschaft nie rein marktwirtschaftlich organisiert gewesen sei.

Die PM sprach sich besonders gegen Preiserhöhungen bei Milch und Zucker aus. Sie wiesen darauf hin, daß man die Lösung in einer Erhöhung der Selbstbeteiligung suchen müsse.

[Staden]

Referat 010, Bd. 178801

142

Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Staden, Bundeskanzleramt

9. Mai 1980¹

Betr.: Vermerk über das Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit PM Indira Gandhi in Abwesenheit des Herrn Bundesaußenministers in Belgrad
7.5.1980 – 22.00 Uhr bis 23.00 Uhr²

Frau Gandhi (PM) eröffnete mit der Bemerkung, die Welt sei „in a mess“. Sie stimmten zu; im Mittelpunkt stehe die Afghanistan-Krise, in zweiter Linie die Geiselkrise. Sie erkundigten sich dann nach dem Eindruck der PM von ihrem Gespräch mit Präsident Zia in Salisbury.³

PM erwiderte, es führe zu nichts, wenn man einfach fordere, die SU solle Afghanistan räumen. Moskau werde das nicht tun, ehe es Gewißheit habe, daß eine

¹ Ablichtung.

Die Aufzeichnung wurde am 13. Mai 1980 von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Franke, Bundeskanzleramt, an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg übermittelt. Franke teilte dazu mit, die Aufzeichnung sei „vom Bundeskanzler noch nicht genehmigt“.

Hat York am 13. Mai 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 340 „m[it] d[er] Bitte um Übernahme“ verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 29. Mai 1980 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 010, Bd. 178801.

² Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher hielten sich vom 7. bis 9. Mai 1980 anlässlich der Trauerfeierlichkeiten für Staatspräsident Tito in Jugoslawien auf.

³ Ministerpräsidentin Gandhi und Präsident Zia ul-Haq hielten sich anlässlich der Unabhängigkeitsfeiern am 18. April 1980 in Simbabwe auf.

sowjetfreundliche Regierung in Kabul stabilisiert sei. Vom Iran und von Pakistan aus finde Infiltration statt. Der Iran bestreite das, aber das Territorium sei schwierig, und die Leute überschritten einfach die Grenze. Das Regime von Zia sei unstabil. Wichtig sei es jetzt, die Gesprächskanäle offenzuhalten. Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer sollte grundsätzlich ausgeschlossen sein.

Auf Ihre Bemerkung, Indien solle eine führende Rolle bei der Suche nach einer Lösung übernehmen, fragte PM: Was für eine Rolle? Indien wisse nicht, in welche Richtung man sich bewegen solle. Die Sowjets rechtfertigten ihre Intervention damit, daß schon Amin sie darum gebeten habe. Sie seien aber erst gefolgt, als Amin sich an andere gewandt habe. Amin sei ein solcher Tyrann gewesen, daß die sowjetische Intervention zunächst Jubel ausgelöst habe. Dann habe man die Leute glauben gemacht, daß die Russen im Lande bleiben würden, und seither sei die Stimmung umgeschlagen.

Auf Ihre Bemerkung, daß sich das Verhältnis zwischen den beiden Großmächten gefährlich zuspitzen könnte, wenn man kein Licht am Ende des Tunnels sähe, erwiderte die PM, das sei letztlich Sache der Großmächte selbst. Vor den amerikanischen Wahlen⁴ werde es wohl kaum zu einem Dialog zwischen ihnen kommen.

Sie bemerkten, daß Sie die Diplomatie der beiden Großmächte nicht allzu hoch einschätzten. Aber ein Dritter, wie Indien, könne vielleicht Bewegung in die Entwicklung bringen.

PM erwiderte eher abweisend, daß die USA Indien für pro-sowjetisch hielten. Kuba bemühe sich, Afghanistan und Pakistan zusammenzubringen.⁵ Aber Zia lehne Verhandlungen mit Karmal ab, die afghanische Krise sei für ihn in Wahrheit ein sowjetisches Problem.

Auf Ihre Frage, ob China an einer Lösung beteiligt werden müsse, blieb die PM eine Antwort schuldig. Sie merkte nur an, daß die Sowjetunion von der chinesischen Gefahr besessen sei. Die Amerikaner spielten das gegen Moskau aus.

Die PM beklagte, daß die einen Länder in die inneren Angelegenheiten der anderen eingriffen. Manchmal geschehe dies offen, meistens verdeckt.

Auf weltwirtschaftliche Fragen übergehend, äußerte sich die PM unter Hinweis auf die steigenden Ölpreise pessimistisch. Sie erwiderten, daß es absurd sei, was die OPEC den anderen Entwicklungsländern antäte. Das könne von den IL nicht ausgeglichen werden. Die Bundesrepublik nehme schon bei den Saudis Kredite auf.⁶ Dabei sei unser Ölkonsum seit 1973 konstant geblieben. Zu den weltwirtschaftlichen Problemen trage auch bei, daß die SU zu wenig Entwicklungshilfe gebe und zu viele Waffen liefere. Die Hauptprobleme aber seien die Ölpreise und die Bevölkerungsexplosion. Über diese letzte Frage müsse man eine vertiefte Diskussion führen.

⁴ Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

⁵ Zu den kubanischen Vermittlungsbemühungen im Afghanistan-Konflikt vgl. Dok. 136, Anm. 24.

⁶ Zu den Kreditanleihen in Saudi-Arabien vgl. Dok. 107, Anm. 28.

PM beurteilte dieses Problem ebenso ernst. Doch sei es im Grunde nicht allzu schwer zu lösen. Wo industrielle oder landwirtschaftliche Entwicklung stattfindet oder die Volksbildung fortschreite, gehe der Bevölkerungszuwachs zurück. Nicht dagegen in rückständigen Agrargebieten.

Auf die Krise zurückkommend, betonte PM das starke Bedürfnis Indiens nach einer Lösung. Die Krise sei eng mit innenpolitischen Problemen Indiens verknüpft, und viele Bürger ihres Landes seien deshalb geängstigt. Man mache sich wegen der Beziehungen zu Pakistan an sich keine Sorgen, sei aber beunruhigt über Waffenlieferungen an dieses Land. Diese könnten „nur die hawks“ – im Verhältnis zu Indien – ermutigen. Pakistan habe die amerikanische Militärhilfe nur abgelehnt⁷, um seine Nuklearpolitik fortführen zu können. Nach ihrer Einschätzung wäre es in der Lage, noch dieses Jahr einen Nuklearsprengsatz zu zünden. Auf Ihre Frage, ob Indien Nuklearwaffen entwickeln wolle, antwortete PM entschieden nein, Indien habe eine solche Absicht nicht. Pakistan aber wolle Nuklearwaffen, um Indien zu bedrohen.

Auf Ihren Einwurf, daß Zia wohl auch andere Gründe gehabt habe, amerikanische Militärhilfe abzulehnen, erwiderte PM zustimmend; Zia wolle zu den Blockfreien gehören.

Auf Ihre Frage, was von der bevorstehenden Konferenz in Islamabad⁸ zu erwarten sei, erwiderte PM, sie sei skeptisch. Pakistan wolle anscheinend die Kaschmir-Frage⁹ wieder hochbringen. Für die Sowjetunion sei der islamische Fundamentalismus potentiell gefährlich. Und wenn ihr Regime auf dem Spiel stünde, handelten die Sowjets, ohne sich um die Weltmeinung zu kümmern. Der islamische Fundamentalismus sei aber auch für Indien langfristig eine Gefahr.

Auf Ihre Frage, welche Probleme die PM ihrerseits anzuschneiden wünsche, nannte Mrs. Gandhi das Nord-Süd-Verhältnis.

Sie erwiderten, daß man wohl nur dann Fortschritte erwarten dürfe, wenn es gelänge, die Persönlichkeiten zusammenzubringen, die zählten. Sie erinnerten dabei an die Manley-Konferenz.¹⁰ Bei Zusammenkünften von Hunderten von Delegierten käme nichts heraus. Man müsse den Ölländern klar machen, daß sie zuviel verdienten.

⁷ Zur Ablehnung amerikanischer Wirtschafts- und Verteidigungshilfe durch Pakistan vgl. Dok. 73, Anm. 12.

⁸ Die Konferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz fand vom 17. bis 22. Mai 1980 in Islamabad statt. Vgl. dazu Dok. 148, Anm. 7.

⁹ Seit der Unabhängigkeit Pakistans und Indiens am 14. bzw. 15. August 1947 erhoben beide Staaten Ansprüche auf den Fürstenstaat Jammu und Kaschmir. Nach Ausbruch von militärischen Auseinandersetzungen im Oktober 1947 endete der erste Kaschmir-Krieg nach Vermittlung der Vereinten Nationen am 1. Januar 1949 mit einem Waffenstillstand. Indien kontrollierte seitdem den größeren Teil des Gebiets. 1965 kam es zu einem weiteren indisch-pakistanischen Krieg, der jedoch keine territorialen Veränderungen nach sich zog. Nach dem Bangladesch-Krieg 1971 einigten sich Indien und Pakistan im Abkommen von Simla vom 2. Juli 1972 auf die Beibehaltung der Waffenstillstandslinie und die friedliche Regelung ihrer Meinungsverschiedenheiten auf bilateralem Wege.

¹⁰ Am 28./29. Dezember 1978 fand ein informelles Treffen von sieben Staats- und Regierungschefs in Mount Pleasant/Jamaika statt, an dem neben Bundeskanzler Schmidt Ministerpräsident Fraser (Australien), Ministerpräsident Manley (Jamaika), Ministerpräsident Nordli (Norwegen), der Chef des Obersten Militärats der Bundesrepublik Nigeria, Obasanjo, Präsident Pérez (Venezuela) sowie Ministerpräsident Trudeau (Kanada) teilnahmen. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 401.

Die PM kritisierte an der amerikanischen Politik, daß sie Persönlichkeiten unterstütze, nicht Länder. Der Schah¹¹ sei ein Beispiel. Er habe nur an der Spitze entwickelt, ohne für die Basis zu sorgen.

Auf die Krise zurückkommend, betonte die PM, die Sowjetunion solle Afghanistan räumen. Indien würde dies fordern, weil es sich um seine Nachbarschaft handele. Man müsse einen Plan entwickeln.

Sie warfen ein, die Unterstützung der Freiheitskämpfer müsse dazu führen, daß die Russen in Afghanistan blieben.

PM beklagte, daß jeder jeden bedrohe, China z. B. Südostasien.

Sie schilderten darauf die LRTNF-Situation in Europa. Die Sowjetunion müsse von diesen Waffen nicht notwendig Gebrauch machen, aber sie seien eine Bedrohung.

PM zeigte sich besorgt über die Flottenkonzentrationen im Indischen Ozean.¹² Man denke über die Krise Tag und Nacht nach, und Indien scheue vor Verantwortung nicht zurück, aber man müsse wissen, wohin man wolle.

Sie erläuterten, warum für uns eine Vermittlerrolle nicht in Betracht käme.

Abschließend wurde abgesprochen, daß Sie Indien 1981 besuchen werden. Sie seien, wie die PM hervorhob, jederzeit willkommen.

[Staden]

Referat 010, Bd. 178801

¹¹ Mohammed Reza Pahlevi.

¹² Zu den Bemühungen um eine Reduzierung der militärischen Präsenz im Indischen Ozean vgl. Dok. 40, Anm. 34.

Oberst i. G. Jungmichel, Washington, meldete am 13. Februar 1980, in der amerikanischen Presse werde über eine Entscheidung des Präsidenten Carter berichtet, „bis Mitte März eine ‚Marine Amphibious Unit‘ (MAU) in die Arabische See zu verlegen“. Dies sei als Warnung gegenüber der UdSSR zu verstehen, „die ‚areas of vital interests‘ der USA zu respektieren“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 718; Referat 201, Bd. 120164.

Brigadegeneral von Ondarza, Washington, resümierte am 28. Februar 1980 Presseberichte, „daß aufgrund eines Zusammentreffens der ANZUS-Außenminister Vance (USA), Peacock (Australien) und Talboys (Neuseeland) am 27.2.1980 vereinbart wurde, daß die australische Marine demnächst den Flugzeugträger ‚Melbourne‘ zur Unterstützung der US-Navy in den Indischen Ozean entsenden wird. [...] Ohne sich von der Zahl her festzulegen, soll auch Neuseeland einen Beitrag (naval and air support) für den Indik in Aussicht gestellt haben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 942; Referat 201, Bd. 120164.

143

**Gespräch des Bundesministers Genscher
mit dem britischen Außenminister Lord Carrington
und dem französischen Außenminister François-Poncet**

105-31.A/80

12. Mai 1980¹

Gespräch BM mit AM François-Poncet und AM Lord Carrington am 12. Mai 1980 um 17.00 Uhr, Bonn-Venusberg;

hier: Dolmetscheraufzeichnung

Lord *Carrington* berichtete über seinen USA-Besuch²: Henry Kissinger, sein erster Gesprächspartner, habe erklärt, er befürworte einen Wahlerfolg³ von Reagan, denn Reagan sei ein „leeres Gefäß“, werde aber Persönlichkeiten von Substanz um sich zu scharen wissen. Gouverneur Baker werde sein Vizepräsident, Shultz sein Finanzminister werden. Allerdings habe er (Kissinger) gewisse Zweifel, ob Reagan hinreichend Aussichten besitze. Zusätzlich sei zu bedenken, Frau Reagan habe eine sehr starke Position – stärker als ihr Mann und stärker als Mrs. Carter.

Cyrus Vance habe ihm als die vier Gründe seines Rücktritts⁴ genannt:

- 1) Selbst bei einem Erfolg der Geiselfreiungsaktion⁵ wären mindestens 15 der Geiseln dabei zu Tode gekommen.
- 2) Im Falle des Erfolges wären weitere Amerikaner in Iran als Geiseln genommen worden.
- 3) Weitere Länder der Region wären den USA entfremdet worden.
- 4) Iran wäre um ein weiteres Stück in die Arme der SU getrieben worden.

Vance sei über mögliche weitere Militärmaßnahmen (Verminung der Häfen, etc.) sehr besorgt gewesen. Er habe ihn nachdrücklich gedrängt, allen Gesprächspartnern in Washington von dieser Sorge zu sprechen.

Diese Zusage habe er (Carrington) gehalten. Er habe überall erklärt, zwar nicht ausdrücklich im Namen der europäischen Kollegen zu sprechen, aber er gehe stark davon aus, auch seine europäischen Kollegen seien der Auffassung, militärische Aktionen würden nicht die Freilassung bewirken, sondern nur die übrigen Staaten der Region dem Westen entfremden. Im Fall einer solchen Aktion könne US nicht mit Unterstützung Europas rechnen.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragender Legationsrätin Siebourg am 13. Mai 1980 gefertigt.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 22. Mai 1980 vorgelegen.

² Zum Aufenthalt des britischen Außenministers Lord Carrington vom 3. bis 7. Mai 1980 in den USA vgl. Dok. 141, Anm. 3.

³ Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

⁴ Zum Rücktritt des amerikanischen Außenministers Vance am 28. April 1980 vgl. Dok. 136, Anm. 10.

⁵ Zum Versuch einer militärischen Befreiung der in Iran festgehaltenen amerikanischen Botschaftsangehörigen am 24./25. April 1980 vgl. Dok. 138.

Das State Department scheine diese Auffassung zu teilen. Er könne nicht sagen, ob Brzezinski weiterhin zu harten Maßnahmen tendiere; er glaube eher, B. habe vorerst ein wenig davon Abstand genommen.

Als schwierig, möglicherweise erfolglos, habe er (Carrington) sein Bemühen empfunden, die Washingtoner Presse wie auch seine übrigen Gesprächspartner davon zu überzeugen, Afghanistan–Iran–arabisch/israelischer Konflikt seien auf das engste miteinander verbundene Probleme, deren Entwicklung und Auswirkungen sich gegenseitig direkt beeinflussten.

Auch Mondale habe ihn gedrängt, vor den Gefahren einer Militäraktion zu warnen. Für die Anwendung von Gewalt sei lediglich Brzezinski, der derzeit vor allem über die Haltung des Weißen Hauses besorgt sei.

Präsident Carter selbst habe ihm den Eindruck erweckt (den GB-Botschafter in Washington⁶ nicht teilte), den Gedanken an Gewalt – oder Militäraktion – zunächst in den Hintergrund gedrängt zu haben. Jedoch bestehe die Gefahr, daß Carter sich im Verlauf des Wahlkampfes aus innenpolitischen Gründen de facto zu solcher Handlungsweise gezwungen sehen könnte (so auch C. Vances Befürchtung).

AM Muskie habe ihm den Eindruck eines starken, bemerkenswerten Politikers gemacht, wenngleich vorerst nicht eben ein Experte in Außenpolitik. Jedenfalls habe Muskie ihm gegenüber, und dies vor zahllosen Mikrofonen, betont: Erste und zweite Priorität seines Amtes sei ihm, das „State Department wieder in die Regierung zu bringen“. Muskie sei niemand, der sich herumstoßen lasse. Zu den wichtigen Themen habe er feste Meinungen, die auf der Linie von Vance lägen.

Carter habe Muskie gewählt, zum einen, weil die Bestätigung durch den Kongreß a priori gewährleistet sein sollte⁷, zum anderen, weil er den linken Flügel seiner Partei beruhigen mußte.

BM bestätigte diesen Eindruck: Diese Beweggründe hätten Carter schon seit geraumer Zeit zu intensiverer Beziehungsaufnahme mit Muskie bewogen.

AM Carrington fuhr fort: US werde in Zukunft noch stärker pro-israelische Haltung einnehmen. Dem Vernehmen nach sei Mondale verantwortlich für den Umschwung nach der SR-Abstimmung⁸. Muskie sei seit je pro-israelisch. Carter wolle die Wahl gewinnen.

Zwar habe er die US-Spitzen weniger in Verwirrung und Verworrenheit angetroffen als erwartet. Besorgniserregend sei aber die verfehlte getrennte Sicht der Probleme Afghanistan–Iran–NO⁹.

Er habe die Administration nicht sehr europakritisch angetroffen. Der Senatsausschuß für auswärtige Beziehungen und die Presse dagegen hätten ankla-

⁶ Nicholas Henderson.

⁷ Am 7. Mai 1980 wurde der amerikanische Außenminister Muskie vom amerikanischen Senat in diesem Amt bestätigt.

⁸ Der VN-Sicherheitsrat stimmte am 30. April 1980 über den am 28. April 1980 von Tunesien eingebrachten Resolutionsentwurf S/13911 ab, in dem u. a. die Schaffung eines palästinensischen Staates gefordert wurde. Während sich Frankreich, Großbritannien, Norwegen und Portugal der Stimme enthielten, verhinderten die USA mit ihrem Veto die Annahme der von zehn Staaten gebilligten Resolution. Vgl. dazu UN YEARBOOK 1980, S. 380 f.

⁹ Naher Osten.

gend und insistent auf Europas mangelnde Unterstützung der USA hingewiesen. Auf seine Rückfrage, was Europa denn unterlassen habe, sei zwar keinerlei präzise Äußerung erfolgt. Beunruhigenderweise scheine die Kritik an Europa einem allgemeinen Gefühl zu entspringen. Auf diesem Hintergrund stehe zu befürchten, daß jedwedes Ergebnis der Begegnung am 17. Mai (Gymnich-type-meeting Neapel¹⁰) nicht gut beurteilt werden werde.

AM *François-Poncet*: Vielleicht könne man auch einmal gegenfragen, was US zur Unterstützung afghanischer Freiheitskämpfer tut.

Es sei angezeigt, Iran-Problem auf den ihm zukommenden zweiten Platz hinter Afghanistan zu setzen.

AM *Carrington*: GB habe Londoner Botschaftsbesetzung¹¹ schon zu diesem Ziel zu nutzen getrachtet, gleichzeitig Bani Sadr zu Gegenzug zu drängen versucht. Ergebnis sei bislang nicht erkennbar.

F: Er habe in Belgrad auch AM Ghotbzadeh nachdrücklich zu einer Bewegung gedrängt.¹² Leider hätten auch Iraner ihr Augenmerk bereits auf das Treffen am 17. Mai gerichtet.

BM und französischer AM neigten eher der Auffassung zu, die Verhängung von Sanktionen¹³ wäre ein Desaster (F) und die letzte verbliebene Kugel (BM). GB meinte, sie seien kaum einer Kugel oder einem Schuß vergleichbar.

F: Das von Iran propagierte Seminar der Nichtgebundenen¹⁴ werde nicht stattfinden. Mangels Vorbereitung hätten bislang nur Freunde der SU Einladung

¹⁰ Zum informellen Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 17./18. Mai 1980 in Neapel vgl. Dok. 149, Anm. 6.

¹¹ Am 30. April 1980 nahmen Angehörige einer sich als „Gruppe der Märtyrer“ bezeichnenden iranischen Oppositionsgruppe in der iranischen Botschaft in London rund 20 Botschaftsangehörige und drei dort befindliche britische Staatsangehörige als Geiseln. Sie verlangten die „Freilassung von 91 politischen Häftlingen in Iran: Angehörigen der arabischen Gemeinschaft in der südlichen, ölreichen Provinz Khuzistan. Der iranische Außenminister Ghotbzadeh lehnte es ab, auf die Forderung der Geiselnnehmer einzugehen.“ Vgl. den Artikel „Besetzung der Botschaft Irans in London“, NEUE ZÜRCHER ZEITUNG; Fernausgabe vom 3. Mai 1980, S. 1 f.

Nachdem am 5. Mai 1980 zwei Geiseln getötet worden waren und die Ermordung weiterer drohte, wurde die Botschaft von der britischen Sondereinheit „Special Air Service“ gestürmt und alle verbliebenen 19 Geiseln befreit. Von den fünf Geiselnnehmern starben vier, einer wurde gefangen genommen. Vgl. dazu den Artikel „Blutiges Ende des Londoner Geiseldramas“, NEUE ZÜRCHER ZEITUNG; Fernausgabe vom 7. Mai 1980, S. 1. Vgl. dazu ferner THATCHER, Downing Street Years, S. 89 f.

¹² Der französische Außenminister François-Poncet und der iranische Außenminister Ghotbzadeh nahmen am 8. Mai 1980 in Belgrad an den Trauerfeierlichkeiten für Staatspräsident Tito teil.

¹³ Zum Inkraftsetzen amerikanischer Sanktionen gegen Iran am 7. April 1980 vgl. Dok. 103, Anm. 2 und 13.

Zum Beschluß der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vom 22. April 1980 in Luxemburg vgl. Dok. 113, Anm. 20.

¹⁴ Ministerialdirektor Meyer-Landrut notierte am 7. Mai 1980, der iranische Geschäftsträger Navab-Motlagh habe Vortragenden Legationsrat I. Klasse Schlagintweit am Vortag mitgeteilt, „Präsident Bani Sadr werde zu einer internationalen Konferenz nach Teheran einladen, die ursprünglich vom 10. bis 12. Mai stattfinden sollte, jetzt aber auf 15. bis 17. Mai verschoben sei. Vorgesehene Teilnehmer: die islamischen Staaten, die Blockfreien, eine VN-Delegation, Vertreter des Europäischen Parlaments, von gesellschaftlichen Gruppen, von Befreiungsbewegungen. Er habe Weisung, die Bundesregierung um Unterstützung dieses Vorschlags zu bitten, z.B. dadurch, daß sie die Teilnahme Deutscher, die eventuell eingeladen würden, billige, bzw. nicht verhindere, falls bereits auf der Einladung als Thema ‚Die iranisch-amerikanische Krise‘ (und nicht die amerikanischen Vergehen in Iran) genannt würde.“ Navab habe angedeutet, ein ausgewogenes Schlußdokument solle dazu dienen, „dem neuen Parlament ohne Gesichtverlust eine positive Entscheidung in der Geiselfrage zu

angenommen, so daß Iraner selbst hiervon Abstand nehmen wollten. Zudem wäre es mitten in die Islamische Konferenz¹⁵ gefallen.

Es wurde kurz erörtert, das Gymnich-type-Treffen zu verschieben, um nicht Sanktionen beschließen zu müssen. Der Gedanke wurde verworfen, da kein vorgeschobener Grund glaubhaft sein werde.

GB: Auf seine Frage, ob Europa Beitrag zur Geiselfreieung leisten oder generell Solidaritätsbekundung abgeben solle, habe Mondale auf das erstere verwiesen. Dementsprechend solle man am 17. Mai verfahren.

Es wurde beschlossen, bezüglich der Natur der Sanktionen das Mindestmögliche zu tun, sich an die Ausarbeitung der juristischen Sachverständigen zu halten und im Kreis der neun AM keine Detaildiskussion zuzulassen. Den Visumzwang werde GB demnächst auch einführen; die Botschaftsbesetzung in London habe dies verzögert.

Nahost¹⁶

Es bestand Einigkeit, daß alle Anzeichen andeuten, jegliche SR-Resolution werde an US-Veto scheitern. Gleichzeitig könne man nicht untätig bleiben, da das Thema in VN ohnehin aufkomme und dies dann mehr Probleme schaffen werde, als US derzeit einsähen. Es sei daher vorzuziehen, sich auf anderen Wegen in Richtung einer Resolution vorzuarbeiten, nämlich durch Anknüpfung von Gesprächen und Verhandlungen mit allen betroffenen arabischen Staaten und Palästinensern.

Mögliche Wege: Entsendung einer gemeinsam benannten Persönlichkeit; Präsidentschaft¹⁷; eine Troika dreier aufeinander folgender Präsidentschaften. Ziel: Vorbereitung einer später auszuförmulierenden Resolution, wobei Mandat aber über Resolution hinausgehen solle, im Sinne des Beginns einer europäischen diplomatischen Aktion.

Afghanistan

AM *François-Poncet*: Präsident Chatti (Islamische Konferenz) habe einen Resolutionsentwurf im Sinne der Herstellung der Neutralität und des Ungebundenstatus Afghanistans vorbereitet. Dieser habe jedoch keine Chance gegenüber der Ablehnungsfront.

Fortsetzung Fußnote von Seite 748

ermöglichen, für die es nach dem jetzigen äußerst gespannten Stand der Dinge – Isolation, Druck von außen – nur geringe Aussichten gebe.“ Vgl. Referat 311, Bd. 137623.

Botschaftsrat I.Klasse Strenziok, Teheran, berichtete am 12. Mai 1980: „Schien es sich zunächst um den Gedanken einer einzigen überwiegend blockfreien Veranstaltung mit europäischen und VN-Beobachtern zu handeln, so zeigte sich im weiteren Verlauf, daß es zwei getrennte Konferenzen – eine gemischte und eine rein blockfreie – werden sollte. Erstere sollte vom 10. bis 12. Mai, letztere vom 15. bis 17. Mai stattfinden. Zeitdruck, Mangel an Resonanz und Fehlen jeglicher Vorbereitungen haben diese Vorhaben sehr bald als unreal erscheinen lassen. Selbst der kubanische AM Malmierca hat sich bei seinem Kurzbesuch in Teheran – er überbrachte mündliche Antwort auf ein Schreiben Bani Sadr an Castro – nur sehr unverbindlich zu einer außerordentlichen Iran-Konferenz der Blockfreien geäußert. Die ganze Idee scheint vorerst tot zu sein.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 476; Referat 311, Bd. 137623.

¹⁵ Die Konferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz fand vom 17. bis 22. Mai 1980 in Islamabad statt. Vgl. dazu Dok. 148, Anm. 7.

¹⁶ Zu Überlegungen für eine Nahost-Initiative der Europäischen Gemeinschaften im Rahmen der EPZ vgl. Dok. 141, Anm. 5.

¹⁷ Italien hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1980 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

Übereinstimmende Auffassung: Interessant sei der offensichtlich vor dem Hintergrund von Afghanistan erfolgte Meinungswandel Frau Gandhis. Gegenüber PM Thatcher habe sie in Belgrad ihre große Zurückhaltung nicht nur in Richtung USA, sondern stärker noch in Richtung SU erkennen lassen; offensichtlich strebe sie Annäherung an China und Pakistan an.¹⁸ Entgegen ihren Äußerungen noch in Wahlplattform vor indischen Wahlen¹⁹ habe sie bislang die neue vietnamesisch-kambodschanische Regierung nicht anerkannt.²⁰ Giscard habe sie anlässlich seines Besuchs²¹ auch davor gewarnt, wozu sie seinerzeit jedoch noch keine feste Zusage gemacht habe.

Es sei geboten, über die islamische Bewegung und Konferenz Pakistan und Afghanistan zu stützen.

Im Gespräch mit AM Agha Shahi habe F. französische Tendenz deutlich gemacht, bei einer erneuten Verurteilung der SU-Intervention weitere Unterstützung angedeihen zu lassen.²² Hierbei sei – auch im Bewußtsein der engen Verflochtenheit dieses Problems mit der Nahost-Situation – zweierlei wichtig: Waffenlieferungen für die afghanische Widerstandsbewegung; Stützung der islamischen Front. Dies werde auch mit AM Muskie aufzugreifen sein.

Zusammensetzung von Konsultationsrunden

Es bestand übereinstimmende Überzeugung, Italien nicht zu Vierer-Gesprächen zuzulassen²³; man werde sich hierzu jedenfalls gegen USA und auch trotz italienischen Drucks durchsetzen und an der Formel „Meinungsaustausch über Berlin-Fragen“ festhalten.

AM *Carrington*: Er habe in USA dargelegt, Europa beklage nicht Mangel an Konsultationen, sondern vielmehr zu vielerlei Konsultationen auf zu vielen Ebenen, die stets ohne follow-up verliefen. Das angemessene Gremium für Konsultationen seien die Vier.

Für den Wirtschaftsgipfel²⁴ sei (so F. bereits gegenüber Mondale²⁵) jedenfalls mindestens der Schwerpunkt auf wirtschaftliche Fragen zu legen und politische Thematik am Rande zu halten. Anderenfalls seien Grundformel der Begegnung und Teilnehmer falsch gewählt.

¹⁸ Premierministerin Thatcher und Ministerpräsidentin Gandhi führten anlässlich der Trauerfeierlichkeiten am 8. Mai 1980 für Staatspräsident Tito in Belgrad ein Gespräch.

¹⁹ Bei den Wahlen zum indischen Parlament am 3. und 6. Januar 1980 gewann die Kongreß-I-Partei mehr als zwei Drittel der Parlamentssitze. Am 10. Januar 1980 wurde die Parteivorsitzende Gandhi zur neuen Ministerpräsidentin ernannt.

²⁰ Der indische Außenminister Rao gab am 7. Juli 1980 bekannt, daß Indien die kambodschanische Regierung unter Ministerpräsident Heng Samrin anerkennen und diplomatische Beziehungen aufnehmen werde. Vgl. dazu ADG 1980, S. 23693.

²¹ Staatspräsident Giscard d'Estaing hielt sich vom 25. bis 29. Januar 1980 in Indien auf.

²² Der französische Außenminister François-Poncet führte am 14. März 1980 in Paris ein Gespräch mit dem pakistanischen Außenminister Agha Shahi.

²³ Zu Überlegungen über eine Erweiterung der Vierer-Runde um Italien vgl. Dok. 141, Anm. 8.

²⁴ Zum Weltwirtschaftsgipfel am 22./23. Juni 1980 in Venedig vgl. Dok. 184 und Dok. 185.

²⁵ Der amerikanische Vizepräsident Mondale und der französische Außenminister François-Poncet nahmen am 8. Mai 1980 in Belgrad an den Trauerfeierlichkeiten für Staatspräsident Tito teil.

Themen für Vierer-Begegnung Wien²⁶

- Ost-West-Beziehungen, einschließlich Ergebnisse Warschauer-Pakt-Treffens²⁷,
- gemeinsames Vorgehen der Europäer mit US,
- Madrid²⁸,
- Afghanistan – Iran – Nahost.

F. ergänzte als Details: Man müsse bei dieser Gelegenheit auch anfragen, was in Afghanistan geschehe, warum dort nicht mehr zur Unterstützung getan werde; Stand der Pakistan-Hilfe, um die es plötzlich still geworden sei. Ferner US-Positionen in Afrika und am Golf. In Somalia verzeichne US nicht eben großen Erfolg, zumal zu Siad Barres Indignation diesem lediglich 40 Mio. Dollar angeboten wurden. Recht positive Entwicklung der US-Bemühungen lasse sich dagegen in Oman und Mombasa konstatieren.²⁹ Insgesamt müsse aber mit Verblüffung festgestellt werden, wie wenig Mittel US für ihre Maßnahmen einsetzen.

F.: Nebenbei bemerkt: Er sei im Besitz einer heute geradezu historischen Aufzeichnung von einem Delegationsgespräch mit seinerzeitigem AM Vance, wonach dieser – und zwar in einer nicht als persönlich qualifizierten Bemerkung – erklärte, man müsse in absehbarer Zeit mit einer Invasion der SU in Afghanistan rechnen. Dagegen sei nichts zu machen; man werde dies dann als „minor affair“ behandeln müssen.³⁰ Den offensichtlichen Wandel der Sicht- und Ver-

²⁶ Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Lord Carrington, dem französischen Außenminister François-Poncet und dem amerikanischen Außenminister Muskie am 16. Mai 1980 in Wien vgl. Dok. 148.

²⁷ Die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts fand am 14./15. Mai 1980 in Warschau statt. Vgl. dazu Dok. 150, besonders Anm. 5.

²⁸ Die KSZE-Folgekonferenz wurde am 11. November 1980 in Madrid eröffnet. Vgl. dazu Dok. 319 und Dok. 322.

²⁹ Zu den Verhandlungen über die Errichtung amerikanischer Militärbasen in Kenia, Oman, Saudi-Arabien und Somalia vgl. Dok. 52.

Brigadegeneral von Ondarza, Washington, teilte am 9. April 1980 mit, „daß Oman kürzlich die Landeerlaubnis für C-141 erteilt habe, um zweimal wöchentlich Versorgungsflüge für die in der Arabischen See operierenden Kräfte der US-Navy durchzuführen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1502; Referat 201, Bd. 120164.

Ministerialdirigent Haas informierte Bundesminister Genscher, z. Z. Ankara, am 24. Juni 1980 über die amerikanische Stützpunktpolitik im Indischen Ozean: „Abkommen über Nutzungsrechte mit Oman und Kenia sind, soweit wir wissen, unter Dach und Fach, mit Somalia (jedenfalls was die Nutzung von Berbera angeht) jedoch noch nicht.“ Die USA hätten am 12. Juni 1980 in Washington mitgeteilt: „Die Vereinbarungen mit Mogadischu über Berbera seien noch nicht unterzeichnet, weil Nutzungsrechte mit Waffenlieferungen honoriert werden müßten. Man wisse genau, daß Aggressor nicht in Addis sitze, sondern in Mogadischu. Washington könne keinesfalls diejenigen Waffen an Mogadischu liefern, die Siad Barre haben wolle.“ Da man die Gefahr sehe, „in einen grundsätzlichen Konflikt mit der Dritten Welt hineingezogen zu werden“, sei das amerikanische Außenministerium „aus politischen Gründen gegen Nutzungsrechte in Berbera. Man sei der Auffassung, daß die Nutzungsrechte in Mombasa genügen. Die Militärs hingegen bestünden nach ihrem Redundancy-Prinzip auf Nutzungsrechten in mehreren Ländern.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 211; Referat 320, Bd. 125210.

³⁰ Jean François-Poncet berichtete rückblickend: „En effet, trois mois plus tôt, lors de la réunion quadripartite (Etats-Unis, Grande-Bretagne, Allemagne, France) qui s'était, selon la coutume, tenue en marge de l'Assemblée générale des Nations unies et avait donné lieu à un tour d'horizon général, le secrétaire d'Etat américain, Cyrus Vance, avait abordé la situation en Afghanistan et déclaré en substance que, si des troubles se produisaient en Afghanistan, l'URSS pouvait être tentée d'intervenir militairement. Pas question, toutefois, de s'en émouvoir, car il suffirait alors de laisser les Soviétiques s'enliser en Afghanistan.“ Vgl. FRANÇOIS-PONCET, 37, Quai d'Orsay, S. 168.

haltensweise der USA nach nun de facto erfolgter Invasion müsse man vermutlich auf die Iran-Ereignisse zurückführen sowie auf die besonders plumpe und grobschlächtige Art des sowjetischen Vorgehens.

BM legte dann seine Vorstellung über sein Gespräch mit AM Gromyko in Wien³¹ dar (deutsche Ausführung konnte nicht notiert werden, da sie ins Englische flüsternd gedolmetscht wurde).

Es bestand Einigkeit, daß Begegnungen mit Gromyko begrüßenswert seien, um Kontakte zu wahren.

Olympische Spiele

BM wies auf Interdependenz der Entscheidungen des französischen und des deutschen NOK hin. StM Frau Hamm-Brücher habe französischen Kollegen bereits um Verlegung französischer Sitzung gebeten, da nach heutiger Sachlage deutsche Entscheidung am 15. Mai³² nicht von der französischen möglicherweise negativ beeinflusst werden solle.

Französischer AM wußte Haltung französischen NOKs nicht genau abzusehen, wiederholte französische Regierungslinie.³³ Er meinte, da trotz bekannter Auffassung der Bundesregierung zu Olympischen Spielen³⁴ BK nach Moskau eingeladen wurde³⁵, SU nicht sehr beunruhigt sein könne.

AM Carrington entgegnete, Treffen Breschnews mit Lord Killanin zeuge sehr wohl von Beunruhigung.³⁶

BM bekräftigte: Sowohl Honecker³⁷ wie Gierek³⁸ hätten gegenüber BK in Belgrad betont, Bundesregierung solle NOK ohne Einflußnahme entscheiden las-

³¹ Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 16. Mai 1980 in Wien vgl. Dok. 151.

³² Zur Entscheidung des NOK vom 15. Mai 1980 in Düsseldorf vgl. Dok. 148, Anm. 45.

³³ Zur Haltung der französischen Regierung bezüglich eines Boykotts der Olympischen Sommerspiele in Moskau vgl. Dok. 96 und Dok. 109, Anm. 18.

Botschafter Herbst, Paris, berichtete am 9. Mai 1980, der französische Sportminister Soisson sei bemüht, die Entscheidung des französischen NOK hinauszuschieben, „weil man sich des Tenors dieser Entscheidung nicht sicher glaubt“. Soisson habe bestätigt, daß „das deutsche und französische Nationale Olympische Komitee in ständigem Kontakt miteinander sind, offenbar in dem Bestreben, durch gegenseitige Ermutigung und Abstimmung doch noch zu einer Entscheidung im Sinne einer Teilnahme an den Moskauer Spielen zu gelangen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1095; VS-Bd. 11092 (202); B 150, Aktenkopien 1980.

Am 13. Mai 1980 votierte das Nationale Olympische Komitee Frankreichs mit 22 Stimmen bei einer Enthaltung für die Teilnahme französischer Sportler an den Olympischen Sommerspielen in Moskau. Vgl. dazu den Artikel „Frankreichs NOK für Beteiligung in Moskau“; NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe vom 15./16. Mai 1980, S. 35.

³⁴ Zur Empfehlung der Bundesregierung an das NOK vom 23. April 1980 vgl. Dok. 122, Anm. 3.

³⁵ Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow am 31. März 1980 in Hamburg; Dok. 97.

³⁶ Der Vorsitzende des Internationalen Olympischen Komitees, Lord Killanin, führte am 6. Mai 1980 in Moskau ein Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew. Vgl. dazu den Artikel „Außenpolitische Geschäftigkeit im Kreml“; NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe vom 9. Mai 1980, S. 1.

³⁷ Bundeskanzler Schmidt führte am 8. Mai 1980 in Belgrad am Rande der Trauerfeierlichkeiten für Staatspräsident Tito ein Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker. Vgl. BONN UND OST-BERLIN, S. 516–534.

³⁸ Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Ersten Sekretär des ZK der PVAP, Gierek, am 8. Mai 1980 in Belgrad vgl. Dok. 140, Anm. 29.

sen. Nach einem Gespräch mit Breschnew habe Honecker zusätzlich NOK-Mitglied Ewald in die Bundesrepublik entsandt.³⁹

DPC-Sitzung Brüssel⁴⁰

BM äußerte seine Besorgnis über Resultat. Von parallel stattfindendem Warschauer-Pakt-Treffen seien gewiß konkrete Abrüstungsvorschläge zu erwarten, die ihre Wirkung auf die Öffentlichkeit nicht verfehlen würden.

Seines Erachtens sei es daher dringend, auch seitens des Westens klare Vorschläge als Ergebnis der Begegnung öffentlich vorzulegen. Diese sollten eine Wiederholung der Äußerungen zu Abrüstung, TNF-Modernisierung, CBM, Europäische Abrüstungskonferenz⁴¹, MBFR, Aufforderung an SU sein.⁴²

Lord Carrington warnte vor Wiederholung der Äußerungen des BK⁴³, die „kalte Schauer“ über Rücken der NATO-Mitglieder gejagt hätten.

BM betonte, er denke an Wiederholung der Dezember-Beschlüsse⁴⁴ und bereits gemeinsam gemachter Äußerungen zu den anderen Punkten.

Namibia

GB: Südafrika befinde sich zur Zeit in der Lage einer Boa constrictor, die soeben einen Ziegenbock – nämlich Mugabe – verschlungen habe. Die Verdauungsbeschwerden würden wohl mindestens noch einen Monat spürbar sein. Wenn man Südafrika jetzt zu hart bedränge, bestehe Gefahr der falschen Reaktion. Im sich ergebenden generellen Desaster würde der Westen entweder Sanktionen ergreifen müssen – und Sanktionen seien ohnehin immer ergebnislos, unmoralisch und dumm, egal, ob gegen Iran, gegen Israel oder gegen Südafrika gerichtet; in diesem Fall seien sie in besonderem Maße eine Katastro-

³⁹ Zu den Bemühungen der DDR, die Bundesrepublik von einem Boykott der Olympischen Sommerspiele in Moskau abzuhalten, vgl. Dok. 152.

⁴⁰ Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 13./14. Mai 1980 in Brüssel, an der am 14. Mai auch die Außenminister teilnahmen, vgl. Dok. 145.

⁴¹ Zum französischen Vorschlag einer Konferenz für Abrüstung in Europa vgl. Dok. 100.

Zum Vorschlag des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, Gierek, vom 11. Februar 1980 für eine Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 55, Anm. 39.

⁴² Vortragender Legationsrat Edler von Braunmühl vermerkte am 13. Mai 1980 für Staatssekretär van Well, Bundesminister Genscher habe den Entwurf für das Kommuniqué der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO vom 13./14. Mai 1980 in Brüssel kritisiert: „Er geht davon aus, daß der WP-Gipfel eine großangelegte Abrüstungsinitiative verkündet, die unsere Öffentlichkeit irreführen könnte, wenn nicht die Allianzvorschlge und das bisher negative Echo des Ostens darauf noch einmal sehr deutlich herausgestellt werden.“ Genscher wünsche daher Nachbesserungen, insbesondere durch einen Verweis auf die bisherigen Rüstungskontrollvorschläge der NATO. Vgl. VS-Bd. 14088 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Wallau vermerkte am selben Tag für Genscher, die Direktorenrunde des Auswärtigen Amts habe dessen Änderungswünsche am Kommuniqué diskutiert und sei zum Schluß gekommen, „daß das DPC eine militärische, keine außenpolitische Angelegenheit sei. Die Teilnahme der Außenminister, ohnehin atypisch, sei dieses Mal nur unter dem Gesichtspunkt der Solidarität mit den USA, die die Hinzuziehung der Außenminister wünschten, erfolgt. Die Aufnahme dieser weitergehenden politischen Elemente in das DPC-Kommuniqué würde die eigentliche politische Aussage des NATO-AM-Treffens in Ankara vorwegnehmen, gleichzeitig aber auch gefährden, da die jetzt in Brüssel nicht teilnehmenden Franzosen einen Widerspruch einlegen würden. StS möchte vor allem vermeiden, daß Sie sich – wenn Sie diese Gedanken einführen – einen Refus holen. Das Ergebnis wäre dann nicht die gewünschte Demonstration atlantischer Einheit.“ Vgl. VS-Bd. 14088 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

⁴³ Zu den Äußerungen des Bundeskanzlers Schmidt am 11. April 1980 in Hamburg bzw. am 12. April 1980 in Essen vgl. Dok. 111.

⁴⁴ Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 10.

phe; oder aber man werde Schwierigkeiten mit den Schwarzafrikanern bekommen. Daher sei zu vermeiden, sich vor diese Alternative stellen zu lassen. Es sei vielmehr geraten, den Gang der Dinge zunächst abzuwarten.

EG-Fragen

AM *Carrington*: Die Lage sei festgefahren, und die AM müßten am kommenden Samstag, 17. Mai, eine Lösung finden, um sie dem ER in Venedig⁴⁵ vorlegen zu können.

F: Da Italien bedauerlicherweise die Sitzung der Wirtschafts- und Finanzminister abgesagt habe, sehe er sich außerstande, ohne Entscheidung seines Finanzministers⁴⁶ am 17.5. Äußerungen zu machen.

GB: Luxemburger Ergebnisse⁴⁷ seien Desaster auf der ganzen Linie. Die Lektion sei: Man könne nicht zu achtzehnt an einem Tisch nonstop verhandeln, ohne daß Chefs Überlegungs- und Beratungszeit hätten. Cossiga habe den Fehler begangen, nicht zu unterbrechen. Einzig vernünftiger Weg in Zukunft: Minister (gleichgültig welcher Ressorts) legen Chefs ausgearbeiteten Vorschlag auf den Verhandlungstisch. Erweise sich dieser als nicht einigungsfähig, so müßten Beamte in Parallelsitzung möglichen Fortschritt erarbeiten.

BM betonte, daß BK bereits gegenüber PM Thatcher erklärt habe, nie so weit gegangen zu sein wie in Luxemburg.⁴⁸

AM *Carrington*: GB sei sich bewußt, daß F und D über bisherige Vorschläge nicht hinausgehen könnten; GB dagegen erachte dies als nicht ausreichend. Man befinde sich somit quasi auf zwei parallelen, sich nicht treffenden Linien.

BM: Man dürfe sich keinen Illusionen darüber hingeben, daß nun – nach Verabschiedung deutschen Nachtragshaushalts⁴⁹ – keine weiteren Möglichkeiten offenstünden. Ohnehin sei es undenkbar, in solchen Fragen über drei Jahre im voraus Entscheidungen zu treffen.

GB: Als besonders schlimm erachte er, daß von britischer Presse und Parlament Luxemburger Ergebnis als Triumph gefeiert wurde. Bedauerlicherweise seien die leicht entfachbaren gegenseitigen Antipathien zwischen GB und F bereits geweckt. Man müsse eine Lösung finden; wie allerdings sehe auch er nicht.

Schafffleisch⁵⁰:

AM *Carrington* wiederholte britischen Standpunkt (erforderlichen Strukturwandel, anderenfalls Anreiz zu Produktion eines „Schafffleischberges“ und nachhaltige Schädigung des neuseeländischen Marktes). F. erklärte: Es gebe nur zwei

⁴⁵ Zur Tagung des Europäischen Rats am 12./13. Juni 1980 in Venedig vgl. Dok. 177 und Dok. 178.

⁴⁶ Maurice Papon.

⁴⁷ Zur Tagung des Europäischen Rats am 27./28. April 1980 in Luxemburg vgl. Dok. 134.

⁴⁸ Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Premierministerin Thatcher am 7. Mai 1980 in Belgrad vgl. Dok. 141.

⁴⁹ Am 30. April 1980 verabschiedete das Bundeskabinett einen Nachtragshaushalt. Dazu hieß es in der Presse: „Der Nachtragshaushalt 1980 sieht in der Fassung des Kabinettsbeschlusses zusätzliche Ausgaben von 1,8 Milliarden Mark vor, die durch Kürzungen im ordentlichen Haushalt gedeckt werden. Wesentliche Ausgabeposten sind die Türkeihilfe, ein Munitions- und Betriebsstoffnachschlag für die Verteidigung sowie höhere Gehälter im öffentlichen Dienst.“ Vgl. den Artikel „Kabinett billigt Nachtragshaushalt“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 2. Mai 1980, S. 2.

⁵⁰ Zu den Verhandlungen über eine EG-Markordnung für Schafffleisch vgl. Dok. 60, Anm. 21.

Möglichkeiten, nämlich den Gemeinschaftsweg wie bei allen übrigen Waren, oder Aufrechterhaltung getrennter nationaler Märkte für Schafffleisch. Er kenne das Problem jedoch nicht hinreichend.

GB: Das Problem sei lösbar, jedoch jedenfalls nicht nach dem vorliegenden Kommissionsvorschlag.⁵¹

Abschließend einigte man sich, dieses Treffen, wie alle zukünftigen seiner Art, geheim zu halten. Falls sie dennoch bekannt würden, würde man erklären, gemeinsam interessierende Fragen erörtert zu haben. Das kommende solle in London bzw. in Dorneywood abgehalten werden.⁵²

Referat 010, Bd. 178799

144

Botschafter Dunker, Luanda, an das Auswärtige Amt

114-3279/80 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 68
Citissime

Aufgabe: 13. Mai 1980, 12.21 Uhr¹
Ankunft: 13. Mai 1980, 18.36 Uhr

Betr.: Namibia-Initiative der Fünf²;
 hier: Botschaft des Präsidenten³ und Gespräch mit Alexandre (Kito)
 Rodrigues, Vize-Innenminister

Bezug: DE Nr. 2605 vom 9.5.80 (Plurez) – 320-321.00⁴
 DB New York UNO Nr. 1118 vom 30.4.80 – Pol 381.42/5⁵

⁵¹ Zum Vorschlag der EG-Kommission in der EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister am 26. und 28. April 1980 in Luxemburg vgl. Dok. 134, Anm. 7.

⁵² Bundesminister Genscher führte am 12. Februar 1981 in Bonn mit dem britischen Außenminister Lord Carrington und dem französischen Außenminister François-Poncet ein weiteres Gespräch sowie am 5. Juli 1981 in Chevening mit Carrington und dem französischen Außenminister Cheysson. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Edler von Braumnühl vom 13. Februar 1981 bzw. das Gespräch vom 5. Juli 1981; AAPD 1981.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat Ueberschaer am 14. Mai 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Petri verfügte.
 Hat Petri am 14. Mai 1980 vorgelegen.

² Am 10. April 1978 unterbreiteten fünf Mitglieder des VN-Sicherheitsrats, die Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Kanada und die USA, einen Vorschlag für eine Lösung der Namibia-Frage. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 574–578. Vgl. dazu ferner AAPD 1978, I, Dok. 115.
 Zum Stand der Namibia-Gespräche vgl. Dok. 117, Anm. 6.

³ Botschafter Limbourg, Brüssel, berichtete am 28. April 1980, die angolansiche Botschaft habe telegrafisch mitgeteilt, „daß Botschafter Fernando José de Franca Dias Van Dunem dem Herrn Bundeskanzler eine Botschaft des Präsidenten der Volksrepublik Angola zur Lage im südlichen Afrika übermitteln solle“. Sie habe „um Unterstützung bei der Vermittlung eines Termins mit dem Herrn Bundeskanzler gebeten. Über den Inhalt der Botschaft ist hier nichts bekannt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 158; Referat 320, Bd. 125163.

⁴ Vortragender Legationsrat I. Klasse Kremer unterrichtete die Botschaft in Brüssel, der angolansiche Botschafter in Brüssel, Van Dunem, solle von Staatssekretär van Well am 19. Mai 1980 „zur Über-

1) Britischer Botschafter Byatt mitteilte, seine Regierung erwarte Anfang nächster Woche persönliche Botschaft angolanischen Präsidenten über Südafrika- und Namibia-Frage, überbracht von Botschafter in Brüssel, Van Dunem. Er vermute, ähnliche Botschaft werde auch nach Bonn und eventuell Paris übermittelt. Tatsache, daß nicht drei westliche Botschafter Luanda⁶ eingeschaltet werden, bewiese strikte Vertraulichkeit der Botschaft vor allem gegenüber den angolanischen Behörden selbst und größtes persönliches Interesse und Engagement des Santos in dieser Angelegenheit. Byatt bat ausdrücklich um Quellenschutz und strikte vertrauliche Behandlung seiner Mitteilung.

2) Alexandre (Kito) Rodrigues, Vize-Innenminister, Chef der Sicherheits- und Geheimpolizei, Mitglied Politbüros, Namibia-Experte, der kürzlich mit Innenminister Payama in Moskau weilte (vgl. DB Nr. 65⁷ vom 29.4.80 – AZ.: Pol 381.42/5⁸), bat mich am 12. Mai zu sich. Er teilte zunächst mit, P. Botha werde noch am Abend RSA-Antwort an Waldheim bekanntgeben⁹, trotzdem wolle er bereits jetzt klare und im Grunde unveränderte Haltung Angolas zu Namibia mitteilen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 755

gabe angekündigter Botschaft im Auswärtigen Amt empfangen werden“. Die Botschaft wurde um die Bestätigung der Besuchsdaten gebeten. Vgl. Referat 320, Bd. 125163.

⁵ Botschafter Freiherr von Wechmar, New York (VN), berichtete, die New Yorker Namibia-Kontaktgruppe halte „das von Angola bekundete Interesse für wichtigen Auftakt zu stärkerer Beteiligung Luandas an Fünfer-Initiative, auf den positiv reagiert werden sollte. Jedoch besteht bei den anderen vier zunächst noch Zurückhaltung, schon vor der südafrikanischen Antwort auf Waldheim-Bericht mit Angola über möglichen Inhalt der Antwort zu spekulieren oder westliche Contingency-Überlegungen zu erörtern. U. a. spielt notorische nachrichtendienstliche Durchdringung Angolas durch Südafrika hierbei eine Rolle. Die Fünf müssen mindestens bis zu s[üd]a[frikanischer] Antwort daran festhalten, daß sie auf jetzt aktuellem Vorschlag für 435-Ausführung (plus D[e]M[ilitarisierter]Z[one]) durch Südafrika bestehen.“ Vgl. Referat 320, Bd. 125276.

⁶ Hugh Byatt (Großbritannien), Hans-Joachim Dunker (Bundesrepublik) und Jacques Posier (Frankreich).

⁷ Korrigiert aus: „TZ“.

⁸ Botschafter Dunker, Luanda, berichtete: „Wichtigster Inhalt heutigen Gesprächs ‚DS Luanda-Drei‘: Abwägen zunehmenden Interesses SU an Einflußnahme auf Namibia-Situation durch SWAPO und Angola, nachdem Simbabwe-Regelung nicht voll SU-Erwartungen entsprach.“ Auch die Reise des angolanischen Innenministers Payama und des stellvertretenden angolanischen Ministers für innere Sicherheit und Polizei, Rodrigues, in die UdSSR dürfte der Darlegung des „angolanischen Standpunkts zu D[e]M[ilitarisierter]Z[one] und Namibia-Lösung gemäß VN-Plan“ dienen. Dem französischen Botschafter in Luanda, Posier, zufolge sei die „Einschaltung Angolas bei Vermittlung Direktgespräche SWAPO – südafrikanische Regierung“ möglich: „Entscheidung über entsprechende Initiative aufgeschoben bis nach der in nächster Woche erwarteten Antwort Regierung S[üd]A[frikas] an VN zu DMZ und Namibia.“ Vgl. Referat 320, Bd. 125276.

⁹ Botschafter Freiherr von Wechmar, New York (VN), übermittelte am 12. Mai 1980 den Wortlaut des Schreibens des südafrikanischen Außenministers Botha an VN-Generalsekretär Waldheim, der am 12. Mai 1980 vom südafrikanischen VN-Botschafter Eksteen an den stellvertretenden VN-Generalsekretär Urquhart übergeben worden sei. Dazu berichtete Wechmar, in der New Yorker Namibia-Kontaktgruppe bestehe Einigkeit, „daß die Stellungnahme (erwartungsgemäß) unbefriedigend ist, wobei Briten und Franzosen milder urteilen als die anderen drei. Stellungnahme führte kaum über das nach Genfer November-Konferenz vorliegende Ergebnis hinaus und kann schwerlich als positive Grundsatzentscheidung zur Ausführung von SR 435 gewertet werden. Positive Interpretation der Stellungnahme wird zusätzlich erschwert durch von AM Botha gegenüber den Fünf als vertraulich qualifizierten Vorschlag einer ‚Allparteienkonferenz‘, verbunden mit seiner in dieser Form neuartigen Feststellung, S[üd]A[frika] könne es nicht akzeptieren, die politische Verantwortung für Namibia anstelle der internen Parteien zu übernehmen. Kontaktgruppe sieht auf den ersten Blick dennoch keine andere Möglichkeit, als VN-Sekretariat zunächst positive Interpretation nahezulegen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1213; Referat 320, Bd. 125277.

Trotz meinem Einwand, man solle doch dieses Gespräch bis nach Bekanntwerden Botha-Erklärung verschieben, führte er aus: Angola sei an Implementierung UN SR 435¹⁰ mit oder ohne DMZ¹¹ mehr denn je interessiert. Die Worte „mit oder ohne“ wiederholte er mehrmals. DMZ sei zwar von Angola angeregt worden, sei aber nur als ergänzende Möglichkeit zu SR 435 zu verstehen. Angola werde im Falle Waffenstillstands und Errichtung DMZ übernommene Verpflichtungen auf das strikteste einhalten und 50 km Streifen in nördlicher DMZ konsequent von Kampfeinheiten freihalten. UNO-Kontrolle SWAPO-Basen auf angolanischem Territorium sei in jedem Falle unnötig, Angola als souveräner Staat könne und werde mit eigenen FAPLA¹²-Streitkräften auch SWAPO-Lager strikt gemäß Bestimmung UN SR 435 kontrollieren und Angehörigen geplanten UN-Verbindungsbüros Luanda zwecks Ausräumen südafrikanischen Mißtrauens Gelegenheit geben, sich bei Bedarf persönlich zu informieren. Die Fünf¹³ sollten alles versuchen, RSA hiervon zu überzeugen.

In Namibia hingegen sei UN-Anwesenheit nach Waffenstillstand unumgänglich. RSA versuche erneut, Windhuk-Marionetten- („Fantoche“) Regime ins Spiel zu bringen und damit UN-Plan weiter zu verzögern. RSA feilsche auch um Anzahl eigener Militärbasen in südlicher DMZ und wolle in Angola unbedingt Savimbi UNITA mit eingeschaltet wissen. ...¹⁴ Implikationen auszuräumen, ginge es zur Not auch ohne DMZ, dann würden UNTAG-Kräfte südlich und angolansische FAPLA-Streitkräfte nördlich der Grenze Namibia–Angola Kontrollen ausüben.

Besondere Rolle bei weiteren Initiativen der Fünf käme aus angolansicher Sicht Bundesrepublik zu. Sie müsse alles tun, um große Zahl Namibia-Deutsche nicht weiter in RSA-Fahrwasser abgleiten zu lassen und eigenes Prestige einsetzen, um Vertrauen unter Deutschen in faire Behandlung durch zukünftige schwarze Mehrheitsregierung zu stärken. Er, Kito, habe niemals als Tatsache genau gewußt, inwieweit militärische und nukleare Zusammenarbeit Bundesrepublik–RSA bestand und bestünde.¹⁵ Als einzige Tatsache wisse er nur, daß RSA Atombombe besitze.

Unter Schilderung augenblicklichen Leidens angolansicher (und sambischer) Zivilbevölkerung durch ständige südafrikanische Luftangriffe deutete er Angolas Haltung im Falle völligen Scheiterns UN-Planes an: In diesem Falle würden wir bisher nicht begonnene und veröffentlichte Hilfsaktion besonderer Art für SWAPO anlaufen lassen.

3) Wertung: Kito Rodrigues hat Gespräch speziell mit deutschem Vertreter sicher mit Wissen Präsident dos Santos geführt, um unabhängig von zu erwar-

¹⁰ Mit Resolution Nr. 435 beschloß der VN-Sicherheitsrat am 29. September 1978 die Einrichtung einer United Nations Transition Assistance Group (UNTAG) für einen Zeitraum von bis zu zwölf Monaten, die der Gewährleistung der baldigen Unabhängigkeit Namibias durch freie Wahlen unter der Aufsicht und Kontrolle der VN dienen sollte. Für den Wortlaut vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. XI, S. 21. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 597 f.

¹¹ Demilitarisierte Zone.

¹² Forças Armadas Populares de Libertação de Angola.

¹³ Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Kanada und die USA.

¹⁴ Verstümmelte Übermittlung des Drahtberichts.

¹⁵ Zu den Vorwürfen einer angeblichen politischen und militärischen Zusammenarbeit mit Südafrika vgl. AAPD 1977, I, Dok. 176, AAPD 1977, II, Dok. 269, und AAPD 1978, I, Dok. 140.

tender RSA-Verzögerungstaktik die Entschlossenheit Angolas am Festhalten an SR 435 und friedlicher Lösung Problems zu bekunden.

Angola scheint sich auch in Moskau mit vorläufigem Festhalten an UN-Friedensplan durchgesetzt zu haben, würde aber auf Dauer bei weiterer Obstruktion durch RSA zwangsläufig Moskaus SWAPO-Planung mit implementieren müssen.¹⁶

[gez.] Dunker

VS-Bd. 11163 (320)

145

Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-3337/80 VS-vertraulich

Aufgabe: 14. Mai 1980, 23.59 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 761

Ankunft: 15. Mai 1980, 01.20 Uhr

Citissime

Betr.: Bericht über die Sitzung des Verteidigungsplanungsausschusses (DPC) am 14. Mai 1980 unter Teilnahme der Außenminister²

I. Zusammenfassung

1) An der heutigen Sitzung des Verteidigungsplanungsausschusses nahmen alle Außen- und Verteidigungsminister der Dreizehn mit Ausnahme des portugiesi-

¹⁶ Botschaftsrat I. Klasse Elles, Brüssel, berichtete am 21. Mai 1980, nachdem die angolische Botschaft in Brüssel „noch mit Note vom 14.5. gebeten hatte, den Termin zur Übermittlung der Botschaft des angolischen Staatspräsidenten an Herrn Bundeskanzler zurückzustellen, teilt sie nunmehr mit Note vom 16. Mai 1980 mit, daß eine neue Botschaft eingegangen sei und das Botschafter Dias Van Dunem um die ursprünglich erbetene Audienz bei Herrn Bundeskanzler bitte“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 192; Referat 320, Bd. 125163.

Ministerialdirektor Meyer-Landrut vermerkte am 9. Juni 1980, Staatssekretär van Well werde am folgenden Tag Van Dunem empfangen. Dieser habe bereits am 27. Mai 1980 Premierministerin Thatcher eine Botschaft von Präsident dos Santos überreicht, in der über die Lage im südlichen Afrika unterrichtet und Südafrika beschuldigt worden sei, insbesondere mittels Unterstützung der UNITA den Aufbau Angolas zu zerstören. Gegenüber dem britischen Außenminister Lord Carrington habe Van Dunem die Bereitschaft seines Landes betont, „Kontakte zum Westen zu intensivieren. Dies werde aber durch südafrikanische Bestrebungen, über UNITA Chaos in Südafrika zu schaffen, erschwert. Angola solle unabhängiger von SU und Kuba werden.“ Britischerseits nehme man den Hinweise „auf geringere Anlehnung an SU angesichts massiver kubanischer Militärpräsenz nicht besonders ernst“. Vgl. Referat 320, Bd. 125163.

¹ Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 16.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 16. Mai 1980 vorgelegen.

² Die Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO fand am 13./14. Mai 1980 in Brüssel statt, am zweiten Tag unter Einbeziehung der Außenminister der an der militärischen Integration beteiligten NATO-Mitgliedstaaten.

schen und isländischen Außenministers³ teil. Die Sitzung war dem Thema „implications for NATO of the situation in South-West Asia“ gewidmet.

Alle Minister meldeten sich zu Wort. Die sechsstündige Sitzung verlief harmonisch.

2) Es handelte sich um das erste NATO-Ministertreffen seit der SU-Invasion in Afghanistan. Die Verbündeten beurteilten die Ereignisse in Afghanistan und die Lage im Iran einheitlich. Sie stellten übereinstimmend fest, daß sich durch die sowjetische Invasion Afghanistans zwar die militärische Bedrohung in Europa nicht unmittelbar verändert habe. Jedoch würden die Interessen der NATO-Partner durch die Vorgänge in der Golfregion in einer neuen Weise gefährdet.

Vor diesem Hintergrund waren sich alle Minister einig, daß in dieser Lage der Zusammenhalt des Bündnisses und eine klare konzentrierte Reaktion Gebot der Stunde ist und daß sich dieser Wille auch in der Realisierung der NATO-Verteidigungsplanung beweisen müsse.

Die Minister würdigten und unterstützten die Bereitschaft der USA, sich, ihrer Rolle als Weltmacht entsprechend, in dieser Region zu engagieren. Sie betonten gleichzeitig, daß diese neuen zusätzlichen Verpflichtungen der Amerikaner nicht zu einer Schwächung der Verteidigungsfähigkeit des Bündnisses in Europa führen dürften. Sie erklärten daher allgemein ihre Bereitschaft, den ihnen möglichen Anteil an zusätzlichen Leistungen für das Bündnis und in jeweils nationaler Verantwortung auch außerhalb des Bündnisses zu übernehmen. Den kurzfristigen (Phase I) und mittelfristigen (Phase II) möglichen Maßnahmen stimmten alle Verbündeten zu. Sie betonten, daß damit keine neuen Verpflichtungen eingegangen würden und daß die Chancen für eine Realisierung dieser Maßnahmen jeweils von den wirtschaftlichen und finanziellen Möglichkeiten bestimmt würden.

3) Die Minister stimmten auch darin überein, daß die Einhaltung der dreiprozentigen Erhöhung der Verteidigungshaushalte⁴ nun um so wichtiger ist. Alle Verbündeten (mit Ausnahme BE, DK) haben Erreichung dieses Ziels zugesagt, wobei Tü und PO auf ihre Abhängigkeit von substantieller Verteidigungshilfe⁵ hinwiesen.

³ Diogo Freitas do Amaral und Ólafur Jóhannesson.

⁴ Vgl. dazu die „Ministerial Guidance 1977“ der NATO vom 17./18. Mai 1977; Dok. 1, Anm. 8.

⁵ Zur Wirtschafts-, Finanz- und Verteidigungshilfe der Bundesrepublik für die Türkei vgl. Dok. 107, Anm. 29.

Referat 201 notierte am 2. Mai 1980, in dem vom Bundeskabinett am 30. April beschlossenen Nachtragshaushalt für 1980 seien „für die Türkei 1980 Mittel in Höhe von DM 150 Mio. und für 1981 als Verpflichtungsermächtigung weitere DM 180 Mio. ausgewiesen [...]. Es ist beabsichtigt, im Zuge des parlamentarischen Bewilligungsverfahrens in den Nachtragshaushalt 1980 Verpflichtungsermächtigungen auch für die Jahre 1982 und 1983 mit dem Ziel einzustellen, ein Gesamtvolumen der Türkei-Rüstungs-sonderhilfe von zunächst 600 Mio. DM zu erreichen.“ Dieses Gesamtvolumen sei notwendig, um die ursprüngliche, der Türkei bereits angekündigte Lieferung von Panzern vom Typ „Leopard I“ in Auftrag geben zu können: „Bei einem Volumen von zunächst nur 330 Mio. DM für 1980 und 1981 könnte nur die Beschaffung von leichten Waffen (Milan und Flak 20 mm) und eine Verdieselung türkischer Kampfpanzer M 48 durchgeführt werden.“ Vgl. Referat 201, Bd. 120252.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann unterrichtete die Botschaft in Ankara am 9. Mai 1980, daß sich der Haushaltsausschuß des Bundestags erst am 12. Juni 1980 mit dem Nachtragshaushalt 1980 befasse: „Mit seinem Inkrafttreten ist daher erst Mitte Juli zu rechnen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 2637; Referat 201, Bd. 120252.

Zur Verteidigungshilfe der Bundesrepublik für Portugal vgl. Dok. 58, Anm. 23.

4) Die Minister haben den Doppelbeschluß vom 12.12.79⁶ wieder bekräftigt. Es bestand Übereinstimmung, daß nur die unveränderte Durchführung des Doppelbeschlusses eine Chance für sinnvolle Rüstungskontrollverhandlungen mit der SU eröffne. Die Bekräftigung sei gerade vor der Tagung der WP-Staaten⁷, von der eine östliche Friedenskampagne zu erwarten ist, von Bedeutung.

5) Das Bemühen, Festigkeit nach außen zu zeigen und Solidarität nach innen zu üben, schlug sich auch in der Antwort auf die deutsche Initiative, militärische Hilfe anderer für die Türkei zu gewinnen, nieder: NO, DK, NL, KA und IT haben spezifische Materialhilfe, wenn auch in kleinerem Umfang, zugesagt.

6) Es kam zur Verabschiedung eines substantiellen Kommuniqués, das offenbar auch die Amerikaner zufriedenstellte.⁸ Außerdem einigten sich die Minister auf eine separate Iran-Erklärung, in der die völkerrechtswidrige Geiselnahme in Teheran verurteilt und der Iran zu sofortiger Freilassung aufgerufen wird.⁹

II. Im einzelnen:

1) Generalsekretär Luns würdigte einleitend die Tatsache, daß der neue amerikanische Außenminister bereits so kurz nach seiner Amtsübernahme¹⁰ an dieser Sitzung teilnehme. Luns unterstrich, daß es sich bei dieser Sitzung um ein Treffen des Verteidigungsplanungsausschusses handele. Die Bedeutung der NATO-Ministersitzung in Ankara¹¹ wird hierdurch weder gemindert noch deren¹² Substanz vorweggenommen.

2) Der Vorsitzende des Militärausschusses, General Zeiner Gundersen, hob die Notwendigkeit hervor, trotz der zusätzlich erforderlich gewordenen Anstrengungen zur Sicherung der Interessen außerhalb des NATO-Gebietes die Abschreckungsfähigkeit der NATO für das Bündnisgebiet zu erhalten. Insbesondere solle man prüfen, inwieweit die von den militärischen Stellen der NATO vorgeschlagenen nichtmilitärischen Maßnahmen (enthalten in den Studien zu global threat, implications on arms control and disarmament) verwirklicht werden könnten.

3) Außenminister Muskie hob hervor, daß er während seiner 22jährigen Tätigkeit als Senator¹³ unter sechs verschiedenen Präsidenten¹⁴ die NATO-Probleme habe kennenlernen können und dabei stets das Grundprinzip der Allianz, Frieden durch kollektive Stärke zu sichern, unterstützt habe. Seine Berufung zum Außenminister der Vereinigten Staaten bedeute daher Kontinuität in der amerikanischen Außenpolitik. Die sowjetische Invasion und die Besetzung Af-

⁶ Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 10.

⁷ Zur Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 14./15. Mai 1980 in Warschau vgl. Dok. 150, besonders Anm. 5.

⁸ Für den Wortlaut des Kommuniqués der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO vom 13./14. Mai 1980 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1975-1980, S. 130-135. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 409-413.

⁹ Für den Wortlaut der Erklärung der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO vom 13./14. Mai 1980 in Brüssel zu Iran vgl. BULLETIN 1980, S. 477.

¹⁰ Edmund S. Muskie übernahm am 8. Mai 1980 das Amt des amerikanischen Außenministers.

¹¹ Zur NATO-Ministerratstagung am 25./26. Juni 1980 in Ankara vgl. Dok. 190.

¹² Korrigiert aus: „dessen“.

¹³ Edmund S. Muskie vertrat von 1958 bis 1980 den amerikanischen Bundesstaat Maine im Senat.

¹⁴ Dwight D. Eisenhower, John F. Kennedy, Lyndon B. Johnson, Richard M. Nixon, Gerald R. Ford und James E. Carter.

ghanistans habe das Bündnis mit einer neuen Herausforderung konfrontiert. Diese verlange eine klare Antwort. Nur so sei eine sowjetische Fehleinschätzung über die Geschlossenheit der Allianz zu vermeiden. Ziel sei nicht die Konfrontation, sondern die Verminderung der Chancen für eine Konfrontation mit der Sowjetunion. Die sowjetische Führung müsse davon überzeugt werden, daß eine Politik unbeschränkter Verfolgung eigener Vorteile eine Gefahr für alle darstelle. Die USA wünschten keine Demontage des Rahmens der Ost-West-Beziehungen, den man so mühsam aufgebaut habe. Wenn man zur Zeit den Akzent auf die Abschreckung lege, wolle man lediglich die Basis stärken, von der aus Entspannung möglich sei. Dies werde er dem sowjetischen Außenminister Gromyko in Wien ausdrücklich sagen. Über das Ergebnis dieser Gespräche werde der NATO-Rat unterrichtet.¹⁵

[4]) Die heutige Sitzung diene dem Ziel, die Wirksamkeit der Abschreckung in Europa zu stärken und eine koordinierte Antwort auf die veränderte Sicherheitslage in Südwestasien zu geben. Das sei ein politisches und militärisches Signal an die Sowjetunion. Normale politische und wirtschaftliche Beziehungen mit der Sowjetunion seien so lange nicht möglich, wie die sowjetischen Truppen in Afghanistan stünden. Die Gesamtbürde müsse gerecht verteilt werden. Zu diesem Zweck müsse das Bündnis zusammenarbeiten und im Vertrauen zueinander konsultieren. Er werde im übrigen dem amerikanischen Kongreß und der amerikanischen Bevölkerung klarer vor Augen zu führen suchen, wie viel die anderen Verbündeten tatsächlich für die Verteidigung tun.

[5]) ¹⁶Er wolle nicht verschweigen, daß im Kongreß und in der amerikanischen Öffentlichkeit nach den langen Monaten, in denen man die Herausforderung durch die Geiselnahme in Iran mit großer Geduld ertragen habe, man nunmehr eine ernsthafte Unterstützung durch die Verbündeten erhoffe. Die Wirksamkeit des Bündnisses beruhe letztlich auf der Überzeugung seiner Mitglieder, daß die Verbündeten im Falle einer Bedrohung gemeinsam reagierten.

6) US-Verteidigungsminister Brown stellte klar, daß es den USA nicht darauf ankomme, sowjetische Interessen zu bedrohen und die Sowjetunion für ihr Vorgehen in Afghanistan lediglich zu bestrafen.

¹⁵ In der Sitzung des Ständigen NATO-Rats am 21. Mai 1980 erfolgte eine Unterrichtung über die Gespräche, die Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 16. Mai 1980 in Wien geführt hatten. Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), berichtete am 22. Mai 1980, das dreistündige Gespräch des amerikanischen Außenministers Muskie mit Gromyko habe „in entspannter Atmosphäre stattgefunden, obwohl Gromykos Haltung unverändert hart geblieben sei. Muskie habe Bereitschaft zur Offenhaltung der Kommunikationskanäle demonstrieren und zugleich in entschiedener Weise US-Besorgnisse über SU-Verhalten verdeutlichen wollen.“ Muskie habe unterstrichen, daß die Ratifizierung des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 durch die sowjetische Intervention in Afghanistan aufgehalten worden sei: „Zu Abrüstungsfragen habe Muskie betont, daß TNF-Angebot weiter gelte, der Westen bei MBFR Antwort erwarte und auch die Madrid-Konferenz sich positiv auf Entspannung auswirken könne. Aber alles sei durch Afghanistan beeinträchtigt. Zur US-Bereitschaft, SALT-II-Bestimmungen schon jetzt einzuhalten, habe Gromyko Skepsis geäußert (Wie kann man unwirksamen Vertrag wirksam werden lassen?).“ Gromyko habe Sorge über die zunehmende amerikanisch-chinesische Kooperation, vor allem im Militärbereich, geäußert und die „kürzliche ‚US-Aktion‘ im Iran bemängelt und den Vorwurf der Propaganda und Einnischungsversuche in iranische Politik abgelehnt“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 796; VS-Bd. 13183 (213); B 150, Aktenkopien 1980. Vgl. dazu ferner Dok. 149, Anm. 11.

¹⁶ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 762 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

Es gelte vielmehr, das Kräftegleichgewicht zu erhalten. Die Abhängigkeit der westlichen Länder, insbesondere der Europäer und Japans, von den Ölquellen der Golfregion sei erheblich größer als die Abhängigkeit der USA (nur etwa 15 Prozent). Die eigentliche Bedrohung für die USA läge in dieser neuen Bedrohung für ihre Verbündeten. Es sei primär eine amerikanische Aufgabe, den freien Zugang zu diesen Ölquellen offenzuhalten. In diesem Zusammenhang wiederholte er die aus seinem Brief vom 10. April 1980 an die Verteidigungsminister des Bündnisses und aus dem Vortrag des Staatssekretärs im amerikanischen Verteidigungsministerium, Komer, bekannten amerikanischen Maßnahmen bzw. Planungen zum Aufbau einer Rapid Deployment Force.¹⁷ Die USA ersuchten ihre Verbündeten in dieser Lage um verstärkte Bündnisleistungen. Die Maßnahmen der Phase I und Phase II seien hierzu ebenso ein Instrument wie – im Rahmen des „transatlantic bargain“ – die europäischen Maßnahmen zur Unterstützung amerikanischer Streitkräfte in Europa (Rapid Reinforcement Programme, Infrastrukturmaßnahmen, Host Nation Support¹⁸). Die Gewährung von Überflugsrechten bzw. Nutzungsrechten von Flugplätzen oder wirtschaftliche Hilfe bzw. wirtschaftliche Hilfe für Staaten in Südwestasien beispielsweise seien Maßnahmen im Rahmen einer Arbeitsteilung innerhalb des Bündnisses, die geeignet seien, westliche Interessen in der Region wahrzunehmen. Ungeachtet dieser neuen zusätzlichen amerikanischen Verpflichtungen bleibe Europa unverändert strategischer Primat für die USA.

7) Lord Carrington erklärte, daß die sowjetische Intervention in Afghanistan die Zukunft des Westens außerordentlich stark beeinflusse. Die Konfliktherde Afghanistan, Iran und Nahost stellten keine getrennten Bedrohungen dar, sondern eine einzige Bedrohung in verschiedenen Formen. Wir könnten die NATO-Grenzen nicht ausdehnen, aber wir müßten über sie hinaussehen. Die Sowjetunion wolle die dominierende Macht in Europa werden. Sie hätte dafür keinen festen

¹⁷ Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), berichtete am 14. April 1980, Unterstaatssekretär im amerikanischen Verteidigungsministerium, Komer habe in der erweiterten Sitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO „die aus dem jüngsten Brief Secretary of Defence Browns an seine Kollegen bekannten Vorstellungen zu der gegenwärtigen, ‚nach-Afghanistan‘ eingetretenen Lage, den für erforderlich gehaltenen kurzfristigen Maßnahmen (Phase I), langfristigen Maßnahmen (Phase II), Maßnahmen zur Beschleunigung ausgewählter Maßnahmen des LTDP und der Force Goals sowie dem Neuansatz der amerikanischen Kräfte im Rahmen der ‚Rapid Deployment Force‘, insbesondere der bisher für einen Einsatz in Westeuropa vorgesehenen amerikanischen Verstärkungskräfte“ wiederholt. Komer habe vorgeschlagen, „ein Arbeitsprogramm für die Zeit bis zur Dezember-DPC-Konferenz zu verabschieden. Dieses Programm soll die notwendigen Schritte für die beiden oben bezeichneten Phasen I und II und die Midterm Review des Infrastrukturprogramms festlegen.“ Beschlossen worden sei: „A) zur Phase I, kurzfristige Maßnahmen: Die Executive Working Group des DPC wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den N[ATO]M[ilitary]A[uthorities] solche Maßnahmen aus LTDP und Streitkräfteplanungszielen auszuwählen, die sich innerhalb der nächsten zwölf Monate beschleunigt verwirklichen ließen. Vorlage eines E[xe]kutive[W]orking[G]roup-Berichts an die Minister zur Entscheidung auf der Frühjahrssitzung des DPC. B) Zur Phase II, längerfristige Maßnahmen: Die Executive Working Group des DPC wird beauftragt, unter Berücksichtigung der amerikanischen Phase-II-Vorschläge entsprechende Bereiche aus LTDP und Streitkräfteplanungszielen zur Genehmigung in Frühjahrssitzung zu benennen. Auf dieser Grundlage sollen die NMAs bis Ende September konkrete Vorschläge erarbeiten und der EWG zur Umsetzung in einen Ministerbericht für Dezember 1980 vorlegen. C) Die NMAs erarbeiten bis zur Mai-Minister-Sitzung einen Bericht, in welchen Gebieten sie die Anhebung der gegenwärtig genehmigten ‚ceilings‘ für notwendig erachten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 545; VS-Bd. 10311 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

¹⁸ Zum Host Nation Support vgl. Dok. 64, Anm. 10.

Zeitplan und würde Schritte vermeiden, die zu einer unkontrollierbaren Ereigniskette führen würden.

Verteidigungsminister Pym wies auf die britischen militärischen und diplomatischen Leistungen in der Region hin.

8) BM Genscher stellte die große Linie der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik angesichts der Ereignisse in Afghanistan und Iran dar. Er dankte AM Muskie für die klare Beschreibung der amerikanischen Position. Die internationale Lage sei ernst: Zwischen den Konfliktfeldern Afghanistan, Iran, Nahost bestehe ein innerer Zusammenhang. Das Konzept der Allianz habe sich in den vergangenen Monaten bewährt.

Der Bundesaußenminister hob die Bedeutung des Doppelbeschlusses der NATO vom 12. Dezember 1979 und die Notwendigkeit von dessen Implementierung besonders hervor.

Nun sei der Osten am Zuge, auf das bedeutsame Angebot zur Rüstungskontrolle eine positive Antwort zu geben.

Die Bundesregierung habe unter Streichung anderer öffentlicher Aufgaben den Beschluß gefaßt, ihren Verteidigungshaushalt entsprechend der Zielsetzung der NATO (drei Prozent real) zu erhöhen. Er hoffe auf die notwendige parlamentarische Unterstützung für die Türkeihilfe, damit auch eine Modernisierung der türkischen Panzerwaffe eingeleitet werden könne.

Afghanistan habe die These widerlegt, daß die Zugehörigkeit zum Block der Ungebundenen Unverletzlichkeit bedeute. Dies sei ein neuer Ansatzpunkt für die westliche Politik, die jetzt die Länder der Dritten Welt in ihrem Bestreben um Unabhängigkeit noch stärker unterstützen müsse. Der Westen müsse darstellen, welche Opfer er bringt, um die innere Stabilität dieser Länder zu stärken, und wie wenig der Osten in der Entwicklungshilfe leistet.

Der Bundesminister unterstützte ausdrücklich die Iran-Erklärung der Dreizehn. Alle Verbündeten sollten in ihren Gesprächen mit der SU darauf hinweisen, daß die SU durch aktives Eintreten für die Geiselbefreiung einen Beitrag zur Vertrauensbildung leisten könne.

Der Bundesminister begrüßte das bevorstehende Treffen Muskie–Gromyko in Wien, da hierdurch die amerikanisch-sowjetischen Gesprächsverbindungen auf hoher Ebene wieder aufgenommen werden.

Text der Erklärung von Bundesminister Genscher in der englischen Fassung folgt gesondert.

9) Bundesminister Apel erläuterte die deutsche Position zu den vorgeschlagenen kurz- und mittelfristigen Programmen (Phase I). Er wies im einzelnen auf die konkreten Modernisierungsvorhaben der Bundeswehr hin, dabei verwies er in den Fällen, in denen wir den Anregungen der NATO-Militärbehörden nicht folgen konnten, auf alternative Leistungen.

Er stimmte den Untersuchungen und dem Zeitplan des Phase-II-Studienauftrages zu, in dessen Rahmen die NATO-Militärbehörden zur Herbsttagung¹⁹

¹⁹ Die NATO-Ministerratstagung fand am 11./12. Dezember 1980 in Brüssel statt. Vgl. dazu Dok. 363 und Dok. 364.

den Ministern mittel- und langfristige Planungsvorhaben zur Beschleunigung oder neuen Schwerpunktsetzung vorschlagen sollen. Die Ergebnisse müßten dann genau untersucht werden.

Aus den übrigen Erklärungen ist hervorzuheben:

10) Die italienische Absicht, bilaterale Hilfe für afrikanische Staaten, insbesondere Tunesien und Somalia, zu leisten.

11) Portugal verwies auf seine klare verteidigungspolitische Haltung, die es trotz wirtschaftlicher Schwäche eingenommen habe. Weitere konkrete Reaktionen hingen nun von der Unterstützung ab, auf die Portugal angewiesen sei.

12) Die belgischen Minister erklärten, daß TNF-Entscheidungen von der neuen Regierung getroffen werden müßten.²⁰ Der belgische Verteidigungsminister²¹ stellte nachdrücklich klar, daß Belgien weiterhin unverändert zu dem Beschluß zur Modernisierung der Long-Range TNF stünde.²² Zwar könne der ursprünglich für die belgische Entscheidung in Aussicht genommene Termin Mai 1980 wegen der Regierungskrise nicht eingehalten werden, dennoch hoffe er, daß die kommende Regierung diese Entscheidung bald treffen werde.

13) Der niederländische Verteidigungsminister²³ empfahl, in Ergänzung zu den von den NMAs²⁴ vorgeschlagenen Maßnahmen die Möglichkeiten zur Entrich-

²⁰ Zum Rücktritt von Ministerpräsident Martens am 9. April 1980 vgl. Dok. 102, Anm. 15.

Am 18. Mai 1980 wurde in Brüssel eine von Martens geleitete, von sechs Parteien getragene Regierung vereidigt. Botschaftsrat I. Klasse Elles, Brüssel, berichtete am folgenden Tag: „Erstmals ist offiziell ein sogenanntes ‚Kernkabinett‘ gebildet worden, dem, zusätzlich zum Premierminister, je ein Vertreter jeder an der Koalition beteiligten Partei angehört. Es ist nicht von ungefähr, daß die Mitglieder des Kernkabinetts jeweils ein wirtschaftliches oder soziales Ressort betreuen. Die Minister für Äußeres, Verteidigung und Inneres gehören dem Kernkabinett nicht an. [...] Das Außenministerium ging von den Sozialisten an die Christdemokraten, die dafür das Innenministerium an die Sozialisten abgaben. Das Verteidigungsministerium, seit fast einem Jahr eine Domäne der Christdemokraten, fiel an die Liberalen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 187; Referat 203 (202), Bd. 140567.

²¹ José Desmarests.

²² Zur Haltung Belgiens zur Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 102.

Botschaftsrat I. Klasse Elles, Brüssel, berichtete am 9. Mai 1980: „Der Hauptwiderstand kommt von flämisch-sozialistischer Seite, von dem Vorsitzenden der Sozialistischen Partei van Miert und dem Abgeordneten Tobback. Eine Kontaktaufnahme mit van Miert verspricht keinen Erfolg und könnte ebenso wie eine Gespräch mit Tobback durch die Botschaft eher kontraproduzent wirken.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 176; VS-Bd. 10329 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

Elles teilte am 10. Mai 1980 weiter mit, wegen der Koalitionsverhandlungen zur Regierungsbildung habe er statt mit dem belgischen Wirtschaftsminister Claes von der „Sozialistischen Partei Flanderns“ mit dessen stellvertretendem Kabinettschef Willems gesprochen. Dieser habe erklärt, „daß etwa 80 Prozent der Flämischen Sozialisten gegen den Nachrüstungsbeschluß der NATO wären. Van Miert habe die Kampagne mit großem Einsatz geführt und müsse bei einem etwaigen Kompromiß etwas erhalten, das er vorzeigen könne“. Man solle zuerst den Besuch des Bundeskanzlers Schmidt in der UdSSR sowie das geplante Gespräch des amerikanischen Außenministers Muskie mit seinem sowjetischen Kollegen Gromyko in Wien abwarten. Daher werde erst im Oktober 1980 beim Wiederzusammentreten des Parlaments über die belgische Haltung zur im NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vorgesehenen Dislozierung von Mittelstreckensystemen entschieden werden. Willems habe betont, in Belgien sei die Lage der Regierung komplizierter als in den Niederlanden, „da hier die Sozialisten mit Regierungsverantwortung trügen. Im übrigen glaube er persönlich, daß man schließlich nach Vorliegen aller Fakten und unveränderter sowjetischer Haltung nicht anders als positiv entscheiden werde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 177; VS-Bd. 10329 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

²³ Willem Scholten.

²⁴ Korrigiert aus: „MNAs.“

tung einer zweiten STANAVFORLANT²⁵ zu prüfen. Diese Empfehlung wurde angenommen.

14) Der türkische Verteidigungsminister²⁶ wiederholt seinen Dank an die USA und die Bundesrepublik Deutschland für die bisher geleistete bzw. in Aussicht gestellte Hilfe, die angesichts der heutigen Lage in der Region durch Beiträge weiterer Länder verstärkt werden müsse, wenn die Türkei fähig bleiben solle, ihre Rolle im Bündnis weiterhin zu erfüllen.

[gez.] Pauls

VS-Bd. 14088 (010)

146

Bundesminister Apel an Bundeskanzler Schmidt

14. Mai 1980¹

Persönlich – streng vertraulich

Lieber Helmut!

Der amerikanische Verteidigungsminister Harold Brown hat mich gestern während der Tagung des DPC² um ein Vier-Augen-Gespräch ohne Note-taker und Zeugen gebeten. Bei diesem Gespräch hat er folgendes ausgeführt:

1) Die innenpolitische Situation in den USA läßt heute mit Sicherheit den Schluß zu, daß Präsident Carter der Kandidat der Demokraten³ sein werde. Senator Kennedy habe keine Chance mehr.⁴ Bei den Republikanern sei ebenfalls die

²⁵ Standing Naval Force Atlantic.

²⁶ Ahmet Ihsan Birincioglu.

¹ Hat Bundeskanzler Schmidt am 14. Mai 1980 vorgelegen, der dazu handschriftlich vermerkte: „Verschlossen. 1) Eiliger Umlauf Chef BK/StM/StS Bölling/H[ans-]J[ürgen]Wischn[ewski]. 2) B[ite]l Vortrag im nächsten Kleeblatt.“

Hat Staatsminister Huonker, Bundeskanzleramt, am 14. Mai 1980 vorgelegen.

Hat Staatssekretär Bölling, Presse- und Informationsamt, am 14. Mai 1980 vorgelegen.

Hat Verwaltungsangestelltem Bruns, Bundeskanzleramt, am 14. Mai 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „3) Zurück an L[eiter]K[anzler]B[üro].“

Hat Wischnewski am 19. Mai 1980 vorgelegen.

² Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 13./14. Mai 1980 in Brüssel, an der am 14. Mai auch die Außenminister der an der militärischen Integration beteiligten NATO-Mitgliedstaaten teilnahmen, vgl. Dok. 145.

³ Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

⁴ Auf dem Parteikonvent der Demokratischen Partei vom 11. bis 14. August 1980 in New York gab der Senator von Massachusetts, Kennedy, am 12. August seinen Verzicht auf die Präsidentschaftskandidatur bekannt. Am folgenden Tag wurde Präsident Carter erneut zum Präsidentschaftskandidaten seiner Partei gewählt. Vgl. dazu den Artikel „Kapitulation Edward Kennedys“, NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe vom 14. August 1980, S. 1.

Entscheidung gefallen. Sie heißt Ronald Reagan.⁵ Es müsse mit großer Wahrscheinlichkeit damit gerechnet werden, daß Senator Anderson als unabhängiger Kandidat zur Wahl stehen würde.⁶ Präsident Carter habe kaum mehr als eine faire Chance, die Wahlen zu gewinnen. Das liege nicht zuletzt daran, daß im amerikanischen Volk der Eindruck bestehe, als sei Carter zwar ein aufrichtiger und netter Mensch, aber nur in Grenzen fähig, sein Amt auszufüllen. Dieser Eindruck werde nicht zuletzt vom Ausland her geprägt. Eine unübersehbare Rolle spiele dabei der deutsche Bundeskanzler.

2) Harold Brown bittet deshalb sehr herzlich darum, daß in den nächsten Monaten weitere Einwirkungen auf den inneramerikanischen Wahlkampf unterbleiben, um so mehr, als nicht auszuschließen sei, daß als Reaktion darauf auch in unseren Wahlkampf⁷ hineingewirkt werden könne, und das wäre sicherlich auch von Übel. Es komme darauf an, die echte und tatsächlich bestehende Solidarität zwischen den USA und der Bundesrepublik auch nach außen deutlich sichtbar zu machen.

3) Reagan sei ein gefährlicher Mann. Er habe zwar einen schnellen Verstand und könne sich schnell neuen Situationen anpassen. Das dürfe aber niemanden darüber hinwegtäuschen, daß er nicht nuanciert denken und handeln könne. Das würde sich insbesondere in der Außen- und Sicherheitspolitik deutlich herausstellen. Mit Reagan würde eine Politik einseitiger militärischer Aktionen einhergehen. Die Phase von Verteidigungsfähigkeit und Entspannungspolitik als die beiden Elemente gemeinsamer Sicherheitspolitik würde dann beendet sein. Dies müßte die Schwierigkeiten zwischen den USA und Europa verstärken. Das Ergebnis könnte eine US-Politik des Rückzugs auf die „Festung Amerika“ sein. Europa könne deshalb kein Interesse an dieser Alternative haben. Das gelte um so mehr, als mit Sicherheit auszuschließen sei, daß Henry Kissinger bei Ronald Reagan Außenminister werden würde. Immer wieder haben das die Republikaner bereits öffentlich ausgeschlossen, obwohl sich Kissinger bemühte, in Kontakt mit Reagan zu kommen. Aus heutiger Sicht müsse damit gerechnet werden, daß im Falle eines Wahlsiegs von Reagan Connally Außenminister werde. Die Europäer erinnerten sich sicherlich noch an seine Politik des „benign neglect“ aus der Zeit, zu der Connally Finanzminister war.⁸

Ich habe entschieden in Abrede gestellt, daß es von seiten der Bundesrepublik und ihres Regierungschefs abwertende Bemerkungen zur Person des amerikanischen Präsidenten gebe, und habe darauf hingewiesen, daß wir gerade in den

⁵ Nachdem bereits mehrere Präsidentschaftsbewerber der Republikanischen Partei ihre Kandidatur zurückgezogen hatten, gab der Vorstandsvorsitzende der First International Bank, Bush, am 26. Mai 1980 in Houston den Verzicht auf die Präsidentschaftskandidatur bekannt. Vgl. dazu den Artikel „Freie Bahn für Ronald Reagan“; NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe vom 28. Mai 1980, S. 2. Am 16. Juli 1980 wurde Ronald Reagan auf dem Parteikongreß der Republikanischen Partei in Detroit als Präsidentschaftskandidat nominiert. Vgl. dazu den Artikel „Nomination Reagans in Detroit“; NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe vom 18. Juli 1980, S. 1.

⁶ Das Mitglied des amerikanischen Repräsentantenhauses, Anderson, gab am 24. April 1980 seinen Verzicht auf eine Nominierung als Präsidentschaftskandidat der Republikanischen Partei bekannt. Gleichzeitig kündigte er an, er werde sich als unabhängiger Kandidat um das Präsidentenamt bewerben. Vgl. dazu den Artikel „Anderson Announces Bid As Independent“; INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE vom 25. April 1980, S. 1.

⁷ Die Wahlen zum Bundestag fanden am 5. Oktober 1980 statt.

⁸ John B. Connally war 1971/72 amerikanischer Finanzminister.

letzten Wochen in Worten wie in Taten in einem besonderen Maße unsere Freundschaft und Verbundenheit mit der Politik des amerikanischen Präsidenten unter Beweis gestellt haben. Es ginge allerdings auch nicht an, daß wir andauernd unter Druck gesetzt würden. Dabei habe ich insbesondere auf die fortwährend neuen Anforderungen des Pentagon im Bereich der Ausgaben für Verteidigung hingewiesen. Harold Brown und ich konnten zu dieser Frage ein Übereinkommen der Art erreichen, daß kurzfristige Aktionen sinnlos sind, die Mittel für Verteidigung begrenzt bleiben und deswegen auch in der NATO Prioritäten gesetzt werden müssen, ohne die Allianzpartner zu überfordern.

Auf meine Frage an Harold Brown, weswegen er mir diese Mitteilung gemacht habe, hat der darauf hingewiesen, daß er keine große Lust habe, auch der nächsten amerikanischen Regierung anzugehören. Um ihn ginge es also überhaupt nicht. Er spreche also aus Sorge um die Zukunft, und er hat dabei durchblicken lassen, daß er auch im Auftrage des amerikanischen Präsidenten spreche. Er hat mir allerdings dazu eine klare Aussage verweigert. Er geht davon aus, daß ich Dir von diesem Gespräch berichte, und er hat mir gegenüber die Überzeugung geäußert, daß Du der wichtigste Politiker der Allianz bist und es deshalb auf Dein Wort und Deine Grundhaltung auch in Amerika besonders ankomme.⁹

Mit bestem Gruß
Dein Hans Apel

Helmut-Schmidt-Archiv, 1/HSAA 009063

⁹ Staatssekretär Schüler, Bundeskanzleramt, legte Bundeskanzler Schmidt am 22. Mai 1980 den Entwurf eines Antwortschreibens vor. Darin hieß es: „Ich habe diesen Brief sehr ernst genommen, weil ich die darin gemachten Mitteilungen als eine Drohung empfunden habe. So waren sie wohl auch gemeint.“ Apel solle dem amerikanischen Verteidigungsminister Brown mitteilen: „a) Unsere amerikanischen Freunde mögen sich einen Überblick darüber verschaffen, welche ihrer Bündnispartner in Europa sich auf wortkräftige Ankündigungen beschränken, es aber an Taten fehlen lassen, wenn es zum Schwur kommt. Die beiden Komplexe Olympia und Iran-Sanktionen legen in überzeugender Weise dar, daß die Bundesrepublik immer dann, wenn es ernst wird, an der Seite der Vereinigten Staaten zu finden ist. Dabei haben andere Länder wesentlich bessere Voraussetzungen als die Bundesrepublik bezüglich ihrer parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse, politische und gesetzliche Maßnahmen durchzusetzen. b) Der Bundeskanzler ist deshalb irritiert wegen des Mißtrauens, das diesen Mitteilungen zugrundeliegt. Du solltest Brown auch in Erinnerung bringen, daß der Bundeskanzler auf dem Parteitag seiner Partei seine politische Existenz aufs Spiel gesetzt hat, um den Beschluß über das Mittelstreckenproblem herbeizuführen. Der Erfolg sei ihm dabei nicht versagt geblieben. c) Im übrigen hätten wir seit geraumer Zeit Hinweise darauf, daß eine Unterstützung unserer parlamentarischen Opposition im Wahlkampf durch politische Kräfte der Vereinigten Staaten im Gange sei. Es wäre gut, wenn die amerikanische Seite dieser Entwicklung Einhalt gebieten könnte. Eine klare Analyse der tatsächlichen Verhältnisse im Bündnis sollte dies nahelegen.“ Vgl. Helmut-Schmidt-Archiv 1/HSAA 009063.

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Cossiga in Rom

VS-vertraulich

16. Mai 1980¹

Vermerk über Ihr Gespräch mit dem italienischen Ministerpräsidenten Francesco Cossiga am Freitag, 16. Mai 1980 (von ca. 11.30 Uhr bis ca. 13.30 Uhr)²

Weitere Teilnehmer

auf italienischer Seite: Botschafter Ferraris, Gesandter Berlinguer, Gesandter Ruggiero (nur für die EG-Themen), ein weiterer Beamter;

auf deutscher Seite: Botschafter Arnold, AL2³, AL4⁴, zeitweise Gesandter Ruyter, VLR I Dr. Zeller als Note-taker, Frau Bouverat.

Bundeskanzler berichtet einleitend davon, daß er mit den Generalsekretären Craxi⁵ und Longo⁶ gesprochen habe. Botschafter Arnold werde Gesandten Berlinguer unterrichten.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Zeller, Bundeskanzleramt, am 20. Mai 1980 gefertigt und Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg am selben Tag „vorbehaltlich der Zustimmung des Bundeskanzlers, zur Unterrichtung des Herrn Bundesministers und des Staatssekretärs“ übermittelt.

Hat York am 20. Mai 1980 vorgelegen, der dazu handschriftlich vermerkte: „Herrn D2 vorzulegen m[it] d[er] Bitte um Übernahme.“ Ferner verfügte er die Weiterleitung an die Vortragenden Legationsräte von Studnitz und Bächmann.

Hat Studnitz am 20. Mai 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär van Well verfügte.

Hat van Well am 21. Mai 1980 vorgelegen.

Hat Bächmann am 21. Mai 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär Lautenschlager verfügte.

Hat Lautenschlager am 22. Mai 1980 vorgelegen.

Hat Bächmann am 22. Mai 1980 erneut vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 541 (014); B 150, Aktenkopien 1980.

² Bundeskanzler Schmidt hielt sich am 15./16. Mai 1980 in Italien auf.

³ Berndt von Staden.

⁴ Horst Schulmann.

⁵ Bundeskanzler Schmidt führte am 16. Mai 1980 in Rom ein Gespräch mit dem Generalsekretär des PSI, Craxi. Dabei sprach sich Schmidt gegen die von Craxi befürwortete Verschiebung der Inkraftsetzung von wirtschaftlichen Sanktionen gegen Iran beim informellen Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 17./18. Mai 1980 in Neapel aus: „Man sollte die USA nicht noch tiefer enttäuschen. Im übrigen bestehe die Gefahr, daß bei einer Verschiebung der wirtschaftlichen Sanktionen es binnen kurzem zu einer Androhung militärischer Sanktionen kommen könnte. Europa müsse alles daran setzen, um eine mäßigende Wirkung auf die USA auszuüben.“ Allerdings seien Zweifel am Nutzen der Sanktionen für eine Befreiung der als Geiseln festgehaltenen amerikanischen Botschaftsangehörigen berechtigt. Weitere Themen waren die mögliche Beteiligung Italiens an den Olympischen Sommerspielen in Moskau, die Entwicklung in Libyen und der Eintritt des PSI in die italienische Regierung. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100(56), Bd. 53; B 150, Aktenkopien 1980.

⁶ Mit dem Generalsekretär des PSDI, Longo, erörterte Bundeskanzler Schmidt am 16. Mai 1980 in Rom Fragen der italienischen Innenpolitik, eine Teilnahme Italiens an den Olympischen Sommerspielen in Moskau und Veränderungen in der politischen Klasse der USA. Während Longo die Lage in Italien als instabil charakterisierte, betonte Schmidt, „von außen betrachtet, erscheine Staatspräsident Pertini – bereits nach Ablauf des ersten Jahres seiner Amtszeit – als ein ausgezeichneter Stabilitätsfaktor für Italien. Dies gelte auch für das Wirken Ministerpräsident Cossigas. Er könne je-

MP Cossiga erwähnt, daß der Bundeskanzler mit ihm und den Generalsekretären der drei Koalitionsparteien am Vortage aktuelle internationale Fragen besprochen habe⁷; im Vier-Augen-Gespräch heute morgen habe man den Meinungsaustausch zu aktuellen Fragen fortgesetzt.

Im jetzigen Gespräch sollten Themen in bezug auf den ER in Venedig⁸ und auf den Wirtschaftsgipfel Venedig⁹ behandelt werden.

Mit EG-Fragen beginnend, hält es MP Cossiga für erforderlich, eine weitere Anstrengung zur Lösung der EG-internen Fragen zu unternehmen. Es handele sich um die bekannten Elemente des Paktes: Haushalt, Fischereifragen, Schafffleisch, Agrarpreise.¹⁰

Zu den Agrarpreisen gebe es eine Übereinstimmung zu acht. In der Sache und im einzelnen habe auch GB dem Agrarpaket zugestimmt, jedoch im Hinblick auf die ungelösten Beitragsfragen einen generellen Vorbehalt eingelegt. MP Cossiga gibt zu erwägen, ob die Fischereifragen nicht am besten in bilateralen Gesprächen zwischen D und GB zu regeln seien, die Schafffleischfrage sollte in bilateralen Verhandlungen zwischen F und GB vorbesprochen werden.

Die augenblickliche schwierige Lage in der EG habe auch erhebliche psychologisch-politische Aspekte. Man könne feststellen, daß GB gegenüber der Gemeinschaft noch nicht die rechte psychologische Einstellung gewonnen habe und daher nicht alle Facetten des Problems sehe. Sodann würdigte MP Cossiga das Angebot des Bundeskanzlers in Luxemburg; er sei ebenfalls sehr befremdet über die britische Ablehnung gewesen. Die weitere Entwicklung mache ihn besorgt. Wenn wir nicht zu Lösungen gelangten, so könnte die Frage der GAP explosiv werden, dies insbesondere, wenn F sich zu einseitigen Maßnahmen entschließen würde. Dies wiederum könne nicht ohne Rückwirkungen auf die politische Diskussion unter den Neun bleiben.

Er habe daher Gesandten Ruggiero gebeten, Kontakte mit GB aufzunehmen mit dem Ziel, daß GB selbst Vorschläge macht. Seines Erachtens müßten die anstehenden Fragen vor dem ER in Venedig gelöst werden. Zunächst seien die Außenminister, später vielleicht auch die Finanzminister am Zuge. Auch er halte eine stundenlange Diskussion wie in Dublin¹¹ und in Luxemburg in Venedig für

Fortsetzung Fußnote von Seite 768

doch die inneren Aspekte nicht beurteilen. Wirtschaftlich betrachtet, erscheine Italien als besonders vital und kräftig und sei seiner Auffassung nach England auf diesem Gebiet überlegen. Innerhalb der letzten zwei Jahre sei das Pro-Kopf-Einkommen in Italien über das britische Pro-Kopf-Einkommen hinausgewachsen.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 53; B 150, Aktenkopien 1980.

⁷ Botschafter Arnold, Rom, teilte am 21. Mai 1980 mit: „An dem von MP Cossiga am 15. Mai abends gegebenen Essen nahmen neben den auch an den Sachgesprächen beteiligten Ministern (Pandolfi, Bisaglia, Manca, De Michelis) auch die drei Generalsekretäre der Regierungsparteien, Piccoli, Craxi und Spadolini, teil und hatten Gelegenheit zu kurzen Gesprächen mit dem Herrn Bundeskanzler.“ Arnold berichtete, das Besuchsprogramm sei am 16. Mai 1980 geändert worden: „Der Herr Bundeskanzler empfing am Morgen zunächst zu je halbstündigen Gesprächen die Parteisekretäre von PSI und PSDI, Craxi und Longo, ehe er in der Villa Madama mit MP Cossiga zusammentraf.“ Vgl. den nicht nummerierten Schriftbericht; Referat 203, Bd. 115876.

⁸ Zur Tagung des Europäischen Rats am 12./13. Juni 1980 vgl. Dok. 177 und Dok. 178.

⁹ Zum Weltwirtschaftsgipfel am 22./23. Juni 1980 vgl. Dok. 184 und Dok. 185.

¹⁰ Zum Scheitern einer Gesamtlösung für die Frage des britischen Beitrags zum EG-Haushalt sowie der Fischerei- und Agrarpreisfragen auf der Tagung des Europäischen Rats am 27./28. April 1980 in Luxemburg vgl. Dok. 134.

¹¹ Zur Tagung des Europäischen Rats am 29./30. November 1979 in Dublin vgl. AAPD 1979, II, Dok. 362.

wenig sinnvoll. Jedoch müsse eine Lösung gefunden werden, und dies sei auch um so notwendiger, als auf den ER Venedig der Wirtschaftsgipfel in Venedig folge. Viele der auf dem Wirtschaftsgipfel zu behandelnden Themen hingen sehr eng mit den zu lösenden EG-Fragen zusammen: Dies gelte z. B. für Währungs- und Energieprobleme.

Im übrigen stünden wichtige politische Probleme zur Diskussion an. Es sei unvorstellbar, daß man (auf dem ER?) nicht über politische Fragen spreche.

Er werde sich dafür einsetzen, daß alle Beteiligten sich engagierten, das Britenproblem zu lösen. Andererseits dürfe man die Haushaltsfrage nicht dramatisieren.

Jedenfalls dürfe der ER nicht seine Autorität einbüßen; dies würde Rückwirkungen auf die Stellung Europas in der Welt haben. Europa dürfe sich diese Blöße nicht geben.

Bundeskanzler erwiderte zu den EG-Fragen wie folgt: In der Schafffleischfrage könnten wir jeden Kompromiß, den Paris und London aushandelten, mitmachen, obwohl uns dies zusätzliche finanzielle Belastungen bringe. Was die Fischereifrage betreffe, so habe er Hemmungen, diese bilateral anzugehen¹²; hier gebe es auch Streitpunkte zwischen GB und F und GB und anderen Mitgliedstaaten der EG. Eine bilaterale Behandlung sei somit nicht tunlich.

In der Haushaltsfrage sehe er sich politisch und materiell außerstande, jemals wieder so weit zu gehen wie in Luxemburg. Selbstverständlich bestehe unsere generelle Kompromißbereitschaft fort. Er persönlich sehe im Augenblick wenig Aussichten, zu einer Lösung zu gelangen. Als Präsidentschaft¹³ würde er sich sehr genau überlegen, wie viel Prestige er in den Versuch einer Lösung dieser Fragen vor dem ER investieren würde.

Bundeskanzler stimmt Cossiga zu, daß GB aufgefordert werden soll, seinerseits Vorschläge zu machen; dies sei auch ein Gebot der politischen Hygiene. Man müsse auch überlegen, ob und gegebenenfalls wann GB öffentlich aufgefordert werden sollte, konstruktive Vorschläge zu machen. Man könne GB auch bitten, sich zu den Agrarpreisen zu äußern. Etwas anderes sei die Struktur der GAP. Sie könne so, wie sie zur Zeit bestehe, nicht aufrechterhalten werden. Schon 1981 würden wir an die Grenzen ihrer Finanzierbarkeit stoßen. Er werde jeden-

¹² Am 14. Mai 1980 erörterten Staatssekretär Rohr, Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, und der Parlamentarische Staatssekretär im britischen Landwirtschaftsministerium, Buchanan-Smith, Fragen der Fischereipolitik. Dazu teilte das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten am 16. Mai 1980 Ministerialdirektor Schulmann, Bundeskanzleramt, z. Z. Rom, mit, Einigkeit habe darüber bestanden, das Inkrafttreten des gemeinsamen Fischereiregimes für 1. Januar 1981 im Rahmen eines EG-Gesamtpakets anzustreben, das gleichermaßen die Frage des britischen Beitrags zum EG-Haushalt, zur EG-Agrarpolitik und eine EG-Marktordnung für Schafffleisch umfasse: „Das schwierigste Problem ist die Frage des gleichen Zugangs zu den Fanggründen [...]. Buchanan-Smith erklärte, daß die britische Regierung in der Frage des Zugangs zwischen 12 und 50 sm flexibler sei als die frühere britische Regierung. StS Rohr schlug daraufhin vor, eine Formulierung in folgender Richtung zu suchen: Außerhalb von 12 sm gilt das Prinzip des freien Zugangs unter Berücksichtigung der Grundsätze der Ratsentschließung vom 3. November 1976 in Den Haag. Innerhalb der 12-sm-Zone ist eine Lösung des Zugangs zu suchen unter Berücksichtigung der Interessen der Küstenfischer sowie der traditionellen Fangrechte anderer Mitgliedstaaten, wobei die Instrumente der Quotenregelung und der Fangplanregelung einzubeziehen sind.“ Vgl. das nicht nummerierte Fernschreiben; B 201 (Referat 411), Bd. 566.

¹³ Italien hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1980 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

falls in D in den nächsten vier Jahren keine Gesetzesvorlage einbringen, mit der der 1%-Plafonds für den Mehrwertsteueranteil¹⁴ der Gemeinschaft durchstoßen würde. Im übrigen seien die zunehmenden Agrarüberschüsse auch gegenüber Dritten nicht zu verantworten. Dies gelte insbesondere auch gegenüber den Ländern der Dritten Welt, von denen wir stets eine nichtprotektionistische Handelspolitik verlangt hätten.

Auf dem ER in Venedig sollten die wirtschaftlichen und politischen Weltprobleme besprochen werden. Diese Diskussion sei mit Rücksicht auf die kleineren EG-Länder wichtig. Man müsse sich freilich wegen der Position von F überlegen, in welchem Kreis man diskutieren wolle.

Die weltpolitische Diskussion auf dem Siebener-Gipfel in Venedig werde von größerem Gewicht für die kommenden Jahre sein als die Besprechung der weltwirtschaftlichen Fragen. Diese Diskussion verlange von allen Teilen Fingerspitzengefühl für die Interessen der anderen. Es sei wichtig, daß die USA die Positionen von Japan, F, GB, IT und D bezüglich ihrer Politik gegenüber SU, im Mittleren und Nahen Osten, im Golf und in Südostasien kennenlernten. Über die kanadische Politik habe er keine neueren Erkenntnisse, da er mit Trudeau in letzter Zeit nicht gesprochen habe. Er nehme aber an, daß auch Kanada sich in seiner Haltung nicht allzu sehr von uns unterscheidet.

Die beiden wichtigsten im Zusammenhang mit Afghanistan ergriffenen Maßnahmen – Olympiade-Boykott, Iran-Sanktionen – würden ihre Zwecke nicht erreichen; sie könnten sogar kontraproduzent wirken. Wenn wir uns ihnen trotzdem angeschlossen hätten¹⁵, so weil wir durch die Solidarität mit der US-Regierung und dem amerikanischen Volk unseren notwendigen Einfluß auf die amerikanische Politik bewahren wollten. Es gebe jedoch für das, was wir noch mitmachen könnten, Grenzen: Bei einer militärischen Intervention wären diese Grenzen überschritten; auch bei einem Abbruch der Wirtschaftsbeziehungen mit der Sowjetunion. Dies könnten wir nicht mitmachen. Präsident Carter wisse, was wir darüber dächten. Es sei trotzdem möglich, daß der Präsident unter internem Druck solche Maßnahmen fordert. Jedenfalls sei es wichtig, daß wir unsere Reservationen deutlich machten.

Eine Nichteinigung über interne EG-Fragen dürfe hieran nichts ändern. Bundeskanzler stimmt zu, daß diese Fragen und eine mögliche Nichteinigung daher so klein wie möglich zu spielen seien.

MP *Cossiga* erklärt sich mit den Darstellungen und Feststellungen des Bundeskanzlers einverstanden. Dennoch meine er, daß jede Anstrengung unternommen werden müsse, um zu einer Lösung der EG-internen Fragen zu gelangen. Er werde Sorge dafür tragen, daß die Angelegenheit nicht dramatisiert wird. Venedig dürfe jedenfalls nicht zu einem Fehlschlag werden, da dies erhebliche Rückwirkungen auf den Zusammenhalt der Gemeinschaft haben könnte, und auch wegen der möglichen Auswirkungen auf die europäische Position beim Gipfel in Venedig.

¹⁴ Zur Finanzierung des EG-Haushalts aus Mehrwertsteuereinnahmen vgl. Dok. 61, Anm. 8.

¹⁵ Zur Empfehlung der Bundesregierung an das NOK vom 23. April 1980 vgl. Dok. 122, Anm. 3.

Zum Beschluß der Bundesregierung vom 23. April 1980 über Sanktionen gegen Iran vgl. Dok. 113, Anm. 20.

Der ER Venedig solle in der Tat die Probleme des Siebener-Gipfels vorbesprechen. MP Cossiga legte dabei besonderen Wert auf die Behandlung von Nord-Süd-Fragen. Gleiches gelte für die Behandlung politischer Themen auf dem ER. Über die Form (den Gesprächskreis) könne man sich unterhalten, jedoch sollte kein Zweifel darüber bestehen, daß diese politischen Fragen besprochen werden müßten. Bestehende Vorbehalte sollten vorsichtig, aber entschlossen überwunden werden.

Sodann erwähnt MP Cossiga, daß der Bundeskanzler ihn mit seiner Analyse zu Ost-West-Fragen bereits bekanntgemacht habe, insbesondere auch über die Gründe der SU bei ihrem jetzigen Vorgehen. Er stimme ihm zu.

Seinerseits äußerte sich MP Cossiga zu politischen Fragen wie folgt: Afghanistan – da es keine gemeinsame Politik des Westens gegenüber der SU gebe, nütze die SU diese Lücke aus. Die SU wolle ihre Einflußsphäre erweitern. Dies sei so in der Vergangenheit gewesen, wie die Beispiele Angola und Äthiopien zeigten. Hier habe die SU keinen Widerstand gefunden; auch ihr Vorgehen in Afghanistan sei bis jetzt für sie „gut gegangen“. Warum sollte die SU, wenn dieser Zustand der Uneinigkeit des Westens fortbesteht, ihre Politik nicht fortsetzen? In diesem Zusammenhang erwähnt MP Cossiga die von der SU geförderte Konferenz der kommunistischen Parteien Europas in Paris¹⁶. Sein Eindruck sei, daß die SU versuche, ihre eigenen Probleme zu lösen, indem sie ihre Einflußsphäre ausweitere. Sie nütze dabei die Lage in Nahost aus und benütze auch den Modernisierungsbeschluß des Bündnisses¹⁷ als Rechtfertigung für ihr Vorgehen.

Für uns stelle sich die Frage, was wir tun sollten. Wir könnten nicht wie bisher lediglich hinter den USA hertrippeln.

Wir müßten feststellen, daß die Maßnahmen gegen den Iran im Widerspruch zu dem stehen, was eigentlich geschehen müßte, um die Sowjets aus Afghanistan herauszubringen. In Nahost verschlechtere sich die Lage, und auch die Schwierigkeiten in anderen Teilen der Welt nehmen zu. Wir brauchten eine umfassende Strategie gegenüber der SU, die zunächst formuliert und sodann auch durchgesetzt werden müsse. Wenn wir dazu nicht in der Lage seien, so werde die SU uns weiterhin vor vollendete Tatsachen stellen.

Er stimmt dem Bundeskanzler zu, daß es notwendig sei, den USA gegenüber Solidarität zu zeigen. Wir hätten das in der Olympia-Frage und in der Frage der Iran-Sanktionen getan, obwohl die Sanktionen eher uns schaden. In der Frage der Olympiade habe er soeben ein Schreiben von Präsident Carter erhalten, das sich an ihn sowohl als italienischen Ministerpräsidenten wie als EG-Präsidenschaft richtete. Präsident Carter habe ihn gebeten, Olympia ausführlich in Neapel zu besprechen.¹⁸

Auch er sei der Meinung, daß militärische Maßnahmen ausgeschlossen werden müßten. Hier könne es nur zu unkontrollierten Reaktionen kommen. Er habe US-Verteidigungsminister Brown bei dessen kürzlichem Besuch gesagt, daß

¹⁶ Zur Konferenz kommunistischer und Arbeiter-Parteien Europas am 28./29. April 1980 in Paris vgl. Dok. 100, Anm. 15.

¹⁷ Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 10.

¹⁸ Zum informellen Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 17./18. Mai 1980 in Neapel vgl. Dok. 149, Anm. 6.

die NATO auf einen bestimmten Raum beschränkt sei. (Einer folgenden Bemerkung MP Cossigas kann entnommen werden, daß er nicht ausschließt, daß die NATO ausnahmsweise auch Interessen außerhalb ihres Geltungsbereichs wahrnehmen müsse.) Jedenfalls könne die USA Solidarität nur dann erwarten, wenn vorher gemeinsame Entscheidungen getroffen wurden.

Im Iran wäre es besser gewesen, eine vorsichtigere Politik zu betreiben. Jedenfalls müsse das Ost-West-Verhältnis Vorrang vor der Iran-Frage haben. Die Iran-Sanktionen schädeten mehr Europa als dem Iran. Als Folge könnten die radikalen religiösen Gruppen im Iran gestärkt werden. Auch setzten wir uns dem Vorwurf aus, wir wollten die iranische Revolution verhindern. MP Cossiga berichtet von kürzlichen Kontakten zwischen Italien und Iran. Er habe daraus den Eindruck gewonnen, daß der Iran eine Geste tun wolle; vielleicht wolle er noch zu Gesprächen vor Inkraftsetzen der Sanktionen gelangen.

Sodann berichtet MP Cossiga aus kürzlichen Gesprächen mit der jugoslawischen Regierung (Italien führe einen sehr engen und freundschaftlichen Dialog mit Jugoslawien, sei ein privilegierter Partner und unterhalte zu Jugoslawien vielseitige Beziehungen): Er habe aus diesen Gesprächen den Eindruck gewonnen, daß weder in der Außen- noch in der Innenpolitik ein Wandel zu erwarten sei. Jedoch stelle der Tod Titos¹⁹ nicht nur die gesamte blockfreie Welt vor Probleme, sondern auch Jugoslawien selbst. Von jugoslawischer Seite sei er ausführlich über die Verteidigungspolitik und die Verteidigungsfähigkeit des Landes unterrichtet worden.

Hier wirft der *Bundeskanzler* ein, daß wir glaubten, daß die jugoslawischen Streitkräfte zahlreiche sowjetische Divisionen binden würden. Eine unmittelbare außenpolitische Gefährdung Jugoslawiens sei schon aus diesem Grunde sehr unwahrscheinlich.

MP Cossiga: Die neue jugoslawische Führung habe Zeit gehabt, in ihre neuen Aufgaben hineinzuwachsen. Es gebe freilich Probleme mit den jugoslawischen Nationalitäten. Es sei wohl auch die Absicht der jugoslawischen Regierung, die Beziehungen zur SU wieder etwas enger zu gestalten; jedenfalls wolle sie keine Konflikte mit der SU. Man könne nicht ausschließen, daß die SU versuchen würde, Einfluß von innen her zu gewinnen. Die Lage sei etwas delikat.

Bundeskanzler stimmt Cossiga in allen Punkten seiner Ausführungen zu, will jedoch zu einigen Punkten Anmerkungen machen.

Er sei mit Cossiga einer Meinung, daß es an einem strategischen Konzept des Westens fehle, wahrscheinlich werde es zu einem solchen Konzept frühestens mehrere Monate nach der US-Präsidentschaftswahl²⁰ kommen. Trotz dieser pessimistischen Beurteilung für die nächsten Monate dürfe man die Anstrengungen nicht scheuen, in Venedig und in bilateralen Gesprächen mit den USA auf ein solches Konzept hinzusteuern und auch offen zu sagen, was wir nicht wollten. Wir wollten nicht die militärische Gewaltanwendung zur Geiselnbefreiung; wir wollten auch keine militärische Lösung im Golf, hinter der kein einheitliches Konzept steht.

¹⁹ Staatspräsident Tito starb am 4. Mai 1980 in Ljubljana.

²⁰ Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

Auf dem Siebener-Gipfel müßten wir uns viel Zeit für die Analyse der weltpolitischen Lage nehmen. Der Schwerpunkt des Gipfels liege nicht bei der Weltwirtschaft, sondern bei der politischen Diskussion.

Dabei müsse man bedenken, daß F in mehrfacher Hinsicht bei einer politischen Diskussion im Siebener-Rahmen gehandikapt sei. F habe Probleme im Verhältnis zu Japan (handelspolitische Spannungen wegen der japanischen Exportpolitik), wir müßten hingegen die Anlehnung Japans an die EG fördern. Es bestünden auch Spannungen zwischen F und Ottawa wegen des frankophonen Bevölkerungsteils²¹. Vor allem aber gebe es innenpolitische Gründe für die französische Zurückhaltung.

Französische Führung müsse darauf achten, daß sie in ihrer politischen Entscheidungsbildung vor ihrem eigenen Volk völlig autonom erscheine.

Dennoch glaube er, daß bei sorgfältiger Berücksichtigung der französischen Vorbehalte ein Gespräch möglich gemacht werden kann. Er wolle sich dafür einsetzen, daß es dazu komme.

Für ein solches politisches Gespräch gebe es auch Präzedenzfälle. So habe es auf dem Gipfel in Bonn²² ein Abendessen (der Regierungschefs) gegeben. Sie hätten hier ohne Apparat gesprochen, lediglich mit einigen Dolmetschern.²³ Die operative Umsetzung eines solchen Gesprächs sei freilich schwierig. In Tokio habe MP Ohira zu einem gesonderten Mittagessen der Regierungschefs eingeladen.²⁴ Hierbei sei es allerdings nicht zu einem so umfassenden und vertieften politischen Meinungsaustausch wie in Bonn gekommen.

USA wolle ein kräftiges Kommuniqué; F habe Bedenken gegen eine weltpolitisch strategische Aufmachung des Kommuniqués. Auch er habe Zweifel an der Zweckmäßigkeit einer solchen politischen Erklärung. Die Gefahr dabei sei, daß man in ihr Schlagworte unterbringe und den Eindruck erwecke, als habe man ein Konzept, ohne daß etwas dahinterstehe.

Eine letzte Bemerkung wolle er zum Iran machen. Auch seiner Meinung nach trügen die Sanktionen nicht zur Befreiung der Geiseln bei, sondern führten eher zur Verhärtung in der Haltung bestimmter Gruppen im Iran. Andere Gruppen werden dadurch aufgeschlossener gegenüber dem Werben der SU. Wir dürften jedoch das Inkrafttreten der Wirtschaftssanktionen in Neapel nicht noch einmal hinausschieben. In den Augen der USA seien wir ohnehin im Verzug. Würden wir sie dieses Mal nicht in Kraft setzen, würde unser Einfluß auf die Politik der USA erheblich zu leiden haben.

Sodann kam es zu einem Meinungsaustausch über die Art der Inkraftsetzung der Sanktionen, der Übereinstimmung erbrachte.

²¹ In der kanadischen Provinz Quebec stimmten am 20. Mai 1980 in einem Referendum rund 60 % der Abstimmenden gegen die Aufnahme von Verhandlungen der Provinzregierung mit der kanadischen Regierung über eine „Assoziations-Souveränität“ der Provinz. Vgl. dazu den Artikel „Nein zur Souveränität Quebecs“, NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe vom 23. Mai 1980, S. 1 f.

²² Am 16./17. Juli 1978 fand in Bonn der Weltwirtschaftsgipfel statt. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 225.

²³ Zum Gespräch der sieben am Weltwirtschaftsgipfel teilnehmenden Staats- und Regierungschefs beim Abendessen am 16. Juli 1978 in Schloß Gymnich vgl. AAPD 1978, II, Dok. 222.

²⁴ Der Weltwirtschaftsgipfel fand am 28./29. Juni 1979 in Tokio statt. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 199.

Bundeskanzler berichtete sodann kurz über die Pläne eines Moskau-Besuches. BM Genscher und er wollten fahren.²⁵ Sie würden nicht als Anwälte des ganzen Westens auftreten, aber auch nicht als Vermittler. Wir seien Teil des westlichen Bündnisses. Wir stimmten uns auch eng mit unseren Verbündeten ab. In Moskau würde kein Wort gesprochen, das von anderer westlicher Seite nicht auch so gesagt werden könnte. Bundeskanzler verspricht sich von dem Moskau-Besuch keine wesentlichen Veränderungen in der internationalen Lage. Wir wollten jedoch ein Beispiel dafür geben, daß in der heutigen Lage gesprochen werden müsse. Der Moskau-Besuch werde so vorbereitet werden, daß der Erwartungshorizont nicht zu hoch eingestellt werde. Letztlich wollten wir die SU überreden, daß man überhaupt redete. Ein in Moskau zu behandelndes Thema werden die Rüstungs- und Rüstungsbegrenzungsfragen sein. Er werde sich, wie früher schon gegenüber Breschnew und Gromyko, für den Doppelbeschluß des Bündnisses einsetzen, der für ihn in beiden Teilen dringend notwendig war. Er würde seine Gesprächspartner nachdrücklich auffordern, in Verhandlungen über eine Rüstungsbegrenzung anzutreten. Er werde dabei auch seinen vor einigen Wochen gemachten Vorschlag wiederholen.²⁶ Dieser sei von einigen mißverstanden worden. Nach dem westlichen Konzept würde es ohnehin zu einer Dislozierung bei uns frühestens 1983 kommen. Die Zeit müsse genutzt werden, um eine übereinstimmende Erklärung zustandezubringen, daß in der Zwischenzeit keine Seite neue Mittelstreckenwaffen bei sich stationiere. Das würde nicht uns, wohl aber die SU etwas kosten. Sie würde auf etwas verzichten, was sie tun kann und tun darf. Sein Vorschlag biete die Möglichkeit der Gesichtswahrung für die SU. Bundeskanzler fürchtet jedoch, daß die darüber entfachte Diskussion im Westen die SU darüber aufgeklärt habe, daß sein Vorschlag für sie keinen Vorteil bringe. Daher werde sie wohl nicht darauf eingehen.²⁷

Bundeskanzler dankt sodann MP Cossiga für seine Bemühungen, einen Dialog EG-Golf²⁸ zustandezubringen. Er wolle ihn ermutigen, hierin fortzufahren.

²⁵ Zum Besuch des Bundeskanzlers Schmidt und des Bundesministers Genscher am 30. Juni und 1. Juli 1980 in Moskau vgl. Dok. 192–195.

²⁶ Zu den Äußerungen des Bundeskanzlers Schmidt am 11. April 1980 in Hamburg bzw. am 12. April 1980 in Essen vgl. Dok. 111.

²⁷ Gesandter Huber, Moskau, berichtete am 18. April 1980, die UdSSR habe am Vortag in einem Kommentar des englischsprachigen TASS-Dienstes „zum ersten Mal – und zwar sehr kritisch – zu den jüngsten Anregungen von BK Schmidt, ein zeitlich befristetes Moratorium für die Dislozierung neuer Mittelstreckenraketen ins Auge zu fassen, Stellung genommen. Es heißt in dem Kommentar, der Kanzler habe keine neuen Vorschläge vorgetragen, die als realistische Grundlage dienen könnten. Diese an sich eher vorsichtig formulierte Kritik gewinnt eine gewisse zusätzliche Schärfe durch die übrigen polemischen Ausführungen des Kommentars, in denen Verhandlungen auf der Grundlage des Dezember-Beschlusses der NATO grundsätzlich abgelehnt und die sowjetischen Forderungen nach einer Aufhebung dieses Beschlusses wiederholt werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1804; Referat 201, Bd. 120239. Vgl. dazu ferner Dok. 130, Anm. 14.

²⁸ Zur Initiative für ein Kooperationsabkommen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den Golfstaaten vgl. Dok. 119, Anm. 8.

Botschafter Poensgen, Brüssel (EG), berichtete am 27. Mai 1980 über Informationen des italienischen Außenministeriums, „daß Katar nicht bereit sei, EG-Del[egation] zu empfangen. Auch Nordjemen habe noch keine Bereitschaft zu Gesprächen signalisiert. Dies verstärke den Eindruck, daß sich die Golfstaaten insgesamt gegenüber der EG-Initiative sehr zurückhalten. Gleichwohl halte der Vorsitzende des Ausschusses der Ständigen Vertreter, Botschafter Plaja, an seiner Absicht fest, eine Del. in die drei übriggebliebenen Länder Bahrain, Abu Dhabi und Oman zu entsenden. Er werde die Einzelheiten dieser Mission demnächst mit Generaldirektor Sir Roy Denman besprechen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1833; B 201 (Referat 411), Bd. 437.

Sodann weist er ihn auf die Schwierigkeiten hin, vor die uns die Integration türkischer Gastarbeiter stellt. Wir wollten keine weitere Zuwanderung mit ihren zusätzlichen politischen Problemen und Problemen der öffentlichen Ordnung.

Abschließend dankt der Bundeskanzler für die ihm und seiner Begleitung erwiesene Gastfreundschaft und im besonderen für die Offenheit, in der die Gespräche mit MP Cossiga geführt wurden. Sein Eindruck sei, daß beide Regierungen in den allermeisten Fragen sehr nahe beieinander seien und sie mit den gleichen Augen sähen.

Er sei daran interessiert, diesen engen und offenen Meinungsaustausch fortzusetzen und lade daher MP Cossiga (für den Herbst) nach Bonn ein.²⁹

VS-Bd. 541 (014)

148

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Lord Carrington, dem französischen Außenminister François-Poncet und dem amerikanischen Außenminister Muskie in Wien

204-321.00 SO-396/80 geheim

16. Mai 1980¹

Treffen der vier Außenminister am 16.5.1980 in Wien²

Vierertreffen fand am 16.5. auf britische Einladung in der britischen Botschaft (Arbeitsfrühstück) statt. Dauer: etwa zwei Stunden.

Im Vordergrund der Diskussion standen folgende Themen:

- Afghanistan,
- Lage im Nahen Osten,
- Wirtschaftssanktionen gegenüber Iran,
- sowjetische Einladung an Bundeskanzler,

²⁹ Die deutsch-italienischen Konsultationen auf der Ebene der Regierungschefs und Außenminister fanden am 9. Dezember 1980 statt. Vgl. dazu Dok. 353.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schenk am 16. Mai 1980 gefertigt und am 19. Mai 1980 „mit der Bitte, die Genehmigung des Herrn Bundesministers herbeizuführen“, über Ministerialdirigent Dröge an das Ministerbüro weitergeleitet.

Hat Dröge am 19. Mai 1980 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 19. Mai 1980 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 20. Mai 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragendem Legationsrat von Ploetz und die Wiedervorlage verfügte.

Hat Ploetz am 21. Mai 1980 vorgelegen.

Hat Braunmühl am 29. Mai 1980 erneut vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 14085 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

² Bundesminister Genscher hielt sich am 15./16. Mai 1980 anlässlich des 25. Jahrestages des Staatsvertrags vom 15. Mai 1955 über die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich in Wien auf.

– Vorbereitung politischen Teils von Venedig.

Im einzelnen:

1) Afghanistan

AM *Carrington* eröffnete die Diskussion mit Hinweis auf Vorschläge aus Kabul.³ Hierbei handele es sich offenbar mehr um eine sowjetische als um eine afghanische Idee. (Erste britische Stellungnahme, vgl. Anlage⁴).

AM *Muskie* wies darauf hin, daß Vorschläge gewisse Entwicklung im sowjetischen Denken erkennen ließen. Dies gelte insbesondere für den Hinweis auf einen möglichen sowjetischen Truppenrückzug. Ziel der Vorschläge sei offenbar die Legitimierung des Karmal-Regimes und damit die Legitimierung der sowjetischen Invasion.

BM: Vorschläge dienen offenbar auch der Legitimierung des sowjetisch-afghanischen Freundschaftsvertrages⁵. Auch dies sei nicht akzeptabel.

AM *François-Poncet* unterstrich, daß Gedanke sowjetischen Truppenrückzugs nicht vollständig neu sei. Er habe hierüber bereits mit Gromyko in Paris gesprochen und ihn gefragt, ob SU wirklich bereit sei, Truppen zurückzuziehen. Gro-

³ Ministerialdirigent Meyer-Landrut notierte am 25. April 1980 für Bundesminister Genscher: „Kabul hat zum bevorstehenden zweiten Jahrestag der Revolution am 27.4. dieses Jahres am 19. und 20. dieses Monats Thesen zur Innen- und Außenpolitik Afghanistans bekanntgegeben. Darin enthalten ist ein bereits am 17.4. von TASS veröffentlichter Fünf-Punkte-Vorschlag für Verhandlungen über Entspannung und Frieden in der Region, der in fünf Stufen vorsieht: 1) bilaterale Gespräche mit den Regierungen des Iran und Pakistans; 2) Einberufung einer Konferenz über die Normalisierung der Lage in der ganzen Region zur Vorbereitung eines Vertrages über Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit der Länder der Region; 3) Gespräche der Regierungen der Region über die Senkung der Militärausgaben, über Abrüstung und Truppenverminderung bei angemessenen internationalen Sicherheitsgarantien; 4) Gespräche über Maßnahmen zur Verminderung der Spannungen in der Region und zur Schaffung einer Atmosphäre des Vertrauens und gegenseitigen Verständnisses; 5) Beratungen zwischen den Regierungen der Region über die Schaffung einer Friedenszone Indischer Ozean/Persischer Golf.“ Vgl. Referat 340, Bd. 113046.

Am 14. Mai 1980 veröffentlichte die afghanische Regierung einen weiteren, aus sieben Punkten bestehenden Plan. Iran und Pakistan wurden Abkommen zur Normalisierung der Beziehungen angeboten, in denen neben gegenseitiger Anerkennung des Souveränitätsprinzips die Verpflichtung zur Unterbindung feindseliger Aktivitäten gegen das Territorium der Vertragspartner enthalten sein sollte. Die UdSSR und die USA sollten diese Abkommen garantieren. Dabei sollten sich die USA verpflichten, „keine subversiven Tätigkeiten, einschließlich solcher vom Territorium eines dritten Landes, gegen Afghanistan zu unternehmen“. Ferner wurden Flüchtlinge zur Rückkehr aufgefordert, eine Regelung zum Abzug der sowjetischen Streitkräfte aus Afghanistan in Aussicht gestellt und eine Reduzierung militärischer Aktivitäten im Indischen Ozean gefordert. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 496–498 (Auszug).

⁴ Dem Vorgang beigelegt. Für das undatierte britische Papier „Line to take to Afghan proposals“ vgl. VS-Bd. 14085 (010).

Botschafter Ruhfus, London, berichtete am 16. Mai 1980, Premierministerin Thatcher habe am Vortag im Parlament festgestellt, der Vorschlag der afghanischen Regierung vom 14. Mai 1980 unterscheide sich kaum von früheren: „Sie sähen vor allem nicht Abzug sowjetischer Truppen aus Afghanistan vor, den man als ‚minimale Voraussetzung für Erwägung Teilnahme an Olympischen Spielen in Moskau‘ betrachte.“ Am selben Tag habe sich der britische Außenminister Lord Carrington für die Prüfung der Vorschläge ausgesprochen: „Wenngleich sowjetische Haltung gegenüber EG-Vorschlag sich offensichtlich kaum geändert habe, so sei es doch ermutigend (‘not discouraging’), daß SU bereit sei, über ein ‚non-allied‘ Afghanistan zu sprechen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 865; Referat 340, Bd. 113030.

⁵ Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Truppenstationierungsvertrag.“ Zum sowjetisch-afghanischen Abkommen vom März 1980 über die provisorische Anwesenheit sowjetischer Streitkräfte in Afghanistan vgl. Dok. 94, Anm. 4.

myko habe sich in allgemeiner Weise auf eine Diskussion eingelassen.⁶ Wenn es jedoch zu den Details gekommen sei, wie z.B. die Frage eines Rückzugsdatums, sei Gromyko ausgewichen. François-Poncet unterstrich, daß jetzt der Zeitpunkt für den Westen gekommen sei, eigene Afghanistan-Vorschläge auf den Tisch zu legen.

Es bestand Übereinstimmung, daß man es zunächst der Islamischen Konferenz in Islamabad⁷ überlassen solle, zu dem Fünf-Punkte-Vorschlag Stellung zu nehmen.

BM: Wir müßten jedoch klarmachen, daß Kernfrage nach wie vor der Rückzug sowjetischer Truppen sei.

Die weitere Diskussion konzentrierte sich auf die Frage amerikanischer Unterstützung des afghanischen Widerstandes.

Ausgehend von einer Frage *François-Poncets*, warum die Vereinigten Staaten den afghanischen Widerstand so zurückhaltend unterstützten (politische Entscheidung oder Schwierigkeiten des Waffentransfers?), erläuterte AM *Muskie* die amerikanische Haltung.⁸ Die USA täten mehr, als im Kongreß bekannt sei. Es würden sowjetische Waffen, einschließlich Boden-Luft- und Anti-Tank-Raketen, geliefert. Der amerikanische Bestand an sowjetischen Waffen werde jedoch knapp, und man bemühte sich, von anderer Seite sowjetische Waffen zu erhalten. Neben diesen mehr technischen Gründen gebe es aber auch politische Überlegungen. In den USA sei das Vietnam-Trauma noch keinesfalls überwunden, und man müsse mit latentem Widerstand gegen Waffenexporte rechnen.

⁶ Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich vom 23. bis 25. April 1980 in Paris auf. Botschafter Herbst, Paris, teilte dazu am 25. April 1980 mit, der französische Außenminister François-Poncet habe Bundesminister Genscher unterrichtet, daß Afghanistan im Mittelpunkt der Gespräche gestanden habe: „Hier habe Gromyko auf eine regionale Regelung unter Ausschluß der Vereinigten Staaten gedrungen, bei der nach sowjetischer Ansicht Verhandlungen zwischen Afghanistan und Pakistan über die Beendigung fremder Interventionen in Afghanistan eine wichtige Aufgabe zukomme. Es sei erkennbar gewesen, daß ein Motiv der Sowjets für das Eintreten zugunsten einer solchen Regelung der Wunsch sei, die neue afghanische Regierung international salonfähig zu machen, womit auch das jüngst geschlossene Stationierungsabkommen zwischen Kabul und Moskau größere Legitimität erhalten werde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 979; VS-Bd. 13174 (213); B 150, Aktenkopien 1980. Vgl. dazu ferner Dok. 130, Anm. 14.

⁷ Die Konferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz fand vom 17. bis 22. Mai 1980 in Islamabad statt. Referat 300 resümierte am 23. Mai 1980 deren Ergebnisse: „Afghanistan: Bekräftigung der Januar-Resolution von Islamabad (unverzüglicher, voller, bedingungsloser Abzug der Sowjettruppen, Selbstbestimmungsrecht für das afghanische Volk; Verlangen nach Repatriierung und finanzieller Unterstützung der Flüchtlinge); Einsetzung eines Ministerausschusses für Afghanistan, bestehend aus AM Pakistan (Agha Shahi), AM Iran (Ghotbza-deh) und Konferenz-GS (Chatti). Mandat undeutlich, aber festgelegt auf ‚Suche nach Möglichkeiten für eine umfassende Lösung‘, einschließlich Konsultationen. [...] Iran und Stützpunkte: Verurteilung der USA wegen Kommando-Aktion; Aufforderung an Iran, Bemühungen um Lösung der Geiselfrage ‚im islamischen Sinn‘ fortzusetzen; Sanktionen gegen Iran wurden in allgemeiner Form ohne Nennung von Gruppen oder Ländern verurteilt. Nahost: Außerordentliche islamische AM-Konferenz über Jerusalem in drei Monaten; Sondersitzung des Sicherheitsrats über israelische Jerusalembeschlüsse; Abbruch diplomatischer Beziehungen zu Ländern, die Botschaft nach Jerusalem verlegen; Verurteilung der Camp-David-Politik. Horn von Afrika: Verurteilung der Anwesenheit sowjetischer und sozialistischer Truppen; Forderung nach sofortigem Abzug. Nord-Süd-Verhältnis: Angriffe gegen Industrieländer. Islamisches Sicherheitssystem: Nur in sehr allgemeiner, wenig praktikabler Form beschlossen.“ Referat 300 schlußfolgerte, die Konferenz sei entgegen ursprünglichen Befürchtungen nicht „zu einer anti-amerikanischen Veranstaltung“ geworden: „Afghanistan war wieder Hauptthema der Tagung.“ Vgl. Referat 340, Bd. 113188.

⁸ Zu den Grundsätzen der amerikanischen Rüstungsexportpolitik vgl. Dok. 91, Anm. 13.

Hinzu komme, daß die USA in Afghanistan eine Situation vermeiden möchten, die mit der des spanischen Bürgerkrieges (direkte Involvierung der Großmächte) vergleichbar sei. Es müsse vermieden werden, daß die Amerikaner der direkten Verwicklung in den afghanischen Bürgerkrieg beschuldigt werden könnten. Die USA wollten jeden Anschein vermeiden, daß sie in Afghanistan einen Stellvertreterkrieg führten. Die Frage amerikanischer Waffenlieferungen müsse auch auf dem Hintergrund der Haushaltsdiskussion im Kongreß⁹ und in der amerikanischen Öffentlichkeit gesehen werden.

Angesichts des rapide wachsenden amerikanischen Militärhaushalts sei die amerikanische Vorsicht verständlich, in der Frage von Waffenlieferungen sehr vorsichtig zu agieren. Er, Muskie, räume ein, daß man in den USA möglicherweise übervorsichtig sei, um sowjetische Vorwürfe zu vermeiden, die USA förderten die afghanische Rebellion mit amerikanischen Waffen. Er könne jedoch feststellen, daß es eine Zunahme amerikanischer Lieferungen von sowjetischen Waffen an den afghanischen Widerstand gebe und man sich verstärkt um die Beschaffung weiterer sowjetischer Waffen für diesen Zweck bemühe. Im übrigen sei der afghanische Widerstand keinesfalls vergleichbar mit der seinerzeitigen Lage in Vietnam. Der afghanische Widerstand habe kein klar definiertes Ziel (*Carrington*: Dann müssen wir eins schaffen). Die Afghanen seien ein zur Unabhängigkeit wild entschlossenes Volk. Ihr Widerstand sei jedoch zerstreut und lediglich lokal. Wichtig bleibe, den Druck auf die SU aufrechtzuerhalten. Einer ständigen sowjetischen Okkupierung Afghanistans müsse entgegengewirkt werden. Das gleiche gelte für die Einrichtung von Basen für weitere sowjetische Expansion.

AM *Carrington* unterstrich die Notwendigkeit, den afghanischen Widerstand in der westlichen öffentlichen Meinung präsenter zu machen. Dieser Widerstand müsse auf den westlichen Bildschirmen und in den westlichen Schlagzeilen lebendig bleiben. Eine Schwäche der westlichen Position liege im übrigen darin, daß man nicht wisse, wie man vermeiden könne, daß man mit einem sowjetischen Truppenrückzug gleichzeitig das Karmal-Regime legitimiere. Wichtig sei es daher, sich dieser Frage zuzuwenden. Das bedeute, daß weitere afghanische Führer involviert werden müßten. Der Gedanke einer Konferenz über die Block-

⁹ Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 15. April 1980: „Nachdem Präsident Carter im März Maßnahmen angekündigt hatte, mit denen ein ausgeglichener Haushalt 1981 gewährleistet werden soll, ist jetzt dem Kongreß ein entsprechender Teil-Nachtragshaushalt für den Verteidigungssektor vorgelegt worden. Aus ihm ergibt sich, daß bei den Verpflichtungsermächtigungen für 1980 ein realer Zuwachs von 2,6 Prozent (statt 2,9 Prozent) angestrebt wird und für 1981 von 5,2 Prozent (statt 5,4 Prozent). Bei den tatsächlichen Ausgaben (outlays) hingegen wird für 1980 ein reales Wachstum von 2,7 Prozent (statt 2 Prozent) und für 1981 von unverändert 3,3 Prozent angestrebt. Diese globalen Angaben werden im einzelnen noch zu prüfen sein. Schon jetzt können wir folgendes feststellen: Die Zuschläge für gestiegene Treibstoffkosten von 2,5 Mrd. (1980) und 2,9 Mrd. (1981) machen den wichtigsten Teil der Zulage für gestiegene Kosten aus.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1579; Referat 201, Bd. 120165.

Regierungsdirektor Sailer, Washington, teilte am 2. Mai 1980 mit: „Im Zuge der Vorbereitung der ersten Budget Resolution für F[inancial]Y[ear] 1981 stimmte das Repräsentantenhaus gestern über das sog. Holt-Amendment ab. Dieser Antrag einer Gruppe von konservativen Abgeordneten unter der Führung von Marjorie S. Holt (R[epublican]-M[aryland]) sah eine Anhebung der Verteidigungsausgaben (outlays) für 1981 von 5,1 Mrd. Dollar vor. Er wurde mit 246 zu 164 Stimmen vom Repräsentantenhaus abgelehnt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1832, Referat 201, Bd. 120165.

freiheit Afghanistans müsse auch die Beteiligung repräsentativer Führer des afghanischen Widerstandes einbeziehen.

AM *François-Poncet* stellte nachdrücklich die Frage, ob man sich wirklich in der Strategie mit den Amerikanern einig wisse. Er, François-Poncet, habe den Eindruck, daß die amerikanische Strategie sich von der europäischen Konzeption unterscheide. Wenn er den Vergleich mit dem spanischen Bürgerkrieg höre, müsse er sich fragen, ob die USA ein klares Konzept über die amerikanischen Ziele hätten. Gewisse Irritationen in den europäisch-amerikanischen Beziehungen rührten auch daher, daß hierüber zwischen Amerikanern und Europäern keine letzte Klarheit bestehe, u. a. müßten wir uns alle fragen, ob ein sowjetischer Truppenrückzug überhaupt erreichbar sei, ohne daß man ein kommunistisches Regime in Kabul akzeptiere. Alles, auch die Frage, was man politisch und militärisch für den afghanischen Widerstand tun könne, müsse eingehender untersucht werden. (BM warf ein, daß man den afghanischen Widerstand als Befreiungsbewegung bezeichnen müsse, der Begriff „Rebellen“ müsse unbedingt vermieden werden.)

AM *François-Poncet* unterstrich, daß es sich bei der Frage nach den westlichen Zielsetzungen in Afghanistan um fundamentale Fragen handele. Er halte es für richtig, einen streng vertraulichen Meinungsaustausch über diese Probleme im Rahmen der Vier fortzuführen. Im übrigen sollten die USA nicht übersensibel sein, was einen sowjetischen Vorwurf über mögliches amerikanisches Eingreifen in Afghanistan betreffe. Die SU würde diese Vorwürfe ohnehin erheben. Für ihre Propaganda brauchten sie keine „Beweise“. Erforderlich sei, daß Waffenlieferungen an den afghanischen Widerstand durch politische Vorschläge ergänzt würden. Nur auf diese Weise könne man ein ausgewogenes Programm erreichen. AM *François-Poncet* unterstrich weiterhin die Notwendigkeit noch eingehenderer amerikanisch-europäischer Konsultationen. Am Beispiel amerikanisch-französischer Konsultationen über die Lage am Horn von Afrika (Dschibuti, Somalia) führte er an, daß sich diese Konsultationen häufig nur an der Oberfläche bewegt hätten. Zu Somalia wies François-Poncet auf sein Gespräch mit dem somalischen Präsidenten in Nizza hin.¹⁰ Dieser habe ihm gesagt, daß Somalia die politischen Schwierigkeiten (Ogaden¹¹) in der Frage amerikanischer Waffenlieferungen an Somalia anerkenne. Wenn die USA jedoch eine Militärhilfe von 40 Mio. Dollar anböten, so seien dies wirklich nur „Peanuts“.¹² Für 40 Mio. Dollar könne man keine ernsthafte Militärhilfe erwarten. AM *François-Poncet* unterstrich, daß man auch bereit sein müßte, in den richtigen Größenordnungen zu helfen. Konsultationen müßten sich auch auf diese Frage erstrecken.

AM *Carrington* wandte ein, daß er entgegen den Zweifeln von François-Poncet durchaus der Auffassung sei, daß der Westen in Afghanistan gemeinsame Ziele habe.

¹⁰ In Nizza fand von 8. bis 10. Mai 1980 die VII. Konferenz der Staats- und Regierungschefs Frankreichs und der frankophonen Staaten Afrikas statt, an der auch Präsident Siad Barre als Beobachter teilnahm. Vgl. dazu den Artikel „Französisch-afrikanischer Gipfel in Nizza“; NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe vom 11./12. Mai 1980, S. 1f.

¹¹ Zum äthiopisch-somalischen Konflikt um den Ogaden vgl. Dok. 52, Anm. 8.

¹² Zu den amerikanisch-somalischen Verhandlungen über die Nutzung von Militärbasen und Verteidigungshilfe vgl. Dok. 143, Anm. 29.

AM *François-Poncet* hielt dem entgegen, daß die begrenzte amerikanische Hilfe an den afghanischen Widerstand Zweifel über die amerikanischen Zielsetzungen fördere. Insbesondere müsse man sich fragen, ob die Amerikaner wirklich als vorrangiges Ziel den Rückzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan anstrebten. Gebe es amerikanisch-sowjetische Gespräche mit dem Ziel nur eines Teiltrückzugs aus Afghanistan, wenn nur sichergestellt sei, daß die Sowjets in Afghanistan keine Luftbasis bauten, die für weitreichende Operationen verwendet werden könne? Aus einem Gespräch, das er, *François-Poncet*, mit Vizepräsident *Mondale* geführt habe¹³, hätte man den Eindruck gewinnen können, daß die Amerikaner über eine solche Luftwaffenbasis mehr besorgt seien als über einen fehlenden sowjetischen Truppenrückzug.

AM *Carrington* wies auf die Gefahr hin, daß die unmittelbar nach der sowjetischen Invasion feststellbare Entschlossenheit des Westens zum Handeln mit der Zeit einem Abnutzungsprozeß unterliege. Man könne den Eindruck haben, als ob die westlichen Mühlen immer langsamer mahlten. Neue Überlegungen und neues Handeln seien notwendig.

2) Lage im Nahen Osten

AM *Carrington*: Er glaube, auch im Namen von BM *Genscher* und AM *François-Poncet* zu sprechen, wenn er auf die europäischen Befürchtungen hinweise, daß sich die Lage im Nahen Osten in zunehmender Weise gefährlich entwickeln könne. Die letzten Ereignisse in Hebron¹⁴ und die Weigerung *Sadats*, die Autonomiegespräche fortzuführen¹⁵, bestätigten diese Befürchtungen. Die

¹³ Der amerikanische Vizepräsident *Mondale* und der französische Außenminister *François-Poncet* nahmen am 8. Mai 1980 in Belgrad an den Trauerfeierlichkeiten für Staatspräsident *Tito* teil.

¹⁴ Am 2. Mai 1980 verübte ein PLO-Kommando in Hebron einen Anschlag auf eine Gruppe jüdischer Siedler, bei dem fünf Israelis getötet und 17 weitere verletzt wurden. Dazu hieß es in der Presse: „Während die israelischen Behörden mit der Ausweisung dreier arabischer Würdenträger aus Westjordanien, mit Verhaftungen und Sprengung zweier Häuser auf die Bluttat reagierten, folgten große Teile der Bevölkerung einem PLO-Aufruf zu einem Proteststreik. [...] Als erster Vergeltungsschlag Israels wurden am Samstag die Bürgermeister von Hebron und Halhoul, *Fahd Kawasma* und *Mohammed Milhem*, sowie der islamische Richter *Scheich Raja Bayud Tamini* aus Hebron nach Libanon deportiert. In Hebron verlautete, den Bürgermeistern von Nablus und Ramallah drohe gleichfalls die Ausweisung, falls sie zu Protesten gegen die israelischen Reaktionen ermunterten. Sie werden zusammen mit ihren Kollegen aus den anderen Städten Westjordanien unter Hausarrest gestellt. Die Ausgewiesenen galten als PLO-freundlich.“ Vgl. den Artikel „Verschärfte Spannungen in Westjordanien“; NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe vom 6. Mai 1980, S. 1.

Der VN-Sicherheitsrat verabschiedete am 8. Mai 1980 mit 14 Stimmen bei Enthaltung der USA die Resolution Nr. 468. Darin wurde die israelische Regierung mit Hinweis auf die IV. Genfer Konvention vom 12. August 1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Krisenzeiten aufgefordert, die Ausweisung der drei palästinensischen Funktionsträger zurückzunehmen und diese in ihre Ämter zurückkehren zu lassen. Am 20. Mai 1980 bekräftigte der VN-Sicherheitsrat diese Forderung mit Resolution Nr. 469. Vgl. dazu UN YEARBOOK 1980, S. 411. Für den Wortlaut der Resolutionen vgl. RESOLUTIONS AND DECISIONS 1980, S. 9 f.

¹⁵ Zu den Gesprächen zwischen Ägypten und Israel über eine Autonomie der palästinensischen Gebiete vgl. Dok. 108, Anm. 9.

Botschafter Hille, Kairo, berichtete am 9. Mai 1980, der Sonderbeauftragte des amerikanischen Präsidenten für den Nahen Osten, *Linowitz*, habe am Vortag nach einem Gespräch mit Präsident *Sadat* bekanntgegeben, „daß das für Montag vorgesehene ‚informelle Ministertreffen‘ und die Tagung des Ausschusses für Rechtsfragen auf unbestimmte Zeit verschoben wurden“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 800; Unterabteilung 31, Bd. 135600.

Hille ergänzte am 12. Mai 1980, Ministerpräsident *Khalil* habe am 10. Mai erklärt, „nur noch Kontakte der drei Staats- und Regierungschefs könnten die Autonomieverhandlungen voranbringen. *Khalil* bezeugte erneut Begin, mit seiner bedingungslosen Forderung nach alleiniger israelischer Zuständigkeit für die Sicherheit in den besetzten Gebieten die Verhandlungen zum Abbruch brin-

Europäer sähen die Schwierigkeiten der USA. Andererseits dürfe man die Zusammenhänge zwischen Afghanistan, Iran und dem arabisch-israelischen Konflikt nicht übersehen. Die islamischen Länder zögen eine Parallele zwischen der sowjetischen Okkupation Afghanistans und der israelischen Okkupation arabischer Gebiete. Niemand wolle die Autonomiegespräche gefährden. Die Europäer glaubten jedoch, daß sie in der bevorstehenden unsicheren Periode, auch im Hinblick auf eine amerikanische, innenpolitisch bedingte Passivität vor den Wahlen¹⁶, etwas tun müßten. Über die Frage, was die Europäer tun könnten, werde man sich unterhalten müssen. Es gebe hierbei viele Möglichkeiten.¹⁷ Sadat habe ihm, Carrington, gegenüber erklärt, daß eine europäische Initiative nach dem 26. Mai hilfreich sein könne. Er, Carrington, erwarte von den USA nicht, daß sie eine europäische Initiative mittragen würden, oder daß sie mit ihr übereinstimmten. Es sei aber schon viel gewonnen, wenn sie sich nicht gegen einen solchen europäischen Schritt stellten, der möglicherweise den Weg für eine spätere Friedenslösung erleichtern könne.

AM Muskie wies darauf hin, daß er diese Frage ausführlich mit BM Genscher in Brüssel erörtert habe.¹⁸ Er verstehe den europäischen Wunsch, in dieser Frage in konstruktiver Weise zu helfen. Bevor er Außenminister geworden sei¹⁹, habe er sich mit dem Nahost-Problem ausführlich befaßt. Damals sei er zu der Überzeugung gelangt, daß der Camp-David-Prozeß einen Punkt erreicht habe, in dem es nicht mehr weitergehe. Jetzt habe er jedoch eine andere Auffassung.

Fortsetzung Fußnote von Seite 781

gen zu wollen, da er gewußt habe, daß Ägypten dies ablehnen müsse. Gegenwärtig bestehe keine Aussicht, die Fragen der Sicherheit, der Befugnisse der Behörde, Ostjerusalems oder der Siedlungen zu regeln. Solange sich an dieser Lage nichts ändere, seien Treffen sinnlos.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 807; Unterabteilung 31, Bd. 135600.

Am 16. Mai 1980 teilte Hille mit, obwohl Sadat am Vortag eine Wiederaufnahme der Autonomieverhandlungen angekündigt habe, habe Ägypten erneut eine Kehrtwende vollzogen: „Wie StM Boutros-Ghali mit allen Anzeichen der Empörung vor der Presse bekanntgab, sei die angebliche Zustimmung der Knesset zum Gesetz, mit dem die Hauptstadtfunction Jerusalems bestätigt und die Annexion von Ostjerusalem auf die Tagesordnung der Knesset gesetzt wird, der Grund für die ägyptische Weigerung, die Verhandlungen wiederaufzunehmen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 843; Unterabteilung 31, Bd. 135600.

¹⁶ Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

¹⁷ Zu Überlegungen für eine Nahost-Initiative der Europäischen Gemeinschaften im Rahmen der EPZ vgl. Dok. 143.

¹⁸ Bundesminister Genscher und der amerikanische Außenminister Muskie führten am 14. Mai 1980 in Brüssel am Rande der um die Außenminister der an der militärischen Integration beteiligten NATO-Mitgliedstaaten erweiterten Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO ein Gespräch, in dem u. a. der Nahost-Konflikt, Abrüstungsfragen und die Gespräche mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko in Wien erörtert wurden. Zur Nahost-Thematik legte Muskie dar, der 26. Mai 1980 sei „just another date in the calendar“. Der Camp-David-Prozeß müsse „unter allen Umständen fortgesetzt werden“. Bundesminister Genscher legte dar: „Im Bewußtsein der drei unmittelbar am Camp-David-Prozeß Beteiligten muß der 26. Mai sicher kein absolutes Schlußdatum sein. Für die Araber stellt sich das Problem anders. Sie sind auf dieses Datum fixiert. Wir müssen vermeiden, daß nach diesem Termin ein politisches Vakuum entsteht.“ Daher werde beim informellen Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 17./18. Mai 1980 in Neapel zu entscheiden sein, ob der Europäische Rat am 12./13. Juni 1980 in Venedig „eine Initiative ergreifen soll zum Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes. Wir haben nicht die Absicht, mit einer solchen Initiative den Camp-David-Prozeß zu stören, sondern das Gespräch mit den arabischen Staaten in Gang zu halten. Wir müssen verhindern, daß die Araber in der Afghanistan-Frage falsche Positionen einnehmen.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 204, Bd. 115942.

¹⁹ Senator Muskie übernahm am 8. Mai 1980 das Amt des amerikanischen Außenministers.

Auch er sehe jetzt noch keinen Grund für einen übermäßigen Optimismus, wohl aber für die Chance einer Lösung. Die gleiche Chance sehe er nicht, wenn man versuche, die Lösung auf einem anderen Wege („by another approach“) zu erreichen. Die ägyptisch-israelischen Verhandlungen seien jetzt erstmals bei den wirklich entscheidenden Problemen angelangt. Es handele sich hierbei um die noch ungelösten, allerdings auch fundamentalen sechs Punkte wie

- Siedlungspolitik,
- Befugnisse (der Selbstverwaltungsgremien),
- wirtschaftliche Fragen,
- innere und äußere Sicherheit,
- Wasserrechte,
- Einbeziehung Ost-Jerusalems.

Israel und Ägypten wünschten, die Verhandlungen über diese Fragen fortzusetzen. Sadat sei zwar der Auffassung, daß man mit Begin hierüber keine Lösung finden könne. Trotzdem könne man nicht von vornherein die Möglichkeit einer Kompromißlösung von der Hand weisen. Darüber hinaus sehe er keine Alternative. Auch wenn man einen anderen Weg einschlage, werde man letztlich bei den gleichen ungelösten sechs Punkten landen. Er, Muskie, verstehe, daß auch ein erfolgreicher Abschluß der Autonomiegespräche das Problem der Einbeziehung der übrigen gemäßigten arabischen Staaten noch nicht löse. Auch bei einem erfolgreichen Abschluß der Autonomieverhandlungen müsse man das Ergebnis den gemäßigten arabischen Staaten akzeptabel machen. In dieser ganzen Frage sei Geduld vonnöten. Er sei vor seiner Reise nach Europa²⁰ gebeten worden, in anderen Fragen europäisch-amerikanischer Meinungsverschiedenheiten Geduld zu üben. In der Nahost-Frage müsse er jedoch die Europäer um Geduld bitten. Was immer die europäischen Überlegungen seien, er bitte nachdrücklich darum, keine Ergänzung der Resolution 242²¹ anzustreben oder den Sicherheitsrat mit den Fragen zu befassen. Die Europäer müßten bei ihren Überlegungen vermeiden, daß der 26. Mai zu einem Schlußdatum (terminal date) werde und daß auf diese Weise dem Camp-David-Prozeß der Tod bescheinigt werde (certificate of death for this process). Man habe früher mit voller Absicht die Bedeutung des 26. Mai hervorgehoben, um auf die beiden Parteien Druck auszuüben. Jetzt aber wünsche man auf amerikanischer Seite, die Bedeutung dieses Datums herabzumindern. Der Camp-David-Prozeß werde auch nach dem 26. Mai weitergehen. Der 26.5. sei nur ein weiteres Datum auf dem Kalender. Nach amerikanischer Auffassung seien die ägyptisch-israelischen Verhandlungen der einzig aussichtsreiche Weg, um die noch bestehenden Probleme zu lösen.

BM unterstrich unsere Befürchtungen, daß die arabische Welt den 26.5. in jedem Fall als Schlußdatum betrachten werde. Auch im Hinblick auf die Islamische Konferenz in Islamabad müßten wir den islamischen Staaten klarmachen, daß wir über Afghanistan und die Lage im Nahen Osten in gleicher Weise be-

²⁰ Der amerikanische Außenminister Muskie hielt sich vom 13. bis 15. Mai 1980 in Belgien und am 15./16. Mai 1980 in Österreich auf.

²¹ Für den Wortlaut der Resolution Nr. 242 des VN-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 vgl. Dok. 62, Anm. 45.

sorgt seien. Es sei bedauerlich, daß Israel durch die beabsichtigte Gesetzgebung zu Jerusalem²² die Lage weiter kompliziert habe.

Muskie äußerte hierzu die Vermutung, daß die Jerusalem-Gesetzgebung noch nicht definitiv, sondern vor allem als ein taktisches Manöver der Israelis aufzufassen sei. Die Amerikaner hätten jedenfalls auf Sadat eingewirkt, um die ägyptische Reaktion möglichst gemäßigt zu halten.

BM unterstrich die Bedeutung des Jerusalem-Problems, vor allem für Saudi-Arabien. Solche israelischen Schritte seien geeignet, die gemäßigten Araber, insbesondere Saudi-Arabien und König Hussein, in die Arme der Radikalen zu treiben.

AM Muskie hob hervor, daß die USA auch dadurch in einer schwierigen Lage seien, daß sie das einzige westliche Land in den Vereinten Nationen seien, das Israel unterstütze.²³ Nur die USA seien daher für die Israelis glaubwürdig. Bei einer breiteren Unterstützung Israels würde die Lage auch für die Amerikaner leichter sein. Auch die USA seien daran interessiert, die Lage der gemäßigten Araber zu stärken. Bedingt durch historische Gründe hätten die USA bei den gemäßigten Arabern aber keine Glaubwürdigkeit mehr. Andererseits konzentriere auch Israel seine Frustrationen auf die Vereinigten Staaten. (*Carrington*: Israel verlangt von uns zu viel.)

AM François-Poncet: Muskies Argumente für eine amerikanische Unterstützung Israels leuchteten ihm durchaus ein. Er sehe das amerikanische Problem, das einmal in der Komplexität des Verhandlungsprozesses und zum anderen in der innenpolitischen Situation der USA liege. Andererseits dürfe man nicht übersehen, daß sich der Prozeß der arabischen Radikalisierung beschleunige. Arafat verliere an Boden. Eine Reihe arabischer Länder befinde sich in einem Prozeß der Destabilisierung. In dieser Situation müßten die Europäer eine Position beziehen, Bewegung sei notwendig. So sehr für die USA die eigene innenpolitische Lage ein Faktum sei, so sehr sei für die Europäer die Notwendigkeit, den nahöstlichen Friedensprozeß in Bewegung zu halten, ein Faktum. Hierbei müßten wir Europäer natürlich im Auge behalten, daß die amerikanische Position möglichst wenig beeinträchtigt werde.

Man könne aber von den Europäern nicht verlangen, daß sie sich völlig passiv verhielten. Passivität werde die gesamte westliche Position beeinträchtigen. Andererseits werde es der westlichen Position nützen, wenn der Westen bei den Arabern nicht als ein monolithischer Block auftrete. Die USA betrachteten eine Ergänzung der Resolution 242 als nicht akzeptabel und schlossen sogar eine Stimmenthaltung aus. Wollten die Amerikaner wirklich eine Situation, die sie zwingt, gegen eine Resolution zu stimmen?

Auf die weitere Frage *AM Carringtons*, warum die Amerikaner eine Ergänzung der Resolution 242 als so schlecht ansehen würden, antwortete *AM Muskie* mit

²² Vortragender Legationsrat I. Klasse Fiedler vermerkte am 1. August 1980: „Das Jerusalem-Gesetz [...] ist als individueller Antrag der rechtsextremen Knesset-Abgeordneten Geula Cohen am 15.5.1980 eingebracht worden. Mit dem Hinweis auf Billigung dieses Antrages in erster Lesung und die Siedlungspolitik der Regierung Begin brach Sadat an diesem 15.5.1980 die Autonomieverhandlungen ab.“ Vgl. Referat 311, Bd. 125005.

²³ Zur Abstimmung des VN-Sicherheitsrats am 30. April 1980 vgl. Dok. 143, Anm. 8.

dem Hinweis, daß Israel sich gegen eine solche Resolution wenden werde. Damit seien auch die Amerikaner gezwungen, hiergegen Stellung zu beziehen.

BM fragte, ob es zwischen den USA und Israel eine Vereinbarung gebe, während der Autonomieverhandlungen einer Änderung der Resolution 242 nicht zuzustimmen. Es mache nämlich einen Unterschied, ob sich die amerikanische Ablehnung einer neuen Resolution hierauf oder auf die Substanz selbst begründe.

AM Muskie entgegnete, daß ihm eine solch ausdrückliche Vereinbarung mit Israel nicht bekannt sei. Ein entsprechender Resolutionsantrag werde jedoch wie ein Schock wirken und die Aufmerksamkeit und die Energie von dem Camp-David-Prozeß ablenken.

AM François-Poncet wies darauf hin, daß die USA mit einer neuen UN-Resolution rechnen müßten. Frankreich habe sich verpflichtet, sich bei der letzten Resolution der Stimme zu enthalten. Nach dem 26.5. werde jedoch die Situation eine andere sein. Entweder ergriffen die Europäer die Initiative oder andere würden dies tun.

AM Carrington ergänzte mit dem Hinweis, es sei immer noch besser, die Europäer würden eine Resolution formulieren, als daß der Westen mit einer Resolution konfrontiert werde, die jeden Gedanken des Ausgleichs vermissen lasse.

AM Muskie: Er könne sich der Logik der europäischen Argumente nicht ganz verschließen. Trotzdem müsse er mit Nachdruck darum bitten (to urge), solange wie möglich Überlegungen für eine neue Initiative betr. Resolution 242 oder in Richtung einer Befassung des Sicherheitsrates zurückzustellen. *AM Muskie* wiederholte seine früheren Äußerungen, daß man zunächst die Bedeutung des 26.5. als eines entscheidenden Datums betont habe. Jetzt spiele man die Bedeutung dieses Tages jedoch herunter (minimize). Wenn die Europäer einen neuen Lösungsvorschlag finden würden, so werde man ihn sorgfältig prüfen. Auch wenn man ihn nicht unterstützen könne.

AM Carrington: Er wolle in voller Offenheit sagen, daß er stets bei einem erfolgreichen Abschluß der Friedensverhandlungen das Ergebnis als inadäquat angesehen habe. Trotzdem habe Großbritannien den Camp-David-Prozeß unterstützt.

AM Muskie: Man müsse sich die Frage stellen, was man unter einem erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen verstehe? Einen palästinensischen Staat? Ist dies überhaupt erreichbar? In keinem Fall könnten die sechs noch offenen Punkte übergangen werden (papered over). Falls diese letzten noch offenen Fragen gelöst würden, käme man auch der Frage der palästinensischen Identität näher, sollte es keine Lösung geben, daß zwei Völker in einem bestimmten geographischen Rahmen zusammenleben könnten, so bedeute dies für den Nahen Osten permanenten Krieg.

AM Carrington: Die Europäer hätten sich in Luxemburg auf eine bestimmte Richtung verpflichtet.²⁴ Es erscheine ihm zweckmäßig, wenn die Nahost-Frage

²⁴ In Ziffer 4 der Erklärung des Europäischen Rats sowie der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ zur internationalen Lage vom 27./28. April 1980 in Luxemburg hieß es: „Die Neun bringen erneut ihre Überzeugung zum Ausdruck, daß sich ein wahrer Friede im Nahen Osten nur durch eine umfassende, gerechte und dauerhafte Regelung erreichen läßt. Der Europäische Rat hat in dem Bewußtsein, daß Europa möglicherweise zu gegebener Zeit eine Rolle zu spielen

auch im politischen Teil des Venediger Wirtschaftsgipfels²⁵ diskutiert werde. In jedem Fall sei es notwendig, daß in dieser Frage die Neun in engem Kontakt mit den Vereinigten Staaten blieben.

3) Iran-Sanktionen²⁶

AM *Muskie* kam nochmals auf die Frage des Nahen Ostens zurück. Er wies darauf hin, daß die Stärkung der Allianz und des westlichen Zusammenhalts in der öffentlichen Meinung Amerikas als Hauptziel seiner ersten Europareise aufgefaßt werde. Auf diesem Hintergrund seien die DPC- und AM-Konferenz in Brüssel²⁷ und die Entscheidung des deutschen Olympia-Boykotts²⁸ auch in der amerikanischen öffentlichen Meinung auf der positiven Seite zu buchen. Er hoffe, daß sich dies auf dem Neunertreffen in Neapel fortsetze und insbesondere die beabsichtigten Wirtschaftssanktionen der Neun gegenüber dem Iran nicht verwässert würden.²⁹ Er hoffe, daß die in letzter Zeit verbreiteten Ideen über eine Wiederbelebung der VN-Kommission in der Geiselfrage und andere iranische Pläne die Entscheidung in Neapel nicht beeinflussen. Das gescheiterte amerikanische Kommandounternehmen³⁰ habe den USA mehr Zeit für Geduld gegeben. Jetzt benötigen die USA aber die europäische Unterstützung, damit an dieser Geduld festgehalten werden könne. Er, Muskie, trete allen Vorstellungen von militärischen Maßnahmen wie Verminung oder Blockade entgegen. Dies gelte auch für die Führer des Kongresses. Man höre hiervon wenig, da man diese Fragen nicht in der Öffentlichkeit diskutiere. AM Muskie unterstrich in diesem Zusammenhang nachdrücklich, daß er sich für eine geduldige Diplomatie (quiet diplomacy) einsetzen werde. Das Problem bestehe darin, daß die politischen Gegner des Präsidenten³¹ Geduld mit Passivität gleichsetzten.

AM *François-Poncet*: Er habe Verständnis für die amerikanische Haltung. Er müsse aber in aller Offenheit sagen, daß es hier um zwei unterschiedliche Dinge gehe, erstens, die amerikanische Öffentlichkeit von der Solidarität der Alliierten zu überzeugen, und zweitens, die Geiseln freizubekommen. Die Wirtschaftssanktionen seien nicht das geeignete Mittel, um die Befreiung der Geiseln zu erreichen. Dies sei auch die übereinstimmende Auffassung aller Botschafter der Neun. Wirtschaftssanktionen im gegenwärtigen Augenblick seien unsinnig. Er sei jedoch im Interesse einer solidarischen Handlung bereit, sinnlose Sanktionen (stupid sanctions) zu befürworten, wenn diese die amerikanische Öffentlichkeit beeindruckten. Trotzdem sei er über diese Maßnahmen sehr unglücklich.

Fortsetzung Fußnote von Seite 785

hat, die Außenminister beauftragt, auf seiner nächsten Tagung einen Bericht über dieses Problem vorzulegen.“ Vgl. BULLETIN DER EG 4/1980, S. 13.

²⁵ Zum Weltwirtschaftsgipfel am 22./23. Juni 1980 vgl. Dok. 184 und Dok. 185.

²⁶ Zum Inkraftsetzen amerikanischer Sanktionen gegen Iran am 7. April 1980 vgl. Dok. 103, Anm. 2 und 13.

²⁷ Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 13./14. Mai 1980 in Brüssel, an der am 14. Mai auch die Außenminister der an der militärischen Integration beteiligten NATO-Mitgliedstaaten teilnahmen, vgl. Dok. 145.

²⁸ Zur Empfehlung der Bundesregierung an das NOK vom 23. April 1980 vgl. Dok. 122, Anm. 3.

²⁹ Zum informellen Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 17./18. Mai 1980 in Neapel vgl. Dok. 149, Anm. 6.

³⁰ Zum Versuch einer militärischen Befreiung der in Iran festgehaltenen amerikanischen Botschaftsangehörigen am 24./25. April 1980 vgl. Dok. 138.

³¹ James E. Carter.

AM *Carrington* stimmte François-Poncet in dieser Bewertung zu. Er unterstrich, daß er für die letzten 15 Jahre „on record“ sei, sich stets gegen wirtschaftliche Sanktionen im Zusammenhang mit Südafrika³² oder Rhodesien³³ ausgesprochen zu haben. Die Konservative Partei habe alle diese Reden geschluckt, um jetzt Solidarität gegenüber den USA zu zeigen. Was die Neun in Neapel beschließen würden, entspreche sicher nicht in allem den amerikanischen Vorstellungen. Es sei jedoch das Optimale, was man im Augenblick im Hinblick auf die eigenen politischen Überzeugungen und eigene politische Schwierigkeiten in dieser Frage erreichen könne.

AM *Muskie*: Er sei von diesen Argumenten durchaus beeindruckt. Trotzdem müsse die Sanktionspolitik weiter verfolgt werden, weil man hierdurch wichtige Zeit gewinnen könne.

4) Bundeskanzlerbesuch in Moskau³⁴

BM legte unsere Vorstellung zur sowjetischen Einladung an den Bundeskanzler³⁵ dar: Unsere Überlegungen gingen dahin, die Einladung anzunehmen, und zwar nicht vor dem Wirtschaftsgipfel in Venedig, aber auch nicht später als Ende Juni oder Anfang Juli, d. h. vor den Olympischen Spielen³⁶. Ein späterer Termin sei schon wegen der Bundestagswahlen³⁷ kaum möglich. Eine Entscheidung über den Besuchstermin sei jedoch noch nicht gefallen. Er werde im übrigen heute abend mit AM Gromyko über diese Frage sprechen und ihn darauf hinweisen, daß der Besuch des Bundeskanzlers in Moskau auch von dem Gespräch abhängt, daß er, BM, mit Gromyko führe.³⁸ Im übrigen sei beabsichtigt, daß StS van Well demnächst nach Moskau fahre, um über die Vorbereitung des Besuchs zu sprechen.³⁹ Auch in Venedig werde es Gelegenheit geben, über den Besuch zu sprechen. Es sei wichtig, daß man auch der Öffentlichkeit rechtzeitig klarmache, daß der Bundeskanzler in Moskau nur für sich und die Bundes-

³² Am 4. November 1977 beschloß der VN-Sicherheitsrat einstimmig unter Bezugnahme auf Kapitel VII der VN-Charta vom 26. Juni 1945 die Resolution Nr. 418: „The Security Council [...] decides that all States shall cease forthwith any provision to South Africa of arms and related matériel of all types, including the sale and transfer of weapons and ammunition, military vehicles and equipment, paramilitary police equipment, and spare parts for the aforementioned, and shall cease as well the provision of all types of equipment and supplies and grants of licensing arrangements for the manufacture or maintenance of the aforementioned.“ Weiterhin sollte jegliche Zusammenarbeit mit Südafrika bei der Entwicklung oder Herstellung nuklearer Waffen eingestellt werden. Für den Wortlaut vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Band X, S. 41 f.

³³ Am 16. Dezember 1966 beschloß der VN-Sicherheitsrat obligatorische Wirtschaftssanktionen aller VN-Mitgliedstaaten gegen Rhodesien. Auch Nichtmitglieder der VN wurden dazu aufgefordert, sich diesen Maßnahmen anzuschließen. Für den Wortlaut der Resolution Nr. 232 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. VI, S. 15. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 68 f. Am 29. Mai 1968 forderte der VN-Sicherheitsrat alle VN-Mitgliedstaaten zu umfassenden Sanktionen gegen Rhodesien auf. Für den Wortlaut der Resolution Nr. 253 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. VII, S. 15–17.

³⁴ Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher hielten sich am 30. Juni und 1. Juli 1980 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 192–195.

³⁵ Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow am 31. März 1980 in Hamburg; Dok. 97.

³⁶ Die Olympischen Sommerspiele fanden vom 19. Juli bis 3. August 1980 in Moskau statt.

³⁷ Die Wahlen zum Bundestag fanden am 5. Oktober 1980 statt.

³⁸ Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 16. Mai 1980 in Wien vgl. Dok. 151.

³⁹ Zum Besuch des Staatssekretärs van Well am 11./12. Juni 1980 in der UdSSR vgl. Dok. 171.

republik Deutschland sprechen werde, daß er seine Auffassungen klarmachen, aber daß man nicht mit bestimmten Ergebnissen rechnen könnte.

AM *Carrington*: Es sei gut, mit den Sowjets im Gespräch zu bleiben. Insgesamt müsse man aber auch die allgemeine Atmosphäre im Auge behalten. Er möchte hierbei auf einen Artikel in der „Times“ vom 14.4. verweisen, in dem von einer wachsenden Stimmung der „Dänisierung“ die Rede sei.

Aus den Wahlen in Nordrhein-Westfalen⁴⁰ schlössen manche, daß diese „Dänisierungs“-Tendenzen neuen Auftrieb gegeben hätten.

Die drei Außenminister (F, UK, US) nahmen die Ausführungen des Herrn *Bundesministers* zum geplanten Moskau-Besuch des Bundeskanzlers zur Kenntnis. AM *Carrington* unterstrich – bei Zustimmung von François-Poncet und Muskie –, daß es eine gute Sache sein würde, wenn der Bundeskanzler vor seiner Reise einige prowestliche und Pro-Bündnis-Erklärungen abgäbe.

5) Vorbereitung des politischen Teils von Venedig

AM *François-Poncet* wies darauf hin, daß nach französischer Auffassung das Forum der Vier das einzige Gremium für einen wirklich bedeutsamen politischen Meinungsaustausch sei. Bei einer Erweiterung dieses Kreises sei dies nicht mehr der Fall. Man werde dann eine Konferenz nach dem Muster des Tokioer Weltwirtschaftsgipfels⁴¹ haben. Die wirtschaftliche Zielsetzung der Wirtschaftsgipfel sollte im Prinzip nicht geändert werden. Er, François-Poncet, verstehe, daß man angesichts der Weltsituation eine politische Diskussion nicht vermeiden könne. Hieraus dürfe jedoch nicht ein neues politisches Forum werden. Was eine mögliche Abschlusserklärung betreffe, so sollte diese allgemein und so kurz wie möglich sein. Man müsse auch berücksichtigen, daß es am 12./13. Juni einen ER⁴² und 25./26. Juni ein NATO-Ministertreffen⁴³ gebe. Auf beiden Treffen würden politische Erklärungen abgegeben. Dies müsse man bei der Frage eines Kommuniqués über politische Fragen in Venedig auch im Auge behalten. Bei einem Communiqué werde man im übrigen sehr viel Zeit auf die Formulierung verschwenden. Diese Zeit solle man besser für die Diskussion substantieller Fragen reservieren.

AM *Muskie* erklärte, er verstehe die französische Haltung. Auch er sehe den Wert von Vierertreffen, müsse jedoch die Frage des Mantels (cover) aufwerfen. Diese Frage müsse so gelöst werden, daß hierdurch nicht neue Probleme geschaffen würden.

BM berichtete im Anschluß hieran über Gespräch Bundeskanzler–GS Honecker⁴⁴, über die Entscheidung des deutschen NOK zum Olympia-Boycott⁴⁵ und

⁴⁰ Am 11. Mai 1980 fanden in Nordrhein-Westfalen Landtagswahlen statt. Die SPD erhielt 48,4% der Stimmen und errang damit eine absolute Mehrheit der Mandate im Landtag. Die CDU erreichte 43,2% der Stimmen, während die FDP mit 4,98% der Stimmen knapp an der 5%-Hürde scheiterte. Vgl. dazu den Artikel „Sieg der SPD in Nordrhein-Westfalen“; NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe vom 13. Mai 1980, S. 1.

⁴¹ Der Weltwirtschaftsgipfel fand am 28./29. Juni 1979 in Tokio statt. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 199.

⁴² Zur Tagung des Europäischen Rats am 12./13. Juni 1980 in Venedig vgl. Dok. 177 und Dok. 178.

⁴³ Zur NATO-Ministerratstagung am 25./26. Juni 1980 in Ankara vgl. Dok. 190.

⁴⁴ Bundeskanzler Schmidt führte am 8. Mai 1980 am Rande der Beisetzungsfeierlichkeiten für Staatspräsident Tito ein Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker. Vgl. BONN UND OST-BERLIN, S. 516–534.

⁴⁵ Das Präsidium des Nationalen Olympischen Komitees für Deutschland beschloß am 9. Mai 1980 in

über östliche, insbesondere DDR-Versuche, diese Entscheidung zu beeinflussen.⁴⁶

6) Zur Sprachregelung über Vierertreffen:

Hinweis nach außen, daß man über Deutschland als Ganzes betreffende Fragen gesprochen habe, auch im Hinblick auf die Tatsache, daß es für AM Muskie die erste Gelegenheit gewesen sei, sich über diese Fragen zu unterrichten, und im Hinblick auf die Erklärung des Warschauer Pakts vom 15.5., in der die Deutschlandfrage angesprochen worden sei.⁴⁷

VS-Bd. 14085 (010)

149

**Gespräch des Bundesministers Genscher
mit dem schweizerischen Außenminister Aubert in Wien**

202-322.00 OST

16. Mai 1980¹

Teilnahme des Herrn Bundesministers an den Feierlichkeiten in Wien am 15./16. Mai 1980 anlässlich des 25. Jahrestages der Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrags²; hier: Gespräch mit AM Aubert (Schweiz) am 16.5.1980 von 11.30 bis 12.00 Uhr

Fortsetzung Fußnote von Seite 788

Frankfurt am Main mit zwölf zu sieben Stimmen, der NOK-Vollversammlung zu empfehlen, auf eine Entsendung von Sportlern aus der Bundesrepublik zu den Olympischen Sommerspielen in Moskau zu verzichten. Vgl. dazu den Artikel „Deutsches NOK-Präsidium gegen Olympia-Teilnahme“; NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe vom 11./12. Mai 1980, S. 2.

Am 15. Mai 1980 entschied das NOK in Düsseldorf nach vierstündiger Debatte mit 59 gegen 40 Stimmen, keine Teilnehmer zu den Olympischen Spielen in Moskau zu entsenden. Dazu hieß es in der Presse: „Ungeachtet des vorangegangenen monatelangen Geschiebes vor und hinter den Kulissen, bei dem es keineswegs immer sehr vornehm zugeht, ist auf der direkt vom Fernsehen übertragenen Sitzung des deutschen NOK eine eindrucksvolle und hochstehende Debatte über Pro und Contra des Olympia-Verzichts geführt worden. [...] Die Stimmung blieb ernst, ja gedrückt. Jedem Teilnehmer war offensichtlich bewußt, daß hier kaum von Sieg oder Niederlage die Rede sein konnte, sondern lediglich von einer Wahl zwischen zwei Übeln.“ Vgl. den Artikel „Keine Olympia-Teilnahme der Bundesrepublik“; NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe vom 17. Mai 1980, S. 1.

⁴⁶ Zu den Bemühungen der DDR, die Bundesrepublik von einem Boykott der Olympischen Sommerspiele in Moskau abzuhalten, vgl. Dok. 152.

⁴⁷ Für den Wortlaut der Erklärung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts vom 15. Mai 1980 vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 321–334.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Schraepler am 20. Mai 1980 gefertigt und am selben Tag zusammen mit Aufzeichnungen über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem österreichischen Außenminister Fahr am 15. Mai 1980 bzw. mit Bundeskanzler Kreisky am 16. Mai 1980 an das Ministerbüro weitergeleitet „mit der Anregung, die Genehmigung des Herrn Ministers herbeizuführen“.

Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 29. Mai 1980 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 010, Bd. 178802.

² Für den Wortlaut des Staatsvertrags vom 15. Mai 1955 über die Wiederherstellung eines unabhängigen

Nach Begrüßungsworten durch *BM* begann *AM Aubert* das von ihm auf französisch geführte Gespräch mit dem Hinweis auf die deutsch-schweizerische Tradition, sich einmal pro Jahr zu treffen³. Er erneuerte seine Einladung an *BM*, falls dieser dazu Zeit habe.⁴ Er setzte dann das Gespräch mit der Bemerkung fort, daß Deutschland und die Schweiz eine Rolle in der gegenwärtigen Zeit am Vorabend von Madrid⁵ und des Gymnich-type Treffens in Neapel⁶ zu spielen hätten. Ihm sei bekannt, daß die EG Wirtschaftsmaßnahmen gegen den Iran in Neapel treffen würde, und er wolle⁷ dazu folgende Gedanken übermitteln:

Iran sei in einer total unmöglichen Lage, irgendwelche Entscheidungen zu treffen. Der iranische *AM* sei nach Belgrad⁸ in der Schweiz gewesen und habe dort nach einem längeren Gespräch mit ihm eine kurze Pressekonferenz gegeben.⁹ Er habe dabei seine Sorge bezüglich der internationalen Lage, Afghanistans, ausgedrückt und auch nicht die Schwierigkeiten des Iran verhehlt, die Lage in die Hand zu bekommen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 789

gigen und demokratischen Österreich vgl. BUNDESGESETZBLATT FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH 1955, S. 726–745.

³ Bundesminister Genscher und der schweizerische Außenminister Graber vereinbarten am 23. September 1977 in Bern anlässlich des Staatsbesuchs von Bundespräsident Scheel am 22./23. September 1977 jährliche Außenministertreffen. Vgl. dazu AAPD 1977, II, Dok. 254.

⁴ Botschafter Lebsanft, Bern, teilte am 16. Dezember 1980 mit, 1978 sei kein Treffen des Bundesaußenministers Genscher mit seinem schweizerischen Amtskollegen zustande gekommen: „Im Oktober 1979 war Bundesrat Aubert in Bonn. Dabei wurde ein Besuch von Bundesminister Genscher in Bern für 1980 ins Auge gefaßt. Bundesrat Aubert hat den Besuch wiederholt als ‚fest versprochen‘ bezeichnet.“ Ein Besuch Genschers in Bern sei „überfällig. Nach Möglichkeit sollte ein Termin in der ersten Hälfte 1981 festgesetzt werden.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 1404; Referat 203 (202), Bd. 140596.

⁵ Die KSZE-Folgekonferenz wurde am 11. November 1980 in Madrid eröffnet. Vgl. dazu Dok. 319 und Dok. 322.

⁶ Am 17./18. Mai 1980 fand in Neapel ein informelles Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ statt. Ministerialdirigent Dröge resümierte am 20. Mai 1980: „Im Vordergrund der Beratungen der acht Minister (wegen der Regierungsbildung war Belgien nicht vertreten) standen die Fragen der Inkraftsetzung der Wirtschaftssanktionen gegen Iran, das Problem der britischen Nettobelastung und der Nahost-Konflikt. [...] In der Sanktionsfrage kam es in Ausführung der Luxemburger Beschlüsse vom 22.4. zu der für die europäisch-amerikanischen Beziehungen wichtigen gemeinsamen Erklärung über unverzügliche Inkraftsetzung von Wirtschaftssanktionen. Hierüber wurde *AM Muskie* auf Vorschlag des Bundesministers durch die Präsidentschaft umgehend telefonisch unterrichtet. Erste amerikanische Reaktion war positiv. Meinungsaustausch zur britischen Nettobelastung durch den EG-Haushalt ergab angesichts weiter bestehender Differenzen keine Einigung. Frage soll von ECOFIN und dann Rat vor Monatsende nochmals aufgenommen werden. Bundesminister hat britische Seite im Verlauf der Beratungen mehrfach nachdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß das finanzielle Angebot des Bundeskanzlers auf dem Europäischen Rat vom 28.4.1980 nicht mehr gültig ist. Zur Nahostfrage erzielten die Minister grundsätzlich Einigung über das weitere Vorgehen der Neun (EAD, neue Nahosterklärung, VN).“ Vgl. Referat 200, Bd. 119460.

Für den Wortlaut der Erklärung vgl. BULLETIN DER EG 4/1980, S. 28.

⁷ Korrigiert aus: „und wolle“.

⁸ Der iranische Außenminister Ghotbzadeh nahm am 8. Mai 1980 an den Trauerfeierlichkeiten für Staatspräsident Tito in Belgrad teil.

⁹ In der Presse wurde berichtet: „Offenbar auf Initiative der iranischen Seite hin sind der iranische Außenminister Ghotbzadeh und dessen schweizerischer Amtskollege, Bundesrat Aubert, am Freitag morgen im Flugzeug Ghotbzadehs gemeinsam von Belgrad nach Zürich geflogen. In einem Züricher Hotel wurden die Gespräche über die zahlreichen Fragen aufgenommen, die sich aus dem von der Schweiz übernommenen Mandat zur Vertretung der amerikanischen Interessen in Iran für beide Seiten ergeben.“ Vgl. den Artikel „Treffen Ghotbzadehs mit Aubert in Zürich“, NEUE ZÜRCHER ZEITUNG; Fernausgabe vom 10. Mai 1980, S. 2.

Unter Hinweis auf die Bedeutung der vertrauensbildenden Maßnahmen in Madrid könnte man versuchen, vor diesem Zeitpunkt Schritte in der Entspannung zu erreichen. Die Frage sei deshalb, wo, wann und wie man dieses erreichen könne. Dies sei für die Beziehung Ost–West wichtig. Er möchte deshalb gerne wissen, ob BM noch an Madrid festhalte, und seine Haltung zur Abrüstung kennenlernen. Unter Hinweis auf die Verbindung zwischen Madrid und Abrüstungskonferenz¹⁰ fürchtet er die Blockbildung, was für neutrale Staaten zu Schwierigkeiten führen könne.

Nach BM müsse das erste Ziel sein, daß die Lage in Europa nicht verschärft werde, daß sich die Krisen nicht auf Europa durchschlugen. Hierfür sei die Art und Weise entscheidend, wie man an Madrid herangehe. Die Bundesregierung halte unverändert an der Folgekonferenz in Madrid fest, die allerdings eine politische Konferenz sein müsse. Die europäische Abrüstungskonferenz müßte über Madrid betrieben werden. Dafür müsse man sich einsetzen. Der Warschauer Pakt wolle dies auch.

BM fuhr fort, daß er die Bedenken kenne, die gegen zu viel Konferenzen geäußert würden, zu wenig sei jedoch noch schlechter. Der Ost-West-Dialog dürfe nicht zur Sprachlosigkeit führen. Er begrüßte deshalb das bevorstehende Gespräch zwischen Muskie und Gromyko¹¹. Er selbst sehe Gromyko heute abend.¹²

Der BK und er würden nach Moskau gehen, wenn auch der Termin noch nicht bestimmt sei. Dieser läge auf keinen Fall vor Venedig¹³, aber auch nicht nach den Olympischen Spielen¹⁴ (Bundestagswahl¹⁵). Er selbst ziehe einen Zeitpunkt nach Venedig vor. Er habe den Eindruck, daß die UdSSR die deutsche Position nicht zu ungünstig sehe.

Er habe Muskie gesagt, daß er ein Treffen mit Gromyko nicht als Zufall betrachten solle, sondern als Anfang. Er habe ferner der US-Regierung geraten, die Geiselfrage nicht zum Zentrum des Interesses zu machen. Die Bundesregie-

¹⁰ Zum französischen Vorschlag einer Konferenz für Abrüstung in Europa vgl. Dok. 100.

Zum Vorschlag des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, Gierek, vom 11. Februar 1980 für eine Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 55, Anm. 39.

¹¹ Der amerikanische Außenminister Muskie und der sowjetische Außenminister Gromyko führten am 16. Mai 1980 in Wien ein Gespräch. Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 19. Mai 1980, Muskie habe mitgeteilt, er habe die sowjetische Intervention in Afghanistan „als das wichtigste Hindernis in den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen bezeichnet. Die Invasion habe einen tiefgreifenden Stimmungsumschwung in den Vereinigten Staaten bewirkt.“ Vor einem sowjetischen Truppenrückzug bestehe in den USA keine Aussicht auf eine Ratifizierung des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979. Gromykos Einwand, „daß das Scheitern von SALT II schon vor Afghanistan klar gewesen sei“, habe Muskie, widersprochen und dargelegt, die USA würden die Vertragsbestimmungen auch so einhalten und würden dasselbe von der UdSSR erwarten. Gromyko habe zwei Aspekte betont: „1) Globale Verantwortlichkeiten sowohl der Sowjetunion als auch der Vereinigten Staaten. 2) Gleichheit der beiden Mächte, wobei er den Sicherheitsaspekt besonders hervorgehoben habe. Die Vereinigten Staaten strebten jedoch Überlegenheit über die Sowjetunion an.“ Weitere Gesprächsthemen seien die amerikanisch-chinesischen Beziehungen und Iran gewesen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2025 und Nr. 2026; VS-Bd. 11122 (204); B 150, Aktenkopien 1980. Vgl. dazu ferner Dok. 145, Anm. 15.

¹² Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 16. Mai 1980 in Wien vgl. Dok. 151.

¹³ Zum Weltwirtschaftsgipfel am 22./23. Juni 1980 vgl. Dok. 184 und Dok. 185.

¹⁴ Die Olympischen Sommerspiele fanden vom 19. Juli bis 3. August 1980 in Moskau statt.

¹⁵ Die Wahlen zum Bundestag fanden am 5. Oktober 1980 statt.

rung habe ihr ferner mitgeteilt, daß sie die Beziehungen zum Iran nicht abbrechen würde. Ein Abbruch sei ein untauglicher Versuch; die Sanktionen gegen Iran würden jetzt beschlossen werden.

Er halte es für möglich, daß es Leute im Iran gäbe, die die Sanktionen für richtig hielten. Bei Afghanistan müßten die Auswirkungen auf die Dritte Welt berücksichtigt werden. Man müsse aber auch an seiner Linie festhalten. Er selbst wünsche, daß die Dritte Welt eine bessere Einschätzung in Europa erführe. Man müsse Jugoslawien ermutigen, die Rolle in der Dritten Welt weiter zu spielen, damit diese nicht anti-europäisch sei. Er sei bezüglich der Lage in Nahost höchst besorgt; das israelische Gesetz betreffend die Unteilbarkeit Jerusalems stelle eine Provokation dar, die für Sadat Schwierigkeiten erzeugen könnte.¹⁶ Nach seiner Auffassung werde bis zum 26.5.1980 kein Ergebnis erreicht werden, was zu einer Stützung der arabischen Front beitragen und den Gemäßigten nicht helfen werde.

Das saudische Königtum könne sich nur halten, weil es Sachwalter des Islams sei. Gäbe es diese Rolle auf, sei seine Herrschaft zu Ende. Das Gesetz betreffend Jerusalem sei ein Schlag ins Gesicht der Weltöffentlichkeit. Saudi-Arabien denke nicht nur an Afghanistan oder Iran; es denke vor allem an den Nahost-Konflikt. Es sei bekannt, daß die Palästinenser in den Golfstaaten entscheidende Positionen hätten. Die Saudis hätten deshalb vor allem ein Eigeninteresse. All dies müsse man sehen. Wir machten uns deshalb in Europa erhebliche Gedanken über die Lage in Nahost, schon deshalb, damit sich die UdSSR dort nicht festsetze. Die arabischen Staaten verstünden, daß wir ihre Sorgen teilten. Insgesamt wolle die Bundesregierung keine Transferierung der Konflikte nach Europa, da die Bundesregierung an sensibelster Stelle stünde.

AM dankte für die ausführliche Darlegung und kam im folgenden auf den Iran zu sprechen. Schweiz sei von den USA mit der Wahrnehmung ihrer Interessen beauftragt¹⁷, während der Iran Algerien darum gebeten habe. Bezüglich der Geiselfrage glaube er, daß man ein Gesamtkonzept ausarbeiten müsse, das alles umfasse (Geiseln, Iraner in den USA, Sanktionen u. a.). Iran sei zur Zeit unfähig zu Aktionen. Algerien und Schweiz könnten deshalb hier etwas unternehmen.

Weitere Staaten wie die Bundesrepublik und islamische Staaten könnten außerhalb der VN zusammenkommen, um Kontakte und Möglichkeiten zu besprechen.

AM fuhr fort, die Politik der Neutralität der Schweiz mache diese disponibel, im Auftrag von Staaten zu handeln, die zum einen engagiert seien, zum anderen nichts tun könnten. Die Schweiz biete deshalb ihre guten Dienste an.

BM dankte für die Ausführungen und regte an, im Kontakt zu bleiben, zumal die Bundesregierung neben Frankreich im Iran über beste Positionen verfüge. Man wisse allerdings nicht, was der amerikanische Wahlkampf¹⁸ noch mit sich bringe und wie sich dieser auf Carter auswirke. Bei einem Gespräch mit Mus-

¹⁶ Zur Initiative für ein Jerusalem-Gesetz im israelischen Parlament vgl. Dok. 148, Anm. 22.

¹⁷ Die Schweiz übernahm am 24. April 1980 die Schutzmachtvertretung für die USA in Teheran.

¹⁸ Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

kie habe er diesen als Anregung auf die von allen Parteien des Bundestags bei der Behandlung der Schleyer-Entführung¹⁹ gemeinsam übernommene Verantwortung hingewiesen.

Zum Abschluß fragte BM, ob die Entscheidung des deutschen NOK²⁰ auf die schweizerische Entscheidung Einfluß hätte.

AM hält es nicht für ausgeschlossen, daß viele für Boykott eingetreten seien. Allerdings sei das NOK in seiner Entscheidung frei; da der Sport nicht staatlich sei, gebe es auch keine Subventionen. Jede sportliche Vereinigung stelle den Sportlern die Teilnahme frei. Das schweizerische NOK habe sich mit 22 gegen 24 Stimmen für die Teilnahme ausgesprochen.²¹ Er selbst, Aubert, würde nicht gehen, allerdings wäre eine Einflußnahme der Regierung auf die Sportler ein Verstoß gegen die schweizerische Tradition.

Referat 010, Bd. 178802

150

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem ungarischen Außenminister Puja in Wien

16. Mai 1980¹

Gespräch Bundesminister mit dem ungarischen AM Puja am 16. Mai in Wien 17.50 Uhr bis 18.30 Uhr, Ort: Ungarische Botschaft in Wien²

Teilnehmer auf ungarischer Seite: AM Puja, ungarischer Botschafter in Wien³, Hauptabteilungsteiler in ungarischem Außenministerium⁴, Dolmetscher.

¹⁹ Der Präsident der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, Schleyer, wurde am 5. September 1977 in Köln von RAF-Mitgliedern entführt und am 18. Oktober 1977 ermordet. Vgl. dazu AAPD 1977, II, Dok. 242 und Dok. 288.

²⁰ Zur Entscheidung des NOK vom 15. Mai 1980 in Düsseldorf vgl. Dok. 148, Anm. 45.

²¹ So in der Vorlage.

In der Presse wurde dazu berichtet: „Innert der vom Schweizerischen Olympischen Komitee (SOK) festgelegten Frist (22. Mai) haben sich 12 der 16 Fachverbände, die Olympiateilnehmer melden können, für eine Teilnahme an den Moskauer Spielen bzw. an den Segelregatten in Tallinn entschieden. [...] Wie zum Teil seit langem bekannt, verzichten der Schweizerische Pferdesportverband, der Schweizerische Schützenverein, der Schweizerische Fechtverband und der Eidgenössische Turnverein auf eine Teilnahme an den Wettkämpfen in der sowjetischen Hauptstadt.“ Vgl. den Artikel „12 von 16 Schweizer Verbänden in Moskau“, NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe vom 25./26. Mai 1980, S. 27.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 18. Mai 1980 gefertigt und am folgenden Tag an das Büro Staatssekretäre „vorbehaltlich der Genehmigung durch BM“ weitergeleitet. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 010, Bd. 178802.

² Bundesminister Genscher hielt sich am 15./16. Mai 1980 anlässlich des 25. Jahrestages des Staatsvertrags vom 15. Mai 1955 über die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich in Wien auf.

³ Jenő Randé.

⁴ János Petrán.

Teilnehmer auf deutscher Seite: BM, Botschafter Graf Podewils, VLR I Sudhoff, VLR von Braunmühl, VLR Schraepler.

Bundesminister begrüßte es, daß das Gespräch in der jetzigen schwierigen Zeit zustande gekommen sei, und bat um eine Erläuterung der Beschlüsse des WP-Treffens in Warschau, von dem Puja gerade zurückgekommen sei.⁵

Puja gab einen kurzen Überblick über die beiden Dokumente: die Deklaration und die Erklärung.⁶

Hinsichtlich Afghanistans sei in der Deklaration die Notwendigkeit einer politischen Lösung betont worden. Falls keine Einmischung von anderen Gebieten mehr stattfinde, könne man mit dem Abzug der sowjetischen Truppen rechnen. Das Hauptaugenmerk sei auf Europa gerichtet. Die Vorschläge im Abrüstungsbereich seien größtenteils schon bekannt. Zu den Mittelstreckenraketen sei der bekannte östliche Standpunkt wiedergegeben worden. In der Erklärung habe man zu einer Zusammenkunft eines internationalen Forums aufgerufen. Welche Staaten daran teilnehmen sollten, sei Gegenstand weiterer Beratungen. Das Forum solle die Spannungen in der Welt erörtern. Beide Dokumente seien von allen Mitgliedstaaten des WP unterzeichnet. Sie würden uns wohl noch auf offiziellem Weg übermittelt werden. Dann könnten die beiden Vorschläge noch eingehender behandelt werden.

Puja wandte sich dann der Weltlage zu und meinte: „Sie kennen unseren Standpunkt.“

Die Verschlechterung der Ost-West-Beziehungen habe 1978 mit den Washingtoner NATO-Beschlüssen⁷ begonnen. Schließlich habe die NATO-Entscheidung

⁵ Die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts fand am 14./15. Mai 1980 in Warschau statt. Vortragender Legationsrat Boll teilte dazu am 22. Mai 1980 mit: „In dieser Besetzung (Staats- und Parteichefs, Außenminister, Verteidigungsminister, Chefideologen) treffen sich WP-Staaten etwa alle zwei Jahre. Diesjähriges Treffen hat drei Dokumente verabschiedet: ein Kommuniqué, eine kurze Erklärung (Inhalt: Vorschlag eines ‚Weltgipfeltreffens‘), eine sehr lange ‚Deklaration‘. Boll stellte fest: „Fragen der Abrüstung und der Rüstungskontrolle nehmen in dem umfangreichen Dokument den breitesten Raum ein. Hier ist der WP offensichtlich um Vollständigkeit auf Kosten der Originalität bemüht.“ Erkennbar sei, „daß Ansätze für eine auch im westlichen Sinne positive Weiterentwicklung der Rüstungskontrolle beschränkt sind. Nur in wenigen Punkten werden bisherige Positionen weiterentwickelt. Die neuen Vorschläge sind entweder sehr generell gehalten oder einseitig an östlichen Interessen orientiert.“ Neu sei der „Vorschlag für ein Einfrieren der Streitkräfte in dem ‚von der Schlußakte der KSZE festgelegten Gebiet‘ für alle Staaten und Staatengruppierungen. Darunter ist wohl nur der Geltungsbereich für die Vorankündigung von Manövern gemeint, der sich auf sowjetischem Territorium auf einen Gebietsstreifen von 250 km beschränkt“. Neu sei ferner „der Vorschlag, Maßnahmen der ‚militärischen Entspannung‘, namentlich vertrauensbildende Maßnahmen, Reduzierung von Streitkräften, Abzug von Schiffen mit Kernwaffen, Verzicht auf Stationierung von Kernwaffen auf dem Territorium von nicht-nuklearen Mittelmeerstaaten, für den Mittelmeerraum zu vereinbaren. Er zielt insbesondere auf die Schwächung der amerikanischen maritimen Präsenz im Mittelmeer ab und soll gleichzeitig der Argumentation gegen die vorgesehene Stationierung von Cruise Missiles in Italien dienen.“ Besonders herausgestellt werde der Vorschlag für eine Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung in Europa: „Konferenzvorschläge anderer Staaten sollen aufmerksam geprüft werden, ohne daß der französische Vorschlag, der zeitlich vor dem entsprechenden Vorschlag des WP gemacht wurde, erwähnt wird.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 67; Referat 012, Bd. 115729.

⁶ Für den Wortlaut der Erklärung bzw. der Deklaration des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts vom 15. Mai 1980 vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 321–334.

⁷ Zur NATO-Ratstagung auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 30./31. Mai 1978 in Washington und dem dabei verabschiedeten Langfristigen Verteidigungsprogramm der NATO vgl. Dok. 1, Anm. 9.

über die Stationierung neuer Mittelstrecken in Europa⁸ eine äußerst gefährliche Lage geschaffen. Die WP-Staaten hätten ihren Vorschlag wiederholt, daß bei Nichtdurchführung dieses NATO-Beschlusses Verhandlungen stattfinden könnten. Er wolle dazu eine persönliche Bemerkung „ohne Vollmacht“ machen: Die sowjetische Führung messe dieser Frage entscheidende Bedeutung zu. Sie fühle sich hier sehr enttäuscht. Carter habe bei dem Wiener SALT-Gipfel⁹ davon gesprochen, daß Gleichgewicht bestehe. Trotzdem habe die NATO diese Entscheidung gefällt. Eine zweite persönliche Bemerkung wolle er zu Afghanistan machen: Er könne nicht verstehen, warum dieses Problem so hochgespielt worden sei. In der Vergangenheit habe man öfter solche Probleme gehabt. Die sowjetischen Führer gingen davon aus, daß die Sowjetunion keine Absicht habe, aus dieser Region Öl zu beziehen. Öl aus dieser Region brauche vor allem Westeuropa. Puja verwies auf den Vertrag der Sowjetunion mit Afghanistan aus dem Jahre 1922.¹⁰

Er wolle noch eine dritte persönliche Bemerkung machen: Die Bemühungen der Koalition in Bonn um die Entspannungspolitik würden in Ungarn sehr hoch eingeschätzt. Dies habe Kádár dem Bundeskanzler und er selbst dem Bundesminister schon erläutert.¹¹ Nach ungarischer Auffassung wäre ohne die Zustimmung der Bundesrepublik Deutschland zur Regelung des Verhältnisses zwischen beiden deutschen Staaten die Entspannung nicht zustande gekommen. Jetzt sei auf ungarischer Seite die Enttäuschung sehr groß über die Entscheidung über die Mittelstreckenraketen. Er könne verstehen, daß wir Bündnisverpflichtungen hätten, die hätten die Ungarn auch. Nach der NATO-Entscheidung vom Dezember 1979 sei das Gleichgewicht labil und die Einhaltung des Wettstreits schwierig geworden. Ohne ein vernünftiges Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den sozialistischen Staaten könne es keinen Frieden in Europa geben. Der Einfluß der Bundesrepublik sei allen bekannt. Nach seinem Gefühl würde es die Sowjetunion nicht gern sehen, wenn in den Beziehungen zur Bundesrepublik wieder eine Periode der Konfrontation beginnen

⁸ Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 10.

⁹ Präsident Carter und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, trafen vom 15. bis 18. Juni 1979 anlässlich der Unterzeichnung des SALT-II-Vertrags in Wien zusammen. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 181, und AAPD 1979, II, Dok. 211.

¹⁰ Am 28. Februar 1921 schlossen Afghanistan und die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik einen Freundschaftsvertrag. Für den Wortlaut vgl. SOVIET DOCUMENTS, S. 233–237.

¹¹ In einem Bundeskanzler Schmidt am 12. Februar 1980 vom ungarischen Botschafter in Bonn, Kővári, übergebenen Schreiben des Ersten Sekretärs des ZK der USAP, Kádár, vom 1. Februar 1980 wurde Ungarns Bekenntnis zu einer Politik der Entspannung betont. Kádár führte aus, er habe aus den Äußerungen führender Repräsentanten der Bundesrepublik den Schluß gezogen, „daß auch die Regierung der Bundesrepublik Deutschland von ähnlichen Überlegungen geleitet wird“. Allerdings sei die Entspannungspolitik bedroht durch den NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979, „der taktisch im Zeichen der Erzwingung der militärischen Überlegenheit konzipiert“ worden sei: „Zu Verhandlungen braucht man nun neue Grundlagen, das heißt, die NATO soll ihren Beschluß modifizieren oder von dessen Verwirklichung Abstand nehmen. Ich muß auch das offen sagen, Herr Bundeskanzler, daß die westlichen Vorschläge in Wien zur Reduzierung der Streitkräfte in Mitteleuropa eine Enttäuschung verursachten. [...] Die Entspannung und der Frieden der Welt werden – nachdem der NATO-Beschluß die internationale Lage schon verschärfte – durch die unter dem Vorwand der Ereignisse in Afghanistan entfesselte westliche Propagandakampagne, noch mehr durch die Folgen der von den Vereinigten Staaten getroffenen Maßnahmen gefährdet.“ Kádár forderte die Bundesregierung auf, „ihr internationales Gewicht und Ansehen“ für eine Fortführung der Entspannungspolitik einzusetzen. Vgl. die Anlage zum Gespräch Schmidts mit Kővári; VS-Bd. 14085 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

würde. Der Bundesminister kenne die Sowjets. Er wolle nicht sagen, daß die Ungarn sie besser kennen als wir, aber sie kennen sie auch. Wir wissen, daß, wenn in der Sowjetunion einmal etwas entschieden sei, einmal eine Situation negativ beurteilt werde, dann habe man damit eine neue Phase, die wieder rückgängig zu machen schwierig sei. Er sei froh zu erfahren, daß der Bundeskanzler in die Sowjetunion reisen wolle. Er wisse nicht, ob schon ein Termin feststehe.¹² Ungarn hoffe auf eine Annäherung. Das wäre im ungarischen Interesse, aber auch in dem unseren.

Bundesminister stimmte der Würdigung der Haltung der Bundesrepublik Deutschland und der Bundesregierung zur Entspannungspolitik, die Puja abgegeben hatte, zu und betonte, daß sich daran nichts geändert habe. Wir hätten in jeder Phase Wert darauf gelegt, unsere Position sehr klar zu machen. Das Thema der Mittelstreckenraketen sei mit der sowjetischen Führung im Mai 1978 erörtert worden.¹³ Wir hätten unsere Besorgnis ausgedrückt, daß durch die Stationierung der SS-20 unser Territorium bedroht würde. Dennoch sei die Stationierung fortgesetzt worden. Das Potential würde immer größer. Jede Woche werde eine neue SS-20 stationiert. Das bedrücke uns sehr. Trotzdem seien wir der Meinung – und hier stimme er Kádár zu: Die Welt dürfe nicht in einen neuen Rüstungswettlauf gestürzt werden. Deshalb hätten wir mit der Entscheidung über die Produktion und Stationierung der Mittelstreckenraketen – wobei die Produktion in den USA und die Stationierung in Europa erfolge – ein Verhandlungsangebot ohne jede Vorbedingung verbunden.

Puja fragte dazwischen, ob sich die Stellungnahme des Bundeskanzlers auf die Stationierung oder auch auf die Produktion beziehe. Auf die Frage des Bundesministers, welche Stellungnahme Puja meine, meinte dieser: die Stellungnahme, daß eine Stationierung der Raketen nicht stattfinden solle.¹⁴

BM: Auf westlicher oder auf östlicher Seite?

Puja: Auf beiden Seiten.

BM: Eine Stellungnahme zur Stationierung auf westlicher Seite hätte auch gar nicht abgegeben werden können, da die Stationierung der neuen Raketen bei uns frühestens 1983 möglich sei. Der Bundeskanzler habe in seiner Erklärung angeknüpft an Erklärungen, die er und der Bundesminister schon Ende 1979 abgegeben hätten und in denen sie gesagt hätten: Da wir in Westeuropa drei bis vier Jahre lang noch nicht in der Lage seien, Mittelstreckenraketen zu stationieren, sollte man verhandeln, und die Verhandlungen würden erleichtert, wenn in dieser Zeit auch die Sowjetunion keine weiteren Mittelstreckenraketen stationieren würde.

Puja verwies darauf, daß vor der NATO-Entscheidung in Brüssel Breschnew einen Verhandlungsvorschlag gemacht habe.¹⁵ Die NATO-Entscheidung habe

¹² Zum Stand der Planungen für einen Besuch des Bundeskanzlers Schmidt in der UdSSR vgl. Dok. 136, Anm. 13.

¹³ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, hielt sich vom 4. bis 7. Mai 1978 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 135, Dok. 136, Dok. 142 und Dok. 143.

¹⁴ Zu den Äußerungen des Bundeskanzlers Schmidt am 11. April 1980 in Hamburg bzw. am 12. April 1980 in Essen vgl. Dok. 111.

¹⁵ Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin vgl. Dok. 29, Anm. 5.

dann die Sowjetunion in eine Lage versetzt, in der ihr der Westen mit einer Politik der Stärke gegenübertrat. Es sei klar, daß die Sowjetunion auf dieser Grundlage nicht zu Verhandlungen bereit sei.

BM wirft zum Begriff Politik der Stärke ein: Wir seien schwach auf diesem Gebiet, denn wir hätten keine solchen Waffen bei uns.

Puja fährt fort: Er verstehe nicht, warum sich die Bundesrepublik als gefährdet betrachte, wenn keine Mittelstreckenraketen auf ihrem Territorium stationiert seien. Diese Frage habe er auch dem Bundeskanzler gestellt. Die SS-20 seien gerichtet auf die US-Basen in der Türkei. Außerdem gebe es die amerikanische nukleare U-Boot-Flotte, die amerikanische nuklearfähige Luftflotte und die Nuklearstreitkräfte Frankreichs und Großbritanniens. Die SS-20 sei ein Gegengewicht dazu. Sie sei nicht auf Länder gerichtet, in denen keine solchen Raketen stationiert seien.

BM erwidert: Wir müßten nicht noch einmal unsere Besorgnis, die der Bundeskanzler in Ungarn erläutert habe¹⁶, wiederholen wegen der Waffen, die natürlich auf die Bundesrepublik Deutschland gerichtet seien. Wir hätten in der Vergangenheit erhebliche Fortschritte im Ost-West-Verhältnis dadurch gemacht, daß wir uns an den Verhandlungstisch gesetzt hätten. Also solle man dies auch heute machen, das heißt die Großmächte, die Mittelstreckenwaffen hätten oder produzieren wollten; er hoffe, dieses Gespräch finde schon hier und heute statt. Wir hätten große Sorgen wegen der Entwicklung im Bereich der Mittelstreckenraketen. Deshalb sollte man diese Frage am Verhandlungstisch erörtern.

Was Madrid angehe¹⁷, so seien wir für die Durchführung dieses Folgetreffens auf Außenministerebene. Dort sollte man auch ein Mandat für eine europäische Abrüstungskonferenz beschließen. Die östliche und die westliche Seite hätten Vorstellungen dazu entwickelt¹⁸; man solle sehen, wie die zusammenpaßten. In Wien solle man sich weiter um Ergebnisse bemühen.¹⁹ Gespräche seien die einzige Möglichkeit zur Lösung der Probleme. Es sei nicht gut, wenn jeder sage, erst müsse der andere etwas tun, bevor man sprechen könne. Wir hätten nie den Moskauer Vertrag²⁰, den Warschauer Vertrag²¹, den Vertrag mit der ČSSR²², den Grundlagenvertrag mit der DDR²³ erreicht, wenn jeder erst ge-

¹⁶ Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 4. bis 6. September 1979 in Ungarn auf. Für die Gespräche mit dem Ersten Sekretär der USAP, Kádár, am 4. und 5. September 1979 vgl. AAPD 1979, II, Dok. 251 und Dok. 255.

¹⁷ Die KSZE-Folgekonferenz wurde am 11. November 1980 in Madrid eröffnet. Vgl. dazu Dok. 319 und Dok. 322.

¹⁸ Zum französischen Vorschlag einer Konferenz für Abrüstung in Europa vgl. Dok. 100.

Zum Vorschlag des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, Gierek, vom 11. Februar 1980 für eine Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 55, Anm. 39.

¹⁹ In Wien fanden seit 30. Oktober 1973 die MBFR-Verhandlungen statt. Zum Stand nach der 20. Gesprächsrunde vgl. Dok. 114.

²⁰ Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f.

²¹ Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362 f.

²² Für den Wortlaut des Vertrags vom 11. Dezember 1973 über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der ČSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 990–992.

²³ Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwi-

sagt hätte: Das und das müsse passieren, bevor das und das möglich sei. Dasselbe gelte für Afghanistan, und auch da solle man sprechen. Er kenne niemanden, der sich in Afghanistan einmischen wolle. Wir hätten eine klare Position, wie sie die Neun in Rom dargelegt hätten.²⁴ Alle, die es angehe, sollten darüber sprechen. Man müsse den Völkern in Ost und West das Vertrauen vermitteln, daß wir uns der Probleme bewußt seien und daß es keines gebe, über das man nicht sprechen könne. Bundeskanzler Kreisky habe in seiner Ansprache einen bedeutungsvollen Gedanken geäußert, daß nämlich die schwersten Probleme lösbar seien, wenn jeder bereit sei, sich in die Lage des anderen zu versetzen.²⁵ Wir seien dazu bereit, die andere Seite müsse dies aber auch sein. Was Afghanistan betreffe, wolle er hinzufügen: Je schneller die Besatzungstruppen Afghanistan verließen, desto besser.

Puja: Er sei im Prinzip einverstanden: Man müsse sich an den Verhandlungstisch setzen. Er sei auch einverstanden, daß kein Ergebnis zu erwarten sei, wenn man nicht ohne Vorbehalte an den Verhandlungstisch gehe. Dies gelte für Madrid, für die Wiener Verhandlungen. Aber seines Erachtens werde im Westen nicht richtig verstanden, daß mit der Mittelstreckenentscheidung beabsichtigt worden sei, die Sowjetunion an die Wand zu drängen.

BM wirft ein: Wir hatten diese Absicht nicht, auch die Amerikaner nicht.

Puja fährt fort: Die Amerikaner hätten die Mittelstreckenraketen, und sie hätten den Finger auf dem Knopf. Sie hätten SALT II nicht ratifiziert²⁶ und dann die Entscheidung über die Mittelstreckenraketen gefaßt; darauf hätten die Sowjets reagiert.

BM: Die Reihenfolge sei umgekehrt gewesen: Erst die SS-20, dann die Mittelstreckenraketenentscheidung, dann der sowjetische Einmarsch in Afghanistan, dann die Aussetzung der Behandlung von SALT II im Kongreß. Letzteres habe der amerikanische Präsident nicht getan, um SALT II zu torpedieren, sondern um das Abkommen zu retten.

Puja: Nach seiner Auffassung habe Afghanistan nichts mit den anderen Fragen zu tun. Es sei künstlich damit verbunden worden. Afghanistan habe schon immer zur Interessensphäre der Sowjetunion gehört, seit 1922 – unter dem König²⁷ und auch unter Daud. Jetzt werde das Märchen verbreitet, die Sowjetunion wolle das Öl Saudi-Arabiens. Der Sowjetunion sei klar, daß Öl ein lebenswich-

Fortsetzung Fußnote von Seite 797

schen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429.

²⁴ Vgl. dazu die Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vom 19. Februar 1980; BULLETIN DER EG 2/1980, S. 88 f. Vgl. dazu auch Dok. 57.

²⁵ Bundeskanzler Kreisky erklärte am 16. Mai 1980 in seiner Rede anlässlich der Enthüllung einer Gedenktafel in Schloß Belvedere, die an die Unterzeichnung des Staatsvertrags für Österreich am 15. Mai 1955 erinnerte: „So möchte ich der Hoffnung Ausdruck geben, daß die gegenwärtigen welt-politischen Reibungszonen, die zwar geographisch weit von uns entfernt liegen – aber was bedeutet heute ‚weit von uns‘ –, sehr bald in einen Prozeß der Ruhigstellung einbezogen werden können. Denn nur dann werden wir uns das bewahren können, was wir heute in Europa haben. Hier kann nicht der Platz sein, auf einzelne dieser Probleme einzugehen. Wir glauben aber, daß bei ruhiger Überlegung und bei einer gewissen Bereitschaft, auch die Motive des anderen zu verstehen, sich Lösungen finden lassen, die für alle akzeptabel sind.“ Vgl. Referat 202, Bd. 115676.

²⁶ Zum Stand des Ratifizierungsverfahrens des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 im amerikanischen Senat vgl. Dok. 59.

²⁷ Mohammad Zahir Shah.

tiges Interesse des Westens sei. Er habe das Gefühl, daß in diesem Zusammenhang alles auf den Kopf gestellt werde. Auch zur Zeit von Taraki und Amin sei die Sowjetunion in Afghanistan gewesen. Sie sei insgesamt 14 Mal in Afghanistan gewesen. Nur habe man früher die Sowjetunion dort nicht bemerkt. Den Tod von Taraki²⁸ habe man auch nicht übel genommen. Aber als Amin ums Leben gekommen sei²⁹, habe man dies übelgenommen. Nachdem der gemäßigtste Politiker gekommen sei, habe man die Sache hochgespielt. Die Sowjetunion wolle nicht über die Grenzen Afghanistans hinausgehen. Die sowjetischen Truppenbewegungen könnten von den USA genau verfolgt werden. Die sowjetische Armee wäre nicht in der Lage und habe keinen Willen, weiterzugehen. Im amerikanischen Senat würden jedoch andere Behauptungen aufgestellt.

Zum Iran sagte Puja: Die künftige Linie dieses Landes lasse die östliche Seite nicht vollkommen unberührt. Sie habe aber nicht die Absicht, sich einzumischen. Wenn Bani Sadr sich konsolidiere, „hat er unseren Segen“. Wenn er eine dem Westen gegenüber freundliche Politik mache, solle er das tun. Der Schah³⁰ habe das auch getan. Man habe auf östlicher Seite nichts mit dem zu tun gehabt, was im Iran passiert sei. Es sei auch nicht wahr, daß Pakistan das nächste Ziel sei. Es gehe jetzt darum, ob die Vorschläge des Warschauer Pakts angenommen würden. Sie sähen Garantien dafür vor, daß keine Elemente über die afghanische Grenze in das Land kämen. Heute vormittag habe er mit Lord Carington gesprochen, der gesagt habe, man könne keine sowjetische Marionettenregierung in Afghanistan akzeptieren. Er, Puja, halte diesen Ausdruck für verdächtig. In diesem Sinne würden wohl auch die ungarische Regierung und alle sozialistischen Regierungen, abgesehen von Rumänien, so bezeichnet werden.

BM: Wenn das, was Puja über Iran gesagt habe, öffentlich erklärt würde, wäre es noch besser. Man frage sich im Westen, warum die östliche Seite sich nicht stärker für die Freilassung der amerikanischen Geiseln einsetze. Dies sei eine Sache aller Staaten. Was Afghanistan angehe, so hätten wir keine Zweifel daran gelassen, daß wir die sowjetischen Sicherheitsinteressen sähen. Wir wollten dort keine Stützpunkte und keinen Einfluß. Die inneren Angelegenheiten seien Sache der Afghanen. Die Neun hätten sich in Rom für die Blockfreiheit und Unabhängigkeit Afghanistans eingesetzt. Diese Position könne für niemanden bedrohend sein. Ihre Regierungsform müßten die Afghanen selbst entscheiden. Zur Frage der Mittelstreckenraketen wolle er noch einmal betonen: Die andere Seite solle unsere Position ernstnehmen. Wir wollten Verhandlungen ohne Vorbedingungen, wir machten uns große Sorgen. Jetzt sei nicht die Zeit für taktische Positionen. Wenn es ihm gelungen sein sollte, Puja dies klar zu machen, wäre das gut. Er habe ihm nie etwas Falsches gesagt; Puja solle ihm auch jetzt unseren ernststen Verhandlungswillen abnehmen. An den Verhandlungstisch zu gehen, sei jetzt das Wichtigste für die Bewahrung des Weltfriedens. *BM* bittet, Kádár zu grüßen.

Puja bittet, Grüße von Kádár dem Bundeskanzler zu übermitteln.

²⁸ Zur Ermordung von Präsident Taraki am 16. September 1979 vgl. Dok. 6, Anm. 4.

²⁹ Zum Sturz von Präsident Amin am 27./28. Dezember 1979 und der Machtübernahme durch Babrak Karmal vgl. Dok. 1, Anm. 2.

³⁰ Mohammed Reza Pahlevi.

Das Zusammentreffen der führenden Persönlichkeiten sei von besonderer Bedeutung, und er hoffe, daß das verschobene Treffen zwischen dem Bundesminister und ihm, Puja³¹, zustandekommen werde. Der Sommer sei ungeeignet; vielleicht komme der September in Frage. Man solle einen Termin auf diplomatischem Wege vereinbaren.

BM: Man müsse sich den Terminkalender ansehen.

Puja weiter: Verhandlungen müßten in erster Linie die Großen führen, aber auch die anderen. Die Verhandlungen zwischen den Großmächten spielten eine wichtige Rolle für den Entspannungsprozeß in Europa. Die Bundesrepublik Deutschland spiele auch eine sehr große Rolle. Er hoffe, daß die Koalition die Wahlen³² gewinne. Das wäre besser für Europa und die Welt als eine Regierung Strauß. Selbst wenn man auch mit der Bundesregierung manchmal Diskussionen habe.³³

Referat 010, Bd. 178802

151

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko in Wien

VS-NfD

16. Mai 1980¹

Gespräch Bundesminister–Gromyko am 16. Mai 1980, 20.20 Uhr bis 21.45 Uhr, Ort: sowjetische Botschaft Wien²

Teilnehmer auf sowjetischer Seite: AM Gromyko, Botschafter Dobrynin, Botschafter Jefremow, Bondarenko, Dolmetscher Smirnow.

Teilnehmer auf deutscher Seite: BM Genscher, StS van Well, Botschafter Graf Podewils, VLR I Sudhoff, VLR von Braunmühl, MDg Dröge (zeitweise), Dolmetscher Hartmann.

³¹ Zur Verschiebung des Besuchs des ungarischen Außenministers Puja in der Bundesrepublik vgl. Dok. 29, Anm. 59.

³² Die Wahlen zum Bundestag fanden am 5. Oktober 1980 statt.

³³ Vortragender Legationsrat Edler von Braunmühl hielt fest: „Es ist sehr wahrscheinlich, daß Puja das Gespräch im sowjetischen Auftrag zur Vorbereitung des Gesprächs BM – Gromyko geführt hat und daß er die drei ‚persönlichen‘ Bemerkungen im sowjetischen Auftrag gemacht hat. Diese drei Bemerkungen sind bei der Bewertung des Gesprächs mit Gromyko mit heranzuziehen. Gromyko äußerte sich zu diesen Fragen dann auch nur kurz oder gar nicht.“ Vgl. die undatierte Aufzeichnung; Referat 010, Bd. 178802.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 17. Mai 1980 gefertigt.

Hat Bundesminister Genscher und Staatssekretär van Well am 18. Mai 1980 vorgelegen.

² Bundesminister Genscher hielt sich am 15./16. Mai 1980 anlässlich des 25. Jahrestages des Staatsvertrags vom 15. Mai 1955 über die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich in Wien auf.

Gromyko begrüßt BM und bittet ihn, als Gast zuerst zu sprechen.

BM: Es sei gut, die Gelegenheit des Aufenthalts in Wien zu nutzen, um die Gespräche fortzuführen. Dies sei aus der Sache heraus gut und beherzige die Ermahnungen, die Kreisky in seiner Festansprache³ gegeben habe. Gesehen habe man sich das letzte Mal in Belgrad⁴, gesprochen das letzte Mal in Bonn⁵. Seit der Unterhaltung in Bonn sei eine Menge in der Welt geschehen. Er wolle beginnen, wo man in Bonn begonnen und auch aufgehört habe, nämlich bei der Frage, wie die beiderseitigen Beziehungen zu beurteilen seien. Für die Bundesregierung gelte unverändert, daß die Politik, die mit dem Moskauer Vertrag⁶ eingeleitet worden sei und ihren Ausdruck in weiteren in der Folge geschlossenen Verträgen, in der Schlußakte von Helsinki⁷, in der Deklaration vom Mai 1978⁸ und in dem langfristigen Kooperationsabkommen⁹ gefunden habe, Leitlinie unseres Verhältnisses zur Sowjetunion sowie im multilateralen Bereich als auch unseres Verhältnisses zu den anderen Staaten bleibe.¹⁰ Es sei keine Schönfärberei, wenn er sage, daß die Politik, die auf der Grundlage und entsprechend den erwähnten Dokumenten geführt worden sei, ein erhebliches Maß an Stabilität in Europa erreicht habe, die angesichts der Sorgen, die über die internationale Entwicklung entstanden seien, für die Menschen in Europa ein gewisses Maß an Beruhigung schaffe.

Daß wir mit Sorge auf andere Teile der Welt sähen, sei klar, hinsichtlich des Iran, Afghanistans, des israelisch-arabischen Konflikts – Bereichen, die nicht nur geographisch beieinander lägen. Man müsse sich die Frage stellen, was zu tun sei, um einen Beitrag zur Stabilisierung und Lösung der Probleme zu leisten. Das Zusammentreten der deutsch-sowjetischen Wirtschaftskommission¹¹

³ Zur Rede des Bundeskanzlers Kreisky am 16. Mai 1980 in Schloß Belvedere vgl. Dok. 150, Anm. 25.

⁴ Bundesminister Genscher und der sowjetische Außenminister Gromyko nahmen an den Trauerfeierlichkeiten für Staatspräsident Tito am 8. Mai 1980 in Belgrad teil.

⁵ Der sowjetische Außenminister Gromyko besuchte vom 21. bis 24. November 1979 die Bundesrepublik. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 341–344.

⁶ Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f.

⁷ Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

⁸ Für den Wortlaut der Gemeinsamen Deklaration vom 6. Mai 1978 anlässlich des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 4. bis 7. Mai 1978 in der Bundesrepublik vgl. BULLETIN 1978, S. 429 f.

⁹ Für den Wortlaut des Abkommens vom 6. Mai 1978 über die Entwicklung und Vertiefung der langfristigen Zusammenarbeit der Bundesrepublik und der UdSSR auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie vgl. BUNDESGESETZBLATT 1979, Teil II, S. 59 f.

¹⁰ So in der Vorlage.

¹¹ Die neunte Tagung der deutsch-sowjetischen Kommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit fand am 29./30. Mai 1980 statt. Vortragender Legationsrat Boll teilte am 4. Juni 1980 mit, hervorzuheben seien dabei folgende Aspekte: „Warenaustausch betrug 1979 rd. 14 Mrd. DM, damit Steigerung von 19 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Im ersten Quartal 1980 Warenaustausch 3,5 Mrd. DM. Zuwachs 26 Prozent. Wertmäßige Steigerung ist jedoch fast ausschließlich auf Preisanstieg insbesondere von sowjetischen Lieferungen zurückzuführen. [...] UdSSR steht im Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland an zehnter Stelle, im Außenhandel mit den sozialistischen Ländern an erster Stelle. Bundesrepublik Deutschland belegt im sowjetischen Außenhandel den siebten Platz, unter den westlichen Handelspartnern der UdSSR den ersten Platz. [...] Besondere Aufmerksamkeit widmeten beide Seiten den Möglichkeiten einer intensiveren Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Energiewirtschaft, so bei der Erschließung von Lagerstätten im Festlandsockel, bei einem neuen Erdgasprojekt, bei der Vergasung und Verflüssigung von Kohle sowie bei der

sei ein Zeichen dafür, daß beide Seiten die Absicht hätten, entsprechend ihren Verpflichtungen und Interessen zusammenzuarbeiten. Er glaube, solche Begegnungen hätten in der gegenwärtigen Zeit erhebliches Gewicht. Er sei überhaupt der Meinung, daß Gespräche in der gegenwärtigen Zeit geführt werden müßten. Ihre Begründung liege schon darin, daß sie stattfänden. Gromyko habe heute mit dem amerikanischen Außenminister gesprochen.¹² Das begrüßten wir sehr. Wir seien interessiert daran, daß Amerikaner und Sowjets im Gespräch seien. Er könne nicht beurteilen, wie Gromyko das Gespräch mit Muskie bewerte, aber es sei schon gut, daß es stattgefunden habe. Wenn Gromyko es positiv bewerte, dann um so besser.

Wir sähen in diesem Zusammenhang auch Sinn, Nützlichkeit und Bedeutung der von sowjetischer Seite uns gegenüber wiederholten Einladung zu einem Besuch in Moskau.¹³ Bei der Entscheidung darüber sei auch von Bedeutung, daß in dieser Zeit Gespräche nützlich und vernünftig seien. Es sei unsere Absicht, mit diesem Besuch einen positiven Einfluß auf die Ost-West-Beziehungen zu nehmen, soweit dies im Rahmen unserer bescheidenen Möglichkeiteninge.

Wir hätten in der Vergangenheit wiederholt unterstrichen, daß unsere langfristig angelegte Politik im Verhältnis zur Sowjetunion immer auch eine positive Bedeutung für das Ost-West-Verhältnis habe. Wenn der Besuch dies wieder unterstreiche, werde er nicht nur für die deutsch-sowjetischen Beziehungen, sondern für die Ost-West-Beziehungen nützlich sein. Nach seiner Rückkehr nach Bonn werde er nächste Woche mit dem Bundeskanzler sprechen. Wir hätten die Absicht, danach einen Vorschlag für einen Termin zu machen, der auch aus unserer Sicht nützlich sei, sowie einen Vorschlag für einen Besuch von Staatssekretär van Well in Moskau.¹⁴ Es sei wichtig, daß die Gespräche in Moskau gut vorbereitet würden, in dem beiderseitigen Interesse, einen positiven Beitrag für die Entwicklung der Ost-West-Beziehungen zu leisten.

Fortsetzung Fußnote von Seite 801

Stromerzeugung und bei Stromerzeugungsanlagen einschließlich friedliche Nutzung von Atomenergie, ohne letztere Frage jedoch zu vertiefen.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 76; Referat 012, Bd. 115729.

Im Gespräch am 30. Mai 1980 mit dem sowjetischen Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten Tichonow betonte Bundeskanzler Schmidt, „daß die deutsche Seite ein klares politisches und wirtschaftliches Interesse an der Fortsetzung und Ausweitung des Wirtschaftsaustausches zwischen beiden Ländern hätte“. Tichonow teilte mit: „Er habe mit BM Graf Lambsdorff vereinbart, BK zu bitten, daß die Unterzeichnung des auf der Grundlage des Wirtschaftsabkommens ausgearbeiteten Langfristigen Programms während des offiziellen Besuches des BK erfolgen solle.“ Schmidt legte dar, das Bundeskabinett habe sich mit dem neuen Erdgas-Röhren-Projekt befaßt. Es bestehe „ein großes Interesse an einer Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Energiepolitik oder Energieversorgung über das Erdgas hinaus“. Schmidt kündigte an, daß er bei seinem Besuch in Moskau über folgende Themen sprechen werde: „Erstens über die lebensgefährliche Geiselfrage in Iran, deren Folgen nicht kalkulierbar seien, zweitens über die Rüstungsbegrenzung auf dem Gebiet der eurostrategischen Waffen, jedoch nicht nur auf diesem Gebiet, drittens über die durch die Lage in Afghanistan hervorgerufene Erschwerung. Er werde nur für seinen Staat und dessen Regierung und die Parlamentsmehrheit sprechen können, aber er könne auch in der festen Kenntnis der Position der westlichen Allianz und der Partner der Bundesrepublik Deutschland reden. Er wünsche dringend, daß der bevorstehende Besuch nicht zu einer Enttäuschung führen möge.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14086 (010); B 150, Aktenkopien 1980. Für einen weiteren Gesprächsauszug vgl. Dok. 164, Anm. 19.

¹² Zum Gespräch des amerikanischen Außenministers Muskie mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 16. Mai 1980 in Wien vgl. Dok. 145, Anm. 15, und Dok. 149, Anm. 11.

¹³ Zum Besuch des Bundeskanzlers Schmidt und des Bundesministers Genscher am 30. Juni und 1. Juli 1980 in Moskau vgl. Dok. 192–195.

¹⁴ Zum Besuch des Staatssekretärs van Well am 11./12. Juni 1980 in der UdSSR vgl. Dok. 171.

Am Mittwoch habe in Brüssel eine Zusammenkunft der Außen- und Verteidigungsminister des Nordatlantischen Bündnisses stattgefunden.¹⁵ Dabei seien unsere Vorschläge für den Bereich der Abrüstung, Rüstungsbegrenzung und Rüstungskontrolle unterstrichen worden; die Vorschläge erstreckten sich auch auf die KSZE-Folgekonferenz in Madrid¹⁶, den Komplex einer Konferenz über Abrüstung in Europa¹⁷, die vertrauensbildenden Maßnahmen und Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen.¹⁸ Gromyko komme seinerseits direkt von einer wichtigen Konferenz der Warschauer-Pakt-Staaten in Warschau¹⁹. Er, BM, sei bisher nur über die Presse über den Inhalt der Beschlüsse von Warschau unterrichtet. Er habe vorhin ein kurzes Gespräch mit dem ungarischen Außenminister Puja gehabt.²⁰ Es wäre ihm wichtig, von Gromyko eine Erläuterung der wichtigsten Punkte der Warschauer Beschlüsse²¹ zu erhalten.

Gromyko: Er wolle mit dem letzten Punkt beginnen. Er glaube, daß die in Warschau angenommenen Dokumente wichtig seien. In dem ersten Dokument, der Deklaration, sei eine Reihe von Vorschlägen erläutert, die von der Sowjetunion und anderen schon früher gemacht, aber dann nicht weiterverfolgt worden seien, und die jetzt noch einmal zur Erörterung gestellt würden. Es handele sich meistens um Vorschläge im Bereich der Abrüstung und der Zügelung des Wettrüstens. Das zweite Dokument, die Erklärung, enthalte den Vorschlag der Einberufung eines internationalen Forums zur Behandlung der Fragen einer Verminderung der Spannungen. Die Zusammensetzung des Forums sei nicht abschließend präzisiert, sondern solle Gegenstand ergänzender Konsultationen sein. Als Ergebnis solcher Konsultationen könne man sich auf die Zahl und auf konkrete Länder festlegen. Man habe ein solches Forum noch nicht ausprobiert. Bisher gäbe es die UNO, in der alle Staaten vertreten seien und in der Beschlüsse und Empfehlungen ohne verbindlichen Charakter zustandekommen könnten. Dann gäbe es engere Foren, wie den Abrüstungsausschuß in Genf oder die Konferenz in Wien²², sowie bilaterale und multilaterale Gruppierungen. Was in Warschau jetzt vorgeschlagen worden sei, gebe es noch nicht. Er wolle unsere Aufmerksamkeit auf beide Dokumente lenken. Sie müßten natürlich geprüft werden. Wir sollten sie aber von Anfang bis zum Ende und nicht etwa nur von

¹⁵ Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 13./14. Mai 1980 in Brüssel, an der am 14. Mai auch die Außenminister teilnahmen, vgl. Dok. 145.

¹⁶ Die KSZE-Folgekonferenz wurde am 11. November 1980 in Madrid eröffnet. Vgl. dazu Dok. 319 und Dok. 322.

¹⁷ Zum französischen Vorschlag einer Konferenz für Abrüstung in Europa vgl. Dok. 100. Zum Vorschlag des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, Gierek, vom 11. Februar 1980 für eine Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 55, Anm. 39.

¹⁸ Vgl. dazu das Kommuniqué der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 13./14. Mai 1980 in Brüssel; NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 130–135. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 409–413.

¹⁹ Zur Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 14./15. Mai 1980 in Warschau vgl. Dok. 150, besonders Anm. 5.

²⁰ Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem ungarischen Außenminister Puja am 16. Mai 1980 in Wien vgl. Dok. 150.

²¹ Für den Wortlaut der Erklärung bzw. der Deklaration des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts vom 15. Mai 1980 vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 321–334.

²² In Wien fanden seit 30. Oktober 1973 die MBFR-Verhandlungen statt. Zum Stand nach der 20. Gesprächsrunde vgl. Dok. 114.

der Mitte ab studieren. Wir sollten uns Zeit lassen, sie ernsthaft prüfen und darüber nachdenken.

Der Bundesminister habe die internationale Lage angeschnitten und über Europa gesprochen und festgestellt, daß einige Staaten Sorgen über die Situation in der Welt hätten. Dies sei richtig. Es gebe auch Gründe dafür. Er brauche die sowjetische Haltung zu den internationalen Beziehungen nicht ausführlich darzulegen. Uns sei die sowjetische Einschätzung der Gründe für die Spannungen in der Welt bekannt. Es habe Rückschläge in der internationalen Situation gegeben. In der Sowjetunion habe man jedoch ein reines Gewissen. Die Sowjetunion habe nichts getan, was der Sache des Friedens und der Entspannung Schaden zugefügt habe. Sie lehne kategorisch alle Versuche ab, der Sowjetunion die Schuld für die Verschärfung der internationalen Lage zuzuschieben. Wenn man einen Vorwand zu suchen wünsche, um der Entspannung zu schaden, könne man ihn leicht finden. Dies sei jedoch nicht die Politik und nicht die Absicht der Sowjetunion. Es sei nicht die Sowjetunion gewesen, die darauf gedrängt habe, daß man 1978 in Washington die Erhöhung der Militärausgaben beschlossen habe.²³ Nicht die Sowjetunion habe die Ratifizierung von SALT II auf die lange Bank geschoben.²⁴

Was Afghanistan und Iran angehe, so müsse man genau unterscheiden: Es würden künstliche Versuche unternommen, die Handlungen der Sowjetunion anders zu deuten, als ihre Absichten tatsächlich seien. Bei der sowjetischen Hilfeleistung an Afghanistan habe die Sowjetunion von Anfang an gesagt, ihre Politik habe einzig und allein das Ziel, dem Land zu helfen, eine Aggression von außen abzuwehren. Wenn die Aggression eingestellt werde, könne die Frage des Truppenabzugs geregelt werden. Das habe die Sowjetunion vom ersten Tage an gesagt. Wir hätten sicher die entsprechenden Erklärungen in unseren Panzerschränken. Hier gäbe es keinen Zickzackkurs, sondern nur friedliche Ziele. Beim Besuch des Bundeskanzlers würden diese Themen auch erörtert werden. Dieser Diskussion wolle er nicht vorgreifen.

Was die bilateralen Beziehungen angehe, so seien sie im Wirtschaftsbereich durchaus nicht schlecht. Die abgeschlossenen Abkommen und Verträge würden erfüllt. Die Sache gehe im Ganzen gut. Das bedeute nicht, daß überall alles erreicht worden sei, was man sich vorgenommen habe, aber es handele sich hier um große Länder, um vielfältige Beziehungen. Was zu verbessern sei, könne von der Wirtschaftskommission behandelt werden. Er hoffe auf einen positiven Beitrag der bevorstehenden Sitzung.

Hinsichtlich der politischen Beziehungen sei die Lage nicht ganz so einfach, sondern eher kompliziert. Die Bundesrepublik Deutschland gehöre zu einer Gruppierung von Staaten, in der sie zusammen mit den anderen Mitgliedstaaten ihre Politik bestimme. Es sei jedoch nicht einfach, die Politik im internationalen Bereich von den bilateralen Beziehungen zu trennen. Die Politik in den internationalen Fragen wirke sich auf die bilateralen Beziehungen aus, und in

²³ Zur NATO-Ratstagung auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 30./31. Mai 1978 in Washington und dem dabei verabschiedeten Langfristigen Verteidigungsprogramm der NATO vgl. Dok. 1, Anm. 9.

²⁴ Zum Stand des Ratifizierungsverfahrens des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 im amerikanischen Senat vgl. Dok. 59.

letzter Zeit habe sie einen negativen Einfluß, daraus könne er keinen Hehl machen.

In vielen Fragen differierten unsere Positionen. Der Bundesminister habe von Afghanistan gesprochen. Wenn wir für eine politische Lösung seien und alles genau betrachteten, so würden wir auch in der sowjetischen Position Möglichkeiten sehen, die sich als Brücken eigneten. Die Sowjetunion sei auch für eine politische Regelung. Man müsse aber genau und präzise sein. Es sei zwecklos, Vorbedingungen zu stellen, die von sowjetischer Seite abgelehnt werden müßten.

Was die europäischen Fragen betreffe, so seien im Bereich der Abrüstung und der Einstellung des Wettrüstens die beiderseitigen Positionen klar. Bei dem Besuch des Bundeskanzlers werde man darüber diskutieren. Er nehme an, der Bundesminister werde den Bundeskanzler begleiten. Deshalb brauche man dieses Thema jetzt nicht zu vertiefen.

Die Iran-Frage habe ihre Geschichte und ihre verschiedenen Seiten. Die Sowjetunion sei gegen jede militärische und gewaltsame Aktion. Sie habe dies mehrfach den Vereinigten Staaten und in der Öffentlichkeit gesagt. Wir unterstützten die amerikanischen Maßnahmen.²⁵ Er glaube, dies sei eine schwache Seite der Politik der Bundesrepublik Deutschland hinsichtlich Irans. Die Sowjetunion habe erklärt, daß sie die Geiselnahme verurteile.²⁶ Dies sei der amerikanischen Regierung und auch der iranischen, wie auch uns bekannt. Alle kennen die sowjetische prinzipielle Einstellung. Manche forderten, die Sowjetunion solle mehr Erklärungen abgeben. Die Politik hänge aber nicht von der Zahl der Erklärungen ab. Den Iranern gefalle die sowjetische Erklärung nicht. Manche wollten die Sowjetunion gern in der Position des amerikanischen Komikers Red Scallon (?) sehen, der Schallplatten mit einem Sprung spiele, wobei immer wieder wiederholt werde, „don't bother me“.

Zu den Olympischen Spielen wolle er offen sagen: Die Sowjetunion hätte nicht geahnt, daß die Bundesregierung fähig sein würde, in dieser Frage so vor Wash-

²⁵ Zum Beschluß der Bundesregierung vom 23. April 1980 über Sanktionen gegen Iran vgl. Dok. 113, Anm. 20.

Zum Beschluß der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 17./18. Mai 1980 in Neapel, Sanktionen gegen Iran in Kraft zu setzen, vgl. Dok. 149, Anm. 6.

Ministerialdirigent Matthias vermerkte am 20. Mai 1980: „Zur Durchführung der Entscheidung von Neapel wird BM Graf Lambsdorff vorgeschlagen, die Sanktionen für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft zu setzen.“ Die dafür notwendige zusätzliche Verordnung zur Änderung der Außenwirtschaftsverordnung solle aus rechtstechnischen Gründen erst am 23. Mai in Kraft treten: „Die Verordnung kann erst nach dem Kabinettsbeschluß, d. h. am 22.5. verkündet werden. Da eine Rückwirkung, vor allem der strafrechtlichen Folgen, nicht möglich ist, kann sie wirksam erst am folgenden Tag werden.“ Vgl. Referat 421, Bd. 121324.

²⁶ Zur sowjetischen Haltung zur Geiselnahme amerikanischer Botschaftsangehöriger in Iran seit 4. November 1979 vgl. AAPD 1979, II, Dok. 360.

Botschafter Wieck, Moskau, berichtete am 9. Mai 1980, die UdSSR versuche „einen möglichst großen eigenen Vorteil aus der gegenwärtigen amerikanisch-iranischen Krise zu ziehen, was letztlich auch der Hintergrund für die bisherige sowjetische Zurückhaltung ist, sich bei iranischen Stellen oder öffentlich für die sofortige friedliche Lösung der Geiselfrage einzusetzen. Solange die iranisch-amerikanische Krise im gegenwärtig schwelenden Zustand ohne Eruptionen bleibt, dürfte die Sowjetunion jede Gelegenheit nutzen, um eigene Positionen zu verbessern. Dies gilt sowohl für den außenpolitischen Bereich (speziell islamische Welt), als auch für das Einsetzen des außenwirtschaftlichen Instrumentariums (Boykothilfe).“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2120; VS-Bd. 13174 (213); B 150, Aktenkopien 1980.

ington zu zittern.²⁷ Dabei sage er mit Bedacht „zittern“, weil er das Wort „bukkeln“ vermeiden wolle.

Die Sowjetunion sage das nicht, weil sie ohne die Länder und Sportler, die nicht nach Moskau kommen wollten, nicht leben könne. Sie werte die Haltung zur Olympiade als Anzeichen der Selbständigkeit der Politik der betreffenden Länder. Man werde auch so genug Luft in Moskau haben, um die Olympischen Spiele durchzuführen.

Wir sollten nicht glauben, die Sowjetunion wolle einen Keil zwischen die Bundesregierung und die amerikanische Regierung oder zwischen die NATO und die USA treiben. Es sei eine objektive Tatsache, daß die Sowjetunion mehrfach betont habe: Es liege nicht in ihrer Absicht, daß sich die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten verschlechterten. Es gefalle ihm jedoch nicht, wenn sich wegen der Politik der USA die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland mit der Sowjetunion verschlechterten.

Abschließend wolle er betonen: Die sowjetische Seite habe den Wunsch und die Bereitschaft, auf der Grundlage der Gegenseitigkeit die Beziehungen weiter zu entwickeln. Dies diene den Interessen beider Seiten. Diese Linie bleibe in Kraft. Sie könne aber nur Erfolg haben, wenn beide Seiten diese Absicht verfolgten.

BM: Er wolle an die letzte Bemerkung Gromykos anknüpfen. Dies sei präzise unsere Position. Die Grundlage dafür sei vorhanden. Wir handelten auf dieser Grundlage. Unsere Entscheidung, die Beziehungen zur Sowjetunion langfristig angelegt zu sehen, gelte unverändert. Wir handelten weiter nach den Prinzipien, welche den Moskauer Vertrag und in der Folge andere wichtige bilaterale und multilaterale Abkommen und Dokumente ermöglicht hätten. Wir seien uns bewußt, daß der eingeschlagene Weg Bedeutung für die internationale Entwicklung in Europa habe. Das gelte auch für die Zukunft. Dies behielten wir bei unserer langfristig angelegten und berechenbaren Politik im Auge. So hätten wir, als wir das langfristige wirtschaftliche Kooperationsabkommen unterzeichnet hätten, nicht nur die ökonomische, sondern auch die politische Bedeutung unterstrichen. Dauer und Rahmen machten deutlich, daß wir an einer langfristigen positiven Entwicklung interessiert seien. Dies bewähre sich in schwieriger Zeit. Deshalb sei die bevorstehende Kommissionssitzung auch ein politischer Tatbestand.

Er wolle aufrichtig sein, wie Gromyko es gewesen sei, und sagen: Die internationale Entwicklung habe einen Schatten auf das Ost-West-Verhältnis geworfen. Es gelte dann auch für die bilateralen Beziehungen. Es ändere aber nichts an unserer Absicht, sie konstruktiv zu entwickeln. Je mehr es uns gelinge, ein Durchschlagen der internationalen Probleme auf Europa zu verhindern, desto besser könnten wir einen Beitrag der Stabilisierung leisten. Das Europa, das in der Vergangenheit oft Ort und Ausgangspunkt internationaler Spannungen gewesen sei, sollte jetzt Ort und Ausgangspunkt für Bemühungen zur Lösung internationaler Probleme werden.

²⁷ Zur Empfehlung der Bundesregierung an das NOK vom 23. April 1980 vgl. Dok. 122, Anm. 3.
Zur Entscheidung des NOK vom 15. Mai 1980 in Düsseldorf vgl. Dok. 148, Anm. 45.

Je realistischer wir an die verschiedenen Probleme herangingen, desto besser. Er werte als sehr positiv die Feststellung Gromykos, daß die Sowjetunion nicht die Absicht habe, einen Keil zwischen Europa und Amerika, zwischen die Bundesrepublik Deutschland und die Vereinigten Staaten zu treiben. Genauso positiv werte er die Feststellung Gromykos, daß wir mit unseren Partnern in unseren Gruppierungen unsere Entscheidungen gemeinsam trafen. Bei uns handele es sich um zwei solche Gruppierungen: das Nordatlantische Bündnis und die Europäische Gemeinschaft. Die Entscheidungen würden gemeinsam, in der Unabhängigkeit der Mitglieder und im Konsens getroffen. Deshalb gehe dies bei uns ohne „Zittern“.

Zum Iran sei unsere Haltung sehr klar. Wir sähen nicht nur mit Verständnis, sondern auch mit Sympathie die Bemühungen des iranischen Volkes, seine nationale Identität zu finden und zu diesem Ziel die islamische Revolution durchzuführen. Wir verstünden dies als Element einer unabhängigen, souveränen Gestaltung der internen Bedingungen des Landes. Alle Länder, die die Unabhängigkeit anderer Länder respektierten, betrachteten dies als eine interne Angelegenheit. Wir täten dies. Als er im November zum ersten Mal mit Gromyko über die Geiseln gesprochen habe, habe er niemals vermutet, daß man im Mai des nächsten Jahres noch einmal darüber sprechen werde. Gromyko habe dies wohl auch nicht vermutet. Die Zeit zeige, daß die Amerikaner ein hohes Maß an Geduld an den Tag gelegt hätten. Wir bestärkten sie in dem Versuch, durch Gespräche und diplomatische Bemühungen den Geiseln die Freiheit wieder zu verschaffen. Die Situation sei tragisch für die betroffenen Menschen, aber auch von Bedeutung für die internationale Gemeinschaft. Wenn Diplomaten, die für die internationale Verständigung arbeiteten, nicht mehr sicher seien, so sei dies für die Verständigung zwischen den Völkern ein ernstes Problem. Eine gemeinsame, klare Haltung der anderen Staaten sei wichtig. Dabei gehe es nicht um Wiederholungen wie auf einer Schallplatte mit einem Riß. Doch würde eine sowjetische Position hoch bewertet werden, die nicht durch Zeitablauf absorbiert sei. Man müsse auf die Gefühle der Amerikaner sehen. Wer jetzt durch eine klare, sichtbare Unterstützung Vertrauen in Amerika schaffe, der wirke in die Herzen der Amerikaner hinein. Dies habe mehr Bedeutung als diplomatische Aktionen.

Hinsichtlich Afghanistans gehörten wir zu den 104 Staaten, die in den Vereinten Nationen die entsprechende Resolution mit dem klaren Ziel einer Beendigung der Okkupation unterstützt hätten.²⁸ Für bedeutungsvoll hielten wir außerdem die Beschlüsse der Islamischen Konferenz, die bei ihrer letzten Tagung in Islamabad gefaßt worden seien.²⁹ Dem komme erhebliche Bedeutung zu, weil es sich um Länder der Region handele. Die Staaten der Region müßten einen wichtigen Beitrag zur Lösung dieses alle Staaten mit großen Sorgen erfüllenden Problems leisten. Die Bundesregierung habe ihre Position in der Sache sehr klar gemacht. Sie habe sie wiederholt öffentlich geäußert. Er habe sie Botschaf-

²⁸ Zur Resolution ES-6/2 der Notstandssondertagung der VN-Generalversammlung vom 14. Januar 1980 vgl. Dok. 14, Anm. 11.

²⁹ Zur Konferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz vom 27. bis 29. Januar 1980 in Islamabad vgl. Dok. 29, Anm. 19.

ter Semjonow erläutert.³⁰ Sie komme in der deutsch-französischen Deklaration zum Ausdruck.³¹ Man müsse alles tun, um die Besetzung zu beenden. Wir gehörten nicht zu den Ländern, die Interessen in Afghanistan hätten oder Einfluß dort haben wollten. Was wir wünschten, komme klar in dem Vorschlag zum Ausdruck, den die Neun in Rom unterbreitet hätten.³²

Gromyko habe die Olympischen Spiele und die Frage der deutschen Teilnahme erwähnt. Die Bundesregierung habe frühzeitig ihre Position definiert: Es sei Sache der Sowjetunion, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß alle Länder in Moskau teilnehmen könnten. Wir hätten lange gehofft, daß sich in Afghanistan Änderungen vollzögen, die dies ermöglichen würden. Das habe er Semjonow erklärt, der Bundeskanzler habe es im Bundestag erläutert.³³ Der Deutsche Bundestag habe die Position der Bundesregierung mit überwältigender Mehrheit unterstützt.³⁴

Eindrucksvoll sei auch gestern die Entscheidung des deutschen NOK gewesen, die in voller Unabhängigkeit und Freiheit, ohne Anwesenheit von Vertretern der Bundesregierung, nicht hinter verschlossenen Türen, sondern vor Millionen Fernsehzuschauern und, was das Wichtigste sei, in geheimer Abstimmung getroffen worden sei. Dadurch sei offenkundig geworden, daß die Mehrheit eine Überzeugungsmehrheit sei, die natürlich berücksichtigt habe, was Bundespräsident³⁵, Bundesregierung und der Deutsche Bundestag zu der Olympiade gesagt hätten. (Bei der Übersetzung merkte BM an, eigentlich müsse man Olympische Spiele sagen, denn Olympiade bezeichnete den Zeitraum zwischen den Spielen. Darauf *Gromyko*: Er sei ein schlechter Spezialist in Sportfragen. *BM*: Er sei als Innenminister³⁶ einmal für den Sport zuständig gewesen. *Gromyko*: Dann sei BM ein besserer Fachmann. *BM*: Eine solche Feststellung gegenüber einem anderen zu treffen, sei bei Gromykos Fachkundigkeit eine Seltenheit. *Gromyko*: Er hätte richtiger sagen sollen, auch auf diesem Gebiet sei der Bundesminister ein besserer Spezialist.)

³⁰ Für die Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow am 25. Januar sowie am 8. Februar 1980 vgl. Dok. 26 und Dok. 42.

³¹ Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung anlässlich der deutsch-französischen Konsultationen am 4./5. Februar 1980 in Paris vgl. BULLETIN 1980, S. 117 f.

³² Vgl. dazu die Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vom 19. Februar 1980; BULLETIN DER EG 2/1980, S. 88 f. Vgl. dazu auch Dok. 57.

³³ Zu den Stellungnahmen des Bundeskanzlers Schmidt im Bundestag am 17. Januar 1980, 28. Februar 1980 und 20. März 1980 zur Teilnahme an den Olympischen Sommerspielen in Moskau vgl. Dok. 109, Anm. 3.

Zu Schmidts Erklärung am 23. April 1980 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 115, S. 17097–17099.

³⁴ Der Bundestag nahm am 23. April 1980 mit 446 Ja- gegen acht Nein-Stimmen bei neun Enthaltungen einen gemeinsamen Entschließungsantrag der CDU/CSU-, SPD- und FDP-Fraktion vom selben Tag an, in dem es hieß: „Der Deutsche Bundestag stimmt dem Beschluß der Bundesregierung über eine Empfehlung an das Nationale Olympische Komitee für Deutschland zu.“ Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 115, S. 17110.

Für den Wortlaut des Entschließungsantrags vgl. BT ANLAGEN, Bd. 263, Drucksache Nr. 8/3940.

³⁵ Bundespräsident Carstens empfing am 14. Mai 1980 die Mitglieder des NOK, um, wie es in der Presse hieß, „mit Nachdruck die Empfehlung zum Teilnahmeverzicht der Bundesregierung und des Parlaments“ zu unterstützen. Vgl. dazu den Artikel „Keine Olympia-Teilnahme der Bundesrepublik“; NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe vom 17. Mai 1980, S. 1.

³⁶ Hans-Dietrich Genscher war von 1969 bis 1974 Bundesminister des Innern.

BM: Man werde in Moskau über die verschiedenen Fragen eingehender zu sprechen haben. Dabei auch über den Abrüstungs- und Rüstungskontrollbereich. Er wolle jetzt nur noch etwas zum Thema Familienzusammenführung sagen. Gromyko wisse, daß dies für uns von großer Bedeutung sei.

Gromyko: Selbstverständlich werde man auch über diese Fragen sprechen. Gäbe es denn konkrete Fälle? Auf sowjetischer Seite beobachte man diese Probleme konsequent. Er werde berücksichtigen, was der Bundesminister zu sagen habe.

BM: In diesem Bereich sei eine gute Entwicklung ein positives Signal für die allgemeine Entwicklung. Die Zahlen gingen in letzter Zeit zurück.³⁷

Gromyko sagt zu, er werde sich um die Angelegenheit kümmern.

Abschließend stellen beide Minister übereinstimmend fest, daß das Gespräch nützlich war und in konstruktivem Geist geführt wurde.

Die Atmosphäre war freundlich. Gromyko war ruhig, sachlich und in der Form verbindlich.³⁸

Referat 010, Bd. 178802

³⁷ Am 21. März 1980 teilte Staatsministerin Hamm-Brücher auf die schriftliche Anfrage des CDU-Abgeordneten Marx, ob Presseberichte zuträfen, „daß die Sowjetregierung „nach der Besetzung Afghanistans Ausreisegenehmigungen für Deutsche in der Sowjetunion drastisch zurückgeschraubt“ habe, mit, die Bundesregierung befriedige „seit geraumer Zeit der Trend in der Ausreisentwicklung nicht“. Sie habe darum die UdSSR wiederholt „gebeten, Ausreisearträgen von Deutschen zumindest im Umfang der Ausreisesezahlen von 1976 zu entsprechen“. 1976 seien 9704 Personen aus der UdSSR in die Bundesrepublik übergesiedelt, 1977 9274, 1978 8455 und 1979 7226. Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 114, S. 16790.

Am 25. April 1980 führte Hamm-Brücher im Bundestag auf Fragen des CDU-Abgeordneten Hupka aus, die Zahl der Aussiedler aus der UdSSR sei „im letzten Jahr im Schnitt um etwa 10 % zurückgegangen, was wir bedauern. Wir können nur Vermutungen anstellen. Aber wir hoffen, es wird gelingen, die Zahl der Aussiedler durch Interventionen, die wir bei allen möglichen Gelegenheiten wiederholen werden, wieder zu erhöhen.“ Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 115, S. 17209.

³⁸ Vortragender Legationsrat Edler von Braunmühl notierte über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko, es gebe „kein Zeichen sowjetischer Bewegung in den kritischen internationalen Fragen“. Gleichwohl sei der Wunsch erkennbar, „Belastungen, die infolge der internationalen Entwicklung im deutsch-sowjetischen Verhältnis entstanden sind, einzugrenzen und den Dialog wiederzubeleben“. Beim sowjetischen „Interesse, die Fundamente der Ostpolitik zu erhalten“, stünden offenbar „politische Gründe im Vordergrund“, weniger wirtschaftliche Überlegungen: „Kein Zeichen einer Absicht, BK-Besuch für andere Zwecke zu benutzen, keine direkten Ausfälle gegen Amerika. Betonung der Respektierung unserer Bündnistreue und der Freundschaft mit den USA. Kein Anzeichen für Wahlkampfeinmischung: Opposition nicht erwähnt. Man kann vermuten, daß unsere Erwägung, durch Solidarität mit Amerika Einfluß auf Washington zu wahren, für die Sowjets neben negativen Seiten auch einen positiven Anknüpfungspunkt enthält. (Auch Moskau weiß, daß letztlich nichts ohne Amerika läuft.)“ Vgl. die undatierte Aufzeichnung; Referat 010, Bd. 178802.

152

Vortragender Legationsrat I. Klasse Freiherr von Richthofen an die Botschaft in Moskau

210-653.66-1179/80 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 2767 Plurez

Aufgabe: 19. Mai 1980, 10.54 Uhr¹

Betr.: Olympia-Frage

Bezug: DB Nr. 2123 vom 9.5.80 aus Moskau – Ku 653 OL VS-NfD

Auf die dortige Bitte in Ziffer 3 des Bezugs-DB um Unterrichtung, ob Honecker Olympia-Frage gegenüber Bundeskanzler in Belgrad angesprochen hat², wird zur dortigen Unterrichtung folgendes mitgeteilt:

1) Bundeskanzler hatte bereits in seinem Gespräch mit Dr. Mittag am 17.4.1980³ darauf hingewiesen, daß sich Bundesregierung zu ihrem Bedauern gezwungen sehe, schon in nächster Zeit den zuständigen Sportgremien eine Nichtteilnahme an der Moskauer Olympiade zu empfehlen.⁴ Mittag erwiderte hierauf, er wisse nicht, welche politischen Folgen ein Boykott haben werde, aber er wisse jedenfalls, daß ein Boykott außerordentlich schlecht für die Sportbeziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten sein würde. Als Teilnehmer an der Olympiade richte sich der Boykott auch gegen die DDR.

2) In dem Gespräch mit dem Bundeskanzler am 8.5. in Belgrad führte Honecker die Olympia-Frage – nach unserem Eindruck auf sowjetischen Wunsch nach seinem Gespräch mit Breschnew⁵ – ein. Da der Olympia-Beschluß der Bundesregierung inzwischen vorlag, konzentrierte sich Honecker darauf, der Bundesregierung nahezubringen, einem NOK-Beschluß zur Teilnahme an der Olympiade in Moskau nicht im Wege zu stehen. Ein Fernbleiben der Sportler aus der Bundesrepublik – 35 Jahre nach Kriegsende – wäre eine schwere Beleidigung der sowjetischen Führung und auch von Generalsekretär Breschnew persönlich. Was durch einen Olympia-Boykott zerschlagen werde, könne so bald nicht wiedergutmacht werden. Er habe auch große Sorge, daß die internationale Krise doch noch auf die beiden deutschen Staaten durchschlagen könne, wobei vieles zu Bruch gehen würde. Der Bundeskanzler erwiderte, es habe keinen Sinn, sich in dieser Hinsicht Hoffnungen zu machen. Die Verantwortung für diese Entwicklung trage die Sowjetunion, die keine Anstalten gemacht habe, die Voraussetzungen für eine Teilnahme der westlichen Sportler zu schaffen. Er gehe da-

¹ Durchdruck.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Siefker am 20. Mai 1980 vorgelegen.

² Am Rande der Trauerfeierlichkeiten für Staatspräsident Tito führten Bundeskanzler Schmidt und der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, am 8. Mai 1980 in Belgrad ein Gespräch. Vgl. BONN UND OST-BERLIN, S. 516–534.

³ Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Mitglied des ZK der SED, Mittag, vgl. BONN UND OST-BERLIN, S. 504–515. Vgl. dazu ferner VON HUBERTUSSTOCK NACH BONN, S. 43–50.

⁴ Zur Empfehlung der Bundesregierung an das NOK vom 23. April 1980 vgl. Dok. 122, Anm. 3.

⁵ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, und der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, führten am 8. Mai 1980 in Belgrad ein Gespräch. Vgl. dazu AUSSENPOLITIK DER DDR, Bd. XXVIII/1 (1980), S. 438 f.

von aus, daß die Sportler aus der Bundesrepublik Deutschland und anderen westlichen Staaten nicht an der Olympiade teilnehmen würden. Der Bundeskanzler fügte hinzu, daß sich die Bundesrepublik im übrigen auch in Zukunft strikt an die geschlossenen Verträge halten werde und daß es wichtig sei, daß andere das ebenso täten. Hierauf erwiderte Honecker, der Bundeskanzler könne darauf vertrauen, daß sich auch die DDR an die eingegangenen Verträge halten werde.

3) DDR entsandte unmittelbar nach dem Treffen in Belgrad den Präsidenten des NOK der DDR, Manfred Ewald, – wie dem Auswärtigen Amt bekannt wurde, auf sowjetischen Wunsch – zu Gesprächen mit Sportfunktionären und NOK-Mitgliedern in die Bundesrepublik. Ewald sprach u. a. mit DSB⁶-Präsident Weyer, NOK-Präsident Daume und mit Herrn Beitz. Presseberichten zufolge (vgl. u. a. Die Welt vom 17./18.5.) lockte Ewald mit Ausbau der innerdeutschen Sportbeziehungen für den Fall eines Starts bundesdeutscher Olympia-Teilnehmer in Moskau. Wie in der Presse weiter berichtet wird, soll Ewald in diesen Gesprächen angedeutet haben, daß die DDR künftig nur mit denjenigen Sportverbänden der Bundesrepublik Deutschland zusammenarbeiten werde, die in Düsseldorf⁷ gegen den Olympia-Boycott gestimmt haben.⁸

4) Damit nicht genug, schaltete DDR-Führung auch den Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR in die Einflußnahme auf die Olympia-Entscheidung des NOK ein. Unserer Ständigen Vertretung wurde von seiten des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR unter Berufung auf einen Auftrag des Ministerrats der DDR davon Kenntnis gegeben, daß die Sowjetunion von der DDR energische Maßnahmen gegenüber der Bundesrepublik auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet erwarte, falls die Bundesrepublik definitiv der Olympiade in Moskau fernbleiben sollte. Diese Maßnahmen würden sich auch auf das Verhältnis der Kirchen beider deutscher Staaten zueinander erstrecken. Der Kirche gegenüber sei von staatlicher Seite konkret von Auswirkungen auf den Sportverkehr gesprochen, sonst aber keine Einzelheiten und auch kein Zeitpunkt für die angekündigten Maßnahmen genannt worden.⁹ Eine entsprechende Mitteilung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR soll auch auf kirchlichem Wege in die Bundesrepublik übermittelt worden sein.

5) Es besteht kein Zweifel daran, daß die Sowjetunion von der DDR eine Einwirkung auf uns auf politischer, sportlicher und gesellschaftlicher (kirchlicher) Ebene

⁶ Deutscher Sportbund.

⁷ Zur Entscheidung des NOK vom 15. Mai 1980 in Düsseldorf vgl. Dok. 148, Anm. 45.

⁸ Vgl. dazu den Artikel „Innerdeutscher Sportverkehr nur mit Gegnern des Boykotts“; DIE WELT vom 17./18. Mai 1980, S. 1.

⁹ Ministerialdirigent Bertele, Ost-Berlin, berichtete am 13. Mai 1980, der Vorsitzende des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, Bischof Schönherr, habe am Vortag mitgeteilt, ein Vertreter des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR habe gegenüber dem Leiter des Diakonischen Werks in der DDR, Petzold, unter Berufung „auf einen Auftrag des Ministerrats“ ausgeführt, „die Sowjetunion erwarte von der DDR ‚energische Maßnahmen gegenüber der Bundesrepublik auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet‘, falls die Bundesrepublik definitiv der Olympiade in Moskau fernbleibe. Dies sei der DDR-Regierung am letzten Wochenende aus Moskau übermittelt worden.“ Maßnahmen würden sich auch auf das Verhältnis der Kirchen im innerdeutschen Verhältnis beziehen. Schönherr zufolge sei diese Mitteilung „offenkundig dazu bestimmt gewesen, der Bundesregierung zur Kenntnis zu gelangen. Ein gewisses Bedauern der DDR über eine solche Entwicklung sei den Ausführungen zu entnehmen gewesen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 423; VS-Bd. 13135 (210); B 150, Aktenkopien 1980.

ne verlangt hat und daß die DDR diesem Verlangen in überdeutlicher, bis an die Grenze der Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten gehender Weise nachgekommen ist. Die DDR mag mit diesem Tätigkeitsnachweis möglicherweise weitergehenden sowjetischen Forderungen auf Maßnahmen im innerdeutschen Verhältnis nach einer definitiven Entscheidung über die Nichtteilnahme an der Olympiade in Moskau haben vorbeugen wollen. Die ADN-Stellungnahme zum NOK-Beschluß (vgl. DDR-Spiegel Nr. 93 vom 16.5.) erscheint vergleichsweise moderat.¹⁰

Richthofen

VS-Bd. 13135 (210)

153

Botschafter Arnold, Rom, an das Auswärtige Amt

114-3422/80 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 536

Aufgabe: 20. Mai 1980, 16.02 Uhr¹
Ankunft: 20. Mai 1980, 16.29 Uhr

Betr.: Treffen Giscard – Breschnew²;
Gipfelkonsultationen

Staatspräsident Pertini rief mich gestern abend zu Hause an und machte nach der Vorbemerkung, er wolle mir im Sinne unserer freundschaftlichen persönlichen Kontakte ganz offen seine Meinung sagen, in vehementen Worten seinem

¹⁰ Ministerialrat Hoesch, Ost-Berlin, berichtete am 16. Mai 1980, die Medien der DDR hätten zurückhaltend auf den Beschluß des NOK vom Vortag in Düsseldorf reagiert, keine Sportler zu den Olympischen Sommerspielen in Moskau zu entsenden: „In einem von ADN verbreiteten und im N[eu]en D[eu]tschland vom 16.5.1980 leicht gekürzt wiedergegebenen Kommentar von Götz Förster wird zwar von einem sport- und entspannungsfeindlichen und das sowjetische Volk beleidigenden Entschluß gesprochen, der von ‚verantwortungslosen Sportfunktionären‘ gegen jene Sportverbände durchgesetzt worden sei, die sich nicht von der ‚Bonner Regierung und schon gar nicht von der Carter-Administration‘, sondern von den Beschlüssen des IOC, seinen Regeln und seiner Charta hätten leiten lassen. [...] In einem weiteren Artikel unter der Überschrift ‚Schaden für den Weltsport‘ werden vor allem Namen und Argumente jener Sportverbandsvertreter wiedergegeben, die sich gegen den Boykott ausgesprochen hatten. Ein dritter Artikel beinhaltet Teile von Interviews enttäuschter bundesdeutscher Sportler.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 431; Referat 210, Bd. 116581. Die Ständige Vertretung in Ost-Berlin konstatierte am 3. Juni 1980, der Boykottbeschluß des NOK habe sich „auf die zwischenzeitlich erfolgten innerdeutschen Sportbeziehungen bisher nicht ausgewirkt. Viele Anzeichen sprechen dafür, daß sich die DDR auch weiterhin an die zwischen dem D[eu]tschen S[port]B[und] und dem D[eu]tschen T[urn- und S[port]B[und] der DDR im Sportkalender 1980 getroffenen Vereinbarungen halten wird.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 485; Referat 210, Bd. 116581.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat van Setten am 21. Mai 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an die Vortragenden Legationsräte Bensch und Simon „z[ur] g[e]fälligen K[en]ntnisnahme!“ verfügte. Hat Simon am 21. Mai 1980 vorgelegen.

² Staatspräsident Giscard d'Estaing führte am 19. Mai 1980 mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, und dem Ersten Sekretär des ZK der PVAP, Gierek, ein Gespräch in Warschau. Vgl. dazu Dok. 154 und Dok. 159.

Ärger über den Alleingang des französischen Staatspräsidenten Luft. Nach allgemeinen kritischen Ausführungen zu dem Vorgang betonte er in Anknüpfung an sein Gespräch mit dem Herrn Bundeskanzler vom 16. Mai,³ daß dieser seinen bevorstehenden Besuch in Moskau⁴ mit allen Mitgliedern der EG abstimme, während Giscard einen ausgesprochenen Alleingang unternommen und von diesem nur „ein paar“ (gemeint: Bundeskanzler, Carter, Thatcher) unterrichtet habe. Er wolle mir daher gerade auch bei dieser Gelegenheit sagen, daß er das offene Gespräch mit dem Herrn Bundeskanzler sehr genossen habe, mit dessen Politik voll übereinstimme und sehr hoffe, daß dieser seine Politik noch lange fortführen könne. Er bat mich, den Herrn Bundeskanzler sehr herzlich zu grüßen. Ich sagte Pertini zu, daß ich den Herrn Bundeskanzler von diesem Gespräch sofort unterrichten würde. Der Anruf von Pertini reflektiert die tiefe Betroffenheit, Verletztheit und Verärgerung, die in den politisch maßgeblichen Kreisen Italiens durch den Ausschluß aus den Gipfelbegegnungen (Vierertreffen)⁵ hervorgerufen worden sind. Es dürfte zumindest teilweise auch als ein entsprechendes Signal an die Bundesregierung zu verstehen sein.

Das hierzulande bestehende „Guadeloupe⁶-Syndrom“ ist wegen der hier besonders engen Verzahnung von Außen- und Innenpolitik (mit Priorität der letzteren) und wegen der fortdauernd labilen innerpolitischen Lage ernstzunehmen.

Das Problem wird hier so gesehen, daß bei Gesprächen der großen Mitglieder der EG mit der Führungsmacht USA Italien als einziges der vier großen EG-Mitglieder bewußt außen vor gehalten wird. Auf dieser Linie hat mir vor kur-

³ Bundeskanzler Schmidt hielt sich am 15./16. Mai 1980 in Rom auf. Vgl. dazu Dok. 147.

Staatspräsident Pertini erklärte gegenüber Schmidt am 16. Mai 1980: „1) Bei dem Treffen von Guadeloupe sei Italien nicht dabei gewesen, weil Giscard dies nicht gewollt habe. 2) Wie Vance ihm gesagt habe, habe Carter im März/April beabsichtigt, eine Begegnung zwischen einigen europäischen Staaten einschließlich Italiens herbeizuführen. Giscard habe jedoch wissen lassen, daß Italien nicht teilnehmen sollte, woraufhin Carter auf die Konferenz verzichtet habe. 3) In Luxemburg sei Giscard jüngst mit dem BK und Mrs. Thatcher unter Ausschluß Italiens zusammengetroffen, obwohl sein Land die Präsidenschaft in der EG inne habe. 4) Anläßlich der Konferenz des IWF in Hamburg habe Giscard ein Treffen der Finanzminister Deutschlands, Großbritanniens, Frankreichs und Japans angeregt, wiederum unter Ausschluß Italiens.“ Pertini betonte, „er könne nicht zulassen, daß sein Vaterland gedemütigt werde, wie Giscard es demütigen will“. Mit diesen Worten wende er sich an den BK als Freund und nicht als Regierungschef. Er (Pertini) habe Präsident Giscard einmal im Quirinal empfangen. Jetzt habe er Cossiga gesagt, er werde ihn „nie mehr empfangen und seinen Fuß nie über die Schwelle des Elysée-Palastes setzen“. Schmidt widersprach: „Er (BK) kenne den französischen Präsidenten seit acht Jahren und sei eng mit ihm befreundet. Giscard habe sich in dieser Zeit oft zugunsten Italiens ausgesprochen: So sei es z. B. das Verdienst Giscard's, wenn Italien zu allen Weltwirtschaftsgipfeln – die ursprünglich als Vierer-Treffen gedacht gewesen seien – eingeladen wurde. Giscard habe „keine spezifisch negative Haltung gegen Italien“, sondern nehme gegenüber diesem Land die gleiche Haltung ein wie gegenüber Kanada und Japan und anderen europäischen Staaten.“ Schmidt berichtete, er habe Ministerpräsident Cossiga einen persönlichen Besuch bei Giscard empfohlen: „Giscard sei nur sorgsam darum bemüht, die französische Außenpolitik nicht mit anderen teilen zu müssen. Was im übrigen die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten betreffe, halte Giscard eine große Distanz zu den USA und eine ‚fast beleidigende‘ Distanz zu Großbritannien, jedenfalls ‚unendlich mehr Distanz‘ als zu Italien, einem Land, bei dem die gemeinsame ‚Latinität‘ ja auch eine Rolle spiele.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 541 (014); B 150, Aktenkopien 1980.

⁴ Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher hielten sich am 30. Juni und 1. Juli 1980 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 192–195.

⁵ Zu Überlegungen über eine Erweiterung der Vierer-Runde um Italien vgl. Dok. 141, Anm. 8.

⁶ Am 5./6. Januar 1979 trafen sich Premierminister Callaghan, Präsident Carter, Staatspräsident Giscard d'Estaing und Bundeskanzler Schmidt auf Guadeloupe zur Erörterung außen-, sicherheits- und wirtschaftspolitischer Fragen. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 2, Dok. 3 und Dok. 5.

zem auch der in jeder Hinsicht nüchterne und realistische Generalsekretär Malfatti (Farnesina) in einem routinemäßigen Tour d'horizon seine ernste Sorge ausgedrückt, daß die Fortführung dieses Verfahrens in Italien Tendenzen zur Abkehr vom bisherigen Engagement in neutralistischer Richtung fördern könnte. Denn gerade, weil Italien gegenwärtig eine schwierige Phase durchlaufe und sich mancher Begrenzungen seiner Möglichkeiten wohl bewußt sei, sei es in dieser Hinsicht sensibel.

[gez.] Arnold

VS-Bd. 11099 (203)

154

Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Staden, Bundeskanzleramt

VS-vertraulich

21. Mai 1980¹

Betr.: Unterrichtung über das Gespräch Giscard d'Estaing–Breschnew² durch Außenminister François-Poncet³

Nach einer einleitenden Bemerkung darüber, daß die deutsch-französische Zusammenarbeit zu einer weltpolitischen Realität werde (Sie⁴ wiesen an dieser Stelle darauf hin, daß man die nicht sehr gute Vorausunterrichtung über das Warschauer Treffen⁵ gerade aus diesem Grund gegenüber der Öffentlichkeit herunterspielen müsse), berichtete Außenminister François-Poncet (F.P.) wie folgt:

Breschnew habe gesundheitlich etwas besser gewirkt als letztes Jahr.⁶ Er habe allerdings sowohl in der ersten Runde als auch in den Repliken des zweiten Durchgangs von Papieren abgelesen. Außer Gromyko und Gierek hätten Bla-

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Zeller, Bundeskanzleramt, am 22. Mai 1980 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau „vorbehaltlich der Genehmigung des Bundeskanzlers, zur Unterrichtung des Herrn Bundesministers“ übermittelt.

Hat Wallau am 22. Mai 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14083 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

² Staatspräsidenten Giscard d'Estaing führte am 19. Mai 1980 mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, und dem Ersten Sekretär des ZK der PVAP, Gierek, ein Gespräch in Warschau. Vgl. dazu ferner GISCARD D'ESTAING, Pouvoir, Vol. II, S. 420–435. Vgl. auch FRANÇOIS-PONCET, 37, Quai d'Orsay, S. 172–177. Vgl. dazu ferner Dok. 159.

³ Außenminister François-Poncet hielt sich am 20. Mai 1980 in der Bundesrepublik auf.

⁴ Helmut Schmidt.

⁵ Giscard d'Estaing berichtete rückblickend, er habe über die Reise nach Warschau lediglich mit dem französischen Außenminister François-Poncet und mit Ministerpräsident Barre sowie telefonisch mit Bundeskanzler Schmidt vorab gesprochen. Am 17. Mai 1980 habe er Präsident Carter unterrichtet. Vgl. GISCARD D'ESTAING, Pouvoir, Vol. II, S. 417 f.

⁶ Staatspräsident Giscard d'Estaing hielt sich vom 26. bis 28. April 1979 zu Gesprächen mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, in der UdSSR auf.

tow und Alexandrow an den Gesprächen teilgenommen. Das Vier-Augen-Gespräch mit Dolmetschern habe nur 15 Minuten gedauert.

In bezug auf Afghanistan habe es nichts wesentlich Neues gegeben. Die Sowjetunion strebe bilaterale Vereinbarungen zwischen Afghanistan und dessen Nachbarn an sowie internationale Garantien, an denen sich Frankreich beteiligen könnte. Dann erst wolle sie den Rückzug einleiten. Giscard habe nachdrücklich vor einer Sommeroffensive in Afghanistan gewarnt. Solchen Falles müsse das KSZE-Treffen in Madrid⁷ scheitern, und die Spannung würde einen Punkt erreichen, in dem nicht viel übrig bliebe. So habe sich Giscard auch Gierek gegenüber geäußert. Die afghanische Situation müsse auf den Zustand vor 1978⁸ zurückgeführt werden. Giscard habe die Sowjets darauf hingewiesen, daß sie Persönlichkeiten finden müßten, die Freunde der Sowjetunion und für die Afghanen annehmbar seien. Gegen Widerspruch Gromykos habe er daran festgehalten, daß das derzeitige afghanische Regime keine internationale Anerkennung finden werde. In einem Meinungsaustausch über die Reihenfolge der Lösungsschritte habe Gromyko darauf bestanden, daß die Diskussion über den Beginn der Räumung gleichzeitig mit der Vereinbarung der Garantien erfolgen könne. Giscard habe demgegenüber feste Räumungsverpflichtungen mit zeitlichen Daten gefordert und die Frage aufgeworfen, warum die Sowjetunion nicht wenigstens ihre Luftwaffe und die im Inneren des Landes, z.B. in Kabul stehenden Truppen zurückziehe.

Insgesamt habe dieser Teil der Gespräche auch bei Gierek den Eindruck hinterlassen, als sei Breschnew aufgeschlossener als Gromyko. Jedoch sei auch Gromykos Ton weniger hart gewesen als in Paris.⁹

Sie waren sich mit F.P. darin einig, daß die Sowjetunion von ihrem Bundesgesossen nur lauwarmer Unterstützung erhalte (F.P. macht an dieser Stelle die Bemerkung, daß man sich in Paris darüber wundere, wie wenig Hilfe die USA den afghanischen Freiheitskämpfern gewährten). Abschließend meinte F.P., es ließe sich noch nicht beurteilen, ob die sowjetischen Überlegungen nur taktisch seien oder mehr. Man müsse weiterhin nach einer akzeptablen politischen Lösung suchen.

Zu TNF habe Breschnew in der ersten Runde unterstrichen, daß eine Diskussion im Rahmen von SALT III stattfinden müsse, und zwar im Rahmen des globalen Gleichgewichts der Kräfte und unter Einbeziehung aller anderen Faktoren. Es habe geklungen, als hätte Breschnew die NATO-Entscheidung vom Dezember 1979¹⁰ akzeptiert. Er habe in der zweiten Runde allerdings hinzugefügt, daß die Diskussion nicht auf der Grundlage der NATO-Entscheidung vom Dezember 1979 erfolgen könne.

⁷ Die KSZE-Folgekonferenz wurde am 11. November 1980 in Madrid eröffnet. Vgl. dazu Dok. 319 und Dok. 322.

⁸ Am 27. April 1978 fiel Präsident Daud einem Staatsstreich der afghanischen Streitkräfte zum Opfer. Der Revolutionsrat der Streitkräfte rief am 30. April die Demokratische Republik Afghanistan aus und übertrug dem Vorsitzenden der kommunistischen Khalq-Partei, Taraki, die Ämter des Präsidenten und Ministerpräsidenten. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 145.

⁹ Zum Besuch des sowjetischen Außenministers Gromyko vom 23. bis 25. April 1980 in Paris vgl. Dok. 130, Anm. 14, und Dok. 148, Anm. 6.

¹⁰ Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 10.

Sie und der Bundesaußenminister bemerkten hierzu, daß es sich hier wohl nicht um eine Veränderung der sowjetischen Position handele, sondern um eine etwas unterschiedliche Akzentsetzung im Hinblick auf den französischen Gesprächspartner. Sie meinten insbesondere, daß die Sowjetunion Frankreich, Großbritannien und China wohl in die Verhandlungen einschließen wolle.¹¹

Auf Ihre in diesem Zusammenhang gestellte Frage nach der Modernisierung der französischen Nuklearwaffen erwähnte F.P., daß die noch offene Entscheidung (über die Umrüstung der U-Boot-Waffen wurde schon vor zwei Jahren entschieden) voraussichtlich vor dem Weltwirtschaftsgipfel¹² fallen werde. Luftgebundene Marschflugkörper seien dabei eine Option.¹³

Sie wiesen darauf hin, daß eine öffentliche französische Entscheidung für uns, vor allem aber für Belgien¹⁴, hilfreich wäre. F.P. sagte zu, dies dem Präsidenten zu berichten.

F.P. bestätigte, daß Giscard, Ihrem Wunsch entsprechend, ganz klar gemacht habe, daß Sie den Modernisierungsbeschluß durchführen würden.

Breschnew habe einige Bemerkungen über Deutschland gemacht, seine Wertschätzung für den Bundeskanzler zum Ausdruck gebracht und den Wunsch aus-

¹¹ Staatsminister Huonker, Bundeskanzleramt, notierte am 27. Mai 1980, Staatspräsident Giscard d'Estaing habe Bundeskanzler Schmidt am Vortag in einem Telefongespräch „als Ergänzung zur Unterrichtung des Bundeskanzlers durch François-Poncet“ mitgeteilt, er, Giscard d'Estaing, „habe ganz zweifelsfrei die eindeutige message von Breschnew erhalten, daß die Sowjetunion die Frage der Mittelstreckenraketen erst im Rahmen von SALT III erörtern werde. Das heiße, daß die Sowjetunion auf uns keinen Druck ausüben werde, den NATO-Doppelbeschluß zu revidieren.“ Schmidt habe erwidert, das nütze nicht viel: „Für ihn sei es wichtig, daß die Sowjetunion die konkrete Bereitschaft zeige, darüber zu reden, wie ein Einstieg in Verhandlungen über die Mittelstreckenraketen-Frage aussehen könne.“ Vgl. Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 53.

¹² Zum Weltwirtschaftsgipfel am 22./23. Juni 1980 in Venedig vgl. Dok. 184 und Dok. 185.

¹³ Gesandter Lahusen, Paris, berichtete am 13. Februar 1980, Staatspräsident Giscard d'Estaing habe am 9. Februar 1980 mit dem französischen Verteidigungsminister Bourges, Generalstabschef Méry und dem Generaldelegierten für Rüstungsfragen, Martre, Fragen der Sicherheitspolitik erörtert. Entscheidungen erwarte man allerdings erst im Juni. Während Bourges „für ein mobiles Verteidigungssystem als Nachfolgesystem für das Plateau Albion“ plädiere, gebe es „sowohl über die strategischen Waffen wie über neue Systeme im Gefechtsfeld- und taktischen Bereich noch Auseinandersetzungen zwischen zwei Schulen: Die ältere, gaullistisch orientierte Schule (z.B. General a.D. Gallois) wolle es für die ‚strategischen‘ Systeme möglichst bei deren Weiterentwicklung, vor allem der U-Schiffe, belassen. Eine modernere Schule, die weniger dogmatisch ausgerichtet sei, befürworte dagegen auch den Einschluß von TNF-Systemen, wie sie die NATO dislozieren wolle. [...] Ähnlich verhalte es sich im taktischen Bereich: Auch hier gebe es eine traditionelle gaullistische Schule, die nicht über das Pluton-System und seine Warnfunktion hinausgehen wolle, sowie moderne Überlegungen, die nicht nur von einer verlängerten Reichweite dieses Systems sprächen, sondern aus ihm sogar ein Mittelstreckensystem machen wollten.“ Abgesehen von „dem ohnehin geplanten und beschlossenen weiteren Ausbau der strategischen U-Schiffe“ sei strittig, ob man sich für ein mobiles System oder für Marschflugkörper entscheiden solle: „Auch die vor zwei Jahren schon abgeschriebene Neutronenwaffe sei wieder in der Diskussion, obwohl sich gaullistische Theoretiker gegen sie sperrten, weil sie befürchteten, Frankreich könnte durch diese Waffe in eine ‚bataille nucléaire‘ verwickelt werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 384; VS-Bd. 11093 (202); B 150, Aktenkopien 1980.

¹⁴ Zur Haltung Belgiens zur Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 145, Anm. 22.

Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 19. Mai 1980, das amerikanische Außenministerium sei besorgt über die Entwicklung in Belgien: „Während man im Dezember davon ausgegangen war, daß Belgien mit Ablauf von sechs Monaten, d.h. am 13.6., zum Modernisierungsbeschluß stünde, werde nunmehr von belgischen Politikern von einer ‚Bestätigung‘ gesprochen, d.h. Belgien müsse eine weitere Entscheidung treffen. Im State Department hat man geringe Hoffnung, daß Belgien sich vor der Ministerratstagung in Ankara zu dieser Entscheidung durchringen werde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2033; VS-Bd. 10311 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

gesprochen, daß er die Wahlen¹⁵ gewinnt. Er habe auch einige Bemerkungen darüber gemacht, daß es in Deutschland revanchistische Kräfte gibt, die aufs Neue ihr Haupt erheben.

Zum Iran habe es eine kurze, nicht sehr interessante Unterhaltung gegeben. Giscard habe den Sowjets verdeutlicht, daß es angesichts der Stimmung in den USA in ihrem eigenen Interesse wäre, erneut gegen die Geiselnahme Stellung zu nehmen.¹⁶ Gromyko habe sich in dieser Frage nicht bewegt, doch habe das Gespräch den Eindruck hinterlassen, als könnten die Sowjets eine solche Geste ernsthaft in Erwägung ziehen.

Ein kurzer Meinungsaustausch über China habe ergeben, daß die Sowjetunion ihr Verhältnis zu diesem Land nicht zum Gegenstand einer Gipfelkonferenz machen, sondern bilateral behandeln wolle.

Zu dem Gedanken einer Gipfelkonferenz zur Untersuchung der weltpolitischen Spannungen¹⁷, habe Giscard dargelegt, daß sie nur Sinn mache, wenn der Teilnehmerkreis eng begrenzt wäre. 1960 hätte er die Sowjetunion, USA, Frankreich und Großbritannien genannt, jetzt müsse man natürlich die Bundesrepublik hinzuziehen. Er habe den Sowjets gesagt, daß er es verstünde, wenn sie ihrerseits nicht allein sein wollten (in diesem Sinne hatten sie sich Gieriek gegenüber geäußert). Vor den amerikanischen Wahlen¹⁸ könne man allerdings nichts machen. Bei diesen Ausführungen habe es sich zunächst nur um eine Antwort auf Breschnews großen Vorschlag gehandelt.¹⁹ F.P. habe Gromyko im übrigen schon in Wien gesagt, daß man eine Konferenz mit 20 Teilnehmern nicht wolle. Gromyko habe sich offen gezeigt. Man habe sich über Einzelheiten des Vorschlags noch nicht entschieden.

Gromyko habe klargemacht, daß ein solches Treffen in der Zwischenzeit eine Politik des Maßes und der Zurückhaltung voraussetze.

¹⁵ Die Wahlen zum Bundestag fanden am 5. Oktober 1980 statt.

¹⁶ Zur sowjetischen Haltung zur Geiselnahme amerikanischer Botschaftsangehöriger in Iran seit 4. November 1979 vgl. Dok. 151, Anm. 26.

¹⁷ In der Erklärung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts vom 15. Mai 1980 wurde „ein Treffen auf höchster Ebene zwischen den führenden Repräsentanten von Staaten aller Regionen der Welt“ angeregt, um „die internationalen Spannungsherde zu beseitigen und einen Krieg zu verhindern“. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 321.

¹⁸ Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

¹⁹ Botschafter Herbst, Paris, berichtete am 18. Juni 1980, Staatspräsident Giscard d'Estaing habe am Abend des 19. Mai 1980 nach seiner Rückkehr vom Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, in Warschau „in improvisierter Form vor dem Fernsehen die Nützlichkeit ‚internationaler Konferenzen‘ betont, ‚die dazu da sind, Lösungen für Probleme zu suchen‘.“ Bemerkenswerterweise habe jedoch der französische Außenminister François-Poncet den Gedanken einer internationalen Konferenz der Staats- und Regierungschefs nicht erwähnt, „als er am 21. Mai die Nationalversammlung über die Begegnung von Warschau unterrichtet hat“. Herbst schlußfolgerte: „Hauptmotiv des Konferenzgedankens ist die bekannte französische Befürchtung, die beiden Großmächte würden sich über die Köpfe der Europäer hinweg arrangieren. [...] Von de Gaulles Vorschlag eines Direktoriums bis zur Konstruktion des Nord-Süd-Dialoges und der Weltwirtschaftsgipfel ist es eine Konstante der stark personalisierten französischen Außenpolitik, auf die Begegnung ‚verantwortlicher Staatsmänner von international verantwortlichen Ländern‘ zu drängen, um Demagogie und (nuisance) value kleiner Staaten auszuschalten. Nach Meinung Giscard's kann die KSZE (auch Madrid) offenbar nicht leisten, was er sich von einem kleineren Ost-West-Forum versprechen würde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1364; VS-Bd. 13165 (213); B 150, Aktenkopien 1980.

Von Ihnen auf die Frage der KAE²⁰ angesprochen, führte F.P. aus, daß es hier gegenwärtig, d.h. in der ersten Phase, zwischen Frankreich und der Sowjetunion nur den einen Meinungsunterschied gäbe, daß Frankreich die Ausdehnung der vertrauensbildenden Maßnahmen auf das gesamte europäische Territorium der Sowjetunion fordere. Die sowjetische Forderung auf Einbeziehung der nuklearen Waffen beziehe sich nur auf die zweite Konferenzphase und zeige, daß die Sowjetunion ihren eigenen Vorschlag nicht ernst nähme.

Sie baten F.P. abschließend, die französische Seite möge sich im Sinn des bestehenden Einverständnisses über die Notwendigkeit, den Dialog fortzusetzen, positiv zu Ihrer eigenen Moskaureise²¹ äußern. F.P. stellte in Aussicht, dies in seiner Rede in der Nationalversammlung am 21. Mai zu tun.²²

Zum Teil Gipfel in Venedig, EG-Fragen gesonderte Aufzeichnung.²³

[Staden]

VS-Bd. 14083 (010)

²⁰ Zum französischen Vorschlag einer Konferenz für Abrüstung in Europa vgl. Dok. 100.

²¹ Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher hielten sich am 30. Juni und 1. Juli 1980 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 192–195.

²² Der französische Außenminister François-Poncet erklärte am 21. Mai 1980 in der französischen Nationalversammlung: „Je note d'ailleurs que la nécessité de maintenir le dialogue avec l' Union soviétique est unanimement reconnue. Je note aussi que le chancelier Schmidt se rendra à Moscou dans les prochaines semaines, et je m'en félicite. Je note, enfin, que le nouveau secrétaire d'Etat des Etats-Unis, rendant compte à la presse de l'entretien qu'il a eu à Vienne avec M. Gromyko, et tout en reconnaissant qu'il n'avait permis aucun progrès, l'a qualifié d' 'utile' et même de 'nécessaire'“. Vgl. JOURNAL OFFICIEL ASSEMBLEE NATIONALE 1980, S. 1126.

²³ Ministerialdirektor von Staden, Bundeskanzleramt, vermerkte am 23. Mai 1980, am Ende des Gesprächs mit dem französischen Außenminister François-Poncet habe Bundeskanzler Schmidt dargelegt, es sei nicht möglich, ein Treffen zu viert vor dem Weltwirtschaftsgipfel am 26./27. Juli 1980 in Venedig zu arrangieren: „Man werde die politischen Fragen zu siebt diskutieren müssen. Dabei könnten Sie die französische Abneigung gegen eine Erklärung mit starken Worten verstehen und teilen.“ Der von französischer Seite gewünschte „Verzicht auf die Diskussion von Konzeptionen“ könne „nur zu den Ungewißheiten der amerikanischen Politik beitragen“. Daher solle „eine sehr persönliche politische Aussprache“ erfolgen, „die den französischen Staatspräsidenten nicht in Verlegenheit setzen sollte. Sie fügten den Ratschlag an, daß Präsident Giscard d'Estaing Herrn Cossiga zu einem privaten Gespräch nach Paris einladen solle. Sie hätten in Rom Frankreich gegenüber eine gewisse Empfindlichkeit feststellen müssen, besonders ausgeprägt bei Staatspräsident Pertini. Dies sei ein freundschaftlicher Rat, den Sie geben wollten.“ Bezüglich der Frage der EG-Agrarpreise habe François-Poncet erklärt, notfalls werde Frankreich nationale Maßnahmen ergreifen, „durch die die sonst vorgesehenen Preiserhöhungen in präziser Weise substituiert würden. Man könne dies durch Subventionen oder durch Besteuerung erreichen. (Auf Ihre Frage, ob dies vertragskonform wäre, erwiderte F[r]ançois-[P]oncet, er hoffe, ja.) Man ziehe aber eine Gemeinschaftslösung zu acht vor.“ Vgl. VS-Bd. 14083 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

155

**Aufzeichnung des
Ministerialdirektors von Staden, Bundeskanzleramt****VS-vertraulich****21. Mai 1980¹**

Betr.: Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit Präsident López Portillo von Mexiko am 20. Mai 1980 von 11.00 Uhr bis 13.00 Uhr²;
anwesend: Herr José Ramón López Portillo Romano und Herr von Staden

Sie begrüßten Ihren Gast, dessen Besuch Sie aus zwei Gründen mit großer Erwartung und Interesse entgegengesehen hätten. Einmal handele es sich um dessen Person, seine Politik, seine Art zu denken, seine Interessen, seine Vorstellungen über die Aufgaben der Dritten Welt, über die Weltwirtschaft, über Energiepolitik und über Erdöl. Zum anderen sei das Interesse bedingt durch die Rolle und künftige Rolle Mexikos, besonders in der mittelamerikanischen und lateinamerikanischen Region.

Es habe im Laufe der Jahre mehrfach Besuchswechsel auf höchster Ebene zwischen Mexiko und der Bundesrepublik gegeben. Sie hofften, dieser Besuch werde den Auftakt zu einer weiteren Intensivierung der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Beziehungen bilden.

Mexiko verfolge eine strikte Politik der Blockfreiheit. Dies sei Ihnen sympathisch und verständlich. Unsererseits seien wir als Folge des Zweiten Weltkriegs, unserer geostrategischen Lage und der Teilung unserer Nation, die teils dem Warschauer Pakt und teils der Atlantik-Allianz angehöre, in einer anderen Lage. Wir seien Teil der nordatlantischen Partei. Wir hätten aber großes Interesse und großen Respekt für die Politik der Ungebundenheit. Wir glaubten, daß diese Politik in den kommenden Jahren und Jahrzehnten eine zunehmende Rolle spielen werde.

Der Präsident (L. P.) dankte für Ihre Begrüßung. Er habe Sie schon als Finanzminister gekannt, als Sie mit Giscard in dieser Eigenschaft ein Team bildeten.³ Inzwischen habe sich die Welt verändert. Er habe das größte Interesse gehabt, wieder in die Bundesrepublik zu kommen. Mexiko sei ein besonderes Land, ein charakteristisches der Nord-Süd-Situation, vielleicht sogar deren typischstes, mit 3000 km Grenze zu den USA, dem mächtigsten Land der Erde. Mexiko strebe äußerst energisch nach Unabhängigkeit. So stark, daß es, obwohl blockfrei, nicht einmal Teil der Bewegung der Blockfreien sei, und, obwohl Ölproduzent,

¹ Ablichtung.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Franke, Bundeskanzleramt, übermittelte die Aufzeichnung am 21. Mai 1980 „zur Unterrichtung des Herrn Bundesministers des Auswärtigen“ an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau. Dazu teilte er mit: „Der Gesprächsvermerk ist vom Bundeskanzler noch nicht genehmigt.“

Hat Wallau am 21. Mai 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14085 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

² Präsident López Portillo hielt sich vom 19. bis 22. Mai 1980 in der Bundesrepublik auf.

³ Helmut Schmidt war von 1972 bis 1974 Bundesminister der Finanzen.

Valéry Giscard d'Estaing war von 1962 bis 1966 und von 1969 bis 1974 französischer Finanzminister. José López Portillo war von 1973 bis 1975 mexikanischer Finanzminister.

kein Mitglied der OPEC. Unabhängige Standpunkte aber seien in Krisenzeiten sehr wichtig; denn man könne dann auch radikale Standpunkte darlegen, ohne gebunden zu sein. Und gerade dies tue Mexiko gegenwärtig. Er könne, fuhr L. P. fort, Ihnen eine Analyse geben, doch sei er vor allem interessiert an Lösungen. Mexiko habe seine Standpunkte sowohl in bezug auf den Iran als auch in bezug auf Afghanistan. Aber auch in bezug auf Mittelamerika. Vorbehaltlich der Analyse, die er Ihnen geben könne, wolle er jedoch an die beiden Vorschläge erinnern, die Mexiko gemacht habe. Das eine sei der Weltenergieplan, der vielleicht naiv klinge, aber vernünftig sei, obwohl gerade das Vernünftige sich oft schwer durchsetzen ließe.⁴ Das andere sei das repräsentative Gipfeltreffen im Rahmen des Nord-Süd-Dialoges.⁵ Nachdem Sie gebeten hatten, mit der Analyse zu beginnen, da Sie anschließend im einzelnen auf die Vorschläge zurückkommen wollten, fuhr L. P. fort:

Die Struktur der Welt sei offenbar geteilt durch die beiden Großmächte. Es sei wichtig gewesen, wie das funktioniere. Einerseits bringe die Unerfahrenheit in der Führung in den USA und andererseits das Alter der Führung in der Sowjetunion die Welt in eine Lage, die alle in Schwierigkeiten bringe. Im Fall der USA kam der Umstand hinzu, daß die Vorwahlen mehr denn je zu einem Risiko würden. Es bestehe die ernste Gefahr, daß die Weltpolitik aus der begrenzten Perspektive von Georgia gesehen werde. Darüber müsse man besorgt sein. Man habe diese Gefahr in zwei Fällen schon gesehen: Nicaragua und Iran. So

⁴ Präsident López Portillo regte am 27. September 1979 vor der VN-Generalversammlung in New York die Bildung eines Weltenergieforums im Rahmen der VN an. Vgl. dazu UN GENERAL ASSEMBLY, 34th Session, Plenary Meeting, S. 199–203

Botschafter Dencker, Mexiko-Stadt, übermittelte am 26. Oktober 1979 eine Erklärung des mexikanischen Außenministers Castañeda zum Vorschlag des Präsidenten López Portillo über die Bildung eines Weltenergieforums im Rahmen der VN: „Es ist unerlässlich, im Rahmen eines Weltenergieplans und durch geeignete internationale Mechanismen denjenigen Entwicklungsländern, die in der letzten Zeit am meisten unter den Ölpreiserhöhungen gelitten haben, zu helfen, aber nicht durch Präferenzpreise, sondern durch die Schaffung eines internationalen Fonds, der die Entwicklung von neuen, alternativen und konventionellen Energiequellen weltweit fördern und der darüber hinaus den ärmsten Ländern, denen die Mittel zum Ölimport kurzfristig fehlen, Finanzhilfe leisten könnte. All dies, versteht sich, im Rahmen allgemein anerkannter Mechanismen als Teil eines Weltenergieplans.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 872; Referat 412, Bd. 122427.

⁵ Vgl. dazu den Bericht der Unabhängigen Kommission für Internationale Entwicklungsfragen („Nord-Süd-Kommission“) vom 12. Februar 1980; Dok. 69, Anm. 25.

In einem Interview mit der Deutschen Presse-Agentur am 12. Mai 1980 legte Präsident López Portillo dar, „der vom SPD-Chef und Vorsitzenden der internationalen Nord-Süd-Kommission, Willy Brandt, propagierte Gipfel könnte sehr interessant sein, ... um solide voranzukommen.“ Angesichts der gegenwärtigen Krisenlage glaube er aber nicht an eine Konferenz noch in diesem Jahr vor der UNO-Vollversammlung, wie Brandt hofft.“ Vgl. dpa-Meldung vom 12. Mai 1980; Referat 331, Bd. 127442.

Referat 402 notierte am 22. August 1980, die Unabhängige Kommission für Internationale Entwicklungsfragen habe einen „kleinen Gipfel von 25 Staats- und Regierungschefs außerhalb der VN“ vorgeschlagen: „Vorläufig sind (Gespräch Willy Brandt – BK Kreisky) folgende Länder in Erwägung gezogen: IL: USA, Kanada, Japan, Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Schweden, Österreich (event. + Spanien); EL: Mexiko, Brasilien, Venezuela, Jamaika, Algerien, Nigeria, Tansania, Senegal, Indien, Philippinen, Pakistan, Saudi-Arabien (event. + Jugoslawien). Bei den IL sollte nach Auffassung des Herrn Bundesministers auch Italien aufgenommen werden; die NL haben ebenfalls ihren Beteiligungswunsch angemeldet. Die Auswahl der EL erscheint ebenfalls unausgewogen. Als weitere oder alternative EL sind denkbar: Kenia, Simbabwe, Singapur, Malaysia. Indonesien sollte in dem Kreis nicht fehlen; jedenfalls wäre dieses wichtige Land neben den Philippinen vorzusehen. China, das im Nord-Süd-Bereich eine zunehmend konstruktive Rolle spielt, wäre zu beteiligen.“ Vgl. Referat 402, Bd. 122240.

wohl die politische Struktur des Iran unter dem Schah⁶ als auch die von Nicaragua unter Somoza sei durch die USA gefördert und geschützt worden. Er wolle hier am Rande anmerken, daß Länder der freien Welt, die sich nicht ganz dem amerikanischen System fügten, eigentlich nur die Alternative der repressiven Diktatur hätten. Aber dies sei nur am Rande wichtig. Es habe ja in beiden Fällen eine funktionierende Ordnung bestanden, die er (L. P.) jetzt bewerten wolle. Dieser Ordnung sei aber in beiden Fällen aufgrund einer kuriosen Veränderung der amerikanischen Politik der Teppich unter den Füßen weggezogen worden, ohne daß man sich Gedanken darüber gemacht hätte, wie diese Ordnung zu ersetzen sei. Dies sei ein Gipfel mangelnder Voraussicht, und es hätten sich die Ereignisse überstürzt. Wäre diese Haltung ein Ausfluß der Achtung des Rechts der Selbstbestimmung gewesen, dann wäre das gut, und man müßte es loben. Aber in der Tat sei es Naivität oder Mangel an Vorausschau. Denn in beiden Fällen seien die USA anschließend erschrocken und wieder zurückgewichen. Die Entwicklung im Iran und Nicaragua habe so gesehen die gleiche Grundstruktur. Die Tatsachen bewiesen, daß in der Welt Führung notwendig sei, solange es keine feste Ordnung gebe. Man brauche einen Bezugspunkt. Aber hier habe man es mit Führung ohne Führer zu tun. Dieser Zustand der Führungslosigkeit gefährde die Lage zusätzlich. Es zeige aber auch, daß es sich hier um eine Frage der Eigenart von Menschen handele, und darauf könne man Einfluß nehmen. Deshalb seien unabhängige Standpunkte so wichtig. Deshalb könne Mexiko eine wichtige Rolle spielen und natürlich ein Land wie die Bundesrepublik.

L. P. fuhr fort, daß er die Lage in Nicaragua näher darlegen wolle. Interessant sei ebenfalls, was sich in Salvador abspielt oder abspielen kann. Diese Länder seien klein, aber gerade von kleinen Ländern könnten heute Flammen ausgehen, die große Brände auslösten. Mittelamerika sei ursprünglich Bestandteil des spanischen Reiches und dann eines mexikanischen Reiches gewesen, das diesen Namen aber eigentlich nicht verdient habe. Dann habe es im heutigen Mexiko ein Referendum gegeben, und Mexiko habe sich in einem föderalen System integriert.⁷ Das habe Mexiko als Einheit gerettet. Mittelamerika aber habe sich in sechs unabhängige Staaten aufgegliedert, die für sich nicht lebensfähig seien.⁸ Inzwischen aber habe jeder seine Eigenheiten entwickelt, so daß sie heute nicht einmal einen gemeinsamen Markt bilden könnten. In Nicaragua und Mexiko habe die Monroe-Doktrin⁹ eine Rolle gespielt. Die USA wollten sich eine Kanalzone sichern. Mexiko habe sich verteidigt und eine Präsenz der USA nicht geduldet, aber in Nicaragua und Panama bestand sie weiter. Panama wur-

⁶ Mohammed Reza Pahlevi.

⁷ Am 4. Oktober 1824 verkündete der mexikanische Kongreß die Republik und verabschiedete eine bundesstaatliche Verfassung nach dem Vorbild der USA.

⁸ Am 1. Juli 1823 trennten sich 17 der 18 Provinzen Guatemalas von Mexiko und konstituierten sich als Republik der Vereinigten Provinzen Zentralamerikas. Im Bürgerkrieg von 1838 bis 1841 löste sich die Konföderation in die selbständigen Staaten Guatemala, El Salvador, Honduras, Nicaragua und Costa Rica auf.

⁹ Präsident Monroe stellte am 2. Dezember 1823 in seiner Rede zur Lage der Nation die unabänderliche Unabhängigkeit der amerikanischen Staaten von Europa fest und forderte die europäischen Mächte auf, sich künftig nicht in Lateinamerika einzumischen. Für den Fall, daß dieser Grundsatz nicht beachtet werde, kündigte er Gegenmaßnahmen der USA an. Vgl. dazu MONROE, Writings, Vol. VI, S. 325–342.

de von Kolumbien abgetrennt¹⁰ und die Kanalzone¹¹ gebildet. Nicaragua blieb militärisches Interessengebiet der USA, weil es über eine Seenplatte verfüge, die auch einen Kanalbau ermöglichen könne. In den anderen Staaten Mittelamerikas seien die amerikanischen Interessen wirtschaftlicher Art.

Aufgrund dieser geschichtlichen Entwicklung sei es in Nicaragua zur Herrschaft der Dynastie Somoza¹² gekommen. Er sei ein Diktator gewesen und zugleich ein großer Unternehmer, dem überwiegende Teile der Industrie und Landwirtschaft gehörten. Deshalb habe die Opposition gegen ihn die ganze Nation umfaßt, während es in Salvador einen Klassenkampf gebe. In Nicaragua habe man z. Z. einen interessanten Prozeß des Pluralismus, der zu einer Verbindung der verschiedenen ideologischen Standpunkte führen könne, sofern die wirtschaftlichen Probleme des Landes gelöst würden.¹³ Obwohl Nicaragua ein kleines Land sei, erscheine seine Revolution als repräsentativ. Daher seien die Vertreter aller Ideologien daran interessiert. Dementsprechend stellten alle, außer Mexiko, ihre Hilfe unter politische Bedingungen. Übrigens auch außer den USA. Diese seien erschrocken und widersetzten sich der Revolution in Nicaragua aus Angst vor Kuba. Denn hier schließe sich der Bogen des karibischen Mittelmeeres. In diesem Bereich spiele sich ein interessanter Prozeß ab. Nach der Entkolonialisierung der früheren britischen, französischen und auch niederländischen Gebiete durchlaufe diese Region eine Phase der Schwäche; von Nationen, die dennoch Anspruch auf ihre Eigenständigkeit erhoben.¹⁴ Sie sollten zu Lateinamerika gehören, sprechen aber nicht dessen Sprache und gehörten daher eher zu Europa. Manley, eine hervorragende politische Persönlichkeit, sei

¹⁰ Panama wurde am 3. November 1903 von Kolumbien unabhängig.

¹¹ Panama räumte den USA am 18. November 1903 in der „Convention for the Construction of a Ship Canal“ die Nutzung einer fünf Meilen breiten Kanalzone jenseits der Kanaltrasse auf unbegrenzte Zeit ein. Dafür erhielt Panama nach der Ratifizierung des Vertrags 10 Millionen US-Dollar sowie ab 1913 eine jährliche Zahlung von 250 000 Dollar. Für den Wortlaut des Abkommens vgl. MALLOY, Treaties, Vol. II, S. 1349–1357.

Seit 1965 verhandelten die USA und Panama mit Unterbrechungen über eine Neuregelung der Verhältnisse am Panamakanal. Die Verhandlungen wurden am 10. August 1977 abgeschlossen. Der Panamakanal-Vertrag, der die schrittweise Übergabe der Souveränität über die Kanalzone an Panama bis 31. Dezember 1999 regelte, sowie der Vertrag über die immerwährende Neutralität und den Betrieb des Panamakanals nebst Protokoll wurden am 7. September 1977 unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 77 (1977), S. 483–501. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1977, D 640–650 (Auszug).

Der Vertrag über die Neutralität wurde am 16. März 1978 mit 68 zu 32 Stimmen im amerikanischen Senat gebilligt. Vgl. dazu den Artikel „Senate Approves First Treaty on Panama Canal“; INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE vom 17. März 1978, S. 1.

Der Vertrag zur Übergabe der Souveränität an Panama wurde am 18. April 1978 ebenfalls mit 68 zu 32 Stimmen ratifiziert. Vgl. dazu den Artikel „Senate Ratifies 2d Canal Treaty, Panama to Own It by Year 2000“; INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE vom 20. April 1978, S. 1.

¹² 1937 wurde der bisherige nicaraguanische Kriegsminister Anastasio Somoza García zum Präsidenten gewählt. Luis Somoza Debayle übernahm am 29. September 1956 das Präsidentenamt seines ermordeten Vaters, das er bis 1963 inne hatte. Von 1967 bis 1972 und von 1974 bis 1979 amtierte Somoza Garcías jüngerer Bruder, Anastasio Somoza Debayle, als Präsident.

¹³ Zur Lage in Nicaragua vgl. Dok. 74.

Ministerialdirigent Meyer-Landrut vermerkte am 24. April 1980: „Der bisherige relative Pluralismus der nicaraguanischen Regierungsjunta scheint zu zerbrechen. Die als liberal und unternehmerfreundlich geltenden Juntamitglieder Violeta Chamorro und Alfonso Robelo haben die Junta verlassen. Über die Hintergründe gibt es zur Stunde nur widersprüchliche Nachrichten, ihr Rücktritt bedeutet jedoch die Vorherrschaft der Sandinisten in der Junta.“ Vgl. Referat 331, Bd. 127451.

¹⁴ So in der Vorlage.

englischsprachig. Die USA aber bekämpften diesen hervorragenden Politiker. Die Karibik sei ein Spannungsgebiet geworden. Einerseits sei sie ein möglicher Herd sowjetischer Einflüsse. Andererseits gehöre sie in die amerikanische Verteidigungszone. Kuba sei schon sowjetisches Einflußgebiet geworden, und zwar dank amerikanischer Fehler. Ursprünglich sei die amerikanische Haltung gegenüber Castro widersprüchlich und zaudernd gewesen. Der Prozeß der Selbstbestimmung Kubas habe aber dann zu einer negativen Haltung der USA geführt und das Land durch die wirtschaftlichen Sanktionen, denen es ausgesetzt war¹⁵, in die Arme der Sowjetunion getrieben. Dies könne sich jederzeit im Iran oder in Nicaragua wiederholen.

Er habe, fuhr L. P. fort, die Besorgnis, daß die USA im Gegenzug zu der sowjetischen Besetzung von Afghanistan eine Aktion in Kuba unternehmen könnten.

Sie wiesen darauf hin, daß es den USA am Verständnis für die spanische Mentalität fehle. Auch sei in den USA, beginnend mit der Administration Johnson, die alte politische Führungsschicht eliminiert worden. Die neuen Leute seien guten Willens, aber ohne viel Verständnis. Um so wichtiger sei die Rolle Mexikos in der Region.

L. P. stimmte Ihnen bei. Es sei bedenklich, wenn eine Führungsrolle ohne entsprechende Führer oder führende Schicht ausgeübt werde. Er mache sich Sorge wegen des Substituierungsprozesses. Die Aufnahme kubanischer Dissidenten durch die USA¹⁶ könne, dies sei nicht unmöglich, zur Vorbereitung einer neuen Intervention führen, so gesehen sogar mit triftigeren Gründen als unter Kennedy¹⁷. Die plötzliche Änderung der Haltung von Carter in der Frage des derzeitigen Flüchtlingsstroms gebe zu denken.¹⁸ Die Vorbereitung einer strate-

¹⁵ Präsident Kennedy verhängte am 3. Februar 1962 ein Handelsembargo gegen Kuba, von dem nur Lebensmittel, Medikamente und medizinisches Gerät ausgenommen waren. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, KENNEDY 1962, S. 106.

¹⁶ Ministerialdirektor Meyer-Landrut vermerkte am 15. April 1980, in den vergangenen Monaten hätten zahlreiche Kubaner Zuflucht in der venezuelanischen und peruanischen Botschaft in Havanna gefunden. Die Erklärung der kubanischen Regierung vom 4. April 1980, sie werde „sich der Ausreise von ‚Delinquenten und asozialen Elementen‘ nach Peru oder auch in andere Länder nicht in den Weg stellen“, habe zu einem weiteren Anschwellen der Flüchtlingszahlen geführt. Vgl. Referat 330, Bd. 127435.

In der Presse wurde berichtet: „Kuba will alle unzufriedenen Bürger ausreisen lassen und den Exodus nicht nur auf die 10800 Asylsuchenden beschränken, die sich in die peruanische Botschaft in Havanna geflüchtet hatten. [...] In der vergangenen Woche trafen über 2800 Flüchtlinge auf dem Seeweg in Florida ein. Zusammen mit den Flüchtlingen, die nach Spanien, Costa Rica und Peru ausgereist sind, hatten damit bis zum Wochenende fast 3500 Menschen die Zuckerinsel verlassen. [...] Für die Vereinigten Staaten, die seit 20 Jahren eine Politik der unterschiedslosen Aufnahme kubanischer Flüchtlinge verfolgt haben, wirft der zu erwartende Menschenstrom schwere Probleme auf.“ Vgl. den Artikel „Castro öffnet die Tore für ausreisewillige ‚Lumpen‘“, DIE WELT vom 28. April 1980, S. 5.

Am 29. April 1980 rief der Gouverneur des amerikanischen Bundesstaates Florida, Graham, wegen des Flüchtlingsstroms aus Kuba für einige Gebiete den Notstand aus und bat die amerikanische Regierung um Finanzhilfen. Vgl. dazu den Artikel „Notstand in Key West und Miami“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 30. April 1980, S. 3.

¹⁷ Am 17. April 1961 landete eine aus im Exil lebenden Kubanern bestehende Invasionstruppe in der Schweinebucht auf Kuba. Am 20. April 1961 scheiterte das von den USA geförderte Unternehmen. Zu den Planungen, zur Diskussion des Vorgehens in der amerikanischen Regierung und zur Reaktion auf das Scheitern vgl. FRUS 1961–1963, X, S. 10–306.

¹⁸ Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 16. Mai 1980, Präsident Carter habe am 14. Mai 1980 ein Fünf-Punkte-Programm zur Lage der kubanischen Asylsuchenden verkündet. Vorgesehen sei die

gischen Unternehmung sei nicht unmöglich. Die politische Unsicherheit der USA gefährde die karibische Region ebenso wie den Iran. Es bestehe dabei auch die Gefahr, daß die vordringlichen Probleme die eigentlich wichtigen verdrängten. Die Geiselnahme sei nur scheinbar ein wichtiges Problem. Wirklich wichtig sei es, den Entkolonisierungsprozeß richtig durchzuführen, eine neue Wirtschaftsordnung für die Welt zu finden und der durch die Energiepreise bedingten wirtschaftlichen Krise zu begegnen.

Sie erwiderten mit einem Vergleich der Weltlage von 1960 und 1980. Vor 20 Jahren habe die Sowjetunion weder in Kuba noch in Afrika oder im Nahen Osten Einfluß gehabt und kaum einen in Indien. 1980 habe sie starken Einfluß in Indochina, erheblichen in Indien, beherrschenden in Afghanistan, starken in Syrien, beherrschenden in Aden und Äthiopien, starken in Libyen und Angola und sehr starken in Kuba. Ähnliche Gefahren drohten bei falschem westlichen Verhalten in der West-Sahara und im Iran. Auch in Osteuropa habe sich die Lage verschlechtert. Seit 1956 stünden sowjetische Divisionen in Ungarn¹⁹, seit 1968 in der Tschechoslowakei²⁰. Nur Rumänien und Bulgarien seien frei von sowjetischen Truppen. Einschließlich der westlichen Sowjetunion stünden etwa 80 sowjetische Divisionen dem atlantischen Bündnis gegenüber. Weitere starke Kräfte beiderseits des Kaspischen Meeres und in Afghanistan seien heute so postiert, daß sie auf die Türkei und den Iran sowie den Persischen Golf drücken könnten. Die letzte Stoßrichtung möge nicht das Hauptmotiv für die Besetzung Afghanistans gewesen sein, wohl aber ein eventueller Vorsatz. Es sei eine Speerspitze zur Domestizierung von Pakistan und des Iran.

Dieser gewaltige Vormarsch der Sowjetunion zwischen 1960 und 1980 beruhe auf zwei Gründen:

- dem ständigen Zurückweichen der USA, die insbesondere die Gesetzmäßigkeiten des Entkolonisierungsprozesses zu spät erkennen und zunächst auf falsche Führer zu setzen pflegen;
- dem vorsichtigen, aber zielbewußten Vordringen der Sowjetunion.

Wenn man die Entwicklung gedanklich bis ins Jahr 2000 verlängere, könne einem angst und bange werden.

Die deutsche Lage sei besonders kompliziert. Man brauche nur die Karte zu betrachten, um zu sehen, wie das nationale Territorium geschrumpft sei. Dabei

Fortsetzung Fußnote von Seite 823

Errichtung einer See- und Luftbrücke durch die USA, „um für eine geordnete Ausreise von Asylbewerbern zu sorgen, die zuvor sorgfältig untersucht und zur Aufnahme in den Vereinigten Staaten für geeignet befunden wurden“. Ein Familienregistrierungszentrum solle in Miami errichtet werden, „um die Namen der Personen zu erfassen, denen Priorität bei der Einreise eingeräumt werden soll, weil sie Familienangehörige in den Vereinigten Staaten haben“. Die amerikanische Küstenwache sei angewiesen, keine Aufnahme weiterer Passagiere auf Schiffen zum Transfer in die USA zu dulden: „Die amerikanischen Einwanderungsbestimmungen werden ab sofort strikt eingehalten.“ Vorgesehen seien zudem die Abschiebung von mindestens 400 Personen mit kriminellem Hintergrund, die aus Kuba eingereist seien, und internationale Konsultationen über Schritte, „die von der internationalen Gemeinschaft zur Lösung dieses Problems unternommen werden könnten“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1994; Referat 330, Bd. 127436.

¹⁹ Nach dem Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt kam es am 4. November 1956 zu einer Intervention sowjetischer Truppen.

²⁰ Am 20./21. August 1968 intervenierten Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR. Vgl. dazu AAPD 1968, II, Dok. 261–263 und Dok. 273.

habe die Bundesrepublik, der westliche Teil, zwölf Millionen Flüchtlinge und Vertriebene aus dem Osten aufgenommen und inzwischen im Westen integriert.

Zwei Probleme aber blieben bestehen:

- die DDR, in der 16 Millionen Deutsche lebten und deren Regime sich nur durch sowjetische Besetzung halten könne;
- Berlin, das zur größeren Hälfte de facto zur Bundesrepublik gehört. Militärisch sei Berlin unhaltbar. Es sei der wichtigste Teil unserer Außenpolitik, die Verbindung zu Berlin und zu den 16 Millionen im anderen Teil Deutschlands aufrechtzuerhalten. Dabei sei Berlin nur mit Hilfe der USA zu schützen. Dies hätten die Berlin-Krisen von 1948 und von 1958²¹ bis 1961 gelehrt. Wenn aber Berlin verlorenginge, dann wäre der moralische Nerv der 60 Millionen Deutschen in der Bundesrepublik angeschnitten.

Dies sei einer der Gründe für die Allianz mit den USA. Der zweite Grund sei die Furcht vor sowjetischer Expansion, die in ganz Westeuropa bestehe. Alle diese Länder stünden heute unter der Drohung der sowjetischen Mittelstreckenwaffen. Sie reichten sogar bis in den Nahen Osten. Wenn die derzeitige Aufrüstung mit bis zu 500 zusätzlichen Nuklearsprengköpfen im Jahr weiterginge, dann käme Europa in den 80er Jahren unter stärkste sowjetische Pression. Deshalb sei der NATO-Beschluß vom Dezember 1979²² notwendig gewesen. Er werde von der Sowjetunion wegen der kurzen Vorwarnzeiten als Bedrohung empfunden. Deshalb wäre er künftig zu verhandeln, da die NATO diese Waffen vor 1983 nicht stationieren könne.²³ Die Sowjetunion habe jedoch aus einem doppelten Grunde Verhandlungen verweigert:

- sie sei hinsichtlich der Ratifikation von SALT II²⁴ unsicher;
- sie beurteilte das strategische Gleichgewicht anders, als der Westen dies tue.

Auf den Einwurf von L. P., daß die Sowjetunion angesichts ihres relativen Vorsprungs keine besonderen Anstrengungen in den nächsten Jahren zu machen braucht, erwiderten Sie, sie täte es aber doch, und diese Bedrohung sei, wie gesagt, der zweite Grund für das Bündnis mit den USA. Das werde in London, Paris und Rom ebenso beurteilt. Zugleich sehe man mit großer Beunruhigung die Direktionslosigkeit in den USA. Deshalb nehme man auch an den Olympischen Spielen nicht teil²⁵, und deshalb beteilige man sich an Sanktionen gegen den Iran²⁶. Durch diese Aktionen werde weder Afghanistan befreit noch die Geiseln. Solidarität mit den USA aber sei eine Voraussetzung dafür, daß man wenigstens einen Mindesteinfluß auf die amerikanische Politik behalte.

L. P. erwiderte, daß es eindeutig sei, daß Europa mit den USA verbunden bleiben müsse, weil es sonst unter den Einfluß der Sowjetunion geriete. Angesichts der Solidität der Atlantischen Allianz bestehe aber Aussicht auf eine gesunde

²¹ Korrigiert aus: „1959“.

²² Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 10.

²³ So in der Vorlage.

²⁴ Zum Stand des Ratifizierungsverfahrens des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 im amerikanischen Senat vgl. Dok. 59.

²⁵ Zur Entscheidung des NOK vom 15. Mai 1980 in Düsseldorf vgl. Dok. 148, Anm. 45.

²⁶ Zum Inkrafttreten der Sanktionen gegen Iran in der Bundesrepublik vgl. Dok. 151, Anm. 25.

Entwicklung. Wie aber stehe es mit den Entwicklungsländern? Sie lebten heute in einem Wirtschaftssystem, das ihnen keine Chance biete. Sie hätten nur die Wahl, sich den USA anzupassen oder ein repressives zu akzeptieren. Was habe ein Entwicklungsland aber in der einen oder anderen Richtung zu gewinnen? Sich einem Block anzuschließen, bedeute Unterordnung. Es nicht zu tun, gelte als eine Form der Aufsässigkeit. Sie brauchten eine Ordnung, in der sie als Partner einen wirklichen Beitrag leisten könnten, sonst verlören sie die Hoffnung. Wer aber die Hoffnung verliert, wie die Entwicklungsländer das tun, verliere alles. Dadurch würden sie zu Desperados.

Sie erklärten Ihr Einverständnis. Sie hätten in diesem Zusammenhang einen Ratschlag zu geben und auf drei Fehler hinzuweisen.

Ihr Ratschlag wäre, die Blockfreiheit beizubehalten und die Bewegung der Blockfreien zu stärken. Dann dürfe man allerdings nicht Castro die Führung überlassen. Es sei tief bedauerlich, daß Tito nicht mehr lebe.²⁷ Auch eine Führung durch Indien könnten Sie zur Zeit nicht sehen. Es müsse vielmehr zu einer Gruppierung der wichtigsten Staaten der Dritten Welt kommen. Sicher gehörten dazu Länder wie Indien, Brasilien, Mexiko und Jugoslawien.

Zu den drei Fehlern führten Sie aus:

- Einmal müsse der Bevölkerungsexplosion begegnet werden, was bisher nur Indien und China begriffen hätten. Dabei sei nur China relativ erfolgreich gewesen. Die katholische Kirche vertrete hier einen moralisch fundierten, im Ergebnis aber desaströsen Standpunkt.
- Der zweite Fehler liege in der Politik der Ölexportländer. Sie müßten verstehen, daß die Entwicklungsländer auf billiges Öl angewiesen seien. Allein von 1977 auf 1978 habe sich die Ölrechnung der Entwicklungsländer um 40 Milliarden Dollar erhöht, während die Entwicklungshilfe der Industrieländer nur 20 Milliarden Dollar betragen habe. Die Industrieländer könnten das Defizit nicht ausgleichen. Im Gegenteil, es werde zu einer grassierenden Inflation kommen. Die Entwicklungsländer benötigten billiges Öl oder man müßte ihnen Kernkraftwerke bauen. Da sie jedoch über die entsprechenden Elektrizitätsverteilungsnetze nicht verfügten, wären sie für die nächsten 20 Jahre auf billiges Öl absolut angewiesen. Die Industrieländer könnten den heutigen Ölpreis bezahlen. Länder wie Tansania aber würden daran zugrunde gehen.
- Der dritte Fehler liege in der Haltung der Entwicklungsländer gegenüber der Politik der Sowjetunion. Die Entwicklungsländer verlangten Wirtschaftshilfe vom Westen. Gegenüber der Sowjetunion aber begnügten sie sich damit, Waffen zu beziehen. Das müsse unausweichlich dazu führen, daß es im Jahre 2000 auf der Landkarte noch mehr rote Flächen gebe als heute.

Sie setzten hinzu, daß Sie in der Frage eines niedrigen Ölpreises für die Entwicklungsländer in deren Interesse und als Volkswirt gesprochen hätten. Für die Entwicklungsländer sei es entscheidend, daß sie Öl zu einem niedrigen und stabilen Preise erhielten. Die Bundesrepublik Deutschland jedenfalls sei nicht

²⁷ Staatspräsident Tito starb am 4. Mai 1980 in Ljubljana.

in der Lage und auch nicht gewillt, die Ölrechnung der Entwicklungsländer zu bezahlen. Es mache auch keinen Sinn, dafür Geld zu drucken. Es gebe heute schon mehr Geld als Waren.

Zur weltwirtschaftlichen Lage führten Sie weiter aus, daß Länder wie Frankreich, Deutschland oder Italien an Erfahrung und institutionellem Know-how reich seien, jedoch über keine Rohstoffe wie Öl, Gas, Eisenerz, Kupfer, Zink, Zinn, Gold, Silber, Chrom oder andere verfügten. Wir in der Bundesrepublik hätten nur etwas Kohle, 1000 Meter unter der Erde und dreimal teurer als die der USA. Wir würden in einer neuen Weltwirtschaftsordnung höhere Rohstoffpreise zu zahlen haben. Wir Europäer würden darauf mit einer gigantischen Exportinitiative antworten müssen. Wir würden am Ende die USA technologisch überholen und an die Spitze der Weltentwicklung treten. Nur von Großbritannien gelte dies wohl nicht. Wenn die Entwicklung dort weiterginge wie bisher, dann würde es auf die Länge wirtschaftlich gesehen zu einem Land dritter Ordnung. Im übrigen müsse man sehen, daß vor allem die USA, die Sowjetunion, Kanada, Australien und Südafrika die Hauptnutznier einer Verteuerung von Rohstoffen würden. Die Gruppe der 77 irre sich, wenn sie glaube, sie habe die Masse der Rohstoffe. Deren Verteuerung werde den Entwicklungsländern nur zum kleinsten Teil helfen, sie würden arm bleiben. Reich würden die zuvor genannten Länder, aber auch ein rohstoffreiches Land wie Mexiko.

Für die Masse der Entwicklungsländer ergäben sich daraus, so fuhren Sie fort, zwei Schlußfolgerungen:

- Sie müßten ihre Landwirtschaft entwickeln. Entwicklungsländer, die gezwungen seien, wesentliche Teile ihrer Nahrungsmittel einzuführen, seien wirtschaftlich verloren.
- Zum andern müßten die Entwicklungsländer ihre Konsumgüterindustrie so entwickeln, daß sie keine Konsumgüter mehr zu importieren brauchten.

Demgegenüber würden die Entwicklungsländer bis weit ins nächste Jahrhundert von Import von Technologie und Investitionsgütern abhängig bleiben. All dies aber könne nur funktionieren, wenn der Bevölkerungsexplosion Einhalt geboten würde und die Entwicklungsländer billiges Öl erhielten.

Dies seien schon seit zehn Jahren Ihre Überlegungen, die Sie unter anderem Manley sowie den früheren Präsidenten von Nigeria und Venezuela dargelegt hätten.²⁸ Manche Führer der Entwicklungsländer verstünden diese Überlegungen.

Dies, so fuhren Sie fort, führe zur Frage einer Konferenz von Staats- und Regierungschefs. Hier gebe es Probleme der Auswahl, des Veranstalters, des Zeitpunkts und des Ortes. Sie seien sondiert worden, ob Sie eine Gastgeberrolle übernehmen wollten und hätten abgelehnt.²⁹ Für ein Land wie die Bundesre-

²⁸ Am 28./29. Dezember 1978 fand ein informelles Treffen von sieben Staats- und Regierungschefs in Mount Pleasant/Jamaika statt, an dem neben Bundeskanzler Schmidt Ministerpräsident Fraser (Australien), Ministerpräsident Manley (Jamaika), Ministerpräsident Nordli (Norwegen), der am 1. Oktober 1979 zurückgetretene Chef des Obersten Militärats der Bundesrepublik Nigeria, Obasanjo, der bis 12. März 1979 amtierende Präsident Pérez (Venezuela) sowie Ministerpräsident Trudeau (Kanada) teilnahmen. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 401.

²⁹ Der SPD-Vorsitzende und Vorsitzende der Unabhängigen Kommission für Internationale Entwicklungsfragen („Nord-Süd-Kommission“), Brandt, bat Bundeskanzler Schmidt am 3. März 1980 um

publik sei das Risiko, die Rechnung dann zahlen zu müssen, zu groß. Sie seien aber interessiert, daß ein solches Treffen zustande kommt. Sie setzten große Hoffnung in die Aktivität von L. P.³⁰

L. P. erwiderte, daß jede Ihrer Überlegungen Kommentare verdiene, einige kontrovers – andere nicht. Er wolle den Standpunkt eines Entwicklungslandes darlegen, das wie Mexiko über Öl und Rohstoffe verfüge und seine eigenen Vorstellungen habe. Mexiko sei bereit, sich zu engagieren. Vielleicht könne man am Mittwoch³¹ über die Energiefragen und weltwirtschaftlichen Fragen weiter sprechen. Dann werde er seinen Beitrag leisten.

Sie schließen das Gespräch mit der Bemerkung ab, daß L. P. morgen Gelegenheit haben werde, seine Auffassungen eingehend darzulegen. Sie sähen dem mit großem Interesse entgegen.³²

[Staden]³³

VS-Bd. 14085 (010)

Fortsetzung Fußnote von Seite 827

Unterstützung der Kommissionsvorschläge. Vgl. dazu BRANDT, Berliner Ausgabe, Bd. 8, S. 296 f. und S. 558 f.

Oberregierungsrat Neumann, Bundeskanzleramt, notierte am 25. April 1980, Bundeskanzler Schmidt habe am selben Tag dem Vorsitzenden der mexikanischen Staatspartei PRI, Carvajal, erklärt, „VNGS Waldheim habe ihn aufgefordert, die Initiative für ein informelles (privates) Gipfeltreffen zwischen den Regierungs- und Staatschefs von IL, EL und OPEC zu ergreifen“. Schmidt habe dargelegt, trotz seines Interesses an einem derartigen Treffen könne er in einem Wahljahr dafür keine Initiative ergreifen: „Er könne aus diesen innenpolitischen Gründen nicht Gastgeber sein, aber auch nicht aus außenpolitischen Gründen. Die vorstellbare Verstimmung derjenigen Länder, die nicht eingeladen werden könnten, wollte er sich innenpolitisch im Wahljahr nicht leisten.“ Carvajal möge Präsident López Portillo informieren, daß er, Schmidt, „gerne an einem solchen informellen Gipfeltreffen – sofern es in diesem Jahr stattfindet – teilnehmen“ würde: „Im nächsten Jahr sei er, der BK, sogar bereit, die Initiative für ein Treffen zu ergreifen.“ Vgl. Referat 331, Bd. 127442.

³⁰ Vortragender Legationsrat Boll unterrichtete am 23. Mai 1980 über den Besuch des Präsidenten López Portillo in der Bundesrepublik und die dabei mit Bundeskanzler Schmidt, Bundespräsident Carstens und den Parteivorsitzenden von FDP, SPD und CSU, Genscher, Brandt und Strauß, sowie mit Bundeskanzler Kreisky geführten Gespräche. Zum Projekt eines Nord-Süd-Wirtschaftsgipfels teilte Boll mit: „Keine Festlegung zu Termin, Ort und Teilnehmer. Einvernehmen mit Bundeskanzler, offenbar auch mit Brandt und Kreisky, daß sorgfältige Vorbereitung wichtiger als alsbaldiges Zusammentreffen des Weltwirtschaftsgipfels. Noch keine konkreten Vereinbarungen.“ Vgl. den Rundverlaß Nr. 69; Referat 012, Bd. 115729. Vgl. dazu ferner BRANDT, Berliner Ausgabe, Bd. 8, S. 301 f.

³¹ 21. Mai 1980.

³² Bundeskanzler Schmidt und Präsident López Portillo erörtern am 21. Mai 1980 Fragen der Weltwirtschaft sowie der Energieversorgung. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Staden, Bundeskanzleramt, vom 23. Mai 1980; VS-Bd. 14085 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

³³ Vermuteter Verfasser der nicht unterzeichneten Aufzeichnung.

156

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Dröge**201-363.31-1431/80 geheim****22. Mai 1980¹**Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister zur Unterrichtung

Betr.: Modernisierung der nuklearen Gefechtsköpfe für Raketensystem Lance und 203-mm-Haubitze

I. 1) Gemäß einem vom Auswärtigen Ausschuß des amerikanischen Repräsentantenhauses am 7. Mai d.J. veröffentlichten Bericht der U.S. Arms Control and Disarmament Agency (ACDA) werden im Finanzjahr 1981, das am 1. Oktober 1980 beginnt, die nuklearen Sprengköpfe des Raketensystems Lance und der 203-mm-Haubitze modernisiert. Die Verbesserungen sollen die Reichweite, Zielgenauigkeit, Sicherheit sowie die Führungs-, Feuerleit- und Bedienungsortorgane betreffen.

2) Nach einer Ende 1977/Anfang 1978 in der Öffentlichkeit geführten heftigen Kontroverse um die Neutronenwaffe (Waffe mit verstärkter Anfangsstrahlung bei Reduzierung von Druck, Wärme und radioaktivem Niederschlag) ordnete Präsident Carter am 7. April³ und 18. Oktober 1978⁴ das Modernisierungsprogramm mit der Maßgabe an, daß er über die Neutronenkomponente zu einem späteren Zeitpunkt entscheiden würde. Vorerst solle die Produktion unter Einschluß einiger für die Neutronenoption erforderlicher Komponenten begonnen werden, die eine spätere Umstellung auf eine verstärkte Anfangsstrahlung ermöglichen. Seine endgültige Entscheidung über die Einführung der Neutronenoption solle von der Entwicklung des die Vereinigten Staaten und Europa bedrohenden konventionellen und nuklearen sowjetischen Rüstungsprogramms abhängig sein.⁵

3) Die Lance ist ein mobiles ballistisches Boden-Boden-Raketensystem, das mit einer Reichweite bis zu 100 km unter Allwetterbedingungen sowohl nuklear als auch konventionell eingesetzt werden kann.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann und von Legationsrat I. Klasse Bolewski konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 28. Mai 1980 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 28. August 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 201 verfügte.

Hat Bolewski am 2. September 1980 erneut vorgelegen.

² Hat Staatssekretär van Well am 24. Mai 1980 vorgelegen.

³ Präsident Carter gab am 7. April 1978 eine Erklärung über die unbefristete Verschiebung der Produktion der Neutronenwaffe ab. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, CARTER 1978, S. 702. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 470 (Auszug). Vgl. dazu ferner AAPD 1978, I, Dok. 108.

⁴ Referat 221 vermerkte am 15. Mai 1979: „Am 18. Oktober 1978 gab Präsident Carter eine Entscheidung über die Modernisierung der nuklearen Lance-Artillerie-Sprengköpfe (8 inch/203 mm), die zur Aufnahme von E[nhanced]R[adiation]W[eapons] hergerichtet werden können, sowie die Aufnahme der Teilproduktion von ERW-Komponenten bekannt. Dieser Schritt bedeutete keine endgültige amerikanische Entscheidung über die Produktion von Neutronenwaffen. Die Entscheidung über den Einbau der ERW-Komponenten in die Sprengköpfe blieb aufgeschoben.“ Vgl. Referat 221, Bd. 116924. Vgl. dazu auch AAPD 1978, II, Dok. 322.

⁵ Zum Stand der Entwicklung der Neutronenwaffe in den USA vgl. Dok. 131, Anm. 7.

Das verbesserte 203-mm-Geschütz soll eine um 40% vergrößerte Reichweite und eine kürzere Reaktionszeit gegenüber dem bisher erforderlichen Einschießen mit gleichartiger ballistischer Munition haben.

4) Nach Angaben der ACDA liegt die operative Nutzbarkeit der Lance-Rakete und der 203-mm-Haubitze mit nuklearem Gefechtskopf im Einsatz gegen Panzerverbände des Warschauer Pakts, für den sie wegen ihrer spezifischen Wirkungsweise (reduzierte Infrastrukturschäden und Verluste bei befreundeten Truppen und Zivilisten außerhalb des unmittelbaren Zielgebietes) besonders geeignet sind.

5) Eine eventuelle Entscheidung der amerikanischen Regierung für die Neutronenoption würde nach amerikanischer Auffassung keine Veränderung der Nuklearstrategie mit sich bringen und die Nuklearschwelle nicht senken. Vielmehr würde der Einsatz der Neutronenwaffe derselben strengen politischen Kontrolle unterliegen wie die Verwendung anderer Nuklearwaffen.

6) Der Bericht stellt fest, daß der Einsatz von nuklearen Gefechtsfeldwaffen bisher nicht unter Rüstungskontrollvereinbarungen falle.

7) Dem US-Verteidigungsministerium sollen bereits „adaption kits“ für die Umrüstung der Lance-Rakete mit dem modernisierten Sprengkopf (mit oder ohne Neutronenoption) zur Verfügung gestellt worden sein.

II. 1) Die NATO verfügt gegenwärtig im Bereich der nuklearen Gefechtsfeldwaffen (SRTNF) über 86 Lance-Raketen mit einer Reichweite von 116 km, die seit 1973 in den USA, UK, B, NL, I und in der Bundesrepublik Deutschland stationiert sind. Sie sollen die Raketen vom Typ Honest John und Sergeant sukzessive ersetzen. Diesem SRTNF-Potential sind 374, seit 1962 in den USA, UK, B, NL, I, GR, TR und in der Bundesrepublik Deutschland stationierte 203-mm-Haubitzen mit einer Reichweite von 15 km hinzuzurechnen.

2) Das in der operativen Nutzbarkeit vergleichbare SRTNF-Potential des Warschauer Paktes besteht neben der nuklearen Artillerie (144 203-mm-Haubitzen) im wesentlichen aus 614 (davon 314 in den europäischen Mitgliedsländern des Warschauer Paktes – ohne Sowjetunion – disloziert) Raketensystemen vom Typ FROG (free – rocket – overground) mit einer Reichweite von 70 km und dem Nachfolgemodell der FROG, SS-21, mit einer Reichweite von 120 km, von dem bisher 10 Werfer in der Sowjetunion erkannt worden sind.

III. Bewertung

1) Der veröffentlichte ACDA-Bericht hält die Option des amerikanischen Präsidenten zur Einführung einer ER/RB⁶-Komponente weiterhin offen. Anders als in der öffentlichen Diskussion um die Einführung einer französischen Version der Neutronenwaffe⁷ sind Anzeichen für eine bevorstehende politische Entscheidung in den USA nach wie vor nicht erkennbar.

2) Eine Modernisierung der nuklearen Rohr- und Raketenartillerie der NATO würde den taktischen Einsatz auf dem Gefechtsfeld und in der Tiefe des Kampfgebietes stärken. Damit könnte auch einer zusätzlichen Bedrohung durch den Ausbau der SRTNF in den Ländern des Warschauer Paktes außerhalb der So-

⁶ Enhanced radiation/reduced blast.

⁷ Zur Modernisierung der französischen Nuklearstreitkräfte vgl. Dok. 154, Anm. 13.

wjetunion begegnet werden. Dies diene dem in der Sitzung der Eurogroup am 12. Mai 1980⁸ bestätigten Ziel, die Verteidigungsfähigkeit der NATO auch auf dieser Stufe sicherzustellen und ihre Abschreckung gegen das östliche Panzerangriffspotential glaubwürdiger zu machen.

Dröge

VS-Bd. 10329 (201)

157

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fleischhauer

501-506.01-449/80 VS-vertraulich

22. Mai 1980¹

Über Herrn Staatssekretär² dem Herrn Bundesminister

Betr.: Amtseinführung des neuen Bischofs von Berlin³

Zweck der Vorlage: Unterrichtung

1) Die Amtseinführung des neuen Berliner Bischofs ist zu einer eindrucksvollen Demonstration für die Einheit des Bistums Berlin und die Einheit der Stadt geworden. Das Bekenntnis zur Einheit von Bistum und Stadt kam nicht nur in den Manifestationen des Publikums vor und in der Hedwigs-Kathedrale

⁸ Am 12. Mai 1980 fand in Brüssel eine Ministersitzung der Eurogroup der NATO statt. Erörtert wurden insbesondere die Wiedereingliederung Griechenlands in die militärische Struktur der NATO, Fragen der NATO-Nordflanke und des transatlantischen Konsultationsmechanismus'. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 731 des Botschafters Pauls, Brüssel (NATO), vom 12. Mai 1980; VS-Bd. 13184 (213); B 150, Aktenkopien 1980.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 28. August 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 501 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Treviranus am 29. August 1980 vorgelegen.

² Hat Staatssekretär von Well am 24. Mai 1980 vorgelegen.

³ Ministerialdirektor Fleischhauer notierte am 2. Mai 1980: „Die Wahl des neuen Bischofs von Berlin vollzieht sich bisher in einer Weise, die den rechtlichen und politischen Belangen der Bundesrepublik Deutschland wie auch den besonderen Bedürfnissen der in Berlin gegebenen Situation entspricht und insbesondere der Einheit des Bistums Berlin Rechnung trägt. Das Berliner Domkapitel hat auf Aufforderung des Vatikans nach dem Tode von Kardinal Bengsch einen Wahlvorschlag nach Rom eingereicht, der dort geprüft worden ist. Der Vatikan hat dann eine drei Namen umfassende Liste zurückgesandt, wobei wir allerdings nicht wissen, ob sie gegenüber dem Berliner Vorschlag verändert war oder nicht. Aufgrund dieser Liste hat das Domkapitel gewählt, die Wahl ist bekanntlich auf den Weihbischof des Apostolischen Administrators in Erfurt gefallen. Am 23. April ist der Berliner Senat mündlich und schriftlich unterrichtet worden, am 25. April wurde die Nachricht veröffentlicht. Der Regierende Bürgermeister hat am 30. April gratuliert. Dieses Verfahren entspricht in der Sache dem Preußenkonkordat, wobei es offen zu bleiben hat, ob dieses direkt oder analog herangezogen wurde. Das Preußenkonkordat sieht ebenso wie das Reichskonkordat vor, daß die Kirche sich des nihil obstat der zuständigen Landesregierung vergewissert. Da hierfür kein bestimmtes Verfahren vorgesehen ist, trägt die Unterrichtung des Senats vom 23. April mit dem nachfolgenden Glückwunsch des Regierenden Bürgermeisters der konkordatären Lage auch insoweit Rechnung; in der Gratulation kommt zugleich die Zustimmung des Senats zum Ausdruck.“ Zum

bei dem Inthronisierungs-Gottesdienst am 17. Mai zum Ausdruck, sondern auch in dem von der Kirche getroffenen protokollarischen Arrangement in der Kathedrale. Auch Staatssekretär Gaus als Vertreter der Bundesregierung war nicht etwa unter dem Diplomatischen Korps plazierte, sondern an herausgehobener Stelle gemeinsam mit dem Regierenden Bürgermeister⁴ und den drei Stadtkommandanten⁵ sowie dem Präsidenten des Berliner Abgeordnetenhauses⁶.

Es hat sich hier sicherlich als richtig erwiesen, daß die Bundesregierung es vermieden hatte, durch Entsendung von einzelnen ihrer Mitglieder den Spielraum der Kirche gegenüber den DDR-Behörden einzuengen.⁷

2) Entgegen nicht nur in der Presse vielfach geäußerten Erwartungen ist Bischof Meisner nicht zum Nachfolger von Kardinal Bengsch⁸ in dem Amt des Vorsitzenden der seit 1976 verselbständigten Berliner Bischofskonferenz⁹ gewählt worden. Die Mitglieder dieser Konferenz haben vielmehr in geheimer Wahl den 67jährigen Bischof von Meißen–Dresden, Schaffran, zum Vorsitzenden bestimmt.

Fortsetzung Fußnote von Seite 831

weiteren Verfahren vermerkte Fleischhauer: „Am 16. Mai präsentiert der neue Bischof dem Domkapitel die inzwischen vom Papst ausgestellte Ernennungsurkunde. Mit diesem Akt, der rein innerkirchlich ist und an dem die Öffentlichkeit keinen Anteil hat, nimmt er Besitz von dem Bistum Berlin. Am 17. Mai findet eine Inthronisierungsmesse in der Hedwigs-Kathedrale statt, am 18. Mai eine weitere Messe in der Matthias-Kirche in Berlin (West).“ Vgl. VS-Bd. 10772 (501); B 150, Aktenkopien 1980.

⁴ Dieter Stobbe.

⁵ Bernard d'Astorg (Frankreich), Calvert P. Benedict (USA), Robert Richardson (Großbritannien).

⁶ Peter Lorenz.

⁷ Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, berichtete am 23. April 1980, sein Vertreter, Ministerialdirigent Bertele, habe „mit einem engen Mitarbeiter des Domkapitels zur Heiligen Hedwig in Berlin eingehend die derzeitige Lage erörtert“. Von seiten der Kirche sei gefragt worden, „ob sich der Senat von Berlin hochrangig an einer Inthronisation in Berlin (Ost) beteiligen würde. Dabei wurde von unserer Seite klargestellt, daß ein entsprechendes Arrangement mit der DDR-Regierung von der Kirche selbst herbeigeführt werden müsse. Das wird von kirchlicher Seite für möglich angesehen. Ebenfalls wird die Kirche darauf bestehen, daß die Bischöfe aus der Bundesrepublik zur Inthronisationsfeier nach Berlin (Ost) kommen können. Die Teilnahme von Mitgliedern der Bundesregierung bei der Inthronisation eines Bischofs, dessen Arbeitsgebiet Berlin (West), Berlin (Ost) und weite Teile der DDR einschließt, hält man dagegen für nicht durchsetzbar. Die fragile Struktur des Bistums, das in dieser Klammerfunktion unbedingt erhalten werden müsse, verträge das nicht. Den Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik beabsichtige man dagegen ganz bewußt einzuladen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 356; VS-Bd. 14090 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

⁸ Kardinal Bengsch starb am 13. Dezember 1979.

⁹ Ministerialdirigent Fleischhauer vermerkte am 5. Mai 1977: „Der erste Schritt des Vatikans zur Neuordnung der kirchenrechtlichen Verhältnisse in der DDR ist die am 26.10.76 erfolgte Bekanntgabe der intern bereits früher beschlossenen Anhebung der Berliner Ordinarienkonferenz zu einer vollgültigen selbständigen Bischofskonferenz.“ Das Vorgehen des Heiligen Stuhls sei kirchenrechtlich zwar zulässig, wäre jedoch geeignet gewesen, „deutschlandpolitische Interessen der Bundesrepublik Deutschland zu tangieren. Wenn der staats- und völkerrechtliche Status von Berlin und der durch den Grundvertrag geschaffene Zustand nicht beachtet worden wären, hätten die Maßnahmen des Vatikans für uns negative Rückwirkungen haben können.“ Dem sei jedoch durch die Zugehörigkeit von Kardinal Bengsch (Berlin) zu beiden Bischofskonferenzen Rechnung getragen worden. Dazu habe der Heilige Stuhl eine Stellungnahme abgegeben, „daß die getroffenen Maßnahmen pastoralen Notwendigkeiten entsprechen und nicht als Stellungnahme des Vatikans zu Fragen zu verstehen sind, die zwischen den beiden deutschen Staaten noch offen sind, insbesondere nicht zur nationalen Frage“. Vgl. VS-Bd. 10771 (501); B 150, Aktenkopien 1977. Vgl. dazu ferner AAPD 1976, II, Dok. 297.

Dies braucht unter rechtlichen Gesichtspunkten nicht zu beunruhigen: Nach den Statuten der Berliner Bischofskonferenz ist das Amt des Bischofs von Berlin nicht mit demjenigen des Vorsitzenden der Berliner Bischofskonferenz gekoppelt. Zugleich ist Vorsorge dafür getroffen, daß bei Übernahme des Vorsitzes durch einen Bischof aus der DDR Berlin (West) gleichwohl kirchenrechtlich nicht von der DDR aus regiert wird. Denn Art. 12 der Statuten der Berliner Bischofskonferenz bestimmt, daß die Beschlüsse der Berliner Bischofskonferenz „im Westteil des Bistums“ keine Anwendung finden¹⁰; hier kommen vielmehr die Beschlüsse der Fuldaer Bischofskonferenz zum Zuge. Schon angesichts der unterschiedlichen gesellschaftlichen und politischen Ausgangslage wäre eine andere Lösung kaum denkbar gewesen. Die Lösung des Art. 12 bot andererseits den konkreten sachlichen Rechtfertigungsgrund dafür, daß der Bischof von Berlin nicht nur der Berliner Bischofskonferenz als Vollmitglied angehört. Im übrigen ist der Name „Berliner Bischofskonferenz“ 1976 u. a. auch deswegen gewählt worden, um auch optisch dem Anschein vorzubeugen, als werde Berlin (West) von der DDR aus regiert.

Abgesehen von diesen rechtlichen Erwägungen dürfte in der Wahl des Bischofs Schaffran aber auch kein politisches Zeichen im Sinne eines Abweichens von dem bisher verfolgten Kurs der Berliner Bischofskonferenz zu sehen sein. Wie aus zuverlässiger Quelle bekannt geworden ist, stand die Bischofskonferenz bei der Wahl unter dem Eindruck des gesundheitlichen Zusammenbruchs von Weihbischof Kleineidam, der das Bistum Berlin nach dem Tode von Kardinal Bengsch interimistisch verwaltet hat (Weihbischof Kleineidam wurde mit Magenblutungen in ein Krankenhaus eingeliefert). Die Bischöfe befürchteten, daß eine Doppelbelastung des neuen Bischofs von Berlin durch die Einarbeitung in sein neues Amt und den Vorsitz der Berliner Bischofskonferenz zu einer nicht zu verantwortenden Gefährdung seiner Gesundheit hätte führen können. Deshalb wurde nach einer Zwischenlösung gesucht, die eine zusätzliche Übernahme des Vorsitzes der Berliner Bischofskonferenz durch Bischof Meisner auf einen späteren Zeitpunkt verschiebt. Es spricht vieles dafür, daß die Berliner Bischofskonferenz sich unter diesen Umständen von den Gesichtspunkten der Anciennität hat leiten lassen; Bischof Schaffran ist der älteste kirchliche Oberhirte in der DDR¹¹, und die Erwartung scheint nicht unberechtigt, daß Bischof Meisner eines Tages der Nachfolger von Bischof Schaffran und damit auch von Kardinal Bengsch im Amt des Vorsitzenden der Berliner Bischofskonferenz werden wird.

D2¹² hat mitgezeichnet.

Fleischhauer

VS-Bd. 10772 (501)

¹⁰ Für Artikel 12 der am 25. September 1976 vom Heiligen Stuhl bestätigten Statuten der Berliner Bischofskonferenz vgl. HÖLLEN, *Loyale Distanz?*, S. 396 f.

¹¹ Gerhard Schaffran war von 1962 bis 1970 Weihbischof in Görlitz und seit September 1970 Bischof im Bistum Meißen bzw. Dresden-Meißen.

¹² Klaus Blech.

158

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech**204-321.00 SO-406/80 VS-vertraulich****27. Mai 1980¹**Herrn Staatssekretär² mit der Bitte um Billigung

Betr.: Vorbereitung des politischen Teils von Venedig³,
 hier: Arbeitspapier zur Frage der Verbesserung westlicher, insbesondere
 europäisch-amerikanischer Konsultationsmechanismen

Anlg.: 1

Zweck der Vorlage: Bitte um Billigung des beigegeführten Arbeitspapiers zur Frage
 westlicher, insbesondere europäisch-amerikanischer Konsultationsmechanismen

Auf dem Vierer-Treffen am 16.5. in Wien⁴ haben wir es übernommen, zur wei-
 teren Vorbereitung des politischen Teils von Venedig ein Arbeitspapier zur Frage

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schenk konzipiert.

Hat Schenk erneut vorgelegen, der dazu handschriftlich vermerkte: „1) Über Herrn Dg 20 Herrn D2. Der Herr Staatssekretär hat Weisung erteilt, Seiten 3 und 4 in der korrigierten Fassung an die übrigen drei zwecks Austauschs der betr. Seiten weiterzuleiten. 2) W[ieder]v[orlage].“ Vgl. Anm. 9 und Anm. 10.

Hat Ministerialdirigent Dröge am 6. Juni 1980 vorgelegen.

Hat Blech erneut vorgelegen.

Hat Schenk am 22. Juni 1980 erneut vorgelegen. Vgl. VS-Bd. 11114 (204); B 150, Aktenkopien 1980.

² Hat Staatssekretär van Well am 3. Juni 1980 vorgelegen.

³ Zum Weltwirtschaftsgipfel am 22./23. Juni 1980 vgl. Dok. 184 und Dok. 185.

⁴ Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister François-Poncet, dem britischen Außenminister Lord Carrington und dem amerikanischen Außenminister Muskie vgl. Dok. 148.

Am selben Tag und Ort fand ein Gespräch des Staatssekretärs van Well und des Ministerialdirigenten von der Gablentz, Bundeskanzleramt, mit dem Abteilungsleiter im französischen Außenministerium, Robin, dem Mitarbeiter im französischen Außenministerium, Braine, dem Abteilungsleiter im britischen Außenministerium, Bullard, und dem Mitarbeiter im britischen Außenministerium, Garside, sowie dem stellvertretenden Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Aaron, und dem Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Vest, statt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Schenk notierte am 16. Mai 1980, daß beim Weltwirtschaftsgipfel in Venedig am 22./23. Juni 1980 die Zeit, in der sich die Wirtschaftsminister nach dem ersten Teil des Gipfels zur Beratung des Kommuniqués zurückziehen würden, zu einem Gespräch der Staats- und Regierungschefs sowie der Außenminister über politische Themen genutzt werden solle. Die Anregungen van Wells, daß „die politische Vorbereitung von Venedig möglichst bald im Kreise der Sieben fortgeführt und Italien als Gastgeber möglichst bald damit befaßt werden sollte“, und „daß die Vierer-Konsultationen nicht mit der Vorbereitung der Sieben vermischt werden dürften“, da sie „etwas völlig Selbst- und Eigenständiges“ seien, seien ebenso akzeptiert worden wie sein Hinweis, „daß der politische Meinungsaustausch in Venedig einen möglichst informellen Charakter haben sollte“. Konsens habe bestanden, „daß die nächste substantielle Vorbereitungsarbeit im Kreise der Vier weitergeführt, Italien aber möglichst bald involviert werden solle. US erklärten sich bereit, nächste Woche Italiener über Absicht politischen Meinungsaustausches zu unterrichten und zu bitten, entsprechende Vorbereitungen zu übernehmen.“ Die USA hätten ihr Interesse an einem Communiqué des Weltwirtschaftsgipfels unterstrichen, damit „westliche Geschlossenheit nach außen demonstriert wird“. Zur Vorbereitung der weiteren Gespräche im Viererkreis sei die Erstellung von Arbeitspapieren vereinbart worden, wobei die Bundesrepublik das „zur Frage der Verbesserung der Konsultationsmechanismen“, Frankreich jenes über „Ost-West-Beziehungen und westliche Strategie“, Großbritannien jenes über „Politische Beziehungen zur Dritten Welt“ bzw. zur „China-Politik“ und die USA jene über die „westliche Politik gegenüber Afghanistan und der Region“ sowie „SALT-Prozeß, Rüstungskontrolle und TNF“ vorbereiten sollten. Vgl. VS-Bd. 11114 (204); B 150, Aktenkopien 1980.

der Verbesserung westlicher, insbesondere europäisch-amerikanischer Konsultationsmechanismen vorzubereiten.

Das Arbeitspapier wird hiermit mit der Bitte um Billigung vorgelegt. Es soll dann in englischer Übersetzung an die übrigen drei Politischen Direktoren⁵ weitergeleitet werden.⁶

Das Arbeitspapier ist auf Arbeitsebene mit MDg von der Gablentz abgestimmt worden.

Blech

[Anlage]⁷

Zur Frage der Verbesserung westlicher, insbesondere europäisch-amerikanischer Konsultationsmechanismen

I. Die außenpolitische Abstimmung unter den westlichen Demokratien durch ständige bilaterale Kontakte wird, insbesondere bei denjenigen, die anders als die neutralen Staaten unter ihnen durch bilaterale oder multilaterale politische Verträge und Bündnisse untereinander verbunden sind, durch institutionell gebundene multilaterale Konsultationen ergänzt.

Zu diesen gehören:

1) Die NATO als umfassendstes Forum europäisch-amerikanischer Konsultationen. Es ist als solches unentbehrlich. Das Allianzinteresse erfordert besonders mit Rücksicht auf die kleineren Bündnispartner seine volle Nutzung.

2) Die EPZ mit Gymnich-Formel⁸ ist ein Bindeglied zwischen den Neun insgesamt und den USA. Die EPZ ist ein wichtiges Instrument für die Formulierung und Koordinierung einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik. Das europäische Interesse verlangt, den EPZ-Rahmen zu erhalten.

Die europäisch-amerikanischen Konsultationen im Rahmen der Gymnich-Formel erfolgen parallel und zusätzlich zu den bilateralen Konsultationen.

Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang die Verbindung zwischen NATO- und EPZ-Konsultationen, wie sie sich insbesondere im KSZE-Bereich bewährt haben.

⁵ Julian L. Bullard (Großbritannien), Gabriel Robin (Frankreich) und George S. Vest (USA).

⁶ Vortragender Legationsrat I. Klasse Schenk übermittelte am 28. Mai 1980 in englischer Fassung das „Arbeitspapier zur Frage der Verbesserung westlicher, insbesondere europäisch-amerikanischer Konsultationsmechanismen“ an die Botschaften in London, Paris und Washington „mit der Bitte, es umgehend an den dortigen Politischen Direktor auf dem üblichen Korrespondentenweg weiterzuleiten“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 2903; VS-Bd. 11114 (204); B 150, Aktenkopien 1980.

⁷ Ablichtung.

⁸ Auf Schloß Gymnich bei Bonn fand am 20./21. April 1974 erstmals ein informelles Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten und des Präsidenten der EG-Kommission, Ortolí, statt. Ziel dieses Treffens und nachfolgender „Gymnich-type“-Treffen im Rahmen der EPZ sollte sein, in kleinstem Kreis ohne großen Mitarbeiterstab und feste Tagesordnung alle interessierenden außenpolitischen Fragen auch außerhalb des eigentlichen Themenfelds der Europäischen Gemeinschaften zu erörtern, ohne an Verfahrensregeln und Abläufe regulärer EG-Ministerratstagungen gebunden zu sein. Vgl. dazu AAPD 1974, I, Dok. 128.

Bei dem Treffen wurde ferner ein „Gentlemen's Agreement“ über die Konsultationen mit verbündeten oder befreundeten Staaten vereinbart, das allerdings „keine automatische Verpflichtung zur Konsultation“ vorsah. Vgl. dazu AAPD 1974, I, Dok. 168.

3) Die mehr weltwirtschaftlich orientierten Konsultationsgremien wie die OECD und die ihr zugeordneten Organisationen (z.B. IEA). Sie füllen, was Beteiligung (u. a. Australien, Neuseeland, Japan) und Thematik (u. a. Nord-Süd-Dialog, Energie) angeht, eine wichtige Abstimmungslücke in den Beziehungen des Westens.

4) Als eine unentbehrliche Ergänzung der bilateralen und institutionell gebundenen Konsultationen hat sich die Vierer-Zusammenarbeit erwiesen. Sie hat sich als Instrument eines substantiellen und vertraulichen europäisch-amerikanischen Meinungsaustausches und als wirksames Mittel der Koordinierung der westlichen Politik bewährt. Bei ihr werden Nachteile der institutionellen Konsultationsmechanismen

- zu groß,
- zu wenig vertraulich,
- in der Regel zu schwerfällig,
- in der Thematik weitgehend inhaltlich beschränkt

vermieden. Demgegenüber gründet sich die Effizienz der Vierer-Zusammenarbeit auf

- optimale Gesprächsmöglichkeit im kleinsten Kreis,
- strenge Wahrung der Vertraulichkeit,
- keine Begrenzung der Thematik,
- Notwendigkeit für eine engere Zusammenarbeit und Abstimmung zwischen den Staaten, die eine besondere Verantwortung in den sich überschneidenden Konsultationskreisen tragen.

5) Die Einbeziehung politischer Themen in die Erörterung des bevorstehenden Siebener-Gipfels in Venedig gibt dieser Art multilateraler Konsultationen, die bisher ganz wesentlich auf wirtschaftliche Themen konzentriert gewesen ist, eine neue Dimension. Die Art und Weise, wie die diesbezüglichen Diskussionen dort geführt werden, werden Aufschluß darüber geben, welche Schlußfolgerungen hinsichtlich der Methode und der Instrumente für die Fortsetzung der politischen Konsultation in dieser Gruppierung gezogen werden können.

II. Operative Schlußfolgerungen

1) Zur Verbesserung der NATO-Konsultationen wäre an mehr Konsultationen auf der Ebene der stellvertretenden Außenminister, etwa zweimal jährlich zwischen den Ministertagungen zu denken. Hierdurch könnte auch das Interesse der kleineren Bündnispartner an diesen Konsultationen gestärkt und dem Drängen der Mittelgroßen in den Kreis der Vier entgegengewirkt werden.

2) Der Kontakt zwischen der EPZ und den US gemäß der Gymnich-Formel sollte unverändert weiterpraktiziert werden.

3) Die Vierer-Treffen in dem bisher kontinuierlich praktizierten Rahmen (Außenminister, Politische Direktoren, Washingtoner Praxis der informellen Treffen des Außenministers bzw. seines Stellvertreters mit den drei Botschaftern) bleiben für die europäisch-amerikanischen Konsultationen unentbehrlich. Die Probleme dieser Vierer-Zusammenarbeit, vor allem die Frage der Visibilität (Fassade – cover)⁹, der Erweiterung und der Kontinuität sind lösbar:

⁹ Die Worte „(Fassade – cover)“ wurden von Staatssekretär van Well gestrichen. Vgl. Anm. 1.

a) Die Frage der Visibilität wird auch in Zukunft erheblich sein, da sichtbare Vierer-Konsultationen über Themen, die ganz oder teilweise auch Themen des Atlantischen Bündnisses sind, den Eindruck eines Direktoriums zu vermitteln geeignet und daher für die anderen Bündnispartner kaum hinnehmbar sind. Dieses Problem stellt sich nicht für die der Öffentlichkeit nicht wahrnehmbaren Treffen der Politischen Direktoren oder die informellen Botschaftertreffen nach Washingtoner Muster, wohl aber für Vierer-Treffen der Außenminister. Die bisher benutzte Fassade (cover) – Berlin und Deutschland als Ganzes – nutzt sich zwar mit der Zeit ab, braucht aber nicht ganz aufgegeben zu werden; ihre Aufrechterhaltung liegt auch im Interesse der anderen Bündnispartner, da diese Fiktion sie ungeachtet der tatsächlich behandelten, aber intern gehaltenen Thematik des Zwangs enthebt, aus Gründen des Selbstverständnisses sich gegen solche Treffen wenden zu müssen. Jedoch kann es unter bestimmten Bedingungen unter Berlin- und deutschlandpolitischen Gesichtspunkten zweckmäßig sein, sich dieses covers zu bedienen, da er den Eindruck erwecken kann, eine Krise konzentriere sich entgegen der Realität auf Berlin und Deutschland.¹⁰ Die vier Außenminister sollten sich notfalls daher auch nicht scheuen, ihre Treffen mit der besonderen Verantwortung ihrer Länder zu begründen.

b) Würde man der Forderung nach Erweiterung des Vierer-Kreises (Italien)¹¹ entsprechen, so würde sich die Frage stellen, mit welchen Kriterien eine beschränkte Erweiterung gegenüber anderen Bündnispartnern gerechtfertigt werden soll. (Größe des Landes, Wirtschaftskraft, exponierte geographische Lage?)

Klar definierbare Kriterien lassen sich schwerlich finden. Die EG-Präsidenschaft als Kriterium würde das Problem der Rotation aufwerfen, d.h. im Ergebnis einer, wenn auch zeitlich zerlegten Erweiterung um sechs. Wäre es erforderlichenfalls denkbar, nur den Kreis der Außenminister zu erweitern und gleichzeitig

- den Kreis der vier Außenminister jedenfalls unter der Berlin/Deutschland-Thematik beizubehalten,
- die Direktorenkonsultationen zu viert fortzusetzen, ebenfalls die Begegnungen der Außenminister in den Hauptstädten mit den jeweiligen drei Botschaftern?

Was könnte der Unterbau solcher erweiterter Außenministertreffen sein, wenn die Infrastruktur der Vierer-Treffen intakt bleiben soll? Ebenfalls erweiterte Direktorentreffen? Erweiterte Botschaftergruppen in den Hauptstädten (s.u. Ziff. 3d)?

c) Die Kontinuität der Vierer-Zusammenarbeit kann gewährleistet werden durch:

- die ständige Möglichkeit, auf der Ebene Botschafter–AM bzw. stellvertretende AM nach Washingtoner Vorbild zusammenzukommen, wobei die Washingto-

¹⁰ Der Passus „Die bisher benutzte Fassade ... Realität auf Berlin und Deutschland“ wurde von Staatssekretär van Well gestrichen. Dafür fügte er ein: „Berlin und Deutschland als Ganzes bleiben weiterhin zentrale Ost-West-Themen. Sie beschränken sich nicht auf begrenzte Fragen der Durchführung des VMA oder der innerdeutschen Beziehungen, sondern berühren das politische Gleichgewicht zwischen Ost und West und erfordern eine besonders intensive Konsultationsbeziehung zwischen den Drei Mächten und der BR Deutschland. Es handelt sich zudem um vertragliche Verpflichtungen und entsprechende Verantwortlichkeiten.“ Vgl. Anm. 1.

¹¹ Zu Überlegungen über eine Erweiterung der Vierer-Runde um Italien vgl. Dok. 141, Anm. 8.

ner Praxis der Botschafter-Treffen auch auf die übrigen drei Hauptstädte ausgedehnt werden sollte. Die traditionelle Vierer-Gruppe in Bonn sollte dabei als Sonderfall unberührt bleiben.

- größere Frequenz der Konsultationen der vier Politischen Direktoren;
- ständige Arbeitskontakte der Politischen Direktoren jeweils über die Gesandten der drei Botschaften, etwa zur Vorbereitung bzw. Implementierung der Direktorenkonsultationen (z. B. Abstimmung von Papieren).

d) Einen Sonderfall stellt ein Vierer-Treffen vom Typ Guadeloupe¹² dar. Welche Folgerungen ergeben sich aus den Gesichtspunkten Visibilität, Erweiterung und Kontinuität für die Zweckmäßigkeit seiner Wiederholung?

4) Es ist davon auszugehen, daß neben den Vierer-Konsultationen Konsultationen in größerem Kreis stattfinden sollten, der einerseits nicht alle Bündnispartner zu erfassen braucht, andererseits über den Kreis der Bündnispartner hinausgreift. Die Zweckmäßigkeit solcher Konsultationen kann sich ergeben

- aus in der Sache selbst liegenden Gründen,
- um dem Interesse bestimmter Staaten an Einbeziehung gerecht zu werden (Italien, Kanada, Australien),
- um unserem eigenen Interesse, bestimmte Staaten (Japan!) einzubeziehen, zu entsprechen.

Gegebenenfalls sind folgende Lösungsmöglichkeiten denkbar:

a) Bei den Botschaftertreffen der Außenminister nach Washingtoner Vorbild könnte die Frage der Teilnehmer flexibel gehandhabt werden (4, 5, 6 oder 7). In Washington ist bereits so verfahren worden, indem es bisher formelle Treffen des Außenministers bzw. stellvertr. Außenministers nicht nur mit den 3 (der Vierer-Konstellation), sondern auch mit 5 (plus Italien und Kanada) oder 6 (plus Italien, Kanada und Japan) Botschaftern gegeben hat. Die flexible Handhabung auf der Ebene Außenminister/Außenminister-Stellvertreter–Botschafter könnte geeignet sein, einen Druck auf Erweiterung des etablierten Vierer-Rahmens abzufangen.

b) Für einen konkreten Fall könnte ad hoc nach Einigung unter den Vier ein weiteres Gremium geschaffen werden, das getrennt von der traditionellen Vierer-Zusammenarbeit zusammentritt; die Vier sollten dabei möglichst nicht als kollektive Initiatoren nach außen auftreten. Vorbild könnte z. B. die Fünfer-Namibia-Initiative¹³ sein, wobei ein solches Ad-hoc-Gremium nicht an der SR-Besetzung orientiert sein muß, wohl aber in seiner Zusammensetzung das Bedürfnis europäisch-amerikanischer Konsultationen erfüllt (Beteiligung der Vier).

5) Als neue und weitere Konsultationsmechanismen sind insbesondere Treffen im Zusammenhang mit den Siebener-Wirtschaftsgipfeln denkbar. Der Siebener-

¹² Am 5./6. Januar 1979 trafen sich Premierminister Callaghan, Präsident Carter, Staatspräsident Giscard d'Estaing und Bundeskanzler Schmidt auf Guadeloupe zur Erörterung außen-, sicherheits- und wirtschaftspolitischer Fragen. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 2, Dok. 3 und Dok. 5.

¹³ Am 10. April 1978 unterbreiteten fünf Mitglieder des VN-Sicherheitsrats, die Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Kanada und die USA, einen Vorschlag für eine Lösung der Namibia-Frage. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 574–578. Vgl. dazu ferner AAPD 1978, I, Dok. 115. Zum Stand der Namibia-Gespräche vgl. Dok. 144.

Wirtschaftsgipfel hat sich als Forum für internationale Wirtschaftsfragen etabliert. Dieser Rahmen soll auch für einen politischen Meinungsaustausch im kleinsten Kreis (Staats- und Regierungschefs mit Außenministern) genutzt werden.

a) Wird von der Fortsetzung der Siebener-Gipfel und der Einbeziehung politischer Themen ausgegangen, stellen sich die Fragen nach

- der multilateralen Vorbereitung unter Vorsitz der nächsten Gastgeberstaaten (ggfs. welche Ebene),
- Kontinuität der Siebener-Konsultation auf Ebene unterhalb der Staats- bzw. Regierungschefs und Außenminister. (Institutionalisierung? Treffen in regelmäßigen Abständen zwischen den Gipfeln? Themen?)

b) Sollten gleichgesinnte Staaten, die nicht an den Siebener-Gipfeln teilnehmen, in unmittelbaren Kontakten auch an die politischen Ergebnisse eines solchen Gipfels über die veröffentlichten Resultate hinaus mit dem Ziel, sie in eine von den Sieben getragene Politik einzubinden, herangeführt werden?

Wie sollte dies einerseits bei der EG und dem Atlantischen Bündnis angehören, andererseits bei anderen Staaten geschehen? Könnte mit den Kontakten zu den letzteren der jeweilige Gastgeber des Wirtschaftsgipfels beauftragt werden? Die Kontakte zu den anderen EG- bzw. Bündnismitgliedern sollten bei diesen Gruppen angehörenden Teilnehmern an den Siebener-Gipfeln liegen.

III. Die Einbeziehung Japans in westliche multilaterale Konsultationen wirft Fragen besonderer Art auf. Es wird hierbei wesentlich auf das Interesse und die Bereitschaft der Japaner ankommen, sich an solchen Konsultationen aktiv zu beteiligen. Im Verhältnis zu Japan sollte man – nicht zuletzt auf der Grundlage der Vierer-Diskussion – eine Intensivierung der bilateralen Beziehungen, nicht nur in beiden Hauptstädten, sondern auch an dritten Plätzen sowie die Möglichkeit im Auge behalten, Japan in der Perspektive der Wirtschaftsgipfel (Vorbereitung und follow-up) stärker in den westlichen Konsultationsprozeß mit einzubeziehen. Auch sollte das japanische Interesse nach engeren Kontakten mit der EG¹⁴ positiv aufgenommen werden.

IV. Alle konzeptionellen Überlegungen zur Verbesserung westlicher Konsultationsmechanismen müssen davon ausgehen, daß es wichtig bleibt, das Gesamtpotential an Konsultationserfahrungen und -verfahren auszunutzen, das sich im Laufe der letzten Jahre herausgebildet hat. Die Existenz von noch so perfekten Konsultationsmechanismen garantiert an sich keine angemessenen Konsultationen. Entscheidend ist vielmehr der politische Wille zu inhaltlich ausreichenden und rechtzeitigen Konsultationen.

V. Offenkundig eignen sich nicht alle in diesem Papier erörterten Konsultationsmechanismen für eine Diskussion im Siebener-Kreis in Venedig. Es wird vielmehr darauf ankommen, unter den Vier Einigkeit darüber herzustellen,

- wie sie die Konsultationsbedürfnisse insgesamt beurteilen und welcher Mittel sie selbst sich zur Befriedigung dieser Bedürfnisse bedienen werden,

¹⁴ Zum japanisches Interesse an engeren Kontakten zu den Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 140, Anm. 9.

- ob und ggfs. welche Vorschläge sie beim Siebener-Gipfel in Venedig zur Verbesserung der Konsultation unter den sieben vertretenen Staaten vertreten wollen.

VS-Bd. 11114 (204)

159

Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-3521/80 VS-vertraulich

Aufgabe: 27. Mai 1980, 21.45 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 812

Ankunft: 27. Mai 1980, 22.03 Uhr

Citissime

Betr.: Treffen Giscard–Breschnew in Warschau²;

hier: Unterrichtung durch französischen Botschafter³ im private meeting vom 27. Mai 1980

Der französische Botschafter hat in heutigem private meeting folgende Instruktion über das Treffen Giscard–Breschnew in Warschau vorgetragen, die vom 23. Mai datiere.

Der Unterrichtung lag folgende Disposition zugrunde:

I. Vorbereitung der Reise und Allgemeines

II. Inhalt der Gespräche

1) Ost-West-Beziehungen, besonders Afghanistan,

2) TNF,

3) Vorbereitung der Madrider KSZE-Konferenz⁴,

4) Amerikanische Geiseln in Teheran.

III. Bewertung und Perspektiven

I. Vorbereitung der Reise und Allgemeines

Die Initiative sei von Gierek ausgegangen. Diese Initiative zeuge für die besonderen französisch-polnischen Beziehungen. Giscard habe akzeptiert, weil er ei-

¹ Ablichtung.

Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 15.

Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 28. Mai 1980 vorgelegen, der dazu für Bundesminister Genscher handschriftlich vermerkte: „Lesenswert (Unterrichtung + Bewertung).“

Hat Genscher am 1. Juni 1980 vorgelegen.

² Zum Gespräch des Staatspräsidenten Giscard d'Estaing mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, und dem Ersten Sekretär des ZK der PVAP, Gierek, am 19. Mai 1980 in Warschau vgl. Dok. 154.

³ Claude Arnaud.

⁴ Die KSZE-Folgekonferenz wurde am 11. November 1980 in Madrid eröffnet. Vgl. dazu Dok. 319 und Dok. 322.

nen Kontakt auf höchster Ebene habe herstellen wollen.⁵ Es sei die Linie Frankreichs, die Verbindungswege offenzuhalten (Vermeidung von Mißverständnissen).

Die Krise habe danach verlangt, ein vertieftes Gespräch mit der sowjetischen Seite auf höchstem Niveau und in kleinstem Kreise (nur fünf Personen⁶) zu führen. Das Treffen sei außerordentlich unformell und lebhaft verlaufen.

Entscheidungen seien nicht zu treffen gewesen.

II. Inhalt

1) Afghanistan

Bei der Erörterung der Ost-West-Beziehungen habe die Frage Afghanistan im Mittelpunkt gestanden und auch die meiste Zeit verbraucht.

Im Gegensatz zu Gromykos Haltung in Paris⁷ habe sich Breschnew auf ein Gespräch über Afghanistan eingelassen. Sowjetische Hauptthese sei gewesen: Afghanistan ist eine Krise unter anderen. Eine Regelung der Afghanistan-Frage würde allerdings zur Spannungsminderung in der Welt beitragen.

Die französische Seite glaube, eine gewisse „Bewußtseinsänderung“ auf sowjetischer Seite festgestellt zu haben.

Sowjets hätten erklärt, das Regime Babrak dürfe nicht durch ein sowjetfeindliches Regime abgelöst werden.

Giscard habe erwidert, es müsse eine afghanische Persönlichkeit gefunden werden, die für das afghanische Volk repräsentativ sei.

Die sowjetische Seite habe zu erkennen gegeben, daß sie an Babrak festhalten wolle. Einmischungen von außen müßten aufhören.

Giscard habe geantwortet, es habe nach französischer Ansicht keine massiven Einmischungsversuche von außen gegeben. Die afghanische Armee sei schlecht bewaffnet gewesen und habe wenig Hilfe von außen empfangen. Dagegen müsse man die Invasion von 80 000 Mann sowjetischer Truppen stellen.

Die französische Seite habe das Gefühl, daß die Sowjets eine politische Lösung suchten. Basis und Bedingungen einer von sowjetischer Seite anvisierten politischen Lösung seien allerdings für den Westen unakzeptabel. Immerhin habe sich, wie schon gesagt, etwas in der sowjetischen Haltung verändert. Der sowje-

⁵ Botschafter Herbst, Paris, berichtete am 19. Mai 1980, der Generalsekretär des französischen Präsidialamts, Wahl, habe ihn über „die Überlegungen, die schließlich zu dem Dreiertreffen Giscard – Breschnew – Gierek geführt haben“, unterrichtet: „Gierek bemühe sich, so Wahl, schon seit längerem, Breschnew mit Giscard zusammenzubringen. Dabei gehe Gierek von einer Lagebeurteilung aus, die durchaus Ähnlichkeit mit der Betrachtungsweise im Elysée habe. [...] Für Gierek sei die Wahl Giscard als Gesprächspartner Breschnews nicht schwierig gewesen, weil Carter sich einer solchen Begegnung versage, die britische Premierministerin im Kielwasser Washingtons segle und der Bundeskanzler, an den man selbstverständlich ebenso habe denken können, schwerlich allein über die westlichen Positionen zu Afghanistan habe sprechen können, weil er in seinem Reisegepäck stets die spezifischen, aus der deutschen Teilung herrührenden Fragen mitführe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1147; VS-Bd. 14083 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

⁶ An den Gesprächen am 19. Mai 1980 in Warschau nahmen neben dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, dem Ersten Sekretär der PVAP, Gierek, und Staatspräsident Giscard d'Estaing der französische und der sowjetische Außenminister, François-Poncet und Gromyko, teil.

⁷ Zum Besuch des sowjetischen Außenministers Gromyko vom 23. bis 25. April 1980 in Paris vgl. Dok. 130, Anm. 14, und Dok. 148, Anm. 6.

tische Truppenrückzug erscheine nun „in einem Programm, allerdings an dessen Ende“.

Französische Seite habe klargemacht, daß „Truppenrückzug simultan erfolgen“ müsse.

Gromyko habe angedeutet, daß sowjetische Seite das Problem der Gleichzeitigkeit prüfen werde.

Französische Seite gebe sich keinem Optimismus wegen dieser Andeutung hin, glaube aber, daß die Sowjets eine Anstrengung machen wollten, um aus der Sackgasse herauszukommen.

2) TNF

Die Frage der TNF sei natürlich nicht von französischer Seite aufgeworfen worden, da Frankreich an der Entscheidung vom 12. Dezember 1979⁸ nicht teilhabe und an künftigen Verhandlungen über diese Frage nicht teilnehmen werde.

Die sowjetische Seite habe erklärt, TNF-Verhandlungen müßten „im Rahmen von SALT III nach der Ratifikation von SALT II⁹ und im Kontext der globalen strategischen Lage“ stattfinden.

Französische Seite habe den Eindruck, daß Sowjetunion die NATO-Entscheidung als definitiv ansehe und in Verhandlungen den Versuch machen würde, von einer global-strategischen¹⁰, nicht aber von einer euro-strategischen Lage auszugehen.

Paris sei in seiner Wertung allerdings sehr vorsichtig.

3) KSZE-Konferenz in Madrid

Die sowjetische Seite habe noch einmal dargelegt, welch hohen Wert sie einer Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung in Europa¹¹ beimesse.

Die französische Seite habe ausgeführt, daß von der Madrider Konferenz ein klares Mandat erteilt werden müsse und man nicht im Rhetorischen bleiben dürfe.

4) Amerikanische Geiseln in Teheran

Giscard habe klargemacht, wie nützlich es wäre, wenn die Sowjetunion öffentlich eine Freilassung der Geiseln befürworten würde. Ein solcher Schritt würde einen guten Eindruck auf die USA machen und das Klima verbessern. Ein solcher Schritt wäre auch im Interesse aller zivilisierten Länder.

Gromyko habe ausweichend geantwortet.¹²

⁸ Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 10.

⁹ Zum Stand des Ratifizierungsverfahrens des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 im amerikanischen Senat vgl. Dok. 59.

¹⁰ Hierzu merkte Vortragender Legationsrat Edler von Braunmühl handschriftlich an: „D.h. vom Gleichgewicht, wie von Carter + Breschn[ew] in Wien festgestellt. S[iehe] auch Falin-Doty u. Portugalow-Interview.“

¹¹ Zu den Vorschlägen des Komitees der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten bei der Tagung am 14./15. Mai 1979 in Budapest vgl. Dok. 1, Anm. 28.

Zum Vorschlag des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, Gierek, vom 11. Februar 1980 für eine Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 55, Anm. 39.

Zu den Vorschlägen des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts bei der Tagung am 14./15. Mai 1980 in Warschau vgl. Dok. 150, Anm. 5.

¹² Zur sowjetischen Haltung zur Geiselnahme amerikanischer Botschaftsangehöriger in Iran seit 4. November 1979 vgl. Dok. 151, Anm. 26.

Französischer Seite scheine, daß französisches Beharren auf diesem Punkt Sowjets beeindruckt habe.

III. Bewertung und Perspektiven

Die Presse habe viel darüber geschrieben, daß Giscard in Warschau einen Weltgipfel vorgeschlagen habe. Einen solchen Vorschlag habe Giscard nicht gemacht. Der Vorschlag sei vielmehr von der Sowjetunion gemacht worden.¹³

Giscard habe gegen diesen Vorschlag eine Reihe von Bedenken vorgebracht: Wegen der großen Zahl von Teilnehmern und Themen sei die Chance, Lösungen zu finden, gering.¹⁴

¹⁵Zusammenfassung der Diskussion

Der kanadische Botschafter¹⁶ stellte folgende Fragen: Hat Präsident Giscard, wie in einigen französischen Zeitungen berichtet wurde, zur politischen Lösung irgendwelche neuen Vorschläge gemacht? Haben die Sowjets bei Behandlung der TNF-Frage auf Teilnahme Frankreichs und Großbritanniens gedrängt?

Der französische Botschafter erwiderte, da von einer Verhandlung im Rahmen von SALT III die Rede gewesen sei, sei die Teilnahme anderer als der Sowjetunion und der USA ausgeschlossen. Frankreich jedenfalls werde an solchen Verhandlungen nicht teilnehmen. Was eine politische Lösung der Afghanistan-Krise angehe, so müsse man folgendes Dilemma erkennen: Wenn man den Rückzug der Sowjets erreichen wolle, müsse man gleichzeitig realistisch genug sein, anzuerkennen, daß die Sowjets nicht bereit sein werden, ein nicht-sowjetisches Regime in Kabul zurückzulassen. Babrak sei andererseits für den Westen unakzeptabel, weil er für das afghanische Volk unakzeptabel sei. Wo ist der Weg zwischen diesen beiden Polen? Von französischer Seite seien keine Vorschläge für eine politische Lösung gemacht worden.

Der belgische Botschafter¹⁷ erkundigte sich, ob die Sowjets im Zusammenhang mit SALT III vom Einschluß Chinas gesprochen hätten. Der französische Botschafter verneinte dies.

Der dänische Botschafter¹⁸ begrüßte die Vorsicht, mit der Paris die sowjetische Haltung in der TNF-Frage beurteile. Die Sowjetunion habe natürlich gewußt, daß Frankreich seine Verbündeten unterrichten werde. Insofern liege ein Signal vor. Dieses Signal zeige, wie richtig unsere bisherige Analyse gewesen sei: daß die Sowjetunion nämlich die TNF-Entscheidung des Bündnisses eines Tages als *fait accompli* anerkennen werde. Auch die Bemerkung der Sowjets, daß SALT III im globalstrategischen Rahmen betrachtet und behandelt werden müsse, sei keineswegs überraschend. Die Sowjets wüßten ja, daß sie ihre interkon-

¹³ Zum Vorschlag des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts vom 15. Mai 1980 für ein Gipfeltreffen führender „Repräsentanten von Staaten aller Regionen der Welt“ vgl. Dok. 154, Anm. 17.

¹⁴ Zur Bewertung des Vorschlags des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts vom 15. Mai 1980 für ein Gipfeltreffen führender „Repräsentanten von Staaten aller Regionen der Welt“ durch Staatspräsident Giscard d'Estaing vgl. Dok. 154, Anm. 19.

¹⁵ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 813 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

¹⁶ Joseph Evremont Ghislain Hardy.

¹⁷ Michel van Ussel.

¹⁸ Anker Svart.

tinentalen Raketen zu SALT III weiter reduzieren müßten, deshalb machten sie jetzt (und dies sei eine Parallele zu ihrem Verhalten im strategischen Bereich von SALT II) die gewaltigsten Anstrengungen, um vor vertraglichen Abmachungen einen schnellen Aufwuchs ihrer TNFs zu erzielen.

Der niederländische Botschafter¹⁹ stellte folgende Fragen: Welche „Mißverständnisse“ hat die französische Seite feststellen können? An welchen Punkten hat sich die sowjetische Haltung geändert? Welche Initiativen hat die Sowjetunion (über die Geiselfrage in Teheran hinaus) ergriffen? Haben die Sowjets etwas zum französischen KAE-Vorschlag²⁰ gesagt? Wie ist das Presse-Kommuniqué²¹ zustande gekommen?

Der französische Botschafter äußerte sich hierzu wie folgt: Nach französischer Einschätzung sei der Sowjetunion klargeworden, wie zentral die Afghanistan-Krise für den Westen sei. Breschnew habe eine andere Sprache geführt als Gromyko in Paris. Hier sei eine Entwicklung auf sowjetischer Seite zu beobachten, selbst zu der Hauptfrage eines sowjetischen Rückzugs. Ein Indiz dafür sei Gromykos Bemerkung, daß man die Gleichzeitigkeit des sowjetischen Rückzugs und des Aufhörens der Einmischungen studieren könne. Paris sei der Meinung, das Insistieren Frankreichs habe gewisse Effekte erzeugt. Zum Presse-Kommuniqué enthielten seine Instruktionen nichts. Er werde sich in Paris erkundigen. Zur KAE seien keine neuen Elemente zu melden. Die Sowjetunion wende sich weiterhin mit Vehemenz gegen die Ausdehnung des Reduzierungsgebietes.

[gez.] Pauls

VS-Bd. 14083 (010)

¹⁹ Carl D. Barkman.

²⁰ Zum französischen Vorschlag einer Konferenz für Abrüstung in Europa vgl. Dok. 100.

²¹ Für den Wortlaut des gemeinsamen Kommuniqués des Treffens des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, des Ersten Sekretärs der PVAP, Gierek, und des Staatspräsidenten Giscard d'Estaing am 19. Mai 1980 in Warschau vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1980, II, S. 113.

160

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem rumänischen Außenminister Andrei in Frankfurt am Main

214-321.11 RUM-1289/80 VS-vertraulich

28. Mai 1980¹

Besuch des rumänischen Außenministers Andrei²;

hier: Gespräch mit dem Herrn Bundeskanzler am 28. Mai 1980 in Frankfurt

AM Andrei übermittelt herzliche Freundschaftsbotschaft von Präsident Ceaușescu. Kurzer bedauernder Austausch darüber, daß wegen beiderseitiger Inanspruchnahme in Belgrad³ kein ausführlicheres Zusammentreffen, sondern nur kurze Begrüßung möglich war.

Bundeskanzler äußert Wunsch, internationale Lage zu erörtern. AM Andrei habe jedoch vielleicht den Wunsch, zuvor anderes anzusprechen.

AM Andrei möchte kurz auf wirtschaftliche Beziehungen eingehen. Präsident Ceaușescu habe ihn gebeten, dem Bundeskanzler drei Punkte zu übermitteln:

a) Rumänien wolle die Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik generell verstärken. Das gelte einmal im politischen Bereich. Er, Andrei, habe mit Minister Genscher eine Verstärkung der Konsultationen besprochen und monatliche Konsultationen über Fragen im Zusammenhang mit der europäischen Sicherheit vorgeschlagen, um zu gemeinsam zu vertretenden Anregungen in bezug auf alle Kapitel der Schlußakte⁴ zu gelangen.⁵

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragender Legationsrätin I. Klasse Finke-Osiander am 29. Mai 1980 gefertigt und am folgenden Tag „über Herrn Staatssekretär Herrn Minister“ vorgelegt. Dazu teilte sie mit: „Das Original des Vermerks ist dem Herrn Bundeskanzler zur Billigung zugeleitet worden.“

Hat Staatssekretär van Well am 3. Juni 1980 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 2. Juli 1980 vorgelegen.

Hat Amtsrat Kusnezow am 18. Juli 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 214 verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „V[er]m[erk] konnte BM bisher nicht zur Billigung vorgelegt werden.“

Hat Finke-Osiander am 23. Juli 1980 erneut vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 13207 (214); B 150, Aktenkopien 1980.

² Der rumänische Außenminister Andrei hielt sich vom 26. bis 29. Mai 1980 in der Bundesrepublik auf, wo er Gespräche mit den Bundesministern Genscher und Matthöfer sowie mit dem Ersten Bürgermeister von Hamburg, Klose, führte, der Bundespräsident Carstens vertrat.

³ Bundeskanzler Schmidt und Präsident Ceaușescu nahmen an den Trauerfeierlichkeiten für Staatspräsident Tito am 8. Mai 1980 in Belgrad teil.

⁴ Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

⁵ Im Gespräch mit Bundesminister Genscher schlug der rumänische Außenminister Andrei am 27. Mai 1980 vor, „angesichts der internationalen Lage und des bekannten beiderseitigen politischen Engagements in Vorbereitungsphase von Madrid monatlich auf zu vereinbarenden Ebene, z. B. Direktoren, Konsultationen mit dem Ziel zu führen, die in diesen Konsultationen erarbeiteten gemeinsamen Anregungen auf dem Madrider Treffen gegenüber anderen Regierungen zu vertreten. Zur Nord-Süd-Problematik: Die rumänische Regierung wolle mit der Bundesregierung Sonderkonsultationen.“ Genscher befürwortete einen engen Meinungsaustausch und sagte eine Prüfung bis zum folgenden Tag zu. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 113076.

In einem weiteren Gespräch am 28. Mai 1980 legte Genscher dar, Konsultationen der Außenministerien seien zur Vorbereitung der KSZE-Folgekonferenz in Madrid wichtig: „Deutsche Seite ak-

b) Die wirtschaftlichen Beziehungen haben sich nach rumänischer Einschätzung positiv entwickelt, aber nicht das erreicht, was zwischen dem Bundeskanzler und Präsident Ceaușescu besprochen worden sei.⁶ Rumänien habe den Wunsch nach verstärktem Engagement deutscher Firmen, um dadurch die Exportmöglichkeiten zu verstärken. Präsident Ceaușescu bitte den Bundeskanzler zu erwägen, ob der Export deutscher Technologie nach Rumänien durch Kredite zu günstigen Bedingungen erleichtert werden kann.

c) Präsident Ceaușescu bitte um Förderung des erörterten Projekts Timișoara (Zusammenarbeit mit deutschen Firmen auf dem Gebiet der Elektronik, des Maschinenbaus und der Hydraulik).⁷

Bundeskanzler bittet, die Grüße zu erwidern. Wir verfolgten die Vorstellungen und die Außenpolitik von Präsident Ceaușescu mit großer Aufmerksamkeit. Wir schätzten den Willen Rumäniens zur Zusammenarbeit als wichtigen Faktor der europäischen Politik ein. Im Rückblick auf seine Gespräche mit Präsident Ceaușescu sei ihm seine Urteilskraft in internationalen Fragen besonders deutlich geblieben. Es liege ihm deshalb nahe, ausführlichere außenpolitische Konsultationen zu begrüßen. Dieses Thema sei sicher zwischen den Außenministern besprochen worden.

AM *Andrei* bestätigt dies.

Bundeskanzler äußert zu seinem Eindruck von den wirtschaftlichen Beziehungen, daß insbesondere zwei Aspekte hervortreten:

– Das Volumen habe sich in zehn Jahren verdreifacht.

Fortsetzung Fußnote von Seite 845

zeptiere im Prinzip rumänischen Vorschlag, bitte jedoch um Verständnis dafür, daß unsere Politischen Direktoren in zahlreiche Konsultationen vor allem im EG- und NATO-Rahmen eingebunden seien. Durchführung auf Direktorenebene deshalb sicher nicht monatlich möglich. Deutsche Seite schlage deshalb vor, Konsultationen unter ‚Oberhoheit‘ der Direktoren monatlich durchzuführen, unter Einbeziehung der Botschafter vor Ort und aus der Zentrale entsandter Experten, z. B. Abrüstungsfachleute. Es könne dann von Fall zu Fall entschieden werden, wann ein Treffen der Direktoren und wann Expertentreffen angemessen sei.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 133076.

⁶ Für die Gespräche des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Ceaușescu am 6. und 7. Januar 1978 in Bukarest vgl. AAPD 1978, I, Dok. 3 und Dok. 4.

⁷ Vortragender Legationsrat I. Klasse Sieger notierte am 11. Januar 1978 über ein Gespräch des Parlamentarischen Staatssekretärs Grüner, Bundesministerium für Wirtschaft, mit dem rumänischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Oprea am Rande des Besuchs des Bundeskanzlers Schmidt am 6./7. Januar 1978 in Rumänien: „Die rumänische Seite übergab einen Vorschlag für den Aufbau eines gemeinsamen Unternehmens mit Angaben über die Produktion von schweren Werkzeugmaschinen und hydraulischen Anlagen in Temesvar/Banat (4–5000 Arbeitskräfte, Investitionsbedarf insgesamt ca. 650 Mio. DM, davon ca. 450 Mio. DM für Ausrüstungen).“ Auf diesen Vorschlag habe die Bundesregierung zurückhaltend reagiert, habe aber eine Prüfung zugesagt. Vgl. Referat 421, Bd. 122487.

Am 26. Juni 1980 teilte Sieger dem Bundesministerium für Wirtschaft mit: „Anläßlich des Besuchs des rumänischen Außenministers Andrei in Bonn hat Bundesminister Genscher in einem Gespräch am 27. Mai 1980 auf rumänische Klagen über die bisher ergebnislosen Bemühungen um das Großprojekt Timișoara vorgeschlagen, Bevollmächtigte zu benennen zwecks Weiterverhandlungen über konkrete Aspekte des Projektes, insbesondere auch im Zusammenhang mit der Verbesserung der Lage der in der Region wohnenden Deutschen.“ Der rumänische Botschafter Rambu habe Genscher am 20. Juni 1980 mitgeteilt, „Präsident Ceaușescu habe Herrn Vasile Pungan, Berater des Präsidenten, zum Bevollmächtigten ernannt, der bereit sei, nach Bonn zu kommen“. Da auf Seiten der Bundesregierung noch keine Personalentscheidung getroffen sei, regte Sieger zur Abstimmung „eine Ressortbesprechung unter Beteiligung des Ost-Ausschusses“ an. Vgl. das Schreiben vom 26. Juni 1980; Referat 421, Bd. 141273.

- Das rumänische Defizit habe wesentlich abgenommen. Wir seien nicht an einem Handelsüberschuß gegenüber Rumänien interessiert. Deshalb begrüßten wir den Zuwachs der rumänischen Exporte. Das Defizit, das vor einigen Jahren 900 Mio. DM betragen habe, sei auf 1/3 reduziert worden. Zu diesem Erfolg habe die Mehrzahl der Kooperationsverträge positiv beigetragen.

Über das Projekt Timișoara sei er nur im allgemeinen unterrichtet. Er nehme an, daß gegenwärtig Graf Lambsdorff darüber in Bukarest spreche.⁸

Wir seien am Ausbau des wirtschaftlichen Austausches interessiert. Die Bundesregierung werde dafür jede politische Unterstützung geben.

Bundeskanzler verweist dann auf die zentrale Rolle der privaten Unternehmen in unserem Wirtschaftssystem. Diese müßten angesichts scharfen Konkurrenzkampfes, starkem Lohndruck und Rationalisierungszwang sehr genau kalkulieren. Die Zahl der Konkurse sei hoch. Ein einziges Mal habe der Staat versucht zu helfen – das Unternehmen sei trotzdem Konkurs gegangen.

Auch die Finanzierung von Geschäften sei Sache der Unternehmen. Der Staat finanziere weder Exporte noch Importe mit zwei Ausnahmen:

- Kreditgewährung an Entwicklungsländer – Rumänien sei aufgrund seines Entwicklungsstandes darüber hinaus gewachsen.
- Garantien für Kredite zur Bezahlung deutscher Waren. Diese Garantien kosteten Zinsen, spielten aber gute Rolle. Das gelte auch im deutsch-rumänischen Verhältnis und werde nach seiner Vorstellung auch in Zukunft so bleiben. Seines Wissens gebe es keinerlei Hemmungen für staatliche Kreditbürgschaften im Verhältnis zu Rumänien. Im Gegenteil seien die bestehenden Möglichkeiten nicht ausgeschöpft. Er gehe daher davon aus, daß die positive Entwicklung der letzten Jahre sich fortsetzen werde.

Bundeskanzler empfiehlt zu prüfen, ob rumänische Firmen sich noch stärker deutscher Marketing-Methoden bedienen sollten. Er sei dafür kein Fachmann, aber in Frage kämen z.B. Messen und spezielle Ausstellungen rumänischer Produkte. Verweist auf das Beispiel kürzlicher polnischer Ausstellung in Düsseldorf⁹, die ungewöhnliches Interesse gefunden habe.

Versichert nochmals generelle politische Unterstützung der Bundesregierung für Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen, ohne daß wir einzelne Projekte bevorzugen oder ablehnen.

Betont, daß er aus politischen Gründen sehr daran interessiert wäre, daß von Außenminister erwähnte Großprojekte Timișoara zustande kommen. Ihm habe

⁸ Bundesminister Graf Lambsdorff besuchte am 27./28. Mai 1980 Rumänien. Dort führte er Gespräche mit Präsident Ceaușescu, dem Stellvertretenden Ministerpräsidenten Oprea und mehreren rumänischen Ministern. Botschafter Jovy, Bukarest, berichtete am 30. Mai 1980: „Die Rumänen haben während der Gespräche entgegen ihrer bisherigen Gewohnheit die in den bilateralen Wirtschaftsbeziehungen aufgekommenen Reibungspunkte der Vergangenheit (gescheiterte Großprojekte mit VFW-Fokker und VW, langjährige Verschiebung des Ministerbesuchs) erstmals nicht wieder aufgebracht, sondern sich bewußt auf die Möglichkeiten eines weiteren Ausbaus des gegenseitigen Handels und der Kooperation konzentriert. Allerdings haben sich dabei nach dem Eindruck der Botschaft trotz des grundsätzlichen Einverständnisses in einer Reihe wirtschaftspolitischer Fragen [...] keine qualitativ neuen Ansätze für eine engere Zusammenarbeit vor allem im Kooperationsbereich ergeben (Ausnahme: KWU, sofern die deutsche Firma den Zuschlag erhält).“ Vgl. den nicht nummerierten Schriftbericht; Referat 421, Bd. 141269.

⁹ Zur Ausstellung „Polen 1980“ vgl. Dok. 130, Anm. 17.

sehr leid getan, daß das VFW-Projekt nicht zustande gekommen sei.¹⁰ Dies sei ein Beispiel, wo sich eine Firma nicht im Konkurrenzkampf habe behaupten können.¹¹

Bundeskanzler bittet, zur internationalen Lage übergehend, Außenminister Andrei um seine Beurteilung der Ergebnisse der Tagung des Warschauer Paktes Mitte Mai in Warschau.¹²

AM Andrei erläutert, daß Entwürfe für Erklärungen des Warschauer Paktes zuvor in bilateralen Konsultationen erörtert werden. Der ursprüngliche sowjetische Entwurf habe eine Einschätzung der internationalen Lage enthalten, die nicht den rumänischen Vorstellungen entsprach. Nach rumänischer Auffassung trage nicht nur eine Seite an der Verschlechterung der internationalen Beziehungen Schuld. Man könne nicht sagen, daß die Aufrüstung nur von den westlichen Ländern ausgehe. Ferner habe es die Tendenz gegeben, gegenüber der Begründung der sowjetischen Präsenz in Afghanistan die europäische Lage zurücktreten zu lassen und die Verantwortung für die internationale Lage bei den USA zu suchen.

Demgegenüber sei die Endfassung der Erklärung¹³ wesentlich verbessert. Zwar hätten die Sowjets (in diesem Text) keine entscheidenden Konzessionen gemacht, um zu Fortschritten zu gelangen, insgesamt sei jedoch der Tenor der Erklärung relativ konstruktiv, abgesehen von einigen Akzenten im Zusammenhang mit den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen. Als positiv habe die rumänische Seite empfunden, daß in bezug auf Afghanistan die Tür offengelassen werde, die amerikanische Seite zu Garantien heranzuziehen und Verhandlungen der gegenwärtigen afghanischen Regierung mit Iran und Pakistan aufzunehmen.

Zu dem in der Erklärung gemachten Vorschlag des Gipfeltreffens¹⁴ erläuterte AM Andrei, daß zunächst nur die Begegnung einiger der wichtigsten Staaten vorgesehen gewesen sei. Dies entspreche nicht den rumänischen Vorstellungen von einer Demokratisierung der internationalen Beziehungen. Der Vorschlag eines allgemeinen Gipfels sei demgegenüber ein für Rumänien annehmbarer Kompromiß gewesen. Andrei ließ Reserve auch gegenüber dem Vorschlag eines

¹⁰ Bundeskanzler Schmidt legte Präsident Ceauşescu am 7. Januar 1978 in Bukarest dar, daß die Bundesregierung keine Kredite für die am 2. Juli 1977 gegründete gemischte deutsch-rumänische Gesellschaft zur Lizenzfertigung des Verkehrsflugzeugs vom Typ „VFW-614“ gewähren werde. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 4.

¹¹ Vortragender Legationsrat Günther notierte am 2. Juni 1980, der rumänische Außenminister Andrei habe sich „vor Abflug auf dem Frankfurter Flughafen [...] ungewöhnlich offen“ darüber beschwert, „ihm werde wie einem Kinde bei uns immer wieder erklärt, daß unsere Marktwirtschaft die von ihm erwünschten staatlichen Maßnahmen zur Förderung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen ausschließe. Andere Länder wie Frankreich, Italien und Großbritannien hätten trotz Marktwirtschaft seinen Vorstellungen besser entsprechende Wirtschaftsbeziehungen zu Rumänien.“ Vgl. Referat 214, Bd. 133076.

¹² Zur Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Paktes am 14./15. Mai 1980 in Warschau vgl. Dok. 150, besonders Anm. 5.

¹³ Für den Wortlaut der Erklärung bzw. der Deklaration des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Paktes vom 15. Mai 1980 vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 321–334.

¹⁴ In der Erklärung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Paktes vom 15. Mai 1980 wurde „ein Treffen auf höchster Ebene zwischen den führenden Repräsentanten von Staaten aller Regionen der Welt“ angeregt, um „die internationalen Spannungsherde zu beseitigen und einen Krieg zu verhindern“. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 321.

allgemeinen Gipfels erkennen. Nach rumänischer Auffassung seien die Vereinten Nationen das geeignete Gremium zur Behandlung internationaler Probleme. Außerdem komme es vor allem auf die Verbesserung der bilateralen Beziehungen an, in erster Linie der zwischen der Sowjetunion und den USA.

Der *Bundeskanzler* äußerte hierzu, ihm sei deutlich geworden, wie dieser Vorschlag zustandegekommen sei. Die Frage bliebe ihm, ob ein solcher allgemeiner Gipfel Positives bewirken könne.

Bezüglich Afghanistan sei ihm nicht klar, ob die Sowjetunion nur Garantien für äußere Nichteinmischung oder gleichzeitig eine innere Lösung zur Bedingung mache. Auf den Vorschlag der Neun, der eine Reihe von Garantien für territoriale Integrität und Nichteinmischung vorsehe¹⁵, habe die Sowjetunion negativ reagiert. Nach dem, was jetzt vom Warschauer Pakt verlautbart worden sei, entstehe ein anderer Eindruck.

AM *Andrei* erwiderte, die vorliegenden Formulierungen seien das Minimum dessen, was Rumänien habe akzeptieren können. Die Sowjetunion habe dies akzeptiert; sie erwarte jedoch natürlich auch, daß gleichzeitig mit dem Rückzug der sowjetischen Truppen auch den antisowjetischen Kräften Einhalt geboten werde. Die Motive der sowjetischen Aktion in Afghanistan seien für Rumänien nicht klar. Er verwies auf sowjetische Beunruhigung über die Stärkung des islamischen Einflusses angesichts der islamischen Bevölkerung in den sowjetischen Grenzgebieten. Die Sowjetunion wünsche eine Regierung in Afghanistan, die eine der Sowjetunion freundliche Politik betreibe.

Der *Bundeskanzler* äußerte, er halte das für ein legitimes Interesse. Sein Eindruck sei, es sei leichter, äußere Garantien zu geben als eine Regierung in Kabul zu haben, die gleichzeitig sowjetfreundlich und stabil sei.

Der *Bundeskanzler* legte dann seine Besorgnis über die Gefahr einer weltweiten Verbreitung und Vertiefung des Rüstungswettlaufs dar. Die Gefahr sei gegeben durch Ausweitung des Ost-West-Konfliktes auf Gebiete, die bisher von ihm nicht betroffen gewesen seien. Dazu gehörten Südwest-Asien und der Persische Golf.

Ein besonders ernstes Problem sehe er die Frage ungehemmter Rüstung auf dem Gebiet der Mittelstreckenwaffen.¹⁶ Es bestehe die Gefahr, daß nach Abschluß von SALT II¹⁷ dieses Abkommen nachträglich unterlaufen werde. Die sowjetische Enttäuschung über die Nichtratifizierung¹⁸ erscheine verständlich. Ohne Afghanistan wäre die Ratifizierung vielleicht möglich gewesen. Jetzt sehe es so aus, daß man darauf mindestens bis ins nächste Jahr warten müsse. Bisher hätten die Sowjetunion und die USA den Vertrag eingehalten. Die Frage sei, ob sie dies weiter tun würden, insbesondere überzählige interkontinentale Waffen abwracken würden. Ein komplizierender Faktor sei aus sowjetischer Sicht dabei der inzwischen erfolgte NATO-Beschluß.¹⁹ Die Sowjetunion

¹⁵ Vgl. dazu die Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vom 19. Februar 1980; BULLETTIN DER EG 2/1980, S. 88 f. Vgl. dazu auch Dok. 57.

¹⁶ So in der Vorlage.

¹⁷ Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 13.

¹⁸ Zum Stand des Ratifizierungsverfahrens des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 im amerikanischen Senat vgl. Dok. 59.

¹⁹ Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 10.

habe zum zweiten Mal den Eindruck, daß der SALT-II-Vertrag unterlaufen werde. Sie übersehe jedoch, daß sie diese Entwicklung selbst herausgefordert habe durch ihre eigene überwältigende Mittelstreckenrüstung. Der Bundeskanzler erläuterte dann eingehend das sowjetische Übergewicht, das durch die laufende Installierung von zur Zeit jährlich 50 Raktenabschußgestellen für SS-20 und den Bau von 36 Backfire-Bombern aufgebaut werde. Auf westlicher Seite gebe es kein Gegengewicht, mit Ausnahme des zahlenmäßig begrenzten französischen Potentials und des ebenfalls zahlenmäßig begrenzten und zudem veralteten englischen Potentials. Die Sowjetunion disloziere jedoch z. Z. pro Jahr mehr Mittelstreckenwaffen, als England und Frankreich zusammen besäßen. Bedroht seien von der Reichweite dieser Waffen nicht amerikanische Ziele, aber Europa, Nordafrika, der Mittlere Osten, Pakistan, der indische Subkontinent, die Volksrepublik China, Japan.

Er habe Breschnew persönlich mehrmals darauf hingewiesen, daß diese einseitige Rüstung die Welt destabilisiere. Er habe Breschnew und Gromyko selber demonstriert anhand von Karten und Unterlagen, daß sie mit diesem Potential ganz Europa in Schutt und Asche legen könnten.²⁰

Er habe auch den Amerikanern gegenüber seit 1977 Vorwurf erhoben, daß sie diese Entwicklung zugelassen hätten. Dies habe zum Guadeloupe-Beschluß²¹ vom Januar 1979 geführt und schließlich zum NATO-Beschluß vom Dezember. Wir hätten unseren Einfluß geltend gemacht, daß dieser Beschluß nicht nur Nachrüstung beinhalte, sondern gleichzeitig die Einladung, gleichberechtigt zu verhandeln. Er sei überzeugt gewesen, daß die Sowjetunion verhandeln würde. An dieser Überzeugung seien ihm jedoch Zweifel gekommen nach dem Einmarsch in Afghanistan und der seit Dezember 1979 mehrfach wiederholten starken sowjetischen Erklärung, daß sie nur dann verhandeln wolle, wenn der NATO-Beschluß revidiert werde. Eine solche Revision werde es nicht geben.

²⁰ Vgl. dazu die Gespräche des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, bei dessen Aufenthalt vom 4. bis 7. Mai 1978 in der Bundesrepublik; AAPD 1978, I, Dok. 135, Dok. 136, Dok. 142 und Dok. 143.

Helmut Schmidt berichtete rückblickend: „Glücklicherweise hatte ich Breschnew vor unserer Begegnung ausrichten lassen, ich würde mit militärischen Karten kommen, um ihm meine Besorgnis plausibel zu machen – und ob er dies nicht auch tun wolle. [...] Breschnew hatte meinen Vorschlag aufgegriffen; er ließ nun von seinem Mitarbeiter Alexandrow ebenfalls eine große Europakarte auf dem Tisch ausbreiten. Beide Karten waren – kein Wunder! – in ihrer Struktur sehr ähnlich, wenn auch wahrscheinlich nicht in jedem Detail. [...] Ich hatte den Eindruck, daß die sowjetische Karte meiner Argumentation tatsächlich recht geben konnte. Es war jedoch schwierig, alle eingetragenen Angaben zu verstehen – der kyrillischen Schrift und der andersartigen taktischen Zeichen wegen. Auch hatte ich nicht genug Zeit, die Karte genauer zu studieren, denn als ich meinem Gast anhand seiner Karte meine Besorgnisse wegen der SS-20 demonstrierte, wurde er ärgerlich. Ob ihn das Detail überforderte, ob er sich darüber ärgerte, sich so weit eingelassen zu haben, oder ob sonst ein Anlaß vorlag – jedenfalls wischte Breschnew mit einer Handbewegung und einigen ärgerlichen Worten seine Karte vom Tisch.“ Vgl. SCHMIDT, Menschen, S. 93 f.

Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich vom 21. bis 24. November 1979 in der Bundesrepublik auf. Für sein Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt am 23. November 1979 vgl. AAPD 1979, II, Dok. 344.

Zum Vier-Augen-Gespräch Schmidts mit Gromyko am selben Tag vgl. Dok. 125, Anm. 5.

²¹ Am 5./6. Januar 1979 trafen sich Premierminister Callaghan, Präsident Carter, Staatspräsident Giscard d'Estaing und Bundeskanzler Schmidt auf Guadeloupe zur Erörterung außen-, sicherheits- und wirtschaftspolitischer Fragen. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 2, Dok. 3 und Dok. 5.

Schon für die Verwirklichung dieses Beschlusses bedürfe es mehr als drei Jahre: Die erste Rakete werde im Herbst 1983, die letzte etwa Ende 1984 installiert sein. Man habe mehr als drei Jahre Zeit. Wenn die Sowjetunion bei ihrem Rhythmus bleibe (jährlich 480 SS-20-Sprengköpfe und eine nicht genau bekannte Zahl von Bomben), würden die 80er Jahre erheblich krisenreicher werden als die 70er. Dieses Herrn Breschnew als ein weiteres Mittel vorzutragen, sei einer der Gründe für seine im nächsten Monat geplante Moskau-Reise.²² Er bitte aber auch die verantwortlichen rumänischen, polnischen und ungarischen Politiker, gegenüber der Sowjetunion die Problematik dieser Situation zu verdeutlichen. Wir in Westeuropa wünschten mit jeder Faser, an der Entspannungspolitik festzuhalten, aber die derzeitige Entwicklung würde uns zu Geiseln der Sowjetunion machen.

Die Bundesrepublik Deutschland betrachte es nicht als ihre Aufgabe, ein nukleares Gegengewicht zur Sowjetunion zu schaffen. Kein deutscher Soldat werde an nuklearen Waffen stehen. Das Gegengewicht müsse von den Amerikanern gestellt werden.

Eine der wichtigsten Aufgaben der internationalen Politik sei daher, den gegenwärtigen Rüstungswettlauf zu begrenzen, der uns sonst alle unter seine Zwänge nehmen würde. Wichtig erscheine ihm, Möglichkeiten der Gesichtswahrung zu finden, damit man in gleichberechtigte Verhandlungen eintreten könne. Wir würden unseren Einfluß einsetzen, damit von westlicher Seite die Möglichkeit dazu aufrechterhalten werde. Er wolle Präsident Ceauşescu bitten zu prüfen, ob er auf seiner Seite Einflußmöglichkeiten sehe, insbesondere auch, wie man es der Sowjetunion erleichtern könne, in Verhandlungen einzutreten, ohne auf unmöglichen Vorbedingungen zu bestehen.

AM Andrei erwiderte, er teile die Einschätzung der internationalen Lage durch den Bundeskanzler. Er erinnerte an die von Präsident Ceauşescu dem Bundeskanzler gegenüber geäußerte Sorge, daß die Entspannungspolitik überbelastet werde durch die laufende Aufrüstung, an die rumänische Weigerung im Warschauer Pakt, einer Erhöhung des Militärhaushalts zuzustimmen und Beschlüsse zur Waffenmodernisierung mitzutragen.²³ Die Weiterführung der Aufrüstung

²² Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher hielten sich am 30. Juni und 1. Juli 1980 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 192–195.

²³ Rumänien weigerte sich bei der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 22./23. November 1978 in Moskau, alle Beschlüsse mitzutragen. Ministerialdirektor Blech vermerkte dazu am 29. November 1978, die Formulierungen des Abschlußkommuniqué würden ebenso wie Äußerungen des Präsidenten Ceauşescu nach seiner Rückkehr nach Rumänien auf Meinungsverschiedenheiten schließen lassen: „Nach den Äußerungen Ceauşescus forderte die Sowjetunion während des Treffens eine Erhöhung der Militärhaushalte der Paktstaaten, eine stärkere Integration der militärischen Paktorganisation mit supranationalen Kommandostrukturen und verstärkte Unterstützung der Aktivitäten Moskaus außerhalb des Geltungsbereichs des Vertrages. Wie unserer Botschaft in Moskau von rumänischer Seite vertraulich mitgeteilt wurde, soll Rumänien sich geweigert haben, ein diese Forderung enthaltendes und den Teilnehmerstaaten ‚aus heiterem Himmel‘ vorgelegtes Papier auch nur zu diskutieren.“ Vgl. Referat 221, Bd. 112977.

Auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 14./15. Mai 1980 in Warschau plädierte Präsident Ceauşescu dafür, der Warschauer Pakt solle die Militärausgaben einfrieren und sie bis 1985 um zehn bis fünfzehn Prozent kürzen. Vgl. dazu CARDBOARD CASTLE, S. 435–437.

Der rumänische Außenminister Andrei legte Bundesminister Genscher am 27. Mai 1980 dazu dar: „Breschnew spreche als erster, die anderen dankten dann und sagten, daß das, was Breschnew gesagt habe, richtig sei. Aber die Rumänen schätzten die internationale Lage anders ein, und zwar so,

stelle den größten Gefahrenherd für den Weltfrieden dar. Rumänien sei für einen raschen Übergang der Verhandlungen über die Begrenzung der Mittelstreckenwaffen. Diese Begrenzungen müßten beide Seiten verpflichten und die Sicherheit beider Seiten gewährleisten.

Der Bundeskanzler habe einen Moratoriumsvorschlag²⁴ gemacht. Obwohl dieser nicht angenommen worden sei, habe er in Warschau den Eindruck gewonnen, daß die Sowjets nicht mehr so fest auf ihrer formulierten Position (Revision des NATO-Beschlusses) beharrten. Er glaube deshalb nicht, daß alle Brücken zur Verständigung abgerissen seien. Seines Erachtens hinge dies mit der Möglichkeit zusammen, einen Weg zu finden, wie man zur Entspannung des sowjetisch-amerikanischen Verhältnisses gelangen könne. Er werde Präsident Ceauşescu unterrichten und dem Bundeskanzler auf geeignetem Wege dessen Auffassung mitteilen.

Er wisse, daß Präsident Ceauşescu genauso besorgt wie der Bundeskanzler über den Rüstungswettlauf sei. Rumänien könne deshalb eine optimistischere Einschätzung der Lage in Europa im Verhältnis zu anderen Gebieten der Welt nicht teilen. Vertrauensbildende Maßnahmen müßten deshalb auch die Problematik der Raketen einschließen.

Der *Bundeskanzler* äußerte sich skeptisch hinsichtlich der Erfolgsaussichten für die Madrider Folgekonferenz²⁵. Alle erklärten sich bereit zu diesem Treffen, keiner habe jedoch einen Vorschlag gemacht, was dort beschlossen werden solle.

AM *Andrei* regte an, daß die Bundesrepublik Deutschland und Rumänien vielleicht auch in dieser Hinsicht zusammenarbeiten sollten.

AM *Andrei* betonte, man solle zusammenarbeiten, damit diese Konferenz nicht zu einem Blitzableiter gemacht werde.

AM *Andrei* bedankte sich für das Gespräch. Er habe die Hoffnung, daß der Bundeskanzler die Entwicklung der bilateralen Beziehungen unterstützen werde. Er habe mit Minister Genscher konkrete Fragen besprochen und hoffe, daß daraus Positives weiterentwickelt werden könne.

Der *Bundeskanzler* betonte die (ihm gegenüber auch von Herrn Gierek²⁶ geäußerte) Auffassung, daß die mittleren und kleineren Staaten, die keine Weltmacht seien, ihr Gewicht in die Waagschale werfen müßten, um den Frieden zu erhalten. Dazu gehöre die Entwicklung ihrer politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und humanitären Zusammenarbeit.

Fortsetzung Fußnote von Seite 851

daß die Schuld an der gegenwärtigen internationalen Lage auf beiden Seiten liege. [...] Es gebe auch Spannungen wegen Afghanistan, China und dem Nahen Osten. In Warschau sei wenig über Europa und nichts über die neue Weltwirtschaftsordnung gesprochen worden. Nur hinsichtlich der Mittelstreckenraketen sei über Europa gesprochen worden. Die Situation sei weiter kompliziert.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 133076.

²⁴ Zu den Äußerungen des Bundeskanzlers Schmidt am 11. April 1980 in Hamburg bzw. am 12. April 1980 in Essen vgl. Dok. 111.

²⁵ Die KSZE-Folgekonferenz wurde am 11. November 1980 in Madrid eröffnet. Vgl. dazu Dok. 319 und Dok. 322.

²⁶ Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Ersten Sekretär des ZK der PVAP, Gierek, am 8. Mai 1980 in Belgrad vgl. Dok. 140, Anm. 29.

AM *Andrei* verwies auf die Auffassung von Präsident Ceaușescu, daß wir zu viel den Sowjets und den Amerikanern überlassen hätten, statt selbst mehr zur Entwicklung der internationalen Beziehungen beizutragen.

Der *Bundeskanzler* unterstrich, daß wir den großen Beitrag anerkennen, den Präsident Ceaușescu zu den internationalen Beziehungen geleistet habe, und daß er dabei viel Risiko auf sich genommen habe. Wir hofften, daß auch Rumänien den Beitrag der Bundesrepublik Deutschland positiv bewerte.²⁷

VS-Bd. 13207 (214)

161

Botschafter Held, Tripolis, an das Auswärtige Amt

114-3534/80 VS-vertraulich

Fernschreiben Nr. 195

Citissime

Aufgabe: 28. Mai 1980, 14.15 Uhr¹

Ankunft: 28. Mai 1980, 16.11 Uhr

Betr.: Deutsch-libysche Krise²

Bezug: DE Nr. 92 vom 27.5.80³

I. Wurde gestern zu Leiter Büros für auswärtige Beziehungen, Shehati, gerufen, der folgende Beschwerden vortrug:

²⁷ Botschafter Jovy, Bukarest, berichtete am 25. Juli 1980, „daß rumänische Seite den Andrei-Besuch als Zeichen der Reaktivierung des bilateralen Verhältnisses – das in rumänischer Sicht nach vielversprechender Anfangsphase ‚einzuschlafen‘ drohte – aufgefaßt hat. Diese Stimmung dürfte bald in Enttäuschung umschlagen, falls Rumänen Eindruck gewinnen, daß wir die in den Gesprächen mit Andrei angeklungenen konkreten Möglichkeiten nur zögernd angehen bzw. allzu pragmatisch auf den Weg der kleinen Schritte verweisen.“ In „führenden Kreisen“ werde gelegentlich die Frage gestellt, „was die Unabhängigkeitspolitik Ceaușescus dem Lande selbst an konkretem Nutzen gebracht hat (abgesehen von der dadurch ermöglichten Selbstdarstellung des Präsidenten auf internationaler Bühne)“. Man solle daher nicht den Eindruck vermitteln, „wir als einer der Hauptadressaten Rumäniens im westlichen Lager hätten außer der Problematik der volksdeutschen Minderheit im Grunde kaum politische Anliegen hier, und unser wirtschaftliches Interesse sei deshalb auch nur proportional den sich von selbst anbietenden und ohne besondere öffentliche Förderung realisierbaren Möglichkeiten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 495; Referat 214, Bd. 133074.

¹ Hat Ministerialdirektor Meyer-Landrut vorgelegen.

Hat Ministerialdirigent Montfort vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Vorschlag 311: Arbeitsstab einsetzen (unter Federführung Abt[eilung] 5) mit BMJ + BMI.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schlagintweit am 29. Mai 1980 vorgelegen, der den handschriftlichen Vermerk des Ministerialdirigenten Montfort ergänzte: „+ BMWi. OK, aber Federführung Dg 31“. Ferner notierte er handschriftlich: „Auf Direktoren]Besprechung 29.V. StS v[an] W[ell]: Einsetzung Arbeitsgruppe unter Dg 31 (Vertreter RL 311) mit anderen Arbeitseinheiten AA sowie BMJ + BMI + BMWi; StS spricht mit Fröhlich, um auf Empfindlichkeit der Sache hinzuweisen; Held aufmerksam machen, daß er seinen Gedanken einer Diskussion am Ort nicht weiterverfolgt, sondern nur an uns berichtet; Idee BM-Reise zu Gaddafi doch noch einmal weiterverfolgen.“

² Botschafter Held, Tripolis, teilte am 4. Mai 1980 mit: „In Rede hat Gaddafi alle, auch unpolitischen, libyschen Regimeflüchtige zur Rückkehr nach Libyen bis zum 11.6.1980 (Feiertag anläßlich amerikanischen Abzugs) aufgefordert. Falls sie Aufruf nicht folgten, werde er sie liquidieren lassen, wo-

1) Einreisebehörde am Flugplatz Köln habe am 21.5. libysche Staatsangehörige Said Rashid und Fitouri Ashur mit gültigen Sichtvermerken zurückgewiesen und ihnen nicht einmal erlaubt, mit Volksbüro Bonn⁴ Verbindung aufzunehmen.

2) Am 20.5. seien Studenten Fakiny Musdah sowie Khaled Altajouri im Bristol, Bonn, verhaftet worden. Volksbüro erhalte nicht einmal Besuchserlaubnis.

3) Volksbüro Bonn werde von Polizei überwacht, die u. a. ständig zwei Fahrzeuge in Eingangsnähe parke. Außerdem habe Polizei ohne Erlaubnis Büro betreten. Zu diesem Vorfall erwarte er noch Einzelheiten von Volksbüro.

4) Deutsche Presse greife unablässig Volksbüro und Libyen an.

Alle diese Maßnahmen seien grundlos, willkürlich und schwere Belastung für deutsch-libysche Beziehungen. Libysche Führung sei darüber „sehr aufgebracht“.

II. Erwiderte, daß ich zu Beschwerden im einzelnen Weisung einholen müsse (worum ich bitte), vorab aber erwidern könne:

1) Bundesrepublik Deutschland sehe Volksbüro als diplomatische Vertretung an und beachte grundsätzlich Wiener Konvention⁵. Übergriffe der Polizei gegen Büro könne ich mir daher nicht vorstellen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 853

zu er die Macht habe, wo sie sich auch befänden. Nach dieser Erklärung kann man auch nicht mehr daran zweifeln, daß Gaddafi Morde an Auslandslibyern, die sich in Rom und London vor einigen Wochen ereigneten, persönlich angeordnet hat.“ Beobachter führten das Verhalten von Oberst Gaddafi darauf zurück, „daß innenpolitisch seine ‚Volksherrschaft‘ praktisch gescheitert und er außenpolitisch weitgehend isoliert ist, was ihm langsam zum Bewußtsein komme. Dementsprechend fühle er sich bedrängt und werde immer unkontrollierter und unberechenbarer.“ Held empfahl: „Da nicht ausgeschlossen werden kann, daß sich Mordkommandos auch bei uns betätigen, sollten entsprechende innerdeutsche Stellen gewarnt werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 149; VS-Bd. 11151 (311); B 150, Aktenkopien 1980.

Zusätzlich belastet wurden die Beziehungen zu Libyen durch die Inhaftierung einer sechsköpfigen Gruppe von Geologen der Freien Universität Berlin im libysch-sudanesischen Grenzgebiet. Vgl. dazu Dok. 173.

³ Vortragender Legationsrat I. Klasse Schlagintweit bat die Botschaft in Tripolis um Stellungnahme zu Erwägungen der Bundesregierung, „a) den Familienangehörigen der Botschaftsangehörigen, b) den Familienangehörigen der in Libyen tätigen Deutschen nahe zu legen, Libyen zu verlassen“, um auf diese Weise „das Risiko für die Deutschen in Libyen möglichst zu vermindern“. Vgl. VS-Bd. 11157 (311); B 150, Aktenkopien 1980.

⁴ Botschafter Held, Tripolis, notierte am 7. Mai 1980, das libysche Volk solle „gemäß der von Gaddafi im ersten Teil seines ‚Grünen Buches‘ entwickelten ‚Dritten Universal-Theorie‘ zur Überwindung der bisherigen Regierungssysteme“ alle Staatsgewalt unmittelbar ausüben: „Jede Vertretung des Volkes wird als Verfälschung seines Willens und als Verstoß gegen das System der Volksherrschaft angesehen. Ein Parlament, Parteien oder eine Regierung im überlieferten Sinne gibt es daher nicht. [...] Um auch im außenpolitischen Bereich Beziehungen ‚von Volk zu Volk‘ im Gegensatz zum diplomatischen Verkehr zwischen Regierungen anzuknüpfen, soll dieser Bereich fortschreitend vom Sekretariat des Auswärtigen auf ein ‚Büro für Auswärtige Beziehungen beim Allgemeinen Volkskongreß‘ und ihm unterstehende ‚Volksbüros‘ im Ausland übertragen werden. Im Verhältnis zu den Vereinigten Staaten und einigen westeuropäischen Ländern, u. a. der Bundesrepublik Deutschland, wurde dieser Gedanke bereits verwirklicht. Es gibt daher vorläufig in Tripolis zwei ‚Außenministerien‘.“ Vgl. Referat 311, Bd. 137638.

⁵ Für den Wortlaut des Wiener Übereinkommens vom 18. April 1961 über diplomatische Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1964, Teil II, S. 958–1005.

Für den Wortlaut des Wiener Übereinkommens vom 24. April 1963 über konsularische Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1969, Teil II, S. 1585–1703.

(Shehati merkte dazu an, daß Volksbüro (ebenso wie seine Mitglieder) keinen diplomatischen Status habe.⁶ Überhörte diese Bemerkung, um weiteres Gespräch nicht noch durch dieses kontroverse Thema zu belasten.)

2) Im übrigen müsse man Maßnahmen gegen Libyer im Zusammenhang mit Tatsache sehen, daß in unserem Land ein Libyer seinen Landsmann vorsätzlich getötet habe⁷ und wir ähnliche Vorfälle künftig wohl nicht ausschließen könnten. Auf ähnliche Fälle in anderen westeuropäischen Ländern müsse ich verweisen.⁸ Polizeiliche Vorbeugungsmaßnahmen seien daher nicht verwunderlich.

⁶ Referat 502 notierte am 7. Mai 1980, Libyen habe im Herbst 1979 seine Botschaft in Bonn in ein Volksbüro umgewandelt. Die Bundesregierung habe mit einer am 30. April 1980 in Tripolis übergebenen Note zum Ausdruck gebracht, „daß wir die diplomatischen Beziehungen mit Libyen auf der Grundlage des Wiener Übereinkommens über diplomatische Beziehungen (WÜD) abwickeln und daß wir das Volksbüro als die Ständige Vertretung Libyens in der Bundesrepublik Deutschland ansehen, welche libyscherseits die Aufgabe der Durchführung des diplomatischen Verkehrs zwischen den beiden Staaten erfüllt.“ Ziel sei es, die Rechtstellung der Botschaft in Tripolis nach dem WÜD zu wahren: „Unsere Botschaft in Tripolis hat die Befürchtung, daß, wenn wir das hiesige Volksbüro nicht mehr als diplomatische Mission behandeln, der Botschaft in Tripolis im Zuge der Herstellung einer Art negativer Gegenseitigkeit ebenfalls nicht mehr die Rechtsstellung einer diplomatischen Mission zugestanden wird.“ Vgl. Referat 311, Bd. 137638.

Gegenüber Staatssekretär van Well legte der Sekretär des libyschen Volksbüros, Aghiel, am 7. Mai 1980 dar, „er und sein Bruder Ben Aziza (Dolmetscher) seien keine Diplomaten, sondern Volksleute. Nichtsdestoweniger werde von libyscher Seite das Völkerrecht, was die Vertretungen in Bonn und Tripolis angehe, genau respektiert.“ Vgl. die Aufzeichnung des Attachés Kössler vom 8. Mai 1980; Referat 311, Bd. 137638.

⁷ Am 10. Mai 1980 wurde in Bonn der bis 1978 an der dortigen libyschen Botschaft tätige ehemalige Diplomat Omeran Mehdawi von einem libyschen Landsmann erschossen. Vgl. dazu den Artikel „Ermordung weiterer Libyer in Europa“; NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe vom 13. Mai 1980, S. 3. Botschafter Held, Tripolis, berichtete am 13. Mai 1980, er habe am Vortag mit „Generalsekretär hiesigen Allgemeinen Volkskongresses al-Obeidi [...] auch über Tod ehemaligen Angehörigen libyscher Botschaft in Bonn, Mehdawi, gesprochen. [...] Obeidi leugnete politischen Hintergrund nicht, riet mir aber, zunächst einmal polizeilicher und gerichtlicher Untersuchung bei uns ihren Lauf zu lassen. Sollte sie Anhaltspunkte für Verbindung des Täters mit offiziellen libyschen Stellen ergeben, so sei es an der Zeit, in vertrauliche Gespräche über Angelegenheit einzutreten. Obeidi kam danach auf deutsche Geologengruppe zu sprechen, obwohl ich ihn in dieser Angelegenheit bisher nicht angesprochen hatte. Benutzte Gelegenheit, um auch ihn zu bitten, sich für ihre baldige Ausreise einzusetzen, gewann aber leider auch in diesem Gespräch den Eindruck, daß Gaddafi sie evtl. als Faustpfand gegen uns einsetzen will.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 160; VS-Bd. 11157 (311); B 150, Aktenkopien 1980.

⁸ Am 21. März 1980 wurde in Rom ein ermordeter, aus Libyen stammender Kaufmann entdeckt. Ein weiterer libyscher Kaufmann wurde am 19. April 1980 in Rom getötet; von der italienischen Polizei wurden in diesem Zusammenhang drei libysche Staatsangehörige festgenommen. In London starben am 1. und 25. April 1980 zwei Libyer bei Attentaten. Am 10. Mai wurde ein weiterer Libyer von zwei Landsleuten in Rom getötet. Vgl. dazu den Artikel „Heimatlose Hunde“; DER SPIEGEL Nr. 25 vom 16. Juni 1980, S. 117.

Botschafter Held, Tripolis, berichtete am 14. Mai 1980, der britische Botschafter Edes habe die Vertretungen der EG-Mitgliedstaaten am Vortag informiert, „daß seine Regierung Beweise für Verbindungen zwischen libyschem Volksbüro in London und beiden Morden an Libyern, Angriffen auf Zeitungsverkäufer sowie versuchten Menschenraub habe. Dementsprechend habe sie Abzug von drei Mitgliedern des Volksbüros sowie Ausreise eines libyschen Studenten gefordert. Nach libyscher Weigerung habe sie Deportation angedroht.“ Zeitgleich sei die britische Botschaft in Tripolis angewiesen worden, ihr Personal auf die Hälfte zu reduzieren und Familienangehörige nach Hause zu schicken. Der italienische Botschafter Quaroni habe mitgeteilt, „daß Mitglied des Volksbüros in Rom in Pressekonferenz Drohung gegen libysche Regime-Flüchtlinge und -Gegner noch einmal wiederholt habe.“ Das italienische Außenministerium habe „angesichts großer italienischer Interessen und Kolonie (18000)“ nur zurückhaltend protestiert: „Trotzdem sei wenige Stunden später dritter

III. Shehati meinte daraufhin, daß es sich bei Tötungen um Abrechnung libyschen Volkes mit seinen „Verrätern“ handele. Verantwortlich seien dafür libysche Revolutionskomitees, die jeden Libyer erreichen könnten. Dagegen hätten Volksbüros mit dieser Aktion nichts zu tun. Wir müßten wählen, ob wir mit Verrätern oder libyschem Volk zusammenarbeiten wollten. Im ersten Fall müsse Libyen davon ausgehen, daß wir mit diesem Land keine Beziehungen mehr wünschten.

IV. In weiterem Gespräch schälte sich folgende libysche Haltung heraus:

1) Libyen fordert von uns entweder Auslieferung oder Ausweisung von libyschen Regimegegnern oder -flüchtlingen oder Duldung ihrer Liquidierung auf unserem Territorium, d.h. Einstellung aller unserer Gegen- und Strafmaßnahmen.

Libysche Behörden wären bereit, uns Liste dieser Auslandslibyer zu übermitteln, allerdings unter unabdingbarer Voraussetzung, daß wir uns entsprechend der ersten Alternative verhalten. Angeblich handelt es sich um relativ geringe Anzahl von Personen.

2) Falls wir libysche Forderungen nicht erfüllen, wird Libyen im politischen, wirtschaftlichen sowie persönlichen Bereich (Shehati erwähnte ausdrücklich sich in Libyen aufhaltende Deutsche) Gegenmaßnahmen ergreifen. Einreiseverbot für Inhaber von Pässen der Bundesrepublik Deutschland ist solche erste Maßnahme. Laut Shehati sollte sie bestehen bleiben, solange wir bei uns „Libyer belästigen“. (Entgegen dieser Aussage wurden bereits wenige Stunden danach wieder Inhaber unserer Pässe ins Land gelassen. Um Aufklärung dieses Widerspruchs ist Botschaft intensiv bemüht.)

V. Schlußfolgerungen:

1) Libysche Forderungen können wir nicht erfüllen.

2) Mit weiteren Morden an Auslandslibyern, vor allem nach Stichtag für ihre freiwillige Rückkehr (10. oder 11.6.) und entsprechenden Gegenmaßnahmen unserer Behörden ist zu rechnen.

3) Libyen wird unser Vorgehen zunehmend und unverhältnismäßig vergelten. Am Ende solcher Eskalation wird u. U. Abbruch diplomatischer und evtl. auch wirtschaftlicher Beziehungen stehen (vgl. Bemerkung Shehatis unter III) und das unter unerfreulichsten Umständen, u. a. Zurücklassung von Deutschen in hiesigen Gefängnissen als Geiseln für bei uns verhaftete bzw. verurteilte Libyer (zu bisherigen Haftfällen folgt zusammenfassender Drahtbericht).

VI. Im EG-Kreis wird Lage ebenso ernst gesehen. Britischer Botschafter⁹ wurde vor gleiche Alternative gestellt wie wir, italienischer Botschafter¹⁰ heute zu Shehati gerufen. Morgen werden EG-Behördenleiter sich zu erneutem Meinungsaustausch treffen und über weiteres Vorgehen beraten.

Fortsetzung Fußnote von Seite 855

Mord in Rom geschehen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 162; VS-Bd. 10796 (511); B 150, Aktenkopien 1980.

⁹ Michael Edes.

¹⁰ Alessandro Quaroni.

Erneuter Drahtbericht, auch mit Vorschlägen zu unserem weiteren Verhalten, folgt sodann.¹¹ Denke u. a. daran, multilaterale Verhandlungen mit Libyen über seine Forderungen an westeuropäische Länder und Begleiterscheinungen in Gang zu bringen. Shehati, dem ich diesen Gedanken andeutete, schien aufgeschlossen. Wir gewinnen damit zum einen Zeit, zum anderen heißen Draht, um alle Weiterungen dieser Krise zwischen uns und Libyen wenigstens besprechen zu können, wenn auch sachlich weder wir noch wohl andere westeuropäische Regierungen substantielle Zugeständnisse machen können.¹²

[gez.] Held

VS-Bd. 11157 (311)

¹¹ Botschafter Held, Tripolis, berichtete am 29. Mai 1980, die Botschafter der EG-Mitgliedstaaten hätten in einem gemeinsamen COREU-Bericht „raschestmögliche Koordinierung der Haltung der EG-Länder gegenüber libyschen Forderungen sowie der Maßnahmen zum Schutz unserer Interessen und besonders unserer Staatsangehörigen in Libyen“ angeregt. Held teilte mit, das Einreiseverbot für deutsche Staatsangehörige sei aufgehoben: „Hiesige Führung hat wohl eingesehen, daß sie damit mit deutscher Beteiligung in Libyen laufende Projekte erheblich behindert und so dem Land selbst schadet. Schließlich stehen ihr z. B. mit Zugriff auf deutsche Kolonie mindestens ebenso wirksame Druckmittel zur Verfügung, die sich für Libyen zunächst nicht so nachteilig auswirken. Als Zeichen der Entspannung ist Aufhebung des Verbots jedenfalls nicht anzusehen.“ Als Retorsion für die Ausweisung von Volksbüro-Mitgliedern aus London seien drei britische Diplomaten und 17 weitere Briten des Landes verwiesen worden: „Sicherheitsmaßnahmen für deutsche Kolonie kann ich gegenwärtig nicht empfehlen. Insbesondere stehen wir nicht vor einer anarchischen Situation mit besonderer Gefährdung von Frauen und Kindern. Vielmehr werden alle Maßnahmen gegen deutsche Kolonie sorgfältig von libyscher Führung gesteuert und richten sich gegen ausgewählte männliche Mitglieder. Gefährdet sind vor allem leitende Firmenangehörige, die man unter verschiedenen Vorwänden, u. a. im Zusammenhang mit laufender Antikorruptionskampagne, relativ legal verhaften kann. Es muß Firmenleitungen überlassen werden, wie weit sie ihre Geschäftsinteressen über Sicherheit ihrer hiesigen Angehörigen stellen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 198; VS-Bd. 11157 (311); B 150, Aktenkopien 1980.

¹² Vortragender Legationsrat I. Klasse Schlagintweit unterrichtete die Botschaft in Tripolis am 29. Mai 1980, die Bundesregierung prüfe die Situation und nehme mit der britischen und italienischen Regierung bilaterale Kontakte auf: „Gedanke einer Multilateralisierung der Behandlung des Problems bitte nicht weiterverfolgen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 96; Referat 311, Bd. 137638.

162

Botschafter Kuhnt, Abu Dhabi, an das Auswärtige Amt**114-3606/80 VS-vertraulich****Aufgabe: 29. Mai 1980, 11.00 Uhr¹****Fernschreiben Nr. 107****Ankunft: 31. Mai 1980, 09.24 Uhr****Cito**

Betr.: Wünsche der VAE nach Rüstungshilfe

Bezug: DB Nr. 23 vom 3.2.80 – VS-v – Pol 320. VAE²Ber. Nr. 208/80 vom 14.4.1980 – Wi 411.10 – VS-NfD³

Bitte um Drahtweisung

Der Generalstabschef der VAE-Streitkräfte, Generalmajor Khalidi, sprach mich im Auftrag von Scheich Khalifa, Kronprinz von Abu Dhabi und Oberbefehlshaber, erneut im Zusammenhang mit den wiederholt geäußerten Wünschen der VAE nach Rüstungshilfe an.

Scheich Khalifa vermisste unsere Reaktion auf seine bereits im Februar 1980 geäußerten Wünsche (vgl. Bezugsbericht und DB Nr. 54 vom 11.3.80⁴) und auf sein Schreiben, das dem Bundesminister für Verteidigung⁵ während seines Zwischenaufenthalts in Sharjah am 4.4.80 übergeben worden sei. Ihm, Khalifa, lägen Informationen vor, wonach unsere grundsätzlich restriktive Haltung in der Rüstungsexportpolitik⁶ verschiedentlich modifiziert worden sei, auch hinsicht-

¹ Ablichtung.

Hat Staatssekretär Lautenschlager am 2. Juni 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Fischer verfügte.

Hat Fischer am 3. Juni 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigenten Freiherr von Stein und Vortragenden Legationsrat I. Klasse Pabsch verfügte. Dabei verwies er auf seinen handschriftlichen Vermerk auf Seite 2 des Drahtberichts. Vgl. Anm. 8.

² Botschafter Kuhnt, Abu Dhabi, berichtete, der Kronprinz von Abu Dhabi, Scheich Khalifa, habe dargelegt, „die nach dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan zunehmend gefährlicher werdende Situation und die de facto herrschende Anarchie in Iran zwingen die Staaten der Golfregion, ihr Sicherheitsproblem endlich in den Griff zu bekommen“. Daher seien die Vereinigten Arabischen Emirate an Rüstungsmaterial aus der Bundesrepublik interessiert, „zumal die Verbündeten der Bundesrepublik (Khalifa erwähnte besonders England und Frankreich) Waffen lieferten, deren Qualität allerdings unterschiedlich und nicht überzeugend sei. Scheich Khalifa meinte schließlich unverblümt, daß die VAE besonders an der Einfuhr von Panzern und gepanzerten Fahrzeugen aus der Bundesrepublik interessiert seien.“ Kuhnt bat um Weisung, „ob in Anbetracht der jüngsten Entwicklungen in der Golfregion Überlegungen hinsichtlich einer Modifizierung unserer bisher eingenommenen Haltung angestellt werden“. Vgl. VS-Bd. 9525 (422); B 150, Aktenkopien 1980.

³ Botschafter Kuhnt, Abu Dhabi, teilte mit, Bundesminister Apel habe bei seiner Zwischenlandung in Sharjah am 4. April 1980 ein Gespräch mit dem stellvertretenden Generalstabschef der Streitkräfte der Vereinigten Arabischen Emirate, el-Badi, geführt: „Bei dieser Gelegenheit überreichte Oberst el-Badi dem Bundesminister ein Schreiben des Stellvertreters des Obersten Befehlshabers der Streitkräfte, General Scheich Khalifa bin Zayed al-Nahayan, das die Bitte enthielt, Gespräche über die Möglichkeit von Rüstungshilfe für die Vereinigten Arabischen Emirate aufzunehmen.“ Apel habe eine Prüfung zugesagt. Da mit Rückfragen seitens der Vereinigten Arabischen Emirate zu rechnen sei, bat Kuhnt erneut um Weisung. Vgl. Referat 422, Bd. 124266.

Für das Schreiben des Khalifa bin Zayed al-Nahayan vom 2. April 1980 vgl. VS-Bd. 9525 (422).

⁴ Botschafter Kuhnt, Abu Dhabi, bat um Übermittlung der bereits mit Drahtbericht Nr. 23 vom 3. Februar 1980 erbetenen Weisung. Vgl. Referat 422, Bd. 124266.

⁵ Hans Apel.

⁶ Zu den rechtlichen Grundlagen der Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung vgl. Dok. 23, Anm. 9.

lich arabischer Staaten. So habe König Hussein während seines Besuchs in Abu Dhabi⁷ berichtet, daß er das Boden-Luft-Raketen-System „Roland“ erhalte. Die VAE seien ebenfalls sehr stark an diesem Waffensystem interessiert. Scheich Khalifa bitte um Prüfung, ob Boden-Luft-Raketen „Roland“ in die VAE geliefert werden können, zumal es sich hier, wie Khalifa meint, um eine Defensivwaffe handle.

Wie mir Generalstabschef Khalidi mitteilte, zeige Scheich Khalifa kein Verständnis dafür, daß z.B. Frankreich Waffensysteme aus deutsch-französischer Gemeinschaftsentwicklung und -produktion in den Nahen Osten liefere, während die Bundesrepublik derartige Exporte ablehne.

Meinem Hinweis auf unsere Hinderungsgründe (keine Kriegswaffen in Spannungsgebiete) begegnete Generalstabschef Khalidi mit der ungeduldigen Bemerkung, daß dieser Grundsatz ja von uns selbst bereits aufgeweicht sei und weshalb ausgerechnet die VAE, bei der – verglichen mit anderen Nahost-Staaten – absolute Sicherheit gegen Mißbrauch aufgrund ihrer strikten Defensivpolitik gegeben sei, unseren Restriktionen ausnahmslos unterliegen solle.

Die mir wiederholt und mit großem Nachdruck vorgetragenen Wünsche lassen folgendes erkennen:

- 1) Die VAE bemühen sich um Diversifizierung ihrer Waffenkäufe, um unabhängiger zu sein.
- 2) Frankreich und Großbritannien, bisher Hauptlieferanten, genießen offenbar nicht mehr das Ansehen und Vertrauen wie zuvor (Ersatzteillieferungen).
- 3) Die Sicherheitslage in der Region wird von den VAE so ernst eingeschätzt, daß man die zahlenmäßig begrenzten Streitkräfte mit modernsten Waffensystemen ausrüsten möchte.
- 4) Die Bundesrepublik besitzt hier im Wirtschaftsbereich wegen Pünktlichkeit der Lieferungen, effizienter Nachbetreuung und Ersatzteillieferungen einen hervorragenden Ruf.

Unter Hinweis auf die vorangegangene Berichterstattung bitte ich nochmals um Weisung zwecks Sprachregelung⁸.

Falls wir nicht in der Lage sind, auch nur geringe Zugeständnisse zu machen und unsere restriktive Haltung gegenüber den VAE zu ändern, werden die Verantwortlichen hier verstimmt reagieren, was sich fraglos auch auf unsere Wirtschaftsinteressen in den VAE nachteilig auswirken könnte.

Eine gewisse Verstimmung bei Scheich Khalifa ist schon jetzt nicht zu übersehen.⁹

[gez.] Kuhnt

VS-Bd. 9525 (422)

⁷ König Hussein hielt sich am 29./30. April in den Vereinigten Arabischen Emiraten auf.

⁸ Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Fischer hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wir müssen weiterhin bei Prinzipien der restriktiven Exportpolitik bleiben und sie besser erklären.“ Vgl. Anm. 1.

⁹ Vortragender Legationsrat I. Klasse Henze unterrichtete am 3. Juni 1980 die Botschaft in Abu Dhabi: „Im Zusammenhang mit Entwicklung im Nahen und Mittleren Osten ist Prüfung der im Schreiben von Scheich Khalifa geäußerten Wünsche noch nicht abgeschlossen. Allerdings sollte die Botschaft

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit den Präsidenten Senghor und Traoré

VS-NfD

30. Mai 1980¹

Vermerk über das Gespräch zur Zusammenarbeit mit OMVS² während des Arbeitssessens des Bundeskanzlers mit den Präsidenten Senghor und Traoré sowie dem mauretanischen Geschäftsträger³ am Freitag, dem 30. Mai 1980, von 12.50 bis 14.50 Uhr im Bundeskanzleramt⁴

Weitere Gesprächsteilnehmer: StM Frau Hamm-Brücher; Minister Senghor/Senegal; Minister Keita/Mali; Hochkommissar der OMVS, Haiba; MDg von der Gablentz; Frau VLR Bouverat.

Senghor ging nach einem längeren Tischgespräch, das an die Themen des Symposiums „Brücke über Grenzen“⁵ anknüpfte, auf seine Gespräche mit den Bun-

Fortsetzung Fußnote von Seite 859

bei ihren Überlegungen und in der Gesprächsführung nicht davon ausgehen, daß es zu einer Auflockerung unserer restriktiven Rüstungsexportpolitik gegenüber dem Nahen Osten kommt.“ Bislang sei keine Modifizierung dieser Politik erfolgt: „So liefern wir z. B. das Fla-Rak-System Roland weder nach Jordanien noch in ein anderes Land der Region. Allerdings kann nicht ausgeschlossen werden, daß Lieferung durch unseren Koproduktionspartner F erfolgt, worüber uns aber keine Informationen vorliegen.“ Henze wies an mitzuteilen, daß die Prüfung der Rüstungsexportwünsche andauern und die Bundesregierung ihre Rüstungsexportpolitik in die Region nicht geändert habe: „Im übrigen kann dortiger Regierung gesagt werden, daß wir kürzlich der Lürssen-Werft in Bremen die Lieferung von sechs Schnellbooten nach Abu Dhabi genehmigt haben. Diese Boote sollen von Mai 1980 bis April 1981 nacheinander ausgeliefert werden.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 45; VS-Bd. 9525 (422); B 150, Aktenkopien 1980.

1 Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 2. Juni 1980 gefertigt und am selben Tag an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau „zur Unterrichtung des Bundesministers“ übermittelt. Dazu teilte er mit: „Der Vermerk ist vom Bundeskanzler noch nicht gebilligt worden.“

Hat Wallau am 2. Juni 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat von Studnitz am 3. Juni 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Bächmann verfügte.

Hat Bächmann am 4. Juni 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär Lautenschlager verfügte.

Hat Lautenschlager am 4. Juni 1980 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; B 2 (Referat 014), Bd. 246.

2 Organisation pour la Mise en Valeur du Fleuve Sénégal.

Botschafter Horstmann, Dakar, teilte am 28. Februar 1980 zu dem malisch-mauretanisch-senegalesischen Projekt mit: „Die drei beteiligten Länder der Sahelzone leiden seit Jahren zunehmend unter den klimatischen Schwierigkeiten – unzureichende und unregelmäßige Regenfälle – und unter zunehmendem Vordringen der Wüste in bisher bewirtschaftete oder genutzte Gebiete. [...] Es ist übereinstimmende Auffassung der Experten, der Regierungen der drei Länder und der traditionellen Geberländer dieser Region, daß nur ein Großprojekt hier langfristig Wandel schaffen kann. Zu diesem Zweck wurde die OMVS gegründet und Planungen mit entsprechender Zielsetzung vorgenommen. Die Verhandlungen der Geberländer sind weit fortgeschritten. Es bedarf eigentlich nur einer letzten Anstrengung, um die Finanzierungslücke von ca. 270 bis 300 Mio. Dollar zu schließen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 82; Referat 311, Bd. 137645.

3 Mohammed Abderrahim Ould Hadrami.

4 Die Präsidenten Senghor und Traoré hielten sich vom 29. bis 31. Mai 1980 in der Bundesrepublik auf.

5 Das vom Auswärtigen Amt und Mittlerorganisationen der auswärtigen Kulturpolitik veranstaltete Symposium „Brücke über Grenzen“ fand am 29./30. Mai 1980 in Bad Godesberg statt. Dazu hieß es

desministern Genscher und Offergeld über die deutsche Zusammenarbeit mit OMVS ein.⁶ Er erläuterte, daß für Durchführung des Projekts zusätzliche 300 Mio. Dollar erforderlich seien, eine Summe, die sich erhöhen werde, je weiter der Beginn der Arbeiten hinausgezögert wird. Er äußerte zwei Bitten:

1) Die Bundesregierung solle ein politisches Engagement eingehen, ihren Beitrag zu erhöhen, sobald es politisch und haushaltsrechtlich möglich ist. Nach Erhöhung der Zusage Kuwaits um 35 Mio. und dem französischen Versprechen, bis zu dem Betrag zu gehen, den Saudis zusagen werden, würde eine Erhöhung der deutschen Zusage als Lokomotive für andere wirken.

2) Die Bundesregierung solle sich wie Kuwait und Frankreich für Auszahlung der Kredite einsetzen, sobald Kreditzusagen für eine bestimmte Arbeit (also nicht das gesamte Projekt) vorliegen. Die Arbeiten am Staudamm Manantali könnten nicht beginnen, bevor nicht die Zugangswege von Bamako aus modernisiert seien.⁷ BM Offergeld habe ebenso wie Frankreich zugesagt, sich für eine Erhöhung der hierfür vorgesehenen Hilfe des Europäischen Entwicklungsfonds einzusetzen.

Die drei Präsidenten seien sich einig, nach Kuwait⁸, Frankreich⁹ und Deutsch-

Fortsetzung Fußnote von Seite 860

in der Presse: „Léopold Senghor, der Präsident des Senegals, Bundeskanzler Schmidt und der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Vogel haben am Freitag das Symposium ‚Brücke über Grenzen‘ abgeschlossen, welches sich den internationalen Kulturbeziehungen widmete.“ Vgl. dazu den Artikel „Senghor: Vermischungen und Symbiosen entwickeln Zivilisationen“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 31. Mai 1980, S. 4.

⁶ Zum Gespräch des Bundesminister Offergeld mit den Präsidenten Senghor und Traoré am 29. Mai 1980 in Schloß Gymnich vgl. BULLETIN 1980, S. 535.

Bundesminister Genscher führte am 30. Mai 1980 ein Gespräch mit den Präsidenten. Hauptgesprächsthemen waren die Entwicklung in Afrika, Wirtschaftsfragen und die Westafrikanische Entwicklungsgemeinschaft. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, Z 118.

⁷ Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit teilte der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) bzw. der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) am 16. Mai 1979 mit, die Bundesrepublik habe sich 1975 zum Bau einer zweiten Nigerbrücke in Bamako bereit erklärt: „Da in der Folgezeit jedoch kein Einverständnis über die bauliche Konzeption der Brücke erzielt werden konnte (die malische Regierung bestand darauf, von vornherein einen vierstreifigen Ausbau vorzusehen, während bei Realisierung bis 1979 nach Ansicht der Studie ein zweistreifiger Ausbau genügt hätte), wurde das Vorhaben zunächst zurückgestellt.“ Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit bat um Aktualisierung der Planungen. Vgl. Referat 321, Bd. 127576.

Am 16. November 1979 empfahl die GTZ eine Alternativlösung für eine „einspurige Schnellbus-Brücke mit Rad- und Fußwegen“, die „nur 15 % der bisherigen Autobahnlösung“ koste. Vgl. dazu das Schreiben an das Bundesministerium für Wirtschaft; Referat 321, Bd. 127576.

Botschafter Holtermann, Bamako, begrüßte am 7. Februar 1980 „die Wiederaufnahme des dringenden malischen Wunsches nach einer zweiten Nigerbrücke“. Der „Vorschlag einer schmalen Brücke für den öffentlichen Schnellverkehr unter Einschluß der Lieferung entsprechender Fahrzeuge“ sei indes nur „auf den ersten Blick bestechend“. „Bei näherer Prüfung des Gedankens muß er jedoch mit großer Skepsis beurteilt werden. Abgesehen von den erheblichen Wartungsproblemen für den umfangreichen Fahrzeugpark würde die Benutzung moderner Busse durch die Bevölkerung, die bislang an die Benutzung der zahlreichen, in alle Richtung verkehrenden Buschtaxis bzw. an das Anhalten gewöhnt ist, doch wohl einen längeren Umerziehungsprozeß voraussetzen, der sich nicht reglementieren läßt.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 85; Referat 321, Bd. 127576.

⁸ Referat 311 vermerkte am 27. Mai 1980, in Mauretanien habe der am 4. Januar 1980 durch einen Putsch ins Amt gekommene Präsident Haidalla Gerüchten zufolge im Mai 1980 einen „geplanten Staatsstreich seines Amtsvorgängers verhindern können: „Nichtsdestoweniger absolvierte er im Mai 1980 Staatsbesuche in der VR China, im Irak und in Kuwait.“ Vgl. 311, Bd. 137645.

⁹ Ministerpräsident Diouf besuchte vom 16. bis 18. Juli 1980 Frankreich. Botschafter Horstmann, Dakar, teilte am 21. Juli 1980 mit: „Wie Botschaft erfahren hat, wird Frankreich 21,5 Mrd. F[ranc de la]C[ommunauté]F[inancière]A[fricaine] (185 Mio. DM) als erste Rate einer Gesamthilfe zur Verfügung stellen. Diese erste Tranche besteht aus zinslosem Vorschuß, zinsgünstigem Kredit, von fran-

land auch Saudi-Arabien und die Emirate¹⁰ zu besuchen. Mit BM Offergeld habe man auch über Fragen der kulturellen Zusammenarbeit gesprochen, die auch mit der wirtschaftlichen zusammenhängen.

Auf Frage des Bundeskanzlers betont er, daß die Arbeiten mit dem Staudamm Diama und der Verbesserung der Zugangswege (Eisenbahn) nach Manantali beginnen müßten.

Bundeskanzler betont die besondere Nützlichkeit des Projekts, über das er ja bereits mit den drei Präsidenten vor zwei Jahren erschöpfend gesprochen habe.¹¹ Bevor er das aber noch einmal im einzelnen begründet, möchte er einige allgemeine Bemerkungen vorausschicken:

Die Not der Entwicklungsländer wird in den 80er Jahren steigen. Die Gründe sind die Bevölkerungsexplosion und die katastrophale Belastung der Zahlungsbilanzen der EL durch den seit 1972 um das Zwanzigfache gestiegenen Ölpreis. Die EL haben 1979 40 Mrd. Dollar mehr für ihr Öl bezahlen müssen als 1978. Diese Mehrbelastung haben sie durch steigende Verschuldung und Einschränkung lebenswichtiger Importe finanziert. Auch die Nicht-Öl-IL haben sich zusätzlich verschulden müssen, wie z.B. die Bundesrepublik, die Schulden in Saudi-Arabien gemacht habe¹². Wir rechnen mit einem Zahlungsbilanzdefizit von 15 Mrd. Dollar in diesem Jahr, das ausschließlich auf Ölpreiserhöhungen zurückzuführen ist. Wir müssen damit rechnen, daß der Ölpreis in den nächsten ein bis zwei Jahren auf 45 bis 55 Dollar pro Barrel steigen, sich damit seit 1973 nicht nur verzweifach, sondern verdreifachen wird.

Diese Entwicklung wird für die EL katastrophal werden und auch die IL, die über kein eigenes Öl verfügen, wesentlich in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung beeinträchtigen. Diese Staaten können daher ihre Entwicklungshilfe nicht kategorisch steigern, sondern höchstens um einige Prozente steigen lassen, sie aber nicht verdoppeln. Die EL können daher in der voraussehbaren Zukunft

Fortsetzung Fußnote von Seite 861

zösischer Regierung garantiertem Kredit zu Marktzinsen.“ Diese Budgethilfe diene zur Sanierung der senegalesischen Staatsfinanzen, „indem sie Regierung ermöglicht, ihre Schulden gegenüber Privatwirtschaft zu bezahlen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 196; Referat 321, Bd. 127603.

¹⁰ Präsident Senghor hielt sich vom 15. bis 17. September 1980 in den Vereinigten Arabischen Emiraten auf. Botschafter Kuhnt, Abu Dhabi, berichtete am 18. September 1980 über die Gespräche mit Präsident Zayed: „Offensichtlich bezweckte Senghors Besuch in erster Linie zusätzliche Mittel aus dem Abu-Dhabi-Fonds für Entwicklungsprojekte im Senegal zu erhalten. Das bestätigte indirekt U[nter]St[aats]S[ekretär] des VAE-Außenministeriums, Jawar, der darauf hinwies, daß VAE-Seite für senegalesische Projektwünsche Verständnis gezeigt habe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 136; Referat 321, Bd. 127603.

¹¹ Bundeskanzler Schmidt führte am 31. Oktober 1978 ein Gespräch mit den Präsidenten Senghor und Traoré, in dessen Mittelpunkt die Erschließung des Senegalbeckens, der Westsahara-Konflikt und die Namibia-Frage standen. Dabei führte Schmidt aus, „daß die Deutschen in der regionalen Zusammenarbeit ein besonders geeignetes Mittel sehen, um wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit zu stärken. Maßnahmen gegen die Ausbreitung der Wüsten der Sahelregion nehmen einen hohen Rang in der deutschen Entwicklungshilfe ein, die nach der französischen jetzt in der Region an zweiter Stelle stehe. Er kündigt an, daß die Bundesregierung im Haushaltsentwurf 1979 40 Mio. DM für OMVS im Rahmen der finanziellen Zusammenarbeit zusätzlich zu den bisher zugesagten 140 Mio. FZ und 9 Mio. TZ eingesetzt habe. Er unterstreicht sein Interesse an einer zweckmäßigen Durchführung des gewaltigen Bauvorhabens und hofft, unter Hinweis auf die vom Assuandamm geschaffenen Umweltprobleme, daß auch diese Aspekte bei dem Doppelprojekt der Dämme durchdacht worden sind.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 46; B 150, Aktenkopien 1978.

¹² Zur Kreditaufnahme in Saudi-Arabien vgl. Dok. 107, Anm. 28.

nicht damit rechnen, in ihren Ländern durch Entwicklungshilfe der IL denselben Erfolg zu erzielen wie bisher. 1979 betrug die gesamte Entwicklungshilfe der westlichen Industrieländer etwa 20 Mrd. im Vergleich zu den Mehrbelastungen der EL durch die Ölpreiserhöhungen in Höhe von 40 Mrd. Dollar. In Zukunft muß daher ein wesentlicher Teil der Entwicklungshilfe von den Ölländern übernommen werden, die 1980 Zahlungsbilanzüberschüsse von 110 Mrd. Dollar erzielen werden.

Als Wirtschaftswissenschaftler müsse er daher den Regierungschefs der Nicht-Öl-EL den Rat geben, im Kreis der Gruppe der 77 und der Blockfreien zwei Forderungen an die Ölländer zu erheben:

- 1) Eine spezielle Preisermäßigung von über 50 % für Öllieferungen an Nicht-Öl-EL.
- 2) Die Ölländer müssen mit ihren Zahlungsbilanzüberschüssen in großem Umfang in die allgemeine Entwicklungshilfe einsteigen.

Die besondere Anziehungskraft des OMVS-Projekts besteht daher für ihn darin, daß hier zum ersten Mal eine Gruppe von OPEC-Staaten gemeinsam mit europäischen Industrieländern in einer zu Buche schlagenden Weise bereit sind, sich an einem großen Entwicklungsprojekt zu beteiligen. OMVS gibt insoweit auch ein praktisches Beispiel für das, was sein Freund Präsident Giscard den europäisch-afrikanisch-arabischen „Trialog“¹³ nennt.

Aus diesen Gründen legt er auf das Projekt besonderen Wert und ist bereit, sich auch in Zukunft dafür zu engagieren, soweit uns das finanzpolitisch möglich bleibt. Mit rd. 190 Mio. DM haben wir bisher mehr zugesagt als Saudi-Arabien oder Kuwait. Voraussetzung ist, daß sich die arabischen Ölländer, denen eine Erhöhung ihres Anteils viel leichter fällt als uns, an der Arbeit voll und zuverlässig beteiligen. Er hält daher die geplanten Reisen der OMVS-Präsidenten in die arabischen Staaten für dringend notwendig, bei denen der Schlüssel für die Verwirklichung des Projekts liegt. Auch wenn Deutsche und Franzosen alle ihre Pflichten erfüllen, so ist doch erfahrungsgemäß damit zu rechnen, daß das Projekt insgesamt doppelt so viel kosten wird, wie man bisher voraussieht. Wir sind willens, unsere Zusagen nach den Möglichkeiten im nächsten Haushaltsjahr noch zu erweitern. BM Offergeld hat das bereits angedeutet. Wir können es aber erst tun nach den Bundestagswahlen¹⁴ und in den Haushaltsberatungen für 1981. Er ist sicher, daß wir etwas Zusätzliches für OMVS tun werden, bittet aber um Verständnis dafür, daß zusätzliche Beiträge aus Frankreich und Deutschland nicht entfernt ausreichen werden, das Gesamtprojekt in Zukunft zu finanzieren. Er rät daher dringend, daß die drei Präsidenten ihren arabischen Freunden deutlich erklären, daß die Verwirklichung des Projekts von ihnen abhängt und daß die gemäßigten arabischen Staaten hier eine Gelegenheit haben, etwas für die Entwicklung der Dritten Welt zu tun mit Mitteln, die keine militärischen Risiken mit sich bringen.

Er erklärt seine Bereitschaft, hierüber auf diplomatischem Wege auch seinerseits mit den Saudis zu sprechen.

¹³ Zum französischen Vorschlag eines europäisch-arabisch-afrikanischen Trialogs vgl. Dok. 85, Anm. 4.

¹⁴ Die Wahlen zum Bundestag fanden am 5. Oktober 1980 statt.

Er bittet noch einmal zu verstehen, daß zur Zeit ein ganz großer Gezeitenwandel stattfindet. Die finanzielle Flut wird sich für mindestens 15 Jahre in die Kassen der OPEC-Länder ergießen und nicht mehr in die der traditionellen Industrieländer, die selbst kein Öl haben und die in den nächsten zehn Jahren Gefahr laufen, selbst zu Hilfsbedürftigen zu werden. Ausnahmen sind Sowjetunion, Großbritannien und USA. Deutschland, Italien und Frankreich laufen Gefahr, in ihrer Entwicklung in den zweiten Rang zu rutschen. Bezeichnend für diese Entwicklung ist, daß wir Milliardenanleihen in Saudi-Arabien aufnehmen. Wenn der Dritten Welt geholfen werden soll, ist nichts wichtiger, als daß die Länder der Dritten Welt jetzt ein offenes und freies Gespräch mit den OPEC-Ländern im Rahmen der Gruppe der 77 und der Blockfreien führen.

Senghor dankt dem Bundeskanzler und wird ernsthaft über das nachdenken, was er eben ausgeführt hat. Er betont seine persönliche Hochschätzung für den Bundeskanzler und für die Bundesrepublik Deutschland. Er teilt die Einschätzung des Bundeskanzlers über die Gefahren der Bevölkerungsentwicklung und berichtet über die Einrichtung von Familienplanungszentren in den Städten Senegals.

Er berichtet, daß er als derzeitiger OAU-Präsident¹⁵ die Einsetzung einer besonderen Kommission über das Energieproblem befürwortet, um afrikanische Stellungnahmen auf der Sonder-GV über Entwicklungsfragen¹⁶ vorzubereiten. Im Gespräch mit den OPEC-Ländern kann er um so freier sprechen, als man im Senegal Öl gefunden hat, das ab 1983 gefördert werden kann.

Er ist einverstanden mit den Grundgedanken des Bundeskanzlers, die jetzt in die praktische Politik umgesetzt werden müßten. Er bittet den Bundeskanzler, hierüber auch mit König Khalid bei seinem Bonn-Besuch¹⁷ zu sprechen (BK sagt zu).¹⁸ Er wird in der zweiten Juni-Hälfte die arabischen Länder besuchen.

Er dankt für die Aufgeschlossenheit und das Verständnis, das er beim Bundeskanzler und der Bundesregierung gefunden habe.

B 2 (Referat 014), Bd. 246

¹⁵ Senegal hatte vom 28. April 1980 bis 1. Juli 1980 den Vorsitz der Organisation für Afrikanische Einheit inne.

¹⁶ Zur VN-Sondergeneralversammlung für Entwicklungsfragen vom 25. August bis 15. September 1980 in New York vgl. Dok. 273.

¹⁷ König Khalid besuchte vom 16. bis 19. Juni 1980 die Bundesrepublik. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt am 17. Juni 1980 vgl. Dok. 176.

¹⁸ Vortragender Legationsrat I. Klasse Franke, Bundeskanzleramt, übermittelte Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg am 18. Juli 1980 ein Schreiben des Präsidenten Senghor vom 8. Juli 1980 an Bundeskanzler Schmidt. Dazu teilte er mit, Senghor bedanke sich „für eine von ihm erbetene Intervention des Bundeskanzlers beim Staatsbesuch König Khalids von Saudi-Arabien zu Gunsten von OMVS“. Vgl. Referat 321, Bd. 127603.

Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Staden, Bundeskanzleramt

VS-NfD

30. Mai 1980¹

Betr.: Vermerk über das Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit Botschafter
Stoessel am 29. Mai 1980, 21.00 bis 24.00 Uhr

1) Sie eröffneten das Gespräch, das Sie in betont freundlicher Form geführt haben, mit der Frage nach der Kontinuität der amerikanischen Politik. Sie haben diese Frage im Verlauf des Gesprächs wiederholt gestellt und deutlich gemacht, daß Sie Kontinuität und Berechenbarkeit für Elemente der Politik von entscheidender Wichtigkeit halten.

Der Botschafter hob in seiner Antwort vor allem das ständige Bemühen der Administration Carter hervor, die atlantische Allianz zu stärken. Daran würde sich auch im Falle eines Administrationswechsels in Washington² nichts ändern. Der Botschafter nannte in diesem Zusammenhang das Langzeitprogramm³, die Verstärkung der amerikanischen Truppen in Europa und die Verbesserung der Zuführungsmöglichkeiten für den Krisenfall. Im weiteren Verlauf des Gesprächs wies der Botschafter noch auf die Probleme hin, denen die amerikanischen Truppen in Deutschland wegen der Kursentwicklung gegenüberstünden. Er drückte insbesondere die Hoffnung aus, daß die deutsche Seite bei der Beschaffung billigeren Wohnraums helfen möge. Ferner wies der Botschafter auf den guten Zustand der Truppen hin, der um so mehr ins Auge fiele, je weiter man in den Bereich der vordersten Dislocationsplätze käme.

Sie haben, nicht unmittelbar in Beantwortung der Eingangsbemerkungen des Botschafters, die Frage der verteidigungspolitischen Zusammenarbeit zu einem späteren Zeitpunkt des Gesprächs wieder aufgegriffen. Sie haben auf die hohe Qualität der Bundeswehr und ihrer Ausrüstung hingewiesen, dabei allerdings eingeräumt, daß die Munitionsbevorratung verbesserungsfähig sei. Sie haben darauf aufmerksam gemacht, daß der Personalbestand der Bundeswehr im Verteidigungsfalle auf 1,2 Millionen Mann gebracht werden könne. Sie hätten Anlaß, auf die Bundeswehr stolz zu sein.

¹ Ablichtung.

Ministerialdirektor von Staden, Bundeskanzleramt, leitete die Aufzeichnung am 30. Mai 1980 „über Herrn Chef BK dem Herrn Bundeskanzler“ weiter. Dazu vermerkte er: „Beigefügt lege ich Ihnen einen Gedächtnisvermerk über die wichtigsten Punkte des Gesprächs vor. StS van Well habe ich vorbehaltlich Ihrer Genehmigung Durchdruck geschickt.“

Hat Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 1. Juni 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an die Referate 211 und 213 des Bundeskanzleramts verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Franke, Bundeskanzleramt, am 9. Juni 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 212 verfügte. Vgl. das Begleitschreiben; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 53; B 150, Aktenkopien 1980.

² Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

³ Zum Langfristigen Verteidigungsprogramm der NATO vom 30./31. Mai 1978 vgl. Dok. 1, Anm. 9.

In den USA mache man den Fehler, zu glauben, daß Verteidigung allein eine Frage des Geldes sei. Vor allem aber müsse man Menschen haben, erst dann sie ausrüsten. Deshalb stelle sich für die USA die Frage der Wehrpflicht.⁴

Man solle uns auch nicht alle paar Monate auffordern, mehr zu tun. Die Verstärkung der amerikanischen Präsenz und die Verbesserung der Zuführungsmöglichkeiten seien zu begrüßen. Doch gebe es auch hier Grenzen. Das Atlantische Bündnis dürfe nicht zu einer zweiseitigen deutsch-amerikanischen Allianz degenerieren und die Bundesrepublik Deutschland nicht zu einer europäischen Speerspitze werden. Es käme vor allem darauf an, andere alliierte Länder wie Dänemark, Holland oder Belgien zu verstärkten Anstrengungen zu ermutigen. Die britische Rheinarmee sei gut, die Einheiten jedoch unausgefüllt und die Ausstattung nicht auf dem höchsten Stand.

Im verteidigungspolitischen Zusammenhang sind Sie auf die TNF-Frage eingegangen. Dies sei der einzige Bereich, in dem Sie eine ernstliche Bedrohung des Gleichgewichts feststellten, die sehr ernste politische Folgen haben könnte, wenn man ihr nicht begegne. Sie haben auf Ihr Engagement beim Zustandekommen des Doppelbeschlusses der NATO hingewiesen und klargemacht, daß Sie und Ihre Regierung fest zum Doppelbeschluß stünden. Gegenwärtig habe die Allianz den sowjetischen Mittelstreckenraketen keine entsprechenden Waffen entgegenzusetzen außer der guten, aber kleinen Force de Frappe und der weniger beeindruckenden britischen Nuklearstreitmacht. Auch die neuen Pershing würden nur etwa die halbe Reichweite haben wie die SS-20.

Sie fragten den Botschafter, warum AM Muskie eine so negative Haltung zur Frage der Ratifikation von SALT eingenommen habe.⁵ Der Botschafter erwiderte, daß Muskie aufgrund seiner Erfahrung im Senat⁶ wisse, daß es zur Zeit keine erforderliche Mehrheit für die Ratifikation gäbe.⁷ Muskie selbst sei jedoch immer für SALT eingetreten und werde das auch künftig tun.

2) Kurz auf die EG-Krise eingehend, haben Sie Ihre Besorgnis geäußert, daß diese Entwicklung zu einem Auseinanderbrechen der Europäischen Gemeinschaft in einen zentralen Block um die Bundesrepublik und Frankreich und einzelne andere Länder führen könnte. Das könnte sich auch auf den Zusammenhalt der europäischen Alliierten, insbesondere des skandinavischen Flügels, auswirken.

3) Auf die Frage des Botschafters, ob Sie Beschwerden wegen des westlichen Konsultationsprozesses hätten, haben Sie erwidert, daß die Lage sich insoweit gebessert habe. Dennoch gebe das europäisch-amerikanische Verhältnis Anlaß zur Sorge. Es handele sich hier aber nicht um ein prozedurales Problem. Es gebe viele Möglichkeiten der Abstimmung. Ihre Nutzung bliebe aber ergebnislos, wenn die Entscheidungen unabhängig vom Konsultationsprozeß ohne Konsultation getroffen würden, wenn man einen Tag das eine hörte und am nächsten etwas anderes geschehe. Es käme darauf an, daß man in Bonn wisse, wie Wash-

⁴ Zu Überlegungen für die Wiedereinführung der Wehrpflicht in den USA vgl. Dok. 112, Anm. 17.

⁵ Vgl. dazu das Gespräch des amerikanischen Außenministers Muskie mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 16. Mai 1980 in Wien; Dok. 149, Anm. 11.

⁶ Edmund S. Muskie vertrat von 1958 bis 1980 den amerikanischen Bundesstaat Maine im Senat.

⁷ Zum Stand des Ratifizierungsverfahrens des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 im amerikanischen Senat vgl. Dok. 59.

ington oder Paris handeln würden, ebenso wie man in Paris wissen müsse, wie etwa Bonn und London handeln würden. Es gehe also um eine Frage der Substanz. Man müsse in der Sache bereit sein, zu konsultieren und so zu handeln, daß der andere nicht überrascht würde, dann verlören die Verfahrensfragen an Bedeutung. Sie nannten in diesem Zusammenhang als Beispiele die amerikanische Entscheidung über die Olympischen Spiele⁸, ferner das Auf und Ab wegen der sowjetischen Brigade in Kuba⁹, die amerikanische Entscheidung, in der sowjetischen Besetzung von Afghanistan eine Weltkrise sehen zu wollen. Alle diese Reaktionen seien nicht abgestimmt gewesen (und hätten damit das Problem der „Solidarität“ erst geschaffen). Der Botschafter stellte in diesem Zusammenhang die Frage nach der Konsultation über Ihren bevorstehenden Besuch in Moskau.¹⁰ Sie erwiderten, daß dieser Konsultationsprozeß bereits angelaufen sei. Sie erwähnten, daß StS van Well mit der Vorbereitung des Besuchs beauftragt sei. Auf eine entsprechende Frage des Botschafters erklärten Sie, daß Herr van Well, der zu Vorgesprächen nach Moskau führe¹¹, auch zu Konsultationsgesprächen nach Washington kommen könnte.

Im Zusammenhang mit den Themen Ihrer Moskaureise erläuterten Sie, warum Iran, Afghanistan und der Nahe Osten in einem Sachzusammenhang gesehen werden müßten.

4) Zur Nicht-Beteiligung an den Olympischen Sommerspielen in Moskau¹² wiesen Sie auf die enttäuschende Entwicklung in Ländern wie Großbritannien¹³ und Australien¹⁴ hin. Sie erwarteten, daß die amerikanische Regierung sich insbesondere in London weiterhin darum bemühen werde, die britischen Sportler von der Teilnahme abzubringen. Die Bundesregierung werde ihren Standpunkt in dieser Frage nicht ändern. Sie schilderten den Einsatz von Regierung, Parlament¹⁵ und Staatspräsident¹⁶.

(Beim Vorgespräch, das ich mit dem Botschafter hatte, bestätigte er, daß die amerikanische Regierung sich weiterhin bemühe. Man habe allerdings den Eindruck, daß in Großbritannien keine große Hoffnung mehr bestehe. Ich erläu-

⁸ Zur Forderung des Präsidenten Carter vom 20. Januar 1980 nach einem Boykott der Olympischen Sommerspiele in Moskau vgl. Dok. 19, Anm. 20.

⁹ Zum Konflikt über die Stationierung sowjetischer Kampftruppen auf Kuba vgl. Dok. 40, Anm. 8.

¹⁰ Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher hielten sich am 30. Juni und 1. Juli 1980 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 192–195.

¹¹ Zum Besuch des Staatssekretärs van Well am 11./12. Juni 1980 in der UdSSR vgl. Dok. 171.

¹² Zur Entscheidung des NOK vom 15. Mai 1980 in Düsseldorf vgl. Dok. 148, Anm. 45.

¹³ Zum Beschluß des britischen NOK vom 25. März 1980, an den Olympischen Sommerspiele in Moskau teilzunehmen, vgl. Dok. 112, Anm. 26.

¹⁴ In der Presse hieß es dazu: „Die olympischen Komitees (NOK) von Australien und Spanien sind der Aufforderung ihrer Regierungen auf Olympia-Boykott nicht gefolgt und haben sich für eine Beteiligung in Moskau ausgesprochen, Australiens NOK mit dem knappen Stimmenverhältnis von 6 : 5, Spanien mit 18 : 11. In Luxemburg fiel der gleiche Entscheid mit 8 : 4 Stimmen. Dänemark bestätigte den bereits früher getroffenen Beschluß auf Teilnahme an einer weiteren außerordentlichen NOK-Versammlung.“ Vgl. den Artikel „Auch Australien und Spanien für Teilnahme“; NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe vom 25./26. Mai 1980, S. 27.

¹⁵ Zum Entschließungsantrag des Bundestags vom 23. April 1980 vgl. Dok. 151, Anm. 34.

¹⁶ Zum Gespräch des Bundespräsidenten Carstens mit Vertretern des NOK am 14. Mai 1980 vgl. Dok. 151, Anm. 35.

terte dem Botschafter, warum wir den Verlauf in London, Paris¹⁷ und Rom¹⁸ jeweils unterschiedlich beurteilten.)

5) In der Vorschau auf Ihren Besuch in Moskau erwähnten Sie Ihre Absicht, die sowjetische Seite zu einer Bekräftigung ihres in der Geiselfrage ursprünglich eingenommenen Standpunktes aufzufordern¹⁹. Der Botschafter bedankte sich für unsere Bemühungen auch auf diplomatischem Gebiet. Aus seinen Darlegungen ging hervor, daß man Verbindungen, Kenntnisse und Vorgehen von Botschafter Ritzel auf amerikanischer Seite hochschätze. Die amerikanische Seite verdanke ihm auch wertvolle Einsichten.²⁰

¹⁷ Zur Entscheidung des französischen NOK vom 13. Mai 1980, an den Olympischen Sommerspielen in Moskau teilzunehmen, vgl. Dok. 143, Anm. 33.

Staatsminister Huonker, Bundeskanzleramt, vermerkte am 27. Mai 1980, Staatspräsident Giscard d'Estaing habe sich am Vortag in einem Telefongespräch mit Bundeskanzler Schmidt enttäuscht „über die geringe Wirksamkeit seines Sportministers bei dem Versuch, einen negativen Beschluß des französischen NOK herbeizuführen“, geäußert: „Er sehe jetzt nicht mehr so recht, was noch getan werden könne, um die Teilnahme der französischen Mannschaft zu verhindern.“ Allerdings werde diese in Moskau nicht mit staatlichen Emblemen auftreten. Vgl. Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 53; B 150, Aktenkopien 1980.

¹⁸ Staatssekretär Lautenschlager vermerkte am 28. Mai 1980, der italienische Außenminister Colombo habe im Gespräch mit Bundesminister Genscher am selben Tag die Bemühungen seiner Regierung um einen Boykott der Olympischen Sommerspiele in Moskau geschildert: „Leider habe sich das Olympische Komitee mit vier Stimmen Mehrheit gegen die Empfehlung der Regierung ausgesprochen. Er, Colombo, hoffe aber, daß die Frage noch einmal im Parlament aufgegriffen werde mit dem Versuch, die italienische Olympia-Teilnahme neu zu diskutieren. Vor dem Hintergrund der Regional- und Kommunalwahlen am 8.6. in Italien, wo die Kommunisten insbesondere wegen der Außenpolitik der Regierung Vorwürfe machten und die angeblich zu große Abhängigkeit von den USA kritisierten, werde dies aber nicht leicht sein.“ Vgl. B 2 (Referat 014), Bd. 246.

¹⁹ Zur sowjetischen Haltung zur Geiselnahme amerikanischer Botschaftsangehöriger in Iran seit 4. November 1979 vgl. Dok. 151, Anm. 26.

Bundeskanzler Schmidt teilte am 30. Mai 1980 dem sowjetischen Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten Tichonow mit, bei seiner Reise in die UdSSR am 30. Juni und 1. Juli 1980 werde er die UdSSR um eine erneute Stellungnahme zur Geiselnahme amerikanischer Botschaftsangehöriger in Iran bitten. Tichonow erklärte dazu: „Der Sekretär des ZK Russakow habe in einer öffentlichen Versammlung in Moskau aus Anlaß des 25-jährigen Bestehens des Warschauer Vertrages die Geiselnahme verurteilt.“ Da Schmidt diese Äußerung nicht bekannt war, sagte Tichonow ihm die Übermittlung der „Veröffentlichung im Parteiorgan „Prawda“ zu. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14086 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

²⁰ Botschafter Ritzel, Teheran, z. Z. Bonn, begleitete Bundesminister Genscher am 16. Mai 1980 bei dessen Besuch in Österreich anläßlich des 25. Jahrestages des Staatsvertrags vom 15. Mai 1955 über die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich. Ritzel vermerkte dazu am 18. Mai 1980 handschriftlich: „Im Gespräch der Außenminister Genscher und Muskie am 16.5.1980, 8.00 Uhr, in der US-Residenz in Wien bekam ich Gelegenheit, in konzentrierter Form die Situation in Iran darzustellen. Dauer der Darstellung 20 Min. Mein Duktus entsprach den Besprechungen in Bonn (AA, BK, Bundespräsident).“ Vgl. Referat 311, Bd. 137623.

Ritzel berichtete am 24. Mai 1980 aus Teheran, er habe am 22. Mai 1980 den Staatssekretär im iranischen Ministerpräsidentenamt über das Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister Muskie in Wien unterrichtet. Tabatabai habe geantwortet, „daß er sich dann wohl des deutschen Botschafters bedienen könne. Er nannte die Begegnung „gut.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 517; VS-Bd. 11153 (311); B 150, Aktenkopien 1980.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Schlagintweit wies am 30. Mai 1980 die Botschaften in Washington und Teheran an, eine schnelle Unterrichtung der USA sei „in gegenwärtiger Phase enger Konsultation mit USA über neue Vorstöße in der Geiselfrage, in die insbesondere Botschafter Ritzel mit seinen Kontakten zu führenden iranischen Persönlichkeiten eingeschaltet ist“, besonders wichtig: „Botschaft Teheran wird daher gebeten, wie bisher schon weitgehend geschehen, alle für die USA interessanten DBE über die Geiselfrage auch nach Washington weiterzuleiten.“ Die Botschaft in Washington wurde ermächtigt, „diese DBE, einschließlich VS-Berichten, auch im Wortlaut mit der Bitte um vertrauliche Behandlung und um Beachtung der VS-Vorschriften des Arbeitsstab Iran des State Departments zur Kenntnis zu bringen“ und umgekehrt Mitteilungen des amerikani-

6) Zum Nahen Osten erwähnten Sie, daß der Camp-David-Prozeß²¹ falsch angelegt sei. Leider sei die Regierung der USA offensichtlich nicht in der Lage, im erforderlichen Umfang auf Israel einzuwirken. Sie fragten den Botschafter, warum sich die amerikanische Einstellung zu einer Initiative der Neun²² seit dem Ausscheiden von Vance²³ geändert habe. Der Botschafter erwiderte, man wolle den Camp-David-Prozeß nach dem Stichtag weiterführen und befürchte, daß er gestört werden könne. Sie haben geltend gemacht, daß vielleicht gerade die Europäer dort Einfluß nehmen könnten, nämlich gegenüber Israel, wo dies für die amerikanische Seite aus innenpolitischen Gründen schwierig wäre. Allerdings seien wir Deutsche dabei, historisch bedingt, in einer besonderen Lage.

7) Auf die Frage des Botschafters nach Ihren Eindrücken von den Gesprächen mit López Portillo²⁴ zeigten Sie sich von der Persönlichkeit des mexikanischen Präsidenten stark beeindruckt, auch wenn Sie seine wirtschaftlichen Überlegungen nicht immer für richtig hielten. Ihrer Meinung nach sollten die Vereinigten Staaten das Verhältnis zu Mexiko mit ähnlicher Intensität pflegen, mit der wir – bei allen Unterschieden – die Beziehungen zu unserem französischen Nachbarn behandelten. Für die weitere Entwicklung im mittelamerikanischen und karibischen Raum, der zu einer Zone wachsenden sowjetischen Einflusses werden könne, sei Mexiko von entscheidender Bedeutung.

8) Sie ließen durchblicken, daß Sie eine Wiederwahl von Präsident Carter im Sinne der Kontinuität und der etablierten Zusammenarbeit begrüßen würden. Sie machten dabei aber gleichzeitig sehr deutlich, daß dies nicht als eine Einmischung in den amerikanischen Wahlkampf zu verstehen sei und daß Sie auch Ihrerseits von der Erwartung eines entsprechenden amerikanischen Verhaltens ausgingen. Der Botschafter bezeichnete eine Wahl Reagans als keineswegs ausgeschlossen.

9) Sie äußerten im Verlauf des Gesprächs den Wunsch, daß der von Ihnen besonders geschätzte (schwarze) General Becton bei geeigneter Gelegenheit zu Einladungen bei Ihnen hinzugezogen werden sollte.

Fortsetzung Fußnote von Seite 868

schen Arbeitsstabs auch direkt an die Botschaft in Teheran weiterzuleiten: „Botschaft Teheran wird gebeten, in den vorstehend erwähnten Berichten [...] kenntlich zu machen, wenn gewisse Details oder Wertungen nicht an die Amerikaner weitergegeben werden sollen. Eventuell sollte gesondert berichtet werden.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 2949; VS-Bd. 11153 (311); B 150, Aktenkopien 1980.

21 Zum Camp-David-Prozeß vgl. Dok. 13, Anm. 13.

Zu den Gesprächen zwischen Ägypten und Israel über eine Autonomie der palästinensischen Gebiete vgl. Dok. 148, Anm. 15.

22 Zu Überlegungen für eine Nahost-Initiative der Europäischen Gemeinschaften im Rahmen der EPZ vgl. Dok. 143.

Das Politische Komitee im Rahmen der EPZ erörterte am 20./21. Mai 1980 in Rom den Nahost-Konflikt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Stabreit teilte dazu am 23. Mai 1980 mit: „Die zuständigen Gremien (AG und PK) werden für Minister zur Vorlage bei ER am 12./13.6.1980 einen Bericht zur Neuerhaltung zu Nahost sowie den Entwurf einer Neuner-Erklärung vorbereiten. Der Bericht wird umfassend sein und auch das weitere Vorgehen der Neun im EAD behandeln. Nicht konsensfähig erwies sich englischer Vorschlag, auch neuen UN-Resolutionsentwurf zu entwerfen (Gefahr der Indiskretion und damit verbundener Festschreibung interner Positionen der Neun, amerikanische Vorbehalte). Dagegen soll sich Bericht auch mit Alternativen späterer Behandlung der Nahost-Frage in der UNO befassen und kann dabei Elemente denkbarer UNO-Resolutionen aufzeigen. Ein außerordentliches PK wird am 4. Juni 1980 in Rom im Anschluß an das Treffen der AG Nahost-Entwürfe behandeln.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 2884; VS-Bd. 11079 (200); B 150, Aktenkopien 1980.

23 Zum Rücktritt des amerikanischen Außenministers Vance am 28. April 1980 vgl. Dok. 136, Anm. 10.

24 Zu den Gesprächen des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident López Portillo am 20. und 21. Mai 1980 vgl. Dok. 155.

10) Sie erwähnten, daß Sie 1981 beabsichtigten, den Gedanken einer Ausstellung deutscher Expressionisten in einigen amerikanischen Städten wie Washington, Chicago, San Francisco aufzugreifen und aktiv zu verfolgen. Sie führten in diesem Zusammenhang aus, daß die gegenseitige Kenntnis, insbesondere der neueren Kunst, unzureichend sei. Zu beklagen sei nicht zuletzt, daß man im weiteren Publikum in Deutschland von der modernen amerikanischen Malerei eigentlich kaum einen Begriff habe. Es erschiene Ihnen sehr wünschenswert, daß auf diesem Gebiet mehr geschähe.

Staden

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 53

165

Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt

114-3574/80 geheim
Fernschreiben Nr. 473

Aufgabe: 30. Mai 1980, 08.13 Uhr¹
Ankunft: 30. Mai 1980, 09.50 Uhr

Betr.: Gespräch mit DDR-Staatssekretär Schalck am 29.5.1980

I. Auf Weisung des Bundeskanzleramtes übermittelte ich Schalck heute eine Antwort auf die Vorstellungen der DDR, unverzüglich in Verhandlungen mit uns über das bekannte Eisenbahnprojekt und die Kraftwerksfrage samt Energieversorgung für Berlin (West) einzutreten². Ich führte aus, daß die Bundesre-

¹ Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 30. Mai 1980 vorgelegen, der dazu handschriftlich vermerkte: „H[errn] Minister für das Gespr[äch] bei BK.“ Zusätzlich notierte Braunmühl für Bundesminister Genscher: „Nach Eing[ang] dieses DB hat BK-Amt Übermittlung der vorausgegangenen Berichterstattung angekündigt. DB über Gespr[äch] am 22.5. liegt bei. Richthofen sagte mir, daß man im BK-Amt jetzt an ein vorgezogenes verkleinertes Eisenbahnprojekt (zwei elektrifizierte Strecken) für 500 Millionen DM denke und mit humanitären Fragen zu verbinden wünsche, während man das Energieprojekt als langfristiges behandle. Die Angelegenheit soll zunächst in einem Fünfer-Gespräch geregelt werden.“ Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 14082 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

Hat Genscher am 30. und 31. Mai 1980 vorgelegen.

² Zu den Vorschlägen der DDR für eine Modernisierung der Eisenbahntransitstrecke bzw. der Energieversorgung von Berlin (West) vgl. Dok. 49, Anm. 3 und 4. Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, erörterte am 22. Mai 1980 mit dem Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel der DDR, Schalck-Golodkowski, die Modernisierung der Eisenbahntransitstrecken und die Energieversorgung von Berlin (West). Dabei übergab Schalck-Golodkowski Aufzeichnungen betreffs „Erforderliche Maßnahmen zum Ausbau und zur Elektrifizierung von Eisenbahn-Transitstrecken“ bzw. „Import eines Kraftwerkes auf der Basis salzhaltiger Braunkohle und Lieferung von Elektroenergie nach Berlin (West) und in die BRD“. Gaus teilte dazu am 23. Mai 1980 mit, Schalck-Golodkowski habe zum Eisenbahnprojekt die Kostenvorstellung der DDR erläutert, die zu einer Gesamtsumme von 2,28 Milliarden DM auflaufen würden, von denen die Bundesrepublik 80 Prozent zahlen solle: „Für die Realisierung des Eisenbahnprogramms sehe die DDR die Zeit von 1981 bis 1990 vor.“ Gaus stellte fest: „Während das Papier zum Eisenbahn-Komplex und auch die Kostenvorstellungen dazu im Kern dem entsprechen, was die DDR bereits im Februar präsentiert hat, hat die DDR für das Kraftwerk in zwei Punkten eine neue Position bezogen: Sie kehrt zurück zum Salzbraunkohlekraftwerk (während sie zwischenzeitlich nicht von salzhaltiger Braunkohle

gierung grundsätzlich bereit sei, die Sondierungsgespräche über die langfristigen Vorhaben fortzusetzen. Verhandlungen über neue Vereinbarungen könnten jedoch wahrscheinlich erst nach dem 5. Oktober³ aufgenommen werden. StS von Würzen werde sich in absehbarer Zeit zu den neuesten Vorschlägen der DDR zum Kraftwerksprojekt äußern, das weiterhin auf der Ebene Würzen/Schalck besprochen werden solle. Die Bundesregierung messe diesem Vorhaben besondere Bedeutung bei. Unsere internen Prüfungen und Abstimmungen im Zusammenhang mit dem Eisenbahnvorschlag der DDR seien noch nicht abgeschlossen. Wir würden das jüngste Papier der DDR in diese Vorarbeiten einbeziehen und so bald wie möglich unsere Stellungnahme übermitteln. Die Bundesregierung wäre überdies für eine Reaktion der DDR auf die Frage der Offenhaltung Staakens als Transitübergang dankbar.

Schalck erwiderte, daß die DDR diese Antwort nicht akzeptieren könne, weil sie nicht den Verabredungen entspreche, die zwischen den Spitzenvertretern beider Seiten getroffen worden seien.⁴ Die DDR erwarte daher eine Überprüfung unserer heute übermittelten Position. Diese Position stimme auch nicht mit den politischen Inhalten der Spitzengespräche der letzten Wochen und Monate überein, die eine Fortsetzung der Entspannung und die Sicherung des Erreichten zwischen den beiden deutschen Staaten und in Europa allgemein zum Ziel gehabt hätten. Schalck wiederholte dann noch einmal, daß die ihm von mir gegebene Antwort nicht der Position entspreche, wie sie der SED-Generalsekretär als erklärte Haltung des Bundeskanzlers kenne.⁵

II. Zur Vorgeschichte trage ich nach, daß Schalck sich am 19.5. bei mir meldete, um unter Berufung auf entsprechende Verabredungen zwischen dem Bundeskanzler und SED-Generalsekretär Honecker die alsbaldige Aufnahme von Verhandlungen über die oben genannten Themen anzumahnen. Er besitze entsprechende Vollmachten, und seine Seite gehe – gestützt auf die Spitzenkontakte der letzten Zeit – davon aus, daß auch ich bereits mit solchen Vollmachten ausgestattet sei. Daraufhin kamen wir am 22.5. zusammen, nachdem ich StM Huonker über den Vorstoß der DDR unterrichtet hatte, damit mir Schalck die Vorstellungen der DDR erläutern könne. Ich machte Schalck klar, daß ich keine Verhandlungsvollmachten besäße. Auch darüber habe ich StM Huonker einen Bericht zugeleitet. Vorangegangen war, noch am Tag vor Unterzeichnung der letzten Verkehrsvereinbarungen⁶ (also am 29.4.), ein Telefonanruf Schalcks, in dem sich dieser nach der Bedeutung meiner ganz und gar beiläufig gemeinten Bemerkung erkundigte, daß wir uns wegen Sachfragen sicherlich nicht mehr vor dem 5. Oktober sehen würden. Ich hatte diese persönliche Einschätzung, daß es vorher kaum noch zu Verhandlungen kommen werde, Schalck

Fortsetzung Fußnote von Seite 870

ausgegangen war) und hat die projektierte Kapazität des Kraftwerks vermindert.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 458; VS-Bd. 541 (014); B 150, Aktenkopien 1980.

³ Die Wahlen zum Bundestag fanden am 5. Oktober 1980 statt.

⁴ Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl durch Ausrufezeichen hervorgehoben.

⁵ Bundeskanzler Schmidt und der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, führten am 8. Mai 1980 in Belgrad am Rande der Trauerfeierlichkeiten für Staatspräsident Tito ein Gespräch, bei dem am Ende auch kurz Fragen der bilateralen Zusammenarbeit erörtert wurden. Vgl. dazu BONN UND OST-BERLIN, S. 526 f.

⁶ Zur Vereinbarung der Bundesregierung mit der DDR vom 30. April 1980 über Verkehrsverbesserungen und Gewässerschutzfragen vgl. Dok. 137.

mitgeteilt, als er sich nach unserer gemeinsamen Paraphierung der verschiedenen Verhandlungspapiere am 28.4. in der Residenz von mir verabschiedete. Am Tag darauf hielt er dann telefonische Nachfrage und stützte sich bereits dabei auf eine gegenteilige Erwartung Honeckers, die dieser vor allem auch aus seinem Telefonat mit dem Bundeskanzler im Februar⁷ gewonnen habe. Über dieses Telefonat und die beiden Kontakte mit Schalck am 19. und 22.5. habe ich zunächst nur StM Huonker unterrichtet, da Schalck ausdrücklich auf die Herstellung eines Spitzenkontakts Wert legte. StM Huonker hat inzwischen BMWi und BMB unterrichtet; ich bitte das Bundeskanzleramt, den übrigen im Verteiler aufgeführten Häusern meine diesbezüglichen Telegramme zuzuleiten (über das Telefongespräch vom 29.4. habe ich das Bundeskanzleramt lediglich telefonisch informiert).

Wie meinem Bericht über das Gespräch mit Schalck am 22.5. zu entnehmen ist, habe ich – unter jedem denkbaren Vorbehalt, daß wir derzeit überhaupt Verhandlungen führen wollten – die DDR außer auf humanitäre Fragen auch beispielhaft auf eine positive Lösung für Staaken als einen wünschenswerten Inhalt eines etwaigen neuen Verhandlungspakets hingewiesen.⁸ (Dies zur Erklärung des Erwähnens von Staaken in meiner heutigen Antwort an Schalck.)

III. Die DDR ist derzeit nach meiner Einschätzung sowohl aus eigenem Interesse als auch als Vorreiter für die Sowjetunion betont bemüht, ihre andauernde Bereitschaft zur weiteren Entspannung in Europa und vor allem auch gegenüber der Bundesrepublik zu demonstrieren. Unter diesen Umständen halte ich für möglich, daß auch auf die heute der DDR übermittelte Antwort nicht brüsk reagiert werden wird. Eine andere Frage ist, ob nicht im Hinblick auf die Bemühungen der Bundesregierung, das Vorfeld des Besuchs des Bundeskanzlers in Moskau⁹ und eines späteren Zusammentreffens des Bundeskanzlers mit Honecker¹⁰ gezielt aufzubereiten, eine differenziertere Antwort an die DDR nützlicher für uns gewesen wäre.

IV. Schalck stellte in Aussicht, daß er sich nach Rückkehr Honeckers von dessen Kuba-Reise¹¹ wieder bei mir melden würde.

[gez.] Gaus

VS-Bd. 14082 (010)

⁷ Für das Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, am 19. Februar 1980 vgl. BONN UND OST-BERLIN, S. 496–503.

⁸ An dieser Stelle vermerkte Vortragender Legationsrat Edler von Braunmühl handschriftlich: „Wie ich höre, soll dies der Bonbon für die FDP sein.“

⁹ Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher hielten sich am 30. Juni und 1. Juli 1980 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 192–195.

¹⁰ Der Termin für einen Besuch des Bundeskanzlers Schmidt in der DDR wurde von diesem und dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, am 8. Mai 1980 in Belgrad erörtert. Während Honecker mit Hinweis auf seinen Urlaub und auf Schmidts Besuch in der UdSSR einen Termin im Juli und August 1980 ausschloß, betonte Schmidt, wegen des Bundestagswahlkampfes werde ihm ab Ende August 1980 ein Besuch nicht mehr möglich sein. Vgl. dazu BONN UND OST-BERLIN, S. 526 und S. 533 f.

¹¹ Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, besuchte vom 27. Mai bis 1. Juni 1980 Kuba. Vgl. dazu AUSSENPOLITIK DER DDR, Bd. XXVIII/1, S. 283–295.

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von der Gablentz, Bundeskanzleramt

2. Juni 1980¹

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem brasilianischen Außenminister Guerreiro am 29. Mai 1980 von 19.55 bis 20.55 Uhr, Bundeskanzleramt²

Guerreiro überbringt Grüße Präsident Figueiredos, die Bundeskanzler unter Hinweis auf den herzlichen Empfang, den er vor einem Jahr in Brasilien gefunden hatte³, zu erwidern bittet.

Auf Fragen des Bundeskanzlers berichtet er über folgendes:

1) Brasilianische Innenpolitik

Soziales Klima habe unter dem großen Streik in São Paulo gelitten, der vom Gewerkschaftsführer Lula geführt und vom Kardinal⁴ ermutigt wurde. Er sei mit einer 83%igen Lohnerhöhung (statt der geforderten 109%) zu Ende gegangen. Die Inflationsrate von über 70% sei viel zu hoch, aber der Regierung fehle die Möglichkeit eines entsprechenden Drucks auf die Arbeitgeber. Sonst sei wirtschaftliche und soziale Lage zufriedenstellend. Es habe eine Rekordernte gegeben. Die Zuckerrohrproduktion steige z.B. schneller, als es für die geplante Umstellung von Autos auf Alkoholverbrennung erforderlich sei.

2) Lateinamerika

Brasilien habe sich keiner regionalen Gruppe angeschlossen, bemüht sich aber jetzt besonders um bessere Beziehungen zu Argentinien und Chile. Der erste Staatsbesuch eines brasilianischen Präsidenten in Argentinien seit 45 Jahren⁵ sei über Erwarten erfolgreich gewesen. Die Verstärkung der Beziehungen zu autoritär regierten Staaten werde innerhalb Brasiliens nicht wesentlich kritisiert. Brasilien mische sich nicht in die inneren Angelegenheiten Argentiniens und Chiles ein, aber das gemeinsame brasilianisch-argentinische Communiqué enthalte deutliche Erklärungen zu Menschenrechten. Zum Konflikt über den Beagle-Kanal⁶ hoffe man auf einen dauernden Erfolg der Papst-Vermitt-

¹ Ablichtung.

Die Aufzeichnung wurde von Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 2. Juni 1980 über Ministerialdirektor von Staden, Bundeskanzleramt, und Staatssekretär Schüler, Bundeskanzleramt, an Bundeskanzler Schmidt geleitet. Dazu vermerkte er: „BM Genscher hat Durchdruck des Vermerks vorbehaltlich Ihrer Billigung erhalten.“

Hat Staatsminister Huonker, Bundeskanzleramt, am 2. Juni 1980 vorgelegen.

Hat Ministerialdirektor Schulmann, Bundeskanzleramt, am 2. Juni 1980 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100(56), Bd. 53; B 150, Aktenkopien 1980.

² Der brasilianische Außenminister Saraiva Guerreiro hielt sich am 29./30. Mai 1980 in der Bundesrepublik auf.

³ Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 3. bis 7. April 1979 in Brasilien auf. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 102.

⁴ Paulo Evaristo Arns.

⁵ Präsident Figueiredo hielt sich vom 14. bis 17. Mai 1980 in Argentinien auf.

⁶ Legationsrat I. Klasse Gröning vermerkte am 26. Januar 1979 zur Abgrenzung der Hoheitsgewässer zwischen Argentinien und Chile im Bereich des Feuerland vorgelagerten Beagle-Kanals: „Der

lung⁷. Der Konflikt werde offenbar in beiden Ländern von der Marine gegen die Haltung der Luftwaffe geschürt. Der Wahlsieg Belaúndes in Peru⁸ habe überrascht, sei wohl im wesentlichen dadurch zu erklären, daß die persönliche Autorität de la Torres⁹ nicht auf seine Partei übertragen werden konnte.

3) Mittelamerika

Die Entwicklung in Nicaragua¹⁰ bereite Sorgen. Der Einfluß Kubas steigt insbesondere durch die Entsendung der vielen Lehrer.¹¹ Die pluralistische Struktur des Staates werde immer mehr zur Fassade. Das potentiell sehr einflußreiche Mexiko scheine sich nicht sehr um die Entwicklung in anderen Ländern zu kümmern.

4) Verhältnis zu den USA

Die Schwierigkeiten zu Beginn der Carter-Regierung seien überwunden.¹² Mit Abschaffung von Subventionen in Brasilien lösten sich auch die Probleme der

Fortsetzung Fußnote von Seite 873

argentinisch-chilenische Grenzstreit (Beagle-Kanal-Konflikt) ist seit über 100 Jahren ungelöst und immer wieder Ursache für Auseinandersetzungen zwischen beiden Ländern. [...] Der britische Schiedsspruch von 1977 bestätigte die Ansprüche Chiles. Argentinien erklärte den Schiedsspruch für null und nichtig. Seit Mai/Juni 1978 traf Argentinien umfangreiche militärische Vorbereitungen, die seit Mitte Oktober 1978 in große ‚Manöver‘ mündeten. Nach ergebnislosem Ausgang der Verhandlungen wurde seit Mitte Dezember 1978 täglich mit einem militärischen Konflikt gerechnet.“ Durch eine Vermittlungsaktion des Heiligen Stuhls habe Papst Johannes Paul II. beide Seiten am 8. Januar 1979 zu einem Gewaltverzicht und zur Wiederaufnahme von Verhandlungen bewegen können. Vgl. Referat 330, Bd. 116001.

Botschafter Jaenicke, Buenos Aires, berichtete am 13. Mai 1980, das erste Jahr der Verhandlungen sei im ganzen ruhig verlaufen. Mittlerweile griffen argentinische Medien aber Chile an. In Kreisen des argentinischen Militärs dürfte „angesichts der de facto schlechteren Ausgangslage Argentinien (britischer Schiedsspruch, chilenische ‚Besetzung‘ der Inseln)“ wenig Konzessionsbereitschaft zu erwarten sein: „Verstärkte Waffenkäufe der letzten Zeit sprechen für den Versuch, diese Lage zu kompensieren. Da bisher auch aus Chile keine Signale des Einlenkens erkennbar wurden, kann aus hiesiger Sicht der Ausgang der Vermittlungsaktion des Heiligen Stuhls optimistischsten Falls als offen bezeichnet werden.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 792; Referat 330, Bd. 125137.

⁷ Botschaftsrat I. Klasse Schmitt, Rom (Vatikan), informierte am 9. Juni 1980, der mit der Vermittlung im argentinisch-chilenischen Konflikt über den Beagle-Kanal betraute Kardinal Samorè habe wissen lassen, er hoffe, daß die Verhandlungen bis Jahresende abgeschlossen oder zumindest erheblich fortgeschritten wären. Ein anderer Vertreter des Vatikan habe jedoch kürzlich geäußert, „daß die Verhandlungen zwischen den beiden Delegationen, die sich öfters in rein prozedurale Fragen verstrickten, sehr zähflüssig verliefen“. Dem Heiligen Stuhl gehe es darum, „die gegenseitigen Interessen in Einklang zu bringen, wobei auch die Gewährung von Nutzungsrechten ohne Veränderung der bestehenden Souveränitätsrechte in die Debatte eingeführt worden sei“. Vgl. den Schriftbericht Nr. 209; Referat 330, Bd. 125137.

Botschafter Dittmann, Santiago de Chile, berichtete am 17. September 1980, zwischen Argentinien und Chile sei es zum Streit um eine Bohrinsel gekommen. Chile wolle allerdings keinen neuen Grenzkonflikt, „während das päpstliche Vermittlungsverfahren zur Beilegung des älteren Konflikts über die Grenzziehung südlich von Feuerland ein heikles Stadium erreicht“ habe. Vgl. den Schriftbericht Nr. 902; Referat 330, Bd. 125103a.

⁸ Die Präsidentschaftswahlen in Peru fanden am 18. Mai 1980 statt.

⁹ Der Abgeordnete der „Alianza Popular Revolucionaria Americana“, de la Torre, wurde 1978 zum Vorsitzenden der verfassungsgebenden Versammlung Perus gewählt. Er verstarb am 2. August 1979.

¹⁰ Zur Lage in Nicaragua vgl. Dok. 155, Anm. 13.

¹¹ Zu den Beziehungen zwischen Kuba und Nicaragua vgl. Dok. 74, Anm. 7.

¹² Die Regierung Carter übernahm am 20. Januar 1977 die Amtsgeschäfte. Die Botschaft in Brasilia vermerkte Ende April 1980: „Das unter Präsident Geisel und Außenminister Azeredo da Silveira ernsthaft gestörte Verhältnis hat sich normalisiert.“ Dazu habe beigetragen, daß „die Administration in Washington, die aus den Anfangsfehlern Carters gelernt zu haben scheint“, Brasilien zuvorkommender behandle: „Diese Normalisierung hat aber Grenzen: Die von Außenminister Kissinger 1976 vereinbarte ‚besondere Beziehung‘ wird sich nicht wiederholen lassen. Dazu sitzt die brasilianische Enttäuschung über die Führungsschwäche zu tief, dazu nimmt Brasilia zuviel Rücksicht auf das

countervailing duties. In Nuklearfragen gebe es keine aktuellen Probleme. Die USA schienen die Tatsache akzeptiert zu haben, daß sich alle brasilianischen Nuklearanlagen unter internationaler Kontrolle befinden.¹³

5) Internationale Lage

Auch die marxistischen Länder in Afrika werden nicht zu sowjetischen Satelliten werden, sondern auf lange Sicht Neutralität anstreben. Die Sowjetunion könne nur Eroberungen am Rande ihres Imperiums auf Dauer halten, nicht an weiter entfernten Plätzen. Die amerikanische Politik erwecke den Eindruck, als wüßte sie nicht, was sie wolle, verlange dafür aber die Unterstützung der Verbündeten. Brasilien könne nicht die amerikanischen Getreidelieferungen an die SU ersetzen¹⁴, werde aber seinen normalen Handel fortsetzen. Die USA scheinen damit einverstanden zu sein.

6) Blockfreie Bewegung

Er stimmt der Bemerkung des Bundeskanzlers zu, daß es lächerlich sei, wenn ausgerechnet Kuba den Vorsitz führe. Auf jugoslawische Bitte, Brasilien (bisher nur Beobachter) solle volles Mitglied werden, habe Präsident Figueiredo geantwortet, daß dies nicht in Frage komme, solange die Blockfreien-Bewegung nicht wirklich blockfrei sei und sich in einem Land wie Kuba treffe¹⁵, das völlig offen dem Sowjet-Block angehöre.

Bundeskanzler betont, daß wir in Deutschland besondere Gründe haben, Solidarität mit den USA zu beweisen, auch wenn wir nicht in allen Fragen sehr glücklich über das amerikanische Vorgehen seien. Das Gleichgewicht in Europa sei

Fortsetzung Fußnote von Seite 874

Wohlwollen der für sie lebenswichtigen Erdöllieferanten in der Dritten Welt, dazu findet es heute zuviel Gefallen an dem mittlerweile errungenen weltpolitischen Spielraum“. Vgl. Referat 330, Bd. 125083.

¹³ Am 27. Juni 1975 wurde ein Abkommen zwischen der Bundesrepublik und Brasilien über Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie unterzeichnet. Danach sollten entsprechende Einrichtungen bzw. Unternehmen beider Staaten bei der Gewinnung und Aufbereitung von Uranerzen und der Herstellung von Uranverbindungen, der Herstellung von Kernreaktoren und Kernenergieanlagen, bei der Urananreicherung, bei der Herstellung von Brennelementen und der Wiederaufbereitung bestrahlter Brennstoffe zusammenarbeiten. Vorgesehen war darüber hinaus die Erteilung von Exportgenehmigungen für die „Lieferung von Ausgangs- und besonderem spaltbaren Material, von Ausrüstungen und Materialien, die eigens für die Herstellung, die Verwendung oder Verarbeitung von besonderem spaltbaren Material vorgesehen oder hergerichtet sind, sowie für die Übermittlung einschlägiger technologischer Informationen“. Ein Abkommen über Sicherungsmaßnahmen mit der IAEO sollte sicherstellen, daß diese Materialien und Informationen nicht für die Herstellung von Kernwaffen verwendet würden. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1976, Teil II, S. 335 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1975, I, Dok. 179.

Im Rahmen ihrer Nichtverbreitungspolitik war die amerikanische Regierung bestrebt, die Bundesrepublik zu veranlassen, die im Abkommen von 27. Juni 1975 mit Brasilien vereinbarte Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie von zusätzlichen Kontrollen des brasilianischen Brennstoffkreislaufs abhängig zu machen. Vgl. dazu AAPD 1976, II, Dok. 341, AAPD 1977, I, Dok. 3, Dok. 29–32, Dok. 34, Dok. 35, Dok. 41, Dok. 59, Dok. 61, Dok. 82, Dok. 96.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Hoff informierte am 30. Mai 1980 die Botschaft in Brasilia, während des Besuchs des brasilianischen Außenministers Saraiva Guerreiro vom 28. bis 31. Mai 1980 in der Bundesrepublik sei die bilaterale Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie nicht erörtert worden. Saraiva Guerreiro habe bei einer Tischrede jedoch erklärt, „daß bras[ilianische] Regierung Vertrag voll erfüllen werde. Gegenüber Journalisten äußerte er, es gäbe im Lande zwar Meinungsverschiedenheiten, aber diese beeinträchtigten in keiner Weise von Regierung getroffene Entscheidungen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 82; Referat 330, Bd. 125083.

¹⁴ Zur Einschränkung von Getreidelieferungen in die UdSSR vgl. Dok. 10, Anm. 23.

¹⁵ Die sechste Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten fand vom 3. bis 9. September 1979 in Havanna statt. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 266.

durch den sich abzeichnenden Rüstungswettlauf im Mittelstreckebereich bedroht. In Kürze müsse entschieden werden, ob man sich für einen Rüstungswettlauf oder für verbindlich festgelegte gegenseitige Obergrenzen entscheide. Die Sowjetunion habe bisher in Angola, Äthiopien und Libyen praktisch freien Handlungsspielraum gehabt. Auch die Lage in Südostasien sehe gefährlich aus.

Er betont die Bedeutung der Blockfreien-Bewegung, die allerdings nicht viel erreichen werde, solange sie es Kuba gestatte, sich als ihr Führer aufzuspielen. Auf Frage Guerreiros betont er, daß Frau Gandhi nicht bereit zu sein scheine, eine Führungsrolle zu übernehmen. Sie mache einen eher resignierten Eindruck, scheine sich nicht allzu sehr um internationale Fragen zu kümmern und habe auf unsere Anregung, eine aktivere Rolle bei der Lösung der Afghanistan-Frage zu übernehmen, abschlägig geantwortet.¹⁶

Über seine bevorstehenden Gespräche mit Breschnew¹⁷ habe er die europäischen und atlantischen Verbündeten ausgiebig konsultiert. Er verspreche sich keine sehr greifbaren Erfolge – außer daß die SU langsam wirklich einsieht, daß wir im Westen keine Schwächlinge sind. Jedoch habe auch die SU gewisse Interessen an der Zusammenarbeit, besonders im Bereich der zivilen Technologie, zu der wir weiterhin bereit sind, allerdings ohne der SU Vorzugsbedingungen einzuräumen. Wir seien weiterhin daran interessiert, die normalen Kanäle und Beziehungen offen zu halten. Moskau halte 17 Mio. Deutsche in der DDR und 2 Mio. in West-Berlin unter Druck – im vertraulichen Gespräch könne er sagen: als Geiseln. Wir sollten daher nicht als Speerspitze des Westens erscheinen, sondern nur als ein Mitglied der europäischen Allianz mit Nordamerika. Allerdings tragen wir jetzt und auch in Zukunft einen entscheidenden Teil zum militärischen Gleichgewicht bei.

Auf Frage, ob es zu einer europäischen Nahost-Initiative kommen werde¹⁸, ist er nicht so sicher. Bis zu den amerikanischen Wahlen¹⁹ werde sich hier wohl nicht viel bewegen lassen.

[gez.] von der Gablentz

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 53

¹⁶ Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsidentin Gandhi am 7. Mai 1980 in Belgrad; Dok. 142.

¹⁷ Bundeskanzler Schmidt hielt sich am 30. Juni und 1. Juli 1980 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 192–195.

¹⁸ Zu Überlegungen für eine Nahost-Initiative der Europäischen Gemeinschaften im Rahmen der EPZ vgl. Dok. 164, Anm. 22.

Ministerialdirigent Dröge, z.Z. Rom, berichtete am 5. Juni 1980: „Sonder-P[olitisches]K[omitee] über den Nahen Osten prüfte in seiner Sitzung am 4.6. d.J. die von der Arbeitsgruppe gefertigten Entwürfe eines Berichts der AM an den ER in Venedig am 12./13. Juni und einer neuen Neunerklärung. Schwerpunkt Diskussion lag bei der Erklärung. [...] Inhaltlich sind alle von uns vorgeschlagenen Elemente einer Erklärung (Lebensrecht Israels, Selbstbestimmungsrecht des pal[ästinenensischen] Volkes, Siedlungen, Gewaltverzicht, EAD) erhalten geblieben. [...] Bedauerlicherweise ist es uns aufgrund unkonzentrierter Verhandlungsführung der Pr[äsidenschaft] und vorzeitiger Abreise von F u. UK nicht gelungen, die von uns vorgeschlagene Reihenfolge der Elemente durchzusetzen. [...] Über die operativen Maßnahmen entspann sich erwartungsgemäß eine ausführliche Diskussion. Es wurde deutlich, daß F, Pr., UK, IR und mit etwas Abstand B über die deklarierte Phase hinaus möglichst bald operativ tätig werden wollen, während NL und D, DK auf der anderen Seite auf Gefahr einer weiteren Anhebung arabischen Erwartungshorizonts hinwiesen. Letzere hielten vorherige präzise Klärung hierüber für dringend geboten, wer sondieren und was sondiert werden soll. Sie befürchten als Folge mangelnder Lieferungsfähigkeit der Europäer Enttäuschung auf allen Seiten. Mit Ausnahme von F konnten

Botschafter Wieck, Moskau, an das Auswärtige Amt

213-320.15-1395/80 VS-vertraulich
Schriftbericht Nr. 1491

4. Juni 1980¹

Betr.: Sowjetische Dissidenten;
hier: Stellungnahme zu US-Papier vom 26.2.1980²

Bezug: Schrifterlaß 213-320.15 SOW VS-v 721/80 vom 13.3.1980³

I. Botschaft teilt die Ansicht, daß es sich bei dem amerikanischen Papier wegen seiner guten Faktensammlung um einen wichtigen Beitrag zum Thema sowjetische Dissidenten handelt. Die Darstellung der Gründe für den in den letzten Monaten zu beobachtenden „crackdown“ der Opposition in der Sowjetunion erscheint aus hiesiger Sicht nur bedingt zutreffend. Schon die Konzentration auf die Menschenrechtsbewegung innerhalb der Opposition ist nicht stichhaltig begründet.

II. US-Argument, Sowjetunion werde es kaum gelingen, religiöse und nationale Opposition zu eliminieren, wohl aber die sowohl personell kleine als auch in ihrer Zielsetzung genau fixierbare Menschenrechtsgruppe, überzeugt nicht. Schon aus systemimmanenten Gründen muß es Ziel der SU sein, jede innere Opposition zu beseitigen. Daß dem so ist, beweisen die Fakten der jüngsten Zeit. In nicht geringem Maß erstreckt sich der „crackdown“ auch auf religiöse und nationale Opposition (Verhaftung der Priester Dudko, Jakunin, der Mitglieder religiöser Seminare in Moskau, Leningrad und Lwow; Verhaftung estnischer Nationalisten in Tartu, in Litauen, Ukraine).⁴ Hinzu kommt eine seit langem zu beobachtende Interdependenz zwischen der Menschenrechtsgruppe und den

Fortsetzung Fußnote von Seite 876

sich die anderen Partner dieser Argumentation nicht entziehen, meinten aber, daß ‚some sort of diplomatic soundings on the line of our principles‘ (UK) gemacht werden müßte. UK hielt nach wie vor Befassung SR für einzig richtigen Weg, der jedoch aufgrund Haltung USA, Ägyptens und Israels zur Zeit nicht gangbar sei. UK will daher durch Sondierungen Vakuum bis zu US-Wahlen (im Falle Wahlsiegs Reagan bis zum nächsten Frühjahr) füllen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 583; Referat 200, Bd. 112915.

¹⁹ Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Arnot am 13. Juni 1980 vorgelegen.

² Für das Papier „Dissent in the Soviet Union: Current Status and Future Prospects“ vgl. VS-Bd. 13162 (213).

³ Vortragender Legationsrat I. Klasse Arnot übermittelte der Botschaft in Moskau das amerikanische Papier „Dissent in the Soviet Union: Current Status and Future Prospects“ vom 26. Februar 1980 und bat um gelegentliche Stellungnahme: „Nach hiesiger Durchsicht enthält der Bericht eine gute Zusammenstellung der Fakten. Die Darstellung der Gründe für die ‚crackdowns‘ erscheint dagegen unzureichend.“ Vgl. VS-Bd. 13162 (213); B 150, Aktenkopien 1980.

⁴ Vortragender Legationsrat I. Klasse Arnot vermerkte am 29. Oktober 1980: „Mit voller Wucht bekommen alle Dissidentengruppen, die das System als solches in den Augen der Führung in Frage stellen, die Peitsche zu spüren. Seit Mitte dieses Jahres wird rigoros gegen junge Gläubige in der orthodoxen Kirche vorgegangen, die gegen den regierungskonformen Kurs des Patriarchen protestieren, werden Mitglieder der Helsinki-Gruppen und der katholischen Dissidentenbewegung in Litauen mit Verhaftungen und anschließender Verurteilung und Verbannung bedroht.“ Vgl. Referat 213, Bd. 133131.

anderen oppositionellen Gruppen. Insbesondere Sacharow trat immer wieder als Sprecher auch für die Belange nationaler Minderheiten (Krimtataren, Wolgadeutsche, Balten) und religiöser Dissidenten (Baptisten) auf bzw. äußerte sich zu politischen Perspektiven des Landes und beschränkte sich keinesfalls auf eine Durchsetzung und Einhaltung der Schlußakte von Helsinki⁵ und der Menschenrechte.

Aus unserer Sicht scheint sehr viel mehr wahrscheinlich, daß mit Sacharow⁶ eine Art „focus“ der gesamten Opposition in der Sowjetunion ausgeschaltet werden soll, begleitet von Maßnahmen gegen die führenden Vertreter der einzelnen oppositionellen Gruppen bis hin zu deren Auflösung. Ob dies den sowjetischen Behörden gelingen wird, kann niemand mit Anspruch auf Glaubwürdigkeit sagen. Festzustehen scheint allerdings, daß nach einer Phase der Zurückhaltung seit den Prozessen gegen Orlow⁷, Ginsburg⁸ und Schtscharanskij⁹ (1978) gegenwärtig eine Phase besonders starker Repression gegen die innere Opposition zu verzeichnen ist. Daß dieser „crackdown“ so systematisch und konsequent organisiert ist, daß an seinem Ende die Eliminierung des sowjetischen Dissidententums oder auch nur der Menschenrechtsgruppe stehen wird, kann nicht mit Gewißheit gesagt werden. Entgegen dem amerikanischen Papier neige ich dazu, angesichts der Entwicklung des sowjetischen Dissidententums und der staatlichen Reaktion hierauf nicht von einer tatsächlich erreichbaren Eliminierung auch nur einer der oppositionellen Gruppen auszugehen. Die Geschichte des sowjetischen Dissidententums ist gekennzeichnet von Phasen starker Repression (Sinjawschij-Daniel-Prozeß 1966¹⁰; Verfolgung der gegen den so-

⁵ Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

⁶ Zur Verbannung des sowjetischen Atomphysikers Sacharow nach Gorki vgl. Dok. 26, Anm. 17.

⁷ Der sowjetische Atomphysiker und Dissident Orlow, der die „Helsinki-Gruppe“ zur Überwachung der Einhaltung der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 in der UdSSR leitete, wurde am 10. Februar 1977 verhaftet. Vgl. dazu AAPD 1977, I, Dok. 36.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Kühn notierte am 23. Mai 1978, Orlow sei am 18. Mai 1978 wegen „antisowjetischer Agitation und Propaganda“ zur Strafe von sieben Jahren Arbeitslager und zu anschließender fünfjähriger Verbannung verurteilt worden. Vgl. Referat 213, Bd. 133086.

Referat 213 vermerkte am 26. Juni 1980, Orlow sei im Oktober 1979 „wegen Schmuggels eines wissenschaftlichen Artikels aus dem Gefangenenlager“ über die Beziehung zwischen Logik und Physik zu einem halben Jahr verschärfter Haftbedingungen verurteilt worden. Wegen seines Gesundheitszustands sei zu befürchten, daß er die Haft nicht überleben werde. Vgl. Referat 010, Bd. 178829.

⁸ Der sowjetische Schriftsteller Ginsburg, der schon mehrfach wegen seiner Tätigkeit in der Dissidentenbewegung verhaftet worden war und zuletzt 1968 bis 1972 eine Haftstrafe verbüßt hatte, gehörte seit 1976 der „Helsinki-Gruppe“ zur Überwachung der Einhaltung der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 in der UdSSR an und wurde am 3. Februar 1977 erneut verhaftet. Am 13. Juli 1978 wurde er wegen „antisowjetischer Agitation und Propaganda“ zu acht Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Vgl. den Artikel „Acht Jahre Arbeitslager für Ginsburg“; DIE WELT vom 14. Juli 1978, S. 1.

⁹ Seit 1973 setzte sich der sowjetische Bürgerrechtler Schtscharanskij für die jüdische Auswandererbewegung in der UdSSR ein und gehörte seit 1976 der „Helsinki-Gruppe“ zur Überwachung der Einhaltung der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 in der UdSSR an. Am 15. März 1977 wurde er verhaftet und am 14. Juli 1978 wegen Landesverrats und Spionage sowie antisowjetischer Agitation und Propaganda zu drei Jahren Gefängnis und zehn Jahren Arbeitslager verurteilt. Vgl. dazu den Artikel „13 Jahre Zwangsarbeit für Schtscharanskij“; DIE WELT vom 15./16. Juli 1978, S. 1.

¹⁰ Die Schriftsteller Sinjawschij und Daniel publizierten in den 1950er und 1960er Jahren unter ihren Pseudonymen Abram Terz bzw. Nikolaj Arschak literarische Werke im Westen. Sinjawschij wurde am 8. September 1965 verhaftet und 1966 wegen „antisowjetischer Propaganda und Agitation“ zu einem Jahr „Lager mit strengem Regime“ verurteilt. Er emigrierte 1973. Daniel wurde am 12. September 1965 verhaftet und 1966 wegen „antisowjetischer Propaganda und Agitation“ zu fünf Jahren „Lager mit strengem Regime“ verurteilt.

wjetischen Einmarsch in Prag Protestierenden 1968; Bukowskij-Prozeß 1972¹¹; Ausweisung Solschenizyn 1973¹²; Orlow-Ginsburg-Schtscharanskij-Prozeß 1978) und Perioden größerer Zurückhaltung. Nach den Prozessen 1978 schien es, als würde die Opposition aufgeben. Anzeichen von Verzweiflung und Frustration zeigten sich selbst bei Sacharow. Im Herbst des gleichen Jahres formierte sich dann jedoch mit SMOT¹³ ein – wenn auch nicht langlebiger – so doch in der Geschichte des sowjetischen Dissidententums einmaliger – weit über Moskau hinausreichender Zusammenschluß von Vertretern verschiedenster, teils divergierender oppositioneller Gruppen.¹⁴ Die gegenwärtige Phase staatlicher Repression könnte zusätzlich Ausdruck einer Anti-Carter-Politik Moskaus sein bzw. notwendiges Erfordernis, um die Voraussetzung innerer Stabilität für einen näherrückenden Führungswechsel zu sichern. Dies bedeutet jedoch nicht notwendigerweise Liquidation der Opposition, sondern dürfte Hinweis sein für Dauer und Intensität des gegenwärtigen Vorgehens gegen die Opposition.

Wenn die Dissidenten auch nicht Exponenten einer schweigenden Mehrheit sind, so haben sie doch trotz aller Pressionen eine erstaunliche Regenerationsfähigkeit bewiesen und dürften auch in Zukunft – vor allem wenn westlicher Einfluß in der Sowjetunion anhält – eine aus der politischen Realität der Sowjetunion nicht wegzudenkende Erscheinung bleiben.

11 Der sowjetische Schriftsteller Bukowskij wurde am 5. Januar 1972 wegen „Untergrabung der sowjetischen Autorität“ zu sieben Jahren Haft und anschließend fünf Jahren Verbannung verurteilt. Zuvor hatte er bereits drei Jahre in Arbeitslagern und zwei in „Heilanstalten“ verbracht. Nach wiederholten öffentlichen Appellen der Mutter des Inhaftierten, sich für ihren erkrankten Sohn einzusetzen, von dem seit Monaten kein Lebenszeichen mehr vorliege, wurden Bukowskij im August 1976 Haft erleichterungen zugestanden. Vgl. dazu den Artikel „Haft erleichterung für Bukowski“, DIE WELT vom 24. August 1976, S. 1.

Am 22. Dezember 1976 wurde Bukowskij im Austausch gegen den seit 1973 inhaftierten Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chiles, Corvalán, freigelassen und in die Schweiz ausgeflogen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 4823 des Botschafters Sahm, Moskau, vom 29. Dezember 1976; Referat 213, Bd. 112756.

12 Anfang September 1973 beschlagnahmte der KGB das unveröffentlichte Manuskript des sowjetischen Schriftstellers Solschenizyn „Archipel Gulag“ über die Arbeitslager in den Jahren 1918 bis 1956. Vgl. dazu den Artikel „Sowjetischer Geheimdienst konfisziert Solschenizyn-Manuskript“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 7. September 1973, S. 1. Vgl. dazu ferner AAPD 1973, II, Dok. 285.

Ende Dezember 1973 wurde in Paris ein Teil des Manuskripts „Archipel Gulag“ publiziert. Dazu wurde in der Presse berichtet, daß die Veröffentlichung auf heftige Kritik verschiedener sowjetischer Stellen gestoßen sei. Vgl. dazu den Artikel „Denen, die nicht mehr leben“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 5. Januar 1974, S. 2.

Die sowjetischen Behörden erließen am 8. Februar 1974 eine Vorladung gegen Solschenizyn. Dazu wurde berichtet: „Solschenizyns Frau wies am vergangenen Freitag, als sie die Annahme der ersten Vorladung verweigerte, darauf hin, daß der Vernehmungszweck nicht angegeben sei. Solschenizyn selbst ging Montag dieser Woche noch weiter und lehnte schriftlich jegliches Erscheinen zur Vernehmung in einer Sowjetbehörde grundsätzlich ab.“ Daraufhin sei Solschenizyn am 12. Februar 1974 zwangsweise zu einem Verhör abgeführt worden. Vgl. den Artikel „Solschenizyn nach Verhör verhaftet“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 13. Februar 1974, S. 1.

Zur Ausreise Solschenizyns am 13. Februar 1974 in die Bundesrepublik vgl. AAPD 1974, I, Dok. 51.

13 Svobodnoe Mežprofessional'noe Ob-edinenie Trudjaščichsja.

14 Referat 213 vermerkte im August 1980, im Oktober 1978 habe „eine Gruppe von Arbeitern und Intellektuellen die ‚Freie Interprofessionelle Vereinigung der Werktätigen‘ (russ[isch] abgekürzt: SMOT)“ gegründet“. Ziel der Organisation sei es, die Probleme der Arbeiter der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Sie solle im Frühjahr 1980 ca. 300 Mitglieder umfaßt haben: „Der Versuch, die oppositionelle Bewegung in die Arbeiterklasse hineinzutragen, ist potentiell eine bedeutende Entwicklung.“ Dies erkläre wohl die harte Reaktion der sowjetischen Behörden, die mindestens sieben Mitglieder der Leitung verhaftet hätten. Vgl. Referat 213, Bd. 133131.

III. Den in dem US-Papier angegebenen Gründen für den „crackdown“ möchte ich insgesamt gesehen die These entgegenstellen, daß dieser „crackdown“ nichts qualitativ Neues, sondern eine Phase besonders starken Drucks auf die Opposition ist. Ähnliche Phasen haben wir auch früher beobachten können. Die Prozesse 1978 und ihre lähmende Wirkung auf die Opposition sind ein Beispiel hierfür.

Die Kritik an Kopelew und das Vorgehen gegen eine Reihe von Schriftstellern und Künstlern ist auf ihre Solidarisierungsaktion mit Sacharow bzw. auf andere Aktionen von ihrer Seite (Metropol, Samisdat-Journal Poiski) zurückzuführen.¹⁵ Das scharfe Vorgehen gegen sie ist deshalb eher Reaktion auf konkrete Ereignisse als Teil eines geplanten „crackdown“, wobei allerdings nicht auszuschließen ist, daß die Verbannung Sacharows insofern auch gewollt provokativen Charakter gehabt haben könnte.

Wieck

VS-Bd. 13162 (213)

168

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hofmann

201-363.31-1632/80 geheim

6. Juni 1980¹

Über Herrn Staatssekretär² Herrn Minister³ zur Unterrichtung

Betr.: Ablauf der 27. NPG-Ministerkonferenz in Bodø (Norwegen) am 3./4. Juni 1980

Anlg.: 1 (Kommuniqué)⁴

I. Zusammenfassung

Von Bedeutung war die Tagung in folgender Hinsicht:

1) Secretary Brown verwickelte seine Kollegen, darunter erstmals einen portu-

¹⁵ Zur Situation der sowjetischen Dissidenten Kopelew, Kornilow, Wladimow und Wojnowitsch vgl. Dok. 27.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 9.6.1980 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 10. Juni 1980 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann am 16. Juni 1980 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Seibert und Legationsrat I. Klasse Bolewski verfügte.

Hat Bolewski am 16. Juni 1980 vorgelegen.

Hat Seibert am 19. Juni 1980 vorgelegen.

² Hat Staatssekretär van Well am 6. Juni 1980 vorgelegen.

³ Hat Bundesminister Genscher am 15. Juni 1980 vorgelegen.

⁴ Dem Vorgang nicht beigelegt.

Für den Wortlaut des Kommuniqués der Sitzung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO am 3./4. Juni 1980 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1975–1980, S. 136f. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN 1980, S. 579f.

giesischen Verteidigungsminister⁵, in eine längst überfällige Diskussion der seit Schlesinger fortentwickelten nuklearen Strategie⁶. Diese wird heute als „countervailing strategy“ umschrieben und zeichnet sich aus durch das Konzept einer Schichtenabschreckung unter Planung des begrenzten, selektiven Einsatzes auch zentralstrategischer Systeme. (Dies verlangt nicht Schichtenparität, aber Abschreckung auf jeder erdenklichen Ebene, mit jeder erdenklichen Einsoption.)

Zumal die Verteidigungsminister von fünf Bündnispartnern erst rund sechs Monate (oder weniger) im Amt sind (B⁷, CDN⁸, IT⁹, PO¹⁰, TR¹¹), konnte die NPG schon durch diese Diskussion ihre Existenzberechtigung erneut unter Beweis stellen (im einzelnen siehe unter II.1).

Um so bedauerlicher ist es, daß Italien unter Ausnutzung der norwegischen Gastfreundschaft eine rund 50köpfige Delegation – davon die Hälfte Ehefrauen und sogar Töchter – entsandte und damit einer Charakterisierung der NPG als „Nuclear Pleasure Group“ weiter Nahrung gab.

Damit mag zusammenhängen, daß sich erstmals kein Gastgeber für Herbst-Ministerkonferenz fand. (Sie wird daher am 13./14. November 1980 im NATO-Hauptquartier in Brüssel stattfinden.)¹²

2) Zum Thema Modernisierung der LRTNF bestätigte sich die stärker werdende Polarisierung zwischen den Niederlanden und den übrigen Bündnispartnern. Die Niederländer – bemerkenswerterweise insofern nicht mehr voll von DK und NO unterstützt – offenbarten in ihrer Einlassung insbesondere, daß sie sich aus innenpolitischen Gründen gezwungen sehen,

- die erkannte nukleare Bedrohung aus dem Osten herunterzuspielen;
- ohne Rücksicht auf die sicherheitspolitischen Konsequenzen auf weitere westliche Denuklearisierung zu drängen;
- schon vor Verhandlungsbeginn über LRTNF die Datenbasis durch Vernachlässigung von östlichem Potential (SS-4, SS-5) zugunsten der SU zu manipulieren.

⁵ Adelino Amaro da Costa.

⁶ Ministerialdirektor van Well vermerkte am 17. Januar 1974: „Wie US-Verteidigungsminister Schlesinger am 10. d. M. in einer Pressekonferenz der Overseas Writers mitteilte, ist im Sommer 1972 eine Änderung der Einsatzdoktrin für die strategischen Nuklearstreitkräfte der USA eingeleitet worden. In Zukunft sollen nicht mehr Städte und Industriekomplexe, sondern militärische Einrichtungen wie Raketensilos, Flugplätze etc. vorrangiges Ziel von Vergeltungsschlägen sein. Dementsprechend wird die Zielplanung neu festgelegt. Zur Gewährleistung der technischen Voraussetzungen für die Durchführung des neuen Konzepts wird intensiv an der Entwicklung von Sprengköpfen mit großer Treffgenauigkeit gearbeitet. Mit diesen Ausführungen bestätigt Schlesinger eine neue, seit 1970 in den Foreign Policy Reports des Präsidenten angekündigte Wende im nuklearstrategischen Denken der USA. Sie ist sowohl in militärisch-strategischer Hinsicht als auch im Hinblick auf SALT von großer Bedeutung.“ Vgl. VS-Bd. 8171 (201); B 150, Aktenkopien 1974. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 75.

⁷ Charles Poswick trat am 18. Mai 1980 das Amt des belgischen Verteidigungsministers an.

⁸ Am 3. März 1980 wurde J. Gilles Lamontagne zum kanadischen Verteidigungsminister ernannt.

⁹ Lelio Lagorio wurde am 4. April 1980 zum italienischen Verteidigungsminister ernannt.

¹⁰ Adelino Amaro da Costa war seit 3. Januar 1980 portugiesischer Verteidigungsminister.

¹¹ Ahmet Ihsan Birincioglu wurde am 12. November 1979 zum türkischen Verteidigungsminister ernannt.

¹² Vgl. dazu Dok. 328.

Minister Apel, der Minister Scholten deswegen im Plenum starke Vorhaltungen machte (vgl. dazu unter II.2 b und c), äußerte zur deutschen Delegation: „Wir können die Holländer abschreiben!“

3a) Die Minister erneuerten (nach der DPC-Sitzung vom 14. Mai 1980¹³) das LRTNF-Verhandlungsangebot vom 12. Dezember 1979¹⁴ bereits zum zweiten Mal (Kommuniqué Abs. 4). Eine dritte Aufforderung dürfte in Ankara¹⁵ folgen. Sie taten dies in Kenntnis der von Brown mitgeteilten Tatsache, daß die SU seit dem 12. Dezember 1979 weitere 36 SS-20-Raketen disloziert und mit dem Bau von drei neuen Basen begonnen hat.

b) Positiv wurde vermerkt, daß die Vorarbeiten zur Festlegung der Basen der für Stationierung in UK, IT und bei uns vorgesehenen LRTNF vor dem Abschluß stehen.

c) Als negativ wurde zur Kenntnis genommen, daß mit belgischem Beitritt vor Ankara nicht zu rechnen ist. (Hierzu folgt gesonderte Aufzeichnung.)¹⁶

4) Die besondere Haltung der skandinavischen Partner zur nuklearen Verteidigung – keine Friedensstationierung von Nuklearwaffen bei ihnen¹⁷ – wurde im Tagungsverlauf auch von den Norwegern nicht erwähnt. Sie setzten mit der Ausrichtung einer NPG-Konferenz nördlich des Polarkreises ein politisches Signal dafür, daß die Möglichkeit einer nuklearen Verteidigung auch der NATO-Nordflanke östlicherseits in Rechnung gestellt werden muß.

II. Im einzelnen

1) Strategiediskussion

Ausgangspunkt der nur dem Namen nach „neuen“ Strategie („countervailing strategy“) – wie von Brown dargelegt – ist der Grundgedanke der Doktrin der

¹³ Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 13./14. Mai 1980 in Brüssel, an der am 14. Mai auch die Außenminister teilnahmen, vgl. Dok. 145.

¹⁴ Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 10.

¹⁵ Zur NATO-Ministerratstagung am 25./26. Juni 1980 in Ankara vgl. Dok. 190.

¹⁶ Zur Haltung Belgiens zur Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 154, Anm. 14.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann vermerkte am 6. Juni 1980, der Mitarbeiter des belgischen Außenministeriums, Cassiers, habe ihm vertraulich mitgeteilt, „daß Ministerpräsident Martens den Sozialisten im Widerspruch zur Bündnisentscheidung vom 12.12.1979 mündlich zugesagt habe, vor der NATO-Konferenz in Ankara nicht über den belgischen Beitritt zum LRTNF-Programm zu entscheiden. [...] Gegenüber den dazu noch reserviert stehenden Kabinettskollegen wäre es nützlich, auf die wachsende Isolierung Belgiens im Bündnis hinweisen zu können. Herr C[assiers] empfahl ausdrücklich, daß wir Belgien im Bündnis offen vorwerfen sollten, auch hinsichtlich AWACS (Belgien beteiligt sich als einziger noch nicht), 3 % (nur Belgien und Dänemark machten keine Anstrengungen zur Erreichung dieses Ziels), Infrastrukturschlüssel (Belgien blockiert mit Forderung auf Beitragsminderung), LTDP (Belgien ist säumig) eine enttäuschende, absprachewidrige Haltung eingenommen zu haben.“ Vgl. VS-Bd. 10329 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

¹⁷ Botschafter Heipertz, Oslo, legte am 17. November 1978 dar: „Die norwegische Verteidigungspolitik geht von zwei Vorbehalten aus: 1) Die norwegische Regierung wird keine Verpflichtung eingehen, die eine Stationierung fremder Streitkräfte auf norwegischem Territorium zum Inhalt hat, solange Norwegen nicht angegriffen wird oder unmittelbar bedroht ist. 2) Norwegische Streitkräfte werden nicht mit Atomwaffen ausgerüstet; Norwegen läßt in Friedenszeiten die Lagerung von Atomsprengköpfen auf eigenem Territorium nicht zu.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 834; Referat 204, Bd. 115979. Botschafter Hofmann, Kopenhagen, berichtete am 17. Oktober 1979, der amtierende dänische Außenminister Christophersen habe vor der Presse erklärt, „Dänemark lehne auch weiterhin Stationierung von Kernwaffen auf seinem Gebiet ebenso ab wie Norwegen und Island“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 424; Referat 204, Bd. 115959.

flexiblen Antwort¹⁸: die Unglaubwürdigkeit der Androhung der massiven Vergeltung gegenüber niedrigeren Stufen der Aggression im Zeitalter der „mutually assured destruction“.

Aus der von allen geteilten Sicht Washingtons dreht es sich schon seit Entstehen der „Alles-oder-nichts“-Alternative darum, die Glaubwürdigkeit der nuklearen Abschreckung durch erhöhte Einsatz-Flexibilität auf allen denkbaren Ebenen unterhalb der massiven Vergeltung zurückzugewinnen und so die Verknüpfung der Streitkräfte-„Triade“ zu erhalten.

Eine von Schlesinger deswegen bereits eingeleitete Entwicklung, die jetzt planerisch umgesetzt wird, ist die Konzeption von „Limited Nuclear Option“/LNO zentralstrategischer Systeme, der auf Ebene von SACEUR die Planung selektiver Einsätze („Selective Employment Plans“/SEP) durch europabezogene Waffen (TNF), darunter LRTNF, entspricht. Dies läuft darauf hinaus, daß der Gegner mit einem lückenlosen, stufenlosen Spektrum von nuklearen Reaktionsoptionen konfrontiert werden kann.

Die in Bodø illustrativ dargestellten Beispiele planerisch bereits umgesetzter LNO und SEP demonstrierten nach Anlage, Umfang, Zielgruppen, Einsatzmitteln und -art sowie den vorgegebenen „constraints“, daß SACEUR den besonderen deutschen Interessen in diesem Zusammenhang angemessen Rechnung trägt, obwohl es sich bei LNO- bzw. SEP-Einsätzen nicht um rein demonstrativen Gebrauch handeln würde.

Den Darlegungen war zu entnehmen, daß die planerische Entwicklung einer solchen Optionsvielfalt dem Bedürfnis nach Abbau von Schadens-Asymmetrien sowie nach strenger politischer Eskalationskontrolle entgegenkommt. So erleichterte z.B. die SEP-Vorbereitung auch die Freigabekonsultation über die Bekämpfung mobiler Ziele innerhalb eines umschriebenen Raums.

Secretary Brown stellte allerdings selbstzweiflerisch in Frage, ob es tatsächlich gelingen könnte, einen nuklear gewordenen Konflikt nach dem Austausch derartiger – zumal zentralstrategischer – „begrenzter“ Schläge auf dieser Ebene zu beenden. Daß auch Moskau solche Zweifel habe, obwohl es auch dort Anzeichen für ein Denken in Kategorien begrenzter nuklearer Kriegführung gebe, komme letztlich der Gesamtaberschreckung zugute. Wie dem auch sei: Die nukleare Einsatzplanung des Westens bleibe schon deshalb unausweichlich, weil andernfalls nicht auszuschließen sei, daß Moskau nukleare Kriegführungsoptionen verfolge.

Aus dieser Gedankenführung erhellt, daß die LNO/SEP-Planung – weil sie zu einer Neutralisierung des gegenseitigen nuklearen Potentials auf jeder erdenklichen Zwischenebene führen kann – die Notwendigkeit verstärkter konventioneller Verteidigungsanstrengungen keineswegs mindert.

¹⁸ Der Ausschuß für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO stimmte am 12. Dezember 1967 in Brüssel der vom Militärausschuß vorgelegten Direktive MC-14/3 („Overall Strategic Concept for the Defense of the North Atlantic Treaty Organization Area“) zu. Nach dem unter dem Begriff „flexible response“ bekanntgewordenen Konzept sollten begrenzte Angriffe zunächst konventionell und, falls notwendig, mit taktischen Nuklearwaffen abgewehrt werden. Lediglich bei einem Großangriff sollte das strategische nukleare Potential zum Einsatz kommen. Für den Wortlaut vgl. NATO STRATEGY DOCUMENTS, S. 345–370. Vgl. dazu ferner AAPD 1967, III, Dok. 386.

2) LRTNF

a) Brown teilte mit, daß die SU seit dem NATO-Beschluß vom 12. Dezember 1979 weitere 36 SS-20-Raketen mit 108 Sprengköpfen disloziert und mit dem Bau von drei neuen Basen für 27 SS-20-Raketen begonnen hat. Eine Version mit vier MIRV-Sprengköpfen sei noch nicht erprobt worden.¹⁹

Um so wichtiger sei es, daß die Implementierung des Modernisierungsbeschlusses unter Beitritt Belgiens planmäßig fortschreite. (Dem stimmten die Minister Apel und Pym zu.) Mit bilateraler Festlegung der Basen für die Cruise Missiles in D, IT und UK sei im Sommer 1980 zu rechnen.

Die Finanzierung dieser Infrastruktur müsse im Rahmen der Slice 33 Priorität erhalten.

b) NL ließ erkennen, daß es sich im Widerspruch zur Entscheidung vom 12. Dezember 1979 auch an Infrastrukturkosten für LRTNF nicht beteiligen wolle. Minister Scholten erklärte, ein niederländischer Beitritt zum LRTNF-Programm sei 1981 nur denkbar, wenn

- die HLG in ihrer „Shift Study“ zur Empfehlung weiterer Reduzierung des westlichen nuklearen Arsenalts komme,
- die SCG bis Ende 1980 ein konkretes LRTNF-Verhandlungsangebot unter weitestmöglicher Ausklammerung des sowjetischen SS-4- und SS-5-Potentials entwickle,
- SALT II ratifiziert werde²⁰.

c) Minister Apel, sekundiert von Brown und Pym, entgegnete darauf:

Hauptfrage sei, wie man die SU an den Verhandlungstisch für LRTNF bekomme. Dies werde jedenfalls nicht geschehen, solange das Bündnis Zeichen von Schwäche – wie das belgische Zögern – zeige. Deshalb sei es im Interesse von Verhandlungsergebnissen zwingend notwendig, mit der LRTNF-Modernisierung wie beschlossen fortzufahren und sich dazu öffentlich zu bekennen.

Eine Verknüpfung dessen mit der Ratifizierung von SALT II könne nur zu weiterer Verzögerung von Verhandlungen führen. Nicht einmal die Sowjets selbst hätten die Ratifizierung zur Vorbedingung von LRTNF-Verhandlungen gemacht. Im übrigen sei daran zu erinnern, daß die LRTNF-Modernisierung schon aus Gründen der Veralterung des bisherigen westlichen Potentials erforderlich geworden, also nicht nur durch die SS-20 motiviert gewesen sei.

Überhaupt sei daran zu erinnern, daß Aufgabe der NPG und ihrer HLG nicht die Abrüstung nuklearer Waffen, sondern ihre Modernisierung sei. Abrüstung sei gut, solange sie zur Erhöhung unserer Sicherheit führe. Dem diene kaum – ganz abgesehen von dagegen sprechenden taktischen Erwägungen –, wenn die Daten für LRTNF-Verhandlungen schon vor ihrem Beginn zugunsten des Ostens künstlich reduziert würden. Über eine Sonderbehandlung der unverändert be-

¹⁹ Vortragender Legationsrat Ritter von Wagner vermerkte am 18. Juni 1980, der Bundesnachrichtendienst habe am 13. Juni 1980 informiert, dort lägen keine Erkenntnisse zu einer Ausrüstung der SS-20 mit vier Sprengköpfen vor: „Das SS-20-Programm sieht ca. 300 Träger vor. Dieses Programm wird frühestens 1981 abgeschlossen sein.“ Vgl. VS-Bd. 11343 (220); B 150, Aktenkopien 1980.

²⁰ Zum Stand des Ratifizierungsverfahrens des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 im amerikanischen Senat vgl. Dok. 59.

drohlichen SS-4 und SS-5 solle daher vor Verhandlungsbeginn überhaupt nicht gesprochen werden.

Die Niederlande könnten nicht beides zugleich verlangen: Eingehen auf ihre Wünsche nach weiterer einseitiger Reduzierung bei den nuklearen Waffen kurzer Reichweite, zugleich aber Distanzierung zur LRTNF-Modernisierung.

Diese Erklärung fand allseits starke Beachtung.

Wilfried Hofmann

VS-Bd. 10329 (201)

169

Botschafter Dunker, Luanda, an das Auswärtige Amt

114-3705/80 geheim

Fernschreiben Nr. 94

Aufgabe: 6. Juni 1980, 21.00 Uhr¹

Ankunft: 9. Juni 1980, 15.31 Uhr

Betr.: Namibia-Initiative²;

hier: Gespräch Botschaft–SWAPO

Bezug: DB Nr. 91 vom 4.6.1980 – Pol 303.13 (Luanda-Aufenthalt MdB Roth)³

1) Im Anschluß an bisherige Kontakte mit SWAPO wegen Einladung Nujomas durch Bundesaußenminister Kanzleigebäude Botschaft Gespräch mit SWAPO Administrative Secretary Moses Garoeb, Chief Representative to Angola David Shimeno und Deputy Treasurer Aaron Mushimba.⁴

Ich beantwortete sämtliche von SWAPO National Chairman David Meroro gestellten Fragen (vgl. DB Nr. 77 vom 22.5.1980⁵) gemäß Ziffer 2a–d des DE

¹ Hat Legationsrat I. Klasse Petri am 16. Juni 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Unterrichtung Dingels wird von Dg 32 durchgeführt“.

² Am 10. April 1978 unterbreiteten fünf Mitglieder des UNO-Sicherheitsrats, die Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Kanada und die USA, einen Vorschlag für eine Lösung der Namibia-Frage. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 574–578. Vgl. dazu ferner AAPD 1978, I, Dok. 115. Zum Stand der Namibia-Gespräche vgl. Dok. 144.

³ Botschafter Dunker, Luanda, informierte, der SPD-Abgeordnete Roth habe sich am 2./3. Juni 1980 in Angola aufgehalten: „Gespräch MdB Roth mit SWAPO-Präsident Nujoma 3.6.1980 dauerte knapp 25 Minuten und endete mit Eklat und ernster beiderseitiger Verstimmung.“ Nujoma habe das Gespräch beendet, da er sich von Roth beleidigt gefühlt habe: „Je einen Brief von Willy Brandt und Dingels an Nujoma gab dieser an MdB Roth ohne Wort des Dankes wieder zurück. MdB Roth hatte entschieden dagegen protestiert, daß Nujoma versuchte, altes Sündenregister in Zusammenhang Finanzierung Deutscher Schule Windhuk wieder hervorzuholen, und erklärt, kein Mandat für Gespräch über Vergangenes zu haben, sondern nur Interesse SPD an zukünftiger Zusammenarbeit übermitteln zu können. Im übrigen bat MdB Roth Nujoma, Einladung durch Bundesaußenminister evtl. für zweite Augsthälfte wohlwollend zu prüfen.“ Vgl. VS-Bd. 11165 (320); B 150, Aktenkopien 1980.

⁴ So in der Vorlage.

⁵ Botschafter Dunker, Luanda, berichtete von einem Gespräch mit dem Vorsitzenden der SWAPO, Meroro, über einen Besuchstermin für den SPD-Abgeordneten Roth beim Präsidenten der SWAPO, Nujoma: „Meroro erwiderte, Präsident Nujoma hätte eigentlich auf Antwort auf seine Fragen (Wehr-

Nr. 2930⁶ vom 29.5.1980 – 320-381.40 mit Sprachregelung zu Nujoma-Einladung.⁷

Zu Ziffer 2d bemerkte Garoeb, im Vergleich zu SWAPO-Beziehungen zu F und GB beständen zwischen Bundesrepublik und SWAPO „bigger differences, which can eventually only be overcome by sending a special SWAPO-delegation to Bonn in order to clear the atmosphere once and for all“. Er fuhr fort: „But there should not be any wishful thinking on any part.“ Im Prinzip habe Präsident Nujoma Einladung angenommen und prüfe zur Zeit den von MdB Roth vorgeschlagenen Termin in der zweiten Augushälfte. Botschaft werde „in due time“ informiert.⁸

2) Obwohl ich mich ausdrücklich nicht für Beziehungen SWAPO–SPD für zuständig erklärte, insistierte Garoeb – auch zur Erklärung der „bigger differences“ – auf SWAPO-Stellungnahme zu Unterredung MdB Roth–Nujoma vom 3.6.1980:

Zwar habe Präsident Nujoma zunächst Briefe Vorsitzenden Willy Brandts und Leiters SPD-Auslandsabteilung Dingels an MdB Roth zurückgegeben, doch habe Garoeb danach vergeblich versucht, Briefe wieder von MdB Roth zurückzu-erhalten. SWAPO bäte nunmehr um baldmögliche Übersendung beider Originalbriefe durch Post oder Sonderboten, damit sie ordnungsgemäß von SWAPO beantwortet werden könnten. Präsident Nujoma hätte, „wenn MdB Roth ihn hätte zu Wort kommen lassen“, folgendes sagen wollen: Seit zwei Jahren bemühten sich SWAPO und SPD um Normalisierung ihrer Beziehungen „at various stages“, ohne jedoch in folgenden für SWAPO entscheidenden Fragen zu Ein-vernehmen gelangt zu sein:

Personal ehemaligen Windhuk-Konsulats⁹ arbeite unverändert in Anwaltsfirma Lawrence und Bone weiter, das sei „cheating“.

Angebliche Öffnung Deutscher Schule in Windhuk für schwarze Kinder¹⁰: „Only one coloured child was admitted“, als Schule noch in Betrieb war.

Fortsetzung Fußnote von Seite 885

dienst Namibia-Deutsche, Inhaftierung von SWAPO-Mitgliedern in Namibia sowie angebliche militärische Zusammenarbeit Bundesrepublik–RSA) gewartet und vor allem auf ein Wort zur Anerkennung SWAPO gehofft.“ Vgl. Referat 320, Bd. 125277.

⁶ Korrigiert aus: „3080“.

⁷ Vortragender Legationsrat Ueberschaer übermittelte den Botschaften in Daressalam, Lagos, Luan-da und Lusaka eine Sprachregelung zur Einladung des Präsidenten der SWAPO, Nujoma, durch Bundesminister Genscher: „Wir gehen davon aus, daß SWAPO gegenwärtig Vorwände sucht“, um den Besuch zu verschieben. Die Frage des Wehrdienstes von Namibia-Deutschen stelle sich „nur bei der relativ geringen Zahl von Doppelstaatlern. Südafrika hat rechtlich die Möglichkeit, diese zum Wehrdienst heranzuziehen, ohne daß wir es verhindern können.“ Die von Nujoma zugesagte Liste mit in Namibia inhaftierten SWAPO-Mitgliedern habe die Bundesregierung noch nicht erhalten. Hinsichtlich der angeblichen militärischen Zusammenarbeit mit Südafrika sei mehrfach klargestellt worden, daß es diese nicht gebe: „Zur Frage einer vorherigen Anerkennung SWAPOs durch die Bundesregierung: Uns ist nicht verständlich, wieso diese Forderung uns gegenüber erhoben wird, nicht aber auch gegenüber Paris und London, wo Nujoma keine Bedenken gegen Gespräche mit den Außenministern sieht, obwohl diese dieselbe Haltung einnehmen wie wir.“ Vgl. Referat 320, Bd. 125277.

⁸ Der Präsident der SWAPO, Nujoma, hielt sich vom 23 bis 27. Oktober 1980 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundesminister Genscher am 23. Oktober 1980 vgl. Dok. 302.

⁹ Das Konsulat in Windhuk wurde mit Wirkung vom 31. Oktober 1977 geschlossen. Vgl. dazu BULLE-TIN 1977, S. 804. Vgl. dazu auch AAPD 1977, II, Dok. 229.

¹⁰ Ministerialdirigent Schödel wies das Konsulat in Windhuk am 2. März 1977 an, der Deutschen Höheren Privatschule (DHPS) mitzuteilen: „Die Bundesregierung betrachtet es unverändert als nicht vereinbar mit Grundsätzen ihrer Politik und als Belastung ihrer Beziehungen zu zahlreichen ande-

Zwar gebe es keine Raketen-Basis, aber nach SWAPO-Informationen einschlägige „research station“ mit deutscher Beteiligung in Namibia.

SWAPO akzeptiere nicht wiederholte Versicherungen Bundesregierung, Außenhandelsgesetz¹¹ böte keine Handhabe zu wirkungsvoller Unterbindung Handels deutscher Unternehmen mit RSA.

Zu Militärdienst Doppelstaatler in Südafrika wolle SWAPO wissen, ob deutsche Gesetze Doppelstaatlern Wehrdienst in fremden Heeren erlaube.

SWAPO glaube nicht, daß zwischen DTA Windhuk und Bundesregierung keine Kontakte bestünden, da laufend DTA-Angehörige sowohl Mitglieder Bundesregierung als auch Bundestages in Bonn aufsuchten.¹²

Wenn SPD endlich¹³ SWAPO als nichts anderes als „sole and legitimate representative of our people“ anerkenne, akzeptiere SWAPO offiziell von SPD angebotene Hilfe.

Wörtlich schloß Garoeb: „President Nujoma tried to discuss all this openly and Wolfgang Roth was expected to have the courtesy and to be subtle enough to listen without emotional outburst until the President had spoken. After positive talks of the President with Mr. Dingels in Paris darauf vorbereitet, MdB Roth zu Lusaka-Gipfel¹⁴ u. a. folgendes zu sagen¹⁵:

Fortsetzung Fußnote von Seite 886

ren Ländern, daß DHPS Nichtweißen verschlossen bleibt. Sie dringt daher in Anknüpfung an frühere klare Hinweise [...] erneut auf konkrete Schritte der Schule. [...] Für finanzielle Folgen der Öffnung (z. B. Entzug der staatlichen Subventionen) wird AA aufkommen. Falls Öffnung nicht erfolgt, wird Förderung bis Schuljahresende 1979 vollständig abgebaut. AA erwartet Mitteilung über Entscheidung sowie über vollzogene konkrete Schritte bis 1. Mai 1977.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 881; Referat 010, Bd. 178712.

Ein Beschluß der Elternschaft der DHPS zur allgemeinen Öffnung der Schule wurde am 12. April 1977 gefaßt.

¹¹ Für den Wortlaut des Außenwirtschaftsgesetzes vom 28. April 1961 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 481–495.

¹² Ministerialdirigent Haas informierte am 23. Juni 1980 die Botschaft in Pretoria, eine Delegation der Demokratischen Turnhallen-Allianz unter Leitung des Vorsitzenden Mudge sei im Auswärtigen Amt empfangen worden. Die Delegation habe ihre Unzufriedenheit mit der Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978 zum Ausdruck gebracht, in der u. a. freie Wahlen unter Beteiligung der SWAPO gefordert würden: „Prinzipiell sei die DTA weiter für die Verwirklichung von SR 435, doch müßten ihre ‚Opfer‘ honoriert werden.“ Staatssekretär van Well habe erklärt, „aus unserer Sicht gebe es zu SR 435 keine Alternative“. Haas äußerte dazu, Mudge wolle „Verständnis und Toleranz für die laufende Verstärkung von Verfassungs- und Exekutivorganen unter DTA-Kontrolle in Namibia“ erreichen. Die Demokratische Turnhallen-Allianz sehe momentan bei freien Wahlen keine Erfolgsaussichten. Die Ausführungen von Mudge legten nahe, „daß er ungeachtet des Zeitdrucks eine längere Periode in Anspruch nehmen will, um die DTA durch Ausübung einer erfolgreichen und den Schwarzen gegenüber konzessionsfreudigen de facto-Regierung politisch so zu stärken, daß sie Wahlen auch bei internationaler Kontrolle gewinnen kann“. Vgl. den nicht nummerierten Drahterlaß; Referat 320, Bd. 125277.

¹³ Korrigiert aus: „SPD endlich.“

¹⁴ Am 2. Juni 1980 fand in Lusaka eine Konferenz der Präsidenten dos Santos (Angola), Kaunda (Sambia), Khama (Botsuana), Machel (Mosambik), Mugabe (Simbabwe) und Nyerere (Tansania) sowie des Präsidenten der SWAPO, Nujoma, statt. Botschafter Dufner, Lusaka, berichtete am 4. Juni 1980: „Für Politik zuständiges ZK-Mitglied Kamanga bat Lusaka-Fünf heute vormittag [...] zu Gespräch über Namibia-Frage zu sich.“ Über die Ergebnisse der Konferenz werde Nyerere VN-Generalsekretär Waldheim und die Namibia-Kontaktgruppe unterrichten. Die SWAPO habe allen Entscheidungen zugestimmt und sei zur Beteiligung an fairen und freien Wahlen bereit, wenn Südafrika von der Nichtanerkennung abgehe. Die Demokratische Turnhallen-Allianz werde sich ebenso daran beteiligen können: Kamanga habe erklärt, „Simultangespräche hätten Lösung nicht ausreichend voran gebracht, und deutete an, ein Round-Table-Treffen könnte möglicherweise zu rascherer Lösung füh-

Aus SWAPO-Perspektive wende SA¹⁶ seit Juli 1979 weiterhin Verzögerungstaktik mit Blockierung DMZ-Lösung an. Diskussion um letzten Botha-Brief¹⁷ könne Lösung weitere sechs Monate verzögern, wenn nicht GS Waldheim konkreten Plan für Antwort habe, die SA in die Schranken weise („which forces SA to contentment“). SWAPO wäre zu Direktgesprächen mit SA unter VN-Beteiligung bereit. Westlichen Fünf käme jetzt besondere Rolle zu, zusammen mit FLS¹⁸, OAE und SWAPO bis 15. Juni 1980 SA zum Einlenken zu zwingen. Danach aber werde SWAPO beim VN-Sicherheitsrat „mandatory sanctions“ beantragen.

3) Wertung: Bedauerlich, daß Nujoma bei Lektüre Dingels-Briefes nicht einmal SPD-Formel zu „SWAPO as the authentic movement which is striving for the independence of Namibia“ zur Kenntnis nehmen wollte. Heutige Garoeb-Ausführungen zeigen – wenigstens gegenüber uns – trotz positiver Berichte Lusaka-Gipfels über massive Einwirkung auf SWAPO (vgl. DB Lusaka Nr. 191 vom 5.6.1980¹⁹) kein Einlenken. Immerhin zeigt Erscheinen Garoeb's in Botschaft SWAPO-Interesse an Fortsetzung Dialogs mit uns. Das jähzornige und rechtshaberische Auftreten Nujomas dürfte das Gespräch mit ihm jedoch in Zukunft nicht einfacher machen.

[gez.] Dunker

VS-Bd. 11165 (320)

Fortsetzung Fußnote von Seite 887

ren [...]. Derartige Gespräche würden D[e]M[ilitarisierte]Z[one] nicht ausschließen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 189; Referat 320, Bd. 125277.

¹⁵ So in der Vorlage.

¹⁶ Südafrika.

¹⁷ Zum Schreiben des südafrikanischen Außenministers Botha an VN-Generalsekretär Waldheim vom 12. Mai 1980 vgl. Dok. 144, Anm. 9.

¹⁸ Frontlinenstaaten.

Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia, Simbabwe und Tansania.

¹⁹ Botschafter Dufner, Lusaka, informierte, das Mitglied des Zentralkomitees der UNIP, Kamanga, habe am 4. Juni 1980 den SPD-Abgeordneten Roth empfangen. Dabei habe er „ausdrücklich bestätigt, daß F[ront]L[inien]S[taaten]-Präsidenten und Regierungschefs massiven Druck auf SWAPO-Chef Nujoma ausgeübt und ihn zur Annahme weitgehender Kompromisse gezwungen hätten. Informationen über die Art der Kompromisse wollte er nicht geben, da er Nyereres Gesprächen mit Waldheim und Fünf nicht vorgreifen wolle.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 191; Referat 320, Bd. 125277.

170

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Citron**220-370.73/10 LRTNF-976/80 geheim****13. Juni 1980¹**Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³

Zweck der Vorlage: Zur Information

Betr.: Stellungnahme von Präsident Carter gegen jede Art von Freeze oder Moratorium in seinem FS an den Herrn Bundeskanzler

Bezug: DE Chef BK vom 12.6.1980, geheim⁴

1) Präsident Carter nimmt sich widersprechende Pressemeldungen über Äußerungen des Bundeskanzlers über LRTNF beim SPD-Parteitag am 9.6.⁵ zum Anlaß, die amerikanische Ablehnung jeder Art von Freeze oder Moratorium zum Ausdruck zu bringen. Der Präsident betont, daß er die amerikanische Position

¹ Ablichtung.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 13. Juni 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Citron „n[ach] R[ückkehr]“ und Legationsrat Kischlat verfügte.

Hat Citron erneut vorgelegen.

Hat Kischlat vorgelegen.

² Hat Staatssekretär van Well am 13. Juni 1980 vorgelegen.

³ Hat Bundesminister Genscher am 14. Juni 1980 vorgelegen.

⁴ Vortragender Legationsrat I. Klasse Höynck, Bundeskanzleramt, übermittelte auf Weisung des Staatssekretärs Schüller, Bundeskanzleramt, ein Schreiben des Präsidenten Carter vom 12. Juni 1980 an Bundeskanzler Schmidt. Darin hieß es: „Conflicting press reports about your remarks on TNF at the June 9 Essen meeting of the SPD delegates have again caused confusion in Europe. Some stories incorrectly have claimed that you have proposed an East-West freeze on TNF deployments, and others imply for a fixed period of time. In view of your upcoming trip to Moscow, I thought it would be appropriate if I took the immediate opportunity to state once more our views on this matter. The U.S. will not agree to any proposal for a freeze, moratorium, or renunciation of a new or additional missile deployments, even for a fixed period of time. Such a proposal would be unequal and inconsistent with the alliance's December 12 decision, which I know you continue strongly to support. It would not be in the security interest of the alliance to make the vast Soviet superiority in the field of long-range theater nuclear missiles. It was this superiority that led NATO to decide to deploy long-range TNF. [...] Continuing confusion will only undermine allied solidarity on this central security issue, and have hard consequences for the future of the alliance.“ Vgl. dazu das Fernschreiben Nr. 1316; Vgl. VS-Bd. 14087 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

⁵ Zu den Äußerungen des Bundeskanzlers Schmidt am 9. Juni 1980 in Essen vgl. Dok. 175.

Gesandter Dannenbring, Washington, informierte am 10. Juni 1980, die amerikanische Tageszeitung „New York Times“ berichte an diesem Tag unter der Überschrift „Schmidt Urges Missiles Freeze“ über die Äußerungen des Bundeskanzlers am 9. Juni 1980 in Essen: „Wortlaut: ‚Chancellor Schmidt, speaking here before a convention of his Social Democratic Party, said today that the Soviet Union had rejected his suggestion for a three-year freeze in the installation of middle-range missiles in both east and west. The proposal had previously been criticized by TASS, the Soviet press agency. Mr. Schmidt, who will travel to Moscow on June 30, said: I stand by what I said. It would serve peace if both sides did not deploy for the next three years, and instead negotiated soon on mutual reductions.‘ Die ‚Washington Post‘ gibt die Äußerungen des Bundeskanzlers in einer 10-Zeilenmeldung wieder unter der Überschrift ‚Schmidt Says Missile Plan Rejected.‘ Entsprechende Berichte gebe es auch in der amerikanischen Tageszeitung „Baltimore Sun“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2301; Referat 010, Bd. 178796.

auch gerade im Hinblick auf die bevorstehende Reise des Bundeskanzlers nach Moskau⁶ darlegen möchte.

2) Die amerikanische Position wird in großer Deutlichkeit präsentiert:

Die USA werden keinem Vorschlag für einen LRTNF-Freeze oder ein Moratorium – selbst wenn es nur befristet wäre – zustimmen, da solch ein Moratorium nicht im Sicherheitsinteresse der Allianz liege und nur zur Verewigung und Legitimierung der bestehenden sowjetischen Überlegenheit führen würde.

Auch eine sowjetische Bereitschaft, die eigenen Dislozierungen auf dem gegenwärtigen Niveau einzufrieren, würde die Notwendigkeit der Nachrüstung nicht aufheben: s. auch letzter Satz des Briefes: „We will not accept a freeze till 1983 even if only aimed at the USSR, and we will continue to go forward with the Alliance LRTNF deployments expeditiously.“

Der Präsident fügt hinzu, daß weiterbestehende Unklarheit in dieser zentralen Sicherheitsfrage die Stabilität der Allianz unterminieren würde und schwere Auswirkungen auf die Zukunft des Bündnisses haben könne.

3) Der Präsident erklärt dann, daß er auf diesbezügliche Pressefragen geantwortet habe, der Bundeskanzler gehöre zu denen, welche den Allianzbeschluß⁷ zustande gebracht hätten, er habe seine Meinung nicht geändert. Sollte die Administration in der Öffentlichkeit gefragt werden, dann werde sie deutlich sagen, daß sie einen befristeten Freeze nicht unterstützen könne. Washington sei bereit, die SU aufzufordern, keine SS-20 mehr zu produzieren, doch könne man eine Freeze-Vereinbarung nicht akzeptieren, selbst wenn deren Wirkung sich auf das Einfrieren sowjetischer Dislozierungen beschränken würde.

4) In dieser Deutlichkeit hat die Administration h. W.⁸ ihre Position bisher noch nicht dargelegt. Bei der Erarbeitung des Berichts der SCG⁹ ist die Option eines Moratoriums allerdings erörtert und gemeinsam von den Bündnispartnern deutlich abgelehnt worden. Die US haben auch dort Moratorien grundsätzlich abgelehnt.¹⁰

Die jetzige Stellungnahme des Präsidenten zeigt klar, daß Washington besorgt ist über die möglichen innen- und außenpolitischen Wirkungen eines östlichen

⁶ Bundeskanzler Schmidt hielt sich am 30. Juni und 1. Juli 1980 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 192–195.

⁷ Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 10.

⁸ Hiesigen Wissens.

⁹ Zur konstituierenden Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO am 25. Januar 1980 in Brüssel vgl. Dok. 28.

Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), informierte am 7. Mai 1980 über den Verlauf der Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO am 6./7. Mai 1980: „Dabei nahm die Diskussion über die Behandlung der SS-4/5, die Frage des geographischen Anwendungsbereiches und über die Form des Berichts (Chairman's Report oder SCG-Report) breiten Raum ein. Außerdem wurden denkbare sowjetische Propagandainitiativen, etwa anlässlich des WP-Treffens am 14./15. Mai in Warschau, und mögliche Reaktionen des Bündnisses erörtert.“ Der amerikanische Vertreter habe mitgeteilt, die USA wendeten sich „mit Nachdruck gegen jegliche Art eines Moratoriums, das – wie immer gestaltet – negative Auswirkungen auf den westlichen Nachrüstungsbeschluß hätte und den bereits vorhandenen sowjetischen LRTNF-Vorsprung außer acht lasse“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 700; VS-Bd. 11399 (220); B 150, Aktenkopien 1980.

¹⁰ An dieser Stelle vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich: „[r]ichtig“.

Freeze-Vorschlags, der in etwa den Äußerungen des Herrn BK in Essen am 12. April 1980¹¹ entsprechen würde.

Washington will augenscheinlich deutlich machen, daß man nicht bereit ist, Vorschläge (als Ergebnis der Moskau-Reise) über eine Freeze-Vereinbarung (selbst wenn sie wegen der westlichen Zeitpläne bei praktischen Dislozierungen nur den Osten einbinden würden) zu akzeptieren.

Washington ist zwar bereit, wie wir Moskau zum einseitigen Dislozierungsstopp aufzufordern, lehnt aber jede Art einer Freeze-Vereinbarung (mit ihren politischen Bremswirkungen) ab.

5) Das Bezugsfernschreiben sollte besonders vertraulich behandelt werden. Auf Arbeitsebene war zu erfahren, daß im Bundeskanzleramt derzeit die Meinung vertreten wird, daß eine mündliche Antwort einer schriftlichen bei weitem vorzuziehen ist.

6) Für den Fall, daß die amerikanische Regierung, wie im Schreiben des Präsidenten angedeutet, öffentlich zu dieser Frage Stellung nimmt, sollte hier im Zusammenwirken mit dem Bundeskanzleramt eine Sprachregelung vorbereitet werden, welche unter Hinweis auf die Erläuterungen des Bundeskanzlers vom 17.4. (s. Anlage¹²) und auch die jüngste Rede in Essen am 9. Juni klarstellt, daß es auch der Bundesregierung darum geht, „daß auch die Sowjetunion in den nächsten drei Jahren keine weiteren modernen Mittelstreckenwaffen disloziert, wie das im Westen schon der Fall ist“ (BK). Ein Freeze, welcher die Implementierung der Allianzbeschlüsse behindern würde, sei von der Bundesregierung nie vorgeschlagen worden.

Eine öffentliche deutsch-amerikanische Kontroverse in dieser vitalen Frage sollte auf jeden Fall vermieden werden.

Citron

VS-Bd. 11343 (220)

¹¹ Zu den Äußerungen des Bundeskanzlers Schmidt am 11. April 1980 in Hamburg bzw. am 12. April 1980 in Essen vgl. Dok. 111.

¹² Dem Vorgang beigelegt. Vgl. VS-Bd. 11343 (220); B 150, Aktenkopien 1980. Zu den Darlegungen des Bundeskanzlers Schmidt in Düsseldorf vgl. Dok. 126, Anm. 5.

Botschafter Wieck, Moskau, an das Auswärtige Amt

114-3811/80 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 2646

Aufgabe: 14. Juni 1980, 13.06 Uhr¹
Ankunft: 14. Juni 1980, 15.06 Uhr

Betr.: Reise des Bundeskanzlers und Bundesaußenministers in die Sowjetunion²;

hier: Analyse des Ergebnisses der Staatssekretär-Gespräche am 12.6.³

Bezug: DB Nr. 2494 vom 6.6.1980 – Pol 321.10 VS-v⁴

Die Analyse der Einlassungen des sowjetischen Außenministers Gromyko⁵ sowie des Ersten Stellvertretenden Außenministers Malzew in den Gesprächen

¹ Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 16. Juni 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

² Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher hielten sich am 30. Juni und 1. Juli 1980 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 192–195.

³ Staatssekretär van Well hielt sich am 11./12. Juni 1980 in der UdSSR auf. Am 12. Juni 1980 informierte van Well, z. Z. Moskau, über sein Gespräch mit dem Ersten Stellvertretenden sowjetischen Außenminister, Malzew, an dem auch der Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, Bondarenko, und dessen Stellvertreter, Terechow, teilgenommen hätten. Dabei habe er „unsere Überlegungen zu den prozeduralen und den Substanzfragen des Besuchs“ dargelegt: „Abschlußdokument: Ich wies auf verschiedene mögliche Formen hin. Wir seien offen, über Formen Schlußdokuments zu sprechen, hätten aber gewisse Präferenz für kurzes gemeinsames Kommuniqué, das als Referenzbasis auch für Darstellung Besuchs gegenüber Öffentlichkeit nützlich sein würde. [...] Bondarenko sah einen Widerspruch zwischen der Forderung nach einem Schlußdokument, anhand dessen die Weltöffentlichkeit über die Ergebnisse des Besuchs unterrichtet werden könnte, und einem kurzen, lakonischen Dokument. Ich habe ihm daraufhin die Problematik, die sich für uns bei diesem Punkt stellt, erläutert und ihn darauf hingewiesen, daß es für uns unerlässlich sei, das Thema Afghanistan zu erwähnen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2598; Referat 213, Bd. 133134.

⁴ Botschafter Wieck, Moskau, legte die sowjetischen Interessen im Zusammenhang mit dem Besuch des Bundeskanzlers Schmidt dar. Die UdSSR wolle die durch die Intervention in Afghanistan hervorgerufene Isolierung durchbrechen und strebe eine „Normalisierung der internationalen Beziehungen“ an. Darüber hinaus ziele sie darauf ab, das noch gewachsene Interesse der europäischen Staaten an der Fortsetzung der Entspannungspolitik zu nutzen, womit sie gleichzeitig Mißtrauen gegen die USA schüren wolle: „Hinweise auf Grenzen amerikanischen Einflusses, amerikanischer Führungsfähigkeit. Im Gegensatz dazu wird sowjetische Zuverlässigkeit und Handlungsfähigkeit herausgestellt. Darüber hinaus Wachhalten latent vorhandenen Mißtrauens bei anderen westlichen Staaten gegenüber politischer Grundausrichtung der Bundesrepublik Deutschland.“ Die UdSSR habe ein genuines Interesse an der Pflege der bilateralen Beziehungen, insbesondere im wirtschaftlichen und technologischen Bereich. Vor dem Hintergrund der Wahlen zum Bundestag am 5. Oktober 1980 wolle sie für Verständnis in der Öffentlichkeit werben und die Opposition gegen den NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 stärken: „Diese Gründe sind so stark, daß sie die Ressentiments wegen der deutschen Nichtteilnahme an den Olympischen Spielen überwiegen – hier siegt die Staatsräson über die Emotion [...]. Nach dieser Analyse der sowjetischen Interessenlage ist zu bezweifeln, daß die Begegnungen auf hoher politischer Ebene von der Sowjetunion dazu benutzt werden, in Substanzfragen (Afghanistan, Mittelstreckenproblematik) mehr als verbale Konzessionen zu machen. Weder für das eine noch für das andere Problem wäre die Bundesrepublik Deutschland der eigentliche Verhandlungspartner.“ Vgl. VS-Bd. 13165 (213); B 150, Aktenkopien 1980.

⁵ Botschafter Wieck, Moskau, berichtete am 13. Juni 1980, in dem Gespräch des Staatssekretärs van Well mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 12. Juni 1980 habe dieser erklärt, „man dürfe nicht die Afghanistan-Frage zur Achse machen, um die sich alle anderen Fragen drehen müßten“. Gromyko wünsche außerdem ein Abschlußdokument mit Aussagen zu Sachfragen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2617; VS-Bd. 13165 (213); B 150, Aktenkopien 1980.

mit StS van Well zur Vorbereitung des Besuchs von BK Schmidt und Bundesaußenminister Genscher stellt sich aus meiner Sicht wie folgt dar:

I. Formale prozedurale Seite

1) Charakter des Besuchs

Die sowjetische Seite strebte, wie sich aus dem Entwurf der sowjetischen Botschaft Bonn für die Pressemitteilung über den Besuch und aus dem Briefwechsel Bundeskanzler/Breschnew⁶ ergab, ursprünglich einen offiziellen Besuch mit ausgedehntem Protokoll und viel Gelegenheit zur medienwirksamen Darstellung der Begegnungen an. Sie scheint nun den wesentlichen deutschen Vorstellungen für die Gestaltung des Besuchs (Arbeitsbesuch, Konzentration auf die Gespräche) folgen zu wollen. Es bleibt abzuwarten, ob sie auch auf die deutschen Vorstellungen im einzelnen eingehen wird (Teilnahme anderer Politbüro-Mitglieder an den Gesprächen oder gesonderte Gespräche mit diesen, Gegen-Essen des Bundeskanzlers in der Botschafter-Residenz). Die sowjetische Seite könnte dazu neigen, uns im prozeduralen Bereich (Art und Weise des Besuchsverlaufs) soweit wie möglich entgegenzukommen, in der Hoffnung, Konzessionen von unserer Seite in Substanzfragen zu erreichen (für sie nützliche Aussagen zu kontroversen Bereichen im Schlußdokument).

2) Unterzeichnung des Langfristigen Programms für die Ausfüllung des Abkommens über die wirtschaftliche Zusammenarbeit⁷. Gromyko hat die Forderung nach Unterzeichnung auf oberster Ebene wiederholt, allerdings geschah dies ohne besonderen Nachdruck. Malzew hat diesen Wunsch, den schon Tichonow im Kanzlergespräch erwartungsgemäß vorgebracht hatte⁸, nicht angesprochen. Dies dürfte eine der negotiablen Positionen⁹ der sowjetischen Seite sein.

3) Gestaltung des Schlußdokuments

Gromyko strebt ein Communiqué mit Substanzaussagen an. Die sowjetische Seite hat einen Entwurf in Aussicht gestellt und auch uns nahegelegt, unsere Vor-

⁶ Vgl. dazu das Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt vom 31. Januar 1980 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew; Dok. 34.

Zum Schreiben Breschnews vom 4. März 1980 an Bundeskanzler Schmidt vgl. Dok. 78.

⁷ Ministerialdirektor Fischer vermerkte am 2. Juni 1980: „In Artikel 6 Abs. 2 des Langfristigen Abkommens von 1978 ist vorgesehen, daß die deutsch-sowjetische Wirtschaftskommission ein Langfristiges Programm über die Hauptrichtungen der Zusammenarbeit ausarbeiten soll. [...] Das Langfristige Programm soll einerseits als Leitlinie bzw. Orientierung bei der Durchführung des Langfristigen Wirtschaftsabkommens von 1978 dienen. Es enthält ebenso wie die Langfristigen Perspektiven von 1974 praktisch nur Empfehlungen der Regierungen für die wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit. Die Entscheidung über und die Durchführung der einzelnen Vorhaben unterliegt, wie im Programm gleichfalls verbindlich festgelegt, zumindest auf deutscher Seite ausschließlich den Unternehmen. [...] Andererseits ist das Langfristige Programm insbesondere in technologischer Hinsicht anspruchsvoller konzipiert als die noch bis 1983 gültigen Perspektiven. Im Einvernehmen und nach einem Schriftwechsel der beiderseitigen Kommissionsvorsitzenden vom November 1979 bzw. April 1980 soll das Programm nunmehr nicht als Kommissionspapier, sondern unter Einbeziehung von Berlin durch die Frank-Falin-Klausel als Regierungsabkommen unterzeichnet werden.“ Während die sowjetische Seite „an einer möglichst baldigen Unterzeichnung auf möglichst hoher Ebene interessiert“ sei, habe das Bundeskabinett am 21. Mai beschlossen, das Programm anlässlich des Besuchs des Bundeskanzlers Schmidt und des Bundesministers Genscher in der UdSSR durch Botschafter Wieck und einen Vertreter der sowjetischen Regierung unterzeichnen zu lassen. Vgl. Referat 421, Bd. 141310.

⁸ Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem sowjetischen Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten, Tichonow, am 30. Mai 1980 vgl. Dok. 151, Anm. 11.

⁹ Die Wörter „negotiable Positionen“ wurden von Vortragendem Legationsrat Edler von Braumnühl hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Was gibt es da zu verhandeln?“

stellungen (Ablaufkommuniqué) zu konkretisieren. Bondarenko arbeitet an einem Entwurf mit einigen Sachaussagen, wie er mir am 13.6. sagte. Die Sowjetunion wird sich bemühen, die Gespräche während des Besuchs vor allem auf die Themen Entspannung, KSZE-Folgekonferenz Madrid, Konferenz über militärische Abrüstung und Entspannung in Europa¹⁰, Rüstungskontrolle und Abrüstung sowie die Ost-West-Beziehungen im allgemeinen zu konzentrieren und kritische internationale Fragen wie Afghanistan, Kambodscha oder Iran (Geiselsproblem) auszusparen oder zu relativieren versuchen. Schwergewicht der Substanzaussagen im sowjetischen Kommuniqué-Entwurf wird daher auf den erstgenannten Themen liegen.

Aus taktischen Gründen dürfte es zweckmäßig sein, daß wir ein Ablaufkommuniqué vorbereiten, es aber erst präsentieren, wenn Natur und Inhalt des sowjetischen Entwurfs bekannt sind. Es hat den Anschein, daß die sowjetische Seite mit ihrem Entwurf erst relativ spät herauskommen wird (Malzew: „In zehn Tagen verändern sich so viele Dinge“).

II. Sachfragen

1) Gromyko und Malzew haben sich unserem Drängen, die sowjetische Haltung zu Sachfragen bekanntzugeben, entzogen. Sie haben darauf verwiesen, daß die Diskussion der Substanzfragen den Gesprächen auf höchster Ebene überlassen bleiben sollte. Sowjets lassen damit erkennen, daß sie Ergebnisse – substantiell relevanten oder auch nur verbalen Charakters – dem Besuch selbst vorbehalten wollen. Sie verfolgen dabei die Taktik, den vermeintlich bei uns bestehenden Wunsch, Ergebnisse vorweisen zu wollen, durch Verzögerung der sachlichen Diskussion letzten Endes für ihre Ziele zu nutzen. Es besteht die Gefahr, daß sie am Ende die deutsche Seite mit Formulierungen konfrontieren werden, die wie ein Entgegenkommen in der Sache aussehen, uns in Wirklichkeit aber auf Positionen festlegen sollen, die von Allianzpositionen abweichen oder in den Augen unserer westlichen Partner abzuweichen scheinen. So könnten die Stellung der Bundesrepublik Deutschland im Bündnis durch Zweideutigkeiten geschmälert und desintegrierende Tendenzen gefördert werden.¹¹

2) Dieser Taktik können wir in zweifacher Weise begegnen:

(1) Durch frühzeitige klare Formulierung unserer Haltung in den Sachfragen, wie es schon in den Ausführungen des Staatssekretärs zur Sache und gelegentlich des Tichonow-Besuchs durch den Bundeskanzler und Bundesaußenminister¹² geschehen ist.

¹⁰ Zum französischen Vorschlag einer Konferenz für Abrüstung in Europa vgl. Dok. 100.

Zum Vorschlag des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, Gierek, vom 11. Februar 1980 für eine Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 55, Anm. 39.

¹¹ An dieser Stelle vermerkte Vortragender Legationsrat Edler von Braunmühl am 16. Juni 1980 handschriftlich: „Bei Substanz Kommuniqué müßten wir auf 3 Risiken achten: a) Substanzformulierungen müssen wir auch als Bewegung in Gesprächen erläutern können. b) Alte D-SU Formulierungen, die durch sowj[etische] Politik entwertet wurden, sind ungeeignet. c) D+B[er]l[i]n-Punkte sollten nicht als Rechtfertigung der Reise erscheinen.“

¹² Bundesminister Genscher und der sowjetische Erste Stellvertretende Ministerpräsident, Tichonow, trafen am 30. Mai 1980 zusammen. Genscher äußerte im Hinblick auf den NATO-Doppelbeschuß vom 12. Dezember 1979 und die sowjetische Intervention in Afghanistan: „Wir sind verlässliche Partner im Rahmen der EG und der NATO, genauso aber auch zuverlässige Partner bei der Entspannung zwischen Ost und West. Dieses ist kein Widerspruch, sondern ein elementarer Bestandteil unserer Außen- und Sicherheitspolitik. Wir führen Entspannungspolitik im Rahmen der EG und der

(2) Dadurch, daß wir in der Öffentlichkeit keinerlei Erwartung auf substantielle Fortschritte in den kritischen Fragen entstehen lassen.

3) Malzew versäumte nicht, uns an „unseren Sinn für Realitäten“ zu erinnern, mit dem wir auch die „Realität der Irreversibilität der neuen Verhältnisse in Afghanistan“ anerkennen müßten. Damit hat er das Ziel zu erkennen gegeben, das die sowjetische Seite bei diesem Besuch maximal – direkt oder indirekt – zu erreichen suchen wird. Außerdem distanziert er sich mit dieser Bemerkung von den Bestrebungen des von der Islamischen Konferenz gebildeten Dreierausschusses.¹³

4) Die SALT-Probleme einschließlich der Mittelstreckenfragen wurden von sowjetischer Seite nicht erwähnt. Angesichts der verschiedenen sowjetischen Hinweise auf neue Tendenzen im sowjetischen Denken halte ich es nicht für ausgeschlossen, daß die Sowjets in nächster Zeit in folgender Weise parallel vorgehen werden:

(1) Sie werden den öffentlichen Druck (unterhalb der Regierungsebene) auf Revision der Dezemberbeschlüsse der NATO¹⁴ aufrechterhalten.

(2) Zugleich könnten sie die Bereitschaft zeigen, die gesamte Problematik der strategischen und eurostrategischen Kernwaffen nach den Wahlen in Amerika¹⁵ in den Dialog mit den USA aufzunehmen und damit durch eine prozedurale Veränderung ihre bisherige starre Haltung zum westlichen Verhandlungsangebot relativieren.

Formulierungen in dieser Hinsicht unter Anknüpfung an die gemeinsame Erklärung vom 6. Mai 1978¹⁶ könnten denkbar werden, müßten aber hinsichtlich der Problematik der Einbeziehung der FBS und der britischen und französischen Systeme sorgfältig geprüft werden.

5) Bilateraler Bereich

(1) Es ist nicht auszuschließen, daß die Sowjetunion zu Bewegung in bilateral anstehenden Fragen bereit sein könnte, wenn substantielle deutsche Schritte in Richtung auf die Hinnahme der sowjetischen Afghanistanpolitik erfolgen.

(2) Ein Bereich, in dem auch ohne dies Fortschritte erzielt werden könnten, ist der Botschaftsneubau.¹⁷ Hier könnte die sowjetische Seite zugestehen, daß je-

Fortsetzung Fußnote von Seite 894

NATO. [...] Wir hoffen daher, in Moskau unsere Meinungen und Besorgnisse klar zum Ausdruck bringen zu können und Lösungen als ersten Schritt herauszuarbeiten.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 421, Bd. 141311.

¹³ Zur Konferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz vom 17. bis 22. Mai 1980 in Islamabad und zur Bildung eines Dreierausschusses für Afghanistan vgl. Dok. 148, Anm. 7.

¹⁴ Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 10.

¹⁵ Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

¹⁶ Für den Wortlaut der Gemeinsamen Deklaration vom 6. Mai 1978 anlässlich des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 4. bis 7. Mai 1978 in der Bundesrepublik vgl. BULLETIN 1978, S. 429 f.

¹⁷ Referat 111 vermerkte in dem undatierten Entwurf einer Verbalnote an die sowjetische Botschaft: „In dem Protokoll vom 12. Juli 1974 und den dazugehörigen Anlagen Nr. I und Nr. II sind die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken übereinkommen, sich gegenseitig kostenfrei und zur unentgeltlichen Nutzung Grundstücke zur Errichtung der Gebäudekomplexe der Botschaften zu überlassen.“ Vgl. Referat 213, Bd. 112763. Vortragender Legationsrat I. Klasse Kühn vermerkte am 16. Januar 1979, der sowjetische Botschafter

der Seite freigestellt wird, den Bauunternehmer nach eigenem Ermessen zu wählen, da sie nur so eine Beschleunigung des Neubaus der sowjetischen Botschaft in Bonn, an dem sie interessiert ist, erreichen kann.

[gez.] Wieck

VS-Bd. 14091 (010)

172

Gespräch des Staatssekretärs van Well mit dem stellvertretenden amerikanischen Außenminister Christopher in Rom

204-321.00 USA-465/80 VS-vertraulich

16. Juni 1980¹

Gespräch des Herrn Staatssekretärs mit dem stellvertretenden amerikanischen Außenminister Warren Christopher am 16.6. in Rom²

An dem von dem amerikanischen Botschafter in Rom³ gegebenen Abendessen nahmen ferner teil von amerikanischer Seite Assistent Secretary George Vest, Robert Blackwill, NSC, und der politische Botschaftsrat der amerikanischen Botschaft in Rom; von deutscher Seite MD von Staden und VLR I Dr. Schenk.

Fortsetzung Fußnote von Seite 895

Semjonow habe bei seinen Antrittsbesuchen die Frage des Neubaus der sowjetischen Botschaft angeschnitten und um Unterstützung bei der Beschleunigung des Vorhabens gebeten. Dazu habe er seinerseits Hilfe beim Neubau der Botschaft der Bundesrepublik in Moskau angeboten. Ihm sei bedeutet worden, daß „noch einige technische und vor allem finanzielle Fragen geklärt werden müßten“. In einer Besprechung mit Angehörigen der sowjetischen Botschaft am 12. Januar 1979 hätten diese Verständnis dafür geäußert, „daß wir wegen der seinerzeit gemachten sowjetischen Äußerung, der Baupreis in Moskau werde sich nach dem Baupreis in Bonn richten, an einer Klärung der finanziellen Probleme interessiert sind und bei der Ermittlung der Preise beteiligt werden wollen“. Vgl. Referat 213, Bd. 133138.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Arnot notierte am 19. Mai 1980, Semjonow habe ihn am Rande eines Empfangs angesprochen, „man könne nicht nach dem Prinzip der Gleichzeitigkeit vorgehen, weil das sowjetische Projekt bereits seit zwei Jahren im Gange sei“. Die UdSSR habe ihrerseits alle Genehmigungen erteilt. Vgl. Referat 213, Bd. 133138.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schenk am 17. Juni 1980 gefertigt und am folgenden Tag zusammen mit einer weiteren Aufzeichnung über das Vorbereitungstreffen für den politischen Teil des Weltwirtschaftsgipfels am 22./23. Juni 1980 in Venedig „mit der Bitte, die Genehmigung des Herrn Staatssekretärs herbeizuführen“, an das Büro Staatssekretäre weitergeleitet.

Hat Vortragendem Legationsrat von Butler am 19. Juni 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär van Well verfügte.

Hat van Well am 19. Juni 1980 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 11109 (204); B 150, Aktienkopien 1980.

² Staatssekretär van Well und der stellvertretende amerikanische Außenminister Christopher hielten sich anlässlich des Vorbereitungstreffens für den politischen Teil des Weltwirtschaftsgipfels am 22./23. Juni 1980 in Italien auf.

³ Richard N. Gardner.

Christopher eröffnete das Gespräch mit dem Hinweis, daß man derzeit schwierige Zeiten durchlebe. Er, *Christopher*, betrachte die Gelegenheit als ein Gespräch unter Freunden, um in der Presse hochgespielte Meinungsverschiedenheiten wieder auf das richtige Maß zurückzuschrauben (minimize). Was immer er, *Christopher*, hierzu beitragen könne, wolle er tun, auch wenn dies möglicherweise wenig zu Buche schlagen sollte. Er wäre ferner dankbar, wenn der StS etwas zu seiner Moskaureise⁴ und zu dem sagen könnte, was der Bundeskanzler in Moskau zur Sprache zu bringen gedenke⁵.

StS: Er stimme der Einschätzung zu, daß wir in schwierigen Zeiten lebten. Aus Washington erhalte man unterschiedliche Botschaften: Der Präsident⁶ spiele in seinen öffentlichen Stellungnahmen Berichte über europäisch-amerikanische Schwierigkeiten herunter. In seinen privaten Mitteilungen an den Kanzler⁷ zeige er sich jedoch besorgt. Er, *StS*, halte es für außerordentlich wichtig, wenn man in der jetzigen Situation Übereinstimmung in den gemeinsamen Grundvorstellungen demonstriere. Hierzu biete der Wirtschaftsgipfel in Venedig⁸ eine gute Gelegenheit. Der Bundeskanzler und der Bundesminister seien entschlossen, dies dort zu tun. Was die Reise des Bundeskanzlers nach Moskau angehe, so werde dieser Besuch ohne großen protokollarischen Aufwand ablaufen. Er, *StS*, habe in Moskau unterstrichen, daß der Besuch des Bundeskanzlers ein schwieriger sein werde und daß der Bundeskanzler sich ganz auf die Gespräche konzentrieren wolle.

Die bestehenden Meinungsunterschiede mit der Sowjetunion würden nicht verschleiert werden. Der Kanzler werde vor allen Dingen zwei Punkte unterstreichen: einmal die Afghanistanproblematik und zum anderen die sowjetische Aufrüstung im Mittelstreckenbereich. Gerade für diesen Bereich werde der Bundeskanzler anhand der uns zur Verfügung stehenden Zahlen seine tiefe Besorgnis über die unverminderte sowjetische Aufrüstung zum Ausdruck bringen. Hierbei werde er von der Grundlage der Bündnisposition ausgehen. Zu den Hamburger Äußerungen des Bundeskanzlers zu TNF⁹ erläuterte *StS*, daß es sich hierbei nicht um eine offizielle Erklärung des Bundeskanzlers gehandelt habe, sondern um eine Äußerung in einer Parteiveranstaltung. Der Kanzler habe in der ihm eigenen Art die Zuhörer mit in einen Denkprozeß über dieses schwierige Thema einbeziehen wollen. Hierbei sei er von der Überlegung ausgegangen, wie man in den nächsten drei Jahren eine kontinuierliche sowjetische Aufrüstung im Mittelstreckenbereich verhindern könne. Die Sowjetunion werde nämlich, wenn nichts geschehe, ihr Aufrüstungsprogramm fortsetzen. Der Kanzler habe daher in einer mehr offensiven Weise dieses Problem angehen wollen. Seine Äußerungen hierzu bewegten sich im übrigen auf der Grundlage der schon früher von AM Vance verfolgten Linie und auf der Grundlage des DPC-

⁴ Zu den Gesprächen des Staatssekretärs van Well am 11./12. Juni 1980 in der UdSSR vgl. Dok. 171.

⁵ Bundeskanzler Schmidt hielt sich am 30. Juni und 1. Juli 1980 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 192–195.

⁶ James E. Carter.

⁷ Zum Schreiben des Präsidenten Carter vom 12. Juni 1980 vgl. Dok. 170.

⁸ Zum Weltwirtschaftsgipfel am 22./23. Juni 1980 in Venedig vgl. Dok. 184 und Dok. 185.

⁹ Zu den Äußerungen des Bundeskanzlers Schmidt am 11. April 1980 in Hamburg vgl. Dok. 111.

Kommuniqués vom 20. Mai¹⁰. Die Äußerungen des Kanzlers müßten auch auf folgendem Hintergrund gesehen werden: Die Bündnisentscheidung zu LRTNF¹¹ sei für uns außerordentlich schwierig gewesen. Die Entscheidung sei auch in der BR Deutschland nicht unumstritten gewesen und stünde auch heute noch sehr stark im Zentrum der tagespolitischen Diskussion. Der Bundesregierung sei es gelungen, einen nationalen Konsensus in dieser Frage zu erreichen, indem sie konsequent und überzeugend ein realistisches und verantwortliches Bild unserer Lage dargestellt habe. Auf dieselbe Weise sei es auch gelungen, in der Frage einer Nicht-Teilnahme an den Olympischen Spielen einen breiten nationalen Konsensus zu erreichen.¹² Die breite Beteiligung an diesem offenen Meinungsbildungsprozeß sei eine unerläßliche Voraussetzung, um die an diesen Fragen sehr interessierten Menschen unseres Landes für die Haltung der Bundesregierung zu gewinnen. In der Frage der LRTNF-Entscheidung des Bündnisses und des gleichzeitigen Rüstungskontrollangebotes werde man mit den sowjetischen Gesprächspartnern eine klare und offene Sprache sprechen. Angesichts dieser Lage sei es schwer zu verstehen und irritierend, wenn auf amerikanischer Seite mangelndes Vertrauen spürbar werde. Er, StS, frage sich, ob der letzte Brief des Präsidenten an den Bundeskanzler nötig gewesen sei?

Christopher unterstrich, daß man den Anteil des Bundeskanzlers und des Bundesministers am Zustandekommen der NATO-Entscheidungen vom Dezember 1979 und an der deutschen Entscheidung, an den Olympischen Spielen nicht teilzunehmen, voll würdige. Er möchte auch unterstreichen, daß in den USA ein großes Reservoir an Vertrauen gegenüber der BR Deutschland bestehe. Er, *Christopher*, verstehe jedoch nicht, welche Art von Gleichgewicht der Bundeskanzler in Moskau zu erreichen hoffe. Was werde z.B. die deutsche Reaktion sein, wenn Breschnew erkläre, die SU werde eine weitere Dislozierung der SS-20 einstellen?

StS betonte erneut, daß der Bundeskanzler in Moskau zunächst einmal die harten Zahlen auf den Tisch legen werde. Er werde dabei deutlich machen, daß er das¹³ Ungleichgewicht im Mittelstreckenbereich nicht akzeptieren könne. Er werde zudem auf möglichst baldige Gespräche über eine Rüstungskontrolle im Mittelstreckenbereich drängen. Hierbei sei klar, daß die sowjetische Bereitschaft hier nur dann gefördert werden könne, wenn auch der leiseste sowjetische Zweifel an der Entschlossenheit des Bündnisses, die Dezemberentscheidungen zu implementieren, beseitigt werden könne. Die Haltung der Bundesregierung sei klar: LRTNF könnten nicht vor der zweiten Jahreshälfte 1983 disloziert werden. Diese Zeitspanne auf der westlichen Seite sei eine Tatsache. Man könne hierbei nicht von einem Einfrieren oder einem Moratorium reden. Ein Moratorium würde zudem irgendeine Form von vertraglichen Vereinbarungen beinhalten. Hieran sei jedoch nicht gedacht. Der Bundeskanzler habe zwar einmal

¹⁰ Für den Wortlaut des Kommuniqués der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 13./14. Mai 1980 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 130–135. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 409–413.

¹¹ Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 10.

¹² Zur Empfehlung der Bundesregierung an das NOK vom 23. April 1980 vgl. Dok. 122, Anm. 3. Zur Entscheidung des NOK vom 15. Mai 1980 in Düsseldorf vgl. Dok. 148, Anm. 45.

¹³ Dieses Wort wurde von Staatssekretär van Well eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „ein“.

das Wort „abgestimmt“ benutzt. Er habe jedoch eindeutig klargemacht, daß an eine vertragliche Abmachung mit der SU nicht gedacht sei.

Christopher: Bundeskanzler wolle also die SU drängen, nicht weiter zu dislozieren, weil auch auf westlicher Seite eine Dislozierung erst in drei Jahren möglich sei?

MD von Staden warf hierbei ein, daß auch die Sowjetunion immer von der Notwendigkeit spreche, durch Rüstungskontrolle ein niedrigeres Niveau der Rüstungen zu erreichen. Man könne daher die SU hier beim Wort nehmen.

StS unterstrich, daß es die Auffassung des Bundeskanzlers sei, mit Entschiedenheit an den Dezember-Beschlüssen des Bündnisses festzuhalten. Nur dann könne man vielleicht bald zu SALT III kommen. Es gäbe sowjetische Hinweise, daß sich die SU möglicherweise zu solchen Verhandlungen bereiterklären könne, wenn hier alle strategischen¹⁴ Waffen einbezogen würden. Hierbei denke sie offenbar an eine Einbeziehung des französischen und britischen¹⁵ Nuklearpotentials.

Christopher stellte die Frage, ob die Gespräche des Bundeskanzlers in Moskau nicht eine Art De-facto-Moratorium schaffen könnten?

MD von Staden wies darauf hin, daß die amerikanische Reaktion auf die Äußerungen des Bundeskanzlers zur Mittelstreckenproblematik nahezu ein Spiegelbild der Diskussion über das SALT-II-Protokoll¹⁶ sei. Die psychologischen Auswirkungen dieses Protokolls auf die Europäer seien damals Anlaß zur Sorge gewesen. Es sei den USA jedoch gelungen, die Europäer mit ihren Argumenten zu überzeugen.

Im weiteren Verlauf des Gesprächs äußerten die *amerikanischen Gesprächspartner* ihre Besorgnis, daß eine mißverständliche Interpretation der Bundeskanzleräußerungen oder der Anschein eines De-facto-Moratoriums einige Bündnispartner in ihrer ohnehin schwankenden Haltung zu LRTNF weiter bestärken und zu einer Lage führen könnte, in der eine neue politische Entscheidung notwendig werde.

Christopher wies darauf hin, daß der Bundeskanzler gegenüber Senator Biden erklärt habe, man solle sich weniger auf die Zeitungsberichte als auf das verlassen, was die Bundesregierung auf direktem Wege der Administration mit-

¹⁴ Dieses Wort wurde von Staatssekretär van Well eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „global-strategischen“.

¹⁵ An dieser Stelle wurde von Staatssekretär van Well handschriftlich eingefügt: „und auch chinesischen“.

¹⁶ Der Leiter der amerikanischen SALT-Delegation, Warnke, teilte dem Ständigen NATO-Rat am 23. Mai 1977 mit, der amerikanische Außenminister Vance und der sowjetische Außenminister Gromyko hätten sich bei ihren Gesprächen vom 18. bis 20. Mai 1977 in Genf auf die Struktur eines dreiteiligen Vertragswerks geeinigt: „einen bis 1985 geltenden Vertrag, in dem alle Bestimmungen enthalten sein sollen, auf die sich Washington und Moskau im gegenwärtigen Zeitraum einigen können; ein Protokoll mit einer Interimsregelung von zwei bis drei Jahren mit vorläufigen Regelungen für umstrittene Fragen (z. B. Cruise Missiles); für sie soll in dieser Zeitspanne eine Dauerlösung vereinbart werden; Absichtserklärungen über die Themen für SALT III“. Vgl. die Aufzeichnung des Referats 220 vom 27. Mai 1977; VS-Bd. 11091 (202); B 150, Aktenkopien 1977.

Für den Wortlaut des Protokolls zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 44 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 389–391.

teile.¹⁷ Hierzu müsse er, Christopher, jedoch sagen, daß für Washington beides von Gewicht sei. Was der Bundeskanzler öffentlich sage, sei eine Realität und berühre die Bündnispartner.

StS erläuterte anschließend die innerdeutsche und insbesondere die innerparteiliche Diskussion innerhalb der SPD zur LRTNF-Problematik: Als der SPD-Parteitag im Dezember 1979 seine Haltung zu LRTNF und Rüstungskontrollangebot festgelegt habe¹⁸, habe Willy Brandt hervorgehoben, daß man in einem halben Jahr sehen werde, ob und welche Fortschritte die Rüstungskontrollverhandlungen in diesem Bereich gemacht hätten.¹⁹ Nach Ablauf der Halbjahresfrist, Anfang Juni, seien das Interesse innerhalb der SPD an dieser Frage und die innerparteiliche Diskussion wieder aufgelebt. Hierbei müsse man auch berücksichtigen, daß ein Teil der SPD-Mitglieder von Anfang an ihre Zweifel gehabt habe, ob das Rüstungskontrollangebot der NATO mit Nachdruck und Entschlossenheit verfolgt werde oder ob es sich hier nur um eine Art Weihnachtsverpackung für die LRTNF-Entscheidung gehandelt habe. Der Bundeskanzler müsse sich auch im Interesse der Glaubwürdigkeit der Bundesregierung mit diesen Stimmungen auseinandersetzen. Dies könne er nicht vom grünen Tisch aus tun, sondern dies müsse in der Diskussion mit der Parteibasis geschehen. Auf diesem Hintergrund müßten auch die Äußerungen des Bundeskanzlers in Hamburg und Essen²⁰ gesehen werden. Der Bundeskanzler wünsche, daß mit den Rüstungskontrollverhandlungen begonnen werde. Die Verhandlungsführung bei SALT III sei auf westlicher Seite natürlich eine Sache

¹⁷ Der amerikanische Senator Biden hielt sich am 11./12. Juni 1980 in der Bundesrepublik auf. Bundeskanzlers Schmidt äußerte ihm gegenüber am 11. Juni 1980 die Hoffnung, daß die Berichte des amerikanischen Botschafters Stoessel von der amerikanischen Regierung wichtiger genommen würden als Presseberichte. Die Zuverlässigkeit der Bundesregierung, die seit Jahren auf den NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 hingearbeitet habe, stehe außer Frage. Biden verwies auf öffentliche Äußerungen Schmidts und ergänzte, im amerikanischen Senat „frage man sich, ob Sie nicht unter innenpolitischem Druck stünden“. Schmidt widersprach dem. Da die NATO erst ab 1983 Mittelstreckensysteme stationieren könne, habe man drei Jahre Zeit für Verhandlungen. Er beabsichtige, „die sowjetische Führung zu drängen, auf Vorgespräche mit den Vereinigten Staaten einzugehen, ehe SALT II ratifiziert sei. [...] Amerika habe seine Führungsrolle in der Weltwirtschaft und in der internationalen Währungspolitik aufgeben. Es sollte nicht auch noch im Bereich der Begrenzung strategischer Nuklearwaffen abdanken.“ Schmidts Anregungen hinsichtlich einer angemessenen Reaktion auf die sowjetische Intervention in Afghanistan seien nicht angenommen worden: „Statt dessen habe man die Nichtteilnahme an den Olympischen Spielen beschlossen. Das werde jedoch die Lage in Afghanistan nicht ändern. Es gebe keine Strategie.“ Biden fragte, im Hinblick auf Schmidts Ausführungen in Essen am 9. Juni 1980 „ob bei Nichtstationierung während der nächsten drei Jahre Produktion und Vorbereitung der Stationierung (siting) weiterlaufen könnten“. Schmidt entgegnete, er habe nie von einem Moratorium gesprochen. Sowohl die Entwicklung als auch die Produktion und die Vorbereitung der Stationierung sollten weitergehen: „Andernfalls würden die Russen uns nicht ernst nehmen.“ Schmidt wies abschließend darauf hin, „daß es die alte politische Führungsschicht der Acheson, Dulles, McCloy, die die Welt gut gekannt hätten, nicht mehr gebe. Es müsse eine neue Führungsschicht herangezogen werden. Eine Schicht, die in die Zukunft sehen könne. So müsse man z.B. erkennen, daß Mittelamerika und die Karibik zum nächsten weltpolitischen Krisenherd werden könnten. Auch da bestehe wieder die Gefahr, daß sich die USA mit den falschen Kräften verbündeten.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 53; B 150, Aktenkopien 1980.

¹⁸ Der SPD-Parteitag fand vom 3. bis 7. Dezember 1979 in Berlin (West) statt. Zur dabei verabschiedeten Entschließung zur Sicherheitspolitik vgl. Dok. 5, Anm. 19.

¹⁹ Vgl. dazu das Schlußwort des SPD-Vorsitzenden Brandt auf dem SPD-Parteitag vom 3. bis 7. Dezember 1979 in Berlin (West); PARTEITAG DER SPD 1979, Bd. 2, S. 1194–1211.

²⁰ Zu den Äußerungen des Bundeskanzlers Schmidt am 12. April 1980 in Essen vgl. Dok. 111. Zu seinen Äußerungen vom 9. Juni 1980 vgl. Dok. 175.

der USA, aber es sei Sache der Bundesregierung, die deutsche öffentliche Meinung weiterhin von der Richtigkeit der Bündnisentscheidungen vom Dezember 1979 zu überzeugen.

Christopher wies darauf hin, daß auch bei einem De-facto-Moratorium der Sowjets bei der SS-20 das weitere Problem der Verifizierung bleibe. Der Bundeskanzler habe erklärt, daß er die westliche LRTNF-Programmplanung nicht beeinträchtigen wolle. Seine Idee sei aber offenbar gewesen, gegenüber den Sowjets sowohl einen Produktions- als auch einen Dislozierungsstopp anzuregen. Die USA seien²¹ der Auffassung, daß ein Dislozierungsstopp²² für die USA und die SU zwei verschiedene Dinge seien. Bei der SU seien Produktion und Dislozierung weitgehend identisch²³: Sie brauchten nur die Dächer ihrer Produktionsstätten zu öffnen und hätten damit gleichzeitig eine Raketenstellung. Die hier bestehende Asymmetrie zwischen USA und der SU dürfe nicht übersehen werden.

StS und *MD von Staden* wiesen demgegenüber darauf hin, daß der Bundeskanzler unterstrichen habe, daß die Pläne für die Entwicklung, Produktion und Dislozierung der LRTNF weitergehen müßten. Der Bundeskanzler habe gegenüber Senator Biden den Begriff gebraucht „in Stellung bringen“ (to place into position). Unter Dislozierung müsse daher ein ganzer Prozeß verstanden werden. Möglicherweise handele es sich hier um ein Mißverständnis, das auf einem Übersetzungsproblem beruhe.

StS wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß sowjetische Diplomaten und sowjetische Besucher ihre deutschen Gesprächspartner davon zu überzeugen versuchten, daß Gromykos Erklärung von der Aufhebung der NATO-Beschlüsse als Vorbedingung für Rüstungskontrollverhandlungen²⁴ möglicherweise zu negativ und zu übereilt gewesen sei. Man müsse daher der SU helfen, aus dieser Ecke herauszukommen und ihr Gesicht zu wahren. Diese Argumentation sei dem Bundeskanzler bekannt. Er müsse hierauf reagieren.

Auf eine entsprechende Frage von *Christopher* wandte sich dann das Gespräch der Frage zu, in welcher Weise der Bundeskanzler in Moskau Afghanistan ansprechen werde.

StS erläuterte in diesem Zusammenhang seine Gespräche in Moskau: Seine sowjetischen Gesprächspartner hätten auf die Notwendigkeit einer „realistischen“ Einschätzung der Afghanistan-Frage durch die Bundesregierung hingewiesen. Er, *StS*, habe erklärt, man schätze die Lage in Afghanistan durchaus realistisch ein. Hierzu gehöre, daß die Regierung Karmal keine effektive Kontrolle über das Land ausübe und daß es andere wichtige politische Kräfte im Lande gäbe. Es sei daher legitim, für die auf der zweiten Islamischen Konferenz²⁵ eingesetzte

²¹ An dieser Stelle wurde von Staatssekretär van Well gestrichen: „jedoch“.

²² Dieses Wort wurde von Staatssekretär van Well eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Produktionsstopp“.

²³ Dieser Satz wurde von Staatssekretär van Well handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Ein Produktionsstopp liege im Interesse der SU, wie bei ihr die Produktion und Dislozierung weitgehend identisch seien.“

²⁴ Vgl. dazu die Pressekonferenz des sowjetischen Außenministers Gromyko am 23. November 1979 in Bonn; Dok. 20, Anm. 12.

²⁵ Zur Konferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz vom 17. bis 22. Mai 1980 in Islamabad vgl. Dok. 148, Anm. 7.

Dreiergruppe mit allen politischen Gruppierungen Afghanistans zu sprechen. Die Sowjets hätten dieser Argumentation nicht widersprochen. Auch wenn sie selbst ein Treffen mit der Dreiergruppe abgelehnt hätten, so hätten sie die Tür offenbar doch noch nicht ganz geschlossen. Der Bundeskanzler werde jedenfalls seine sowjetischen Gesprächspartner drängen, Bemühungen der Islamischen Konferenz zu respektieren. Die Vorschläge seien realistisch und fair. StS unterstrich ferner, daß es wichtig sei, die islamischen Kanäle offenzuhalten. Die SU bevorzuge offenbar den direkten sowjetisch-amerikanischen Kanal. Man sollte jedoch auf beiden Wegen versuchen weiterzukommen. Der Bundeskanzler werde jedenfalls in Moskau die islamische Initiative unterstützen und nachdrücklich betonen, daß Afghanistan kein Nebenproblem, sondern eine zentrale Frage in den Ost-West-Beziehungen sei. Der Brief des Bundeskanzlers an Breschnew vom Januar dieses Jahres²⁶ spreche eine klare Sprache. Der Brief bleibe die Grundlage der Gespräche des Bundeskanzlers in Moskau. Auch der Bundesminister habe in Wien gegenüber Gromyko²⁷ eine klare und eindeutige Sprache gesprochen und die VN-GV-Resolution zu Afghanistan²⁸ ausdrücklich unterstützt.

Im weiteren Verlaufe des Gesprächs unterstrich *Christopher*, daß in Washington der Wunsch, SALT II zu ratifizieren, zugenommen habe.²⁹ Das einzige Hindernis stelle Afghanistan dar. Er hoffe, daß der Bundeskanzler dies den Sowjets klarmachen könne (convey the message). Wenn die SU glaube, die USA hätten heimliche andere Gründe, um eine Ratifizierung von SALT II zu verzögern, so sei dies falsch. Es sei eine Tatsache, daß die Administration an der Ratifikation von SALT II festhalte, weil der Vertrag im eigenen nationalen Interesse liege. Er, Christopher, halte es für vernünftig und realistisch, mit einer Wiederaufnahme der Ratifikationsdebatte etwa Anfang 1981 zu rechnen.

Blackwill betonte die Bedeutung der westlichen Solidarität, die notwendig sei, um psychologisch im Senat die Befürworter von SALT II zu stärken.

StS: Die Unterstützung der Türkei³⁰, Pakistans³¹ und anderer Länder der Dritten Welt sei auch ein Weg, für die Sowjetunion die Kosten zu erhöhen. Diese Hilfe sollte um ihrer selbst Willen gegeben werden, nicht jedoch mit unseren Beziehungen zur Sowjetunion begründet werden. Es sei ein Unterschied, ob die Deutschen ihre Beziehungen mit der Sowjetunion reduzierten oder ob dies z. B. von Frankreich, Spanien, Italien oder den USA geschehe. Die SU könne uns gegenüber in viel stärkerem Maße zurückschlagen (retaliate). Es liege im gemeinsamen westlichen Interesse, die Lage in Europa ruhig zu halten. Ebenso wie es im allgemeinen westlichen Interesse liege, die aktiven Beziehungen mit Polen, Ungarn und anderen osteuropäischen Staaten weiter zu pflegen.

²⁶ Für das Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt vom 31. Januar 1980 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, vgl. Dok. 34.

²⁷ Für das Gespräch des Bundesministers Genscher am 16. Mai 1980 mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko vgl. Dok. 151.

²⁸ Zur Resolution ES-6/2 der Notstandssondertagung der VN-Generalversammlung vom 14. Januar 1980 vgl. Dok. 14, Anm. 11.

²⁹ Zum Stand des Ratifizierungsverfahrens des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 im amerikanischen Senat vgl. Dok. 59.

³⁰ Zur Wirtschafts-, Finanz- und Verteidigungshilfe der Bundesrepublik für die Türkei vgl. Dok. 145, Anm. 5.

³¹ Zur Wirtschafts- und Finanzhilfe der Bundesrepublik für Pakistan vgl. Dok. 112, Anm. 24.

StS unterstrich im weiteren Verlaufe des Gesprächs die Verwundbarkeit unserer Industrie. Wenn man von ihr verlange, im Wege der Sanktionen die wirtschaftlichen Beziehungen zu anderen Ländern wie z.B. Iran, SU, Südafrika, Libyen u.a. einzuschränken, so müsse man sich fragen, wohin dies letztlich führe. Wir lebten vom Export. Es sei daher für uns schwierig, die wirtschaftliche Waffe für taktische, politische Ziele zu verwenden. Dies könnte letztlich zu einer wirtschaftlichen Destabilisierung unseres Landes führen, was niemand wolle. StS erläuterte in diesem Zusammenhang die unterschiedlichen Exportstrukturen im amerikanisch-sowjetischen und deutsch-sowjetischen Handel (Warenlieferungen, langfristiges Anlagengeschäft).

Christopher kam noch einmal auf die Afghanistan-Initiative der Islamischen Konferenz zu sprechen: Auch er sei dafür, diese Initiative zu unterstützen. Wir dürften die westliche Politik jedoch nicht davon abhängig machen. Er, *Christopher*, sei durchaus bereit, das Prestige der Dreiergruppe zu fördern. Er sei jedoch nicht bereit, ihr einen Blankoscheck auszustellen.

Im weiteren Verlaufe des Gesprächs zur Frage der Wirtschaftssanktionen gegenüber der SU erläuterte *StS*, daß alle unsere Vereinbarungen mit der SU unter dem Vorbehalt der nationalen deutschen Verordnungen stünden. Die SU wisse, daß dies die COCOM und OECD-Vorschriften einbeziehe. *StS* erläuterte dann, daß eine mögliche Erhöhung des deutsch-sowjetischen Handels in keinsten Weise auf Hermes oder Kredite zurückzuführen sei. Die SU könne über Goldverkäufe leicht an Devisen kommen. Sie zahle ihre Importe bar oder über den Euro-Dollar-Markt. Wir fragten uns, auf welchen Gebieten und wie wir zur gemeinsamen westlichen Gesamtstrategie beitragen könnten. Wenn nach amerikanischen Vorstellungen jedoch die SU bestraft werden müsse, so müßten wir hierbei gewisse Grenzen beachten (Berlin, innerdeutsche Beziehungen, Familienzusammenführungen). Wir seien zu Opfern bereit und hätten dies bewiesen, wie z.B. im Falle der Türkei, der Erhöhung des Verteidigungshaushalts um 3%³², im Ausmaß unserer Entwicklungshilfe, in Ausgleichszahlungen zur Lösung des Problems des britischen Nettobeitrags³³ usw. Man müsse den Senatoren einmal deutlich machen, daß wir mit einem Leistungsbilanzdefizit von über 20 Milliarden DM rechneten.

Blackwill: Alles dies sehe man in Washington ein. Er wolle auch einräumen, daß die amerikanische Öffentlichkeit nicht genügend würdige, was die BR Deutschland tue. Er, *Blackwill*, möchte jedoch noch eine politische Anmerkung machen. Ihn beunruhige, daß wir immer auf unsere Verwundbarkeit hinwiesen. Es scheine ihm, daß wir dieses Argument etwas überstrapazierten. Darüber hinaus hätte man wahrscheinlich der Besorgnis in der amerikanischen öffentlichen Meinung und im Kongreß über mangelnde Solidarität in der Sanktionsfrage wirksam entgegentreten können, wenn man den Amerikanern auch nur ein bißchen (a little bit) entgegengekommen sei. Der allgemeine Mangel an Phantasie – auch auf amerikanischer Seite – (lack of ingenuity) sei enttäuschend.

³² Zum Langfristigen Verteidigungsprogramm der NATO vom 30./31. Mai 1978 vgl. Dok. 1, Anm. 9.

³³ Zum Beschluß des EG-Ministerrats vom 29./30. Mai 1980 in Brüssel zur Frage des britischen Beitrags zum EG-Haushalt vgl. Dok. 178, Anm. 2.

StS: Wir trügen alle Verantwortung für die Entwicklung der öffentlichen Meinung in beiden Ländern. Wir seien sehr irritiert über die gegenseitige Eskalation in diesem Bereich. Bisher sei diese Frage noch kein innenpolitisches Thema bei uns. Sollte es jedoch ein Wahlkampfthema³⁴ werden, so müsse man leider mit einer weiteren Eskalation rechnen.

Blackwill: Die Erläuterungen des StS vor allem zur innerparteilichen Diskussion in der SPD über LRTNF-Problematik und Rüstungskontrollangebot hätten ihn sehr beeindruckt. Es würde wahrscheinlich im Weißen Haus nicht ohne Eindruck geblieben sein, wenn ein Emissär des Bundeskanzlers dort ähnliche Erläuterungen gegeben hätte. Eine solche politische Argumentation würde im Weißen Haus verstanden werden. Sie sei besser als eine deutsche Reaktion verletzter Unschuld (wounded innocence).

StS unterrichtete im Anschluß an das Abendessen in einem Vier-Augen-Gespräch Warren Christopher ausführlich über Inhalt und Bedeutung des Langfristigen Programms, das von der deutsch-sowjetischen Wirtschaftskommission³⁵ ausgearbeitet worden war. StS wies darauf hin, daß die Sowjets bei seinem Besuch zu erkennen gegeben hätten, daß sie eine Unterzeichnung dieses Langfristigen Programms durch Breschnew und den Bundeskanzler wünschten. Damit wollten sie offenbar zeigen, daß sie in dem Besuch des Bundeskanzlers eine Rückkehr zur Normalität sehen. Wir seien jedoch nicht bereit, das Langfristige Programm im Rahmen einer feierlichen Zeremonie zu unterzeichnen. Wir gingen vielmehr davon aus, daß die Unterzeichnung durch unseren Botschafter³⁶ erfolge.³⁷ StS unterstrich abschließend, daß das Langfristige Programm ganz unter dem Vorbehalt deutscher Verordnungen stehe. Dies schließe die Bedingungen von COCOM und OECD ein.

VS-Bd. 11109 (204)

³⁴ Die Wahlen zum Bundestag fanden am 5. Oktober 1980 statt.

³⁵ Zur neunten Tagung der deutsch-sowjetischen Kommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit am 29./30. Mai 1980 vgl. Dok. 151, Anm. 11.

³⁶ Hans-Georg Wieck.

³⁷ Zur Unterzeichnung des Langfristigen Programms über die Haupttrichtungen der Zusammenarbeit der Bundesrepublik und der UdSSR auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie am 1. Juli 1980 in Moskau vgl. Dok. 195.

173

Aufzeichnung des Attachés Kössler**311-321.00 LIY/SB****16. Juni 1980¹**

Konstituierende Sitzung des Arbeitsstabes Libyen am 4.6.1980, im Saal 200 a des Auswärtigen Amts

Ergebnisvermerk

Am 4.6. konstituierte sich unter Vorsitz von MDg Montfort (AA) der Arbeitsstab Libyen. Der Vorsitzende umriß eingangs die krisenhafte Zuspitzung in Libyen bzw. im deutsch-libyschen Verhältnis. Als Ziel der ersten Sitzung des Arbeitsstabes Libyen bezeichnete er die Schaffung von Grundlagen für einen gleichmäßigen Informationsstand unter den Teilnehmern, namentlich für den Fall einer Verschärfung der Situation. Er schlug vor, den Informationsfluß durch ein entsprechendes Verteilersystem zu kanalisieren. Der Arbeitsstab soll möglichst selten und nur bei wichtigen Anlässen zusammentreten. Das AA werde die anderen beteiligten Häuser laufend informieren.

Hauptprobleme im deutsch-libyschen Verhältnis seien z.Z. die Lage der sechs in Libyen festgehaltenen deutschen Geologen² sowie die sich aus der Liquidierungskampagne Gaddafis gegen Exillibyer ergebenden Konsequenzen, unter Berücksichtigung der Tatsache, daß sich rd. 2500 Deutsche gegenwärtig in Libyen aufhalten.³ Die Lage der in Tripolis unter verschärftem Hausarrest stehenden sechs deutschen Geologen nehme allmählich die bedenkliche Form einer Geiselnahme an. Die intensiven deutschen Bemühungen um Freilassung der Wissenschaftler seien bislang nicht erfolgreich, würden aber weitergeführt. Es könne davon ausgegangen werden, daß die libysche Seite eine Verbindung herstelle zwischen den Geologen und dem in Bonn verhafteten Attentäter⁴ bzw. künftigen Attentätern, die mit der Liquidierung von in Deutschland lebenden Exillibyern beauftragt seien.⁵ Derartige Terroraktionen auf deutschem Boden

¹ Die Aufzeichnung wurde am 16. Juni 1980 von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schlagintweit an die Bundesministerien des Innern, der Justiz und für Wirtschaft sowie an das Bundeskriminalamt und das Polizeipräsidium Bonn übersandt.

Hat Vortragendem Legationsrat von Butler am 19. Juni 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär Lautenschlager verfügte.

Hat Lautenschlager am 20. Juni 1980 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Bächmann am 20. Juni 1980 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; B 2 (Ref. 014); Bd. 246.

² Referat 511 vermerkte am 7. Mai 1980, am 3. und 5. März 1980 seien sechs Geologen aus Berlin (West), ein sudanesischer Kollege und zwei ägyptische Fahrer, die seit Mitte Februar 1980 Feldforschungen im südwestlichen Ägypten durchgeführt hätten, durch libysches Militär inhaftiert worden. Ihnen sei Grenzverletzung und Betreten eines militärischen Sperrgebiets vorgeworfen worden. Die Geologen seien in einem Hotel in Tripolis untergebracht, dürften sich dort frei bewegen, das Land aber nicht verlassen. Vgl. Referat 311, Bd. 137638.

³ Zu den libyschen Aktivitäten gegen Exil-Libyer vgl. Dok. 161.

⁴ Zur Ermordung des ehemaligen libyschen Diplomaten Mehdawi am 10. Mai 1980 vgl. Dok. 161, Anm. 7.

⁵ Botschafter Held, Tripolis, informierte am 15. Juni 1980, der Leiter des libyschen Auslandsgeheimdienstes, Belgasse, habe ihm am Vortag mitgeteilt, „daß Mordkampagne gegen Auslandslibyer praktisch eingestellt sei. Lediglich drei oder vier dieser Personen müßten noch mit Anschlag auf ihr Leben rechnen, wann und wo auch libysche Kommandos sie aufspürten. Keine davon befände

müßten durch geeignete Maßnahmen (Ermittlungen, Zurückweisungen usw.) verhindert werden.

Botschafter Held (Tripolis) schilderte die Lage vor Ort. Dem libyschen Ultimatum an die Bundesrepublik Deutschland (entweder Auslieferung der in Deutschland lebenden Exillibyer oder Duldung von deren Liquidierung auf deutschem Boden durch libysche Kommandos) müsse ein eindeutiges Nein entgegengesetzt werden. Andererseits aber müsse man an die Deutschen und an die deutschen Wirtschaftsinteressen in Libyen denken. Die Deutschen in Libyen müßten mit allem rechnen. Er und seine Mitarbeiter seien auch auf einen Botschaftsbrand vorbereitet. Maßnahmen deutscher Stellen gegen Libyer würden mit vielfachen libyschen Vergeltungsaktionen gegen Deutsche in Libyen beantwortet. Er schloß auch Folterungen nicht aus. Schutzmaßnahmen seien vonnöten.

Der Vorschlag des Vertreters des BMWi⁶ auf Hinzuziehung der betroffenen deutschen Firmen zum gegebenen Zeitpunkt (Auswahl durch DIHT und BDI) wurde begrüßt. Das Abgrenzungskriterium für eine mögliche Teilnahme (die Zahl soll möglichst klein gehalten werden) soll weniger der Projektwert, als vielmehr die Mitarbeiterzahl der jeweiligen Firma in Libyen sein. Botschafter Held erwähnte, daß insbesondere leitende Angestellte von Firmen in Libyen gefährdet seien, namentlich im Rahmen der laufenden Antikorrupionskampagne⁷. Er empfahl den Abzug belasteter Personen. Der Botschafter unterstrich, daß es sich um gezielte libysche Aktionen handle. Anders als im Iran und in Afghanistan habe die Regierung in Tripolis das Heft fest in der Hand. Frauen und Kinder von in Libyen tätigen Deutschen seien keine Zielobjekte libyscher Aktionen; zu einer Evakuierung könne er deswegen nicht raten. Er betonte, es sei sehr schwierig, deutschen Firmen in bezug auf ihre weitere Tätigkeit in Libyen Ratschläge zu erteilen. Es solle ihnen empfohlen werden, weiter tätig zu bleiben. Kleinen Firmen ohne Libyenerfahrung sei jetzt jedoch angesichts der zahlreichen Schwierigkeiten von einem Einstieg ins Libyengeschäft abzuraten. Wirtschaftsvertreter solle man von Reisen nach Libyen nicht abhalten; diese sollten sich jedoch nach Ankunft in Tripolis bei der deutschen Botschaft melden. Da die libyschen Stellen nur Geschäftsvisa erteilten, seien Touristenreisen nach Libyen nicht möglich.

Abschließend wurde der Stand der Ermittlungen und der präventiven Maßnahmen in bezug auf die libysche Liquidierungskampagne von Exillibyern auf deut-

Fortsetzung Fußnote von Seite 905

sich in der BR Deutschland. [...] Unter diesen Umständen brauche Libyen keine deutschen Geiseln für evtl. Austausch zu halten. Eine Ausnahme gelte für Mörder Mehdawis. Es sei ihm aber gelungen, revolutionäre Umgebung Gaddafis davon zu überzeugen, daß seine Auslieferung wegen unserer Rechtsordnung und Presse nach seiner Verurteilung einfacher und unauffälliger zu bewerkstelligen sei als im Austausch gegen Geologen. Schließlich habe man gegebenenfalls deutsche Kolonien in Libyen als Druckmittel in der Hand.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 230; VS-Bd. 11157 (311); B 150, Aktenkopien 1980.

⁶ Arno Schwed.

⁷ Vortragender Legationsrat I. Klasse Schlagintweit informierte am 14. Mai 1980 die Botschaft in Tripolis über Presseberichte, in Libyen seien in den letzten Monaten über 2000 Menschen verhaftet worden: „Die meisten Verhafteten sind [...] Bürger aus der Mittelschicht des Landes, darunter Armeeoffiziere, Staatsbedienstete, Studenten und Geschäftsleute. Ein Drittel von ihnen soll inzwischen hingerichtet oder zu Tode gefoltert worden sein. Gelegentlich gebe es Volksgerichtsverfahren, die Anklage laute gewöhnlich auf Korruption. Doch sei Widerstand gegen das Regime Grund für Verhaftung und Hinrichtung.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 80; Referat 311, Bd. 137638.

schem Boden angesprochen. Der Vertreter des Polizeipräsidiums Bonn⁸ führte aus, daß der große Informationsfluß, die politische Brisanz und die notwendigen Ermittlungen im Gefolge der Ermordung des Libyers Mehdawi in Bonn es erforderlich gemacht hätten, zu einer Arbeitsteilung mit dem Bundeskriminalamt zu kommen. Die Polizeibehörden ermittelten vor Ort, während das BKA sich mit der Informationssteuerung bzw. mit Präventivmaßnahmen zur Verhinderung neuer Anschläge befasse. Der Vertreter des BKA⁹ betonte, daß der Generalbundesanwalt¹⁰ seine Zuständigkeit in der Angelegenheit bislang verneint habe. Auch das BMI habe dem BKA keinen zentralen Ermittlungsauftrag erteilt. Die Bejahung einer zentralen Zuständigkeit müsse eine politische Entscheidung sein.

Der Vorsitzende ging abschließend auf das weitere Vorgehen in der deutsch-libyschen Krise ein. Es lasse sich nur etwas erreichen, wenn eine hochrangige deutsche Persönlichkeit nach Tripolis entsandt werde, die am besten mit Gaddafi selbst spreche. Auch wenn ein solcher Emissär das Maximalziel, die Freilassung der deutschen Geologen, nicht erreiche, solle er zumindest eruieren, welche anderen Lösungsmöglichkeiten bestehen. Botschafter Held äußerte die Befürchtung, daß der Preis der libyschen Seite sehr hoch sein werde: entweder Auslieferung der in Deutschland lebenden Exlibyer oder Duldung von deren Liquidierung. Der Vorsitzende sprach als weiteren Schritt die multilaterale Absicherung im Rahmen der EPZ an: Mit einem klaren Nein solle der libyschen Führung bedeutet werden, daß die Neun diesen Preis nicht zu zahlen bereit sind.

Botschafter Held betonte, der libyschen Seite müsse klargemacht werden, daß der Preis für die Freilassung der deutschen Geologen unterhalb der Duldung von Attentaten auf Exlibyer auf deutschem Boden bleiben müsse. Daß Gaddafi in der augenblicklichen Krisensituation „am Ölhahn drehen“ werde, hielt er für unwahrscheinlich.¹¹

gez. Kössler

B 2 (Referat 014), Bd. 246

⁸ Leitender Kriminaldirektor Sons.

⁹ Gerhard Boeden.

¹⁰ Kurt Rebmann.

¹¹ Botschafter Held, Tripolis, berichtete am 21. Juni 1980, der Leiter des libyschen Auslandsgeheimdienstes, Belgassem, habe ihn informiert, daß Oberst Gaddafi der Freilassung der inhaftierten Geologen zugestimmt habe: „Gaddafi wolle entsprechende Weisung nach seiner Rückkehr von Bhengazi nach Tripolis in nächsten Tagen selbst erteilen. Er gehe dabei von der Erwartung aus, daß wir uns libyschem Begehren auf Überstellung wegen Totschlags an ehemaligem libyschem Diplomaten Mehdawi bei uns einsitzenden Libyers zu gegebener Zeit, d. h. nach seiner Verurteilung in der BR Deutschland, nicht verschließen werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 242; VS-Bd. 11157 (311); B 150, Aktenkopien 1980.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Wallau vermerkte am 10. Juli 1980, „Botschafter Held sei von Belgassem mitgeteilt worden, Gaddafi habe entschieden, Forscher würden freigelassen“. Vgl. VS-Bd. 14090 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

Der Wissenschaftlergruppe wurde am 12. Juli 1980 die Ausreise genehmigt. Vortragender Legationsrat Umlauf informierte die Botschaft in Tripolis am 23. Juli 1980, Belgassem habe Angehörige des Bundeskriminalamts bei einer anläßlich der Freilassung durchgeführten Reise nach Libyen am 11./12. Juli 1980 unterrichtet, Gaddafi beklage sich, „daß seine deutschen Freunde zwar Forderungen stellen, eine Gegenleistung durch die deutsche Seite jedoch nicht erfolge. [...] Herr Belgassem legte eindringlich dar, daß der von Col[onel] Gaddafi erwünschte Besuch in der Bundesrepublik nach seiner Auffassung von großer Bedeutung sei. Er habe von Col. Gaddafi die Vollmacht, der Bundes-

174

Drahterlaß des Ministerialdirektors Blech**201-363.31-1747/80 VS-vertraulich****Aufgabe: 16. Juni 1980¹****Fernschreiben Nr. 3204 Plurez****Citissime**Betr.: Belgische Haltung zur LRTNF²;hier: Gespräch Bundesaußenminister – belgischer Außenminister³

1) BM führte am Morgen des 13.6. in Venedig mit AM Nothomb ein Gespräch von etwa 45 Minuten Dauer, das auf Initiative des belgischen Außenministers zustande gekommen war. N. war von seinem Kabinettschef de Schoutheete de Tervarent, BM von D2⁴ begleitet (Dolmetscher: Frau Siebourg).

N. stellte fest, daß unter den Regierungsparteien in Brüssel Übereinstimmung bestehe, daß Belgien bezüglich seiner offenen LRTNF-Frage beim NATO-Ministertreffen in Ankara⁵ keine Antwort erteilen werde. Es bestehe aber keine Festlegung, was danach geschehe. So habe er, N., eine Aktionsmarge, die vom Tage nach Ankara bis Ende 1981 gehe (sic). Er selbst wünsche eine Entscheidung so bald wie möglich, und zwar sowohl im Hinblick auf das Bündnis wie auch auf den Bestand der eigenen Regierung. Zur Vorbereitung einer solchen Entscheidung seien Konsultationen innerhalb der belgischen Regierung und mit den Alliierten notwendig. Auch ein Besuch von ihm in Moskau könne zur Erörterung stehen. Es gebe Argumente dafür und dagegen; er selbst würde ihn vermeiden wollen. Gerade im Hinblick darauf sei es wichtig, daß er Anfang Juli auf laufende Konsultationen gerade auch mit der Bundesrepublik Deutschland unter Berücksichtigung des Ergebnisses des Besuchs des Bundeskanzlers in der So-

Fortsetzung Fußnote von Seite 907

republik alles anzubieten, was diesem Ziel dient. Col. Gaddafi sei unumschränkt bereit, der Bundesrepublik in jeder möglichen Weise entgegenzukommen, so in der Lieferung von Erdöl und wirtschaftlicher Zusammenarbeit. [...] Herr Belgasse betonte, daß eine Pressekampagne nach Freilassung der Wissenschaftler von großem Schaden für deutsch-libysche Beziehungen sei und bat darum, alles daranzusetzen, um sie zu verhindern.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 156; VS-Bd. 11157 (311); B 150, Aktenkopien 1980.

¹ Durchschlag als Konzept.

Der Drahterlaß wurde an die Botschaften in Brüssel und Washington „(bitte auch Botschafter Ruth unterrichten)“, die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel sowie das Bundeskanzleramt übermittelt.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann am 16. Juni 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Bolewski mit der Bitte um „Anpassung Sachstand“ verfügte.

Hat Bolewski am 18. Juni 1980 vorgelegen.

² Zur Haltung Belgiens zur Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 168, Anm. 16.³ Bundesminister Genscher und der belgische Außenminister Nothomb hielten sich anläßlich der Tagung des Europäischen Rats am 12./13. Juni 1980 in Venedig auf. Zur Tagung vgl. Dok. 177 und Dok. 178.⁴ Klaus Blech.⁵ Zur NATO-Ministerratstagung am 25./26. Juni 1980 in Ankara vgl. Dok. 190.

wjetunion⁶ verweisen könne. Nützlich könnte auch der Hinweis zu gegebener Zeit auf einen Kontakt zwischen dem Bundeskanzler und Ministerpräsident Martens sein. Er als AM sei entschlossen, schnell vorwärtszugehen; eine gleiche Entschlossenheit in der Regierung insgesamt gebe es noch nicht. Er hoffe jedoch, eine Entscheidung Mitte Juli herbeiführen zu können.⁷

BM bezog sich auf die klare Position, die die Bundesregierung bei der Bündnisentscheidung im Dezember⁸ bezogen hat. Auf dieser Grundlage werde sich der Bundeskanzler in Moskau äußern und insbesondere auf die US als Verhandlungspartner über LRTNF hinweisen, auch auf die Tatsache, daß die Amerikaner der SU zweimal offiziell das Verhandlungsangebot gemacht hätten.⁹ Es bestehe nicht die Absicht, in Moskau die Sachposition des Bündnisses zur Diskussion zu stellen; sie werde erläutert. Was die sowjetischen Motive anbetreffe, so müsse man davon ausgehen, daß die SU sich erst dann zu Verhandlungen bereit finden werde, wenn sie wisse, daß sie die notwendige Nachrüstung nicht durch Druck oder Tricks verhindern könne. Offenkundig werde die SU die Verzögerung der belgischen Entscheidung als Ermutigung ansehen. Hier könne sich ein Virus entwickeln, der sich ansteckend auf Italien und über Italien auch auf Deutschland auswirke. Belgien werde damit sechs Monate nach der Dezember-Entscheidung politisch-psychologisch zu einem ähnlich entscheidenden Faktor, wie es die Bundesrepublik Deutschland im Dezember und davor gewesen sei. Für die Mittelstrecken-Nachrüstung gebe es überzeugende militärische Gründe. Seit Herbst 1979 sei sie aber zu einer zumindest gleich wichtigen politischen Frage geworden, nämlich der Frage, ob das Atlantische Bündnis fähig sei, als sachlich richtig erkannte Entscheidungen zu treffen. Deshalb sei die Frage nicht nur für die Verteidigungsminister, sondern auch für die Außenminister so wichtig. BM verwies nachdrücklich auf die Art und Weise, wie Bundeskanzler und er selbst sich für das Zustandekommen der Doppelentscheidung des Bündnisses einsetzten.

N. unterstrich, daß es für ihn wichtig sei, sagen zu können, er habe mit BM gesprochen und Kontakte auf Beamtenebene würden fortgesetzt.

BM schlug, was von N. aufgenommen wurde, vor, daß StS van Well im Laufe der am 16.6. beginnenden Woche den belgischen Botschafter in Bonn¹⁰ zu sich bitte, um ihn über die Vorbereitungen des Moskau-Besuchs des Bundeskanzlers zu unterrichten; der Staatssekretär werde dabei nichts Neues zu sagen haben,

⁶ Bundeskanzler Schmidt hielt sich am 30. Juni und 1. Juli 1980 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 192–195.

⁷ Botschafter Blomeyer-Bartenstein, Brüssel, informierte am 11. Juli 1980, bei seinem Antrittsbesuch habe der belgische Verteidigungsminister Poswick „eine gewisse Skepsis hinsichtlich der Aussicht auf einen baldigen LRTNF-Beschluß der belgischen Regierung erkennen“ lassen: „Das positive Ergebnis der Reise des Bundeskanzlers nach Moskau sei vom Gesichtspunkt des Interesses der belgischen Regierung an einem baldigen Beschluß in Sachen Stationierung nicht als unbedenklich zu bewerten.“ Blomeyer-Bartenstein ergänzte, daß sich die belgischen Parteien zunehmend für ein zweijähriges Moratorium aussprächen. Das Parlament habe die Entscheidung auf unbestimmte Zeit verschoben. Vgl. den Drahtbericht Nr. 249; VS-Bd. 14089 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

⁸ Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 10.

⁹ Vgl. dazu das Gespräch des amerikanischen Außenministers Vance mit dem sowjetischen Gesandten in Washington, Wassew, am 18. Dezember 1979; Dok. 3, Anm. 3.

Vgl. dazu das Gespräch von Vance mit Wassew am 4. April 1980 in Washington; Dok. 110, Anm. 22.

¹⁰ Theo J. M. Gh. De Dobbeleer.

es wäre aber wichtig, daß ein solches Gespräch stattfinde und bekannt würde. Dabei müsse aber auch mit Rücksicht auf andere Partnerstaaten gesagt werden, daß dies auf belgische Veranlassung geschehe.¹¹

Die beiden Minister einigten sich sodann auf eine Sprachregelung, nach der Tatsache und Inhalt ihres Gesprächs von beiden Seiten an die Presse gegeben würde. Danach habe N. um ein Gespräch gebeten, weil er sich über die Vorbereitung des Moskau-Besuchs des Bundeskanzlers und Bundesaußenministers und über Gesprächsabsichten insbesondere hinsichtlich der Fragen der Sicherheit und Rüstungskontrolle einschließlich LRTNF zu unterrichten wünschte. BM habe deutsche Absichten auf der Grundlage der Bündnisentscheidungen vom Dezember 1979 und – soweit es um andere Fragen als LRTNF gehe – gemeinsamer Positionen der Neun erläutert.¹²

2) Wie wir später von Schouthete hörten, war N. von Darlegungen BMs sehr beeindruckt.

3) Ich habe auf Wunsch des Herrn Ministers noch am Abend des 13.6. die amerikanische Botschaft in Bonn telefonisch über den Inhalt (Ziffern 1 und 2) und Botschaft Washington telefonisch (Gesandten Dannenbring) über die Tatsache des Gesprächs unterrichtet.

Aus Zeitgründen wurde Genehmigung des Herrn Ministers zur Gesprächsdarstellung gemäß Ziffer 1) vor Abgang dieses Erlasses nicht herbeigeführt.¹³

Blech¹⁴

VS-Bd. 10329 (201)

¹¹ Vortragender Legationsrat I. Klasse Feit unterrichtete die Botschaft in Brüssel am 23. Juni 1980, Staatssekretär van Well habe am 20. Juni 1980 den belgischen Botschafter De Dobbeleer über den Stand der Vorbereitung der Reise des Bundeskanzlers Schmidt und des Bundesministers Genscher am 30. Juni und 1. Juli 1980 in die UdSSR unterrichtet. Im Mittelpunkt des Arbeitsbesuchs sollten die Auswirkungen der sowjetischen Intervention in Afghanistan sowie Rüstungskontrollgespräche über Mittelstreckenwaffen stehen. Van Well habe deutlich gemacht, daß die UdSSR Verhandlungen über Mittelstreckensysteme ablehnen werde, solange sie glaube, den NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 durch Einwirkung auf die öffentliche Meinung zu Fall bringen zu können: „Zur Zeit hege sie noch diese Erwartung und sei mittels Einflußagenten in diese Richtung voll tätig. [...] Staatssekretär sagte ferner, Belgien käme eine Schlüsselrolle zu, wenn wir die Sowjets überzeugen wollen, daß ihre Erwartungen vergebens seien. Der belgische Botschafter antwortete, aus mehreren Gründen könne die belgische Regierung die Entscheidung zur Durchführung des NATO-Beschlusses vom 12.12.1979 erst nach der NATO-Ministerratstagung in Ankara treffen. Einige flämische Sozialisten, deren Haltung entscheidend sei, wollten offenbar das Ergebnis der Bemühungen des Bundeskanzlers in Moskau abwarten.“ Vgl. den nicht nummerierten Drahterlaß; Referat 201, Bd. 120175.

¹² Botschaftsrat I. Klasse Elles, Brüssel, übermittelte am 16. Juni 1980 das Pressecommuniqué, das vom belgischen Außenministerium am selben Tag über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem belgischen Außenminister Nothomb in Venedig veröffentlicht worden sei. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 218; Referat 201, Bd. 120239.

¹³ An dieser Stelle maschinenschriftlicher Vermerk: „Herrn Staatssekretär mit besonderem Verweis auf Ziffer 1) (Vorschlag des BM einer Begegnung zwischen Ihnen und dem belgischen Botschafter).“

¹⁴ An dieser Stelle vermerkte die Angestellte Berthold am 16. Juni 1980 handschriftlich: „Von Herrn Blech auf Original paraphiert.“

175

Bundeskanzler Schmidt an Präsident Carter**Geheim****16. Juni 1980¹**

Dear Jimmy,

I received your message of June 12² fairly soon after I had read with pleasure your letter of June 4³.

Quite frankly, I was astonished to learn that you are worried about press reports concerning my remarks on TNF at the June 9 SPD meeting in Essen.⁴ I could have easily arranged for Ambassador Hermes to transmit the precise wording of my speech to the White House or I could have asked Ambassador Stoessel to do so through his channels. I do hope that the enclosed text will help to eliminate any misunderstandings which might have arisen.

I am now writing to suggest that we arrange a private meeting – possibly including the Foreign Ministers⁵ – at our earliest convenience, preferably at Venice on the occasion of the economic summit.⁶

Like you I am anxious to broaden the scope of our consultations at the policy level focusing especially on long term Western policy concerning East-West relations after Afghanistan. I would be glad to have these topics included into our ongoing consultations. I have talked to Foreign Minister Genscher and State Secretary van Well to that effect.

I would be grateful for an early answer to my suggestion.

I look forward to seeing you in Venice.

Yours sincerely,
Helmut Schmidt

Annex**Chancellor's remarks on TNF in Essen**

„But dangerous in my eyes is the forceful Soviet build-up of medium-range systems which destabilizes the balance. It is more than the Soviets need for their

¹ Das Schreiben wurde von Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 16. Juni 1980 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau „zur Unterrichtung des Bundesministers“ übermittelt. Dazu teilte er mit: „Der Bundeskanzler hat soeben das folgende FS an Präsident Carter gesandt.“ Vgl. das Fernschreiben Nr. 1349; VS-Bd. 14087 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 26. Juni 1980 vorgelegen.
Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.

² Zum Schreiben des Präsidenten Carter vom 12. Juni 1980 vgl. Dok. 170.

³ Für das Schreiben des Präsidenten Carter an Bundeskanzler Schmidt vgl. 14087 (010).

⁴ Zu amerikanischen Presseberichten über die Äußerungen des Bundeskanzlers Schmidt am 9. Juni 1980 in Essen vgl. Dok. 170, Anm. 5.

⁵ Hans-Dietrich Genscher und Edmund S. Muskie.

⁶ Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Carter am 21. Juni 1980 in Venedig vgl. Dok. 182.

Zum Weltwirtschaftsgipfel am 22./23. Juni 1980 in Venedig vgl. Dok. 184 und Dok. 185.

own defence. The US modernization programme resulting from NATO's decision last December⁷ will not lead to first deployments until the second half of 1983, still over three years from now. NATO, that is the United States, has at the same time suggested immediate negotiations on mutual limitations.

The time span until the autumn of 1983 means that the Soviet Union can, in theory, considerably increase its present lead. As early as May 1978 I drew Mr. Brezhnev's attention to the danger inherent in that lead.⁸ Our joint statement of May 1978⁹ relates to it.

The Soviet side has rejected my recent proposal that the time before any further deployment should be used for negotiation.¹⁰ Some in the West have deliberately jumped to the conclusion that my proposal represented a softening of our position.

I stick to what I said: It would serve the cause of peace if during the next three years both sides were to desist from any further deployments and begin negotiations on mutual limitations soon. I assume that there will at any rate be negotiations on this in the context of SALT III. We shall make our contribution – even though we as a non-nuclear power cannot, nor want to, negotiate ourselves.“

VS-Bd. 14087 (010)

⁷ Zum NATO-Doppelbeschuß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 10.

⁸ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, hielt sich vom 4. bis 7. Mai 1978 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 135, Dok. 136, Dok. 142 und Dok. 143.

⁹ Für den Wortlaut der Gemeinsamen Deklaration vom 6. Mai 1978 anlässlich des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 4. bis 7. Mai 1978 in der Bundesrepublik vgl. BULLETIN 1978, S. 429 f.

¹⁰ Zur sowjetischen Reaktion auf die Äußerungen des Bundeskanzlers Schmidt am 11. April 1980 in Hamburg bzw. am 12. April 1980 in Essen vgl. Dok. 147, Anm. 27.

176

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit König Khalid

VS-NfD

17. Juni 1980¹

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem saudischen König Khalid am 17. Juni 1980 von 17.00 bis 19.20 Uhr in Gymnich²

Mitglieder der Delegationen:

Auf saudischer Seite: Verteidigungsminister Prinz Sultan ibn Abdul Aziz, Außenminister Prinz Saud al-Faisal, Ratgeber des Königs Dr. Rashad Pharaon, Finanz- und Wirtschaftsminister Sheikh Mohammed Ali Aba al-Khail, Minister für Industrie und Elektrizität Dr. Ghazi Abdul Rahman al-Gosaibi, Botschafter Nouri Ibrahim sowie fünf weitere Mitarbeiter.

Auf deutscher Seite: BM Genscher, BM Graf Lambsdorff, BM Matthöfer, BM Apel, StS van Well, Botschafter Vestring, MDg von der Gablentz, MDg Montfort, Dolmetscher Weber.³

Bundeskanzler drückt die Genugtuung der Bundesregierung über den Staatsbesuch des Königs aus. Er ist besonders dankbar für die Absicht des Königs, Berlin zu besuchen.⁴

Er erinnert an seinen Besuch 1976.⁵ In der Zwischenzeit haben wir eine ganze Menge über den Mittleren Osten und die Probleme und Sorgen der arabischen

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde durch Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 18. Juni 1980 gefertigt und über Ministerialdirektor von Staden, Bundeskanzleramt, und Staatssekretär Schüler, Bundeskanzleramt, Bundeskanzler Schmidt zur Billigung übermittelt. Von der Gablentz vermerkte dazu, daß die Bundesminister Apel, Genscher, Graf Lambsdorff und Matthöfer „vorbehaltlich Ihrer Billigung Doppel“ erhalten hätten: „Sie haben Prinz Saud zugesagt, bei der Diskussion über Nord-Süd-Fragen in Venedig II auf seine These von den zwei Kategorien der nicht-ölproduzierenden EL hinzuweisen. Ein entsprechender Hinweis wird in Ihre Venedig-Unterlagen aufgenommen.“ Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 54; B 150, Aktenkopien 1980.

² König Khalid hielt sich vom 16. bis 19. Juni 1980 in der Bundesrepublik auf.

³ Ministerialdirigent Montfort vermerkte am 18. Juni 1980, Bundesminister Genscher sei am 16. Juni 1980 mit dem saudi-arabischen Außenminister Prinz Saud al-Faisal zusammengetroffen. Saud al-Faisal habe die Notwendigkeit betont, Pakistan zu helfen, das „leider im Westen eine schlechte Presse“ habe: „Nach saudischer Ansicht benötige Pakistan in den nächsten drei Jahren eine Auslandshilfe in Höhe von rd. 1 Milliarde Dollar. Angesichts der unmittelbaren Bedrohung sei zunächst Waffenhilfe vordringlich.“ Genscher habe entgegnet, die Bundesrepublik konzentriere sich auf die Türkei. Zur Nahost-Erklärung des Europäischen Rats vom 13. Juni 1980 habe Saud al-Faisal erklärt, sie „enthalte nicht viel Neues. In mancher Hinsicht hätte sie weiter gehen können.“ Genscher habe betont, es sei „nicht sinnvoll, einen Weg zu gehen, der nicht die Zustimmung aller Parteien finde. Besonders komme es darauf an, die USA zu überzeugen.“ Eine Annäherung König Husseins an den Camp-David-Prozeß habe Saud al-Faisal für unwahrscheinlich gehalten: „Was stelle denn Camp David heute noch dar? König Hussein könne doch nicht einem Pakt beitreten, den alle Araber, außer Ägypten, ablehnten.“ Auf die Frage Genschers, ob Saudi-Arabien zu einer Vermittlung in der Frage der Inhaftierung von sechs Geologen aus Berlin (West) und drei ausländischen Begleitern in Libyen bereit sei, habe sich Saud al-Faisal skeptisch zu den Erfolgsaussichten einer Vermittlung geäußert, diese aber in Aussicht gestellt. Vgl. Referat 311, Bd. 137649.

⁴ König Khalid hielt sich am 19. Juni 1980 in Berlin (West) auf.

⁵ Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 29. bis 31. Mai 1976 in Saudi-Arabien auf. Vgl. dazu AAPD 1976, I, Dok. 164 und Dok. 165.

Nationen gelernt. In den vier Jahren hat sich auch ein enges Netz von Beziehungen und Austausch entwickelt, dessen weiterer Entwicklung er entgegensteht. Es ist keine Übertreibung, wenn er feststellt, daß die Vorstellungen Saudi-Arabiens und seiner Regierung, mehr als die anderer Staaten der Region, die Auffassungen der Bundesregierung beeinflussen. Er erinnert an den wiederholten engen Gedankenaustausch mit dem Kronprinzen⁶ und dem Außenminister⁷ und freut sich, auch heute von dem Gespräch mit dem König und seiner Delegation zu lernen. Die Bundesregierung möchte sich auch weiterhin auf Einsichten, Urteile und Ratschläge der Saudis über die politische Entwicklung verlassen können.

Er hebt außerdem weitere Vertiefung des wirtschaftlichen Austausches hervor, der in den letzten Jahren einen erstaunlich hohen Stand erreicht hat, sowie die Tatsache, daß die beiden Regierungen auch im strategischen Bereich ihre Politik auf eine ähnliche Interessenkonstellation und gemeinsame Wertvorstellungen stützen können. Da es beiden Staaten in erster Linie um Erhaltung und Verteidigung der Freiheit geht, sind beide besorgt über den Zuwachs der sowjetischen militärischen Macht sowie ihr geostrategisches Ausgreifen auf den Nahen und Mittleren Osten sowie Afrika, das auch die Lage in Europa gefährdet. Über ihre komplementären wirtschaftlichen Interessen hinaus haben die beiden Länder also noch ihr großes Interesse gemeinsam, ihre Region gegen eine kommunistische Expansion abzuschirmen und sind daher zutiefst engagiert, die Macht des Westens gegenüber dem Sowjetimperium aufrechtzuerhalten.

Mit großer Sorge betrachten wir die sowjetischen Stützpunkte in Äthiopien, Süd-jemen, ihre Massierung militärischer Ausrüstungsgegenstände in Libyen⁸ und die ständig wachsende Flottenpräsenz im Indischen Ozean. Wir verstehen, daß in dieser Lage das Andauern des israelisch-arabischen Konflikts für alle arabischen Länder Grund für große Irritation ist.

Um ehrlich zu sein, hat er den Camp-David-Prozeß⁹ stets mit einiger Skepsis verfolgt. Er wünscht den Verhandlungsparteien jeden Erfolg und betont seinen

⁶ Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Kronprinz Fahd am 30. Mai 1976 in Riad vgl. AAPD 1976, I, Dok. 164.

Für das Gespräch am 21. Juni 1978 vgl. AAPD 1978, I, Dok. 195 und Dok. 197.

Für das Gespräch am 14. Mai 1979 vgl. AAPD 1979, I, Dok. 134.

⁷ Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem saudi-arabischen Außenminister Prinz Saud al-Faisal am 21. Januar 1976 vgl. AAPD 1976, I, Dok. 14.

Für das Gespräch am 19. Januar 1979 vgl. AAPD 1979, I, Dok. 17.

Für das Gespräch am 3. März 1980 vgl. Dok. 70.

⁸ Vortragender Legationsrat I. Klasse Schlagintweit notierte am 29. Mai 1980, Oberst Gaddafi sei für das libysche Aufrüstungsprogramm auf die Hilfe der UdSSR angewiesen: „Wie die anderen arabischen Radikalen betrachtet er die USA als Verbündeten Israels und die SU als einzigen zuverlässigen Helfer der Palästinenser. Er rechnet mit der Hilfe der SU bei der Verfolgung seiner revolutionären Ziele in der Region. Die SU braucht offensichtlich Gaddafi, um Nordafrika zu destabilisieren und den westlichen Einfluß dort zurückzudrängen.“ Zugleich berichte die Botschaft in Tripolis jedoch, „das libysche Verhältnis zur SU sei nicht als ‚herzlich‘ zu bezeichnen. Die Kluft zwischen islamischem Sozialismus und atheistischem Marxismus sei unüberbrückbar. Auf beiden Seiten herrsche Mißtrauen.“ So werde kolportiert, „Gaddafi fürchte, die Sowjetunion werde versuchen, ihn durch eine berechenbarere Figur zu ersetzen. Äußerungen des früheren libyschen Innenministers Belghassem vor einigen Tagen bestätigen diese Furcht.“ Vgl. Referat 311, Bd. 137639.

⁹ Zum Camp-David-Prozeß vgl. Dok. 13, Anm. 13.

Zu den Gesprächen zwischen Ägypten und Israel über eine Autonomie der palästinensischen Gebiete vgl. Dok. 148, Anm. 15.

engen Kontakt insbesondere mit Sadat. Daher haben sich auch die neun Regierungschefs bemüht, mit ihrer jüngsten Erklärung in Venedig¹⁰ sich nicht zu tief in den Verhandlungsprozeß einzumischen. Sie haben sich andererseits bemüht, Positionen zu entwickeln, die nützlich sind, wenn dieser Prozeß nicht zum Erfolg führt.

Zur Lage im Iran erinnert er an gewisse saudische Sorgen über expansionistische Tendenzen des Schah-Regimes. Heute haben wir weit größere Sorgen mit dem Iran und der Möglichkeit einer noch tieferen Krise zwischen Iran und den USA.

Dritter Grund für die internationale Krise ist der sowjetische Einmarsch in Afghanistan und das Andauern der Kämpfe im Lande.¹¹ Was immer die sowjetische Motivation war, ihre Besetzung von Afghanistan stellt für Nachbarn und die ganze Region eine direkte Bedrohung dar, da die SU ihre Basen für mögliche militärische Operationen etwa 500 km nach Süden verschoben hat. Wenn sie damit durchkommt, werden andere Staaten der Region und der blockfreien Welt daraus schließen, daß die Sowjetunion so mächtig ist, daß man sich besser früher als später mit ihr arrangiert.

Wenn die Dritte Welt sich mit einer solchen Haltung abfindet, entsteht eine große Gefahr für jeden Staat, der seine Freiheit wahren möchte. Wir haben daher mit Zustimmung und großem Interesse die Resolutionen von Islamabad¹² zur Kenntnis genommen. Kein einzelner Staat im Westen oder in der Dritten Welt kann genug Druck auf die SU ausüben, damit sie ihre Truppen aus Afghanistan zurückzieht. Um ein Zusammengehen des Westens und der Dritten Welt möglich zu machen, muß der Nahost-Konflikt gelöst und eine umfassende Friedenslösung im Nahen Osten gefunden werden.

Er bittet in dem Zusammenhang die Saudis, ihre guten Beziehungen mit den USA zu nutzen, um ihnen den Zusammenhang der drei Krisenherde Afghanistan, Iran und Nahost verständlich zu machen. Die Amerikaner sollten verstehen, daß die Haltung der Araber zu den drei Krisenherden in eine politische Haltung zusammenfließt. Es ist nicht möglich, die volle Unterstützung der Araber in Afghanistan und Teheran zu haben, wenn man die arabischen Interessen im Nahost-Konflikt vergißt. Nach seiner Vorstellung ist die saudische Re-

¹⁰ Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats vom 13. Juni 1980 über den Nahen Osten vgl. BULLETIN DER EG 6/1980, S. 10 f. Vgl. dazu auch Dok. 177.

¹¹ Referat 340 vermerkte am 27. Juni 1980, den sowjetischen Truppen in Afghanistan sei es „bisher nicht gelungen, mehr als die Hauptstadt Kabul, die größeren strategisch wichtigen Provinzstädte und Verkehrswege unter ihre Kontrolle zu bringen. Ein Großteil des Landes ist nach wie vor in der Hand des Widerstandes.“ Die UdSSR habe ca. 85 000 Soldaten in Afghanistan stationiert, die wegen der Schwäche der afghanischen Armee immer stärker in die Kämpfe hineingezogen würden: „Die Widerstandsgruppen haben ihre Ausrüstung in den letzten Monaten weitgehend aus Beständen der auseinanderbrechenden afghanischen Armee, eine gewisse militärische und finanzielle Unterstützung aber auch aus einigen arabischen Staaten (Saudi-Arabien, Ägypten) erhalten. Gegen sowjetische Panzer und Kampfhubschrauber (in Afghanistan etwa 60 im Einsatz) sind sie zwar weitgehend wehrlos, aber angesichts der landschaftlichen Gegebenheiten wird es auf längere Sicht kaum möglich sein, den Widerstand niederzukämpfen.“ Vgl. Referat 340, Bd. 113033.

¹² Zur Konferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz vom 27. bis 29. Januar 1980 in Islamabad vgl. Dok. 29, Anm. 19.

Zur Konferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz vom 17. bis 22. Mai 1980 in Islamabad vgl. Dok. 148, Anm. 7.

gierung manchmal zu höflich und zu zurückhaltend gegenüber den Amerikanern.

Die Amerikaner sind unsere engsten Freunde und Verbündeten. Aber das bedeutet nicht, daß wir jeder Politik zustimmen, die von diesem großen Lande kommt. Wir versuchen vielmehr, auf die amerikanische Politik schon im Entscheidungsprozeß Einfluß zu nehmen.

Er bittet die Saudis, all ihren Einfluß in Teheran zu nutzen, um die Geiselfrage zu lösen. Je länger die amerikanische Frustration in dieser Frage andauert, desto schwieriger wird es, eine maßvolle und verantwortliche amerikanische Politik durchzusetzen.

Zur Lage in Europa erläutert er zunächst die Teilung Deutschlands. Der Bundesrepublik mit über 60 Mio. Deutschen steht die DDR mit 16 Mio. gegenüber, ein kommunistischer Staat mit drei- bis vierhunderttausend sowjetischen Soldaten, Raketen, Tanks; außerdem West-Berlin als politische Insel inmitten sowjetisch besetzten Territoriums. Außerdem leben einige hunderttausend Deutsche noch in Osteuropa und der Sowjetunion. Einige Hunderttausend konnten rücksiedeln, aber einige Hunderttausend werden noch von den kommunistischen Regierungen zurückgehalten. Das heißt praktisch, daß die Sowjetunion 16 Mio., 2 Mio. und einige hunderttausend Deutsche als Geiseln in Händen hält.

Diese Lage zwingt uns dazu, das Gleichgewicht in Mitteleuropa aufrechtzuerhalten, damit die Lage in Berlin nicht erodiert. Wir können das nur im Rahmen der Allianz mit Partnern, von denen die USA der stärkste ist. Wir haben unsererseits in diesem Rahmen eine Armee aufgebaut, die in Zentraleuropa die stärkste ist. Aber die 5000 amerikanischen Nuklearwaffen auf deutschem Boden (nach den Modernisierungsentscheidungen kommen noch 370 modernste Waffen hinzu) sind nicht nur entscheidender Teil des Gleichgewichts, sondern machen deutsches Territorium auch zum Zielgebiet sowjetischer Waffen.

Sie machen uns insbesondere zum Zielgebiet der sowjetischen eurostrategischen Waffen, Raketen und Bomber mit Reichweiten über 4000 km, die ganz Europa abdecken und alle Länder im Nahen und Mittleren Osten. Gegen diese modernen sowjetischen Waffen gibt es in Mitteleuropa noch kein ausreichendes, im Mittleren Osten fast kein Gegengewicht. Im Mittleren Osten gibt es überdies überhaupt kein konventionelles Gegengewicht.

Er glaubt, daß diese Analyse etwa auf der Linie der saudischen liegt. BM Genscher und er werden Ende des Monats Breschnew in Moskau¹³ auf ihre feste Entscheidung hinweisen, für den Aufbau eines ausreichenden westlichen Gegengewichts gegen das sowjetische militärische Übergewicht Sorge zu tragen. Auf der Grundlage des Gleichgewichts sind wir zur wirtschaftlichen Kooperation mit der SU bereit. Wir wollen keinen Rüstungswettlauf, sondern sind an gegenseitigen Rüstungsbegrenzungen interessiert. Er wird Breschnew in Moskau an die gemeinsame Bonner Erklärung von 1978¹⁴ erinnern, wonach keine Seite

¹³ Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher hielten sich am 30. Juni und 1. Juli 1980 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 192–195.

¹⁴ Für den Wortlaut der Gemeinsamen Deklaration vom 6. Mai 1978 anlässlich des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 4. bis 7. Mai 1978 in der Bundesrepublik vgl. BULLETIN 1978, S. 429 f.

militärische Überlegenheit anstreben und annähernde Gleichheit und Parität zur Gewährleistung der Verteidigung ausreichen sollen. Er persönlich glaubt, daß der wichtigste einzelne Faktor des Gleichgewichts der Wille der Nationen ist, sich selbst zu verteidigen und das Gleichgewicht aufrechtzuerhalten. Dasselbe wird auch für den Mittleren Osten gelten. Daher hat er ein wirkliches Interesse und tiefe Sympathie für alle Bemühungen der Araber um arabische Einheit und ihre Anstrengungen, ein Gegengewicht gegen die sowjetische Übermacht aufzubauen.

König Khalid: Im Auftrage des Königs wird seine anliegende Eröffnungserklärung auf deutsch¹⁵ verlesen.

Bundeskanzler dankt für die Erklärung des Königs, mit der er weitgehend übereinstimmt. Er macht folgende Anmerkungen zu einzelnen Punkten:

1) Nahost

Daß wir nicht völlig übereinstimmen, hat auch etwas zu tun mit den laufenden Friedensbemühungen der USA. Die Erklärung von Venedig zeigt, daß die Neun Positionen vorbereiten, die notwendig werden könnten, wenn der Camp-David-Prozeß endet oder – was nicht auszuschließen ist – scheitert.

2) Türkei

Er nimmt mit Genugtuung das saudische Lob für unsere finanziellen und militärischen Bemühungen für die Türkei¹⁶ zur Kenntnis. Sie sind doppelt so hoch wie die der USA, die insgesamt über eine viermal so große Volkswirtschaft verfügen. BM Matthöfer wird mit Genugtuung den saudischen Willen zur Fortsetzung der Hilfe für die Türkei¹⁷ zur Kenntnis genommen haben.

3) Pakistan

Er verweist auf seine Gespräche mit Zia ul-Haq¹⁸ und Agha Shahi¹⁹, die ihm ein gutes Verständnis der pakistanischen Positionen vermittelt haben. Wir kön-

¹⁵ Dem Vorgang nicht beigelegt.

In der Erklärung wurden der Nahost-Konflikt, die Lage in Afghanistan und Pakistan, die Wirtschafts- und Finanzhilfe für die Türkei, der Europäisch-Arabische Dialog, die Entwicklung des Erdölpreises sowie bilaterale Fragen behandelt. Vgl. dazu B 2 (Referat 014), Bd. 246.

¹⁶ Zur Wirtschafts-, Finanz- und Verteidigungshilfe der Bundesrepublik für die Türkei vgl. Dok. 145, Anm. 5.

¹⁷ Zur saudi-arabischen Finanzhilfe für die Türkei vgl. Dok. 70, Anm. 14.

Referat 420 notierte am 13. Mai 1980: „Die Bundesregierung hat sich dafür eingesetzt, daß auch Saudi-Arabien der Türkei wirtschaftlich unter die Arme greift. Anfang Mai 1980 hat sich die saudi-arabische Regierung bereit erklärt, der Türkei einen Kredit in Höhe von 250 Mio. US-Dollar zu noch auszuhandelnden Konditionen zu gewähren.“ Vgl. Referat 420, Bd. 124284.

¹⁸ Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Zia ul-Haq am 9. Mai 1980 in Belgrad vgl. Dok. 140, Anm. 26.

¹⁹ Ministerialdirektor von Staden, Bundeskanzleramt, faßte am 11. Juni 1980 das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem pakistanischen Außenminister Agha Shahi am Vortag zusammen. Erörtert worden seien die Bemühungen der Organisation der Islamischen Konferenz, einen Abzug der sowjetischen Streitkräfte aus Afghanistan zu erreichen. Agha Shahi habe informiert, daß die UdSSR auf eine Anerkennung der Regierung Karmal, die Islamische Konferenz dagegen auf Gesprächen mit den Vertretern des afghanischen Widerstands beharrt habe, worauf die Sondierungen vorerst eingestellt worden seien. Zur Lage im Iran habe Agha Shahi bemerkt, die Macht liege bei Ayatollah Khomeini, den die UdSSR „mit großer Vorsicht behandelte, weil er die Massen auf die Straßen bringen und wirksam zum aktiven Widerstand aufrufen könne. Daher bestehe auch keine Gefahr einer sowjetischen Intervention im Iran, solange Khomeini lebe.“ Zu den amerikanisch-pakistanischen Beziehungen habe Agha Shahi geäußert, die USA glaubten, Pakistan habe keine Alternative zu einer Anlehnung an die USA. Sein Land könne sich zwar nicht selbst verteidigen, sei

nen Pakistan nicht, wie unserem Verbündeten Türkei, Waffen liefern, aber wir stellen mehr Finanzhilfe zur Verfügung²⁰ als die USA und setzen uns für die unumgängliche Umschuldung ein. Er bittet, daß sich die Saudis für amerikanische Zustimmung zur Umschuldung einsetzen.²¹

4) Energiepolitik

Er berichtet über unsere Pilotprojekte zur Kohlevergasung und -verflüssigung, aus denen sich hoffentlich eine größere Industrie entwickelt. Die Industrie wird in einer Größenordnung von 13 Mrd. DM investieren müssen. Wir müssen daher mit einer gewissen Zeit rechnen, in der wir auf Kohle, Gas, Öl und Nuklearenergie angewiesen sein werden. Es wäre gut, wenn sich die saudische Regierung für die stärkere Nutzung von Kohle und die Entwicklung von Nuklearenergie einsetzen würde als Mittel zur Öleinsparung.

Die saudische Regierung hat mit ihrer Ölpolitik in großem Maße Rücksicht auf die Interessen der übrigen Welt genommen. Sie hat eine Führerrolle übernommen, für die nicht nur Deutschland ihr Dank schuldet.

Technologietransfer kommt am besten und schnellsten auf dem Wege über Privatinvestitionen in EL zustande. Saudi-Arabien ist dafür ein gutes Beispiel. Bei uns jedenfalls kann nicht die Regierung, sondern nur private Unternehmen über Technologie verfügen.

5) Nord-Süd-Fragen

Er beabsichtigt, seinen Kollegen beim Treffen der sieben westlichen Industrienationen in Venedig²² zu erläutern, daß die Ölrechnung vor allem für die nicht-ölproduzierenden EL zu hoch ist. Die Türkei z. B. braucht schon mehr als ihre gesamten Exporterlöse, um für die notwendigen Ölimporte zu zahlen. Viele Nicht-Öl-EL sind in derselben Lage und können nicht mehr für die notwendigsten Importe zahlen, um ihr Volk zu ernähren. Er plädiert bei den Saudis als den Führern der OPEC für Verständnis für die Lage der nicht-ölproduzierenden EL. Die IL können die Ölrechnung dieser EL nicht finanzieren. 1980 wird die gesamte Ölrechnung der EL mit 50 bis 55 Mrd. \$ etwa 15 bis 20 Mrd. höher liegen als 1979. Die gesamte Entwicklungshilfe der westlichen Industrieländer wird etwa 20 Mrd. \$ betragen, d. h. daß die gesamte ODA²³ draufgehen wird,

Fortsetzung Fußnote von Seite 917

aber „ein Freund Chinas. Die USA hätten für die Sicherheit Pakistans nichts anzubieten. A[gha] S[ha-hi] betonte in diesem Zusammenhang, wie wichtig es für Pakistan sei, mit Iran zusammenzugehen.“ Pakistan bestreite, die afghanischen Widerstandskämpfer zu unterstützen: „Man habe aber eine lange Grenze, die nicht ohne weiteres zu kontrollieren sei. Die USA könnten Waffen durch Belutschistan schmuggeln. Waffen könnten an der iranischen Küste angelandet werden.“ Vgl. Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 53; B 150, Aktenkopien 1980.

²⁰ Zur Wirtschafts- und Finanzhilfe der Bundesrepublik für Pakistan vgl. Dok. 112, Anm. 24.

Am 8. Oktober 1980 wurde Pakistan die Möglichkeit eingeräumt, bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau Darlehen in Höhe von 110 Mio. DM aufzunehmen. Für den Wortlaut des Abkommens zwischen der Bundesrepublik und Pakistan vgl. BUNDESGESETZBLATT 1980, II, S. 1534 f.

²¹ Zum pakistanischen Wunsch nach einer Umschuldung vgl. Dok. 50, Anm. 22 und 23.

Gesandter Dannenbring, Washington, informierte am 12. Juni 1980, das amerikanische Außenministerium habe mitgeteilt, Präsident Carter befürworte mittlerweile eine Umschuldung Pakistans, „auch der Kongreß habe widerstrebend zugestimmt, aus politischen Gründen im Falle Pakistans eine Ausnahme zu machen. Die bereits früher erwähnte Bindung für eine amerikanische Beteiligung – die Vereinbarung eines ‚Higher-Tranche‘ zwischen Pakistan und dem IMF – werde allerdings beibehalten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2363; Referat 340, Bd. 113191.

²² Zum Weltwirtschaftsgipfel am 22./23. Juni 1980 in Venedig vgl. Dok. 184 und Dok. 185.

²³ Official Development Assistance.

um allein den Anstieg des Ölpreises gegenüber dem Vorjahr zu bezahlen. Offizielle Entwicklungshilfe kann unter den Umständen nicht mehr zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen Situation führen. Als persönliche Schlußfolgerung, die der Wirtschaftsminister sicherlich nicht akzeptieren wird und die nicht zitiert werden sollte, hält er fest, daß Länder wie Kenia, Somalia oder Tansania niedrigere Ölpreise brauchen und keine neuen Kredite, die sie nie fähig sein werden, zu bedienen. Das Konzept Recycling von Petrodollars macht nur Sinn gegenüber den EL²⁴, solange sie dafür zahlen können.

6) Inflation

Er stellt mit Befriedigung fest, daß Deutsche und Saudis ihre Inflationsrate unter Kontrolle haben. Er regt an, daß sich auch die Saudis bei den gemeinsamen amerikanischen Freunden für stärkere Inflationsbekämpfung einsetzen.

Abschließend hofft er, seinen Gesprächspartnern den Eindruck vermittelt zu haben, daß wir tatsächlich sehr weitgehend mit dem Inhalt der Eingangserklärung des Königs übereinstimmen.

Prinz Saud: Die OPEC-Staaten haben das Problem der Belastungen der nicht-ölproduzierenden EL durch die Ölpreiserhöhungen eingehend geprüft. Sie haben zunächst festgestellt, daß 50 % des Ölimports der nicht-ölproduzierenden EL an reichere EL wie Brasilien, Taiwan und Korea geht. Das Problem ist also nur halb so groß, wie es der Kanzler geschildert hat. Die OPEC bemüht sich, den ärmeren nicht-ölproduzierenden EL auf zweierlei Weise zu helfen:

- Beim Ausgleich der Zahlungsbilanzen durch einen besonderen Fonds der OPEC;
- Finanzhilfe bei Investitionen für die Entwicklung existierender Energiequellen oder den Aufbau alternativer Energiequellen. Hierfür bedarf die OPEC der Hilfe der IL beim Technologietransfer.

Die OPEC wird diesen Problemkreis weiterverfolgen und Vorschläge im Rahmen der Globalverhandlungen²⁵ 1981 vorlegen. Er hofft, daß Konflikte vermieden werden und IL und OPEC gemeinsam das Problem lösen werden. Innerhalb der Gruppe der 77 komme es jetzt darauf an, spezifische Vorschläge zu entwickeln und nicht mehr nur wie bei den letzten Treffen sich gegenseitig die Verantwortung zuzuschieben. Er berichtet über das Pariser Treffen des Pakistan-Konsortiums.²⁶

²⁴ Korrigiert aus: „IL“.

²⁵ Die VN-Generalversammlung verabschiedete am 14. Dezember 1979 die Resolutionen Nr. 34/138 und Nr. 34/139, mit der die Einrichtung eines Globalen Dialogs über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit für Entwicklung im Rahmen des VN-Systems beschlossen wurde. Für deren Wortlaut vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XVIII, S. 229 f.

Referat 402 resümierte am 22. Februar 1980, behandelt werden sollten „Fragen aus den fünf Bereichen Rohstoffe, Energie, Handel, Entwicklung, Währung und Finanzen“: „Wichtig sind vor allem die in der Resolution enthaltenen Grundsätze, daß die neuen globalen Verhandlungen zur Lösung der weltwirtschaftlichen Probleme beitragen und zum Vorteil (mutual benefit) aller, vor allem der EL, dienen sollen; keine negativen Auswirkungen auf laufende Verhandlungen in anderen multilateralen Gremien, d. h. keine Duplizierung erfolgen soll. Hieraus ergibt sich die Forderung nach Dezentralisierung, ohne daß in den westlichen IL klare Vorstellungen bestehen, wie die Dezentralisierung realistischerweise erfolgen soll.“ Vgl. Referat 402, Bd. 122040.

²⁶ Das Bundesministerium der Finanzen faßte am 16. Juni 1980 die Ergebnisse der Tagung des Pakistan-Konsortiums am 12./13. Juni 1980 in Paris zusammen. Die Wirtschaftsentwicklung im vergangenen Jahr sei ermutigend: „In welchem Umfang Pakistan auf Finanzierungshilfen von seinen

Bundeskanzler wird bei der Diskussion der Nord-Süd-Fragen in Venedig II auf diese Vorstellungen der Saudis eingehen. Er bittet um eine schriftliche Unterlage über die zwei Kategorien der nicht-ölproduzierenden EL.

Er fragt nach der saudischen Beurteilung der Lage in Südjemen, Nordjemen²⁷ und Oman sowie dem Stand der saudischen Vermittlungsbemühungen zwischen Kenia und Somalia.²⁸

Prinz Saud: Die neue Regierung im Nordjemen wird sich voraussichtlich mehr um die interne Lage kümmern als um die Beziehungen zu den Nachbarn. Der neue Präsident²⁹ wird Saudi-Arabien innerhalb der nächsten zwei Wochen besuchen.³⁰ Die wirtschaftliche und politische Struktur im Nordjemen ist äußerst unstabil. Saudi-Arabien bemüht sich, langfristig beim Aufbau eines besseren Lebensstandards zu helfen.

Mit Somalia und Kenia haben die Saudis im letzten Jahr gesprochen. Die Somalis haben ihr Wort gehalten, keine Terroristengruppen mehr nach Kenia zu schicken, aber Kenia verlangt weiterhin den offiziellen Verzicht auf alle Ansprüche auf kenianische Gebiete.

Fortsetzung Fußnote von Seite 919

erdölproduzierenden Freunden rechnen kann, läßt sich nicht voraussagen. Laut Staatssekretär A. A. Khan hat Pakistan 1979/80 etwas 700 bis 750 Mio. \$ als Stabilitäts-, Projekt- und Flüchtlingshilfe von diesen Ländern erhalten. Aus Mentalitäts- und politischen Gründen lehnen diese Länder eine Institutionalisierung ihrer Unterstützung etwa im Rahmen eines internationalen Konsortiums ab.“ Die USA hätten sich bereit erklärt, „mit Rücksicht auf die besondere Lage Pakistans eine Ausnahme von dem Prinzip zu machen, sich nur in Fällen akuter Zahlungsunfähigkeit an einer Umschuldung zu beteiligen“, wenn Pakistan mit dem IWF ein Stabilisierungsprogramm vereinbare, dort eine höhere Tranche ziehe, sich alle wichtigen Geberländer beteiligten und alle öffentlichen Kredite einbezogen würden. Damit sei der Weg für eine Umschuldung frei. Pakistan halte dafür vier Jahre für nötig. Die Fälligkeiten würden seitens der Bundesrepublik 1980/81 50,7 Mio. Dollar betragen. Für das Haushaltsjahr 1980/81 seien 1,1 Mrd. Dollar zugesagt worden, davon übernehme die Bundesrepublik 139,5 Mio. DM. Vgl. Referat 340, Bd. 113191.

²⁷ Referat 311 vermerkte am 12. Juni 1980: „Im Südjemen stützt die SU ein – regionsfremdes – kommunistisches Regime. Die Staaten des sozialistischen Lagers sind militärisch unübersehbar präsent. Auch nach dem Regimewechsel an der Staats- und Parteispitze am 20.4.1980 ist eine Änderung der politischen Grundhaltung nicht erkennbar. Der neue Präsident wird die nationale Komponente in Südjemen stärken und sich um die Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse kümmern. Sowjetische Marineeinheiten laufen Aden regelmäßig an. Im Rahmen der Militärhilfe sind etwa 1000 Sowjets, 300 DDR-Experten und etwa 750 Kubaner ständig in Südjemen. Von Südjemen wird auch die bei Beendigung der bewaffneten Auseinandersetzungen vom Februar/März 1979 beschlossene Vereinigung mit Nordjemen aktiv betrieben. Am 9.6.1980 besuchte erstmals ein südjemenitischer Präsident Sanaa. Die innere Lage Nordjemens ist bestimmt durch die Rivalität von Stämmen und Zentralregierung. Der gegenwärtige Präsident bemühte sich um eine Stärkung der Zentralgewalt. Er sucht dies jedoch durch eine riskante Herausforderung Saudi-Arabiens, durch Waffenkäufe in der SU und die ebenfalls populäre Propagierung der Vereinigung mit Südjemen zu erreichen. Wirtschaftlich ist Nordjemen von Saudi-Arabien abhängig.“ Vgl. Referat 340, Bd. 113067.

²⁸ Zu den Beziehungen zwischen Kenia und Somalia vgl. Dok. 45, Anm. 12. Botschafter Kühn, z. Z. Bonn, notierte am 13. Februar 1980, Präsident Moi habe bei seinem Aufenthalt in der Bundesrepublik am 11./12. Februar 1980 erklärt: „Kenia sei bereit, sein Verhältnis zu Somalia, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet zu verbessern, allerdings sei man weiterhin skeptisch hinsichtlich der somalischen Ansprüche auf kenianisches Gebiet, die die Somalis bisher nicht klar erkennbar aufgeben hätten. Andererseits könne Kenia einen Sturz Siad Barres nicht wünschen, da es sich dann möglicherweise zwei marxistischen Staaten von der Art Äthiopiens mit entsprechender sowjetischer Präsenz gegenübersehe.“ Vgl. Referat 320, Bd. 125175.

²⁹ Nach der Ermordung von Präsident al-Ghashmi am 24. Juni 1978 trat Oberstleutnant Saleh dessen Nachfolge an.

³⁰ Präsident Saleh hielt sich vom 24. bis 28. August 1980 in Saudi-Arabien auf.

Bundeskanzler weist auf die bevorstehende Reise zweier deutscher Minister nach Somalia hin, um unsere Solidarität mit Somalia in der Flüchtlingsfrage zu zeigen.³¹

Er erwähnt die gegenwärtige Trübung im Verhältnis Saudi-Arabien/Großbritannien.³² Er bittet die Saudis, sich nach Möglichkeit wieder mit der britischen Regierung auszusöhnen, die als solche keine saudischen Gefühle verletzt hat. Großbritannien hat neben Frankreich im Nahen und Mittleren Osten immer noch eine wichtige Rolle zu spielen – jedenfalls mehr als Deutschland, wenn auch weniger als die USA.

König Khalid hofft auf eine Entspannung in den saudisch-britischen Beziehungen, möchte aber nicht, daß der Bundeskanzler diesen Eindruck bereits den Briten vor dem bevorstehenden Gespräch zwischen Kronprinz Fahd und PM Thatcher übermittelt.

Bundeskanzler berichtet über sein Gespräch mit Präsident Senghor und dem Präsidenten von Mali sowie dem Geschäftsträger von Mauretanien über das Senegal-Becken-Projekt OMVS.³³ Er bekundet sein besonderes Interesse für dieses Projekt, weil es direkt der Bevölkerung der Region helfen kann und weil es ein gutes Beispiel der europäisch-arabisch-afrikanischen Zusammenarbeit darstellt. Er hatte Senghor versprochen, sich bei König Khalid für eine Erhöhung des saudischen Beitrags einzusetzen. (*König Khalid* berichtet, daß seine Regierung bereit ist, den saudischen Beitrag auf 100 Mio. \$ zu erhöhen.)³⁴

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 54

³¹ Bundesminister Baum und der stellvertretende SPD-Vorsitzende Wischniewski hielten sich vom 28. bis 30. Juni 1980 in Somalia auf. Baum, z. Z. Mogadischu, informierte am 30. Juni 1980, Somalia habe die Zusage Technischer Hilfe dankbar aufgenommen und eine weitere Zusammenarbeit zur Verbesserung der Lage der Flüchtlinge angeregt. Präsident Siad Barre habe bekannte Positionen vorgetragen, insbesondere daß hinter dem Konflikt am Horn von Afrika allein die UdSSR stehe: „Westen reagiere darauf nicht adäquat. SU verstehe es, den Westen zu ‚neutralisieren‘, z. B. durch Anzettelung von Kämpfen im Ogaden und Darstellung Somalias als Angreifer.“ Er setze nicht nur im humanitären und entwicklungspolitischen Bereich große Hoffnungen auf die Bundesrepublik. Vgl. den Drahtbericht Nr. 338; Referat 320, Bd. 125209.

³² In der Presse wurde berichtet, am 3. April 1980 sei im britischen Fernsehen der Spielfilm „Tod einer Prinzessin“ ausgestrahlt worden, der die Hinrichtung einer Nichte König Khalids und ihres Liebhabers 1977 zum Gegenstand habe. Die saudisch-arabische Regierung habe daraufhin allen Mitgliedern des Königshauses zur Ausreise aus Großbritannien geraten und Großbritannien mit einem Erdölboykott und wirtschaftlichen Sanktionen gedroht. Vgl. den Artikel „Echo auf Heuler“, DER SPIEGEL Nr. 19 vom 5. Mai 1980, S. 228–230.

Botschaftesrat Osterloh, Djidda, berichtete am 2. September 1980, der britische Außenminister Lord Carrington habe sich vom 25. bis 27. August 1980 in Saudi-Arabien aufgehalten. Der Besuch „setzte einen Schlußstrich unter die Krise in den saudisch-britischen Beziehungen, die durch die Ausstrahlung des Fernsehfilms ‚Tod einer Prinzessin‘ im April dieses Jahres ausgelöst worden war und die saudische Regierung veranlaßt hatte, den britischen Botschafter Craig zum Verlassen des Landes aufzufordern“. Vgl. den Schriftbericht Nr. 538; Referat 204, Bd. 115970.

³³ Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit den Präsidenten Senghor und Traoré am 30. Mai 1980 vgl. Dok. 163.

³⁴ Ministerialdirektor Meyer-Landrut resümierte am 25. Juni 1980 den Staatsbesuch von König Khalid: „Die Hauptbedeutung liegt in der Tatsache, daß der König, der wenig reist, überhaupt kam und dies in relativ kurzem Abstand nach dem Besuch des Kronprinzen (Juni 1978). In der nicht-arabischen Welt hat er nur Frankreich und Belgien besucht [...]. Alle Gespräche zeigten, daß Saudi-Arabien der Zusammenarbeit mit uns besonderes Gewicht gibt; wir gelten als politisch einflußreich und wirtschaftlich besonders leistungsfähig. Der Prozeß einer gewissen inneren Entfremdung von den USA, der mit dem Sturz des Schah einsetzte, hat die saudische Kooperationsbereitschaft wahrschein-

Runderlaß des Legationsrats I. Klasse Oehms

012-312.74 VS-NfD

Aufgabe: 18. Juni 1980, 13.33 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 82 Orteiz

Zum 17. Europäischen Rat²

1) Europäischer Rat (ER) befaßte sich im EPZ-Bereich im Vorfeld des Weltwirtschaftsgipfels Venedig (22./23. Juni)³, der NATO-Außenministerkonferenz in Ankara (25./26. Juni)⁴ und des Besuchs von Bundeskanzler und Bundesminister in Moskau (30. Juni/1. Juli)⁵ in erster Linie mit der Abstimmung der Positionen der Neun zu den weltpolitischen Krisenherden Nahost und Afghanistan. Bei der intensiven Erörterung außenpolitischer Fragen haben Bundeskanzler und Bundesminister die Staats- und Regierungschefs sowie die Außenminister unserer EG-Partner auch über Vorbereitung und Zielsetzung ihres Moskau-besuchs unterrichtet.

ER verabschiedete Erklärungen zum Nahen Osten, Afghanistan und Libanon⁶ und zum Euro-Arabischen Dialog (EAD)⁷ sowie Leitlinie für Presseerklärung der Präsidentschaft zu Südafrika⁸. (Erklärungstexte sind mit Info-Funk vom 14.6. übermittelt worden. Zur Bewertung des Inhalts der Erklärungen wird auch auf DE Plurex Nr. 3193 vom 13.6. verwiesen, der einer Reihe von Vertretungen zugegangen ist.⁹)

Fortsetzung Fußnote von Seite 921

lich gefördert.“ Saudi-Arabien strebe offenbar einen umfassenden Vertrag an, der aber nicht im Interesse der Bundesrepublik liege, obwohl sich daraus möglicherweise Vorteile bei der Erdölversorgung ergäben: „Tendenzen zu einer stärkeren Bilateralisierung des Ölgeschäfts [...] liegen wegen der damit verbundenen Politisierung und größeren Erpreßbarkeit nicht im Interesse der Verbraucherländer“. Der saudi-arabische Verteidigungsminister Prinz Sultan habe den Wunsch nach militärischer Zusammenarbeit „beim BMVg sehr handfest angesprochen“. Hinsichtlich der Frage von Kooperationsverträgen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den Golfstaaten hätte sich Saudi-Arabien zurückhaltend gezeigt. Bei Gesprächen über den Nahost-Konflikt „fiel die Dringlichkeit auf, mit der die Saudis sich für die Anerkennung der PLO als alleiniger Vertreter der Palästinenser einsetzen“. Vgl. Referat 311, Bd. 137649.

¹ Durchdruck.

Der Runderlaß wurde von Hilfsreferent Rowas konzipiert.

² Der Europäische Rat fand am 12./13. Juni 1980 in Venedig statt. Vgl. dazu auch Dok. 178.

³ Zum Weltwirtschaftsgipfel in Venedig vgl. Dok. 184 und Dok. 185.

⁴ Zur NATO-Ministerratstagung in Ankara vgl. Dok. 190.

⁵ Zum Besuch des Bundeskanzlers Schmidt und des Bundesminister Genscher in der UdSSR vgl. Dok. 192–195.

⁶ Für den Wortlaut der Erklärungen vom 13. Juni 1980 vgl. BULLETIN 1980, S. 598–600.

⁷ Für den Wortlaut der Erklärung vom 13. Juni 1980 vgl. BULLETIN DER EG 6/1980, S. 11 f.

Zum Europäisch-Arabischen Dialog vgl. Dok. 46, Anm. 15, und Dok. 62, Anm. 52.

⁸ Referat 310 vermerkte am 2. Juni 1980, es sei bedauerlich, „daß der EAD im März 1979 zum Stillstand kam aus Gründen, die nicht bei den Europäern lagen“. Die Bundesrepublik wünsche die Wiederaufnahme, wobei sie zu einer Einbeziehung gemeinsam interessierender politischer Themen bereit sei. Vgl. Referat 311, Bd. 137649.

⁹ Zur Erklärung des EG-Ratspräsidenten Cossiga zur Aussprache des Europäischen Rats über das südliche Afrika vgl. BULLETIN DER EG 6/1980, S. 12 f.

Vortragender Legationsrat Rosengarten informierte: „Nahost-Erklärung beruht auf früheren Erklärungen der Neun [...]. Durch die mittelbare Bezugnahme auch auf Neuner-Erklärung vom

2) Auch angesichts hochgespannten Erwartungshorizonts nicht nur in den arabischen Ländern wäre es politisch nicht vertretbar gewesen, wenn sich ER zu Nahost nicht geäußert oder dazu nur minimale Aussagen getroffen hätte.

Nahost-Erklärung des ER ist ausgewogen. Sie enthält als Kernstück den Hinweis auf Existenzrecht und Recht auf Sicherheit Israels und erstmals ausdrücklich Erwähnung Selbstbestimmungsrechts des palästinensischen Volkes. Die Neun sind bereit, sich an einem System „konkreter und bindender“ internationaler Garantien für eine globale Friedensregelung zu beteiligen. Formel einer „Beteiligung“ der PLO am Verhandlungsprozeß geht zwar über bisherige Neuner-Haltung (Rede irischen Außenministers vor GV-UN am 25.9.1979¹⁰) hinaus, nennt PLO jedoch nur als eine von mehreren betroffenen Parteien, ohne sie mit dem palästinensischen Volk gleichzusetzen. Die Erklärung enthält daher keine Anerkennung eines Alleinvertretungsanspruchs der PLO. Schwierig gestaltete sich die Diskussion zur Weiterentwicklung der Nahostpolitik der Neun durch Aufnahme eines operativen Teils. Dabei war zu berücksichtigen, daß „Sondierungen“ übersteigerte arabische Erwartungen wecken und einer Alternative zum Camp-David-Prozeß¹¹ sehr nahe kommen würden.

ER einigte sich schließlich auf abgeschwächte Alternativformulierung, wonach „Kontakte“ mit allen betroffenen Parteien aufgenommen werden sollten. Diese sollten nach unserer Vorstellung der Präsidentschaft obliegen. Weiteres wichtiges Element aktiver europäischer Nahostpolitik soll – so die vom ER gebilligte Presseerklärung der Präsidentschaft – Wiederingangsetzung euro-arabischen Dialogs auf politischer Ebene bilden.

Eine Änderung oder Ergänzung der SR-Resolution 242¹² sowie mögliche neue Rolle für den SR in der Nahost-Frage blieben in der Nahost-Erklärung ausgespart. ER trug damit wiederholt vorgebrachten amerikanischen Bedenken Rechnung. Jerusalem (einseitige Änderung des Status)¹³ und die israelische Siedlungspolitik wurden erwähnt, weil beide Elemente die Haupthinderungsgrün-

Fortsetzung Fußnote von Seite 922

26.3.1979 wird eine Brücke zum Camp-David-Prozeß geschlagen. Neue Elemente stellen ausdrückliche Erwähnung des Selbstbestimmungsrechts des palästinensischen Volkes, des Rechts auf Sicherheit Israels, die Beteiligung der PLO am Verhandlungsprozeß, der (von uns eingeführte) Gewaltverzicht und insbesondere die Aktivierung der europäischen Bemühungen durch Kontaktaufnahme mit allen betroffenen Parteien dar [...]. Camp-David-Prozeß wird nicht in Frage gestellt. Erklärung bedeutet vielmehr flankierende Hilfestellung für Suche nach einem umfassenden Frieden. Dies geht auch daraus hervor, daß die Elemente Jerusalem und Siedlungspolitik, die zur Unterbrechung der Autonomieverhandlungen geführt haben, als Hindernisse für den Friedensprozeß angesprochen werden. Entgegen Pressemeldungen hat eine Änderung oder Ergänzung der Sicherheitsresolution 242 sowie der bisherigen Beteiligung des Sicherheitsrates keinen Eingang in die Erklärung gefunden. [...] Afghanistan-Erklärung, die auf Basis eines deutschen und eines französischen Entwurfs zustande kam, bekundet in Fortführung der Neuner-Initiative vom 19.2.1980 und der Erklärung des ER vom 28.4.1980 den gemeinsamen Willen der Neun zur politischen Lösung der Afghanistan-Frage durch Unterstützung von Initiativen der Blockfreien“. Vgl. Referat 200, Bd. 112932.

¹⁰ Korrigiert aus: „25.4.1979“.

Für den Wortlaut der Rede des irischen Außenministers O'Kennedy am 25. September 1979 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. UN GENERAL ASSEMBLY, 34th Session, Plenary Meetings, S. 119–125. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 638–644.

¹¹ Zum Camp-David-Prozeß vgl. Dok. 13, Anm. 13.

¹² Für den Wortlaut der Resolution Nr. 242 des VN-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 vgl. Dok. 62, Anm. 45.

Zu Überlegungen zur Änderung der Resolution vgl. Dok. 148 und Dok. 164, Anm. 22.

¹³ Zur Initiative für ein Jerusalem-Gesetz im israelischen Parlament vgl. Dok. 148, Anm. 22.

de für die Fortsetzung des laufenden Friedensprozesses darstellen. Insgesamt gesehen wird daher Camp-David-Prozeß durch Nahost-Erklärung „nicht unterminiert“ (Cossiga), sondern durch Bereitschaft der Europäer, Mitverantwortung zu übernehmen, politisch flankiert und damit gefördert. (Erklärung ist durch Bezugnahme auf Neuner-Erklärung vom 26.3.1979¹⁴ unmittelbar auch mit Camp-David-Prozeß verknüpft.)

Nahost-Erklärung hilft, politisches Vakuum zwischen Unterbrechung der Autonomieverhandlungen¹⁵ und amerikanischen Präsidentschaftswahlen¹⁶ zu überbrücken.

3) ER verabschiedete – auf belgischen Vorschlag – auch Erklärung zu Libanon. Er bekräftigt darin bisherige Neuner-Haltung, die auf Bewahrung der Integrität, Unabhängigkeit und Souveränität Libanons¹⁷ gerichtet ist. Erklärungsentwurf wurde durch Hinweis auf wichtige Rolle und Notwendigkeit ungehinderter Tätigkeit von UNIFIL ergänzt.

4) Anhaltend gespannte Situation in der Afghanistan-Frage, die die Ost-West-Beziehungen weiter belastet und Entspannung ernsthaft gefährdet, erforderte gleichfalls öffentliche Stellungnahmen der Neun. Afghanistan-Erklärung des ER kam auf der Basis weitgehend übereinstimmender deutscher und französischer Entwürfe zustande. Erklärung verlangt in Weiterführung der Neuner-Initiative vom 19.2.1980¹⁸ und der Erklärungen des ER vom 28.4.1980¹⁹ erneut den Abzug der sowjetischen Truppen und das Selbstbestimmungsrecht für das afghanische Volk im Rahmen einer politischen Lösung.

ER bekundete ferner seine Übereinstimmung mit den Schlußfolgerungen der Islamabad-Konferenz zu Afghanistan²⁰ und zeigt positives Interesse für Tätigkeit des durch die Konferenz eingesetzten Ministerausschusses. Mit dieser Erklärung, die warnend darauf hinweist, daß die Verstärkung der sowjetischen Militäroperationen in Afghanistan das Klima der internationalen Entspannung auf Dauer zu gefährden droht, haben die Neun deutlich gemacht, daß sie ihr politisches Gewicht auch für die Afghanistan-Initiative der Islamabad-Konferenz

¹⁴ Für den Wortlaut der Erklärung der EG-Mitgliedstaaten über den Nahen Osten vom 26. März 1979 im Rahmen der EPZ vgl. BULLETIN 1979, S. 326.

¹⁵ Zu den Gesprächen zwischen Ägypten und Israel über eine Autonomie der palästinensischen Gebiete vgl. Dok. 148, Anm. 15.

Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 19. Juni 1980, er habe von einem Mitarbeiter des Nahost-Beauftragten des amerikanischen Präsidenten, Linowitz, erfahren, die Delegationsleiter würden die Gespräche am 2./3. Juni 1980 in Washington wieder aufnehmen. Förmliche Gespräche sollten ab Ende Juli erneut begonnen werden. Themen seien „Zuständigkeit der Self-Governing Authority, Sicherheit, Land, Wasser, Wahlen“. Die Frage nach Status Jerusalems werde dagegen vorerst ausgeklammert, „da derartige Diskussion zur Zeit höchst unproduktiv bleiben müßte“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2476; Unterabteilung 31, Bd. 135601.

¹⁶ Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

¹⁷ Zur Lage im Libanon vgl. Dok. 219, Anm. 12.

¹⁸ Zur Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vom 19. Februar 1980 vgl. BULLETIN DER EG 2/1980, S. 88 f. Vgl. dazu auch Dok. 57.

¹⁹ Vgl. dazu Ziffer 2 der Erklärung des Europäischen Rats sowie der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ zur internationalen Lage vom 27./28. April 1980 in Luxemburg; BULLETIN DER EG 4/1980, S. 13.

²⁰ Zur Konferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz vom 17. bis 22. Mai 1980 in Islamabad vgl. Dok. 148, Anm. 7.

einsetzen wollen. Afghanistan-Erklärung kommt daher neben Nahost-Erklärung prioritäre Bedeutung für westliches strategisches Gesamtkonzept als Antwort auf sowjetische Herausforderung im „Krisenbogen“ zu.

5) Die vom ER gebilligte Presseerklärung der Präsidentschaft²¹ zum südlichen Afrika war von den Niederlanden eingeführt worden. Sie wurde durch (von uns vorgeschlagenen) Zusatz ergänzt, mit dem die Bemühungen der „Fünf“²², einen Beitrag zur baldigen Realisierung von Sicherheitsratsresolution 435²³ hinsichtlich Namibias zu leisten, unterstützt werden.

Erklärung liegt auf der Linie bisheriger Stellungnahmen der Neun zu Problemen südlichen Afrikas.

Oehms²⁴

Referat 012, Bd. 115729

178

Runderlaß des Legationsrats I. Klasse Oehms

012-312.74 VS-NfD

Aufgabe: 18. Juni 1980, 18.32 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 83 Ortez

Zum 17. Europäischen Rat in Venedig vom 12./13. Juni 1980;
hier: Wirtschafts- und EG-Fragen

1) Nach der von den Außenministern Ende Mai 1980 getroffenen Regelung für das Problem der britischen Nettobelastung durch den EG-Haushalt² konnten die Staats- und Regierungschefs sich auf dem 17. Europäischen Rat in Venedig auf einen breiten Gedankenaustausch über aktuelle Wirtschafts- und Gemein-

²¹ Italien hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1980 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

²² Am 10. April 1978 unterbreiteten fünf Mitglieder des UNO-Sicherheitsrats, die Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Kanada und die USA, einen Vorschlag für eine Lösung der Namibia-Frage. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 574–578. Vgl. dazu ferner AAPD 1978, I, Dok. 115.

Zum Stand der Namibia-Gespräche vgl. Dok. 169.

²³ Zu Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978 vgl. Dok. 144, Anm. 10.

²⁴ Paraphe.

¹ Durchdruck.

Der Runderlaß wurde von Hilfsreferent Rowas konzipiert.

² Vortragender Legationsrat Oehms informierte am 9. Juni 1980, im EG-Ministerrat am 29./30. Mai 1980 in Brüssel sei ein Kompromiß zur Frage des britischen Beitrags zum EG-Haushalt gefunden worden: „a) Der britische Nettosaldo soll im Jahr 1980 um 1175 und im Jahr 1981 um 1410 Mio. ERE, zusammen um 2585 Mio. ERE entlastet werden. Mit dieser Entlastung würde der britische Nettosaldo im Jahr 1980 609 Mio. ERE und im Jahr 1981 730 Mio. ERE betragen. b) Falls der britische Nettosaldo 1980 und 1981 höher als die geschätzten Zahlen (1980: 1784 Mio. ERE, 1981: 2140 Mio. ERE) liegt, wird die Differenz nach einem bestimmten Schlüssel zwischen den MS geteilt. c) Kommission wird bis zum 1.7.1981 die Möglichkeit von strukturellen Änderungen prüfen, womit die Wiederkehr einer unzumutbaren Situation für die einzelnen MS verhindert wird. d) Der Rat hat

schaftsfragen konzentrieren (zu den Ergebnissen im EPZ-Bereich vgl. Ortiz Nr. 82 vom 18.6.1980³).

Die Diskussion über die wirtschaftliche und soziale Lage der Gemeinschaft und der Welt, über Welthandels- und Währungsfragen, über die Energiesituation und den Nord-Süd-Dialog diente zugleich der Vorbereitung des am 22./23. Juni 1980 in Venedig stattfindenden Wirtschaftsgipfels.⁴ Einen besonderen Raum nahm nicht zuletzt auf Initiative des Bundeskanzlers die im Zusammenhang mit der künftigen Gemeinschaft stehende Notwendigkeit struktureller Änderungen, insbesondere bei der Gemeinsamen Agrarpolitik, ein. Vor Beginn des ER führte der Bundeskanzler längere Vier-Augen-Gespräche mit Präsident Giscard und PM Thatcher⁵, die sich auch mit den Strukturproblemen der Gemeinschaft befaßten. Im Anschluß an den ER hob der Bundeskanzler seine große Zufriedenheit über die auf der Tagung geführte umfassende Aussprache hervor.

2) Die Staats- und Regierungschefs unterstrichen erneut die zentrale Bedeutung der Inflationsbekämpfung für die weitere wirtschaftliche Entwicklung. Sie betonten ihre Entschlossenheit, einen aktiven Beitrag zur Verstärkung des freien multilateralen Welthandels zu leisten und Lösungen für Handelsprobleme im Einklang mit den Ergebnissen der multilateralen Handelsverhandlungen im GATT⁶ anzustreben. Zur internationalen Währungslage verwiesen die

Fortsetzung Fußnote von Seite 925

bekräftigt, daß sich die Ausgabenentwicklung im Rahmen der eigenen Einnahmen (Zölle, Abschöpfungen, ein Prozent der MWSt-Bemessungsgrundlage) bewegen müssen.“ Diese Lösung mache zusätzliche Anstrengungen der übrigen Mitgliedstaaten erforderlich: „Der Anteil der Bundesrepublik Deutschland richtet sich nach dem für die Finanzierung der Gemeinschaft seit 1971 geltenden Schlüssel. Hieraus ergeben sich zusätzliche Belastungen für den Bundeshaushalt in den Jahren 1980 und 1981 von zusammen 2538 Mio. DM.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 78; Referat 012, Bd. 115729.

Für den Wortlaut der „Schlußfolgerungen betreffend den britischen Beitrag zur Finanzierung des Gemeinschaftshaushalts“ vgl. BULLETIN DER EG 5/1980, S. 9f.

³ Vgl. Dok. 177.

⁴ Zum Weltwirtschaftsgipfel vgl. Dok. 184 und Dok. 185.

⁵ Im Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Premierministerin Thatcher am 12. Juni 1980 in Venedig wurde zunächst die Nachfolge des EG-Kommissionspräsidenten Jenkins erörtert. Es herrschte Einigkeit, daß der Europäische Rat wieder eine kleine informelle Runde werden solle, in der ein vertraulicher Meinungsaustausch möglich sein solle. Schmidt regte an, daß jeder EG-Mitgliedstaat nur noch einen Vertreter in die EG-Kommission entsenden solle, was aber von Staatspräsident Giscard d'Estaing abgelehnt werde. Eine Modifizierung der Gemeinsamen Agrarpolitik sei vor den Präsidentschaftswahlen in Frankreich am 26. April 1981 nicht möglich, ebensowenig eine generelle Obergrenze für Nettobeiträge wie -bezüge: „Wir seien bereit, zu zahlen, um die Gemeinschaft zu stärken, aber wir sind nicht berechtigt, das Geld des deutschen Steuerzahlers in die Gemeinschaft zu zahlen, um den Lebensstandard in Dänemark oder in den Niederlanden zu erhöhen.“ Thatcher äußerte dazu, „daß das gegenwärtige System nicht fair sei für Deutschland“. Abschließend vereinbarten beide „sehr vertrauliche bilaterale Gespräche über die notwendige Restrukturierung in der EG, die bereits vor den französischen Wahlen und unter striktem Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden sollten“. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 538 (014); B 150, Aktenkopien 1980.

⁶ Legationsrat I. Klasse Oehms teilte am 20. April 1979 mit: „Die multilateralen Handelsverhandlungen der Tokio-Runde im GATT sind zum großen Teil abgeschlossen. Die bisher erzielten Ergebnisse liegen seit 12.4.79 in Genf zur Paraphierung aus. Die Europäische Gemeinschaft hat das Protokoll am 12.4.1979 paraphiert. Gleichfalls signiert haben bisher USA, Japan, Kanada, Österreich, Schweiz, Schweden, Norwegen, Finnland, Australien, Neuseeland. [...] Entwicklungsländer (außer Argentinien) haben das Vertragswerk bisher nicht paraphiert. Sie haben trotz der vorgesehenen differenzierenden Vorzugsbehandlung ihre Unzufriedenheit mit den bisherigen Ergebnissen erklärt, die die Interessen der Dritten Welt nicht ausreichend berücksichtigen würden und insbesondere auf die noch ausstehende Schutzklauselvereinbarung hingewiesen. [...] Die im September 1973 mit der Tokio-Erklärung eingeleiteten Verhandlungen sind nach Zahl der teilnehmenden Staaten, nämlich 99, und der Verhandlungsbereiche die umfangreichsten und ehrgeizigsten in der Geschich-

Staats- und Regierungschefs auf die durch laufende Erdölpreiserhöhungen verursachten Zahlungsbilanzungleichgewichte und sprachen sich für eine Stärkung der Rolle der internationalen Finanzinstitutionen bei der Rückschleusung überschüssiger Erdölgelder aus. Besondere Bedeutung für die Stabilität der internationalen Beziehungen messen die Staats- und Regierungschefs dem Nord-Süd-Dialog (Vorbereitung der Globalverhandlungen⁷, Festlegung der dritten Internationalen Entwicklungsstrategie⁸, Übereinkommen über die Satzung des Gemeinsamen Fonds⁹ etc.) bei. Sie würdigten den Bericht der Brandt-

Fortsetzung Fußnote von Seite 926

te des GATT. Im Gegensatz zu früheren Handelsverhandlungen stand der Bereich der nichttarifären Handelshindernisse im Vordergrund, die Bedeutung der Zölle ist zurückgetreten. [...] Wenn der inzwischen weitgehend erreichte materielle Abschluß auch nicht voll unseren Liberalisierungserwartungen entspricht, so stellen das Ergebnis und sein Zustandekommen einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung und Ausweitung des freien Welthandelssystems und zur Stärkung der GATT-Regeln dar.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 34; Referat 012, Bd. 111777.

⁷ Zu den Globalen Verhandlungen vgl. Dok. 176, Anm. 25.

Ministerialdirigent Matthias legte am 8. Juli 1980 dar, auf der am 25. August 1980 in New York beginnenden VN-Sondergeneralversammlung für Entwicklungsfragen sollten Themen und Prozeduren für die im Januar 1981 beginnenden Globalen Verhandlungen verabschiedet werden: „Zu ihrer Festlegung fanden in den letzten Monaten mehrere Sitzungen des Plenarausschusses (C[ommittee]O[f the]W[hole]) in New York statt [...]. Trotz sorgfältiger Vorbereitungen in EG (u. a. Gemeinsame Vorschläge zur T[ages]O[rdrnung]) und OECD konnte keine Einigung zu wesentlichen Fragen erzielt werden. [...] Neben seit längerem umstrittenen Themen (Sicherung der Kaufkraft der Exporterlöse der EL, Währungsfragen und Inflationsausgleich) bereitete die Eingliederung des neuen und bes[on]ders aktuellen Themas Energie Schwierigkeiten. [...] Bei den Prozedurfragen bestehen fundamentale Unterschiede zwischen IL und EL. Die G 77 verlangt, daß die Globalen Verhandlungen zentral in New York geführt werden sollten. Die Sonderorganisationen hätten nur die Ergebnisse zu implementieren. Das Schlußergebnis soll nach Auffassung der G 77 eine bindende Gesamtvereinbarung (package agreement) darstellen, die zwar nicht die Form eines völkerrechtlichen Vertrags erhalten, aber von allen Beteiligten erfüllt werden soll. Demgegenüber wollen die westlichen IL an den bisherigen VN-Praktiken festhalten. Danach können Probleme der Sonderorganisationen in New York allenfalls diskutiert und Empfehlungen an diese gerichtet werden. Allen Beteiligten wurde trotz gegenteiliger öffentlicher Erklärungen im Laufe der letzten Woche klar, daß die Probleme erst auf der SGV gelöst werden können.“ Vgl. Referat 402, Bd. 122401.

⁸ Botschafter Sahm, Genf (Internationale Organisationen), informierte am 28. Juni 1980, bei der wöchentlichen Sitzung der Botschafter der EG-Mitgliedstaaten am Vortag sei auch die internationale Entwicklungsstrategie für die Dritte VN-Entwicklungsdekade erörtert worden: „E[uropäische]K[oordination]G[ruppe] (Adinolfi) berichtete über dreiwöchige Tagung des New Yorker Ausschusses und erklärte, Naik (Pak[istan]) habe Kompromißtext vorgelegt. Mit G 77 habe es große Divergenzen gegeben insbes. wegen Entwicklungshilfe (Erreichen des Ziels von 0,7 % bis 1984), weitere finanzielle Hilfe für Most Seriously Affected Countries bzw. Low Income Countries.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1084; B 201 (Referat 411), Bd. 585.

⁹ Auf der IV. VN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) vom 5. bis 31. Mai 1976 in Nairobi wurde eine Resolution über ein integriertes Rohstoffprogramm verabschiedet, das dazu beitragen sollte, starke Preisschwankungen zu vermeiden, die Exporterlöse der Entwicklungsländer zu erhöhen und sie stärker an der Vermarktung und dem Transport ihrer Erzeugnisse zu beteiligen sowie den Marktzugang und die Versorgungssicherheit zu verbessern. Weiter verhandelt werden sollte über die Schaffung eines Gemeinsamen Fonds, der in erster Linie den Rohstoffbedarf der Entwicklungsländer im Rahmen des integrierten Rohstoffprogramms finanzieren sollte. Vgl. dazu AAPD 1976, I, Dok. 173.

Vortragender Legationsrat Boll informierte am 4. Juli 1980: „Der VN-Verhandlungskonferenz über einen Gemeinsamen Fonds (GF) ist es auf ihrer vierten Sitzungsperiode am 27.6.1980 gelungen, einen Abkommenstext zu verabschieden, der nunmehr vom 1. Oktober an beim VN-Generalsekretär zur Unterzeichnung aufliegt.“ Das Abkommen bestätige die doppelte Funktion des Gemeinsamen Fonds: „Sein erster Schalter soll der Finanzierung von Ausgleichslagern dienen, was technischen den Abschluß von Assoziierungsverträgen zwischen GF und einzelnen Rohstoffabkommen voraussetzt. Diese Assoziationsverträge beschränken sich auf die Regelungen der Darlehens- und Haftungsbedingungen und lassen die Autonomie der Einzelabkommen unberührt. Über den zweiten Schalter sollen hingegen ‚andere‘ rohstoffpolitische Maßnahmen (wie Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, Vermarktungshilfen etc.) in Form von Darlehen und verlorenen Zuschüssen unterstützt werden,

Kommission¹⁰ als einen besonders wichtigen Beitrag. Besorgt zeigten sich die Staats- und Regierungschefs über die Auswirkungen der ständigen Erdölpreiserhöhungen auf die EL und die Entwicklungspolitik.

Der verschärften internationalen Energiekrise widmete der ER seine besondere Aufmerksamkeit. Er begrüßte die Beschlüsse des Ministerrats (Energiefragen) vom 13.5.¹¹ und 9.6.1980¹², die darauf abzielen, das Verhältnis zwischen dem Anstieg des BSP und der Zunahme des Energieverbrauchs zu verringern. Er äußerte seine größte Besorgnis über die jüngsten Preisbeschlüsse der OPEC in Alger.¹³ Die dort beschlossenen Erhöhungen ließen sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht rechtfertigen, gefährdeten die internationale Stabilität und könnten den von der Gemeinschaft weiterhin angestrebten Dialog mit den OPEC-Ländern erschweren. Vor allem die EL würden mit unlösbaren Problemen konfrontiert, die sich über eine Rückschleusung von Liquidität allein nicht beheben ließen. Insbesondere der Bundeskanzler betonte, daß das Recycling angesichts der hohen Verschuldung der EL keine Lösung darstellt. Vielmehr müßten die OPEC-Staaten den EL entweder billigeres Öl liefern oder nicht-rückzahlbare Zuschüsse gewähren.

3) Die Staats- und Regierungschefs nahmen mit Befriedigung von den Ergebnissen des Ministerrats am 29./30. Mai 1980 Kenntnis, die eine Lösung für das Problem des britischen Beitrags zum EG-Haushalt und eine Einigung über die Agrarpreise für das Wirtschaftsjahr 1980/1981¹⁴ sowie für die Schafffleischfra-

Fortsetzung Fußnote von Seite 927

was vor allem den ärmeren EL ohne lagerfähige Rohstoffe zugute kommt.“ Der finanzielle Rahmen und die Verteilung der Stimmrechte zwischen den Regionalgruppen seien bereits im März 1979 durch die dritte Verhandlungsrunde festgelegt worden: „Danach hatten die Gruppen das aus direkten Regierungsbeiträgen gebildete Kapital in Höhe von 470 Mio. US-\$ nach folgendem Schlüssel zu übernehmen: G 77: 10 %, Gruppe B: 68 %, Gruppe D: 17 %, China: 5 %.“ Obschon der Finanzanteil der sozialistischen Staaten auf 13 Prozent abgesenkt worden sei, sei die Teilnahme dieser Gruppe am Gemeinsamen Fonds nicht sichergestellt: „Von einer Zuweisung aus dem Anfangskapital abgesehen, bleiben die Beiträge zum zweiten Schalter ohne Einfluß auf die jeweiligen Kapitalanteile und Stimmrechte, da sie freiwillig geleistet werden. als Ziel für den zweiten Schalter ist ein Volumen von 280 Mio. US-\$ vorgesehen. Aufstockungen sind möglich. Die Bundesregierung hat bereits ihre grundsätzliche Bereitschaft erklärt, zum zweiten Schalter beizutragen.“ Als Organe des Gemeinsamen Fonds seien ein alle Mitgliedstaaten umfassender Gouverneursrat, ein 28köpfiges Exekutivdirektorium und ein Verwaltungsdirektor vorgesehen. Vgl. den Runderlaß Nr. 92; Referat 012, Bd. 115730. Vgl. dazu ferner BULLETIN DER EG 6/1980, S. 98 f.

¹⁰ Zum Bericht der Unabhängigen Kommission für Internationale Entwicklungsfragen („Nord-Süd-Kommission“) vom 12. Februar 1980; Dok. 155, Anm. 5.

¹¹ Bei der Tagung des Ministerrats auf Ebene der für Energiefragen zuständigen Minister in Brüssel wurde Einigkeit über die energiepolitischen Ziele der Europäischen Gemeinschaften für 1980 und die Konvergenz-Politik der EG-Mitgliedstaaten sowie über Maßnahmen zur Energieeinsparung erzielt. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 5/1980, S. 25–28.

¹² Der EG-Ministerrat in Luxemburg verabschiedete die beiden am 13. Mai 1980 gebilligten Entschlüsse zur Energiepolitik. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 6/1980, S. 81.

¹³ Die Erdölminister der OPEC-Mitgliedstaaten beschlossen bei ihrer Tagung vom 9. bis 11. Juni 1980 in Alger eine Erhöhung des Erdölpreises um 4 auf 32 Dollar pro Barrel. Vgl. dazu den Artikel „Einigung der OPEC auf einen neuen Ölpreis“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 11. Juni 1980, S. 13.

¹⁴ Legationsrat I. Klasse Oehms faßte am 9. Juni 1980 die wichtigsten Elemente des Agrarpreispaketes zusammen, auf das sich der EG-Ministerrat am 29./30. Mai 1980 in Brüssel geeinigt hatte: „a) Preisanhebung um durchschnittlich 5 % (für uns in DM bei Abbau unseres Währungsausgleichs um 1 % etwa 4 %), b) Erhöhung der Mitverantwortungsabgabe bei Milch von 0,5 auf 2 %, c) Verlängerung der derzeitigen Zuckerregelung um ein Jahr (also keine Quotenkürzung oder verstärkte finanzielle Heranziehung der Erzeuger), aber Beschluß, die neue Zuckermarktordnung ab 1981 kostendeckend zu gestalten.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 78; Referat 012, Bd. 115729.

ge¹⁵ und Leitlinien für eine globale gemeinsame Fischereipolitik¹⁶ erbracht hätten. Damit sei es nunmehr auch möglich, den EG-Haushalt 1980 aufzustellen und die Gemeinschaft wieder funktionsfähig zu machen. Wesentliches Element der erzielten Einigung sei die Verpflichtung der Gemeinschaft, die erforderlichen strukturellen Anpassungen (im Agrar- und Finanzbereich) vorzunehmen. Dies sei auch im Hinblick auf die EG-Erweiterung¹⁷ erforderlich.

Der Bundeskanzler verwies in diesem Zusammenhang auf unsere Leistungsbilanzlage (zu erwartendes Defizit für 1980 in Höhe von 14,5 Mrd. US-Dollar). Diese Entwicklung sei vor allem auf die Ölpreiserhöhungen, aber auch auf die von uns in der Vergangenheit übernommenen Aufgaben bei der Ankurbelung der Weltwirtschaft und auf den schnellen Anstieg unserer Nettotransfers in die Gemeinschaft zurückzuführen. Wir seien zwar in der Lage, unseren bisherigen Verpflichtungen nachzukommen, es sei jedoch nunmehr eine Grenze erreicht. Wenn die EG-Kommission im Juni 1981 die von ihr angeforderten Vorschläge zur Restrukturierung der Finanz- und insbesondere Agrarmechanismen vorlegt, würden wir verlangen, daß nicht nur für GB eine obere Grenze der Nettobelastung eingeführt werde, sondern daß auch diejenigen Nettoempfänger unter den MS entsprechende Anstrengungen auf sich nehmen müßten, die ein vergleichbares Pro-Kopf-Einkommen aufwiesen.

4) Versuche der Staats- und Regierungschefs, sich in Venedig auf die Person des künftigen (ab Januar 1981) Präsidenten der EG-Kommission zu einigen, führten noch zu keiner Übereinstimmung. Die zu diesem Zweck erforderlichen Gespräche sollen in den kommenden Wochen fortgeführt werden. Grundsätzlich wird an einen geeigneten Kandidaten aus einem der sog. kleineren MS gedacht, die bislang noch keinen Präsidenten gestellt haben (DK, IRL, LUX). In Venedig standen zum Schluß AM Thorn (LUX) und Kommissionsmitglied Graf Davignon (Belgien) zur Auswahl.

Oehms¹⁸

Referat 012, Bd. 115729

¹⁵ Legationsrat I. Klasse Oehms berichtete am 9. Juni 1980, die Hauptelemente der Einigung bei der EG-Ministerratstagung am 29./30. Mai 1980 in Brüssel über die Marktordnung für Schafffleisch seien: „Gewährung von Erzeugerprämien; staatliche Intervention, beschränkt auf Saison vom 15.7. bis 15.12. und auf die MS, die sie beantragen (voraussichtlich F und IRL); Möglichkeit von Ausfuhrerstattungen; Selbstbeschränkungsvereinbarungen mit Drittländern, insbesondere Neuseeland.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 78; Referat 012, Bd. 115729.

¹⁶ Bei der EG-Ministerratstagung am 29./30. Mai 1980 in Brüssel wurde vereinbart, bis spätestens zum 1. Januar 1981 eine globale gemeinsame Fischereipolitik in Kraft treten zu lassen. Für den Wortlaut der Erklärung betreffend die gemeinsame Fischereipolitik vgl. BULLETIN DER EG 5/1980, S. 10 f.

¹⁷ Zu dem auf 1. Januar 1981 terminierten EG-Beitritt Griechenlands vgl. Dok. 5, Anm. 23. Zum Stand der Verhandlungen über einen EG-Beitritt Portugals vgl. Dok. 107.

Zum Stand der Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 5, Anm. 16.

¹⁸ Paraphe.

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Vorsitzenden der Jewish Claims Conference, Goldmann

VS-NfD

19. Juni 1980¹

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit Dr. Nahum Goldmann am 19. Juni 1980 von 11.00 Uhr bis 12.00 Uhr im Bundeskanzleramt

Abendessen zu Ehren Goldmanns am 8. Juli 1980 in Amsterdam²

Goldmann dankt für die Bereitschaft des Bundeskanzlers, zu dem Abendessen nach Amsterdam zu kommen und eine Ansprache³ zu halten.

Bundeskanzler freut sich, als Gast der Organisationen, die das Abendessen ausrichten, nach Amsterdam zu kommen. Er möchte nach dem Essen eine etwa halbstündige Ansprache halten zu Ehren Goldmanns und über die deutsch-jüdischen Beziehungen. Im Gespräch mit Goldmann werden folgende Namen für die Einladungsliste genannt: Genscher, Brandt, Möller, Strauß, Kohl, Kreisky, Nachmann, Galinski, Hesselbach, Gräfin Dönhoff, Eric Warburg.

Er ist sich mit Goldmann einig, daß zu dem Essen von etwa 200 Personen auch die Presse eingeladen wird (auch die wichtigen Zeitungen aus Israel) sowie das Fernsehen (zumindest für die Ansprache).

Er wird wohl nach Beendigung von Abendessen und Ansprache noch nachts zurückfliegen.

Abschlußgeste

Goldmann möchte zur Abschlußgeste⁴, für deren Zustandekommen nach acht Jahren⁵ er dankbar ist, noch zwei Bemerkungen machen:

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 23. Juni 1980 gefertigt und über Staatssekretär Schüler, Bundeskanzleramt, an Bundeskanzler Schmidt „mit der Bitte um Billigung“ vorgelegt. Dazu vermerkte er: „Bundesminister Matthöfer wollte mit Ihnen in Venedig über Goldmanns Vorstellungen zur Abwicklung der Abschlußgeste sprechen. Er war vor seinem Gespräch mit Goldmann am 20. Juni 1980 über den Inhalt Ihres Gesprächs unterrichtet worden. Bundesminister Genscher hat unter Bezug auf Ihren Hinweis in der Vorbesprechung für Venedig II am 19. Juni 1980 Doppel vorbehaltlich Ihrer Billigung erhalten.“ Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 54; B 150, Aktenkopien 1980.

² Ministerialdirektor von Staden, Bundeskanzleramt, übermittelte Staatssekretär van Well am 27. Mai 1980 eine Aufzeichnung über sein Telefongespräch mit dem Vorsitzenden der Jewish Claims Conference, Goldmann, vom selben Tag. Darin notierte Staden für Bundeskanzler Schmidt, entsprechend dessen Gespräch mit Bundesminister Genscher am 23. Mai 1980 habe er, Staden, Goldmann in Jerusalem telefonisch mitgeteilt, daß Schmidt „trotz erheblicher Termschwierigkeiten“ bereit sei, am Abendessen am 8. Juli 1980 in Amsterdam anlässlich des 85. Geburtstags Goldmanns teilzunehmen, unter der Voraussetzung, „daß nicht die Abschlußgeste, sondern der Geburtstag von Herrn Dr. Goldmann Anlaß und Mittelpunkt der Veranstaltung sei. Herr Dr. Goldmann ging auf diesen Gedanken ein, wobei er allerdings hinzusetzte, daß er seinerseits natürlich über die Abschlußgeste sprechen müßte.“ Vgl. B 2 (Referat 014), Bd. 246.

³ Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Schmidt am 8. Juli 1980 in Amsterdam vgl. BULLETIN 1980, S. 697–699.

⁴ Zu den Bemühungen um eine abschließende Leistung zur Abgeltung von Härten in Einzelfällen (Abschlußgeste) vgl. Dok. 12.

In der Presse wurde berichtet, Bundesminister Matthöfer habe am 3. Mai 1980 bei einer SPD-Ver-

1) Die 400 Mio. DM sind nur ein geringer Teil der Wiedergutmachungsleistungen von insgesamt etwa 80 Mrd. DM. Die gewaltige Gesamtsumme belegt noch einmal die Weisheit des goetheschen Wortes „der Handelnde muß blind sein“. Die Verträge vom Anfang der 50er Jahre wären kaum zustande gekommen, wenn man schon damals von einer solchen Gesamtsumme hätte ausgehen können. Gerade im Verhältnis zu diesen Dimensionen ist schwer einzusehen, warum das BMF jetzt für die Abwicklung der 400 Mio. DM Abschlußgeste strikte Richtlinien erlassen will, nach denen z. B. Juden aus den osteuropäischen Staaten nichts bekommen, Gesundheitsschäden nur bei einer Beeinträchtigung der Erwerbstätigkeit von 60 % anerkannt werden. Er schlägt dagegen vor, daß man für die Abwicklung der Abschlußgeste einen generellen Vertrag mit der Claims Conference abschließt, etwa nach dem Vorbild des Vertrags aufgrund des Luxemburger Abkommens von 1953.⁶ Er legt einen informellen Entwurf an (der dem BMF noch vor dem Gespräch Goldmanns mit BM Matthöfer übermittelt wurde). Wenn der BMF auf dem Erlaß detaillierter Richtlinien besteht, wird er ihm nahelegen, die 400 Mio. DM selbst zu verteilen.

Bundeskanzler zeigt sich von diesen Darlegungen überrascht. Aus außenpolitischen Gründen – mit Rücksicht auf die Araber – war von der Bundesregierung entschieden worden, die Abschlußgeste über den Zentralrat der Juden in Deutschland abwickeln zu lassen. Er hält es für möglich, daß es in der Frage der Richtlinien eine Verwechslung mit den Richtlinien für die Vergabe von Mitteln für andere Verfolgtengruppen gegeben hat. Er fragt nach der Möglichkeit eines Vertrags mit dem Zentralrat zur Abwicklung der Abschlußgeste.

Goldmann meint, daß ein Vertrag über die Abwicklung der Abschlußgeste mit dem Zentralrat Herrn Nachmann in Kreisen des internationalen Judentums außerordentlich schaden würde.⁷

Fortsetzung Fußnote von Seite 930

anstellung in Frankfurt am Main mitgeteilt, die Bundesregierung habe im Nachtragshaushalt für 1980 rund 50 Millionen DM zur Beseitigung von Härtefällen bei der Entschädigung rassistisch Verfolgter während der nationalsozialistischen Herrschaft zur Verfügung gestellt. Für den Haushaltsplan 1981 seien dafür 100 Millionen DM vorgesehen: „Insgesamt sollen laut Matthöfer 1980 und in den kommenden Jahren 440 Millionen Mark zusätzliche Finanzmittel im Wege eines Härteausgleichs allen rassistisch Benachteiligten der Hitler-Zeit zur Entschädigung verhelfen, die die gesetzlichen Anmeldefristen versäumt oder aus anderen Gründen bisher keine Wiedergutmachung erhalten haben.“ Vgl. den Artikel „Matthöfer: 1981 100 Millionen Mark für rassistisch Verfolgte“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 5. Mai 1980, S. 6. Vgl. dazu ferner BT ANLAGEN, Bd. 263, Drucksache 8/3982.

⁵ Vgl. dazu das Memorandum der Jewish Claims Conference vom 16. Februar 1973; Dok. 12, Anm. 4. Der Vorsitzende der Jewish Claims Conference, Goldmann, vermerkte am 7. Januar 1980 in einem Memorandum, er habe „vor etwa sieben Jahren Bundeskanzler Brandt und Finanzminister Schmidt“ um eine Abschlußgeste ersucht. Ferner hieß es: „Die Claims Conference ist damit einverstanden, daß die Zahlungen seitens der Bundesregierung über den Zentralrat der Juden in Deutschland überwiesen werden, mit dem Auftrag, die Beträge an die Claims Conference weiterzureichen. Die Claims Conference wird eine kleine Kommission ernennen, die die Einzelheiten sowohl wegen der Höhe der Zahlungen wie wegen der Prozeduren der Prüfung der Gesuche feststellen wird, und wird dafür sorgen, daß der Zentralrat in dieser Kommission vertreten ist.“ Vgl. B 86 (Referat 514), Bd. 1798.

⁶ Für den Wortlaut des Abkommens vom 10. September 1952 zwischen der Bundesrepublik und Israel über die Wiedergutmachung (Luxemburger Abkommen) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1953, Teil II, S. 35–97. Vgl. dazu auch AAPD 1952, Dok. 171 und Dok. 209.

⁷ Referat 514 notierte am 2. Juli 1980: „Zwischen der Claims Conference (Dr. Nahum Goldmann) und dem Zentralrat der Juden in Deutschland (Vorsitzender des Direktoriums, Werner Nachmann) ist inzwischen ein heftiger Streit darüber ausgebrochen, wem die Mittel zur weiteren Verteilung zur Verfügung gestellt werden sollen. Jede der beiden Organisationen beansprucht sie in voller Höhe für sich. [...] Die Bundesregierung neigt aus außenpolitischen Gründen dazu, die Mittel dem Zentral-

2) Möchte er auf ein persönliches Anliegen zu sprechen kommen, nämlich die Erhaltung des „Nahum Goldmann Museums über die jüdische Diaspora“ in Israel, die jährlich etwa 3 Mio. \$ kostet. Die hohen Kosten gehen vor allem auf komplizierte, aber zur Darstellung der Wanderungen über die Jahrtausende hinweg unentbehrliche audiovisuelle Mittel zurück. Der Staat Israel ist bereit, die Hälfte der Summe zu tragen. Er würde gerne sagen können, daß die Bundesregierung zur Erhaltung dieses Museums beigetragen hat.

Hierzu bedürfte es keiner neuen Haushaltsmittel. Es würde ausreichen, wenn der BMF die vorgesehenen 50 Mio. DM für 1980 bald auszahlen könnte und damit Zinsgewinne ermögliche, aus denen der Beitrag zu den Unterhaltskosten des Museums bestritten werden könne. Es würde auch ausreichen, wenn die Bundesregierung auf der Grundlage der Haushaltszusagen Garantien für Kredite z. B. in der Schweiz geben könnte, deren Aufkommen dann zu z. Zt. 7 % höheren Zinsen in USA angelegt werden könnte.

Bundeskanzler sagt zu, BM Matthöfer zu unterrichten, der dem Anliegen Goldmanns gegenüber grundsätzlich sehr positiv eingestellt sei. Allerdings befinde sich der Bund in sehr großen Haushaltsschwierigkeiten, u. a. wegen der wesentlich erhöhten EG-Beiträge⁸, zu deren Deckung für 1981 mitten im Wahljahr⁹ Steuererhöhungen angekündigt werden mußten¹⁰.

Gespräche Goldmann/Dobrynin

Goldmann hat nach seinen Gesprächen mit Dobrynin den Eindruck gewonnen, daß der Bundeskanzler bei seiner Moskau-Reise¹¹ Erfolg haben wird. Als Beleg dafür, daß D. sich in Moskau auskenne, berichtet er, daß ihn D. schon seinerzeit frühzeitig auf den politischen Abgang Ulbrichts¹² aufmerksam gemacht habe, worüber er den damaligen Bundeskanzler Brandt informiert habe.

Fortsetzung Fußnote von Seite 931

rat der Juden in Deutschland als einer rein deutschen Organisation zuzuweisen, in der Erwartung, daß dadurch in der arabischen Welt weniger Aufsehen erregt wird, als wenn sie der Claims Conference, die internationalen Status hat, zufließen würden.“ Vgl. B 86 (Referat 514), Bd. 1787.

Ministerialdirigent Verbeek unterrichtete am 21. August 1980 über die Regelung für eine abschließende Leistung zur Abgeltung von Härten in Einzelfällen (Abschlußgeste): „Die hierzu beschlossenen Richtlinien der Bundesregierung vom 25. Juli 1980 sehen die Gewährung auf Antrag von einmaligen Beihilfen bis zu DM 5000 ohne Rechtsanspruch für jüdische Verfolgte im Sinne des § 1 Bundesentschädigungsgesetz (BEG) vor, die durch nationalsozialistische Gewaltmaßnahmen im Sinne von § 2 BEG erhebliche Gesundheitsschäden erlitten haben und sich in einer besonderen Notlage befinden, jedoch keine Entschädigungsleistungen erhalten können, weil sie außerstande waren, Antragsfristen einzuhalten oder Stichtags- und Wohnsitzvoraussetzungen des BEG oder des BEG-Schlußgesetzes zu erfüllen.“ Vgl. den nicht nummerierten Runderlaß; B 86 (Referat 514), Bd. 1787. Für den Wortlaut der Richtlinien vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 192 vom 14. Oktober 1980, S. 1.

⁸ Zur Erhöhung der Beitragszahlungen der Bundesrepublik wegen der Regelung des britischen Beitrags zum EG-Haushalt und neuer EG-Agrarmarktregelungen vgl. Dok. 178, Anm. 2.

⁹ Die Wahlen zum Bundestag fanden am 5. Oktober 1980 statt.

¹⁰ Bundeskanzler Schmidt kündigte am 9. Juni 1980 auf dem Wahlparteitag der SPD in Essen eine Erhöhung der Mineralöl- und der Brantweinsteuer an. Vgl. dazu den Artikel „Der Bundeskanzler für Fortsetzung der Koalition“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 10. Juni 1980, S. 1 f.

¹¹ Zum Besuch des Bundeskanzlers Schmidt und des Bundesministers Genscher am 30. Juni und 1. Juli 1980 in der UdSSR vgl. Dok. 192–195.

¹² Am 3. Mai 1971 nahm das ZK der SED einstimmig den Rücktritt Walter Ulbrichts vom Amt des Ersten Sekretärs „aus Altersgründen“ entgegen und wählte ihn zum Ehrenvorsitzenden. Nachfolger wurde das Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Honecker. Vgl. dazu das Communiqué; NEUES DEUTSCHLAND vom 4. Mai 1971, S. 1.

Zur Lage in Israel

Goldmann berichtet auf Frage des Bundeskanzlers nach der Lage in Israel, daß der israelische Staat wohl seinen Bankrott erklären müsse. Der frühere Finanzminister Ehrlich habe bereits angeregt, daß die USA den Israelis keine weiteren Kredite gewährten, um den notwendigen Bankrott nicht noch weiter hinauszuzögern. Vance habe dazu bemerkt: Nicht vor den Wahlen¹³ mit Rücksicht auf die amerikanischen Juden. Brzezinski habe dem steigenden Ärger der Carter-Regierung über den politischen Druck Israels und der amerikanischen Juden deutlich Ausdruck gegeben: God protect the Jews if Carter is re-elected.

Israel sei außenpolitisch völlig isoliert. Innenpolitisch zeige sich eine gefährliche Polarisierung. Die armen orientalischen Juden, die Begin an die Macht gebracht haben, leiden am meisten unter der Inflation, die Ende des Jahres etwa 250 % erreichen werde. Am schlimmsten sei der innere moralische Niedergang. Die Korruption steige, die Mafia breite sich aus. Zum ersten Mal sei ein Kind gekidnappt worden, was für die außenordentlich familienbewußten Juden eine Ungeheuerlichkeit darstelle. Die extremen Orthodoxen scheinen sich – wie Waffenfunde aus Armeebeständen in einer Talmudschule bewiesen – auf einen Bürgerkrieg vorzubereiten. Mendès France habe ihm neulich gesagt, er glaube an keinen Frieden mehr, in zehn Jahren werde es kein Israel mehr geben.

Er selbst glaube nicht an einen Krieg, da Israel immer noch stärker sei als seine Nachbarn. Die Nachbarn könnten, wenn sie den inneren Zustand Israels betrachten, den Schluß ziehen, daß sie in Ruhe abwarten könnten, bis Israel sich verblutet. Die einzige Hoffnung sei, daß Carter nach den Wahlen entscheidenden Druck auf Israel ausübe. Trotz aller Bedenken hält er z.Zt. noch die Wiederwahl Carters für wahrscheinlich. Auch Kirkland meine, daß die Arbeiter und die Frauen letzten Endes für Carter stimmen würden. Anderson stelle eine gewisse Gefahr dar, aber er könnte in letzter Minute zurücktreten, um die Demokraten nicht zu spalten.¹⁴ Was Carter an Konzeption und Willensstärke fehle, könne im Verhältnis zu Israel durch die kalte Wut ersetzt werden, die er auf Begin und mehr noch auf den dauernden Druck des amerikanischen Judentums habe. (Auf Einwurf des BK, daß nur 13 % der Juden Carter wählen: Das kann die Wut über den Druck nur steigern.)

Die Juden seien eben immer ein Volk, das man bewundern muß, aber nicht lieben könne. Sie seien wunderbar, wenn sie verfolgt werden. Sie seien unmöglich, wenn es ihnen gut gehe. Dann käme ihre Chuzpe zum Vorschein und die Arroganz, die aus der Überzeugung stamme, auserwähltes Volk zu sein. Man müsse den Juden Zeit lassen zu lernen, Macht zu haben.

Er fragt nach dem Eindruck des Bundeskanzlers von Kissinger. Auf die Bemerkung des Bundeskanzlers, daß Kissinger z.Zt. eher isoliert sei und sich um einen Wiedereintritt in die Politik bemühe, meint er, daß Reagan niemals mit Kissinger zusammenarbeiten werde. Er berichtet von einem Gespräch mit McCloy, der versucht habe, Reagan zu veranlassen, zugunsten von Ford auf die

¹³ Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

¹⁴ Zur Kandidatur des Mitglieds des amerikanischen Repräsentantenhauses, Anderson, als unabhängiger Kandidat für die Präsidentschaftswahlen vgl. Dok. 146, Anm. 6.

Kandidatur zu verzichten.¹⁵ Reagans Bedingung sei gewesen, daß Ford Kissinger entläßt. Das wisse auch Kissinger. (Bundeskanzler: Nur Ford habe die innere Größe, den intellektuell überlegenen Kissinger zu berufen, Reagan nie.)

Auf Frage des Bundeskanzlers meint er, daß Peres gewählt würde, wenn heute (statt wie normal Oktober 1981) Wahlen in Israel stattfinden. Rabin könne Verteidigungsminister, aber Abba Eban werde Außenminister werden. Auf die Bemerkung des Bundeskanzlers, daß die Lage in der israelischen Arbeiterpartei wohl noch schlimmer sei als die in der britischen Labour Partei, meint er, daß bei den Juden alles schwieriger sei. Lord Samuel habe gesagt, daß die Juden wie andere Menschen seien, nur immer noch etwas mehr. Wenn Labour sich nicht auf eine eindeutige Unterstützung von Peres einige, so sei ein letzter Ausweg der jetzige Präsident Navon, ein sephardischer Jude, der sich nur zur Wahl stellen würde, wenn er es für seine unbedingte Pflicht halte. Wenn Carter wirklich Druck auf Israel ausübt, müßte noch dieses Jahr gewählt werden. Der eigentlich Schuldige am Zustandekommen der Regierung Begin sei Yadin, der bei Neuwahlen wohl nicht mehr als nur ein Mandat bekommen würde. Um jetzt Wahlen innenpolitisch zu erzwingen, gebe es zwei Möglichkeiten: Peres könne vertraulich mit Yadin verhandeln und ihm für den Fall einer neuen Regierungsbildung z.B. das Erziehungsministerium anbieten. Er könne auch in offenen Verhandlungen mit den Partnern der gegenwärtigen Koalition versuchen, die Regierung zu stürzen.

Auf Frage des Bundeskanzlers nach Weizman meint er, W. schwanke zwischen der eigenen Partei und einem Angebot der Mapai. Er habe Einfluß auf die Öffentlichkeit, sei aber launisch und rede zu viel.

Auf Frage des Bundeskanzlers, ob es führende Persönlichkeiten gebe, die etwas von der Wirtschaft verstehen, meint er: Ja, an den Universitäten. Aber Begin ist der Auffassung, daß Professoren ein Unglück für die Welt seien. (Bundeskanzler: Ausnahmsweise hat er recht.)

Er rät dem Bundeskanzler, keinesfalls nach Israel zu fahren, solange Begin an der Regierung sei. (Bundeskanzler: Auf keinen Fall, solange die Siedlungspolitik andauert.)

Begins Vergleich der Nahost-Erklärung von Venedig¹⁶ mit der Hitlerschen Politik¹⁷ sei eine Frechheit. Er teilt Kreiskys Meinung, daß Arafats Position

¹⁵ Zur Nominierung Ronald Reagans als Präsidentschaftskandidat der Republikanischen Partei am 16. Juli 1980 vgl. Dok. 146, Anm. 5.

¹⁶ Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats vom 12./13. Juni 1980 in Venedig über den Nahen Osten vgl. BULLETIN DER EG 6/1980, S. 10f. Vgl. dazu auch Dok. 177.

¹⁷ Botschafter Schütz, Tel Aviv, berichtete am 16. Juni 1980, die israelische Regierung habe auf die Erklärung des Europäischen Rats vom 12./13. Juni 1980 in Venedig über den Nahen Osten eine scharfe Antwort formuliert. Die Schärfe sei dadurch unterstrichen worden, daß ungewöhnlicherweise Ministerpräsident Begin selbst die Erklärung verlesen habe: „The resolution calls upon us [...] to include in the peace process the Arab SS known as ‚The Palestine Liberation Organization‘.“ Die PLO habe sich die Vernichtung Israels auf die Fahnen geschrieben: „Not since ‚Mein Kampf‘ was written have more explicit words been said, in the ears of the entire world, including Europe, about the desire for the destruction of the Jewish State and Nation. For peace, which would be achieved with the participation of that same organization of murderers, a number of European countries are willing to give a guarantee even militarily. The heart of anyone with a memory will shudder, knowing the consequences of the guarantee given to Czechoslovakia in 1938, after the Sudetenland was torn

schwächer geworden sei. Er und seine Mitarbeiter müßten ungemein vorsichtig sein. Sartawi, dem Arafat gesagt habe, daß er seine Sicherheit nicht mehr garantieren könne, müsse z. B. jede Nacht woanders schlafen.

Auf Frage des Bundeskanzlers nach Moshe Dayan meint er, daß sein Krebs wohl nicht richtig geheilt sei und ein schweres Herzleiden hinzukomme. Er sei nicht mehr in der Politik und könne wohl auch nicht zurückkehren. Dayan sei einer der wenigen Freunde, die er in Israel habe.

Bundeskanzler betont seine sehr große menschliche Zuneigung zu Dayan, mit dem er bei seinem letzten Besuch in Bonn zwei Stunden unter vier Augen gesprochen habe.¹⁸ Er sei sehr interessiert zu wissen, wie es ihm gehe.

Goldmann: Dayan habe eine viel größere Vision als Weizman. Er sei sicherlich der beste Mann, den Frieden zu machen, aber ein schlechter Ministerpräsident. Seine große Stärke für den Frieden sei, daß er ein Mann mit einem Minimum an Prinzipien sei. Er sei nur Jude und Zionist, genau wie er selbst, das genüge. Wenn man mit dem Teufel verhandle, müsse man sehr klug sein, denn der Teufel sei ein sehr kluger Mann. Mit Gott sei es leichter, da müsse man nur seine Gebote halten.

Im Hinausgehen kündigt er dem Bundeskanzler an, daß er ihm ein Exemplar des ersten Bandes seiner Autobiographie¹⁹ widmen möchte.

Bundeskanzler freut sich darauf, in der Autobiographie zu lesen. Er möchte sich darauf auch in seiner halbstündigen Rede in englischer Sprache nach dem Abendessen in Amsterdam beziehen.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 54

Fortsetzung Fußnote von Seite 934

from it, also for the sake of self-determination.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 583; Unterabteilung 31, Bd. 135601.

¹⁸ Der israelische Außenminister Dayan hielt sich vom 9. bis 11. September 1979 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt am 10. September 1979 vgl. AAPD 1979, II, Dok. 261.

¹⁹ Nahum GOLDMANN: *The Jewish Paradox*, New York 1978.

180

Aufzeichnung des Botschafters Ruth**220-370.73/10-1007/80 geheim****19. Juni 1980¹**Über Herrn Staatssekretär² dem Herrn Bundesminister³ vorgelegt

Betr.: LRTNF;

hier: Brief Carters an den Bundeskanzler⁴

Aus meinen zahlreichen Gesprächen am Rande der Special Consultative Group am 16. Juni⁵ und der trilateralen KSZE-Konsultationen am 18. Juni⁶ halte ich folgenden persönlichen Eindruck fest:

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 20. Juni vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 20. Juni 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 220 verfügte.

² Hat Staatssekretär van Well am 20. Juni 1980 vorgelegen.

³ Hat Bundesminister Genscher am 21. Juni 1980 vorgelegen.

⁴ Zum Schreiben des Präsidenten Carter vom 12. Juni 1980 vgl. Dok. 170.

⁵ Botschafter Ruth, z. Z. Washington, informierte am 17. Juni 1980 über die Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO am Vortag, bei der die Vorbereitung der NATO-Ministerratstagung am 25./26. Juni 1980 in Ankara sowie die Erarbeitung von Positionspapieren im Vordergrund gestanden hätten: „Die Bündnispartner verabschiedeten letzte Fassung des Progreßreports an die Minister und einigten sich über Elemente einer LRTNF-Passage für das Ankara-Kommuniqué [...]. Es herrschte Übereinstimmung, daß SU erst dann an den Verhandlungstisch kommen werde, wenn sie erkenne, daß Allianz an Dezember-Beschluß festhalte. [...] Wichtig sei, auf sowj[etische] Vorbedingung mit Hinweis zu antworten, USA und Bündnispartner hielten weiterhin am SALT-Prozeß fest. Ratifizierung sei durch Afghanistan aufgehalten. Hierfür trage Moskau die Verantwortung. [...] Alliierte waren sich einig, daß jede Art von Freeze oder Moratoriumsvorschlag – gleichgültig ob umfassend oder auf Dislozierung beschränkt – für das Bündnis inakzeptabel sei“. Ruth regte an, die Öffentlichkeit besser über Zahlenmaterial zur Stationierung sowjetischer Mittelstreckensysteme zu informieren. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2438; VS-Bd. 10369 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

⁶ Korrigiert aus: „17. Juni.“

Ministerialdirektor Blech vermerkte am 18. Juni 1980, die amerikanisch-britisch-deutschen Konsultationen in Washington könnten als Erfolg gewertet werden: „Wenn auch in der grundsätzlichen Einschätzung des Konferenzgedankens nach wie vor Unterschiede zwischen der amerikanischen Position einerseits und der in allen wesentlichen Fragen deckungsgleichen britischen und deutschen Position bestehen, konnten in den für Madrid anstehenden operativen Fragen und insbesondere im Hinblick auf eine gemeinsame Sprache nach außen wichtige Annäherungen erzielt werden.“ Es habe Konsens bestanden, daß das Augenmerk auf der Erarbeitung militärisch wirksamer, verbindlicher, verifizierbarer und für den ganzen europäischen Kontinent geltender Maßnahmen zu liegen habe: „Eine auf dem Folgetreffen in Madrid beschlossene besondere Konferenz im 35er-Rahmen auf der Grundlage des französischen KAE-Vorschlags wäre ein geeignetes Forum für die Verhandlung solcher Maßnahmen [...]. Die Amerikaner halten jedoch schon die grundsätzliche Befürwortung einer KAE für zu weitgehend. Neben ihren bereits bekannten Bedenken (Vermeidung einer westlichen Demandeur-Position; Notwendigkeit einer ausgewogenen Vorbereitung zu allen Bereichen der KSZE-Schlußakte, die durch spektakuläre Vorschläge für den militärischen Bereich beeinträchtigt würde; keine prozeduralen Festlegungen vor einer konzeptionellen Einigung im Bündnis zu den vertrauensbildenden Maßnahmen; Ablehnung aller Verhandlungen über Verminderungen und Begrenzungen von Streitkräften und Waffen im 35er-Rahmen; Gefahr der Aushöhlung von MBFR) stellen sie deutlich als bisher einen Zusammenhang mit Afghanistan her: Die Einsetzung einer KAE wäre nach ihrer Auffassung als Beginn neuer rüstungskontrollpolitischer Verhandlungen anzusehen, die sie in der gegenwärtigen politischen Gesamtsituation vermeiden wollen.“ Man habe sich auf folgenden Ablauf der Konferenzvorbereitungen geeinigt: Zunächst solle in der NATO ein Konsens hergestellt werden, dann solle bei den neutralen und nichtgebundenen Staaten geworben werden: „Nach Beginn des Vorbereitungstreffens in Madrid im September Werbung für westliche CBM-Kriterien und westliches Konferenzkonzept unter Klarstellung der Voraussetzungen für das Zustandekom-

1) Meine Gesprächspartner aus dem State Department machten keinen Hehl aus ihrer Sorge über die Wirkung des Briefes des Präsidenten an den Bundeskanzler, insbesondere auch über die durch die Veröffentlichung⁷ hervorgerufene Begleitdiskussion. Es wurde deutlich, daß im State Department (Vest und Bartholomew) versucht worden war, die Absendung dieses Briefes mit der Absicht zu verzögern, ihn anders zu fassen. Dies ist nicht gelungen.

2) Es wurde als bedauerlich bezeichnet, daß der Brief abgegangen war, kurz bevor der Vermerk von Senator Biden über Gespräche in Bonn⁸ einging. Dieser offensichtlich insgesamt positive Vermerk habe deshalb nicht mehr berücksichtigt werden können.

3) Im State Department ist man davon überzeugt, daß die Angelegenheit so schnell wie möglich bereinigt werden sollte, und bereit, das dafür zu tun, was vom State Department her getan werden kann.

4) Zur Sache selbst ist folgendes zu sagen:

a) Die Reaktion des Weißen Hauses auf Presseberichte über die Essener Rede⁹ scheint vor allem durch die Sorge über die Reaktion anderer Bündnispartner und eine mögliche Fehleinschätzung der Sowjetunion motiviert worden zu sein. Die autoritative Erklärung des Bundeskanzlers in Düsseldorf¹⁰ ist hier allgemein bekannt und wird richtig verstanden, was unsere eigene Haltung angeht.

b) Auf der Sitzung der Special Consultative Group hat der norwegische Sprecher¹¹ „den Vorschlag des Bundeskanzlers“ in einer Weise interpretiert, die den amerikanischen Sorgen Auftrieb geben mußte. Ich habe deshalb in meiner

Fortsetzung Fußnote von Seite 936

men einer Konferenz; Entscheidung über Vorlage des westlichen Mandatsentwurfs, sobald der Eintritt dieser Voraussetzungen vorhersehbar ist“. Vgl. VS-Bd. 11530 (221); B 150, Aktenkopien 1980.

⁷ Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 17. Juni 1980, die amerikanischen Tageszeitungen „The New York Times“ und „Baltimore Sun“ würden sich „auf den jeweiligen Frontseiten mit dem Carter-Brief an Bundeskanzler Schmidt zum Thema LRTNF“ befassen. Unter Berufung auf amerikanische Regierungsquellen bezeichne die „New York Times“ das Schreiben vom 12. Juni 1980 „als ‚strongly worded‘, aber auch als ‚less than a warning‘. [...] Washington habe aufgrund mehrdeutiger Kanzleräußerungen aus jüngster Zeit das Gefühl, Schmidt sei an einem ‚missile freeze‘ interessiert und werde sich bei seinem Moskau-Besuch in diesem Sinne einlassen.“ Die „Baltimore Sun“ hebe „vorwiegend auf die jeweiligen innenpolitischen Implikationen der LRTNF-Thematik ab. ‚American officials worry that Helmut Schmidt, the West German chancellor, is playing subtle domestic politics with plans for a NATO nuclear force in a way that could endanger the project. For their part, some German officials suggest that president Carter is doing some needless preselection posturing of his own at the expense of Europe‘.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2437; Referat 201, Bd. 120239.

⁸ Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt am 11. Juni 1980 mit dem amerikanischen Senator Biden vgl. Dok. 172, Anm. 17.

Biden traf am selben Tag mit Bundesminister Genscher zusammen. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen der Besuch Schmidts und Genschers am 30. Juni und 1. Juli 1980 in der UdSSR sowie die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979. Biden zeigte sich befriedigt „und verweist erneut auf die Beunruhigung im Kongreß hinsichtlich des Zwecks, der Erwartungen und der Ergebnisse der Moskau-Reise. Wenn BK und BM nach der Rückkehr aus Moskau im Sinne der jetzigen Mitteilung des Ministers klarstellten, daß sie in Solidarität mit den Sowjets gesprochen und diesen die westliche Haltung klargemacht hätten, wäre dies sehr nützlich. Er erkenne, daß es statt nutzloser Sanktionen besser gewesen wäre, sich um die Afghanistan-Situation zu kümmern und die Zusammenarbeit mit den islamischen Ländern zu stärken“. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178803.

⁹ Zu den Äußerungen des Bundeskanzlers Schmidt am 9.6. 1980 bei einer SPD-Wahlveranstaltung in Essen vgl. Dok. 175.

¹⁰ Zu den Darlegungen des Bundeskanzlers Schmidt am 17. April 1980 in Düsseldorf vgl. Dok. 126, Anm. 5.

¹¹ Johan Jørgen Holst.

Intervention neben anderen Themen auch die Frage einer Aufforderung an die Sowjetunion, den weiteren Ausbau ihres LRTNF-Potentials zu beenden, angesprochen und dabei die Düsseldorfer Position herangezogen.

c) Die Amerikaner sind davon überzeugt, daß die Bündnis-Übereinstimmung mit dem Dezember-Beschluß¹² keine Chance hat, erhalten zu bleiben, wenn nicht die Position der Bundesrepublik Deutschland eindeutig bleibt. Deshalb besteht die Gefahr der Überreaktion in Washington. Auch das belgische Zögern¹³ muß dabei in Rechnung gestellt werden.

d) Wie wir schließen es die Amerikaner nicht aus, daß die Sowjets jetzt und möglicherweise beim Besuch des Bundeskanzlers in Moskau¹⁴ oder später einen in ihrer Weise modifizierten Moratoriumsvorschlag vorbringen könnten. Man befürchtet offenbar, daß die Sowjetunion, auch wenn sie den Sinn des Appells zur Einstellung des weiteren Ausbaus ihres LRTNF-Potentials richtig versteht und diesen Appell ablehnt, zu einer Fehleinschätzung der westlichen Position in der Moratoriumsfrage verleitet werden könnte.

e) Die amerikanischen Befürchtungen richten sich vor allem darauf, daß der Eindruck entstehen könne, als mache uns nur der weitere Ausbau der sowjetischen Rüstung Sorge, nicht schon die bestehende Disparität. Amerikanische Gesprächspartner sind besorgt, daß die SU unseren Appell zur einseitigen Einstellung ihrer Raketen-Dislozierung politisch selbst dann gegen den Westen nützen könnte, wenn wir eindeutig klarstellen, daß ein vereinbartes Moratorium ausgeschlossen sei. Moskau könne z.B. angesichts seiner sehr weit fortgeschrittenen SS-20-Dislozierung (bis Ende d.J. 200 SS-20-Raketen disloziert mit fast 600 Sprengköpfen) jetzt öffentlich erklären, es sei bereit, weitere Dislozierungen zu unterlassen, wenn auch die NATO die Implementierung der Nachrüstung unterlasse.

Eine andere taktische Möglichkeit für die SU, der Allianz politische Schwierigkeiten zu bereiten, bestehe darin, jetzt einen Dislozierungsstopp für die SS-20 anzukündigen (und damit dem Wunsch des Bundeskanzlers entgegenzukommen), gleichzeitig jedoch zu erklären, daß dieser Dislozierungsverzicht natürlich nur solange gelte, wie die NATO ihrerseits während der Verhandlungen keine amerikanischen Mittelstreckenwaffen in Europa aufstelle.

Amerikaner sehen die große Gefahr, daß solche für die SU unproblematischen Angebote den Zeitplan für die westliche Dislozierung insgesamt ins Rutschen bringen könnten.

5) Die Amerikaner verkennen andererseits nicht die politische Absicht unserer Aufforderung an die Sowjets, nicht weiter zu dislozieren. Besonders im State Department ist man sich auch im klaren darüber, daß wir diese Aufforderung eindeutig vom Gedanken eines vereinbarten Freeze oder eines Freeze auf dem Wege des gegenseitigen Beispiels absetzen. Um Fehleinschätzungen bei den Bündnispartnern und auf Seiten der Sowjetunion zu vermeiden, wäre es wichtig,

¹² Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 10.

¹³ Zur Haltung Belgiens zur Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 174.

¹⁴ Bundeskanzler Schmidt hielt sich am 30. Juni und 1. Juli 1980 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 192–195.

- keinen Zweifel über unsere Einschätzung des bestehenden Kräfteverhältnisses, d. h. der bestehenden Disparität, zu lassen,
- klarzustellen, daß es uns um den Beginn von Verhandlungen geht,
- und dabei zu betonen, daß es der Sinn dieser Verhandlungen sein muß, konkrete Ergebnisse zu erzielen, die dem Prinzip der Gleichheit und der Parität entsprechen,
- und daß, wenn dieses Ziel bis zur geplanten Dislozierung auf westlicher Seite nicht erreicht werden kann, der westliche Zeitplan für die Stationierung amerikanischer Systeme schon wegen der bereits bestehenden Disparitäten eingehalten werden wird¹⁵,
- darauf hinzuweisen, daß eine Modifizierung des Umfangs der geplanten westlichen Stationierung nur auf dem Weg über konkrete Ergebnisse, die dem Prinzip der Parität und der Gleichheit entsprechen, möglich ist.

Ruth

VS-Bd. 11343 (220)

181

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem chinesischen Außenminister Huang Hua

VS-NfD

20. Juni 1980¹

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem chinesischen Außenminister Huang Hua beim Arbeitsessen am 20. Juni 1980 von 12.30 Uhr bis 14.30 Uhr im Bundeskanzleramt²

Weitere Teilnehmer am Arbeitsessen: Botschafter Zhang Tong; Stellvertreterin der Abteilungsleiterin Zhu Liqing; Dolmetscher Xu Yougun; MDg Petersen, AA; GL 21³; Dolmetscherin Frau Bätke.

¹⁵ An dieser Stelle vermerkte Vortragender Legationsrat Edler von Braunmühl handschriftlich: „Man muß aber auch sehen, daß das west[liche] Verhandlungsinteresse zunimmt, wenn das sowj[etische] SS-20-Programm über das NATO-LRTNF-Programm hinaus implementiert zu werden droht. Jenseits dieser Marke können wir Gleichheit im LRTNF-Bereich nicht mehr durch Verhandlungen erreichen.“

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 23. Juni 1980 gefertigt und über Staatssekretär Schüler, Bundeskanzleramt, an Bundeskanzler Schmidt „mit der Bitte um Billigung“ weitergeleitet. Dazu vermerkte er: „Bundesminister Genscher hat Doppel des Vermerks vorbehaltlich Ihrer Genehmigung erhalten. Weisungsgemäß habe ich die hiesige sowjetische Botschaft in Grundzügen unterrichtet. Die amerikanische Botschaft wurde über gewisse Verschiebungen der chinesischen Argumentation seit dem Amerika-Besuch Geng Biaos bereits vor Venedig II unterrichtet.“ Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 54; B 150, Aktenkopien 1980.

² Der chinesische Außenminister Huang Hua hielt sich am 19./20. Juni 1980 in der Bundesrepublik auf.

³ Otto von der Gablentz.

Bundeskanzler erkundigt sich nach MP Hua Guofeng, der in Belgrad⁴ einen erstaunlich ausgeruhten Eindruck gemacht habe und von dessen Urteil er bei den Gesprächen in Bonn⁵ sehr beeindruckt war. Er bittet die Grüße zu erwidern, die ihm der Außenminister überbringt. Er fragt nach Deng Xiaoping. *Huang Hua* berichtet, daß es ihm gut gehe, daß er aber angekündigt habe, ab 1985 kein politisches Amt mehr ausüben zu wollen, sondern nur als Berater tätig zu sein. Er möchte aber noch viele Jahre leben und auch noch viel rauchen.

Auf Frage des Bundeskanzlers, welche Fragen besprochen werden sollen, zeigt er sich vor allem am Zustandekommen einer von allen am Frieden interessierten Ländern getragenen Politik gegen die sowjetische Expansion interessiert und an entsprechenden Konsultationen. China glaubt, daß die Sowjetunion nach der Intervention in Afghanistan ihre globale Offensive verstärken und immer höhere Preise für jedes Einlenken fordern werde. Nur eine „allseitige Gegenpolitik“ könne dem entgegenwirken. Daher müßten alle am Frieden interessierten Länder ihre Konsultationen verstärken, ihre Politik abstimmen und sich gegenseitig unterstützen.

Bundeskanzler teilt voll und ganz die Auffassung von der Notwendigkeit gegenseitiger Konsultationen. Er freut sich daher über den Besuch des Außenministers und die Gelegenheit zu solchen Konsultationen. Auch die Bemerkungen über die sowjetische Expansionspolitik hält er für völlig richtig und die besondere Bedeutung, die der Einmarsch nach Afghanistan im Gesamtzusammenhang der sowjetischen Strategie hat.

Er wird in zehn Tagen Breschnew, Gromyko und die anderen sowjetischen Führer sehen.⁶ Er wird ihnen wiederholen, was die Bundesregierung allein und gemeinsam mit ihren Freunden und Verbündeten gesagt hat, daß nämlich der Einmarsch und die andauernde Besetzung Afghanistans für uns nicht akzeptabel sind. Er wird auch wiederholen, daß das zunehmende Übergewicht der Sowjetunion im Bereich der Mittelstreckenwaffen unakzeptabel ist.

Man muß allerdings zugeben, daß die bloße Wiederholung dieser Feststellung noch nicht genug ist, um die Sowjetunion zum Abzug aus Afghanistan zu veranlassen. Die Nichtteilnahme an den Olympischen Spielen⁷ oder die Einstellung der Weizenlieferungen⁸ sind ebenfalls nicht ausreichend. Um die sowjetischen Entscheidungen wirklich zu beeinflussen, sind weitere wesentliche Mittel notwendig. Unter den politischen und psychologischen und militärischen Faktoren erscheint es am wichtigsten, die Ablehnung des sowjetischen Einmarschs durch die islamischen und alle Länder der Dritten Welt aufrechtzuerhalten. Hierdurch entstehen der Sowjetunion im Hinblick auf 50 Millionen Moslems in den eigenen Grenzen nicht unwesentliche Risiken im eigenen Land.

⁴ Bundeskanzler Schmidt und Ministerpräsident Hua Guofeng hielten sich vom 7. bis 9. Mai 1980 anlässlich der Begräbnisfeierlichkeiten für Staatspräsident Tito in Jugoslawien auf.

⁵ Ministerpräsident Hua Guofeng besuchte vom 21. bis 28. Oktober 1979 die Bundesrepublik. Für die Gespräche mit Bundeskanzler Schmidt am 22./23. Oktober 1979 vgl. AAPD 1979, II, Dok. 301 und Dok. 305.

⁶ Bundeskanzler Schmidt hielt sich am 30. Juni und 1. Juli 1980 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 192–195.

⁷ Zur Entscheidung des NOK vom 15. Mai 1980 in Düsseldorf vgl. Dok. 148, Anm. 45.

⁸ Zur Einschränkung von Getreidelieferungen in die UdSSR vgl. Dok. 10, Anm. 23.

Er glaubt nicht an den Erfolg einer Nadelstichpolitik, sondern nur an den einer weltumspannenden Gesamtstrategie. Sie ist dringend notwendig, aber gegenwärtig noch nicht vorhanden. Die USA tendieren dazu, die Bedeutung militärischer Faktoren zu hoch einzuschätzen. Militärische Gegengewichte z.B. im Persischen Golf, im Indischen Ozean oder gegen die sowjetische eurostrategische Rüstung sind notwendig. Sie allein werden die Welt aber nicht verändern. Es bedarf eines gesamtpolitischen Konzepts, zu dem auch die Bewältigung von Konfliktherden, insbesondere im Iran und im Nahen Osten gehört.

Die europäischen Staaten sind bereit, das ihre zur Bewältigung der Konflikte beizutragen. Sie sehen aber mit Besorgnis, daß der Camp-David-Prozeß⁹ noch höchstens bis zu den amerikanischen Wahlen¹⁰ fortgesetzt werden kann. Letzten Endes ist Sadat nicht legitimiert, für die Palästinenser zu handeln. Die Präsidentschaftswahlen in den USA – aber auch natürlich Wahlen in Deutschland¹¹ und in Frankreich¹² – bergen die Gefahr, daß die anstehenden außenpolitischen Entscheidungen nicht immer in der notwendigen langfristigen Perspektive gesehen werden.

Nicht den geringsten Zweifel hat er allerdings an der kontinuierlichen Entschlossenheit der deutschen und französischen Regierung, das Gleichgewicht in Europa nicht in Frage stellen zu lassen.

Die Bundesregierung ist z.B. bereit, ab 1983 modernste amerikanische nukleare Mittelstreckenwaffen auf ihrem Gebiet zu stationieren. Mit der Stationierung von über 5000 amerikanischen Nuklearwaffen auf dem kleinen, eng besiedelten Gebiet ist sie praktisch auch bereit, 60 Millionen Deutsche dem Risiko eines sowjetischen Gegenschlags auszusetzen.

Die Bundesrepublik Deutschland ist kein Nuklearstaat und will es auch nicht werden. Wir haben auf diesem Gebiet unser Schicksal unlösbar mit den USA verbunden. In den USA wird nicht immer verstanden, daß wir damit aber nicht automatisch zu einem Befehlsempfänger der Washingtoner Politik werden. Wir werden auf einigen Gebieten – ohne Prestigesucht und Angeberei – unsere eigenen Interessen vertreten. Das gilt für den Nahen Osten, da ein Krieg dort unmittelbare Folgen für uns hat. Das gilt für die menschlichen Beziehungen mit 18 Millionen Deutschen jenseits unserer Grenzen. Das gilt für die Atmosphäre der Zusammenarbeit mit osteuropäischen Ländern wie Polen und Ungarn, denen im letzten Krieg unerhörte Opfer auferlegt wurden.

Wir können uns daher nicht in eine bedingungslose Konfrontation mit allen Staaten des Ostens treiben lassen. Es ist nicht richtig, z.B. die Ostdeutschen und die Polen die Fehler der Sowjetunion in Afghanistan entgelten zu lassen.

16 Millionen Deutsche leben in der militärisch total von der SU beherrschten DDR, zwei Millionen auf der westlichen Insel West-Berlin, mehrere hunderttausend Deutsche leben noch in der SU und osteuropäischen Ländern. Von ih-

⁹ Zum Camp-David-Prozeß vgl. Dok. 13, Anm. 13.

Zu den Gesprächen zwischen Ägypten und Israel über eine Autonomie der palästinensischen Gebiete vgl. Dok. 177, Anm. 15.

¹⁰ Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

¹¹ Die Wahlen zum Bundestag fanden am 5. Oktober 1980 statt.

¹² In Frankreich fanden am 26. April bzw. 10. Mai 1981 Präsidentschaftswahlen statt.

nen können 30–40 000 jährlich zu uns kommen. Der wirtschaftliche Austausch mit dem Osten dient also nicht nur – in einer insgesamt ausgewogenen Weise – den wirtschaftlichen Interessen beider Seiten. Er gibt uns zusätzlich die Möglichkeit, Menschen Freiheit zu verschaffen.

Wir werden diesen Prozeß der Zusammenarbeit mit dem Osten fortsetzen, aber immer gestützt auf das militärische Gleichgewicht als der unverzichtbaren Voraussetzung der Kooperation.

Deswegen haben wir eine starke Armee von – im Mobilisierungsfall – insgesamt 1,2 Mio. gut ausgebildeter und ausgerüsteter Soldaten aufgestellt. Wir wissen, daß die sowjetische Führung diese militärische Macht gepaart mit den hier stationierten Truppen der Amerikaner, Franzosen und Briten und ihrer Ausrüstung sehr ernst nimmt. Das muß sie auch.

Er glaubt, daß trotz der beiden ernststen Gefahrenpunkte West-Berlin und sowjetisches Übergewicht im eurostrategischen Bereich das Gleichgewicht in Europa für absehbare Zeit gewahrt werden kann. Daher wird es keine direkte militärische Gefährdung in Westeuropa geben. Er sieht die Lage in anderen Teilen der Welt sehr viel skeptischer.

In Europa hat die Sowjetunion seit 1956 ihren Einfluß nicht weiter ausdehnen können. Sie hat ihn jedoch in Afrika, in Zentralamerika und Asien außerordentlich ausgebaut, d.h. in Gebieten, in denen das Gleichgewicht fehlt. Vor 24 Jahren gab es kein sowjetisches Militär auf Kuba, das heute als Flugzeugmutter-schiff für weltweite sowjetische Operationen mit kubanischen Soldaten dient. Es gab keine sowjetischen Machtpositionen in Afrika und in der Westsahara. Ägypten ging inzwischen der SU verloren¹³, die aber ihre militärische Stellung in Aden und in Äthiopien ausgebaut hat. Insgesamt befindet sich die SU heute in einer sehr viel stärkeren Stellung in der Welt als vor 24 Jahren.

Am meisten gefährdet ist der Iran, dessen Einheit nicht nur durch die innenpolitischen Auseinandersetzungen, sondern auch durch Kurden, Belutschen und die schwer zu sichernde Flanke gegen Afghanistan in Frage gestellt wird. Dazu kommt der Konflikt mit den USA, der der Sowjetunion eine hervorragende Ausgangsposition für eine Ausweitung ihres Einflusses gibt.

Wenn China in Teheran seinen Einfluß auf Freilassung der amerikanischen Geiseln geltend machen würde, so wäre das sicherlich ein hervorragender Beitrag zur Stabilisierung der Region.

Mit der militärischen Ausfallbastion Afghanistan, insbesondere für Luftoperationen, kann die Sowjetunion jetzt wesentlich leichter das Gleichgewicht in Pakistan und auf dem indischen Subkontinent in Frage stellen. Auch in Indochina hat die SU ihre Machtposition vergrößert. Wir Europäer bemühen uns, die Position der ASEAN-Staaten zu stützen. Er hat mit Interesse und innerer Zustimmung die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen der Volksrepublik China und Japan begrüßt. Wir bemühen uns, einen engeren Kontakt zwischen

¹³ Am 15. März 1976 kündigte Ägypten den Vertrag vom 27. Mai 1971 mit der UdSSR über Freundschaft und Zusammenarbeit. Präsident Sadat bekräftigte am 26. März 1976 die Forderung, daß die Kriegsschiffe der sowjetischen Mittelmeerflotte binnen eines Monats nach Kündigung des Freundschaftsvertrags ägyptische Häfen verlassen müßten. Die letzten Schiffe liefen am 15. April 1976 aus dem Hafen von Alexandria aus. Vgl. dazu die Meldung „Sowjetische Kriegsschiffe verlassen ägyptische Häfen“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 17. April 1976, S. 1.

der europäischen und japanischen Außenpolitik herzustellen. Er fragt nach der chinesischen Beurteilung der Lage in West- und Südostasien.

Abschließend stellt er als die am meisten gefährdeten Regionen der Welt heraus: Mittlerer und Naher Osten, die Gebiete des Persischen Golfs, mehrere Punkte in Afrika, Zentralamerika und – aber da möchte er dem chinesischen Urteil nicht vorgreifen – Gebiete in Südostasien und insbesondere Thailand. Er sieht keinen Anlaß zum Pessimismus, weil die wirtschaftliche und moralische Kraft aller Staaten, die sich einer sowjetischen Bevormundung nicht unterwerfen wollen, noch keinesfalls ausgeschöpft ist. Er fragt nach der Entwicklung der chinesisch-amerikanischen Zusammenarbeit sowie den Beziehungen zur SU, bei denen manche Leute in Europa und Amerika trotz aller außenpolitischen Differenzen eine künftige ideologische Annäherung nicht ausschließen.

Huang Hua: In den 70er Jahren hat der weltpolitische Einfluß der USA abgenommen. Die sowjetische Expansion macht es erforderlich, daß die USA jetzt in Abstimmung mit ihren Verbündeten und anderen Ländern die Sowjetstrategie eindämmen. China war seit jeher der Auffassung, daß es zwischen Europa und den USA eine gleichgewichtige Partnerschaft geben muß. Die USA sind und bleiben militärisch und wirtschaftlich eine wesentliche Kraft, sind aber allein schon nicht mehr in der Lage, der SU standzuhalten. Wenn die Chinesen sagen, daß angesichts der sowjetischen Strategie eine allseitige Gesamtstrategie erforderlich ist, so verstehen sie darunter auch die Initiative Westeuropas.

Zunächst geht es darum, in den nächsten drei bis fünf Jahren das zugunsten der SU verschobene Kräftegleichgewicht wiederherzustellen und zu wahren und den Ausbruch eines Krieges hinauszuschieben.

Westeuropa ist im Stande, im Nahen und Mittleren Osten eine aktive Rolle zu spielen, die Einheit und Geschlossenheit der arabischen Länder sowie eine Lösung des Nahost-Konflikts zu fördern und die Lage zur Vorsorge gegen eine sowjetische Expansion zu stabilisieren. Die Nahost-Erklärung der EG¹⁴ hat daher eine positive Bedeutung. Sie reicht allerdings nicht aus und sollte daher nach den Wahlen in den USA z.B. in der Frage der Errichtung eines Palästina-Staates präzisiert werden.

Wenn China von allseitiger Strategie spricht, so bezieht es sich auf den Mittleren und Nahen Osten, den Persischen Golf, den südasiatischen Subkontinent, Afrika, Lateinamerika, Zentralamerika und nicht zuletzt auf Europa. Auf Frage des Bundeskanzlers fügt er Japan hinzu.

Man muß nicht nur die militärische Handlungsfähigkeit verstärken und das ungünstige Kräfteverhältnis ändern, sondern auch politische und wirtschaftliche Maßnahmen im Rahmen einer allseitigen Gegenstrategie treffen. Er begrüßt daher den Ausbau der europäischen Beziehungen mit ASEAN¹⁵ und den Europäisch-Arabischen Dialog¹⁶. Im südlichen Afrika brauchen die Länder nach der

¹⁴ Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats vom 12./13. Juni 1980 in Venedig über den Nahen Osten vgl. BULLETIN DER EG 6/1980, S. 10f. Vgl. dazu auch Dok. 177.

¹⁵ Vgl. dazu die Konferenz der Außenminister der ASEAN- und der EG-Mitgliedstaaten vom 6. bis 8. März 1980 in Kuala Lumpur und das dabei abgeschlossenen Kooperationsabkommen; Dok. 84.

¹⁶ Zum Europäisch-Arabischen Dialog vgl. Dok. 46, Anm. 15, und Dok. 62, Anm. 52.

Unabhängigkeit Simbabwe¹⁷ jetzt vor allem rechtzeitige Hilfe und Unterstützung beim wirtschaftlichen Wiederaufbau. Die SU ist kaum in der Lage, wirtschaftliche Hilfe zu gewähren, und hat daher diese Länder sehr enttäuscht. Strategisch bilden Nordafrika, der Mittlere und Nahe Osten sowie der Persische Golf an sich einen Bestandteil von Europa. Die sowjetische Strategie ist darauf gerichtet, Europa einzukreisen auf dem Umwege über diese Länder, die gleichzeitig für die Energieversorgung Europas entscheidend sind. Er würdigt es ausdrücklich, daß der Bundeskanzler und die Bundesregierung bei der Bewertung der weltpolitischen Probleme die Gesamtlage im Auge haben. Zu Afghanistan muß man an der VN-Resolution¹⁸ festhalten. Allerdings ist die SU bisher nicht zum Truppenrückzug bereit, sondern hat im Gegenteil den Preis für ihren Rückzug stets gesteigert. Sie hat ihn mit Problemen verbunden, die mit Afghanistan nichts zu tun haben, wie z.B. den Mittelstreckenwaffen in Europa, dem Zugang zum Öl im Persischen Golf, der amerikanischen Marinepräsenz im Golf und im Indischen Ozean. Die SU hat ein politisches Paket geschnürt. Die Voraussetzungen für politische Lösungen müssen also noch geschaffen werden, der Zeitpunkt für eine politische Lösung ist noch nicht gekommen.

Auf Frage des Bundeskanzlers unterstützt er die Resolution der islamischen Außenministerkonferenz und die Arbeiten des Dreierausschusses.¹⁹ Er berichtet, daß der iranische AM Ghotbzadeh ihm gesagt habe²⁰, daß er für den Plan eines Treffens der Drei mit den Sieben in Venedig²¹ nicht mit innenpolitischer Unterstützung rechnen könne. Auch AM Shahi habe gesagt, ein solches Treffen könne den Dreierausschuß in den Augen der Dritten Welt als pro-westliche Veranstaltung abstempeln. Ghotbzadeh sei aber bereit, die Vorstellungen des Dreierausschusses auf anderen Kanälen dem Westen zu erläutern.

Im Iran herrscht innenpolitisch ein Wirrwarr. Präsident²² und Außenminister verfügen über keine Mehrheit im Parlament.²³ Die vom Außenminister in Aussicht gestellte Lösung des Geiselpblems, sobald das Parlament wirklich mit der Arbeit beginnt, ist noch keinesfalls sicher. In der Geiselfrage kann man daher nur eine geduldige Haltung annehmen. Die Chinesen haben daher den USA stets zur Geduld geraten und – unter Hinweis auf die Gesamtstrategie – davor

¹⁷ Am 18. April 1980 wurde die vormalige britische Kolonie Rhodesien formell in die Unabhängigkeit entlassen.

¹⁸ Zur Resolution ES-6/2 der Notstandssondertagung der VN-Generalversammlung vom 14. Januar 1980 vgl. Dok. 14, Anm. 11.

¹⁹ Zur Konferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz vom 17. bis 22. Mai 1980 in Islamabad und zur Bildung eines Dreierausschusses für Afghanistan vgl. Dok. 148, Anm. 7.

²⁰ Der chinesische Außenminister Huang Hua, der sich vom 6. bis 18. Juni 1980 in Schweden, Norwegen und Dänemark aufhielt, und der iranische Außenminister Ghotbzadeh, der am 11./12. Juni 1980 in Norwegen an einer Tagung der Sozialistischen Internationale in Oslo teilnahm, führten in Oslo ein Gespräch.

²¹ Zum Weltwirtschaftsgipfel am 22./23. Juni 1980 in Venedig vgl. Dok. 184 und Dok. 185.

²² Abolhassan Bani Sadr.

²³ Referat 311 vermerkte am 14. Juli 1980, das Parlament habe sich am 28. Mai 1980 konstituiert: „Bisher ist aber nicht abzusehen, wann ein Ministerpräsident berufen und eine endgültige Regierung gebildet wird; erst danach soll sich der 13-köpfige Revolutionsrat auflösen. [...] Den politischen Machtkampf bestreiten die Anhänger der orthodox-religiösen Islamischen Republik-Partei unter Ayatollah Beheshti (die im Parlament knapp unter der absoluten Mehrheit liegt) und die gemäßigt-islamischen Anhänger des Präsidenten Bani Sadr (ca. 20 % der Mandate im Parlament).“ Vgl. Referat 311, Bd. 137627.

gewarnt, das Geiselpproblem vor das Problem Afghanistan zu stellen. Die Chinesen haben daher auch die amerikanischen Forderungen im Sicherheitsrat nach Sanktionen gegen den Iran²⁴ nicht unterstützt. Die Militäraktion der USA²⁵ ist nur der SU zugute gekommen und hat ihre äußerst harte Haltung in Afghanistan und auch in der Kambodscha-Frage verstärkt.

Zu Indochina meint er, daß die Vorschläge Vietnams an die ASEAN-Staaten, über s.g. friedliche Zusammenarbeit zu diskutieren auf sowjetische Anregung zurückgehen.²⁶

Im Verhältnis zu Japan hat der Besuch Hua Guofengs²⁷ das generationenalte freundschaftliche Verhältnis zwischen Japan und China wiederhergestellt. Der japanische 1,5 Mrd. \$-Kredit zu äußerst günstigen Bedingungen (3 % Zinsen, 30 Jahre Laufzeit, Schonfrist zehn Jahre – Bundeskanzler: das ist geschenkt) ist auch aus historischen Gründen zu erklären. China hatte nie Wiedergutmachung für die Verwüstungen durch die Japaner in der Kriegszeit gefordert. Mit dem Kredit haben sich alle Parteien im japanischen Parlament einverstanden erklärt.²⁸

²⁴ Die Volksrepublik China blieb am 13. Januar 1980 der Abstimmung über den Resolutionsentwurf S/13735 im VN-Sicherheitsrat fern, der Sanktionen gegen Iran vorsah und wegen des Vetos der UdSSR abgelehnt wurde. Vgl. dazu Dok. 15, Anm. 9.

²⁵ Zum Versuch einer militärischen Befreiung der in Iran festgehaltenen amerikanischen Botschaftsangehörigen am 24./25. April 1980 vgl. Dok. 138.

²⁶ Referat 340 vermerkte am 9. Juni 1980: „Die Hoffnungen, Indochina werde nach Beendigung des Vietnamkrieges endlich zur Ruhe und zu einem gewissen Maß an Stabilität kommen, haben getrogen. Nach langen Auseinandersetzungen unterhalb der Schwelle eines Krieges besetzte Vietnam im Januar 1979 in einem Blitzkrieg Kambodscha. China reagierte im Februar/März mit einer Strafaktion an der Nordgrenze Vietnams. Die Drohung einer zweiten Strafaktion besteht weiter. Die Operationen Vietnams gegen Widerstandsgruppen an der thailändisch-kambodschanischen Grenze haben wiederholt auf Thailand übergegriffen. Indochina bleibt damit weiterhin ein Krisenherd, der die Sicherheit der Region gefährdet.“ Nach der Annahme der von ihnen eingebrachten Kambodscha-Resolution bei den Vereinten Nationen am 14. November 1979 hätten die ASEAN-Mitgliedstaaten Vietnam Dialogbereitschaft signalisiert: „Besuche des malaysischen AM in Hanoi (9./10. Januar 1980) und des vietnamesischen AM Thach in Malaysia und Thailand (Mai 1980) haben keine weitere Annäherung erbracht, jedoch das Klima für weitere Gespräche verbessert. Die Erklärung Vietnams, die Souveränität Thailands respektieren und auf das Recht der Nacheile auf Thai-Territorium verzichten zu wollen, dürfte ebenfalls als zur Entspannung beitragend betrachtet worden sein.“ Vgl. Referat 341, Bd. 113067.

²⁷ Ministerpräsident Hua Guofeng hielt sich vom 27. Mai bis 1. Juni 1980 in Japan auf. Botschafter Diehl, Tokio, berichtete am 2. Juni 1980: „Am 29.5. hielt PM Hua in Tokio einen 40minütigen Vortrag über das Thema ‚Laßt uns die chinesisch-japanische Freundschaft stärken und den Weltfrieden schützen‘. [...] Ausführlicher Dank an Japan für das, was es in den letzten 100 Jahren China gegeben hat. [...] Die dunkle Seite der Beziehungen beider Länder wird als unglückliche und unerfreuliche Zeit bezeichnet. Gleich darauf wird auf prominente chinesische Revolutionäre, Literaten und Denker verwiesen, die in den ersten Dekaden dieses Jahrhunderts in Japan lernten und dem Land viel verdanken, u. a. Zhou Enlai. [...] Der vor zwei Jahren mit Japan abgeschlossene Friedens- und Freundschaftsvertrag habe die freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern verstärkt und sei ein wichtiger Faktor bei der Erhaltung des Friedens in Asien und in der Welt. China werde die Prinzipien des Vertrages strikt einhalten und nie hegemonialistisch sein.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 647; Referat 341, Bd. 113135.

²⁸ Referat 341 notierte im Juni 1980, die Volksrepublik China sehe „ein enges chinesisch-japanisches Zusammengehen als historische Chance und Notwendigkeit am Ausgang des 20. Jahrhunderts. [...] Man diskutiert deshalb auf chinesischer Seite nicht lange über eine Versöhnung zwischen den bis vor kurzem verfeindeten Völkern, sondern baut für die Zukunft. [...] Die Vereinbarung regelmäßiger politischer Konsultationen im Rahmen gemeinsamer Ministerkonferenzen zeigt, daß die politische Partnerschaft zwischen China und Japan bereits über die normalen Kontakte hinausgreift.“ Vgl. Referat 341, Bd. 113067.

Beim Besuch des Stellvertretenden MP Geng Biao in den USA²⁹ hat man insbesondere die internationale Lage und eine wirksame Gegenpolitik gegen die globale Offensive der SU besprochen. Bilateral ging es um Lieferung nichtmilitärischer Technik³⁰ und einen amerikanischen Kredit von 2 Mrd. \$ der Import-Export-Bank für den Ausbau von Wasserkraft, Bergbau und Infrastruktur in China.

Zu Korea sagt er, daß die VR Korea mit Sicherheit nicht nach Südkorea eindringen und die inneren Unruhen in Südkorea³¹ auch nicht zur Einmischung ausnutzen wird.

Zum Verhältnis Chinas zur SU erläutert er, daß China den im April 1980 abgelaufenen Freundschaftsvertrag³² fristgerecht gekündigt hat. Bei der ersten Runde der bilateralen Gespräche im September/Okttober 1979 in Moskau war die Sowjetunion nur zu leeren Erklärungen z.B. über Gewaltverzicht bereit, nicht aber zu einer Reduzierung ihrer Truppen auf den Stand von 1964 oder einer Erklärung, Nachbarländer nicht für Bedrohungen des anderen auszunutzen.³³ Nach dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan hat China die geplante zweite Verhandlungsrunde in Peking abgesagt.³⁴ Insgesamt wird sich China

²⁹ Der chinesische Stellvertretende Ministerpräsident Geng Biao hielt sich vom 25. Mai bis 5. Juni 1980 in den USA auf.

³⁰ Anlässlich des Besuchs des chinesischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Geng Biao in den USA berichtete Gesandter Dannenbring, Washington, am 4. Juni 1980: „Bezüglich der Lieferung von sog. Dual-use-equipment und militärischem Unterstützungsgerät gibt es auch nach den Gesprächen mit Geng Biao keine Änderung der US-Haltung. Wie bisher wird die Administration von Fall zu Fall entscheiden. Die Lieferung von Waffen und Waffensystemen steht unverändert nicht zur Debatte. Für folgendes Gerät wird gegenwärtig die Erteilung der Genehmigung zur Aufnahme von Verhandlungen mit den amerikanischen Lieferfirmen geprüft: Dual-use-equipment: integrierte Schaltkreise, Rechner, Zusatzgerät für Rechner, zivile Hubschrauber; militärisches Unterstützungsgerät: Luftverteidigungs-Radargeräte (Frühwarnung), Transportflugzeuge, Transporthubschrauber, Lkw, Fernmeldegerät, Testgeräte zur Überprüfung von Triebwerken. Die Abwicklung aller vereinbarten Geschäfte geschieht unmittelbar zwischen den betreffenden US-Firmen und der Regierung in Peking. Die US-Regierung ist in keinem Fall direkter Vertragspartner.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2237; Referat 201, Bd. 120170.

³¹ Referat 341 vermerkte am 10. Juni 1980, nach der Ermordung des Präsidenten Park am 27. Oktober 1979 sei in der Republik Korea (Südkorea) das Kriegsrecht verhängt und am 18. Mai 1980 nochmals verschärft worden: „Entscheidender Mann in der Militär-Junta ist Chun Doo-Hwan. [...] Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen. Unter den Verhafteten befinden sich Oppositionspolitiker – darunter Kim Dae-Jung –, Studenten, Intellektuelle, aber auch einige Amtsträger aus der Ära des früheren Präsidenten Park.“ Seit 20. Mai 1980 sei der ehemalige General und stellvertretende Ministerpräsident von 1967 bis 1969, Park Chung-Hun, Ministerpräsident. Unruhen in der Heimatprovinz von Kim Dae-Jung habe das Militär blutig niedergeschlagen, nach offiziellen Angaben habe es 170 Tote gegeben. Vgl. Referat 341, Bd. 113067.

³² Die UdSSR und die Volksrepublik China schlossen am 14. Februar 1950 einen Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 226, S. 3–19.

³³ Referat 213 legte am 10. Juni 1980 dar: „Nach der Kündigung des Freundschaftsvertrages durch China am 3.4.1979 wurden von Oktober bis Dezember 79 Gespräche in Moskau auf der Ebene stellvertretender Außenminister geführt. Sie sollten im Frühjahr 80 in Peking fortgesetzt werden, wurden von der chinesischen Führung aber als Reaktion auf die Afghanistan-Invasion auf unbestimmte Zeit verschoben. Auch bei den Verhandlungen wurden unvereinbare Ziele anvisiert: Moskau wollte eine allgemeine Prinzipien Deklaration, die Peking als ideologisch ablehnte. Seinerseits forderte China eine Verdünnung der sowjetischen Truppen an seiner Nordgrenze, den Abzug der Streitkräfte aus der Mongolischen VR, keine Unterstützung der vietnamesischen Aggressionspolitik.“ Vgl. Referat 341, Bd. 113067.

³⁴ Botschafter Schödel, Peking, berichtete am 28. März 1980: „Vizeaußenminister Wang Youping, zuständig für Beziehungen zur Sowjetunion und Leiter der chinesischen Verhandlungsdelegation in Moskau im Herbst 1979, erläuterte bei meinem Antrittsbesuch gegenwärtigen Stand chinesisch-so-

gegen die SU stellen, solange die SU nicht ihre hegemonistische und sozial-imperialistische Politik ändert.

Er wiederholt noch einmal, daß nach chinesischer Auffassung die USA allein nicht in der Lage sind, der SU zu begegnen. Sie muß daher mit Verbündeten und anderen Staaten konsultieren und gegenseitige Unterstützung vereinbaren, um die sowjetische Expansion einzudämmen und den Ausbruch eines Krieges hinauszuschieben.

Bereits in seinem Gespräch mit BM Genscher³⁵ hat er betont, daß die einzelnen Länder dabei wegen ihrer unterschiedlichen Lage im Rahmen der Gesamtstrategie unterschiedliche Taktik verfolgen und unterschiedliche Maßnahmen ergreifen müssen. Konsultationen sollen dafür sorgen, daß die Meinungsverschiedenheiten insbesondere zwischen Westeuropa und den USA nicht an die Oberfläche kommen.

Er dankt dem Bundeskanzler abschließend für das Gespräch und den Empfang und betont das ernsthafte chinesische Interesse, aktiv zur Vertiefung der bilateralen Beziehungen beizutragen.

Bundeskanzler dankt für dies sehr sorgfältige und detaillierte Exposé, das seine Erwartungen weit übertraffen hat. Für die Bundesregierung pflichtet er ausdrücklich dem zu, was der chinesische AM über das große Interesse am Ausbau der gegenseitigen Konsultationen und Kooperation zwischen Bundesrepublik Deutschland und VR China gesagt hat. Er versichert den AM und bittet ihn, es auch den beiden Freunden Hua Guofeng und Deng Xiaoping zu sagen, daß wir fest darauf rechnen, daß sich die zukünftige Kooperation verstärkt und vertieft. Der Besuch des chinesischen AM ist uns wie der eines jeden Vertreters der politischen Führung Pekings außerordentlich willkommen. Wir sind an dem Urteil der Chinesen außerordentlich interessiert und für jeden Ratschlag jederzeit dankbar.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 54

Fortsetzung Fußnote von Seite 946

wjetischer Beziehungen. Fortsetzung zweiter Runde der Verhandlungen zum gegenwärtigen Zeitpunkt schließe er aus. Zwar sei man noch in Moskau einig gewesen, zweite Verhandlungsrunde im Frühjahr 1980 in Peking fortzusetzen. Inzwischen habe aber sowjetische Invasion in Afghanistan Beziehungen entscheidend belastet und Chinas Sicherheit weiter beeinträchtigt. Unter diesen Umständen sei es nicht angebracht, Verhandlungen zur Zeit aufzunehmen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 467; Referat 341, Bd. 113071.

³⁵ Bundesminister Genscher und der chinesische Außenminister Huang Hua erörterten in ihren Gesprächen am 19. und 20. Juni 1980 die Politik der UdSSR, die Lage in Kambodscha und Afghanistan sowie im Nahen und Mittleren Osten, die Ost-West-Beziehungen sowie bilaterale Fragen. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 340, Bd. 113067.

182

Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Staden, Bundeskanzleramt, z.Z. Venedig

VS-vertraulich

22. Juni 1980¹

Betr.: Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit Präsident Carter in Venedig am 21. Juni 1980, 19.00–20.30 Uhr, unter Teilnahme der Außenminister Genscher und Muskie sowie in Begleitung von Sicherheitsberater Brzezinski und Herrn von Staden²

Nach Begrüßung und einem kurzen Meinungsaustausch über den Besuch des Präsidenten (C) beim Papst³ erkundigt sich C nach Ihren Erwartungen für Moskau⁴. Sie erwidern, unsere Absichten in der Sache seien klar, unklar sei dagegen, was die Sowjets vorhätten. Wir würden uns in verschiedenen Darlegungen zu Afghanistan und zur Frage der außerordentlichen sowjetischen Überlegenheit im Mittelstreckenbereich äußern. Die sowjetische Reaktion zu diesen Fragen sei aber noch unklar.

Auf eine Frage von C schilderten Sie Ihre Unterrichtung durch Präsident Giscard d'Estaing nach dem Treffen mit Breschnew in Warschau.⁵ Vor allem habe Giscard eine recht harte Sprache geführt, was den Sowjets wohl nicht gefallen habe. Die französische Seite habe den Eindruck gehabt, daß Breschnew vielleicht etwas flexibler sei als Gromyko. Sie habe aber auch den Eindruck gewonnen, daß Gromyko im außenpolitischen Bereich entscheidend sei. Ob das an Breschnews Gesundheit läge oder sich schon neue Konfigurationen in der sowjetischen Führung abzeichneten, wisse man nicht. Breschnew habe alles vom Papier abgelesen.

C erwiderte, die Franzosen hätten berichtet, daß die Sowjets Interesse an einer politischen Lösung für Afghanistan indiziert hätten. Was die USA jedoch von Gromyko gehört hätten⁶, ließe jede Flexibilität vermissen. Muskie (M) und Brzezinski (B) griffen an dieser Stelle ein, um mitzuteilen, daß seit dem 21. Juni die

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor von Staden, Bundeskanzleramt, z.Z. Venedig, am 22. Juni 1980 gefertigt und von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Zeller, Bundeskanzleramt, am 24. Juni 1980 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau „zur Unterrichtung des Herrn Bundesministers und vorbehaltlich der Zustimmung des Bundeskanzlers“ übermittelt. Hat Wallau am 24. Juni 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14087 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

Für das Gespräch vgl. auch SCHMIDT, Menschen, S. 156–162. Vgl. ferner CARTER, Faith, S. 537 f.

² Anlässlich des Weltwirtschaftsgipfels in Venedig am 22./23. Juni 1980 hielt sich Bundeskanzler Schmidt vom 21. bis 23. Juni 1980 in Italien auf.

Präsident Carter hielt sich vom 19. bis 23. Juni 1980 in Italien auf.

³ Papst Johannes Paul II. traf am 21. Juni 1980 im Vatikan mit Präsident Carter zusammen.

⁴ Bundeskanzler Schmidt hielt sich am 30. Juni und 1. Juli 1980 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 192–195.

⁵ Staatspräsident Giscard d'Estaing führte am 19. Mai 1980 mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, und dem Ersten Sekretär des ZK der PVAP, Gierek, ein Gespräch in Warschau. Vgl. dazu Dok. 154 und Dok. 159.

⁶ Vgl. dazu das Gespräch des amerikanischen Außenministers Muskie mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 16. Mai 1980 in Wien; Dok. 145, Anm. 15, und Dok. 149, Anm. 11.

Zufuhr sowjetischer Verstärkungen nach Kabul auf dem Luftwege beobachtet würde.⁷ Auch seien nach unbestätigter Meldung etwa 500 Soldaten der DDR in Afghanistan. Sie bezeichneten das letzte als äußerst unwahrscheinlich. Davon hätten Sie gehört, denn dem wäre angesichts starker innerer Widerstände sicher eine erhebliche Diskussion im Politbüro der SED vorangegangen.

Auf den Brief des Präsidenten vom 12. Juni⁸ übergehend, stellten Sie fest, daß dieser jetzt zu einem gewichtigen Gegenstand des Wahlkampfes in der Bundesrepublik⁹ geworden sei. Es sei eine Tatsache, daß er schon am Donnerstag (12.6.) in Washington geleakt worden sei.¹⁰ Der Vorgang käme einer Beleidigung nahe (C warf ein, daß er dem nicht zustimme). Es gäbe keine Entscheidung, zu der wir uns verpflichtet hätten, die dann nicht auch ausgeführt worden sei. Es bestehe kein Anlaß anzunehmen, daß wir unsere Zusagen künftig nicht einhalten würden (C warf ein, das nähme man auch nicht an). Der Präsident habe sich auf irreführende Presseberichte¹¹ bezogen, obwohl er doch den Text Ihrer Rede¹² schon gehabt habe. Weder Verteidigungsminister Brown, der Sie besuchte¹³, hätte Fragen gestellt, noch Botschafter Stoessel, noch sei unser Botschafter¹⁴ befragt worden. Man könne verstehen, wenn auch einmal Zweifel bestünden, aber das „leak“ habe erhebliches Aufsehen verursacht. Sie hätten sich demgegenüber sehr zurückgehalten, aber wenn Sie Ihrerseits indiskret vorgehen würden, hätte das erhebliche Rückwirkungen in den USA.

Auf die deutsche Haltung in der gegenwärtigen Krise eingehend, erinnerten Sie den Präsidenten daran, daß Sie ihm Ihre Entscheidung, einer deutschen Teilnahme an den Olympischen Spielen in Moskau entgegenzuwirken, schon

⁷ Ministerialdirektor Hansen vermerkte am 10. Juni 1980, „nach Hinweis von US-Seite an den BND“ seien zwischen 29. Mai und 3. Juni 1980 8000 bis 15000 sowjetische Soldaten nach Afghanistan verlegt worden: „Gesamtstärke sowjetischer Truppen konstant bei 85000 zuzüglich 30000 im Grenzgebiet SU/Afghanistan.“ Vgl. VS-Bd. 14082 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

⁸ Zum Schreiben des Präsidenten Carter vgl. Dok. 170.

⁹ Die Wahlen zum Bundestag fanden am 5. Oktober 1980 statt.

¹⁰ Vgl. dazu die amerikanischen Presseberichte über das Schreiben des Präsidenten Carter vom 12. Juni 1980 an Bundeskanzler Schmidt; Dok. 180, Anm. 7.

¹¹ Vgl. dazu die amerikanischen Presseberichte über die Äußerungen des Bundeskanzlers Schmidt am 9. Juni 1980 in Essen; Dok. 170, Anm. 5.

¹² Zu den Äußerungen des Bundeskanzlers Schmidt am 9. Juni 1980 in Essen vgl. Dok. 175.

¹³ Bundeskanzler Schmidt traf am 4. Juni 1980 mit dem amerikanischen Verteidigungsminister Brown zusammen. Brown erläuterte die Lage in Afghanistan und Pläne für die Verlagerung amerikanischer Streitkräfte in die Region des Persischen Golfs. Schmidt betonte die Notwendigkeit eines geschlossenen Auftretens und von Standfestigkeit gegenüber der UdSSR. Zum amerikanisch-europäischen Verhältnis habe Brown erklärt, „daß die deutschen Maßnahmen viel dazu beigetragen hätten, amerikanische Sorgen über die Standfestigkeit der Europäer zu zerstreuen. [...] In den USA gebe es unter der Oberfläche reale Tendenzen in Richtung auf Isolationismus und Festung Amerika. Vielleicht noch wichtiger als der militärische sei ein Rahmen politischer Zusammenarbeit, um solche Haltungen einzugrenzen. Bundeskanzler sieht in Europa zwar nicht die Gefahr eines wirklichen Neutralismus, aber ein latentes Potential europäischer Selbstgenügsamkeit und geringerer Loyalität gegenüber dem amerikanischen Partner als in den sechziger Jahren. Ihn beunruhige insbesondere, daß sich die beiden Tendenzen in den USA und in Europa gegenseitig verstärken könnten. Das Wichtigste sei, daß sich in Europa und Nordamerika das Gefühl verstärke, daß man am selben Strang ziehe. Dabei müsse man allerdings auch wissen, in welche Richtung gezogen werde. Daraus erklärt sich der Wunsch der Europäer nach politischer Kontinuität. Er sieht die Gefahr, daß die sowjetische Propaganda-These von der amerikanischen Unzuverlässigkeit gewisse Erfolge haben könnte.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14087 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

¹⁴ Peter Hermes.

im März mitgeteilt hätten.¹⁵ Daran hätten Sie sich gehalten und Ihre Empfehlung unter großen innenpolitischen Kosten durchgesetzt.¹⁶ Nun seien Sie in Europa damit nahezu isoliert. Ähnliches gelte von TNF. Sie hielten sich an Ihre Zusage, seien aber fast allein. England als Nuklearmacht zähle insoweit nicht, und Belgien¹⁷ und Holland¹⁸ drückten sich herum.

Sie erinnerten den Präsidenten an die Entstehungsgeschichte des Protokolls zu SALT II.¹⁹ Sie erinnerten ihn dann an die Geschichte des TNF-Beschlusses. Als Sie zuerst darauf aufmerksam gemacht hätten, habe man Ihnen bedeutet zu schweigen, weil Sie das nichts angehe. Darauf seien Sie 1977 an die Öffentlichkeit gegangen²⁰, und dann sei es zur Entscheidung von Guadeloupe²¹ gekommen und schließlich zum NATO-Beschluß²². Sie seien mit dieser Idee verheiratet, und Sie würden sie nicht aufgeben. Auch im Falle der Neutronenbombe²³ hätten Sie Ihre Ansicht nicht geändert. Sie hätten immer Ihr Wort gehalten. Im vergangenen Dezember auf dem Parteitag der SPD²⁴ hätten Sie Ihre politische Existenz für den TNF-Beschluß aufs Spiel gesetzt. Sie fühlten sich beleidigt, wenn irgend jemand dächte, daß Sie Ihr Wort nicht hielten. (C warf ein, daß er so einen Verdacht nicht habe.) Es sei eine traurige Tatsache, daß dieser Vorgang die Unmittelbarkeit des Gefühls deutsch-amerikanischer Verbunden-

¹⁵ Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Carter am 5. März 1980 in Washington; Dok. 71.

¹⁶ Zur Empfehlung der Bundesregierung an das NOK vom 23. April 1980 vgl. Dok. 122, Anm. 3. Zur Entscheidung des NOK vom 15. Mai 1980 in Düsseldorf vgl. Dok. 148, Anm. 45.

¹⁷ Zur Haltung Belgiens zur Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 174.

¹⁸ Zur Haltung der Niederlande zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 16, und Dok. 168.

Botschafter Fischer, Den Haag, berichtete am 11. November 1980: „Die Niederländer fühlen sich als zuverlässige Mitglieder der europäischen Institutionen und der NATO, wenn auch gewisse Ereignisse wohl nicht zu Unrecht im Ausland den Eindruck erwecken, es auf dem Verteidigungssektor mit einem nicht ganz zuverlässigen Partner zu tun zu haben. Zweifel an der Bündnistreue der Niederlande wurden einerseits durch den Parlamentsbeschluß vom Dezember 1979 hervorgerufen, dem Nachrüstungsbeschluß der NATO einstweilen nicht zuzustimmen, zum anderen durch die kürzliche Entscheidung der Regierung, den NATO-Beschluß über eine Erhöhung des Verteidigungsbeitrages im Jahre 1981 auf 3% nur zum Teil durchzuführen, d. h. die Erhöhung auf 1,5% zu beschränken.“ Beides sei aber ausschließlich innenpolitisch bedingt. Die besondere Rolle von Nuklearwaffen in der Diskussion sei damit zu erklären, „daß einerseits ein Teil der Bevölkerung derartige Waffensysteme mit einem fast religiösen Fanatismus als etwas schlechthin Böses ansieht, zum anderen wohl die Erkenntnis vorherrscht, daß ein Atomkrieg für die Niederlande als einem der am dichtesten besiedelten Gebiete der Erde verheerende Folgen hätte“. Vgl. den Schriftbericht Nr. 1498; Referat 203, Bd. 140582.

¹⁹ Vgl. dazu die vom amerikanischen Außenminister Vance und dem sowjetischen Außenminister Gromyko in den Gesprächen vom 18. bis 20. Mai 1977 in Genf getroffene Rahmenvereinbarung; Dok. 172, Anm. 16.

²⁰ Bundeskanzler Schmidt hielt am 28. Oktober 1977 vor dem International Institute for Strategic Studies in London einen Vortrag. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1977, S. 1013–1020.

²¹ Am 5./6. Januar 1979 trafen sich Premierminister Callaghan, Präsident Carter, Staatspräsident Giscard d'Estaing und Bundeskanzler Schmidt auf Guadeloupe zur Erörterung außen-, sicherheits- und wirtschaftspolitischer Fragen. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 2, Dok. 3 und Dok. 5.

²² Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 10.

²³ Präsident Carter gab am 7. April 1978 eine Erklärung über die unbefristete Verschiebung der Produktion der Neutronenwaffe ab. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, CARTER 1978, S. 702. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 470 (Auszug). Vgl. dazu ferner AAPD 1978, I, Dok. 108.

²⁴ Der SPD-Parteitag fand vom 3. bis 7. Dezember 1979 in Berlin (West) statt. Zur dabei verabschiedeten Entschliebung zur Sicherheitspolitik vgl. Dok. 5, Anm. 19.

heit beeinträchtige. Er werde Sie in den Wahlen nicht schädigen, wohl aber die deutsch-amerikanischen Beziehungen.

Sie erinnerten den Präsidenten daran, daß er Sie vor einem Jahr gedrängt habe, um 1 % zusätzlich zu reflationieren. Sie hätten gewarnt, daß dies zu einem Zahlungsbilanzdefizit führen werde, was auch eingetreten sei, aber Sie hätten Ihr Wort gegeben und gehalten. Es könne keinem vernünftigen Zweck dienen, wenn man den einzigen Alliierten, der immer seine Zusagen einhielte, beleidigte. Sie sprächen hier sehr offen und ohne Notizen in einer fremden Sprache. In Ihrer eigenen Sprache klänge es – vielleicht – weniger hart. Aber es habe keinen Sinn, sich hinter dem Busch zu verstecken. Es gäbe des Briefes wegen eine heftige Debatte im Parlament.²⁵ Die Opposition interpretiere ihn als eine Warnung, daß Sie in Moskau nicht von der TNF-Entscheidung der NATO abweichen möchten. Das sei das Gefühl, das entstanden sei, und das werde die Opposition nutzen, solange das Parlament noch tagt, d. h. die nächsten zwei Wochen.

Aber wir brauchten eine solche Warnung nicht. Sie hofften, daß Sie in der Lage sein würden zu verhindern, daß daraus ein Keil zwischen Amerikanern und Deutschen wird. Denn das würde weder Ihnen im Wahlkampf helfen noch dem Präsidenten.²⁶

Sie hätten jahrzehntelang Diskussionen zwischen den USA und der Bundesrepublik erlebt, um den Radford-Plan²⁷, um die MLF²⁸, die Präsident Johnson dann fallenließ, um McNamaras neue Strategie²⁹, mit der er recht behielt. All diese Dispute hätten Sie durchlebt; und sie seien normal. Aber bei TNF habe es in der Sache nie einen Meinungsunterschied gegeben. Wir hätten uns geeinigt, diese Waffen auf europäischem Boden zu stationieren. Man sei sich einig, daß die Vorbereitungen zur Stationierung unverzüglich aufgenommen werden sollten und daß die Stationierung gegen Ende 1983 beginnen werde. Ebenso hätten wir uns geeinigt, daß der Präsident über die Begrenzung von Mittelstreckenwaffen mit der Sowjetunion verhandeln solle. Diese Verhandlungen seien

²⁵ Zur Aussprache im Bundestag anläßlich der Regierungserklärung zum Tag der deutschen Einheit am 17. Juni 1980 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 116, S. 17947–17976.

²⁶ Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

²⁷ Am 13. Juli 1956 gelangten Meldungen in die Presse, wonach der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs der USA, Radford, den Gedanken geäußert habe, die amerikanischen Streitkräfte um 800 000 Mann zu verringern und das Verteidigungskonzept stärker auf die atomare Bewaffnung auszurichten mit der Begründung: „Any war most likely would be a general one, short, violent and involving nuclear weapons.“ Vgl. den Artikel „Radford Seeking 800.000-Man Cut, 3 Services Resist“, THE NEW YORK TIMES vom 13. Juli 1956, S. 1. Vgl. dazu ferner ADENAUER, Erinnerungen 1955–1959, S. 197–214.

²⁸ Die Initiative zur Bildung einer multilateralen Atomstreitmacht der NATO (MLF) ging im Dezember 1960 vom amerikanischen Außenminister Herter aus und wurde Ende 1962 von Präsident Kennedy wiederaufgenommen. An Verhandlungen über den Aufbau einer solchen Streitmacht beteiligten sich neben den USA vor allem die Bundesrepublik, Großbritannien und Italien. Den Kern der Streitmacht sollten mit Polaris-Raketen bestückte und mit gemischten Besatzungen bemannte Schiffe bilden. Vgl. dazu AAPD 1962, III, Dok. 497, Dok. 500 und Dok. 501. Vgl. ferner AAPD 1963, I, Dok. 2, Dok. 16 und Dok. 20.

Präsident Johnson entschied jedoch am 17. Dezember 1964, daß weder inhaltliche noch zeitliche Zusagen hinsichtlich der Verwirklichung des Projekts zu machen seien. Vgl. dazu FRUS 1964–1968, XIII, S. 165–167. Vgl. dazu ferner AAPD 1964, II, Dok. 401.

²⁹ Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 168, Anm. 18.

Moskau durch AM Vance angeboten worden.³⁰ Nun scheine es, daß die Sowjets ihre Haltung etwas auflockerten und sich bereit zeigten, im Rahmen von SALT III darüber zu verhandeln. Man sei sich einig, daß die Zahl der zu stationierenden Waffen vom Verhandlungsergebnis abhängen solle. Theoretisch, im Idealfalle, sei ein Ergebnis denkbar, in dem eine Stationierung nicht erforderlich wäre. Über all dies sei man sich einig; und daran würden wir uns halten. Dabei stünde fest, daß vor Herbst 1983 nicht stationiert werden könne. Sie hätten daraufhin angeregt, daß es gut wäre, wenn beide Seiten in Kenntnis dieser Tatsache für die nächsten drei Jahre von einer Stationierung Abstand nehmen würden. Tatsächlich würde dabei lediglich die Sowjetunion ihre Stationierung stoppen, d.h. es würde von ihr ein einseitiges Opfer gefordert, denn sie stationiere die ganze Zeit.

Sie seien tief enttäuscht, daß dies mißverstanden worden sei. Sie hätten Worte wie Moratorium oder Einfrieren nicht gebraucht. Nun aber kämen Ihnen selbst Zweifel, ob die amerikanische Seite wirklich verhandeln wolle. Vielleicht sei man besorgt, daß der Kongreß dann die Gelder für Entwicklung und Produktion nicht bewilligen würde. Aber es wäre ja nicht das erste Mal, daß man produziere, aber schließlich nicht stationiere. Der B-1-Bomber sei ein Beispiel.³¹

C erwiderte, niemand in der Administration glaube, daß Deutschland mit der Ausführung des Beschlusses nicht vorangehen würde. Aber als Sie im April Ihre Rede gehalten hätten³², habe es weltweites Aufsehen gegeben, das in Deutschland seinen Ursprung gehabt hätte. Sie hätten ihn damals angerufen, um zu beraten, was zu tun sei.³³ Unter anderem habe man Botschaften an Holland und Belgien geschickt. Aber nun hätten Sie erklärt, daß Sie an Ihrer damaligen Erklärung festhielten. Das habe z.B. Belgien zutiefst beunruhigt. Er glaube nicht, daß Ihre Erklärung so gemeint war, aber er glaube, sie sei nicht wohlberaten gewesen. Sie hätte Schwierigkeiten in Italien und Belgien verursacht. Daraufhin habe er Ihnen seinen Brief geschickt, um die amerikanische Position klarzustellen. Die USA wollten kein Einfrieren oder Moratorium. Denn das würde das Ungleichgewicht einfrieren und Schwierigkeiten machen. Es wäre gleichsam ein Imprimatur für den derzeitigen Umfang der sowjetischen Stationierung. Die USA würden einem Produktionsstopp nicht zustimmen. (Sie warfen ein: noch wir!) Ihre Erklärung sei nicht wohlberaten gewesen. Dabei glaube

³⁰ Vgl. dazu das Gespräch des amerikanischen Außenministers Vance mit dem sowjetischen Gesandten in Washington, Wassew, am 18. Dezember 1979; Dok. 3, Anm. 3.

Vgl. dazu das Gespräch von Vance mit Wassew; Dok. 110, Anm. 22.

³¹ Präsident Carter teilte am 30. Juni 1977 auf einer Pressekonferenz in Washington den Verzicht auf die Produktion des Bombers vom Typ „B-1“ mit. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, CARTER 1977, S. 1197–1200.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Dannenbring vermerkte dazu am 6. Juli 1977: „1) Die Entscheidung ist nicht irreversibel. Erprobung und Entwicklungsprogramm mit den vier bereits vorhandenen B-1-Prototypen (Gesamtkosten bisher 4 Mrd. \$) läuft weiter. Damit werden nach Carters Worten auch im Hinblick auf SALT Optionen offengehalten. Der wichtigste Grund hierfür dürfte jedoch sein, daß sich beim derzeitigen Stand der CM-Entwicklung der Wert dieses Waffensystems noch nicht endgültig beurteilen läßt und deshalb Alternativen vorsichtshalber bereitgehalten werden müssen.“ Vgl. VS-Bd. 10579 (201); B 150, Aktenkopien 1977.

³² Zu den Äußerungen des Bundeskanzlers Schmidt am 11. April 1980 in Hamburg bzw. am 12. April 1980 in Essen vgl. Dok. 111.

³³ Für das Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Carter am 15. April 1980 vgl. Dok. 110.

er Ihnen, daß es nicht Ihre Absicht sei, die Stationierung in Deutschland, deren Beginn für August 1983 vorgesehen sei, zu verzögern.

Aber wir hätten eine Meinungsverschiedenheit in der Frage, ob Ihre Erklärung hätte abgegeben werden sollen. Sie habe in Holland, Belgien und Italien Verwirrung ausgelöst. Er habe keine Zweifel an Ihren Absichten, aber er bedaure, daß Sie Ihre Erklärung abgegeben hätten, und er bedaure, daß wir damit in eine solche Auseinandersetzung hineingeraten seien. Die amerikanische Haltung sei nicht von Sorgen wegen des Verteidigungshaushalts und der Bewilligung für die Produktion bestimmt. Der Kongreß wolle für Verteidigung sogar mehr ausgeben, als seinem eigenen Haushaltsvorschlag entspräche.³⁴

Auf Afghanistan übergehend, hob C hervor, es sei ihm sehr wichtig, daß die Welt über Afghanistan nicht zur Tagesordnung übergehe und daß den Sowjets nicht gestattet werde zu glauben, sie könnten ungestraft in Afghanistan bleiben. Die USA hätten die Getreideverkäufe an die Sowjetunion eingeschränkt sowie deren Fischereirechte in amerikanischen Gewässern³⁵, sie hätten den Transfer von Spitzentechnologie eingestellt³⁶ und die amerikanische Nichtteilnahme an den Olympischen Spielen beschlossen³⁷. Er hoffe, dies alles werde am Ende nicht ohne Wirkung bleiben. Manche Alliierten hätten die USA dabei nur teilweise unterstützt, andere mehr. (Sie warfen ein, daß Sie die Gewohnheit hätten, Ihre Zusagen wahrzumachen.) Wir hätten keine Meinungsverschiedenheit in der Sache, aber er stimme (im Vorgehen) nicht mit Ihnen überein.

Sie erwiderten, daß Sie den Brief dennoch nicht verstünden. C erinnerte daran, daß er den Brief auf Grund irreführender Presseberichte geschrieben habe. Die USA seien nicht zu einer Zusage bereit, daß sie nicht stationieren würden. Denn das wäre, wie gesagt, ein Imprimatur der Zustimmung für die sowjetische Stationierung. Und was wäre, wenn die Sowjets nach drei Jahren vorschlägen, man solle fortfahren zu verhandeln. Das würde zu einer sehr schwierigen Situation führen.

Auf Ihre Frage, warum die USA dann dem Protokoll für SALT II³⁸ zugestimmt hätten, erläuterte C, auf Einzelheiten eingehend, daß das Protokoll Teil eines Pakets sei. Isoliert wäre es nicht zum eigenen Vorteil gewesen.

Sie erinnerten daran, daß Sie vom Protokoll abgeraten hätten. Sie erinnerten ferner daran, daß Sie die TNF-Gefahr gesehen hätten, als die USA im Zuge der Kuba-Krise ihre Mittelstreckenraketen in Italien und der Türkei abgebaut hätten.³⁹ Sie hätten sich schon 1969 in einem Buch über die Fragen des militäri-

³⁴ Zum amerikanischen Verteidigungshaushalt vgl. Dok. 148, Anm. 9.

³⁵ Zur Einschränkung von Getreidelieferungen in die UdSSR vgl. Dok. 10, Anm. 23.

Zur Einschränkung sowjetischer Fischereirechten vgl. Dok. 5, Anm. 7.

³⁶ Zur Einschränkung von Technologieexporten in die UdSSR vgl. Dok. 5, Anm. 7.

Zu den amerikanischen Vorschlägen vom 18. März 1980 für eine Verschärfung der COCOM-Bestimmungen für Ausfuhren in die UdSSR vgl. Dok. 82, Anm. 9.

Zum amerikanischen Wunsch nach Einstellung der Absicherung von Exporten in die UdSSR durch Hermes-Bürgschaften vgl. Dok. 63.

³⁷ Zur Entscheidung des amerikanischen Nationalen Olympischen Komitees vom 13. April 1980 vgl. Dok. 116, Anm. 5.

³⁸ Für den Wortlaut des Protokolls zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 44 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 389-391.

³⁹ Zur Kuba-Krise von 1962 vgl. Dok. 32, Anm. 4.

schen Gleichgewichts dazu geäußert.⁴⁰ Sie wollten darauf hinweisen, daß Deutschland ein kleines Land sei. Auf einem Territorium der Größe von Oregon lebten 60 Millionen Menschen. Auf diesem Territorium gebe es über 5000 amerikanische Nuklearsprengköpfe, d. h. 5000 Ziele. Sie seien bereit, Hunderte von zusätzlichen Waffen auf diesem dichtbesiedelten Territorium zu stationieren. Amerika habe das nicht nötig. Es sei mit seinem riesigen Territorium besser dran.

Wir hätten unsere Zusagen aber auch in anderen Bereichen eingehalten. Die Türkei sei ein Beispiel. Wir täten für sie doppelt so viel wie der nächstgrößte Geber.⁴¹ Die USA aber hielten z. B. die Umschuldungsaktion für die Türkei auf und böten damit anderen Staaten ein Alibi.⁴²

C erläuterte hierzu, daß man amerikanischerseits lediglich die Umschuldung künftiger Schulden (soll wohl heißen: Fälligkeiten) für die nächsten drei Jahre ablehne. Der Umschuldung aller anderen Schulden stimme man zu. Aber drei Jahre in die Zukunft umzuschulden, würde der Kongreß nicht billigen.⁴³ Die amerikanische Haltung entspreche insofern der britischen und französischen. Auf Ihren Einwurf, daß die Beiträge Englands und Frankreichs weniger bedeutend seien, wiederholte C, die USA verweigerten nur die Umschuldung künftiger Schulden (debts). Auf Ihre Frage nach der Umschuldung für Pakistan⁴⁴ erwiderte C, daß die USA einverstanden seien. Brzezinski erläuterte, daß man darüber nunmehr mit dem Kongreß verhandele.

C, unterstützt von B, wies auf die enormen Kosten hin, die den USA aus ihrer gewaltigen Präsenz im Indischen Ozean, im Fernen Osten, auf den Philippinen entstünden. Man verhandele über Stützpunkte im Nahen Osten.⁴⁵

⁴⁰ Vgl. Helmut SCHMIDT, Strategie des Gleichgewichts. Deutsche Friedenspolitik und die Weltmächte, Stuttgart 1969.

⁴¹ Zur Wirtschafts-, Finanz- und Verteidigungshilfe der Bundesrepublik für die Türkei vgl. Dok. 145, Anm. 5.

⁴² Zu den Ergebnissen des Türkei-Konsortiums der OECD vgl. Dok. 55, Anm. 17.

Das Türkei-Konsortium der OECD tagte vom 17. bis 19. Juni 1980 in Paris. Vortragender Legationsrat I. Klasse Henze informierte die Botschaft in Washington am 20. Juni 1980, die Gespräche seien ohne Ergebnis unterbrochen worden und sollten zwischen 7. Juli und 4. August 1980 fortgesetzt werden: „Streitig blieb vor allem Behandlung der bis 1.7.1980 aufgelaufenen Rückstände (einschließlich der Rückstände aus dem Umschuldungen von 1978 und 1979) in einem Gesamtvolumen von rd. 370 Mio. Dollar.“ Im Gegensatz zur Bundesrepublik hätten sich die meisten anderen Geberländer in diesem Punkt ablehnend gezeigt: „Begründet wurde diese Haltung u. a. damit, daß Umschuldungsoperation keine Zahlungsbilanzhilfe leisten, sondern Kreditwürdigkeit des Schuldnerlandes wiederherstellen solle. Diesem Ziel sei Nichthonorierung früherer Umschuldungsverträge aber abträglich.“ Im Laufe der Gespräche habe sich jedoch die Erkenntnis mehr und mehr durchgesetzt, daß wenigstens ein teilweises Entgegenkommen unverzichtbar sei: „Bewegung in diese Richtung deutete sich bei Delegationen von Österreich, Schweden, Dänemark, Norwegen, schließlich auch bei USA und Frankreich an. Härtesten Widerstand leisteten japanische und niederländische Delegation.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 735; Referat 422, Bd. 121398.

⁴³ Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 17. Juni 1980, die USA würden zwar die Fälligkeiten für die Jahre bis 1983 nicht in eine Umschuldung einbeziehen können, signalisierten aber anderweitig Entgegenkommen: „Für Zahlungsrückstände bei bereits umgeschuldeten Beträgen – ca. 200 Mio. Dollar – sollten erleichterte Bedingungen (relief) festgesetzt werden, die symbolisch etwas weniger großzügig sein würden als solche, die für noch nicht umgeschuldete Rückstände gelten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2417; Referat 422, Bd. 121398.

⁴⁴ Zur Umschuldung Pakistans und der Haltung der USA vgl. Dok. 176, Anm. 21 und 26.

⁴⁵ Zu den Verhandlungen über die Errichtung amerikanischer Militärbasen in Kenia, Oman, Saudi-Arabien und Somalia vgl. Dok. 143, Anm. 29.

Sie machten darauf aufmerksam, daß die Regierungen dieser Region sicher sein müßten, nicht in eine revolutionäre Situation zu geraten. Aus diesem Grunde habe man sich mit AM Vance geeinigt, daß die Neun bei ergebnislosem Ablauf der Frist vom 26.5.⁴⁶ etwas sagen würden, was der Präsident aus innenpolitischen Gründen nicht sagen könnte, daß sie eine Initiative zur Erweiterung der SR-Resolution 242⁴⁷ ergreifen würden.⁴⁸ BM Genscher ergänzte, daß man sich einig gewesen sei, dies zu überlegen. Sie fuhren fort, daß der Präsident dann im Fernsehen erklärt habe, er werde gegen eine solche Resolution im SR sein Veto einlegen.⁴⁹

Sie erinnerten dann an den Vorgang bei den Olympischen Spielen. Sowohl Brzezinski⁵⁰ als auch Christopher⁵¹ hätten uns wenige Tage vor Ihrer Regierungserklärung im Januar⁵² gesagt, daß eine amerikanische Entscheidung, an den Olympischen Spielen nicht teilzunehmen, nicht bevorstünde. Dementsprechend hätten Sie diese Frage in Ihrer Regierungserklärung nicht erwähnt.⁵³ Dann sei Ihnen am nächsten Sonntag⁵⁴ die Entscheidung des Präsidenten zur Nichtteilnahme mitgeteilt worden.

⁴⁶ Bis 26. Mai 1980 sollten die Gespräche zwischen Ägypten und Israel über eine Autonomie der palästinensischen Gebiete abgeschlossen sein. Zum Stand der Verhandlungen vgl. Dok. 177, Anm. 15.

⁴⁷ Für den Wortlaut der Resolution Nr. 242 des VN-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 vgl. Dok. 62, Anm. 45.

⁴⁸ Zu Überlegungen für eine Nahost-Initiative der Europäischen Gemeinschaften im Rahmen der EPZ vgl. Dok. 164, Anm. 22.

Vgl. dazu die Erklärung des Europäischen Rats vom 12./13. Juni 1980 in Venedig über den Nahen Osten; BULLETIN DER EG 6/1980, S. 10 f. Vgl. dazu auch Dok. 177.

⁴⁹ In einem Interview mit Vertretern der American Jewish Press Association erklärte Präsident Carter am 13. Juni 1980: „We are monitoring very closely what is being done by others, notably the European Community, to make sure that they don't do anything that would interfere with or subvert the progress of the Camp David procedure. We will protect the U.N. Security [Council] Resolution 242 with a veto if necessary. We will continue our own deep commitment to the Camp David process, and we've made good progress, I think, lately with the European allies in stopping their previously announced effort, at least by some, to go to the Security Council to change U.N. 242.“ Vgl. PUBLIC PAPERS, CARTER 1980, S. 1114.

⁵⁰ Am 15. Januar 1980 erörterten der Leiter des britischen Kabinettssekretariats, Armstrong, der Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Brzezinski, Ministerialdirektor von Staden, Bundeskanzleramt, und der Generalsekretär des französischen Präsidialamts, Wahl, in Paris die Lage nach der sowjetischen Intervention in Afghanistan. Staden notierte am 16. Januar 1980, Brzezinski habe dargelegt, die amerikanische Regierung sei entschlossen, daß die internationale Reaktion diesmal nicht so unentschieden und kurz ausfallen dürfe wie beim Einmarsch von Streitkräften des Warschauer Pakts in die ČSSR am 21./22. August 1968. Brzezinski habe zu den Sanktionen der USA gegen die UdSSR dargelegt: „Man werde dabei überlegt vorgehen. Man werde zunächst keine weiteren bilateralen Maßnahmen ergreifen, aber diejenigen, die man ergriffen habe, beibehalten.“ Ferner habe Brzezinski mitgeteilt, Präsident Carter habe „nicht die Absicht, in Kürze eine Entscheidung über die amerikanische Beteiligung an den Olympischen Spielen bekanntzugeben. Man wolle dieses Damoklesschwert aber über der Sowjetunion hängen lassen. Die Möglichkeit von Ersatzorten wie Montreal oder München sei ins Gespräch gebracht worden, um die Russen zu zwingen, Moskau als Ort und nicht etwa die Olympischen Spiele zu verteidigen. Dies sei taktisch der bessere Weg.“ Vgl. VS-Bd. 538 (014); B 150, Aktenkopien 1980. Vgl. auch Dok. 19, Anm. 22.

⁵¹ Der stellvertretende amerikanische Außenminister Christopher hielt sich am 16. Januar 1980 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 15.

⁵² Am 20. Januar 1980 kündigte Präsident Carter einen Boykott der Olympischen Spiele in Moskau an, falls die UdSSR nicht innerhalb eines Monats ihre Truppen aus Afghanistan zurückziehe. Vgl. dazu Dok. 19, Anm. 20.

⁵³ Für die Regierungserklärung des Bundeskanzlers Schmidt vom 17. Januar 1980 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 113, S. 15578–15584.

⁵⁴ 20. Januar 1980.

B wies darauf hin, daß Sie gegenüber Senator Biden⁵⁵ kritische Äußerungen über die amerikanische Politik getan hätten. Sie stellten dar, wie es zum Gespräch mit Biden gekommen sei.

B insistierte, daß Sie in diesem Gespräch auch kritische Bemerkungen über Persönlichkeiten der amerikanischen Regierung gemacht hätten. Sie erwiderten, daß Sie wenn nötig ein guter Kämpfer sein können. B antwortete, man könne das auch erwidern.

C beendete diesen Wortwechsel mit der Bemerkung, daß er Sie nie kritisiert habe. Er glaube, daß man sich jetzt besser verstehe.

Sie sagten, Sie glaubten weiterhin, daß es gut wäre, wenn die Sowjetunion erklärte, daß sie nicht mehr weiter stationieren würde. C antwortete, daß er diese Meinung nicht teile. Man könne lediglich den Bau der Stellungen verifizieren. Sie entgegneten, man müsse den Sowjets dann sagen, daß ihre Zusage verifizierbar sein müsse. Die Mittelstreckenwaffen seien nicht gegen die USA gerichtet, sondern gegen Europa, den Mittleren Osten und China. Sollte wirklich keiner der Betroffenen das Recht haben zu sagen, daß die Sowjets ihre Stationierung vermindern möchten?

Muskie wies demgegenüber darauf hin, daß man es hier mit einer asymmetrischen Situation zu tun habe. Es sei sehr schwer gewesen, die nötige Unterstützung für die TNF-Entscheidung herbeizuführen. Es würde sehr gefährlich sein, über ein Einfrieren zu verhandeln, das es den schwankenden Ländern erlauben würde, sich aus dieser Sache zurückzuziehen. Wenn man den Sowjets ein Moratorium vorschläge, würden sie darauf insistieren, daß dieses Moratorium sich auf die Fertigung (construction) erstrecke. Andernfalls wäre es eine einseitige Maßnahme. Wenn aber die Fertigung einbegriffen wäre, würde das den Westen mehr schädigen als die Sowjetunion.

Sie wiederholten hieran anknüpfend Ihre Frage, ob die USA wirklich zu verhandeln wünschten. C erläuterte daraufhin das amerikanische Verhandlungsangebot. Eine Rücknahme des NATO-Beschlusses aber käme nicht in Frage. Sie unterstrichen, daß auch wir dazu Nein sagen würden. Sie hätten auch den Eindruck, daß die Sowjets versuchten, von dieser Vorbedingung, die wir nicht akzeptieren würden, wieder herunterzukommen. Wir wünschten, es ihnen leichter zu machen.

M entgegnete, wenn man in einer asymmetrischen Situation mit den Russen verhandeln wolle, dann müsse man den Verhandlungsgegenstand ausdehnen, wie dies im Rahmen von SALT III der Fall wäre.

Sie warfen die Frage auf, ob die Sowjets bereit sein würden, über SALT III vor der Ratifikation von SALT II⁵⁶ zu verhandeln. C erwiderte, er hoffe das. B wiederholte, daß man amerikanischerseits besorgt sei, die Sowjets könnten ihrerseits ein gegenseitiges Einfrieren vorschlagen. Sie betonten, daß wir dies nicht akzeptieren würden. Sie erläuterten dann die belgische Situation.⁵⁷ Die belgi-

⁵⁵ Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem amerikanischen Senator Biden am 11. Juni 1980 vgl. Dok. 172, Anm. 17.

⁵⁶ Zum Stand des Ratifizierungsverfahrens des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 im amerikanischen Senat vgl. Dok. 59.

⁵⁷ Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem belgischen Außenminister Nothomb am 13. Juni 1980 in Venedig; Dok. 174.

sche Regierung habe uns gebeten, für sie aufklärende Fragen in Moskau zu stellen.

M wies darauf hin, daß die Ratifikation von SALT II z. Zt. wegen Afghanistan praktisch unmöglich sei. Vielleicht sei das Klima nach den Wahlen besser, aber das sei vorerst unwahrscheinlich.

C bestätigte auf Ihre Frage, daß die USA sich an SALT II halten würden, solange die Sowjetunion dies täte. Dabei werde ein Abbau sowjetischer Träger weder erwartet noch gefordert. Auf die Wiederholung Ihrer Frage, ob die Sowjets vor der Ratifikation von SALT II über SALT III verhandeln würden, erwiderte C, Sie möchten bei Ihrem Moskau-Besuch danach fragen.

Anschließend erläuterten Sie Ihre Gesprächsabsichten für Moskau. Wir wollten bekräftigen:

- 1) daß die Sowjets keine Chance hätten, einen Keil zwischen uns und unsere Alliierten zu treiben;
- 2) daß die Bundesrepublik an ihrer Philosophie festhalte, daß es nötig sei, ein Gleichgewicht in Europa und in der übrigen Welt aufrechtzuerhalten und zwar als eine erforderliche Vorbedingung für Zusammenarbeit, ein Begriff, den Sie dem der Entspannung vorzögen;
- 3) daß wir am TNF-Beschluß festhalten;
- 4) daß wir nicht weniger fest als irgendjemand anderes daran festhielten, daß die Invasion Afghanistans unannehmbar sei;
- 5) daß wir ebenso wie wir an der Atlantischen Allianz und der Europäischen Gemeinschaft festhielten, auch zum Dokument von Helsinki⁵⁸ stünden, das von 35⁵⁹ Staaten unterschrieben worden sei, wie zu unseren Verträgen mit Moskau⁶⁰, Warschau⁶¹ und der DDR⁶². Dies schließe die wirtschaftliche Zusammenarbeit auf der Grundlage der getroffenen Vereinbarungen ein, jedoch im Rahmen sowohl des COCOM als auch des sog. OECD-Konsensus⁶³.

⁵⁸ Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

⁵⁹ Korrigiert aus: „34“.

⁶⁰ Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f.

⁶¹ Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362 f.

⁶² Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429.

⁶³ Zur Einigung der OECD-Mitgliedstaaten über Zinssätze für Exportkredite vgl. Dok. 71, Anm. 29. Das Bundesministerium der Finanzen vermerkte am 19. Mai 1980, vom 12. bis 14. Mai 1980 habe in Paris die jährliche Sitzung zur Überprüfung des OECD-Konsensus stattgefunden. Die USA hätten „mit großem Nachdruck ihre Erwartung nach sofortiger Einführung der differenzierten, an den jeweiligen Regierungsfinanzierungskosten orientierten Zinssysteme“ vorgetragen. Japan habe „mit dem Hinweis auf eine radikal veränderte Ausgangslage im Nord-Süd-Verhältnis“ jedoch überraschend abgelehnt: „Als Zwischenlösung wurde Vorschlag der Gemeinschaft akzeptiert: Anhebung der Mindestzinsen für reichere und mittlere Länder um 0,75 % und Entwicklungsländer um 0,25 %. Diese Neuregelung tritt mit Wirkung vom 1. Juli 1980 in Kraft.“ Vgl. Referat 412, Bd. 121302. Das Bundesministerium der Finanzen vermerkte am 13. Juni 1980, bei den Verhandlungen über die Einführung eines Mindestzinssystems stünden sich zwei Modelle gegenüber: „Nach Währungen differenzierte Mindestzinsen (differentiated rate system – DRS) [...] einheitliche, währungsunab-

Wir würden zumindest feststellen können, daß es notwendig gewesen sei, miteinander zu sprechen und einander zuzuhören. Dies sei die Kunst der Diplomatie.

Wir würden eine Presseerklärung vorbereiten, die sich auf die chronologische Darstellung des Besuchs beschränke. Die Sowjets wünschten eine Erklärung zu Sachfragen, deren Entwurf für uns unannehmbar sei.⁶⁴ Man werde sehen, wie man abkomme. Sie wollten eine Fußnote anfügen:

Polen befände sich in einer äußerst ernststen Zahlungsbilanzlage. Sie bemühten sich intensiv, unsere Banken dazu zu bringen, daß sie Polen einen Kredit einräumten. Die Banken verlangten dafür eine Staatsgarantie, die wir ihnen nicht geben könnten.⁶⁵ Polen habe eine Westverschuldung von etwa 15 Mrd. \$.

B wies darauf hin, daß der Präsident soeben entschieden habe, Polen einen staatlichen Kredit von 50 Mio. \$ hauptsächlich zum Ankauf von Getreide einzuräumen. Auch amerikanischerseits verhandle man mit den Privatbanken. David Rockefeller werde demnächst nach Warschau gehen.

Die Bilanz des Gesprächs ziehend, stellten Sie fest, daß man sich in der Sache völlig einig sei. Sie fragten den Präsidenten, ob er dies der Presse gegenüber feststellen und sagen könnte, er habe sich überzeugt, daß man deutscherseits vom TNF-Beschluß nicht abweichen wolle, und ob er ferner die Moskau-Reise indossieren könnte.

C zeigte Zustimmung und wiederholte in bezug auf Afghanistan, man müsse klar machen, daß das Land vollständig geräumt werden müsse und daß eine Anerkennung des Babrak-Karmal-Regimes nicht in Frage komme.

Sie ergänzten, daß man Moskau auffordern solle, den Dreierausschuß zu empfangen, und daß man die Beschlüsse von Islamabad unterstützen solle.⁶⁶

Auf Ihre Bemerkung, daß man nach einem synchronisierten Verfahren für sowjetischen Rückzug und Garantien suchen sollte, erläuterte B die amerikanischen Vorschläge, wie sie im Brief von Muskie an Gromyko⁶⁷ formuliert sind,

Fortsetzung Fußnote von Seite 957

hängige, aber bewegliche Mindestzinssätze (uniform moving matrix – UMM) [...]. Beide Modelle sehen im Gegensatz zur heutigen Regelung eine Dynamisierung der Mindestzinssätze vor und tragen somit im Trend zu einer Verminderung der Zinssubventionen bei. Das UMM hat aber den Nachteil, daß es die vor allem die Hartwährungsländer mit relativ niedrigen Marktzinssätzen treffenden Wettbewerbsnachteile zwar verringert, in der Struktur aber zementiert. Nur das DRS könnte wirksam zu einem Abbau der bestehenden Wettbewerbsverzerrungen beitragen.“ Vgl. Referat 412, Bd. 121302.

⁶⁴ Vgl. dazu die Gespräche des Staatssekretärs van Well in der UdSSR am 12./13. Juni 1980; Dok. 171.

⁶⁵ Zu polnischen Finanz- und Kreditwünschen vgl. Dok. 54 und Dok. 240.

⁶⁶ Zur Konferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz vom 17. bis 22. Mai 1980 in Islamabad und zur Bildung eines Dreierausschusses für Afghanistan vgl. Dok. 148, Anm. 7.

⁶⁷ Vortragender Legationsrat von Studnitz vermerkte am 10. Juni 1980, der amerikanische Botschafter Stoessel habe Staatssekretär van Well ausführlich über den Inhalt des Schreibens des amerikanischen Außenministers Muskie vom 5. Juni 1980 an den sowjetischen Außenminister Gromyko zu Afghanistan unterrichtet: „Amerikaner haben die Absicht, ohne ausdrücklich auf Vorliegen des Briefes zu verweisen, Agha Shahi und Chatti über Substanz des Briefes zu unterrichten und dies auch gegenüber Indern und Chinesen zu tun als Darlegung der US-Position gegenüber den Sowjets. Die Iraner würden vielleicht später unterrichtet werden.“ Vgl. VS-Bd. 13122 (210); B 150, Aktenkopien 1980.

Botschafter Hermes, Washington, übermittelte am 7. Juli 1980, den Wortlaut von Muskies Schreiben vom 5. Juni 1980 an Gromyko und dessen undatiertes Antwortschreiben. Muskie legte darin dar, die USA würden nur ein unabhängiges und blockfreies Afghanistan akzeptieren, dessen Regie-

insbesondere hinsichtlich einer Übergangsregelung. Auf Ihre Frage, ob China sich an Garantien beteiligen würde, erwiderte C, daß er das nicht ausschließe. Die Chinesen sollten aber für sich selbst sprechen.

Nach einem kurzen Meinungs austausch über die Seerechtskonferenz⁶⁸, in dem Sie anmerkten, daß es hier offenbar ein weitgehendes amerikanisch-sowjetisches Einverständnis gebe und der Bundesminister des Auswärtigen seinem amerikanischen Kollegen ankündigte, daß der mit ihm darüber noch sprechen wolle, wurde das Gespräch mit dem Thema des Nahen Ostens beendet.

Sie wiesen darauf hin, daß die Palästinenserfrage immer noch der Stein des Anstoßes auf dem Wege zu einer Zusammenarbeit mit den Arabern sei. Der Besuch des Königs von Saudi-Arabien in Bonn⁶⁹ habe z.B. sehr deutlich gemacht, daß Saudi-Arabien Furcht hat, sich konstruktiv einzuschalten, solange seinen religiösen und politischen Interessen nicht Rechnung getragen werde. Der Camp-David-Prozeß habe mit der Rückgabe eines Teils des Sinai an Ägypten und mit dem Frieden das seine geleistet. Sadat habe kein Mandat, über die Westbank zu verhandeln. Er würde deshalb wahrscheinlich sein Interesse am Camp-David-Prozeß verlieren, wenn er den Sinai voll zurückerhalten habe.

C erwidert, unterstützt von M, daß es in der Tat nicht schwer sei, eine solche Entwicklung vorauszusehen. Solange aber Ägypten und Israel bereit seien, den Camp-David-Prozeß fortzusetzen, bei dem man ja einige Ergebnisse erreicht habe, werde er sich dagegen wenden, daß man ihn unterlaufe.

[gez.] Staden

VS-Bd. 14087 (010)

Fortsetzung Fußnote von Seite 958

rung durch das afghanische Volk legitimiert sei. Sie hätten kein Interesse an einer Einmischung in dessen innere Angelegenheiten: „If the foregoing approach is accepted by the Soviet Union, the United States would be prepared to explore some transitional arrangement, to be implemented along with the prompt withdrawal of all Soviet troops from Afghanistan, for the purpose of ensuring that peace and tranquility are restored in Afghanistan. The creation of an international peace keeping force could be considered in this connection.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2686; VS-Bd. 14091 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

⁶⁸ Zur ersten Verhandlungsrunde der IX. Sitzungsperiode der Dritten VN-Seerechtskonferenz vom 3. März bis 4. April 1980 in New York vgl. Dok. 83, Anm. 37.

Die zweite Verhandlungsrunde der IX. Sitzungsperiode der Dritten VN-Seerechtskonferenz begann am 28. Juli 1980 in Genf. Vgl. dazu Dok. 270.

⁶⁹ König Khalid hielt sich vom 16. bis 19. Juni 1980 in der Bundesrepublik auf. Zum Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt am 17. Juni 1980 vgl. Dok. 176.

183

Ministerialdirektor Blech, z.Z. Venedig, an das Auswärtige Amt**VS-NfD****Aufgabe: 22. Juni 1980, 16.10 Uhr****Fernschreiben Nr. 1****Ankunft: 22. Juni 1980, 18.21 Uhr****Citissime**Betr.: Venedig-Gipfel¹;hier: Gemeinsames Frühstück der sieben Außenminister² am 22.6.

1) Über die Diskussion während des o.g. Frühstücks, bei dem Minister nicht von Mitarbeitern begleitet waren, hat VLR von Braunmühl aufgrund von Angaben des Herrn Ministers den als Anlage folgenden Vermerk gefertigt.

2) Zum Thema Seerecht hat Herr Minister gegenüber mir noch folgende Bemerkungen gemacht:

Die Siebener-Begegnung auf StS-Ebene soll rechtzeitig vor Beginn der nächsten Konferenzrunde³ stattfinden, möglichst in Gymnich oder in vergleichbarem Rahmen, damit günstige Atmosphäre für ungestörte gründliche Erörterung gewährleistet ist.⁴ Der Gedanke eines bilateralen Seerechts-Gesprächs mit den Amerikanern ist durch die Einigung im Siebener-Kreis nicht erledigt. Er sollte jedoch ohne viel Aufhebens dadurch realisiert werden, daß es dem Siebener-Gespräch unmittelbar vorgeschaltet wird und die Amerikaner etwas früher nach Bonn kommen. Dabei sollten auch andere Themen behandelt werden, so daß der ins Auge gefaßte allgemeine Konsultationsbesuch von Herrn StS van Well in Washington etwas verschoben werden könnte, weil ihm – was er wünscht – eine deutsch-amerikanische Begegnung auf entsprechender Ebene und mit entsprechender Themenstellung in Bonn vorangegangen wäre.

3) Ich weise darauf hin, daß die Unterlagen, die ich für die Erörterung der Namibia-Frage im Vierer-Kreise in Ankara⁵ am Nachmittag des 24.6. benötige, wegen meiner Abreise nach Ankara am 24.6., 8.00 Uhr, meinem Büro bis Dienstschluß am 23.6. zugegangen sein müssen.

[gez.] Blech

¹ Zum Weltwirtschaftsgipfel am 22./23. Juni 1980 vgl. Dok. 184 und Dok. 185.

² Lord Peter Carrington (Großbritannien), Emilio Colombo (Italien), Jean François-Poncet (Frankreich), Hans-Dietrich Genscher, Mark MacGuigan (Kanada), Edmund S. Muskie (USA) und Saburo Okita (Japan).

³ Zur ersten Verhandlungsrunde der IX. Sitzungsperiode der Dritten VN-Seerechtskonferenz vom 3. März bis 4. April 1980 in New York Dritten VN-Seerechtskonferenz vgl. Dok. 83, Anm. 37.

Die zweite Verhandlungsrunde der IX. Sitzungsperiode der Dritten VN-Seerechtskonferenz begann am 28. Juli 1980 in Genf. Vgl. dazu Dok. 270.

⁴ Zum Treffen der am Weltwirtschaftsgipfel in Venedig beteiligten Staaten am 15. Juli 1980 in Schloß Gymnich vgl. Dok. 207, Anm. 11.

⁵ Zum Gespräch der vier Politischen Direktoren der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA am 24. Juni 1980 in Ankara vgl. Dok. 189.

Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Lord Carrington (Großbritannien), François-Poncet (Frankreich), MacGuigan (Kanada) und Muskie (USA) am 26. Juni 1980 in Ankara zur Namibia-Frage vgl. Dok. 190, Anm. 4.

Folgt Text der Anlage:

Betr.: Frühstück der sieben Außenminister in Venedig am 22. Juni 1980

BM teilte folgendes über das Gespräch mit:

1) Seerechtskonferenz: BM hat unsere Sorgen dargelegt:

Für uns gebe es drei Problemkreise:

a) Der erste betreffe nur uns als Kurzküstenstaat. Wir bäten hier um mehr Unterstützung. Die beiden anderen beträfen alle sieben.

b) Meeresbodenregime

c) Durchfahrtsrechte unter strategischen Gesichtspunkten

Der letzte Punkt sei sehr bedeutsam angesichts der maritimen Rüstung der Sowjetunion.

BM hat darauf hingewiesen, daß die Seerechtsdelegationen in die Materie und die Ergebnisse der bisherigen Verhandlungen „verliebt“ seien. Wir seien der Auffassung, daß hier noch etwas geschehen müsse.

BM schlug eine Zusammenkunft der sieben Länder zur Erörterung der Probleme auf hoher politischer Ebene – etwa Staatssekretärsebene – vor. Dies sollten nicht die Delegationsleiter tun. Bei uns werde StS van Well dafür zur Verfügung stehen.

Der Vorschlag des Ministers wurde sofort von amerikanischer, französischer und britischer Seite unterstützt. Muskie sei dabei sehr hilfreich gewesen. Lord Carrington habe als Delegationsleiter StS Palliser erwähnt, Muskie habe Christopher genannt und François-Poncet Bernard-Reymond.

Es wurde verabredet, daß wir zu dieser Zusammenkunft kurzfristig nach Bonn einladen.

2) Namibia

BM hat die Wichtigkeit einer aktiven Beschäftigung mit der Namibia-Frage erläutert: Nkomo schieße auf Mugabe. In Südafrika gehe es los. BM berichtete über die Gespräche mit Gromyko in Bonn 1979, bei denen Gromyko sich neben der TNF besonders erregt über Simbabwe gezeigt hätte⁶, was deutlich gemacht habe, daß die westlichen Lösungsbemühungen das sowjetische Konzept zerstörten. Die Sowjetunion unternehme Gegenanstrengungen. Die Frontlinienstaaten⁷ drohten abzuspringen, wenn es nicht positive Bewegung in der Namibia-Frage gebe. Andererseits hätten Angola und Mosambik verstanden, daß von der Sowjetunion nur Waffen, aber nichts für die Entwicklung ihrer Länder zu erwarten sei.

Die Namibia-Frage soll beim Vierer-Treffen in Ankara erörtert werden.

3) Genfer Treffen der Islamischen Dreierkonferenz mit Vertretern der afghanischen Freiheitskämpfer: Lord Carrington berichtete über die Ergebnisse des

⁶ Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich vom 21. bis 24. November 1979 in der Bundesrepublik auf. Für die Gespräche mit Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher vgl. AAPD 1979, II, Dok. 341–344.

⁷ Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia, Simbabwe und Tansania.

Treffens, die interessante ...⁸ enthielten.⁹ BM ist der Auffassung, daß wir uns dringlich mit diesen Ergebnissen befassen sollten.

B 2 (Referat 014), Bd. 246

184

Weltwirtschaftsgipfel in Venedig

Geheim

22./23. Juni 1980¹

Vermerk über die ökonomischen Fragen gewidmeten Sitzungen des Venetianischen Gipfels am 22./23. Juni 1980

I. Vormittagssitzung am 22. Juni 1980 von 10.30 bis 13.00 Uhr

Deutsche Teilnehmer: der Bundeskanzler, BM Genscher, BM Matthöfer.

MP *Cossiga* heißt die Teilnehmer in Venedig willkommen und spricht AM Okita das herzliche Beileid zum Tode von MP Ohira² aus. AM Okita verliest einen Brief des amtierenden MP Ito³.

Der Vorsitzende schlägt eine Tour de table zu den Wirtschaftsfragen vor, in deren Verlauf sich die Teilnehmer auch zu dem Entwurf der Schlußerklärung äußern sollen, damit die Persönlichen Beauftragten⁴ Ende des Vormittags alle notwendigen Elemente für die Schlußredaktion haben. Im Mittelpunkt des Ent-

⁸ Verstümmelte Übermittlung des Drahtberichts.

⁹ Am 20./21. Juni 1980 fand auf dem Mont Pèlerin bei Vevey eine Konferenz von Vertretern mehrerer afghanischer Widerstandsgruppen mit dem aus dem pakistanischen Außenminister Agha Shahi, dem iranischen Außenminister Ghotbzadeh und dem Generalsekretär der Organisation der Islamischen Konferenz, Chatti, gebildeten Dreierausschuß für Afghanistan statt. Ministerialdirigent Petersen vermerkte am 23. Juni 1980, das Ergebnis der Konferenz sei „vor allem die Aufwertung der afghanischen Widerstandsorganisationen und ihre offizielle Anerkennung als Konfliktpartei durch die islamische Welt und damit eine Verstärkung des politischen Drucks auf die Sowjetunion. [...] Der afghanische Widerstand wird für die Kommission kein leichter Partner sein. Abgesehen von dem Problem der Einigung und der starr ablehnenden Haltung des Widerstandes gegenüber jeglichen Verhandlungen mit Vertretern des Karmal-Regimes, die ja ebenfalls im Mandat der Kommission enthalten sind, dürften auch seine sonstigen weitgehenden Forderungen bei der sehr unterschiedlichen Haltung der verschiedenen islamischen Staaten zur SU auf erhebliche Vorbehalte stoßen.“ Vgl. Referat 340, Bd. 113045.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Schulmann, Bundeskanzleramt, am 3. Juli 1980 gefertigt und am 8. Juli 1980 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau „zur Unterrichtung Ihres Ministers“ übermittelt.

Hat Wallau am 9. Juli 1980 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14089 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

² Ministerpräsident Ohira starb am 12. Juni 1980.

³ Der Leiter des japanischen Kabinettssekretariats, Ito, amtierte vom 12. Juni bis 17. Juli 1980 als Ministerpräsident.

⁴ Robert Armstrong (Großbritannien), Bernard Clappier (Frankreich), Klaus Goldschlag (Kanada), Kiyooki Kikuchi (Japan), Henry Owen (USA), Renato Ruggiero (Italien), Horst Schulmann (Bundesrepublik) und Crispin Tickell (Europäische Gemeinschaften).

wurfs stünden Energiefragen. Die Lösung dieser Fragen sei von lebenswichtiger Bedeutung für ein Land wie Italien. Angelpunkt sei dabei die Reduktion des Ölverbrauchs und die Schaffung alternativer Energiequellen. Erforderlich sei auch eine politische Erklärung zur nuklearen Option. Die OPEC-Entscheidung von Alger⁵ sei schwerwiegend. Er halte einen Dialog mit den Förderländern für dringend notwendig. Recycling sei kein Ersatz für Wirtschafts- oder Energiepolitik. Recycling solle auch über offizielle Kanäle gefördert werden; dies sei eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung.

Die Inflation erzeuge allgemeine Unsicherheit. Er macht einige Ausführungen zur Wirtschaftslage Italiens. Er verweist sodann auf das dem Gipfel vorliegende Papier der Gewerkschaftsbünde der Teilnehmerstaaten.⁶ Die Gewerkschaften hätten das Problem der Rezession in den Vordergrund gestellt. Notwendig sei jedoch eine Strategie, die einerseits die Inflation bremst und andererseits verhindert, daß die Arbeitslosigkeit zu stark ansteigt. Dies leiste nur eine angebotsorientierte Politik. Eine weltweite Rezession müsse auch wegen ihrer Auswirkungen auf die Entwicklungsländer vermieden werden. Der Bericht der Brandt-Kommission⁷ habe diese politische Dimension herausgestellt. Es sei wichtig, deren Vorschlag zur Abhaltung einer Gipfelkonferenz von Vertretern aus Nord und Süd zu befürworten. Italien unterstütze auch den Vorschlag, eine neue Weltbanktochter zu schaffen. Ganz allgemein sollten sich OPEC und COMECON stärker für die Belange der Entwicklungsländer einsetzen.

Präsident Carter hält die Gipfelkonferenzen für wertvoll. Er befürchtet, daß die achtziger Jahre eine noch größere Herausforderung an die Wirtschaftspolitik werden könnten als die siebziger. Das Ölangebot werde zurückgehen, vielleicht um 10%. Der Kongreß habe wirksame Maßnahmen zur Verminderung der US-Öleinfuhren⁸ beschlossen. Im Bundeshaushalt würden 10 Mrd. \$ für

⁵ Zur Tagung der Erdölminister der OPEC-Mitgliedstaaten vom 9. bis 11. Juni 1980 vgl. Dok. 178, Anm. 14.

⁶ Der Vorsitzende des DGB, Vetter, teilte Bundeskanzler Schmidt in einem Schreiben vom 3. Juni 1980 mit, die „Vorsitzenden der freien Gewerkschaftsbünde aus den sieben am Weltwirtschaftsgipfel beteiligten Nationen“ hätten „gemeinsam mit ihren Kollegen aus dem gesamten Bereich der OECD auf einer Sitzung in Paris am 29. und 30. Mai ihre Erklärung zum diesjährigen Treffen der Staats- und Regierungschefs diskutiert und verabschiedet“. Vgl. Referat 412, Bd. 130531.

Im „Statement der Gewerkschaften zur Konferenz der Staats- und Regierungschefs in Venedig“ vom Juni 1980 hieß es: „Die internationale Gewerkschaftsbewegung fordert nachdrücklich, daß die in Venedig tagenden Staats- und Regierungschefs den nachfolgend genannten Hauptbereichen der Wirtschaftspolitik eingehende Beachtung schenken und sich verpflichten, die notwendigen Maßnahmen durchzuführen, wobei der Herbeiführung der Vollbeschäftigung absolute Priorität eingeräumt wird: a) In Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften sollten die Regierungen integriertes politisches Vorgehen in den Bereichen Beschäftigung, Inflation und Wachstum entwickeln, das zum Ziel hat: die Verminderung der Arbeitslosigkeit, unter besonderer Berücksichtigung der benachteiligten Gruppen auf dem Arbeitsmarkt; den Schutz der Kaufkraft der Arbeitnehmer und Gruppen mit niedrigen Einkommen [...]. b) Energiepolitische Maßnahmen müssen ein fester Bestandteil der Wirtschaftspolitik werden. Besondere Aufmerksamkeit ist dabei zu geben: der Entwicklung alternativer Energiequellen; Vereinbarungen über Zielmarken für Einsparung und Erhaltung von Energie [...]. c) Verbunden mit der Aktion in den Industrieländern sollte eine neue gemeinsame Anstrengung unternommen werden, um den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt in den Entwicklungsländern zu beschleunigen.“ Vgl. Referat 412, Bd. 130531.

⁷ Zum Bericht der Unabhängigen Kommission für Internationale Entwicklungsfragen („Nord-Süd-Kommission“) vom 12. Februar 1980 vgl. Dok. 155, Anm. 5.

⁸ Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 9. Juni 1980: „Der Kampf zwischen Präsident Carter und dem Kongreß um die Ölimportabgabe ist am Freitag abend mit einer Niederlage des Präsidenten zu Ende gegangen. Nachdem am Donnerstag, 5.6.1980, das Repräsentantenhaus das Veto

diesen Zweck ausgebracht. Die notwendigen Entscheidungen würden leichter getroffen werden können, wenn man im Gleichklang handle. Die US hätten auch durchgreifende Maßnahmen zur Bekämpfung der Inflation getroffen.⁹ Die Arbeitslosigkeit sei im Ansteigen. Er sei bereit, dem Druck auf zusätzliche Staatsausgaben zu widerstehen. Die Vereinigten Staaten seien in der Vergangenheit zu verschwenderisch mit dem Öl umgegangen. Sie hätten im vergangenen Jahr ihren Energieverbrauch beträchtlich vermindert. Die Öleinfuhren würden 1980 um mindestens 1 MBD¹⁰ unter dem Niveau von 1979 liegen. Bei diesem Treffen seien Verpflichtungen bis zum Jahre 1990 einzugehen.

Zur Lage der Entwicklungsländer: Die unverantwortlichen Entscheidungen von OPEC müßten vom Gipfel scharf verurteilt werden. Wir könnten überleben. Aber die Wirkungen der Ölpreiserhöhung auf die Entwicklungsländer seien verheerend. Er weist auf die Leistungsbilanzdefizite dieser Länder hin. Man solle OPEC warnen, aber gleichzeitig ermuntern, sich an den negativen Folgen ihres Handelns zu beteiligen. In den US sei die Stimmung für finanzielle Hilfen an Entwicklungsländer schlecht. Mit einem weiteren Anstieg des realen Ölpreises müsse gerechnet werden. Es stelle sich die Frage, wie man den Entwicklungsländern effektivere Hilfe gewähren könne und wie man OPEC und COMECON einbeziehen könne. Die Entwicklungsländer gäben über 25 % ihrer Exporterlöse allein für Energieeinfuhren aus.

Der Entwurf der Schlußerklärung sei gut; die US könnten ihn akzeptieren.

Präsident *Giscard* weist darauf hin, daß die Lage bei diesem ersten Wirtschaftsgipfel der achtziger Jahre ernst sei. Die Zuversicht der sechziger Jahre sei dahin. Die Hoffnungen, die man damals gehabt habe, hätten sich nicht erfüllt.

Fortsetzung Fußnote von Seite 963

des Präsidenten niedergestimmt hatte, setzte sich auch im Senat mit einer Mehrheit von 68 zu 10 die Gegnerschaft gegen die Abgabe durch. [...] Für die meisten Kongreßmitglieder war die aus der Importabgabe zu erwartende Benzinpreiserhöhung, insbesondere in einem Wahljahr, von vornherein unakzeptabel. [...] Die klare Niederlage wird von vielen Beobachtern als eine Demütigung des Präsidenten angesehen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2281; Referat 405, Bd. 126880.

Das Bundesministerium für Wirtschaft vermerkte am 13. Juni 1980: „Die USA haben seit dem Bonner Weltwirtschaftsgipfel erhebliche energiepolitische Anstrengungen unternommen, ihren im Vergleich zu anderen Industrieländern hohen Mineralölverbrauch zu reduzieren, der zu rd. 50 % importiert werden muß. Die Maßnahmen beginnen zu greifen [...]. Die energiepolitischen Erfolge sind allerdings Resultate, die in den europäischen Ländern bereits 1974/75 erreicht wurden. Zu den Maßnahmen zählen insbesondere: stufenweise Freigabe der Erdgaspreise (bis Ende 1985) und der Preise für in den USA produziertes Öl (bis 30.9.1981) zur Angleichung an das Weltmarktpreisniveau; Verabschiedung der Windfall-Profits-Tax zur Abschöpfung eines Teils der Sondergewinne, die die Ölgesellschaften aus der Freigabe der Ölpreise erzielen; Verstärkung der Einsparpolitik“. Vgl. Referat 412, Bd. 130531.

⁹ Botschafter von Staden, Washington, teilte am 2. November 1978 mit, Präsident Carter habe am Vortag ein Programm zur Stützung des Dollars und zur Inflationsbekämpfung bekanntgegeben: „Dieses Programm sieht u. a. vor: Erhöhung der Interventionsmasse an DM, Yen und Schweizer Franken auf rund 30 Mrd. Dollar. Ziehung (Kreditinanspruchnahme) von rund 3 Mrd. Dollar beim IWF, wovon 1 Mrd. Dollar in Kürze über die AKV (Allgemeinen Kreditvereinbarungen der Zehnergruppe) bereitgestellt werden sollen. Abgabe von zwei Milliarden SZR gegen Währungen anderer Mitgliedsländer. Erhöhungen der Swap-Vereinbarung (auf Abruf bereitstehende kurzfristige Kredite) mit der Bundesbank, der Bank of Japan und der Schweizer Nationalbank. Begebung von langfristigen Anleihen in Auslandswährung durch die USA bis zu 10 Mrd. Dollar. Erhöhung des Diskontsatzes von 8,5 auf 9,5 Prozent. Erhöhung der Mindestreserven um zwei Prozentpunkte und dadurch Stilllegung von rund 3 Mrd. Dollar. Verfünffachung der bisherigen Goldverkäufe auf mindestens 1,5 Mio. Unzen monatlich (d. h. rund 3,5 bis 4 Mrd. Dollar ‚Erlös‘ pro Jahr)“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 4075; Referat 420, Bd. 124327.

¹⁰ Million barrels per day.

Der Gipfel müsse glaubwürdige Antworten auf die Herausforderungen der kommenden Jahre geben. Er sei bereit, den Entwurf der Schlußerklärung zu akzeptieren. Die Ölpreissteigerungen seien absolut ungerechtfertigt; sie müßten in einer nicht beleidigenden Form verurteilt werden. Die Schlußerklärung müsse Worte der Ermutigung für die Förderländer enthalten, die einen gemäßigten Standpunkt einnehmen. Die wichtigste Aufgabe sei es, den Energieverbrauch vom Wachstum abzukoppeln. Auch in dieser Hinsicht müsse die Schlußerklärung Worte der Ermutigung enthalten. In Tokio habe man gemeinsam eine Reduktion der Öleinfuhren beschlossen.¹¹ Fünf der sieben Länder seien dabei erfolgreich gewesen. Heute ginge es darum, Einsparziele für 1990 zu beschließen (15 bis 20 MBD). Die Sieben sollten ihren festen Willen dazu ausdrücken und dies durch die Einsetzung einer „monitoring group“ unterstreichen.

Der Entwurf der Schlußerklärung berücksichtige nicht die Organisation und politische Gestaltung der Entwicklungshilfe. Die Lage sei paradox. Die sieben Länder seien praktisch die einzigen, die eine ins Gewicht fallende Entwicklungshilfe leisteten. Sie würden aber pausenlos kritisiert. Die Schlußerklärung müsse zum Ausdruck bringen, daß hier drei Ländergruppen Verantwortung trügen: OECD, OPEC und COMECON. Die Persönlichen Beauftragten hätten sich bei der Abfassung des Entwurfs an traditionelle Denkschemata gehalten. Die Zeit sei gekommen, über tiefgreifende Änderungen der Organisation der Entwicklungshilfe nachzudenken.

Der *Bundeskanzler* stimmt Carter und Giscard zu. Der zweite Ölschock¹² werde schwerer zu überwinden sein als der erste¹³. Die OPEC-Länder würden in

¹¹ Der Weltwirtschaftsgipfel fand am 28./29. Juni 1979 in Tokio statt. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 198.

¹² Vom 26. bis 28. Juni 1979 fand in Genf eine Konferenz der Erdölminister der OPEC-Mitgliedstaaten statt. Ministerialdirektor Lautenschlager legte am 12. Juli 1979 dar, die Konferenz habe „zu einer weiteren Erhöhung der offiziellen Ölpreise mit Wirkung vom 1. Juli 1979 an geführt. Die Preisgabel, die in den letzten Juniwochen zwischen 14,5 und 21 US-Dollar lag, reicht jetzt von 18 (Saudi-Arabien) bis 23,5 US-Dollar (Algerien, Libyen, Nigeria, Venezuela). Der Durchschnittspreis dürfte im gewogenen Mittel nunmehr bei ca. 20,20 US-Dollar liegen gegenüber knapp 13 US-Dollar Ende 1978 (plus 56 %) und etwa 17,5 US-Dollar in den Monaten Mai/Juni (plus ca. 14 %). Für die Bundesrepublik mit einem extrem hohen Importanteil an leichten und preislich überproportional angehobenen Rohölen ergibt sich gegenüber Ende 1978 eine durchschnittliche Steigerungsrate der Importpreise von 60 %.“ Das „ganze Gewicht der bisherigen Preiserhöhungen des Jahres 1979“ zeige sich darin, daß diese in absoluten Beträgen den Erhöhungen des Winters 1973/74 nahe kämen. Vgl. Referat 405, Bd. 121282. Für den Wortlaut des Communiqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 352f.

¹³ Am 17. Oktober 1973 beschlossen die OAPEC-Mitgliedstaaten eine Erhöhung der Preise für Rohöl um 17 % sowie eine Beschränkung ihrer Ölproduktion. Zwischen 18. und 30. Oktober 1973 beschlossen mehrere arabische Staaten, kein Erdöl mehr in die Niederlande zu liefern. Vgl. dazu AAPD 1973, III, Dok. 345.

Am 18. Oktober 1973 gaben die Vereinigten Arabischen Emirate Stopp von Öllieferungen in die USA bekannt. Saudi-Arabien kündigte diesen Schritt für den Fall an, daß die USA ihre Haltung zum Nahost-Konflikt nicht ändern sollten. Am 19. Oktober 1973 beschloß Libyen ein Verbot für Ölexporte in die USA. Am 21. Oktober 1973 schlossen sich Algerien, Bahrain, Dubai, Katar und Kuwait dem Ölboycott an. Vgl. dazu die Artikel „Saudis to Reduce Oil Production By Ten Percent“, „Israel Claims West Bank Gain; Libya Halts Oil Exports to U.S.“ und „8 Arab States Joining in Oil Boycott of U.S.“; INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE vom 19. bzw. 20./21. Oktober und 22. Oktober 1973, jeweils S. 1.

Am 5. November 1973 beschlossen die OAPEC-Mitgliedstaaten mit Ausnahme des Irak eine Drosselung ihrer Erdölförderung um 25 % gegenüber dem September und kündigten eine weitere Drosselung um 5 % im Dezember an. Als befreundet eingestufte Staaten sollten allerdings weiterhin normal beliefert werden. Die Produktionsverminderung um 5 % im Dezember wurde auf einer Sitzung der OAPEC am 18. November 1973 in Wien zurückgenommen. Ab Januar 1974 sollte aber die monatliche Produktion um 5 % gedrosselt werden. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1973, Z 254 bzw. Z 269.

Am 22./23. Dezember 1973 beschlossen die am Persischen Golf gelegenen OPEC-Mitgliedstaaten in

diesem Jahre einen Leistungsbilanzüberschuß von 120 Mrd. \$ erzielen, dem Defizite der OECD-Länder von 70 Mrd. und der Nichtöl-EL von 50 Mrd. entsprechen. Die US-Rezession werde die Tendenz zum Protektionismus noch stärken.

Die deutsche Wirtschaft werde im Jahre 1980 ein Wachstum von 3%, eine Inflationsrate von 6% und einen Produktivitätsanstieg von 3% erzielen.

Weltweit müsse der Kampf gegen die Inflation entschlossen fortgesetzt werden. Es wäre ein Fehler, wenn man auf Nachfrigestimulierung umschaltete. Dies würde nur die Inflation anheizen. Damit würden auf Dauer keine neuen Arbeitsplätze geschaffen, und die öffentliche Verschuldung würde jedes vernünftige Niveau übersteigen. Statt dessen müßten wir unsere Anstrengungen zur Anpassung der Strukturen verstärken, indem wir Energie sparen und Öl substituieren. Eine solche Politik werde auch erhebliche Investitionschancen eröffnen, Wachstumsimpulse geben und unsere Abhängigkeit von OPEC vermindern. Der OPEC-Überschuß werde sich nicht so rasch zurückbilden wie nach 1973. Einige Entwicklungsländer hätten die Grenzen der Verschuldung erreicht. Das Recycling sei auf lange Sicht self-defeating. Darüber müsse mehr nachgedacht werden.

Er sei nicht übermäßig besorgt wegen des deutschen Leistungsbilanzdefizits, das 1980 15 Mrd. \$ betragen werde. Dieses Defizit hänge auch zusammen mit den Verpflichtungen, die die Bundesrepublik 1978 in Bonn¹⁴ auf Drängen ihrer Partner übernommen habe. Das gleiche gelte für die gegenwärtige, für deutsche Verhältnisse sehr hohe Inflationsrate. Er sei zuversichtlich, daß es uns gelingen werde, unsere Leistungsbilanz wieder ins Gleichgewicht zu bringen; wir würden den Anpassungsprozeß aber nicht forcieren.

Er sei besorgt über das explosive Wachstum der Xenomärkte, deren Bruttovolumen inzwischen 1000 Mrd. \$ übersteige. Nach seiner Auffassung gebe es in diesem Bereich drei ungelöste Probleme:

- 1) wie man verhindern könne, daß die nationale Geldpolitik durch diese Märkte in inflationsfördernder Weise unterlaufen wird;
- 2) wie man sicherstellen könne, daß die Geschäfte, die auf diesen Märkten getätigt werden, genauso strengen bankenaufsichtsrechtlichen Regelungen unterworfen sind, wie dies für das nationale Geschäft selbstverständlich sei;
- 3) gebe es Unklarheit darüber, wer im Notfall als lender of last resort auftrete, damit es nicht zu Kettenreaktionen auf den Xenomärkten käme.

Es sei wider alle Vernunft, was wir hier zuließen. Die Finanzminister und Notenbankgouverneure müßten etwas gegen diese Entwicklungen tun. Er glaube, daß der Vorschlag, den Dr. Guth in New Orleans gemacht habe¹⁵, sorgfältig ge-

Fortsetzung Fußnote von Seite 965

Teheran mit Wirkung vom 1. Januar 1974 eine Erhöhung des Preises von 5,09 auf 11,60 Dollar pro Barrel. In den folgenden Tagen erhöhten weitere OPEC-Mitgliedstaaten die Rohölpreise. Am 24./25. Dezember 1973 beschlossen die OAPEC-Mitgliedstaaten mit Ausnahme des Irak eine Erhöhung der Erdölproduktion um 10 % zum 1. Januar 1974. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1974, Z 23.

¹⁴ Am 16./17. Juli 1978 fand in Bonn der Weltwirtschaftsgipfel statt. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 225.

¹⁵ Das Bundesministerium der Finanzen vermerkte am 16. Juni 1980 zu einem Vortrag des Vorstandssprechers der Deutschen Bank, Guth: „Als Ausdruck der wachsenden Sorgen der Banken selbst dürfte die Anregung Dr. Guths auf der Internationalen Bankenkonferenz in New Orleans am

prüft werden müsse. Dieser Vorschlag laufe darauf hinaus, daß die privaten Banken selber ein internationales Sicherheitsnetz schaffen, auf das einzelne Geschäftsbanken im Falle einer Liquiditätsklemme zurückkommen könnten. Die Währungsbehörden der Teilnehmerstaaten sollten deshalb die Privatbanken ermuntern, diesen Vorschlag gründlich zu überprüfen.

Die deutschen Öleinfuhren lägen 1980 unter dem Niveau von 1973, obwohl unser reales BSP im gleichen Zeitraum um 18 % gestiegen sei.

Zur Zahlungsbilanzsituation der Entwicklungsländer:

Die Öleinfuhrrechnung dieser Länder werde im Jahre 1980 über 50 Mrd. \$ betragen. Dies sei doppelt soviel, wie die OECD-Länder an Entwicklungshilfe (ODA¹⁶) leisteten. Die OECD-Länder könnten das Loch, das die Ölpreisteigerungen in die Zahlungsbilanzen der Entwicklungsländer gerissen haben, nicht stopfen; dies werde von den politischen Führern der Dritten Welt nicht verstanden. Ein paar Schwellenländer seien vielleicht in der Lage, damit fertigzuwerden, z. B. Brasilien, Korea, Taiwan, aber nicht die übrigen Entwicklungsländer. Die Türkei sei ein Beispiel für ein Land, das seine gesamten Exporterlöse für die Begleichung der Ölrechnung aufwenden müsse. Die Schlußerklärung müsse klarmachen, daß OPEC der Verursacher dieser Probleme sei und Verantwortung tragen müsse. Auch COMECON müsse Verantwortung übernehmen.

Wie könne OPEC helfen? Indem sie einige ihrer Petrodollars rückschleuse. Dies könne entweder dadurch erreicht werden, daß OPEC den Ölpreis spalte oder dadurch, daß sie unentgeltliche Zuschüsse an die Nichtöl-EL gewähre. Er habe dies vielen politischen Führern der OPEC-Länder gesagt. Diese hätten ihn auf die Entwicklungshilfe hingewiesen, die OPEC schon gewähre (4,6 Mrd. \$ im Jahre 1979). Diese Hilfe ginge aber fast ausschließlich an islamische Länder. Sie helfe den übrigen Entwicklungsländern nicht. Er zögere sehr, den LLDCs¹⁷ und MSAs¹⁸ durch die Gewährung von Krediten zu helfen. Dies werde dem Problem nicht gerecht. Noch entschiedener sei er gegen eine Aufweichung der Konditionalität im IWF. Die internationalen Finanzinstitutionen sollten jedoch baldmöglichst die Mittel erhalten, die ihnen bereits von uns zugesagt worden sind.¹⁹ Wir müßten OPEC drängen, eine Rolle zu übernehmen, die ihrer finanziellen Stärke entspreche.

Er stehe positiv zu dem Vorschlag der Brandt-Kommission, einen „privaten“ Nord-Süd-Gipfel abzuhalten. Er habe einem solchen Treffen vor zwei Jahren in

Fortsetzung Fußnote von Seite 966

3. Juni 1980 zu werten sein, die internationalen Banken sollten im Wege der Selbsthilfe ein internationales finanzielles Sicherheitsnetz für den Fall schaffen, daß das internationale Finanzsystem durch Liquiditätsschwierigkeiten einzelner Banken in Gefahr geraten sollte. Allerdings hat Dr. Guth auch darauf hingewiesen, daß größere Krisen nur mit Hilfe des IWF (Erhaltung bzw. Wiederherstellung der Zahlungsfähigkeit von in Zahlungsschwierigkeiten befindlichen Schuldnerländern) und der Zentralbanken (bei unerwartetem Liquiditätsrückgang auf den internationalen Märkten) gemeistert werden könnten.“ Vgl. Referat 412, Bd. 130531.

¹⁶ Official Development Assistance.

¹⁷ Least Developed Countries.

¹⁸ Most Seriously Affected Countries.

¹⁹ Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Präsidenten der Weltbank, McNamara, am 7. März 1979; AAPD 1979, I, Dok. 70.

Jamaika beigewohnt²⁰ und sei mit neuen Erkenntnissen nach Hause gekehrt. Er wisse, daß es sehr schwer sein werde, zu entscheiden, wer wann wen zu einem solchen Gipfeltreffen einladen solle. Dennoch solle dieser Vorschlag weiterverfolgt werden. Es stehe zuviel auf dem Spiel. Wenn es in den siebziger Jahren in den EL zu Hungersnöten gekommen sei, dann wegen des Ölpreisanstiegs. Dessen Folgen könnten nicht durch mehr Entwicklungshilfe seitens der Industrieländer aufgefangen werden. Immerhin habe die Bundesrepublik in den letzten 24 Monaten ihre Entwicklungshilfe um über 40 % gesteigert.

Zum Bevölkerungsproblem: Auch der Papst²¹ müsse das Problem zur Kenntnis nehmen. Die Weltbevölkerung werde um die Jahrhundertwende 6 1/2 Mrd. betragen; als er geboren wurde, waren es nur 2 Mrd. Er frage sich, ob die Struktur unserer Entwicklungshilfe dem ausreichend Rechnung trage. Unser erstes Ziel müsse es sein, den Entwicklungsländern dabei zu helfen, die wachsende Menschenzahl ausreichend zu ernähren.

AM *Okita* betont ebenfalls die Nützlichkeit der Gipfelkonferenzen der Sieben. Der Venetianische Gipfel habe eine besondere Rolle zu spielen. Alle Länder stünden im Energiebereich an einer Wegscheide.

Er geht zunächst kurz auf die Lage der japanischen Wirtschaft ein. Im Jahre 1979 habe man eine Wachstumsrate von 6 % erzielt, für 1980 erwarte man 4,8 %. Japan habe seine in Bonn übernommenen Verpflichtungen voll eingehalten. Der Preisanstieg belaufe sich gegenwärtig auf 7 bis 8 %. Für Japan habe die Inflationsbekämpfung Vorrang. Die Inflation in den Gipfelländern habe keineswegs nur außenwirtschaftliche Gründe; in vielen Ländern sei die hausgemachte Inflation wichtiger als die importierte.

Kohle und Kernenergie würden in den achtziger Jahren bei der Sicherung der Energieversorgung eine besondere Rolle zu spielen haben. Japan wolle den Ölanteil am PEV²² von heute 73 % bis 1990 auf 50 % senken. Obwohl das japanische BSP real um 30 % größer sei als 1973, sei der Ölverbrauch zurückgegangen.

Zu Nord-Süd-Fragen: Die Hauptverantwortung für die Zahlungsbilanzschwierigkeiten der Nichtöl-EL liege bei OPEC. Aber auch wir müßten unsere Bemühungen verdoppeln, wenn wir OPEC beeindrucken wollen. Er erinnert daran, daß die von MP Fukuda in Bonn übernommene Verpflichtung, Japans ODA innerhalb von drei Jahren zu verdoppeln, übererfüllt werde. Japan habe seine Hilfe vor allem in den Konfliktgebieten (Türkei, Pakistan, Thailand) verstärkt. An LLDCs würden grundsätzlich nur unentgeltliche Zuschüsse gewährt. Für die Schwellenländer sei die Öffnung unserer Märkte wichtiger; diese Länder stellten ein dynamisches Element der Weltwirtschaft dar. Der Brandt-Bericht habe in Japan große Wertschätzung gefunden. Sehr beeindruckt sei man davon, daß sich das Los der ärmsten Entwicklungsländer in den letzten zehn Jahren nicht geändert habe. Die Grundtendenz des Berichtes stimme, wenn er auch

²⁰ Am 28./29. Dezember 1978 fand ein informelles Treffen von sieben Staats- und Regierungschefs in Mount Pleasant/Jamaika statt, an dem neben Bundeskanzler Schmidt Ministerpräsident Fraser (Australien), Ministerpräsident Manley (Jamaika), Ministerpräsident Nordli (Norwegen), der Chef des Obersten Militärats der Bundesrepublik Nigeria, Obasanjo, Präsident Pérez (Venezuela) und Ministerpräsident Trudeau (Kanada) teilnahmen. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 401.

²¹ Johannes Paul II.

²² Primärenergieverbrauch.

hier und da etwas zu idealistisch sei. Japan unterstütze auch den Vorschlag, einen Nord-Süd-Gipfel abzuhalten, wenn dies zum geeigneten Zeitpunkt und unter den geeigneten Umständen geschehe. Ein solcher Gipfel bedeute eine Chance, die wahrgenommen werden sollte. Wir sollten unsere Bemühungen um die Schaffung eines Gemeinsamen Fonds²³, die wir in Bonn unterstützt haben, verstärken.

Zu Währungsfragen: Für die LLDCs seien mehr unentgeltliche Zuschüsse nötig. Dies erfordere eine gemeinsame Bemühung von OPEC und OECD. Eine zu starke Betonung der Zahlungsbilanzprobleme in der Schlußerklärung halte er nicht für angebracht, da es keine unmittelbare Bedrohung gebe. Langfristig halte er die Schaffung eines Substitutionskontos für nötig. Schließlich müßten wir uns hüten, zum Protektionismus zurückzukehren.

Ganz allgemein gelte, daß der Westen auch in den achtziger Jahren seinen Vorsprung gegenüber dem Osten (prominence over the East) halte.

PM *Thatcher* weist zunächst darauf hin, daß die Ölkrise und die Inflation in mancher Hinsicht zusammenhängen, in anderer jedoch sehr verschiedene Phänomene seien. Die Tendenz zu höheren Inflationsraten sei unabhängig von den Ölpreissteigerungen. Die Inflation müsse aufs schärfste bekämpft werden, weil sonst das Vertrauen nachhaltig erschüttert werde. Die jüngsten Ölpreissteigerungen hätten die Inflation weiter geschürt. In Tokio habe ein Faß Öl noch 20 \$ gekostet, jetzt liege der Preis über 30 \$. Die OECD-Inflationsrate sei von 8 auf 14 % gestiegen. Um unsere Unabhängigkeit von den Förderländern zu erhöhen, seien massive Investitionen in alternative Energiequellen erforderlich. Frankreich habe dies mit seinem Nuklear-Programm bereits getan.

Als Folge der massiven Ölpreissteigerungen sei es zu einer Umverteilung der Macht in der Welt gekommen. OPEC stelle heute eine sehr reale Macht dar. Im Nord-Süd-Dialog gebe es jetzt eine dritte Partei. Die Industrieländer könnten sich einen Teil der Überschüsse von den OPEC-Ländern zurückborgen. Andere Länder könnten vom IWF borgen. Wieder anderen müßte mit unentgeltlichen Zuschüssen geholfen werden. Es stelle sich die Frage, wie man OPEC davon überzeugen könne, daß dies in ihrem Interesse sei. OPEC sei kein Monolith, unter ihren Mitgliedern gebe es einige sehr gute Freunde des Westens, die man nicht vor den Kopf stoßen dürfe. Eine andere Frage sei es, ob wir den Ostblock wirklich dazu ermuntern sollten, mehr für die Entwicklungsländer zu tun. In den fünfziger Jahren hätten die Sowjets in Afghanistan Straßen und Flugplätze gebaut, jetzt hätten sie das Land besetzt. Auch Kuba sei ein abschreckendes Beispiel. Auf alle Fälle solle das Kommuniqué klarstellen, daß es sich bei zusätzlichen Entwicklungshilfeleistungen des Ostblocks um Hilfe ohne politische Bedingungen handeln müsse.

Zusammenfassend: Die Bekämpfung der Inflation und die Einbindung von OPEC seien für sie die zwei wichtigsten Probleme.

PM *Trudeau* meint einleitend, wir seien in den letzten fünf Jahren mit den wirtschaftlichen Herausforderungen ganz gut fertig geworden. Er erwähnt beispielhaft das Rückschleusungsproblem, die Gefahr des Protektionismus, die Jugendarbeitslosigkeit. Ebenso sei eine galoppierende Inflation vermieden

²³ Zu den Verhandlungen der VN-Konferenz über einen Gemeinsamen Fonds vgl. Dok. 178, Anm. 9.

worden. Bis 1990 würden wir wahrscheinlich auch die Energiekrise bewältigt haben. Bei der Lösung der Nord-Süd-Krise hätten wir weniger Fortschritte erzielt, aber dies liege nicht an uns. Die politischen Fragen hätten wir jedoch, wie die Ereignisse der letzten sechs Monate zeigten, nicht gleich gut im Griff gehabt.

Wie rasch wir Fortschritte bei der Bekämpfung der Inflation erzielen, hänge davon ab, wie schwer die Rezession ausfalle. Wir könnten schon bald gezwungen sein, die Arbeitslosigkeit als eine gleich große Bedrohung anzusehen wie die Inflation. Er unterstütze Giscard's Vorschlag, eine monitoring group für Energie einzusetzen. Dieselbe Gruppe könnte vielleicht auch den Umfang der Rezession beobachten. Es könne durchaus sein, daß wir schon im Herbst wieder auf Expansion umschalten müßten.

Wir sollten OPEC nicht in einer Art und Weise verurteilen, die unsere Freunde verletzen könnte. Es stehe fest, daß sie ihre Einnahmen nicht zu erhöhen brauchten und vielleicht ihre Exporte reduzieren möchten. Deshalb müßte die Verurteilung von OPEC in einer sehr vorsichtigen Formulierung erfolgen.

Zur Lage der Nichtöl-EL: Man solle OPEC vielleicht auf dem mini-summit zu verstehen geben, daß der Erlös aus künftigen Ölpreissteigerungen an die Nichtöl-EL umverteilt werden solle; eine Ölpreiserhöhung um \$ 1/b bringe zusätzliche Erlöse in Höhe von 10 Mrd. \$. Der Nord-Süd-Gipfel dürfe keine Wiederholung der Konfrontation in den Vereinten Nationen werden. Er könne evtl. auch den Ostblock einschließen; Portillo sei allerdings noch nicht davon überzeugt, daß dies der Fall sein könnte. In jedem Fall werde man in der Generalversammlung nicht viel erreichen; diese könne man jedoch dazu benutzen, die Sowjetunion zu entlarven.

Präsident *Jenkins* verweist auf die energiepolitischen Entscheidungen, welche die EG²⁴ und die IEA²⁵ in jüngster Zeit getroffen haben. Der Ölverbrauch in der EG werde 1980 um 9% unter dem Niveau von 1973 liegen. Dazu hätten hohe Verbraucherpreise beigetragen. Es sei nötig, den Energieverbrauch vom Wachstum abzukoppeln. Anstrengungen in dieser Richtung könnten auch die Investitionsnachfrage stimulieren. Die Kernenergie müsse eine wachsende Rolle spielen.

Der Entwurf der Schlußerklärung stelle das Inflationsproblem heraus, weise aber gleichzeitig auf die Gefahr einer weltweiten Rezession hin. Im gegenwärtigen Zeitpunkt käme jedoch eine dramatische Richtungsänderung in der Wirtschaftspolitik nicht in Frage. Die OPEC-Beschlüsse von Algier bedeuteten eine Verminderung des Wachstums um 2 Prozentpunkte und eine Erhöhung der Inflationsrate um 2 Prozentpunkte.

Das Rückschleusungsproblem werde schwerer zu lösen sein als nach 1973. Die Absorptionsfähigkeit der OPEC-Länder sei heute niedriger als damals, die Verschuldung der Nichtöl-EL höher. Die Verantwortung für die Leistungsbilanzprobleme der Nichtöl-EL liege bei OPEC. Unser Interesse an der erfolgreichen

²⁴ Zu den Beschlüssen des EG-Ministerrats auf der Ebene der für Energiefragen zuständigen Minister am 13. Mai 1980 in Brüssel und am 9. Juni 1980 in Luxemburg vgl. Dok. 178, Anm. 11 und 12.

²⁵ Zu den Beschlüssen der Ministertagung des Verwaltungsrats der Internationalen Energieagentur am 21./22. Mai 1980 in Paris vgl. Dok. 71, Anm. 37.

Lösung des Rückschleusungsproblems sei ein doppeltes: Wir müßten die Funktionsfähigkeit des internationalen Währungssystems bewahren, und wir seien daran interessiert, unsere Exporte in die Nichtöl-EL aufrechtzuerhalten. Deshalb sollten wir die Rolle der internationalen Finanzierungsinstitutionen stärken. Dies dürfe jedoch nicht zu Lasten der Konditionalität im IWF führen. Die Weltbank sei da möglicherweise in einer anderen Lage. Wir müßten danach streben, daß OPEC sich finanziell stärker in diesen Institutionen engagiert.

Zum Handel: Wir hätten im Stahlbereich eine schwierige Lage, die bald bereinigt werden müßte, damit nicht die Ergebnisse der Tokio-Runde²⁶ wieder aufgerollt würden. Ebenso sei es nötig, unsere Märkte für die Produkte der Dritten Welt offenzuhalten.

MP *Cossiga* erklärt damit die Tischarmfrage für abgeschlossen. Dies sei der erste Gipfel der achtziger Jahre. Der Gipfel müsse eine glaubhafte Antwort auf die schwierigen Probleme dieses Jahrzehnts geben. Die OPEC-Preissteigerungen seien ungerechtfertigt und hätten eine verheerende Wirkung auf die Entwicklungsländer. Wir müßten darauf hinwirken, daß nicht immer nur die westlichen Industrieländer auf der Anklagebank sitzen. Auch OPEC und COMECON müßten Verantwortung tragen.

Zum Rückschleusungsproblem: Vielleicht sei es nötig, neue Systeme zu erfinden. Er halte die Idee eines privaten Sicherheitsnetzes für nützlich.

Die Finanz- und Wirtschaftsminister könnten am Nachmittag die Diskussion über die wirtschaftlichen Fragen fortsetzen. Die Persönlichen Beauftragten sollten damit beginnen, die Schlußerklärung zu überarbeiten, damit den Staats- und Regierungschefs am nächsten Morgen ein neuer Entwurf zur Verfügung stehe. Am Ende des Mittagessens könne man entscheiden, ob ein Teil der Nachmittags-Sitzung dem politischen Meinungsaustausch der Staats- und Regierungschefs gewidmet werden solle.

Präsident *Giscard* hält es für nützlich, am Nachmittag eine Sitzung mit den Außenministern und vielleicht einem Note-taker abzuhalten.²⁷

II. Vormittagssitzung am 23. Juni 1980 von 10.15 bis 13.20 Uhr

Deutsche Teilnehmer: der Bundeskanzler, BM Genscher, BM Graf Lambsdorff.

MP *Cossiga* schlägt vor, sofort mit der Prüfung der überarbeiteten Schlußerklärung zu beginnen.

Der Bundeskanzler weist darauf hin, daß ihm kein deutscher Text vorliege.

AM *Colombo* meint scherzhaft, man habe sich auf die ausgezeichneten Englisch-Kenntnisse des Bundeskanzlers verlassen.

MP *Cossiga* schlägt vor, daß man eine erste Prüfung auf der Basis des englischen Textes vornehmen solle. Der vorliegende Entwurf berücksichtige auch die Hinweise, welche die Finanz- und Wirtschaftsminister den Persönlichen Beauftragten am Vortage gegeben hätten. Die Prüfung des Textes solle sich vor allem auf die hinter den fünf eckigen Klammern stehenden Meinungsunterschiede konzentrieren. Er stellt fest, daß es keine Bemerkungen zur Einleitung und

²⁶ Zu den GATT-Verhandlungen vgl. Dok. 178, Anm. 6.

²⁷ Vgl. dazu Dok. 185.

zum Inflationskapitel gibt. Er ruft sodann die eckige Klammer in Ziffer 7 des Entwurfs auf:

[To this end, maximum reliance should be placed on the price mechanism, and domestic prices for oil should reflect representative world prices.]

PM *Trudeau* weist auf die Schwierigkeiten hin, die Kanada haben würde, wenn es diesen Text akzeptierte. Im Vordergrund stünden dabei verfassungsrechtliche und verfassungspolitische Gründe. Sie könnten sich keine Entwicklung erlauben, die zu einem Kuwait auf kanadischem Boden führe. Im übrigen entbehre die in der Klammer enthaltene Forderung der Logik: Gestern habe man die OPEC-Ölpreissteigerungen als ungerechtfertigt bezeichnet, weshalb es unlogisch sei, die Entwicklung der Binnenpreise an die der OPEC-Preise zu knüpfen. Er schlägt vor, entweder nur die erste Hälfte des Satzes beizubehalten oder in der zweiten Hälfte das Wort „reflect“ durch die Worte „take into account“ zu ersetzen.

Der *Bundeskanzler* zeigt Verständnis für die innenpolitischen Schwierigkeiten von PM *Trudeau*. Die von ihm vorgeschlagene Formulierung bleibe jedoch hinter dem zurück, was man in Bonn und Tokio vereinbart habe. Es müsse auf jeden Fall der Eindruck in der Öffentlichkeit vermieden werden, daß wir von der vereinbarten Politik abgingen. Er würde deshalb gerne noch etwas länger über den Vorschlag von PM *Trudeau* nachdenken.

Präsident *Giscard* und AM *Okita* können den zweiten Änderungsvorschlag von PM *Trudeau* akzeptieren. Dem schließen sich auch PM *Thatcher* und Präsident *Carter* an.

PM *Trudeau* weist darauf hin, daß Kanada in Bonn keine Verpflichtung eingegangen sei. In Tokio hätte er das Wort „reflect“ noch akzeptieren können. Inzwischen sei dies eine Frage von eminent politischer Bedeutung für die kanadische Bundesregierung geworden. Man sei sich indes über das Ziel einig.

Der *Bundeskanzler* bittet PM *Trudeau* um Verständnis dafür, daß ein ölarmes Land wie die Bundesrepublik Deutschland nicht über die Optionen verfüge, die ein ölfreiches Land wie Kanada habe, und deshalb eine andere Haltung vertreten müsse. Auch Präsident *Giscard* betont, daß die Schlußerklärung von Tokio²⁸ hinsichtlich der anzustrebenden Ölpreispolitik sehr viel präziser gewesen sei. Es wäre deshalb nachteilig, wenn wir jetzt einen Rückzieher machten. Er fragt, ob die erste Hälfte des Satzes beibehalten werden solle; er könne die dahinter stehende Theorie der Marktkräfte nicht akzeptieren. OPEC, nicht die Marktkräfte, lege die Preishöhe fest. Der Bundeskanzler unterstreicht, daß es sich bei OPEC um ein Kartell handele, das seine Macht ausnütze.

MP *Cossiga* schlägt vor, den gesamten Klammerinhalt in das Kommuniqué mit der Maßgabe aufzunehmen, daß lediglich an die Stelle von „reflect“ die Wörter „take into account“ treten. Dem wird nicht widersprochen.

Präsident *Carter* und Präsident *Giscard* erkundigen sich nach den Chancen, daß Japan und Kanada den in Tokio übernommenen Verpflichtungen nachkommen. AM *Okita* weist darauf hin, daß Japan 1979 ein Wachstum von 6% erzielt

²⁸ Für den Wortlaut der Erklärung der am Weltwirtschaftsgipfel am 28./29. Juni 1979 in Tokio teilnehmenden Staats- und Regierungschefs vgl. BULLETIN 1979, S. 816–818.

habe; auch 1980 werde mit einem starken Wachstum gerechnet. Japan sei bemüht, die Kohleimporten kräftig zu steigern. Das Ziel für 1979 sei erreicht worden. Die Regierung sei zuversichtlich, daß dies auch 1980 der Fall sein werde. PM Trudeau drückt die Erwartung aus, daß Kanada das Ziel erreichen werde; Kanada sei Nettoimporteur (bei Einfuhren von 0,6 MBD und Ausfuhren von 0,45 MBD). Wegen der Rezession in den US seien die Ausfuhren leicht rückläufig. Deshalb könne sich für 1980 eine geringfügige Überschreitung des Nettoimportzieles von 0,15 MBD ergeben.

MP *Cossiga* ruft sodann die Tz.²⁹ 16 auf:

[A high level group of our representatives will review progress made in these fields by each of us.]

[We have charged our Personal Representatives to make arrangements for reviewing progress made in these fields by each of us.]

Es kommt zu einer längeren Aussprache. *US*, *Frankreich* und *Japan* sprechen sich für die erste Variante aus. Der *Bundeskanzler* erklärt sich mit beiden Formulierungen unzufrieden; er sehe keinen Bedarf für eine neue zwischenstaatliche Bürokratie; IEA, EG und OECD seien in der Lage, das mit dieser Tz. angestrebte Ziel zu realisieren. Nach weiteren Interventionen schlägt er vor, die Formulierung von Tokio zu wiederholen. Präsident *Giscard* verlangt Streichung des Hinweises auf die OECD. Dem können schließlich alle zustimmen, so daß die Tz. 16 wie folgt verabschiedet wird:

A high level group of representatives of our countries and of the EEC Commission will review periodically the results achieved in these fields.

Präsident *Giscard* vermißt im Energieteil eine klare Absage an Ölkäufe zu überzogenen Preisen. Präsident *Carter* weitet das Thema aus: Auch beim Erdgas sei äußerste Wachsamkeit geboten; er hoffe, daß Italien und andere dem amerikanisch/französischen Beispiel folgten und überzogene algerische Preisvorstellungen zurückwiesen.

Der *Bundeskanzler* erinnert daran, daß auch Niederländer und Briten solche Vorstellungen haben. Er fragt Präsident *Carter*, ob er die Schaffung eines Verbraucherkartells anstrebe.

BM *Graf Lambsdorff* weist darauf hin, daß die Gasförder-Länder bisher mit einer Anbindung an den Heizölpreis zufrieden gewesen seien. Norweger und Algerier hätten jetzt weitergehende Vorstellungen. Es sei uns bisher gelungen, die Rohölpreis-Äquivalenz zu verhindern. Es sei aber nicht sicher, ob uns dies auch in Zukunft gelinge. Die Ölpreisfrage sei in IEA und EG erörtert worden. Enge, tägliche Kontakte seien der beste Weg, um auch in Zukunft zu vermeiden, daß wir von OPEC ausgenommen werden. Bisher sei man damit relativ erfolgreich gewesen; Iran habe jedenfalls seine überzogenen Preisvorstellungen nicht durchsetzen können.

Auch Präsident *Giscard* hält eine enge Koordination unter den Energieministern für sehr wichtig. Frankreich strebe kein Käuferkartell an. Frankreich wolle überhöhte Preise durch Verträge verhindern.

²⁹ Textziffer.

Der *Bundeskanzler*: Er wolle nicht mißverstanden werden. Er sei nicht gegen ein Kartell der Verbraucher. Aber es sei nicht zu leugnen, daß die OPEC nicht mit einer Stimme spreche. Diese Entwicklung werde auf den Gasmarkt übergreifen. Die Gasförderländer würden sich über kurz oder lang wie Ehrenmitglieder der OPEC benehmen. Ein Anstieg der Gaspreise sei auf längere Sicht ebenso unabwendbar wie der Kohlepreise, weil auch die Kohleländer auf windfall profits³⁰ aus seien. Und gegen Ende der achtziger Jahre würden sich auch die Uranförderländer so verhalten. Es gebe ein Kontinuum der Energiemärkte. Wer die von ihm geschilderte Entwicklung nicht wolle, müsse Energie sparen. Dies sei nur möglich, wenn man den Energiepreis an den Knappheitsbedingungen orientiere. Auf Frage von Präsident Carter: Für ein Verbraucherkartell sei es wahrscheinlich schon zu spät. Er würde aber mitmachen.

M. *Giraud* vertritt die Meinung, daß Gas- und Kohleproduzenten in einer anderen Lage als die Ölförderländer seien. Erdgas befinde sich im Wettbewerb mit HS³¹, Kohle und Kernenergie. Die Kohleförderung sei arbeitsintensiv und könne deshalb nicht kurzfristig gedrosselt werden. M. *Howell* gibt zu erwägen, ob nicht ein Mehr an Koordination bei der Öleinkaufspolitik wünschenswert sei. Beim Erdgas habe man gemeinsame Interessen; auch hier müsse man in Kontakt bleiben. MP *Cossiga* verweist darauf, daß auch Italien dem algerischen Druck widerstanden habe. Die Abstimmung unter den Sieben müsse fortgesetzt werden.

Er ruft die streitige Passage in Tz. 19 auf:

The industrialised countries cannot carry this responsibility on their own: it must be shared with [the oil-exporting countries and the Communist countries] / [all countries which have the means to share it, especially the oil-exporting countries].

Es entwickelt sich eine Grundsatzdiskussion über die Entwicklungshilfe.

PM *Thatcher* spricht sich sofort für die britische (d. h. zweite) Variante aus. Sie bietet an, diese um den folgenden Nachsatz zu ergänzen: „We note the inadequate contribution of Communist countries to development.“

Der *Bundeskanzler* erinnert PM *Thatcher* daran, daß die früheren Schlußklärungen in einer deutlichen Sprache abgefaßt waren. Ihre Sorge, daß die kommunistischen Länder der Aufforderung des Gipfels Folge leisten würden, sei grundlos. Es gehe vielmehr darum, den Entwicklungsländern klarzumachen, daß die SU ihren Verpflichtungen nicht nachkomme. Also müsse man deutlich werden. Dies sei auch im Hinblick auf die bevorstehende Sondersitzung der Generalversammlung³² vonnöten.

PM *Cossiga* macht auf das folgende Dilemma aufmerksam: Einerseits wollen wir die kommunistischen Länder auf die Anklagebank setzen, andererseits haben

³⁰ Windfall Profits sind Gewinne, die ein Unternehmen bei gleichbleibenden Kosten in der Folge einer allgemeinen Änderung der Marktlage erzielt, beispielsweise durch einen Preisanstieg aufgrund politischer und konjunktureller Entwicklungen.

³¹ Heizöl, schweres.

³² Zur VN-Sondergeneralversammlung für Entwicklungsfragen vom 25. August bis 15. September 1980 in New York vgl. Dok. 273.

wir Furcht vor ihrer Konkurrenz. Er möchte keinen Text verabschieden, der gegen die Sieben gewendet werden könnte.

Präsident *Giscard* unterstreicht, daß die Last der Entwicklungshilfe bisher sehr ungleich verteilt ist. Man dürfe OPEC und die kommunistischen Industrieländer ebensowenig wie die übrigen westlichen Industrieländer aus³³ der Verantwortung entlassen. Er schlägt deshalb vor, den Text entsprechend zu ergänzen und außerdem hinter das vor der Klammer stehende Wort „shared“ „equitably“ einzufügen. Die Persönlichen Beauftragten sollten weiter über diese Fragen nachdenken und für den nächsten Gipfel³⁴ eine operationelle Position erarbeiten.

Nach einem Wortwechsel zwischen PM *Thatcher* und MP *Cossiga* über den Unterschied zwischen „kommunistische Länder“ und COMECON erklärt sich PM *Trudeau* mit dem französischen Änderungsvorschlag einverstanden. Natürlich sollten auch wir versuchen, Einfluß zu nehmen, wenn wir Entwicklungshilfe gewähren. Aber im Augenblick gehe es darum, den Osten in die Verantwortung einzubeziehen und ihm klarzumachen, daß er sich beteiligen muß.

PM *Thatcher* meldet fundamentalen Dissens an („I disagree fundamentally“).

Der Bundeskanzler unterstützt Präsident *Giscard*. Es sei höchste Zeit, daß der Westen sich darüber einig werde, was in der Dritten Welt auf dem Spiele steht. Die Sieben müßten das Nord-Süd-Problem sorgfältig prüfen. Das müsse das zentrale Thema des nächsten Gipfels werden. Der Westen brauche eine gemeinsame Philosophie in dieser Frage. Im Kern laute die Frage, welche Rolle wir langfristig gegenüber dem Süden einnehmen wollen.

Präsident *Carter* spricht sich dafür aus, die französische Fassung zu akzeptieren. Er schlägt vor, diese wie folgt zu ergänzen: „Our Personal Representatives are to review current aid principles and procedures and to report back to the next Summit.“

AM *Okita* schließt sich an. Es sei höchste Zeit, daß man die ökonomischen Nord-Süd-Aspekte mit politischen verbinde. Präsident *Giscard* warnt davor, diese Erörterungen „in die Maschine“ geraten zu lassen. Der Bundeskanzler spricht sich dafür aus, diese Aussage in eine neue Tz. aufzunehmen.

PM *Trudeau* fragt, ob es gut sei, diese Aussage auf die Entwicklungshilfe im engeren Sinne zu beschränken. Der Bundeskanzler stimmt PM *Trudeau* zu. Die Probleme der Dritten Welt ließen sich nicht allein durch Entwicklungshilfe lösen. Er verweist auf Lomé³⁵. Lomé gehe über Entwicklungshilfe im engeren Sinne hinaus. Das sei beinahe ein Stück NIEO³⁶. Die Öffnung unserer Märkte für Produkte der Dritten Welt habe ebenfalls eine große Rolle zu spielen. Die

³³ Korrigiert aus: „westlichen Industrieländer nicht aus“.

³⁴ Der Weltwirtschaftsgipfel fand am 20./21. Juli 1981 in Ottawa/Montebello statt. Vgl. dazu die Runderrasse Nr. 85 bzw. Nr. 86/87 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler vom 24. bzw. 27. Juli 1981; AAPD 1981.

³⁵ Für den Wortlaut des AKP-EWG-Abkommens von Lomé vom 28. Februar 1975 sowie der Zusatzprotokolle und der am 11. Juli 1975 in Brüssel unterzeichneten internen Abkommen über Maßnahmen zur Durchführung des Abkommens und über die Finanzierung und Verwaltung der Hilfe der Gemeinschaft vgl. BUNDESGESETZBLATT 1975, Teil II, S. 2318–2417.

Für den Wortlaut des AKP-EWG-Abkommens von Lomé vom 31. Oktober 1979 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1980, II, S. 966–1002.

³⁶ New International Economic Order.

Entwicklungsländer würden es als eine Herausforderung empfinden, wenn wir das Gespräch auf entwicklungspolitische Fragen i.e.S. beschränkten. Unabhängig davon sei klar, daß wir im Westen über die Stoßrichtung unserer Entwicklungshilfe au fond nachdenken müßten.

Präsident *Giscard* räumt ein, daß der Begriff „Entwicklungshilfe“ zu kurz sei. Er schlägt vor, von „aid and different contributions to development“ zu sprechen.

PM *Thatcher* präferiert: „The Personal Representatives are instructed to review the principles and procedures that should govern our relationship with the developing countries, including aid and trade, and to report back...“

Es gibt einen längeren Wortwechsel zwischen dem Bundeskanzler und PM *Thatcher*, in dessen Verlauf der *Bundeskanzler* darauf hinweist, daß die Sieben in ihrer Entwicklungshilfepolitik nicht davon ausgehen können, alle EL unterstützten unsere politischen Ziele. Die Afghanistan-Krise zeige deutlich, wie sehr es in unserem Interesse sei, wirklich blockfreie Länder zu haben. Er lobt Frau *Thatcher* für die Rolle, die ihr Land bei der Beilegung des Rhodesien-Konflikts³⁷ gespielt habe. Er glaube nicht an Almosen, aber an unser Interesse.

Nach längerem Hin und Her wird folgender Text vereinbart, der als separate Tz. 26 am Ende des Nord-Süd-Teils erscheinen soll:

The democratic industrialised countries cannot alone carry the responsibility of aid and other different contributions to developing countries: it must be equitably shared by the oil exporting countries and the industrialised Communist countries. The Personal Representatives are instructed to review aid policies and procedures and other contributions to developing countries and to report back their conclusions to the next Summit.

PM *Cossiga* ruft sodann die Tz. 25 auf:

We welcome the report of the Brandt Commission. We shall carefully consider its recommendations. [We believe a Summit, attended by Heads of State and Government of developed and developing countries, as suggested in that report, could be useful under appropriate circumstances and at a suitable time].

Nach kurzer Diskussion wird der Inhalt der Klammer gestrichen. Präsident *Carter* erklärt, daß er persönlich gegen einen solchen Gipfel sei. Er wisse, daß Mexiko und Österreich einen solchen Gipfel unterstützen. Der Westen würde natürlich dafür schuldig gemacht, wenn ein solcher Gipfel fehlschläge. Er sei für Streichung des Klammersatzes.

Nach Präsident *Giscard* brauchen die Sieben derzeit keine Entscheidung zu treffen und sich damit zu verpflichten. Er stimmt deshalb *Carter* zu.

Der *Bundeskanzler* erklärt, daß er einem solchen Treffen, wenn es von einem Dritten einberufen wird, beiwohnen wird.

PM *Trudeau* erklärt, daß auch er an einem solchen Treffen teilnehmen werde.

Präsident *Carter* stellt klar, daß auch er teilnehmen wird.

AM *Okita* teilt die Auffassung, daß die eckige Klammer gestrichen werden müsse. Ein solcher Gipfel könne jedoch schon nächstes Jahr bitter notwendig werden. Wenn Japan eingeladen werde, so würde es auch daran teilnehmen.

³⁷ Simbabwe wurde am 18. April 1980 formal in die Unabhängigkeit entlassen.
Zur Vermittlerrolle Großbritanniens vgl. Dok. 19, Anm. 39.

MP *Cossiga* stellt fest, daß es keinen Widerspruch gegen die Streichung der eckigen Klammer in Tz. 25 gibt.

Er ruft die letzte streitige Textziffer (32) auf. Japan, Frankreich und Italien äußern Bedenken gegen eine Übereinkunft zum Verbot unerlaubter Zahlungen außerhalb der Vereinten Nationen.

Der *Bundeskanzler* erklärt im Verlauf der Debatte, daß es sich für die Bundesrepublik hierbei nicht um eine Frage nationalen Interesses handelt, und stimmt Carters Vorschlag zu, den Klammersatz anzunehmen. Das wird dann einvernehmlich beschlossen.

MP *Cossiga* beruft die Pressekonferenz für 15.30 Uhr ein. Präsident *Giscard* weist darauf hin, daß bis dahin eine französische Übersetzung der Schlußerklärung³⁸ vorliegen müsse.

Der *Bundeskanzler* macht MP *Cossiga* darauf aufmerksam, daß er aus praktischen Gründen darauf verzichtet habe, sich seiner Muttersprache als Konferenzsprache zu bedienen; vorsichtshalber weise er darauf hin, daß Englisch nicht die alleinige Konferenzsprache sei. MP *Cossiga* bestätigt, daß die Pressekonferenz um 15.30 Uhr beginnt.

VS-Bd. 14089 (010)

185

Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Staden, Bundeskanzleramt

24. Juni 1980¹

Betr.: 6. Wirtschaftsgipfel in Venedig;

hier: Politische Aussprache der Staats- und Regierungschefs am
22.6.1980 nachmittags

Präsident *Cossiga* eröffnete mit der Feststellung, daß man während des Essens übereingekommen sei, daß er die Presse nach dieser Sitzung über die politischen Erklärungen unterrichten und daß er diese bekanntgeben werde. Durch

³⁸ Für den Wortlaut der Erklärung der am Weltwirtschaftsgipfel am 22./23. Juni 1980 in Venedig teilnehmenden Staats- und Regierungschefs vgl. BULLETIN 1980, S. 629–633.

¹ Ablichtung.

Die Aufzeichnung wurde Ministerialdirektor von Staden, Bundeskanzleramt, am 24. Juni 1980 konzipiert und über Staatssekretär Schüler, Bundeskanzleramt, an Bundeskanzler Schmidt weitergeleitet. Dazu vermerkte er: „Der Vermerk von MD Blech liegt noch nicht vor, da Herr Blech im Anschluß an die Tagung in Venedig zur Tagung des NATO-Rats nach Ankara gefahren ist. Er wird Ihnen zur Zustimmung nachgereicht. BM Genscher und BM Apel erhalten vorbehaltlich Ihrer Genehmigung Doppel dieses Vermerks.“ Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 54; B 150, Aktenkopien 1980.

eine Verschiebung auf den 23.6. würden die politischen Erklärungen an Bedeutung verlieren. Er werde vier abgestimmte Erklärungen abgeben zu

- Afghanistan,
- der Flüchtlingsfrage,
- der Frage der Flugzeugentführungen,
- der Frage diplomatischer Geiselnahme².

Der Präsident rief anschließend die drei zuletzt genannten Erklärungen auf, über deren Wortlaut sich die Staats- und Regierungschefs nach kurzer Aussprache mit geringfügigen Änderungen der vorliegenden Entwürfe einigten.

Präsident Carter teilte mit, welche sowjetischen Einheiten nach amerikanischen Erkenntnisse aus Afghanistan zurückgezogen würden. Es handele sich um etwas weniger als eine Division und dabei um Einheiten, die bisher nicht im Kampf eingesetzt worden und möglicherweise als überflüssig angesehen seien. Immerhin handele es sich um eine nicht unbedeutende Anzahl. Die Kampfkraft der Sowjets werde durch diesen Abzug allerdings nicht beeinträchtigt.³

In der anschließenden Aussprache über die Bewertung des Vorgangs stimmte Präsident Giscard d'Estaing dem amerikanischen Präsidenten darin bei, daß es sich um eine nicht unbedeutende Bewegung handele. Die Invasion Afghanistans sei eine Niederlage des Westens gewesen. Daher könne man einen sowjetischen Teilrückzug jetzt nicht negativ bewerten. Wir sollten ihn dahingehend kommentieren, daß er demonstriere, daß militärische Operationen nicht das Mittel seien, die Probleme Afghanistans zu lösen. Mit der gebotenen Vorsicht sollten wir die Meinung vertreten, daß sich die Sowjets zu diesem Rückzug entschlossen hätten, weil sie sich genötigt fühlten, ihn zu vollziehen.

Sie⁴ stimmten dem französischen Präsidenten bei. Wir sollten den Rückzug nicht als negativ für den Westen darstellen, sondern als einen Schritt in die richtige Richtung. Wir sollten dabei jedoch darauf achten, diesen Vorgang nicht zu lebhaft willkommen zu heißen, und dies aus mehreren Gründen:

² Für den Wortlaut der Erklärungen vom 22. Juni 1980 der am Weltwirtschaftsgipfel in Venedig teilnehmenden Staats- und Regierungschefs zu politischen Themen, zur Flüchtlingsfrage, zur Luftsicherheit und zur Frage der Geiselnahme diplomatischen Personals vgl. BULLETIN 1980, S. 633 f.

³ Botschafter Wieck berichtete am 22. Juni 1980, die sowjetische Nachrichtenagentur TASS und die sowjetische Tageszeitung „Prawda“ hätten am Vortag gemeldet, daß einige sowjetische Einheiten aus Afghanistan zurückgezogen würden. Wieck äußerte dazu: „Am auffälligsten ist der Zeitpunkt der Ankündigung: Knapp vor Beginn des Weltwirtschaftsgipfels, kurz vor dem Besuch von BK und BM in Moskau, zu einem Zeitpunkt, zu dem negative Olympia-Entscheidungen möglicherweise noch revidiert werden können. Ebenso besteht ein zeitlicher Zusammenhang mit dem Anlaufen der Bemühungen des von der Islamischen Konferenz eingesetzten Dreierkomitees. [...] Der Zeitpunkt legt daher die Schlußfolgerung nahe, daß es sich um ein gezieltes taktisches Manöver der Sowjets handelt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2765; Referat 213, Bd. 133204.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Höynck, Bundeskanzleramt, hielt am 26. Juni 1980 die Bewertung des Bundesministeriums der Verteidigung vom 23. Juni 1980 fest: „Sowjetunion zieht Gerät und Personal, das nicht benötigt wird und/oder ungeeignet ist, ab (z. B. Nachrichtenbataillon und Divisionsstäbe der Truppen, schweres Gerät der Divisionstruppen aller Divisionen). Gleichzeitig wird durch den seit längerem anhaltenden personellen Wechsel bei in Afghanistan eingesetzten sowjetischen Truppen zurückzuführendes Personal durch geeigneteres ersetzt. Kampfkraft der sowjetischen Truppen wird deshalb durch Teilabzug nicht geschwächt, sondern den Verhältnissen im Lande angepaßt. Möglicherweise tritt dadurch eine Stärkung der Kampfkraft ein.“ Vgl. Referat 213, Bd. 133135.

⁴ Helmut Schmidt.

- Die Sowjetunion habe schon vor einer ganzen Weile vor dem Dilemma gestanden, ob sie versuchen solle, den afghanischen Widerstand unter Einsatz wesentlich größerer militärischer Kräfte als bisher zu brechen oder ob sie sich zu einem Rückzug entschließen solle;
- die jetzige Aktion gebe wegen ihres Zeitpunkts noch keinen Aufschluß darüber, wie Moskau sich entscheide. Der Zeitpunkt werde im Zusammenhang mit dem Gipfeltreffen gesehen, in Wahrheit aber dürfte es Moskau um die Olympischen Spiele gehen. In der Bundesrepublik Deutschland habe die sowjetische Ankündigung bereits zu einem Wiederaufleben der Diskussion um die Teilnahme an den Olympischen Spielen geführt.

Sie zogen den Schluß, daß man den Rückzug nur insoweit als einen Schritt in die richtige Richtung werten könne, als er künftig weiterginge und nicht wieder umgekehrt werde. Auch sollte man eine solche Erklärung mit einem Wort zu den Olympischen Spielen verbinden und zum Ausdruck bringen, daß wir zu dem Rat stünden, den wir unseren Athleten gegeben hätten.

An Ihre Ausführungen schloß sich eine Debatte über einzelne Formulierungen der Afghanistan-Erklärung an, in deren Verlauf Präsident Giscard d'Estaing sich dagegen wehrte, von einem Kampf des afghanischen Volkes um „nationale Befreiung“ zu sprechen. Ein Zustand, in dem man von einem Befreiungskampf sprechen könne, sei noch nicht erreicht, da der afghanische Staat weiterbestehe und die Situation sich deshalb nicht mit der vergleichen ließe, in der sich etwa afrikanische Befreiungsbewegungen befunden hätten. Man solle von „nationaler Unabhängigkeit“ sprechen. Dies wurde akzeptiert.

In der weiteren Frage, wie die Bewertung des sowjetischen Rückzugs in der Erklärung zum Ausdruck zu bringen sei, begegneten sich der positivere Standpunkt des französischen Staatspräsidenten und der negativere des kanadischen Ministerpräsidenten⁵ in einer Kompromißformel des amerikanischen Präsidenten, der sich weitgehend an Ihren vorstehenden Ausführungen orientierte.

Für die Frage der Teilnahme an den Olympischen Spielen präsentierte PM Thatcher einen Formulierungsvorschlag, der sich wiederum an Ihren Gedankengängen orientierte und mit einigen Änderungen angenommen wurde.

Staden

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 54

⁵ Pierre Elliot Trudeau.

186

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Müller**610-2-447.00-148/80 VS-vertraulich****24. Juni 1980¹**Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³Betr.: Ausbildungshilfe der DDR an Angehörige aus Ländern der Dritten Welt⁴Bezug: Weisung des Herrn Bundesministers auf dem Schreiben des Präsidenten des BND⁵ vom 24. April 1980 – 010-1169/80 VS-v

Zu der Aufzeichnung des BND über die Ausbildungshilfe, die von der DDR an Angehörige aus Ländern der Dritten Welt gewährt wird, nehme ich wie folgt Stellung:

1) Die Studie bestätigt unsere Erkenntnisse von den sektoralen und regionalen Schwerpunkten der DDR-Ausbildungshilfe in der Dritten Welt:

- sektoral in den politiknahen Bereichen (Partei- und Kaderschulung, Gewerkschaften, Presse) und bei der Ausbildung des Militärs, der Polizei sowie des Sicherheitsdienstes;
- regional vor allem im südlichen Afrika (Mosambik, Angola, Befreiungsorganisationen – allein für die SWAPO werden z.Zt. 180 Verwaltungsfachkräfte ausgebildet) und in politisch anfälligen Ländern wie dem Südjemen.

2) Die DDR kann leicht Schwerpunkte bilden und auch schnell verlagern, weil ihre Entwicklungshilfe, auch wo sie sich den Mantel auswärtiger Kulturpolitik umhängt, ausschließlich politischen Erwägungen folgt und politische Entscheidungen ausführt. Die DDR beeinflusst und indoktriniert. Während unser Angebot zur Zusammenarbeit auf Partnerschaft und auf eigenständige Entwicklung ausgerichtet ist und den Pluralismus unserer politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Wirklichkeit widerspiegelt, zielt das Engagement der DDR auf Einflußnahme und Veränderung, d. h. auf eine sozialistische Entwicklung nach ihren Vorstellungen und auf eine Anbindung der Staaten bzw. Organisationen, die sich ihrer Hilfe bedienen.

3) Entwicklungs-, insbesondere Ausbildungs- und Bildungshilfe der DDR ist sehr personalintensiv. Das schafft günstigere Ansatzpunkte für die Beeinflussung der Partner vor Ort, zumal die DDR-Ausbilder, -Helfer und -Experten (z.B. FDJ-Brigaden) auch „außerdienstlich“ im Einsatz sind und sich der Kontakt-

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Zimmermann konzipiert. Hat Staatssekretär Lautenschlager am 8. Juli 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Er-[edigt] durch R[ück]spr[ache] beim Minister. 2) D 6 n[ach] R[ückkehr].“ Hat Ministerialdirektor Müller am 15. August 1980 erneut vorgelegen.

² Hat Staatssekretär van Well am 8. Juli 1980 vorgelegen.

³ Hat Bundesminister Genscher am 6. Juli 1980 vorgelegen, der Staatssekretär van Well um Rücksprache bat.

⁴ Zur militärischen Präsenz der DDR in Afrika vgl. Dok. 51.

⁵ Klaus Kinkel.

und Nachkontaktpflege in einem höheren Maße annehmen, als unsere Helfer und Experten dies generell zu tun bereit sind.

4) Unser Engagement in den Bereichen Ausbildung, Bildung, Förderung von Führungskräften bis hin zur Zusammenarbeit im Hochschul- und Wissenschaftsbereich braucht jedoch einen Vergleich mit dem der DDR nicht zu scheuen. Das anliegende Tableau mit den Ausgaben 1978 (AA und BMZ nur bildungs- und ausbildungsrelevante Ausgaben)⁶ macht dies deutlich.

Allein der DAAD gewährte 1978/79 937 Stipendien an Postgraduates aus Entwicklungsländern zum Studium an wissenschaftlichen Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland (60 % seines gesamten Stipendienangebots). Darüber hinaus fördern die Carl Duisberg Gesellschaft, die Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung, die politischen Stiftungen und die Kirchen sur place und in Deutschland im Hochschulbereich, vor allem aber in den Bereichen „berufliche Aus- und Weiterbildung“ und „Führungskräfte aus Entwicklungsländern“ Stipendiaten aus der Dritten Welt (allein CDG pro Jahr zwischen 4000 und 5000 in Deutschland).

5) Schwerpunktländer unseres Engagements (Bereiche Bildung, Ausbildung und Wissenschaft) in Afrika sind:

- Nigeria (AA),
- Tansania (BMZ),
- Ghana (AA und BMZ),
- Kenia (AA und BMZ),
- Zaire (BMZ),
- Kamerun (BMZ).

6) Darüber hinaus zielt unser Engagement in Afrika auf eine verstärkte Zusammenarbeit mit Madagaskar und den Konfliktrandstaaten im südlichen Afrika⁷, insbesondere auch mit Simbabwe. Ein Sonderprogramm für Nichtweiße in der Republik Südafrika (Oberschul- und Hochschulstipendien sur place, anschließend Postgraduate-Stipendien in Deutschland, daneben Berufsausbildungsprogramme), das in Vorbereitung ist, soll u. a. ein Gegengewicht gegen kommunistische Einflüsse schaffen und zielt schon heute auf die „Partner von morgen“.

7) Wir sollten wie bisher in der Ausbildungshilfe – und der Entwicklungshilfe ganz allgemein – nicht in einen Wettlauf mit der DDR zu treten versuchen und statt dessen auf die mittel- und langfristige Überlegenheit unseres nicht an politische Bedingungen geknüpften Hilfsangebots vertrauen. Das schließt allerdings nicht aus, daß wir der DDR-Ausbildungshilfe dort einiges abschauen, wo wir, ohne unsere freiheitlichen Überzeugungen und unsere pluralistische Wirklichkeit zu verleugnen, ähnliches tun können. Wir sollten:

⁶ Dem Vorgang beigelegt. Referat 610 vermerkte die Ausgaben des Auswärtigen Amts und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit für das Jahr 1978, die zusammen für Afrika südlich der Sahara 52,957 Mio. DM, weltweit 219,185 Mio. DM betrugen. Vgl. dazu VS-Bd. 12451 (610); B 150, Aktenkopien 1980.

⁷ Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia, Simbabwe und Tansania.

- sektoral die sicherheits- und politiknahen Bereiche unserer Ausbildungshilfe, die es bereits gibt, zu verstärken suchen. Dazu gehören Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe (BMVg), Ausbildung von Gewerkschaftlern und Parteifunktionären (politische Stiftungen), allgemein die besondere Berücksichtigung von Kandidaten, die in politisch wichtige Stellungen einrücken könnten, Journalistenfortbildung;
- regional uns noch mehr als bisher um Länder kümmern, die im Umbruch sind oder bald sein werden (Namibia), und um Organisationen, die in einem solchen Umbruch eine Rolle spielen. Unser geplantes Sonderprogramm für das südliche Afrika ist hierfür ein Beispiel;
- generell uns vermehrt um eine stärkere Nachbetreuung von uns Ausgebildeter kümmern, an der sich alle Deutschen, die sich im amtlichen Auftrag im Ausland befinden, nicht nur Botschaften und Kulturinstitute, beteiligen sollten.

8) Die Koordinierung

- zwischen den Ressorts, insbesondere zwischen AA und BMZ,
- mit den wichtigsten Geberländern (EG-Länder, USA, die sich neuerdings vor allem in Afrika auf diesem Gebiet stark engagieren wollen)

könnte verbessert werden.

Für die Abstimmung zwischen den Ressorts kommt dafür der IMAA⁸ in Frage. Für die Zusammenarbeit mit den EG-Ländern wird vorgeschlagen, das Thema in die EPZ einzubringen. Mit den USA sollte ebenfalls das Gespräch gesucht werden (zunächst Botschaft Washington mit dem State Department).

Abt. 3, Abt. 4, Abt. 2 haben mitgezeichnet.⁹

Müller

VS-Bd. 12451 (610)

⁸ An dieser Stelle ergänzte Vortragender Legationsrat Zimmermann handschriftlich: „= Interministerieller Abt[eilungs]Leiter-Ausschuß für Ausw[ärtige] Kulturpolitik“.

⁹ Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat Müller handschriftlich eingefügt.

Ministerialdirektor Müller vermerkte am 19. August 1980, Bundesminister Genscher wünsche, daß die „Vorschläge für eine gezielte Erweiterung unserer Ausbildungshilfe an Angehörige aus Ländern der Dritten Welt aufgegriffen werden. Als Zielgruppe kommen insbesondere Angehörige der öffentlichen Dienste, Journalisten, Gewerkschaftler, Parteifunktionäre und Angehörige der Sicherheitsdienste (Armee und Polizei) in Frage. Das Instrumentarium und die Mittel aus dem Kulturhaushalt sind hierfür nur sehr begrenzt einzusetzen. Schwergewichtig käme ein verstärktes Engagement des BMZ, des BMVg und des BMI in Betracht.“ Vgl. VS-Bd. 12451 (610); B 150, Aktenkopien 1980.

Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Staden, Bundeskanzleramt

25. Juni 1980¹

Nur verschlossen

Betr.: Ihr Gespräch am 24. Juni, 17.10 bis 19.00 Uhr, im Beisein von Herrn Bahr und Herrn von Staden

Sie² erkundigten sich nach dem Befinden von Breschnew.

L.³ erwidert, es gehe Breschnew so gut wie lange nicht. Auf Ihre Frage sagt L., es treffe so nicht zu, daß Gromyko den Ton angebe. Wohl aber bekümmere sich Breschnew nicht um Kleinigkeiten, sondern um die großen Fragen. Er arbeite von 9 bis 13 Uhr und von 16 bis 19 Uhr. Vom Gegenessen bei Ihrem Besuch⁴ wolle die sowjetische Seite nicht wegen der Gesundheit Breschnews, sondern aus Mangel an Zeit absehen.

Sie bitten, Breschnew danken zu lassen, daß er L. geschickt habe. Sie freuten sich, Breschnew wiederzusehen.⁵ Es sei jetzt wichtig, das Gefühl zu haben, im Kontakt zu sein. Das gelte für Sie insbesondere in bezug auf Breschnew. Die Stimmung im westlichen Lager, und nicht nur im westlichen Lager, sei wegen Afghanistan ernst und besorgt. Giscard und in seinem Auftrag François-Poncet hätten Ihnen eingehend über die Begegnung in Warschau berichtet.⁶ Man solle

¹ Ablichtung.

Die Aufzeichnung wurde von Ministerialdirektor von Staden, Bundeskanzleramt, am 25. Juni 1980 über Staatssekretär Schüler, Bundeskanzleramt, an Bundeskanzler Schmidt weitergeleitet. Dazu vermerkte Staden: „Nach Ihrer Genehmigung schlage ich vor, Herrn Bahr Doppel zu geben.“

Hat Schüler am 25. Juni 1980 vorgelegen.

Hat Verwaltungsangestelltem Bruns, Bundeskanzleramt, am 25. Juni 1980 vorgelegen.

Hat Schmidt am 26. Juni 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Nicht nötig! 2) Kl[ei]ne Änderungen beachten. 3) Kopie in meine Moskau-Mappe! 4) 1 Kopie p[ri]va[t] (S[ammlun]g – P[an]z[e]r).“ Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 54; B 150, Aktenkopien 1980. Vgl. Anm. 21, 22, 25, 26, und 29.

² Helmut Schmidt.

³ Walerij W. Lednew.

Ministerialdirektor Fleischhauer vermerkte am 4. Januar 1980, Ministerialdirektor von Staden, Bundeskanzleramt, habe um die Erneuerung des Jahresvisums des sowjetischen Journalisten Lednew gebeten. Er habe Staden entgegnet, daß sich das Auswärtige Amt dem nicht widersetzen werde: „Gleichwohl bestehe hier seit Jahren gegenüber der Erteilung der Jahresvisen an Herrn Lednew eine gewisse – wie ich mich ausdrückte – uneasiness. Dies beruhe zum einen darauf, daß das Auswärtige Amt über die Reisezwecke des Herrn Lednew nicht unterrichtet ist, zum anderen aber auch darauf, daß Herr Lednew an sich nicht unter den Personenkreis falle, der im deutsch-sowjetischen Verhältnis Jahresvisen erhält.“ Das Bundeskanzleramt müsse zunächst die Zustimmung des Bundesministeriums des Innern einholen, bevor Bundesminister Genscher der Botschaft in Moskau Weisung erteilen könne. Vgl. VS-Bd. 10782 (510); B 150, Aktenkopien 1980.

⁴ Zum Besuch des Bundeskanzlers Schmidt und des Bundesministers Genscher am 30. Juni und 1. Juli 1980 in der UdSSR vgl. Dok. 192–195.

⁵ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, hielt sich vom 4. bis 7. Mai 1978 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 135, Dok. 136, Dok. 142 und Dok. 143.

⁶ Staatspräsident Giscard d'Estaing führte am 19. Mai 1980 mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, und dem Ersten Sekretär des ZK der PVAP, Gieriek, ein Gespräch in Warschau. Vgl. dazu Dok. 154 und Dok. 159.

davon ausgehen, daß Sie sich in bezug auf Afghanistan ebenso bestimmt äußern würden wie Giscard. Sie könnten dies nicht für eine Frage halten, die man in fünf Minuten abhaken könne. Es handele sich hier um etwas, was ausführlich zu bereden sei.

Auch das zweite Thema, TNF, löse, so fuhren Sie fort, Besorgnis im Westen aus. Der dritte Bereich der Gespräche umfasse dann wirtschaftliche und sonstige Zusammenarbeit.

Wegen der beiden ersten Bereiche habe es im westlichen Lager erhebliche Auseinandersetzungen gegeben. In bezug auf Afghanistan mehr mit Giscard, weil er sich mit Breschnew getroffen habe. Ihnen gegenüber sei man mit der Kritik nicht offen, aber doch fühlbar hervorgetreten. Im Gesamtergebnis hätten Sie sich in dieser Auseinandersetzung aber fast voll durchgesetzt. Es gebe da nur einen Punkt, auf den Sie noch zurückkommen wollten. (Anscheinend handelt es sich hier um die amerikanische Ablehnung eines einseitigen sowjetischen Stationierungsstopps. Sie sind auf diese Ablehnung nicht mehr direkt zurückgekommen. Carter hat einen unbefristeten sowjetischen Stopp im Brief vom 12.6. auch nicht abgelehnt.⁷⁾

Sie würden nur für die Bundesrepublik Deutschland sprechen, aber auf der Grundlage konsultierter Positionen. Sie hätten vorgestern dem amerikanischen Präsidenten und den anderen Teilnehmern in Venedig⁸ die Grundzüge dessen dargelegt, was Sie in Moskau vertreten wollten:

1) Auch 1980 und für das mit diesem Jahr beginnende Jahrzehnt darf niemand Zweifel an unserer Bündnistreue gegenüber der NATO und der Europäischen Gemeinschaft und insbesondere auch zu Frankreich haben.

(L. unterbricht an dieser Stelle mit der Bemerkung, daß Gromyko dies StS van Well gegenüber auch anerkannt habe.⁹ Sie erwidern, daß Breschnew, Kossygin und Gromyko Ihnen bekannt seien, die anderen sowjetischen Führer aber nicht. Sie wollten deshalb auch mit ihnen sprechen. L. erwiderte, daß Zusammentreffen mit Suslow und Kirilenko vorbereitet würden, wenn Sie solche wünschten. Ustinow sei noch krank. Sie bekundeten Ihr Interesse, auch jüngere Mitglieder der sowjetischen Führung zu sehen. Man möchte das bitte nicht mißverstehen. Sie wollten durch diese Gespräche für Kontinuität sorgen.

Sie setzten dann fort:)

2) Wir werden am Grundsatz des militärischen Gleichgewichts festhalten. Das gelte für jede deutsche Regierung des beginnenden Jahrzehnts. Man dürfe aber damit rechnen, daß Sie weiter regieren würden.¹⁰ Wir werden weiterhin das Unsere dazu tun: Wir würden unseren militärischen Beitrag leisten, aber auch bestrebt bleiben, das Gleichgewicht durch Rüstungsbegrenzungen auf einer niedrigeren Ebene zu etablieren.

⁷ Zum Schreiben des Präsidenten Carter vom 12. Juni 1980 vgl. Dok. 170.

⁸ Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Carter am 21. Juni 1980 in Venedig vgl. Dok. 182.

Zum Weltwirtschaftsgipfel am 22./23. Juni 1980 in Venedig vgl. Dok. 184 und Dok. 185.

⁹ Vgl. dazu die Gespräche des Staatssekretärs van Well in der UdSSR am 11./12. Juni 1980; Dok. 171.

¹⁰ Die Wahlen zum Bundestag fanden am 5. Oktober 1980 statt.

3) TNF sei ein Unterfall des vorstehenden Prinzips. An Ihrer Auffassung darüber habe sich nichts geändert. Sie sei Breschnew und Gromyko bekannt.

4) Wie schon gesagt, würden Sie sich zu Afghanistan äußern.

5) Wir werden unsere Westverträge peinlich genau und präzise ausführen. Wir werden uns aber auch nicht daran hindern lassen, unsere Ostverträge¹¹ strikt einzuhalten sowie das Berlin-Abkommen¹² und die Schlußakte von Helsinki¹³. Dies erwarteten wir auch von unserem östlichen Partner. Sie hätten Ihre westlichen Partner darauf vorbereitet, daß sich an unserem Willen zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Osten nichts geändert habe. Wir arbeiteten mit der Sowjetunion aus wirtschaftlichen Gründen zusammen. Aber das Hauptmotiv sei ein politisches. Wegen des wirtschaftlichen Durchführungsabkommens¹⁴ werde es viel Kritik geben. Sie wollten jedoch die Kritik im Zusammenhang mit Ihrem Besuch – der übrigens Billigung in Venedig gefunden habe – nicht übermäßig provozieren.

Hieraus ergäben sich gewisse Schlußfolgerungen:

(1) Der äußere Ablauf sei nicht so wichtig. Wichtig sei die Substanz. Man sollte lieber mehr Zeit für Gespräche haben als für große Essen.

(2) Sie würden in Moskau eine Pressekonferenz abhalten, an der außer den deutschen Korrespondenten auch andere in Moskau schon akkreditierte Journalisten teilnehmen würden, wohl auch sowjetische. Sie würden dabei, zwar ohne auf Einzelheiten einzugehen, die Hauptthemen der Gespräche darlegen. Das gelte auch für Afghanistan. Darauf müsse sich die sowjetische Seite einstellen. Sie würden sich natürlich auch zu den bilateralen Themen äußern.

(3) Wenn es ein Kommuniqué¹⁵ zur Substanz geben sollte, dann könnten Sie Afghanistan und TNF nicht ausschließen. Sie könnten sich denken, daß die Sowjetunion dabei andere Gesichtspunkte hineinbringt als wir. Sie selbst hätten nichts gegen ein teilweise kontroverses Kommuniqué. Entspreche dies aber auch dem sowjetischen Interesse? Sie hätten nichts gegen Substanz, aber ein Kommuniqué nach dem Schema des sowjetischen Entwurfs würde zumindest

¹¹ Vgl. dazu den Vertrag vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR; BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f.

Vgl. dazu den Vertrag vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen; BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362 f.

Vgl. dazu den Vertrag vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente; BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429.

Vgl. dazu den Vertrag vom 11. Dezember 1973 über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der ČSSR und der dazugehörigen Dokumente; BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 990–997.

¹² Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972 vgl. UNTS, Bd. 880, S. 116–148. Für den deutschen Wortlaut vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73.

¹³ Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

¹⁴ Zur Unterzeichnung des Langfristigen Programms über die Hauptrichtungen der Zusammenarbeit der Bundesrepublik und der UdSSR auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie am 1. Juli 1980 in Moskau vgl. Dok. 195.

¹⁵ Für den Wortlaut des deutsch-sowjetischen Kommuniqués vom 1. Juli 1980 vgl. BULLETIN 1980, S. 664 f.

in zwei Fragen gegenläufige Tendenzen zeigen. Die sowjetische Seite müsse sich also entscheiden, ob sie ein Kommuniqué mit Divergenzen haben wolle oder eine chronologische Erklärung. Sie seien für beides zu haben.

(4) Es solle sich um einen Arbeitsbesuch handeln. Sie müßten Wert auf die veröffentlichte Meinung in Ländern wie den USA und Großbritannien legen. Sie wollten keine großen Zeremonien, aber Sie hätten natürlich nichts gegen eine Ehrenkompanie. Welches sei die sowjetische Vorstellung?

L. erwidert, daß man den Besuch als Gegenbesuch auf den Besuch von Breschnew 1978 ansehe, auf den man gewartet habe.

Sie wiederholten, der Besuch müsse normal aussehen, solle aber keine großen Essen oder Theatervorstellungen einschließen, sondern der Arbeit dienen. Wenn man sich darüber einig sei, sei das übrige nicht so wichtig. Zum wirtschaftlichen Durchführungsabkommen wollten Sie noch sagen, daß es normalerweise nicht mal auf der Ebene von Herrn Tichonow unterschrieben werden sollte. L. erwidert, daß es aber auch nicht durch den Botschafter¹⁶ unterzeichnet werden sollte. Das würde keinen guten Eindruck machen. Sowjetischerseits lege man dem Abkommen dazu ein zu großes Gewicht bei.

Sie entgegneten, daß das eigentliche Abkommen ja längst geschlossen sei.¹⁷ Die sowjetische Seite wolle der Unterzeichnung offensichtlich nach außen größere Bedeutung geben. Dabei wüßte die sowjetische Seite selbst, daß dieses Durchführungsabkommen nach dem eigentlichen Abkommen eine reine Selbstverständlichkeit sei.

L. erwähnte die Möglichkeit der Unterzeichnung durch einen Staatssekretär oder den Wirtschaftsminister¹⁸. Sie schlugen darauf vor, daß die Herren van Well und Malzew unterzeichnen, worauf kein weiterer Widerspruch erfolgte.

Sie warfen die Frage nach Ihrem Programm zwischen 13.00 und 17.00 Uhr auf. L. erwiderte, daß allein die Fahrt nach Moskau eine Stunde dauere. Sie erkundigten sich, wer bei einem Arbeitsbesuch auf dem Flugplatz wäre. L. erwiderte: Kossygin (was Sie mit Befriedigung aufnahmen). Sie erkundigten sich, wo Sie wohnen würden. L. erwiderte, daß dafür der Kreml oder eine Villa auf den Leninhügeln in Betracht käme. Sie erwiderten, daß Sie die Leninhügel vorziehen würden. Der Besuch solle normal aussehen. Sie resümierten, daß man also davon ausgehen könne, daß Kossygin Sie begrüßen würde, daß es eine Ehrenkompanie am Flugplatz geben werde, daß Sie in einer Villa auf den Leninhügeln wohnen würden und daß man den Arbeitscharakter des Besuchs unterstreichen werde.

Zu der Frage von L. nach einem persönlichen Gespräch mit Breschnew erwiderten Sie, daß Sie darum nicht ausdrücklich bitten würden, ein solches Gespräch aber sehr gerne führen wollten, wenn Breschnew dies wünsche. Sie wiederholten Ihren Wunsch, auch andere Mitglieder der sowjetischen Führung zu

¹⁶ Hans-Georg Wieck.

¹⁷ Für den Wortlaut des Abkommens vom 6. Mai 1978 über die Entwicklung und Vertiefung der langfristigen Zusammenarbeit der Bundesrepublik und der UdSSR auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie vgl. BUNDESGESETZBLATT 1979, Teil II, S. 59 f.

¹⁸ Otto Graf Lambsdorff (Bundesrepublik) und Nikolaj Semjonowitsch Patolitschew (UdSSR).

sehen, insbesondere auch Ustinow. L. meinte, diesem ginge es schon besser, vielleicht werde er in einer Woche gesprächsbereit sein.

Sie fuhren fort, Sie hätten gehört, daß man nach sowjetischer Vorstellung von den einfacheren zu den schwierigeren Themen fortschreiten solle. Das sei aber nicht gut. Ihnen erschiene es richtiger, mit Afghanistan und TNF zu beginnen.

L. erwähnte, daß das Gespräch mit Giscard gut gewesen sei. Breschnew habe dabei den westlichen Standpunkt in anderer Weise zu hören bekommen, wie das sonst der Fall sei. Man habe sich richtig verstanden. Man habe aus dem Stegreif gesprochen und überlegt, wie man sich bewegen könne. Man sei so weit gegangen, sich zu fragen, ob man den beiden Fallschirmjäger-Divisionen andere Uniformen anziehen solle. Giscard habe vor allem gedrängt, daß man sich bewegen sollte. Der Ton sei günstig gewesen, und Breschnew habe Giscard verstanden, obwohl dieser hart argumentiert habe. Danach sei dann der Beschluß zu dem jetzt erfolgenden Teilabzug¹⁹ gefaßt worden.

Sie erwähnten, daß man auch die Kampfbomber zurückziehen sollte. Auf die Entgegnung von L., daß dies schon geschehe, antworteten Sie, das gelte nur von einem von insgesamt drei Geschwadern.

L. entgegnete, man könne nicht alle zugleich abziehen. Auf die Frage der Reihenfolge der Gesprächsthemen zurückkommend, machten Sie zwei Einwände gegen einen Beginn mit den leichteren Themen geltend:

1) Die Gespräche mit Breschnew müßten positiv ausklingen. Einvernehmen bestehe aber nur bei den bilateralen Themen.

2) Es gebe ein Gespräch am Nachmittag und dann ein zweites am nächsten Morgen. Man könne der Presse am ersten Abend nicht sagen, daß über Afghanistan nicht gesprochen worden sei, über die Wirtschaftsbeziehungen aber wohl. Auch ließe die Aufmerksamkeit der Presse am zweiten Tage nach. Afghanistan müsse daher am ersten Tage zur Sprache kommen.

Nachdem L. sich hiermit einverstanden erklärt hatte, schlugen Sie vor, am ersten Tage die internationale Lage und bilaterale Fragen zu erörtern und dann am zweiten Tage dies zu vertiefen und TNF hinzuzunehmen.

Auf Ihre Frage, wann das KSZE-Folgetreffen in Madrid²⁰ zur Sprache kommen solle, meinte L., am zweiten Tage.

Sie erwähnten, daß die Regierungschefs in Venedig alle gemeint hätten, Madrid werde ein Erfolg²¹. Sie teilten diese Meinung nicht und fürchteten²², es werde ein Mißerfolg, weil niemand an der Vorbereitung wirklich arbeite und die Lage in Afghanistan sich nicht besserte. Sie seien an einem Erfolg in Madrid und an Fortschritten in Afghanistan interessiert. Es werde aber noch nicht genug daran gearbeitet. Am zweiten Tage sollte man auch die französischen und

¹⁹ Zur Ankündigung eines Teilabzugs der sowjetischen Streitkräfte aus Afghanistan vgl. Dok. 185, Anm. 3.

²⁰ Die KSZE-Folgekonferenz wurde am 11. November 1980 eröffnet. Vgl. dazu Dok. 319 und Dok. 322.

²¹ In diesem Satz nahm Bundeskanzler Schmidt handschriftlich Streichungen und Ergänzungen vor. Danach lautete er: „Sie erwähnten, daß die Regierungschefs in Venedig alle gemeint hätten, Madrid solle ein Erfolg werden.“ Vgl. Anm. 1.

²² In diesem Passus nahm Bundeskanzler Schmidt handschriftlich Streichungen und Ergänzungen vor. Danach lautete er: „Sie teilten diese Absicht, fürchteten aber“. Vgl. Anm. 1.

polnischen Vorschläge für eine europäische Abrüstungskonferenz²³ erörtern, ferner die weltwirtschaftliche Lage und die Rolle, die die Sowjetunion und die Länder des COMECON darin spielen sollten.

Beim Thema TNF wollten Sie Breschnew in vertraulicher Sitzung auch noch einmal rekapitulieren, wie Sie ihn sorgfältig auf dem laufenden gehalten hätten, insbesondere nach dem Treffen von Guadeloupe²⁴. Gromyko werde das vielleicht nicht gerne hören. Man müsse bei diesem Teil des Gesprächs auch berücksichtigen, daß dadurch die privaten Kontakte zwischen Ihnen und Breschnew aufgedeckt würden. Sie fragten L. nach seinen Vorstellungen.

L. erwiderte, es sei schade, daß man nicht rechtzeitig eine Grundkonzeption für die Gespräche ausgearbeitet habe. Sie entgegneten, das sei vor Venedig nicht möglich gewesen. Man müsse sich vor Augen halten, daß es sei, als wenn Gierek oder Honecker jetzt einen Besuch in Washington machten.

Auf den Einwand von L., daß Sie sich mit den Genannten nicht zu vergleichen brauchten, antworteten Sie, mit Gierek schon.

Sie setzten fort, daß dieser Besuch für Sie eine diffizile Angelegenheit nach allen Seiten sei. Man werde mit Ihnen in Moskau keinen Triumphzug veranstalten können. Die Vorbereitung Ihres Besuchs habe ein erhebliches Maß an Konsultation gebraucht. Sie seien dabei zum Teil von brachialer Härte gewesen, der amerikanische Präsident hätte so etwas noch nicht gehört. Ihre Darstellung sei im großen wie im kleinen völlig klar gewesen. Auf die Frage eines Privatgesprächs zurückkommend, meinten Sie, man könne am zweiten Tag eine Stunde vorsehen. Ein Gespräch am Ende des Besuchs wäre aber zu spät.

Sie regten dann an, daß man am zweiten Tag ein Treffen unter vier Augen zwischen 9.00 und 10.00 Uhr vorsehen solle. Danach könne man in mittlerer Besetzung (deutscherseits BM, StS van Well, Botschafter Wieck, Herr von Staden) bis etwa 12.00 Uhr über TNF sprechen und daran eine einstündige Plenarsitzung anschließen, in der die Außenminister zusammenfassend berichten und die beiden Delegationsführer ihr Ja und Amen geben würden. L. ließ Zustimmung erkennen.

Sie kamen dann auf die Frage des Zusammentreffens mit anderen Persönlichkeiten der sowjetischen Führung zurück. Könne man dies am Nachmittag des ersten Tages vorsehen? Wie flexibel sei die sowjetische Seite? Würden die Herren einzeln kommen oder zu zweit? Sie wollten noch einmal betonen, wie wichtig diese Gespräche Ihnen seien. Es käme darauf an, daß Sie unsere politischen Vorstellungen auch auf andere verbreiten könnten. Sie und Breschnew würden in 25 Jahren nicht mehr da sein.

Auf TNF zurückkommend, erinnerten Sie daran, daß man 1978 annähernde Gleichheit festgestellt habe.²⁵ Seither sei das aber nicht mehr der Fall. Sie ver-

²³ Zum französischen Vorschlag einer Konferenz für Abrüstung in Europa vgl. Dok. 100.

Zum Vorschlag des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, Gierek, vom 11. Februar 1980 für eine Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 55, Anm. 39.

²⁴ Am 5./6. Januar 1979 trafen sich Premierminister Callaghan, Präsident Carter, Staatspräsident Giscard d'Estaing und Bundeskanzler Schmidt auf Guadeloupe zur Erörterung außen-, sicherheits- und wirtschaftspolitischer Fragen. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 2, Dok. 3 und Dok. 5.

²⁵ An dieser Stelle vermerkte Ministerialdirektor von Staden, Bundeskanzleramt: „Ich bin nicht sicher, ob ich dies richtig verstanden habe.“

In diesem Satz nahm Bundeskanzler Schmidt handschriftlich Streichungen und Ergänzungen vor.

stünden die sowjetische Sorge wegen der Vorwarnzeit. Aber Sie seien selbst besorgt. Diese Waffen bedrohten Bonn und nicht Washington. In den letzten zwei Jahren habe es hier²⁶ eine gewaltige Verschiebung gegeben. Sie würden die Rolle, die Sie beim TNF-Beschluß²⁷ gespielt hätten, nicht leugnen. Sie würden auch deutlich machen, daß Sie die sowjetischen Vorbedingungen für Verhandlungen ablehnten. Davon dürfe die sowjetische Führung nicht überrascht sein.

L. fragte an dieser Stelle, ob Gerüchte zuträfen, nach denen die USA beabsichtigten, die Stationierung zu beschleunigen.²⁸ Nach sowjetischen Erkenntnissen sei dies technisch möglich.

Sie bestätigten, daß²⁹ dies technisch möglich ist, Ihnen aber von einer Absicht, die Stationierung zu beschleunigen, nichts bekannt sei. Das würden Sie in Moskau wiederholen.

Sie würden ferner den Iran erwähnen und eventuell Gaddafi. L. warf ein, daß auch Gaddafi unberechenbar sei.

Sie beanstandeten die sowjetischen Waffenlieferungen an Libyen.³⁰ Das Land sei eigentlich gar kein Staat, sondern ein Lager, ein Warenhaus für sowjetische hardware. Man müsse sich fragen, wer dieses Lager eines Tages ausräumen werde.

Anschließend kam es zu einem Meinungsaustausch über die Kriegsmarine. Sie meinten, daß die sowjetische Marinerüstung zu weit ginge, jedoch habe Admiral Gorschkow nie Fehler gemacht.

L. erwiderte, die Marine sei immer interessanter gewesen als die Landstreitkräfte. Sie stelle eine Art Staat im Staate dar.

Sie erwähnten, daß Carter Sie gebeten habe, zu fragen, ob die sowjetische Seite zu vorbereitenden Gesprächen über SALT III auch vor Ratifikation von SALT II³¹ bereit sei. Ferner habe Carter Sie gebeten zu fragen, ob auch die Sowjetunion bereit sei, die Bestimmungen von SALT II einzuhalten mit Ausnahme des Abbaus von Raketenstellungen, die nach dem Vertrag überzählig seien. Sie seien in diesen Fragen nur ein Briefträger und kein Unterhändler. Aber Sie hätten ein Eigeninteresse.

Sie wollten auch MBFR ansprechen. Ferner würden Sie Fragen des Verhältnisses zur DDR ansprechen. Ein Treffen mit Honecker sei geplant³², allerdings nicht in der Hauptstadt. Schließlich würden Sie die Frage der Ausreise von Deut-

Fortsetzung Fußnote von Seite 988

Danach lautete er: „Auf TNF zurückkommend, erinnerten Sie daran, daß man 1978 von annähernder Gleichheit vielleicht hätte sprechen können.“ Vgl. Anm. 1.

26 Dieses Wort wurde von Bundeskanzler Schmidt gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „durch SS-20“. Vgl. Anm. 1.

27 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 10.

28 Zur Frage des Zeitpunkts der Dislozierung von amerikanischen Mittelstreckensystemen im Zuge des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 135.

29 Die Wörter „bestätigten, daß“ wurden von Bundeskanzler Schmidt gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „sagten, Sie wüßten nicht, ob“. Vgl. Anm. 1.

30 Zu den Beziehungen zwischen Libyen und der UdSSR vgl. Dok. 176, Anm. 8.

31 Zum Stand des Ratifizierungsverfahrens des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 im amerikanischen Senat vgl. Dok. 59.

32 Zu den Planungen für ein Treffen des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, vgl. Dok. 165, Anm. 10.

schen ansprechen. Auf Ihren Hinweis, daß Sie gedrängt würden, den Fall Schtscharanskij³³ anzusprechen, erwiderte L., nur unter vier Augen.

Sie erwähnten dann, daß die sowjetische Seite einen Fehler mache, wenn sie Rudolf Heß im Gefängnis sterben ließe.³⁴ L. empfahl, diese Bemerkung im Vier-Augen-Gespräch zu wiederholen.

Am Ende wurde vereinbart, daß die sowjetische Seite ihre Reaktion zu den Fragen betreffend den Ablauf auf normalem diplomatischen Wege geben solle.³⁵

Staden

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 54

³³ Zur Verurteilung des sowjetischen Bürgerrechtlers Schtscharanskij vgl. Dok. 167, Anm. 9.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Arnot notierte am 27. Juni 1980: „Über Parteikreise (Pressesprecher Gerwald) hat die Ehefrau des sowjetischen Dissidenten Schtscharanskij den Wunsch an den Bundesminister herangetragen, sich bei der bevorstehenden Reise in die Sowjetunion für ihren Mann einzusetzen. Über den SPD-Fraktionsvorsitzenden Wehner wurde ein entsprechender Wunsch auch an den Bundeskanzler gerichtet.“ Arnot legte dar: „In der Frage, wie weit die Bundesregierung gegenüber der Sowjetunion bei Menschenrechtsverletzungen aktiv werden soll, hat die Familienzusammenführung Priorität. [...] Die Bundesregierung ist aufgerufen, sich in erster Linie für die Schicksale Deutscher oder Sowjetdeutscher einzusetzen, um die sich andere Regierungen im allgemeinen nicht kümmern. Dagegen setzen sich Regierungen, Organisationen und Persönlichkeiten verschiedener westlicher Staaten für solche Bürgerrechtler und Dissidenten ein, die nicht deutschen Nationalitäten angehören. Man kann von einer Art Arbeitsteilung sprechen.“ Vgl. Referat 010, Bd. 178829.

³⁴ Die Bundesregierung bemühte sich um eine vorzeitige Haftentlassung von Rudolf Heß aus humanitären Gründen. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 319.

Referat 210 resümierte am 10. Juni 1980, die UdSSR habe weder das Schreiben von Bundespräsident Scheel vom 7. März 1979 noch das des Bundesministers Genscher vom Oktober 1979 beantwortet: „Rudolf Heß ist inzwischen 86 Jahre alt und seit über 38 Jahren in Haft.“ Seine Freilassung „würde als ein ausschließlich von menschlichen Beweggründen getragener Akt der Gnade positive Auswirkungen auf das Verhältnis zwischen unseren Völkern haben“. Vgl. Referat 213, Bd. 133282.

Legationssekretär von Morr vermerkte am 20. Juni 1980: „Die Alliierten haben uns in der Sitzung der Bonner Vierergruppe am 18.6.1980 davon unterrichtet, daß in einer Sitzung der Politischen Berater in Berlin der sowjetische Politische Berater Chotulew noch einmal auf den Vorstoß der Alliierten in Berlin vom 10. April 1980 in Sachen Rudolf Heß zurückgekommen sei.“ Dabei habe Chotulew erklärt: „Die Erinnerung an Millionen von Opfern des Faschismus würde die Sowjets dazu veranlassen, bei ihrer Position zu bleiben. Ein Pardon für Heß komme nicht in Frage, dieses würde in sich einen Vorstoß gegen die Menschlichkeit darstellen.“ Vgl. Referat 213, Bd. 133282.

³⁵ Ministerialdirigent Lücking vermerkte am 27. Juni 1980: „Nachdem am 25.6.80 ein erster Durchgang der beiderseitigen Entwürfe für ein Kommuniqué stattgefunden hatte (MDg Lücking/Gesandter Kwizinskij), wird nunmehr ein neuer deutscher Entwurf vorgelegt. Er berücksichtigt das Ergebnis der Diskussion und nimmt in einigen Passagen sowjetische Formulierungen auf. Zu Afghanistan und LRTNF werden die deutschen und die sowjetischen Vorschläge einander gegenübergestellt. [...] Zum Procedere wird folgendes vorgeschlagen: a) Wir setzen unseren Versuch, mit den Sowjets ein Kommuniqué mit Sachaussagen zu erreichen, fort. b) Wir halten an unserer Linie fest, daß angesichts des Charakters der Reise und der Bedeutung, die einem ersten gemeinsamen Kommuniqué auf höchster Ebene im Ost-West-Verhältnis nach Afghanistan außen- und innenpolitisch zukommt, nur ein Text, der unsere essentiellen Positionen klar herausstellt (notfalls durch kontroverse Formulierungen), den Verzicht auf ein Ablaufkommuniqué rechtfertigt. c) Wir halten daher die Passage zu LRTNF und Afghanistan offen und entscheiden über sie im Lichte der Gespräche in Moskau. Gemeinsame sowjetisch-deutsche Aussagen sollten zu diesen Punkten nur getroffen werden, wenn in den Gesprächen Einigung in der Sache erzielt worden ist. Läßt sie sich nicht oder doch nur marginal erreichen, bleiben wir bei unserer Präferenz für ein Ablaufkommuniqué. d) Unser neuer Entwurf enthält ein gewisses Eingehen auf sowjetische Formulierungswünsche (z. B. KSZE, Fortfall der Passage über die amerikanischen Geiseln). Wir übergeben ihn möglichst noch am heutigen Freitag dem sowjetischen Gesandten Kwizinskij unter Hinweis darauf und erklären uns zu einem weiteren Gespräch bereit, sobald ihm Instruktionen aus Moskau zu unserem neuen Vorschlag vorliegen. Je nachdem, wann ihm Weisung erteilt wird und wie sie ausfallen, entscheiden wir,

188

Ministerialdirektor Fleischhauer an Botschafter Oncken, Ankara

510-516.80 TUR VS-NfD

Aufgabe: 25. Juni 1980, 20.02 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 3372 Plurez

Citissime nachts

Betr.: Einführung der Sichtvermerkpflcht für die Türkei

Bezug: Drahtbericht Nr. 748² vom 20.6.1980 – Pol/Rk 516.80³

Enthält Weisung

1) Bundesregierung hat am 25.6. Rechtsverordnung zur Einführung allgemeiner Sichtvermerkpflcht für Einreise türkischer Staatsangehöriger in die Bundesrepublik Deutschland beschlossen (wirksam werdend ab 1.10.). Rechtsverordnung wird am 27.6. Bundesrat zur Zustimmung vorgelegt.⁴ Sichtvermerkpflcht für Bangladesch und Indien wird entsprechend inzwischen ergangener Weisung des Herrn BM Bundeskabinett in besonderer Verordnung erst am 2.7.1980 vorgelegt.⁵

Fortsetzung Fußnote von Seite 990

ob das Gespräch über den Text hier fortgesetzt werden kann oder auf die Ebene des Staatssekretärs angehoben und in Moskau weitergeführt werden sollte." Vgl. Referat 213, Bd. 133135.

¹ Durchdruck.

Der Drahterlaß wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wersdörfer konzipiert.

² Korrigiert aus: „784“.

³ Botschafter Oncken, Ankara, berichtete: „Eine bei uns aufkommende Unduldsamkeit gegenüber türk[ischen] Zuwanderern beginnt hier registriert zu werden. [...] Die türk. Regierung kann den Strom der Auswanderer nicht zurückdämmen. Eingeleitete oder geplante Maßnahmen erscheinen unzulänglich. [...] Der Versuch, gleichzeitig dem Mißbrauch des Asylrechts ein Ende zu setzen und die Qualität des deutsch-türk. Verhältnisses zu erhalten, läuft auf die Quadratur eines polit[ischen] Kreises hinaus.“ Die Bundesrepublik habe aber gewisse Spielräume: „Die Regierung hat bei aller Kooperationsbereitschaft deutlich gemacht, daß sie sich eine durchgreifende Regelung der anstehenden Fragen nur von deutschen Maßnahmen verspricht.“ Um die türkische Verstimmung in Grenzen zu halten, riet Oncken dazu, die Türkei anders als nichteuropäische Länder zu behandeln und eine Regelung zeitlich zu begrenzen. Vgl. B 82 (Referat 510), Bd. 1285.

⁴ Vgl. dazu die elfte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Ausländergesetzes vom 1. Juli 1980; BUNDESGESETZBLATT 1980, Teil I, S. 782.

⁵ Ministerialdirektor Fleischhauer vermerkte am 30. Juni 1980: „Die Herausnahme Bangladeschs und Indiens aus dem ursprünglich für alle drei Staaten vorgesehenen einheitlichen Verordnungsentwurf erfolgte auf Anregung der Botschaft Ankara, die zur Schonung türkischer Empfindlichkeiten vorschlug, die Türkei mit Bangladesch und Indien nicht in einen Zusammenhang zu stellen. [...] Eine Regierungsdelegation unter Leitung des Auswärtigen Amts und mit Beteiligung des BMI hat im März ds. Js. der indischen und bengalischen Seite in New Delhi und Dacca die Probleme erläutert, die sich aus dem zunehmenden Mißbrauch unseres Asylverfahrens ergeben, und darauf hingewiesen, daß zur Abwehr unter anderen Maßnahmen die Einführung der allgemeinen Sichtvermerkpflcht unter Umständen nicht zu vermeiden sei. Die Regierungen in Delhi und Dacca haben daraufhin eigene Maßnahmen in Aussicht genommen, welche die Ausreise von Wirtschaftsflüchtlingen verhindern sollen. Mit einer gewissen Enttäuschung, daß die Bundesregierung die Wirksamkeit dieser Maßnahmen vor Einführung der für unerwünscht gehaltenen Sichtvermerkpflcht nicht abwartet, muß gerechnet werden.“ Vgl. B 82 (Referat 510), Bd. 1327. Vgl. dazu die zwölfte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Ausländergesetzes vom 11. Juli 1980; BUNDESGESETZBLATT 1980, Teil I, S. 960.

Auf der Kabinettsitzung ist Rechtsverordnung Türkei neuer Art. 4 eingefügt worden, der wie folgt lautet:

„Die Notwendigkeit der Fortgeltung dieser Verordnung wird nach Ablauf von drei Jahren überprüft.“

In der Begründung dazu heißt es:

„Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Türkei Bündnispartner, Assoziierter der EG⁶ und Mitglied Europarats⁷ ist, wird Notwendigkeit der Fortgeltung dieser Verordnung nach Ablauf von drei Jahren überprüft.“

2) Sie werden gebeten, unverzüglich bei Generalsekretär⁸ oder anderem hohen Beamten Außenministeriums vorstellig zu werden und das deutsch-türkische Abkommen über die Aufhebung des Sichtvermerkszwangs vom 1.11.1953⁹ unter Übergabe Verbalnote folgenden Inhalts zu kündigen:

„Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland beehrt sich, auf Weisung der Bundesregierung der türkischen Regierung folgendes mitzuteilen:

Die Bundesrepublik Deutschland kündigt hiermit das Abkommen über die Aufhebung des Sichtvermerkszwangs zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Türkei vom 1. November 1953 gemäß dessen Ziffer 4. Die Bundesregierung bedauert, hierzu veranlaßt zu sein, nachdem türkische Staatsangehörige in zunehmender Zahl versuchen, die Aufenthaltsbestimmungen der Bundesrepublik Deutschland für Ausländer durch eine mißbräuchliche Berufung auf das Asylrecht zu unterlaufen. Die jetzt getroffene Maßnahme ist eine von mehreren, die diesem Mißbrauch vorbeugen sollen, und dient damit auch der Pflege der deutsch-türkischen Beziehungen, da die ständig wiederholte Behauptung politischer Verfolgung im Heimatland, mit der die Bewerber das Recht auf Asyl in der Bundesrepublik Deutschland zu begründen versuchen, geeignet ist, das Ansehen der Türkei in der deutschen Öffentlichkeit zu schädigen. Die Bundesregierung vertraut darauf, daß die türkische Regierung im Licht der bestehenden freundschaftlichen bilateralen Beziehungen für diese Maßnahme Verständnis haben wird. Im übrigen weist sie darauf hin, daß nach drei Jahren geprüft werden soll, ob die allgemeine Sichtvermerkspflicht erhalten bleiben muß.

Schlußformel“

3) Sie werden gebeten, den Inhalt der Verbalnote mündlich zu erläutern. Von Januar bis Ende Mai d.J. haben sich insgesamt fast 60 000 Asylbewerber, darunter über 36 000 Türken, im Bundesgebiet gemeldet. Bei der ganz überwiegenden Mehrzahl handelt es sich um Wirtschaftsflüchtlinge. Einführung der Visumspflicht soll Sofortprogramm der Bundesregierung (vgl. Drahterlaß Nr. 3309 vom 23. Juni 1980 – 510-516.80 TUR VS-NfD¹⁰) unterstützen. Bundeskabinett

⁶ Die Türkei und die EWG schlossen am 12. September 1963 in Ankara ein Abkommen zur Gründung einer Assoziation, das am 1. Dezember 1964 in Kraft trat. Für den Wortlaut des Abkommens und der dazugehörigen Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1964, Teil II, S. 510–579.

⁷ Die Türkei trat dem Europarat am 9. August 1949 bei.

⁸ Özdemir Yigit.

⁹ Für den Wortlaut des am 1. November 1953 in Kraft getretenen Abkommens über die Aufhebung des Sichtvermerkszwangs zwischen der Bundesrepublik und der Türkei vom 30. September 1953 vgl. GEMEINSAMES MINISTERIALBLATT 1953, S. 576.

¹⁰ Vortragender Legationsrat I. Klasse Wersdörfer teilte der Botschaft in Ankara mit: „1) Koalitionsfraktionen haben Gesetzentwurf zur Beschleunigung Asylverfahrens („Sofortprogramm“), der noch

hat mit Rechtsverordnung zugleich Kriterien für die Erteilung von Sichtvermerken beschlossen. Trotz Verschärfung der Kontrollen durch Einführung der Sichtvermerkpflcht soll der Reiseverkehr bei Geschäfts-, Urlaubs- und Erholungsreisen sowie bei Reisen zum Zwecke von Verwandtenbesuchen nicht über Gebühr erschwert werden. Mit Rücksicht auf das Ausmaß des Scheinasylantenproblems mußte sich die Bundesregierung entschließen, auch im Hinblick auf andere Herkunftsländer entsprechende Maßnahmen zu ergreifen oder für die nächste Zukunft vorzusehen. Sollte Gesprächspartner auf die mit EG-Assoziierung verbundene Freizügigkeitsperspektive zu sprechen kommen, sollte entgegnet werden, daß es sich bei der Einführung der Sichtvermerkpflcht um reine Ordnungsmaßnahme handelt, welche bestehende internationale Verpflichtungen im übrigen nicht berührt.

Je nach Gesprächslage könnte bemerkt werden, daß Frage „Sichtvermerkpflcht oder nicht“ kein Prüfstein für Qualität bilateraler Beziehungen ist. So benötigt jeder Deutsche einen Sichtvermerk zur Einreise in die USA, obwohl diese unser engster Verbündeter ist.

4) AA erbittet Drahtbericht über das Veranlaßte.¹¹

5) Dieser Erlass hat vor Abgang dem Herrn Staatssekretär¹² vorgelegen.

Fleischhauer¹³

B 82 (Referat 510), Bd. 1285

Fortsetzung Fußnote von Seite 992

in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden soll, im Bundestag eingebracht. Er sieht u. a. vor: Gemeinsame Zustellung des ablehnenden Asylbescheids und der Ausweisungsverfügung der Ausländerbehörde. Einheitliche Anfechtung dieser Entscheidungen in einem Gerichtsverfahren. Entscheidung im Asylverfahren durch Einzelbedienstete (anstatt bisher Ausschüsse). Verstärkung der Mitwirkungspflicht des Asylbewerbers im Verwaltungsverfahren (Erklärungsfrist, persönliches Erscheinen u. a.). Als flankierende Maßnahme Versagung der Arbeitserlaubnis für die ersten zwölf Monate Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland vorgesehen. 2) Ferner liegt Kabinett zur Beschlußfassung in der Sitzung am 25.6. Verordnungsentwurf des BMI zur Einführung allgemeiner Sichtvermerkpflcht (ohne Befristung) gegenüber Bangladesch, Indien und Türkei durch Streichung der drei Länder aus der Positivliste (Anlage zu § 5 der Durchführungsverordnung zum Ausländergesetz) vor. Sichtvermerkpflcht könnte nach Zustimmung Bundesrat und Verkündung im Bundesgesetzblatt für Bangladesch und Indien Anfang Juli, für Türkei nach Kündigung Abkommens von 1953 frühestens Anfang Oktober in Kraft treten.“ Vgl. B 82 (Referat 510), Bd. 1285.

- 11 Botschafter Oncken, Ankara, berichtete am 28. Juni 1980, er habe die Weisung am Vortag gegenüber dem stellvertretenden Generalsekretär des türkischen Außenministeriums, Kamel, durchgeführt. Dieser habe die Entscheidung der Bundesregierung bedauert und auf die im Frühjahr vereinbarten gemeinsamen Maßnahmen verwiesen: „Türkische Regierung sei der Auffassung gewesen, daß diese ausreichten, um wirtschaftlich motivierte Scheinasylanten fernzuhalten.“ Die Türkei fühle sich diskriminiert, eine Belastung der Beziehungen sei unvermeidlich: „Zur Frage Überprüfung (von uns nach drei Jahren vorgesehen) bemerkte Kamel, daß die von BM Genscher und AM Erkmen am 26. Juni 1980 in Ankara abgesprochene Formel (‘möglichst bald gemeinsam prüfen, wann Sichtvermerkszwang zum frühestmöglichen Zeitpunkt aufgehoben werden kann’) die erste Formel wohl praktisch ersetze.“ Insbesondere die Opposition in der Türkei werde daraus Kapital schlagen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 830; B 82 (Referat 510), Bd. 1327.

Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem türkischen Außenminister Erkmen vgl. Dok. 191, Anm. 14.

12 Günther van Well.

13 Paraphe.

Ministerialdirektor Blech, z.Z. Ankara, an das Auswärtige Amt**114-3992/80 VS-vertraulich****Aufgabe: 25. Juni 1980, 17.40 Uhr¹****Fernschreiben Nr. 807****Ankunft: 26. Juni 1980, 02.04 Uhr****Citissime**

Betr.: Traditionelles Vierertreffen der Außenminister über Berlin- und Deutschlandfragen am 24. Juni 1980 am Vorabend der NATO-Ministerratstagung in Ankara²

1) Gastgeber des traditionellen Vierertreffens über Berlin- und Deutschlandfragen am Vorabend der NATO-Ministerkonferenz in Ankara war US-Außenminister Muskie. Das Ministertreffen wurde wie üblich von den Politischen Direktoren (Blech/D (teilweise abwesend), Vest/USA, Bullard/GB, Dufourcq/F, Directeur d'Europe) vorbereitet. Unter operativen Gesichtspunkten standen die Verabschiedung der Studie EG–Berlin³ (mit formalem deutschem Vorbehalt hinsichtlich der abschließenden Annahme durch die beteiligten Ressorts) und die Billigung der Deutschland- und Berlinpassage des NATO-Kommunikés⁴ im Vordergrund. Die Communiqué-Passage enthält aus Anlaß des 25. Jahrestages des Inkrafttretens des Deutschlandvertrages⁵ die Indossierung einer wich-

¹ Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 18.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 26. Juni 1980 vorgelegen.

² Zur NATO-Ministerratstagung am 25./26. Juni 1980 in Ankara vgl. Dok. 190.

³ Zur Vorbereitung der NATO-Ministerratstagung vom 13./14. Dezember 1979 in Brüssel erläuterte Referat 210, daß die Bonner Vierergruppe den Auftrag des Vierertreffens der Außenminister am 29. Mai 1979 in Den Haag, den dort vorgelegten Entwurf zur Studie EG–Berlin fertigzustellen, nicht erfüllen konnte, da die britische Seite am 20. November und die französische Seite am 26. November 1979 jeweils neu überarbeitete Entwürfe vorgelegt hätten. Hinsichtlich des Europäischen Gerichtshofs versuche Großbritannien, „Entscheidungen des EuGH in bezug auf Berlin in Frage zu stellen und den Rechtssetzungsakten der Gemeinschaft gleichzustellen“. Dies sei nicht hinnehmbar: „Es besteht kein Anlaß, die Frage von Entscheidungen des EuGH in Fällen, die Berlin betreffen, zu dramatisieren. [...] Eine Annahme des britischen Vorschlags könnte den EuGH dagegen in die Nähe des ganz anders gearteten Bundesverfassungsgerichts rücken“. Weiterhin werde von britischer Seite angestrebt, „nachträglich noch die Tendenz des Papiers in Richtung auf die Schaffung von besonderen Verfahren zur Umsetzung von Verträgen der EG einseitig zu ändern. Es wird versucht, den Vorstellungen der britischen und französischen Seite, wonach Rechtsetzung und Akte der Gemeinschaft in Berlin nicht unmittelbar gelten, sondern ihre Geltung nur durch einen ausdrücklichen oder stillschweigenden Berliner Akt erhalten, in das Papier Eingang zu verschaffen [...]“. Die Zustimmung der Drei Mächte zur Erstreckung der Gründungsverträge auf Berlin bedeutet jedoch auch ihre Zustimmung zu Artikel 189 EWG-Vertrag, wonach Verordnungen und Entscheidungen der Gemeinschaft allgemeine Wirkung und unmittelbare Geltung haben. Für Berlin kann insofern kein Sonder-EG-Recht gelten.“ Schließlich seien die britischen und französischen Vorstellungen zurückzuweisen, wonach „das Verfahren für Einladungen zu EG-Veranstaltungen in Berlin in jedem Einzelfall Gegenstand von Konsultationen in der Bonner Vierergruppe“ sein solle. Bei der Vielzahl der Veranstaltungen sei dies nicht durchführbar. Vgl. die undatierte Aufzeichnung: VS-Bd. 13125 (210); B 150, Aktenkopien 1979.

⁴ Für den Wortlaut des Kommunikés der NATO-Ministerratstagung am 25./26. Juni 1980 in Ankara vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 138–145. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN 1980, S. 645–649.

⁵ Für den Wortlaut des Vertrags vom 26. Mai 1952 über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten in der Fassung vom 23. Oktober 1954 (Deutschland-Vertrag) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 305–320.

tigen Kernaussage zur deutschen Außenpolitik, nämlich die fraglose Einbindung in das westliche Bündnis und das Bestreben, auf dieser Basis im Rahmen der Ostverträge und des Grundlagenvertrages⁶ den Ausgleich mit dem Osten unter Berücksichtigung der offenen nationalen Frage im Interesse von Stabilität und Frieden in Europa und in der Welt zu suchen. Vor dem Hintergrund der bevorstehenden Moskaureise⁷ ist diese Feststellung des Bündnisses für uns von aktueller politischer Bedeutung.

Im Mittelpunkt der Aussprache standen die insgesamt positive Lage-Beurteilung Berlins und die Beziehungen aller Vier zur DDR. Es wurde übereinstimmend festgestellt, daß die DDR an der Verbesserung ihrer bilateralen Beziehungen zu uns und allen Drei Mächten interessiert bleibt und hierfür offenkundig ein Mandat der Sowjetunion hat.

Der neue britische Entwurf der Luftverkehrsstudie Schönefeld⁸ wurde der Vierergruppe zur weiteren Behandlung überwiesen.

2) Das Direktorentreffen im einzelnen

2.1) Die Deutschland- und Berlinpassage für das NATO-Kommuniqué wurde den Ministern zur Annahme empfohlen.

2.2) Die sehr ausgewogene Lagebewertung der Vierergruppe zu Berlin wurde von den Direktoren begrüßt und den Ministern zur Annahme überwiesen.

2.3) Berlin im Rahmen der Ost-West-Beziehungen

Die Direktoren stimmten der Beurteilung durch die Vierergruppe zu, daß die Lage in und um Berlin ungeachtet der Verschlechterung der weltpolitischen Gesamtsituation als Folge der sowjetischen Intervention in Afghanistan insgesamt weiterhin ruhig geblieben ist. Bullard regte an, die sowjetischen Motive für die Ausnahme Berlins von der Verschlechterung der Ost-West-Beziehungen näher zu untersuchen und zu prüfen, ob mit einer Fortsetzung dieser Linie gerechnet werden kann. Mit Rücksicht auf die Behandlung der Ost-West-Fra-

⁶ Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f.

Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362 f.

Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429.

Für den Wortlaut des Vertrags vom 11. Dezember 1973 über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der ČSSR und der dazugehörigen Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 990–997.

⁷ Bundeskanzler Schmidt hielt sich am 30. Juni und 1. Juli 1980 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 192–195.

⁸ Für das britische Papier „Allied Flights to Berlin-Schönefeld“ vgl. Referat 210, Bd. 132473.

Referat 210 vermerkte dazu am 24. Juni 1980: „Auf dem Viertreffen der Außenminister und Politischen Direktoren am 29.5.1979 in Den Haag war der von den Amerikanern erarbeitete Entwurf einer Studie zum Thema alliierte Charterflüge nach Berlin-Schönefeld erörtert und in seinen Grundzügen gutgeheißen worden. Der Kernsatz der Studie lautete: grundsätzliche Sperre für den Anflug von Schönefeld mit der Ausnahme von drei Gruppen: „VIP-Flüge [...], Flüge zu kulturellen Anlässen (z. B. Transport von Ausstellungsexponaten), [...] Rettungsflüge.“ Die Vorlage einer britischen Studie habe überrascht, der Entwurf sei jedoch straffer und präziser, auch wenn er noch einiger Korrekturen bedürfe. Er solle beim nächsten Treffen der Vierergruppe abgeschlossen werden. Vgl. Referat 210, Bd. 132473.

gen in Venedig⁹, über die Vest berichtete, wurde die Diskussion in diesem Punkt nicht weiter vertieft. D2 machte darauf aufmerksam, daß die bevorstehende Reise des Bundeskanzlers und des Bundesministers nach Moskau durch den Vortrag des Bundeskanzlers in Venedig abgedeckt sei. Die Alliierten Direktoren stimmten dem zu. Wir wiesen darauf hin, daß unsererseits nicht beabsichtigt sei, Berlinfragen im Detail operativ und initiativ in Moskau zu erörtern. Wir würden uns darauf beschränken, im Rahmen der Bewertung der Lage in Europa die insgesamt ruhige Lage in und um Berlin hervorzuheben und die Berlinpassage in der gemeinsamen deutsch-sowjetischen Deklaration von 1978¹⁰ zu bekräftigen.

2.4) Studie EG–Berlin

Dufourcq erklärte, französische Seite sei mit der Studie zufrieden, die Vierergruppe habe damit viel erreicht. Die Studie enthalte Kompromisse, die aber gute Kompromisse seien. Wir hoben hervor, daß sich die Studie auf praktische Verbesserungen konzentriere. Nun komme es darauf an, Vorbereitungen zur Implementierung der Studie einzuleiten. Wir benötigten dafür eine Vorlaufzeit von etwa sechs Monaten, so daß wir von einer vollen Implementierung ab 1. Januar 1981 ausgingen. Wegen der Kürze der Zeit habe die Studie von den zuständigen Ressorts nicht mehr abschließend gebilligt werden können. Deutsche Seite müsse ihre Zustimmung daher mit diesem Vorbehalt verknüpfen. Bullard bezeichnete Studie als nützliches Dokument, in dem viel Arbeit stecke. Eine Reihe von Fragen (z.B. Einschluß Berlins in multilaterale Verträge der EG) bedürfe noch weiterer Erörterungen in der Vierergruppe. In der Studie werde diesen Erörterungen aber die Richtung gewiesen. Vest äußerte sich ebenfalls anerkennend über das erzielte Ergebnis. Den Ministern wurde die Annahme der Studie mit dem Vorbehalt der abschließenden Billigung durch die beteiligten deutschen Ressorts empfohlen.

2.5) Beziehungen zur DDR

Wir berichteten zunächst über den Stand der innerdeutschen Beziehungen (Funktionieren der abgeschlossenen Verträge und Vereinbarungen mit der DDR, Stand und Bedeutung des innerdeutschen Handels, Entwicklung und Erwartungen im Reiseverkehr, Stagnation der Verhandlungen über Rechtshilfe- und technisch-wissenschaftliches Abkommen¹¹, Entwicklung des Besucheraustausches auf Ministerebene mit der DDR) und erläuterten die Bedeutung des Verhandlungspakets vom 30.4.1980¹², die von den Alliierten Direktoren geteilt

⁹ Zum Weltwirtschaftsgipfel am 22./23. Juni 1980 in Venedig vgl. Dok. 184 und Dok. 185.

¹⁰ Für den Wortlaut der Gemeinsamen Deklaration vom 6. Mai 1978 vgl. BULLETIN 1978, S. 429 f.

¹¹ Die Bundesrepublik und die UdSSR verhandelten seit 1973 über ein Abkommen zur gegenseitigen Rechtshilfe in Zivil- und Handelssachen, ein Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und über ein Zweijahresprogramm zum Kulturabkommen vom 19. Mai 1973. Ungeklärt war die Einbeziehung von Berlin (West); im Falle der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit und beim Kulturabkommen ging es vor allem um die Beteiligung von Institutionen und Organisationen mit Sitz in Berlin (West). Vgl. dazu AAPD 1977, II, Dok. 248, und AAPD 1978, II, Dok. 371.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Höynck, Bundeskanzleramt, vermerkte am 26. Juni 1980: „Dem Stand der bilateralen Beziehungen entspricht es nicht, daß wir in der Vertragspolitik (wissenschaftlich-technisches Abkommen, Kulturprogramm, Rechtshilfe) dort, wo Berlin berührt ist, nicht weiterkommen.“ Vgl. Referat 213, Bd. 133135.

¹² Zur Vereinbarung der Bundesregierung mit der DDR vom 30. April 1980 über Verkehrsverbesserungen und Gewässerschutzfragen vgl. Dok. 137.

wurde. Sodann kamen langfristige Eisenbahn-Vorschläge der DDR und Fragen der Energieversorgung Berlins (Salz-Braunkohleprojekt der DDR¹³, Erdgasspeicher in Berlin¹⁴) zur Sprache, wobei wir darauf hinwiesen, daß wir am Abschluß weiterer langfristiger Vereinbarungen grundsätzlich interessiert seien, daß aber in allen Fällen noch Prüfungen und Sondierungen erforderlich seien, bevor man in konkrete Gespräche mit der DDR eintreten könne. Wir beabsichtigten, die Sowjets in Moskau im Zusammenhang mit der Lage Berlins allgemein auf die langfristige Sicherung der Energieversorgung der Stadt und eine befriedigende Lösung der damit im Zusammenhang stehenden Fragen hinzuweisen. Die Vierergruppe werde in jedem Falle frühzeitig befaßt werden. Insgesamt hätten wir den Eindruck, daß die DDR die Beziehungen zu uns mit Billigung des WP weiter schrittweise ausbauen wolle. Für das beabsichtigte Treffen Bundeskanzler–GS Honecker¹⁵ werde DDR dementsprechend voraussichtlich nach der Moskaureise ein Datum, möglicherweise im August, vorschlagen. Die Alliierten bekundeten ihr unverändert starkes Interesse an der Unterrichtung über diese Fragen.

Bullard erklärte, auf britischer Seite registriere man deutliches Interesse der DDR, Beziehungen GB–DDR zwecks Erhaltung der Entspannung weiter auszubauen. Das gelte insbesondere auch für die Handelsbeziehungen. StS Beil vom MAH¹⁶ habe kürzlich London besucht.¹⁷ Der für Ende Juni in Ostberlin¹⁸ geplante Besuch von StM im FCO, Peter Blaker, werde wegen anderer Verpflichtungen verschoben werden. Insgesamt seien die Beziehungen mit der DDR wenig spektakulär.

Dufourcq bezeichnete Frankreichs Beziehungen mit der DDR als zufriedenstellend. DDR wolle Dialog mit westlichen Staaten nicht abreißen lassen und strebe daher weitere Entwicklung ihrer Beziehungen zu Paris an. Am 16. Juni seien Konsular- und Kulturabkommen mit der DDR unterzeichnet worden.¹⁹

¹³ Zu den Vorschlägen der DDR vom 22. Mai 1980 zur Energieversorgung von Berlin (West) vgl. Dok. 165, Anm. 2.

¹⁴ Der Senat von Berlin informierte Vortragenden Legationsrat I. Klasse Freiherr von Richthofen am 24. Juni 1980, dem Bundeskanzleramt sei ein Arbeitspapier zu möglichen sowjetischen Erdgaslieferungen nach Berlin (West) übergeben worden. Darin hieß es, unter dem Stadtgebiet könne ein Erdgasspeicher mit einer Kapazität von einer Milliarde Kubikmeter errichtet werden, was etwa dem Jahresbedarf der Stadt entspreche: „Erdgaslieferungen sind sowohl aus westlicher wie aus östlicher Richtung denkbar. Möglich erscheint auch eine Variante dahingehend, daß sowjetisches Erdgas zunächst im Rahmen größerer Kontingente in das Bundesgebiet geliefert wird und dann von dort per Pipeline nach Berlin weiterbefördert wird. [...] Die bisherigen Überlegungen gehen dahin, daß unter Berücksichtigung der Arbeiten am Erdgasspeicher sowie der Umstellung der Versorgungsanlagen die Aufnahme von Erdgaslieferungen im Jahre 1987 wünschenswert wäre.“ Die UdSSR solle ab 1987 bis zu einer Milliarde Kubikmeter pro Jahr liefern. Vgl. Referat 210, Bd. 132518.

¹⁵ Zu den Planungen für ein Treffen des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, vgl. Dok. 165, Anm. 10.

¹⁶ Ministerium für Außenhandel.

¹⁷ Der Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel der DDR, Beil, hielt sich am 2. Juni 1980 in Großbritannien auf. Vgl. dazu AUSSENPOLITIK DER DDR, Bd. XXVIII/2 (1980), S. 987 f.

¹⁸ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 808 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

¹⁹ Ministerialdirektor Fleischhauer vermerkte am 11. Juni 1980, die DDR und Frankreich hätten Anfang des Monats in Paris einen Konsularvertrag paraphiert: „Der Vertrag wurde in sieben Verhandlungsrunden von 1975 bis Januar 1980 ausgehandelt. Die DDR bestand bis zur fünften Verhandlungsrunde auf der Aufnahme einer ihren Wünschen entsprechenden Staatsangehörigkeitsdefinition.“ Frankreich habe jedoch den Wünschen der Bundesrepublik Rechnung getragen, so daß eine

Beim Konsularabkommen habe man sich in der Frage der deutschen Staatsangehörigkeit eng mit der Bundesregierung abgestimmt. Hauptanliegen des Kulturabkommens seien für Paris die Vermittlung französischer Sprachkenntnisse, der Jugendaustausch und die Errichtung eines Kulturinstitutes mit möglichst freiem Zugang für die Bevölkerung gewesen. Der Ort der Errichtung sei in dem Abkommen im Hinblick auf den besonderen Status Berlins nicht genannt. Im wirtschaftlichen Bereich ging D. auf technische Woche Frankreichs in der DDR ein und erwähnte Unterzeichnung von Kooperationsabkommen mit fünf- bzw. zehnjähriger Laufzeit.²⁰ Befriedigend habe sich auch die Regelung humanitärer Fälle im Verhältnis zur DDR entwickelt.

Wir haben der französischen Seite für die umfassenden Konsultationen und die Wahrung unserer Staatsangehörigkeitsbelange im Zusammenhang mit dem Konsularabkommen gedankt. Vest erläuterte, daß auch in den Beziehungen USA-DDR Streben Ostberlins nach Erhaltung des Entspannungsprozesses spürbar sei. Entwicklung der Beziehungen charakterisierte er als „moderately positive and modest in pace“. DDR dränge weiterhin auf Einräumung der Meistbegünstigung. Bis dahin können aber noch Jahre vergehen.²¹ USA hätten bisher Ungarn und Rumänien Meistbegünstigung eingeräumt, über deren Gewährung der Senat jeweils für zwölf Monate entscheide. Das Konsularabkom-

Fortsetzung Fußnote von Seite 997

Lösung analog zum Konsularvertrag zwischen der DDR und den USA vom 4. September 1979 erreicht worden sei. Demgemäß würden abgesehen vom Vertrag selbst Noten ausgetauscht, in denen der Personenkreis beschrieben werde, auf den sich das Konsularrecht beziehe. Frankreich habe zudem mündlich klargestellt, daß seine Haltung bezüglich der deutschen Staatsangehörigkeit unberührt bleibe: „Notenwechsel Bundesrepublik Deutschland/Frankreich über die Fortgeltung unseres Rechts zur konsularischen Betreuung der Deutschen im Sinne des Artikels 116 GG, die dies wünschen“. Schließlich werde Frankreich der Bundesrepublik ein Non-paper zur deutschen Staatsangehörigkeit überreichen. Vgl. Referat 010, Bd. 178823.

Botschafter Herbst, Paris, informierte am 19. Juni 1980, von der „Unterzeichnung des Konsularabkommens, des Kulturabkommens und der Vereinbarungen über die Errichtung eines Kulturinstituts am 15. Juni in Berlin (Ost)“ habe die französische Öffentlichkeit kaum Kenntnis genommen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1387; Referat 210, Bd. 132445.

Für den Wortlaut des Konsularvertrags vom 16. Juni 1980 vgl. AUSSENPOLITIK DER DDR, Bd. XXVIII/2 (1980), S. 942–960.

Für den Wortlaut des Abkommens über kulturelle Zusammenarbeit vom 16. Juni 1980 vgl. AUSSENPOLITIK DER DDR, Bd. XXVIII/2 (1980), S. 961–966.

Für den Wortlaut des Abkommens über Statut und Modalitäten der Arbeitsweise der Kulturzentren vgl. AUSSENPOLITIK DER DDR, Bd. XXVIII/2 (1980), S. 966–970.

²⁰ Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, informierte am 23. April 1980, die Technischen Tage Frankreichs in der DDR vom 14. bis 18. April 1980 hätten die vom 3. bis 5. April 1979 im Umfang übertroffen: „Der erfolgreiche Abschluß der in der Öffentlichkeit der DDR breit herausgestellten Technischen Tage Frankreichs in der DDR sowie die bevorstehende Unterzeichnung eines zehnjährigen Abkommens zwischen Frankreich und der DDR über die wirtschaftliche, industrielle und technische Kooperation durch Staatssekretär Beil am 24./25. April 1980 in Paris unterstreichen das starke Interesse der DDR an einem weiteren Ausbau der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 350; Referat 210, Bd. 132445.

Für den Wortlaut des Abkommens vom 24. April 1980 vgl. UNTS, Bd. 1215, S. 29–38.

²¹ Vortragender Legationsrat I. Klasse Freiherr von Richthofen vermerkte am 16. September 1980, der Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium, Ewing, habe am 12. September 1980 zu den politischen Konsultationen mit dem Stellvertretenden Außenminister der DDR, Nier, am 8./9. September 1980 in Ost-Berlin informiert, die DDR habe erneut ihr Interesse an der Gewährung der Meistbegünstigung bekundet: „Ihr sei jedoch klar, daß dies so schnell nicht geschehen werde, da die USA zuvor ein Entgegenkommen in Ausreisefragen und bei Entschädigungsregelungen erwartete.“ Vgl. Referat 210, Bd. 132453.

men mit der DDR liege dem Senat zur Ratifizierung vor.²² Es sei aber noch nicht abzusehen, wann diese erfolge. USA habe der DDR im übrigen den Entwurf eines Rahmenabkommens über Kultur und Wissenschaft übermittelt, ohne daß in diesem Bereich nach Unterzeichnung mit spektakulären Entwicklungen zu rechnen sei.²³ Bei den humanitären Fragen zeige sich die DDR zunehmend entgegenkommend.

2.6) Innere Lage der DDR

Wir gaben eine aktuelle Einschätzung der inneren Lage der DDR, die sich in den letzten sechs Monaten nicht wesentlich geändert hat.

2.7) Luftverkehr Schönefeld

Vierergruppe erhielt Mandat, neuen britischen Entwurf für Studie so bald wie möglich zu prüfen und gemeinsame Position zu erarbeiten.

2.8) Flüge von und nach Tegel

Vest erläuterte Antrag der Air Berlin USA auf Genehmigung täglicher Flugverbindungen Berlin–Brüssel. Bullard sagte Prüfung zu. Wir erklärten, daß wir im Interesse einer Intensivierung des Flugverkehrs nach Berlin-Tegel und unter dem Gesichtspunkt verstärkter preisgünstiger Interflug-Angebote von Schönefeld aus die Einrichtung einer täglichen Direktverbindung zwischen Tegel und Brüssel begrüßen würden. Dufourcq deutete französische Bedenken im Hinblick auf Erhaltung des Korridorregimes an. Französische Haltung gehe dahin, Direktflüge von Berlin zu Bestimmungsorten, die nicht im Bundesgebiet oder in Frankreich, Großbritannien bzw. den USA lägen, im Interesse des Korridorregimes möglichst klein zu halten. Frankreich werde den Antrag in diesem Lichte prüfen. Vest sprach sich für die sorgfältige Abwägung aller diesbezüglichen Gesichtspunkte aus.²⁴

²² Für den Wortlaut des Konsularvertrags vom 4. September 1979 zwischen der DDR und den USA vgl. GESETZBLATT DER DDR, 1981, Teil II, S. 2–10.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Freiherr von Richthofen vermerkte am 8. August 1980, der amerikanische Sprecher in der Bonner Vierergruppe habe unterrichtet, „daß der US-Senat das Konsularabkommen USA-DDR am 2. Juli 1980 ohne Gegenstimme ratifiziert habe. Auf der Seite der DDR sei das Abkommen bislang nicht ratifiziert worden.“ Vgl. Referat 210, Bd. 132453.

²³ Vortragender Legationsrat I. Klasse Freiherr von Richthofen vermerkte am 16. September 1980, am 8./9. September 1980 hätten in Ost-Berlin politische Konsultationen zwischen der DDR und den USA stattgefunden, über die der Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium, Ewing, unterrichtet habe: „Die DDR habe im Mai 1979 einen Entwurf für ein Kultur-Abkommen übergeben. Ein amerikanischer Gegenentwurf für ein Rahmen-Abkommen auf diesem Gebiet sei der DDR vor einigen Monaten zugestellt worden. Die DDR habe nunmehr die Absicht bekundet, im November eine Delegation in die USA zu entsenden, die konkrete Verhandlungen führen solle. Der Wunsch werde auf amerikanischer Seite geprüft werden. In den Konsultationen habe man auf freien Zugang für die DDR-Bevölkerung zu einem Kultur-Institut bzw. zu einer Bücherei bestanden. Die DDR habe dies nicht in Abrede gestellt. Der Abschluß eines Abkommens werde aber einige Zeit in Anspruch nehmen.“ Vgl. Referat 210, Bd. 132453.

²⁴ Referat 210 vermerkte im Juni 1980: „Die DDR-Fluggesellschaft Interflug hat vor kurzem einen wöchentlichen Direktflug auf der Strecke Berlin-Schönefeld/Brüssel aufgenommen. Weitere Flüge der Interflug sind laut Pressemeldungen in Feriengebiete Südeuropas (Italien, Griechenland) geplant. Es steht zu befürchten, daß wegen der günstigeren Preisgestaltung der Interflug weiteres Fluggastaufkommen aus Berlin (West) abgezogen wird und nach Schönefeld fließt. Dieses würde die Lebensfähigkeit des Flugverkehrs über Tegel und damit von Berlin (West) insgesamt beeinträchtigen. Die amerikanische Charterfluggesellschaft Air Berlin USA hatte bereits im Januar 1979 bei den alliierten Luftfahrtattachés Verkehrsrechte für Flüge nach Amsterdam, Kopenhagen sowie über Brüssel nach Orlando/Florida beantragt. Die Briten hatten sich lange aus eigenen geschäftlichen Inter-

3) Ministertreffen

3.1) Die Minister billigten ohne Erörterung den Deutschland- und Berlinpassus des NATO-Kommunikés (siehe Anlage) und die Lagebewertung der Vierergruppe zu Berlin.

3.2) Die Studie EG-Berlin wurde ebenfalls ohne Erörterung vorbehaltlich abschließender Zustimmung durch zuständige deutsche Stellen verabschiedet. Vorbereitungen für Implementierungsmaßnahmen sind einzuleiten.

3.3) Die Minister billigten darüber hinaus den Bericht von Vest über das Direktorentreffen hinsichtlich der Beziehungen aller vier zur DDR, der Weiterbehandlung der Luftverkehrsstudie Schönefeld durch die Vierergruppe und der Behandlung des amerikanischen Antrags auf eine tägliche Direktverbindung zwischen Berlin-Tegel und Brüssel durch die alliierten Hauptstädte. In Anbetracht der ausführlichen Darstellung der innerdeutschen Beziehungen auf Direktorenebene verzichteten die Minister auf eine Erörterung dieses Themas. Auf die Frage von AM Muskie, ob mit sowjetischen Störungen in Beantwortung der westlichen Reaktion in Venedig auf die sowjetische Ankündigung eines teilweisen Truppenrückzugs aus Afghanistan²⁵ zu rechnen sei, erklärte BM, er glaube nicht, daß die SU im Augenblick reagieren werde, doch sei auch nicht auszuschließen, daß in der Zukunft eine Situation entstehen könnte, in der die Sowjetunion auf Berlin zurückkomme. Wir sollten daher von uns aus in Berlin nichts bewegen.

[gez.] Blech

Folgt Anlage:

Germany and Berlin Passage in the NATO Communiqué:

Ministers examined developments with regard to Berlin and Germany as a whole since their last meeting in December 1979²⁶. They expressed satisfaction with the working of the Quadripartite Agreement of 3 September 1971²⁷ and agreed that the situation in and around Berlin has continued relatively quiet. They underlined the fundamental importance of an undisturbed climate in

Fortsetzung Fußnote von Seite 999

sen gegen eine Genehmigung für die Air Berlin USA gesträubt. Nunmehr haben auch die Briten die Flüge nach Orlando über Brüssel genehmigt, die Genehmigung der Flüge nach Amsterdam und Kopenhagen steht noch aus. Die Air Berlin USA hat auch einen Antrag auf einen täglichen Direktflug Berlin-Brüssel und zurück gestellt. Auch hier gibt es wieder britischen Widerstand, da die Briten an einer Bedienung der Strecke nach Brüssel und/oder Amsterdam durch ihre Chartergesellschaft Dan-Air interessiert sind. Wir sollten uns in diese inneralliierten Auseinandersetzungen nicht einmischen. Andererseits sind wir im Interesse der Lebensfähigkeit Berlins selbstverständlich daran interessiert, wenn in Zukunft weitere Fluggesellschaften Berlin-Tegel bedienen, wobei es für uns keine Rolle spielt, ob dieses durch amerikanische oder britische Fluggesellschaften geschieht.“ Vgl. Referat 210, Bd. 132472.

²⁵ Zur Ankündigung eines Teilabzugs der sowjetischen Streitkräfte aus Afghanistan vgl. Dok. 185, Anm. 3.

²⁶ Zum Treffen der Außenminister Lord Carrington (Großbritannien), François-Poncet (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik) und Vance (USA) am 12. Dezember 1979 in Brüssel vgl. AAPD 1979, II, Dok. 379 und Dok. 380.

²⁷ Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972 vgl. UNTS, Bd. 880, S. 116–148. Für den deutschen Wortlaut vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73.

Berlin and on the access routes for the maintenance of security and stability in Europe.

Ministers noted with satisfaction the conclusion of the agreements and arrangements between the Federal Republic of Germany and the German Democratic Republic on 30 April 1980. They welcomed the favourable effects which these will have, particularly for Berlin.

In connection with the 25th anniversary of the entry into force of the Bonn and Paris Conventions²⁸ Ministers recalled that these conventions enabled the Federal Republic of Germany to become an equal member of the North Atlantic Alliance²⁹, laid the foundation for its close cooperation, based on mutual trust, with the partners in the Alliance, and contributed thereby to the strength of the Alliance and to the preservation of peace and security in Europe. They took this opportunity to recall also the importance for the improvement of the situation in Europe of the treaties of the Federal Republic of Germany with the Soviet Union, Poland, and Czechoslovakia as well as with the German Democratic Republic. Recalling that these treaties did not affect the rights and responsibilities of the Four Powers relating to Berlin and Germany as a whole, they reaffirmed their support for the political objective of the Federal Republic of Germany to work towards a state of peace in Europe in which the German people regains its unity through free self-determination.

VS-Bd. 14088 (010)

190

Botschafter Pauls, z.Z. Ankara, an das Auswärtige Amt

114-3991/80 VS-vertraulich

Fernschreiben Nr. 811

Cito

Aufgabe: 25. Juni 1980, 22.30 Uhr¹

Ankunft: 26. Juni 1980, 01.53 Uhr

Betr.: Frühjahrs-Ministerkonferenz der NATO in Ankara (25./26.6.)

hier: Verlauf des ersten Konferenztages

Delegationsbericht Nr. 3

I. 1) Im Zentrum der Aussprache standen

- Ost-West-Verhältnis nach Afghanistan,
- Vorbereitung des KSZE-Folgetreffens in Madrid,

²⁸ Für den Wortlaut der Pariser Verträge vom 23. Oktober 1954 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 213–576.

²⁹ Nach der Ratifizierung der Pariser Verträge vom 23. Oktober 1954 wurde die Bundesregierung am 9. Mai 1955 Mitglied der NATO.

¹ Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 27.

Hat Vortragendem Legationsrat Seibert am 26. Juni 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vor-

- Rüstungskontrolle, insbesondere für LRTNF,
- die Krisenbewältigung des Bündnisses (Kritik am Funktionieren der Konsultationsmechanismen).

2) Minister Genscher benutzte den Konferenzrahmen zu wichtigen bilateralen Begegnungen (Muskie², Mitsotakis³, Namibia-Runde⁴, Konsultationen über Nachfolge des EG-Präsidenten⁵). Hierüber wird gesondert unterrichtet.

3) Die Aussprache ergab bemerkenswert breite Übereinstimmung vor allem hinsichtlich folgender Punkte:

- a) Notwendigkeit, mit größerer Geschlossenheit und Entschlossenheit an die Bewältigung der Krisen heranzugehen, welche die 80er Jahre bisher und auf absehbare Zeit charakterisieren.
- b) Notwendigkeit, den Dialog im Ost-West-Verhältnis nicht abreißen zu lassen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1001

tragenden Legationsrat I. Klasse Hofmann „n[ach] R[ückkehr]“ und an die Legationsräte I. Klasse Bolewski, Boden, und Rupprecht verfügte.

Hat Boden und Rupprecht am 26. Juni 1980 vorgelegen.

Hat Bolewski am 27. Juni 1980 vorgelegen.

Hat Hofmann am 30. Juni 1980 vorgelegen.

² Bundesminister Genscher und der amerikanische Außenminister Muskie führten am 26. Juni 1980 ein Gespräch. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 791 des Botschafter Oncken, Ankara, vom 22. Juni 1980; Referat 201, Bd. 120206.

³ Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem griechischen Außenminister Mitsotakis am 25. Juni 1980 in Ankara vgl. Dok. 191.

⁴ Zum Stand der Namibia-Gespräche vgl. Dok. 169.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Vergau teilte Bundesminister Genscher, z. Z. Ankara, am 25. Juni 1980 mit, die Bundesregierung müsse „deutlich machen, daß wir nicht bereit sind, zur laufenden Verfestigung der verfassungsmäßigen Strukturen für eine interne Lösung in Namibia zu schweigen. Die Bildung einer ‚Nationalversammlung‘ und die bevorstehende Einsetzung eines ‚Minister-rats‘ in Namibia zum 1. Juli (aber unter DTA-Kontrolle) machen eine deutliche Distanzierung der Fünf – z. B. in Form einer gemeinsamen Erklärung – im Interesse ihrer Glaubwürdigkeit unab- weislich. Wir können nicht ausschließen, daß auch hier die Briten mit dem Hinweis, daß eine interne Lösung ähnlich wie in Rhodesien eine geeignete Zwischenlösung für die eigentliche international akzeptable Namibia-Lösung darstellen könne, eine weichere Linie verfolgen und eine Hinnahme empfehlen werden. Dem sollten wir uns wegen der zu erwartenden Nachteile für unser afrika- politisches und D[ritte]W[elt]-Konzept nachdrücklich widersetzen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 3348; Referat 010, Bd. 178820.

Ministerialdirektor Blech, z. Z. Ankara, informierte am 26. Juni 1980, Genscher habe am selben Tag mit den Außenministern Lord Carrington (Großbritannien), François-Poncet (Frankreich), MacGuigan (Kanada) und Muskie (USA) das weitere Vorgehen erörtert: „Die meisten der AM hielten es für notwendig, Konferenzgedanken vor einer Festlegung weiterzuprüfen. Von diesen zogen einige aus der Tatsache, daß das Für und Wider einer Allparteienkonferenz nicht so bald abschließend zu bewerten ist, den Schluß, daß wegen der Schnelligkeit der Unterstützung Waldheims (über deren Notwendigkeit Übereinstimmung bestand) bei dem zu unternehmenden Schritt, von jeder Äußerung zum Konferenzgedanken, sei sie positiv oder negativ, abgesehen werden sollte.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 813; Referat 320, Bd. 125277.

⁵ Botschaftsrat Krug, Luxemburg, teilte am 22. Juni 1980 mit: „Luxemburgisches Außenministerium hat mich heute nachmittag telefonisch informiert, daß Benelux-Staaten beschlossen haben, Außenminister Thorn gemeinsam als einzigen Kandidaten für das Amt des EG-Kommissionspräsidenten als Nachfolger von Roy Jenkins vorzuschlagen. Einigung wurde nach intensiven persönlichen Bemühungen luxemburgischen Ministerpräsidenten Pierre Werner in Gesprächen mit belgischer und niederländischer Seite erzielt. Außenminister Thorn bittet Bundesregierung um Unterstützung seiner Kandidatur, wobei ihm besonders daran gelegen ist, daß seine Nominierung durch alle EG-Mitgliedstaaten einstimmig erfolge.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 147; Referat 010, Bd. 178821.

(In diesem Zusammenhang wurde Besuch des Bundeskanzlers in Moskau⁶ allseits begrüßt.)

c) Bestehen auf vollständigem Rückzug sowjetischer Streitkräfte aus Afghanistan.⁷

d) Notwendigkeit, den Ost-Süd-Charakter des Afghanistan-Konflikts stärker herauszustellen und zur Stabilisierung (und Neuorientierung) der blockfreien Staaten – Frontstellung gegen weitere sowjetische Expansion in der Dritten Welt – durch politische und wirtschaftliche Maßnahmen beizutragen.

e) Bereitschaft, KSZE-Folgetreffen zum vorgesehenen Zeitpunkt zu beschicken und dort – unter Vorbehalt der Überprüfung unter Berücksichtigung dann herrschender Verhältnisse – den französischen Vorschlag einer europäischen Abrüstungskonferenz⁸ weiterzuverfolgen.

f) Bereitschaft, in Madrid konstruktiv mitzuarbeiten, vorausgesetzt, daß der Osten entsprechend handelt und ausgewogene Fortschritte in allen drei Körben ermöglicht.

g) Entschlossenheit, auf Ausdehnung des Geltungsbereichs für CBM bis zum Ural zu dringen.

h) Bekräftigung des Doppelbeschlusses vom 12.12.1979 unter Betonung der Notwendigkeit, beide Beschlüsse integral zu implementieren, um so die Chancen sowjetischer Verhandlungsbereitschaft zu erhöhen.

i) Wunsch nach baldiger Ratifizierung von SALT II⁹.

Sämtliche dieser Punkte dürften sich im Abschlußkommuniqué¹⁰ niederschlagen, dessen Verabschiedung am 26.6. vorgesehen ist.

4) Als von besonderem Gewicht wurden die Ausführungen von Minister Genscher (vgl. II 4) und Secretary Muskie (vgl. II 16) empfunden.

II. Im einzelnen ist berichtenswert:

1) Dänischer AM Olesen legte Akzent insgesamt auf Notwendigkeit, bestehende Krisen durch politische und wirtschaftliche, weniger mit militärischen Maßnahmen zu bewältigen. Dabei solle nicht an Bestrafung der Sowjetunion gedacht werden. Dieser Haltung entsprechend bat Olesen darum, sich nicht übermäßig auf das Ziel einer dreiprozentigen realen Steigerung der Verteidigungsaufwendungen¹¹ zu fixieren (das DK bekanntlich verfehlt). Als sicherheitspolitisch relevante Aufwendung sei auch der prozentuale Anteil der Entwicklungshilfe am Budget zu berücksichtigen.

2) Griechischer AM Mitsotakis hielt es für möglich, ja wahrscheinlich, daß die SU den Westen erneut mit Aggressionen überraschen werde, evtl. auch auf

⁶ Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher hielten sich am 30. Juni und 1. Juli 1980 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 192–195.

⁷ Zur Ankündigung eines Teilabzugs der sowjetischen Streitkräfte aus Afghanistan vgl. Dok. 185, Anm. 3.

⁸ Zum französischen Vorschlag einer Konferenz für Abrüstung in Europa vgl. Dok. 100.

⁹ Zum Stand des Ratifizierungsverfahrens des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 im amerikanischen Senat vgl. Dok. 59.

¹⁰ Für den Wortlaut vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 138–145. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN 1980, S. 645–649.

¹¹ Vgl. dazu die „Ministerial Guidance 1977“ der NATO vom 17./18. Mai 1977; Dok. 1, Anm. 8.

dem Balkan. Dem könne nur dadurch entgegengewirkt werden, daß der Westen sich besser auf solche Überraschungen einstelle und ihren Preis so hoch schraube, daß er für Moskau in keinem akzeptablen Verhältnis zum möglichen Gewinn stehe.

Gleichwohl müsse das Bemühen um echte Entspannung weitergehen. Es sei fraglich, ob die Abhaltung des Madrider Folgetreffens der Entspannung mehr nütze als schade. Gegenwärtig neige man dazu, zum vorgesehenen Zeitpunkt nach Madrid zu gehen, doch sei die Frage im Verlauf des Herbstes evtl. zu überprüfen, falls sich die Situation in und um Afghanistan noch verschlechtere. Fraglich sei es auch, ob man in Madrid auf jeden Fortschritt verzichten solle, wenn es – wie vorherzusehen – nicht in allen drei Körben zu Fortschritten komme.

Abschließend deutete M. in vager Form Fortbestehen des griechischen Interesses an Reintegration in militärische NATO-Struktur an.¹²

3) Italienischer AM Colombo informierte über Treffen des ER¹³ und Wirtschaftsgipfels in Venedig¹⁴. Dabei ging er näher nur auf Nahost-Erklärung¹⁵ ein, indem er Notwendigkeit unterstrich, auch die unveräußerlichen Rechte der Palästinenser anzuerkennen. Hinsichtlich KSZE forderte C. Ausdehnung verifizierbarer CBM auf ganz Europa und warnte vor Aufsplitterung des KSZE-Prozesses im KAE-Zusammenhang.

4) Minister Genscher würdigte die bemerkenswerte Übereinstimmung der Teilnehmer am Wirtschaftsgipfel und äußerte Hoffnung, daß NATO-Konferenz in Ankara ebenso bedeutende Signale westlicher Handlungsfähigkeit setzen würde. Auf Berichte über angebliche Zwietracht im Bündnis anspielend, stellte BM fest, daß es für das Bündnis keinen Anlaß zu selbstquälerischer Betrachtung gebe. Für unsere Bevölkerung, den Osten und die Dritte Welt sei es gleichermaßen wichtig, daß die tatsächliche Entschlossenheit des Bündnisses richtig eingeschätzt, d. h. auch nicht unterschätzt werde.

¹² Zu den Bemühungen um eine Wiedereingliederung Griechenlands in die militärische Struktur der NATO vgl. Dok. 71, Anm. 39.

Nach dem Amtsantritt von Ministerpräsident Rallis am 10. Mai 1980 berichtete Oberst i. G. Hohlweck, Athen, am 22. Mai 1980, Rallis habe am Vortag im griechischen Parlament eine Regierungserklärung abgegeben: „In der Frage der Reintegration in die NATO spricht Rallis mehrdeutig von einem Sonderstatus (special relationship), der sowohl die nationale Verfügungsgewalt über die Streitkräfte wahren als auch im Kriegsfall volle Sicherheit garantieren soll.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 400; Referat 201, Bd. 120181.

Am 23. Mai 1980 teilte Hohlweck mit: „Der Regierungserklärung von MP Rallis vom 21.5. hat der Führer der oppositionellen PASOK, Andreas Papandreu, am 22.5. vor dem Parlament eine scharfe Absage erteilt. [...] Die Bemühungen um eine Rückkehr zur militärischen Integration in die NATO seien unverständlich, da die Verhältnisse, unter deren Zwang seinerzeit der Auszug erfolgte, unverändert seien.“ Hohlweck urteilte: „Mit dem unnachgiebigen Beharren auf extremen Positionen [...] entspricht die PASOK den Gefühlen breiter Schichten in der öffentlichen Meinung. Durch die geschickte Ausnutzung latenter Emotionen übernimmt sie mit ihrer Argumentation die Rolle eines ‚Wahrers nationaler Interessen‘. Dadurch wird die Regierung Rallis gezwungen, in ihren Stellungnahmen (ursprünglich unbeabsichtigt) ebenfalls eine härtere Linie zu vertreten, die auch eine Annäherung in der Reintegrationsfrage erschwert.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 402; Referat 201, Bd. 120181.

¹³ Zur Tagung des Europäischen Rats am 12./13. Juni 1980 in Venedig vgl. Dok. 177 und Dok. 178.

¹⁴ Zum Weltwirtschaftsgipfel am 22./23. Juni 1980 vgl. Dok. 184 und Dok. 185.

¹⁵ Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats vom 12./13. Juni 1980 in Venedig über den Nahen Osten vgl. BULLETIN DER EG 6/1980, S. 10 f. Vgl. dazu auch Dok. 177.

Aufgabe der Allianz sei weiterhin, Sicherheit durch Gleichgewicht – und zwar auf möglichst niedrigem Niveau – zu gewährleisten. Es dürfe keinerlei Zweifel an unserer Entschlossenheit bestehen, dies durch Nachrüstung zu tun, soweit Gleichgewicht nicht durch Rüstungskontrolle zu erreichen sei. Wer Verhandlungen über LRTNF wünsche, müsse es ernst mit dem Nachrüstungsbeschluß meinen. Solange die SU auch nur die geringste Hoffnung darauf habe, daß wir die Nachrüstung überdenken oder verzögern könnten, werde es nicht zu Verhandlungen kommen. Andererseits werde die SU an dem Tage am Verhandlungstisch erscheinen, an dem sie durch westliche Geschlossenheit zu der Überzeugung gekommen sei, daß wir unsere Modernisierung durchführen.

In Madrid gelte es, allen drei Körben gleiche Aufmerksamkeit zu widmen und zu verhindern, daß die SU dort die Szene mit einer propagandistischen Abrüstungsdiskussion beherrsche. Deshalb müsse der Westen auch in Madrid auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle die Initiative behalten. Das Bündnis habe dafür bereits das breitest angelegte Verhandlungsangebot der letzten zehn bis zwanzig Jahre vorgelegt. Es sei möglich, in Madrid das Mandat für eine KAE gemäß französischer Grundkonzeption mit Geltungsbereich für ganz Europa zu verabschieden. Letzteres müsse allerdings feste Bedingung bleiben. Für die Abhaltung einer KAE spreche nach Afghanistan noch mehr als zuvor. Mit einer solchen Position habe der Westen auch einen guten Stand gegenüber der Weltöffentlichkeit. Lehre aus Afghanistan sei, daß die SU die Absicht und Fähigkeit habe, ihren Machtbereich dort auszudehnen, wo das Risiko ihr gering erscheine. Deshalb habe die wirtschaftliche Stabilisierung von Staaten der Dritten Welt sicherheitspolitische Bedeutung. Wichtiger denn je sei jetzt die Zusammenarbeit mit den echten Blockfreien, die – wie Jugoslawien – verhindert hätten, daß die Blockfreien-Bewegung zu einer anti-westlichen geworden sei.

Der Lösung des Simbabwe-Problems¹⁶ müsse jetzt unter Ausnutzung des davon ausgelösten Momentum eine Lösung des Namibia-Problems folgen.

Hinsichtlich Afghanistans sei in der Erklärung des Wirtschaftsgipfels¹⁷ besonders wichtig, daß auf vollem Abzug der Sowjets bestanden worden sei. Ob dort 100 000 oder nur 90 000 Sowjets stationiert seien, sei nicht relevant. Bedeutsam sei die Unterstützung der Bemühungen der Islamischen Konferenz und ihres Dreierausschusses¹⁸, damit herausgestellt bleibe, daß Afghanistan auch und vornehmlich ein Ost-Süd-Konflikt sei. Dies eröffne überhaupt die Chance, daß die Blockfreien eine neue Frontstellung beziehen, nämlich gegen östliche Aggressionen und weniger anti-westlich.

Bezüglich bevorstehender Moskau-Reise begrüßte BM grundsätzlich jede westliche Initiative zur Aufrechterhaltung des Ost-West-Dialogs, wie er durch Mus-

¹⁶ Simbabwe wurde am 18. April 1980 formell in die Unabhängigkeit entlassen.

¹⁷ Für den Wortlaut der Erklärung der am Weltwirtschaftsgipfel am 22./23. Juni 1980 in Venedig teilnehmenden Staats- und Regierungschefs zu politischen Themen vgl. BULLETIN 1980, S. 633 f.

¹⁸ Zur Konferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz vom 17. bis 22. Mai 1980 in Islamabad und zur Bildung eines Dreierausschusses für Afghanistan vgl. Dok. 148, Anm. 7.

Zur Konferenz des Dreierausschusses mit Vertretern der afghanischen Widerstandsgruppen am 20./21. Juni 1980 in Genf vgl. Dok. 183, Anm. 9.

kie in Wien¹⁹ sowie Giscard d'Estaing in Warschau²⁰ geführt worden sei. Auch wir sähen unsere Aufgabe in Moskau darin, den Sowjets die gemeinsame Haltung des Bündnisses sowie seine gemeinsamen Entscheidungen darzulegen, um jeden Zweifel daran auszuschließen, man könne die BR Deutschland aus dem Bündnis herausbrechen. Abschließend appellierte BM dringend an Partner, größtmögliche Geschlossenheit und Entschlossenheit zu zeigen. Einzig davon hänge ab, ob wir die schwierigen 80er Jahre in Frieden bestehen werden und auch denjenigen eine Hoffnung der Freiheit erhalten können, die nicht in ihrem Besitz sind. Er „sage dies als einer, der einen Staat vertritt, der nur einen Teil der eigenen Nation umfaßt“ (Wortlaut Beitrag BM vgl. Delegationsbericht Nr. 4/gesonderter Verteiler²¹).

5) Britischer AM Lord Carrington meinte, Minister Genscher habe die Position der Allianz ideal umrissen. Das Bündnis gehe schwereren Zeiten entgegen. Moskau sei weniger berechenbar geworden. Die Allianz sei nicht in echten Schwierigkeiten. Anderer Eindruck sei entstanden, weil einzelne Partner unterschiedliche „time-tables“ innenpolitischer Art hätten und sich in unterschiedlichen Lagen befänden. Die geforderte Entschlossenheit müsse sich allerdings in Aktionen niederschlagen, z. B.

- tatsächliche Erfüllung des dreiprozentigen Zieles,
- kein Infragestellen des Doppelbeschlusses vom Dezember,
- Bestehen auf vollem Rückzug der Sowjets aus Afghanistan.

Lord Carrington warnte vor unzeitigen Initiativen hinsichtlich Namibias. Dies könne allzu leicht kontraproduktiv sein. Grundsätzlich auf Rüstungskontrollpolitik eingehend, stellte er fest: „Arms-control is much more about security than about détente.“ Rüstungskontrolle sei kein Selbstzweck, sondern daran zu messen, ob sie die Sicherheit des Westens verbessere. Um aber derart orientierte Rüstungskontrolle hartnäckig und mit langem Atem zu verfolgen, müsse in der Öffentlichkeit manche zu optimistische Erwartung gedämpft werden. Die Sowjets beuteten rücksichtslos jede illusionistische Tendenz in der Öffentlichkeit aus.

In Madrid werde sich der Westen einer sowjetischen Propaganda-Offensive ausgesetzt sehen. Der französische KAE-Vorschlag sei eine konstruktive Methode, dem zu begegnen. Das westliche Hauptinteresse sei die Erstreckung von CBM auf ganz Europa.

6) Belgischer AM Nothomb ging ausschließlich auf die LRTNF-Modernisierung ein (vgl. Del.-Bericht Nr. 2/gesonderter Verteiler²²). Die sowjetische Bedrohung

¹⁹ Korrigiert aus: „Belgrad.“

Zum Gespräch des amerikanischen Außenministers Muskie mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 16. Mai 1980 in Wien vgl. Dok. 145, Anm. 15, und Dok. 149, Anm. 11.

²⁰ Zum Gespräch des Staatspräsidenten Giscard d'Estaing mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, und dem Ersten Sekretär des ZK der PVAP, Gierek, am 19. Mai 1980 in Warschau vgl. Dok. 154 und Dok. 159.

²¹ Botschafter Ruth, z. Z. Ankara, übermittelte am 25. Juni 1980 die Rede des Bundesministers Genscher bei der NATO-Ministerratstagung am selben Tag. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 809 und Nr. 810; Referat 201, Bd. 120206.

²² Botschafter Ruth, z. Z. Ankara, übermittelte am 25. Juni 1980 die Rede des belgischen Außenministers Nothomb bei der NATO-Ministerratstagung am selben Tag. Dazu teilte er mit: „Im belgischen

im Mittelstreckenbereich stelle eine „selektive Bedrohung“ des Westens dar. Belgien ziehe Lösung des Problems durch Verhandlungen der Nachrüstung grundsätzlich vor, stehe jedoch zur Entscheidung vom 12.12.1979.²³ Die durch die Regierungskrise²⁴ verzögerte Entscheidung Belgiens über Beitritt zum LRTNF-Programm und der Stationierung auch in Belgien werde alsbald getroffen, sobald die dafür erforderlichen Kontakte abgewickelt wurden. Die Ergebnisse der Moskaureise von BK Schmidt würden maßgeblichen Einfluß²⁵ auf belgische Entscheidung haben.

7) Isländischer AM Jóhannesson sprach sich als einziger Minister für Minister-Ebene des Madrider Folgetreffens wenigstens in Eingangsphase aus.

8) Französischer AM François-Poncet schloß sich Erklärungen von D und UK an. Seine ursprünglich positivere Stellungnahme zur Ankündigung sowjetischer Truppenverminderungen in Afghanistan qualifizierte er wie folgt: Sie seien wichtig, wenn sie umfangreich, von Dauer und Beginn eines vollständigen Rückzugs seien.

Afghanistan sei nicht so wie von Moskau erwartet verlaufen. Es habe eine neue Front – Ost-Süd – aufgeworfen und damit eine neue Etappe in der Geschichte der Dekolonisierung eingeläutet.

Hinsichtlich Abhaltung Folgetreffens Madrid²⁶ habe sich F der „wahrscheinlich richtigen“ Haltung der anderen Partner angeschlossen. Risiko bleibe, daß Madrid ein Propagandaforum werde. Das KAE-Projekt habe deshalb nachträglich neue Rechtfertigung erhalten. Auch Notwendigkeit der Ausdehnung des Geltungsbereichs für CBM bis zum Ural sei durch Afghanistan noch unterstrichen worden.

²⁷Auf Vorwürfe mangelnder Abstimmung eingehend, erklärte François-Poncet, Allianz bedeute nicht Uniformität. Ein Minimum an Diversität im Bündnis erhöhe seine Wirksamkeit. Beispiel sei die Nahost-Erklärung der Neun.

9) Norwegischer AM Frydenlund urteilte, Moskau werde die Bilanz des Afghanistan-Unternehmens wahrscheinlich als negativ empfinden.

Im Bündnis habe es während der Afghanistan-Krise nur Unterschiede nach Stil und Akzent gegeben. Man solle sich hüten, künstlich das Gerede von einer internen Bündniskrise zu nähren.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1006

Entscheidungsprozeß kommt dem Verlauf der Reise des Bundeskanzlers und BM nach Moskau eine zentrale Bedeutung zu. Der belgische AM hat in seiner Rede ausdrücklich die bereits laufenden Kontakte erwähnt und die deutsch-belgische Übereinstimmung darüber betont, nach Beendigung des Moskau-Besuchs unverzüglich unterrichtet zu werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 805; VS-Bd. 10329 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

²³ Zur belgischen Haltung zur Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 174.

²⁴ Zum Rücktritt von Ministerpräsident Martens am 9. April 1980 vgl. Dok. 102, Anm. 15. Zur Regierungsbildung unter Martens am 18. Mai 1980 vgl. Dok. 145, Anm. 20.

²⁵ Die Wörter „maßgeblichen Einfluß“ wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Aber wohl nicht abschließenden Einfluß!“

²⁶ Vgl. dazu die französischen Überlegungen, die für November 1980 geplante KSZE-Folgekonferenz in Madrid zu verschieben; Dok. 73, Anm. 4.

²⁷ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 812 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

Es fiel auf, daß F im Gegensatz zu seiner Einlassung auf gemeinsamer Konferenz von Außen- und Verteidigungsministern (13./14.5.)²⁸ die Idee eines LRTNF-Freeze nicht mehr befürwortete.

10) Kanadischer AM MacGuigan unterzog das Verhalten der Bündnispartner seit Afghanistan einer nüchternen, strengen Kritik. Das Krisenmanagement habe mangelhaft funktioniert. Vor allem, weil häufig nicht oder verspätet konsultiert worden sei. Es habe nicht an den Konsultationsmechanismen, sondern am Willen zu ihrer Nutzung gefehlt. Dadurch seien wichtige interne Meinungsverschiedenheiten publik geworden und von der SU rücksichtslos ausgenutzt worden. Als Beispiel hob M. hervor, daß die EG-Vorschläge zur Lösung des Afghanistan-Problems²⁹ nicht vorher in der NATO konsultiert worden waren.

Madrid gebe dem Bündnis eine Chance, sich zu rehabilitieren. Skepsis, ob es gelinge, dort mit einer Stimme zu sprechen, sei angebracht. Zumindest müsse das Bündnis sich darin einig sein, erst während der Weihnachtspause des Folgetreffens gemeinsam zu entscheiden, ob die Umstände es angezeigt sein lassen, mit der Entspannungspolitik so wie bisher fortzufahren und daran festzuhalten, daß es zu ihr keine Alternative gebe.

Auch dem KAE-Projekt stimme Kanada mit ähnlichem Vorbehalt zu: Ein gemeinsam erarbeiteter Vorschlag könne in Madrid eingebracht werden. Die Bedingungen und das Mandat dafür dürften in Madrid jedoch nur mit Konsens aller NATO-Partner ergänzt bzw. abgeändert werden.

Es sei realistisch, von Madrid eine Bekräftigung des Menschenrechts-Artikels und derjenigen Prinzipien aus Korb I³⁰ zu erwarten, welche die zwischenstaatlichen Beziehungen betreffen.

11) Türkischer AM Erkmen unterrichtete über das Treffen der Islamischen Konferenz. Seinem Eindruck nach würden westliche Initiativen zur Lösung von Problemen der Dritten Welt in diesem Kreis zunächst generell mit Mißtrauen aufgenommen. Besondere Hemmungen beständen, sich positiv auf Vorschläge einer Supermacht einzulassen. Die Türkei habe in diesem Zusammenhang eine wichtige Funktion auf der Konferenz erfüllt. Bezüglich des Nahost-Problems bedürfe es jetzt eines neuen, einfallsreichen Herangehens. Auf Afghanistan eingehend, stimmte E. ausdrücklich der Aufforderung seines griechischen Kollegen zu, jetzt die Reihen im Bündnis – vor allem an der Südflanke – enger zu schließen.

An KSZE-Prozeß müsse festgehalten werden, da er einen Stabilitätsfaktor im Ost-West-Verhältnis darstelle. Die KAE-Idee sei schon als notwendiger Gegenvorschlag zur entsprechenden WP-Initiative³¹ notwendig.

²⁸ Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO in Brüssel, an der am 14. Mai 1980 auch die Außenminister teilnahmen, vgl. Dok. 145.

²⁹ Vgl. dazu die Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vom 19. Februar 1980; BULLETIN DER EG 2/1980, S. 88 f. Vgl. dazu auch Dok. 57.

³⁰ Für den Wortlaut von Korb I der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 914–924.

³¹ Zu den Vorschlägen des Komitees der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten bei der Tagung am 14./15. Mai 1979 in Budapest vgl. Dok. 1, Anm. 28.

Zum Vorschlag des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, Gierek, vom 11. Februar 1980 für eine Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 55, Anm. 39.

Zu den Vorschlägen des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts bei der Tagung am 14./15. Mai 1980 in Warschau vgl. Dok. 150, Anm. 5.

12) Niederländischer AM van der Klaauw sowjetisches Vorgehen in Afghanistan einerseits als Fortsetzung traditionellen Expansionsdrangs, andererseits als qualitative Änderung und Wasserscheide im Ost-West-Verhältnis.³² Das exzessive sowjetische Aufrüsten belaste die Entspannungspolitik mit neuen Gefahren und Unsicherheiten. Zweifellos werde BK Schmidt in Moskau vollständigen Rückzug sowjetischer Streitkräfte aus Afghanistan verlangen. Dies sei zu begrüßen. Madrid hätte ohnedies in einer frostigen Atmosphäre stattfinden müssen, da östliche Staaten im dritten Korb³³ erhebliche Implementierungsdefizite aufzuweisen hätten. Wenn im Zeitpunkt von Madrid die Bedingungen besser seien als jetzt, seien die NL bereit, weiter zu gehen. Wenn nicht, seien NL nicht geneigt, neuen Vorschlägen oder Vereinbarungen zuzustimmen. Dieser Vorbehalt beziehe sich allerdings nicht auf das KAE-Projekt. Dem zuzustimmen sei als Reaktion auf die zu erwartende sowjetische Propaganda-Initiative im Sicherheitsbereich jedenfalls notwendig.

Die Vorschläge des Bündnisses zu Verhandlungen über LRTNF bezeichnete van der Klaauw als vital. Die sowjetische Weigerung, ohne Vorbedingungen darauf einzugehen, vertrage sich schlecht mit verbalen Bekundungen von Friedensliebe und Abrüstungsbereitschaft.

Auch er kritisierte das Krisenmanagement des Bündnisses und fragte, ob nicht alles besser gelaufen wäre, wenn der Generalsekretär umgehend nach Bekanntwerden des Überfalls auf Afghanistan eine Sonderministerkonferenz einberufen hätte.

13) Portugiesischer AM de Azevedo Coutinho meinte, Afghanistan habe immerhin den traurigen Vorteil, die NATO gezwungen zu haben, die Ost-West-Beziehungen nüchterner zu betrachten. Dabei habe sie zum Glück wiederentdeckt, daß Entspannung eine funktionierende Abschreckung und Bündniskohäsion elementar voraussetze.

Fortschritte im KSZE-Bereich setzten Vertrauen voraus. Davon gebe es weniger denn je. Um so wichtiger sei es, mit Geschlossenheit nach Madrid zu gehen. Einem Mandat für eine KAE sei Portugal bereit zuzustimmen, wenn – aber auch nur wenn – im gegebenen Zeitpunkt die dafür erforderlichen Bedingungen vorlägen.

14) Scheidender MC-Vorsitzender, General Gundersen, unterrichtete darüber, daß NATO-Stäben am 24.6. noch keine Erkenntnisse über Verminderung sowjetischer Truppen in Afghanistan vorgelegen hätten. Überhaupt müsse berücksichtigt werden, daß Sowjetisch-Turkestan zum „overall theatre“ gehöre. Ständiger Austausch von Einheiten zwischen Turkestan und Afghanistan sei Praxis. Möglicherweise ziehe SU einige für Kriegsführung in Afghanistan nicht nützliche Einheiten (Panzer) zurück. G. erinnerte daran, daß der IMS die „roten Daten“ für MBFR seit 1978 nicht fortgeschrieben habe.³⁴ IMS erwarte da-

³² So in der Vorlage.

³³ Für den Wortlaut des Abschnitts „Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen“ (Korb III) der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 946–964.

³⁴ Am 15. März 1978 tauschten die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO- und Warschauer-Pakt-Staaten Landstreitkräftedaten aus. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 78.

Die Daten für die Luftstreitkräfte wurden am 4. April 1978 ausgetauscht. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 98.

für Mandat des NATO-Rats, zumal soeben in Wien neue Daten ausgetauscht worden seien.³⁵ Vorsorglich habe er eine „intelligence conference“ für Oktober einberufen.

15) Luxemburgischer AM Thorn mutmaßte, hinter der Ankündigung sowjetischer Rückzüge aus Afghanistan könne sich der gleiche Trick verbergen wie bei Breschnews Zusage von Rückzügen aus der DDR.³⁶ Auch dort habe man wohl statt zu vermindern umstrukturiert und dabei den Gesamtumfang der Streitkräfte trotz Abzugs von Einheiten insgesamt nach Mannschaften, Artillerie und Kampfpanzern erhöht. Es sei eines, nach außen Schwierigkeiten des Bündnisses zu leugnen, ein anderes, sich selbst vorzuspiegeln, daß es keine in jüngerer Zeit bedauerlichen Mängel bei der Handhabung der Konsultationen gegeben habe.

Es sei essentiell, das Kräfteverhältnis zum Osten zu erhalten bzw. wiederherzustellen. Eine andere Sprache verstehe die Sowjetunion nicht. Anders sei sie nicht an den Verhandlungstisch (für LRTNF) zu bringen. Falls die Bündnispartner nicht minutiös vorbereitet und zueinander loyal nach Madrid gingen, sei kaum zu vermeiden, daß Moskau, der Aggressor, dort mit einigem Erfolg die Rolle des Friedensfürsten in Europa spiele.

16) Mit einer von Luns als „key-note address“ bezeichneten, extemporierten, 42minütigen Ansprache von großer moralischer Kraft schilderte Muskie die Situation der USA als Supermacht in der heutigen Krisensituation. Wie Washington diese Rolle ausfüllen werde, sei für die Lebensqualität aller Länder der Welt mit entscheidend. Die USA seien gewohnt, daß man sie dränge, Führerverantwortung zu übernehmen, aber dann für Ausübung dieser Rolle kritisiere. Die amerikanische NATO-Politik bedürfe der Unterstützung der öffentlichen Meinung in den USA. Dabei habe es „Gipfel der Unterstützung und Talsohlen der Enttäuschung“ gegeben. Gegenwärtig befinde man sich nahe an der Talsohle. Die Regierung wisse, daß das Bündnis in mancher Hinsicht eine bessere Figur als früher mache. Die Öffentlichkeit sehe dies anders.

Es wäre jedoch ein großer Irrtum, wenn die Europäer glaubten, daß es zwischen amerikanischer Regierung und amerikanischem Volk hinsichtlich der notwendigen Reaktionen auf Afghanistan und Iran Meinungsverschiedenheiten gebe. Selten sei die Nation – zumal in einem Wahljahr³⁷ – so geschlossen gewesen. Symptomatisch sei die mit 96 zu 0 Stimmen am 24.6. im Senat verabschiedete Afghanistan-Resolution gewesen.³⁸

Im NATO-Rat habe sich heute sehr viel Übereinstimmung gezeigt. Die Frage bleibe jedoch auf dem Tisch, welche neuen Bürden die NATO-Partner bereit seien, als Konsequenz aus Afghanistan auf sich zu nehmen. Die USA würden voraussichtlich in den nächsten fünf Jahren die ungeheure Summe von 1,25 Billionen Dollar (nach amerikanischer Zählweise: Trillionen) für Verteidigung auf-

³⁵ Zum Austausch aktualisierter Streitkräftedaten im Rahmen der MBFR-Verhandlungen am 17. Juni 1980 vgl. Dok. 197.

³⁶ Zum Teilabzug sowjetischer Streitkräfte aus der DDR vgl. Dok. 114, Anm. 6.

³⁷ Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

³⁸ Für den Wortlaut der Resolution Nr. 472 des amerikanischen Senats vgl. CONGRESSIONAL RECORD, Bd. 126, S. 8034.

wenden. Allein die Vorkehrungen für militärische Präsenz am Golf belasten den Verteidigungshaushalt eines Jahres um rund eine Milliarde Dollar zusätzlich. Auch der Olympia-Boykott³⁹ und das Weizen-Embargo⁴⁰ seien den USA nicht etwa leichter gefallen, als entsprechende Handlungen den Europäern gefallen wären. All diese Lasten übernehmen die USA vorrangig auch im Interesse der Europäer. Die Europäer verurteilten zwar das sowjetische Vorgehen. Doch was unternähmen sie? Es sei nicht verwunderlich, daß unter diesen Umständen von Zwigigkeit in der Allianz gesprochen werde und bereits die Rede von einer Wiederbelebung des Mansfield-Amendments⁴¹ gewesen sei.

Washington wolle keinen Rüstungswettlauf. Wenn jedoch Moskau befürchten müsse, sich als Folge von Afghanistan einem solchen Wettlauf stellen zu müssen, werde dies das Hauptmotiv für seine evtl. Bereitschaft sein, sich zurückzuziehen.

Die SALT-II-Ratifizierung habe vor Afghanistan eine „fighting chance“ gehabt. Das amerikanische Volk sei dem SALT-Prozeß verpflichtet. Es gehe beim Disput daher nur um einzelne Bestimmungen des Vertrags. Jetzt stünden der Ratifizierung nicht nur das sowjetische Verhalten, sondern der „Kalender“ entgegen. Wenn die Ratifizierung nicht bis Frühjahr 1981 erfolge, sei SALT II bekanntlich in mehrerer Hinsicht nicht mehr implementierbar.

Das integrale Festhalten am Doppelbeschluß bezüglich LRTNF bezeichnete Muskie als wesentlich für die Chancen der SALT-Ratifizierung.

Bezüglich der Nahost-Initiativen der Neun zeigte Muskie Verständnis. Ihr Einfluß könne in einem bestimmten Zeitpunkt wesentlich werden. Derzeit sei jedoch mit Resolutionen nichts auszurichten, sondern nur mit hartem, zähem Verhandeln. Nach Sachlage könnten sich die Ägypter und Israelis im Rahmen von Camp David nicht mehr davor drücken, die „essentials“ der Autonomie der Palästinenser⁴² anzupacken.

Zu Iran meinte Muskie, es sei ungewiß, wann die innenpolitische Situation in den USA wieder explosiv werden könne. Man müsse eine „Umwelt“ schaffen,

³⁹ Zur Entscheidung des amerikanischen Nationalen Olympischen Komitees vom 13. April 1980 vgl. Dok. 116, Anm. 5.

⁴⁰ Zur Einschränkung von Getreidelieferungen in die UdSSR vgl. Dok. 10, Anm. 23.

⁴¹ Senator Mansfield brachte am 31. August 1966 erstmals eine Resolution im amerikanischen Senat ein, in der eine Reduzierung der in Europa stationierten amerikanischen Truppen verlangt wurde. Für den Wortlaut vgl. CONGRESSIONAL RECORD, Bd. 112, Teil 16, S. 21442, bzw. CONGRESSIONAL RECORD, Bd. 115, Teil 27, S. 36149.

In den folgenden Jahren wiederholte Mansfield regelmäßig seine Forderung. 1975 wurde in der Presse berichtet, daß der Senator erstmals seit 1966 eine Entschließung zur Reduzierung der amerikanischen Streitkräfte in Europa einbringen werde. Vgl. dazu den Artikel „Stimmung gegen Isolationismus wächst im amerikanischen Kongreß“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 9. Mai 1975, S. 1.

Gesandter Dannenbring, Washington, berichtete am 24. Juni 1980, es gebe „inzwischen konkretere Anzeichen dafür, daß einzelne Senatoren an eine Wiederbelebung des Mansfield Amendment denken“. Dannenbring äußerte dazu: „Die hier sichtbar werdenden Tendenzen bedeuten nach Auffassung der Botschaft nicht, daß Anträge auf Verminderung der US-Streitkräfte in Europa in absehbarer Zeit ernsthaft Aussichten auf Erfolg hätten. Hiermit wird jedoch die Stimmung in Washington bestätigt, die von den europäischen Verbündeten erheblich größere Beiträge zur Verteidigung des Westens fordert.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 1753; Referat 221, Bd. 116938.

⁴² Zu den Gesprächen zwischen Ägypten und Israel über eine Autonomie der palästinensischen Gebiete vgl. Dok. 177, Anm. 15.

welche die iranische Führung davon überzeugt, daß die Fortsetzung der Geiselnahme dem iranischen Interesse zuwiderläuft. Die Iraner davon zu überzeugen, sei eine Aufgabe auch für die Europäer.

[gez.] Pauls

VS-Bd. 10305 (201)

191

Botschafter Oncken, Ankara, an das Auswärtige Amt

114-4004/80 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 821
Cito

Aufgabe: 26. Juni 1980, 16.20 Uhr¹
Ankunft: 26. Juni 1980, 18.05 Uhr

Betr.: Begegnung BAM/griechischer AM Mitsotakis in Ankara, 25.6.1980

Als Anlage folgt Gesprächsvermerk D 2² über gestriges Gespräch BM mit griechischem Außenminister.

Bitte auch BMVg unterrichten.

[Anlage]

I. BM traf mit Mitsotakis zu etwa halbstündigem Gespräch in Residenz deutschen Botschafters zusammen. Anwesend waren auf deutscher Seite: Botschafter Oncken und D 2; auf griechischer Seite: Generalsekretär Theodoropoulos und Botschafter Papoulias (griechischer Botschafter in Ankara).

II. 1) BM: Freude über Zusammentreffen mit Mitsotakis in dessen neuer Eigenschaft.³ Zufriedenheit über bisherigen Verlauf NATO-Tagung⁴, auf die Ergebnis Venedig-Gipfels⁵ sich wohl ausgewirkt hat. Notwendigkeit, Allianz nicht schlechter darzustellen, als sie ist. Gefahren eines gewissen Masochismus besonders in seiner Auswirkung auf die Bevölkerung in den Mitgliedsländern selbst.

Allerdings anderer Charakter eines solchen Treffens als AM-Treffen im Rahmen EG, wo Häufigkeit der Begegnungen zu einem engeren und kontinuierlichen Meinungsaustausch führt, wo also nicht bei jeder Begegnung wieder von neuem angefangen werden muß. Außerdem ist große Zahl der Anwesenden selbst in sogenannter restricted session engerem Meinungsaustausch nicht förderlich.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg am 27. Juni 1980 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 2. Juli 1980 vorgelegen.

² Klaus Blech.

³ Konstantinos Mitsotakis wurde am 10. Mai 1980 zum griechischen Außenminister ernannt.

⁴ Zur NATO-Ministerratstagung am 25./26. Juni 1980 in Ankara vgl. Dok. 190.

⁵ Zum Weltwirtschaftsgipfel am 22./23. Juni 1980 vgl. Dok. 184 und Dok. 185.

2) M.: Grüße von Staatspräsident Karamanlis und Ministerpräsident Rallis. Hilfe BMs an jenem schweren Abend (Beitrittsverhandlungen) ist nicht vergessen (Einwurf BM: „Hilfe aus europäischer Überzeugung“).⁶ Dies große Leistung. Dinge sind in Griechenland seitdem sonst gut gelaufen. Die Änderungen, die zu Gefahren hätten führen können, sind gut vollzogen worden. Rallis mit nur sehr geringer Mehrheit vor Averoff MP geworden⁷, damit dennoch kein Problem für Einheit der Partei aufgeworfen. Bemerkenswert, daß Rallis größere Mehrheit als Karamanlis erhalten habe. Regierung stabil, allerdings im nächsten Jahr Wahlen.⁸ Ergebnis nicht vorauszusehen. Ganz offen: Keineswegs sicher, ob Regierung wieder absolute Mehrheit bekommt. Diese Situation entscheidender Faktor für Politik der Regierung. – Ansonsten die üblichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, vielleicht ein wenig mehr als in anderen Staaten. Jedoch keine sozialen Probleme, insbesondere keine Arbeitslosigkeit. An sich wegen der wirtschaftlichen Lage kein Grund zur Beunruhigung. Immerhin: Wahlen im nächsten Jahr werden Markierungspunkt bedeuten.

3) Besondere griechische Interessen an den Beziehungen zur Türkei, hier insbesondere Frage der NATO-Reintegration⁹: „Wir wollen sie und wir brauchen sie.“ Regierung habe gegenwärtig den Willen und auch die Macht, sie zu vollziehen. Erstaunlich, wie griechisches Volk auf Reintegrationswunsch positiv reagiert, obwohl es nicht eigentlich NATO-freundlich ist. Grund für diese positive Haltung liegt vielleicht gerade darin, daß Griechenland hier Schwierigkeiten gemacht werden. „Nochmals: Wir können das schaffen. Wenn Entscheidung rechtzeitig getroffen wird, dann kein Problem für die Wahlen.“ Auf jeden Fall müsse Lösung vor Wahlen gefunden werden. Im Gespräch mit Muskies unterstrichen, daß ohne Reintegration es nicht möglich sein wird, US-Stützpunkte auf griechischem Boden zu halten.

Ich bin bereit, dies mit türkischer Seite auch bilateral zu behandeln (Treffen mit AM Erkmen am 27.6.).¹⁰ Ich glaube an Freundschaft zwischen griechischem und türkischem Volk: In der Türkei als Freund der Türken bekannt, habe also gute Ausgangsposition. Natürlich ist Reintegrationsfrage eigentlich als Frage

⁶ Zum Durchbruch bei den Verhandlungen über den Beitritt Griechenlands zu den Europäischen Gemeinschaften am 20./21. Dezember 1978 in Brüssel vgl. AAPD 1978, II, Dok. 396.

Am 28. Mai 1979 wurde der Vertrag über den Beitritt Griechenlands zu den Europäischen Gemeinschaften unterzeichnet, der am 1. Januar 1981 in Kraft trat.

⁷ Am 8. Mai 1980 setzte sich der griechische Außenminister Rallis bei den Wahlen zum Vorsitz der Partei Neue Demokratie gegen die Kandidatur des griechischen Verteidigungsministers Averoff-Tossizza durch. In dieser Funktion wurde er am 9. Mai 1980 von Präsident Tsatsos mit der Regierungsbildung beauftragt.

⁸ Die Wahlen zum griechischen Parlament fanden am 18. Oktober 1981 statt.

⁹ Zu den Bemühungen um eine Wiedereingliederung Griechenlands in die militärische Struktur der NATO vgl. Dok. 190, Anm. 12.

¹⁰ Botschaftsrat Kuhna, Athen, berichtete am 2. Juli 1980, der türkische Außenminister Erkmen und der griechische Außenminister Mitsotakis hätten sich nach ihrem Gespräch am 28. Juni 1980 betont verständigungsbereit gegeben und die Bereitschaft zu einer Lösung aller Streitfragen mit friedlichen Mitteln betont. Kuhna verwies jedoch auf die „historisch begründeten tiefsitzenden Ressentiments“: „Ein Einlenken in den bestehenden bilateralen Streitfragen, das auf beiden Seiten für eine langfristige Konfliktlösung unerlässlich wäre, ist daher auch in naher Zukunft trotz der sich nach dem Gespräch Mitsotakis-Erkmen vorsichtig abzeichnenden atmosphärischen Verbesserung des griechisch-türkischen Verhältnisses kaum zu erwarten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 528; Referat 201, Bd. 120207.

zwischen Griechenland und NATO zu behandeln, immerhin kann im Verhältnis zur Türkei die Atmosphäre verbessert werden.

4) Hinweis auf Bedeutung der ägäischen Balance und der Zypernfrage. Es gibt auf beiden Seiten Mangel an Vertrauen. Dies eine Lage, die man langsam und mit Mühe verändern könnte. Eines gewiß: Das einzige, was jetzt geschafft werden kann, wäre, Türken zu veranlassen, kein Veto gegen Reintegration einzulegen. Türken können doch nichts dagegen sagen, weil im Interesse der Allianz. Widersinn, daß man einerseits – zu Recht – den Türken um der Allianz willen wirtschaftlich hilft, andererseits ihnen aber gleichzeitig erlaubt, durch ihren Widerstand Allianz zu gefährden.

III. 1) Hinweis auf Zusammenhang mit deutscher Rüstungs-sonderhilfe¹¹ und Problem Gleichgewicht (Verweis auf Brief Rallis an BK, wo Besorgnisse deutlich zu Ausdruck gebracht worden sind¹²). Für Griechen ist diese Hilfe nicht so sehr als solche erheblich, sondern die Einwirkungsmöglichkeiten, die Bundesrepublik damit hat.

Die für Griechenland vorgesehene deutsche Rüstungs-sonderhilfe schafft eine Schwierigkeit. Griechenland kann die 60 Mio. DM unter den gegebenen Umständen nicht annehmen. Dies soll nicht mißverstanden werden. Es kann sich nur als schädlich erweisen, wenn die Angelegenheit den Griechen während mehrjähriger Laufzeit Sonderhilfe bei jährlicher Festsetzung eines Betrages von (nur) DM 15 Mio. immer wieder in Erinnerung gerufen wird. Das Image Deutschlands hat durch Hilfe an Türkei in Griechenland gelitten. Dies ist nicht fatal und wird sich wieder ändern.

BM: Wir würden nichts lieber als Reintegration Griechenland sehen. Kein Zweifel, daß Möglichkeiten, sie bei Türken zu erreichen, geringer wären, wenn es keine Rüstungs-sonderhilfe für die Türkei gäbe. Umgekehrt ist nicht sicher, daß Rüstungs-sonderhilfe Türken zur Aufgabe ihrer bisherigen Position veranlaßt. Nehme zur Kenntnis, wenn M. jetzt sagt, daß Griechenland den Betrag RSH¹³ nicht wolle, wird nicht mißverstanden. Bei Abwägung aller Faktoren sollte allerdings auch bevorstehende Mitgliedschaft Griechenlands in EG erwähnt werden. Diese hat ihrerseits Auswirkungen auf Türkei.

¹¹ Das Bundesministerium der Verteidigung notierte am 26. Juni 1980: „Der Deutsche Bundestag hat Mitte Juni 1980 eine von der Bundesregierung in der Folge von ‚Afghanistan‘ konzipierte und am Grundsatz der Arbeitsteilung im Bündnis ausgerichtete, von den laufenden Verteidigungshilfe unabhängige Rüstungs-sonderhilfe in Höhe von 660 Mio. DM für die Türkei und Griechenland beschlossen.“ Für 1980 seien für die Türkei 150 Millionen DM, für Griechenland 20 Millionen DM vorgesehen, als Verpflichtungsermächtigung für 1981 180 bzw. 20 Millionen, 1982 180 und 10 Millionen sowie 1983 90 und 10 Millionen DM. Vgl. Referat 201, Bd. 120245.

¹² Für das Schreiben des Ministerpräsidenten Rallis vom 30. Mai 1980 an Bundeskanzler Schmidt vgl. VS-Bd. 544 (014).

Bundeskanzler Schmidt antwortete Ministerpräsident Rallis am 16. Juli 1980, die Rüstungs-sonderhilfe für die Türkei sei Teil der „deutschen Anstrengungen, der Türkei in ihrer gegenwärtigen Notlage auch auf dem Verteidigungssektor wirksam beizustehen“. Dies erfolge im Gesamtinteresse der NATO und damit auch Griechenlands: „Als einmalige Aktion berührt die Rüstungs-sonderhilfe auch nicht die Modalitäten der normalen Verteidigungshilfe für Griechenland und die Türkei. Mit seinem Verzicht auf den von uns vorgesehenen griechischen Anteil an der Rüstungs-sonderhilfe hat Minister Mitsotakis gegenüber Minister Genscher am 25. Juni in Ankara den besonderen und einmaligen Charakter dieser Hilfe unterstrichen.“ Vgl. VS-Bd. 538 (014); B 150, Aktenkopien 1980.

¹³ Rüstungs-sonderhilfe.

Bundesrepublik entschlossen, bilaterale Beziehungen mit Griechenland und Türkei weiter zu pflegen und gleichzeitig zum Wohle der beiden Gemeinschaften (Bündnis und EG), denen wir angehören, zu handeln. Wir dürfen Türkei nicht absacken lassen.

2) Gespräch mit M. entspannt entgegengesehen. Morgiges Gespräch mit Erkmen¹⁴ mag viel schwieriger werden angesichts heutigen Kabinettsbeschlusses über Wiedereinführung des Visumszwangs.¹⁵ Türkischer Seite muß dargelegt werden, daß dieser Beschluß auch im Allianz-Interesse, weil es auf Dauer nicht durchzuhalten ist, daß Tausende in ein Partnerland der Allianz mit der Begründung einströmen, daß sie in einem anderen Partnerland politisch verfolgt würden, während wir gut wissen, daß dies allenfalls für ein bis zwei Prozent gilt, während es sich beim Rest um „Wohlstandsflüchtlinge“ handelt. Erwähnung dieses Aspekts, um deutlich zu machen, welche Faktoren bei der Herstellung eines ausgewogenen Verhältnisses eine Rolle spielen. Hinweis darauf, daß BM und M. ab 1. Januar 1981 im Rat der Gemeinschaft zusammensitzen werden.

3) M.: Wiederholung, daß bilaterales Verhältnis nicht wirklich leiden wird, es steht auf gutem Grund. Viel größere Sorge macht die NATO-Problematik. Wir werden Entscheidendes verpassen, wenn wir Lösung der Reintegrationsfrage jetzt nicht schaffen. Türken müssen beeinflußt werden. Bundesrepublik kann das tun, Griechenland nicht. Schließlich ist eine so große wirtschaftliche Hilfe, wie sie die Türkei bekommt, bisher nicht bekannt gewesen.¹⁶ Mit dem, was jetzt geschafft werden kann, würde Griechenland an den Rand seiner Möglichkeiten gehen. Weitere Schritte kann es nicht tun, die nächste Möglichkeit wäre dann nur noch, daß es die NATO verläßt. In dieser Einschätzung volle Einigkeit mit Karamanlis selbst.

BM: Wir werden tun, was wir können, dies keine Höflichkeitsformel.

[gez.] Oncken

VS-Bd. 14083 (010)

¹⁴ Bundesminister Genscher traf am Rande der NATO-Ministerratstagung in Ankara am 26. Juni 1980 mit dem türkischen Außenminister Erkmen zusammen. Botschafter Oncken, Ankara, übermittelte am 27. Juni 1980 die von Ministerialdirektor Blech gefertigte Niederschrift über das Gespräch: „Erkmen: Freude über Zusammentreffen, Tag hat allerdings nicht allzu gut angefangen angesichts heutiger Meldungen über gestrige Entscheidung der Bundesregierung betr[effend] Einführung des Visumszwangs für Türken. Gewisse Bestürzung über die Entscheidung. [...] Möchte Thema nicht weiter vertiefen und Prüfung vorschlagen, ob Verallgemeinerung des Visumszwanges möglich ist. Dann Verschiebung des für die Einführung des Visumszwangs gegenüber Türkei festgesetzten Stichtags, bis eine allgemeine Regelung in Kraft tritt. Grund für diesen Vorschlag ist, daß Regelung nur bezüglich der Türkei sich negativ auf die im türkischen Volk herrschenden Sympathien für Deutschland auswirken werde. Wir sind nicht in der Lage, der Öffentlichkeit die für die Bundesrepublik maßgeblichen Gründe offen darzulegen. [...] BM: Dies sei ein Problem sowohl für Türkei wie für uns. Kann türkische Regierung nicht öffentlich sagen, daß die Leute, deretwegen diese Entscheidung gefällt worden ist, in der Bundesrepublik ihr Land verleumdete? Demonstrativer Hinweis darauf, daß bei einem Besuch eines hohen deutschen Beamten in der Türkei einer seiner Gesprächspartner gesagt hat, er werde in sechs Wochen in die Bundesrepublik kommen und dort um Asyl nachsuchen. Anscheinend war dieser Mann im Augenblick des Gesprächs politisch nicht verfolgt, wußte aber, daß er es in sechs Wochen behaupten wird.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 828; Referat 203, Bd. 115909.

¹⁵ Zur Einführung einer Sichtvermerkpflcht für türkische Staatsbürger vgl. Dok. 188.

¹⁶ Zur Wirtschafts-, Finanz- und Verteidigungshilfe der Bundesrepublik für die Türkei vgl. Dok. 145, Anm. 5.

Zu den Ergebnissen des Türkei-Konsortiums der OECD vgl. Dok. 182, Anm. 42.

Deutsch-sowjetisches Regierungsgespräch in Moskau

213-321.10-1569/80 VS-vertraulich

30. Juni 1980¹

Protokoll über das Gespräch zwischen dem Bundeskanzler und dem Bundesaußenminister und Generalsekretär Breschnew, Ministerpräsident Kossygin und Außenminister Gromyko am 30. Juni 1980 von 17.00 bis 19.40 Uhr im Kathariensaal des Kreml²

Anwesend waren:

Auf sowjetischer Seite: Stellvertretender Ministerpräsident Archipow, Außenhandelsminister Patolitschew, Stellvertretender Außenminister Kornienko, Leiter der ZK-Abteilung für internationale Information Samjatin, sowjetischer Botschafter in Bonn Semjonow, Leiter Dritte Europäische Abteilung Bondarenko, Erster Stellvertretender Leiter Dritte Europäische Abteilung Terechow, Referent für Bundesrepublik der Dritten Europäischen Abteilung Popow.

Auf deutscher Seite: StS van Well, StS Bölling, Botschafter Wieck, MD von Staden, MD Schulmann, VLR I Höynck, VLR I Sieger, VLR I Arnot, VLR I Sudhoff, BR I Neuer, BR I Dingens.

Breschnew: Ich begrüße den Bundeskanzler und den Bundesminister in Moskau. Obwohl wir in den letzten Monaten Kontakt gehalten haben, kann man das unmittelbare Gespräch durch nichts ersetzen. Viele Fragen haben sich angestaut. Die internationale Lage ist jetzt komplizierter. Alle verstehen dies. Allerdings werden dafür verschiedene Erklärungen abgegeben. Wenn man jedoch die historischen Proportionen nicht entstellt, so liegt der Grund dafür in der offenkundigen Wende der Politik der USA. Mit der Billigung im Jahre 1978 der NATO-Pläne für eine Aufrüstung³, der Stationierung neuer amerikanischer Raketenwaffen, den militärischen Vorbereitungen im Indischen Ozean und im Persischen Golf, dem Druck auf Iran sowie mit der Einwirkung von außen auf Afghanistan, das sind alles Glieder einer Kette. Die Lage wird noch dadurch komplizierter, daß Verhandlungen über die Einstellung des Wettrüstens unterbrochen worden sind oder aufgehört haben. Die amerikanische Administration hat offenbar den Kurs auf militärische Überlegenheit um jeden Preis und mit allen Mitteln proklamiert. Sie organisiert feindselige Angriffe auf die Sowjetunion und ihre Freunde. Wie Sie wissen, haben wir in der Vergangenheit

¹ Durchschlag als Konzept.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Arnot gefertigt.

Hat Amtsrat Schubach am 2. Juli 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Auf Weisung von Herrn D3 habe ich Photokopien der Seiten 6 bis 9 und 14 bis 17 für H[errn] D3 angefertigt.“ Vgl. Anm. 15, 27, 37 und 52.

Hat Oberamtsrat Schlote am 14. Juli 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Auf Weisung Dg21 Abschrift v[on] S. 17 für VLR Pleuger, 02, am 14.7.80 gefertigt.“ Vgl. Anm. 44 und 52.

Hat Vortragendem Legationsrat Heyken am 1. August 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung einer Ablichtung an Ministerialdirektor Blech verfügte.

Zum Gespräch vgl. ferner SCHMIDT, Menschen, S. 110–112.

² Bundeskanzler Schmidt hielt sich am 30. Juni und 1. Juli 1980 in der UdSSR auf. Vgl. dazu auch Dok. 193–195.

³ Zum Langfristigen Verteidigungsprogramm der NATO vom 30./31. Mai 1978 vgl. Dok. 1, Anm. 9.

solche Situationen erlebt. Womit sie endeten, ist bekannt. Die Anhänger einer Politik der Erpressung mußten zurückweichen. Von der Politik der Stärke her mit uns umzugehen, wird niemandem erlaubt. Was die Sowjetunion anbelangt, so sind wir fest entschlossen, nicht zuzulassen, daß die jetzige Spannung in eine große Tragödie übergeht.

Diejenigen, die die Politik der Entspannung wollen, können auf unsere Unterstützung rechnen. Zusammen mit unseren Verbündeten im Warschauer Pakt haben wir in der Deklaration vom Mai⁴ bestätigt, daß wir keine Überlegenheit anstreben und keine andere militärische Doktrin haben als die der Verteidigung. Die Sowjetunion ist für das bestehende Gleichgewicht und gegen die Herstellung von Positionen militärischer Kontrolle über irgendwelche Gebiete. Die Entscheidungen in Warschau sind von dem Bestreben durchdrungen, das Positive, das jahrelang in den internationalen Beziehungen geschaffen worden war, zu erhalten und zu vervielfachen.

Ich möchte besonders hervorheben, daß man nicht zulassen darf, daß die politische Konfrontation, die die USA jetzt verfolgen, auf den europäischen Kontinent übertragen wird. An einer normalen Lage sind alle Europäer vital interessiert, wie ich verstehe, auch Sie. Eine militärische Konfrontation in Europa hätte für alle europäischen Staaten fatale Folgen.

Wir bitten, die in der Deklaration und in der Erklärung des Warschauer Pakts dargelegten Vorschläge aufmerksam zu behandeln. Sie geben die Möglichkeit, konstruktiv zugunsten des Friedens zu arbeiten, und die Bundesrepublik könnte dazu positiv beitragen. Jetzt, da die internationalen Beziehungen auf dem Scheideweg angelangt sind, dürfen wir nicht Gefangene der für den Frieden ungünstigen Ereignisse sein.

Daher schlagen wir eine Weltkonferenz auf höchstem Niveau vor.⁵ Die sozialistischen Länder haben dafür keine fertigen Rezepte anzubieten. Aber sie denken vor allem an Staaten, die internationale Autorität haben, politisches, militärisches und wirtschaftliches Gewicht. Uns erscheint besonders die Teilnahme der beiden deutschen Staaten nützlich, überhaupt aller der Staaten, die unmittelbares Interesse an der Beseitigung regionaler Konflikte haben. Wir sind bereit, alle diese Fragen im Laufe von Konsultationen mit anderen Staaten zu besprechen. Wichtig ist, daß die Idee einer solchen Beratung an vitaler Kraft gewonnen hat. Schon die Vorbereitung wird stabilisierende Wirkungen auf die internationale Lage haben.

Kürzlich haben wir mit dem französischen Präsidenten gesprochen.⁶ Es waren inhaltsreiche und im ganzen nützliche Gespräche. Wir würden es begrüßen, wenn auch Sie, Herr Bundeskanzler, uns Ihre Gedanken mitteilen würden. Der

⁴ Zur Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 14./15. Mai 1980 in Warschau vgl. Dok. 150, besonders Anm. 5.

Für den Wortlaut der Erklärung bzw. der Deklaration des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts vom 15. Mai 1980 vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 321–334.

⁵ Zum Vorschlag des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts vom 15. Mai 1980 für ein Gipfeltreffen führender „Repräsentanten von Staaten aller Regionen der Welt“ vgl. Dok. 154, Anm. 17.

⁶ Zum Gespräch des Staatspräsidenten Giscard d'Estaing mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, und dem Ersten Sekretär des ZK der PVAP, Gierek, am 19. Mai 1980 in Warschau vgl. Dok. 154 und Dok. 159.

Standpunkt der Bundesrepublik Deutschland ist für uns von bestimmtem Interesse.

Die Spannung der internationalen Lage hat ihre Hauptquelle im andauernden Wettrüsten, im hohen Stand der militärischen Konfrontation in Europa. Daher ist die militärische Entspannung Gegenstand unserer vorrangigen Sorge. Im letzten Herbst haben wir eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet.⁷ Wir haben auch die Bereitschaft der Sowjetunion erklärt, Verhandlungen über Mittelstreckenraketen zu beginnen. Unsere Initiative hat kein konstruktives Echo gefunden. Mehr noch, es wurde in der NATO der Beschluß über die Stationierung von neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen, u. a. auch auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland, gefaßt.⁸ Leider hat die Koalitionsregierung diesen Beschluß aktiv unterstützt. Es wurde sogar gesagt, dies geschehe, um die Ratifikation von SALT II zu erleichtern. Was ist aber herausgekommen? Die Grundlagen für Verhandlungen über Mittelstreckenraketen wurden zerstört, die Ratifikation von SALT II blockiert.⁹

Uns kann natürlich nicht unbesorgt lassen, daß man jenseits des Ozeans wieder von Neutronenwaffen zu sprechen begonnen hat.¹⁰ Bedeutet dies, die Pläne hinsichtlich der Produktion und Stationierung in Europa wiederzubeleben? Sie kennen unsere Positionen. Wir haben sie ausführlich in den Gesprächen in Bonn 1978 dargelegt.¹¹ Jetzt gibt es eine ernstere internationale Situation als vor zwei Jahren. Unter solchen Bedingungen hieße die Stationierung von Neutronenwaffen in Europa, die Möglichkeiten einer vernünftigen Vereinbarung über Abrüstung mit allen daraus sich ergebenden Konsequenzen zu durchkreuzen. Das sollte klar sein. Die Sowjetunion wird mit der Produktion von Neutronenwaffen nicht beginnen, wenn die USA dies nicht tun. Aber wenn die Neutronenwaffe in NATO-Arsenalen erscheint, werden wir gezwungen sein, praktische Folgerungen zu ziehen. Wir möchten vor übereilten Entscheidungen warnen, die Washington von seinen Verbündeten verlangen könnte.

Jetzt behandelt man die Vorschläge über militärische Entspannung und Abrüstung in Europa. Es wäre nützlich, wenn man auf dem Treffen in Madrid¹² in einer Vereinbarung über die Durchführung die allgemeinen Aufgaben der Konferenz bestimmte, den Inhalt und die Tagesordnung. In einer ersten Etappe sollten Maßnahmen der Vertrauensbildung behandelt werden. Später sollte man

⁷ Vgl. dazu die Vorschläge des Komitees der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten bei der Tagung am 14./15. Mai 1979 in Budapest; Dok. 1, Anm. 28.

Vgl. dazu die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin; Dok. 29, Anm. 5.

Vgl. dazu den Vorschlag des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, Gieriek, vom 11. Februar 1980 für eine Konferenz über Abrüstung in Europa; Dok. 55, Anm. 39.

Vgl. dazu die Vorschläge des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts bei der Tagung am 14./15. Mai 1980 in Warschau; Dok. 150, Anm. 5.

⁸ Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 10.

⁹ Zum Stand des Ratifizierungsverfahrens des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 im amerikanischen Senat vgl. Dok. 59.

¹⁰ Zum Stand der Entwicklung der Neutronenwaffe in den USA vgl. Dok. 131, Anm. 7.

¹¹ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, hielt sich vom 4. bis 7. Mai 1978 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 135, Dok. 136, Dok. 142 und Dok. 143.

¹² Die KSZE-Folgekonferenz wurde am 11. November 1980 in Madrid eröffnet. Vgl. dazu Dok. 319 und Dok. 322.

dann zur Lösung konkreter Fragen der Abrüstung übergehen. Wie es uns erscheint, schließen unsere Standpunkte einander nicht aus. Es gibt auch die Möglichkeit der Berührung von Positionen. Um dies herbeizuführen, muß man Vorbereitungsarbeiten aktivieren und multilaterale Konsultationen noch vor Madrid durchführen.

Sie wissen, daß wir in Warschau vorgeschlagen haben, eine gemeinsame Aktion des guten Willens zu vereinbaren, daß ab einem festzusetzenden, bestimmten Datum kein Staat in Europa seine Streitkräfte in der Region erhöht, die von der Schlußakte¹³ bestimmt ist. Dies wäre ein wesentlicher Schritt der Vertrauensbildung in Europa. Es wäre interessant, dazu Ihre Meinung zu hören.

Bei den Wiener Verhandlungen zeigt sich noch keine Lichtung.¹⁴ Wir können uns nicht einmal über das Einfrieren der bestehenden Streitkräfte einigen. Wir haben den Eindruck, daß unsere westlichen Partner, auch die Bundesrepublik Deutschland, überhaupt keine Vereinbarung wollen. So ist wohl auch der Rückzug von¹⁵dem zu verstehen, was Sie selbst vorgeschlagen haben. Die Vorschläge, die wir in Wien 1978 und 1979 eingebracht haben¹⁶, haben westliche Positionen berücksichtigt. Nämlich gleiche kollektive Höchststärken, die Tatsache, daß nur von Landstreitkräften die Rede ist und in einer ersten Phase sowjetische und amerikanische Streitkräfte reduziert werden.

Die einseitige Kürzung sowjetischer Streitkräfte in der DDR¹⁷ ist ein offenkundiger Beweis unseres guten Willens. Seit Herbst 1979 sind aus der DDR 19000 Mann sowie 958 Panzer abgezogen worden. In der nächsten Zeit werden noch 1000 Mann und einige Dutzend Panzer abgezogen werden. Zur Erleichterung der Verhandlungen werden wir noch einen Schritt machen. Wir werden in der nächsten Zeit den Vorschlag unterbreiten, in einer ersten Etappe auf sowjetischer Seite 20000 Mann und auf amerikanischer 13000 Mann zu reduzieren. Wir haben nicht die Absicht, die 20000 Mann einzubeziehen, die wir aus der DDR abgezogen haben. Wir wissen, daß Fortschritte in Wien in nicht geringem Maße von der Bundesrepublik Deutschland abhängen. Aber bis jetzt haben wir noch nicht Ihre Bereitschaft gespürt, einen positiven Beitrag zu leisten. Wir möchten, daß Sie unsere Bemühungen um einen Ausweg positiv einschätzen.

In Madrid steht eine harte Arbeit bevor. Um so gründlicher und gewissenhafter muß die Vorbereitung sein. Wenn sich alle an dem Bemühen orientieren, eine sachliche Atmosphäre zu schaffen, und solche Entscheidungen über alle Abschnitte der Schlußakte anstreben, die das Vertrauen festigen, dann wird es einen Erfolg geben. Wenn indessen das Bestreben zur Konfrontation überwiegt, dann ist kein Erfolg möglich. Die Sowjetunion geht nach Madrid mit guten Absichten.

¹³ Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

¹⁴ In Wien fanden seit 30. Oktober 1973 die MBFR-Verhandlungen statt. Zum Stand nach der 20. Gesprächsrunde vgl. Dok. 114.

¹⁵ Beginn der Seite 6 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

¹⁶ Zu den Vorschlägen der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 8. Juni 1978 vgl. AAPD 1978, I, Dok. 180.

Zum Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts vom 28. Juni 1979 vgl. AAPD 1979, II, Dok. 200.

¹⁷ Zum Teilabzug sowjetischer Streitkräfte aus der DDR vgl. Dok. 114, Anm. 6.

Ihre Bewertung der Ereignisse um Afghanistan ist uns bekannt. Es lohnt sich kaum zu sagen, daß wir nicht zustimmen können. Diese Einschätzung entspringt nicht den Tatsachen, sondern einem voreingenommenen Verhalten gegenüber den Ereignissen.

Wir konnten einem befreundeten Nachbarland nicht Hilfe ablehnen, wo Gefahr für seine Unabhängigkeit bestand, die Umwandlung Afghanistans in ein Aufmarschgebiet, das der Sowjetunion feindlich gegenüberstehen würde. Im Westen muß man die Dinge real betrachten. In Afghanistan darf es kein zweites Chile geben.¹⁸ Unsere Freunde werden wir nicht im Stich lassen. Ich hoffe, daß Sie den Afghanen nicht das Recht abstreiten, zu bestimmen, welche Regierungsform sie wählen, an wen sie sich um Hilfe wenden. Die April-Revolution von 1978¹⁹ ist das Ergebnis einer internen Entwicklung. Wenn es keine Einmischung von außen gegeben hätte, hätte dort Ruhe geherrscht.

Die SU ist für eine politische Lösung. Es gibt dafür Vorschläge der Regierung von Afghanistan.²⁰ Sie sehen den Abschluß von Vereinbarungen mit Pakistan und Iran über die Einstellung der Aggression sowie der Einmischung vor. Das ist der Schlüssel zur Lösung des Problems, der Weg, den früher oder später alle beschreiten. Die Nicht-Wiederaufnahme der Einmischung sollte von Staaten garantiert werden, die für sie annehmbar sind. Die vorgeschlagene politische Regelung macht den Weg zur Normalisierung der Lage um Afghanistan frei. Man darf nicht im Ernst darauf rechnen, Afghanistan Regelungen aufzuzwingen, die hinter seinem Rücken ausgearbeitet worden sind. Afghanistan hat klar die Absicht erklärt, eine Politik der Blockfreiheit zu verfolgen. Wir unterstützen diese Linie.

Im Rahmen der politischen Regelung wird auch die Frage des Rückzugs sowjetischer Truppen gelöst. Wenn die Gründe dafür entfallen, die uns veranlaßt haben, den mehrmaligen Bitten der afghanischen Regierung stattzugeben, so wird auch die Frage des Rückzugs sowjetischer Truppen gelöst.

In der letzten Zeit verbessert sich ständig die Lage in Afghanistan. Die von außen eingeschleusten bewaffneten Banden haben eine ernste Niederlage erlitten. Darum haben wir Einheiten abgezogen im Einvernehmen mit der afghanischen Regierung, Panzer, Luftstreitkräfte, Landtruppen.²¹ Unsere weiteren Schritte werden in vielem davon abhängen, wie sich die Lage um Afghanistan entwickelt. Wenn die militärische Einmischung vom Territorium Pakistans und Irans her sich verstärkt, werden wir im Falle der Notwendigkeit die Fähigkeit Afghanistans unterstützen, die Aggression abzuwehren, um die Souveränität und Integrität zu bewahren.

¹⁸ Die chilenischen Streitkräfte unter dem Kommando des Generals Pinochet stürzten am 11. September 1973 Präsident Allende.

¹⁹ Am 27. April 1978 fiel Präsident Daud einem Staatsstreich der afghanischen Streitkräfte zum Opfer. Der Revolutionsrat der Streitkräfte rief am 30. April die Demokratische Republik Afghanistan aus und übertrug dem Vorsitzenden der kommunistischen Khalq-Partei, Taraki, die Ämter des Präsidenten und Ministerpräsidenten. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 145.

²⁰ Zu den Vorschlägen der afghanischen Regierung vom 19./20. April und 14. Mai 1980 vgl. Dok. 148, Anm. 3.

²¹ Zur Ankündigung eines Teilabzugs der sowjetischen Streitkräfte aus Afghanistan vgl. Dok. 185, Anm. 3.

Wir verurteilen die Politik des militärischen und wirtschaftlichen Drucks auf Iran²², um so mehr die Politik militärischer Provokationen. Wir sind gegen die Geiselnahme. Internationale Vereinbarungen und Konventionen müssen eingehalten werden. Versuche des Druckes werden zu keinen normalen Beziehungen zwischen den USA und Iran führen. Dazu führt nur der Weg friedlicher Verhandlungen, obwohl sie natürlich Geduld verlangen.

Das separate Camp-David-Geschäft²³ hat die Nahost-Regelung in eine Sackgasse geführt. Die Übereinkunft kann nur mit einer Niederlage enden. Versuche, Camp David zu retten, werden wenig Nutzen bringen, der reale Ausweg besteht nur in der Rückkehr zu kollektiven Bemühungen aller interessierter Seiten. Hier muß die gleichberechtigte Teilnahme der PLO gewährleistet sein. Die Palästinenser müssen ihren Staat haben.

Wir haben schon mehrfach einen Meinungsaustausch über China gehabt. In der letzten Zeit hat dort eine Umstellung in der Führung stattgefunden.²⁴ Aber dadurch ändert sich die chinesische Politik nicht. Sie zielt nicht auf eine wohlwollende Zusammenarbeit, sondern hetzt gegen diejenigen Staaten, die den Absichten Pekings widerstehen. Sie treibt nach wie vor zur Verschärfung der internationalen Lage. Eine zentrale Stelle in der Außenpolitik Chinas nimmt die Linie zur Entwicklung der militärisch-politischen Partnerschaft mit den USA ein. Die chinesische Führung spekuliert auf den Antisowjetismus und rechnet mit der Lieferung von Rüstungsgütern und fortschrittlicher Technologie durch die USA. Wir glauben, daß weitsichtige Menschen im Westen begreifen, daß

²² Zum Inkraftsetzen amerikanischer Sanktionen gegen Iran am 7. April 1980 vgl. Dok. 103, Anm. 2 und 13.

Zum Versuch einer militärischen Befreiung der in Iran festgehaltenen amerikanischen Botschaftsangehörigen am 24./25. April 1980 vgl. Dok. 138.

Zum Beschluß der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 17./18. Mai 1980 in Neapel, Sanktionen gegen Iran in Kraft zu setzen, vgl. Dok. 149, Anm. 6.

Zum Inkrafttreten der Sanktionen gegen Iran in der Bundesrepublik vgl. Dok. 151, Anm. 25.

²³ Zum Friedensvertrag vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel und zum Camp-David-Prozeß vgl. Dok. 13, Anm. 13.

Zu den Gesprächen zwischen Ägypten und Israel über eine Autonomie der palästinensischen Gebiete vgl. Dok. 177, Anm. 15.

²⁴ Seit dem V. Plenum des ZK der KPCh vom 23. bis 29. Februar 1980 war Hu Yaobang Generalsekretär des ZK der KPCh. Gesandter Keil, Peking, teilte dazu am 2. März 1980 mit: „Personal- und Sachentscheidung des V. Plenums signalisieren unbestrittene Führung der Pragmatiker um Deng Xiaoping und deren eindeutigen Sieg über die linke maoistische Restopposition [...]. Das bereits von 1956 bis 1966 bestehende Generalsekretariat des Zentralkomitees (damaliger Leiter: Deng Xiaoping) wird als Exekutive des Politbüros wieder eingerichtet. Mit den ihm unterstehenden Unterabteilungen des ZK (Propaganda, Einheitsfront, internationale Beziehungen usw.) leitet es die Parteilarbeit. Vizeparteichef Hu Yaobang wurde zum Generalsekretär gewählt, es wurden zehn weitere Mitarbeiter des Sekretariats bestimmt, die sämtlich Opfer der Kulturrevolution waren, über enge persönliche Beziehungen zu Deng Xiaoping verfügen und zu einer jüngeren (d. h. in China zwischen 60 bis 70 Jahren) Technokratengeneration gehören.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 295; Referat 341, Bd. 113068.

Botschafter Schödel, Peking, teilte am 18. April 1980 mit, der chinesische Stellvertretende Ministerpräsident und stellvertretende Vorsitzende des ZK der KPCh, Deng Xiaoping, habe einem italienischen Journalisten erklärt, daß der am 16. April 1980 zum Stellvertretenden Ministerpräsidenten ernannte Zhao Ziyang „schon jetzt die Tagesgeschäfte des Staatsrats (d. h. der Regierung) leite“. Schödel wies darauf hin, diese Feststellung werfe die „Frage nach künftiger Stellung des Ministerpräsidenten und Parteivorsitzenden Hua Guofeng bei der Regierungsführung auf“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 614; Referat 341, Bd. 113069.

Peking sein eigenes Spiel treibt und sich nicht vor den Karren anderer spannen läßt. Wir schätzen die Zurückhaltung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland bei der Lieferung von militärischer Technologie und Waffen.²⁵

Uns ist bekannt, daß die Bundesrepublik Deutschland eine aktive Politik in Asien, Afrika, Lateinamerika betreibt. Aber es ist uns unverständlich, welche Vorteile sie langfristig erhalten kann, wenn sie in einer Reihe von Ländern der Dritten Welt mit gegenüber der Sowjetunion unfreundlichen Positionen auftritt.

In letzter Zeit sieht man verdächtige Aktivitäten der USA gegenüber Kuba. Provokationen gegen Kuba sind zur Niederlage verurteilt und könnten Folgen an anderen gefährlichen Punkten haben. Es ist gut, sich rechtzeitig daran zu erinnern.

Was die Lage in Südostasien betrifft, so gibt es Möglichkeiten für ihre Normalisierung. Wenn der Prozeß langsamer vonstatten geht, als man möchte, so ist das im Verhalten der USA und Chinas begründet. Peking vermindert seinen militärischen Druck auf Vietnam nicht.²⁶ Das Blutbad des Pol-Pot-Regimes ist China zuzurechnen. In diesem Zusammenhang gehört auch die Rückkehr von Menschen aus Thailand nach Kambodscha. Kambodscha und Vietnam wollen nur Ruhe an ihren Grenzen, um sich mit dem friedlichen Aufbau zu befassen. Sie schlagen vor, die Probleme am Verhandlungstisch zu regeln. Aber die friedlichen Initiativen bekommen von Thailand keine Antwort.²⁷

Das vierseitige Abkommen über West-Berlin²⁸ funktioniert im großen und ganzen normal. Aber man kann nicht die Augen davor verschließen, daß von Zeit zu Zeit auf westlicher Seite einzelne Bestimmungen verletzt werden, Versuche stattfinden, West-Berlin an Westdeutschland heranzuziehen. Aber wir ver-

²⁵ Zur Haltung der Bundesrepublik in der Frage von Rüstungsexporten an die Volksrepublik China vgl. das Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 14. Februar 1979; AAPD 1979, I, Dok. 40.

²⁶ Am 17. Februar 1979 marschierten Truppen der Volksrepublik China in Vietnam ein. Botschafter Wickert, Peking, berichtete am 19. März 1979, der chinesische Außenminister Huang Hua habe am 16. März 1980 den Abzug sämtlicher chinesischer Streitkräfte aus Vietnam bekanntgegeben: „Die Grenzen der sowjetischen Hilfsbereitschaft und Möglichkeiten sind aufgezeigt worden. Diese Erkenntnis könnte das Selbstbewußtsein anderer Staaten in ihrem Verhalten der Sowjetunion gegenüber – jedenfalls in Südost- und Ostasien – stärken.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 442; Referat 340, Bd. 110761.

Botschafter Holubek, Hanoi, berichtete am 12. Februar 1980, die vietnamesische Regierung rechne damit, daß bei einem Truppenabzug aus Kambodscha die Roten Khmer zurück an die Macht kämen: „Allein China schiene die Macht zu besitzen, die Lage in Indochina wieder zu verändern. Die Folgen wären aber unabsehbar. Es wäre ein massiveres Eingreifen der Sowjetunion als bei dem ersten Bestrafungsschlag Chinas gegen Vietnam (17.2.1979) zu befürchten. Falls das Gleichgewicht durch ein sowjetisches Vorgehen gegen China verschoben wird, wäre dies auch für die Vereinigten Staaten gegebenenfalls sehr erheblich.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 120; Referat 340, Bd. 127367.

Botschafter Schödel, Peking, informierte am 17. Juni 1980, er habe sich beim chinesischen Stellvertretenden Außenminister Han Kehua nach einer Fortsetzung der chinesisch-vietnamesischen Verhandlungen in der zweiten Jahreshälfte 1980 erkundigt: „Der Vizeaußenminister erklärte, China habe unverändert den Willen zu Verhandlungen. Solange aber Vietnam die Besetzung Kambodschas aufrechterhalte, sähe es keinen Nutzen in Gesprächen.“ Schödel ergänzte, Vietnam habe zwei Wochen zuvor vergänglich um einen Termin für die Fortsetzung der Verhandlungen gebeten. Vgl. den Drahtbericht Nr. 914; Referat 340, Bd. 127367.

²⁷ Ende der Seite 9 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

²⁸ Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972 vgl. UNTS, Bd. 880, S. 116–148. Für den deutschen Wortlaut vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73.

fallen nicht in Emotionen. Wir bitten, nicht aus den Augen zu lassen, daß wir West-Berlin ständig in unserem Blickfeld behalten. Wir bestehen auf der Einhaltung des vierseitigen Abkommens.

Wir lassen die sich entwickelnden Kontakte zwischen der DDR und der BRD nicht außer acht. Normale Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten betrachten wir als wesentliches Element der Entspannung in Europa. Aber es ist wichtig, daß Souveränität und Unabhängigkeit gegenseitig respektiert und die allgemeinen Normen des internationalen Verkehrs eingehalten werden. Hierfür ist die BRD der DDR noch etwas schuldig, und wir, als Verbündete der DDR, stehen ganz auf ihrer Seite.

Die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland haben sich in den letzten Jahren günstig entwickelt und wurden zum Faktor der Stabilität auf dem europäischen Kontinent. Das ist das Ergebnis des Moskauer Vertrages²⁹, der Vereinbarungen und Übereinkünfte sowie der Begegnungen auf höchster Ebene. Im Mai 1978 haben wir die Vereinbarung³⁰ erzielt, die Qualität und das Niveau unserer Beziehungen auf allen Gebieten weiter zu erhöhen und danach zu streben, daß gute Nachbarschaft und wachsende Zusammenarbeit zum gesicherten Gut auch kommender Generationen werden können. Unsere Position hat sich seitdem nicht verändert.

Wir sind bereit, auf diesem Weg weiterzugehen. Aber in den letzten Monaten haben die Beziehungen zwischen unseren Ländern „zu hinken“ begonnen. Es stellt sich vor allem die Frage, welche Motive Sie dazu bestimmt haben, so aktiv amerikanische Pläne der Aufstockung der militärischen Vorbereitungen auch in Europa zu unterstützen. Wir haben bereits über die Positionen zu Afghanistan gesprochen, und ich erwähne jetzt Ihre Beschlüsse über die Nichtteilnahme an den Olympischen Spielen.³¹ Alle diese Aktionen bleiben im Gedächtnis unseres Volkes. Jede einzelne von ihnen und um so mehr alle zusammen beeinträchtigen unsere Beziehungen. Die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland wurden in den letzten Monaten getrübt. Es stellt sich die Frage, was weiter geschehen soll, ob wir auch weiterhin auseinandergehen oder Wege suchen wollen, um unsere Positionen anzugleichen. Vernunft und umfangreiche Beziehungen geben die Antwort: Man muß konstruktiv vorgehen. Wir haben ein großes Potential von Möglichkeiten zur Festigung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen. Schon aus diesem Grunde sind wir zufrieden mit Ihrem Kommen. Wir möchten in der Bundesrepublik Deutschland einen sicheren Partner bei der Lösung von Fragen der Sicherheit in Europa und der Festigung von Entspannung und Frieden sehen. Wir glauben an die Zukunft unserer Zusammenarbeit, weil es keine vernünftige Alternative zur Entspannung gibt, weil Vertrauen und Verständigung zwischen den europäischen Ländern eine objektive Notwendigkeit sind. Hinter

²⁹ Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f.

³⁰ Für den Wortlaut des Abkommens vom 6. Mai 1978 über die Entwicklung und Vertiefung der langfristigen Zusammenarbeit der Bundesrepublik und der UdSSR auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie vgl. BUNDESGESETZBLATT 1979, Teil II, S. 59 f.

³¹ Zur Empfehlung der Bundesregierung an das NOK vom 23. April 1980 vgl. Dok. 122, Anm. 3. Zur Entscheidung des NOK vom 15. Mai 1980 in Düsseldorf vgl. Dok. 148, Anm. 45.

uns liegt ein schrecklicher Krieg. Die Völker vergessen ihn nicht. Man muß auf unserem Planeten den Frieden gemeinsam bestätigen.

Ich möchte nun zu einigen praktischen Fragen kommen. Vor kurzem hat die neunte Tagung der Kommission stattgefunden.³² Die Tagung ist nicht schlecht verlaufen. Wir hoffen, daß neue Impulse sich hieraus ergeben und die wirtschaftlichen Beziehungen erweitert werden können. Darauf zielt auch das Langfristige Programm, das bei diesem Besuch unterzeichnet werden soll.³³ Wir messen ihm große Bedeutung bei. Auf wirtschaftlichem Gebiet sehen wir gute Chancen der Zusammenarbeit. Das Niveau kann nicht nur beibehalten, sondern erhöht werden. Allerdings dürfen keine künstlichen Hindernisse in den Weg gelegt werden. Wichtig ist die Stabilität der Beziehungen und das Vertrauen auf den Partner. Es scheint, daß auch die Geschäftskreise der BRD dies verstehen. Als Orientierung dient uns die Gemeinsame Deklaration von 1978³⁴ für die weitere Zusammenarbeit. Wir sind dafür, daß man sich daran hält.

Bundeskanzler: Danke für das umfassende Exposé aus sowjetischer Sicht. Um mit dem letzten vom Generalsekretär genannten Gedanken zu beginnen: Für uns bleiben der Moskauer Vertrag, das Wirtschaftsabkommen von 1978 und die gemeinsame Deklaration vom Mai 78 die feste Grundlage unserer bilateralen Beziehungen. Auch das VMA und die KSZE-Schlußakte müssen hier genannt werden. Penible Vertragstreue ist das wesentliche Element unserer Außenpolitik nach Westen wie nach Osten im wirtschaftlichen und politischen Bereich. Hier liegen die Grundzüge unserer Außenpolitik, unserer festen Einbindung in das Nordatlantische Bündnis und die Europäische Gemeinschaft, von denen man uns nicht trennen kann. Unsere Außenpolitik ist prinzipiell langfristig angelegt und auch für die Sowjetunion durchschaubar und berechenbar.

Wir sehen die Entwicklung der bilateralen Beziehungen als erfolgreich an. In Europa haben wir gemeinsame Interessen. Unsere Position hat sich nicht verändert: Wir streben weiterhin nach einem Ausbau der Zusammenarbeit. Deshalb haben wir die sowjetische Einladung gerne angenommen, obwohl uns mancher im Westen von der Reise abgeraten hat.

Sorge macht uns die ernste Entwicklung der internationalen Lage. Die Treffen von Venedig³⁵ und Ankara³⁶ haben ein hohes Maß an Übereinstimmung der Beteiligten bei der Beurteilung der Lage ergeben. Auf die einzelnen, auch vom Generalsekretär behandelten Probleme wird noch einzugehen sein. Ich lege Wert auf die Feststellung, daß ich ebenso wie der Bundesaußenminister für die Bundesrepublik Deutschland spreche. Dies geschieht jedoch in Kenntnis der Haltung unserer Partner und im Einvernehmen mit ihnen, insbesondere mit dem französischen Präsidenten.

³² Zur neunten Tagung der deutsch-sowjetischen Kommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit am 29./30. Mai 1980 vgl. Dok. 151, Anm. 11.

³³ Zur Unterzeichnung des langfristigen Programms für die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. Dok. 195.

³⁴ Für den Wortlaut der anlässlich des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 4. bis 7. Mai 1978 in der Bundesrepublik veröffentlichten Gemeinsamen Deklaration vom 6. Mai 1978 vgl. BULLETIN 1978, S. 429 f.

³⁵ Zur Tagung des Europäischen Rats am 12./13. Juni 1980 vgl. Dok. 177 und Dok. 178.

Zum Weltwirtschaftsgipfel am 22./23. Juni 1980 vgl. Dok. 184 und Dok. 185.

³⁶ Zur NATO-Ministerratstagung am 25./26. Juni 1980 vgl. Dok. 190.

³⁷Die derzeitige Weltlage ist äußerst gespannt. Es gibt unter mehreren Aspekten die Gefahr unkontrollierbarer Entwicklungen. Dazu gehört insbesondere die Ungewißheit der Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion. Ich verhehle nicht, daß nach Meinung einiger westlicher Analytiker die Sowjetunion immer da interveniert, wo sich neue soziale Systeme herausbilden. Fest steht, daß es keinen Konsens über das Verhalten der Großmächte in der Dritten Welt gibt. Dies bedeutet eine Gefahr für den Frieden. Afghanistan hat diese Gefahr mit besonderer Deutlichkeit gezeigt.

Wir Deutschen sind an Auswegen aus der gespannten Lage in Afghanistan und nicht an Beschuldigungen interessiert. Die sowjetische Führung soll wissen, daß die sowjetischen Argumente zur Rechtfertigung der Intervention uns nicht überzeugen. Wir haben keinen Hinweis auf eine Einmischung von außen, die eine militärische Intervention rechtfertigt. Uns scheint vielmehr, daß sich in einem Bürgerkrieg die Masse des Volkes gegen eine intellektuelle Minderheit auflehnt, daß dem Land im Namen des Fortschritts ein System oktroyiert werden soll, das ihm fremd ist und auch gegen die Ordnung des Islam. Das Ergebnis ist ein Flüchtlingsstrom, der die Millionengrenze erreicht hat. Die Sicherheit der Region ist durch die sowjetische militärische Präsenz in Afghanistan gefährdet. Wie Giscard d'Estaing schon sagte, fürchten wir die Gefährdung des Vertrauens in die sowjetische Politik aufgrund der Ereignisse in Afghanistan. Denn dieses Vertrauen ist die Basis der Entspannung zwischen Ost und West. Es ist ein Irrtum zu glauben, daß Afghanistan von den USA nur hochgespielt werde. Auch in der Dritten Welt gibt es spontane Reaktionen, wie die Beschlüsse der UN³⁸ und der Konferenzen in Islamabad³⁹ gezeigt haben. Folgende sind aus unserer Sicht die Elemente einer politischen Lösung in Afghanistan, die gleichzeitig realisiert werden müssen:

- a) Rückzug aller sowjetischen Truppen,
- b) Selbstbestimmung des afghanischen Volkes,
- c) internationale Kontrolle,
- d) Rückkehr der Flüchtlinge,
- e) Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen der Sowjetunion.

Der Westen will für Afghanistan nicht mehr als das, was es dort früher schon gab: Ungebundenheit und Neutralität. Dies entspricht den Interessen des afghanischen Volkes. Wenn man von Garantien spricht, so ist hier auf den Vorschlag der EG zu verweisen.⁴⁰ Es stellt sich die Frage, welche Staaten sollen aus sowjetischer Sicht Garantiemächte sein. Auch Iran und Pakistan?

³⁷ Beginn der Seite 14 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

³⁸ Zur Resolution ES-6/2 der Notstandssondertagung der VN-Generalversammlung vom 14. Januar 1980 vgl. Dok. 14, Anm. 11.

³⁹ Zur Konferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz vom 27. bis 29. Januar 1980 in Islamabad vgl. Dok. 29, Anm. 19.

Zur Konferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz vom 17. bis 22. Mai 1980 in Islamabad und zur Bildung eines Dreierausschusses für Afghanistan vgl. Dok. 148, Anm. 7.

⁴⁰ Vgl. dazu die Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vom 19. Februar 1980; BULLETIN DER EG 2/1980, S. 88 f. Vgl. dazu auch Dok. 57.

Gromyko: Die sind unmittelbare Teilnehmer. Sie müssen Abkommen mit Afghanistan unterzeichnen.

(Auf die Zwischenfrage des Bundeskanzlers, ob China auch in Frage komme: Zur Frage einer Beteiligung Chinas muß sich Afghanistan äußern. Afghanistan wird China nicht akzeptieren.)

Bundeskanzler: Wir würden gern morgen Erläuterungen zum Abzug der sowjetischen Truppen hören. Dies ist ein Schritt in die notwendige Richtung, sofern er von Dauer ist und bis zum vollständigen Abzug fortgesetzt wird. In global-strategischer Sicht ist allerdings die Präsenz von Luftlandetruppen und die Stationierung von Jagdbombern in Afghanistan ein Element starker Beunruhigung, das möglichst ausgeschaltet werden sollte.

Wir sind zwar weit weg von Afghanistan, aber der Grundsatz gilt weltweit, daß ein Land frei sein muß von äußeren Interventionen, wenn es eine freiheitliche Regierung bilden möchte. Gegen eine Intervention von außen braucht man keine Truppen in Kabul. Wahrscheinlich wäre ein Fahrplan für den weiteren Ablauf von großem Wert. Im übrigen hat die pakistanische Regierung eine internationale Überwachung der pakistanischen Grenzen vorgeschlagen.⁴¹ Die von der Islamabad-Konferenz gebildete Dreierkommission, bestehend aus Ghotbzadeh, Agha Shahi und dem Konferenz-Generalsekretär Chatti, hat ihre Bereitschaft erklärt, sowohl mit Karmal als auch mit der sowjetischen Regierung Gespräche zu führen. Gespräche mit der Kommission möchte ich empfehlen. Zu bemerken ist hier, daß die Länder, die die Dreierkommission repräsentiert, in anderen bei der Islamabad-Konferenz behandelten Fragen die Unabhängigkeit vom Westen unter Beweis gestellt haben.

Ich befürworte Ihren Gedanken einer politischen Lösung. Aber auch Gespräche zwischen den USA und der Sowjetunion sind unverzichtbar. Präsident Carter habe ich gesagt, daß das Rote Telefon nicht für Weihnachtsglückwünsche eingerichtet wurde⁴², sondern daß man sich gemeinsam in Krisensituationen miteinander direkt verständigen muß.

Zu Iran teilen wir Ihre Sorge: Es ist nicht auszuschließen, daß den Geiseln etwas zustößt. Dies kann die amerikanische Regierung in eine sehr schwierige Lage bringen. Schon jetzt ist die Bitterkeit besonders groß. Ich habe mit innerer Zustimmung Ihre Erklärung über die Ablehnung der Geiselnnehmer und den Schutz des diplomatischen Verkehrs gehört. Ich bitte Sie jedoch zu erwä-

⁴¹ Gesandter Huber, Moskau, berichtete am 14. März 1980, der pakistanische Botschafter in Moskau, Khan, habe die Erklärung von Präsident Zia ul-Haq vom 6. März 1980 zu Afghanistan erläutert. Demnach sei Pakistan bereit, „internationalen Organisationen Zugang zu Flüchtlingslagern an der Grenze zu gewähren zum Nachweis dafür, daß pakistanische Regierung Flüchtlingen lediglich humanitäre Hilfe gewähre“. Ferner könne Pakistans Grenze zu Afghanistan „jederzeit durch Entsendung einer internationalen Truppe nach Afghanistan abgeriegelt werden so gut dies überhaupt möglich sei. Über die Zusammensetzung dieser internationalen Verbände gebe es noch keine konkreten Überlegungen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1276; Referat 340, Bd. 113039. Vgl. dazu ferner das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Zia ul-Haq am 6. Mai 1980 in Belgrad; Dok. 140, Anm. 26.

⁴² Am 20. Juni 1963 unterzeichneten der amerikanische und der sowjetische Vertreter auf der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf, Stelle und Zarapkin, ein Memorandum über die Errichtung einer direkten Nachrichtenverbindung zwischen ihren Regierungen. Für den Wortlaut vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963, S. 236–238. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1963, D 391–393.

gen, ob Sie Ihre Haltung nicht ein zweites Mal öffentlich zum Ausdruck bringen können.⁴³

Breschnew: Wir haben hierzu eine offizielle Demarche bei der iranischen Regierung unternommen.

⁴⁴*Gromyko* (auf Frage des Bundeskanzlers, wann dies geschah): Dies war im November 1979 und Anfang dieses Jahres. Im übrigen hat der Generalsekretär dies in seiner Rede vor dem ZK-Plenum noch einmal bekräftigt.⁴⁵ Die USA hat uns jedoch kein Dankeschön dafür gesagt.

Bundeskanzler: Zum Problem des Nahen Ostens: Die islamische Welt, die sich einerseits bedroht fühlt wegen der Afghanistan-Intervention, empfindet andererseits Bitternis wegen der Gefahren im Nahen Osten. Verschiedene Krisen, nämlich Afghanistan, Iran und Nahost, laufen zusammen und können außer Kontrolle geraten. Hier ist an die gemeinsame Nahost-Entschließung der Neun in Venedig zu erinnern.⁴⁶ Unter Einschluß aller Beteiligten muß eine umfassende Friedenslösung gefunden werden, die alle Fragen einschließt, auch Jerusalem, Golan und Libanon sowie das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser, das Recht Israels auf sichere Existenz, die gegenseitige Anerkennung und den gegenseitigen Gewaltverzicht sowie den Verzicht auf die ausschließliche Kontrolle auf Gesamtpalästina.

Zu Thailand/Kambodscha⁴⁷: Die Außenminister der ASEAN-Staaten baten uns,

⁴³ Zur sowjetischen Haltung zur Geiselnahme amerikanischer Botschaftsangehöriger in Iran seit dem 4. November 1979 vgl. Dok. 151, Anm. 26.

⁴⁴ Beginn der Seite 17 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

⁴⁵ Vortragender Legationsrat I. Klasse Schlagintweit informierte am 3. Juli 1980 die Botschaften in Moskau und Teheran: „Behauptete SU-Demarchen sind hier nicht feststellbar. Abdruck der Breschnew-Rede vor ZK-Plenum am 23.6.1980 in Iswestija enthält keinen Passus zu Iran.“ Die Botschaften sollten sich daher „diskret um Verifizierung der Ausführungen Breschnews“ bemühen. Vgl. den Drahterlaß Nr. 3524; VS-Bd. 11153 (311); B 150, Aktenkopien 1980.

Botschafter Wieck, Moskau, berichtete am selben Tag: „Falls – wie Gromyko behauptete – eine entsprechende Äußerung in seiner Rede vor dem ZK-Plenum erfolgt sein sollte, so ist sie jedenfalls nicht veröffentlicht worden, was ihr allen politischen Wert raubt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2982; VS-Bd. 14091 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

Gesandter Strenziok, Teheran, informierte am 8. Juli 1980, sowjetische Demarchen gegenüber Iran seien nicht feststellbar: „Ob sowjetischer Botschafter seinerzeit in dieser Angelegenheit bei AM Ghotbzadeh bilateral vorstellig geworden ist, läßt sich heute ohne direktes Befragen nicht mehr feststellen. Allen hiesigen Missionschefs erinnerlich ist lediglich, daß ursprünglich geplante Demarche gesamten diplomatischen Korps in Teheran gegen Geiselnahme letztlich an Verzögerungstaktik sowjetischen Botschafters und der ihm folgenden Ostblockmissionschefs scheiterte.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 650; VS-Bd. 13174 (213); B 150, Aktenkopien 1980.

⁴⁶ Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats vom 12./13. Juni 1980 in Venedig über den Nahen Osten vgl. BULLETIN DER EG 6/1980, S. 10 f. Vgl. dazu auch Dok. 177.

⁴⁷ Referat 340 vermerkte am 26. Juni 1980: „Am 23.6.1980 griffen vietnamesische Truppen, verstärkt durch gepanzerte Fahrzeuge und Artillerie, Flüchtlingslager im thai-kambodschanischen Grenzgebiet an, überschritten teilweise die Grenze zu Thailand und besetzten mehrere thailändische Dörfer. [...] Verluste sind vor allem bei der Zivilbevölkerung und den Flüchtlingen zu beklagen.“ Die vietnamesischen Streitkräfte hätten sich offenbar wieder zurückgezogen, die Truppenkonzentration im Grenzgebiet werde jedoch fortgesetzt und könne der Vorbereitung einer größeren Offensive dienen. Vietnam streite jegliche Grenzüberschreitung ab und beschuldige Thailand der Provokation. Es habe den Wunsch nach guten Beziehungen geäußert, jedoch auch Bedroht, „Vietnam stünden mehrere Mittel zur Verfügung, die Situation zu verschlechtern“. Referat 340 notierte dazu, daß es sich offenbar um eine von vornherein räumlich und zeitlich begrenzte Aktion gehandelt habe, um Thailand wegen der Aufnahme der Flüchtlinge eine Lektion zu erteilen. Sie habe aber das Mißtrauen der ASEAN-Staaten gegenüber Vietnam verstärkt und die Möglichkeit der Fortsetzung der humanitären Hilfe in den Flüchtlingslagern in Frage gestellt. Vgl. Referat 340, Bd. 127373.

Ihnen nahezulegen, auf Vietnam mäßigend einzuwirken.⁴⁸ Es gibt einige wenige Staaten, die zur Quelle unablässiger Flüchtlingsströme geworden sind: Kambodscha, Vietnam, Äthiopien und Kuba. Die Bundesrepublik Deutschland bringt große Opfer, um den Flüchtlingen zu helfen.

Ich glaube, die vietnamesischen Truppen gehören ebenso wenig nach Kambodscha⁴⁹, wie die kubanischen Truppen nach Afrika gehören⁵⁰. Kuba stellt damit im übrigen seine Rolle als Führer der Ungebundenen in Frage.

Zu Afrika und insbesondere zum südlichen Afrika: Die Bildung des Staates Simbabwe⁵¹ kann als gutes Beispiel gelten für Lösungen, die für Namibia notwendig sind. Es muß an dieser Stelle ganz klar gesagt werden, daß die Bundesrepublik Deutschland die Apartheidspolitik als eklatante Verletzung der Menschenrechte ansieht.⁵²

China wurde erwähnt: Nach unserer Einschätzung ist sich die chinesische Führung der gewaltigen inneren Probleme durchaus bewußt und wünscht die Erhaltung des Friedens. Wir haben in unseren Gesprächen mit ihr⁵³ Wert darauf gelegt, unsere Politik gegenüber der Sowjetunion und unser Festhalten am Prinzip der Entspannungspolitik zu erklären und ihr nahezubringen. China wird nach unserem Eindruck im Laufe der Jahre in seine weltpolitische Rolle und Verantwortung hineinwachsen. Die Bundesregierung wird jedenfalls keine Waffen nach China liefern, da haben Sie recht.

⁴⁸ Vgl. dazu die Konferenz der Außenminister der ASEAN- und der EG-Mitgliedstaaten am 6./7. März 1980 in Kuala Lumpur; Dok. 84.

Am 26./27. Mai 1980 fand in Genf die von den ASEAN-Staaten angeregte Konferenz über humanitäre Hilfe für Kambodscha statt. Vortragender Legationsrat Boll teilte dazu am 2. Juni 1980 mit: „Die Kambodscha-Problematik wurde wieder in den Blickpunkt des weltpolitischen Interesses gerückt. Die unerwartet hohen Neuzusagen reichen aus, um den dringenden Finanzbedarf der internationalen Organisationen zur Bewältigung der unmittelbar bevorstehenden Krisensituation in Kambodscha abzudecken.“ Allerdings stelle der Boykott durch die UdSSR und Vietnam die Implementierung des Forderungskatalogs in Frage: „Die Solidarität der Neun/EG mit ASEAN wurde auf der Konferenz durch substantielle Hilfszusagen und auch dadurch unterstrichen, daß die Neun die Anliegen der ASEAN-Staaten weitgehend unterstützten. Damit wurden von den Neun die in der EG-ASEAN-Erklärung von Kuala Lumpur am 7. März 1980 eingegangenen Verpflichtungen entsprechend eingelöst.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 74; Referat 012, Bd. 115729.

⁴⁹ Zum Einmarsch vietnamesischer Truppen in Kambodscha am 25. Dezember 1978 vgl. Dok. 20, Anm. 8.

⁵⁰ Zum Engagement Kubas in Afrika notierte Referat 330 am 22. Januar 1980, Kuba unterstütze seit 1959 afrikanische Befreiungsbewegungen: „Die Entscheidung zur Entsendung von drei Brigaden mit etwa 18 000 Mann und moderner sowjetischer Ausrüstung nach Angola 1975 hat Havanna nach unseren Erkenntnissen selbständig getroffen. Die Sowjetunion unterstützte diese Intervention zugunsten der MPLA erst, nachdem sich ein Erfolg der Aktion abgezeichnet hatte. Dieser erste massive militärische Einsatz steigerte Kubas Popularität in linksorientierten Ländern Afrikas und regte andere Freiheitsbewegungen zu größerer Aktivität an. In den Konflikt zwischen Äthiopien und Somalia wurde Kuba 1977 durch die SU gedrängt.“ Rund 10 000 kubanische Soldaten stünden dort auf Seiten Äthopiens: „Gegenwärtig sind etwa 33 000 kubanische Soldaten und ca. 6000 Zivilisten in 18 afrikanischen Ländern eingesetzt. Unter den Zivilisten stellen Ärzte, Experten für die Landwirtschaft und für technische Vorhaben sowie Lehrer die größten Kontingente. Bei der Ausbildung von paramilitärischen Einheiten wie Milizen, Polizei, Sicherheitsdiensten und Leibwachen sind Militär- und Zivilberater tätig.“ Vgl. Referat 330, Bd. 127432.

⁵¹ Simbabwe wurde am 18. April 1980 formell in die Unabhängigkeit entlassen.

⁵² Ende der Seite 17 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

⁵³ Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem chinesischen Außenminister Huang Hua am 20. Juni 1980 vgl. Dok. 181.

Kossygin: Immerhin liefern fast alle europäischen Länder, auch die USA, Waffen an China.

Bundeskanzler: Wir sind nicht verantwortlich für andere. Wir liefern nichts.

Kossygin: Wer nichts hat, liefert nicht.

Bundeskanzler: Wir haben da einiges, aber wir liefern nichts.

Ich möchte ein Wort sagen über die Ost-West-Beziehungen insgesamt:

Kein Industriestaat kann sich leisten, die West-Ost-Zusammenarbeit aufzugeben. Die großen Aufgaben der Zukunft können wir nur gemeinsam lösen. Das gilt für die Nord-Süd-Fragen, für die Umweltprobleme und für das Energieproblem.

Aus der Afghanistan-Krise haben wir gelernt, daß die West-Ost-Zusammenarbeit auch für Europa gefährdet werden kann, wenn in anderen Teilen der Welt an den Vertrauensgrundlagen gerüttelt wird. Dazu möchte ich zwei Erklärungen in Erinnerung rufen, und zwar die deutsch-französische Erklärung von Anfang Februar 1980 zu Afghanistan⁵⁴ und die deutsch-sowjetische Gemeinsame Erklärung vom Mai 1978. Wir haben uns in dieser letzteren Erklärung der Respektierung der Unteilbarkeit des Friedens und der Sicherheit in allen Teilen der Welt versichert. Für einen solchen Frieden wollen wir unsere politischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten einsetzen, unilateral, bilateral und multilateral.

Wir haben sehr beachtet, daß Außenminister Gromyko Bundesminister Genscher in Wien gesagt hat, die Sowjetunion wolle keinen Keil treiben zwischen die Bundesrepublik und die USA oder zwischen Europa und Nordamerika.⁵⁵ Das ist eine wichtige Erklärung der sowjetischen Führung.

Ich will bestätigen, daß – bei allem Freiraum, den demokratische Staaten für sich in Anspruch nehmen – wir in der Tat von den USA nicht getrennt werden können. Die Beziehungen zwischen Westeuropa und den USA halten wir für unverzichtbar für das Gleichgewicht in Europa, wie dies im KSZE-Prozeß auch anerkannt worden ist. Wir wollen in der Bundesrepublik auch in Zukunft unseren militärischen Beitrag zur Aufrechterhaltung dieses Gleichgewichts leisten.

(Auf eine Zwischenfrage des *Generalsekretärs*, wie das zu verstehen sei, antwortete) *Bundeskanzler:* Wie bisher, so werden wir auch in Zukunft im Bündnis, dem wir angehören, unseren Beitrag zum militärischen Gleichgewicht leisten.

Breschnew: Gegen wen wollen Sie sich verteidigen? Wenn Sie sich darauf vorbereiten, müssen Sie wissen, gegen wen.

Bundeskanzler: Wir gehen davon aus, daß die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts der militärischen Kräfte in Europa unverzichtbar ist für den Frieden. Allein reicht das zwar nicht aus, aber es ist eine Voraussetzung. In der Gemeinsamen Erklärung von 1978 haben wir gemeinsam die Gleichheit der Sicherheit und die ungefähre Parität der militärischen Potentiale betont.

Breschnew: Wir sind für Gleichgewicht; nur verstehen wir das unterschiedlich. Sie verstehen das so, und wir verstehen das anders.

⁵⁴ Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung anläßlich der deutsch-französischen Konsultationen vom 8. Februar 1980 vgl. BULLETIN 1980, S. 117 f.

⁵⁵ Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 16. Mai 1980 vgl. Dok. 151.

Bundeskanzler: Darüber müssen wir noch im einzelnen sprechen. Mir liegt sehr am Gleichgewicht durch Rüstungsbegrenzung auf möglichst niedrigem Niveau. Deshalb habe ich mich in vielen öffentlichen Reden in den USA für die Ratifizierung von SALT II eingesetzt. Ich bedaure, daß es noch nicht zur Ratifizierung gekommen ist, habe aber die Hoffnung auf eine Ratifizierung keineswegs aufgegeben.

Ich glaube nicht, daß man von einer plötzlichen Wende in der Politik der USA gegenüber der Sowjetunion sprechen sollte. Ich glaube, daß Präsident Carter im letzten Winter in einer Aussetzung des Ratifizierungsverfahrens die einzige Möglichkeit sah, SALT II vor einer parlamentarischen Niederlage zu retten.⁵⁶ Präsident Carter und Außenminister Muskie haben kürzlich erklärt, daß sie weiterhin am Inkrafttreten von SALT II interessiert und bereit sind, sich auch vor einer Ratifizierung an die SALT-II-Absprachen zu halten.⁵⁷

Breschnew: Wer stört denn die Ratifizierung? Wir sind dafür; Sie sind dafür.

Gromyko: Die ganze Welt ist dafür – natürlich außer China.

Breschnew: Es ist eine seltsame Lage, daß trotzdem nicht ratifiziert wird.

Bundeskanzler: Die Lage ist nicht einfach. Die USA haben mit allen NATO-Partnern in Ankara erneut bekräftigt, daß sie eine Verbesserung der West-Ost-Beziehungen wollen und eine konstruktive Zusammenarbeit mit Ihnen suchen. Ebenso haben sich die Bündnispartner in Ankara erneut für SALT ausgesprochen. Wir werden nicht aufhören, dies immer wieder als notwendig zu betonen. Präsident Carter hat mich gebeten, zwei wesentliche Punkte im SALT-Zusammenhang Ihnen gegenüber anzusprechen.⁵⁸

1) Ist die sowjetische Führung bereit, auch vor einer Ratifizierung die Bestimmungen eines SALT-II-Vertrages einzuhalten? Diese Frage möchte ich Ihnen als Bote überbringen; ich wäre natürlich gerne bereit, auch Ihre Antwort zu übermitteln. Wenn ich es recht verstehe, nimmt Präsident Carter von dieser Aufforderung zur Einhaltung den unter SALT II vorgesehenen Abbau von Raketen aus. Wir haben übrigens an dieser Frage ein unmittelbares Interesse, da auch die eurostrategischen Waffen Begrenzungen von SALT III unterworfen werden sollen.

⁵⁶ Zur Aussetzung der Ratifizierung des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 auf Bitte des Präsidenten Carter vom 3. Januar 1980 vgl. Dok. 1, Anm. 13.

⁵⁷ In einer Ansprache vor dem „World Affairs Council of Philadelphia“ erklärte Präsident Carter am 9. Mai 1980: „The SALT II agreement is a major accomplishment of my administration. It contributes directly to the security of the United States, and we intend to abide by the treaty's terms as long as the Soviet Union, as observed by us, complies with those terms as well. Of course, we will seek its ratification at the earliest opportune time.“ Vgl. PUBLIC PAPERS, CARTER 1980, S. 872.

Gesandter Dannenbring, Washington, berichtete am 9. Juni 1980: „Als Reaktion auf den Aufruf des bisherigen Außenministers Vance an den Senat, SALT II noch 1980 zu ratifizieren [...], haben Secretary Muskie und Senator Byrd zu den Voraussetzungen für eine Ratifizierung Stellung genommen. Am 6.6. erklärte Muskie, daß die Administration am SALT-Prozeß festhalte und ständig im Auge behalte, wie dessen Ziele erreicht werden können. Befragt nach dem Zusammenhang von Afghanistan und Aufschub der Ratifizierung erklärte er: ‚I think, the two issues are separable‘, und fügte hinzu, daß die Tatsache der Konfrontation über Afghanistan die Bedeutung von Rüstungskontrolle erhöhe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2289; Referat 220, Bd. 116911.

⁵⁸ Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Carter am 21. Juni 1980 in Venedig; Dok. 182.

2) Fragt Präsident Carter, ob die Sowjetunion bereit sei, vorbereitende Gespräche über SALT III zu führen, auch wenn SALT II noch nicht ratifiziert ist?

Im übrigen möchte ich morgen auf die eurostrategischen Waffen zurückkommen.

Breschnew: Vorbereitende Gespräche sind möglich. (Darauf wendet sich Gromyko an Breschnew, offenbar um ihn von diesem Gedanken abzubringen.)

Bundeskanzler zum Treffen in Madrid: Die Eröffnung sollte jedenfalls durch die Außenminister erfolgen. Wir glauben mit Ihnen, daß diese Konferenz ein Mandat erteilen könnte über die Ausarbeitung militärisch bedeutsamer, verifizierbarer und verbindlicher vertrauensbildender Maßnahmen, die auf dem ganzen europäischen Kontinent Anwendung finden. Wir unterstützen den entsprechenden französischen Vorschlag⁵⁹ und meinen, daß ein Mandat nicht nur prozedurale Fragen regeln sollte.

In diesem Zusammenhang interessieren uns Ihre Überlegungen zu Einzelfragen der Weltfriedenskonferenz, die Teilnehmer, Thematik und Zeitpunkt. In welchem Verhältnis stünde eine solche Konferenz zu KSZE und MBFR oder zu den bestehenden Gremien im Rahmen der Vereinten Nationen?

Wir möchten sicherstellen, daß in der Dritten Welt und bei den blockfreien Staaten nicht der Eindruck vom Versuch eines neuen Hegemonismus entsteht.

Wir glauben, daß eine europäische Abrüstungskonferenz in den KSZE-Grundprozeß eng eingebunden bleiben muß.

Zu MBFR stimmen wir Ihrer Einschätzung zu, daß nach siebenjähriger Verhandlung ein erstes Ergebnis erzielt werden sollte. Deshalb haben wir ein Zwischenergebnis vorgeschlagen.⁶⁰ Die Datenfrage ist aber nach wie vor das Hauptproblem. Wir prüfen in konstruktivem Geist den sowjetischen Vorschlag, den einseitigen Abzug sowjetischer Streitkräfte aus der DDR bei einer MBFR-Vereinbarung anzurechnen.⁶¹ Diesen einseitigen Abzug haben wir übrigens von Anfang an begrüßt als Schritt in die richtige Richtung. Wir bleiben an einem MBFR-Ergebnis sehr interessiert. Mein persönliches, besonders starkes Interesse an dieser Verhandlung kennen Sie.

Gromyko: Ich möchte Ihre Frage bezüglich der verschiedenen Konferenzen beantworten. Es gibt drei verschiedene Konferenz-Vorschläge.

Die Konferenz auf höchster Ebene ist ein Vorschlag des Warschauer Paktes. Die Länder des Warschauer Paktes haben keinen konkreten Termin genannt. Hierzu sind Konsultationen erforderlich, genauso wie über die Zusammensetzung der Teilnehmer einer solchen Konferenz. Wir haben von manchen Staaten gehört, daß man einen kleinen Teilnehmerkreis vorziehe, um keine Parallele zu UNO-Gremien herzustellen. Im einzelnen bedarf das der Abstimmung. Damit können wir auch gleich beginnen und unser heutiges Gespräch als eine solche Abstimmung betrachten.

Wir würden es schätzen, wenn Sie konkrete Überlegungen hierzu beisteuern würden.

⁵⁹ Zum französischen Vorschlag einer Konferenz für Abrüstung in Europa vgl. Dok. 100.

⁶⁰ Zum Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 20. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 12.

⁶¹ Zum sowjetischen Vorschlag einer Anrechnung des Teilabzugs sowjetischer Streitkräfte aus der DDR im Rahmen der MBFR-Verhandlungen in Wien vgl. Dok. 114.

Außerdem gibt es den Vorschlag einer Konferenz über militärische Entspannung. Wir haben keine konkrete Vorstellung über einen Termin; aber je eher sie stattfindet, desto besser.

Uns ist allerdings klar, daß eine solche Konferenz vor Madrid nicht mehr zu erreichen ist. In Madrid könnte man aber die dazu notwendigen Konsultationen durchführen. Dabei sollte man sich in Madrid darauf einigen, daß eine solche Konferenz einberufen wird; eine Einigung über ein Mandat reicht nicht aus.

Was bedeutet eigentlich ein Mandat? Wir haben heute davon gesprochen, daß das Vertrauen wachsen muß. Diese Konferenz hat zum Ziel, das Vertrauen zu vertiefen. Wir können uns allerdings nicht vorstellen, daß in Madrid auch jemand gegen eine solche Konferenz auftritt.

Die dritte Konferenz ist von Frankreich vorgeschlagen worden.

(Einwurf *Bundeskanzler*: Und von Polen.)

Gromyko: Dabei handelt es sich um eine europäische Abrüstungskonferenz. Wir haben darüber mit Frankreich konsultiert und haben uns mit einer solchen Konferenz einverstanden erklärt. Dabei sollen die Konferenz für militärische Entspannung und die Abrüstungskonferenz als eine einheitliche Konferenz in zwei Etappen stattfinden: die militärische Entspannung in der ersten Etappe; die Abrüstung in der zweiten Etappe. Über die Aufgaben im einzelnen und über welche Waffenarten in der zweiten Etappe gesprochen werden sollte, darüber müßte man konsultieren.

Bundeskanzler: Ich möchte vorschlagen, daß die Außenminister Gromyko und Genscher morgen über diese Fragen nochmals im einzelnen sprechen werden.

Im Hinblick auf die fortgeschrittene Zeit möchte ich über Weltwirtschafts-, Nord-Süd- und Energiefragen morgen erst sprechen. Heute möchte ich noch ein Wort sagen zu Berlin und zu den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten.

Nach unserem Urteil funktioniert die vertragsgemäße Zusammenarbeit zwischen uns und der DDR recht gut und soll weiter ausgebaut werden. Sie kennen meine Absicht, Herrn Honecker einen Besuch abzustatten.⁶² Wir hoffen, daß neben der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Besuchsverkehr aus der DDR zu uns ausgebaut werden kann, weil dies ein wichtiger Beitrag zur Normalisierung der Lage in Europa sein würde.

Wir haben den Eindruck, daß die Lage in und um Berlin ruhig ist. Wir profitieren von den Verträgen, die geschlossen worden sind. Alle unsere Bündnispartner haben in Ankara diese Verträge ausdrücklich erneut positiv bewertet.

Abschließend möchte ich einen grundlegenden Aspekt unserer bilateralen Zusammenarbeit nochmals ausdrücklich positiv würdigen. Ich knüpfe an die Eingangsbemerkungen an, die Minister Gromyko nicht gehört hat, weil er abgehalten war. Wir haben den unbedingten Willen, die Verträge mit der Sowjetunion, den Moskauer Vertrag, die Gemeinsame Erklärung von 1978, das Langfristige Wirtschaftsabkommen von 1978 sowie die Erklärung von Helsinki auszufüllen und unsere Zusammenarbeit auf diesen Grundlagen fortzusetzen. Über

⁶² Zu den Planungen für ein Treffen des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, vgl. Dok. 165, Anm. 10.

diese Fragen ist zwischen mir und Außenminister Gromyko im November 1979 ausführlich gesprochen worden, und man hat gemeinsam festgestellt, daß sich die bilaterale Zusammenarbeit bewährt hat.⁶³

Erstrecken möchte ich dies auf das Langfristige Wirtschaftsabkommen von 1978, was mir von Herrn Tichonow bei seinem kürzlichen Besuch in Bonn ausdrücklich bestätigt wurde.⁶⁴

Auf Einzelheiten der bilateralen Zusammenarbeit möchte ich später noch zurückkommen. Ich habe sehr lange gesprochen, aber Sie, Herr Generalsekretär, haben auch lange Ausführungen gemacht.

VS-Bd. 13165 (213)

⁶³ Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich vom 21. bis 24. November 1979 in der Bundesrepublik auf. Für die Gespräche mit Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher vgl. AAPD 1979, II, Dok. 341–344.

⁶⁴ Zu dem Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt am 30. Mai 1980 mit dem Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten, Tichonow, vgl. Dok. 151, Anm. 11.

Ergänzungstext zu Dok. 55, S. 313:

* Zu unseren eigenen verteidigungspolitischen Maßnahmen:

- Hier müsse auch der militärische Teil unserer Hilfe an die Türkei als wichtige Anstrengung genannt werden.
- Wir prüfen ferner Maßnahmen, die unmittelbar die Bundeswehr betreffen (z.B. Munitionsbevorratung, höhere Treibstoffausgaben). Es handele sich um ein Bündel von Maßnahmen, über welches der Bundeskanzler Anfang März in Washington im einzelnen sprechen werde.

Man müsse die deutschen Verteidigungsleistungen im Ablauf der letzten zehn Jahre würdigen, in welchem Zeitraum die realen Aufwendungen sehr hoch gewesen seien. Die Bundesrepublik sei ein Land mit Wehrpflicht. Dies habe zwei Konsequenzen: Einmal seien die Personalkosten im Vergleich zu Ländern mit Berufsarmeen niedrig. Zum anderen verfügten wir über großes Potential schnell mobilisierbarer Reservisten, so daß wir aus dem Stand beachtliche Streitkräfte bereitstellen könnten. (Deshalb strebe übrigens die Sowjetunion in MBFR so sehr nach nationalen Höchststärken; genau deshalb müßten wir aber den Grundsatz der Kollektivität durchhalten.)

Die Wehrpflicht werde im Lande voll bejaht, was ein wichtiges Zeichen für die innere Haltung unserer Bevölkerung sei. So habe es bei der Erörterung der TNF-Nachrüstung in der Öffentlichkeit auch keine „Eruptionen“ gegeben. Dies sei um so beachtlicher, als wohl nirgendwo sonst es eine so hohe Dislozierungsichte von Atomwaffen in dichtbesiedelten Gebieten gebe und noch geben werde wie bei uns.

Wir überlegten, wie wir das 3%-Ziel erreichen könnten. Die Militärhilfe an die Türkei gewinne Gestalt. Wir richteten uns danach, was wir im Sinne einer Arbeitsteilung am besten leisten könnten. *

Deutsch-sowjetisches Regierungsgespräch in Moskau**213-321.10-1568/80 VS-vertraulich****1. Juli 1980¹**

Protokoll über das Gespräch zwischen dem Bundeskanzler und dem Bundesaußenminister und Generalsekretär Breschnew, Ministerpräsident Kossygin und Außenminister Gromyko am 1. Juli 1980 von 11.00 bis 13.20 Uhr im Katharinen-Saal des Kreml

Weitere Teilnehmer des Gesprächs wie am 30.6.1980², zusätzlich auf der deutschen Seite VLR von Braunmühl.

Breschnew: Sie haben mir gestern, Herr Bundeskanzler, zwei Fragen Präsident Carters übermittelt, die ich jetzt beantworten möchte:

Die erste Frage war, ob die Sowjetunion bereit ist, die Bedingungen des SALT-II-Vertrages³ auch ohne Ratifizierung⁴ einzuhalten. Dazu haben wir der amerikanischen Regierung bereits gesagt und bekräftigen hiermit erneut, daß für uns die Bestimmungen des Vertrages, solange er nicht in Kraft getreten ist, nicht bindend sind. Dies entspricht dem Völkerrecht.

Die gegenwärtige Situation hinsichtlich SALT II weckt unsere ernste Besorgnis. Das Schicksal dieses Dokuments, das weltweite Bedeutung hat, ist in Frage gestellt. In Washington, wo man den Vertrag auf die lange Bank geschoben hat, wird behauptet, an der Verzögerung der Ratifizierung sei Afghanistan schuld. Dies ist eine nicht zu rechtfertigende Ausrede, denn die Verzögerung der Ratifizierung hat schon gleich nach der Unterzeichnung begonnen. Der Prozeß der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen ist mit viel und langwieriger Arbeit angebahnt worden. Jetzt versucht man, diesen Prozeß zu zerstören und die gefundene Lösung zu blockieren. Dies ist eine gefährliche, kurzsichtige Politik. Für das Anhalten des SALT-Prozesses liegt die Verantwortung bei den USA, aber auch bei einer Reihe von NATO-Ländern, darunter die Bundesrepublik. Wir kennen und schätzen Ihre Äußerungen, Herr Bundeskanzler, für eine Ratifizierung des SALT-II-Vertrages. Es wird aber wenig, zu wenig getan, um der US-Administration wirklich Anstöße dazu zu geben, daß sie die Ratifizierung intensiv betreibt.

Die zweite Frage war die nach den Möglichkeiten von Vorverhandlungen über SALT III, ohne die Ratifizierung von SALT II abzuwarten.

Wir stellen Überlegungen über die Perspektiven von Rüstungsbegrenzungsverhandlungen an und fragen uns, ob die Sache gewinnen wird, wenn wir mit Vorverhandlungen zu SALT III beginnen, während die Zukunft von SALT II völlig unbestimmt bleibt. Nein, sie wird nicht gewinnen. Im Gegenteil: Die Chancen für

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Referat 213 am 2. Juli 1980 gefertigt.
Zur Entstehung vgl. auch Dok. 205.

² Für das deutsch-sowjetische Regierungsgespräch am 30. Juni 1980 in Moskau vgl. Dok. 192.

³ Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 13.

⁴ Zum Stand des Ratifizierungsverfahrens des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 im amerikanischen Senat vgl. Dok. 59.

die SALT-II-Ratifizierung würden dadurch weiter reduziert und Ungewißheit über SALT II wie ein schweres Gewicht über SALT-III-Verhandlungen hängen. Ich werde auf die Aspekte dieses Problems noch zurückkommen.

Jetzt wollen wir analysieren, was sich infolge des Beschlusses der NATO über die Nachrüstung von neuen amerikanischen Mittelstreckenwaffen⁵ ergibt. Welche Gründe Sie hierfür auch immer angeben mögen, dieser Beschluß stellt den Versuch dar, das bestehende gesamtstrategische Gleichgewicht zwischen Ost und West aufzubrechen, das vom Westen anerkannt wurde, u. a. auch von Carter in Wien. Es ist das gleiche Gleichgewicht, das auch Sie bei unserem Treffen 1978⁶ mit allem Ernst als gegeben eingeschätzt haben.

Wir wollen ohne Umschweife sprechen: Das Zustandekommen des Beschlusses wurde nicht nur von den USA aufgezwungen, auch die Bundesregierung hat den Weg für den Beschluß freigemacht und in diesem Geist auch andere NATO-Länder bearbeitet. Man gewinnt den Eindruck, daß es hauptsächlich um die Vergrößerung des Nukleararsenals gegangen ist und der Vorschlag nur dafür gemacht wurde, um die Pläne der NATO zu legalisieren. Besonders aufgebauscht wurde die Gefahr der sogenannten SS-20-Raketen. Ich möchte an dieser Stelle mit Bestimmtheit wiederholen, daß die Stationierung von Mittelstreckenraketen in den westlichen Teilen der UdSSR nur die Ersetzung älterer Raketen bedeutet und keine neue militärische Situation in Europa schafft. Es handelt sich in der Tat um moderne Raketen, aber nicht um eine Waffe, die es früher hier nicht gegeben hat. Darüber hinaus erhöht sich nicht die Summe der nuklearen Sprengkraft dieser Raketen, sondern geht sogar zurück. Arithmetisch ausgedrückt ist die Zahl der Ladungen und nuklearen Sprengköpfe, die von Westeuropa uns und unsere Verbündeten erreichen können, im Vergleich zu der Zahl der Ladungen und Sprengköpfe, die die NATO-Länder erreichen können, größer, d. h. die NATO hat mehr. Dies ist die Realität. Wenn man nicht kleinlich ist, so besteht im ganzen zwischen West und Ost ein ungefähres militärisches strategisches Gleichgewicht. Die Sowjetunion strebt keine militärische Überlegenheit an und keine Erstschlagskapazität. Als wir im Herbst 1979 Verhandlungen über die Reduzierung von Mittelstreckenwaffen vorschlugen und unsere Bereitschaft bekundeten, im Vergleich zum jetzigen Stand der Zahl der nuklearen Waffen in dem westlichen Teil der UdSSR zu reduzieren⁷, gingen wir davon aus, daß keine zusätzlichen Nuklearwaffen in Westeuropa stationiert würden. Wir wollten seinerzeit niemanden überlisten und hielten dies für eine annehmbare Lösung.

Bei mir entsteht oft die Frage: Ob sich die Führer der europäischen NATO-Staaten bewußt sind, daß der Beschluß über die Stationierung von US-Raketen in Europa verhängnisvolle Folgen für ihre Länder in sich birgt? Grundlage des Beschlusses ist die Kalkulation der USA, damit militärische Überlegenheit über die Sowjetunion zu erlangen. Angesichts der geographischen Lage der Sowjetunion sehen wir in dieser Stationierung von Mittelstreckenwaffen eine Art strategischer Angriffsrüstung. Die Amerikaner rechnen damit, und darauf möchte

⁵ Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 10.

⁶ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, hielt sich vom 4. bis 7. Mai 1978 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 135, Dok. 136, Dok. 142 und Dok. 143.

⁷ Vgl. dazu die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin; Dok. 29, Anm. 5.

ich Ihre Aufmerksamkeit lenken, daß sie bei einem Nuklearkonflikt sicher jenseits des Ozeans sitzen, während das Schicksal der westeuropäischen Alliierten nicht ihr Hauptanliegen ist. Was die Absicht der Amerikaner anbelangt, eine einseitige Überlegenheit zu erlangen, so sage ich Ihnen ganz offen, daß im Falle einer Stationierung von zusätzlichen amerikanischen Mittelstreckenraketen in Westeuropa die UdSSR und ihre Verbündeten alle Maßnahmen zur Wiederherstellung des gestörten Gleichgewichts einleiten würden. Ich zweifle, ob Sie diese Entwicklung gutheißen würden.

Wir sind entschieden gegen das Wettrüsten in Europa und in anderen Teilen der Welt und setzen uns ein zur Vorbeugung einer gefährlichen Wende: Es gilt den Knoten zu beseitigen, der durch den NATO-Beschluß gebunden wurde.

Viel besser wäre es, Verhandlungen über Mittelstreckenraketen zu beginnen, so wie sie von uns vorgeschlagen wurden. Dazu muß aber die Lage wieder hergestellt werden, die vor dem NATO-Beschluß bestand. Dieser unser Vorschlag bleibt in Kraft.

Mit Rücksicht auf die NATO-Position sind wir jedoch auch bereit, auf eine andere Variante einzugehen. Wie Ihnen bekannt ist, haben wir gesagt, daß die Frage der Mittelstreckenraketen nicht Gegenstand separater Verhandlungen sein muß, sondern im Rahmen von SALT III besprochen werden könne. Dabei allerdings müssen alle Faktoren berücksichtigt werden, die die strategische Situation bestimmen. Obwohl gegen dieses letztere Schema verbal keine Einwände erhoben werden, wird der Weg in diese Richtung dennoch blockiert, weil die USA nichts für die Ratifizierung von SALT II tun. Dagegen wird alles getan, um die Produktion und Stationierung von Mittelstreckenwaffen zu forcieren. So sieht doch die Lage aus.

Es ist wirklich schwer, sich des Eindrucks zu erwehren, daß die NATO eine Lösung des Problems gar nicht will. Gleichzeitig wird aber die Sowjetunion beschuldigt, daß sie nicht verhandeln wolle. Dies ist eine notorische Unwahrheit. Wir sind für Verhandlungen, ich wiederhole, für Verhandlungen, aber für ehrliche und gerechte Verhandlungen. Es ist möglich, daß Sie sich auf die Idee eines Verzichts auf die Stationierung von Raketen mittlerer Reichweite in Europa berufen werden.⁸ Da dies praktisch nur die Sowjetunion betrifft, wäre dies ein ungleichberechtigtes Herangehen, mit dem wir nicht einverstanden sein können. Ich will hierzu nicht auf Einzelheiten eingehen.

Indem wir uns von den Interessen des Friedens und der Sicherheit leiten lassen, haben wir uns, ohne unseren früheren Vorschlag zu streichen, einen neuen Vorschlag überlegt, den wir bisher noch niemandem dargelegt haben. Sein Sinn besteht in folgendem: Die Behandlung der Fragen, die mit den Waffen mittlerer Reichweite verbunden sind, kann man jetzt beginnen, ohne jegliche Verzögerung. Das heißt, man kann jetzt an sie herangehen, ohne auf die Ratifizierung von SALT II zu warten. Dabei müssen aber diese Fragen betreffend die Waffen mittlerer Reichweite mit Rücksichtnahme auf alle Faktoren besprochen und gelöst werden, die die strategische Situation bestimmen. Konkret heißt das,

⁸ Vgl. dazu die Äußerungen des Bundeskanzlers Schmidt am 11. April 1980 in Hamburg bzw. am 12. April 1980 in Essen; Dok. 111.

Vgl. dazu ferner die Äußerungen Schmidts am 9. Juni 1980 in Essen; Dok. 175.

nicht nur über Raketen mittlerer Reichweite zu sprechen, sondern auch über die Nuklearwaffen der Forward Based Systems. Diese müssen gleichzeitig und in einem organischen Zusammenhang behandelt werden.

Bundeskanzler (in englischer Sprache an Gromyko gerichtet): Als Beispiel nennen Sie die FBS; Sie nennen nicht die französischen, englischen und chinesischen Mittelstreckenwaffen. Heißt das, daß diese die strategische Situation nicht berühren?

Gromyko: Es geht nur um die amerikanischen FBS. Die britischen, französischen, chinesischen Waffen (aus dem Russischen wörtlich: „Mittel“) werden nicht einbezogen, weil die Mittelstreckenraketen amerikanische Raketen sind. Eine andere Sache ist es mit SALT III. Dort werden alle Komponenten besprochen. Aber hier ist an einen engeren Rahmen gedacht.

Breschnew: Das sind Gedanken über die Frage der Waffen mittlerer Reichweite, die ich Ihnen gegenüber äußern wollte. Das können Sie Präsident Carter übermitteln.

Sie sehen, daß wir eine vertragliche Vereinbarung anstreben. Wenn die Bundesrepublik Deutschland ihrerseits wirklich an der Verringerung der militärischen Gefahr in Europa interessiert ist, so kann sie eine wesentliche positive Rolle spielen, um zum Weg der Verhandlungen zurückzufinden.

Noch ein weiteres Thema möchte ich zur Sprache bringen: Die NATO bemüht sich offensichtlich, ihren Geltungsbereich und ihre Funktionen auszuweiten und neue Mitglieder zu werben. Dies sieht man am Beispiel Spaniens. Es ist klar, daß die Heranziehung Spaniens in die NATO, womit sich die USA aktiv befassen, die Lage auf dem Kontinent erschweren würde. Sie sollten Folgen eines solchen Schrittes ernsthaft abwägen.⁹

Ich möchte daran erinnern, daß die sozialistischen Staaten einen anderen Weg, und zwar den der Nichterweiterung der Militärbündnisse, vorgeschlagen haben.¹⁰ In der jetzigen Situation ist es wichtig, daß weder die USA noch die NATO insgesamt Schritte unternehmen, die der Entspannung in Europa Schaden zufügen könnten.

Bundeskanzler: Ich danke Ihnen für Ihr wichtiges Exposé und die beiden Antworten, die Sie mir gegeben haben. Ich möchte betonen, daß ich in beide Richtungen nur Briefträger bin. Die Bundesrepublik Deutschland besitzt keine nuklearen Waffen und will keine nuklearen Waffen besitzen. Sie ist daher kein Ver-

⁹ Zu Überlegungen für einen möglichen Beitritt Spaniens zur NATO vgl. Dok. 204, Anm. 24.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Arnot unterrichtete am 14. Juli 1980 die Botschaften in Madrid und Valletta: „Die Bemerkungen Breschnews gegenüber dem Bundeskanzler bezüglich des NATO-Beitritts Spaniens sind von geringer aktueller Bedeutung, da der NATO-Beitritt von der spanischen Regierung als ein langfristiges Ziel ins Auge gefaßt ist, das bei parlamentarisch günstigen Verhältnissen verwirklicht werden soll.“ Gegenüber der Bundesrepublik habe die UdSSR das Thema erstmals aufgeworfen: „Hauptadressat der Bemerkung sind die Amerikaner. Sie richtet sich allerdings auch an uns, indem wir aufgefordert wurden, den Schritt, der die Lage auf dem Kontinent erschweren würde, ernsthaft zu erwägen. [...] Spezifische Drohungen, sei es im bilateralen Verhältnis zu uns oder generell gegenüber den Mitgliedstaaten der NATO, werden nicht ausgesprochen. Sowjetische Vorstellung uns gegenüber ist deshalb als recht milde zu bewerten.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 3733; VS-Bd. 13165 (213); B 150, Aktenkopien 1980.

¹⁰ Zu den Vorschlägen des Warschauer Pakts bzw. der UdSSR für eine Nichterweiterung der Militärbündnisse vgl. Dok. 7, Anm. 4.

handlungspartner. Gleichwohl möchte ich zwei Bemerkungen machen. Grundsätzlich hat die Bundesrepublik Deutschland ein tiefes Interesse am Fortgang der Rüstungskontrolle und Rüstungsbegrenzung, weil unser Territorium einerseits Stationierungsgebiet amerikanischer Nuklearwaffen ist und andererseits Zielgebiet sowjetischer Waffen.

Die erste Bemerkung: Die Verantwortung für die Verzögerung der Ratifizierung von SALT II. Sie sagten dazu, alle wichtigen Mitglieder der NATO trügen Mitverantwortung für diese Verzögerung. Diesen Satz finde ich nicht zutreffend. Ich selbst habe mich in den USA in einer die Administration beinahe beleidigenden Weise öffentlich für die Ratifizierung eingesetzt. Der Fehler liegt darin, daß die Administration dem Senat nicht befehlen kann. Für die Ratifizierung ist nach der Verfassung eine Zweidrittel-Mehrheit im Senat nötig, die es jetzt nicht gibt.

Es ist Teil des demokratischen Prozesses in Amerika, daß die Administration danach strebt, die Zustimmung des Senats zu erhalten. Es bedarf des Fingerspitzengefühls, um zu wissen, was man ratifizieren lassen kann. Hier liegt ein gewisser Widerspruch zwischen dem Willen der Administration zur Ratifizierung und dem Widerstand eines Drittels der Mitglieder des Senats. Es gibt jetzt eine Mehrheit der Senatoren für SALT II, aber keine Zweidrittel-Mehrheit, die man für die Ratifizierung braucht. Wenn ich Präsident Carter richtig verstehe, hat er die Ratifizierungsprozedur angehalten, weil er sonst im Senat eine Niederlage erlitten hätte. Ich habe den sehr bestimmten Eindruck, daß die Administration weiterhin sehr an der Ratifizierung interessiert ist. Das gilt insbesondere auch für Außenminister Muskie.

Hätte Carter mit SALT II eine Niederlage erlitten, wäre damit übrigens auch die praktische Einhaltung des Vertrages vor der Ratifizierung nicht mehr möglich gewesen.

Natürlich werde ich Ihren Vorschlag an Präsident Carter übermitteln. Er erscheint mir außerordentlich interessant. Ich möchte Ihren Vorschlag noch einmal wiederholen:

1) Gesprächsbeginn über Mittelstreckenwaffen sofort, ohne die Ratifizierung von SALT II abzuwarten.

Breschnew: Richtig!

2) Sie fordern, daß alle Faktoren der strategischen Situation berücksichtigt werden, insbesondere die amerikanischen FBS.

Gromyko: Nicht „insbesondere“ – sondern im organischen Zusammenhang mit amerikanischen FBS.

3) Sie schlagen vor, daß es sich um bilaterale Gespräche zwischen den USA und der Sowjetunion handelt.

Gromyko: Ja.

4) Sie gehen davon aus, daß, wenn Vereinbarungen zustande kommen, diese erst bei Ratifizierung von SALT II wirksam werden.

Breschnew: Ja.

5) Eine Bemerkung meinerseits, wobei ich wiederhole, daß ich nicht Vertreter einer Verhandlungsseite bin, sondern dies aufgrund meines Interesses an der Sache sage: Mir scheint, daß die Berücksichtigung der FBS bedeutet, daß natür-

lich auch SS-4, SS-5, SS-20 und Backfire in den Rahmen der Verhandlungen eingeschlossen werden.

Gromyko (nach kurzem Wortwechsel mit Breschnew): Das erweitert die Frage. (lachend:) Man sagt, der Appetit kommt beim Essen.

Kossygin: Ist dies Ihr Vorschlag?

Bundeskanzler: Dies ist eine Bemerkung, die ich mir erlaube zu machen.

Ich möchte aber auf eine Bemerkung zurückkommen, die Sie an die deutsche Adresse gerichtet haben. Wir haben darüber 1978 mit Ihnen, Herr Generalsekretär, in Gymnich, mit Herrn Kossygin und Herrn Gromyko vor einem Jahr hier in Moskau am Flughafen¹¹ und mit Herrn Gromyko im November letzten Jahres in Bonn¹² gesprochen: Ich möchte daran erinnern, daß ich Ihnen unsere ständige Besorgnis über dieses Thema zum Ausdruck gebracht habe.

Vor zwei Jahren habe ich Ihnen gesagt, daß man zu jener Zeit möglicherweise von einem ungefähren Gleichgewicht, einer ungefähren Parität sprechen konnte. Ich sah damals schon voraus, daß das Gleichgewicht eine schnelle Veränderung durch die sowjetische SS-20- und Backfire-Rüstung erfahren würde. Ich sagte, daß ich erhebliche Sorge vor dieser Verschiebung habe. Die Sowjetunion hat in den letzten zwei Jahren jede Woche ein neues Waffensystem SS-20 in Stellung gebracht. Die SS-20 hat drei Sprengköpfe, während die alten SS-4 und SS-5 nur einen Sprengkopf hatten. Die Entwicklung hat dazu geführt, daß gegenüber 600 Sprengköpfen 1970 heute, 1980, 1350 Sprengköpfe auf sowjetischen Mittelstreckenraketen vorhanden sind. Außerdem ist das neue System mobil, d.h. ohne feste Stellungen, nachladbar und mit einem größeren Radius versehen.

Gromyko (der sich zusammen mit Breschnew eine vom Bundeskanzler über den Tisch gereichte vergleichende Darstellung der Potentiale ansieht, lachend): Sie haben die NATO-Positionen ganz offensichtlich als „Fliegen“ dargestellt. Sie werden noch die FBS einsetzen müssen.

Bundeskanzler: Zu Mittelstreckenwaffen stimmt das. Die FBS haben nur einen begrenzten Radius, während SS-20 einen Radius von über 4000 km haben.

Herr Generalsekretär, wir haben im Mai 1978 übereingestimmt und auch unterschrieben, daß man für alle Waffen eine ungefähre Parität vorsehen soll.¹³ Aber in der Zwischenzeit ist die Zahl der Sprengköpfe auf sowjetischer Seite je-

¹¹ Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Kossygin und dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 25. Juni 1979 in Moskau vgl. AAPD 1979, I, Dok. 188.

¹² Der sowjetische Außenminister Gromyko besuchte vom 21. bis 24. November 1979 die Bundesrepublik. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 341–344.

Zum Vier-Augen-Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt am 23. November 1979 vgl. Dok. 125, Anm. 5.

¹³ In Ziffer III der Gemeinsamen Deklaration vom 6. Mai 1978 anlässlich des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 4. bis 7. Mai 1978 in der Bundesrepublik hieß es: „Beide Seiten betrachten es als wichtig, daß niemand militärische Überlegenheit anstrebt. Sie gehen davon aus, daß annähernde Gleichheit und Parität zur Gewährleistung der Verteidigung ausreichen. Ihrer Meinung nach würden angemessene Maßnahmen der Abrüstung und Rüstungsbegrenzung im nuklearen und konventionellen Bereich, die diesem Grundsatz entsprechen, von großer Bedeutung sein. Hinsichtlich der Streitkräfte in Mitteleuropa bekräftigen beide Seiten das Ziel der Wiener Verhandlungen, auf der Grundlage unverminderter Sicherheit der Beteiligten zu einer stabilen Lage auf niedrigerem militärischem Niveau als heute zu gelangen. Beide Seite bestätigen erneut, daß sie dementsprechend bereit sein werden, sich mit ihren Streitkräften an Verringerungen der direkten Teilnehmer der Verhandlungen gemäß den Modalitäten, die in Wien ausgehandelt werden, zu beteiligen.“ Vgl. BULLETIN 1978, S. 429.

de Woche gewachsen. Wir Deutsche fühlen uns dadurch politisch bedroht. Ich glaube nicht, daß Sie diese Mittel für einen Krieg einsetzen werden, aber ich glaube, daß darin ein erhebliches politisches Druckmittel liegt. Deshalb habe ich mich persönlich mit erheblichem Nachdruck für den NATO-Beschluß eingesetzt. Dies will ich erklären, aber zwischendurch eine Erfahrung von heute morgen einflechten:

Ich habe am deutschen Gefallenenfriedhof und an der Kremlmauer am Grabmal des Unbekannten Soldaten Kränze niedergelegt. Bei dieser zweiten Gelegenheit kamen mir Tränen bei der Erinnerung an all das Elend vor mehr als 35 Jahren, an dem Sie wie ich teilhatten. Ich weiß, daß Sie genauso mit Entsetzen an die Möglichkeit eines Krieges denken wie ich. In diesem Punkt habe ich unbegrenztes Vertrauen in Sie.

Breschnew: Sie irren nicht.

Bundeskanzler: Und ich möchte Sie bitten, ernstzunehmen, was ich Ihnen vortrage: Wir fühlen uns bedroht durch die schnell wachsende sowjetische Mittelstreckenrüstung, von der wir nicht glauben, daß Sie sie im Krieg anwenden wollen, aber wir fürchten sie als Mittel politischen Druckes. Deshalb sind wir dringend interessiert an einer beiderseitigen Begrenzung strategischer Waffen mittlerer Reichweite. Ich gebrauche ungern das Wort Mittelstreckenwaffen, denn das sind strategische Waffen, die mein Volk strategisch bedrohen.

Deshalb habe ich mich bei dem Treffen in Guadeloupe vor 1 1/2 Jahren mit Carter, Giscard und Callaghan¹⁴ für die Zweiteiligkeit des NATO-Beschlusses eingesetzt: Der erste Teil des Beschlusses bildet ein Gegengewicht gegen die SS-20 und Backfire, der zweite Teil enthält den Vorschlag zu Verhandlungen über die quantitative Begrenzung der Mittelstreckenrüstungen. Was die Bundesrepublik Deutschland betrifft, aber auch Italien, die USA, Holland, Belgien, so werden wir diesen Beschluß ernst nehmen.

Ich habe angeregt und die USA haben akzeptiert und sind dabei, die Zahl in der Bundesrepublik gelagerter atomarer Sprengköpfe um 1000 zu verringern.¹⁵ Ich glaube, der Abschluß kann in relativ kurzer Zeit bekanntgegeben werden. Es werden noch viel zu viel übrigbleiben, und alle sind Ziele in unserem Land. Wir hoffen, daß die Verhandlungen, über die Sie sprachen, zur Verringerung auf beiden Seiten führen. Wir Deutschen sind an einem Gleichgewicht auf niedrigerer Ebene interessiert.

Wir haben bisher keine öffentliche sowjetische Erklärung bekommen über die Notwendigkeit der SS-20 und des Backfire-Bombers, die Modernisierung der Mittelstreckenwaffen als solche, der Erhöhung ihres Radius und ihrer Zielgenauigkeit. Je eher es zu den von Ihnen vorgeschlagenen Verhandlungen käme, je glücklicher wären wir Deutsche. Davon können wir auch einen positiven Einfluß auf die Ratifizierung von SALT II im US-Senat erwarten. Zweitens würden wir uns eine positive Beeinflussung des neuen Präsidenten und des neuen

¹⁴ Am 5./6. Januar 1979 trafen sich Premierminister Callaghan, Präsident Carter, Staatspräsident Giscard d'Estaing und Bundeskanzler Schmidt auf Guadeloupe zur Erörterung außen-, sicherheits- und wirtschaftspolitischer Fragen. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 2, Dok. 3 und Dok. 5.

¹⁵ Zum Abzug von 1000 amerikanischen nuklearen Sprengköpfen aus der Bundesrepublik vgl. Dok. 129.

Senats¹⁶ versprechen. Drittens versprechen wir uns einen positiven Einfluß auf die Atmosphäre vor Madrid¹⁷ und bei der Madrider Konferenz auf die geplante Konferenz der Abrüstung in Europa.

Hier möchte ich ein persönliches Wort einfügen: Ich werde nie vergessen, wie wir uns vor sieben Jahren im Hause von Willy Brandt über unsere schlimmen Kriegserlebnisse unterhalten haben.¹⁸ Dabei habe ich verstanden, daß Sie im Herzen ein geschworener Feind eines neuen Krieges sind.

Breschnew: Richtig.

Bundeskanzler: Ich glaube, daß Sie das auch bei mir verstanden haben. Ich glaube nicht, daß die sowjetische Führung einen Krieg in Kauf nehmen würde.

Breschnew: Gott soll uns davor bewahren!

Bundeskanzler: Sie müssen wissen, daß ich glaube, wir begegnen dieser Gefahr am besten, indem wir gleiche Sicherheit anstreben. Das Gleichgewicht allein garantiert den Frieden noch nicht. Es besteht vielmehr die Notwendigkeit, sich gegenseitig anzuhören.

Meine Sorge ist gegenwärtig die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts. Für Sie gehört zum Gleichgewicht auch FBS. Natürlich gehören zum Gleichgewicht auch die FBS der Sowjetunion. Ich werde Ihren Vorschlag sehr schnell dem amerikanischen Verbündeten übergeben. Herr Genscher reist morgen zu Präsident Carter.¹⁹ Ich halte diesen Vorschlag für sehr bedeutsam.

Breschnew: Dankeschön, Genosse Schmidt! (Lachen)

Gromyko: Er ist Sozialdemokrat!

Breschnew: Wir erwarten, daß unser Vorschlag sehr ernst geprüft wird.

Bundeskanzler: Wir werden uns dafür einsetzen.

Kossygin: Sie haben gesagt, daß Sie ein Anhänger des Friedens sind. Wir glauben es. Wer ist Anhänger des Krieges? Sie sind gegen den Krieg, wir sind gegen den Krieg. Sie sagen, die USA seien gegen den Krieg.

Bundeskanzler: Ich glaube, daß keiner der verantwortlichen Führer Anhänger des Krieges ist, aber daß es Menschen auf beiden Seiten gibt, die ihre Sicherheit übertreiben oder doch in Gefahr sind, es zu tun, und daß wir nicht genügend miteinander sprechen, um diese Übertreibungen zu erklären. Daß wir, Minister

¹⁶ Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

¹⁷ Die KSZE-Folgekonferenz wurde am 11. November 1980 in Madrid eröffnet. Vgl. dazu Dok. 319 und Dok. 322.

¹⁸ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, besuchte die Bundesrepublik vom 18. bis 22. Mai 1973. Vgl. dazu AAPD 1973, II, Dok. 145–152.

Helmut Schmidt schrieb rückblickend zu seiner ersten Begegnung mit Breschnew: „Im Mai 1973 traf ich in der damaligen Amtswohnung des Bundeskanzlers Brandt zum ersten Mal den sowjetischen Generalsekretär Breschnew. Das war der Beginn eines sehr besonderen und persönlichen Verhältnisses zwischen einem emotionalen, zugleich aber der politischen Kalkulation durchaus fähigen Großrussen und einem zwar kühlen, aber keineswegs emotionsfreien Norddeutschen.“ Beide hätten einander ihre Erfahrungen im Zweiten Weltkrieg geschildert: „Wahrscheinlich hat jener Austausch bitterer Kriegserinnerungen wesentlich zu dem gegenseitigen Respekt beigetragen, der unser Verhältnis in den Jahren zwischen 1974, dem Jahr meines ersten Besuches bei ihm, und 1982 gekennzeichnet hat, dem Jahr seines Todes und meines Ausscheidens aus dem Amt des Bundeskanzlers.“ Vgl. SCHMIDT, Menschen, S. 18 und 20.

¹⁹ Bundesminister Genscher hielt sich am 2. Juli 1980 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 196 und Dok. 198.

Genscher und ich, trotz erheblicher Kritik in einigen westlichen Ländern hier sind, ist als Ausdruck des Wunsches zu verstehen, Mißverständnisse zu vermeiden.

Kossygin: Unsere Vorstellungen sind formuliert worden. Wir treten für die allgemeine Verminderung von Atomwaffen ein, treten Sie auch dafür ein?

Bundestkanzler: Wir überschätzen unsere Möglichkeiten als mittlerer Staat nicht. Wir können uns mit der Sowjetunion nicht vergleichen, nicht im wirtschaftlichen und militärischen Potential. Wir brauchen deshalb das Bündnis, um das Gleichgewicht zu sichern. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit betrachten wir als für uns vorteilhaft, wir betreiben sie aber auch aus politischen Gründen.

Ich möchte verhindern, daß der Vorschlag, den Sie gemacht haben, voreilig negativ kommentiert wird. Deswegen meine Frage, ob Sie ihn heute bekanntgeben wollen oder warten, bis der Vorschlag Carter übergeben ist.

Breschnew (auf Zuflüsterung von Gromyko): Besser warten.

Bundestkanzler: Und dies auch nicht ins Kommuniqué²⁰ aufnehmen?

Kossygin: Dies ist besser.

Breschnew: Ich möchte den Genossen Genscher bitten, Carter genau zu informieren und auch über die Atmosphäre zu berichten, die hier herrscht. Eine sachliche Atmosphäre.

Gromyko: Sehr genau!

Bundestkanzler: Wir hatten jüngst in Venedig²¹ eine Unterhaltung über die Lage der Entwicklungsländer. Sie werden in diesem Jahr in ihrer Zahlungsbilanz ein Loch von 50,5 Mrd. Dollar haben. Dies entspricht der Höhe ihrer Ölrechnung. Sie werden aber in diesem Jahr Entwicklungshilfe nur in Höhe von 25 Mrd. Dollar erreichen. Die Armut wächst. Auch für uns wird der Ölpreis und der Gaspreis zu einer unerhörten Belastung. Wir werden 1980 ein Defizit von 15 Mrd. Dollar haben. Ich ziehe daraus zwei Schlußfolgerungen. Erstens glaube ich, auch die SU muß sich an der Entwicklungshilfe für die Dritte Welt beteiligen. Gegenwärtig ist unsere Entwicklungshilfe achtmal so groß wie die der Sowjetunion. Zweitens ist notwendig eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Energieversorgung. Sie sollte bilateral und multilateral sein. Multilateral fördern wir den Breschnew-Vorschlag einer gesamteuropäischen Energiekonferenz²², die im Rahmen der ECE vorbereitet wird.²³ Wir bedauern, daß es einigen Wi-

²⁰ Für den Wortlaut des Gemeinsamen Kommuniqués vgl. BULLETIN 1980, S. 664 f.

²¹ Zum Weltwirtschaftsgipfel am 22./23. Juni 1980 vgl. Dok. 184 und Dok. 185.

²² Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, schlug am 9. Dezember 1975 auf dem VII. Parteitag der PVAP in Warschau „die Abhaltung gesamteuropäischer Kongresse oder zwischenstaatlicher Konferenzen über Fragen der Zusammenarbeit im Umweltschutz, bei der Entwicklung des Verkehrswesens und in der Energiewirtschaft“ vor. Vgl. den Artikel „Bündnis der Bruderländer wird immer tiefgreifender“; NEUES DEUTSCHLAND vom 10. Dezember 1975, S. 3 f.

²³ Vortragender Legationsrat I. Klasse Höynck, Bundeskanzleramt, notierte am 26. Juni 1980: „Der Energie-Ausschuß der ECE hat im Oktober 1979 auf der Basis deutscher Vorschläge folgende Problembereiche für die Diskussion auf einer gesamteuropäischen Energiekonferenz erarbeitet: Informationsaustausch zu Versorgungslage und -perspektive; Informationsaustausch zu den energiepolitischen Programmen, Plänen und Prioritäten; verbesserte Kooperation u. a. in den Bereichen Industrie, Handel, Technologie, soweit sie Energie betreffen. Die 35. ECE-Jahresversammlung hat im April 1980 die Schlußfolgerungen des Energieausschusses bestätigt. Damit stehen neben der von

derstand gegen sie gibt. Wir glauben nicht, daß eine Lösung der Weltenergiekrise ohne die Sowjetunion möglich ist. Auf dem bilateralen Gebiet ist uns das Beispiel der Sowjetunion beim Bau von Elektrizität erzeugenden Reaktoren wertvoll, um die Akzeptabilität von Reaktoren in unserem Lande zu steigern. Ich habe mich besonders bei MP Kossygin für Hinweise in den letzten Jahren zu bedanken. Wir sind dabei, sehr stark auf Kohle und nukleare Energie umzustellen, aber wir werden in der vorausschaubaren Zukunft weiter Ölprodukte, Öl und Gas importieren. Wir wollen sie auch in Zukunft von der Sowjetunion beziehen und sind bereit, dafür mit Investitionsgütern zu bezahlen nach den Regeln, die im Westen für Kredite und für die Ausfuhr strategischer Güter existieren. Wir wollen diesen Austausch ausbauen. Wir werden uns darin von Freunden im Westen nicht beirren lassen. Wir sind dankbar für die letzte Sitzung der Gemeinsamen Kommission und die konstruktive Rolle, die Herr Tichonow dabei gespielt hat.²⁴ Ich habe Tichonow in Bonn gesagt, daß unsere Gespräche hier nicht leicht sein werden. Sie waren es auch nicht. Aber der Verlauf dieser Gespräche hat mich spüren lassen, daß der Generalsekretär und seine Kollegen genauso interessiert sind wie wir, über das nachzudenken, was die andere Seite sagt. Wir werden über das, was Sie gesagt haben, Gospodin Breschnew, Gospodin Kossygin und Gospodin Gromyko, sorgfältig nachdenken, und wir sind überzeugt, daß Sie auch über das nachdenken, was wir gesagt haben.

Ich möchte Sie auch bitten, nachzudenken über einen Punkt, der uns besonders am Herzen liegt. Ich spreche von der Erlaubnis zur Ausreise von Deutschen, die in der Sowjetunion leben und in die Bundesrepublik Deutschland wollen. Die Zahlen sind in den letzten Jahren etwas zurückgegangen.²⁵ Wenn Sie die Möglichkeiten haben, die Zahlen auf das Maß der Mitte der 70er Jahre zu heben, würden wir Ihnen außerordentlich dankbar sein. Herr van Well wird Herrn Kornienko eine Liste von Fällen übergeben, deren individuelle Lösung aus humanitären Gründen wir begrüßen würden.²⁶

Fortsetzung Fußnote von Seite 1043

der SU gewünschten Kooperation Themen, die die SU in die weltweite Verantwortung einbinden sollen.“ Vgl. Referat 213, Bd. 133135.

²⁴ Zur neunten Tagung der deutsch-sowjetischen Kommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit am 29./30. Mai 1980 und zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem sowjetischen Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten Tichonow am 30. Mai 1980 vgl. Dok. 151, Anm. 11.

²⁵ Zum Rückgang der Aussiedlerzahlen aus der UdSSR vgl. Dok. 151, Anm. 37.

²⁶ Vortragender Legationsrat I. Klasse Arnot vermerkte am 26. Juni 1980, in der Botschaft in Moskau werde in Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt „eine Härtefall-Liste mit Namen von deutschen Ausreisewilligen, denen die sowjetischen Behörden trotz besonderer Umstände die Ausreise verweigern“, vorbereitet: „In jedem dieser Fälle handelt es sich um Personen, die in einer Beziehung zur Bundesrepublik Deutschland stehen, so daß wir eine ‚Aktivlegitimation‘ vorweisen können.“ Neben den Fällen Kuithan und Kiblitzi sollten Sowjetbürger deutscher Nationalität benannt werden, die teilweise im Zuge ihrer Ausreisebemühungen Repressalien ausgesetzt seien: „Leider sind hier eklatante Fälle von Menschenrechtsverletzungen festzustellen. Einzelheiten sind von Amnesty International und der Gesellschaft für Menschenrechte an uns herangetragen worden. Wir sollten hier unter Aufgabe bisheriger Zurückhaltung aktiv werden und uns bei den Sowjets zunächst für einige ausgewählte Fälle verwenden.“ Vgl. Referat 010, Bd. 178829.

Arnot notierte am 2. Juli 1980, Staatssekretär van Well habe am 1. Juli 1980 dem sowjetischen Ersten Stellvertretenden Außenminister Kornienko „die von der Botschaft Moskau zusammengestellte Härtefall-Liste, ein gebundenes Heft mit 242 Einzelfällen“, überreicht, zudem eine weitere Liste mit Haftfällen, „darunter auch die von Amnesty International dem Auswärtigen Amt nahegebrachten Fälle verhafteter Sowjetbürger deutscher Nationalität“ sowie „ein besonderes Blatt, das die Bitte

Ich betrachte diese beiden Tage als eine große Bereicherung meiner politischen Erfahrung und sehe in ihnen einen positiven Beitrag zur Entschärfung der gefährlichen Lage in der Welt. Wenn Sie einverstanden sind, würde ich dieses positive Urteil vor der Presse aussprechen, und ich würde gerne wissen, ob Sie dieses Urteil teilen und es ebenfalls der Presse sagen wollen.

Breschnew: Ja. (Nachdem Gromyko auf fragenden Blick Breschnews genickt hatte, fährt Breschnew fort:) Ich glaube, daß wir mit Ihnen zu einer einheitlichen Einschätzung kommen.

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern entwickelt sich im ganzen erfolgreich. Die Aufgabe, die wir uns gestellt haben, den Warenaustausch in fünf Jahren zu verdoppeln, wird erfüllt. Man muß sich ohne weiteres damit einverstanden erklären, daß unter den Bedingungen der Entspannung, des Friedens und der Stabilität es viel leichter ist, gemeinsame Vorhaben zu verwirklichen und Technologien auszutauschen. Es wäre allerdings nicht richtig, hieraus den Schluß zu ziehen, eine Einschränkung der Wirtschaftsbeziehungen in Krisenzeiten sei zu rechtfertigen.

Ich möchte mich jetzt zu einigen konkreten Vorhaben der nächsten Jahre äußern. Die Wünsche vieler Firmen und Banken aus der BRD gehen dahin, zusätzliche große Lieferungen von Gas aus der SU zu realisieren. Die Wirklichkeit sieht so aus: Wir haben große Vorräte von Erdgas zur Verfügung, insbesondere in Westsibirien, und wir wären bereit, die Lieferungen in die Bundesrepublik Deutschland und andere westliche Länder zu erhöhen. Dazu müßte eine Gasleitung aus den nördlichen Gebieten von Tjumen zur westlichen Grenze der Sowjetunion gebaut werden. Bauen wir eine solche Leitung, so muß es sich um eine große Leitung handeln. Es sollen 40 Mrd. cbm Erdgas im Jahr hindurchfließen, und wir haben das Projekt in unsere Pläne für die kommenden Jahre aufgenommen. Wenn Interesse besteht, wollen wir eine Zusammenarbeit bei der Realisierung vereinbaren.²⁷

Fortsetzung Fußnote von Seite 1044

um Gegenüberstellung des in Moskau verhafteten Deutschen Kuithan mit einem Vertreter der Botschaft ausspricht“. Vgl. Referat 213, Bd. 133144.

²⁷ Zu den Verhandlungen von Firmen aus der Bundesrepublik mit der UdSSR über ein Erdgas-Röhren-Geschäft vgl. Dok. 32, Anm. 19.

Staatssekretär von Würzen, Bundesministerium für Wirtschaft, übermittelte dem Bundeskanzleramt am 26. Juni 1980 eine Aufzeichnung zum „Stand der offenen Fragen beim neuen deutsch-sowjetischen Gasprojekt“. Dort wurde dargelegt, Hauptinteressent auf seiten der Bundesrepublik sei die Ruhrgas AG, „die ein europäisches Konsortium anführt und als deutsche Partner Mannesmann/Salzgitter für die Röhrenlieferungen und die Deutsche Bank für die Bildung eines Finanzkonsortiums verschiedener Banken hat“. Daneben bemühe sich BP/Gelsenberg um sowjetische Gaslieferungen: „Die Versuche beider Unternehmen, sich auf eine gemeinsame Anbieterposition zu verständigen, werden durch unterschiedliche Vorstellungen über den für BP/Gelsenberg einzuräumenden Anteil an der Konsortialmenge von etwa 12 Mrd. cbm/a (entspricht dem von uns gesetzten Limit von 30 % des deutschen Gesamtverbrauchs) erschwert.“ In einem Interview mit der sowjetischen Tageszeitung „Prawda“ vom 17. Juni 1980 habe der sowjetische Erste Stellvertretende Ministerpräsident Tichonow das Erdgas-Röhren-Geschäft „von der Sicherung durch Garantien der Abnehmerländer abhängig gemacht. Dazu wurde Botschafter Wieck erklärt, die UdSSR müsse sicher sein, daß ein neuer Erdgas-Röhren-Vertrag nicht durch Embargomaßnahmen gestört werde. Ähnliche Hinweise hat Christians (Deutsche Bank) bei seinen letzten Gesprächen in Moskau erhalten. Er vermutet, daß der sowjetische Druck auf derartige Garantien dem Bundeskanzler gegenüber groß sein werde, da die Mehrheitsfraktion der sowjetischen Regierung, die für den Vertrag eintrete, damit die ablehnende Minderheitsmeinung beeindrucken wolle.“ Eine von der Bundesregierung bislang stets abgelehnte völkerrechtliche Garantie sei zu vermeiden, „weil eine solche Erklärung in anderen, sensiblen Bereichen Schule machen und die westliche COCOM-Politik aushöhlen würde und weil an-

Wie ich verstehe, haben beide Seiten das Bedürfnis noch auf anderen Gebieten der Energie, wie z.B. beim Problem der Gewinnung von flüssigem Brennstoff aus Braunkohle auf der Basis der großen Braunkohlevorräte aus der Region Kanskatschinsk. Wie mir gesagt wurde, bestehen Kontakte unserer Organisationen mit Ihren Firmen zu den wissenschaftlich-technischen Fragen des Projekts. Es könnte sein, daß in Zukunft weitere Großprojekte zur Diskussion stehen.²⁸

Die Unterstützung der Energie-Konferenz durch die BRD haben wir nicht außer acht gelassen. Die Konferenz muß sachlichen Charakter haben und muß konkrete Maßnahmen besprechen, wie z.B. Erhöhung der Energieproduktion auf der Grundlage von Steinkohle und Erhöhung der Energieproduktion auf nuklearer Grundlage sowie die Frage neuer Energiearten.

Ich will nicht verheimlichen, daß wir auch in den 80er Jahren in der Bundesrepublik Deutschland einen zuverlässigen wirtschaftlichen Partner sehen und die Wirtschaftsverbindungen ausweiten möchten. Die Vorteile, die beide Länder daraus ziehen, reichen weit über den wirtschaftlichen Rahmen hinaus.

Ich möchte jetzt noch auf die Frage der Ausreisen eingehen. An unserer Haltung hat sich nichts geändert. Die Erteilung der Ausreisegenehmigung erfolgt auf der Grundlage der in der Sowjetunion geltenden Gesetzgebung, da es sich um Sowjetbürger handelt. Im Rahmen der Familienzusammenführung prüfen wir dies mit Wohlwollen. Die Befriedigung von Ausreisewünschen führt jedoch zur Verringerung der Zahl der Menschen, die ausreisen wollen, und nicht zur Erhöhung dieser Zahl. Deshalb ist es ungerechtfertigt, ein ständiges Wachstum zu erwarten. Zur Zeit haben wir 2000 Anträge vorliegen; falls es keine Hinderungsgründe gibt, werden wir sie wohlwollend behandeln.

Bundeskanzler: Ich wäre Ihnen dankbar für die Erreichung eines Niveaus, das dem der Mitte der 70er Jahre entspricht. Soweit wir wissen, gibt es noch viele Menschen, die den Wunsch zur Ausreise haben.

Breschnew: Wir werden die Frage mit größtem Wohlwollen prüfen.

Kossygin: Heute wird das Langfristige Programm unterzeichnet.²⁹ Es ist sehr gut zusammengesetzt. Unsere Kommission mit Herrn Tichonow an der Spitze unserer Seite hat gute Arbeit geleistet. Dort sind die Aufgaben dargelegt, die

Fortsetzung Fußnote von Seite 1045

dererseits die dann ebenfalls notwendigen sowjetischen Garantieerklärungen zur Gasbelieferung innenpolitische Diskussion über den Wert solcher sowjetischer Zusagen auslösen müßten. Dagegen sollten wir notfalls anbieten, daß der Bundeswirtschaftsminister sich in einem Brief nach dem Vorbild der Erklärung zum Erdgas-Dreiecksgeschäft äußert, d. h. die Bedeutung der Durchführung des Vertrags unterstreicht.“ Vgl. Referat 421, Bd. 141335.

²⁸ Das Auswärtige Amt und das Bundesministerium für Wirtschaft vermerkten am 11. Juni 1980 in einer gemeinsamen Aufzeichnung: „Die UdSSR strebt bereits seit Jahren Methanol-Lieferungen nach Westeuropa an. Dieses auch mit deutschen Unternehmen bereits erörterte Projekt ist zurückgestellt worden, da ein entsprechender Bedarf erst bei großangelegter Umstellung der Kfz entstehen würde. Statt dessen verfolgt die UdSSR jetzt die Umwandlung von Braunkohle in Methanol und anschließend Benzin/Dieselloil. Über dieses Projekt verhandelt Salzgitter: Vorgesehen ist die Verflüssigung von jährlich 18 Mio. t Naßbraunkohle zu 3 Mio. t Benzin/Dieselloil. Salzgitter rechnet noch in diesem Jahr mit der Auftragserteilung, wobei der Auftragswert auf 4,5 Mrd. DM geschätzt wird.“ Vgl. Referat 421, Bd. 141295.

²⁹ Zum Langfristigen Programm über die Hauptrichtungen der Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie vgl. Dok. 171, Anm. 7. Zur Unterzeichnung vgl. Dok. 195.

wir auf dem wirtschaftlichen Sektor gemeinsam lösen wollen. Jetzt steht uns eine große Arbeit bevor, insbesondere dem Außenhandelsministerium, anderen Ministerien und Ihren Firmen. Ich glaube, es ist notwendig, jetzt ein Programm unserer Kontakte auf den verschiedenen Ebenen zusammenzustellen, um im Laufe einiger Monate diese Arbeit abzuschließen, sonst wird sie nie abgeschlossen.

Zum Erdgas möchte ich bemerken, daß wir zur Zeit

26,5 Mrd. cbm jährlich an westliche Länder liefern;

an die BRD 11,5 Mrd. cbm,

an Österreich 2,6 Mrd. cbm,

an Italien 7,4 Mrd. cbm,

an Frankreich 4,2 Mrd. cbm,

an Finnland 1,5 Mrd. cbm.

Alles zusammen sind das ungefähr 27 Mrd. cbm im Jahr.

Wenn wir eine Gasleitung bauen, so muß sie einen Durchmesser von 1420 mm haben und einem Druck von ca. 100 Atü standhalten. Pro Jahr sollen durch diese Leitung ungefähr 50 Mrd. cbm fließen, davon sind 10 Mrd. cbm für die Bezahlung der Leitung bestimmt. Die übrigen 40 Mrd. cbm sind reines „Waren-Erdgas“ (Anmerkung: im Unterschied zum „Kompensations-Erdgas“).

Die 40 Mrd. cbm sind dann mehr, als wir jetzt überhaupt liefern. Die Erdgasleitung stellt uns vor große technische und geologische Probleme. Was die Vorräte an Erdgas angeht, so sind sie reichlich. Wir bauen keine Konjunktur-Pipeline. Sie soll 30 bis 35 Jahre in Betrieb bleiben. So lange reicht der Vorrat. Es wird die größte Pipeline der Welt sein.

Um baldige Lösung herbeizuführen, ist es notwendig, daß wir eine Kommission zu Ihnen schicken, um ein Konsortium zu bilden. Sie soll Verhandlungen führen über Kredite zu günstigen Bedingungen und den Anteil jedes Landes bestimmen. Außer der BRD wollen Frankreich, Italien und Österreich teilnehmen.

Bundeskanzler: Auch Holland!

Kossygin: Holland hat sein eigenes Gas.

Bundeskanzler: Ministerpräsident van Agt sagte mir vorgestern, daß auch Holland Gas kaufen will.³⁰

Kossygin: Es wird sich zeigen: Das wird von der Finanzierung abhängen. Ich möchte hervorheben, daß wir die Angelegenheit nicht verzögern wollen. Die Kommission soll unverzüglich reisen und festlegen, wer in welchem Maß finanzieren wird.³¹

³⁰ Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident van Agt am 29. Juni 1980 in Hamburg vgl. Dok. 200.

³¹ Gesandter Huber, Moskau, berichtete am 8. August 1980, eine Delegation der Ruhrgas AG habe vom 6. bis 8. August 1980 in Moskau ein neues Erdgas-Röhren-Geschäft erörtert: „Nach Mitteilung hiesigen Vertreters der Deutschen Bank – Bank ist Konsortialführer für Kreditgeschäft in diesem Zusammenhang – sei man in Gesprächen ein Stück weitergekommen. Vorverhandlungsgeschwindigkeit nehme zu. Fragen des Gaspreises, Kreditzinssatzes sowie der Trassenführung für künftige Pipelines stehen weiterhin im Mittelpunkt.“ Ab Mitte August solle eine sowjetische Delegation unter Leitung des Stellvertretenden Ministers für Außenhandel, Suschkow, zum Gegenbesuch in die Bundesrepublik und andere westeuropäische Länder fahren. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3516; Referat 213, Bd. 133248.

Es wird viel Arbeit zur gleichen Zeit zu erledigen sein. Auch mit Mannesmann wegen der Röhren. Diese zwei Dokumente für langfristige wirtschaftliche Zusammenarbeit und für Gas werden die größten „Dokumente“ in der Welt sein. Es sind nicht nur wirtschaftliche, sondern politische Dokumente.

Bundeskanzler: Ich bin einverstanden. Wir haben noch zwei Konsortien im Westen, die mit Ihnen verhandeln; es ist schwierig, daraus eines zu machen.

Kossygin: Ich schlage vor, einen Passus ins Kommuniqué aufzunehmen: „Beide Seiten geben ihrer Befriedigung Ausdruck über die erfolgreiche Erfüllung der 1972 und 1974 abgeschlossenen langfristigen Vereinbarungen betreffend Erdgaslieferungen in die BRD³², auf der Basis zustande gekommen über den Beginn von Vorgesprächen von zuständigen Organisationen der SU und Firmen der BRD.“ Dies wird zeigen, daß wir in 1 1/2 Tagen zusammen mehr erreicht haben, als wenn andere jahrelang verhandeln.

Bundeskanzler: In der Formulierung sollten wir nicht von Vereinbarung sprechen, da wir als Regierung nichts vereinbaren können, sondern von Zustimmung.

Kossygin: Einverstanden.

Bundeskanzler: Zum Inhalt des Kommuniqués insgesamt möchte ich folgendes vorschlagen: In einem ersten Teil sollte von der Ausfüllung der Verträge die Rede sein, in einem zweiten Teil sollten die politischen Probleme angesprochen werden. Ich hatte erwartet, daß Herr Kornienko und Herr van Well darüber sprechen würden, aber das Gespräch hat noch nicht stattgefunden.

Gromyko: Es ist in Bonn das Kommuniqué verhandelt worden, aber Ihre Seite hat sich dann nicht mehr gerührt. Ihre Herren wollten wohl nicht.³³ Wir sind auf jeden Fall bereit.

³² Am 1. Februar 1970 wurden zwischen Vertretern der Energiewirtschaft der Bundesrepublik und staatlichen Stellen der UdSSR zwei privatrechtliche Verträge unterzeichnet („Erdgas-Röhren-Geschäft“). Vorgesehen war für die Lieferung von 1,2 Mio. t Röhren im Wert von 1,2 Mrd. DM an die UdSSR die Lieferung von sowjetischem Erdgas für einen Zeitraum von 20 Jahren, beginnend 1973. Vgl. dazu AAPD 1970, I, Dok. 23.

Ein zweites Abkommen wurde am 6. Juli 1972 in Düsseldorf unterzeichnet, das u. a. einen Erdgas-Vertrag mit einer Laufzeit von 20 Jahren umfaßte sowie einen Kreditvertrag zwischen einem Bankenkonsortium unter Leitung der Deutschen Bank AG und der sowjetischen Außenhandelsbank in Höhe von 1,05 Mrd. DM. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 2886 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Klarenaar vom 7. Juli 1972; B 36 (Referat III A 6), Bd. 501.

Ein drittes Abkommen wurde am 29. Oktober 1974 in Moskau unterzeichnet. Referat 421 vermerkte dazu am 21. November 1974, vorgesehen seien für die Jahre 1975/76 Röhrenlieferungen an die UdSSR im Wert von rd. 1,5 Mrd. DM. Die Röhrenlieferungen sollten von der UdSSR mit Erdgas-Rücklieferungen (bis zum Jahre 2000) bezahlt werden. Das Geschäft werde von einem Bankenkonsortium ohne staatliche Subventionen finanziert. Vgl. dazu Referat 421, Bd. 117691.

Am 23. Dezember 1975 wurde in der Presse berichtet, ein Bankenkonsortium unter Leitung der Deutschen Bank AG habe ein weiteres Kreditabkommen in Höhe von 1,2 Mrd. DM mit der sowjetischen Außenhandelsbank geschlossen. Das Geld diene zweckgebunden zur Bezahlung von Rohr- und Zubehörlieferungen der Mannesmann-Export AG und der Thyssen Rheinstahl Technik GmbH und stehe im Zusammenhang mit dem Dreiecksabkommen über Gaslieferungen aus dem Iran in die UdSSR und die Bundesrepublik. Für die Rückzahlung des Kredits bis 1987 sei die von der Ruhrgas AG an den sowjetischen Vertragspartner zu zahlende Durchleitungsgebühr vorgesehen. Vgl. dazu den Artikel „Vierter Röhrenkredit perfekt“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 23. Dezember 1975, S. 7.

³³ Ministerialdirigent Lücking und der sowjetische Gesandte Kwizinskij führten vom 25. bis 29. Juni 1980 Gespräche über ein Schlußdokument zum Besuch des Bundeskanzlers Schmidt und des Bundesministers Genscher am 30. Juni und 1. Juli 1980 in Moskau. Vgl. dazu Dok. 187, Anm. 35. Am 29. Juni 1980 notierte Lücking, mit mehreren Ausnahmen sei eine Abstimmung ad referendum erreicht worden. Er habe für die Bundesregierung klargestellt, daß dies lediglich Sondierungsge-

Bundeskanzler: Bei der Substanz gibt es eine Reihe von Schwierigkeiten. Das TNF-Thema sollte wohl nur indirekt angesprochen werden, wegen der Unterrichtung von Präsident Carter. Ich beabsichtige, am Donnerstag darüber in einer Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag etwas zu sagen.³⁴

In der Afghanistan-Frage gibt es starke Divergenzen. Da kann man entweder beide Positionen im Kommuniqué darlegen oder auf andere Weise eine Lösung suchen.

Kossygin: Möglichst wenig Differenzen.

Gromyko: Nur, worüber Einigkeit besteht, und das in einer gemeinsamen Erklärung.

Bundeskanzler: Eine gemeinsame Presseerklärung ist mir recht. Wollen wir zurückkommen auf Afghanistan, sonst ist es eine unlösbare Aufgabe (für die Kommuniqué-Verhandlungen). Man kann von einem offenen Meinungsaustausch sprechen und damit zu erkennen geben, daß es verschiedene Meinungen gegeben hat, ohne diese zu nennen, oder man kann diese unterschiedlichen Standpunkte darlegen.

Gromyko: Man könnte sagen: Die Seiten haben ihre bekannten Positionen dargelegt.

Die Diskussion über den Kommuniqué-Inhalt wurde hier abgebrochen. Es wurde vereinbart, das Abschlusddokument nicht, wie von Gromyko vorgeschlagen, als gemeinsame, zu unterzeichnende Erklärung vorzusehen, sondern als gemeinsames Kommuniqué für die Presse. Erster Stellvertretender AM Kornienko und StS van Well wurden beauftragt, einen Text zu vereinbaren.

Nachdem Breschnew als Termin für die Abendsitzung 18.00 Uhr vorgeschlagen hatte, nannte Gromyko als Tagesordnungspunkte für die Sitzung die Unterzeichnung des Langfristigen Programms, das Kommuniqué und MBFR.

Bundeskanzler: Worum geht es Ihnen bei der erneuten Behandlung von MBFR?

Gromyko: Wir haben einen Vorschlag eingebracht³⁵ und haben mit einer Antwort von Ihnen gerechnet.

Bundeskanzler: Die Antwort kann ich Ihnen gleich jetzt geben: Wir werden Ihren Vorschlag zusammen mit unseren Partnern aufmerksam prüfen.

Nach einer kurzen Aussprache, in der die sowjetische Seite erneut den Versuch machte, eine Unterzeichnung des Langfristigen Programms auf hoher Ebene

Fortsetzung Fußnote von Seite 1048

spräche seien, „in dem Sinne, daß sie zum Ziel hatten herauszufinden, ob überhaupt Aussicht besteht, die bedeutsamen Gespräche in Moskau mit der Veröffentlichung eines Abschlusddokuments mit Sachaussagen abzuschließen. [...] Die Entscheidung, ob die Gespräche in Moskau mit der Veröffentlichung eines Abschlusddokuments mit Sachaussagen oder lediglich mit einem Dokument, das wir als reines Ablaufkommuniqué bezeichnen, abgeschlossen werden, müssen wir unsererseits von dem Verlauf und dem Ergebnis der Gespräche in Moskau abhängig machen.“ Vgl. Referat 213, Bd. 133135.

³⁴ Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Schmidt am 3. Juli 1980 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 116, S. 18583–18588.

³⁵ Zum Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 21. Februar 1980 zum Austausch aktualisierter Streitkräftedaten vgl. Dok. 79.

Zum sowjetischen Vorschlag einer Anrechnung des Teilabzugs sowjetischer Streitkräfte aus der DDR im Rahmen der MBFR-Verhandlungen in Wien vgl. Dok. 114.

durchzusetzen³⁶, entschied Breschnew schließlich, daß auf sowjetischer Seite Botschafter Semjonow unterzeichnen werde, nachdem wir Botschafter Wieck als Unterzeichner benannt hatten.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 54

194

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem sowjetischen Verteidigungsminister Ustinow in Moskau

VS-vertraulich

1. Juli 1980¹

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem sowjetischen Verteidigungsminister Marschall Ustinow am 1. Juli 1980 in Moskau (15.00 bis 17.00 Uhr)

Weitere Teilnehmer: auf deutscher Seite: BM Genscher; StS Bölling; Botschafter Wieck; VLR I Dr. Höynck; auf sowjetischer Seite: Marschall Ogarkow; Vizeadmiral (zwei Sterne) Tschervow; Generalmajor F. N. Illarionow, Generalstab; Generalmajor Turunow, Gehilfe des Verteidigungsministers.

Ustinow: Wie fühlen Sie sich?

Bundeskanzler: Sehr gut. Ich bin von der Ernsthaftigkeit, der Offenheit und dem Tiefgang der Gespräche² beeindruckt; heute waren unsere Gespräche sehr befriedigend.

³⁶ Botschafter Wieck, Moskau, berichtete am 24. Juni 1980, in der Frage der Unterzeichnung des Langfristigen Programms über über die Haupttrichtungen der Zusammenarbeit der Bundesrepublik und der UdSSR auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie habe sich der Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, Bondarenko, „der vorher erneut auf sowjetischen Wunsch nach Unterzeichnung durch Bundeskanzler und Breschnew hingewiesen hatte“, enttäuscht gezeigt über Wiecks Mitteilung, „daß es bei unserem Wunsch bleibt, die Unterzeichnung auf unserer Seite durch mich vornehmen zu lassen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2822; Referat 213, Bd. 133135.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Höynck, Bundeskanzleramt, am 7. Juli 1980 gefertigt und von Ministerialdirektor von Staden, Bundeskanzleramt am 8. Juli 1980 über „Herrn Chef BK dem Herrn Bundeskanzler“ weitergeleitet. Dazu teilte Staden mit: „Der Herr Bundesminister des Auswärtigen, der zugegen war, und der Bundesminister der Verteidigung, zur persönlichen Kenntnis, haben vorbehaltlich Ihrer Genehmigung Durchdruck erhalten.“

Hat Bundeskanzler Schmidt vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ist Wiecks Niederschrift inkorporiert? 1) Korrekturen beachten (1 ist wegen Sinnentstellung wichtig). 2) Verteiler sodann wie oben. StM möge H[erbert] W[el]hner + W[illy] Br[and]t informieren. 3) BM Apel zur R[ück]sprache bei mir bitten. 4) 1 Kopie z[u]d[en] A[kten] pr[ivat] (S[ammlun]g – P[lan]z[er]) bei mir.“ Vgl. dazu Anm. 7. Hat Verwaltungsangestelltem Bruns, Bundeskanzleramt, am 9. Juli 1980 vorgelegen.

Hat Staden am 13. Juli 1980 erneut vorgelegen, der handschriftlich für Referat 212 des Bundeskanzleramts vermerkte: „1) Bitte Korrekturen einfügen. 2) Bitte 1 u. 3 Ihres Vermerks von Bo[t-schafter] Wieck übernehmen. 3) Bitte die berichtigten Exemplare auch an AA u. BMVg senden, mit dem Hinweis auf die Änderungen.“ Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 54.

Zu dem Gespräch vgl. ferner SCHMIDT, Menschen, S. 120–125.

Es ist mir eine besondere Freude, von Ihnen empfangen zu werden. Ich hatte noch nie Gelegenheit, mit dem sowjetischen Verteidigungsminister zu sprechen. Sie wissen, daß ich vor einigen Jahren Verteidigungsminister und Oberbefehlshaber der Streitkräfte war³.

Ustinow und Bundeskanzler stellten dann einander die beiden Delegationen vor.

Ustinow: Wir sind der Meinung, daß unsere Zusammenarbeit nützlich ist. Darüber hat Generalsekretär Breschnew heute sehr klar und sehr gut mit Ihnen gesprochen. Unsere Beziehungen sind normal. Ich persönlich glaube aber, daß die Beziehungen noch besser sein könnten. Was der Genosse Breschnew gesagt hat, teilen wir zu 100 %. Unsere Beziehungen könnten gut sein. Wenn Vertrauen zwischen uns besteht, dann sind unsere Beziehungen gut. Wenn ich Sie oder Sie mich hinters Licht führen, dann wird das bekannt werden – morgen oder übermorgen. Deshalb sollten wir uns an die Tatsachen halten. Wie Leonid Breschnew sagt, man muß zu seinem Wort stehen. Sie haben sich heute selbst davon überzeugen können.

Bundeskanzler: Ich stimme zu. Besser, man sagt sich, was man wirklich meint, auch wenn es unbequem ist, als daß man sich Rauchschleier vorführt.

Generalsekretär Breschnew habe ich heute erinnert an unser erstes Zusammenreffen 1973 im Hause von Willy Brandt. Bei dieser Gelegenheit haben Breschnew und ich fast eine Stunde über den Krieg gesprochen. Leonid Breschnew hat damals die Schrecken des Krieges geschildert, die er selbst erlebt hat; die Schrecken der Invasion durch deutsche Truppen und die Schrecken des sowjetischen Volkes. Ich habe damals geschildert, was ich als junger Soldat erlebt habe, als ich fast bis Moskau gekommen bin. Ich habe auch die Schrecken in der Heimat geschildert mit der Zerstörung der deutschen Städte und bei der Ankunft der siegreichen Truppen. Ich habe gefühlt, er hat mich verstanden, und ich habe ihn verstanden.⁴

1953 bin ich ins Parlament gewählt worden und gehöre ihm seit 27 Jahren mit einer kurzen Unterbrechung an.⁵ Sehr früh ergab sich für mich die Möglichkeit, dem Verteidigungsausschuß anzugehören⁶ und mich auf diesem Gebiet zu spezialisieren. 16 Jahre später wurde ich deshalb Verteidigungsminister.

1969⁷ habe ich ein Buch geschrieben, von dem man mir gesagt hat, Außenminister Gromyko habe es sich übersetzen lassen. Ich habe darin hingewiesen auf die

Fortsetzung Fußnote von Seite 1050

² Für die deutsch-sowjetischen Regierungsgespräche am 30. Juni 1980 und 1. Juli 1980 vgl. Dok. 192 und Dok. 193.

³ Helmut Schmidt war von 1969 bis 1972 Bundesminister der Verteidigung.

⁴ Zum Gespräch des Bundesministers Schmidt mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, im Mai 1973 vgl. Dok. 193, Anm. 18.

⁵ Am 19. Januar 1962 schied der SPD-Abgeordnete und Innensenator der Freien und Hansestadt Hamburg, Schmidt, aus dem Bundestag aus. Nach den Bundestagswahlen am 19. September 1965 kehrte Schmidt in den Bundestag zurück.

⁶ Von 1953 bis 1957 gehörte Schmidt dem Verteidigungsausschuß des Bundestags als stellvertretendes Mitglied an, von 1957 bis 1962 als ordentliches Mitglied.

⁷ Dieses Datum wurde von Bundeskanzler Schmidt handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „1960“. Vgl. dazu Anm. 1.

Vgl. dazu Helmut SCHMIDT, Strategie des Gleichgewichts. Deutsche Friedenspolitik und die Weltmächte, Stuttgart 1969.

Notwendigkeit, daß keine Seite stärker sein dürfe als die andere, so daß gleiche Sicherheit für beide Seiten bestehe.

Ustinow: Das Buch heißt „Strategisches Gleichgewicht“. Es ist wirklich ins Russische übersetzt worden, und ich habe große Teile gelesen. (Bundeskanzler: Schenken Sie mir eine russische Ausgabe!) Einige Gedanken sind vernünftig („einssehbar“), über andere kann man streiten.

Bundeskanzler: Den Gedanken des Gleichgewichts verfolge ich seit über 20 Jahren mit großer Festigkeit. Dabei wissen wir, daß wir ein kleines Land sind, das nicht allein ein Gegengewicht bilden kann. Wir brauchen Verbündete.

Auf zwei Aspekte meiner Überlegungen zum Gleichgewicht möchte ich hinweisen: Als Verteidigungsminister und Oberbefehlshaber der deutschen Streitkräfte habe ich 1969 den Begriff und die Vorstellung vom Feindbild abgeschafft. Ich habe den deutschen Soldaten erklärt, daß die Russen nicht unsere Feinde sind. Ich habe gesagt, wir müssen im Westen genauso stark sein wie der Osten. Aber wir wollen die Soldaten nicht dazu erziehen, daß sie in den Soldaten der anderen Seite ihre Feinde sehen. Dadurch habe ich mit einer Vorstellung aufgeräumt, die 30/40 Jahre in Deutschland gegolten hat.

Ustinow: Sie müssen mir darin recht geben, daß es bei uns einen großen Unterschied in der Erziehung der Menschen gibt. Sie kennen die Lage in unserem Land. Bei uns werden Sie kein Beispiel für Äußerungen finden, in denen die Rede gegen die Bundesrepublik oder gegen Deutschland gerichtet wurde. Bei Ihnen gibt es solche Beispiele, bei Faschisten und Neofaschisten. Wenn schon Gleichgewicht herrschen soll, muß es in allen Bereichen herrschen.

Bundeskanzler: Unser Land hat eine andere Ordnung als Ihres. Es gibt manche Politiker und manche Zeitungen, die anders denken und schreiben als die Regierung. Es gibt z.B. auch Nationalismus, aber er spielt keine Rolle. Die Neofaschisten spielen in Wirklichkeit überhaupt keine Rolle. In Ihren Berichten wird das zu groß herausgestellt. Diese Leute hatten nicht einmal ein halbes Prozent der Stimmen bei der letzten Wahl.⁸ Wir hatten in den 60er Jahren eine nationalistische Partei, die NPD. Für vier Jahre saßen sie in zwei von elf Landtagen.⁹ Sie hatten nie einen Sitz im Bundestag und spielten keine Rolle.

Was die Idee der deutschen Nation angeht, so müssen Sie dafür Verständnis haben. Das deutsche Volk ist in einer ähnlichen Lage wie Polen, als es um 1780/90 zwischen Russen, Österreichern und Preußen aufgeteilt wurde. Dann haben die Polen 120 Jahre gesungen „Noch ist Polen nicht verloren“, weil sie eines Tages wieder zusammenkommen wollten. Heute ist das deutsche Volk geteilt, und es ist ganz natürlich, daß viele Deutsche eines Tages wieder in einem gemeinsamen Haus wohnen wollen. Allerdings gibt es in der historischen Parallele,

⁸ Die Wahlen zum Bundestag fanden am 3. Oktober 1976 statt. Die NPD erhielt dabei 0,3% der Stimmen.

⁹ Die am 28. November 1964 durch Fusion der Deutschen Reichspartei mit kleineren Rechtsparteien gegründete Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) erzielte bei den Landtagswahlen in Hessen am 6. November 1966 7,9% der Stimmen (8 Mandate) und bei den Landtagswahlen in Bayern am 20. November 1966 7,4% (15 Mandate). Sie war ferner seit 23. April 1967 in den Landtagen von Rheinland-Pfalz (6,9%, 4 Mandate) und Schleswig-Holstein (5,8%, 4 Mandate), seit 4. Juni 1967 im Landtag von Niedersachsen (7,0%, 10 Mandate), seit 1. Oktober 1967 in der Bremer Bürgerschaft (8,8%, 8 Mandate) und seit 28. April 1968 im Landtag von Baden-Württemberg (9,8%, 12 Mandate) vertreten.

die ich aufgezeigt habe, einen großen Unterschied: Die Deutschen haben begriffen, daß ihre Hoffnung sich nur im Frieden verwirklichen kann. Die ganz große Zahl der Deutschen hat große Angst vor dem Kriege.

Ich habe eine Bitte: Ihr Militärattachéstab in Bonn sollte in größerem Maße als bisher von der Möglichkeit Gebrauch machen, mit einfachen Soldaten, aber auch mit Generalstabsoffizieren zu reden. Sie würden sehr direkte Berichte bekommen und wären nicht auf das angewiesen, was die Journalisten schreiben. Wahrscheinlich würde Ihnen das nicht alles gefallen, aber Sie bekämen ein ungeschminktes Bild. Die Helsinki-Vereinbarungen von 1975¹⁰ sahen den Austausch von Manöverbeobachtern vor. Ich bin persönlich daran interessiert, daß diese Vereinbarungen beiderseitig verwirklicht werden.

Ustinow: Der beste Militärattaché kann ohne großen Stab nicht alles sehen und begreifen. Aber wir werden Ihre Mitteilungen aufgreifen, um die Arbeit des Militärattachés zu aktivieren. Sie sollten Ihre Einladung aber nicht nur an den Militärattaché in Bonn richten, sondern auch an militärische Fachleute aus der Sowjetunion.

Bundeskanzler: Ich richte eine generelle Einladung an Sie und Ihre Offiziere aus dem Verteidigungsministerium. Ich nehme an, daß Sie eine entsprechende Einladung an unsere Leute aussprechen werden.

Ustinow: Vielleicht ist ein Besuch der Verteidigungsminister noch verfrüht; aber für eine Delegation von verantwortlichen Offizieren ist es nicht zu früh.

(Bemerkung von einem der sowjetischen Offiziere: Wir haben Beobachter aus einigen Ländern eingeladen, aber wir haben nicht konkret gesagt, wer als Beobachter kommen soll. Von Ihrer Seite werden die Einladungen ganz konkret ausgesprochen und genau gesagt, wer eingeladen wird.)

Bundeskanzler: Unser Verteidigungsminister¹¹ wird Ihnen einen Brief schreiben mit einer allgemein gehaltenen Einladung, so daß Sie bestimmen können, wie die sowjetische Seite vertreten sein soll. Wir bestimmen dann, wie die deutsche Seite vertreten sein soll.

Ustinow: Sehr gut.

Bundeskanzler: Gute Experten werden in der Bundesrepublik zwei Dinge feststellen. Sie werden 1) feststellen, daß die deutschen Heeres- und Luftstreitkräfte gute Soldaten haben, gut ausgerüstet sind und durchaus kampffähig sind. Sie werden 2) feststellen, daß unsere Armee, was ihre Technik, ihre Ausrüstung z. B. mit Transportmitteln und Tankfahrzeugen, ihren Nachschub und ihre Logistik anlangt, nicht fähig ist zu Vorstößen in grenzferne Räume. Unsere Armee ist dazu bestimmt, auf eigenem Boden mit geringem räumlichen Aktionsradius zu kämpfen.

Es ist sehr wichtig, daß Sie sich von diesem zweiten Punkt überzeugen. Ich habe dies Leonid Breschnew bereits vor sechs Jahren vorgetragen.¹² Mir schien, er blieb skeptisch. Mir läge daran, daß sich Ihre Fachleute davon überzeugen.

¹⁰ Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

¹¹ Hans Apel.

¹² Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, am 29. Oktober 1974 während Schmidts Besuch in der UdSSR vom 28. bis 30. Oktober 1974; AAPD 1974, II, Dok. 314.

Ustinow: Ich sage Ihnen, Leonid Breschnew ist gut informiert über militärische Fragen. Er beschäftigt sich damit seit langem und liebt diese Probleme. Er kennt dieses Gebiet ausgezeichnet. Er kann das gut bewerten (was Sie ihm gesagt haben). Was die Menschen, die Technik, auch die Organisation betrifft, so sind wir der Meinung, daß Ihre Armee eine der besten Armeen ist. Disziplin und besonders die Technik haben einen hohen Stand, und Sie, Herr Bundeskanzler, haben dazu auch beigetragen. Ein Land wie die Bundesrepublik kann überhaupt nicht auf einer unteren Ebene stehen; es muß hoch stehen. Sie waren technisch immer vorne. Ihre Technik hatte ständig einen hohen Wert. Sie waren sehr bescheiden, in dem, was Sie gerade über die deutsche Armee gesagt haben, insbesondere, was die Beschränkung der Aktionsfähigkeit auf einen kleinen Raum anlangt.

Bundeskanzler: Das war keine Bescheidenheit. Ganz bewußt haben wir unsere Fähigkeit zum räumlichen Ausgreifen beschränkt.

Ustinow: Darüber kann man mehr und länger sprechen. Gerade, weil Ihre Armee im Bündnis fest verankert ist, muß die Wertung möglicherweise anders sein.

Ihre Technik ist hervorragend. Der Leopard ist eine vollkommene Militärmaschine.

Bundeskanzler: Meinen Sie den Leopard II? Der ist technisch etwas zu kompliziert.

Ustinow: Sie sind sich mit den USA noch nicht darüber einig, ob der MX oder der Leopard der bessere Panzer ist.

Bundeskanzler: Es gibt zwei Völker, die wirklich etwas von Panzern verstehen: Die Russen und die Deutschen. Das sehen Sie an T-72 und am Leopard.

Ustinow: Das war nur ein Beispiel. Sie waren doch sehr bescheiden!

Die Unterschiede in den Armeen der hochentwickelten Länder sind nicht sehr groß. Auch auf dem Gebiet der Technik besteht annähernd das Gleichgewicht. Deshalb ist auch die Rüstung in beiden Ländern erfolgreich.

Bundeskanzler: Das stimmt; aber es gibt einen Unterschied: Wir haben kaum Luftlandetruppen und nur geringe Nachschubfähigkeit. Wir kommen mit unseren Panzern nicht weit, weil wir keinen Nachschub haben. Unsere Panzer müssen im eigenen Land kämpfen.

Ustinow: Warum? Sie haben Nachschub und Reserven!

Bundeskanzler: Das sollten Sie genau analysieren: Der Aktionsradius bei uns ist sehr viel kleiner als bei Ihnen. Ich lege Wert darauf, weil dadurch der defensive Charakter der deutschen Armee für Sie und Ihre Nachbarn durchsichtig wird.

Die sowjetischen Experten haben eine zu große Sorge vor einer Wiederholung der Hitlerschen Panzerangriffe. Aus zwei Gründen können Sie diese Sorge beiseiteschieben: Sie haben eine eigene vorzügliche Armee; die gegenwärtige und die zukünftige deutsche Armee ist zu weiträumigen Operationen nicht befähigt und ausgerüstet.

Was unsere Technik und unsere Ausbildung anlangt, so haben Sie recht. Die deutsche Armee ist gut; sie darf sich neben Ihrer Armee und der israelischen Armee sehen lassen.

Ustinow: Ihre Panzer sind sehr gut. Sie waren Verteidigungsminister und haben dazu beigetragen.

Im letzten Krieg sind die Deutschen bis nach Moskau gekommen, ohne eine Nachschubmöglichkeit. Das Fehlen von Nachschub ist kein Hindernis; zumindest kann es überwunden werden. Sie haben Ihre Panzertruppen ja auch nicht in der Gegend von Bonn konzentriert.

Bundeskanzler: Die Aufgabe unserer Panzer für den Angriffsfall ist es, den Panzerkeil des anderen abzuschneiden oder aus der Flanke anzugreifen. Wir haben nicht so viele Panzer. Sie haben mehr.

Ustinow: Ein bißchen mehr. Sie haben aber eine gute Industrie, und im Notfall können Sie eine große Anzahl von Panzern produzieren.

Bundeskanzler: Nur mit großen Schwierigkeiten und bei einem langen Krieg, den wir nicht wollen.

Ustinow: Wir auch nicht. Darüber möchten wir eine gemeinsame Vereinbarung erreichen. Die politische Führung und das Volk der Sowjetunion wollen keinen Krieg. Unserer Verfassung nach ist Krieg eine strafbare Sache.¹³

Bundeskanzler: Bei uns ist das ähnlich.¹⁴ Entscheidend ist, daß die Führungen sich befähigen, in einer internationalen Gefahrenlage zu deeskalieren statt zu eskalieren.

Deswegen bin ich hier. Die Welt ist gegenwärtig gefährlicher als vor zwölf Monaten. Wir halten es für bedenklich, daß beide Weltmächte während so vieler Monate nicht miteinander geredet haben. Sie beide zusammen halten das Friedensschicksal in der Hand.

Ustinow: Sie kennen die Lage! Sie wissen auch, wie die Verhandlungen über SALT I¹⁵ und SALT II¹⁶ geführt wurden. Wir haben die sowjetische Führung nach Wien begleitet.

(Bundeskanzler weist darauf hin, daß Ustinow auf die US-Seite einen tiefen Eindruck gemacht habe.)

Es ist sehr schwierig, mit den USA Gespräche zu führen. Mit Verhandlungen der Dokumente zu SALT II ist der für die militärische und politische Stabilität jeder Seite wichtigste Bereich geregelt worden. Präsident Carter hat gesagt: Wir haben Gleichgewicht und gleiche Sicherheit. Wir können unterschreiben. In

¹³ In der Präambel der sowjetischen Verfassung vom 7. Oktober 1977 wurde als eines der Hauptziele des Staats die „Festigung des Friedens“ genannt. Artikel 28 und 29 enthielten die Leitlinien der Außenpolitik und sahen u. a. den Verzicht auf Gewaltanwendung sowie die friedliche Regelung von Streitigkeiten vor. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1977, D 625–632.

¹⁴ Vgl. dazu Artikel 26 Absatz 1 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949: „Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.“ Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 4

¹⁵ Am 26. Mai 1972 unterzeichneten der Generalsekretär der ZK der KPdSU, Breschnew, und Präsident Nixon in Moskau einen Vertrag über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) und ein Interimsabkommen über Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waffen (SALT) mit Protokoll. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 944, S. 4–26. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 392–398.

Vgl. auch die vereinbarten und einseitigen Interpretationen zu den Verträgen; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 67 (1972), S. 11–14. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 398–404.

¹⁶ Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 13.

Wien sind wir mit Verteidigungsminister Brown und seinem Stabschef Jones zu bilateralen Gesprächen zusammengekommen.¹⁷ Aber heute stehen wir noch genau da, wo wir vor zwölf Monaten standen. Auch von Ihnen hängt das ab, und zwar nicht wenig.

Der Streit (Ustinow geht damit auf die MBFR-Verhandlungen über) dreht sich um die Zahlenangabe. Wir haben Zahlen ausgetauscht, das wissen Sie. Wir haben einseitig begonnen zu handeln. Vor kurzem sind endgültige Zahlen ausgetauscht worden.¹⁸ Es ergab sich ein Unterschied von 8000 bis 10000 Mann. Das spielt bei einem Gesamtumfang von Millionen keine Rolle.

In dem Gespräch mit Brown und Jones haben wir gefragt, worüber streiten wir eigentlich? Es ist doch ganz einfach: Sie haben bestimmte Zahlen, die sind etwas höher als unsere Zahlen. Man sollte doch anfangen, von der Gesamtzahl ausgehend zu vermindern, dann kommt es zur Dynamik. Ich weiß nicht, ob Brown Sie über dieses Gespräch unterrichtet hat. Wir hatten vorgeschlagen, die USA sollen 13000 Mann reduzieren. Wir waren bereit, 30000 Mann zu reduzieren. Brown sagte uns, die USA müßten mit ihren Verbündeten beraten. Nun beraten sie schon ein Jahr lang.

Genscher: Wir haben im Dezember vorgeschlagen, daß die USA und die Sowjetunion ihre Streitkräfte reduzieren, bevor es zu einer Dateneinigung kommt.¹⁹

Ustinow: Das scheint Ihnen so. Was wir vorgeschlagen haben, ist einfach und nützlich. Von der Höhe, die existiert, fängt man an zu vermindern.

Genscher: Deshalb haben wir unseren Vorschlag gemacht. Sie haben sich nicht geäußert. Wegen der Schwierigkeiten mit den Gesamtdaten haben wir gesagt, man solle mit asymmetrischen Reduzierungen anfangen, um Bewegung in die Verhandlungen zu bekommen.

Ustinow: Im vorigen Jahr haben Sie unsere Vorschläge nicht angenommen.

Genscher: Wir haben nicht sofort angenommen; aber wir haben dann erneut Vorschläge eingebracht.

Ustinow: Den USA und Ihnen gefällt die einseitige Reduzierung. Eine Division und dann noch eine Division; aber das kann nicht unendlich so weitergehen.

Bundeskanzler: Wir würden die Verhandlungen besser den Oberbefehlshabern und nicht den Diplomaten überlassen.

Ustinow: Wir müssen zusammen etwas unternehmen.

¹⁷ Botschafter von Staden, Washington, berichtete am 22. Juni 1979, der stellvertretende Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Aaron, habe zum Gespräch des amerikanischen Verteidigungsministers Brown mit dem sowjetischen Verteidigungsminister Ustinow während der Zusammenkunft des Präsidenten Carter mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 15. bis 18. Juni 1979 in Wien ausgeführt: „Der Meinungs austausch über die Definition von ‚Soldat‘ und die Datenfrage habe sich festgefahren, Ustinow sei auch nicht Browns Anregung gefolgt, zunächst eine Klärung der amerikanischen und sowjetischen Daten zu versuchen. Ustinow habe vielmehr wiederholt, es komme darauf an, festzulegen, wie viele Soldaten abgezogen würden, und sicher zu sein, daß sie nicht mehr zurückkehrten. [...] Amerikaner hätten wiederholt, es sei auch politisch unvernünftig (crazy), mit Reduzierungen zu beginnen, bevor Fortschritte in der Datenfrage erzielt seien.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2325; VS-Bd. 11388 (220); B 150, Aktenkopien 1979.

¹⁸ Zum Austausch aktualisierter Streitkräfte d a t e n im Rahmen der MBFR-Verhandlungen am 17. Juni 1980 vgl. Dok. 197.

¹⁹ Zum Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 20. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 12.

Bundeskanzler: Ich bin kein Fachmann. Die Verhandlungen haben jetzt sieben Jahre gedauert. Ich möchte nun Fortschritte sehen. Nach meinem Gefühl haben sich zu viele Diplomaten zu lange mit diesem Thema beschäftigt – auf allen Seiten. Sie haben eine Geheimsprache entwickelt, die man nicht versteht.

Ustinow: Deshalb hat Breschnew in Berlin 1979 einseitige Reduzierungen aus der DDR vorgeschlagen.²⁰ Wir wollten damit unsere Bereitschaft unterstreichen.

Bundeskanzler: Heute ist Leonid Breschnew noch einen Schritt weiter gegangen. Wir haben dazu gesagt, daß dies ernsthaft geprüft wird. Die wichtigste Schwierigkeit besteht darin, daß die Zahlen der vorhandenen Truppen nicht übereinstimmen. Wir haben nicht dieselben Zahlen gezählt. Solange wir darüber nicht einig sind, ist es schwierig, einen richtigen Anfang zu machen.

Ogarkow: Wenn wir so weitermachen, dann brauchen wir noch 20 Jahre. Wichtig ist, daß man zu dem entscheidenden Punkt kommt. Wenn wir reduzieren, dann reduzieren wir. Sie gehen nicht auf den Vorschlag ein, den augenblicklichen Stand einzufrieren.

Bundeskanzler: Das scheint mir schwierig. Man muß mit Verringerungen anfangen und eine gemeinsame Obergrenze verabreden. Ich bin kein Verhandler; aber ich freue mich, daß wir darüber geredet haben.

Ich möchte noch ein Wort zu Ihrer Marine sagen.

Ustinow: So können Sie das nicht sagen. Es gibt nicht nur uns und die USA. Die Bundesrepublik spielt eine große Rolle in der NATO. Sie müssen aktiv werden.

Bundeskanzler: Das sind wir. Ich persönlich bin sehr aktiv. Ich habe den Vorschlag gemacht, den man heute MBFR nennt. Das Kind ist noch nicht ausgetragen. Vielleicht ist es Zeit für einen Kaiserschnitt.

Ustinow: Es gibt noch keine Vorwärtsbewegung, sondern sogar Rückwärtsbewegung. Der letzte Vorschlag hat uns zwei bis drei Schritte zurückgeworfen.

Bundeskanzler: Wir haben eine ungleichmäßige Verringerung im Verhältnis 30:10 vorgeschlagen, die auf Überlegungen von Brown zurückgeht.

Einer der sowjetischen Offiziere: Aber Sie haben das verbunden mit der Diskussion um die Zahlen.

Ustinow: Ich verweise auf die Tatsachen: Wir haben 20 000 Soldaten und 1000 Panzer zurückgezogen. Gleichzeitig wird die US-Truppe in der NATO um 20 000 Mann verstärkt. 20 000 Mann auf dem Territorium der Bundesrepublik.

Bundeskanzler: Es handelt sich um Pläne! Die MBFR-Verhandlungen müssen Erfolg haben, sonst kann kein Vertrauen wachsen zwischen uns.

Ustinow: Ich stimme zu. Von Ihnen hängt ab, ob es Erfolg gibt oder keinen Erfolg.

Bundeskanzler: Sie übertreiben unsere Rolle etwas. Wir sind nicht Oberbefehlshaber im Bündnis.

²⁰ Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin vgl. Dok. 29, Anm. 5.

Nach einem kleinen Exkurs von BK über die Rolle der Polen in der Welt und einer freundlichen Bemerkung über Gierrek weist *Ustinow* darauf hin, daß Bundeskanzler noch etwas zur sowjetischen Marine sagen wolle.

Bundeskanzler: Das ist ein kompliziertes Problem. Ihre Marine hat eine fabelhafte Entwicklung genommen und ist sehr eindrucksvoll. Etwas zu fabelhaft! Sie müssen aufpassen, daß Sie den USA keine Angst machen.

Ustinow: Wir sind aber nicht der Meinung, daß die USA so ängstlich sind. Unsere Marine ist gut. Aber die Amerikaner machen unsere Marine noch zehn Mal stärker, als sie wirklich ist. Sie wissen, daß die Amerikaner keine kleine Marine haben; sie haben eine sehr gute Marine. Wir haben andere Zielsetzungen. Die USA haben z.B. große Flugzeugträger; sie gehen nach einem anderen Schema vor. Wir haben unser eigenes Schema. Wir sind zufrieden, aber wir erhalten etwas zuviel Lob, und deshalb horchen wir auf. Warum werden solche Loblieder gesungen? Das Ziel ist, daß in den USA und in Europa neue Kriegsschiffe gebaut werden und die USA neue Stützpunkte bekommen.

Bundeskanzler: Bei uns spielt die Marine nur eine kleine Rolle, und das wird so bleiben.

Ustinow: Sie hatten zunächst nur U-Boote mit 350 t. Jetzt bauen Sie U-Boote mit 1800 t. Die USA haben Druck ausgeübt.

Bundeskanzler: Unsere U-Boote tragen keine Raketen.

Ustinow: Zunächst haben Sie Überwasserschiffe mit 3000 t gebaut; heute bauen Sie solche Schiffe mit 6000 t. Leicht und sachte werden die Grenzen nach oben verschoben.²¹

Bundeskanzler: Unsere Marine hat ein beschränktes Operationsgebiet: Die Ostsee, die Nordsee, vor Norwegen. Wir haben keine U-Boote mit FLBM²². Solche Boote werden wir auch in Zukunft nicht haben. Wir geben nur einen relativ kleinen Teil unseres Sozialprodukts, etwa 3 bis 4%, für Heer, Luftwaffe und Marine aus.

Ustinow: Sie haben so gute Werften in Kiel, Bremen, Hamburg. Auf diesen Werften kann man Kriegsschiffe aller Größen bauen.

Bundeskanzler: In Bremen und Hamburg ist seit Hitlers Zeiten kein größeres Kriegsschiff gebaut worden. In Emden sind einmal U-Boote gebaut worden.

Wir haben einige U-Boote, einige Fregatten und drei Zerstörer.

Ustinow: Ich spreche von Ihren Möglichkeiten!

Bundeskanzler: Unsere Werften haben einen hohen technischen Stand. Sie bauen Roll-on/Roll-off-Schiffe, Tankschiffe, Container mit 50 000 bis 60 000 t. Aber sie bauen keine Kriegsschiffe dieser Größenordnung. Davon verstehen wir auch nichts. Wir könnten solche Schiffe selbst nicht bezahlen, und an andere liefern wir nicht. Wenn das erste große Kriegsschiff in Hamburg gebaut wird, dann schicke ich Ihnen eine Postkarte. Zu meinen Lebzeiten wird das nicht mehr geschehen.

Ustinow: Dann werde ich diese Karte nicht erhalten.

²¹ Vgl. dazu die Aufhebung der WEU-Herstellungsbeschränkung beim Schiffsbau; Dok. 237.

²² Fleet Launched Ballistic Missiles.

Bundeskanzler: Ihre Marine bedroht uns nicht unmittelbar; aber im Weltmaßstab ist sie etwas sehr groß.

Wir fühlen uns vielmehr bedroht von der SS-20 und dem Backfire. Es ist eine politische Bedrohung, auch wenn wir nicht glauben, daß Sie diese Raketen abschießen werden.

Ustinow: Bei dieser Bewertung wird ein Fehler gemacht. Nehmen Sie den Backfire. Dieses Flugzeug wird seit langer Zeit produziert. In den SALT-Absprachen ist eine Begrenzung der Produktion vorgesehen.²³

Bundeskanzler: Nicht die USA, Deutschland wird bedroht!

Ustinow: Sie haben recht. Mit diesem Typ wird aber ein alter Typ abgelöst. Es handelt sich um eine Modernisierung.

Bundeskanzler: Mit diesem Teil von SALT II war ich nie einverstanden.

Ustinow: Dieser Flugzeugtyp ersetzt ein altes Flugzeug.

Bundeskanzler: Welches? Wahrscheinlich den Badger und Blinder?

Ustinow: Ich kenne mich in Ihren Bezeichnungen nicht aus. Es handelt sich auch um ein Tupolew-Flugzeug. Mir ist unverständlich, warum dieser Modernisierungsvorgang zu dieser Diskussion führt. Entweder werden Sie durch die USA getäuscht oder woher haben Sie solche Informationen?

Ustinow: Die neue Tupolew hat einen Aktionsradius von 2500 km. Die USA sagen, die Maschine könne in der Luft auftanken. Natürlich, man kann alles machen. Die USA haben unlängst Jäger nach Saudi-Arabien verlegt, die bis zu fünf Mal in der Luft nachgetankt wurden.

Mit solchen Angaben kann man Angst machen.

Bundeskanzler: Meine Sorge ist die direkte Bedrohung meines Landes durch die SS-4, SS-5, SS-20 und Backfire.

Ustinow: Auch Ihre Flugzeuge können mindestens bis Moskau kommen.

Bundeskanzler: Wir haben kein Flugzeug, das nach Moskau kommen kann.

Ustinow: Aber in der NATO gibt es solche Flugzeuge.

Bundeskanzler: Aber wir haben nicht solche Flugzeuge.

Ogarkow: Die Hauptsache ist, daß die Gesamtwirkung der Waffen nicht größer wird. Die Gesamtwirkung bleibt auf derselben Höhe.

Bundeskanzler: Früher waren Ihre Möglichkeiten bedingt. Ich bin nicht überzeugt, daß das richtig ist, was Sie sagen.

Ustinow: Die SS-20 ersetzt und löst ab die SS-4 und SS-5. Leonid Breschnew hat Ihnen gesagt, und ich wiederhole, wir haben heute keine Rampe mehr als bei der SS-4 oder SS-5. SS-4 und SS-5 sind veraltet. Sie müssen abgelöst werden. An der SS-20 ist nur zweierlei neu. Sie ist mobil, und sie hat Mehrfachsprengköpfe. Das ist alles. Das Wichtigste: Die Detonationswerte sind dieselben.

²³ Für den Wortlaut der schriftlichen Erklärung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, betreffend das sowjetische Kampfflugzeug „Backfire“, die Präsident Carter am 16. Juni 1979 übergeben wurde, und den Inhalt einer weiteren mündlichen Erklärung Breschnews über die Produktionsrate des Kampfflugzeugs vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 394.

Genscher: Die Sprengkopffzahlen sind größer und die Reichweiten sind größer.

Ustinow: Die Gefechtsköpfe sind im Detonationswert kleiner als bei der SS-4 und SS-5.

Bundeskanzler: Der kleine Detonationswert reicht aus, um meine Heimatstadt und andere Städte in Deutschland zu zerstören.

1970 hatten Sie ungefähr 500 Köpfe auf der SS-4; heute, 1980, sind es über 1300, weil die neue Waffe Mehrfachsprengköpfe hat. Außerdem ist sie nachladefähig. Ich weiß allerdings nicht genau, wie oft.

Von 1970 bis 1980 hat sich die Zahl Ihrer Sprengköpfe verdoppelt, es handelt sich jetzt um eine mobile Rakete, und die Reichweiten sind vergrößert worden.

Leonid Breschnew hat am 6. Oktober vorgeschlagen, die Raketen könnten hinter den Ural zurückgezogen werden. Aber Hamburg könnte noch getroffen werden, auch wenn die Raketen hinter dem Ural stehen.

Ich bitte Sie zu verstehen, daß diese Entwicklung für uns eine Quelle ernster Besorgnis ist. Deshalb gehöre ich zu denen, die vor drei Jahren – zum Ärger einiger Amerikaner – ein Gegengewicht verlangt haben.²⁴ Wenn ein Gegengewicht geschaffen ist, dann werden beide Seiten einsehen, daß Parität erforderlich ist.

1300 Sprengköpfe befinden sich auf für uns strategischen Waffen. Auf westlicher Seite steht dem außer durch Frankreich nichts gegenüber.

Ustinow: Sie haben mit Leonid Breschnew gesprochen. Er hat es Ihnen erklärt. Sie wollen es von uns nochmals hören. Das sind die Fakten: Wir haben keine Rakete mehr.

Bundeskanzler: Sie haben dreimal soviel Sprengköpfe!

Ogarkow: Aus unserer Sicht ist die Gesamtzahl der Gefechtsköpfe nicht größer. Die NATO hat zusammen mit den FBS zweimal mehr als wir.

Bundeskanzler: Ich bin nicht überzeugt. Die Zahl der Sprengköpfe auf sowjetischer Seite wächst. Sie streiten das nicht ab. Die Zahl steigt auf das Dreifache, weil die SS-4 einen Sprengkopf hatte und die SS-20 drei Sprengköpfe hat. Jeder Sprengkopf kann eine deutsche Stadt auslöschen.

Ustinow: Ogarkow hat recht. Die NATO hat insgesamt zweimal mehr als wir.

Die Reichweite der SS-20 ist kürzer als die früheren Raketen. Die Reichweite ist bei der SS-20 so groß wie bei der SS-5.

Bundeskanzler: Aber größer als die der SS-4!

Ustinow: Stimmt! Aber diese Rakete wird ersetzt. Unsere Gegner verfahren genauso (parallel). Etwas verstehen wir nicht bei dieser ungleichen Position.

Bundeskanzler: Mir liegt daran, daß Sie verstehen, was mich bekümmert. Für mich ist gleichgültig, wie hoch der Megatonnenwert der Sprengkraft ist. Wichtiger ist, wieviele Städte in meinem Land getroffen werden. Deren Zahl hat sich verdoppelt und wird sich verdreifachen.

²⁴ Bundeskanzler Schmidt hielt am 28. Oktober 1977 vor dem International Institute for Strategic Studies in London einen Vortrag. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1977, S. 1013–1020.

Ich verstehe Ihren Hinweis auf die Gesamtzahlen. Aber die NATO-Träger in Europa reichen nicht bis Moskau, die meisten noch nicht einmal bis an den Rand der Sowjetunion. Ihre Träger reichen z.B. bis Wuppertal; sie treffen Bonn. Ich bitte Sie, meine politische Beunruhigung zu verstehen.

Wir haben kein Interesse, zu dem nuklearen Gegenblock zu gehören. Wir sagen den USA, daß hier Gleichgewicht hergestellt werden muß, in der Hoffnung, daß dieses Gleichgewicht auf niedrigerer Ebene möglich ist.

Ustinow: Solche Verhandlungen müssen geführt werden. Man muß das zusammen analysieren und Folgerungen ziehen. Man muß prüfen, was gibt es an Flugzeugen, was an Raketen? Nach SALT II – gleich nach der Ratifizierung – kommen wir zu SALT III. Nicht wir haben dafür gesorgt, daß jetzt eine Pause gemacht wird. Das haben die USA gemacht.²⁵ Man muß sich deswegen an die USA wenden.

Bundeskanzler: Sie und die USA haben Fehler gemacht; weil Sie in Wien mit Verteidigungsminister Brown und General Jones nicht über eurostrategische²⁶ Waffen geredet haben! Dieser Bereich ist nicht abgedeckt außer durch das Protokoll. Das werfe ich Ihnen genauso vor wie den USA.

Ustinow: Warum uns?

Ogarkow: Schon vor der Unterzeichnung war festgelegt, daß das ein Thema von SALT III sein sollte.

Bundeskanzler: Ich habe davon gehört.

Aus deutscher Sicht habe ich Ihnen gesagt, was wir über diese Fragen denken. Wir werden heute nicht zu einer Übereinstimmung kommen. Ihr Partner sind die USA. Wir stellen unseren Boden für US-Waffen zur Verfügung, und wir sind das Ziel für sowjetische Raketen. Ich wollte Ihnen eine unmittelbare Kenntnis von unseren Sorgen geben.

Deshalb haben wir auch einen Horror vor dem Krieg! Wir müssen einen Rüstungswettlauf verhindern!

Wir wollen unsere jungen Soldaten nicht zu Feinden der Sowjetunion erziehen. Wir hoffen, daß dies auch nicht von Ihrer Seite geschieht.

²⁵ Zum Stand des Ratifizierungsverfahrens des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 im amerikanischen Senat vgl. Dok. 59.

²⁶ Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann notierte am 7. Juli 1980, Bundeskanzler Schmidt habe „bei Durchsicht der Unterlagen für seine Moskau-Reise beanstandet, daß statt von ‚eurostrategischen Systemen‘ von ‚LRTNF‘ bzw. ‚Mittelstreckensystemen‘ die Rede sei. Dies suggeriere, daß Europa nur ein ‚theater‘ unter anderen und nur auf die USA gerichtete Systeme interkontinentaler Reichweite strategischer Natur seien. Für uns stellten schließlich sowjetische Raketen wie SS-20 eine strategische Bedrohung dar.“ Hofmann hielt es für möglich, „den Bedenken des Bundeskanzlers durch Aufgabe der Begriffe ‚LRTNF‘ und ‚Mittelstreckensysteme‘ im deutschen amtlichen Sprachgebrauch Rechnung“ zu tragen. Die Medien und die NATO würden aber ihre bisherige Terminologie kaum ändern. Zudem lasse sich gegen den Begriff „eurostrategisch“ einwenden, daß die sowjetischen Systeme neben Europa auch Asien, Nordafrika und Alaska bedrohen würden und nicht nur in Europa stationiert seien. Daher empfehle sich „die ebenfalls gängige Bezeichnung ‚kontinental-strategische Systeme‘“ zu verwenden: „Dieser Begriff paßt in die SALT-Terminologie und unterstreicht zugleich, daß der Unterschied zwischen Lang- und Mittelstreckensystemen nicht in der ohnedies fragwürdigen Charakterisierung als ‚strategisch‘, sondern im Reichweitenunterschied liegt.“ Vgl. Referat 201, Bd. 120240.

Ich werde den Bundesminister der Verteidigung bitten, mit Ihnen ins Benehmen zu treten. Wir sollten nicht nur Militärattachés austauschen, sondern auch andere militärische Fachleute.

Ich habe diese Stunde mit Ihnen sehr geschätzt. Ihnen, Herr Minister, Marschall Ogarkow, und den übrigen Herren an Ihrer Seite möchte ich danken.

Ustinow: Herzlichen Dank!

Obwohl die Zeit drängt, hätte ich gerne noch eine Antwort auf eine Frage, damit nicht nur wir analysieren, sondern auch Sie: Warum ist der Dezember-Beschluß gefaßt worden über die Pershing und die Flügelraketen?²⁷

Bundeskanzler: Wir brauchen ein Gegengewicht gegen die stetig steigende Zahl Ihrer auf uns gerichteten Sprengköpfe. Das ist meine tiefe Überzeugung!

Ogarkow: Es handelt sich bei uns um einen Modernisierungsprozeß. Wir haben unser Potential um keine Trägereinheit vergrößert. Der Dezember-Beschluß vergrößert Ihr Potential um das eineinhalbfache. Das alles wird bei Ihnen und Ihren Nachbarn stationiert. Auch wir müssen uns absichern. Sie sollten darüber nachdenken.

Bundeskanzler: Wir haben verstanden, worüber wir nachdenken sollen. Deshalb war das Gespräch überaus nützlich. Ich hoffe, wir sind nicht das letzte Mal zusammengetroffen.

Ustinow: Das wird abhängen von der weiteren Entwicklung unserer Beziehungen. Wir verstehen Ihre Recherchen, die auf Ihre vorzüglichen Computer gestützt sind. Wir verstehen auch, daß Sie und Ihr Staat gegen den Krieg sind. Aber wer schiebt Sie?

Bundeskanzler: Mich schiebt niemand. Ich habe Ihnen meine eigenen Ansichten vorgetragen. Ich brauche mich hinter niemandem zu verstecken.

Ustinow: Ich habe Grund, Sie zu bitten, auch den USA (unsere Position) klar zu machen. Ich bin tief davon überzeugt, daß Sie unsere Position besser verstehen. Allerdings muß Ihr Blickwinkel richtiger werden.

Ogarkow: Man sagt, daß die Sowjetunion jede Woche eine Pionier (meint damit offensichtlich die SS-20) disloziere. Das kann sehr gut sein. Gleichzeitig werden aber zwei alte SS-4, SS-5 ausgesondert.

Bundeskanzler: Wir sehen die Satellitenfotos!

Ustinow: Sie sehen keine!

Bundeskanzler: Wir sehen die Fotos.

Ogarkow: Der Generalstab informiert mich, daß SS-4, SS-5 abgebaut werden, wenn eine Pionier in Dienst gestellt wird.

Genscher: Sie sprechen von Trägern, aber nicht von Köpfen!

Bundeskanzler: Jeder Sprengkopf bedeutet für uns eine Stadt. Die amerikanischen Sprengköpfe reichen nicht bis Minsk.

Ustinow: Die Situation wäre anders, wenn bei Ihnen keine US-Raketen stünden; dann sähe die Sache anders aus. Die Mittelstreckenraketen, die Pershing erreichen den Ural.

²⁷ Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 10.

Bundeskanzler: Sie kommen nicht ganz bis Moskau!

An dieser Stelle wurde das Gespräch unter Bezugnahme auf die bereits ausgetauschten Abschlußworte beendet.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 54

195

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, in Moskau

213-321.10 SOW-1570/80 VS-vertraulich

1. Juli 1980¹

Protokoll über das Gespräch zwischen dem Bundeskanzler und dem Bundesaußenminister und Generalsekretär Breschnew, Ministerpräsident Kossygin und Außenminister Gromyko am 1. Juli 1980 von 18.00 bis 18.25 Uhr im Katharinen-Saal des Kreml

Weitere Teilnehmer wie am Vormittag des 1. Juli 1980.²

Breschnew: Wir bekommen ein gutes Schlußdokument.³

Der Bundeskanzler und der Generalsekretär tauschen einige private Bemerkungen aus.

Die Botschafter Semjonow und Wieck unterzeichnen das „Langfristige Programm über die Hauptrichtungen der Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie“.⁴

Breschnew: Wir können das Fazit unserer Gespräche ziehen. Es ist eine notwendige und nützliche Arbeit getan worden. Selbstverständlich hat noch niemand eine Waage erfunden, die es ermöglichen würde, die Wirkung von politischen Gesprächen zu messen. Aber es gibt ein wichtiges Kriterium: den Willen

¹ Durchschlag als Konzept.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Arnot am 2. Juli 1980 gefertigt.

Hat Oberamtsrat Schlote vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Durchschlag am 1.8.80 an D2.“

Hat Angestelltem Ziegler am 3. Juli 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Dg21 hat Durchdruck.“

² Für das deutsch-sowjetische Regierungsgespräch vgl. Dok. 193.

³ Für den Wortlaut des Gemeinsamen Kommuniqués vgl. BULLETIN 1980, S. 664 f.

⁴ Für das Langfristige Programm über die Hauptrichtungen der Zusammenarbeit der Bundesrepublik und der UdSSR auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie vom 1. Juli 1980 vgl. Referat 421, Bd. 141310.

Ministerialdirigent Ungerer notierte am 9. Juli 1980, in der Direktorenbesprechung habe er die Frage der Veröffentlichung des Abkommens angesprochen: „Der StS meinte dazu, wir hätten kein Interesse an einer publizistischen Herausstellung des Programms; uns sei es auf die Sache angekommen. Es sei Sache des BMWi, das Programm und damit auch die Anlagen fachlich umzusetzen; insoweit sei dies ein technischer Vorgang. Was wir nicht wollten, sei eine politische Veröffentlichung.“ Vgl. Referat 421, Bd. 141310.

zur Zusammenarbeit und zur Übereinstimmung. Wie bei früheren Treffen war er auch diesmal vorhanden. Wir wollen die Situation nicht vereinfachen: Es gibt Standpunkte, bei denen die Positionen beider Seiten auseinanderfallen. Aber wir kennen sie nun besser. Mit Befriedigung können wir feststellen, daß die prinzipielle Linie in den bilateralen Beziehungen dieselbe bleibt, wie sie im Vertrag von 1970⁵ und den weiteren Abkommen und Dokumenten festgelegt worden ist. Es gibt den klar geäußerten Wunsch, die Verständigung in den internationalen Angelegenheiten zu festigen. Ich hoffe, daß Sie nochmals die Überlegungen in Erwägung ziehen, die wir Ihnen dargelegt haben. Wir werden an die Überlegungen denken, die Sie dargelegt haben. Wir wollen auch in Zukunft die Kontakte pflegen, in Übereinstimmung mit der Praxis, die sich herausgebildet hat.

Bundeskanzler: Ich möchte erstens voll unterstreichen, was Sie über die bilateralen Beziehungen gesagt haben. Auch wir sind für die Fortsetzung der Entwicklung auf der Linie des Moskauer-Vertrages, der Schlußakte von Helsinki⁶, des Vier-Mächte-Abkommens⁷ und des zweiseitigen Langfristigen Abkommens⁸. Sie haben zweitens erwähnt, daß wir bei einer Reihe schwieriger internationaler Positionen verschiedene Auffassungen dargelegt haben. Wir sind dankbar dafür, daß Sie über das nachdenken, was wir gesagt haben. Wir werden über das nachdenken, was Sie gesagt haben, und darüber mit unseren Freunden sprechen. Beide Seiten haben versucht, die andere in ihren Beweggründen zu verstehen. Die Erwartungen, die Minister Genscher und ich an das Treffen geknüpft haben, sind bestätigt worden, insbesondere die Erwartung, daß es in einer schwierigen Weltlage nicht nur notwendig, sondern auch nützlich ist, miteinander zu sprechen. Wir haben mit der Klarheit gesprochen, die notwendig ist, und haben nichts verwischt. Nur eine solche Klarheit kann zu Lösungen beitragen. Ich verlasse Ihr Land mit dem Gefühl wirklicher Befriedigung. Dafür, daß das möglich ist, möchte ich mich bei Ihnen, Herr Generalsekretär, Ihnen, Herr Ministerpräsident Kossygin, und Ihnen, Herr Außenminister Gromyko, ausdrücklich bedanken. Ich möchte insbesondere unseren Dank dafür hinzufügen, daß wir erstmalig die Gelegenheit hatten, eine Reihe von anderen Politbüromitgliedern kennenzulernen und möchte in den Dank das Gespräch von heute nachmittag einschließen.

Breschnew: Sie meinen, mit Ustinow und Ogarkow?

Bundeskanzler: Ja.

Breschnew: Ogarkow ist kein Politbüromitglied.

Bundeskanzler: Aber er gehört zur militärischen Führung. Ich verlasse Moskau in der Überzeugung, daß Sie und wir bei allen internationalen Schwierigkeiten

⁵ Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f.

⁶ Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

⁷ Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73.

⁸ Für den Wortlaut des Abkommens vom 6. Mai 1978 über die Entwicklung und Vertiefung der langfristigen Zusammenarbeit der Bundesrepublik und der UdSSR auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie vgl. BUNDESGESETZBLATT 1979, Teil II, S. 59 f.

an der Ausweitung der Zusammenarbeit interessiert sind. Ich möchte Ihnen auch im Namen von Minister Genscher für die Gastfreundschaft danken und eine Einladung an die sowjetische Führung und insbesondere an Generalsekretär Breschnew, zu gegebener Zeit die Bundesrepublik Deutschland zu besuchen, aussprechen.⁹

Breschnew: Danke, mit Vergnügen.

VS-Bd. 13165 (213)

196

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Muskie in Washington

010-1859/80 VS-vertraulich

2. Juli 1980¹

Mittagessen im State Department am Mittwoch, 2. Juli 1980, 13.45 bis 15.15 Uhr²
Teilnehmer auf amerikanischer Seite: AM Muskie, stellvertr. AM Christopher, George Vest, Marshall Shulman, Blackwill (NSC), Edminster (amtierender Deutschlandreferent), Billings (pers. Referent von Muskie).

Auf deutscher Seite: Bundesminister, StS van Well, Botschafter Hermes, VLR I Sudhoff, VLR I Seitz, VLR von Braunmühl, VLR Fr. Siebourg.

StS *van Well* gibt einen allgemeinen Überblick über die Moskauer Gespräche.³
Er hebt hervor:

- Die scharfe Kritik der sowjetischen Afghanistanpolitik durch den Bundeskanzler. *BM* weist hier auch auf die empfindliche Reaktion der Sowjets auf die Unterstützung der Tätigkeit der islamischen Dreier-Kommission⁴ hin.
- Die deutlichen Hinweise des Bundeskanzlers, daß die Sowjetunion überall dort zu Interventionen neige, wo sozialistische Regime ins Wanken kämen.

⁹ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, hielt sich von 22. bis 25. November 1981 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu die Gespräche am 23. und 24. November 1981 mit Bundeskanzler Schmidt; AAPD 1981.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 3. Juli 1980 gefertigt.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 4. Juli 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an die Vortragenden Legationsräte von Nordenskjöld und von Ploetz verfügte.

Hat Nordenskjöld am 4. Juli 1980 vorgelegen.

Hat Ploetz am 19. Juli 1980 vorgelegen.

² Bundesminister Genscher hielt sich am 2. Juli 1980 in den USA auf.

³ Zum Besuch des Bundeskanzlers Schmidt und des Bundesministers Genscher am 30. Juni und 1. Juli 1980 in Moskau vgl. Dok. 192–195.

⁴ Zur Konferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz vom 17. bis 22. Mai 1980 in Islamabad und zur Bildung eines Dreierausschusses für Afghanistan vgl. Dok. 148, Anm. 7.

Zur Konferenz von afghanischen Widerstandsgruppen mit dem Dreierausschuß am 20./21. Juni 1980 bei Vevey vgl. Dok. 183, Anm. 9.

Auch die Feststellung des Bundeskanzlers, die Vietnamesen hätten in Kambodscha⁵ ebensowenig zu suchen wie die Kubaner in Afrika⁶. Die sowjetische Feststellung, daß unsere Politik in der Dritten Welt sowjetischen Interessen entgegenlaufe.

Bundesminister merkt hier an: Die Sowjets hätten in drei Punkten Kritik geäußert:

- a) Olympische Spiele,
- b) TNF,
- c) unsere Dritte-Welt-Politik.
- Die Sowjets hätten unsere Feststellung gewürdigt, daß wir uns an die vertraglichen Grundlagen der Zusammenarbeit halten würden. Hier Einwurf *Muskie*: Wie berührt das SALT II⁷? StS *van Well* weist darauf hin, daß die Sowjetunion SALT II nicht als einen in Kraft getretenen Vertrag betrachte.
- Gromyko habe festgestellt, daß es drei Konferenzvorschläge gebe:
 - a) WP-Vorschlag für ein Welttreffen⁸,
 - b) WP-Vorschlag für eine europäische Abrüstungskonferenz⁹,
 - c) französischen KAE-Vorschlag¹⁰.

Es sei deutlich geworden, daß sich die Sowjets unter der Konferenz über militärische Abrüstung etwas sehr Allgemeines vorstellten. Bei den Kommuniké-Verhandlungen habe Kornienko hinsichtlich des Geltungsbereiches vertrauensbildender Maßnahmen auf den Passus in der KSZE-Schlußakte hingewiesen, der auch in bezug auf „andere vertrauensbildende Maßnahmen“ auf das Gebiet verweist, „für das die Bestimmungen über die vorherigen Ankündigungen größerer militärischer Manöver gelten“.¹¹ Wir hätten jedoch klargestellt, daß wir für ein Mandat für eine KAE auf der Klarstellung des Anwendungsbereichs in ganz Europa bestehen würden.

Bundesminister ergänzt, daß dies einer der wichtigsten Punkte für unsere Politik im Hinblick auf Madrid¹² sein müsse, die dadurch eine offensive Pointe erhalten solle.

⁵ Zum Einmarsch vietnamesischer Truppen in Kambodscha am 25. Dezember 1978 vgl. Dok. 20, Anm. 8.

⁶ Zum Engagement Kubas in Afrika vgl. Dok. 192, Anm. 50.

⁷ Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 13.

⁸ Zum Vorschlag des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts vom 15. Mai 1980 für ein Gipfeltreffen führender „Repräsentanten von Staaten aller Regionen der Welt“ vgl. Dok. 154, Anm. 17.

⁹ Zu den Vorschlägen des Komitees der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten bei der Tagung am 14./15. Mai 1979 in Budapest vgl. Dok. 1, Anm. 28.

Zum Vorschlag des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, Gierek, vom 11. Februar 1980 für eine Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 55, Anm. 39.

Zu den Vorschlägen des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts bei der Tagung am 14./15. Mai 1980 in Warschau vgl. Dok. 150, Anm. 5.

¹⁰ Zum französischen Vorschlag einer Konferenz für Abrüstung in Europa vgl. Dok. 100.

¹¹ Vgl. das „Dokument über vertrauensbildende Maßnahmen und bestimmte Aspekte der Sicherheit und Abrüstung“ der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975; SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 921–924.

¹² Die KSZE-Folgekonferenz wurde am 11. November 1980 in Madrid eröffnet. Vgl. dazu Dok. 319 und Dok. 322.

Muskie wirft ein: Er selbst habe sich dadurch überzeugen lassen, aber er habe nicht die Administration überzeugen können. Auf die Frage, welche Administration er meine, ergänzt er: Er könne nur über seinen Teil sprechen.

Auf Frage von *Muskie* nach der wesentlichen Substanz des Moskauer-Besuches führt *Bundesminister* aus:

1) Das Land, für das die Sowjetunion Interesse zeige, habe unmißverständlich seine Positionen in allen Fragen klargemacht.

2) Für die Bündnispartner ergebe sich aus dem Ablauf, daß die Sowjets nur die ernst nähmen, die einen festen Standpunkt hätten, und nicht die, welche sie bereits halb in der Tasche zu haben glaubten.

3) Er sehe jetzt noch klarer hinsichtlich der weichen Stellen der sowjetischen Politik und der daraus zu ziehenden Folgerungen für unsere Strategie. Hier sei zu nennen:

- der gesamteuropäische Geltungsbereich bei einer KAE.
- Hinsichtlich Afghanistans werde die Sowjetunion durch die Islamische Konferenz sowie durch Pakistan und Iran bedrängt. Wir sollten die Aktivitäten dieser Gruppe ermutigen, um sie wirkungsvoll zu machen.
- Unsere Dritte-Welt-Politik zeige Wirkung. Sie trage zur Entlarvung der sowjetischen Bestrebungen in der Dritten Welt bei. Die Mobilisierung der Ressourcen durch unsere Politik drücke Moskau.

4) In der Rüstungskontrollpolitik seien die Sowjets bei den Mittelsteckenwaffen in der Defensive. Man sehe deutlich die Entwicklung, wenn man Gromykos Feststellung im November 1979 in Bonn, daß wir durch unsere Politik die Verhandlungsgrundlage im TNF-Bereich zerstörten¹³, vergleiche mit dem jetzigen sowjetischen Vorschlag. Wir alle hätten damit gerechnet, daß die Sowjets auf der Einbeziehung der FBS bestehen würden, wenn es zu Verhandlungen komme.¹⁴ Die Sowjets fühlten sich jetzt zu einer Reaktion auf das NATO-Angebot¹⁵ gezwungen, während sie bisher gehofft hätten, die westlichen Positionen aufzulösen. Jetzt werde es leichter, uns mit denen auseinanderzusetzen, die gehofft hätten, die Sowjets würden mit einem Freeze oder Moratorium zu Verhandlungen kommen. Diese hätten sich päpstlicher als der Papst erwiesen. *Bundesminister* faßt zusammen: Die sowjetische Politik sei in der Defensive. Dies sei jetzt auch deutlicher in das Bewußtsein der Öffentlichkeit getreten, da wir die überzeugenderen Positionen hätten.

Muskie stellt fest, daß ihn der Bericht über die Moskauer-Reise fasziniert habe.

¹³ Der sowjetische Außenminister Gromyko besuchte vom 21. bis 24. November 1979 die Bundesrepublik. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 341–344.

Zu Gromykos Äußerungen in der Pressekonferenz am 23. November 1979 vgl. Dok. 20, Anm. 12.

¹⁴ Vortragender Legationsrat I. Klasse Citron legte am 2. Juli 1980 dar: „Frage der Einbeziehung der FBS hat schon bei SALT-I-Verhandlungen eine Rolle gespielt. [...] SU hat auch bei SALT-II-Verhandlungen immer wieder auf Einbeziehung der FBS gedrängt. Zeitlich begrenzte Protokollbegrenzungen für CM stellen einzige amerikanische Konzession in diesem Bereich dar. US erklärten auf unser Drängen bei Konsultationen im Frühsommer im NATO-Rat, daß jede künftige Begrenzung amerikanischer Systeme, die in erster Linie für TNF-Einsatz bestimmt sind, von entsprechenden Begrenzungen sowjetischer TNF begleitet sein müsse.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 776 an die Delegation des Bundesministers Genscher, z. Z. Washington; VS-Bd. 14089 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

¹⁵ Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 10.

Christopher fragt, welches die Folgen des sowjetischen TNF-Vorschlags für Belgien, Niederlande und Italien sein würden.

Der *Minister* erwidert: Italien werde sich bestätigt fühlen.¹⁶ Hinsichtlich der Niederlande habe er alle Hoffnung aufgegeben.¹⁷ Die belgische Regierung könne jetzt sagen: Freeze und Moratorium seien vom Tisch. Die Zustimmung zum Dezember-Beschluß sei der einzige Weg, über Verhandlungen zu einem Erfolg zu kommen.¹⁸

Muskie unterstreicht, daß der Bundeskanzler sein Versprechen gehalten habe. Das habe die Administration bereits aus Presseberichten entnommen, und der jetzige Bericht bestätige dies. Man werde die Reaktionen studieren.

Bartholomew: Werden die Belgier nicht sagen, die Tür ist offen für Gespräche, deren Ergebnis abzuwarten ist?

Bundesminister: Das sei nicht auszuschließen. Er habe aber die größere Sorge über die Tendenzen zu einem Freeze gehabt.

Bartholomew: Der sowjetische Vorschlag bedeute, daß die Sowjets ihre SS-20 weiter dislozierten, deshalb könne man mit gutem Grund sagen, daß wir auch unseren Bündnisbeschluß weiter implementieren müssen.

StS *van Well* stimmt zu: Wenn der Bündnisbeschluß in seinem zweiten, Verhandlungen betreffenden Teil verwirklicht werde, so müsse er auch in dem ersten, die Nachrüstung betreffenden Teil implementiert werden.

Vest bezeichnet dieses wie die anderen deutschen Argumente als rational-korrekt, warnt aber vor der Presse. Hier komme es auf große Ausgewogenheit der Darstellung an. Man müsse auf jeden Fall vermeiden, daß die Vorschläge in der belgischen Presse verzerrt dargestellt würden.

Muskie trägt Teile eines Briefes von Gromyko an ihn (wohl Antwortbrief auf Afghanistan-Brief) vor.¹⁹

¹⁶ Zur italienischen Entscheidung zur Dislozierung von amerikanischen Marschflugkörpern vgl. Dok. 5, Anm. 21.

¹⁷ Zur Diskussion über die Dislozierung von Mittelstreckensystemen in den Niederlanden vgl. Dok. 182, Anm. 18.

¹⁸ Zur belgischen Haltung zur Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 174 und Dok. 190, Anm. 22.

Referat 201 vermerkte am 9. Juli 1980, der belgische Außenminister Nothomb habe auf der NATO-Ministerratstagung am 25./26. Juni 1980 in Ankara eine Entscheidung über die Dislozierung von Mittelstreckensystemen in Belgien primär vom Ergebnis der Reise des Bundeskanzlers Schmidt in die UdSSR am 30. Juni und 1. Juli 1980 abhängig gemacht. Am 3. Juli 1980 habe Nothomb jedoch Bundesminister Genscher in Luxemburg dargelegt, „daß seine Lage in gewissem Sinne nun schwieriger geworden sei; denn jetzt könne die belgische Nachrüstungsopposition verlangen, zunächst den Ausgang von Verhandlungen abzuwarten“. Auf die Frage, „was BM Genscher davon hielte, wenn die Belgier ihre Entscheidung von der Verhandlungsaufnahme bzw. vom Verhandlungsergebnis oder der SALT-Ratifikation abhängig machten“, habe Genscher eine Verzögerung der Dislozierungsentscheidung als gefährlich bezeichnet, weil dies „auf der sowjetischen Seite die Illusion nähren würde, doch noch etwas ohne konstruktive Verhandlungen zu erreichen. Wenn Belgien seine Dislozierungsentscheidung von einer Verhandlungsaufnahme oder von einem Verhandlungserfolg abhängig mache, motiviere es die Sowjetunion, Verhandlungen erst gar nicht zustande kommen zu lassen, damit Belgien sich nicht entscheide.“ Referat 201 ging davon aus, daß die belgische Regierung „unter Vermeidung eines neuen Konflikts in der mit Mühe zustande gebrachten Sechs-Parteien-Koalition das brisante NATO-Thema frühestens zur Parlamentssitzung im Herbst wieder anschneiden wird“. Vgl. VS-Bd. 10329 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

¹⁹ Ministerialdirektor Blech wies am 3. Juli 1980 die Botschaft in Washington an, die amerikanische Regierung „um Überlassung des Afghanistan betreffenden Schreibens Gromykos an Muskie, das in den

Dazu erläutert *Marshall Shulman*, Gromyko habe von einer tatsächlichen Truppenreduzierung in Afghanistan gesprochen, während die amerikanischen Nachrichtenkenntnisse von einer Umstrukturierung gesprochen hätten.²⁰

Muskie: Die Sowjets hätten den Wunsch betont, daß die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen wieder auf eine normale Ebene gestellt würden. Davon würden beide Völker profitieren. Wichtige Grundlage dafür sei Gleichheit und gegenseitige Respektierung. Auch die Einhaltung von bereits erreichten Abkommen („agreements already achieved“). *Muskie* fragt, ob die Sowjets dies wohl auch auf SALT II beziehen würden.

StS van Well erwidert: Die Sowjets betrachteten SALT II nicht als rechtlich verbindlich, dies bedeute aber nicht, daß sie sich nicht trotzdem an dessen Bestimmungen halten würden. Durch die gesamten sowjetischen Darlegungen habe sich wie ein roter Faden die entscheidende Bedeutung gezogen, die Moskau den Beziehungen mit den USA beimäße. Sie seien hinsichtlich der amerikanischen Haltung verwirrt. Auf Frage *Shulmans* erläutert der Staatssekretär, daß alle drei sowjetischen Spitzenpersönlichkeiten in hervorragender Verfassung gewesen seien und daß *Breschnew* klar die Autorität gewesen sei.

Bundesminister berichtet über das Gespräch mit *Ustinow*²¹: Man habe über Sicherheit, Streitkräftevergleiche etc. gesprochen. Die Sowjets hätten behauptet, daß unsere Zahlen für die andere Seite zu hoch seien. Er selbst, *Bundesminister*, sei von *Ustinow* enttäuscht gewesen, z.B. von seiner Behandlung der MBFR-Gespräche. Er habe so getan, als gehe es nur um einige 1000 Soldaten Differenz. Der Bundeskanzler habe zur sowjetischen Marinerüstung ausgeführt: Diese zeige den weltweiten Machtanspruch und offensiven Charakter der sowjetischen Militärpolitik. *Ustinow* habe erwidert, die sowjetische Marine sei gut, werde aber bei weitem überschätzt. Wir hätten gute Werften in Hamburg, Bremen und Kiel, außerdem versuchten wir, über die WEU-Beschränkungen beim Schiffsbau hinauszugehen.²² Wir könnten in unseren Werften in Hamburg, Bremen und Kiel sehr gute Schiffe bauen, dafür müsse die Sowjetunion Vorsorge treffen.

Auf die Frage *Bartholomews*, ob bei dem sowjetischen TNF-Vorschlag Mittelstreckenraketen und FBS durch ein Link verbunden seien, erwähnt *Bundesminister* die Auskunft *Gromykos* (ein oder zwei Tische): Man könne an zwei sehr nahe beieinander stehenden Tischen verhandeln.

Der *Staatssekretär* weist darauf hin, daß die von den Sowjets gebrauchte Formulierung, man solle alle für die strategische Lage bestimmenden Faktoren berücksichtigen, aus SALT II (Verhandlungsabsichten für SALT III) stamme. Der

Fortsetzung Fußnote von Seite 1068

gestrigen Gesprächen eine Rolle gespielt hat“, zu bitten. Vgl. den Drahterlaß Nr. 789; VS-Bd. 11109 (204); B 150, Aktenkopien 1980.

Am 7. Juli 1980 übermittelte Botschafter *Hermes*, Washington, den Wortlaut des Schreibens des amerikanischen Außenministers *Muskie* vom 5. Juni 1980 an den sowjetischen Außenminister *Gromyko* und dessen undatiertes Antwortschreiben. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 2686; VS-Bd. 14091 (010); B 150, Aktenkopien 1980. Vgl. dazu auch Dok. 182, Anm. 67.

²⁰ Zur Ankündigung eines Teilabzugs der sowjetischen Streitkräfte aus Afghanistan vgl. Dok. 185, Anm. 3.

²¹ Korrigiert aus: „Gespräch *Ustinow*“.

²² Vgl. dazu die Aufhebung der WEU-Herstellungsbeschränkung beim Schiffsbau; Dok. 237.

wesentliche Durchbruch bestehe darin, daß die Vorbedingung vom Tisch sei, Verhandlungen können nur nach Aufhebung oder Aussetzung des NATO-Beschlusses vom Dezember 1979 beginnen.

Bundesminister ergänzt, daß die Sowjets auch die Feststellung des Bundeskanzlers nicht zurückgewiesen hätten, daß auch SS-4 und SS-5 einbezogen werden müßten.

Auf Vorschlag Bundesminister wird verabredet, nach dem Termin im Weißen Haus²³ der Presse gegenüber eine gemeinsame Formulierung über die von BM Genscher überbrachte sowjetische Reaktion auf das Verhandlungsangebot der NATO über Mittelstreckenwaffen zu benutzen.

Muskie bedankt sich sehr verbindlich für das Kommen des Ministers und seine Informationen.

Die Zusammenfassung Präsident Carters am Ende des Gesprächs mit BM ist als Anlage beigelegt:

[Anlage]

StS van Well gab im Anschluß an das Gespräch BM/BK dem Bundeskanzler von der Residenz von Botschafter Hermes aus am 2. Juli abends die folgende Zusammenfassung Präsident Carters am Ende des Gesprächs mit BM durch:

The Allied nations watched the Chancellor's trip to Moskau with great interest. As I said before in Venice²⁴, the Chancellor's visit in Moskau was a good and constructive move. He represented not only the Federal Republic of Germany, but the Allies very ably. The President highly valued the firmness and clarity of the position the Chancellor took in Moskau. He expressed the admiration and appreciation to the Chancellor.

Anschließend habe der Präsident Muskie beauftragt, der Presse zu sagen, daß der Bundesaußenminister über die Gespräche in Moskau berichtet habe und daß er auch über die Reaktion der Sowjetunion auf den Verhandlungsvorschlag der Alliierten zur Frage der Mittelstreckensysteme berichtet habe. Diese sowjetische Reaktion werde nun in der Allianz sorgfältig und in konstruktivem Geist geprüft. Das sei die gemeinsame Auffassung der amerikanischen und der deutschen Regierungen. Die Würdigung der Reise des Bundeskanzlers durch den Präsidenten sollte ebenfalls durch Muskie der Presse mitgeteilt werden.

VS-Bd. 14091 (010)

²³ Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Carter am 2. Juli 1980 vgl. Dok. 198.

²⁴ Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Carter am 21. Juni 1980 in Venedig vgl. Dok. 182.

Zum Weltwirtschaftsgipfel am 22./23. Juni 1980 vgl. Dok. 184 und Dok. 185.

197

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Holik

221-372.20/30-1141/80 VS-vertraulich

2. Juli 1980¹Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister zur Unterrichtung

Betr.: MBFR;

hier: Austausch aktualisierter Daten in Wien (17.6.1980)³

Anlg.: 1

I. Ergebnis des Datenaustausches

1) Der Austausch aktualisierter Daten mit Stichtag 1.1.1980 hat, was die Zahlen für Land- und Luftstreitkräfte des WP im Raum der Reduzierungen betrifft, nur in zwei Posten Veränderungen gegenüber den 1978 ausgetauschten Zahlen⁴ (damaliger Stichtag 1.1.1976) ergeben:

- Die von Polen vorgelegten Zahlen für das Landstreitkräftepersonal außerhalb der Großverbände liegen mit 46 800 Mann um 13 200 Mann über den Zahlen für 1976;
- die von der SU vorgelegten Zahlen für das Landstreitkräftepersonal in Großverbänden liegen um 2000, die für das Landstreitkräftepersonal außerhalb der Großverbände um 1000 unter denen für 1976.

Von östlicher Seite wurde dazu erläutert,

- daß die höheren polnischen Zahlen nicht auf einen Streitkräftezuwachs zurückzuführen seien, sondern auf die Anwendung modifizierter Zählregeln, die

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 9. Juli 1980 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 28. August 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 221 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holik am 28. August 1980 erneut vorgelegen.

² Hat Staatssekretär van Well am 8. Juli 1980 vorgelegen.

³ Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), berichtete am 18. Juni 1980, die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten hätten in der informellen Sitzung am Vortag aktualisierte Streitkräftedaten übermittelt: „Für das sowjetische Landstreitkräftepersonal in Großverbänden werden im Vergleich zum 1.1.76 minus 2000 Mann, für das sowjetische Personal in sonstigen Verbänden minus 1000 Mann angegeben; Gesamtabnahme für die sowjetischen Landstreitkräfte mithin 3000 Mann. Beim polnischen Landstreitkräftepersonal in sonstigen Verbänden ist eine Zunahme um 13 000 Mann zu verzeichnen. Alle übrigen vom Osten vorgelegten Zahlen sind gegenüber 1976 unverändert.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 363; VS-Bd. 10444 (221); B 150, Aktenkopien 1980.

Jung ergänzte am 19. Juni 1980, in derselben Sitzung hätten auch die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten aktualisierte Streitkräftedaten vorgelegt. Dazu sei mitgeteilt worden: „Wie bereits 1976 sei der Westen nicht in der Lage, Daten zu Streitkräften von Staaten, die an den Wiener Verhandlungen nicht teilnahmen, vorzulegen. Ungeachtet des Anstiegs der Personalstärke bei den Landstreitkräften der westlichen direkten Teilnehmer im Reduzierungsgebiet sei jedoch, verglichen mit 1976, kein bedeutender Anstieg der Gesamtstärke der westlichen Landstreitkräfte im Reduzierungsraum erfolgt, die Zunahme gegenüber 1976 betrage lediglich ca. 1000 Mann.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 371; VS-Bd. 10444 (221); B 150, Aktenkopien 1980.

⁴ Am 15. März 1978 tauschten die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Staaten Landstreitkräftedaten aus. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 78.

Die Daten für die Luftstreitkräfte wurden am 4. April 1978 ausgetauscht. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 98.

Ergebnisse der Datendiskussion (Ein- und Ausschlüsse) in Rechnung stellen;

- daß die niedrigeren sowjetischen Zahlen auf tatsächliche Verminderung der sowjetischen Streitkräfte zurückzuführen seien, wobei mit 1500 Mann bereits der von Breschnew im Oktober angekündigte einseitige Abzug sowjetischer Truppen aus der DDR⁵ erfaßt sei; der Osten behielt sich vor, nach Abschluß dieser einseitigen Aktion ergänzende Daten vorzulegen.

2) Die von den westlichen direkten Teilnehmern für ihre Landstreitkräfte im Raum der Reduzierungen vorgelegten Zahlen liegen mit 744500⁶ um 13000, die für ihre Luftstreitkräfte mit 198500⁷ um 9000 Mann höher als die Zahlen für 1976. Diese Erhöhung geht im wesentlichen auf amerikanische Verstärkungen zurück (17000 bei den Landstreitkräften, 7000 bei den Luftstreitkräften). Demgegenüber liegen die Zahlen für das deutsche Heer mit 336000⁸ um 3500, die für die deutsche Luftwaffe mit 107500⁹ um 1000 Mann unter den früheren Zahlen, was hauptsächlich darauf zurückzuführen ist, daß jetzt erstmals in genauerer Anwendung der MBFR-Zählkriterien die Wehrübenden nicht mitgerechnet wurden.

Infolge der Verringerung der französischen Streitkräfte in Deutschland seit 1976 ist der für die Bemessung der Reduzierungen maßgebliche Gesamtumfang der westlichen Streitkräfte im Raum der Reduzierungen trotz der amerikanischen Verstärkungen lediglich um 1000 auf 792500 Mann angestiegen. Dies ist dem Osten mitgeteilt worden, ohne Frankreich beim Namen zu nennen.

3) Eine Übersicht über die östlichen Angaben zur Personalstärke der Teilnehmer des WP, über die entsprechenden westlichen Einschätzungen und die sich daraus ergebenden Diskrepanzen wird als Anlage vorgelegt.

II. Bewertung

1) Der Austausch hat insofern einen Fortschritt in der Datenfrage erbracht, als die Diskrepanz zwischen westlichen Einschätzungen und östlichen Zahlenvorlagen für das polnische Landstreitkräftepersonal außerhalb der Großverbände um 13200 Mann verringert worden ist. Diese Korrektur fiel insofern bescheiden aus, als die westlichen Einschätzungen für das polnische Streitkräftepersonal insgesamt immer noch um 58300 über den östlichen Angaben liegen.

2) Die um 3000 Mann geringeren sowjetischen Zahlenangaben tragen zur Aufklärung der Diskrepanz nicht bei. Sie könnten sie sogar erweitern, falls der Westen bei der Aktualisierung seiner eigenen („roten“) Daten für die WP-Streitkräfte zum Ergebnis kommt, daß die von der SU geltend gemachten Abzüge nicht oder nicht voll durchgeführt worden sind oder daß gleichzeitig mit den Abzügen zusätzliches Personal zugeführt wurde.

⁵ Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin vgl. Dok. 29, Anm. 5.

Zum Teilabzug sowjetischer Streitkräfte aus der DDR vgl. Dok. 114, Anm. 6.

⁶ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „ohne Personal in multilateralen Hauptquartieren“.

⁷ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „ohne Personal in multilateralen Hauptquartieren“.

⁸ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „ohne Personal in multilateralen Hauptquartieren“.

⁹ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „ohne Personal in multilateralen Hauptquartieren“.

3) Unter dem Strich läßt sich bereits jetzt sagen, daß sich die Diskrepanz zwischen den westlichen Einschätzungen für das Landstreitkräftepersonal des WP im Raum der Reduzierungen und zwischen östlichen Angaben für dieses Personal von ca. 150 000 auf ca. 140 000 vermindert hat, womit gleichzeitig der vom Osten anerkannte Umfang der Disparität von rund 15 000 auf rund 25 000 angewachsen ist; letzteres gilt freilich nur unter der Voraussetzung, daß der Osten die westlichen Angaben über das eigene Personal wie bisher nicht in Frage stellt. Die Diskrepanz im Hinblick auf die WP-Landstreitkräfte bezieht sich nur noch auf das Personal in Großverbänden – und hier auf das Personal außerhalb der Divisionen –, während die vom Osten vorgelegten Daten für das sowjetische und tschechoslowakische Landstreitkräftepersonal außerhalb der Großverbände sogar über den westlichen Einschätzungen liegen, was zu einer Diskrepanz zugunsten des WP in dieser Kategorie insgesamt führt. In der weiteren Datendiskussion wird deshalb die Frage der Zuordnung von Militärpersonal zu den Kategorien Großverbände und sonstiges eine wichtige Rolle spielen müssen.

4) Der Datenaustausch vom 17. Juni hat somit nur einen sehr begrenzten Beitrag zur Aufklärung der Diskrepanzen geleistet. Um so wichtiger wird es sein, im Zuge der weiteren Datendiskussion zu verhindern, daß sich die gegensätzlichen Positionen in der Datenfrage als Folge des Austausches verfestigen. Welche Intentionen der Osten in diesem Zusammenhang verfolgt, läßt sich auch an den jetzt vorgelegten Daten ablesen: Nur den Polen ist es offenbar gelungen, die von ihnen seit langem beabsichtigten und bilateral angedeuteten Berichtigungen in ihren Zahlen wenigstens teilweise durchzusetzen. Für das Personal der übrigen nicht-sowjetischen Teilnehmer sind keinerlei Veränderungen angegeben, obwohl eine derartige Kontinuität in den Streitkräftezahlen über einen Zeitraum von vier Jahren äußerst unwahrscheinlich ist. Die Sowjets wollten offenbar durch die Herabsetzung der Zahlen für ihr Landstreitkräftepersonal – selbst wenn sie sie im Einzelfall mit tatsächlich erfolgten Abzügen erklären können – ein Zeichen setzen und ausschließen, daß der Westen die Erhöhung der polnischen Daten als Änderung der negativen sowjetischen Haltung zur Datenfrage mißversteht.

Holik

Anlage

Personalstärken des WP im Raum der Reduzierungen

	Östl. Angaben		Westliche Schätzung	Diskrepanz
	(1976)	1980		
1) Gesamtstärke Land- und Luft- streitkräfte	(987 300)	997 500	1 175 200	177 700
2) Gesamtstärke Landstreitkräfte	(805 000)	815 200	956 200	141 000

	Östl. Angaben		Westliche Schätzung	Diskrepanz
	(1976)	1980		
3) Landstreitkräfte in Großver- bänden;				
– UdSSR	(344 600)	342 600	¹⁰ 421 600	¹¹ 79 000
– Polen	(115 000)	115 000	158 500	43 500
– ČSSR	(104 700)	104 700	114 600	9 900
– DDR	(74 100)	74 100	83 300	9 200
Gesamt	(638 400)	636 400	778 000	141 600
4) Landstreitkräfte außerhalb der Großverbände:				
– UdSSR	(81 700)	80 700	61 700	–19 000
– Polen	(33 600)	46 800	61 600	14 800
– ČSSR	(32 400)	32 400	27 200	–5 200
– DDR	(18 900)	18 900	27 700	8 800
Gesamt	(166 600)	178 800	178 200	–600
5) Gesamtstärke Luftstreitkräfte	(182 300)	182 300	220 000	37 700
– UdSSR	(40 500)	40 500	48 000	7 500
– Polen	(67 300)	67 300	84 000	16 700
– ČSSR	(44 700)	44 700	52 000	7 300
– DDR	(29 800)	29 800	36 000	6 200

VS-Bd. 11495 (221)

¹⁰ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Von der SU geltend gemachte Abzüge in Höhe von 3000 noch nicht berücksichtigt.“

¹¹ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Von der SU geltend gemachte Abzüge in Höhe von 3000 noch nicht berücksichtigt.“

198

Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt

114-4097/80 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 2655
Citissime

Aufgabe: 2. Juli 1980, 22.05 Uhr
Ankunft: 3. Juli 1980, 04.50 Uhr

Betr.: Gespräch des Bundesaußenministers mit Präsident Carter am 2. Juli 1980¹

An dem 45-Minuten-Gespräch nahmen außerdem von amerikanischer Seite Vizepräsident Mondale, Außenminister Muskie, Sicherheitsberater Brzezinski, stellvertretender Sicherheitsberater Aaron und NSC-Mitarbeiter Blackwill, von deutscher Seite StS van Well, Botschafter Hermes und Frau Siebourg teil.

Bundesminister Genscher unterrichtete über die Antworten, die die sowjetische Führung auf die zwei Fragen, die von Bundeskanzler und Bundesaußenminister mit Präsident Carter in Venedig besprochen worden waren², gegeben hat.³

Auf die erste Frage nach der Beachtung der SALT-II-Bestimmungen auch ohne vorherige Ratifizierung⁴ sei die sowjetische Antwort die bisher schon bekannte gewesen: Keine Vertragspartei sei nach Völkerrecht dazu verpflichtet, die Bestimmungen eines nicht in Kraft getretenen Vertrages zu beachten.

Auf die zweite Frage nach der sowjetischen Reaktion auf das NATO-Rüstungskontrollangebot bezüglich der Mittelstreckenraketen vom Dezember 1979⁵ stellte der Bundesminister die sowjetische Antwort ausführlich dar. Breschnew habe vier Möglichkeiten genannt:

- a) auf der Grundlage der bekannten sowjetischen Vorschläge (6. Oktober 1979⁶) zu verhandeln,
- b) im Rahmen von SALT III zu verhandeln, was aber zur Zeit daran scheitere, daß SALT II noch nicht ratifiziert sei,
- c) von sowjetischer Seite auf weitere Dislozierung zu verzichten. Diese Möglichkeit hätte Breschnew als ungerecht und ausschließlich zum Nachteil der Sowjetunion reichend abgelehnt.
- d) Sofort Verhandlungen über Begrenzung der Mittelstreckenraketen zu beginnen, ohne die Ratifizierung von SALT II abzuwarten, eine mögliche Vereinbarung aber erst nach SALT-II-Ratifizierung in Kraft zu setzen. Dabei sollten nach sowjetischer Vorstellung alle Faktoren, die die strategische Situation betreffen,

¹ Bundesminister Genscher hielt sich am 2. Juli 1980 in den USA auf.

² Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Carter am 21. Juni 1980 vgl. Dok. 182.

³ Zum Besuch des Bundeskanzlers Schmidt und des Bundesministers Genscher am 30. Juni und 1. Juli 1980 in Moskau vgl. Dok. 192–195.

⁴ Zum Stand des Ratifizierungsverfahrens des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 im amerikanischen Senat vgl. Dok. 59.

⁵ Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 10.

⁶ Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin vgl. Dok. 29, Anm. 5.

in Betracht gezogen werden, was konkret die Einbeziehung der amerikanischen FBS bedeute.

Bei d) habe der Bundeskanzler auf die Einbeziehung auch der sowjetischen FBS und des Backfire-Bomber hingewiesen.

Eine Einbeziehung der Mittelstreckenpotentiale von Großbritannien, Frankreich und China sei von sowjetischer Seite nicht gefordert worden.

Der Bundeskanzler habe seine Bereitschaft erklärt, die sowjetische Reaktion im einzelnen der amerikanischen Regierung und der westlichen Allianz zur Kenntnis zu bringen.

Über die sowjetische Reaktion auf den NATO-Rüstungskontrollvorschlag vom Dezember 1979 werde der Bundeskanzler den Deutschen Bundestag am 3. Juli unterrichten.⁷

Der Bundesminister nannte als vermutliche Gründe, warum die Sowjetunion jetzt entgegen ihren früheren Ablehnungen zu verhandeln bereit sei, daß sie zunächst die Parteitage der FDP⁸ und SPD⁹ und die NATO-Tagung in Ankara¹⁰ abwarten wollte. Als die Festigkeit der deutschen Position und der NATO erneut bewiesen worden sei, habe sich die Sowjetunion zur Erklärung der Verhandlungsabsicht bereit gefunden. Aus der sowjetischen Reaktion sei bemerkenswert, daß ein Freeze oder Moratorium nicht mehr auf dem Tisch liege, selbst nicht für die, die es in Westeuropa befürworten sollten, denn die Sowjetunion selbst habe beides klar abgelehnt.

Der Bundesminister teilte mit, daß er in den nächsten Tagen weitere Außenminister der EG über die Moskauer Gespräche unterrichten werde.¹¹

Präsident Carter bezeichnete die sowjetische Antwort auf die erste Frage nach der Beachtung der SALT-II-Bestimmungen als negativ. Muskie ergänzte, daß die sowjetische Antwort hierzu bisher immer die gleiche geblieben sei. Carter erinnerte daran, daß das beschränkte Testban-Abkommen¹² von beiden Seiten eingehalten werde, obwohl es nie ratifiziert worden sei. Die Vereinigten Staaten würden sich auch zu SALT II so verhalten, bis die Ratifizierungsentscheidung des Senats endgültig über das Schicksal des Vertrages entschieden haben werde.

StS van Well ergänzte, daß der Bundeskanzler in Moskau zu der amerikanischen Nicht-Ratifizierung von SALT II gesagt habe, daß, wenn SALT II im Senat zur Abstimmung gebracht und abgelehnt würde, eine Beachtung der SALT-II-Bestimmungen durch die amerikanische Regierung nicht mehr möglich sei. Carter äußerte die Erwartung, daß die Sowjetunion eine Verletzung der SALT-II-Bestimmungen in Zukunft vermeiden werde.

⁷ Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Schmidt am 3. Juli 1980 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 116, S. 18583–18588.

⁸ Am 6./7. Juni 1980 fand in Freiburg im Breisgau ein außerordentlicher Parteitag der FDP statt.

⁹ Am 9./10. Juni 1980 fand in Essen ein außerordentlicher Parteitag der SPD statt.

¹⁰ Zur NATO-Ministerratstagung am 25./26. Juni 1980 vgl. Dok. 190.

¹¹ Zur Unterrichtung in der außerordentlichen Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 3. Juli 1980 in Luxemburg vgl. Dok. 208.

¹² Zum amerikanisch-sowjetischen Vertrag vom 3. Juli 1974 zur Begrenzung unterirdischer Atomtests vgl. Dok. 124, besonders Anm. 15 und 16.

Zu der sowjetischen Reaktion auf das Rüstungskontrollangebot der NATO sagte Carter, daß die FBS einer besonderen Kategorie angehörten und seit Beginn des SALT-Prozesses weder von Nixon noch von Ford oder von ihm entgegen der sowjetischen Forderung als strategische Waffen anerkannt worden seien. Jetzt behaupte die Sowjetunion offensichtlich erneut, daß es sich um strategische Systeme handle. Bundesminister erwiderte, daß die NATO damit gerechnet habe, daß die Frage der FBS in Verhandlungen mit der Sowjetunion aufgeworfen werden würde. Wir meinten, daß die sowjetische Reaktion auf den NATO-Vorschlag gründliche Prüfung in der NATO verdiene. Präsident Carter verhielt sich zunächst eher ablehnend, indem er meinte, er müßte mit seinen Äußerungen vorsichtig sein, da sie in der Öffentlichkeit Verwendung finden würden. Er sei daher noch nicht bereit, die sowjetische Reaktion jetzt schon als einen ernsthaften Vorschlag zu bezeichnen.

Brzezinski, der offensichtlich mit dem Präsidenten diese Frage schon zuvor besprochen hatte, warf ein, daß die Tragweite des sowjetischen Vorschlags erst gründlich geprüft werden müsse, ehe eine Qualifizierung vorgenommen werden könne. Falls der Vorschlag sich auf den Abzug aller Mittelstreckensysteme aus Europa beziehen sollte, würde die sowjetische konventionelle militärische Überlegenheit im Ergebnis noch drückender. Sei die Sowjetunion bereit, auch ihre entsprechenden Systeme in Osteuropa vollständig einzubeziehen?

Aaron bemerkte, es sei gründlich zu prüfen, ob die NATO wirklich den Verhandlungsgegenstand über den bisherigen SALT-Rahmen hinaus so weit ausdehnen wolle, wie es die Sowjetunion möglicherweise beabsichtige.

Der Bundesminister wies darauf hin, daß es für die westliche Öffentlichkeit von großer Bedeutung sei, daß in dieser Frage die Initiative, die vom NATO-Beschluß vom Dezember 1979 ausgegangen sei, weiterhin beim Westen bliebe. Es dürfe nicht der Eindruck aufkommen, als sei die Allianz zur ernsthaften Prüfung einer sowjetischen Reaktion auf den NATO-Vorschlag nicht bereit.

Mit der Bereitschaft zur Prüfung sei noch keine weitere Verpflichtung verbunden, der Sowjetunion dürfe aber kein Propagandaerfolg dadurch gegeben werden, daß die Allianz über einen interessanten Vorschlag zu verhandeln von vorne herein ablehne.

Präsident Carter stimmte zu, daß es sich um einen interessanten Vorschlag handle, der die Vereinigten Staaten aber noch nicht zu irgend etwas verpflichten könne. Zunächst müßte in der US-Administration die Tragweite des sowjetischen Vorschlags genau geprüft werden.

Brzezinski machte dann den Vorschlag, der Zustimmung fand, zu erklären, daß die sowjetische Reaktion auf den NATO-Vorschlag in der Allianz sorgfältig und in konstruktivem Geiste geprüft werden solle.

Die Frage von Carter, ob klargestellt sei, daß eventuelle Verhandlungen nur zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion stattfänden, bejahte StS van Well. Dies sei in Moskau vom Bundeskanzler so erklärt worden.

Nachdem Carter dem Bundesminister zugestimmt hatte, in der Öffentlichkeit sich bei der Wortwahl daran zu halten, daß eine sowjetische Reaktion (nicht ein Vorschlag) auf einen NATO-Vorschlag vorliege, nannte der Präsident die Reise des Bundeskanzlers und Bundesaußenministers nach Moskau einen guten und

konstruktiven Schritt (move). Sie hätten die Bundesrepublik Deutschland und die Allianz sehr gut vertreten und die westliche Position mit Festigkeit, Klarheit und Geschicklichkeit dargestellt. Hierzu möchte er dem Bundeskanzler und Bundesaußenminister seine Anerkennung und Bewunderung (appreciation and admiration) ausdrücken.

Präsident Carter dankte dem Bundesminister für seine Reise nach Washington und die ausführliche Unterrichtung.

[gez.] Hermes

VS-Bd. 11109 (204)

199

Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Giscard d'Estaing

VS-NfD

3. Juli 1980¹

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit Präsident Giscard am 3. Juli 1980 von 18.10 Uhr bis 18.25 Uhr

Bundeskanzler erläutert, daß er Giscard direkt nach der Bundestagsdebatte² auch noch einmal persönlich über seine Moskauer Eindrücke³ unterrichten wollte. Er hatte gestern hierzu keine Gelegenheit gefunden.

Er dankt für die Bemerkungen Giscard's in dessen Pressekonferenz⁴, auf die er sich bei den Gesprächen in Moskau mehrfach bezogen hat. Die übereinstimmen-

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 4. Juli 1980 gefertigt und am selben Tag an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau „zur Unterrichtung des Bundesministers“ übermittelt. Dazu teilte er mit: „Der Bundeskanzler hat den Vermerk noch nicht gebilligt.“

Hat Wallau am 4. Juli 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte. Hat Genscher am 5. Juli 1980 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 010, Bd. 178799.

² Bundeskanzler Schmidt gab am 3. Juli 1980 eine Regierungserklärung zum Weltwirtschaftsgipfel am 22./23. Juni 1980 in Venedig und zum Besuch in der UdSSR am 30. Juni und 1. Juli 1980 ab. Daran schloß sich eine außenpolitische Aussprache im Bundestag an. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 116, S. 18583–18624.

³ Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher hielten sich am 30. Juni und 1. Juli 1980 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 192–195.

⁴ Botschafter Herbst, Paris, berichtete am 26. Juni 1980, Staatspräsident Giscard d'Estaing habe in einer Pressekonferenz am selben Tag u. a. die Situation in Afghanistan, das Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, und dem Ersten Sekretär der PVAP, Gierek, am 19. Mai 1980 in Warschau, „den jüngsten Rückzug von Teilen der sowjetischen Streitkräfte, den Vorschlag Carters, eine ‚Zwischenlösung‘ für die Krise zu finden und die Moskaureise des Bundeskanzlers“ behandelt. Dabei habe er wiederholt, daß eine politische Lösung des Afghanistan-Konflikts zum Ziel haben müsse: „vollständiger Rückzug der sowjetischen Truppen, Selbstbestimmungsrecht für das afghanische Volk und Wiederherstellung der historischen Situation Afghanistans als nichtgebundenes, seine Nachbarn nicht bedrohendes Land“. Giscard d'Estaing habe ausgeführt, die Reise des Bundeskanzlers Schmidt in die UdSSR am 30. Juni und 1. Juli 1980 sei Teil der regelmäßigen deutsch-so-

de Bewertung des Machtgleichgewichts in Europa durch Franzosen und Deutsche scheint auf die sowjetischen Gesprächspartner Eindruck gemacht zu haben.

Er dankt, daß der französische Außenminister bereit war, BM Genscher auf dem Flughafen zu treffen⁵, und es ihm damit möglich machte, nach Washington zu fliegen⁶ und noch rechtzeitig zur Bundestagsdebatte zurückzukehren.

Auf Frage Giscard meinte er, daß die Bundestagsdebatte sehr gut verlaufen sei. In Fußballsprache könne man sagen 5:1. Strauß habe sich aus dem Gleis bringen lassen und recht unklar gewirkt.

In Moskau hat er in seiner Tischrede sehr direkt gesprochen⁷ und auch im Gespräch hart in der Sache, wenn auch konziliant in der Sprache. Breschnew, der in guter Form war, hat denselben Ton angeschlagen. Auch Kossygin war in guter Form, Gromyko wie üblich. Er hat auch mit Kirilenko gesprochen und Suslow zum ersten Mal getroffen.⁸ Er war tief beeindruckt vom zweistündigen Gespräch mit Ustinow, mit dem er auf seinen Wunsch zur Erörterung der Mittelstreckenproblematik zusammentraf.

In der Sache kam es ihm sehr zugute, daß er mehrfach auf die Übereinstimmung mit dem französischen Präsidenten und dessen Darlegungen in Warschau⁹ hinweisen konnte. Zum Nahen Osten hielt er sich an die Meinung der Neun¹⁰, zu Afghanistan an die Erklärung der Sieben¹¹ und die deutsch-französische Erklärung vom 5. Februar¹².

Der wesentliche neue Punkt war, daß die Sowjets nach etwa zweistündigen Gesprächen ihre Bereitschaft erklärten, mit den USA über Mittelstreckenwaffen zu sprechen, ohne auf der Vorbedingung einer Aufhebung des NATO-Beschlusses¹³ zu bestehen. Hierüber mußte Präsident Carter sofort unterrichtet werden, der sich positiv äußerte.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1078

wjetischen Regierungsgespräche: Der Besuch „sei nützlich, da er erlaube, der SU die Meinung der großen europäischen Staaten nahezubringen. Schließlich habe er, Giscard, allen Grund, darauf zu vertrauen, daß der BK sich an die beim letzten deutsch-französischen Gipfel veröffentlichte gemeinsame Erklärung halten werde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1459; Referat 202, Bd. 140653.

Für den Wortlaut der Ausführungen Giscard d'Estaings vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1980, II, S. 210–222. Zum verteidigungspolitischen Teil der Pressekonferenz vgl. Dok. 208, Anm. 18.

⁵ Bundesminister Genscher unterrichtete den französischen Außenminister François-Poncet am 2. Juli 1980 auf dem Pariser Flughafen Orly vor der Weiterreise in die USA über die Gespräche des Bundeskanzlers Schmidt am 30. Juni und 1. Juli 1980 in der UdSSR. Vgl. dazu den Artikel „Paris spekuliert über Tausch: Raketen gegen Afghanistan“; DIE WELT vom 3. Juli 1980, S. 3.

⁶ Bundesminister Genscher hielt sich am 2. Juli 1980 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 196 und Dok. 198.

⁷ Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Schmidt am 30. Juni 1980 vgl. BULLETIN 1980, S. 662–664.

⁸ Die Mitglieder des Politbüros des ZK der KPdSU, Kirilenko und Suslow, nahmen am 30. Juni 1980 am Abendessen im Kreml teil. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 2940 des Botschafters Wieck, Moskau, vom 1. Juli 1980; Referat 421, Bd. 141295.

⁹ Staatspräsident Giscard d'Estaing führte am 19. Mai 1980 mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, und dem Ersten Sekretär des ZK der PVAP, Gieriek, ein Gespräch. Vgl. dazu Dok. 154 und Dok. 159.

¹⁰ Vgl. dazu die Erklärung des Europäischen Rats vom 12./13. Juni 1980 in Venedig über den Nahen Osten; BULLETIN DER EG 6/1980, S. 10 f. Vgl. dazu auch Dok. 177.

¹¹ Für den Wortlaut der Erklärung der am Weltwirtschaftsgipfel in Venedig teilnehmenden Staats- und Regierungschefs zu politischen Themen vom 22. Juni 1980 vgl. BULLETIN 1980, S. 633 f.

¹² Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung anlässlich der deutsch-französischen Konsultationen am 4./5. Februar 1980 in Paris vgl. BULLETIN 1980, S. 117 f.

¹³ Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 10.

Auf Frage Giscard betonte er, daß die Sowjets sehr deutlich gemacht haben, daß sie weder Franzosen noch Briten noch Chinesen in diese Gespräche hineinziehen wollen. Für diese Vorgespräche denken sie lediglich an die USA. Breschnew betonte, daß eine mögliche Übereinkunft auch nicht vor einer Ratifikation von SALT II¹⁴ in Kraft gesetzt werden könne.

Zu Afghanistan hat er den Eindruck gewonnen, daß die Sowjets sich langsam in Richtung auf eine politische Lösung bewegen. Was Giscard und er ihnen sagten, scheint sie beeindruckt zu haben. Sie waren auch offensichtlich auf unsere Haltung vorbereitet und verzichteten auf jegliche Proteste.

Insgesamt waren es keine angenehmen und keine einfachen Gespräche. Aber sie waren befriedigend.

Auf Frage Giscard bestätigt er, daß auch in Moskau Unterschiede in der Haltung Gromykos und Breschnews zu entdecken waren. Breschnew scheint mehr darauf aus zu sein, die Fragen zu lösen. Gromyko verbesserte ihn von Zeit zu Zeit und erweckte den Eindruck, als mache er mit völlig unbewegtem Gesicht gute Miene zu einem Spiel, dem er nicht immer zustimmte. Kossygin hat ohne Benutzung von Papieren eindrucksvoll, sachlich und vernünftig argumentiert. Man hatte den Eindruck, daß er eindeutig Nummer zwei im Politbüro sei. Auf Frage Giscard hält er es für möglich, daß sich jetzt der Einfluß Kossygins, der bei der Entscheidung über Afghanistan krank war, wieder stärker zeigen könnte. Die Sowjets scheinen heute auch nicht mehr zu verbergen, daß sie bei dieser Entscheidung nicht alle einer Meinung waren. Westliche Analytiker entdeckten, daß die jüngsten ZK-Resolutionen verschiedene Adjektive bei der Beschreibung der allgemeinen Geschlossenheit der sowjetischen Führung und der Einigung auf die Afghanistan-Entscheidung benutzten. Jetzt wird diese Entscheidung natürlich von allen unterstützt.

Interessant war auch, daß die Prawda nicht den vollen Text der Tischrede abdruckte.¹⁵ An den Stellen, an denen den Sowjets der Text zu offensiv erschien, standen Bemerkungen nach dem Motto: In dieser Frage hat der Bundeskanzler übersehen, daß ... Jeder geübte Prawda-Leser konnte daraus klar erkennen, zu

¹⁴ Zum Stand des Ratifizierungsverfahrens des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 im amerikanischen Senat vgl. Dok. 59.

¹⁵ Vgl. dazu den Artikel „V čest' federal'nogo kanclera FRG“; PRAVDA vom 1. Juli 1980, S. 2. Für den deutschen Wortlaut vgl. OSTEUROPA 1980, Heft 10, A 464–468.

Botschafter Wieck, Moskau, berichtete am 1. Juli 1980: „Behandlung des ersten Besuchstages in der sowjetischen Presse entspricht dem bei offiziellen Besuchen üblichen Schema [...]. Sehr ungewöhnlich ist allerdings der Umstand, daß bei der Wiedergabe der Tischrede des Bundeskanzlers die Passagen über Afghanistan und das Mittelstreckenwaffenproblem nicht nur sehr gekürzt und in indirekter Rede abgedruckt, sondern noch dazu mit einem Kommentar darüber versehen worden sind, was der Bundeskanzler nicht gesagt habe. Obwohl der aufmerksame sowjetische Leser aus der Art der Berichterstattung und insbesondere infolge der Wiedergabe der Tischreden unschwer auf das Bestehen ernsthafter Meinungsverschiedenheiten schließen kann, liegt das Schwergewicht der Berichterstattung über den Verlauf des ersten Delegationsgesprächs eindeutig auf den Themen: Fortsetzung der Entspannungspolitik, Abrüstung und Weiterentwicklung der bilateralen Zusammenarbeit.“ Wieck folgerte: „1) Offensichtlich sollten dem sowjetischen Leser die Hinweise des Bundeskanzlers auf die Vorgeschichte und den Doppelcharakter des NATO-Doppelbeschlusses sowie auf die wiederholten Warnungen an die Adresse der sowjetischen Führung vorenthalten werden. 2) Die sowjetische Seite hielt es offenbar gegenüber der eigenen Öffentlichkeit für notwendig, den Verhandlungsauftrag des Kanzlers mit einer Stellungnahme zur Sache zu beantworten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2941; Referat 010, Bd. 178829.

welchen Fragen er Dinge gesagt hat, die dem Sowjetbürger vorenthalten werden sollten.

Auf Frage Giscard, ob sich die sowjetische Bewegung in der Frage der Verhandlungen über Mittelstrecken erst im Gespräch ergeben habe oder ob sie vorher vorbereitet gewesen sei, kann er nur spekulativ antworten. Man wird wohl schon vorher darüber gesprochen haben, aber es ist möglich, daß die tatsächliche Entscheidung erst während des Besuchs fiel. Das Protokoll sah lange Pausen vor. Es gab Hinweise, daß sich am zweiten Tag des Besuchs tatsächlich das Politbüro für zwei bis drei Stunden traf.

Auf Frage Giscard, ob jetzt die Stationierung der LRTNF zum Beispiel in Holland¹⁶ und Belgien¹⁷ schwieriger werde, hofft er, daß der Einfluß der kommenden Gespräche zwischen den Großmächten auf die Stationierungsproblematik jetzt nicht mehr so hoch sein wird, wie es noch vor zwei oder drei Monaten der Fall gewesen wäre. Die deutsche Entscheidung wird hierdurch nicht beeinflusst werden.

Die Sowjets zeigten sich offensichtlich beeindruckt durch die klare deutsche Haltung in der Olympia-Frage.¹⁸ Unsere Haltung hat offensichtlich ihren politischen Zweck erfüllt.

Giscard dankt für die außerordentlich interessante Unterrichtung. Er weist darauf hin, daß das französische Kabinett nach seiner gestrigen Sitzung eine kurze Information veröffentlicht habe, in der die Moskau-Reise unterstützt wird.¹⁹ Er wird sich morgen den französischen Text der Regierungserklärung des Bundeskanzlers vorlegen lassen.

Er freut sich auf den Staatsbesuch am Montag.²⁰ Hauptthema seiner Reden, an denen er gerade arbeitet, wird sein:

Die deutsch-französische Aussöhnung ist erreicht. Auf dies erste Stadium der Zusammenarbeit muß jetzt ein neues folgen, in dem Deutsche und Franzosen ihre Kräfte gemeinsam nutzen, um dafür zu sorgen, daß sich Europas Einfluß wieder in der Weltpolitik bemerkbar macht.

Auf des Kanzlers Hinweis, daß ein Artikel in der neuesten „Zeit“ die persönliche Freundschaft zwischen Giscard und ihm als einen Glücksfall für Europa bezeichnet²¹, fügt er hinzu: und für die Rolle Europas in der Welt. Europa hat eigenen Einfluß und muß ihn nutzen. Er wird freundliche Worte für die Beziehungen Europas zur USA finden, aber das sollte nicht das normale selbstver-

¹⁶ Zur Diskussion über die Dislozierung von Mittelstreckensystemen in den Niederlanden vgl. Dok. 182, Anm. 18.

¹⁷ Zur belgischen Haltung zur Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 196, Anm. 18.

¹⁸ Zur Empfehlung der Bundesregierung an das NOK vom 23. April 1980 vgl. Dok. 122, Anm. 3. Zur Entscheidung des NOK vom 15. Mai 1980 in Düsseldorf vgl. Dok. 148, Anm. 45.

¹⁹ Für die Mitteilung der französischen Regierung vom 2. Juli 1980 vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1980, Juillet - Août, S. 72.

²⁰ Staatspräsident Giscard d'Estaing stattete der Bundesrepublik vom 7. bis 11. Juli 1980 einen Staatsbesuch ab. Vgl. dazu Dok. 204, Dok. 210 und Dok. 211.

²¹ Vgl. dazu den Artikel „Die ‚Bonne Entente‘ – Zweiergespann für Europa“, DIE ZEIT vom 4. Juli 1980, S. 9f.

ständige Rechte beeinträchtigen, eigene europäische Meinungen zum Ausdruck zu bringen.²²

Referat 010, Bd. 178799

200

Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Staden, Bundeskanzleramt

VS-NfD

4. Juli 1980¹

Betr.: Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem niederländischen Ministerpräsidenten van Agt in Hamburg am Sonntag, dem 29. Juni 1980²

Der Herr Bundeskanzler hat über das oben benannte Gespräch die folgende Mitteilung gemacht.

1) Sie haben einen Meinungsaustausch über TNF gehabt. Der Ministerpräsident sieht hier erhebliche innenpolitische Komplikationen.³

2) Der Ministerpräsident sieht persönlich ein, daß die Niederlande nicht auf die Dauer im EG-Haushalt Netto-Empfänger sein können. Persönlich steht er auch Bestrebungen, eine Interessengemeinschaft der Netto-Empfänger innerhalb der Europäischen Gemeinschaft zu bilden, mit Vorbehalt gegenüber.

²² Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, notierte am 4. Juli 1980 zwei weitere Punkte, die nicht in der den Bundesministern Genscher und Apel übermittelten Aufzeichnung des Telefongesprächs des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Giscard d'Estaing am 3. Juli 1980 erwähnt worden seien. Schmidt habe ein Gespräch mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Wehner angeregt: „Giscard meinte, er werde ihm wahrscheinlich während seines Deutschlandbesuchs begegnen, und erklärte sich bereit, ihn zu einem Gespräch nach Paris einzuladen.“ Ferner seien protokollarische Fragen beim Besuch in Koblenz erwähnt worden. Vgl. Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 54; B 150, Aktenkopien 1980.

¹ Ablichtung.

Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Zeller, Bundeskanzleramt, am 8. Juli 1980 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau „zur Unterrichtung des Herrn Bundesministers“ übermittelt.

Hat Wallau am 10. Juli 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an die Ministerialdirektoren Blech und Fischer, die Ministerialdirigenten Dröge, Ruth und Verbeek sowie Gesandten Graf Finck von Finckenstein verfügte.

Hat Dröge am 11. Juli 1980 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Feit am 14. Juli 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[errn] Kölsch, Ziff. 9.“

Hat Legationsrat I. Klasse Kölsch am 14. Juli 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) B[itte] Durchschlag 012 m[it] d[er] B[itte] um w[eitere] V[er]anlassung w[e]g[en] Ziff. 9. 2) B. W[ie-der]V[or]lage 27.7. (wg. Ziff. 9).“ Vgl. das Begleitschreiben; Referat 202, Bd. 140586.

² Ministerpräsident van Agt hielt sich am 29. Juni 1980 im Rahmen der Kieler Woche in der Bundesrepublik auf.

³ Zur Diskussion über die Dislozierung von Mittelstreckensystemen in den Niederlanden vgl. Dok. 182, Anm. 18.

3) Der Ministerpräsident würde informell bilaterale Kontakte mit uns über Fragen einer Reform der EG-Agrarpolitik begrüßen. Er würde dazu ggf. einen persönlichen Beauftragten ernennen. Sie haben der Aufnahme solcher Kontakte gegen Jahresende im Prinzip zugestimmt.⁴

4) Zwischen dem mangelnden französischen Entgegenkommen in der Frage der Rheintsalsung⁵ und der Verweigerung der niederländischen Zustimmung zum allgemeinen Auslieferungsabkommen⁶ besteht ein tatsächlicher Zusammenhang, der vom Außenministerium hergestellt worden ist. Der Ministerpräsident hat geltend gemacht, daß die niederländischen Landwirte durch den Salzgehalt des Rheins großen Schaden erleiden. Die Reaktion der öffentlichen Meinung sei also legitim, wenn auch vielleicht übertrieben. Für das allgemeine Auslieferungsabkommen ziehen die Niederlande als Rahmen den Europarat vor. Wenn Frankreich diesen Rahmen nicht will, dann müsse es einer kommunitären Lösung zustimmen, die auch dem Europäischen Gerichtshof eine Rolle zuweist.⁷

Sie haben den Gedanken geäußert, daß sich die Außenminister der Fragen der Rheintsalsung, des Anti-Terror-Abkommens⁸ (das die Niederlande akzeptie-

⁴ Vortragender Legationsrat I. Klasse Möhler vermerkte am 30. Juli 1980, der niederländische Botschafter Baron van Lynden habe am Vortag das Interesse seiner Regierung an einem baldigen bilateralen Expertentreffen zu notwendigen Anpassungen der Gemeinsamen Agrarpolitik dargelegt: „Er vergaß hierbei nicht, daran zu erinnern, daß van Agt an der Bemerkung des Bundeskanzlers über stärkere Heranziehung von MS mit positivem Nettosaldo bei der Finanzierung des EG-Haushalts Kritik geübt habe. MD Per Fischer erklärte, wir seien zu den zwischen MP van Agt und dem Bundeskanzler vereinbarten Expertengesprächen bereit, diese könnten jedoch wegen der Ferienzeit und der notwendigen Vorbereitungen innerhalb der Bundesregierung erst zu einem späteren Zeitpunkt stattfinden.“ Vgl. Referat 414, Bd. 123477.

⁵ Zur französischen Haltung zum Übereinkommen vom 3. Dezember 1976 zwischen der Bundesrepublik, Frankreich, Luxemburg, den Niederlanden und der Schweiz zum Schutz des Rheins gegen Verunreinigung durch Chloride vgl. Dok. 210, Anm. 9.

⁶ Ministerialdirigent Dröge notierte am 10. Juni 1980: „Der Vorschlag des französischen Staatspräsidenten Giscard d'Estaing (vom Dezember 1977) zur Schaffung eines europäischen Rechtsraums (espace judiciaire) sah als ersten Schritt die Ausarbeitung eines allgemeinen Auslieferungsabkommens unter den Neun vor. Der Entwurf eines solchen Abkommens wurde im vergangenen Jahr von einer Gruppe hoher Beamter erarbeitet und soweit finalisiert, daß er anlässlich des Justizministertreffens am 19. Juni 1980 in Rom zur Zeichnung aufgelegt werden sollte.“ Die niederländische Regierung habe jedoch am 6. Juni 1980 beschlossen, das Abkommen aus rechtlichen und politischen Gründen nicht zu unterzeichnen. Die italienische EG-Ratspräsidentschaft habe darauf die Zeichnung von der Tagesordnung der EG-Ratstagung auf der Ebene der Justizminister am 19. Juni 1980 in Rom abgesetzt. Vgl. Referat 200, Bd. 122781.

⁷ Botschaftsrat Massmann, Den Haag, berichtete am 16. Juni 1980, die niederländische Regierung insistiere, „Verträge im ‚europäischen Rechtsraum‘“ dürften „nicht ‚Kopie‘ von Verträgen sein, die in anderen internationalen Foren (z.B. Europarat und EG) zustande gekommen seien. Das ‚allgemeine Auslieferungsabkommen‘ bringe nun aber keine wesentlichen Fortschritte gegenüber europäischem Auslieferungsabkommen und werde zu Rechtsunsicherheit führen, weil in Praxis Zweifel entstünden, welcher beider Verträge anzuwenden sei.“ Es gebe „keine Garantien zur Wahrung der Interessen vor allem kleinerer Mitglieder (z.B. Möglichkeit der Anrufung Europäischen Gerichtshofs)“. Daher sei ein solcher Vertrag für die niederländische Regierung inakzeptabel. Massmann wies darauf hin, im niederländischen Parlament könnten zudem „auch irrationale Motive eine Rolle spielen, z.B. Gedanke, daß Vertrag ein ‚Europa der Repression und Polizei‘ fördere.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 255; Referat 200, Bd. 122781.

⁸ Mit Ausnahme von Irland und Malta unterzeichneten alle Mitgliedstaaten des Europarats auf der Tagung des Ministerkomitees des Europarats am 27. Januar 1977 in Straßburg das Europäische Übereinkommen zur Bekämpfung des Terrorismus. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 1137, S. 93–111. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1977, D 139–142. Die Justizminister der EG-Mitgliedstaaten unterzeichneten am 4. Dezember 1979 bei ihrer Konfe-

ren) und des allgemeinen Auslieferungsabkommens annehmen, um zu prüfen, ob sich auf einer breiteren Basis ein Interessenausgleich finden läßt. Dieser Gedanke hat dem Ministerpräsidenten eingeleuchtet. Zur Frage der Rheinversalzung haben Sie auf unsere Bereitschaft hingewiesen, einen finanziellen Beitrag zu leisten. Die Niederlande sind hierzu anscheinend nicht bereit.

5) Zur Ems-Dollart-Frage⁹ haben Sie darauf hingewiesen, daß man über die nächsten Monate eine offene Streitigkeit hierüber vermeiden soll. Es stünden hier jedoch 20000 bis 30000 Arbeitsplätze auf dem Spiel. Die Frage solle nicht an Kleinlichkeiten hängenbleiben. Der Ministerpräsident ist zu einer Lösung „sooner or later“ bereit. Die Niederlande benötigten einen ratifikationsbedürftigen Vertrag.

Sie haben erwidert, daß die Niederlande entweder alsbald eine positive Haltung einnehmen oder die Suche nach einer Lösung auf das Jahresende verschoben werden sollte. Wie die Dinge liegen, wäre das zweite vermutlich richtiger. Der Ministerpräsident hat Ihren Überlegungen zugestimmt.¹⁰

6) Zur Frage der niederländischen Subvention von Erdgas für Unterglasgärtnerei haben Sie darauf hingewiesen, daß dieser Zustand nicht andauern kön-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1083

renz im Rahmen der EPZ in Dublin ein Übereinkommen über die Anwendung des Europäischen Übereinkommens zur Bekämpfung des Terrorismus. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN DER EG 12/1979, S. 102–104.

Am 25. September 1980 konstatierte Referat 200, das Übereinkommen über die Anwendung des Europäischen Übereinkommens zur Bekämpfung des Terrorismus sei bislang von keinem Mitgliedstaat ratifiziert worden: „Offene Ablehnung der Ratifizierung durch F, da Projekt des espace judiciaire steckenblieb, nachdem NL kurz vor Zeichnung des Strafrechtsabkommens Rückzieher machte.“ Vgl. Referat 200, Bd. 122781.

⁹ Referat 514 erläuterte am 16. November 1978, daß die Bundesregierung und die niedersächsische Landesregierung einen Ausbau sowie eine Modernisierung des Emdener Hafens sowie die Schaffung eines Industriegeländes planten. Aufgrund des Vertrags vom 8. April 1960 über die Regelung der Zusammenarbeit in der Emsmündung (Ems-Dollart-Vertrag) müsse mit den Niederlanden vor Baubeginn eine Einigung über Eindeichung und Landgewinnung erzielt werden. Für die Niederlande seien neben dem Schutz der wirtschaftlichen Interessen niederländischer Häfen der Umwelt- und Naturschutz in dem Gebiet wichtig. Vgl. dazu B 86 (Referat 514), Bd. 1671.

Vortragender Legationsrat von Boehmer teilte der Ständigen Vertretung bei der OECD in Paris am 18. Juni 1980 mit: „In den seit April 1978 laufenden deutsch-niederländischen Verhandlungen (deutscher Delegationsleiter: Botschafter Dr. Robert, jetzt OECD-Vertretung Paris) geht es um a) die schon vor Jahren von beiden Seiten gutgeheißenen Verlegung des Emsfahrwassers, wodurch insbesondere die hohen laufend anfallenden Baggerkosten gesenkt werden sollen; b) die Erweiterung des Hafens von Emden (Dollarthafen). Auch dies ist von der niederländischen Seite im Prinzip zugestanden; c) die Ansiedlung von Industrien auf dem im Zusammenhang mit der Hafenerweiterung aufzuschüttenden sog. Geserücken. Hierdurch sollen 24 000 Arbeitsplätze gewonnen werden. Für Niedersachsen ist dies besonders wichtig, für die Niederlande ist es hingegen ein Stein des Anstoßes, da sie eine Beeinträchtigung des benachbarten Naturschutzgebietes des Dollart befürchten; [...] d) die Bestimmung der bislang umstrittenen Grenze in dem Neubaugebiet (die noch offenen Fragen sind lösbar).“ Bei einem bilateralen Ressortgespräch am 16. April 1980 in Bonn, an dem auch die niedersächsische Landesregierung beteiligt war, sei „grundsätzliches Einvernehmen über Fortsetzung der Verhandlungen unter Berücksichtigung von Umwelt- und Naturschutz erzielt“ worden. Vgl. den Drahterlaß Nr. 85; B 86 (Referat 514), Bd. 1677.

¹⁰ Botschafter Fischer, Den Haag, berichtete am 29. Juli 1980, der niederländische Außenminister van der Klaauw habe ihm am Vortag seine Sorge über den Fortgang der Ems-Dollart-Verhandlungen ausgedrückt: „Die Regierung werde das Abkommen in der heutigen Form nicht weiterleiten können, da das Parlament ein Abkommen ohne eine befriedigende Regelung der Schiedsgerichtsfrage nicht akzeptieren werde. In diesem Punkt hoffe er auf unser Verständnis. Auch befürchte er, daß ein Hinausschieben der Entscheidung bis in den Wahlkampf des nächsten Jahres, geschweige denn bis in eine neue Regierung, das Abkommen überhaupt gefährden könne.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 56; Referat 202, Bd. 140587.

ne.¹¹ Ihr Wahlkreis habe im übrigen das größte Volumen an Unterglasgärtnerei in der Bundesrepublik Deutschland. Sie werden im Wahlkampf¹² offen sagen, daß dies eine schwerwiegende Wettbewerbsverfälschung sei und wahrscheinlich gegen das Gemeinschaftsrecht verstoße. Auch der Ministerpräsident will zum Ausdruck bringen, daß dies eine Wettbewerbsverfälschung sei (wobei es sich fragt, ob er das politisch verkraften kann). (Nach Ihren Randbemerkungen haben Sie dem niederländischen Ministerpräsidenten ein Memorandum¹³ über diese Frage in Aussicht gestellt.)

7) Sie haben den Ministerpräsidenten über unsere Behandlung der Frage türkischer Asylsuchender unterrichtet.¹⁴ Anscheinend haben auch die Niederlande eine verhältnismäßig große Zahl türkischer Asylanten.

Die Zahlen und ihre Verhältnismäßigkeit sollen verglichen werden.

8) Der Ministerpräsident war über das Erdgas-Röhren-Geschäft mit der Sowjetunion¹⁵ unterrichtet. Sie haben es als richtig bezeichnet, daß die Niederlande sich daran beteiligen.

9) Die Botschaft in Den Haag möchte einen kurzen Bericht über den Nieder-schlag erstatten, den diese sehr angenehme Begegnung im niederländischen Fernsehen gefunden hat.

Staden

Referat 202, Bd. 140586

¹¹ In einem Bericht über Wettbewerbsverzerrungen im Warmhausgartenbau, den die EG-Kommission am 9. Juni 1980 dem EG-Ministerrat vorlegte, hieß es, auffällige Unterschiede würden davon herrühren, „daß im Gartenbau je nach Mitgliedstaat verschiedenartige Brennstoffe verwendet werden, deren Kosten je Heizwerteneinheit auseinandergehen. Zusätzliche Wettbewerbsverzerrungen entstehen durch: allgemeine Preisbildungsregelungen bei Mineralölerzeugnissen, Sondertarife für Erdgas, das an niederländische Gartenbaubetriebe geliefert wird; indirekte Besteuerung der Energieträger, die je nach Mitgliedstaat erhebliche Unterschiede aufweist; Umweltschutzbestimmungen; Beihilfen beim Kauf von Brennstoffen, bei der Energieeinsparung oder bei der Diversifizierung bereits eingesetzter Energieträger.“ Die EG-Kommission kündigte an, die besondere Lage im niederländischen Gartenbau zu überprüfen, „wo ein Sondertarif für Erdgas einen dauernden Vorteil sichert und die Entwicklung des Handels beeinträchtigt“. Vgl. BULLETIN DER EG 6/1980, S. 73.

Botschafter Fischer, Den Haag, berichtete am 8. Juli 1980: „Trotz der Schlußfolgerungen des Berichts der EG-Kommission über Wettbewerbsverzerrungen im Unterglasgartenbau sehen die Niederlande einem möglichen Vertragsverstoßverfahren gelassen entgegen.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 871; Referat 420, Bd. 129940.

¹² Die Wahlen zum Bundestag fanden am 5. Oktober 1980 statt.

¹³ Hierzu vermerkte Legationsrat I. Klasse Kölsch handschriftlich: „Eing[egan]g[en] mit Schreiben Ch[lef]B[undes]K[anzleramt] v[om] 12.8.80 an MB → 202, abg[e]geb[en] n[ach] R[ücksprache] mit 411 und 420 an 420.“

¹⁴ Zur Einführung einer Sichtvermerkpflcht für türkische Staatsbürger vgl. Dok. 188.

¹⁵ Zu den Gesprächen von Firmen aus der Bundesrepublik mit der UdSSR über ein Erdgas-Röhren-Geschäft vgl. Dok. 193, Anm. 27 und 31.

201

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Pagenstert

300-440.70-6471/80 VS-vertraulich

4. Juli 1980

An das Referat 201 im Hause

Betr.: Reaktion des Bündnisses auf die Ereignisse in Südwest-Asien;
hier: Ausrüstungshilfe nach Kap. 0502 Tit. 68 623

Bezug: 1) Schreiben des BMVg – Fü S III 1 – vom 16.6.1980 – 03-01-27 Tgb.Nr. 4079/80 VS-v¹

2) Telefongespräch zwischen VLR I Dr. Pagenstert und LR I Dr. Boden am 1.7.1980²

1) Von den Ländern der Region SW-Asien gehören lediglich die Türkei, Jordanien, die Jemenitische Arabische Republik, der Iran und Afghanistan zum Empfängerkreis des Ausrüstungshilfe-Programms 1979 bis 1981.

a) Türkei

Die Türkei ist in diesem Jahr nachträglich in das laufende Programm aufgenommen worden. Für 1980 wurde ihr eine Ausrüstungshilfe in Höhe von 1,5 Mio. DM bewilligt. Es ist beabsichtigt, mit der Türkei noch in diesem Jahr ein weiteres Abkommen über die Gewährung von 15 Mio. DM Ausrüstungshilfe, fällig in jeweils gleichen Teilen 1981, 1982 und 1983, abzuschließen. Die Verpflichtungsermächtigung hierfür wurde im Nachtragshaushalt 1980³ erteilt. Empfänger ist die türkische Polizei.

b) Jordanien

Jordanien hat von 1964 bis 1978 Ausrüstungshilfe in Höhe von 4,3 Mio. DM erhalten. Für den Zeitraum 1979 bis 1981 ist weitere Ausrüstungshilfe von 4,0 Mio. DM bewilligt worden. Empfänger ist derzeit die jordanische Polizei.⁴

¹ Für das Schreiben des Bundesministeriums der Verteidigung vgl. VS-Bd. 10312(201).

² Am 26. Juni 1980 vermerkte Legationsrat I. Klasse Boden handschriftlich für Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofmann, die im Schreiben des Bundesministeriums der Verteidigung geäußerte Bitte sei „ein wenig planlos in die Gegend geleitet worden. Sinnvollerweise hätte man wohl 201 mit Koordinierung beauftragen sollen.“ Boden teilte mit: „Referat] 422 hat bereits zu einem Punkt (Gewährleistungen) Beitrag erarbeitet und abgesandt. [...] Bei 300 war man in weitgehender Unkenntnis des größeren Zusammenhangs etwas ratlos, verwies auf Mitzuständigkeit der Regionalreferate (310, 311, 340) und regte Hausbesprechung durch uns an.“

Ergänzend notierte Boden dazu am 1. Juli 1980 handschriftlich: „Erneuter Anruf bei 300 (VLR I Pagenstert) mit der Bitte, nunmehr direkt zu liefern, möglicherweise abgestimmt mit Beiträgen, die von Referaten 310, 311, 340, 400 zusätzlich schriftlich angefordert wurden.“ Vgl. Bodens handschriftliche Aufzeichnung vom 26. Juni 1980; VS-Bd. 10312 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

³ Zu dem am 30. April 1980 im Kabinett beschlossenen Nachtragshaushalt vgl. Dok. 143, Anm. 49.

⁴ Botschafter Munz, Amman, berichtete am 24. Januar 1980, der Generalstabschef der jordanischen Streitkräfte, Generalleutnant Majali, habe sich „besorgt und enttäuscht über die bislang fehlende Zusammenarbeit der Streitkräfte beider Länder“ geäußert. Majali habe zwar Verständnis dafür, daß die Bundesrepublik keine Waffen und militärisches Gerät in den Nahen Osten liefere, verstehe aber nicht, „daß auch in Fragen des Personalaustausches und der menschlichen Kontakte zwischen den Streitkräften beider Länder fast nichts geschehen sei. Er habe erst kürzlich sich einem entsprechenden Angebot der DDR gegenüber rezeptiv verhalten, weil die jordanischen Streitkräfte

c) Jemenitische Arabische Republik

Die Jementische Arabische Republik hat von 1971 bis 1976 Ausrüstungshilfe in Höhe von 6,0 Mio. DM erhalten. Für die Jahre 1979 bis 1981 wird ihr eine Hilfe von 6,5 Mio. DM gewährt. Davon entfallen 5,0 Mio. DM auf die jemenitischen Streitkräfte und 1,5 Mio. DM auf die Polizei.

d) Iran

Mit Abkommen vom 10.1.1974 ist dem Iran Ausrüstungshilfe in Höhe von 10,0 Mio. DM gewährt worden. Das BMVg hat in diesem Rahmen übernommen, maximal 125 Ingenieure (grad.), 25 Betriebswirte (grad.) und 20 Meister in entsprechenden Einrichtungen der Bundeswehr auszubilden. Derzeit studieren 94 iranische Kadetten/Offiziere an der Hochschule der Bundeswehr in München. Gemäß der Planung wird dieses Programm 1983 abgeschlossen. Nach Erfüllung der 1974 eingegangenen Verpflichtungen wird die Ausrüstungshilfe für Iran vorerst eingestellt.

e) Afghanistan

Afghanistan wurde von 1976 bis 1978 3,0 Mio. DM Ausrüstungshilfe für seine Polizei gewährt. Im Rahmen des Programms 1979 bis 1981 war eine Hilfe von 3,0 Mio. DM vorgesehen. Wegen der politischen Entwicklung in diesem Land machte das Auswärtige Amt jedoch von der parlamentarischen Ermächtigung, gegenüber Afghanistan eine Neuverpflichtung über den genannten Betrag einzugehen, keinen Gebrauch. Sämtliche Beschaffungsmaßnahmen sind eingestellt worden.

f) Saudi-Arabien

Für Saudi-Arabien ist Hilfe beim Aufbau einer Einheit zur Bekämpfung von Gewalttaten und Terrorismus vorgesehen.⁵ Die Kosten trägt dieses Land selbst.⁶

Fortsetzung Fußnote von Seite 1086

nicht daran interessiert seien, mit der Nationalen Volksarmee der DDR die Kontakte auszubauen.“ Munz riet: „Jordanien ist in der nahöstlichen Krisenregion für uns ein verlässlicher und uns wohlgesonnener Partner. Die seit etwa einem Jahr sich zunehmend verschlechternden Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Jordanien sollten durch verstärkte Zusammenarbeit Jordaniens mit Europa auch auf verteidigungspolitischem Gebiet ausgeglichen werden.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 51; Referat 201, Bd. 120138.

⁵ Vortragender Legationsrat I. Klasse Pagenstert notierte am 21. Juni 1979: „Unter dem Eindruck der Ereignisse in Mogadischu hat der Innenminister des Königreichs Saudi-Arabien, Prinz Nayif, Bruder des Königs und Regierungschefs, im November 1977 um die Hilfe der Bundesregierung bei der Schulung von saudischen Spezialeinheiten für die Befreiung von Geiseln aus Flugzeugen sowie bei der Beschaffung der hierfür erforderlichen Ausrüstung gebeten. Mitte September 1978 wurde bei Vorgesprächen zweier saudischer Sicherheitsexperten im BMI in Bonn eine Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien vereinbart, die sich jedoch infolge der dienstlichen Belastung, der Gliederung und personellen Ausstattung der GSG 9 nur in engen Grenzen halten konnte (Ausbildung von Ausbildern). Über den geringen Umfang der angebotenen Hilfe war die saudische Seite enttäuscht. Bei einem Besuch u. a. des Kommandeurs der GSG 9, L[eit|en|d|er] P[olizei|d|irektor] im BGS, Wegener, in Djidda und Riad Ende Mai 1979 wurde vorbehaltlich der Abklärung auf höherer Ebene im BMI einer engeren Zusammenarbeit zugestimmt. Anstelle der ursprünglichen Absicht, nur Ausbilder auszubilden, soll nun das Personal einer neu zu schaffenden Einheit von Angehörigen der GSG 9 ab Frühjahr 1980 ausgewählt und ausgebildet werden.“ Vgl. VS-Bd. 11154 (311); B 150, Aktenkopien 1979.

⁶ Botschafter Vestring, Djidda, teilte am 3. Juni 1980 mit, beim Besuch des Kommandeurs des Bundesgrenzschutzes, Wegener, vom 20. bis 22. Mai 1980 in Saudi-Arabien sei für das Ressortabkommen über Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung vereinbart worden, „daß das saudische Innenministerium die deutschen Ausbilder von jeglicher Haftung im direkten Zusammenhang mit der Ausbildung freistellen wird“. Die Ausbildung der saudi-arabischen Einheit solle am 1. November 1980 beginnen und belaufe sich nach Kalkulation des Bundesgrenzschutzes auf insge-

Zur Ergänzung ist noch anzuführen, daß das BMVg im Rahmen der Ausrüstungshilfe (0,8 Mio. DM) der indonesischen Marine Ausbildungshilfe gewährt und sie technologisch berät (u. a. U-Boot-Projekt). Außerdem leistet dieses Ministerium im Bereich der Ausrüstungshilfe (0,2 Mio. DM) der malaysischen Marine Ausbildungshilfe. Es berät diese ferner bei der Planung und dem Bau einer Marinewerft in Lumut.

2) Die Ausrüstungshilfe unterliegt besonderer parlamentarischer Kontrolle. Das laufende Programm 1979 bis 1981 ist vom Auswärtigen Ausschuß am 18.10.1978 und vom Haushaltsausschuß am 18.1.1979 genehmigt worden. Die Mittel von insgesamt ca. 147 Mio. DM sind an die Empfängerländer des Programms – hauptsächlich afrikanische Staaten – vertraglich gebunden und daher nicht disponibel.

3) Waffen und Munition sowie Maschinen zu deren Herstellung sind von der Ausrüstungshilfe ausgenommen.

4) Neue Haushaltsmittel sind erst wieder für das Anschlußprogramm 1982 bis 1984 zu erwarten.

Pagenstert

VS-Bd. 10312 (201)

202

Botschafter Wieck, Moskau, an das Auswärtige Amt

114-4119/80 VS-vertraulich

Fernschreiben Nr. 2998

Citissime nachts

Aufgabe: 4. Juli 1980, 14.02 Uhr¹

Ankunft: 4. Juli 1980, 13.42 Uhr

Betr.: Besuch von BK und BM in Moskau 30.6./1.7.80²;
hier: Bewertung sowjetischer Äußerungen zu SALT und eurostrategischen Waffen

Zur Information

1) Sowjetische Ausführungen zu SALT II bestätigen Eindruck, daß Sowjets sich nicht die Hände binden und mittels der Unsicherheit über ihr tatsächliches

Fortsetzung Fußnote von Seite 1087

samt 6470000 DM: „Der BGS wird die saudische Seite bei allen Materialeinkäufen in Deutschland so stellen, als erfolgten diese für das Bundesinnenministerium.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 462; VS-Bd. 11137 (300); B 150, Aktenkopien 1980.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg am 4. Juli 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an das Ministerbüro verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 4. Juli 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher am 5. Juli 1980 vorgelegen.

² Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher hielten sich am 30. Juni und 1. Juli 1980 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 192–195.

Verhalten Druck zugunsten einer Ratifizierung³ ausüben wollen. Daher auch keine Bereitschaft, jetzt schon über SALT III zu reden.

2) Ebenfalls bestätigt wurde sowjetische Absicht, alle Nuklearwaffen mittlerer Reichweite, also auch die französischen und britischen Systeme, in SALT-III-Verhandlungen einzubeziehen.

3) Bedingte Bereitschaft der Sowjets, schon vor SALT III über Mittelstreckenwaffen in Europa zu sprechen unter der Voraussetzung, daß amerikanische FBS einbezogen würden, läßt für die kommenden Monate ein zweigleisiges Vorgehen seitens der Sowjets erwarten:

(1) Offiziell und nach außen hin bleiben sowohl der Breschnew-Vorschlag vom Oktober 1979⁴ als auch die sowjetische Ablehnung des Verhandlungsangebots der NATO aufrechtzuhalten. Sowjetischer Vorschlag bedeutet kein Eingehen auf den NATO-Doppelbeschluß⁵, sondern allenfalls einen Versuch, unabhängig von der öffentlichen Diskussion die festgefahrenen Positionen zu umgehen und einen neuen Verhandlungsrahmen zu skizzieren, der den NATO-Beschluß in Kauf nimmt. Daß die Zurückweisung des NATO-Verhandlungsangebots und die Forderung nach Aussetzung des Nachrüstungsbeschlusses nach wie vor gültig sind, ergibt sich auch aus einigen Pressekommentaren, die nach dem Besuch veröffentlicht worden sind: Aus einem allgemein gehaltenen Artikel des ZK-Deutschlandexperten Jeschow über Entspannung und Abrüstung in Europa in der „Sowjetskaja Rossija“ vom 4.7.⁶ und einer TASS-Vorschau auf einen Artikel über eurostrategische Fragen in der „Nowoje Wremja“⁷. Allerdings hat ein anderer Autor, Dmitrijew, in einem Artikel über „militärische Entspannung“ in Europa in der „Prawda“ vom 4.7.⁸ auf eine ausdrückliche Wiederholung der sowjetischen Forderung verzichtet und sich auf die Feststellung beschränkt, Verhandlungen könnten nur auf der Grundlage der Prinzipien der Gleichheit und gleichen Sicherheit erfolgen – eine Nuance, die möglicherweise schon die veränderte Taktik der sowjetischen Seite spiegelt.

(2) Zugleich haben sich Sowjets wieder diplomatischen Handlungsspielraum verschafft und sich von ihrer starren Position de facto entfernt. Kommt die jetzt angebotene Verhandlungsbasis (mit Abweichungen) nicht zustande, lebt die andere starre Position ggf. wieder auf. Sie haben auf diese Weise den Ball ins westliche Lager zurückspielen können, das sich nun darüber schlüssig werden muß, welchen Preis es für Verhandlungen über die SS-20 zu zahlen bereit ist oder welche Gegenbedingungen es für eine Einbeziehung der amerikanischen FBS stellen soll. Möglicherweise erhoffen sich Sowjets bei dieser innerwestlichen Diskussion im Falle einer ablehnenden Haltung der USA das Aufbrechen von Divergenzen im westlichen Bündnis. Selbst wenn Verhandlungen tatsächlich zustande kommen, ist damit zu rechnen, daß Sowjets erneut und vielleicht

³ Zum Stand des Ratifizierungsverfahrens des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 im amerikanischen Senat vgl. Dok. 59.

⁴ Vgl. dazu die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin; Dok. 29, Anm. 5.

⁵ Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 10.

⁶ Vgl. den Artikel V. Jeschow, „Evrope – mirnoe nebo“, SOVETSKAJA ROSSIIJA vom 4. Juli 1980, S. 3.

⁷ Vgl. den Artikel „Washingtons „Eurostrategie““, NEUE ZEIT Nr. 27 vom Juli 1980, S. 8 f.

⁸ Vgl. den Artikel „Programma voennoj razrjadki v Evrope“, PRAVDA vom 4. Juli 1980, S. 4.

verstärkt mittels ihrer propagandistischen und politischen Hilfstruppen auf eine Aussetzung des Nachrüstungsbeschlusses zumindest während der Zeit der Verhandlungen drängen werden.

(3) Sowjets haben damit wieder die Initiative an sich gezogen. In der Sache scheinen sie gewissermaßen auf einen „eurostrategischen Annex“ zum SALT-II-Abkommen zu zielen, wobei durch eine Einbeziehung der US-FBS die frühere Definition von „strategisch“ eine gewisse Abwandlung erfahren würde, und zwar im Sinne einer stillschweigenden Akzeptierung seitens des Westens der alten sowjetischen Definition (Waffen, die das Kernland erreichen können) im Austausch gegen eine sowjetische Bereitschaft, die eigenen eurostrategischen Waffen in die Gesamtrechnung mit einzubringen.

[gez.] Wieck

VS-Bd. 14091 (010)

203

Botschafter Leuteritz, Kingston, an das Auswärtige Amt

114-4133/80 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 51
Citissime nachts

Aufgabe: 6. Juli 1980, 11.00 Uhr
Ankunft: 6. Juli 1980, 18.12 Uhr

Betr.: Jamaikanische Bitte um deutsche Unterstützung bei Terrorismusbekämpfung

1) AM Patterson bat mich am 5.7.1980 in seine Privatwohnung und erbat im Beisein von StS Francis deutsche Unterstützung bei Bekämpfung Gewaltkriminalität, die jetzt Stadium des Terrorismus erreicht habe, den Regierung nicht mehr unter Kontrolle halten könne. Sicherheitskräfte seien wegen Mängeln in Organisation und Ausrüstung überfordert. Um drohenden Zusammenbruch staatlicher und gesellschaftlicher Ordnung zu verhüten, benötige man Rat ausländischer Fachleute.

In Besprechung am 4.7. seien MP Manley, er selbst und interimistisch für Sicherheit zuständiger Justizminister Rattray zu Überzeugung gekommen, daß nur Bundesrepublik Deutschland fachlich kompetent und politisch unverdächtig genug sei, um von gesamter jamaikanischer Öffentlichkeit als Berater akzeptiert zu werden. Er bat deshalb um möglichst baldige Entsendung kleiner deutscher Sachverständigengruppe, die auf Grund eigener Lagebeurteilung Hinweise zu besserer Organisation und Ausrüstung geben soll.

Andere Länder seien nicht kontaktiert worden. Bitte soll bis zu deutscher Entscheidung geheimgehalten werden. Zustimmendenfalls soll gemeinsam über Art und Umfang Bekanntgabe entschieden werden.

2) Hintergrund: Seit Bekanntgabe vorzeitiger Wahlen¹ hat politisch motivierte Gewaltkriminalität vor allem in bestimmten Bezirken Kingstons dramatisch zugenommen. Im ersten Halbjahr 1980 wurden mehr Menschen (236) umgebracht als im gesamten Vorjahr (216).

Steigende Tendenz hält an. Meist handelt es sich um Versuche von Parteigängern beider großen Parteien, Wahlkreise prominenter Politiker (einschließlich MP Manley) durch Einschüchterung für eigenen Kandidaten zu sichern. Politbandentum hat sich jedoch weitgehend verselbständigt, so daß auch Appelle der Politiker nichts mehr fruchten.

Am 3.7. erfolgte erstmals Feuerüberfall auf Diplomatenwohnung (Angehöriger der US-Botschaft, der wenige Stunden vorher öffentlich der Mitarbeit bei CIA beschuldigt worden war). Glücklicherweise nur Sachschaden.

Wegen von Linkskreisen geschürter Propaganda gegen US-CIA scheiden USA als Berater aus, mit umgekehrten Vorzeichen kommunistische Länder. BR Deutschland für alle akzeptabel, zumal – wie AM Patterson betonte – PNP² und SPD Mitglieder Sozialistischer Internationale.

3) Vorschlag: Unverzügliche Entsendung kompetenten Mitarbeiters Bundeskriminalamts mit guten Englischkenntnissen, von dessen Votum spätere Entsendung Beratergruppe abhängig gemacht werden könnte.

4) Citissime Drahtweisung erbeten.³

[gez.] Leuteritz

VS-Bd. 11137 (300)

¹ Die Botschaft in Kingston notierte am 29. Februar 1980, Ministerpräsident Manley habe am 3. Februar 1980 Neuwahlen angekündigt: „Noch auf ihrem 41. Parteitag im September 1979 hatte die regierende People's Party (PNP) den Eindruck vermittelt, sie wolle trotz wiederholter Rücktrittsforderungen von Oppositionsführer Seaga (Jamaica Labour Party, JLP) bis 1981 im Amt bleiben. Ende Dezember 1979 konnte Jamaika jedoch einen der vier vierteljährlichen Tests im Rahmen des Dreijahresabkommens mit dem IWF (ab Mai 1978) nicht erfüllen. Damit war das Abkommen ‚geplatzt‘, die Januarrate von 30 Mio. US-Dollar wurde blockiert, Jamaikas seit Jahren notleidende und hochgradig auf Einfuhr von Rohmaterial und Energieträger angewiesene Wirtschaft stand vor dem Zusammenbruch. [...] Mit der Ankündigung von Neuwahlen wurde auch gegenüber dem IWF eine neue Lage geschaffen. Die Nichterfüllung einer Kondition durch Jamaika hätte normalerweise das Aushandeln eines neuen Programms mit dem IWF erfordert. Im Hinblick auf die angekündigten Wahlen, die die Möglichkeiten eines Regierungswechsels einschließen, erklärte MP Manley jedoch, Jamaika strebe einen ‚waiver‘ des IWF an, d. h. einen Verzicht des Fonds auf Einhaltung aller Bedingungen durch Jamaika.“ Vgl. die Anlage zum nicht nummerierten Schriftbericht des Botschaftsrats Rudolph, Kingston; Referat 330, Bd. 127427.

² People's National Party.

³ Vortragender Legationsrat I. Klasse Hoff notierte am 9. Juli 1980, das vom Auswärtigen Amt unterrichtete Bundesministerium des Innern habe telefonisch mitgeteilt, „daß über die Bitte der jamaikanischen Regierung auf Unterstützung bei der Terroristenbekämpfung im Einvernehmen mit BKA/Wiesbaden entschieden werden müsse“. Er, Hoff, habe dargelegt, „daß aus außenpolitischer Sicht keine Bedenken bestünden, d. h. wir nicht der Unterstützung eines radikalen Regimes bezichtigt werden können, wenn wir dem Wunsch entsprechen. Mit einer Entscheidung könnten wir frühestens Ende der kommenden Woche rechnen.“ Vgl. VS-Bd. 11176 (330); B 150, Aktenkopien 1980. Am selben Tag unterrichtete Hoff die Botschaft in Kingston entsprechend. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 30; VS-Bd. 11176 (330); B 150, Aktenkopien 1980.

Vortragender Legationsrat Ederer informierte am 7. August 1980 die Botschaft in Kingston, das Bundesministerium des Innern habe am 4. August 1980 mitgeteilt, „daß die derzeitige Sicherheitslage in Jamaika nicht nur als ein polizeiliches Problem anzusehen ist, sondern Ausdruck einer beginnenden Desorganisation der staatlichen Gewalt sein könnte“. Denkbar sei, „einer kleineren Gruppe

204

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister François-Poncet

7. Juli 1980¹

Gespräch Bundesaußenminister – Außenminister François-Poncet am Nachmittag des 7. Juli 1980

Am Nachmittag des ersten Tages des Staatsbesuches des französischen Präsidenten² fand ein Gespräch der beiden Außenminister statt, an dem auf deutscher Seite außer mir³ Botschafter Herbst, auf französischer Seite Secrétaire d'État Bernard-Reymond sowie Botschafter Brunet teilnahmen. Dabei wurden folgende Themen behandelt:

1) Besuch des Bundeskanzlers und des Bundesaußenministers in Moskau⁴ (in Ergänzung zu den dem französischen Außenminister in Paris am 2.7. gegebenen Informationen⁵)

Bundesminister stellte fest, daß man die drei führenden sowjetischen Persönlichkeiten in guter Kondition angetroffen habe. Breschnew sei besser daran gewesen als 1978 in Bonn⁶, was wohl auch darauf zurückzuführen sei, daß man in Moskau auf seinen Zustand größte Rücksicht habe nehmen können. Kossygin habe erholt und frisch gewirkt. Breschnew habe offenkundig Wert darauf gelegt, seine Position als Nummer eins erkennen zu lassen. Gromyko sei seiner-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1091

von jamaikanischen Sicherheitsexperten Fragen der Polizeiorganisation und -technik einschließlich der Fahndungstechnik sowie Überlegungen zum taktischen Vorgehen in terroristischen Gewaltsituationen näherzubringen. Ein hinreichender Einblick in diese Gebiete kann jedoch nicht von einem deutschen Berater vermittelt werden; es bedarf hierfür vielmehr des Einsatzes der jeweiligen Fachkräfte des Bundeskriminalamtes und ggf. anderer Dienststellen in Verbindung mit einer Demonstration des in Betracht kommenden technischen Geräts. Eine solche Aktion wäre in Jamaika nicht durchführbar. Es kann deshalb lediglich eine Entsendung von jamaikanischen Experten zum Bundeskriminalamt in Betracht kommen.“ Dieses Vorgehen rücke zudem den Beitrag der Bundesregierung weniger ins Blickfeld der Öffentlichkeit in Jamaika und vermindere so das Risiko von Gewaltaktionen gegen Angehörige und Einrichtungen der Bundesrepublik. Vgl. den Drahterlaß Nr. 38; VS-Bd. 11176 (330); B 150, Aktenkopien 1980.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Blech am 18. Juli 1980 gefertigt und am 5. August 1980 zusammen mit weiteren Aufzeichnungen über die Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister François-Poncet im Zuge des Besuchs des Staatspräsidenten Giscard d'Estaing vom 7. bis 11. Juli 1980 „über Herrn Staatssekretär“ an Genscher weitergeleitet.

Hat Staatssekretär Lautenschlager am 6. August 1980 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 13. August 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 202 verfügte. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 203, Bd. 140656.

² Staatspräsident Giscard d'Estaing stattete der Bundesrepublik vom 7. bis 11. Juli 1980 einen Staatsbesuch ab. Vgl. dazu auch Dok. 210 und Dok. 211.

³ Klaus Blech.

⁴ Zum Besuch des Bundeskanzlers Schmidt und des Bundesministers Genscher am 30. Juni und 1. Juli 1980 in Moskau vgl. Dok. 192–195.

⁵ Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister François-Poncet in Paris vgl. Dok. 199, Anm. 5.

⁶ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, hielt sich vom 4. bis 7. Mai 1978 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 135, Dok. 136, Dok. 142 und Dok. 143.

seits bedacht gewesen, deutlich zu machen, daß außenpolitisch gegen ihn nichts gehe. Die orthodoxe außenpolitische Linie werde unverändert von Gromyko gehalten, während bei den Vertretern der Partei Anzeichen einer größeren Flexibilität sich angedeutet hätten.

2) Afghanistan

Bundesminister berichtete über die Darlegungen Breschnews, daß man zwar durch die Rücknahme von sowjetischen Truppen eine Erleichterung der Lage herbeiführen wollte⁷, daß man aber dann, wenn die „Intervention von außen“ anhalte, alles unternehmen werde, um die afghanische Regierung in die Lage zu versetzen, das, was sie für richtig halte, auch zu tun. Die politische Lösung des Afghanistan-Problems, zu der sich die Sowjetunion bereit erkläre, bedeute für sie also nur die Anerkennung des gegenwärtigen Regimes in Kabul durch die anderen Mächte. Die Sowjetunion verstehe unter einer politischen Lösung daher etwas ganz anderes als der Westen. Das sowjetische Ziel sei die Etablierung des gegenwärtigen Regimes.

François-Poncet stellte, dies aufnehmend, die Frage, ob das nach innen wie nach außen gelte. Er bezog sich auf Berichte von Reisenden, die von Kabul nach Peshawar führende Straße, wohl die Hauptverkehrslinie, sei täglich nur innerhalb weniger bestimmter Stunden zu benutzen, in denen sich Konvois von 400 bis 500 Fahrzeugen bewegten, lediglich begleitet von einem sowjetischen Panzerfahrzeug am Anfang und am Ende, im übrigen aber so gut wie unverteidigt. Dies könne nichts anderes bedeuten, als daß es eine Abmachung zwischen den sowjetischen Streitkräften und der afghanischen Widerstandsbewegung gebe. Die Sowjetunion akzeptiere anscheinend, daß außerhalb jener Stunden das Gelände unter Kontrolle der Widerstandsbewegung sei. Auch in Kabul selbst werde ein neu eintreffender Ausländer innerhalb von 24 Stunden von der Widerstandsbewegung kontaktiert, die dort also einige Bewegungsmöglichkeiten habe.

Bundesminister stellte die Frage, ob das bedeute, daß es der Sowjetunion nur auf eine strategische Besetzung Afghanistans ankomme, d. h. eine solche, die eine andere Macht von der Präsenz im Lande ausschließe, im Unterschied zu einer politischen Besetzung, deren Sinn die volle politische Kontrolle des Landes sei.

François-Poncet antwortete, das sage er nicht, er versuche lediglich, die Lage zu verstehen. Er sei mit der Analyse des Bundesministers bezüglich der verschiedenen Auffassungen, was eine politische Lösung sein sollte, einverstanden. Die Lage an Ort und Stelle sei aber ganz merkwürdig. Auch die Vereinigten Staaten schienen sich genauso große Zurückhaltung wie die Sowjetunion aufzuerlegen.

Die Frage des *Bundesministers*, welche Folgerungen er daraus ziehe, gab *François-Poncet* unter Hinweis darauf, daß BM die frischesten Eindrücke aus Moskau habe, an diesen zurück.

François-Poncet meinte, vielleicht habe man es mit einer ersten Phase der sowjetischen Intervention zu tun; in einer zweiten möge die Sowjetunion nochmals 100 000 Soldaten nach Afghanistan schicken, um den Widerstand dann wirklich zu brechen.

⁷ Zur Ankündigung eines Teilabzugs der sowjetischen Streitkräfte aus Afghanistan vgl. Dok. 185, Anm. 3.

Bundesminister kam auf die Beobachtungen über das mögliche Arrangement zwischen den sowjetischen Truppen und der Widerstandsbewegung hinsichtlich der Kontrolle der Straße zurück. Das sowjetische Interesse an einem solchen Arrangement sei klar; welches Interesse könnte jedoch der Widerstand daran haben? Das sowjetische Interesse gehe dahin, mit dem, was er die strategische Besetzung genannt habe, über die Olympischen Spiele, vielleicht auch über das Madrider KSZE-Treffen⁸ hinwegzukommen. Gleichzeitig sei festzustellen, daß die Sowjetunion sich auf die Dauer in Afghanistan eingerichtet habe. Jedenfalls habe sich aus dem Gespräch in Moskau nichts anderes ergeben. Die sowjetische Seite habe sich voll mit dem Kabuler Regime identifiziert, wenn auch nicht mit der Person Babrak Karmals, von der immer weniger die Rede sei.

3) KAE

Bundesminister stellte klar, daß sich Kornienko gegenüber Staatssekretär van Well in Moskau⁹ zwar negativ zur westlichen Forderung nach Anwendung der vertrauensbildenden Maßnahmen in ganz Europa geäußert, dies aber nicht in kategorisch-abweisender Form getan habe.

François-Poncet bemerkte hierzu, es gebe neuestens hier und da Hinweise, daß dieses Thema vielleicht doch nicht ganz unbehandelbar sei.

Bundesminister sagte, daß dies verschiedene Deutungen zulasse. Einmal könnte die Sowjetunion versuchen, für die Erstreckung auf ganz Europa etwas einzuhandeln. Sie könnte auch eine gewisse Erweiterung des 250-km-Raumes gemäß der Schlußakte von Helsinki¹⁰ ins Auge fassen. Schließlich könnten solche Hinweise Ausdruck einer Strategie sein, die sich auf die amerikanische Haltung zur KAE vor Ankara¹¹ gründete; die Sowjetunion hätte dann wohl nicht abgesehen, was an Positivem von Ankara ausgegangen sei. In der Tat habe das abendliche Gespräch der vier Außenminister in Ankara¹² hier viel bewirkt. Muskie habe ihm, *Bundesminister*, in Washington¹³ nochmals gesagt, daß ihn das, was in Ankara gesagt worden sei, überzeugt habe; das Problem für ihn sei, jetzt auch andere Leute zu überzeugen.

⁸ Die KSZE-Folgekonferenz wurde am 11. November 1980 in Madrid eröffnet. Vgl. dazu Dok. 319 und Dok. 322.

⁹ Zu den Gesprächen des Staatssekretärs van Well am 11./12. Juni 1980 in Moskau vgl. Dok. 171.

¹⁰ Vgl. dazu den Punkt „Vorherige Ankündigung von größeren militärischen Manövern“ des „Dokuments über vertrauensbildende Maßnahmen und bestimmte Aspekte der Sicherheit und Abrüstung“ der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975; SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 922 f.

¹¹ Zur NATO-Ministerratstagung am 25./26. Juni 1980 vgl. Dok. 190.

Das amerikanische Außenministerium gab am 26. Juni 1980 bekannt, „daß nach amerikanischer Auffassung Aufnahme von Gesprächen im KAE-Rahmen an vier Bedingungen geknüpft sei: Gespräche müßten fest mit den KSZE-Vereinbarungen verbunden sein, müßten Teil eines ausgewogenen Ergebnisses der KSZE-Gespräche von Madrid sein, müßten sich nur mit vertrauensbildenden Maßnahmen, nicht aber mit Truppenabbau in Europa beschäftigen, und vertrauensbildende Maßnahmen müßten von Gewicht, nachprüfbar und auf ganz Europa einschließlich des europäischen Teils der SU anwendbar sein.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2626 des Botschafters Hermes, Washington, vom 30. Juni 1980; Referat 221, Bd. 116932.

¹² Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Lord Carrington, dem französischen Außenminister François-Poncet und dem amerikanischen Außenminister Muskie am 24. Juni 1980 vgl. Dok. 189.

¹³ Zum Aufenthalt des Bundesministers Genscher am 2. Juli 1980 in den USA vgl. Dok. 196 und Dok. 198.

François-Poncet fragte, wo die Gründe für den amerikanischen Widerstand eigentlich lägen.

*D*¹⁴ verwies darauf, daß nach sowjetischem Selbstverständnis (was insbesondere von ungarischer Seite bei den kürzlichen deutsch-ungarischen Direktoren-Konsultationen¹⁵ betont worden sei) eine Unterwerfung sowjetischer Territorien unter substantielle vertrauensbildende Maßnahmen bei gleichzeitiger vollständiger Aussparung amerikanischen Territoriums sehr schwer akzeptabel, weil mit dem Prinzip der Gleichrangigkeit der Supermächte unvereinbar sei. Der amerikanischen Administration indessen müßte auch nur der Beginn einer Diskussion über die Einbeziehung amerikanischen Staatsgebiets zumindest unter dem Aspekt des Wahlkampfes¹⁶ unerwünscht sein; hier würden auch auf amerikanischer Seite Fragen des Selbstverständnisses aufgeworfen.

4) Sicherheit und Abrüstung

Bundesminister informierte *François-Poncet*, daß er in Ankara mit Muskie über MBFR gesprochen habe.¹⁷ Er habe dabei den Unterschied herausgearbeitet, der sich daraus ergebe, daß bei einer Reduzierung im vorgesehenen Raum sowjetische Truppen nur um einige 100 Kilometer nach Osten verlegt würden, während amerikanische Verbände über den Atlantik zurückzugehen hätten und die westeuropäischen Teilnehmer, insbesondere die Bundeswehr, ihre Streitkräfte effektiv zu verringern hätten.

Bundesminister verwies darauf, daß solche schwierigen Implikationen von Fachleuten in Washington durchaus gesehen würden. Auch Brzezinski habe sich bei seinem Besuch in Washington am 2.7. in der Behandlung des Mittelstrecken-Themas sehr konstruktiv gezeigt. Die ernste Frage sei jetzt, wie das Signal sowjetischer Verhandlungsbereitschaft als Reaktion auf das westliche Angebot vom Dezember vorigen Jahres¹⁸ sich auf andere Europäer auswirke, insbesondere auf die Belgier. Er habe mit Nothomb gesprochen.¹⁹ In Belgien machten sich jetzt Tendenzen bemerkbar, nach welchen der Dislozierung erst zugestimmt werden solle, wenn man wirklich am Verhandlungstisch sitze. Viel schlechter als jetzt könne die Lage, was die Haltung Belgiens und auch der Niederlande²⁰ anbetreffe, nicht werden. Man müsse froh sein, daß der deutsche Besuch in Moskau nach Ankara stattgefunden habe; damit seien die Dinge von vornherein für jedermann sichtbar klargestellt gewesen.

¹⁴ Klaus Blech.

¹⁵ Ministerialdirektor Blech führte am 9./10. Juni 1980 mit dem ungarischen Stellvertretenden Außenminister Nagy Gespräche in Budapest, bei denen die Entwicklung in Afghanistan, Abrüstungs- und Rüstungskontrollfragen, die kommende KSZE-Folgekonferenz in Madrid, Iran und der Nahostkonflikt sowie bilaterale Fragen erörtert wurden. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 139492.

¹⁶ Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

¹⁷ Bundesminister Genscher und der amerikanische Außenminister Muskie führten am 26. Juni 1980 ein Gespräch. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 791 des Botschafters Oncken, Ankara, vom 22. Juni 1980; Referat 201, Bd. 120206.

¹⁸ Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 10.

¹⁹ Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem belgischen Außenminister Nothomb am 3. Juli 1980 in Luxemburg vgl. Dok. 196, Anm. 18.

²⁰ Zur Diskussion über die Dislozierung von Mittelstreckensystemen in den Niederlanden vgl. Dok. 1, Anm. 16.

François-Poncet fragte, ob die deutsche Dislozierungsentscheidung noch an den Niederlanden und Belgien hänge.

Bundesminister antwortete, daß für die Bundesrepublik Deutschland das Problem der Singularisierung durch die Beteiligung Italiens erledigt sei.

Bundesminister erwähnte sodann die in den Moskauer Gesprächen von Breschnew ausgesprochene Warnung vor einem NATO-Beitritt Spaniens. An sich habe Breschnew hiermit nichts Neues gesagt, sondern bekannte Vorstellungen des Warschauer Paktes wiederholt (Nicht-Erweiterung von Bündnissen²¹). Breschnew meine das ohnehin wohl eher politisch als im eigentlichen Sinne sicherheitspolitisch²²; das sicherheitspolitische Problem sei ja schon durch das amerikanisch-spanische Verteidigungsabkommen²³ erledigt.

Auf Frage *François-Poncets*, ob es nach Meinung Bundesministers schon eine spanische Entscheidung für den Beitritt gebe, antwortete *Bundesminister*, er sei über die plötzliche spanische Erklärung zugunsten des Beitritts²⁴ erstaunt gewesen. Oreja habe seinerzeit gesagt, man wünsche zwar an sich den Beitritt, wolle aber die Innenpolitik zunächst nicht belasten und den notwendigen nationalen Konsens (d. h. eine Entscheidung zusammen mit den Sozialisten) sorgfältig vorbereiten.²⁵ Es wäre denkbar, daß die Regierung Suárez jetzt mit der Beitrittsfrage bewußt einen Streitpunkt mit den Sozialisten schaffen wolle. Es folgte eine Diskussion über die Kräfte in Spanien, die für und gegen einen NATO-Beitritt sind (gewisse Bewegung zugunsten Beitritts bei den Sozialisten, andererseits auch Widerstände in konservativen Militärkreisen).

²¹ Zu den Vorschlägen des Warschauer Pakts bzw. der UdSSR für eine Nichterweiterung der Militärbündnisse vgl. Dok. 7, Anm. 4.

²² Zur Bewertung der Äußerungen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, hinsichtlich eines möglichen Beitritts Spaniens zur NATO durch das Auswärtige Amt vgl. Dok. 193, Anm. 9.

²³ Zum amerikanisch-spanischen Abkommen vom 24. Januar 1976 über Freundschaft und Zusammenarbeit vgl. Dok. 5, Anm. 20.

²⁴ In der spanischen Tageszeitung „El País“ erschien am 15. Juni 1980 ein Interview mit dem spanischen Außenminister Oreja, in dem dieser zu einem NATO-Beitritt Spaniens Stellung nahm. Gesandter Lewalter, Madrid, berichtete am 16. Juni 1980: „Wie Oreja sagte, ist die spanische Regierung ‚ganz und gar für einen baldigen Beitritts Spaniens zur Atlantischen Allianz‘. Er fuhr fort: ‚Dazu benötigen wir zwei Garantien, und dazu müssen wir das Beitrittsverfahren durchlaufen. Wir benötigen die Garantie, daß der Beitritt Spaniens zur EG voranschreitet, und die Garantie, daß die britisch-spanischen Verhandlungen über Gibraltar laufen und der Souveränitätsübergang betreffend Gibraltar einer Lösung entgegengeht. Das Beitrittsverfahren – abgesehen von der Aufforderung zum Beitritt, die von der Allianz kommen muß – besteht in der Entscheidung Spaniens und der anschließenden Verhandlung über die Auswahl der Bereiche militärischer Verantwortung, an denen Spanien teilnehmen will. Insoweit hat die Regierung noch keine Entscheidung gefällt. Wir müssen sehen, welche Form und welcher Grad der militärischen Integration Spaniens in der Allianz angebracht sind, innerhalb derer es mehrere Formen der Mitarbeit gibt.“ Oreja habe hinzugefügt, Spaniens NATO-Beitritt könne „kurzfristig erfolgen, jedenfalls vor den Wahlen von 1983. Ein günstiger Zeitpunkt sei 1981, nämlich das Jahr, in dem die Verhandlungen mit den USA über das Verteidigungsabkommen abgeschlossen werden müssen, das zur NATO-Mitgliedschaft komplementär sei und innerhalb dessen Spanien jetzt statt Verteidigungshilfe technologische und wirtschaftliche Zusammenarbeit suche.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 459; Referat 201, Bd. 120192.

²⁵ Der spanische Außenminister Oreja legte Bundesminister Genscher am 9. Mai 1979 in Madrid zu einem möglichen NATO-Beitritt Spaniens dar, „daß es die Absicht seiner Regierung sei, den geeigneten Zeitpunkt für eine parlamentarische Debatte abzuwarten, und daß zum Beitritt eine größere Mehrheit als nur die Hälfte der Sitze (176) notwendig sei. Das Problem läge in der Haltung der Sozialisten, die für keine Annäherung an die NATO zu gewinnen seien. Hier wäre, so meinte Oreja, jede positive Einflußnahme seitens der SPD zu begrüßen.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178805.

Zu einer Erörterung der französischen Verteidigungspolitik im Lichte der neuesten Entwicklungen²⁶, an der Bundesminister zu Beginn des Gesprächs sich interessiert gezeigt und zu der François-Poncet sich bereit erklärt hatte, kam es nicht mehr.

5) Naher Osten

Die beiden Außenminister ließen sich eingangs von D2 über die Erörterung der Implementierung der Neuner-Erklärung von Venedig²⁷ (Kontakt-Aktion) im letzten Politischen Komitee (Rom, 27.6.) unterrichten.²⁸

François-Poncet bezeichnete es als schwierig, die Aktion mit einem Besuch Thorns in Israel²⁹ zu beginnen. Es wäre besser, mit dem Gespräch mit Klibi anzufangen; Thorn sollte zunächst nach Tunis reisen, dann nach Israel, dann zu bilateralen Gesprächen mit anderen Arabern. Riad und Bagdad müßten sicher in diese Kontakte eingeschlossen werden.

Bundesminister stimmte dem zu.

François-Poncet präzisierte, daß es sich um zwei bis drei Reisen handeln sollte: die erste nach Tunis (Arabische Liga), die zweite nach Israel, die dritte nach Amman, Damaskus usw.

Bundesminister erinnerte daran, daß man sich bezüglich der Kontakte mit der Arabischen Liga doch unter den neun Außenministern in Neapel³⁰ einig gewesen sei. Diese Kontakte sollten von den Präsidenten plus Generalsekretär gepflogen werden.

D2 erläuterte, daß dem im PK von deutscher Seite zur Diskussion gestellten Gedanken, die Nachteile eines Beginns mit Israel, für den gewisse Gründe sprächen, durch den vorgeschalteten Kontakt mit dem Generalsekretär der Arabischen Liga optisch aufzufangen, die Unterscheidung zwischen der Kontakt-Ak-

²⁶ Zur französischen Verteidigungspolitik vgl. Dok. 216.

²⁷ Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats vom 12./13. Juni 1980 in Venedig über den Nahen Osten vgl. BULLETIN DER EG 6/1980, S. 10 f. Vgl. dazu auch Dok. 177.

²⁸ Vortragender Legationsrat Rosengarten informierte am 30. Juni 1980, bei der Tagung des Politischen Komitees im Rahmen der EPZ am 26./27. Juni 1980 seien insbesondere die in Ziffer 11 der Erklärung des Europäischen Rats vom 13. Juni 1980 über den Nahen Osten vorgesehenen Kontakte „mit allen betroffenen Parteien“ erörtert worden. Beschlossen worden sei, daß die Arbeitsgruppe Nahost bis zur Tagung des Politischen Komitees im Rahmen der EPZ am 16./17. Juli 1980 in Luxemburg „das Mandat der europäischen Erkundungsmission definieren“ solle. Dafür solle ein Teilnehmerkreis aus der EG-Präsidentschaft „auf Außenministerebene mit kleiner Expertengruppe der Neun“ gebildet werden: „Diskussion zeigte ferner weitgehenden Konsens hinsichtlich der Adressaten der europäischen Erkundungsmission. Zunächst ist an engeren Kreis unmittelbar betroffener Parteien gedacht und dabei an erster Stelle an Israel (damit soll vermieden werden, daß Israel wegen vorausgehender Kontakte der Erkundungsmission mit der PLO ablehnt, Mission zu empfangen). Mögliche negative Reaktion der arabischen Seite auf die als präferentiell empfundene Behandlung Israels soll [...] durch zeitliche Abstimmung der im Rahmen des EAD zu unternehmenden Schritte oder auch durch bilaterale Erläuterungen aufgefangen werden.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 3470; VS-Bd. 11079 (200); B 150, Aktenkopien 1980.

²⁹ Der luxemburgische Außenminister Thorn besuchte als amtierender EG-Ratspräsident am 29./30. Juli 1980 Tunesien, am 31. Juli und 1. August Israel, am 4./5. August Libanon, am 6./7. August Syrien, vom 7. bis 10. August Jordanien, am 19. August 1980 Kuwait, am 20. August Irak, am 23. August 1980 Saudi-Arabien sowie am 30./31. August 1980 Ägypten. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 7-8/1980, S. 94. Vgl. dazu ferner Dok. 229, Anm. 22, und Dok. 247, Anm. 20.

³⁰ Zum informellen Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 17./18. Mai 1980 in Neapel vgl. Dok. 149, Anm. 6.

tion gemäß der Venedig-Erklärung und der Intensivierung des EAD unter Einbeziehung politischer Themen³¹ zugrunde gelegen habe.

François-Poncet bemerkte dazu, daß dann, wenn Thorn nach Tunis gehe, dies nicht unbedingt nur dem EAD gelten müsse. Er wies ferner darauf hin, daß der Außenminister der Präsidentschaft³² nicht von einer großen Gruppe von Experten begleitet werden sollte. Es genügten einige wenige, die wechseln könnten; bei einer Reise Franzosen, bei einer anderen Deutsche usw.

Im Zusammenhang mit der Palästina-SGV der VN³³ sprach *François-Poncet* das Auftreten der Neun und die Frage einer Entschließung an. Bezüglich der Vertretung der Neun waren sich die beiden Außenminister einig, daß die Neuner-Position in einer auf der Venedig-Erklärung beruhenden Rede der luxemburgischen Präsidentschaft darzulegen sei, und zwar durch den luxemburgischen Außenminister selbst³⁴, wenn nicht der Eindruck erweckt werden sollte, die Neun müßen ihrer eigenen Erklärung nicht mehr die ihr am Anfang gegebene Bedeutung bei.

Bezüglich einer Entschließung der SGV meinte *François-Poncet*, entscheidend komme es darauf an, was die Araber wollten: einen extremen Text oder einen solchen, dem die Europäer auch zustimmen könnten. Der Präsident der Vollversammlung, Salim, habe ihm vor wenigen Tagen gesagt, daß er auf einen gemäßigten Text hinzuwirken bemüht sei. Unter diesen Umständen wäre es zweckmäßig, wenn man sich auf diplomatischem Wege über die arabischen Vorstellungen informierte. *François-Poncet* stellte auch die Vorlage eines eigenen Entschließungsentwurfs der Neun zur Diskussion.

³¹ Zum Europäisch-Arabischen Dialog vgl. Dok. 46, Anm. 15, und Dok. 62, Anm. 52.

In der Erklärung zum Europäisch-Arabischen Dialog vom 13. Juni 1980 in Venedig unterstrich der Europäische Rat die Bedeutung des Europäisch-Arabischen Dialogs und sprach sich für eine baldige gemeinsame Tagung beider Seiten aus, um dessen politische Dimension zu entwickeln. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 6/1980, S. 11.

Referat 310 vermerkte im Juli 1980, das Politische Komitee im Rahmen der EPZ habe am 26. Juni 1980 in Rom den Vorschlag der Europäischen Koordinierungsgruppe gebilligt, daß die luxemburgische EG-Ratspräsidentschaft dem Generalsekretär der Arabischen Liga, Klibi, ein Treffen auf politischer Ebene in Luxemburg vorschlagen solle: „Nach Möglichkeit soll dieses Treffen vor September stattfinden (die PLO übernimmt zu diesem Zeitpunkt aller Voraussicht nach die arabische Präsidentschaft). Es bestand Einvernehmen darüber, daß die europäische Seite durch Außenminister Thorn vertreten sein wird, um auch optisch die politische Bedeutung des Treffens zu unterstreichen, das die Wiederaufnahme des EAD in allen Bereichen (Politik, Wirtschaft und Kultur) nach außen besiegeln wird. [...] Hinsichtlich der politischen Dimension des EAD besteht unter den Neun noch kein abschließendes Einvernehmen. Der EAD soll nicht die in Ziffer 11 der Nahosterklärung des ER vorgesehenen Kontakte ersetzen, sondern parallel zu ihnen laufen. Über Mandat und Modalitäten der Kontakte werden die Außenminister am 22. Juli entscheiden.“ Vgl. Unterabteilung 31, Bd. 135618.

³² Luxemburg hatte vom 1. Juli bis 31. Dezember 1980 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

³³ Gesandter Zimmermann, New York (VN), berichtete am 2. Juli 1980, der senegalesische VN-Botschafter Kane habe am Vortag in einem Schreiben an VN-Generalsekretär Waldheim beantragt, „unter der Resolution der GV 377 VA 50, der sog. Resolution ‚uniting for peace‘, die Palästina-Frage in einer Notstandssondersitzung der GV zu beraten. Hiermit ist der förmliche Schritt eingeleitet, um die für den 22. bis 29. Juli 1980 vorgesehene Sonder-GV für Palästina auf den Weg zu bringen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1724; Referat 200, Bd. 112915.

Zur Notstandssondertagung der VN-Generalversammlung über Palästina in New York vgl. Dok. 222, Anm. 3.

³⁴ Für den Wortlaut der Rede des luxemburgischen Außenministers Thorn als amtierender EG-Ratspräsident am 24. Juli 1980 bei der Notstandssondertagung der VN-Generalversammlung über Palästina vgl. BULLETIN DER EG 7-8/1980, S. 95–97.

Bundesminister kündigte an, daß er am 9.7. Gast der arabischen Botschafter in Bonn sei und dabei diese Frage anschnitten werde.³⁵

François-Poncet unterstrich, wir müßten unseren Verbündeten sagen, daß sie vernünftig sein und einen Entwurf produzieren sollten, dem alle Neun zustimmen könnten. Müßten wir uns von einem arabischen Text distanzieren, könnte dies zu einer Situation führen, in der das Ergebnis von Venedig mit der amerikanischen und ägyptischen Position in einen Topf geworfen würde. Außerdem stünden wir dann vor der Gefahr eines Auseinanderfallens des Stimmverhaltens der Neun.

D2 berichtete über die diesbezügliche Erörterung im PK, wo die Meinung durchaus vorherrschte, die Neun sollten keinen eigenen Entwurf einbringen, sondern lieber einen arabischen Entwurf abwarten und diesen dann so zu verbessern suchen, daß er zustimmungsfähig wird. Ein eigener Entwurf der Neun müßte selbstverständlich Venedig reflektieren; Änderungswünsche, insbesondere der Araber, würden aber nicht ausbleiben und könnten, ginge man auf sie ein, den Eindruck erwecken, wir gäben Teile unserer Position freiwillig auf; zu weitgehende Amendierungen müßten uns sogar veranlassen, uns von dem von uns selbst initiierten Entwurf schließlich zu distanzieren, was die Lage noch mehr verhärten würde.

Der Gedanke eines eigenen Entwurfs der Neun wurde in der Unterhaltung der Außenminister dann nicht mehr weitergeführt.

Referat 203, Bd. 140656

³⁵ Im Gespräch mit dem französischen Außenminister François-Poncet am 10. Juli 1980 berichtete Bundesminister Genscher über sein Gespräch mit Botschaftern der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga am Vortag, „die er nach den arabischen Absichten gefragt und denen er den Rat gegeben habe, auf Angriffe zu verzichten und sich sachlich zu äußern; werde das beachtet, könne man mit einer konstruktiven Aufnahme durch die Europäer rechnen, die jedoch keinerlei Angriffe gegen ihnen befreundete Staaten akzeptieren könnten. Er, BM, habe dies auch dem PLO-Vertreter gesagt, der schon nach Beirut abgereist sei, wo die Entschließung vorbereitet werde.“ Der tunesische Botschafter Guiga habe ihn, Genscher, am 10. Juli 1980 gefragt, „ob dem Vertreter der PLO in Bonn ein Status wie in Paris eingeräumt werden könnte. Er, BM, habe auf diese Frage nicht geantwortet, weil er den Status des PLO-Vertreters in Paris nicht kenne. F[rancis] P[oncet] wies darauf hin, daß der PLO-Vertreter in Paris keinen diplomatischen Status habe, also keine Immunität genieße und auch nicht das Chiffrierrecht habe. Er vertrete in französischen Augen keine Regierungsorganisation. Er habe lediglich ein Büro mit dem Schild ‚PLO‘ vor der Tür. BM meinte hierzu, letzteres könne er dem PLO-Mann in Bonn auch nicht verbieten.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung vom 4. August 1980; Referat 202, Bd. 140656.

205

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech**213-321.10 SOW-1606/80 VS-vertraulich****8. Juli 1980¹**

Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister zur Unterrichtung und mit dem Vorschlag der Weiterleitung an das Bundeskanzleramt

Betr.: Veröffentlichung durch die „Welt“ vom 7. Juli 1980 eines Teils der Moskauer Gespräche³

I. 1) Die „Welt“ erklärte in ihrer Ausgabe vom 7. Juli, Seite 1, ihr seien „jetzt die geheimen Einzelheiten des Geheimgespräches bekannt geworden, das Helmut Schmidt mit Leonid Breschnew über die Probleme der nuklearen Abrüstung geführt hat“.⁴ Sie veröffentlicht einen Text, den sie als „Protokollaufzeichnung“ oder „Protokollnotiz“ bezeichnet. Angaben über das Datum des Gespräches und die Teilnehmer werden nicht gemacht.

2) Der Text der „Welt“ bezieht sich nur auf eines der drei Delegationsgespräche, nämlich das zweite, das am Vormittag des 1. Juli (von 11.00 Uhr bis 13.20 Uhr) stattfand. Es gibt lediglich einen Teil des Gespräches wieder, und zwar den ersten, der der Mittelstreckenproblematik gewidmet war, und auch ihn nicht in vollem Umfang, sondern nur etwa zu vier Fünfteln. Die Ausführungen des Bundeskanzlers über die Bedrohung der Bundesrepublik Deutschland durch die sowjetischen Mittelstreckenwaffen sind weggelassen worden.

3) Ein Vergleich des in der „Welt“ abgedruckten Textes mit dem in der Botschaft Moskau am 1.7. gefertigten (VLR I Höynck auf dem Flugplatz Wnukowo mitgegebenen) Entwurf sowie mit der am 2.7. im Referat 213 hergestellten endgültigen Fassung des Protokolls⁵ ergibt folgendes:

a) Die Veröffentlichung gibt im ganzen den Inhalt des Teils des Gesprächs, auf den sie sich bezieht, zutreffend wieder.

b) Sie ist an keiner Stelle mit dem im Auswärtigen Amt am 2.7. hergestellten endgültigen Protokoll identisch, und zwar auch an den Stellen nicht, an denen sie vorgibt, die Quelle wörtlich zu zitieren.

c) An wenigen Stellen bestehen Übereinstimmungen, und zwar entweder in einzelnen Sätzen oder in Satzteilen, mit dem Vorentwurf der Botschaft Moskau vom 1.7.

d) Der in der „Welt“ wiedergegebene Text enthält an zwei Stellen Passagen, die weder im endgültigen Protokolltext vom 2.7. noch im Vorentwurf der Botschaft

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Arnot konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 9. Juli 1980 und erneut am 22. Juli 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 213 verfügte.

Hat Arnot am 25. Juli 1980 erneut vorgelegen.

² Hat Staatssekretär van Well am 8. Juli 1980 vorgelegen.

³ Vgl. dazu den Artikel „Die geheimen Einzelheiten der Moskauer Gespräche“; DIE WELT vom 7. Juli 1980, S. 1 f.

⁴ Für die deutsch-sowjetischen Regierungsgespräche am 30. Juni 1980 und 1. Juli 1980 vgl. Dok. 192, Dok. 193 und Dok. 195.

⁵ Vgl. Dok. 193.

vom 1.7. enthalten sind und die RL 213 von Breschnew gehört zu haben glaubt, die aber wegen Breschnews Sprechgeschwindigkeit und ihrer der Sache nichts hinzufügenden Bedeutung nicht mitgeschrieben wurden.

e) Ein sprachlicher Vergleich des Textes der „Welt“ mit den deutschen Fassungen zeigt, daß bei den Ausführungen Breschnews der Ausdruck „deutlich machen“ verwandt wird, der weder von BR I Dingens noch von VLR I Arnot festgehalten worden war. Hier handelt es sich um eine Einfügung aus dem deutschen politischen Sprachgebrauch. Andererseits fällt auf, daß der vom Bundeskanzler bezüglich der amerikanischen Regierung verwandte Begriff „Administration“ in der „Welt“ anders als in den beiden genannten Niederschriften des Auswärtigen Amts bzw. der Botschaft zweimal mit „Verwaltung“ wiedergegeben wird. Diese Wiedergabe macht den Eindruck, daß ein mit den amerikanischen Verhältnissen und dem dafür gängigen deutschen Sprachgebrauch nicht voll vertrauter „Redakteur“ am Text gewirkt hat, es sei denn, daß derartige „Fehler“ beabsichtigt waren.

4) Es fällt auf, daß die Publikation in der „Welt“ insbesondere die Ausführungen des Bundeskanzlers über unsere Sicht der Bedrohung durch die sowjetischen Mittelstreckenpotentiale nur sehr verkürzt berücksichtigt und die Darlegungen über die Bedeutung dieser Waffen als Mittel politischer Bedrohung praktisch vernachlässigt. Der Ton liegt vielmehr stark – wenn auch mit Ausnahmen – auf der Wiedergabe sowjetischer Auffassungen; die Äußerungen des Bundeskanzlers erscheinen im wesentlichen als bloße Reaktionen auf sowjetisches Vorbringen.⁶

Diese Disproportion dürfte bei der Beurteilung, wer aus der Veröffentlichung einen Gewinn zieht, in Rechnung zu stellen sein.

5) Zur Fertigung der endgültigen Protokollfassung über die Vormittagssitzung des 1.7. durch das Auswärtige Amt:

Im Unterschied zur Protokollierung des ersten Gesprächstages war es am 1.7. nicht möglich, noch in Moskau ein konsolidiertes Protokoll herzustellen.

BR I Dingens, Botschaft Moskau, hat über die erste Hälfte der Gesprächsrunde einen Vorentwurf eines Protokolls hergestellt, den er, wie bereits bemerkt, beim Abflug in Moskau VLR I Höynck, Bundeskanzleramt, aushändigte.

VLR I Höynck hat während des Rückflugs eine im Flugzeug gefertigte Ablichtung dieses Vorentwurfs an den für die Erstellung des Gesamtprotokolls verantwortlichen RL 213, VLR I Arnot, gegeben. Dieses Exemplar, das am 2.7. auch D 2⁷ zur Einsicht vorgelegt wurde, war Material für die Fertigung des endgültigen Protokolls durch VLR I Arnot und ist, von der Einsichtnahme D 2 abgesehen, weder vervielfältigt noch anderen Arbeitseinheiten innerhalb oder außerhalb der Abteilung 2 überlassen worden.

Die von VLR I Arnot am 2.7. hergestellte vollständige und endgültige Protokollfassung wurde an diesem Tage lediglich dem Ministerbüro zur Weiterleitung

⁶ Zu diesem Absatz ergänzte Ministerialdirektor Blech handschriftlich: „Abgesehen davon ist festzustellen, daß die am 1. Gesprächstag behandelten Themen (Afgh[anistan]!) in der ‚Welt‘ gar nicht berücksichtigt sind.“

⁷ Klaus Blech.

an den auf der Reise nach Washington befindlichen Herrn Minister⁸ und den ihn begleitenden Staatssekretär⁹ sowie an D2 gegeben.

Am 3.7. – nach der Regierungserklärung¹⁰ – wurde je ein Exemplar MD Meyer-Landrut, VLR I Hofmann (Ref. 201) und VLR I Citron (als Dg22 i. V.) zugeschrieben.

Bei der Fertigung dieses Protokolltextes wurden von VLR I Arnot nur seine eigenen Notizen und der Vorentwurf Dingens', nicht jedoch etwa vorhandene Notizen anderer Delegationsmitglieder verwendet.

Wir können nicht ausschließen, daß das Diktat des Entwurfs des Protokolls von BR I Dingens in der Botschaft Moskau von außen abgehört worden ist.

6) Die Veröffentlichung des Textes in der „Welt“ folgt wenige Tage auf die Veröffentlichung durch dpa eines Schreibens Generalsekretär Breschnews an den Bundeskanzler¹¹, das MP Strauß in der Bundestagsdebatte am 3.7. in großen Teilen vorlas.¹²

Blech

VS-Bd. 13165 (213)

⁸ Zum Aufenthalt des Bundesministers Genscher am 2. Juli 1980 in den USA vgl. Dok. 196 und Dok. 198.

⁹ Günther van Well.

¹⁰ Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Schmidt am 3. Juli 1980 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 116, S. 18583–18588.

¹¹ Zum Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 4. März 1980 vgl. Dok. 78.

¹² Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 116, S. 18595.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Wallau notierte am 9. Juli 1980, Ministerialdirektor von Staden, Bundeskanzleramt, habe mitgeteilt, es sei auffallend, „daß das angebliche Protokoll in der ‚Welt‘ fast wörtlich das wiedergebe, was der sowjetische Dolmetscher in Moskau gesagt habe, und daß der sowjetische Dolmetscher ganz besonders langsam gesprochen habe, weil er hierzu von Herrn Blatow aufgefordert worden war“. Staden vermute, „daß hier versucht werde, Spuren zu verwischen. Uns würde suggeriert, daß die Wiedergabe in der ‚Welt‘ von jemandem aus der deutschen Delegation stamme, der mitgeschrieben habe.“ Vgl. VS-Bd. 14091 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

Oberamtsrat Noack vermerkte am 14. Juli 1980, Bundesminister Genscher habe am 9. Juli 1980 im Bundeskabinett dargelegt, „daß die Veröffentlichung in der Sache keinen Anlaß zur Beunruhigung gebe, da sie kein anderes Bild vermittele als der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung. Einzige Ausnahme: Es werde fälschlich der Eindruck erweckt, als ob der Bundeskanzler die Einbeziehung der englischen, französischen und chinesischen Mittelstreckenwaffen geradezu erfragt habe. Hier habe das Auswärtige Amt gegenüber den betroffenen Regierungen bereits für Klarstellung gesorgt. Wesentlich gravierender sei es jedoch, daß durch diese Veröffentlichung das Vertrauenskonto der Bundesregierung gegenüber fremden Regierungen geschmälert werden könnte.“ Vgl. Referat 213, Bd. 133136.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Arnot legte am 13. November 1980 Gründe dar, warum der in der Tageszeitung „Die Welt“ veröffentlichte Text vermutlich von sowjetischer Seite stamme: „Hauptindiz dafür ist die folgende Beobachtung: Während Breschnew erklärt hatte, daß die FBS gleichzeitig und in einem organischen Zusammenhang mit den Mittelstreckenwaffen behandelt werden müssen, wird in der ‚Welt‘ von einem ‚inneren und unauflösbaren Zusammenhang‘ gesprochen. Die Formel vom ‚unauflösbaren Zusammenhang‘ ist in einem Bericht der ‚Prawda‘ vom 11. Juli über ein Gespräch des Politbüromitglieds Kirilenko mit italienischen Kommunisten verwendet worden, taucht jedoch nicht, entsprechend dem tatsächlichen Verlauf des Gesprächs, im Protokoll des Auswärtigen Amts auf. Ein weiteres Indiz ist semantischer Natur. Während der Bundeskanzler von der amerikanischen ‚Administration‘ gesprochen hatte, ist dieser Begriff an zwei Stellen in der ‚Welt‘ mit ‚Verwaltung‘ wiedergegeben worden, vermutlich also von einer nicht ganz sachkundigen Person aus dem Russischen übersetzt.“ Vgl. Referat 213, Bd. 133136.

206

Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Mützelburg**220-370.73/10-1178I/80 geheim****8. Juli 1980¹**

Betr.: LRTNF-Rüstungskontrollangebot;
hier: geplantes amerikanisches Vorgehen

Anlg.: US-Papier vom 8.7.80, 220-1178/80 geheim²

1) US-Botschaft übergab auf Arbeitsebene (Peyer/Mützelburg) am 8.7. anliegendes Papier mit der Bitte um möglichst umgehende Reaktion.

2) Papier enthält folgenden amerikanischen Vorschlag zum weiteren Vorgehen, der gleichzeitig London und Rom übermittelt wurde:

a) In Folge der Moskauer Gespräche BK Schmidt/GS Breschnew³ will der stellvertretende US-AM Christopher noch in dieser Woche sowjetischen Botschafter einbestellen, um unmittelbare Erläuterung der sowjetischen Reaktion auf amerikanisches Rüstungskontrollangebot zu erhalten⁴ (Hinweis auf ggf. nötiges „follow-up“).

b) Ergebnis dieses Gespräches soll unmittelbar unter Alliierten zur Diskussion zwischen PermReps⁵ zirkuliert werden.

c) Zur Vorbereitung der September-Sitzung der SCG⁶ werden USA im August Vorschläge für das weitere Vorgehen erarbeiten und zirkulieren, wofür sie Stellungnahmen im PermReps-Rahmen erbitten.

d) In den nächsten Tagen werden USA weitere Überlegungen, namentlich zur Frage von Vorgesprächen, übermitteln.

3) US-Papier betont des weiteren, daß

- USA und Bündnispartner Zeit brauchen, um die vollen Dimensionen der SU-Reaktion auf das US-Rüstungskontrollangebot sowie das weitere Vorgehen zu bedenken,

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 8. Juli 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher am 9. Juli 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Wie wird Special Group beteiligt?“

Hat Amtsrat Kusnezow am 9. Juli 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) H[errn] Mützelburg tele[fonisch] v[on] BM Verm[erk] unterrichtet. 2) Über BStS u. H. D 2/Dg 22 H. RL 220.“ Hat Ministerialdirektor Blech vorgelegen.

Hat Wallau am 14. Juli 1980 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Citron „n[ach] R[ückkehr]“ und Legationsrat I. Klasse Mützelburg „n. R.“ verfügte und handschriftlich vermerkte: „Frage durch Zuschrift an MB v. 22.7. erledigt.“

Hat Citron vorgelegen.

² Für das undatierte Papier vgl. VS-Bd. 11343 (220).

³ Zum Besuch des Bundeskanzlers Schmidt und des Bundesministers Genscher am 30. Juni und 1. Juli 1980 in Moskau vgl. Dok. 192–195.

⁴ Zum Gespräch des stellvertretenden amerikanischen Außenministers Christopher mit dem sowjetischen Botschafter in Washington, Dobrynin, am 10. Juli 1980 vgl. Dok. 214 und Dok. 215.

⁵ Permanent Representatives.

⁶ Zur Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO am 15./16. September 1980 in Brüssel vgl. Dok. 271 und Dok. 272.

- das vorgeschlagene Verfahren durchaus prompt ist, da SU praktisch unverzüglich angesprochen wird, wobei während der Sommermonate weiterzuarbeiten ist,
- das Vorgehen zugleich in Bonn, London und Rom konsultiert wird; wenn möglich, solle dann beim NAC⁷ am 9. oder 10. Juli Näheres vorgetragen werden.⁸

4) Ich antwortete, daß ich nicht zu offiziellen Reaktionen ermächtigt sei, aber US-Vorschlag sofort weiterleiten würde. Meine erste persönliche Reaktion sei, daß Vorschlag ganz auf Linie der Bundesregierung liege und mir es begrüßenswert scheine, daß USA unverzüglich unmittelbaren offiziellen Kontakt zu SU suche und damit auf sowjetische Reaktion eingehe.

5) Herrn D2⁹ und BStS habe ich den Inhalt des US-Papiers telefonisch übermittelt.

6) Um 13.15 Uhr rief Herr RL 201¹⁰ an, um die Weisung des Herrn StS¹¹ durchzugeben, daß der US-Botschaft unsere volle Unterstützung der amerikanischen Position übermittelt werden möge. Das ist geschehen.¹²

7) Für unsere vorbehaltlose Zustimmung sind insbesondere folgende Gesichtspunkte maßgebend:

- Wir begrüßen unverzügliche Aufnahme des Moskauer Gesprächsfadens und der sich abzeichnenden Verhandlungsperspektive.
- Rasche offizielle amerikanische Antwort auf sowjetische Reaktion unterstreicht konstruktiven Geist, mit dem USA und Alliierte diese Reaktion prüfen.
- Sie macht klar, daß sich USA als Adressat des sowjetischen Signals verstehen, unterstreicht damit, daß sowjetische Anregung Reaktion auf amerikanisches Verhandlungsangebot ist und
- betont Charakter der in Aussicht genommenen Gespräche als Teil des bilateral zwischen USA und SU geführten SALT-Prozesses.
- Nach raschem und konstruktivem Signal gegenüber SU bleibt Zeit für sorgfältige Prüfung sowjetischer Reaktion innerhalb Allianz.

Mützelburg

VS-Bd. 11343 (220)

⁷ North Atlantic Council.

⁸ Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), berichtete am 9. Juli 1980, der stellvertretende Leiter der amerikanischen Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel, Glitman, habe den Ständigen NATO-Rat im kleinen Kreis über das beabsichtigte Vorgehen der amerikanischen Regierung informiert. Dabei habe er betont, „daß wir mit der Formel ‚sowjetische Reaktion‘ arbeiten sollten, um ganz klarzumachen, daß die rüstungskontrollpolitische Initiative von den USA und der Allianz ausgegangen sei“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 997; VS-Bd. 10329 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

⁹ Klaus Blech.

¹⁰ Wilfried Hofmann.

¹¹ Günther van Well.

¹² Vortragender Legationsrat I. Klasse Arz von Straussenburg unterrichtete die Botschaften in Washington, London und Moskau sowie die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel am 8. Juli 1980, der amerikanischen Regierung sei volle Unterstützung für ihr Vorgehen zugesagt worden. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 3611; VS-Bd. 11343 (220); B 150, Aktenkopien 1980.

207

Aufzeichnung des Staatssekretärs van Well**014-StS-119/80 VS-NfD****9. Juli 1980¹**

Bei einem gesellschaftlichen Anlaß hatte ich heute ein Vier-Augen-Gespräch mit dem britischen Botschafter. Ich erwähnte, wir hätten aus London Hinweise, wonach man in britischen Regierungskreisen verstimmt sei über mangelnden Kontakt seitens der Bundesregierung nach der Moskau-Reise des Bundeskanzlers.² Diese Hinweise hätten uns überrascht.³ Wir seien gegen Mitternacht am 1./2. Juli aus Moskau zurückgekehrt, und der Bundesaußenminister und ich seien am 2. Juli um 7 Uhr nach Washington geflogen.⁴ Die prioritäre Unterrichtung der amerikanischen Regierung sei notwendig gewesen wegen der sowjetischen Reaktion in der TNF-Frage, die gewichtiger ausgefallen sei, als ursprünglich angenommen wurde. Der Zwischenaufenthalt in Paris, wo der Minister am Flugplatz François-Poncet gesprochen habe⁵, müsse im Zusammenhang mit der Tatsache gesehen werden, daß der französische Präsident nach den Gesprächen mit Breschnew in Warschau⁶ François-Poncet sofort zur Unterrichtung des Bundeskanzlers und Bundesaußenministers nach Bonn entsandt habe. Herr Minister Genscher habe unmittelbar nach Eintreffen in Washington vom Dienstzimmer von Minister Muskie aus Lord Carrington und Colombo angerufen, um ihnen eine Unterrichtung noch am 3. Juli anzubieten, und zwar vorzugsweise im Kreise der Neun. Falls das nicht zu arrangieren sei, habe er sich auch bereit erklärt, am 3. Juli nach London und Rom zu fliegen. Im übrigen habe ja dann eine volle Unterrichtung der Neun in Luxemburg durch Herrn

¹ Hat Amtsrat Kusnezow am 10. Juli 1980 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 23. Juli 1980 vorgelegen.

Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.

² Zum Besuch des Bundeskanzlers Schmidt und des Bundesministers Genscher am 30. Juni und 1. Juli 1980 in Moskau vgl. Dok. 192–195.

³ Botschafter Ruhfus, London, berichtete am 8. Juli 1980, in der britischen Regierung herrsche Enttäuschung über eine „Ungleichbehandlung Großbritanniens“: „Man gab uns zu verstehen, daß man sich mit den kleineren EG- und NATO-Partnern auf eine Stufe gestellt sieht. Wir müssen wohl auch davon ausgehen, daß das Telefongespräch des Herrn BM mit Lord Carrington kaum als voller Ausgleich für die ‚Vorzugsbehandlung‘ Frankreichs angesehen wird. Im übrigen scheint bei den Überlegungen im FCO eine erhebliche Rolle zu spielen, daß auch in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehen mußte, GB werde in dieser Frage nicht als wichtiger Partner angesehen (the PR aspect of the matter)“. Staatsminister Hurd sagte mir anlässlich meines Abendessens für M[inister]P[räsident] Albrecht, Außenminister Lord Carrington sei so verstimmt gewesen, daß er zunächst die Absicht gehabt habe, ihn nicht zur Neuner-Unterrichtung nach Luxemburg zu entsenden. Er habe dann aber doch anders entschieden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1143; VS-Bd. 11106 (204); B 150, Aktenkopien 1980.

⁴ Zum Aufenthalt des Bundesministers Genscher am 2. Juli 1980 in den USA vgl. Dok. 196 und Dok. 198.

⁵ Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister François-Poncet in Paris vgl. Dok. 199, Anm. 5.

⁶ Staatspräsident Giscard d'Estaing führte am 19. Mai 1980 mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, und dem Ersten Sekretär des ZK der PVAP, Gierek, ein Gespräch in Warschau. Vgl. dazu Dok. 154 und Dok. 159.

Minister Genscher⁷ und des NATO-Rats in Brüssel durch mich am 3. Juli⁸ stattgefunden.

Sir Oliver Wright erwiderte, es sei richtig, daß man in London verstimmt gewesen sei. Dies aber weniger wegen der tatsächlichen Unterrichtung; man würdige voll die Bereitschaft des Bundesministers, auch London zu unterrichten. Vielmehr habe London die Optik verstimmt. Es sehe so aus, als ob Großbritannien an den Rand des Geschehens gedrängt werde. Die Leistungen Großbritanniens in Berlin und in der Rheinarmee würden als selbstverständlich angesehen. Mit Paris fände eine engste Abstimmung statt. Die Rolle und Verantwortung Großbritanniens würden nicht mehr voll gewürdigt.

Aber diese jüngste Angelegenheit sei nicht das einzige Gravamen. Die Reibungspunkte häuften sich. Und zwar sei die Frage des britischen Beitrags zum EG-Haushalt grundsätzlich geregelt⁹, aber nun ergäben sich ernste Schwierigkeiten in der praktischen Durchführung der getroffenen Regelung. Wir hätten mit Frankreich bilateral Einvernehmen erzielt, auch über die Anwendung von Artikel 235 des EG-Vertrags¹⁰. Großbritannien sei nicht in derselben Weise zu Rate gezogen worden. Gestern sei ein Emissär des britischen Finanzministeriums im BMF gewesen. Dabei hätte es eine große Enttäuschung hinsichtlich der Überweisung der deutschen Zahlungen gegeben. Er, Sir Oliver, habe Ende vergangener Woche mit StM von Dohnanyi telefoniert, ohne eine Klärung zu erlangen. Die britische Seite wisse, daß wir im laufenden Jahr Schwierigkeiten hätten, die Zahlungen vorzunehmen. Das Auseinanderfallen des Haushaltsjahres ermögliche es uns, die anstehenden Zahlungen noch in den ersten Monaten 1981 zu leisten. Er habe diese Berechnungsmodalität seinerzeit seiner Regierung mitgeteilt und hervorgehoben, daß die Deutschen ihr Wort halten würden. Nun gerate diese Kompromißlösung in große Schwierigkeiten.

Ich antwortete, daß wir nicht den geringsten Zweifel daran aufkommen ließen, wie wir die Rolle und Verantwortung Großbritanniens vor allem in Berlin und in der NATO einschätzten. Großbritannien gehöre zu den engsten Partnern der Bundesrepublik Deutschland. Das wollten wir auch so halten. Hinsichtlich der EG-Problematik würde ich mich erkundigen. Im übrigen schlug ich vor, daß wir die Teilnahme von StM Hurd an den Siebener-Konsultationen am 15. Juli zur Seerechtsproblematik¹¹ für einen bilateralen Gedankenaustausch nutzen.

⁷ Zur Unterrichtung in der außerordentlichen Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 3. Juli 1980 in Luxemburg vgl. Dok. 208.

⁸ Zur Unterrichtung des Ständigen NATO-Rats im kleinen Kreis am 3. Juli 1980 durch Staatssekretär van Well vgl. die Drahtberichte Nr. 969/970 des Botschafters Pauls, Brüssel (NATO), vom selben Tag; VS-Bd. 14091 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

⁹ Zum Beschluß des EG-Ministerrats vom 29./30. Mai 1980 in Brüssel über den britischen Beitrag zum EG-Haushalt vgl. Dok. 178, Anm. 2.

¹⁰ Für Artikel 235 des Vertrags vom 25. März 1957 zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 898.

¹¹ Zum Beschluß der Teilnehmerstaaten des Weltwirtschaftsgipfels in Venedig vom 22. Juni 1980 für eine Besprechung auf Staatssekretärscherebene über die Dritte VN-Seerechtskonferenz, vgl. Dok. 183. Botschafter Ruhfus, London, teilte am 2. Juli 1980 mit, der Staatsminister im britischen Außenministerium, Hurd, werde den britischen Staatssekretär Palliser vertreten. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1114; Arbeitsstab 50, Bd. 125447.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Eitel notierte am 18. Juli 1980, bei dem Treffen in Gymnich am 15. Juli 1980 zum Stand der Dritten VN-Seerechtskonferenz habe Staatssekretär van Well die Frage aufgeworfen, „ob unter den Argumenten, die für einen baldigen Abschluß der Konferenz zu

Ich würde ihn hierzu gern am Montag, dem 14. Juli, abends einladen. Sir Oliver gab zu erwägen, ob er nicht zu einem Abendessen in die Residenz einladen könne, woran sich dann das Gespräch anschließen würde. Ich habe dem zugestimmt und auf Frage folgende mögliche deutsche Teilnehmer genannt: außer mir D2¹², D3¹³ und MD von Staden. Sir Oliver wollte sich zunächst mit Mr. Hurd in Verbindung setzen. Er bedankte sich sehr für die willkommene Anregung zu einem bilateralen Gespräch.

van Well

Referat 010, Bd. 178800

208

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Arnot

213-321.10 SOW-1627/80 VS-vertraulich

10. Juli 1980

Betr.: Reise des Bundeskanzlers und des Bundesministers in die Sowjetunion¹;
hier: Information communautaire am 3.7.1980 in Luxemburg²

I. Der Bundesminister unterrichtete die übrigen acht Außenminister am Nachmittag des 3. Juli 1980 in Luxemburg. Aus seiner Darstellung wird folgendes festgehalten:

1) Die Einladung zum Besuch sei von der sowjetischen Führung ausgesprochen worden. Der Besuch sei nicht näher qualifiziert worden, sei aber in der Sache ein Arbeitsbesuch gewesen (kein Gegenessen, aber gewisse protokollarische Aufbesserung durch militärisches Zeremoniell bei Ankunft und Abflug, Kranznieder-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1106

sprechen schienen, die These noch Gültigkeit habe, daß die bereits ausgehandelten Bestimmungen des allgemeinen Seerechts für den Westen so vorteilhaft seien, daß sie durch einen baldigen Konferenzabschluß gesichert werden müßten. Man könne sich fragen, ob durch die sowjetische Flottenrüstung und die Invasion Afghanistans nicht neue Elemente Berücksichtigung verdienten.“ Die amerikanischen Teilnehmer hätten Interesse am Abschluß der Seerechtskonferenz erkennen lassen und die japanischen ihr Interesse an der Mobilität der amerikanischen Flotte: „Es sei demnach wichtig, daß die amerikanischen Einheiten ohne Reibungsverluste mit Meerengen- und Archipelstaaten vom Indischen in den Pazifischen Ozean und umgekehrt verlegt werden könnten.“ Die kanadischen Vertreter hätten ihr Anliegen an einer Produktionsreglementierung des Meeresbodenregimes erläutert: „Die übrigen Besprechungsteilnehmer waren interessiert, die Tatsache des Treffens und den Inhalt der Erörterungen nicht in die Öffentlichkeit, insbesondere in die Presse, dringen zu lassen. Sie legten Wert darauf, auch jeden Eindruck eines konzertierten Vorgehens der sieben Staaten zu vermeiden.“ Vgl. Arbeitsstab 50, Bd. 125447.

¹² Klaus Blech.

¹³ Andreas Meyer-Landrut.

¹ Zum Besuch des Bundeskanzlers Schmidt und des Bundesministers Genscher am 30. Juni und 1. Juli 1980 in Moskau vgl. Dok. 192–195.

² In Luxemburg fand am 3. Juli 1980 eine außerordentliche Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ statt.

legungen). Das Gespräch am 30.6. habe von 17.00 Uhr bis gegen 20.00 Uhr gedauert, am Vormittag des 1.7. von 11.00 Uhr bis 13.30 Uhr und am Nachmittag des 1.7. zum Abschluß 30 Minuten. In einem Vier-Augen-Gespräch danach habe der Bundeskanzler spezifische, besonders delikate humanitäre Fragen mit Breschnew erörtert. Außerdem hätten der Bundeskanzler und er, der Minister, ein Gespräch mit Ustinow und Ogarkow geführt. Das Programm habe Rücksicht auf die Ruhebedürftigkeit Breschnews zwischen den Beratungen genommen.

Breschnew sei in erstaunlich guter körperlicher und geistiger Verfassung gewesen, besser als 1978 bei uns³ sowie beim Begräbnis Titos in Belgrad⁴. Kossygin habe einen lebendigen, präsenten Eindruck gemacht. Gromyko sei in der traditionell guten Verfassung gewesen. Breschnew habe Wert darauf gelegt, als die Nr. 1 der Führung zu erscheinen. Aber in wichtigen außenpolitischen Fragen habe Gromyko ein ganz erhebliches Gewicht gehabt bis hin zur Intervention bei Breschnew. Wir hätten vor dem Besuch den Wunsch ausgedrückt gehabt, zusätzlich mit anderen Politbüromitgliedern zusammenzutreffen neben den traditionellen Gesprächspartnern. Da beim Abendessen die Dolmetscher ungünstig plazierte gewesen seien⁵, sei aber schließlich nur ein Gespräch mit den Mitgliedern der Verhandlungsdelegation (Breschnew, Kossygin, Gromyko) und Suslow zustande gekommen.

Der Bundeskanzler habe in seiner Tischrede⁶ sehr deutlich die gemeinsamen Positionen dargelegt. Die Sowjets hätten diese Rede in einer ungewöhnlichen Form veröffentlicht (Ersetzung der Passagen zu Afghanistan und Mittelstreckenwaffen durch kritische Kommentare).⁷ Das Langfristige Programm sei nach langen Diskussionen von den beiden Botschaftern unterzeichnet worden (keine normale Gepflogenheit, daß sowjetischer Botschafter Programm in Moskau unterzeichnet).⁸

Gespräch wurde von Breschnew durch Verlesen vorbereiteter Zettel geführt. Es gab aber auch aufgrund von Zwischenbemerkungen einen Dialog. Entgegen der Übung ergriff Breschnew als erster das Wort.

2) Der Minister referierte sodann eingehend den Inhalt des Delegationsgespräches am Nachmittag des 30.6. und am Vormittag des 1.7., wobei er alle wichti-

³ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, hielt sich vom 4. bis 7. Mai 1978 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 135, Dok. 136, Dok. 142 und Dok. 143.

⁴ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher nahmen am 8. Mai 1980 an den Trauerfeierlichkeiten für Staatspräsident Tito in Belgrad teil.

⁵ Berndt von Staden schrieb dazu rückblickend: „Meine beiden Nachbarn sind zur Rechten der Stellvertretende Ministerpräsident Nowikow, zur Linken der Oberbürgermeister von Moskau. Beide sprechen nur Russisch, das ich zwar leidlich verstehe, worin ich mich aber nicht ausdrücken kann [...]. Auch sonst hat man deutsche und russische Gäste nach Protokoll nebeneinander gesetzt, ohne Rücksicht auf Verständigungsmöglichkeiten und ohne Dolmetscher. Quelle chance manquée!“ Vgl. STADEN, Eiszeit, S. 171.

⁶ Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Schmidt am 30. Juni 1980 vgl. BULLETIN 1980, S. 662–664.

⁷ Zur Wiedergabe der Rede des Bundeskanzlers Schmidt in der sowjetischen Tageszeitung „Prawda“ vgl. Dok. 199, Anm. 15.

⁸ Der sowjetische Botschafter Semjonow und Botschafter Wieck, Moskau, unterzeichneten am 1. Juli 1980 in Moskau das Langfristige Programm über die Haupttrichtungen der Zusammenarbeit der Bundesrepublik und der UdSSR auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie. Vgl. dazu Dok. 195.

gen Passagen sowohl der Ausführungen Breschnews als auch des Bundeskanzlers in beiden Sitzungen wörtlich aus den Protokollen vorlas.

3) Zum Gespräch mit Ustinow und Ogarkow stellte der Minister fest, es habe ein schnelles Hin und Her über den Tisch gegeben. Das Gespräch habe militärische Strategien und Potentiale zum Gegenstand gehabt, die Modernisierung und den Ausbau der Roten Flotte, die Mittelstreckenproblematik und MBFR. Es seien alles Argumente gewesen, die auf beiden Seiten bekannt gewesen seien. Auffällig sei bei den sowjetischen Gesprächspartnern die Detailkenntnis gewesen einschließlich derjenigen über unsere Beschränkungen im Rahmen der WEU, auch bezüglich des Schiffsbaus.⁹

4) Seine Bewertung des Gespräches faßte der Bundesminister folgendermaßen zusammen:

a) Zu Afghanistan habe es keine Bewegung gegeben, wohl aber hätten die Sowjets eine hohe Empfindlichkeit gegenüber Aktionen, insbesondere der Islamischen Konferenz¹⁰, gezeigt.

b) Die deutsche Dritte-Welt-Politik störe die sowjetischen Bestrebungen in diesem Gebiet, was die Richtigkeit der Auffassung unterstreiche, daß hier nicht nur in militärischen Kategorien zu denken sei, sondern auch in wirtschaftlichen und politischen.

c) Für die KAE sei es ganz wichtig, strikt an unseren Vorstellungen festzuhalten. Die SU wisse, daß wir die besseren Waffen hätten.

d) Er fühle sich in der in Ankara¹¹ vorgetragenen Auffassung bestätigt, daß nur die Entschlossenheit, beide Teile des Dezember-Beschlusses der NATO¹² zu verwirklichen, die Sowjetunion an den Verhandlungstisch bringe. Die Sowjets hätten die Einsicht, daß die Implementierung weitergehe, und versuchten daher, mit den FBS eine Schneise zu schlagen. Gestern habe er mit dem Präsidenten gesprochen und sei mit ihm einig gewesen, daß es richtig sei, eine konstruktive Prüfung vorzusehen und nicht, wie das gelegentlich auch der Fall gewesen sei, die Angelegenheit sofort vom Tisch zu wischen.¹³ Es sei wichtig, jetzt kein Urteil zu fällen. Für die öffentliche Behandlung sei sehr zu raten, von einer sowjetischen Reaktion auf den Vorschlag zu sprechen.

Zusammenfassend sei seine Überzeugung, daß der Besuch als solcher richtig gewesen sei und im richtigen Zeitpunkt stattgefunden habe. Sollte irgend jemand in Moskau Zweifel an unserer Position gehabt haben, so sei ihm diese nun unmißverständlich klar. Er warne allerdings vor vorzeitigen Hoffnungen über das weitere Gebaren der Sowjetunion zu Afghanistan. Wir sollten erkennen, daß es sich für den Westen lohne, immer wieder mit Initiativen aufzutreten. Wer aber

⁹ Zur Aufhebung der WEU-Herstellungsbefreiung beim Schiffsbau vgl. Dok. 237.

¹⁰ Zur Konferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz vom 17. bis 22. Mai 1980 in Islamabad und zur Bildung eines Dreierausschusses für Afghanistan vgl. Dok. 148, Anm. 7.

Zur Konferenz von afghanischen Widerstandsgruppen mit dem Dreierausschuß am 20./21. Juni 1980 bei Vevey vgl. Dok. 183, Anm. 9.

¹¹ Zur NATO-Ministerratstagung am 25./26. Juni 1980 in Ankara vgl. Dok. 190.

¹² Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 10.

¹³ Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Carter am 2. Juli 1980 in Washington vgl. Dok. 198.

eine Lösung in einem Moratorium gesehen habe, müsse sich nun widerlegt sehen. Je mehr die Nachrüstung weiterschreite, desto besser seien die Aussichten für Verhandlungen.

Aus den anschließenden Fragen und Antworten halte ich folgendes fest:

Minister Thorn sprach dem Bundesminister seinen Dank, auch im Namen der Kollegen, für die prompte und sehr ausführliche Unterrichtung aus.

Britischer Vertreter¹⁴: Gibt es keine Hinweise dafür, daß die Sowjets reale Sorgen über die militärischen und politischen Konsequenzen ihrer Handlungen in Afghanistan haben? Sind keine Differenzierungen innerhalb der sowjetischen Führung zutage getreten? Ist spezifisch klargeworden, daß die Sowjets die Forderung auf die Aufgabe des NATO-Beschlusses nicht mehr stellen? Haben die Sowjets zur Prozedur und Substanz etwas vorgeschlagen?

Der Bundesminister: Er habe keine Auffassungsunterschiede erkennen können. Aber aus seinen Ausführungen dürfe man nicht den Schluß ziehen, daß die Sowjets keine Sorgen hätten. Ihre Sorgen seien erheblich. Am meisten machten sie die islamischen Aktivitäten besorgt. Im übrigen hofften die Sowjets wohl auf den Zeitablauf und die Hinnahme. Es sei ganz zweifelsfrei, daß die Sowjets an ihren Gedanken der sofortigen Verhandlungen nicht die Bedingungen knüpften, daß der NATO-Beschluß aufgehoben werde. Sie gingen vielmehr von der Verwirklichung des Beschlusses aus. Zu Einzelheiten der Prozedur hätten wir uns nicht geäußert, da wir keine Nuklearmacht seien.

Italienischer AM Colombo: 1) Bestehen die Sowjets tatsächlich nicht mehr auf der Aufgabe des NATO-Beschlusses? 2) Die russische Forderung nach Verhandlungen über TNF in Verbindung mit FBS sei so, wie wenn man multilaterale Verhandlungen mit bilateralen Verhandlungen zusammen führe. Bedeutet dies den Versuch, diejenigen NATO-Länder, die noch nicht den Beschluß gefaßt haben, zu einem weiteren Abwarten zu bewegen? 3) Es ist ein klares Ergebnis, daß der Gedanke des Bundeskanzlers, für drei Jahre eine Art von Moratorium zu erreichen¹⁵, von den Sowjets ausdrücklich abgelehnt wurde. 4) Die Sowjets wünschen, daß ihrer Antwort ein konstruktiver Sinn gegeben werden sollte. Gab es darüber Absprachen mit den Partnern von gestern (Amerikanern)?

Bundesminister: Zu 4) Die amerikanischen Gesprächspartner hätten sich, ebenso wie wir, noch keine Meinung gebildet. Sie seien aber der Auffassung, daß der Vorschlag sorgfältig und konstruktiv geprüft werden sollte. Zu 3) Der Gedanke einer Art von Moratorium sei klar abgelehnt worden. Zu 2) Er wisse nicht, ob das Bild der Verknüpfung von multilateralen und bilateralen Verhandlungen richtig sei, denn bei den Mittelstreckenwaffen und den FBS handele es sich ausschließlich um amerikanische Systeme. Die Sowjets hätten auf die Einbeziehung der französischen, britischen und chinesischen Mittelstreckenwaffen verzichtet. Zu 1) Sie hätten in keiner Weise auf der Aufgabe des NATO-Beschlusses bestanden. Welche Motive die Sowjets hätten, sei ihm unbekannt. Eine andere Frage sei, welche Wirkung ihre Reaktion auslöse. Er könne sich nicht

¹⁴ Douglas Hurd.

¹⁵ Zu den Äußerungen des Bundeskanzlers Schmidt am 11. April 1980 in Hamburg bzw. am 12. April 1980 in Essen vgl. Dok. 111.

Zu den Äußerungen Schmidts am 9. Juni 1980 in Essen vgl. Dok. 175.

vorstellen, daß aus der Tatsache der sowjetischen Verhandlungsbereitschaft der Schluß gezogen werden könne, daß der NATO-Beschluß falsch gewesen sei. Nur die konsequente Durchführung des NATO-Beschlusses werde die sowjetische Seite an den Verhandlungstisch bringen. Er hoffe, daß sich aus dieser sowjetischen Reaktion eher eine positive Reaktion in den Ländern ergeben werde, die den Beschluß noch nicht gefaßt hätten.

Der niederländische Außenminister¹⁶: 1) Haben die Sowjets gesagt, daß sie jetzt keine Einbeziehung der britischen, französischen und chinesischen nuklearen Mittelstreckenwaffen wünschen? 2) Sind die Sowjets jetzt bereit, mit den Amerikanern zu sprechen? Ist der Wunsch der Russen, zu diskutieren, echt oder nur eine Art Ausweg? Wenn die Russen sagen, sie möchten schon jetzt diskutieren, vor der Ratifizierung von SALT II¹⁷, wollen sie Druck auf die Amerikaner ausüben, damit diese ratifizieren? Hat die französische Neutronenbombe eine Rolle gespielt?¹⁸

Bundesminister: Die Erklärung des französischen Präsidenten¹⁹ hat Breschnew überhaupt nicht erwähnt. Was die Neutronenbombe angeht, so hat er von „Übersee“ gesprochen und erkennbar angebliche amerikanische Pläne gemeint.²⁰ Zu 1) Ja, es soll nicht über französische, englische und chinesische Systeme gesprochen werden.

Der Verdacht könnte bestehen, daß mit der sowjetischen Reaktion eine Wirkung auf die Ratifizierung von SALT II erzielt werden solle. Nur rechne niemand damit, daß der Ratifizierungsprozeß sich so lange hinziehen wie der Verhandlungsprozeß dauern würde. Er glaube also nicht, daß es sich hier um ein Druckmittel handele. Andererseits solle das Ergebnis der Gespräche in den SALT-Prozeß hineingeführt werden. Ob die Sowjets überhaupt einen Verhandlungswillen hätten, werde man bei der Analyse in der NATO zu sehen haben.²¹ Die Analyse solle in aller Ruhe und mit großer Gründlichkeit vorgenommen werden. Sollte es sich bei der sowjetischen Reaktion um Propaganda handeln, so

¹⁶ Christoph van der Klaauw.

¹⁷ Zum Stand des Ratifizierungsverfahrens des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 im amerikanischen Senat vgl. Dok. 59.

¹⁸ Zur Modernisierung der französischen Nuklearstreitmacht vgl. Dok. 154, Anm. 13.

Botschafter Herbst, Paris, teilte am 26. Juni 1980 mit: „Der französische Staatspräsident hat in seiner Pressekonferenz am 26.6.1980 folgende in der Vorwoche getroffene Entscheidung des Verteidigungsrates über die Modernisierung der französischen strategischen und taktischen Systeme bekanntgegeben: a) Als Ersatz für die bis 1990/1992 zu ersetzenden Systeme (gemeint sind offensichtlich die Raketen des Plateau Albion und die Mirage-IV-Träger) soll ein bewegliches System gebaut werden. Bis Ende 1980 soll über die technischen Modalitäten dieses Systems entschieden werden. b) Über den Bau der Neutronenwaffe (Produktionsentscheidung) soll erst 1982/1983 entschieden werden, wie diese Entscheidung an die dann in Europa bestehende Lage anzupassen sei. Erste Versuche mit dieser Waffe seien bereits unternommen worden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1458; Referat 201, Bd. 120180.

¹⁹ Für den Wortlaut der Ausführungen des Staatspräsidenten Giscard d'Estaing am 26. Juni 1980 vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1980, II, S. 210–222. Vgl. dazu ferner Dok. 199, Anm. 4.

²⁰ Zum Stand der Entwicklung der Neutronenwaffe in den USA vgl. Dok. 131, Anm. 7.

²¹ Staatssekretär van Well unterrichtete den Ständigen NATO-Rat im kleinen Kreis am 3. Juli 1980 in Brüssel über die Ergebnisse der Reise des Bundeskanzlers Schmidt und des Bundesministers Genscher am 30. Juni und 1. Juli 1980 in die UdSSR. Vgl. dazu die Drahtberichte Nr. 969/970 des Botschafters Pauls, Brüssel (NATO), vom 3. Juli 1980; VS-Bd. 14091 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

komme es ihm darauf an, die Sowjets darin nicht durch eine sofortige negative Reaktion zu unterstützen.

Er wolle im übrigen sagen, der Bundeskanzler habe in Moskau zum Ausdruck gebracht, daß wir in nichts von dem abweichen, was der Westen wolle, namentlich in bezug auf die Dokumente der EG, des Siebener Gipfels²² und der Konferenz von Ankara. Wenn dies eine gute Vertretung der Bündnispositionen in Moskau gewesen sein sollte, dann sei etwas Wichtiges geschehen.

Dänischer Vertreter: Er stimmt zu, daß die sowjetischen Vorstellungen über Gespräche über Mittelstreckenwaffen als eine Reaktion auf die NATO-Beschlüsse verstanden werden sollten. 1) Haben sich die Sowjets pessimistisch oder optimistisch über ihr Verhältnis zu den USA geäußert? 2) Wir müssen die MBFR-Verhandlungen zunehmend unter dem Gesichtspunkt eines weltweiten Engagements der USA sehen.

Bundesminister: Zu 1) Die sowjetische Seite hält die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen für im Ost-West-Verhältnis zentral. Er könne nicht sagen, ob die Sowjets diese Beziehungen optimistisch oder pessimistisch beurteilten, aber jedenfalls wiesen sie ihnen den Rang Nr. 1 zu. Es gebe einen regen Meinungsaustausch zwischen den USA und der SU, in dem die Sowjets diese Bewertung wiederholt hätten.

Der belgische Außenminister²³: 1) Er habe den Eindruck, die Sowjets glaubten, daß der NATO-Beschluß irreversibel sei. 2) Gibt es von deutscher oder sowjetischer Seite den Vorschlag, die Kontakte fortzusetzen? 3) Er glaube auch, daß es ein guter Gedanke sei, die sowjetischen Überlegungen als Reaktion zu bezeichnen.

Bundesminister: Zu 2) Er werde Gromyko, wie jedes Jahr, bei den Vereinten Nationen sehen.²⁴ Zu 1) Die Sowjets hätten die jetzige Reaktion nicht abgegeben, wenn sie geglaubt hätten, daß sie uns von dem Beschluß hätten abbringen können. Sie würden aber nur bei der Stange bleiben, wenn zusätzliche Schritte zum Beschluß getan würden. Die Sowjets hätten nicht den geringsten Versuch gemacht, uns zu einem Abgehen vom Beschluß zu beeinflussen. Je fester unsere Haltung werde, desto positiver werde die sowjetische Reaktion sein.

Der irische Botschafter²⁵ dankt dem Bundesminister für die Unterrichtung.

Der französische Vertreter drückt das Bedauern François-Poncets darüber aus, daß er wegen einer Verpflichtung in Paris an der Unterrichtung nicht teilnehmen könne. Robin fragt, ob der Begriff der FBS völlig klar sei, ob es sich also nur um Waffen handele, die die SU erreichten, oder auch um taktische Waffen.

Der Bundesminister: Nach dem bisherigen Sprachgebrauch seien die taktischen Waffen nicht umfaßt. Aber die Abgrenzung werde eine der schwierigsten Materien.

Der italienische Außenminister: Es sei jetzt vorwiegend über Fragen der Abrüstung und insbesondere über TNF diskutiert worden. Was aber vor allem die

²² Zum Weltwirtschaftsgipfel am 22./23. Juni 1980 in Venedig vgl. Dok. 184 und Dok. 185.

²³ Charles-Ferdinand Nothomb.

²⁴ Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 24. September 1980 in New York vgl. Dok. 281.

²⁵ Kevin Rush.

Krise hervorgerufen habe, sei Afghanistan. Die Sowjets eröffneten jetzt Verhandlungen. Eine Verhandlung laufe bereits seit Jahren.²⁶ Sollten wir deswegen dazu gebracht werden zu vergessen, daß Afghanistan die schwere Krise sei?

Bundesminister: Er sei dankbar für diese Bemerkung. Für die internationale Diskussion sei es sehr wichtig, daß die Afghanistan-Angelegenheit nicht zur Seite gelegt, sondern weiterhin als zentraler Punkt für die Bereinigung der Krisenlage in der Welt betrachtet werde. Es komme also sehr darauf an zu verhindern, daß die sowjetische Reaktion Afghanistan verdränge. Abschließend wolle er die Bitte aussprechen, daß sich niemand in positivem oder negativem Sinne dazu verleiten lasse, zur sowjetischen Reaktion Stellung zu nehmen.

Der Vertreter der Kommission, Haferkamp, fragt, ob bei den Gesprächen in Moskau das Verhältnis EG–RGW²⁷ behandelt worden sei. Der Bundesminister verneint dies.

Außenminister Thorn dankt mit längeren Bemerkungen dem Bundesminister.

Arnot

VS-Bd. 13165 (213)

²⁶ In Wien fanden seit 30. Oktober 1973 die MBFR-Verhandlungen statt.

²⁷ Referat 411 notierte am 20. August 1980: „Seit 1978 laufen – nach entsprechender Fühlungnahme schon im Jahr 1974 – Verhandlungen zwischen EG und RGW über den Abschluß eines Rahmenabkommens. Der RGW fordert die umfassende Regelung handels- und finanzpolitischer Fragen im Abkommen unter Beteiligung beider Organisationen und ihrer Mitgliedstaaten (MS). Die EG will dagegen die Regelung handelspolitischer Fragen möglichst weitgehend Einzelabkommen der Gemeinschaft mit einzelnen RGW-MS vorbehalten, um diesen ihren Handlungsspielraum gegenüber der SU zu erhalten und direkte Wirtschaftsverbindungen dieser Länder mit der EG zu ermöglichen.“ Die für die Verhandlungsführung zuständige EG-Kommission habe sich bemüht, mit dem Entwurf vom September 1979 für ein Rahmenabkommen Vorstellungen des RGW zu berücksichtigen. Der RGW habe den im November 1979 in Moskau übergebenen Entwurf als Verhandlungsgrundlage akzeptiert, doch hätten sich gleichwohl keine Fortschritte erzielen lassen. Beim Expertentreffen am 16. Juli 1980 in Genf seien folgende Fragen strittig geblieben: „Behandlung der handelspolitischen Zusammenarbeit (RGW sieht Vereinbarung der Meistbegünstigung sowie der Nichtdiskriminierungsklausel als Voraussetzung für weitere sinnvolle Verhandlungen über den entsprechenden Artikel des Abkommens an, EG ist nur zur Inaussichtstellung der Meistbegünstigung, die in Einzelabkommen zu gewähren wäre, bereit); Gemischte Kommission (EG will sie nur in bilateralen Handelsabkommen mit einzelnen RGW-MS zulassen, sonst Gefahr Überwachungsfunktion durch SU); Geltungsbereichsklausel (RGW-Seite lehnt offene oder versteckte Berlin-Klausel deutlich und hart ab; Hinweise auf die entsprechende Praxis in den Textilabkommen mit RGW-Staaten bleiben ohne Resonanz). In der Frage der Vertragsparteien akzeptierte die RGW-Seite zunächst die Auffassung, daß allein die Gemeinschaft Vertragspartei auf seiten der Neun sei. Ebenso gestand der RGW zu, daß seine MS bilaterale Abkommen mit der EG schließen dürfen (die Kommission wies darauf hin, daß dies bereits längst Praxis ist).“ Vgl. B 201 (Referat 411), Bd. 487.

209

**Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation),
an das Auswärtige Amt**

114-4198/80 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 417
Cito

Aufgabe: 10. Juli 1980, 15.23 Uhr¹
Ankunft: 10. Juli 1980, 17.45 Uhr

Del.Ber. Nr. 108/80

Betr.: MBFR;
hier: informelle Sitzung vom 8.7.1980

Bezug: DB 412 vom 8.7.80, Del.Ber. Nr. 107/80²

Zur Information

I. In der Sitzung trug der Osten die mit Bezugsbericht übermittelten neuen Vorschläge vor. Sie enthielten außer der beim Besuch des Bundeskanzlers in Moskau³ von Breschnew angekündigten Modifizierung der östlichen Position zum Umfang der Phase-I-Reduzierungen (13 000 amerikanische und 20 000 sowjetische Soldaten, Verzicht auf Anrechnung der einseitigen sowjetischen Abzüge⁴) einen neuen Vorschlag zur Operationsweise der kollektiven Höchststärken. Danach soll, nachdem die Phase-II-Reduzierungen durchgeführt und die vorgesehenen kombinierten kollektiven Höchststärken für das Personal der Land- und Luftstreitkräfte innerhalb des Reduzierungsgebiets von 500 000 Mann erreicht sind, die Stärke der kombinierten Land- und Luftstreitkräfte keines einzelnen direkten Teilnehmers 50 Prozent der kombinierten Höchststärken, d. h. 450 000 Mann, überschreiten. In allen übrigen Punkten bleibt die bisherige östliche Position nach den neuen Vorschlägen unverändert.

In seinen einführenden Erklärungen bezog sich der Osten auf den MBFR-Passus der Warschauer Deklaration⁵ und auf die beim Besuch des BK in Moskau von Breschnew zum Ausdruck gebrachte sowjetische Bereitschaft der SU, im Rahmen ihrer Möglichkeiten alles für eine Aktivierung der Wiener Verhandlungen zu tun. Hinsichtlich des Datenproblems beschränkte sich der Osten auf

¹ Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 12.

Hat Vortragendem Legationsrat Pöhlmann am 11. Juli 1980 vorgelegen.

² Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), teilte mit: „Der Osten hat im heutigen Informal den dem Bundeskanzler von Breschnew mitgeteilten neuen Vorschlag (sowjetisch-amerikanische Phase-I-Reduzierungen im Verhältnis 20 000 zu 13 000 Mann, Aufgabe der Forderung nach Anrechnung der einseitigen Abzüge aus der DDR) eingebracht. Außerdem hat der Osten vorgeschlagen, daß die kombinierten Land- und Luftstreitkräfte keines einzelnen Teilnehmers nach den Reduzierungen 50 Prozent der gemeinsamen Höchststärken von 900 000 Mann überschreiten sollten. Während der erste Teil des Vorschlags von der sowjetischen der amerikanischen Delegation in der üblichen Weise vorangekündigt worden war, hatten die Sowjets hinsichtlich dieser 50-Prozent-Regelung keine klare Vorankündigung vorgenommen.“ Vgl. VS-Bd. 14089 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

³ Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher hielten sich am 30. Juni und 1. Juli 1980 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 192–195.

⁴ Zum Teilabzug sowjetischer Streitkräfte aus der DDR vgl. Dok. 114, Anm. 6.

⁵ Für den Wortlaut der Deklaration des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts vom 15. Mai 1980 vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 321–334.

einen Hinweis auf den Datenaustausch vom 17.6.80⁶ und äußerte die Hoffnung, dieser werde zur Überwindung der bisherigen Schwierigkeiten bei den Daten führen. Zu AM⁷ bezog er sich auf die östliche informelle Erklärung vom 1.7.80⁸ und bezeichnete sie als „Beitrag zur Definition eines vernünftigen Pakets“ beiderseits akzeptabler AM. In anderem Zusammenhang (in einem Stegreifkommentar zu den vom Westen während der Sitzung gestellten Fragen zur informellen östlichen AM-Erklärung vom 1.7.80) war der Osten allerdings bemüht, den Wert dieser Erklärung herunterzuspielen. Dabei betonte der Osten, eine detaillierte Erörterung von AM müsse mit Fortschritten bei den Hauptverhandlungsfragen parallel gehen. Deshalb solle die Diskussion von AM zweckmäßigerweise im Zusammenhang mit der Ausarbeitung eines Abkommensentwurfs geführt werden.

Zum Inhalt des östlichen Vorschlags betonte der Osten drei Punkte:

- a) Der Osten sei trotz der jüngsten Erhöhungen der amerikanischen Streitkräfte bereit, amerikanischen Phase-I-Reduzierungen von 13000 Mann zuzustimmen,
- b) wegen der einseitigen sowjetischen Abzüge belaufe sich der Gesamtabzug der sowjetischen Streitkräfte in Phase I praktisch auf 40000 Mann,
- c) mit dem neuen Vorschlag zur Operationsweise der Höchststärken trage der Osten einem Hauptanliegen des Westens, nämlich der Gewährleistung größerer Flexibilität innerhalb der gemeinsamen kollektiven Höchststärken, Rechnung.

Außerdem beantworteten beide Seiten am 1.7.80 gestellte Fragen zu den am 17.6.80 ausgetauschten neuen Daten und stellten weitere Fragen. Der Westen erklärte in diesem Zusammenhang, aus den vom Osten am 1.7.80 erteilten Antworten ergebe sich, daß beide Seiten die Offiziers- und Unteroffizierskadetten (NCO⁹-Kadetten) der Ausbildungsstätten des polnischen OTK¹⁰ unterschiedlich gezählt hätten. Der Westen stellte ferner Fragen zur östlichen informellen Erklärung über AM vom 1.7.80 und führte zur Frage der Form der Phase-I-Reduzierungen aus, die westlicherseits vorgeschlagenen unterschiedlichen Reduzie-

⁶ Zum Austausch aktualisierter Streitkräftedaten im Rahmen der MBFR-Verhandlungen am 17. Juni 1980 vgl. Dok. 197.

⁷ Associated measures.

Zur Haltung der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten auf das Paket begleitender Maßnahmen, das im Zuge der Vorschläge der teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 20. Dezember eingeführt wurde, vgl. Dok. 114, Anm. 11.

⁸ Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), berichtete am 3. Juli 1980, die informelle Sitzung am 1. Juli 1980 habe „eine überraschend positive erste Stellungnahme des Ostens“ hinsichtlich der begleitenden Maßnahmen gebracht: „Dabei ließ der Osten die prinzipielle Bereitschaft erkennen, im Rahmen seiner generellen Position zu AM Elemente aus den Maßnahmen Nr. 1 (jedoch auf das Reduzierungsgebiet beschränkt), Nr. 3, Nr. 5 (ohne die Beobachter zu erwähnen), Nr. 6 und Nr. 7 in einem Phase-I-Abkommen zu vereinbaren und auch der Errichtung einer Art von Konsultativmechanismus zuzustimmen. In diesem Zusammenhang brachte der Osten erneut seinen Vorschlag in Erinnerung, mit der Arbeit am Entwurf eines Abkommens einschließlich der Bestimmungen über AM nunmehr zu beginnen. Völlig unerwähnt ließ der Osten Elemente der Maßnahme 2. Auf Elemente von Maßnahme 4 nahm er indirekt Bezug. Seinerseits verlangte der Osten zusätzliche Maßnahmen zur Kontrolle eines Freeze für alle direkten Teilnehmer.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 402; VS-Bd. 10444 (221); B 150, Aktenkopien 1980.

⁹ Non-commissioned officers.

¹⁰ Obrona Terytorium Kraju (Streitkräfte der territorialen Staatsverteidigung).

rungsmodalitäten seien aufgrund der von beiden Seiten unterschiedlichen geographischen Gegebenheiten gerechtfertigt.

In der in Anwesenheit von Militärberatern abgehaltenen Sitzung war der Westen durch Dean, de Vos und mich vertreten, der Osten durch Tarassow, Keb-lůšek und Wieland.

II. Einzelheiten:

1) Aus den von Keblusek beantworteten westlichen Fragen vom 1.7.80 zu den aktualisierten östlichen Daten ist folgendes festzuhalten:

a) Generell: Die Daten entsprächen der gegenwärtigen zahlenmäßigen Personalstärke der Streitkräfte der östlichen direkten Teilnehmer im Reduzierungsgebiet, mit den schon früher genannten Ausnahmen.

b) Sowjetische Streitkräfte: In diesen Daten sei das Personal aller Dienste und Komponenten enthalten, die zu den Land- und Luftstreitkräften gehörten. Neu einberufene sowjetische Wehrpflichtige würden nach Eintreffen im Reduzierungsgebiet Ausbildungseinheiten zugeordnet. Wie bereits früher erläutert, werde dieses Personal auf Personallisten („Rosters“) der Ausbildungseinheiten geführt und sei in den östlichen Daten eingeschlossen.

In den sowjetischen Landstreitkräften im Reduzierungsgebiet würden zusätzlich zu den ständigen Ausbildungseinheiten je nach Lage und Erfordernis zeitlich befristete sog. Ausbildungsuntereinheiten für die Ausbildung von sanitätsdienstlichen, technischen, Transport- und sonstigen Spezialisten aufgestellt. Das Personal, das dort kurzzeitig ausgebildet werde, werde auf den Personallisten der entsendeten Einheiten geführt. Der Osten habe das gesamte derartige Personal in allen Einheiten gezählt und entweder in der ersten oder zweiten Kategorie berücksichtigt.

2) Wieland stellte eine Reihe neuer Fragen zu den westlichen Daten, insbesondere folgende:

- Für die deutschen Landstreitkräfte in der zweiten Kategorie würden in den vorgelegten Zahlen 75 500 Mann angegeben. Bekanntlich habe aber allein das deutsche Territorialheer nahezu diese Stärke. Inwieweit seien die zahlreichen direkt dem BMVg unterstellten militärischen Verbände und Dienststellen berücksichtigt?
- In welchen Kategorien seien neueingezogene deutsche Wehrpflichtige während ihrer Grundausbildung berücksichtigt?
- Sei in den Daten für die Bundeswehr Personal eingeschlossen, das im Rahmen der Berufsförderung in zivilen und militärischen Ausbildungseinrichtungen ausgebildet werde? Wenn ja, in welcher Kategorie?
- Nach den Angaben des britischen Weißbuches 1980¹¹ betrage die zahlenmäßige Stärke der Rheinarmee und der Brigade in West-Berlin zusammen 61 000

¹¹ Vgl. dazu MINISTRY OF DEFENCE (Hrsg.), Defence in the 1980s. Statements on the Defence Estimates, zwei Teilbände, London 1980 (Cmnd. 7826).

Diplomingenieur Stephan, London, erläuterte am 14. April 1980 das am 2. April 1980 erschienene britische Verteidigungsweißbuch für das Haushaltsjahr 1980/81: „Vor dem Hintergrund einer problematischen Wirtschaftslage mit einer für 1980 erwarteten Inflationsrate von 20 %, einer Arbeitslosigkeit in der Nähe von 1,5 Millionen und einem erwarteten Rückgang des Bruttosozialprodukts soll das Volumen der britischen Staatsausgaben bis 1983/84 jährlich um rund 1 % abgebaut werden.“

Mann. Beim Datenaustausch seien demgegenüber nur 57 500 Mann angegeben. Wie sei dies zu erklären?

¹²II. 3) Im Anschluß an den mit Bezugsbericht übermittelten neuen Verhandlungsvorschlag wurden eine Reihe von Fragen gestellt, auf die Tarassow wie folgt reagierte:

F: Sollen in Phase I Landstreitkräfte reduziert werden?

A: Ja.

F: Wie kann die Dateneinigung für SU- und US-Phase-I-Reduzierungen behandelt werden?

Keine Antwort.

F: Wie unterscheidet sich der neue Vorschlag von der bisherigen östlichen Position hinsichtlich der Phase-I-Verpflichtungen der nichtamerikanischen westlichen direkten Teilnehmer?

A: Bisherige Position bleibt unverändert.

F: Soll nach dem neuen Vorschlag auch über Rüstungsreduzierungen – für Phase I oder überhaupt – verhandelt werden?

Keine Antwort.

F: Soll ein Phase-I-Abkommen die Verpflichtung der Teilnehmer enthalten, in Phase II eine gemeinsame kollektive Obergrenze zu errichten?

A: Ja.

F: Für welche Zeit soll ein Phase-I-Abkommen gelten?

A: Die östliche Haltung ist unverändert. Die Geltungsdauer eines Phase-I-Abkommens ist nicht begrenzt, wenn die Reduzierungen der anderen direkten Teilnehmer in Phase II entsprechend der für Phase I vereinbarten Form erfolgen. Andernfalls können die USA und die SU vom Vertrag zurücktreten.

F: In welcher Form sind die sowjetischen und die amerikanischen Reduzierungen durchzuführen?

A: Die sowjetischen Streitkräfte sollen in Divisionen oder Einheiten auf Divisionsebene reduziert werden, amerikanische Streitkräfte zum Teil in Brigaden (zwei bis drei Brigaden), der Rest in Einheiten und Untereinheiten.

Zusatzfrage: Was bedeutet Einheiten auf Divisionsebene?

A: Es bleibt grundsätzlich bei dem früher vom Osten vorgeschlagenen Modell für Reduzierungen.

Auf den westlichen Einwand, daß der Osten im Juni 1978 erklärt habe, Reduzierungen würden in Form von zwei Divisionen und dem Äquivalent einer weiteren Division durchgeführt¹³, daß aber jetzt bei einer vorgeschlagenen Redu-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1116

Ausgenommen hiervon sind lediglich die Ausgaben für Gesundheitsfürsorge, Innere Sicherheit und Verteidigung. Der Anstieg der Verteidigungsausgaben soll für 1980/81 sogar 3,5 % real und für die folgenden drei Jahre, wie angekündigt, 3 % betragen.“ Vgl. den wehrtechnischen Bericht Nr. 16; Referat 201, Bd. 120183.

¹² Beginn des mit Drahtbericht Nr. 418 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

¹³ Zu den Vorschlägen der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 8. Juni 1978 vgl. AAPD 1978, I, Dok. 180 und Dok. 193.

zierung von 20 000 Mann nur die Reduzierung von zwei Divisionen in Frage käme, antwortete Tarassow, darauf könne er jetzt nicht definitiv antworten.

F: Welche Vorstellungen bestehen hinsichtlich der Form eines Phase-I-Abkommens?

A: Alle direkten Teilnehmer sollen das Abkommen unterschreiben. Die Reduzierungen betreffen zwar nur die amerikanischen und sowjetischen Streitkräfte, ein Phase-I-Abkommen enthält aber auch Verpflichtungen der anderen Teilnehmer.

F: Sollen AM Teil eines Phase-I-Abkommens sein?

A: Möglicherweise.

Zusatzfrage: Beabsichtigt der Osten, als Teil seines neuen Vorschlags auch einen förmlichen Vorschlag zu AM vorzulegen?

A: Darüber sagt der Vorschlag nichts aus.

F: In welchem Verhältnis steht die informelle AM-Erklärung Wielands vom 1.7.80 zu dem neuen östlichen Vorschlag?

A: Beides kann nicht in Zusammenhang gebracht werden.

F: Welche Überlegungen haben zum Vorschlag gerade dieser Reduzierungsumfänge geführt, insbesondere zum Reduzierungsumfang von 20 000 Mann für die sowjetischen Streitkräfte?

A: Diese Zahl ist das Ergebnis einer politischen Entscheidung.

F: Ist es nicht widersprüchlich, wenn der Osten einerseits auf die Forderung verzichtet, die einseitigen Abzüge in Phase-I-Reduzierungen anzurechnen, andererseits aber diese 20 000 Mann als Teil der Phase-I-Reduzierungen präsentiert und behauptet, insgesamt reduziere der Osten 40 000 Mann?

A: Der Osten kann die tatsächliche Verminderung der sowjetischen Landstreitkräfte im Reduzierungsgebiet durch einseitige Abzüge nicht unberücksichtigt lassen, schon gar nicht bei gleichzeitigen amerikanischen Verstärkungen.

F: Welche Sicherheit gibt es, daß die einseitig abgezogenen Truppen nicht zurückgeführt oder durch andere Truppen ersetzt werden?

A: Nach dem östlichen Vorschlag vom Juni 1978 dürfen alle direkten Teilnehmer ihre Streitkräfte im Reduzierungsgebiet nach einem Abkommen nicht erhöhen.

Zusatzfrage: Was gilt in der Zeit bis zum Abschluß eines Abkommens?

A: Das hängt davon ab, wie rasch der Westen auf den östlichen Vorschlag antwortet. Der Osten hat sich entschlossen, 20 000 Mann abzuziehen. Warum soll er sie später wieder zurückführen?

F: Fordert der Osten zwischen den Phasen einen kollektiven Freeze?

A: Die östliche Position bleibt, daß dieser Freeze auf individueller nationaler Basis gelten soll.

F: Erfordert der zweite Teil des neuen Vorschlags nicht für Phase II eine Dateneinigung?

A: Ja. Der Osten glaubt, daß dies ein Einvernehmen über Daten erfordert.

F: Wie wird zuverlässige Kenntnis über die einseitigen sowjetischen Abzüge sichergestellt?

A: Die Abzüge sind weltweit bekannt und von westlichen Journalisten beobachtet worden.

Zusatzfrage: Wird der Osten Informationen über die an den einseitigen Abzügen beteiligten Verbände geben?

A: Das ist möglich, sobald ein Abkommen abgeschlossen wird.

In einer bilateralen Diskussion unmittelbar nach dem Informal führte Tarassow aus, der Vorschlag zum Mechanismus der Höchststärken ersetze lediglich den Punkt der Vorschläge vom 8.6.78, daß kein Teilnehmer seine zahlenmäßige Stärke vor Reduzierungen überschreiten dürfe. Die östliche Position verlange weiterhin, daß nach einem Abkommen kein Teilnehmer mehr als 50 Prozent der einseitigen Verminderungen eines Bündnispartners auffüllen dürfe. Auch müsse jeder direkte Teilnehmer zunächst proportional (commensurate) reduzieren, einschließlich der Bundeswehr.¹⁴

III. 1) Aus zwei Gesprächen, die Hartmann am 7. und 8.7.80 mit dem polnischen Delegierten Szyc führte, sind folgende Bemerkungen von Szyc festzuhalten:

- Die Entscheidung über den neuen Vorschlag sei bei der Vorbereitung des Besuchs des BK in Moskau auf sehr hoher Ebene getroffen worden. Die SU habe damit ihren Bemühungen Ausdruck verleihen wollen, auch durch MBFR-spezifische Schritte zu einer Wiederherstellung eines Klimas der Entspannung beizutragen. Die sowjetische Delegation sei über die Einzelheiten der Entscheidung nicht konsultiert worden. Auch die übrigen östlichen Teilnehmer seien vor der Entscheidung nicht gehört worden.
- Der jetzige Vorschlag sei nur eine erste Stufe neuer östlicher Vorschläge. Vorschläge zu AM und zum Freeze (der Osten werde statt des bisher von ihm geforderten individuellen einen kollektiven Freeze vorschlagen) würden voraussichtlich Anfang der nächsten Runde¹⁵ folgen. Diese Aspekte hätten im Rahmen des jetzigen Vorschlags teils deshalb keine Berücksichtigung gefunden, weil die sowjetischen Militärs noch nicht zugestimmt hätten, teils weil der Osten zu AM noch keine abgestimmte endgültige Position habe.
- Die informelle Erklärung Wielands zu AM vom 1.7.80 sei in erster Linie als Signal zu verstehen, daß der Osten nunmehr bereit sei, in Wien auch CBMs zu verhandeln.
- In der Datenfrage beabsichtigten die Sowjets, durch weitere Erläuterungen im Rahmen der Datendiskussion größere Klarheit über die sowjetischen Daten zu schaffen. Hier sei die Frage der Ein- und Ausschlüsse von Bedeutung, außerdem könnten die Sowjets durch Angaben über die einzelnen von ihnen

¹⁴ Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), berichtete am 15. Juli 1980, er habe den sowjetischen 50-Prozent-Vorschlag gegenüber dem Leiter der sowjetischen MBFR-Delegation, Tarassow, bei einer gesellschaftlichen Veranstaltung am 10. Juli 1980 als einen Fehler bezeichnet, „da er der Bundesregierung Schwierigkeiten machen müsse. In Moskau habe man übrigens mit dem Bundeskanzler darüber nicht gesprochen. Tarassow betonte, der Vorschlag sei allein in Moskau vorbereitet und beschlossen worden. Offenbar habe man dem Kanzler ‚eine Freude machen‘ wollen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 425; VS-Bd. 11449 (221); B 150, Aktenkopien 1980.

¹⁵ Die 22. Runde der MBFR-Verhandlungen fand vom 25. September 1980 bis 18. Dezember 1980 in Wien statt.

reduzierten Einheiten Aufschlüsse über die Größe von Divisionen bzw. von Divisionselementen geben.

Ähnliche, allerdings weniger präzise Äußerungen nichtsowjetischer östlicher Delegierter wurden in der AHG auch von anderen Delegationsleitern berichtet.

2) Eine vorläufige Bewertung des Vorschlags folgt gesondert.¹⁶

[gez.] Jung

VS-Bd. 10444 (221)

210

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister François-Poncet

11. Juli 1980¹

Besuch des französischen Staatspräsidenten in der Bundesrepublik Deutschland, 7. bis 11.7.1980²;

hier: Gespräch der Außenminister über bilaterale Fragen am 11.7.1980 im Rahmen der Gipfelkonsultation

Wie am Vortage vereinbart³, erörterten die Außenminister am Morgen des 11.7. in Anwesenheit der Botschafter Herbst und Brunet sowie von Herrn Dufourcq (Unterabteilungsleiter Europa im französischen Außenministerium) und D2⁴ folgende bilaterale Fragen:

¹⁶ Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), teilte am 10. Juli 1980 mit: „Die AHG hat sich mit den neuen östlichen Vorschlägen nur anhand eines von der US-Delegation gelieferten Berichtsentwurfs an den NATO-Rat befaßt, der nach Verabschiedung noch heute NATO-weit übermittelt wird. [...] Insgesamt kommt der Bericht zu dem Schluß, die Vorschläge verfolgten ebenso wie die Ankündigung des einseitigen sowjetischen Abzugs vom 6.10.1979 offensichtlich in großem Ausmaß außerhalb der MBFR liegende (d. h. propagandistische) Ziele. Er empfiehlt dem NATO-Rat aus taktischen Gründen, nämlich, um eine umfassende östliche Antwort auf die Vorschläge vom 20.12.79 einschließlich von Schritten bei den Daten und den AM zu fördern, eine rasche westliche Antwort zum Umfang der Phase-I-Reduzierungen zu verabschieden, und regt an, als Basis die in Brüssel zur Frage der Anrechnung erarbeiteten Elemente einer Instruktion zu nutzen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 420; VS-Bd. 10371 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Blech am 4. August 1980 gefertigt. Vgl. dazu Dok. 204, Anm. 1.

² Staatspräsident Giscard d'Estaing stattete der Bundesrepublik vom 7. bis 11. Juli 1980 einen Staatsbesuch ab. Vgl. dazu auch Dok. 204 und Dok. 211.

³ Bundesminister Genscher und der französische Außenminister François-Poncet führten am 10. Juli 1980 ein zweites Gespräch im Rahmen des Staatsbesuchs des Staatspräsidenten Giscard d'Estaing vom 7. bis 11. Juli 1980. Themen waren die Nahostpolitik der EG im Rahmen der EPZ, die Verhaftung des Oppositionspolitikers Kim Dae-Jung in der Republik Korea (Südkorea) sowie Fragen der bilateralen Beziehungen. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 202, Bd. 140656.

Für einen Auszug vgl. Dok. 204, Anm. 35.

⁴ Klaus Blech.

1) Staustufe Neuburgweier⁵

François-Poncet wies darauf hin, daß man es mit einem beiderseits ratifizierten und daher bindenden Vertrag⁶ zu tun habe. Die deutsche Seite habe offenkundig Probleme mit der Erfüllung dieses Abkommens; die Angelegenheit sei jedoch für beide Seiten sensitiv. Es gebe unter diesen Umständen zwei Möglichkeiten. Entweder bestehe Frankreich auf der Erfüllung des Vertrages. Oder es werde, ohne daß der Vertrag als solcher berührt werde, eine Erprobungszeit für den deutschen Lösungsvorschlag⁷ eingeräumt, wobei gleichzeitig beide Seiten von dem Verständnis ausgingen, daß damit kein Verzicht auf den vertragsmäßigen Bau der Staustufe für den Fall, daß sich der deutsche Vorschlag als die falsche Lösung herausstelle, ausgesprochen sei und daß die Nebeneffekte der Nichtrealisierung der Staustufe in deutsche Verantwortung fielen (insbesondere die dann wohl notwendige Verstärkung der Rheinufer).

Bundesminister antwortete, daß dies Verhandlungen bedeute. Die deutsche Seite sage, daß sie den Wunsch nach einer Regelung habe; die französische Seite sage, mit welchen Elementen sie sich eine Regelung vorstellen könnte. Die Folgerung aus dieser Lage sei, daß man sofort mit Verhandlungen beginnen sollte, ohne daß die eine oder andere Seite sich jetzt schon verbindlich festgelegt habe.

2) Rheinversalzung (Chloridabkommen⁸)

François-Poncet erläuterte die Situation der französischen Regierung. Sie habe das Chloridabkommen unterzeichnet, aber noch nicht ratifiziert.⁹ Es habe sich

⁵ Am 4. Juli 1969 schlossen die Bundesrepublik und Frankreich einen Vertrag über den Ausbau des Rheins unterhalb von Kehl/Straßburg, in dem der Bau von zwei Staustufen, Gamsheim und Iffezheim, vorgesehen war. Ministerialdirigent Sigrist legte am 5. April 1977 dar, technische Untersuchungen hätten ergeben, daß eine auf dem Gebiet der Bundesrepublik liegende Staustufe bei Neuburgweier die beste Maßnahme gegen eine Erosion des Rheinbetts sei. In einer bilateralen Zusatzvereinbarung vom 16. Juli 1975 habe Frankreich sich zu einer finanziellen Beteiligung an der Staustufe mit 70 Millionen DM und die Bundesregierung sich zum Baubeginn im Jahr 1976 verpflichtet. Dazu sei es wegen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Ländern Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz über den Standort der Anlage nicht gekommen. Zudem gebe es Zweifel an der Wirtschaftlichkeit und Umweltfreundlichkeit des Projekts: „Ein neues Verfahren (Geschiebezugabe), das ursprünglich für die Verhinderung der Erosion unterhalb der zu bauenden neuen Staustufe Neuburgweier gedacht und noch zu erproben war, sollte auch für die Rheinstrecke unterhalb von Iffezheim angewendet werden und eventuell den Bau von Neuburgweier unnötig machen.“ Auf französischer Seite werde jedoch auf den vertragsgemäßen Beginn der Arbeiten gedrängt und eine Revision der Zusatzvereinbarung abgelehnt. Vgl. Referat 202, Bd. 113556.

⁶ Für den Wortlaut der Zusatzvereinbarung vom 16. Juli 1975 zum Vertrag vom 4. Juli 1969 zwischen der Bundesrepublik und Frankreich über den Ausbau des Rheins zwischen Kehl/Straßburg und Neuburgweier/Lauterburg vgl. BUNDESGESETZBLATT 1976, Teil II, S. 1724–1727.

⁷ Referat 202 vermerkte im Juni 1980, es zeichne sich ein französisches Eingehen auf Verhandlungen über eine Änderung der Zusatzvereinbarung vom 16. Juli 1975 ab. Voraussichtlich würden dabei als Gegenleistung für den Verzicht auf die Staustufe bei Neuburgweier Garantien für die Erosionsverhinderung auf dem Abschnitt Iffezheim–Au/Neuburg, für eine Fahrrinnenvertiefung und für die Kostenübernahme des Hochwasserschutzes auf der gemeinsamen Rheinstrecke durch die Bundesrepublik verlangt werden: „Sollte sich die Methode der Geschiebezugabe nicht bewähren, so müsse der Bau der Staustufe auf Kosten der deutschen Seite unverzüglich durchgeführt werden.“ Vgl. Referat 010, Bd. 178799.

⁸ Für den Wortlaut des Übereinkommens vom 3. Dezember 1976 zwischen der Bundesrepublik, Frankreich, Luxemburg, den Niederlanden und der Schweiz zum Schutz des Rheins gegen Verunreinigung durch Chloride vgl. BUNDESGESETZBLATT 1978, Teil II, S. 1065–1072.

⁹ Ministerialdirigent Ungerer notierte am 26. März 1980: „Das Chlorid-Abkommen wurde mit zwei weiteren Vereinbarungen zum Schutze des Rheins gegen Verschmutzung am 3.12.1976 in Bonn

herausgestellt, daß es für Frankreich unratifizierbar sei. Die Gründe hierfür seien zugegebenermaßen schlecht; die Tatsache bleibe bestehen, daß der Vertrag nicht durchs Parlament zu bekommen wäre. Die Regierung könne nur mit 40 Stimmen für das Abkommen rechnen. Der Widerstand gehe auf elsässische Umweltschützer zurück, die von der Realisierung des Abkommens Auswirkungen auf das Grundwasser befürchteten; sie fänden weiteste Unterstützung. Kurz: Der Fall sei hoffungslos.

Er, François-Poncet, habe bei seinem kürzlichen Besuch in Den Haag die Sache mit dem niederländischen Ministerpräsidenten¹⁰ besprochen. Die Niederlande wüßten, daß es keine Frage schlechten Willens der französischen Regierung sei.

Diese Lage bedeute jedoch nicht, daß Frankreich an der Sache selbst nicht interessiert sei. Es habe deshalb sofort einen anderen Vorschlag gemacht mit dem Ziel einer Lösung zusammen mit allen Beteiligten, wobei dieser Vorschlag auch einen Nachteil des Chloridabkommens ausgleiche, nämlich den Umstand, daß Frankreich nach diesem Abkommen das einzige Land wäre, das effektiv etwas für die Rheinentsalzung zu tun hätte.

François-Poncet stellte kurz den französischen Gedanken einer Saline (gegen den es – wie ihm wohl bekannt sei – Widerstände der Salzindustrie gebe) unter Beteiligung der Rheinanlieger Deutschland und Niederlande am Bau und am Absatz des gewonnenen Salzes dar.¹¹

Bundesminister wies auf die Zuständigkeit der Fachminister hin und stellte die Frage, wer gegen die Erörterung dieser Lösung sei. Unter den gegebenen Umständen sei es wohl an Frankreich, initiativ zu werden. Er und François-Poncet könnten abschließend sagen, daß die zuständigen Fachminister bald zusammentreten sollten.

François-Poncet unterstrich, Frankreich sei bereit, alles zu tun, was zu einer Lösung führen könne; seine Bedingungen seien lediglich, daß die wirtschaftlichen und finanziellen Lasten proportional verteilt würden und daß das Parlament zustimmen müßte.

Bundesminister schlug vor, er und François-Poncet könnten sich auf die Formel einigen, die beiden Außenminister erwarteten, daß bis Ende September 1980 eine Fachministerkonferenz stattfinde, die sich mit Fragen des Chloridabkom-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1121

zwischen der Schweiz, Frankreich, den Niederlanden, Luxemburg, den EG und der Bundesrepublik Deutschland geschlossen. Mit Ausnahme Frankreichs ist das Abkommen von den Unterzeichnerstaaten ratifiziert.“ Das Abkommen ziele auf eine verringerte Belastung des Rheins durch Natriumchloride. Die Chloridbelastung entstehe „zu 54 % in Frankreich, vor allem aus den elsässischen Kalibergwerken. Unter finanzieller schweizerischer, deutscher und niederländischer Beteiligung sollten im Elsaß Chloride in den Untergrund verpreßt werden; Probebohrungen wurden durchgeführt. Dies stieß insbesondere auf den Widerstand der elsässischen Umweltschützer, die vor allem eine Gefährdung der Trinkwasserversorgung befürchten.“ Vgl. Referat 414, Bd. 123477.

¹⁰ Andreas van Agt.

¹¹ Ministerialdirigent Ungerer vermerkte am 26. März 1980: „Frankreich schlägt den gemeinsam finanzierten Bau einer Saline im Elsaß vor. Die Kapazität soll 10 Mio. Tonnen im Jahr betragen. Frankreich will 300 000 t abnehmen, für die Restmenge wird eine Abnahmegarantie der Partnerländer erwartet. Ein von Frankreich am 19. März im Auswärtigen Amt übergebener schriftlicher Vorschlag wird derzeit von den Ressorts geprüft. D und NL treten bisher für die Versatzmethode (Rückführung der Chloride in ausgebeutete Stollen der Kaliminen) ein.“ Vgl. Referat 414, Bd. 123477.

mens und mit dem französischen und evtl. anderen Vorschlägen zu seiner Änderung befasse.¹²

François-Poncet stimmte dem zu.

3) Kernkraftwerk Cattenom¹³

Bundesminister verwies auf Erfahrungen aus dem baden-württembergischen Wahlkampf¹⁴, die zeigten, welche Bedeutung die Frage der Auswirkungen von Kernkraftwerken in grenznahem Bereich annehmen könne (Fall Fessenheim).¹⁵ Soweit ihm bekannt sei, habe Frankreich eine Lösung der Frage des Verhältnisses zur Bevölkerung im Umkreis von Kernkraftwerken dergestalt gefunden, daß es im regionalen bzw. lokalen Rahmen Kommissionen gebildet habe, in denen Vertreter der Gemeinden über Störfälle in den Kernkraftwerken und dergleichen unterrichtet würden. Könnte man nicht ins Auge fassen, daß in solchen Kommissionen auch ein gemeinsamer Vertreter der betroffenen deutschen Gemeinden anwesend sei, wobei es dafür evtl. auch Ausnahmeregelungen geben könnte, wenn bestimmte Themen erörtert würden, bei denen die Franzosen der Natur der Sache nach unter sich bleiben wollten? Könnte man nicht sagen, beide Seiten sollten die Möglichkeit einer grenzüberschreitenden Frühinformation in grenznahem Bereich gemeinsam prüfen? Hier handle es sich um ein Problem, mit dem man vor allem über die nächsten zwei Jahre hinwegkommen müßte.

Botschafter *Brunet* wies darauf hin, daß der Präfekt von Colmar¹⁶ in ständigem Kontakt mit dem Regierungspräsidenten in Freiburg¹⁷ stehe.

¹² Zur geplanten Fachministerkonferenz der Anliegerstaaten über die Chloridbelastung des Rheins vgl. Dok. 211, Anm. 33.

¹³ Referat 202 notierte im Juni 1980 zum Bau eines Kernkraftwerks in der etwa zwölf Kilometer von der Grenze zur Bundesrepublik entfernten Ortschaft Cattenom: „Die Problematik besteht darin, daß Frankreich in diesem grenznahen Raum ein Kernkraftwerk in der Größenordnung von vier Blöcken à 1300 Megawatt bauen wird; die deutsche Seite hatte sich mit einer Anlage von zwei Blöcken à 1300 Megawatt abgefunden, weil dies eine noch vertretbare Größenordnung ist. Die nunmehrige Absicht der französischen Regierung, die vier Blöcke zu einer Leistung von insgesamt 5200 Megawatt in Cattenom auszubauen, wirft auch für die in diesem Raum lebende deutsche Bevölkerung und die Umwelt dieser Gegend Probleme auf, die die Bundesregierung vor eine verstärkte Belastung im Verhältnis zu Frankreich stellt.“ Vgl. die Anlage 5 zur Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech vom 10. Juni 1980; Referat 431, Bd. 129477.

¹⁴ Am 16. März 1980 fanden Wahlen zum baden-württembergischen Landtag statt.

¹⁵ Der Regierungspräsident von Freiburg, Nothhelfer, legte am 20. März 1980 dar, es habe „in letzter Zeit im Kernkraftwerk Fessenheim zwei Vorfälle gegeben, über die die deutschen Behörden nicht mit der gebotenen Eile und nicht auf dem vereinbarten Wege unterrichtet“ worden seien: „Das hat zu einer spürbaren Unruhe bei der grenznahen Bevölkerung geführt.“ Vgl. das Schreiben an den CDU-Abgeordneten Häfele; Referat 431, Bd. 129479. Regierungsdirektor Hegerfeldt, Bundeskanzleramt, notierte am 15. Juli 1980, der baden-württembergische Ministerpräsident Späth habe in einem Schreiben an Bundeskanzler Schmidt vom 26. Juni 1980 eine völkerrechtliche Vereinbarung mit Frankreich angeregt, „die für das KKW Fessenheim Informationen nicht nur über Vorfälle mit radiologischen Auswirkungen, sondern auch über Vorfälle im Vorfeld des Katastrophenschutzes sichert“. Hegerfeldt notierte, die Bundesregierung sei bemüht, „bei der von Frankreich wie Deutschland angestrebten völkerrechtlichen Formalisierung der bestehenden Informationsabsprache (Verwaltungsvereinbarung) in die vertragliche Informationsverpflichtung Vorfälle unterhalb der Alarmschwelle einzubeziehen, die den anderen Vertragspartner zu der Annahme veranlassen könnten, daß mit radiologischen Auswirkungen auf seinem Gebiet zu rechnen ist. Ein Entwurf hierzu wurde am 26. Juni 1980 der französischen Seite übergeben.“ Vgl. Referat 431, Bd. 129475.

¹⁶ Gilbert Masson.

¹⁷ Norbert Nothhelfer.

Bundesminister meinte, man könne in der Plenarsitzung am selben Tage¹⁸ „harmlos“ formulieren, daß die Minister bereit seien, zu prüfen, ob es Möglichkeiten der Verbesserung der Information im grenznahen Bereich gäbe.

4) Elsässische und lothringische Zwangsrekrutierte¹⁹/Mundatwald

François-Poncet bezeichnete dies als eine höchstpolitische Angelegenheit. Er verwies auf den Möller-Hoeffel-Bericht.²⁰ Im Februar 1979 habe die Sache klar und geregelt ausgesehen. So sei sie auch der öffentlichen Meinung erklärt worden: 250 Mio. DM würden an eine französische Stiftung gehen. Nun gehe es um das Inkrafttreten mit Zustimmung des Parlaments. Jetzt sei aber zu hören, daß eine Verbindung mit dem Mundatwald²¹ hergestellt werde, obwohl Hoeffel seinerzeit erklärt habe, daß es eine solche Verbindung nicht geben könne. Die Lage sei sehr problematisch.

Bundesminister legte dar, daß im Haushalt des Auswärtigen Amts 1980 ein Leertitel für Leistungen im Interesse des deutsch-französischen Verhältnisses eingesetzt und eine Verpflichtungsermächtigung über 250 Mio. DM gegeben worden sei. Für deren Realisierung sei nun einmal die Zustimmung des Haushaltsausschusses des Bundestages notwendig. Bei der Erörterung dort würden sich drei Probleme stellen:

- Erstens werde die Zweckbestimmung der Stiftung besonders wichtig sein. Würde bei einer individuellen Entschädigung das Londoner Schuldenabkommen²² umgangen werden?
- Zweitens werde der Mundatwald eine Rolle spielen.

¹⁸ In der der Plenarsitzung der deutsch-französischen Konsultationen am 11. Juli 1980 wurden die Ergebnisse der Gespräche der Staats- und Regierungschefs sowie der Fachminister präsentiert. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 202, Bd. 140656.

¹⁹ Zur Frage einer Entschädigung der im Zweiten Weltkrieg zwangsrekrutierten Elsässer und Lothringer vgl. Dok. 12, Anm. 15.

²⁰ Referat 514 legte am 3. Juli 1980 dar, im September 1978 hätten Bundeskanzler Schmidt und Staatspräsident Giscard d'Estaing die Einsetzung von Persönlichen Beauftragten zur Ausarbeitung eines gemeinsamen Berichts zur Frage der zwangsrekrutierten Elsässer und Lothringer vereinbart: „Die beiden Beauftragten – Bundesminister a.D. Professor Möller, Staatssekretär Hoeffel – einigten sich am 9. Februar 1979 auf einen Bericht, der eine deutsche Zahlung von 250 Mio. DM an eine nach französischem Recht zu gründende und von französischen Persönlichkeiten geleitete Stiftung vorsieht. Die Stiftung soll den Zweck haben, „zur Lösung der sozialen Probleme der ehemaligen Zwangsrekrutierten beizutragen und durch weitere Projekte die Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich auszubauen“. Frankreich soll eine Abschlußquittung erteilen.“ Vgl. B 86 (Referat 514), Bd. 1620.

²¹ Die Bundesrepublik und Frankreich unterzeichneten am 31. Juli 1962 ein Abkommen zur Regelung von Grenzfragen. Es sah die Rückgabe des grenznahen Grundbesitzes an die deutschen Eigentümer, die endgültige Abtretung des nördlich von Weissenburg gelegenen, 5 qkm großen Mundatwaldes an Frankreich und die Rückübertragung des Eigentums an der Christuskirche in Paris auf die dortige evangelische Gemeinde vor. Referat 202 notierte im Juni 1980, die Bundesregierung habe Frankreich wiederholt um eine Neuverhandlung des bisher nicht vom Bundestag ratifizierten Abkommens gebeten: „Die Mundatwald-Frage ist auch im Zusammenhang mit der Regelung der Ansprüche der Zwangsrekrutierten zu sehen. Die dort zu befürchtende Präzedenzwirkung würde gemildert, wenn es gelänge, mit Frankreich zugleich eine Regelung der Mundatwald-Frage in unserem Sinne zu erreichen. [...] Sollte Frankreich in der Mundatwald-Frage einlenken, würde dies es der Bundesregierung möglicherweise auch erleichtern, die Zustimmung der Opposition zur Regelung der Zwangsrekrutierten-Frage zu erreichen.“ Vgl. die Anlage 2 zur Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech vom 10. Juni 1980; Referat 431, Bd. 129477.

²² Für den Wortlaut des Abkommens vom 27. Februar 1953 über deutsche Auslandsschulden (Londoner Schuldenabkommen) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1953, Teil II, S. 334–485.

- Drittens gebe es ein Problem der Präcedenzwirkung, insbesondere im Hinblick auf Luxemburg²³.

Zum ersten Aspekt stelle sich die Frage, ob der französische Entwurf einer Stiftungssatzung²⁴ so perfekt sein müsse, wie er jetzt aussehe, d.h. mit der Zwecksetzung individueller Entschädigungsleistungen.

Hieran schloß sich eine Diskussion über eine mögliche Fassung der Stiftungssatzung an, die für die deutsche Seite weniger problematisch wäre. Dabei machte die deutsche Seite deutlich, daß sie zu neuen Formulierungen des französischen Textes nur insoweit Stellung nehmen könnte, als diese – weil spezifisch – ihr Schwierigkeiten bereiteten, daß sie sich aber an der Ausarbeitung allgemeiner Formulierungen, die diese Schwierigkeiten vermieden und was aufgrund dieser Formulierungen und nach dem Grundsatz, daß erlaubt sei, was nicht verboten sei, dann von der französischen Stiftung in ihrer eigenen Verantwortung in concreto getan würde, nicht beteiligen könnte; dies sei alles allein französische Sache.

François-Poncet stellte am Ende dieser Diskussion fest, er habe verstanden, daß der Stiftungszweck in der Stiftungssatzung von der französischen Seite allgemeiner gefaßt werden müßte und keine direkten Regelungen enthalten dürfte.

Zum zweiten Problem bestätigte *Bundesminister*, daß die Frage der Zwangsrekrutierten und die Frage des Mundatwaldes formal zu trennen seien. Es komme aber darauf an, daß Frankreich Bewegungsmöglichkeiten habe. Das Mundatwaldabkommen sei auf deutscher Seite nicht zu ratifizieren; insoweit sei bei ihr die parlamentarische Lage vergleichbar mit der auf der französischen Seite beim Chloridabkommen herrschenden.

François-Poncet sagte, er habe die Sache mit dem Präsidenten der Republik besprochen. Dieser meine, daß nichts zu tun sei, weil im Parlament keine Bewegungsmöglichkeit bestehe. Ob dies nach den französischen Wahlen²⁵ immer noch so sei, könne er, François-Poncet, nicht sagen. Vor den Wahlen gehe jedenfalls nichts.

²³ Zur Frage einer Entschädigung der im Zweiten Weltkrieg zwangsrekrutierten Luxemburger vgl. Dok. 12, Anm. 15.

Referat 514 notierte am 3. Juli 1980: „Für Luxemburg waren die Zwangsrekrutierungen ein nationales Problem, das die ganze Bevölkerung betroffen hat. Noch heute wirkt dies in der luxemburgischen Innenpolitik nach. Es gibt in Luxemburg eine eigene Partei der Zwangsrekrutierten, die mit einem Abgeordneten im Parlament vertreten ist. Der mit Luxemburg im Jahre 1959 geschlossene Vertrag über eine Pauschalleistung für die Kriegsoferversorgung der Zwangsrekrutierten ging von einem Niveau der Versorgungsleistungen aus, das in der Folgezeit wesentlich verbessert wurde. Die Verträge mit Belgien liegen später (1962 und 1973). Luxemburg behauptet daher, benachteiligt worden zu sein. Falls es zu Leistungen an Frankreich kommt, wird die Bundesregierung den Forderungen Luxemburgs kaum ausweichen können.“ Vgl. B 86 (Referat 514), Bd. 1620.

²⁴ Die französische Botschaft übermittelte am 10. Januar 1980 den Entwurf einer Satzung für eine Stiftung „Deutsch-französische Verständigung“. Vgl. dazu B 86 (Referat 514), Bd. 1619.

Ministerialdirigent Verbeek notierte am 23. Mai 1980, Abteilung 5 habe mit den Bundesministerien der Finanzen sowie für Arbeit und Soziales den französischen Satzungsentwurf geprüft. Dieser sei „insoweit bedenklich, als sich die französische Regierung hiermit die Möglichkeit individueller Entschädigungsleistungen für alle Zwangsrekrutierten offenhalten möchte. Dies ist nach der von uns immer vertretenen Linie mit dem Londoner Schuldenabkommen nicht vereinbar.“ Vgl. B 86 (Referat 514), Bd. 1619.

²⁵ In Frankreich fanden am 26. April bzw. 10. Mai 1981 Präsidentschaftswahlen statt.

Bundesminister wies auf die Haltung der deutschen Opposition in der Frage der Zwangsrekrutierten und des Mundatwaldes hin und fragte nach dem Motiv für die Haltung des Präsidenten.

François-Poncet sagte, auch noch so geringfügige Korrekturen am vorliegenden, vom französischen Parlament gebilligten Abkommen würden politische Sensibilitäten berühren.

Botschafter *Herbst* warf den Gedanken ein, daß die praktischen französischen Bedürfnisse, die vor allem die Wasserversorgung von Weißenburg beträfen, auch auf andere Weise befriedigt werden könnten als durch eine Gebietsabtretung, etwa durch eine der französischen Seite auf deutschem Gebiet einzuräumende Dienstbarkeit.

Bundesminister äußerte als seine persönliche Meinung, daß er keinen rechten Ausweg sehe, da es sich um eine hochemotionale Frage handele. Er fragte nach den französischen Zeitvorstellungen für die weitere Behandlung der Zwangsrekrutiertenfrage.

François-Poncet meinte, sie sollte vor Ende des Jahres gelöst werden, d.h. nicht zu nahe vor den französischen Wahlen.

Bundesminister sagte, es wäre deshalb gut, wenn das nächste bilaterale Außenministertreffen in der ersten Novemberhälfte stattfände.²⁶ Die Außenminister könnten beauftragt werden, bis dahin eine abschließende Regelung herbeizuführen.²⁷

François-Poncet empfahl, die Mundatwaldfrage mit dem Präsidenten der Republik selbst aufzunehmen.

5) Kasernen französischer Truppen in der Bundesrepublik Deutschland²⁸

Die Außenminister waren sich unter Bezugnahme auf den vorliegenden Bericht

²⁶ Bundesminister Genscher und der französische Außenminister François-Poncet führten am 27. November 1980 ein Gespräch im Rahmen der deutsch-französischen Konsultationen. Vgl. dazu Dok. 341, Anm. 18.

²⁷ Ministerialdirigent Dröge notierte am 26. August 1980 zur Frage einer Entschädigung zwangsrekrutierter Elsässer und Lothringer, die französische Seite solle nochmals darauf hingewiesen werden, „daß wir von ihr den neugefaßten Entwurf einer Stiftungssatzung erwarten, der dann Grundlage erneuter Prüfungen innerhalb der Bundesregierung und möglicherweise auch der Ministergespräche im November 1980 sein würde. Die französische Regierung wird in dem überarbeiteten Entwurf der Stiftungssatzung eine vage Definition der Zweckbestimmung aufnehmen, um es ihr zu erlauben, aus dem Stiftungsvermögen individuelle Entschädigungsleistungen an die französischen Zwangsrekrutierten in eigener Regie zu erbringen.“ Mit Widerständen des Bundesministeriums der Finanzen sei zu rechnen: „Das Finanzministerium wird nur mit solchen Formeln der Stiftungssatzung einverstanden sein, die individuelle Entschädigungszahlungen ausschließen (Londoner Schuldenabkommen). Das Finanzministerium wird ferner auf die große Präzedenzwirkung eines solchen Vorgehens der Bundesregierung hinweisen (Luxemburg, Belgien, Südtiroler Zwangsrekrutierte, zivile Zwangsarbeiter aus Ost und West u. a.). Vor dem nächsten deutsch-französischen Außenministertreffen wird die Bundesregierung auf politischer Ebene deswegen eine Entscheidung treffen müssen, ob sie trotz dieser in der Tat erheblichen Bedenken auf die uns von den Franzosen präsentierte Formel eingeht.“ Vgl. Referat 202, Bd. 149622.

²⁸ Referat 514 legte am 2. Juni 1980 dar: „Die französischen Kasernen im Bundesgebiet befinden sich in einem beklagenswerten Zustand. Dies hat deutliche negative Auswirkungen auf die Moral und die Einsatzbereitschaft der französischen Streitkräfte. Im Januar 1979 hat der Bundeskanzler auf Anregung von Prof. Dr. Carlo Schmid den Herrn Bundesminister des Auswärtigen um Stellungnahme gebeten, ob eine Beteiligung an den Kosten einer Renovierung der französischen Kasernen durch den Bund in Frage käme.“ Bei den deutsch-französischen Konsultationen am 4./5. Februar 1980 in Paris hätten Bundeskanzler Schmidt und Staatspräsident Giscard d'Estaing beschlossen, „eine gemisch-

der gemeinsamen Arbeitsgruppe²⁹ einig, daß die Außenministerien damit das Ihre getan hätten. Die Konsequenzen seien jetzt von anderer Stelle zu ziehen.

Bundesminister erwähnte die auch in diesem Zusammenhang sich ergebenden Präzedenzaspekte.

Die beiden Außenminister begaben sich nach dieser Erörterung zur Abschlußbesprechung im kleinen Kreise (Bundeskanzler, Giscard, Barre und Bahr, die beiden Außenminister)³⁰, der die abschließende Plenarsitzung folgte. Bei beiden Gelegenheiten spielten die bilateralen Fragen ebenfalls eine Rolle.

Referat 010, Bd. 178828

Fortsetzung Fußnote von Seite 1126

te Arbeitsgruppe unter Federführung der Außenminister einzusetzen, die Lösungsvorschläge zur Frage der Renovierung der französischen Kasernen im Bundesgebiet bis zu den nächsten Konsultationen im Juli 1980 ausarbeiten soll“. Vgl. Referat 202, Bd. 140622.

- ²⁹ In dem undatierten Bericht der deutsch-französischen Arbeitsgruppe hieß es, die französische Regierung wolle, „daß beide Länder die zur Werterhaltung der von den französischen Truppen in der Bundesrepublik benutzten Liegenschaften erforderlichen Ausgaben je zur Hälfte tragen sollten. Der Gesamtbetrag der aufzuwendenden Investitionen würde sich auf 400 Millionen DM in fünf Jahren belaufen, wovon jedes der beiden Länder jährlich 40 Millionen zu tragen hätte. Die französische Seite machte geltend, daß der Zustand der Kasernen diesen Aufwand unbedingt erfordere. [...] Das Auswärtige Amt erkannte seinerseits an, daß die gemeinsame Verwirklichung des Plans der französischen Regierung zur Renovierung der Kasernen politisch gesehen sehr vorteilhafte Auswirkungen auf die Moral der französischen Wehrpflichtigen und somit auf die deutsch-französischen Beziehungen auf der Ebene der Bevölkerungen hätte. Aus juristischer Sicht machte es geltend, daß sich aus den geltenden Vereinbarungen keine juristische Verpflichtung ergebe und daß die Gefahr, einen Präzedenzfall zu schaffen, falls es auf Regierungsebene zu einer einvernehmlich gefaßten positiven Entscheidung käme, nicht unterschätzt werden solle.“ Vgl. Referat 202, Bd. 140622.

- ³⁰ Ministerialdirektor Blech notierte am 14. Juli 1980, laut Mitteilung des Bundesministers Genscher habe Bundeskanzler Schmidt in dem Gespräch einen Beitrag der Bundesrepublik zu den Renovierungskosten für Kasernen der französischen Streitkräfte „im Prinzip bejaht“. Schmidt habe dargelegt, daß in diesem Kontext Fragen zum Status der französischen Streitkräfte in der Bundesrepublik aufgeworfen würden, „insbesondere im Zusammenhang mit der Diskussion über die Einführung einer französischen Neutronenwaffe [...]. Bezüglich amerikanischer und britischer Nuklearwaffen auf deutschem Boden haben wir ein in Briefwechseln verankertes Mitspracherecht. Was soll die Bundesregierung in den betreffenden Parlamentsausschüssen sagen? Daß für den Einsatz der französischen Nuklearwaffen gleiches gelte? Giscard bezeichnete diese Frage als brisant. Er wies auf die beabsichtigte Erhöhung der Reichweite der Plutons hin, durch die das für Deutschland bestehende Problem entschärft wird.“ Beim Mundatwald habe Schmidt Fortschritte gefordert. In der Frage zwangsrekrutierter Elsässer und Lothringer habe Staatspräsident Giscard d'Estaing Verständnis dafür gezeigt, „den französischen Entwurf einer Satzung für die ins Auge gefaßte französische Stiftung unter dem Gesichtspunkt der deutschen Schwierigkeiten im Zusammenhang mit dem Londoner Schuldenabkommen zu ändern“. Vgl. VS-Bd. 11091 (202); B 150, Aktenkopien 1980.

211

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Boll**012-312.74 VS-NfD****Aufgabe: 14. Juli 1980, 15.54 Uhr¹****Fernschreiben Nr. 95 Orteze**

Zum Staatsbesuch des französischen Präsidenten und den deutsch-französischen Konsultationen der Staats- und Regierungschefs vom 7. bis 11. Juli 1980²

I. 1 a) Zweiter Staatsbesuch eines französischen Präsidenten³ mit ausgedehntem Gedankenaustausch des Staatsgastes mit BPr, BK und BM sowie mit Ministerfachgesprächen (in Staatsbesuch fügten sich am 10. und 11. Juli die üblichen Gipfelkonsultationen ein) diente Verdeutlichung und Intensivierung der besonderen Qualität der deutsch-französischen Zusammenarbeit auf der Grundlage des Elysée-Vertrags⁴. Überaus positive Reaktion in der deutschen Öffentlichkeit zeigt, daß Ziel in vollem Umfang erreicht wurde und machte von französischer Seite gleichermaßen empfundene Freundschaft sichtbar. Sorgfältig ausgesuchte Reisestationen des Staatsbesuchs in Städten mittlerer Größe – Baden-Baden (mit gemeinsamem Appell vor deutschen und französischen Truppen), Kassel, Würzburg, Lübeck – mit Begegnungen mit den Ministerpräsidenten der Länder⁵ und großer Anteilnahme der Bevölkerung hoben dies besonders hervor. Glanzvoller Höhepunkt war das von BPr gegebene Essen in Schloß Falkenlust und der in Schloß Brühl anschließend gegebene Empfang (Wortlaut Ansprachen im Bulletin 81 vom 8.7.80⁶ und Info-Funk-Meldung 1021/1–3/0807).

b) BPr wurde zum Gegenbesuch eingeladen.⁷

2) Französischer Präsident stellte Reise u. a. unter folgende Mottos: „Ende der Aussöhnung und Beginn gemeinsamen Handelns“, bisher noch nicht dagewesene Nähe beider Länder. Zeit sei jetzt da, daß beide Völker richtiges Bild (kulturell, menschlich) voneinander gewönne für Europa und spätere Generationen, deutsch-französische Pflicht zur Wiedererstehung eines einflußreichen Europa, europäische Einigung ist wichtigstes politisches Werk dieses Jahrhunderts, Treuhänderschaft beider Länder für ererbten kulturellen Schatz.

II. 1) An Gipfelkonsultationen nahmen außer PM Barre acht französische und sieben deutsche Minister, Bevollmächtigte für kulturelle Angelegenheiten MP

¹ Durchdruck.

Der Runderlaß wurde von Hilfsreferent Rowas konzipiert.
Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 34.

² Staatspräsident Giscard d'Estaing stattete der Bundesrepublik vom 7. bis 11. Juli 1980 einen Staatsbesuch ab. Vgl. dazu auch Dok. 204 und Dok. 210.

³ Staatspräsident de Gaulle besuchte die Bundesrepublik vom 4. bis 9. September 1962. Vgl. dazu AAPD 1962, III, Dok. 346 und Dok. 347. Vgl. dazu ferner DDF 1962, II, S. 175–184.

⁴ Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 707–710.

⁵ Holger Börner (Hessen), Lothar Späth (Baden-Württemberg), Franz Josef Strauß (Bayern) und Gerhard Stoltenberg (Schleswig-Holstein).

⁶ Für die Ansprachen des Bundespräsidenten Carstens und des Staatspräsidenten Giscard d'Estaing am 7. Juli 1980 in Schloß Falkenlust vgl. BULLETIN 1980, S. 677–679.

⁷ Bundespräsident Carstens hielt sich am 24. und 26. Oktober 1983 in Frankreich auf.

Dr. Vogel, StS Bölling, StS Schlecht, StS Schüler, StS Bernard-Reymond (Quai d'Orsay), Koordinatoren⁸ (BM a. D. Dr. Barzel erstmalig) teil.

2a) Im Vordergrund standen politische Konsultationen des BK und des BM mit Präsidenten und französischem AM⁹ über u. a. derzeitigen Stand des Ost-West-Verhältnisses (Fortführung Entspannungspolitik), westliche und europäische Bemühung um Beherrschung der Weltkrisen, politische Lösung für Afghanistan, Iran, Nahost-Frage, insbesondere im Hinblick auf Neuner-Erklärung Venedig¹⁰, und UN-SGV Palästina¹¹, Fragen der Abrüstungs- und Sicherheitspolitik (KAE), europäische und bilaterale Fragen (vgl. Info-Funk-Meldungen 1036–1077, 1040 und 1042–1107, 1046–1207).

b) Breiten Raum nahmen Fragen der Kulturpolitik, insbesondere Intensivierung kultureller und menschlicher Kontakte, ein, denen nach Präsident Giscard d'Estaing und BK künftig größere, aktivere Aufmerksamkeit gewidmet werden sollte, um gegenseitige Kenntnis beider Völker zu vertiefen.¹²

c) Aus Erklärung des Präsidenten und des BK in Plenarsitzung¹³ und Presse¹⁴ ist festzuhalten:

BK dankte Giscard d'Estaing für jetzigen Besuch nach vorjährigem Berlin-Besuch¹⁵ und betonte herzliches Echo in deutscher Bevölkerung. Nach Erwähnung essentiellen Satzes seines Appells an die deutschen und französischen Truppen in Baden-Baden¹⁶ („beide Völker stehen auch in der Verteidigung zusammen, unsere Sicherheit nicht von der Ihren, Ihre nicht von der unseren zu trennen“) drückte er Zustimmung zu Äußerung des Präsidenten aus, daß deutsch-französische Zusammenarbeit für Europa nutzbar gemacht werden müsse, um Zusammenhalt in Europa und europäische Solidarität zu stärken. Französischer Entschluß zur Modernisierung französischen Abschreckungspotentials¹⁷ sei spezifischer Beitrag zum Erhalt des militärischen Gleichgewichts in Europa und werde von ihm begrüßt. Darin komme gleiches Motiv und gleicher Wille zum Ausdruck, wie sie zum NATO-Beschluß vom Dezember 1979¹⁸ geführt haben, auch wenn zwischen F und D in Verteidigung wichtige Unterschiede bestünden. D sei keine Atommacht und wolle es auch nicht werden. D leiste seinerseits wichtigen Beitrag zum Bündnis, da in Europa ausreichendes Gleichgewicht zu UdSSR aufgebaut werden müsse. BK unterstrich noch einmal nach

⁸ Koordinatoren für die deutsch-französische Zusammenarbeit waren Rainer Barzel und Jean Laloy.

⁹ Jean François-Poncet.

¹⁰ Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats vom 12./13. Juni 1980 in Venedig über den Nahen Osten vgl. BULLETIN DER EG 6/1980, S. 10 f. Vgl. dazu auch Dok. 177.

¹¹ Zur Notstandssondertagung der VN-Generalversammlung über Palästina vom 22. bis 29. Juli 1980 in New York vgl. Dok. 222, Anm. 3.

¹² Zu den Bemühungen um eine Intensivierung der deutsch-französischen Kulturpolitik vgl. Dok. 236.

¹³ Für die Gesprächsaufzeichnung der Plenarsitzung der deutsch-französischen Konsultationen am 11. Juli 1980 vgl. Referat 202, Bd. 140656.

¹⁴ Für den Wortlaut der Reden am 11. Juli 1980 vgl. BULLETIN 1980, S. 705 f.

¹⁵ Staatspräsident Giscard d'Estaing hielt sich am 29. Oktober 1979 in Berlin (West) auf. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 330.

¹⁶ Für die Ansprachen des Bundeskanzlers Schmidt und des Staatspräsidenten Giscard d'Estaing am 8. Juli 1980 vgl. BULLETIN 1980, S. 706 f.

¹⁷ Zur französischen Verteidigungspolitik vgl. Dok. 216.

¹⁸ Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 10.

wie vor gültige Grundsätze der deutsch-französischen Erklärung vom 4./5. Februar mit seiner eindeutigen Stellungnahme zu Afghanistan („inakzeptabel“).¹⁹

Als besonders am Herzen liegend bezeichnete BK großen Nachholbedarf beider Völker im gegenseitigen Kennenlernen und im Bereich der Kultur. Kultureller Austausch (Sprache, Musik u. a.) müsse zu größerer gegenseitiger Befruchtung führen. Für die nächsten Konsultationen (1981²⁰) sollten rechtzeitig Vorschläge unterbreitet werden.

Giscard pflichtete voll bei und ergänzte Ausführungen mit Hinweis auf notwendige wirtschaftliche industrielle Zusammenarbeit (Gemeinschaftsprojekt).

3) Im übrigen:

a) Außenminister behandelten internationale (Nahost, Ost-West-, Abrüstungs- und Sicherheitspolitik, KSZE, Ferner Osten–Korea) und weitere bilaterale Fragen.

b) Im Zentrum der Gespräche der Verteidigungsminister²¹ standen Fragen der deutsch-französischen Rüstungszusammenarbeit, insbesondere der Fortgang des Projekts der Entwicklung eines Kampfpanzers der 90er Jahre²², sowie sicherheitspolitische Aspekte.

c) Für EG- und Wirtschaftsfragen gilt folgendes: Beide Seiten einigten sich auf die Aufnahme baldiger Konsultationen zur Bestimmung einer möglichst gemeinsamen Haltung zu Restrukturierungsmaßnahmen, die aufgrund Ratsbeschlusses vom 30. Mai 1980²³ in Gemeinschaftspolitik, insbesondere im Agrarbereich der Gemeinschaft, eingeleitet werden sollen.

Zum EG-Haushalt 1981 bestand Übereinstimmung, daß Ein-Prozent-MWS-Grenze²⁴ einzuhalten sei und zu diesem Zweck notwendige Manövriermöglichkeit für Umstrukturierung des EG-Haushalts durch Kürzung der Kommissionsvorschläge bei nichtobligatorischen Ausgaben gewahrt werden müsse. Vom EP geforderte Budgetisierung der Anleihen im EG-Haushalt²⁵ soll weiterhin abgelehnt werden.

¹⁹ Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung anlässlich der deutsch-französischen Konsultationen am 4./5. Februar 1980 in Paris vgl. BULLETIN 1980, S. 117 f.

²⁰ Die deutsch-französischen Konsultationen fanden am 5./6. Februar 1981 in Paris statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer vom 5. Februar 1981; AAPD 1981.

²¹ Hans Apel und Yvon Bourges.

²² Zum Projekt eines deutsch-französischen Kampfpanzers vgl. Dok. 43.

²³ Zu den Ergebnissen der EG-Ministerratstagung vom 29./30. Mai 1980 in Brüssel vgl. Dok. 178, Anm. 2 und Anm. 14–16.

²⁴ Zur Finanzierung des EG-Haushalts aus Mehrwertsteuereinnahmen vgl. Dok. 61, Anm. 8.

²⁵ Vortragender Legationsrat Boll informierte am 17. Juli 1980: „Mit halbjährlicher Verzögerung stellte das EP am 9. Juli endgültig den EG-Haushalt 1980 fest. Damit endete zugleich der Haushaltsstreit zwischen Rat und EP, der im Dezember 1979 mit der Globalablehnung des Budgets 1980 durch das Parlament eine dramatische Zuspitzung erfahren hatte. Der nun festgelegte Haushalt beläuft sich in Verpflichtungsermächtigungen auf 17,3 Mrd. ERE (43,5 Mrd. DM), in Zahlungsermächtigungen auf 15,6 Mrd. ERE (39,3 Mrd. DM). Der im Rahmen des Eigeneinnahmen-Systems der EG in Anspruch genommene Hebesatz beträgt 0,72 % der auf 1 % begrenzten einheitlichen Bemessungsgrundlage der Mehrwertsteuer. Unmittelbar nach Verabschiedung des EG-Budgets 1980 legte Kommission am 10. Juli ihren Haushaltsentwurf für 1981 vor. Als Gesamtausgabevolumen sind vorgesehen: 21,7 Mrd. ERE V[erpflichtungs]E[rmächtigungen]/20 Mrd. ERE Z[ahlungs]E[rmächtigungen]. Dies bedeutet Steigerungsrate von 25 %/27 % gegenüber EG-Budget 1980, erklärt sich aber teilweise durch Einbeziehung des zum 1. Januar 1981 wirksamen griechischen Beitritts. Größter Aus-

Zu industriepolitischen Problemen mit Japan (insbesondere Unterhaltungselektronik, Automobile) war man sich über Ernst der Lage wie auch über Notwendigkeit der Vermeidung eines Rückfalls in Protektionismus einig. In eindeutiger Sprache soll gegenüber Japan auf Notwendigkeit freiwilliger Selbstbeschränkung japanischer Exporte in Gemeinschaft und Öffnung des japanischen Markts für Produkte aus Gemeinschaft hingewiesen werden.

Im Vorfeld des Rats der Wirtschafts- und Finanzminister im Oktober²⁶ und der IWF-Jahresversammlung²⁷ wurde Rolle der Gemeinschaft und des IWF bei der Rückschleusung der Ölgelder erörtert. Zur Erleichterung der Finanzierung von durch die Ölverteuerung eingetretenen Zahlungsbilanzdefiziten soll das bestehende Instrument der Gemeinschaftsanleihe aktiviert und die Ermächtigung der Gemeinschaft zur Kreditaufnahme und zur Darlehensvergabe im Rahmen dieses Instruments aufgestockt werden.

Ferner wurde Übereinstimmung erzielt über

- Notwendigkeit eines Einschlusses der Fälligkeiten aus der Türkei gewährten Krediten, die 1978 und 1979 bereits einmal umgeschuldet wurden, in die gegenwärtigen Bemühungen zur Umschuldung öffentlicher und öffentlich verbürgter Schulden²⁸,
- Wünschbarkeit informeller Absprachen zwischen den potentiellen Geberländern angesichts der Bitte der jugoslawischen Regierung um bilaterale Finanzkredite²⁹,
- Willen beider Regierungen, das bilaterale Rundfunksatellitenprojekt (TV-SAT) durchzuführen³⁰, wobei dritten Staaten die Möglichkeit eingeräumt wird, sich als industrielle Zulieferer von Komponenten auf Industrieebene zu beteiligen,

Fortsetzung Fußnote von Seite 1130

gabenposten sind nach wie vor die Agrarausgaben (64,5 %).“ Vgl. den Runderlaß Nr. 97; Referat 012, Bd. 115730.

²⁶ Am 20. Oktober 1980 fand in Luxemburg eine EG-Ratstagung auf der Ebene der Wirtschafts- und Finanzminister statt. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 10/1980, S. 94.

²⁷ Die Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank fand vom 30. September bis 3. Oktober 1980 in Washington statt.

²⁸ Zu den Bemühungen um eine Umschuldung der türkischen Zahlungsverpflichtungen vgl. Dok. 182, Anm. 42.

²⁹ Das Bundesministerium für Wirtschaft notierte am 13. Juni 1980, die jugoslawische Regierung bitte um „bundesverbürgte Kredite von 1,5 Mrd. DM jährlich für 1980 bis 1982 (insgesamt 4,5 Mrd. DM, Laufzeit fünf bis sieben Jahre) zum Kauf deutscher Waren (Rohmaterialien und Vorprodukte, keine Konsum- oder Investitionsgüter). Ertrag entspricht ca. 50 % der jugoslawischen Importe an deutschen Rohmaterialien und Vorprodukten, die bisher bar bezahlt werden. Kredite sollen der Stabilisierung der jugoslawischen Wirtschaft und zum Ausgleich der jugoslawischen Handelsbilanz dienen. Mit ähnlichen Anliegen hat sich Jugoslawien auch an andere westliche Länder (u. a. USA, Österreich, Schweiz, OPEC-Staaten) gewandt, allerdings z. T. mit Bitte um liefergebundene Finanzkredite. Auch bemüht es sich um eine Stand-by-Aktion des IWF (rd. 340 Mio. S[pecial]D[raving]l R[ights]); multilaterale Umschuldungsaktion lehnt es ab.“ Die jugoslawischen Kreditwünsche seien am 24. April 1980 gegenüber Bundesminister Matthöfer in Hamburg vorgebracht und seither mehrfach wiederholt worden. Vgl. Referat 214, Bd. 132879.

Vortragender Legationsrat Praller vermerkte am 10. Juli 1980: „Im Verlauf der deutsch-französischen Konsultationen in Bonn stimmten die beiden Finanzminister darin überein, daß eine multilateral abgestimmte, bilateral verhandelte Stabilisierungshilfe für Jugoslawien angebracht und erforderlich ist. Beide werden sich bemühen, am Rande der nächsten IWF-Tagung in Washington im September eine Abstimmung unter den Hauptbeteiligten zu erreichen.“ Vgl. Referat 214, Bd. 132879.

³⁰ Referat 632 notierte am 16. Juni 1980: „Am 29. April 1980 ist das deutsch-französische Abkommen über die technisch-industrielle Zusammenarbeit auf dem Gebiet von Rundfunksatelliten (TV-SAT)

- gemeinsames Interesse am Abschluß einer deutsch-französischen Vereinbarung über sicherheitstechnischen Informationsaustausch bei Errichtung und Betrieb von grenznahen Kernkraftwerken³¹,
- Prüfung einer alternativen Lösung (sog. Geschiebezugabe) als den bislang vorgesehenen und von uns nicht mehr für wünschbar gehaltenen Bau einer Staustufe bei Neuburgweier am Oberrhein³²,
- Wünschbarkeit einer Fachministerkonferenz möglichst noch im September zur Regelung des Problems der Versalzung des Rheins³³.

^{34d}) Im Medienbereich behandelten die Beauftragten³⁵ Auswirkungen des grenzüberschreitenden Satelliten-Rundfunks auf nationale Medienstrukturen und erarbeiteten Verfahren für Zusammenarbeit und Konsultationen.

e) Die für Jugend-, Familie- und Frauenfragen zuständigen Minister³⁶ besprachen Jugendprobleme in beiden Ländern, die Benachteiligung von Frauen in Erwerbsstellen sowie Familienpolitik (Lebensfähigkeit der Familie in unserer Gesellschaft). Besonders wurde der Besuch beider Präsidenten beim deutsch-französischen Jugendwerk (Auftrieb) begrüßt, dessen beispielhafte Arbeit gewürdigt wurde.

f) Der Bevollmächtigte für kulturelle Angelegenheiten und der französische Erziehungsminister³⁷ besprachen als Zentralthema die Sprachenfrage, die in bei-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1131

unterzeichnet worden. Gegenstand des gemeinsamen Vorhabens ist die Entwicklung, Herstellung und geostationäre Platzierung von zwei weitgehend baugleichen Satelliten mit je drei Fernsehkanälen zur Versorgung der Bundesrepublik Deutschland und Frankreichs sowie die Erprobung dieser Satelliten durch die zuständigen Einrichtungen in beiden Ländern im Rahmen zunächst präoperationaler Versuchsprogramme. Diese sollen 1983 beginnen und 1985 abgeschlossen sein. Das Abkommen enthält keine medienpolitischen Festlegungen.“ Vgl. Referat 202, Bd. 140653.

³¹ Referat 413 vermerkte am 24. November 1980, Frankreich sei wohl aus der Furcht, „daß deutsche Kernenergieproteste auf die französische Bevölkerung in der Nähe der Kernkraftwerke übergreifen könnten“, zur gemeinsamen Suche nach Lösungen für grenzüberschreitende Probleme bereit: „Erfreulich ist in diesem Zusammenhang, daß wir uns mit Frankreich am 7.10.1980 in Freiburg über eine ‚deutsch-französische Vereinbarung über den Informationsaustausch bei Vorkommnissen und Unfällen mit radiologischen Auswirkungen‘ einigen konnten. In diese Vereinbarung werden auf unseren Wunsch nach anfänglichem französischen Widerstand auch solche Vorkommnisse mit einbezogen, die unterhalb der radiologischen Schwelle liegen, die Bevölkerung im Grenzgebiet aber dennoch beunruhigen.“ Vgl. Referat 431, Bd. 129475.

³² Zur Frage des Ausbaus des Oberrheins vgl. Dok. 210, besonders Anm. 5.

³³ Zum Problem der Rheinversalzung vgl. Dok. 210, besonders Anm. 9.

Ministerialdirigent Dröge notierte am 26. August 1980: „Die in der Plenarsitzung vom 11. Juli 1980 [...] beschlossene Fachministerkonferenz der Rheinanliegerstaaten über die Chloridbelastung des Rheins kann nicht zu dem ursprünglich vorgesehenen Termin (September 1980) durchgeführt werden, da bis dahin eine sorgfältige fachliche Vorbereitung nicht möglich ist. Die Bundesregierung hat deshalb am 19. August der französischen Regierung als ersten Schritt im Rahmen der ohnehin geplanten deutsch-französischen Umweltkonferenz ein bilaterales Gespräch zur Entwicklung eines gemeinsamen Konzepts vorgeschlagen. Gleichzeitig wurde der französischen Seite mitgeteilt, daß gemäß dem Ergebnis der deutsch-französischen Konsultationen [...] in dem Gespräch auch grenzüberschreitende Probleme in Verbindung mit Kernkraftwerken erörtert werden sollen. Eine Antwort steht noch aus.“ Vgl. Referat 202, Bd. 140622.

³⁴ Beginn des als Runderlaß Nr. 96 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

³⁵ Gerhart Rudolf Baum und Jean-Philippe Lecat.

³⁶ Antje Huber und Jean-Pierre Soisson (Jugend, Sport und Freizeit) bzw. Monique Pelletier (Ministerin für Frauenfragen beim französischen Ministerpräsidenten).

³⁷ Christian Beullac.

den Ländern noch verbesserungsfähig sei. Die seit den 35. Konsultationen hierzu ausgearbeiteten Vorschläge wurden den innerstaatlich Verantwortlichen zur Stellungnahme vorgelegt.³⁸

g) Während der Konsultationen unterzeichneten die AM drei wichtige Abkommen, die zur Förderung des Studiums im Partnerland beitragen³⁹ (vgl. Info-Funk-Meldung 1039–1107).

III. Stand der deutsch-französischen Beziehungen (Giscard in Tischrede: „Beide Länder waren einander noch nie so verbunden, standen sich einander noch nie so nahe“), der Freundschaft zu beiden Völkern, der Qualität der Zusammenarbeit sowie des Näherrückens beider Staaten läßt neue Phase des mit Elysée-Vertrags begonnenen Prozesses erkennen. Sie wurde unter Eindruck der weltpolitischen Krisen mit der deutsch-französischen Erklärung vom 4./5. Februar eingeleitet, in der erstmals beide Regierungen essentielle Zielrichtungen und Aufgaben ihrer Außenpolitik niederlegten. Ergebnisse des Staatsbesuchs sowie der Konsultationen liegen in Logik dieser Entwicklung.

Weitere Intensivierung der Partnerschaft schließt nicht aus, daß bei unterschiedlicher Interessenlage und in Tagesfragen auch künftig Nuancierung der politischen Sicht und des politischen Verhaltens möglich ist. Vertiefte kulturelle und menschliche Beziehungen und Vermittlung eines richtigen Bildes vom anderen sind deshalb für die künftige Zusammenarbeit von um so größerer Bedeutung.

Deutsch-französische Beziehungen beeinträchtigen Verhältnis zu europäischen Partnern nicht (Giscard am 7.7.: „Pflicht beider Länder zur Wiederherstellung der Geltung Europas in der Welt bedeutet nicht, daß F und D diese Rolle für sich alleine in Anspruch nehmen. Beide versöhnten und befreundeten Völker sollten gemeinsamen Anstoß geben zur Wiederherstellung eines einflußreichen Europas.“) Für die europäische Entwicklung werden sich aus Fortschritten in deutsch-französischen Beziehungen Impulse in politischen, sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Bereichen ergeben, die europäischen Völkern insge-

³⁸ Referat 621 notierte am 21. Juni 1980, im deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 hätten beide Staaten Maßnahmen für eine Steigerung der Anzahl von Schülern zugesagt, welche die Sprache des anderen erlernen würden. Die Ergebnisse seien jedoch noch immer unbefriedigend. Die Vorschläge der nach den deutsch-französischen Konsultationen vom 5. Februar 1980 in Paris eingesetzten Arbeitsgruppe „Sprachenfrage“ berücksichtigen „auch den Sprachunterricht außerhalb der Schulen. Hier besteht in Deutschland durch die Institution der Volkshochschulen ein flächendeckendes Angebot, dem in Frankreich nichts Vergleichbares entgegensteht. Auf der anderen Seite besteht aber in Deutschland auch ein Nachholbedarf an Universitäten und Fachhochschulen, wo Sprachkurse für Nicht-Romanisten praktisch nicht existieren, während an französischen Universitäten für Nicht-Germanisten deutsche Sprachkurse angeboten werden.“ Vgl. Referat 202, Bd. 140653.

³⁹ Am 10. Juli 1980 notierte Referat 621, Bundesminister Genscher und der französische Außenminister François-Poncet hätten am selben Tag folgende Vereinbarungen unterzeichnet: „Vereinbarung über die Befreiung von Studienzeiten, -leistungen und -prüfungen zum Studium im Partnerland in den Geistes- und Naturwissenschaften; Vereinbarung über die Befreiung der Absolventen zweisprachiger deutsch-französischer Züge an Sekundarschulen von den Sprachprüfungen zur Aufnahme von Studien an den Universitäten des Partnerlandes; Vereinbarung über die Schaffung einer deutsch-französischen Berechtigungskarte für die Benutzung von Einrichtungen der Studentenwerke beider Länder durch deutsche und französische Studierende.“ Vgl. Referat 202, Bd. 140656. Für den Wortlaut der beiden erstgenannten Vereinbarungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1980, Teil II, S. 918 f. bzw. S. 920-922.

samt, der Stellung Europas in der Welt und nicht zuletzt dem Bündnis, dem D und F angehören, zugute kommen.

Boll⁴⁰

Referat 012, Bd. 115730

212

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Werner

VS-NfD

15. Juli 1980¹

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem luxemburgischen Ministerpräsidenten Werner am 15. Juli 1980 von 12.40 bis 14.00 Uhr im Bundeskanzleramt²

Weitere Teilnehmer: Botschafter Heisbourg, Generalsekretär Hansen, Pressesprecher Claude, StS Bölling, MD Blech, Botschafter Knackstedt, MDg von der Gablentz.

(Am anschließenden Mittagessen nahmen außerdem Bundesbankpräsident Pöhl, StM Huonker, GL 42³ teil.)

Bundeskanzler berichtet aus dem vorangehenden Vier-Augen-Gespräch der beiden Regierungschefs über internationale Fragen: allgemeiner Gedankenaustausch über die Afghanistan-Krise; zu TNF Einigkeit, daß Zögern der belgischen Regierung bei der Stationierungszusage ein schwerer Fehler sei⁴, weil es

⁴⁰ Paraphe.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 16. Juli 1980 gefertigt und von Legationsrat I. Klasse Matussek, Bundeskanzleramt, am 23. Juli 1980 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau „zur Unterrichtung des Herrn Bundesministers“ übermittelt.

Hat Wallau am 24. Juli 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 25. Juli 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an „Herrn Staatssekretär“ verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg vorgelegen, der die Weiterleitung an die Vortragenden Legationsräte von Butler und Bächmann verfügte.

Hat Butler und Bächmann am 25. Juli 1980 vorgelegen.

Hat Staatssekretär Lautenschlager am 26. Juli vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; B 2 (Referat 014), Bd. 247.

² Ministerpräsident Werner hielt sich am 15. Juli 1980 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu ferner Dok. 213.

³ Leiter der Gruppe 42 im Bundeskanzleramt war Ministerialdirigent Heick.

⁴ Zur belgischen Haltung zur Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 196, Anm. 18.

Botschafter Blomeyer-Bartenstein, Brüssel, berichtete am 11. Juli 1980, der belgische Verteidigungsminister Poswick sei wegen Widerständen der flämischen und wallonischen Sozialisten skeptisch „hinsichtlich der Aussicht auf einen baldigen LRTNF-Beschluß der belgischen Regierung“: „Das po-

nicht zu ernsthaften sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen im Mittelstreckenbereich kommen wird, wenn die SU den Eindruck erhält, daß es der Westen mit der Verwirklichung des ersten Teils des NATO-Beschlusses⁵ nicht ernst meine. In der Nahost-Frage komme es jetzt darauf an, die in der Erklärung des Europäischen Rats von Venedig⁶ skizzierte Politik durchzuführen.

EG-Fragen

Bundeskanzler setzt sich dafür ein, daß die Beitrittsverhandlungen mit Spanien⁷ und Portugal⁸ normal weitergeführt werden. Sie können allerdings nicht bis zur Abschlußreife gebracht werden, solange man nicht wisse, wie die EG ihre Finanz- und Agrarprobleme löse.

Werner: Die Spanier möchten noch in diesem Sommer die erste Phase des *vue d'ensemble* zu Ende führen und mit den Sachverhandlungen beginnen. Die EG müsse ihr Interesse an den Beitrittsverhandlungen zeigen, da dies für Spanien auch ein Problem der politischen Stabilität sei.

Bundeskanzler möchte auch den klaren Eindruck eines politischen Interesses der Europäer am Fortgang der Beitrittsverhandlungen aufrechterhalten wissen. Allerdings müsse man bei den Verhandlungen auch den innenpolitischen Spielraum der französischen Regierung im Auge behalten. Er berichtet über sein Gespräch mit PM Barre⁹, der sich in Frankreich ganz besonders der Erweiterungsproblematik annehme.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1134

sitive Ergebnis der Reise des Bundeskanzlers nach Moskau sei vom Gesichtspunkt des Interesses der belgischen Regierung an einem baldigen Beschluß in Sachen Stationierung nicht als unbedenklich zu bewerten. [...] Wie heute morgen bekannt wurde, hat die Kammer in der Nachtsitzung vom 10./11. Juli beschlossen, die Entscheidung über die Zweckmäßigkeit der Stationierung von LRTNF auf belgischem Boden zu verschieben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 249; VS-Bd. 14089 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

⁵ Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 10.

⁶ Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats vom 12./13. Juni 1980 in Venedig über den Nahen Osten vgl. BULLETIN DER EG 6/1980, S. 10f. Vgl. dazu auch Dok. 177.

⁷ Zum Stand der Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 5, Anm. 16.

In einer gemeinsamen Aufzeichnung vom 18. Juli 1980 konstatierten das Auswärtige Amt und das Bundesministerium für Wirtschaft, daß ein Beitritt Spaniens die EG-Agrarpolitik vor erhebliche Probleme stellen werde: „Die Kommission hat im April d. J. die jährlichen Nettokosten des spanischen Beitritts im Agrarsektor nach dem Status quo auf ca. 1,2 Mrd. ERE geschätzt [...]. Die MS sind sich soweit einig, daß bei den mediterranen Agrarprodukten wegen des spanischen Beitritts Änderungen der GAP überlegt werden müssen.“ Für Aufsehen hätten die „Äußerungen von Staatspräsident Giscard (am 5. und 26. Juni) und MP Barre (20.6. in Trier und 3.7. in Madrid) zur zweiten Erweiterungsrunde“ gesorgt: „Giscard hatte im Hinblick auf den Brüsseler Kompromiß vom 30.5.1980 (britischer Haushaltsbeitrag) dafür plädiert, zunächst mit Vorrang die Probleme der ersten Erweiterung zu lösen und dann erst die zweite in Angriff zu nehmen. Barre erklärte, es sei nicht möglich, ernsthaft mit Spanien und Portugal zu verhandeln, solange man noch keine Klarheit darüber habe, welche Änderungen der Haushaltsmechanismen vorgesehen seien und welche Mittel zur Finanzierung der Folgen der Erweiterung zur Verfügung ständen.“ Vgl. Referat 410, Bd. 121929.

⁸ Zum Stand der Verhandlungen über einen EG-Beitritt Portugals vgl. Dok. 107.

Referat 410 notierte am 1. Juli 1980: „Mit Ausnahme der wichtigen Bereiche Landwirtschaft und Fischerei konnte erste Phase der Beitrittsverhandlungen zwischen Gemeinschaft und PTG, die Erstellung eines Gesamtüberblicks über die Beitrittsprobleme (sog. ‚vue d'ensemble‘) während der italienischen Präsidentschaft wie vorgesehen abgeschlossen werden. [...] In Anbetracht der relativ begrenzten portugiesischen Wirtschaftskraft (PTG stellt knapp 4 % der Bevölkerung und 1 % des BIP der derzeitigen Gemeinschaft) ist Beitritt PTGs für jetzige Gemeinschaft relativ problemlos; wirtschaftliches und soziales Gefälle zwischen EG und PTG dürfte aber zu erheblichen Problemen bei der Integration PTGs in die Gemeinschaft führen.“ Vgl. Referat 410, Bd. 121928.

⁹ Ministerpräsident Barre nahm am 10./11. Juli 1980 an den deutsch-französischen Konsultationen

Er hält aus seinen Gesprächen mit MP Suárez¹⁰ den Eindruck fest, daß die Spanier noch verstehen müssen, daß eine lange Übergangszeit gerade auch in ihrem Interesse notwendig ist. Ohne lange Übergangsphase könne die Öffnung der spanischen Märkte für die spanische Industrie tödlich werden. Es könne zu einer Reihe von Firmenzusammenbrüchen und einer allgemeinen Enttäuschung über die EG-Mitgliedschaft kommen. Zu den gefährlichen Faktoren der spanischen Wirtschaftslage gehöre auch die Lage der Gewerkschaften. Spanien brauche dringend moderne und gemäßigte Gewerkschaften neben den kommunistisch beherrschten, die zur Zeit den Ton angeben.¹¹

Medienpolitik

Werner bezieht sich auf die Verabredung beim Europäischen Rat in Dublin¹², sich einmal gemeinsam ein genaueres Bild von den Veränderungen zu machen, die neue Technologien im Medienbereich mit sich bringen.

Luxemburg möchte jetzt die ihm von der Weltrundfunkkonferenz 1977¹³ zugeordneten fünf Kanäle nutzen. Die Ausstrahlung läßt sich aus technischen Gründen nicht auf das Gebiet von Luxemburg beschränken. Luxemburg ist also an der Freizügigkeit in diesem Bereich interessiert. Für den luxemburgischen Staatshaushalt ist RTL¹⁴ eine wesentliche Industrie.

Wenn RTL auf Satelliten der Nachbarstaaten Gastrecht genießen könnte, wären verschiedene Finanzierungsprobleme leichter zu lösen. Wenn das nicht möglich ist, muß RTL nach den Studien, die es durchgeführt hat, an einen eigenen Satelliten denken.

Auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland könnte sich das Problem stellen, daß die Radiofrequenzen für interne deutsche Sendungen z.B. im Postwesen genutzt werden und Sendungen eines luxemburgischen Satelliten stören könnten. Z.B. könnte der Ton der auf deutsches Gebiet überstrahlenden Fern-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1135

teil, die sich an den Staatsbesuch des Staatspräsidenten Giscard d'Estaing vom 7. bis 11. Juli 1980 anschlossen. Vgl. dazu Dok. 211.

¹⁰ Zu den Gesprächen des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Suárez am 7./8. Januar 1980 in Madrid vgl. Dok. 4 und Dok. 7.

Zum Gespräch am 25. Februar 1980 vgl. Dok. 64, Anm. 12.

¹¹ Bundeskanzler Schmidt legte Ministerpräsident Suárez mit Schreiben vom 27. Juni 1980 dar, die Bundesregierung unterstütze weiter den Beitritt Spaniens und Portugals zu den Europäischen Gemeinschaften. Er, Schmidt, habe nie verschwiegen, „daß der Beitritt wirtschaftliche Anpassungsschwierigkeiten mit sich bringen wird, die aber gewiß mittelfristig aufgewogen werden. Hinzu kommt, daß die kürzlichen, sehr schwierigen und langwierigen innergemeinschaftlichen Verhandlungen über den Beitrag Großbritanniens zum EG-Haushalt deutlich gemacht haben, daß strukturelle Anpassungen in der Gemeinschaft notwendig sind. Das gilt für die gemeinsame Finanzpolitik wie auch im Bereich der Landwirtschaft“. Die Bundesregierung sei überzeugt, daß es „auch im Interesse Ihres Landes ist, daß sich die EG im Zeitpunkt des Beitritts als wirtschaftlich und politisch stark präsentiert“. Vgl. Referat 410, Bd. 121929.

¹² Zur Tagung des Europäischen Rats am 29./30. November 1979 in Dublin vgl. AAPD 1979, II, Dok. 362.

¹³ Die weltweite Konferenz der Internationalen Fernmeldeunion für Satellitenrundfunk im 12 GHz-Bereich fand vom 10. Januar bis 13. Februar 1977 in Genf statt. Im Zentrum stand die Regelung des Satellitensendedienstes durch die Verteilung von Frequenzen und Orbitpositionen für den Satellitenrundfunk. Beschlossen wurde eine Vereinbarung über einen weltweit mit Ausnahme von Nord- und Südamerika gültigen Satellitensendedienst, die bis 1. Januar 1979 mit einer Gültigkeit von mindestens 15 Jahren in Kraft treten sollte. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 190 des Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen aus Genf vom 14. Februar 1977; Referat 232, Bd. 121252.

¹⁴ Radiotélévision de Luxembourg.

sehsendungen durch nationale deutsche Rundfunksendungen auf derselben Frequenz gestört werden.

Bundeskanzler betont, daß in Deutschland keine Absicht bestehe, fremde Sendungen zu stören. Aber er persönlich habe weit größere Sorgen: Einmal fürchtet er ein Präjudiz in Richtung auf eine Kommerzialisierung des Fernsehens in Deutschland. Er möchte nicht im Fernsehen Monopole entstehen sehen wie bereits in der Presse, die politisch mißbraucht werden können und die gesellschaftspolitisch unerwünscht sind. Zweitens erscheint ihm schon heute die Überflutung des einzelnen Bürgers mit Fernsehprogrammen gefährlich. Durch exzessiven Fernsehkonsum werden Familien zerstört und Heranwachsende gefährdet. In einer Vielzahl von oft beliebig ausgewählten Informationen wird ein falsches Bild der Wirklichkeit suggeriert, das dem wirklichen Leben nicht entspricht.

Wenn er sich gegen diese Gefahr wendet, so hat das mit Luxemburg und seinen Interessen nichts zu tun. Er wendet sich zunächst dagegen, daß in der Bundesrepublik Deutschland die technischen Voraussetzungen für eine weitere Überflutung der Bürger durch immer neue Fernsehprogramme geschaffen werden. Für eine Verkabelung der wesentlichen Städte sind zweistellige Milliardenbeträge erforderlich, volkswirtschaftliche Fehlinvestitionen, die nur dazu führen können, die ohnehin gefährliche Überflutung mit Fernsehprogrammen zu steigern. Angesichts dieser Gefahren müssen die gesellschaftlichen Konsequenzen der neuen Medien-Technologien in einer breiten öffentlichen Debatte, an der sich auch die Kirchen und alle gesellschaftlichen Kräfte beteiligen sollten, geklärt werden. Eine solche Debatte kann sich nur langsam entfalten. Er wird daher im Rahmen seiner verfassungsrechtlichen Möglichkeiten, insbesondere durch das Postmonopol des Bundes, dem Drängen auf Verkabelung widerstehen.

Er hat zwei Sorgen zum luxemburgischen Satellitenprogramm: Erstens, daß ein luxemburgischer Satellit die von ihm nicht gewünschte Verkabelung fördert. Zweitens, er möchte nicht, daß ein durch Werbung finanziertes Fernsehen den Zeitungen und Zeitschriften der Bundesrepublik Deutschland die Werbeeinnahmen wegnimmt und damit zu einem großen Zeitungssterben führt. Er möchte die deutsche Zeitungslandschaft nicht weiter verarmen lassen.

Medienpolitische Fachleute befürchten, daß RTL stärker als andere Gesellschaften sich auf dem Wege der Werbung finanzieren wird und dadurch die Lebenschancen gedruckter Medien beeinträchtigt. Die Gefahr eines durch Werbung finanzierten Fernsehens besteht darin, daß es sich um einen möglichst großen Zuhörerkerkreis bemühen muß, daher leicht auf das Niveau einer Boulevard-Zeitung abrutscht.

Er ist sich dessen bewußt, daß diese seine persönliche Meinung nicht in allem von seinem Koalitionspartner und natürlich nicht von den großen Häusern Springer oder Bertelsmann geteilt wird. (StS *Bölling*: Auch Springer scheint seine Meinung langsam zu revidieren. Die FDP teilt jedenfalls zum Punkt Anzeigen-Entzug für die Presse die Sorge des Bundeskanzlers.)

Zum gegenwärtigen Stand der Technik erläutert er, daß es sich beim deutsch-französischen Satellitenprogramm¹⁵ lediglich um präoperationelle Satelliten

¹⁵ Zur deutsch-französischen Kooperation bei Rundfunksatelliten vgl. Dok. 211, Anm. 30.

handelt, die nur zu experimentellen Zwecken die Programme der bestehenden Fernsehanstalten ausstrahlen und keine zusätzlichen Programme senden. Sie können außerdem nur im Rahmen von vier eng begrenzten Verkabelungsprojekten in Mannheim-Ludwigshafen, Dortmund, Berlin und Kassel empfangen werden. Es geht vor allem um die technische Erprobung und darum, den Markt von Fernsehsatelliten nicht allein den USA zu überlassen.

Keiner kann RTL hindern, einen eigenen Satelliten zu kaufen und im Rahmen der zugeteilten fünf Kanäle zu betreiben. Die Betreiber müßten dann allerdings auf zwei Dinge hoffen: Daß möglichst alle großen Städte verkabelt werden (was sehr lange dauern kann) und/oder daß die Industrie schnell Geräte für den Direktempfang entwickelt. Insgesamt hat er den Eindruck, daß es reichlich früh ist, sich über kommerziell betriebene Fernsehsatelliten den Kopf zu zerbrechen, deren Programm noch gar nicht empfangen werden kann.

Werner stellt fest, daß die Verkabelung gute technische Vorbedingungen für einen Empfang der Sendungen schaffen würde, aber hierfür auch besondere Einzelantennen in Frage kämen. (*Bundeskanzler*: Die kosten aber 1000 bis 2000 DM.)

Er teilt weitgehend die Sorgen des Bundeskanzlers vor möglichen gesellschaftspolitischen Konsequenzen einer Überflutung durch Fernsehprogramme. Auch er ist interessiert, hier Exzesse zu verhindern. Das könne z. B. durch ein deutsch-luxemburgisches Abkommen geschehen, nach dem Sendungen von RTL sich an die deutschen Gesetze und an das Gebot parteipolitischer Neutralität halten müssen. Die Erfahrungen mit den Rundfunksendungen des RTL in französischer Sprache zeigen, daß solche Vereinbarungen eingehalten werden. Seit Jahren hat es trotz intensiver politischer Sendungen keine Reklamation gegeben. Natürlich müssen kommerzielle Sendungen auch populär sein. Das schließt aber kulturelle Sendungen auf hohem Niveau nicht aus. Gute kulturelle Sendungen sind z. B. wesentlicher Teil der Rundfunkprogramme des RTL in französischer Sprache. Nach luxemburgischer Ansicht und Erfahrung lassen sich also die vom Bundeskanzler aufgeworfenen Probleme durch die Vereinbarung fester Regeln lösen, deren Einhaltung kontrolliert werden kann. Er übergibt anliegende „Überlegungen“.

Bundeskanzler vergleicht den Wettlauf um immer mehr Fernsehprogramme mit dem Rüstungswettlauf. Auch hier möchte er das nötige Gleichgewicht nicht auf dem Wege eines unbegrenzten Wettlaufs, sondern durch eine vernünftige Begrenzung hergestellt sehen.

Werner erläutert auf Frage des Bundeskanzlers die Struktur des RTL. Die Aktienmehrheit der luxemburgischen Gesellschaft befinde sich zu einem Drittel in Händen belgischer Aktionäre und zu zwei Dritteln in Händen einer französischen Gesellschaft mit Staatsbeteiligung. In die Auseinandersetzungen über die Ernennung eines *Administrateur délégué* habe sich Giscard persönlich eingeschaltet.

Er sieht die Möglichkeit, schädliche Auswirkungen eines RTL-Werbefernsehens auf die deutsche Presse durch Abkommen mit der deutschen Presse zu vermeiden.

Bundeskanzler weist darauf hin, daß es ihm auch darauf ankommt, daß durch Ausstrahlung des luxemburgischen Werbefernsehens auf Deutschland kein Prä-

judiz für die Entwicklung der innerdeutschen Fernsehstruktur geschaffen werde. Die Industrie sei natürlich – wie auch die Rüstungsindustrie – an der Produktion immer neuer technischer Produkte interessiert, ohne zu fragen, ob diese Produktion immer neuer „gimmicks“ letzten Endes zu einer Vergeudung wirtschaftlichen Kapitals führe.

Werner fragt nach der Bereitschaft des Bundeskanzlers zu einem Gespräch über Modalitäten des Funktionierens eines möglichen luxemburgischen Satelliten.

Bundeskanzler erklärt sich zu jedem Gespräch bereit. Er sieht allerdings keine Notwendigkeit, da die technischen Voraussetzungen – z.B. die Verkabelung – noch nicht existieren. Er wird sich seinerseits – nicht wegen RTL, sondern aus gesellschaftspolitischen Überlegungen – gegen eine weiträumige Verkabelung der Bundesrepublik Deutschland wenden. Die Vorgänge um den NDR zeigen deutlich die Tendenz vieler politischer Kräfte, ohne Rücksicht auf gesellschaftspolitische Folgen privat finanzierte Rundfunk- und Fernsehgesellschaften auch in Deutschland zu schaffen, um politischen Einfluß zu gewinnen.¹⁶ Diesen Tendenzen wird er sich entgegenstellen. Das hat nichts mit Luxemburg zu tun, sondern mit seiner Überzeugung, daß wir nicht zulassen sollten, daß sich unsere Gesellschaft völlig „amerikanisiert“.

Auf Frage Werners nach der Schlußfolgerung erklärt er die Bereitschaft der Bundesregierung zu Gesprächen, von denen sich allerdings die Luxemburger nicht allzu viel erwarten sollten.

Werner betont die Bedeutung des RTL für Luxemburg. Die Zukunft der luxemburgischen Wirtschaft liege immer stärker im Dienstleistungsbereich. Auf anderen Gebieten, sogar beim Stahl, sind die Entwicklungsmöglichkeiten begrenzt.

Bundeskanzler unterstreicht die recht gute wirtschaftliche Entwicklung in Luxemburg, auch im Stahlbereich, wo ARBED¹⁷ noch eine recht gute Rentabilität aufweise. Auf lange Sicht stimmt er allerdings zu, daß sich die luxemburgische Wirtschaftsstruktur in Richtung auf den Dienstleistungsbereich entwickeln müsse, zu dem auch Banken und Versicherungen gehören. Auf Dauer ist Luxemburg kein sehr günstiger Standort für die Stahlproduktion.

Er unterstreicht noch einmal, daß seine Haltung zu den medienpolitischen Fragen nichts mit nationalen Interessen gegenüber Luxemburg zu tun habe, sondern mit seiner Abneigung, die deutsche Gesellschaft völlig mit amerikanischen Lebensformen überfluten zu lassen, denen sie nicht dieselbe Vitalität wie die

¹⁶ Der Norddeutsche Rundfunk (NDR) wurde durch Staatsvertrag vom 16. Februar 1955 mit den Zustimmungsgesetzen der hamburgischen Bürgerschaft vom 10. Juni 1955, des niedersächsischen Landtags vom 19. April 1955 und des schleswig-holsteinischen Landtags vom 7. April 1955 für den Bereich der Vertragsländer als Funktionsnachfolger des Nordwestdeutschen Rundfunks errichtet. Auf Grund eines Beschlusses der schleswig-holsteinischen Landesregierung vom 6. Juni 1978 kündigte Ministerpräsident Stoltenberg am 8. Juni 1978 durch gleichlautende Schreiben an den Hamburger Ersten Bürgermeister Klose und den niedersächsischen Ministerpräsidenten Albrecht den Staatsvertrag mit Wirkung zum 31. Dezember 1980. Am 28. Mai 1980 urteilte der Siebte Senat des Bundesverwaltungsgerichts in Berlin, daß diese Kündigung lediglich zum Austritt Schleswig-Holsteins führe und nicht, wie von den CDU-geführten Landesregierungen von Schleswig-Holstein und Niedersachsen erhofft, zur Auflösung des Staatsvertrags insgesamt. Vgl. dazu BUNDESVERWALTUNGSGERICHT, Entscheidungen, Bd. 60, S. 162–208.

¹⁷ Aciéries Réunies de Burbach-Eich-Dudelange.

Amerikaner entgegenzusetzen habe. Das Stadtzentrum in Frankfurt sei auf dem besten Wege, sich zu einem abschreckenden Beispiel einer doppelten Verfremdung – Wolkenkratzer und amerikanischer Lebensstil sowie türkische Bevölkerung für die einfachen Dienste – zu entwickeln. Wenn die Deutschen mit solchen Entwicklungen schneller konfrontiert werden, als sie sie verarbeiten können, besteht die Gefahr, daß sich eine gewisse Xenophobie entwickelt. Zur Zeit jedenfalls ist der Zustrom ausländischer Einflüsse zu groß und die Abwehrmöglichkeiten – auf Grund unserer Erfahrungen in der Nazizeit – zu gering. Das zeigt sich z.B. im Asylrecht. Wir müssen auch damit rechnen, daß auf längere Sicht die Immunität der Deutschen gegen kommunistische Propaganda abnehmen wird. Auch dagegen muß unser Land abgesichert werden.

StS Bölling betont, daß zur Zeit noch ein Konzept für eine Begrenzung der unerwünschten Einflüsse im Medienbereich fehle. RTL wolle nach unserem Eindruck rigoros auf ein Werbefernsehen hinaus. Die vorgeschlagenen Gespräche über die Möglichkeiten, Programme auch auf die Prinzipien festzulegen, die für unsere öffentlich-rechtlichen Anstalten gelten, könnten zu einer Versachlichung der Diskussion führen.

Bundeskanzler betont, daß wir nicht die Freiheit des Informationsflusses beeinträchtigen wollen. Zum Vorschlag Werners, daß man sich ja auch darauf einigen könne, daß die Programme nicht die Gesetze des anderen Staates verletzen dürften, unterstreicht er, daß der Bund in dieser Frage ziemlich machtlos ist. Die Regelung ist nach dem Grundgesetz¹⁸ Sache der Länder. Die einzig wirkliche Einflußmöglichkeit des Bundes liegt im Bereich technischer Regelungen für das Fernmeldewesen.

Er stimmt dem Vorschlag Werners zu, die Problematik in Gesprächen der zuständigen Minister oder ihrer Vertreter zu vertiefen. Auf luxemburgischer Seite werden der Ministerpräsident und der Postminister¹⁹, auf deutscher Seite der Innenminister²⁰ und der Postminister²¹ hierfür genannt.

Zwangsrekrutierte²²

Bundeskanzler: Auf Frage Werners nach dem Stand der Angelegenheit berichtet er, daß er mit Präsident Giscard hierüber gesprochen habe.²³ Nach seinem Eindruck seien die Vorgespräche mit Luxemburg so weit gediehen, daß sie keiner weiteren Förderung bedürften vor einer deutsch-französischen Einigung, die im Laufe der nächsten vier bis zehn Monate ein konkreteres Stadium erreichen werde. Er hat im Vier-Augen-Gespräch mit Giscard eine Lösung des deutsch-französischen Problems im Winter in Aussicht genommen. Parallel hierzu sollte man eine Regelung mit Luxemburg in Angriff nehmen. Ihm liegt daran, diese Probleme vor allem aus psychologischen Gründen aus der Welt zu schaffen.

¹⁸ Für den Wortlaut des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 1–19.

¹⁹ Josy Barthel.

²⁰ Gerhart Rudolf Baum.

²¹ Kurt Gscheidle.

²² Zur Frage einer Entschädigung der im Zweiten Weltkrieg zwangsrekrutierten Luxemburger vgl. Dok. 210, Anm. 23.

²³ Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Giscard d'Estaing am 11. Juli 1980 über Zwangsrekrutierte vgl. Dok. 210, Anm. 30.

Er kann allerdings keine allzu großen finanziellen Hoffnungen erwecken. Er bittet, hierüber nicht öffentlich zu sprechen, aber seine persönliche Versicherung ernst zu nehmen, daß er die Angelegenheit im Winter abschließen möchte.

Werner ist froh über die Zusicherung des Bundeskanzlers, daß er die Angelegenheit aus der Welt schaffen möchte.

Bundeskanzler präzisiert seine Bereitschaft, das luxemburgische Problem parallel zum französischen in Angriff zu nehmen sowie seinen festen Vorsatz, beide Probleme im Laufe des Winters zu regeln.

Cattenom²⁴

Werner weist auf die innenpolitische Bedeutung der Angelegenheit hin. Er erwähnt die trilaterale Arbeitsgruppe und bittet um enge Zusammenarbeit in allen Sicherheitsfragen.²⁵

Bundeskanzler weist seinerseits auf die bestehenden Arbeitsgruppen hin.²⁶ Er macht aber deutlich, daß Franzosen und Belgier zu Recht ihr Kernkraftprogramm vorantreiben, das er in keiner Weise behindern möchte. Vielleicht gehen die Franzosen etwas zu großzügig mit der Reaktion der öffentlichen Meinung um, aber eines Tages werden Luxemburger und vielleicht auch Deutsche froh sein, wenn sie Strom aus Frankreich beziehen können. Die Sicherheitsfragen dürfen nicht zum Vorwand für eine Behinderung des KKW-Baus werden. Allein im deutschen Kohlebergbau habe es etwa 15 000 Tote seit Kriegsende gegeben, bisher keinen einzigen als Folge des Baus von Kernkraftwerken. Er setzt sich nachdrücklich dafür ein, die innenpolitischen Proteste gegen den Bau von Kernkraftwerken unter Kontrolle zu halten und nach Möglichkeit zu dämpfen.

²⁴ Zum Bau des grenznahen französischen Kernkraftwerks Cattenom vgl. Dok. 210, besonders Anm. 13.

²⁵ Referat 413 notierte am 9. Juli 1980: „Anläßlich eines zweiten trilateralen Gesprächs über Cattenom im Dezember 1979 in Bonn (beteiligt: Bundesrepublik Deutschland – einschließlich Rheinland-Pfalz und Saarland –, Frankreich und Luxemburg) hat sich die deutsche Seite mit Unterstützung Luxemburgs um eine französische Erklärung bemüht, den Bau der Blöcke 3 und 4 in Cattenom solange auszusetzen, bis alle mit diesem grenznahen Projekt aufgeworfenen Probleme geklärt sind. Frankreich erklärte sich lediglich bereit, alle anfallenden Fragen wie Mosel-, Klima- und Umweltbelastung sowie Sicherheitsaspekte in den bereits bestehenden Gremien (insbesondere deutsch-französische Kommission für Fragen der Sicherheit kerntechnischer Anlagen und des Strahlenschutzes, Mosel-Kommission) zu behandeln.“ Luxemburgischen Angaben zufolge müßten bei einem Atomalarm in Cattenom zwei Drittel der Bevölkerung evakuiert werden. Daher sei die luxemburgische Regierung vom Parlament aufgefordert worden, den Bau des Kraftwerks zu verhindern. Vgl. Referat 431, Bd. 129479.

²⁶ Referat 413 resümierte am 3. Juni 1980 zum Stand der Konsultationsverfahren bei Kernkraftwerken im grenznahen Bereich: „Zur Wahrung der Schutzinteressen der deutschen Bevölkerung im Grenzgebiet, z. B. hinsichtlich des französischen Kernkraftwerks Cattenom, hat die Bundesregierung auf der Basis der Gegenseitigkeit die Einrichtung von Ausschüssen mit Frankreich vereinbart (auch unter Einbeziehung Luxemburgs): deutsch-französische Kommission für die Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen (DFK). In dieser Kommission werden in mehreren Arbeitsgruppen z. B. folgende Themen behandelt: Ableitung radioaktiver Stoffe beim Betrieb und Strahlenbelastungen in der Umgebung, Umgebungsüberwachung, Auslegung von Kernkraftwerken gegen Störfälle. Trilaterale Arbeitsgruppe – Frankreich, Bundesrepublik Deutschland, Luxemburg – für Standortfragen, in der raumpolitische Angelegenheiten besprochen werden. In der Saar-Mosel-Kommission – Frankreich, Bundesrepublik Deutschland, Luxemburg – stehen Fragen der Wärmebelastung der Mosel durch die Aufnahme von Kühlwasser und die Einleitung von Abwärme sowie Auswirkungen auf die Wasserführung und die Schifffahrt im Vordergrund. Bemühungen um die Herbeiführung einer deutsch-französischen Vereinbarung über den Informationsaustausch bei Unfällen, die radiologische Auswirkungen haben könnten.“ Vgl. Referat 431, Bd. 129411.

Schlußbemerkungen

Nach einem kurzen Gedankenaustausch über die Pressekonferenz wird verabredet,

- während des Mittagessens vor allem über europäische Währungsfragen zu sprechen²⁷,
- in etwa einem Jahr einen Besuch des Bundeskanzlers in Luxemburg ins Auge zu fassen, bei dem auch ein Besuch bei ARBED vorgesehen werden sollte.

[Anlage]

Grundsätzliche Überlegungen und Richtlinien eines Abkommens zwischen der Bundesregierung Deutschland und der Regierung des Großherzogtums Luxemburg

Die Weltrundfunkkonferenz hat 1977 in Genf einen Plan zur Verteilung der Satellitenfrequenzen verabschiedet und dabei dem Großherzogtum Luxemburg gemäß diesem Plan fünf Kanäle zugeteilt, nämlich die Kanäle 114A, 114B, 114C, 114D und 114E. Die geostationäre Position eines Luxemburger Satelliten wurde mit -19,0° festgelegt.

Aufgrund der spezifischen Eigenschaften einer Ausstrahlung über die zugeteilten Satellitenfrequenzen muß berücksichtigt werden, daß auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland der Empfang solcher Sendungen sowohl im Individualbereich als auch über Gemeinschaftsempfang möglich ist, sieht man einmal von Störungen ab:

In einem Vertrag mit der Bundesrepublik Deutschland könnte nun festgelegt werden, mögliche Störungen von Sendungen auf den Luxemburger Satellitenfrequenzen auszuschließen, die die Bundesrepublik auf ihrem Territorium ohne Zweifel rechtmäßig z.B. durch terrestrische Dienste induzieren könnte. Dies gilt sowohl für Individual- als auch für Gemeinschaftsempfang.

Darüber hinaus könnte vereinbart werden, daß die Bundesregierung Deutschland die Einspeisung von Luxemburger Sendungen in Kabelnetze genehmigt, die auf dem Gebiet der Bundesrepublik existieren bzw. installiert werden. Diese Genehmigung sollte sich auf die Sendungen in ihrer Gesamtheit beziehen, also auch ohne Begrenzung der Werbezeit und deren zeitlicher Verteilung über einen Sendetag, und zwar solange sich die Luxemburger Sendungen nach wie vor dem Neutralitätsgebot unterwerfen, nicht gegen den Grundsatz der guten Sitten verstoßen und sich an die in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Verordnungen über elektronische Werbeverbote (z.B. Zigaretten, Alkohol) halten.

B 2 (Referat 014), Bd. 247

²⁷ Vgl. dazu Dok. 213.

213

**Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt
mit Ministerpräsident Werner**15. Juli 1980¹

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem luxemburgischen Ministerpräsidenten Werner am 15. Juli 1980 während des Mittagessens im Bundeskanzleramt²

Weitere Teilnehmer: Botschafter Heisbourg, Generalsekretär Hansen, Pressesprecher Claude, Bundesbankpräsident Pöhl, StM Huonker, StS Bölling, MD Blech, Botschafter Knackstedt, MDg von der Gablentz, MDg Heick.

Bundesbankpräsident *Pöhl* berichtet, daß das EWS bisher reibungsloser funktioniert habe, als die meisten Fachleute und Politiker erwartet haben.³ Allerdings sei auch die relative Schwäche der D-Mark eine Ursache dafür gewesen. Überraschend stark seien der französische Franc und die italienische Lira gewesen. Er rechne jedoch damit, daß auf die Dauer das Inflationsgefälle zu einer Stärkung der Position der D-Mark im EWS führe. Der Testfall für das EWS, ob bei schwerwiegenden Spannungen rechtzeitig Wechselkursanpassungen vorgenommen werden könnten, stehe allerdings noch aus.

Für den Übergang zur zweiten Stufe des EWS⁴ sehe er keine Dringlichkeit. Die institutionellen Fragen seien befriedigend geregelt. Die Kreditfazilitäten seien ausreichend. Der Übergang zur zweiten Stufe müsse gründlich bedacht werden, da es sich um einen politisch schwerwiegenden Schritt handle. Die Frage sei, ob man einen Schritt in Richtung der Schaffung einer europäischen Zentralbank tun wolle. Die Schaffung einer europäischen Institution, die dem IMF entspricht, sei seiner Meinung nach nicht erforderlich.

Wenn man einen weiteren Schritt machen wolle, komme man schnell zu einem Punkt, wo sich die Dinge qualitativ verändern können. Man müsse sich darüber klar werden, wie man ganz konkrete Fragen des Managements lösen wolle. Z. B. müsse entschieden werden, welches Gremium über die Anlage der Währungsreserven bestimme. Bisher habe die Bundesbank ihre Reserven vor allem in den USA angelegt. Eine Änderung dieser Politik könne erhebliche Folgen haben. Eine weitere Frage sei, wer über die Geldpolitik zu entscheiden habe.

Wenn man die Übertragung von Reserven auf den EWF⁵ diskutiere, dann stelle sich die Frage, ob das Währungsgold dabei einbezogen werde oder nicht. Für

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Heick, Bundeskanzleramt, am 16. Juli 1980 gefertigt.

Hat Ministerialdirektor Schulmann, Bundeskanzleramt, am 22. Juli 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 211 verfügte.

² Ministerpräsident Werner besuchte am 15. Juli 1980 die Bundesrepublik. Vgl. dazu auch Dok. 212.

³ Zum Inkrafttreten des Europäischen Währungssystems am 13. März 1979 vgl. Dok. 50, Anm. 7.

⁴ Zum Übergang zur zweiten Stufe des Europäischen Währungssystems vgl. Dok. 50, Anm. 9.

⁵ Auf der Tagung am 4./5. Dezember 1978 in Brüssel beschloß der Europäische Rat, einen Europäischen Währungsfonds (EWF) einzurichten. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 380.

die Bundesrepublik gehe es im übrigen um Reserven in Höhe von 40 Mrd. DM. Hinzu käme die Einzahlung von nationalen Währungen im gleichen Umfang.

Er fürchte, daß die Übertragung von Kompetenzen der Bundesbank auf ein Gremium, in dem außer den Zentralbankgouverneuren auch Regierungen beteiligt sind, in der Bundesrepublik erhebliche politische Diskussionen auslösen werde. Die Franzosen seien der Meinung, daß in einem EWF alle wichtigen Fragen gemeinsam von Gouverneuren und Ministerrat getroffen werden sollten. Lediglich technische Fragen sollten der Entscheidungsvollmacht der Gouverneure vorbehalten bleiben. Eine Alternative zu diesem Modell sei die Schaffung einer europäischen Zentralbank.

Bundeskanzler unterstreicht die Feststellung von Pöhl, daß das EWS gut funktioniert habe. Es habe beigetragen zur Stabilität der Preise und der Währungsrelationen. Es habe außerdem Wirkungen, die über den Bereich der EG hinausgehen. Es wirke stabilisierend auf die Weltwährungsbeziehungen und disziplinierend auf die US-Dollar-Politik.

Er halte einen weiteren Schritt für wünschenswert. Dieser Schritt könne aber erst nach der französischen Präsidentenwahl⁶ gemacht werden.

Es sei wahrscheinlich ausreichend, nachträglich institutionelle Regelungen für Verfahren einzuführen, die sich bereits eingespielt haben. Materiell brauche man nicht zu Neuerungen zu kommen. Z.B. sei eine gemeinsame europäische Geldversorgungspolitik noch nicht möglich.

Denkbar sei jedoch eine Anhebung der Fungibilität des ECU.

Es solle geprüft werden, ob und wann ein weiterer Schritt einen Gesetzgebungsakt notwendig mache. Er halte es für richtiger, gesetzgeberische Schritte erst beim Übergang in eine dritte Phase zu unternehmen. *Bundeskanzler* gibt die Anweisung, einmal grundsätzlich zu prüfen, ob die Gesetzgebung in diesem Bereich der Zustimmung des Bundesrates bedarf.

MP *Werner* erklärt, er habe die Befürchtung gehabt, der ursprünglich für März 1981 vorgesehene zweite Schritt solle vergessen werden. Er sei befriedigt, zu hören, daß dies nicht der Fall sei. Mögliche Beschlüsse müßten auf einer Linie liegen, die weiterführe. Z.B. könne man die Verwendungsmöglichkeiten des ECU ausweiten und einen Teil der Währungsreserven auf den Europäischen Währungsfonds übertragen. Er fragt, ob es möglich sei, die Zinspolitiken der Zentralbanken enger zu koordinieren?

Pöhl weist auf die bereits stattfindende Koordination der Zinspolitik hin.

Bundeskanzler warnt davor, Frankreich und Italien zu einer stärkeren Harmonisierung der Zinspolitik zu drängen, solange sich diese Länder noch mit hohen Inflationsraten auseinanderzusetzen hätten.

Pöhl weist darauf hin, daß die Zentralbanken in der monetären Zusammenarbeit schon sehr weit vorangekommen seien, wenn dies auch nicht formalisiert sei. Entscheidend sei, daß sich die Zentralbanken über die anstehenden Fragen verständigen können.

⁶ In Frankreich fanden am 26. April bzw. 10. Mai 1981 Präsidentschaftswahlen statt.

Im übrigen könne man FECOM⁷ umbenennen in EWF und im Verwaltungsrat den Vorsitz jährlich wechseln lassen.

Bundeskanzler stimmt dem zu. Er regt an zu überlegen, ob man den Zeitraum für die Hinterlegung von Währungsreserven von gegenwärtig drei Monaten (revolving swaps) auf ein Jahr ausdehnen könne. Außerdem solle geprüft werden, ob die Europäische Investitionsbank den OPEC-Staaten in ECU denomierte Anleihen anbieten könne. Hierüber solle mit MP Barre gesprochen werden. Er würde es begrüßen, wenn MP Werner über diese Fragen ebenfalls mit MP Barre spreche.

Es liege im Interesse der Bundesrepublik, wenn deutlich sichtbar werde, daß sich das EWS fortentwickle. Gleichzeitig müsse man aber überflüssige gesetzgeberische Komplikationen vermeiden.

Abschließend gibt Bundeskanzler Weisung, diese Aufzeichnung an MP Werner zu übersenden.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 54

214

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Arz von Straussenburg

220-370.70 USA-1228/80 VS-vertraulich

Aufgabe: 15. Juli 1980, 13.30 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 3738 Plurez

Citissime nachts

Betr.: Gespräche mit Stellvertretendem AM Christopher am 14.7.80 über Rüstungskontrollpolitik²

Nach einem kurzen Höflichkeitsbesuch bei BM³ führte StS van Well die Gespräche, die im rüstungskontrollpolitischen Bereich wie folgt zusammengefaßt werden:

⁷ Fonds Européen de Coopération Monétaire (Europäischer Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit).

¹ Der Runderlaß wurde von den Vortragenden Legationsräten Pöhlmann und Ritter von Wagner konzipiert.

² Der stellvertretende amerikanische Außenminister Christopher hielt sich am 14./15. Juli 1980 in der Bundesrepublik auf. Mit Staatssekretär van Well erörterte er am 14. Juli 1980 ferner die Lage in Afghanistan und in Kambodscha sowie den Wunsch der amerikanischen Regierung nach einer Verschärfung der COCOM-Richtlinien. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Petersen vom 16. Juli 1980; VS-Bd. 11181 (340); B 150, Aktenkopien 1980.

³ Vortragender Legationsrat I. Klasse Schenk teilte der Botschaft in Washington am 15. Juli 1980 mit: „BM empfing Christopher vor dem Beginn der deutsch-amerikanischen Konsultationen auf Staatssekretärebene zu einem persönlichen Gespräch.“ Gesprächsthemen waren die sowjetische Bereitschaft, mit den USA Rüstungskontrollgespräche über Mittelstreckensysteme in Europa auf-

1) LRTNF

StS van Well stellte fest, es müßten zunächst zwei Hauptfragen geklärt werden:

- Was versteht die SU unter FBS?⁴
- Wie läßt sich die westliche Position demgegenüber definieren?

Die Vorgespräche, zu denen sich die SU nunmehr ohne Vorbedingungen bereit erklärt habe, seien keine getrennten Verhandlungen, sondern stünden im SALT-Rahmen.

Verknüpfung der Vorgespräche mit SALT, die die SU in ihrer Reaktion auf das westliche Verhandlungsangebot vorgenommen habe, unterstreiche das sowjetische Interesse an Fortsetzung des SALT-Prozesses.

Christopher unterstrich die amerikanische Position, die er auch gegenüber Dobrynin⁵ vertreten habe, daß US als ersten Schritt über landgestützte Raketen verhandeln wollen. US seien noch nicht bereit, FBS einzubeziehen. Er habe Dobrynin darauf hingewiesen, daß SU ebenfalls Systeme habe, die den amerikanischen FBS vergleichbar seien. Dem sowjetischen Drängen nach baldigem Verhandlungsbeginn habe er entgegengesetzt, daß die SU die Zeit von Januar bis Juli 1980 habe verstreichen lassen und daß der Westen für interne Konsultationen ebenfalls Zeit brauche. Bartholomew ergänzte, Dobrynin habe mehrfach unterstrichen, daß die Ausgangsposition beider Seiten klar sei und daß es Sache der Verhandlungen sei, sie in Übereinstimmung zu bringen. Bartholomew schloß daraus, daß es insofern nicht notwendig sei, die westliche Haltung bezüglich der Nichteinbeziehung der FBS vor Verhandlungsbeginn zu modifizieren.

Christopher erkundigte sich nach der europäischen Reaktion auf die sowjetische Verhandlungsbereitschaft. StS van Well erläuterte, daß trotz der negativen

Fortsetzung Fußnote von Seite 1145

zunehmen, sowie der Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 10. Juli 1980. Vgl. den nicht nummerierten Drahterlaß; Referat 221, Bd. 116938.

⁴ Zum sowjetischen Vorschlag vom 1. Juli 1980 zur Aufnahme von amerikanisch-sowjetischen Gesprächen über Mittelstreckensysteme unter Einbeziehung von FBS vgl. Dok. 193. Vortragender Legationsrat Seibert notierte am 14. Juli 1980: „Die sowjetische Seite bezeichnete bei den Gesprächen in Moskau als FBS diejenigen bisher schon in Europa stationierten amerikanischen (nicht: französischen und britischen) Nuklearwaffen, welche die Sowjetunion erreichen können. Die sowjetische Nachrichtenagentur ‚TASS‘ gibt in einem englischsprachigen Kommentar von Wadim Birykow am 7.7. folgende beispielhafte (und möglicherweise nicht erschöpfende) Aufzählung amerikanischer FBS: a) Bomber, die in Großbritannien und in der Bundesrepublik Deutschland stationiert seien, b) Phantom-Flugzeuge auf Flugzeugträgern im Mittelmeer und in der Ostsee und c) raketenbestückte Poseidon-Unterseeboote. Insgesamt zählt ‚TASS‘ 784 Einheiten amerikanischer Kernwaffen aus den genannten Kategorien in Europa inklusive 300 Einheiten in Großbritannien und Frankreich. Zu a) Es könnte sich dabei um die 172 in Großbritannien stationierten schweren Jagdbomber vom Typ F-111 handeln. In der Bundesrepublik gibt es jedoch keine F-111. Sollten auch Phantom-Flugzeuge gemeint sein, vgl. zu b). Zu b) Die 252 Phantom sind in Großbritannien (60), Spanien (54, mit bei simple alert nach Italien und in die Türkei verlegbaren Staffeln) und in der Bundesrepublik Deutschland (138) stationiert und in ihrem Kampfradius von 599 bis 1190 km nicht mit der F-111 (Kampfradius 2200 km) vergleichbar. Im Mittelmeer befindet sich z.Z. ein Flugzeugträger der sechsten Flotte mit 10 A6-Intruder. In der Ostsee gibt es bekanntlich keine amerikanischen Flugzeugträger. Zu c) Die 40 Poseidon werden als zentralstrategische Systeme der USA bereits von SALT II erfaßt und können daher hier nicht erneut mitgezählt werden. Die Zahlenangaben von ‚TASS‘ können nach hier zur Zeit vorliegenden Informationen nicht nachvollzogen werden.“ Vgl. VS-Bd. 10336 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

⁵ Zum Gespräch des stellvertretenden amerikanischen Außenministers Christopher mit dem sowjetischen Botschafter in Washington, Dobrynin, am 10. Juli 1980 in Washington vgl. Dok. 215.

Stellungnahmen der Opposition die Ergebnisse der Moskaureise des BK und BM⁶ bei uns von einer breiten Mehrheit begrüßt wurden, auch die Skeptiker seien jetzt weniger skeptisch. In Belgien bemühe sich der AM⁷ im Parlament um eine Rücknahme des Vorbehalts. Dies liege im belgischen Interesse, weil nur dann die belgische Beteiligung an den Verhandlungsvorbereitungen vollwertig sei.⁸

Allgemein werde anerkannt, daß die sowjetische Reaktion auf das westliche Verhandlungsangebot die Richtigkeit des NATO-Beschlusses⁹ unter Beweis stelle, allerdings sei erforderlich, auch am Nachrüstungsteil des Beschlusses unverändert festzuhalten.

2) MBFR

Gespräch konzentrierte sich auf vom Osten am 10.7.80 in Wien eingeführten Vorschlag¹⁰. Wir wiesen darauf hin, daß nur dessen erster Teil (Verzicht auf Anrechnung der einseitig aus der DDR abzuziehenden 20 000 SU-Truppen und vorgeschlagener Reduzierung von nunmehr 20 000 SU- zu 13 000 US-Truppen in Phase I) von Breschnew dem BK in Moskau angekündigt wurde, dessen zweiter (Mechanismus für Höchststärken nach Phase II) für uns überraschend gekommen sei. USA und wir stehen erstem Teil des Vorschlags wegen Unklarheit über die Abzüge und wegen evtl. negativer Präjudizwirkung der vorgeschlagenen Relation der Reduzierungsquoten für SU und USA skeptisch gegenüber. Im zweiten Teil ist zwar gewisser Fortschritt hin auf westliches Konzept kombinierter übereinstimmender Höchststärken für Land- und Luftstreitkräfte zu erkennen. Wir trugen jedoch unsere Bedenken gegen 50-Prozent-Regelung, insbesondere auf der vorgeschlagenen Grundlage von 900 000 Mann, vor. Es bestand Einigkeit, daß Vorschlag nur als Teilvorschlag und nicht als Antwort auf westliche Dezember-Vorschläge¹¹ angesehen werden kann, der aber in Allianz sorgfältig geprüft werden muß.

3) KAE

Auf entsprechende amerikanische Frage betonten wir unsere in Moskau klar vertretene Position, daß gesamteuropäischer Anwendungsbereich von vertrauensbildenden Maßnahmen für uns essentiell sei (Hinweis auf NATO-Kommuniqué Ankara¹² sowie auf Kommuniqué von Moskau¹³ und Bundeskanzler-Er-

⁶ Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher hielten sich am 30. Juni und 1. Juli 1980 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 192–195.

⁷ Charles-Ferdinand Nothomb.

⁸ Zur belgischen Haltung zur Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 212, Anm. 4.

⁹ Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 10.

¹⁰ Zum Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 10. Juli 1980 vgl. Dok. 209.

¹¹ Zum Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 20. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 12.

¹² Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 25./26. Juni 1980 in Ankara vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 138–145. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN 1980, S. 645–649.

¹³ Für den Wortlaut des deutsch-sowjetischen Kommuniqués vom 1. Juli 1980 vgl. BULLETIN 1980, S. 664 f.

klärung im Bundestag vom 3.7.80¹⁴). Amerikanischer Sorge, daß, wenn die SU diese Position als nicht verhandelbar hinstelle, der Westen u.U. Propagandaschlacht verliere, hielten wir Notwendigkeit entgegen, KAE-Konzept einheitlich und offensiv zu vertreten. Wir wiesen schließlich auf noch genauer zu studierende Problematik (z.B. unterschiedlicher Bindungswirkung) des Verhältnisses begleitender Maßnahmen (MBFR) und vertrauensbildender Maßnahmen (KAE) hin.

i. V. Arz¹⁵

VS-Bd. 11312 (220)

215

Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-4274/80 geheim
Fernschreiben Nr. 1017

Aufgabe: 16. Juli 1980, 18.30 Uhr¹
Ankunft: 16. Juli 1980, 18.32 Uhr

Betr.: LRTNF;
hier: sowjetische Haltung

Bezug: DE 3738 vom 15.7.80²

Zur Unterrichtung

I. Stellvertretender US-Außenminister Warren Christopher unterrichtete den Rat in einer zu diesem Zweck einberufenen Sitzung am 15.7., nachmittags über das Gespräch, das er am 10.7. mit Botschafter Dobrynin geführt hatte.³

¹⁴ Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Schmidt am 3. Juli 1980 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 116, S. 18583–18588.

¹⁵ Paraphe.

¹ Hat Legationsrat I. Klasse Rupprecht am 18. Juli 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofmann „n[ach] R[ückkehr]“ sowie an Vortragenden Legationsrat Seibert und an Legationsrat I. Klasse Bolewski verfügte.

Hat Seibert am 21. Juli 1980 vorgelegen, der handschriftlich für Bolewski vermerkte: „Bitte auch Brüssel Diplo – Ref. 220.“

Hat Bolewski am 21. Juli 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Anregung an 220 weitergeleitet.“

Hat Hofmann am 5. August 1980 vorgelegen.

² Vgl. Dok. 214.

³ Der stellvertretende amerikanische Außenminister Christopher führte am 10. Juli 1980 in Washington ein Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter in Washington, Dobrynin. Botschafter Hermes, Washington, berichtete am folgenden Tag, laut Mitteilung des Abteilungsleiters im amerikanischen Außenministerium, Vest, habe Dobrynin „die sowjetischen Positionen genau in der Weise dargelegt, in der sie der amerikanischen Seite bereits durch den Bundesaußenminister übermittelt worden waren. Dobrynin habe betont, daß die sowjetische Seite zur Gesprächsaufnahme zum frühestmöglichen Zeitpunkt bereit sei. Er habe gleichzeitig nochmals unterstrichen, daß die amerikanischen Forward Based Systems in organischer Weise mit dem TNF-Thema verbunden werden müßten. Irgendwelche zusätzlichen Informationen habe das Gespräch nicht erbracht.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2754; VS-Bd. 11125 (204); B 150, Aktenkopien 1980.

Christopher, der die neue sowjetische Haltung im Bereich der LRTNF als bedeutende Bewegung der sowjetischen Position bezeichnete, führte aus, Dobrynin habe sich bei seinen Ausführungen an ein Papier gehalten, das aber nicht übergeben worden sei.⁴

Danach sei die SU ohne die früheren Vorbedingungen zu Gesprächen bereit. Jedoch müßten nach sowjetischer Auffassung alle Faktoren, die die strategische Lage bestimmen, eingeschlossen werden. Dobrynin habe betont, daß demnach nicht nur Mittelstreckenwaffen, sondern auch amerikanische FBS⁵ Gegenstand der Gespräche sein müßten, und zwar gleichzeitig und im organischen Zusammenhang.

Dobrynin habe ferner darauf hingewiesen, daß die SU nach wie vor ihren Vorschlag vom 6. Oktober 1979⁶ aufrechterhalte. Um diesen aber in Kraft setzen zu können, wäre es notwendig, die Situation vor dem 12. Dezember 1979⁷ wiederherzustellen.

II. Als wesentliches Ergebnis der Unterrichtung und der anschließenden Diskussion ist festzuhalten:

1) Dobrynins Ausführungen zur sowjetischen Bereitschaft, über Mittelstreckenwaffen zu verhandeln, deckten sich vollständig mit den Ausführungen Breschnews gegenüber dem Bundeskanzler in Moskau.⁸ Christopher schloß an diese Feststellung seinen Dank für die ausführliche Unterrichtung an, die Bundesminister Genscher und StS van Well der Administration in Washington gegeben hatten.⁹

2) Die sowjetische Bereitschaft, unverzüglich in Gespräche einzutreten, sei klar geworden. Christopher habe den Eindruck gewonnen, daß

- die Einbeziehung von amerikanischen FBS keine sowjetische Vorbedingung für den Beginn von Gesprächen sei, wohl aber in den Gesprächen sehr bald als sowjetische Forderung auftauchen werde,
- sowjetische Seite nicht länger insistiere, daß die Bündnisentscheidung vom 12.12.1979 vor Beginn von Gesprächen aufzuheben oder auszusetzen sei,
- die Ratifizierung von SALT II¹⁰ auch nicht länger zur Vorbedingung für den Beginn von Gesprächen gemacht werde. Sofern Ergebnisse erzielt werden, könnten diese jedoch erst nach Ratifizierung von SALT II implementiert werden.

⁴ Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), übermittelte am 23. Juli 1980 den Wortlaut des inzwischen von der amerikanischen Delegation bei der NATO zirkulierten Non-papers, das der sowjetische Botschafter in Washington, Dobrynin, im Gespräch mit dem stellvertretenden amerikanischen Außenminister Christopher am 10. Juli 1980 verwendet habe. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1036; VS-Bd. 10329 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

⁵ Zur Frage, welche Systeme als FBS zu verstehen seien, vgl. Dok. 214, Anm. 4.

⁶ Vgl. dazu die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin; Dok. 29, Anm. 5.

⁷ Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 10.

⁸ Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher hielten sich am 30. Juni und 1. Juli 1980 in der UdSSR auf. Für die Gespräche mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, vgl. Dok. 192, Dok. 193 und Dok. 195.

⁹ Bundesminister Genscher hielt sich am 2. Juli 1980 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 196 und Dok. 198.

¹⁰ Zum Stand des Ratifizierungsverfahrens des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 im amerikanischen Senat vgl. Dok. 59.

3) Christopher habe gegenüber Dobrynin

- die Notwendigkeit und die amerikanische Bereitschaft zu Vorgesprächen (preliminary exchanges) betont, die im Laufe des Herbstes beginnen könnten,
- darauf hingewiesen, daß sich die Gespräche zunächst auf landgestützte sowjetische und amerikanische LRTNF konzentrieren sollten und daß dies die amerikanische Position in den Vorgesprächen sein werde.

(Auf Frage von Dobrynin, was mit LRTNF gemeint sei, habe Christopher geantwortet: Ihre SS-20, darauf habe Dobrynin erwidert: Diese Systeme nennen wir Mittelstreckenwaffen.) Dobrynin habe den Vorwurf wiederholt, die US-Administration sei nicht an der SALT-II-Ratifizierung interessiert. Christopher habe erneut festgestellt, daß SALT II so bald wie möglich ratifiziert werden sollte. In der gegenwärtigen Atmosphäre habe SALT II jedoch im Kongreß keine Chance.

Dobrynin habe erklärt, daß er zu den Bemerkungen von Christopher keine Weisung habe. Er habe jedoch gefragt, wann die USA zu Vorgesprächen bereit seien, in zwei bis drei Monaten oder erst im nächsten Jahr. Darauf habe Christopher geantwortet: eher das erstere.

Zur Frage des Gesprächsbeginns erwähnte Christopher, Dobrynin werde am 16.7. nach Moskau reisen und wahrscheinlich nicht vor dem 1.9. zurückkehren, so daß weitere Sondierungen nicht vor Anfang September stattfinden könnten.

4) Auf Frage des britischen Ständigen Vertreters¹¹ bekräftigte Christopher, es sei ziemlich klargeworden, daß die SU nicht im Sinne einer Vorbedingung darauf bestehen würde, daß sich die USA vor den Gesprächen zu einer Einbeziehung ihrer FBS verpflichteten.

Es sei jedoch offensichtlich, daß die SU die Forderung nach Einbeziehung der amerikanischen FBS in den Gesprächen selbst mit Nachdruck vertreten werde, ebenso wie sie versuchen werde, eine Aufhebung des Bündnisbeschlusses vom 12.12.1979 zu erreichen. Dobrynin hätte geäußert, es stünden sich dann die amerikanische und die sowjetische Position gegenüber, und es sei Aufgabe der Gesprächspartner, zu einer Lösung zu gelangen.

Christopher erwähnte ebenfalls auf Frage des britischen Ständigen Vertreters, es sei nicht klar, was die SU unter FBS verstünde und welches die vergleichbaren sowjetischen Systeme darstellten.

5) Ich erklärte, die USA hätten unser volles Vertrauen für die bevorstehenden Gespräche. Für deren Erfolg sei entscheidend wichtig, daß die Durchführung des NATO-Beschlusses über die Modernisierung vorangehe. In der Allianz sei inzwischen zu klären, was die SU unter FBS verstehe, was unsere Definition von FBS sei und welche vergleichbaren sowjetischen Systeme dafür in Frage kämen. Hier sei noch eine schwierige und möglicherweise langwierige Vorarbeit zu leisten.

[gez.] Pauls

VS-Bd. 10329 (201)

¹¹ Clive Rose.

216

Botschafter Herbst, Paris, an das Auswärtige Amt**114-4275/80 VS-vertraulich****Aufgabe: 16. Juli 1980, 18.14 Uhr¹****Fernschreiben Nr. 1584****Ankunft: 16. Juli 1980, 19.13 Uhr**Betr.: Tendenzen der französischen Sicherheitspolitik²Bezug: DB Nr. 1506 vom 3.7.1980³ Az. Pol 360.90⁴**Zur Information**

Der stellvertretende Leiter des Generalsekretariats der Verteidigung⁵ erläuterte Mitarbeiter die jüngsten sicherheitspolitischen Entscheidungen des französischen Staatspräsidenten⁶. Leitmotiv der Überlegungen des Verteidigungsrates vom 10. Juni sei die Notwendigkeit gewesen, den Weg in eine Sackgasse (impasse) zu vermeiden. Der Präsident wolle sich unter keinen Umständen auf eine „Maginot-Linie“, d. h. eine einzige Alternative festlegen.

Die Prognosen über die weitere waffentechnische Entwicklung, aber auch eine sichere Analyse der Absichten des mutmaßlichen Gegners seien nämlich so schwierig, daß Frankreich möglichst viele Optionen offenbleiben müßten. Das gelte nicht nur für den Bereich der Nuklearwaffen einschließlich der Neutronenwaffe. Der Staatspräsident lege vielmehr auch größten Wert darauf, die konventionellen Streitkräfte weiter auszubauen („weil sonst die deutschen konventionellen Streitkräfte die einzigen seien, die in Europa zählten“) und wolle notfalls auch die derzeit zwölfmonatige Dienstzeit noch verlängern, wenn dies im Hinblick auf geburtenschwache Jahrgänge notwendig werden solle.⁷ Die impo-

¹ Hat Legationsrat I. Klasse Kölsch am 17. Juli 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Schraeppler „n[ach] R[ückkehr] (4.8.)“ verfügte.

Hat Schraeppler vorgelegen.

² Zur Modernisierung der französischen Nuklearstreitmacht vgl. Dok. 208, Anm. 18.

³ Korrigiert aus: „9.7.1980“

⁴ Botschafter Herbst, Paris, nahm Stellung zu Spekulationen in der Presse, Staatspräsident Giscard d'Estaing habe mit seiner Pressekonferenz vom 26. Juni 1980 Weichen für eine künftige europäische Verteidigungspolitik stellen wollen: „Die einzige bereits jetzt getroffene Entscheidung betrifft die Modernisierung eines Teils der französischen Nuklearstreitkräfte, namentlich den Ersatz der 18 Raketen des Plateau Albion (die in etwa zehn Jahren ansteht) und/oder der 36 Mirage-IV-Bomber (die bereits ab 1985 als veraltet gelten dürften), durch den Bau eines beweglichen strategischen Trägersystems, das ab 1992 an die Stelle dieser oder eines dieser Systeme treten wird. Hier handelt es sich um eine für den Fortbestand der französischen Abschreckung absolut notwendige Entscheidung, weil, wie der Präsident ausführte, Frankreich sich nicht ausschließlich auf ein einziges System (gemeint sind die strategischen U-Schiffe) verlassen dürfe.“ Eine endgültige Entscheidung über die Neutronenwaffe sei dagegen von Giscard d'Estaing noch nicht getroffen worden: „Die Option bleibt offen, und die Tatsache, daß die Sowjets bis heute – ob als Honorar für das Treffen von Warschau oder aus anderen Gründen – darauf nicht negativ reagiert haben, verleiht ihm auch im Westen zusätzliches Prestige.“ Vgl. Referat 201, Bd. 120180.

⁵ Jacques Gaultier de la Ferrière.

⁶ Valéry Giscard d'Estaing.

⁷ Botschafter Herbst, Paris, berichtete am 26. Juni 1980, Staatspräsident Giscard d'Estaing habe in der Pressekonferenz am selben Tag Forderungen nach einer Verkürzung der französischen Wehrpflicht auf vier Monate abgelehnt: „Die SU habe eine Dienstzeit von zwei bis drei Jahren, Deutschland und Spanien jeweils 15 Monate, Italien und Frankreich (dagegen nur) zwölf Monate. Ich wer-

sante Vorführung konventioneller Waffensysteme am 14. Juli unterstreiche diesen Willen.

Auf die Frage, ob die Entscheidung über die Einführung des mobilen Raketen-systems noch durch den Bau weiterer strategischer U-Schiffe (oder anderer Systeme) ergänzt werden sollte, wie dies uns der UDF-Abgeordnete Daillet angekündigt und auch kürzlich die hiesige Presse berichtet hatte, meinte er, eine Voraussage darüber sei im Augenblick noch nicht möglich. Die Diskussionen seien noch nicht abgeschlossen. Entscheidend sei, welchen Systemen – nuklearen oder konventionellen – im Rahmen der in den nächsten Jahren verfügbaren Mittel die Priorität eingeräumt werden solle. Das neue militärische Programmgesetz, das das derzeitige Gesetz für die Periode 1977 bis 1982 ablösen werde, müsse sich darüber aussprechen. Vorher werde kaum eine Entscheidung fallen, und zwar um so weniger, als der Präsident vermutlich keine Neigung zeigen werde, sich vor dem Wahltermin (Mai 1981⁸) in dieser kritischen Frage festzulegen. Man dürfe nicht übersehen, daß eine Vermehrung der bisher gebauten oder beschlossenen sechs U-Schiffe finanzielle und technische Probleme erster Größenordnung aufwerfen würde. Es lägen gerade auch von der Marine zahlreiche kostspielige Wünsche (Flugzeugträger) vor, die mit den Vorstellungen der anderen Streitkräfte konkurrieren, die Realisierung aller Überlegungen aber würde mit Sicherheit den gegebenen Finanzrahmen sprengen. Die ab 1985 zur Verfügung stehende Abschreckungsmacht der U-Schiffe mit den neuen M-4-Raketen (MRV⁹) sei bereits beträchtlich und geeignet, der Gegenseite einen unakzeptablen Schaden zuzuführen. Umgekehrt sei nicht sicher, ob in 15 Jahren die U-Schiffe noch verwundbar seien.¹⁰

Der Präsident ziehe unter diesen Umständen eine weitgehende Diversifizierung des französischen Arsenal vor. Hierzu gehöre auch die Neutronenwaffe, über die ab 1982 entschieden werden solle. Auch hierfür seien die Diskussionen noch nicht abgeschlossen. Unter den Parteien zeichne sich eine positive Tendenz ab: Die UDF trete geschlossen für ihre Einführung ein, Gaullisten und Sozialisten verhielten sich größtenteils nicht völlig negativ. Wenn einige Kritiker einwendeten, es handle sich eher um eine „große Granate“ (Sanguinetti), die zu leicht zu einer Senkung der Nuklearschwelle verleite, und andere meinten, angesichts der auf totale Vernichtung des Gegners setzenden sowjetischen Nukleardoktrin habe ihre Einführung wenig Sinn, so dürfe man nicht übersehen, daß zwischen Einsatz und Drohung unterschieden werden müsse. Vermutlich würde in der Tat ihr Einsatz gegen einen konventionellen Angriff alsbald zur großen nuklearen Auseinandersetzung führen. Doch könne das Vorhandensein einer Neutronenwaffe gegenüber der Versuchung eines konventionellen Angriffs eine nützliche abschreckende Wirkung ausüben. Denn man sei ja auch nicht

Fortsetzung Fußnote von Seite 1151

de nicht zulassen, daß unsere Streitkräfte verschlissen werden“, sagte der Staatspräsident anschließend.“ Herbst ergänzte, mit weiteren verteidigungspolitischen Entscheidungen sei zu rechnen: „Wie uns der UDF-Abgeordnete Daillet, der für den UDF-Verteidigungsbericht verantwortlich zeichnet, kürzlich sagte, rechne er damit, daß der Präsident im Herbst weitere Maßnahmen treffe bzw. bekanntgebe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1458; Referat 201, Bd. 120180.

⁸ In Frankreich fanden am 26. April bzw. 10. Mai 1981 Präsidentschaftswahlen statt.

⁹ Multiple Re-entry Vehicle.

¹⁰ So in der Vorlage.

sicher, ob die Theorien Sokolowskis¹¹ zum Nennwert zu nehmen seien: Die sowjetische Politik habe sich in der Praxis häufig als flexibel erwiesen und sei vielleicht geneigt, in einer Konfliktsituation die Entscheidung über die große Katastrophe eher der anderen Seite zuzuschieben. Die Einführung der Neutronenwaffe würde daher dem Ziele dienen, den Eskalationsverbund zu schaffen, der im Einklang mit der französischen Theorie den Gegner mit der Drohung eines nicht akzeptablen Schadens abschrecken solle.

Zur Frage, welche Wirkung die weitere rüstungskontrollpolitische Diskussion auf die Entscheidung über die Einführung der Neutronenwaffe haben könnte, meinte Gesprächspartner, man könne derzeit noch schwer abschätzen, wie die Dinge weiter verliefen. Persönlich fürchte er (und damit reflektierte er sicher amtliche Sorgen), daß das breit angelegte sowjetische Verhandlungsangebot dem Kreml einen nützlichen Hebel verschaffen könnte, den Westen mit immer neuen Vorschlägen zu paralysieren. Mit dem Rückgriff auf ihre alte Forderung nach Einbeziehung der FBS hätten die Sowjets einen weiten Rahmen abgesteckt, der viele Schachzüge zulasse. Später würden sie – im Rahmen etwa von SALT III –, wie angekündigt, auch Drittstaatsysteme einbeziehen wollen. Zwar brauchten sich die westlichen Regierungen nicht auf alle diese Forderungen (zu denen sich die Forderung nach Einstellung des Baus der Neutronenwaffe gesellen könnte) akzeptieren¹², doch bestehe mindestens die Gefahr, daß die bisher schon unsicheren Parlamente einiger Länder in ihrer negativen Haltung zur Nachrüstung bestärkt würden. Es werde wesentlich auf die Haltung der Amerikaner ankommen, die – so meinte uns gegenüber der außenpolitische Berater des Staatspräsidenten¹³ – wohl kaum bereit sein würden, auf alle sowjetischen Überlegungen einzugehen.

[gez.] Herbst

VS-Bd. 11093 (202)

¹¹ Vgl. dazu W. D. SOKOLOWSKI, Militärstrategie, Ost-Berlin 1965.

¹² So in der Vorlage.

¹³ Jacques Blot.

217

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Boll**012-312.74 VS-NfD****Aufgabe: 22. Juli 1980, 17.36 Uhr¹****Fernschreiben Nr. 99 Orteç**

Zum offiziellen Besuch BM Genschers in Jugoslawien, 17. bis 19. Juli 1980

1) BM Genscher hielt sich vom 17. bis 19. Juli 1980 zu einem offiziellen Besuch in Belgrad auf und setzte damit die Reihe kontinuierlicher (jährlicher) Treffen mit seinen jugoslawischen Amtskollegen fort.²

Neben einem Vier-Augen-Gespräch und zwei ausführlichen Delegationsgesprächen zwischen den Außenministern³ traf BM Genscher in getrennten Begegnungen mit dem Vorsitzenden des Staatspräsidiums, Cvijetin Mijatović⁴ (Staatsoberhaupt), MP Veselin Djuranović⁵ und dem Mitglied des Parteipräsidiums, Stane Dolanc⁶, zusammen.

BM Genscher legte am Grabmal Titos sowie an Ehrenmälern gefallener deutscher und serbischer Soldaten des Ersten Weltkrieges Kränze nieder.

Zum Abschluß der Gespräche unterrichteten AM Vrhovec und BM Genscher gemeinsam die internationale Presse.

Das Ergebnis des Besuches wurde in einer Gemeinsamen Erklärung zusammengefaßt (s. Bulletin der Bundesregierung Nr. 86 vom 23. Juli 1980⁷ und Info-Funk 1080d/1⁸ – 2/2107⁹).

2) Dem ersten Besuch eines westlichen Außenministers nach dem Tod und der Beisetzung Präsident Titos (4. bzw. 7./8. Mai 1980) wurde von beiden Seiten besondere Bedeutung beigemessen.

¹ Durchdruck.

Der Runderlaß wurde von Hilfsreferent Rowas konzipiert.

² Referat 214 notierte am 10. Juli 1980, der Besuch des Bundesministers Genscher in Jugoslawien sei die „Erwiderung des offiziellen Besuchs des damaligen jugoslawischen AM Miloš Minić in Bonn, November 1975. Zwischenzeitlich drei Arbeitstreffen der Außenminister: mit AM Minić 1976 in Milocer/Montenegro; mit AM Vrhovec 1978/Bad Reichenhall und 1979/Zagreb.“ Vgl. Referat 214, Bd. 132873.

Für die Gespräche am 3. und 4. November 1975 vgl. AAPD 1975, II, Dok. 329 und 330, für das Gespräch am 27. August 1976 vgl. AAPD 1976, II, Dok. 272, für das am 11. August 1978 vgl. AAPD 1978, II, 238, sowie für jenes am 16. August 1979 vgl. AAPD 1979, II, Dok. 234.

³ Für das Delegationsgespräch des Bundesministers Genscher mit dem jugoslawischen Außenminister Vrhovec am Vor- und Nachmittag des 17. Juli 1980 in Belgrad vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 132873.

⁴ Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Präsidenten des jugoslawischen Staatspräsidiums, Mijatović, am 18. Juli 1980 in Belgrad vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 132873.

⁵ Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit Ministerpräsident Djuranović am 19. Juli 1980 in Belgrad vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 132873.

⁶ Für das Gespräch des Bundesministers Genschers mit dem Mitglied des Präsidiums des ZK des BdKJ, Dolanc, am 17. Juli 1980 in Belgrad vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 132873.

⁷ Vgl. BULLETIN 1980, S. 740 f.

⁸ Korrigiert aus: „1080/1“.

⁹ Für die Info-Funk-Meldung 180d/1–2107 betreffend „Gemeinsame Erklärung zum Abschluß des Besuchs von BM Genscher in Jugoslawien vom 17. bis 19. Juli – Auszug“ vgl. Referat 214, Bd. 132873.

Jugoslawien lag am Nachweis der Kontinuität seiner Politik nach innen und außen und an der Fortsetzung des Dialogs mit einem wichtigen westlichen Partner. Darüber hinaus bemüht es sich bei verschiedenen Ländern – so auch uns – um finanzielle Unterstützung zur Stabilisierung seiner wirtschaftlichen Lage¹⁰.

Für uns bot der Besuch die Gelegenheit, unser unverändertes Interesse an der Erhaltung der Unabhängigkeit und Einheit Jugoslawiens als wichtigem Faktor der Stabilität in Europa sowie an der Fortsetzung seiner aktiven Politik der Blockfreiheit als weltpolitisch konstruktivem Element zum Ausdruck zu bringen. Wir unterstrichen unser Vertrauen in die Stabilität Jugoslawiens sowie die Kontinuität unserer Jugoslawienpolitik.

3) Der in offener und freundschaftlicher Atmosphäre verlaufene Besuch hat die beiderseits in ihn gesetzten Erwartungen erfüllt.

Aus der Gemeinsamen Erklärung sind hervorzuheben:

- das hohe Maß an Übereinstimmung zur weltweiten Krisenproblematik (Notwendigkeit politischer Lösungen),
- die entschiedene Ablehnung von Einmischung und Gewaltanwendungen in den zwischenstaatlichen Beziehungen,
- die Betonung der Unteilbarkeit des Entspannungsprozesses und der Notwendigkeit, ihn weltweit fortzusetzen,
- die positive Einstellung zu Madrid¹¹ (insbesondere auch die Erwartung der Verabschiedung eines KAE-Mandats in Madrid),
- das Interesse und die Bereitschaft, die deutsch-jugoslawische Zusammenarbeit bilateral und im multilateralen Bereich zu intensivieren.

4) Es bestand Übereinstimmung, daß die bilateralen Beziehungen gut und problemlos sind. Auch die Entwicklung in letzter Zeit ist positiv (vgl. Info-Funk 1059–1507 und 1074d/1–1807¹²).

Die Terrorismusfrage wurde zwar angesprochen, aber nicht vertieft (keine Vorfälle in letzter Zeit, erkennbares Interesse an einer Verbesserung der Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden beider Länder – insbesondere im Bereich der allgemeinen und Rauschgiftkriminalität – seit dem Besuch des Bundesinnenministers in Jugoslawien im November 1979¹³).

¹⁰ Zu den jugoslawischen Kreditwünschen vgl. Dok. 211, Anm. 29.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Vogeler informierte die Botschaft in Rom am 31. Juli 1980, beim Besuch des Bundesministers Genscher vom 17. bis 19. Juli 1980 in Jugoslawien sei eine wohlwollende Prüfung der jugoslawischen Kreditwünsche zugesagt worden: „Entscheidung der Bundesregierung über Inhalt konkreter Antwort auf das jugoslawische Ersuchen ist aber noch nicht gefallen. Nicht in Betracht kommt für uns staatliche Kapitalhilfe (Jugoslawien kein Entwicklungsland mehr). In Betracht käme u. a. event[uell] die staatliche Verbürgung nicht projektgebundener Privatkredite. Voraussetzung hierfür wäre jedoch die Einbindung dieser Maßnahme in eine diskret zu vereinbarende multilaterale Aktion der beteiligten Länder unter Mitwirkung des IWF. Jugoslawische Regierung prüft noch, ob sie einer solchen multilateralen Aktion zustimmen kann.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 3935; Referat 214, Bd. 132879.

¹¹ Die KSZE-Folgekonferenz wurde am 11. November 1980 in Madrid eröffnet. Vgl. dazu Dok. 319 und Dok. 322.

¹² Korrigiert aus: „1074/1 bis 3/1807.“

Für die Info-Funk-Meldung 1074d/1–1807 betreffend „Rede von Bundesminister Genscher für Außenminister Vrhovec am 17. Juli in Belgrad (Auszüge)“ vgl. Referat 214, Bd. 132873.

¹³ Bundesminister Baum hielt sich vom 1. bis 3. November 1979 in Jugoslawien auf.

Die jugoslawische Seite unterrichtete ausführlich über die wirtschaftliche Lage des Landes (Handels- und Zahlungsbilanzdefizit, konjunkturelle Überhitzung) und die zur Stabilisierung eingeleiteten Maßnahmen. Sie erläuterte ihre an verschiedene Länder – so auch uns – gerichtete Bitte um finanzielle Unterstützung dieser Bemühungen. Wir äußerten Respekt für die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der jugoslawischen Regierung, erläuterten unsere eigenen wirtschaftlichen Probleme und erklärten uns zu einer konstruktiven Prüfung unserer Hilfsmöglichkeiten bereit.

Gespräche hierüber sollen demnächst stattfinden.¹⁴

MP Djuranović hat die Absicht, seinen im Mai wegen des Todes Präsident Titos verschobenen Besuch der Bundesrepublik Deutschland¹⁵ im November d.J. nachzuholen.¹⁶

5) Bei den internationalen Themen standen im Mittelpunkt: Afghanistan, Ost-West-Beziehungen, Abrüstung und Rüstungskontrolle, die Vorbereitung der Konferenz in Madrid sowie die jugoslawischen Bemühungen um eine Aktivierung der Blockfreien-Bewegung.

Im einzelnen:

Afghanistan:

Jugoslawien: Lösung, die auf Sanktionierung der Intervention abziele (z.B. Karmal-Plan¹⁷), sei nicht akzeptabel, politische Lösung wahrscheinlich nur in Form einer Übergangsregelung möglich, deren Konturen aber noch nicht erkennbar seien, wenig Hoffnung auf rasche Fortschritte.

Wir unterstützen nachdrücklich die verantwortungsvollen Bemühungen der Islamabad-Konferenzen¹⁸, insbesondere auch die Einsetzung der Dreier-Kommission.

¹⁴ Ministerialdirigent Freiherr von Stein notierte am 3. September 1980, Frankreich habe die von Jugoslawien angesprochenen Regierungen der Bundesrepublik, Großbritanniens, Italiens, Österreichs, der Schweiz und der USA sowie den IWF zu einem Treffen am 15. September 1980 in Paris eingeladen: „Die französische Initiative, die vor allem darauf zurückzuführen ist, daß am gleichen Tage in Paris ohnehin ein Treffen der sog. 10er-Gruppe stattfindet, kam uns wegen des Widerstands von BMF und BMWi gegen eine Einladung nach Bonn nicht ungelegen. Jugoslawien wird an dem Pariser Treffen, das möglichst vertraulich behandelt werden soll, auf eigenen Wunsch nicht teilnehmen. [...] Der von der jugoslawischen Regierung zum Beauftragten für die Stützungsverhandlungen ernannte Minister Snuderl wird noch vor dem Pariser Treffen, nämlich am 11. und 12. September, nach Bonn kommen. Der Besuch Snuderls gibt Gelegenheit, ihn über den Stand unserer Bemühungen zu unterrichten. Gleichzeitig hoffen wir, die jugoslawische Seite endgültig davon überzeugen zu können, daß eine – diskret durchgeführte – multilaterale Abstimmung der verschiedenen Hilfen unerläßlich ist.“ Vgl. Referat 214, Bd. 132879.

¹⁵ Zur Absage des Besuchs des jugoslawischen Ministerpräsidenten Djuranović am 5. Mai 1980 vgl. Dok. 139, Anm. 18.

¹⁶ Ministerpräsident Djuranović hielt sich vom 10. bis 12. Februar 1981 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von der Gablentz, Bundeskanzleramt, vom 12. Februar 1981; AAPD 1981.

¹⁷ Zum Vorschlag der afghanischen Regierung für eine Lösung des Afghanistan-Konflikts vgl. Dok. 148, Anm. 3.

¹⁸ Zur Konferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz vom 27. bis 29. Januar 1980 in Islamabad vgl. Dok. 29, Anm. 19.

Zur Konferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz vom 17. bis 22. Mai 1980 in Islamabad und zur Bildung eines Dreierausschusses für Afghanistan vgl. Dok. 148, Anm. 7.

Zur Konferenz von afghanischen Widerstandsgruppen mit dem Dreierausschuß am 20./21. Juni 1980 bei Vevey vgl. Dok. 183, Anm. 9.

Ost-West-Beziehungen:

Wir erläuterten unsere Überzeugung, daß das internationale Gespräch gerade in Krisenzeiten fortgesetzt werden muß. Wir unterrichteten ausführlich über die Ergebnisse der Reise des Bundeskanzlers und des Bundesministers nach Moskau¹⁹ sowie über weitere bevorstehende Ost-West-Kontakte (DDR-Besuch des Bundeskanzlers²⁰ und Gierek-Besuch im August²¹, Konsultationen mit der ČSSR²², Besuch des ungarischen AM im September²³).

Jugoslawien unterstützt die Bemühungen um eine Fortsetzung des internationalen Dialogs und sieht sich durch die Ergebnisse der Moskau-Reise des Bundeskanzlers in dieser Haltung bestätigt.

Abrüstung und Rüstungskontrolle:

Übereinstimmung über Notwendigkeit, den SALT-Prozeß fortzusetzen. Ausführlicher Meinungsaustausch über sowjetische Reaktion auf westliches Verhandlungsangebot (Mittelstreckenwaffen). Jugoslawien teilt die Auffassung, daß in Moskau Formel gefunden wurde, die geeignet sein könnte, Bewegung in die rüstungspolitische Diskussion zu bringen. Jugoslawien unterstrich auch sein Interesse an Fortschritten bei den MBFR-Verhandlungen.

Madrid:

Übereinstimmung, daß Konferenz gerade in der jetzigen Lage besondere Bedeutung zukommt.

¹⁹ Zum Besuch des Bundeskanzlers Schmidt und des Bundesministers Genscher am 30. Juni und 1. Juli 1980 in Moskau vgl. Dok. 192–195.

²⁰ Zu den Planungen für ein Treffen des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, vgl. Dok. 165, Anm. 10.

²¹ Ministerialdirektor von Staden, Bundeskanzleramt, notierte am 16. Juli 1980, der Erste Sekretär des ZK der PVAP, Gierek, wolle am 19./20. August 1980 Hamburg besuchen: „Der protokollarische Rahmen soll dem des Besuchs in Hela entsprechen, daher klein gehalten werden.“ Vgl. Referat 214, Bd. 132946.

²² Vortragender Legationsrat Scheel vermerkte am 7. Juli 1980, die bilateralen Gespräche auf Direktorenebene hätten wegen anderweitiger Verpflichtungen des Ministerialdirektors Blech nicht wie von tschechoslowakischer Seite vorgeschlagen Ende Juni 1980 stattfinden können. Vgl. dazu Referat 214, Bd. 132819.

Die zunächst für September angesetzten Gespräche Blechs mit dem tschechoslowakischen Stellvertretenden Außenminister Jablonský fanden am 9./10. Oktober 1980 in Prag statt. Botschafter Diesel, Prag, teilte dazu am 11. Oktober 1980 mit: „Nach etwa zweijähriger Unterbrechung der politischen Kontakte und der tschechoslowakischen Absage des BM-Besuchs im Januar 1980 als Folge der Afghanistan-Krise war dies der erste politische Gedankenaustausch, der eine eingehende Darlegung unserer Einschätzung der politischen Situation ermöglichte. Ausführlich wurde die Bewertung der Folgen Afghanistans, die Situation im Mittleren und Nahen Osten, unsere Position zu Madrid, auch hinsichtlich des Mandats für die Europäische Abrüstungskonferenz, die gesamte Abrüstungsproblematik (Dezember-Beschluß der NATO, SS-20-Rüstung, MBFR, SALT II usw.) erläutert. Ebenso wurden unsere Initiativen in den VN eingehend dargelegt und erklärt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 755; Referat 214, Bd. 132819.

²³ Zur Verschiebung des Besuchs des ungarischen Außenministers Puja vgl. Dok. 29, Anm. 59.

Puja besuchte die Bundesrepublik vom 10. bis 12. September 1980. Vortragender Legationsrat Boll teilte dazu am 16. September 1980 mit: „Besuch von AM Puja war der erste Besuch eines Außenministers eines WP-Staates nach sowjetischem Einmarsch in Afghanistan und erfolgte in zeitlicher Nähe zu den Ereignissen in Polen sowie der Absage Gierek-Besuches und Treffen zwischen BK Schmidt und Staatsratsvorsitzendem Honecker. [...] Größter Teil der in offener und freundlicher Atmosphäre verlaufenen Gespräche nahm Gedankenaustausch über internationale Fragen ein. Er wurde von beiden Seiten genutzt, ihre zum Teil konträren Auffassungen (Abrüstung und Rüstungskontrolle, KSZE, Afghanistan und Kambodscha) darzulegen und bestätigte beiderseits das Interesse an Fortsetzung des Dialogs und des Entspannungsprozesses.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 123; Referat 012, Bd. 115730.

Jugoslawien unterstrich einerseits sein Interesse an einer unbeeinträchtigten Bewahrung und Verwirklichung des Prinzipienkatalogs, andererseits an einer gleichgewichtigen Behandlung aller drei Körbe²⁴. Strittige Themen müßten angesprochen werden – jedoch in einer Weise, die Konferenzerfolg nicht in Frage stellt. Er stimmte unserer Auffassung zu, daß die vertrauensbildenden Maßnahmen auf dem ganzen europäischen Kontinent angewandt werden sollten.

Wir erläuterten unsere Haltung: Keine Polemik, sachliche Auseinandersetzung (wie im übrigen auch bei BK-Besuch in Moskau).

Gemeinsames Interesse am Zustandekommen eines Mandats für eine KAE. Jugoslawien unterstützt französischen Vorschlag²⁵ (wie wir), plädiert jedoch für Einbeziehung von Nuklearwaffen. Wir: Blaupausen des französischen und des WP-Vorschlags²⁶ übereinanderlegen, um Gemeinsamkeiten besser zu erkennen.

(Für August ist eine weitere deutsch-jugoslawische KSZE-Konsultationsrunde²⁷ vorgesehen.)

Blockfreie:

Wir hoben die weltpolitisch stabilisierende Rolle der Blockfreien hervor und ermutigten zur Fortsetzung der jugoslawischen Bemühungen um eine Aktivierung der Bewegung im Sinne der Erhaltung echter Blockfreiheit. (Pluralität nicht Schwäche, sondern Ausdruck der Vitalität der Bewegung.) Auch SU müsse langfristig erkennen, daß gleichberechtigte partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Ländern der Dritten Welt ihren Interessen am besten entspreche.

Jugoslawien unterrichtete über die jüngste Entwicklung in der Bewegung:

Entgegen kubanischer Bestrebungen habe jugoslawisch-indisches Zusammenwirken Vorverlegung der turnusmäßigen AM-Konferenz der Blockfreien auf Anfang 1981²⁸ ermöglicht. Jugoslawien werte dies positiv, da schon jetzt anlaufende Konferenzvorbereitung zugleich Bemühungen um politische Lösungen in Krisenregionen fördern werde.

Nord-Süd-Dialog:

Unsere ausführlich erläuterte Haltung zur DW²⁹-Problematik wurde von jugo-

²⁴ Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

²⁵ Zum französischen Vorschlag einer Konferenz für Abrüstung in Europa vgl. Dok. 100.

²⁶ Zu den Vorschlägen des Komitees der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten bei der Tagung am 14./15. Mai 1979 in Budapest vgl. Dok. 1, Anm. 28.

Zum Vorschlag des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, Gierek, vom 11. Februar 1980 für eine Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 55, Anm. 39.

Zu den Vorschlägen des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts bei der Tagung am 14./15. Mai 1980 in Warschau vgl. Dok. 150, Anm. 5.

²⁷ Botschafter Grabert, Belgrad, berichtete am 14. August 1980, das jugoslawische Außenministerium habe mitgeteilt, „daß geplante Konsultationen in Bonn ebenso wie die in Washington, Ottawa, Prag, Warschau allein deshalb ausfallen müssen, da hierfür jüngst getroffener Stabilisierungsmaßnahmen keine Devisen mehr zur Verfügung stehen“. Die jugoslawische Seite habe aber „größtes Interesse, ‚Faden nicht abreißen zu lassen‘. Sie schlägt deshalb vor, Konsultationen zunächst über Botschaften vorbereiten zu lassen, und wäre dankbar, wenn RL 212 in der ersten Woche der Vorbereitungskonferenz zu ausführlichem Meinungsaustausch in Madrid zur Verfügung stehen könnte.“ Vgl. Referat 214, Bd. 132877.

²⁸ Vom 9. bis 12. Februar 1981 fand eine Konferenz der Außenminister blockfreier Staaten in Neu Delhi statt.

²⁹ Dritte Welt.

slawischer Seite als beispielhaft bezeichnet. Nach jugoslawischer Auffassung hat Westen insgesamt zu spät Vorschläge unterbreitet. Folge sei weitverbreitete Resignation in Dritter Welt. Jetzt hänge viel von tatsächlichem Beginn der neuen „globalen Verhandlungen“ ab (Verlauf und Atmosphäre der 11. SGV).³⁰

Jugoslawische Seite würdigte den Brandt-Bericht als nüchtern und realistisch, äußerte sich jedoch skeptisch zu der dort vorgeschlagenen Nord-Süd-Konferenz (Auswahl der Teilnehmer stelle vor schwerwiegende Probleme).³¹

Boll³²

Referat 012, Bd. 115730

218

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Seibert

201-360.90 GRO-2167/80 geheim

23. Juli 1980¹

Zur Unterrichtung

Betr.: Bedeutung der britischen Trident I für Verteidigung Europas

Bezug: Aufzeichnung 201-360.90 GRO-2115/80 geheim vom 16. Juli 1980²

1) Die von Großbritannien aus den USA übernommene Trident I verfügt bei größerer Reichweite (etwa 7400 bis 11100 km) als der Polaris-Vorgänger (4600 km) über bessere Eindring- und Überlebensfähigkeit.

³⁰ Zu den Globalen Verhandlungen vgl. Dok. 178, Anm. 7.

Zur VN-Sondergeneralversammlung für Entwicklungsfragen vom 25. August bis 15. September 1980 in New York vgl. Dok. 273.

³¹ Zum Bericht der Unabhängigen Kommission für Internationale Entwicklungsfragen („Nord-Süd-Kommission“) vgl. Dok. 155, Anm. 5.

³² Paraphe.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Seibert und von Legationsrat I. Klasse Bolewski konzipiert.

Hat Ministerialdirigent Dröge am 25. Juli 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Blech „z[ur] K[enntnisnahme]“ verfügte.

Hat Blech vorgelegen.

Hat Seibert erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Bolewski verfügte.

Hat Bolewski am 29. Juli 1980 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofmann „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.

Hat Hofmann am 5. August 1980 vorgelegen.

² Referat 201 notierte am 16. Juli 1980, die britische Regierung habe am Vortrag die Entscheidung über das Nachfolgesystem der Polaris-U-Boote bekanntgegeben: „Großbritannien wird zunächst vier im eigenen Land zu bauende neue nuklear betriebene U-Boote mit je 16 von den USA zu liefernden Trident I (Reichweite etwa 7400 km, Mehrfachgefechtssköpfe) ausrüsten. Der Gefechtskopf für die Trident I wird in Großbritannien entwickelt und hergestellt. Die Entscheidung über ein fünftes neues Nuklear-U-Boot bleibt bis zum Jahre 1982/83 vorbehalten.“ Nach Ansicht der britischen Regierung werde Trident I das kontinentalstrategische Nuklearpotential der NATO komplementär ergänzen: „Für den selektiven Einsatz auf unterer Konfliktstufe ist es hingegen nicht geeignet. Die Tri-

2) Die Trident I hat gegenüber der Polaris A-3 mit drei Gefechtsköpfen (MRV³) bis zu acht unabhängig voneinander gegen verschiedene Zielkomplexe steuerbare Gefechtsköpfe (MIRV). Damit wird das Sprengkopfpotential von bisher 192 auf 512 um das fast Dreifache erhöht.

3) Während im Jahre 1970 die Gesamtzahl der britischen Gefechtsköpfe 7% des amerikanischen und 8% des sowjetischen strategischen Potentials ausmachte, fiel es mit zunehmender sowjetischer und amerikanischer Nuklearrüstung im Jahre 1980 auf 2% sowohl des amerikanischen als auch des sowjetischen Nuklearpotentials zurück. Mit dem Einsatz der Trident I Anfang der 90er Jahre wird das britische Potential an Nukleargefechtsköpfen unter Berücksichtigung der geschätzten Entwicklung wieder 7% sowohl des amerikanischen als auch des sowjetischen erreichen.

4) In den auf 12 Mrd. \$ (= 5 Mrd. £) geschätzten Programmkosten ist ein Festpreis von 2,5 Mrd. \$ incl. 5% Beteiligung an Forschungs- und Entwicklungskosten für den Kauf der Trident-Rakete plus MIRV enthalten. Dabei „spart“ die britische Regierung ca. 4 Mrd. \$ gegenüber einer Eigenentwicklung. In diesen Programmkosten sind jedoch erhebliche inflationsbedingte Risiken enthalten. Dies gilt vor allem für den Bau der U-Boote, der auf britischen Werften erfolgen soll. Die Kosten für das Trident-I-Programm werden auf 15 Jahre verteilt, über die Hälfte davon auf die 80er Jahre (Anteil am Verteidigungshaushalt bis 1985 ca. 1,5%, 1985 bis 1990 5%, 1990 bis 1995 1–bis 2%).

5) Der Befürchtung, daß die Modernisierung der britischen strategischen Nuklearwaffen zu Lasten der konventionellen Streitkräfte (Rheinarmee, britische Flotte, britische Luftstreitkräfte) erfolgen könnte, begegnete Verteidigungsminister Pym mit der Feststellung, daß Großbritannien nach wie vor entschlossen sei, seine gesamte Verteidigungskapazität aufrechtzuerhalten und, wo nötig, zu verstärken. Dies gelte gleichermaßen für die konventionellen wie für die nuklearen Streitkräfte. Bei konventioneller Rüstungsplanung ist schon seit langem das Bestreben spürbar, Beschaffungsvorhaben für die erste Hälfte der 80er Jahre zu beschleunigen, um während des maximalen Mittelabflusses für die Trident-Flotte in der zweiten Hälfte der 80er Jahre die erforderlichen Mittel mobilisieren zu können.

6) Wie bei den Polaris-Raketen wird die Trident I der NATO assigniert (SACEUR) und ihr Einsatz der Kontrolle der britischen Regierung unterstehen.

7) Die Übernahme des amerikanischen Waffensystems dient der Koppelung des europäischen und amerikanischen Verteidigungspotentials sowie der Ergänzung des eigenen, britischen Anteils an der LRTNF-Modernisierung (Stationierung von 160 GLCM).⁴ Die Entscheidung für die Trident ist zugleich Ausdruck

Fortsetzung Fußnote von Seite 1159

dent I und ihr Mehrfachgefechtskopf sollen Großbritannien eine gewisse Sicherheit gegenüber einer Weiterentwicklung der sowjetischen Anti-U-Boot- und Anti-Raketen-Technologie geben.“ Vgl. VS-Bd. 10286 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

³ Multiple Re-entry Vehicle.

⁴ Brigadegeneral von Ondarza, Washington, berichtete am 23. Juli 1980, die Entscheidung der britischen Regierung zur Modernisierung der Nuklearstreitkräfte werde in den USA „als Erfolg der amerikanischen Bemühungen um Verbesserung der Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit der NATO bewertet. Die Presseverlautbarung des Weißen Hauses rückt die Modernisierung der britischen strategischen Systeme in unmittelbare Nähe der Bemühungen um die dreiprozentige reale Steige-

des Willens der britischen Regierung, angesichts der wachsenden sowjetischen Bedrohung ein modernes Nuklearpotential beizubehalten und in dem damit verbundenen politisch-militärischen Status nicht hinter Frankreich zurückzubleiben.

Seibert

VS-Bd. 10286 (201)

219

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Fiedler

310-323.10

23. Juli 1980¹

Betr.: Besuch des GS der AL², Klibi, in der Bundesrepublik Deutschland am 21. und 22. Juli 1980

GS Klibi führte am 21. und 22. Juli 1980 zwei Gespräche mit dem BM, die insgesamt ca. 3 1/2 Stunden dauerten.

Am 22. Juli fand ein ca. zweistündiges Gespräch mit dem Bundeskanzler in Hamburg statt.

Themen waren: Nahost-Konflikt, Kontaktmission Thorns, EAD, SGV der VN über Palästina, Lage im Libanon und Afghanistan.

1) Gespräch mit BM: Es wurde festgestellt, daß die Meinungen in vielen Punkten nahe beieinander liegen, wenn nicht gar identisch sind.

Klibis Ausführungen waren gemäßigt. Es fiel kein Wort gegen Ägypten. Er vermied es auch, sich gegen Camp David³ auszusprechen, obwohl seine Einschätzung eindeutig negativ ist. Auffallend war die schonende Behandlung des Themas USA (zwar Bedauern über parteiische Haltung zugunsten Israels, aber Be-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1161

zung der Verteidigungsausgaben, der LTDP-Planungen und der TNF-Modernisierung der NATO. Die Einführung von Trident-I-Raketen sichert ein unabhängiges britisches Vergeltungspotential, welches – ähnlich dem französischen – die derzeitige Qualität der Abschreckung des westlichen Bündnisses bis in das Jahr 2000 erhalten wird. Damit behält Großbritannien seine Bedeutung als selbständige Nuklearmacht und entbindet die USA von der Notwendigkeit, die bisherige britische Rolle zu übernehmen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2903; VS-Bd. 10295 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat von Butler am 23. Juli 1980 vorgelegen, der vermerkte: „Hat Staatssekretär van Well vorgelegen.“

² Arabische Liga.

³ Zum Camp-David-Prozeß vgl. Dok. 13, Anm. 13.

Zu den Gesprächen zwischen Ägypten und Israel über eine Autonomie der palästinensischen Gebiete vgl. Dok. 177, Anm. 15.

Referat 310 notierte am 1. August 1980: „Nach Vorbereitungsgesprächen am 2.7.1980 in Washington sind die Verhandlungen am 13.7.1980 in Kairo auf Ausschußebene wieder aufgenommen worden. Die letzte Gesprächsrunde (seit 27.7.1980) wurde am 29.7.1980 ergebnislos vertagt: Sichtbare Erfolge gibt es nicht.“ Vgl. Referat 310, Bd. 125005.

tonung Rolle, die die USA für den Frieden im Nahen Osten spielen könnten). Mahnung BM, bis November mit USA Geduld zu haben.⁴ In Tischrede Verständnis Klibis für unsere Haltung gegenüber Israel aus moralischen und historischen Gründen⁵ (wohl das erste Mal, daß sich ein arabischer Staatsmann dahingehend geäußert hat).

EAD⁶: Einigkeit über Fortsetzung, sobald wie möglich. Ausdehnung auf politischen Bereich. Treffen auf Ebene Außenminister. Klibi: Er müsse global sein und auf ministerieller Ebene stattfinden. Terminvorschlag: Dezember nach Gipfel der AL im November⁷. EAD müsse langfristig angelegt sein.

Venedig-Erklärung⁸: Hohe Einschätzung durch Klibi, positive Aspekte, guter Wille, dennoch für Araber noch nicht ausreichend. Hoffnung, daß Europäer sich weiter bewegen. Große Erwartung in Rolle Europas. Bestreben, Großmächte vom Nahen Osten fernzuhalten.

Kontaktmission: Einigkeit, daß AM Thorn Mission bald antritt.⁹ Klibi bestand auf Beginn in Tunis bei AL. Israel dürfe nicht am Anfang stehen. Keine protokollarische, sondern politische Frage.

Klibi ermutigte uns, auch Palästinenser in den besetzten Gebieten zu kontaktieren („nationale“ Bürgermeister).

SGV über Palästina¹⁰: Gemeinsame Sorge, daß Konfrontation zwischen Arabern und Europäern entstehen könne.

Vorschlag BM:

a) Beste Lösung, wenn Araber vorliegenden radikalen Entwurf¹¹ mäßigen. Klibi hat inzwischen Vertreter AL in New York¹² entsprechende Weisung erteilt.

⁴ Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

⁵ Der Generalsekretär der Arabischen Liga, Klibi, führte am 21. Juli 1980 aus: „Wir schätzen Ihr Interesse für den arabisch-israelischen Konflikt und verstehen die Gefühle, die Sie einer Partei in diesem Konflikt aus verschiedenen Rücksichtnahmen entgegenbringen, die wiederum teilweise schmerzliche Seiten Ihrer neueren Geschichte und der gründlichen Wahrnehmung Ihrer moralischen Verpflichtungen entspringen. Dies ehrt Sie und offenbart Ihre noble Gesinnung. Aber ich möchte Sie darauf hinweisen, daß die Gerechtigkeit nicht durch eine Ungerechtigkeit wettgemacht werden kann und daß die Rechte eines Volkes nicht einem anderen geopfert werden können. Der arabisch-israelische Konflikt entspringt im Grunde einer kolonialistischen und rassistischen Aggression gegenüber der Heimat des palästinensischen Volkes, das seit 1948 als Flüchtling lebt, und unter den schlimmsten Bedingungen leidet, ohne sich jedoch mit der Demütigung und Unterwerfung abzufinden.“ Vgl. Unterabteilung 31, Bd. 135618.

⁶ Zum Stand des Europäisch-Arabischen Dialogs vgl. Dok. 204, Anm. 31.

⁷ Die Konferenz der Könige und Präsidenten der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga fand vom 25. bis 27. November 1980 in Amman statt.

⁸ Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats vom 12./13. Juni 1980 in Venedig über den Nahen Osten vgl. BULLETIN DER EG 6/1980, S. 10 f. Vgl. dazu auch Dok. 177.

⁹ Der luxemburgische Außenminister Thorn besuchte als amtierender EG-Ratspräsident am 29./30. Juli 1980 Tunesien, am 31. Juli und 1. August Israel, am 4./5. August Libanon, am 6./7. August Syrien, vom 7. bis 10. August Jordanien, am 19. August 1980 Kuwait, am 20. August Irak, am 23. August 1980 Saudi-Arabien sowie am 30./31. August 1980 Ägypten. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 7-8/1980, S. 94. Vgl. dazu ferner Dok. 229, Anm. 22, und Dok. 247, Anm. 20.

¹⁰ Zur Notstandssondertagung der VN-Generalversammlung über Palästina vom 22. bis 29. Juli 1980 in New York vgl. Dok. 222, Anm. 3.

¹¹ Referat 310 notierte am 21. Juli 1980, der informelle „Resolutionsentwurf der gemischten Redaktionsgruppe (Blockfreie, Islamische Konferenz, Palästina-Sonderausschuß der VN)“ für die Notstandssondertagung der VN-Generalversammlung über Palästina vom 22. bis 29. Juli 1980 sei in der vor-

b) Zweitbeste Lösung: Einbringung eines eigenen europäischen Resolutionsentwurfes auf Grundlage von Venedig und gegenseitige Stimmenthaltung.

Klibi stimmte zu. Erkennbar wurde starkes arabisches Interesse an der Schaffung eines „Mechanismus“ durch Sanktionen der VN, um Israel zum Abzug aus den besetzten Gebieten innerhalb einer Frist bis Mitte November zu veranlassen.

Libanon¹³: Besorgnis Klibis über Lage. Bitte um Unterstützung libanesischer Regierung.

Afghanistan: Verurteilung SU durch Araber, aber keine eindeutige Stellungnahme wegen „parteiischen Verhaltens der USA im Nahost-Konflikt“ (Klibi). Sorge, daß einige Araber sich an SU wenden könnten (Syrien). Furcht vor Ausdehnung Ost-West-Konflikts auf die Region.

BM betonte inneren Zusammenhang aller Konflikte in Nah- und Mittelost.

2) Gespräch mit Bundeskanzler hatte allgemeinen Tour d'horizon zum Gegenstand. Bundeskanzler gab ausführliche Analyse der Lage in der Region, nannte fünf Hauptpunkte:

- Schwebender Nahost-Konflikt (der gefährlichste).
- Innenpolitische Instabilität der einzelnen Länder.
- Anhaltender Expansionsdruck der SU.
- Folge: Präsenzerhöhung USA.
- Energiefragen (Warnung vor Einsatz Ölwanne; Appell an OPEC, langfristige Lieferverträge abzuschließen).

Bundeskanzler gab skeptische Einschätzung von Camp David. Nahost-Konflikt lösbar zu machen, setzt auch guten Willen PLO voraus (Anerkennung Lebens-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1162

liegenden Form nicht zustimmungsfähig: „Der Entwurf unterstützt einseitig nur die Rechte des palästinensischen Volkes und Ansprüche der PLO. Von Israel ist nur im Zusammenhang mit erhobenen Vorwürfen und Forderungen die Rede. Dieser Tendenz entsprechend werden nur frühere Resolutionen der Generalversammlung der VN zitiert, die ebenfalls einseitig zugunsten der Palästinenser Stellung beziehen, so Res[olution] 3236 vom 22.11.1974. Die ausgewogene Resolution des Sicherheitsrats Nr. 242 vom 22.11.1967, die ausdrücklich das Existenzrecht Israels ausspricht, wird verschwiegen.“ Vgl. Referat 310, Bd. 125018.

¹² Clovis Maksoud.

¹³ Im Libanon kam es seit März 1975 zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Milizen der verschiedenen Volks- und Religionsgruppen, die auch nach der Intervention syrischer Truppen am 31. Mai 1976 fort dauerten. Am 21. Juli 1980 notierte Referat 310, Libanon sei noch tiefer in innere Gegensätze verstrickt als je zuvor: „Verhängnisvoll ist die Entwicklung, daß sich jetzt nicht nur die etablierten Fronten – hier das christliche Lager, dort das moslemisch-palästinensische Linksbündnis – bekämpfen. Das meiste Blut fließt heute innerhalb der eigenen Reihen. [...] Präsident Sarkis hat resigniert und die am 7. Juni 1980 erklärte Demission von Premierminister Hoss und seiner Regierung inzwischen angenommen. Die Chancen auf eine nationale Aussöhnung sind schlechter als je zuvor. Auch im Lager des ‚Mouvement National‘, dem Bündnis der Moslems und Palästinenser, ist es zu blutigen Auseinandersetzungen gekommen. Der Gegensatz zwischen Syrien und Irak und zwischen dem Irak und dem Iran hat dieses Bündnis gesprengt. Syrien und iranfreundliche Gruppen suchen den Kampf mit den Anhängern des Irak. Die militärischen Verbände der PLO sind in diese Kämpfe hineingezogen worden; überdies müssen sich die Palästinenser eines neuen Gegners erwehren, den neu gebildeten ‚Amal-Milizen‘ des schiitischen Bevölkerungsteils des Libanon. Niemand weiß, wer ihnen zu den Waffen verholten hat. An einer Schwächung der PLO können neben allen libanesischen Gruppen – christlichen und moslemischen – auch Syrien und Israel ein Interesse haben.“ Vgl. Referat 310, Bd. 125011.

recht Israels). Appell an Araber, Einheit als Voraussetzung Frieden wiederherzustellen.

Klibi trat für unabhängige europäische Nahost-Initiative ein, aber mit USA abgestimmte(!) Mahnung an USA, eigene Interessen zu erkennen und nicht nur die Israels zu vertreten. Beklagte sich, daß er außer mit US-Botschafter in Tunis¹⁴ keine Kontakte zu USA habe. Bundeskanzler sagte zu, sich für Abhilfe einsetzen zu wollen.¹⁵ Auch hier deutliches Werben um USA erkennbar. Camp David habe mehr Schwierigkeiten geschaffen als genützt. Zur PLO: Beispielhaft sei de Gaulles Haltung gegenüber FLN¹⁶ gewesen. Arafats Stellung sei kurzfristig gesichert, langfristig Gefahren für ihn bei Resignation und Änderung Lage in arabischer Welt insgesamt (d.h. wenn Araber sich aus Enttäuschung an Moskau wenden).

Gespräch verlief in aufgeschlossener und lockerer Atmosphäre. Klibi äußerte sich anschließend außerordentlich befriedigt über Verlauf seines Besuches.

3) Bewertung: Zweck Besuches erreicht: Intensivierung unseres Gesprächs mit den Vertretern der Mehrzahl der arabischen Staaten. Verdeutlichung, daß Europa im Nahen Osten eine aktive Rolle spielen will, um arabischer Resignation entgegenzuwirken. Da vertrauensvoller Dialog mit Ägypten besteht, nachteilige Folgen nicht zu erwarten.¹⁷ Großes Interesse arabischer Welt an aktiver Rolle Europas im Nahen Osten erneut unterstrichen.

Fiedler

Referat 010, Bd. 178828

¹⁴ Stephen W. Bosworth.

¹⁵ Vortragender Legationsrat I. Klasse Fiedler unterrichtete die Botschaft in Washington am 22. August 1980 über das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Generalsekretär der Arabischen Liga, Klibi, am selben Tag. Er wies die Botschaft an, „das State Department bei sich bietender Gelegenheit und in geeigneter Weise von den Kontaktwünschen Klibis und der Zusage des Bundeskanzlers zu unterrichten“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 952; Unterabteilung 31, Referat 135618.

¹⁶ Front de Libération Nationale.

¹⁷ Botschafter Hille, Kairo, berichtete am 24. Juli 1980, in der ägyptischen Presse sei der Besuch des Generalsekretärs der Arabischen Liga, Klibi, am 21./22. Juli 1980 in der Bundesrepublik verschwiegen worden: „Grund dafür dürfte sein, a) der eigenen Bevölkerung nicht die Erfolge der rivalisierenden Tunis-Liga vor Augen zu führen, und b) das Verhältnis zu den EG-Staaten und besonders zur B[undes]R[epublik] Deutschland solange wie möglich von Belastungen freizuhalten, die sich aus einer Kritik an der beabsichtigten Belebung des EAD und seiner Ausdehnung auf politische Fragen ergeben könnten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1176; Unterabteilung 31, Bd. 135618.

220

**Ministerialdirektor Blech an die
Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel**

201-341-2177/80 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 3847 Plurez

Aufgabe: 23. Juli 1980, 18.07 Uhr¹

Betr.: KSZE-Nachfolgetreffen in Madrid²;
hier: spanisches Ersuchen um regelmäßige Kontakte mit dem NATO-
Generalsekretär und dem NATO-Rat

Bezug: DB Nr. 1021 vom 17.7.1980 – Az: I-341.14-3028/80 VS-v³

Der spanischen Bitte um regelmäßige Kontakte mit der NATO über Fragen des KSZE-Nachfolgetreffens in Madrid sollte in folgender Weise entsprochen werden:

1) Die Kontakte sollten auf den NATO-Generalsekretär bzw. von ihm beauftragte Angehörige des Sekretariats beschränkt werden. Anschließend sollte Unterrichtung der zuständigen Gremien erfolgen.

2) Eine Institutionalisierung muß vermieden werden, d. h. Kontakte sollten nicht periodisch, sondern auf Ad-hoc-Basis erfolgen. Auch sollten inhaltlich prozedurale und organisatorische Fragen im Vordergrund stehen. Den Spaniern gegenüber sollte in geeigneter Weise deutlich gemacht werden, daß die Intensivierung der Kontakte im Hinblick auf eine Erleichterung der Gastgeberrolle Spaniens für das KSZE-Nachfolgetreffen in Madrid erfolgt. Hieraus können keine weiterreichenden Ansprüche auf eine Sonderbehandlung abgeleitet werden; dies gilt besonders für die Zeit nach dem Madrider Folgetreffen.

3) Die Tatsache, daß die spanische Regierung ihre Bereitschaft erklärt hat, den Beitritt zur NATO anzustreben⁴, kann keinen Anspruch auf einen Sonderstatus begründen. Dies gilt um so mehr, als noch ungeklärt ist, ob Spanien einen Beitritt zu Modalitäten anstrebt, die auch für die Bündnispartner akzeptabel sind.

Kontakte über andere als KSZE-Fragen sollten daher weiterhin in dem im Verhältnis zu befreundeten Nichtmitgliedern üblichen Rahmen bleiben.⁵

¹ Durchdruck.

Der Drahterlaß wurde von Vortragendem Legationsrat Seibert konzipiert.

Hat Ministerialdirigent Dröge am 23. Juli 1980 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann am 4. August 1980 vorgelegen.

² Die KSZE-Folgekonferenz wurde am 11. November 1980 eröffnet. Vgl. dazu Dok. 319 und Dok. 322.

³ Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), berichtete, NATO-Generalsekretär Luns habe am 17. Juli 1980 im Ständigen NATO-Rat im kleinen Kreis „über eine im Auftrage seiner Regierung vorgetragene Anfrage des spanischen Botschafters in Brüssel zur Möglichkeit regelmäßiger spanischer Kontakte mit dem NATO-Generalsekretär und dem NATO-Rat in Fragen, die das KSZE-Nachfolgetreffen in Madrid betreffen“, unterrichtet. Vgl. VS-Bd. 11100 (203); B 150, Aktenkopien 1980.

⁴ Zur Ankündigung der spanischen Regierung vgl. Dok. 204, Anm. 24.

⁵ Gesandter Pfeffer, Brüssel (NATO), berichtete am 8. August 1980, ein Mitglied der amerikanischen Ständigen Vertretung bei der NATO habe sich nach den Vorstellungen der Bundesregierung zur spanischen Bitte um NATO-Konsultationen während der KSZE-Folgekonferenz in Madrid erkundigt: „Die bisherige Lösung, die Kontakte auf den NATO-Generalsekretär bzw. von ihm beauftragte

Für Madrid⁶:

Zur Frage engerer Kontakte Spaniens mit der EPZ⁷ ergeht nach beabsichtigter Klärung im EPZ-Gremium gesonderte Weisung.⁸

Blech

VS-Bd. 10267 (201)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1165

Angehörige des Sekretariats zu beschränken, könne während des KSZE-Nachfolgetreffens nicht weitergeführt werden, da kein Vertreter des Generalsekretärs oder des Internationalen Sekretariats nach Madrid entsandt werde. [...] USA dächten daran, Spanien eine ‚deutlich bessere Behandlung‘ als anderen befreundeten Nicht-Allianzpartnern in Madrid zukommen zu lassen und faßten eine Behandlung durch die NATO parallel zu der durch die Neun ins Auge. Nach den US-Lösungsvorstellungen befragt, meinte Gesprächspartner, Spanien sollte zwar auf Ad-hoc-Basis, aber doch regelmäßig am ‚NATO-Caucus‘, der sicher wie in Belgrad gebildet und u. U. häufiger zusammentreten werde, teilnehmen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1079; VS-Bd. 10267 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

⁶ Der Drahterlaß ging nachrichtlich an die Botschaften in Madrid und Washington.

⁷ Botschafter Lewalter, Madrid, teilte am 18. Juli 1980 mit, daß die spanische Regierung auch eine „Initiative zu regelmäßigen Kontakten mit den in der EPZ zusammenarbeitenden europäischen Staaten ergriffen“ habe: „Sinn dieser Initiative soll sein, den Willen zur Eingliederung in die Europäische Gemeinschaft und die Europäische Politische Zusammenarbeit auch in der Konferenzarbeit deutlich werden zu lassen.“ Seitens des spanischen Außenministeriums wurde mitgeteilt, „die Madrider Konferenz dürfe nicht vorübergehen, ohne daß die Stellung Spaniens als Teil der westlichen Welt auch auf dem Gebiet der west-östlichen Beziehungen noch deutlicher als bisher definiert werde. Dieses könne sich allerdings nur dann vollziehen, wenn es sich nicht um eine Einbahn-Straße handele. Spanien wolle nicht nur informiert werden, sondern zu den westlichen Überlegungen Beiträge von Gewicht leisten können.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 534; VS-Bd. 11100 (203); B 150, Aktenkopien 1980.

⁸ Ministerialdirigent Dröge instruierte am 14. August 1980 die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel, die Bundesregierung befürworte einen engen Meinungsaustausch zwischen Spanien und den NATO-Mitgliedstaaten, halte aber die amerikanischen Vorstellungen über eine Einbeziehung der spanischen KSZE-Delegation an den Beratungen im Kreis der NATO-Mitgliedstaaten nicht für sinnvoll: „Schließlich wollen wir die Frage eines eventuellen spanischen NATO-Beitritts nicht präjudizieren, andererseits auch Spanien vor dem Beitritt nicht alle Vorteile der Mitgliedschaft gewähren. Eine spanische Teilnahme am NATO-Caucus würde Spanien auch erheblicher Kritik durch die östlichen Delegationen aussetzen. Wir regen daher an, daß eine NATO-Delegation – z. B. Italien, das zugleich EPZ-Mitglied ist – die spanische Delegation regelmäßig nach den NATO-Treffen unterrichtet und vor jedem Treffen spanische Kommentare entgegennimmt und dann im NATO-Kreis vorträgt.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 4146; VS-Bd. 10267 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

221

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech

201-360.53-2221/80 VS-vertraulich

28. Juli 1980¹

Herrn Staatssekretär² mit der Bitte um Zustimmung zu Ziffer IV.

Betr.: Nutzung amerikanischer Basen in der Bundesrepublik Deutschland für die militärische Kooperation der USA mit Staaten der Nahost-Region; hier: Flüge der ägyptischen Luftwaffe nach Ramstein

Anlg.: 1 (201-2073/80 VS-v)³

I. 1) Die US-Botschaft in Bonn teilte mit Verbalnote vom 30. Juni 1980 mit, daß beabsichtigt sei, die US-Luftwaffenbasis in Ramstein für die periodische Kalibrierung und Justierung an Ägypten gelieferter amerikanischer Präzisionsmeßgeräte zu benutzen. Die Geräte werden zur Wartung und Instandhaltung von F-4E-Flugzeugen benötigt, die ebenfalls im Rahmen kommerzieller Verträge von den USA an Ägypten geliefert wurden. Ramstein sei die einzige US-Luftwaffenbasis in Europa, auf der die Kalibrierung von Präzisionsmeßgeräten für F-4E-Flugzeuge durchgeführt werden könne. Die Beförderung der Geräte sei nach den Bestimmungen der Lieferverträge Sache der ägyptischen Seite. Diese habe die Absicht, Flugzeuge der ägyptischen Luftwaffe (Typ C 130) einzusetzen, weil der Transport auf diese Weise schneller und effizienter durchgeführt werden könne. Gedacht sei an etwa vier Flüge jährlich über einen Zeitraum von ca. zwei Jahren. In den ersten zwei bis drei Monaten seien wegen eines Nachholbedarfs voraussichtlich ein bis zwei Flüge im Monat erforderlich.

Auf unsere Anfrage hat die US-Botschaft ergänzend mitgeteilt, daß bei den Kalibrierungsarbeiten kein ägyptisches militärisches oder ziviles Personal eingesetzt wird.

2) Auf die amerikanische Note wurde am 4. Juli 1980 ein Zwischenbescheid erteilt.

3) Die ägyptische Luftwaffe hat für den 29. Juli 1980 auf dem üblichen Weg über das BMVg die Genehmigung für einen ersten Flug nach Ramstein bean-

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Seibert konzipiert.

Ministerialdirektor Blech vermerkte dazu handschriftlich für Staatssekretär Lautenschlager: „Ursprünglich war auf V[erteidigungs]A[ttaché]-Ebene mit BMVg eine Linie erarbeitet worden, derzufolge wir auf US-Militär- oder zivilen Flugzeugen für den Transport insistiert hätten. Gesprächsweise hielt H[err] van Well dies im Hinblick auf division of labour post-Afgh[anistan] für problematisch, eine Auffassung, die ich teile. Die kritische Grenze sollten wir bei der Anwesenheit fremden Militärpersonals zu Ausbildungs- oder anderen Zwecken auf US-Basen in Deutschland ziehen, was uns im gegebenen Fall Flexibilität, aber auch die Aufrechterhaltung der Position ..., die wir in Zukunft in Fällen wie den der Ausbildung israel[ischer] Piloten zu beziehen angekündigt haben.“ Vgl. den verstümmelt überlieferten Begleitvermerk vom 28. Juli 1980; VS-Bd. 10276 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

² Hat Staatssekretär Lautenschlager am 29. Juli 1980 vorgelegen, der handschriftlich für Ministerialdirektor Blech vermerkte: „1) In der heutigen Dir[ektoren]Bespr[echung] in Gegenwart des Ministers behandelt. 2) H[errn] D 2 m[it] d[er] B[itte] um weitere Veranlassung wie b[e]spr[ochen] (Zustimmung der BSR-Mitglieder einholen).“

³ Dem Vorgang beigelegt. Für die Note der amerikanischen Regierung vom 30. Juni 1980 vgl. VS-Bd. 10276 (201).

tragt. Der Antrag wurde wegen zu klärender Grundsatzfrage noch nicht beantwortet.

II. 1) Die USA haben in der Vergangenheit die Nutzung ihrer Basen für logistische Aufgaben in Spannungsgebieten oder zur Ausbildung von Militärpersonal aus Ländern solcher Regionen als Routineangelegenheit betrachtet.

Im Herbst 1978 erhielten wir Kenntnis von der Absicht der USA, israelische Piloten an Simulatoren auf amerikanischen Luftwaffenstützpunkten in der Bundesrepublik auszubilden. Wir haben dem Vorhaben damals zugestimmt, gleichzeitig jedoch klargestellt, daß wir künftig keine Ausbildung von Soldaten aus Spannungsgebieten auf deutschem Boden wünschen.⁴ Dennoch wurden wir im August 1979 mit einem weiteren amerikanischen Ersuchen konfrontiert, der Ausbildung ägyptischer und israelischer Piloten auf US-Basen in Deutschland zuzustimmen.⁵ Wir haben in die Ausbildung ägyptischer Piloten schließlich mit der Maßgabe eingewilligt, daß dies der letzte Ausnahmefall ist.⁶

2) Mitte Februar 1980 unterrichtete die amerikanische Botschaft in Bonn das Auswärtige Amt und das BMVg davon, daß die Implementierung der „Carter-Doktrin“⁷ es in bestimmten Situationen notwendig machen könne, militärisch von NATO-Basen in der Bundesrepublik aus in den Golf herein zu operieren. In solchen Fällen sei Washington darauf angewiesen, umgehend die deutsche Zustimmung zu erhalten.

Am 5. Mai 1980 empfing Staatssekretär van Well Botschafter Stoessel und legte u. a. folgendes dar:

- Wir stimmen überein, daß die Sicherung des Nahen und Mittleren Ostens und der Ölrouten im gemeinsamen amerikanisch-europäischen Interesse liegt.
- Aus diesem Bewußtsein heraus werden wir im konkreten Fall über unsere Zustimmung zur Nutzung der US-Basen im Bundesgebiet für sicherheitspolitische Maßnahmen der USA im Nahen und Mittleren Osten entscheiden.
- Zur vorherigen Prüfung aller Aspekte und möglicher Rückwirkungen müssen wir unsere Zustimmung zu derartigen amerikanischen Maßnahmen für jeden Einzelfall vorbehalten.

Fragen von StS van Well über amerikanische Pläne und Vorstellungen wurden bisher nicht beantwortet.⁸ Der stellvertretende Außenminister Christopher be-

⁴ Mit Verbalnote vom 7. November 1978 erbat die amerikanische Botschaft die Zustimmung der Bundesregierung zur Ausbildung von israelischen Kampfpiloten auf der amerikanischen Luftwaffenbasis in Bitburg. Am 17. November 1978 wurde die amerikanische Botschaft unterrichtet, daß die Bundesregierung keine Einwände gegen einen Besuch israelischer Kampfpiloten in der Luftwaffenbasis vom 21. November bis 1. Dezember 1978 erhebe, aber künftig die Ausbildung von Angehörigen von Streitkräften aus Konfliktregionen nach Möglichkeit nicht auf dem Gebiet der Bundesrepublik stattfinden sollte. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 368.

⁵ Zur Bitte der amerikanischen Regierung, der Ausbildung ägyptischer bzw. israelischer Kampfpiloten in den amerikanischen Luftwaffenbasen Hahn und Bitburg zuzustimmen, vgl. AAPD 1979, II, Dok. 235.

⁶ Zur Entscheidung der Bundesregierung, über die Staatssekretär van Well den amerikanischen Gesandten Woessner am 12. September 1979 unterrichtete, vgl. AAPD 1979, II, Dok. 257.

⁷ Vgl. dazu die Rede des Präsidenten Carter vom 23. Januar 1980 zur Lage der Nation vor beiden Häusern des Kongresses; PUBLIC PAPERS, CARTER 1980, S. 194–200. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 101–106. Vgl. dazu auch Dok. 16.

⁸ Vortragender Legationsrat Seibert notierte am 11. Juli 1980, Staatssekretär van Well habe am 5. Mai 1980 den amerikanischen Botschafter Stoessel um Antwort auf folgende Fragen gebeten: „An wel-

merkte bei seinem jüngsten Besuch in Bonn lediglich, daß die amerikanische Regierung über dieses Thema weiter mit uns konsultieren wolle.⁹

III. Bei der Entscheidung über den amerikanischen Antrag sind folgende Gesichtspunkte abzuwägen:

1) Gründe für eine Zustimmung:

1.1) Bei den zur Wartung in Ramstein vorgesehenen elektronischen Geräten handelt es sich zwar um militärisch wichtige Güter, nicht jedoch um Kriegsmaterial, das im Konfliktfall für einen unmittelbaren Kampfeinsatz in Betracht kommt (keine Waffen oder Bauteile von Flugzeugen).

1.2) Der sowjetische Einmarsch in Afghanistan und die Entwicklung im Iran haben die USA im Nahen und Mittleren Osten vor neue sicherheitspolitische Aufgaben gestellt. Wir haben diese Aufgaben als im gemeinsamen amerikanisch-europäischen Interesse liegend anerkannt.

1.3) Der Rolle Ägyptens und damit auch der amerikanischen militärischen Unterstützung für dieses Land kommt bei der Umsetzung der „Carter-Doktrin“ erhebliche Bedeutung zu.

1.4) Eine Ablehnung des Antrags könnte von den USA als Zeichen mangelnder Solidarität aufgefaßt werden und Zweifel an unserer Unterstützung für die amerikanische Sicherheitspolitik im Nahen und Mittleren Osten wecken. Sie könnte darüber hinaus zu einer Verstimmung der Ägypter führen.

1.5) Wie in der Note angedeutet und auf unsere Anfrage von der US-Botschaft bestätigt wurde, wird bei den vorgesehenen Kalibrierungsarbeiten in Ramstein kein ägyptisches militärisches oder ziviles Personal eingesetzt.

2) Gründe gegen eine Zustimmung:

2.1) Wir liefern keine Waffen in Spannungsgebiete¹⁰ und wollen auch nicht den Anschein eines militärischen Engagements in solchen Regionen erwecken. Wenn wir in Spannungsgebieten gelegenen Staaten gestatten, periodisch Rüstungsmaterial mit ihren Militärflugzeugen von und zu US-Stützpunkten auf deutschem Boden zu transportieren, wäre dies mit dem genannten Grundsatz nur schwer zu vereinbaren.

2.2) Bei Abschluß des sogenannten „Foreign Military Sales“-Vertrages haben die USA und Ägypten unsere Zustimmung zur Wartung ägyptischer Rüstungsgüter auf US-Basen in Deutschland und deren Transport mit ägyptischen Militärmaschinen offenbar als selbstverständlich vorausgesetzt. Im Falle unserer uneingeschränkten Zustimmung besteht daher die Gefahr, daß die USA die Nutzung ihrer Basen für Aufgaben außerhalb des NATO-Vertragsgebietes erneut als Routineangelegenheit betrachten und ihre Konsultationspflicht uns gegenüber vernachlässigen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1168

che Bündnispartner haben sich die USA in ähnlicher Weise gewandt (Hinweis auf bestehende Abmachungen)? Können wir weitere Informationen darüber erhalten, was seitens der USA vorgesehen ist (Szenarium; konkretere Einsatzpläne)?“ Bislang habe die amerikanische Botschaft lediglich mitgeteilt, mehrfach in Washington um Weisung gebeten zu haben. Vgl. VS-Bd. 10276 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

⁹ Zum Besuch des amerikanischen stellvertretenden Außenministers Christopher am 14./15. Juli 1980 vgl. Dok. 214.

¹⁰ Zu den Grundsätzen der Rüstungsexportpolitik vgl. Dok. 23, Anm. 9.

2.3) Der Einsatz ägyptischer Militärmaschinen würde einen unerwünschten Präzedenzfall schaffen. Da neben Ägypten auch andere am Nahost-Konflikt unmittelbar oder mittelbar beteiligten Staaten modernes amerikanisches Fluggerät haben oder in absehbarer Zeit erhalten werden (Israel, Saudi-Arabien, evtl. Jordanien), könnte auch in diesen Fällen die Durchführung von Kalibrierungsarbeiten auf US-Basen in der Bundesrepublik erforderlich werden. Damit zeichnet sich die Gefahr ab, daß eine uneingeschränkte Genehmigung im vorliegenden Fall zum Berufungsfall für Interessenten mit vergleichbaren Anliegen wird.

IV. 1) Wir sollten einen Vertreter der amerikanischen Botschaft einbestellen und ihm unsere Haltung wie folgt erläutern:

1.1) Gegen die geplanten Kalibrierungsarbeiten an ägyptischem militärischem Präzisionsmeßgerät auf der US-Basis Ramstein erheben wir keine Einwände. Die periodische Wartung von Rüstungsmaterial aus Ländern des Spannungsbereiches Nahost in der Bundesrepublik ist für uns nicht unproblematisch. Wir sind bei Abwägung der verschiedenen Gesichtspunkte jedoch zu dem Schluß gekommen, die sicherheitspolitischen Aufgaben der USA im Nahen und Mittleren Osten nicht zu erschweren. Dabei gehen wir davon aus, daß Umfang und Dauer der Wartungsarbeiten auf das Erforderliche beschränkt werden.

1.2) Wir liefern bekanntlich keine Waffen in Spannungsbereiche und legen Wert darauf, auch nur den Anschein einer Änderung dieser Politik zu vermeiden. Wenn uns dies zu besonderer Sorgfalt veranlaßt, so richtet sich dies nicht gegen Ägypten, zu dem wir freundschaftliche Beziehungen unterhalten.

1.3) Unter dem vorgenannten Gesichtspunkt würden wir es vorziehen, wenn das in Frage stehende Gerät mit amerikanischen Militärmaschinen oder durch kommerzielle Lufttransporte nach und von Ramstein befördert würde. Wir werden dem Transport durch ägyptische Militärmaschinen jedoch keine Hindernisse in den Weg legen.

1.4) Wir gehen dabei davon aus, daß derartige Flüge lediglich dem An- und Abtransport des betreffenden Materials dienen und daß kein ägyptisches Personal in Ramstein für die geplanten Arbeiten an diesem Gerät oder aus anderen Gründen eingesetzt wird. Die durch den An- oder Abtransport bedingte kurzfristige Anwesenheit von fliegendem Personal wird hiervon nicht berührt.

1.5) Wir behalten uns nach wie vor bei vergleichbaren Anträgen die Prüfung jedes Einzelfalles vor.

1.6) Falls die hiesige US-Botschaft nach dem Gespräch eine schriftliche Antwort auf ihren Antrag wünscht, teilen wir in der Antwortnote unsere Entscheidung mit. Dabei sollten wir unter Bezugnahme auf das Gespräch von einer eingehenden Begründung unserer Entscheidung absehen.

2) Den Ägyptern sollten wir unsere Haltung ebenfalls erläutern.

Das BMVg legt parallel der Leitung seines Hauses vor. Abteilung 3 war beteiligt.¹¹

Blech

VS-Bd. 10276 (201)

¹¹ Staatssekretär Lautenschlager unterrichtete am 4. August 1980 die Staatssekretäre des Bundeskanzleramts, des Bundesministeriums des Innern, der Finanzen, der Verteidigung und für Wirtschaft.

222

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Leiter des libyschen Auslandsgeheimdienstes, Belgassem

105-54.A/80 VS-vertraulich

30. Juli 1980¹

Gespräch des Herrn Bundesministers mit Herrn Belgassem² am 30.7.1980 um 12.30 Uhr auf dem Venusberg;
hier: Gedächtnisaufzeichnung

Gesprächsteil vor dem Essen

Herr *Belgassem*: Ein Problem ergebe sich aus der Ausbildung der Offiziere in kommunistischen Ländern, nämlich Polen, Tschechoslowakei, Bulgarien, vornehmlich SU; als Begründung diene die Ausrüstung mit russischen Waffen. Die jungen Leute würden während dieser Zeit mit allem versorgt, „was junge Männer brauchen“. Der Erfolg im ideologischen Bereich sei denn auch mindestens in einem Fall absolut gewiß, in anderen stark zu vermuten.

Wenn man Gaddafi beseitigen wolle, müsse dies bald geschehen, sonst seien die Dinge schon zu weit gediehen.

Auf die Frage *Bundesministers*, warum nicht eine Anzahl Offiziersanwärter zur Ausbildung in den Westen gesandt würde, antwortete *Belgassem*, einige würden in Frankreich ausgebildet.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1170

schaft – Schüler, Fröhlich, Lahnstein, Schnell und von Würzen –, daß Bundesminister Genscher dem Ersuchen der amerikanischen Regierung unter bestimmten Maßgaben entsprechen möchte. Genscher wolle aber zuvor sichergestellt wissen, „daß der Herr Bundeskanzler und die übrigen Mitglieder des Bundessicherheitsrats ebenfalls mit diesem Vorgehen einverstanden sind. Da die geplanten Arbeiten bzw. Flüge schon in Kürze aufgenommen werden sollen, wäre ich dankbar, wenn Sie möglichst umgehend die persönliche Zustimmung Ihres Herrn Bundesministers herbeiführen und mich über das zuständige Referat davon vorab telefonisch unterrichten lassen könnten.“ Vgl. das am 1. August 1980 konzipierte Schreiben; VS-Bd. 10276 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann notierte am 22. August 1980, nach dem Vorliegen der Zustimmung aller im Bundessicherheitsrat vertretenen Mitglieder des Kabinetts habe er den amerikanischen Botschaftsrat van Heuven unterrichtet. Dieser habe zugesichert, „daß die in dieser Hinsicht sensibilisierte US-Botschaft in Bonn Sorge tragen werde, daß das Auswärtige Amt in allen ähnlichen Fällen um gesonderte Zustimmung gebeten werde“. Bezüglich der Unterrichtung der ägyptischen Seite habe van Heuven gebeten, „ihm zunächst Gelegenheit zur Klärung zu geben, wo und gegenüber wem dies unter dem Gesichtspunkt des ‚need to know‘ zweckmäßig sei. Er vermute, daß die ägyptische Botschaft und möglicherweise auch das ägyptische AM in dieser Angelegenheit nicht eingeschaltet gewesen seien.“ Vgl. VS-Bd. 10276 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragender Legationsrätin Siebourg am 31. Juli 1980 gefertigt und am selben Tag an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau weitergeleitet. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 14085 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

Hat Wallau am 31. Juli 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Von BM noch nicht gebilligt. 2) Herrn Staatssekretär zur pers[önlichen] Unterrichtung.“

Hat Staatssekretär Lautenschlager am 31. Juli 1980 vorgelegen.

² Botschafter Held, Tripolis, teilte am 1. Juni 1980 mit: „Hinsichtlich Belgassem gehen hier Meinungen auseinander, ob er lediglich Leiter Auslandsgeheimdienstes ist oder sämtlicher entsprechender Dienste, einschließlich militärischen Abschirmdienstes. B. gehört zur Generation älterer und einsichtiger Libyer, die zunehmend Einfluß auf Gaddafi sowie seine revolutionäre Umgebung verlieren.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 201; VS-Bd. 11157 (311); B 150, Aktenkopien 1980.

Gespräch während des Essens

Bundesminister informierte Herrn Belgassem über die Abstimmungsergebnisse zur Palästina-Resolution der SGV³.

Belgassem meinte, mit fortschreitender Zeit und bei Fortsetzung von Begins Verhalten würde Israel zunehmend in Schwierigkeiten geraten. Sadat seinerseits sei zunehmender Ablehnung seitens der Staaten der „Solidaritätsfront“ ausgesetzt.

Auf die Frage nach den Beziehungen Libyens zu den anderen arabischen Staaten antwortete Belgassem: Die Beziehungen der Araber untereinander seien insgesamt instabil.

Libyen scheine derzeit gute Beziehungen zu Syrien zu haben, ebenso zu Algerien, Jordanien, Tunesien (jüngst Aufnahme von Kontakten), ja selbst zu Saudi-Arabien; weniger gute zu Irak (Unvereinbarkeit der Ideologien), zu Marokko (wegen Polisario), zu PLO.

Die PLO sei untereinander sehr zersplittert. Hier gehe es aber um eine persönliche Auseinandersetzung zwischen Y. Arafat und Gaddafi. Während der Camp-David-Verhandlungen⁴ habe man Gaddafi wissen lassen, Arafat werde den Ergebnissen zustimmen. Daraufhin habe Gaddafi verärgert alle PLO-Vertreter des Landes verwiesen. Inzwischen sei der Zwist aber wohl beigelegt.

Zur Einschätzung der weiteren Entwicklung im Iran berichtete Belgassem: Zur Herstellung der Kontakte sei die Entsendung einer Delegation für eine Woche nach Libyen vereinbart worden. Die Delegation habe sich unerwarteterweise als 170köpfig erwiesen und sei gleich drei Wochen geblieben und im Lande herumgereist. Jeder habe sich auf seine besondere Bevollmächtigung berufen (Vertretung des Parlaments, Vertretung der Regierung, Vertretung Khomeinis, Vertretung der jugendlichen Kämpfer, etc.), keiner jedoch habe eigentlich gewußt, was er wolle, statt dessen viel Kritik zu üben gewußt. Die Libyer, so hätten die Iraner geäußert, seien (vornehmlich abgelesen an der libyschen Frauen zugestandenen Freiheit) offensichtlich nur zu 20 Prozent Moslem. Gaddafi, selbst strenger Moslem, sei hierüber einigermaßen unwillig gewesen. Schließlich sei das jüngste iranische Gebaren, vornehmlich die Tötungen⁵, keineswegs mit der islamischen Lehre vereinbar.

³ Zur Notstandssondertagung der VN-Generalversammlung über Palästina vom 22. bis 29. Juli 1980 in New York teilte Vortragender Legationsrat I. Klasse Boll am 31. Juli 1980 mit: „Auf Betreiben arabischer und D[ritter]W[elt]-Staaten durchgesetzte 7. ‚emergency special session‘ über Palästina verabschiedete am 29.7.1980 zwei Entschließungen: Resolution mit Zusammenfassung radikaler arabischer Forderungen; Resolution mit Berichtsauftrag für Palästina-Sonderausschuß [...]. Neu gegenüber bisherigen Resolutionen ist, daß SR Anwendung von Maßnahmen nach Kapitel VII der Charta prüfen (‚consider‘) soll, wenn Israel den Forderungen nicht nachkommt. Die von Israel verlangte Räumung aller besetzten Gebiete wurde zum ersten Mal durch ein Zieldatum (15.11.1980) verschärft. Andererseits fehlt Verurteilung von Camp David.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 105; Referat 012, Bd. 115730.

Für den Wortlaut der Resolutionen ES-7/2 bzw. ES-7/3 vom 29. Juli 1980 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Series I, Bd. XVIII, S. 479f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 601–603.

⁴ Zum Camp-David-Prozeß vgl. Dok. 13, Anm. 13.

⁵ Botschaftsrat I. Klasse Strenziok, Teheran, berichtete am 10. Juli 1980: „Die durchschnittliche tägliche Hinrichtungsquote – vornehmlich für Rauschgift- und ‚Sittlichkeits‘-Delikte, weniger nur noch für ehemalige SAVAK-Tätigkeit – zeigt nicht nur gleichbleibende, sondern leicht steigende Tendenz. [...] Weitere Hinrichtungen durch öffentliche Steinigung – die ersten vier Delinquenten in Kerman, zwei Männer und zwei Frauen, wurden bis zur Körperhülfe eingegraben und dann durch eigens

Solange Khomeini lebe, werden sich die Kräfte und die Menschen im Iran mit ihm zurechtfinden müssen. Jedenfalls sei es kaum möglich, die weitere Entwicklung einzuschätzen oder auch nur die heutigen Strukturen recht zu durchschauen.

Bundesminister bat, Präsident Gaddafi für seine Grüße zu danken. Deutschland sei an Zusammenarbeit mit Libyen und mit Gaddafi interessiert.

Belgassem deutete an, Gaddafi sei sehr an einem Besuch der Bundesrepublik interessiert und erwarte eine baldige Einladung.⁶ Hierzu wurde vereinbart, Gaddafi mitzuteilen: Bundesminister habe Frage des Besuches angeschnitten. Vor der Wahl⁷ könne eine Einladung nicht ausgesprochen werden. Bundesminister werde die Frage jedoch mit Bundeskanzler aufnehmen, und möglicherweise könne noch vor der Wahl eine inoffizielle Einladung ausgesprochen werden.

Bundesminister fügte an, er sei sehr beeindruckt gewesen von seinem Besuch Libyens und von den Gesprächen mit Präsident Gaddafi.⁸

Herr Belgassem wisse, daß er ebenso an regelmäßigen Kontakten zu ihm (B.) interessiert sei. Man könne vieles miteinander erörtern, wann immer Belgassem in Deutschland weile.

Zur Entwicklung im eigenen Lande erklärte *Belgassem*: Der Akzent liege auf der Landwirtschaft, dem Wohnungsbau; auch gebe es freie Ausbildung und medizinische Versorgung für alle. Ein Stahlwerk und Entsalzungsanlagen (Meeresswasser zur Bewässerung) werden errichtet. Gaddafi sei bestrebt, sein Land zu entwickeln und das reiche Potential den Menschen zugute kommen zu lassen, im Sinne der Schaffung einer breiten Mittelschicht und Abschaffung der Gegensätze zwischen reich und arm. Gaddafi denke nicht an Invasion anderer Länder⁹; Libyen seinerseits sei den Invasionsabsichten anderer ausgesetzt, sowohl von ägyptischer wie auch von tunesischer Seite.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1172

bestellte Vollzugspersonen unter Führung eines Geistlichen mittels faustgroßer Steine erschlagen, was pro Person etwa 15 Minuten dauerte – wurden bisher nicht mehr gemeldet.“ Dafür seien „am 8.7. zum ersten Mal sieben wegen Rauschgift-, Glücksspiel- und Sittlichkeitsvergehen angeklagte Personen im ehemaligen Teheraner ‚Rotlichtquartier‘ öffentlich und bei Tage auf der Straße“ hingerichtet worden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 654; Referat 311, Bd. 137623.

⁶ Zur Frage einer Einladung des Obersts Gaddafi vgl. Dok. 173, Anm. 11, und Dok. 227.

⁷ Am 5. Oktober 1980 fanden Wahlen zum Bundestag statt.

⁸ Bundesminister Genscher hielt sich vom 18. bis 20. Juni 1979 in Libyen auf. Für sein Gespräch mit Oberst Gaddafi am 19. Juni 1979 in Tripolis vgl. AAPD 1979, II, Dok. 180.

⁹ Zu dem von Libyen unterstützten Putschversuch im Januar 1980 im tunesischen Gafsa vgl. Dok. 70, Anm. 29.

Botschafter Held, Tripolis, berichtete am 21. Juli 1980: „Das Endziel der libyschen Afrikapolitik im nördlichen Afrika ist die Errichtung eines islamischen, gemäß der Gaddafischen Dritten Universaltheorie aufgebauten Großsaharastaates unter der Ägide des ‚Führers der Großen Ersten Septemberrevolution‘ Gaddafi. Ihr Nahziel ist auf die Ablösung der Regierungen dieser Region gerichtet, da sie auf die Eigenständigkeit und Unabhängigkeit ihrer Länder bedacht sind. Dementsprechend hat Libyen für seine Politik unter ihnen nicht einen einzigen Verbündeten. Vielmehr sind seine Beziehungen zu allen Staaten des nordafrikanischen Raums mehr oder weniger gespannt.“ In Stichworten skizzierte Held Libyens Beziehungen zu Ägypten: „1972 Vereinigungsvertrag. Nach dessen Ausöhnung mit Israel am Rande eines Krieges (Juli 1977). Gaddafi: ‚Ägypten ist gleich Israel, ist gleich USA.‘ Keine diplomatischen Beziehungen.“ Über die libysch-tunesischen Beziehungen führte Held aus: „Vereinigungsvertrag von Djerba 1974. Nach Distanzierung tunesischer Regierung (Nouira) von Vereinigung subversive libysche Aktivitäten zur Veränderung dortiger innenpolitischer Verhältnisse. Inszenierung des Gafsa-Überfalls, u. a. durch in Libyen militärisch ausgebildete tunesische Opponenten. Nach seinem Scheitern und Regierungsantritt Mzalis (wohl nur vorübergehende) Entspannung der Beziehungen.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 395; Referat 311, Bd. 137639.

Bundesminister betonte, es sei gewiß wichtig, das Land noch während der „Ölperiode“ zu entwickeln.

Auf die Frage nach möglicher deutscher Hilfe erwiderte *Belgasse*m: Er selbst gelte als Freund der Deutschen, was er auch offen zugebe. So habe denn Gaddafi ihn – wenngleich dies nicht in seinem eigentlichen Aufgabenbereich liegen könne – zu „seinen Freunden“ entsandt, diese zu bitten, ihre freundschaftlichen Gefühle unter Beweis zu stellen: Soweit und sobald geheimdienstliche Erkenntnisse auf eine geplante Invasion Libyens deuteten, möge man dies Libyen wissen lassen. Er (*Belgasse*m) habe mit Herrn Kinkel ein erstes, aber nur allgemeines Gespräch geführt. Für eine Vertiefung dieser Kontakte sei er sehr dankbar.

Bundesminister erwiderte, er werde dies gern aufgreifen, und unterstrich abschließend erneut, an weiteren Gesprächen mit *Belgasse*m¹⁰ interessiert zu sein.

Das Gespräch endete gegen 13.40 Uhr.

VS-Bd. 14085 (010)

223

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrat I. Klasse Franke, Bundeskanzleramt

VS-NfD

31. Juli 1980¹

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit König Hussein von Jordanien im Gästehaus des Hamburger Senats am 30. Juli 1980²

I. Sie³ berichteten über die Ergebnisse Ihres in Gegenwart der Königin⁴ und Ihrer Frau⁵ geführten Gesprächs mit König Hussein beim Mittagessen (13.00–15.00 Uhr) wie folgt:

¹⁰ Bundesminister Genscher führte am 5. November 1980 ein weiteres Gespräch mit dem Leiter des libyschen Auslandsgeheimdienstes, *Belgasse*m. Themen waren die Beziehungen Libyens zu Saudi-Arabien, zu Irak, Iran und Syrien, ferner der Irak-Iran-Krieg sowie das seit August 1978 verschollene Oberhaupt des Obersten Islamisch-Schiitischen Rates im Libanon, Musa Sadr. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14085 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

¹ Ablichtung.

Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Franke, Bundeskanzleramt, am 1. August 1980 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau „zur Kenntnis des Herrn Bundesministers“ übermittelt.

Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 4. August 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Braunmühl am 11. August 1980 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse von Ploetz „z[ur] K[ennntnisnahme]“ verfügte.

Hat Ploetz am 12. August 1980 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 010, Bd. 178801.

² König Hussein hielt sich am 29./30. Juli 1980 in der Bundesrepublik auf.

³ Helmut Schmidt.

⁴ Noor al-Hussein.

⁵ Hannelore („Loki“) Schmidt.

Der König sei so freimütig und offen gewesen wie bei keiner früheren Gelegenheit. Sie hätten die Konferenz von Rabat⁶ (Anmerkung: die Jordanien das „Vertretungsrecht“ für die Westbank nahm und die PLO als alleinige Vertreterin des palästinensischen Volkes anerkannte) als schweren Fehler bezeichnet. Der König habe dem zugestimmt: Er habe dagegen gekämpft, aber andere, einschließlich Sadat, seien dafür gewesen. Der König habe auch dieses Mal daran festgehalten, daß die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts auch zu einer Föderation der Westbank und Gazas mit Jordanien führen könne. Er habe erklärt, mit Arafat und der PLO in häufigem Kontakt zu stehen.⁷ Arafat habe mit ihm eine Absprache für die Zeit nach der Ausübung des Selbstbestimmungsrechts treffen wollen. Dem habe er sich mit der Begründung entzogen, daß dem Ergebnis dieser Ausübung nicht vorgegriffen werden dürfe. Arafats Stellung, so König Hussein, werde schwächer. Die PFLP sei seit Bagdad⁸ in den Südjemen umgezogen.

Der König habe seine Zusammenarbeit mit Saddam vom Irak, der zwar etwas rau auftrete, aber klug und zuverlässig sei, als sehr positiv bezeichnet. Ihre Frage, ob er, Hussein, etwas dagegen haben würde, wenn Sie einen Besuch in Jordanien mit einem Irak-Besuch kombinierten, habe der König verneint. Die Gesamtpolitik des Irak sei seit der Bagdad-Konferenz sehr positiv, zumal angesichts der Gefahr, daß Assad, der früher sehr zuverlässig gewesen sei, wegen wachsender innerer Schwierigkeiten⁹ in das Lager der Sowjetunion abgleite. Auf Frage, was Syrien zum Eingreifen im Libanon¹⁰ bewogen habe, habe Hussein entgegnet, daß dies für ihn schwierig zu beantworten sei, da er daran mitgewirkt habe. Eigentliches Motiv sei gewesen, dem sich steigernden Blutvergie-

⁶ Die Konferenz der Könige und Präsidenten der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga fand vom 26. bis 29. Oktober 1974 statt. Für den Wortlaut ihrer Beschlüsse vgl. EUROPA-ARCHIV 1975, D 614–616.

⁷ Botschafter Munz, Amman, berichtete am 28. Juni 1980, der Vorsitzende des Exekutivkomitees der PLO, Arafat, habe am 23./24. Juni 1980 die am 2. Juni 1980 bei Bombenanschlägen verletzten Bürgermeister von Ramallah und Nablus, Khalaf und Shaka, im Krankenhaus in Amman besucht: „Wie bereits Anfang d[ies]es Monats wohnte er wieder im Gästehaus der Regierung und wurde in Abwesenheit des Königs von Kronprinz Hassan empfangen. [...] Die wiederholten Besuche Arafats bei den verletzten Westbank-Bürgermeistern in Amman und deren Bekenntnis zur PLO werfen hier erneut die Frage auf, ob die Strategie der PLO nach der Konferenz von Tripolis und den kürzlichen Beschlüssen von al-Fatah weiterhin mit der Politik der jordanischen Regierung vereinbar ist. Bekanntlich hat die PLO in letzter Zeit wiederholt die Wiederaufnahme von Operationen von jordanischem Boden aus in das besetzte Westbank-Gebiet hinein gefordert. Für Jordanien ist diese Forderung nach wie vor unakzeptabel.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 290; Referat 310, Bd. 125011.

⁸ Vom 2. bis 5. November 1978 fand in Bagdad eine Konferenz der Könige und Präsidenten arabischer Staaten statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 66–68.

⁹ Zur Entwicklung in Syrien vgl. Dok. 99.

¹⁰ Zur Lage in Libanon vgl. Dok. 219, Anm. 13.

Referat 310 notierte am 21. Juli 1980: „Der syrische Einfluß auf das Geschehen in Libanon hat durch die Schwierigkeiten des Assad-Regimes im eigenen Lande abgenommen. Die seit Februar 1980 zu beobachtende Tendenz, sich aus den innerlibanesischen Streitigkeiten herauszuhalten und die Verantwortung für die innere Sicherheit im Libanon der schwachen Autorität der libanesischen Regierung zu überlassen, hat sich verfestigt. In die blutige Abrechnung innerhalb der Maroniten hat Assad nicht eingegriffen, sondern die Milizen der Nationalliberalen ihrem Schicksal überlassen. Ein Ende des syrischen Engagements im Libanon ist angesichts der fortlaufenden Verschlechterung der inneren Lage nicht abzusehen. Um ein Auseinanderbrechen des Libanon und die Bildung starker anti-syrischer Kräfte zu vermeiden, muß Syrien seine Truppen im Libanon stehen lassen. Hierdurch gewinnen die arabischen Staaten, welche den Unterhalt dieser Truppen im Libanon finanzieren (Saudi-Arabien, Kuwait), einen gewissen Einfluß auf Damaskus, den Assad auch mit Blick auf eine Annäherung an Moskau berücksichtigen muß.“ Vgl. Referat 310, Bd. 125011.

ßen dort ein Ende zu bereiten. Heute sei zu befürchten, daß der Libanon auseinanderfalle.

Der König habe Ihnen zugestimmt, daß ohne eine Mitwirkung der Sowjetunion eine dauerhafte Nahost-Lösung nicht zu erzielen sei.

Immer wieder sei der König darauf zurückgekommen, daß die Europäer die große und einzige Hoffnung für die Konfliktlösung seien. Er habe mehrfach die Nahosterklärung des Europäischen Rates¹¹ (Venedig I¹²) positiv gewürdigt. Die Königin habe – von Ihnen eigentlich als etwas ungehörig empfunden – Einwürfe zu einer sehr negativen Bewertung Carters in Amman gemacht, die der König nicht korrigiert habe.

Ihrer Äußerung Ihres großen Respekts für Präsident Sadats moralische Qualitäten und seinen Mut habe der König nur eingeschränkt zugestimmt: Sadat versuche immer, den Eindruck zu erwecken, als habe er, Hussein, Camp David I¹³ zugestimmt. Das sei mildestenfalls ein Mißverständnis, wenn nicht mehr. Die Königin habe – wiederum durch den König nicht korrigiert – Sadat völlig abqualifiziert. Sie hätten Ihre Einschätzung geäußert, daß Sadat erreicht habe, was er gewollt habe. Spätestens, wenn er den ganzen Sinai zurückhabe, werde mit Camp David Schluß sein, wenn nicht eher. Der König habe bemerkt, daß Ägypten noch immer der wichtigste Staat sei. Sie hätten darauf hingewiesen, daß Ägypten mehr ägyptisch als arabisch sei. Sie gingen davon aus, daß nach der Erledigung von Camp David eine Annäherung zwischen Ägypten und den Arabern stattfinden werde. Der König habe Camp David scharf kritisiert (keine Rede von Jerusalem, keine Lösung für Westbank und Gaza). Der König habe betont, daß der Durchbruch zur Anerkennung der PLO unter gleichzeitiger Anerkennung des Existenzrechts Israels kommen müsse.

Über Präsident Chadli von Algerien habe sich Hussein mit Respekt und Anerkennung geäußert: Chadli habe sich noch nicht ganz in seine Rolle gefunden¹⁴, wachse aber rasch in sie hinein. Des Königs Urteil über Libyen sei eindeutig negativ gewesen. Es neige Moskau zu wie Assad.

Auf die immer wieder in die Europäer gesetzten Hoffnungen des Königs hätten Sie die Schwierigkeiten erläutert, innerhalb der Gemeinschaft zu einer gemeinsamen Politik zu gelangen. Europa könne auf die Dauer nicht an die Stelle der USA treten, weder im Nahen Osten noch sonstwo. Der König habe die Hoffnung geäußert, daß die Europäer die USA auf den Pfad einer kontinuierlichen Politik führen würden. Diskontinuität und Unberechenbarkeit seien der schlimmste Aspekt der amerikanischen Politik. Zu seinem USA-Besuch (Juni 1980¹⁵) habe der König bemerkt, daß er letzten Endes nicht glaube, mit all seinen arabischen Argumenten auf Präsident Carter Eindruck gemacht zu haben. Da, wo er dies geglaubt habe, habe Carter sich – unter dem Einfluß des State Department (Linowitz) – anderntags selbst korrigiert, nämlich in dem ihm von Carter gemachten Zugeständnis, daß es außer der PLO niemanden gebe, mit dem man

¹¹ Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats vom 12./13. Juni 1980 in Venedig über den Nahen Osten vgl. BULLETIN DER EG 6/1980, S. 10 f. Vgl. dazu auch Dok. 177.

¹² Zur Tagung des Europäischen Rats am 12./13. Juni 1980 vgl. Dok. 177 und Dok. 178.

¹³ Zum Camp-David-Prozeß vgl. Dok. 13, Anm. 13.

¹⁴ Chadli Bendjedid war seit 9. Februar 1980 Präsident.

¹⁵ König Hussein hielt sich vom 16. bis 18. Juni 1980 in den USA auf.

zu verbindlichen Resultaten über die Westbank und Gaza gelangen könnte. Der König habe sich irritiert gezeigt, daß „diese paar Millionen jüdischer Wähler“ so stark die amerikanische Politik beeinflussten. Des Königs Urteil über Vance sei sehr positiv, das über Brzezinski sehr negativ gewesen.

Seine Kontakte mit der Westbank habe der König als häufig bezeichnet. Er sehe die Bürgermeister sehr oft.

Zu Afghanistan habe der König gesagt, daß die SU dort bleiben werde, weil niemand sie zum Abzug zwingen könne. Er habe die sowjetische Invasion zwar klar verurteilt, jedoch bemerkt, daß, solange das Palästinenserproblem nicht gelöst, die Westbank von Israel nicht geräumt sei, die meisten Araber nicht bereit seien, die Sowjetunion als ihren Feind Nr. 1 anzusehen.

Vom Gipfel der Arabischen Liga in Amman im November¹⁶ verspreche sich der König wohl vor allem eine innenpolitische Stärkung seiner Stellung. Den Erfolg der Abwehr radikaler Tendenzen auf dem Außenministertreffen der Arabischen Liga in Amman Anfang Juli¹⁷ buche der König für sich.

Hussein habe sich über die wachsende Macht der Sowjetunion – in bezug auf Raketen, Seestreitkräfte und in geostrategischer Hinsicht – sehr besorgt geäußert, über Saudi-Arabien weder freundlich noch unfreundlich. König Hassan von Marokko stehe Hussein zufolge wieder besser da. Sie hätten ihm Ihre Einschätzung der sowjetischen Rolle gegeben und über Ihren Moskau-Besuch¹⁸ berichtet.

Auf Ihre Frage, ob und welche Änderungen der König sich von einem Regierungswechsel in Israel verspreche: Einzige Hoffnung sei Dayan gewesen, der jedoch seit 1973 an Gewicht verloren habe. Rabin und Peres seien etwas besser als Begin, er sei aber skeptisch, ob sie eine wesentlich andere Politik machen würden. Weizman sei dem König kein näherer Begriff gewesen. Über Sadats Vorschlag zu Jerusalem (ungeteilte Stadt unter einem Bürgermeister, der Jude oder Araber sein könne; zwei getrennte Stadtverwaltungen: eine israelische für den westlichen und eine arabische für den östlichen Teil, beide unter einem gemeinsamen Stadtrat)¹⁹ sei nicht gesprochen worden.

Die bilateralen Beziehungen habe der König als sehr gut und problemlos bezeichnet.

II. Das sich um 15.00 Uhr anschließende etwa eineinhalbstündige Gespräch im größeren Kreise, an dem außerdem teilnahmen:

Jordanier: Botschafter al-Nimer; Chef des Königlichen Hofes, Lawzi; Staatsminister im Ministerpräsidentenamt, Hassan Ibrahim;

¹⁶ Die Konferenz der Könige und Präsidenten der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga fand vom 25. bis 27. November 1980 in Amman statt.

¹⁷ In Amman fand vom 6. bis 9. Juli 1980 eine Konferenz der Außen-, Wirtschafts- und Finanzminister der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga statt.

¹⁸ Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher hielten sich am 30. Juni und 1. Juli 1980 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 192–195.

¹⁹ Vortragender Legationsrat I. Klasse Fiedler vermerkte am 1. August 1980, Präsident Sadat habe am 18. Juli 1980 zum Status von Jerusalem vorgeschlagen: „Die vereinigte Stadt soll einen Bürgermeister (nach Wahl der Bewohner: Israeli oder Araber) haben, eine unabhängige Stadtverwaltung für Ostjerusalem und arabische Flaggen über diesem Amt und den heiligen Stätten der Moslems.“ Vgl. Referat 311, Bd. 125005.

Deutsche: Botschafter Dr. Munz; MDg Montfort; VLR I Franke;
hatte folgenden Inhalt:

Nach Dank für König Husseins Abstecher nach Hamburg gaben Sie einen Überblick über die beim Mittagessen behandelten Themen: ein Tour d'horizon über weltpolitische Fragen, die VN, die SU, die amerikanische Nah- und Mittelostpolitik, die historischen Beziehungen der Araber untereinander und im Zusammenhang hiermit Ihre Schilderung der Schwierigkeiten der Europäer, sich nach ein- bis zweitausend Jahren streitiger Geschichte zu einigen. Der König äußerte Freude über seinen Besuch und die Gelegenheit, das Gespräch mit Ihnen fortzusetzen. Seit seinem letzten Besuch²⁰ habe er jede Gelegenheit benutzt, seinen Freunden über die Bundesrepublik Deutschland und die von ihr bewiesene Freundschaft für Jordanien zu berichten. Wir müßten zusammenarbeiten, um unsere Ziele, die gemeinsame seien, zu erreichen. Er hoffe auf Fortsetzung der Zusammenarbeit in der Zukunft (Sie stimmten zu). Auf dem kommenden Gipfel der Arabischen Liga werde Jordanien für Kontinuität und Fortschritt eintreten. Das werde Einfluß auf den Rest der Welt haben. Er mache sich Sorgen um die Stabilität. Instabilität sei eine Gefahrenquelle wie auch Hunger und Unterentwicklung. Unterentwicklung gebe es auch in Jordanien. Er würde gern Ihre Auffassung hören, wie Sicherungen gegen die Instabilität getroffen werden könnten, wie die wirtschaftliche Entwicklung in Europa und der Welt verlaufen werde.

Sie stellten zunächst eine Frage zum Iran. Werde er wieder zu einem funktionierenden Staat, gebe es dort eine Gruppe, mit der man zu einer „working relationship“ kommen könne? Hierzu der König: Er habe das Gefühl, daß der Iran zu verwundbar sei, um bald wieder als Staat zu funktionieren. Es gebe zu viel innere Konfrontation und äußeren Druck. Das Land sei zerrissen (Araber, Kurden, Belutschen). Die Turbulenzen im benachbarten Afghanistan strahlten auf den Iran aus. Die nach den klerikalischen Kräften (deren Aktionen allem fremd seien, was „wir“ glaubten) am besten organisierte Gruppe seien die Linken mit der Sowjetunion als Rückhalt und im Hintergrund. Er hoffe auf einen mittleren Weg, sehe aber derzeit keine Gruppe, mit der man im Sinne Ihrer Frage zusammenarbeiten könne. Auf Ihre Bemerkung, ob nicht der Iran auf den Konferenzen Islamabad I²¹ und II²² eine kontinuierliche und positive Haltung gezeigt habe, antwortete Hassan Ibrahim verneinend: Die iranischen Repräsentanten hätten ständig gewechselt. Selbst der iranische Außenminister²³ sei in schwacher Position gewesen. Auf Ihre weitere Frage nach dem Gewicht und der Rolle des von Islamabad II eingesetzten Dreierausschusses äußerte sich Hassan Ibrahim skeptisch. Der könne nicht viel tun. Seine Einsetzung sei mehr ein Kompromiß gewesen und dem Wunsch entsprungen, überhaupt ein Konferenzresultat vorweisen zu können. Sie erwiderten, daß wir höhere Erwartungen an

²⁰ König Hussein hielt sich vom 5. bis 11. November 1978 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt am 7. November 1978 vgl. AAPD 1978, II, Dok. 343.

²¹ Zur Konferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz vom 27. bis 29. Januar 1980 in Islamabad vgl. Dok. 29, Anm. 19.

²² Zur Konferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz vom 17. bis 22. Mai 1980 in Islamabad und zur Bildung eines Dreierausschusses für Afghanistan vgl. Dok. 148, Anm. 7.

²³ Sadeqh Ghotbzadeh.

diesen Ausschuß geknüpft hätten, aber Jordanien sei diesen Vorgängen näher und könne sie sicher realistischer beurteilen. Der König bemerkte, daß Pakistan sehr besorgt sei. Auf Ihre Frage, wie weit Pakistan gehen und wieviel Unterstützung es finden werde, gab der König die Meinung des pakistanischen AM Agha Shahi wieder, daß die USA keine klare Position bezogen hätten und ihre Rolle – auch im Golf – nur sehr beschränkt ausfüllten. Der König bemerkte, daß Afghanistan sich der sowjetischen Truppen nicht werde entledigen können. Ihre Frage, ob der König Präsident Zia ul-Haq, der Sie sehr beeindruckt habe²⁴, getroffen habe, bejahte der König. Zia sei führender Militärberater in Jordanien gewesen.²⁵ Er sei vielleicht etwas zu sehr von seinem militärischen Hintergrund geprägt, aber ein sehr fähiger Mann. Auf Ihren Einwurf, daß er Bhutto hätte begnadigen sollen²⁶, meinte der König, daß Zia sehr klare Vorstellungen über die Situation gehabt habe und kein Risiko eingehen wollte. Nach einer Bemerkung des Königs über zu geringe amerikanische Unterstützung für Pakistan (Sie bemerkten: vor allem wirtschaftlich, wobei Wirtschaftshilfe auch noch zu ungünstigen Bedingungen) fragten Sie, wer in der arabischen und islamischen Welt die afghanischen Freiheitskämpfer und wie lange unterstützen würde? Als der König seine Antwort mit den Worten „wenn das Palästinenserproblem gelöst wird“ begann, warfen Sie ein, daß das aber ein großes „wenn“ sei, worauf der König fortfuhr, wenn nicht, werde es in dieser Frage ein Auf und Ab geben, vielleicht würden die Saudis, vielleicht der Irak und einige, aber nicht alle ölproduzierenden Länder etwas tun, vielleicht auch innerhalb gewisser Grenzen China. Sie bemerkten, daß die Pakistanis dazu wohl die Augen schließen müßten. Der König erwähnte, daß die jordanische Luftfahrtgesellschaft²⁷ von China auf Waffentransporte von China nach Pakistan angesprochen worden sei. Sie fragten, ob die sowjetischen Kampfbomber auf den afghanistischen Flughäfen eine zusätzliche Bedrohung darstellten oder nur die Rolle einer Unterstützung der sowjetischen Streitkräfte in Afghanistan spielten. Antwort des Königs: Die Bedrohung gehe wesentlich von den schon vorhandenen sowjetischen Positionen aus. Dann bemerkte der König, die Sowjetunion habe von den Ereignissen im Iran, die auch auf die arabische Welt ausstrahlten, einen Einfluß auf ihre islamischen Gebiete (Turkestan) zu befürchten. Er meinte, die Sowjetunion werde in Afghanistan bleiben und auch künftig Gelegenheiten ausnutzen. Sie äußerten Ihre Auffassung, daß Afghanistan ein Mißgriff der SU sei, die das Risiko unterschätzt habe, und wiesen hin auf die Schwierigkeiten der SU und ihre wachsenden Verluste (mehrere 100 Tote im Monat), die sich auf unauffällige, aber wirksame Weise auch in der sowjetischen Bevölkerung herumsprächen. Durch ihre über das Radio verbreitete Entscheidung, 15000 Mann abzuziehen²⁸, habe die SU in Afghanistan Erwartungen geschaffen: Bei den Freiheitskämpfern, daß sie schließlich doch noch die Oberhand gewinnen wür-

²⁴ Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Zia ul-Haq in Belgrad am 9. Mai 1980 am Rande der Trauerfeier für Staatspräsident Tito vgl. Dok. 140, Anm. 26.

²⁵ Zia ul-Haq war 1969 bis 1971 Berater der jordanischen Streitkräfte.

²⁶ Ministerpräsident Bhutto wurde am 5. Juli 1977 vom pakistanischen Militär gestürzt und in Haft genommen. Nach Bestätigung des Todesurteils am 6. Februar erfolgte am 4. April 1979 Bhuttos Hinrichtung.

²⁷ Alia (Royal Jordanian Airline).

²⁸ Zur Ankündigung eines Teilabzugs der sowjetischen Streitkräfte aus Afghanistan vgl. Dok. 185, Anm. 3.

den, bei den afghanischen Quislings die Angst, daß die Sowjetunion letztlich doch nicht in Afghanistan bleiben werde. Daher werde die Sowjetunion nach Ihrer Einschätzung einige Wochen nach den Olympischen Spielen vor drei Optionen bezüglich ihres Afghanistan-Engagements stehen: weitere Truppenverminderung (unwahrscheinlich), Verstärkung ihrer Truppen um den Faktor 3 bis 5 oder Konzentration auf große Städte und strategische Punkte unter Beibehaltung ihrer gegenwärtigen Truppenstärke. Die zweite Option sei die wahrscheinlichste. Der König meinte, daß die Sowjetunion, die keine öffentliche Meinung zu fürchten habe (und daß daher auch jeder Vergleich mit der Situation der Amerikaner in Vietnam unangebracht sei), keine Hindernisse scheuen würde, um Afghanistan zu halten. Daher müßten die Araber und Muslims ihren moralischen Druck fortsetzen, dessen Erfolg aber zweifelhaft sei.

Auf Ihre Frage nach den Konsequenzen der Resolution vom 29.7. der Palästina-Sondergeneralversammlung der VN²⁹ antwortete der König: keine sofortigen, aber die Resolution zeige die wachsende Unterstützung für die Prinzipien einer gerechten Lösung, insbesondere Räumung gewaltsam besetzten Gebiets. Der König meinte, die Resolution nehme indirekt auf die Resolution 242³⁰ Bezug. In Amman (beim Außenministertreffen der Arabischen Liga Anfang Juli) habe es Versuche gegeben, Resolution 242 zurückzuweisen und die VN dazu zu bringen, die Westbank der PLO zu übergeben. Das sei aber nicht der richtige Ansatz, es müsse vielmehr zur Ausübung des Selbstbestimmungsrechts kommen. Auf Ihre Frage, ob es Zufall sei, daß das Datum des Gipfels der Arabischen Liga mit dem in der SGV-Resolution genannten Datum für den israelischen Rückzug (15. November) zusammenfalle, und ob es beim Gipfel mehr um einen Meinungsaustausch oder um operative Entscheidungen gehen werde, erwiderte der König, es handele sich um ein reguläres Treffen, auf dem wirtschaftliche Aspekte eine Hauptrolle spielen würden. Eine Verbindung mit dem Rückzugsdatum der Resolution bestehe nicht. Von extremer Seite allerdings zu erwartenden Versuchen, den Gipfel in eine unerwünschte Richtung zu steuern, werde man entgegentreten, wobei das europäische Interesse an einer gerechten Lösung die Hoffnung auf Stärkung der Position der Gemäßigten gebe. Hassan Ibrahim verwies hier auf einen eher gegebenen Zusammenhang des Gipfels mit der regulären (35.) Generalversammlung der Vereinten Nationen³¹.

Sie stellten unter Bezugnahme auf die mehrfache positive Würdigung der Erklärung des Europäischen Rates (Venedig I) zu Nahost vom 13. Juni 1980 die Frage nach dem von Arabern von den Europäern erwarteten follow-up. Hierzu der König: Einmal Unterstützung der Prinzipien einer Lösung (israelischer Abzug, Jerusalem), zum anderen, wenn es eine Frage von Garantien sei: Habe Israel erst einmal die besetzten Gebiete geräumt, lasse sich alles lösen. Auch gegen einen amerikanisch-israelischen Pakt sei dann nichts einzuwenden. Die Europäer könnten vor allem dabei helfen, daß die USA die Prinzipien einer gerechten Lösung anerkannten. Hassan Ibrahim setzte hinzu, daß die Europäer

²⁹ Zu den Resolutionen ES-7/2 bzw. ES-7/3 vom 29. Juli 1980 der Notstandssondertagung der VN-Generalversammlung über Palästina vom 22. bis 29. Juli 1980 in New York vgl. Dok. 222, Anm. 3.

³⁰ Für den Wortlaut der Resolution Nr. 242 des VN-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 vgl. Dok. 62, Anm. 45.

³¹ Die VN-Generalversammlung fand vom 16. September bis 17. Dezember 1980 sowie am 15./16. Januar 1981 in New York statt.

positive Initiativen auf der kommenden Generalversammlung der VN oder nach den amerikanischen Wahlen³² ergreifen sollten, damit kein Vakuum entstehe. Sie könnten die Resolution (der Sondergeneralversammlung vom 29.7.?) ergänzen. Das werde auch die gemäßigten Araber auf dem Gipfel der Arabischen Liga stärken. Sie skizzierten die beiden Linien, an die die Europäer dächten: erstens das follow-up zu Venedig I durch die Mission AM Thorns³³ und anschließende Beratung ihres Ergebnisses. Zweitens, und hierfür müßten wir Deutsche noch innerhalb der Gemeinschaft vollen Konsens herstellen, eine neue Initiative im Rahmen des EAD³⁴. Sie bejahten hierzu die Frage des Königs, ob Sie an ein Außenministertreffen dächten. Dies könne aber jetzt noch nicht öffentlich gesagt werden.

Sie machten sodann Ausführungen darüber, daß der von einigen Seiten erhobene Vorwurf, die Europäer dächten beim Europäisch-Arabischen Dialog vor allem an Öl, so nicht zutreffe. Öl sei zugegebenermaßen ein sehr wichtiger Punkt, er spiele aber nicht die zentrale Rolle. Sie nahmen das Stichwort Öl zum Anlaß, um mit Nachdruck Ihre großen Sorgen über die der Weltentwicklung vornehmlich aus zwei Ursachen drohenden Gefahren zu schildern. Sie sagten, Sie redeten jetzt nicht als Deutscher, nicht als Bundeskanzler, sondern als internationaler Economist: Die zwei Gründe, die dafür verantwortlich seien, daß die wirtschaftliche Lage jetzt schlechter sei als Ende der 60er, schlechter als Anfang der 70er Jahre und im Laufe der 80er Jahre noch schlechter sein werde (namentlich für die Dritte Welt), seien:

Erstens die Bevölkerungsexplosion (1925 bei Ihrem Schuleintritt zwei Milliarden; heute über vier Milliarden; wenn das Wachstum so weitergehe, im Jahre 2030 zehn Milliarden), die die am wenigsten entwickelten Länder und insgesamt Asien, Afrika und Lateinamerika bedrohe, und die Unmöglichkeit, diese Menschenmassen zu ernähren. Unmöglich deshalb, weil – und dies sei der zweite Grund – diese Länder die für ihre Entwicklung und vor allem Landwirtschaft (Düngemittel, Traktoren) unerläßliche Energie nicht bezahlen könnten. Wir Europäer würden als letzte zur Begleichung unserer Ölrechnung außerstande sein. Aber die Länder der Dritten Welt ohne eigenes Öl könnten dies nicht. Die Türkei müsse jetzt schon ihre Exporterlöse zu 100% für die Ölrechnung aufwenden. Der Ölpreis sei gegenüber 1973 fünfzehnmal höher. Diese Folgen seien den Ölproduzenten nicht klar, die hier eine ungeheure Verantwortung auf sich lüden. Die Ölpreispolitik werde Millionen verhungernder Kinder schaffen. Das müsse von den Führern der Ölländer erkannt werden. Sie müßten entweder einen gespaltenen Ölpreis für unterentwickelte Länder schaffen oder bedeutende Anteile ihrer Ölgewinne in die unterentwickeltsten Länder leiten, aber nicht als Kredite, deren Zinsen diese Länder gar nicht bezahlen könnten, sondern als Zuschüsse (grants). Sie sähen (sonst) noch in diesem Jahrhundert die große Spaltung in „haves“ und „have-nots“.

³² Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

³³ Der luxemburgische Außenminister Thorn besuchte als amtierender EG-Ratspräsident am 29./30. Juli 1980 Tunesien, am 31. Juli und 1. August Israel, am 4./5. August Libanon, am 6./7. August Syrien, vom 7. bis 10. August Jordanien, am 19. August 1980 Kuwait, am 20. August Irak, am 23. August 1980 Saudi-Arabien sowie am 30./31. August 1980 Ägypten. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 7-8/1980, S. 94. Vgl. dazu ferner Dok. 229, Anm. 22, und Dok. 247, Anm. 20.

³⁴ Zum Stand des Europäisch-Arabischen Dialogs vgl. Dok. 204, Anm. 31.

Sie gaben sodann eine pessimistische Einschätzung der weltweiten wirtschaftlichen Aussichten. Die neuere Meinung, daß es synchrone Wirtschaftskrisen zwischen den Kontinenten nicht mehr geben könne, d.h. daß Phasen des Booms und der Rezession nicht zugleich auf den verschiedenen Kontinenten aufträten, sei wohl doch irrig. In diesem Sommer und im Herbst bestehe die Gefahr, daß sich die wirtschaftliche Entwicklung in den USA und in Europa gegenseitig negativ beeinflusse. Die USA könnten sehr wohl eine zweistellige Inflationsrate und Arbeitslosigkeit zugleich haben, und dann seien entsprechende Situationen in Europa nicht auszuschließen. Sie würden hiervon auch Japan nicht ausnehmen. Vielleicht gelinge es, die Inflation auf 12%, vielleicht auf unter 10% zu drücken, aber das Resultat solcher harten monetären Politik werde die Arbeitslosigkeit steigen lassen und damit die Versuchung auslösen, gegen bessere Einsicht in den Protektionismus zurückzufallen. Das gelte auch für die kommunistische Welt, für Polen, Rumänien, auch Jugoslawien. Damit werde es zu größerer Abhängigkeit der Satelliten von der Sowjetunion kommen, deren Macht aus rein wirtschaftlichen Gründen enorm wachsen werde. Wenn Energie noch knapper und teurer werde, werde das die Sowjetunion selbst zu spüren bekommen und sich bei Ölexporten in den Warschauer Pakt zurückhalten. Energie sei die Schwierigkeit Nr. 1 und folgenschwere als schlechte monetäre Politik. Was die OPEC brauche, sei ein „economic brain trust“. So wie Israel es fertiggebracht habe, die ganze Welt und auch Wohlmeinende gegen sich aufzubringen, drohe es auch der OPEC mit ihrer Preispolitik zu ergehen. Wir hofften hier auf den Einfluß von Ländern wie Jordanien. Auf Frage des Königs, wie es also weitergehen solle, sagten Sie: Sie dächten, daß wir, die USA und Kanada die Kraft haben würden, das notwendige militärische Gleichgewicht zu erhalten. Darauf komme es an. Jeder Versuch einer Seite, das Übergewicht zu erlangen, würde größte Gefahren mit sich bringen. Die SU könne einen Rüstungswettlauf mit den USA nicht gewinnen, aber sie könnte – etwa bei Versuchen eines neuen Präsidenten der USA, das Übergewicht zu erlangen – sich versucht fühlen, irgendwo auf der Welt, z.B. im Mittleren Osten, präventive Lösungen zu suchen. Die Gefahr sei, daß die Notwendigkeit des Gleichgewichts nicht gesehen werde.

Wirtschaftlich werde die Sowjetunion bis zum Ende des Jahrhunderts gegenüber dem Westen zurückbleiben, aber auch dann werde der Westen seinen Vorsprung halten. Das sei aber kein Trost, da dies Neid erwecke.

Zur Lage in Nah- und Mittelost, der das Gespräch sich dann wieder zuwandte, bemerkten Sie, daß dort alles von der palästinensischen Frage hänge. Ihre Lösung müsse in den großen Zügen gerecht sein. Daß sie in naher Zukunft gelöst werde, sei indessen wenig wahrscheinlich. Ohne Lösung dieser Frage gebe es keinen Frieden. Die SU werde jede Gelegenheit nutzen – mal in Libyen, mal in Syrien, mal am Horn von Afrika –, um diese Lage auszunutzen. Ohne die Palästinenser sei eine Lösung nicht vorstellbar, dazu seien sie in den verschiedenen arabischen Ländern zu stark. Durch ein Gespräch einiger Herren in Camp David könnten sie nicht wirksam übergangen werden. Der König warf ein, daß eine Lösung möglich gewesen wäre, wenn die USA vollkommen fair und gerecht gehandelt hätten. Sie betonten, daß, ohne daß Sie einer Rückkehr nach Genf³⁵

³⁵ Die Friedenskonferenz für den Nahen Osten, an der unter dem gemeinsamen Vorsitz der USA und der UdSSR Ägypten, Israel und Jordanien sowie VN-Generalsekretär Waldheim teilnahmen, wur-

das Wort redeten, beide Weltmächte in irgendeiner Form wieder ins Spiel gebracht werden müßten. Das sei für die russische Führung eine Frage der Gesichtswahrung (Breschnew gegenüber Suslow). Selbst wenn die Vereinigten Staaten in Camp David völlig gerecht gewesen wären, so hätten sie immer noch das Störpotential übersehen, das die Sowjetunion in Nahost entfalten könne. Der König wies darauf hin, daß die Sowjetunion, die 1948 zu den stärksten Stützen Israels gezählt habe³⁶, durch die Palästinenser in den Nahen Osten gekommen sei. Sie wiesen darauf hin, daß der amerikanischen Regierung angesichts sechs Millionen jüdischer Wähler Objektivität in der Tat schwerfalle. Dabei habe Präsident Carter wohl schon 80 % der jüdischen Wähler verloren und mehr getan, als die Araber von ihm hätten erwarten können. Der König meinte demgegenüber, die USA hätten als Weltmacht eine zu große Verantwortung, als daß dieses Argument viel Gewicht besäße.

Sie machten dann längere Ausführungen über den Zustand und die Perspektive der Europäischen Gemeinschaft, gingen auf die Situation in einigen Mitgliedsländern ein, äußerten sich zum hohen Kompliziertheitsgrad der europäischen Finanzstruktur, zumal im landwirtschaftlichen Bereich, in dem die Landwirtschaftsminister lange Zeit die Politik sehr maßgeblich beeinflußt hätten.

Letzten Endes würde aber eine Lösung gefunden werden, wobei der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und Großbritannien eine besondere Rolle zukommen werde. Mitte der 80er Jahre würden Spanien und Portugal in der Gemeinschaft sein³⁷, und dann könne Europa zu seiner eigenen Überraschung eine große Rolle spielen, was ein Land sehr freuen würde; wir würden es indessen vorziehen, wenn die USA ihre Weltrolle wiedergewinnen würden.

Zum Ende des Gesprächs äußerte der König seine große Hoffnung, Sie in Jordanien zu sehen, worauf Sie antworteten, daß Sie sehr gern kommen würden. Zunächst gebe es die Wahl Anfang Oktober.³⁸ Auf Ihre Frage nach der besten Jahreszeit nannte der König die Wochen vor Jahresende, im übrigen April/Mai. Sie sagten, Sie freuten sich auf Ihren Besuch.

Franke

Referat 010, Bd. 178801

Fortsetzung Fußnote von Seite 1182

de am 21. Dezember 1973 in Genf auf Außenministerebene eröffnet. Die Konferenz beschloß eine Fortsetzung der Verhandlungen auf Botschafterebene. Außerdem wurde die Bildung militärischer Arbeitsgruppen beschlossen, die über ein Auseinanderrücken der israelischen und ägyptischen Streitkräfte am Suez-Kanal verhandeln sollten. Vgl. dazu den Artikel „Nahost-Konferenz beschließt Militärgespräche in Genf“, DIE WELT vom 24./25. Dezember 1973, S. 1 f.

Die Verhandlungen der militärischen Arbeitsgruppen wurden am 9. Januar 1974 unterbrochen und seitdem nicht mehr aufgenommen. Vgl. dazu den Artikel „Mideast Talks Recessed for Consultations“, INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE vom 10. Januar 1974, S. 1 f.

Der amerikanische Außenminister Vance und der sowjetische Außenminister Gromyko kamen bei ihren Gesprächen vom 18. bis 20. Mai 1977 in Genf überein, sich um die Wiederaufnahme der Friedenskonferenz für den Nahen Osten im Herbst 1977 zu bemühen. Vgl. dazu die gemeinsame Erklärung; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 76 (1977), S. 633. Für den deutschen Wortlaut vgl. EU-ROPA-ARCHIV 1977, D 308 f.

³⁶ Die UdSSR erkannte am 16. Mai 1948 als einer der ersten Staaten den am 14. Mai 1948 ausgerufenen Staat Israel an.

³⁷ Zum Stand der Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens bzw. Portugals vgl. Dok. 212, Anm. 7 und 8.

³⁸ Am 5. Oktober 1980 fanden Wahlen zum Bundestag statt.

224

Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-4494/80 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1058

Aufgabe: 1. August 1980, 18.00 Uhr¹
Ankunft: 1. August 1980, 19.53 Uhr

Betr.: KSZE/KAE-Vorbereitung von Madrid;
hier: Stand der allianzinternen Beratungen

I. 1) Die Allianz ist zur Zeit bemüht, im Hinblick auf das bevorstehende KSZE-Folgetreffen eine gemeinsame Position für die Verhandlungen mit dem Osten zu erarbeiten. Außerdem ist es erforderlich, eine gemeinsame westliche Verhandlungsstrategie zu entwerfen. Dies geschieht auch im Hinblick auf die erwartete Unterstützung durch die Gruppe der neutralen und nichtgebundenen Staaten während des Treffens.

2) Der Allianz kommt dabei die entscheidende Funktion zu, durch die Teilnahme der beiden nordamerikanischen Bündnispartner und durch die Konzentration auf den Bereich der militärischen Aspekte der Sicherheit die gemeinsame westliche Sicherheitspolitik zu erarbeiten und zum Ausdruck zu bringen. Die Atlantische Allianz ist die Grundlage für ein essentielles Element des KSZE-Prozesses: nämlich die Einbeziehung der USA und Kanadas, die das spürbar enger werdende Konsultationsgeflecht der Neun ergänzt.

Dadurch wird dem Osten jeder Ansatz verwehrt, Europa von Nordamerika abzusondern und die gemeinsame Sicherheitspolitik sowie das Prinzip der kollektiven Verteidigung, die für uns weiterhin Kernaspekte des KSZE-Prozesses bleiben, in Frage zu stellen. Künftige Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen in Europa, wie sie langfristig potentiell in einer Konferenz über Abrüstung in Europa Gestalt gewinnen könnten, finden in der Atlantischen Allianz und dem darin zum Ausdruck kommenden Prinzip der Kollektivität ihre Verankerung.

II. 1) Angesichts dieser Rahmenbedingungen gewinnen die mit der Vorbereitung von Madrid verknüpften Probleme und die Notwendigkeit, die noch ausstehende allianzinterne Einigung in wichtigen Fragen möglichst bald herbeizuführen, besondere Bedeutung.

Es ist nicht auszuschließen, daß die USA aus verschiedenen Gründen (Wahlen², Afghanistan) für Madrid eine ähnliche Konferenzstrategie ins Auge fassen wie für Belgrad³: Betonung der Implementierungskritik und der Menschenrechte (Korb III⁴). Die militärischen Aspekte der Sicherheit, verkörpert im Konzept einer Konferenz über Abrüstung in Europa, laufen dabei Gefahr, hinter dieser Priorität zurückzutreten.

¹ Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 8.

² Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

³ In Belgrad fand vom 4. Oktober 1977 bis 9. März 1978 die KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 88.

⁴ Für den Wortlaut des Abschnitts „Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen“ (Korb III) der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 946–964.

2) Es liegt in unserem Interesse, daß Madrid sowohl ein zwischen den Körben als auch zwischen der Implementierungskritik und neuen Vorschlägen ausgewogenes Ergebnis erbringt. Das bedeutet, daß nicht nur Korb III mit seinem auch für uns wichtigen „human factor“ eine Rolle zu spielen hat, sondern auch Ergebnisse im Bereich der militärischen Aspekte der Sicherheit wünschenswert sind. Auch nach der Verschlechterung der internationalen Lage infolge der Afghanistan-Krise haben Rüstungskontrolle und Abrüstung und militärische Aspekte der Sicherheit ihre volle Bedeutung behalten. Sie sind integraler Bestandteil westlicher Sicherheitspolitik. Sie sind im westlichen Eigeninteresse begründet.

3) Auch der Osten hat angekündigt, daß er diese Fragen in Madrid mit Vorrang behandeln will: Der östliche Konferenzvorschlag, eine „Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung“⁵, liegt seit geraumer Zeit auf dem Tisch.

Da wir die Initiative nicht der anderen Seite überlassen dürfen, ist diesem Vorschlag ein westliches Gegenstück entgegenzusetzen, das politische Dimension und politisches Format hat. Dies ist nicht mit einem weitgehend technischen, einzelne Maßnahmen betreffenden Herangehen zu erzielen.

Dieser Aufgabe kann der Westen nur mit einem umfassenden Konzept, d.h. mit einem Konferenz-Konzept, gerecht werden, wie es in dem französischen KAE-Vorschlag⁶ bereits für eine erste Phase ausgearbeitet wurde. Das KAE-Konzept enthält – und das ist für die Bundesrepublik Deutschland von zentraler Bedeutung – mit seinem geographischen Element des Einschlusses ganz Europas „vom Atlantik bis zum Ural“, d.h. auch des europäischen Teils der Sowjetunion, die Aufforderung an die Sowjetunion, sich mit ihrem Territorium der Diskussion über Rüstungskontrolle und Abrüstung in Europa nicht zu entziehen und gleichberechtigt und ohne privilegierten Status an diesem Bereich europäischer Sicherheitspolitik teilzunehmen. Rüstungskontrolle und Abrüstung kann sich nicht nur auf Mitteleuropa oder – im Hinblick auf die Sowjetunion – auf einen 250-km-Streifen entlang ihrer Westgrenze in Europa beschränken.

Für die Bundesrepublik Deutschland ist der geographische Rahmen des französischen KAE-Vorschlags der wichtigste Aspekt. Dafür sprechen in erster Linie politische Überlegungen. Angesichts der Tatsache, daß die Sowjetunion eine europäische Macht ist, muß die Forderung nach Einbeziehung sowjetischen Territoriums bis zum Ural für die Zukunft ein Hauptelement westlicher Rüstungskontrollpolitik sein. Erst danach stellt sich die Frage, ob auch Ergebnisse mit unmittelbarer militärischer Relevanz (Transparenz, Warnzeitgewinn, Verhinderung eines Überraschungsangriffs) erzielt werden.

Die bisherige östliche Argumentation macht deutlich, daß der Westen hier eine Forderung stellt, die – offensiv vertreten – durch ihre Folgerichtigkeit ihre Wirkung auf die Öffentlichkeit nicht verfehlt.

⁵ Zu den Vorschlägen des Komitees der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten bei der Tagung am 14./15. Mai 1979 in Budapest vgl. Dok. 1, Anm. 28.

Zum Vorschlag des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, Gierek, vom 11. Februar 1980 für eine Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 55, Anm. 39.

Zu den Vorschlägen des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts bei der Tagung am 14./15. Mai 1980 in Warschau vgl. Dok. 150, Anm. 5.

⁶ Zum französischen Vorschlag einer Konferenz für Abrüstung in Europa vgl. Dok. 100.

Der Osten seinerseits versucht, die für die Notifizierung größerer militärischer Manöver in der Schlußakte getroffene Ausnahmeregelung für die Sowjetunion⁷ zur allgemeinen Grundlage für künftige Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen – soweit deren geographischer Aspekt in Europa betroffen ist – zu machen. Eine überzeugende Begründung für diese Gegenposition konnte er noch nicht vortragen.

⁸III. 1) Die allianzinternen Beratungen zu dem französischen KAE-Vorschlag laufen seit Sommer 1978. Nach anfänglicher Ablehnung durch die USA und deutlicher Skepsis verschiedener anderer Bündnispartner haben entsprechende Bemühungen der Allianz ihren bisherigen Höhepunkt im NATO-Kommuniqué vom Dezember 1979⁹ gefunden. Nach Afghanistan gewann in den USA die zurückhaltende Bewertung wieder die Oberhand. Diese Haltung hat sich – trotz lebhafter Bemühungen der restlichen Allianz-Partner um die USA – im Grunde nicht geändert.

2) Der Rat mit hochrangigen Vertretern aus den Hauptstädten vom 28. Mai 1980 („reinforced council“) zu KSZE und KAE hatte eine Ratssitzung zum selben Thema für Juli 1980 beschlossen.¹⁰ Die USA stimmten nach einigem Zögern zu. Weitere Ratssitzungen, die sich speziell mit dem KSZE/KAE-Thema befassen sollen, sind für September und Oktober 1980 vorgesehen.

Für die Sitzung am 17. Juli¹¹ hatte der Politische Ausschuß zwei Berichte erarbeitet, die vom Rat zur Kenntnis genommen wurden. (A. Report on the prepa-

⁷ Im „Dokument über vertrauensbildende Maßnahmen und bestimmte Aspekte der Sicherheit und Abrüstung“ der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 verpflichteten sich die Teilnehmerstaaten zur Ankündigung von Manövern auf ihrem Territorium bei einer Gesamtstärke ab 25 000 Mann. Bei einem Teilnehmerstaat mit außerhalb von Europa liegendem Territorium waren Manöver anzukündigen, „die in einem Gebiet innerhalb von 250 Kilometern von seiner Grenze stattfinden, die einem anderen europäischen Teilnehmerstaat gegenüberliegt, oder die er mit ihm teilt“. Ferner war die Einladung von Manöverbeobachtern vorgesehen. Vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 921 f.

⁸ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1059 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

⁹ Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1979 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 124–129. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN 1979, S. 1411–1414.

¹⁰ Gesandter Pfeffer, Brüssel (NATO), informierte am 3. Juni 1980, Ministerialdirektor Blech habe in „der Sitzung des Rates über KSZE-Fragen mit hochrangigen Teilnehmern aus den Hauptstädten“ angeboten, die Vorstellungen der Bundesrepublik zu einer Konferenz für Abrüstung in Europa zu erläutern. Informelle Gespräche hätten ergeben, daß die erste Julihälfte die beste Gewähr eines großen Teilnehmerkreises dafür biete. Bislang lägen aber keine offiziellen Reaktionen vor. Der Grund dafür sei, „daß die USA als einziges Bündnismitglied in der Frage einer KAE hinter dem NATO-Kommuniqué vom 14.12.1979 zurückbleiben, die Beratungen auf vertrauensbildende Maßnahmen konzentrieren wollen und einer Entscheidung für oder gegen eine KAE zur Zeit ausweichen, um sich alle Optionen für später offenzuhalten“. Frankreich dagegen habe „den Standpunkt aufgegeben, daß es unter den vorliegenden Umständen inopportun und zu früh sei, konzeptionelle Fragen der KAE im Bündnisrahmen zu diskutieren. Vielmehr sehe man die Notwendigkeit, daß die Verbündeten in Madrid keine sich widersprechenden Positionen vertreten und zu einer gemeinsamen, die USA einschließenden Bündnisposition zu gelangen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 855; VS-Bd. 13143 (212); B 150, Aktenkopien 1980.

¹¹ Legationssekretär von Schubert vermerkte am 21. Juli 1980, bei der Sitzung des Ständigen NATO-Rats am 17. Juli 1980 in Brüssel sei „auf der Grundlage eines Berichts der CBM-Arbeitsgruppe des Politischen Ausschusses“ das Thema einer Konferenz für Abrüstung in Europa erörtert worden: „In den Erklärungen der Delegationsleiter wurden im wesentlichen die bisher bereits bekannten Positionen noch einmal dargelegt, so daß die Sitzung insgesamt keine neuen Ergebnisse erbrachte. Es bestand Einigkeit darüber, daß die Vorbereitungen für Madrid im Bereich der militärischen Aspekte der Sicherheit beschleunigt vorangetrieben werden müßten und daß der Politische Ausschuß bis zum Herbst noch viel Arbeit zu leisten habe.“ Vgl. VS-Bd. 13143 (212); B 150, Aktenkopien 1980.

rations for the CSCE follow-up meeting at Madrid in 1980, objectives of the participating states, C-M (80)29 (revised) vom 19. Juni 1980, übermittelt mit Schriftbericht vom 23. Juni 1980. B. Preparation for the CSCE follow-up meeting at Madrid in 1980, aspects of security and disarmament, C-M (80)40 vom 13. Juli 1980, übermittelt mit Schriftbericht vom 17. Juli 1980¹².)

Der zweite Bericht zeigt deutlich, in welchen Bereichen bereits eine gemeinsame Auffassung der Fünfzehn besteht:

- weitgehende Einigkeit hinsichtlich der Ziele und Kriterien für vertrauensbildende Maßnahmen,
- grundsätzliche Einigkeit über die Mehrzahl der in ein Paket aufzunehmenden Maßnahmen.

Die Hauptaufgabe des zweiten Berichts, eine gemeinsame Position, insbesondere zum Konferenzkonzept, sowie eine mögliche Verhandlungsstrategie für Madrid zu erarbeiten, konnte nicht erfüllt werden. Die USA sind bereit, Beiträge zu dem begrenzten Bereich der vertrauensbildenden Maßnahmen zu erbringen. Sie sind ferner gewillt, im Bündnis an der Ausarbeitung eines Mandatstextes für Sicherheitsdiskussionen im Rahmen der 35 (35-nation security discussions) mitzuwirken. Diese Bereitschaft wird von uns vor allem als Möglichkeit, die USA an der Meinungsbildung im Bündnis zu beteiligen, begrüßt. Hinsichtlich der Zeitvorstellungen für eine Bündnisentscheidung zum Mandat kamen sie jedoch wieder – wie schon vor der Ministerratstagung von Ankara¹³ – auf den Dezembertermin zurück, d.h. erst das NATO-Ministertreffen im Dezember 1980¹⁴ sollte über das weitere westliche Vorgehen in Madrid entscheiden.

3) Gewisse Probleme schafft auch die norwegische Sonderposition zu den klassischen CBMs der Schlußakte. Norwegen behält sich im Rahmen der Position der Vierzehn vor, in Madrid selbst hinsichtlich Verbesserung und Weiterentwicklung der bisherigen CBMs sowie hinsichtlich der Verabschiedung eines KAE-Verhandlungsmandats parallel vorzugehen. Wir und die Mehrzahl der übrigen Bündnispartner stehen dieser Haltung kritisch gegenüber, da hier Ansätze einer Rückfallposition enthalten sind, deren Diskussion wir jetzt vermeiden sollten. Die Weiterentwicklung der norwegischen Haltung vor und gegebenenfalls während Madrid dürfte von den Aussichten bzw. dem Verlauf des KSZE-Folgetreffens abhängen.

Während der jetzigen Beratungen haben wir allerdings erreicht, daß Norwegen bei der Bewegungsmaßnahme den Bezug auf den angeblich „in der Schlußakte definierten Raum“ fallengelassen hat.

IV. 1) Einerseits gebieten es unsere Interessen, unsere Stellung im Kreise der Neun sowie unser bilaterales Verhältnis zu Frankreich, das KAE-Konzept aktiv weiterzuverfolgen. Andererseits ist es offenkundig, daß wir ohne die Vornacht im Bündnis in Sicherheitsfragen nicht auskommen.

¹² Korrigiert aus: „18. Juli 1980“.

Botschaftsrat I. Klasse Roßbach, Brüssel (NATO), übermittelte das NATO-Dokument C-M (80)40. Vgl. dazu den nicht numerierten Schriftbericht; VS-Bd. 13143 (212); B 150, Aktenkopien 1980.

¹³ Zur NATO-Ministerratstagung am 25./26. Juni 1980 in Ankara vgl. Dok. 190.

¹⁴ Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1980 in Brüssel vgl. Dok. 363 und Dok. 364.

Unsere Hauptsorge hat deshalb der Vermeidung eines allianzinternen Auseinanderdriftens in Fragen der militärischen Aspekte der Sicherheit im KSZE-Prozeß zu gelten. Wir müssen die USA im Laufe des kommenden Herbstes davon überzeugen, daß es von Vorteil für alle Bündnispartner und für die Allianz ist, wenn es gelingt, das KAE-Konzept gegenüber dem Osten während Madrid durchzusetzen. Das setzt eine gemeinsame Allianzposition und eine gemeinsame Verhandlungsstrategie hinsichtlich des Konferenzgedankens voraus. Die Beschränkung auf eine mehr technisch ausgerichtete Diskussion über vertrauensbildende Maßnahmen wird den politischen Erfordernissen in der Auseinandersetzung mit dem Osten nicht gerecht.

2) Ob diese Bemühungen erfolgreich sein werden, kann jetzt noch nicht gesagt werden. Ein in unseren Augen guter Ansatz dazu stellt der von Frankreich vorgelegte Entwurf eines Mandats¹⁵ dar, das in Madrid im Hinblick auf eine KAE zu beschließen wäre.

Diese Überlegungen liegen dem gegenwärtigen Arbeitsprogramm des Politischen Ausschusses zugrunde:

- Ausarbeitung eines präsentablen Maßnahmenpakets,
- Ausarbeitung eines Verhandlungsmandats auf der Grundlage des französischen Entwurfs.

Zur Mandatsdiskussion und zum Maßnahmenpaket erfolgen gesonderte Drahtberichte.¹⁶

[gez.] Pauls

VS-Bd. 13143 (212)

¹⁵ Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), übermittelte am 1. August 1980 den französischen Entwurf eines Mandats für eine Konferenz für Abrüstung in Europa. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1065; VS-Bd. 13143 (212); B 150, Aktenkopien 1980.

Vortragender Legationsrat Pöhlmann informierte die Ständige Vertretung bei der NATO am 21. Juli 1980, der bereits bekannte Entwurf sei „eine gelungene Arbeit“. Das gelte u. a. für die Weiterentwicklung der vertrauensbildenden Maßnahmen und die Konzentration auf verbindliche, verifizierbare Regelungen. Zu begrüßen sei „im Hinblick auf den östlichen Vorschlag für die Nichterweiterung der bestehenden Bündnissysteme“ auch die Betonung des Rechts aller Teilnehmerstaaten, über Bündnisverträge frei entscheiden zu können: „Da die Diskussion über den französischen Mandatsentwurf gerade erst beginnt, sollten wir uns zu der Frage des Überganges von der ersten zur zweiten Phase zunächst zurückhalten, insbesondere angesichts der Tatsache, daß hier die französische Position und die amerikanische Position gegensätzlich sind. [...] Es sollte eine Formulierung gefunden werden, die entsprechend der im Rahmen der Neun erarbeiteten Haltung [...] deutlich macht, daß eine Entscheidung über eine mögliche Phase 2 erst auf einem weiteren KSZE-Folgetreffen auf der Grundlage der Resultate der Verhandlungen über die erste Phase getroffen werden kann. [...] Die französische Vorstellung, KAE-Ergebnisse bereits vor dem Zusammentreten von ‚Madrid II‘ in Kraft zu setzen, könnte die Negotiabilität des Mandatsentwurfs beeinträchtigen“. Vgl. den nicht nummerierten Drahterlaß; VS-Bd. 13143 (212); B 150, Aktenkopien 1980.

¹⁶ Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), informierte am 2. August 1980, seit dem 22. Juli berate der Politische Ausschuß auf Gesandtenebene den französischen Entwurf eines Verhandlungsmandats zu militärischen Aspekten der Sicherheit im KSZE-Rahmen: „1) Die Vierzehn gehen davon aus, daß sich das Mandat auf die Konferenz über Abrüstung in Europa bezieht, die USA dagegen wollen das Mandat auf nach Madrid stattfindende ‚Sicherheitsgespräche im Rahmen der 35 zu vertrauensbildenden Maßnahmen‘ beschränkt wissen. 2) Zur Verhandlungsstrategie bestehen ebenfalls noch Auffassungsunterschiede: Während die Vierzehn daran danken, daß die Allianz den westlichen Mandatsentwurf vor Madrid abschließend berät und verabschiedet, um ihn auf dem KSZE-Folgetreffen zur jederzeitigen, unter Umständen kurzfristig zu beschließenden Einführung verfügbar zu haben, wollen die USA die Entscheidung im Bündnis dazu nicht vor dem Dezember-Ministerrat treffen. 3) Große Probleme haben die USA mit der von den Franzosen immer wieder betonten Phase II der Kon-

225

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Boll**012-312.74 VS-NfD****Aufgabe: 5. August 1980, 14.47 Uhr¹****Fernschreiben Nr. 108 Orteiz**

Betr.: Zur Weltfrauenkonferenz (WFK) in Kopenhagen vom 14. bis 30. Juli 1980

A. Mit der ersten WFK in Mexiko (1975)² wurde die „Frauendekade“ 1976 bis 1985 eingeleitet. Die zweite WFK (1980), die zunächst für Teheran vorgesehen war, wurde wegen der Entwicklung im Iran nach Kopenhagen verlegt. Dänemark tat sein Bestes, um die Konferenz in relativ kurzer Zeit organisatorisch gut vorzubereiten. Die dänische Kultusministerin Frau Østergaard, die zur Präsidentin der WFK gewählt wurde, hat sich dafür besonders eingesetzt.

Dies konnte nicht verhindern, daß die WFK 1980 in den Sog der Nahost-Frage geriet³ und daran – zumindest teilweise – scheiterte.

B. 1) Der äußere Rahmen war zunächst eindrucksvoll. VN-Generalsekretär Waldheim eröffnete die Konferenz. Die dänische Königin⁴ und Ministerpräsident Jørgensen hielten Begrüßungsansprachen an die Delegierten aus 145 Staaten (auch aus der Schweiz und dem Vatikan, die nicht den VN angehören). Unter den ersten Rednern waren Frau Sadat (Ägypten) und Frau Marcos (Philippinen). Für die Bundesrepublik Deutschland sprach als Delegationsleiter PStS Zander (BMJFG).

In einer feierlichen Zeremonie am 17. Juli wurde das „Übereinkommen zur Beseitigung der Diskriminierung der Frau“⁵ von 51 Staaten, darunter der Bun-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1188

ferenz, die – so Frankreich – nach der erzielten Vertrauensbildung in Phase I zur tatsächlichen Abrüstung (Personal, Waffen) führen soll. Die USA lehnen irgendwie geartete Festlegung auf eine solche Phase II ab. Die Position der Neun dazu ist: Eine Entscheidung über eine mögliche Phase II kann erst von einem weiteren KSZE-Folgetreffen auf der Grundlage und im Licht der Ergebnisse von Phase I getroffen werden. Die Franzosen versuchen allerdings, in ihrem Mandatsentwurf über die Neuner-Position hinauszugehen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1063; VS-Bd. 13143 (212); B 150, Aktenkopien 1980.

¹ Durchdruck.

² Die Weltfrauenkonferenz fand vom 19. Juni bis 6. Juli 1975 in Mexiko-Stadt statt.

³ Botschafter Schütz, Tel Aviv, berichtete am 4. Juni 1980, das israelische Außenministerium habe darum gebeten, im Rahmen der Weltfrauenkonferenz vom 14. bis 30. Juli 1980 in Kopenhagen den israelischen Standpunkt zum Aktionsprogramm der Konferenz zu vertreten: „Zur Vorgeschichte gehört, daß trotz besonderer, von WEOG sowie lateinamerikanischen und einigen afrikanischen Ländern unterstützter israelischer Bemühungen, bei vorbereitender Konferenz im Frühjahr in Wien völlig unakzeptabler Bericht der E[conomic]C[ommission for]W[estern]A[sia] über ‚Social and Economic Conditions of Palestinian Women‘ als Konferenz-Dokument für Kopenhagen schließlich doch zugelassen wurde. Israelische Seite befürchtet, daß arabische Staaten jetzt versuchen werden, in diesem Bericht enthaltene anti-israelische Formulierungen in das in Kopenhagen zu verabschiedende Aktionsprogramm zu übernehmen. Entsprechende Schritte sind offenbar von Arabern schon eingeleitet.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 554; Referat 231, Bd. 121107.

⁴ Margrethe II.

⁵ Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 1249, S. 13–142. Für den deutschen Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1985, Teil II, S. 648–661.

desrepublik Deutschland, unterzeichnet. An den folgenden Tagen kamen weitere Länder hinzu. Bei Ende der Konferenz war die Zahl 75 erreicht.

2) Die WFK in Kopenhagen war von Anfang an stärker als ihre Vorläuferin in Mexiko durch außenpolitische Probleme belastet. Das wurde sehr bald durch spektakuläre Auszüge aus dem Plenum dokumentiert (Frau Sadat⁶, Israel⁷, später „Pol-Pot-Delegation“ für Kambodscha⁸). Es gab kaum einen Krisenherd, der nicht in der einen oder anderen Form hochkam. Außenpolitische Schwerpunktthemen der VN-Generalversammlung wurden auch hier durch Resolutionen anhängig gemacht.

3) Hauptgegenstand der Beratungen bildete ein „Aktionsprogramm“, das im Entwurf von einem Vorbereitungsausschuß in New York⁹ erarbeitet worden war¹⁰ (ihm gehörten 23 Staaten an, darunter nicht die Bundesrepublik Deutschland).

Unter dem Motto „Gleichheit, Entwicklung und Frieden“ behandelte das Programm eine Vielzahl frauenpolitischer Belange im nationalen und internationalen Rahmen. Dabei berührte es von vorneherein politisch und wirtschaftlich delikate Fragen (z.B. auf den Gebieten der Abrüstung, der Weltwirtschaft). Durch Änderungsanträge der G 77, die schon zu Beginn der Konferenz vorlagen, wurde das Aktionsprogramm jedoch endgültig politisch überfrachtet.¹¹ Dies galt insbesondere für zwei Punkte:

⁶ In der Presse wurde berichtet, die Vertreter arabischer Staaten hätten den Konferenzsaal unter lauten Protestrufen verlassen, als die Ehefrau des ägyptischen Präsidenten, Sadat, am 15. Juli 1980 die Rednerbühne betreten habe. Vgl. dazu den Artikel „Proteste gegen Frau Sadat“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 16. Juli 1980, S. 3.

⁷ In der Presse wurde berichtet, die Vertreter der arabischen Staaten sowie der PLO hätten am 17. Juli 1980 den Konferenzsaal verlassen, als die israelische Delegierte Hareli eine Rede hielt. Vgl. dazu den Artikel „Araberinnen zogen aus“; FRANKFURTER RUNDSCHAU vom 18. Juli 1980, S. 2.

⁸ Botschafter Hofmann, Kopenhagen, berichtete am 18. Juli 1980: „Vor Rede Delegierter ‚Demokratisches Kampuchea‘ meldete sich Vertreterin Weißrußlands zu Wort. Sie forderte Präsidentin auf, der Delegierten ‚Demokratischen Kampuchea‘ nicht Wort zu erteilen, da sie niemanden repräsentiere [...]. Anschließend verließen Ostblock- und ihm nahestehende Delegationen Saal.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 406; Referat 231, Bd. 121161.

⁹ Botschafter Freiherr von Wechmar, New York (VN), informierte am 28. Juni 1979, beim ersten Treffen des Vorbereitungsausschusses für die Weltfrauenkonferenz am 20. Juni in New York sei eine Reihe regionaler Treffen beschlossen worden. Vgl. dazu den Schriftbericht Nr. 993; Referat 231, Bd. 121093.

Die Ständige Vertretung der Bundesrepublik bei den Vereinten Nationen berichtete am 20. September 1979, beim zweiten Treffen vom 27. August bis 8. September 1979 in New York sei eine zunehmende Politisierung der Vorbereitungen zu beobachten gewesen: „Es wurde nicht nur den Problemen des südlichen Afrika und insbesondere den Auswirkungen von Apartheid besonderer Nachdruck verliehen, sondern auch die Palästinenserfrage eingeführt. Darüber hinaus gab es Bemühungen [...], die neue Weltwirtschaftsordnung zum Konferenzthema zu machen. [...] Der Trend zur Politisierung beunruhigte westliche Delegierte, insbesondere die Amerikaner, obwohl der Vorbereitungsausschuß in seinem Beschluß, das Konferenzsekretariat mit der Ausarbeitung des Aktionsprogramms zu beauftragen, diesem keine ‚agreed texts‘, sondern ‚allgemeine Richtlinien‘ an die Hand gab.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 1447; Referat 231, Bd. 121093.

Wechmar teilte am 22. April 1980 mit, das letzte Treffen zur Vorbereitung der Weltfrauenkonferenz vom 7. bis 18. April 1980 in New York habe abschließend den Programmentwurf behandelt. Darin werde vorgeschlagen, 1985 eine dritte Weltfrauenkonferenz abzuhalten und eine zweite Frauendekade der Vereinten Nationen für die Jahre 1985 bis 1995 zu verkünden. Zudem seien organisatorische Entscheidungen für die bevorstehende Weltfrauenkonferenz gefällt worden. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1037; Referat 231, Bd. 121160.

¹⁰ Für das Aktionsprogramm für die zweite Hälfte der Frauendekade der Vereinten Nationen für Gleichberechtigung, Entwicklung und Frieden vgl. Referat 231, Bd. 121161.

¹¹ Botschafter Hofmann, Kopenhagen, berichtete am 31. Juli 1980, am Vortag sei es zu einer Geschäftsordnungsdebatte über Ziffer 5 des „Aktionsprogramms für die zweite Hälfte der Frauendekade der

- Ziffer 5: Verlangen nach Eliminierung des Zionismus, der mit Rassismus gleichgesetzt wird.¹²
- Ziffer 244¹³ belastete das Thema der palästinensischen Frauen mit einer Formel, in der die PLO als die Vertreterin des palästinensischen Volkes bezeichnet wurde.¹⁴

4) Diese Änderungsanträge hingen während der gesamten Dauer der Konferenz wie ein Damoklesschwert über dem Aktionsprogramm. Während es in mühsamen Verhandlungen gelang, für andere Probleme Kompromißformeln zu finden oder Streitpunkte auszuklammern, konnte der Zündstoff in der Nahost-Frage nicht beseitigt werden. Bis zum letzten Tag dauerten die Bemühungen an, dieses Thema in eine besondere Erklärung (ähnlich wie 1975 in Mexiko)¹⁵ oder in eine Resolution zu verbannen, um den Rest des Aktionsprogramms konsensusfähig zu machen.

Dies scheiterte an der Unnachgiebigkeit der PLO und des sie stützenden harten Kerns der G 77 sowie – teilweise hinter den Kulissen – der osteuropäischen Staaten. Der „Zionismus-Paragraph“ wurde schließlich mit 69 gegen 24 Stimmen (darunter alle EG-Staaten) bei 25 Enthaltungen (vorwiegend gemäßigte Ent-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1190

Vereinten Nationen“ vom 13. August 1980 gekommen, unter der Hindernisse bei der Gleichstellung der Frau aufgeführt wurden: „Israel verlangte Abstimmung über Herausnahme des Wortes ‚Zionismus‘. Demgegenüber forderten Vertreter der G 77, insbesondere Senegal, und – mit besonderem Nachdruck – Sowjetunion, daß über gesamte Ziffer 5 abgestimmt werden sollte. Hintergrund war offenbar, daß G 77 und Osten mit wesentlich geringerer Unterstützung rechneten, wenn Abstimmung lediglich über das Wort ‚Zionismus‘ gegangen wäre.“ Dieser Standpunkt habe sich durchgesetzt. Vgl. den Drahtbericht Nr. 467; Referat 231, Bd. 121107.

- 12 In Ziffer 5 des „Aktionsprogramms für die zweite Hälfte der Frauendekade der Vereinten Nationen für Gleichberechtigung, Entwicklung und Frieden“ vom 13. August 1981 hieß es: „Eine gleichberechtigte Beteiligung an der Herstellung freundschaftlicher Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen den Staaten wird zur Festigung des Friedens, zur Entfaltung der Frau als Einzelperson und zur Gleichberechtigung auf allen Ebenen und in allen Lebensbereichen sowie zum Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus, Neokolonialismus, Zionismus, Rassismus, Rassendiskriminierung, Apartheid, Hegemoniestreben, Besetzung, Beherrschung und Unterdrückung durch andere Staaten und zur vollen Achtung der Würde der Völker und ihres Rechtes auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit ohne Eingriffe und Einmischungen anderer Staaten und zur Förderung der Gewährleistung der Grundfreiheiten und Menschenrechte beitragen.“ Vgl. Referat 231, Bd. 121161.

- 13 Korrigiert aus: „183 a.“

- 14 In Ziffer 244 des „Aktionsprogramms für die zweite Hälfte der Frauendekade der Vereinten Nationen für Gleichberechtigung, Entwicklung und Frieden“ vom 13. August 1981 hieß es: „Die Organisationen der Vereinten Nationen, ihre Sonderorganisationen, die Organe und Fonds der Vereinten Nationen, die Regierungen, die internationalen und regionalen zwischenstaatlichen Organisationen und andere Gruppen werden aufgefordert, im Einvernehmen und in Zusammenarbeit mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation, der Vertretung des palästinensischen Volkes, Hilfe zu leisten.“ Vgl. Referat 231, Bd. 121161.

- 15 Referat 231 vermerkte am 6. August 1975, die Weltfrauenkonferenz vom 19. Juni bis 6. Juli 1975 in Mexiko-Stadt habe 34 Resolutionen verabschiedet: „Insgesamt ist als Erfolg zu bewerten, daß die von seiten des Ostblocks und einiger Länder der Dritten Welt angestrebte Politisierung der Konferenz nicht in vollem Umfang durchgesetzt werden konnte. [...] Wir haben dem Kernstück der Konferenz, dem Weltaktionsplan, zusammen mit unseren westlichen Partnern im Konsensus zustimmen können. Der Weltaktionsplan bestimmt im wesentlichen Maßnahmen und Bereiche, die auf nationaler Ebene vordringlich gefördert werden sollen, um den Status der Frau sowie ihre Integration in die gesellschaftliche Entwicklung zu verbessern. [...] Bei der Abstimmung über die ‚Deklaration von Mexiko‘ mußten wir uns gemeinsam mit den übrigen EG-Partnern (außer den Niederlanden, die für die Deklaration stimmten) wegen der Gleichsetzung der Begriffe ‚Zionismus‘ mit Neokolonialismus, Apartheid und Rassendiskriminierung der Stimme enthalten.“ Vgl. Referat 231, Bd. 115787.

wicklungsländer aus Südamerika, Afrika und Asien) verabschiedet. Das Aktionsprogramm erhielt 94 „Ja“-Stimmen, 4 „Nein“-Stimmen (Israel, USA, Australien, Kanada). 23 Staaten enthielten sich der Stimme, und zwar die neun EG-Mitglieder, die nordischen Länder, Österreich, Chile, Guatemala, Haiti, Neuseeland, Paraguay, Peru, Schweiz, Thailand, Heiliger Stuhl. Die luxemburgische Präsidentschaft¹⁶ gab für alle EG-Mitgliedstaaten eine gemeinsame Stimmerklärung ab, die im Informationsfunk der Bundesregierung (1104 F 1/2-0108) übermittelt wurde.¹⁷ Darin werden die Versuche bedauert, die Konferenz für allgemeinpolitische Aussagen zu benutzen. Gleichzeitig betonten die EG-Staaten, daß ihnen trotz ihrer Enthaltung die Aussagen des Aktionsprogramms zu wirklichen Frauenfragen als Richtlinie dienen werden.

c) Während 1975 der Weltaktionsplan noch im Konsens verabschiedet werden konnte und die strittigen Passagen in eine Erklärung kamen, ist es also 1980 nicht gelungen, Einmütigkeit über das Hauptdokument zu erreichen. Enttäuschung darüber beherrschte das Bild am Ende der Konferenz. Die dänische Präsidentin mahnte zum Schluß, die Würde zu wahren und die Konferenz nicht zu einem „absurden Theater“ zu machen.

Es bleiben

- eine Reihe frauenpolitisch sinnvoller Aussagen im Aktionsprogramm und in einem Teil der insgesamt 47 Resolutionen sowie die Erkenntnis, daß es an den Realitäten vorbeingehe, Frauenfragen im Weltmaßstab behandeln zu wollen und die außenpolitischen Kontroversen dabei auszusparen.
- Die WFK mag manche hochgespannten Erwartungen enttäuscht haben. Die zweite Dekadenhälfte wird zeigen, ob einige der weniger spektakulären Vorarbeiten und Aussagen der WFK dennoch wertvolle Anstöße geben können.

Boll¹⁸

Referat 012, Bd. 115730

¹⁶ Luxemburg hatte vom 1. Juli bis 31. Dezember 1980 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

¹⁷ Für den Wortlaut der Erklärung der luxemburgischen EG-Ratspräsidentschaft vgl. Informationsfunk Nr. 162/80 vom 1. August 1980, S. 4 f; Referat 231, Bd. 121107.

¹⁸ Paraphe.

226

Oberst im Generalstab Jungmichel, Washington, an das Auswärtige Amt

114-4537/80 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 3063
Cito

Aufgabe: 6. August 1980, 19.13 Uhr¹
Ankunft: 7. August 1980, 01.27 Uhr

Betr.: Amerikanische Nuklearstrategie;
 hier: Presidential Directive (PD) 59²

Quellen:

- 1) Deputy Under Secretary of Defense, Policy Planning³
- 2) Leiter der Abt. Targeting Policy im DOD⁴
- 3) Angehörige des NSC
- 4) Washington Post, NY Times vom 6.8.1980

Bewertung: E-2

Zusammenfassung

Präsident Carter hat mit einer präsidentiellen Direktive (PD 59) eine Modifizierung der amerikanischen Nuklearstrategie angeordnet. Sie bedeutet – vereinfacht gesagt – eine Verlagerung des Schwerpunkts in der Zielpolitik auf militärische Einrichtungen und Verbände.

Diese Entwicklung der Strategie war bereits von Secretary Brown in den Jahresberichten 1980⁵ und 1981⁶ angedeutet und von ihm auf der letzten Sitzung der Nuklearen Planungsgruppe in Bodø⁷ angekündigt worden. Michael Getler und Richard Burt berichten am 6.8.1980 übereinstimmend in der Washington Post⁸ bzw. NYT⁹ über die Direktive. Burt weist u. a. darauf hin, daß diese Direktive in der Demokratischen Partei nicht unumstritten ist, daß aber die Re-

¹ Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 7. August 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher am 9. August 1980 vorgelegen.

² Für den Wortlaut der Presidential Directive Nr. 59 („Nuclear Weapons Employment Policy“) vom 25. Juli 1980 vgl. <http://www.fas.org/irp/offdocs/pd/pd59.pdf> (zum Zeitpunkt des Zugriffs teilweise geschwärzt).

³ David E. McGiffert.

⁴ Department of Defense.

⁵ Für den Wortlaut des Jahresberichts, den der amerikanische Verteidigungsminister Brown am 25. Januar 1979 dem amerikanischen Kongreß vorlegte, vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 413–440 (Auszug).

⁶ Für den Wortlaut des Jahresberichts, den der amerikanische Verteidigungsminister Brown am 29. Januar 1980 dem amerikanischen Kongreß vorlegte, vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 446–475 (Auszug).

⁷ Dieses Wort wurde handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Oslo“.

Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO am 3./4. Juni 1980 in Bodø vgl. Dok. 168.

⁸ Vgl. dazu den Artikel „Carter Directive Modifies Strategy for a Nuclear War“, THE WASHINGTON POST vom 6. August 1980, S. A 10.

⁹ Vgl. dazu den Artikel „Carter Said to Back a Plan for Limiting any Nuclear War; ‘Deterrence’ Termed the Aim“, THE NEW YORK TIMES vom 6. August 1980, S. A1.

publikanische Plattform eine eindeutige Fähigkeit zur Zerstörung militärischer Ziele fordere.

I. Sachverhalt

Präsident Carter hat kürzlich mit seiner Unterschrift unter die PD 59 eine seit 1977 andauernde Diskussion innerhalb der Administration um die künftige amerikanische Nuklearstrategie entschieden.

Zum Hintergrund der Entscheidung:

Präsident Nixon hatte 1969 mit dem National Security Study Memorandum (NSSM) 8/69¹⁰ eine Überprüfung der Nuklearstrategie eingeleitet, deren Ergebnis die Nuclear Weapons Employment Policy (NUWEP) war. Sie wurde im Jahre 1974 durch den damaligen Verteidigungsminister Schlesinger in Kraft gesetzt¹¹ und behielt auch in der jetzigen Administration ihre Gültigkeit. Charakteristisch für dieses Konzept war das Bemühen um größere Flexibilität, die durch die Schaffung der sogenannten Limited Nuclear Options (LNO) erzielt werden sollte. Mit Amtsantritt der Carter-Administration¹² wurde – in dem Bemühen um eine eigene Konzeption – durch das Presidential Review Memorandum (PRM) 10¹³ eine erneute Überarbeitung der Strategie veranlaßt. Diese Arbeit fand nun ihren Abschluß in der PD 59.

Die vorbereitende Arbeit für die PD 59, die drei Jahre in Anspruch nahm, war innerhalb der Administration durch erhebliche Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Rolle von Atomwaffen gekennzeichnet. Es standen sich, grob gesprochen, zwei Schulen gegenüber, denen zwar das Bemühen um glaubwürdige Abschreckung gemeinsam war, die sich allerdings erheblich in der Beurteilung der Frage unterschieden, wie Abschreckung in Anbetracht der dynamischen Entwicklungen auf dem Rüstungssektor zu erhalten sei. Während die eine Schule der Konzeption der Mutual Assured Destruction (MAD) nahestand und in der Androhung eines Vergeltungsschlages gegen sowjetische Städte die Abschrek-

¹⁰ Korrigiert aus: „1/69“.

Für den Wortlaut des National Security Study Memorandum 8 „Technical Issues Concerning US Strategic Forces“ vom 3. Februar 1969 vgl. http://www.nixonlibrary.gov/virtuallibrary/documents/nssm/nssm_008.pdf.

¹¹ Ministerialdirektor van Well vermerkte am 17. Januar 1974: „Wie US-Verteidigungsminister Schlesinger am 10. d. Mts. in einer Pressekonferenz der Overseas Writers mitteilte, ist im Sommer 1972 eine Änderung der Einsatzdoktrin für die strategischen Nuklearstreitkräfte der USA eingeleitet worden. In Zukunft sollen nicht mehr Städte und Industriekomplexe, sondern militärische Einrichtungen wie Raketensilos, Flugplätze etc. vorrangiges Ziel von Vergeltungsschlägen sein. Dementsprechend wird die Zielplanung neu festgelegt. Zur Gewährleistung der technischen Voraussetzungen für die Durchführung des neuen Konzepts wird intensiv an der Entwicklung von Sprengköpfen mit großer Treffgenauigkeit gearbeitet. Mit diesen Ausführungen bestätigt Schlesinger eine neue, seit 1970 in den Foreign Policy Reports des Präsidenten angekündigte Wende im nuklearstrategischen Denken der USA. Sie ist sowohl in militärisch-strategischer Hinsicht als auch im Hinblick auf SALT von großer Bedeutung.“ Die neue strategische Doktrin trage dazu bei, „die Glaubhaftigkeit der Abschreckung und insbesondere auch der Abschreckung für Westeuropa, nach Lage der Dinge zu verbessern. [...] Schlesinger hat die Einführung der neuen Doktrin im Zusammenhang mit der Erörterung von SALT erwähnt. Es erscheint ziemlich sicher, daß die USA mit ihr auch die festgefahrenen SALT-Verhandlungen wieder in Bewegung bringen will“. Vgl. VS-Bd. 8171 (201); B 150, Aktenkopien 1974. Vgl. dazu ferner AAPD 1975, II, Dok. 195.

¹² Die Regierung Carter übernahm am 20. Januar 1977 die Amtsgeschäfte.

¹³ Für den Wortlaut des Presidential Review Memorandum 10 „Military Strategy and Force Posture Review“ vom 18. Februar 1977 vgl. <http://www.fas.org/irp/offdocs/prm/prm10.pdf>.

kung gewahrt sah, betonten die Anhänger der anderen strategischen Richtung die Notwendigkeit eines kriegsführungsorientierten Konzepts.¹⁴

Das MAD-Konzept führte auf dem Gebiet der Rüstungsplanung dazu, daß das Schwergewicht auf ein überlebensfähiges – vornehmlich seegestütztes – Zweitschlagspotential gelegt wurde. Präsident Carter hat in der ersten Hälfte seiner Amtszeit dieser strategischen Schule nahegestanden. Dieses zeigen seine Rüstungsentscheidungen (B-1¹⁵, Neutronenwaffe¹⁶, Verzögerung der MX-Entscheidung¹⁷, aber Ausbau der seegestützten Systeme) und das anfänglich starke Bemühen, in SALT II zu sogenannten „deep cuts“ zu kommen¹⁸.

Die Verfechter einer mehr kriegsführungsorientierten Strategie haben hingegen stets betont, daß unter Berücksichtigung des sowjetischen strategischen Denkens – welches die Atomwaffe als Mittel zur siegreichen Führung eines Kriegs begreift – und in Anbetracht des enormen Zuwachses an sowjetischem erstschlagsfähigen Potential das MAD-Konzept bei weitem nicht genüge. Die USA seien nur dann in der Lage, glaubwürdig abzuschrecken, wenn sie über ein Potential verfügten, das vom Standpunkt der Kriegführung her beurteilt gegenüber dem sowjetischen bestehen könne.

Secretary of Defense Brown hatte mit seiner counter vailing strategy (CVS), in dem Annual Report FY 80 veröffentlicht, dem kriegsführungsorientierten Aspekt einer künftigen Strategie bereits Rechnung getragen. Er hat über diese

¹⁴ Zur amerikanischen Debatte um die Nuklearstrategie vgl. AAPD 1979, I, Dok. 75.

¹⁵ Präsident Carter teilte am 30. Juni 1977 auf einer Pressekonferenz in Washington den Verzicht auf die Produktion des Bombers vom Typ „B-1“ mit. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, CARTER 1977, S. 1197–1200.

¹⁶ Präsident Carter gab am 7. April 1978 eine Erklärung über die unbefristete Verschiebung der Produktion der Neutronenwaffe ab. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, CARTER 1978, S. 702. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 470 (Auszug). Vgl. dazu ferner AAPD 1978, I, Dok. 108.

¹⁷ In seiner Jahresbotschaft an den amerikanischen Kongreß legte Präsident Carter am 19. Januar 1978 dar, daß die Entwicklung der MX-Rakete fortgesetzt werde. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, CARTER 1978, S. 123.

Am 8. Juni 1979 gab das amerikanische Präsidialamt die Dislozierung der MX-Rakete bekannt. Über deren Stationierungsmodus sollte in den kommenden Monaten entschieden werden. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, CARTER 1979, S. 1016.

Botschafter Hermes, Washington, schrieb Staatsminister von Dohnanyi am 1. Juli 1980, das Armed Services Committee des Senats habe am 11. Juni 1980 die Bewilligung der ersten 1,5 Mrd. Dollar für das MX-Projekt an Bedingungen geknüpft: „Danach soll das Pentagon zunächst nur die Hälfte der vorgesehenen 200 Raketen und 4600 Schutzbauten für das Great Basin in Utah/Nevada vorsehen und bis zum 1.2.1981 eine Studie über andere möglicherweise geeignete Standorte, z. B. New Mexiko und Texas vorlegen. Es ist damit zu rechnen, daß die Administration an ihren bisherigen Vorschlägen zu Art und Ort der Stationierung – auch aus Kostengründen – im wesentlichen festhalten wird.“ Vgl. Referat 201, Bd. 120165.

¹⁸ Anlaßlich eines Besuchs vom 27. bis 30. März 1977 in der UdSSR legte der amerikanische Außenminister Vance neue Vorschläge zur Begrenzung strategischer Waffen (SALT) vor. Botschafter Ruth teilte der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel dazu am 1. April 1977 mit: „1) Der amerikanische AM legte in Moskau die beiden amerikanischen Optionen dar: a) Konkretisierung der Vereinbarungen von Wladiwostok unter Verlagerung der Problematik Cruise Missiles/Backfire in SALT III, b) ein umfassendes SALT-Paket mit folgenden Bestandteilen: Reduzierung der Trägermittel um einige Hundert unterhalb der bisher vereinbarten Zahl von 2400, Verminderung der schweren ICBM, Reduzierung der mit MIRV ausgerüsteten Raketen unter die Zahl von 1320, Beendigung weiterer Entwicklungen der ICBMs, Verzicht auf Weiterentwicklung der mobilen ICBMs. 2) Für Europa relevante Aspekte: a) Begrenzung der Cruise Missiles nur bei den strategischen Reichweiten, b) keine Behandlung der ‚Forward Based Systems‘, c) für das sowjetische Flugzeug Backfire sollen die Sowjets selbst Vorschläge für die Einsatzbegrenzung machen, d) keine Veränderung der Haltung beider Seiten zu Non-transfer und Non-circumvention.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 1391; VS-Bd. 11380 (220); B 150, Aktenkopien 1977. Vgl. dazu ferner AAPD 1977, I, Dok. 82 und Dok. 84.

Strategie die Alliierten auf der letzten NPG-Tagung unterrichtet und gleichzeitig angekündigt, daß der Präsident seine Entscheidung über die amerikanische Nuklearstrategie in Kürze fällen werde.

Die PD 59 wird langfristig sowohl Konsequenzen für die Ziel- als auch für die Rüstungsplanung haben. Im Hinblick auf die Zielplanung wird ein eindeutiger Schwerpunkt auf militärische Ziele gelegt werden. Damit wird die NUWEP Schlesingers fortgeschrieben und im Sinne größtmöglicher Flexibilität weiter differenziert.

An Zielkategorien, die selektiv und mit geringem Kollateralschaden bekämpfbar sein müssen, werden vorgesehen:

- zivile und militärische Führungseinrichtungen,
- militärische Kräfte, sowohl nukleare als auch konventionelle,
- Rüstungsindustrie.

Darüber hinaus wird die Bedeutung einer strategischen Reserve von besonderer Überlebensfähigkeit betont. Mit ihr soll sichergestellt werden, daß in einem letzten Schlag ein breites Spektrum industrieller und wirtschaftlicher Ziele vernichtet werden kann. Sie stellt damit die letzte Stufe der Eskalationsleiter dar, mit der die Existenz der sowjetischen Gesellschaft bedroht wird. Was die Rüstungsplanung angeht, so werden die USA sich verstärkt auf die Überlebensfähigkeit der Waffensysteme und Führungseinrichtungen sowie eine Verbesserung der Treffgenauigkeit zur Erreichung einer ausreichenden Hard Target Kill Capability (HTKC) konzentrieren. Sie setzt darüber hinaus Waffensysteme voraus, die auch unter den Bedingungen eines Atomkrieges längere Zeit einsatzbereit gehalten werden können und deren Zielprogrammierung kurzfristig und mit Hilfe genauer Aufklärungsergebnisse geändert werden kann.

II. Kommentar

Mit der PD59 setzt der Präsident selbst die Akzente der künftigen amerikanischen Nuklearstrategie, deren Grundzüge sich seit einiger Zeit abzeichneten und über die die Verbündeten in der NPG unterrichtet wurden.

Die rüstungstechnische Verwirklichung der Weisung wird Jahre in Anspruch nehmen und dabei im Hinblick auf die Finanzierbarkeit auf Grenzen stoßen. Bezeichnenderweise waren in der Vorbereitung der PD59 die ersten Entwürfe auf den Widerstand der Chiefs of Staff gestoßen, die nicht etwa den Aspekt der Kriegsführungsfähigkeit kritisierten, sondern befürchteten, daß ihnen bei der knappen Haushaltsdecke und den umfangreichen Modernisierungsmaßnahmen der konventionellen Kräfte die finanziellen Mittel zur Realisierung fehlen würden.

Eine Änderung der NATO-Strategie ist nicht zu erwarten, da sich der Inhalt von SecDef¹⁹ Browns Ausführungen während der NPG nahtlos in die flexible response²⁰ einfügt.²¹ Auswirkungen auf den TNF-Bereich bleiben abzuwarten.

¹⁹ Secretary of Defense.

²⁰ Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 168, Anm. 18.

²¹ In einem Schreiben an die Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten erläuterte der amerikanische Verteidigungsminister Brown am 8. August 1980 die Presidential Directive 59 vom 25. Juli 1980. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D. 475 f.

Konsequenzen im Hinblick auf die Überlebensfähigkeit der TNF, deren Führungsorganisation sowie eine weitere Verbesserung der Systeme im Hinblick auf ihre Treffgenauigkeit können nicht ausgeschlossen werden. Die kürzlich erhobene amerikanische Forderung hinsichtlich besonderer Härtingsmaßnahmen für GLCM (Shelter-Bau) könnte bereits auf die PD 59 zurückzuführen sein.

[gez.] Jungmichel

VS-Bd. 14089 (010)

227

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Landrut

311-321.00 LIY-751/70 VS

7. August 1980¹

Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³ zur Entscheidung

Betr.: Künftige Gestaltung der deutsch-libyschen Beziehungen

Anlg.: 1

Entscheidungsvorschlag:

1) Nach einer zweiwöchigen Wartefrist⁴ – im Rahmen welcher die vom Herrn Bundeskanzler in der Kabinettsitzung vom 16.7.1980 gewünschte Aufklärung der Hintergründe, die zur Festnahme der sechs Geologen an der sudanesisch-libyschen Grenze geführt haben⁵, erfolgen sollte – wird entschieden, durch welche konkreten Schritte von unserer Seite das deutsch-libysche Verhältnis auf politischer Ebene weiterentwickelt werden kann.

2) Oberst Gaddafi sollte spätestens Ende Oktober 1980 eine feste Einladung (ohne Terminierung) zu einem Besuch der Bundesrepublik Deutschland erhalten. Die interne⁶ Entscheidung der Bundesregierung hierüber sollte nach der Sommerpause fallen. Als später zu vereinbarender Termin käme das erste Vierteljahr 1981 in Frage. Eine gesonderte Vorlage über Form, Ablauf und Termin des Besuches würde zu gegebener Zeit folgen.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Umlauff und Attaché Kössler konzipiert.

Hat Umlauff am 2. September 1980 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Rücklauf lag RL 311 vor.“

² Hat Staatssekretär Lautenschlager am 15. August vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ich schlage vor, nach Aufklärung der Hintergründe über die Verhaftung der Geologen die Sache mit Bundeskanzler zu besprechen (siehe auch Seite 5).“ Vgl. Anm. 18.

Hat Staatssekretär van Well am 15. September 1980 vorgelegen.

³ Hat Bundesminister Genscher am 16. August 1980 vorgelegen.

⁴ Zu den Wörtern „nach einer zweiwöchigen Wartefrist“ vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Ab wann?“

⁵ Zur Inhaftierung einer Gruppe von Geologen der Freien Universität Berlin vgl. Dok. 173, Anm. 2.

⁶ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Aber wohl nur unter der Voraussetzung, daß sie auch ‚intern‘ gehalten werden kann.“

Begründung:

1) Für eine Intensivierung der deutsch-libyschen Beziehungen insbesondere auf politischem Gebiet sprechen folgende Gründe:

a) Die arabische Welt spielt in ihrer Lage an der Südflanke Europas für uns eine so große politisch-strategische Rolle, daß es auf jeden einzelnen Staat ankommt, auch auf Libyen. Auch unsere bedeutenden Wirtschaftsbeziehungen zu Libyen (zweitgrößter Erdöllieferant, wichtiger Abnehmer deutscher Exportprodukte) lassen eine Intensivierung der bilateralen Beziehungen nicht nur wünschenswert, sondern langfristig notwendig erscheinen.

b) Es gibt Anzeichen dafür, daß Gaddafi grundsätzlich zu einer Verbesserung seiner Beziehungen zum gesamten Westen bereit ist. Es ist in der Tat zu fragen, ob wir nicht aufgrund unseres relativ am wenigsten belasteten Verhältnisses zu Tripolis sowie durch ein psychologisch geschicktes Vorgehen Gaddafi eine Öffnung nach Westen ermöglichen sollten. Gaddafi erwartet von uns möglicherweise diese Vermittlerrolle.

c) Sowohl die Bundesregierung als auch die libysche Seite haben wiederholt ihr Interesse an einer engeren Gestaltung und fruchtbaren Weiterentwicklung des bilateralen Verhältnisses bekundet.

d) Die Freilassung der sechs Geologen⁷ und die Einstellung der Liquidierungskampagne gegen Exillibyer durch Gaddafi⁸ hat das deutsch-libysche Verhältnis spürbar entkrampft.

Die Freilassung erfolgte, ohne daß die libysche Seite uns erpreßt hat. Sie glaubte vielmehr, berechnete Gründe für die Festnahme und eine Verurteilung gehabt zu haben. Aus libyscher Sicht war die Freilassung eine Geste des guten Willens. Ohne diese wäre die deutsche Seite zu Konzessionen gezwungen gewesen.

e) Die libysche Seite hat uns klar bedeutet, daß man von ihr nicht nur die Erfüllung unserer Wünsche erwarten könne, sondern daß nun wir an der Reihe seien, eine Geste zu machen, die zur Intensivierung des bilateralen Verhältnisses beiträgt.

f) Gaddafi hat eine bislang ungebrochene Achtung und Bewunderung für Deutschland (unsere nicht-koloniale Vergangenheit, unsere wirtschaftliche und technologische Leistungsfähigkeit, Gaddafis medizinische Betreuung in Wiesbaden 1978⁹). Gaddafis Goodwill-Potential uns gegenüber sollten wir aktivieren, vor allem auch, um der Wiederholung unliebsamer Vorkommnisse entgegenzuwirken.

⁷ Zur Freilassung der Gruppe von Geologen am 12. Juli 1980 vgl. Dok. 173, Anm. 11.

⁸ Zur Ankündigung des Obersts Gaddafi vom 4. Mai 1980, Exil-Libyer liquidieren zu lassen, die nicht bis 11. Juni 1980 nach Libyen zurückkehren würden, vgl. Dok. 161, Anm. 2.

Referat 311 vermerkte am 1. September 1980: „In einer Rede am 11.6.1980 kündigte Gaddafi die Einstellung der Liquidierungskampagne an (Ausnahme: Libyer, die mit Ägypten, Israel und den USA zusammenarbeiten). Seitdem sind keine vergleichbaren Morde mehr festgestellt worden.“ Vgl. Referat 311, Bd. 137638.

⁹ In der Presse wurde berichtet, der Generalsekretär des Allgemeinen Volkskongresses der Sozialistischen Libysch-Arabischen Volks-Dschamahirija, Gaddafi, habe sich vom 12. bis 16. September 1978 in Wiesbaden aufgehalten, um sich in der Deutschen Klinik für Diagnostik einer Untersuchung zu unterziehen. Vgl. dazu den Artikel „Gaddafi in Wiesbaden“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 19. September 1978, S. 8.

g) Die Personen in Gaddafis Umgebung, die dem Westen gegenüber aufgeschlossen sind, würden in ihrer Einflußnahme auf Gaddafi gestärkt werden. Gleichzeitig könnte vermieden werden, daß Libyen weiter in die Arme des Ostblocks bzw. in die Isolierung getrieben wird.

2) Der Schlüssel zur Intensivierung der deutsch-libyschen Beziehungen ist zweifellos ein Besuch Gaddafis in der Bundesrepublik Deutschland.

Für eine Einladung sprechen folgende weitere Gründe:

a) Wir haben Gaddafi signalisiert, daß wir ihn einladen wollen (u. a. mit Verbalnote vom 3.3.1980¹⁰, verschiedene Gespräche mit der libyschen Seite).

b) Gaddafi drängt seit Dezember 1978 auf einen offiziellen Besuch in Deutschland (siehe Anlage). Er ist seitdem immer wieder vertröstet worden oder es haben seine außenpolitischen Aktionen uns abgehalten, eine definitive Einladung an ihn auszusprechen (Gafsa-Zwischenfall¹¹, Liquidierungskampagne, Festnahme der Geologen).

c) Gaddafi hat signalisiert, daß er uns in jeder möglichen Weise entgegenkommen will (z. B. in der Lieferung von Erdöl und wirtschaftlicher Zusammenarbeit), wenn sich dadurch sein Besuch in Deutschland realisieren ließe.

d) Gaddafi hat wiederholt demonstriert, daß er in der Lage ist, die deutsch-libyschen Beziehungen gezielt Belastungsproben auszusetzen (z. B. Einreisestopp für Deutsche¹², Festsetzung von Deutschen in Tripolis). Andererseits hat er ostentativ zu erkennen gegeben, daß er bestehende Hindernisse im bilateralen Verhältnis aus freien Stücken aus dem Wege zu räumen bereit ist.

e) Gaddafis Haltung gegenüber dem Osten könnte unabhängiger werden, wenn wir dem libyschen Staatschef unsere freiheitlich-demokratische Ordnung und liberale Wirtschaftsverfassung vor Auge führen. Wir sollten den Versuch machen, auf diese Weise sein weitgehend einseitig durch die Sowjetunion geprägtes Weltbild zu verändern.

f) Auch den Nachbarstaaten Libyens sowie unseren Verbündeten käme es zugute, wenn wir auf den außenpolitisch unberechenbar agierenden Gaddafi mächtig einwirken.

g) Was die Be- oder Mißachtung internationalen Rechts und innerstaatlicher Grundrechte durch Gaddafi angeht, sollten wir bei Einladungen hochgestellter

¹⁰ Vortragender Legationsrat I. Klasse Schlagintweit übermittelte am 6. März 1980 der Botschaft in Tripolis den Wortlaut einer Verbalnote, die dem libyschen Volksbüro am 3. März übergeben worden war. Dort hieß es, die Bundesregierung beabsichtige, Oberst Gaddafi einzuladen, und prüfe, „welcher Zeitpunkt als geeignet vorgeschlagen werden könnte“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 29; Referat 311, Bd. 137638.

¹¹ Zu dem von Libyen unterstützten Putschversuch im Januar 1980 in Gafsa vgl. Dok. 70, Anm. 29.

¹² Vortragender Legationsrat I. Klasse Schlagintweit vermerkte am 27. Mai 1980, Ministerialdirektor Fleischhauer habe am Vortrag den Sekretär des libyschen Volksbüros, Aghil, zu einem Gespräch gebeten, nachdem Libyen am 23. Mai 1980 ein Einreiseverbot für Bundesbürger verhängt habe: „Herr Aghil, der von dem Einreiseverbot nicht unterrichtet schien, antwortete mit einer Reihe von Beschuldigungen“. Unter anderen nannte er die Ausweisung einzelner Libyer aus der Bundesrepublik und eine „Verleumdungskampagne“ der Medien. Fleischhauer habe um eine rasche Aufhebung des Einreiseverbots gebeten. Vgl. Referat 311, Bd. 137638.

Zur Aufhebung des Einreiseverbots vgl. Dok. 161, Anm. 11.

Persönlichkeiten zu Staatsbesuchen in Deutschland nicht mit zweierlei Maß messen.

h) Die Frage stellt sich, wie lange eine Einladung noch hinausgezögert werden kann, ohne den Stolz Gaddafis zu verletzen.

3) Gegen eine Einladung Gaddafis spricht demgegenüber folgendes:

a) Gaddafi besitzt bei Regierungen, Medien und Öffentlichkeit im Westen keinen guten Ruf.¹³

- Er gilt als unberechenbarer Exzentriker und Radikaler, der jahrelang den internationalen Terrorismus unterstützt hat und zu allem fähig ist.
- Man sieht in ihm den Diktator, der bei seinen innenpolitischen Experimenten die Menschenrechte mißachtet und seine Gegner selbst im Ausland verfolgen läßt.
- Er neigt dazu, sich in außenpolitische Abenteuer zu stürzen, wenn er – wie wiederholt in der Vergangenheit – Gewaltherrscher unterstützt (Idi Amin, Bokassa) oder andere Staaten bedroht (Sudan¹⁴, Ägypten¹⁵, Tschad¹⁶, Tunesien).
- Manche verdächtigen ihn, als Agent Moskaus dem sowjetischen Expansionsstreben in Afrika den Weg zu ebnen.

b) Mit seiner Liquidierungskampagne gegen Regimegegner im Ausland hat sich Gaddafi in Widerspruch zur internationalen Rechtsordnung gesetzt. Gaddafi hatte im Mai 1980 in einem Interview, das auch dem Auswärtigen Amt kommentarlos übermittelt worden war¹⁷, angekündigt, daß die im Ausland mit

¹³ An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „(Wegen Ziffer 3 b!)“.

¹⁴ Am 4. August 1976 teilte Botschaftsrat Schilling, Tripolis, zum niedergeschlagenen Staatsstreich im Sudan am 2. Juli 1976 mit: „Nachdem die sudanesisische Regierung Libyen Beteiligung an dem kürzlich gescheiterten Putschversuch vorwarf, sind die Beziehungen auf einem Tiefpunkt angelangt. Nimeiri hat alle sudanesischen Staatsangehörigen aufgefordert, Libyen zu verlassen. Viele, jedoch nicht alle, sind dieser Aufforderung gefolgt. Die diplomatischen Beziehungen sind abgebrochen, ebenso andere Verbindungen (z. B. Post-, Flugverkehr-, Bankverbindungen).“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 329; Referat 311, Bd. 108812.

¹⁵ Botschafter Neubert, Tripolis, informierte am 23. Juli 1977, Radio Tripolis habe am 21. Juli 1977 von „heftigen militärischen Zusammenstößen an der libysch-ägyptischen Grenze“ berichtet, die Höhepunkt wiederholter Grenzzwischenfälle seit Mitte Juni 1977 seien. Am 22./23. Juli seien ägyptische Luftangriffe auf Tobruk, Kufra, Badi, Musad und Jagbub gemeldet worden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 274; Referat 311, Bd. 119932.

Am 24. Juli 1977 kündigte Präsident Sadat ein Ende der Kampfhandlungen an. Vgl. dazu den Artikel „Egypt's Planes Pound Libya Air-Radar Bases“, INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE vom 25. Juli 1977, S. 1.

¹⁶ Kanzler I. Klasse Weineck, N'Djamena, gab nach einer Unterrichtung der Botschaft durch die Regierung des Tschad am 3. Juli 1977 folgenden Bericht: „Seit 21. Juni 1977 massive und koordinierte Angriffe der Aufständischen [...]. An aktiver Rolle Libyens, das damit sein Expansionsstreben möglichst über die gesamte Nordpräfektur B. E. T. (Borkou, Ennedi, Tibesti) ausdehnen möchte, bestehe kein Zweifel. Rebellen erhielten starke Unterstützung von Libyen an Waffen, Munition und sonstiger Ausrüstung.“ Weineck bemerkte dazu: „In der Geschichte der tschadischen Rebellion ist Ausmaß der Angriffe ohne Beispiel. Verhandlungen mit Libyen über Rückzug aus besetztem Aouzoustreifen (ca. 144 000 qkm) und Grenzverlauf vor wenigen Tagen gescheitert.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 39; Referat 311, Bd. 119931.

¹⁷ Am 27. Mai 1980 übermittelte das libysche Volksbüro mit einer Verbalnote „den Text eines Interviews mit Oberst Gaddafi vom 20.5.1980“. In dem Interview vom 6. Mai 1980 in Rabat äußerte Gaddafi zu den Exil-Libyrn: „But when they decided to stay abroad and collaborate with our enemies, the revolutionary committees decided to liquidate them.“ Vgl. Referat 311, Bd. 137638.

dem Feind zusammenarbeitenden Libyer mehrmals zur Rückkehr aufgefordert worden seien; die „Revolutionskomitees“ hätten entschieden, diejenigen, die sich weigerten und die Zusammenarbeit fortsetzten, liquidieren zu lassen. Zwar hat Gaddafi im Juni 1980 die Einstellung der Aktionen angekündigt. Die Tatsache bleibt aber bestehen, daß im Mai 1980 ein libyscher Regimegegner von Angehörigen eines Mordkommandos auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland umgebracht worden ist.¹⁸ Diese Aktion ist noch nicht vergessen.

c) Auch darf man an den Besuch keine übertriebenen Erwartungen knüpfen. Zwar können wir auf Gaddafi mäßigend einwirken und seinen Blickwinkel in Richtung Westen erweitern; wir werden ihn aber nicht über Nacht bekehren und zu einer aus unserer Sicht berechenbaren Außenpolitik bewegen.

- Seine Feindbilder (Zionismus, Kapitalismus, Imperialismus, Kolonialismus) werden bleiben, zumindest verbal. Mit entsprechenden Schimpftiraden müssen wir rechnen, auch in Reden während seines Bonn-Besuchs.
- Der Sowjetunion wird er auch weiterhin – wenn auch möglicherweise distanzierter – zugetan bleiben, weil sie sein verlässlicher Rüstungslieferant ist.

4) Bei Abwägung aller Gründe spricht sich Abteilung 3 für eine Einladung Gaddafis aus. Insgesamt überwiegen die zu erwartenden positiven Elemente. Insbesondere soll der Besuch die Aussicht auf gute und störungsfreie deutsch-libysche Beziehungen eröffnen. Dem libyschen Staatschef soll deutlich gemacht werden, daß Störungen künftig vermieden werden müssen, die geeignet sind, das bilaterale Verhältnis erneut zu trüben, wie etwa

- a) willkürliche Festnahme von Deutschen in Libyen,
- b) Liquidierung politischer Gegner durch libysche Revolutionskomitees auf deutschem Boden,
- c) in die Öffentlichkeit getragene Reparationsforderungen Libyens gegen die Bundesrepublik Deutschland.

Bei entsprechend sorgfältiger Vorbereitung des Besuchs, vor allem durch Vorgespräche mit Journalisten, sollte es gelingen, der deutschen Öffentlichkeit die Gründe zu erläutern, die für die Verbesserung der deutsch-libyschen Beziehungen sprechen. Dabei kommt uns zugute, daß unsere Öffentlichkeit in letzter Zeit ein zunehmend unbefangenes Verhältnis zu Libyen entwickelt.

Abteilung 5 hat mitgezeichnet.

Meyer-Landrut

¹⁸ Zur Ermordung des ehemaligen libyschen Diplomaten Mehdawi am 10. Mai 1980 vgl. Dok. 161, Anm. 7.

Die Wörter „Tatsache bleibt aber bestehen“, „Mai 1980“ und „umgebracht worden“ wurden von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Es wäre sicher gut, wenn Verurteilung und ggf. andere Schritte erfolgt sind, bevor die Einladung ausgesprochen wird.“ Vgl. Anm. 2.

[Anlage]

Chronik der Einladung Gaddafis

- Dezember 1978: Gaddafi, der im September 1978 in der Diagnoseklinik in Wiesbaden untersucht wurde, äußerte in einem Gespräch mit deutschen Journalisten die Absicht, Deutschland offiziell zu besuchen.
- Januar 1979: Innenminister Belgassem bestätigt dies in einem Interview mit dem WDR.¹⁹
- Frühjahr 1979: Belgassem wiederholt die Besuchswünsche in Gesprächen mit AA²⁰ und unserem Botschafter in Tripolis.
- 19.6.1979: Gespräch Bundesminister–Gaddafi in Tripolis: Gaddafi sagt, er möchte bald mit dem Bundeskanzler zusammentreffen. Bundesminister: Wir werden die Voraussetzungen hierfür schaffen.²¹
- 1.7.1979: Interne Weisung Bundesminister, Besuch jetzt aus politischen Gründen nicht durchzuführen, für Herbst vorbereiten.²²
- 5.9.1979: StS Issa Baba zu Botschafter Neubert: Gaddafi liegt großen Wert darauf, Besuch im September durchzuführen.
- 13.9.1979: Belgassem in gleichem Sinne.
- September 1979: Bundesminister in New York zu AM Treiki: Treiki soll im Oktober nach Deutschland kommen. Gaddafi dann 1980.²³
- 2.10.1979: DB Tripolis: Gaddafi plant Besuch für Zeit zwischen 10. und 15. Oktober 1979. Es ist für ihn Prestigefrage, noch diesen Herbst zu kommen.

¹⁹ Der libysche Innenminister Belgassem hielt sich vom 22. bis 28. Januar 1979 in der Bundesrepublik auf.

²⁰ Der libysche Innenminister Belgassem hielt sich im April 1979 in der Bundesrepublik auf. Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, vermerkte am 25. April 1979, Belgassem habe am 23. April 1979 Staatsminister Wischniewski, Bundeskanzleramt, die Bereitschaft des Obersts Gaddafi übermittelt, die Bundesrepublik mit Erdöl zu beliefern: „Er hofft, daß es zu gegenseitigen Besuchen Gaddafis und des Bundeskanzlers kommt, in denen viele der noch bestehenden Probleme im gegenseitigen Vertrauen gelöst werden können.“ Vgl. Referat 311, Bd. 119931.

²¹ Für das Gespräch vgl. AAPD 1979, I, Dok. 180.

²² Ministerialdirigent Montfort vermerkte am 27. Juni 1979, Bundesminister Genscher habe während seines Besuchs vom 18. bis 20. Juni 1979 in Libyen gegenüber dem libyschen Außenminister Treiki bemerkt, angesichts der Wahl des Bundespräsidenten und der Abwesenheit von Bundeskanzler Schmidt von Bonn sei ein Besuch des Obersts Gaddafi derzeit nicht opportun. Im Beisein Montforts habe Genscher geäußert, „ein solcher Besuch käme jetzt außenpolitisch überhaupt nicht in Frage. Mit seinem eigenen Besuch in Tripolis sei Libyen zunächst einmal abgehakt. Wenn es um einen Termin im Herbst ginge, habe das ‚viel viel Zeit‘.“ Vgl. Referat 311, Bd. 119931.

²³ Ministerialdirigent Montfort vermerkte am 1. Oktober 1979, der libysche Außenminister Treiki habe Bundesminister Genscher am 27. September 1979 am Rande der VN-Generalversammlung einen Besuch in der Bundesrepublik für den Oktober vorgeschlagen. Die Reise des Obersts Gaddafi solle auf 1980 verschoben werden. Montfort bemerkte dazu: „Angesichts der besonderen innenpolitischen Problematik, die der Gaddafi-Besuch mit sich bringt, und angesichts der ohnehin schon beträchtlichen Nahost-Aktivität im Jahre 1979 erscheint es besser, das heiße Eisen des Gaddafi-Besuchs vorläufig einmal aufzuschieben.“ Vgl. Referat 311, Bd. 119931.

- 5.10.1979: DE nach Tripolis: Wir werden im Rahmen Besuchsplanung für 1980 prüfen, welcher Termin Gaddafi angeboten werden kann.
- 11.10.1979: StS Issa Baba schlägt zweite Hälfte März 1980 oder erste Dekade April 1980 vor.
- 17.12.1979: „Die Welt“: Gaddafi kommt voraussichtlich Anfang nächsten Jahres.²⁴
- 18.1.1980: Bundeskanzler und Bundesminister haben Besuch vom 3. bis 7. März 1980 (dann geändert auf 17. bis 20. März 1980) zugestimmt.²⁵ Meldungen hierüber in der deutsche Presse.
- 26.1.1980: Gafsa-Zwischenfall.
- 6.2.1980: Besuch Gaddafis ist auf Weisung Bundesminister zurückgestellt.²⁶
- 17.2.1980²⁷: DB Tripolis: StS Shaban auf Weisung Gaddafis: Gaddafi will unbedingt im März Bonn offiziell besuchen.²⁸
- Februar 1980: Bundeskanzler²⁹ auf Gesprächszettel: Weiter ruhen lassen bis auf ausdrückliche Entscheidung durch mich.³⁰
- 19.2.1980: Bundeskanzler zu Journalisten: „Der Besuch von Herrn Gaddafi ist verschoben worden. Daraus können Sie Ihre Rückschlüsse ziehen.“ Entsprechende Meldungen in deutscher und internationaler Presse.

²⁴ Vgl. dazu den Artikel „Khadhafi erwidert Genschers Besuch“, DIE WELT vom 17. Dezember 1979, S. 2.

²⁵ Ministerialdirigent Montfort vermerkte am 18. Januar 1980, Bundesminister Genscher befürworte einen Staatsbesuch des Obersts Gaddafi: „Bundeskanzler Schmidt hat den Besuch im Prinzip ebenfalls gebilligt, möchte jedoch durch vorherige Abstimmung mit AM Vance sichergestellt wissen, daß die Einladung an Oberst Gaddafi nicht von der US-Regierung als Akt der Desolidarisierung gewertet wird.“ Vgl. Referat 311, Bd. 137638.

²⁶ Vortragender Legationsrat I. Klasse Schlagintweit unterrichtete am 6. Februar 1980 die Botschaft in Tripolis, der Besuch sei auf Weisung von Bundesminister Genscher zurückgestellt worden. „Wegen Brandanschlag auf französische Botschaft sollten wir vorläufig auch in der Frage der zweiten Tagung der deutsch-libyschen Wirtschaftskommission keine Initiative ergreifen.“ Vgl. den nicht nummerierten Drahterlaß; Referat 311, Bd. 137638.

²⁷ Korrigiert aus: „7.2.1980“.

²⁸ Botschafter Held, Tripolis, berichtete am 17. Februar 1980 von einem Gespräch im libyschen Außenministerium, wo man für den Besuch des Obersts Gaddafi um mehrere Terminvorschläge im März 1980 gebeten habe, weil Gaddafi auch andere westeuropäische Länder besuchen wolle. Held äußerte dazu: „Trotz innerer Widerstände ist Gaddafis Stellung in Libyen so gefestigt, daß wir für überschaubaren Zeitraum noch mit ihm leben müssen. Wir können es uns daher m.E. – auch wegen westlicher Ölversorgung – einfach nicht leisten, daß nach USA und Frankreich auch Verhältnis zu Deutschland durch Absage sehr ernsthaft getrübt würde. Mit unseren amerikanischen und französischen Verbündeten sollten wir daher sorgfältig überlegen, ob wir nicht doch in, wie ich nicht verkenne, sauren Apfel seines Staatsbesuchs beißen müßten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 55; Referat 311, Bd. 137638.

²⁹ Korrigiert aus: „Bundesminister“.

³⁰ Vortragende Legationsrätin Vogel vermerkte am 21. Februar 1980, das Bundeskanzleramt habe nach einer entsprechenden Meldung im Nachrichtenspiegel I/Nr. 51 vom selben Tag auf Nachfrage informiert, die Meldung sei zutreffend, daß Bundeskanzler Schmidt einem tunesischen Journalisten mitgeteilt habe, der Besuch des Obersts Gaddafi sei verschoben worden. Auf einem Gesprächszettel habe Schmidt notiert, daß die Sache bis zu seiner ausdrücklichen Entscheidung ruhen solle. Vgl. dazu Referat 311, Bd. 137638.

- 21.2.1980: Verbalnote und persönliche Demarche des libyschen Volksbüros in Bonn: Erbittet offizielle Erklärung.³¹
- 26.2.1980: Botschaft Tripolis: Libysche Führung droht mit sehr ernstesten Konsequenzen für den Fall einer negativen deutschen Erklärung.³²
- 27.2. u. 3.3.1980: Gefangennahme der deutschen Wissenschaftler an der sudanesisch-libyschen Grenze.
- 3.3.1980: Verbalnote des Auswärtigen Amts an das libysche Volksbüro: „Die Bundesregierung erwägt die Einladung Gaddafis. Sie bekräftigt diese Absicht und prüft, welcher Zeitpunkt als geeignet vorgeschlagen werden könnte.“
- 9.4.1980: Gaddafi im ZDF Heute Journal: Die Beziehungen sind gut. Es ist durchaus möglich, daß ich Deutschland besuchen werde.
- 7.5.1980: Geschäftsträger Aghil zu StS van Well³³: Libyen sieht der Verwirklichung der Einladung Gaddafis mit Aufmerksamkeit entgegen: Gaddafi jederzeit bereit, nach Deutschland zu kommen, der Besuch werde die Beziehungen entscheidend beeinflussen.
- 23.5.1980: Belgassem zu Bundesminister: Man hat in Tripolis gehofft, daß Deutschlandbesuch von AM Treiki Besuch Gaddafis hätte vorbereiten können.
Bundesminister verweist auf Terminschwierigkeiten im Hinblick auf Bundestagswahl³⁴. Gaddafi-Besuch steht jedoch auf unserer Agenda.

³¹ Vortragender Legationsrat I. Klasse Schlagintweit informierte am 22. Februar 1980 die Botschaft in Tripolis, der Sekretär des libyschen Volksbüros, Aghil, sei am Vortag im Auswärtigen Amt vorgestellt worden und habe eine Verbalnote überreicht. Dazu habe er erläutert, „es habe bei ihm, aber auch in Tripolis, größte Verbitterung ausgelöst“, daß tunesische Medien die Äußerungen des Bundeskanzlers Schmidt so ausgelegt hätten, als sei Oberst Gaddafi wegen der libysch-tunesischen Streitigkeiten eingeladen worden. Eine solche einseitige Absage des Staatsbesuchs „würde seiner Meinung nach nicht anders als eine Beleidigung des libyschen Staates aufgefaßt werden“. Vortragender Legationsrat I. Klasse von Bredow habe diese Auslegung zurückgewiesen; Schmidt habe bewußt keine Gründe genannt. Vgl. den Drahterlaß Nr. 24; Referat 311, Bd. 137638.

Vortragende Legationsrätin Vogel notierte am selben Tag, Schmidt habe sich wie folgt geäußert: „Ich muß bekennen, daß ich im Augenblick nicht alle Details dieser Vorkommnisse im Auge habe. Das liegt aber an mir. Herr Genscher wäre da sicher besser informiert. Sie wissen, daß hier ein Besuch verabredet oder in Aussicht genommen war, daß er gegenwärtig verschoben ist. Ich bitte Sie, daraus Ihre Rückschlüsse zu ziehen.“ Vgl. Referat 311, Bd. 137638.

³² Botschafter Held, Tripolis, informierte am 26. Februar 1980, er habe aus vertraulicher Quelle erfahren, daß die libysche Führung eine Reaktion auf die Äußerungen des Bundeskanzlers Schmidt zurückstellen wolle, bis sie eine Antwort bezüglich des Termins des Staatsbesuchs erhalten habe: „Bei negativem Bescheid mit sehr ernstesten Konsequenzen für deutsch-libysche Beziehungen zu rechnen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 61; Referat 311, Bd. 137638.

³³ Attaché Kössler vermerkte am 8. Mai 1980, der Sekretär des libyschen Volksbüros, Aghil, habe im Gespräch mit Staatssekretär van Well am Vortag betont, „daß das libysche Volksbüro in Bonn und das Volkskomitee die zuständigen Kontaktstellen zwischen dem libyschen und dem deutschen Volk seien [...]. Das libysche Außenministerium werde verschwinden, sobald die libyschen Botschaften in anderen Ländern in Volksbüros umgewandelt seien.“ Vgl. Referat 311, Bd. 137638.

³⁴ Am 5. Oktober 1980 fanden die Wahlen zum Bundestag statt.

11./12.7.1980: Belgassem zu Botschafter Held und BKA-Vertretern anlässlich der Freilassung der Geologen in Tripolis: Der von Gaddafi erwünschte Besuch sei von großer Bedeutung. Er habe von Gaddafi die Vollmacht, der Bundesrepublik Deutschland alles anzubieten, was der Verwirklichung seines Besuches in Deutschland diene. Gaddafi sei unumschränkt bereit, uns in jeder möglichen Weise entgegenzukommen (z. B. Erdöllieferungen, wirtschaftliche Zusammenarbeit).

Referat 311, Bd. 137638

228

Botschafter Negwer, Warschau, an das Auswärtige Amt

VS-NfD

Fernschreiben Nr. 888

Citissime

Aufgabe: 7. August 1980, 17.30 Uhr¹

Ankunft: 7. August 1980, 19.04 Uhr

Betr.: Treffen Erster Sekretär Gierek – Bundeskanzler am 19./20.8.1980²;
hier: Innenpolitische Lage Polens

Bezug: DE Nr. 347 vom 5.8.1980 – 214-321.36 POL³

Auf Weisung

I. Seit Ende der erste Juliwoche in Polen in bisher drei an Intensität zunehmenden Wellen verlaufende Arbeitsniederlegungen in zahlreichen Betrieben⁴ sind Ausdruck seit mehreren Jahren schwelender Unzufriedenheit weiter Bevölkerungskreise mit wirtschaftlicher und sozialpolitischer Situation im Lande. Sinkende bzw. stagnierende Realeinkommen seit 1978 gingen einher mit einer Verschlechterung der Versorgung mit Lebensmitteln und wichtigen Konsumgütern wie z.B. Möbeln, daneben aber auch im besonders sensiblen Bereich Me-

¹ Hat Vortragendem Legationsrat Scheel vorgelegen.

² Zum geplanten Besuchs des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, Gierek, vgl. Dok. 217, Anm. 21.

³ Vortragende Legationsrätin I. Klasse Finke-Osiander bat die Botschaft in Warschau, die innenpolitische Lage in Polen darzustellen. Dabei solle insbesondere dargelegt werden, was die Arbeitsniederlegungen ausgelöst habe, wie die polnische Regierung darauf reagiere und welche wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen, insbesondere auf die polnisch-sowjetischen Beziehungen, zu erwarten seien. Vgl. Referat 214, Bd. 132946.

⁴ Gesandter König, Warschau, berichtete am 7. Juli 1980: „In Polen sind mit Wirkung vom 1. Juli 1980 die Preise für verschiedene Fleisch- und Geflügelsorten stark angehoben worden. Als Reaktion darauf ist es bisher in verschiedenen Betrieben zu Arbeitsniederlegungen gekommen. [...] Die jetzt von der Regierung verfügte Preiserhöhungen stellen seit der gescheiterten Preisreform vom Juni 1976 den ersten offenen Versuch einer Revision der Fleischpreise dar. Aus Protest auf die Maßnahme soll es in Betrieben in verschiedenen Städten, darunter in Warschau selbst, in Ursus, Danzig und Dirschau zu Arbeitsniederlegungen gekommen sein, über deren Ausmaß bisher noch keine genauen Nachrichten vorhanden sind.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 776; Referat 421, Bd. 141258.

dikamente. In erster Hälfte der Gierek-Jahre⁵ durch schnelle und spürbare Fortschritte in Lebensstandard an kontinuierlichen Zuwachs gewöhnte Bevölkerung, insbesondere Arbeiterschaft in polnischen Renommierbetrieben (Kohlebergbau, Schiffbau, Maschinenbau), wurde in ihren Erwartungen stark enttäuscht.

Beim Parteikongreß im Februar 1980⁶ führte teilweise sehr laute, vor allem von einigen regionalen Parteisekretären und ZK-Mitgliedern geäußerte Kritik zum Sturz von Jaroszewicz und zu Nachfolge Babiuchs. Dieser hatte von der ersten Stunde an sehr dezidiert eine auch den einzelnen empfindlicher treffende Reformpolitik zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Gesamtsituation des Landes, einschließlich eines Abbaus des Subventionsdickichts und Neuordnung des Preisgefüges bei weitgehender Stabilität des Lohnniveaus angekündigt. In der letzten Sejm-Sitzung wurden eine eingehende Aktualisierung der laufenden Planziele verabschiedet und erste Preiskorrekturen, u. a. besonders im seit Jahren ohnehin wegen unzureichender Versorgungslage sensiblen Fleischbereich, eingeführt. Den sich hieraus ergebenden, schnell um sich greifenden Protestaktionen begegnete die Regierung im Gegensatz zu 1970⁷ und 1976⁸ mit beachtlicher Flexibilität und Kompromißbereitschaft. Dies dürfte jedoch im Laufe der nächsten Monate (und wohl auch bei künftigen Preisangleichungen oder Normenangleichungskonflikten)

- ähnliche Widerstände und Kompensationsforderungen der Arbeiterschaft,
- sich verstärkende Aversionen breiter Bevölkerungsschichten gegen Regierung und Parteiorganisation,
- Fragen nach dem Abgang von Jaroszewicz für anhaltende Misere nunmehr Verantwortlichen
- sowie innerhalb der Führungsspitze sich abzeichnende neue Richtungs- oder gar Machtkämpfe kaum verhindern können.

Damit rücken Position und Rolle Giereks selbst in den Brennpunkt der Kritik. Sogar innerhalb des ZK und der Führungsspitze sollen sich bereits seine mangelnde Entschlußkraft und seinen zu weichen Führungsstil kritisierende Stimmen bemerkbar machen. Viele Beobachter glauben auf Anzeichen wachsender Spannungen zwischen Gierek und Babiuch schließen zu können. Letzterer soll – was denkbar erscheint – entschlossener Unterstützung seiner Politik des „Gür-

⁵ Edward Gierek trat das Amt des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP am 20. Dezember 1970 an.

⁶ Zum VIII. Parteitag der PVAP vom 11. bis 15. Februar 1980 in Warschau vgl. Dok. 80.

⁷ Zum Rücktritt des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, Gomulka, am 20. Dezember 1970, nachdem Preiserhöhungen für Lebensmittel zu Unruhen geführt hatten, vgl. Dok. 33, Anm. 15.

⁸ Gesandte Rheker, Warschau, berichtete am 25. Juni 1976, daß Ministerpräsident Jaroszewicz am Vortag eine „Veränderung der Preisstrukturen“ angekündigt habe. Mit Wirkung vom 28. Juni 1976 sollten sich die Preise bestimmter Grundnahrungsmittel um durchschnittlich 39 % erhöhen, so etwa Fleisch um bis zu 69 %, Butter und Käse um 60 % sowie Zucker um 50 %. Die dadurch verursachten Mehrausgaben sollten „im gesamtwirtschaftlichen Maßstab“ durch Einkommenserhöhungen ausgeglichen werden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 732; Referat 214, Bd. 116624.

Am 26. Juni 1976 meldete Rheker, die Preiserhöhungen seien am Vortag „in Abendschau polnischen Fernsehens von MP Jaroszewicz als bis auf weiteres zurückgenommen erklärt worden“. Nach zuverlässigen Hinweisen „haben Arbeiter Warschauer Traktorenfabrik ‚Ursus‘ in Reaktion auf Preiserhöhungen Gleise nahegelegener Eisenbahnverbindungen besetzt und Zugverkehr angehalten. Miliz hat Gelände abgeriegelt. Nach noch nicht endgültig bestätigten Informationen sind Arbeiter Warschauer Automobilfabrik ‚FSO‘ (Polski-Fiat-Werke) in Streik getreten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 734; Referat 214, Bd. 116624.

tel enger schnallen“ erwartet haben. Konkretere Hinweise hierzu liegen bisher jedoch nicht vor. Gierek zeigte sich anlässlich Gesprächs mit Herrn Mischnick⁹ noch ziemlich gelassen mit dem Hinweis auf „Kreise, die meinen, daß man uns evtl. bis September oder Oktober dieses Jahres los sein könnte“, sicherlich werden jedoch weder er noch Babiuch mit den nun zutage getretenen, sich bisher fast ausnahmslos sachlich, geordnet und gewaltlos manifestierenden Widerständen gerechnet haben. Die in Zeiten von Krise und Streß sehr schnell zu Überreaktionen neigende polnische Volksseele ist hierzu angesichts der gegenwärtigen Konzeptions- und Ausweglosigkeit der Situation vor allem dann auch weiterhin fähig, wenn sich die Regierung zur Aufgabe ihrer gegenwärtigen, vor allem von Gierek befürworteten Politik des flexiblen Reagierens entscheiden sollte.

II. 1) Anlaß jetziger Streikwelle waren mit Wirkung vom 1. Juli verfügte Preiserhöhungen für bestimmte Fleisch- und Geflügelsorten, die dadurch praktisch in System sogenannter „kommerzieller“ Fleischgeschäfte übergangen und für weite Kreise unerschwinglich wurden. Neuer MP Babiuch hatte über Absicht, Preissystem zu reformieren und damit entscheidenden Schritt zum Abbau der Subventionslast zu tun, von vornherein keinen Zweifel gelassen. Sehr schnelle Erfüllung der Forderungen der Streikenden bei ersten Arbeitsniederlegungen hat dann Kettenreaktion weiterer Streiks ausgelöst.

2) Reaktion polnischer Führung läßt bisher Wille erkennen, es zu keiner Eskalation kommen zu lassen. Hierbei deutet der Umstand, daß von Arbeitern geforderte Lohnerhöhungen allem Anschein nach rasch und ohne langes Feilschen, inzwischen nach einigen Presseberichten sogar freiwillig und auch höher als von den Arbeitern gefordert, gewährt wurden, nicht unbedingt nur auf Unsicherheit der Führung hin. Hinter dieser Form der Beschwichtigung durch Gewährung einer Kompensation in der Lohnhöhe mag auch die Überlegung stehen, daß bei längeren Streiks unvermeidliche Produktionsausfälle angesichts der chronisch angespannten Warenversorgung des Landes schwerer wiegen als eine weitere Erhöhung des Lohnfonds.

3) Zugestandene Lohnerhöhungen erfassen schon jetzt eine erhebliche Anzahl von Betrieben, angeblich bereits über 100, und schaffen zusätzliche inflations-treibende Kaufkraft.

Ende Juni 1980 lag das Durchschnittsnettoeinkommen nach offiziellen Angaben um 9,9 Prozent über dem Stand des Juni 1979, während die Lebenshaltungskosten im gleichen Zeitraum um 6,3 Prozent gestiegen waren. Die Schere zwischen Kaufkraftzuwachs und Preisniveau hat sich damit wieder erweitert. Ob es gelingt, im Zuge der neuen Preis- und Subventionspolitik weitere Preiserhöhungen in verschiedenen Bereichen ohne zusätzliche Bewegungen im Lohnge-

⁹ Der stellvertretende FDP-Vorsitzende Mischnick hielt sich vom 6. bis 11. Juli 1980 in Polen auf. Gesandter König, Warschau, informierte am 8. Juli 1980, die Gespräche mit dem Ersten Sekretär des ZK der PVAP, Gierek, hätten sich vor allem um die wirtschaftliche Zusammenarbeit gedreht, wobei Befriedigung über das Verständnis seitens der Bundesregierung zum Ausdruck gebracht worden sei: „Alle Ausführungen von Herrn Mischnick zu Afghanistan blieben ähnlich unwidersprochen wie sein Vergleich der [Neutronen]-Bomben-Diskussion mit heutiger Diskussion über SS-20. [...] Herr Mischnick dankte Gierek und auch Wojtaszek für gute Abwicklung Ausreise-Protokolls, unterstrich – von beiden unwidersprochen – Erwartung auch weiterer wohlwollender Behandlung im Geiste bestehender Beziehungen und humanitärer Aufgeschlossenheit.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 781; Referat 214, Bd. 132948.

füge durchzusetzen und damit den Kaufkraftüberhang weiter abzuschöpfen, ist zweifelhaft. Die Auswirkungen der gegenwärtigen Lohnerhöhungen auf die Arbeitsmoral insgesamt und damit auf die Produktivität dürften letztlich negativ sein. Es ist kaum zu erwarten, daß die begünstigten Betriebe ihre Leistung steigern werden, während andererseits die selektiven Lohnerhöhungen die Arbeitsunlust bei den nicht Bedachten verstärken werden.

4) Nach bisheriger Einschätzung ist Möglichkeit umfassender innenpolitischer Krise latent gegeben, unmittelbare Gefahr dazu besteht jedoch noch nicht. Eine solche Krise könnte nur durch erheblich stärker auslösende Momente in Gang gesetzt werden, als sie bisher gegeben waren. Führung ist sichtlich bemüht, der unzufriedenen Bevölkerung nicht zuviel zuzumuten. Dafür spricht auch die bisherige Zurückhaltung der Sicherheitskräfte. Auch dürfte die Arbeiterschaft von sich aus den offenen Konflikt im gegenwärtigen Stadium nicht suchen. Ebenso wenig gilt dies derzeit für die Dissidentenbewegung, deren Rolle nicht überschätzt werden sollte. Es ist ferner davon auszugehen, daß die Kirche ihr Gewicht in die Waagschale werfen wird, um ein offenes Ausbrechen des Konflikts zu verhindern.

5) Gegenwärtige Streikwelle zeigt, daß seit Herbst vorigen Jahres andauernder Redefeldzug, den Gierек an vorderster Stelle mit zahllosen persönlichen Auftritten und äußerst offener Sprache führte, um Bevölkerung von der Notwendigkeit drastischen Austerity-Kurses zu überzeugen, bei weiten Teilen der Arbeiterschaft ohne Echo geblieben ist. Die Erosion seiner Autorität hat sich dadurch beschleunigt.

Allerdings richtet sich gegenwärtige Kritikwelle weniger gegen einzelne Führungsfiguren als gegen „die Verhältnisse“ allgemein. Suche nach Verantwortlichen im eigentlichen Sinne hat noch nicht begonnen. So ist z.B. MP Babiuch trotz seines harten Kurses nicht solcher öffentlicher Aversion ausgesetzt, wie sie gegen seinen Vorgänger bestand.

6) SU dürfte gegenwärtige Situation in Polen höchst besorgt betrachten und auf polnische Führung Druck ausüben, ihre Wirtschaft zu sanieren. SU hat bereits versucht, durch wirtschaftliche Stützungsmaßnahmen bei Überwindung polnischer Wirtschaftskrise zu helfen und dürfte dies weiter tun, zumal sich dadurch die Einbindung Polens in eigene Wirtschaftsinteressen verstärkt. Dennoch scheinen gegen Polen gerichtete Maßnahmen der SU auch bei Verschärfung der innenpolitischen Lage in Polen oder etwa Einführung nicht völlig systemkonformer Wirtschaftsreformversuche wenig wahrscheinlich. Unkalkulierbare Risiken einer direkten Intervention in Polen wie auch Negativerfahrungen mit Afghanistan sprechen zur Zeit dagegen. Selbst im Falle eines Sturzes Gierеks, der gegenwärtig zwar nicht bevorzustehen scheint, bei weiterer Zuspitzung der Krise jedoch nicht für undenkbar gehalten wird, dürfte SU – sofern nicht ein die Grundfesten von Ideologie und System berührender Umschwung zu erwarten steht – eine sich eventuell abzeichnende neue polnische Konstellation zunächst eher kritisch tolerieren, als selbst eine genehme Führungsgruppe mit groß angelegten Repressionsmaßnahmen installieren.

[gez.] Negwer

Referat 214, Bd. 132904

Aufzeichnung des stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Wischnewski

9. August 1980¹

Betr.: Meine Gespräche in Washington vom 25.7. bis 2.8.1980

Gesprächspartner waren unter anderem:

Weißes Haus: Zbigniew Brzezinski, David Aaron, Sol Linowitz.

State Department: Edmund Muskie, Warren Christopher und alle leitenden Beamten des State Department.

Robert W. Komer (Pentagon), Robert Strauss, Henry Kissinger, Helmut Sonnenfeldt, Dr. Fred Charles Iklé, Senator Joseph R. Biden.

Botschafter Hermes und Mitarbeiter.

Klaus Harpprecht, Peter Merseburger, Lothar Loewe, Rudolf Rohlinger.

Präsidentenwahl²

Viele Amerikaner sind mit allen Kandidaten unzufrieden. Manche von ihnen beginnen darüber nachzudenken, ob die heutigen Methoden der Kandidatenauswahl wirklich geeignet sind, um den Vereinigten Staaten die notwendige politische Führung zu geben.

An Carters Aufstellung zum Präsidentschaftskandidaten ist nicht zu zweifeln. Seine Mehrheitsverhältnisse sind eindeutig. Außerdem wird Kennedy noch weniger zugetraut. Ein ernstzunehmender dritter Kandidat bei den Demokraten ist nicht erkennbar.³

Bei den Meinungsumfragen und in der öffentlichen Meinung liegt Reagan jetzt klar vor Carter. Aber das kann sich selbstverständlich wieder ändern.

Sollte es in der Geiselfrage nicht zu einer Lösung kommen, so glaube ich nicht, daß Carter noch Chancen hat, die Wahlen zu gewinnen. Am Wahltag sind die Geiseln genau ein Jahr in den Händen der Geiselnnehmer.

¹ Hat Bundeskanzler Schmidt am 15. August 1980 vorgelegen, der handschriftlich für Staatssekretär Schüler, Bundeskanzleramt, vermerkte: „1) B[itte] Randbem[erkungen] beachten + W[ieder]V[orlage] 2) StM, StS Bölling] + AL 2 zur K[enn]tnis geben. 3) Photokopie z[u] d[en] A[kten] Pr[ivat] (S[amm]lung) bei mir.“ Vgl. Anm. 8, 10, 19, 23, 26, 29, 31, 32, 34–36 und 39.

Hat Vortragendem Legationsrat IPeters, Bundeskanzleramt, und Verwaltungsangestelltem Bruns, Bundeskanzleramt, am 18. August 1980 vorgelegen.

Hat Schüler am 21. August 1980 vorgelegen, der dazu für Ministerialdirektor von Staden, Bundeskanzleramt, notierte: „1) Bezüglich beigefügter Aufzeichnung von Herrn Wischnewski bitte ich um Kenntnisnahme und um weitere Veranlassung zu: Seite 3 letzter Absatz (soweit Bundesregierung); Seite 4, Ziffer 4, 6 und 10. 2) Zu Seite 2, letzter Absatz; Seite 3, letzter Absatz und Seite 4, Ziffer 4 habe ich Herrn Wischnewski unterrichtet.“ Vgl. den Begleitvermerk; Helmut-Schmidt-Archiv 1/HSAA 009411. Vgl. Anm. 7, 17 und 28.

² Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

³ Zum Parteikonvent der Demokratischen Partei vom 11. bis 14. August 1980 in New York vgl. Dok. 146, Anm. 4.

Bei einem Sieg von Reagan könnten George Shultz oder A.⁴ Haig Außenminister werden. Henry Kissinger steht nach meiner Auffassung nicht mehr zur Debatte. Er hat in Detroit⁵ überdreht. George Allen wäre als Sicherheitsberater möglich. Die CDU/CSU hat zu den Republikanern enge Kontakte aufgebaut.

Vertreter des Beraterstabs von Reagan (Dr. Iklé) haben sich bemüht, mir gegenüber mögliche europäische und insbesondere deutsche Sorgen gegenüber einer Außenpolitik Reagans herunterzuspielen oder zu beseitigen.

Ich jedenfalls muß den außenpolitischen Vorstellungen Reagans sehr kritisch gegenüberreten.

Ohne das Wahlprogramm der Republikaner⁶ überbewerten zu wollen, scheint es mir doch wichtig zu sein, folgende Auszüge zur Kenntnis zu nehmen (siehe Anlage).

⁷Außenpolitik der USA

Die amerikanische Außenpolitik bemüht sich gegenüber der Sowjetunion um eine Doppelstrategie:

Einerseits Maßnahmen gegen die Sowjetunion wegen der sowjetischen Invasion in Afghanistan.

Andererseits Fortsetzung einer Politik der Rüstungskontrolle und -begrenzung gegenüber der Sowjetunion, einschließlich SALT II und III, MBFR und KSZE.

Mit den Maßnahmen soll nur die Sowjetunion getroffen werden, nicht die Verbündeten der Sowjetunion. Polen solle z.B. einen amerikanischen Staatskredit⁸ erhalten.

Die Maßnahmen gegen die Sowjetunion sollen sich in erster Linie im wirtschaftlichen Bereich abspielen. Dazu sollen die COCOM-Bestimmungen entscheidend geändert werden.⁹ Sie sollen zu einem Instrument der allgemeinen Handelsbe-

⁴ Korrigiert aus: „J.“

⁵ In Detroit fand der Parteikongreß der Republikanischen Partei statt, bei dem Ronald Reagan am 16. Juli 1980 zum Präsidentschaftskandidaten nominiert wurde. Vgl. dazu Dok. 146, Anm. 5.

⁶ Referat 204 faßte am 8. August 1980 das außenpolitische Programm der Republikanischen Partei zusammen. Es beruhe „auf der Grundannahme einer aggressiven, expansiven und den USA und ihren Verbündeten grundsätzlich feindlich gesonnenen Sowjetunion. Ihr Einfluß wird hinter fast allen Unruheherden in der Welt vermutet.“ Der Präsidentschaftskandidat Reagan beabsichtige daher, die militärische Überlegenheit gegenüber der UdSSR wiederherzustellen „und allen kommunistischen Umtrieben in den Krisengebieten der Welt entschieden zu begegnen (roll back the growth of communism)“. An eine Wiedereinführung der Wehrpflicht in Friedenszeiten sei nicht gedacht, der SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 werde wegen „grundlegender Fehler (fundamentally flawed)“ abgelehnt. Während das Getreideembargo gegen die UdSSR wegen seiner Wirkungslosigkeit aufgehoben werden solle, gelte die „Auswanderung aus der Sowjetunion als Kernpunkt der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen“. Referat 204 notierte, wegen des „bipolaren, moralisch untermauerten, sehr stark anti-sowjetischen“ Weltbildes finde sich kaum eine Aussage zur Volksrepublik China: „Zu einer Verwischung der Fronten könnte aber auch die Entwicklung in Europa führen (Abgleiten in den Neutralismus), wo eine vermeintlich fortschreitende ‚Finnlandisierung‘ im Zeichen der Entspannung die Konservativen beunruhigt.“ Insgesamt sei das Programm in vieler Hinsicht vage und unverbindlich: „Der Reagan nachgesagte Pragmatismus schließt Änderungen und Anpassungen nicht aus“. Vgl. Referat 010, Bd. 178803.

⁷ Beginn der Seite 2 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

⁸ Die Wörter „amerikanischen Staatskredit“ wurden von Bundeskanzler Schmidt hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Mini!“ Vgl. Anm. 1.

⁹ Zu den Vorschlägen der amerikanischen Regierung für eine Verschärfung der COCOM-Richtlinien vgl. Dok. 82, Anm. 9, und Dok. 214, Anm. 2.

Referat 421 notierte am 21. August 1980, die USA hätten neue Ausfuhrbeschränkungen angeregt,

schränkung gegenüber der Sowjetunion gemacht werden. Die von den USA angestrebten Veränderungen bei COCOM machen einen Konflikt mit uns und anderen unvermeidbar. Nach dem vorgesehenen Zeitablauf würde sich dieser Konflikt im September abspielen.¹⁰ Mit deutlichen Reaktionen der USA muß gerechnet werden.

Diese Administration hat für unsere besonderen Probleme nach wie vor Verständnis. Die bilateralen Beziehungen können als gut bezeichnet werden. Jedoch ist ein gewisses Mißtrauen unverkennbar. Das persönliche Verhältnis Carter/Schmidt ist überall ein wichtiges Thema.

Lateinamerika

Die Carter-Administration hat gegenüber Lateinamerika eine neue Politik begonnen. Sie wird gekennzeichnet durch die Vereinbarungen über den Panamakanal¹¹, die Bereitschaft, Nicaragua zu unterstützen¹², und die eindeutige Haltung gegenüber dem erneuten Putsch in Bolivien¹³.

Während die Tätigkeit der Sozialistischen Internationale und der SPD in Lateinamerika insgesamt mit Wohlwollen beobachtet wird, gilt dies in keinem Fall für El Salvador¹⁴. Hier ist die Beurteilung sehr unterschiedlich.¹⁵ Auch die Hal-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1210

die für alle von den COCOM-Regeln erfaßten Länder gelten, aber vorerst nur für die UdSSR zur Anwendung kommen sollten. Die Vorschläge zielten darauf ab, den Technologietransfer zu erschweren, keine Ausnahmen bei genehmigungspflichtigen Gütern mehr zuzulassen und neue Projekte mit einem Volumen von über 100 Mio. Dollar zu unterbinden: „Energierrelevante Großprojekte, die im wesentlichen Interesse liegen, sollen fortgeführt werden.“ Gegen derartige Maßnahmen hätten sich bereits Frankreich, Großbritannien und Japan ausgesprochen, Belgien und Italien hätten auf Probleme der jeweiligen nationalen Gesetzgebung hingewiesen: „Die Bundesregierung wendet die bestehenden COCOM-Regeln bei der Ausfuhr strategisch wichtiger Güter in die Sowjetunion bereits restriktiver als früher an. [...] Um zu effektiven Maßnahmen gegenüber der Sowjetunion zu gelangen, ist es jedoch erforderlich, daß alle COCOM-Mitgliedsländer in gleicher Weise handeln und zu einem Konsensus gelangen. Die teilweise überzogenen amerikanischen Vorstellungen bergen die Gefahr in sich, daß die noch bestehende Geschlossenheit der westlichen Bündnispartner im COCOM-Bereich auseinanderbricht. [...] Die US-Vorschläge liegen insoweit auch in unserem Interesse, als sie darauf gerichtet sind, eine Stärkung der Rüstungsanstrengungen und des Militärpotentials der UdSSR zu vermeiden. Grundlegende Bedenken gegen die amerikanischen Vorstellungen bestehen, soweit sie eine volumenmäßige Ausfuhrbeschränkung für industrielle Großprojekte in zivilen Industriebereichen auf 100 Mio. Dollar und eine generelle „no exceptions“-Politik des COCOM gegenüber der UdSSR vorsehen. Letztere Maßnahmen würden den Kernbereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den westeuropäischen Ländern und der UdSSR treffen, die in den Rahmen langfristiger Kooperationsabkommen gestellt ist.“ Vgl. Referat 421, Bd. 122557.

10 Der Passus „Die von den USA ... abspielen“ wurde von Bundeskanzler Schmidt hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen. Vgl. Anm. 1.

11 Zum Panamakanal-Vertrag vom 7. September 1977 vgl. Dok. 155, Anm. 11.

12 Zur Lage in Nicaragua vgl. Dok. 155, Anm. 13.

13 Zum Staatsstreich in Bolivien am 17. Juli 1980 vgl. Dok. 238.

14 In El Salvador wurde am 15. Oktober 1979 die Regierung vom Militär gestürzt. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 298.

15 Botschaftsrat Matthes, San José, informierte am 6. Februar 1980, die Friedrich-Ebert-Stiftung habe vom 30. Januar bis 2. Februar 1980 eine Konferenz „Prozeß der Demokratisierung Lateinamerikas: Der Fall El Salvador“ abgehalten, „an der Vertreter aller revolutionären Organisationen El Salvadors neben Vertretern linkstendierender Parteien aus anderen lateinamerikanischen Ländern teilgenommen haben“. In der abschließenden Pressekonferenz habe man sich von den Christdemokraten El Salvadors distanziert, die in der Regierung mitarbeiteten: „Hiesige amerikanische Botschaft hat Botschaft gegenüber Besorgnis über offenbare Unterstützung der radikalen Kräfte in El Salvador durch FES geäußert. [...] Amerikanische Botschaft in Bonn werde gebeten, in diesem Sinne bei Auswärtigem Amt und SPD vorstellig zu werden. Botschaft teilt amerikanische Bedenken.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3; Referat 331, Bd. 116072.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Martius vermerkte am 1. August 1980, der Sicherheitsberater

tung der Bundesregierung¹⁶ ¹⁷ist ins Zwielficht gekommen. Das ist durch die Mitteilung, daß wir wieder einen Geschäftsträger nach El Salvador entsenden werden¹⁸, weitgehend erledigt. Ich habe allen Interessierten gesagt, daß wir den USA in El Salvador keine Schwierigkeiten machen wollen, daß unsere Beurteilung der Lage dank Erkenntnissen, die andere Lateinamerikaner uns vermittelt haben, unterschiedlich ist. Wir müßten uns nun um eigene Erkenntnisse bemühen. Das State Department hat Kontakte zur Opposition in El Salvador.¹⁹

Asien

Gegenüber China ist nur an eine sehr begrenzte Unterstützung im militärischen Bereich gedacht. In Südkorea erwartet man die volle Unterstützung der Bundesregierung für die Durchsetzung der Menschenrechte.²⁰

Fortsetzung Fußnote von Seite 1211

des amerikanischen Präsidenten, Brzezinski, habe die Kritik an der FES gegenüber dem stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Wischniewski erneuert. Aus Sicht des Auswärtigen Amtes sei es ebenfalls problematisch, daß die FES ausschließlich die Frente Democrático Revolucionario unterstütze: „Gegenüber El Salvador, das nach Staatsstreich am 15.10.1979 und Umbildung der Junta im Januar allein von Christdemokraten und Militärs regiert wird, hat das die Folge, daß bei äußerst labiler Situation die letzte demokratische Lösung vor blutigem Übergang, wie er in Nicaragua unvermeidbar wurde, gefährdet wird. Nicht nur erschwert dieses Tätigkeit der FES der Regierungsjunta das Überleben. Sie macht die Politik der Bundesregierung nicht glaubwürdiger [...]. Die FES eilt somit den Ereignissen voraus, sie stört unsere Beziehungen zu El Salvador und erschwert amerikanische Bemühungen, eine demokratische Wende zu ermöglichen.“ Vgl. Referat 331, Bd. 116072.

¹⁶ Vortragender Legationsrat I. Klasse Martius übermittelte am 29. Juli 1980 der Botschaft in Washington auf Anforderung des Bundeskanzleramts eine Lagebeurteilung zu El Salvador für den stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Wischniewski: „Wir unterstützen die Bemühungen der salvadorianischen Regierungsjunta, den Bürgerkrieg zu verhindern und die Politik sozialer Reformen (Agrar- und Bankreform) zu verwirklichen. [...] Bundesregierung wird Geschäftsträger wieder nach San Salvador entsenden, sie prüft Wiederaufnahme der Entwicklungshilfe für Verbesserung der Lebensbedingungen der Bauern.“ Wie die amerikanische Regierung sei auch die Bundesregierung der Auffassung, „daß jetzige Regierungsjunta einzige mögliche demokratische Alternative ist. Die linke sogenannte ‚Demokratische Volksfront‘ (F[rente] D[emocrático] R[evolucionario]) schürt den bewaffneten Kampf und die gewaltsame Umwälzung.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 3896; Referat 331, Bd. 116072.

¹⁷ Beginn der Seite 3 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

¹⁸ Vortragender Legationsrat I. Klasse Graf von der Schulenburg informierte am 15. Februar 1980 die Botschaft in Washington, aus Sicherheitsgründen werde das Personal der Botschaft in San Salvador abgezogen, Botschafter Islebe, Guatemala, werde auch in San Salvador akkreditiert. Vgl. dazu den nicht nummerierten Drahterlaß; Referat 331, Bd. 116072.

Botschafter Neukirch, San Salvador, berichtete am 21. Februar 1980, die salvadorianische Regierung habe Islebe das Agrément erteilt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 35; Referat 331, Bd. 116072.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Martius vermerkte am 13. August 1980: „Wir haben Kanzler Engel, z. Zt. Guatemala, angewiesen, alsbald als Geschäftsträger nach San Salvador zurückzugehen.“ Islebe habe sein Beglaubigungsschreiben wegen Formfehlern nicht überreicht: „An die Entsendung eines in San Salvador allein akkreditierten Botschafters ist noch nicht gedacht.“ Vgl. Referat 331, Bd. 116072.

¹⁹ Dieser Absatz wurde von Bundeskanzler Schmidt hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Willy] Br[andt] unterrichten!“ Vgl. Anm. 1.

²⁰ Zur Lage in der Republik Korea (Südkorea) vgl. Dok. 181, Anm. 31.

Die Botschaft in Seoul berichtete am 16. August 1980: „Missionschefs einiger befreundeter europäischer Länder und hier ansässige deutsche Geschäftsleute sagten mir, daß sie von Koreanern aus Regierung, Verwaltung, Militär und Wirtschaft wiederholt auf deutsche Initiativen zugunsten politischer Gefangener, insbesondere von Kim Dae-Jung, angesprochen worden sind. [...] Tatsächlich haben sich alle anderen Regierungen mit bilateralen Demarchen zurückgehalten und lediglich EG-Demarche, und sogar diese nur halbherzig, mitgetragen.“ Die Botschaft bat daher, „von weiteren Demarchen absehen zu dürfen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 205; VS-Bd. 14085 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

Nahost

Spielraum für erfolgversprechende Verhandlungen hat die Regierung Carter zur Zeit nicht.

Die Verärgerung über Begin ist sehr groß.

Das Gespräch mit Botschafter Linowitz war besonders wertvoll.²¹ Wenn die USA nicht unmittelbar nach der Gaston-Thorn-Reise²² informiert und konsultiert werden, sammelt sich hier starker Konfliktstoff an.²³

Afrika

Die USA sind nun bereit, mit Somalia eine Vereinbarung über die Anwesenheit amerikanischer Truppen in Somalia zu treffen. Sie wollen dafür jährlich 20

²¹ Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 1. August 1980, im Gespräch mit dem Sonderbeauftragten des amerikanischen Präsidenten für den Nahen Osten, Linowitz, am 31. Juli 1980 habe der stellvertretende SPD-Vorsitzende Wischniewski dargelegt, daß es darauf ankomme, diejenigen in der PLO zu stärken, die zu einer Anerkennung des Existenzrechts Israels bereit seien. Europäer und Amerikaner sollten sich über ihre jeweiligen Initiativen abstimmen. Linowitz habe darauf hingewiesen, daß man es „im Falle Israels mit einem ‚fragile and paranoid country‘ zu tun habe“ und weniger einen Vermittler als einen Psychologen benötige. Mit dem Camp-David-Prozeß sei es erstmals gelungen, Israel in Verhandlungen mit einem wichtigen Nachbarn einzubinden. Zwar gebe es innerhalb der PLO unterschiedliche Strömungen; gerade darum sei zu fragen, „wer denn gemeint sei, wenn in der Venedig-Erklärung der Neun davon die Rede sei, daß die PLO involviert werden solle“. Die Erklärung des Europäischen Rats vom 12./13. Juni 1980 in Venedig über den Nahen Osten lege der arabischen Seite den Gedanken nahe, daß es eine Alternative zum Camp-David-Prozeß gebe, ohne daß gesagt werde, wie diese aussehen könnte. Damit würden die EG-Mitgliedstaaten den Camp-David-Prozeß schwächen und Israel die Gelegenheit bieten, den Verhandlungstisch wieder zu verlassen. Auch ein Regierungswechsel in den USA werde zu keiner wesentlichen Änderung der amerikanischen Israel-Politik führen. Israel werde durch äußeren Druck nicht kompromißbereiter. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3005; VS-Bd. 11143 (310); B 150, Aktenkopien 1980.

²² Der luxemburgische Außenminister Thorn besuchte als amtierender EG-Ratspräsident am 29./30. Juli 1980 Tunesien, am 31. Juli und 1. August Israel, am 4./5. August Libanon, am 6./7. August Syrien, vom 7. bis 10. August Jordanien, am 19. August 1980 Kuwait, am 20. August Irak, am 23. August 1980 Saudi-Arabien sowie am 30./31. August 1980 Ägypten. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 7-8/1980, S. 94. Vortragender Legationsrat I. Klasse Fiedler resümierte am 5. August 1980, der Generalsekretär der Arabischen Liga, Klibi, habe die EG-Mitgliedstaaten zu einer wirksamen Initiative aufgefordert, ohne konkreter zu werden. Zum Besuch im Libanon gebe es noch keine Unterrichtung; Presseberichten zufolge habe der Vorsitzende des Exekutivkomitees der PLO, Arafat, mehr als Reden und Resolutionen gefordert. Die Gespräche in Israel seien oberflächlich geblieben: „Die Entscheidung der Neun über ‚weitere Schritte‘, wie von den Arabern gewünscht, wird erst möglich, wenn die Kontaktierten das Gespräch mit Thorn intensiv und tiefgehend führen und so die sachliche Urteilsbildung ermöglichen. Diese Flexibilität ist nicht vor dem zweiten Durchgang zu erwarten.“ Die Mission solle das Vakuum ausfüllen, das durch die Präsidentenwahlen in den USA am 4. November 1980 bestehe: „Jede europäische Initiative, die vor den US-Wahlen beschlossen würde, müßte im US-Wahlkampf zerrieben werden und hätte wenig Aussicht auf Herstellung des unabdingbaren – zumindest stillschweigenden – Einvernehmens mit den USA.“ Thorn selbst sei einer zweiten Reise offenbar nicht abgeneigt. Vgl. Unterabteilung 31, Bd. 135601.

Zu den Gesprächen Thorns in Israel vgl. Dok. 247, Anm. 22.

Legationsrat I. Klasse Freiherr von Maltzahn, Damaskus, berichtete am 12. August 1980, Thorn habe mit Präsident Assad und dem syrischen Außenminister Khaddam gesprochen. Zur syrischen Kritik am Camp-David-Prozeß habe Thorn dargelegt, die Europäischen Gemeinschaften stünden diesem ebenfalls skeptischer gegenüber als die USA: „Thorn führte aus, daß die EG über das Selbstbestimmungsrecht volle Souveränität für Palästinenser verlange. PLO müsse in die Verhandlungen einbezogen werden. Gemeinschaft wolle moralischen Druck auf US und Israel ausüben. [...] Thorn bezeichnete palästinensische Attentate in Europa als kontraproduzent und gab seiner Auffassung Ausdruck, daß die Palästinenser eher als Exilregierung denn als Befreiungsbewegung an den Verhandlungstisch kommen würden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 549; Unterabteilung 31, Bd. 135601.

²³ Dieser Absatz wurde von Bundeskanzler Schmidt hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Habe ich BM Genscher gesagt.“ Vgl. Anm. 1.

Millionen Dollar Militärhilfe und 20 Millionen Dollar Wirtschaftshilfe gewähren. Aber: Siad Barre muß an der Grenze zu Äthiopien Ruhe geben.²⁴

„The Global 2000 Report to the President“²⁵

ist mir deutlich dargestellt worden. Ich halte ihn für wichtig. Er verdient in Regierung und Partei eine ernsthafte Prüfung.²⁶ Wir müssen prüfen, welche Verbindungen sich gegebenenfalls zum Bericht der Brandt-Kommission²⁷ ergeben.

²⁸Konsequenzen

1) Völliges Heraushalten aus dem Wahlkampf.

Aber einige Sozialdemokraten müssen ihre Sorgen über derzeitige republikanische außenpolitische Einstellungen vorsichtig äußern.

2) Telefongespräch von Helmut Schmidt mit Carter nach dem Demokratischen Konvent und erfolgter Kandidatenaufstellung von Carter.²⁹

Ich werde mit Bob Strauss telefonieren.

3) Die Verhandlungen über die COCOM-Bestimmungen zeitlich so führen, daß vor dem 5.10.1980³⁰ Streit vermieden werden kann.³¹

4) Den USA jede Hilfe in der Geiselfrage gewähren, die wir für möglich halten. Ein Gespräch mit Ayatollah Beheshti³² sollte jetzt ernstlich in Erwägung gezogen werden.³³

²⁴ Zu den Verhandlungen über die Errichtung amerikanischer Militärbasen in Somalia vgl. Dok. 143, Anm. 29.

Somalia und die USA schlossen am 22. August 1980 ein Abkommen über die amerikanische Nutzung somalischer Militäreinrichtungen. Ministerialdirektor Meyer-Landrut vermerkte dazu am 4. September 1980, Somalia würden ein Kredit in Höhe von 40 Mio. Dollar zur Beschaffung von Defensiv-Waffen und finanzielle Hilfen für den Haushalt in Höhe von 5 Mio. Dollar gewährt: „Somalia verpflichtet sich, die von den USA gelieferten Waffen nicht im Kampf mit Äthiopien einzusetzen“. Die USA hätten eine Beistandsgarantie im Falle eines äthiopischen Angriffs abgelehnt und das Abkommen erst nach der ausdrücklichen Versicherung von Präsident Siad Barre, sämtliche reguläre Truppen aus dem Ogaden abzuziehen, unterzeichnet: „Die amerikanisch-somalische Vereinbarung stellt für Somalia in der Tat eine Sicherheitsgarantie der USA insoweit dar, als sich ein wirtschaftlich am Rande des Ruins befindliches, militärisch geschwächtes und durch das Flüchtlingsproblem belastetes Somalia kaum einem äthiopisch-kubanisch-sowjetischen Angriff wirksam zur Wehr setzen könnte. Diesen positiven Aspekt des amerikanischen Engagements in Somalia müssen die USA der somalischen Führung bei gleichzeitiger Warnung vor weiteren militärischen Abenteuern gegen Äthiopien vor Augen halten.“ Vgl. Referat 320, Bd. 125210.

²⁵ Am 23. Mai 1977 gab Präsident Carter eine Studie in Auftrag, die den Wandel der Umweltbedingungen und ihre Auswirkungen auf die Menschheit bis zum Jahre 2000 zum Gegenstand haben sollte. Sie wurde 1980 vom Council on Environmental Quality und dem amerikanischen Außenministerium veröffentlicht. Vgl. dazu Gerald O. BARNEY, *The Global 2000 Report to the President. Entering the 21st Century*, Washington 1980.

²⁶ Dieser Satz wurde von Bundeskanzler Schmidt hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „R[ichtig], ist auch mein Eindruck. Bitte veranlassen!“ Vgl. Anm. 1.

²⁷ Zum Bericht der Unabhängigen Kommission für Internationale Entwicklungsfragen („Nord-Süd-Kommission“) vgl. Dok. 155, Anm. 5.

²⁸ Beginn der Seite 4 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

²⁹ Dieser Satz wurde von Bundeskanzler Schmidt hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Ist geschehen“. Vgl. Anm. 1.

³⁰ Am 5. Oktober 1980 fanden die Wahlen zum Bundestag statt.

³¹ Dieser Absatz wurde von Bundeskanzler Schmidt hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“. Vgl. Anm. 1.

³² Die Wörter „Gespräch mit Ayatollah Beheshti“ wurden von Bundeskanzler Schmidt hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „BM Genscher fragen. Ben Wisch?“ Vgl. Anm. 1.

³³ Staatssekretär Schüler, Bundeskanzleramt, teilte Staatssekretär van Well am 27. August 1980 mit,

- 5) Unterstützung der USA in Südkorea in bezug auf die Wahrung der Menschenrechte.³⁴
- 6) Schnellste Information und Aussprache mit den USA³⁵ über die Mission von Gaston Thorn.
- 7) Fortsetzung des Dialogs über Lateinamerika. In El Salvador muß die SPD sofort um eigene Erkenntnisse bemüht sein.³⁶
- 8) Die USA unterstützen gegenüber Siad Barre in Somalia in der Grenzfrage gegenüber Äthiopien. (Hilfe nur, wenn an der Grenze Ruhe gegeben wird.)
- 9) „The Global 2000 Report to the President“ durch Bundesregierung, aber auch durch die Partei schnellstens prüfen und gegebenenfalls öffentlich äußern.
- 10) Wir müssen uns endlich darum bemühen, die amerikanischen Juden mit unseren großen Anstrengungen zur Abschlußgeste³⁷ vertraut zu machen. Bisher ist nichts geschehen. Nicht einmal der Generalkonsul in New York³⁸ ist informiert.³⁹

[Wischnewski]⁴⁰

Helmut-Schmidt-Archiv 1/HSAA 009411

Fortsetzung Fußnote von Seite 1214

Bundeskanzler Schmidt bitte zu prüfen, „ob alle unsere Möglichkeiten, den USA in der Geiselfrage zu helfen, auch tatsächlich genutzt werden. In diesem Rahmen sollte nach Mitteilung des Bundeskanzlers auch erneut überlegt werden, ob ein Gespräch mit Ayatollah Beheshti angebracht ist und wer dieses Gespräch gegebenenfalls führen sollte.“ Vgl. VS-Bd. 11155 (311); B 150, Aktenkopien 1980.

Zum Gespräch des Botschafters Ritzel, Teheran, mit Ayatollah Beheshti am 6. September 1980 vgl. Dok. 265, Anm. 2.

³⁴ An dieser Stelle vermerkte Bundeskanzler Schmidt handschriftlich: „Geschicht.“ Vgl. Anm. 1.

³⁵ Die Wörter „mit den USA“ wurden von Bundeskanzler Schmidt hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Habe ich Genscher gesagt.“ Vgl. Anm. 1.

³⁶ An dieser Stelle vermerkte Bundeskanzler Schmidt handschriftlich: „P[artei]V[orstand]! F[riedrich-E]lbert-Stiftung!“ Vgl. Anm. 1.
Dazu handschriftlicher Vermerk: „Durch PV geschehen.“

³⁷ Zu den Bemühungen um eine abschließende Leistung zur Abgeltung von Härten in Einzelfällen (Abschlußgeste) vgl. Dok. 179.

³⁸ Hartmut Schulze-Boysen.

³⁹ Dieser Absatz wurde von Bundeskanzler Schmidt hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Habe ich Genscher schon gesagt. Bitte nachfassen. BK-Rede in Amsterdam in USA verbreiten.“ Vgl. Anm. 1.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Franke, Bundeskanzleramt, vermerkte am 8. September 1980 für Staatssekretär Schüler, Bundeskanzleramt, „The Global 2000 Report to the President“ werde bereits von Abteilung 4 überprüft. Zur Frage eines Gesprächs mit Ayatollah Beheshti liege Staatssekretär van Well eine Stellungnahme vor. Der luxemburgische Außenminister Thorn habe den amerikanischen Außenminister Muskie bereits am Rande der Notstandssondertagung der VN-Generalversammlung über Palästina vom 22. bis 29. Juli 1980 in New York ausführlich über seine Nahost-Reise informiert: „Problem der Unterrichtung der Juden in USA (und anderswo) ist, daß, bevor nicht die mit einer Haushaltssperre belegten Mittel der Abschlußgeste entsperrt sind, wir nicht die Vergaberichtlinien veröffentlichen können, die u. a. den Kreis der Berechtigten genau definieren [...] Eine öffentlichkeitswirksame Herausstellung der Abschlußgeste wird mit Sicherheit sogleich eine Flut von Anträgen auslösen, unter denen bei einer Veröffentlichung im gegenwärtigen Zeitpunkt mithin eine Fülle von Anträgen von nichtantragsberechtigten Geschädigten sich befinden würde, was vermieden werden sollte.“ Vgl. Helmut-Schmidt-Archiv 1/HSAA 009411.

⁴⁰ Vermuteter Verfasser der nicht unterzeichneten Aufzeichnung.

230

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem irakischen Botschafter al-Bazzaz

511–530.36 IRK

11. August 1980¹

Verhaftung von zwei irakischen Diplomaten in Berlin (West)²;
hier: Gespräch des Herrn Bundesministers mit dem irakischen Botschafter am
11.8.1980

Am 11.8.1980 empfing Herr BM auf dessen Wunsch den irakischen Botschafter
zu einem Gespräch, das etwa 25 Minuten dauerte und an dem VLR von Ploetz/
MB, ein Dolmetscher des Ref. 105 und RL 511 i. V.³ teilnahmen. Das Gespräch
wurde in deutscher und arabischer Sprache geführt.

Der *Botschafter* bezog sich auf seine früheren Gespräche mit StS Dr. Lauten-
schlager⁴ und führte aus, in den internationalen Beziehungen gebe es immer

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Platz gefertigt und an das Mi-
nisterbüro weitergeleitet.

Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braumnühl am 11. August 1980 vorgelegen. Vgl. den
Begleitvermerk; Referat 010, Bd. 178824.

Hat Staatssekretär Lautenschlager am 12. August 1980 vorgelegen.

² Referat 511 vermerkte am 26. August 1980: „Am 1.8.1980 wurden zwei Angehörige der irakischen
Botschaft in Ost-Berlin in Berlin (West) festgenommen. Es handelt sich um den Ersten Sekretär
Khalid al-Doory und den Fahrer Mahmoud Haj Ali. Beide waren mit einem in Ost-Berlin unter di-
plomatischen Kennzeichen zugelassenen PKW nach Berlin (West) eingereist und hatten dort einen
Koffer an den irakischen Staatsangehörigen kurdischer Volkszugehörigkeit Hussein Said überge-
ben. Der Koffer enthielt hochbrisanten Sprengstoff mit einer elektrischen Zündvorrichtung. Hussein
Said sollte diesen Koffer in einem West-Berliner Jugendgästehaus deponieren, wo gerade eine Ta-
gung der Vereinigung der Demokratischen Studenten Kurdistan stattfand.“ Die Botschaftsange-
hörigen seien bei der Kofferübergabe verhaftet worden, der Fahrer sei bewaffnet gewesen. Vgl. Re-
ferat 010, Bd. 178824.

³ Klaus Platz.

⁴ Vortragender Legationsrat I. Klasse Lohse informierte am 2. August 1980, der irakische Botschaf-
ter al-Bazzaz habe Staatssekretär Lautenschlager wegen der Verhaftung der beiden irakischen Di-
plomaten in Berlin (West) aufgesucht: „Die irakische Regierung hoffe, daß die Bundesregierung die
notwendigen Schritte zu ihrer Freilassung unternehme. Man könne danach erörtern, welche Vor-
würfe ihnen gemacht würden. Beide Seiten sollten die Angelegenheit vom Standpunkt der zwischen
beiden Ländern bestehenden guten Beziehungen betrachten.“ Eine Unterrichtung der Medien wäre
besser unterblieben. Der Botschafter habe um Besucherlaubnis und weitere Unterrichtung gebeten.
Lautenschlager habe entgegnet, die Angelegenheit falle unter die Vorbehaltsrechte der Drei Mächte
in Berlin, die konsultiert werden müßten: „Die Bundesregierung könne es nicht zulassen, daß
Fremde auf deutschem Boden politische Interessengegensätze mit Gewalt austrügen. Wir könnten
nicht zulassen, als Tummelplatz derartiger Auseinandersetzungen mißbraucht zu werden. [...] Ob und
inwieweit ein diplomatischer Status berücksichtigt werden könne, sei eine Frage der internationalen
Courtoisie. Es sei schwierig, angesichts der hier bekannten Umstände der Tat, Courtoisie-Gesichts-
punkte anzuwenden, die hier gezogenen Grenzen dürften überschritten worden sein.“ Der Wunsch
nach Besucherlaubnis werde an die zuständigen Berliner Behörden weitergegeben. Vgl. den Rund-
erlaß Nr. 3967; B 83 (Referat 511), Bd. 1191.

Lohse unterrichtete am 8. August 1980, Lautenschlager habe al-Bazzaz am Vortag erneut empfan-
gen. Dieser habe erklärt, die beiden Diplomaten „hätten keinen Koffer mitgebracht, sondern seien
lediglich zum Einkaufen nach West-Berlin gekommen. Der angebliche Empfänger des Koffers, Hus-
sein Said, sei ein gegen die irakische Regierung arbeitender Iraker iranischer Abstammung.“ Al-
Bazzaz habe beide Diplomaten im Gefängnis sprechen können. Die irakische Regierung werde Ge-
duld zeigen. Lautenschlager habe diese Erklärung begrüßt, jedoch auf auffällige Vorgänge um die
Botschaft der Bundesrepublik in Bagdad hingewiesen: „Wenn jedoch in Bagdad oder anderswo et-

einmal wieder Fälle von Unsauberkeiten, von Spionage und Einmischung in innere Angelegenheiten eines anderen Staates; normalerweise würden solche Fälle durch Ausweisung oder Einreisesperre gelöst. Dies sei hinsichtlich der beiden in Berlin (West) inhaftierten irakischen Diplomaten aus Ost-Berlin⁵ bisher nicht der Fall. Außerdem hätten die beiden Iraker gesundheitliche Schäden erlitten. Hinzu komme, daß von deutscher Seite Informationen über die Verhaftung und die erhobenen Beschuldigungen gegen die beiden Iraker an die Presse gegeben worden seien⁶, ohne daß eine Schuld feststand. Hierdurch seien den deutsch-irakischen Beziehungen erhebliche Nachteile zugefügt worden. In den Veröffentlichungen der deutschen „Geheimpolizei“ seien viele Übertreibungen über den Fall enthalten. Von deutscher Seite erhobene Anschuldigungen bereiteten der irakischen Seite große Sorge. Die beiden Diplomaten seien „erniedrigt“ und in ihrer Würde verletzt worden. Die irakische Botschaft habe seit der Inhaftierung zahlreiche Schritte unternommen, um eine Lösung des Falles zu finden und den Schaden für die deutsch-irakischen Beziehungen einzugrenzen und zu verhindern, sie sei jedoch hierbei bislang erfolglos geblieben. StS Dr. Lautenschlager habe ihm in Aussicht gestellt, daß er heute von Herrn BM Positives hören werde.⁷

Herr BM bat den Botschafter, seinem Präsidenten⁸ und Außenminister⁹ mitzuteilen, daß die Bundesregierung und er selbst die Angelegenheit sehr ernst nähmen. Er habe eigens seinen Urlaub für dieses Gespräch unterbrochen, um sein besonderes Interesse an der weiteren Fortentwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen unseren Ländern zu dokumentieren und diese keinen Schaden leiden zu lassen. Dies sei der Geist, von dem sich die Bundesregierung in diesem Falle leiten lasse, allerdings seien die diesbezüglichen Bemühungen noch nicht abgeschlossen. Botschafter habe StS Dr. Lautenschlager gesagt, daß die irakische Regierung Geduld habe. Diese sei wichtig, um eine Lösung zu finden, die die Weiterentwicklung der freundschaftlichen Zusammenarbeit garantiert. Allerdings bestehe in Berlin eine spezifische rechtliche Ordnung, aufgrund derer wir nicht allein Herr des Verfahrens seien¹⁰; auch sei es notwendig, die deutschen Gesetze zu beachten. In diesem Rahmen bemühten wir uns um eine Regelung des Falles. Für die Weiterführung der freundschaftlichen deutsch-irakischen Beziehungen sei es erforderlich, daß beide Seiten die Angelegenheit

Fortsetzung Fußnote von Seite 1216

was passiere, werde das die Dinge außerordentlich erschweren.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 4075; B 83 (Referat 511), Bd. 1191.

⁵ Khalid al-Doory und Mahmoud Haj Ali.

⁶ Vgl. dazu den Artikel „Haftbefehl gegen irakische Diplomaten“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 4. August 1980, S. 3.

⁷ An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager am 12. August 1980 handschriftlich: „So habe ich das nicht formuliert!“

⁸ Saddam Hussein.

⁹ Saadun Hammadi.

¹⁰ Vortragender Legationsrat I. Klasse Freiherr von Richthofen vermerkte am 11. August 1980, in einer Sondersitzung am 9. August 1980 sei die Bonner Vierergruppe über die Festnahme der beiden irakischen Diplomaten informiert worden. Die Alliierten hätten erklärt, daß sie zwar für die Ausübung der obersten Gewalt in Berlin verantwortlich seien: „In Übereinstimmung mit einer langen Praxis ist die Ausübung dieser Gewalt im Tagesgeschäft an die Berliner (deutschen) Behörden einschließlich der Polizei delegiert.“ Sie seien konsultiert worden und hätten bestätigt, „daß dieser Fall eine Angelegenheit für die deutschen Behörden ist“. Es handle sich nach ihrer Auffassung um einen Fall des internationalen Terrorismus. Vgl. Referat 010, Bd. 178824.

nicht eskalierten, wobei er feststellen könne, daß bisher beide Seiten verantwortungsvoll gehandelt hätten. Was der Botschafter von uns erwarte, würde bedeuten, daß wir von unserer allgemeinen Rechtspraxis abwichen. Wenn wir uns trotzdem bemühten, den Fall zu einem guten Ende zu bringen, so zeige dies das große deutsche Interesse an einer zufriedenstellenden Lösung. Er bäte jedoch die irakische Regierung um Geduld. Der irakische Präsident und der irakische Außenminister wüßten aus ihren persönlichen Begegnungen mit ihm¹¹, was es bedeute, wenn er sage, er werde sich bemühen, eine Sache zu einem guten Ende zu führen. Wir befänden uns in ernsthaften Gesprächen mit den Zuständigen.

Der *Botschafter* erklärte, die Antwort des Herrn BM gebe ihm Zuversicht und Vertrauen hinsichtlich der Ernsthaftigkeit unserer Bemühungen. Er möchte jedoch nochmals seine gegenüber StS Dr. Lautenschlager geäußerte Bitte um Genehmigung eines Gefängnisbesuches der Angehörigen bei den beiden Inhaftierten wiederholen. Wie er wisse, bestehe die zuständige Staatsanwaltschaft in Berlin auf der Billigung des Gefängnisbesuches durch das Auswärtige Amt.

Herr *BM* erwiderte, wenn es bisher noch nicht zur Genehmigung des Gefängnisbesuches gekommen sein sollte, so liege das nicht am Auswärtigen Amt. Im übrigen habe er bewußt nicht zur Sache selbst gesprochen, um die Angelegenheit nicht zu verschärfen. Aus innenpolitischen Gründen müsse er an sich auf strengste Strafverfolgung drängen; wenn er sich bemühe, einen anderen Weg zu finden, so seien hierfür außenpolitische Überlegungen und sein Interesse an freundschaftlichen Beziehungen zum Irak ausschlaggebend.¹²

Botschafter erklärte, er sei aufgrund des heutigen Gespräches hinsichtlich einer zufriedenstellenden Lösung optimistisch und werde in diesem Sinne an seinen Präsidenten und seinen Außenminister berichten.¹³

Referat 010, Bd. 178824

¹¹ Bundesminister Genscher hielt sich vom 4. bis 6. Juli 1979 im Irak auf. Zu den Gesprächen mit dem irakischen Außenminister Hammadi vgl. AAPD 1979, II, Dok. 201 und Dok. 203.

¹² Ministerialdirektor Fleischhauer vermerkte am 12. August 1980, bei einer Staatssekretärsbesprechung am 7. August 1980 hätten sich die Ressorts nicht darauf verständigen können, „ob eine Abschiebung und Einstellung des Verfahrens vor Urteilsspruch anzustreben sei (so BMI, in der Tendenz auch AA, BMB und BK) oder ob ein Strafverfahren zumindest bis zum Stadium der Urteilsverkündung durchgeführt werden soll (so BMJ)“. Für ein Strafverfahren sprächen justizpolitische Interessen angesichts der Schwere des Tatvorwurfs und der Vermeidung eines Präzedenzfalls für eine Abschiebung vor dem Urteil, die Präventivwirkung sowie die Vermeidung des Eindrucks, „daß ‚politische Lösungen‘ bei Terroranschlägen in Berlin (West) wegen alliierter Vorbehaltsrechte leichter erreichbar seien“. Hinzu käme das Engagement der Bundesrepublik bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Für eine Abschiebung spräche das verstärkte Interesse an einer engen politischen Zusammenarbeit mit Irak, insbesondere nach der Revolution in Iran. Es bestehe die Gefahr irakischer Retorsionsmaßnahmen, während bei einer Abschiebung möglicherweise irakische Gegenleistungen bei der Bekämpfung des Terrorismus zu erhalten seien. Zudem könne sich die DDR bei einem Strafverfahren gezwungen sehen, kritisch Stellung zu beziehen. Vgl. VS-Bd. 10799 (511); B 150, Aktenkopien 1980.

¹³ Vortragender Legationsrat Platz vermerkte am 13. August 1980, in einer Besprechung mit den Bundesministern Genscher und Baum sowie Staatssekretär Schüler, Bundeskanzleramt, habe Bundesminister Vogel „im Rahmen einer Güter- und Interessenabwägung und zur Herstellung einer einheitlichen Haltung“ seine Bedenken gegen eine Verfahrenseinstellung und eine Abschiebung zurückgestellt. Es sei vereinbart worden, daß Schüler mit dem Ziel der Verfahrenseinstellung an den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Stobbe, herantreten solle. Danach werde Genscher „auf ‚privater Basis‘ mit Justizsenator Meyer sprechen“. Anschließend werde der irakische Botschafter al-Bazzaz informiert „und um Ausreiseerlaubnis für den im Irak wegen Vertragsstreitigkeiten seiner Firma mit

231

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fleischhauer

511-530.MS/50

11. August 1980¹Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³

Betr.: Möglichkeiten einer deutschen Initiative zur Abschaffung der Todesstrafe

Bezug: a) Ministervorlage vom 6. Juli 1979 500-504.10/19 (erneut beigelegt)⁴b) Ministervorlage vom 28.7.1980 511-530.MS/1 (liegt bei)⁵

c) Weisung des Herrn Ministers

Fortsetzung Fußnote von Seite 1218

irakischen Stellen festgehaltenen deutschen Techniker“ gebeten: „Eine Bitte um Freilassung mehrerer britischer Staatsangehöriger, die im Irak aus Gründen mit nachrichtendienstlichem Hintergrund inhaftiert sind“, solle nur dann vorgebracht werden, wenn Großbritannien in seiner Eigenschaft als Schutzmacht für Berlin an die Bundesregierung herantrete. Vgl. VS-Bd. 10799 (511); B 150, Aktienkopien 1980.

Schüler vermerkte am 18. August 1980, Stobbe habe telefonisch mitgeteilt, er habe bislang keine schriftliche Empfehlung der Bundesregierung, die beiden inhaftierten irakischen Diplomaten abzuschieben: „Die außenpolitischen Gründe, die der Bundesaußenminister dem Berliner Justizsenator mündlich erläutert habe, reichten nicht aus. Ferner sei der in diesem Gespräch gegebene Hinweis auf die Sicherheitslage in Berlin eher geeignet, die Sache noch zu komplizieren.“ Er, Schüler, habe entgegnet, „daß die außenpolitischen Abwägungen verfassungsgemäß Aufgabe der Bundesregierung seien und von Berliner Stelle nicht nachvollzogen werden könnten. Die außenpolitischen Gründe seien wie mögliche andere in dem Moment nichts mehr wert, in dem sie aufgezeichnet und in Kürze wohl auch in die Öffentlichkeit transportiert werden würden.“ Vgl. Referat 010, Bd. 178824.

¹ Ablichtung.

Die Aufzeichnung wurde von den Vortragenden Legationsräten Platz und Schober konzipiert. Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 21. August 1980 vorgelegen.

² Hat Staatssekretär Lautenschlager am 11. August 1980 vorgelegen, der handschriftlich für Bundesminister Genscher vermerkte: „Mir wird gesagt, daß Sie eine Aufzeichnung heute Abend erhalten wollen. Ich hätte eine Mitzeichnung der UA 23 für notwendig gehalten (vor Weiterleitung an Sie).“³ Hat Bundesminister Genscher am 12. August 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Die Sache kann nur durch eine prinzipielle Initiative bewegt werden. 2) Ich bitte den Entwurf einer Konvention zur weltweiten Abschaffung der Todesstrafe zu formulieren. 3) Ich werden Vorschlag in N[ew]Y[ork] vorlegen u. einbringen. 4) Ein entsprechender Redebeitrag für die UN-Vollversammlung ist vorzulegen. 5) Den neuesten schwedischen Entwurf bitte beifügen. 6) Erbitte Information über Stand der Folterinitiative. 7) W[ieder]v[orlage] 18.8.“⁴ Dem Vorgang nicht beigelegt.

Ministerialdirektor Fleischhauer vermerkte am 6. Juli 1980, Artikel 102 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 erkläre die Todesstrafe für abgeschafft. Im Völkerrecht gebe es kein generelles Verbot der Todesstrafe. Weltweit hätte sie elf Staaten de iure abgeschafft, dazu kämen 16, die sie „für normale kriminelle Delikte“ nicht mehr verhängten, sowie zwei weitere, die sie de facto nicht mehr verhängten. Seit Jahren gebe es in verschiedenen internationalen Organisationen Bemühungen zur Einschränkung der Todesstrafe: „Trotz der quantitativ gestiegenen Aktivitäten auf diesem Gebiet darf nicht verkannt werden, daß die Qualität der Fortschritte in den letzten Jahren nachgelassen hat. Nicht zuletzt die Welle des Terrorismus hat auch in einigen westeuropäischen Mitgliedstaaten bewirkt, daß die Vollstreckung oder Wiedereinführung der Todesstrafe vermehrt gefordert wird. Am entschiedensten setzen sich die islamischen Staaten zur Wehr, da die Todesstrafe eine der durch den Koran vorgesehenen Strafen ist. [...] Die Entwicklung in der letzten Zeit, in der vor allem eine Zunahme der politischen Exekutionen (z.B. im Iran, Pakistan, China, Nicaragua) zu beobachten ist, gibt Anlaß zur Prüfung, wie diesen rückläufigen Tendenzen Einhalt geboten werden kann und was dabei die Bundesrepublik Deutschland konkret während der 34. GV tun kann.“ In Frage kämen: „1) Deutscher Resolutionsentwurf zur Abschaffung der Todesstrafe. 2) Initiative für GV-Resolution zu

Vorschlag: Billigung des unter III skizzierten Vorgehens

I. In der Bezugsvorlage a) hatte Abteilung 5 unter Ziffer IV die verschiedenen Möglichkeiten einer deutschen Initiative für die 34. VN-Generalversammlung⁶ dargelegt. Unter menschenrechtlichen Aspekten wurde eine über die bisherigen VN-Bemühungen hinausgehende deutsche Initiative gegen die Todesstrafe zwar als wünschenswert, jedoch als nicht durchsetzbar bezeichnet. Hinzu kam die Tatsache, daß die VN-Generalversammlung selbst beschlossen hatte, sich erst auf ihrer 35. Tagung (1980)⁷ mit dem Thema „Todesstrafe“ mit hohem Vorrang zu befassen (Resolution 32/61⁸).

Gegenwärtige Lage:

1) 1980 sind günstigere Voraussetzungen für eine Behandlung des Themas im Rahmen der Vereinten Nationen gegeben. Zum einen wird sich die 35. VN-Generalversammlung entsprechend der erwähnten VN-Resolutionen 32/61 vom 8.12.1977 (Text ist als Anlage zur Bezugsvorlage a) beigefügt) mit hohem Vorrang mit der Frage der Todesstrafe befassen, andererseits ist das Thema auch eines von mehreren Punkten der Tagesordnung des VI. Kongresses der Vereinten Nationen zur Verbrechensverhütung und Behandlung Straffälliger (Caracas, 25. August bis 5. September 1980) und wird dort vorbehandelt.⁹ Die VN-Generalversammlung hat den Kongreß in Caracas – ebenfalls mit Res. 32/61 – auf-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1219

weiteren Untersuchungen. 3) Unterstützung der prozeduralen Weiterführung der schwedischen Initiative in der Generalversammlung (Res. 32/61) im ECOSOC. 4) Neuer-Erklärung. 5) Aufnahme des Themas in die Rede des Herrn Bundesministers vor dem Plenum der Generalversammlung. 6) Deutsche Erklärung im Dritten Ausschuß der VN-Generalversammlung anläßlich des ECOSOC-Berichts (TOP 12).“ Vgl. B 83 (Referat 511), Bd. 1442.

⁵ Dem Vorgang beigefügt. Ministerialdirigent Verbeek vermerkte, bei der bevorstehenden VN-Konferenz für Verbrechensverhütung und Behandlung Straffälliger vom 25. August bis 5. September 1980 in Caracas werde die Frage der Todesstrafe im Vordergrund stehen. Das Auswärtige Amt habe das Bundesministerium der Justiz gebeten, „die deutsche Haltung in dieser Frage – weltweite Eindämmung der Todesstrafe mit dem Ziel ihrer Abschaffung – auf dem Kongreß nachdrücklich zu vertreten. [...] Auch dieser Fachkongreß wird starken Tendenzen zur Politisierung ausgesetzt sein. So gibt es Bestrebungen, auf dem Kongreß eine ‚Deklaration von Caracas‘ zu verabschieden, in der die Besorgnis über das Anwachsen der Verbrechensrate, insbesondere in der Dritten Welt, ausgedrückt wird. Als Gründe für diese Entwicklung sollen dabei Rassismus, Kolonialismus und die wirtschaftliche Dominierung der Dritten Welt durch die westlichen Industrieländer und die transnationalen Unternehmen genannt werden. Ferner dürfte die Inhaftierung von Palästinensern durch Israel sowie die Apartheid-Frage auf dem Kongreß eine Rolle spielen.“ Vgl. B 83 (Referat 511), Bd. 1443.

⁶ Die XXXIV. VN-Generalversammlung fand vom 18. September 1979 bis 7. Januar 1980 in New York statt.

⁷ Die XXXV. VN-Generalversammlung fand vom 16. September bis 17. Dezember 1980 sowie am 15./16. Januar 1981 in New York statt.

⁸ Für den Wortlaut der Resolution Nr. 32/61 der VN-Generalversammlung vom 8. Dezember 1977 zur Todesstrafe vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XVI, S. 608.

⁹ Botschafter Freiherr von Wechmar, New York (VN), berichtete am 9. September 1980, der Resolutionentwurf über die Todesstrafe sei auf der VN-Konferenz für Verbrechensverhütung und Behandlung Straffälliger vom 25. August bis 5. September 1980 in Caracas zurückgezogen worden, weil er in einer Abstimmung mit großer Mehrheit abgelehnt worden wäre. Sondierungen hätten ergeben, daß die Zeit für eine solche Initiative noch nicht reif sei: „Islamische und kommunistische Staaten befürworten die Todesstrafe grundsätzlich, Militärregimes wünschen keine Diskussion dieser Frage. Aber auch uns gegenüber aufgeschlossene EL argumentieren, ihre unterschiedliche soziologische Struktur und Staatsidee erforderten in ihrem Entwicklungsstadium im Grundsatz die Todesstrafe als Ausdruck höchster Staatsautorität. Sie haben daher Bedenken, daß von außen Druck auf sie zur Abschaffung dieses ‚letzten Mittels‘ ausgeübt wird.“ Daher seien sie bereit, über die moralischen Dimensionen der Todesstrafe zu diskutieren, nicht jedoch, konkrete Maßnahmen zu unterstützen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2287; B 83 (Referat 511), Bd. 1443.

gefordert, die „verschiedenen Aspekte der Anwendung der Todesstrafe und ihrer möglichen Einschränkung, einschließlich einer großzügigeren Anwendung der Bestimmungen über Begnadigung, Umwandlung oder Aufschub der Strafe, zu erörtern und der Generalversammlung auf ihrer fünfunddreißigsten Tagung (1980) darüber zu berichten und Empfehlungen zu unterbreiten“.

Die Resolution 32/61 der VN-Generalversammlung vom 8.12.1977 wurde im Konsensus angenommen und basiert auf einer von uns unterstützten schwedischen Initiative.

2) Im Hinblick auf die Behandlung des Themas „Todesstrafe“ in Caracas hatte das Auswärtige Amt den für die Vorbereitung des Kongresses insgesamt federführenden Bundesminister der Justiz bereits mit Schreiben vom 17. März 1980 unter Übermittlung von Anregungen auf die hohe Bedeutung hingewiesen, die hier dem Thema Todesstrafe und den Bemühungen zur Eingrenzung und letztlich Abschaffung der Todesstrafe beigemessen wird.¹⁰ In einem Schreiben vom 22. Juli 1980 haben Sie Bundesminister Vogel gebeten, dafür Sorge zu tragen, daß die deutsche Delegation in Caracas einen bereits vorliegenden schwedischen Resolutionsentwurf unterstützt und darüber hinaus auch selbst durch eigene Bemühungen für die Eindämmung und letztlich Abschaffung der Todesstrafe eintritt; die Verabschiedung einer entsprechenden Entschließung des Kongresses in Caracas würde eine unseren Vorstellungen entgegenkommende Ausgangslage für die Beratungen der 35. Tagung der VN-Generalversammlung schaffen.¹¹

Der schwedische Resolutionsentwurf für den Kongreß in Caracas geht von den bereits vorliegenden VN-Resolutionen zu dem Thema aus und fordert eine Eingrenzung der Todesstrafe; er bekräftigt die Aussage, das zu erstrebende Ziel (ultimate objective) sei die völlige Abschaffung der Todesstrafe in der ganzen Welt. (Dieses Endziel ist bereits in dem ersten operativen Paragraphen der VN-Generalversammlungsresolution 32/61 erwähnt.)

Der Bitte des Auswärtigen Amts entsprechend hat das Bundesministerium der Justiz diesen schwedischen Entwurf am Rande einer Europaratstagung bereits mit einem Vertreter der schwedischen und der österreichischen Regierung konsultiert. Es wurde – ad referendum – Übereinstimmung erzielt, daß dieser schwedische Entwurf in leicht modifizierter Form von der Bundesrepublik Deutschland und Österreich in Caracas mitgetragen wird.¹²

¹⁰ Vortragender Legationsrat Schober betonte am 17. März 1980 in einem Schreiben an das Bundesministerium der Justiz, die Bundesregierung lege Wert darauf, daß die Frage der Todesstrafe auf der VN-Konferenz zur Verbrechensverhütung und der Behandlung Straffälliger vom 25. August bis 5. September 1980 in Caracas erörtert werde: „Dies könnte dadurch geschehen, daß die Bundesrepublik Deutschland dem Kongreß eine eigene Erklärung gegen die Todesstrafe vorlegt oder aber sich einer voraussichtlich von Schweden eingebrachten Resolution anschließt.“ Vgl. B 83 (Referat 511), Bd. 1442.

¹¹ Für das Schreiben des Bundesministers Genscher an Bundesminister Vogel vgl. Referat 010, Bd. 178824.
Vogel antwortete am 22. August 1980, er befürworte das Anliegen Genschers, da das Bundesministerium der Justiz seit Jahren in diversen Gremien Initiativen gegen die Todesstrafe unterstütze. Vgl. dazu B 83 (Referat 511), Bd. 1443.

¹² Für den von Österreich und Schweden erarbeiteten Entwurf vom 4. Juli 1980 für eine Initiative zur Abschaffung der Todesstrafe für die VN-Konferenz zur Verbrechensverhütung und der Behandlung Straffälliger vom 25. August bis 6. September 1980 in Caracas vgl. B 83 (Referat 511), Bd. 1443.
Das Bundesministerium der Justiz informierte am 8. August 1980, der schwedisch-österreichische

3) Parallel zu dieser Initiative gegen die Todesstrafe gibt es im westlichen Lager Überlegungen einer Initiative gegen politische Massenexekutionen. Die Neun (EPZ, „Frühwarnbericht“ der Ständigen Vertretungen in New York) sind sich einig, daß sich die Materie für eine Initiative eignet.¹³

III. Weiteres Vorgehen

1) Die Zeit ist auch dieses Jahr noch nicht reif für die konkrete Inangriffnahme einer Konvention gegen die Todesstrafe. Die Länder, die die Todesstrafe noch praktizieren oder jedenfalls noch nicht abgeschafft haben, sind zu zahlreich. Hier liegt ein Unterschied zu unserer Geiselnahme-Initiative, die in einer Konvention einmündete und bei der wir ebenfalls gewaltige Schwierigkeiten zu überwinden hatten.¹⁴ Wir haben uns 1976 jedoch die Regelung eines Teilbereichs der Bekämpfung des internationalen Terrorismus zum Ziel gesetzt, in dem die moralische Übereinstimmung relativ groß ist. Die Geiselnahme galt und gilt allgemein als ein verdammungswürdiges Vorgehen, und es ging uns darum, diese moralische Verurteilung in rechtliche Formen zu bringen.

Bei der Todesstrafe fehlt dieses Element des Grundkonsenses. Selbst viele westliche Staaten kennen noch die Todesstrafe (darunter auch die USA und Frankreich). Bei dieser Sachlage ist zu erwarten, daß der Vorschlag einer Konvention gegen die Todesstrafe auf einen nicht zu überwindenden Widerstand stoßen würde, und zwar bereits im ersten Anlauf. Es ist schon zweifelhaft, ob wir die Einsetzung eines Ad-hoc-Ausschusses erreichen würden.

2) Unter diesen Umständen hält Abteilung 5 in der bevorstehenden VN-Generalversammlung folgendes Vorgehen für realistisch und zweckmäßig:

a) Wir setzen uns – auch mit eigenen Entwürfen – für eine Weiterentwicklung der VN-Resolutionen (insbesondere der letzten vom 8.12.1977 – 32/61 ein, die bereits auf eine Beschränkung und letztlich Abschaffung der Todesstrafe hinauslaufen. Hierbei bauen wir soweit wie möglich auf den Ergebnissen des Kongresses von Caracas auf, auf dem wir bereits die gleiche Linie verfolgen.

b) Der Herr Minister schlägt in seiner Rede vor der VN-Generalversammlung¹⁵ eine Konvention zur Abschaffung der Todesstrafe als Fernziel dieser Bemü-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1221

Entwurf bedürfe noch kleiner Änderungen: „Im Rahmen einer Vorbereitungsbesprechung des Europarats für den Kongreß, die am 30. Juni/1. Juli 1980 in Straßburg stattfand, konnten die Änderungswünsche gegenüber den Delegationen Schwedens und Österreichs vorgebracht werden. Sie wurden von beiden Delegationen weitgehend berücksichtigt.“ Vgl. B 83 (Referat 511), Bd. 1443.

¹³ Botschafter Freiherr von Wechmar, New York (VN), berichtete am 23. Juli 1980: „Die im Frühwarnbericht der Neun erwähnte mögliche gemeinsame Initiative gegen politische Massenexekutionen hat nach allgemeinem Verständnis nichts mit einer Initiative gegen die Todesstrafe als solche zu tun, da sich hierauf die Neun aus innerrechtlichen Gegebenheiten nicht einigen können. Die Initiative der Neun würde eine Initiative gegen die Todesstrafe nicht behindern, sondern allenfalls ergänzen.“ Vgl. B 83 (Referat 511), Bd. 1443.

¹⁴ Mit Resolution Nr. 31/103 vom 15. Dezember 1976 nahm die VN-Generalversammlung den Vorschlag der Bundesrepublik für die Verabschiedung einer VN-Konvention gegen Geiselnahme an und verfügte die Bildung eines Sonderausschusses zu deren Ausarbeitung. Für den Wortlaut vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XVI, S. 446. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1977, D 137 f. Vgl. dazu auch AAPD 1976, II, Dok. 348.

Zum Abschluß der Verhandlungen vgl. AAPD 1979, II, Dok. 350.

Für den Wortlaut des Internationalen Übereinkommens vom 18. Dezember 1979 gegen Geiselnahme vgl. BUNDESGESETZBLATT 1980, Teil II, S. 1362–1369.

¹⁵ Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 24. September 1980 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. BULLETIN 1980, S. 881–886.

hungen vor, ohne diesen Vorschlag jedoch zugleich mit der Vorlage eines Entwurfs einer Konvention zu verbinden. Wir erwähnen das Fernziel der Konvention in unseren laufenden Interventionen in den Debatten, die uns in Caracas und vor allem in New York bevorstehen.

c) Ferner sollten wir versuchen, die Neuner-Initiative gegen politische Massenexekutionen an prominenter Stelle mit einzubringen (Ziff. II 3).

IV. Eine Initiative der Bundesrepublik Deutschland zur Abschaffung der Folter kann dagegen von hier aus nicht befürwortet werden. Die Staaten haben sich bereits in den VN-Menschenrechtspakten¹⁶ auf ein völkerrechtliches Verbot der Folter festgelegt. Seit Jahren befassen sich die Vereinten Nationen mit mehreren weiteren Initiativen gegen die Folter, von denen vor allem eine schwedische Initiative zu nennen ist, das Verbot der Folter in einer besonderen Konvention weiter zu kodifizieren. An dieser schwedischen Initiative haben wir bisher aktiv mitgearbeitet.¹⁷

Fleischhauer

B83 (Referat 511), Bd. 1443

¹⁶ Der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte wurde am 19. Dezember 1966 von der VN-Generalversammlung verabschiedet und trat am 3. Januar 1976 in Kraft. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 993, S. 3–106. Für den deutschen Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 1570–1582.

Der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte wurde am 19. Dezember 1966 von der VN-Generalversammlung verabschiedet und trat am 23. März 1976 in Kraft. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 999, S. 171–346. Für den deutschen Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 1534–1555.

¹⁷ Referat 231 vermerkte im Januar 1979, die Erörterung des Themas Folter gehe auf eine Initiative von Amnesty International zurück und werde seit 1973 bei den Vereinten Nationen erörtert. Am 9. Dezember 1975 sei von der VN-Generalversammlung die Deklaration Nr. 3452 verabschiedet und in der Resolution Nr. 3453 am selben Tag die Menschenrechtskommission aufgefordert worden, die Formulierung eines Grundsatzkatalogs zu prüfen. Die schwedische Initiative einer Konvention gegen Folter, die die Menschenrechtskommission mit der Ausarbeitung einer Konvention beauftrage, sei mit Resolution Nr. 32/62 der VN-Generalversammlung am 8. Dezember 1977 angenommen worden: „Auf der 33. VN-GV hat die im Konsensus angenommene schwed[isch]-niederl[ändisch]-indische Resolution 33/178 [...] die im Vorjahr eingebrachten drei Resolutionen dieser Staaten (zu Konventionsentwurf, Fragebogen und einseitiger Erklärung) bestätigt. [...] Aufgrund unserer freiheitlichen Rechtsordnung, die den Schutz vor jeglicher Art von Folterungen gewährleistet, setzen wir uns nachdrücklich für die Ausarbeitung einer Konvention zum Schutz gegen Folter ein. Dabei unterstützen wir vorrangig den schwedischen Konventionsentwurf; im Vergleich zu den anderen Entwürfen hat er Aussicht, auch von solchen Staaten angenommen zu werden, die sich nicht ohnehin schon in der Europäischen M[enschen]R[echts]K[onvention] auf das Folterverbot verpflichtet haben.“ Vgl. Referat 231, Bd. 121089.

232

Gesandter Huber, Moskau, an das Auswärtige Amt

114-4576/80 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 3546

Aufgabe: 11. August 1980, 16.30 Uhr¹
Ankunft: 11. August 1980, 16.23 Uhr

Betr.: Sowjetische Äußerungen zur Afghanistan-Reise von MdB Dr. Todenhöfer²

Anlässlich eines zu Ehren der hier anwesenden Bundestagsdelegation unter MdB Frau Eilers³ vom Vorsitzenden des Unionsowjets Schitikow gegebenen Mittagessens ergingen sich der Leiter der Auslandsabteilung des ZK, Samjatin, sowie einige dabeistehende sowjetische Gäste beim Aperitif in ungehöriger Weise über MdB Todenhöfer und dessen Afghanistan-Reise. Man habe gehört, daß „dieser Herr sich als Afghane verkleidet“ zusammen mit „Banditen“ illegal nach Peschawar begeben habe, um dann Greuelmärchen über die Verhältnisse in Afghanistan zu verbreiten. Insbesondere habe er bedauert, daß die westlichen Mächte den Rebellen nicht genügend Waffen zur Verfügung stellten. Das nächste Mal sollte man diesen Herrn aufgreifen und erschießen oder, wie andere sowjetische Gesprächspartner erklärten, ihn den Afghanen übergeben, die in solchen Fälen öffentliche Auspeitschungen vornähmen, von denen der Betroffene allerdings so leicht nicht wieder aufstehe. Ich erklärte Herrn Samjatin, daß mir über die Angelegenheit nichts bekannt sei, es ihm jedoch in Bonn, wohin er ja am 15. dieses Monats reise, unbenommen bleibe, mit Herrn Todenhöfer selbst zu sprechen.⁴ Das Gespräch wurde in diesem Punkt durch die Ankunft der deutschen Bundestagsabgeordneten unterbrochen. Beim Essen äußerte ich gegenüber Falin, der bei den Ausführungen Samjatins zugegen war, meine Verwunderung und mein Befremden über die Äußerungen von Herrn Samjatin über einen deutschen Bundestagsabgeordneten. Falin, dem die Angelegenheit sichtlich peinlich war, erklärte, es müsse sich wohl um einen Übersetzungsfehler gehandelt

¹ Hat Vortragendem Legationsrat Heyken am 12. August 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Meyer-Landrut und anschließende Wiedervorlage verfügte.

² Der CDU-Abgeordnete Todenhöfer hielt sich vom 27. Juli bis 1. August 1980 in Afghanistan auf. Vgl. dazu den Artikel „Augenzeuge Todenhöfer: Völkermord in Afghanistan“; DIE WELT vom 8. August 1980, S. 1.

³ Gesandter Huber, Moskau, berichtete am 13. August 1980, eine Bundestagsdelegation habe aus Anlaß des zehnten Jahrestags der Unterzeichnung des Moskauer Vertrags am 12. August 1970 die UdSSR vom 11. bis 13. August 1980 besucht. Der Abteilungsleiter im ZK der KPdSU, Samjatin, habe sich zur Rechtfertigung der sowjetischen Intervention in Afghanistan „außerordentlich stark auf sowjetische Sicherheitsinteressen“ konzentriert und den USA vorgeworfen, am Südrand der UdSSR Militärbasen zu etablieren. Er habe zudem behauptet, daß Waffen für die afghanischen Widerstandskämpfer teils über die Bundesrepublik geliefert würden. Der Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, Bondarenko, sei kurz auf den NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 eingegangen: „Im Falle einer Dislozierung neuer amerikanischer Nuklearraketen würden die sowjetischen Streitkräfte gezwungen sein, die Bundesrepublik Deutschland als ein Territorium zu betrachten, von dem eine direkte tödliche Bedrohung für die SU und ihre Alliierten ausgehe, und entsprechende praktische Schlüsse daraus ziehen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3585; Referat 213, Bd. 133163.

⁴ Der Abteilungsleiter im ZK der KPdSU, Samjatin, hielt sich vom 15. bis 23. August 1980 in der Bundesrepublik auf. Gesandter Huber, Moskau, informierte am 28. August 1980, gemäß Meldungen der sowjetischen Presse habe sich Samjatin wohlwollend über seine Gespräche mit führenden Politikern der SPD und Kommunalpolitikern geäußert. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 3796; Referat 213, Bd. 133198.

haben. Es sei keineswegs die Rede davon gewesen, daß man Herrn Todenhöfer erschießen oder auspeitschen sollte. Vielmehr habe Herr Samjatin seiner Sorge Ausdruck verleihen wollen, daß Herrn Todenhöfer im Wiederholungsfalle ein solches Schicksal zustoßen könnte, wenn man ihn fasse und versehentlich für einen Rebellen oder Spion halte.

Wenn man die Frage ausklammert, welche der beiden Versionen von Samjatins Äußerungen zutraf, so zeigt die unkontrollierte und emotionale Einlassung von Samjatin und teilweise auch Schitikows sowie der übrigen sowjetischen Gesprächspartner, die sich gegenseitig zu übertreffen versuchten und mir kaum Gelegenheit gaben, ein Wort zu sagen, die tiefe Unsicherheit, die das Thema Afghanistan hier hervorruft. Dies bestätigt die Ansicht hiesiger Beobachter, daß die sowjetische Seite gegenwärtig kein brauchbares Konzept für eine vernünftige Lösung der Afghanistan-Frage besitzt.⁵ Auch der Verlauf meines späteren Gesprächs mit Falin hat mich in dieser Ansicht bestärkt. Falin schätzte die Anzahl der Guerilla-Kämpfer in Afghanistan auf etwa 80 000 und der in rückwärtigen Basen in Pakistan befindlichen Rebellen auf 38 000. Er gab zu, daß die Gegnerschaft der ca. 300 000 Mullahs im Lande gegen das revolutionäre Regime ein Machtvakuum geschaffen habe, das schwer auszufüllen sei. Andererseits sei er davon überzeugt, daß die Bevölkerung im Laufe der Zeit erkenne, wo ihre Interessen lägen. Meinen Einwand, daß er hier wohl mit sehr langen Zeiträumen (ich sagte über zehn Jahre) rechne, bestritt er ohne großen Nachdruck.⁶

[gez.] Huber

VS-Bd. 13173 (213)

⁵ Gesandter Pfeffer, Brüssel (NATO), berichtete am 22. August 1980, in der Sitzung des Politischen Ausschusses auf Gesandtenebene am Vortag habe der Militärstab der NATO informiert, der bevorstehende Wintereinbruch in Afghanistan werde der sowjetischen Luftüberwachung die Erkundung der Nachschublinien der afghanischen Widerstandskämpfern erleichtern und die Versorgung letzterer erschweren: „Die sowjetische Kommandoführung sei hochzentralisiert und für einen Krieg wie den in Afghanistan nicht geschaffen. Den Sowjets sei es bisher nicht gelungen, sich an die Erfordernisse des Kleinkriegs anzupassen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1115; VS-Bd. 13173 (213); B 150, Aktenkopien 1980.

⁶ Auf Weisung des Bundesministers Genscher instruierte Ministerialdirektor Blech am 12. August 1980 den Gesandten Huber, Moskau, im sowjetischen Außenministerium zu demarchieren: „Dabei sollten Sie darauf verweisen, daß die betreffenden Äußerungen als ‚Morddrohung‘ verstanden werden könnten.“ Dem mit der Bundestagsdelegation in Moskau weilenden FDP-Abgeordneten Schäfer „sollte als persönliche Mitteilung die dringende Bitte des Bundesministers übermittelt werden, sich in massiver Form gegen die Äußerungen zu verwahren und sich vor MdB Todenhöfer zu stellen. Dabei sollte er auch das Wort ‚Morddrohung‘ benutzen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 616; VS-Bd. 538 (014); B 150, Aktenkopien 1980.

Huber berichtete am 13. August 1980, er habe die Demarche beim Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, Bondarenko, ausgeführt. Dieser habe betont, die Äußerungen des Abteilungsleiters des ZK der KPdSU, Samjatin, „trügen keinesfalls offiziellen Charakter. Was dabei gesagt worden sei, sei nicht ernst, sondern halb emotional, halb scherzhaft geäußert worden. In der Tat habe sich Todenhöfer ja in große Gefahr begeben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3578; VS-Bd. 13173 (213); B 150, Aktenkopien 1980.

Huber informierte am selben Tag, Samjatin habe gegenüber Schäfer bedauert, mißverstanden worden zu sein: „Er habe lediglich zum Ausdruck bringen wollen, daß Herr Todenhöfer, wenn er sich in derartige Gefahren begeben, etwas zustoßen könne. Es sei ja unbestritten, daß Herr Todenhöfer gemeinsam mit Banditen [...] illegal die Grenze überschritten habe. Er, Samjatin, habe gewissermaßen seine Sorge für Herrn Todenhöfer zum Ausdruck bringen wollen.“ Huber schlug vor, die Angelegen-

233

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Landrut**320-321.00 SUA-789/80 VS-vertraulich****12. August 1980¹**Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister

Betr.: Auflösung des südafrikanischen Militärattachéstabs in Bonn³;
 hier: zeitlicher Zusammenhang mit der Errichtung eines Berufskonsulats
 der Republik Südafrika in Frankfurt/Main

Bezug: 1) In Ablichtung beigefügte Aufzeichnung der Abt. 7 vom 2.5.1980 –
 701.AM 21/SUA (Anlage 1)⁴
 2) Ministervorlagen der Abt. 3 vom 31.10.1979⁵ und 9.11.1979 – 320-
 321.21 SUA⁶ (Anlagen 2 und 2 a)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1225

genheit damit auf sich beruhen zu lassen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3582; VS-Bd. 13173 (213); B 150, Aktenkopien 1980.

Huber berichtete am 15. August 1980, die Tageszeitung „Die Welt“ beabsichtige, die Aussagen Samjatsins ausführlich wiederzugeben. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 3643; VS-Bd. 13173 (213); B 150, Aktenkopien 1980. Vgl. dazu ferner den Artikel „Wutausbruch Samjatsins über Todenhöfer: ‚Erschießen‘“, DIE WELT vom 16./17. August 1980, S. 1 und 6.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Vergau und Legationsrat I. Klasse Petri konzipiert.

Hat Ministerialdirektor Meyer-Landrut erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Haas und an Referat 320 verfügte.

Hat Haas am 2. September 1980 vorgelegen.

Hat Petri am 3. September 1980 erneut vorgelegen.

² Hat Staatssekretär van Well am 1. September 1980 vorgelegen, der handschriftlich für Ministerialdirektor Meyer-Landrut vermerkte: „[Bitte] Konsultatssache völlig von der Frage des Militärattachéstabs trennen. In dieser letztgenannten Frage sollten wir die jetzt (nach Botha-Brief) anlaufende entscheidende Phase im Namibia-Komplex abwarten.“

³ Zur Frage der Auflösung des südafrikanischen Militärattachéstabs vgl. AAPD 1979, I, Dok. 136.

⁴ Dem Vorgang nicht beigefügt.

⁵ Dem Vorgang nicht beigefügt.

Ministerialdirektor Meyer-Landrut vermerkte, Abteilung 3 habe am 14. Mai und erneut am 15. August 1979 vorgeschlagen, das Ersuchen Südafrikas vom 23. Mai 1979 um ein Agrément für den Leiter des Militärattachéstabs in Bonn zum Anlaß zu nehmen, eine Auflösung des Stabs zu erbitten. Am 4. September 1979 habe die südafrikanische Botschaft mitgeteilt, daß auch eine Neubesetzung der Stelle des stellvertretenden Leiters des Stabs beabsichtigt sei. Staatssekretär van Well habe dem südafrikanischen Botschafter von Schirnding am 30. September 1979 erklärt, daß noch keine Entscheidung gefallen sei: „Das fortdauernde Wirken eines südafrikanischen Militärattachéstabs stelle indessen für die Bundesregierung in der Tat ein Problem dar, weil es sie innenpolitisch zunehmender Kritik aussetze und außenpolitisch den Verdacht militärischer Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten nähre.“ Vgl. Referat 320, Bd. 125218.

⁶ Dem Vorgang nicht beigefügt.

Ministerialdirektor Meyer-Landrut notierte, nur Großbritannien, Frankreich und die USA hätten bilateral Militärattachés mit Südafrika ausgetauscht. Belgien und Italien hätten wie die Bundesrepublik solche einseitig akkreditiert. Italien erwäge, keine Agréments mehr zu erteilen: „Wie wir vertraulich von den Belgiern erfahren haben, ist die belgische Regierung aber insbesondere von den USA gebeten worden, keine Maßnahmen zu ergreifen, weil die Anwesenheit eines südafrikanischen Militärattachés in Brüssel aus NATO-Gesichtspunkten von Interesse sei.“ In einer Direktorenbesprechung im Auswärtigen Amt am 8. November 1979 sei entschieden worden, Südafrika nun eine Antwort auf das Agrémentersuchen zu erteilen. Es werde neben dem Hinweis auf innen- und außenpolitische Schwierigkeiten folgende Erklärung seitens Staatssekretär van Wells vorgeschlagen:

Vorschlag:

- Wir bitten die Südafrikaner demnächst, ihren Militärattachéstab in Bonn aufzulösen, und zwar in einem zeitlichen Zusammenhang mit der beabsichtigten Zulassung eines südafrikanischen Konsulats (nicht Generalkonsulats) in Frankfurt/M.
- Zuvor holen wir (entsprechend dem Wunsch von BND-Präsident Dr. Kinkel) die Zustimmung des Bundeskanzleramts zur Auflösung des südafrikanischen Militärattachéstabs durch Schreiben des Staatssekretärs an den Chef des Bundeskanzleramts (Anlage 3) ein.⁷

I. Sachstand

1) Nach Genehmigung der Bezugsvorlagen zu 2) und im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Verteidigung⁸ wurde im Herbst 1979 Botschafter von Schirnding mitgeteilt, daß er mit der Zulassung eines neuen Militärattachés in Bonn nicht rechnen könne. Dem Botschafter wurde auch zu verstehen gegeben, daß wir davon ausgingen, die derzeitigen Militärattachés werden nach einer gewissen Zeit ihre Posten verlassen.

Als Außenminister Botha am 29. November 1979 hierauf zu sprechen kam, erklärte ihm der Bundesminister, der südafrikanische Militärattachéstab in Bonn sei kein wesentlicher Bestandteil der deutsch-südafrikanischen Beziehungen. Was die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen angehe, hätten wir eine klare Haltung. Die Südafrikaner sollten davon absehen, in der Frage des Militärattachés zu insistieren, dies führe zu nichts.⁹

2) Aufgrund dieser Gespräche rechneten wir damit, daß die Südafrikaner die Konsequenzen ziehen und ihren Militärattachéstab in absehbarer Zeit auflösen würden.

Die Südafrikaner sind seither zwar nicht mehr auf ihre Agrémentersuchen vom Mai und August 1979¹⁰ zurückgekommen. Sie haben aber bislang lediglich den

Fortsetzung Fußnote von Seite 1226

„Eine militärische Zusammenarbeit existiere nicht. Für einen Militärattachéstab bestehe daher kein Bedürfnis.“ Südafrika solle Gelegenheit zur Prüfung gegeben werden, „ob es unter diesen Umständen im beiderseitigen Interesse ratsam sei, den Antrag zurückzuziehen und den Militärattachéstab stillschweigend aufzulösen“. Vgl. Referat 320, Bd. 125218.

⁷ Dem Vorgang beigelegt. Für den undatierten Entwurf des Schreibens des Staatssekretärs van Well an Staatssekretär Schüler, Bundeskanzleramt, vgl. VS-Bd. 11165 (320); B 150, Aktenkopien 1980.

⁸ Bundesminister Apel beantwortete am 18. Oktober 1979 ein Schreiben des Bundesministers Genscher vom 24. August 1979 zur Frage einer möglichen Auflösung des südafrikanischen Militärattachéstabs: „Nach Abwägen aller Aspekte stimme ich nunmehr trotz der Bedenken, die sich dadurch ergeben, daß eine militärisch interessante Informationsquelle in Zukunft entfällt, Ihrem Vorhaben zu.“ Vgl. Referat 320, Bd. 125218.

⁹ Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem südafrikanischen Außenminister Botha vgl. AAPD 1979, II, Dok. 355.

¹⁰ Am 15. August 1979 legte Ministerialdirektor Meyer-Landrut dar: „Die südafrikanische Botschaft drängt zunehmend auf eine baldige Entscheidung über ihr Agrémentersuchen. Mit Verbalnote vom 23. Mai 1979 [...] haben die Südafrikaner um das Agrément für Brigadegeneral Kruger als Nachfolger für den gegenwärtigen Leiter ihres Militärattachéstabs, Flottillenadmiral Bitzker, nachgesucht. Die südafrikanische Botschaft erhielt daraufhin mit Note vom 30. Mai 1979 eine Empfangsbestätigung. Mit Note vom 4. Juli 1979 fragte die südafrikanische Botschaft an, ob mit einer baldigen Antwort auf ihr Agrémentersuchen vom 23. Mai 1979 zu rechnen sei. Ihr wurde daraufhin mit Note vom 24. Juli 1979 mitgeteilt, daß die Frage der Erteilung eines Agréments noch nicht entschieden sei. Die südafrikanische Botschaft teilte schließlich mit Note vom 3. August 1979 mit, daß beabsichtigt sei, Admiral Bitzker am 30. September 1979 abzuziehen und am gleichen Tag durch

stellvertretenden Militärattaché¹¹ am 2. Februar 1980 ersatzlos abgezogen. Der übrige Stab (Leiter¹², ein Hauptmann und zwei Feldwebel) ist weiterhin tätig.

3) Die Gründe, die uns seinerzeit bewogen haben, die Südafrikaner zur Schließung ihres Militärattachébüros in Bonn aufzufordern, bestehen unverändert fort (s. Ziffer I. 1 der Bezugsvorlage zu 2).

Interessierten Kreisen im Bundestag ist der oben geschilderte Sachstand im wesentlichen bekannt.

4) Aus zwei Gründen ist damit zu rechnen, daß demnächst wieder mehr nach dem südafrikanischen Militärattaché in Bonn gefragt werden wird:

- einmal, weil im Namibia-Kontext die Frage nach Sanktionen hochkommen dürfte,
- zum anderen, weil die Südafrikaner im März 1980 uns in Form einer Voranfrage von der Absicht unterrichtet haben, in Frankfurt/Main ein Berufs-Generalkonsulat zu errichten.

5) Mit der in Ablichtung beigefügten StS-Vorlage vom 2. Mai 1980 (Anlage 1) hat Abteilung 7 vorgeschlagen, nach Abstimmung mit den Regierungen der betroffenen Bundesländer (der Konsularbezirk des vorgesehenen Generalkonsulats in Frankfurt/Main soll die bisher dem Generalkonsulat München zugeordneten Bundesländer Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland umfassen) die Errichtung eines Generalkonsulats in Frankfurt/Main abzulehnen, aber darauf hinzuweisen, daß der Errichtung eines Konsulats zugestimmt werden könne. StS van Well hat dieser Vorlage am 6. Mai 1980 zugestimmt.

Von den Landesregierungen haben Hessen und Rheinland-Pfalz geantwortet. Unter Hinweis auf die Tatsache, daß Südafrika für die hessische Wirtschaft ein besonders wichtiger Handelspartner ist und daß Staaten mit weniger bedeutsamen Wirtschaftsbeziehungen zu Hessen ebenfalls durch Generalkonsulate vertreten seien und sich Südafrika daher diskriminiert fühlen könnte, tritt die hessische Landesregierung für die Errichtung eines Generalkonsulats ein. Rheinland-Pfalz hält ein Konsulat für ausreichend. Wir beabsichtigen, es bei einem Konsulat zu belassen.

II. Begründung

1) Die Errichtung einer weiteren südafrikanischen konsularischen Vertretung wird, auch wenn sie sachlich-technisch begründet ist, politisch als eine Ausweitung der südafrikanischen Präsenz in der Bundesrepublik Deutschland erscheinen. Dieser Eindruck stünde im Widerspruch zu unserer erklärten Politik der kritischen Distanz zu Südafrika. Die daraus folgenden Zweifel an unserer Süd-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1227

Brigadegeneral Kruger zu ersetzen. In unserer Antwortnote vom 9. August 1979 wurden die Südafrikaner gebeten, bei ihrer Planung zu berücksichtigen, daß unsere Prüfung der Angelegenheit noch nicht abgeschlossen und ein Agrément noch nicht erteilt sei. Meyer-Landrut stellte abschließend fest: „Wenn wir unserer Haltung gegenüber Südafrika in den Augen der Afrikaner mehr Glaubwürdigkeit verleihen wollen, ist derzeit die Bitte an die Südafrikaner, ihren Militärattachéstab aufzulösen, noch der einfachste Weg, um ein Signal der Distanzierung zu setzen.“ Vgl. Referat 320, Bd. 125218.

¹¹ Winston Harry Thackwray.

¹² Peter E. Bitzker.

afrikapolitik würden unseren sonstigen afrikapolitischen Interessen zuwiderlaufen.

2) Wir sollten dem entgegenwirken, indem wir in einem gewissen zeitlichen Zusammenhang mit der Zulassung des südafrikanischen Konsulats in Frankfurt/Main die Tätigkeit des südafrikanischen Militärattachés in Bonn beenden. Wir könnten dann überzeugend erklären, was wir mit Südafrika tun, nämlich Handel zu treiben, und was nicht, nämlich militärisch zusammenzuarbeiten.

3) Taktisch sollten wir nicht ein formelles Junktim herstellen, sondern uns ähnlich wie im Falle der südafrikanischen Agrémentersuchen für neue Militärattachés im vergangenen Jahr, die formell nie beantwortet wurden, auf informelle Gespräche und „Signale“ beschränken.

4) Zur Schließung des Militärattachébüros sollte die vorherige Zustimmung des Bundeskanzleramts eingeholt werden, weil Ende April d.J. der Präsident des BND in Anbetracht von Interessen seines Hauses gebeten hat, vor weiteren Schritten in dieser Frage, den Chef des Bundeskanzleramts einzuschalten.

Durch die Beteiligung des Bundeskanzleramts würde unsere Entscheidung, die bereits vom Bundesminister der Verteidigung mitgetragen wird, auf eine noch breitere Grundlage gestellt.¹³

D 7¹⁴ hat im Entwurf mitgezeichnet.

Meyer-Landrut

VS-Bd. 11165 (320)

¹³ Ministerialdirigent Gorenflos vermerkte am 13. Oktober 1980, der Leiter des südafrikanischen Militärattachéstabs, Bitzker, werde aus familiären Gründen in etwa zwei Monaten seinen Posten verlassen. Südafrika habe mitteilen lassen: „Man respektiere die Gründe für unsere Entscheidung, glaube aber, daß gerade vor dem Hintergrund der jüngsten politischen Entwicklung ein völliger Abbruch militärischer Kontakte auch für uns nachteilig sein könne. Es müsse wohl im Interesse beider Länder liegen, wenn die Tür zumindest einen Spalt offengehalten würde“, z. B. durch Zuteilung eines militärischen Fachmannes in ziviler Funktion (politisches Referat) an die diplomatische Vertretung.“ Der Präsident des Bundesnachrichtendienstes, Kinkel, sei darüber informiert worden und habe wissen lassen, „daß er gegebenenfalls von dieser Information in geeigneter Weise Gebrauch zu machen gedenke“. Vgl. VS-Bd. 11165 (320); B 150, Aktenkopien 1980.

¹⁴ Franz Joachim Schoeller.

234

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Eitel

50-500.32/59-8-S.Trib.

12. August 1980

Über Herrn D5¹ und den Herrn Staatssekretär² dem Herrn Bundesminister

Betr.: Dritte VN-Seerechtskonferenz³;

hier: Kandidatur Hamburgs als Sitz des Seerechtsgerichtshofs

Bezug: Schreiben des Präsidenten des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg an den Herrn Bundesminister vom 5. August 1980 (wieder beigelegt)⁴

Anlg.: 4⁵

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung und mit der Bitte um Genehmigung und Zeichnung des anliegenden Antwortentwurfs

Mit dem Bezugsschreiben vom 5. August 1980 (Anl. 1) bittet der hamburgische Bürgermeister Klose noch einmal um die Unterstützung des Auswärtigen Amts für die Kandidatur Hamburgs als Sitz des durch die künftige Seerechtskonvention zu schaffenden Seerechtsgerichtshofes.

Bereits am 22. April 1980 hatte sich der hamburgische Senator für Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft, Steinert, mit der Bitte an Sie gewandt, die Kandidatur Hamburgs als Sitz des Seerechtsgerichtshofs auf der Dritten VN-Seerechtskonferenz einzubringen (Anl. 2).⁶ (Ein gleichgerichtetes Schreiben war

¹ Hat Ministerialdirektor Fleischhauer am 12. August 1980 vorgelegen.

² Hat Staatssekretär Lautenschlager am 24. August 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ich meine in der Tat, wir sollten die Kandidatur Hamburgs jetzt aufnehmen – bei voller Darlegung der begrenzten Durchsetzbarkeit. Ich habe in diesem Sinne in Genf bereits sondiert. Ein positives Aufgreifen der Hamburger Wünsche muß die Kritik an der Seerechtskonferenz, ihren Ergebnissen u. den bisherigen Gang der Dinge stark relativieren. Der Brief an Bürgermeister Klose ist entsprechend gefaßt.“

Hat Vortragendem Legationsrat Bächmann am 24. August 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Von StS L[autenschlager] mit BM am 26.8. besprochen.“

³ Zur ersten Verhandlungsrunde der IX. Sitzungsperiode der Dritten VN-Seerechtskonferenz vom 3. März bis 4. April 1980 in New York vgl. Dok. 83, Anm. 37.

Die zweite Verhandlungsrunde der IX. Sitzungsperiode der Dritten VN-Seerechtskonferenz begann am 28. Juli 1980 in Genf. Vgl. dazu Dok. 270.

⁴ Dem Vorgang beigelegt. Der Erste Bürgermeister von Hamburg, Klose, bat Bundesminister Genscher um die Unterstützung Hamburgs bei der Kandidatur für den Internationalen Seegerichtshof. Hamburg habe die Unterstützung Bremens, Niedersachsens sowie Schleswig-Holsteins und biete „dem Seegerichtshof eine angemessene Unterbringung sowie als Weltverkehrszentrum und Universitätsstadt ein Umfeld, das einem Gerichtshof mit weltweiter Bedeutung die Arbeit erleichtern kann“. Vgl. Referat 500, Bd. 123273.

⁵ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 4 sowie Anm. 6–9.

⁶ Dem Vorgang beigelegt. Der Hamburger Senator für Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft, Steinert, bat Bundesminister Genscher, bei der dritten VN-Seerechtskonferenz eine Kandidatur Hamburgs für den Internationalen Seegerichtshof einzubringen. Bisher lägen Angebote von Bermuda, Jugoslawien und Portugal vor: „Wie Sie wissen, gibt es in der Bundesrepublik Deutschland kaum internationale Organisationen und noch keine Einrichtungen der Vereinten Nationen. Mit seiner friedens- und rechtserhaltenden Bedeutung für das gesamte neue Seerecht würde sich der Seegerichtshof gut in die deutsche Außenpolitik einfügen“. Vgl. Referat 500, Bd. 123273.

auch an Bundesminister Dr. Vogel gegangen.) Mit Schreiben vom 13. Mai 1980 (Anl. 3) hatten Sie (mit einem späteren Schreiben auch Bundesminister Dr. Vogel) Senator Steinert erwidert, daß die Kandidatur wohl zu spät komme und im Hinblick auf die bereits länger andauernden Bemühungen Jugoslawiens um eine Kandidatur der Stadt Split kaum Aussicht auf Erfolg habe.⁷

Später hatten Bedienstete der hamburgischen Behörde für Wirtschaft und der Vertretung Hamburgs beim Bund mit dem Unterzeichneten Gespräche darüber geführt, ob Hamburg auch ohne Unterstützung der Delegation seine Kandidatur betreiben könne. Dies ist in vorsichtiger Form als ausgeschlossen bezeichnet worden. Gleichzeitig hat der Unterzeichnete berichtet, wie solche Kandidaturen von anderen Staaten betrieben worden seien (großzügige Unterbringungsangebote, fremdsprachiges Prospektmaterial, Einladungen am Ort und in die vorgesehene Sitz-Stadt etc.). Es wurde verabredet, weiter Kontakt zu halten, mit dem Ziel, für den Fall, daß sich wider Erwarten eine Chance auftue, auch die hamburgische Verwaltung umgehend zu unterrichten.

Nachdem der Senatsverwaltung auf mehreren Ebenen bereits nachdrücklich vor Augen geführt worden ist, wie gering die Chancen einer Kandidatur im gegenwärtigen Zeitpunkt erscheinen, mithin dem Entstehen falscher Hoffnungen vorgebeugt wurde, dürfte kein Anlaß bestehen, die Mitarbeit an dieser Kandidatur im Rahmen des der Delegation Möglichen zu verweigern. Dabei sollte auch berücksichtigt werden, daß das Engagement der Bundesregierung für die Seerechtskonferenz ohnehin von der Opposition und einigen Medien kritisch beurteilt wird. Ihre Antwort an Bürgermeister Klose sollte daher die nach wie vor bestehenden Schwierigkeiten zeigen, aber dennoch die Bereitschaft zur Mitarbeit für das Auswärtige Amt und die von ihm koordinierte Delegation erklären.

Ein entsprechender Antwortentwurf (Anl. 4) ist beigelegt.⁸

Eitel

Arbeitsstab 50, Bd. 123273

⁷ Dem Vorgang beigelegt. Bundesminister Genscher antwortete am 13. Mai 1980 dem Senator für Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft Hamburgs, Steinert, „es wäre außerordentlich vorteilhaft gewesen, wenn sich die Freie und Hansestadt Hamburg einige Jahre früher zu dieser Kandidatur entschlossen hätte“. Jugoslawien habe sich schon länger um die Kandidatur Splits oder Dubrovniks bemüht und damit viel Zustimmung gefunden. Vgl. Referat 500, Bd. 123273.

⁸ Dem Vorgang beigelegt. Bundesminister Genscher unterrichtete am 25. August 1980 den Ersten Bürgermeister von Hamburg, Klose, „daß die sehr kritische Haltung, die die Bundesrepublik Deutschland aus ihrer Interessenlage heraus zu den sich abzeichnenden Ergebnissen der Konferenz immer noch einnehmen muß, die Durchsetzung zusätzlicher deutscher Anliegen nicht erleichtert. [...] Gleichwohl habe ich Ihr Schreiben zum Anlaß genommen, unsere Delegation bei der Dritten VN-Seerechtskonferenz anzuweisen, die Kandidatur Hamburgs einzubringen und sich nach Kräften hierfür einzusetzen.“ Vgl. Referat 500, Bd. 123273.

235

**Botschafter Grabert, Belgrad,
an Ministerialdirektor Fleischhauer**

VS-vertraulich

12. August 1980¹

Lieber Herr Fleischhauer!

In der Anlage sende ich Ihnen einen vertraulichen Bericht über den Stand der Entwicklung der rechtlichen Sonderfälle an meiner Botschaft.

Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn die Unterstützung, die die Arbeit der Botschaft bisher seitens des Auswärtigen Amts erhalten hat, auch weiterhin gewährt werden könnte. Der Einsatz der mit diesen Dingen befaßten Kollegen geht weit über den normalerweise zu erwartenden Rahmen hinaus. Es wäre deshalb im Interesse der Sache, dringend anzustreben, die personellen Bedingungen für eine optimale Bearbeitung der Fälle zu schaffen.

Ziel des beigelegten Berichts ist aber nicht nur die Verbesserung der Personalsituation, sondern vor allem die Ermöglichung einer umfassenden, reibungslosen und sicheren Abwicklung der rechtlichen Sonderfälle. Hierzu ist es nach meiner Auffassung unumgänglich, daß die Zusammenarbeit zwischen Auswärtigem Amt einerseits und den beteiligten² Auslandsvertretungen andererseits so eng wie möglich ist und ein kontinuierlicher Informationsaustausch erfolgt.

Ihr besonderes Augenmerk möchte ich auf den dem Bericht als Anlage beigelegten Brief³ (Ziff. 6 des Berichts) lenken und wäre Ihnen dankbar, wenn Sie diesen Vorgang auch dem Herrn Minister in geeigneter Form vortragen könnten. Es erscheint mir außerordentlich gefährlich, wenn der in diesem Brief vermittelte Eindruck, die Hilfe für Flüchtlinge sei mit einer besonderen politischen Haltung oder sogar einer finanziellen Unterstützung für Herrn Löwenthal verbunden, einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht würde. Dies würde mit Sicherheit die jugoslawische Seite dazu veranlassen, ihre positive Haltung zu überdenken.

In der sicheren Erwartung einer weiterhin vertrauensvollen Zusammenarbeit auch in dieser heiklen Frage
bin ich

Ihr Horst Grabert

¹ Hat Ministerialdirektor Fleischhauer am 25. August 1980 vorgelegen, der Ministerialdirigent Verbeek um Rücksprache bat.

² Die Wörter „den beteiligten“ wurden von Ministerialdirektor Fleischhauer hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

³ Dem Vorgang beigelegt. Der Arzt Schikorski dankte am 30. Juni 1980 dem CDU-Abgeordneten Czaja „für Rat und zugesagte Hilfe“ für ein Brautpaar aus Polen, das in einer Vertretung der Bundesrepublik in Belgrad oder Triest heiraten wolle. Der Bräutigam sei bereits in der Bundesrepublik wohnhaft, der Braut sei die deutsche Abstammung bescheinigt worden. Wenn es dem Bräutigam „bei unseren Auslandsbürokraten allzu schwer wird, erlaubt er sich, telegrafisch in Stuttgart Ihre Hilfe zu erbitten. Meinen Obulus an Löwenthal habe ich schon entrichtet und darf von ganzem Herzen guten Wahlerfolg wünschen.“ Vgl. VS-Bd. 10810 (513); B 150, Aktenkopien 1980.

[Anlage⁴]

Belgrad, 11. August 1980

Betr.: Rechtliche Sonderfälle⁵Bezug: 1) DE 3929 vom 29.7.80⁶ – 510-516.65 TSE Jug 6821/80 VS-v⁷

2) Bericht Nr. 1412/79 vom 6.11.79 RK 202 SV 3/1 an Referat 110

1 Doppel für D5 direkt

1) Die zahlenmäßige Entwicklung der rechtlichen Sonderfälle sowie die Umstände der Abwicklung lassen es geboten erscheinen, die Angelegenheit erneut grundsätzlich aufzugreifen.

Es muß betont werden, daß das Rechts- und Konsularreferat bemüht ist, teils direkt, teils in Zusammenarbeit mit dem Vertreter des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen⁸, jedem Flüchtling im Rahmen der Weisungen des Auswärtigen Amts zu helfen.⁹ In Anbetracht der in den letzten Jahren erheblich gestiegenen Zahl und etlicher Begleitprobleme sowie der allgemein gestiegenen Belastung des RK-Referats ist es aber trotz erfolgter Umorganisation innerhalb der Botschaft (je eine Viertelstelle des Presse- und des Wirtschaftssachbearbeiters an RK) insbesondere in der Sommer- und Herbstzeit trotz Urlaubssperre nur durch Überstunden möglich, den Arbeitsanfall zu bewältigen.

Dabei muß berücksichtigt werden, daß wegen des VS-Charakters der Angelegenheit nur der RK-Referent¹⁰ sowie zwei Sachbearbeiter befugt sind, die rechtlichen Sonderfälle zu bearbeiten. Daneben haben diese Mitarbeiter aber auch weitgehende andere dienstliche Verpflichtungen.

2) Wie bereits dem Auswärtigen Amt berichtet, beansprucht die ordnungsgemäße und verantwortungsbewußte Abwicklung eines jeden Falles mindestens eine Stunde. Es ist zu berücksichtigen, daß nicht nur die erforderlichen Reisedokumente erstellt und die finanzielle Unterstützung abgewickelt werden müssen,

⁴ Durchdruck.

⁵ Zur Hilfe der Botschaft in Belgrad bei der Ausreise von Deutschstämmigen aus den Warschauer-Pakt-Staaten vgl. AAPD 1977, I, Dok. 120.

⁶ Korrigiert aus: „31.7.80“.

⁷ Ministerialdirigent Verbeek unterrichtete das Generalkonsulat in Zagreb: „Hinsichtlich von Einreise- und Übernahmeanträgen von Volksdeutschen sollte es bei den bisherigen [...] Verfahrensweisen verbleiben, die in Notfällen Hilfe erlauben.“ Die Botschaft in Belgrad wurde angewiesen, bei Anträgen für Einreise- oder Transitvisa großzügig zu verfahren: „Die Erteilung eines Sichtvermerks (besonders Transitvermerk) soll nicht schon deswegen abgelehnt werden, weil der Verdacht einer späteren Asylbewerbung im Bundesgebiet naheliegt.“ Vgl. VS-Bd. 10783 (510); B 150, Aktenkopien 1980.

⁸ Zivoin Bulat.

⁹ Botschaftsrat I. Klasse Hallensleben, Belgrad, informierte am 23. April 1980: „Zum ersten Mal seit Aufnahme der Zusammenarbeit mit UN-Flüchtlingskommissar wurden von diesem am 21.4.1980 zwei Deutsche aus der DDR als Flüchtlinge in unsere Botschaft gebracht.“ Der Vertreter des UNHCR, Bulat, sei erstmals von jugoslawischen Behörden in solch einen Fall eingeschaltet worden. Jugoslawien sei derzeit sehr daran interessiert, die rechtlichen Sonderfälle schnell und unauffällig abzuwickeln. Bulat habe darauf hingewiesen, „daß selbstverständlich weiterhin die Hilfsmöglichkeiten des UN-Flüchtlingskommissars in Belgrad aus politischen Gründen begrenzt seien. Der Fall [...] ist somit vorerst als Einzelfall und Ausnahme zu betrachten und darf nach hiesiger Auffassung keinesfalls zu einer Änderung der bisherigen Behandlungsweise der rechtlichen Sonderfälle führen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 274; VS-Bd. 10810 (513); B 150, Aktenkopien 1980.

¹⁰ Edmund Duckwitz.

sondern auch zuerst jeder Fall eingehend dahingehend geprüft werden muß, ob er überhaupt positiv beschieden werden kann. Abschließend ist noch eine eingehende Beratung und Unterweisung für die Reise in die Bundesrepublik erforderlich. Diese Kriterien gelten sowohl für die Fälle, die direkt durch die Botschaft abgewickelt als auch für die, die durch den UN-Flüchtlingskommissar an die Botschaft herangetragen werden. Aus dem Gesagten ergibt sich außerdem, daß auch gerade wegen der besonderen Härte dieser Entscheidung eine Ablehnung besonderen Zeitaufwand verlangt.

3) Nachdem im Jahre 1979 die Zahl der durch die Botschaft unterstützten Flüchtlinge weit über 700 lag (hinzu kommen noch ca. 120 Ablehnungen und ca. 250 Transitvisa der besonderen Form, ČSSR), war die Zahl in den ersten Monaten des Jahres 1980 etwas rückläufig. Der Grund dafür ist in der unsicheren politische Lage zu sehen, die zu dieser Zeit aufgrund der Krankheit Titos¹¹ in Jugoslawien herrschte. Hinzu kommt, daß in dieser Zeit nachweisbar zahlreiche Flüchtlinge von den jugoslawischen Behörden in ihre Heimatländer zurückgeschickt worden sind.

Seit Mai ist nun wieder eine überproportionale Zunahme der Zahl der Flüchtlinge feststellbar, allein in den ersten fünf Augusttagen (einschließlich Wochenende¹²) konnte in 25 Fällen geholfen werden. Aus verschiedenen Quellen (Flüchtlinge, UN-Flüchtlingskommissar) ist zu erfahren, daß ein weiter zunehmender Flüchtlingsstrom zu erwarten ist, obwohl die Grenzsicherungen auf rumänischer, ungarischer und bulgarischer Seite offenbar weiter verstärkt werden und gefaßte oder zurückgeschickte Flüchtlinge mit harter Bestrafung zu rechnen haben.

Die jugoslawischen Lager sollen überfüllt sein.

4) In diesem Rahmen hat sich die Zusammenarbeit mit dem Vertreter des UN-Flüchtlingskommissars weiter verbessert. Über ihn wird beinahe die Hälfte der rechtlichen Sonderfälle abgewickelt, was allerdings keine Arbeitsentlastung bedeutet, da das Prüfungs- und Abwicklungsverfahren dasselbe bleibt.

Bemerkenswert ist, daß der UN-Flüchtlingskommissar in der jüngsten Vergangenheit auch bereits mehrfach DDR-Bürger an die Botschaft vermittelt hat. Eine Abwicklung sämtlicher Sonderfälle über ihn kommt aber weiterhin nicht in Betracht, da bereits in mehreren Fällen Flüchtlinge, die zu ihm gelangt waren, dennoch in ihr Heimatland zurückgeschickt wurden und er außerdem seine Hilfe auf einen begrenzten Personenkreis beschränken muß. So kann er Personen, die mit einem Grenzgängerausweis in das jugoslawische Grenzgebiet einreisen und von dort nach Belgrad kommen, nicht unterstützen, da sie legal eingereist und somit keine echten Flüchtlinge sind.

Im Zusammenhang mit der Zusammenarbeit mit dem Vertreter des UN-Flüchtlingskommissars bittet die Botschaft erneut um Unterstützung des Projektes zur Ausstellung eines Transitzpapiers für rumänische Flüchtlinge, die in die USA oder Kanada geschickt werden sollen, für die das Einwanderungsverfahren aber nur in Frankfurt abgewickelt werden kann (siehe Bericht Nr. 522/80 vom

¹¹ Staatspräsident Tito starb nach längerer Krankheit am 4. Mai 1980 in Ljubljana.

¹² 2./3. August 1980.

15.4.1980 – Az.: 515.00 VS-NfD an 510¹³ sowie Erlaß vom 27.5.1980 – 510-516.80 JUG¹⁴). Eine Ermöglichung dieses Verfahrens würde in zahlreichen Fällen, in denen zur Zeit die Hilfe noch versagt werden muß, eine positive Wende bringen.

5) In der jüngeren Vergangenheit sind bei der Botschaft mehrfach Flüchtlinge, insbesondere aus der DDR, aufgetreten, die bereits vor der Flucht nach Jugoslawien bei Botschaften der Bundesrepublik in Ostblockstaaten, vor allem in Prag, Budapest und Sofia, vorgesprochen hatten. Nach ihrer Darstellung ist ihnen dort gesagt worden, es sei völlig gefahrlos, über Belgrad in die Bundesrepublik zu gelangen, und die Botschaft in Belgrad gewähre sofort Hilfe bei allen anstehenden Problemen, angefangen mit Unterbringung und Beförderung.

Es ist von hier nicht nachprüfbar, ob derartige Auskünfte tatsächlich erteilt worden sind. Die Botschaft bittet aber, sicherzustellen, daß bei potentiellen Flüchtlingen und auch legal Reisenden durch die entsprechenden Vertretungen nicht zu große Erwartungen geweckt werden. Insbesondere sollten die betreffenden Personen darauf hingewiesen werden, daß die Flucht nicht gefahrlos ist und erfahrungsgemäß auch in Jugoslawien noch kein völlig sicherer Boden erreicht ist. Weiter sollte auf die nicht unbegrenzten Möglichkeiten der Botschaft Belgrad hingewiesen werden. Jeder Kontakt in diesen Fällen muß aus Sicherheitsgründen und im Interesse der Flüchtlinge über das Auswärtige Amt geführt werden.

Der RK-Referent der Botschaft hat bereits mehrfach mit verschiedenen Vertretern des Generalkonsulats Zagreb die Fragen der Bearbeitung der rechtlichen Sonderfälle einschließlich der Erteilung von Transitsichtvermerken für Staatsangehörige der Tschechoslowakei erörtert, wobei auch Einsicht in die einschlägigen VS-Vorgänge einschließlich der Erlasse gewährt wurde. Ziel der Botschaft ist es seit langem, eine Einheitlichkeit der Bearbeitung dieser Fälle in Belgrad und Zagreb zu erreichen.

6) In der Anlage fügt die Botschaft ein Schreiben eines Dr. Schikorski an MdB Dr. Czaja bei, das der Botschaft in Zusammenhang mit der Abwicklung eines rechtlichen Sonderfalls übergeben wurde. Die in diesem Brief geäußerte Haltung

¹³ Botschaftsrat I. Klasse Hallensleben teilte mit, der Vertreter des UNHCR, Bulat, sei am 14. April 1980 auf die Probleme der Entscheidungsfindung in der Botschaft hingewiesen worden: „Bulat betonte, daß das von ihm ausgestellte Papier in einzelnen Fällen inzwischen von den USA, Frankreich, Kanada, Italien und selbstverständlich auch Australien anerkannt werde. In der Zusammenarbeit mit Australien seien inzwischen mehr als 100 dieser Dokumente ausgestellt worden.“ Vgl. B 82 (Referat 510), Bd. 1556.

¹⁴ Vortragender Legationsrat Heinemann übermittelte der Botschaft in Belgrad mit der Bitte um weitere Veranlassung ein Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 21. Mai 1980 an das Auswärtige Amt. Vgl. dazu den nicht numerierten Schriffterlaß; B 82 (Referat 510), Bd. 1556. In dem Schreiben des Bundesministeriums des Innern hieß es, die Bundesrepublik solle die vom UNHCR angeregte Einwanderungsaktion unterstützen, soweit sie auf Bundes- wie Länderebene von jeglichen Kosten freigestellt würde, die durch den Aufenthalt der Flüchtlinge im Bundesgebiet entstehen würden. Ferner müsse zugesichert sein, daß kein Flüchtling im Falle einer Ablehnung der Einwanderung durch die amerikanischen oder kanadischen Behörden in der Bundesrepublik verbleibe. Schließlich müsse das Einwanderungsverfahren in Gruppen erfolgen, „wobei die jeweils folgende Gruppe erst einreisen kann, wenn alle Angehörigen der vorhergehenden Gruppe die Bundesrepublik Deutschland verlassen haben“. Vgl. B 82 (Referat 510), Bd. 1556.

dürfte der Arbeit der Botschaft, insbesondere wenn sie größere Publizität erhält, keinesfalls förderlich sein.

Die Botschaft bittet in diesem Zusammenhang erneut darum, sämtliche Anfragen und Weisungen nur über die zuständigen Referate (510/513) zu leiten und niemand direkt an die Botschaft zu verweisen. Flüchtlingsfälle dürfen auch keinesfalls als Haftfälle (511) behandelt werden.

7) In Anbetracht der weiter steigenden Zahl von Flüchtlingen und der damit verbundenen zunehmenden Arbeitsbelastung einerseits sowie des Interesses an einer möglichst sorgfältigen und reibungslosen Abwicklung dieser Fälle andererseits bittet die Botschaft erneut um Unterstützung des Antrags auf Zuweisung eines weiteren Beamten des gehobenen oder mittleren Dienstes. Langfristig ist der ständig über die normale Belastung hinausgehende Arbeitsanfall sonst nicht zu bewältigen.¹⁵

VS-Bd. 10810 (513)

¹⁵ Ministerialdirektor Fleischhauer antwortete Botschafter Grabert, Belgrad, am 8. September 1980, er werde sich für eine personelle Verstärkung der Botschaft in Belgrad einsetzen: „Eine gewisse Beunruhigung ist bei mir darüber entstanden, welchen Bekanntheitsgrad die Behandlung rechtlicher Sonderfälle in der Zwischenzeit erreicht hat. Je bekannter die praktische Handhabung wird, um so schwieriger wird es sein, die Fortführung der Angelegenheit in unauffälliger und relativ gefahrloser Weise zu gewährleisten.“ Am 28. August 1980 seien „einzelne Auslandsvertretungen im kommunistischen Machtbereich“ knapp über den Sachverhalt informiert worden: „Das Auswärtige Amt hat festgestellt, daß Deutsche in der DDR gelegentlich fälschlich den Eindruck erhalten, unsere Vertretungen in den Warschauer-Pakt-Staaten könnten die unmittelbare Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland verschaffen. [...] Wie fernmündlich vom Vertreter des Hohen Flüchtlingskommissars in Bonn bekannt wurde, gibt es indessen inzwischen Weisungen an eine Reihe amerikanischer Auslandsvertretungen, Einwanderungsanträge nunmehr in eigener Zuständigkeit zu bearbeiten, d.h. die Flüchtlinge nicht mehr über Frankfurt und das dortige I[mmigration and]N[aturalization]S[ervice] zu leiten. H. E. würden, wenn dieses Verfahren auch für die US-Vertretung in Belgrad wirksam werden sollte, weitere Überlegungen betreffend den Zwischenaufenthalt der Flüchtlinge in Frankfurt dahingestellt bleiben können.“ Der Brief an den CDU-Abgeordneten Czaja müsse nicht im Zusammenhang mit den rechtlichen Sonderfällen gesehen werden: „Vielmehr ist hier bekannt, daß Herr Löwenthal eine Aktion ‚Demokraten für Strauß‘ unterstützt, die auch um finanzielle Beiträge für ihre Ziele wirbt.“ Vgl. VS-Bd. 10810 (513); B 150, Aktenkopien 1980.

236

**Aufzeichnung des Vortragenden
Legationsrats I. Klasse Zeller, Bundeskanzleramt**

15. August 1980

Über Herrn Gruppenleiter 21¹, den Herrn Abteilungsleiter 2² (hat im Entwurf mitgezeichnet) und den Herrn Chef BK³ dem Bundeskanzler⁴ (StM⁵, StS Bölling und StS Grünewald erhalten Durchdruck)

Betr.: Deutsch-französische Beziehungen;

hier: Vorbereitung der nächsten deutsch-französischen Konsultationen am 5./6. Februar 1981 („kulturelle Initiative“)⁶

I. 1) Sie haben zusammen mit dem französischen Staatspräsidenten bei den letzten deutsch-französischen Konsultationen⁷ die Frage gestellt und mit dem französischen Präsidenten besprochen, auf welche Weise Sie und der französische Staatspräsident dem kulturellen Austauschprozeß z. B. in den Bereichen Sprache, Literatur, schöne Künste, auch Wissenschaft und Philosophie noch größeren Einfluß auf die beiden Regierungen und die beiden Völker verschaffen könnten. Ihnen und dem Präsidenten ging es dabei vorrangig, wenn auch nicht ausschließlich, um eine größere Vertrautheit mit dem zeitgenössischen kulturellen Schaffen im Nachbarlande und wesentlich auch um Kontakte unter den kulturell tätigen Personen beider Länder. Der Gedanke für Sie war dabei, daß auch „der Austausch in Bereichen, die keine Sprachkenntnis erfordern“, unmittelbar vertieft werden kann. Sowohl Sie wie der französische Staatspräsident haben auch an den Austausch⁸ von Programmen, Artikeln etc. bei den Medien gedacht. Der französische Staatspräsident hat sehr nachdrücklich (in Lübeck) auch die Wissenschaftsbeziehungen angesprochen. Sie wollten prüfen, auf welche Weise Sie hier zusätzliche Hilfen und Anregungen könnten.⁹

Erörtert hatten Sie auch den Gedanken eines bei Ihnen und dem Staatspräsidenten angesiedelten Kuratoriums von etwa sechs Personen auf jeder Seite.

Der Staatspräsident hatte die Bereitschaft erklärt, für diese Zwecke auch (zusätzliche) Mittel aufzuwenden.

¹ Hat Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 26. August 1980 vorgelegen.

² Berndt von Staden.

³ Hat Staatssekretär Schüler, Bundeskanzleramt, am 26. August und erneut am 1. September 1980 vorgelegen.

⁴ Hat Bundeskanzler Schmidt am 29. August 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Grundsätzlich einverstanden. 2) Randbemerkungen beachten.“ Vgl. Anm. 25–27, 29, 30, 35–37, 39–41, 43–45, 51, 53–61, 63–67 und 69–73.

⁵ Gunter Huonker.

⁶ Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 5./6. Februar 1981 in Paris vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrat Edler von Braunmühl vom 6. Februar 1981; AAPD 1981.

⁷ Zum Staatsbesuch des Staatspräsidenten Giscard d'Estaing in der Bundesrepublik vom 7. bis 11. Juli 1980 und den deutsch-französischen Konsultationen am 10./11. Juli 1980 vgl. Dok. 211.

⁸ Korrigiert aus: „auch den Austausch“.

⁹ So in der Vorlage.

Sie haben um einen, zunächst Kanzleramtsinternen, Vorschlag gebeten.

2) Während und kurz nach den Konsultationen sind Ihnen erste, sehr vorläufige Bemerkungen vorgelegt worden.

Das Auswärtige Amt und Botschafter Herbst waren direkt bzw. noch während der Konsultationen unterrichtet worden. Botschafter Herbst und die Botschaft Paris haben inzwischen erste Vorschläge vorgelegt, Botschafter Herbst im besonderen zum Ablauf des nächsten Gipfels.¹⁰ Im AA werden erste interne Überlegungen angestellt. Die Einberufung einer Ressortbesprechung in etwa 14 Tagen/drei Wochen ist vorgesehen.¹¹ MP Vogel hat um rechtzeitige Beteiligung gebeten.¹² AL2 hat StS Grünwald auf das Thema Zusammenarbeit der Medien angesprochen.

Ich habe außerhalb des Kanzleramtes einige exploratorische Gespräche im Auswärtigen Amt, mit der Botschaft und mit einigen Kennern der deutsch-französischen Szene geführt.

Die folgende Aufzeichnung enthält vorläufige Vorstellungen zum möglichen Inhalt einer von Ihnen und dem Staatspräsidenten getragenen persönlichen Initiative und zu ihrer weiteren Behandlung. Sie stehen daher unter dem Vorbehalt weiterer Prüfung.

¹⁰ Botschafter Herbst, Paris, informierte Bundesminister Genscher am 1. August 1980, die Botschaft in Paris werde demnächst Vorschläge zur Intensivierung der deutsch-französischen Kulturbeziehungen vorlegen: „Für den Bundeskanzler habe ich schon jetzt einige Anregungen zu Papier gebracht, die in besonderem Maße auf seine Person und seine Interessen ausgerichtet sind.“ Herbst schlug Genscher ferner vor, ob dieser „im Laufe des Winters [...] Zeit für einen kurzen Besuch bei den französischen Streitkräften, etwa auf dem Plateau d'Albion in der Provence oder auf dem Stützpunkt der strategischen U-Schiffe der Ile Longue, finden“ könnte. Vgl. VS-Bd. 11091 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

Am 4. August 1980 unterbreitete Herbst Bundeskanzler Schmidt seine Überlegungen zur Weiterentwicklung der deutsch-französischen Kulturbeziehungen. Bei seinem nächsten Aufenthalt in Frankreich könne Schmidt in Metz das Musée d'Art et d'Histoire und den Dom besuchen, dessen Renaissance-Orgel „mit finanzieller Hilfe der Bundesregierung restauriert wird [...]“. Für Paris böte sich in erster Linie die Entgegennahme einer von der Sorbonne, Frankreichs traditionsreichster Universität, verliehenen Ehrendoktorwürde an.“ Herbst empfahl zudem „ein gleichzeitig vom deutschen wie französischen Fernsehen übertragenes Gespräch zwischen Ihnen und dem Staatspräsidenten über die kulturellen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland“. Vgl. das Schreiben; Helmut-Schmidt-Archiv 1/HSAA 006633.

¹¹ Referat 610 vermerkte am 6. Oktober 1980, am 30. September 1980 habe im Auswärtigen Amt unter Leitung von Ministerialdirektor Müller eine Ressortbesprechung stattgefunden, die die beabsichtigte Vertiefung der deutsch-französischen Kulturbeziehungen zum Gegenstand hatte. Für das Rahmenprogramm der deutsch-französischen Konsultationen am 5./6. Februar 1981 in Paris seien gemeinsame Besuche des Bundeskanzlers Schmidt und des Staatspräsidenten Giscard d'Estaing in der Ausstellung „Deutsche Kunst der 70er Jahre“ sowie eines Konzerts des Bundesjugendorchesters vorgeschlagen worden. Die Fernsehprogramme beider Länder sollten sich den kulturellen Kontakten widmen, Giscard d'Estaing und Schmidt im Fernsehen mit Jugendlichen diskutieren. Themen einer gemeinsamen Erklärung könnten die Intensivierung des Sprachunterrichts, eine Verbesserung der Zusammenarbeit im Medienbereich sowie bei Wissenschaft und Forschung sein. Vgl. dazu Referat 202, Bd. 140657.

Am 13. November 1980 fand eine weitere Ressortbesprechung statt. Referat 610 notierte am 25. November 1980, Müller habe informiert, daß folgende fünf Schwerpunkte in der gemeinsamen Erklärung enthalten sein sollten: „Wissenschaft und Hochschulen, Sprachen, Medien, berufliche Bildung, Austausch und Partnerschaften (Kolloquium Ludwigsburg).“ Legationsrat I. Klasse Daum, Paris, habe von den französischen Vorbereitungen berichtet, „die sich nach seiner Ausführung z. Zt. noch im Anfangsstadium befinden“. Vgl. Referat 202, Bd. 140657.

¹² Vgl. dazu das Schreiben der rheinland-pfälzischen Staatskanzlei vom 15. Juli 1980 an Staatssekretär Schüller, Bundeskanzleramt; Referat 010, Bd. 178841.

II. 1) Die deutsch-französischen kulturellen Beziehungen der vergangenen 150 Jahre sind, wie die deutsch-französischen Beziehungen überhaupt, von seltener Komplexität, da sie – und das gilt in dieser Zeitspanne mit dieser Intensität wohl nur für sie – aus innen- und außenpolitischen Gründen Teil einer stark gefühlsbesetzten Seelenlandschaft in beiden Völkern geworden waren. In ihrem kulturellen Selbstverständnis haben sich Deutschland und Frankreich während des 19. Jahrhunderts und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts sehr häufig in Abgrenzung zueinander definiert.

Das für uns vielleicht bekannteste Zeugnis hierfür: der Streit der Brüder Mann.¹³

Hiervon waren insbesondere diejenigen Personen betroffen, die sich eingehend mit dem Nachbarland als Historiker, Philologen etc. beschäftigten.

Aus eben diesem Grunde wurde eine idealisierte Vorstellung vom anderen Land sehr häufig Waffe in der Hand der jeweiligen Opposition, was wiederum bedeutete, daß für die herrschende Meinung der innere Feind sich mit dem äußeren verbündete.

Dies schloß nicht aus, daß es zu wichtigen gegenseitigen Befruchtungen kam:

Einfluß der deutschen Romantik auf französische Literatur und Musik in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts; Einfluß deutscher Naturwissenschaft und des deutschen Wissenschaftsbetriebes wie auch der Universitätsorganisation auf Frankreich nach 1870; Einfluß der französischen Realisten, Naturalisten und Symbolisten auf die deutsche Literatur, des französischen Impressionismus und Fauvismus auf die deutsche Malerei; Einfluß der deutschen Existenzphilosophie auf die französische Literatur der Zwischenkriegsgeneration und danach (Camus, Sartre).

Diese Epoche deutsch-französischer Kulturbeziehungen, auch dies hat wieder starke politische Gründe, ist im wesentlichen abgeschlossen. Sie hat freilich noch Rückwirkungen, auch brisanter Natur, insbesondere wenn Deutsche und Franzosen gemeinsam oder getrennt Seelenforschung treiben, was sie daher tunlichst unterlassen sollten.

Die hieraus zu ziehende Schlußfolgerung: Der Inhalt deutsch-französischer Kulturbeziehungen sollte daher möglichst keine deutsch-französische Nabelschau sein, was selbstverständlich kein Argument gegen ernsthafte Beschäftigung mit unserer beider Länder Geschichte ist. Aber für die Geschichte der deutsch-französischen Kulturbeziehungen gilt im besonderen das Wort von Carlo Schmid, daß der Gang durch die Geschichte kein Spaziergang durch freies Feld sei.¹⁴

Deutsch-französische Kulturbeziehungen sollten sich daher in erster Linie auch daran orientieren, welche spezifischen Beiträge die beiden Länder, als Teil Europas, kulturell erbringen können.

¹³ Heinrich und Thomas Mann.

¹⁴ Der SPD-Abgeordnete Schmid äußerte am 25. Februar 1972 im Bundestag: „Denn das Leben ist kein Gang durch freies Feld, die Politik noch weniger. Man kann sein Ziel frei aufstecken und alles tun, um auf das Ziel zuzugehen; aber auf diesem langen Marsch schwemmt einem die Geschichte Treibsand, Gestein und Geröll vor die Füße, die uns zwingt, den geraden Weg zum Ziel nicht für den kürzesten und besten mehr zu halten, sondern für einen Weg, der ins Nichts führen könnte.“ Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 79, S. 9971.

Sie sollten insofern ein Beispiel setzen für Kulturpolitik in Europa und Europas in der Welt. Praktisch kann dies freilich nicht bedeuten, daß die von Ihnen ins Auge gefaßte Initiative darniederliegende und über ein äußerst vages verbales Stadium nicht hinausgelangte europäische Initiativen (Europäische Stiftung¹⁵, Erklärung zur kulturellen europäischen Dimension¹⁶) wiederbeleben soll. Ihre Initiative würde mit solchen Zielsetzungen lediglich überbelastet, ganz davon abgesehen, daß wir damit wahrscheinlich auf französische Widerstände treffen würden.

2) Der heutige Zustand der deutsch-französischen Kulturbeziehungen ist zunächst durch eine besondere Intensität und auch Dichte des Kulturaustausches gekennzeichnet, der in vielen Bereichen (z.B. dem der Wissenschaft und der Bildungspolitik) noch ausbaufähig ist. Kennzeichnend ist dabei, im Gegensatz zu der oben skizzierten historischen Entwicklung, das Vorwiegen des Gemeinsamen. Auch in ihrer Kulturproduktion sehen sich beide Partner ähnlichen Zwängen ausgesetzt und bieten sich ihnen ähnliche Möglichkeiten.

Im übrigen sind jedoch noch folgende Elemente erwähnenswert:

Ein durch die Nostalgiewelle eher noch verstärktes deutsches Interesse für französische Lebensart, französische Landschaft, auch französische Kultur im klassischen Verstand, letztlich wohl auch für französische Politik. Frankreich ist für uns weiterhin bevorzugtes Reiseland. Mit ca. 7 bis 8 Mio. Besuchern und 55 Mio. Übernachtungen steht Frankreich nach Österreich, Spanien und Italien in der Spitzengruppe deutscher Reiseländer. Deutschland ist als Reiseland hingegen für die Franzosen, die generell sehr viel weniger ins Ausland reisen, von viel geringerem Interesse. Ca. 400 000 französische Besucher und etwa 800 000 Übernachtungen.

Hier besteht also ein immenses Gefälle zugunsten Frankreichs. Dafür gibt es zweifellos rein touristische Gründe, aber eben auch Gründe kultureller Natur.

Andererseits gibt es ein in Frankreich sehr geschätztes deutsches zeitgenössisches kulturelles Angebot in der Literatur, im Film, Theater, auch in der Malerei, das in Frankreich durch private und staatliche Stellen recht effizient vermarktet wird. Außerdem fortbestehendes Interesse an deutscher klassischer und moderner Musik.

Dem steht auf französischer Seite ein vergleichbares Angebot nicht gegenüber (die Botschaft spricht von einem „seit Jahren andauernden schöpferischen Tief“).

¹⁵ Ministerpräsident Tindemans legte am 29. Dezember 1975 einen Bericht über die Europäische Union vor. Darin wurde auf der Grundlage von Berichten der Organe der Europäischen Gemeinschaften und von Gesprächen in den EG-Mitgliedstaaten eine Gesamtkonzeption der Europäischen Union skizziert. Zu den Aufgaben einer Europäischen Stiftung hieß es, ihre Aufgabe bestehe darin, „alle Beiträge zu einer besseren Verständigung zwischen unseren Völkern zu fördern, wobei das Hauptgewicht auf die zwischenmenschlichen Kontakte gelegt werden soll“. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1976, D 77. Vgl. dazu ferner AAPD 1976, I, Dok. 1.

Am 5./6. Dezember 1977 beschloß der Europäische Rat in Brüssel die Errichtung der Europäischen Stiftung. Vgl. dazu AAPD 1977, II, Dok. 357.

Bei der Tagung in Kopenhagen am 7./8. April 1978 bestimmte der Europäische Rat Paris als Sitz der Stiftung. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 113. Vgl. dazu ferner die Erklärung über die Europäische Stiftung vom 8. April 1978; EUROPA-ARCHIV 1978, D 287.

¹⁶ Für den Wortlaut des Dokuments „Die europäische Identität“ der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten vom 14. Dezember 1973 vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 50–53. Vgl. dazu ferner AAPD 1973, III, Dok. 422.

Das Frankreich von heute hat nur wenige Namen von europäischem oder Welt-rang im kulturellen Bereich aufzuweisen.

Mir fallen ein Boulez für die Musik, Mnouchkine und Chéreau für das Theater, allerhöchstens mit Einschränkungen d'Ormesson und Tournier für die Literatur. Jedenfalls hat die Generation der Camus, Sartre, Malraux keine wirklichen Nachfolger gefunden, und auch die zweiten und dritten Ränge sind eigentlich schlecht besetzt.

Das schließt nicht aus, daß es in Frankreich z.B. auf dem Gebiet der Comics für Erwachsene eine Gruppe hervorragender Zeichner gibt.

Französische Kulturpolitik bei uns ist etwas verstaubt, wenig durchschlagskräftig. Der Schwerpunkt französischer Kulturpolitik liegt im frankophonen Bereich.

Hier sind Korrekturen, wenn selbstverständlich auch nicht eine – kurzfristige – Umkehrung des jeweiligen Trends möglich.

In beiden Ländern haben außerdem der selbstverständliche Vorrang des Englischen und auch der technologisch-wissenschaftliche Vorsprung der USA unweigerlich Auswirkungen auf die Sprachenpolitik und die Beziehungen im Wissenschaftsbereich gehabt. Auch hier sind Korrekturen möglich bzw. schon erfolgt, wie die recht beachtliche Entwicklung der Zusammenarbeit in den letzten Jahren bei den fortgeschrittenen Technologien, im zivilen und militärischen Bereich, zeigt.

Ein überaus wichtiger Faktor: Geblieben ist als positives Ergebnis der Vorepoche ein in beiden Ländern sehr weit verbreitetes Gefühl großer Nähe und Vertrautheit, gerade wegen der vorangegangenen Feindschaft, das gestützt wird durch ein meiner Einschätzung nach sehr dichtes Netz persönlich-privater Beziehungen, die dichter sind als mit jedem anderen Volk.

3) Repräsentative kulturelle Mittlerpersonen sind auf beiden Seiten selten.

Auf unserer Seite mit Affinitäten zu Frankreich: Grass, Stockhausen, Schlöndorff, und, wenn wir ihn für uns beanspruchen wollen, natürlich Liebermann. Dann eben auch Professoren wie Spies, Mayer, Schulte (DAAD¹⁷).

Auf französischer Seite: Boulez, Chéreau, Ponnelle und ebenfalls eine Gruppe von Professoren, allen voran Alfred Grosser und Joseph Rovin.

Daneben gibt es das im deutsch-französischen Verhältnis besonders dichte, aber auch noch ausbaufähige und ausbaubedürftige Netz der offiziellen, offiziösen und autonomen Mittler:

Die regelmäßigen Gespräche der Kulturdirektoren, den Koordinatoren und den Bevollmächtigten für die kulturellen Beziehungen als Organe des Elysée-Vertrages¹⁸, die Goethe-Institute (sieben Zweigstellen in Frankreich) und die französischen 19 (!) Kulturinstitute bei uns, das Deutsch-Französische Jugendwerk (DFJW) mit besonders guter finanzieller Ausstattung (über 30 Mio. DM pro Jahr), die im deutsch-französischen Bereich besonders zahlreichen Städtepartnerschaften (an die 1000), die jeweils vom anderen Land betriebenen Histori-

¹⁷ Deutscher Akademischer Austauschdienst.

¹⁸ Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

schen Institute in Paris¹⁹ und in Göttingen²⁰, die institutionalisierte Zusammenarbeit der Fernsehintendanten, die deutsch-französischen Gymnasien (Saarbrücken²¹, Freiburg²² und Versailles²³), die Oberschulen mit französischen Sprachzweigen, ein sich ausschließlich mit dem jeweiligen Nachbarland und den Beziehungen zu ihm sich beschäftigendes Zeitschriftenpaar (Dokumente/Documents). Auf deutscher Seite sind noch zu nennen: Das Deutsch-Französische Institut in Ludwigsburg, von Carlo Schmid gegründet und von ihm bis zu seinem Lebensende betreut²⁴; seine Nachfolge als Präsident des Instituts wird der neue Koordinator, Herr Barzel, antreten. Das Institut ist unter seinem Leiter, Dr. Picht, zu einem wichtigen, thematisch wie personell repräsentativen deutsch-französischen Gesprächsforum geworden, betreibt daneben auch seriöse Forschungsarbeit und schließlich auch praktische Kulturpolitik (u. a. Gestaltung des Sprachunterrichts in Schule und in der Erwachsenenbildung), die Robert-Bosch-Stiftung, die als einzige deutsche Stiftung unter ihren Aufgaben die „Völkerverständigung“ nennt und als Schwerpunkt ihrer Arbeit auf diesem Gebiet neben den deutsch-polnischen Kontakten die deutsch-französischen Beziehungen im Informationswesen und mit Arbeiten zur Landeskunde im Unterricht fördert.

Für beide gibt es in Frankreich noch keine entsprechenden Gesprächspartner.

Erwähnt werden muß auf deutscher Seite noch der DAAD für den Austausch im Hochschulbereich sowie Inter Nationes wegen seiner weitgespannten Hilfen für Übersetzungen.

Kennzeichnend für diese Institutionen ist auf französischer Seite, daß sie entweder Teil der staatlichen Kulturbürokratie sind bzw. von ihr abhängen, mit dem Nachteil größerer Unbeweglichkeit, aber dem Vorteil, daß die französische Regierung, wenn sie dies will, rasch Kulturpolitik umsetzen kann. Auf unserer Seite besteht die größere Elastizität, Vielfalt der Organisationen, andererseits die bekannte Stellung der Länder und die Schwierigkeit, manche der autonomen Organisationen richtig zu steuern.

Auch eine von Ihnen und dem Staatspräsidenten getragene deutsch-französische Kulturinitiative ist daher kein Gang durch freies Feld, sondern durch zum Teil sehr dicht besetztes Gelände. Das bedeutet: Sie wird selbstverständlich nur im Rahmen bestehender Kompetenzen möglich sein, wobei sie versuchen wird, wo möglich, Vorhandenes besser und wirksamer, evtl. auch sichtbarer zu nutzen.

Für die Koordinierung der Vorbereitung der Initiative wird in erster Linie das Auswärtige Amt (Kulturabteilung und der zuständige Staatssekretär Lautenschlager) in Frage kommen.

Die Vorbereitung sollte jedoch nicht ausschließlich der Kulturbürokratie überlassen bleiben. Es wäre wichtig, auch Persönlichkeiten außerhalb der Bundes-

¹⁹ Das Deutsche Historische Institut in Paris wurde 1958 gegründet.

²⁰ Die Mission Historique Française en Allemagne wurde 1977 gegründet.

²¹ Das Deutsch-Französische Gymnasium Saarbrücken wurde 1961 gegründet.

²² Das Deutsch-Französische Gymnasium in Freiburg wurde 1972 gegründet.

²³ Das Lycée Franco-Allemand de Buc wurde 1975 in Versailles gegründet.

²⁴ Carlo Schmid begründete das Deutsch-Französische Institut in Ludwigsburg 1948 und war bis zu seinem Tod am 11. Dezember 1979 dessen Präsident.

verwaltung und der offiziellen Mittlerorganisationen anzusprechen.²⁵ Als Forum für ein solches Gespräch erscheint das Deutsch-Französische Institut in Ludwigsburg, als Einladender der Koordinator und Präsident des Instituts, Herr Barzel, am geeignetsten.²⁶

In letzter Instanz wäre es wahrscheinlich zweckmäßig, wenn Sie selbst einen Kreis ausgewählter Persönlichkeiten zu einem Gespräch zu sich bitten.²⁷

4 a) Ich verstehe Ihre Vorstellungen auch so, daß es Ihnen in der Sache besonders darauf ankommt, Ihr und des Staatspräsidenten Interesse an der Förderung der deutsch-französischen Kulturbeziehungen durch eigenes Tun, eigene Teilnahme am Kulturaustausch sichtbar zu machen und dadurch Beispiele zu setzen, wie dies durch die Max-Ernst-Ausstellung bei den vergangenen Konsultationen²⁸ geschehen ist.²⁹

b) Das sollte nicht ausschließen, daß Sie durch entsprechende Erklärungen³⁰, z. B. bei den nächsten deutsch-französischen Konsultationen, deutliche Akzente für die weitere Arbeit der Regierungen (Bund und Länder) und der vorhandenen Mittler setzen: Hier wäre insbesondere an die weitere Förderung der von Ihnen und dem Staatspräsidenten bei den Konsultationen vom Februar 1980 angeregten Spracheninitiative³¹ zu denken.

c) Auch hierbei wäre zu überlegen, in welcher Weise beispielhaft bestimmte Vorhaben durchgeführt und besonders auch öffentlich herausgestellt werden können: im Bereich des Sprachunterrichts, bei den Partnerstädten, auch bei evtl. neu zu schaffenden Partnerschaften (z. B. von Museen, Theatern, wissenschaftlichen Instituten), beim Personenaustausch. Damit würden anonyme Massenvorgänge für andere, in ähnlicher Lage Befindliche wieder persönlich erfahrbar und damit auch nachvollziehbar. Hierbei hätten die Medien eine wichtige Aufgabe (evtl. auch die „neuen Medien“, z. B. authentische Fernsehsendungen des Partnerlandes via³² Satellit; z. Z. nicht aktuell).

d) Außerdem wäre darüber nachzudenken, wie vorhandene Institutionen besser und wirksamer genutzt werden könnten: In diesem Zusammenhang scheint mir vor allem das Deutsch-Französische Institut in Ludwigsburg von besonderer Bedeutung (aber auch die deutsch-französischen Schulen in beiden Ländern).

e) Schließlich wäre zu überlegen, ob es im deutsch-französischen Verhältnis zweckmäßig und nützlich wäre, sehr gezielt und wohldotiert eine kleine Grup-

²⁵ Der Passus „Die Vorbereitung ... anzusprechen“ wurde von Bundeskanzler Schmidt hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig“. Vgl. Anm. 4.

²⁶ Dieser Satz wurde von Bundeskanzler Schmidt hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Z. Zt. noch keine Initiative! Vorher Rücksprache! Gleiches gilt für Einschalt[un]g MP Vogel.“ Vgl. Anm. 4.

²⁷ Dieser Satz wurde von Bundeskanzler Schmidt hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig“. Vgl. Anm. 4.

²⁸ Am 10. Juli 1980 wurde im Bundeskanzleramt in Bonn eine Max-Ernst-Ausstellung eröffnet. Zu den Reden des Staatspräsidenten Giscard d'Estaing und des Bundeskanzlers Schmidt aus diesem Anlaß vgl. BULLETIN 1980, S. 707 f.

²⁹ Dieser Absatz wurde von Bundeskanzler Schmidt hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig“. Vgl. Anm. 4.

³⁰ An dieser Stelle vermerkte Bundeskanzler Schmidt handschriftlich: „Ja – wie?“ Vgl. Anm. 4.

³¹ Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 4./5. Februar 1980 vgl. Dok. 39.

Zu den dabei erörterten Maßnahmen im Sprachbereich vgl. Dok. 211, Anm. 38.

³² Korrigiert aus: „wie“.

pe brillanter junger Künstler (dies im weitesten Sinne) durch Aufenthalte im anderen Lande zu fördern.³³

f) In jedem Fall wird es auszuschließen sein, die Kulturbeziehungen in ihrer ganzen Breite zu beleben, sozusagen einen kulturpolitischen Rundumschlag zu führen, der nur bedeuten würde, daß letztlich doch nichts zusätzlich bewegt würde.

g) Was Frankreich betrifft, so muß die Initiative zunächst von Paris zentral ausgehen. Sie sollte aber letztlich sehr stark auch auf die französische Provinz zielen.

Es wäre aber wohl nicht richtig, wie von Botschafter Herbst vorgeschlagen, bei der Anreise nach Paris zu den nächsten Konsultationen eine „Kulturstation“ in Metz zu machen.

Dies wohl auch wegen der fortbestehenden besonderen Sensibilität in dieser Region Lothringen, was das deutsch-französische Verhältnis betrifft. Jedenfalls sollte die „Initiative“ nicht inmitten von Bauwerken im Neo-Staufer-Stil aus der wilhelminischen Gründerzeit beginnen und auch nicht angesichts einer Botschaft Wilhelms II. am Metzer Dom.³⁴

h) Ein Teil der von der Initiative ausgehenden Anregungen könnte mit dem Ziel gemacht werden, sie bis zum 20jährigen Jahrestag des Bestehens des Elysée-Vertrages (1983) zu verwirklichen.

III. Im einzelnen könnte Ihre Initiative in Umrissen wie folgt angegangen werden:

Für die nächsten Konsultationen (davor und während der Konsultationen)

1) Zu denken wäre an begleitende Veranstaltungen sowie an eine auf dem Gipfel abgegebene Erklärung.

a) Begleitende Veranstaltungen

aa) Für die Vorbereitung von Großveranstaltungen ad hoc, insbesondere von Ausstellungen, repräsentativen Aufführungen usw. ist die Zeit bis zum nächsten Gipfel bei den Terminzwängen des Kulturbetriebes etwas kurz.

Das AA könnte jedoch Möglichkeiten z. B. für ein Konzert (französisches Orchester, deutscher Dirigent, deutsch-französisches Programm) prüfen. Letztlich liegt die Verantwortung hierfür bei Frankreich.³⁵

bb) Ohnehin geplant ist in Paris für die Zeit ab Oktober/November 1980 eine Ausstellung über deutsche Malerei der letzten 10/15 Jahre. Die Ausstellung

³³ Zu diesem Absatz vermerkte Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, handschriftlich: „Villa Massimo.“

³⁴ Kaiser Wilhelm II. eröffnete am 14. Mai 1903 den Neubau des Westportals am Metzer Dom. Die Inschrift an einem der Strebepfeiler lautete: „Summis auspiciis Guilelmi II Germanorum Imperatoris Augustissimi, Hermanno principe de Hohenlohe-Langenburg ab Imperatore Alsatie et Lotharingiae gubernatore praepositio, Willibrordo Benzler Q. S. B. episcopo Meteusi, sublata priore, quam in memoriam Ludovici XV regis erigendam curaverat anno MDCCCLXIV capitulum huius ecclesiae, haec porta ad speciem cathedralis accomodata rite dedicata est anno Domini MDCCCIII, imperii Guilelmi II Imperatoris XV, pontificatus Leonis XIII Papae XXVI. Exstruxit Paulus Tornow architectus.“ Vgl. dazu ZENTRALBLATT DER BAUVERWALTUNG. Herausgegeben im Ministerium für öffentliche Arbeiten 22 (1903), Nr. 39, S. 241–243.

³⁵ Der Passus „Für die Vorbereitung ... bei Frankreich“ wurde von Bundeskanzler Schmidt hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Sehr interessant.“ Vgl. Anm. 4.

soll grundsätzlich bis Mitte Februar zugänglich sein. Bitte an das AA, möglichst darauf zu achten, daß diese Ausstellung bei den Konsultationen noch andauert.³⁶

Geplant ist außerdem, der Ausstellung Material über deutsches Kulturschaffen der letzten Jahre generell beizugeben. Dies sollte ermutigt werden.

Das Goethe-Institut Paris plant eine Reihe begleitender Veranstaltungen, für die aber nach den Haushaltskürzungen offensichtlich bislang die Mittel fehlen. Genannt wurde ein Betrag von 60 000 DM.

AA könnte gebeten werden, in Zusammenarbeit mit dem Goethe-Institut Möglichkeiten der Finanzierung von solchen begleitenden Veranstaltungen zu prüfen.

Ins Auge gefaßt ist insbesondere auch ein deutsch-französisches Kulturgespräch unter Teilnahme von Grass, Boulez, Liebermann, Grosser im Januar nächsten Jahres, d.h. noch vor den Konsultationen.

cc) Dieses Gespräch sollte, vielleicht in einem etwas erweiterten Kreis (Kulturschaffende und Kulturmanager, d.h. auch Verleger und Intendanten etc.) wie auch Wissenschaftler und Politiker, zu einem etwas anderen Thema (nicht eine deutsch-französische Nabelschau, sondern eine Diskussion aus deutscher und französischer Sicht mit den entsprechenden Akzenten zum Thema „Europäische Zukunftsängste, europäische Zukunftshoffnung, Europas Beitrag zur Zivilisation der 80er Jahre/90er Jahre“) und wohl auch an anderem Ort (nicht im Goethe-Institut, sondern an einem von französischer Seite zu benennenden Ort) stattfinden.³⁷

Termin: nach Beendigung der Konsultationen, d.h. am Nachmittag des Freitag, 6. Februar 1981³⁸.

Sie und der Staatspräsident sollten an diesem nicht öffentlichen Gespräch teilnehmen.

Keine wörtliche Berichterstattung in der Presse, d.h. auch kein Fernsehen während des Gesprächsverlaufs. Das von Botschafter Herbst angeregte Fernsehgespräch zwischen Ihnen und dem Staatspräsidenten sollte in diesem Stadium noch nicht stattfinden, sondern vielleicht erst später.

Die Einladungen zu diesem Gespräch müßten vom französischen Staatspräsidenten, wahrscheinlich gemeinsam mit Ihnen ausgehen.

Hierüber müßte sehr rasch, d.h. in direktem Einvernehmen mit dem Elysée entschieden werden, da nur so die Aussicht besteht, einen repräsentativen Personenkreis noch für diesen Zeitpunkt einladen zu können.

Vorschlag: Möglichst frühzeitiges Gespräch mit GS Wahl nur zu diesem Punkt (unter Hinweis auf ein späteres Gespräch zur Vorbereitung der Konsultationen).³⁹

³⁶ An dieser Stelle vermerkte Bundeskanzler Schmidt handschriftlich: „[richtig]“. Vgl. Anm. 4.

³⁷ An dieser Stelle vermerkte Bundeskanzler Schmidt handschriftlich: „Möglich.“ Vgl. Anm. 4.

³⁸ Korrigiert aus: „1980“.

³⁹ Der Passus „Hierüber müßte ... Konsultationen“ wurde von Bundeskanzler Schmidt hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Versuchen.“ Vgl. Anm. 4.

Dazu entweder Reise von AL2 nach Paris – Anfang September – oder telefonische Vorabklärung mit Wahl und sodann Reise eines Mitarbeiters nach Paris.

Im Zuge der Vorbereitung dieses Gesprächs könnte geprüft werden, ob ein solches Gespräch in jeweils anderer Zusammensetzung – vielleicht auch als workshops spezifischer Kreise, z. B. Theaterleute, Kulturpolitiker, Museumsdirektoren usw. – periodisch fortgesetzt werden könnte. Hieraus könnten sich Vorschläge für weitere Kooperationsprojekte ergeben.

dd) Der Gedanke von Botschafter Herbst, Ihnen die Ehrendoktorwürde der Universität Paris (im zeitlichen Zusammenhang mit den Konsultationen) zu verleihen, könnte von Botschafter Herbst in geeigneter Weise sehr vorsichtig und in enger Abstimmung mit dem Elysée betrieben werden. Dann aber auch im Gegenzug: Ehrendoktor einer deutschen Universität für Giscard.

Eine Variante hierzu wäre Ihre Mitgliedschaft in einer der französischen Akademien. Meiner Erinnerung nach wurde Konrad Adenauer in die Académie des Sciences Morales aufgenommen.⁴⁰

ee) Je eine repräsentative Tageszeitung in Frankreich und in Deutschland sollte, ähnlich der ständigen europäischen Beilage von Le Monde, Welt und Times, zum Datum des Gipfels eine inhaltsgleiche deutsch-französische Sonderbeilage zu den deutsch-französischen Kulturbeziehungen herausbringen.⁴¹

Bitte an StS Bölling oder an SRS⁴² Grünewald, sich dieser Sache anzunehmen.

ff) Je eine deutsche und französische Fernsehanstalt könnten in Koproduktion einen Film zum zeitgenössischen Kulturschaffen in Frankreich und in Deutschland herausbringen, wobei das französische Team in Deutschland, das deutsche Team in Frankreich drehen könnte.⁴³

Wahrscheinlich ließe sich freilich ein solches Vorhaben, schon weil die „events“ zumindest während eines Jahres verfolgt werden müßten, nicht bis zu den Konsultationen produzieren. Daher könnte dieses Projekt vielleicht unter den im nächsten Abschnitt behandelten beispielhaften Veranstaltungen verfolgt werden und für die Konsultationen an ein bescheideneres Opus gedacht werden, z. B. Berichterstattung über bestimmte deutsch-französische Kulturprojekte (ein deutsch-französisches Gymnasium, das Deutsch-Französische Jugendwerk, Archivmaterial zu früheren deutsch-französischen Veranstaltungen, das Deutsch-Französische Institut in Ludwigsburg; ein Projekt Berufsaustausch usw.).

Auch hier Bitte an StS Bölling oder SRS Grünewald.⁴⁴

gg) Sie könnten gemeinsam mit dem Präsidenten das deutsch-französische Gymnasium in Versailles besuchen (im Februar oder auch bei einer späteren Konsultation).

⁴⁰ Der Passus „Der Gedanke ... aufgenommen“ wurde von Bundeskanzler Schmidt hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Versuchen.“ Vgl. Anm. 4.
Bundeskanzler Adenauer wurde am 9. November 1964 in die Académie des Sciences Morales et Politiques aufgenommen.

⁴¹ An dieser Stelle vermerkte Bundeskanzler Schmidt handschriftlich: „Ja.“ Vgl. Anm. 4.

⁴² Stellvertretender Regierungssprecher.

⁴³ Dieser Absatz wurde von Bundeskanzler Schmidt durch Haken hervorgehoben. Vgl. Anm. 4.

⁴⁴ Dieser Satz wurde von Bundeskanzler Schmidt durch Haken hervorgehoben. Vgl. Anm. 4.

b) Schwerpunktmäßige Anstöße

(Erklärung/Dokument des nächsten Gipfels)

aa) In erster Linie Verabschiedung des Berichts der Sprachenkommission⁴⁵ in seinen beiden Teilen Schulen und Erwachsenenbildung mit möglichst vielen rasch zu verwirklichenden praktischen Schlußfolgerungen. Hierbei sollten auch die Fragen der Lehrerausbildung und des Lehreraustausches sowie des Einsatzes von Lehrhilfen für die Landeskunde berücksichtigt werden.

Sie haben bei den Februar-Konsultationen dieses Jahres mit dem französischen Staatspräsidenten darin übereingestimmt, daß die Sprachenfrage das vorrangigste im Rahmen der Kulturbeziehungen zu bearbeitende Gebiet sei, und hatten daher den Auftrag erteilt, auch unkonventionelle Wege zu prüfen.

Die Arbeiten der Sprachengruppe zielen vor allem auch auf eine qualitative Verbesserung des Sprachunterrichts. Wichtig ist, daß von französischer Seite erstmals auch eine Zusammenarbeit bei gemeinsamer Lehrerfortbildung und gemeinsamer Lehrmaterialerstellung akzeptiert wurde.

AA glaubt, daß hier bis zu den Konsultationen Fortschritte möglich sind.

Ein größeres Treffen unter Beteiligung des Bevollmächtigten⁴⁶, des Koordinators⁴⁷ und der Botschafter⁴⁸ ist für November d. J. in Paris vorgesehen.⁴⁹

Bitte an das AA, im Benehmen mit dem Bevollmächtigten auf einen raschen Fortgang der Arbeiten in diesem Bereich zu drängen. Evtl. Prüfung, ob MP Vogel hierüber vor den Konsultationen bei den Ministerpräsidenten der Länder vorträgt und von Ihnen, wenn nötig, unterstützt wird.⁵⁰

bb) Noch immer ist die durch den Elysée-Vertrag angestrebte Gleichwertigkeit der Diplome nicht erreicht.⁵¹ Prüfung, ob hier in Fortsetzung der Bemühungen

⁴⁵ An dieser Stelle vermerkte Bundeskanzler Schmidt handschriftlich: „Ja.“ Vgl. Anm. 4.

⁴⁶ Bernhard Vogel.

⁴⁷ Rainer Barzel.

⁴⁸ Jean-Pierre Brunet und Otto-Axel Herbst.

⁴⁹ Ministerialdirektor Müller vermerkte am 12. Dezember 1980, der französische Außenminister François-Poncet habe den Wunsch geäußert, persönlich vor der Kultusministerkonferenz zu sprechen, um dort „für die Einrichtung von französischsprachigen Zügen an jeweils einer höheren Schule in jeder größeren Stadt der Bundesrepublik Deutschland zu plädieren“. Ungeachtet vielfältiger Bemühungen habe sich jedoch ergeben, „daß die Länder nicht bereit sind, dem französischen Petitionum voll zu entsprechen. Die Bundesländer sind lediglich bereit, sich mit einem Aktionsprogramm dafür einzusetzen, daß die deutschen Schüler im Rahmen der geltenden Regelungen in größerer Anzahl am Französischunterricht teilnehmen und daß die Qualität des Unterrichts durch Lehrerfortbildungsmaßnahmen verbessert wird. [...] Im übrigen hat uns die französische Seite ihrerseits noch nicht über ihre Überlegungen zur Verbesserung der Stellung des Deutschunterrichts in Frankreich unterrichtet, der nach unserer Ansicht insbesondere in der Erwachsenenbildung erhebliche Defizite aufweist.“ Vgl. Referat 202, Bd. 178841.

⁵⁰ Bundeskanzler Schmidt teilte am 30. November 1980 dem rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Vogel in seiner Funktion als Bevollmächtigter der Bundesrepublik für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen des Vertrags über die deutsch-französische Zusammenarbeit mit, er habe dessen Ankündigung einer umfassenden Vorlage zur Sprachenfrage mit großem Interesse zur Kenntnis genommen: „Ich würde mich freuen, wenn die zuständigen Stellen in den Bundesländern die Empfehlungen der von Ihnen und dem französischen Erziehungsminister eingesetzten Sachverständigenkommission mit Sympathie und Anerkennung ihrer politischen Bedeutung für die Beziehungen zu einem unserer nächsten und wichtigsten Nachbarn aufnehmen würden. Ich werde meinerseits prüfen lassen, welche Möglichkeiten für eine Bundesförderung im Rahmen der gemeinsamen Bildungsplanung von Bund und Ländern gegeben sind.“ Vgl. Referat 010, Bd. 178841.

⁵¹ Die Wörter „Gleichwertigkeit der Diplome nicht erreicht“ wurden von Bundeskanzler Schmidt hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Dies ist schlimm!“ Vgl. Anm. 4.

um die Äquivalenzabkommen⁵² rasche Fortschritte erzielt werden können mit dem Ziel, die Arbeit von Staatsangehörigen des einen Landes in den Bereichen von Kultur, Wissenschaft und Bildung im anderen Land zu erleichtern.

Zum weiteren Inhalt dieser Erklärung sollte das AA im Laufe des Novembers Vorschläge machen.⁵³

Ich verweise aber auch auf die Vorschläge unter 2), die evtl. Eingang in eine Erklärung des nächsten Gipfels finden könnten.

2) Beispielhafte und sichtbare Vorhaben deutsch-französischer Kulturarbeit

Ihr Interesse an einer Belebung der deutsch-französischen Kulturbeziehungen sollte jedoch nach außen hin deutlicher sichtbar gemacht werden, als dies durch bloße Erklärungen möglich ist. Sie könnten mit dem französischen Staatspräsidenten vereinbaren, beispielhafte Projekte anzuregen und besonders in der Öffentlichkeit herauszustellen.⁵⁴

a) Der Massentourismus der Campingplätze wird sich kaum zu Bildungsreisen umstilisieren lassen.⁵⁵ Doch könnten und sollten den deutschen Frankreichtouristen Hilfen und Anregungen gegeben werden, wie auch die üblichen Reiserrouten zum wirklichen Reisen mit offenen Augen und nicht zum bloßen Transport an einen Urlaubsort benutzt werden könnten. Warum gibt es keinen gut geschriebenen, billigen, vielleicht sogar kostenlosen, bei den Gebührenstationen der Autobahnen erhältlichen Reiseführer für Autobahn-Reisende?

Gewiß wäre dies nur ein Teil eines größeren Gesamtprogramms: „Sinnvoll individuell im Nachbarland zu reisen“.

Hilfen für schönes Reisen in Deutschland für ein französisches Publikum sind mir ebenfalls nicht bekannt.⁵⁶ Vielleicht könnte hier Zusätzliches getan werden, um das Gefälle zu Frankreich etwas abzubauen.

Hierbei wären viele Verteiler anzusprechen: auch Schulen, Volkshochschulen und Kulturinstitute. Das vorzubereitende Material müßte landeskundliche Elemente enthalten und natürlich vor allem von erstklassigen Autoren in ansprechender Weise verfaßt werden. Es müßte in Pilot-Projekten getestet werden, damit nicht am Bedarf vorbeiproduziert wird.

Der Prüfungsauftrag könnte zunächst an das DFJW vergeben werden, das sich mit den geeigneten Stellen in Verbindung setzen sollte.

b) Sie könnten selbst ein Beispiel für gutes Reisen in Frankreich geben, indem Sie etwa während Ihres nächsten Osterurlaubes (Ostern 1981 Ende April) eine Region Frankreichs bereisen (Provence, Burgund oder Périgord).⁵⁷

Der Präsident könnte ähnliches in Deutschland tun.

⁵² Zu der am 10. Juli 1980 geschlossenen deutsch-französischen Vereinbarung über die gegenseitige Anerkennung von im Partnerland erbrachten Studienabschlüssen vgl. Dok. 211, Anm. 39.

⁵³ Zu diesem Satz vermerkte Bundeskanzler Schmidt handschriftlich: „r[ichtig]“. Vgl. Anm. 4.

⁵⁴ Dieser Absatz wurde von Bundeskanzler Schmidt hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“. Vgl. Anm. 4.

⁵⁵ An dieser Stelle vermerkte Bundeskanzler Schmidt handschriftlich: „Ja.“ Vgl. Anm. 4.

⁵⁶ An dieser Stelle vermerkte Bundeskanzler Schmidt handschriftlich: „r[ichtig]“. Vgl. Anm. 4.

⁵⁷ Zu diesem Absatz vermerkte Bundeskanzler Schmidt handschriftlich: „Interessant.“ Vgl. Anm. 4.

c) Zahlreiche Städtepartnerschaften haben das Stadium des bloßen Begegnens voll ausgeschöpft und halten sich danach nur noch mühsam am Leben. Sehr häufig reduzieren sich diese Partnerschaften auf jährlich wiederkehrende Besuche und, dies ist nicht zu unterschätzen, auf einen regelmäßigen Jugendaustausch unter Beteiligung der Familien. Dies ist nicht genug und nutzt die zahlreichen zwischen Deutschland und Frankreich bestehenden Partnerschaften als ein wichtiges Instrument der kulturellen Begegnung zwischen beiden Ländern nicht richtig.

Es wäre der Prüfung wert, am Beispiel einer bereits gut funktionierenden Städtepartnerschaft, etwa während zweier Jahre, auszuprobieren, wie eine solche Partnerschaft sinnvoll gerade auch für die kulturelle Begegnung nutzbar gemacht werden kann, und dies unter Beteiligung städtischer Museen, der Volkshochschulen, der Bibliotheken, evtl. eines vorhandenen Theaters, eines Orchesters usw. Ein Problem dabei ist, daß die entsprechenden Einrichtungen in Deutschland immer potenter sind als in Frankreich; ein weiteres natürlich sehr gewichtiges Problem: die Finanzierung.

Dennoch sollte ein solcher Versuch unternommen und von Ihnen unterstützt werden, im besonderen mit dem Ziel, anderen Partnerstädten sinnvolle Anregungen für ihre Partnerschaften zu geben.

Die Sprachengruppe hatte ebenfalls an das Instrument der Partnerstädte gedacht mit ihrem Vorschlag, neuere Methoden des Sprachunterrichts insbesondere für Erwachsene in drei Partnerstädten durchzuführen.

Im Anschluß an ein solches Experiment könnte daran gedacht werden, sowohl eine Studie über das Experiment und einige zusätzliche andere Beispiele von Partnerschaften wie auch ein Handbuch für Partnerschaften zu veröffentlichen.

Angesprochen werden sollten zunächst das Deutsch-Französische Institut und die Robert-Bosch-Stiftung sowie das DFJW, die sich ihrerseits der Mitarbeit der Internationalen Bürgermeisterunion versichern müßten.

d) Die sich regelmäßig treffenden Intendanten der deutschen und französischen Fernsehanstalten sollten gebeten werden, sehr konkret Möglichkeiten zur Verbesserung der Zusammenarbeit (Programmaustausch, Koproduktionen) zu überprüfen. Ein mögliches erstes Projekt: gemeinsamer Film über das kulturelle Schaffen in den beiden Ländern.⁵⁸

e) Es wäre zu prüfen, in jedem Jahr, in jedem der beiden Länder für zwei oder drei junge Künstler, einschließlich Schauspieler, junge Schriftsteller, sehr gut dotierte Stipendien für einen einjährigen „Bildungsaufenthalt“ im anderen Lande zu vergeben.⁵⁹

Über das Auswahlverfahren müßte sehr sorgfältig nachgedacht werden. Die Kandidaten müßten schon ein der Beurteilung zugängliches Opus vorweisen können; die Anforderungen an die Qualität der Kandidaten müßten sehr hoch sein. Sie müßten Grundkenntnisse der Sprache des anderen Landes haben.

⁵⁸ Dieser Absatz wurde von Bundeskanzler Schmidt hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig!“. Vgl. Anm. 4.

⁵⁹ Dieser Absatz wurde von Bundeskanzler Schmidt durch Haken hervorgehoben. Vgl. Anm. 4.

Diesen Stipendiaten würden nicht nur ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt, sondern auch Türen geöffnet werden, d.h. ihr Aufenthalt würde sehr sorgfältig und jeweils individuell geplant werden, und sie würden auch Zugang zu Personen und Institutionen erhalten, die ihnen sonst verschlossen wären.

Die Patronage über diese Stipendien sollten Sie und der Staatspräsident übernehmen.

Hierüber sollte der DAAD (Prof. Schulte) zusammen mit dem DFJW und dem Deutsch-Französischen Institut sowie der Robert-Bosch-Stiftung nachdenken.

f) Sie könnten schließlich auch an einen gemeinsamen Preis denken (Journalismus, Übersetzung, Literatur, Film etc.), der für Leistungen auf verschiedenen Gebieten vergeben wird.

g) Angeregt werden könnte auch die Einrichtung eines deutsch-französischen Schülerwettbewerbs zu Themen von gemeinsamen Interessen.

h) Besondere Aufmerksamkeit verdienen die vom DAAD entwickelten neuen Austauschprogramme, die eine langfristige partnerschaftliche Kooperation zwischen einzelnen Hochschulen und Fachbereichen (auch längerfristige gemeinsame Arbeit an wissenschaftlichen Projekten) ermöglichen.⁶⁰

3) Ergänzungen und Verbesserungen im institutionellen Bereich des Kulturaustausches

a) Über die offiziellen Mittler – Auswärtige Ämter, Bevollmächtigter und Koordinator sowie die Mittlerorganisation – sind in diesem Zusammenhang vielleicht nur zwei Bemerkungen zu machen:

aa) Der Koordinator könnte eine noch aktivere Rolle im Rahmen des deutsch-französischen Kulturaustausches kraft seiner weitgefaßten Zuständigkeit auf den Gebieten spielen, die vom Bevollmächtigten nicht abgedeckt werden.⁶¹ Dies gilt insbesondere für den Kontakt mit den Institutionen und Personen aus dem gesellschaftlichen Bereich (Verbände, Stiftungen usw.).

bb) Wenn sich die Gelegenheit dazu ergibt, so könnten Sie dem französischen Präsidenten sagen, daß es vielleicht von Interesse wäre, die offizielle französische Kulturpräsenz in Deutschland generell zu stärken.

b) Das DFJW, das direkt durch den Elysée-Vertrag ins Leben gerufen wurde, ist die im deutsch-französischen Kulturaustausch finanziell am besten ausgestattete Organisation. 30 Mio. DM pro Jahr. In seiner Rede in Honnef während des Staatsbesuches⁶² hatte der Staatspräsident u.a. gesagt: „Ich glaube, daß man mehr tun muß. Und wenn Sie mehr Mittel benötigen, bin ich sicher, daß unsere Regierungen das Nötige tun werden.“

Das DFJW verrichtet seine zum Teil sehr gute Arbeit sehr häufig unter Ausschluß der Öffentlichkeit und gewiß außerhalb der Aufmerksamkeit der politi-

⁶⁰ Der Passus „Diesen Stipendiaten ... ermöglichen“ wurde von Bundeskanzler Schmidt hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Interessant.“ Vgl. Anm. 4.

⁶¹ Dieser Satz wurde von Bundeskanzler Schmidt durch Haken hervorgehoben. Vgl. Anm. 4.

⁶² Für den Wortlaut der Rede des Staatspräsidenten Giscard d'Estaing beim Besuch des Deutsch-Französischen Jugendwerks am 10. Juli 1980 in Bad Honnef vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE, Juillet-Août 1980, S. 18 f.

schen Führung (Co-Präsidenten des Jugendwerks sind zur Zeit BM Frau Huber und der französische Jugendminister Soisson).

Ganz davon abgesehen, ob der ihm zuweilen gemachte Vorwurf, Selbstbedienungsladen für die Jugendverbände zu sein, zutrifft oder nicht (Vertreter der Jugendverbände, d. h. der Nutznießer, sind Mitglieder im Kuratorium), könnte es sehr anregend für die Arbeit des DFJW sein, wenn das DFJW über die Schwerpunkte seiner Arbeit und seiner zukünftigen Planungen, auch über besonders herausragende Projekte, einmal jährlich im Rahmen der deutsch-französischen Konsultationen über die federführenden Minister Bericht erstatten müßte.⁶³ Dabei könnten sowohl der Staatspräsident wie Sie Bemerkungen zu einzelnen Projekten machen.

In jedem Fall wäre es zu empfehlen, zur Vorbereitung Ihrer Initiative BM Frau Huber zu bitten, Ihnen über die augenblickliche Arbeit des DFJW und die künftigen Planungen zu berichten.⁶⁴

c) Das Deutsch-Französische Institut in Ludwigsburg ist eine sehr gut arbeitende, in den deutsch-französischen Beziehungen einzigartige und zusätzlich förderungswürdige private Einrichtung.⁶⁵

Der Koordinator und Präsident des Instituts könnte sich seiner für seine Arbeit außerhalb der Regierung etwas intensiver bedienen. Es wäre auch zu überlegen, ob dem Institut nicht eine Art Geschäftsführung für ein deutsch-französisches „Kulturforum“, d. h. für regelmäßig stattfindende workshops usw. übertragen werden könnte.

Besonders wichtig wäre es, ein französisches Partnerinstitut ins Leben zu rufen.

Sie sollten den Koordinator hierzu um einen Vorschlag bitten.

d) Was das „Kuratorium“ betrifft, so ist es wahrscheinlich verfrüht, hierüber definitive Aussagen zu machen. Es könnte zweckmäßig sein, zunächst mit einem einmaligen Gespräch bei Ihnen zur Vorbereitung der nächsten Konsultationen zu beginnen und dabei auch zu überlegen, ob es sinnvoll und möglich ist, – und auch in welchem Rahmen – dies Gespräch fortzusetzen.

Sie sollten dieses Instrument zunächst im vagen belassen und sich weitere Entscheidungen vorbehalten.

4) Zur weiteren Vorbereitung der Initiative schlage ich vor:

a) Sofortiger Kontakt mit GS Wahl wegen des „Gesprächs“ bei den nächsten Konsultationen.⁶⁶

b) Ein Schreiben von Chef BK an StS Lautenschlager, das einige von Ihnen gebilligte Prüfungsaufträge im Sinne dieser Aufzeichnung und die Bitte enthalten könnte, Ihnen Vorschläge zum Inhalt der Initiative in der ersten Novemberrhälfte vorzulegen.⁶⁷

⁶³ An dieser Stelle vermerkte Bundeskanzler Schmidt handschriftlich: „richtig“. Vgl. Anm. 4.

⁶⁴ Dieser Absatz wurde von Bundeskanzler Schmidt durch Haken hervorgehoben. Vgl. Anm. 4.

⁶⁵ An dieser Stelle vermerkte Bundeskanzler Schmidt handschriftlich: „Möchte ich gelegentlich kennenlernen.“ Vgl. Anm. 4.

⁶⁶ Dieser Absatz wurde von Bundeskanzler Schmidt durch Haken hervorgehoben. Vgl. Anm. 4.

⁶⁷ Zu diesem Absatz vermerkte Bundeskanzler Schmidt handschriftlich: „Ja.“ Vgl. Anm. 4.

Eventuell ein zusätzliches Schreiben an den Chef der rheinland-pfälzischen Staatskanzlei⁶⁸, in dem Ihr Interesse an einem raschen Fortgang der Sprachinitiative nochmals unterstrichen wird.⁶⁹

Botschafter Herbst sollte mündlich in Beantwortung seines Schreibens an Sie unterrichtet werden.⁷⁰

c) Ein Schreiben von Ihnen an den Koordinator⁷¹ mit der Bitte an ihn, sich bei der Vorbereitung in geeigneter Weise einzuschalten: vor allem mit der Anregung, zu einem Brainstorming auf deutscher Seite unter weiter Beteiligung von Persönlichkeiten außerhalb der Bundesverwaltung im Laufe des November nach Ludwigsburg einzuladen.

Die französische Seite könnte gebeten werden, hierzu einen Beobachter zu entsenden und uns in ähnlicher Weise an ihren Vorbereitungen zu beteiligen.

Entwurf eines Schreibens an den Koordinator ist beigelegt.

Danach ausführliches Gespräch von AL2 mit Herrn Barzel.

d) Ein Spitzengespräch bei Ihnen Anfang Dezember.⁷² Über den Teilnehmerkreis müßte noch nachgedacht werden.

Vorläufig mögliche Teilnehmer außerhalb des Bundeskanzleramtes: Bevollmächtigter MP Vogel, Koordinator Barzel, StS Lautenschlager, Botschafter Herbst, evtl. ein Vertreter der Bosch-Stiftung und Vertreter anderer Stiftungen, evtl. Prof. Schulte (DAAD), Dr. Picht (Deutsch-Französisches Institut) sowie eine Reihe noch zu bestimmender Vertreter des Geisteslebens⁷³.

Vielleicht sollten Sie unabhängig davon ein Gespräch mit Herrn Liebermann suchen.

e) Ein Vorbereitungsgespräch von AL2 mit GS Wahl über die nächsten Konsultationen insgesamt im Dezember.⁷⁴

Mit den Referaten 133, 31, 35 und 36 abgestimmt.

Zeller

Helmut-Schmidt-Archiv 1/HSAA 006766

⁶⁸ Waldemar Schreckenberger.

⁶⁹ An dieser Stelle vermerkte Bundeskanzler Schmidt handschriftlich: „Nach 5.10.“ Vgl. Anm. 4.

⁷⁰ An dieser Stelle vermerkte Bundeskanzler Schmidt handschriftlich: „richtig“. Vgl. Anm. 4.

⁷¹ Der Passus „Ein Schreiben [...] Koordinator“ wurde von Bundeskanzler Schmidt hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Nach 5.10.“ Vgl. Anm. 4.

⁷² Dieser Satz wurde von Bundeskanzler Schmidt hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Ja.“ Vgl. Anm. 4.

⁷³ Der Passus „sowie eine ... Geisteslebens“ wurde von Bundeskanzler Schmidt hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig“. Vgl. Anm. 4.

⁷⁴ Ministerialdirektor von Staden, Bundeskanzleramt, vermerkte am 12. September 1980, er habe mit dem Generalsekretär im französischen Präsidialamt, Wahl, telefonisch Themen für ein Gespräch repräsentativer Persönlichkeiten aus dem Geistesleben im Rahmen der deutsch-französischen Konsultationen am 5./6. Februar 1981 in Paris erörtert. Vortragender Legationsrat I. Klasse Zeller, Bundeskanzleramt, habe vorgeschlagen, ein „zivilisationskritisches Thema“ zu wählen „wie etwa: ‚Europäische Zukunftshoffnungen, europäische Zukunftängste, Europas Beitrag zur Zivilisation der 80er und 90er Jahre‘. Dieses Thema würde aus spezifisch deutscher und französischer Sicht behandelt werden. Das Gespräch sollte nicht öffentlich sein. Der Gedanke war aber, daß der Staatspräsident und der Bundeskanzler zumindest zeitweise (am Nachmittag des zweiten Tags der Konsultationen) an dem Gespräch teilnehmen.“ Vgl. Helmut-Schmidt-Archiv 1/HSAA 006766.

237

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Dröge

201-369.02/1-2377/80 VS-vertraulich

15. August 1980¹Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³

mit der Bitte um Genehmigung der beigefügten Gesprächsunterlage und Vortrag hierzu unter „Verschiedenes“ in einer Kabinettsitzung nach der Sommerpause.

Betr.: Aufhebung der Schiffbaubeschränkungen im WEU-Vertrag⁴;
hier: Unterrichtung des Kabinetts über das Aufhebungsverfahren

Bezug: Schreiben Bundeskanzleramt 21-37930-WE/2/80 vom 5.8.1980⁵

Anlg.: 1 (201-23771/80 VS-v)

Vor dem Hintergrund einiger, nicht sehr zahlreicher kritischer Stellungnahmen, vor allem in der sowjetischen bzw. sowjetisch inspirierten Presse, bat der Herr Bundeskanzler um nähere Unterrichtung über das durch Beschluß des WEU-Rats am 21. Juli 1980 abgeschlossene Verfahren zur Aufhebung der WEU-Herstellungsbeschränkungen im Kriegsschiffbau. Der Herr Bundeskanzler wünscht auch zu wissen, ob

– er an der Entscheidung beteiligt war, das Aufhebungsverfahren einzuleiten;

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann konzipiert.

² Hat Staatssekretär Lautenschlager am 15. August 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ich würde eine ‚bilaterale‘ Unterrichtung des Bundeskanzlers für besser und auch für hinreichend halten (Kabinetts scheint mir entbehrlich – es sei denn, der Wunsch wird ausdrücklich geäußert).“

Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunnmühl am 15. August 1980 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat von Butler am 29. August 1980 vorgelegen, der für Staatssekretär van Well vermerkte: „Auf Sitzung beamteter Staatssekretäre soll besprochen werden, ob dieser Punkt auf Tagesordnung nächster Kabinettsitzung gesetzt werden soll. Aus Bundeskanzleramt ist zu hören, daß StS Schüller Thema nur dann als Kabinettspunkt haben möchte, wenn Bundesminister an Sitzung teilnimmt.“

Hat van Well vorgelegen.

Hat Butler am 1. September 1980 erneut vorgelegen, der handschriftlich für Ministerialdirektor Blech vermerkte: „Thema ist angesprochen worden. StS v[an] W[ell] hat in D[irektoren]B[esprechung] am 1.9. hierzu berichtet.“ Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 10885 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

³ Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.

⁴ Die WEU-Herstellungsbeschränkungen waren in Protokoll Nr. III zum WEU-Vertrag vom 23. Oktober 1954 über die Rüstungskontrolle enthalten. Die Herstellung atomarer, biologischer und chemischer Waffen wurde ebenso verboten wie die Herstellung von Waffen großer Reichweite, Lenk Waffen und größeren Kriegsschiffen. Einzelheiten wurden in den Anlagen I bis IV zu dem Protokoll ausgeführt. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 266–273.

Anlage III und damit Abschnitt V über „Kriegsschiffe mit Ausnahme von kleineren Schiffen für Verteidigungszwecke“ wurde zwischen 1958 und 1973 mehrfach geändert. Für den Wortlaut der geltenden Fassung vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 768 f., bzw. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 671.

Der Bundesverteidigungsrat beschloß bereits am 3. November 1967, die Aufhebung der Herstellungsbeschränkungen als Fernziel anzustreben. Zu den diesbezüglichen Bemühungen der Bundesregierung vgl. zuletzt AAPD 1979, II, Dok. 258.

⁵ Vortragender Legationsrat I. Klasse Höynck, Bundeskanzleramt, informierte am 5. August 1980 Vortragenden Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg, Bundeskanzler Schmidt habe gebeten, das Kabinetts Anfang September über die Aufhebung der Schiffbaubeschränkungen im WEU-Vertrag vom 23. Oktober 1954 zu unterrichten. Vgl. VS-Bd. 10885 (209); B 150, Aktenkopien 1980.

- die zeitliche Koinzidenz der Aufhebung mit der vom Bundessicherheitsrat am 19.6.1980 erteilten Zustimmung zu einer Erweiterung des Aufgabenbereichs der Bundesmarine zu vermeiden war bzw. hätte vermieden werden sollen.⁶

Der beigefügte Sprechzettel geht auch hierauf und auf östliche Kritik ein.

i.V. Dröge

[Anlage]

201-23771/80 VS-v

15. August 1980

Sprechzettel

Betr.: Aufhebung der WEU-Herstellungsbeschränkungen im Kriegsschiffbau

1) Durch den revidierten Brüsseler Vertrag von 1954 wurde die Bundesrepublik Deutschland bekanntlich anlässlich der Wiedererlangung ihrer Souveränität und ihres NATO-Beitritts⁷ im WEU-Rahmen vielfältigen Rüstungsbeschränkungen auf allen Gebieten unterworfen.

Wegen militärischen Bedarfs und in Anpassung an die waffentechnologische Entwicklung wurden eine Reihe dieser Beschränkungen bereits in den Jahren 1958 bis 1973 durch neun Einzelentscheidungen des WEU-Rats aufgehoben.

2) Am 3. November 1967 setzte sich der Bundesverteidigungsrat das Ziel, die Aufhebung der die Bundesrepublik Deutschland weiterhin einseitig belastenden WEU-Herstellungsbeschränkungen für konventionelle Waffen insgesamt (also nicht hinsichtlich des ABC-Waffenverzichts⁸) zu erwirken, welche zunehmend als anachronistisch und als Instrument wirtschaftlicher Diskriminierung (Exportbehinderung) empfunden wurden.

In diesem Zeitpunkt unterlag die Bundesrepublik Deutschland noch folgenden Herstellungsbeschränkungen bezüglich konventioneller Waffen:

- Langstreckenraketen,
- strategische Bomber,

⁶ Referat 201 vermerkte am 16. Juni 1980: „Die deutsche Marine hat derzeit einen Einsatzraum, der formal auf folgende Gebiete beschränkt ist: Ostsee, Ostseezugänge und die Nordsee, jedoch nur bis zum Längengrad, der die Ostfriesischen Inseln einschließt. Über dieses enge Gebiet hinaus kann sie bisher nur im Anwendung einzelner Eventualfallpläne operieren. Diese gehen auf Verhandlungen zurück, die 1973 zwischen dem BMVg und den beiden NATO-Oberbefehlshabern SACLANT und SACEUR geführt worden waren. Danach können sich deutsche Seestreitkräfte wenigstens in Eventualfallplänen von 61 Grad nördlicher Breite, d. h. der Linie Shetland-Inseln – Bergen, bis zur Straße von Dover beteiligen.“ Angesichts der sowjetischen Aufrüstung zur See sei es sinnvoll, diese Regelungen flexibler zu gestalten. Verfolgt werde ein doppelter Zweck: „Materiell sollen die Voraussetzungen für eine flexiblere und effektivere Nutzung der Bundesmarine im gesamten Nordflankenbereich geschaffen werden; taktisch soll einer bevorstehenden NATO-Initiative in diesem Sinne zuvorgekommen und unser Angebot als eine weitere Leistung im Sinne der Arbeitsteilung im Bündnis dargestellt werden.“ Vgl. VS-Bd. 10269 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

⁷ Die Bundesrepublik trat dem NATO-Vertrag vom 4. April 1949 mit der Ratifizierung der Pariser Verträge vom 23. Oktober 1954 am 5. Mai 1955 bei und wurde am 9. Mai 1955 offiziell in das Bündnis aufgenommen. Vgl. dazu die Erklärung des Bundeskanzlers Adenauer am 9. Mai 1955 in Paris; DzD III/1, S. 20–22.

⁸ Vgl. dazu die Anlage II des Protokolls Nr. III zum WEU-Vertrag in der Fassung vom 23. Oktober 1954; BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 269 f.

- Kriegsschiffe, nämlich
 - (i) Hilfsschiffe über 6000t,
 - (ii) Kampfschiffe über 3000t,
 - (iii) U-Boote über 1000t,
 - (iv) nuklearangetriebene Schiffe.

3) Diese sog. „Große Lösung“ war wegen französischer Vorbehalte nicht durchsetzbar. Daraufhin kamen AA, BMWi und BMVg überein, als vorläufige „Kleine Lösung“ zunächst nur die Aufhebung – allerdings sämtlicher – Schiffbaubeschränkungen in Angriff zu nehmen. Ein entsprechender Vorschlag des Bundesministers des Auswärtigen wurde dem Herrn Bundeskanzler am 12. April 1976 unterbreitet⁹ und von ihm am 28. April 1976 gebilligt.¹⁰

4) Bei den anschließenden, langwierigen Sondierungsgesprächen hierüber (1977 bis 1979) mit unseren WEU-Partnern machten wir keinen Hehl daraus, daß wir die Aufhebung nicht wegen eines akuten oder vorhersehbaren Bedarfs der Bundesmarine, sondern aus wirtschaftlichen und Statusgründen wünschen.¹¹ Deshalb strebten wir zunächst Aufhebung durch einstimmigen Beschluß des WEU-Rats an, also ohne die nach normalem Verfahren (2/3 Mehrheit) vorgesehene Empfehlung durch SACEUR.

Dies stieß jedoch bei Großbritannien und Belgien auf vertragsrechtliche Bedenken.

Überdies bat schließlich der niederländische Außenminister 1979, den inzwischen von allen WEU-Partnern grundsätzlich gebilligten deutschen Aufhebungsantrag mit zeitlichem Abstand zur LRTNF-Entscheidung des Bündnisses¹² erst im Frühsommer 1980 zu stellen.¹³ Ende Mai 1980 stand schließlich fest, daß alle WEU-Partner einem deutschen Aufhebungsantrag im üblichen Verfahren zustimmen würden.¹⁴

⁹ Bundesminister Genscher teilte Bundeskanzler Schmidt am 12. April 1976 zu den WEU-Herstellungsbeschränkungen mit: „In der beigefügten Vorlage, der die Bundesminister für Verteidigung und für Wirtschaft zugestimmt haben, wird vorgeschlagen, auf die ganze oder zumindest teilweise Aufhebung dieser anachronistischen Herstellungsbeschränkungen hinzuwirken. Der deutsche Verzicht auf die Herstellung von ABC-Waffen bleibt unberührt. Bevor wir ein formelles Aufhebungsverfahren einleiten, sollen [...] Sondierungsgespräche mit unseren WEU-Partnern aufgenommen werden. Zunächst möchte ich mit dem französischen Außenminister sprechen.“ Vgl. Anlage 1 zur Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Ruhfus vom 7. April 1976; VS-Bd. 10616 (201); B 150, Aktenkopien 1976.

¹⁰ Für das Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt an Bundesminister Genscher vgl. AAPD 1976, I, Dok. 117.

¹¹ Zu den Gesprächen über die Aufhebung der WEU-Herstellungsbeschränkung vgl. AAPD 1977, I, Dok. 65, AAPD 1977, II, Dok. 225, AAPD 1978, I, Dok. 158, und AAPD 1978, II, Dok. 244, sowie AAPD 1979, II, Dok. 258.

¹² Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 10.

¹³ Legationsrat I. Klasse Kreusel hielt am 28. November 1979 zu den Bemühungen der Bundesregierung um eine Aufhebung der WEU-Herstellungsbeschränkungen fest: „Außenminister van der Klaauw bat den Herrn Bundesminister, mit Rücksicht auf denkbare innenpolitische Komplikationen die Aufhebung der Herstellungsbeschränkungen im Schiffbau derzeit nicht weiter zu verfolgen. Die LRTNF-Modernisierung belastet die öffentliche Diskussion in den Niederlanden zur Genüge. Änderungen bestehender Rüstungskontrollvereinbarungen wären deshalb von Den Haag aus gesehen inopportun. Bundesminister Genscher hat dem Wunsch seines niederländischen Amtskollegen entsprochen und weitere Schritte zur Aufhebung der Schiffbaubeschränkungen bis zum Frühjahr 1980 zurückgestellt.“ Vgl. VS-Bd. 10615 (201); B 150, Aktenkopien 1979.

¹⁴ Referat 201 vermerkte am 29. Mai 1980, die von der Bundesregierung angestrebte Regelung, die WEU-Herstellungsbeschränkungen beim Schiffsbau durch einen einstimmigen Beschluß des WEU-

5) Die Antragstellung (nach üblichem Verfahren) in diesem Zeitpunkt empfahl sich schließlich auch deshalb, weil die WEU-Versammlung am 3.6.1980 auf Vorschlag eines britischen Abgeordneten ohne deutsches Zutun mit einer fast einstimmig beschlossenen Resolution ebenfalls die Aufhebung der Schiffbaubeschränkungen (und zugleich Ausdehnung des Einsatzbereichs der Bundesmarine) gefordert hatte.¹⁵

6) Der formelle Antrag hierfür wurde von uns am 18. Juni 1980 im WEU-Rat eingebracht.¹⁶ SACEUR entsprach am 2.7.1980 unserer gleichzeitig gestellten Bitte, die Aufhebung so zu empfehlen, daß sich daraus weder die Absicht noch die Verpflichtung zu einer Ausrüstung der Bundesmarine mit zusätzlichen oder mit größeren Schiffen herleiten läßt.

Der Kernsatz seiner Empfehlung lautete:

„... to underline the importance of members' readiness and capability to fully employ, should it become necessary, all of their defence resources across the entire spectrum of their potential.“

Auf dieser Grundlage beschloß der WEU-Rat am 21. Juli 1980 ohne Aussprache einstimmig im beantragten Sinne durch Streichung von Art. V., Prot. III, Annex III des revidierten Brüsseler Vertrags.¹⁷

7) Wohl von der entsprechenden Resolution der WEU-Versammlung dazu angeregt, berichtete die FAZ am 2.7.1980 überraschend mit großem Detail über den vom BSR am 19.6.1980 gefaßten, aber noch nicht vollzogenen Beschluß der

Fortsetzung Fußnote von Seite 1255

Rats aufheben zu lassen, werde von Frankreich, Großbritannien und Luxemburg unterstützt, wobei die britische Regierung darauf hingewiesen habe, „daß eine SACEUR-Empfehlung schwerlich zu vermeiden sei“. Sondierungen im Herbst 1979 hätten ergeben, „daß bei Vorlage eines deutschen Formulierungsvorschlags für eine entsprechende SACEUR-Erklärung eine deutsche Initiative im Frühjahr 1980 durchaus erfolgversprechend sei“. Sofern der Oberste Befehlshaber der alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR) zustimme, genüge eine Zwei-Drittel-Mehrheit der sieben WEU-Mitgliedstaaten, so daß prozedural die Stimmen Italiens und der Niederlande nicht mehr notwendig seien. Dennoch werde weiterhin eine einstimmige Ratsentscheidung gesucht. Vgl. VS-Bd. 10350 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

¹⁵ Botschafter Ruhfus, London, z. Z. Paris, berichtete am 5. Juni 1980, in der WEU-Versammlung sei die Empfehlung des WEU-Rats, die Herstellungsbeschränkungen beim Schiffsbau für die Bundesrepublik aufzuheben, angenommen worden. Ein britischer Abgeordneter habe bemerkt, „daß es nunmehr an der Zeit sei, die Bundesrepublik als gleichberechtigten Partner in der WEU zu behandeln“. Er habe diese Äußerung ausdrücklich auf konventionelle Waffen beschränkt: „Widerspruch kam von kommunistischer Seite. Die Gaullisten rieten zur Vorsicht und enthielten sich der Stimme.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1293; VS-Bd. 10350 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

¹⁶ Ministerialdirigent Dröge bat die Botschaft in London am 10. Juni 1980, „im WEU-Rat am 18. Juni unter TOP ‚Verschiedenes‘ schriftlichen Antrag auf ersatzlose Aufhebung der Herstellungsbeschränkungen im Schiffbau betreffenden Art[i]kel V, Annex III, Protokoll III, zum revidierten Brüsseler Vertrag zu stellen. Dabei sollte darauf hingewiesen werden, daß wir SACEUR gleichzeitig darum bitten, die gemäß Art. II, Teil I, Protokoll III zum revidierten Brüsseler Vertrag vorgesehene Empfehlung zur Unterstützung unseres Antrags abzugeben.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 3105; VS-Bd. 10350 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

¹⁷ Vortragender Legationsrat Boll informierte am 23. Juli 1980, der WEU-Rat habe am 21. Juli 1980 auf Empfehlung des Oberbefehlshabers der alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR), Rogers, die Bestimmungen zu Herstellungsbeschränkungen im Schiffsbau für die Bundesrepublik gemäß Artikel V Annex III des WEU-Vertrags vom 23. Oktober 1954 gestrichen. Das Herstellungsverbot für atomare, biologische und chemische Waffen bleibe ebenso in Kraft wie das für weitreichende Raketen und Bomber: „Für die Produktion konventioneller Rüstungsgüter streben wir hingegen langfristig eine völlige Aufhebung der uns einseitig belastenden und daher nicht mehr zeitgemäßen Beschränkungen an.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 100; Referat 012, Bd. 115730.

NATO, die Bereitschaft zur Ausdehnung des Einsatzbereichs der Bundesmarine über den 61. Grad nördlicher Breite zu erklären.¹⁸

Dieses Presse-Leak bewirkte schließlich die zeitliche Koinzidenz beider deutscher Initiativen, die m.E. allerdings nur dort mißverstanden wurde, wo man sie mißverstehen wollte.

8) Die Aufhebung der Schiffbaubeschränkungen wurde von der von der Rezession bedrohten deutschen Werftindustrie begrüßt. Welche Bedeutung dies in einem Wahljahr¹⁹ auch hinsichtlich der Werftarbeiter hat, brauche ich nicht zu unterstreichen.

Ebenso wichtig ist m.E., daß alle unsere WEU-Partner in diesem Zusammenhang bereit waren, eine zur wirtschaftlichen Diskriminierung gewordene Beschränkung aus diesem Grunde abzubauen.

9) Daß es – relativ milde – östliche Kritik, u.a. in Moskau durch Minister Ustinow gegenüber dem Herrn Bundeskanzler²⁰, gegeben hat, konnte nicht überraschen. Schon bei anderen Gelegenheiten hat sich die Sowjetunion angemaßt, aus den WEU-Beschränkungen ein eigenes „droit de regard“ über deutsche Verteidigungsanstrengungen herzuleiten. Mit ihrer Kritik an einer noch nicht einmal mittelfristig geplanten deutschen Marinerüstung mag die SU versuchen, von ihrer eigenen, bereits existierenden besorgniserregenden massiven Aufrüstung zur See abzulenken: der umfassendsten Flottenbaupolitik dieses Jahrhunderts!

10) Das von uns nicht gewünschte, letztlich aber nicht mehr voll steuerbare Zusammentreffen der beiden Initiativen – Aufhebung der Schiffbaubeschränkungen und Ausweitung des Einsatzbereichs – hat eine unbeabsichtigte, ebenfalls wahlkampfverheblische Nebenwirkung gehabt: der deutschen Öffentlichkeit angesichts einer das Gegenteil behauptenden Kritik den Eindruck zu vermitteln, daß die deutsche Ostpolitik den Handlungsspielraum der Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem Osten keineswegs eingeengt hat.

VS-Bd. 10885 (201)

¹⁸ Vgl. dazu den Artikel „Operationsgebiet der Bundesmarine dehnt sich nach Norden hin aus“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 2. Juli 1980, S. 3.

¹⁹ Die Wahlen zum Bundestag fanden am 5. Oktober 1980 statt.

²⁰ Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem sowjetischen Verteidigungsminister Ustinow am 1. Juli 1980 in Moskau vgl. Dok. 194.

238

Botschafter von Vacano, La Paz, an das Auswärtige Amt

114-4670/80 geheim
Fernschreiben Nr. 199

Aufgabe: 19. August 1980, 12.00 Uhr¹
Ankunft: 19. August 1980, 18.44 Uhr

Betr.: Putsch in Bolivien²;
hier: Zuflucht in der deutschen Botschaft³

Bezug: DB Nr. 192 vom 15.8.1980 – 320.20 VS-v⁴

Weisung erbeten:

1) Am 18. August abends nahm Präsident bolivianischer Untergrundregierung Hernán Siles Zuazo Zuflucht in Residenz deutschen Botschafters. Dr. Siles wurde begleitet von MIR⁵-Abgeordneten Antonio Aranibar Quiroga. Beide Flüchtlinge hatten vorher durch Mittelsmann darlegen lassen, daß sie sich Zugriff Militärs draußen nicht länger entziehen könnten. Habe klargestellt, daß mit Unterkunft in Botschaft verbunden sein müsse:

- absolutes Stillschweigen über Aufenthalt,
- Einstellung jeglicher politischer Aktivität.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg am 20. August 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär Lautenschlager verfügte.

Hat Lautenschlager am 20. August 1980 vorgelegen, der handschriftlich für Ministerialdirektor Meyer-Landrut vermerkte: „Nach R[ück]spr[ache] mit BM wie in heutiger D[irektoren]B[esprechung] bespr[ochen] z[ur] w[eiteren] V[eranlassung].“
Hat Meyer-Landrut vorgelegen.

² Ministerialdirektor Meyer-Landrut vermerkte am 19. August 1980, der Staatsstreich der bolivianischen Streitkräfte am 17. Juli 1980 habe den seit zwei Jahren in Gang befindlichen Demokratisierungsprozeß in Bolivien unterbrochen: „Motive der mit harter Hand vorgehenden Militärs waren neben der Sicherung von Pfründen und Einfluß die Furcht vor einer linksorientierten Entwicklung. Es besteht kaum ein Zweifel daran, daß der Führer der linksliberalen Volksunion, Siles Zuazo, am 6.8.1980 zum Präsidenten gewählt worden wäre. Zu erwarten war auch, daß Siles mit Parteien linker Observanz ein Bündnis eingegangen wäre. Dies ließ die benachbarten Militärregime in Argentinien, Brasilien, Chile und Paraguay befürchten, daß oppositionelle Linkskräfte dieser Länder in Bolivien eine Operationsbasis erhalten könnten.“ Der neue Präsident García Meza Tejada sei auch im Militär umstritten: „Die von Siles am Nationalfeiertag, dem 6.8.1980, aus dem Untergrund ausgegrufene Gegenregierung hat bisher keinerlei Einfluß oder Macht.“ Die Bundesregierung habe ihre Kritik an den Vorgängen zum Ausdruck gebracht und Botschafter von Vacano, La Paz, vom 27. Juli bis 8. August 1980 zur Berichterstattung zurückberufen. Bei seiner Rückkehr habe Vacano Präsident García Meza Tejada eine Liste vermißter Personen übergeben. Es sei beabsichtigt, die Entwicklungszusammenarbeit einzuschränken: „In der Botschaft haben nacheinander ca. zwölf Personen Zuflucht gesucht. Zur Zeit halten sich sechs Personen in der Residenz auf.“ Vgl. Referat 331, Bd. 125068.

³ Bundesminister Genscher wies am 26. Juli 1980 die Botschaft in La Paz an, „allen Personen, die um Zuflucht nachsuchen, in großzügigster Weise Aufnahme zu gewähren“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 88; VS-Bd. 11177 (331); B 150, Aktenkopien 1980.

⁴ Botschafter von Vacano, La Paz, berichtete, weitere Personen hätten in der Botschaft Zuflucht gesucht. Anfragen dafür gebe es auch von dem Vorsitzenden des Wahlverbandes „Unión Democrática Popular“, Siles Zuazo, sowie weiteren oppositionellen Politikern: „Meine vorsichtige Nachfrage bei sowjetischem Botschafter, ob er diese drei Flüchtlinge aufnehmen könne, erwiderte er mit Verweis an südamerikanische Asylmöglichkeiten. Bin bemüht, trotz technischer Schwierigkeiten und wahrscheinlicher politischer Inkompatibilität Antragsteller mit derzeit in Residenz untergebrachten Flüchtlingen zu ermöglichen.“ Der Presse habe er, Vacano, erklärt: „Es gibt keinen Asylierten in Botschaft, und wenn es einen gäbe, würde ich nicht davon sprechen.“ VS-Bd. 12359 (500); B 150, Aktenkopien 1980.

⁵ Movimiento de Izquierda Revolucionaria.

Siles ließ antworten, daß ihm Spielregeln für Unterkunft in Botschaft bekannt seien.⁶ Er und sein Begleiter würden sie selbstverständlich respektieren. Bei Eintreffen in Residenz bedankte sich Siles in bewegten Worten „für demokratische Solidarität Bundesministers und Bundesregierung in Stunde höchster Not“.

2) Gehe davon aus, daß Gastregierung bisher über Aufnahme der Flüchtlinge in Unkenntnis. Bitte dringlich, Zufluchtgewährung vorerst geheim zu halten:

- Dies entspricht ausdrücklicher Bitte des Präsidenten.
- Mir ist bestätigt worden, daß Paramilitärs entschlossen seien, „jede Botschaft zu stürmen, in der sich Siles Zuazo aufhält“.
- Kenntnis über Aufenthalt Präsidenten in Botschaft würde voraussichtlich Botschaft, Kolonie und deutsche Experten schärfstem Druck aussetzen. Unsere Möglichkeiten, bei Übergriffen gegenüber Deutschen zu argumentieren und uns zur Wehr zu setzen, würden durch vorzeitige Indiskretion äußerst dünn.

Vertraulichkeit über Unterkunft in Residenz voraussichtlich nur vorübergehend zu wahren, vor allem wenn Präsident nach seinem nunmehr vorgebrachten (von mir vorerst negativ beschiedenen) Wunsch auch weiterhin „private“ Kontakte mit Außenwelt sucht und findet. Aber auch Redebedürfnis Hauspersonals, anderer Gäste oder von Siles ins Vertrauen gezogener Freunde muß über kurz oder lang zu Publizität und Unterrichtung Militär führen.⁷

3) Unter diesen Umständen zu überlegen, ob ich Aufnahme Hausgäste formell bei bolivianischer Regierung anmelde und um verstärkten Schutz bitte.

Gründe:

- Bei nicht-formeller Kenntnisnahme von Aufnahmegewährung muß ich mit sehr harter Reaktion Militärregierung rechnen, die vor allem Sicherheit aller politischen Flüchtlinge in Residenz in Frage stellt.
- Ein von mir am 15. August aufgenommener Flüchtling, Leonardo Rios – Bauernführer, Gründer der bolivianischen Menschenrechtskommission –, drängt auf formelle Anmeldung bei Regierung, da sein 18jähriger Sohn entführt worden ist und nach seiner Kenntnis Tortur unterworfen wird, um Aufenthaltsort Vaters preiszugeben. Entführung weiterer Kinder angedroht.

⁶ Vortragender Legationsrat I. Klasse Oesterheld vermerkte am 20. August 1980, diplomatische Vertretungen der Bundesrepublik gewährten kein Asyl, „wohl aber im Falle einer unmittelbaren Lebens- und Lebensgefahr zeitweilige Zuflucht. Eine besondere völkerrechtliche Grundlage besteht dafür nicht. Das Institut der einstweiligen Zuflucht beruht vielmehr nur auf humanitären Erwägungen und auf der Duldung des Territorialstaates. Ihm gegenüber besteht insbesondere kein völkerrechtlicher Anspruch darauf, daß eine Person, der zeitweilige Zuflucht gewährt worden ist, freies Geleit in ein Land ihrer Wahl erhält. Unsere Vertretungen in Lateinamerika nehmen an dem zwischen den lateinamerikanischen Staaten entwickelten regionalen Völkerrecht der Gewährung diplomatischen Asyls [...] nicht teil. Sie können also Personen, die bei ihnen Zuflucht gefunden haben, nicht den gleichen Schutz gewähren wie lateinamerikanische Staaten. [...] Fälle krasser Abweisung von hilfsbedürftigen Verfolgten hat es in der bisherigen Praxis unserer Vertretungen ebenso wenig gegeben wie die gewaltsame Entfernung eines Zufluchtsuchenden aus einer deutschen Auslandsvertretung.“ Vgl. VS-Bd. 12359 (500); B 150, Aktenkopien 1980.

⁷ Botschafter von Vacano, La Paz, informierte am 19. August 1980: „In weiterem Gespräch haben Siles Zuazo und Begleiter erklärt, daß sie Absicht haben, etwa sieben Tage oder etwas länger in Residenz zu verbleiben.“ Am selben Tage hätten paramilitärische Einheiten in unmittelbarer Nachbarschaft der Residenz gezielte Hausdurchsuchungen vorgenommen und zum Ausdruck gebracht, sie hätten Informationen über den Verbleib der Gesuchten im Stadtteil Obrajés. Vgl. den Drahtbericht Nr. 201; VS-Bd. 11177 (331); B 150, Aktenkopien 1980.

- Siles und Begleiter beabsichtigen z.Z. nicht, Passierschein zu beantragen, wollen offensichtlich, entgegen vorheriger Zusage, politische Arbeit schnellstmöglich wieder aufnehmen.

Voraussetzung für formelle Anmeldung müßte wohl jedenfalls Zustimmung der hiervon Betroffenen sein, denen alternativ Überwechseln in südamerikanische Botschaft nahegelegt würde.⁸

[gez.] Vacano

VS-Bd. 11177 (331)

239

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Freiherr von Richthofen

210-321.00/2

21. August 1980¹

Streng vertraulich

Unter Verschuß

Betr.: Bevorstehendes Arbeitstreffen des Bundeskanzlers mit dem DDR-Staatsratsvorsitzenden Honecker²;
hier: Ministergespräch beim Bundeskanzler am 22.8.1980

⁸ Ministerialdirektor Meyer-Landrut wies am 21. August 1980 die Botschaft in La Paz an, dem Vorsitzenden des Wahlverbandes „Unión Democrática Popular“, Siles Zuazo, nahezu legen, in einer lateinamerikanischen Botschafterresidenz Zuflucht zu suchen, wo er sicherer sei: „Unterrichtung der bolivianischen Regierung, daß einige bolivianische Oppositionspolitiker Zuflucht in unserer Botschaft gesucht haben, deren Namen und genaue Anzahl wir aber nicht angeben können. [...] Angesichts von Drohungen gegen Botschaften, die Schutzsuchende aufnehmen, gewaltsam vorzugehen, erwartet Bundesregierung, daß bestmöglicher Schutz durch bolivianische Regierung gewährleistet wird.“ Eine Verletzung der diplomatischen Immunität „müßte unvermeidbar schwerwiegende politische Folgen haben“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 132; VS-Bd. 11177 (331); B 150, Aktenkopien 1980.

Botschafter von Vacano, La Paz, berichtete am 22. August 1980, die Unterrichtung der bolivianischen Regierung werde sich erübrigen: „Hauptgäste bereiten Überführung in französische Botschaft für heute abend vor. [...] Deutsche Botschaft tritt nicht in Erscheinung. Hauptgäste haben grundsätzliche Zustimmung französischer Botschaft zur Übersiedlung. Von mir erwähnter Sohn von Leonardo Rios ist frei. Leonardo Rios selbst ist oder wird durch Botschaft Venezuela als Asylant bei bolivianischer Regierung angemeldet. Übrige Hausgäste werden sukzessive durch Botschaften Aufnahme-länder angemeldet.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 208; VS-Bd. 11177 (331); B 150, Aktenkopien 1980.

Vacano informierte am 22. August 1980, Siles Zuazo und der Abgeordnete des Movimiento de Izquierda Revolucionaria, Aranibar Quiroga, hätten die Residenz abends „ohne Zwischenfall verlassen. In deutscher Kolonie kursierten heute Gerüchte, daß sie in Residenz untergebracht.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 211; VS-Bd. 11177 (331); B 150, Aktenkopien 1980.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 21. August 1980 vorgelegen.

² Zu den Planungen für ein Treffen des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, vgl. Dok. 165, Anm. 10.

Referat 011 notierte am 18. August 1980, Bundeskanzler Schmidt habe am 13. August 1980 das Kabinett über seinen, am Monatsende vorgesehenen Besuch in der DDR unterrichtet: „Einzelfragen wie weitere Gesprächsteilnehmer, Ort, Anreiseweg seien noch nicht endgültig festgelegt. Von Anfang

Für das Gespräch beim Bundeskanzler am 22.8.1980 in Hamburg erscheinen die folgenden Punkte von Bedeutung:

1) Technischer und protokollarischer Ablauf des Treffens³

1. 1) Begrüßung des Bundeskanzlers am Bahnhof Werbellin durch AM Fischer

Die DDR unterstreicht damit ihren Standpunkt, daß die deutsch-deutschen Beziehungen für sie keine Beziehungen besonderer Art sind und die Bundesrepublik Deutschland für die DDR Ausland ist. StM Huonker hat die Begrüßung durch AM Fischer (zunächst vorgesehen an der Grenzübergangsstelle) von vornherein ohne politische Abstimmung mit dem AA akzeptiert. Das Auftreten Fischers entspricht zwar der in den Verhandlungen über die Errichtung der Ständigen Vertretungen 1974 vereinbarten Geschäftsgrundlage, daß jede Seite auf ihrem Gebiet nach ihrem Standpunkt verfährt (Anbindung unserer StÄV beim MfAA der DDR, Anbindung der StÄV der DDR beim Bundeskanzleramt).⁴ Die Begrüßung durch AM Fischer in Werbellin wäre aus protokollarischen Gründen jedoch nicht erforderlich, da der Herr Bundesminister aus den bekannten Gründen der Begleitung des Bundeskanzlers nicht angehört. Es hätte genügt, wenn der Protokollchef der DDR⁵ den Bundeskanzler und seine Begleiter begrüßt hätte.

Ein Zurückgehen hinter die von StM Huonker akzeptierte Position würde von der DDR als Aufwerfen von Schwierigkeiten im letzten Augenblick verstanden werden und kommt daher wohl nicht mehr in Betracht.⁶

1. 2) Ehrenwache vor Schloß Hubertusstock

Die DDR läßt vor Schloß Hubertusstock eine Ehrenwache aufziehen. StM Huonker hat darum gebeten, diese Wache auf ein Mindestmaß zu beschränken (möglichst nicht mehr als zehn Mann).⁷ Die DDR hat akzeptiert, daß bei dem Besuch kein militärisches Zeremoniell stattfindet, d. h. kein Abschreiten der Ehrenwache, kein Gruß der Fahne, keine Musik. Die DDR hat sich bisher nicht geäußert, wie viele Mann ihrer Ehrenwache angehören werden (bei uns üblich 16 mit Trommlern). Geklärt werden müßte auch, ob Ehrenwache Meldung macht (bei uns gebräuchlich „Ehrenwache angetreten“).

1. 3) Vorstellung des für die Sicherheit des Bundeskanzlers verantwortlichen Generals der NVA

Moldt hat am 20.8. StM Huonker mitgeteilt, die DDR werde dem Bundeskanzler den für seine Sicherheit verantwortlichen General vorstellen. StM Huonker hat dem nicht widersprochen. Bei uns ist eine solche Vorstellung nicht üblich. Letztlich ist dies eine Frage des persönlichen Geschmacks. DDR möchte jedoch

Fortsetzung Fußnote von Seite 1260

an seien mehrere Orte im Gespräch gewesen, von denen dann in der Presse der Ostseeort Dierhagen besonders herausgestellt worden sei.“ Vgl. Referat 210, Bd. 132434.

³ Hierzu vermerkte Vortragender Legationsrat Edler von Braunmühl handschriftlich: „Siehe Anlage.“

⁴ Vgl. dazu Ziffer 6 des Protokolls vom 14. März 1974 zwischen der Bundesrepublik und der DDR über die Errichtung der Ständigen Vertretungen; BULLETIN 1974, S. 337 f.

Vgl. dazu ferner AAPD 1974, I, Dok. 79, und AAPD 1974, II, Dok. 207.

⁵ Franz Jahsnowksy.

⁶ An dieser Stelle vermerkte Vortragender Legationsrat Edler von Braunmühl handschriftlich: „Das Verfahren könnte aber moniert werden.“

⁷ An dieser Stelle vermerkte Vortragender Legationsrat Edler von Braunmühl handschriftlich: „13 Mann.“

NVA hoffähig machen. Mit Rücksicht auf Ablehnung militärischen Zeremoniells sollte auch die Vorstellung des Generals entfallen.

1.4) Eröffnungserklärungen/Tischreden

DDR wird in erster formeller Sitzung am 28.8. vorbereitete Erklärung abgeben, Bundeskanzler wird darauf aus Stegreif antworten. Da von uns von DDR vorgeschlagener Verzicht auf Tischreden bei Mittagessen Honeckers akzeptiert wurde, fehlt für uns Möglichkeit, vorbereitete Erklärung mit präziser Umreißung der von uns eingenommenen Positionen zu veröffentlichen. Dies ist ein Nachteil, da DDR ihre Erklärung wahrscheinlich veröffentlichen wird (sie hat sich hierzu bislang nicht abschließend geäußert). Es fragt sich, ob Bundeskanzler in dieser Lage nicht auch eine vorbereitete Eröffnungserklärung abgeben sollte, obwohl Eröffnungserklärungen Charakter des Arbeitstreffens widersprechen.

1.5) Besuche von Güstrow und Rostock⁸

Moldt hat am 20.8. StM Huonker offiziell Besuche in Güstrow und Rostock einschließlich Fahrt mit Auto dorthin bestätigt. Einzelheiten des Programms (insbesondere Begegnung mit DDR-Bürgern) waren aber noch offen. Protokollchef MfAA sagte in heutiger Verhandlung mit Dr. Bertele, Reise Bundeskanzlers ende nach 14.00 Uhr mit Besteigen Sonderzuges; von Güstrow und Rostock sei ihm nichts bekannt. Dieser elementare Punkt bedarf einwandfreier Klärung vor Antritt der Reise.⁹

1.6) Presse

Fragen im Zusammenhang mit Akkreditierung und Visa für Journalisten scheinen befriedigend geklärt (auch für Berliner Journalisten). Nicht abschließend geklärt sind die Arbeitsbedingungen der Journalisten am Ort und die Transportmöglichkeiten (Bus oder Pkw). Da diese Fragen die Berichterstattung erheblich beeinträchtigen können, ist sorgfältigste Vorabstimmung erforderlich. DDR ist bekannt, daß Spalte „Herkunftsland“ in Presseausweisen Schwierigkeiten im Hinblick auf Journalisten aus Berlin (West) bereitet. Nicht bekannt ist bisher, wie DDR hier vorgehen will, um Schwierigkeiten zu vermeiden. Eintragung „Westberlin“ in diese Spalte würde Besuchserfolg erheblich beeinträchtigen.

⁸ Staatsminister Huonker, Bundeskanzleramt, besprach am 13. August 1980 mit dem Leiter der Ständigen Vertretung der DDR, Moldt, den Ablauf des Besuchs des Bundeskanzlers Schmidt in der DDR. Huonker erklärte, Schmidt sei von der Wahl des Jagdschlusses Hubertusstock schon aufgrund der erschwerten Anreise nicht sehr angetan: „Außerdem stellten sich, wie auch das heutige Pressebild zeige, politische und psychologische Probleme. [...] Durch den Ort Hubertusstock könne der Eindruck entstehen – und einige Medien arbeiteten kräftig daran –, als ob der Bundeskanzler während seines Besuchs in der DDR ‚im Wald versteckt wird‘. Um dem entgegenzuwirken, beabsichtigen wir, heute der Öffentlichkeit mitzuteilen, daß der Bundeskanzler nach den Gesprächen Güstrow und Rostock besuchen werde. Diese Mitteilung liege auch im wohlverstandenen Interesse der DDR.“ Moldt habe entgegnet, dies entspreche den am 11. August 1980 übermittelten Vorschlägen der DDR, er sehe hier keine Probleme. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178819.

⁹ Das Bundeskanzleramt vermerkte am 21. August 1980, der Erste Sekretär der Ständigen Vertretung der DDR, Devaux, habe auf Nachfrage erklärt, daß ihm noch keine Vorschläge hinsichtlich des Programms für die Besuche in Güstrow und Rostock vorlägen. Vgl. dazu Referat 210, Bd. 132434. Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, übermittelte am 22. August 1980 die Ergebnisse einer Programmbesprechung mit Vertretern der DDR zum Ablauf des Besuchs des Bundeskanzlers Schmidt. Demnach sollte sich der Aufenthalt auf das Jagdschloß Hubertusburg, das Gästehaus des Staatsrats der DDR am Dölln-See sowie das Pressezentrum in Biesenthal-Bogensee beschränken. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 821; Referat 210, Bd. 132434.

1. 7) Anreise von BM Graf Lambsdorff von Berlin (West) aus

DDR ist Anreise von BM Graf Lambsdorff aus Berlin (West) mitgeteilt worden, äußerte jedoch im Hinblick auf Berichte in Presse (Oppositionserwartung), daß dies keine schöne Sache sei. Bundeskanzleramt hat auf rein praktische Gesichtspunkte hingewiesen und gebeten, Angelegenheit so normal wie möglich zu behandeln. Aus Gründen des Berlin-Status ist darauf zu achten, daß die Fahrt über Staaken oder Drewitz und nicht über die Grenzübergänge nach Berlin (Ost) erfolgt.

1. 8) Kranzniederlegung

Die Frage der Niederlegung eines Kranzes durch Bundeskanzler in KZ Sachsenhausen und durch einen Vertreter auf Soldatenfriedhof Halbe ist Bundeskanzler zur Entscheidung vorgelegt worden. Diese Frage ist letztlich vom Bundeskanzler persönlich zu entscheiden. Nach dem Charakter des Treffens ist Kranzniederlegung nicht erforderlich und auf deutschem Boden außerhalb des Volkstrauertages auch unüblich. Kranzniederlegung BK Brandt 1970 in Buchenwald¹⁰ könnte allerdings für Wiederholung in Sachsenhausen sprechen.

2) Kommuniké

2. 1) Bundeskanzleramt hat in Kommuniké-Verhandlungen Vorbehalt zur eventuellen Aufführung der Begleitung des Bundeskanzlers im Kommuniké gemacht. DDR hat darauf hingewiesen, daß dies Schwierigkeiten aufwerfe, da sie AM Fischer nicht ohne seinen Titel aufführen könne (den Titel von BM Franke würde die DDR keinesfalls akzeptieren). Außerdem würde es bei der Aufführung der Leiter der Ständigen Vertretungen Bezeichnungsprobleme geben. Wir sollten auf diesem Punkt nicht insistieren. Die Teilnahme des Bundeswirtschaftsministers könnte durch einen aktiven Part in der Pressekonferenz herausgestellt werden.

2. 2) Der Herr Bundesminister hatte angeregt, im jetzigen Stadium der Kommuniké-Verhandlungen das Wort „konstruktiv“ zu vermeiden. Im Kommuniké-Text ist es dementsprechend nicht enthalten. Falls DDR-Zugeständnisse es rechtfertigen, sollte es in Hubertusstock eingefügt werden.

2. 3) Die jetzt noch offenen Punkte im Kommuniké scheinen lösbar zu sein. Verhandlungen werden voraussichtlich erst am 25.8. fortgesetzt werden. Bisheriger Text ist bis auf offene Punkte für uns recht befriedigend.¹¹

¹⁰ Bundeskanzler Brandt legte nach den Gesprächen am 19. März 1970 mit dem Vorsitzenden des Ministerrats der DDR, Stoph, im ehemaligen Konzentrationslager Buchenwald einen Kranz nieder. Zu den Gesprächen vgl. AAPD 1970, I, Dok. 124.

¹¹ Botschafter Ruth vermerkte am 18. August 1980, die bisherigen Verhandlungen mit der DDR über das Kommuniké seien überraschend positiv verlaufen. Die DDR habe den Entwurf der Bundesregierung im Grundsatz akzeptiert, „dessen Struktur dem Sondercharakter der innerdeutschen Beziehungen Rechnung trägt: Ausführlicher bilateraler vor summarischem internationalen Teil, eindeutige Würdigung des Grundlagenvertrages, gemeinsame Überzeugung, daß Verbesserung der Beziehungen ein wesentliches Element der Entspannung und Friedenssicherung in Europa ist“. Hinsichtlich der Passage zur Entspannungspolitik wünsche die DDR eine Bekräftigung des Gewaltverzichts, was die Bundesrepublik ablehne, weil damit ein einzelner Teil des Grundlagenvertrags vom 21. Dezember 1972 herausgegriffen werde. Da die Bundesregierung „in der Formel über das Vier-Mächte-Abkommen die Einbeziehung der ‚nachfolgenden Vereinbarungen und Regelungen‘“ wünsche, sei hier ein beiderseitiger Verzicht denkbar. Bezüglich der KSZE-Folgekonferenz in Madrid lehne die DDR „mit Rücksicht auf den W[arschauer]P[akt]“ eine Aussage ab, daß diese auf der Ebene der Außenminister stattfinden solle, bei der geplanten Konferenz für Abrüstung in Europa sei für sie aus

3) Gesprächsführung

3.1) Nach jetzigem Stand der Programmbesprechung ist nur eine formelle Sitzung unter Teilnahme der offiziellen Begleitung des Bundeskanzlers vorgesehen. Im übrigen sollen Einzelgespräche geführt werden. Als Gesprächspartner stehen sich gegenüber:

Bundeskanzler – GS Honecker, BM Franke – AM Fischer, BM Graf Lambsdorff – Dr. Mittag, StM Huonker – StS Frank-J. Herrmann, StS Bölling – Leiter der Presseabteilung MfAA, Meyer, StS von Würzen – StS Schalck, StS Gaus – Herr Moldt.

Frage bei diesem Setup ist, inwieweit BM Graf Lambsdorff an den Einzelgesprächen des Bundeskanzlers beteiligt werden kann. Weiter fällt auf, daß bilaterale Fragen praktisch nur zwischen StM Huonker und StS Herrmann besprochen werden können. (Zwischen BM Franke und AM Fischer dürfte es, wenn überhaupt, kaum Sachgespräche geben. Dasselbe gilt für StS Gaus und Herrn Moldt.) Im Wirtschafts- und Energiebereich könnten allerdings BM Graf Lambsdorff und Dr. Mittag sowie StS von Würzen und StS Schalck sinnvoll miteinander sprechen.

Es könnte darauf hingewiesen werden, daß konkrete Gesprächsergebnisse in einer formellen Schlußsitzung vorgetragen werden sollten, um sie beiderseits zu Protokoll nehmen zu können.¹²

3.2) Beteiligung des Auswärtigen Amts

Bundeskanzler hatte sich nur mit Teilnahme des AA auf Expertenebene einverstanden erklärt (RL 210¹³ und VLR Dr. von Wagner für Unterabteilung 22). Bei jetziger Strukturierung der Gespräche ist nicht gewährleistet, daß Vertreter des AA überhaupt hinzugezogen werden. Da AA im Gegensatz zu anderen mitreisenden Ressorts aus den bekannten Gründen nicht auf politischer Ebene vertreten sein kann, die außenpolitischen Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes berühren, und die gesamte internationale Thematik aber in seine Ressortzuständigkeit fallen, sollte Beteiligung des AA an den Gesprächen soweit möglich sichergestellt werde. Das ist auch wegen der Unterrichtung der Verbündeten wichtig.¹⁴

Fortsetzung Fußnote von Seite 1263

denselben Gründen „ganz Europa“ als Anwendungsbereich der vertrauensbildenden Maßnahmen“ nicht akzeptabel. Umgekehrt lehne die Bundesregierung mit Rücksicht auf den amerikanischen Wahlkampf einen Hinweis auf die Notwendigkeit der baldigen Ratifizierung des SALT-II-Abkommens vom 18. Juni 1979 im Kommuniqué ab. Vgl. dazu Referat 010, Bd. 178819.

¹² An dieser Stelle vermerkte Vortragender Legationsrat Edler von Braunmühl handschriftlich: „Vermeidung unterschiedlicher Gesprächsversionen.“

¹³ Hermann Freiherr von Richthofen.

¹⁴ Ministerialdirektor Blech vermerkte am 7. August 1980, für das Auswärtige Amt bestehe wegen einer Reihe von Themen „ein Bedürfnis nach Beteiligung durch einen beamteten Vertreter an der Delegation des Bundeskanzlers sowie an der Teilnahme am Meinungsaustausch über die in seine Zuständigkeit fallenden internationalen Themen mit GS Honecker“. Dies gelte insbesondere bei Verhandlungen über das Kommuniqué und wegen der Unterrichtung der Drei Mächte, die großes Interesse an dem Treffen zeigten: „Die immer wiederkehrenden Mutmaßungen über deutsche Alleingänge, eine Wiederbelebung des Rapallo-Komplexes und unterschiedliche westeuropäische und amerikanische Interessen legen eine unmittelbare und eingehende Unterrichtung im Anschluß an das Arbeitstreffen in der DDR nahe. Dabei werden wir den Hauptakzent darauf zu legen haben, daß dieses Arbeitstreffen weder eine neue Qualität in den innerdeutschen Beziehungen noch eine Änderung unserer bisherigen Außen- und Deutschlandpolitik bedeutet.“ Rechtliche oder politische Einwände gegen eine Beteiligung eines Vertreters des Auswärtigen Amts gebe es nicht: „Es haben in den letzten Konsultationen des AA mit der DDR auf Beamtenbene über Fragen der Rüstungsbe-

Der Herr Bundesminister sollte die Gesprächsprotokolle sofort nach Rückkehr aus Hubertusstock erhalten. Die Protokolle werden auch gebraucht, um die Drei, die Neun und die Fünfzehn am 1. bzw. 2.9. über das Treffen unterrichten zu können. Vorgesehen ist Unterrichtung der Drei und der Neun durch D2¹⁵ und der Fünfzehn in private meeting in Brüssel.

4) Sachthemen

4. 1) Humanitäre Fragen/Reiseverkehr

Der Herr Bundesminister könnte nach Liste humanitärer Fälle zur Übergabe an die DDR fragen und Benennung einiger ihn interessierenden Fälle an BMB ankündigen.¹⁶

Die Anregungen des FDP-Arbeitskreises sind bisher Chef BK und BMB nicht übermittelt worden.

Weiterhin gibt es keine Signale der DDR über ihren Bewegungsspielraum in den humanitären Fragen und den Fragen des Reiseverkehrs. Daher bleibt Festlegung unserer Minimalerfordernisse für Erfolg des Treffens relativ theoretisch. Ohne konkrete Verbesserungen der DDR sollte Bundesregierung ihre bisherige Zurückhaltung im Bereich der langfristigen Vorhaben auf jeden Fall beibehalten.

Nicht ausreichend für Erfolg des Treffens wäre eine allgemeine Zusage der DDR, die Zahlen bei Reisen in dringenden Familienangelegenheiten ohne ausdrückliche Erweiterung der Anlässe und Kategorien um ca. 20 % zu erhöhen. Was wir brauchen, ist eine verbindliche, gegenüber der Öffentlichkeit der DDR abgegebene Erklärung Honeckers, aus der eine Lockerung der allgemeinen Reisesperre für Personen im arbeitsfähigen Alter hervorgeht. Die Erweiterung der Anlässe und Kategorien bei Reisen in dringenden Familienangelegenheiten wäre dann ausreichend, wenn die Reisezahlen im Verhältnis zu heute verdrei- bis vervierfacht werden würden.

Wichtig ist auch ein Entgegenkommen der DDR in den technisch-administrativen Verbesserungen für die West-Ost-Reisen und in einer Erweiterung der grenznahen Kreise um die Ballungsräume Hamburg und Hannover. Die Berliner Reisewünsche sind in die Vorschläge der Bundesregierung eingearbeitet worden.

4. 2) Im Bereich der Zusammenarbeit bei Kultur, Bildung, Wissenschaft, Tourismus etc. können wir der DDR nicht gestatten, sich konkreten Sachgesprächen zu entziehen und sich auf allgemeine Wohlwollenserklärungen zurückzuziehen. Es sollten während des Treffens selbst konkrete Verabredungen getroffen werden, die anschließend, soweit erforderlich, in Verhandlungen formalisiert wer-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1264

grenzung und Abrüstung, KSZE und Seerechtskonferenz stattgefunden, die nach der Erläuterung des AA auf parlamentarische Anfragen im Anfangsstadium heute im Deutschen Bundestag nicht mehr in Frage gestellt werden.“ Vgl. VS-Bd. 13111 (210); B 150, Aktenkopien 1980.

¹⁵ Klaus Blech.

¹⁶ Vortragender Legationsrat Edler von Braunmühl übermittelte am 20. August 1980 dem Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen „Daten der vier humanitären Fälle, für deren Aufnahme in die Bemühungen im Zusammenhang mit dem innerdeutschen Gipfeltreffen Bundesminister Genscher dankbar wäre“. Dazu vermerkte er, das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen habe mitgeteilt, „daß nicht beabsichtigt sei, bei dem innerdeutschen Gipfel Individualfälle anzusprechen oder Listen zu übergeben“. Man habe aber um Übermittlung der Namen gebeten, um die sich das Ministerium im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Treffen kümmern werde. Für das Schreiben vgl. Referat 010, Bd. 178819.

den müßten. Auch wenn Verbesserungen in diesen Bereichen für den Erfolg des Besuches nicht das gleiche Gewicht haben wie Verbesserungen im humanitären Bereich, so darf doch nicht zugelassen werden, daß Fortschritte in den Bereichen der Zusammenarbeit vernachlässigt werden.

4.3) Im Bereich der langfristigen Vereinbarungen wäre bei angemessenen Zugeständnissen der DDR im humanitären Bereich/Reiseverkehr aus übergeordneten berlin- und deutschlandpolitischen Gesichtspunkten folgendes vertretbar:

Ausbau und Elektrifizierung der Transiteisenbahnstrecke Berlin–Hannover (entweder über Stendal–Oebisfelde – 520 Mio. DM – oder über Magdeburg–Helmstedt – 300 Mio. DM) sowie Elektrifizierung der Bahnstrecken in Berlin (West) und Bau eines Abstellbahnhofs in Berlin-Grunewald nebst Instandsetzung des Bahnhofs Zoo, beides zur Anbindung Berlins (West) an das Intercity-Netz im Bundesgebiet. Die dadurch erreichte Qualitätsverbesserung würde ohne Rücksicht auf die nur geringfügige Verkürzung der Fahrzeit eine Stärkung der Attraktivität und Lebensfähigkeit Berlins mit sich bringen.

Die Kosten würden sich bei Streckenführung über Stendal–Oebisfelde auf insgesamt ca. 620 Mio. DM, bei Streckenführung über Magdeburg–Helmstedt auf ca. 400 Mio. DM belaufen.

Aus berlin- und deutschlandpolitischen Gründen wäre darüber hinaus auch der Ausbau und die Elektrifizierung der Strecke Berlin–Gerstungen nach erfolgtem Ausbau und Elektrifizierung der Strecke Berlin–Hannover vertretbar, da dies dem Ost-West-Güterverkehr insgesamt zugute kommen würde.

Aus Etatgründen und Gründen der mittelfristigen Finanzplanung könnten Etatmittel aus dem Bundeshaushalt für diese Projekte allerdings erst frühestens ab 1983 zur Verfügung gestellt werden und müßten auf einen Zeitraum von acht Jahren verteilt werden (Zahlungsverpflichtungen gegenüber der DDR 1981 ca. 1,2 Mrd. DM, 1982 1,07 Mrd. DM, 1983 700 Mio. DM ohne neue Projekte).

Im Interesse einer langfristigen Erhaltung der Transitwasserwege von und nach Berlin wäre aus berlinpolitischen Gründen auch der langfristige Ausbau des Mittellandkanals über die 1978¹⁷ und 1980¹⁸ vereinbarten Verbesserungen

¹⁷ Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, informierte am 22. März 1978 über Sondierungen vom Vortag über Fragen des Wassertransitverkehrs nach Berlin (West). Der Abteilungsleiter im Verkehrsministerium der DDR, Meißner, habe dargelegt, daß nur eine Ausbesserung oder aber ein Ausbau der Wasserstraßen sinnvoll sei, für die in absehbarer Zeit eine Gebührenerhöhung nötig werde: „Das Interesse der DDR an diesen Wasserstraßen sei sehr gering. Für ihre Transportbedürfnisse sei ein Ausbau nicht nötig. Wohl aber gehe die DDR von der Überzeugung aus, daß es sich die Bundesregierung [...] nicht leisten könne, irgendeinen Verkehrsweg nach Berlin (West) versanden zu lassen.“ Für einen Ausbau des Mittellandkanals, des Elbe-Havel-Kanals sowie des Schiffshebewerks Rothensee würden 650 Mio. DM veranschlagt. Da es sich um ein langjähriges Bauvorhaben handle, könne man darüber auch „Stück für Stück“ verhandeln. Vgl. den Drahtbericht Nr. 275; VS-Bd. 13064 (210); B 150, Aktenkopien 1978.

Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, resümierte am 22. Juni 1978 den Verlauf seines Gesprächs mit dem Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel der DDR, Schalck-Golodkowski, am Vortag und fügte die Vorstellungen der DDR zu den technischen Daten und Kosten für den Bau der Nordautobahn bei. Vgl. dazu Referat 210, Bd. 116404.

Zum zweiten Gespräch am 28. Juni 1978 vermerkte Gaus am selben Tag, Schalck-Golodkowski habe ihm „Leistungsverzeichnisse für 1) die Nordautobahn, 2) die ‚Grunderneuerung‘ der Wassertransitstraßen, 3) die Öffnung des Teltow-Kanals und 4) die ‚große Lösung‘ Wartha/Herleshausen“ übergeben. Vgl. dazu Referat 210, Bd. 116404.

¹⁸ Zu den am 30. April 1980 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR geschlossenen

hinaus, einschließlich des Baus einer Trogbrücke über die Elbe, vertretbar. Hierüber sollte man allerdings nicht vor 1985 für den nächsten Fünf-Jahres-Plan der DDR von 1986 bis 1991 verhandeln.

Aus Gründen der langfristigen Sicherung der Energieversorgung Berlins¹⁹ unterstützt das AA das Kraftwerksprojekt allerdings nur unter der Bedingung der Herstellung einer schalterlosen Leitung zwischen Bundesgebiet und Berlin (West), über die unsere EVUs²⁰ in angemessener Weise Strom nach Berlin liefern können. Für den Fall, daß die DDR bereits in Hubertusstock eine befriedigende diesbezügliche Zusage abgeben sollte, könnte ihr ein Signal gegeben werden, daß sich die Bundesregierung bemühen werde, eine unter Umständen entstehende Verrechnungslücke aus dem Bundeshaushalt zu schließen.

Unter berlinpolitischen Gesichtspunkten genießt das Kraftwerksprojekt Priorität vor dem Eisenbahnprojekt.²¹ Bei der DDR ist es genau umgekehrt. Um den Druck auf die DDR zu erhalten, die schalterlose Leitung mit befriedigender Nutzungsmöglichkeit zuzugestehen, sollten wir an dem Grundsatz gleichgewichtigen Vorgehens in beiden Bereichen festhalten. Dies bedeutet kein Junktim zwischen beiden Projekten und bedeutet auch nicht, daß die Verhandlungen in einer Hand liegen müssen.

Die Frage der Erdgasversorgung Berlins (West) aus dem deutsch-sowjetischen Erdgas-Röhren-Geschäft²² sollte angesprochen werden. Dieses Projekt kann wohl nur über ein Spitzengespräch mit der DDR in Gang gebracht werden. In Moskau wurde es mit Rücksicht auf das Königsberg-Syndrom²³ nicht angesprochen. Einzelheiten könnten später in einem bilateralen Energie-Dialog im Rahmen des IDH²⁴ erörtert werden.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1266

Vereinbarungen über neue Verkehrsprojekte und die Erklärungen zur Regelung dringender Gewässerschutzfragen vgl. Dok. 137.

19 Zu den Gesprächen über die Energieversorgung Berlins vgl. Dok. 165.

20 Energieversorgungsunternehmen.

21 Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wenn wir strikt an der Bedingung festhalten.“

22 Zum Erdgas-Röhren-Geschäft vgl. Dok. 193, Anm. 27 und 31.

Das Auswärtige Amt und das Bundesministerium für Wirtschaft vermerkten in einer gemeinsamen Aufzeichnung am 11. Juni 1980: „Zusätzlich zum bisherigen Westexport der UdSSR von insgesamt ca. 25. Mrd. cbm/a soll ein weiteres großes Erdgasgeschäft mit Westeuropa ab 1984/85 hinzukommen. [...] Das neue Gasprojekt könnte nach Entscheidung über seine Grundvoraussetzungen später auch berlinpolitisch von Interesse sein, da Berlin einen Bedarf von ca. 1 Mrd. cbm/a hat. [...] Wie sich die DDR dazu stellen würde, ist schwer vorauszusagen. Eine positive Haltung der DDR setzt jedenfalls voraus, daß die DDR selbst an die Leitung angeschlossen würde. Die UdSSR scheint einen solchen Anschluß eher vermeiden zu wollen, da sie bereits Verhandlungen mit der CSSR aufgenommen hat, was eine Trassenführung UdSSR – evtl. Südpolen/ČSSR – Bundesrepublik Deutschland erkennen läßt.“ Vgl. Referat 421, Bd. 141311.

23 Seit 1974 lagen der UdSSR Angebote der Kraftwerk Union AG und von Energieversorgungsunternehmen aus der Bundesrepublik vor, die den Bau einer Kernkraftwerkseinheit von 1300 Megawatt sowie den Bezug von elektrischem Strom aus diesem Kraftwerk vorsahen. Als Standort wurde Königsberg angestrebt. Die Trassenführung über Polen und die DDR sollte insbesondere die Einbeziehung von Berlin (West) in den Stromverbund der Bundesrepublik gewährleisten. Vgl. dazu AAPD 1974, II, Dok. 313 und Dok. 315.

Am 31. März 1976 gab Bundesminister Friderichs in Moskau die Einstellung der Verhandlungen über die Lieferung eines Kernkraftwerks aus der Bundesrepublik an die UdSSR bekannt. Vgl. dazu den Artikel „Bonns Atomgeschäft mit Moskau scheitert am Widerstand der ‚DDR‘“; DIE WELT vom 1. April 1976, S. 1.

24 Innerdeutscher Handel.

Alle vorgenannten langfristigen Vorhaben bedürfen eingehender Konsultation mit den Alliierten. Die Alliierten sind über unsere Intentionen unterrichtet und haben Bedenken nicht geäußert. Bei den Energievorhaben stellt sich die politische Frage der Grenze der Abhängigkeit von Energiezufuhren aus dem Ostblock.

Hinsichtlich der Offenhaltung der Grenzübergangsstelle Staaken erwarten wir von der DDR, daß sie sich im Benehmen mit der SU gesprächsbereit zeigt.

Was das langfristige Kooperationsabkommen²⁵ angeht, so haben wir daran nur wenig Interesse. Es muß vom Entgegenkommen der DDR in den uns interessierenden Fragen abhängen, ob wir uns hier verhandlungsbereit zeigen oder nicht. Wenn wir dies tun, dann nur unter den bekannten Kautelen (Unberührt-heit der bestehenden Abkommen und Vereinbarungen über den innerdeutschen Handel, Erhaltung des Sonderstatus des IDH in der EG²⁶, volle Einbeziehung Berlins (West), Offenhaltung der deutschen Frage).

Richthofen

Referat 010, Bd. 178819

²⁵ Zum Vorschlag des Mitglieds des ZK der SED, Mittag, vom 13. März 1979 für ein langfristiges Wirtschaftsabkommen zwischen der Bundesrepublik und der DDR vgl. AAPD 1979, I, Dok. 84, und AAPD 1979, II, Dok. 263.

²⁶ Im dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vom 25. März 1957 beigefügten Protokoll über den Innerdeutschen Handel und die damit zusammenhängenden Fragen hieß es: „Die Hohen Vertragsparteien, unter Berücksichtigung der zur Zeit infolge der Teilung Deutschlands gegebenen Verhältnisse, sind über folgende Bestimmungen übereingekommen, die diesem Vertrag als Anhang beigelegt sind: 1) Da der Handel zwischen den deutschen Gebieten innerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und den deutschen Gebieten außerhalb dieses Geltungsbereichs Bestandteil des Innerdeutschen Handels ist, erfordert die Anwendung dieses Vertrags in Deutschland keinerlei Änderung des bestehenden Systems dieses Handels. 2) Jeder Mitgliedstaat unterrichtet die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission über die Abkommen, die den Handelsverkehr mit den außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland gelegenen deutschen Gebieten betreffen, sowie über die zu ihrer Ausführung ergehenden Vorschriften. Er achtet darauf, daß diese Ausführung nicht im Gegensatz zu den Grundsätzen des Gemeinsamen Marktes steht, und trifft insbesondere geeignete Vorkehrungen, um Schädigungen innerhalb der Volkswirtschaften der übrigen Mitgliedstaaten zu vermeiden. 3) Jeder Mitgliedstaat kann geeignete Maßnahmen treffen, um zu verhindern, daß sich für ihn aus dem Handel eines anderen Mitgliedstaates mit den deutschen Gebieten außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland Schwierigkeiten ergeben.“ Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 984.

240

Gespräch des Staatssekretärs Bundeskanzleramt, Schüler, mit dem polnischen Botschafter Chyliński

VS-vertraulich

22. August 1980¹

Anwesend: VLR I Dr. Höynck, Zweiter Sekretär Kutyla.

Botschafter erklärte, er habe sowohl im Auftrage der Parteiführung als auch im persönlichen Auftrage von Herrn Gierek um dieses Gespräch gebeten. Gierek habe ihn gebeten, seinen persönlichen Dank für das Verständnis der Bundesregierung und des Bundeskanzlers persönlich für die Entwicklung in Polen zum Ausdruck zu bringen.

Gierek sei überzeugt, daß sein verschobener Besuch in der Bundesrepublik² noch in diesem Jahr zustande kommen werde. Gierek verstehe, daß ein neuer Termin erst nach den Bundestagswahlen³ möglich sei; über die Festlegung dieses Termins könne man sich später einigen. Gierek sei weiterhin sehr an dem Treffen mit dem Bundeskanzler interessiert; er schätze den Gedankenaustausch mit dem Bundeskanzler sehr hoch ein.

Gierek bitte weiterhin, dem Bundeskanzler auszurichten, daß er die Ausführungen des Bundeskanzlers zur Lage in Polen im Interview mit der Frankfurter Rundschau am 12. August 1980⁴ sehr zu schätzen wisse; diese Ausführungen des Bundeskanzlers zeugten von Realismus und Weitsichtigkeit. Auch was der Bundeskanzler über die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik gesagt habe, wisse man zu schät-

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Höynck, Bundeskanzleramt, am 25. August 1980 gefertigt und an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg übermittelt.

Hat York am 25. August 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Dröge „mit der Bitte um Übernahme“ sowie die Vortragenden Legationsräte Bächmann „n[ach] R[ückkehr]“ und von Butler verfügte.

Hat Bächmann am 25. August 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär Lautenschlager verfügte.

Hat Lautenschlager am 25. August 1980 vorgelegen.

Hat Butler am 29. August 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Überholt durch 2. Gespräch (BK)“. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 538 (014); B 150, Aktenkopien 1980.

² Zum geplanten Besuchs des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, Gierek, vgl. Dok. 217, Anm. 21.

Botschafter Negwer, Warschau, berichtete am 18. August 1980, der polnische Stellvertretende Außenminister Czyrek habe ihm mitgeteilt, Gierek bedauere, seinen für den folgenden Tag geplanten Besuch kurzfristig absagen zu müssen: „In heute stattfindender Sitzung des Politbüros seien wichtige Beschlüsse zu fassen, die Auslandsreise Giereks nicht tunlich erscheinen ließen.“ Er bitte um eine Verschiebung auf die erste Septemberhälfte. Czyrek habe ergänzt, „daß nach seiner Meinung auch im Hinblick auf öffentliche Meinung in Bundesrepublik und auf jüngste Berichterstattung über und Kommentierung der Ereignisse in Polen in unseren Medien Verschiebung Besuchs ratsam erscheine. Er bitte sehr darum, daß Bundesregierung bei Bekanntgabe Akzent auf Verschiebung möglichst in beiderseitigem Einvernehmen lege und auch sonst diskrete Formulierung finde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 938; Referat 214, Bd. 132946.

³ Die Wahlen zum Bundestag fanden am 5. Oktober 1980 statt.

⁴ Vgl. den Artikel „Es sind auch noch größere Dummheiten im Wahlkampf denkbar“; FRANKFURTER RUNDSCHAU vom 12. August 1980, S. 8.

zen. Diese positive Bewertung der Ausführungen des Bundeskanzlers sei übrigens auch in den polnischen Medien verbreitet worden.

Die polnische Führung sei befriedigt darüber, daß die Bundesregierung trotz kritischer Stimmen aus der Opposition an der aktiven Unterstützung des Kreditvertrages festhalte.⁵ Er sei beauftragt, dem Bundeskanzler zu versichern, daß die Volksrepublik Polen weiterhin ihre Verpflichtungen erfüllen werde, sowohl was die fälligen Zahlungen als auch was die wirtschaftliche Zusammenarbeit insgesamt anbelange.

Botschafter Chyliński gab sodann auf der Grundlage handschriftlicher Notizen eine Bewertung der Lage in Polen: Die Lage sei sehr kompliziert. Im gesamten Gebiet der Ostseeküste hielten die Arbeitsniederlegungen an. Die Produktionsbetriebe und ein Teil der kommunalen Betriebe in Danzig, Gdingen, Zoppot, teilweise auch in Stettin hätten die Tätigkeit eingestellt. Die Werften, die Hafenbetriebe und die Nahverkehrsbetriebe seien im Streik.⁶

Die Aktionen hätten sehr ruhigen Charakter. Es handele sich um Okkupationsstreiks in den Betrieben. In den Städten herrsche absolute Ruhe. Allerdings sei das normale Leben durch den Ausfall der Nahverkehrsbetriebe gestört. Das Militär habe an einigen Stellen den Transport von Lebensmitteln, aber auch den Personentransport übernommen.

Die Blockade der Häfen verursache große Schwierigkeiten. In Danzig und Gdingen lägen 70 Schiffe fest, die weder ent- noch beladen würden. Dadurch habe sich auch ein Stau der Güterwagen der Bahn ergeben. Auch weiterhin sei nicht geplant, Militär einzusetzen, um die Schiffe abzufertigen oder die Verkehrswege zu räumen. Eine französische Lösung wolle man in Polen nicht!

⁵ Zu den polnischen Finanz- und Kreditwünschen vgl. Dok. 54.

Das Bundesministerium für Wirtschaft vermerkte am 8. August 1980, Polen sei momentan von allen Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts gegenüber westlichen Industriestaaten am höchsten verschuldet, nämlich mit ca. 18 Mrd. Dollar. Besonders problematisch sei die Konzentration der Fälligkeiten auf die kommenden Jahre: „Polens Bemühungen um eine Überwindung seiner Zahlungsengpässe Anfang der 80er Jahre mit Hilfe neuer Kreditoperationen verlaufen bisher relativ positiv. Sowohl die westlichen Regierungen als auch die Bankenkreise“ würden sich entgegenkommend zeigen: „Im laufenden Jahr standen gegenüber der Bundesrepublik Deutschland Fälligkeiten von fast 3 Mrd. DM zur Rückzahlung an. Davon wurden bereits über 1 Mrd. DM abgetragen. Polen beabsichtigte bisher, weitere 600 Mio. DM bis 1 Mrd. DM durch Deviseneinnahmen auszugleichen. Der verbleibende Restbetrag soll durch Kredite gedeckt werden. Die Banken sind gegenwärtig dabei, diesen Betrag (angestrebte 1 Mrd. DM unverbürgt) zusammenzutragen.“ Vgl. Referat 421, Bd. 141257.

⁶ Zur Lage in Polen vgl. Dok. 228.

Botschafter Negwer, Warschau, informierte am 21. August 1980: „Unveränderte Streiksituation, deren Auswirkungen die polnische Volkswirtschaft, die Industrieproduktion, das Verkehrswesen, den Außenhandel und die Bevölkerung in den bestreikten Gebieten immer empfindlicher treffen, ist von Partei und Regierung ohne substantielle Zugeständnisse kaum noch zu bewältigen. Insbesondere die bisherige Weigerung der Regierungskommission, mit überbetrieblichem Streikkomitee in Danzig zu verhandeln, wird Kompromißbereitschaft der Streikenden nicht fördern. [...] Auf der anderen Seite sind zu beobachtende Versuche, politischen Forderungen der Streikenden durch konkludentes Handeln entgegenzukommen, bis jetzt weniger als halbherzig. Breite und offene Berichterstattung über Streiklage in den staatlichen Medien bedeutet noch lange keine Meinungs- und Redefreiheit. Selbstkritik der Gewerkschaften und Ankündigung neuen Gesetzes werden den Ruf nach Koalitionsfreiheit der Arbeiter nicht zum Verstummen bringen, zumal sich ihm Intellektuelle und Künstler inzwischen angeschlossen haben. Es gibt Anzeichen dafür, daß Führung immer drängen-der um Unterstützung durch katholische Kirche wirbt. [...] Es ist schwer vorstellbar, daß wirkliches Handeln ohne Wechsel in der Parteispitze beschlossen werden kann oder nicht wenigstens einen solchen zur Folge haben würde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 966; Referat 214, Bd. 132904.

(Einwurf Chef BK: Die französische Marine habe lediglich an einer Stelle die Zufahrt zu einem Hafen geöffnet.)

Die polnische Regierung hoffe, daß die Gespräche mit den Arbeitern dazu führen, daß sie entweder die Arbeit wieder aufnehmen oder aber erlauben, daß die Schiffe mit anderen Kräften abgefertigt werden. Die Besetzung der Fabriken und Häfen verschlechtere die Lage der gesamten Bevölkerung.

Partei und Regierung hätten die Forderungen der Arbeiter von Anfang an sehr ernst genommen. Viele Forderungen seien im Rahmen des Möglichen befriedigt worden; aus ökonomischen Gründen sei es aber unmöglich, alle Forderungen zu erfüllen. Systematisch und ruhig sei den Belegschaften erklärt worden, daß die Partei und die Regierung volles Verständnis für die Forderungen hätten, die sich aus den schlechten Lebensbedingungen, insbesondere den steigenden Preisen und dem sinkenden Lebensstandard, ergäben. Man versuche, den Arbeitern klarzumachen, daß es sich um Folgen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, aber auch um Folgen äußerer Faktoren, wie z.B. der ständigen Erhöhung der Ölpreise und der schlechten Ernten in Folge von Überschwemmungen, handele. Es werde aber auch nicht verheimlicht, daß es subjektive Fehler gegeben habe bei den Behörden und den wirtschaftlichen Organisationen.

Eine Reihe von für die Arbeiter günstigen Entscheidungen seien schnell getroffen worden. Dadurch habe man erreicht, daß im ganzen Lande – abgesehen von der Ostseeküste – die Arbeit wieder aufgenommen worden sei und das Leben völlig normal verlaufe.

In den letzten Tagen hätten demagogische und antisozialistische Kräfte versucht, die sachliche Diskussion mit den Arbeitern zu erschweren. Diese Leute kämen zum Teil aus dem KOR⁷ (Komitee zur Verteidigung der Arbeiter) und gehörten nicht den Belegschaften an. Viele dieser Leute seien in den Werften in Danzig und Gdingen und spielten dort eine sehr aktive Rolle in den Streikkomitees. Diese Elemente versuchten, eine Diskussion zwischen der Regierung und den Arbeitern zu verhindern. Sie versuchten auch, Informationen zu verbreiten, die der tatsächlichen Lage nicht entsprächen. Leider würden diese Elemente unterstützt durch Massenmedien aus dem Westen, insbesondere die bekannten Rundfunksender Radio Free Europe und Stimme Amerikas.⁸

Die polnische Führung bemühe sich nach wie vor, die Schwierigkeiten allein mit politischen Mitteln zu lösen. Partei und Regierung wollten in keiner Weise Gewalt anwenden; noch nicht einmal, um die Blockade der Häfen zu beenden. Man bemühe sich, mit einer möglichst breiten Vertretung der Belegschaften dar-

⁷ Komitet Obrony Robotników.

⁸ Vortragender Legationsrat I. Klasse Joetze vermerkte am 2. Oktober 1980: „Bei Beginn der Unruhen in Polen bestand ein dringendes Bedürfnis festzustellen, ob R[adio]F[ree]E[uropa] die Streikenden aufwiegelt.“ Da dem Auswärtigen Amt mitgeteilt worden sei, „daß der BND nicht in der Lage sei, die Sendungen von RFE mitzuhören“, habe das Presse- und Informationsamt auf Weisung des Bundeskanzleramts die Sendungen mitgeschnitten: „Ergebnis: Der Sender informiert, er strebt nach Objektivität, von einer Aufwiegelung gegen die Regierung kann keine Rede sein.“ Mittlerweile habe das Auswärtige Amt erfahren, daß der Bundesnachrichtendienst durchaus in der Lage sei, die Sendungen zu prüfen, und dies auch getan habe. Künftig müsse die Koordinierung besser werden. Er, Joetze, habe darauf hingewiesen, „daß die Frage, ob eine amerikanische Institution auf deutschem Boden sich in eine eventuelle blockinterne Krise im Warschauer Pakt einmische, in aller Regel Priorität vor sonstigen Aufgaben der Aufklärung haben dürfte“. Vgl. VS-Bd. 13137 (212); B 150, Aktenkopien 1980.

über zu sprechen, unter welchen Bedingungen die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit bereit seien. Es gäbe keinen Zweifel, daß es gelingen werde, die Probleme zu lösen und das Land aus den bestehenden Schwierigkeiten herauszuführen. Die Regierung sei in der Lage, ein Programm zu verwirklichen, das die Schwierigkeiten der gesamten Volkswirtschaft überwinde. Die Partei sei einverstanden mit der verbreiteten Kritik an der Planung, aber auch an der Tätigkeit der Gewerkschaften; Beschlüsse zur Änderung dieser Mißstände seien bereits getroffen worden. Die Veränderungen müßten jedoch verantwortungsvoll vorbereitet werden. Insbesondere müsse das Vertrauen zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitern wieder hergestellt werden. Mit großem Ernst werde das Problem der Arbeiterselbstverwaltung diskutiert. In diesem Bereich seien große Veränderungen in Vorbereitung.

Partei und Regierung in Polen gingen davon aus, daß sie die Partei und die Regierung der Arbeiterklasse seien. Deshalb würden die Forderungen der Arbeiter nicht einfach vom Tisch gewischt. Allerdings werde man den Meinungen nicht folgen, die versuchten, zwischen der Partei und der Regierung Zwist zu stiften. Die Partei werde in keiner Weise erlauben, daß die Struktur des Staates und die sozialistische Gesellschaftsordnung unterlaufen würden. Jede Gruppe, die antisozialistische Parolen ausbebe, könne nicht mit Toleranz rechnen. Die polnische Führung wisse die Zurückhaltung und die einsichtige Einschätzung der Lage in Polen durch viele Regierungen im Westen, darunter auch die der Bundesrepublik, zu schätzen. Gierek habe ihn gebeten, der Bundesregierung mitzuteilen, daß er weiterhin mit deren realistischer Einschätzung rechne; Gierek rechne auch damit, daß die Koalitionsparteien weiterhin Zurückhaltung üben und davon absähen, antisozialistische und anarchistische Elemente zu unterstützen. Die polnische Führung wolle die bestehenden Probleme allein mit politischen Mitteln lösen und sie wisse, daß eine Lösung ohne die Anwendung von Gewalt nützlich sei, nicht nur für Polen selbst, sondern auch für die Entspannung in Europa.

Botschafter Chyliński machte dann einige Bemerkungen zu der, wie er sagte, abenteuerlichen und unverantwortlichen Reaktion einer Reihe von Politikern der CDU, auch von Herrn Strauß. Derartige Stellungnahmen seien für die Beziehungen Polens mit dem Westen schädlich; sie schadeten möglicherweise auch dem polnisch-deutschen Verhältnis.

Kein ernstzunehmender Politiker könne damit rechnen, daß die sozialistische Gesellschaftsordnung in Polen beseitigt werde. Gegenstandslos sei auch die Hoffnung derer, die Stimmungen gegen die Sowjetunion wecken wollten. Es gebe keine Parallele zur Lage in der Tschechoslowakei im Jahre 1968.⁹ Die polnische Regierung könne die Entwicklung selbst unter Kontrolle halten; sie brauche dazu keine fremde Hilfe.

Er wolle zum Schluß erneut danken für die Rücksichtnahme der Bundesregierung und beste Grüße von Herrn Gierek für den Bundeskanzler übermitteln.

Chef BK dankte für die Botschaft Giereks und die Lagebewertung; er werde beides dem Bundeskanzler übermitteln.

⁹ Am 20./21. August 1968 intervenierten Truppen des Warschauer Pakts in der cSSR. Vgl. dazu AAPD 1968, II, Dok. 261–263 und Dok. 273.

Hinsichtlich des verschobenen Besuchs von Herrn Gierek bestehe Übereinstimmung. Als bald nach den Wahlen könne man über einen genauen Termin sprechen.

In der Kreditangelegenheit sei die Bundesregierung engagiert. In erster Linie sei der Kredit aber eine Sache der Banken.

Die Lage in Polen verfolge die Bundesregierung und der Bundeskanzler persönlich mit größter Aufmerksamkeit. Für uns sei entscheidend, daß sich die Probleme so lösen ließen, wie es der Botschafter geschildert habe, d. h. ohne Gewalt von innen oder außen. Die Forderungen der polnischen Arbeiter, insbesondere die im wirtschaftlichen Bereich, würden von vielen Menschen in der Bundesrepublik, denen an einem guten deutsch-polnischen Verhältnis gelegen sei, mit Sympathie verfolgt, z. B. von den Gewerkschaften.

Der Inhalt der Äußerungen der Opposition sei nicht Sache der Regierung. Die Regierung weise aber jeden Angriff auf die Meinungsvielfalt zurück. Er glaube nicht, daß Herr Strauß von der polnischen Seite immer richtig verstanden worden sei; jedenfalls träfen einige der Herrn Strauß unterstellten Motive nicht zu. (Botschafter Chyliński verwies auf das in der FAZ wiedergegebene Gespräch mit Herrn Strauß.¹⁰) Allerdings wolle sich die Regierung nicht mit den Äußerungen der Opposition identifizieren.

Chef BK erläuterte dem Botschafter dann die am Nachmittag bekanntgemachte Verschiebung des Besuchs des Bundeskanzlers in der DDR.¹¹ Er übergab dem polnischen Botschafter den Text der Erklärung des Regierungssprechers.¹² Ergänzend fügte er hinzu, daß zu der Verschiebung auch der Umstand beigetragen habe, daß die DDR-Führung gegenwärtig wohl nicht in der Lage gewesen sei, das vereinbarte Programm zu realisieren. Die vereinbarten Besuche des Bundeskanzlers in Güstrow und Rostock seien jetzt wohl so nicht mehr möglich gewesen. Dies sei zu unserer Unsicherheit über die Entwicklung der nächsten Tage hinzugetreten.

Auf eine Frage von Chef BK nach der Haltung der Kirche in Polen erwiderte Botschafter *Chyliński*, die Kirche habe ein Interesse an der Stabilisierung der Lage. Sie habe sich in den letzten Tagen sehr vernünftig, sehr ernst geäußert. Man brauche dabei nicht besonders zu erwähnen, daß die Kirche nicht völlig auf seiten der Regierung stehe.

Auf Frage von *Chef BK* nach dem Stand der Kreditverhandlungen erwiderte Botschafter *Chyliński*, die Vertragsverhandlungen befänden sich in ihrer letzten Phase. Die Dresdner Bank rechne damit, daß der Kreditvertrag in der nächsten Woche geschlossen werde.

Chef BK unterstrich abschließend, es sei für die weitere Haltung der Bundesregierung und der öffentlichen Meinung in der Bundesrepublik entscheidend, daß die polnische Führung die Kraft habe, die Konflikte ohne Gewalt von innen

¹⁰ Vgl. dazu den Artikel „Strauß: Bonn darf nicht die Unterdrücker in Warschau finanzieren“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 19. August 1980, S. 3.

¹¹ Zur Verschiebung des Besuchs des Bundeskanzlers Schmidt in der DDR vgl. Dok. 241.

¹² Für den Wortlaut der Erklärung des Staatssekretärs Bölling, Presse- und Informationsamt, vom 22. August 1980 vgl. BULLETIN 1980, S. 792.

und von außen zu lösen. Er berücksichtige dabei, daß es sich hier um zwei unterschiedliche Kategorien handele.¹³

VS-Bd. 538 (014)

241

Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Freiherr von Richthofen

210-321.00 DDR

Aufgabe: 22. August 1980¹

Fernschreiben Nr. 4288 Plurez

Citissime nachts

Betr.: Absage des Arbeitstreffens des Bundeskanzlers mit dem DDR-Staatsratsvorsitzenden Honecker

I. Die Missionschefs der Drei Mächte² sind heute abend (22.8.) von D2³ über die Hintergründe, die zur Absage des Arbeitstreffens zwischen dem Bundeskanzler und Honecker geführt haben, wie folgt unterrichtet worden:

1) D2 betonte zu Eingang, daß die Unterrichtung auf Wunsch des Bundeskanzlers und des Bundesministers erfolge. Er übergab den vollen Text der Erklä-

¹³ Botschafter Chyliński führte am 28. August 1980 ein Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt. Dabei legte Chyliński dar, daß Schmidts „realistische Einstellung zur Lage in Polen und seine wohlwollende Haltung zu den laufenden Bemühungen um eine Lösung der Konfliktsituation geschätzt werde. [...] Die Polen schätzten besonders die Auffassung des Bundeskanzlers, daß es notwendig sei, die politischen Bündnisse, d. h. praktisch den Status quo in Europa, aufrechtzuerhalten.“ Die polnische Regierung wolle den Streikenden entgegenkommen, ihr fehlten aber die Mittel zu einer Anpassung der Reallöhne. Es gelte nun zu vermitteln, daß nur eine Wiederaufnahme der Arbeit die Voraussetzungen dafür schaffen könne. Spekulationen über eine Intervention der UdSSR würden nicht helfen: „Im übrigen verfügten Partei und Regierung auch über eigene Kraft, die Konfliktsituation zu lösen, wenn es nicht mit politischen Mitteln gelinge. Man sei allerdings der Auffassung, daß man das nicht tun dürfe. Man lehne die Gewaltanwendung kategorisch ab, nicht weil man nicht über Gewalt verfüge, sondern weil ihre Folge nur die Zerstörung des Vertrauens sein könne.“ Polen benötige jährlich zusätzliche drei Milliarden Dollar Wirtschaftshilfe zur Versorgung der Bevölkerung und eine weitere Milliarde für die Industrie. Schmidt erkundigte sich nach dem Verhältnis zwischen Staat und katholischer Kirche. Chyliński entgegnete, es gebe eine interne Absprache, „daß die katholische Presse von der Zensur befreit wird, wenn die katholische Hierarchie bei der Besetzung der Redaktionsposten verantwortungsvoll vorgehe“. Schmidt sagte zu, im Rahmen der Möglichkeiten der Bundesregierung Kredite von Banken für Polen zu unterstützen und zudem Präsident Carter um Unterstützung zu bitten. Polen solle sich bemühen, dem Internationalen Währungsfonds beizutreten. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14094 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

¹ Durchdruck.

Der Drahterlaß wurde von Vortragendem Legationsrat Derix konzipiert und an die Botschaften in London, Paris und Washington übermittelt.

² Jean-Pierre Brunet (Frankreich), Walter J. Stoessel (USA), Oliver Wright (Großbritannien).

³ Klaus Blech.

rung von StS Bölling (s. Anlage⁴) und wies darauf hin, daß diese Erklärung bereits weitgehend Aufschluß über die Gründe gebe, die den Bundeskanzler veranlaßt hätten, das Arbeitstreffen abzusagen.

2) Maßgeblich für die Entscheidung des Bundeskanzlers seien im wesentlichen zwei Überlegungen gewesen, die auf ein doppeltes Risiko hinausgelaufen seien. Die Überlegungen hätten ihren Ausgangspunkt von der gegenwärtigen Lage in Polen genommen. Er müsse hier gleich vorausschicken, daß uns keine besonderen Unterrichtungen über spezielle Vorgänge in Polen vorlägen. Die Diskussion habe sich vielmehr vor dem allgemeinen Hintergrund der Entwicklung in Polen vollzogen, wie sie allen bekannt sei. Das Risiko habe darin bestanden, daß man mit einer Zuspitzung der Lage unmittelbar vor, während oder nach dem Treffen habe rechnen müssen, was zu einer kurzfristigen Absage vor dem Treffen oder zu einer vorzeitigen Abreise während desselben hätte führen können. Auch eine Zuspitzung nach dem Besuch hätte eine Überschattung des Arbeitstreffens bedeutet.

Die zweite Überlegung gründe sich auf folgendes: Wir hätten Indizien, daß die DDR sich wegen der herrschenden Lage nicht in einer optimalen Gesprächslage befinde. Wir müßten vielmehr annehmen, daß die Verhandlungsmarge der DDR reduziert sei. Zwar habe man bei Regimen dieser Art kein klares Bild im voraus, wie die Gespräche ablaufen werden. Wir hätten aber nach dem bisherigen Verlauf der Besuchsvorbereitungen⁵ annehmen können, daß auf seiten der DDR, was unsere Erwartungen angeht, eine gewisse Marge bestanden habe. Wir hätten über Hinweise verfügt, die die Annahme rechtfertigten, daß sich die DDR etwas bewegen werde, wenn auch nicht in dramatischer Weise, so aber in ausreichendem Maße, um die Begegnung zu rechtfertigen.

Nach dem Verlauf der letzten Tage habe man dessen aber nicht mehr so sicher sein können. Vielmehr habe es Indizien für eine eingeengte Haltung der DDR gegeben. Diese Indizien beträfen einmal den Ablauf des Besuchs selbst (Rostock wäre entfallen). Darüber hinaus habe die DDR andere Dinge, die praktisch als vereinbart betrachtet werden konnten, wieder zur Disposition gestellt. Aus alledem hätten wir den Schluß ziehen müssen, daß sich die DDR nicht in einer optimalen Gesprächslage befinde. Das Risiko unbefriedigender Gesprächsergebnisse sei vom Bundeskanzler als ausreichend hoch eingeschätzt worden, um es jetzt nicht einzugehen.

3) Die Erklärung von StS Bölling mache im übrigen deutlich, daß es keine prinzipielle Absage der Gespräche gebe. Die Einschätzung der Lage habe vielmehr die Unzweckmäßigkeit des gegenwärtigen Zeitpunkts ergeben.

4) Der Bundeskanzler habe mit Honecker in dieser Angelegenheit telefoniert⁶, um ihm die Entscheidung persönlich mitzuteilen. Er habe dabei festgestellt, daß die Entscheidung bei Honecker weder auf Überraschung noch auf Unverständnis gestoßen sei. Insgesamt bleibe festzuhalten, daß wir an unserer Grundlinie

⁴ Dem Vorgang beigelegt. Für den Wortlaut der Erklärung des Staatssekretärs Bölling, Presse- und Informationsamt, vom 22. August 1980 vgl. BULLETIN 1980, S. 792.

⁵ Zum Stand der Vorbereitungen für ein Treffen des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, vgl. Dok. 239.

⁶ Für das Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, am 22. August 1980 vgl. BONN UND OST-BERLIN, S. 544 f.

der Nützlichkeit eines Arbeitstreffens des Bundeskanzlers mit Honecker festhielten, daß aber aufgrund der geschilderten Risiken im Augenblick nicht der richtige Zeitpunkt sei.⁷

II. Sie werden gebeten, über die dortige Reaktion auf die Absage des Arbeitstreffens zu berichten.⁸

III. Zusatz nur für Moskau⁹: Dieser Drahterlaß ist nur zu Ihrer Unterrichtung bestimmt. Im übrigen ergeht gesonderte Weisung.¹⁰

Richthofen

Referat 210, Bd. 132434

⁷ Bundeskanzler Schmidt schrieb am 5. Oktober 1980 dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, nach dem erfolgreichen Ausgang der Wahlen zum Bundestag am selben Tag für die Koalitionsparteien SPD und FDP werde die Bundesregierung die Bemühungen um den Ausbau der bilateralen Beziehungen fortsetzen: „Ich halte es unverändert für wichtig, wenn wir zu einem für beide Seiten geeigneten Zeitpunkt einen ausführlichen Meinungsaustausch über die weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen unseren Staaten und aktuelle internationale Fragen führen könnten. Die Vorbereitung des Treffens könnte aus meiner Sicht kurzfristig erfolgen.“ Vgl. Referat 010, Bd. 178819.

⁸ Gesandter Dannenbring, Washington, berichtete am 22. August 1980, der amerikanische Botschafter Stoessel habe das amerikanische Außenministerium bereits informiert gehabt: „Gesprächspartner zeigten sich nicht überrascht und erklärten, daß sie die Absage des Treffens unter den gegebenen Umständen für eine vernünftige und zu erwartende Entscheidung hielten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3276; Referat 210, Bd. 132434.

Gesandter Mühlen, Paris, informierte am 22. August 1980, im französischen Außenministerium habe man mit Verständnis auf die Entscheidung der Bundesregierung reagiert: „Angesichts der ungewissen Entwicklung in Polen, bei der ein Einsatz von DDR-Truppen im äußersten Falle nicht auszuschließen sei – wenn auch zur Zeit eine Verschärfung der Lage nicht erkennbar sei –, hätte das Treffen mit zu großen Risiken belastet.“ Derzeit habe die DDR wenig Verhandlungsspielraum. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1749; Referat 210, Bd. 132434.

Botschafter Ruhfus, London, berichtete am 27. August 1980, der Abteilungsleiter im britischen Außenministerium, Bullard, habe Verständnis für die Durchführung des Besuchs zu einem späteren Termin bekundet. Angesichts der innenpolitischen Diskussion in der Bundesrepublik bitte er jedoch um eine vertrauliche Behandlung der Stellungnahme. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1360; Referat 210, Bd. 132434.

⁹ Der Drahterlaß ging der Botschaft in Moskau, den Ständigen Vertretungen bei den Vereinten Nationen in New York, bei der NATO in Brüssel sowie in Ost-Berlin und dem Bundeskanzleramt zur Information zu.

¹⁰ Vortragender Legationsrat I. Klasse Freiherr von Richthofen informierte die Botschaft in Moskau am 22. August 1980, Ministerialdirektor Blech habe den sowjetischen Gesandten Kwizinskij über die Absage des Besuchs des Bundeskanzlers Schmidt in der DDR unterrichtet: „Kwizinskij nahm die Unterrichtung mit deutlich an den Tag gelegter Gelassenheit zur Kenntnis [...]. Kwizinskij fragte ohne erkennbares Drängen, wann das Treffen nun stattfinden würde, und gab zu erkennen, daß er einen Termin vor den Wahlen selbst nicht für realistisch hielt.“ Richthofen bat um Unterrichtung über eine etwaige sowjetische Reaktion. Vgl. den nicht nummerierten Drahterlaß; Referat 210, Bd. 132434.

Deutsch-norwegisches Regierungsgespräch in Hamburg

204–321.00 NWG

25. August 1980¹

Delegationsgespräch des Bundeskanzlers (BK) und des Bundesministers des Auswärtigen (BM) mit dem norwegischen Ministerpräsidenten Nordli (N) und dem norwegischen Außenminister Frydenlund (Fr) am 25. August 1980 von 11.20 bis 13.00 Uhr²

Übrige Teilnehmer auf deutscher Seite: Botschafter Dr. von Schmidt-Pauli, MDg von der Gablentz, MDg Dr. Dröge, VLR I Dr. Sudhoff, VLR I Weber; auf norwegischer Seite: StS Bucher-Johannessen, Botschafter Busch, Herr Grung, Sprecher des norwegischen Außenministeriums, Dolmetscher Froeysnes.

Nach Begrüßung und Absprache über Gesprächsverlauf bat *Bundeskanzler* AM Frydenlund, über das am Vortag in Bremen geführte Gespräch zwischen den beiden Außenministern zu berichten.³

Frydenlund: Außenminister haben über internationale Lage, insbesondere Ost-West-Verhältnis, gesprochen. Dabei hat Bundesminister Hintergrund der Absage des Besuchs bei Honecker erläutert.⁴ Frydenlund hat über seinen bevorstehenden Besuch bei Gromyko⁵ gesprochen. Außerdem wurden die bevorstehende SGV der VN⁶, der Mittlere Osten und Iran erörtert. Als „message“ nimmt Frydenlund von Bremen mit: Trotz zugenommener Spannungen halten beide Seiten Fortsetzung des Entspannungsprozesses für bedeutsam, weil er dem Westen erhebliche Gewinne gebracht hat. Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten haben einen Stand erreicht, bei dem sich die Frage stellt, ob dieser Prozeß überhaupt noch umkehrbar ist. Jedenfalls haben die internationalen Spannungen ihn bisher nicht wesentlich gestört (no spill-over). Zusammenfassend stellt Frydenlund fest: Beide Länder haben in hohem Grad ähnliche Ansichten; beide Länder betrachten sich als Frontstaaten, die für ihre Sicherheit auf die USA angewiesen sind; beide Länder sind für Entspannung.

Auf Frage Bundeskanzlers fügt Frydenlund hinzu, daß die Außenminister sich auch über Nord-Süd-Probleme unterhalten haben. Beide sind sich darüber einig, daß die Folgen der sowjetischen Invasion in Afghanistan die Hürde für eine Intervention in Polen erhöht haben.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Dröge am 26. August 1980 gefertigt.

² Ministerpräsident Nordli und der norwegische Außenminister Frydenlund hielten sich am 24./25. August 1980 in der Bundesrepublik auf.

³ Bundesminister Genscher traf am 24. August 1980 in Bremen mit dem norwegischen Außenminister Frydenlund zusammen. Erörtert wurden die Gründe für die Verschiebung des Besuchs des Bundeskanzlers Schmidt in der DDR am 22. August 1980, die norwegisch-sowjetischen Beziehungen, die Rüstungskontrollgespräche zwischen den USA und der UdSSR, die Lage in Iran sowie die Nahost-Reise des luxemburgischen Außenministers Thorn in seiner Eigenschaft als EG-Ratspräsident. Für die Gesprächsaufzeichnung vgl. Referat 204, Bd. 115980.

⁴ Zur Verschiebung des Besuchs des Bundeskanzlers Schmidt in der DDR vgl. Dok. 241.

⁵ Der norwegische Außenminister Frydenlund hielt sich vom 19. bis 23. September 1980 in der UdSSR auf.

⁶ Zur VN-Sondergeneralversammlung für Entwicklungsfragen vom 25. August bis 15. September 1980 in New York vgl. Dok. 273.

Bundesminister berichtet mit Bezug auf Iran, daß wir in einer schwierigen Lage sind. Wie Norwegen⁷ haben wir dem neuen iranischen Botschafter noch nicht das Agrément erteilt.⁸ Andererseits möchten wir unseren Botschafter aus gesundheitlichen Gründen aus Teheran abziehen. Möglicherweise müssen wir Botschafter Ritzel jedoch noch ein paar Monate länger dort belassen, da u. a. auch die USA an seinen Kontakten sehr interessiert sind.⁹

Bundesminister hält es für möglich, daß die amerikanischen Geiseln nach den US-Wahlen¹⁰ freigelassen werden, weil dieser Akt dann nicht mehr als Wahlhilfe für Präsident Carter angesehen werden kann und der innenpolitische Nutzen der Geiseln für den Iran praktisch erschöpft ist.

Zu den deutsch-deutschen Beziehungen stellt Bundesminister ergänzend fest, daß DDR ein erhebliches wirtschaftliches Interesse an ihrer Fortsetzung hat. (*Bundeskanzler* wirft ein, daß unsere präferentiellen Beziehungen zur DDR praktisch einer Zollunion vergleichbar sind. Wir wollen dies aber nicht so nennen.)

Frydenlunds Frage, ob ein Entzug der präferentiellen Behandlung zum Kollaps der DDR-Wirtschaft führen könnte, verneint *Bundeskanzler*, bemerkt aber, daß die Folgen für die exportorientierte und importabhängige DDR-Industrie erheblich wären. Das würde sich auch politisch auswirken.

Nordli fragt, ob die Sowjetunion den Spielraum der DDR für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit uns beschränkt hat.

Bundeskanzler und *Bundesminister* glauben das nicht. DDR ist stärkste Wirtschaftsmacht im COMECON; die Sowjetunion hat Interesse, dies zu nutzen. Deshalb ist auch sie an einer Fortsetzung der deutsch-deutschen Zusammenarbeit interessiert. Wir sind unsererseits darauf bedacht, das auf diesem Weg in zehn Jahren Erreichte nicht aufs Spiel zu setzen.

⁷ Ministerialdirigent Petersen vermerkte am 16. Juli 1980: „Der neue iranische Botschafter in Schweden hat am 12.6.1980 sein Beglaubigungsschreiben überreicht. Nach eigener Bekundung sei seine Doppelakkreditierung in Helsinki bereits erfolgt, in Kopenhagen und Oslo sei sie beantragt.“ Vgl. Referat 311, Bd. 137609.

⁸ Zum iranischen Ersuchen um ein Agrément für den Geschäftsträger ad interim Navab-Motlagh vgl. Dok. 88, Anm. 10.

Ministerialdirektor Meyer-Landrut riet am 1. Juli 1980 zur Erteilung des Agréments, da die Abberufung von Botschafter Ritzel, Teheran, beabsichtigt sei und ein neuer Botschafter kein Agrément erhalten werde, solange Navab-Motlagh keines erteilt worden sei: „Es ist zweifelhaft, ob in die Geiselfrage bald Bewegung kommt. [...] Wir sollten uns nicht dem Risiko aussetzen, eventuell sehr lange nicht durch einen Botschafter in Teheran vertreten zu sein.“ Kontakte zur künftigen iranischen Regierung seien für die Pflege der Beziehungen wichtig: „Nicht zuletzt hat die Tätigkeit von Herrn Ritzel erwiesen, daß ein Botschafter in der Geiselfrage viel tun kann, was einem Geschäftsträger nicht möglich wäre. [...] Für die amerikanische Administration dürfte die Tätigkeit von Botschafter Ritzel, der delicate Missionen auf hoher Ebene für sie wahrgenommen hat, der beste Beweis für die Notwendigkeit von diplomatischen Kontakten auf Botschafter-Ebene sein. Die Erteilung eines Agréments an Geschäftsträger Navab-Motlagh stärkt Außenminister Ghotbzadeh und Präsident Bani Sadr, die beide die baldige Beendigung der Geiselnahme fordern. Es wäre politisch und optisch besser, einem Botschafter Ghotbzadehs das Agrément zu erteilen als einem Botschafter Beheshtis.“ Der Schritt würde am wenigsten Aufsehen in der Sommerpause erregen. Vgl. Referat 311, Bd. 137609.

Mohammad-Mehdi Navab-Motlagh wurde am 23. Februar 1981 das Agrément erteilt.

⁹ Zum Wunsch des amerikanischen Außenministers Muskie nach einem vorläufigen Verbleib des Botschafters Ritzel in Teheran vgl. Dok. 248.

¹⁰ Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

Bundesminister hält in diesem Zusammenhang für wichtig, daß bei der öffentlichen Diskussion über das Treffen mit Honecker nicht von etwaigen Gefahren gesprochen wurde, sondern von möglichen Gewinnen, die bei diesem Treffen hätten erreicht werden können.

Mit Bezug auf die Vorgänge in Polen¹¹ hält *Bundesminister* für bemerkenswert die behutsame amerikanische Reaktion und die dort offenbar gewonnene Einsicht, daß wirtschaftliche Hilfe angezeigt sein könnte. Hier kann sich eine neue amerikanische Einstellung zur Entspannungspolitik abzeichnen. *Bundesminister* will bei seinem bevorstehenden Treffen mit Muskie die Frage aufwerfen.¹²

Von dem kurz vorher beim Bundeskanzler¹³ und bei Nordli eingegangenen Brief Breschnews zum LRTNF-Rüstungskontrollangebot glaubt *Bundeskanzler*, daß es sich um eine „Postwurfsendung“ an viele Regierungschefs handelt.¹⁴ Vielleicht wäre ein Verhandlungsbeginn nach den US-Wahlen vorzuziehen, damit diese wichtige Frage nicht in den amerikanischen Wahlkampf hineingezogen wird.

Bundesminister erwähnt in diesem Punkt, daß Außenminister auch über KSZE gesprochen haben, wo man mit großer Energie ein Verhandlungsmandat für eine KAE anstreben sollte.

Bundesminister dankt Frydenlund für die positive norwegische Haltung zur deutschen Kandidatur für die Präsidentschaft der nächsten VN-Generalversammlung.¹⁵

¹¹ Zur Lage in Polen vgl. Dok. 228 und Dok. 240.

¹² Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Muskie am 26. August 1980 in Washington vgl. Dok. 248.

¹³ Zum Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 21. August 1980 an Bundeskanzler Schmidt vgl. Dok. 243.

¹⁴ Vgl. dazu die Erörterung des Schreibens des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 21. August 1980 an Präsident Carter und andere Staats- und Regierungschefs der NATO-Mitgliedstaaten im Politischen Ausschuß auf Gesandtenebene am 28. August 1980; Dok. 243, Anm. 15. Vgl. dazu ferner Dok. 261.

¹⁵ Bundesminister Genscher kündigte am 26. September 1978 in New York gegenüber dem amerikanischen Außenminister Vance die Kandidatur der Bundesrepublik für die Präsidentschaft der XXXV. VN-Generalversammlung an. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 233.

Vortragender Legationsrat Mattes vermerkte am 24. Juli 1980, nach zwei weltweiten Demarchenaktionen vom Sommer 1979 und Mitte Juni 1980 gebe es „43 feste Zusagen, 30 über diplomatische Höflichkeitsfloskeln hinausgehende wohlwollende Aufnahmen, 53 Antworten, daß eine Entscheidung noch nicht erfolgt ist, fünf Unterstützungszusagen für Spanien, zu 19 Staaten [...] liegen noch keine Erkenntnisse vor“. Damit sei die notwendige einfache Mehrheit der Stimmen noch nicht erreicht. Offen seien die Haltung der lateinamerikanischen und der arabischen Staaten sowie die der Entwicklungsländer. Die Bundesregierung habe viel außenpolitisches Prestige für ihre Kandidatur eingesetzt, eine Wahlniederlage würde ihr Ansehen „vor allem bei der D[ritten]W[elt] nicht unerheblich beeinträchtigen“. Vgl. Referat 230, Bd. 128005.

Ministerialdirigent Gorenflos notierte am 22. August 1980, die Haltung Norwegens könne von großer Bedeutung sein, weil sie die nordischen Staaten maßgeblich beeinflusse, die sich bislang wohlwollend zeigten, aber keine verbindlichen Zusagen gemacht hätten: „Mit den nordischen Staaten hätten wir 20 der 23 WEORG-Stimmen. Die Haltung der nordischen Gruppe wird ihrerseits Signalwirkung für die unentschlossenen Länder anderer Regionalgruppen haben.“ Vgl. Referat 230, Bd. 128004.

Gorenflos informierte am 26. August 1980 die Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York, Frydenlund habe gegenüber Genscher geäußert, daß sich Norwegen normalerweise nicht formell verpflichte: „Aber er könne sagen: ‚Wir stehen positiv zur deutschen Kandidatur.‘“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 703; Referat 230, Bd. 128004.

Botschafter Freiherr von Wechmar, New York (VN), schrieb Genscher am 26. August 1980, Spanien lasse es offenbar auf eine Abstimmung ankommen, die die erste seit 20 Jahren wäre. Es halte „sich

Nordli legt dar, daß Norwegen Ausbau enger bilateraler Beziehungen zu den EG-Staaten und ihren politischen Führern anstrebt. Das ist eine wichtige Grundlinie seiner künftigen Politik. *Nordli* möchte aber auch enge Kontakte mit den führenden Gremien der EG halten, die allerdings nicht formalisiert zu werden brauchen. Er hofft, daß das Zusammenrücken der Neun im Rahmen der EPZ die für Norwegen unabdingbaren NATO-Konsultationen nicht beeinträchtigen wird.

Nordli dankt Bundeskanzler und der Bundesregierung für die bedeutende Arbeit, die diese „für uns alle“ in diesen schwierigen Zeiten geleistet haben. Bundeskanzler und Bundesminister haben bei ihren Gesprächen in Moskau¹⁶ die westlichen Demokratien mutig und stark vertreten. Norwegen wird die dort vertretene Politik unterstützen. Norwegen steht zu seinen Entscheidungen im TNF-Bereich und wird seine Verpflichtungen im Rahmen des LTDP¹⁷ erfüllen. Es wird seine Verteidigungsausgaben erhöhen. Es wird seine Verteidigungsfähigkeit mit norwegischen Streitkräften stärken, um das eigene Territorium zu verteidigen und so zur Aufrechterhaltung des äußerst wichtigen Gleichgewichts in der nordischen Region im Interesse Norwegens und der Allianz beizutragen.

Frydenlund berichtet, daß die Außenminister über die unbefriedigende Form der politischen Diskussionen bei den NATO-Ministerkonferenzen gesprochen haben.

Bundesminister hat dabei vorgeschlagen, versuchsweise einmal ein „Gymnich-type“-Treffen¹⁸ der NATO-Minister zu veranstalten mit freier Diskussion im exklusiven Kreis. Der Vorschlag sollte gegenüber dem NATO-GS¹⁹ aufgenommen werden.

Frydenlund kommt auf norwegischen Wunsch zurück, besser am EPZ-Prozeß partizipieren zu können. Er erwähnt Studie der norwegischen Europa-Bewegung. Die darin skizzierten Mechanismen seien wohl nicht erreichbar. Deshalb sollte man bilaterale Kontakte, wie bei diesem Treffen, verstärken.

Bundeskanzler dankt für das positive Urteil über unseren Beitrag zur West-Ost-Politik und zum militärischen Gleichgewicht auf den beiden Wegen der westlichen Verteidigungspolitik und der Rüstungskontrollpolitik. Bundeskanzler weist darauf hin, daß er das Wort „Détente“ in der Öffentlichkeit niemals allein, sondern stets im Zusammenhang mit militärischem Gleichgewicht benutzt. Zugunsten dieses Gleichgewichts muß die Verteidigungskraft erhalten und gleich-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1279

in diesem Wettstreit nicht an die internationalen Spielregeln. Es betreibt seine Kandidatur gegen den erklärten Willen der übergroßen Mehrheit der westeuropäischen VN-Gruppe [...]. In der Praxis bedeutet dies, daß Spanien seine Bewerbung nicht auf die Unterstützung durch seine eigene Gruppe, sondern auf die Stimmen außereuropäischer Mitgliedstaaten zu gründen versucht. [...] Sollte Spanien noch immer eine SR-Mitgliedschaft als Kompensation ins Auge fassen, könnte der Regierung in Madrid unsere volle Unterstützung eines solchen Bemühens in Aussicht gestellt werden.“ Vgl. Referat 010, Bd. 178805. Vgl. dazu ferner Dok. 258.

¹⁶ Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher hielten sich am 30. Juni und 1. Juli 1980 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 192–195.

¹⁷ Zum Langfristigen Verteidigungsprogramm der NATO vom 30./31. Mai 1978 vgl. Dok. 1, Anm. 9.

¹⁸ Auf Schloß Gymnich bei Bonn fand am 20./21. April 1974 erstmals ein informelles Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten und des Präsidenten der EG-Kommission statt. Ziel dieses Treffens und nachfolgender „Gymnich-type“-Treffen sollte sein, in kleinstem Kreis ohne großen Mitarbeiterstab und feste Tagesordnung alle außenpolitischen Fragen auch außerhalb des eigentlichen Themenfelds der Europäischen Gemeinschaften zu erörtern, ohne an Verfahrensregeln und Abläufe regulärer EG-Ministerratstagungen gebunden zu sein. Vgl. dazu AAPD 1974, I, Dok. 128.

¹⁹ Joseph Luns.

zeitig die Rüstungskontrollpolitik fortgesetzt werden. Der Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 ist symbolisch für diesen doppelten Ansatz. Bundeskanzler erinnert an die gewaltigen Rüstungsanstrengungen der Sowjets, die ihrem Arsenal jährlich 450 neue Gefechtsköpfe hinzufügen. Von einigen ihrer mobilen, d. h. unverletzbaren Abschußrampen können sie sowohl Oslo als auch Tokio beschießen. In dieser Situation dürfen wir noch so ehrlich gemeinten pazifistischen Forderungen nach einseitigem Verzicht nicht nachgeben. Die eigentliche Gefahr ist nicht der Angriff, sondern die politische Erpressung des Westens mit der militärischen Überlegenheit des Ostens.

Andererseits müssen wir auf der Hut sein vor Leuten, wie man sie leider in gewissen amerikanischen Kreisen findet, die den zweiten Teil des Doppelbeschlusses der NATO nicht durchführen wollen. Das würde bei uns Konflikte in der Innenpolitik und im Verhältnis zu den USA schaffen.

Bundeskanzler wiederholt unsere Haltung, wonach wir in der TNF-Frage keine singuläre Rolle übernehmen können. Er legt dar, was unsere Bereitschaft, in der dicht bevölkerten Bundesrepublik den überwiegenden Teil dieser neuen Waffe aufzunehmen, für uns bedeutet.

Bundeskanzler hebt die zunehmende Bedeutung der EPZ hervor und spricht sich für enge Kontakte zwischen der norwegischen Regierung und der EG-Präsidenschaft aus.

Frydenlund stimmt diesem Vorschlag zu.

Bundeskanzler stimmt *Nordli* zu, daß die Qualität der NATO-Konsultationen nicht zugunsten der EPZ nachlassen darf.

Bundeskanzler kommt auf die bevorstehenden Wahlen in den USA zu sprechen. Er weist auf die Möglichkeit hin, daß bei einem Unentschieden die Entscheidung vom Abgeordnetenhaus getroffen werden muß, was zu einem wochenlangen Tauziehen führen könnte.

Bundeskanzler ist besorgt über die innenpolitischen Stimmungen, die von Leuten ausgenutzt werden, nach deren Willen Amerika wieder die stärkste Macht der Welt werden muß. Eine solche Politik würde das Gleichgewichtskonzept gefährden.

Andererseits hält Bundeskanzler es für gefährlich, daß maßgebliche US-Führer die Verteidigungskraft lediglich als Funktion der dafür eingesetzten Haushaltsmittel ansehen. Was wirklich nötig ist, sind gut motivierte junge Wehrpflichtige.

Bundesminister hält öffentliche Äußerungen US-Verteidigungsministers Brown über unsichtbares Flugzeug²⁰ für unglücklich, weil dadurch der Eindruck entstehen könnte, der Westen wolle nicht Gleichgewicht, sondern Übergewicht.

Frydenlund stellt auf Frage Bundeskanzler fest, daß Norweger und Deutsche in ihrer Haltung zur PLO übereinstimmen.

²⁰ Der amerikanische Verteidigungsminister Brown erklärte am 22. August 1980, die USA entwickelten Flugzeuge, die durch herkömmliche Radarsysteme nicht erfaßt werden könnten. Vgl. dazu den Artikel „Harold Brown über die neue Strategie“, NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe vom 23. August 1980, S. 3.

Bucher-Johannessen berichtet über das Gespräch der Regierungschefs vom Vortage²¹ zum Stand der deutsch-norwegischen Zusammenarbeit nach den Gesprächen zwischen den Ministern für Verteidigung²², Wirtschaft²³ und Forschung²⁴. Über die Zusammenarbeit im Rüstungsbereich braucht nach dem letzten Gespräch der Verteidigungsminister hier nicht mehr gesprochen zu werden.²⁵

Im Industrie- und Energiebereich muß die Zusammenarbeit ausgeweitet und verbessert werden.

Bucher-Johannessen wiederholt den Vorschlag der Errichtung eines „Norwegen-Fonds“ für wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit mit einer deutsch-norwegischen Kostenteilung im Verhältnis 80:20, betont aber auch, daß es beim besten politischen Willen auf beiden Seiten angesichts unterschiedlicher Konzepte, Strukturen und industrieller Basis noch der Geduld bedarf.

Bundeskanzler weist auf Schwierigkeiten hin. Man muß vor allen Dingen erst einmal wissen, welche Projekte finanziert werden sollen.

²¹ In dem Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Nordli am 24. August 1980 am Brahmsee wurden eine bilaterale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Erdgas- und Erdölförderung sowie norwegische Energielieferungen in die Bundesrepublik erörtert. Nordli habe hinsichtlich des Wunsches nach verstärkter wirtschaftlicher Kooperation betont, „daß es jetzt darauf ankomme, die Interessen der großen Firmen in Deutschland mit den eher kleinen Firmen in Norwegen auf einen Nenner zu bringen. [...] Das müsse im wesentlichen auf dem Wege über Regierungsverhandlungen geschehen – jedenfalls auf norwegischer Seite.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14085 (010); B 150, Aktenkopien 1980. Vgl. dazu auch Dok. 245.

²² Hans Apel und Thorvald Stoltenberg.

²³ Otto Graf Lambsdorff und Lars Skytøen.

²⁴ Volker Hauff und Lars Skytøen.

²⁵ Referat 204 vermerkte am 18. August 1980, die Bundesrepublik und Norwegen hätten am 17. Dezember 1960 ein Abkommen über die Zusammenarbeit bei der Beschaffung von Material und Versorgungsgütern für die Verteidigung abgeschlossen, das Norwegen eine Präferenzregelung bei der Bewertung von Angeboten einräume: „Diese Sonderregelung war nach Erlaß der neuen EG-Richtlinien im Jahre 1978 rechtlich nicht mehr haltbar. Ein neues Abkommen wurde deshalb im März 1979 unterschrieben“, das den Transfer von Know-how nach Norwegen und die Mitarbeit der norwegischen Industrie bei Rüstungsprojekten fördern solle. In diesem Rahmen sei der norwegischen Firma Kongsberg die Federführung als Generalunternehmer für die Nachrüstung der U-Boote der Klasse 206 angeboten worden: „Das im Dezember 1979 vorgelegte Angebot konnte jedoch nicht angenommen werden, da die norwegische Firma unklare Preisvorstellungen hatte und eine Leistungsgarantie ablehnte“, weil sie mit der Technologie nicht vertraut sei. Subunternehmer wolle Kongsberg nicht sein. Anfang August 1980 habe die Bundesregierung daher vorgeschlagen: „Die Kampfwertsteigerung U-206 wird federführend Krupp-Atlas-Elektronik übertragen unter Beteiligung der Firma Kongsberg. Basis dieses Auftrags ist das zeitgerecht zu liefernde System der Firma Krupp. Der norwegische Anteil bleibt im Umfang unverändert. Norwegen überträgt die Federführung beim U-Boot 210 der Firma Kongsberg und beteiligt die Firma Krupp an den Arbeiten. Das deutsche Know-how wird dabei kostenlos an Norwegen übertragen. Die von der Bundesrepublik Deutschland eingeleitete Torpedoentwicklung wird mit Norwegen gemeinsam durchgeführt.“ Vgl. Referat 204, Bd. 115980.

Das Bundesministerium der Verteidigung vermerkte am 20. August 1980, Bundesminister Apel und der norwegische Verteidigungsminister Stoltenberg hätten sich darauf verständigt, die Kampfwertsteigerung der U-Boote durch ein neues Feuerleitsystem dürfe für keine Seite zur Prestigefrage werden: „Wo der wirksame Einsatz unserer U-Boote bedroht ist, bleibt kein Raum für sogenannte ‚politische‘ Lösungen. [...] Ein deutsches Entgegenkommen durch Annahme des norwegischen Feuerleitsystems ist militärisch nur zu vertreten, wenn die neutrale Expertengruppe den Nachweis erhält, daß die norwegische Entwicklung das Kampfwertsteigerungsprogramm der deutschen U-Boote Klasse 206 nicht mehr als 18 Monate verzögert und die Garantien, die Norwegen hierzu anbieten will, annehmbar sind.“ Vgl. Referat 204, Bd. 115980.

Von der Gablentz (der auf Weisung Bundeskanzlers zuvor telefonisch bei BMFT zurückgefragt hatte): Man muß die notwendigen Kompromisse in der Ausarbeitung konkreter Projekte finden.

Bundeskanzler: Wir werden uns an Forschungs-, aber auch an Entwicklungsprojekten, nicht jedoch an Verkaufsförderung beteiligen. Das können wir – außer in der Landwirtschaft – aus haushaltsrechtlichen Gründen nicht. Im übrigen ist es psychologisch nicht gut, von einem gemeinsamen „Norwegen-Fonds“ zu sprechen. Wir haben keine Sonderfonds für irgendein Land. Das würde unsere Zusammenarbeit mit anderen Ländern präjudizieren, entspräche auch nicht dem norwegischen Interesse am Aufbau einer eigenständigen Industrie. Der Zusammenarbeit unter Gleichen entspricht vielmehr unsere allgemeine Regel bei der Zusammenarbeit mit Industriestaaten, nach der beide Seiten die Ausgaben bestreiten, die bei ihnen anfallen. Um zu konkreten Forschungsprojekten zu gelangen, sollte schon bald ein „industrial workshop“ von Beamten und Fachleuten veranstaltet werden. Bundeskanzler unterstreicht seinen festen Willen, seine Absicht und sein persönliches Engagement, diese bilaterale Zusammenarbeit im Bereich der industriellen Forschung und Entwicklung voranzutreiben und dafür auch Mittel zur Verfügung zu stellen.²⁶

Nordli: Eines der wichtigsten Ergebnisse unserer Gespräche ist, daß wir beide den klaren Willen haben, konkrete Projekte in Angriff zu nehmen. Wir Norweger müssen dazu einen wichtigen Beitrag leisten. Traditionell hat die norwegische Industrie immer im geschützten nationalen Rahmen arbeiten können. Jetzt wird sie sich dem internationalen Wettbewerb stellen müssen. Was den Fonds betrifft, so sehen wir ihn als eines der Ergebnisse der Vergabe der Konzessionen an DEMINEX.²⁷ Er bildet den Rahmen für die Verhandlungen im wichtigen Bereich der Forschungs- und Entwicklungszusammenarbeit. Wir müssen dafür sorgen, das Größtmögliche an Expertise und neuer Technologie herauszubekommen. Nordli dankt für Bereitschaftserklärung des Bundeskanzlers.

In naher Zukunft wird Norwegen eine Entscheidung treffen müssen, die für unsere Generation von größter Tragweite ist: Entscheidung über Anlandführung unseres Erdgases. Wir haben Möglichkeit, das Gas a) in Norwegen, b) in Großbritannien, c) in Mitteleuropa zu landen. Nordli hofft, die dritte Option zu verwirklichen, auch weil sie mit der Zusammenarbeit mit Dänemark und Schweden verbunden werden kann. Das wird für Deutsche und Norweger von Interesse sein und neue Gelegenheit zur Diskussion nicht nur über Gas, sondern auch über industrielle Kooperation bieten. Wir werden unser Bestes tun, um eine dif-

²⁶ Bundeskanzler Schmidt teilte Ministerpräsident Nordli am 20. Oktober 1980 mit, der gemeinsame Vorschlag „eines Kontaktforums zwischen norwegischen und deutschen Vertretern von Industrie, Gewerkschaften und Regierung“ habe nicht nur in Norwegen, sondern auch in der Bundesrepublik positive Resonanz gefunden. Das gelte auch für den Workshop. Er, Schmidt, gehe deshalb davon aus, daß letzterer noch 1980 zustande komme. Vgl. dazu das Schreiben; Referat 010, Bd. 178802.

²⁷ Zur Beteiligung der Firma DEMINEX (Deutsche Erdölversorgungsgesellschaft) an der Erdölexploration in Norwegen vgl. AAPD 1979, II, Dok. 209.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Dieckmann vermerkte am 2. Juli 1980: „Die Sowjetunion hat der Fa. DEMINEX jetzt zwei Gebiete in der Barentssee zur Exploration angeboten [...]. Während das eine (östlichere) Gebiet unstrittig in der sowjetischen Wirtschaftszone liegt, befindet sich das westlichere Gebiet in der zwischen Norwegen und der SU umstrittenen Grenzzone. Die Fa. DEMINEX bat das AA nochmals um Stellungnahme zu den völkerrechtlich-politischen Implikationen des sowjetischen Angebots.“ Vgl. Referat 204, Bd. 115982.

ferenziertere Industrie aufzubauen. Das können wir nur in Zusammenarbeit mit hochindustrialisierten Ländern.

Bundeskanzler: Vom deutschen Standpunkt aus würde eine Rohrführung in Y-Form mit Abzweigung nach Dänemark die beste Lösung sein. Dänemark ist eines der durch Energieknappheit am meisten verwundbaren Länder Europas. Es ist in unserem gemeinsamen Interesse, hier zu helfen.

Nordli: Wir haben Kontakte darüber mit Dänemark und Schweden. Die Verhandlungen mit Dänemark sind besonders schwierig. Wir hoffen, daß die Experten der drei nordischen Länder bis Januar 1981 uns eine brauchbare Entscheidungsgrundlage liefern.

Bundeskanzler: Anfang November wollen Beamte aus den Ministerien Hauff und von Skytøen sich treffen. Dieses Treffen darf nicht scheitern. Vorher sollte der Workshop stattfinden und über konkrete Projekte sprechen. Bevor die Beamten darüber verhandeln, brauchen wir die Expertise der Industrieführer. Auch Gewerkschaftsführer sollten beteiligt sein. Bundeskanzler wird sie schriftlich dazu einladen.

Nordli stimmt dem zu.

Referat 010, Bd. 178802

243

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Gorenflos

220-370.70 SOW-1456/80 geheim

25. August 1980¹

Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister

Zur Information

Betr.: Verhandlungen über nukleare Mittelstreckenwaffen;

hier: Brief von GS Breschnew an den BK vom 21.8.1980³

1) GS Breschnew erinnert in seinem Brief an die beim Besuch des Bundeskanzlers und BMs in Moskau am 30.6./1.7.⁴ ausgesprochene Bereitschaft der SU zu Verhandlungen über nukleare Mittelstreckenwaffen. Dabei wiederholt er den Vorschlag vom 1.7., bei diesen Verhandlungen nicht nur über nukleare Mittel-

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Citron konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 28. August 1980 vorgelegen, der die Zurückleitung vom Ministerbüro an Referat 220 verfügte.

² Hat Staatssekretär Lautenschlager am 25. August 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Für Washington. Ein Meinungsaustausch hierüber mit AM Muskie scheint mir wichtig; er sollte bei Zeitknappheit hohe Priorität haben.“

³ Für das Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, an Bundeskanzler Schmidt vgl. VS-Bd. 14086 (010).

⁴ Zum Besuch des Bundeskanzlers Schmidt und des Bundesministers Genscher am 30. Juni und 1. Juli 1980 in Moskau vgl. Dok. 192–195.

streckenraketen zu sprechen, sondern auch die „amerikanischen vorgeschobenen Kernwaffen“ mit einzubeziehen.

GS Breschnew bedauert, daß Washington noch nicht auf den „neuen Vorschlag“ geantwortet hat und sieht darin eine bewußte Verzögerung des Verhandlungsbeginns. Er teilt mit, daß er gleichzeitig an Präsident Carter schreibe mit dem Vorschlag, ohne weitere Verzögerungen den Beginn von offiziellen Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen in Europa zu vereinbaren.⁵

Unter Hinweis auf das „große Interesse“ des Bundeskanzlers für den neuen sowjetischen Vorschlag, „dessen Verwirklichung den Interessen aller europäischen Staaten einschließlich der Bundesrepublik Deutschland entsprechen würde“, „dessen Stichhaltigkeit“ von deutscher Seite „nicht angezweifelt“ worden sei, und eingedenk der Notwendigkeit, den Frieden zu festigen, bringt der GS die Hoffnung zum Ausdruck, daß der Bundeskanzler „zusätzliche Schritte unternehmen wird, die zur Erreichung einer Übereinkunft über den Beginn von Verhandlungen und zu deren konstruktiven Verlauf beitragen“.

2) Da laut Auskunft der britischen Botschaft auch PM Thatcher einen solchen Brief erhalten hat⁶, kann davon ausgegangen werden, daß auch andere europäische Regierungschefs in diese neue Briefaktion einbezogen wurden.⁷

Dahinter steht das Bemühen, den an der baldigen Aufnahme von Verhandlungen über nukleare Mittelstreckenwaffen interessierten Regierungschefs und der Öffentlichkeit gegenüber zum Ausdruck zu bringen, daß Moskau verhandlungsbereit ist und es allein die USA sind, welche die sofortige Aufnahme von Verhandlungen verzögern. Die Briefaktion steht zweifellos im Zusammenhang mit einer schon vor mehreren Wochen begonnenen sowjetischen Propagandakampagne, in der den USA vorgeworfen wird, gar keine Verhandlungen zu wollen, sondern sich im Rahmen ihrer neuen Strategie⁸ durch die Installierung von Mittelstreckenraketen in Europa die Fähigkeit zur Führung eines begrenzten Nuklearkrieges in Europa schaffen zu wollen. Ziel dieser zum Teil sehr grob-

⁵ Gesandter Dannenbring, Washington, berichtete am 28. August 1980, der Mitarbeiter im amerikanischen Nationalen Sicherheitsrat, Blackwill, habe ihm eine Abschrift des Schreibens des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, an Präsident Carter vom 21. August 1980 übergeben: „Andere Botschaften haben den Wortlaut des Briefes bisher nicht erhalten. [...] Wie Blackwill mir erläuterte, weicht der Briefinhalt nur in zwei Punkten von den in anderen NATO-Hauptstädten übergebenen Briefen ab: Erwähnung von Stützpunkten (bases) im Zusammenhang mit FBS; drohend-polemischer Ton“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3337; VS-Bd. 13185 (213); B 150, Aktenkopien 1980.

⁶ Botschafter Ruth vermerkte am 28. August 1980, der britische Gesandte Goodall habe am Vortag eine Übersetzung des Schreibens des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 21. August 1980 an Premierministerin Thatcher übergeben. Der Brief sei länger als der an Bundeskanzler Schmidt, „offensichtlich weil Breschnew glaubt, Argumente nachtragen zu müssen, die er gegenüber dem Bundeskanzler in Moskau bereits verwendet hat“. Dazu zähle der Verhandlungsvorschlag Breschnews vom 6. Oktober 1979 sowie die Möglichkeit der Einbeziehung der Mittelstreckenwaffen in SALT III nach der Ratifizierung des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979: „Bei der Darlegung seines ‚neuen Vorschlags‘ betont Breschnew gegenüber Frau Thatcher, daß die Logik der Verbindung Mittelstreckenraketen/amerikanische FBS ‚völlig evident‘ sei, da sie dem faktisch bestehenden Kräftegleichgewicht auf dem europäischen Kontinent sowie dem Prinzip gleicher Sicherheit der Seiten Rechnung trage und die ‚Stärkung der strategischen Stabilität‘ berücksichtige. Dieser Punkt ist neu; er offenbart ein wenig die Argumentationskette, die die Sowjets in künftigen Verhandlungen einnehmen könnten.“ Vgl. VS-Bd. 11307 (220); B 150, Aktenkopien 1980.

⁷ Zu den Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, an die Staats- und Regierungschefs der NATO-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 261.

⁸ Zur Presidential Directive Nr. 59 vom 25. Juli 1980 vgl. Dok. 226.

schlächtigen Argumentation ist es, in Europa Kräfte gegen die Implementierung des Modernisierungsbeschlusses⁹ zu mobilisieren (z.B. in Belgien¹⁰ und Holland¹¹) und einen Keil zwischen Amerikaner und Europäer zu treiben.

Durch die betonte Verhandlungsbereitschaft versucht die SU aber auch, von der Besetzung Afghanistans abzulenken und ihr Ansehen als verantwortungsvolle Großmacht in der internationalen Öffentlichkeit neu zu beleben.

3) Die Frage stellt sich, welche Erwartungen Breschnew mit seiner Briefaktion verbindet. Dem GS geht es sicherlich nicht nur um die im letzten Absatz seines Schreibens enthaltene Bitte an den Bundeskanzler, in Washington für eine baldige Vereinbarung eines ersten Verhandlungstermins zu plädieren.

Ebenso wichtig ist es für Moskau, angesichts der unkontrollierbaren Entwicklung in Polen¹² und des ungewissen Ausgangs der amerikanischen Wahlen¹³, den Dialog mit den wichtigsten europäischen Regierungen fortzusetzen. Das auffällige Drängen auf einen frühen Verhandlungsbeginn könnte darauf schließen lassen, daß die SU unbedingt noch mit der Carter-Regierung einen Verhandlungsrahmen vereinbaren möchte, um damit, falls möglich, einen Prozeß einzuleiten, den eine neue Administration nicht ohne innen- und außenpolitische Schwierigkeiten abbrechen könnte.

4) Weiteres Vorgehen

Es dürfte sich empfehlen, wie auch bei früheren Briefaktionen von GS Breschnew, in der Allianz zu konsultieren und Einigkeit über wichtige Elemente von Antwortschreiben zu erzielen.¹⁴

⁹ Zum NATO-Doppelbeschuß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 10.

¹⁰ Zur belgischen Haltung zur Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 212, Anm. 4.

¹¹ Zur Diskussion über die Dislozierung von Mittelstreckensystemen in den Niederlanden vgl. Dok. 182, Anm. 18.

Referat 201 vermerkte am 6. August 1980: „1) Die gemäß NATO-Beschluß vom 12. Dezember 1979 vorgeschlagene Stationierung von 48 Marschflugkörpern (GLCM) auf niederländischem Boden steht unter dem Vorbehalt der Zustimmung durch die nach den Wahlen Mitte 1981 zu bildende nächste Regierung. Die im Dezember 1981 fällige Entscheidung, die auch mögliche Fortschritte im Rüstungskontrollbereich berücksichtigen soll, bleibt weiterhin völlig ungewiß. 2) Eine weit verbreitete emotionale ‚Anti-Atomkrankheit‘ (eine Charakterisierung durch hohe niederländische Beamte) hat schon vor dem NATO-Modernisierungsbeschluß jede sachbezogene Debatte verhindert. Gegner der LRTNF-Modernisierung in den Niederlanden argumentieren ‚ethisch‘ und nicht sicherheitspolitisch. Die Kampagne der LRTNF-Gegner, die von der PvdA (Arbeiterpartei) angeführt wird, trägt geradezu missionarischen Charakter und hat auch bei den belgischen Sozialisten Wirkung gezeigt. In ihrem Wahlkampfprogramm gegen die LRTNF-Modernisierung vertritt die PvdA folgende Forderungen: keine Einführung nuklearer Waffensysteme oder von Waffen mit sowohl herkömmlicher als auch atomarer Aufgabenstellung in den Niederlanden; keine Stationierung der von der NATO beschlossenen neuen Mittelstreckenwaffen auf niederländischem Boden; die bereits in die niederländischen Streitkräfte aufgenommenen nuklearen Kurzstreckenwaffen sollen wieder ‚abgestoßen‘ werden; innerhalb von zwei Jahren muß (in der NATO) über die Verminderung der von den NL übernommenen nuklearen Aufgaben gesprochen werden. Zwischenziel ist die beiderseitige Ausdünnung der taktischen Atomwaffen in Europa. Endziel: atomwaffenfreie Niederlande und ein atomwaffenfreies Europa. Die Christlich-Demokratische Partei (MP van Agt) und die Demokraten 66 haben bisher Aussagen zur LRTNF-Stationierung vermieden. Die Liberale Partei befürwortet die LRTNF-Stationierung.“ Vgl. VS-Bd. 10329 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

¹² Zur Lage in Polen vgl. Dok. 228 und Dok. 240.

¹³ Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

¹⁴ Dieser Absatz wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig“.

Dabei könnten die Bündnispartner auf die seit Dezember 79 mehrfach wiederholte amerikanische Verhandlungsbereitschaft hinweisen.¹⁵

Die bevorstehenden deutsch-amerikanischen Konsultationen des Herrn Bundesministers am 26.8.¹⁶ und – speziell zum Thema LRTNF – von Dg22 in Washington¹⁷ werden Gelegenheit bieten, das weitere Procedere in der Allianz (u. a. bei der Sitzung der Special Consultative Group am 15./16.9. in Brüssel¹⁸) abzustimmen.

i. V. Gorenflos

VS-Bd. 11307 (220)

¹⁵ Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), berichtete am 28. August 1980, im Politischen Ausschuß auf Gesandtenebene sei die Frage von Konsultationen über die Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, an Präsident Carter und andere Staats- und Regierungschefs der NATO-Mitgliedstaaten aufgeworfen worden. Pauls habe gemäß Weisung erklärt, die Bundesregierung sei bereit, den vollen Text von Breschnews Schreiben an Bundeskanzler Schmidt zu zirkulieren, wenn dies auch andere Allianzmitglieder täten. In Belgien, Griechenland, Großbritannien, Island, Kanada, den Niederlanden, Norwegen und den USA hätten sowjetische Diplomaten Schreiben Breschnews überreicht, aus Italien, Portugal und der Türkei lägen noch keine Informationen vor. Das Schreiben an Staatspräsident Giscard d'Estaing weiche offenbar von den anderen Briefen insofern ab, als Breschnew der Sonderstellung Frankreichs in der NATO Rechnung getragen habe: „Der französische Gesandte fügte hinzu, Frankreich nehme an dem Informationsaustausch gerne teil. Es werde sich jedoch, wie in der Vergangenheit, nicht an der Harmonisierung der Antworten beteiligen.“ Abschließend habe man sich darauf geeinigt, „daß die Arbeiten in der Allianz Sorgfalt verlangen und die SCG sich mit der Frage befassen werde“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1142; VS-Bd. 10330 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

¹⁶ Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Muskie am 26. August 1980 in Washington vgl. Dok. 248.

¹⁷ Friedrich Ruth.

Zu den deutsch-amerikanischen Konsultationen am 4./5. September 1980 in Washington über Rüstungskontrollfragen vgl. Dok. 262.

¹⁸ Zur Tagung der Special Consultative Group (SCG) der NATO vgl. Dok. 271 und Dok. 272.

244

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech**201-363.52-2463/80 geheim****26. August 1980¹**

Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³ mit der Bitte um Zustimmung zu den vom Bundesminister der Verteidigung⁴ vorgeschlagenen Richtlinien (I.6)

Betr.: Chemische Kriegführung;

hier: Formulierung einer deutschen Position

Bezug: Schreiben des BMVg Nr. 4740/80 VS-v vom 16. Juli 1980⁵

I. 1) Die Bedrohung der Allianz durch moderne, einsatzbereite chemische Waffen (CW) des Warschauer Paktes (WP) in Form von Gas, flüssigen oder festen Substanzen mit toxischer Wirkung auf Mensch und Umwelt hat in den vergangenen Jahren erheblich zugenommen. NATO-Schätzungen gehen von gegnerischen Vorräten an chemischer Munition in einer Größenordnung von 200 000 bis 300 000 metrischen Tonnen aus. (Zum Vergleich: Der alliierte und deutsche Verbrauch im Ersten Weltkrieg betrug ca. 120 000 Tonnen.) Es muß damit gerechnet werden, daß bis zu 50% der Gefechtsköpfe von Gefechtsfeld- und Mittelstreckenwaffen des WP mit C-Agenzien ausgestattet oder ohne größere Schwierigkeiten damit ausstattbar sind.

2) Die Entwicklung vor allem binärer Kampfstoffe in der SU geht nach der NATO vorliegenden Erkenntnissen unvermindert weiter. Binäre Waffen zeichnen sich durch günstigere Bevorratungsbedingungen aus. (Ihre getrennt gelagert relativ ungefährlichen Komponenten entwickeln ihre hochtoxische Wirkung erst durch Fusion, welche erst unmittelbar vor dem Einsatz oder während des Einsatzes erfolgt.)

Da die Komponenten binärer C-Waffen auch im Zivilbereich verwandt werden, können sie unauffällig produziert werden. Die Fähigkeit der chemischen Industrie der SU zur schnellen Produktionsumstellung auf Kriegsbedarfsdeckung steht aufgrund der verfügbaren Kapazitäten jedenfalls außer Zweifel.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann und Legationsrat I. Klasse Kreusel konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat von Ploetz vorgelegen, der handschriftlich notierte: „Eingegangen D 2 20/10, 10 h 30“.

Hat Blech am 20. Oktober 1980 erneut vorgelegen, der für Botschafter Ruth handschriftlich notierte: „Z[ur] w[eiteren]V[er]anlassung]. Termin!“

² Hat Staatssekretär van Well am 6. Oktober 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Klare, überzeugende Konzeption“.

Hat van Well am 17. Oktober 1980 erneut vorgelegen, der handschriftlich für Ministerialdirektor Blech notierte: „B[itt]e Vorlage.“

³ Hat Bundesminister Genscher am 16. Oktober 1980 vorgelegen, der den handschriftlichen Vermerk des Staatssekretärs van Well mit Randstrich hervorhob. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“. Ferner notierte Genscher für van Well: „1) Ich bitte um einen Vorschlag, der als Rüstungskontrollvorschlag verfolgt werden kann. 2) W[ieder]v[or]lage 23.10.“

⁴ Hans Apel.

⁵ Für das Schreiben des Bundesministeriums der Verteidigung vgl. VS-Bd. 10340 (201).

3) Der qualitativ und quantitativ fortschreitenden CW-Rüstung des WP hat das westliche Verteidigungsbündnis nichts Vergleichbares entgegenzusetzen. Eine modernen Entwicklungen angepaßte CW-Produktion gibt es im Westen nicht. Die von den USA unterhaltenen C-Waffen stammen aus waffentechnisch überholten, überlagerten Beständen aus dem Zweiten Weltkrieg.

4) Im Gegensatz zur NATO ergänzt der WP seine umfassende CW-Rüstung durch bemerkenswerte Anstrengungen zur Schaffung einer wirkungsvollen Kapazität zur CW-Abwehr und verbessert damit seine Kriegführungsfähigkeit auf diesem Gebiet.⁶

5) Aus dieser Entwicklung kann nicht nur geschlossen werden, daß die SU dem (Erst-)Einsatzverbot betreffend CW gemäß Genfer Protokoll von 1925⁷ nur vertraut, sofern ihr eine glaubhafte Vergeltungskapazität auf diesem Gebiet zur Verfügung steht. Es ist vielmehr zu befürchten, daß die SU inzwischen mit der Möglichkeit einer erfolgreichen Kriegführung unter CW-Einsatz, jedoch unterhalb der nuklearen Schwelle zu rechnen beginnt: Bei weiterem Fortschritt in der Entwicklung zielgenauer Träger und wirkungskontrollierbarer chemischer Substanzen könnte es ihr militärisch sinnvoll erscheinen, ihre konventionelle Überlegenheit bei einem massiven Angriff durch begleitenden Einsatz chemischer Waffen voll zum Tragen zu bringen. Durch den Verzicht auf nuklearen Ersteinsatz im Gefechtsfeld würden sie – insoweit die Vorteile der Neutronenwaffe noch übertreffend – nicht nur große Kollateralschäden vermeiden, sondern den Westen vor die Alternative stellen, auf den CW-Einsatz entweder nicht adäquat oder aber sofort nuklear zu reagieren.

6) Das Bündnis sieht sich deshalb nicht nur hinsichtlich seiner strategischen Doktrin, sondern auch rüstungspolitisch vor die Frage nach einer angemessenen Antwort auf die östliche CW-Bedrohung gestellt. Dies heißt zunächst konkret: Soll die NATO der Schaffung eines modernen amerikanischen CW-Potentials zustimmen, und sind die europäischen Partner zur Stationierung solcher amerikanischen Waffen bereit?

Eine Antwort der Bundesregierung auf diese voraussichtlich schon bald akut werdende Frage setzt die rechtzeitige Definition einer deutschen Position voraus, welche vor konkreten Entscheidungen mit dem Bundeskanzler, wenn nicht im BSR, abzustimmen wäre.

Hierzu hat das BMVg folgenden, von Bundesminister Apel vorsorglich bereits gebilligten Katalog von Richtlinien dem Auswärtigen Amt zur Abstimmung übermittelt:

(1) Beteiligung an Rüstungskontrollverhandlungen mit dem Ziel eines umfassenden C-Waffen-Verbots und Nutzung von Möglichkeiten, in dieser Richtung Initiativen zu ergreifen;

(2) Ablehnung einer Verfügungsgewalt über chemische Waffen durch die Bundesrepublik Deutschland;

⁶ Zu diesem Absatz notierte Vortragender Legationsrat von Ploetz handschriftlich: „Alle Truppenteile werden gezielt auf die Durchführung der ihnen übertragenen Kampfaufträge und CW-Einsatzbedingungen vorbereitet. Der WP verbessert Stand insgesamt merklich.“

⁷ Für den Wortlaut des Genfer Protokolls vom 17. Juni 1925 über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie bakteriologischen Mitteln im Kriege vgl. REICHSGESETZBLATT 1929, Teil II, S. 173–177.

- (3) Ablehnung einer offensiven C-Kapazität der NATO im Sinne einer strategischen Reaktionsmöglichkeit;
- (4) Bis zum Abschluß eines Abkommens über ein umfassendes C-Waffen-Verbot:
 - a) Erhaltung der C-Kapazität der USA zu Repressalienzwecken;
 - b) kein Ausschluß der Möglichkeit, C-Repressalien durch Verbündete auch von deutschem Territorium aus einzusetzen;
 - c) Festhalten an unserer Rechtsauffassung und ihrer Durchsetzung (d. h. kein Zulassen eines über eine Repressalie hinausgehenden C-Einsatzes auf oder von deutschem Territorium);
 - d) Anwendung einer C-Repressalie durch die NATO bzw. NATO-Staaten ausschließlich in Erwiderung eines C-Angriffs des WP, nicht aber anderer Kriegsvölkerrechtsverletzungen;
 - e) Schaffung eines Konsultationsverfahrens in der NATO auch für C-Repressalien;
- (5) Verbesserung der C-Abwehrfähigkeit im Rahmen der Forderungen des LTDP⁸;
- (6) Äußerst zurückhaltende Behandlung der Thematik angesichts der zu erwartenden empfindlichen Reaktion in der Öffentlichkeit.

II. 1) Die vom BMVg vorgeschlagenen Richtlinien verdienen Zustimmung. Zu den einzelnen Ziffern des Katalogs (I. 6) ist folgendes anzumerken:

Zur Richtlinie (1):

Der Abschluß eines weltweiten Vertrages über ein umfassendes Herstellungsverbot für CW ist eine Forderung der Vereinten Nationen. Verhandlungen über Elemente eines solchen Vertrages werden seit 1977 zwischen den USA und der SU intensiv geführt.⁹ Die Bundesrepublik Deutschland ist an den vorbereitenden Arbeiten für ein solches Abkommen mit Expertentagungen und Arbeitspapieren im Genfer CD aktiv beteiligt.¹⁰

⁸ Zum Langfristigen Verteidigungsprogramm der NATO vom 30./31. Mai 1978 vgl. Dok. 1, Anm. 9.

⁹ Die Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR über ein Verbot chemischer Waffen wurden mit einem Expertentreffen vom 28. bis 31. März 1977 in Genf aufgenommen und ab dem 1. April 1977 durch Gespräche der amerikanischen und sowjetischen Delegation bei der CCD in Genf fortgeführt. Vgl. dazu AAPD 1977, I, Dok. 87, AAPD 1977, II, Dok. 249 und Dok. 311, sowie AAPD 1979, I, Dok. 121.

¹⁰ Vortragender Legationsrat I. Klasse Arz von Straussenburg vermerkte am 11. April 1980: „Dem CD liegen Vertragsentwürfe der SU (1972), Japans (1974) und GBs (1976) vor. Zu Vertragsverhandlungen im CD ist es bisher aber noch nicht gekommen. Voraussetzung hierfür ist eine Übereinstimmung zwischen USA und SU.“ Diese hätten im August 1979 einen gemeinsamen Fortschrittsbericht vorgelegt, der Differenzen auch in Grundsatzfragen zeige: „Kritischer Punkt ist die Konkretisierung des Prinzips ‚angemessener‘ Verifikation, insbesondere die Frage der Ortsinspektionen. Die SU lehnt übernationale obligatorische Ortsinspektionen auf ihrem Territorium ab.“ Die Bundesrepublik habe sich dagegen stets hierfür eingesetzt, und zwar einschließlich der zivilen Produktion, worin sie von Großbritannien unterstützt werde: „Die USA hingegen halten Kontrollen auf Verdacht (on challenge) im zivilen Sektor für ausreichend. So haben die USA im letzten Jahr in Beantwortung einer niederländischen Anfrage im CD ausdrücklich erklärt, daß Routineinspektionen der zivilen Produktion ‚nicht notwendig oder wünschenswert‘ seien. [...] Wir sind mit den USA übereingekommen, in der Arbeitsgruppe des CD die von uns als notwendig erachtete Verifikation – regelmäßige Ortsinspektionen auch bei der zivilen chemischen Produktion – weiterhin zu fordern und dafür zu werben. Wenn die USA auch keine Hoffnung sieht, daß die SU hierauf eingeht, könnte sich eine mögliche Unterstützung unserer Position auch durch die Ungebundenen verhandlungstaktisch für die westliche Position günstig auswirken.“ Vgl. VS-Bd. 11552 (222); B 150, Aktenkopien 1980.

Zu Richtlinie (2):

Eine rechtliche Verpflichtung besteht für die Bundesrepublik Deutschland gem. WEU-Vertrag von 1954 allerdings nur zur Einhaltung des Herstellungsverbots für C-Waffen.¹¹ Eine Selbstbindung im Sinne dieser Richtlinie ist jedoch politisch zweckmäßig, ohne daß dies nach außen erklärt werden sollte, um dem Entstehen eines östlichen *droit de regard* auch nur dem Anschein nach vorzubeugen.

Zur Richtlinie (3):

Der Richtlinie sollte zugestimmt werden, soweit damit ein umfassendes C-Waffen-ICBM-Potential gemeint ist, da dies zu einer nicht finanzierbaren „Doppelabschreckung“ auf höchster Ebene führen würde.

Zu Richtlinie (4):

zu a) Der Einsatz von C-Waffen als Repressalie ausschließlich in Erwiderung eines CW-Angriffs des WP ist jedenfalls völkergewohnheitsrechtlich zulässig.

Die Fähigkeiten des Bündnisses zur Anwendung einer gleichartigen und gleichwertigen CW-Repressalie entspräche der NATO-Doktrin der flexiblen Antwort¹², welche darauf abzielt, die Ebene der Gewaltanwendung in jeder Phase eines Konflikts unter Eskalationskontrolle zu halten.

Der Verzicht auf ein adäquates Potential zu Repressalienzwecken würde zur Einengung des dem Bündnis zur Verfügung stehenden Optionsspektrums und damit zu Verlust an Flexibilität in der Eskalationskontrolle führen. Bei einem CW-Ersteinsatz des WP könnte die NATO in den Zugzwang geraten, nur mit Ersteinsatz von Nuklearwaffen adäquat antworten zu können, obwohl C-Waffen weder zu den konventionellen noch zu den nuklearen Waffen zählen, sondern eine eigene Kategorie bilden. Der Erwerb einer CW-Fähigkeit zu Repressalienzwecken führt daher zu keiner Entkoppelung der Abschreckungs-Triade, sondern trägt im Gegenteil zur Verkoppelung dadurch bei, daß dem Gegner erkenntlich bleibt, daß die NATO eine ausgedehnte chemische Phase der Kriegführung nicht in Betracht zieht. Dies erhöht zugleich die Glaubwürdigkeit eines nuklearen Gegenschlags für den Fall einer erfolglosen CW-Repressalie.

zu b) Aus dem Deutschlandvertrag¹³ (Art. 4 ff.) sowie den Stationierungsvereinbarungen, die für die USA ebenso wie für andere NATO-Staaten gelten (Aufenthaltsvertrag und NATO-Truppenstatut nebst Zusatzvereinbarungen)¹⁴,

¹¹ Vgl. dazu die Anlage II des Protokolls Nr. III zum WEU-Vertrag in der Fassung vom 23. Oktober 1954; BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 269 f.

¹² Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 168, Anm. 18.

¹³ Für den Wortlaut des Vertrags vom 26. Mai 1952 über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten in der Fassung vom 23. Oktober 1954 (Deutschland-Vertrag) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 305–320.

¹⁴ Der Aufenthalt von Streitkräften der Drei Mächte („Recht zum Aufenthalt“) erfolgte auf der Grundlage der Artikel 2 und 4 des Vertrags vom 26. Mai 1952 über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten (Deutschlandvertrag) in der Fassung vom 23. Oktober 1954 und war im Vertrag vom 23. Oktober 1954 über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik (Aufenthaltsvertrag) festgelegt. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 218 f. bzw. S. 253–255.

Die aufenthaltsrechtlichen Bestimmungen („Recht des Aufenthalts“) waren im Abkommen vom 19. Juni 1951 zwischen den Parteien der NATO über die Rechtsstellung ihrer Truppen (Truppenstatut) so-

können keine rechtlichen Beschränkungen hinsichtlich der CW-Ausrüstung der US-Streitkräfte auf deutschem Boden hergeleitet werden. Eine CW-Fähigkeit in der Bundesrepublik Deutschland zu Repressalienszwecken entspricht dem deutschen Interesse daran, auch vor CW-Einsatz auf deutschem Boden abzuschrecken.

zu c) Als im Einsatzfall unmittelbar Betroffene kann die Bundesrepublik Deutschland im Ernstfall nur an der sofortigen Eingrenzung eines Einsatzes chemischer Waffen interessiert sein, nicht aber an seiner Ausweitung als Folge der Vergeltung. Die Beschränkung ausschließlich auf Repressalieneinsatz von deutschem Boden aus – mit dem Ziel der sofortigen Einstellung der CW-Kriegsführung auf beiden Seiten – trägt dem sowie der völkerrechtlichen Situation Rechnung. (Im Gegensatz zu den USA und UK haben wir dem Genfer Protokoll vorbehaltlos zugestimmt, so daß für uns mit CW nur die völkergewohnheitsrechtlich zulässige Repressalie in Frage kommt. Unsere beiden Verbündeten hingegen sind dem Genfer Protokoll mit einem Vorbehalt beigetreten, der sie generell vom CW-Einsatzverbot freistellt, sobald ein Feindstaat dieses Verbot mißachtet hat.)¹⁵

zu d) Die Zuständigkeit eines CW-Einsatzes als mittelbare Repressalie, d. h. als Vergeltung gegen andere schwere Völkerrechtsverletzungen als den CW-Einsatz, ist ohnedies völkerrechtlich umstritten. Ein solcher CW-Ersteinsatz durch die NATO könnte trotz seiner Zwecksetzung und Begrenzung als Repressalie vom Osten, der sich nun vom Genfer Protokoll entbunden fühlen könnte, seinerseits mit einem CW-„Zweitschlag“ beantwortet werden und damit eine schwer kontrollierbare Entwicklung einleiten.

zu e) Dem Vorschlag sollte mit folgender Maßgabe zugestimmt werden:

Es bedürfte keines gesonderten „chemischen“ Konsultationsverfahrens der NATO (Dokument DPC/D (69) 59 vom 20.11.1969 – NATO Secret), sondern lediglich der Vereinbarung, ihr „nukleares“ Konsultationsverfahren auf die Konsultation der Freigabe von CW zum taktischen Einsatz zu erstrecken und entsprechende prozedurale Vorbereitungen zu treffen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1291

wie dem Zusatzabkommen vom 3. August 1959 zum Truppenstatut geregelt. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil II, S. 1190–1214, bzw. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil II, S. 1218–1312.

Nachdem Frankreich am 1. Juli 1966 aus der militärischen Integration der NATO ausgeschieden war, mußten das Aufenthaltsrecht und der Status der französischen Truppen in Deutschland neu verhandelt werden. Beides wurde in einem Briefwechsel des Bundesministers Brandt vom 21. Dezember 1966 mit dem französischen Außenminister Couve de Murville neu geregelt. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1966, S. 1304 f. Vgl. dazu auch AAPD 1966, II, Dok. 401.

¹⁵ Vortragender Legationsrat I. Klasse Arz von Straussenburg vermerkte am 11. April 1980, das Genfer Protokoll vom 17. Juni 1925 über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie bakteriologischen Mitteln im Kriege beinhalte nach herrschender völkerrechtlicher Lehre ein Erstanwendungsverbot: „Alle militärisch bedeutenden Staaten sind dem Genfer Protokoll inzwischen beigetreten. Die SU ratifizierte 1928 mit zwei Vorbehalten, a) daß das Abkommen nur gegenüber Vertragsstaaten Anwendung findet, und b) daß es gegenüber Feindstaaten aufhört wirksam zu sein, wenn diese oder deren Verbündete das Abkommen verletzen. Die USA traten 1975 mit dem Vorbehalt zu b) bei. Für NL gilt ebenso nur Vorbehalt b). B, GB, CDN und F haben mit Vorbehalt a) und b) ratifiziert.“ Vgl. VS-Bd. 11552 (222); B 150, Aktenkopien 1980.

Zu Richtlinie (5):

Verstärkung der CW-Abwehrkapazität des Bündnisses und entsprechende Ausbildung der Truppe sind nicht nur zu ihrem Schutz im Falle des Einsatzes von CW durch den WP erforderlich. Derartige Schutzmaßnahmen erhöhen auch die Glaubwürdigkeit der westlichen Repressalienandrohung auf dem CW-Sektor.

Zu Richtlinie (6):

Bilaterale Abstimmung mit den USA und GB erscheint daher vorläufig zweckmäßiger als Befassung von NATO-Gremien.

III. Es wird vorgeschlagen,

- dem Richtlinienkatalog des BMVg (oben I.6) im Lichte der Erläuterungen unter II. zuzustimmen,
- Unterrichtung des Herrn Bundeskanzlers durch den Bundesminister der Verteidigung anzuregen.

Herr D5¹⁶ hat¹⁷ mitgezeichnet.¹⁸

Blech

VS-Bd. 10340 (201)

¹⁶ Carl-August Fleischhauer.

¹⁷ Die Wörter „Herr D5 hat“ wurden von Ministerialdirektor Blech handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Referate 500 und 514 haben“.

¹⁸ Ministerialdirektor Blech vermerkte am 21. Oktober 1980, die Bundesrepublik leiste im Genfer Abrüstungsausschuß einen anerkannten Beitrag zur Diskussion eines Verbots chemischer Waffen. Die amerikanisch-sowjetischen Gespräche zeigten wegen der Frage der Modalitäten der Verifizierung der Nichtherstellung chemischer Waffen bislang keine Ergebnisse. Eine Initiative in Genf könne nur in Abstimmung mit den USA und im Rahmen der NATO erfolgen. Theoretisch könne die Bundesrepublik alle Teilnehmerstaaten des Genfer Abrüstungsausschusses auffordern, dem Beispiel eines völligen Verzichts der Produktion chemischer Waffen zu folgen. Die Erfolgsaussichten seien aber minimal, „solange die USA und die SU keine Einigung erzielt haben“. Dasselbe gelte für den Vorschlag einer chemiewaffenfreien Zone in Europa: „Es ist politisch bedenklich, eine Parallele zur Nachrüstungsentscheidung im LRTNF-Bereich zu ziehen. Selbst wenn die laufenden Bemühungen um ein CW-Verbot in absehbarer Zeit nicht das erwünschte Ergebnis brächten, sollte die NATO keinen CW-Nachrüstungsbeschluß anstreben.“ Ein „rüstungskontrollpolitischer Ansatz im CW-Bereich ist nicht gegeben, da hier in keinem Fall eine strategische Option angestrebt wird; vielmehr handelt es sich ausschließlich um die Schaffung eines allein zu Repressalien tauglichen, begrenzten Potentials“. Vgl. VS-Bd. 11552 (222); B 150, Aktenkopien 1980.

245

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von der Gablentz, Bundeskanzleramt

VS-vertraulich

27. August 1980¹

Betr.: Ihr² Gespräch mit dem norwegischen Ministerpräsidenten Nordli am
24. August 1980 in Ihrem Haus am Brahmsee³;
hier: Gedankenaustausch zur internationalen Lage (von 17.00 bis 19.00
Uhr)

Weisungsgemäß halte ich aus dem Gedächtnis folgende Stichworte fest:

- 1) Sie berichten ausführlich auf Bitte Nordlis über Vorgeschichte, Ablauf und Eindrücke Ihres Moskau-Besuchs.⁴ Nordli stimmt der politischen Linie, die Sie und BM Genscher in Moskau vertreten haben, voll zu und unterstreicht, daß sich die norwegische Regierung nicht scheue zu sagen, daß sie sich durch Ihre Gespräche in Moskau „vertreten“ gefühlt habe.
- 2) Sie geben auf Bitte Nordlis Ihre persönliche Einschätzung der möglichen Entwicklungen in den USA und der weltpolitischen Rolle der USA.
- 3) Sie stimmen mit Nordli im Rahmen einer allgemeinen Erörterung des West-Ost-Verhältnisses in der Beurteilung der Lage Polens⁵ voll überein. Nordli betont wie Sie die besondere Anteilnahme der Bevölkerung seines Landes an dem Prozeß, der sich in Polen vollzieht, sowie die Notwendigkeit, daß sich die westlichen Regierungen in der Öffentlichkeit zurückhalten.
- 4) Sie erläutern die Absage Ihres Besuchs in der DDR.⁶ Der Manövrierraum Ost-Berlins sei so beengt, daß der gegenwärtige Zeitpunkt ungeeignet erscheine, Fortschritte im Bereich der West-Ost-Beziehungen zu erreichen. Das gelte nach Ihrer Einschätzung auch für Besuche westlicher Staatsmänner in Ost-Berlin. Nordli erwähnt, daß er nach Ost-Berlin eingeladen sei, aber Ihre Einschätzung teile und daher zunächst nicht reisen werde.⁷

¹ Ablichtung.

Die Aufzeichnung wurde von Ministerialdirigent von der Gablentz am 27. August 1980 über Staatssekretär Schüler, Bundeskanzleramt, an Bundeskanzler Schmidt weitergeleitet. Dazu teilte Gablentz mit: „Auszug zur Sicherheitspolitik (Ziff. 6) sollte nach Ihrer Billigung zur persönlichen Unterrichtung BM Genscher und BM Apel zugeleitet werden. Sonst keine Weitergabe. Die operativen Elemente dieses Gesprächs haben im Delegationsgespräch ihren Niederschlag gefunden.“ Vgl. den Beleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 54.

² Helmut Schmidt.

³ Zum Besuch des Ministerpräsidenten Nordli am 24./25. August 1980 in der Bundesrepublik vgl. auch Dok. 242.

⁴ Zum Besuch des Bundeskanzlers Schmidt und des Bundesministers Genscher am 30. Juni und 1. Juli 1980 in Moskau vgl. Dok. 192–195.

⁵ Zur Lage in Polen vgl. Dok. 228 und Dok. 240.

⁶ Zur Verschiebung des Besuchs des Bundeskanzlers Schmidt in der DDR vgl. Dok. 241.

⁷ Botschafter Schmidt-Pauli, Oslo, berichtete am 1. Februar 1980, ein Besuch Ministerpräsident Nordlis in der DDR sei für den Mai 1980 vorgesehen gewesen: „Unter dem Eindruck der Verschiebung der Reise des Herrn Bundeskanzlers nach Ost-Berlin und ihres Hintergrundes wird AM Frydenlund [...] dem DDR-Botschafter in Oslo mitteilen, daß der Besuch von MP Nordli in Ost-Berlin

5) Ihrer Einschätzung nach wird sich die krisenhafte Entwicklung der internationalen Beziehungen 1981 eher noch zuspitzen. Die Krisenherde im Nahen Osten bleiben virulent. Die Gefahr eines Rüstungswettlaufs ist hoch, die Chancen, ihn durch Rüstungskontrollverhandlungen einzudämmen, sind begrenzt. Wir müssen mit weiteren Unsicherheiten über die weltpolitische und verteidigungspolitische (Reagans Konzept einer Überlegenheit statt Gleichgewicht⁸) Haltung der USA rechnen. Eine Verhärtung der sowjetischen Politik unter Einfluß nachrückender Führungskräfte im Kreml, die zu brutalen Entscheidungen fähig seien, ist nicht auszuschließen.

6) Zur norwegischen Sicherheitspolitik berichtet Nordli eingehend über die politische Grundentscheidung seiner Regierung, entgegen amerikanischen Wünschen Depots für amerikanische Einsatztruppen und Marines nicht im Norden, sondern im Süden oder in der Mitte Norwegens vorzusehen. Der Norden sollte grundsätzlich von norwegischen Truppen selbst verteidigt werden. Damit könne der besondere norwegische Beitrag zur Allianz innenpolitisch am besten begründet werden, das nordische Gleichgewicht am besten bewahrt werden und die Sowjets am wenigsten Grund erhalten, auf die Einrichtung von Depots in Norwegen zu reagieren. Sie stimmten Nordlis Überlegungen im Grundsatz zu, wobei Sie die strategische Verwundbarkeit Mittel- und Südnorwegens hervorhoben, das im Falle einer Auseinandersetzung eher noch als der unwegsame Norden sowjetische Angriffe auf sich ziehen könne. Dieses Argument werde durch die besorgniserregende verteidigungspolitische Haltung Dänemarks⁹ verstärkt, die auf längere Sicht zu einer offenen Flanke zwischen Nord- und Ostsee und damit zu einer strategischen Isolierung Norwegens von Zentraleuropa führen könne. Nordli und Sie knüpfen hieran Erwägungen über die Möglichkeiten nationaler und parteipolitischer Einflußnahme auf die dänische Regierung. Sie stimmen darin überein, daß es im Zusammenhang mit der TNF-Stationierung ab 1983 in Europa zu erneuten innenpolitischen Schwierigkeiten in verschiedenen Ländern kommen könne, denen Sie beide entschlossen sind, zu begegnen.

7) Zur Europapolitik heben Sie die weltpolitische Verantwortung hervor, die angesichts der Unsicherheiten über die Haltung und Entwicklung der Supermächte auf die Staaten Westeuropas zukommt. Nordli erläutert Norwegens großes und wachsendes Interesse, bei der westeuropäischen Meinungsbildung insbesondere im Bereich der internationalen Politik mitzuwirken, auch wenn

Fortsetzung Fußnote von Seite 1294

angesichts der allgemeinen Lage auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden müsse.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 51; Referat 204, Bd. 115981.

⁸ Zu den außenpolitischen Vorstellungen des Kandidaten der Republikanischen Partei bei den amerikanischen Präsidentschaftswahlen, Reagan, vgl. Dok. 229, Anm. 6.

⁹ Botschaftsrat I. Klasse Giesder, Kopenhagen, berichtete am 14. August 1980, im dänischen Außenministerium sei bestätigt worden, daß Ministerpräsident Jørgensen von den Medien korrekt wiedergegeben worden sei: „Wir wollen nicht dazu beitragen, die internationale Spannung durch erhöhte Verteidigungsausgaben und die Beteiligung am Wettrüsten zu steigern“. Sein „Eintreten für sog. „Nulllösung““ sei möglicherweise den Spannungen innerhalb der dänischen sozialdemokratischen Partei geschuldet. Der dänische Außenminister Olesen habe darüber hinaus hinsichtlich der im Langfristigen Verteidigungsprogramm der NATO vom 30./31. Mai 1978 vorgesehenen jährlichen Steigerung der Ausgaben für die Verteidigung um drei Prozent Vorbehalte angemeldet: „Unterrichtung von BM Apel durch dänischen Kollegen Søgaard schon Ende Mai über sich für DK stellenden Zielkonflikt zwischen vierjähriger Laufzeit ‚Verteidigungsvergleichs‘ einerseits und jährlicher Drei-Prozent-Erhöhung habe wohl dazu beigetragen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 484; Referat 220, Bd. 116870.

es seine Kontakte zur EG und zur EPZ nicht formalisieren könne. Die norwegische Regierung habe daher als ersten Schritt beschlossen, ihre bilateralen Kontakte zu den Mitgliedstaaten der EG auf allen Ebenen zu intensivieren, und denke daran, die informellen Kontakte zu den EG-Institutionen zu verstärken. Er plane daher einen Besuch in Brüssel. Sie stimmen der norwegischen Zielsetzung voll zu und wollen die norwegischen Bemühungen nach Kräften fördern. Neben den wichtigen bilateralen Beziehungen, für die Ihre regelmäßigen Treffen mit Nordli¹⁰ ein besonders gutes Beispiel seien, sollte die norwegische Regierung vor allem Kontakt mit dem Ministerrat und dem Europäischen Rat über die jeweilige Präsidentschaft suchen, da hier – und nicht bei der Kommission – das politische Schwergewicht der EG liegt. Der Europarat in Straßburg reiche als politische Klammer nicht aus.

Gablentz

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 54

246

Botschafter Negwer, Warschau, an das Auswärtige Amt

VS-NfD

Fernschreiben Nr. 1008

Citissime nachts

Aufgabe: 27. August 1980, 14.15 Uhr¹

Ankunft: 27. August 1980, 14.54 Uhr

Betr.: Innenpolitische Lage Polens²

Bezug: DB Nr. 986 vom 25.8.1980 – POL 320.10 VS-NfD³

Zur Unterrichtung

Drei Tage nach Umbildung von Politbüro PVAP und Regierung ist innere Spannung nach kurzen Augenblicken der Erleichterung und der gedämpften Zuversicht wieder auf den Siedepunkt gestiegen. Ursächlich dafür sind die erstaun-

¹⁰ Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Nordli am 23. November 1978 in Hamburg vgl. AAPD 1978, II, Dok. 355.

Zum Gespräch Schmidts mit Nordli am 12. Juli 1979 in Oslo vgl. AAPD 1979, II, Dok. 209.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Keil am 29. August 1980 vorgelegen.

² Zur Lage in Polen vgl. Dok. 228 und Dok. 240.

³ Botschafter Negwer, Warschau, berichtete über das IV. Plenum des ZK der PVAP am 24. September 1980: „Die dramatischen Veränderungen im Politbüro der PVAP und in der Regierung bedeuten einen Sieg der liberalen Linie, an deren Spitze sich mit größerer Entschlossenheit als zuvor Gierek selbst gesetzt hat. Angesichts der Ausweglosigkeit der Lage zögerte er nicht, von ihm eng verbundenen Mitarbeitern wie Babiuch die Selbstaufopferung zu verlangen. Damit rettete er zunächst die eigene Position, bewirkte aber auch ein endgültiges Einschwenken auf den Kurs der friedlichen Konfliktlösung. [...] Die triumphale Rückkehr Olszowskis und sein vermutliches Einrücken auf Platz zwei der Partei ist ein programmatisches Signal.“ Negwer äußerte, das überbetrieblichen Streikkomitee in Danzig sei gut beraten, nun nicht weiter auf Maximalforderungen zu beharren. Auch die ka-

liche Hartnäckigkeit der überbetrieblichen Streikkomitees in Danzig und das Übergreifen der Streikbewegung auf Betriebe in Breslau, Łódź, Lublin, Bielsko Biala und Allenstein. Neben diesen Sympathie-Streiks kam es zu Arbeitsniederlegungen im Ursus-Traktorenwerk und bei Polski Fiat in Warschau, wo die Arbeiter mit allem Nachdruck verlangten, über den Verhandlungsablauf in Danzig erschöpfend informiert zu werden.

Die Reaktion des offiziellen Apparats auf die erneute Zuspitzung hat sensationellen Charakter. Zum Auftakt der gestrigen Abendnachrichten im Fernsehen wurden Filmaufnahmen vom Auftreten des Primas, Kardinal Wyszyński, in Tschenstochau gezeigt. Im Anschluß an die Nachrichten übertrug das Fernsehen mit einer geringfügigen, doch bezeichnenden Auslassung in vollem Umfang (45 Minuten) seine Predigt⁴. Sie soll heute im Fernsehen noch einmal wiederholt werden. Sie wurde in gleicher Fassung auch vom Rundfunk übertragen und in der heutigen Tagespresse wiedergegeben. Dies ist seit Krise 1956⁵ erstmaliger Breitenzugang des Primas zu polnischen Medien. Er beleuchtet gleichzeitig die ernste Beurteilung der Lage durch Regime und durch Primas.

Auf dem gestern kurzfristig einberufenen Kongreß des Zentralrates der Gewerkschaft wurde nicht nur die bereits bekannte Selbstkritik in aller Breite und Schärfe wiederholt. Die Postulate einer tiefgreifenden Strukturreform der Gewerkschaft gipfelten in der Forderung, das Recht auf Streik als letztes Mittel zur Durchsetzung von Arbeitnehmerinteressen gegenüber der Arbeitsverwaltung im neuen Gewerkschaftsstatut zu verankern. Gleichzeitig bestätigte Ryszard Wojna in einem ebenfalls gestern im Fernsehen übertragenen Kommentar, das Zentralkomitee habe auch dieses Zugeständnis als Bestandteil der Verhandlungsposition der Regierung gebilligt. Danach erscheint sogar die Nachricht glaubhaft, Vizepremier Jagielski hätte sich gegenüber dem Streikkomitee bereit erklärt, die Forderung nach einer unabhängigen Gewerkschaft als Verhandlungsgegenstand zu akzeptieren.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1296

tholische Kirche rate unüberhörbar zum Kompromiß: „Nach den bisherigen Reaktionen aus dem sozialistischen Umfeld Polens sollte jedem einsichtig sein, daß an Abschaffung der Zensur, Garantie des Streikrechts und Zulassung gänzlich unabhängiger Gewerkschaften nicht zu denken ist.“ Vgl. Referat 214, Bd. 132904.

⁴ Für den Wortlaut der Predigt des Kardinals Wyszyński am 26. August 1980 im Kloster Jasna Góra in Tschenstochau vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 667–671 (Auszug).

⁵ Am 28. Juni 1956 kam es in Posen zu Massendemonstrationen von Arbeitern für eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, die gewaltsam beendet wurden. Vgl. dazu den Artikel „Schwere Unruhen in Posen“; NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe vom 30. Juni 1956, S. 1.

Die auch aufgrund der Geheimrede des Ersten Sekretärs des ZK der KPdSU, Chruschtschow, auf dem XX. Parteitag vom 14. bis 25. Februar 1956 in Moskau über seinen Amtsvorgänger Stalin und nach dem Tod ihres Ersten Sekretärs des ZK, Bierut, verunsicherte Führung der PVAP geriet durch die fortdauernde Unruhe in der Bevölkerung unter wachsenden Druck. Nach Gesprächen einer hochrangigen Delegation der KPdSU unter Führung von Chruschtschow mit der polnischen Parteiführung am 19./20. Oktober 1956 in Warschau wurde der bereits begonnene Vormarsch von in Polen stationierten sowjetischen Truppen auf Warschau gestoppt. Der am 21. Oktober 1956 zum Ersten Sekretär des ZK der PVAP gewählte frühere Generalsekretär Gomułka erhielt die Möglichkeit für einen liberaleren Kurs, der u. a. die Entfernung sowjetischer Offiziere aus den polnischen Streit- und Sicherheitskräften beinhaltete. Für Aufzeichnungen über die Diskussion im Politbüro der PVAP sowie mit der Delegation der KPdSU vgl. COLD WAR INTERNATIONAL HISTORY PROJECT BULLETIN, Nr. 5, S. 39–43.

Partei und Regierung – so scheint es – sind auf dem Wege zu einem Kompromiß mit den streikenden Arbeitern nun so weit gegangen, daß der letzte Verhandlungsspielraum wie auch die Toleranzbereitschaft der sozialistischen Nachbarn wohl ausgeschöpft sind. Verlieren die Streikenden den im polnischen Nationalcharakter ohnehin nicht sehr stark ausgeprägten Sinn für Maß gänzlich, so ist eine nationale Katastrophe kaum noch zu vermeiden. Eben diese hat Ryszard Wojna in seinem Fernsehappell als konkrete Gefahr beschworen, in dem er mit großem Ernst die Grenzen aufzeigte, die durch die unabänderliche geographische Lage Polens, seine geschichtlichen Erfahrungen und seine Einordnung in das empfindliche bipolare Gleichgewichtssystem des heutigen Europas gezogen sind.

Auch die mit Spannung erwartete Predigt des Primas hat in weniger direkter, doch deutlicher Form alle am Konflikt Beteiligten gemahnt, in ihren Forderungen maßvoll zu sein, nicht alles auf einmal zu wollen, den moralischen Wert der Arbeit für den einzelnen und für die Nation zu erkennen, die Ordnung im familiären, beruflichen, gesellschaftlichen und politischen Leben hochzuhalten. Ohne Arbeit versage das beste Wirtschaftssystem, und ohne Ordnung ließen sich auch berechnete Forderungen nicht durchsetzen. Die durch schmerzliche Geschichte erlangte Reife der Nation verpflichte zur Verantwortung. Nur seine kritischen Bemerkungen über den Atheismus und dessen negative Auswirkungen auf die Jugend wurden bei der öffentlichen Verbreitung der Predigt weggelassen.

Die große Besorgnis, die aus diesen Worten spricht, ist unüberhörbar. Es wird uns aus der Umgebung des Primas sogar signalisiert, die in der Bundesrepublik und in anderen westlichen Ländern im Zusammenhang mit den aktuellen Ereignissen laut werdenden systemkritischen Kommentare seien außerordentlich gefährlich und sollten, wenn irgend möglich, unterbleiben. Die Frage ist nun, wird die Mahnung des Primas das Danziger Streikkomitee kompromißbereit stimmen?

Das Angebot der Führung beinhaltet mehr, als erhofft werden konnte. Die angekündigte Reform der Gewerkschaft bis hin zum legalisierten Streikrecht könnte aus der bisherigen diskreditierten Staatsgewerkschaft etwas qualitativ anderes entstehen lassen, möglicherweise sogar mit einem neuen Etikett, das den letzten Dissens in dieser Frage gnädig überdecken würde. Wer darauf nicht eingeht oder sogar in der Hybris faktischer Augenblicksmacht die politische Offensive weitertreibt, der riskiert erdrutschartige Erschütterung der Strukturen von Staat und Gesellschaft mit allen sich zwangsläufig daraus ergebenden schrecklichen Konsequenzen.

[gez.] Negwer

Referat 214, Bd. 132904

247

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Generaldirektor des israelischen Außenministeriums, Kimche

310-320.10 ISR

28. August 1980¹

Gespräch BM mit dem neuen Generaldirektor des israelischen Außenministeriums, Dr. David Kimche, am 28.8.1980 von 16.30 bis 17.30 Uhr

Nach der Begrüßung von GD Kimche durch BM begann Botschafter *Meroz* das Gespräch mit der Bemerkung, daß er um einen Termin beim BM nachgesucht habe, um über seine während seines Urlaubs in Israel gewonnenen Eindrücke zu berichten. Jetzt füge es sich, daß der Termin mit dem Besuch Dr. Kimches² zusammenfalle.

BM warf ein, daß das beabsichtigte Gespräch mit dem Botschafter davon unberührt bleibe.

GD *Kimche* überbrachte Grüße von Außenminister Shamir und Herrn Ehrlich.

BM erwiderte, er werde AM Shamir anlässlich der 35. GV der VN in New York³ treffen. Bei der Gelegenheit könne ein Termin für einen Arbeitsbesuch⁴ in Bonn, der am besten auf die Zeit nach der Regierungsbildung in Bonn⁵ fallen sollte, vereinbart werden.⁶ AM Shamir sei herzlich willkommen.

GD *Kimche* eröffnete das Sachgespräch mit der Feststellung, daß er Neuling auf diplomatischem Parkett sei⁷ und daher für sich das Recht in Anspruch nehmen, offen und frei zu sprechen.

Sein erster Besuch im Ausland in seiner neuen Eigenschaft gelte Bonn. Es haben immer besondere Beziehungen zwischen Israel und der Bundesrepublik Deutschland bestanden, und es gebe diese noch weiter. Man habe das Gefühl in Israel, daß die Bundesrepublik sich bis vor etwa 1 1/2 Jahren gegenüber dem Nahen Osten politisch ziemlich passiv verhalten habe. Dies habe sich in letzter Zeit

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Fiedler am 29. August 1980 gefertigt.

Hat Vortragendem Legationsrat von Ploetz am 2. September 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an die Vortragenden Legationsräte von Nordenskjöld und Edler von Braunnmühl verfügte. Für Braunnmühl vermerkte er handschriftlich: „RL 310 nimmt zur Vorbereitung von N[ew]Y[ork] mit Israelis auf, welche Termine für Shamir-Besuch in Bonn (nach unserer Regierungsbildung) in Betracht kommen.“ Hat Nordenskjöld am 3. September 1980 vorgelegen.

Hat Braunnmühl am 15. September 1980 vorgelegen.

² Der Generaldirektor des israelischen Außenministeriums, Kimche, hielt sich am 27./28. August 1980 in der Bundesrepublik auf.

³ Die VN-Generalversammlung fand vom 16. September bis 17. Dezember 1980 sowie am 15./16. Januar 1981 in New York statt. Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem israelischen Außenminister Shamir am 24. September 1980 vgl. Dok. 257, Anm. 15.

⁴ An dieser Stelle vermerkte Vortragender Legationsrat von Ploetz handschriftlich: „od[er] offiziellen Besuch“.

⁵ Die Wahlen zum Bundestag fanden am 5. Oktober 1980 statt.

⁶ Der israelische Außenminister Shamir hielt sich vom 16. bis 18. November 1980 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundesminister Genscher am 17. November 1980 vgl. Dok. 331.

⁷ Der stellvertretende Leiter des israelischen Auslandsgeheimdienstes, Kimche, übernahm am 15. Juli 1980 das Amt des Generaldirektors des israelischen Außenministeriums.

geändert. Grundsätzlich begrüße Israel die größere außenpolitische Aktivität der Bundesrepublik. Er sei jedoch besorgt darüber, daß die Bundesregierung im Nahen Osten dabei manchmal Konzeptionen vertrete, die auf falschen Voraussetzungen beruhten. Das sei die Ursache der aufgetretenen Mißverständnisse, die AM Shamir und er ausräumen wollten.

Dr. Kimche erläuterte die aufgetretenen Mißverständnisse anhand von Beispielen:

1) Wenn er richtig unterrichtet sei, gehe die Bundesregierung zusammen mit ihren europäischen Partnern von der Überlegung aus, daß der Nahost-Konflikt so schnell wie möglich gelöst werden müsse, um die Entstehung einer gemeinsamen Front zwischen der SU und den Arabern zu verhindern und die Ölversorgung zu sichern. Richtig sei, daß es eine Fülle anderer Konflikte in der arabischen Welt gebe, die die SU ausnutze. Stabilität in Nahen Osten dürfe daher nicht auf Kosten Israels gesucht werden.

2) Die Venedig-Erklärung des ER⁸ sei keine Lösungsgrundlage für den Nahost-Konflikt. Die EG wolle die PLO in die Verhandlungen einbinden. Sie töte Camp David.⁹ Venedig sei der Weg zu einer wachsenden Spannung, die zum Krieg führen könne. Zum ersten Mal seit Jahren spreche das Volk, auch das Establishment in Israel, wieder von der Möglichkeit eines Krieges. Das würde eine schreckliche Entwicklung sein.

In diesem Zusammenhang schilderte Dr. Kimche die aktuellen Sorgen Israels über eine nicht auszuschließende Machtausdehnung Iraks auf Jordanien und Syrien. An der Ostfront wachse die Bedrohung. Irak unterhalte die stärkste Armee in dem Raum mit 3000 Panzern. Wenn Jordanien in den Aktionsradius der irakischen Armee käme, würden die „roten Lampen“ in Israel aufleuchten. Zu dieser Sorge komme die Gefahr eines Sturzes von Assad, den er noch als das kleinere Übel darstellte, durch irakische Machenschaften.

Sein Anliegen sei es, Wege und Mittel zu finden, die Mißverständnisse zu beseitigen und die Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland wieder so zu gestalten, wie sie früher bestanden hätten.

BM erbat eine Darlegung der gegenwärtigen israelischen Probleme in bezug auf den Friedensprozeß.

GD Kimche erläuterte, daß Israel fest entschlossen sei, den in Camp David eingeschlagenen Weg fortzusetzen. Israel befinde sich mit den Arabern seit mehr

⁸ Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats vom 12./13. Juni 1980 in Venedig über den Nahen Osten vgl. BULLETIN DER EG 6/1980, S. 10f. Vgl. dazu auch Dok. 177.

⁹ Zum Camp-David-Prozeß vgl. Dok. 13, Anm. 13.

Zu den Gesprächen zwischen Ägypten und Israel über eine Autonomie der palästinensischen Gebiete vgl. Dok. 219, Anm. 3.

Am 4. August 1980 berichtete Botschaftsrat I. Klasse Richter, Kairo: „Die für morgen angesetzte Plenarsitzung der Autonomieverhandlungen in Kairo ist ebenso wie die gestern vorgesehen gewesene Sitzung des Rechtsausschusses ohne Festlegung eines neuen Datums auf ägyptischen Wunsch abgesetzt worden. Dies ist die erste Auswirkung des Jerusalem-Beschlusses der Knesset auf die Autonomieverhandlungen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1208; Unterabteilung 31, Bd. 135601.

Richter ergänzte am selben Tag, der Staatsminister im ägyptischen Außenministerium, Boutros-Ghali, habe ihn informiert, Präsident Sadat habe Ministerpräsident Begin aufgefordert, „die gesamte bisherige israelische Verhandlungsführung neu zu überdenken (to re-evaluate) und die ‚faits accomplis‘ rückgängig zu machen. Solange dies nicht geschehe, blieben die Autonomieverhandlungen ‚suspendiert‘.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1216; Unterabteilung 31, Bd. 135601.

als 30 Jahren im Kriegszustand. Es könne den Frieden nur mit Hilfe seiner Freunde gewinnen. Wenn die Europäer Camp David für tot erklärten, werde der Konflikt noch zehn Jahre länger dauern. Wenn wir einen nützlichen Beitrag zur Friedenssicherung leisten wollten, sollten wir die anderen Araber, insbesondere auch die Araber im Westjordanland, für die Teilnahme am Camp-David-Prozeß gewinnen. Das sei der einzig richtige Weg. Eine andere Alternative gebe es nicht.

BM erwiderte, daß, was immer wir täten, wir niemandem die Perspektive nähmen.¹⁰

BM erinnerte daran, daß er noch vor wenigen Jahren mit dem damaligen *AM* Dayan die Frage der Unterzeichnung von Verträgen in Jerusalem besprochen habe. Inzwischen sei es so weit gekommen, daß die in Jerusalem residierenden Botschaften aus der Stadt verlegt würden. Das sei die Konsequenz des Jerusalem-Gesetzes¹¹, das wir für falsch hielten. Es bringe faktisch überhaupt nichts ein.

GD Kimche führte dazu aus, daß nach israelischen Erkenntnissen die Araber schon längst vorher, etwa schon vor sechs Monaten, beschlossen hätten, die Jerusalem-Frage hochzuspielen. Israel habe es den Arabern in der Tat sehr leicht gemacht, Druck auszuüben.¹² Die Gefahr bestehe, daß Israel, je mehr es sich in die Enge getrieben fühle, so wie geschehen, reagiere.

Botschafter *Meroz* warf ein, mit einer „Trotzreaktion“.

Dr. Kimche fügte hinzu, es sei zwar sehr bedauerlich, daß die Niederlande ihre Botschaft aus Jerusalem verlegt hätten, sie hätten aber immerhin klar von arabischem Druck in ihrer Erklärung gesprochen.¹³

¹⁰ Diesen Absatz hob Vortragender Legationsrat von Nordenskjöld mit Fragezeichen hervor. Dazu vermerkte er handschriftlich: „fragte nach den Perspektiven der israelischen Politik, wobei er das Jerusalem-Gesetz einzubeziehen bittet.“

¹¹ Zur Initiative für ein Jerusalem-Gesetz im israelischen Parlament vgl. Dok. 148, Anm. 22.

Am 30. Juli beschloß das israelische Parlament das Verfassungsgesetz über Jerusalem, das die Stadt zum Sitz des israelischen Staatspräsidenten, Parlaments, der Regierung und des Obersten Gerichtshofs bestimmte. Für den Wortlaut des Gesetzes vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 603.

Mit Resolution Nr. 478 verurteilte der VN-Sicherheitsrat am 20. August 1980 das israelische Jerusalem-Gesetz und forderte Staaten mit diplomatischen Vertretungen in Jerusalem auf, diese aus der Stadt abzuziehen. Vgl. dazu RESOLUTIONS AND DECISIONS 1980, S. 14.

Neben den Niederlanden zog daraufhin eine Reihe lateinamerikanischer Staaten ihre Botschaften aus Jerusalem ab. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Oosterhelt vom 26. November 1980; Referat 310, Bd. 125005.

¹² Referat 310 notierte am 1. August 1980: „Die Sonderkonferenz der AM der Islamischen Konferenz in Amman (11. bis 13. Juli 1980) bestätigte Rechte ihrer Mitglieder, Beziehungen zu Staaten abzubauen, die Annexion Jerusalems und Erklärung zur Hauptstadt Israels unterstützen; außerdem wurden alle Staaten, die ihre Vertretung in Jerusalem haben, aufgefordert (entsprechende Vorstellungen erfolgten z. B. in Den Haag), diese abzuziehen, da andernfalls die nächste Islamische Konferenz geeignete Maßnahmen (inklusive Abbruch der Beziehungen) ergreifen würde.“ Vgl. Referat 310, Bd. 125005.

¹³ Botschaftsrat I. Klasse Meincke, Den Haag, informierte am 26. August 1980, die niederländische Regierung habe am Vortag die Verlegung der Botschaft von Jerusalem nach Tel Aviv beschlossen. In einer Erklärung habe sie die einseitige Änderung des Status von Jerusalem bedauert: „Nachdem der frühere NL-Außenminister van der Stoep in einem Leserbrief in ‚De Volkskrant‘ vom 14.8. vorgeschlagen hatte, einer evtl. Empfehlung des Sicherheitsrats für Verlegung NL-Botschaft zu folgen, ist entsprechende Resolution des Sicherheitsrates vom 20.8. in Den Haag ‚mit einem Seufzer der Erleichterung‘ – so verschiedene Zeitungen – aufgenommen worden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 332; Referat 310, Bd. 125008.

BM brachte den Darlegungen Dr. Kimches gegenüber deutliche Vorbehalte zum Ausdruck:

Je länger der Nahost-Konflikt andauere, desto größer würden die Möglichkeiten der SU im Nahen Osten. Die Sicherheit Westeuropas und auch Israels sei von der Größe des Einflusses der SU im Mittelmeerraum abhängig. Er gehe davon aus, daß die SU keinen Krieg in Nahen Osten wolle. Ihr Ziel sei vielmehr die Beibehaltung eines latenten Spannungszustandes. Er gehöre nicht zu den Befürwortern einer Beteiligung der SU am Friedensprozeß. *BM* erinnerte an die sehr scharfe Reaktion Gromykos auf die Simbabwe-Lösung¹⁴, die gezeigt habe, daß die SU zum eigenen Nutzen am Fortgang des Rassenkonflikts interessiert gewesen sei. Ähnlich verhalte es sich im Nahen Osten.

BM kam in diesem Zusammenhang auf die Waffenwünsche mancher Araber zu sprechen. Wir könnten sie nicht befriedigen. Diejenigen, die sie aus dem Osten bezögen (z.B. Syrien), müßten sich darüber klar sein, daß die damit verbundene Ausbildung nicht nur militärisch-technischer Natur sei.

Die Konfliktlösung im Nahen Osten müsse einen anderen (d.h. friedlicheren) Weg einschlagen, als man ihn jahrhundertlang in Europa gegangen sei.

Der Einfluß der Ölfrage auf unsere Politik werde von Israel überschätzt. Wir seien nicht erpressungsfähig. Die Araber müßten ihr Öl auch verkaufen.

Er zweifle, daß Israel noch genug Unterstützung für seinen Weg finde. Selbst Jordanien sei nicht mehr zum Einschwenken bereit. Den Arabern ginge es um die Lösung der Palästinenser-Frage, um die Palästinenser loszuwerden. Er sei überzeugt, daß Arafats heutiger weltweiter Einfluß zurückgehen werde, wenn einmal eine Lösung für das Westjordanland gefunden sei.

GD Kimche nahm die vom *BM* gemachte Bemerkung zum Öl mit Befriedigung zur Kenntnis.

Das Gespräch wandte sich sodann erneut dem von den Arabern auf die Politik verschiedener Länder ausgeübten Druck zu.

Dr. Kimche zeigte Verständnis für die niederländische Haltung. Überschlägigen Berechnungen zufolge hätten die Niederlande die Annullierung von Lieferverträgen im Werte bis zu 5 Milliarden Dollar hinnehmen müssen, wenn sie nicht nachgegeben hätten.

BM warf ein, daß die Niederlande mit ihrer Botschaft in Jerusalem in einer besonderen Situation gewesen seien. Künftig seien sie allen europäischen Partnern gleichgestellt. Druck werde jetzt nicht mehr ziehen.

Dr. Kimche fuhr fort, daß Frankreichs Nahostpolitik von seinen Waffenexporten in die arabischen Länder abhängig sei.

Die Araber erpreßten gezielt einzelne Länder der Dritten Welt. Wenn z.B. Jamaika 50 Mio. Dollar für den Bruch mit Israel erhalte, dann seien das für kleinere Entwicklungsländer beträchtliche Summen, denen sie gar nicht widerstehen könnten.

¹⁴ Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 22. November 1979; AAPD 1979, II, Dok. 343.

Dr. Kimche faßte zusammen: Jerusalem sei nur ein Anfang. Weitere und noch größere Erpressungen würden folgen. In dieser Lage brauche Israel dringend europäische Unterstützung.

Zu den Perspektiven des Friedensprozesses bemerkte GD Kimche, daß Ägypten an Camp David festhalten werde, wie Sadat gestern dem israelischen Botschafter in Kairo¹⁵ versichert habe.¹⁶ Aber wenn die Europäer den Arabern einen anderen Verhandlungsrahmen anböten, dann werde es auch Ägypten unmöglich gemacht, bei Camp David zu bleiben. Die Europäer sollten dem Friedens-

¹⁵ Eliahu Ben-Elissar.

¹⁶ Präsident Sadat forderte Ministerpräsident Begin am vom 2. August 1980 auf, Hindernisse aus dem Weg zu räumen, die in den vergangenen Monaten den Weg zum Frieden versperrt hätten. Ansonsten habe eine Fortführung der Gespräche über eine Autonomie der palästinensischen Gebiete keinen Sinn. In diesem Zusammenhang kritisierte Sadat die Verabschiedung des israelischen Jerusalem-Gesetzes vom 30. Juli 1980. Für den Wortlaut des Schreibens vgl. den Schriftbericht Nr. 1229 des Botschaftsrats I. Klasse Richter, Kairo, vom 13. August 1980; Unterabteilung, Bd. 135601.

Am 4. August 1980 antwortete Begin auf Sadats Schreiben. Dazu berichtete Botschaftsrätin I. Klasse Steffler, Tel Aviv, am 7. August 1980, offenbar ermahne Begin Sadat, „Autonomieverhandlungen nicht immer wieder einseitig auszusetzen. Er weist auf Erfordernis hin, über C[amp]D[avid]-Rahmen nicht hinauszutreten, was u. a. durch ägyptische Zustimmung zu Resolutionen der Palästina-SGV getan worden sei. Begin weist ägyptische Erklärung zurück, daß souveräne Handlung demokratischen israelischen Parlaments (zu Jerusalem) null und nichtig sei. Andererseits soll Begin-Botschaft Zusage enthalten, daß bei laufenden Verhandlungen zwischen Israel und Ägypten alle strittigen Themen einschließlich Jerusalem negotiabel seien.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 770; Unterabteilung 31, Bd. 135601.

Für den Wortlaut des Schreibens Begins an Sadat, das am 12. August 1980 in der israelischen Tageszeitung „Jerusalem Post“ veröffentlicht wurde, vgl. den Schriftbericht Nr. 1108 der Botschaft in Tel Aviv vom 12. August 1980; Unterabteilung 31, Bd. 135601.

Über ein zweites Schreiben Sadats an Begin vom 15. August 1980 teilte Richter am 18. August 1980 mit: „Der in unpolemischem-beschwörendem Ton gehaltene Brief setzt sich zunächst mit der israelischen Version von ‚Verhandlungsfähigkeit‘ auseinander, um dann in Anknüpfung an Sadats jüngste Gebetsklausur im Sinai die Friedenssuche zur ‚Heiligen Mission‘ Ägyptens zu erklären. An diesen, aus Sadats Feder stammenden Teil schließen sich eher juristisch formulierte Teile an: Da die Autonomie nur für eine Übergangszeit gelten soll, fehlen natürlich Einzelheiten über das endgültige Schicksal der Palästinenser, über das nur diese selbst entscheiden können; Jerusalem ist in Camp David direkt und indirekt angesprochen. Ost-Jerusalem teilt grundsätzlich das Schicksal der Westbank [...]; die israelischen Siedlungen sind illegal. Sadat erläutert nochmals sein Angebot, Nilwasser für Siedlungen im Negev, zur Ablösung der Siedlungen in den besetzten Gebieten, bereitzustellen; die Palästinenser haben das Recht auf Selbstbestimmung (so Völkerrecht, so schon vor Knesset gesagt); Ägypten besteht auf vollständigem Rückzug Israels.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1272; Unterabteilung 31, Bd. 135601.

Für den Wortlaut des Schreibens vgl. den Schriftbericht Nr. 1236 der Botschaft in Kairo vom selben Tag; Unterabteilung 31, Bd. 135601.

Steffler berichtete am 20. August 1980: „Antwortschreiben von PM Begin auf zweites Schreiben von Präsident Sadat wurde gestern in Kairo übergeben und anschließend hier veröffentlicht. [...] Begin setzt sich in seinem Schreiben ausführlich mit der Geschichte des israelischen Volkes im Land Israel auseinander [...]. Zum Thema Siedlungen ruft Begin unter Zitierung seines Schreibens an Präsident Carter vom 17. September 1978 erneut in Erinnerung, daß er nur einem dreimonatigen Siedlungsstopp während der C[amp]D[avid]-Verhandlungen zugestimmt und zu keinem Zeitpunkt daran gedacht habe, sich für die unbegrenzte Verhandlungsdauer zur Autonomie entsprechend zu verpflichten.“ Bezüglich des Rechtsstatus von Jerusalem und der Resolution Nr. 242 des VN-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 beharre Begin auf seinem bekannten Standpunkt: „Schließlich setzt er sich mit dem Vorschlag Sadats auseinander, die Autonomiegespräche bis nach dem 4. November 1980 auszusetzen und dann zu einem Dreier-Gipfel mit Präsident Carter zusammenzutreffen. Begin wiederholt seinen Vorschlag, ohne weitere Verzögerung Autonomiegespräche, die von Ägypten inzwischen vier Mal unterbrochen worden seien, wiederaufzunehmen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 801; Unterabteilung 31, Bd. 135601.

Für den Wortlaut des Schreibens vom 18. August 1980 vgl. den Schriftbericht Nr. 1142 der Botschaft in Tel Aviv vom 21. August 1980; Unterabteilung 31, Bd. 135601.

prozeß keine Hindernisse in den Weg legen. Israel werde den Weg von Camp David weitergehen. Er hoffe, daß sich auch Jordanien und die Bewohner Westjordanlandes anschließen würden. Dies wäre der beste und schnellste Weg zur Verbesserung ihrer Lage. Sie würden jedoch von der PLO daran gehindert. Die PLO wolle Israel zerstören, wie die Beschlüsse der Fatah in Damaskus vor einigen Wochen erneut bestätigt hätten.¹⁷

Deshalb könnten die Führer der PLO keine Partner sein. Anders verhalte es sich mit Mitläufern. Israel würde auch die Bürgermeister von Nablus¹⁸ und Ramallah¹⁹ akzeptieren, wenn sie sich dem Friedensprozeß anschlossen.

BM ging dann auf die Thorn-Mission²⁰ ein, die bereits stabilisierende Wirkung gehabt habe. Thorn, mit dem er gestern gesprochen habe²¹, sei über das Ergebnis seines Israel-Besuchs²² sehr bedrückt gewesen. Israel müsse mehr auf seine

¹⁷ Die Konferenz der Fatah fand am 31. Mai 1980 in Damaskus statt. In der Presse wurde berichtet, der PLO-Vorsitzende Arafat habe im Anschluß erklärt, Ziel bleibe die Vernichtung Israels. Vgl. dazu den Artikel „Arafat auch Befehlshaber der Fatah-Kämpfer“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 3. Juni 1980, S. 2.

¹⁸ Bassam Shakaa.

¹⁹ Karim Khalaf.

²⁰ Zur Nahost-Reise des luxemburgischen Außenministers Thorn in seiner Eigenschaft als EG-Ratspräsident vgl. Dok. 229, Anm. 22.

Botschaftsrat Schürmann, Amman, informierte am 11. August 1980, während Thorns Aufenthalt in Jordanien vom 7. bis 10. August 1980 habe König Hussein ein von den USA angeregtes Treffen mit Ministerpräsident Begin wegen dessen kompromißloser Haltung abgelehnt: „Ein europäisch-arabisches AM-Treffen halte König Hussein für wünschenswert, und zwar innerhalb oder außerhalb des EAD. Es sei sehr wichtig, daß arabische Länder wie Syrien daran teilnähmen und so mit den Realitäten konfrontiert würden.“ Israel müsse grundsätzlich zum Rückzug aus allen besetzten Gebieten, einschließlich Ost-Jerusalems, bereit sein und das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser anerkennen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 372; Unterabteilung 31, Bd. 135601.

Botschaftsrat von Hoessle, Kuwait, berichtete am 21. August 1980, im kuwaitischen Außenministerium sei Thorn bei seinem Aufenthalt am 19./20. August 1980 „zunächst in fast aggressivem Ton gefragt“ worden, wieso er „hierher komme, obwohl doch Kuwait längst wiederholt klargemacht habe, wie seine Haltung in Palästinenser-Frage sei“. Die besetzten Gebiete sollten nicht den Palästinensern, sondern Israels Nachbarstaaten übergeben werden, die dann gemeinsam mit den Palästinensern über deren Zukunft entscheiden würden: „Unterschwellig sei bei Gesprächen die Sorge der Kuwaitis um eigene Sicherheit hervorgetreten. Man fürchte offensichtlich, von einer durch Frustration aufgewühlten Gewaltwelle hinweggeschwemmt zu werden. Tiefsitzende Enttäuschung über USA sei bisher weder von diesen selbst noch von europäischen Staaten in ganzer Bedeutung erfaßt worden.“ Der gute Wille der EG-Mitgliedstaaten werde anerkannt, ihre Spielräume gegenüber den USA jedoch als gering eingeschätzt. Vgl. den Drahtbericht Nr. 118; Unterabteilung 31, Bd. 135601.

Botschafter Holzheimer, Bagdad, resümierte am 23. August 1980, die irakische Regierung habe gegenüber Thorn am 20. August 1980 keinerlei konkrete Schritte für einen israelischen Abzug geäußert: „Die Frage nach dem zukünftigen Schicksal der Palästinenser beantwortete Saddam Hussein mit dem Hinweis, daß dies Sache ‚der Araber‘ sei. Hier hat sich Saddam Hussein nach Aussage Thorns von anderen arabischen Gesprächspartnern deutlich unterschieden“. Thorn habe im Laufe seiner Reise wachsendes Mißtrauen gespürt, „ob europäische Sondierung nicht ein Aushorchen der Araber zugunsten der USA und Israels sei“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 420; Unterabteilung 31, Bd. 135601.

Am 25. August 1980 berichtete Botschaftsrat Osterloh, Djidda, Thorns Besuch in Saudi-Arabien am 23. August 1980 habe keine neuen Erkenntnisse gebracht. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 680; Unterabteilung 31, Bd. 135601.

²¹ Am 27. August 1980 fand in New York am Rande der VN-Sondergeneralversammlung für Entwicklungsfragen vom 25. August bis 15. September 1980 eine informelle Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ statt. Vgl. dazu auch Dok. 253, Anm. 17.

²² Botschaftsrätin I. Klasse Steffler, Tel Aviv, berichtete am 1. August 1980, der luxemburgische Außenminister Thorn habe am Vorabend die Botschafter der EG-Mitgliedstaaten über seine Gespräche als EG-Ratspräsident mit der israelischen Regierung unterrichtet: „Israelische Gesprächspartner waren in Beiträgen zu Lösung NO-Konflikt und Reaktion auf europäische Bemühungen völlig negativ. Zugleich erschienen sie Thorn noch zu keinem Zeitpunkt so nervös, verkrampft und ange-

Freunde, wie Thorn, hören. Es dürfte seine Freunde nicht entmutigen. BM merkte an, daß der deutsche Außenminister aufgrund unserer Vergangenheit demgegenüber nicht entmutigt werden könne.

Dr. Kimche berichtete über Terminschwierigkeiten mit politischem Hintergrund bei der Durchführung des am Wochenende²³ bevorstehenden zweiten Besuchs von AM Thorn in Israel.²⁴ Die israelische Regierung bestehe darauf, daß Thorn nicht nur mit den Palästinensern im Westjordanland, sondern auch mit der israelischen Regierung offiziell spreche. Wegen der gleichzeitigen Anwesenheit von Sonderbotschafter Linowitz²⁵ habe die israelische Regierung um Verschiebung des Besuchs von Thorn gebeten. Dr. Kimche bat den BM, in diesem Sinne auf AM Thorn einzuwirken.

GD Kimche kündigte vertraulich die Freilassung der zwei in Israel einsitzenden deutschen Häftlinge (Schulz/Reuter)²⁶ noch bis Jahresende an. Er bat aber, von einer Bekanntgabe der Haftentlassung vor dem Shamir-Besuch abzusehen.²⁷

Fortsetzung Fußnote von Seite 1304

spannt wie diesmal. Thorn führt Nervosität besonders auf europäische Fact-finding-Mission zurück, die Israel sensibilisiert habe. Israelische Seite bemühte sich, Thorn klarzumachen, daß Europäer Einmischung unterlassen sollten, da sie Friedensprozeß nicht fördert, sondern stört, und insbesondere bei Sadat zur Verhärtung der Position führt. Gesprächspartner wollten nicht erkennen oder akzeptieren, daß Europäer bemüht sind, Spannungen abzubauen und besonders auch Israel zu festen und sicheren Grenzen zu verhelfen, sondern stritten Europäern Fähigkeit dazu ab, hatten ihrerseits für Beilegung Konflikts keine Vorschläge, außer Fortsetzung begonnenen C[amp]D[avid]-Prozesses, der seine Zeit brauche.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 751; Unterabteilung 31, Bd. 135601.

²³ 30./31. August 1980.

²⁴ Zum Besuch des luxemburgischen Außenministers Thorn vom 29. September bis 1. Oktober 1980 in Israel vgl. Dok. 257, Anm. 24.

²⁵ Der Sonderbeauftragte des amerikanischen Präsidenten für den Nahen Osten, Linowitz, hielt sich vom 31. August bis 3. September 1980 in Israel sowie am 3./4. September in Ägypten auf. Botschaftsrat I. Klasse Richter, Kairo, berichtete am 28. August 1980: „Den Wettlauf zwischen Gaston Thorn und Sol Linowitz scheint letzterer, zumindest was Israel anbelangt, gewonnen zu haben.“ Der luxemburgische Außenminister Thorn solle als EG-Ratspräsident nur einen Tag Gespräche in Ägypten führen: „Im Außenministerium vergleicht man diesen Kurzaufenthalt stirnrnzelnnd mit den Besuchen in anderen arabischen Ländern.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1341; Unterabteilung 31, Bd. 135601. Vgl. dazu ferner Dok. 257, Anm. 18 und 19.

²⁶ Die deutschen Staatsangehörigen Brigitte Schulz und Thomas Reuter wurden am 27. Januar 1976 in Kenia wegen Terrorismusverdachts festgenommen und eine Woche später nach Israel verbracht, wo ihnen vor einem Militärgericht der Prozeß gemacht wurde. Vgl. dazu AAPD 1977, I, Dok. 69 und Dok. 81, sowie AAPD 1978, I, Dok. 205.

Botschaftsrätin I. Klasse Steffler, Tel Aviv, berichtete am 11. September 1979, Schulz und Reuter seien zu je zehn Jahren Haft verurteilt worden, die rückwirkend ab dem Tag der Verhaftung in Kenia angerechnet würden: „Der zwischen Staatsanwaltschaft und Verteidigung geschlossene Vergleich sieht vor, daß Generalstabschef am 1. Februar 1981 Strafe auf fünf Jahre reduziert und damit sofortige Freilassung herbeiführt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1110; Referat 010, Bd. 178824.

²⁷ Botschafter Schütz, Tel Aviv, berichtete am 1. Dezember 1980, der israelische Botschafter Meroz habe ihm beim Besuch des israelischen Außenministers Shamir vom 16. bis 18. November 1980 in der Bundesrepublik mitgeteilt, „Freilassungstermin 23.12. für Schulz/Reuter werde nur „unter der Bedingung eingehalten, daß bis dahin keinerlei Öffentlichkeit hergestellt wird“. Es sei zu überlegen, die Eltern darauf hinzuweisen, „daß vorzeitige Presseunterrichtung Freilassung ihrer Kinder gefährdet“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1080; VS-Bd. 11146 (310); B 150, Aktenkopien 1980.

Schütz ergänzte am 8. Dezember 1980: „Israelische Vorbehalte zu vorzeitiger Information Öffentlichkeit über Freilassung scheinen sich im wesentlichen auf hiesige Presse zu beziehen. Israelischer Seite ist klar, daß Presseinformation durch Eltern kurz nach oder kurz vor Ankunft in Deutschland kaum verhindert werden kann.“ Ihm sei zudem mitgeteilt worden, „daß bei Eintritt besonderer Ereignisse in nächster Zeit Inhaftierte sofort freigelassen würden, um Ablenkungseffekt auszunutzen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1107; VS-Bd. 11146 (310); B 150, Aktenkopien 1980.

Am 23. Dezember 1980 wurden Brigitte Schulz und Thomas Reuter in die Bundesrepublik abgeschoben. Vgl. dazu den Artikel „Reuter und Schulz nicht gefoltert“, DIE WELT vom 27. Dezember 1980, S. 4.

Dr. Kimche versicherte, daß Israel den alten Dialog mit der Bundesrepublik Deutschland wieder beleben wolle.

BM äußerte sich sehr dankbar über die gemachte Ankündigung. Er werde in New York die Einzelheiten des Shamir-Besuchs absprechen. Er sagte zu, daß der Besuch ordentlich ausgerichtet werde (BM und Bundeskanzler als Gesprächspartner).

GD *Kimche* schlug außerdem einen Gedankenaustausch etwa alle drei Monate auf Beamtenebene vor.

Botschafter *Meroz* fügte hinzu, daß es psychologisch wichtig sei, wenn Israel vor wichtigen Entscheidungen, wie z.B. vor Venedig, konsultiert werde.

BM versicherte, daß er es schon immer gern gesehen hätte, wenn die Präsidentschaft den Dialog mit Israel führen würde; dafür gebe es jedoch z.Z. keine Mehrheit. Er habe sehr viel Verständnis für den israelischen Wunsch. Vielleicht könne man darüber mit AM Shamir im Oktober sprechen.

GD *Kimche* schloß mit den Worten, daß es für Israel um Krieg oder Frieden gehe. Israel wolle sich nicht in die Ecke drängen lassen.

Referat 010, Bd. 178801

248

Botschafter Freiherr von Wechmar, New York (VN), an Vortragenden Legationsrat von Ploetz

114-4809/80 geheim
Fernschreiben Nr. 2118
Cito

Aufgabe: 28. August 1980, 16.30 Uhr¹
Ankunft: 28. August 1980, 22.40 Uhr

Betr.: Vier-Augen-Gespräch des Herrn BM mit AM Muskie in Washington am 26.8.1980²;
hier: Aufzeichnung in Stichworten nach Gedächtnis

Bezug: Weisung des Herrn BM

In ausschließlich einem Exemplar Herrn VLR von Ploetz vorzulegen

Hiermit übermittle ich nachstehend den Wortlaut einer Aufzeichnung zum obigen Betreff von Frau VLR Siebourg:

Beide Seiten äußerten einleitend ihre Befriedigung über den hohen Stand der Beziehungen, der Konsultationen und der Übereinstimmung zwischen beiden Regierungen.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 2. September 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

² Bundesminister Genscher hielt sich am 26./27. August 1980 in den USA auf. Gesandter Dannenbring, Washington, berichtete dazu am 26. August 1980: „Auf dem Wege zur UN-Sondergeneralversammlung führte BM Genscher bei einem Zwischenaufenthalt in Washington im State Department ein

Beide Seiten berichteten über den derzeitigen Erkenntnisstand über den Ausgang der Wahlen in beiden Ländern³ und äußerten ihre Genugtuung über das positive Bild.

BM unterrichtete AM Muskie über die deutsche Absicht, in Teheran einen Botschafterwechsel vorzunehmen⁴ und fragte, ob die amerikanische Seite im Hinblick auf die Geiselafläre und weitere mögliche Hilfestellung durch die besonderen Verbindungen Botschafter Ritzels zu iranischen Gesprächspartnern Bedenken habe.

AM Muskie erwiderte, wenngleich er derzeit auf der iranischen Seite keinerlei Hinweis auf Bewegung sehe, wäre er dankbar, wenn Botschafter Ritzel aus den genannten Gründen vorerst in Teheran bleibe.

BM erläuterte seine Überlegungen, auch für den Kreis der NATO-Außenminister im Sinne einer Vertiefung des freien Meinungsaustauschs die Möglichkeit von Begegnungen der Art der „Gymnich-Type-Treffen“ vorzusehen.⁵ Ein erstes Treffen der Art könne z. B. bereits am der NATO-Herbsttagung⁶ vorausgehenden Wochenende geplant werden. Eine Gelegenheit biete ebenfalls die Anwesenheit aller betroffenen Außenminister in New York anlässlich der GV⁷. AM Muskie entgegnete, er finde diesen Gedanken interessant; man könne ihn einmal weiterverfolgen.

Die Analyse der Ereignisse in Polen⁸ ergab weitgehend Übereinstimmung in der Beurteilung. Beide Seiten waren sich ebenfalls einig, daß es äußerst schwierig sei, abzuschätzen, ob und ggfs. was man von westlicher Seite zur Erleichterung der Lage tun könne.

AM Muskie führte aus, daß die SU offensichtlich in Afghanistan nach wie vor größere Schwierigkeiten als von ihr erwartet habe, ihre Lösungen aufzuzwingen und das Land zur Ruhe und voll unter Kontrolle zu bringen. Diese Tatsache bedeute vermutlich für die Lage in Polen eine gewisse Erleichterung, wenngleich sie gleichzeitig auch keine Aussichten für eine Bewegung in der Afghanistan-Frage erkennen lasse.

Das Gespräch dauerte etwa 40 Minuten.

[gez.] Wechmar

VS-Bd. 14084 (010)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1306

zweieinhalbstündiges Gespräch mit seinem amerikanischen Kollegen, das mit einem Vier-Augen-Gespräch begann und dann im Delegationskreis fortgesetzt wurde.“ Im größeren Kreis wurden die Lage in Polen sowie im Nahen und Mittleren Osten, Fragen der Rüstungskontrolle, der KSZE, der Ost-West-Beziehungen sowie der Dritten VN-Seerechtskonferenz erörtert. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 3297; Referat 204, Bd. 115943.

³ Die Wahlen zum Bundestag fanden am 5. Oktober 1980 statt.

Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

⁴ Bis 5. Februar 1981 war Gerhard Ritzel Botschafter in Teheran.

⁵ Zur Anregung des Bundesministers Genscher für ein NATO-Ministerratstreffen nach dem „Typ Gymnich“ vgl. Dok. 242.

⁶ Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1980 in Brüssel vgl. Dok. 363 und Dok. 364.

⁷ Die VN-Generalversammlung fand vom 16. September bis 17. Dezember 1980 sowie am 15./16. Januar 1981 in New York statt.

⁸ Zur Lage in Polen vgl. Dok. 246 und Dok. 249.

249

Botschafter Gehlhoff, Rom (Vatikan), an das Auswärtige Amt

114-4816/80 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 101

Aufgabe: 28. August 1980, 19.00 Uhr
Ankunft: 29. August 1980, 08.42 Uhr

Betr.: Die Streiks in Polen¹;
hier: Beurteilung durch den Heiligen Stuhl

Bezug: Drahtbericht Nr. 100 vom 21.8.1980²

1) Der vatikanische „Außenminister“, Erzbischof Silvestrini, sagte mir heute (28.8.) in einem Gespräch, der Heilige Stuhl und namentlich Papst Johannes Paul II. selber verfolgten die gegenwärtige Entwicklung in Polen mit größter Aufmerksamkeit und erheblicher Sorge. Man müsse die Gefahr, daß die Sowjetunion in Polen militärisch interveniere, ernst nehmen, ebenso die unabsehbaren Folgen, die eine solche Intervention für Europa und für die weltpolitische Lage im ganzen haben müßte. Papst Johannes Paul II. und der polnische Kardinal-Primas Wyszyński ständen seit Beginn der Streikbewegung³ an der polnischen Ostseeküste in engem Kontakt. Hierbei seien sie sich einig gewesen, daß der Kardinal aufgrund der größeren Nähe zum Ort des Geschehens die Entwicklung besser verfolgen und beurteilen könne als der Heilige Stuhl. Deshalb sei man zu dem Schluß gekommen, daß bei allen Äußerungen seitens der Kirche zu den jüngsten Entwicklungen in Polen dem Kardinal-Primas das führende Wort überlassen bleiben sollte, wobei er durch Gebete und schriftliche Botschaften des Papstes unterstützt werden würde. Die engen Kontakte zwischen dem Papst und Kardinal Wyszyński würden aufrechterhalten, doch sei dies technisch nicht immer einfach; für wichtige Fragen müsse man sich der Entsendung von Emissären bedienen.

2) Auf persönlicher Basis äußerte Silvestrini, man müsse sich berufsmäßig die Frage stellen, ob die Streikbewegung in Polen sogar von östlichen agents provocateurs noch mit dem Ziel angeheizt werde, der Sowjetunion einen Anlaß zur Intervention zu liefern. Allerdings gebe es für die Tätigkeit solcher agents provocateurs keinerlei Erkenntnisse oder Hinweise, zumal die Streiks bisher sehr diszipliniert verlaufen seien.

¹ Zur Lage in Polen vgl. Dok. 246.

² Botschafter Gehlhoff, Rom (Vatikan), berichtete, Papst Johannes Paul II. habe am Vortag die zu einer Generalaudienz auf dem Petersplatz versammelten Gläubigen zu Gebeten „für ‚mein Vaterland Polen‘ aufgerufen und seine Verbundenheit mit seinen Landsleuten und der polnischen Kirche betont. Anschließend rief er in einem religiös-patriotischen Lied und zwei Gebeten, die er in polnischer Sprache zusammen mit den polnischen Gläubigen vortrug, den Schutz Gottes und der Madonna für ein ‚freies Polen‘ an. Dagegen vermied der Papst sich in seinen Ausführungen zu den Ereignissen in Polen konkret zu äußern“. Gehlhoff stellte fest: „Durch seinen Gebetsaufruf ohne direktes Eingehen auf die Streiks oder die politische Lage hat er einerseits seine lebhafteste Anteilnahme an dem Schicksal der ganzen polnischen Nation bekundet, andererseits aber vermieden, für einzelne Gruppen Partei zu ergreifen und dadurch eventuell zu einer Zuspitzung in Polen beizutragen.“ Vgl. Referat 214, Bd. 132904.

³ Zum Beginn der Streikbewegung in Polen vgl. Dok. 228, Anm. 4.

3) Meinerseits führte ich aus, daß die Streikbewegung in Polen eindeutig politische Dimensionen angenommen habe. Es sei gegenwärtig für mich nicht erkennbar, wie die Streiks ohne Zugeständnisse auch politischer Natur beendet werden könnten. Andererseits werde durch politische Konzessionen das kommunistische System im ganzen in Frage gestellt. Man könne deshalb nur hoffen, daß eine Lösung gefunden werde, welche den Arbeitern in Polen mehr Freiheit bringe, ohne daß doch die Sowjetunion zu einer Intervention veranlaßt werde. Da auf staatlicher Seite in Polen vielleicht nicht mehr genügend Autorität vorhanden sei, einen solchen diffizilen Mittelweg zu finden, müsse man sich fragen, ob die in Polen sehr angesehene und sehr einflußreiche katholische Kirche in dieser Krisensituation eine entscheidende Rolle spielen könne.

Silvestrini erwiderte, daß man am Heiligen Stuhl die Lage in Polen und die Rolle der Kirche sehr ähnlich einschätze.

Deshalb habe Kardinal Wyszyński am 26.8. in seiner Ansprache in Jasna Góra⁴ versucht, einen mäßigenden Einfluß auf die polnische Arbeiterschaft geltend zu machen. Nach den im Heiligen Stuhl vorliegenden Nachrichten sei ihm dies bisher aber nicht gelungen.

4) Silvestrini drückte sein starkes Interesse an laufender Fühlungnahme mit der Bundesregierung in der gegenwärtigen Krise aus. Er bat insbesondere um Unterrichtung darüber, welche Erkenntnisse der Bundesregierung über die Einschätzung der polnischen Entwicklung durch Moskau vorliegen.⁵

Für entsprechende drahtliche Unterrichtung wäre ich dankbar.

[gez.] Gehlhoff

VS-Bd. 11100 (203)

⁴ Für den Wortlaut der Predigt des Kardinals Wyszyński am 26. August 1980 im Kloster Jasna Góra in Tschenstochau vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 667–671 (Auszug).

⁵ Vortragender Legationsrat I. Klasse Arnot vermerkte am 29. August 1980, es lägen bisher keinerlei offizielle sowjetische Stellungnahmen zu den Ereignissen in Polen vor. In einem Kommentar der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS vom 25. August 1980 würden zwar wirtschaftliche Probleme eingeräumt, diese jedoch als überwindbar dargestellt. Zugleich werde das Ausland kritisiert, die Lage zu Propagandazwecken zu nutzen: „Gleichzeitig wird das Gespenst des Revanchismus aus der Bundesrepublik Deutschland hervorgeholt.“ Die sowjetische Öffentlichkeit werde nur spärlich unterrichtet, die Streiks nur am Rande erwähnt. Die russischsprachigen Programme der Voice of America, der BBC und der Deutschen Welle würden seit 19. August 1980 gestört: „Öffentliche sowjetische Zurückhaltung scheint Indiz dafür zu sein, daß SU der Auffassung ist, Loyalität polnischen Regimes zu SU im WP stehe nach wie vor außer Frage und die polnische Führung sei einstweilen noch in der Lage, Krise allein zu meistern.“ Eine Krisenstimmung sei ebenso wenig zu erkennen wie Truppenbewegungen. Die Unsicherheit der sowjetischen Regierung sei gleichwohl nicht zu übersehen. Vgl. Referat 214, Bd. 132904.

Am 1. September 1980 informierte Arnot die Botschaften in Moskau, Warschau und Washington sowie die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel, Ministerialdirektor Blech habe auf Weisung des Bundesministers Genscher dem sowjetischen Gesandten Kwizinskij dargelegt, die Bundesregierung sei über den in der sowjetischen Presse erhobenen Vorwurf der Einmischung in Polen befremdet. Der polnische Botschafter Chyliński habe am selben Tag der Bundesregierung für ihre verständnisvolle Haltung gedankt: „Wir fänden derartige Angriffe um so erstaunlicher, als die Beantwortung der Frage, ob eine Einmischung vorliege, Sache derjenigen sein sollte, die dadurch betroffen seien, und dies seien die Polen.“ Kwizinskij habe entgegnet, „es sei eine Situation eingetreten, in der sich unsere Medien zu Multiplikatoren für der Sowjetunion unliebsame Vorgänge in Polen gemacht hätten. [...] Unsere Medien hätten den Ton hämischster Freude angeschlagen, der letzten Endes auf die Sowjetunion ziele, so, als ob sie bald untergehen würde.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 4405; Referat 213, Bd. 133222.

250

Botschaftsrat Altenburg, Beirut, an das Auswärtige Amt

114-4822/80 geheim
Fernschreiben Nr. 440
Citissime nachts

Aufgabe: 29. August 1980, 12.40 Uhr¹
Ankunft: 29. August 1980, 14.51 Uhr

Betr.: Internationaler Terrorismus²

I. Herr Köhler teilt folgendes mit:

Am 28.8.1980, 18.30 Uhr, Anruf von „zweitem“ Informanten³, daß er am gleichen Tag aus Aden (Südjemen) zurückgekehrt sei. Müsse unbedingt Herrn Köhler sprechen.

Um 18.50 Uhr erschien Informant 2 in Botschaft.

Gibt folgenden Bericht:

1) Bei seinerzeitigem Abflug von Beirut nach Aden von dem Mitglied der PFLP-SC⁴, Samir Wehbi, begleitet. Dieser gehörte zur Gruppe, die vorher nach Jugo-

¹ Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 12.

Hat dem Bereitschaftsdienst am 29. August 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte, daß der Drahtbericht laut Telegrammkontrolle auch dem Bundeskriminalamt in Wiesbaden vorliege: „Auch VLR Dr. Platz von Eingang unterrichtet: Antwort BKA ist abzuwarten.“

Hat Ministerialdirektor Fleischhauer am 1. September 1980 vorgelegen.

Hat Platz am 1. September 1980 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Jordan am 1. September 1980 vorgelegen.

² Zu Informationen der Botschaft in Beirut zu terroristischen Gruppen vgl. auch Dok. 127.

³ Botschafter Schmidt-Dornedden, Beirut, berichtete am 24. Juni 1980, der Botschaft habe sich ein zweiter Informant angeboten, der sich Allaeddine Hadwan nenne und nach eigenen Angaben seit eineinhalb Jahren für die PFLP–Special Command tätig sei. Diese habe ihr Versprechen, ihm ein Studium zu ermöglichen, nicht eingehalten, weshalb er sich absetzen wolle: „Weitere detaillierte Informationen würde er bringen können, wenn ihm von uns zugesagt würde, daß er nach Absetzung von der Gruppe in Deutschland zur Schule gehen und anschließend studieren könne.“ In der Demokratischen Volksrepublik Jemen (Südjemen) habe er eine Nahkampfausbildung absolviert und später selbst Basken aus Spanien ausgebildet. Dort habe er auch das RAF-Mitglied Mohnhaupt kennengelernt, die den Namen „Hind“ trage. Mohnhaupt habe ihm mitgeteilt: „Mehrere Kameraden und Kameradinnen von ihr (vermutlich Deutsche) seien vor einiger Zeit nach Deutschland geflogen, um dort spätere Möglichkeiten eines Anschlags auf den Bundeskanzler auszuspähen“. Gedacht werde an Hamburg, wo Bundeskanzler Schmidt im Bundestagswahlkampf öffentlich auftreten werde: „Sobald diese Gruppe entsprechende sichere Möglichkeiten eines Anschlags ausfindig gemacht hätte, sollten sie zum Spezialtraining zurück nach Aden kommen.“ Der Informant habe ferner mitgeteilt, er sei auch in Belgrad ausgebildet worden: „Dort unterhielten die jugoslawischen Sicherheitsbehörden ein großes Haus (2-stöckig) mit einem großen speziellen tiefen Schwimmbad“, das der PFLP-SC zur Verfügung stünde. Vgl. den Drahtbericht Nr. 306; VS-Bd. 11146 (310); B 150, Aktenkopien 1980.

Am 14. Juli 1980 teilte Schmidt-Dornedden mit, der Informant 2 habe den Mitarbeiter des Bundeskriminalamts, Köhler, am 12. Juli 1980 über seine bevorstehende Reise in die Demokratische Volksrepublik Jemen (Südjemen) informiert, wo er beabsichtige, Fotos vom Ausbildungscamp der PFLP-SC in Aden und dortigen Personen zu machen: „Informant wiederholte, daß er ggf. ‚andere Lösung‘, d. h. Beseitigung ‚Hind‘, finden werde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 341; VS-Bd. 10798 (511); B 150, Aktenkopien 1980.

Am 16. Juli 1980 teilte Schmidt-Dornedden mit, Köhler habe dem Informanten 2 am Vortag erklärt, „daß Fotos am Entsendungsort zwar grundsätzlich wünschenswert seien. Wenn dadurch jedoch Eigengefährdung, solle auf Fotos verzichtet werden. [...] ‚Beseitigung‘ von Hind (Mohnhaupt) könne auf keinem Fall zugestimmt werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 349; VS-Bd. 10798 (511); B 150, Aktenkopien 1980.

⁴ Popular Front for the Liberation of Palestine–Special Command.

slawien zwecks „Froschmann-Ausbildung“ entsandt wurde, jedoch wegen fehlender körperlicher Fitness zurückbeordert wurde. Besagter Samir Wehbi habe erwähnt, daß „Froschmannausbildung“ in Split (Jugoslawien) erfolge.⁵

2) Nach Ankunft des Informanten in Aden persönliche Abholung durch militärischen Führer des PFLP-SC „Abu Zik“ (genannt Zaki⁶).

3) Anschließende Fahrt in die Stadt Aden. Stadtbezirk „Khour Macksarr“ (nahe der chinesischen und bulgarischen Botschaft) zum Haus, in dem „Hind“ (Mohnhaupt) wohnt. Hier brachte Informant die ersten zwei Tage und Nächte zu. Unmittelbar nach Ankunft dort begegnete er „Hind“. Diese habe ihn überhaupt nicht beachtet und kein Wort mit ihm gewechselt, was Informant sofort mißtrauisch machte. „Hind“ habe völlig zerfahrenen und nervösen Eindruck gemacht. Sie sei sehr schlank geworden und habe jetzt blondes, kurzes Haar.

4) Nach zwei Tagen wurde Informant ins Ausbildungscamp (Nähe Aden) beordert. Dort trainierte Informant Angehörige der PFLP-SC. Nach ca. zwei Wochen suchte Informant mit seiner Kleinbildkamera geeignete Positionen, um Aufnahmen von Camp zu machen.

Wurde von Samir Wehbi beobachtet, als er – noch bevor er irgendwelche Aufnahmen gemacht hatte – Kamera wieder in Gepäck verstauen wollte. Samir Wehbi verständigte sofort einen „Bassem“ (Deckname) davon. Informant erhielt von Wehbi bei Eintreffen von „Bassem“ Handkantenschlag auf Nase (Verletzung auf Nasenrücken noch sichtbar).

Bei „Bassem“ soll es sich um früheren Ehemann der „Leila Khaled“ handeln, der auch verantwortlich war für die vier Sprengungen der Passagiermaschinen im Jahre 1970 in der Nähe von Amman (Jordanien).⁷

⁵ Botschaftsrat Altenburg, Beirut, teilte am 5. Juni 1980 mit, der Mitarbeiter des Bundeskriminalamts, Köhler, sei am 3. Juni 1980 vom Informanten 1, Jihad, kontaktiert worden. Dieser habe berichtet, die Führung der PFLP-SC habe ihm vorgeschlagen, „für zwei bis drei Monate eine ‚Froschmann-Ausbildung‘ in einem osteuropäischen Land zu erhalten. Informant vermutet, daß diese Ausbildung in DDR erfolgt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 279; VS-Bd. 11146 (310); B 150, Aktenkopien 1980. Am 13. Juni 1980 informierte Altenburg, Jihad habe Köhler am selben Tag mitgeteilt: „‚Froschmann-Ausbildung‘ nicht, wie angenommen, in DDR, sondern in Jugoslawien. Informant wird auf jeden Falle versuchen, nicht nach dort zu gehen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 291; VS-Bd. 11146 (310); B 150, Aktenkopien 1980.

Altenburg resümierte am 16. Juni 1980 ein weiteres Gespräch Köhlers mit Jihad am 14. Juni, in dem dieser angegeben habe, er werde sich ab 20. Juni 1980 in Jugoslawien mit anderen Mitgliedern der PFLP-SC der Ausbildung unterziehen müssen, „um anschließend für Organisation leitend Aktionsaufträge durchzuführen. Informant sieht in Aufforderung für Spezialtraining in Jugoslawien für sich Bewährungsauftrag, da er in letzter Zeit zuviel unter Alkoholeinfluß Auseinandersetzungen mit einigen anderen Angehörigen seiner Organisation hatte. [...] Nach ‚Froschmann-Ausbildung‘ käme er wieder nach Beirut zurück, da er noch zwei bis drei deutsche Terroristen/Terroristinnen ‚liefern‘ und noch ‚alte Rechnung‘ begleichen wolle, um sich dann nach Deutschland abzusetzen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 293; VS-Bd. 11146 (310); B 150, Aktenkopien 1980.

⁶ Durchgängig korrigiert aus: „Zaecki“.

⁷ Am 6. September 1970 wurden drei Passagierflugzeuge amerikanischer, britischer und schweizerischer Fluggesellschaften von Mitglieder der PFLP entführt, um die Freilassung von in Israel inhaftierten Gesinnungsgenossen zu erpressen. Zwei Flugzeuge landeten auf dem jordanischen Flughafen Zarqa bei Amman, das dritte in Kairo. Die Entführung einer vierten Passagiermaschine scheiterte; einer der beiden Entführer wurde dabei getötet, die zweite, Leila Khaled, in London den britischen Behörden überstellt. Vgl. dazu den Artikel „Palästinensische Terroristen entführen vier Flugzeuge“; DIE WELT vom 7. September 1970, S. 1 f.

Am 9. September 1970 entführten PFLP-Angehörige ein weiteres Passagierflugzeug, das ebenfalls

„Bassem“ sei Iraki und früher General in der irakischen Armee gewesen. Arbeitet seit „schwarzem September“⁸ mit PFLP-SC und würde jetzt als „strategischer Leiter“ fungieren.

Von „Bassem“ weiß Informant angeblich, daß in der Nähe von Jerash (Jordanien) noch große Mengen Waffen in Vaselinehüllen vergraben sind, um diese Waffen ggfs. von palästinensischer Seite aus in Jordanien zu benutzen.

5) „Bassem“ unterrichtete bezüglich der Kamera den militärischen Führer „Zaki“, der dem Informanten erklärte, daß Kameras auf keinen Fall benutzt werden dürften. Die Kamera wurde daraufhin dem Informanten sofort abgenommen.

6) Informant wurde nach einer Woche von Camp in das Büro der PFLP-SC in Aden beordert, um sich dort aufzuhalten.

7) Bei Ankunft in dortigem Büro (Mitte Juli 1980) traf er dort drei Personen. Eine der Personen sei ein Jemenit gewesen, den er nicht kannte. Zweite Person war Palästinenser, der von allem „Youssef“ (Deckname) genannt wurde.

Dieser habe an Überfall OPEC⁹ teilgenommen.

Habe jetzt gefälschten Paß der „Vereinigten Arabischen Emirate“ auf Namen „Najeff Jscharim Mustapha Mohamed“.

Von dritter Person nahm Informant gemäß Aussehen zunächst an, daß auch männliche Person, stellte aber fest, daß es eine Frau war.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1311

zum Flughafen Zarqa dirigiert wurde. Vgl. dazu den Artikel „USA alarmieren Weltsicherheitsrat nach der neuen Flugzeugentführung“, DIE WELT vom 10. September 1970, S. 1.

Nach der Freilassung eines Teils der entführten Geiseln wurden am 12. September 1970 in Zarqa die entführten Maschinen gesprengt. Vgl. dazu den Artikel „In den Jet-Trümmern wühlen nun Beduinen nach Beute“, DIE WELT vom 14. September 1970, S. 3.

⁸ In Jordanien kam es 1970 zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen der Regierung und palästinensischen Organisationen. Am 2. September 1970 scheiterte ein Attentat der Palästinenser-Organisation „Demokratische Volksfront“ auf König Hussein. Am 6. bzw. 9. September entführten Angehörige der PFLP vier Maschinen amerikanischer, britischer und schweizerischer Fluggesellschaften nach Kairo bzw. auf den jordanischen Flughafen Zarqa bei Amman und erklärten den Norden Jordaniens zu „befreiten Gebieten“. Am 16. September ernannte König Hussein eine Militärregierung und befahl die Niederschlagung des Aufstands („Schwarzer September“). Am 27. September 1970 schlossen Hussein und der zum „Generalbefehlshaber aller Streitkräfte der palästinensischen Revolution“ ernannte Yasser Arafat bei einem Treffen arabischer Führer in Kairo ein Abkommen zur Beendigung des Konflikts, in dessen Folge die Stützpunkte der palästinensischen Organisationen vor allem in den Libanon und nach Syrien verlegt wurden. Für den Wortlaut des Abkommens vgl. EUROPA-ARCHIV 1970, D 467 f.

⁹ Am 21. Dezember 1975 drangen sechs Terroristen in das Gebäude der OPEC-Zentrale in Wien ein, in dem gerade eine Ministertagung stattfand. Sie töteten drei Personen und nahmen etwa 70 Personen als Geiseln, darunter zehn Minister aus OPEC-Mitgliedstaaten. Zu dem Anschlag bekannte sich eine Gruppe „Arm der arabischen Revolution“, der u. a. Ilich Ramírez Sánchez („Carlos“) und Hans-Joachim Klein angehörten. Sie forderten u. a. eine Verstaatlichung der Erdölquellen in arabischen Staaten und eine Finanzierung der Palästinenser durch den Erdöllexport. Nach der Freilassung der österreichischen sowie der in Wien akkreditierten ausländischen Geiseln flogen die Terroristen am 22. Dezember 1975 nach Alger. Nach weiteren Zwischenstationen und einer sukzessiven Freilassung der Geiseln kehrten die Terroristen nach Alger zurück, wo sie am 23. Dezember 1975 die letzten 15 Geiseln freiließen und sich den algerischen Behörden stellten. Vgl. dazu die Artikel „Die Terroristen von Wien wollen die Nahost-Staaten zu einer extremistischen Politik zwingen“ sowie „Die Terroristen von Wien in Algerien“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 23. bzw. 24. Dezember 1975, jeweils S. 1.

In der Presse wurde berichtet, daß die sechs Terroristen Algerien verlassen hätten und nach Tripolis ausgereist seien. Vgl. dazu den Artikel „Alger läßt OPEC-Terroristen frei“, SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 2. Januar 1976, S. 1.

Beschreibung: ca. 30 Jahre alt, ca. 167 cm, tiefliegende Augen, mittelblondes, kurzes Haar, sehr schlank, kein Busen, eingefallene Wangen, tiefe Stimme.

„Youssef“ sagte zu Informant, daß diese „Rascha“ sei. Informant stellte fest, daß weibliche Person Deutsche ist. Sie gebrauchte häufig das Wort „Scheiße“. „Rascha“ blieb ca. 14 Tage in Aden. Ob sie Kontakt mit „Hind“ (Mohnhaupt) aufnahm, ist Informant nicht bekannt.

8) Informant wollte einige Tage später Büro von PFLP-SC durchsuchen. Gab deshalb den drei vorstehend erwähnten Personen, die in gleichem Gebäude auch Schlafstelle hatten, Valium in Kaffee.

9) Im Büro werden größere Mengen an Falschpässen aufbewahrt, jedoch nur für arabische Angehörige der Organisation. Es handelt sich um Pässe aus Zypern, Jordanien, Bahrain, Marokko, Vereinigte Arabische Emirate, Großbritannien (alt und neu), Kenia, Iran, Paraguay sowie Israel.

Pässe zum größten Teil fertig ausgefüllt und mit Lichtbildern versehen.

Weiterhin Maschine im Büro, die die Lochnummern in Pässe stanzt. Außerdem größere Geldbeträge in englischer, amerikanischer, französischer, kuwaitischer, saudischer und israelischer Währung.

10) Informant brachte in Erfahrung, daß Pässe der ausländischen Organisationsmitglieder gem. Vereinbarung zwischen jemenitischer Regierung und Organisation im Flughafen aufbewahrt werden.

11) Anfang August 1980 erschien in Aden Palästinenser mit Namen „Majschedd“ aus Bagdad. Dieser ist Freund von „Rascha“. Er hat irakischen Paß. Er und „Rascha“ sind angebliche Freunde von „Abu Daud“ in Bagdad. Beide flogen anschließend nach Bagdad zurück. „Rascha“ habe sich wieder voll PFLP-SC angeschlossen, da neu gegründete Organisation von „Abu Ibrahim“ aufgelöst. Grund der Auflösung: Man habe entdeckt, daß „Abu Ibrahim“ mit irakischem Geheimdienst zusammenarbeite.

12) Kurze Zeit später wurde Informant von PFLP-SC-Büro ins Ausbildungscamp beordert. Begründung: Es käme eine Gruppe spanischer ETA-Angehöriger, die ihn nicht sehen sollten. Informant fand diese Begründung überraschend. Ihm schon sehr verdächtig, daß er deshalb das Büro verlassen sollte. Stellte später fest, daß nicht spanische Gruppe ankommen sollte, sondern deutsche.

13) Mitte August traf zunächst weibliche deutsche Person in Aden ein. Zwei bis drei Tage später Ankunft von vier männlichen deutschen Personen. Einer dieser deutschen Männer soll arabischen Decknamen „Abu Ali“ haben; von ihm wurde gesagt, er sei besonders gefährlich. Ein anderer Deutscher sei ein ausgesprochen „nervöser Typ“ gewesen.

14) Die deutsche Gruppe soll noch jetzt in Aden aufhältlich sein und ihr Training mit MP, Pistolen (Walther, Makarow, Browning 9 mm) sowie mit sowjetischer „B7“ (Panzerabwehr, auch für Angriffe auf Fahrzeuge aller Art geeignet) durchführen.

15) Sämtliche fünf Deutschen wohnen bei „Hind“ (Mohnhaupt). Informant erinnert an frühere Mitteilung, daß, wenn Anschlagmöglichkeit auf BK in Deutschland gegeben, Gruppe zunächst nach Aden zwecks Training kommt, um anschließend dann mit „Hind“ nach Deutschland zu fliegen.

Informant meint deshalb, daß Planung gemäß Anschlag auf BK planmäßig verläuft.¹⁰

16) Außerdem Training auf Schießplatz nahe Aden mit Sprengstoff. Einen Tag vor Ende „Ramadan“¹¹ und bevor deutsche Gruppe eintraf (August), überprüfte militärischer Führer „Zaki“ persönlich Funktionsfähigkeit von Bombenanschlag per Transistorzündung.

1-kg-Bombe mit Plastiksprengstoff (nicht TNT, sondern phonetisch „Jallunid“, das angeblich fünfmal stärker als TNT ist) war ca. 1 km weit entfernt abgelegt. „Zaki“ begab sich nun mit Zünder zur Bombe, um diesen einzusetzen. Erst wenn „Zaki“ drei Schüsse abgegeben hätte, sollte Informant per Radioknopf Zündung auslösen. Informant berechnete, daß „Zaki“ nach ca. drei Minuten Bombe „scharf gemacht hätte“. Wartete deshalb nicht auf vereinbarte Schüsse, sondern betätigte Transistorzündung nach drei Minuten, um „Zaki“ in die Luft zu sprengen. Sollte aussehen wie Unfall. „Zaki“ hatte Zünder jedoch noch nicht eingebaut, so daß lediglich Zünder in Händen von „Zaki“ explodierte. Erhebliche Verletzungen an Armen und Brust (wie Napalm-Verbrennungen). „Zaki“ sofort ins Krankenhaus gebracht, drei Tage stationär, dann zu Hause. „Zaki“ machte Informanten keine Vorwürfe. Meinte, daß wegen hoher Außentemperatur wohl Zünder explodierte.

¹²17) Militärischer Führer sandte kurze Zeit später „Bassem“ ins Camp, um Informanten mitzuteilen, daß er von Aden aus irgendwohin entsandt würde.

18) Im Büro PFLP-SC erfuhr Informant, daß er zurück nach Beirut müsse. „Zaki“ bestand darauf, daß Informant nach Rückkehr diesmal für 24 Stunden unbedingt seine Eltern besuchen müsse. Diese Anweisung kommt Informant höchst merkwürdig vor, da er früher Weisung hatte, Kontakte zu Eltern abzubauen.

19) Militärischer Führer gab Informanten gegenüber an, daß er trotz seines Gesundheitszustandes auf jeden Fall „Sonntag, den 31. August 1980, 11.00 Uhr“ am Flughafen in Beirut eintreffen würde und daß Informant ihn auf jeden Fall dort abholen müsse.

Sagte zu Informanten, daß dieser zu dem PFLP-SC-Büroleiter in Beirut namens „Sharif“ gehen müsse und diesem ausrichten soll, daß dieser mit Informant kein Wort sprechen dürfe, bis er, „Zaki“, in Beirut eingetroffen sei.

¹⁰ Botschafter Schmidt-Dornedden, Beirut, teilte am 1. August 1980 mit, bei Berichten in der Wochenzeitschrift „Der Spiegel“ vom 28. Juli 1980 sowie der Tagespresse vom selben Tag „über Pläne deutscher Terroristen für einen Bombenanschlag auf Bundeskanzler“ sei der Botschaft „die große Übereinstimmung zwischen ihrer laufenden Berichterstattung an Referat 511 und BKA-Wiesbaden und den Darstellungen, insbesondere in Spiegel und FAZ“, aufgefallen: „Aus Art der Darstellungen und im Spiegel gegebenen Hinweis auf Quelle Naher Osten werden deutsche Terroristen, insbesondere Brigitte Mohnhaupt und ihre Helfer, in der Region Rückschlüsse auf Quelle deutscher Erkenntnisse ziehen wollen.“ Damit würden die Mitarbeiter der Botschaft und ihre Angehörigen zunehmend gefährdet: „Tätigkeiten von VAI Köhler haben sich im übrigen im Bereich Terrorismusfahndung weit über das bisherige Maß hinaus erweitert. [...] Damit hat die Ermittlungstätigkeit einen Umfang angenommen, der nach eigenen Aussagen von VAI Köhler von ihm selbst kaum mehr übersehen, geschweige denn von mir kontrolliert und gesteuert werden kann. In dem Maße, wie sich Ermittlungstätigkeit ausweitet, geht auch Übersicht und Kontrolle darüber verloren, wer darüber Bescheid weiß. Bei bekanntem Mitteilungsbedürfnis und Verbalismus der Araber muß davon ausgegangen werden, daß alles Ungewöhnliche sofort von Vielzahl von Personen beobachtet und besprochen wird.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 381; VS-Bd. 10798 (511); B 150, Aktenkopien 1980.

¹¹ Der islamische Fastenmonat Ramadan endete am 12. August 1980.

¹² Beginn des mit Drahtbericht Nr. 441 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

Ein gleichlautender Brief (Informant öffnete ihn im Flugzeug) an betreffenden „Sharif“ wurde dem Informanten von „Zaki“ mitgegeben.

Gesamtumstand für diese Regelung löst bei Informantem stärkste Befürchtungen aus.

20) Informant hält folgende Möglichkeiten für gegeben:

a) Jugoslawischer Geheimdienst hat etwas über ihn erfahren und dies „Zaki“ mitgeteilt. Somit eventuelle „Bestrafung“ im Libanon oder Jugoslawien.

b) „Zaki“ und andere ahnen, daß Informant irgendwelche Kontakte unterhält und deshalb nach Rückkehr in Beirut observiert werden soll, um wen es sich bei Kontaktstelle handelt.

c) Informant soll irgendeinen „Auftrag“ durchführen.

21) Informant fragt, was er machen soll. Antwort scheint ihm äußerst dringend, da, wenn er gefährdet ist, diese Gefährdung spätestens ab Eintreffen des militärischen Führers am 31.8. (in zwei Tagen) ganz erheblich ansteigen wird.

22) Am 27.8.1980 (einen Tag vor Abreise aus Aden) beschaffte sich Informant in Aden aus PFLP-SC-Büro ein Farbpaßfoto vom militärischen Führer „Zaki“ sowie einen gefälschten zypriotischen Paß auf Namen „Maria Nikolas“, versehen mit Lichtbild von „Muna“ (einzige Überlebende Aktion Mogadischu¹³), die zur Zeit in Beirut lebt. Foto und Paß an Herrn Köhler übergeben.

23) Aufgrund der geschilderten Situation hat Herr Köhler dem Informanten gesagt, daß ab sofort Informant 2 nicht mehr in Botschaft erscheint und auch sonst im Libanon mit ihm kein persönlicher Kontakt mehr aufgenommen wird.

Informant 2 ruft am 29. und 30.8. abends bei Herrn Köhler an, um zu erfahren, was geschehen soll.

II. Wenn Informant konkrete Gefährdung für sich und Köhler erkennt, ruft er sofort an unter Codewort-Nennung „Danger“. Hat er ganz aktuelle Information, ruft er ebenfalls an unter Codewort-Nennung „Information“.

In beiden Fällen versucht Informant 2, sich sofort nach Zypern abzusetzen und begibt sich nach Nikosia, Hotel Excelsior. Dort würde dann der nächste Kontakt mit Herrn Köhler erfolgen.

III. Botschaft hält in dieser Situation drei Alternativen für denkbar:

1) Informant 2 ist bereits „verbrannt“ und wird seit Rückkehr in Beirut observiert. In diesem Fall ergäbe sich spätestens aus seinem Besuch bei Herrn Köhler am 28.8. größte Gefahr für die Botschaft. Informant 2 hätte vermutlich keine Möglichkeit mehr, Land zu verlassen, und könnte eventuell sogar, um ihm Chance der Wiedergutmachung zu geben, selbst für Aktion gegen Botschaftsgebäude – bzw. Personal – eingesetzt werden.

2) Informant hat sich lediglich unbestimmtem Verdacht ausgesetzt. Auch in diesem Fall besteht Gefahr der Observierung. Informant könnte sich aber vermutlich noch absetzen. Ebenso wie in Fall 1 müßte jeder weitere unmittelbare Kontakt mit Botschaft unbedingt vermieden werden.

¹³ Zur Erstürmung der entführten Lufthansa-Maschine „Landshut“ am 18. Oktober 1977 in Mogadischu vgl. Dok. 112, Anm. 3.

Von den vier palästinensischen Entführern des Flugzeugs überlebte nur Souhaila Andrawes Sayeh.

3) Informant steht noch unter keinem konkreten Verdacht. Er könnte Land voraussichtlich ohne Schwierigkeiten verlassen und würde erst durch sein Verschwinden Verdacht auf sich lenken, „undichte Stelle“ der letzten Monate gewesen zu sein. Dies würde Informant 1 von eventuellem Verdacht entlasten.

Ohne Alternative 1 gänzlich ausschließen zu können, neigt Botschaft unter Berücksichtigung aller Umstände zu Alternative 2. Entscheidende Frage ist daher aus hiesiger Sicht, ob Informant 2 am Sonntag, 31.8. noch mit „Zaki“ zusammentreffen oder aber sich bereits vorher ab...¹⁴.

Botschaft bittet um Ctn¹⁵-Weisung, welchen Rat sie Informant 2 auf seine Frage, ob er sich absetzen solle, erteilen soll und ob und welche Zusagen ihm gemacht werden können.

IV. Botschaft ist der Ansicht, daß Herr Köhler und Frau Libanon unverzüglich verlassen sollten, und bittet um Weisung, ob Vorbereitungen auf Zypern inzwischen abgeschlossen sind.¹⁶

[gez.] Altenburg

VS-Bd. 10798 (511)

¹⁴ Unvollständige Übermittlung des Drahtberichts.

¹⁵ Citissime nachts.

¹⁶ Botschaftsrat Altenburg, Beirut, berichtete am 3. September 1980, der Informant 2, Hadwan, sei entgegen den Vereinbarungen am 1. September 1980 in der Botschaft erschienen und habe den Mitarbeiter im Bundeskriminalamt, Köhler informiert, daß in der PFLP-Gruppe in der Demokratischen Volksrepublik Jemen (Südjemen) wegen ausbleibenden Solds große Unzufriedenheit herrsche, während „die ausländischen ‚Revolutionäre‘ stets mit allem versorgt würden. Besonders soll diesbezüglich ‚Hind‘ (Mohnhaupt) gemeint gewesen sein“. Hadwan zufolge würden „die fünf Deutschen bislang nach wie vor ihrem Training im Camp in Aden nachgehen“. Altenburg teilte mit: „Informant 2 will, da er glaubt, zur Zeit doch nicht verdächtig zu sein, auf Empfehlung von Herrn Köhler ‚weitermachen‘ und erstattet Herrn Köhler laufend Bericht.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 450; VS-Bd. 10798 (511); B 150, Aktenkopien 1980.

Altenburg teilte am 9. September 1980 mit, laut Auskunft von Köhler sei Hadwan nun doch offensichtlich unter Verdacht geraten, verhört und durchsucht worden. Die Führung der PFLP-SC habe Hadwan angewiesen, umgehend nach Aden zu reisen, wo er mit Folter und Ermordung rechne: „Um weitere Kontaktmöglichkeit für Herrn Köhler später mit Informant 1 nicht zu beeinträchtigen und um Gefährdung für Herrn Köhler und die Botschaft zu verringern, gibt Herr Köhler heute bei Anruf von Informant 2 ‚grünes Licht‘ für ‚absetzen‘.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 460; VS-Bd. 10798 (511); B 150, Aktenkopien 1980.

Altenburg informierte am 12. September 1980, Köhler habe mitgeteilt: „Informant 2 hat sich erfolgreich abgesetzt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 466; VS-Bd. 10798 (511); B 150, Aktenkopien 1980.

251

Gesandter Dannenbring, Washington, an das Auswärtige Amt**114-4844/80 VS-vertraulich****Fernschreiben Nr. 3351****Aufgabe: 29. August 1980, 19.41 Uhr¹****Ankunft: 30. August 1980, 01.55 Uhr**

Betr.: Amerikanische Einschätzung Iraks, insbesondere seiner Haltung zum Terrorismus

Zur Unterrichtung

1) Der stellvertretende Leiter des Bureau of Intelligence and Research im State Department, David E. Mark, gab mir am 29.8. das beim Gespräch des Herrn BM mit AM Muskie² zugesagte Briefing über die amerikanische Einschätzung der Politik Iraks, insbesondere seiner Haltung zum Terrorismus. Er kennzeichnete dabei die Haltung Iraks als doppelgleisig: Einerseits sei die Bagdader Führung bemüht, das Bild einer neuen, gemäßigten, rationaleren „staatsmännischen“ Politik zu entwerfen; andererseits fördere und unterstütze sie weiterhin terroristische Organisationen und bediene sich zur Erreichung ihrer Ziele bedenkenlos terroristischer Mittel.

2) Im einzelnen ist festzuhalten:

a) Im Bereich des Golfs habe sich Irak erfolgreich um den Abbau seines Bildes als eines radikalen, auf die Unterwanderung der gemäßigten, konservativen Nachbarländer zielenden Regimes und um die Annäherung an Saudi-Arabien und die übrigen Konservativen bemüht. Im Rahmen seiner neuen, auf Vernunft, Mäßigung und guter Nachbarschaft basierenden „staatsmännischen“ Politik trete er dafür ein, den Golf von beiden Großmächten freizuhalten.

Die neue Haltung komme auch im Abrücken vom Extremismus der „Front der Standhaftigkeit“³ zum Ausdruck; Irak bemühe sich statt dessen, seine Ablehnung von Camp David⁴ rationaler und politischer zu präsentieren.

Der Eindruck eines wachsenden Abstandes zur SU sei zutreffend. Irak sei über die Aktivitäten und die wachsende Präsenz der SU in der Nah- und Mittelostregion äußerst beunruhigt. Dies gelte besonders für die Präsenz der SU in Süd-jemen und Äthiopien, ihre Unterstützung für bestimmte Irak-feindliche PLO-Fraktionen und für kurdische Gruppen und für die pro-iranische Haltung der SU im iranisch-irakischen Grenzstreit⁵. Die Invasion Afghanistans habe den

¹ Hat Legationsrat I. Klasse Schöps am 1. September 1980 vorgelegen.

² Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Muskie am 26. August 1980 in Washington vgl. Dok. 248.

³ Zur „Ablehnungsfront“ vgl. Dok. 5, Anm. 8.

⁴ Zum Camp-David-Prozeß vgl. Dok. 13, Anm. 13.

Zu den Gesprächen zwischen Ägypten und Israel über eine Autonomie der palästinensischen Gebiete vgl. Dok. 247, Anm. 9 und 16.

⁵ Referat 311 vermerkte in einer undatierten Aufzeichnung, der Grenzverlauf im Schatt al-Arab sei seit über hundert Jahren umstritten. In einem Vertrag zwischen dem Osmanischen Reich und Persien sei 1847 das persische Ufer als Grenze festgelegt worden „und nicht – wie sonst üblich – der Talweg“. Irak habe in einem weiteren Vertrag, der den Grenzverlauf bestätigt habe, Iran am 4. Juli 1937 vor Abadan einen sieben Kilometer langen Ankerplatz eingeräumt. Am 19. April 1967 habe Iran den Vertrag gekündigt und ein neues Abkommen nach dem Talwegprinzip gefordert. Seitdem be-

Verdacht Iraks gegenüber den Absichten der SU verstärkt. Er fürchte die Rolle der Tudeh-Partei bei der weiteren Entwicklung Irans. Der Irak sei um eine Diversifizierung seiner Waffenversorgung durch Käufe in F und GB bemüht, auch wenn die SU wichtigster Lieferant bleibe. Aus irakischer Sicht sei allerdings das Abrücken von der SU nicht gleichbedeutend mit einer pro-westlichen Position, sondern Ausdruck irakischer Ungebundenheit.

b) Der öffentlich demonstrierten neuen gemäßigten Politik stehe die im Verborgenen unverändert gewährte Unterstützung und Förderung des Terrorismus gegenüber:

Man sei überzeugt, daß Irak in beide während des Gesprächs BM-AM Muskie erwähnte Terrorakte erheblich verwickelt sei. Der Anschlag auf das Kinderheim in Misgav Am⁶ sei von der Arab Liberation Front unternommen worden, die von Bagdad gegründet worden sei und von dort finanziert und bei der Planung unterstützt werde. Die Besetzung der iranischen Botschaft in London⁷ komme auf das Konto iranischer Araber aus Khuzistan, deren Opposition gegen Teheran von Bagdad aktiviert, finanziert und weitgehend gefördert werde. Auch wenn Bagdad nicht notwendigerweise an der Ausarbeitung aller Einzelheiten dieser Unternehmungen beteiligt gewesen sei, könne an der Billigung und Unterstützung derartiger Terrormaßnahmen auf höchster Ebene des Regimes kein Zweifel bestehen.

Darüber hinaus scheue Bagdad nicht vor gewalttätigen und rücksichtslosen Maßnahmen im Untergrund zur Verfolgung politischer Ziele zurück. Irakische Regimegegner in Europa seien wiederholt das Ziel irakischer Mordanschläge gewesen. Der Fall der beiden in Berlin verhafteten Diplomaten⁸ sei typisch für

Fortsetzung Fußnote von Seite 1317

führen iranische Schiffe den Schatt al-Arab, was Irak für illegal halte. Vgl. Referat 311, Bd. 137598.

Am Rande der Konferenz der Staatsoberhäupter der OPEC-Mitgliedstaaten vom 4. bis 6. März 1975 in Algier vermittelte Algerien im Grenzkonflikt zwischen Irak und Iran. Am 17. März 1975 wurde in Teheran ein Protokoll auf Grundlage der Einigung von Algier unterzeichnet, das die Landgrenze zwischen Irak und Iran regelte und die Seegrenze im Schatt al-Arab entlang des Talwegs festlegte. Am 13. Juni 1975 wurde in Bagdad der Vertrag zwischen Iran und Irak über die Staatsgrenze und nachbarschaftliche Beziehungen unterzeichnet. Für den Wortlaut des Vertrags mit Anhängen vgl. UNTS, Bd. 1017, S. 136–213.

Weiterhin wurde am 26. Dezember 1975 in Bagdad von beiden Staaten ein Abkommen über die Verwendung der Grenzgewässer bzw. ein Vertrag über die Grenzkommissionen unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 1017, S. 258 f. bzw. S. 222–227.

Im März 1980 kam es im Grenzgebiet zwischen Irak und Iran zu bewaffneten Auseinandersetzungen. Vgl. dazu Dok. 103, Anm. 23.

Am 22. April 1980 notierte Referat 311, die eigentlichen Gründe des Konflikts lägen im „traditionellen arabisch-iranischen Gegensatz, dem iranischen Führungsanspruch für unterdrückte, insbesondere islamische Völker (die 50 % irakischen Schiiten, die vom ‚gottlosen Baath-Regime‘ unterdrückt werden, sind hierfür eine bevorzugte Zielgruppe) und der erklärten Absicht, die iranische Revolution zu exportieren“. Beide Regierungen wollten von inneren Problemen ablenken: „Auch die Erinnerung Khomeinis [...] an das gute Verhältnis Iraks zum Schah-Regime seit der vertraglichen Grenzregelung im Schatt al-Arab im Jahre 1975 dürfte von Bedeutung sein.“ Beide Seiten ließen kein Interesse an einer Ausweitung des Konflikts erkennen. Vgl. Referat 311, Bd. 137598.

⁶ Am 7. April 1980 besetzten fünf Angehörige der Arabischen Befreiungsfront ein Kinderheim im Kibbuz Misgav Am. Beim Sturm durch israelische Streitkräfte kamen alle Geiselnnehmer sowie mehrere israelische Zivilisten, darunter drei Kinder, ums Leben. Vgl. dazu den Artikel „Kinder als Geiseln. Israelis setzen Truppen ein, erschießen Terroristen“, DIE WELT vom 8. April 1980, S. 1.

⁷ Zur Geiselnahme in der iranischen Botschaft in London vom 30. April bis 5. Mai 1980 vgl. Dok. 143, Anm. 11.

⁸ Zur Verhaftung zweier in Ost-Berlin akkreditierter irakischer Diplomaten wegen der Vorbereitung eines Anschlags in Berlin (West) vgl. Dok. 230 und Dok. 267.

derartige Unternehmungen. Auch eine irakische Beteiligung an den gewalttätigen Anti-Assad-Aktionen in Syrien sei nicht auszuschließen.

[gez.] Dannenbring

VS-Bd. 11158 (311)

252

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem stellvertretenden ägyptischen Präsidenten Mubarak

VS-vertraulich

1. September 1980¹

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem ägyptischen Vizepräsidenten Mubarak² am 1. September 1980 von 17.20 bis 18.30 Uhr im Bundeskanzleramt

Weitere Teilnehmer: StS Osama el-Baz, Botschafter Sirry, StS van Well, MDg von der Gablentz.

Bundeskanzler erkundigt sich nach Präsident Sadat, dem es nach Mitteilung Mubaraks sehr gut geht und der dem Bundeskanzler herzliche Grüße übermittelt.

Nahost

Mubarak erläutert das letzte Schreiben Sadats vom 27. August an Begin.³ Er wollte damit der öffentlichen Auseinandersetzung und ihren schädlichen Auswirkungen auf den Friedensprozeß ein Ende bereiten. Begin habe im Gegen-

¹ Ablichtung.

Die Aufzeichnung wurde von Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 2. September 1980 gefertigt und an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau „zur Unterrichtung des Bundesministers“ übermittelt. Dazu teilte er mit, Bundeskanzler Schmidt habe die Gesprächsaufzeichnung noch nicht gebilligt.

Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 5. September 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat von Ploetz verfügte.

Hat Ploetz am 10. September 1980 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14082 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

² Der stellvertretende ägyptische Präsident Mubarak hielt sich vom 29. August bis 1. September 1980 in der Bundesrepublik auf. Vortragender Legationsrat Boll teilte dazu am 4. September 1980 mit: „Kurzfristig zustande gekommener Besuch des ägyptischen Vizepräsidenten Hosni Mubarak in Bundesrepublik Deutschland war erste Station auf seiner ausgedehnten Europareise. Vorgesehen sind außerdem Besuche in London, Rom, Paris, Wien und Bukarest.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 119; Referat 012, Bd. 115730.

³ Botschaftsrat I. Klasse Richter, Kairo, teilte am 31. August 1980 mit, in der ägyptische Presse sei ein drittes Schreiben des Präsidenten Sadat an Ministerpräsident Begin ein beherrschendes Thema: „Der diesmal nur anderthalbseitige Brief Sadats wiederholt, daß die Wiederaufnahme der Autonomieverhandlungen vor dem geforderten Dreier-Gipfel nach den US-Wahlen nicht in Betracht kommt. Begin habe sich in seinem letzten Schreiben leider nur mit für die Verhandlungen irrelevanten geschichtlichen Themen beschäftigt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1357; Unterabteilung 31, Bd. 135601.

satz zum ägyptischen Wunsch auf der Veröffentlichung seines Briefwechsels mit Sadat bestanden, Texte seiner Briefe sogar vorher der Presse mitgeteilt.⁴ Begin habe seit dem Jerusalem-Gesetz der Knesset⁵ immer wieder neue Vorbedingungen für die Verhandlungen aufgebaut, die vereinbarungsgemäß ohne Vorbedingungen stattfinden sollten. Jetzt werde sogar ein Gesetz über die Annexion des Golan vorbereitet sowie immer neue Siedlungen genehmigt. Er habe damit die Ägypter in eine sehr schwierige Lage gebracht.

Bundeskanzler: Begin benimmt sich unberechenbar und wird immer mehr zu einem gefährlichen Verhandlungspartner. Vor den amerikanischen Wahlen⁶ kann allerdings nichts bewegt werden. Falls Carter wiedergewählt wird, ist eine gewisse Bewegung zu erwarten, da er persönlich von Begins Politik genug hat. Aber während der Wahlkampagne muß er Camp David⁷ als einen andauernden Erfolg präsentieren. Falls Reagan gewählt wird, muß man sich auf eine gewisse Durststrecke einrichten, während sich die neue Regierung an die Realitäten im Nahen Osten gewöhnt. (*Mubarak* wirft ein: Daher strebe man einen Dreier-Gipfel nach den amerikanischen Wahlen an.)

Er fragt, wie lange Sadat diese gegenwärtige Haltung gegenüber den anderen Arabern und gegenüber der Ablehnungsfront⁸ durchhalten könne. Haben sich die Saudis bei den Begräbnisfeierlichkeiten für den Schah⁹ vertreten lassen?

Mubarak erläutert, daß außer einem persönlichen Vertreter des marokkanischen Königs¹⁰ kein Araber an den Trauerfeierlichkeiten teilnehmen konnte. König Hussein scheine darauf zu warten, daß die Ägypter das dreckige Geschäft für ihn betrieben und ihm das Ergebnis dann auf einem silbernen Tablett präsentierten. Auf Einwurf des Bundeskanzlers, daß Hussein in Hamburg keine feindlichen Gefühle gegen Kairo gezeigt habe¹¹, bestätigt er, daß auch Hussein die Politik Sadats für die einzig mögliche Politik halte, dies aber angesichts des palästinensischen Terrors nicht offen sagen könne. Auf Einwurf des Bundeskanzlers, daß die harte Haltung Begins nur die Position der extremen Kräfte innerhalb der PLO stärken könne, meint er, daß die PLO auch unter Arafat voll unter dem Einfluß der Syrer stünde, durch die sie auch von der Sowjetunion unterstützt werde. Er stimmt dem Bundeskanzler zu, daß Arafat an sich zum gemäßigten Flügel der PLO gehöre. Er betont, daß man sich letzten Endes kei-

⁴ Für den Briefwechsel zwischen Präsident Sadat und Ministerpräsident Begin vom 2. bzw. 4. August sowie vom 15. und 18. August 1980 vgl. Dok. 247, Anm. 16.

⁵ Zum israelischen Gesetz über Jerusalem vom 30. Juli 1980 vgl. Dok. 247, Anm. 11.

⁶ Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

⁷ Zum Camp-David-Prozeß vgl. Dok. 13, Anm. 13.

⁸ Zur „Ablehnungsfront“ vgl. Dok. 5, Anm. 8.

⁹ Schah Reza Pahlavi starb am 27. Juli 1980 im ägyptischen Exil. In Kairo wurde er am 29. Juli 1980 mit einem Staatsbegräbnis beigesetzt. In der Presse hieß es dazu: „Aus dem Ausland hat sich von den regierenden ehemaligen Freunden des Schahs offenbar niemand zur Teilnahme angesagt. Nach Angaben der Nachrichtenagentur Mena werden außer Sadat und der Familie des Gestorbenen nur noch der frühere amerikanische Präsident Richard Nixon und der frühere griechische König Konstantin die erste Reihe der Trauergäste bilden.“ Vgl. den Artikel „Umfangreiches Trauerzeremoniell in Kairo“, NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernaussgabe vom 30. Juli 1980, S. 1.

¹⁰ Hassan II.

¹¹ Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit König Hussein am 30. Juli 1980 vgl. Dok. 223.

nen erfolgreichen Dreier-Gipfel vor den israelischen Wahlen¹² vorstellen könne, bei denen Begin abgewählt werde. Mit Peres oder Rabin könnten jedenfalls die Verhandlungen wieder fortgesetzt werden, ohne daß die Israelis immer neue Vorbedingungen und Belastungen schafften. Er stimmt dem Bundeskanzler zu, daß man wegen der inneren Probleme der Arbeiterpartei sonst keine allzu dramatischen Veränderungen der israelischen Haltung erwarten könne.

Bundeskanzler sieht im Verhalten Begins bei der Jerusalem-Gesetzgebung, die ursprünglich nicht von ihm ausging, ein Zeichen für seine Unberechenbarkeit.

Er erläutert, daß die Bundesregierung dem Camp-David-Abkommen ursprünglich nicht sehr enthusiastisch gegenüberstand, da es wesentliche Probleme nicht erwähnte. Wesentlich sei aber jetzt, daß im März 1982 der Rest des Sinai programmgemäß den Ägyptern übergeben werde. Wenn es zu einem Dreier-Gipfel 1981 komme, sei es sehr wesentlich, die Monate bis zum März 1982 anständig zu überbrücken.

Mubarak betont, daß es deswegen äußerst wichtig sei, zu zeigen, daß der Camp-David-Prozeß nicht unterbrochen werde. Sadats letzter Brief zeige auch das Bemühen, israelischen Äußerungen, die Ägypter hätten den Vertrag gebrochen, den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Er erläutert auf Frage des Bundeskanzlers nach der Bedeutung der von StM Ghali in Bukarest unterstützten Möglichkeit einer internationalen Nahost-Konferenz unter Beteiligung der VN, daß es sich hierbei um eine Lieblingsidee Ceauşescus handele.¹³ Man strebe nicht eine Neuaufgabe der Genfer Konferenz¹⁴ an, sondern die Bildung eines internationalen Komitees, an dem auch Frankreich und Rumänien beteiligt seien. Die ägyptische Haltung sei, an den Camp-David-Verhandlungen festzuhalten, aber im übrigen nichts abzulehnen, was eventuell Erfolge bringen könne.

Bundeskanzler betont, daß zur Zeit eine solche Ausweitung des Verhandlungsprozesses über Nahost-Fragen nicht funktionieren würde. Aber am Ende des Verhandlungsprozesses müsse man nach Wegen suchen, um auch die Unterschrift der Sowjetunion zu bekommen. Man dürfe ihr nicht eine entscheidende Rolle im Verhandlungsprozeß einräumen, aber wenn man ihr nicht am Schluß eine Funktion zugestehe, die ihrem Prestigebedürfnis entgegenkomme, riskiere man, daß sie stets durch ihre Hilfstruppen und Freunde neuen Ärger im Nahen Osten schaffe.

StS *el-Baz* betont, daß man über Ceauşescus Gedanken erst dann diskutieren wolle, wenn es gelungen sei, den Camp-David-Prozeß auf andere Verhandlungspartner auszuweiten.

¹² In Israel fanden am 30. Juni 1981 Parlamentswahlen statt.

¹³ Der Staatsminister im ägyptischen Außenministerium, Boutros-Ghali, hielt sich ab 12. August 1980 für mehrere Tage in Rumänien auf, wo er am 14. August 1980 mit Präsident Ceauşescu sprach. Botschafter Jovy, Bukarest, berichtete am 19. August 1980: „Ceauşescu scheint, abgesehen von seinem Anliegen, Bukarest als Ort für eine spektakuläre internationale Konferenz zu empfehlen, vor allem zwei politische Ziele zu verfolgen (vgl. seine Ausführungen gegenüber Thorn am Vorabend von dessen Nahost-Reise): die Sowjetunion wieder in den Nahostprozeß einzuschalten; Ägypten in den arabischen Konsens zurückzuführen. Beide Ziele könnten durch seine Initiative dann gefördert werden, wenn das Zustandekommen der Konferenz schließlich daran scheitern sollte, daß Israel die Teilnahme verweigert.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 533; Unterabteilung 31, Bd. 135601.

¹⁴ Zur Friedenskonferenz für den Nahen Osten in Genf vgl. Dok. 223, Anm. 35.

Mubarak erläutert auf Fragen des Bundeskanzlers, daß man in der Zwischenzeit sich bemühe, den Kontakt mit Israel auch unabhängig von den Verhandlungen aufrechtzuerhalten. Staatspräsident Navon werde Ende Oktober in Kairo erwartet.¹⁵ Man werde ägyptische Parlamentarier nach Israel entsenden, um den Israelis die ägyptische Haltung zu erläutern.

Auf Frage des Bundeskanzlers bezeichnet er die Haltung der neun Europäer als sehr zufriedenstellend. Sadat sei voll befriedigt und sehe in der Erklärung des ER von Venedig¹⁶ eine gute Unterstützung seiner Sache. Er dankt dem Bundeskanzler im Namen Präsident Sadats für den deutschen Anteil beim Zustandekommen dieser Erklärung und betont die gute deutsch-ägyptische Konsultation bei der Vorbereitung des Erklärungstextes.

Libyen

Mubarak: Auf Frage des Bundeskanzlers nach der Beurteilung der Lage in Libyen berichtet er, daß der Ortskommandant in Tobruk, früher ein Gehilfe Gaddafis bei der Ausführung von Sabotageakten in Ägypten, die Ägypter über einen bevorstehenden Aufstandsversuch habe unterrichten lassen. Ein ostdeutscher Offizier habe aber Gaddafi gewarnt, der den Aufstand niederschlagen konnte, wobei etwa 400 Menschen getötet wurden.¹⁷ Insgesamt sei Gaddafis Regierung in schlechtem Zustand, Jalloud spiele keine von Gaddafi unabhängige Rolle.

Auf die Bemerkung des Bundeskanzlers, er habe auch von Breschnew und Kosygin während seines Moskau-Besuchs¹⁸ recht abfällige Bemerkungen über Gaddafi gehört, bestätigt er, daß auch die Sowjets wüßten, daß Gaddafi unberechenbar und erratisch sei. Sie bemühten sich, in Libyen Kader auszubilden, um ihn eines Tages zu ersetzen.¹⁹ Die Sowjets könnten sich sicher ebenso wie die Ägypter auch noch der Zeit erinnern, in der Gaddafi Sadat beschuldigt hatte, zu gute Beziehungen mit der Sowjetunion zu unterhalten.

Auf Frage des Bundeskanzlers, ob die Libyer die Unmengen sowjetischer Waffen, die sie auf ihrem Territorium angesammelt haben, selbst benutzen könnten oder ob sie sie als Depot für sowjetische Truppen in Verwahrung hielten, antwortet er, daß die Libyer keine Möglichkeiten hätten, die etwa 2000 Panzer und die 150 MiG selbst einzusetzen. Sie haben weder Bedienungsmannschaft

¹⁵ Staatspräsident Navon besuchte vom 26. bis 30. Oktober 1980 Ägypten. Vgl. dazu Dok. 331, Anm. 8.

¹⁶ Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats vom 12./13. Juni 1980 in Venedig über den Nahen Osten vgl. BULLETIN DER EG 6/1980, S. 10f. Vgl. dazu auch Dok. 177.

¹⁷ Botschafter Held, Tripolis, berichtete am 19. August 1980: „In letzten Ramadantagen hat in Tobruk Regimentskommandeur gegen Gaddafi revoltiert, weil er sich von ihm gekränkt fühlte. Begegnung kurz danach Selbstmord, u. a. deshalb, weil er praktisch keine Gefolgsleute fand. Vorfall war damit ohne ernste Auswirkung (Schießereien o. dergl[ichen]) beigelegt und muß insgesamt als spontane, kopflose und nicht erfolversprechende Einzelaktion angesehen werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 339; Referat 311, Bd. 137638.

Botschaftsrat I. Klasse Richter, Kairo, teilte am 20. August 1980 mit, in der ägyptischen Presse sei am Vortag ausführlich über einen Putschversuch in der libyschen Armee berichtet worden: „Nach diplomatischen Quellen aus Casablanca habe die 9. Libysche Armeebrigade am 6. August in Tobruk revoltiert. Die Revolte unter Major Idris el-Sheheiby sei noch nicht niedergeschlagen. Bisher gebe es 400 Tote.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1291; Referat 311, Bd. 137638.

¹⁸ Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher hielten sich am 30. Juni und 1. Juli 1980 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 192–195.

¹⁹ Zu den Beziehungen zwischen Libyen und der UdSSR vgl. Dok. 176, Anm. 8.

ten noch Techniker noch Ersatzteile. Von den 150 MiG-Flugzeugen seien noch 70 verpackt, die anderen auch nicht einsatzbereit. Der Verdacht liege nahe, daß die Sowjets den Libyern soviel verkauft haben, um harte Devisen für ihre Getreidekäufe in den USA zu verdienen. Wie der Bundeskanzler seien auch die Ägypter durch die Massierung sowjetischer Waffen in Libyen beunruhigt. Sie hätten sich auf die Nachricht, daß 70 nordkoreanische Piloten die Ostgrenze Libyens kontrollieren sollten, an Kim Il Sung gewandt, der inzwischen die nordkoreanischen Piloten zurückgezogen habe.

Sudan, Äthiopien, Somalia, Jemen

Mubarak bestätigt auf Fragen des Bundeskanzlers, daß Nimeiri sich darauf verlassen könne, daß die Ägypter ihm gegen libysche Übergriffe zur Hilfe kommen würden. Die Sowjets scheinen die Äthiopier zu drängen, Siad Barre im Oga-den unter Druck zu setzen, nachdem Somalia mit den Amerikanern ein Abkommen über Berbera²⁰ geschlossen hatte. Barre seinerseits scheine aber nicht allzu viel Vertrauen in die amerikanische Politik zu haben. Die USA ließen in Somalia ebenso wie im Oman ein schnelles und entschlossenes Handeln vermissen. Sie seien langsam in der Unterstützung ihrer Freunde und nicht klar berechenbar. Die Ägypter hätten Muskie hierüber informiert, der aber auch nichts getan habe. Im Nordjemen, der unter dem ständigen Druck des sowjetischen Satelliten Südjemen stehe²¹, seien die Saudis nur unter großen Schwierigkeiten zum Handeln zu bewegen.

Bedrohung durch sowjetische Mittelstreckenwaffen

Bundeskanzler schildert den Aufbau weitreichender sowjetischer Mittelstreckenpotentiale (SS-20 und Backfire). Hierzu gebe es kein Gegengewicht weder in Europa noch im Nahen/Mittleren Osten sowie in Südasien. Er habe seit über drei Jahren zunächst im kleinsten Kreis, dann ab Oktober 1977 auch in der Öffentlichkeit²² auf diese Gefahr hingewiesen. Die Amerikaner hätten erst 1978 zu verstehen begonnen, daß der Westen ein militärisches Gegengewicht schaffen müsse. Hierüber sei dann im Grundsatz beim Gipfeltreffen in Guadeloupe²³ entschieden worden. Die praktische Entscheidung sei dann mit dem Doppelbeschluß der NATO vom Dezember 1979 gefallen. Nach sechseinhalbmonatigem sowjetischem Schweigen auf das Rüstungskontrollangebot der NATO hätten die Russen dann bei seinem Moskau-Besuch mit einem Verhandlungsangebot geantwortet. Vor den amerikanischen Wahlen werde es allerdings kaum zu Verhandlungen kommen. Inzwischen wachse das SS-20-Potential in einer Größenordnung von 450 Gefechtsköpfen im Jahr.

Dieses militärische Potential mit einer Reichweite von 4000 km könne von der Sowjetunion auch im Nahen Osten als politisches Instrument eingesetzt werden. Eine solche Gefahr bestehe z.B. dann, wenn eines Tages die Israelis öf-

²⁰ Zum amerikanisch-somalischen Abkommen vom 22. August 1980 vgl. Dok. 229, Anm. 24.

²¹ Zu den Beziehungen zwischen der Demokratischen Volksrepublik Jemen (Südjemen) und der Arabischen Republik Jemen (Nordjemen) vgl. Dok. 1, Anm. 44, und Dok. 176, Anm. 27.

²² Bundeskanzler Schmidt hielt am 28. Oktober 1977 vor dem International Institute for Strategic Studies in London einen Vortrag. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1977, S. 1013–1020.

²³ Am 5./6. Januar 1979 trafen sich Premierminister Callaghan, Präsident Carter, Staatspräsident Giscard d'Estaing und Bundeskanzler Schmidt auf Guadeloupe zur Erörterung außen-, sicherheits- und wirtschaftspolitischer Fragen. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 2, Dok. 3 und Dok. 5.

fentlich auf den Besitz von Atomwaffen pochen sollten. Damit könnte den Sowjets ein Vorwand für eine solche politisch-strategische Drohung im Nahen Osten gegeben werden.

Er bittet, Präsident Sadat diese Sorgen als eine persönliche Lageeinschätzung des Bundeskanzlers mit der Anregung zu übermitteln, über diese militärischen Aspekte gelegentlich auch mit den USA zu sprechen. Diese Lage sei außerordentlich gefährlich, nicht nur für Westeuropa, sondern für die gesamte Mittelmeerregion, den Nahen, Mittleren Osten sowie Südasien. Die große Gefahr sei, daß die Sowjetunion auf diesem Gebiet bis weit in die zweite Hälfte der 80er Jahre hinein eine außerordentliche militärische Überlegenheit besitzen werde. Eine nukleare Erpressung z.B. mit einem Angriff auf den Assuan-Damm, der eine Katastrophe für Ägypten herbeiführen würde, sei dann nicht von der Hand zu weisen.

Mubarak dankt dem Bundeskanzler für diese äußerst wichtigen Darlegungen. Ägypten werde hierüber mit den USA sprechen. Er dankt für das außerordentlich fruchtbare und anregende Gespräch sowie für die Gastfreundschaft während seines Aufenthalts in Deutschland.

Bundeskanzler bittet, Präsident Sadat seine herzlichen Grüße zu übermitteln und ihm zu danken, daß er ihn durch Vizepräsident Mubarak über die ägyptische Position unterrichtet habe. Er selbst werde keine Anstrengung scheuen, um mit Präsident Sadat in engem Kontakt zu bleiben. Er bittet, seinen Freund Sadat seines großen persönlichen Respekts und seiner Freundschaft zu versichern.

VS-Bd. 14082 (010)

253

Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats Scheel

214-320.10 Pol

Aufgabe: 1. September 1980, 10.52 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 4406 Plurez

Cito

Betr.: Gespräch Botschafters Chyliński mit BM am 1.9.1980;
hier: innenpolitische Lage in Polen²

Auf seinen Wunsch suchte am 1.9. Botschafter Chyliński BM auf, um mit ihm Gespräch über gegenwärtige innere Lage, deutsch-polnische Beziehungen und insbesondere deutsch-polnische Wirtschaftsbeziehungen zu führen.

¹ Durchdruck.

Drahterlaß an die Botschaft in Warschau und an das Bundeskanzleramt.

Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 13.

² Zur Lage in Polen vgl. Dok. 246.

Botschafter Negwer, Warschau, teilte am 1. September 1980 mit: „Die von den Vizeministerpräsi-

Zur inneren Lage wurde ausgeführt:

BM: Wir haben Ereignisse in Ihrem Land mit großer Aufmerksamkeit, innerer Anteilnahme und sehr viel Hoffnung verfolgt, daß eine zufriedenstellende Lösung gefunden wird. Mit großem Respekt hätten wir die Bemühungen Ihrer Führung gesehen, zu einer verantwortungsvollen Verständigung zu kommen, mit großem Respekt auch die Bemühungen der Arbeiter in Danzig und anderswo, mit großer Verantwortung zu einer Lösung zu kommen, mit großem Respekt auch die Haltung, die die katholische Kirche in Polen in dieser schwierigen Zeit eingenommen hat.³ Die Zurückhaltung, die wir eingenommen haben und weiter üben werden, ist nicht ein Zeichen von Desinteresse, sondern unserer Achtung vor dem polnischen Volk und vor der polnischen Führung, ihre Angelegenheiten in eigener Zuständigkeit zu regeln. Wir hoffen aufrichtig, daß die jetzt erzielten Vereinbarungen den Weg für eine gute Entwicklung im Lande öffnen können. Wir hatten von vornherein Verständnis für Giereks Wunsch, Besuch zu verschieben.⁴ Das Ergebnis zeigt, daß Gierek sich in geeigneter Weise um Überwindung der Krise bemüht hat.

Diese Feststellung treffe ich nicht ohne größere innere Bewegung, am 1. September, dem Jahrestag des Beginns schlimmer Ereignisse in der Geschichte unserer Völker. Ihr Ergebnis ist das innere Verhältnis, das die Deutschen jetzt

Fortsetzung Fußnote von Seite 1324

denen Barcikowski am 30.8. in Stettin und Jagielski nach Billigung durch das V. Plenum des Zentralkomitees der PVAP am 31.8. in Danzig unterzeichneten Vereinbarungen zwischen örtlichen überbetrieblichen Streikkomitees und Verhandlungskommissionen der Regierung wurden in Kreisen polnischer Bevölkerung wie von ausländischen Beobachtern mit Erleichterung aufgenommen.“ Das Ergebnis werde von den Streikenden und der polnischen Bevölkerung „als beachtenswerter Durchbruch und als Sieg von Beharrlichkeit, Umsicht, unter erschwerten Bedingungen hervorragender Streikorganisation, Solidarität und Disziplin bewertet. Die Ergebnisse wurden im einzelnen nicht veröffentlicht. Nach bisherigen Anzeichen gehen sie im wirtschaftlichen wie im politischen Forderungskatalog weit über den ursprünglichen Konzessionsrahmen der Regierung hinaus.“ So sei der „Bildung unabhängiger, sich selbst verwaltender Gewerkschaft unter Einräumung Streikrechts und eigener Medien“ zugestimmt worden: „Wirtschaftliche und soziale Forderungen der Streikenden wurden zum größeren Teil erfüllt bzw. Weiterverfolgung durch zuständige Instanzen in Aussicht gestellt.“ Die Pressezensur solle „in konkretere Schranken gewiesen und künftig, sofern nicht Interessen von Partei, Staat oder der sozialistischen Grundordnung berührt werden, größere Offenheit und Freimütigkeit dulden [...]. Beachtenswert ist die Tatsache, daß Streikende Zusicherungen für von Kirchen seit längerem geforderten größeren Zugang zu den Medien erkämpft haben sollen.“ Auf Sanktionen gegen am Streik Beteiligte solle verzichtet bzw. deshalb Inhaftierte sollten freigelassen werden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1037; Referat 214, Bd. 132905.

Für den Wortlaut der Vereinbarung vom 30. August 1980 in Stettin vgl. POLISH CRISIS 1980–1981, S. 66–69.

Für den Wortlaut der Vereinbarung vom 31. August 1980 in Danzig vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 673–682.

Am 3. September 1980 wurde in Jastrzębie ein weiteres Abkommen zwischen dem dortigen überbetrieblichen Streikkomitee und der Regierung unterzeichnet.

³ Zur Position der katholischen Kirche zur Entwicklung in Polen vgl. Dok. 249.

Botschafter Negwer, Warschau, legte am 29. August 1980 dar, die katholische Kirche fordere im Kommuniké vom 27. August 1980 über die außerordentliche Sitzung der Polnischen Bischofskonferenz in Jasna Góra am Vortag „einerseits im nationalen Rahmen Beendigung der Streiks und die Rückkehr zur Arbeit; sie unterstützt jedoch gleichzeitig in erheblichem Grade die Forderungen der streikenden Arbeiter und reichert sie durch seit Jahren von der Kirche erhobene moralisch-religiöse Forderungen weiter an.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1028; Referat 213, Bd. 132904.

⁴ Zur Verschiebung des für den 19./20. August 1980 geplanten Besuchs des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, Gierek, vgl. Dok. 240.

zum polnischen Volk gefunden haben. Wir sind davon überzeugt, daß wir dieser wechselnden Geschichte durch fruchtbare Zusammenarbeit ein Ende bereiten müssen. Dieses erklärt die Aufmerksamkeit, die die Entwicklung in der Volksrepublik Polen in der Bundesrepublik Deutschland gefunden hat.

Chyliński dankt: Ich bin bevollmächtigt, für die positive Reaktion der Bundesregierung, des Bundesministers, der FDP zu danken. Ich bin befriedigt über die Nichteinmischung in die inneren polnischen Angelegenheiten und die Tatsache, daß Sie Vertrauen gehabt haben, daß in dieser kritischen Situation das polnische Volk seine Schwierigkeiten selbst zu lösen vermag. Von Anbeginn der Streiks, die Ausdruck der Unzufriedenheit der Arbeiter waren, war die polnische Führung davon überzeugt, daß die Schwierigkeiten nur nach dem Prinzip der Diskussion und der einvernehmlichen Lösung überwunden werden müssen. Es ist Ausdruck der Tatsache, daß unsere Regierung Staat und Volk mit sehr demokratischen Methoden regiert. Besonders für unsere Partei war diese politische Krise in psychologischer und moralischer Hinsicht sehr schwer. Wir sind eine Arbeiterpartei, und wir wollen es sein. Deshalb sind wir der Auffassung, daß mit selbstkritischen Methoden vieles überdacht werden muß. Deshalb haben wir die Forderungen der Streikleitungen mit größtem Verständnis aufgenommen. Heute können wir sagen, daß die Demokratie sich in Polen vertieft hat. Viele Dinge müssen sicherlich noch weiterhin diskutiert, verarbeitet und verändert werden. Die wesentlichste Frage ist die grundlegende Umstrukturierung der Gewerkschaften. Es geht darum, daß diese ihre bürokratischen und formalistischen Formen ablegen müssen und zu einer wirklichen Vertretung der Arbeiter und der Bevölkerung vor der Verwaltung werden müssen. Im Augenblick haben die Gewerkschaften ihre Autorität in der Arbeiterklasse verloren. Diese Autorität muß mit aller Entschiedenheit wieder aufgebaut werden. Zu diesem Hintergrund gibt es eine Reihe von Vorschlägen, die nicht gerade die glücklichsten Voraussetzungen bilden, wie den Vorschlag von parallelen Gewerkschaften in jedem Betrieb. Das erklärt sich aus dem geschwundenen Vertrauen gegenüber den bestehenden Gewerkschaften. Das Endergebnis werden neue Gewerkschaften sein, in denen sich die Arbeiter wirklich wiedererkennen werden.⁵

Auf der Sondersitzung des ZK vom 30.8. sind deshalb die Forderungen der streikenden Arbeiter angenommen worden. Dabei ist sichergestellt, daß es keine Abweichung von der sozialistischen Staatsstruktur geben wird. Sowohl im Osten als auch im Westen hat es entsprechende Gerüchte gegeben. Auch von seiten der Streikkomitees hat es aber derartige Tendenzen nicht gegeben. Auch wird

⁵ Botschafter Negwer, Warschau, berichtete am 5. September 1980, die Bildung selbstverwalteter Gewerkschaften spiele in den Vereinbarungen von Stettin, Danzig und Jastrzębie eine zentrale Rolle: „Im Rahmen der tiefgreifenden Erneuerung Gewerkschaftsbewegung, die mit voller Unterstützung der Partei erfolgen soll, könnten überall dort neue selbstverwaltete Gewerkschaften entstehen, wo es die Belegschaften wünschen. In Vereinbarungen wird auch Streikrecht als Mittel zur Durchsetzung von Arbeiterrechten nach Ausschöpfung aller anderen Mittel und Methoden zur Lösung von Streitpunkten garantiert. Form der Gewerkschaften und Umfang ihrer Rechte, einschließlich des Streikrechts, sollen in neuem Gesetz über die Gewerkschaften verankert werden.“ Im vorliegenden Gesetzentwurf bleibe das Verhältnis zwischen der bisherigen Gewerkschaftsorganisation und den neuen Gewerkschaften unklar, zumal deren Tätigkeitsbereich lokal begrenzt bleiben solle. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1063; Referat 214, Bd. 132905.

die Verfassung der Volksrepublik Polen⁶ in der jetzigen Form respektiert, die Gesellschaft und der Produktionsmittel bleibt erhalten⁷, und die Gewerkschaften werden sich nicht in die Politik einmischen. Gleichzeitig wird voll und ganz die führende Rolle der PVAP anerkannt. In diesem Zusammenhang muß man die Tatsache sehen, daß die neuen Gewerkschaften nicht der Partei untergeordnet sein werden. Wir freuen uns deshalb darüber, daß hier durchaus günstige Veränderungen in Polen stattfinden, um die sozialen Spannungen zu überwinden und das Vertrauen wiederherzustellen.

Die Partei hat diese Veränderungen durchgeführt in dem Gefühl, daß es sich um richtige Veränderungen handelt, nicht in dem Gefühl, gegenüber Forderungen nachgegeben zu haben. Wir hoffen, daß dank der Art und Weise, wie die Regierung an die Lösung der Krise herangegangen ist, die Stellung der Führung und der Partei gestärkt worden ist. Weitere Veränderungen in der Führung und der Regierung sind nicht auszuschließen.⁸ Es dreht sich dabei aber nicht um Personen, sondern um die richtigen Führungsmethoden.

Bilaterale Beziehungen

Botschafter Chyliński: Ich kann Ihnen versichern, daß wir mit vollster Überzeugung unsere Politik der bilateralen Zusammenarbeit, der Fortentwicklung der Beziehungen und des Normalisierungsprozesses und der Annäherung beider Völker fortführen werden. Wir werden weiterhin mit größter Konsequenz darum kämpfen, daß die Entspannung in Europa vertieft wird. Wir schätzen hoch ein, daß wir in sehr vielen Punkten gemeinsamer Meinung sind, und daß die positiven Entwicklungen in den Beziehungen immer stärker werden.

Ich weise dabei auf die Diskussionen von Dg22 über die Vorbereitung von Madrid über Fragen der Abrüstung und militärischen Entspannung hin.⁹

In diesem Geist möchte unser neuer Außenminister, Czyrek, Sie während der 35. Generalversammlung in New York treffen.¹⁰

Der bisherige AM Wojtaszek ist jetzt der für internationale Angelegenheiten zuständige ZK-Sekretär geworden und bleibt damit Teil der engeren Führung.

⁶ Für den Wortlaut der Verfassung der Volksrepublik Polen vom 22. Juli 1952 in der Neufassung vom 16. Februar 1976 vgl. VERFASSUNGEN DER KOMMUNISTISCHEN STAATEN, S. 333–349.

⁷ So in der Vorlage.

⁸ Zu den personellen Veränderungen im ZK der PVAP sowie in der polnischen Regierung vgl. Dok. 246, Anm. 3.

Zur Ablösung des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, Gierek, am 5. September 1980 vgl. Dok. 256, Anm. 9.

⁹ Am 21./22. August 1980 führte Botschafter Ruth in Warschau Gespräche über Abrüstungsfragen und die Vorbereitung der KSZE-Folgekonferenz in Madrid. Dazu hielt er am 25. August 1980 fest: „Bei den deutsch-polnischen Konsultationen über Abrüstungsfragen handelte es sich um die 1978 vereinbarten regelmäßigen Gespräche zwischen den Abrüstungsbeauftragten beider Regierungen. Die polnischen Gesprächspartner waren dieses Mal besonders um die Schaffung einer guten Gesprächsatmosphäre bemüht. Sie machten deutlich, welch großen Wert sie auf die laufenden Arbeitskontakte mit westlichen Staaten legten, und sprachen ihre Dankbarkeit dafür aus, daß wir die Konsultationen nicht verschoben haben.“ Hauptthemen seien „die Vorbereitung auf die KSZE und insbesondere auf die Weiterentwicklung vertrauensbildender Maßnahmen und die Prüfung der Frage einer besonderen Konferenz über dieses Thema“ gewesen. Vgl. VS-Bd. 11305 (220); B 150, Aktenkopien 1980.

¹⁰ Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Außenminister Czyrek am 23. September 1980 vgl. Dok. 282.

BM: Ich begrüße Ihre Ausführungen über die Fortsetzung der bilateralen Beziehungen und die Fortsetzung der Entspannungspolitik in Europa überhaupt. Die Bundesregierung hat in diesen schwierigen Tagen keinen Zweifel daran gelassen, daß wir konsequent und unbeirrt den Weg der Vertiefung unserer Beziehungen fortsetzen wollen. Das gilt für alle Bereiche: die politischen, wirtschaftlichen und die kulturellen Beziehungen. Ich verweise auf mein Gespräch mit VAM Czyrek am 16.7.1980.¹¹ Wir sind weiterhin außerordentlich interessiert an Fortschritten bei Rüstungskontrolle und Abrüstung und blicken mit großer Erwartung auf das KSZE-Folgetreffen in Madrid.

Mich hat sehr beeindruckt, was Sie über die innere Philosophie Ihrer Führung gesagt haben, daß es sich bei den Entscheidungen nicht um Zugeständnisse an die Streikenden, sondern um notwendige und richtige Entscheidungen gehandelt hat.

Botschafter Chyliński (auf entsprechende Frage BM): Olszowski hat dieselbe Rolle im ZK-Sekretariat, die er bis zum VIII. Parteitag der PVAP¹² ausgeführt hat, nämlich des Hauptverantwortlichen für Wirtschaftsbeziehungen. Weil er diese Funktion aufgrund seiner kritischen Stellungnahmen wiedererhalten hat, hat er jetzt eine schwierige Stellung.

Die außerordentlich schwierige Situation Polens hat wirklich den Arbeitern Grund zur Unzufriedenheit gegeben.¹³ Die gegenwärtig geschlossenen Veränderungen ändern nichts an der Tatsache, daß wirtschaftliche Situation sich nicht gebessert hat. Die Streiks haben große Verluste mit sich gebracht. Von sich aus haben sich die Arbeiter zu einem verlängerten Arbeitstag verpflichtet, um die verlorene Arbeitszeit wieder aufzuholen. Die Verbesserungen in den Löhnen betragen insgesamt 150 Mrd. Złoty, über die in diesem Jahr in Höhe von 50 Mrd. Złoty geplanten Verbesserungen hinaus. Wenn diesen Löhnen kein Angebot auf dem Markt gegenübersteht, wird sich die Inflation verstärken. In der Kaufkraft entspricht dieser Betrag ungefähr 3 Mrd. US-Dollar. Das ist eine erschreckende Aussicht, wenn man die gegenwärtige polnische Zahlungsbilanz betrachtet.

Die nichtrealistischen Einschränkungen der Importe haben zu einer Situation geführt, daß nicht nur Güter für den polnischen Markt fehlten, sondern auch für die Produktion. Das hat zu Protesten der Arbeitnehmer geführt, die nicht mehr in den Betrieben im normalen Rhythmus arbeiten konnten. Die Regierung ist dabei, Vorschläge für ZK und Sejm zu erarbeiten.

Kreditfragen¹⁴: Hinsichtlich des Gesprächs, das BM heute mit dem Sprecher der Dresdner Bank, Friderichs, führt, habe ich eine Bitte. Sehr viel liegt uns

¹¹ Vortragende Legationsrätin I. Klasse Finke-Osiander unterrichtete die Botschaft in Warschau am 16. Juli 1980, Bundesminister Genscher habe mit dem polnischen Stellvertretenden Außenminister Czyrek anlässlich der deutsch-polnischen Konsultationen am 17./18. Juli 1980 ein Gespräch geführt. Darin seien die bilateralen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen, Abrüstungsfragen, die KSZE und die MBFR-Verhandlungen erörtert worden: „Vizeminister Czyrek betonte, die polnische Seite würdige besonders die Tatsache, daß die deutsch-polnischen Beziehungen in den gegenwärtigen internationalen Spannungen eine Belastungsprobe erfolgreich bestanden hätten. Der politische Dialog zwischen beiden Staaten sei auf allen Ebenen unbeeinträchtigt fortgeführt worden.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 315; Referat 214, Band 132944.

¹² Zum VIII. Parteitag der PVAP vom 11. bis 15. Februar 1980 in Warschau vgl. Dok. 80.

¹³ Beginn des mit Drahterlaß Nr. 4408 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

¹⁴ Zu den Verhandlungen über Kredite für Polen vgl. Dok. 240.

darán, daß die Banken möglichst schnell die Vereinbarungen abschließen, mindestens die Vertreter der vier im Konsortium führenden Banken.¹⁵ Heute werde ich mit Frau Steeg, BMWi, über die Hermes-Garantie sprechen.

Wir werden bald Gespräche über weitere finanzielle Hilfe beginnen. Vielleicht könnte diese Hilfe auf multilateraler Basis gewährt werden. Wir werden uns gezwungen sehen, Sie um weitere finanzielle Unterstützung zu bitten. Der Stand unserer Auslandsverschuldung ist so hoch, daß wir ihn nicht weiter vergrößern können.

BM verweist auf sein Gespräch mit AM Muskie am 26.8.¹⁶ Die amerikanische Regierung ist ähnlich wie wir positiv eingestellt. Wenn der US-Kredit höher wäre, wäre es noch besser. Wir haben in New York im Kreise der EG-Außenminister darüber gesprochen. Dort bestand eine sehr positive Grundhaltung.¹⁷ Ob die EG als solche Hilfe leisten wird oder einzelne Länder, ist noch nicht entschieden. Die Tendenz läuft auf die Hilfe einzelner Länder hinaus. Dabei wird man die Banken ermutigen, möglichst zügig Kredit zu gewähren. Sie finden also einen aufnahmebereiten Boden, nicht nur bei uns.

Chyliński dankt für Initiativen der deutschen Seite auf vielen Ebenen. Wenn wir den 1.9.1980 mit dem 1.9.1939 vergleichen, so sehen wir, welchen großen Fortschritt die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern gemacht haben.

Scheel¹⁸

Referat 214, Bd. 132905

¹⁵ Zum Kreditvertrag vom 10. Oktober 1980 vgl. Dok. 290, Anm. 12.

¹⁶ Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Muskie in Washington vgl. Dok. 248.

¹⁷ Am 27. August 1980 fand in New York am Rande der VN-Sondergeneralversammlung für Entwicklungsfragen vom 25. August bis 15. September 1980 ein informelles Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ statt, in deren Mittelpunkt die Entwicklung in Polen und der Bericht des luxemburgischen Außenministers und EG-Ratspräsidenten Thorn über seine Reisen in den Nahen Osten standen. Ministerialdirektor Blech notierte am 29. August 1980, Bundesminister Genscher habe dabei festgestellt, „daß die wirtschaftliche Hilfe der Staaten der Gemeinschaft an Polen nicht Sache eines Ratsbeschlusses sei, zumal die Minister hier auch nicht als Rat tagten. Wenn die Staaten der Gemeinschaft sich jedoch entschlossen, Polen zu helfen, solle dies im Rahmen ihrer gemeinsamen Politik geschehen, mit der man auf dem einmal eingeschlagenen Wege der Kooperation fortschreite. Die Vertreter Großbritanniens und Irlands sprachen sich gegen eine gemeinsame öffentliche Äußerung der Minister zu Polen aus.“ Vgl. Referat 214, Bd. 132904.

¹⁸ Paraphrase.

254

Aufzeichnung des Botschafters Ruth**221-372.02-1508/80 VS-vertraulich****2. September 1980¹**

Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³ mit der Bitte um Billigung und Zeichnung des anliegenden Schreibens vorgelegt

Betr.: 28. Sitzung des Bundessicherheitsrates am 10. September 1980;
hier: Informationsvorlage zu MBFR, Stand der bündnisinternen Überlegungen zur nächsten Verhandlungsrunde⁴

Anlg.: 2

Auf der Tagesordnung des Bundessicherheitsrates am 10. September 1980 steht die Informationsvorlage des Auswärtigen Amts über „MBFR, Stand der bündnisinternen Überlegungen zur nächsten Verhandlungsrunde“.

Die letzte Unterrichtung über den Stand der MBFR-Verhandlungen erfolgte auf der 24. Sitzung des Bundessicherheitsrates am 27.2.1980 durch mündlichen Vortrag des Auswärtigen Amts. Daher wurden der jetzigen Vorlage Sachstand und Bewertung der seitdem erfolgten Verhandlungsschritte vorangestellt.

Die Informationsvorlage, der das Bundesministerium der Verteidigung auf Arbeitsebene zugestimmt hat, ist beigefügt; sie soll nach Ihrer Billigung am 3. September 1980 an die beteiligten Häuser verteilt werden.

Als Anlage wird ferner ein Schreiben an die Mitglieder des Bundessicherheitsrates mit der Bitte um Zeichnung vorgelegt.

i. V. Ruth

[Anlage 1⁵]

Bonn, den 3. September 1980

Bundessicherheitsratssache

An den Chef des Bundeskanzleramtes⁶

nachrichtlich: Bundesminister des Innern⁷, Bundesminister der Finanzen⁸, Bundesminister für Wirtschaft⁹, Bundesminister der Verteidigung¹⁰, Chef des

¹ Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 2. September 1980 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Holik am 6. September 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Pöhlmann „z[ur] g[efälligen] K[enntnisnahme]“ verfügte.

Hat Pöhlmann vorgelegen.

² Hat Staatssekretär van Well am 2. September 1980 vorgelegen.

³ Hat Bundesminister Genscher am 3. September 1980 vorgelegen.

⁴ Die 22. Runde der MBFR-Verhandlungen fand vom 25. September bis 18. Dezember 1980 in Wien statt. Vgl. dazu Dok. 372.

⁵ Durchschlag als Konzept.

⁶ Manfred Schüler.

⁷ Gerhart Rudolf Baum.

⁸ Hans Matthöfer.

⁹ Otto Graf Lambsdorff.

¹⁰ Hans Apel.

Bundespräsidialamtes¹¹, Chef des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung¹², Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes¹³, 5300 Bonn.

Betr.: Sitzung des Bundessicherheitsrates am 10.9.1980,
Tagesordnungspunkt 2b: MBFR, Stand der bündnisinternen Überlegungen zur nächsten Verhandlungsrunde

Bezug: Ihr Schreiben vom 13. August 1980, 23-14431-13/80 geheim¹⁴

Anlg.: 1 (221-1508/80 VS-vertraulich¹⁵)

Anliegend übersende ich Ihnen die Informationsvorlage des Auswärtigen Amts zum o.g. Tagesordnungspunkt 2b, die mit dem Bundesministerium der Verteidigung abgestimmt ist.

Genscher

[Anlage 2]

MBFR

Stand der bündnisinternen Überlegungen zur nächsten Verhandlungsrunde

I. Sachstand

1) Die 21. MBFR-Verhandlungsrunde, die am 24. Juli 1980 beendet wurde¹⁶, war bestimmt durch

- die Diskussion der westlichen Vorschläge für ein Zwischenergebnis und begleitende Maßnahmen vom 20. Dezember 1979¹⁷;
- den Austausch und die Diskussion über die aktualisierten Daten (Stand per 1.1.1980) am 17.6.1980¹⁸;
- die am 10. Juli 1980 eingeführten östlichen Teilvorschläge zu sowjetisch-amerikanischen Phase-I-Reduzierungen und zu einem Höchststärkenmechanismus nach Phase-II-Reduzierungen (50 %-Obergrenze)¹⁹.

Die 22. Verhandlungsrunde beginnt am 25.9.1980.

2) Diskussion der westlichen Vorschläge

In den ersten Wochen der 21. Verhandlungsrunde beschränkte sich der Osten darauf, die westlichen Dezember-Vorschläge als Rückschritt insbesondere in der Frage der Verknüpfung der Phasen zu kritisieren. Hauptpunkte der Kritik:

¹¹ Hans Neusel.

¹² Klaus Bölling.

¹³ Klaus Kinkel.

¹⁴ Für das Schreiben des Staatssekretärs Schüler, Bundeskanzleramt, vom 13. August 1980 vgl. VS-Bd. 11434 (221).

¹⁵ Siehe Anlage 2.

¹⁶ Die 21. Runde der MBFR-Verhandlungen fand vom 14. Mai bis 24. Juli 1980 in Wien statt.

¹⁷ Zum Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 20. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 12.

Zum dabei miteingebrachten Paket begleitender Maßnahmen vgl. Dok. 40, Anm. 29.

¹⁸ Zum Austausch aktualisierter Streitkräftedaten im Rahmen der MBFR-Verhandlungen am 17. Juni 1980 vgl. Dok. 197.

¹⁹ Zum Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 10. Juli 1980 vgl. Dok. 209.

- Die geforderte Einigung über die Daten nur der amerikanischen und sowjetischen Landstreitkräfte im Raum der Reduzierungen sei keine Vereinfachung der Verhandlungen, da die Hauptdiskrepanz zwischen östlichen und westlichen Datenangaben mit bei den sowjetischen Streitkräften liege.
- Die Verpflichtung zur Nichterhöhung (Freeze) der nichtamerikanischen westlichen Streitkräfte in einem Phase-I-Abkommen für die Zeit zwischen den Phasen sei eine unabdingbare Voraussetzung für ein erstes Abkommen. Die vom Westen vorgeschlagene allgemeine und rechtlich nicht bindende Wohlverhaltensklausel reiche nicht aus.
- Ein Phase-I-Abkommen müsse individuelle Reduzierungsverpflichtungen der nichtamerikanischen und nichtsowjetischen direkten Teilnehmer enthalten. Die vom Westen vorgeschlagene Erklärung, jeder westliche direkte Teilnehmer werde einen „significant share“ übernehmen, reiche nicht aus.
- Ein Phase-I-Abkommen könne die Frage der Rüstungsverminderung nicht ausklammern. Auch müßten sich alle direkten Teilnehmer generell zu Rüstungsreduzierungen in Phase II verpflichten.
- Der westliche Paketvorschlag begleitender Maßnahmen sei ein Versuch, den 1973 festgelegten Verhandlungsgegenstand zu verändern und die Priorität der Verhandlungen zu verlagern. Die vorgeschlagene Ausdehnung begleitender Maßnahmen auf Teile der SU und auf Teilnehmer mit besonderem Status widerspreche der 1973 festgelegten Fixierung des Raums der Reduzierungen.²⁰

Nach Einbringung der neuen östlichen Vorschläge am 10. Juli (vgl. unten Ziff. 4), die ihrerseits Konzentration auf ein Phase-I-Abkommen vorsehen, trat diese Kritik in den Hintergrund.

Anfang Juli äußerte sich der Osten auch bemerkenswert positiv zum Verhandlungsbereich der begleitenden Maßnahmen und erklärte, er könne Elemente aus allen Teilen des westlichen Vorschlagspakets akzeptieren. Sie könnten unter Berücksichtigung bestimmter genereller Kriterien in ein erstes Abkommen Eingang finden.²¹ Ferner erklärte der Osten, daß auch vertrauensbildende Maßnahmen, wie er sie für den KSZE-Rahmen vorgeschlagen habe²², erörtert werden können.

Allgemein betonte der Osten, begleitende Maßnahmen müßten die Streitkräfte aller direkten Teilnehmer von Anfang an betreffen, sie dürften nur im Raum der Reduzierungen Anwendung finden und mit den Reduzierungen und Begrenzungen der Streitkräfte organisch verbunden sein. Die Ausarbeitung der begleitenden Maßnahmen müsse parallel zu einer Einigung über die Hauptverhandlungsfragen erfolgen, zweckmäßigerweise also im Zusammenhang mit der Ausarbeitung eines Abkommensentwurfs.

²⁰ Zur Haltung der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten zum Paket begleitender Maßnahmen, das im Zuge der Vorschläge der teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 20. Dezember 1979 eingeführt wurde, vgl. Dok. 114, Anm. 11.

²¹ Zur Erklärung der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten zu begleitenden Maßnahmen in der informellen Sitzung am 1. Juli 1980 vgl. Dok. 209, Anm. 8.

²² Zu den Vorschlägen der Warschauer-Pakt-Staaten über vertrauensbildende Maßnahmen vgl. Dok. 1, Anm. 28, und Dok. 8, Anm. 17.

3) Austausch aktualisierter Daten per 1.1.1980

Die am 17. Juni 1980 vorgelegten östlichen Zahlen weisen nur geringfügige Änderungen gegenüber den 1976 ausgetauschten Zahlen²³ auf. Die sowjetischen Zahlen für das Landstreitkräftepersonal liegen um 3000 niedriger, worin 1500 Mann aus dem einseitig angekündigten Abzug aus der DDR enthalten sind. Die SU hat angekündigt, nach dem Abzug der angekündigten 20 000 Mann²⁴ entsprechend korrigierte Zahlen vorzulegen. Die polnischen Angaben liegen um 13 000 höher, was mit der Berücksichtigung der bisherigen Ergebnisse der Datendiskussion begründet wird. Die bestehende Diskrepanz hat sich damit nur unbedeutend, d.h. von etwa 150 000 auf etwa 140 000 Mann, verringert. Anzeichen für eine Bereitschaft des Ostens, vor allem der SU, zu einer echten Bewegung oder gar Lösung der Datenproblematik sind nicht festzustellen. Gegen Ende der Runde äußerte der Osten offen eine Präferenz für die völlige Verschiebung der Dateneinigung auf eine Phase II. Dieser Tendenz ist der Westen mit aller Entschiedenheit entgegengetreten.

4) Östliche Teilvorschläge vom 10. Juli 1980

Die von der sowjetischen Delegation am 10. Juli formell eingeführten neuen östlichen Teilvorschläge sehen folgendes vor:

- Konzentration der Verhandlungen auf die Ausarbeitung eines Phase-I-Abkommens über amerikanische und sowjetische Reduzierungen; Festlegung der Reduzierungsquoten für Phase I auf 13 000 amerikanische und 20 000 sowjetische Soldaten unter Verzicht auf die bisherige Forderung nach Anrechnung der von Breschnew 1979 angekündigten einseitigen sowjetischen Abzüge von 20 000 Mann.
- Bereitschaft, im Anschluß an die Reduzierungen in Phase II einen Mechanismus für die Einhaltung der übereinstimmenden kollektiven Höchststärken zu schaffen, der sicherstellt, daß die Streitkräfte eines einzelnen Teilnehmers 50 % der kombinierten kollektiven Höchststärke von 900 000 Mann im Raum der Reduzierungen nicht übersteigen.

Der Westen beschränkte sich in den weiteren Verhandlungen vom 10. Juli bis zum Ende der Runde auf die Erklärung, die westlichen Teilnehmer hätten die neuen östlichen Vorschläge zur Kenntnis genommen und würden sie sorgfältig prüfen.

II. Bewertung

Das Bündnis ist sich in seiner Bewertung der Verhandlungslage in folgenden Punkten einig:

1) Allgemein werden als positive Aspekte der 21. MBFR-Runde gesehen:

- Kontinuität der Verhandlungen als stabilisierendes Element der Ost-West-Beziehungen auch in politisch schwieriger Lage;

²³ Am 15. März 1978 tauschten die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Staaten Landstreitkräftedaten mit dem Stand vom 1. Januar 1976 aus. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 78.

Die Daten für die Luftstreitkräfte wurden am 4. April 1978 ausgetauscht. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 98.

²⁴ Vgl. dazu die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin; Dok. 29, Anm. 5.

Zum Teilabzug sowjetischer Streitkräfte aus der DDR vgl. Dok. 114, Anm. 6.

- Bewegung des Ostens in Richtung auf ein Interimsabkommen insofern, als er mit seinem Vorschlag zur Modifizierung der Reduzierungsquoten für Phase I wenigstens teilweise auf die westlichen Dezember-Vorschläge eingeht;
- Bereitschaft des Ostens, sich mit dem Bereich der begleitenden Maßnahmen konstruktiver auseinanderzusetzen.

2) Als negativ wird das Ergebnis des Austauschs aktualisierter Daten per 1.1.1980 bewertet, das nur geringe Korrekturen der 1976 vom Osten vorgelegten Zahlen enthält und damit nur einen sehr begrenzten Beitrag zur Aufklärung der Diskrepanzen leistet. Es besteht daher die Gefahr, daß sich die nach wie vor gegensätzlichen Positionen in der Datenproblematik auf absehbare Zeit eher verfestigen. Um so wichtiger ist es, zu versuchen, diese Folge in der weiteren Datendiskussion zu verhindern.

3) Die neuen östlichen Vorschläge werden im Vergleich zu den westlichen Vorschlägen vom Dezember 1979 nicht als umfassend angesehen, sondern als Teilvorschläge, die sich auf zwei Einzelaspekte der Verhandlungen beschränken. Die Verbindung dieser beiden Punkte erscheint sachlich eher willkürlich und ihre Integration in die östliche Gesamtposition noch kaum vollzogen. Unter den westlichen Verhandlungsteilnehmern besteht der Eindruck, daß der Osten in der kommenden Runde weitere Vorschläge unterbreiten wird, die sich im wesentlichen auf eine Formulierung der Haltung zu den begleitenden Maßnahmen und auf eine Harmonisierung seiner bisherigen Verhandlungsposition mit der vorgeschlagenen 50 %-Klausel beschränken dürften.

4) Der Vorschlag zur Modifizierung der Reduzierungsquoten für Phase I (erstes Element der neuen östlichen Vorschläge) wird insofern als positiv gewertet, als der Osten wenigstens teilweise auf die westlichen Dezember-Vorschläge eingeht und damit sein Interesse an der Konzentration der Verhandlungen auf ein Phase-I-Abkommen bekundet.

In der Sache handelt es sich um einen weiteren Versuch, die außerhalb des MBFR-Zusammenhangs angekündigten einseitigen sowjetischen Truppenabzüge aus der DDR zumindest teilweise auf Phase-I-Reduzierungen angerechnet zu bekommen.

Durch bedingungsloses Eingehen auf diesen Vorschlag würde der Westen nach Auffassung aller Bündnispartner diese einseitigen Abzüge zur Hälfte auf MBFR anrechnen, ohne Gewähr dafür zu haben, daß die Streitkräfte tatsächlich auf sowjetisches Territorium zurückverlegt wurden und daß nicht anderes Militärpersonal – etwa im Zuge von Restrukturierungsmaßnahmen – dem Raum der Reduzierungen wieder zugeführt wird. Eine Minderung der sowjetischen Reduzierungsquote für Phase I kann deshalb nur im Falle einer amerikanisch-sowjetischen Dateneinigung in Betracht kommen, die Aufschluß über Änderungen der sowjetischen Militärpräsenz erbringt und damit die Verifizierung der verbleibenden Reststärken ermöglicht.

Demgegenüber wird das Risiko, daß ein Eingehen auf die vom Osten vorgeschlagene Relation der Reduzierungsquoten für die weiteren Verhandlungen präjudizierend wirken könnte, weniger ernst genommen. Wenn sich der Osten hinsichtlich der von ihm gewünschten Reduzierungsquoten für Phase I eindeutig von der Proportionalität fortbewegt, könnte dies sogar für die westliche Argu-

mentation gegenüber der östlichen Forderung nach proportionalen Reduzierungsquoten in Phase II hilfreich sein.

5) Zum zweiten Element des Vorschlags (50 %-Obergrenze) ist die Wiener AHG der Auffassung, daß dieses Element die Personalstärken nach Phase-II-Reduzierungen betrifft und deshalb „nicht unmittelbar relevant für das gegenwärtig einem Phase-I-Abkommen im Wege stehende Hauptproblem“ ist, nämlich das der Daten der sowjetischen Landstreitkräfte. Entsprechend hat das Bündnis bisher keine sachlichen Überlegungen zu dieser Frage angestellt.

Unsere eigene Analyse der vorgeschlagenen Obergrenze ergibt folgendes:

a) Dieser Vorschlag enthält den scheinbar positiven Aspekt, daß sich der Osten im Prinzip und vom Strukturellen her gesehen erneut auf westliche Vorstellungen zur Kollektivität zubewegt, weil der vorgeschlagene Mechanismus zur Einhaltung der kollektiven Höchststärken mit denjenigen Elementen der bisherigen östlichen Verhandlungsposition, die auf nationale Verpflichtungen zur Reduzierung und Begrenzung abzielen, logisch schwer zu vereinbaren ist.

b) In ihrer tatsächlichen Auswirkung würde die vorgeschlagene Regelung den Osten jedoch, soweit die Bundesrepublik Deutschland betroffen ist, der Durchsetzung gerade solcher Verhandlungsziele näherbringen, die ihm das Kollektivitätsprinzip verwehren soll:

- Die Bundeswehr wäre einer faktischen Sonderbehandlung in Form einer innerhalb des westlichen Bündnisses nur für sie effektiven nationalen Begrenzung unterworfen.
- Da die 50 %-Klausel Bestandteil eines MBFR-Abkommen werden soll, würde die faktische Sonderstellung der Bundeswehr gegenüber dem Osten völkerrechtlich festgeschrieben, der damit ein Mitspracherecht in westlichen Verteidigungsfragen erhielte.
- Die Bundeswehr würde trotz der unterschiedlichen Auswirkungen, die sich aus einem MBFR-Abkommen für beide Länder ergäben, mit den sowjetischen Stationierungstruppen im Raum der Reduzierungen gleichgestellt.
- Es bestünde nur geringe Möglichkeit, größere Verminderungen der militärischen Präsenz anderer Bündnispartner auszugleichen, was – etwa bei Verlegung amerikanischer Truppen in außereuropäische Krisengebiete – die Flexibilität des Bündnisses und seine Fähigkeiten zum Krisenmanagement in Europa beeinträchtigen könnte.
- Dabei ist zu berücksichtigen, daß der Berechnung der Obergrenze nicht die kollektive Höchststärke für das Landstreitkräftepersonal zugrunde liegen soll, wo die Bundeswehr, die gegenwärtig ca. 42 % der westlichen Landstreitkräfte im Raum der Reduzierungen stellt, nach einer Reduzierung noch eine größere Aufstockungsmarge hätte, sondern die kombinierte kollektive Höchststärke für Land- und Luftstreitkräfte, wo die gegenwärtige Stärke der Bundeswehr nur knapp unter der 50 %-Grenze in Höhe von 450 000 Mann liegt. Umgekehrt liegt der Anteil der Sowjetunion (auf Grundlage östlicher Daten) beim kombinierten Personal der Land- und Luftstreitkräfte des WP im Raum der Reduzierungen mit rund 46 % erheblich niedriger als ihr Anteil bei den Landstreitkräften (rd. 52 %); die Sowjetunion könnte ihre Aufstockungsmarge bei den Landstreitkräften zudem dadurch erweitern, daß sie Teile ihrer

Luftwaffe, die ihre Aufgaben auch von sowjetischem Territorium aus erfüllen können, aus dem Raum der Reduzierungen zurückzieht.

III. Nächste Schritte

1) In der Wiener AHG und dann im Bündnis in Brüssel wurden die Überlegungen, ob, inwieweit und zu welchem Zeitpunkt auf diese östlichen Teilvorschläge geantwortet werden soll, noch im Juli begonnen.²⁵ Dabei besteht Einmütigkeit darüber, daß dem Osten zum ersten Teil (Phase-I-Reduzierungen) seiner Vorschläge schon zu Beginn der 22. Runde (25.9.80) eine Antwort gegeben werden soll. Mit einer schnellen Antwort zum ersten Element des östlichen Vorschlags fördern wir die vom Westen angestrebte Konzentration auf die Verhandlungen über ein Phase-I-Abkommen und können die für die nächste Runde erwarteten weiteren Gegenvorschläge auf die westlichen Dezember-Vorschläge positiv beeinflussen. Verhandlungstaktisch verhindert eine schnelle Antwort, daß der Westen in die Defensive gerät und der Osten einen Vorwand zur Verzögerung bekommt.

2) Die Erarbeitung einer Weisung im Bündnis zum ersten Teil des östlichen Vorschlags ist fast abgeschlossen, so daß der Westen bei Beginn der nächsten Runde in der Lage sein sollte, dem Osten eine Antwort zu geben. Diese Weisung wird im wesentlichen aus folgenden Elementen bestehen:

- Es wird begrüßt, daß der Osten wenigstens teilweise auf den westlichen Vorschlag für ein Phase-I-Abkommen geantwortet hat, was als Interesse an einem vereinfachten Zwischenergebnis gewertet wird.
- Gleichzeitig wird unterstrichen, daß der östliche Vorschlag nur einen Teilaspekt des Phase-I-Abkommens betrifft und daß eine vollständige Antwort auf die westliche Initiative vom Dezember 1979 notwendig ist. Eine solche östliche Antwort müßte einen praktischen Beitrag zur Einigung über sowjetische und amerikanische Daten sowie zum westlichen Paketvorschlag über begleitende Maßnahmen enthalten, was u. a. essentiell zur Verifizierung der Reduzierungen in Phase I ist.
- Es wird grundsätzlich anerkannt, daß Veränderungen in den Streitkräftestärken bei der Festlegung von Phase-I-Reduzierungsquoten berücksichtigt werden können.
- Gleichzeitig wird aber klargemacht, daß der Westen Änderungen seiner Position zum Umfang von Phase-I-Reduzierungen nur nach Einigung über amerikanisch-sowjetische Daten als möglich ansieht.

3) Zum zweiten Teil des östlichen Vorschlags vom 10. Juli (50%-Klausel) setzte sich die Auffassung durch, daß dieser noch eingehender Prüfung bedarf, die

²⁵ Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), teilte am 29. Juli 1980 mit, „bei der abschließenden Aussprache der AHG“ hätten alle direkt an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten übereingestimmt, „daß ein größerer westlicher Verhandlungsschritt zur Zeit nicht akut ist, sondern daß die Entwicklung im Osten abgewartet werden müsse. Im übrigen solle der Westen weiterhin auf die Daten als zentrales Druckmittel setzen. Im Rahmen dieses allgemeinen westlichen Vorgehens wären nach Auffassung der AHG allerdings bestimmte begrenzte Datensätze, insbesondere die Beantwortung des östlichen Vorschlags zum Umfang der Phase-I-Reduzierungen durch den Westen Anfang kommender Runde, taktisch von großem Vorteil, weil sie dem Osten einen Vorwand zu einem Verzögerungskurs nehmen würden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 456; VS-Bd. 11472 (221); B 150, Aktenkopien 1980.

nicht vordringlich erscheint. In einer Fußnote zu der Verhandlungsweisung, die sich mit dem zweiten Teil des östlichen Vorschlags befaßt, werden die Wiener Unterhändler ermächtigt, östliche Fragen zur 50 %-Klausel mit einem formalen Zwischenbescheid zu beantworten: Dieser Teil des Vorschlags sei nicht von unmittelbarer Bedeutung für ein Phase-I-Abkommen, sondern betreffe die Streitkräftehöchststärken in Phase II, die im Einklang mit dem Kollektivitätsprinzip stehen müssen; der Westen werde zu einem späteren Zeitpunkt auf diese Frage zurückkommen.

Die gegenwärtige Zurückhaltung unserer Bündnispartner ist allerdings vorwiegend taktisch begründet und berücksichtigt die bevorstehenden Wahlen bei uns²⁶ und in den USA²⁷. Zur gegebenen Zeit wird von uns als Hauptbeteiligten der entscheidende Beitrag zur Diskussion im Bündnis erwartet.

VS-Bd. 11434 (221)

255

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Boll

012-312.74

Aufgabe: 2. September 1980, 11.06 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 115 Orteiz

Zum Besuch des AM von Nicaragua, Miguel d'Escoto, vom 28. bis 29.8.1980

Der Besuch des nicaraguanischen AM Miguel d'Escoto, seit längerem geplant und zweimal verschoben², fand am 28. und 29. August in freundschaftlicher Atmosphäre statt. Gast wurde begleitet vom Minister für Wiederaufbau, Monteleagre. Neben mehrfachen Zusammentreffen mit BM Genscher enthielt Pro-

²⁶ Am 5. Oktober 1980 fanden Wahlen zum Bundestag statt.

²⁷ Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

¹ Durchdruck.

Der Runderlaß wurde von Hilfsreferent Rowas konzipiert.

² Ministerialdirigent Meyer-Landrut vermerkte am 12. Juni 1980, der nicaraguanische Außenminister d'Escoto Brockmann habe einen für Oktober 1979 vorgesehenen Besuch wegen des Militärputsches am 15. Oktober 1979 in El Salvador verschoben. Im Gespräch mit d'Escoto Brockmann in Salisbury, wo sich Bundesminister Genscher am 17./18. April 1980 anlässlich der Unabhängigkeitsfeiern Simbawes aufhielt, sei ein Termin Ende Juli 1980 ins Auge gefaßt worden: „Der Besuch hat hohe politische Bedeutung, weil damit erneut unsere Unterstützung der gemäßigten Richtung in der Regierung von Nicaragua bewiesen und unsere Sorgen über evtl. zu starke Beeinflussung durch sozialistische Staaten (Kuba, DDR) in geeigneter Form ausgedrückt werden kann.“ Vgl. Referat 331, Bd. 127450.

Botschafter Haak, Managua, berichtete am 22. Juli 1980, das nicaraguanische Außenministerium habe ihm mitgeteilt, daß der für den 24. bis 26. Juli vorgesehene Besuch von d'Escoto Brockmann wegen des Staatsstreiches in Bolivien am 17. Juli 1980 erneut verschoben werden müsse. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 174; Referat 331, Bd. 127450.

gramm Gespräche im BMWi und BMZ, Kontakte mit Parteien und politischen Stiftungen³ und Höflichkeitsbesuch beim Bundespräsidenten⁴.

Hauptgesprächsthemen waren bisherige und zukünftige Hilfe der Bundesrepublik Deutschland, die innenpolitische Entwicklung⁵, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Nicaraguas und seine Außenpolitik. Der nicaraguanische AM bemühte sich sehr, der Kritik entgegenzuwirken, daß sandinistische Führung die demokratisch-freiheitlichen Zielsetzungen der Revolution nicht erfülle und sich außenpolitisch zu sehr Kuba⁶ und dem Ostblock anschließe. Nicaragua wolle, nach d'Escotos wiederholter Beteuerung, im Innern eine Politik sozialer Gerechtigkeit, Selbstbestimmung und realer Demokratie und nach außen eine Politik der Unabhängigkeit des eigenen Weges frei von ausländischer Einwirkung betreiben.

In persönlichen Gesprächen wie gegenüber Öffentlichkeit stellte AM d'Escoto materielle Hilfe und politisch-ideelle Unterstützung, die Nicaragua von der Bundesrepublik Deutschland erhalten habe, als außergewöhnlich und beispielhaft heraus. Nicaragua empfinde für Bundesrepublik Deutschland Dankbarkeit, Zuneigung und Bewunderung. Angesichts der großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten brauche Nicaragua auch für die weiteren Jahre – man rechne mit einer insgesamt fünfjährigen Aufbau- und Konsolidierungsperiode – ausländische Hilfe, und Nicaragua hoffe dabei wiederum besonders auf die Bundesrepublik Deutschland. BM Genscher und die StS von Würzen (BMWi) und Sanne (BMZ) versicherten die Bereitschaft zu weiterer Hilfe, drückten aber auch deutlich die Erwartung aus, daß Nicaragua auf dem Weg zu Demokratie und innerer Freiheit Fortschritte mache und sich äußere Unabhängigkeit erhalte.

AM d'Escoto sagte Stimme Nicaraguas für den deutschen Kandidaten für die VN-GV-Präsidentschaft⁷ und Unterstützung für eine von der Bundesregierung einzubringende Initiative gegen die Todesstrafe⁸ zu.

In einer gemeinsamen Pressekonferenz hoben BM und AM d'Escoto die Verurteilung des Militärputsches in Bolivien⁹ durch ihre Regierungen hervor und betonten die Achtung des Selbstbestimmungsrechts und des Grundsatzes der

³ Der nicaraguanische Außenminister d'Escoto Brockmann und der nicaraguanische Minister für Wiederaufbau, Montealegre Lacayo, führten am 28. September 1980 ein Gespräch mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der SPD, Wischniewski, am 29. September 1980 ein Gespräch mit Vertretern der Konrad-Adenauer-Stiftung sowie der Friedrich-Ebert-Stiftung und am folgenden Tag mit Vertretern der Friedrich-Naumann-Stiftung. Im Mittelpunkt standen dabei die Tätigkeit der Stiftungen und die Lage in Nicaragua und Mittelamerika. Vgl. dazu jeweils die Aufzeichnungen des Botschafters Haak, z. Z. Bonn, vom 2. September 1980; Referat 331, Bd. 127450.

⁴ Am 29. August 1980 empfing Bundespräsident Carstens den nicaraguanischen Außenminister d'Escoto Brockmann und den nicaraguanische Minister für Wiederaufbau, Montealegre Lacayo. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen die bilateralen Beziehungen sowie die Entwicklung in Nicaragua und El Salvador. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 331, Bd. 127450.

⁵ Zur Lage in Nicaragua vgl. Dok. 155, Anm. 13.

⁶ Zu den Beziehungen zwischen Kuba und Nicaragua vgl. Dok. 74, Anm. 7.

⁷ Zur Bewerbung der Bundesrepublik um die Präsidentschaft der VN-Generalversammlung vgl. Dok. 242, Anm. 15, und Dok. 258.

⁸ Zur VN-Initiative der Bundesregierung gegen die Todesstrafe vgl. Dok. 231.

⁹ Zum Staatsstreich in Bolivien am 17. Juli 1980 vgl. Dok. 238.

Nichteinmischung als Leitlinien der Außenpolitik beider Länder (vgl. Info-Funk-Meldungen 1072d/0-2808¹⁰, 1073-2808¹¹, 1074-1/2-2908, 2190-2908).

Der Besuch des nicaraguanischen AM konnte unsere Sorge wegen der offensichtlich sich stark an Kuba ausrichtenden Innen- und Außenpolitik Nicaraguas nicht wesentlich verringern. Wir werden trotzdem an unserer bisherigen Linie der Zusammenarbeit und Hilfe festhalten, weil wir darin das einzige politische Mittel sehen, um eine einseitige Festlegung der Sandinisten auf Kuba und den Ostblock zu verhindern und um die nicaraguanischen Kräfte zu stützen, die für eine Zusammenarbeit mit dem Westen eintreten.¹²

Boll¹³

Referat 012, Bd. 115730

¹⁰ Korrigiert aus: „1072“.

In der Info-Funk-Meldung hieß es, Staatssekretär Sanne, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, habe am 28. August 1980 dem nicaraguanischen Außenminister d'Escoto Brockmann und dem nicaraguanischen Minister für Wiederaufbau, Montealegre Lacayo, erklärt, die Bundesregierung wolle zum Wiederaufbau Nicaraguas nach dem Bürgerkrieg beitragen und eine demokratische Ordnung stabilisieren: „Seit dem Sturz des Somoza-Regimes stellte die Bundesregierung rund 90 Mio. DM Entwicklungshilfe bereit. Nicaragua kann damit dringende Importe wie Ersatzteile, Saatgut, Dünge- und Pflanzenschutzmittel finanzieren. Schwerpunkte der Hilfe sind darüber hinaus der Wiederaufbau eines zerstörten Krankenhauses, der Basisgesundheitsdienst, die Berufsausbildung sowie Lieferung von Nahrungsmitteln.“ Vgl. Referat 331, Bd. 127450.

¹¹ In der Info-Funk-Meldung wurde das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem nicaraguanischen Außenminister d'Escoto Brockmann am 28. August 1980 resümiert, das „der Erörterung der Entwicklung in Nicaragua sowie in Lateinamerika insgesamt“ gedient habe: „Das Engagement der Bundesregierung sei auch ein Ausdruck ihres verstärkten Bemühens um Vertiefung ihrer Zusammenarbeit mit den Staaten Lateinamerikas, die der Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Lage dieser Staaten diene. Der Bundesregierung gehe es in Lateinamerika um eine Politik praktizierter, partnerschaftlicher, gleichberechtigter Zusammenarbeit.“ Vgl. Referat 331, Bd. 127450.

¹² Bundesminister Genscher unterrichtete den amerikanischen Außenminister Muskie mit Schreiben vom 4. September 1980 über die Gespräche mit dem nicaraguanischen Außenminister d'Escoto Brockmann am 28./29. August 1980. Genscher legte dar, sein Gesprächspartner sei bemüht gewesen, „der Kritik am Abweichen von ursprünglichen demokratisch-freiheitlichen Zielsetzungen der Revolution und an zu großem Einfluß Kubas und des Ostblocks entgegenzuwirken“. Wiederholt habe d'Escoto Brockmann Sorgen vor einer Intervention der USA in Mittelamerika geäußert und ihn, Genscher, gebeten, „als Außenminister eines eng mit den USA verbündeten und befreundeten Landes diese Besorgnis Ihnen gegenüber vermittelnd zum Ausdruck“ zu bringen. Genscher riet: „Ich glaube, daß es lohnt, dieser Interventionsangst durch gezielte politisch-psychologische Schritte entgegenzuwirken.“ Vgl. Referat 331, Bd. 127450.

¹³ Paraphr.

256

Botschafter Negwer, Warschau, an das Auswärtige Amt**VS-NfD****Fernschreiben Nr. 1046****Citissime****Aufgabe: 2. September 1980, 18.10 Uhr¹****Ankunft: 2. September 1980, 18.56 Uhr**

Betr.: Innenpolitische Lage der VR Polen

Bezug: DB Nr. 1037 vom 1.9.1980 – 320.10 VS-NfD²

Zur Unterrichtung

1) Der Ablauf der jüngsten Ereignisse in Polen war nicht nur für ein sozialistisches Land atypisch, er war geradezu revolutionär im Sinne Lenins. Es ist nie zuvor erlebt worden, daß die Arbeiterklasse eines kommunistischen Staates innerhalb weniger Wochen zu vollständiger Einheit fand und mit dem Mittel des Streiks die Führung zu Verhandlungen und zu einer sich über alle Erwartungen hinaus bis in Kernbereiche der politischen Strukturen verlängernden Kette von Zugeständnissen zwang. Wie konnte es dazu kommen?

2) Die inzwischen allgemein bekannten guten Gründe für die Unzufriedenheit der Arbeiterschaft reichen als Erklärung nicht aus. Sie haben noch nirgendwo zu ähnlichen Entwicklungen geführt. Es mußten spezifisch polnische Elemente hinzutreten.

Die polnischen Arbeiter, durch schmerzhaft Erfahrung klug geworden, wandten eine hervorragende disziplinierte Taktik an, die keinerlei Vorwände für ein Einschreiten der Ordnungskräfte lieferte. In³ bester konspirativer Tradition hielten sie über große Entfernungen Verbindung untereinander und erreichten mühelos die spontane und vollständige Solidarität der breiten Massen. Ihren durchdachten und zugleich ehrgeizigen Forderungskatalog verstanden sie mit Zähigkeit und hoher Risikobereitschaft weitgehend durchzusetzen. Sie können sich als Sieger fühlen, obwohl am Abend des 29. August ihre Karten überreizt schienen und um ein Haar der Ausnahmezustand verhängt worden wäre.

Parteiführung und Regierung sind durch den anfangs spontanen Charakter der Streikbewegung zunächst verleitet worden, mit eilfertig gewährten materiellen Zugeständnissen eine Beschwichtigungspolitik zu versuchen. Die unerwartet rasche Ausweitung der Streiks und ihre qualitative Veränderung an der Ostseeküste führten dann zu der späten Erkenntnis, daß ohne politische Zugeständnisse Einigung nicht mehr zu erzielen war. Wachsende Besorgnis vor immer größer werdenden Schäden, Verpassen des vielleicht gerade noch geeigneten Moments für Repression, Dahinschwinden der Alternativen, bis nur die äußerste, existenzgefährdende übrigblieb, am Ende Furcht und dramatischer Zeitdruck, all dies

¹ Hat Vortragendem Legationsrat Scheel vorgelegen.

² Zum Drahtbericht des Botschafters Negwer, Warschau, vgl. Dok. 253, Anm. 2.

³ Korrigiert aus: „Die“.

erzwang die kaum glaubliche Unterzeichnung schriftlicher Vereinbarungen mit den Streikkomitees.⁴

Es wäre jedoch falsch anzunehmen, die politisch für den Staat Handelnden seien zuletzt nur noch Getriebene gewesen. Vielmehr setzte der Gang der Ereignisse innerhalb der PVAP, gefördert durch die personellen Veränderungen, auch Kräfte der Selbstreinigung frei (Fiszbach, Olszowski, Barcikowski, Jagielski, Grabski, Rakowski).⁵ Darin liegt eine Chance der Kontinuität.

3) Die Bilanz des erfolgreichen Streiks für Arbeiterschaft, Staat und Gesellschaft kann vorerst nur als Zwischenergebnis betrachtet werden.

Die wirtschaftliche Lage hat sich durch Produktionsausfälle und Stillstand vieler Transportmittel katastrophal verschlechtert. Wie die erhöhten materiellen Leistungen für die Arbeiter volkswirtschaftlich ohne Inflationsschub und noch höhere Verschuldung erbracht werden sollen, bleibt ein Rätsel. Auf jeden Fall ist ein mühsamer Neubeginn erforderlich. Es bedarf unendlicher Detailarbeit, um die Pläne zu aktualisieren und die zugesagten Reformen in Lenkung und Management zu verwirklichen. Doch hierin liegt nicht das Hauptproblem für die nächste Zukunft. Wirtschaftliche Schwierigkeiten können schrittweise überwunden werden, wenn politische Stabilität und neue Freiheiten erhalten bleiben und westliche Unterstützungszusagen diskret eingelöst werden.

Das politische Zwischenergebnis hingegen enthält Elemente, die sich für eine sozialistische Gesellschaftsordnung als Sprengstoff erweisen könnten. Unabhängige „selbstverwaltete“ Gewerkschaften mit Streikrecht als Konkurrenz zur Staatsgewerkschaft⁶, Lockerung der Zensur, Erweiterung der Bürgerrechte, Zugang der katholischen Kirche zu den Medien, dies sind Konzessionen, die trotz Einbindung in den großen Rahmen des Sozialismus, des Führungsanspruchs der PVAP und der Bündnisverpflichtungen ihre eigene Dynamik entwickeln könnten.

Mancherlei Einzelheiten sind freilich offengeblieben und bedürfen der weiteren, auch gesetzgeberischen Implementierung. Insoweit müssen die Arbeiter sich auf den Grundsatz von Treu und Glauben verlassen, und die innenpolitischen Probleme können keineswegs schon als im wesentlichen gelöst gelten. Der Prozeß der Stabilisierung wird nur dann ohne Erschütterung verlaufen, wenn die Arbeiterschaft sich in Geduld übt und das Mittel des Streiks nicht zu rasch erneut einsetzt. Auch bleibt abzuwarten, ob nicht andere gesellschaftliche Gruppen sich ihrerseits zu politischen Forderungen ermutigt fühlen. Die katholische Kirche dürfte auch weiterhin mäßigen Einfluß ausüben, solange sie ihre Grundanliegen respektiert sieht.⁷

Was sich in den kommenden Monaten in Polen abspielen wird, kann der gestiegenen Aufmerksamkeit der Sowjetunion und der sozialistischen Bruderstaaten gewiß sein. In Moskau ist das Mißtrauen offenbar erst nach der erfolgten Ei-

⁴ Zu den in Stettin, Danzig und Jastrzębie am 30. und 31. August bzw. 3. September 1980 getroffenen Vereinbarungen vgl. Dok. 253, Anm. 2.

⁵ Zu den personellen Veränderungen im ZK der PVAP und in der polnischen Regierung vgl. Dok. 246, Anm. 3.

⁶ Centralna Rada Związków Zawodowych (CRZZ).

⁷ Zur Position der katholischen Kirche zur Entwicklung in Polen vgl. Dok. 253, Anm. 3.

nigung mit den Streikenden ganz wach geworden.⁸ Aus dieser Richtung wird der künftige Weg Polens, der ein eigener Weg zum Sozialismus werden könnte, wohl kontinuierlich mit Störfeuer belegt werden. Nicht leicht wird es dann sein, die übererregten polnischen Gemüter am Ausbrechen der alten antirussischen Gefühle zu hindern.

4) Die PVAP hat in den vergangenen zwei Monaten eine für sie außerordentlich bittere Lehre hinnehmen müssen, was einige ihrer Sprecher auch freimütig bekennen. Angesichts des nahezu vollständigen Vertrauensverlusts und der täglich sichtbarer werdenden Entfremdung von der Massenbasis sah sie als Ausweg aus dem Dilemma nur noch den Weg vehementen und exzessiver Selbstkritik, der konsequent in die mit den Streikkomitees geschlossenen Vereinbarungen mündete. Anders war die abgerissene Verbindung zu dem vorgeblichen Souverän, der in sich geschlossenen Arbeiterklasse, nicht wieder zu reparieren.

Es ist jedoch anzuerkennen und wird aus historischer Sicht gewiß anerkannt werden, daß nach anfänglichem Schwanken der Verzicht auf Gewaltanwendung zu einem unbestrittenen Element der Konfliktlösung wurde. Dies ist das persönliche Verdienst Giereks, dessen befristetes Verbleiben in der Führungsposition wohl hauptsächlich hierin seine Rechtfertigung findet. Auffällig ist, daß er bis zur Stunde gegenüber der Öffentlichkeit nicht wieder das Wort ergriffen hat.

Die Implementierung des neuen Kurses wird innerhalb der Parteiführung zu neuen Zerreißen und mit Wahrscheinlichkeit zu weiteren personellen Veränderungen führen. Wann der Erste Sekretär selbst davon betroffen sein wird, ist schwer abzuschätzen. Ein Vertrauensrest Moskaus ist für die Führung der PVAP lebensnotwendig. Die allgemeine Stimmung im Lande drückt jedenfalls die Überzeugung aus, daß die Ära Gierek sich dem Ende zuneigt.⁹

⁸ Vgl. dazu die Berichterstattung in der sowjetischen Presse über die Entwicklung in Polen; Dok. 259, Anm. 3 und 4.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Arnot notierte am 5. September 1980: „Mitglieder des Politbüros, ZK und der Regierung der SU haben sich bisher nicht öffentlich zu den polnischen Ereignissen geäußert (so auch nicht GS Breschnew in Alma Ata am 29.8.1980). Sowjets konsultierten aber offenbar mit polnischer Führung, ohne daß wir Näheres zum Inhalt der Gespräche wußten. Einer BND-Meldung zufolge hielt sich der Erste Sekretär der PVAP, E. Gierek, am 20.8.1980 in der Sowjetunion auf.“ Die Ereignisse in Polen könnten sich „der gesteigerten Aufmerksamkeit der SU und der sozialistischen Bruderstaaten gewiß sein. Das politische Zwischenergebnis in Polen enthält Elemente, die sich für eine sozialistische Gesellschaftsordnung als Sprengstoff erweisen könnten. [...] Es erscheint realistisch anzunehmen, daß Moskau versuchen wird, das Verhandlungsergebnis, das nicht im sowjetischen Sinne sein kann, nachträglich zu korrigieren.“ Vgl. VS-Bd. 13175 (213); B 150, Aktenkopien 1980.

⁹ Am 6. September 1980 berichtete Botschafter Negwer, Warschau, im ZK-Plenum der PVAP am Vorabend sei „Gierek wegen schwerer Erkrankung seiner Funktionen als Erster Sekretär, Politbüromitglied und Mitglied des ZK-Sekretariats enthoben und Stanislaw Kania (geb. 1927) zum neuen Ersten Sekretär ernannt“ worden. Kania sei „in den letzten Jahren für Fragen der Verteidigung und Innenpolitik, einschließlich Polizei und Sicherheitsdienste, für Kirchenfragen, Gesundheitswesen und seit Ausscheiden Babiuch am 25.8.1980 auch für Parteiorganisation und Kader verantwortlich“ gewesen: „Kania ist nach Werdegang und Überzeugung sicherlich orthodoxer Kommunist und dürfte, was für ZK-Plenum mitbestimmend gewesen sein dürfte, in gegenwärtig stark strapazierter Phase der Beziehungen zur Sowjetunion für Moskau sicherlich der präsentablere Nachfolger gewesen sein. In seinen ZK-Funktionen, besonders als Sicherheitschef, hat er sich nach hiesigen Gesprächspartnern durchaus nicht als Politruk Berijascher Prägung, sondern als relativ flexibler, verbindlicher, aber auch mit Vorliebe bedeckt haltender Funktionär mit hoher Arbeitsintensität erwiesen. Im außenpolitischen Bereich hat er sich nach unseren Informationen, von WP-internen Koordinationssitzun-

Die katholische Kirche hat es verstanden, während der Krise eine im nationalen Sinne staatserhaltende Funktion mit Sympathiebekundungen für die Forderung nach mehr Freiheiten in so abgewogener Weise zu verbinden, daß zeitweilig die Erregung der Streikenden in Enttäuschung umzuschlagen drohte. Am Ende ist ihr diese Haltung von beiden Seiten honoriert worden. Mit dem nunmehr versprochenen Zugang zu den Massenmedien wird die Kirche die Rolle des Wächters und des Schiedsrichters künftig noch wirkungsvoller spielen können. Ihre Stellung als integrales Element des nationalen Selbstverständnisses ist zweifellos gestärkt worden.

Am schwersten werden es jetzt die Dissidenten haben. Nachdem sie nicht ohne Erfolg ihren intellektuellen Beitrag zur Streikbewegung geliefert haben, entläßt sich auf sie der Zorn über angeblich antisozialistische, systemverändernde Bestrebungen, die ja in der Tat, wenn es sie gäbe, die staatliche Existenz Polens bedrohen würden. Auch von den Dissidenten, über die sie für eine Weile noch ihre schützende Hand halten kann, hat die Arbeiterklasse sich durch den Gang der Ereignisse emanzipiert.

5) Die VR Polen scheint, umgeben von mißtrauischen Nachbarn, in Richtung auf ein neues Modell sozialistischer Demokratie aufbrechen zu müssen und zu wollen. Das kann nur gelingen, wenn Führung und gesellschaftliche Gruppen in diszipliniertem Dialog gemeinsam handeln, ohne die letzten Grenzen des sozialistischen Gesellschaftssystems und der Bündnisolidarität zu übertreten. In jedem Fall werden die Rückwirkungen auf die Gesellschaften anderer Warschauer-Pakt-Staaten so schwer kalkulierbar sein, daß mit heftigen Widerständen jenseits der Landesgrenzen zu rechnen ist. Die Schlußfolgerung ist zwingend: Nur eine Fortsetzung der West-Ost-Entspannungspolitik, die solche Entwicklungen überhaupt erst möglich gemacht hat, kann Polen dabei helfen. Eine zu lebhaft, systemkritische und womöglich belehrende Anteilnahme unsererseits wäre mit Sicherheit falsch. Man kann nur wünschen, daß auch die westlichen Massenmedien das erkennen.

[gez.] Negwer

Referat 214, Bd. 132905

Fortsetzung Fußnote von Seite 1342

gen und von Beziehungen zum Vatikan abgesehen – Kirchenfragen fielen bisher ebenfalls in seine Zuständigkeit –, nicht profiliert. Er dürfte voraussichtlich weiterhin dem Einfluß seiner Gewährsleute im Sicherheitsbereich des Innenministeriums nahestehen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1071; Referat 214, Bd. 132931.

257

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem israelischen Botschafter Meroz

VS-vertraulich

3. September 1980¹

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem israelischen Botschafter Meroz am Mittwoch, dem 3. September 1980, von 15.40 bis 16.30 Uhr im Bundeskanzleramt

Meroz hat um den Termin beim Bundeskanzler gebeten, um ihn über die israelischen Sorgen über die Entwicklung eines Nuklearwaffenpotentials im Irak zu unterrichten und ihm einige persönliche Eindrücke von einem vierwöchigen Aufenthalt in Israel vorzutragen.

Wie bereits GD Kimche dem Chef BK berichtete², mache man sich in Israel sehr große Sorgen über die in den letzten zwei Jahren wesentlich beschleunigte Entwicklung eines nuklearen Potentials im Irak. Der ursprünglich geplante kleine Forschungsreaktor solle jetzt mit französischer Hilfe in einem Umfang und mit so hoch angereichertem Uran verwirklicht werden³, daß man mit großer Wahrscheinlichkeit mit einem Nuklearwaffenpotential des Irak für Mitte der 80er Jahre rechnen müsse. Die Franzosen hätten in Gesprächen – zuletzt noch in Jerusalem vor zwei Monaten – zugesagt, dies nach Möglichkeit zu verhindern, hätten aber keine wirklich sicheren Garantien geben können. Die Möglichkeit, daß sich im Irak ein Nuklearwaffenpotential entwickelt, schaffe vor allem des-

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 4. September 1980 gefertigt.

Hat Gablentz am 15. September 1980 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Bitte je 1 Abl[ichtung] für S[amm]l[un]g und für V[or]g[ang]l ‚Irak/Nuklearfragen‘.“

² Vortragender Legationsrat I. Klasse Höynck, Bundeskanzleramt, notierte am 29. August 1980, der Generaldirektor des israelischen Außenministeriums, Kimche, habe Staatssekretär Schüler, Bundeskanzleramt, am Vortrag dargelegt, Israel besitze „sichere Informationen, daß der Irak dabei sei, sich ein Nuklearpotential aufzubauen. Grundlage für den schnellen Aufbau eines irakischen Nuklearpotentials seien die von Frankreich gelieferten Anlagen und die in Frankreich ausgebildeten Techniker. Staatssekretär Kimche fügte hinzu, daß der Irak von Frankreich 80kg angereicherten 93%igen Urans erhalten habe. Daraus könne man in relativ einfachem Prozeß drei bis vier atomare Sprengkörper herstellen. Außerdem werde der Irak in Kürze in der Lage sein, mit den von Frankreich gelieferten Anlagen Plutonium herzustellen, das ausreiche, um jährlich einen weiteren nuklearen Sprengkörper zu produzieren.“ Von der UdSSR habe Irak Boden-Boden-Raketen vom Typ „Frog“ und „Scud“ erhalten: „Beide Raketen könnten ohne sehr große Schwierigkeiten mit einem nuklearen Sprengkopf ausgestattet werden.“ Der bei dem Gespräch anwesende israelische Botschafter Meroz habe hinzugefügt, „daß die israelische Regierung mit Frankreich gesprochen habe. Er habe die Absicht, den Bundeskanzler zu fragen, ob die Bundesregierung nicht die Möglichkeit habe, auf Frankreich in dieser Sache einzuwirken.“ Vgl. Bundeskanzleramt, AZ: 21-30100(56), Bd. 54; B 150, Aktenkopien 1980.

³ Botschafter Holzheimer, Bagdad, teilte über den Besuch des irakischen Außenministers Hammadi in Frankreich vom 10. bis 12. Juni 1980 mit: „Es wurde Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem, technischem, nuklearem und militärischem Gebiet vereinbart. Irak hat Frankreich die für seine Bedürfnisse erforderliche Ölversorgung angeboten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 307; Referat 311, Bd. 137596. Am 7. August 1980 informierte Holzheimer, der französische Minister für Außenhandel, Deniau, habe vom 1. bis 3. August 1980 in Bagdad bilaterale Wirtschaftsfragen erörtert: „Es ist anzunehmen, daß auch über Frankreichs Beteiligung an Großaufträgen, die nukleare Zusammenarbeit und Ölfragen gesprochen worden ist.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 642; Referat 311, Bd. 137596.

wegen große Besorgnis, weil der Irak an seiner traditionell harten, feindseligen Haltung gegenüber Israel festhalte: kein Waffenstillstandsabkommen, keine Anerkennung der Resolution 242⁴, Drohung des Ministerpräsidenten, Tel Aviv zu bombardieren.⁵

Er fragt, ob der Bundeskanzler Möglichkeiten sieht, mit Frankreich darüber zu sprechen, wie die französisch-irakischen Verträge revidiert und/oder die Sicherheitsvorkehrungen durch Frankreich verstärkt werden können.

Bundeskanzler: Frankreich habe zwar wie Israel den Nichtverbreitungsvertrag⁶ nicht unterschrieben, aber er habe über die Jahre den klaren Eindruck gewonnen, daß Frankreich großen Wert auf seine Einhaltung lege. Irak hat den Vertrag unterschrieben.⁷ Frankreich habe ein überzeugendes Beispiel für diese Haltung gegeben, als es seine Lieferungen an Pakistan stornierte, als Pakistan den Verdacht aufkommen ließ, daß es sich auf dem Umwege über Aufbau einer friedlichen Nuklearkapazität ein Waffenpotential zulegen könnte.⁸ Er selbst habe mit Giscard wiederholt hierüber ausführlich gesprochen, da Deutschland wie Frankreich dringend am Export friedlicher Nukleartechnologie interessiert sei, wie Frankreich alle Anstrengungen machen wolle, um einen militärischen Mißbrauch auszuschließen, und wie Frankreich bei den Exportbemühungen unter amerikanischen Druck geraten war. Daß man trotz aller großen Anstrengungen keine absoluten Garantien gegen den Mißbrauch geben könne, wie es die Franzosen den Israelis gegenüber zugegeben hätten, sei eine allgemeine Lebensweisheit.

Zum Irak haben die Franzosen in sehr klarer Form auch öffentlich klargestellt, daß sie glauben, mit ihren Abmachungen einen Mißbrauch weitgehend ausgeschlossen zu haben. Sie hätten im übrigen die Erfahrung machen müssen, daß

⁴ Für die Resolution Nr. 242 des VN-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 vgl. Dok. 62, Anm. 45.

⁵ Botschafter Holzheimer, Bagdad, berichtete am 21. August 1980, das israelische Gesetz über Jerusalem vom 30. Juli 1980 habe in Irak zu Reaktionen geführt, „die die Frustrationen deutlich machen, die entstehen, wenn Appelle, Resolutionen und Verurteilungen durch die Weltöffentlichkeit und ihre Organisationen wirkungslos bleiben. [...] Es darf daher nicht verwundern, wenn der irakische Präsident nunmehr wieder von Waffenanwendung und Existenzbedrohung Israels spricht. Er nannte in einer Rede vor Freiwilligen beim Dorfaufbau die Boykottierung der Pro-Jerusalem-Beschluß-Staaten die zweitbeste Lösung; die erstbeste sei die Zusammenschlagung Tel Avivs durch Bomben. Und: Wenn wir von der Befreiung arabischer Territorien sprechen, dann meinen wir in erster Linie, daß wir uns des zionistischen Gebildes entledigen sollten.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 681; Referat 311, Bd. 137596.

⁶ Für den Wortlaut des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 785–793.

⁷ Irak ratifizierte am 5. März 1970 den Nichtverbreitungsvertrag vom 1. Juli 1968.

⁸ Am 17. März 1976 unterzeichneten Frankreich und Pakistan eine Vereinbarung über die Lieferung einer Wiederaufbereitungsanlage an Pakistan. Das französische Außenministerium teilte dazu am 11. August 1976 mit, die französische Regierung habe „ihre Zustimmung erst nach der Unterzeichnung eines Zusammenarbeitsvertrags mit Pakistan am 17.3.76 über die friedliche Nutzung der Kernenergie gegeben. Er sieht strenge Kontrolle durch die IAEA vor.“ Ein entsprechendes trilaterales Abkommen zwischen Frankreich, Pakistan und der IAEA sei am 18. März 1976 abgeschlossen worden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2285 des Gesandten Lahusen, Paris, vom 11. August 1976; Referat 413, Bd. 119557.

Am 23. August 1978 gab Präsident Zia ul-Haq in Rawalpindi bekannt, daß Frankreich die Lieferung der Wiederaufbereitungsanlage abgelehnt und neue Verhandlungen über Modifikationen des Vertrags vom 17. März 1976 vorgeschlagen habe. Vgl. dazu den Artikel „Rückschlag für Pakistans Nuklearpläne“, NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe vom 25. August 1978, S. 2.

durch Sprengstoffanschläge auf französischem Boden ihre Lieferungen an den Irak zumindest verzögert worden seien.⁹

Er glaubt nicht, daß eine deutsche Intervention in Paris die israelischen Sorgen in irgendeiner Weise besänftigen könne. Sie könne nur zu einer deutsch-französischen Mißstimmung führen, da er ja gegenüber Giscard mehrfach klargestellt habe, daß auch wir uns nicht beim Export ziviler Nukleartechnologie über den Nichtverbreitungsvertrag hinaus einengen lassen können. Frankreich wie Deutschland müßten durch Entwicklung und Export hochentwickelter Technologie die wirtschaftlichen Belastungen ausgleichen, die z.B. durch die Ölpreisentwicklung entstanden seien.

Er müsse aber zusätzlich auch erwähnen – bei allem Verständnis für die israelischen Sorgen wegen des Irak –, daß es auch viele Staaten gäbe, die sich Sorgen über die nuklearen Möglichkeiten Israels machten, das sich als eines der am meisten fortgeschrittenen Schwellenländer nicht in rechtlicher Form gebunden habe, kein Nuklearwaffenpotential zu entwickeln.¹⁰

Meroz betont, daß die von Deutschland belieferten Länder Lateinamerikas¹¹ zuverlässigere Kunden seien als der Irak.

Israel unterstreiche im übrigen bei jeder Gelegenheit, daß es nicht als erstes Land nukleare Waffen im Nahen Osten einführen wolle. Der Außenminister¹² habe in der Knesset den Vorschlag für ein regionales Abkommen gemacht, das auch im Nahen Osten (so wie bereits in Lateinamerika¹³) einen nuklearen Rüstungswettlauf ausschalten solle. Dies sei aber von arabischer Seite immer wieder abgelehnt worden. Was die eigene nukleare Forschung Israels anbelange, so könne er mit dem besten Gewissen der Welt sagen: Wir werden nicht die

⁹ In der Presse hieß es, Frankreich habe Irak die Lieferung von 70 kg angereichertem Uran 235 für den Versuchsreaktor Osirak bei Bagdad zugesagt, doch sei es zu Verzögerungen wegen Bedenken der amerikanischen Regierung gekommen: „Mit beträchtlicher Verspätung wurde das Kernstück des ‚Osirak‘-Reaktors Anfang letzten Jahres doch noch fertig. Aber die Lieferung blieb aus. Drei Tage vor der Verschiffung nach Basra flog die Sendung im Hafen von La Seyne-sur-mer, in dem Einzelteile des Reaktors gelagert waren, in die Luft.“ Am 14. Juni 1980 sei dann ein für Irak tätiger ägyptischer Atomwissenschaftler in Paris ermordet worden: „Die Ermittlungen verliefen in beiden Fällen im Sande. Unter dringendem Tatverdacht steht der israelische Geheimdienst. Gleichwohl konnten die Anschläge den brisanten irakisch-französischen Handel nicht stoppen.“ Vgl. den Artikel „Oh, Chirac“, DER SPIEGEL vom 25. August 1980, S. 124.

¹⁰ Israel war dem Nichtverbreitungsvertrag vom 1. Juli 1968 nicht beigetreten. Vortragender Legationsrat Kunz unterrichtete am 18. September 1980 die Botschaften in den EG-Mitgliedstaaten, die israelische Regierung habe angekündigt, entgegen ihrer bisherigen Praxis der Enthaltung „auf der kommenden GV erstmalig der zu erwartenden Resolution über eine K[ern]W[affen]F[reie]Z[one] zuzustimmen“. Gleichzeitig habe die israelische Botschaft gebeten, „daß wir im Falle einer erneuten irakischen Resolution über ‚israelische Nuklearbewaffnung‘ mit Nein stimmen“. Kunz legte dazu dar: „Auf der 34. GV hatten wir uns mit GB, F, IT und IRL enthalten, während die Benelux-Staaten, Dänemark und die USA negativ votierten. In einer Abstimmungserklärung hatten wir unser Verhalten damit erklärt, daß ein isoliertes Herausgreifen Israels uns eine Zustimmung unmöglich mache, obschon wir gegenüber dem Gedanken einer KWFZ Nahost positiv eingestellt seien.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 4682; Referat 220, Bd. 116968.

¹¹ Zur Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Brasilien im Bereich der friedlichen Nutzung der Kernenergie vgl. Dok. 166, Anm. 13.

Zur Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Argentinien im Bereich der friedlichen Nutzung der Kernenergie vgl. AAPD 1979, I, Dok. 141.

¹² Yitzhak Shamir.

¹³ Für den Wortlaut des am 14. Februar 1967 von vierzehn lateinamerikanischen Staaten unterzeichneten Vertrags über das Verbot von Kernwaffen in Lateinamerika (Vertrag von Tlatelolco) vgl. UNTS, Bd. 634, S. 281–423. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 152–165.

sein, die eine nukleare Bewaffnung im Nahen Osten einführen werden. Israel habe eine solche Aussage verbindlich für alle Zukunft gemacht.

Bundeskanzler nimmt diese Versicherung zur Kenntnis. Er betont aber, daß er das Anliegen der Israelis nicht mit den Franzosen aufnehmen könne, da eine eher gegenteilige Wirkung zu erwarten sei. Pariser Reaktionen gegen Israel seien vorauszusehen. Außerdem könne er, der sich mit Nachdruck für das volle Recht der Nichtkernwaffenstaaten auf friedliche Nutzung der Nuklearenergie (Art. 4 des NPT) einsetze, nicht dazu beitragen, daß ein anderer Vertragspartner des NPT daran gehindert werde, von diesem Recht Gebrauch zu machen. Wir Deutsche müßten schwer genug kämpfen, um uns nicht in unserem Recht auf friedliche Nutzung der Nuklearenergie beschneiden zu lassen.

Er stimmt dem Botschafter zu, daß die Lage im Nahen und Mittleren Osten – aber auch in Südasien – noch wesentlich explosiver würde, wenn ein Land der Region das Potential zur Herstellung nuklearer Waffen erwürbe, nukleare Waffen in sein Militärpotential einstellte oder gar benutzte. Die Konsequenzen wären kaum vorzustellen.

Auf Einwand des Botschafters, ob er keine Möglichkeit sehe, den französischen Nachbarn zu einer weiteren Verstärkung der Sicherheitskontrollen im Verhältnis zum Irak zu bewegen, betont er, daß man davon ausgehen müsse, daß die im NPT vorgesehene internationale Kontrolle zur Vertragsgrundlage zwischen Franzosen und Irakern gehöre. Im übrigen sei Frankreich in bezug auf die zivile Nutzung der Nuklearenergie das wohl fortschrittlichste Land. Auch in der Verwirklichung sei es wesentlich weiter als z.B. wir, weil es in Frankreich gelungen sei, die innenpolitischen Widerstände in Grenzen zu halten. Er habe die Franzosen, die von einer Erdölversorgungskrise noch stärker betroffen sein würden als wir, daher immer zu ihrem außerordentlich großen Nuklearprogramm beglückwünscht. Allen Westeuropäern sei klar, daß auch nur ein kurzer Ausfall der Ölversorgung aus dem Nahen Osten in ihren Ländern unvorstellbare Konsequenzen haben müsse. Sicherlich sei die Behauptung falsch, die europäische Nahostpolitik sei allein vom Öl bestimmt, aber ebenso sicher sei, daß der Ausfall der Ölversorgung zu wirtschaftlichen Katastrophen, Millionen von Arbeitslosen und entsprechenden politischen Zusammenbrüchen führen müsse, zunächst in den Entwicklungsländern, wo er zum Hungertod von Millionen führen müsse.

Aus allen diesen Gründen halte er es für richtig, daß Frankreich die volle zivile Nutzung der Nuklearenergie anstrebt, womit auch der Export nuklearer Einrichtungen verbunden sei an jeden, der die Lieferung bezahlt und sich den internationalen Kontrollen unterwirft.

Meroz hält aus einem vierwöchigen Aufenthalt in Israel und Gesprächen mit Politikern aller politischen Richtungen fest:

1) Die Israelis setzen sich für einen vertieften Dialog mit der Bundesrepublik Deutschland und dem Europa der Neun ein. Sie streben politische Gespräche vor und nicht nach den Entscheidungen in Europa an. Sie suchen den Dialog auch ohne sich der Illusion hinzugeben, daß man in allen Fragen übereinstimme.

Er freut sich daher, daß der israelische Außenminister im Oktober/November dieses Jahres die Bundesrepublik besuchen werde.¹⁴ Ein genauer Termin soll

¹⁴ Der israelische Außenminister Shamir hielt sich vom 16. bis 18. November 1980 in der Bundesrepublik auf. Zum Gespräch mit Bundesminister Genscher am 17. November 1980 vgl. Dok. 331.

zwischen den Außenministern in New York Ende September vereinbart werden.¹⁵ Der israelische Außenminister rechne damit, auch Gelegenheit zu einem Gespräch mit dem Bundeskanzler zu erhalten.

2) Der Camp-David-Prozeß¹⁶ ist die beste und vorläufig einzige Grundlage für die Friedenssuche im Nahen Osten. Man sei sich über die objektiven Schwierigkeiten im klaren, bedauere aber die inzwischen viermalige Unterbrechung der Autonomieverhandlungen durch die Ägypter.¹⁷ Man hoffe auf eine baldige Wiederaufnahme.

Als neueste Information könne er hinzufügen: Linowitz habe sich gerade optimistisch über die Wiederaufnahme der Verhandlungen geäußert. Er hatte den Israelis ein zusammenfassendes Dokument über den Stand der Autonomieverhandlungen vorgelegt, dem die Israelis zustimmten.¹⁸ Er wird mit diesem Dokument nach Kairo reisen und auch die Ägypter zur Zustimmung bewegen.¹⁹ Er hat von den Israelis die Zusicherung erhalten, daß man bei der Wiederaufnahme besondere intellektuelle Anstrengungen machen werde, um die Verhandlungen zu fördern.

3) Die Israelis haben weiterhin ihre Vorbehalte gegenüber der Erklärung des Europäischen Rats von Venedig²⁰. Einige der Aussagen der Europäer hätten gewisse arabische Staaten zu einer härteren Linie veranlaßt – allerdings nicht Ägypten.

¹⁵ Bundesminister Genscher führte am Rande der VN-Generalversammlung in New York am 24. September 1980 ein Gespräch mit dem israelischen Außenminister Shamir. Ministerialdirigent Montfort vermerkte am selben Tag, das Gespräch sei „recht allgemeiner Natur“ gewesen und habe „wohl auch dem gegenseitigen Kennenlernen gedient“. Erörtert worden seien der Termin für einen Besuch Shamirs in der Bundesrepublik und die Freilassung der in Israel inhaftierten Brigitte Schulz und Thomas Reuter: „Der Bundesminister verwies auf das kürzliche Gespräch mit Generaldirektor Kimche in Bonn. Kimche habe von der Absicht der israelischen Regierung gesprochen, die beiden Deutschen demnächst zu entlassen. Shamir antwortete darauf, die Möglichkeit bestehe, er kenne aber keine Details.“ Vgl. Referat 310, Bd. 125006.

¹⁶ Zum Camp-David-Prozeß vgl. Dok. 13, Anm. 13.

¹⁷ Zu den Gesprächen zwischen Ägypten und Israel über eine Autonomie der palästinensischen Gebiete vgl. Dok. 247, Anm. 9 und 16.

¹⁸ Der Sonderbeauftragte des amerikanischen Präsidenten für den Nahen Osten, Linowitz, hielt sich vom 31. August bis 3. September 1980 in Israel auf. Botschaftsrätin I. Klasse Steffler, Tel Aviv, informierte am 3. September 1980: „Linowitz äußerte sich vor der Presse nach seinem ersten Gespräch mit Begin eher pessimistisch und schien auch nach zweiter Begegnung nicht davon überzeugt, daß er von israelischer Seite mit Zugeständnissen ausgestattet wurde, die ägyptische Bedenken gegen Wiederaufnahme von Autonomieverhandlungen ausräumen könnten. Er soll für Sadat zwei Papiere mit sich führen: a) eine von US-Seite verfaßte minutiöse Darstellung des Verhandlungsstandes bis zum Abbruch im Juli, ergänzt durch Anmerkungen von Israel zu einzelnen Punkten, b) ein Vorschlagspapier für Themen, die als nächste behandelt werden sollten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 839; Unterabteilung 31, Bd. 135602.

¹⁹ Botschaftsrat I. Klasse Richter, Kairo, berichtete am 4. September 1980, der Sonderbeauftragte des amerikanischen Präsidenten für den Nahen Osten, Linowitz, habe am Vortag bei Präsident Sadat einen Formelkompromiß erzielen können, „der es vor allem Carter erlaubt, im Wahlkampf Camp David weiter als größten Erfolg seiner Außenpolitik darzustellen. Die grundsätzliche Bereitschaft Ägyptens zur Wiederaufnahme der Autonomieverhandlungen wurde kompensiert durch die Zusage Carters und Begins, „Konsultationen über Vorbereitung, Ort und Zeit eines Gipfeltreffens zu führen“. [...] Ein Datum für den Wiederbeginn der Autonomieverhandlungen fehlt denn auch wohlweislich.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1393; Unterabteilung 31, Bd. Nr. 135602.

²⁰ Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats vom 12./13. Juni 1980 in Venedig über den Nahen Osten vgl. BULLETIN DER EG 6/1980, S. 10 f. Vgl. dazu auch Dok. 177.

Bundeskanzler bestätigt, daß er auch aus dem Gespräch mit VP Mubarak²¹ den Eindruck gewonnen habe, daß sich die ägyptische Linie nicht durch europäische Aussagen verhärtet habe. Die Ägypter bemühten sich, nach den amerikanischen Wahlen²² den Camp-David-Prozeß durch einen Dreier-Gipfel zu revitalisieren.

Er betont die Ausgewogenheit der Erklärung von Venedig, an der er selber aktiv mitgewirkt habe. Er dankt für die Unterrichtung über die Mission von Lino-witz. Er bedauert, daß die Gespräche AM Thorns in Israel²³ unsere Erwartungen nicht erfüllt haben.

Meroz teilt hierzu mit, daß Thorn am 29. September bis 1. Oktober wieder in Israel sein werde.²⁴

Er betont, daß die Erklärung von Venedig insbesondere nicht den Status der PLO verbessert habe. Er bekräftigt, daß die Bundesregierung keine Absicht habe, die PLO anzuerkennen, solange sie nicht das Recht Israels auf Existenz und auf Sicherheit sowie die übrigen Grundsätze einer Nahost-Regelung anerkenne. Zur Behauptung der Israelis, das Selbstbestimmungsrecht werde in der Erklärung von Venedig ohne Einbindung in das Ziel einer von allen Parteien anerkannten Friedensregelung erwähnt, weist er auf Ziff. 7 der Erklärung hin, in der diese Einbindung deutlich zum Ausdruck komme. Er bestätigt, daß diese Einbindung auch unabhängig von allen Textinterpretationen dem politischen Willen und dem politischen Verständnis aller neun Regierungschefs entspreche.

Meroz würdigt die Nahost-Passagen der Rede des Bundeskanzlers zum 85²⁵. Geburtstag von Nahum Goldmann²⁶. Er weist auf entsprechende Frage des Bundeskanzlers darauf hin, daß mit GD Ciechanover auch ein offizieller Vertreter der israelischen Regierung in Amsterdam teilgenommen habe, den allerdings Nahum Goldmann ignoriert habe. Er stimmt dem Bundeskanzler zu, daß

21 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem stellvertretenden ägyptischen Präsidenten Mubarak am 1. September 1980 vgl. Dok. 252.

22 Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

23 Zum Besuch des luxemburgischen Außenministers Thorn vom 31. Juli bis 1. August 1980 in Israel im Zuge seiner Nahost-Mission als EG-Ratspräsident vgl. Dok. 247, Anm. 22.

24 Botschafter Schütz, Tel Aviv, berichtete am 3. Oktober 1980, der niederländische Botschafter Verkade habe die Botschafter der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ über den zweiten Besuch des luxemburgischen Außenministers Thorn vom 29. September bis 1. Oktober 1980 in Israel in seiner Eigenschaft als EG-Ratspräsident unterrichtet. Im Gespräch mit dem Generaldirektor des israelischen Außenministeriums, Kimche, am 29. September 1980 seien die Ergebnisse der bisherigen Besuche Thorns in arabischen Ländern resümiert worden: „Für alle arabischen Gesprächspartner sei Rückkehr zu 1967er Grenzen *Conditio sine qua non*; Jerusalem sei vor allem für die moderaten arabischen Staaten ein sehr ernstes Problem; an einem eventuellen Plebiszit über die Zukunft der besetzten Gebiete müßten alle Palästinenser beteiligt werden. Kimche habe Thorn kritisch auf seine VN-Rede angesprochen. Thorn habe dies zur Kenntnis genommen und sich trotz Aufforderung zu argumentieren völlig rezeptiv verhalten. In einem anschließenden 40-Minuten-Gespräch mit PM Begin habe dieser die bekannten israelischen Positionen dargestellt. [...] AM Thorn hat sich auch in dem Gespräch mit den palästinensischen Vertretern weitgehend rezeptiv verhalten. Er habe den Eindruck erweckt, als sei sein Besuchszweck erfüllt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 919; Unterabteilung 31, Referat 135602.

25 Korrigiert aus: „80“.

26 Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Schmidt am 8. Juli 1980 in Amsterdam vgl. BULLETIN 1980, S. 697–699.

man auch auf israelischer Seite nicht vergessen dürfe, was Israel der Tätigkeit Goldmanns zu verdanken habe.

Unter Hinweis auf das Gespräch des Bundeskanzlers mit König Hussein²⁷ bittet er den Bundeskanzler, den vereinbarten Besuch in Amman nicht zu einem zu frühen Zeitpunkt ins Auge zu fassen.

Er dankt dem Bundeskanzler für die Gelegenheit, ihm diese Sorgen Israels vorzutragen.²⁸ Im Hinausgehen erwähnt er, daß er damit rechne, etwa im März 1981 auf einen neuen Posten berufen zu werden.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 54

258

Bundeskanzler Schmidt an Ministerpräsident Suárez

3. September 1980¹

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, lieber Adolfo!

Die bevorstehende Eröffnung der 35. GV² gibt mir Veranlassung, Sie nochmals auf die konkurrierenden deutschen und spanischen Kandidaturen für die Prä-

²⁷ Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit König Hussein am 30. Juli 1980 vgl. Dok. 223.

²⁸ Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, unterrichtete Vortragenden Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg am 9. September 1980, der israelische Botschafter Meroz habe im Anschluß an sein Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt am 3. September 1980 die Bitte geäußert, „ob man von deutscher Seite vorsichtig auf die Türken einwirken könnte, sie sollten keine weitergehenden Schritte zur Lockerung ihrer diplomatischen Beziehungen mit Israel unternehmen. Der Bundeskanzler hat gebeten, das Auswärtige Amt von dieser Anregung des israelischen Botschafters zu unterrichten.“ Vgl. Referat 310, Bd. 125006.

¹ Ablichtung.

Der Entwurf des Schreibens wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Höynck, Bundeskanzleramt, am 2. September 1980 über Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, und Staatssekretär Schüler, Bundeskanzleramt, an Bundeskanzler Schmidt weitergeleitet. Dazu teilte Höynck mit, nachdem Spanien nicht von einer Kandidatur für die Präsidentschaft der bevorstehenden VN-Generalversammlung Abstand genommen habe, befürworte das Auswärtige Amt ein Schreiben Schmidts an Ministerpräsident Suárez: „BM Genscher hat in dieser Angelegenheit auch seinem spanischen Amtskollegen geschrieben. [...] Unabhängig hiervon möchte BM Genscher in einer Briefaktion an seine Amtskollegen in 20 bis 25 unentschlossenen Entwicklungsländern für die deutsche Kandidatur werben, für den Fall, daß es zu einer Abstimmung kommt.“ Diese Aktion stelle den letzten Versuch dar, Spanien zum Verzicht auf eine Kandidatur zu bewegen. Höynck empfahl: „Sie sollten BM Genschers Wunsch eines Schreibens von Ihnen an MP Suárez nicht abschlagen. Es wird daher gebeten, beigefügten, hier wesentlich überarbeiteten Briefentwurf des Auswärtigen Amtes zu zeichnen.“

Hat Gablentz am 2. September 1980 vorgelegen.

Hat Schüler am 2. September 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ja.“

Hat Verwaltungsangestelltem Bruns, Bundeskanzleramt, am 2. Juli 1980 vorgelegen, der handschriftlich für Schmidt vermerkte: „Mit der Bitte um Zeichnung.“

Hat Bruns am 3. September 1980 erneut vorgelegen, der die Wiedervorlage bei Referat 213 des Bundeskanzleramts verfügte. Vgl. die Begleitaufzeichnung; Helmut-Schmidt-Archiv 1/HSAA 006615.

² Die VN-Generalversammlung fand vom 16. September bis 17. Dezember 1980 sowie am 15./16. Januar 1981 in New York statt.

sidentschaft³ anzusprechen. Wir hatten hierüber bei unserem Zusammentreffen in Madrid im Januar des Jahres⁴ einen persönlichen Meinungsaustausch geführt.

Mein Eindruck von dem Stand der vorbereitenden Gespräche in New York ist, daß die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen eine Einigung unter uns erwarten, zumal, da es seit 20 Jahren eine streitige Wahl nicht gegeben hat.⁵

Eine Lösung könnte in der Regionalgruppe gefunden werden, der unsere beiden Länder angehören. In ihr, so berichtet man mir, befürwortet die ganz überwiegende Mehrheit eine deutsche Kandidatur.

Ich würdige und unterstütze, wie Sie wissen, voll den Wunsch und den Willen Ihres Landes, in der internationalen Politik und so auch in den Vereinten Nationen verstärkt Verantwortung zu übernehmen. Eine spanische Kandidatur zum Sicherheitsrat, die aussichtsreich erscheint⁶, würden wir ebenso unterstützen wie berechnete Wünsche Spaniens auf verstärkte multilaterale Mitwirkung bei anderen Gelegenheiten.⁷ Wie Sie wissen, ist dies mit Erfolg bei der Wahl von Madrid als Sitz des KSZE-Folgetreffens⁸ in der Vergangenheit bereits geschehen.

Ich wäre Ihnen sehr zu Dank verbunden, wenn Sie im Lichte dieser Erwägungen und im Geiste der besonders freundschaftlichen und vertrauensvollen Beziehungen, die unsere beiden Staaten verbinden, die Frage der spanischen Kandidatur für die nächste Generalversammlung nochmals überdenken könnten.⁹

Mit freundlichen Grüßen

stets Ihr ergebener¹⁰
Helmut Schmidt

Helmut-Schmidt-Archiv, 1/HSAA 006615

³ Zu den Bewerbungen Spaniens und der Bundesrepublik um die Präsidentschaft der VN-Generalversammlung vgl. Dok. 242, Anm. 15.

⁴ Zu den Gesprächen des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Suárez am 7./8. Januar 1980 in Madrid vgl. Dok. 4 und Dok. 7.

⁵ Botschafter Freiherr von Wechmar, New York (VN), berichtete am 3. September 1980: „Neuerliche Überprüfung Präsidentschaftswahlen in GV aufgrund einer vom VN-Sekretariat zur Verfügung gestellten Abstimmungsliste ergibt, daß letzte streitige Wahl nicht vor zwanzig, sondern vor achtzehn Jahren stattgefunden hat.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2184; Referat 230, Bd. 128005.

⁶ Botschafter Jelonek, New York (VN), berichtete am 15. September 1980: „Mit Ablauf des Jahres scheiden Bangladesch, Jamaika, Norwegen, Portugal und Sambia aus dem Sicherheitsrat aus. Nach dem Rückzug Irans bleibt für den asiatischen Sitz Japan als einziger Kandidat übrig, gleiches gilt für den afrikanischen Sitz für Uganda. Der lateinamerikanische Sitz bleibt strittig zwischen Costa Rica und Kuba und die beiden europäischen zwischen Irland, Malta und Spanien. [...] Bei unserer Unterstützung für die spanische Kandidatur müssen wir zugleich berücksichtigen, daß die ausgewogene Sitzverteilung in Europa beachtet wird. In unseren Demarchen für Spanien sollten wir deshalb auch stets einen Hinweis auf die Unterstützung der irischen Kandidatur für den norwegischen Sitz anbringen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2349; Referat 230, Bd. 127996.

Botschafter Lahn, Madrid, informierte am 1. Oktober 1980: „Mit Verbalnote Nr. 21 vom 18.9., die bei der Botschaft am 26.9.80 einging, hat das spanische Außenministerium förmlich mitgeteilt, daß Spanien seine Kandidatur für einen der beiden auf die WEOG entfallenden und während der 35. GV zu besetzenden Sitze des Sicherheitsrats angemeldet hat.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 1843; Referat 230, Bd. 127996.

⁷ Zum spanischen Ersuchen um regelmäßige Konsultationen mit der NATO über das KSZE-Folgetreffen in Madrid vgl. Dok. 220.

⁸ Die KSZE-Folgekonferenz wurde am 11. November 1980 in Madrid eröffnet. Vgl. dazu Dok. 319 und Dok. 322.

⁹ Vortragender Legationsrat Boll informierte am 8. September 1980: „Aufgrund einer Kabinettsent-

259

Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt**VS-NfD****Aufgabe: 4. September 1980, 20.42 Uhr¹****Fernschreiben Nr. 875****Ankunft: 4. September 1980, 22.53 Uhr****Cito**

Betr.: Reaktionen in der DDR auf die Entwicklung in Polen sowie mögliche Auswirkungen auf die DDR

1) Die Ereignisse in Polen sind von der DDR-Führung mit größter Aufmerksamkeit verfolgt worden. Ihre Haltung dürfte letztlich bestimmt worden sein durch die Sorge vor möglichen Auswirkungen auf die innere Lage der DDR und durch die Furcht vor sowjetischen Reaktionen, die mittel- und unmittelbar den eigenen Bewegungsspielraum nach innen und außen weiter beschränken könnten. Diese Besorgnisse bestehen wohl auch nach der vorläufigen Entschärfung des Konflikts in Polen² fort. Hinzu kommt die Erwartung nachteiliger Folgen für die DDR-Wirtschaft (hierzu gesonderter Bericht).

Offizielle Stellungnahmen oder Kommentare zu den Vorgängen sind bisher nicht erfolgt und vorerst auch kaum zu erwarten. Die äußerst spärliche Nachrichtenbewegung ließ weder Gründe, Ziele und Umfang der Streikbewegung erkennen, noch unterrichtete sie bis heute über den Inhalt der schließlich getroffenen Vereinbarungen. Der Akzent wurde vielmehr gesetzt auf polnische Äußerungen über die Zugehörigkeit Polens zur sozialistischen Gemeinschaft und die Notwendigkeit, die sozialistische Grundstruktur zu erhalten. Zunehmend wurden auch Stimmen wiedergegeben, die in der Bewegung das Wirken antisozialistischer und anarchistischer Elemente sehen wollten. Insbesondere sind die beiden kritischen sowjetischen Stellungnahmen (TASS-Kommentar von Kornilow vom 26.8.³ und Prawda-Artikel von Petrow vom 1.9.⁴) in einer Weise

Fortsetzung Fußnote von Seite 1351

scheidung hat Spanien, das sich ebenfalls um Präsidentschaft beworben hatte, seine Kandidatur am 5. September zurückgezogen. Damit ist Weg frei, daß Botschafter von Wechmar auf Vorschlag der westlichen Regionalgruppe (WEOG) am 16.9. zum Präsidenten der 35. Generalversammlung gewählt wird. [...] Der Bundeskanzler und der Bundesminister haben Ministerpräsident Suárez bzw. Außenminister Oreja für die Entscheidung der spanischen Regierung gedankt. [...] Spanien kandidiert nunmehr für den Sicherheitsrat 1981/82. Wir begrüßen Bewerbung. Bundeskanzler und Bundesminister haben erneut unsere nachdrückliche Unterstützung zugesagt.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 120; Referat 320, Bd. 128005.

¹⁰ Die Wörter „stets Ihr ergebener“ wurden handschriftlich eingefügt.

¹ Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. dazu Anm. 10.

² Zu den in Stettin, Danzig und Jastrzebie am 30. und 31. August bzw. 3. September 1980 getroffenen Vereinbarungen vgl. Dok. 253, Anm. 2.

³ Gesander Huber, Moskau, berichtete am 27. August 1980: „Während sowjetisches Fernsehen in seinen Abendnachrichten am 26.8. keine Meldung über polnische Ereignisse brachte, erschien am 27.8. in der Sowjetskaja Rossija, dem Organ der RSFSR, der volle Text des bereits am 25.8. über TASS englisch verbreiteten Kommentars von Kornilow. Dieser Kommentar hatte in scharfer Form die Behandlung der Ereignisse in Polen durch die westlichen Medien kritisiert.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3785; Referat 214, Bd. 132904.

Für den deutschen Wortlaut vgl. den undatierten Pressespiegel „Ostinformationen“ des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung; Referat 214, Bd. 132904.

übernommen worden, die Unterstützung der dort ausgedrückten Haltung andeutet.⁵ Ebenfalls in Übereinstimmung mit der Sowjetunion wird versucht, die Aufmerksamkeit von den Vorgängen in Polen selbst abzulenken auf angebliche Einwirkung von außen. Dabei werden hier besonders die „revanchistischen“ Bestrebungen der Bundesrepublik Deutschland herausgestellt, die hinter der jetzt gezeigten Anteilnahme verborgen seien (ND vom 4.9.1980⁶ – hierzu gesonderter Bericht⁷).

2) Gegenüber der eigenen Bevölkerung erscheinen Warnungen vor ähnlichen Tendenzen wie in Polen z. Z. freilich kaum erforderlich. Die Vorgänge in Polen sind hier zwar – auf Grund der Berichterstattung in den westlichen Medien – mit einigem Interesse und zum Teil auch mit Anteilnahme verfolgt worden, aber eigentlich eher nebenbei und ohne erkennbare Ansätze zur Solidarisierung. Bei breiten Kreisen der Bevölkerung war ein merkwürdiges, im Grunde genommen widersprüchliches Gemisch aus Gefühlen und Reaktionen zu den polnischen Ereignissen zu beobachten: Apathie und Resignation, jedenfalls Pessimismus. Sorge, ja Erschrecken und sogar Ärger (Begründung für die Absage des Kanzler-Besuchs⁸, an den manche Hoffnungen geknüpft waren), aber auch Ansätze von Neid und einer gewissen Genugtuung, daß es „denen“ mal gezeigt wird. Gleichzeitig zeigte sich aber auch immer wieder ein erstaunliches Maß an Überheblichkeit gegenüber „den Polen“ („polnische Wirtschaft“). Jedenfalls herrschte bei der Masse der DDR-Bevölkerung nicht der Eindruck vor, daß in Polen auch ihre Sache zur Debatte stand. Anders reagierten viele Intellektuelle, die

Fortsetzung Fußnote von Seite 1352

⁴ Vgl. den Artikel „Proiski vragov socialističeskoj Pol'ši“; PRAVDA vom 1. September 1980, S. 5.

Gesandter Huber, Moskau, teilte am 1. September mit: „Auf Lageentwicklung in Polen ist sowjetischerseits erstmals als offiziös zu wertende, in der Aussage kritisch warnende Reaktion festzustellen. In einem in Prawda vom 1.9. veröffentlichten Petrow-Kommentar wird Polen eine unverkennbare Warnung erteilt, die sich zwar formal gegen die Machenschaften ‚antisozialistischer Elemente‘ mit konterrevolutionären Zielsetzungen ausspricht, eine bestimmte Grenze nicht zu überschreiten, die [...] gerechte Forderungen von staatsbedrohenden Forderungen trennt. Bedeutung des Petrow-Kommentars ergibt sich auch daraus, daß mit diesem Pseudonym gezeichnete Artikel als Meinung zuständiger ZK-Stelle zu bewerten sind.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3841; Referat 214, Bd. 132905.

⁵ Ministerialdirigent Bertele, Ost-Berlin, berichtete am 27. August 1980, bislang sei die Presse in der DDR kaum auf die Vorgänge in Polen eingegangen: „N[eu]e[s]D[eu]tschland vom 27.8.1980 bringt kurzen Hinweis auf Kommentar in ‚Trybuna Ludu‘ vom 26.8., wobei lediglich ein Satz über mögliches Aktivwerden antisozialistischer Kräfte zitiert wird. Erstmals bringt ND vom 27.8. auch einen Kommentar in Form eines ADN-Korrespondentenberichts aus Moskau, der sich ausdrücklich auf den warnenden TASS-Kommentar von Kornilow bezieht und ihn teilweise wörtlich wiedergibt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 847; Referat 210, Bd. 132450.

⁶ Vgl. den Artikel „Antipolnische Wölfe im Schafspelz“; NEUES DEUTSCHLAND vom 4. September 1980, S. 2.

⁷ Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, berichtete am 4. September 1980: „In Zusammenhang mit der Entwicklung in Polen bringt N[eu]e[s]D[eu]tschland vom 4.9. erstmals eigenen Kommentar, der jedoch nicht auf polnische Vorgänge selbst eingeht, sondern sich mit heftigen Angriffen gegen angebliche westliche Einmischung, insbesondere der Bundesrepublik Deutschland, richtet. Ergänzt wird der Kommentar durch eine ebenfalls im ND veröffentlichte ‚Dokumentation‘ des regierungseigenen Instituts für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW) über ‚revanchistische Aktivitäten und Forderungen aus der BRD gegenüber der Volksrepublik Polen‘.“ Gaus urteilte, die DDR folge einer von der UdSSR vorgezeichneten Linie: „Die Probleme sollen nicht als Folgen von Mißständen im System, sondern einer vorgeblichen Einmischung von außen erscheinen. Zugleich wird die polnische Führung indirekt gewarnt, sich nicht mit falschen Freunden einzulassen und die durch die sozialistische Gemeinschaft gezogenen Grenzen nicht zu überschreiten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 822; Referat 210, Bd. 132450.

⁸ Zur Verschiebung des Besuchs des Bundeskanzlers Schmidt in der DDR am 22. August 1980 vgl. Dok. 241.

ohnehin dem Nachbarland viel mehr Sympathie entgegenbringen und die Ereignisse mit großem solidarischen Interesse verfolgen: Mancher von ihnen mag die Ereignisse und die Entwicklung dort als beispielhaft empfinden.

Funktionäre im Apparat fanden kein Verständnis für die Kompromißbereitschaft der polnischen Führung. Man fragte sich, warum man, statt die (besorgniserregende) politische Entwicklung zuzulassen, nicht beim ersten Aufmucken „zugeschlagen“ hat.

3) Für die ambivalente Reaktion der meisten Menschen in der DDR gibt es sehr unterschiedliche Gründe: Dahinter steht zunächst einmal sehr häufig – vor allem bei den einfachen Leuten – ein antipolnischer Affekt.

Viele der DDR-Bürger neigen dazu, auf die Polen herabzusehen, keineswegs sich mit ihnen zu vergleichen. In der jetzigen Situation äußert sich diese Haltung nicht selten in Kritik an den Zuständen in Polen, den wirtschaftlichen Fehlern und Schwächen – zu denen besonders gern die angebliche Faulheit der Polen gezählt wird – und in dem überlegenen Gefühl, daß wirtschaftliche Schwierigkeiten wie in letzter Zeit in Polen in der DDR nicht auftreten könnten.

Insofern dürfte auch eine partielle Übereinstimmung zwischen der Bevölkerung und der politischen Führung in der DDR bestehen, die auch in normalen Zeiten, ungeachtet aller offiziellen Freundschaftsbekundungen, eine gewisse Arroganz gegenüber Polen und immer wieder Unzufriedenheit mit der Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen erkennen läßt (Klagen über quantitativ und qualitativ nicht ausreichende und nicht termingerechte Lieferungen, über angebliche Leerkäufe polnischer Touristen in der DDR etc.).

Man fürchtet nun, daß die DDR letztlich für die Folgen der „polnischen Wirtschaft“ aufkommen müsse, was naturgemäß wenig Sympathie bei der DDR-Bevölkerung für den Nachbarn auslöst.

Unterschwellig bestehen in der DDR – gepaart mit einem gewissen Stolz auf das in der DDR Erreichte – tradierte antipolnische Gefühle und Voreingenommenheiten fort, die durch Nähe und häufige Berührung (polnische Käufer in der DDR) Nahrung erhalten, allerdings wohl auch die Inferioritätskomplexe gegenüber Westdeutschland kompensieren helfen. Sie lassen jedenfalls bei der Bevölkerung das Gefühl, daß in Polen auch die eigene Sache behandelt werden könnte, kaum aufkommen.

Die Vorbehalte, die in der DDR gegenüber Polen bestehen, sind eine Art Filter für die Informationen über die politischen Ereignisse, erklären aber die Reaktionen darauf nicht allein. Es muß berücksichtigt werden, daß die Verhältnisse in der DDR – in bezug auf die Initialzündung, die Ausgangsforderungen der streikenden polnischen Arbeiter – nicht mit denen in Polen vergleichbar sind. Wenn auch die Grundstimmung in der DDR in den letzten Jahren – im Hinblick auf die fortbestehenden oder vergrößerten Versorgungsengpässe, die Entwicklung der Preise für höherwertige Konsumgüter, die begrenzten Reisemöglichkeiten, den Bürokratismus und die Starre der Strukturen – schlechter geworden ist, so sind doch die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in der DDR erheblich stabiler als in Polen. Der Lebensstandard des Arbeiters ist wesentlich höher. Die sozialpolitische Entwicklung hat den Arbeitern in der DDR in den vergangenen Jahren manche Verbesserung und Erleichterung gebracht,

obwohl die gesamtwirtschaftliche Entwicklung dies eigentlich nicht mehr zuließ. Davon profitieren auch die Gewerkschaften, die in diese Entscheidungen optisch eingebunden worden sind. Eine dramatische Verschlechterung der Lebensverhältnisse hat es jedenfalls nicht gegeben, und mit Lohnforderungen kann den Problemen, die den Arbeiter in der DDR drücken, kaum begegnet werden: Geld hat der DDR-Bürger im Grunde genommen genug, es nützt ihm nur wenig, wenn er auf Lebensverhältnisse fixiert ist, die dem Bild entsprechen, das er unter dem Eindruck der Informationen aus den westlichen Medien entwickelt hat.

Es geht in der DDR also nicht um Lohnfragen, die in Polen am Anfang eine besondere Rolle spielten, sondern um Dauerprobleme mit der Tendenz zur Verschlechterung und damit um Fragen der Strukturen, des Herrschaftssystems. Und gerade in diesem Zusammenhang treffen die polnischen Ereignisse und die Antworten auf die entsprechenden Forderungen der polnischen Arbeiter in der DDR auf eine resignative Grundhaltung. Schon in bezug auf das, was in Polen wirklich erreicht werden kann (freie Gewerkschaften, also ein Ansatz zu wirklicher Demokratie, Streikrecht), ist man überaus skeptisch: Man sieht (zunächst) keine Chance zu wirklichen Veränderungen, sondern eher die Gefahr negativer Rückwirkungen in der DDR selbst. In bezug auf den eigenen Staat – als Teil des gespaltenen Deutschlands an der „Nahtstelle“ der Systeme – sieht man sich unmittelbar mit den Konsequenzen der von der Führung (und der UdSSR) stets in den Vordergrund gestellten Machtfrage konfrontiert. Man sieht angesichts der allgegenwärtigen Staatsmacht und ihres breit gefächerten Repressionsinstrumentariums keine realen Möglichkeiten tiefgreifender „revolutionärer“ Veränderungen: Die Ereignisse von 1953 (17. Juni) und 1961 (Mauer) und auch die Folgen des Prager Frühlings⁹ sind tief im Bewußtsein verankert. Die alte Angst bricht immer wieder auf. Der vom Großteil der DDR-Bewohner vollzogene Rückzug in die Individualsphäre steht offenbar in einem krassen Gegensatz zu dem Verhalten der polnischen Arbeiter.

¹⁰ Gerade auch die Westfixierung des durchschnittlichen DDR-Bürgers trägt dazu bei, die Bedeutung der Ereignisse in Polen für die DDR zu relativieren – so paradox dies angesichts des Elements von relativer Instabilität, das diese Westfixierung für den Staat DDR mit sich bringt, erscheint.

4) Die Frage, ob Massenstreiks und ein Aufbegehren des Volks derzeit in der DDR – wenn auch unter anders gearteten Ausgangsbedingungen – überhaupt denkbar sind, wird im Grunde genommen schon durch die geschilderten Reaktionen der DDR-Bürger auf die polnischen Ereignisse und die dafür genannten Gründe beantwortet.

Alles Streben nach Verbesserungen und Veränderungen berührt in der DDR von Anfang an sehr grundsätzliche Fragen, also Fragen des Systems, des nationalen Zusammenhangs. Und damit im Bewußtsein fortwirkende bittere Erfahrungen, denen – anders als in Polen – nicht die historische Erfahrung der Kraft einer Nation und ihrer Möglichkeiten, Widerstand zu leisten, gegenübersteht.

⁹ Am 20./21. August 1968 kam es zu einer Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der CSSR. Vgl. dazu AAPD 1968, II, Dok. 261–263 und Dok. 273.

¹⁰ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 879 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

Hinzu kommt als ganz wesentlicher Faktor – resultierend aus eben den bitteren Erfahrungen der letzten 35 Jahre oder im Grunde genommen der letzten fünf Jahrzehnte, Enttäuschungen über die innere (auch die wirtschaftliche) Entwicklung in jüngster Zeit und aus klarer Einschätzung realer Machtverhältnisse – die generelle Tendenz zu Resignation. Die Menschen messen (noch) der verändernden¹¹ Kraft des Individuums kaum eine Chance zu. Das Fehlen konkreter alternativer Denkmodelle schafft auch bei den Intellektuellen Hoffnungslosigkeit. Der Rückzug in die allerdings auch immer wohnlicher ausgestattete Nische, in den frei gewählten, stark abgegrenzten Kreis verlässlicher, enger Bekannter bedeutet für die Gesellschaft in der DDR die Tendenz zur Vereinzelung, die im Grunde genommen von der Führung aus naheliegenden Gründen – trotz des Widerspruchs zu den Zielsetzungen einer kollektivistisch verfaßten Gesellschaft – gefördert, mindestens aber geduldet wird. Ein dichtes soziales Netz sichert den Rückzug. Die Zeit nach 1971, in der versucht wurde, sogar ermuntert von der Partei, mutig, offen und in breiter Front gegen Bürokratismus und Starrheit anzugehen, ist zunächst weitgehend vorbei. Man kann sagen: Die konkreten Bestrebungen in der DDR sind¹² nicht auf Veränderung von Staat und Gesellschaft ausgerichtet, sondern primär auf Verbesserung der individuellen Existenz.

In diesem Zusammenhang muß auf die Unterschiede zwischen Polen und der DDR in den gesellschaftlichen Grundstrukturen hingewiesen werden: In Polen kann sich auf der Grundlage nationaler Identität und eines stark ausgeprägten Nationalbewußtseins, das sich mit tiefer Verwurzelung des Volks im katholischen Glauben paart, aus der Addition von unzufriedenen Arbeitern, Kirche und Dissidenten bzw. kritischen Intellektuellen ein mächtiges, von der staatlichen Macht ernstzunehmendes oppositionelles Potential bilden. In der DDR ist dies derzeit nicht der Fall:

- Die unzufriedenen Arbeiter (und dies sind nicht *die*¹³ Arbeiter) haben resigniert.
- Die (evangelische) Kirche sieht sich zwar einem gewissen Erwartungsdruck ausgesetzt, die Rolle einer Alternative zum Staat dort zu übernehmen, wo der Staat zur Lösung existentieller Probleme nur Formeln anbietet, ist aber bei weitem nicht in dem Maße wie die katholische Kirche in Polen im gesamten Volk verwurzelt und stets der Gefahr ausgesetzt, das Arrangement mit dem Staat (Kirche im Sozialismus) und damit ihre Freiräume zu gefährden.¹⁴
- Die Bürgerrechtsbewegung à la DDR war die Ausreisewelle, da stets die Alternative Bundesrepublik Deutschland vor Augen stand. Die Wałęsas sind wohl längst übergesiedelt. Oppositionelle Zirkel wurden im Keim erstickt.
- Koalitionen sind angesichts der Machtverhältnisse kaum denkbar.

5) Die Führung der DDR sieht – im Vergleich zu Polen – offenbar eine unterschiedliche Situation der Gewerkschaften.

Daran ist richtig, daß unter Honecker der Einfluß der Gewerkschaften zumindest in der Optik im gesamtstaatlichen Bereich und auch „vor Ort“ erhöht wur-

¹¹ Korrigiert aus: „veränderten“.

¹² Korrigiert aus: „ist“.

¹³ Hervorhebung in der Vorlage.

¹⁴ Zur Lage der evangelischen Kirchen in der DDR vgl. Dok. 307.

de. So haben die Gewerkschaften im Rahmen ihrer Möglichkeiten auch für die unmittelbare Verbesserung des Lebensstandards der werktätigen Bevölkerung zu sorgen. „Vor Ort“ haben sie arbeitsrechtliche und soziale Aufgaben. Es besteht hier der Eindruck, daß im sozialen Bereich (Vergabe von Ferienplätzen, Schaffung sozialer Einrichtungen im Betrieb usw.) ihre Tätigkeit nicht ohne Spuren bleibt. Die Gewerkschaften in der DDR sind mehr oder weniger zu einer Art von „Sozialämtern“ geworden. Dagegen nehmen sie arbeitsrechtliche Funktionen – trotz der durch das neue Arbeitsgesetz¹⁵ erweiterten Rechte – nur mit sehr geringer Wirkung war. Arbeiter, die von der Betriebsleitung ungleich behandelt wurden, werden durch ihre Gewerkschaften nicht wirklich vertreten.

Vor allem aber sind die Gewerkschaften – in der DDR wie bisher in Polen – entsprechend dem Prinzip des demokratischen Zentralismus Mittler für Entscheidungen von oben nach unten. Trotz aller „Diskussionen“ an der Basis gibt es keinen demokratischen Einfluß von der Basis aus.

Insofern sind diese Gewerkschaften praktisch Erfüllungsgehilfen der Partei. Die Entfremdung zwischen Arbeiter und Partei trifft auch die Gewerkschaften. Trotzdem sollte man die Rolle und (insoweit positive) Wirkung des FDGB bei der Daseinsvorsorge nicht unterschätzen. Dies reicht allerdings kaum, um die DDR-Gewerkschaften für den Arbeiter als wirklichen Interessensvertreter glaubhaft zu machen.

6) Nicht auszuschließen ist aber, daß die Ereignisse in Polen, wenn die getroffenen Vereinbarungen realisiert werden, auch in der DDR eine Langzeitwirkung entfalten.

Einige der konkreten Verbesserungen (z. B. wäre die DDR nicht mehr Vorreiter bei der sozialen Sicherung der Mutter) könnten in der Diskussion in der DDR an der Basis – in den Arbeitskollektiven, bei den Gewerkschaftsversammlungen – schon bald eine Rolle spielen. Im Konfliktfall könnten sich neue Argumentationsmöglichkeiten eröffnen, die gegenüber den Funktionären genutzt werden. Mehr als partielle Auswirkungen sind allerdings zunächst kaum vorstellbar.

Ob das magische Wort „Streik“ – mit all seinen ideologischen Implikationen im „real existierenden Sozialismus“ – mit der Zeit eine Wirkung entfalten kann, ob die jüngeren Menschen, die nicht unmittelbar mit den Erfahrungen von 1953 konfrontiert sind, zu einer veränderten Grundhaltung finden, ist schwer vorhersehbar. Kaum vorstellbar ist allerdings, daß Ereignisse wie in Polen in der DDR zu Kompromissen, zu positiven Ergebnissen führen könnten. Eine tiefergehende Langzeitwirkung wird es nicht isoliert in der DDR, sondern nur im Gesamtbereich der Bündnispartner geben können.

7) Die Führung der DDR wird sich durch die polnischen Ereignisse in ihrem Bestreben bestätigt finden, die Innen- und Wirtschaftspolitik vorrangig unter dem Gesichtspunkt der inneren Stabilität zu führen. Das präventive Instrumentarium wird vervollkommen werden:

¹⁵ Am 16. Juni 1977 verabschiedete die Volkskammer der DDR das Arbeitsgesetzbuch der DDR, das am 1. Januar 1978 in Kraft trat. Vgl. dazu ARBEITSGESETZBUCH DER DDR mit Einführungsgesetz, Textausgabe mit Sachregister, 8. Auflage, Berlin (Ost) 1983.

- Man wird weiterhin versuchen, einschneidende Abstriche im Lebensstandard zu vermeiden und die notwendige Sanierung der Wirtschaft auf dem Wege der Erhöhung der Arbeitsproduktivität zu erreichen. Das heißt, im Rahmen des überhaupt Möglichen dürfte es bei einer konsumorientierten Wirtschaftspolitik bleiben. An dem großen Interesse, mit der Bundesrepublik wirtschaftlich zu kooperieren, wird sich sicher nichts ändern – im Gegenteil.
- Zu Gewerkschaftsreformen wird es kaum kommen, aber die Funktionen der Gewerkschaften bei der Daseinsvorsorge wird man weiter zu stärken suchen.
- Der Sicherheitsapparat wird weiter ausgebaut und die Militarisierung des Alltags (Kampfgruppen, Zivilverteidigung, Reservistenkollektive etc.) als Instrument genutzt werden, um große Teile der Bevölkerung präventiv in strengen Systemen, die militärischer Disziplin unterliegen, zu formieren.
- In der Agitation wird man der Bevölkerung die Macht des Militär- und Sicherheitsapparates verstärkt vor Augen führen (ganz aktuell: Manöver „Waffenbrüderschaft 80“¹⁶) und insgesamt die Machtfrage in den Vordergrund stellen (bzgl. Polen: Einwirkungen von außen).

[gez.] Gaus

B 2 (Referat 014), Bd. 247

260

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Gorenflos

220-370.70 SOW-1534/80 geheim

5. September 1980¹

Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister

Zweck der Vorlage: Bitte um Billigung und Weiterleitung des Entwurfs an das Bundeskanzleramt

Betr.: Breschnew-Brief an Bundeskanzler³;
hier: Antwort des Bundeskanzlers

¹⁶ Das Manöver „Waffenbrüderschaft 80“ der Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts fand vom 20. August bis 12. September 1980 in der DDR statt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Arnot vermerkte am 1. September 1980, die Schwerpunkte des Manövers, an dem rund 40 000 Mann teilnahmen, lägen im Süden und Osten der DDR: „Seelandeübungen finden südöstlich von Rügen statt. Praktisch spielen sich Manöver aber mehr oder weniger auf gesamtem Territorium der DDR ab, zum Teil auf Truppenübungsplätzen.“ Vgl. Referat 213, Bd. 133234.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Ritter von Wagner konzipiert. Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 8. September 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 220 verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wie telefonisch am 6.9. bespr[ochen].“

² Hat Staatssekretär van Well am 5. September 1980 vorgelegen.

³ Zum Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 21. August 1980 an Bundeskanzler Schmidt vgl. Dok. 243.

Bezug: Weisung des Staatssekretärs auf DB 3376 vom 4.9.1980 aus Washington (liegt bei)⁴

Anlg.: Briefentwurf (220-370.70 SOW-1535/80 geheim)⁵

1) Der Inhalt des an den Bundeskanzler gerichteten Schreibens von Breschnew wurde hier und im Bündnis analysiert und mit den an die anderen Bündnispartner gerichteten Briefen verglichen.⁶

2) Der amerikanische Geschäftsträger in Moskau⁷ hat den Antwortbrief Präsident Carters am 3.9. in Moskau übergeben. Text dieses Briefes liegt uns nicht vor. Die Amerikaner haben folgende Elemente ihrer Antwort vom 2.9. in der NATO konsultiert:

- SU habe mit Dislozierung von Mittelstreckensystemen, insbesondere der SS-20, Entwicklung ausgelöst, die zur Dezemberentscheidung⁸ geführt habe.
- Amerikaner strebten keine Überlegenheit bei LRTNF an, sondern wollten lediglich bestehendes Ungleichgewicht ausgleichen.
- Sie hätten im Dezember Sowjetunion aufgefordert, ohne Vorbedingungen und Verzögerungen auf Verhandlungen einzugehen.⁹ Die SU habe – mit Hinweis auf die NATO-Entscheidung – die Aufnahme der Gespräche zunächst um ein halbes Jahr verzögert.

⁴ Dem Vorgang beigelegt. Botschafter Ruth, z. Z. Washington, berichtete, der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Bartholomew, habe ihn unterrichtet, daß der amerikanische Geschäftsträger in Moskau, Garrison, am 3. September 1980 in Moskau „den im Bündnis konsultierten Antwortbrief Präsident Carters übergeben“ habe. Dabei habe dieser erklärt, „daß bei der von Präsident Carter angeregten Begegnung von AM Muskie und Gromyko vereinbart werden soll, die vorbereitenden Gespräche über nukleare Mittelstreckensysteme auf Beamtenebene schon Anfang Oktober zu beginnen“. Ruth übermittelte den Entwurf eines Antwortschreibens des Bundeskanzlers Schmidt an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, in dem bewußt vermieden werde, „auf Substanzfragen (z. B. Verhandlungsgegenstand) einzugehen, weil wir der Meinung sind, daß diese Problematik eindeutig in die bilateralen Gespräche zwischen den US und der SU hineingehört“. Vortragender Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg notierte dazu handschriftlich für Referat 220: „StS erbittet Min[ister]vorlage auf Grundlage dieses Textes.“ Vgl. VS-Bd. 11308 (220); B 150, Aktenkopien 1980.

⁵ Dem Vorgang beigelegt. Für den Entwurf des Schreibens des Bundeskanzlers Schmidt vom 5. September 1980 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, vgl. VS-Bd. 11308 (220); B 150, Aktenkopien 1980.

Für das Schreiben Schmidts vom 7. September 1980 an Breschnew vgl. Dok. 263.

⁶ Zur Erörterung des Schreibens des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 21. August 1980 an Präsident Carter und andere Staats- und Regierungschefs der NATO-Mitgliedstaaten im Politischen Ausschuß auf Gesandtenebene am 28. August 1980 vgl. Dok. 243, Anm. 15. Gesandter Pfeffer, Brüssel (NATO), teilte am 2. September 1980 mit, der amerikanische Geschäftsträger habe den Ständigen NATO-Rat im kleinen Kreis über die Elemente des am folgenden Tag übergebenen Antwortschreibens des Präsidenten Carter an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, unterrichtet. Er, Pfeffer, habe sich erkundigt, „welche Verbündeten bereit seien, die an ihre Regierungschefs gerichteten Briefe Breschnews in vollem Wortlaut zu zirkulieren. Es stellte sich heraus, daß, mit Ausnahme der USA und Frankreichs, alle Delegationen bereit sind, dies zu tun. Der türkische Botschafter erklärte allerdings, er wisse noch nicht, ob überhaupt ein Brief inzwischen eingegangen sei.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1164; VS-Bd. 10330 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

⁷ Mark Garrison.

⁸ Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 10.

⁹ Zur ersten Erläuterung des im NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 enthaltenen Rüstungskontrollangebots durch den amerikanischen Außenminister Vance gegenüber dem sowjetischen Gesandten in Washington, Wassew, am 18. Dezember 1979 vgl. Dok. 3, Anm. 3.

- Nunmehr, nachdem die SU ihre Haltung geändert und ihre Vorbedingungen fallengelassen habe, werde in der Allianz konsultiert.
- Die USA hätten bereits in früheren Verhandlungen ihren Standpunkt zu FBS klargemacht. Im „rational“ zur LRTNF-Modernisierung sei Notwendigkeit aufgeführt, bei Verhandlungen Hauptaugenmerk auf die landgestützten Raketen zu richten, wegen deren Dynamik und Bedrohlichkeit.
- Hinweis auf Bereitschaft von Außenminister Muskie, mit Gromyko im September am Rande der VN-GV¹⁰ über genauen Zeitpunkt und Tagungsort für vorbereitende Gespräche (preliminary exchanges) zu sprechen.¹¹

3) Wir haben unsere Vorstellungen über die Beantwortung des an den Bundeskanzler gerichteten Briefes am 4.9. im SPC¹² und in Washington erläutert. Auf der Grundlage der in Washington geführten Gespräche hat Dg22¹³ den in der Anlage beigefügten Entwurf eines Antwortschreibens aus Washington übermittelt.¹⁴ Das BMVg hat auf Ebene Stabsabteilungsleiter mitgezeichnet. Die einleitenden Sätze sind hier entworfen worden.

4) Zum weiteren Procedere hat der amerikanische Geschäftsträger weisungsgemäß der sowjetischen Regierung vorgeschlagen, daß bei der von Präsident Carter angeregten Begegnung der Außenminister Muskie und Gromyko vereinbart werden soll, die vorbereitenden Gespräche über nukleare Mittelstreckenraketen auf Beamtenebene Anfang Oktober in Genf zu beginnen. Die anderen Bündnispartner sind über diesen Vorschlag noch nicht unterrichtet.

i.V. Gorenflos

VS-Bd. 11308 (220)

¹⁰ Die VN-Generalversammlung fand vom 16. September bis 17. Dezember 1980 sowie am 15./16. Januar 1981 in New York statt.

¹¹ Zum Gespräch des amerikanischen Außenministers Muskie mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 25. September 1980 in New York vgl. Dok. 290, Anm. 5.

¹² Dazu vermerkte Vortragender Legationsrat Edler von Braunmühl handschriftlich: „Polit[ischer] Ausschuß auf Gesandtenebene NATO.“

¹³ Friedrich Ruth.

¹⁴ Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 4 und 5.

261

Gesandter Pfeffer, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt**114-4926/80 geheim****Fernschreiben Nr. 1174****Citissime****Aufgabe: 5. September 1980, 11.00 Uhr¹****Ankunft: 5. September 1980, 11.44 Uhr**

Betr.: Breschnew-Brief zu LRTNF²;
 hier: Textvergleich

Bezug: DE 4442 Plurex vom 3.9.1980³

Zur Unterrichtung

Erster Vergleich der hier zirkulierten Briefftexte des Breschnew-Briefes durch die Vertretung ergibt folgendes Bild:

- 1) Alle Briefe enthalten in der Substanz die gleichen Elemente.
- 2) Es gibt einen Standardbrief, den folgende Nationen erhalten haben: CA, DK, GR, IS, LUX, NO, PORT. Diese Briefe haben fast identischen Tenor. Unterschiede ergeben sich wahrscheinlich nur durch die Übersetzungen.
- 3) Die Amerikaner und wir haben vom Standardbrief deutlich abweichende Fassungen erhalten. Folgende Elemente im Brief an Carter⁴ sind erwähnenswert:
 - Unterstreichen der Bedeutung der Verhandlungen für Beziehungen USA–SU.
 - Herausstellen der „korrektesten und radikalsten Lösung“ (Breschnew-Vorschlag vom Herbst letzten Jahres⁵).

¹ Hat Legationsrat I. Klasse Kölsch am 9. September 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Schraepler „n[ach] R[ückkehr] z[ur] K[enntnisnahme]“ verfügte.

Hat Schraepler am 12. September 1980 vorgelegen, der handschriftlich notierte: „1) Hiermit Herrn Dg 20 vorgelegt. 2) Uml[auß] 202 (H[errn] Feit n. R.)“

Hat Ministerialdirigent Dröge am 12. September 1980 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Feit am 15. September 1980 vorgelegen.

² Zum Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, an Bundeskanzler Schmidt vom 21. August 1980 vgl. Dok. 243.

³ Vortragender Legationsrat I. Klasse Arz von Straussenburg unterrichtete die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel und die Botschaft in Washington, die amerikanische Regierung werde demnächst das Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 21. August 1980 an Präsident Carter beantworten. Um eine rasche Antwort des Bundeskanzlers Schmidt an Breschnew gewährleisten zu können, wurde die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel gebeten, folgende Elemente „am 4.9. im SPC zur Diskussion zu stellen: Bereitschaft, den bisherigen Dialog auch in Briefform fortzusetzen; Hinweis auf Bedeutung, die wir der Herstellung eines militärischen Gleichgewichts beimessen; Bekräftigung des Verhandlungsangebots vom 12.12.1979, wie es der SU von der amerikanischen Regierung am 18. Dezember 1979 übermittelt wurde; Hinweis auf Verzögerung des Gesprächsbeginns durch SU; Genugtuung darüber, daß nunmehr, nachdem SU auf westliches Angebot eingegangen ist, Weg für Gespräche frei zu sein scheint. Konstruktive Prüfung der sowjetischen Verhandlungsbereitschaft im Rahmen der Allianz; Hoffnung auf baldigen Verhandlungsbeginn; Erwartung, daß auch SU bereit ist, Verhandlungen unter Beachtung der Grundsätze der Gegenseitigkeit, der Parität und der unverminderten Sicherheit zu führen.“ Vgl. VS-Bd. 11308 (220); B 150, Aktenkopien 1980.

⁴ Zum Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 21. August 1980 an Präsident Carter vgl. Dok. 243, Anm. 5.

⁵ Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin vgl. Dok. 29, Anm. 5.

- Es fehlt Ausdruck des Bedauerns, daß NATO-Nationen sowjetische Vorschläge zur Herstellung des Status quo ante vor dem Dezember 1979 nicht annehmen wollen.
- Zusatz zum SALT-III-Absatz: LRTNF in SALT III (nach II) auf der Basis der Prinzipien, die zwischen USA und SU für SALT III vereinbart wurden.
- Zum Stand der Ratifizierung⁶ heißt es im Standardbrief, die USA hätten die Ratifizierung ad infinitum verschoben. Im Brief an Carter stellt Breschnew lediglich fest, daß die USA SALT II nicht ratifizieren.
- Stärkerer, ultimativerer Hinweis auf Zeitdruck für Verhandlungen.
- Bezug auf die Gespräche des Bundeskanzlers in Moskau⁷.
- Zu FBS vage Definition durch Erwähnung der US-Basen und der „Hunderte von Trägermitteln“. Hinweis, daß dieses Problem nicht neu ist, sondern bereits in SALT besprochen wurde.
- Hinweis, daß SU jede Herausforderung annehmen werde.
- Kein Hinweis, daß Breschnew auch an andere NATO-Nationen geschrieben habe.

4) Brief an Bundeskanzler weicht am weitesten von Standardbrief ab und ist im Ton besonders konziliant. Breschnew geht auf unsere Gespräche in Moskau ein und knüpft gezielt an deren Ergebnisse an. Der Bundeskanzler wird mehrfach sehr persönlich angesprochen und das gemeinsame Interesse an den Verhandlungen hervorgehoben (häufige Verwendung der Anrede „wir“). Es fehlt der übliche Hinweis auf die Sonderrolle der Bundesrepublik bei dem Zustandekommen der LRTNF-Entscheidung.

Wichtigste Unterscheidungen zu den anderen Briefen:

- Bitte an den Bundeskanzler, falls erforderlich, weitere zusätzliche Schritte zu unternehmen (Standard-Brief: Hoffnung auf praktische Beiträge der Länder).
- Hinweis auf großes Interesse des Bundeskanzlers an dem neuen Vorschlag der Sowjetunion und die organische Verbindung von LRTNF und FBS in den Gesprächen.
- USA spielten offenbar auf Zeitgewinn und forcierten ihre Produktionspläne. Sowjetunion – und nicht nur die Sowjetunion allein – habe nunmehr ernsthafte Zweifel an der Aufrichtigkeit des Rüstungskontrollangebots vom Dezember.⁸
- Hinweis auf Interesse der Europäer an Implementierung des sowjetischen Vorschlags, der auch im Interesse der USA liege, die sich für strategisches Gleichgewicht und für militärische Überlegenheit aussprechen.
- Standardbrief: „Zeitpunkt für Verhandlungen darf nicht verpaßt werden.“ Brief an Bundeskanzler: „Wir dürfen nicht zulassen, daß diese Gelegenheit verpaßt wird.“

⁶ Zum Stand des Ratifizierungsverfahrens des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 im amerikanischen Senat vgl. Dok. 59.

⁷ Zum Besuch des Bundeskanzlers Schmidt und des Bundesministers Genscher am 30. Juni und 1. Juli 1980 in der UdSSR vgl. Dok. 192–195.

⁸ Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 10.

5) Belgien und Niederlande haben eine vom Standardbrief in zwei Punkten abweichende Fassung erhalten:

a) Hinzugefügt wurde eine Passage, die auf die besondere Haltung Belgiens⁹ und der Niederlande¹⁰ in der LRTNF-Frage eingeht (Anlage).

b) Weggelassen wurde der Satz, in dem Breschnew auf die zukünftigen Verhandlungen eingeht und die Hoffnung ausdrückt, daß eine rasche Entscheidung über den Beginn dieser Verhandlungen und ihre konstruktive Führung im Interesse aller Europäer liege.

6) Großbritannien und Italien haben den Standardbrief mit einer Abweichung erhalten. Am Ende spricht Breschnew von der britischen/italienischen Zustimmung, amerikanische „Mittelstreckenraketen“ auf dortigem Boden zu stationieren. Er hoffe, daß die Dislozierung dieser Systeme die Handlungsfreiheit dieser Regierungen nicht soweit beschränke, daß sie keine Möglichkeiten sähen, den Vorschlag für die Beendigung des Wettrüstens in Europa und die Schaffung einer vertieften militärischen Entspannung zu unterstützen.

7) Es fehlt noch der türkische Brief. Frankreich will nicht zirkulieren.

8) Briefftexte folgen mit Schriftkurier.¹¹

[gez.] Pfeffer

Folgt Anlage

„Nous voyons le problème de telle manière que les réserves exprimées par votre pays au sujet de l'installation des moyens nucléaires américains de portée moyenne sur son territoire sont notamment liées avant tout au désir d'éclaircir les possibilités de résoudre l'ensemble de ce problème par la voie de négociations qui auraient pour but de mettre fin à la course aux armements nucléaires en Europe, de créer les possibilités pour la détente militaire profonde. Notre proposition ouvre la possibilité de telles négociations.“

Ende der Anlage

VS-Bd. 11093 (202)

⁹ Zur Haltung Belgiens zur Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 212, Anm. 4, und Dok. 278.

¹⁰ Zur Diskussion über die Dislozierung von Mittelstreckensystemen in den Niederlanden vgl. Dok. 243, Anm. 11.

¹¹ Botschaftsrat I. Klasse Roßbach, Brüssel (NATO), übermittelte am 4. September 1980 in Anlage „11 Kopien der bisher im Bündnis zirkulierten Breschnew-Briefe“ vom 21. August 1980 an Ministerpräsident van Agt (Niederlande), Ministerpräsident Cossiga (Italien), Präsident Eanes (Portugal), Ministerpräsident Jørgensen (Dänemark), Ministerpräsident Martens (Belgien), Ministerpräsident Nordli (Norwegen), Ministerpräsident Rallis (Griechenland), Premierministerin Thatcher (Großbritannien), Ministerpräsident Thoroddsen (Island), Ministerpräsident Trudeau (Kanada) und Ministerpräsident Werner (Luxemburg). Vgl. den nicht nummerierten Schriftbericht; VS-Bd. 11308 (220); B 150, Aktenkopien 1980.

262

Botschafter Ruth, z.Z. Washington, an das Auswärtige Amt

114-4948/80 geheim
Fernschreiben Nr. 3413

Aufgabe: 5. September 1980, 19.10 Uhr¹
Ankunft: 6. September 1980, 01.24 Uhr

Betr.: Rüstungskontrolle im LRTNF-Bereich;
hier: bilaterale deutsch-amerikanische Konsultationen²

Bezug: DB 3396 vom 4.9.1980³

I. Am zweiten Tag der Konsultationen wurden, wie vorgesehen, folgende Themen erörtert:

- 1) Geographischer Anwendungsbereich,
- 2) FBS-Problematik,
- 3) Öffentliche Präsentation.

Darüber hinaus haben wir über die Themen

- Reziprozität,
- Datenbasis,
- Verifikation
- und den Stand der SALT-Debatte in den Vereinigten Staaten⁴ gesprochen.

Über diese Themen wird nach Rückkehr eine Aufzeichnung vorgelegt.

II. Bartholomew faßte am Schluß der Konsultationen die amerikanische Position zu der Aufnahme der vorbereitenden Gespräche und die Erwartungen für die Sitzung der Special Consultative Group am 15. und 16. September⁵ zusammen. Dabei lag ihm besonders daran, deutlich zu machen, daß sich die Amerikaner bemüht haben, unsere gestern vorgetragenen Überlegungen in ihrer eigenen Position zu berücksichtigen und, wo es sich um die Neufassung von Papieren handelt, sie in diese Papiere aufzunehmen. Die Weiterentwicklung der amerikanischen Position zeigt, daß sich unser Besuch in Washington zum gegenwärtigen Zeitpunkt besonders gelohnt hat.

Im einzelnen ist folgendes festzuhalten:

- 1) Zur Aufnahme der vorbereitenden Gespräche mit der SU:

a) Der SU wurde vorgeschlagen, beim Treffen Muskie–Gromyko um den 20. September Einigung über Zeit und Ort der Aufnahme der vorbereitenden Gesprä-

¹ Hat Legationsrat I. Klasse Bolewski am 9. September 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Dröge, Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofmann „n[ach] R[ückkehr]“ und an Vortragenden Legationsrat Seibert verfügte.

Hat Dröge am 11. September 1980 vorgelegen.

Hat Hofmann am 15. September 1980 vorgelegen.

Hat Seibert vorgelegen.

² Am 4./5. September 1980 fanden in Washington deutsch-amerikanische Gespräche über Rüstungskontrolle statt.

³ Vgl. Dok. 266.

⁴ Zum Stand des Ratifizierungsverfahrens des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 im amerikanischen Senat vgl. Dok. 59.

⁵ Zur Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO in Brüssel vgl. Dok. 271 und Dok. 272.

che zu erzielen.⁶ Wie bereits berichtet, ist auf amerikanischer Seite dafür Anfang Oktober und Genf vorgesehen.⁷

b) Die Amerikaner gehen davon aus, daß im Mittelpunkt der Gespräche zunächst die Frage des Verhandlungsgegenstandes stehen wird. Auf amerikanischer Seite werde dabei klargestellt werden, daß die Vereinigten Staaten nicht beabsichtigen, eine Vorbedingung für die Aufnahme der Gespräche zu stellen und daß deshalb nicht verlangt werde, daß die SU vorweg dem amerikanischen Ansatz

- Begrenzung auf Mittelstreckenraketen,
- Verhandlungen über LRTNF im SALT-III-Zusammenhang

zustimme. Worauf es jetzt ankomme, sei, die SU an den Verhandlungstisch zu bekommen. Es sei dann ihre Sache, an diesem Tisch ihre eigene Position darzustellen.

2) Im Blick auf die nächste Sitzung der SCG führte Bartholomew aus:

a) Die Vereinigten Staaten werden ihre Marschroute, wie oben dargestellt, präsentieren und die damit verbundenen Fragen zur Diskussion stellen.

b) Die Diskussion der Gesprächsstrategie werde dabei das Hauptthema sein. Für diesen Zweck wird in der nächsten Woche ein Strategie-Papier⁸ zirkuliert werden, in dem von uns vorgebrachte Anregungen berücksichtigt werden sollen.

c) Bei der öffentlichen Präsentation des Inhalts der Sitzung der SCG am 15. und 16.9. soll wie folgt verfahren werden:

- Zusammenfassung durch den amerikanischen Vorsitzenden: Darin soll u. a. die Feststellung enthalten sein, daß die Bündnispartner die Vereinigten Staaten hinsichtlich der Gesprächsaufnahme voll unterstützen und daß der Vorschlag des amerikanischen Präsidenten⁹ im Einklang mit der Dezember-Entscheidung¹⁰ steht.
- Die Zusammenfassung soll so formuliert werden, daß sie anschließend als Grundlage für eine Unterrichtung der Presse verwandt werden kann.¹¹ Die Mitglieder der SCG würden die abgestimmte Zusammenfassung ihren eigenen Presseunterrichtungen zugrunde legen.

d) Zur Rolle der SCG im Blick auf die vorgesehenen sowjetisch-amerikanischen Gespräche ist entsprechend unserer gestrigen Diskussion vorgesehen, die Mitglieder der SCG laufend über den Fortschritt der Gespräche unterrichtet zu hal-

⁶ Vgl. dazu das am 3. September 1980 in Moskau übergebene Schreiben des Präsidenten Carter an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew; Dok. 260.

⁷ Zum Gespräch des amerikanischen Außenministers Muskie mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 25. September 1980 in New York vgl. Dok. 290, Anm. 5.

⁸ Hierzu vermerkte Legationsrat I. Klasse Bolewski handschriftlich: „Liegt bei.“
Dem Vorgang nicht beigelegt.

Für das undatierte amerikanische „strategy paper“ vgl. VS-Bd. 10330 (201).

⁹ James E. Carter.

¹⁰ Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 10.

¹¹ Botschaftsrat I. Klasse Roßbach, Brüssel (NATO), übermittelte am 16. September 1980 die Presseerklärung des Abteilungsleiters im amerikanischen Außenministerium, Bartholomew, die dieser am selben Tag in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Special Consultative Group (SCG) der NATO abgegeben hatte. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1244; Referat 220, Bd. 116910.

ten und alles zu tun, um das Entstehen einer Informationslücke zu vermeiden. Die Amerikaner haben zugesagt, für adäquate Unterrichtung der Bündnispartner und für angemessene Konsultation zu sorgen.

3) Im Anschluß an unsere gestrigen Gespräche führte Bartholomew zur Charakterisierung der „preliminary talks“ folgendes aus:

a) Die Vereinigten Staaten wollen nicht den Eindruck erwecken, als bewegten sie sich vom Konzept der Verhandlungen im SALT-III-Zusammenhang weg. Sie seien aber bereit, in der Öffentlichkeit klarzumachen, daß der Hinweis auf den SALT-III-Zusammenhang nicht bedeutet, daß vor dem förmlichen Beginn von SALT-III-Verhandlungen ein sinnvoller Gedankenaustausch blockiert werde.

b) Es sei beabsichtigt, den substantiellen Charakter der bevorstehenden „preliminary exchanges“ deutlich zu machen und zu unterstreichen, daß mit dem Beginn dieser Gespräche die Behandlung der LRTNF-Problematik in Bewegung geraten sei.

c) Es sei klar, daß vorbereitende Gespräche in jedem Fall erforderlich seien. Aus amerikanischer Sicht würden die „preliminary exchanges“ sich inhaltlich nicht von Gesprächen unterscheiden, wie sie auch geführt werden müßten, wenn SALT III heute beginnen könnte.

III. Ich habe es in meiner Zusammenfassung begrüßt, daß wir in diesem Stadium der Entwicklung der amerikanischen Position Gelegenheit zu einem ausführlichen und offenen Gespräch hatten, und habe die amerikanische Bereitschaft gewürdigt, unsere Überlegungen in die Formulierung der amerikanischen Position einzubeziehen.¹²

[gez.] Ruth

VS-Bd. 10370 (201)

¹² Referat 220 notierte am 16. September 1980, die Bundesregierung unterstütze die bei den deutsch-amerikanischen Gesprächen über Rüstungskontrolle am 4./5. September 1980 in Washington und bei der Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO in Brüssel am 15./16. September 1980 vorgetragene amerikanische Konzeption für Gespräche mit der UdSSR über Mittelstreckensysteme. Es sei wichtig, in der Öffentlichkeit herauszustellen, „daß US weiterhin an positiven Verhandlungsergebnissen interessiert sind, US in den Verhandlungen die in einem wirksamen Konsultationsgremium, der SCG, erarbeitete Allianzposition vertreten, Verhandlungen über Mittelstreckensysteme in größerem Zusammenhang mit allen strategischen System zu sehen sind und jeder sowjetische Versuch einer Regionalisierung zurückgewiesen werden muß“. Vgl. Referat 220, Bd. 116885.

263

Staatssekretär van Well an die Botschaft in Moskau

220-370.70 SOW-1563/80 geheim
Fernschreiben Nr. 4543 Plurez
Citissime

Aufgabe: 8. September 1980, 11.52 Uhr¹

Betr.: Antwort des Bundeskanzlers auf das Schreiben Generalsekretärs Breschnew vom 21.8.1980²

In der Anlage wird der Antwortbrief des Bundeskanzlers an GS Breschnew³ übermittelt. Es wird gebeten, den Brief zu übersetzen und ihn so bald wie möglich im sowjetischen Außenministerium zu übergeben. Um der Form zu entsprechen, die die Sowjets bei der Übergabe des Breschnew-Briefs wählten, wird gebeten, das Bundeskanzler-Schreiben ohne Briefkopf und ohne VS-Einstufung zu übergeben.

Für Brüssel NATO, Washington und London⁴: Die Frage der Unterrichtung der Bündnispartner über den vollen Wortlaut der Antwort wird noch geprüft. Es bestehen keine Bedenken mitzuteilen, daß wir unsere Antwort übergeben werden. Zur sonstigen Behandlung des Antwortbriefes ergeht besondere Weisung.⁵

van Well

Folgt Anlage

Sehr geehrter Herr Generalsekretär,

Ihr Schreiben vom 21. August 1980, für das ich Ihnen danke, habe ich mit großer Aufmerksamkeit gelesen. Ich nehme gerne die Gelegenheit wahr, den Dialog, den wir seit einigen Jahren führen, zuletzt bei meinem Besuch in Moskau⁶, in dieser Form fortzusetzen.

Sie kennen mein Bemühen um ein baldiges Zustandekommen von Verhandlungen über das nukleare Mittelstreckenproblem. Ich habe deshalb Ihre Überlegun-

¹ Durchdruck.

Der Drahterlaß wurde von Vortragendem Legationsrat Ritter von Wagner konzipiert. Hat Vortragendem Legationsrat von Butler vorgelegen, der handschriftlich notierte: „Dg 22 ist einverstanden.“

² Zum Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 21. August 1980 an Bundeskanzler Schmidt vgl. Dok. 243.

³ Für das Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt vom 7. September an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, vgl. VS-Bd. 11308 (220); B 150, Aktenkopien 1980.

⁴ Der Drahterlaß ging der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel, den Botschaften in London und Washington sowie dem Bundeskanzleramt zur Information zu.

⁵ Vortragender Legationsrat I. Klasse Citron unterrichtete die Botschaft in Moskau und die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel am 10. September 1980: „Im Vierer- und im Neunerkreis, aber auch im Rahmen des NATO-Bündnisses kann die Übergabe des Antwortschreibens des Bundeskanzlers bestätigt werden“. Citron legte dar, welche Elemente der Antwort mündlich mitgeteilt werden könnten. Vgl. den Drahterlaß Nr. 4586; VS-Bd. 11308 (220); B 150, Aktenkopien 1980.

⁶ Zum Besuch des Bundeskanzlers Schmidt und des Bundesministers Genscher am 30. Juni und 1. Juli 1980 in der UdSSR vgl. Dok. 192–195.

gen zum Beginn sowjetisch-amerikanischer Gespräche über dieses Problem mit Interesse zur Kenntnis genommen.

Wie Sie wissen, messe ich diesem Problem und der Aufnahme von Gesprächen größte Bedeutung für die Herstellung eines stabilen nuklearen Gleichgewichts zwischen Ost und West bei. Deshalb halte ich es für sehr wichtig, daß es jetzt zu dem von Präsident Carter vorgeschlagenen⁷ Treffen zwischen Außenminister Gromyko und Außenminister Muskie am Rande der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York⁸ kommt, um die Modalitäten der baldigen Aufnahme amerikanisch-sowjetischer Gespräche über das nukleare Mittelstreckenproblem zu erörtern.⁹ Auch Außenminister Genscher wird bei seinem bevorstehenden Treffen in New York mit Außenminister Gromyko diese und andere Fragen der Rüstungskontrolle besprechen.¹⁰

Ich halte den von Präsident Carter gemachten Vorschlag für sehr bedeutsam und hoffe, daß mit dem Beginn sowjetisch-amerikanischer Gespräche ein wichtiger Schritt getan werden kann, der im Interesse beider Seiten liegt und zur Aufnahme der für die Stabilisierung der Ost-West-Beziehungen so wichtigen Gespräche führen wird.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung

Ihr ergebener

H. Schmidt

Ende der Anlage

VS-Bd. 11308 (220)

⁷ Vgl. dazu das am 3. September 1980 in Moskau übergebene Schreiben des Präsidenten Carter an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew; Dok. 260.

⁸ Die VN-Generalversammlung fand vom 16. September bis 17. Dezember 1980 sowie am 15./16. Januar 1981 in New York statt.

⁹ Zum Gespräch des amerikanischen Außenministers Muskie mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 25. September 1980 in New York vgl. Dok. 290, Anm. 5.

¹⁰ Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 24. September 1980 in New York vgl. Dok. 281.

264

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech**221-372.20/4-1540/80 VS-vertraulich****10. September 1980¹**Herrn Staatssekretär²

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung und mit der Bitte um Zustimmung zu Ziffer III 2

Betr.: MBFR – begleitende Maßnahmen;

hier: Bisherige östliche Reaktion auf westliches Paket begleitender Maßnahmen³**I. Entwicklung der östlichen Position****1) Vorbemerkung**

Der Osten hat während der letzten Verhandlungsrunde in Wien⁴ nach seiner bislang kritischen Haltung zu dieser Materie erstmals begonnen, zu einzelnen Aspekten des westlichen Pakets begleitender Maßnahmen bemerkenswert positiv Stellung zu nehmen und auch eigene Vorstellungen zu entwickeln.

Nach eigenem Bekunden kann er zwar keiner einzigen Maßnahme als solcher, wohl aber Elementen aus allen Teilen des westlichen Vorschlagspakets zustimmen. Nach östlicher Auffassung könnten unter Berücksichtigung bestimmter Kriterien (vgl. Ziff. 2) eine Reihe begleitender Maßnahmen Eingang in ein erstes Abkommen finden. In der Wiener Ad-hoc-Gruppe besteht der Eindruck, daß der Osten in der nächsten Runde (Beginn am 25. September⁵) seine Verhandlungsposition nach den Teilvorschlägen vom 10. Juli 1980⁶ ergänzen und u. a. seine bisherigen Äußerungen zu den begleitenden Maßnahmen in Form von Gegenvorschlägen präsentieren könnte.

2) Allgemeine Kriterien

Der Osten ist bereit, begleitende Maßnahmen in enger Verbindung mit der Ausarbeitung eines Phase-I-Abkommens zu diskutieren. Die Maßnahmen sollten nach seiner Auffassung in erster Linie dem Ziel dienen, die strikte Einhaltung künftiger Vereinbarungen zu gewährleisten.

¹ Durchschlag als Konzept.

Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holik und Legationsrat Kischlat konzipiert.

Hat Kischlat am 22. September 1980 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Pöhlmann und Legationssekretär von Schubert verfügte.

Hat Pöhlmann und Schubert vorgelegen.

² Günther van Well.³ Zum Paket begleitender Maßnahmen, die in den von den an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten am 20. Dezember 1979 eingeführten Vorschlägen enthalten waren, vgl. Dok. 40, Anm. 29.⁴ Die 21. Runde der MBFR-Verhandlungen fand vom 14. Mai bis 24. Juli 1980 statt. Vgl. dazu Dok. 254.⁵ Die 22. Runde der MBFR-Verhandlungen in Wien endete am 18. Dezember 1980. Vgl. dazu Dok. 372.⁶ Zum Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 10. Juli 1980 vgl. Dok. 209.

Insbesondere müßten sie

- die legitimen Interessen beider Seiten berücksichtigen und niemandem einseitige militärische Vorteile verschaffen,
- Teil eines Phase-I-Abkommens sein und von Anfang an für alle direkten Teilnehmer gelten,
- lediglich im Raum der Reduzierungen Anwendung finden,
- vor allem für Verifikationszwecke bestimmt sein,
- dem Grundsatz unverminderter Sicherheit und dem tatsächlichen Umfang der vereinbarten Reduzierungen entsprechen und
- in einer „echten organischen Verknüpfung“ zu tatsächlichen Reduzierungen und Begrenzungen stehen.

3) Vorstellungen zu einzelnen Maßnahmen des westlichen Pakets

Besonders scharf kritisiert der Osten den vom Westen für die Maßnahmen 1 (Ankündigung von Divisionsaktivitäten) und 2 (Beobachteraustausch) vorgesehenen geographischen Parameter, der über den Raum der Reduzierungen hinausgehen soll („europäisches Territorium aller Teilnehmerstaaten einschließlich eines wesentlichen Teils des europäischen Territoriums der SU“). Nach östlicher Auffassung wird damit die MBFR-Geschäftsgrundlage verlassen, da bei den vorbereitenden Konsultationen⁷ Verhandlungen über „beiderseitige Reduzierungen von Streitkräften ... in Mitteleuropa“ vereinbart worden seien.

Im Hinblick auf die Maßnahmen 4 (Inspektionen) und 6 (Austausch von Informationen) wird – nicht überraschend – die östliche Tradition der Geheimhaltung in militärischen Angelegenheiten deutlich. So wird kritisiert, daß die vorgeschlagenen Inspektionen in keinem Verhältnis zum geringen Umfang der vom Westen für Phase I vorgeschlagenen Reduzierungen stünden (zu viele Inspektionen, zu große Inspektionsteams). Der Verdacht liege daher nahe, daß der Westen nachrichtendienstliche Tätigkeiten legalisieren wolle. Immerhin hat der Osten aber die Vereinbarung von Inspektionen nicht grundsätzlich abgelehnt. Den vom Westen vorgeschlagenen Informationsaustausch (Maßnahme 6) lehnt der Osten ab, soweit er sich auf Organisation und Struktur der im Raum der Reduzierungen verbleibenden Streitkräfte bezieht und damit über die reine Verifizierung von vereinbarten Reduzierungen hinausgeht.

Neben diesen mehr grundsätzlichen Punkten der Kritik hat der Osten eine Fülle von Detailkritik vorgebracht, die mit dem generellen Vorwurf verbunden wurde, die westlichen Vorschläge seien zu komplex und zu kompliziert.

4) Eigene Vorschläge

Unter Berücksichtigung der generellen östlichen Kriterien und Einbeziehung von „Elementen“ der westlichen begleitenden Maßnahmen Nr. 3, 5, 6 und 7 ist der Osten bereit, folgende begleitende Maßnahmen in einem ersten Abkommen zu akzeptieren:

a) Errichtung einer „Gemischten Interimskommission“ zur Behandlung von Fragen der Durchführung eines Abkommens,

⁷ Vom 31. Januar bis 28. Juni 1973 fanden in Wien MBFR-Explorationsgespräche statt. Für den Wortlaut des Schlußkommuniqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1973, D 514. Vgl. dazu ferner AAPD 1973, II, Dok. 207.

- b) die Errichtung temporärer, mit Beobachtern besetzter Durchlaufpunkte zur Kontrolle der Abzüge,
 - c) Maßnahmen zur Verhinderung einer Erhöhung der im Reduzierungsgebiet verbleibenden Streitkräfte nach erfolgter Verminderung (damit wird auf die vom Westen vorgeschlagene Inspektionsmaßnahme Bezug genommen, zu der der Osten noch keine endgültige Position bezogen hat),
 - d) vorherige Ankündigung von Truppenbewegungen in den Reduzierungsraum hinein und aus ihm heraus,
 - e) bilaterale und multilaterale Konsultationen für die Ankündigung des Beginns und der Beendigung der Reduzierungen.
- Zusätzlich können nach Auffassung des Ostens auch in Wien solche vertrauensbildenden Maßnahmen erörtert werden, die er bereits früher im KSZE-Rahmen vorgeschlagen hat.⁸ In Frage kämen:
- f) Vorherige Ankündigung (30 Tage oder mehr) von größeren militärischen Manövern in Mitteleuropa mit 20 000 Mann der Landstreitkräfte oder mehr, (Bemerkung: Der Osten lehnt den vom Westen vorgeschlagenen Parameter „out-of-garrison-activity“ in Verbindung mit der Struktur „Division“ ab.)
 - g) Begrenzung der Zahl der an solchen Manövern teilnehmenden Truppen (auf 40 000 bis 50 000 Mann),
 - h) vorherige Ankündigung von Truppenbewegungen von über 20 000 Mann sowie
 - i) Verzicht auf Ersteinsatz nuklearer und konventioneller Waffen.⁹

II. Bewertung

1) Annäherungen

- a) Die während der letzten Verhandlungsrunde in Wien erkennbar gewordene grundsätzliche Bereitschaft des Ostens, über begleitende Maßnahmen zu verhandeln, stellt einen Schritt vorwärts dar. Der Osten hat damit seine im Anschluß an die westlichen Vorschläge von 1974 („Stabilisierende Maßnahmen für

⁸ Zu den Vorschlägen der Warschauer-Pakt-Staaten über vertrauensbildende Maßnahmen vgl. Dok. 1, Anm. 28, und Dok. 8, Anm. 17.

⁹ Die UdSSR legte am 28. September 1976 in der VN-Generalversammlung einen Entwurf für einen Weltvertrag über Gewaltverzicht in den internationalen Beziehungen vor. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1977, D 194–196. Vgl. dazu ferner AAPD 1976, II, Dok. 307 und Dok. 312.

Der Politische Beratende Ausschuß des Warschauer Pakts verabschiedete am 26. November 1976 in Bukarest den Entwurf eines Abkommens zwischen den Teilnehmerstaaten der KSZE über den Verzicht auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen. Nach Artikel I verpflichteten sich die Vertragspartner dazu, „Kernwaffen gegeneinander zu Lande, zu Wasser, in der Luft und im kosmischen Raum nicht als erste anzuwenden“. Artikel II bestimmte, daß sich diese Verpflichtung nicht nur auf das Territorium der Staaten erstrecken sollte, „sondern auch auf ihre Streitkräfte, in welchem Gebiet des Erdballs sie sich auch befinden“. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1976, D 654.

Am 2. März 1979 erklärte der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, in Moskau: „Die Warschauer Vertragsstaaten haben 1976 den Vorschlag unterbreitet, daß die Teilnehmerstaaten der gesamteuropäischen Konferenz die Verpflichtung übernehmen, nicht als erste gegeneinander Kernwaffen einzusetzen. Als Antwort darauf begann man im Westen zu behaupten, daß dies einen Krieg unter Einsatz konventioneller Waffenarten wahrscheinlicher machen würde. Nun, dann müssen wir eben eine Vereinbarung darüber treffen, sowohl Kern- als auch konventionelle Waffen nicht als erste anzuwenden. Es gilt also, eine Art Nichtangriffspakt zwischen den Teilnehmern der gesamteuropäischen Konferenz abzuschließen.“ Vgl. BRESCHNEW, Wege, Bd. 7, S. 695 f.

US/SU-Streitkräfte“)¹⁰ erhobene Forderung aufgegeben, wonach begleitende Maßnahmen erst nach der Vereinbarung eines Reduzierungs- und Begrenzungsabkommens erörtert werden sollten.

b) Der Osten hat darüber hinaus anerkannt, daß nicht nur reduzierungsrelevante Maßnahmen, sondern auch Maßnahmen vertrauensbildenden Charakters Gegenstand von MBFR sein können.

c) Von Bedeutung ist auch, daß der Osten jetzt auf unser Konzept eingegangen ist, begleitende Maßnahmen schon in einem Phase-I-Abkommen zu vereinbaren.

2) Strittige Fragen

a) Der für uns wichtigste Gegensatz besteht in der Frage des geographischen Parameters für die begleitenden Maßnahmen mit vertrauensbildendem Charakter, wo der Osten die vom Westen vorgeschlagene Anwendung der Maßnahmen 1 und 2 auch auf „einen wesentlichen Teil des europäischen Territoriums der SU“ kategorisch ablehnt.

Bei der Bewertung dieser strikten östlichen Haltung kann nicht ganz ausgeschlossen werden, daß die SU vor dem KSZE-Folgetreffen in Madrid und der dort zu behandelnden Frage einer KAE¹¹ zu Konzessionen hinsichtlich des Anwendungsbereichs der Maßnahmen 1 und 2 auch aus verhandlungstaktischen Gründen nicht bereit ist. Sie würde damit ihre Haltung hinsichtlich des Geltungsbereichs der bei einer KAE zu vereinbarenden Maßnahmen (Geltungsbereich: Atlantik bis Ural) präjudizieren. Daraus folgt andererseits, daß ein nach westlicher Auffassung positives Ergebnis bei einem KAE-Mandat auch Auswirkungen auf die östliche Haltung zum Anwendungsbereich der MBFR-Maßnahmen 1 und 2 haben könnte.

b) Der Osten hat seine grundsätzliche Verhandlungsbereitschaft über begleitende Maßnahmen mit dem Vorbehalt verbunden, daß eine vertiefte Diskussion einzelner Maßnahmen nur parallel mit Fortschritten in den Fragen eines Reduzierungsabkommens erfolgen kann. Es ist nicht auszuschließen, daß der Osten daran denkt, das westliche – insbesondere amerikanische – Interesse an den begleitenden Maßnahmen für Konzessionen in anderen Bereichen zu nutzen. Hierfür spricht auch die Anregung, die weitere Diskussion der Maßnahmen mit

¹⁰ Am 6. Dezember 1973 einigte sich der Politische Ausschuß der NATO auf Gesandtenebene darauf, daß bei den MBFR-Verhandlungen in Wien vier stabilisierende Maßnahmen eingeführt werden sollten und daß diese Maßnahmen auf die amerikanischen und sowjetischen Streitkräfte zu beschränken seien: 1) Vorankündigung von Bewegungen amerikanischer und sowjetischer Streitkräfte in den Raum der Reduzierungen, 2) Vorankündigung von Manövern amerikanischer und sowjetischer Streitkräfte, 3) Begrenzung auf Größe, Zahl und Dauer der Manöver amerikanischer und sowjetischer Streitkräfte, 4) Austausch von Beobachtern bei Manövern amerikanischer und sowjetischer Streitkräfte. Vgl. dazu AAPD 1973, III, Dok. 405.

Der Leiter der amerikanischen MBFR-Delegation, Resor, führte diesen Vorschlag für stabilisierende Maßnahmen am 28. März 1974 in die Verhandlungen ein. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 318 des Botschafters Behrends, Wien (MBFR-Delegation), vom selben Tag; VS-Bd. 9458 (221); B 150, Aktienkopien 1974.

¹¹ Zum französischen Vorschlag einer Konferenz für Abrüstung in Europa vgl. Dok. 100.

Zu den Vorschlägen des Komitees der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten bei der Tagung am 14./15. Mai 1979 in Budapest vgl. Dok. 1, Anm. 28.

Zum Vorschlag des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, Gierek, vom 11. Februar 1980 für eine Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 55, Anm. 39.

Zu den Vorschlägen des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts bei der Tagung am 14./15. Mai 1980 in Warschau vgl. Dok. 150, Anm. 5.

der Ausarbeitung eines Abkommensentwurfs zu verbinden. Wesentliche Fortschritte bei den begleitenden Maßnahmen dürften jedenfalls, mit Rücksicht auf die gegenwärtige Verhandlungssituation in der Reduzierungs- bzw. Datenfrage, in den nächsten Runden nicht zu erwarten sein.

c) Was die eigenen östlichen Vorschläge betrifft, ist der Gedanke eines doppelten Ersteinsatzverzichts für nukleare und konventionelle Waffen wohl nur der Vollständigkeit halber aus der östlichen KSZE-Vorschlagsliste mit übernommen worden; über die Unannehmbarkeit für den Westen dürfte sich der Osten im klaren sein. Problematischer ist der dem sowjetischen Vorschlagspaket für das Belgrader KSZE-Folgetreffen entlehnte Vorschlag für Manöverbegrenzung auf 40 000 bis 50 000 Mann. Der Osten ist durch Geheimnisverrat¹² über die bündnisinternen Auseinandersetzungen unterrichtet, die der Streichung einer von den USA favorisierten und besonders von uns abgelehnten constraint-Maßnahme („Limitation of the size of out-of-garrison activities“) aus dem westlichen Vorschlagspaket vorangingen.¹³ Der Vorschlag zur Manöverbegrenzung könnte darauf abgestellt sein, diese Diskussion wieder aufleben zu lassen. Im Bündnis hat sich jedoch inzwischen die Position gegen constraint-Maßnahmen bei MBFR verfestigt.

III. Weiteres Verfahren

1) Auch nach seiner bisherigen allgemein positiven Stellungnahme bleibt der Osten weiterhin am Zuge, umfassend zu den vorgeschlagenen begleitenden Maßnahmen Stellung zu nehmen. Es ist zunächst abzuwarten, in welcher Form (weitere Einzelkritik oder umfassende Gegenvorschläge) der Osten in der nächsten Verhandlungsrunde in Wien (Beginn am 25. September) auf den westlichen Paketvorschlag reagieren wird. Erst dann wird es erforderlich sein, über westliche Verhandlungsschritte im Bündnis zu entscheiden.

¹² An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „(Frühere NATO-Sekretärin I. Verrept).“

In der Presse hieß es dazu: „Als Propaganda haben NATO-Beamte Äußerungen der in die ‚DDR‘ übergewechselten ehemaligen Sekretärin Imelda Verrept bezeichnet, sie habe in Brüssel Zugang zu Material der höchsten Geheimhaltungsstufe ‚Cosmic‘ gehabt. [...] Die NATO-Beamten räumten ein, daß Frau Verrept Teile von Dokumenten über die Nuklearpolitik des Bündnisses, die Wiener Verhandlungen oder Berichte über den Stand der Ost-West-Beziehungen habe einsehen können. Einen völligen Überblick habe sie jedoch nicht haben können.“ Vgl. den Artikel „Die NATO weist TV-Auftritt als Propaganda zurück“; DIE WELT vom 2. Mai 1980, S. 2.

¹³ Zur Frage der „out of garrison activities“ vgl. AAPD 1979, I, Dok. 20, Dok. 74 und Dok. 99.

Ministerialdirektor Blech vermerkte am 30. Mai 1979, in der NATO sei Maßnahme 3 (limitation of out-of-garrison activities) „in gegenseitigem Einvernehmen aus dem Paket herausgenommen worden“. Vgl. VS-Bd. 11126 (204); B 150, Aktenkopien 1979.

Botschafter Ruth informierte die Botschaft in Washington am 26. Juli 1979, der Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium, Bartholomew, habe ihm „am Rande der letzten Sitzung der Special Group (24./25. Juli) mitgeteilt, daß Washington uns hinsichtlich der Maßnahmen 1 und 4 (out of garrison activities) entgegenkommen wolle. Im Anschluß an die von uns ins Auge gefaßte, aber in Brüssel noch nicht vorgetragene Modifizierung (Erörterung der Maßnahmen bei MBFR mit der Maßgabe, sie in einer Absichtserklärung an die KSZE zu verweisen) sei beabsichtigt, folgende Position einzuschlagen: Die Maßnahmen 1 und 4 sollen bei MBFR mit dem KSZE-Geltungsbereich für die MBFR-Teilnehmer behandelt und soweit vereinbart werden, daß sie als Vorschlag an die KSZE überwiesen werden können. [...] Falls über diese Maßnahmen innerhalb der KSZE Einigung erzielt werden kann, sollen sie Teil der KSZE-Maßnahmen werden. Sollte diese KSZE-Einigung nicht gelingen, dann sollen die Maßnahmen für den KSZE-Geltungsbereich von den MBFR-Teilnehmern allein vereinbart werden.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 3713; VS-Bd. 11513 (221); B 150, Aktenkopien 1979.

2) Besondere Probleme stellen sich jedoch bei der Frage nach der Anwendung im größeren Raum (Maßnahmen 1 und 2). Bei der Verabschiedung der Verhandlungsweisung für begleitende Maßnahmen haben die Bündnispartner intern vereinbart, die Frage des Anwendungsbereichs im Zusammenhang mit den Vorbereitungen für Madrid erneut zu prüfen und dabei den Verhandlungsstand der begleitenden Maßnahmen bei MBFR sowie das Allianzinteresse an vertrauensbildenden Maßnahmen bei der KSZE in Rechnung zu stellen.¹⁴

Nach unserer Auffassung wäre es schon wegen möglicher präjudizierender Wirkungen für Madrid verfehlt, die Maßnahmen 1 und 2 einschließlich der geforderten Einbeziehung eines substantiellen Teils des Territoriums der SU in Frage zu stellen.

Das Schicksal dieser Maßnahmen wird nicht zuletzt von einem Ergebnis in Madrid abhängen. Sollte es gelingen, im Rahmen einer KAE die Anwendung vergleichbarer Maßnahmen auf dem europäischen Territorium der SU zu erreichen, würde das einerseits die Notwendigkeit einer Vereinbarung von Maßnahmen 1 und 2 im Rahmen von MBFR vermindern; andererseits würde die Vereinbarung solcher Maßnahmen mit Einschluß des sowjetischen Territoriums bei MBFR insofern eine wichtige Funktion haben, als wenigstens in dieser Hinsicht der enge Rahmen von MBFR durchbrochen und damit die Kompatibilität zwischen MBFR und KAE verbessert werden könnte.

Auf keinen Fall ist es für uns akzeptabel, beide Maßnahmen nur für den engen Raum der Reduzierungen zu vereinbaren. Allenfalls müßten, wenn der größere Parameter nicht durchsetzbar sein sollte, die Maßnahmen 1 und 2 ganz aus dem MBFR-Zusammenhang herausgenommen werden.

Zur Zeit besteht aber keine Notwendigkeit, die Forderung nach der Anwendung im größeren Raum zu überdenken.

Falls die Bündnispartner auf die Überprüfung der Frage des Anwendungsbereichs zurückkommen, sollten wir uns dafür einsetzen, die Maßnahmen weiter mit dem größeren Parameter (unter Einbeziehung eines substantiellen Teils des Territoriums der Sowjetunion) zu verfolgen.

Blech¹⁵

VS-Bd. 11515 (221)

¹⁴ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Weisung der NATO an Ad-hoc-Gruppe in Wien zu den begleitenden Maßnahmen: ‚Internal Alliance understandings: 1) The minimum acceptable part of Soviet territory will need to be determined in the light of the following factors: a) the requirement for undiminished security, particularly of flank countries, following reductions and taking account of developments which may arise in other fora; b) the Allies’ particular concern to avoid making into a precedent the 250 km strip of Soviet territory referred to in the Helsinki Final Act, as the area for notification of major manoeuvres, and the need to avoid applying associated measures A and C to an identical or, a fortiori, smaller geographic area. 2) The Alliance will review the situation with respect to these measures in connection with preparations next year for the Madrid CSCE review conference. This review will take account of the status of the measures in MBFR and of Alliance interest in the field of CSCE CBMs.‘“

¹⁵ Paraphé vom 17. September 1980.

265

Botschafter Ritzel, Teheran, an das Auswärtige Amt**114-2/80 streng geheim****Aufgabe: 10. September 1980, 09.30 Uhr¹****Fernschreiben Nr. 862****Citissime nachts**Betr.: Geiselfrage²

Bezug: Laufende Berichterstattung

Bitte um Weisung

Tabatabai besuchte mich am Abend des 9. September auf eigenen Wunsch. Er trug folgendes vor:

1) Bis in die frühen Morgenstunden des 9. September erörterten im Hause von Khomeini dessen Sohn Ahmad, Parlamentspräsident Rafsandjani und er ein Procedere zur Freilassung der Geiseln. Man habe sich auf ein Procedere geeinigt. Khomeini habe seine Zustimmung gegeben. Sonst ist niemand informiert.

2) Procedere sieht vor:

a) Deblockade iranischer Guthaben in den USA, Überweisung an dritten Ort. (Ich wies T. auf sog. „attachments“ hin. Er erwiderte, daß sie kein Hindernis für die Deblockade sein dürften. Eventuell könnte man sie gegen iranische Vorauszahlungen für nicht gelieferte, aber bestellte Rüstungsgüter aufrechnen.)

b) Verbindliche amerikanische Zusage, keine militärische oder politische Intervention in Iran zu unternehmen, und

c) Rücküberstellung des Vermögens des verstorbenen Ex-Schahs³ und der Pahlavi-Familie. Da eingesehen würde, daß zur Rücküberstellung eventuell amerikanische Gerichte eingeschaltet werden müßten, würde eine verbindliche amerikanische Zusage ausreichen, im Sinne der Rücküberstellung auf amerikanische

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 15. September 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[errn] Schlagintweit am 15.9. zur Einsicht gegeben.“ Am selben Tag ergänzte Wallau handschriftlich: „H. Montfort gleichfalls.“

² Ministerialdirektor Meyer-Landrut notierte am 4. September 1980 für Staatssekretär van Well, mit der Konstituierung des iranischen Parlaments sei zwar formell die Voraussetzung zur Lösung der Geiselfrage geschaffen, doch zeichne sich wegen der inneren Machtkämpfe in Iran dafür keine Lösung ab. Bundesminister Genscher habe am 19. August 1980 gegenüber dem Staatssekretär im iranischen Ministerpräsidentenamt, Tabatabai, „unseren Wunsch nach einer baldigen Lösung der Geiselfrage und das Angebot, hierbei zu helfen, wiederholt“. Im gleichen Sinne habe am selben Tag der stellvertretende SPD-Vorsitzende Wischniewski auf Tabatabai eingewirkt. Am 17. August 1980 hätten die EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ beim iranischen Parlamentspräsidenten Rafsandjani demarchiert mit der Bitte einer raschen und bedingungslosen Freilassung der amerikanischen Botschaftsgeiseln. Botschafter Ritzel, Teheran, habe darüber hinaus am 3. September 1980 Präsident Bani Sadr über die Kontaktbereitschaft der amerikanischen Regierung unterrichtet: „Der Präsident war positiv interessiert. Ritzel schätze seine Möglichkeit, etwas zu tun, aber gering ein.“ In ihren Glückwunschschreiben an den am 20. August 1980 ernannten Ministerpräsidenten Rajai hätten die EG-Mitgliedstaaten „auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Geiseln nunmehr rasch und ohne Vorausbedingung freizulassen. [...] Ein Gespräch zwischen Botschafter Ritzel und Ayatollah Beheshti, dem Führer der zur Zeit maßgeblichen Islamischen-Republik-Partei, hat inzwischen stattgefunden (6.9.) und verlief ohne jedes Ergebnis.“ Vgl. Referat 311, Bd. 137623.

³ Zum Tod von Schah Reza Pahlavi am 27. Juli 1980 vgl. Dok. 252, Anm. 9.

Gerichte einzuwirken. Die Zusage müßte allerdings die Sicherheit vermitteln, daß Vermögen zurückkehren würde.

3) T. trifft am kommenden Sonntag, den 14. September 1980, in Düsseldorf ein. Er ist bereit, mit Amerikanern auf deutschem Boden zusammenzutreffen, wenn ich ihm vor dem Abflug über Beirut am Samstag, den 13. September 1980, also spätestens am Freitag, den 12. September 1980, die Nachricht bringen kann, daß über das *Procedere* gesprochen werden kann. Wenn dieser Termin eingehalten werden kann, wird er Khomeini von der amerikanischen Zustimmung in Kenntnis setzen und

4) den USA einen Termin für die Geiselfreilassung nennen. T. sagte, daß alle Geiseln nach sachlicher Einigung innerhalb von zwei Tagen Iran verlassen könnten (so T. wörtlich).

5) Im Zusammenhang sind noch folgende Äußerungen von T. wichtig:

a) Man muß „stündlich“ (so wörtlich) mit dem Ableben Khomeinis rechnen,

b) das *Procedere* muß vor dem 4. November 1980 – Tag der Geiselnahme vor einem Jahr und Wahltag in den USA⁴ – abgewickelt sein.

6) T. bat um höchste Stufe der Diskretion und schloß mit der Bemerkung, daß Khomeinis Sohn Ahmad und er in den letzten Monaten mit etwa zwei Dritteln der Parlamentsabgeordneten mit dem Ziel gesprochen hätten, die Volksvertreter auf die Hinnahme einer Imam-Entscheidung vorzubereiten (s. meine Berichtserstattung seit Februar 1980).

7) Weise darauf hin, daß T. der englischen Sprache nicht mächtig ist. Dies⁵ müssen Amerikaner wissen, wenn sie zu Gespräch mit T. auf deutschem Boden bereit sein sollten.

8) Ich bin auch Freitag (iranischer Sonntag), den 12. September, in der Botschaft und kann Weisungen erhalten. Besser wäre Weisung nicht später als 11. September, da T. mit Khomeini sprechen will. Sehe davon ab, diesen DB nach Washington durchzuschreiben. Bitte um dortige Entscheidung.

9) Meine Bewertung: Initiative ist trotz üblichem „Iranvorbehalt“ und individuellen Vorbehalten gegenüber T. ernst zu nehmen. Einzige Frage, die ich mir stelle, ist, ob die unter Ziff. 1 genannte Dreiergruppe wirklich schon Einverständnis von Khomeini hat oder ob sie nur weiß, daß Khomeini, bei Vorlage amerikanischen Einverständnisses, *Procedere* zustimmt. Selbst wenn letzteres zuträfe, ändert dies nichts an der Möglichkeit der Verwirklichung der Initiative. Die Dreiergruppe könnte sich sicher wissen, den kranken Khomeini zu leiten.⁶

[gez.] Ritzel

VS-Bd. 14084 (010)

⁴ Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

⁵ Korrigiert aus: „Die“.

⁶ Vortragender Legationsrat I. Klasse Wallau wies am 10. September 1980 Botschafter Ritzel, Teheran, an, dem Staatssekretär im iranischen Ministerpräsidentenamt, Tabatabai, als Antwort der amerikanischen Regierung mitzuteilen: „The US is prepared to send a small authoritative group to the FRG to meet with Tabatabai in Düsseldorf on September 14 and thereafter as needed. We are prepared to address each of the three points mentioned in a positive and constructive manner with the hope of early resolution. Since complex financial matters are involved, the US will have expert

266

Botschafter Ruth, Washington, an Botschafter Wieck, Moskau**220-370.80 SOW-1589/80 geheim****Aufgabe: 11. September 1980, 20.16 Uhr¹****Fernschreiben Nr. 693****Citissime**

Betr.: Antwort des Bundeskanzlers vom 7.9.² auf Schreiben Generalsekretärs Breschnew³

Bezug: DB 4008 vom 10.9.1980⁴

Nur für Botschafter und Vertreter⁵

Fortsetzung Fußnote von Seite 1376

advice available on such matters and suggest Tabatabai may wish to do likewise. This matter will be treated with the highest discretion within this government.“ Wallau ergänzte, der Besprechungsort Düsseldorf beruhe auf einem Mißverständnis. Die Bundesregierung habe Schloß Gymnich vorgeschlagen, wo eine Unterbringung möglich sei: „Bundesminister würde sich freuen, Herrn Tabatabai gleich nach Ankunft in Düsseldorf bei sich in Bonn sprechen zu können.“ Vgl. den handschriftlichen Drahterlaß Nr. 321; VS-Bd. 14084 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

Ritzel antwortete am 11. September 1980, Tabatabai habe erklärt, er werde Ayatollah Khomeini, dessen Sohn Ahmad und den iranischen Parlamentspräsidenten Rafsandjani unterrichten: „T. sagte aber auch, daß er wegen der extrem zugespitzten Lage nicht wie vorgesehen am Sonntag, 14.9.80, in Düsseldorf oder Bonn eintreffen könne.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 882; VS-Bd. 14084 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

Am 12. September 1980 ergänzte Ritzel, in der Nacht habe Tabatabais Gespräch mit Khomeini stattgefunden, der in einer Radioansprache den Verzicht auf Geiselnahme und die „drei Elemente aus laufendem Vorgang (Deblockade, Ex-Schah-Vermögen, keine Intervention)“ erwähnen werde. Tabatabai werde am 15. September 1980 in Düsseldorf eintreffen: „Rate vor Aufbau gewisser Hoffnungen über baldigen glücklichen Ausgang der Geiselnahme dazu, abzuwarten, wie Khomeini tatsächlich formuliert. Wenn er Verzicht auf Prozesse an Verhandlungen über die Elemente knüpft, wäre dies weniger. Immerhin bliebe auch dann Bereitschaft zu Gesprächen mit US.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 886; VS-Bd. 14084 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

¹ Durchdruck.

Der Drahterlaß wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Citron konzipiert.

Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 17.

² Zum Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, vgl. Dok. 263.

³ Zum Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 21. August 1980 an Bundeskanzler Schmidt vgl. Dok. 243.

⁴ Botschafter Wieck, Moskau, berichtete, er habe dem sowjetischen Außenminister Gromyko das Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, übergeben. Gromyko habe dabei über die Reaktion der amerikanischen Regierung geklagt, die zum Gegenstand künftiger amerikanisch-sowjetischer Gespräche „eine solide Dosis Nebel“ verbreitet habe: „Sie sagen, sie sind bereit zu einem Meinungsaustausch, aber sie äußern sich nicht zum Wesen des sowjetischen Vorschlags und sagen nicht, was der Gegenstand des Meinungsaustauschs sein sollte. Sie haben ihn als ‚Vorgespräche‘ bezeichnet, dabei geht es doch, wenn es zu Gesprächen kommt, nicht um Erdbeben oder das Wetter, sondern um einen Meinungsaustausch über ein Thema, das wir genannt haben.“ Die Haltung der Bundesregierung bzw. des Bundeskanzlers sei dagegen nicht überraschend: „Man wisse, daß diese hinsichtlich der Aufnahme von Gesprächen im Zusammenhang mit dem sowjetischen Vorschlag positiv sei. Es wäre deshalb gut, wenn die Bundesregierung auf die amerikanische Seite ‚etwas Einfluß‘ ausüben könnte, um ihnen klarzumachen, daß Vorsicht nicht am Platze ist und sie nichts zu fürchten brauchen.“ Vgl. VS-Bd. 14086 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

⁵ Hermann Huber.

1) Anliegend werden DB 3396 und 3413⁶ vom 5. und 6.9. aus Washington über die bilateralen deutsch-amerikanischen Konsultationen über das nukleare Mittelstreckenproblem zur dortigen Kenntnisnahme übermittelt. Aus den Berichten wird die amerikanische Bereitschaft deutlich, ohne Vorbedingungen in die vorbereitenden Gespräche einzutreten und dabei nicht zu verlangen, daß die SU vorweg dem amerikanischen Ansatz: Begrenzung auf Mittelstreckenraketen, zustimmt. Wir gehen folglich davon aus, daß auch die SU keine Vorbedingungen stellt und daß beide Seiten in den Vorgesprächen ihre jeweiligen Positionen erläutern werden.

Wir unterstützen die amerikanische Ansicht, daß es jetzt vor allem darauf ankommt, die SU an den Verhandlungstisch zu bekommen und die Gespräche ohne Vorbedingungen zu beginnen. Was Gromyko als Nebel bezeichnet, ist der bewußte Verzicht der US, die Aufnahme der Gespräche durch einseitige Fixierung von Verhandlungspositionen zu erschweren.

Die Hinweise auf den Vorschlag des amerikanischen Präsidenten⁷ im Brief des Bundeskanzlers machen deutlich, welche Bedeutung die Bundesregierung der amerikanischen Initiative zur Aufnahme dieser amerikanisch-sowjetischen Gespräche verfahrensmäßig und inhaltlich beimißt.

Am 15. und 16. trifft sich in Brüssel die Special Consultative Group.⁸ Wir erwarten, daß die amerikanische Position die volle Unterstützung der Bündnispartner finden wird.

Ruth⁹

Folgt Anlage

DB 3396 vom 6.9. aus Washington

Die heutigen Konsultationen¹⁰ wurden auf amerikanischer Seite von Bartholomew geleitet, auf unserer Seite nahmen außer mir¹¹ General Tandecki, Oberst Heydrich, Dr. Citron sowie Vertreter der Botschaft teil.

Die Gespräche finden zu einem besonders günstigen Zeitpunkt statt:

- Die Amerikaner haben gestern in Moskau das Antwortschreiben Präsident Carters an Generalsekretär Breschnew übergeben.¹²
- Das Special Coordinating Committee auf Kabinettsebene hat die Marschroute für das Vorgehen nach dem Treffen Muskie/Gromyko am Rande der Vereinten Nationen gebilligt. Dieses Treffen wird voraussichtlich um den 20. September stattfinden.¹³

⁶ Dem Vorgang nicht beigelegt.

Für den Drahtbericht des Botschafters Ruth, z. Z. Washington, vgl. Dok. 262.

⁷ James E. Carter.

⁸ Zur Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO vgl. Dok. 271 und Dok. 272.

⁹ Paraphe.

¹⁰ Am 4./5. September 1980 fanden in Washington deutsch-amerikanische Konsultationen über Rüstungskontrolle statt.

¹¹ Friedrich Ruth.

¹² Zum Schreiben des Präsidenten Carter an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, vgl. Dok. 260.

¹³ Zum Gespräch des amerikanischen Außenministers Muskie mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 25. September 1980 in New York vgl. Dok. 290, Anm. 5.

2) Diese Marschroute für die vorbereitenden Gespräche (preliminary talks) sieht folgendes vor:

- Anfang Oktober Beginn der Gespräche,
- Ort: Genf,
- vorgesehene Dauer der ersten Runde: vier Wochen.
- Delegationsleitung auf amerikanischer Seite: voraussichtlich der stellvertretende Chef der ACDA, Spurgeon Keeny.

3) Antwort Präsident Carters wurde in Moskau dem sowjetischen Außenminister übergeben. Dieser nahm zu dem Inhalt nur insoweit Stellung, als er die in dem Breschnew-Brief enthaltenen Positionen zur Einbeziehung von FBS wiederholte, diese aber nicht als Vorbedingung darstellte. Im übrigen hat er zugesagt, Generalsekretär Breschnew unverzüglich zu unterrichten. Der amerikanische Geschäftsträger¹⁴ hat bei Übergabe des Schreibens des Präsidenten den Vorschlag mündlich unterbreitet, daß bei dem Treffen Muskie/Gromyko eine Einigung über den Gesprächsbeginn und die unter 2) aufgeführten Gesprächsmodalitäten erzielt werden soll.

4) Ich habe die Bedeutung unterstrichen, die den konkreten amerikanischen Vorstellungen für die Glaubwürdigkeit des rüstungskontrollpolitischen Ansatzes im Zusammenhang der parallelen Implementierung des Doppelbeschlusses vom Dezember zukommt.

II. In den Konsultationen wurden außerdem folgende, von uns vorgeschlagene Themen erörtert:

- 1) Der Zusammenhang zwischen vorbereitenden Gesprächen, SALT-II-Ratifizierung¹⁵ und SALT-III-Verhandlungsrahmen.
- 2) Die öffentliche Behandlung der nächsten Sitzung der SCG am 15./16. September.
- 3) Der die vorgesehenen Gespräche begleitende Konsultationsmechanismus, insbesondere die Rolle der SCG.

Zu 1) Ich habe dargestellt, daß bei der Präsentation der Substanz der vorbereitenden Gespräche und bei einer Einordnung in den SALT-Prozeß deutlich werden müsse, daß die Bezugnahme auf den SALT-III-Verhandlungsrahmen und das Erfordernis der Ratifikation von SALT II nicht als Barriere für den rüstungskontrollpolitischen Prozeß gedeutet werden dürfe. Ich habe vorgeschlagen, statt von vorbereitenden Gesprächen im Blick auf Verhandlungen im SALT-III-Zusammenhang (preliminary exchanges looking towards negotiations in the SALT III framework) von „preliminary exchanges in the bilateral SALT negotiations“ zu sprechen. Bartholomew hat darauf hingewiesen, daß auf den Begriff „im SALT-III-Rahmen“ nicht verzichtet werden könne.

- Im Beschluß der NATO vom Dezember¹⁶ sei SALT III als der Verhandlungsrahmen definiert worden;

¹⁴ Mark Garrison.

¹⁵ Zum Stand des Ratifizierungsverfahrens des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 im amerikanischen Senat vgl. Dok. 59.

¹⁶ Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 10.

- jeder Eindruck müsse vermieden werden, als ob an der Ratifikation von SALT II gezweifelt werde;
- das verfassungsrechtliche Problem bestehe, daß der Senat sich übergangen fühlen würde, wenn neue SALT-Verhandlungen ohne Ratifikation von SALT II geführt werden;
- es könne öffentlich allerdings dargestellt werden, daß es sich beim Inhalt der preliminary exchanges um die Lösung substantieller Probleme handele, die in jedem Verhandlungsprozeß über ein neues Thema vor Verhandlungen über Reduzierungen und Limitierungen geklärt werden müßten. Dazu gehöre insbesondere die Frage des eigentlichen Verhandlungsgegenstandes.

Bartholomew hat schließlich auf das gemeinsame Allianzinteresse hingewiesen, eine Isolierung von Verhandlungen über LRTNF zu vermeiden und sicherzustellen, daß der strategische Gesamtzusammenhang gewahrt bleibe.

Ich habe die Berechtigung dieser Argumente anerkannt. Gleichzeitig habe ich auf die Notwendigkeit hingewiesen, in der öffentlichen Präsentation der beginnenden Gespräche die Parallelität der Implementierung von Modernisierung und Rüstungskontrolle deutlich werden zu lassen und deshalb den Eindruck zu vermeiden, als handele es sich noch nicht um substantielle Gespräche und als seien Fortschritte nur im SALT-III-Zusammenhang möglich. Es müsse geprüft werden, ob diesem Gesichtspunkt durch eine entsprechende Bezeichnung der jetzt anlaufenden Gespräche Rechnung getragen werden kann.

Zu 2) Wir führten die Diskussion auf der Grundlage des von uns den Amerikanern gegebenen Entwurfs einer Presse-Stellungnahme zur nächsten Sitzung der SCG. Ich ¹⁷habe darauf hingewiesen, daß es nach unserer Auffassung wichtig sei, daß nach der nächsten Sitzung

- die Existenz eines wirksamen Konsultationsmechanismus der Öffentlichkeit bewußt gemacht werden sollte,
- die Unterstützung des amerikanischen Gesprächsansatzes und der dafür vorgesehenen Marschroute durch die Allianz deutlich werde,
- sichergestellt werde, daß in allen Hauptstädten kongruente Argumente verwandt werden und daß dies am ehesten auf der Grundlage einer vereinbarten Presseverlautbarung geschehen könne.

Bartholomew stimmte der Zielsetzung meiner Ausführungen zu, hatte jedoch Bedenken gegen den Versuch, eine förmliche Presseerklärung zu erarbeiten, und zog es vor, auf der Basis einer abgestimmten Zusammenfassung ein Pressegespräch zu führen. Dieser abgestimmten Zusammenfassung können Pressegespräche in den anderen Hauptstädten zugrunde gelegt werden. Ich halte dieses Verfahren für akzeptabel.

Zu 3) Angesichts der Unterrichtung über die amerikanische Marschroute bei den bevorstehenden Gesprächen habe ich die Frage der Anpassung¹⁸ des Konsultationsmechanismus zur Diskussion gestellt. Bartholomew hat Verständnis für die Notwendigkeit, entsprechend der Aktivierung des amerikanisch-sowjeti-

¹⁷ Beginn des als Drahterlaß Nr. 694 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

¹⁸ Korrigiert aus: „Anfassung“.

schen Gedankenaustausches auch die Beteiligung der SCG zu intensivieren. Wir haben folgende Elemente diskutiert:

- regelmäßige Sitzungen der SCG wie bisher, dazu eventuell und wenn erforderlich Sondersitzungen;
- Unterrichtung des NATO-Rates durch den amerikanischen NATO-Botschafter¹⁹;
- telegrafische Unterrichtung der Delegationsleiter bei der Special Group über den Gesprächsstand durch Bartholomew.

Bartholomew wies darauf hin, daß die Hauptaufgabe der Special Group die Entwicklung der Substanzpositionen bleibe. Darüber hinaus waren wir uns einig, daß auch in Zukunft ein wichtiger Teil der begleitenden Arbeit in bilateralen Konsultationen geleistet werden muß.

III. Die Konsultationen werden am 5. September mit der Beratung folgender analytischer Themen fortgesetzt:

- geographischer Anwendungsbereich (hierzu haben die Amerikaner heute ein neues Papier für die SCG-Sitzung verteilt²⁰),
- „FBS“-Problematik,
- öffentliche Präsentation.

General Tandecki hat mitgezeichnet.

Ende der Anlage

VS-Bd. 11308 (220)

¹⁹ William T. Bennett.

²⁰ Botschafter Ruth, z. Z. Washington, berichtete am 17. Juni 1980, die amerikanische Regierung habe bei der Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO am 16. Juni 1980 in Washington zugesagt, „ihr Papier ‚geographic scope‘ unter Berücksichtigung britischer, kanadischer und deutscher Stellungnahmen überarbeiten zu wollen. Wir haben in diesem Zusammenhang eindringlich auf die pol[itis]che Bedeutung der Frage globaler-regionaler Erfassung und die politische Brisanz eines möglichen östlichen Regionalisierungsansatzes hingewiesen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2438; VS-Bd. 10369 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

Für das undatierte amerikanische Papier „geographic scope: five approaches“ vgl. VS-Bd. 10330 (201). Das Bundesministerium der Verteidigung resümierte am 11. September 1980, das Papier zum „geographic scope“ gebe „eine gute Übersicht über die bisher entwickelten Lösungsmöglichkeiten für einen regionalen subceiling unter einem globalen ceiling. Zu den bisher bekannten Möglichkeiten: Meridianfestlegung (100 oder 110 Grad Ost); regionale Begrenzung bei Jenissei-Fluß (R[egional]D[eployment]A[rea]); Dislozierungsfestlegung (engl[ischer] BLOB-Ansatz, jetzt S[pecified]D[eployment]A[rea]) sind neu hinzugekommen: Global Alternating Deployment Zone (GADZ), Limited Nuclear Deployment Area (LNDA), die beide einen mehr allgemeinen Ansatz verfolgen als die bisher eng auf Europa bezogenen Konzepte. [...] Das Papier schließt mit der Feststellung, daß kein Ansatz ausgewählt werden sollte, bevor nicht die Verhandlungen begonnen hätten und die sowjetischen Vorstellungen über eine generelle Vorgehensweise näher bekannt seien.“ Vgl. Referat 220, Bd. 116910.

Runderlaß des Ministerialdirektors Fleischhauer

511-530.36 IRK-871/80 geheim
Fernschreiben Nr. 4667 Plurez
Citissime

Aufgabe: 11. September 1980, 20.25 Uhr¹

Betr.: Verhaftung von zwei Angehörigen der Ost-Berliner Botschaft des Irak in Berlin (West)²;
 hier: Gespräch zwischen StS van Well und dem irakischen Botschafter³ in Bonn am 11.9.1980

Bezug: Fernschreiben des AA vom 9. September 1980 Nr. 4568, Az. 511-530.36 IRK geheim⁴

Staatssekretär van Well empfing heute erneut den irakischen Botschafter. Zunächst wurde über die Einschaltung des Büros RA⁵ Bossi, München, in die Gespräche über die beiden verhafteten Iraker gesprochen, was dem AA gegenüber von dem Büro vorgeschlagen worden war. Der Botschafter sagte, das Büro habe der Botschaft seine Mitarbeit vorgeschlagen. Er habe die Absicht gehabt, morgen auf das Angebot zu antworten. Das Büro habe der Botschaft Formulierungen zu den erörterten Erklärungen vorgeschlagen und erwähnt, es habe mit dem Auswärtigen Amt in Kontakt gestanden. Die Botschaft habe jedoch in dieser Frage dem Büro Bossi keinen Auftrag erteilt und werde dies auch nicht tun.

Der Botschafter erklärte, er habe auch seinerseits den Wunsch gehabt, Herrn van Well zu sehen, um ihm die Antwort der irakischen Regierung auf die ihm im letzten Gespräch gestellten Fragen zu geben.

¹ Durchdruck.

Der Drahterlaß wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lohse konzipiert. Hat Staatssekretär van Well am 11. September 1980 vorgelegen.

² Zur Festnahme der beiden in Ost-Berlin akkreditierten irakischen Botschaftsangehörigen al-Doory und Haj Ali in Berlin (West) vgl. Dok. 230.

³ Bassim al-Bazzaz.

⁴ Ministerialdirektor Fleischhauer teilte mit, Staatssekretär van Well habe mit dem irakischen Botschafter al-Bazzaz am 9. September 1980 die Verhaftung der zwei Botschaftsangehörigen in Berlin (West) erörtert. Van Well habe dargelegt: „Die zuständigen deutschen Behörden seien bereit, die beiden inhaftierten Iraker auszuweisen und das gegen sie laufende Verfahren einzustellen, wenn diese beiden Personen vor dem Verlassen von Berlin (West) 1) schriftlich erklärten, daß sie kein Strafverlangen gegen Berliner Polizeibeamte richten würden, und 2) wenn die deutsche Seite darauf vertrauen könne, daß die beiden Iraker anschließend nicht mehr in den Geltungsbereich unserer Gesetze zurückkehrten.“ Al-Bazzaz habe klargemacht, daß eine Strafanzeige gegen die Berliner Polizei nicht beabsichtigt sei: „Wenn die beiden Iraker aus der Haft entlassen seien, sei die Frage für den Irak erledigt. Man werde auf die Sache nicht mehr zurückkommen. Was das Problem des Nichtwiederbetretens des Gebiets der Bundesrepublik und von Berlin (West) betreffe, so sei dies in erster Linie Sache der Bundesregierung, hiergegen Vorsorge zu treffen. Er könne aber versichern, daß beide Iraker weder die Bundesrepublik noch Berlin (West) in Zukunft betreten würden. West-Berlin würde von irakischen Diplomaten überhaupt nicht mehr in absehbarer Zeit betreten werden, da dies für irakische Diplomaten ein sehr gefährlicher Ort geworden sei.“ Vgl. den Runderlaß; VS-Bd. 10799 (511); B 150, Aktenkopien 1980.

⁵ Rechtsanwalt.

Die irakische Seite werde keine Anzeige gegen die Berliner Polizei stellen. Beide Diplomaten würden nicht mehr in das Gebiet, in dem das deutsche Recht gelte, zurückkehren. Ihr seelischer Zustand würde das auch gar nicht zulassen. Aus diesem Grunde würden beide auch nicht mehr in Ost-Berlin arbeiten.

StS van Well begrüßte die Erklärungen des Botschafters und erläuterte sie, das Einverständnis des Botschafters voraussetzend, dahin, daß auch in Zukunft keine Anschuldigungen gegen die Berliner Polizei in der Öffentlichkeit erwogen würden und daß der Geltungsbereich unserer Gesetze auch Berlin (West) umfasse. Er bedankte sich für die klare Aussage, daß beide irakischen Diplomaten in Zukunft nicht mehr in Ost-Berlin tätig sein würden. Es sei zweckmäßig, wenn die entsprechenden schriftlichen Erklärungen der beiden Iraker zur Frage der Strafanzeige in Berlin abgegeben würden.

Das Auswärtige Amt werde unverzüglich die notwendigen Kontakte aufnehmen, um die Angelegenheiten nunmehr rasch zu Ende zu bringen. Dies entspreche auch dem Wunsch des Regierenden Bürgermeisters Stobbe, mit dem er noch gestern die Angelegenheit erörtert habe.

Der Botschafter nahm diese Erklärung entgegen und erwähnte noch, daß er Kontakt mit seinem Rechtsanwalt aufnehmen werde, den er bitten werde, zusammen mit einem Vertreter der Botschaft nach Berlin zu reisen, um dort die Erklärung zu formulieren.

Der Botschafter sprach die Erwartung aus, daß die deutsche Presse aufhöre, die Sache noch weiter zu erörtern und anzuheizen. Nach Auffassung seiner Regierung sei die Angelegenheit abgeschlossen und solle keinen Einfluß auf die Beziehungen haben.

Er wolle jedoch noch mal betonen, wieviel Wert seine Regierung darauf lege, in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung den Aktivitäten der dem Irak feindlichen Organisationen zu begegnen.

StS van Well erwiderte, die Freilassung der beiden Iraker werde vom Berliner Senat veröffentlicht und begründet werden. Dem Botschafter wurde sodann der wesentliche Inhalt der voraussichtlichen Presseerklärung⁶ wie folgt mitgeteilt:

Im Ergebnis der Gespräche, die die Bundesregierung mit dem Senat von Berlin seit der am 1.8.1980 erfolgten Festnahme von zwei irakischen Staatsangehörigen geführt hat, wurden diese beiden Personen heute vom Polizeipräsidenten in Berlin⁷ nach Bagdad ausgewiesen.

Der Generalstaatsanwalt bei dem Landgericht hat das gegen die beiden anhängige Verfahren gemäß § 154b StPO eingestellt.

Die Berliner Strafverfolgungsbehörden haben unmittelbar nach Ergreifung der beiden Iraker, die in dem dringenden Verdacht standen, einen Sprengstoffanschlag auf kurdische Studenten geplant zu haben, die Ermittlungen mit dem Ziel betrieben, das Strafverfahren durchzuführen.

⁶ Ministerialdirektor Fleischhauer übermittelte am 10. September 1980 dem Bundeskanzleramt und den Bundesministerien des Innern, der Justiz und dem für innerdeutsche Beziehungen den in der Abteilungsleiterbesprechung am selben Tag modifizierten Entwurf einer Presseerklärung des Senats von Berlin. Vgl. dazu B 83 (Referat 511), Bd. 1191.

⁷ Klaus Hübner.

Die Bundesregierung hat den Senat wissen lassen, daß dringende außenpolitische und sicherheitspolitische Gründe dafür sprächen, die beiden irakischen Staatsangehörigen alsbald auszuweisen, und gebeten, diese Auffassung bei der weiteren Behandlung der Angelegenheit zu berücksichtigen.⁸

Aus der Verantwortung für die innere Sicherheit der Stadt hat der Senat die Bundesregierung jedoch zunächst um die Klärung bestimmter Punkte gebeten.⁹

Die Bundesregierung hat für dieses Berliner Anliegen Verständnis gezeigt und in Kontakten mit der irakischen Seite die notwendigen Klärungen herbeigeführt.

Die zuständige Berliner Behörde hat daher entsprechend dem Wunsch der Bundesregierung trotz der Schwere des Tatvorwurfs von der in § 154 b StPO vorgesehenen Möglichkeit der vorläufigen Einstellung des Verfahrens bei Ausweisung Gebrauch gemacht. Das Verfahren würde allerdings erneut aufgenommen werden, wenn die Betroffenen in den Geltungsbereich der Strafprozeßordnung zurückkehren würden.

Abschließend unterstrich Staatssekretär van Well den Wunsch der Bundesregierung zur Zusammenarbeit auf politischem sowie wirtschaftlichem Gebiet. Dies gelte auch für die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden beider Länder. Bei der Frage der angesprochenen Organisationen sei von unserer Rechtsordnung auszugehen. Soweit Rechtsverstöße eine Rolle spielten, sollte der Botschafter uns unterrichten. StS empfahl dem Botschafter, sich mit dem Beauftragten für Nah- und Mittelostpolitik des AA, Herrn Montfort, in Verbindung zu setzen. Der Botschafter solle Herrn Montfort seine Sorgen in diesem Zusammenhang im einzelnen mitteilen. StS van Well versprach seinerseits die Sache mit StS Fröhlich, BMI, aufzunehmen.

Der Botschafter bedankte sich. Zur geplanten Presseerklärung des Berliner Senats könne er keinen Kommentar abgeben.

Fleischhauer¹⁰

VS-Bd. 10799 (511)

⁸ Ministerialdirektor Fleischhauer notierte am 20. August 1980, Staatssekretär Schüler, Bundeskanzleramt, habe am Vorabend an den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Stobbe, „ferschriftlich die in der Abteilungsleiterbesprechung im Auswärtigen Amt vom gleichen Tage abgestimmte Mitteilung der Bundesregierung gerichtet. Das Bundeskanzleramt hat dem Senat ergänzend hierzu erklärt, daß das Auswärtige Amt und das Bundesministerium des Innern zu weiteren mündlichen Erläuterungen für den jeweiligen Zuständigkeitsbereich bereit seien.“ Vgl. B 83 (Referat 511), Bd. 1191.

⁹ Die Senatskanzlei von Berlin teilte Staatssekretär Schüler, Bundeskanzleramt, am 21. August 1980 mit, der Senat könne der Bitte der Bundesregierung entsprechen, sofern von irakischer Seite zugesichert werde, daß keine weiteren terroristischen Aktivitäten in Berlin erfolgen und die beiden inhaftierten irakischen Diplomaten nach ihrer vorzeitigen Haftentlassung „nicht mehr in den Geltungsbereich unserer Gesetze und nach Ost-Berlin zurückkehren“ würden. Ferner müsse es zur „Rücknahme des Strafverlangens gegen die Polizeibeamten aus Anlaß der Festnahme der beiden Inhaftierten durch deren Verteidigung“ kommen: „Schließlich ist ein konkretes Entgegenkommen der irakischen Seite in der Terroristenfrage erforderlich.“ Vgl. das Fernschreiben Nr. 119; B 83 (Referat 511), Bd. 1191.

¹⁰ Paraphe.

268

Botschafter Wieck, Moskau, an das Auswärtige Amt**114-5058/80 VS-vertraulich****Aufgabe: 12. September 1980, 16.53 Uhr¹****Fernschreiben Nr. 4045****Ankunft: 13. September 1980, 12.09 Uhr**

Betr.: Ost-West-Beziehungen;
 hier: Diskussion um „Einmischung“

Bezug: DB Nr. 4016 vom 11.9.1980 – Pol 322 POL²

Zur Information

Die sowjetische Polemik gegen eine angebliche Einmischung des Westens in Polen, auch unter Verwendung von Zitaten aus der innerwestlichen Diskussion (zuletzt von Äußerungen MdB Voigts in Frankfurt, vgl. Bezugs-DB), sowie die Aussicht auf eine kontroverse Diskussion des Themas „Menschenrechte und Einmischung“ in Madrid³ geben zu folgenden Überlegungen aus hiesiger Sicht Anlaß:

- 1) Der Grundsatz der Nichteinmischung gilt, gerade nach der sowjetischen Konzeption der „friedlichen Koexistenz“, nur für staatliches Verhalten, für Regierungen und deren Institutionen. Er gilt nicht für den „gesellschaftlichen“ Bereich, da ja nach sowjetischer Auffassung die freie Entfaltung gesetzmäßig-historisch bedingter, übernationaler sozialer Kräfte nicht behindert werden darf.
- 2) Nach dem für die Entspannung konstitutiven Grundsatz der Gleichberechtigung folgt daraus für den Westen, daß seinen gesellschaftlichen Organisationen prinzipiell der gleiche Spielraum für die Unterstützung ideologisch nahestehender politischer und gesellschaftlicher Tendenzen im Ausland eingeräumt werden muß, wie ihn die Sowjets für sich in Anspruch nehmen. Die von den So-

¹ Hat Legationsrat I. Klasse Barker am 15. September 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Arnot, Vortragenden Legationsrat Vogel und Attaché Mülmenstädt verfügte.

Hat Arnot am 16. September 1980 vorgelegen.

Hat Mülmenstädt am 16. September 1980 vorgelegen.

Hat Vogel am 14. Oktober 1980 vorgelegen.

² Botschafter Wieck, Moskau, unterrichtete, in der Darstellung der sowjetischen Presse zu den Vorgängen in Polen werde „nach wie vor dem Kampf gegen die ‚antisozialistischen Elemente‘ Priorität beigemessen. Die Unterstützung dieser Kräfte von außen, insbesondere durch westliche Gewerkschaften, wird als gefährliche Einmischung in die inneren Angelegenheiten Polens dargestellt. [...] Prawda veröffentlichte am 11.9. einen TASS-Bericht aus Bonn, in dem unter der Überschrift ‚Warnungen eines Experten‘ Äußerungen von SPD-MdB K. Voigt wiedergegeben werden. Voigt, der in der Meldung als einer der außenpolitischen Experten der SPD-Fraktion bezeichnet wird, habe unterstrichen, daß die Ereignisse in Polen ausschließlich Sache des polnischen Volkes, der PVAP und der polnischen Regierung seien. Er habe auf die Gefährlichkeit der Versuche gewisser Kreise in NATO-Ländern, darunter der BRD, hingewiesen, sich in die inneren Angelegenheiten Polens einzumischen. Eine solche Politik, die zur Zeit im Westen propagiert werde, würde die ganze Sache des Friedens und der Entspannung in Zweifel ziehen. Er habe eine Reihe von Führern westdeutscher Gewerkschaften vor einer finanziellen Unterstützung sogenannter ‚oppositioneller Kräfte‘ in Polen gewarnt. Einziger Partner bei der weiteren Entwicklung der Friedens- und Entspannungspolitik zwischen beiden Ländern sei für die Regierung der BRD die Regierung Polens.“ Vgl. Referat 213, Bd. 132905.

³ Die KSZE-Folgekonferenz wurde am 11. November 1980 in Madrid eröffnet. Vgl. dazu Dok. 319 und Dok. 322.

wjets so geschätzte Devise „quod licet Iovi, non licet bovi“ kann vom Westen nicht als Maßstab eigenen Verhaltens übernommen werden.

3) Die Frage, ob sich außer der Bundesregierung auch die führenden politischen und gesellschaftlichen Kräfte in der Bundesrepublik einer gewissen Zurückhaltung gegenüber den polnischen Ereignissen befleißigen sollten, ist daher eine ausschließlich taktische. In der Tat spricht einiges dafür, daß auch den Polen selbst zur Zeit mit einer gewissen Vorsicht und Zurückhaltung seitens nicht-staatlicher Institutionen mehr gedient ist als durch ein lautstarkes Engagement und spektakuläre Hilfeleistung.

4) Dessen ungeachtet scheint es bedenklich, wenn das Problem der Solidarität mit den polnischen Arbeitern in der öffentlichen Diskussion warnend mit der Frage nach der Zukunft der Entspannungspolitik verknüpft wird. Sowjets könnten daraus Bestätigung ihrer These ableiten, daß unter den Bedingungen der „friedlichen Koexistenz“ nur „progressive Kräfte“ im Westen das Recht auf Unterstützung von außen haben, während der sowjetische Herrschaftsbereich gewissermaßen eine Tabuzone darstellt, die anzurühren eine Verletzung der Spielregeln der Entspannung darstellt.

5) Wir sollten im Gegenteil bei jeder sich bietenden Gelegenheit auf dem Recht unserer gesellschaftlichen Kräfte bestehen, ihrer Sympathie und Solidarität mit politisch verwandten Organisationen und Personen im Ausland auch durch praktisches Handeln Ausdruck zu verleihen. Spannungsfeindlich kann nur die Beeinträchtigung der Souveränität eines Landes durch die direkte oder indirekte Ausübung oder Androhung staatlicher Gewalt seitens einer anderen Macht sein.

6) Die offensive Propagierung einer solchen Entspannungskonzeption ist auch in unserem eigenen politischen Interesse, da der Westen infolge seines Potentials und seiner Flexibilität über größere Möglichkeiten des Einflusses im nichtstaatlichen Bereich verfügt als das vergleichsweise eher starre und durch Mißtrauen in seine eigenen Bürger beeinträchtigte sowjetische Herrschaftssystem.

7) Eine fiktive Trennung zwischen Regierung und Partei erlaubt es den Sowjets, auf Parteiebene und im Medienbereich Dinge zu sagen und zu tun, für die sie dann jegliche staatliche Verantwortung ableugnen können. Wir sollten auch unsererseits die sich aus einer solchen „Arbeitsteilung“ ergebenden Vorteile nutzen, um der anderen Seite gelegentlich jene Wahrheiten zu sagen, deren Bloßlegung sich auf diplomatischer Ebene nicht unbedingt empfiehlt. Es ist aus hiesiger Sicht wenig sinnvoll, wenn sich Personen des öffentlichen Lebens, die nicht Vertreter der Regierung sind, gegenüber der UdSSR so „staatsmännisch“ verhalten, als seien sie Sprecher für die Bundesregierung. Ein solches Verhalten wird von den Sowjets nicht honoriert, sondern nur als Verzicht darauf ausgelegt, im Rahmen der Entspannungspolitik und des Fortgangs des ideologischen Ringens die eigenen gesellschaftspolitischen Konzeptionen zu vertreten.

[gez.] Wieck

VS-Bd. 13168 (213)

269

Gesandter Pfeffer, Brüssel (NATO), an Auswärtiges Amt**114-5064/80 VS-vertraulich****Aufgabe: 13. September 1980, 22.45 Uhr¹****Fernschreiben Nr. 1230****Ankunft: 14. September 1980, 00.03 Uhr****Citissime nachts****Betr.: Lage in der Türkei²;****hier: Sitzung des NATO-Rats im kleinsten Kreis vom 13.9.80, 20.00 Uhr****Bezug: 1) DB 1219 vom 12.9.80 VS-v³****2) DB 1221 vom 12.9.80 VS-v⁴****3) DB 1226 vom 13.9.80 VS-v⁵****4) DB 1227/1228 vom 13.9.80 VS-v⁶****5) Ferngespräche mit Dg20⁷ vom 13.9.80**

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann am 15. September 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an die Legationsräte I. Klasse Wagner und Kreusel verfügte.

Hat Wagner am 15. September 1980 vorgelegen.

Hat Kreusel vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Seibert vorgelegen.

² In der Nacht vom 11./12. September 1980 übernahmen die türkischen Streitkräfte die Regierungsgewalt in Ankara. Botschafter Oncken, Ankara, berichtete am 12. September 1980, der Generalsekretär des türkischen Außenministeriums, Türkmen, habe am Nachmittag die Botschafter der NATO-Mitgliedstaaten empfangen, „um ‚im Auftrage seiner Exzellenz des Präsidenten des Nationalen Sicherheitsrats‘ (Evren) Gründe und Prinzipien der Machtübernahme zu erläutern. [...] Angestrebt werde eine neue Verfassungsordnung, die Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit und sozialen Frieden, Integrität des türkischen Staatsgebiets, Sicherheit von Leben und Eigentum aller Bürger, Stärkung der Staatsautorität beinhalte. Zu ziviler Regierung solle möglichst bald zurückgekehrt werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1120; Referat 203, Bd. 115908.

Referat 203 notierte am 15. September 1980: „Machtübernahme durch Militärs steht am Ende einer politischen Dauerkrise: Vakanz im Präsidentenamt (über 100 ergebnislose Abstimmungen in beiden Kammern des Parlaments), Blockierung einer effektiven Regierungstätigkeit durch Manöver der führenden Politiker aller Parteien gegeneinander, erschreckende Zunahme des Terrors (zeitweise über 30 Tote an einem Tag). Letzten Anstoß dürfte Mißtrauensantrag und anschließender Rücktritt AM Erkmn gegeben haben. Türkische Verfassung bietet keine Grundlage für militärisches Eingreifen. Streitkräfte verstehen sich traditionell jedoch als Wahrer des Erbes von Atatürk. Sie berufen sich auf Artikel 35 des Streitkräftegesetzes, in dem es heißt: ‚The duty of the Turkish armed forces is to protect and defend the Turkish state and the constitutionally defined Turkish Republic.‘“ Vgl. Referat 203, Bd. 115908.

³ Gesandter Pfeffer, Brüssel (NATO), berichtete, der türkische NATO-Botschafter Olcay habe in der Sitzung des Ständigen NATO-Rats im kleinen Kreis über die Regierungsübernahme in der Türkei durch die militärische Führung informiert: „Generalsekretär stellte die Frage, ob die Übung A[llied Command Europe]M[obile]F[orce] fortgesetzt und der Besuch des Military Committee in der Türkei durchgeführt werden sollte. Die Frage des Besuchs des Military Committee wurde zurückgestellt, weil bis zum 24. noch genügend Zeit zur Beratung bestehe.“ Olcay habe für die Durchführung des geplanten Manövers „Anvil Express“ der Allied Command Europe Mobile Force vom 19. September bis 6. Oktober 1980 in der Türkei plädiert, da eine Absage die Türkei desavouiere. Vgl. VS-Bd. 10298 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

⁴ Gesandter Pfeffer, Brüssel (NATO), ergänzte, in der Sitzung des Ständigen NATO-Rats im kleinen Kreis habe der türkische NATO-Botschafter Olcay eine Stellungnahme des türkischen Außenministeriums verlesen, in der Gründe, Ziele und Grundsätze der Machtübernahme der türkischen Streitkräfte dargelegt seien. Ferner habe Olcay aus einer Rede des Generalstabschefs der türkischen Streitkräfte, Evren, zitiert: „Die türkische Militärregierung werde sich nach den Grundsätzen verhalten, die Atatürk niedergelegt habe. Diese Grundsätze seien die Grundlage für das Handeln der Militärbehörden. Sie sähen auch vor die Rückkehr zu einem parlamentarischen System und zur Wieder-

Zur Unterrichtung und mit der Bitte um Weisung zu IV. bis Montag, 15.9.80, 16.00 Uhr

I. Zusammenfassung

Der NATO-Rat ist am 13.9.80 um 20 Uhr erneut zusammengetreten.

Ich habe auf Bitten des Generalsekretärs⁸ die Entscheidung der Bundesregierung vorgetragen.

Belgien hielt zunächst an seiner Ablehnung fest, ging dann aber auf die Kompromißlösung ein, daß es selbst nicht an der Übung teilnimmt, aber der Weiterführung der Übung durch die übrigen zustimmt. Aufgrund dieser beiden Schlüsselentscheidungen schlossen sich Norwegen und schließlich auch Dänemark dem Konsensus an. Der Rat hat damit einstimmig entschieden.

II. Im einzelnen

Ich habe erklärt, die Bundesregierung habe die Problematik sehr sorgfältig erwogen und geprüft, weil wir uns einer besonderen Situation gegenübersehen, deren Ernst und Komplexität schon die Tatsache erhellte, daß der NATO-Rat sich in drei Sondersitzungen mit ihr habe befassen müssen. Wir stünden vor einer Situation, deren weitere Entwicklung noch nicht klar sei.

In diesem Zusammenhang sei auf die Erklärung des Bundesministers des Auswärtigen hinzuweisen, der öffentlich unserer Hoffnung Ausdruck gegeben habe, daß die Türkei möglichst bald zu demokratischen Zuständen zurückkehre.⁹

Im Interesse der Einheit der Allianz, die für uns ersten Rang habe, gebe Bun-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1387

zulassung von politischen Parteien, sobald dies möglich erscheine.“ Vgl. VS-Bd. 10298 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

⁵ Gesandter Pfeffer, Brüssel (NATO), informierte, in der Sitzung des Ständigen NATO-Rats im kleinen Kreis am 13. September 1980 hätten sich für die Durchführung des für den Zeitraum vom 19. September bis 6. Oktober 1980 vorgesehenen Manövers „Anvil Express“ der Allied Command Europe Mobile Force in der Türkei „von den direkten Teilnehmern ausgesprochen: die USA, Italien und die Türkei; Großbritannien (allerdings mit starken Bedenken). Von den übrigen sind dafür: Portugal, Frankreich, Griechenland, Niederlande (ohne Instruktion auf persönlicher Basis). Island und Luxemburg sind bereit, dem Konsens zu folgen, Kanada ebenso, aber mit großen Bedenken (ähnlich wie Großbritannien). Gegen die Fortführung des Manövers haben sich von den direkten Teilnehmern Belgien, von den übrigen Dänemark und Norwegen ausgesprochen.“ Pfeffer berichtete, er habe entsprechend der telefonischen Instruktion durch Ministerialdirigent Dröge festgestellt, „die deutsche Entscheidung müsse auf höchster politischer Ebene getroffen werden“; diese erfahre er erst am Nachmittag. Der türkische NATO-Botschafter Olcay habe dargelegt, eine Beteiligung Belgiens sei entbehrlich, entscheidend sei jedoch, daß das Manöver multilateral fortgeführt werde. Pfeffer berichtete ferner, die NATO-Botschafter Dänemarks und Norwegens, Svart und Vibe, hätten ihm mitgeteilt, daß ihre Regierungen sich an der Bundesrepublik ausrichten würden. Auch der Vorsitzende des NATO-Militärausschusses, Falls, habe erklärt, „daß der Ausfall der belgischen Teilnahme am Manöver zu verkraften sei. Bei Absage der deutschen Seite müsse das gesamte Manöver abgesagt werden.“ Vgl. VS-Bd. 10298 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

⁶ Gesandter Pfeffer, Brüssel (NATO), schilderte im Detail den Diskussionsverlauf der Sitzung des Ständigen NATO-Rats im kleinen Kreis am 13. September 1980, über die er mit Drahtbericht Nr. 1226 vom selben Tag unterrichtet hatte. Vgl. VS-Bd. 10298 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

⁷ Heinz Dröge.

⁸ Joseph Luns.

⁹ In der Presse wurde berichtet, Bundesminister Genscher habe geäußert, er „hoffe, daß die Türkei schnellstmöglich zu normalen Verhältnissen zurückkehren und auch in Zukunft ihren NATO-Verpflichtungen nachkommen werde“. Vgl. den Artikel „Militärs schwören der NATO Treue“, DIE WELT vom 13./14. September 1980, S. 8.

desregierung ihre Zustimmung zur Fortsetzung des AMF¹⁰-Manövers in der Türkei.

Der niederländische Geschäftsträger erklärte, nunmehr auf Weisungsbasis, die Niederlande schlossen sich dem Konsensus an. Dabei zähle vor allem die Haltung derjenigen Staaten, die an der Übung teilnehmen. Den Haag neige zur Fortsetzung des Manövers.

Der britische Geschäftsträger stellte fest, die britische Meinung habe sich aufgrund der ausgiebigen Diskussion im Rat immer mehr zu dem nun erkennbaren Konsensus hinentwickelt. Die britische Meinungsänderung gehe auch auf die vorzüglichen Darlegungen des türkischen Botschafters¹¹ in den private meetings zurück.

Der belgische Botschafter stellte fest, die Position seiner Regierung bleibe die gleiche, wie er sie heute morgen vorgetragen habe. Sie fuße auf internen und externen Gründen. Die internen Gründe hätten dabei den Vorrang. Belgien habe enorme Schwierigkeiten mit der TNF-Entscheidung, hoffe aber, zu einer positiven Entscheidung zu gelangen.¹² Man dürfe in diesem Augenblick denjenigen, die diese Entscheidung innenpolitisch bekämpften, keine zusätzlichen Angriffsflächen bieten.¹³ Eine Beteiligung Belgiens am Manöver komme deshalb nicht in Frage. Das habe nichts mit einer Einmischung in die internen Angelegenheiten der Türkei zu tun. Die belgische Position sei kein Tadel für die Türkei. Warum müsse diese Übung unbedingt fortgesetzt werden? Es gebe so viele Argumente, die für eine Verschiebung sprächen.

Ich habe dem belgischen Botschafter die Frage gestellt, ob die Nicht-Teilnahme Belgiens am Manöver, die mit der außergewöhnlichen Lage wegen der bevorstehenden TNF-Entscheidung begründet werde – und hier sei in der Tat ein überragendes Allianz-Interesse involviert –, bedeute, daß Belgien der Weiterführung der Übung durch die anderen Teilnehmer zustimme.

Der belgische Botschafter bejahte dies.

Ich habe sodann die Frage an den dänischen und norwegischen Botschafter¹⁴ gerichtet, ob auch sie unter diesen Umständen zustimmen könnten, damit Einmütigkeit erreicht werde. Der dänische Botschafter erwiderte, nachdem die belgische Position klargestellt sei, könne Dänemark seine Zustimmung geben.

Der norwegische Botschafter schloß sich dieser Linie an. Norwegen sei in der Lage zuzustimmen, weil ein einstimmiger Beschluß erreicht werden müsse, und nicht zuletzt auch deshalb, weil der türkische Botschafter heute morgen feste Zusicherung gegeben habe, daß die Türkei zur vollen Demokratie zurückkehren wolle und daß der Hausarrest führender Politiker¹⁵ demnächst aufgehoben werde.

¹⁰ Allied Command Europe Mobile Force.

¹¹ Osman Olcay.

¹² Zur belgischen Haltung zur Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 212, Anm. 4, und Dok. 278.

¹³ Die Worte „TNF-Entscheidung“ und der Passus „keine zusätzlichen Angriffsflächen bieten“ wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Dieser Grund muß für alles herhalten, ohne daß sich etwas bei LRTNF bewegt.“

¹⁴ Anker Svart (Dänemark) und Kjeld Vibe (Norwegen).

¹⁵ Botschafter Oncken, Ankara, berichtete am 14. September 1980 über die Maßnahmen gegen türkische Politiker: „a) Demirel und Ecevit sollen sich unter angenehmen Gewahrsamsverhältnissen in

Der türkische Botschafter dankte mit sichtlicher Bewegung für die einstimmige Entscheidung des Rats. Es sei dies die erste Reaktion des Bündnisses nach den Ereignissen vom Freitag¹⁶. Es habe sich um eine sehr delikate Bitte der türkischen Regierung in ihren ersten Tagen gehandelt. Seine Regierung brauche Verständnis und Hilfe und sei auf den guten Willen der Allianz angewiesen. Der Dank seiner Regierung richte sich insbesondere an diejenigen verbündeten Regierungen, die mit dieser Entscheidung Schwierigkeiten gehabt hätten.

III. Der Generalsekretär äußerte sich zu Beginn der Sitzung äußerst schockiert über die Tatsache, daß der Brüsseler Korrespondent der „Welt“¹⁷ über Details der Ratssitzung im kleinsten Kreis vom 13. September, 9.30 Uhr, informiert worden sei, wie sich aus seinem Anruf im Internationalen Sekretariat ergeben habe.

Ich habe den Bruch der Vertraulichkeit bedauert und die Frage der Pressebehandlung aufgeworfen.

Der dänische und türkische Botschafter und der amerikanische Geschäftsträger sprachen sich gegen eine Presseerklärung aus. Nach kurzer Diskussion wurde folgende Einigung erzielt: Auf die Anfrage, ob der Rat befaßt worden sei, solle geantwortet werden, der türkische Botschafter habe seine Kollegen über die Lage in seinem Land unterrichtet. Falls nach dem AMF-Manöver gefragt werde, solle nur geantwortet werden, die Übung nehme ihren Fortgang.

IV. Amerikanischer Geschäftsträger stellt die Frage, ob der Rat sich nach der heutigen Entscheidung tatsächlich noch einmal mit dem Besuch des Militärausschusses in der Türkei¹⁸ befassen müsse. Er halte das für unnötig.

Der dänische Botschafter widersprach. Die Argumente, die zur Fortführung des Manövers vorgebracht worden seien und obsiegt hätten, seien nicht ohne weiteres auf die Besuchsreise des Militärausschusses anwendbar. Es sei technisch leichter, diesen Besuch abzusagen, als ein bereits laufendes Manöver abzubrechen.¹⁹

Fortsetzung Fußnote von Seite 1389

Geliboglu (Galipoli) befinden; b) Erbakan soll auf eine Sperrgebietsinsel im Golf von Izmir verbracht sein; c) Türkeş hat sich heute morgen, 7.00 Uhr, gestellt. Er wurde an gleichen Haftort wie Erbakan verbracht. d) Weiterhin sollen festgenommen sein: Auf der Rechten zahlreiche Abgeordnete der Nationalen Bewegungspartei (Türkeş), Heilspartei (Erbakan) und einige Rechtsaußen von Demirels Gerechtigkeitspartei. Auf der Linken die Linksgruppe der R[epublikanischen]V[olks]P[artei], der zum Teil pro-kommunistische Sympathien nachgesagt werden. e) Gemäßigte Politiker scheinen nicht beehelligt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1130; Referat 203, Bd. 115908.

¹⁶ 12. September 1980.

¹⁷ Cay Graf Brockdorff.

¹⁸ Vortragender Legationsrat I. Klasse Kastrup notierte am 16. September 1980: „Die nach gängiger Praxis alle zwei Jahre vorgesehene Reise des Militärausschusses (MC) auf der Ebene der Generalstabschefs sollte dieses Jahr in die Türkei und nach Italien führen. Der für September geplante Türkei-Besuch ist auf türkischen Wunsch abgesagt worden.“ Vgl. Referat 201, Bd. 120251.

¹⁹ Gesandter Pfeffer, Brüssel (NATO), berichtete am 15. September 1980, in der Sitzung des Ständigen NATO-Rats im kleinen Kreis habe wegen der ablehnenden Haltung Belgiens, Dänemarks und Norwegens kein Konsens hinsichtlich der Reise des NATO-Militärausschusses in die Türkei und nach Italien erzielt werden können. Daher habe NATO-Generalsekretär Luns den türkischen NATO-Botschafter Olcay gebeten, „General Evren zu bewegen, von sich aus Verschiebung der Reise vorzuschlagen“. In der Diskussion hätten sich die USA und die Türkei energisch für die Durchführung der Reise ausgesprochen. Dabei seien sie von Griechenland, Luxemburg, den Niederlanden und Portugal unterstützt worden: „Ich habe als meine persönliche Meinung geäußert, der Rat müsse, wie am Samstag in der Manöverfrage, zu einer konsensualen Entscheidung kommen. Unser Ziel bleibe daselbe: Der Türkei in dieser schwierigen Situation zu helfen, zur Demokratie zurückzufinden. Die

Der Generalsekretär setzte daraufhin eine Ratssitzung im kleinsten Kreis für Montag, den 15.9.1980, 16.00²⁰ Uhr, an.

Dazu Weisung erbeten.

V. Nach der Sitzung haben sich mehrere Botschafter sehr anerkennend über unsere Entscheidung, aber auch über unsere Bemühungen, vollen Konsensus zu erreichen, geäußert. Ich hatte die belgische Lösung und damit den Anschluß Dänemarks und Norwegens an den allgemeinen Konsensus vorher bilateral mit diesen drei Botschaftern und dem amerikanischen Geschäftsträger vorbesprochen.

Glitman und ich haben van Ussel außerdem gefragt, ob und gegebenenfalls wie seine Regierung die Nicht-Teilnahme belgischer Truppen an der Übung begründen wolle. Van Ussel meinte zunächst, die belgische Absage werde sicher mit der Machtübernahme in der Türkei durch die Militärs begründet werden. Wir haben der belgischen Seite dringend von einer solchen Begründung abgeraten, weil sie dem Konsensus und der eigentlichen belgischen Motivation zuwiderlaufe. Statt dessen sollte die belgische Regierung besser durchblicken lassen, die Absage geschehe aus budgetären Gründen.²¹ Dies sei, so habe ich hinzugefügt, eine der seltenen Gelegenheiten, in denen dieses Argument eine durchaus nützliche Funktion habe.²²

[gez.] Pfeffer

VS-Bd. 10298 (201)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1390

telefonische Weisung von Dg20 traf hier erst nach Ende der Sitzung ein. Die übrigen Sprecher (alle mit Ausnahme Islands) erklärten, sich einem Konsensus anschließen zu wollen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1235; VS-Bd. 10298 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

²⁰ Diese Uhrzeit wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „15.00“.

²¹ Botschafter Blomeyer-Bartenstein, Brüssel, berichtete am 13. August 1980, die belgische Regierung habe in der Vorwoche über die Haushaltslage beraten: „Trotz größter Anstrengungen ist es nur gelungen, das laufende Defizit auf 90,7 Mrd. B[elgische]Fr[ancs] zu reduzieren.“ Dabei werde sich der belgische Verteidigungshaushalt „lediglich um 8,3 Prozent steigern. Hinzu kommt noch eine Sonderzuteilung von 750 Mio. BFR zum Ausgleich für die gestiegenen Treibstoffkosten.“ Insgesamt sei jedoch nicht zu übersehen, „daß bei dem nun nach dem Parlament zuzuleitenden Haushaltsentwurf allenfalls die im letzten Jahr erfolgte Streichung von 2,2 Prozent wieder ausgeglichen, nicht aber die der NATO zugesagte Drei-Prozent-Steigerung ermöglicht werden wird“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 274; Referat 201, Bd. 120175.

²² Gesandter Pfeffer, Brüssel (NATO), teilte am 17. September 1980 mit, er habe alle Mitglieder des Ständigen NATO-Rats befragt, „wie sie die Ergebnisse der private meetings vom 12. und 15. September beurteilten (Fortgang des AMF-Manövers, Besuchsaufschub des Militärausschusses)“. NATO-Generalsekretär Luns habe betont, er habe am 15. September 1980 nach einem Gespräch mit dem dänischen NATO-Botschafter Svart angesichts der belgischen, dänischen und norwegischen Haltung keine Konsensmöglichkeiten für die Reise des NATO-Militärausschusses in die Türkei und nach Italien gesehen: „Der dänische Botschafter bestätigte dies und fügte hinzu, man hätte ‚die Türken vor den Türken retten‘ müssen (sic). [...] Alle Gesprächspartner, mit Ausnahme der Dänen, machten geltend, daß seit Übernahme der Macht durch die türkischen Militärs der Terror auf den türkischen Straßen schlagartig aufgehört habe. Es sei erstaunlich, daß Verbündete, die sich stets besonders intensiv mit der humanitären Seite der Dinge befaßten, nicht wenigstens freiwillig zugäben, daß seit Freitag, dem 12. September, ungefähr 150 Menschen in der Türkei das Leben gerettet worden sei. Zu Ende der Regierung Demirel seien täglich etwa 30 Tote zu beklagen gewesen. Seitdem seien fünf Tage verflossen, und bisher habe nur ein Offizier sein Leben verloren. Mehrere Botschafter kritisierten die westlichen Medien, die durchweg von einem ‚Militärputsch‘ sprächen, obwohl die türkischen Militärs auf gesetzlicher Grundlage gehandelt hätten, so außergewöhnlich diese auch sein möge.“ Der britische NATO-Botschafter Clive habe es als unerträglich bezeichnet, „daß drei kleine Länder, von denen zwei besonders wenig für ihre Verteidigung täten, die übrigen durch

270

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fleischhauer

50-500.32/59-1

15. September 1980¹Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³

Betr.: Dritte VN-Seerechtskonferenz;

hier: Ergebnis der Genfer Sitzungsperiode der 9. Session⁴

Zweck der Vorlage: Unterrichtung

I. Ich fasse die Ergebnisse der am 29. August 1980 in Genf zu Ende gegangenen zweiten Hälfte der 9. Session der VN-Seerechtskonferenz wie folgt zusammen:

1) Wir haben unser prozedurales Verhandlungsziel erreicht:

Gegen den konstanten Druck der Konferenzfunktionäre und wichtiger Delegationen (SU, Wortführer der G 77) wurde eine Formalisierung des Verhandlungstextes und damit eine Beendigung der informellen Verhandlungsphase verhindert und auf die nächste Session⁵ hinausgeschoben.

2) Die sachlichen Verhandlungen führten allerdings nur zu begrenzten Fortschritten:

- Das Abstimmungsverfahren im künftigen Rat der Meeresbodenbehörde wurde durch ein System von Sperrminoritäten und Vetorechten in einer die Interessen der westlichen Industriestaaten jedenfalls in wesentlichen Punkten

Fortsetzung Fußnote von Seite 1391

ihr Veto blockierten. Wir müßten darüber nachdenken, ob das so weitergehen könne“. Er, Pfeffer, habe für ein Festhalten am Konsensprinzip und für Geduld plädiert, „damit die Türkei-Diskussionen, die großen Schaden für das Bündnis anrichten könnten, nicht ausufernten. Die USA, Frankreich, Großbritannien und wir zögen an einem Strick, die Mittelmeerverbündeten seien sich einig, besonders Griechenland spiele eine bemerkenswert positive Rolle. In der Manöverfrage habe die Mehrheit schließlich die drei genannten Länder dazu gebracht, sich dem Konsens anzuschließen. In der Besuchsfrage hätten die drei ihren Willen durchgesetzt, und wahrscheinlich sei dies Überkreuzergebnis durch die beiden Skandinavier von vornherein ins Auge gefaßt worden, da sie auf diese Weise in beiden Fällen die eigene Involvierung vermeiden konnten. Nun müsse erst einmal Ruhe eintreten und die türkische Entwicklung beobachtet werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1247; VS-Bd. 10298 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 16. September 1980 vorgelegen.

Hat Legationsrat I. Klasse Dix am 18. September 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Hartmann und an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Eitel „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.

Hat Hartmann am 18. September 1980 vorgelegen.

Hat Eitel am 5. Oktober 1980 vorgelegen.

² Hat Staatssekretär Lautenschlager am 16. September 1980 vorgelegen, der für Bundesminister Genscher handschriftlich vermerkte: „Dies ist eine übersichtliche Zusammenfassung des jetzigen Standes der Seerechtskonferenz.“

³ Hat Bundesminister Genscher am 17. September 1980 vorgelegen.

⁴ Die zweite Verhandlungsrunde der IX. Sitzungsperiode der Dritten VN-Seerechtskonferenz fand vom 28. Juli bis 29. August 1980 in Genf statt.

⁵ Die erste Verhandlungsrunde der X. Sitzungsperiode der Dritten VN-Seerechtskonferenz fand vom 9. März bis 24. April 1981 in New York, die zweite Verhandlungsrunde vom 3. bis 28. August 1981 in Genf statt.

berücksichtigenden Weise geregelt (der hier erreichte Kompromiß wurde von der Konferenzmehrheit, auch den USA, als Durchbruch gefeiert).

In weiteren Schwerpunkten des Meeresbodenregimes⁶ (Rohstoffpolitik, Finanzregelungen etc.) wurden marginale Veränderungen ausgehandelt, die teilweise eine Milderung von erschwerenden Bedingungen bedeuten. Keine Änderung ließ sich dagegen erreichen in bezug auf andere Bestimmungen, die uns unter allgemeinen, unter wirtschaftspolitischen und unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten bedenklich erscheinen wie Technologietransfer, Produktionsbeschränkung, Gesamtgestaltung des Systems der von Staaten und Unternehmen zu leistenden Abgaben und die weitreichende Zuständigkeit der Revisionskonferenz.

- Die nationale Gesetzgebung zum Tiefseebergbau wurde zwar kritisiert (dabei trat die unsrige hinter der der USA zurück⁷), hat aber die Verhandlungen nicht beeinträchtigt.
- Praktisch unverändert blieb der Verhandlungsstand beim allgemeinen Seevölkerrecht⁸ und bei der wissenschaftlichen Meeresforschung. In beiden Bereichen muß die Verhinderung von weiteren Verstärkungen der Stellung der Küstenstaaten bereits als Erfolg gewertet werden. Offen und hart umkämpft ist hier lediglich noch die Regelung der Kriterien für die Seitenabgrenzung der Meereszonen.
- Allgemeine und Schlußbestimmungen wurden zum großen Teil durchverhandelt; insoweit wurden erstmals Formulierungen in den Konventionstext aufgenommen. Sie scheinen für uns weitgehend tragbar.⁹ Unklar ist die Vorbe-

⁶ Zur Frage der Nutzung des Meeresbodens während der ersten Verhandlungsrunde der IX. Session der Dritten VN-Seerechtskonferenz vom 3. März bis 4. April 1980 in New York vgl. Dok. 83, Anm. 37.

⁷ In der deutsch-amerikanischen Aufzeichnung vom 25. August 1980 über das Treffen der aus Belgien, der Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, den Niederlanden und den USA bestehenden „like-minded group“ bei der Dritten VN-Seerechtskonferenz am 21. August 1980 in Genf wurde zum Stand der nationalen Gesetzgebung zum Tiefseebergbau ausgeführt: „1) United States: Ocean mining legislation was enacted June 28, 1980 [National Ocean and Atmospheric Administration] has established a new office, the Office of Ocean Minerals and Energy to implement deep seabed mining legislation. Task forces are working on the rules and regulations, programmatic environmental impact statement and research program mandated by the statute. The deadline for completion of initial regulations is September 21, 1981. 2) Federal Republic of Germany: Ocean mining legislation was passed on July 3, 1980 but signature by the President awaits the resolution of certain administrative drafting changes. A meeting will be held September 1, 1980, to begin discussing environmental issues. Drafting of rules and regulations should start soon.“ Vgl. Referat 402, Bd. 133861.

Für den Wortlaut des Gesetzes vom 16. August 1980 zur vorläufigen Regelung des Tiefseebergbaus vgl. BUNDESGESETZBLATT 1980, Teil I, S. 1457–1460.

⁸ Botschafter Dreher, z. Z. Genf, legte dazu am 29. August 1980 dar: „Unsere Änderungswünsche zur friedlichen Durchfahrt und zur Transitpassage hatten keine Chance. Unsere Interpretationserklärung zum Landtransit der Binnenstaaten wurde abgegeben; ferner haben wir versucht, einen Vorschlag zur Festlandsockelgrenzkommission zu lancieren. Eine größere Gruppe von Küstenstaaten betreibt ihr Anliegen weiter, die Durchfahrt von Kriegsschiffen durch das Küstenmeer genehmigungs- und anmeldungspflichtig zu machen. Unversöhnt bleiben die beiden ungefähr gleich starken Staatengruppen, die bei der Abgrenzung von benachbarten und gegenüberliegenden Meereszonen für die stärkere Berücksichtigung von Billigkeitserwägungen oder eines geometrischen Verfahrens (Äquidistanz) streiten.“ Vgl. den Delegationsbericht Nr. 35; Arbeitsstab 50, Bd. 123527.

⁹ Botschafter Dreher, z. Z. Genf, führte dazu am 29. August 1980 aus: „Die allgemeinen und Schlußbestimmungen (z. B. Rechtsmißbrauch, friedliche Nutzung der See, Inkrafttreten, Konventionsänderung) wurden – mit Ergebnissen, die im ganzen für uns tragbar sind – so weit durchverhandelt, daß sie in den Verhandlungstext aufgenommen worden sind.“ Vgl. den Delegationsbericht Nr. 35; Arbeitsstab 50, Bd. 123527.

haltsregelung, die sich letztlich erst im allerletzten Stadium der Konferenz regeln lassen wird. Die Konferenzmehrheit tendiert dahin, daß Vorbehalte jedenfalls dann ausgeschlossen sein sollen, wenn die Konvention im Konsenswege angenommen wird.

- Völlig offen sind noch drei Komplexe:
 - die Teilnahmeregelung, die für die Neun wegen der Teilnahme der EG am Verträge von entscheidender Wichtigkeit ist, für die Gruppe der 77 wegen der Befreiungsbewegung (PLO!);
 - die Bestimmungen über die Vorbereitungskommission, die in der Zeit zwischen Zeichnung der Schlußakte und Inkrafttreten die für ein reibungsloses Funktionieren namentlich des Teiles II erforderlichen Vorbereitungen treffen soll;
 - die von den USA propagierte Regelung über Investitionsschutz, die eine Harmonisierung der nationalen Gesetzgebung mit der Seerechtskonferenz zum Ziele hat.

3) Der Verhandlungstext wurde ein drittes Mal überarbeitet und neu benannt: Draft Convention on the Law of Sea (Informal Text).¹⁰ Diese Benennung drückt eine weitere tatsächliche Verfestigung der Verhandlungsergebnisse aus; sie bringt aber keine Statusveränderung des Textes mit sich. Letzteres wurde in einem Memorandum des Präsidenten¹¹ ausdrücklich festgehalten, welches nicht zuletzt unter dem Eindruck unseres Widerstandes verfaßt wurde. Wir haben die Umbenennung gleichwohl als nicht berechtigt bezeichnet.

4) Die nächste – 10. – Session wird vom 9. März bis 24. April 1981 in New York stattfinden. Nach dem Willen der Konferenzmehrheit soll sie die letzte Verhandlungssession sein. Die Formalisierung ist für das Ende der dritten Verhandlungswoche vorgesehen (Ende März). Für den Herbst 1981 plant die Konferenzmehrheit die Zeichnung der Schlußakte in Caracas.¹² Es ist möglich, daß sich auch diese Planung als zu ehrgeizig erweist, weil die noch offenen Fragen zu schwierig sind und andere Fragen wieder aufbrechen. Es ist aber mein fester Eindruck, daß es eine Illusion wäre zu glauben, wir könnten die sich abzeichnende Konvention in ihren Grundzügen ändern und eine andere, für uns bessere Konvention bekommen. Der jetzige Text mag noch in Nuancen verbesserbar sein, und die Konferenz kann – wenn allzu viele Fragen wieder aufgerollt werden – auch noch scheitern.¹³ Die Alternative zu dem sich jetzt abzeichnenden Ergebnis heißt aber nicht eine bessere und uns günstigere Konvention, sondern Fortdauer des konventionslosen Zustandes auf See. Möglich¹⁴ ist, daß gegen Ende der Konferenz eine Reihe noch offener Einzelfragen der Vorbereitungskommis-

¹⁰ Für den Wortlaut der dritten, revidierten Fassung des Verhandlungstextes der Dritten VN-Seerechtskonferenz vgl. Dok. A/CONF.62/WP.10/Rev.3 vom 22. September 1980; http://untreaty.un.org/cod/diplomaticconferences/lawofthesea-1982/docs/vol_VIII/a_conf-62_wp-10_rev-3.pdf.

¹¹ Für das „Explanatory Memorandum“ des Präsidenten der Dritten VN-Seerechtskonferenz, Amersinghe, vom 28. August 1980 vgl. Dok. A/CONF.62/WP.10/Rev.3/Add.1; http://untreaty.un.org/cod/diplomaticconferences/lawofthesea-1982/docs/vol_VIII/a_conf-62_wp-10_rev-3.pdf.

¹² Das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen wurde am 10. Dezember 1982 in Montego Bay/Jamaika unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 1833, S. 397–581.

¹³ Zu diesem Satz vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Das halte ich für ziemlich unwahrscheinlich.“

¹⁴ Hierzu notierte Staatssekretär Lautenschlager: „Wahrscheinlich.“

sion überwiesen werden, die dann zu einer Art Fortsetzung der Konferenz auf etwas niedrigerer Ebene werden könnte.¹⁵

5) Das Konferenzklima war sachlich. Wir haben so eng mit EG- und Bündnispartnern sowie den anderen westlichen Industriestaaten zusammengearbeitet, wie die unterschiedlichen Positionen (z.B. Küstenstaaten gegenüber geographisch benachteiligten Staaten) dies gestatten. Im Verhältnis zur US-Delegation zahlten sich die zahlreichen politischen Kontakte, die wir mit den USA im Vorfeld des zweiten Teils der neuen Session gehabt haben, daneben aber vor allem die sehr intensive Konsultation auf dem Treffen der like-minded¹⁶ in Bonn am 18. und 19. Juni, aus; bei diesem Treffen waren unter Vorsitz von StS Dr. Lautenschlager zwei Tage lang die strittigen Punkte im Bereich Meeresboden und Schlußklauseln im einzelnen durchgegangen worden. Die US-Delegation nahm vor allem in der Formulierungsfrage auf uns Rücksicht, ließ aber auch uns gegenüber keinen Zweifel daran, daß sie nach Erreichung der Lösung für das Abstimmungsverhalten im Rat einen besseren als den sich abzeichnenden Text nicht für erreichbar hält und die Annahme dieses Textes einem konventionslosen Zustand auf See bei weitem vorzieht. In dieser Beurteilung lief die Haltung der US-Delegation mit derjenigen der Sowjetunion parallel, ebenso wie mit der Meinung der wichtigsten Delegationen aus dem Bereich der 77.

II. Zur Vorbereitung der nächsten Session hat bereits am 5. September 1980 im Auswärtigen Amt die erste Ressortbesprechung stattgefunden.¹⁷ Eine Reihe internationaler Konsultationen steht bevor (u. a. der Neun, der NATO, der fünf westlichen Tiefseeborgbaustaaten). Eine erneute Kabinettsbefassung ist ins Auge gefaßt (rechtzeitig vor der März-Session in New York).

Fleischhauer

Arbeitsstab 50, Bd. 125400

¹⁵ An dieser Stelle ergänzte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „deren personelle Besetzung aber von großer Bedeutung sein kann.“

¹⁶ Zur Gruppe der „like-minded“ gehörten Belgien, die Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, die Niederlande und die USA.

¹⁷ Legationsrat I. Klasse Dix vermerkte am 8. September 1980, in der Ressortbesprechung über die Dritte VN-Seerechtskonferenz sei beschlossen worden, „vor Beginn der X. Session eine schriftliche Erklärung zum ‚Informellen Entwurf der Konvention‘ zu erarbeiten, die als Konferenzdokument verteilt werden soll. Die Erklärung soll im Anschluß an die formelle Erklärung der Delegation vom 25.8.1980 nochmals unsere Interpretation zu einzelnen Bestimmungen sowie gegebenenfalls unsere unabdingbaren und realistischen Änderungsvorstellungen enthalten.“ Bis zur nächsten Session seien neben bilateralen Konsultationen mit Entwicklungsländern, der DDR und der UdSSR multilaterale Konsultationen vorgesehen mit „der Koordinierungsgruppe der Tiefseeborgbaustaaten (Mitteilung unseres Interesses an die USA durch Botschaft Washington); der EG (Delegationsleiter am 12.11.1980 in Brüssel, Expertentreffen anschließend); der NATO über strategische Implikationen und Abgrenzungsfragen (Anregungen bei den Mitgliedstaaten durch NATO-Vertretung Brüssel). Konsultationen im Rahmen der ‚Sieben‘ (führende Industrienationen der OECD) erscheinen gegenwärtig nicht sinnvoll.“ Zudem solle das Kabinett bis Mitte Januar 1981 erneut mit der Seerechtsthematik befaßt werden. Vgl. Arbeitsstab 50, Bd. 125400.

271

Botschafter Ruth, z.Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt

114-5079/80 geheim
Fernschreiben Nr. 1237
Citissime

Aufgabe: 15. September 1980, 22.35 Uhr¹

Ankunft: 15. September 1980, 23.11 Uhr

Betr.: Rüstungskontrollverhandlungen im LRTNF-Bereich;
hier: 5. Sitzung der Special Consultative Group²

Zur Unterrichtung

I. 1) Die Special Consultative Group begann heute unter Vorsitz von Bartholomew ihre 5. Sitzung. Dem Treffen kommt wegen der bevorstehenden Gespräche Muskie/Gromyko (25. September)³ und dem amerikanischen Vorschlag, mit sowjetisch-amerikanischen Gesprächen im LRTNF-Bereich zu beginnen⁴, besondere Bedeutung zu:

Tagesordnung:

- Entwicklung der LRTNF-Diskussion seit der letzten SCG-Sitzung⁵ und insbesondere unter Berücksichtigung der Veränderungen in der sowjetischen Position;
- amerikanische Strategie für die Eröffnung der Vorgespräche;
- Argumente für die öffentliche Diskussion und Unterrichtung der Presse nach Abschluß dieser SCG-Sitzung.

Zur Diskussion stehen weiter die von den Amerikanern vorgelegten Arbeitspapiere

- zur Geschichte der FBS-Problematik⁶,
- zum geographischen Anwendungsbereich⁷,
- zur Verifikation⁸.

¹ Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. dazu Anm. 14.

Hat Ministerialdirektor Blech und Ministerialdirigent Dröge am 16. September 1980 vorgelegen.

Hat Legationsrat I. Klasse Bolewski am 17. September 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Seibert verfügte.

Hat Seibert am 17. September 1980 vorgelegen.

² Die Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO fand am 15./16. September 1980 in Brüssel statt.

³ Zum Gespräch des amerikanischen Außenministers Muskie mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko in New York vgl. Dok. 290, Anm. 5.

⁴ Vgl. dazu das am 3. September 1980 in Moskau übergebene Schreiben des Präsidenten Carter an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew; Dok. 260.

⁵ Zur Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO am 16. Juni 1980 in Washington vgl. Dok. 180, Anm. 5.

⁶ Für das undatierte amerikanische Papier „Forward Based Systems in Arms Control involving TNF“ vgl. VS-Bd. 10370 (201).

Für den Anhang zu dem Papier vgl. Referat 220, Bd. 116910.

⁷ Zum amerikanischen Papier „geographic scope“ vgl. Dok. 266, Anm. 20.

⁸ Für das am 21. August 1980 von der amerikanischen Botschaft übergebene Papier „SALT II verification“ vgl. VS-Bd. 10370 (201).

Referat 220 notierte dazu am 2. September 1980: „Das Papier ist 23 Seiten lang; es wird eingeleitet

2) Bartholomew unterrichtete die Gruppe über die uns bereits bekannte amerikanische Absicht, anlässlich des Treffens Muskie/Gromyko am 25. September 1980 in New York Einigung über den Beginn der preliminary exchanges am 14. Oktober 1980 in Genf zu erzielen. Ein entsprechender Vorschlag wurde dem sowjetischen Botschafter in Washington⁹ von Außenminister Muskie am 13. September unterbreitet. Die erste Gesprächsrunde soll nach amerikanischen Vorstellungen einen Monat dauern. Als Delegationsleiter ist Spurgeon Keeny, stellvertretender Leiter der ACDA, vorgesehen.

3) Im Anschluß an die Ausführungen Bartholomews werteten alle Sprecher die politische Bedeutung der jüngsten Entwicklung im LRTNF-Bereich, begrüßten den von den USA vorgeschlagenen Terminkalender, unterstützten die von den US vorgetragene strategische Konzeption für den Gesprächsbeginn und sprachen sich für eine offensive Pressebehandlung aus.

II. Im einzelnen

1) Bartholomew unterstrich die Bedeutung dieses 5. Treffens der Special Consultative Group für die bevorstehenden sowjetisch-amerikanischen Gespräche und als Zeichen für die bestehende multilateral abgestimmte Verfahren und Substanz-Position des Bündnisses.¹⁰

Die seit den deutsch-sowjetischen Gesprächen in Moskau¹¹ erkennbare Bereitschaft der Sowjetunion zur Erörterung von LRTNF mit den Vereinigten Staaten sei ein Beweis für die Wirksamkeit und die Richtigkeit der Doppelentscheidung der NATO vom 12. Dezember 1979. Die amerikanische Regierung sei der Implementierung beider Elemente dieser Entscheidung verpflichtet.

Die US-Regierung gehe an die Vorgespräche mit einer im Bündnis abgestimmten überzeugenden und soliden Position. Dabei lasse man sich von folgenden Zielsetzungen leiten:

- Verhandlungsbeginn ohne Verzögerung und ohne Vorbedingungen;
- die Vereinigten Staaten beabsichtigten, sich ernsthaft um Fortschritte zu bemühen;
- dazu wollten sie die in der Allianz entwickelte Position wahren und verfolgen;
- der westlichen Öffentlichkeit müsse klargemacht werden, welches die Gesprächspositionen und Ziele des Westens seien.

2) Zur FBS-Frage sei die amerikanische Position klar:

- Es sei nicht beabsichtigt, hier mit der Forderung nach Ausschluß der Behandlung der FBS eine Vorbedingung zu stellen. Es werde aber erwartet, daß auch die Sowjetunion keine solche stelle mit der Einbeziehung der FBS.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1396

durch eine Notiz von Bartholomew, aus der hervorgeht, daß das Papier als Hintergrundmaterial gedacht ist. Es soll die SCG-Teilnehmer auf die bevorstehenden Verifikationsprobleme vorbereiten, da sich im Mittelstreckenbereich viele Verifikationsfragen in ähnlicher Weise stellen werden, wie dies bei SALT II der Fall war. [...] Aus den für den Mittelstreckenbereich ableitbaren Schlüssen läßt sich erkennen, daß die Verifikationsprobleme hier eher schwieriger als leichter sein werden als im interkontinentalen Bereich.“ Vgl. VS-Bd. 11399 (220); B 150, Aktenkopien 1980.

⁹ Anatolij Fjodorowitsch Dobrynin.

¹⁰ So in der Vorlage.

¹¹ Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher hielten sich am 30. Juni und 1. Juli 1980 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 192–195.

- Die Vereinigten Staaten wollten nichts unternehmen, was als eine Verpflichtung zur späteren Einbeziehung von FBS verstanden werden könnte.
- Zum Gesprächsbeginn am 14. Oktober sei es nicht notwendig, die Gespräche selbst im Detail zu charakterisieren. Es genüge, daß Muskie und Gromyko etwa sagen, daß sich beide Seiten bereit erklärt haben, mit Gesprächen über bestimmte sowjetische und amerikanische Systeme zu beginnen.

3) Die Vereinigten Staaten betrachteten es als wichtig, daß in der Öffentlichkeit klargestellt werde, daß diese Gespräche zu Verhandlungen im Rahmen von SALT III führen. Diese Klarstellung sei notwendig, um

- jeden Eindruck zu vermeiden, als könne im LRTNF-Bereich eine Abkopplung in der Richtung einer eurostrategischen Balance in Frage kommen,
- die strategische Einheit des Bündnisses zu unterstreichen,
- Zweifel an der Ratifizierungsaussicht von SALT II¹² auszuschließen.

Die Gespräche, wie sie den Amerikanern vorschweben, müßten stattfinden, auch wenn SALT II ratifiziert wäre. Im LRTNF-Bereich gebe es substantielle Vorarbeiten zu leisten. Selbst im Bereich der Definition bleibe noch viel zu tun.

4) Von besonderer Bedeutung sei die Behandlung der bevorstehenden Gespräche in der Öffentlichkeit. Aus amerikanischer Sicht sei es das Ziel:

- jede Polemik zu vermeiden,
- keine besondere Herausstellung der Meinungsunterschiede,
- Unterstreichung der Bereitschaft zu geschäftsmäßigen Gesprächen,
- deutlich zu machen, daß die Allianz geeint auf der im Dezember verabschiedeten Doppelposition¹³ stehe,
- klarzumachen, daß die Vereinigten Staaten an Gesprächsfortschritten interessiert sind und daß diesem Ziel auch die Konzentration auf die landgestützten Mittelstreckenraketen dienen solle,
- klarzumachen, daß es sich bei dem FBS-Vorschlag der Sowjetunion um eine traditionell einseitige sowjetische Forderung handelt. Gleichwohl sei man amerikanischerseits bereit, die Erweiterung des Behandlungsgegenstandes über die landgestützten Systeme hinaus nicht auszuschließen. Man wolle aber klarmachen, daß die Komplexität des Verhandlungsgegenstandes und der Wunsch, zu konkreten Ergebnissen zu kommen, ebenso für eine Konzentration auf landgestützte LRTNF spreche wie die militärische Bedeutung dieser Systeme.

III. 1) Ich hob in meiner Erwiderung die Bedeutung dieser SCG-Runde hervor. Es gehe jetzt um die Möglichkeit eines Einstiegs in sowjetisch-amerikanische Gespräche über LRTNF. Die öffentliche Präsentation der Allianz-Position sei in dieser Phase besonders wichtig. Für das Bündnis komme es darauf an, die Kontinuität unserer Haltung seit den Dezember-Beschlüssen und die initiale Rolle des Bündnisses zu verdeutlichen.

Der parallele Ansatz der Dezember-Entscheidung habe sich als überzeugend und richtig erwiesen. Die Tatsache der sowjetisch-amerikanischen Gesprächsaufnah-

¹² Zum Stand des Ratifizierungsverfahrens des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 im amerikanischen Senat vgl. Dok. 59.

¹³ Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 10.

me sei nicht nur für die Rüstungskontrolle im engen Sinne, sondern für die politische Lage insgesamt bedeutsam. Wir unterstützen die amerikanische Konzeption für den Gesprächsbeginn, vor allem hinsichtlich

- Zeitrahmen,
- Verzicht auf Vorbedingungen,
- Einbettung in SALT-Prozeß,
- sorgfältiger und aktiver öffentlicher Präsentation.

¹⁴2) Moberly hob ebenfalls die Bedeutung der Sitzung und die positive Entwicklung im Bereich der LRTNF-Verhandlungen hervor. Für Großbritannien seien drei Dinge wichtig:

a) Die Bündnisentscheidung vom 12. Dezember müsse ohne Abstriche aufrechterhalten bleiben.

b) Die Forderung der Sowjetunion nach Einbeziehung von FBS in die Verhandlungen sei als Vorbedingung nicht akzeptabel. Die amerikanische Haltung in diesem Punkt entspreche der britischen Position: Die Frage der Einbeziehung bestimmter Systeme müsse von beiden Seiten offengelassen werden. Im übrigen sei es besonders wichtig, der Öffentlichkeit die Haltung des Bündnisses zu erklären.

3) Die übrigen Sprecher äußerten sich ähnlich. Italien unterstrich, daß der Begriff FBS einen regionalen Aspekt in die Verhandlungen einführe, der dem globalen Ansatz der SCG-Position zuwiderlaufe.

Norwegischer Delegationsleiter, StS Holst, schlug vor, die Rolle der SCG bei künftigen Verhandlungen näher zu definieren.

Der niederländische Sprecher van Vloten sprach von einer „psychologischen“ Vorbereitung der kommenden Gespräche, um die es nunmehr in der SCG gehe. Die sowjetische Bereitschaft zur Aufnahme von Gesprächen habe zweifellos die Substanzprobleme noch nicht gelöst. Wie der Bundeskanzler nach seiner Moskau-Reise betont habe, könne man noch nicht von einem Durchbruch sprechen. Nach wie vor sei das Schicksal von SALT II ungewiß. Dies dürfe jedoch die Aufnahme der Gespräche nicht behindern.

Dänischer Sprecher begrüßte die sowjetische Verhandlungsbereitschaft. Zwar versuche die Sowjetunion, nach wie vor auf diese Weise die Implementierung der Modernisierungsentscheidung zu verhindern, andererseits habe sie eingesehen, daß eine Begrenzung der westlichen LRTNF außerhalb von Verhandlungen nicht durchzusetzen sei.

Dänemark stimme der amerikanischen Absicht zu, sich zunächst auf landgestützte Raketen als bedrohlichstes LRTNF-Element zu konzentrieren. Dies dürfe aber nicht ausschließen, daß man in einem späteren Zeitraum andere Systeme einbeziehe.

Belgischer Sprecher setzte sich für die eindeutige Beibehaltung des Dezember-Beschlusses ein und unterstrich die Bedeutung der Gesprächsaufnahme für den belgischen Entscheidungsprozeß.¹⁵

¹⁴ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1238 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

¹⁵ Zur belgischen Haltung zur Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 212, Anm. 4, und Dok. 278.

Türkischer Sprecher betonte Übereinstimmung seiner Regierung mit Ausführungen im amerikanischen FBS-Papier und forderte Bindung der LRTNF an den SALT-Prozeß sowie Solidarität der Allianz in allen TNF-Fragen.

5) Weiterer Bericht folgt.¹⁶

[gez.] Ruth

VS-Bd. 10330 (201)

272

Botschafter Ruth, z.Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt

114-5095/80 geheim
Fernschreiben Nr. 1242
Citissime

Aufgabe: 16. September 1980, 18.20 Uhr¹
Ankunft: 16. September 1980, 18.46 Uhr

Betr.: Rüstungskontrollgespräche über LRTNF;
hier: Sitzung der SCG am 16. September²

I. In der Sitzung der SCG am 16. September wurden neben der Behandlung der analytischen US-Papiere zu

- FBS³
- Definition der einzubeziehenden Systeme (missiles definition)⁴,
- geographischer Anwendungsbereich (geographic scope)⁵,
- Verifikation⁶

die pressemäßige Behandlung des Treffens und das zukünftige Arbeitsprogramm erörtert.

II. Aus der weitgehend unkontroversen Diskussion der analytischen Papiere ist bei den meisten Sprechern vor allem die Betonung des übergeordneten globalen geographischen Erfassungsbereiches hervorzuheben.

Ich habe dazu ausgeführt, daß der globale Ansatz für uns vorrangig sein müsse. Es entstehe leicht eine Tendenz – was ich politisch für gefährlich hielte –,

¹⁶ Vgl. Dok. 272.

¹ Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 12.

Hat Legationsrat I. Klasse Bolewski am 18. September 1980 vorgelegen.

² Die Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO fand am 15./16. September 1980 in Brüssel statt. Vgl. dazu auch Dok. 271.

³ Für das undatierte amerikanische Papier „Forward Based Systems in Arms Control involving TNF“ vgl. VS-Bd. 10370 (201).

Für den Anhang zu dem Papier vgl. Referat 220, Bd. 116910.

⁴ Für das undatierte amerikanische Papier „Defining Long Range Theater Nuclear Forces Missiles“ vgl. VS-Bd. 10370 (201).

⁵ Zum amerikanischen Papier „geographic scope“ vgl. Dok. 266, Anm. 20.

⁶ Für das undatierte amerikanische Papier „SALT II verification“ vgl. VS-Bd. 10370 (201).

das Problem europäisch-regional zu sehen. Hinzu komme, daß auch die Sowjetunion von sich aus einen regionalen Ansatz vertreten werde.

Der Vorsitzende stimmte der Bedeutung des globalen Ansatzes zu. Er vertrat die Auffassung, daß es sich hierbei um eine politische Schlüsselfrage handle, die möglicherweise schon in den Vorgesprächen zwischen den USA und der Sowjetunion eine Rolle spielen werde. Wahrscheinlich werde ihr dabei eine größere Bedeutung als dem FBS-Problem zukommen.

In diesem Zusammenhang wies er auch darauf hin, daß gerade diese Frage zunehmend im öffentlichen Interesse stehen werde. Wir müßten z. B. auf die Frage gefaßt sein, warum wir im Zuge des globalen Ansatzes auch das chinesische Problem aufwerfen.⁷

III. Bartholomew faßte das Ergebnis der SCG-Sitzung am 15./16. September wie folgt zusammen:

1) Die zweitägige Diskussion reflektiere, welche Bedeutung sowohl den Konsultationen in der SCG als auch der Rolle des Bündnisses und der Rüstungskontrolle im Bereich von LRTNF zugemessen werde.

2) Die SCG nahm zustimmend davon Kenntnis, daß die Außenminister Muskie und Gromyko am 25. September am Rande der UN-Generalversammlung⁸ die Modalitäten der Gesprächsaufnahme erörtern werden.⁹

3) Es herrsche Übereinstimmung, daß der in der Bündnisentscheidung vom 12. Dezember 1979 vertretene Doppelansatz seine Bestätigung dadurch erfahren habe, daß die Sowjetunion nach anfänglichem längerdauernden Zögern ihre Position revidiert und sich nun zur Gesprächsaufnahme bereit erklärt habe.¹⁰ Das sei ein Ergebnis der konsequenten Durchführung sowohl der Modernisierungsentscheidung als auch des Rüstungskontrollangebots.

4) Die Konsultationen innerhalb der Allianz während der letzten neun Monate und die sorgfältige Auseinandersetzung mit den anstehenden Fragen haben eine solide Grundlage für die vorbereitenden Gespräche geschaffen.

5) Die SCG unterstützte voll das amerikanische Bemühen, in nächster Zukunft auf der Basis des Dezember-Beschlusses ohne Vorbedingungen in die Gespräche einzutreten.

6) Die SCG habe es für besonders wichtig gehalten, daß sich die Bündnispartner in dieser Phase öffentlich abgestimmt äußern. Dabei sei zu berücksichtigen:

a) daß die Vereinigten Staaten mit einer soliden Position in die Vorgespräche gehen, die auf den im Bündnis ausgearbeiteten Prinzipien beruhe;

b) die bedeutende Rolle, die die Allianz durch die SCG bei der Vorbereitung der TNF-Gespräche gespielt habe;

c) die Tatsache, daß – vorbehaltlich des Ergebnisses des Gesprächs zwischen

⁷ Der Passus „warum wir ... aufwerfen“ wurde von Legationsrat I. Klasse Bolewski unterschlängelt. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Gute Frage!“

⁸ Die VN-Generalversammlung fand vom 16. September bis 17. Dezember 1980 sowie am 15./16. Januar 1981 in New York statt.

⁹ Zum Gespräch des amerikanischen Außenministers Muskie mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 25. September 1980 in New York vgl. Dok. 290, Anm. 5.

¹⁰ Zum sowjetischen Vorschlag vom 1. Juli 1980 zur Aufnahme von amerikanisch-sowjetischen Gesprächen über Mittelstreckensysteme unter Einbeziehung von FBS vgl. Dok. 193.

Muskie und Gromyko am 25. September – der Weg für bilaterale Gespräche frei sei und daß dies die vom Bündnis eingenommene kohärente Position auf der Grundlage des Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 zur Voraussetzung gehabt habe;

d) die Herausstellung der Bedeutung der vorgesehenen Gespräche und der dort anzusprechenden Themen sowie der Ernsthaftigkeit des Herangehens an die bevorstehenden Gespräche;

e) zu FBS: Argumentation auf der Linie des von den Amerikanern verteilten Papiers (siehe Anlage¹¹).

7) Die Gruppe hat ihre Erörterung über Substanzfragen fortgesetzt, die mit den künftigen Verhandlungen in Verbindung stehen.

8) Die SCG wird Konsultationen in Zusammenhang mit den beginnenden Gesprächen fortsetzen. Im Hinblick darauf wird der Vorsitzende engen Kontakt mit den Delegationsleitern halten und gegebenenfalls auch eine Sondersitzung der Gruppe einberufen.

9) Zukünftiges Arbeitsprogramm

a) Fortführung der analytischen Arbeit:

- weitere Untersuchung der Frage des geographischen Anwendungsbereiches (hierzu werden die Amerikaner das diesbezüglich SCG-Papier fortschreiben);¹²
- Untersuchung des Problems der Zählkriterien auf der Basis „warheads on launcher“;
- Fortsetzung der Untersuchungen zur Verifikationsproblematik, insbesondere der Fragen besonderer ergänzender Beschränkungen (collateral constraints) und kooperativer Maßnahmen.

Außerdem bereiten die Amerikaner neue bzw. überarbeitete Arbeitspapiere zu folgenden Themen vor:

- Backfire,
- Nachladefähigkeit,
- Argumentationskatalog,
- offene und geheime Daten.

b) Nächste SCG-Sitzung soll im Anschluß an die erste Gesprächsrunde (wahrscheinlich Mitte November) stattfinden.¹³ Dabei planen die Amerikaner:

- Bewertung der ersten Gesprächspunkte,
- Ausblick auf die Fortführung der Arbeit im Lichte der Ergebnisse dieser ersten Runde,
- Abfassung eines Fortschrittsberichts für die NATO-Herbst-Ministersitzungen.¹⁴

[gez.] Ruth

¹¹ Dem Vorgang nicht beigelegt. Für das undatierte Papier vgl. Anm. 3.

¹² Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1243 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

¹³ Die sechste Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO fand am 24. November 1980 in Brüssel statt.

¹⁴ Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1980 in Brüssel vgl. Dok. 363 und Dok. 364.

Folgt Anlage:

Addenda to Public Posture Paper¹⁵

Soviet assertion

The failure of the United States to ratify the SALT II treaty¹⁶ casts a shadow on the prospects for the US-Soviet talks on medium range systems.

Response

Although the Soviet invasion of Afghanistan necessitated a delay, the US remains committed to ratifying SALT II as soon as feasible. In any event, the fact that SALT II has not yet been ratified presents no obstacle to the beginning of the exchanges, to the approach the US will take in them, or to the prospects for progress toward negotiated limitations. The talks will begin with the issue they would consider if SALT III had already begun with each side presenting the basic elements of its approach including those on the question of which systems ought to be limited.

Soviet assertion

The United States is unwilling to consider the Soviet proposal that limits on FBS be negotiated along with medium range systems.

Response

The United States, with the support of its allies, has proposed to begin a process of arms control in an area that has not previously been explored systematically.

The US approach focuses initially on achieving limits as soon as possible on the most dynamic, newest and time-urgent long-range theater nuclear force programs on both sides – long-range land-based theater nuclear missiles.

The Soviets want to add to this important objective their long-standing, one-sided proposal for limits on so-called American FBS, ignoring comparable Soviet systems. Attempting to include aircraft would not enhance prospects for meaningful LRTNF limits. It would indeed complicate and impede attainment of limits on missiles and could result in no limits at all.

We are concerned about the dynamic ongoing Soviet SS-20 program. The Soviets claim that NATO's modernization program concerns them. We want to convince the Soviets that the mutually advantageous answer to these concerns is mutually agreed limits on missiles. We hope the Soviets will therefore come to see the advantage to themselves as well as to us of an initial focus on missiles.

As the December 12, 1979 Communiqué¹⁷ states, limitations on US and Soviet TNF should be negotiated bilaterally in a step-by-step approach. However, it is premature for us to decide possible future steps in arms control in this area. That is a question we can consider at a later stage when results have been achieved on the issue of the most immediate importance to security and stability – the long-range land-based theater missiles on both sides.

¹⁵ Für das undatierte „Updated Public Posture Paper on Soviet TNF Position“ vgl. VS-Bd. 10330 (201).

¹⁶ Zum Stand des Ratifizierungsverfahrens des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 im amerikanischen Senat vgl. Dok. 59.

¹⁷ Für den Wortlaut vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN 1979, S. 1409 f.

The Soviets are of course free to pursue their own position once talks begin.¹⁸
 Ende der Anlage.

VS-Bd. 10330 (201)

273

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Boll

012-312.74 VS-NfD

Aufgabe: 18. September 1980, 15.24 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 125 Orteç

Zur 11. SGV der VN vom 25.8. bis 15.9.1980

Enthält Sprachregelung

I. Die 11. Sondergeneralversammlung (11. SGV), die am 25.8.1980 begann (vgl. Orteç Nr. 109 vom 18.8.1980²) und unseren Erwartungen gemäß verlängert werden mußte, ist am 15.9.1980 abends zu Ende gegangen (s. Info-Funk 1057, 1058–1609). Sie hat folgendes Ergebnis erbracht:

1) Der Text über die neue Internationale Entwicklungsstrategie für die 80er Jahre wurde im Konsensus angenommen.³ Text wird dem Ministertreffen der 77, das während der 35. GV⁴ stattfindet, zur Billigung vorgelegt werden. Wir erwarten nicht, daß die EL den Wunsch haben werden, den Text noch einmal, wenn auch nur teilweise, neu zu verhandeln.

Bei der formellen Verabschiedung des Textes werden wir, wie es bereits bei der Behandlung dieses Themas im August im Bundeskabinett vorausgesehen wur-

¹⁸ Zu diesem Satz vermerkte Legationsrat I. Klasse Bolewski handschriftlich: „They will, don't worry...“

¹ Durchdruck.

Der Runderlaß wurde von Hilfsreferent Rowas konzipiert.

² Vortragender Legationsrat Boll teilte mit, Aufgabe der vom 25. August bis voraussichtlich 5. September 1980 in New York tagenden VN-Sondergeneralversammlung für Entwicklungsfragen sei: „Verabschiedung einer neuen internationalen Entwicklungsstrategie (IES) für die 80er Jahre; Einleitung der sogenannten Globalen Verhandlungen über wichtige Fragen aus den Bereichen Rohstoffe, Energie, Handel, Entwicklung, Währung und Finanzen. Die Elfte SGV ist in die Reihe der großen Nord-Süd-Konferenzen (KIWZ, UNIDO III, UNCTAD V) einzuordnen und soll in einer schwierigen Phase weltwirtschaftlicher Entwicklung dem Nord-Süd-Dialog neue Impulse geben.“ Die Bundesregierung werde dabei auf Grundlage der „im Juli 1980 [...] beschlossenen ‚Entwicklungspolitischen Grundlinien der Bundesregierung‘“ verhandeln und eine einheitliche Haltung der Europäischen Gemeinschaften im Rahmen der EPZ anstreben. Die Konferenz biete Gelegenheit, auf wichtige Anliegen hinzuweisen wie: „Mitverantwortung der OPEC-Staaten für EL und Weltwirtschaft; Verantwortung der kommunistischen IL im Nord-Süd-Bereich; Eigenanstrengungen der EL (z. B. Nahrungsmittelproduktion, Begrenzung des Bevölkerungswachstums, innere Reformen).“ Vgl. Referat 012, Bd. 115730.

³ Am 15. September 1980 verabschiedete die VN-Sondergeneralversammlung für Entwicklungsfragen den Text der Internationalen Entwicklungsstrategie für die Dritte VN-Entwicklungsdekade, der am 1. Januar 1981 in Kraft trat. Vgl. dazu die Entscheidung S-11/23; UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XIX, S. 177.

⁴ Die VN-Generalversammlung fand vom 16. September bis 17. Dezember 1980 sowie am 15./16. Januar 1981 in New York statt.

de⁵, auch eine nationale Stimmerklärung abgeben müssen, die unsere Position zu einzelnen Fragen, vor allem zum 0,7-Prozent-Ziel, entsprechend den entwicklungspolitischen Grundlinien der Bundesregierung vom Juli 1980⁶, klarstellt.

2) Globale Verhandlungen⁷

Die Vorarbeiten im Plenarausschuß für Nord-Süd-Fragen (Committee of the Whole, COW) erwiesen sich als nicht ausreichend, um Verfahrensfragen und Tagesordnung der Globalen Verhandlungen zugleich zu behandeln. EL wie IL wollten nicht zur Erörterung der Tagesordnung übergehen, bevor nicht die prozeduralen Fragen erfolgreich gelöst waren. Es stellte sich in der 11. SGV heraus, daß der zwischen EL und westlichen IL bestehende wichtigste Meinungsunterschied nicht überwunden werden konnte:

- Die EL wollen im Prinzip alle Entscheidungen, auch die, die in die Zuständigkeit von anderen Gremien wie IWF, Weltbank und GATT gehören, in die Globalen Verhandlungen verlagern.
- Die westlichen IL sind der Auffassung, daß die Zuständigkeiten dieser Organisationen zu wahren sind und daß es nur darum gehen kann, über politische Grundorientierungen zu verhandeln.

Der Osten unterstützte, da materielle Zusagen nicht erforderlich waren, die EL und beteiligte sich im übrigen an den Verhandlungen kaum.

Da der aus zwölf Punkten bestehende Textvorschlag des Vorsitzenden der entsprechenden Arbeitsgruppe⁸ die Frage der Zuständigkeiten der Sonderorganisationen nicht ausreichend klarstellte, kam angesichts der ablehnenden Haltung von USA, GB und uns⁹ schließlich ein Konsensus über den Text nicht zustan-

⁵ Ministerialdirigent Ungerer notierte am 11. August 1980: „In der Kabinettsitzung am 13.8.1980, die der Herr Bundesminister leiten wird, wird als TOP5 die Vorlage des Auswärtigen Amts zur 11. SGV behandelt werden, die der Herr Bundesminister bereits gebilligt hat. [...] Die Kabinettvorlage ist zwischen den Ressorts abgestimmt und unstreitig.“ Vgl. dazu Referat 402, Bd. 122020. Für die Kabinettvorlage vom 8. August 1980 vgl. Referat 402, Bd. 122020.

⁶ Vgl. dazu BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT (Hrsg.): Die entwicklungspolitischen Grundlinien der Bundesregierung unter Berücksichtigung der Empfehlungen der ‚Unabhängigen Kommission für internationale Entwicklungsfragen‘. Bonn 1980.

⁷ Zu den Globalen Verhandlungen vgl. Dok. 178, Anm. 7.

⁸ Ministerialdirigent Matthias, z. Z. New York, übermittelte am 11. September 1980 den Entwurf des jugoslawischen Arbeitsgruppenvorsitzenden Crnobraja „Procedures and time-frame for the global negotiations; proposal submitted by the chairman of working group 2“. Dazu teilte er mit: „Verhandlungen über Prozedurfragen der Globalen Verhandlungen sind am 10.9.1980 in kleiner Gruppe [...] fortgesetzt worden. Dabei sind insbesondere von US, aber auch von G 77 zahlreiche Änderungsvorschläge vorgebracht worden, die das Gesamtbild noch unübersichtlicher machen. Dies hat zu diesem Zeitpunkt zu einer Zuspitzung der Lage geführt und die Wahrscheinlichkeit eines Scheiterns der 11. SGV vergrößert.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2300; Referat 402, Bd. 122021.

⁹ Ministerialdirigent Matthias, z. Z. New York, berichtete am 12. September 1980, die amerikanische Delegation habe am Vortag in den Verhandlungen über Prozedurfragen bei der VN-Sondergeneralversammlung für Entwicklungsfragen in New York den vorliegenden Kompromißtext abgelehnt: „Der auf unsere Initiative in der EG vereinbarte Wunsch nach einer Verschiebung der Sitzung der kleinen Gruppe auf Freitag, den 12.9., kam unter diesen Umständen nicht mehr zum Zuge.“ Matthias gab zu bedenken: „Ein Zusammengehen mit den USA und GB entspricht nicht unserer gegenwärtigen Stellung gegenüber der Dritten Welt sowie unserem entwicklungspolitischen Engagement; wir weisen steigende Leistungen auf, während die von USA und GB absinken. Ein einheitliches Auftreten mit diesen beiden Ländern würde einen falschen Eindruck vermitteln.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2319; Referat 402, Bd. 122021.

Das Bundesministerium der Finanzen übermittelte der Delegation bei der VN-Sondergeneralversammlung für Entwicklungsfragen in New York am selben Tag die zwischen den Staatssekretären

de. Wie in einer gemeinsamen Erklärung der EG dargelegt wurde, war auch für unsere anderen EG-Partner der Text unbefriedigend.¹⁰ Sie glaubten aber, daß unserer gemeinsamen Auffassung von der Notwendigkeit, die Zuständigkeiten der Sonderorganisationen zu schützen, durch das vorgesehene Konsensusprinzip für wichtige Entscheidungen Rechnung getragen werden könne.¹¹

3) Es wurden ferner zwei Resolutionen im Konsensus angenommen, in denen einmal zu besonderen Hilfsmaßnahmen zugunsten der ärmsten EL aufgerufen¹², zum anderen der im Juli 1980 bei ECOSOC in Genf unterbreitete sogenannte Waldheim-Plan für ein Sofort-Hilfsprogramm zugunsten zahlreicher EL¹³ in die 35. GV verwiesen wurde¹⁴.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1405

Lahnstein, Bundesministerium der Finanzen, und van Well abgestimmte Weisung: „2) Währungsfragen dürfen nur im IWF, nicht dagegen in Ad-hoc-Gruppen, verhandelt werden. 3) Soweit währungspolitische Fragen in den Schlußkonsens eingehen, müssen sie sich an die Beschlüsse des IWF halten, d.h., die Konferenz darf keine neue Verhandlungskompetenz haben.“ Vgl. das Fernschreiben Nr. 171; Referat 402, Bd. 122021.

Am 13. September 1980 teilte Matthias mit: „In den VN ist ein Konsens nicht möglich, da die USA erklärt haben, daß sie dem Kompromißtext nicht zustimmen können. Deshalb ist es für uns nach dem gegenwärtigen Weisungsstand nicht möglich, uns der EG-Mehrheit anzuschließen. Dies wird durch Ziffer 2 der Weisung ausgeschlossen, da wir nicht wissen, ob es im Plenum nicht u. U. zu einer Abstimmung kommt. In diesem Fall müßten wir eine vorher abgegebene positivere Erklärung der EG vor aller Augen durch unser Stimmverhalten wieder aufheben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2335 aus New York; Referat 402, Bd. 122021.

¹⁰ Ministerialdirigent Matthias, z.Z. New York, übermittelte am 12. September 1980 den französischen Wortlaut einer Erklärung der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ, die am selben Tag in einer Sitzung des Ad-hoc-Ausschusses der VN-Sondergeneralversammlung für Entwicklungsfragen abgegeben wurde. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 2335; Referat 402, Bd. 122021.

¹¹ Ministerialdirigent Matthias, z.Z. New York, resümierte am 14. September 1980: „Während der gesamten Dauer der SGV fand eine regelmäßige und enge Koordinierung innerhalb der EG statt. Aufgrund dessen war die EG in der Lage, bis weit gegen Ende der Konferenz eine einheitliche Haltung einzunehmen und so eine aktive Rolle in den Verhandlungen zu spielen. Von Anfang an war aber zu erkennen, daß NL, IT, IRL und B eine insgesamt entgegenkommendere Haltung gegenüber den Vorstellungen der G 77 einnahmen. DK unterstützte GB und uns entschieden bei der Suche nach Formulierungen, Integrität und Kompetenz der Sonderorganisationen zu wahren. F schwankte in seiner Verhandlungsführung. Am Schluß der Konferenz lehnten [...] nur wir und GB den Kompromißtext ab; dies drang naturgemäß auch nach außen. Durch eine gemeinsame Erklärung konnte der Eindruck einer gewissen Entschlossenheit der EG gewahrt werden. Die Tatsache, daß in der Erklärung die Neun gemeinsam die Wahrung von Integrität und Kompetenzen so unterstrichen, ist positiv zu werten. Allerdings kamen gegenüber dem Kompromißtext die unterschiedlichen Meinungen der Mitgliedstaaten zum Ausdruck. Nimmt man beide Tatsachen zusammen, wird deutlich, daß nicht alle bereit sind, sich mit letzter Konsequenz gegen zweifelhafte Formulierungen zu verwahren.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2339; Referat 402, Bd. 122021.

¹² Für den Wortlaut der Resolution Nr. S-11/4 der VN-Sondergeneralversammlung für Entwicklungsfragen vom 15. September 1980 hinsichtlich „Measures to Meet the Critical Situation in the Least Developed Countries“ vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XIX, S. 173 f.

¹³ Das Bundesministerium der Finanzen legte am 25. Juli 1980 dar: „VN-Generalsekretär Waldheim hat in einer Rede vor dem VN-Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) am 3. Juli 1980 ein drei Punkte umfassendes Sofortprogramm für Nicht-Öl-Entwicklungsländer zur Annahme auf der am 25. August beginnenden VN-Sondergeneralversammlung vorgeschlagen: währungspolitisch: verstärkte Zahlungsbilanzhilfen von IWF und Weltbank; entwicklungspolitisch: zusätzliche öffentliche Leistungen in Höhe von fünf Mrd. US-\$ („initial estimate“) für Länder mit niedrigem Pro-Kopf-Einkommen; energiepolitisch: beträchtliche volumenmäßige Aufstockung der Investitionen in EL zur Erschließung neuer und erneuerbarer Energiequellen.“ Diese Vorschläge hielt das Bundesministerium der Finanzen für nicht akzeptabel, auch wenn VN-Generalsekretär Waldheim betont habe, damit die Globalen Verhandlungen nicht präjudizieren zu wollen: „Für den IWF bedeutet dies, daß bereits vor Beginn der Globalen Verhandlungen über wichtige Währungsfragen entschieden würde, mit der Folge, daß sich die Globalen Verhandlungen nur noch auf die Kernforderungen der Entwicklungsländer (link, Verbesserung der Stimmrechtsanteile der EL) konzentrieren. Für den Bereich der Wäh-

II. Bewertung

Die 11. SGV hat nur Teilergebnisse erbracht. Positiv ist zu werten, daß man sich über den Wortlaut der IES¹⁵ geeinigt hat, wenn wir auch bei einigen wesentlichen Punkten wie z.B. Zeitrahmen für das 0,7-Prozent-Ziel eine Verpflichtung für uns nicht akzeptieren konnten. Im Rahmen des nunmehr vorliegenden Zwischenergebnisses wird die 35. GV die nunmehr weitere Vorbereitung der Globalen Verhandlungen übernehmen müssen.

Wir müssen auch weiterhin mit zähen Verhandlungen über andere grundsätzliche Fragen sowohl zur Sache wie zur Prozedur rechnen. Wir hoffen aber dennoch, daß es möglich sein wird, am 12.1.1981 die Globalen Verhandlungen im Rahmen der VN zu eröffnen.

Bei Gesprächen mit der Gastregierung wird gebeten, wie folgt zu argumentieren:

1) Die Bundesregierung sieht in dem Ausgang der 11. SGV ein Zwischenergebnis bei der Vorbereitung der Globalen Verhandlungen, die voraussichtlich Anfang Januar 1981 in New York beginnen werden. Wir sind der Meinung, daß man sich nun im Rahmen der 35. GV mit Nachdruck bemühen muß, die vom Plenarausschuß für Nord-Süd-Fragen (Committee of the Whole, COW) nicht erledigte Problematik der Tagesordnung und auch offene Fragen bei der Prozedur zu verhandeln. Der Erfolg der Globalen Verhandlungen wird nach unserer Auffassung davon abhängen, ob es uns gelingt, ein ausgewogenes Verhältnis aller Themenbereiche der Globalen Verhandlungen (Rohstoffe, Energie, Handel, Entwicklung, Währung und Finanzen) zu erreichen.

Wir sind der Meinung, daß dabei dem Energiethema, vor allem angesichts der durch die Energiepreise bedingten Belastungen in den EL, eine besondere Bedeutung zukommt.

Zu den Verfahrensfragen:

Wir sehen in der offenen Darlegung der jeweiligen Vorstellungen von IL und EL in der 11. SGV eine zusätzliche Chance, nunmehr einen gemeinsamen Weg für ein reibungsloses Funktionieren der Globalen Verhandlungen zu finden. Unsere Haltung auf der 11. SGV war bestimmt von der Sorge um die Funktionsfähigkeit des Weltwährungssystems und der Zuständigkeiten der Sonderorganisationen. Soweit waren wir mit unseren anderen EG-Partnern völlig auf der Grundlage der VN-Resolution 34/138, mit der die Globalen Verhandlungen beschlossen worden sind.¹⁶ Um eine Belastung der Globalen Verhandlungen selbst zu vermeiden, war es unser Anliegen, die Prozedurfragen möglichst klar zu regeln.

2) Die Bundesregierung wird weiterhin dafür eintreten, daß im Rahmen der Nord-Süd-Verhandlungen Fortschritte erreicht werden.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1406

rungspolitik besteht das Ziel der westlichen Länder aber darin, den Globalen Dialog mit einer verbesserten Rolle des IWF im Recycling-Prozeß zu bestreiten.“ Vgl. Referat 402, Bd. 122020.

¹⁴ Für den Wortlaut der Resolution Nr. S-11/3 der VN-Sondergeneralversammlung für Entwicklungsfragen vom 15. September 1980 betreffend „Suggestions by the Secretary-General to Overcome the Critical Economic Situation of Many Developing Countries“ vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XIX, S. 173.

¹⁵ Internationale Entwicklungsstrategie.

¹⁶ Für den Wortlaut von Resolution Nr. 34/138 der VN-Generalversammlung vom 14. Dezember 1979 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XVIII, S. 229.

Wir sind dabei der Meinung, daß unser substantieller Beitrag bei der ODA¹⁷ und unsere Bereitschaft zur Markttöffnung gute Zeichen unserer konstruktiven Haltung sind.

Boll¹⁸

Referat 012, Bd. 115730

274

Aufzeichnung der Ministerialdirektoren Blech und Fischer

200-350.10 VS-NfD
410-420.05 VS-NfD

19. September 1980¹

Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³

Betr.: Deutsche Europapolitik;

hier: Weiterentwicklung des europäischen Einigungsprozesses
(Europäische Union)

Zweck der Vorlage: Zur Billigung und Anberaumung einer hausinternen Besprechung mit den beiden Staatssekretären⁴ unter Hinzuziehung der Leiter der Abteilungen 2 und 4 über unseren weiteren europapolitischen Kurs. Ziel dieser Aussprache sollte die Vorbereitung eines Gesprächs des Herrn Bundesministers mit dem Herrn Bundeskanzler sein. Danach Einbindung der Ressorts, ggfs. Kabinettsvorlage.

1) Während man bis in die 70er Jahre davon ausgehen konnte, daß der europäische Einigungsprozeß auf der Grundlage einer fortschreitenden wirtschaftlichen Integration wenn auch langsame Fortschritte machte, muß eine solche Auffassung heute mit Fragezeichen versehen werden. Seit den Beschlüssen zur ersten Direktwahl des Europäischen Parlamentes⁵ und zum Europäischen Wäh-

¹⁷ Official Development Assistance.

¹⁸ Paraph.

¹ Die Aufzeichnung wurde von den Vortragenden Legationsräten I. Klasse Stabreit und von Kyaw konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 27. Oktober 1980 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat von Ploetz am 29. Oktober 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Über B[üro] StS Ref. 200.“

² Hat Staatssekretär Lautenschlager am 22. Oktober 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ich schließe mich dem Vorschlag zur Einberufung einer Hausbesprechung an.“

Hat Staatssekretär van Well am 24. Oktober 1980 vorgelegen.

³ Hat Bundesminister Genscher am 29. Oktober 1980 vorgelegen.

⁴ Günther van Well und Hans Werner Lautenschlager.

⁵ Der Europäische Rat beschloß am 12./13. Juli 1976 in Brüssel die Einführung der Direktwahlen zum Europäischen Parlament. Vgl. dazu AAPD 1976, II, Dok. 231.

Am 20. September 1976 beschloß der EG-Ministerrat in Brüssel die Abhaltung der Wahlen „zu einem einheitlichen Zeitpunkt in den Monaten Mai/Juni 1978“. Für den Wortlaut des Beschlusses so-

runungssystem⁶ geht es vornehmlich um die Erhaltung des Bestehenden angesichts zunehmender weltwirtschaftlicher und außenpolitischer Belastungen. Nur mit knapper Not ist die Gemeinschaft in den letzten Monaten einer ihre Existenz gefährdenden Krise um die weitere Mitgliedschaft Großbritanniens entronnen. Die dabei getroffene Regelung ist aber nur vorübergehender Natur.⁷ Partikuläre Interessen werden heute selbst in der Gemeinschaft mehr und mehr isoliert definiert und vertreten. Das Bewußtsein, daß diese insgesamt, d. h. unter Berücksichtigung aller Aktiva und Passiva, in der Gemeinschaft am besten aufgehoben sind, wird schwächer.

Die politische Finalität des europäischen Einigungswerkes, die Umwandlung der Gesamtheit der Beziehungen der Mitgliedstaaten in eine Europäische Union (Pariser Gipfelkonferenz 1972⁸) ist in den letzten Jahren zunehmend in den Hintergrund getreten. Nicht nur hat die wirtschaftliche Integration zu keiner weitergehenden politischen Einigung geführt, vielmehr scheint der innere Zusammenhalt der Gemeinschaft heute gefährdet.

2) Die Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten sehen sich zu Beginn der 80er Jahre wachsenden äußeren und inneren Herausforderungen ausgesetzt.

Außenpolitisch zeigten der Einmarsch der sowjetischen Truppen in Afghanistan wie auch die Unruhen in Polen die Labilität der Ost-West-Beziehungen. Die UdSSR hat auch ihr Ziel, die europäische Einigung zu konterkarieren, keineswegs aufgegeben. Dem Westen gibt eine in letzter Zeit wenig instinktsichere amerikanische Außenpolitik nicht mehr die für seine Kohäsion unabdingbare Führung. Die Entwicklung im Iran und die Teheraner Geisellaffäre haben den Westen geschwächt und seine Führungsmacht gedemütigt. Die Aufmerksamkeit der USA wendet sich im übrigen mehr und mehr dem zukünftigen „Epizentrum“ der Weltpolitik – Asien – zu. Auch die Vorgänge in Mittelamerika sind geeignet, die Energien der Vereinigten Staaten zu binden. Die heraufziehende Gefahr lokaler Unruhen und Konflikte in der Dritten Welt, aus der heraus die

Fortsetzung Fußnote von Seite 1408

wie des „Akts zur Einführung allgemeiner unmittelbarer Wahlen der Abgeordneten der Versammlung“ vgl. EUROPA-ARCHIV 1976, D 518–523.

Die Direktwahlen zum Europäischen Parlament fanden am 7. und 10. Juni 1979 statt.

⁶ Der Europäische Rat verabschiedete am 4./5. Dezember 1978 in Brüssel den Grundsatzbeschuß zur Errichtung des Europäischen Währungssystems. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 380.

Zu dessen Inkrafttreten am 13. März 1979 vgl. Dok. 50, Anm. 7.

⁷ Zum Beschluß des EG-Ministerrats vom 29./30. Mai 1980 in Brüssel über den britischen Beitrag zum EG-Haushalt vgl. Dok. 178, Anm. 2.

Auf der EG-Ministerratstagung am 15./16. September 1980 in Brüssel wurde erneut der britische Beitrag zum EG-Haushalt thematisiert. Vortragender Legationsrat Boll teilte dazu mit: „Rat erzielte Einvernehmen über Gebiete, in denen Sondermaßnahmen zugunsten von GB (gemäß Brüsseler Kompromiß vom 30.5.1980) zur Anwendung kommen sollen. Fragen des entsprechenden Verfahrens wurden nicht weiter erörtert, da sich Annäherung der unterschiedlichen Standpunkte von F und GB nicht abzeichnete. Angelegenheit wurde an AStV zurückgewiesen.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 127; Referat 012, Bd. 115730.

⁸ Zur Gipfelkonferenz der EG-Mitgliedstaaten und EG-Beitrittsstaaten am 19./20. Oktober 1972 vgl. AAPD 1972, III, Dok. 344.

In der Erklärung der Konferenz hieß es: „Die Staats- und Regierungschefs, die sich als vornehmstes Ziel gesetzt haben, vor dem Ende dieses Jahrzehnts in absoluter Einhaltung der bereits geschlossenen Verträge die Gesamtheit der Beziehungen der Mitgliedstaaten in eine Europäische Union umzuwandeln, bitten die Organe der Gemeinschaft, hierüber vor Ende 1975 einen Bericht auszuarbeiten, der einer späteren Gipfelkonferenz unterbreitet werden soll.“ Vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 508.

„europäische Welt“ in Frage gestellt wird, beschwört für Europa das Gespenst einer Unterbrechung der Zufuhr lebenswichtiger Rohstoffe herauf.

Die Weltenergiekrise mit ihren nachhaltigen Folgen (Inflationen, Arbeitslosigkeit, Zahlungsbilanzdefizite) für die Weltwirtschafts- und Währungslage setzt den internen Zusammenhalt der Gemeinschaft zunehmend unter Druck. (Die Zuspitzung der Lage im Nahen Osten rückt eine zusätzliche Gefährdung der Energieversorgung Europas in den Bereich des Möglichen.) Im Innern steht die Gemeinschaft weiterhin vor dem letztlich auf 1982 verschobenen Problem der überhöhten Nettozahlerposition von Großbritannien und damit der Zugehörigkeit von Großbritannien zur Gemeinschaft. Es wird ein wachsendes Unvermögen der Gemeinschaft und ihrer Mitgliedstaaten deutlich, die Finanzierung der Gemeinschaftspolitiken, insbesondere der Gemeinsamen Agrarpolitik, zu sichern. Dadurch ergibt sich eine Infragestellung der Gemeinsamen Agrarpolitik selbst, des zügigen Verlaufs der Verhandlungen um die EG-Erweiterung⁹, des weiteren Zusammenwachsens der Volkswirtschaften. Statt dessen vergrößert sich die Gefahr einer Flucht in nationale Alleingänge, protektionistische Maßnahmen und in den Verzicht auf gemeinschaftskonformes Verhalten. Hand in Hand geht damit eine Desillusionierung der Öffentlichkeit hinsichtlich der Perspektiven des europäischen Einigungsprozesses.

3) Dieser Entwicklung kann sicher nicht dadurch begegnet werden, daß die EG-Staaten sich in der Hoffnung auf bessere Zeiten auf die Wahrung des Bestandes beschränken. Eine solche statische Politik führt mit großer Wahrscheinlichkeit zu einer zusätzlichen Gefährdung des Zusammenhaltens. Es besteht Einigkeit darüber, daß im außenpolitischen Bereich die Weiterentwicklung und Stärkung gemeinsamer Positionen der Neun in den wichtigsten Fragen der Weltpolitik und die zunehmende Übernahme von entsprechender Verantwortung durch konkretes Handeln ein vorrangiges Ziel europäischer Politik sein sollten. Im Gemeinschaftsbereich stehen wir vor der Notwendigkeit der Stärkung der wirtschaftlichen Grundlagen durch konsequente Weiterentwicklung der Gemeinschaftspolitiken, etwa im Energiebereich, bei der Fischereipolitik, im EWS, sowie durch Inangriffnahme der erforderlichen strukturellen Anpassungen, der Kosteneindämmung über den Abbau der Agrarüberschüsse und der Verlagerung von Ausgaben in den Strukturbereich. Parallel dazu sind die Erweiterungsverhandlungen zu vollenden.

Der Wirksamkeit dieser Schritte zur Stärkung der Kohäsion der Gemeinschaft und der Neun sind jedoch enge Grenzen gesetzt. Die EPZ bleibt als Harmonisierungsinstrument nationaler Außenpolitiken souveräner Staaten zwangsläufig vom Kooperationswillen der Regierungen abhängig. Die durch die Weltenergielage geschaffenen wirtschafts- und währungspolitischen Zwänge erschweren weitere Integrationsfortschritte und gefährden sogar den erzielten Besitzstand der Gemeinschaft. Die Vorstellung, daß es in der zweiten Hälfte 1981 zu effektiven, ins Gewicht fallenden strukturellen Anpassungen der gemeinsamen Agrarpolitik und damit zu der für die Finanzierung der Gemeinschaftspolitiken erforderlichen ausreichenden Freisetzung zusätzlicher finanzieller Mittel kommen könne, erscheint angesichts vergangener Erfahrungen und der unter-

⁹ Zum Stand der Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens bzw. Portugals vgl. Dok. 212, Anm. 7 und 8.

schiedlichen Interessenlagen der Mitgliedstaaten fraglich. Vielmehr dürfte sich die Frage einer Erhöhung der 1%-Mehrwertsteuergrenze für die Eigeneinnahmen der Gemeinschaft¹⁰ oder die Schaffung neuer Einnahmequellen mit aller Dringlichkeit stellen.

Vieles spricht somit dafür, daß wir uns um die Jahreswende 1981/82 vor eine Krisensituation gestellt sehen werden, die den Zusammenhalt der Gemeinschaft ernsthaft in Frage stellen und unsere auf fester Verankerung im Westen beruhende Position gefährden könnte. Da gerade wir aus außen- wie aus wirtschaftspolitischen Gründen auf eine funktionsfähige Gemeinschaft nicht verzichten können, werden wir uns dem Zwang zu Kompromissen und Opfern (auch finanzieller Natur) ausgesetzt sehen. Um eine solche Politik innenpolitisch abzustützen und der Gemeinschaft förderliche Lösungen überhaupt zu ermöglichen, reicht eine Politik vornehmlich pragmatischer Teilschritte bei der Bewältigung anstehender konkreter Probleme nicht mehr aus. Vielmehr bedarf die europäische Politik dringend zusätzlicher Anstöße durch Fortschritte in Richtung auf eine auch politisch konzipierte Europäische Union.

4) In Betracht käme eine Initiative zum Abschluß eines Vertrages über eine Europäische Union. Dieser müßte den Brüsseler „acquis communautaire“ ebenso einbeziehen (und abstützen) wie die intergouvernemental angelegte außenpolitische Zusammenarbeit der Neun und den gleichfalls in den Römischen Verträgen¹¹ nicht vorgesehenen Europäischen Rat¹². Auch Fragen der Europäischen Sicherheitspolitik sollten Bestandteil einer solchen politischen Einigung bilden. In der Substanz würde es sich um eine Konstruktion *sui generis* mit konföderalen und föderalen Elementen handeln. Eine auf Schaffung einer solchen Union abzielende Initiative könnte auf gewisse Elemente des Fouchet-Planes¹³ zurückgreifen, bei dem eine ähnliche Konzeption (Verkopplung intergouvernementaler und kommunautairer Aktivitäten) bereits zur Diskussion stand. Ein Vertrag über die Europäische Union würde – wie seinerzeit im modifizierten Fouchet-Plan vorgesehen – den rechtlichen Rahmen setzen, in den

¹⁰ Zur Finanzierung des EG-Haushalts aus Mehrwertsteuereinnahmen vgl. Dok. 61, Anm. 8.

¹¹ Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 753–1223.

¹² Auf der Gipfelkonferenz der EG-Mitgliedstaaten am 9./10. Dezember 1974 in Paris beschlossen die Staats- und Regierungschefs, „dreimal jährlich und so oft wie nötig mit den Außenministern als Rat der Gemeinschaft und im Rahmen der Politischen Zusammenarbeit zusammenzutreten. Unter Berücksichtigung der bestehenden Praxis und geltenden Verfahren wird das administrative Sekretariat in geeigneter Weise sichergestellt. Um den Zusammenhang der Gemeinschaftstätigkeiten und die Kontinuität der Arbeit zu gewährleisten, werden die Außenminister als Rat der Gemeinschaft mit einer impulsgebenden und koordinierenden Rolle betraut. Sie können bei der gleichen Gelegenheit im Rahmen der Politischen Zusammenarbeit zusammentreten.“ Vgl. Ziffer 3 des Communiqués; EUROPA-ARCHIV 1975, D 41. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 369.

¹³ Eine im Auftrag der EWG-Mitgliedstaaten eingesetzte und vom französischen Botschafter in Kopenhagen, Fouchet, geleitete Kommission legte am 19. Oktober 1961 umfassende Vorschläge zur Gründung einer „Union der Europäischen Völker“ vor. Ein modifizierter französischer Entwurf vom 18. Januar 1962 sah eine Annäherung, Koordinierung und Vereinheitlichung der Außen-, Wirtschafts-, Kultur- und Verteidigungspolitik vor. Auf einer Außenministerkonferenz der EWG-Mitgliedstaaten vom 17. April 1962 in Paris wurde jedoch keine Einigung über die Vorschläge erzielt, da sich die Niederlande und Belgien weigerten, dem vorliegenden Vertragsentwurf zuzustimmen, solange Großbritannien der EWG nicht beigetreten sei. Für den Wortlaut der beiden „Fouchet-Pläne“ vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, D 466–485. Vgl. dazu ferner AAPD 1962, I, Dok. 36, und Dok. 68, sowie AAPD 1962, II, Dok. 174.

die bestehenden europäischen Institutionen – EG, EP, ER und EPZ – aufgenommen würden, ohne ihre vertraglichen Grundlagen und ihre weitere Entwicklung zu tangieren. Er würde damit den gegenwärtigen europäischen Besitzstand rechtlich und politisch zusammenfassen und verklammern. Dies schließt nicht aus, daß gewisse Verbesserungen in den Beziehungen der einzelnen Institutionen untereinander, für die wir seit langem eintreten (z.B. in den Beziehungen der EPZ zum Europäischen Parlament), in dem Vertrag ihren Niederschlag finden könnten. Darüber hinaus würde ein solcher Rahmen Raum lassen für die Einbeziehung neuer wichtiger Bereiche: Sicherheitsfragen und ggf. auch Kultur. Was insbesondere die Sicherheitsfragen anbetrifft, so dürfte eine Abstimmung hierüber im Rahmen der Union weder zu einer Schwächung der NATO noch zu einer europäischen Distanzierung von der Allianz führen. Es wäre Aufgabe einer geschickten Diplomatie, dies sicherzustellen. Bereits das Dokument über die Europäische Identität (Kopenhagen 1973)¹⁴ spricht davon, daß Europa über eine angemessene Verteidigung verfügen müsse. Wenn Europa seine Sicherheit eigenständiger definieren muß, um seine lebenswichtigen Interessen (z.B. seine Versorgung mit Rohstoffen) besser zu schützen, liegt es nahe, eine enge Abstimmung der strategischen Konzeptionen der Neun in Ergänzung zu der in diesem Bereich nach wie vor grundlegenden Zusammenarbeit innerhalb der NATO vorzunehmen.

5) Zu den Strukturen einer künftigen Europäischen Union, wie sie unseren Partnern vorgeschlagen werden könnte, lassen sich (in Anlehnung an den Fouchet-Plan) im einzelnen folgende Vorstellungen entwickeln:

Als Ziele einer Union kommen in Betracht:

- Weiterentwicklung der Gemeinschaftspolitiken entsprechend den Verträgen von Paris¹⁵ und Rom,
- gemeinsame europäische Außenpolitik,
- Abstimmung im Bereich der Sicherheitspolitik,
- engere Zusammenarbeit im kulturellen Bereich,
- Harmonisierung der Gesetzgebung.

Als gemeinsame Organe einer Europäischen Union wären vorzusehen:

- der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs als sich auf Gemeinschaftsangelegenheiten und EPZ erstreckende und vornehmlich mit Richtlinienkompetenz ausgestattete höchste politische Instanz der Union;
- der Ministerrat als Entscheidungszentrum für Gemeinschafts- und EPZ-Fragen (zu ersteren auch als Rechtssetzungsorgan) mit einem Ausschuß der Ständigen Vertreter (für Gemeinschaftsfragen) und einem Europäischen Politischen Komitee (für den gesamten Bereich der EPZ, d.h. auch z.B. Sicherheitsfragen) als Untergremien; EPZ und Gemeinschaftsfragen sollten nicht mehr grundsätzlich nach Sitzungen, sondern nur noch auf der TO getrennt sein;

¹⁴ Für den Wortlaut des Dokuments „Die europäische Identität“ der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten vom 14. Dezember 1973 vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 50–53.

¹⁵ Am 18. April 1951 wurde in Paris der Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl unterzeichnet. Für den Wortlaut des EGKS-Vertrags vgl. BUNDESGESETZBLATT 1952, Teil II, S. 447–504.

- die EG-Kommission zur Durchführung der Gemeinschaftsverträge (EWG, EURATOM, EGKS) und der Beschlüsse der Gemeinschaftsorgane. Die Kommission dürfte aus einer solchen Initiative unter keinen Umständen geschwächt hervorgehen;
- ein Gremium der Verteidigungsminister: Dieses sollte einen regelmäßigen Meinungsaustausch über sicherheits- (evtl. auch verteidigungs-)politische und rüstungswirtschaftliche Fragen führen;
- ein Gremium der für kulturelle Fragen zuständigen Minister;
- der Europäische Gerichtshof (EuGH) zur Wahrung des Rechts bei der Auslegung der Gemeinschaftsverträge;
- das Europäische Parlament als demokratisch legitimierte Vertretung der Völker der Union mit Zuständigkeit für Gemeinschafts- und EPZ-Fragen (wobei zu prüfen wäre, ob eine Stärkung der Zuständigkeiten erreicht werden könnte).

Hinsichtlich der Sitzfrage der Organe der Europäischen Union stellt sich die Frage, inwieweit die gegenwärtigen Regelungen beizubehalten sind.¹⁶

6) Die Europäische Union würde durch Abschluß eines Vertrages zwischen den EG-Mitgliedstaaten, der die obengenannten Elemente umfaßt, eine Art verfassungsmäßige Grundlage erhalten. Die mit dem Vertrag über die Europäische Union angestrebte Verklammerung der verschiedenen Bereiche europäischen Handelns würde

- das derzeit bereits vorgegebene Ausmaß gegenseitiger Verflechtung innerhalb der Gemeinschaft und unter den Neun verdeutlichen und die europäische Einigung wieder stärker in Richtung auf eine echte politische Union ausrichten;
- den inneren Zusammenhalt der Gemeinschaft stärken und die Lösung der für 1981/82 anstehenden schwierigen internen Probleme – nicht zuletzt auch psychologisch – erleichtern;
- die Grundlagen für gemeinsames außenpolitisches Handeln der Neun festigen, die Stellung der Gemeinschaft wie der Neun im Verhältnis zu USA, UdSSR und Dritter Welt fördern und damit eine bessere Wahrung europäischer wie auch westlicher Interessen ermöglichen.

Als Termin für eine solche Initiative käme spätestens die zweite Hälfte des Jahres 1981 in Betracht, da dann u. a. in der Bundesrepublik Deutschland, Frank-

¹⁶ Botschafter Poensgen, Brüssel (EG), berichtete am 16. September 1980, am Vortag habe der französische Außenminister François-Poncet in der Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ, die am Rande der EG-Ministerratstagung am 15./16. September 1980 in Brüssel zusammentrat, es als unbefriedigend bezeichnet, „daß die EG seit 20 Jahren mit vorläufigen Arbeitsorten leben müsse. Es bestehe die Gefahr, daß unzuständige Stellen dazu verleitet würden, das Vakuum auszufüllen, solange die Regierungen der MS nicht gemäß der Vertragsvorschriften einvernehmlich den Sitz der Organe der EG bestimmt hätten. [...] Um nicht vor vollendete Tatsachen dieser Art gestellt zu werden, müßten die Regierungen jetzt die Vertragsbestimmungen (Artikel 216 EWG-V[ertrag]) in Kraft setzen. [...] Mehrere Außenminister (IRL, DK, NL) äußerten sich zustimmend zum Gedanken, die Sitzfrage grundsätzlich aufzuwerfen. AM van der Klaauw beanstandete, daß die Sache in der EPZ besprochen werde. Der Rat müsse entscheiden. F und Vorsitz betonten, daß eine Weiterbehandlung im EPZ-Rahmen nicht beabsichtigt sei. Die Entscheidung müsse einer Konferenz der Vertreter der Regierungen der MS obliegen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2933; Referat 200, Bd. 119465.

reich und den USA die Wahlen stattgefunden haben.¹⁷ Auf jeden Fall müßte die Initiative zunächst mit Frankreich vorgeklärt werden, um dann anschließend auch mit den übrigen Mitgliedstaaten aufgenommen zu werden (zu gegebener Zeit auch mit Portugal und Spanien). Sie sollte rechtzeitig genug erfolgen, um sich auf die schwierigen Verhandlungen um die künftige GAP und die Finanzstruktur der Gemeinschaft in der zweiten Hälfte 1981 positiv auszuwirken.¹⁸

Blech
Fischer

Referat 200, Bd. 122714

275

Ministerialdirigent Montfort an Botschafter Ritzel, Teheran

311-320.10 IRN-07/80 streng geheim Aufgabe: 19. September 1980, 18.09 Uhr¹
Fernschreiben Nr. 346
Cito

Betr.: Geiselnahme in Teheran;

hier: amerikanisch-iranische Gespräche am 16. und 18.9.1980 in Bonn

I. 1) Unter Leitung des Bundesministers haben der stellvertretende amerikanische Außenminister Christopher und der iranische Staatssekretär Tabatabai in zwei Sitzungen sehr ausführliche Gespräche geführt. Die beiden Treffen fanden unter strengster Geheimhaltung statt. Der Kreis der Mitwisser wurde auf das absolut unumgängliche Maß eingeschränkt.

2) Es wurde vereinbart, daß weitere vorbereitende Kontakte, insbesondere Terminabsprachen, über unseren Botschafter in Teheran laufen. Es folgt daher eine zusammenfassende Darstellung der beiden Gespräche.

II. 1) Gespräch am 16.9.

Teilnehmer:

Auf deutscher Seite: BM, Dg31², VLR I Weber.

¹⁷ Am 5. Oktober 1980 fanden Wahlen zum Bundestag statt.

Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

In Frankreich fanden am 26. April bzw. 10. Mai 1981 Präsidentschaftswahlen statt.

¹⁸ Am 22. Januar 1981 fand eine Hausbesprechung unter Leitung des Staatssekretärs van Well statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung der Ministerialdirektoren Blech und Fischer vom 26. Januar 1981; AAPD 1981.

¹ Durchdruck.

Hat Staatssekretär van Well am 19. September 1980 vorgelegen.

² Norbert Montfort.

Auf amerikanischer Seite: Christopher, Mr. Raphel.

Auf iranischer Seite: Tabatabai.

Tabatabai erklärte einleitend, nachdem über Botschafter Ritzel die grundsätzliche Gesprächsbereitschaft der Amerikaner sichergestellt worden sei³, sei er mit seinen Freunden an Khomeini herangetreten und habe die vier Bedingungen für die Freilassung der Geiseln formuliert. Khomeini habe diese Punkte in seine Rede eingebaut.⁴ Sie stellten inzwischen die Leitlinie für künftiges Vorgehen dar, die für das Parlament bindend sei. Zwei Tatsachen hätten Angelegenheit in den letzten Tagen weitergebracht: Verzicht eines Geiselprozesses und Bildung einer Parlamentskommission⁵. Hätte das Parlament die Angelegenheit selbst in die Hand genommen, wäre mit erheblicher Verzögerung zu rechnen gewesen. Kommission werde wahrscheinlich wie folgt zusammengesetzt sein: Dr. Yazdi, Ex-Außenminister⁶; Khamenei, Teheraner Freitagsvorbeter; Musawi, religiöser Vertrauensmann der Botschaftsbesetzer; Khatami, früher Leiter des Islamischen Zentrums Hamburg. Zusammensetzung der Kommission sei nach seiner Vorstellung optimal. Die erwähnten Herren wüßten freilich nicht, daß er zu dieser Stunde bereits den Amerikanern gegenüber sitze. Lediglich der Parlamentspräsident Rafsandjani sei voll informiert und habe ihn gebeten, anschließend den

³ Vgl. dazu Dok. 265.

⁴ Botschafter Ritzel, Teheran, übermittelte am 14. September 1980, die Rede des Ayatollah Khomeini vom 12. September 1980 an iranische Pilger nach Mekka, in der Khomeini auf die als Geiseln festgehaltenen amerikanischen Botschaftsangehörigen einging: „I have emphatically repeated that the hostage taking by the militant, faithful Moslem students is a natural reaction against the blows our nation have received from the United States. Our position now is that they will be released if the property of the ousted Shah is returned, all U. S. claims against Iran are cancelled, and all Iranian assets are de-frozen and the United States guarantees there will be no political or military intervention in Iran. I have, of course, delegated this matter to the Islamic Assembly (Majlis) to decide what they deem wise.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 890; Referat 311, Bd. 137623.

Ritzel meldete am 15. September 1980, Khomeinis Erklärung, „praktisch eine Direktive ans Parlament zur Lösung des Geiselpblems“, habe „zum ersten Mal seit Geiselnahme wirkliche Bewegung in diese Frage gebracht“. Auffallend sei, „daß zwei entscheidende Forderungen darin nicht enthalten sind: Formelle Abbitte der USA und Geiselprozess.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 895; Referat 311, Bd. 137623.

⁵ Botschafter Ritzel, Teheran, berichtete am 1. September 1980, der offiziell noch nicht konstituierte Auswärtige Ausschuß des iranischen Parlaments sei dabei, „eine Antwort auf den Brief der 187 Kongreßmitglieder zu formulieren, und dies im Auftrag des Gesamtparlaments, dessen Präsident Rafsandjani in einem Interview am 30. August 1980 gesagt hat: „Mit dieser Aufgabe (Geiselthema) muß bei der ersten Gelegenheit begonnen werden, d. h. nach der Erledigung der dringenden und sehr wichtigen Aufgaben des Parlaments, der Bestätigung (aller) Abgeordnetenmandate und der Kabinettsfrage, die verständlicherweise diese Wochen das Parlament beschäftigen.““ Vgl. den Drahtbericht Nr. 809; Referat 311, Bd. 137623.

Am 12. September 1980 teilte Ritzel mit: „Zum Geiselthema wird für Sonntag, den 14. September, eine Parlamentsdiskussion aufgrund der Vorlage des zweiten revidierten Entwurfs des Auswärtigen Ausschusses des iranischen Parlaments des Briefes an die 187 Kongreßabgeordneten erwartet. Vor zwei Tagen war zu hören, daß sich der Ausschuß nicht auf eine Fassung des zweiten Entwurfs einigen konnte. Es soll eine Fassung geben, in der Prozesse angedroht werden, und eine, in der diese Drohung nicht enthalten ist. Wir werden sehen, ob es unter diesen Umständen überhaupt zur Vorlage des Antwortentwurfs kommt und ob sich eine Richtung durchgesetzt hat.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 885; Referat 311, Bd. 137623.

Am 15. September 1980 ergänzte Ritzel, der Auswärtige Ausschuß des iranischen Parlaments habe am Vortag seinen ersten Bericht zur Geiselfrage vorgelegt: „Sachlich inhaltsleer, weil überwiegend nur Rechtfertigungsversuch der Geiselnahme, stellte er Behandlung der Frage im Plenum oder Einsetzung eines Sonderausschusses zur Wahl.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 895; Referat 311, Bd. 137623.

⁶ Ebrahim Yazdi war von April bis November 1979 iranischer Außenminister.

Parlamentsausschuß zu unterrichten. Über die Aufnahme von direkten Gesprächen wüßten in Iran insgesamt nur drei Personen Bescheid: der Imam Khomeini, der Staatspräsident⁷ und der Parlamentspräsident. Die Anwesenheit von BM Genscher sei von iranischer Seite gewünscht worden.⁸ Durch dessen Bemühen und aufgrund der Einschaltung des deutschen Botschafters in Teheran seien die Kontakte zustande gekommen. Seine Seite wollte den Bundesminister als Zeugen und als Garant für die Abwicklung dabei haben.

2) Christopher begrüßte die Möglichkeit eines direkten Gesprächs mit der iranischen Seite. Die Vereinigten Staaten strebten eine ehrenhafte Regelung der Differenzen an. Seine Ausführungen zu den vier Bedingungen von Khomeini werden wie folgt zusammengefaßt: Was die eingefrorenen Vermögenswerte angehe, so seien drei Kategorien zu unterscheiden. Die erste Kategorie betreffe iranische Guthaben im Besitz der US Federal Reserve Bank (Gold im Werte von etwa 1,1 Milliarden Dollar sowie Schatzanweisungen in Höhe von 1,4 Milliarden Dollar, was einen Gesamtbetrag von 2,5 Milliarden Dollar ergebe). Der Präsident⁹ sei bereit, diese Werte en bloc freizugeben.

Die zweite Kategorie betreffe die Vermögenswerte des Iran, die in amerikanischen Banken im Ausland eingefroren seien, zum Beispiel in London bei der Zweigstelle der Bank of America. Nettobetrag 3,4 Milliarden Dollar. Auch hier sei der Präsident bereit, die Beschlagnahme en bloc im Verordnungswege aufzuheben und die Beträge der iranischen Seite sofort zugänglich zu machen. Vorstellbar sei freilich, daß andere Regierungen Schwierigkeiten machten, die Guthaben herauszugeben, beispielsweise die britische Regierung für die Guthaben in London. Die Vereinigten Staaten seien aber bereit, alles zu tun, damit Iran über die Beträge schnell verfügen könne.

Die dritte Kategorie umfasse iranische Einlagen bei amerikanischen Banken in den Vereinigten Staaten selbst in Höhe von 1,8 Milliarden Dollar. Hier lägen die Dinge komplizierter, weil diese Guthaben Gegenstand weitreichender Forderungen und Pfändungen seien. Zahlreiche amerikanische Gläubiger hätten Ansprüche geltend gemacht. Mit einer Aufhebung der Beschlagnahme ließe sich nicht sofort eine Verfügbarkeit über die Guthaben bewerkstelligen. Einige der Ansprüche, die von amerikanischer Seite geltend gemacht würden, würde Iran aber anerkennen, z.B. wenn für die Beträge kürzlich Käufe getätigt worden seien.

Was den zweiten Punkt Khomeinis angeht, sich militärisch und politisch jeder Einmischung zu enthalten, so sei der Präsident zu der gewünschten Zusicherung bereit.

⁷ Abolhassan Bani Sadr.

⁸ Botschafter Ritzel, Teheran, berichtete am 14. September 1980: „T[abatabail] informierte mich kurz nach Mitternacht 13./14. September, daß a) Khomeini bittet, BM möge mindestens zu Anfang des Gesprächs von T. mit Amerikanern anwesend sein, b) wenn BM könnte, bäte Khomeini, daß er längere Zeit mitwirkt (habe auf andere Verpflichtungen von BM verwiesen), und c) deutscher Dolmetscher Protokoll erstellt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 888; VS-Bd. 14084 (010); B 150, Aktenkopien 1980. Vortragender Legationsrat Heide unterrichtete Botschafter Ritzel, Teheran, am selben Tag, Bundesminister Genscher werden den iranischen Wünschen nachkommen: „Er hält sich unter Zurücksetzung sämtlicher anderer Verpflichtungen zur Verfügung.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 327; VS-Bd. 14084 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

⁹ James E. Carter.

Zum dritten Punkt, Herausgabe des Schah¹⁰-Vermögens, erläuterte Christopher, die amerikanische Regierung bemühe sich nachdrücklich, den iranischen Wünschen soweit wie möglich entgegenzukommen. Die Regierung habe aber nicht das Recht, in das Vermögen einzelner Personen einzugreifen. Man sei aber bereit, eine Verordnung zu erlassen, die eine Verbringung dieser Vermögenswerte ins Ausland verhindere. Man sei ferner bereit, die iranische Seite bei Gerichtsverfahren zu unterstützen, insbesondere ihr Hilfestellung zu leisten, um Vermögenswerte des Schahs in den Vereinigten Staaten aufzuspüren, deren Verbleib unter Umständen nicht bekannt sei. Auch könnten iranische Anstrengungen unterstützt werden, Informationen zu erlangen, die unter das Bankgeheimnis fielen. Schließlich sei die amerikanische Regierung bereit, vor amerikanischen Gerichten die Auffassung zu vertreten, daß der Grundsatz von der Immunität des Schahs als Staatschef hier nicht Platz greife. Damit seien aber die amerikanischen Möglichkeiten erschöpft, um der iranischen Forderung nach Herausgabe des Schah-Vermögens entgegenzukommen.

Christopher wies darauf hin, der finanzielle Umfang des Schah-Vermögens in Amerika sei in keiner Weise vergleichbar mit der Höhe der vorerwähnten Beträge, die durch Rechtsverordnung des Präsidenten freigegeben werden könnten. In dieser Beziehung beständen wohl auf iranischer Seite irrige Vorstellungen.

Tabatabai bestätigte, seine Seite gehe tatsächlich von sehr hohen Beträgen aus. Die Herausgabe des Schah-Vermögens stelle die wichtigste iranische Forderung dar. Im übrigen würde er gerne wissen, wie lange etwa ein Gerichtsverfahren über die Freigabe dauern könne. Christopher antwortete, ehrlicherweise müsse er zugeben, daß solche Prozesse beträchtliche Zeit in Anspruch nehmen würden.

Der Bundesminister bestätigte, daß auch nach deutschem Rechtssystem solche Verfahren außerordentlich kompliziert seien. Demgegenüber sei es aber von größter Wichtigkeit, wenn die amerikanische Regierung bereit sei, einen Transfer der Vermögenswerte ins Ausland zu verhindern. Das bedeute praktisch, daß sich die iranische Rechtsposition nicht mehr verschlechtern könne. Außerdem halte er die Unterstützung der amerikanischen Seite für sehr weitgehend, bei der Lokalisierung des Schah-Vermögens mitzuarbeiten und bei der Überwindung des Bankgeheimnisses zu helfen. Die Bundesregierung hätte wahrscheinlich so weitgehende Rechtshilfe nicht leisten können. Tabatabai erklärte, er nehme das ausdrücklich zur Kenntnis und werde sich erlauben, den Bundesminister in Iran zu zitieren.

Zu Punkt 4 der Bedingungen von Khomeini, Verzicht auf anstehende Forderungen gegen Iran, bat Christopher Tabatabai um Auskunft, was damit gemeint sei. Tabatabai stellte klar, es gehe um Schadensersatzforderungen der amerikanischen Geiseln oder ihrer Angehörigen sowie um Ansprüche, die sich aus dem Verfahren vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag¹¹ ergeben

¹⁰ Mohammed Reza Pahlevi.

¹¹ Die amerikanische Regierung rief am 29. November 1979 den Internationalen Gerichtshof in Den Haag an, um den Beschluß von Maßnahmen zur Freilassung ihrer in Iran als Geiseln festgehaltenen Botschaftsangehörigen und zur Gewährleistung ihrer Sicherheit zu erreichen. Ministerialdirektor Fleischhauer notierte am 18. Dezember 1979, der IGH habe am 15. Dezember 1979 dem „von den USA neben der Klage in der Hauptsache gestellten Antrag auf ‚einstweilige Maßnahmen‘“ einstimmig stattgegeben. Damit werde die iranische Regierung „unter Hinweis auf die geltenden Ver-

könnten. Diese beiden Fälle seien ihm bekannt, vielleicht gebe es noch mehr. Christopher wies darauf hin, dieser Punkt sei bisher nicht klar gewesen. Deswegen habe er auch noch nicht mit dem Präsidenten darüber gesprochen. Ein Verzicht auf Schadensforderungen der Geiseln werfe auf seiner Seite erhebliche Probleme auf. Die iranische Seite möchte sich doch vergegenwärtigen, daß der amerikanische Präsident veranlaßt werden solle, Milliardenbeträge freizugeben und Iran in jeder Weise entgegenzukommen. Er wisse nicht, ob es unter diesen Umständen möglich sei, die Geiseln oder ihre Angehörigen von Schadensersatzforderungen abzuhalten. Tabatabai möge sehen, daß hier auch auf amerikanischer Seite Emotionen ausgelöst würden.

Abschließend wurde vereinbart, etwa aufkommende Pressespekulationen über ein Treffen zwischen Tabatabai und Christopher zu dementieren.¹²

III. Zweites Gespräch am 18.9.

1) Der Bundesminister teilte mit, er wolle sich voll den Bemühungen widmen, zu einer Lösung im amerikanisch-iranischen Verhältnis beizutragen. Er habe daher in seiner Partei Vorsorge getroffen, trotz des Wahlkampfes¹³ jederzeit und an jedem Ort zur Verfügung zu stehen. Das gelte auch für Gespräche in den beiden Hauptstädten. Christopher und Tabatabai begrüßten diese Bereitschaft.

2) Der Bundesminister schlug zum weiteren zeitlichen Ablauf der Gespräche ein neues Treffen am Wochenende 27./28.9. vor. Tabatabai bestätigte, daß er Montag

Fortsetzung Fußnote von Seite 1417

träge und das allgemeine Völkerrecht verpflichtet: a) Botschafts- und Konsulatsgebäude den US-Behörden sofort zur uneingeschränkten Benutzung und Verfügung zurückzugeben und die Unverletzlichkeit sowie den Schutz dieser Gebäude zu gewährleisten; b) alle US-Staatsbürger, die in Teheran oder an anderen Orten als Geiseln festgehalten werden, sofort freizulassen; c) für die Mitarbeiter der Botschaft und Konsulate der USA den vollen Schutz, die Achtung der Privilegien und Immunitäten zu gewährleisten“. Die Entscheidung stelle nur eine vorläufige Regelung bis zum Erlaß des Urteils dar, sei aber für beide Parteien bindend. Vgl. Referat 422, Bd. 121326.

Am 24. Mai 1980 entschied der IGH, daß Iran umgehend alle als Geiseln festgehaltenen amerikanischen Botschaftsangehörigen ohne jede Art von Gerichtsverfahren freilassen und das amerikanische Botschaftsgebäude an die Schweiz als Interessenvertretung der USA übergeben solle. Ferner sei Iran zu Entschädigungszahlungen verpflichtet. Vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 80 (1980), Heft 2040, S. 73.

¹² Botschafter Hermes, Washington, teilte am 20. September 1980 mit, die amerikanische Tageszeitung „Washington Post“ berichte „an prominenter Stelle über jüngste Europareise Warren Christophers. Die Zeitung bezeichnet unter Berufung auf Quellen im State Department die Teheraner Geisellaffäre als Hauptgegenstand dieser ‚ungewöhnlich geheimen Besuche‘ bei westeuropäischen Politikern“. Die knappe Pressemitteilung des amerikanischen Außenministeriums über die Gespräche des stellvertretenden Außenministers Christopher in Bonn am 15. September 1980 mit Staatssekretär van Well würde in die Irre führen: „In Wirklichkeit habe Christopher u. a. BK Schmidt, Präsident Giscard d'Estaing und Premierminister Thatcher getroffen. Christopher sei begleitet worden von Carswell, dem Experten für die Iran-Sanktionen, Saunders, zuständig für Iran und Afghanistan, Rechtsberater Owen, der die USA beim Internationalen Gerichtshof gegen den Iran vertreten habe, und schließlich Raphael, dem Iran-Experten Muskies. Äußerst zugeknöpfte Offizielle hätten gesagt, daß der Iran zu den Gesprächsthemen gehört habe. Sie hätten versichert, daß es ‚absolut keinen Kontakt weder direkt noch indirekt‘ zwischen der US-Delegation und dem Gouverneur der iranischen Zentralbank Nobari gegeben habe, der sich ebenfalls in dieser Woche in Bonn aufgehalten habe, wo die US-Delegation die meiste Zeit verbracht habe. Wörtlich heißt es sodann: ‚The sources went out of their way to discourage any idea that the discussions about Iran have brought Washington and Tehran close to a breakthrough on ending the 10 1/2 month captivity of American diplomatic personnel.‘“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3597; Referat 311, Bd. 137598.
Vgl. dazu den Artikel „U.S., Europe Huddle on Iran“, WASHINGTON POST vom 20. September 1980, S. A 1 und A 14.

¹³ Am 5. Oktober 1980 fanden Wahlen zum Bundestag statt.

(22.9.) nach Teheran zurückreise und dann sofort Kontakt mit Khomeini, Bani Sadr und Rafsandjani aufnehmen (um die Frage zu klären, inwieweit die Parlamentskommission von seinen Gesprächen in Bonn unterrichtet werden soll und wer mit der weiteren Verhandlungsführung beauftragt wird). Der Bundesminister legte dar, er sei am kommenden Montag, Dienstag und Mittwoch (22. bis 24.9.) in New York, wo er AM Muskie sehe.¹⁴ Er gehe davon aus, daß Tabatabai ihm über Botschafter Ritzel bis Mittwoch¹⁵ morgen New Yorker Zeit eine iranische Reaktion übermittle, so daß er diese Information noch am Mittwoch in New York oder Washington verwerten könne.

Tabatabai sagte zu, sich in diesem Sinne einzusetzen. Christopher erklärte, auch er sei mit den vorgeschlagenen Terminen einverstanden, ihm wären freilich auch frühere Termine recht.

3) Zu seinem persönlichen Bemühen um eine Lösung erklärte Tabatabai, das Gefühl, bei seinen Gesprächen in Bonn Vertrauen gefunden zu haben, gäbe ihm starke Rückendeckung. Trotz zwei oder drei vorangegangener Fehlschläge habe er die neue Aktion mehr oder weniger auf seine persönliche Initiative hin unternommen. Angesichts der psychologischen Situation in Iran und seines persönlichen Risikos sei strengste Geheimhaltung angebracht.

4) Christopher wiederholte verschiedene Gesichtspunkte seiner Stellungnahme vom 16.9. (zu den vier Bedingungen von Khomeini) und ergänzte diese durch folgende Ausführungen:

- Er habe eine Verordnung des Präsidenten entworfen, mit der verhindert werden soll, daß Teile des Schah-Vermögens außer Landes gebracht werden. Darin würde außerdem jeder Person oder Institution unter amerikanischer Jurisdiktion zur Pflicht gemacht, etwaige Kenntnis offenzulegen.
- Ein Pressestatement sei ausgearbeitet worden, um gegen Pressespekulationen über amerikanisch-iranische Kontaktaufnahmen gewappnet zu sein (der Entwurf dieser Erklärung wurde verlesen).
- Seine Seite sei bereit, schon vor der Entlassung der Geiseln ein positives Signal zu setzen. Iranisches Gold könne bereits vorher der Deutschen Bundesbank überstellt werden.

Der Bundesminister bezeichnete die amerikanische Bereitschaft, bis zu äußersten Grenze zu gehen, als überaus weitgehend und sehr beachtlich.

Was die von Christopher erwähnte Überstellung des Goldes in den Besitz der Bundesbank angehe, brauche man nicht an eine physische Übergabe zu denken. Es genüge eine Zuweisung zu den deutschen Beständen in Amerika.

5) Nach einer ausführlichen Diskussion erklärte der Bundesminister, der Presse solle am Samstag (20. September) mitgeteilt werden, daß er mit Tabatabai, wie bei dessen früheren Deutschlandreisen, zu einem Gespräch zusammengetroffen sei. Die Geiselfrage solle dabei nicht erwähnt werden.

¹⁴ Bundesminister Genscher hielt sich vom 22. bis 24. September 1980 anlässlich der VN-Generalversammlung in New York auf. Für das Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister Muskie am 22. September vgl. Dok. 279.

¹⁵ 24. September 1980.

6) Abschließend brachte Tabatabai folgendes Anliegen vor. Er wäre außerordentlich dankbar für jede Nachricht über das Schicksal von Imam Musa Sadr, dem Schiitenführer aus Libanon (seinem Onkel), der 1978 im Verlauf eines offiziellen Aufenthalts in Libyen verschwunden sei.¹⁶ Er betone die Rolle, die Musa Sadr nach dem Ableben von Khomeini spielen könne.

Der Bundesminister sagte zu, seine besonderen Möglichkeiten voll auszuschöpfen.¹⁷

IV. 1) Tabatabai hat sich keine Notizen gemacht. Nach Ende des zweiten Gesprächs hat er um Zusammenfassungen gebeten, diese hat er jedoch noch nicht bekommen. Unsere Schwierigkeit besteht darin, daß die informal summaries zunächst mit Christopher abgestimmt werden müssen. Das soll über das Wochenende¹⁸ in USA direkt geschehen. Um Kreis der Mitwisser nicht zu vergrößern, wollen wir nicht über hiesige US-Botschaft gehen.

2) Es wird angeregt, diesen Drahterlaß nach Auswertung baldmöglichst zu vernichten.¹⁹

Montfort²⁰

VS-Bd. 11153 (311)

¹⁶ Botschafter Ritzel, Teheran, stellte am 9. Mai 1979 fest, das Verschwinden des Oberhauptes des Obersten Islamisch-Schiitischen Rats im Libanon, Musa Sadr, überschattete die libysch-iranischen Beziehungen: „Der Fall des libanesischen Imams Musa Sadr, eines Lieblingsschülers Khomeinis aus seiner Zeit im irakischen Exil, hat das hartnäckige Werben Gaddafis um die Gunst Khomeinis einmal mehr an dessen beharrlicher Forderung nach Aufklärung der Affäre scheitern lassen.“ Das stellvertretende libysche Staatsoberhaupt Jalloud habe im April 1979 in Teheran verkündet, „Musa Sadr sei in Italien verschwunden“. Jalloud habe dabei die Ermordung Musa Sadrs „dem CIA, zionistischen Agenten und italienischen Terroristen in die Schuhe“ geschoben: „Er mußte sich sofort hinterher die Frage gefallen lassen, woher er denn so genau wisse, daß Musa Sadr tot sei.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 772; Referat 311, Bd. 137610.

¹⁷ Bundesminister Genscher erkundigte sich am 5. November 1980 beim Leiter des libyschen Auslandsgeheimdienstes, Belgassem, nach dem seit 1978 verschwundenen Oberhaupt des Obersten Islamisch-Schiitischen Rats im Libanon, Musa Sadr. Belgassem teilte mit: „Im Mai 1978 (sic) habe er hierüber eine umfassende Untersuchung in Libyen angestellt, deren Ziel es gewesen sei zu ermitteln, wo dieser Mann nach der Rückreise von Libyen nach Italien mit dem Flugzeug abgeblieben sei.“ Musa Sadr habe am 31. August 1978 Libyen verlassen; er solle mit zwei Begleitern auf dem Flugplatz Rom angekommen und dann verschwunden sein. Als mögliche Verantwortliche für Musa Sadrs Tod verwies Belgassem auf den früheren iranischen Geheimdienst SAVAK. Eine Rolle könne auch die Position gespielt haben, die Musa Sadr als Führer der Schiiten im Libanon erworben habe: „Er könne also langsam zu einer Gefahr für andere Führungspersönlichkeiten geworden sein, was die Vermutung stütze, daß in libanesischen Kreisen ein Interesse bestanden habe, ihn wegen seines Einflusses von der Bühne verschwinden zu lassen.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14085 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

Botschafter Arnold, Rom, teilte am 28. November 1980 mit, die italienischen Behörden seien 1978 zum Schluß gekommen, es gebe keinerlei Beweise dafür, daß Musa Sadr im August in Rom angekommen sei; die italienische Regierung gehe vielmehr von einer libyschen Täterschaft aus: „Musa Sadr habe jahrelang für die Schiiten im Libanon libysche Unterstützung bezogen. Im libanesischen Bürgerkrieg zwischen Palästinensern und Maroniten habe sich aber die schiitische Volksgruppe auf die Seite der Maroniten geschlagen [...]. Von seiten der libyschen Geldgeber sei dieses Verhalten der Schiiten als ein Verrat an der muslimischen Sekte im Libanon betrachtet worden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1015; VS-Bd. 11157 (311); B 150, Aktenkopien 1980.

¹⁸ 20./21. September 1980.

¹⁹ Vortragender Legationsrat I. Klasse Wallau notierte am 26. September 1980, Bundesminister Genscher habe den stellvertretenden amerikanischen Außenminister Christopher am 23. September 1980 über ein Telefonat mit dem Staatssekretär im iranischen Ministerpräsidentenamt, Tabatabai, unterrichtet: „Dieser sei noch in Deutschland, da keine Flugverbindung nach Teheran bestehe. Er wolle noch bis morgen warten, und dann versuchen, über Pakistan in den Iran zu gelangen. Es sei offen, ob

276

Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt**114-5150/80 VS-vertraulich****Aufgabe: 19. September 1980, 19.58 Uhr¹****Fernschreiben Nr. 970****Ankunft: 19. September 1980, 22.15 Uhr****Citissime****Betr.: Streik der Reichsbahner in Berlin (West)²**

Bereits am 17.9. abends – als die ersten Meldungen über den Eisenbahnstreik in Berlin (West) kamen – hatten wir Gelegenheit, mit DDR-Vertretern in die-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1420

ihm dies gelinge. [...] T. sei es bisher noch nicht gelungen, eine sachliche Botschaft an seine Kontakte heranzutragen.“ Vgl. VS-Bd. 14084 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

Ministerialdirigent Montfort unterrichtete die Botschaft in Teheran am selben Tag, das amerikanische Außenministerium habe das Auswärtige Amt am 23. September 1980 informiert, „möglicherweise habe sich ein zweiter Kanal für iranisch-amerikanische Gespräche ergeben, und zwar über eine Gruppe von internationalen Rechtsanwälten“. Diese hätten bis 20. September 1980 mit dem Geschäftsträger der iranischen Botschaft, Navab-Motlagh, und dem stellvertretenden Gouverneur der iranischen Notenbank, Abdullahi, in der Bundesrepublik über Finanzfragen, insbesondere die Freigabe blockierter iranischer Vermögenswerte, verhandelt: „Diese Gruppe von Anwälten habe ihrerseits einen amerikanischen Kollegen hinzugezogen, der nun mit State Department in Verbindung stehe. State Department habe den amerikanischen Anwalt wissen lassen, über die zur Diskussion stehenden Finanzfragen könne nur im Zusammenhang mit der Regelung der Geiselfrage gesprochen werden. Navab habe daraufhin mitgeteilt, er könne einen solchen Verhandlungsauftrag aus Teheran bekommen.“ Noch habe das amerikanische Außenministerium nicht entschieden, „ob und wie es die Kontakte über diese Anwälte fortsetzen will. Amerikanisches Interesse ist aber erkennbar, keine Zeit zu verlieren und diesen Verhandlungsweg nicht zuzuschütten.“ Tabatabai, mit dem Genscher am 25. September 1980 erneut in Bonn gesprochen habe, habe diesen Verhandlungskontakt als unseriös bezeichnet. Tabatabai selbst wolle am 26. September 1980 seinen Rückflug über Damaskus antreten. Genscher habe eindringlich geraten, „so schnell wie irgend möglich nach Teheran zurückzukehren und auf die Verantwortlichen einzuwirken. Die technischen Fragen bezüglich der Freigabe der blockierten Vermögenswerte und der Herausgabe des Schah-Vermögens seien vorgeklärt. Die USA hätten alles getan, um eine schnelle Abwicklung zu ermöglichen. Jetzt sei Iran am Zuge.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 384; VS-Bd. 11153 (311); B 150, Aktenkopien 1980.

20 Paraphe.

¹ Hat dem Bereitschaftsdienst am 19. September 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[errn] v[on] Richthofen, Durchschlag für StS und Minister.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Richthofen am 22. September 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an die Legationsräte I. Klasse Blomeyer-Bartenstein, Dane und Krieghoff sowie Legationsrat von Morr „z[ur] K[enn]tnisnahme“ verfügte.

² Vortragender Legationssekretär I. Klasse Freiherr von Richthofen notierte am 18. September 1980: „Seit 17.9.1980 ist es zu Streiks von Beschäftigten der Deutschen Reichsbahn in Berlin (West) gekommen. Die Streiks haben dazu geführt, daß der Güterverkehr auf der Schiene vollständig, nicht aber der Personenverkehr von und nach Berlin unterbrochen worden ist.“ Die Beschäftigten der von der DDR betriebenen Deutschen Reichsbahn seien seit längerem mit ihren Lohn- und Arbeitsbedingungen unzufrieden. Ihr Unmut sei durch die fristlose Entlassung von mehr als 80 Beschäftigten im Januar 1980, die mit Zustimmung der DDR-Gewerkschaft FDGB erfolgt sei, weiter gewachsen. Von der Unterbrechung des Eisenbahngüterverkehrs von und nach Berlin (West) seien 20,8% des gesamten Güterverkehrs betroffen: „Im einzelnen werden etwa 52% der Kohle, 20% des Mineralöls und 4% des Nahrungsmittelbedarfs von Berlin auf der Schiene transportiert. Sollte die Streikentwicklung anhalten, stehen ausreichende Kapazitäten auf dem Lkw- und Schiffssektor zur Verfügung, um die Versorgung der Stadt sicherzustellen.“ Zur Rechtslage der Deutschen Reichsbahn in Berlin (West) legte Richthofen dar: „Die Deutsche Reichsbahn erhielt 1945 von den Drei Mächten die Betriebsrechte in West-Berlin übertragen mit dem Ziel der Aufrechterhaltung eines einheitlichen Eisenbahnverkehrs innerhalb der damaligen sowjetischen Besatzungszone und Berlins. Diese Betriebsrechte beinhal-

ser Sache zu sprechen. Auf meinem Empfang für die IPU-Delegationen³ in der StäV sprach ich mit Häber vom ZK der SED und Seidel vom MfAA. Unter ausdrücklicher Hintansetzung aller Zuständigkeitsfragen (wegen der Vorbehaltsrechte der Alliierten etc.) wies ich nachdrücklich auf die hohe politische Brisanz der Vorgänge hin, die bekanntlich immer dann gegeben sei, wenn Transitfragen berührt würden. Seidel erklärte ausdrücklich das Interesse der DDR an der Aufrechterhaltung des ungehinderten Transitverkehrs. Häber machte Andeutungen über „gezielte Provokationen“, die „von interessierter Seite“ versucht würden. Ganz offensichtlich wollte er sagen, daß der Streik und die damit verbundene „Unruhe über Berlin-Fragen“ im Zusammenhang mit dem Bundestagswahlkampf⁴ gesehen werden mußten.

Heute vormittag (19.9.) hatte ich Gelegenheit zu einem ausführlichen Vier-Augen-Gespräch mit DDR-Vizeaußenminister Kohl; wir führten dies am Rande der heute eröffneten Expertengespräche über Gewässerschutzfragen der Werra⁵ etc. Ich sagte Kohl, daß die Bundesregierung die Entwicklung mit Sorge betrachte und ein hohes Interesse an der Aufrechterhaltung des Transitverkehrs habe. Ich wies Kohl auf die betonte Zurückhaltung der Bundesregierung gegenüber den West-Berliner Vorgängen hin, wie sie durch einen Bonner Regierungssprecher deutlich gemacht worden sei.⁶ Unsere Seite stelle mit Befriedigung fest (dabei bezog ich mich auf mein Gespräch mit Seidel), daß auch die DDR problembewußt sei, was die Bedeutung des Transits angehe. Wir wären dankbar, wenn in diesen Tagen eine andauernde Gesprächsmöglichkeit mit der DDR gegeben sei, um etwaige neue Entwicklungen erörtern zu können.

Auch gegenüber Kohl erläuterte ich eingangs, daß ich mich informationshalber mit ihm austauschte und daß durch unser Gespräch in keiner Weise Zuständigkeitsfragen aufgeworfen oder gar präjudiziert würden.

Kohl betonte das Interesse der DDR an einer baldigen Beilegung des Streiks und einer Aufrechterhaltung des Transitverkehrs. Er ging insoweit auf Zuständig-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1421

ten keine Hoheitsrechte. Das Eisenbahngelände in Berlin (West) ist nach unserer Auffassung vollwertiger Bestandteil der Westsektoren. Diese Auffassung wird von den Drei Mächten geteilt.“ Vgl. Referat 210, Bd. 116566.

³ In Ost-Berlin fand vom 16. bis 24. September 1980 die Tagung der Interparlamentarischen Union statt. Vgl. dazu auch Dok. 305, Anm. 24.

⁴ Am 5. Oktober 1980 fanden Wahlen zum Bundestag statt.

⁵ Zur Frage der Werra-Entscheidung vgl. Dok. 49, Anm. 9.

Zur Vereinbarung vom 30. April 1980 über die Aufnahme von Expertengesprächen über Gewässerschutzfragen vgl. Dok. 137.

⁶ Vortragender Legationsrat I. Klasse Freiherr von Richthofen notierte am 19. September 1980: „Der Bundeskanzler rechnet damit, daß die tarifpolitischen Auseinandersetzungen nicht schnell zu Ende gehen werden und daß die Lage schwierig werden kann. Er sieht diese Entwicklung auch vor dem Hintergrund der jüngsten Streikbewegung in Polen. Er bittet um größte Zurückhaltung der Bundesregierung und des Senats von Berlin. Das Bundeskanzleramt hat in Abstimmung mit dem Auswärtigen Amt, dem BMB und dem BM Verkehr folgende Sprachregelung für Presseanfragen abgefaßt: ‚Die Bundesregierung sieht in den Vorgängen bei der Deutschen Reichsbahn in Berlin (West) eine tarifpolitische Auseinandersetzung über Lohn- und Arbeitsbedingungen, zu der sie – wie in anderen derartigen Fällen – nicht Stellung nimmt. Die Bundesregierung hofft, daß es in den Gesprächen zwischen den Beteiligten gelingt, sich über eine Lösung des Arbeitskonflikts zu verständigen.‘ Mit dieser Sprachregelung wird der Versuch unternommen, die Angelegenheit zunächst einmal als tarifpolitische Auseinandersetzung zu betrachten und Gelassenheit zu dokumentieren.“ Vgl. Referat 210, Bd. 116566.

keitsfragen ein, als er sagte, daß das Transitabkommen⁷ nach Auffassung der DDR nicht für die Vorgänge in Berlin (West) gelte. Man müsse sehr genau beachten, auf welche Territorien sich das Transitabkommen beziehe; die Vorgänge in Berlin (West) würden nicht unter Fragen des Transitabkommens fallen. Ich vertiefte dies ausdrücklich nicht. Kohl sagte mir zu, daß ich am kommenden Wochenende⁸ jederzeit Gelegenheit haben würde, mit ihm oder Seidel Kontakt aufzunehmen; die DDR sei dazu bereit. Ich sprach ihm dafür den Dank der Bundesregierung aus.

Kohl argumentierte dann ähnlich, wie es am 17.9. ZK-Abteilungsleiter Häber getan hatte. Der Streik sei, so meinte Kohl, von interessierter Seite gut getimed worden. Bestimmte Kreise bei uns seien daran wohl sehr interessiert. Allerdings könne die DDR sich nicht versagen, auch auf eine gewisse Mitverantwortung von seiten der Bonner Koalition hinzuweisen. Man müsse sich doch fragen, ob die Einberufung des jüngsten Gewerkschaftskongresses der Eisenbahner nach Berlin (West)⁹ klug und vernünftig gewesen sei. Bis zu einem gewissen Grade sehe es nun – mit Blick auf den Streik der Reichsbahner – so aus, als könne „der Zauberlehrling“, der bestimmte Sachen ins Leben gerufen habe, diese nun nicht mehr unter Kontrolle halten. In diesem Zusammenhang erwähnte Kohl, daß dies auch die Auffassung von Herrn Falin sei. Auf meine Frage, ob Falin derzeit in Berlin sei, sagte Kohl, er sei es nicht, aber es gebe ja auch Telefon. Ganz offensichtlich wollte er mir zu verstehen geben, daß die DDR in der Streikfrage engen Kontakt mit Moskau hält.

Ich erwiderte Kohl, daß – wenn schon von dubiosen Planungen die Rede sei – einem der Gedanke kommen könne, die DDR wollte auf diese Weise die S-Bahn-Frage nachdrücklich als Problem auf den Tisch legen.¹⁰ Kohl widersprach dem.

Kohl wies nicht ohne einen gewissen Unterton der Befriedigung darauf hin, daß sich offensichtlich die drei Westalliierten und die DDR insoweit im selben Boot befänden, als sie gegebenenfalls bestimmte Maßnahmen „nachdrücklich durch-

⁷ Für den Wortlaut des Abkommens vom 17. Dezember 1971 zwischen der Regierung der Bundesrepublik und der Regierung der DDR über den Transitverkehr von zivilen Personen und Gütern zwischen der Bundesrepublik und Berlin (West) vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 7–13.

⁸ 20./21. September 1980.

⁹ Der Kongreß der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) fand vom 8. bis 12. September 1980 in Berlin (West) statt. Vgl. dazu den Artikel „Haar kritisiert die ‚Deutsche Reichsbahn‘“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 9. September 1980, S. 4.

¹⁰ Seit 1974 forderte die DDR den Senat von Berlin auf, sich an den Kosten der von der DDR betriebenen S-Bahn zu beteiligen. Der Senat von Berlin teilte mit Schreiben vom 8. August 1980 dem Bundeskanzleramt, dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium für Verkehr bzw. dem für innerdeutsche Beziehungen mit, von seiten der DDR sei am 31. Juli 1980 versucht worden, ein Aide-mémoire zur S-Bahn-Problematik zu überreichen, dessen Annahme jedoch von seiten des Senats verweigert worden sei. Vgl. dazu Referat 210, Bd. 132495. In dem Aide-mémoire erinnerte die Regierung der DDR an die Kosten, die ihr „für den Betrieb der Deutschen Reichsbahn und insbesondere der S-Bahn in Berlin (West) entstehen. Wiederholt wurde in diesem Zusammenhang die Erwartung zum Ausdruck gebracht, daß der Senat [...] eine positive Haltung hinsichtlich einer Beteiligung an diesen Kosten einnimmt. Dabei ist die Regierung der DDR insbesondere davon ausgegangen, daß die Deutsche Reichsbahn den gesamten S-Bahn-Verkehr in Berlin (West) ausschließlich im Interesse von Berlin (West) und seiner Bevölkerung durchführt und damit zugleich zur Lösung wichtiger Aufgaben im Nahverkehr in Berlin (West) beiträgt.“ Vgl. Referat 210, Bd. 132495.

zusetzen“ entschlossen seien. Für die Westalliierten sei, wie die DDR zuverlässig wisse, die Frage des ungehinderten Verkehrs der Militärzüge der entscheidende Punkt. Was die DDR betreffe, so möge niemand wegen „jüngster Vorgänge anderswo“ den Fehler machen anzunehmen, sie werde sich auf irgend etwas anderes einlassen als auf „klare und eindeutige Lösungen“. Ganz offensichtlich wollte Kohl damit eine harte Verhandlungsposition der DDR gegenüber den Streikenden (Kündigungen und eventuell auch Einsatz von DDR-Transportpolizei) markieren.

Wir hatten heute auch Kontakt mit dem Senat und den drei Westalliierten. Nach unserem Eindruck begegnet der Senat den derzeitigen Vorgängen bei der Reichsbahn in Berlin (West) mit relativer Gelassenheit (und auch Sympathie für die Streikenden); einer Gelassenheit, die jedenfalls insoweit gerechtfertigt erscheint, als ernstliche Versorgungsschwierigkeiten durch die Lahmlegung des Gütertransits vorerst nicht zu erwarten sind. Dennoch überwiegt auch beim Senat das Interesse an einem baldigen Ende des Streiks; irgendwelche Gespräche zwischen Senat und Reichsbahn oder DDR-Stellen sind nicht in Sicht. Von Senatsseite wird es auch keinerlei Eingriffe in die Streiksituation geben, soweit wir dies heute hören konnten.

Bei den drei Westalliierten scheint die Besorgnis größer zu sein. Wir hörten, daß die Alliierten gestern entschlossen waren, gegebenenfalls eine – vermutete – Besetzung der zentralen Stromversorgungsanlage der S-Bahn am Bahnhof Halensee durch DDR-Transportpolizei notfalls auch gewaltsam zu beenden. Der Senat soll davon abgeraten haben; es stellte sich dann heraus, daß die DDR-Transportpolizei die Stromversorgungsanlage nicht besetzt hatte. Nachrichten vom heutigen späten Nachmittag, daß DDR-Polizei Stellwerke oder ein Stellwerk in Berlin (West) übernommen habe, konnten bisher nicht überprüft werden. Sollten diese Berichte zutreffen, so wäre dann eine – sehr prekäre – Lage geschaffen, in der die Westalliierten sich zu entscheiden hätten, ob sie eine so geartete Bereinigung der Streikfront für wichtiger halten als die damit verbundene Frage, wieweit die DDR nicht nur Betriebsrechte, sondern auch Hoheitsrechte auf dem West-Berliner Bahngelände wahrnehmen kann. Die Antwort auf diese Frage ist entweder kurzfristig (Streikverkürzung) oder langfristig (Vorbehaltsrechte) von großer Bedeutung.

Von alliierter Seite wurde uns unmißverständlich gesagt, daß der freie Verkehr der Militärzüge als der kritische Punkt angesehen wird; insoweit wird die entsprechende Behauptung Kohls mir gegenüber bestätigt. (Ich verweise in diesem Zusammenhang auf mein Telefonat mit MDg Bräutigam über die geschützte Leitung von heute nachmittag.) Wir werden in Kontakt mit den Westalliierten in Berlin (West) bleiben.

Nach unseren Informationen staut die DDR aus Richtung Westen kommende Güterzüge in der DDR; Kohl erwähnte, daß dies in absehbarer Zeit zu Verkehrsschwierigkeiten führen könnte. Jedoch hat die DDR gegenüber der Bundesbahn noch keine Annahmesperre für Güterzüge verkündet. Soweit wir es übersehen können, ist der Güterverkehr deshalb blockiert, weil diese Züge vom DDR-Verschiebebahnhof Seddin normalerweise von Reichsbahn-Lokomotiven mit West-Berliner Reichsbahn-Personal abgeholt werden, was durch den jetzigen Streik unterbleibt. Darüber hinaus findet auch kein Rangieren etc. statt. Der Perso-

nenverkehr läuft bisher weiter, weil die Lokomotiven mit Reichsbahn-Personal aus Berlin (Ost) gefahren werden und das West-Berliner Stellwerk in Grunewald bisher nicht bestreikt wird. Die Reichsbahn-Leitung in Berlin (Ost) ist gestern und heute insoweit als Streikbrecher erfolgreich gewesen, als sie einige Güterzüge und einen Postzug sozusagen im „Handstreich“ mit Ost-Berliner Eisenbahnern sowohl auf dem Stellwerk als auch auf den Lokomotiven aus West-Berlin herausgebracht hat oder Privatbahnen in West-Berlin veranlaßte, mit ihren Lokomotiven die Züge vom Reichsbahngelände zu holen.

Soweit uns bekannt, gibt es vorerst keine Versorgungsschwierigkeiten in der West-Berliner Wirtschaft. Bei einigen Branchen könnte jedoch ein acht- bis zehntägiger Streik wegen knapper Lagerhaltung zu Problemen bei der Zulieferung von Teilen (Fahrzeug- und Waggonbau) führen.

Als größte Gefahr muß nach meiner Einschätzung angesehen werden, daß nach den Vorgängen in Polen¹¹ der Streik in Berlin (West) von einem Lohn- und Sozialkonflikt mindestens publizistisch in einen politischen Grundsatzkampf umfunktioniert wird: sozusagen ein Danzig ohne vergleichbares persönliches Risiko. Die DDR würde darauf, wie Kohl deutlich machte, aus grundsätzlichen Erwägungen massiv reagieren und hoffen, daß ihr dabei die speziellen Interessen der Westalliierten bis zu einem gewissen Grade als Schutzschild dienen würden. Die andere Gefahr kann in der oben skizzierten möglichen Verwischung der Hoheitsrechte der Westalliierten liegen, sofern bestimmte Handlungen der DDR-Transportpolizei akzeptiert werden würden.¹²

[gez.] Gaus

VS-Bd. 13134 (210)

¹¹ Zur Entwicklung in Polen vgl. Dok. 253 und Dok. 256.

¹² Zum Ende des Streiks der Beschäftigten der Deutschen Reichsbahn in Berlin (West) vgl. Dok. 279.

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem italienischen Außenminister Colombo in New York

105-62.A/80

22. September 1980¹

Gespräch des Herrn Bundesministers mit Außenminister Colombo in New York am 22.9.1980 um 18.20 Uhr²;

hier: Dolmetscheraufzeichnung

AM *Colombo* berichtete über seinen Besuch in China³: Seines Erachtens sei die Änderung in der politischen Führung als der Beginn einer Entmachtung Huas zu werten. Zwar sei Hua noch Parteivorsitzender, aber der neu ernannte Premierminister – ein jung wirkender Mann, bisher Provinzgouverneur – sei ein Anhänger Deng Xiaopings.⁴ Ebenso sei der Generalsekretär der Partei⁵ der Gruppe um Deng zuzuordnen. Während des italienischen Staatsbesuchs in China sei in der Peking Volkszeitung sogar ein Artikel mit erster, noch vorsichtiger Kritik an Hua erschienen. Beobachter glaubten, daß möglicherweise nach Ablauf von etwa sechs Monaten mit weiteren Veränderungen in der chinesischen Staatsspitze zu rechnen sei.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragender Legationsrätin Siebourg am 29. September 1980 gefertigt und von ihr am selben Tag an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau weitergeleitet.

Hat Wallau vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[errn] v[on] Br[äunmühl] z[ur] g[efälligen] Kenntnisnahme.“

Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 29. September 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat von Nordenskjöld verfügte.

Hat Nordenskjöld vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 010, Bd. 178820.

² Bundesminister Genscher hielt sich vom 22. bis 24. September 1980 anlässlich der VN-Generalversammlung in New York auf.

³ Der italienische Außenminister Colombo hielt sich mit Staatspräsident Pertini vom 18. bis 26. September 1980 in der Volksrepublik China auf. Botschaftsrat I. Klasse Nölle, Peking, berichtete am 22. September 1980, Colombo habe die Botschafter der EG-Mitgliedstaaten am 19. August 1980 über sein Gespräch mit dem chinesischen Außenminister Huang Hua unterrichtet, in dessen Mittelpunkt die Konflikte im Nahen und Mittleren Osten sowie in Indochina gestanden hätten. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1533; Referat 203, Bd. 115878. Vgl. dazu ferner Dok. 318, Anm. 8.

⁴ Referat 341 vermerkte am 9. September 1980: „Der chinesische Ministerpräsident Hua Guofeng und sieben von 18 stellvertretenden Ministerpräsidenten haben am 7. September 1980 vor dem Nationalen Volkskongreß (NVK – Parlament) der VR China ihren Rücktritt erklärt. [...] Neuer Ministerpräsident wird der 61-jährige Zhao Ziyang (sprich Dschau Dsejang). Zhao steht Deng Xiaoping nahe, besondere Erfahrungen hat er auf innenpolitischem und wirtschaftspolitischen Gebiet. [...] Hua Guofeng verliert zwar an Macht, aber das von der Presse immer wieder beschworene erbitterte Ringen mit Deng Xiaoping findet offenbar nicht statt.“ Vgl. Referat 341, Bd. 113069.

Botschafter Schödel, Peking, deutete am 11. September 1980 den Rücktritt Hua Guofengs als Ende einer Übergangsperiode: „Obwohl Rücktritt vernehmlich mit Verjüngung und der notwendigen Trennung von Partei und Staat (Hua bleibt Parteivorsitzender) begründet wird, waren es auch politische Gründe, die Hua zur Amtsaufgabe zwangen. In einer Zeit der Entmaoisierung und der Betonung einer kollektiven Führung verlor der von Mao eingesetzte Nachfolger zusehends seine Legitimation. [...] Es liegt aber auch im Trend der Geschehnisse, daß man Hua auf dem kommenden XII. Parteitag der KP Chinas (Ende 1980/Anfang 1981) als Parteichef ablöst und ihn durch eine Verfassungsänderung das prestigeträchtige, aber einflußlose Amt des Staatspräsidenten der Volksrepublik China zuweist.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1458; Referat 341, Bd. 113068.

⁵ Zur Ernennung des Stellvertretenden Vorsitzenden der KPCh, Hu Yaobang, zum Generalsekretär des ZK der KPCh vgl. Dok. 192, Anm. 24.

Die chinesische Außenpolitik sei bislang unverändert und vertrete die bekannten Thesen zum sowjetischen Hegemonismus. Afghanistan und Vietnam stünden natürlicherweise im Zentrum chinesischer Aufmerksamkeit. Hua, mit dem er (Colombo) ein vierstündiges Gespräch führte, habe sich zudem über die Situation in Pakistan und Iran äußerst besorgt gezeigt und die Auffassung vertreten, die SU spiele in diesen Ländern eine starke Rolle im Verborgenen, um die bestehenden Verhältnisse umzuwälzen und am Ende ganz Asien unter ihre Kontrolle zu bekommen.

Die sowjetische Entspannungsoffensive sei in chinesischer Sicht lediglich ein Mittel, allseits die Hinnahme des *fait accompli* Afghanistan zu erreichen. China werfe dem Westen vor, eben dies *fait accompli* bereits akzeptiert zu haben, das aber werde unweigerlich weitere sowjetische *faits accomplis* nach sich ziehen.

Beide Seiten äußerten ihre Besorgnis über die Zuspitzung im Iran-Irak-Konflikt⁶, waren jedoch übereinstimmend der Auffassung, daß – vorausgesetzt es bleibe bei Präventivschlägen und komme nicht zu unabsehbaren Kriegshandlungen – der Konflikt sogar positive Veränderungen im Iran zeitigen und einen Autoritätszuwachs für Bani Sadr bringen könnte.

AM Colombo berichtete, der stellvertretende Staatspräsident und der AM des Irak hätten während ihres kürzlichen Besuchs Italiens⁷ sehr starke Kritik an der Lage in Iran geäußert: Es gebe in Iran keinerlei funktionsfähige Machtstruktur; Bani Sadr könne sich nicht behaupten; Khomeini sei nur scheinbar stark, und das Volk beginne, sich ihm zu entziehen; die einzig starke und wohl organisierte Gruppe sei die moskautreue Tudeh-Partei. Die irakische Spitze habe offensichtlich große Sorge vor einer kommunistischen Machtübernahme in Iran. Zu den Grenzstreitigkeiten hätten die irakischen Gesprächspartner erklärt, das mit dem Schah⁸ geschlossene Abkommen⁹ sei von iranischer Seite nicht einge-

⁶ Zum Grenzkonflikt zwischen Irak und Iran vgl. Dok. 251, Anm. 5.

Botschaftsrat I. Klasse Spalcke, Bagdad, berichtete am 18. September 1980: „Irakische Regierung hat am 17.9.1980 irakisch-iranischen Freundschaftsvertrag vom 13.6.1975 widerrufen (abrogated). Übereinstimmendes Urteil hiesiger Beobachter geht dahin, daß hiermit weitere Verschärfung irakisch-iranischen Grenzkonflikts mit möglicherweise ersten internationalen Auswirkungen eingetreten ist.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 482; Referat 311, Bd. 137598.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Schlagintweit übermittelte Bundesminister Genscher, z. Z. New York, am 23. September 1980 Informationen über die Eskalation des Konflikts: „22.9.: gegenseitige Bombardierung von Flughäfen und anderen Einrichtungen, Seegefechte. 23.9.: Iran sperrt Grenzgewässer und will Seetransport nach Irak verhindern. Irak nimmt dies zum Anlaß, um mit seinen Truppen in Iran einzumarschieren. Weitere Luftangriffe auf Bagdad, Abadan, u. a.“ Die irakischen Ziele seien dabei unscharf: „Zunächst hat Irak die Schwäche Irans ausgenutzt, um Khomeini, der seine Revolution vor allem in den Nachbarstaat exportieren wollte, einen Denkkzettel zu verpassen und an der Grenze wiederzugewinnen, was es 1975 in Algier aufgab. Durch die offenbar werdenden militärischen Schwächen des Gegners verführt, will es jetzt möglicherweise den Sturz Khomeinis und die Einsetzung von Exiloffizieren (auch Bakthiar?), die es unterstützt. Bagdad fordert seit längerem die Rückkehr von drei Inseln in der Straße von Hormuz und der von Arabern besiedelten Ölprovinz Khuzistan in arabischem Besitz. Diese Forderung ist in letzter Zeit konkret nicht wiederholt worden.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 880; Referat 311, Bd. 137598.

⁷ Der stellvertretende Vorsitzende des irakischen Revolutionären Kommandorats, Ibrahim, und der irakische Außenminister Hammadi hielten sich vom 12. bis 16. September 1980 in Italien auf. Vgl. dazu nicht nummerierten Schriftbericht der Botschaft in Rom vom 25. September 1980; Referat 203, Bd. 115878.

⁸ Mohammed Reza Pahlevi.

⁹ Zu den Abkommen von 1975 zur Regelung der irakisch-iranischen Grenze vgl. Dok. 251, Anm. 5.

halten worden. Der irakische Wunsch nach Rückerhalt der betroffenen Gebiete werde verfälscht dargestellt. Insgesamt habe sich die irakische Delegation sehr distanziert gegenüber der SU gezeigt.

BM warf ein, daß eben wegen dieser Distanziertheit die SU um so stärkere Umarmungsversuche gegenüber Irak unternehme.

AM Colombo dankte für die Bonner Erklärung zu Malta¹⁰.

AM Colombo äußerte seine Besorgnis über das Stagnieren der Arbeiten innerhalb der EG und die Gefahr eines erneuten Auflebens der britischen Frage.¹¹

Beide Seiten stimmten mit Bedauern überein, daß unabsehbar sei, wie diese Gefahr ausgeschlossen und zügiges Voranschreiten bewirkt werden könne.

BM fragte nach der italienischen Reaktion auf den Vorschlag der Brandt-Kommission, einen Nord-Süd-Gipfel abzuhalten.¹²

AM Colombo lehnte in diesem Zusammenhang den „Kreisky-Portillo-Vorschlag“ ab, da hiernach Italien nicht unter die Teilnehmer gezählt worden sei, stimmte jedoch dem Grundgedanken eines Gipfels prinzipiell zu. Verschiedene Gespräche während der SGV¹³ hätten ihm verdeutlicht, daß die Gruppe der 77 große Schwierigkeiten haben werde, die Gesprächspartner aus ihren Reihen zu benennen.

Insgesamt bestand Einigkeit, diesen Gedanken weiterzuverfolgen.

AM Colombo regte eine „systematische Strukturierung“ der engen deutsch-italienischen Beziehungen an.

Es wurde vereinbart, regelmäßige Konsultationen der AM abzuhalten, etwa zweimal jährlich bei Alternieren des Ortes. Zusätzlich sollten beide AM jeweils auch an den Konsultationen der Regierungschefs beteiligt werden, etwa in der Weise, daß jeweils ein Gespräch zu viert und eine getrennte Gesprächsrunde der Chefs und der AM stattfindet. (AM Colombo betonte in diesem Zusammenhang sein Festhalten an der „guten alten Regel“, daß „keine Außenpolitik ohne

¹⁰ Vortragender Legationsrat I. Klasse Kastrup notierte am 5. September 1980, Malta betrachte sich seit dem Abzug der britischen Streitkräfte am 31. März 1979 als neutral: „Die Abgabe einer förmlichen Neutralitätserklärung ist bisher unterblieben, weil der Versuch Mintoffs, sich dieses ‚Wohlverhalten‘ von den europäischen und arabischen Nachbarstaaten mit einer Neutralitätsgarantie und mit einer multilateralen Wirtschaftshilfe honorieren zu lassen, keine Resonanz fand.“ Nachdem Maltas Bemühungen um Libyen gescheitert seien, habe sich Malta seit Frühjahr 1980 um Italien bemüht, mit dem es Anfang August 1980 ein Vertragswerk paraphiert habe, „das u. a. einen Notenwechsel zur Neutralität (Neutralitätserklärung MLT und Gegennote I mit Konsultations- und Beistandsverpflichtungen) und ein Finanzprotokoll (12 Mio. US-Dollar p[er] a[nnum] Budgethilfe für die Dauer von fünf Jahren)“ umfasse. Vgl. Referat 203, Bd. 115903.

Botschafter Arnold, Rom, berichtete am 16. September 1980, das italienisch-maltesische Vertragswerk sei „am 15.9.1980 durch Notenwechsel in Rom und in La Valletta formalisiert worden. Minister-rat wird am 29.9.1980 über Einleitung des Ratifizierungsverfahrens entscheiden, dessen Dauer möglichst abzukürzen italienische Regierung sich gegenüber Malta verpflichtet hat. Finanzielle Leistungen sollen erst nach Ratifizierung erfolgen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 898; Referat 203, Bd. 115903.

¹¹ Zur Frage des britischen Beitrags zum EG-Haushalt vgl. Dok. 274, Anm. 7.

¹² Zum Bericht der Unabhängigen Kommission für Internationale Entwicklungsfragen („Nord-Süd-Kommission“) und zum Vorschlag einer Nord-Süd-Gipfelkonferenz vgl. Dok. 155, Anm. 5.

¹³ Zur VN-Sondergeneralversammlung für Entwicklungsfragen vom 25. August bis 15. September 1980 in New York vgl. Dok. 273.

AM“ stattfinde; so habe zu seiner Regierungszeit¹⁴ sein AM Moro ihn auf allen Auslandsbesuchen begleitet.)

BM erwähnte den spanischen Wunsch nach Unterstützung der SR-Kandidatur.¹⁵

AM Colombo erwiderte, er glaube nicht, anderweitig Verpflichtungen eingegangen zu sein, und sage seine Unterstützung grundsätzlich zu.¹⁶

BM berichtete über die jüngste Entwicklung (Stand 22.9.) im Fall Kronzucker.¹⁷

AM Colombo sagte zu, unverzüglich mit dem Innenminister¹⁸ Kontakt aufzunehmen, um auch von Regierungsseite die Veröffentlichung des Entführeraufrufs seitens der benannten Zeitungen unterstützen zu lassen.¹⁹

Das Gespräch endete gegen 19.15 Uhr.

Referat 010, Bd. 178820

¹⁴ Emilio Colombo war von 7. August 1970 bis 18. Februar 1972 Ministerpräsident.

¹⁵ Zur Kandidatur Spaniens für einen Sitz im VN-Sicherheitsrat vgl. Dok. 258, Anm. 6.

Ministerialdirektor Blech, z. Z. New York, berichtete am 23. September 1980, Bundesminister Genscher habe dem spanischen Außenminister Pérez-Llorca am Vortag für die „verständnisvolle Haltung Spaniens zur deutschen Kandidatur GV-Präsidentschaft“ gedankt: „Spanien könne sicher sein, daß die Erwartungen, die es damit verbunden habe, nicht enttäuscht würden.“ Pérez-Llorca habe deutlich gemacht, „daß er aktives deutsches Eintreten für die spanische Sicherheitsratskandidatur erwarte. Er verwies gerade in diesem Zusammenhang darauf, daß diese Kandidatur insbesondere bei den Italienern auf eine recht kühle Haltung treffe, und vermutete, daß dies mit dem neuen Interesse Italiens an Malta zu tun habe. Auch bezüglich der irischen Unterstützung deutete er Zweifel an. Spanien wünsche, daß die ganze europäische Gruppe hinter ihm stehe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2249; Referat 010, Bd. 178820.

¹⁶ Ministerialdirigentin Finke-Osiander notierte am 21. Oktober 1980: „Die 35. VN-Generalversammlung wählte Spanien am 20.10. mit 109 von 147 Stimmen zum nichtständigen Mitglied des Sicherheitsrates für 1981/82. Wir haben auf Bitte Spaniens seine Kandidatur bei anderen Ländern unterstützt.“ Vgl. Referat 320, Bd. 127996.

¹⁷ Am 25. Juli 1980 wurden die 15- und 14-jährigen Töchter des ZDF-Redakteurs Kronzucker, Sabine und Susanne, sowie deren 15-jähriger Cousin Martin Wächtler von drei bewaffneten Tätern in der Toskana entführt. Botschafter Arnold, Rom, berichtete am 28. Juli 1980, noch am 25. Juli 1980 hätten ihm der italienische Innen- bzw. Außenminister, Rognoni und Colombo, versichert, „daß alles nur irgendmögliche zur Rettung der Kinder getan werde (wobei auch ein Blick auf den deutschen Tourismus in Italien unverkennbar war)“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 769; B 83 (Referat 511), Bd. 1692. Botschafter Freiherr von Wechmar, New York (VN), berichtete am 28. August 1980, Genscher habe in einem Gespräch mit Colombo am 26. August 1980 in New York am Rande der VN-Sondergeneralversammlung für Entwicklungsfragen dargelegt, alle Bemühungen der Bundesrepublik seien „vordringlich darauf ausgerichtet, den Austausch der entführten Kinder zu erreichen. Der Wunsch an die italienische Seite gehe dahin, die italienischen Behörden, insbesondere die Justizbehörden, mögen diesen Austausch nicht behindern, andernfalls könnten – zumindest aus Sicht der betroffenen Eltern – Probleme für die Sicherheit der Kinder erwachsen. Augenscheinlich sei das italienische Innenministerium solchem Vorgehen gegenüber aufgeschlossener als die Justizbehörden, vornehmlich diejenigen am Ort, die naturgemäß ihren Strafanspruch verfolgen wollten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2119; VS-Bd. 14085 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

Am 23. September 1980 meldete die Deutsche Presse-Agentur, daß „die Eltern zusammen mit den drei Schreiben ein erstes Lebenszeichen der Kinder erhalten“ hätten: „Die drei Erklärungen enthalten keine Lösegeldforderungen. Die Kidnapper verlangten jedoch, daß ihre politischen Botschaften in verschiedenen italienischen Presseorganen veröffentlicht würden.“ Die italienische Nachrichtenagentur ANSA habe „am Montag abend Auszüge aus den acht Seiten langen, auf Schreibmaschine geschriebenen Botschaften“ verbreitet: „Die Kidnapper geben sich in den Botschaften als sardische kommunistische Unabhängigkeitskämpfer aus, die für eine ‚freie sardische Nation‘ eintreten.“ Vgl. B 83 (Referat 511), Bd. 1692.

¹⁸ Virginio Rognoni.

¹⁹ Am 1. Oktober 1980 wurden die drei entführten Jugendlichen freigelassen. Botschafter Arnold, Rom, meldete am folgenden Tag: „Gesamte ital[ienische] Tagespresse vom 2.10. berichtet auf Titelseite und

278

Gesandter Pfeffer, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt**114-5167/80 VS-vertraulich****Aufgabe: 22. September 1980, 17.15 Uhr¹****Fernschreiben Nr. 1273****Ankunft: 22. September 1980, 17.28 Uhr**Betr.: Belgische Haltung zu LRTNF²Bezug: DE 4745 vom 20.9.1980 – 220-370.03-1582/80 VS-vertraulich³

Zur Unterrichtung und Bitte um Weisung zu Ziffer 2

1) In Sitzung des NATO-Rates am 22.9.1980 ging belgischer Botschafter van Ussel kurz auf den Kabinettsbeschluß der belgischen Regierung zur LRTNF-Entscheidung vom 19.9.1980 ein und erklärte, die Haltung seiner Regierung zur

Fortsetzung Fußnote von Seite 1429

mit ausführlichen Schilderungen im Innern der Blätter über die Freilassung der entführten Kinder. Die Berichterstattung ist dabei fast so ausführlich und prominent platziert wie diejenige über die Regierungskrise. Grundtenor ist allgemeine Erleichterung über die Freilassung und darüber, daß die Kinder jedenfalls dem ersten Anschein nach wohl auf sind und nach ihren eigenen Aussagen während ihrer Gefangenschaft korrekt behandelt wurden.“ Die Presse sei überzeugt, „daß ein außergewöhnlich hohes Lösegeld bezahlt wurde. Die Angaben gehen dabei auseinander zwischen 3 Mrd. Lire (Corriere della Sera) und 5 Mrd. Lire (fast alle anderen Zeitungen).“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 959; B 83 (Referat 511), Bd. 1692.

¹ Hat Legationsrat I. Klasse Bolewski am 24. September 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofmann verfügte.

Hat Hofmann am 24. September 1980 vorgelegen, der für Bolewski handschriftlich vermerkte: „Haben wir Bezugsweisung?“

Hat Bolewski am 24. September 1980 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Kommt.“ Ferner notierte er: „In Absprache mit 220 wird Weisung zu Ziff. 2 durch ‚Stellungnahme‘ und ‚Sprachregelung‘ aus Eventualsprechzettel v[om] 23.9. gegeben.“

² Zur belgischen Haltung zur Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 212, Anm. 4.

Botschafter Blomeyer-Bartenstein, Brüssel, berichtete am 20. September 1980: „Das belgische Kabinett hat am 19. September die Entscheidung über die Stationierung von Marschflugkörpern auf belgischem Gebiet erneut hinausgeschoben. Es hat um diesen Preis eine Einigung mit den flämischen Sozialisten in der Frage der Stationierung erreicht. Anstatt – wie vielfach erwartet – eine Stationierungsentscheidung mit auflösender Bedingung zu treffen, hat die Regierung eine aufschiebende Bedingung formuliert. Sie macht ihre Entscheidung vom Ausgang der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen abhängig. Sollten diese mit einer Einigung enden, würde sich Belgien daran halten, sollten sie ergebnislos verlaufen, würde Belgien im Einklang mit seinen Verbündeten handeln. [...] MP Martens hat offenbar die Konsequenz aus seiner Entschlossenheit, die Regierung nicht auseinanderfallen zu lassen, gezogen und ist den Sozialisten sehr weit entgegengekommen. Die Formel entspricht jetzt eindeutig der sozialistischen Forderung: Erst verhandeln und danach, falls nötig, ein Beschluß über die Stationierung.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 326; Referat 201, Bd. 120240.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann notierte am 20. September 1980, Belgien sei mit dieser Entscheidung „von der Ratio des Doppelbeschlusses abgewichen“. Auch wenn der Beschluß von den Medien „in Verkennung seiner eigentlichen Tragweite eher begrüßt“ werde, sei die Position Belgiens „jetzt negativer zu werten als diejenige von NL, da Belgien keinen Endtermin für seine endgültige Entscheidung mehr erkennen läßt und sie nun völlig von einem zeitlich nicht absehbaren Verhandlungsverlauf abhängig macht“. Vgl. Referat 201, Bd. 120240.

³ Botschafter Ruth unterrichtete die Botschaften in Brüssel, London, Rom und Washington sowie die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel, der Beschluß der belgischen Regierung vom 19. September 1980 lasse wichtige Fragen offen, so „den Beginn der Implementierung des Modernisierungsbeschlusses in Belgien“. Die amerikanische Regierung habe über ihre Botschaft Zurückhaltung bei der öffentlichen Kommentierung empfohlen. Die Sprachregelung der Bundesregierung laute, die belgische Regierung habe am 19. September über ihre Entscheidung vom selben Tag unterricht-

Dezember-Entscheidung⁴ sei in Wirklichkeit positiver als das in dem komplizierten Text des Beschlusses⁵ zum Ausdruck komme. Van Ussel bat um Verständnis, daß seine Regierung wegen der schwierigen innenpolitischen Situation zur Zeit nicht anders vorgehen könne.⁶

Eine Aussprache über diesen Punkt fand nicht statt.⁷

2) Italienische Delegation äußerte sich uns gegenüber besorgt über die belgische Entscheidung: Auswirkungen auf die LRTNF-Debatte in Italien⁸ könnten nicht ausgeschlossen werden. Angesichts der labilen politischen Situation sei zu befürchten, daß in der italienischen Öffentlichkeit und im Parlament das belgische Beispiel diskutiert und die Regierung aufgefordert werde, dem Beschluß des belgischen Kabinetts entsprechend die Dislozierungsentscheidung über die GLCMs von den LRTNF-Verhandlungsergebnissen abhängig zu machen (d.h. die italienische Dislozierungsentscheidung käme wieder in Gefahr).

Aus diesem Grunde sei die italienische Regierung gegen eine stillschweigende Hinnahme der belgischen Entscheidung durch die Bündnispartner. Mit aller Deutlichkeit müsse auf die Gefahr dieser Haltung für die kommenden LRTNF-Rüstungsprotokoll-Verhandlungen hingewiesen werden.

Gesprächspartner gab italienisches Interesse an umfassender Information über unsere Haltung zum belgischen Kabinettsbeschluß zu erkennen und stellte Frage, wie wir uns weiteres Vorgehen vorstellten. Wir haben zunächst gemäß Bezugsweisung argumentiert.

Weisung erbeten.⁹

[gez.] Pfeffer

VS-Bd. 10330 (201)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1430

tet: „Da der Doppelbeschluß selbst das Ergebnis von Beratungen im Bündnis war, wird auch der Beschluß der belgischen Regierung im Bündnis erörtert werden. Die Bundesregierung hält eine nationale Kommentierung derzeit nicht für angemessen.“ Vgl. VS-Bd. 11288 (220); B 150, Aktenkopien 1980.

⁴ Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 10.

⁵ Botschafter Blomeyer-Bartenstein, Brüssel, übermittelte am 19. September 1980 den „Text des Papiers, das hiesiges Außenministerium für belgisches Kabinett zur TNF-Frage erstellt hat“, sowie den Text der darauf bezogenen Erklärung des belgischen Außenministers Nothomb vom selben Tag. Vgl. den Drahtbericht Nr. 325; Referat 201, Bd. 120240.

⁶ Gesandter Pfeffer, Brüssel (NATO), berichtete am 24. September 1980, der belgische NATO-Botschafter van Ussel habe ihm erklärt, es gelte „zwischen der (aus innenpolitischen Gründen gewundenen) Regierungserklärung und dem Handeln der belgischen Regierung“ zu unterscheiden: „Außenminister Nothomb reise in die USA, um der amerikanischen Regierung mitzuteilen, daß die Dislozierungsvorbereitungen in Belgien beginnen können“. Allerdings habe er die Frage verneint, „ob alle Koalitionsparteien sich darüber im klaren seien“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1289; VS-Bd. 10330 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

⁷ Zu dem Passus „sei in Wirklichkeit ... nicht statt“ vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann handschriftlich: „Typisch belgisches Manöver: Wer betrügt hier wen?“

⁸ Zur italienischen Entscheidung zur Dislozierung von amerikanischen Marschflugkörpern vgl. Dok. 5, Anm. 21.

⁹ Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann informierte am 24. September 1980 über die Entscheidung der belgischen Regierung vom 19. September 1980 und übermittelte die mit dem Bundesministerium der Verteidigung abgestimmte Sprachregelung. Die Bundesregierung gehe davon aus, „daß die jetzige belgische Haltung trotz der aufschiebenden Bedingungen eine zeitgerechte Implementierung ab 1981 und ein Einschwenken auf den Dislozierungsfahrplan des Bündnisses bis Ende 1983 nicht ausschließt“. Diese Interpretation solle insbesondere mit der amerikanischen, britischen und italienischen Regierung „bilateral möglicherweise anläßlich der HLG-Sitzung am 30.9./1.10. abge-

Ministerialdirektor Blech, z.Z. New York, an das Auswärtige Amt

114-5184/80 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 2440

Aufgabe: 23. September 1980, 09.25 Uhr
Ankunft: 23. September 1980, 17.26 Uhr

Betr.: Gespräch BM mit AM Muskie am 22.9.1980¹

Das Gespräch befaßte sich mit folgenden Themen:

Krise Iran/Irak²

AM Muskie erkundigte sich nach unserer Einschätzung der Lage.

BM erklärte, daß wir über die aktuelle Lage noch keine genaueren Informationen hätten. Wir verzeichneten jedoch eine zunehmende sowjetische publizistische Unterstützung für den Irak. Es stelle sich die Frage, ob die Sowjets versuchten, den Irak wieder auf ihre Seite zu ziehen.³

Vest verwies darauf, daß die amerikanische Seite ihrerseits nachdrücklich gegenüber dem Irak klargestellt habe, daß die Vereinigten Staaten keinen Anteil an dem Konflikt hätten (no role).⁴

Er stellte die Frage, ob die Verhaftung der beiden Iraker in Berlin⁵ die deutsch-irakischen Beziehungen gestört habe.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1431

stimmt werden“. Um negative Rückwirkungen auf die Niederlande und Italien zu vermeiden, solle die abgestimmte Interpretation von der belgischen Seite bestätigt werden: „Dabei sollte Wert darauf gelegt werden, daß die periodischen Überprüfungen des Standes der Verhandlungen durch die belgische Regierung sich ausschließlich auf den Umfang der erforderlichen Dislozierung beziehen, nicht aber die im Grundsatz getroffene Dislozierungsbereitschaft infrage stellt.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 4806; VS-Bd. 10330 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

Gesandter Pfeffer, Brüssel (NATO), berichtete am 25. September 1980, die italienische Delegation bei der NATO begrüße den Vorschlag der Bundesregierung, „anläßlich des HLG-Treffens mit Amerikanern und Briten über die belgische Haltung zu sprechen. Eine Diskussion in der HLG selbst oder in anderen Allianzgremien halten sie hingegen für verfrüht.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1304; VS-Bd. 11093 (202); B 150, Aktenkopien 1980.

¹ Bundesminister Genscher hielt sich vom 22. bis 24. September 1980 anläßlich der VN-Generalversammlung in New York auf.

² Zur militärischen Eskalation im Grenzkonflikt zwischen Irak und Iran vgl. Dok. 277, Anm. 6.

³ Botschafter Wieck, Moskau, berichtete am 20. September 1980, der Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, Boldyrew, habe bezüglich des Irak-Iran-Konflikts „eine gewisse Ratlosigkeit der Sowjetunion erkennen“ lassen. Die UdSSR sehe sich nicht im Stande, „für die eine oder andere Seite klar Partei zu ergreifen. Seine Ausführungen lassen die Vermutung als wahrscheinlich erscheinen, daß SU ggf. die Position des Stärkeren, d. h. in diesem Falle eines militärisch überlegenen Irak, unterstützen werde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4203; Referat 311, Bd. 137598.

⁴ Botschafter Hermes, Washington, teilte am 18. September 1980 mit, das amerikanische Außenministerium verfolge „den irakisch-iranischen Grenzkonflikt vorrangig unter dem Gesichtswinkel, daß die Freilassung der amerikanischen Geiseln in Iran dadurch möglicherweise verzögert werden könne. Iranische Vorwürfe westlicher bzw. amerikanischer Kollusion mit Irak habe man mit Besorgnis zur Kenntnis genommen. Man lege daher Wert darauf, deutlich zu machen, daß man den Konflikt für eine rein bilaterale irakisch-iranische Angelegenheit halte, in die die USA weder verwickelt seien noch verwickelt werden wollten. Zu den Vorgängen vor Ort selbst verfüge man nur über sehr begrenzte Informationen, da die USA bekanntlich im Iran nicht und im Irak nur durch eine Interessenvertretung präsent seien.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3565, Referat 311, Bd. 137598.

⁵ Zur Festnahme zweier irakischer Diplomaten in Berlin (West) vgl. Dok. 230 und Dok. 267.

BM verneinte dies. Eher sei das Gegenteil der Fall.⁶

AM Muskie erkundigte sich, ob nach unserer Auffassung die Iraker unter sowjetischem Einfluß handelten.

BM erwiderte, dies wissen wir nicht. Die Sowjets versuchten jedoch, die Iraker zu benutzen.

Muskie äußerte, die amerikanische Seite wisse zur Zeit nicht, ob es sich um einen „incident“ oder um einen Krieg handle und wie weit die Sowjets die Entwicklung ermutigten.

BM Genscher unterstrich seinerseits das sowjetische Interesse, Spannung in der Region zu erzeugen.

Vest wies auf die vollständige Orientierung der Irakis auf sowjetische Ausrüstungen hin. Die Iraker hätten in letzter Zeit auch Interesse an amerikanischen Lieferungen bekundet. Sie führten die Verhandlungen darüber jedoch offenbar hinhaltend.

Türkei⁷

AM Muskie erkundigte sich nach unserer Lagebeurteilung.

BM sagte, es gebe nach seiner Einschätzung Anzeichen für ein weitgehendes Einvernehmen zwischen den Militärs und den Politikern.⁸ Derartige Aktionen der Militärs hätten in der Türkei eine gewisse Tradition.⁹

⁶ Staatssekretär van Well legte dem stellvertretenden amerikanischen Außenminister Christopher am 15. September 1980 dar, die Bundesrepublik und Irak seien gleichermaßen um die Verbesserung ihrer Beziehungen bemüht: „Im wirtschaftlichen Bereich hätten sich die Beziehungen inzwischen wieder zufriedenstellend entwickelt. Auch im Sicherheitsbereich (Terroristen) sei der Irak hilfreich.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung vom selben Tag; Referat 204, Bd. 115943.

⁷ Zum Staatsstreich in der Türkei am 11./12. September 1980 vgl. Dok. 269.

⁸ Botschafter Oncken, Ankara, berichtete am 16. September 1980: „Bewertung gegenwärtigen Zustandes ist ohne Bewertung vorangegangener Periode nicht möglich. Vorgeschichte des 12.9. ist gekennzeichnet durch das Versagen des hiesigen politischen Systems, dieses wiederum ausgelöst durch die Wirtschaftskrise, begünstigt durch Verfassungslücken und gefördert durch das unverantwortliche Verhalten maßgeblicher Politiker, die trotz Warnungen der Militärs die Zeichen an der Wand nicht sahen. [...] Fazit: Das hiesige System (nicht die Demokratie an sich) war am Ende. Daher das deutliche Gefühl der Erleichterung nach Bekanntwerden des Coups, auch bei solchen, die für militärische Machtergreifungen wenig Sympathie aufbringen.“ Eine Bewertung „nach ausschließlich westlichen Maßstäben“ sei irreführend, zumal „die türk[ische] Demokratie in ihrer jüngsten Phase mit ihrer de facto Tolerierung des politischen Massenmordes – an westlichen Maßstäben gemessen – ein Zerrbild“ dargestellt habe: „Dies ist ein Land, geformt durch die Tradition des Islam – ein an Härte gewohntes Volk, das sich im Ansatz noch in der Herrentradition des türk. Weltreiches weiß.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1140; Referat 201, Bd. 120251.

Am 21. September 1980 beauftragte der türkische Nationale Sicherheitsrat den ehemaligen Admiral Ulusu mit der Regierungsbildung. Am 22. September 1980 teilte Oncken mit, die neue Regierung sei ein „Fachkabinet“ nach dem Vorbild früherer Interimsregierungen: „Hohe Beamte und Professoren überwiegen, die meist (ernannten) Senatoren unter ihnen können als ‚elder statesmen‘ gelten. [...] Einige offenbar als besonders sensitiv empfundene Ministerien (Inneres, Zölle, Erziehung sowie Jugend und Sport) wurden pensionierten Generalen übertragen, das Gesundheitsministerium einem früheren Generalarzt. Bei 27 Kabinettsmitgliedern läßt sich aber sicherlich nicht deshalb von einem militärischen Übergewicht sprechen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1176; Referat 203, Bd. 115908.

⁹ Am 27. Mai 1960 wurde Ministerpräsident Menderes vom Militär gestürzt und am 17. September 1961 hingerichtet. Am 15. Oktober 1961 fanden Wahlen zum türkischen Parlament statt.

Am 12. März 1971 forderten die türkischen Streitkräfte den Rücktritt der Regierung von Ministerpräsident Demirel und verkündeten, andernfalls selbst die Macht zu übernehmen. Noch am selben Tag erklärte Demirel seinen Rücktritt. Vgl. dazu den Artikel „Türkische Generäle stürzen die Regierung Demirel – Ultimatum erzwingt den Rücktritt“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 13. März 1971, S. 1.

Am 19. März 1971 ernannte Staatspräsident Sunay den Abgeordneten Erim zum neuen Minister-

Polen¹⁰

BM erkundigte sich nach amerikanischen Informationen über sowjetische Truppenbewegungen.

AM Muskie legte dar, daß keine Informationen über außergewöhnliche sowjetische Truppenbewegungen vorliegen. Bei den beobachteten Bewegungen handle es sich um Manöver, und zwar vor allem um Stabsübungen.¹¹

Vest ergänzte, es gebe ein einziges außergewöhnliches Element: die Anwesenheit eines sowjetischen Vertreters zur Koordination der Manöverbewegungen in Warschau. Im übrigen bekräftigte er die Ausführungen von AM Muskie mit dem Hinweis, daß tatsächliche sowjetische Interventionsabsichten eine wesentliche Verstärkung der gegenwärtigen sowjetischen Truppenstärke in Weißrußland voraussetzen würden. Es lägen auch keine Informationen über ungewöhnliche sowjetische Truppenbewegungen in der DDR vor.

BM bestätigte, daß dies mit unserem Bild übereinstimmt. Zur politischen Lage in Polen wies er darauf hin, daß offensichtlich keine deutlichen Vorstellungen bestünden, wie man wirklich freie Gewerkschaften in das kommunistische System integrieren könne.

AM Muskie hielt es für fraglich, ob die Absicht dazu bestehe. Dies würde in jedem Falle einen starken Druck nach mehr politischer Freiheit erzeugen.

BM bekräftigte unsere Auffassung, daß wir mit unserer bisherigen Politik der Nichteinmischung gut beraten seien, um keinen Interventionsvorwand zu geben.

Auf entsprechende Frage AM Muskies legte er als seine persönliche Auffassung dar (eine offizielle Meinung der Bundesregierung gebe es dazu nicht), daß es nicht weise von einigen internationalen Gewerkschaftsorganisationen sei, ihre öffentliche Unterstützung für freie Gewerkschaften in Polen zu proklamieren.

Botschafter Hermes ergänzt dazu aufgrund kürzlicher Gespräche mit Vertretern des DGB in Washington, daß der DGB seine Kontakte mit den offiziellen Gewerkschaften in Polen fortsetzen wolle, gleichzeitig wolle man jedoch auch praktische Kontakte mit den neuen Gewerkschaften anknüpfen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1433

präsidenten, der am 25. März 1971 sein Kabinett vorstellte. Vgl. dazu die Artikel „Die Staatskrise der Türkei vorerst beigelegt“ sowie „Erim präsentiert der Türkei ein „Kabinett der Köpfe““, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 20. bzw. 26. März 1971, S. 1 bzw. S. 3.

¹⁰ Zur Entwicklung in Polen vgl. Dok. 253 und Dok. 256.

¹¹ Gesandter Pfeffer, Brüssel (NATO), informierte am 19. September 1980, aufgrund von Presseberichten sei in einer Sitzung des Ständigen NATO-Rats im kleinen Kreis bzw. des NATO-Militärausschusses von amerikanischer Seite mitgeteilt worden, es gebe Anzeichen dafür, „daß die Sowjetunion an der polnischen Ostgrenze ein großes Manöver abhalte. [...] Jetzt sei allerdings die Zeit für Übungen auf Divisionsniveau. Bei der beobachteten Truppenaktivität handle es sich aber um eine größere koordinierte Übung. Es sei nicht auszuschließen, daß diese Truppenaktivität zur Bereitstellung von Streitkräften führen könnte, die die Sowjetunion brauchen würde, wenn sie sich entschliesse, in Polen militärisch zu intervenieren.“ Eine Verbindung zum Manöver „Waffenbrüderschaft 1980“ des Warschauer Pakts bestehe nicht, da dieses bereits abgeschlossen sei. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1267; VS-Bd. 13175 (213); B 150, Aktenkopien 1980.

Am 22. September 1980 teilte Pfeffer mit, ein Vertreter des NATO-Militärausschusses habe dem Ständigen NATO-Rat neue Erkenntnisse über die Truppenaktivitäten der Warschauer-Pakt-Staaten dargelegt: „Angesichts des hohen Mobilisierungsstandes der sowjetischen Divisionen in der DDR und in den westlichen Militärbezirken der SU könnten zehn Divisionen sofort oder mit kurzer Vorwarnzeit an einer Aktion gegen Polen teilnehmen. Für solche Pläne gäbe es aber keine direkten Hinweise.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1276; VS-Bd. 13200 (214); B 150, Aktenkopien 1980.

AM Muskie erkundigte sich nach unserer Einschätzung des sowjetischen Einflusses in Polen.

BM betonte, daß er stark und bis ins Detail spürbar sei. Er berichtete, daß auf seine Intervention gegenüber dem polnischen Außenminister¹² die beabsichtigte Ausweisung eines deutschen Journalisten aus Polen wegen Kontakten mit Oppositionellen zunächst nicht durchgeführt worden sei.¹³ Die polnische Seite habe jedoch darauf hingewiesen, daß die beabsichtigte Maßnahme auf sowjetischen Druck zurückgehe.

Berlin

BM betonte unsere Besorgnis über die Streiksituation in Berlin. Die jetzt von den Streikenden erhobenen Forderungen gingen über gewerkschaftliche Forderungen hinaus (Trennung der S-Bahn von der Reichsbahn).¹⁴ Es gebe schwierige Probleme: Auf dem Reichsbahngelände in West-Berlin liege das Hausrecht bei der Reichsbahn, die Souveränität bei den Alliierten. Diese Schwierigkeiten seien deutlich geworden, als die West-Berliner Polizei DDR-Bahnpolizei daran gehindert habe, Reichsbahn-Einrichtungen „freizukämpfen“.¹⁵

Er halte es für erforderlich, das Problem bei dem Vierertreffen der Minister¹⁶

¹² Józef Czyrek.

¹³ Ministerialdirigent Bräutigam resümierte am 3. Dezember 1980: „Die polnische Seite (Botschafter Chyliński gegenüber StS Bölling, P[olnisches]A[ußen]M[inisterium] gegenüber Gesandtem König) gab am 15.9. bekannt, ZDF-Korrespondent Ruge werde wegen einer ‚Provokation‘ die Akkreditierung entzogen. Begründung: Interview mit dem Sprecher der Oppositionsbewegung ‚Konföderation Unabhängiges Polen‘, Moczulski, und dessen Äußerung, ‚Polen aus dem sozialistischen Lager zu befreien und die kommunistische Diktatur zu liquidieren‘. Polnische Forderung, das ZDF möge Ruge zurückrufen. Auf unsere Bitte, wegen des bevorstehenden Treffens mit Bundesminister Genscher (23.9.1980 in New York), der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Polen und im Hinblick auf die KSZE-Folgekonferenz in Madrid von der beabsichtigten Maßnahme abzusehen, nahm polnische Seite zunächst von weiteren Schritten Abstand, behielt sich aber vor, später auf die Angelegenheit zurückzukommen.“ Vgl. Referat 010, Bd. 178803.

¹⁴ Zum Streik der Beschäftigten der Deutschen Reichsbahn in Berlin (West) vgl. Dok. 276. Vortragender Legationsrat I. Klasse Freiherr von Richthofen informierte Bundesminister Genscher, z. Z. New York, am 23. September 1980: „Motive der Streikenden sind: tarifliche und soziale Verbesserungen; Unkündbarkeit; von Anfang an auch Übernahme S-Bahn in Regie des Senats, wenn gleich diese Forderung erst jetzt in Vordergrund gestellt wird. Streikende sind etwa 600 von ca. 3500 West-Berliner Reichsbahnern. Sie haben aufgrund bisheriger Maßnahmen Reichsbahn (Entlassungen ohne Sozialplan, drastische Fahrplanreduzierungen) Vertrauen in bisherigen Arbeitgeber verloren. Sind zumeist SED-Mitglieder, denen von Berliner Bevölkerung als Art ‚fünfter Kolonne‘ bislang mit Argwohn begegnet wurde. Jetzt jedoch Stimmungsumschwung zugunsten des ‚Underdogs‘.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 870; Referat 210, Bd. 116566.

¹⁵ Vortragender Legationsrat I. Klasse Freiherr von Groll, Berlin (West), berichtete am 22. September 1980, streikende Beschäftigte der Deutschen Reichsbahn hätten in der Nacht vom 20. auf 21. September 1980 das Stellwerk des Bahnhofs Zoo besetzt: „Als DDR-Bahnpolizei und SEW- (Berliner Ableger der SED)-Anhänger gegen Streikende voringen, alarmierten Passanten West-Berliner Polizei, die die Streikenden schützte. Später kam ein britischer Offizier hinzu. Diese Aktion war mit Alliierten abgesprochen. Die West-Berliner Polizei kann immer dann im Auftrag von Alliierten auf dem Bahngelände eingreifen, wenn Gefahr für Leib und Leben im Verzuge ist. Rechtsgrundlage: BK/O Nr. 62/6 vom 21.8.1962.“ Das Stellwerk Zoo sei allerdings am frühen Morgen des 22. September 1980 von den Streikenden freiwillig geräumt worden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 90; Referat 210, Bd. 116566.

¹⁶ Ministerialdirektor Blech notierte am 12. September 1980, für den 24. September sei am Rande der VN-Generalversammlung in New York ein Abendessen der Außenminister der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA geplant. Vgl. dazu Referat 010, Bd. 178820.

und in vorbereitenden Gesprächen zwischen den Direktoren¹⁷ nochmals zu besprechen.¹⁸

Afghanistan¹⁹

AM Muskie betonte die Notwendigkeit, die westliche Haltung zu koordinieren, damit auf sowjetischer Seite nicht der Eindruck einer allmählichen Hinnahme entstehen könne. Er halte technische Kontakte über die erforderlichen Maßnahmen (Straffung der COCOM-Regeln) für wünschenswert.

BM betonte unter Bezug auf die Behandlung dieses Themas im Gespräch der beiden Minister in Washington am 26.8.²⁰ unsere Bereitschaft, bei der Straffung der COCOM-Regeln mitzuarbeiten.

NATO-Beschlüsse vom Dezember²¹

AM Muskie wies darauf hin, daß die amerikanische Seite sich frage, ob die Dezember-Beschlüsse ausreichend seien, um den Rüstungsanstrengungen des War-

¹⁷ Konsultationssekretär I. Klasse Domke notierte am 26. September 1980: „Die Konsultationen in der Bonner Vierergruppe zu dem Reichsarbeiter-Streik in West-Berlin wurden am 23.9.1980 fortgesetzt. Auf amerikanischen Wunsch wurde für das Direktorentreffen in New York am folgenden Tag eine Punktation ausgearbeitet und ad referendum angenommen. Diese Punktation stellt eine kurze stichwortartige Analyse der Bonner Vierergruppe zur derzeitigen Situation zur Unterrichtung der Politischen Direktoren dar.“ Vgl. Referat 210, Bd. 116566.

Zum Gespräch der vier Politischen Direktoren der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA am 6. Oktober 1980 in Paris vgl. Dok. 286.

¹⁸ Vortragender Legationsrat I. Klasse Freiherr von Richthofen unterrichtete Bundesminister Genscher, z. Z. New York, am 24. September 1980: „Streikende S-Bahn-Arbeiter haben am 23.9.1980 abends nach Auflösung Streikkomitees letzten Stützpunkt geräumt. Nach Abstimmung mit Senat haben West-Berliner Polizei und britischer Public Safety Officer Streikende überredet, Ausstand zu beenden und Bahnhof Moabit zu räumen. [...] Vorerst sind alle Voraussetzungen geschaffen, für Wiederaufnahme geregelten Zugverkehrs, auch im Gütertransport. Erste der aufgestauten Güterzüge bereits 23.9. nachmittags in Berlin (West) eingetroffen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 4804; Referat 210, Bd. 116566.

Am 8. Oktober 1980 resümierte Richthofen, der Streik der West-Berliner Bediensteten der Deutschen Reichsbahn habe „zum ersten Mal nach Abschluß des Vier-Mächte-Abkommens und des Transitabkommens zu einer Unterbrechung der wichtigen Versorgungslinien der Stadt geführt. a) Die Stadt ist durch den vorübergehenden Stopp der Gütertransporte in ihrer Versorgungslage kaum beeinträchtigt worden; Nahrungsmittel werden über LKW-Transporte zugeführt; im Energiebereich bestehen hohe Lagervorräte. Zu keinem Zeitpunkt gab es Versorgungsmängel. b) Bund, Stadt und Verkehrsträger besaßen ausreichendes Improvisationsvermögen, um plötzlichen Problemstellungen rasch zu begegnen. Anstelle ausgefallener Personenzüge wurden Fernbusse eingesetzt, PANAM und B[ritish]A[irways] boten Flüge zu Bahntarifen an. Der Postverkehr wurde weitgehend auf die Straße verlagert.“ Unmittelbare Folge des Streiks sei „die Stilllegung von vier der sieben bisher bedienten Strecken des S-Bahn-Netzes in Berlin (West)“. Langfristig werde es notwendig sein, „über ein integriertes Nahverkehrssystem in Berlin (West) nachzudenken, nachdem sich zwei nicht kompatible Systeme nebeneinander entwickelt haben. Bundesregierung und Senat haben allerdings bereits darauf verwiesen, daß einseitige Veränderungen nicht möglich sind und der Politik des vertraglichen Ausgleichs im Verhältnis zu Ost-Berlin und der DDR widersprechen.“ Vgl. Referat 210, Bd. 116566.

¹⁹ Der stellvertretende amerikanische Außenminister Christopher legte Staatssekretär van Well am 15. September 1980 dar, „daß sich die Lage in Afghanistan in letzter Zeit kaum verändert habe (85 000 sowjetische Soldaten im Lande, 30 000 auf sowjetischem Territorium an der Grenze). Die afghanische Armee sei praktisch nicht existent. Die Kämpfe lebten sporadisch immer wieder auf. Die Sowjets beherrschten zwar die Städte, zumindest während des Tages. Von einer Pazifizierung des Landes könne jedoch keine Rede sein. Die SU habe die Zahl ihrer Soldaten bisher nicht erhöht. Die sowjetischen Verluste seien beträchtlich. Sie versuchten, diese vor ihrer eigenen Bevölkerung zu verbergen.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung vom selben Tag; Referat 204, Bd. 115943.

²⁰ Korrigiert aus: „18.8.“

Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Muskie am 26. August 1980 vgl. Dok. 248.

²¹ Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 10.

schauer Pakts wirksam zu begegnen. Er wolle z.Zt. nur auf diese Frage hinweisen, mit der sich das amerikanische Verteidigungsministerium z.Zt. beschäftige und die die amerikanische Seite dann anschließend möglicherweise konkreter aufgreifen werde.

BM unterstrich hierzu, daß wir unsere aus den Beschlüssen resultierenden Verpflichtungen erfüllen werden.

Rüstungskontrollgespräche

AM Muskie betonte, daß die Amerikaner nachdrücklich auf Gespräche über TNF und SALT drängen („press hard“). Die sowjetische Haltung sei weder besonders entgegenkommend noch ablehnend und in ihren Intentionen – auch im Lichte der jüngsten Entwicklungen zwischen Irak und Iran – unklar.

BM begrüßte nachdrücklich die amerikanische Haltung hinsichtlich TNF und SALT. Sie erleichtere die Dinge in Europa.

Andererseits müsse man sehen, daß die belgischen Beschlüsse nicht erfreulich seien.²² Er habe dies auch den Belgiern klar gesagt. Es sei wichtig, daß der Westen eine klare und geschlossene Haltung einnehme, um seine Interessen erfolgreich zu vertreten.

Die Bedeutung fester westlicher Standpunkte habe sich auch am Beispiel der Dezember-Beschlüsse gezeigt. Erst nach sechs Monaten habe sich die sowjetische Seite verhandlungsbereit erklärt.²³

Dasselbe werde bei den vertrauensbildenden Maßnahmen eintreten, wenn wir klarmachen würden, daß nur für ganz Europa (bis zum Ural) geltende Maßnahmen in Betracht kommen. Er sage dies im Hinblick auf das bevorstehende Gespräch von AM Muskie mit AM Gromyko.²⁴ Ihm sei aufgefallen, daß in der heutigen Rede des amerikanischen AM vor der Generalversammlung²⁵ nicht wie in seiner (des BM) bevorstehenden Rede²⁶ der Hinweis auf die Notwendigkeit, ganz Europa einzubeziehen, enthalten gewesen sei. Dies könnte den Sowjets Anlaß geben, nach Meinungsverschiedenheiten zu suchen. Wir müßten ganz deutlich machen, daß dies für uns eine Voraussetzung sei, wie wir in Ankara gesagt hätten.²⁷

Globaler Dialog²⁸

BM erkundigte sich nach der amerikanischen Auffassung zur Fortführung des Globalen Dialogs. Der Westen habe strikt zusammengehalten. Er persönlich

²² Zur belgischen Haltung zur Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 278.

²³ Zum sowjetischen Vorschlag vom 1. Juli 1980 zur Aufnahme von amerikanisch-sowjetischen Gesprächen über Mittelstreckensysteme unter Einbeziehung von FBS vgl. Dok. 193.

²⁴ Zum Gespräch des amerikanischen Außenministers Muskie mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 25. September 1980 in New York vgl. Dok. 290, Anm. 5.

²⁵ Für den deutschen Wortlaut der Rede des amerikanischen Außenministers Muskie am 22. September 1980 vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 614–617 (Auszug).

²⁶ Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 24. September 1980 vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 629–633 (Auszug).

²⁷ Zur NATO-Ministerratstagung am 25./26. Juni 1980 in Ankara vgl. Dok. 190.
Für den Wortlaut des Communiqués vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 138–145. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN 1980, S. 645–649.

²⁸ Zur VN-Sondergeneralversammlung für Entwicklungsfragen vom 25. August bis 15. September 1980 in New York vgl. Dok. 273.

sei offen gesagt mit dem Ergebnis nicht ganz glücklich. Er hätte es vorgezogen, die Debatte fortzusetzen und unser Stimmverhalten zu erläutern. Man müsse jetzt sehen, wie man weiter vorankomme. Der Präsident der Generalversammlung²⁹ bemühe sich hierum.

Wir sollten uns auch für ein baldiges Zusammentreten des von der Brandt-Kommission vorgeschlagenen Gipfels³⁰ einsetzen. Dies könnte positiven Einfluß auf den Globalen Dialog haben.

AM Muskie sprach sich ebenfalls für die Fortsetzung der Gespräche über den Globalen Dialog aus. Man müsse jedoch klarstellen, welche Rolle die internationalen Organisationen haben sollten. Der amerikanische Kongreß werde nicht bereit sein, die erforderlichen Mittel zu bewilligen, wenn die Gruppe der 77 den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank regieren sollte.

Botschafter McHenry verweist ergänzend darauf, daß beide Seiten in den bisherigen Verhandlungen nicht klar gesagt hätten, wo ihre Schwierigkeiten liegen. Deshalb sei es besser gewesen, die Diskussion abubrechen und einen neuen Anfang zu suchen.

BM erkundigte sich nach der amerikanischen Haltung zum Gipfel (Vorschlag der Brandt-Kommission). Er schlägt vor, als Termin den März ins Auge zu fassen. Dies sei einerseits nicht zu spät, gebe andererseits Zeit für die Vorbereitung.

AM Muskie erklärte grundsätzliches amerikanisches Interesse am Gipfel. Amerikanische Seite wirft jedoch die Frage auf, ob im Hinblick auf die amerikanischen Wahlen³¹ Vorbereitungszeit nicht doch zu kurz bemessen sein könnte für März-Termin.

Flüchtlingsprobleme

BM erläutert unsere Absicht, eine Initiative einzubringen³², und bittet um möglichst hohes Maß amerikanischer Unterstützung.

²⁹ Rüdiger Freiherr von Wechmar.

³⁰ Zum Bericht der Unabhängigen Kommission für Internationale Entwicklungsfragen („Nord-Süd-Kommission“) vgl. Dok. 155, Anm. 5.

³¹ Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

³² Ministerialdirigent Gorenflos unterrichtete die Ständigen Vertretungen bei den Vereinten Nationen in New York und bei dem Büro der Vereinten Nationen und bei den anderen Internationalen Organisationen in Genf am 4. September 1980 über eine Initiative der Bundesregierung zum Flüchtlingsproblem bei der am 16. September 1980 beginnenden VN-Generalversammlung in New York: „Flüchtlingsfrage, die zu drängendem Problem der internationalen Ordnung geworden ist, wurde bisher fast nur humanitär behandelt. Es ist dringlich, es an seiner Wurzel anzupacken (Erklärung der Sieben auf dem Gipfel in Venedig). Wir wollen Initiative ergreifen, um politische Behandlung durch die VN zu erreichen.“ Bundesminister Genscher werde in seiner Rede am 24. September 1980 vor der VN-Generalversammlung „Antrag auf besonderen TOP ‚Internationale Zusammenarbeit zur Vermeidung von neuen Flüchtlingsströmen‘“ ankündigen: „TOP wird sodann mit Memorandum entsprechend Verfahrensregeln als ‚wichtiger und eiliger‘ Punkt beantragt. TOP soll im SPC (Special Political Committee) behandelt werden. Im Ausschuß bringen wir Resolutionsentwurf ein. Dieser sieht Einsetzung eines besonderen Ausschusses durch GV vor, dessen Aufgabe es sein soll, a) Deklaration auszuarbeiten, die internationale Grundsätze enthält, Fluchtbewegungen vorzubeugen. b) Ausschuß soll politischen Konsultationsmechanismus anstreben, damit schon im Anfangsstadium eines Flüchtlingsproblems internationale Instanz tätig werden kann.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 4470; Referat 231, Bd. 127885.

Botschafter Freiherr von Wechmar, New York (VN), legte am 11. September 1980 dar, eine Initiative zum Flüchtlingsproblem werde wohl mehrheitlich begrüßt bzw. toleriert werden: „Wir sollten aber

Verurteilung Kims in Südkorea³³

BM erkundigt sich nach amerikanischer Haltung.

AM Muskie bestätigt, daß die Vereinigten Staaten und Japan erheblichen Druck auf Südkorea in dieser Frage ausübten, zugleich jedoch bemüht seien, dies nicht öffentlich erkennbar werden zu lassen.³⁴

(Text dieser Niederschrift ist von BM noch nicht genehmigt.)

[gez.] Blech

VS-Bd. 11109 (204)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1438

nicht übersehen, daß der Kreis der Staaten, die Ergebnis der Flüchtlingsbewegung als brennendes eigenes Problem ansehen (sei es als Aufnahmeland, sei es als substantieller Geldgeber), nicht allzu groß ist. Auch wenn eine Deklaration sich weitgehend auf die bestehenden Pflichten der Staaten nach allgemeinem Völkerrecht, der VN-Charta und den MR-Konventionen stützt, muß mit Widerständen gegen einen solchen konsolidierten Pflichtenkatalog oder mit dem Versuch seiner Umfunktionalisierung in ein Propagandainstrument gerechnet werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2307; Referat 231, Bd. 127885.

³³ Zur Situation in der Republik Korea (Südkorea) vgl. Dok. 229, Anm. 20.

Botschafter Eger, Seoul, berichtete am 16. September 1980: „Am 16.9. habe ich neuen koreanischen Außenminister Lho Shin-Yong unter Hinweis auf Antrag Anklägers auf Todesurteil für Kim und dadurch ausgelöste ausdrückliche Weisung Bundesaußenministers Schreiben BM an AM Pak in Erinnerung gebracht. AM Lho versprach, sich ausdrücklich unterrichten zu lassen. Er wiederholte bekannte Argumentation, daß sich Korea in besonders schwieriger Phase befinde und man an Verhältnissen in diesem Land nicht Maßstäbe anlegen könne, wie sie in westlichen Demokratien gelten. [...] Soeben, 11.00 Uhr, wird bekannt, daß Militärgericht in erster Instanz Todesurteil für Kim gefällt hat. [...] Urteile gegen restliche 21 Angeklagte blieben in allen Fällen hinter Anträgen zurück und reichen von zwei bis 15 Jahren.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 241; Referat 341, Bd. 113158.

Eger unterrichtete am 22. September 1980: „Militärgericht gegen Kim Dae-Jung u. a. 18.9. (ein Tag nach Urteilsverkündung) von Martial Law Commander General Lee bestätigt. Angeklagte haben Sieben-Tage-Frist, Berufung bei höherem Militärgericht einzulegen, das voraussichtlich Todesurteil gegen Kim bestätigen wird. Als letzte Instanz bleibt danach ziviler Supreme Court und schließlich Gnadenersuchen an Staatschef.“ Eger urteilte: „Die zahlreichen Proteste und Appelle aus aller Welt zugunsten Kim Dae-Jungs haben Wirkung auf Präsident Chun und Vertreter hiesiger Regierung zweifellos nicht verfehlt. Auf Militärs in Schlüsselstellungen, aber auch auf jüngere Offiziere haben ausländische Initiativen jedoch, wie mehrfach berichtet, entgegengesetzte Wirkung gezeigt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 248; Referat 341, Bd. 113158.

³⁴ Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 17. September 1980, in den amerikanischen Medien werde verbreitet, der amerikanischen Regierung würden Zusagen der südkoreanischen Regierung vorliegen, das Todesurteil gegen Kim Dae-Jung nicht zu vollstrecken. Wie vom amerikanischen Außenministerium zu erfahren sei, gebe es keine solche Zusage, da man zu Präsident Chun „weiterhin keine zur Einflußnahme in einer derartig heiklen Angelegenheit hinreichend direkten und offenen Kontakte“ besitze: „Man gehe allerdings davon aus, daß ihm amerikanische Haltung (wie auch die anderer westlichen Staaten) klar sei. Dafür, daß er sie bei weiteren Entscheidungen in dieser Sache in sein Kalkül einbeziehen werde, gebe es gewisse ermutigende Zeichen, Gewißheit allerdings nicht.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3547; Referat 341, Bd. 113158.

280

Ministerialdirektor Blech, z.Z. New York, an das Auswärtige Amt

VS-NfD

Fernschreiben Nr. 2445

Aufgabe: 23. September 1980, 21.56 Uhr¹

Ankunft: 24. September 1980, 04.04 Uhr

Betr.: Gespräch BM mit kanadischem AM MacGuigan am Rande der 35. GV in New York am 22.9.1980²

BM empfing am 22.9. den kanadischen AM (von kanadischem Ständigen Vertreter bei UN³ und einigen Mitarbeitern begleitet) zu einem etwa halbstündigen Gespräch.

MacGuigan bedauerte nach der Begrüßung durch BM, daß er durch politische Verpflichtungen in Kanada daran gehindert war, an dem kürzlichen Treffen der Liberalen Internationalen in Berlin⁴ teilzunehmen.

Auf Frage BMs nach der Lage in Kanada legte MacGuigan kurz die Schwierigkeiten beim Abschluß des 1931 begonnenen und jetzt abgeschlossenen Prozesses der kanadischen Verfassungsgebung dar.⁵

MacGuigan sprach die Anregung BMs an, am Rande des nächsten NATO-Treffens⁶ eine informelle Begegnung der 15 AM herbeizuführen.⁷

¹ Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 24. September 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat von Nordenskjöld verfügte.
Hat Nordenskjöld am 29. September 1980 vorgelegen.

² Bundesminister Genscher hielt sich vom 22. bis 24. September 1980 anlässlich der VN-Generalversammlung, die vom 16. September bis 17. Dezember 1980 sowie am 15./16. Januar 1981 stattfand, in New York auf.

³ Michel Dupuy.

⁴ Die Tagung der Liberalen Internationalen fand vom 4. bis 6. September 1980 in Berlin (West) statt.

⁵ Botschafter Strätling, Ottawa, legte am 26. August 1980 dar: „Die innen-, ebenso wie die außenpolitische Selbständigkeit Kanadas ist im Westminster-Statut von 1931 verankert. Wesentliche Änderungen der Verfassungsgrundlage des Staates, nämlich des British North America Act von 1867, bedürfen jedoch noch immer der Zustimmung des britischen Parlaments.“ Bisher seien alle Versuche, die Befugnis zur Verfassungsreform auf kanadische Instanzen zu übertragen, „an der fehlenden Übereinstimmung zwischen Bund und Provinzen über den Inhalt, den die neue Verfassung haben sollte“, gescheitert. Seit den Parlamentswahlen vom 18. Februar 1980 habe die Verfassungsreform neue Aktualität gewonnen. Vgl. den Schriftbericht Nr. 572; Referat 204, Bd. 115930.

Am 15. September 1980 berichtete Strätling, zwei Tage zuvor sei die vierte Runde der Verfassungsgespräche zwischen Ministerpräsident Trudeau und den Ministerpräsidenten der kanadischen Provinzen gescheitert. Trudeau habe nun eine eigene Verfassungsinitiative der kanadischen Bundesregierung angekündigt: „Dabei deutete er an, daß eine solche Initiative in einem landesweiten Referendum liegen könnte oder aber auch in einem einseitigen Gesetzgebungsakt der Regierung.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 274; Referat 204, Bd. 115929.

⁶ Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1980 in Brüssel vgl. Dok. 363 und Dok. 364.

⁷ Zur Anregung des Bundesministers Genscher für ein NATO-Ministerratstreffen nach dem „Typ Gymnich“ vgl. Dok. 242 und Dok. 248.

Vortragender Legationsrat Seibert notierte am 12. September 1980, der amerikanische Außenminister Muskie und der norwegische Außenminister Frydenlund hätten die Anregung interessiert aufgenommen. Der Abteilungsleiter im britischen Außenministerium, Bullard, habe Botschafter Ruhfus, London, mitgeteilt, der Vorschlag werde beim britischen Außenminister Lord Carrington „sicherlich auf Interesse und Zustimmung stoßen“. Widerstände gebe es seitens Frankreichs: „Am Rande des PK in Luxemburg hat der französische Politische Direktor Robin gegenüber Herrn Dg 20 in poin-

BM verwies auf die guten Erfahrungen innerhalb der EG mit den informellen Gymnich-Treffen der AM, wo bei einer freien Diskussion ohne Gesprächsprotokoll und in einer persönlichen Atmosphäre ein sehr hoher Grad der Kommunikation und des Vertrauens geschaffen worden sei. Er habe seine Anregung, ähnliches im Bündnis zu versuchen, unter dem Eindruck der letzten NATO-Ministerkonferenz in Ankara⁸ gemacht, wo 15 Reden gehalten worden seien, aber es nicht zu einer wirklichen Diskussion mit Rede und Gegenrede gekommen sei.

MacGuigan bezog sich seinerseits auf das informelle Treffen der sieben AM beim Wirtschaftsgipfel in Venedig⁹, das er als eine ganz ausgezeichnete Möglichkeit des Gedankenaustausches bezeichnete. Er gehe davon aus, daß es sich bei einer entsprechenden Begegnung der 15 AM des Bündnisses um eine solche handeln solle, bei der keine konkreten Fragen, die eine technische Verarbeitung durch Mitarbeiter verlange, behandelt würden, wo vielmehr gänzlich frei diskutiert werden sollte (free flowing discussion).

BM bestätigte dies.

MacGuigan fragte, ob BM den Kreis der NATO für eine solche freie Diskussion wirklich für besser halte als den Kreis der OECD-Mitglieder.

BM machte deutlich, daß es ihm darauf ankomme, unter den 15 AM des Bündnisses eine ähnliche Atmosphäre der Vertrautheit und des offenen Gesprächs zu schaffen, wie sie seit langem unter den Neun bestehe. Man sollte in dieser Richtung wenigstens einmal einen Versuch machen.

MacGuigan war im Urteil über die Mängel der Diskussion in Ankara der gleichen Meinung wie BM. Er fragte, ob die Franzosen bei einer solchen freien Diskussion im Kreise der 15 AM mitmachen würden.

BM sagte, er hoffe dies. Er werde dies mit François-Poncet besprechen.

Auf Hinweis BMs sprach sich MacGuigan sehr prononciert für einen baldigen Nord-Süd-Gipfel im Sinne des Vorschlags der Brandt-Kommission¹⁰ aus. Ein solches Treffen sei jetzt notwendiger denn je.

BM unterstrich dies und betonte, daß dieser Gipfel so früh wie möglich, d.h. im März 1981, wie dies ja auch den mexikanischen Wünschen entspräche, stattfinden sollte.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1440

tierter Form seine Verwunderung darüber zum Ausdruck gebracht, daß der Herr Bundesminister den Vorschlag ohne Absprache im Alleingang betrieben und sich damit auch an die Presse gewandt habe. Nach den Worten Robins werde Frankreich äußerste Schwierigkeiten haben, mitzumachen.“ Vgl. Referat 010, Bd. 178820.

Ministerialdirigent Dröge vermerkte am 17. September 1980 als Ergebnis weiterer Sondierungen, für ein informelles Treffen der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten zeichne sich „nur folgende Lösung ab: Umwandlung der ersten Hälfte des ersten normalen Sitzungstages der Herbstministerkonferenz (Donnerstag, 11. Dezember, vormittags) in ein informelles Treffen (ohne Mitarbeiter außer Flüsterdolmetscher) im NATO-Gebäude (unter Teilnahme, jedoch ohne Vorsitz von GS Luns).“ Vgl. Referat 010, Bd. 178820.

⁸ Zur NATO-Ministerratstagung am 25./26. Juni 1980 in Ankara vgl. Dok. 190.

⁹ Zum Weltwirtschaftsgipfel am 22./23. Juni 1980 in Venedig vgl. Dok. 184 und Dok. 185.

Zum Gespräch der Außenminister der sieben am Weltwirtschaftsgipfel teilnehmenden Staaten am 22. Juni 1980 vgl. Dok. 183.

¹⁰ Zum Bericht der Unabhängigen Kommission für Internationale Entwicklungsfragen („Nord-Süd-Kommission“) vgl. Dok. 155, Anm. 5.

MacGuigan meinte, dies wäre wohl das früheste für die USA akzeptable Datum wegen der amerikanischen Wahlen¹¹ und der Neubildung einer Administration.

BM führte aus, daß ein späterer Termin es kaum erlauben würde, den Global-Dialog so gut wie möglich zu beeinflussen.

Auf eine Bemerkung MacGuigans über die Übereinstimmung der deutschen Haltung auf der soeben abgeschlossenen Nord-Süd-Sonder-GV¹² mit der britischen und amerikanischen Haltung stellte BM fest, daß unsere Zurückhaltung nicht so sehr auf britische und amerikanische Einwirkung zurückzuführen sei, sondern eine interne deutsche Diskussion reflektierte. Er bestätigte auf eine entsprechende Bemerkung MacGuigans, daß es sich eher um ein zeitlich begrenztes Problem („temporary problem“) handele.

MacGuigan meinte, daß dies wohl auch für die amerikanische Haltung gelte.

In der Namibia-Frage, die MacGuigan anschnitt, waren sich beide Minister einig, daß Südafrika alles versuche, um Zeit zu gewinnen.¹³

Im übrigen berichtete kanadischer UN-Vertreter über die heutige Begegnung der Vertreter der Fünf mit den Vertretern der Frontlinien-Staaten.¹⁴ Auf Frage BMs stellte kanadischer UN-Vertreter fest, daß die Möglichkeit eines Treffens der AM der Fünf mit den AM der Frontlinienstaaten zwar in den letzten Tagen im Zusammenhang mit einem ganzen Maßnahmen-Paket eine Rolle ge-

¹¹ Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

¹² Zur VN-Sondergeneralversammlung für Entwicklungsfragen vom 25. August bis 15. September 1980 in New York vgl. Dok. 273.

¹³ Zum Stand der Namibia-Gespräche vgl. Dok. 190, Anm. 4.

Referat 320 notierte am 2. September 1980, der südafrikanische Außenminister Botha habe am 1. September 1980 das Schreiben des VN-Generalsekretärs Waldheim vom 20. Juni 1980 beantwortet, „in dem dieser Vorschläge zur Überwindung der einem Anlaufen des westlichen Lösungsplans (SR 435) noch im Wege stehenden Hindernisse gemacht hatte. Die Antwort bringt zwar erneut die Bereitschaft Südafrikas zur Zusammenarbeit zum Ausdruck. Sie enthält jedoch wiederum nicht die definitive Entscheidung für die Ausführung von SR 435 und keine Angabe über einen Zeitpunkt für die Implementierung.“ Hauptziel Südafrikas bleibe es, „Zeit für eine Stärkung der angeschlagenen DTA zu gewinnen und die internen Parteien als Partner in den Verhandlungsprozeß einzubauen“. Vgl. Referat 320, Bd. 125278.

Botha skizzierte am 22. September 1980 die südafrikanische Position in einem weiteren Schreiben an Waldheim. Botschafter Eickhoff, Pretoria, berichtete am 23. September 1980, das Schreiben mache deutlich, „daß SA sich auch im Verhandlungsrhythmus nicht unter Druck setzen lassen will und stellt außerdem im letzten Satz klar, daß es nicht gewillt ist, Gespräche mit VN-Mission auf Implementierung eingrenzen zu lassen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 364; Referat 320, Bd. 125278.

¹⁴ Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia, Simbabwe und Tansania.

Botschafter Jelonek, New York (VN), berichtete: „Am 22.9. nachmittags fand eine gemeinsame Sitzung der hiesigen Vertreter der F[ront]L[inien]S[taaten] mit den Mitgliedern der Kontaktgruppe (Botschafterebene) statt, an der zum ersten Mal auch der neue Botschafter von Simbabwe teilnahm. Im Mittelpunkt der Diskussion standen: a) die S[üd]A[frika]-Briefe vom 29.8. und 22.9.1980, b) der Zeitrahmen für die Implementierung von SR 435 und c) die Parteilichkeitsfrage des VN-Apparats.“ Die Frontlinienstaaten hätten betont, das zentrale Problem sei, „ob Südafrika wirklich den politischen Willen zur Implementierung von SR 435 besitze. SA habe inzwischen alle sachlich vertretbaren Argumente verbraucht und könne sich jetzt nicht mehr mit fadenscheinigen Ausreden einer Festlegung entziehen. Sobald SA ein festes Datum für den Einsatz von UNTAG nennen würde, dann könne über alle noch offenen Fragen gesprochen werden. SR 435 garantiere freie und faire Wahlen, was auch eine Vorzugsbehandlung von SWAPO ausschließe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2438 vom 22. September 1980; Referat 320, Bd. 125278.

spielt habe, dies im Augenblick jedoch nicht mehr der Fall sei. So sei hierüber bei dem heutigen Treffen überhaupt nicht mehr gesprochen worden. Das Ergebnis dieses Treffens sei gewesen, daß die fünf VN-Vertreter ein Gespräch mit Waldheim und Urquhart führen sollen.¹⁵

Auf Aufforderung BMs legte D2 unsere Vorstellung über unsere Initiativen in der Flüchtlingsfrage¹⁶ und für VN-Register der Pro-Kopf-Leistungen für öffentliche Entwicklungshilfe und Rüstung sowie VN-Register für Rüstungsexporte und -importe¹⁷ dar.

MacGuigan äußerte sich über diese Vorstellungen sehr positiv.

Nach Bestätigung durch BM, daß er am KSZE-Folgetreffen in Madrid teilnehmen werde, stellte MacGuigan fest, daß er dies auch tun werde.

BM wies auf die Wichtigkeit des französischen KAE-Vorschlags und die Notwendigkeit hin, daß Westen auf Mandat für eine solche Konferenz über vertrauensbildende Maßnahmen in ganz Europa bestehen müsse.¹⁸

¹⁵ Botschafter Jelonek, New York (VN), unterrichtete am 2. Oktober 1980, im Mittelpunkt des Gesprächs der VN-Vertreter der Namibia-Kontaktgruppe mit dem stellvertretenden VN-Generalsekretär Urquhart am Vortrag habe dessen Reise nach Südafrika vom 20. bis 25. Oktober 1980 gestanden: „Vorbereitungsgespräch war gekennzeichnet durch Ungewißheit über möglichen Gesprächsverlauf und Sorge, S[üd]A[frika] könnte neue Falle stellen. Urquhart definierte als Ziel der Mission klar, SA für Aussage über den Zeitrahmen für die Implementierung des VN-Lösungsplans zu gewinnen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2561; Referat 320, Bd. 125279.

¹⁶ Zur VN-Initiative der Bundesregierung zum Flüchtlingsproblem vgl. Dok. 279, Anm. 32.

¹⁷ Ministerialdirigent Freiherr von Stein notierte am 15. September 1980, Bundesminister Genscher habe in seiner Rede bei der VN-Sondergeneralversammlung für Entwicklungsfragen am 27. August 1980 in New York gefordert, das Verhältnis von Entwicklungshilfeleistungen und Rüstungsausgaben transparenter zu gestalten. Er habe vorgeschlagen, zwei VN-Register zu schaffen, eines, das ausweise, wieviel jedes Industrieland pro Kopf der Bevölkerung für Rüstung bzw. Entwicklungshilfe ausbebe, sowie eines, das Angaben über Rüstungsimporte und -exporte aller VN-Mitgliedstaaten enthalte. Stein vermerkte, ein VN-Register der Pro-Kopf-Leistungen für Entwicklungshilfe und Rüstung „würde aufzeigen, daß die BR Deutschland 1979 bei der O[fficial]D[evelopment]A[ssistance] unter den westlichen IL an siebter Stelle, einschließlich der OPEC-Staaten an 13. Stelle steht. Die Sowjetunion (SU) liegt allerdings erheblich schlechter. Während wir 1979 54 US-\$ pro Kopf der Bevölkerung für ODA ausgaben, leistete die SU nur 5 US-\$, die USA allerdings nur 20, GB 37 und I[talien] 4 US-\$. Bei den Rüstungsausgaben standen wir 1978 nach der SU und den USA mit 347 US-\$ an dritter Stelle. Die SU gibt etwa das 100-fache der ODA-Leistungen, die NATO-Staaten geben das Zehnfache für Rüstung aus.“ Ein VN-Register für Rüstungsexporte und -importe werde zeigen, „daß wir lediglich 2,3 % des Gesamtüstungsexports leisten und damit hinter USA, SU, F, GB und I an sechster Stelle stehen. Allerdings lieferten in dem Zeitraum die NATO-Länder insgesamt 66 %, die Länder des WP 28 % der Waffen in die Dritte Welt.“ Stein gab hinsichtlich der Implementierung der VN-Register zu bedenken: „Da die VN auf Zahlenangaben ihrer Mitglieder angewiesen ist, ist offen, wie man zutreffende Informationen für die Register erhält. Bei einem Vergleich zwischen ODA- und Rüstungsleistungen sowie Rüstungsexporten und -importen werden einige unserer EG- und NATO-Partner im Vergleich zu uns wenig günstig dastehen. Die EL könnten unsere offiziellen Zahlen über Rüstungsausgaben nutzen, um den Druck in Richtung auf Erfüllung des 0,7 %-Ziels zu verstärken. Es fehlt eine klare Definition des Begriffs Rüstungsgüter, die Voraussetzung für ein entsprechendes Register wäre. Das Problem der Rüstungsk Kooperation, das für uns bedeutend ist, dürfte schwer lösbar sein.“ Vgl. Referat 220, Bd. 123151.

¹⁸ Zum französischen Vorschlag einer Konferenz zur Abrüstung in Europa vgl. Dok. 100. Referat 221 notierte am 1. Oktober 1980: „NATO-Partner sind sich einig, daß Madrid genutzt werden sollte, um quantitative und qualitative Weiterentwicklung der in der Schlußakte enthaltenen CBMs zu militärisch wirksamen, verbindlichen und verifizierbaren Maßnahmen zu erreichen, die auf dem gesamten europäischen Kontinent – einschließlich europäischem Teil der SU – anwendbar sind.“ Übereinstimmung bestehe weiterhin, „daß Konferenz aller KSZE-Teilnehmerstaaten auf Grundlage des französischen KAE-Vorschlags geeignetes Forum für Verhandlungen über solche Maßnahmen sein könnte. Option, in Madrid selbst auch Weiterentwicklung klassischer CBMs zu

MacGuigan fragte, ob diese Auffassung mit der Muskies in dessen heutiger VN-Rede¹⁹ übereinstimme.

D2 erläuterte unsere substantielle Übereinstimmung mit den Amerikanern, aber auch die von den Amerikanern empfundene Notwendigkeit, mit einer förmlichen Festlegung auf einen westlichen Mandatsvorschlag bis nach den amerikanischen Wahlen, evtl. auch bis zur Bildung der neuen Administration zu warten.

MacGuigan fragte, wann BM seinen lang ausstehenden Besuch in Kanada²⁰ machen werde.

BM stellte dies unter Hinweis auf die vorher stattfindenden Wahlen in der Bundesrepublik²¹ für das erste Halbjahr 1981 in Aussicht, ohne sich hier festzulegen.²²

[gez.] Blech

Referat 010, Bd. 178820

Fortsetzung Fußnote von Seite 1443

verhandeln, wird von den meisten Bündnispartnern abgelehnt, da sie Durchsetzung westlicher CBM-Kriterien im Rahmen eines KAE-Mandats gefährden würden.“ Die amerikanische Regierung halte sich weiterhin mit der Festlegung auf eine Konferenz zurück: „NATO-Ratstagung in Ankara am 25./26. Juni 1980 hat aber amerikanische Bereitschaft ergeben, auch an Arbeiten für Mandatsentwurf mitzuwirken und sich auch nach außen für Konferenzkonzept der Allianz einzusetzen. Dies unter dem Vorbehalt, daß ‚die gegenwärtig herrschenden Umstände eine fortlaufende Prüfung der Entwicklung durch den Ständigen NATO-Rat erforderlich machen‘ (Kommuniquétext).“ Bundeskanzler Schmidt habe am 10. September 1980 im Bundessicherheitsrat gebeten, „Frankreich aufzufordern, den KAE-Vorschlag als im Bündnis abgestimmten Vorschlag einzubringen. Hiergegen dürften keine französischen Bedenken bestehen. Hinsichtlich des Zeitpunkts faßt Frankreich jetzt den 15. Dezember ins Auge. Dies würde amerikanischer Haltung entgegenkommen, die endgültige Entscheidung über die Einführung der Sitzung des NATO-Ministerrats am 11./12. Dezember 1980 vorbehalten wird.“ Vgl. Referat 221, Bd. 116932.

¹⁹ Für den deutschen Wortlaut der Rede des amerikanischen Außenministers Muskie am 22. September 1980 vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 614–617 (Auszug).

²⁰ Zur Verschiebung des ursprünglich für 2. bis 4. Oktober 1979 vorgesehenen Besuchs des Bundesministers Genscher in Kanada vgl. Dok. 116, Anm. 3.

²¹ Am 5. Oktober 1980 fanden Wahlen zum Bundestag statt.

²² Bundesminister Genscher hielt sich vom 19. bis 22. Juli 1981 anlässlich des Weltwirtschaftsgipfels in Ottawa auf. Vgl. dazu die Runderlasse Nr. 85 bzw. Nr. 86/87 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler vom 24. bzw. 27. Juli 1981; AAPD 1981.

281

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko in New York

200-350.31-712/80 VS-vertraulich

24. September 1980¹

Aufzeichnung über das Gespräch des Herrn BM mit AM Gromyko am 24.9.80 in New York²

BM eröffnete das Gespräch mit der Frage an AM Gromyko, ob ihm neue Informationen über den Iran-Irak-Konflikt³ vorlägen.

AM Gromyko: Seine Informationen seien nicht ganz frisch. Wesentlich Neues gebe es nicht. Man habe gestern „Liebenswürdigkeiten“ ausgetauscht und sich gegenseitig bombardiert. Bisher gebe es jedenfalls keinen Waffenstillstand. Der Beschluß des Sicherheitsrates⁴ sei ohne Echo geblieben, und dies sei symptomatisch.

BM fragt nach dem Besuch irakischen Vizepräsidenten in Moskau.⁵

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Stabreit am 26. September 1980 „mit der Bitte, die Billigung des Herrn Bundesministers einzuholen“, über Ministerialdirektor Blech an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau weitergeleitet. Dazu teilte er mit: „Referat 213 hat mit dem Vermerk, daß die Billigung des Herrn Bundesministers noch nicht vorliege, vorab eine Kopie erhalten.“

Hat Blech am 26. September 1980 vorgelegen.

Hat Wallau am 30. September 1980 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 14086 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

² Bundesminister Genscher hielt sich vom 22. bis 24. September 1980 anlässlich der VN-Generalversammlung in New York auf.

³ Zur militärischen Eskalation im Grenzkonflikt zwischen Irak und Iran vgl. Dok. 277, Anm. 6.

⁴ Botschafter Jelonek, New York (VN), berichtete am 24. September 1980, der VN-Sicherheitsrat habe am 23. September 1980 auf Initiative von VN-Generalsekretär Waldheim den Irak-Iran-Konflikt beraten und einen Appell verabschiedet, in dem die kriegführenden Parteien zur Einstellung der militärischen Aktionen und zur friedlichen Konfliktbeilegung aufgefordert worden seien. Jelonek übermittelte den Wortlaut und teilte mit: „SR konnte zunächst über Text des Appells keine Einigung erzielen. Sowjetischer Delegierter versuchte Verabschiedung des Dokuments mit dem Einwand zu verhindern, daß Rat mit TOP Iran/Irak nicht aufgrund ordnungsgemäßen Antrags befähigt sei.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2451; Referat 311, Bd. 137598.

Jelonek führte am 25. September 1980 aus: „Kennzeichnend für Lage in den VN war am 25.9. Zögern der Hauptbeteiligten Iran und Irak, den Verhandlungsweg zu beschreiten. Diverse Hindernisse wurden vorgeschoben, um den SR noch nicht förmlich zusammentreten zu lassen. Taktisch geschickt verwies der in New York weilende irakische StS Kittani darauf, daß Iran ohnehin nicht bereit sei, SR-Entscheidungen anzuerkennen (Geiselnahme!). Der Iran hingegen trat in den Gesprächen überhaupt nicht in Erscheinung, gerade weil er sich scheut, Kompetenzen des SR anzuerkennen, die in anderer Sache gegen ihn geltend gemacht werden könnten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2491; Referat 311, Bd. 137598.

⁵ Botschafter Wieck, Moskau, informierte am 23. September 1980, der irakische stellvertretende Ministerpräsident Aziz sei am 22. September 1980 vom Sekretär des ZK der KPdSU, Ponomarjow, und vom sowjetischen Ersten Stellvertretenden Außenminister Malzew empfangen worden. Die inhaltsarme Mitteilung darüber in der sowjetischen Tageszeitung „Prawda“ „sowie Tatsache, daß sonst üblicher Hinweis auf Gesprächsatmosphäre fehlt, spiegelt offensichtlich derzeitiges sowjetisches Streben wider, Formulierungen zu vermeiden, die sowjetische Parteinahme für Iran oder Irak andeuten könnten. [...] Sowjetische Medien haben über zunehmende Verschärfung iranisch-irakischen Konflikts weiterhin mit kürzeren Tatsachenmeldungen, insbesondere aus Bagdad und Paris, nicht jedoch aus Teheran selbst, berichtet.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4236; Referat 311, Bd. 137598.

AM Gromyko: Bitte um Konsultationen sei noch vor seiner Abreise erfolgt. Iraker könnten sich dabei auf Vertrag mit der SU⁶ stützen, der eine solche allgemeine Konsultationsvereinbarung enthalte, wenn eine Partei dies wünsche. SU habe geantwortet, er, AM Gromyko, werde zwar nicht in Moskau sein, aber wenn irakische Seite nach Moskau kommen wolle, sei sie willkommen.⁷ In der Vorinformation habe irakische Seite nichts Besonderes gesagt, lediglich auf Spannungen an der Grenze hingewiesen. SU habe irakischem Botschafter in Moskau⁸ erläutert, daß nach friedlichen Lösungen gesucht werden müsse. Die SU kenne keine andere Einstellung.

BM fragt nach den Zielen irakischer Aktion. Seien sie begrenzt?

AM Gromyko: SU könne sich nur vorstellen, daß es sich um Streitigkeiten über kleine Gebietsstücke handele. Der Vertrag von 1975 zwischen Iran und Irak⁹ habe dämpfend gewirkt, aber die Spannungsursachen nicht ausgeräumt.

BM: Am wichtigsten sei jetzt, daß Konflikt nicht durch Hineinziehen Dritter Ausweitung erfahre.

AM Gromyko: Auch SU hoffe dies. Niemand solle sich hineinziehen lassen, da der Konflikt sonst leicht kein Ende finden werde. Bisher sei es ja noch wie in der Schlacht zwischen Russen und Tataren auf dem Feld von Kulikowo im Jahre 1380, wo bekanntlich auch zunächst Einzelkämpfer stellvertretend für die Heere den Kampf ausgetragen hätten.¹⁰ Auch die USA hätten gesagt, niemand solle sich einmischen.

BM verweist auf die Erklärung der Neun vom 23.9.80¹¹ und die Bedeutung, die der Aufrechterhaltung der Freiheit der Schifffahrt in der Meerenge von Hormuz zukomme.¹²

AM Gromyko bezeichnet dies als eine vernünftige Einstellung.

BM: Arabische Staaten schienen Irak zu unterstützen. Es gebe eine ziemlich klare Erklärung Jordaniens in diesem Sinne.¹³

⁶ Irak und die UdSSR schlossen am 9. April 1972 einen Friedens- und Freundschaftsvertrag. Für den Wortlaut vgl. VEDOMOSTI VERCHOVNOGO SOVETA 1972, S. 463–466.

⁷ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Ereignisse hätten irakischen Gast auf Reise eingeholt.“

⁸ Abdul Rahman Ahmed al-Douri.

⁹ Zu den Abkommen von 1975 zur Regelung der irakisch-iranischen Grenze vgl. Dok. 251, Anm. 5.

¹⁰ Bei der Schlacht auf dem Kulikowo Pole besiegten am 8. September 1380 Streitkräfte unter dem Großfürsten von Moskau, Dmitrij Iwanowitsch („Donskoj“), die mongolische „Goldene Horde“.

¹¹ Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ in New York vgl. BULLETIN DER EG 9/1980, S. 7 f.

¹² Zur Frage des Transports von Erdöl durch die Straße von Hormuz vgl. Dok. 285.

¹³ Gesandter Munz, Amman, berichtete am 17. September 1980, König Hussein habe dem irakischen Präsidenten Saddam Hussein am 15. September 1980 für die am 26. August 1980 vereinbarten irakischen Finanzhilfen zum Infrastrukturausbau Jordaniens gedankt: „König Hussein sicherte dem irakischen Präsidenten wohl im Hinblick auf Grenzstreitigkeiten mit dem Iran volle Unterstützung Jordaniens ‚bei der Verteidigung jeden Zolls nationalen Bodens‘ und ganz allgemein eine weitere Vertiefung der Zusammenarbeit zu.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 451; Referat 310, Bd. 125011.

Am 23. September 1980 unterrichtete Munz, Hussein habe am Vortag „dem irakischen Präsidenten telefonisch die volle Unterstützung seines Landes ‚bei der Abwehr der gegen den Irak gerichteten Aggression‘ mitgeteilt. [...] Für israelische Rundfunkmeldungen, wonach irakische Flugzeuge auf ostjordanischen Flugplatz (wahrscheinlich Mafrqa) verlegt werden, um sie vor möglichen iranischen Angriffen zu schützen, gibt es hier bislang keine Bestätigung.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 461; Referat 311, Bd. 137598.

AM *Gromyko*: Es handele sich um eine politische Unterstützung. Er wolle den BM fragen, ob er nicht der Auffassung sei, daß die USA im Persischen Golf mit dem Säbel rasselten? Wenn man aber damit beginne, sei man vom Schießen nicht mehr weit entfernt. Als Jäger wisse er, daß eine geladene Flinte auch dazu neige, loszugehen.

BM: Die USA hätten sich gerade in diesem Raum außerordentlich zurückgehalten. Natürlich seien sie z. Zt. besonders besorgt, daß sich für die amerikanischen Geiseln negative Rückwirkungen ergeben könnten.

AM *Gromyko*: Sicher sei bei gespannter Lage das Risiko erhöht.

BM: Dies gelte insbesondere, wenn staatliche Autorität im Iran durch militärische Entwicklung weiteren Schaden nehme.

AM *Gromyko*: Das Land werde nicht mehr effektiv geführt. Es gebe keine effektive Staatsmacht.¹⁴ Alles könne passieren, und die Lage sei sehr kompliziert.

BM: Die Lage dort sei ein Testfall für die Bewährung der Grundsätze der Entspannung. Es dürfe keine Übertragung der Ost-West-Interessengegensätze auf andere Regionen geben, Ost und West müßten beiderseits Zurückhaltung üben. Geschehe dies nicht, könne das schwere Folgen haben.

AM *Gromyko*: Dem Gedanken des BM könne er zustimmen. Z. Zt. unterhielten jedoch die USA als einzige Großmacht dort¹⁵ Streitkräfte. Müßten sie wirklich dort jetzt beträchtliche Kräfte haben? Jetzt sei dort Krieg! Schon früher sei die Frage berechtigt gewesen, ob es sinnvoll sei, daß die USA dort Streitkräfte unterhalten. Jetzt sei dies aber um so mehr der Fall.

BM: Die Präsenz amerikanischer Flottenverbände stehe nicht im Zusammenhang mit dem jetzigen Konflikt, sondern mit dem militärischen Einsatz der Sowjetunion in Afghanistan.

AM *Gromyko*: Dem könne er nicht zustimmen. Die amerikanischen Seestreitkräfte seien schon vor den Ereignissen in Afghanistan dort stationiert gewesen. (Einwurf *Kornienko*: Schon vor der Geiselnahme!)

BM: Nein, sie seien später herangeführt worden. Es habe sich um Einheiten gehandelt, die ursprünglich sehr viel weiter entfernt gestanden hätten.

AM *Gromyko*: Spiele das eine so große Rolle, ein paar hundert Meilen weiter westlich oder südlich?

BM: Es mache schon etwas aus, und es sei sicher besser, wenn Waffen einige hundert Kilometer weiter entfernt stationiert seien. Wie sehe AM *Gromyko* die Entwicklung in Afghanistan?¹⁶ Anlässlich des Besuches in Moskau¹⁷ habe die

¹⁴ Ministerialdirektor Meyer-Landrut notierte am 29. August 1980, die Situation in Iran nähere sich „einem Zustand der Auflösung [...]. Die Islamische Revolution schreitet fort; bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen den Machtgruppen, Verhaftungen, Säuberungswellen und Terror nehmen zu und erzeugen Rechtsunsicherheit. [...] Die Wirtschaft droht zusammenzubrechen. Man rechnet mit dem Stillstand der Eisenbahnen und der Stahlindustrie. Die öffentlichen Mittel werden wegen des Rückgangs der Ölproduktion knapp. Es ist zu befürchten, daß der ärmere Teil der Großstadtbevölkerung dies nicht ruhig hinnimmt.“ Vgl. Referat 311, 137623.

¹⁵ Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Blech gestrichen. Dafür ergänzte er handschriftlich: „in der dortigen Region“.

¹⁶ Zur Lage in Afghanistan vgl. Dok. 279, Anm. 19, und Dok. 283, Anm. 17.

¹⁷ Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher hielten sich am 30. Juni und 1. Juli 1980 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 192–195.

sowjetische Seite von einer politischen Lösung und einem Rückzug der sowjetischen Truppen gesprochen.¹⁸ Gebe es hierzu Zeitvorstellungen?

AM *Gromyko*: Die Einstellung der Sowjetunion habe sich in keinem Punkt geändert. Wenn die Einmischung von außen eingestellt würde, wenn es zwischen Afghanistan einerseits, dem Iran und Pakistan andererseits zu einer Vereinbarung über die Einstellung der Intervention und die Herstellung friedlicher Beziehungen käme¹⁹, dann könnten die sowjetischen Truppen abgezogen werden. Die SU verfolge in dieser Frage keine Doppelpolitik.

BM: Wer mischt sich ein?

AM *Gromyko*: Pakistan und Iran, hauptsächlich jedoch Pakistan, mit aktiver Hilfe Washingtons und Pekings.

BM: Aus dem Gespräch mit dem pakistanischen Außenminister habe er Eindruck gewonnen, daß Pakistan sich um Zurückhaltung bemühe.²⁰

AM *Gromyko*: Der Erklärung²¹ des pakistanischen Außenministers messe er keine Bedeutung bei. Aus Pakistan würden Tausende von Leuten nach Afghanistan eingeschleust, ausgebildet von chinesischen Instruktoren und mit amerikanischen Waffen ausgerüstet. Was solle er über einen solchen Politiker sagen? Vielleicht habe er keine Ahnung, wovon er spreche. Gleiches gelte für den pakistanischen Präsidenten²². Was für seltsame Leute seien das! Immer wieder gäben sie Erklärungen ab, in denen sie den Wunsch nach einer Lösung des Konfliktes zum Ausdruck brächten, nur das afghanische Regime gefalle ihnen nicht. Aber hätten sie sich hier die Frage gestellt, ob der Welt das pakistanische Regime gefalle? Und weiter, sollten die, denen dieses Regime mißfalle, von außen den Versuch machen, es zu stürzen? Vielleicht sei der pakistanische Außenminister ein ganz netter Mann (Russisch: „Goldkerl“). Seine Politik sei jedenfalls unakzeptabel. Pakistan mache der Sowjetunion Sorgen. Was anderes als

¹⁸ Zur Ankündigung eines Teilabzugs der sowjetischen Streitkräfte aus Afghanistan vgl. Dok. 185, Anm. 3.

¹⁹ Vgl. dazu den Sieben-Punkte-Plan der afghanischen Regierung vom 14. Mai 1980; Dok. 148, Anm. 3.

²⁰ Ministerialdirigent Gorenflos, z. Z. New York, resümierte am 22. September 1980 das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem pakistanischen Außenminister Agha Shahi am gleichen Tag in New York, bei dem insbesondere der Konflikt zwischen Irak und Iran, die Afghanistankrise, der Nahost-Konflikt und der Nord-Süd-Dialog erörtert worden seien: „Zur Afghanistankrise zeichnete pakistanischer AM ein düsteres Bild. Die Lage habe sich seit dem letzten Treffen mit BM im Juli des Jahres erheblich verschlechtert. Hauptgründe seien: a) Die gemeinsame Front der Islamischen Konferenz sei auseinandergebrochen, nachdem Iran nicht mehr mitspiele. Man wisse nicht, was die neue iranische Regierung tun wolle. b) Das israelische Vorgehen in Jerusalem und in den besetzten Gebieten habe Nahost-Frage erneut in den Mittelpunkt gerückt. Man sei enttäuscht über die USA, gegen deren Untätigkeit sich wachsender Unmut breitmache. Islamische Staaten seien nunmehr wieder auf die Sowjetunion angewiesen, um ihre Forderungen in der Nahost-Frage zur Geltung zu bringen. [...] Auf Frage nach Inhalt der von 32 D[ritte]W[elt]-Staaten unter pakistanischer Führung eingeleiteten Initiative auf der GV gab Agha Shahi folgendes Bild: Islamische Konferenzstaaten erstrebten VN-Mechanismus für politische Lösung des Afghanistan-Konflikts. Dafür gebe es verschiedene Wege. [...] Pakistan werde seine Haltung vom Verlauf der gegenwärtigen Konsultationen abhängig machen. Man beabsichtige, der Islamischen Konferenz, die am 6. Oktober in New York zusammentrete, konkrete Vorschläge zu machen. Von ihr wolle sich Pakistan ein Mandat für das weitere Vorgehen geben lassen. Man müsse nach einem Verfahren suchen, was auch für die Sowjetunion einigermaßen akzeptabel sei.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2439; Referat 010, Bd. 178820.

²¹ Die Worte „Die Erklärung“ wurde von Ministerialdirektor Blech gestrichen. Dafür ergänzte er handschriftlich: „Den Äußerungen“.

²² Mohammad Zia ul-Haq.

Feindseligkeit gegen sich selbst könne das pakistanische Regime mit seiner Politik erreichen? Die Sowjetunion wolle nicht glauben, daß Pakistan daran interessiert sei. Was er hier sage, sei keine Propaganda.

BM: Was AM Gromyko gesagt habe, bestätige ihn in seiner Meinung, daß nur eine Politik, die Garantien für Selbständigkeit, Nichteinmischung und Unabhängigkeit des Landes schaffe, eine Lösung des Problems bringen könne.

AM Gromyko: Dann wollen wir damit beginnen. Die Einfälle sollen eingestellt werden.

BM: Alle fremden Truppen müssen das Land verlassen.

AM Gromyko: Ja, aber Sie vergessen die Reihenfolge der Ereignisse. Erst kam die Intervention, dann unsere Hilfe.

BM: Dies sei ein Schulfall für Notwendigkeit, Probleme auf internationaler Ebene anzugehen. Wenn UdSSR der Auffassung war, daß Unabhängigkeit Afghanistans in Frage gestellt sei, so hätte sie hierzu mit USA und anderen Mächten Verbindung aufnehmen können. Es sei besser, Kontakte zu nutzen als einzumarschieren.

AM Gromyko: Wir haben mit den USA Kontakte aufgenommen und unsere Besorgnisse dargelegt.

BM: Vor- oder hinterher?

AM Gromyko: Gleichzeitig!

BM: Zu spät!

AM Gromyko: Zu spät sei es nie. Sowjetunion habe USA informiert, Truppen seien nach Afghanistan entsandt worden, weil es eine bewaffnete Invasion mit dem Ziel eines Sturzes der Regierung gegeben habe. Die Sowjetunion helfe Afghanistan auf Grund der UNO-Charta (Art. 51²³) und des sowjetisch-afghanischen Vertrages²⁴. Sie werde ihre Truppen abziehen, wenn die Intervention effektiv, nicht nur verbal, eingestellt werde. Der amerikanische Präsident und sein Kabinett wüßten dies genau. Es sei eine Täuschung, wenn sie immer wieder den Gedanken lancierten, die Sowjetunion hege Absichten auf den Persischen Golf. Offenbar wollten sie gar nicht zu einer Regelung der Frage beitragen. Warum handelten sie so? Die sowjetische Antwort hierauf lautet: Ihnen nütze die Spannung in diesem Raum.

BM: Worin besteht der Nutzen?

AM Gromyko: Erstens nutze sie Carter jetzt innenpolitisch. Zweitens helfe sie, immer größere Militärausgaben vom Kongreß bewilligt zu bekommen.

BM: Den Nutzen für die USA sehe er nicht. In der Präsidentschaftskampagne²⁵ Carters spiele die Abrüstung eine zentrale Rolle (Kontrastprogramm

²³ Für den Wortlaut von Artikel 51 der VN-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 464f.

²⁴ Am 28. Februar 1921 schlossen Afghanistan und die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik einen Freundschaftsvertrag. Für den Wortlaut vgl. SOVIET DOCUMENTS, S. 233–237. Am 5. Dezember 1978 unterzeichneten Afghanistan und die UdSSR einen Vertrag über Freundschaft, gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 1145, S. 333–335.

²⁵ Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

zum Gegenkandidaten²⁶). Für die Bewilligung von Rüstungsausgaben durch den Kongreß²⁷ benötige er nicht das Afghanistan-Problem. Werde AM Gromyko in seinem morgigen Gespräch mit AM Muskie²⁸ diese Frage anschneiden?

AM Gromyko: Ich bin bereit, mit Muskie darüber zu sprechen.

BM: Werde auch über den Nahost-Konflikt gesprochen?

AM Gromyko: Ja, das werde wohl geschehen. Es gebe keinen abgestimmten Themenkatalog. Jeder könne jedes Thema aufbringen. In der Afghanistan-Frage werde er von den soeben dargelegten Positionen ausgehen. Schon in Wien habe er Muskie diese Positionen erläutert.²⁹

BM: Es sei offen gesagt ein bißchen viel, was sich in dieser Region jetzt abspiele – Nahost-Konflikt, Afghanistan, Konflikt zwischen Iran und Irak. Das sei sehr beunruhigend. Die gute alte Zeit, wo man sich in Europa in den Lehnstuhl gesetzt und gesagt habe, das betrifft uns nicht, sei vorbei.

AM Gromyko: Er stimme zu. Einer der genannten Konflikte wäre schon zu viel. Es gebe aber auch in anderen Räumen Konflikte und Spannungen.

BM: Was sehe er außerhalb des Nahen Ostens als gefährlichen Konfliktherd?

AM Gromyko: Zur Zeit spiele sich im Verhältnis Chinas zu Vietnam nichts ab, aber man könne von chinesischer Seite stets mit Überraschungen rechnen.

BM: Was auf chinesischem Nationalem Volkskongreß³⁰ besprochen worden sei, bestätige unsere Analyse und Eindrücke (z.B. aus Gespräch Bundeskanzlers mit Parteichef Hua³¹): China werde sich jetzt auf seine innere Entwicklung konzentrieren.

AM Gromyko: Ich würde da vorsichtiger sein.

²⁶ Ronald Reagan (Republican) bzw. John B. Anderson (unabhängiger Bewerber).

²⁷ Zum amerikanischen Verteidigungshaushalt vgl. Dok. 148, Anm. 9.

Regierungsdirektor Sailer, Washington, berichtete am 6. August 1980: „Der aus Mitgliedern der Verteidigungsausschüsse der beiden Häuser des Kongresses zusammengesetzte Vermittlungsausschuß einigte sich am Freitag letzter Woche auf eine gemeinsame Defense Authorization Bill für das F[iscall]Y[ear] 1981. Diese Gesetzesvorlage, die noch der Zustimmung der beiden Häuser bedarf, schafft die gesetzliche Grundlage für die Bewilligungsausschüsse (appropriation committees) der beiden Häuser, für die ‚autorisierten‘ Vorhaben Haushaltsmittel freizugeben. Die Gesetzesvorlage sieht Beschaffungen sowie Forschungs- und Entwicklungsprogramme in der Gesamthöhe von 52,9 Mrd. Dollar vor. Hinzu kommen eine Mrd. Dollar an Gehaltsverbesserungen für militärisches Personal ab Oktober 1980.“ Gegen den Willen der Regierung seien 375 Mio. Dollar für die Entwicklung eines Multifunktionsbombers als Ersatz für Bomber vom Typ B-52 vorgesehen, der 1987 einsatzbereit und nuklear wie konventionell mit Bomben und Marschflugkörpern armierbar sein solle. Zudem werde das amerikanische Verteidigungsministerium autorisiert, „in den Staaten Utah und Nevada die Hälfte der geplanten MX-Raketen-Stützpunkte zu errichten“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3042; Referat 201, Bd. 120165.

²⁸ Zum Gespräch des amerikanischen Außenministers Muskie mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 25. September 1980 in New York vgl. Dok. 290, Anm. 5.

²⁹ Zum Gespräch des amerikanischen Außenministers Muskie mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 16. Mai 1980 in Wien vgl. Dok. 145, Anm. 15, und Dok. 149, Anm. 11.

³⁰ Die dritte Tagung des V. Nationalen Volkskongresses der KPCh fand vom 30. August bis 10. September statt. Zu den dabei getroffenen Personalentscheidungen vgl. Dok. 277, Anm. 4.

³¹ Ministerpräsident Hua Guofeng hielt sich vom 21. bis 28. Oktober 1979 in der Bundesrepublik auf. Für die Gespräche mit Bundeskanzler Schmidt am 22./23. Oktober 1979 vgl. AAPD 1979, II, Dok. 301 und Dok. 305.

BM: Die industrielle Entwicklung des Landes habe ihre Schwachstellen. Die Stahlproduktion sei so minimal, daß China ein Jahrzehnt damit beschäftigt sein werde, eine adäquate Stahlproduktion aufzubauen.

AM Gromyko: Um Aktionen aggressiver Natur, z.B. gegen Vietnam, zu entfesseln, dazu bedürfe es keines großen industriellen Potentials. Es genüge, eine gehörige Portion Abenteueriums. Wolle er, der Bundesminister, die Garantie für China übernehmen?

BM: Mit Garantien sei er sehr vorsichtig. Wir hätten jedoch Politik Chinas analysiert und fänden dort den Willen zur Konzentration auf innere Probleme. Nichts führe daran vorbei, daß man ein Land von dieser Größe und Bevölkerungszahl so weit wie möglich in die internationale Verantwortung einbeziehen müsse.

AM Gromyko: SU sei nie für Isolation Chinas gewesen. Sie habe Aufnahme Chinas in die UNO³² unterstützt. Hier trenne uns nichts. Einen Unterschied gebe es in der Einschätzung chinesischer Politik. Diese Politik sei auf Vorbereitung eines Krieges ausgerichtet. China vertrete die These, daß ein Krieg unvermeidbar sei.³³

BM: Da habe sich aber doch einiges geändert.

AM Gromyko: Was habe sich denn da geändert? Vielleicht wollten wir das so sehen. China sage heute nur, daß der Krieg vielleicht etwas hinausgeschoben sei. Die Leute könnten noch einige Jahre in Frieden leben. Er, Gromyko, plädiere für mehr Vorsicht in der Einschätzung chinesischer Politik. Der Bundesminister wolle doch nicht bestreiten, daß SU mehr mit Chinesen zu tun gehabt habe und sie gut kenne.

BM: Wir beobachteten das Land genau, und die Verschiebung der Prioritäten sage zumindest mittelfristig etwas über seine Politik aus.

Im Anschluß an beiderseitige Toasts fragt BM nach Termin nächster deutsch-sowjetischer AM-Konsultationen.

AM Gromyko: Ich war doch erst im November bei Ihnen.³⁴

BM: Das ist lange her.

AM Gromyko: Wir sollten konsultieren, wenn Notwendigkeit dazu empfunden wird. Wie beurteile BM Verlauf der Generalversammlung?

BM: Es sei noch zu früh, ein Urteil abzugeben. Das Bild werde stark von einigen Ereignissen geprägt. So sehe er einen ersten Wahrheitstest darin, ob alle nur sagten, daß sie sich nicht in den iranisch-irakischen Konflikt einmischen wollten, oder ob sie sich auch daran hielten. Einen zweiten Wahrheitstest sehe

³² China war 1945 Gründungsmitglied der Vereinten Nationen. Allerdings hatte bis 1971 die Republik China (Taiwan) den ständigen Sitz im VN-Sicherheitsrat inne. Mit Resolution Nr. 2758 (XXVI) beschloß die VN-Generalversammlung am 25. Oktober 1971, die Rechte der Volksrepublik China in den Vereinten Nationen und all den ihr zugehörigen Organisationen herzustellen und die Volksrepublik als einzig legitime Vertreterin Chinas anzuerkennen. Vgl. dazu UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XIII, S. 358. Vgl. dazu ferner AAPD 1971, III, Dok. 371.

³³ Zur Position der Volksrepublik China hinsichtlich der These von der Unvermeidbarkeit des Krieges vgl. AAPD 1979, I, Dok. 105.

³⁴ Der sowjetische Außenminister Gromyko besuchte von 21. bis 24. November 1979 die Bundesrepublik. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 341–344.

er darin, daß alle von Abrüstung redeten. Es werde sich zeigen, ob das Gespräch, das AM Gromyko morgen mit AM Muskie führen werde, den Startschuß für die Aufnahme der Gespräche über Mittelstreckenwaffen gebe.

AM *Gromyko*: Es sei natürlich richtig, daß das Anfangsstadium dieses Konfliktes (i. e. im Golf) sich auf die allgemeine Atmosphäre auswirke. Wie es weitergehe, werde man sehen.

Fragen des Wettrüstens, der Abrüstung und der Rüstungskontrolle würden sich entscheidend auf den Verlauf der GV auswirken. Die SU sei, offen gesagt, tief besorgt über die Politik der USA (in vieler Hinsicht auch Politik der Bundesrepublik, aber den Ton gäben die USA an!). Man habe den Eindruck einer langfristig, nicht nur wahltaktisch, sondern breiter angelegten Linie der USA in Richtung auf Schürung des Wettrüstens. Wenn man in Moskau den Gedanken zu Ende führe, laufe diese Linie darauf hinaus, daß USA bestrebt seien, das bestehende Gleichgewicht zwischen Ost und West – und insbesondere zwischen den USA und der UdSSR – zu ändern. Darin liege eine große Gefahr.

BM: Man müsse sich die verschiedenen Bereiche vornehmen. Er finde es gut, daß der amerikanische Präsident auch in der Wahlkampagne für eine Ratifikation von SALT II³⁵ eingetreten sei. AM Muskie habe dies bekräftigt, und das sei ein wichtiges Signal. Jetzt werde es darauf ankommen, daß morgen von den Gesprächen, die AM Gromyko mit AM Muskie führen werde, gleichfalls ein positives Signal für die Gespräche über Mittelstreckenwaffen ausgehe, damit auch in diesem Bereich ein Gleichgewicht hergestellt werden könne. Es sei auch sehr wichtig, daß in Madrid³⁶ ein positives Signal gesetzt werden könne, indem man auf der Konferenz eine nüchterne Bestandsaufnahme vornehme und im Ergebnis ein Mandat für eine europäische Abrüstungskonferenz erteile. Wir seien frei von Illusionen. Wir wüßten, daß es qualitative Unterschiede in den Vorstellungen des Westens³⁷ und des Warschauer Paktes³⁸ über die europäische Abrüstungskonferenz gebe. Aber deshalb sei Madrid notwendig, um darüber zu sprechen und ein Mandat zu definieren. Wir gingen an das Madrider Treffen voller Ernst heran. Wir wollten keinen Verlauf wie in Belgrad³⁹. Er habe bereits in der Vergangenheit erklärt, daß er selbst nach Madrid reisen werde. Zu seiner Freude wachse die Attraktivität einer Beteiligung auf dieser Ebene. Bei der Eröffnung müsse man die Ziele klar aussprechen. Vom Verlauf des Treffens werde es abhängen, ob die Minister erneut nach Madrid reisen sollten.

Man habe zu Beginn des Gesprächs über die Sorgen gesprochen, die man mit den internationalen Krisenherden haben müsse. Bei einer derartigen interna-

³⁵ Zum Stand des Ratifizierungsverfahrens des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 im amerikanischen Senat vgl. Dok. 59.

³⁶ Die KSZE-Folgekonferenz wurde am 11. November 1980 in Madrid eröffnet. Vgl. dazu Dok. 319 und Dok. 322.

³⁷ Zum französischen Vorschlag einer Konferenz für Abrüstung in Europa vgl. Dok. 280, Anm. 18.

³⁸ Zu den Vorschlägen des Komitees der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten bei der Tagung am 14./15. Mai 1979 in Budapest vgl. Dok. 1, Anm. 28.

Zum Vorschlag des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, Gierek, vom 11. Februar 1980 für eine Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 55, Anm. 39.

Zu den Vorschlägen des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts bei der Tagung am 14./15. Mai 1980 in Warschau vgl. Dok. 150, Anm. 5.

³⁹ In Belgrad fand vom 4. Oktober 1977 bis 9. März 1978 die erste KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 88.

tionalen Lage werde sich jeder reale Fortschritt zwischen Ost und West über seinen eigenen Bereich hinaus positiv auswirken. Wir begrüßten das Treffen AM Gromykos mit AM Muskie. Wir wünschten, daß möglichst viele Treffen und Gespräche mit Vertretern der USA stattfinden. Die Lage sei so gefährlich, daß man sich Mißverständnisse eigentlich gar nicht leisten könne.

AM *Gromyko*: Was sei das für eine Formel, die der Bundesminister gebraucht habe? Er wolle zunächst richtigstellen: Es gehe nicht um Mittelstreckenwaffen, sondern um die Forward Based Systems in organischer unauflösbarer Verbindung mit Mittelstreckenwaffen.

(Einwurf *BM*: Keine Richtigstellung, sondern eine Ergänzung! Antwort AM *Gromyko*: Gut, ich bin einverstanden.)

Man habe in Moskau ganz klar und genau formuliert, auf welcher Grundlage für die SU Gespräche möglich seien. Wenn man die FBS eliminiere, entfalle für die SU die Grundlage. Die USA wüßten dies. Es falle jedoch auf, daß man in den USA immer nur von einem Teil spreche. Heiße das, daß man nicht über FBS sprechen wolle? Die USA hätten, was die Aufnahme des Gesprächs angehe, eine positive Antwort gegeben.⁴⁰ Aber sie hätten dabei vermieden, das Thema zu formulieren. Für die SU sei das ein Rätsel. Es stelle sich die Frage nach den realen Grundlagen der Gespräche. Eine alleinige Abgrenzung auf die Mittelstreckenwaffen sei für die Sowjetunion nicht annehmbar. Er werde in seinem Gespräch mit AM Muskie zu klären versuchen, was Gegenstand der Verhandlungen sei.

Was SALT II anbetreffe, so sagten Carter und andere Mitglieder der Administration, der Vertrag müsse ratifiziert werden. Das sei positiv. In der Tat sollte SALT II ratifiziert werden, aber es gebe in diesem Zusammenhang Dinge, die der SU Sorge bereiteten. Man müsse feststellen, daß Erklärungen zur Ratifizierung des Vertrages verbunden würden mit Erklärungen, die so sehr in Richtung eines Rüstungswettlaufes gingen, der Schaffung neuer Massenvernichtungswaffen, einer Erhöhung der Militärausgaben, daß der Sinn der Ratifikation untergraben werde. Im Kopf des durchschnittlichen Amerikaners bestehe keine Klarheit, was die Administration wolle, eine Ratifikation von SALT II oder eine Erhöhung der Rüstungsausgaben. Die SU beobachte dies genau, und es werde auch der Aufmerksamkeit auf seiten des Bundesministers nicht entgangen sein.

Auf allen Ebenen verkündeten die USA die Entwicklung neuer Waffen. Faktisch sei dies ein Schlag gegen SALT II, aber auch die Bemühungen um eine allgemeine Rüstungskontrolle würden zurückgeworfen.

Diese neuen Waffen entzögen sich der Kontrolle. SALT I⁴¹ und SALT II beruhten aber darauf, daß Einhaltung durch Partner kontrolliert werden könne. Wie

⁴⁰ Vgl. dazu das am 3. September 1980 in Moskau übergebene Schreiben des Präsidenten Carter an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew; Dok. 260.

⁴¹ Für den Wortlaut des Interimsabkommens vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waffen (SALT) mit Protokoll vgl. UNTS, Bd. 944, S. 4–12. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 396–398. Vgl. dazu auch die vereinbarten und einseitigen Interpretationen; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 67 (1972), S. 11–14. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 398–404.

solle SU darauf reagieren? Solle hier nicht SALT II überhaupt unterminiert werden? Er habe mit Muskie in Wien darüber gesprochen, doch sei dieser ausgewichen. Welches seien überhaupt die Absichten der Amerikaner auf strategischem Gebiet?

Wie man sehe, stünden so große Fragen auf der TO der UNO-GV, aber auch auf der TO der gesamten Menschheit. Aufgefallen sei sowjetischer Seite, daß Bundesregierung Erklärung abgegeben habe, daß das Thema von Abrüstung und Rüstungskontrolle ein wichtiges Thema sei⁴² – dem könne SU zustimmen.

Was Madrid anbetreffe, so messe SU ihm eine große Bedeutung bei. Treffen solle auf einem konstruktiven Gleis geführt werden. SU wünsche nicht, daß sich Teilnehmer in Propaganda ergingen (im Russischen: „Emotionen“). SU wünsche einen seriösen Ton. Wenn man in dieser oder jener Frage keine gemeinsame Sprache finde, so solle man das feststellen. Man solle jedoch nicht versuchen, aus der Schlußakte⁴³ Dinge herzuleiten, die dort nicht drin stünden („man kann aus Holz keinen Zitronensaft pressen“). Die Konferenz solle in seriösem Ton und konstruktiv verlaufen. Sowjetische Seite sei nicht ganz klar, ob es notwendig sei, daß Minister – bei Beginn und in der Schlußphase – selbst anwesend seien. „For the time being we have an open mind.“

BM dankte zum Abschluß AM Gromyko für das offene, nun in New York schon zur Tradition gewordene Gespräch. Frage eines Besuches von AM Gromyko in Bonn solle über normale Wege in Angriff genommen werden. In schwierigen Zeiten sei ein dichter Besuchsaustausch zwischen beiden Ländern besonders wichtig. Vielleicht könne man in Madrid noch einmal darüber sprechen.

VS-Bd. 14086 (010)

⁴² Vgl. dazu die Rede des Bundesministers Genscher am 24. September 1980 in der VN-Generalversammlung; BULLETIN 1980, S. 881–886.

⁴³ Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

282

**Ministerialdirektor Blech, z.Z. New York,
an das Auswärtige Amt**

114-5205/80 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 2459

Aufgabe: 24. September 1980, 13.15 Uhr¹
Ankunft: 24. September 1980, 19.44 Uhr

Betr.: Gespräch BM mit polnischem AM Czyrek am 23.9.1980 am Rande der
35. GV in New York²

BM bat einleitend um Unterrichtung über die Lage in Polen.³

AM Czyrek: Gern. Zunächst wolle er jedoch auf einige Prinzipien hinweisen. Die Entwicklung in Polen sei eine innere Angelegenheit. Man begrüße das Verständnis, das hierfür auf deutscher Seite gezeigt worden sei. Polen löse die Probleme mit eigenen Kräften, demokratisch, ohne Gewalt im Rahmen seines Gesellschafts- und seines Allianzsystems.

Die vielleicht nicht wichtigste, sicher aber empfindlichste Phase, die Streikbewegung, sei überstanden. Die verbleibenden Streiks hätten lokalen Charakter.⁴ In der Bevölkerung sei eine spürbare Erleichterung zu verzeichnen und entsprechende Verminderung der Spannung. Die Führung sei sich bewußt, daß die auslösenden wirtschaftlichen Probleme noch nicht überwunden seien. Dennoch konzentriere man sich jetzt zunächst auf die politischen Fragen, den Dialog mit der Arbeiterklasse. Wichtig sei, daß die wirtschaftliche Lage sich nicht verschlechtert habe. Polen habe sich an seine sozialistischen Freunde gewendet und gewisse Hilfen bekommen – natürlich nicht kostenlos.

Polen setze auch innere Reserven ein, die im Bereich der Investitionspolitik vorhanden seien. Man konzentriere sich bei den Investitionen auf Landwirtschaft und Versorgungsgüter.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 25. September 1980 vorgelegen.

² Bundesminister Genscher nahm vom 22. bis 24. September 1980 an der VN-Generalversammlung in New York teil, die vom 16. September bis 17. Dezember 1980 sowie am 15./16. Januar 1981 in New York stattfand.

³ Zur Entwicklung in Polen vgl. Dok. 253 und Dok. 256.

⁴ Botschafter Negwer, Warschau, berichtete am 23. September 1980: „Ungeachtet der erheblichen Zugeständnisse und Eingeständnisse von Partei und Regierung an die streikenden Arbeiter und der wiederholten Zusage der Anwendbarkeit der eingeräumten Vergünstigungen an Belegschaften und Bevölkerung in allen Teilen des Landes halten Diskussion, Unruhe und auch vereinzelt aufflackernde Streikaktionen weiter an. Sie sind bedingt durch fortdauerndes Mißtrauen gegenüber Staats- und Parteiführung, Bemühen, eigene betriebsspezifische Sonderregelung durchzudrücken, Weigerung auf lokaler oder Betriebsebene, die in regionalen Vereinbarungen eingeräumten oder vermeintlich eingeräumten Konzessionen in einzelnen Betrieben zu gewähren. [...] Nach eingehender Diskussion durch Vertreter überbetrieblicher Streikkomitees aus dem ganzen Lande wurde am 22.9. Gründung eines nationalen freien Gewerkschaftsverbandes mit der Bezeichnung ‚Solidarność‘ (Solidarität) beschlossen, dessen Registrierung am 24.9. beim zuständigen Wojewodschaftsgericht Warschau beantragt werden soll. Falls die Registrierung zugelassen wird, entsteht eine kommunistische Gewerkschaftsorganisation auch auf nationaler Ebene eine echte Alternative. Wird Zulassung abgelehnt, besteht zunächst die Möglichkeit, Berufung einzulegen; scheitert auch diese, so wäre erneut ein breiteres Aufklappen von Streikaktionen nicht auszuschließen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1138; Referat 214, Bd. 132957.

Man rechne auch auf die Hilfe der westlichen Partnerländer. Polen könne sich nicht auf den Weg eines Moratoriums begeben, weil dies mit seinem wirtschaftlichen und politischen System nicht vereinbar sei. Man denke jedoch an Verlängerung der bis 1983 fällig werdenden Kredite.⁵ Anderenfalls würde Polen nicht in der Lage sein, im erforderlichen Maße für den Markt zu produzieren. Minister Czyrek wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die Bundesrepublik Deutschland wichtigster westlicher Partner Polens sei, dem gegenüber in den nächsten Jahren seines Wissens vier Milliarden US-Dollar fällig würden. Neben der Verlängerung von Krediten rechne Polen auch auf die üblichen Handels- und Warenkredite. Polen sei auch bereit, neue Kredite statt Verlängerung in Erwägung zu ziehen, obgleich diese teurer sein würden. Polen sei jedoch bereit, alles zu tun, wie gesagt, mit Ausnahme eines Moratoriums.

Polen wolle in seiner Außenpolitik weiterhin seinen Beitrag zur Entspannungspolitik leisten und diese konsequent fortführen. In diesem Zusammenhang ließ AM Czyrek anklagen, daß Stellungnahmen der Opposition zur Entwicklung in Polen und gewisse „Entgleisungen“ wie Interviews des ZDF-Korrespondenten Ruge⁶ und des „Spiegels“ mit polnischen Oppositionellen⁷ die Situation Polens komplizierten.

BM unterstrich als Standpunkt der Bundesregierung, daß wir uns nicht in die inneren Angelegenheiten Polens mischten. Was uns interessieren müsse, seien

⁵ Zu den Verhandlungen über Kredite für Polen vgl. Dok. 240.

Referat 421 notierte am 12. September 1980: „Angesichts der Verschärfung der Versorgungslage und der durch die Zugeständnisse gegenüber den Streikenden zusätzlich entstandenen Kaufkraft auf dem polnischen Inlandsmarkt hat die polnische Regierung vor einigen Tagen offiziell ihr Interesse an einem bundesverbürgten Kredit deutscher Banken in Höhe von 50 Mio. DM zum Ankauf von 20 000 t Fleisch aus der Bundesrepublik Deutschland bekundet. Polen interessiert sich darüber hinaus auch für Butterlieferungen. Nach den polnischen Vorstellungen sollte der Kredit eine Laufzeit von vier Jahren bei zwei rückzahlungsfreien Jahren haben. Ähnliche Wünsche nach kreditierten Nahrungsmittellieferungen hat die polnische Regierung nach unserer Kenntnis auch an andere EG-Mitgliedstaaten herangetragen.“ Die gewünschte lange Kreditlaufzeit werfe Probleme auf: „Eine Kreditgewährung der Banken dürfte jedoch unproblematisch sein, sofern Bundesbürgschaft zugesichert wird.“ Vgl. Referat 214, Bd. 132957.

Vortragender Legationsrat Dassel unterrichtete die Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York am 22. September 1980, Polen sei „aus einem alten Bürgschaftsrahmen von 500 Mio. DM ein noch offener Restbetrag von 50 Mio. DM für Lebensmittelläufe zugebilligt worden. Dies ist der polnischen Botschaft in der vergangenen Woche bereits mündlich vom BMWi mitgeteilt worden.“ Weitere polnische Kredit- und Umschuldungswünsche sollten nur mit einer Prüfungszusage beantwortet werden, „da Haltung der Banken hierzu äußerst zurückhaltend“. Vgl. den nicht numerierten Drahterlaß; Referat 214, Bd. 132957.

⁶ Zu der von der polnischen Regierung beabsichtigten Ausweisung des ZDF-Korrespondenten in Warschau, Ruge, vgl. Dok. 279, Anm. 13.

⁷ Vgl. dazu das Interview mit Jacek Kuroń; „Die Führung hat total versagt“; DER SPIEGEL vom 4. August 1980, S. 98–100.

Vgl. dazu den Artikel von Adam Michnik, „Die Angst des Ersten Sekretärs vor Reformen“; DER SPIEGEL vom 18. August 1980, S. 100 f.

Vgl. dazu den Artikel von Stefan Kisielewski, „Wir haben es satt...“; DER SPIEGEL vom 25. August 1980, S. 96 f.

Vgl. dazu das Interview mit Władysław Bieliński; „Wir Polen lassen uns nicht terrorisieren“; DER SPIEGEL vom 1. September 1980, S. 134 f.

Vgl. dazu das Interview mit Leszek Kołakowski; „Der Marxismus ist in Polen eine tote Sache“; DER SPIEGEL vom 8. September 1980, S. 127–133.

Vgl. dazu das Interview mit Leszek Moczulski; „Die Sowjets sollen abziehen“ bzw. den Artikel von Adam Michnik, „Zeit von Hoffnung“; DER SPIEGEL vom 15. September 1980, S. 148–150 und S. 152 f.

die ökonomischen Fragen, die keine einseitige Angelegenheit seien, sondern die Zusammenarbeit betreffen. Dazu gehörten auch die von AM Czyrek angesprochenen Fragen, die bei uns mit größter Aufmerksamkeit geprüft würden. BM verwies auf Anregung des Bundeskanzlers gegenüber polnischem Botschafter, Beitritt Polens zum IWF zu erwägen, weil dies neue Finanzierungsquellen erschließen würde.⁸

BM unterstrich generelle Bereitschaft zur Fortführung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Polen. In wirtschaftlichen Fragen könne Polen auf unsere positive Einstellung rechnen.

Zu den Interviews mit polnischen Oppositionellen wies der Bundesminister darauf hin, daß bei uns an entsprechend kritische Äußerungen über die Bundesrepublik Deutschland andere Maßstäbe gelegt werden. Er dankte für die Behandlung der Angelegenheit (beabsichtigte Ausweisung des ZDF-Korrespondenten) und äußerte die Hoffnung, daß man auf diesem guten Wege weitergehen werde.⁹

Zur Frage eines eventuellen IWF-Beitritts äußerte sich AM Czyrek sehr zurückhaltend. Nachdem BM auf Rückfrage bekräftigt hatte, daß unsere Anregung als aktuelle, nicht zukünftige Möglichkeit verstanden werden sollte, wies AM Czyrek darauf hin, daß der Beitritt¹⁰ nicht automatisch Kreditmöglichkeiten eröffnen würde. Polen würde damit politische Kosten ohne unmittelbare Gegenleistung übernehmen müssen. Polen werde die Anregung prüfen, zur Zeit könne er keine klare Antwort geben.

Was Polen brauche, sei unmittelbare Hilfe zur Marktversorgung. Die landwirtschaftlichen Probleme hoffe man mit amerikanischer Hilfe zu lösen.¹¹ Es fehle jedoch an entsprechender unmittelbarer Hilfe für die Industrie. In erster Linie werde Polen versuchen, Kredite in günstigere Jahresraten umzuwandeln.

⁸ Bundeskanzler Schmidt wies den polnischen Botschafter Chyliński am 28. August 1980 darauf hin, daß die Entwicklung in Polen bei Banken Sorgen über die Bonität ihrer Kredite wecke: „Da voraussehen sei, daß die Zahlungsbilanzkrise Polens doch einige Zeit andauern werde, müsse man überlegen, ob der Weg immer neuer Kreditgewährungen durch andere Regierungen der richtige sei. Ihm sei klar, daß es für Polen politisch schwierig sein könne, sich jetzt um die Aufnahme in den IWF zu bemühen. Wirtschaftlich allerdings sei es bedauerlich, daß Polen, dessen Aufnahme von seiten des IWF sicherlich keine Schwierigkeiten machen würde, dieser Weg über einen internationalen Kreditgeber nicht offenstehe.“ Gegenüber Krediten einzelner Staaten besäßen die des IWF politisch-psychologische und wirtschaftliche Vorteile: „Das könne auch gerade im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen auf längere Sicht von Vorteil sein.“ Chyliński merkte an: „Er könne sich vorstellen, daß die Sowjetunion, die wegen des großen Umfangs der von Polen benötigten Kredite auch nicht allein helfen könne, daher evtl. eine wohlwollende Haltung zu solchen Überlegungen einnehme.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14094 (010); B 150, Aktenkopien 1980. Für einen weiteren Auszug vgl. Dok. 240, Anm. 13.

⁹ Ministerialdirigent Bräutigam notierte am 3. Dezember 1980, das polnische Außenministerium habe dem ZDF-Korrespondenten in Warschau, Ruge, am 28. Oktober 1980 erklärt, „man habe in seiner Sache bisher nichts unternommen, um Einnischung in Bundestagswahlkampf zu vermeiden und Verhandlungen über 1,2 Mrd. DM-Kredit nicht zu gefährden. Ruges Akkreditierung solle nicht verlängert werden; polnische Seite wünsche Personalaustausch.“ Vgl. Referat 010, Bd. 178803.

¹⁰ Korrigiert aus: „hin, der Beitritt“.

¹¹ Präsident Carter gab am 12. September 1980 bekannt, er habe das amerikanische Landwirtschaftsministerium angewiesen, „to extend \$670 million in new credit guarantees to Poland for the purchase of agricultural commodities. In plain language this means that the American people and American farmers will guarantee loans to sell some four million tons of grain and other farm products to the people of Poland.“ Vgl. PUBLIC PAPERS, CARTER 1980, S. 1711.

Auf Frage des BM nannte AM Czyrek als wahrscheinliche polnische Verhandlungspartner uns gegenüber Planungschef Kisiel und bisherigen VAHM¹² Długosz, dessen Berufung in Planungskommission beabsichtigt sei.

Minister Czyrek äußerte Wunsch, möglichst bald Gespräche zwischen BM Lambsdorff und Herrn Kisiel vorzusehen.

BM sicherte zu, darüber mit Graf Lambsdorff zu sprechen.

AM Czyrek betonte im weiteren Verlauf des Gesprächs, man sei sich bewußt, daß die Lage in Polen nicht nur einen innenpolitischen Aspekt habe, sondern zugleich ein Stück der Entwicklung in Mitteleuropa sei. Man sei sich der daraus resultierenden Verantwortung bewußt und habe den Wunsch, daß die polnische Entwicklung einen positiven Einfluß habe. Entwicklungen wie der Streik in Berlin¹³ könnten gefährdend wirken, weil sie als Bestätigung genommen werden könnten, daß die Dinge breiter angelegt seien.

AM Czyrek betonte im übrigen, das Bemühen Polens, die Streiksituation mit politischen Mitteln zu lösen, habe breite Unterstützung seiner Verbündeten gefunden. Czyrek hob dabei die Unterrichtung Breschnews durch Kania¹⁴ und die verständnisvolle Haltung der DDR¹⁵ hervor. Polen habe sich bemüht, auch seine wichtigsten westlichen Partner auf dem Laufenden zu halten.

BM erwiderte zum letzten Punkt, wir hätten dies begrüßt und als Zeichen für die Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen gewürdigt.

[gez.] Blech

VS-Bd. 14094 (010)

¹² Vizeaußenhandelsminister.

¹³ Zum Streik der Beschäftigten der Deutschen Reichsbahn in Berlin (West) vgl. Dok. 276 und Dok. 279.

¹⁴ Der polnische Stellvertretende Ministerpräsident Jagielski besuchte am 11. September 1980 die UdSSR. Botschafter Wieck, Moskau, berichtete am selben Tag: „Es ist bemerkenswert, daß Jagielski und nicht Kania als erster hochrangiger polnischer Besucher nach den jüngsten Ereignissen in Moskau eingetroffen ist. Das deutet darauf hin, daß beide Seiten übereingekommen sind (auf polnische Initiative?), auch auf diese Weise primär sozio-ökonomischen Charakter gegenwärtiger polnischer Krise zu unterstreichen und das bilaterale Verhältnis nicht durch eine sofortige Reise Kanias in die UdSSR zu dramatisieren.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4016; Referat 214, Bd. 132905.

Wieck ergänzte am 11. September 1980, Jagielski habe ein Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, geführt: „Der Empfang eines gewöhnlichen Politbüromitgliedes und stellvertretenden Ministerpräsidenten eines sozialistischen Staates durch Breschnew ist an sich schon ein bemerkenswerter Vorgang. [...] Daß in Jagielski der Hauptunterhändler der polnischen Regierung mit den in der sowjetischen Presse zumindest indirekt als ‚antisozialistische Elemente‘ diskreditierten Streikkomitees der polnischen Arbeiter von Breschnew und Suslow empfangen wurde, läßt vermuten, daß die Sowjets die friedliche politische Lösung der polnischen Krise zunächst einmal akzeptiert haben und der gegenwärtigen polnischen Parteiführung ein gewisses Vertrauen entgegenbringen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4017; Referat 214, Bd. 132905.

¹⁵ Zur Bewertung der Entwicklung in Polen durch die DDR vgl. Dok. 259.

Angestellter Schollwer notierte am 25. September 1980 für Ministerialdirektor Hansen, ihm gegenüber habe der Erste Sekretär an der Ständigen Vertretung der DDR, Zechmeister, am Vortag auf die Bitte um Bewertung der Entwicklung in Polen „in drohendem Unterton und mit einer bei ihm ungewohnten Schärfe“ ausgeführt: „Es komme jetzt vor allem auf zwei Dinge an: a) daß die polnische Regierung und Parteiführung die Lage im Lande wieder ‚in den Griff bekomme‘; b) daß sich in Polen die ‚antisozialistischen Kräfte‘ nicht durchsetzen und die Gegner der Entspannungspolitik außerhalb Polens nicht in der Lage seien, aus der Volksrepublik eine politische ‚Atombombe‘ zu machen, die den gesamten Entspannungsprozeß vernichten würde.“ Vgl. Referat 213, Bd. 32906.

283

Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt

114-5312/80 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 3741
Citissime

Aufgabe: 1. Oktober 1980, 21.15 Uhr¹
Ankunft: 2. Oktober 1980, 02.24 Uhr

Betr.: Gespräch mit Warren Christopher am 1.10.1980

Aus einem heute mit Warren Christopher geführten Gespräch, an dem auch George Vest teilnahm, halte ich folgendes fest:

1) Iran–Irak²

Die Situation im Golf habe sich in den vergangenen Tagen etwas entschärft. Der irakische Vorstoß in den Iran sei weniger erfolgreich verlaufen, als von der irakischen Führung erwartet. Selbst der Iran habe inzwischen sein Interesse an einer Freihaltung der Straße von Hormuz bekundet. Der Anstieg der Versicherungsraten für die Schifffahrt halte sich durchaus in erträglichen Grenzen.

Trotzdem bleibe die Lage labil. Angesichts der Unberechenbarkeit des Iran könne man mögliche militärische Übergriffe auf die Golfstaaten auch weiterhin nicht ausschließen. Christopher stimmte mir zu, daß in dieser Situation eine kontinuierliche und enge Abstimmung zwischen uns besonders dringlich bleibe.

Zu den Aussichten einer Lösung des Konflikts übergehend, meinte Christopher, wir müßten jetzt mit einer Flut von Lösungsmodellen und -vorschlägen rechnen. Nach amerikanischer Auffassung sollte ein Lösungsversuch ohne die Großmächte unternommen werden. Man räume einer islamischen Lösung durchaus eine gewisse Chance ein, auch wenn dies möglicherweise einen höheren Erschöpfungsgrad der beiden Konfliktparteien voraussetze.³ Er schließe eine Patt-Situation zwischen Irak und Iran nicht aus. Man habe es mit zwei eigensinnigen

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schenk am 6. Oktober 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationssekretär Wehrmann verfügte.
Hat Wehrmann vorgelegen.

² Zur militärischen Eskalation im Grenzkonflikt zwischen Irak und Iran vgl. Dok. 277, Anm. 6.
Botschafter Hermes, Washington, übermittelte am 30. September folgende amerikanische Beurteilung der Lage: „Am vergangenen Wochenende habe die große Gefahr bestanden, daß der Irak einen Angriff auf die zwischen Iran und den Golfemiraten umstrittenen Golfinseln Abu Musa und Tunb geplant hatte. Der Angriff auf die von iranischen Truppen besetzten Inseln sollte unter Benutzung von Einrichtungen der benachbarten Emirate durchgeführt werden. Bei einer Verwirklichung dieses Plans wäre die befürchtete Ausweitung des Konflikts mit unabsehbaren Folgen eingetreten. In diesem Fall hätten sich mindestens einige arabische Staaten offen auf die Seite des Irak gestellt, möglicherweise wäre es zur völligen Schließung des Golfs gekommen. [...] Zu den Kriegszielen des Irak erklärte unser Gesprächspartner, daß es dem Irak wohl in erster Linie auf begrenzten Territorialgewinn im Schatt al-Arab ankomme. Darüber hinaus wolle Hussein Saddam sicherlich aber auch das Khomeini-Regime in die Knie zwingen und den Irak als arabische Führungsmacht etablieren. [...] Die Haltung der iranischen Regierung charakterisierte der Gesprächspartner als völlig wirklichkeitsfremd.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3719; Referat 311, Bd. 137599.

³ Zu den Vermittlungsbemühungen der Organisation der Islamischen Konferenz im Krieg zwischen Irak und Iran vgl. Dok. 286, Anm. 8.

Führern⁴ zu tun, von denen der eine eigensinnig und senil, der andere eigensinnig und verzweifelt sei.

Christopher versicherte auf meine Frage, daß die Bereitstellung von AWACS-Flugzeugen nur auf ausdrücklichen saudischen Wunsch erfolgt sei.⁵ Die Bitte sei zunächst von militärischer saudischer Seite an die USA herangetragen worden. Man habe darauf jedoch erst reagiert, nachdem man sich auf hoher politischer Ebene mit der saudischen Führung abgesprochen habe. Christopher gab zu, daß die AWACS-Flugzeuge nicht nur Defensivaufgaben (Luftraumkontrolle) verfolgen könnten.

Er betonte jedoch nachdrücklich, daß die Dislozierung der AWACS-Maschinen rein defensiven Zielsetzungen diene. Die amerikanische Regierung halte an einer strikten Neutralität im irakisch-iranischen Konflikt fest.

Zur Frage der Notstandsplanung für den Fall einer Schließung der Straße von Hormuz verwies Christopher auf die mit Großbritannien, Frankreich, Australien und Italien begonnenen Gesprächskontakte.⁶ Er betonte, die kurzfristig durchaus günstige Ölversorgungslage dürfe nicht die längerfristigen Probleme verschleiern.

2) Zur Politik der Sowjetunion

Die Sowjetunion befinde sich in einem gewissen Dilemma, da eine offenere Unterstützung des Irak zu einer für die Sowjetunion unerwünschten weiteren Verschlechterung der Beziehungen zu Iran führen müßte.⁷ Den USA gegenüber hät-

⁴ Saddam Hussein (Irak) und Ayatollah Ruhollah Khomeini (Iran).

⁵ Vortragender Legationsrat I. Klasse Schlagintweit teilte der Botschaft in Teheran am 2. Oktober 1980 mit, die amerikanische Botschaft habe für Botschafter Ritzel ein Papier übergeben, in dem dargelegt werde: „The U[nited]S[tates]G[overnment], in response to a request from the S[audi]A[rabia]G[overnment], has initiated the temporary deployment of AWACS aircraft to Saudi Arabia. This deployment is purely for defensive purposes. It is designed to track aircraft and thus to provide additional warning for Saudi defenses. The USG unequivocally reaffirms its position of neutrality. We are committed to as rapid a termination as possible of the conflict between Iran and Iraq, in accordance with UN Resolution 479 or other peaceful initiatives. These aircraft are being deployed consistent with these peaceful objectives.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 397; VS-Bd. 11158 (311); B 150, Aktenkopien 1980.

⁶ Vortragender Legationsrat I. Klasse Schenk informierte die Botschaft in Washington am 30. September 1980, daß die amerikanische Botschaft Staatssekretär van Well am 28. September ein Papier übergeben habe, das sich mit der Sicherung der Schifffahrt im Persischen Golf und durch die Straße von Hormuz befasste. Darin hieß es: „Our information to date is that shipping into or out of other than Iranian or Iraqi ports has not yet been significantly restricted and that the hostilities have not significantly impeded the flow of shipping in and out of the Gulf, except in Iraqi and Iranian territorial waters. [...] Nevertheless, we have to consider contingencies if that situation were to change in one of two ways: a) one side or the other could try to impose a blockade or b) a self-imposed stoppage could result from the unwillingness of commercial carriers to make the passage unless suitably assured that the risks were low. [...] We have approached the French, British, Australians, Italians and New Zealanders to begin discussions about possible cooperation on assuring the safety of shipping through the Strait of Hormuz.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 1088; VS-Bd. 11109 (204); B 150, Aktenkopien 1980.

⁷ Botschafter Wieck, Moskau, analysierte am 1. Oktober 1980 die Beziehungen der UdSSR zu Irak und Iran: „Obwohl die bilateralen Beziehungen zu Bagdad seit geraumer Zeit nicht ohne Probleme waren, ist die SU mit dem Irak durch einen Freundschaftsvertrag verbunden. Die irakische Armee ist vorwiegend mit sowjetischen Waffen ausgerüstet. [...] Die sowjetisch-iranischen Beziehungen waren demgegenüber vor dem Konflikt – trotz aller gegenteiligen Beteuerungen in Moskau – gespannt. Die Standfestigkeit des Regimes des Ayatollah wurde von der SU noch nie sehr hoch eingeschätzt. Man übt aber bewußt Zurückhaltung, um nicht die ohnehin schon schwierige eigene Position im Iran zu gefährden. [...] Ein Zerfall der Islamischen Republik ist, auch im Hinblick auf ihre immer

te Moskau seine Absicht, neutral zu bleiben, bekräftigt. Moskau scheine neuerdings einer Befassung der Vereinten Nationen positiver gegenüberzustehen.

Auf meine Frage, welche Motive sich hinter der gegenwärtig bemerkenswert aggressiven sowjetischen Propaganda⁸ verbergen, meinte Vest, die sowjetischen Motive seien defensiver Natur. Die Sowjetunion sei gegenwärtig in Afghanistan und Polen⁹ mit so vielen Problemen belastet, daß sie sich wohl kaum in ein weiteres Abenteuer würde wagen wollen. Auf meine weitere Frage, ob der sowjetischen Linie nicht möglicherweise eine Alibifunktion für die Verwirklichung expansiver Absichten zukomme, erwiderte Christopher, dies wolle er nicht ausschließen. Er sehe das Hauptmotiv der sowjetischen Propaganda jedoch darin, den Aufbau einer amerikanischen Präsenz in der Golfregion zu behindern. Die Sowjetunion strebe eine Rolle als Vermittler oder als Garantiemacht einer möglichen Lösung an. Die USA lehnten ein derartiges sowjetisches Mitspracherecht, wie es auch in den jüngsten Äußerungen Breschnews¹⁰ zum Ausdruck gekommen sei, ab.

Ich entnehme den Äußerungen Christophers, daß ein gemeinsames Krisenmanagement zwischen den USA und der Sowjetunion nicht im amerikanischen Interesse liegt. Man hat zwar eine gewisse Verständigung erzielt, ist jedoch nicht an einer echten Absprache interessiert.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1460

befürchtete Ausstrahlung auf die angrenzenden Sowjetrepubliken, im sowjetischen Interesse. Wenn dieser Zerfall durch den Sieg des Irak herbeigeführt würde, sähe die SU keine Veranlassung, ihn zu verhindern, solange sie nicht einen pro-amerikanischen Putsch in Teheran zu befürchten hat.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4364; VS-Bd. 11158 (311); B 150, Aktenkopien 1980.

⁸ Am 1. Oktober 1980 stellte Botschafter Wieck, Moskau, zu den Beziehungen zwischen den USA und der UdSSR fest: „Die Beunruhigung, die in mehr oder weniger deutlichen Warnungen vor ‚imperialistischer Einnischung‘ in den sowjetischen Medien ebenso wie in Gesprächen im S[owjetischen]A[ußen]M[inisterium] zum Ausdruck kommt, mag darin begründet sein, daß Sowjets amerikanische Aktionen wie [...] Pläne der Bildung eines internationalen Flottenverbandes zum Schutz der Straße von Hormuz tatsächlich als Vorboden einer Intervention der USA im Golf, wenn nicht gar im Iran interpretieren. Erfahrungsgemäß dient die anti-imperialistische Polemik jedoch auch und in erster Linie der Ablenkung von eigenen sowjetischen Motiven und Absichten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4364; VS-Bd. 11158 (311); B 150, Aktenkopien 1980.

⁹ Zur Entwicklung in Polen vgl. Dok. 282.

Botschafter Negwer, Warschau, berichtete am 1. Oktober 1980: „In der auch im Hinblick auf Kontakte zu polnischen Gewerkschaften beachtenswerten Fernsehrede am 30.9.1980 wertet Stellv[er tretender] MP Barcikowski, Mitunterzeichner des Danziger Abkommens, den Beschluß zum Warnstreik am 3.10.1980 und die Tatsache, daß darüber zwar ausländische Medien, nicht aber poln[ische] Regierung informiert worden sei, als Bruch der Vereinbarungen, da Regierung die Abmachungen nach Buchstaben und Geist erfülle und bereit sei, dies weiter zu tun. In Frageform stellt er dann die Teilnehmer am Warnstreik unter den Tatverdacht, daß sie in Wirklichkeit das Chaos und nicht eine Lösung der Probleme wollten. Rede ist eindringliche Warnung an freie Gewerkschaften, den Bogen nicht zu überspannen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1186; Referat 214, Bd. 132906.

¹⁰ Botschafter Wieck, Moskau, berichtete am 1. Oktober 1980: „Mit den Äußerungen von GS Breschnew anläßlich einer Tischrede am 30.9.80 für den indischen Staatspräsidenten Reddy hat zum ersten Mal die sowjetische Führung öffentlich zum irak[ische]-iranischen Konflikt Stellung genommen. Äußerungen Breschnews unterscheiden sich nicht von der Behandlung des Themas in der sowjetischen Presse: Sowjets betrachten Konflikt ausschließlich unter dem Blickwinkel der sow[jetisch]-amerikanischen Rivalität und beurteilen ihn dementsprechend im Lichte einer möglichen amerikanischen Intervention. Die USA erscheinen als die einzige am Konflikt interessierte und von ihm profitierende Macht. Sowjets verdächtigen sie, Schwächung anti-imperialistischer Kräfte herbeiführen und durch direkte Einnischung eigene Ziele wie die Kontrolle über die Ölquellen der Region und die Wiedergewinnung früherer amerikanischer Position im Iran verwirklichen zu wollen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4371; Referat 311, Bd. 137599.

Für den Wortlaut der Tischrede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 30. September 1980 in Moskau vgl. BRESCHNEW, Wege, Bd. 8, S. 501–503.

3) Polen

Den Schlüssel zu einer weiteren Entwicklung sieht Christopher in der Dynamik der inneren Entwicklung in Polen. Bei der sowjetischen Führung sei jetzt nur noch eine sehr geringe Elastizität hinsichtlich weitergehender Zugeständnisse vorhanden. Es sei deshalb zu hoffen, daß die Streikführer ein Augenmaß für diese Realität bewahrten. Für die Sowjetunion ergebe sich allerdings aus ihrem Engagement in Afghanistan ein gewisser Zwang zur Zurückhaltung in Polen. Vest fügte hinzu, der polnische Botschafter in Washington¹¹ rechne anläßlich des am Samstag¹² stattfindenden Parteiplenums mit weiteren personellen Veränderungen.¹³ Die Wirtschaftsprobleme Polens hätten sich durch die Vorgänge der letzten Wochen weiter verschärft.¹⁴ Dazu sagte Christopher, er halte eine polnische Mitgliedschaft im IWF für richtig.¹⁵ AM Czyrek habe Außenminister Muskie gegenüber in New York¹⁶ den diesbezüglichen Vorschlag des

¹¹ Romuald Spasowski.

¹² 4. Oktober 1980.

¹³ Botschafter Negwer, Warschau, berichtete am 6. Oktober 1980, vom 4. bis 6. Oktober sei die VI. Plenarsitzung des ZK der PVAP fortgesetzt worden: „1) Anzeichen sprechen dafür, daß Abrechnung mit Vergangenheit auf ZK-Sitzung wesentlich prononcierter als in Kanas Eingangreferat ausfiel. Andererseits deutliche Hinweise für neue Form nur wenig gesteuerter Diskussion, wobei auch früherer Führungsprominenz Rechtfertigungsmöglichkeit eingeräumt wurde. 2) Sensationelle weitere Umbesetzungen in Politbüro und ZK-Sekretariat blieben aus. 3) Grundsatzreferat Kanas dürfte nach verschiedenen Anzeichen weder im ZK noch in Öffentlichkeit voll überzeugt haben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1203; Referat 214, Bd. 132906.

Für den Wortlaut der Beschlüsse des VI. Plenums des ZK der PVAP vom 5. Oktober 1980 vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 688–692.

¹⁴ Botschafter Negwer, Warschau, informierte am 6. Oktober 1980 über die wirtschaftspolitischen Ausführungen des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, Kania, während der VI. Plenarsitzung des ZK vom 4. bis 6. Oktober: „1) Wirtschaftliche Lage beurteilt K[ania] als ‚ungewöhnlich schwierig, ja geradezu dramatisch‘. Neu ist Feststellung, daß Mißernte in diesem Jahr noch schlimmer sei als 1979. Versorgung von Mensch und Tier sei in Gefahr. Die neuen Lohnforderungen spitzten die miserable Marktlage noch weiter zu. [...] 2) Breiten Raum nimmt Suche nach Ursachen der jetzigen Misere ein. Die von Gierek 1970 eingeschlagene Wachstumspolitik sei im Ansatz nicht falsch gewesen. Millionen junger Menschen hätten damals Arbeitsplätze gebraucht. Die Fehler lägen vielmehr in der Überlastung der Volkswirtschaft mit Investitionen, ihrer hohen Kapitalintensität und langer Fertigstellungsdauer, leichtsinniger Auslandsverschuldung, geradezu spontaner Entwicklung der sogenannten ‚offenen Planung‘, Vernachlässigung der Landwirtschaft.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1204; Referat 421, Bd. 141259.

¹⁵ Zur Frage einer Mitgliedschaft Polens im IWF vgl. Dok. 282, Anm. 8.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Möhler teilte der Botschaft in Washington am 24. September 1980 mit: „Bu[ndes]Reg[ierung] hat stets Haltung vertreten, daß Mitgliedschaft IWF allen Ländern, also auch Staatshandelsländern, offensteht. Von den europäischen Mitgliedern des RGW ist bisher nur Rumänien Mitglied des IWF. Mitgliedschaft bringt allerdings nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten mit sich (Quoteneinzahlung, Offenlegen wirtschaftlicher Verhältnisse, Konsultationen, Liberalisierung Zahlungsverkehr etc.). Evtl. Mitgliedschaft Polens würde deutscherseits positiv beurteilt werden. Zur dortigen Unterrichtung: Polnische Regierung hat deutsche Botschaft ebenso wie die der USA, F, GB vor kurzem wissen lassen, daß Polen eine Mitgliedschaft im IWF z[ur] Zeit nicht betreiben wird.“ Vgl. den nicht nummerierten Drahterlaß; Referat 214, Bd. 132957.

¹⁶ Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 30. September 1980: „Am 26. September trafen der amerikanische und der polnische Außenminister am Rande der VN-Generalversammlung zu einem etwa 45-minütigen Meinungsaustausch zusammen, über den wir im State Department wie folgt unterrichtet wurden. [...] Im Mittelpunkt des Gesprächs habe die Wirtschaftslage in Polen gestanden. Czyrek habe darauf hingewiesen, daß drei Viertel aller polnischen Hartwährungsschulden (14 Milliarden Dollar) in den Jahren 1981/82 fällig würden. Polen könne diese Schulden zwar mit seinen Deviseneinnahmen aus dem Export abdecken, müsse in solch einem Fall aber auf jegliche Importe aus Hartwährungsländern verzichten. Da eine solche Entwicklung weder im Interesse Polens noch seiner Gläubiger liege, appelliere man an befreundete Länder und auch an die USA, eine Ver-

Bundeskanzlers erwähnt und gesagt, man stehe diesem Vorschlag grundsätzlich nicht ablehnend gegenüber. Da es sich aber hierbei um eine Frage von grundsätzlicher Bedeutung für das Ost-West-Verhältnis handle, müsse sie zunächst noch im größeren Rahmen besprochen werden.

4) Afghanistan

Der afghanische Widerstand sei weiterhin stark und gelegentlich heftig.¹⁷ Er habe die Bemühungen der Sowjetunion um eine Pazifizierung des Landes weitgehend frustriert. Die Sowjetunion könne ihr Ziel nach amerikanischer Einschätzung mit ihren gegenwärtigen Streitkräften (80 000 Mann) nicht erreichen. Dazu seien eher 200 000 Mann erforderlich. Der sowjetische Druck auf Pakistan habe sich verstärkt. Er halte den gestrigen Hubschrauber-Zwischenfall deshalb auch nicht für rein zufällig.¹⁸ Man habe den Eindruck, daß Zia diesem Druck aber gut standhalte. Zia trafe am 3. Oktober mit Präsident Carter zusammen.¹⁹

Fortsetzung Fußnote von Seite 1462

schiebung der in den Jahren 1981/82 fälligen Schuldentrückzahlungen auf das Jahr 1983 zu ermöglichen oder neue Kredite zu gewähren.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3720; Referat 214, Bd. 132906.

17 Botschaftsrat Bauch, Kabul, berichtete am 15. September 1980: „Nach Bild hier vorliegender Informationen ist nunmehr gesichert, daß es in letzten zwei Wochen zu heftigen und auch für Sowjets äußerst verlustreichen Kämpfen im Panjschir-Tal gekommen ist. [...] Mujaheddin sollen zunächst relativ weiten Vorstoß großer Zahl sowjetischer Panzer und gepanzerter Fahrzeuge in Panjschir-Tal zugelassen, dann jedoch Rückzug aus extrem engem Tal durch Sprengung abgeschnitten haben. Durch Molotowcocktails, von Höhen herabgeworfene, mit Benzin getränkte Stoffballen und zum Teil auch durch Panzerabwehrwaffen sei es gelungen, erhebliche Teile sowjetischer Streitmacht zu vernichten. Besatzungen gepanzerter Fahrzeuge seien überwiegend getötet worden. [...] Sowjets soll es erst etwa eine Woche später gelungen sein, Straße in das Tal wieder zu öffnen. Kämpfe seien dann mit unverminderter Heftigkeit wieder aufgenommen worden, wobei nach wie vor unklar, ob und in welchem Ausmaß sie im Augenblick noch andauern.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 474; Referat 340, Bd. 113042.

18 Oberstleutnant i. G. Müller-Hellwig, Islamabad, berichtete am 29. September 1980, Zeitungsmeldungen zufolge hätten Kampfhubschrauber „vermutlich afghanischer Nationalität“ am 26. September den pakistanischen Grenzstützpunkt Ghakai angegriffen. Zu den Beziehungen zwischen Pakistan und der UdSSR notierte er, diese hätten sich „seit der Okkupation Afghanistans ständig verschlechtert. Neben einer Reihe von Grenzverletzungen (die pakistanische Seite gibt über 200 Luftraumverletzungen seit dem 27.12.79 an) betreiben die Sowjets eine massive diplomatische Einschüchterungskampagne. Gleichzeitig wurden unlängst Teile eines sowjetisch gesteuerten Agentennetzes in Pakistan aufgeklärt, die Rückschlüsse auf eine breit angelegte sowjetische Subversion im Lande erlauben. [...] Den Sowjets dürfte es darauf ankommen, die Regierung Zia – durch außen- wie innenpolitische Probleme befrachtet – zu entmutigen und sie zu einer zumindest begrenzten Zusammenarbeit mit dem Karmal-Regime zu nötigen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 668; Referat 340, Bd. 113187.

19 Präsident Zia ul-Haq hielt sich am 3. Oktober 1980 in den USA auf. Zu seinem Gespräch mit Präsident Carter übermittelte Botschafter Hermes, Washington, am 6. Oktober 1980 Informationen aus dem amerikanischen Außenministerium. Im wesentlichen seien die beiderseitigen Standpunkte zum Thema Afghanistan sowie zum Krieg zwischen Irak und Iran ausgetauscht worden: „Zia im einzelnen: a) Er habe seine vergeblichen Vermittlungsbemühungen im iranisch-irakischen Konflikt beschrieben und die USA nachdrücklich gebeten, sich weiterhin neutral zu verhalten. b) Pakistan rechne damit, daß die Zahl der afghanischen Flüchtlinge in Pakistan bis zum Jahresende auf 1,2 bis 1,3 Mio. anwachsen werde. c) Pakistan brauche wegen dieser Belastung die politische und materielle Unterstützung der ganzen freien Welt. Die kürzlich erfolgte Umschuldung müsse angesichts der besonderen, nicht von Pakistan zu verantwortenden Situation auf einen Zeitraum von drei Jahren ausgedehnt werden. d) Die USA sollten in ihrem Druck auf die SU nicht nachlassen, weder im bilateralen noch im VN-Bereich.“ Über die pakistanische Nuklearpolitik und Menschenrechtsfragen sei nicht gesprochen worden: „Präsident Carter sei es nicht leichtgefallen, Zia als Bundesgenossen zu akzeptieren.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3803; Referat 340, Bd. 113187.

5) Ost-West-Wirtschaftsfragen

Die kürzliche Entscheidung des Senats²⁰ sei zu Unrecht als ein erster Schritt zur Aufweichung der amerikanischen Sanktionspolitik bzw. des Getreideembargos gegenüber der Sowjetunion²¹ interpretiert worden. Der Entscheidung komme angesichts der gegenüber dem Getreideembargo positiveren Einstellung des Repräsentantenhauses keine politische Bedeutung zu. Man müsse dieses Votum unter Wahlkampfgesichtspunkten sehen. Der Präsident sei zur Fortsetzung seiner Politik entschlossen. Er, Christopher, würde für den unwahrscheinlichen Fall, daß sich das Repräsentantenhaus in dieser Frage dem Senat anschließen sollte, ein Veto des Präsidenten nicht ausschließen.

Die amerikanische Entschlossenheit, die Politik gegenüber der Sowjetunion fortzuführen, sei eine Konstante. Sie gelte über den Wahltag²² hinaus und auch für den Fall eines republikanischen Wahlsieges. Es sei außerordentlich wichtig, nach allen Seiten und immer wieder deutlich zu machen, daß nur ein striktes Festhalten an dieser Position die amerikanische Entschlossenheit, dem sowjetischen Expansionsdrang entgegenzutreten, beweisen könne. Um dieses Ziel zu verfolgen, habe die Administration an der schwierigen Entscheidung, das Getreideembargo zu verhängen, festgehalten.

In diesem Zusammenhang erwähnte Christopher sein gestriges Gespräch mit dem Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Christians. Das Gespräch sei für ihn nicht vollkommen befriedigend verlaufen. Zu der Frage der Erdgas-Pipeline²³ habe er Christians gesagt, daß die Administration durchaus eine Diversifizierung der westeuropäischen Erdgasbezüge begrüße. Andererseits sei man

²⁰ Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 27. September 1980: „Der Senat hat heute mit knapper Mehrheit anlässlich der Verabschiedung des Haushalts von State, Commerce und Justice Department in einem amendment zu den Haushaltsgesetzen dieser Ressorts dem Präsidenten alle Ausgaben im Zusammenhang mit der Durchführung der Agrar-Handelsbeschränkungen gegenüber der SU untersagt. Diese Entscheidung hat keine unmittelbare praktische Bedeutung, da sie – jedenfalls in dieser Form – das Recht des Präsidenten zur Versagung von Exportlizenzen im Agrarbereich nicht berührt. Soweit sie embargobezogene Ausgaben untersagt, bedürfte sie der Zustimmung des Repräsentantenhauses, mit der nach Meinung von Gesprächspartnern [...] kaum zu rechnen ist“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3697; Referat 421, Bd. 141330.

²¹ Zur Einschränkung von Getreidelieferungen in die UdSSR vgl. Dok. 10, Anm. 23.

Zur Einschränkung von Technologieexporten in die UdSSR vgl. Dok. 5, Anm. 7.

Zum amerikanischen Wunsch nach Einstellung der Absicherung von Exporten in die UdSSR durch Hermes-Bürgschaften vgl. Dok. 63.

Zu den von den USA geforderten Änderungen der COCOM-Richtlinien vgl. Dok. 229, Anm. 9.

²² Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

²³ Zum Erdgas-Röhren-Geschäft zwischen Firmen aus der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. Dok. 239, Anm. 22.

Nach einem Gespräch mit einem Vertreter der Deutschen Bank in Moskau am 13. August 1980 berichtete Botschafter Wieck am 15. August zum Verhandlungsstand: „1) Nächste Verhandlungsrunde über Finanzierung des Geschäfts finde in 14 Tagen in Deutschland statt. Sowjetische Seite habe ihre Forderung nach finanzieller Unterstützung des Projekts durch die Bundesregierung am 12.8.1980 gegenüber Gesprächspartner erneuert. Sowjetische Seite erwarte bereits für nächste Verhandlungsrunde positive Äußerung der Bundesregierung. 2) Technisch gehe es gegenwärtig insbesondere noch um Trassenführung und Kompressorstationen.“ Wieck resümierte: „1) Gespräch bestätigt, daß schwierigster Teil der Verhandlungen weiterhin bevorsteht und in den entscheidenden Fragen der Finanzierungsmodalitäten noch kein Fortschritt erzielt werden konnte. [...] 2) ČSSR-Trasse dürfte sowjetischem Interesse mehr entsprechen als Trasse über Polen/DDR: Abgabe von Erdgas an DDR und Polen könnte so am ehesten umgangen werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3625; Referat 421, Bd. 141335.

besorgt, ob ein Abhängigkeitsgrad von nahezu 30 Prozent in diesem Bereich noch vertretbar sei.

Zur Frage des Klöckner-Projekts²⁴ habe er Christians empfohlen, mit den amerikanischen Konkurrenzfirmen zu sprechen. Ein solches Gespräch würde ihm wohl den richtigen Eindruck über die amerikanische Position hierzu vermitteln.

6) Vierer-Konsultationen in Paris²⁵

Auf meine Frage äußerte Vest, seiner Ansicht nach sollten folgende Punkte besprochen werden:

- politische, militärische und wirtschaftliche Aspekte des irakisch-iranischen Konflikts,
- Afghanistan,
- Polen,
- Türkei–Griechenland,
- KSZE.

[gez.] Hermes

VS-Bd. 11109 (204)

²⁴ Vortragender Legationsrat I. Klasse Sieger notierte am 2. Mai 1980: „Das ursprüngliche Projekt über die Errichtung einer modernen Aluminiumhütte in Sajansk/UdSSR mit einem Lieferwert von insgesamt ca. 1 Mrd. DM sah als Konsortialführer die Klöckner Industrie-Anlagen GmbH, Duisburg, mit der K[löckner]H[umboldt]D[eutz] Humboldt Wedag AG, Köln, vor. Die Technologie für das Verfahren, das Know-how für die Fertigung einzelner Teile sowie die Computer-Anlagen im Werte von ca. 100 Mio. DM sollte die ALCOA Aluminium Company of America, Pittsburgh, beitragen. Ferner waren Zulieferungen im Werte von ca. 130 Mio. DM aus anderen EG-Ländern vorgesehen. Dem stand ein Konkurrenzangebot der französischen Firma Pechiney Ugine Kuhlmann entgegen. [...] Nach dem Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan stornierte die US-Firma ALCOA ihr Angebot. Die sowjetische Seite stellte daraufhin die Anwendung eines eigenen Verfahrens für die Aluminiumhütte einschließlich Verfahrens-Know-how, Automatisierungs- und Computeranlagen in Aussicht.“ Das neue Angebot der Firma Klöckner bestehe in der Lieferung konventioneller Anlagen insbesondere für eine Anodenfabrik und habe einen Wert von rund 707 Mio. DM: „Es enthält nach vorliegenden Unterlagen und Bestätigung der Firma keinerlei Ersatzlieferungen für das frühere US-Angebot, so auch keinen Ersatz für Lieferungen von Teilen nach einem US-Know-how.“ Vgl. Referat 421, Bd. 141317.

Botschafter Wieck, Moskau, berichtete am 5. September 1980: „1) Der Vertrag über das Aluminiumprojekt Sajansk ist am 5. September 1980 von dem Konsortium Klöckner Industrie-Anlagen GmbH, Duisburg, der französischen Tochtergesellschaft der Firma Klöckner und der KHD Humboldt Wedag AG, Köln, und der sowjetischen Außenhandelsorganisation V/O Metallurgimport im hiesigen Außenhandelsministerium unterzeichnet worden. [...] 2) Die Bezahlung des deutschen Lieferanteils erfolgt aus einem Hermes-versicherten Finanzkredit“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3939; Referat 421, Bd. 141317.

²⁵ Für das Treffen der Politischen Direktoren der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA am 6. Oktober 1980 vgl. Dok. 286.

284

**Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation),
an das Auswärtige Amt**

114-5317/80 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 564

Aufgabe: 2. Oktober 1980, 09.58 Uhr¹
Ankunft: 2. Oktober 1980, 11.09 Uhr

Betr.: MBFR;
hier: informelle Sitzung vom 30.9.1980

Zur Information

I. Im ersten Informal der 22. Runde² legte der Osten nach Abschluß der im Oktober 1979 angekündigten Truppenabzüge aus der DDR³ neue Daten für die sowjetischen Landstreitkräfte per 1.8.80 vor. Nach dem bereits im Datenaustausch vom 17.6.80⁴ berücksichtigten, 1979 abgezogenen Kontingent von 1500 Mann sind die Daten für die sowjetischen Landstreitkräfte nunmehr um weitere 18500 Mann verringert, von denen 15500 auf Großverbände und 3000 auf Verbände der zweiten Kategorie entfallen. Unter Hinweis auf die gespannte internationale Lage und eine angeblich erhöhte Kriegsgefahr forderte der Osten außerdem den Westen zu einer baldigen positiven, den Übergang zur Ausarbeitung eines ersten Abkommens ermöglichenden Antwort auf die Vorschläge vom 10.7.80⁵ auf. Zum Datenproblem führte er aus, bei dem Austausch vom 17.6.80 habe der Osten alle für ein erstes Abkommen notwendigen Daten geliefert und durch den zuständigen Einschluß⁶ polnischer Elemente guten Willen bewiesen. Nunmehr solle der Westen seinerseits aus der bisherigen Datendiskussion Konsequenzen ziehen, insbesondere seine Schätzzahlen für bestimmte polnische Streitkräftekategorien revidieren, hinsichtlich der westlichen Land- und Luftstreitkräfte eine Reallokation vornehmen und dem östlichen Vorschlag zum Austausch der durchschnittlichen Auffüllungsgrade der Streitkräfte zustimmen.

Der Westen bezeichnete eine Einigung auf das von ihm am 20.12.79 für ein Phase-I-Abkommen vorgeschlagene Konzept⁷ als Hauptaufgabe der bevorstehenden Runde. Er unterstrich die Bedeutung einer Klärung der Diskrepanzen

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holik am 2. Oktober 1980 vorgelegen, der Regierungschefmann Reichenberger um Rücksprache bat.

Hat Reichenberger am 3. Oktober 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Erl[edit].“

² Die 22. Runde der MBFR-Verhandlungen fand vom 25. September bis 18. Dezember 1980 in Wien statt. Vgl. dazu Dok. 372.

³ Vgl. dazu die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin; Dok. 29, Anm. 5.

Zum Teilabzug sowjetischer Streitkräfte aus der DDR vgl. Dok. 114, Anm. 6.

⁴ Zum Austausch der Streitkräftedaten zwischen den an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten und den Warschauer-Pakt-Staaten vgl. Dok. 197.

⁵ Zu den Vorschlägen der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 10. Juli 1980 vgl. Dok. 209.

⁶ So in der Vorlage.

⁷ Zu den Vorschlägen der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 20. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 12.

über die sowjetischen Landstreitkräfte, ohne die für Fortschritte zu einem ersten Abkommen keine Basis bestehe, und wiederholte seine Forderung nach Vorlage der Daten für das sowjetische Personal in Divisionen. Als einen weiteren Schritt zur Klärung der Diskrepanzen schlug er vor, die Gründe beider Seiten für die unterschiedliche Zählung bestimmter Streitkräftekategorien näher zu untersuchen. Außerdem antwortete er auf verschiedene generelle Punkte der Kritik des Ostens am westlichen AM-Paket und forderte diesen auf, zu den Maßnahmen 2, 4 und 6⁸ nunmehr Position zu beziehen.

Bei der in Anwesenheit militärischer Berater abgehaltenen Sitzung war der Westen durch Dean, Jackson und Smolderen vertreten, der Osten durch Tarassow, Keblúšek und Wieland.

II. Einzelheiten

1) Tarassow erklärte, angesichts der „komplizierten internationalen Situation“, in der die Entspannungspolitik harten Prüfungen ausgesetzt sei und die Gefahr eines Krieges wachse, sei es notwendig, die durch die östlichen Vorschläge vom 10.7.80 geschaffene praktische Möglichkeit für einen Durchbruch bei den Wiener Verhandlungen zu nutzen. Daher sei es besonders wichtig, daß der Westen auf die östlichen Vorschläge vom 10.7.80 eine schnelle und konstruktive Antwort gebe und sich zur Ausarbeitung eines ersten Abkommensentwurfes bereit erkläre.

Das östliche Reduzierungsangebot für Phase I bedeute angesichts des jetzt abgeschlossenen einseitigen Abzugs sowjetischer Landstreitkräfte aus der DDR einen Anstieg der sowjetischen Reduzierungen um 30 Prozent. Die östliche 50-Prozent-Klausel berücksichtige mehrere westliche Anliegen, nämlich die Ablehnung nationaler Begrenzungen und den Wunsch nach größerer Flexibilität innerhalb des Bündnisses. Nunmehr seien auch Erhöhungen der Streitkräfte über die Vorreduzierungsstärke hinaus möglich. Wenn man eine über diesen Teil des östlichen Vorschlags vom 10.7.80 noch hinausreichende Forderung stelle, würde man ein unbegrenztes Anwachsen der Streitkräfte einiger direkten Teilnehmer im Reduzierungsgebiet ermöglichen, was aber im Widerspruch zu den Verhandlungszielen und zu dem Prinzip der unverminderten Sicherheit stehe.

Auch bei AM habe sich der Osten offen gezeigt. Wie in der letzten Runde⁹ angedeutet, strebe dieser die Ausarbeitung eines „vernünftigen“ Pakets von AM an, welches sich organisch auf die Hauptteile eines künftigen Abkommens beziehe und optional für die effektive Durchführung des Abkommens durch alle Teilnehmer Vorsorge treffe.¹⁰

Gegenwärtig sei es vordringlich, daß auch der Westen ein angemessenes Entgegenkommen zeige. Nur Konzessionen beider Seiten könnten zu einem Abkommen führen.

⁸ Die begleitenden Maßnahmen 2, 4 und 6 betrafen den Austausch von Beobachtern bei angekündigten Aktivitäten, Inspektionen und den Austausch von Informationen. Vgl. dazu Dok. 40, Anm. 28.

⁹ Die 21. Runde der MBFR-Verhandlungen fand vom 15. Mai bis 24. Juli 1980 in Wien statt. Vgl. dazu Dok. 254.

¹⁰ Zur Reaktion der Warschauer-Pakt-Staaten auf die von den NATO-Mitgliedstaaten am 20. Dezember 1979 vorgeschlagenen begleitenden Maßnahmen bei MBFR vgl. Dok. 264.

2) Keblúšek unterzog die westliche Haltung zur Datenfrage einer generellen Kritik. Er erklärte, die Plenarerklärung des Westens vom 25.9.80¹¹ zeige, daß diese unkonstruktive Haltung in der Datenfrage weiterhin ein erstes praktisches Übereinkommen in den Verhandlungen zu verhindern suche, obwohl die östlichen Vorschläge vom 10.7.80 die Grundlage für die Ausarbeitung eines ersten Abkommens geschaffen hätten.

Der Westen wolle nicht zur Kenntnis nehmen, daß durch den kürzlichen Datenaustausch die notwendigen Daten für ein Abkommen vorlägen. Durch Einschluß der Wehrpflichtigen eines Teils des polnischen Territorialverteidigungssystems habe der Osten auch seinen guten Willen bewiesen.

Der Westen behaupte zwar, seine Zahlen für östliche Streitkräfte seien richtig, decke aber weder seine Zählmethoden auf noch korrigiere er seine Zahlen dort, wo die Datendiskussion einen unberechtigten Einschluß von Streitkräftekomponenten aufgedeckt habe. Wenn der Westen ernsthaft an einer Dateneinigung interessiert sei, solle er zunächst angemessene Folgerungen aus der bisherigen Diskussion ziehen und die notwendigen Korrekturen an seinen Zahlen vornehmen, besonders hinsichtlich bestimmter Kategorien des polnischen Personals.

Der Westen solle außerdem seinerseits die Zuordnung zwischen Land- und Luftstreitkräften so vornehmen, daß die Landstreitkräfte beider Seiten vergleichbar seien und analoge Einheiten und Personalkategorien enthielten (Anspielung auf die Pershing-Einheiten der Bundeswehr).

Ferner sei der Westen noch nicht auf den östlichen Vorschlag zum Austausch von Zahlen über den Auffüllungsgrad der Streitkräfte eingegangen. Statt dessen habe er ganze Personalkategorien aus seinen Streitkräftezahlen herausgenommen (nämlich die Wehrübenden der Bundeswehr), was dem Osten die gleiche Möglichkeit zur Revision seiner Zahlen eröffne.

Der Westen betrachte offensichtlich die Datendiskussion als Einbahnstraße. Der Osten verstehe nicht, weshalb der Westen überhaupt Zahlen über östliche Streitkräfte fordere, wenn er dann doch keine Korrekturen an seinen Schätzungen vornehme.

3) Wieland erklärte: Nachdem die einseitigen sowjetischen Truppenabzüge aus der DDR in die Sowjetunion von 20 000 Mann etc. zum 1.8.80 abgeschlossen worden seien, seien die östlichen Daten wie folgt zu ändern:

a) Gesamtstärke der sowjetischen Streitkräfte	445 300
b) Personalstärke der sowjetischen Landstreitkräfte	404 800
– davon in major formations	327 100
– außerhalb major formations	77 700
c) Gesamtstärke der WP-Streitkräfte	979 000
– davon WP-Landstreitkräfte	796 700

¹¹ Für den Wortlaut der Erklärung des Leiters der luxemburgischen MBFR-Delegation, Molitor, im Namen aller teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten in der Plenarsitzung am 25. September 1980 vgl. Referat 221, Bd. 116941.

d) Personalstärke der WP-Landstreitkräfte

– in major formations	620 900
– außerhalb major formations	175 800

Damit seien die sowjetischen Streitkräfte in Mitteleuropa von 1.1.80 bis 1.8.80 um 18500 vermindert worden. Davon entfielen auf Großverbände 15500 Mann. Schon allein diese Verringerung übersteige den Umfang, den die US-Streitkräfte insgesamt in Phase I reduzieren sollten. Hauptsächlich seien Panzerkräfte abgezogen worden. Die Presse habe über alle Abzugsphasen berichtet. Westliche Pressevertreter seien zu den Verabschiedungszeremonien eingeladen worden, so daß sie den Abzug der sowjetischen Streitkräfte bezeugen könnten.

Der Osten erwarte nunmehr, daß der Westen nicht länger behaupte, die östlichen Streitkräfte im Reduzierungsraum seien denen des Westens zahlenmäßig überlegen, und von seinen überzogenen Schätzzahlen der Personalstärke der östlichen Streitkräfte ablasse.

[gez.] Jung

VS-Bd. 10445 (221)

285

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Boll

012-312.74 VS-NfD

Aufgabe: 3. Oktober 1980¹

Fernschreiben Nr. 131 Ortez

Zur Ölversorgung der westlichen Industrieländer aus dem Persischen Golf

1.1) Ölproduktion und Ölexporte aus Irak und Iran scheinen fast völlig eingestellt worden zu sein. Auf Irak und Iran entfielen vor Ausbruch der Krise² mit 4,8mbd (Mio. barrel/day) ca. 10 Prozent der Weltölproduktion. 3,9mbd gingen in Export. Aufgrund der guten Vorratssituation dürften im vierten Quartal 1980 trotz dieses verringerten Angebots keine Verknappungen auftreten, allerdings sind Preise auf Spot-Märkten bereits wieder nach oben in Bewegung geraten.

Hervorzuheben ist die offenbar in einigen OPEC-Ländern vorhandene Bereitschaft, Produktion zum Ausgleich der Ausfälle anzuheben bzw. vorgesehene eigene Produktionskürzungen zurückzunehmen.

1.2) Ausfall Irak-Iran-Öls trifft einzelne Länder jedoch durchaus empfindlich. Das gilt insbesondere für Frankreich (über 20 Prozent Versorgungsausfall) und Italien (16 Prozent). EG bezog im Sommer 1980 ca. 11,5 Prozent ihrer Öleinfuhren aus Irak. In den ersten acht Monaten d.J. lag der iranische Anteil an

¹ Durchdruck.² Zum Krieg zwischen Irak und Iran vgl. Dok. 283, Anm. 2.

unseren Rohöleinfuhren bei 2,9 Prozent – unsere Öleinfuhren aus Iran sind im Sommer völlig zum Erliegen gekommen. Bei den USA machen die irakischen Ölbezüge weniger als ein Prozent der Öleinfuhren aus, aus Iran wird kein Öl importiert.

2.1) Ernste Zuspitzung der Versorgungssituation würde sich bei einer Sperrung der Straße von Hormuz ergeben. Von den 18,6mbd der Ölförderung der Golfländer werden rd. 15mbd durch Straße von Hormuz transportiert. Von Sperre dieses Versorgungsweges wären etwa 50 Prozent der Ölimporte der OECD-Länder (ca. 1/3 ihrer Ölversorgung) betroffen: EG gut 30 Prozent der Importe, Japan 65 Prozent, USA 30 Prozent, Bundesrepublik Deutschland gut 40 Prozent.

2.2) Der Tankerverkehr durch die Straße von Hormuz ist nach neuesten Feststellungen zurückgegangen (auf ca. 70 bis 80 Prozent des früheren Volumens), verläuft aber im wesentlichen weiterhin ungestört. Vor der Einfahrt zum Golf sind allerdings Tanker vor Anker gegangen, die die Reedereien nur dann in Golfgebiet einfahren lassen, wenn prompte Beladung sichergestellt ist. Grund für dieses Verhalten liegt in gestiegenen Versicherungskosten.

3.1) Die IEA-Länder beurteilen jüngste Entwicklung einheitlich. IEA-Verwaltungsrat hat am 1. Oktober auf rückläufigen Verbrauch, hohe Bestände und ungenutzte Förderkapazitäten hingewiesen und Erwartung ausgedrückt, daß es in kommenden Monaten nicht zu Versorgungsschwierigkeiten kommen werde.

Um eventuellen Spannungen auf dem Ölmarkt aber entgegenzuwirken, hat IEA-Verwaltungsrat am 1.10.80 Maßnahmen folgenden Inhalts beschlossen:

- Private wie öffentliche Käufer sollen aufgefordert werden, auf Spot-Märkten keine „abnormalen“ Käufe zu tätigen;
- Konsultationen mit Ölgesellschaften sollen aufgenommen werden, um durch entsprechenden Abbau der Vorräte Ausgleich von Angebot und Nachfrage zu erreichen; dabei soll auch mögliche Steigerung der Ölförderung in anderen Förderländern berücksichtigt werden;
- zwischen Mitgliedstaaten sollen Konsultationen abgehalten werden, um faire Durchführung dieser Maßnahmen unter Beachtung der unterschiedlichen Marktstrukturen der einzelnen Mitgliedsländer (z.B. traditionell hohe Abhängigkeit der Bundesrepublik Deutschland im Produktenbereich von Spot-Märkten) sicherzustellen;
- Verstärkung der Einspar- und Substitutionsmaßnahmen.

3.2) Wir begrüßen rasche Reaktion der IEA auf veränderte Situation auf den Ölmärkten. Sie zeigt, daß IEA-Staaten Entwicklung mit der gebührenden Aufmerksamkeit verfolgen und handlungsbereit bzw. handlungsfähig sind, vermeidet andererseits aber unnötige Dramatisierung.

Boll

Referat 012, Bd. 115730

286

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech

204-321.00 SO-738/80 VS-vertraulich

8. Oktober 1980¹

Betr.: Treffen der vier Politischen Direktoren am 6.10.1980 in Paris

Im Vorgriff auf ausführlichen Gesprächsvermerk² werden nachstehend die wichtigsten Gesprächsergebnisse – insbesondere zu den weiteren operativen Schritten – festgehalten.

Treffen erfolgte aufgrund einer Übereinkunft der vier Außenminister³, daß sich die vier Politischen Direktoren angesichts der kritischen Lage am Persischen Golf⁴ vorerst in kürzeren Zeitabständen als normalerweise üblich treffen und sich konsultieren sollten. Aus praktischen Überlegungen sollen diese Konsultationen vorerst in Paris stattfinden. Es bestand Übereinstimmung der vier Politischen Direktoren, daß trotz starker Konzentration auf regionale Themen (Mittelost) die Konsultationen im Prinzip von den vier Politischen Direktoren im bewährten Vierer-Rahmen stattfinden sollten. Französische Zurückhaltung gegenüber Ausdehnung des Vierer-Rahmens wurde erneut deutlich.

Falls keine Verschlechterung der Lage im Mittleren Osten oder in Polen eintreten sollte, soll nächstes Treffen am 27.10. in Paris stattfinden.⁵ Von D2⁶ vorgeschlagene Vorverlegung des Termins auf den 20.10. konnte von den übrigen Drei aus Termingründen nicht akzeptiert werden.

Gesprächsergebnisse im einzelnen:

¹ Durchschlag als Konzept.

Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schenk konzipiert, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofmann „z[ur] g[efälligen] K[enn]tnisnahme“ verfügte.

Hat Hofmann am 9. Oktober 1980 vorgelegen.

² Für die undatierte amerikanische Aufzeichnung „Meeting of the Quadripartite Political Directors“ vgl. VS-Bd. 11116 (204).

³ Lord Peter Carrington (Großbritannien), Jean François-Poncet (Frankreich), Hans-Dietrich Genscher und Edmund S. Muskie (USA).

⁴ Zum Krieg zwischen Irak und Iran vgl. Dok. 283, Anm. 2.

⁵ Vortragender Legationsrat I. Klasse Schenk vermerkte am 28. Oktober 1980 zum Treffen der Politischen Direktoren der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA, Blech, Robin, Bullard und Vest, am Vortag in Paris, zum Krieg zwischen Irak und Irak hätten sich keine wesentlichen neuen Gesichtspunkte ergeben. Aus der Diskussion über die Sicherung der Schifffahrt im Persischen Golf und durch die Straße von Hormuz sei festzuhalten: „Es bestanden unterschiedliche Auffassungen zwischen USA, UK und F über die Prinzipien militärischen Vorgehens im Krisenfall: Sektoren-Prinzip (USA), Konvoi-Prinzip (UK) und individuelles schnelles Eingreifen der betroffenen nationalen Kriegsschiffe (z. B. bei Behinderung französischen Schiffs Einsatz französischer Kriegsschiffe). Unterschiedliche Auffassungen auch über den Zeitpunkt des Eingreifens: F sprach sich für schnelle und sofortige Aktionen (Abschreckung!) schon bei Zwischenfall aus, der sich negativ auf freien Schiffsverkehr auswirken könne. UK möchte erst dann eingreifen, wenn ein Zwischenfall wirklich zur Behinderung der Schifffahrt geführt hat. Diskussion brachte insoweit eine Annäherung der Standpunkte, als man ein militärisches Eingreifen schon bei erkennbaren negativen Folgen (perceptable consequences) für die freie Schifffahrt für erforderlich hielt.“ Vgl. VS-Bd. 11116 (204); B 150, Aktenkopien 1980. Vgl. ferner Anm. 24.

⁶ Klaus Blech.

1) Verhältnis SU–Iran

Entsprechend einer Zusage Christophers auf dessen Europareise Mitte September⁷ d.J. unterrichtete Vest über amerikanische Erkenntnisse über sowjetisches militärisches Kräftepotential entlang der Südgrenze vom Kaukasus bis Mittelasien.

Ergebnis: Seit Dezember 1979 erhöhte Übungsaktivitäten, Zuführung von Material, Mobilmachungsübungen, verstärkter Fernmeldebetrieb, insgesamt verstärkte CPX (Command-Post-Exercises);

Verdoppelung sowjetischer Flotte im Indischen Ozean auf 31 Schiffe;

aber (auf Frage D2): keine ausreichenden Erkenntnisse, die Schluß zulassen, daß sowjetischer Bereitschaftsstand in diesen Gebieten seit Dezember 1979 wesentlich verbessert wurde.

Vest versicherte, USA seien in der Lage, Veränderungen schnell und sicher festzustellen.

2) Iranisch-irakischer Konflikt

Meinungsaustausch ergab weitgehende Übereinstimmung in der Einschätzung des Konflikts:

a) Auswirkungen auf Iran und Irak

Wahrscheinlichkeit eines lang anhaltenden Hinschleppens des militärischen Konflikts (No-win-Situation). Konflikt hinterläßt offene Wunde mit Gefahr weiterer Infektion für benachbarte arabische Staaten und negativen Auswirkungen u. a. auf Afghanistan und Nahen Osten.

In der Einschätzung der Auswirkungen des Konflikts auf Iran und Irak gab es unterschiedliche Nuancen. Während Robin Irak in einer stärkeren Ausgangsposition sah:

- arabische militärische Unterstützung Iraks gegenüber iranischen Nachschub- und Ersatzteilproblemen, geringer militärischer Effekt iranischer Luftangriffe;
- iranischer Verlust der wichtigsten Ölkapazitäten, chaotische iranische wirtschaftliche Lage;
- iranische außenpolitische Isolierung gegenüber der – wenn auch widerstrebend gegebenen – arabischen Unterstützung für den Irak;
- bessere Vorbereitung des iranischen Volkes für das Erdulden schwieriger Situationen, Fehlen einer zentralen iranischen Autorität, macht Land weniger verwundbar;
- begrenzte irakische Kriegsziele;

wurde die Lage von Bullard und D2 wesentlich differenzierter gesehen:

- Arabische Zurückhaltung gegenüber militärischer Unterstützung Iraks ist wesentlich größer als ursprünglich angenommen.
- Iran nicht „erobierbar“.

⁷ Korrigiert aus: „August“.

Zur Europareise des stellvertretenden amerikanischen Außenministers Christopher und zu den Gesprächen Christophers mit dem Staatssekretär im iranischen Ministerpräsidentenamt, Tabatabai, unter Teilnahme des Bundesministers Genscher am 16. und 18. September 1980 auf Schloß Gynich vgl. Dok. 275.

- Im wirtschaftlichen Bereich bleibt zweifelhaft, ob die Hauptölzentren Irans wirklich zerstört sind. Schäden geringer als ursprünglich angenommen (so auch Hinweis Vests auf CIA-Studie); Reparatur zerstörter oder beschädigter irakischer Öleinrichtungen wird als schwieriger eingeschätzt.
- Iranische Isolierung ist selbst auferlegt, könnte ein Grund innerer Stärke werden.
- Politisch könnte Konflikt zur Solidarisierung mit Khomeini-Regime führen, während Identifizierung Hussein mit irakischer Armee angesichts arabischer Wankelmütigkeit gefährlich werden könnte.

Bullard hielt gegenüber Robin auch die irakischen Kriegsziele angesichts der historischen Hintergründe keinesfalls für begrenzt, sondern für sehr weitreichend.

b) Denkbare Konfliktlösungen

Konsens, daß nur frei vereinbarte Lösung von Dauer sein wird, da Demütigung Irans Keim für neuen Konflikt in sich trägt.

Denkbare internationale Regelung der Schifffahrt auf dem Schatt el-Arab dürfte wegen arabischem Nationalismus (Robin) und wegen des Ungleichgewichts der territorialen Interessen (D2) – Zugang zu den wichtigsten iranischen Ölhäfen – schwierig werden.

Westliche direkte Einflußmöglichkeiten auf Iran und Irak werden zumindest im Augenblick als gering eingeschätzt. Außer den USA sehen auch UK und F derzeit keine Möglichkeiten einer direkten Einwirkung auf den Irak. Robin sieht allenfalls nach einer gewissen Zeit Chancen, wenn die Kosten des Konflikts die Bereitschaft zu verhandeln fördern sollten.

Konsensus, daß den Vermittlungsbemühungen der islamischen Staaten (Zia, Chatti) Vorrang einzuräumen sei. Auch Vermittlungsbemühungen der Ungebundenen verdienen Beachtung, da Mißtrauen gegenüber kubanischen Initiativen, die jedoch durch andere Ungebundene ausgeglichen werden könnten.⁸

Für eine Einschaltung des Sicherheitsrats wird derzeit der Zeitpunkt nicht als günstig angesehen. Auf Vorschlag von D2 sollen im Vierer-Rahmen die politischen und rechtlichen Implikationen einer möglichen Befassung des Sicherheits-

⁸ Ministerialdirigent Gorenflo vermerkte am 8. Oktober 1980: „1) Neben den Appellen des Generalsekretärs und des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen laufen folgende Versuche, einen Waffenstillstand herbeizuführen: a) Initiative der Islamischen Konferenz vom 26.9.80, Präsident Zia ul-Haq und Generalsekretär Chatti mit einer Vermittlungsmission zu betrauen. b) Vermittlungsversuch des PLO-Chefs Arafat. c) Sondierungsmission des kubanischen Außenministers Malmierca. d) Kontakte zwischen der indischen Ministerpräsidentin Indira Gandhi und den Konfliktparteien. [...] 2) Irak reagierte auf die Appelle der Vereinten Nationen und der Islamischen Konferenz positiv, Iran dagegen negativ: Vor einer Waffenruhe müßten die arabischen Truppen iranischen Boden verlassen haben. 3) Präsident Zia hat am 28. – erfolglos – Teheran, anschließend Bagdad besucht. Generalsekretär Chatti reist zur Zeit wieder in die betroffenen Hauptstädte. Nach uns zugegangenen Berichten betrachten die Iraner bisher Zia als wenig geeigneten Vermittler, da sie ihn aus religiösen („nicht schiitenfreundlich“) und politischen („zu amerika- und chinafeindlich“) Gründen kritisieren. [...] 4) Iran soll eher Vermittlungsversuchen aus dem Lager der Blockfreien zuneigen. Khomeini, der sich wegen seines rigiden Fundamentalismus mit den meisten islamischen Ländern überworfen hat, identifiziert das revolutionäre Iran mehr mit den jungen Ländern der Dritten Welt. In dieser Gruppe dürften die Kontakte der indischen Ministerpräsidentin am weitesten gediehen sein. Sie sind jedoch unseres Wissens noch nicht in ein konkretes Stadium eingetreten.“ Vgl. Referat 311, Bd. 137599.

rats weiter untersucht und weiter erörtert werden. Hierbei soll auch die Frage sowjetischer Involvierung mit berücksichtigt werden.

UK sieht gewisse Möglichkeiten, über die arabischen Nachbarstaaten dämpfend auf den Konflikt einzuwirken.

c) Gefahr weiterer Eskalierung

Die Wahrscheinlichkeit einer weiteren Eskalierung des Konflikts wurde für den gegenwärtigen Zeitpunkt gering eingeschätzt, wenn sie auch nicht ganz ausgeschlossen werden konnte. Die überwiegende Einschätzung ging dahin, daß die Gefahr für eine mögliche Eskalierung eher von iranischer Seite aus drohe (psychologischer Fanatismus durch Erklärung des Heiligen Krieges, Konflikt als Auseinandersetzung zwischen Gut und Böse).⁹ Gegen eine Eskalierungsabsicht Iraks wurden angeführt: begrenzte Kriegsziele, Kriegführung in nationalistischen Kategorien, kein irakischer Einspruch gegen Erhöhung Ölproduktion entgegen anderer irakischer Haltung auf letzter OPEC-Konferenz¹⁰.

Unsicherheitsfaktor: Alle diese Überlegungen gehen von der Prämisse rationalen Handelns aus.

d) Sowjetische Haltung¹¹

Übereinstimmung, daß Anzeichen auf folgende sowjetische Position hindeuten:

- Sowjetische Ungewißheit und Zweifel, wo sowjetische Interessen liegen.
- SU möchte Iran nicht abschreiben, sondern sich dort alle Optionen offenhalten.
- Hoffnung, die eigenen Ziele ohne Gewaltanwendung zu erreichen.
- Offenhalten für eine Situation, die zu einem gewissen Zeitpunkt eine sowjetische Vermittlung gemäß der ersten Taschkent-Konferenz¹² erlaubt, gleich-

⁹ Botschafter Ritzel, Teheran, berichtete am 29. September 1980: „Hiesige Staatsführung und vor allem Klerus zeigen sich bisher völlig unnachgiebig und jedem Vermittlungsversuch unzugänglich und propagieren – auch Bani Sadr – Kampf bis zur Vertreibung des letzten Aggressors oder bis zum Märtyrer-Tod des letzten Iraners. [...] Khomeini, Bani Sadr und andere führende Persönlichkeiten appellieren derweilen unermüdlich an die islamische Welt, Iran in seinem Kampf gegen die Ungläubigen von Bagdad zu unterstützen, und an die irakische Bevölkerung, das atheistische Baath-Regime zu stürzen. [...] In einem kürzlichen Appell Khomeinis an das irakische Volk traf er die Feststellung, Saddam Hussein sei weder Moslem noch Araber, sondern Amerikaner – nur ein Beispiel für die zunehmende Tendenz, wiederum die USA für den Konflikt verantwortlich zu machen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 981; Referat 311, Bd. 137598.

¹⁰ Vom 15. bis 17. September 1980 fand in Wien eine Konferenz der Außen-, Erdöl- und Finanzminister der OPEC-Mitgliedstaaten statt. Botschafter Hoffmann, Wien (Internationale Organisationen), berichtete am 18. September 1980: „1) Der OPEC-Konferenz, mit deren Scheitern bereits gerechnet worden war, gelang in der letzten Nacht ein Teilerfolg durch eine Kompromißlösung in der Frage der Ölpreise bis zum Jahresende. 2) In der Frage der langfristigen Preisstrategie gab es keine Einigung. Der saudische Vorschlag, die Preise langfristig an wirtschaftliches Wachstum, Inflation und Währungsentwicklung in den westlichen Industrieländern zu knüpfen, scheiterte am Widerspruch von Algerien, Libyen und Iran. Die besonders von Iran geforderte Produktionsdrosselung scheint Saudi-Arabien abgelehnt zu haben.“ Saudi-Arabien habe einer Preiserhöhung auf 30 Dollar pro Barrel zugestimmt, die Ölpreise der übrigen OPEC-Mitgliedstaaten seien zunächst eingefroren worden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 521; Referat 405, Bd. 126882.

¹¹ Zur Haltung der UdSSR im Krieg zwischen Irak und Iran vgl. Dok. 283, Anm. 7.

¹² Nach dem indisch-pakistanischen Kaschmir-Krieg von 1965 trafen Präsident Ayub Khan und Ministerpräsident Shastri auf Einladung von Ministerpräsident Kossygin vom 4. bis 10. Januar 1966 in Taschkent zusammen. Sie unterzeichneten eine gemeinsame Deklaration über die Normalisierung der Beziehungen zwischen Indien und Pakistan. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1966, D 111 f.

zeitig aber auch die Möglichkeit enthält, sich an der Verteilung des Kuchens zu beteiligen, falls die Lage dies erlauben sollte.

- Falls es bei den Staaten der Region zu neuen politischen Ausrichtungen kommen sollte, die Möglichkeit für einen Tauschhandel (so Robin) mit den USA offenzuhalten.

Zustimmung für die Darlegung von D 2:

- Sorgfältige Überlegungen aller Schritte, um der SU keinen Vorwand zu bieten, aus sowjetischer Interpretation der eigenen Interessen die Rolle der SU in der Region endgültig festzulegen.
- Vermeiden aller Schritte, die die SU zu eigenem direkten Engagement veranlassen könnten.
- Bei einer Diskussion über eine internationale Regelung des Konflikts muß vermieden werden, daß SU Mitspracherecht eingeräumt wird.

3) Überlegungen zur Sicherung der Schifffahrt im Persischen Golf und in der Straße von Hormuz¹³

a) Vest erläuterte unter Hinweis auf erfolgte bilaterale Unterrichtung UK, F und D Stand amerikanischer Überlegungen: Vorläufiges amerikanisches Konzept sehe Zusammenarbeit nationaler Marinen von USA, UK, F und Neuseeland für den Eventualfall vor.¹⁴ US-Marine sei vom State Department ermächtigt, amerikanische Vorstellungen in bilateralen Gesprächen mit den Marine-Behörden von UK, F und Neuseeland weiter zu erörtern. Zunächst sei auch Australien angesprochen worden. Dieses halte sich jedoch in dieser Frage zurück.¹⁵

Vest stellte ausdrücklich klar, daß sich die Frage der Marine-Zusammenarbeit im Persischen Golf nicht für die BR Deutschland stelle, daß man jedoch die BR Deutschland voll über den Gang der Diskussion unterrichten und auf dem laufenden halten wolle (we want the Federal Republic to know all about it).

Das amerikanische Konzept gehe nicht von dem Gedanken eines integrierten Flottenverbandes aus. Man denke vielmehr an nationale Marineverbände der angesprochenen Staaten, die in einem bestimmten Seegebiet im Persischen Golf und in der Straße von Hormuz unter nationalem Kommando operierten. Man gehe allerdings davon aus, daß die Marineverbände untereinander in engem Kontakt stehen sollten. Hierfür würden sechs bis zwölf Überwassereinheiten benötigt. Die USA verfügten bereits in Bahrein über vier Schiffe und ein Com-

¹³ Vgl. dazu das am 28. September 1980 übergebene amerikanische Papier; Dok. 283, Anm. 6. Vgl. dazu ferner Dok. 285.

¹⁴ Dazu vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann handschriftlich: „Also nicht mehr It[alien]!“

¹⁵ Ministerialdirektor Blech notierte am 30. September 1980: „Die australische Reaktion ist durch große Vorsicht gekennzeichnet. Dies gilt insbesondere gegenüber dem amerikanischen Vorschlag einer multinationalen ‚peace patrol‘. Aus der australischen Stellungnahme sind insbesondere hervorzuheben: Wunsch nach mehr Informationen über die wahrscheinliche Reaktion anderer Länder; Hinweis auf notwendige und wünschenswerte Konsultationen mit anderen Ländern, insbesondere Westeuropäern, ASEAN-Staaten, Japan und Indien; Frage, ob führende amerikanische Rolle bei der Zusammenstellung der ‚peace patrol‘ wünschenswert, falls dies zu stärkerem sowjetischen Einfluß in der Region führen sollte; Frage, ob den westlichen Interessen nicht besser gedient wäre, wenn sich die beiden Supermächte aus dem Prozeß der Errichtung irgendeiner Art von internationaler Marinestreitkraft zur Sicherung der Schifffahrt heraushalten würden“. Vgl. VS-Bd. 11109 (204); B 150, Aktenkopien 1980.

mand-ship. Die Schiffe sollten die von Iran erklärte Kriegszone (mit Ausnahme des Seegebiets um die drei iranischen Golfinseln vor den Emiraten) und die irakischen Territorialgewässer vermeiden. Eine Zusammenarbeit mit den benachbarten arabischen Golfstaaten sei wünschenswert und anzustreben. Ziel dieser Maßnahmen sei es, ohne Anwendung von Gewalt schon durch Präsenz abschreckend auf jeden Versuch der Einschüchterung oder des Angriffs auf die freie Schifffahrt zu wirken.

Vest betonte, daß die USA in der Lage seien, für eine effektive Durchführung des Konzepts taktische Luftunterstützung zu gewähren. Er betonte ferner, daß es ausschließlich Aufgabe der politischen Instanzen sei, zu entscheiden, wann der Eventualfall vorliege. Die USA seien bereit, ihr Konzept entweder im Rahmen der Vier oder zwischen den Botschaftern und Bartholomew in Washington weiter zu diskutieren.

Vest bezog sich ferner auf eine weitere amerikanische Botschaft, die den Vier bilateral zur Kenntnis gebracht worden sei und die sich mit der Frage der Involvierung der arabischen Golfstaaten befasste. Diese wüßten bereits von den amerikanischen Eventualfallplanungen. Sie könnten möglicherweise schnell bereit sein, ebenfalls etwas zu tun. Die USA, die bereits in Saudi-Arabien engagiert seien (AWACS)¹⁶, möchten die Auffassung der übrigen Drei wissen, ob und wie man die Golfstaaten ansprechen sollte. Dies gelte vor allem für die Frage, ob es nicht besser sei, daß mögliche Kontakte mit diesen nicht durch die USA, sondern vor allem durch UK und F aufgenommen würden. Bullard und Robin ließen deutliche Zweifel erkennen, ob es sinnvoll sei, die Golfstaaten derzeit anzusprechen, zumal diese fürchteten, daß eine zu offensichtliche amerikanische Involvierung Gegenreaktionen der SU provozieren könnte. Er fürchte, daß diese Bedenken der Golfstaaten auch nicht ausgeräumt würden, wenn UK, F oder Australien mit ihnen sprächen. Der richtige Weg, eine arabische Kooperation zu erreichen, scheine vielmehr, sie zu veranlassen, selbst um Hilfe zu bitten oder stillschweigend einzuwilligen.

Robin unterstrich, daß Frankreich die Zusammenarbeit der beiderseitigen Marinebehörden auf bilateraler Ebene vorziehe, wobei er eine spätere trilaterale Koordinierung nicht ausschließen wolle.

D2 wies darauf hin, daß sich die amerikanischen Überlegungen bisher nur auf den Extremfall konzentrierten. Wichtig sei jedoch, auch die im Vorfeld des Ernstfalles möglichen politischen Szenarien zu untersuchen. Es sei wichtig, auch bereits in diesem Stadium abgestimmte, einheitliche Positionen zu haben. Auch müsse man noch genauer durchdenken, welche Fälle der Verunsicherung der Schifffahrt denkbar seien, die noch keine direkte Bedrohung der Schifffahrt darstellten. D2 unterstrich ferner, auch wenn man vor allem über die Eventualfallplanung spreche, müsse man auch untersuchen, was die derzeitige tatsächliche Präsenz westlicher Flottenverbände in der Region bedeute (weit genug entfernt, um nicht eskalierend zu wirken, aber trotzdem nahe genug, um effektiv sein zu können). Schließlich wies D2 auf die Notwendigkeit hin, sich rechtzeitig über die völkerrechtlichen Aspekte eines möglichen Eingreifens klarzuwerden. Der Ernstfall erfordere begleitende Maßnahmen wie diplomatische Ak-

¹⁶ Zur Bereitstellung von AWACS-Flugzeugen in Saudi-Arabien durch die USA vgl. Dok. 283, Anm. 5.

tivitäten, eine mögliche Absicherung im Sicherheitsrat und vor allem eine völkerrechtliche Rechtfertigung. Wenn man für den Ernstfall keine überzeugende Grundlage habe, so werde die SU dies mit Sicherheit als Vorwand benutzen, die westlichen Maßnahmen als imperialistische Machenschaften anzuklagen. Auch müsse man sich auf mögliche sowjetische Initiativen wie z.B. einen möglichen Vorschlag einer gemeinsamen amerikanisch-sowjetischen Garantie für die freie Schifffahrt vorbereiten.

Es bestand Übereinstimmung, die Vorschläge von D2 aufzugreifen,

- möglichst schon auf dem nächsten Vierer-Treffen die angesprochenen Fragen im „Vorfeld“ des Ernstfalles weiter zu vertiefen,
- über die Botschafter möglichst bald in einen Meinungsaustausch über die völkerrechtlichen Aspekte insbesondere der Straße von Hormuz einzutreten.

Vest unterstrich abschließend,

- die BR Deutschland im Vierer-Rahmen über die weiteren Marine-Planungen zu unterrichten,
- die amerikanische Absicht, Italien bilateral zu unterrichten,
- daß die USA entschlossen seien, die Straße von Hormuz offenzuhalten.

Vest wies weiter darauf hin, daß gewisse Stellen in Washington „unter Dampf“ stünden, um mit den arabischen Golfstaaten weiter voranzukommen. Es sei besonders wichtig, daß die Drei, insbesondere UK und F, ihre Auffassungen zu dieser Frage möglichst bald auf diplomatischem Wege in Washington zum Tragen brächten. Er werde die erkennbar gewordenen Vorbehalte sofort nach Washington durchgeben (dies geschah noch am gleichen Abend über die amerikanische Botschaft in Paris). Aus den Äußerungen Vests wurde erkennbar, daß das State Department entschlossen ist, die politische Kontrolle über die militärischen Planungen im Golfgebiet in der Hand zu behalten und die Militärs an Alleingängen zu hindern.

D2 begrüßte abschließend die Absicht, die BR Deutschland voll unterrichtet zu halten. Er gehe davon aus, daß alle diese Kontakte in dieser Frage für uns, im Gegensatz zu denen der USA mit UK und F, unter den gegebenen Umständen nur informativer Natur seien.

4) KSZE/KAE

Vest wies – in separatem Gespräch mit D2 – zur Frage der Ministerebene in Madrid darauf hin, daß, falls Carter die Wahlen gewinne¹⁷, Muskie nicht umhin könne, als nach Madrid zu gehen.¹⁸ Es sei nämlich für die USA undenkbar, daß Minister Genscher in Madrid die Menschenrechtsfrage ansprechen werde, ohne daß dies auch vom amerikanischen Außenminister in Madrid getan werde.

Zur KAE übergab D2 das von uns vorbereitete Arbeitspapier zu Aspekten der vertrauensbildenden Maßnahmen.¹⁹ Auf Einladung von Botschafter Ruth wer-

¹⁷ Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

¹⁸ So in der Vorlage.

¹⁹ Für das Papier „Confidence Building and Related Matters – Proposed Terms of Reference for Quadripartite Talks“ vom 3. Oktober 1980 vgl. VS-Bd. 11532 (221); B 150, Aktenkopien 1980.

den sich unter dem Vierer-Dach am 20.10.²⁰ in Bonn hohe Beamte der Vier mit dieser Frage weiter befassen.²¹

5) Afghanistan

Vest unterrichtete über die Gespräche Zias in Washington.²²

6) Polen

Austausch der Eindrücke über die jeweiligen Treffen der vier Außenminister mit Czyrek in New York und Meinungsaustausch über die Lage und Entwicklung in Polen (bleibt ausführlichem Gesprächsvermerk vorbehalten).²³ Operativ ist von Bedeutung, daß das amerikanische Papier (Contingency Check List), das bereits mehrfach revidiert wurde, weiter durchdacht werden soll. Die Frage wird auf dem nächsten Vierer-Treffen der Politischen Direktoren erneut erörtert.²⁴

²⁰ Korrigiert aus: „22.10.“

²¹ Zum Vierer-Treffen am 20. Oktober 1980 in Bonn vgl. Dok. 297.

²² Zum Gespräch der Präsidenten Carter und Zia ul-Haq am 3. Oktober 1980 vgl. Dok. 283, Anm. 19.

²³ Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Außenminister Czyrek am 23. September 1980 in New York vgl. Dok. 282.

Zum Gespräch Czyreks mit dem amerikanischen Außenminister Muskie am 26. September 1980 in New York vgl. Dok. 283, Anm. 16.

Legationsrat Kröger vermerkte am 1. Oktober 1980, die britische Botschaft habe Vortragenden Legationsrat I. Klasse Keil am selben Tag über das Gespräch des britischen Außenministers Lord Carrington mit Czyrek am 24. September 1980 in New York unterrichtet: „Nach AM Czyrek wird sich an der polnischen Außenpolitik nichts ändern; Polen sei mehr als vorher auf Frieden, Zusammenarbeit und Entspannung angewiesen. [...] Lord Carrington: Polen könne auf beträchtliches Verständnis im Westen rechnen. GB würde wohlwollend die Möglichkeiten prüfen. AM Czyrek auf Frage Lord Carringtons, ob die Arbeiter nicht weitere Forderungen stellen würden: Die Gewerkschaften in Polen haben eine neue Rolle übernommen. Sie werden an ein in Vorbereitung befindliches Gesetz gebunden sein. Rechte und Pflichten der Arbeiter seien auszugleichen. Das Abkommen von Danzig mag den Eindruck hervorgerufen haben, daß nur die Arbeiter Forderungen stellen. Keine Gesellschaft kann in dieser Weise überleben. [...] Frage Lord Carringtons: Sind denn freie Gewerkschaften mit der Gesellschaftsordnung vereinbar? Czyrek: Das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Partei ist schwierig. Es handelt sich um einen demokratischen Prozeß zwischen beiden Gruppierungen.“ Vgl. Referat 214, Bd. 132906.

Referat 204 vermerkte am 10. Oktober 1980: „In einer gegenseitigen Unterrichtung über die Gespräche des Herrn Bundesministers, AM Carringtons und Außenminister François-Poncets mit dem polnischen Außenminister Czyrek in New York am Rande der VN-GV ergab sich, daß AM Czyrek in seinen Gesprächen mit den drei westlichen Außenministern im großen und ganzen die gleiche Gesprächslinie verfolgt hat. Aus dem Gespräch mit François-Poncet ist hervorzuheben: Auf eine Frage von F.-P., ob die Angriffe in der sowjetischen Presse nur als Einschüchterung dienten oder ob sie Anzeichen für einen ersten Schritt zur Intervention seien, habe Czyrek entgegnet, daß die polnische Führung die neuen Züge der polnischen Politik mit allen ihren Partnern diskutiert habe. Alle hätten zugestimmt, daß die polnische Führung in die richtige Richtung gehe. Alle hätten auch anerkannt, daß man nur durch politische Mittel die Probleme lösen könne. Was die Haltung der sowjetischen Presse angehe, so gebe es hierfür verschiedene Gründe: eine innenpolitische Dimension mit dem Ziel, dem eigenen Volk die sowjetische Haltung zur Entwicklung in Polen zu geben; eine internationale Dimension mit dem Ziel, den Westen vor einer Einnischung zu warnen und eine polnische Dimension mit dem Ziel, die Polen vor möglichen gefährlichen Entwicklungen zu warnen.“ Vgl. VS-Bd. 11116 (204); B 150, Aktenkopien 1980.

²⁴ Vortragender Legationsrat I. Klasse Schenk vermerkte am 28. Oktober 1980 zum Treffen der Politischen Direktoren der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA, Blech, Robin, Bullard und Vest, am Vortag in Paris, bei den Diskussionen über eine „Contingency-Liste“ habe Ministerialdirektor Blech darauf hingewiesen, „daß man sich bei einer Durchsicht der Liste vergegenwärtigen müsse, daß diese nur einen Aspekt der Politik behandle, nämlich die deklaratorische Seite. Notwendig sei jedoch ein politischer Ansatz. [...] Er, D 2, zögere, wenn er höre, daß man als Strafe für die SU die Einstellung der Entspannungspolitik verkünden wolle. [...] Auch zur Frage der in dem amerikanischen Papier vorgeschlagenen Nichteinhaltung von Vertrags-

7) China

Robin wies darauf hin, daß man von dem bevorstehenden Staatsbesuch Giscard d'Estaings in China keine Ergebnisse erwarte.²⁵ Die Amerikaner würden in der China-Frage „playing games“, Frankreich sei „not in this game“. Es genüge Frankreich, wenn China da sei und durch seine bloße Existenz die SU irritiere.

8) Abhörsichere Fernsprechleitungen

Vest wies darauf hin, daß das State Department die feste Absicht habe, sich durch eine Nebenleitung (mit gesonderter Nummer) an die gesicherten Fernsprechleitungen zwischen dem Weißen Haus und übrigen westlichen Regierungschefs „anzuhängen“.

Zusammenfassung der operativen Folgerungen

1) Sicherung der Schifffahrt im Persischen Golf

- Ausarbeitung einer Studie über die völkerrechtlichen Aspekte betr. Straße von Hormuz und Abstimmung über die jeweiligen Botschaften der Vier mit dem Ziel einer einheitlichen Auffassung zu allen relevanten Rechtsfragen.²⁶
- Eingehende und differenzierte Untersuchung über denkbare politische Szenarien und evtl. notwendige diplomatische Aktivitäten und Reaktionen im Vorfeld des Extremfalles einer Sperrung der Straße von Hormuz sowie über

Fortsetzung Fußnote von Seite 1478

verpflichtungen durch die westliche Seite habe er Vorbehalte. Man müsse sich fragen, ob eine solche Forderung wirklich politisch klug sei. Oder wolle man wirklich das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin in diese Überlegungen einbeziehen? [...] Vest und Blackwill räumten ein, daß auch auf amerikanischer Seite Vorbehalte gegen die amerikanische check-list bestünden. Niemand sei über diese Liste glücklich. [...] Blackwill wies darauf hin, daß die Liste letztlich auf den Erfahrungen mangelnder westlicher Konsultationen nach Afghanistan beruhe.“ Vgl. VS-Bd. 11116 (204); B 150, Aktenkopien 1980.

Zur Eventualfallplanung hinsichtlich Polens vgl. auch Dok. 367.

²⁵ Staatspräsident Giscard d'Estaing hielt sich vom 15. bis 21. Oktober 1980 in der Volksrepublik China auf. Vortragender Legationsrat I. Klasse Feit vermerkte dazu am 28. Oktober 1980: „Giscard ging es neben der Verstärkung der Beziehungen (politisch, wirtschaftlich und kulturell) und einem Gedankenaustausch über die internationale Lage vor allem darum, die chinesische Führung von seinem Konzept einer multipolaren Verteilung des Kräfteverhältnisses zu überzeugen und sie u. U. auch dafür zu gewinnen.“ Gegenüber der UdSSR würden Frankreich und die Volksrepublik China folgende Haltung einnehmen: „China will Sicherheit durch scharfe Reaktion auf Aggressionen und durch Verweigerung des Dialogs bei andauernden Aggressionshandlungen (Afghanistan, Kambodscha) erreichen. Für Frankreich bedeutet dagegen der Begriff der Unabhängigkeit Europas (in der chines[ischen] Besuchsbilanz unerwähnt) in einer multipolaren Welt, daß diese Sicherheit nicht allein durch militärische Mittel erhalten werden kann, sondern auch diplomatische Wege benutzt werden müssen.“ Vgl. Referat 341, Bd. 113073.

²⁶ Vortragender Legationsrat I. Klasse Schenk übermittelte den Botschaften in London, Paris und Washington am 22. Oktober 1980 das Papier „The Strait of Hormuz – Aspects of international law“ mit der Bitte, es „weiterzugeben und einen Gedankenaustausch anzuregen“. Darin hieß es: „The situation in that area is somewhat different in so far as, assuming the existence of a territorial sea of 12 nautical miles around the islands, there remains a ‚high seas corridor‘ south of the island of Abu Musa owing to the greater breadth of the Strait at that point, which however does not have the depth of water required for modern supertankers to reach the Persian Gulf without risks [...]. Iran might try to refer to the existence of that ‚high seas corridor‘ and deny its obligation to permit the free passage of foreign ships, claiming that it is not a strait in the proper sense of the word. [...] However, with arguments of this kind Iran would contradict applicable international law. Reference to the ‚high seas corridor‘ cannot result in a denial of the right of transit passage in the area around the islands. [...] If Iran claims sea areas in that region by extending its territorial sea to 12 nautical miles, it must at the same time respect the traditional rights of passage there and assume the ensuing obligations.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 5352; VS-Bd. 11116 (204); B 150, Aktenkopien 1980.

mögliche und erforderliche begleitende diplomatische und politische Maßnahmen (u. a. völkerrechtliche Rechtfertigung, öffentliche Erklärungen möglicher Konsequenzen, SR-Einschaltung für den Eventualfall) zur weiteren Erörterung und Abstimmung auf nächstem Vierer-Treffen am 27.10.

- Abstimmung von denkbaren Eventualfällen – außer direkter Bedrohung der Schifffahrt und möglicher Reaktionen (ebenfalls für 27.10.).
- Unterrichtung deutscher Marinestellen durch amerikanische Marine über amerikanische Eventualfallplanungen²⁷ habe nur informativen Charakter. Sie haben – was Vest ausdrücklich bestätigte – nicht das Ziel operativer Einbindung oder Beteiligung deutscher Marine an Eventualfallplanung oder -einsatz.

2) KAE

Übereinstimmung, daß Botschafter Ruth für den 20.10.²⁸ zur weiteren Erörterung von VBM²⁹-Aspekten hohe Beamte (2+1) der übrigen Drei (unter Dach der vier Politischen Direktoren) nach Bonn einlädt.

3) Polen

Ausarbeitung einer eingehenden Stellungnahme zu dem amerikanischen – revidierten – Contingency-Papier vom 27.10.

4) Gesicherte Fernsprechleitung

Aufgrund des Hinweises Vests, daß State Department an einem direkten Anschluß an die gesicherte Fernsprechleitung des Weißen Hauses (u. a. zum Bundeskanzleramt) arbeitet, ist Frage eines AA-Anschlusses an Leitung Bundeskanzleramts erneut aufzunehmen.

[Blech]³⁰

VS-Bd. 11116 (204)

²⁷ Korrigiert aus: „Eventualplanungen“.

²⁸ Korrigiert aus: „22.10.“

²⁹ Vertrauensbildende Maßnahmen.

³⁰ Vermuteter Verfasser der nicht unterzeichneten Aufzeichnung.

Aufzeichnung des Botschafters Ruth**221-372.14 FRA/KAE-1725/80 geheim****8. Oktober 1980¹**

Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³ zur Unterrichtung vorgelegt

Betr.: Konferenz über Abrüstung in Europa – KAE;
hier: Stand der Vorbereitungen im Bündnis

Anlg.: 1 (VS-NfD)

I. Vorbemerkung

Das gegenwärtige Verhalten der Sowjetunion in Madrid⁴ gibt Aufschluß darüber, mit welcher Intensität und Rücksichtslosigkeit die Sowjetunion auf dem bevorstehenden Haupttreffen ihr Konferenzprojekt⁵ verfolgen wird. Die Taktik der Sowjetunion auf dem Vorbereitungstreffen zielt u. a. darauf ab, den Boden für eine wirkungsvolle Einbringung des Projekts vorzubereiten. Hierauf muß der Westen vorbereitet sein. Nur der französische KAE-Vorschlag⁶ gibt ihm die Möglichkeit,

- in Madrid die Initiative zu behalten und die zu erwartende östliche „Friedens- und Abrüstungsinitiative“ aufzufangen,
- der östlichen Forderung nach militärischer Entspannung als automatischer Folge der politischen Entspannung das westliche Konzept der militärischen Stabilisierung durch konkrete Absprachen entgegenzusetzen,
- statt der Konferenz an sich die Durchsetzung eines Sachkonzepts in den Mittelpunkt zu stellen.

Dabei spielt die Forderung nach Ausdehnung des Anwendungsbereichs der vertrauensbildenden Maßnahmen (VBM) auf ganz Europa eine entscheidende Rolle. Mit dieser Forderung ist ein konzeptioneller Integrationsfaktor geschaf-

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holik konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau und Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 9. Oktober 1980 vorgelegen.

Hat Braunmühl erneut vorgelegen, der die Rückgabe an Referat 221 verfügte.

Hat Holik am 24. Oktober 1980 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Pöhlmann, Legationsrat I. Klasse Kischlat und Legationssekretär von Schubert verfügte.

Hat Pöhlmann am 26. Oktober 1980 vorgelegen.

Hat Kischlat und Schubert vorgelegen.

² Hat Staatssekretär van Well am 8. Oktober 1980 vorgelegen.

³ Hat Bundesminister Genscher am 11. Oktober 1980 vorgelegen.

⁴ In Madrid begann am 9. September 1980 das Vorbereitungstreffen für die zweite KSZE-Folgekonferenz, die dort am 11. November 1980 eröffnet wurde.

⁵ Zu den Vorschlägen des Komitees der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten bei der Tagung am 14./15. Mai 1979 in Budapest vgl. Dok. 1, Anm. 28.

Zum Vorschlag des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, Gierek, vom 11. Februar 1980 für eine Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 55, Anm. 39.

Zu den Vorschlägen des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts bei der Tagung am 14./15. Mai 1980 in Warschau vgl. Dok. 150, Anm. 5.

⁶ Zum französischen Vorschlag einer Konferenz für Abrüstung in Europa vgl. Dok. 280, Anm. 18.

fen und ein sachliches Kriterium festgelegt worden, dessen Erfüllung durch die Sowjetunion eine Konferenz für den Westen akzeptabel, dessen Nichterfüllung ihre Ablehnung plausibel macht (vgl. unten Ziff. III).

II. Stand der Vorbereitungen in Brüssel

1) Unter den Bündnispartnern besteht Übereinstimmung, daß

- Madrid genutzt werden muß, um die quantitative und qualitative Weiterentwicklung der in der KSZE-Schlußakte enthaltenen VBMs⁷ zu militärisch wirksamen, verbindlichen und verifizierbaren Maßnahmen zu erreichen, die auf dem gesamten europäischen Kontinent – einschließlich des europäischen Teils der Sowjetunion – anwendbar sind;
- eine Konferenz aller KSZE-Teilnehmerstaaten auf der Grundlage des französischen KAE-Vorschlags ein geeignetes Forum für Verhandlungen über solche Maßnahmen sein könnte; die Option, in Madrid selbst über die Weiterentwicklung der VBM zu verhandeln, wird von den meisten Bündnispartnern abgelehnt, da sie die Durchsetzung westlicher VBM-Kriterien im Rahmen eines KAE-Mandats beeinträchtigen könnte;
- Fortschritte im militärischen Bereich nicht zu Lasten anderer Bereiche der KSZE-Schlußakte gehen dürfen: Die Konferenz muß als Teil von Korb I⁸ in den KSZE-Prozeß eingebunden bleiben, was die Verabschiedung eines spezifischen und substantiellen, nicht nur prozeduralen Verhandlungsmandats erfordert.

2) Die Zurückhaltung der USA gegenüber einer Festlegung auf die Konferenz zum gegenwärtigen Zeitpunkt besteht fort. Die NATO-Ratstagung in Ankara⁹ hat jedoch die amerikanische Bereitschaft ergeben, auch an den Arbeiten für einen Mandatsentwurf mitzuwirken und sich nach außen für das Konferenzkonzept der Allianz einzusetzen. Dies geschieht unter dem Vorbehalt, daß „die gegenwärtig herrschenden Umstände eine fortlaufende Prüfung der Entwicklung durch den ständigen NATO-Rat erforderlich machen“.

3) Die allianzinternen Beratungen konzentrieren sich auf einen Mandatstext auf der Basis des im Juli in Brüssel eingebrachten französischen Entwurfs (s. Anlage) und auf die Ausarbeitung eines Paketvorschlags vertrauensbildender Maßnahmen.

a) Der französische Textvorschlag für ein Verhandlungsmandat hat die grundsätzliche Zustimmung aller Bündnispartner, einschließlich der USA, gefunden. Offen sind im wesentlichen noch folgende Fragen:

- Rolle des Bündnisses: Wir halten einen Bezug auf die bestehenden Bündnisse im Mandat für erforderlich, um in späteren Verhandlungen Regelungen durchsetzen zu können, die mit den Erfordernissen der integrierten Verteidigung im Einklang stehen.

⁷ Für den Wortlaut des „Dokuments über vertrauensbildende Maßnahmen und bestimmte Aspekte der Sicherheit und Abrüstung“ der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 921–924.

⁸ Für den Wortlaut des Abschnitts „Fragen der Sicherheit in Europa“ (Korb I) der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–924.

⁹ Zur NATO-Ministerratstagung am 25./26. Juni 1980 vgl. Dok. 190.

- Übergang zu einer zweiten KAE-Phase: Während die Neun die Entscheidung darüber im Lichte des Ergebnisses einer ersten Phase treffen wollen, möchten die USA jeden Bezug auf spätere Verhandlungen über Verminderung von Streitkräften und Waffensystemen ausschließen.
- Verbindlichkeit von VBM: Frankreich hält bisher in Brüssel an voller Rechtsverbindlichkeit fest, während die übrigen Bündnispartner politische Verbindlichkeit für ausreichend halten.
- Einbringung des Mandats: Wir treten dafür ein, daß Frankreich den KAE-Vorschlag in Madrid als im Bündnis abgestimmten Vorschlag einbringt. Obgleich sich die französische Delegation in Brüssel noch nicht festgelegt hat, rechnen wir mit französischem Einverständnis.
- Zeitpunkt der Einbringung: Während Frankreich zunächst für die Einführung des Mandats zu Beginn des Haupttreffens eintrat, zeichnet sich auch hier eine Annäherung zwischen französischen und amerikanischen Vorstellungen ab: Nach der NATO-Ministerkonferenz am 11./12. Dezember¹⁰, aber noch vor Weihnachten.

b) Ein Paketvorschlag für VBM, die den Kriterien des Mandats entsprechen und die für alle Bündnispartner akzeptabel sind, wird von einer Arbeitsgruppe des Politischen Ausschusses mit Unterstützung der militärischen NATO-Stellen erarbeitet. Folgende Kategorien von Maßnahmen sind vorgesehen:

- Austausch militärisch relevanter Informationen,
- Vorankündigung militärischer Aktivitäten,
- Begrenzung bestimmter militärischer Aktivitäten („constraints“),
- Beobachtungs- und Verifikationsmaßnahmen.

Problematisch sind insbesondere die sogenannten „constraint“-Maßnahmen. Nach unserer Auffassung würden die politischen und militärischen Vorteile, die wir durch solche Maßnahmen erzielen (insbesondere Warnzeitgewinn), die Risiken im Hinblick auf die Implementierung der Vorneverteidigung nicht aufwiegen. Wir sehen den Kern der VBM deshalb in den Notifizierungsmaßnahmen. „Constraint“-Maßnahmen werden nur noch von den USA gewünscht, doch zeichnet sich möglicherweise auch in Washington ein Sinneswandel ab.

4) Für den 27. Oktober ist eine Sitzung des NATO-Rats mit Vertretern aus den Hauptstädten angesetzt, in der es gelingen sollte, in den wichtigsten noch offenen Fragen Übereinstimmung zu erzielen.¹¹ Zuvor werden auf unsere Initiative in Bonn Konsultationen mit unseren engsten Bündnispartnern im Vierer-Rahmen stattfinden, die Gelegenheit bieten werden, besonders wichtige und heikle Fragen vorzuklären.¹²

III. Bedeutung des geographischen Geltungsbereichs

1) Im Hinblick auf die kompromißlose Haltung des WP in der Frage des geographischen Anwendungsbereichs von VBM und bisher eher zögernde Haltung

¹⁰ Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1980 in Brüssel vgl. Dok. 363 und Dok. 364.

¹¹ Zur Sitzung des Ständigen NATO-Rats am 27. Oktober 1980 vgl. Dok. 297, Anm. 6.

¹² Zum Vierer-Treffen am 20. Oktober 1980 in Bonn vgl. Dok. 297.

der neutralen und ungebundenen Teilnehmerstaaten¹³ wird es eines hohen Maßes an politischer Entschlossenheit und Solidarität bedürfen, um die im Schlußkommuniqué von Ankara¹⁴ festgelegte westliche Position durchzusetzen.

2) Die westliche Forderung nach Einbeziehung des gesamten europäischen Territoriums der SU in den Anwendungsbereich der VBM ist aus folgenden Gründen unverzichtbar:

- Unter entspannungspolitischen Aspekten muß die Erosion des geographischen Ansatzes der KSZE-Schlußakte, der grundsätzlich ganz Europa erfaßt, verhindert werden. Die Sanktuarisierung europäischen Territoriums der Sowjetunion und der dort befindlichen Streitkräfte, wie sie in der geographischen Ausnahmeregelung für eine einzige VBM der Schlußakte zum Ausdruck kommt¹⁵, ist mit diesem Konzept auf Dauer nicht vereinbar und widerspricht auch dem Gleichheitsgrundsatz im Prinzipienkatalog. Ebenso wie Sicherheit ist auch Vertrauen unteilbar; verschiedene Zonen der Vertrauensbildung im militärischen Bereich wären nur Quelle neuen Mißtrauens.
- Unter rüstungskontrollpolitischen Aspekten wäre eine Konferenz, die im Ergebnis die der Sowjetunion in Helsinki¹⁶ konzedierte Ausnahmeregelung festschreiben würde, schlechter als keine Konferenz, da sie die Einteilung Europas in Zonen von unterschiedlichem rüstungskontrollpolitischen Status verfestigen würde.
- Selbst die prinzipielle Anerkennung des gesamteuropäischen Geltungsbereichs würde rüstungskontrollpolitisch wenig bringen, solange gerade die militärisch relevantesten Maßnahmen nur in einem unzureichenden Teil des europäischen Territoriums der Sowjetunion Anwendung finden.
- Wir werden nur dann eine Chance haben, unsere rüstungskontrollpolitischen Interessen durchzusetzen, wenn wir unsere Forderung nicht militärisch,

¹³ Ministerialdirektor Hansen vermerkte am 28. Oktober 1980: „Auch aus der Interessenlage der Neutralen sollte der Widerspruch nicht akzeptabel sein, der darin besteht, daß die Sowjetunion fordert, die politische Entspannung durch militärische Maßnahmen zu ergänzen, und gleichzeitig sich weigert, gut eine Hälfte ihres relevanten Militärpotentials diesen Maßnahmen zu unterwerfen. Die 250-km-Sonderregelung für eine der Maßnahmen von 1975 kann auch für die Neutralen kein Präjudiz sein. In Helsinki ging es um eine politische Grundsatzentscheidung, die den Weg zu militärischer Vertrauensbildung öffnete. Wenn [...] jetzt ein neues KSZE-Forum, an dessen Zustandekommen die Sowjetunion großes Eigeninteresse hat, ein umfassenderes Maßnahmenbündel mit größerer militärischer Relevanz aushandeln soll, muß es auch im Interesse der Neutralen liegen, in diese Verhandlungen auf der unbestrittenen Grundlage der Gleichbehandlung einzutreten.“ Vgl. VS-Bd. 11599 (02); B 150, Aktenkopien 1980.

¹⁴ Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 25./26. Juni 1980 in Ankara vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 138–145. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN 1980, S. 645–649.

¹⁵ Im „Dokument über vertrauensbildende Maßnahmen und bestimmte Aspekte der Sicherheit und Abrüstung“ der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 hieß es: „Im Falle eines Teilnehmerstaates, dessen Territorium sich über Europa hinaus erstreckt, müssen vorherige Ankündigungen nur von Manövern gegeben werden, die in einem Gebiet innerhalb von 250 Kilometern von seiner Grenze stattfinden, die einem anderen europäischen Teilnehmerstaat gegenüberliegt, oder die er mit ihm teilt, der Teilnehmerstaat muß jedoch keine Ankündigung in den Fällen geben, in denen dieses Gebiet auch der Grenze des Teilnehmerstaates benachbart ist, die einem nicht-europäischen nichtteilnehmenden Staat gegenüberliegt oder die er mit ihm teilt.“ Vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 922.

¹⁶ In Helsinki fand vom 30. Juli bis 1. August 1975 die KSZE-Schlußkonferenz statt.

sondern politisch begründen und sie durch Aufnahme in ein KAE-Mandat zur Geschäftsgrundlage des Verhandlungsprozesses machen.¹⁷

Wenn wir uns ohne verbindliche Klärung der geographischen Frage auf Verhandlungen einlassen, werden wir später kaum die Chance haben, den gesamteuropäischen Parameter für einzelne Maßnahmen im Konsens durchzusetzen.¹⁸ Die Erfahrung mit MBFR läßt es nicht ratsam erscheinen, sich auf einen neuen Verhandlungsprozeß ohne eindeutige Klärung der Rahmenbedingungen einzulassen.¹⁹

3) Wir müssen deshalb die Forderung nach Einbeziehung des gesamteuropäischen Territoriums der SU als *Conditio sine qua non* für eine KAE konsequent nach innen und außen weiter vertreten und das damit verbundene Risiko in Kauf nehmen²⁰: daß nämlich in Madrid kein Beschluß über eine KAE zustande kommt und daß es dann – wie von der Sowjetunion bereits angedroht – auch keine Ergebnisse in anderen Bereichen geben wird. Dieses Risiko erscheint politisch tragbar, wenn wir die Öffentlichkeit von der Richtigkeit unserer Position überzeugen. In diesem Zusammenhang sind folgende Erwägungen relevant:

- Im Unterschied zum WP strebt der Westen eine Konferenz nicht um der Veranstaltung willen an, sondern braucht die Konferenz zur Durchsetzung eines rüstungskontrollpolitischen Konzepts. Der Entspannungsprozeß leidet nicht unter dem Mangel an Veranstaltungen, sondern unter dem Mangel an Substanz und an Erfolgen.
- Der gesamteuropäische Geltungsbereich ist keine einseitige westliche Vorbedingung, sondern zwangsläufige Konsequenz aus der Einbettung der KAE in den KSZE-Prozeß. Die Sowjetunion hat gerade nach Afghanistan wenig Anlaß, im Hinblick auf die Vertrauensbildung im militärischen Bereich eine privilegierte Stellung anzustreben.
- Solange in der Grundfrage des geographischen Geltungsbereichs zwischen West und Ost Dissens besteht, würde die Einberufung einer Konferenz die Kontroverse nur verschieben und sie – weil der Erwartungshorizont erhöht würde – erst recht zu einer Belastung des Entspannungsprozesses werden lassen.
- Auch der Westen muß sich daran gewöhnen, ein wichtiges Konzept langfristig zu verfolgen. Falls Madrid nicht zum Erfolge führt, müssen weitere Chancen angestrebt und genutzt werden.
- Der Westen darf sich nicht durch die sowjetische Drohung mit dem Abbruch des KSZE-Prozesses von der Verfolgung seiner sicherheitspolitischen Ziele abbringen lassen, wenn der KSZE-Prozeß nicht zu einem Instrument des sowjetischen Hegemonialstrebens werden soll.

i. V. Ruth

¹⁷ Zu diesem Satz vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich: „M[eines] E[rachtens] beides.“

¹⁸ Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.

¹⁹ Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.

²⁰ Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.

[Anlage]

KAE – Text des französischen Mandatsentwurfs, der gegenwärtig in Brüssel verhandelt wird.

²¹Les États signataires de l'Acte Final de la CSCE, réunis à Madrid,

- Réaffirmant leur volonté de contribuer à l'amélioration de la confiance et à l'accroissement de la stabilité et de la sécurité en Europe,
- Notant la contribution qu'a apportée à cet égard la mise en oeuvre des dispositions pertinentes de l'Acte Final de la CSCE,
- Rappelant qu'il avait été considéré, lors de sa signature, que l'expérience acquise à ce titre pourrait permettre, au prix de nouveaux efforts, de développer et d'étendre les mesures destinées à renforcer la confiance,
- Reconnaisant l'intérêt des États concernés à poursuivre, dans les cadres appropriés, des négociations tendant à diminuer les risques de confrontation militaire et à promouvoir le désarmement,
- Considérant que la CSCE constitue le processus politique sous l'égide duquel il convient d'entreprendre de nouvelles actions tendant, de façon graduelle, à progresser concrètement dans la voie de la confiance et du désarmement²²,
- Considérant que les mesures qui pourraient en résulter seraient de nature à créer les conditions nécessaires pour qu'il soit donné effet et expression au devoir des États de s'abstenir de recourir à la menace ou à l'emploi de la force dans les relations entre eux,
- Réaffirmant l'égalité, dans le cadre du droit international, des droits et de devoirs de tous les États participants et, en conséquence, la nécessité d'éviter toute discrimination dans la mise en oeuvre des mesures destinées à améliorer la confiance et à accroître la stabilité et la sécurité, sur l'ensemble du continent européen,
- Estimant nécessaire le passage à une nouvelle étape sur la voie de la confiance, que réaliserait l'établissement d'un système propre à garantir durablement l'efficacité de telles mesures,
- Ayant examiné les propositions présentées par plusieurs pays,

sont convenus de convoquer une Conférence du Désarmement en Europe à ... en ... 1981, où siègeraient des représentants de haut niveau des Ministres des Affaires Étrangères des pays signataires de l'Acte Final de la CSCE.

Tenant compte de l'égalité souveraine des États participants et de leur droit d'appartenir ou de ne pas appartenir à des organisations internationales, d'être partie ou non à des traités d'alliance²³, ainsi que de leur droit à la neutralité,

²¹ An dieser Stelle handschriftliche Bemerkung: „Anmerkungen zu Punkten, die wir kritisiert haben.“

²² Der Passus „à progresser ... désarmement“ wurde hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „1) Text geht im Hinblick auf Phase 2 über 9er Position hinaus. Es muß Formulierung gefunden werden, die deutlich macht, daß Entscheidung über Phase 2 erst später aufgrund Lage Resultate Phase 1 getroffen werden kann (s. auch Anm. 3 und 6).“ Vgl. Anm. 24 und Anm. 27.

²³ Der Passus „droit ... traités d'alliance“ wurde hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „2) Reicht nicht aus. Im Text muß auch der Realität der bestehenden Bündnisse Rechnung getragen werden.“

cette conférence, qui prendra ses décisions suivant la règle du consensus, aura pour mandat:

- d'entamer un processus en deux étapes dont la première sera²⁴ consacrée à l'adoption d'un ensemble cohérent de mesures de confiance,
- de prévoir l'application de ces mesures dans la zone que constitue l'ensemble du continent européen, de l'Atlantique à l'Oural,
- d'arrêter les conditions dans lesquelles de telles mesures de confiance, significatives sur le plan militaire et juridiquement contraignantes²⁵, seront assorties de dispositions assurant la vérification appropriée des engagements souscrits.

Les États estiment en conséquence que la Conférence devra examiner:

- a) les mesures destinées à améliorer l'information sur les activités militaires des États,
- b) les mesures de notification préalable des principales activités militaires,
- c) les mesures susceptibles de contribuer à une stabilisation de l'accroissement sur une certaine période de ces activités,
- d) les mesures permettant la vérification du respect des obligations découlant de cet ensemble de dispositions.²⁶

Les États ont estimé que l'adoption d'un tel ensemble de mesures, qui constituerait l'objet d'une première étape, serait de nature à faciliter le passage ultérieur à la limitation et à la réduction des potentiels militaires dans la zone considérée²⁷.

Ils sont convenus que la prochaine réunion prévue à ..., sur les suites de la CSCE, examinerait, au vu des résultats de la première phase, la manière dont pourraient être poursuivis ces objectifs, compte tenu notamment de l'évolution des autres négociations intéressant l'Europe dans le domaine du désarmement.

Les États ont considéré que les dispositions arrêtées par les négociateurs concernant la première étape pourraient entrer en vigueur sans attendre la réunion de la conférence prévue à ... sur les suites de la CSCE²⁸, dans les formes et selon la procédure dont ils seraient convenus.

VS-Bd. 11444 (221)

²⁴ Der Passus „processus ... sera“ wurde hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „3) Einwand wie in Anm. 1).“ Vgl. Anm. 22.

²⁵ Die Wörter „juridiquement contraignantes“ wurden hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „4) Wir sind gegen Rechtsverbindlichkeit eines KAE-Ergebnisses (-> Heraushebung aus KSZE-Rahmen, lange Ratifizierungsverfahren mit ungewissem Ausgang) und streben hohen politischen Verbindlichkeitsgrad an.“

²⁶ Die Absätze a) bis d) wurden hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „5) Über CBM-Kategorien hinaus sollten im Text auch die Bezeichnungen der einzelnen Maßnahmen und beispielhafte Beschreibungen enthalten sein.“

²⁷ Der Passus „le passage ... considérée“ wurde hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „6) Einwand wie zu 1).“ Vgl. Anm. 22.

²⁸ Der Passus „pouraient ... CSCE“ wurde hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „7) Bestätigung des Ergebnisses muß durch ‚Madrid 2‘ erfolgen. Vorheriges Inkrafttreten gefährdet Einbindung KAE in KSZE-Prozeß.“

288

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Zia ul-Haq

VS-vertraulich

9. Oktober 1980¹

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem pakistanischen Präsidenten Zia ul-Haq beim Arbeitsessen am Donnerstag, dem 9. Oktober 1980 von 12.30 bis 14.45 Uhr im Bundeskanzleramt²

Weitere Gesprächsteilnehmer: General Rahim-ud-Din, Generalsekretär Shah Nawaz, Botschafter Ali, Botschafter Marker, BM Genscher, StM Huonker, StS van Well, MDg von der Gablentz.

Bundeskanzler heißt den Präsidenten willkommen. Er begrüßt den Besuch vor allem aus folgenden Gründen:

- Er ist ein Zeichen für die guten bilateralen Beziehungen.
- Er möchte von der Erfahrung und dem Urteil des Präsidenten lernen. Die kritischen Entwicklungen im Mittleren Osten schaffen zunächst für die Länder der Gegend schwere Probleme – wie z. B. die Flüchtlinge für Pakistan –, machen aber auch uns große Sorge.
- Besondere Sorge bereitet die gefährliche Lage am Golf. Dazu kommt das unge löste Palästinenser-Problem, das Unruhe in die ganze Region bringt. Hieraus ergeben sich Gefahren für die Ölversorgung, die nicht nur die wirtschaftlichen, sondern auch die sozialen und politischen Strukturen der Welt einschneidend beeinträchtigen können.
- Sorgen bereitet auch der Stand der Beziehungen zwischen den beiden Weltmächten, die füreinander – und manchmal wohl auch für sich selbst – nicht mehr verständlich und berechenbar sind.
- Die Entwicklung in Polen ist eine latente Quelle internationaler Unruhe. Was hätten die Sowjets getan, wenn sie nicht durch die Entwicklung in und um Afghanistan³ in ihrer Bewegungsfreiheit eingeengt worden wären?

Angesichts dieser gefährlichen Weltentwicklungen kommt es um so mehr darauf an, Gelassenheit zu wahren. Aber wir sind unter der Oberfläche zutiefst beunruhigt. Er begrüßt daher die Gelegenheit, mit dem Präsidenten von Pakistan zu sprechen und ihm zuzuhören.

Zia ist sehr dankbar, daß er trotz der Hektik der Tage nach der Wahl⁴ Gelegenheit zu diesem Gespräch bekommen hat. Er betont die Gemeinsamkeiten in

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 10. Oktober 1980 gefertigt und am selben Tag an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau übermittelt. Dazu vermerkte er, daß er „zur Unterrichtung des Bundesministers einen vom Bundeskanzler noch nicht genehmigten Vermerk“ übersende.

Hat Wallau am 10. Oktober 1980 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 11182 (340); B 150, Aktenkopien 1980.

² Präsident Zia ul-Haq hielt sich am 9. Oktober 1980 in der Bundesrepublik auf.

³ Zur Lage in Afghanistan vgl. Dok. 283, Anm. 17.

⁴ Bei den Wahlen zum Bundestag am 5. Oktober 1980 erhielt die SPD 42,9 % und die FDP 10,6 % der abgegebenen Stimmen. CDU und CSU erzielten 44,5 % der Stimmen. Im Bundestag kamen SPD

der Haltung der beiden Länder. Er freut sich darauf, von der Erfahrung und dem Urteil des Kanzlers zu lernen und seine Meinungen mit ihm auszutauschen.

Iran/Irak⁵

Zia berichtet über seine Kontakte in Teheran und in Bagdad.⁶

Pakistan hat auf engen Kontakt mit dem Iran Wert gelegt. Es hat als erstes Land Khomeini anerkannt⁷, der das auch geschätzt hat. Pakistan kannte daher die militärischen Stärken und Schwächen des Iran recht genau. Aber man muß selbst sehen, um zu verstehen, was die Revolution im Lande angerichtet hat:

Die Atmosphäre ist emotional aufgeladen. Es gibt keine Machtzentren, Präsident Bani Sadr und Mehrheitsführer Beheshti stehen unter der obersten Gewalt Khomeinis, der auch als höchstes Organ der Verfassung anerkannt wird (BK: unumstrittene, unbeschränkte Macht eines Mannes).

Bani Sadr, mit dem er in Teheran verhandelte, ist ein recht populärer Mann. Er betonte, daß der Iran gegenwärtig keine Regierung hat.⁸ Die neue Ordnung hat sich noch nicht zu einer Regierungsstruktur verdichtet. Man hat keine Institutionen, sondern nur das Volk. Keiner treffe daher Entscheidungen, die dem Volke mißfallen könnten.

Zur Forderung nach Einstellung der Feindseligkeiten betonte Bani Sadr, daß der Irak der Angreifer sei und seine Truppen zurückziehen müsse. Die Iraner haben nichts zu verlieren und werden nicht zulassen, daß eine Handbreit iranischen Bodens in die Hände der Iraker⁹ falle. Auf die Frage, warum es der Iran auf sich nehmen könne, ganz allein die gesamte islamische Welt zu reformieren, sagte Bani Sadr: Wir sagen eine Menge von Dingen, die Sie nicht glauben dürfen.

Für eine Lösung des Konflikts hatte Bani Sadr nicht viel zu offerieren. Da der Irak im Unrecht sei, müsse sich auch Pakistan auf die Seite der Wahrheit stel-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1488

und FDP zusammen auf 271, CDU und CSU auf 226 Mandate. Am 5. November 1980 wählte der Bundestag Helmut Schmidt erneut zum Bundeskanzler. Am selben Tag wurde er von Bundespräsident Carstens ernannt.

⁵ Zum Krieg zwischen Irak und Iran vgl. Dok. 283, Anm. 2.

⁶ Zu den Vermittlungsbemühungen des Präsidenten Zia ul-Haq im Krieg zwischen Irak und Iran vgl. Dok. 286, Anm. 8.

⁷ Botschafter Scheske, Islamabad, berichtete am 13. Februar 1979: „Präsident und Regierungschef Gen[eral] Zia ul-Haq hat dem neuen iranischen Ministerpräsidenten Dr. Bazargan am 12.2. eine Grußbotschaft übermittelt, welche in der Presse als Anerkennung der neuen iranischen Regierung interpretiert wird. Tatsächlich folgt Pakistan der gleichen Praxis wie europäische Staaten und kennt nicht die völkerrechtliche Anerkennung neuer Regierungen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 81; Referat 340, Bd. 110682.

⁸ Botschafter Ritzel, Teheran, berichtete am 28. August 1980, Ministerpräsident Rajai habe bei der Regierungsbildung keine Fortschritte erzielt. Präsident Bani Sadr lehne das von ihm vorgeschlagene Kabinett ab: „Voraussichtlich wird letztlich wieder nur ein Machtwort Khomeinis diese verfahrenere Situation bereinigen können.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 806; Referat 311, Bd. 137606.

Am 7. September 1980 teilte Ritzel mit: „Die amtliche iranische Nachrichtenagentur berichtete am 6. September 1980, Khomeini habe nach einem Gespräch mit Bani Sadr am 5. September 1980 entschieden, daß nur jene Personen mit der Führung von Ressorts in der Regierung beauftragt werden könnten, die die Zustimmung des Präsidenten hätten. Vorher hatte Bani Sadr mit seinem Rücktritt gedroht. [...] Der umstrittenste Kandidat ist der Außenminister, Mussawi, der in der Geiselfrage eine kompromißlose Haltung einzunehmen versprach.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 841; Referat 311, Bd. 137606.

⁹ Korrigiert aus: „Iraner“.

len und sich zur Unterstützung des Iran verpflichten. Während des Gesprächs rief der iranische Luftwaffenchef an und berichtete, daß die irakische Luftwaffe zurückgeschlagen worden sei. Bani Sadr fragte darauf: Wie können Sie von Einstellung der Feindseligkeiten sprechen, wenn wir gewinnen? Auf die Gegenfrage, daß auch gerade im Krieg gewisse Grundnormen der Vernunft zur Geltung kommen müßten, meinte Bani Sadr: „Wir werden uns selbst zerstören, wenn wir nicht gewinnen können.“

Diese iranische Haltung ist um so bemerkenswerter, weil sie von Bani Sadr kommt, einem gebildeten, eher philosophischen Menschen, der zuhören könne, gemäßigt und flexibel sei und das Zeug zu einem Staatsmann habe.

Militärisch ist der Iran in der Luft dem Irak weit überlegen. Die Annahme, daß Ersatzteile fehlten, ist falsch. Der pakistanische Außenminister¹⁰ hat aus iranischer Quelle in New York erfahren, daß deswegen so reichlich Ersatzteile vorhanden seien, weil zu Zeiten des Schahs¹¹ jede Teilstreitkraft eigene Bestellungen aufgeben konnte und überreichliche Ersatzteillager angelegt habe. Bei den Landstreitkräften hat er im Gespräch mit dem Verteidigungsminister¹² und Befehlshabern einen wieder auflebenden Stolz und den Willen, das Land zu verteidigen, festgestellt.

Insgesamt hat der Irak die Verteidigungskraft des Iran falsch eingeschätzt. Waffe und Armee sind nicht in dem Maße desintegriert, wie der Irak annahm.¹³ Die Landstreitkräfte haben ihre Kampfbereitschaft behalten. Auf Fragen fügt er hinzu: Wahrscheinlich hat der Irak¹⁴ auch die Haltung der Bevölkerung von Khuzestan falsch beurteilt, die loyal zum Iran steht.

Im Irak muß man mit einer guten Moral der Bevölkerung und einer nüchtern kalkulierenden Regierung rechnen. Der eigentliche Grund für den Versuch, mit militärischen Mitteln den Zustand vor dem Vertrag von 1975¹⁵ wieder herzustellen, ist wohl, daß Saddam Hussein nicht in die Geschichte eingehen möchte als ein Mann, der den uralten arabischen Besitzstand – insbesondere Kontrolle über den ganzen Schatt el-Arab – aufgegeben hat. Hinzu kommt, daß Khomeini und seine Anhänger durch Propaganda und ihren Einfluß auf die schiitische Minderheit im Irak versucht haben, Saddam Hussein zu stürzen.

Nach einem ersten Erfolg der irakischen militärischen Operationen stellt sich jetzt heraus, daß die Schlacht zu Lande zugunsten des Irak, die in der Luft zugunsten des Iran fortschreite. Aus den Positionen beider Regierungen muß man gegenwärtig den Schluß ziehen, daß die Feindseligkeiten nicht beendet werden, bevor nicht einer den klaren Sieg davonträgt.

Auf Fragen des Bundeskanzlers über die Nachrichten, daß der Iran von Syrien und der Irak von Jordanien mit Waffen versorgt werde, meint er, daß Waffen aus Syrien jedenfalls nicht auf dem direkten Flug über den Iran transportiert werden könnten, da die irakische Luftabwehr zu gut sei. König Hussein hat ihm

¹⁰ Agha Shahi.

¹¹ Mohammed Reza Pahlevi.

¹² Mostafa Chamran.

¹³ So in der Vorlage.

¹⁴ Korrigiert aus: „Iran“.

¹⁵ Zu den Abkommen von 1975 zur Regelung der Grenze zwischen Irak und Iran vgl. Dok. 251, Anm. 5.

Ende September gesagt, daß die Jordanier zwar auf seiten des Irak stünden, aber nicht eingreifen werden.¹⁶ Außerdem sei es unwahrscheinlich, daß Waffenlieferungen durch den Golf von Akaba gelangen, ohne daß die Israelis eingreifen. Er selbst hat auf einer sechsstündigen Reise durch Nordjordanien nach Bagdad keinerlei Truppenbewegungen beobachten können.

GS *Shah Nawaz* ergänzt, daß sich die Iraker nach ihren Aussagen auf militärische Beherrschung der die Ebenen von Khuzestan beherrschenden Bergketten beschränken wollen und keine Landoperationen in die Weite Irans planen.

Zia erläutert auf Fragen des Bundeskanzlers, daß er Carter in demselben Sinne unterrichtet hat.¹⁷ Er plädiert dafür, daß sich alle Staaten aus dem Konflikt heraushalten. (BK: Wir teilen dieses Urteil.)

Zur Haltung der Sowjetunion¹⁸ weist er darauf hin, daß sie neun Divisionen in Afghanistan (vier gegenüber Iran, fünf gegenüber Pakistan) und zwölf Divisionen im Norden von Iran unterhält. Sie hat außerdem in den letzten 20 Jahren die schiitische Geistlichkeit infiltriert und verfügt über beträchtliche Unterstützung der Linken im Iran, die heute praktisch alle Khomeini unterstützen. Die Sowjetunion ist am iranischen – nicht am irakischen – Öl interessiert, da sie schon in fünf Jahren Öl und Gas aus dem Nahen Osten importieren muß. Da die Araber zumindest den Anschein erwecken, als verschwören sie sich gegen den Iran (Ausnahmen Syrien und PLO), wird sich der Iran als einziger verbliebener Option den Russen zuwenden. Die SU braucht keinen Finger krumm zu machen. Der Iran wird ihr wie eine reife Pflaume in den Schoß fallen.

Er hat Carter daher gesagt, daß sich die ganze Region dem sowjetischen Einfluß öffnen werde, wenn es nicht gelingt, die Lage im Iran und in Afghanistan wirksam zu ändern. Die Entwicklung zugunsten der Sowjetunion kann nur noch verstärkt werden, wenn es dem Irak jetzt gelingt, auch noch die Ölversorgung des Iran in Frage zu stellen, der zur Ernährung seiner Bevölkerung von einem funktionierenden Transportsystem abhängt.

¹⁶ Zu den irakisch-jordanischen Beziehungen vgl. Dok. 281, Anm. 13.

Botschafter Munz, Amman, berichtete am 29. September 1980: „Pakistanischer Präsident Zia und GS Islamischer Konferenz, Chatti, sind, aus Teheran kommend, gestern hier eingetroffen. Sie wurden von König Hussein, K[ron]P[rinz] Hassan und P[remier]M[inister] Badran empfangen. Aufnahme Zias besonders herzlich, da er 1967 pakistanischer Ausbildungsleiter jordanischer Streitkräfte war. Präsident Zia und GS Chatti sind heute auf Landweg – 1000 km Steinwüste – nach Bagdad weitergereist. [...] Man rechnet damit, daß Jordanien dem Irak Versorgungsgüter nichtmilitärischer Art zur Überwindung von Engpässen liefern wird. Von darüber hinausgehenden Hilfeleistungen ist zunächst nichts bekannt. [...] In zunehmendem Maße werden hier nun auch kritische Stimmen gegenüber allzu deutlicher und exponierter Solidarisierung mit dem Irak laut.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 482; Referat 311, Bd. 137598.

Am 1. November 1980 vermerkte Referat 310: „König Hussein hat in Bagdad Ende Oktober 1980 die Solidaritätszusagen, die er – wie die übrigen konservativen arabischen Staaten – gegenüber Irak schon zu Beginn des irakisch-iranischen Krieges abgegeben hatte, ausdrücklich wiederholt. Von militärischer Unterstützung ist weiterhin nicht die Rede. Die USA hatten Hussein davor ausdrücklich gewarnt. Angebliche Pläne, jordanische Truppen zur Hilfe bei der Rebellenbekämpfung nach Kurdistan zu entsenden, sind nicht bestätigt worden. Jordanische Hilfe für Irak ist weiterhin in erster Linie logistisch. Wegen unzureichender irakischer Hafenkapazitäten wurden bereits früher Waren von Akaba im Transit nach Irak verbracht. Nach dem Ausfall der irakischen und, aus politischen Gründen, syrischen Häfen ist die Benutzung Akabas zur Versorgung Iraks, auch auf militärischem Gebiet, von ausschlaggebender Bedeutung.“ Vgl. Referat 310, Bd. 125011.

¹⁷ Zum Gespräch der Präsidenten Carter und Zia ul-Haq am 3. Oktober 1980 vgl. Dok. 283, Anm. 19.

¹⁸ Zur Haltung der UdSSR im Krieg zwischen Irak und Iran vgl. Dok. 283, Anm. 7.

Bundeskanzler fragt, wie lange die Kämpfe innerhalb von Afghanistan andauern werden. Die SU ist sich heute offensichtlich ihrer eigenen Fehleinschätzungen zur Reaktion der islamischen Staaten und der Dritten Welt sowie der Widerstandskraft der Afghanen bewußt.

Sie würde heute vorsichtiger sein als im Dezember 1979. Überdies geben ihre kommunistischen Verbündeten lediglich Lippenbekenntnisse zur Unterstützung der sowjetischen Afghanistan-Invasion ab und lassen deutlich ihre Zweifel an der Weisheit des Beschlusses der sowjetischen Führung anklingen. Die SU hätte sich wahrscheinlich ohne die Lektion Afghanistan Polen gegenüber anders verhalten.

GS Shah Nawaz: Die Sowjetunion scheint sich nach Helsinki¹⁹ entschlossen zu haben, die Lage in Europa zu stabilisieren, aber auf anderen Fronten ihren Einfluß voranzutreiben. Für sie entwickelt sich eigentlich alles recht gut. Sie hat Zeit, denn die ganze Region ist in Aufruhr und ohne Stabilität. Sie braucht nur ihre bisherigen Bemühungen fortzusetzen und alles wird sich zu ihren Gunsten entwickeln.

Bundeskanzler hält diese Projektion für zu günstig für die SU. Die Sowjets haben eine krankhafte Obsession, was China anbelangt. Sie zeigen sogar deutlich ihre Furcht. Die würde sich noch vergrößern, wenn es zu einer militärischen Koalition China–USA–Japan kommt. Außerdem muß die SU mit der Möglichkeit eines unbeschränkten Rüstungswettlaufs mit den USA rechnen, mit deren Produktivkraft sie nicht mithalten kann.

Auch in der sowjetischen Führung gibt es verschiedene Strömungen. Breschnew und seine Gefolgsleute versuchten, zu einer gewissen Verständigung mit USA und Westeuropa zu kommen, um ihr eigenes Land wirtschaftlich entwickeln zu können. Dafür hätten sie den Militärs freie Hand geben müssen. Unter Führung von Gorskow, der sicherlich einer der besten militärischen Organisatoren unserer Zeit ist, haben sie ihre Marine hoch entwickelt. Dasselbe gilt für die Raketen. Weniger eindrucksvoll ist die Entwicklung bei den Landstreitkräften. Hier haben sie, wie seine Gespräche in Moskau²⁰ zeigten, tatsächlich Angst vor den Deutschen, wenn dies auch angesichts der Kraftverhältnisse lächerlich erscheinen könne.

Wenn die Sowjetunion in einen Rüstungswettlauf mit den USA gezogen wird, muß sie zwischen der Eskalation des Rüstungswettlaufs, den sie auf lange Sicht nicht gewinnen kann, oder seiner schnellen Beendigung wählen. Gefährlich wird es dann, wenn sie solche Wahl klar vor sich sieht. Sie könnte dann ein kleineres militärisches Risiko jetzt einem größeren später vorziehen.

GS Shah Nawaz stimmt der Analyse des Bundeskanzlers zu. Die sowjetische Einkreisungsfurcht wird von der SU als Rechtfertigung des Einmarschs in Afghanistan benutzt und wird auch für jedes Vorgehen im Iran herhalten müssen. Wir müssen davon ausgehen, daß die Sowjetunion ihre Expansionspolitik fortsetzt in der nah- und mittelöstlichen Region, die zu einer zentralen Region auch der europäischen Sicherheit geworden ist.

¹⁹ In Helsinki fand vom 30. Juli bis 1. August 1975 die KSZE-Schlußkonferenz statt.

²⁰ Zum Besuch des Bundeskanzlers Schmidt und des Bundesministers Genscher am 30. Juni und 1. Juli 1980 in der UdSSR vgl. Dok. 192–195.

Die Hoffnung, daß der sowjetische Einmarsch in Afghanistan Pakistanis und Indien zusammenführt, hat getrogen. Die SU hat jetzt den Indern neue gewaltige Waffenlieferungen zugesagt.²¹ Indien ist jetzt der SU näher als vor Afghanistan.

Bundeskanzler bemerkt zum sowjetisch-chinesischen Verhältnis, daß objektiv zur Zeit keiner der anderen Seite wirklich großen Schaden zufügen kann, aber der Haß ist so groß, daß er auf beiden Seiten das Urteil trübt.

Zur Haltung Indiens hält er fest, daß er in Belgrad in Frau Gandhi einen erschöpften und verzweifelten, traurigen Gesprächspartner ohne wirkliche Vitalität gefunden habe.²² Sie wird sich nach seinem Eindruck auf die Bewahrung und den Zusammenhalt der Demokratie in Indien konzentrieren müssen. Sie stellt kaum eine Gefahr für Pakistan dar, das aus verständlichen Gründen in Gefahr sei, wegen des großen Drucks von Norden auch²³ den Druck von Süden zu überschätzen. Nach seiner Einschätzung stellt Indien für Pakistan keine größere Gefahr dar als China für die Sowjetunion.

Zia hofft, daß der Bundeskanzler mit seiner Einschätzung recht hat. Wenn sich die Sowjetunion zu Präventivmaßnahmen entschließt, wird sie sie sicherlich auch mit der amerikanischen Präsenz im Indischen Ozean rechtfertigen. Sie wird sich um so leichter für eine territoriale Expansion entscheiden, je weniger sie das Gefühl haben muß, daß ihr Vorgehen in Afghanistan eingedämmt wird.

Bundeskanzler: Ein militärisches Vorgehen der Sowjetunion in Polen wird – ebenso wie ein unprovokiertes Vorgehen im Iran – eine tiefgreifende Wandlung des Verhältnisses zwischen West und Ost und der Weltlage zur Folge haben. Unter diesen Umständen muß der Westen zwei Dinge zeigen:

- Standfestigkeit und Stärke in seiner Strategie.
- Das dauernde Bemühen, die SU in internationale Verhandlungen zu ziehen und sie politisch einzubinden, z. B. in Madrid²⁴, in Wien²⁵, in Rüstungskontrollverhandlungen wie SALT III.

²¹ Ministerialdirektor Meyer-Landrut vermerkte am 3. Juni 1980: „Indien hat mit der Sowjetunion den Ankauf von Rüstungsgütern in Höhe von ca. drei Milliarden DM vereinbart. [...] Ein entsprechendes Abkommen soll bereits paraphiert sein. Die Sowjetunion soll darüber hinaus bereit sein, den Kreditrahmen für Waffenkäufe auf ca. 4,6 Milliarden DM auszudehnen.“ Unter den Rüstungsgütern, die Indien erwerben wolle, „sollen sich Kampfpfanzern T-72, Elektronikausrüstung für Luftverteidigung, Lufttransportflugzeuge AN-32, Kampfflugzeuge MiG-23 und MiG-25 sowie Schnellboote (Petya-Klasse)“ befinden: „Die Verhandlungen mit der Sowjetunion über die jetzt beschlossenen Lieferungen waren bereits von der Regierung Desai vor etwa eineinhalb Jahren eingeleitet worden. Hervorzuheben ist aber, daß sich Indien nur kurze Zeit nach der sowjetischen Intervention in Afghanistan und der dadurch veränderten Sicherheitslage in der Region in einem wichtigen Bereich langfristig an die Sowjetunion bindet. Ob die indische Regierung einen vermehrten Einfluß der Sowjetunion auf Indien bewußt in Kauf nimmt oder glaubt, diesen Einfluß unter Umständen durch Verbesserung der Beziehungen zu China, Ausgleich mit Pakistan und aktiver Regionalpolitik mindern zu können, kann zur Zeit nicht beurteilt werden. Auf das indisch-pakistanische Verhältnis [...] kann sich das Rüstungsgeschäft nur negativ auswirken. Die indische Aufrüstung (Kauf von Rüstungsgütern in der Sowjetunion und das vorangegangene Jaguar-Geschäft mit Großbritannien über rund 3,5 Milliarden DM) hält das Mißtrauen wach, das bisher entscheidendes Hindernis einer pakistansisch-indischen Annäherung war.“ Vgl. Referat 340, Bd. 113107.

²² Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsidentin Gandhi am 7. Mai 1980 in Belgrad vgl. Dok. 142.

²³ Korrigiert aus: „auf“.

²⁴ In Madrid begann am 9. September 1980 das Vorbereitungstreffen für die zweite KSZE-Folgekonferenz, die dort am 11. November 1980 eröffnet wurde. Vgl. dazu Dok. 319 und Dok. 322.

²⁵ In Wien fanden seit 30. Oktober 1973 die MBFR-Verhandlungen statt.

Die Schwierigkeit für den Westen besteht darin, daß es weder eine vereinbarte Strategie gibt noch einen Führer. Eines von beidem aber ist unerläßlich. Japan, das auch in diesen Kreis gehört, hält sich vorsichtig zurück, solange keine Klarheit über ein gemeinsames westliches Vorgehen zu gewinnen ist.

Er glaubt nicht, daß die Sowjetunion eine „grand strategy“ besitzt. Ihre Führer verfolgen vielmehr eine vorsichtige Strategie von Schachspielern – nur Chruschtschow war ein Pokerspieler. Er erläutert diese Einschätzung mit einer Schilderung der Reaktionen der verschiedenen Angehörigen des Politbüros, die zum ersten Mal gemeinsam am Abendessen für den Bundeskanzler im Kreml teilgenommen haben. Sie machten den Eindruck älterer vorsichtiger Herren, die offenbar zum ersten Mal in dieser Form mit so klaren politischen Aussagen konfrontiert waren, wie sie der Bundeskanzler in seiner Rede gemacht hat. Aus den verschiedenen Reaktionen auf die Afghanistan-Passage der Rede²⁶ hat er entnehmen können, daß auch das Politbüro – wie jede andere Regierung – keine homogene Einheit ist, auch wenn sie ihre Meinungsverschiedenheiten besser verstecken. Zusammenfassend glaubt er, daß die Sowjetunion eine gefährliche Weltmacht ist, daß wir aber keine Veranlassung haben, in Respekt vor ihr zu erstarren.

Zia: Wenn die sowjetischen Führer Schachspieler sind, wie kann man ihnen Schach bieten in Afghanistan? Pakistan ist hierfür offensichtlich zu klein.

Bundeskanzler: Wir sind in diesem Fall schon wegen der geographischen Entfernung noch kleiner. Wir sind auch sonst keine Weltmacht. Wir bemühen uns aber, unseren vollen Beitrag zu leisten, um der Sowjetunion die westliche Stärke zu beweisen und sie in internationale Verhandlungen einzubinden. Praktisch hat die Bundesregierung die USA dazu gebracht, mit dem NATO-Beschluß vom 12. Dezember 1979²⁷ der SU ein Mittelstreckenpotential entgegenzustellen und gleichzeitig sie über das Rüstungskontrollangebot zu Verhandlungen über Rüstungsbegrenzungen zu bewegen.

Auf Frage des Generals Rahim-ud-Din, wer die auf konventionellem Gebiet überall überlegenen sowjetischen Streitkräfte aufhalten könne, bemerkt er, daß es in Europa die NATO getan hat. Die SU weiß genau, daß sie in Europa eine gewisse Grenze nicht überschreiten kann, ohne einen Weltkrieg zu riskieren (BM Genscher: Das gilt auch für Jugoslawien). Andere Nationen – z.B. Polen oder die nichtgebundenen Staaten der Dritten Welt – sind von dieser westlichen Allianz

²⁶ Beim Abendessen am 30. Juni 1980 im Kreml legte Bundeskanzler Schmidt dar: „Die Afghanistan-Krise wirft einen breiten Schatten auf die Ost-West-Beziehungen in Europa. [...] Der Frieden der Welt hängt in zunehmendem Maße davon ab, daß alle Völker – auch wenn sie keinem Bündnis angehören – darauf vertrauen können, daß ihre Souveränität und Unabhängigkeit gewahrt bleibt. Ihre Blockfreiheit ist heute ein realer Faktor des internationalen Friedens.“ Das Ziel sei die „Wiederherstellung eines unabhängigen, blockfreien Afghanistan, frei von ausländischen Truppen, eines Afghanistan, das den Wünschen des afghanischen Volkes und den legitimen Interessen der Nachbarn Afghanistans entspricht. Ich bin sicher, daß Sie, Herr Generalsekretär, wesentlich zur Entschärfung der gefährlichen Krise beitragen würden, wenn Sie erklären könnten, daß der angekündigte Rückzug einiger sowjetischer Truppen aus Afghanistan der Beginn einer kontinuierlichen Bewegung ist, die bis zum vollständigen Abzug fortgesetzt wird.“ Vgl. BULLETIN 1980, S. 662 f.

²⁷ Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 10.

nicht gedeckt. Die eigentliche Gefahr besteht also für die Staaten, die nicht von der formellen Garantie der westlichen Allianz²⁸ gedeckt werden.

Allerdings muß man auch im Auge halten, daß auch verstärkte militärische Präsenz des Westens in Regionen der Dritten Welt (z. B. US-Soldaten in der Golf-Region oder westliche Marinepräsenz im Golf) politische Gefahren für die dortigen Regierungen mit sich bringen und eine unberechenbare Situation schaffen können.

Aus dieser Analyse zieht er den Schluß, daß Zia recht hat mit seiner Forderung, daß sich alle Seiten aus dem Konflikt heraushalten müssen. Man provoziert sonst Dinge, die man nicht mehr kontrollieren kann. Er ist daher gegen den Aufbau militärischer Kräfte in der Region – auch wenn er nur in den Schlagzeilen der Zeitungen stattfindet. Die Anwesenheit militärischer Eingreifkräfte kann die Zerstörung der Ölquellen und eine Blockade der Straße von Hormuz nicht verhindern, evtl. aber provozieren.

Der große strategische Fehler des Westens – die Annahme, das Öl werde stets unbehindert aus der Region fließen – ist bereits viel früher gemacht worden. Er macht sich Sorgen über die Zukunft einiger Regierungen in der Golf-Region, die heute noch ein Faktor der Stabilität sind.

Afghanistan

Zia berichtet, daß Brzezinski ihm nach der sowjetischen Intervention in Afghanistan angeboten habe, amerikanische Truppen nach Pakistan einzufliegen. Er habe geantwortet, daß 80 Millionen Pakistanis sich allein verteidigen könnten. Keiner möchte ausländische Truppen auf seinem Gebiet. Er habe Brzezinski vorgeschlagen, eine solche Übereinkunft in die Form eines Vertrages zu gießen, um nicht wie bei der Übereinkunft von 1959²⁹ feststellen zu müssen, daß man sich von der Übereinkunft zurückziehe, wenn die Lage ernst werde. Brzezinski solle dem Kongreß sagen, daß Pakistan sich auf das Wort der USA verlassen möchte.³⁰ Er selbst habe aus diesen Erfahrungen den Schluß gezogen, daß es nicht nur eine Führungs-, sondern auch eine Vertrauenskrise gebe.

Bundeskanzler findet es schwierig, dem zu widersprechen.

Wir haben als geteilte Nation – ein Fünftel unter kommunistischer Führung mit einer militärischen Präsenz von 24 sowjetischen Divisionen – einen gewissen Modus vivendi erreicht. Jede Eskalation der Spannung und der Rüstungen bedeutet für uns die Unterbrechung des in vielen Jahren Erreichten. Daher setzen die Deutschen natürlich Hoffnung auf eine Fortsetzung der gegenwärtigen Lage. BM Genscher und er selbst sind gerade wiedergewählt worden, weil die Mehrheit der Deutschen ihre vorsichtige, aber nie schwache Politik für richtig halten. Die Bevölkerung weiß auch, daß diese Bundesregierung wesentlich an der NATO-Entscheidung mitgewirkt hat und zum Kern derer gehört, die sowjetischem Druck widerstehen.

²⁸ Vgl. dazu Artikel 5 und 6 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949; BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 290.

²⁹ Für den Wortlaut des Regierungsabkommens vom 5. März 1959 zwischen Pakistan und den USA über Zusammenarbeit vgl. UNTS, Bd. 327, S. 286–290.

³⁰ Zu den Gesprächen des Sicherheitsberaters des amerikanischen Präsidenten, Brzezinski, mit Präsident Zia ul-Haq vom 2. bis 4. Februar 1980 in Pakistan vgl. Dok. 38, Anm. 19.

Aber als Regierungschef einer tief verwundbaren Nation ist der Bundeskanzler in einer anderen Lage als z. B. MP Thatcher oder Präsident Giscard. Man kann von ihm keine Führungsrolle erwarten, auch wenn wir in der gegenwärtigen Lage Verantwortlichkeiten übernehmen müssen, die größer sind, als er es wünschte.

GS *Shah Nawaz*: Es muß jemanden geben, der den Sowjets nahelegt, sich in Afghanistan flexibler zu verhalten. Er appelliert an den Bundeskanzler, diese Rolle zu übernehmen, da er über Einfluß in Moskau verfüge.

Marker berichtet, daß Gromyko im Gespräch mit AM Agha Shahi in New York³¹ die Präsenz sowjetischer Truppen in Afghanistan als vorübergehend bezeichnet habe. Er habe betont, daß der Truppenrückzug gegen eine Einigung über die Grenzen zu haben sei. Internationale Konferenzen allerdings hätten keinen Sinn. Man müsse direkt mit Babrak Karmal sprechen.

Angesichts der einen Million Freiheitskämpfer in Afghanistan sei es für die Pakistanis innenpolitisch (Zia: auch moralisch) unmöglich, mit Babrak Karmal zu sprechen.

Die verschiedenen Überlegungen verdichten sich jetzt in einem Resolutionsentwurf³² für die Afghanistan-Debatte der Generalversammlung im November (voraussichtlich am 12. bis 17.³³, nach der US-Wahl³⁴). Man strebt eine flexiblere Resolution an, da nur dann die Chance besteht, daß die Sowjetunion mitmacht. Sie zielt auf die guten Dienste des Generalsekretärs³⁵ und darauf, die SU in internationale Verhandlungen hineinzuziehen.

³¹ Nach einem Gespräch des pakistanischen Außenministers Agha Shahi mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 29. September 1980 in New York übermittelte Botschafter Jelonek, New York (VN), am 7. Oktober 1980 Informationen der pakistanischen VN-Delegation: Pakistan verfolge derzeit nicht mehr das Projekt einer internationalen Konferenz über Afghanistan. Vielmehr solle eine VN-Resolution entworfen werden, „die die von der Islamischen Konferenz im Mai des Jahres verkündeten Grundsätze aufgreift [...]“. Dabei geht es 1) um den Abzug der Truppen aus Afghanistan; 2) die Anerkennung Afghanistans als blockfreier und unabhängiger Staat, frei von äußerer Einmischung; 3) um das Recht der Bevölkerung in Afghanistan, seine eigene Regierung zu bestimmen; 4) [um] das Recht der Flüchtlinge aus Afghanistan zur Rückkehr in ihr Land. Nach pakistanscher Auffassung sind diese Prinzipien für die SU und das Regime Babrak Karmal akzeptabel, da beide sich zumindest verbal bereits dazu bekannt haben. Seit dem Gespräch Agha Shahis mit Gromyko am 29.9.1980 halten sie es jedenfalls für denkbar, daß eine Resolution dieses Inhalts für die SU akzeptabel sein könnte. Wenn die SU auch möglicherweise ihr nicht zustimmt, so könnte sie doch geneigt sein, sich der Stimme zu enthalten. Schon dieses bezeichneten Pakistanis als Erfolg. Sowjets hätten zu verstehen gegeben, daß ein Mechanismus zur Durchsetzung einer Resolution nicht annehmbar sei. Allenfalls würden sie sich mit der Inanspruchnahme der guten Dienste des GS oder eines von ihm Beauftragten einverstanden erklären können.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2632; Referat 230, Bd. 128017.

³² Vortragender Legationsrat I. Klasse Schaad übermittelte der Ständigen Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York am 16. Oktober 1980 den „ersten Rohentwurf“ einer Resolution der VN-Generalversammlung zu Afghanistan, der anläßlich des Besuchs von Präsident Zia ul-Haq in der Bundesrepublik am 9. Oktober von der pakistanischen Botschaft übergeben worden sei. Vgl. den Drahterlaß Nr. 993; Referat 230, Bd. 128017.

Für den Wortlaut der Resolution Nr. 35/37 der VN-Generalversammlung vom 20. November 1980 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XIX, S. 197.

³³ Die VN-Generalversammlung beriet vom 17. bis 20. November 1980 über Afghanistan. Vgl. dazu YEARBOOK OF THE UNITED NATIONS 1980, S. 304–306. Vgl. dazu ferner Dok. 333, Anm. 5.

³⁴ Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

³⁵ Kurt Waldheim.

StS *van Well*: Auf Bemerkung des Bundeskanzlers, daß die Afghanistan-Diskussion in Madrid die sowjetische Position verhärten könne, meint er, die SU könne auch ein gewisses Interesse haben, durch Entgegenkommen in anderem Rahmen die Afghanistan-Diskussion in Madrid zu entschärfen.

Zia berichtet aus Gesprächen mit Arnold Hammer und Lou Pearlstein, die die KSZE-Konferenzen als neues Jalta³⁶ bezeichnet hätten. Er hofft immer noch, einen Silberstreifen am Horizont für eine politische Lösung in Afghanistan zu entdecken.

Bundeskanzler erklärt seine Bereitschaft, mit den Pakistanis und anderen VN-Mitgliedern den Sowjets eine gesichtswahrende Lösung der Afghanistan-Frage nahezubringen, wenn es zu der angestrebten Resolution kommt und wenn vorher die Afghanistan-Frage mit gewissem Nachdruck in Madrid diskutiert worden ist. Aber auch wenn er bereit ist, sich einer solchen Aktion anzuschließen, muß er darauf hinweisen, daß unser Einfluß in Moskau begrenzt ist.

Zia antwortet auf Frage des Bundeskanzlers nach der Haltung Carters und Giscard, daß er mit ihnen hierüber nicht gesprochen habe. Carter werde sich wohl jeder Aktion anschließen, die hilfreich erscheine. Giscard habe sehr stark unterstrichen, daß der Mangel an westlicher Führung es den Sowjets erleichtert habe, nach Afghanistan einzumarschieren.³⁷

Er setzt sich dafür ein, der Weltöffentlichkeit die Probleme der Freiheitskämpfer in Afghanistan bewußt zu machen. Unter den etwa eine Million afghanischen Flüchtlingen in Pakistan gibt es praktisch keine Männer, die fähig wären zu kämpfen. Sie sind in Afghanistan geblieben, um gegen die Russen zu kämpfen. Ein hoher afghanischer General habe ihm aus eigenem Erleben geschildert, daß die sowjetischen Truppen in den Kämpfen sich als schlecht ausgebildet, schreckhaft und feige erwiesen haben. Ihre Disziplin und Moral sei niedrig. Aus Angst vor den Freiheitskämpfern zögerten sie z. B., ihre gepanzerten Truppentransporter oder Tanks zu verlassen. Auf Fragen meint er, daß dies wahrscheinlich weniger für die Berufssoldaten gelte, die in Kampfhubschraubern eingesetzt werden.

Bilaterale Fragen

Zia dankt für die Erhöhung der bilateralen Hilfe³⁸ und die Entsendung Prof. Schillers, der seinen Bericht in Kürze vorlegen wird.³⁹

³⁶ In Jalta trafen vom 4. bis 11. Februar 1945 Premierminister Churchill, Präsident Roosevelt und der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der UdSSR, Stalin, zusammen. Für den Wortlaut des Kommuniqués, des Protokolls über die Tätigkeit der Konferenz und der Abkommen über Kriegsgefangene und Zivilpersonen bzw. über Fragen des Fernen Ostens vgl. FRUS, Malta and Yalta 1945, S. 968–987. Für den deutschen Wortlaut vgl. TEHERAN – JALTA – POTSDAM, S. 183–196.

³⁷ Botschafter Herbst, Paris, berichtete am 1. Oktober 1980, Präsident Zia ul-Haq habe am Vortag „in Paris einen Zwischenaufenthalt eingelegt und mit Staatspräsident Giscard d'Estaing gesprochen“. Der Botschaft sei mitgeteilt worden, Giscard d'Estaing habe auf das Gespräch „nicht nur wegen der franz[ösischen] Interessen im Nahen und Mittleren Osten Wert gelegt, sondern auch, um die Stellung des pakistanischen Präsidenten zu stärken, der Gefahr laufe, sich in dem für ihn vitalen Konflikt (Afghanistan) isoliert zu sehen, und deshalb ein Arrangement mit der Sowjetunion suchen könnte“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1970; Referat 311, Bd. 137599.

³⁸ Botschafter Terfloth, Islamabad, berichtete am 8. Oktober 1980: „Die Schwerpunkte der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Pakistan werden auch weiterhin in der ländlichen Entwicklung (Bewässerung, integriertes ländliches Entwicklungsprogramm, Tierzucht, dörfliche Infrastruktur), im Energiebereich und in der Berufsausbildung lie-

Er hat nicht die Absicht, um militärische Ausrüstungsgegenstände zu bitten, da er kein Geld hat, sie zu kaufen, und auch die deutschen Probleme mit Waffenlieferungen⁴⁰ kennt. Er möchte nur die Frage nach dem besten Einsatz der Hilfe aufwerfen und in diesem Zusammenhang auf die dringende Notwendigkeit hinweisen, Belutschistan wirtschaftlich zu stabilisieren, um auch dem Einfluß kommunistischer Ideen vor allem bei den Jüngeren entgegenzuwirken.⁴¹

General *Rahim-ud-Din* berichtet als Gouverneur von Belutschistan, daß sein Land jetzt ohne Pufferstaat direkt mit den Russen konfrontiert ist. Die große und wirtschaftlich sehr rückständige Region bietet ein ideales Ziel für kommunistische Subversion insbesondere in der jungen Generation. Es fehlt an Arbeitsplätzen, Berufsaussichten, der einfachsten Infrastruktur im Verkehrswesen und in der Landwirtschaft. Auch die Möglichkeiten, z.B. Kupfervorkommen auszubeuten und nach Öl zu suchen, scheitern an der mangelnden Infrastruktur. Er gibt Beispiele für Verkehrsverhältnisse und Entfernungen im Lande und kommt zum Schluß, daß Pakistan nicht in der Lage ist, die notwendigen Mittel für den Aufbau einer Infrastruktur in Belutschistan aufzubringen.

Bundeskanzler stellt fest, daß es weitgehend von den Pakistanis abhängt, ob ein Teil der Mittel der wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf Projekte in Belutschistan konzentriert wird.

Er fürchtet, daß sich die Lage der Entwicklungsländer in den 80er Jahren vor allem wegen der Explosion der Bevölkerung und der Ölpreise noch weiter verschlechtern wird. Sogar Deutschland hat heute ein Handelsbilanzdefizit in Höhe von 25 bis 30 Mrd. DM. Es wird für uns und die anderen Industrieländer immer schwieriger, unter diesen Umständen Geld für die wirtschaftliche Zusam-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1497

gen. Ferner wollen die beiden Staaten in gemeinsamen Projekten die pakistanische Eisenbahn modernisieren und elektrifizieren. Dies ist das Ergebnis von deutsch-pakistanischen Regierungsverhandlungen, die am 8.10.1980 in Islamabad abgeschlossen wurden. Die Bundesregierung hat in diesem Jahr Pakistan insgesamt rund 145 Mio. DM zur Verfügung gestellt. Davon entfallen auf Kredite der finanziellen Zusammenarbeit 110 Mio. DM, 16 Mio. DM auf Projekte der technischen Zusammenarbeit, 5 Mio. DM auf Nahrungsmittelhilfe und der Rest im wesentlichen auf Hilfe zugunsten der afghanischen Flüchtlinge in Pakistan. Zum Schluß der Verhandlungen wurde ein Regierungsabkommen über finanzielle Zusammenarbeit unterzeichnet.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 694; Referat 340, Bd. 113190. Vgl. dazu ferner BULLETIN 1980, S. 939.

- ³⁹ Präsident Zia ul-Haq bat in einem Schreiben vom 11. Oktober 1979 an Bundeskanzler Schmidt um die Entsendung eines Wirtschaftsberaters nach Pakistan. Schmidt benannte in einem Schreiben vom 21. Dezember 1979 den ehemaligen Bundesminister Schiller. Vgl. dazu Referat 340, Bd. 113196. Botschafter Terfloth, Islamabad, berichtete am 30. Oktober 1980: „Prof. Schiller ist hier mit großer Aufmerksamkeit, jedoch mit geringer Publizität empfangen worden. Am Dienstag fand beim Staatspräsidenten Sitzung statt, an der nur Finanzminister und die Staatssekretäre für Planung und Finanzen teilnahmen. Prof. Schiller überreichte sein mehr als 100 Seiten starkes Gutachten [...]. Gutachten wird jetzt geprüft, Präsident hat versprochen, es selbst zu lesen. Wie zu erwarten, ist es eine kritische Analyse der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik, mit konkreten Vorschlägen in Richtung auf eine offene, freiere Wirtschaftsordnung [...]. Eine Reihe der vorgeschlagenen Maßnahmen, beispielsweise auf dem Gebiet der Subventionen oder der Steuern, verlangt von der Regierung großen Mut und innenpolitische Standfestigkeit und wird, wenn überhaupt, nur schrittweise verwirklicht werden können. Die gerade jetzt im Lande angeführte Kampagne, insbesondere von islamischen Kreisen, gegen die Erhöhung der Ankaufpreise für Weizen und Zucker kann als Signal dafür angesehen werden, wie stürmisch die Gewässer würden, wenn die Regierung das Gutachten ohne Kautelen und rasch in die Tat umsetzte. Zur Islamisierungspolitik ergeben sich klare Widersprüche.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 736; Referat 340, Bd. 113196.

⁴⁰ Zu den Grundsätzen der Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung vgl. Dok. 23, Anm. 9.

⁴¹ Zu den Autonomiebestrebungen der Belutschen vgl. Dok. 94, Anm. 6.

menarbeit auszugeben, das wir im Ausland borgen müssen. Das gilt auch für Frankreich, Italien und Japan. Ausnahmen sind lediglich Kanada, Großbritannien und Norwegen.

Er bittet, in der Gruppe der 77 dafür um Verständnis zu werben, daß die westlichen Industrieländer nicht für die wirtschaftlichen Folgen der unverantwortlichen Verzwanzigfachung der Ölpreise innerhalb einer Dekade aufkommen können. Denn auch in den Industrieländern werden die wirtschaftliche Entwicklung und der soziale Zusammenhalt in Frage gestellt, und die Gefahr wächst, daß sie ihre Entwicklungshilfe in den 80er Jahren einstellen müssen, um die größten Schwierigkeiten im Innern zu vermeiden. Die Saudis verstehen diese Zusammenhänge, aber die meisten Mitglieder der G77 möchten sie nicht sehen.

Auf Einwurf Zias, daß er dies der G77 gesagt habe als Vertreter eines Landes, das inzwischen 75 % seiner Exporterlöse für Öl ausgibt, meint er, daß die OPEC-Länder zumindest etwas für die Entwicklungsländer tun müßten, z.B. einen gespaltenen Preis einführen.

Der Energiepreis steht an der Spitze der schwierigen internationalen Probleme, da man offensichtlich der Bevölkerungsexplosion nicht beikommen kann.

Auf Zias Bemerkung, daß der Irak Pakistan Preisnachlässe von 25 Mio. \$ gewährt habe, weist er auf das Beispiel Mexikos und Venezuelas hin, die Sonderbedingungen für die ölimportierenden Entwicklungsländer der Region eingeführt haben.⁴²

Er regt an, eine Pressemitteilung über den Besuch durch StS van Well und Botschafter Ali abstimmen zu lassen.⁴³

Er dankt für den Besuch und insbesondere für den Gedankenaustausch über weltpolitische Fragen. In der Bewertung liegt man recht nahe beieinander. Zu bilateralen Fragen betont er noch einmal unsere Bereitschaft, die wirtschaftliche Zusammenarbeit, soweit es in unserer Verantwortung liegt, auf Belutschistan zu konzentrieren.

Er betont den Wunsch der Bundesregierung, in engem Kontakt mit der pakistanischen Regierung zu bleiben, und erklärt sich zu einem Gedankenaustausch auf höchster Ebene bereit, wann immer es die Probleme erfordern.

⁴² Die Präsidenten López Portillo (Mexiko) und Herrera Campíns (Venezuela) unterzeichneten am 3. August 1980 in San José (Costa Rica) ein Programm über Zusammenarbeit im Energiebereich, das der mittelamerikanischen und karibischen Region Rohöllieferungen garantierte. Botschafter Dencker, Mexiko-Stadt, berichtete am 21. Juli 1980, er sei darüber im mexikanischen Außenministerium informiert worden. Das Programm „gelte für die gesamte geographische Region Mittelamerikas und in der Karibik und beinhalte eine Liefergarantie in Höhe des ‚normalen‘ Inlandsbedarfs der betroffenen Länder zum Marktpreis; über 30 Prozent des Kaufpreises werde Kredit mit fünfjähriger Laufzeit zu drei bis vier Prozent Zinsen gewährt. Im Falle, [daß] die so eingesparten Mittel für Entwicklungsprojekte, insbesondere für solche auf dem Energiesektor, eingesetzt würden, könnte die Kreditlaufzeit auf bis zu 20 Jahre verlängert und Zinsen auf zwei Prozent gesenkt werden. [...] Der normale, von der Garantie gedeckte Bedarf betrage bei einem durchschnittlichen Verbrauch von 10 000 bis 30 000 b[arrel]/d[ay] in den einzelnen Ländern insgesamt 170 000 bis 200 000 b/d für die Region. Die beiden Länder würden sich die Lieferungen je zur Hälfte teilen, und zwar nach Möglichkeit für jedes Abnehmerland gesondert, um keine einseitigen Abhängigkeiten entstehen zu lassen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 261; Referat 331, Bd. 116098.

⁴³ Für den Wortlaut der Mitteilung des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung über den Besuch des Präsidenten Zia ul-Haq in der Bundesrepublik am 9. Oktober 1980 vgl. BULLETIN 1980, S. 939.

Zia lädt den Bundeskanzler und den Bundesminister nach Pakistan ein (Bundeskanzler und Bundesminister nehmen dankend an).⁴⁴

Er dankt für die Entsendung eines Beraters in Wirtschaftsfragen (Prof. Schiller) und begrüßt die jüngste Verabredung, einen Berater für Kommunalverwaltung zu entsenden.⁴⁵

VS-Bd. 11182 (340)

289

Staatssekretär van Well an die Botschaft in Moskau

213-322.00 POL-2414/80 VS-vertraulich

9. Oktober 1980¹

Fernschreiben Nr. 5154 Plurez

Aufgabe: 10. Oktober 1980, 18.58 Uhr

Cito

Betr.: Lage in Polen und sowjetisches Verhalten

Enthält Sprachregelung

I. Bundesregierung bewertet den gegenwärtigen Stand der Entwicklung in Polen und der Auswirkungen auf das sowjetische Verhalten wie folgt:

1) Innenpolitische Krise in der VR Polen ist noch nicht überwunden. Während ihres bisherigen Verlaufs ist es den Beteiligten zwar gelungen, Konfrontationen zu vermeiden, obwohl die gewählten Mittel, die Streiks, und die bisher gefundenen Lösungen, die Vereinbarungen von Danzig, Stettin und Oberschlesien², in einem sozialistischen Gesellschaftssystem ein Novum darstellen. Trotzdem scheint in letzter Zeit das Risiko einer Konfrontation der sich entwickelnden unabhängigen Gewerkschaftsbewegung mit der Parteiführung mit der Möglichkeit eines ungewissen Ausgangs zu wachsen. Die von der polnischen Führung gewährten Konzessionen können trotz Einbindung in den großen Rahmen Sozialismus, des Führungsanspruchs der PVAP und der polnischen Bündnisverpflichtungen ihre eigene Dynamik entwickeln.

2) Im übrigen wendet PVAP unter Führung des neuen Parteichefs Kania eher traditionelle Methoden der Krisenbewältigung an. Wie schon sein Vorgänger

⁴⁴ Bundesminister Genscher hielt sich vom 15. bis 18. Februar 1981 in Pakistan auf. Vgl. dazu die Aufzeichnung über das Gespräch mit Präsident Zia ul-Haq am 17. Februar 1981 in Islamabad; AAPD 1981.

⁴⁵ Mit Verbalnote vom 2. Oktober 1980 schlug das Auswärtige Amt der pakistanischen Botschaft mit Bezug auf deren Verbalnote vom 27. August 1980 den Stadtdirektor der Stadt Viersen, Vollert, für eine „Einladung nach Pakistan zu einem Meinungsaustausch über das deutsche Kommunalrecht“ vor. Er sei vom Deutschen Städtetag für diese Aufgabe benannt worden. Vgl. Referat 340, Bd. 113197.

¹ Durchdruck.

Der Drahterlaß wurde von Legationsrat Schlote konzipiert.

² Zu den in Stettin, Danzig und Jastrzębie am 30. und 31. August bzw. 3. September 1980 getroffenen Vereinbarungen vgl. Dok. 253, Anm. 2.

Gierek stellt Kania die Lage der Volksrepublik Polen in bemerkenswert ehrlicher und nüchterner Weise dar. Er kündigt Neuerungen für die Wirtschaftsorganisationen an, allerdings nur im Rahmen des sozialistischen Modells. Es bleibt zweifelhaft, ob er damit die politisch wirksamen Kräfte in Polen und die Bevölkerung überzeugt hat.

3) Die neuen Gewerkschaften suchen ihren politischen Bewegungsspielraum zu erweitern. Der von ihnen als Warnung vor administrativer Behinderung gedachte einstündige Streik am 3.10. ist offenbar nicht durchgehend befolgt worden.³ Weitere Protestaktionen (Generalstreik) sind möglich. Sollten die neuen Gewerkschaften das politische Machtmonopol der PVAP ernsthaft und wirkungsvoll in Frage stellen, ist eine Konfrontation mit der Parteiführung unvermeidlich.

4) SU ist hinsichtlich der weiteren Entwicklung in Polen besorgt. Mit Angriffen gegen antisozialistische, angeblich vom Westen unterstützte Kräfte (Petrov-Kommentare in Prawda vom 1., 27. und 29.9.1980⁴) verbindet sowjetische Führung deutliche öffentliche Warnungen an die polnische Führung, denen sich andere WP-Staaten angeschlossen haben (zuletzt Honecker am 6.10.1980⁵).

5) Auf den ihr zur Verfügung stehenden Kanälen sucht SU die Entwicklung in Polen in ihrem Sinne zu beeinflussen. Bisher gibt es keine Belege für sowjetische Vorbereitungen zu einer Intervention, die aber, militärisch gesehen, relativ kurzfristig verwirklicht werden könnte. Die sowjetische Führung würde damit nicht zögern, wenn sie den Eindruck hätte, daß die Machtfrage gestellt wäre, auch wenn sie sich des damit verbundenen Risikos (Widerstand in Polen, Folgen für die Entspannungspolitik) bewußt ist. Vor die Wahl zwischen Polen und der Entspannung gestellt, würde SU Polen wählen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt scheint eine solche Situation nicht vorzuliegen, könnte sich aber bei einer ernsthaften Konfrontation der polnischen Führung mit den Gewerkschaften ergeben.

II. Die Botschaft Moskau wird gebeten, sich in der nächsten Zeit bei dazu geeigneten Gelegenheiten gegenüber politisch relevanten Gesprächspartnern auf der nachfolgenden Linie zu äußern:

Alle KSZE-Teilnehmerstaaten schreiben dem Entspannungsprozeß auch die Funktion der Beherrschung und Kontrolle von Krisen zu. Diese Haltung muß

³ Botschafter Negwer, Warschau, berichtete am 3. Oktober 1980: „In Warschau ist der von den unabhängigen Gewerkschaften am 3.10. zwischen 12 und 13 Uhr ausgerufene Warnstreik nicht voll befolgt worden. Während der Busverkehr fast völlig zum Erliegen kam, war der Straßenbahnverkehr nur teilweise gestört. Dem Streik angeschlossen hatten sich auch die Taxifahrer. In der Hauptstadt herrschte zum Zeitpunkt des Warnstreiks eine überaus nervöse Atmosphäre, die nicht zuletzt durch die ungewöhnlich große Zahl von Milizionären im Stadtbild zum Ausdruck kam, die an verschiedenen Verkehrsknotenpunkten trotz intakter Ampelanlagen die Verkehrsregelung übernommen hatten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1193; Referat 214, Bd. 132906.

⁴ Vgl. den Artikel „Proiski vragov socialističeskoj Pol'si“; PRAVDA vom 1. September 1980, S. 5. Vgl. dazu ferner Dok. 259, Anm. 4.

Vgl. den Artikel „Vmešatel'stvo vo vnutrennie dela PNR prodolžaetsja“; PRAVDA vom 27. September 1980, S. 5.

Vgl. die Meldung der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS „Predostereženie imperialističeskim krugam“; PRAVDA vom 29. September 1980, S. 5.

⁵ Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, am 6. Oktober 1980 in Ost-Berlin vgl. HONECKER, Reden, Bd. 7, S. 399–403.

sich auch und gerade im Zusammenhang mit den Vorgängen in Polen bewähren. Während unsere Öffentlichkeit diese Vorgänge mit großer innerer Anteilnahme verfolgt, übt die Bundesregierung strenge politische Zurückhaltung und befürwortet, gleichzeitig mit anderen, auf entsprechenden polnischen Wunsch im Rahmen der beiderseitigen Möglichkeiten eine verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit. Wir sind der Auffassung, daß das, was in Polen vorgeht, Sache der Polen selbst ist und entsprechend dem Grundsatz der Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten auch bleiben muß.

Wir sind nicht davon überrascht, daß die Vorgänge in Polen eine besondere Aufmerksamkeit bei den Führungen in den anderen sozialistischen Staaten finden. Allerdings haben bei uns offiziöse Kommentare der sowjetischen Medien ein gewisses Aufsehen erregt und Fragen ausgelöst. Diese Fragen beziehen sich insbesondere auf mögliches künftiges Verhalten der Sowjetunion

Wir sind davon überzeugt, daß die Sowjetunion ebenso wie die übrigen KSZE-Teilnehmerstaaten sich ihrer Verantwortung für die Erhaltung des Entspannungsprozesses bewußt ist. Sie wird sicher mit uns erkennen, daß eine substantielle Aufgabe der bisherigen Zurückhaltung zu einer einschneidenden Veränderung im Ost-West-Verhältnis führen und der Politik der Entspannung und Zusammenarbeit in allen Bereichen unabsehbaren Schaden zufügen würde. Wir halten es für absolut erforderlich, daß sich alle europäischen Mächte so verhalten⁶, daß die bisherige Politik des friedlichen Ausgleichs und der friedlichen Zusammenarbeit fortgesetzt werden kann.

van Well⁷

VS-Bd. 13175 (213)

⁶ Der Passus „daß sich ... verhalten“ ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Staatssekretärs van Well zurück. Vorher lautete er: „daß alle europäischen Mächte ihr Verhalten so einrichten“.

⁷ Paraphe vom 10. Oktober 1980.

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow

213-321.00-2435/80 VS-vertraulich

10. Oktober 1980¹

Aufzeichnung über die Unterredung des Bundesministers mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow am 10. Oktober 1980, 10.50 bis 12.05 Uhr

Anwesend auf deutscher Seite: VLR Dr. von Braunmühl, LRI Barker als Protokollführer; auf sowjetischer Seite: der Erste Sekretär der sowjetischen Botschaft, Kurpakow, als Dolmetscher.

Gesundheitszustand Kossygin

Zu Beginn erkundigte sich der *Bundesminister* (BM) nach dem Gesundheitszustand von MP Kossygin. Noch bei den Gesprächen in Moskau 30.6./1.7.² habe er Kossygin in körperlich und seelisch guter Verfassung erlebt, er habe gut erholt gewirkt; um so überraschter sei er (BM) jetzt gewesen, von seiner Krankheit zu hören. Er bitte den Botschafter, seine besten Genesungswünsche zu übermitteln.

Botschafter *Semjonow* antwortete, er habe Kossygin noch vor etwa einem Monat zusammen mit seiner Familie in Barwicha (Anmerkung: Regierungs-Datscha bei Moskau) gesehen, vor zwei oder drei Tagen habe er ins Krankenhaus eingewiesen werden müssen (Anmerkung: Semjonow sprach deutsch; es war nicht so ganz klar, ob er nicht vielmehr meinte: zwei bis drei Tage, nachdem er ihn sah). Sein derzeitiger Gesundheitszustand sei wohl noch nicht so, daß man von Genesung sprechen könne.

Fortsetzung unserer Entspannungspolitik

BM: Er wolle unterstreichen, daß die Bundesregierung nach den Wahlen³ – obwohl die neue Bundesregierung formell noch nicht konstituiert sei – ihre bisherige außenpolitische Linie kontinuierlich fortsetzen werde. Wir seien überzeugt, daß diese Außenpolitik einer der Gründe für die Bestätigung der Regierungskoalition durch die Wahlen gewesen sei. Wir sähen uns durch die Verbreiterung der parlamentarischen Basis in der Fortsetzung dieser Politik bestätigt. Er wolle den Botschafter hier auf die Erklärung der beiden Regierungsparteien vom 7. Oktober (nach dem ersten Gespräch über künftige Regierungszusammenarbeit) hinweisen, die einen Zielkatalog enthalte (BM nannte u. a. die Punkte „klare und berechenbare Politik“ der Koalition in den vergangenen elf

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Barker am 10. Oktober 1980 gefertigt und am selben Tag an das Ministerbüro mit der Bitte weitergeleitet, „die Zustimmung des Bundesministers herbeizuführen“.

Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 13. Oktober 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau und Vortragenden Legationsrat von Nordenskjöld verfügte.

Hat Wallau am 16. Oktober 1980 vorgelegen.

Hat Nordenskjöld am 18. Oktober 1980 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 14086 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

² Zum Besuch des Bundeskanzlers Schmidt und des Bundesministers Genscher am 30. Juni und 1. Juli 1980 in der UdSSR vgl. Dok. 192–195.

³ Zu den Bundestagswahlen am 5. Oktober 1980 vgl. Dok. 288, Anm. 4.

Jahren, „Festigung des Bündnisses“, „Politik der guten Nachbarschaft“, „den Zusammenhalt der deutschen Nation wahren“).⁴ Unsere Politik sei langfristig angelegt, ihre Fortführung erfolge auf der Grundlage der geschlossenen Verträge und Vereinbarungen und unserer Bündniseinbindung. Es sei kein Geheimnis, welche Bedeutung wir dem deutsch-sowjetischen Verhältnis für die Politik der Zusammenarbeit und Friedenssicherung in Europa beimäßen; wir würden weiterhin entsprechend dieser Einsicht handeln; dies werde einen wichtigen Beitrag zur Stabilität in Europa darstellen.

Mittelstreckenwaffen

Wir begrüßten es, daß sich die Außenminister Gromyko und Muskie bei ihrer Unterredung in New York⁵ über den Beginn von Gesprächen zum Thema Mittelstreckenwaffen verständigt hätten.⁶ Wir begrüßten besonders, daß dies ohne zeitliche Verzögerung geschehe. Es entspreche den Erwartungen der Völker und könne vertrauensbildende Wirkung haben.

Unterredung BM/Gromyko

BM fuhr fort: Seine Unterredung mit AM Gromyko in New York am Rande der

⁴ In der Presse wurde berichtet, führende Politiker von SPD und FDP hätten am 7. Oktober 1980 in einer gemeinsamen Erklärung ihre „grundsätzliche Bereitschaft zur Fortsetzung der Regierungszusammenarbeit“ bekundet: „Die gemeinsame ‚Grundsatzerklärung‘ beschränkte sich auf einen Rückblick auf die in den vergangenen elf Jahren geleistete Arbeit der Koalition. Auf dieser Grundlage solle weiter regiert werden. Die Koalition werde auch künftig mit ihrer Deutschland- und Berlin-Politik ‚Erleichterungen für die Menschen in beiden Teilen Deutschlands schaffen‘.“ Vgl. den Artikel „SPD und FDP lassen im ersten Koalitionsgespräch die ‚grobe Arbeit‘ zunächst liegen“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 8. Oktober 1980, S. 1 f.

⁵ Der amerikanische Außenminister Muskie und der sowjetische Außenminister Gromyko trafen am 25. September 1980 in New York zusammen. Gesandter Pfeffer, Brüssel (NATO), teilte am 30. September 1980 mit, der amerikanische NATO-Botschafter Bennett habe die Bündnispartner beim „private luncheon“ am selben Tag über das Gespräch informiert: „1) Shulman habe die Verbündeten bereits in New York unterrichtet, habe aber im Zeitpunkt der Unterrichtung noch nicht alle Einzelheiten gekannt, insbesondere nicht den neuen Brief Breschnews zu LRTNF an Präsident Carter, der während des Gesprächs übergeben worden sei. 2) Die Unterhaltung habe sich etwa über dreieinhalb Stunden erstreckt. Es habe sich um die ‚ernsthafteste‘ Begegnung seit der sowjetischen Intervention in Afghanistan gehandelt. [...] 3) Der neuerliche Brief Breschnews zur TNF-Frage enthalte folgende Elemente: Vorwurf an Carter wegen der LRTNF-Modernisierung; Wiederholung, daß FBS ‚in organischer Verbindung mit LRTNF‘ diskutiert werden müßten; von Anfang an müsse in Substanz-Erörterungen diskutiert werden, welche Systeme in die Gespräche einbezogen werden sollten“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1323; VS-Bd. 13176 (213); B 150, Aktenkopien 1980.

⁶ Die amerikanisch-sowjetischen Gespräche über Mittelstreckensysteme begannen am 17. Oktober 1980 in Genf. Vortragender Legationsrat I. Klasse Citron vermerkte am 27. Oktober 1980, die amerikanische Botschaft habe der Bundesregierung dazu am 24. Oktober mitgeteilt: „In ihrer Eröffnungs-erklärung haben die USA die in der Allianz abgestimmte Verhandlungsposition vorgetragen und dabei auf die Ernsthaftigkeit dieses Ansatzes hingewiesen. Die Sowjets haben – wie auch schon beim Besuch BK/BM in Moskau – den Breschnew-Vorschlag vom 6. Oktober 1979 in Erinnerung gerufen und ihn als sauberste Lösung bezeichnet, die den Aufbau zusätzlicher amerikanischer Systeme überflüssig mache. Dieser Vorschlag gelte fort. Die sowjetische Seite fügte hinzu, Begrenzungen für Kernwaffen in Europa müßten das gesamte Spektrum entsprechender nuklearer Waffen umfassen und dürften die weltweite strategische amerikanisch-sowjetische Balance nicht beeinträchtigen. Außerdem müßten gleichzeitig und in organischem Zusammenhang mit den nuklearen Mittelstreckensystemen die sog. amerikanischen Forward Based Systems behandelt werden. [...] Die Veröffentlichung von zwei unterschiedlichen kurzen Presseverlautbarungen nach der ersten Begegnung der Delegationsleiter am 17.10. wird von amerikanischer Seite damit erklärt, daß SU darauf bestand, von Gesprächen über Nuklearwaffen in Europa zu sprechen, während die USA entsprechend der Haltung des Bündnisses die enge Begrenzung ‚in Europa‘ ablehnten.“ Vgl. VS-Bd. 10330 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

VN-Generalversammlung⁷ sei ja nun schon gute Tradition geworden. Er sei der Meinung, daß diese Gespräche von großem Nutzen für das Verständnis der Positionen des jeweils anderen Staates seien.

KSZE

Dem KSZE-Folgetreffen in Madrid måßen wir große Bedeutung bei. Wir hätten uns auch immer besonders für den KSZE-Prozeß engagiert. Er wolle nicht verhehlen, daß wir gewisse Besorgnisse hätten hinsichtlich des Standes des laufenden Vorbereitungstreffens.⁸ Es gehe nicht zügig voran. Uns liege daran, daß der Entspannungsprozeß glaubwürdig sei. Dies erfordere Offenheit in der Erörterung auch dessen, was Besorgnis auslöse; man dürfe sich hier weder zeitlich noch thematisch unter Zwang setzen lassen.

Uns sei wichtig, daß von Madrid Signale für die Zukunft ausgehen. Ein solches wichtiges Signal wäre die Einsetzung einer Konferenz für Abrüstung in Europa, die um so erfolgreicher wäre, je dezidierter ihr Mandat ist: Es müsse ganz konkret sein, damit das Thema KAE nicht zerredet werde. Wir unterstützten bekanntlich den französischen Vorschlag mit den vertrauensbildenden Maßnahmen in einer ersten Phase⁹, und zwar für ganz Europa.

Polen

Er wolle auch ein Wort zu den Besorgnissen sagen, die wir im Hinblick auf Polen hätten. Er habe ja in New York auch den polnischen AM Czyrek gesprochen¹⁰; das sei vor allem deshalb ein gutes und zufriedenstellendes Gespräch gewesen, weil er auf diesem Wege der polnischen Führung noch einmal habe sagen können, daß die Bundesregierung sich gegenüber den Ereignissen in Polen allergrößter Zurückhaltung befleißige. Wir beabsichtigen nicht, uns in die inneren Angelegenheiten Polens einzumischen. Das polnische Volk und die polnische Führung müßten ihre Probleme selbst lösen. Wir seien aber bereit, unseren Teil zur Lösung der wirtschaftlichen Probleme Polens beizutragen. Der Botschafter wisse ja, daß wir die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit anderen Staaten auch als ein politisch stabilisierendes Element sähen (dies sei ja auch

⁷ Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 24. September 1980 vgl. Dok. 281.

⁸ Das Vorbereitungstreffen für die zweite KSZE-Folgekonferenz, die am 11. November 1980 in Madrid eröffnet wurde, begann am 9. September 1980 in der spanischen Hauptstadt.

Referat 212 notierte am 14. Oktober 1980 zum Stand der Vorbereitungen: „1) Treffen tritt gegenwärtig auf der Stelle. Dies war zu erwarten, da Osten versuchen mußte, für sich das Maximum herauszuholen. 2) Westen und N+N-Staaten wollen am ‚Gelben Buch‘ (Prozeduralbeschlüsse von Belgrad) mit einigen notwendigen technischen Änderungen festhalten. Das Gelbe Buch hat sich insofern bewährt, als es Implementierungsdebatte und Verhandlungen über neue Vorschläge ausgewogen vorsieht. [...] 3) Osten will ‚negative Erfahrungen‘ des Belgrader Treffens, die er in der intensiven Implementierungskritik des Westens (insbesondere über Menschenrechtsverletzungen) sieht, berücksichtigt haben. Dementsprechend will Osten die Implementierungsdebatte zugunsten der Zeit für die Prüfung neuer Vorschläge reduzieren und das gesamte Treffen kürzer als der Westen (und kürzer als in Belgrad) gestalten.“ Außerdem wollten die östlichen Staaten „während der Redaktionsphase jegliches Zurückkommen auf Implementierungskritik absolut ausschließen (Guillotine!). Dies widerspricht traditionellem KSZE-Grundsatz, daß jede Delegation zu jeder Zeit zu jedem Thema sprechen kann.“ Vorsorglich seien Überlegungen angestellt worden „für den Fall, daß am 11. November keine Einigung erreicht ist“. Vgl. Referat 212, Bd. 133390.

Zum Stand der Vorbereitungen vgl. ferner Dok. 299.

⁹ Zum französischen Vorschlag einer Konferenz für Abrüstung in Europa vgl. Dok. 287.

¹⁰ Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Außenminister Czyrek am 23. September 1980 in New York vgl. Dok. 282.

die politische Funktion des Langfristigen Wirtschaftsabkommens mit der SU¹¹ gewesen). Auch für Polen gelte nun, daß unsere Bereitschaft zu wirtschaftlicher Unterstützung ein wichtiges Zeichen konstruktiver Haltung sei. Heute morgen sei die Vereinbarung über den Polen-Kredit deutscher Banken unterzeichnet worden.¹² Wir wüßten, daß auch die SU und andere RGW-Staaten – ebenso wie andere westliche Staaten – ebenfalls zu wirtschaftlicher Hilfe an Polen bereit seien. Es sei positiv zu werten, daß Staaten unterschiedlicher Systeme zu gemeinsamer Hilfe bereit seien.

Die Bedeutung des Entspannungsprozesses müsse auch in bezug auf Polen gesehen werden, d.h. dieser Prozeß müsse sich im Hinblick auf Polen bewähren. Während unsere öffentliche Meinung die Vorgänge in Polen mit großer Anteilnahme verfolge, wahre die Bundesregierung strenge Zurückhaltung, sei aber (wie bereits gesagt) entsprechend den polnischen Wünschen zu wirtschaftlicher Zusammenarbeit bereit. Nach unserer festen Überzeugung seien die Ereignisse in Polen eine innere Angelegenheit dieses Staates. Wir seien überzeugt, daß auch die SU ebenso wie die anderen KSZE-Staaten sich ihrer Verantwortung für die Erhaltung des Entspannungsprozesses bewußt sei. Eine substantielle Aufgabe der bisherigen Zurückhaltung würde zu einer einschneidenden Veränderung im Ost-West-Verhältnis führen und der Politik der Entspannung und Zusammenarbeit in allen Bereichen unabsehbaren Schaden zufügen. Wir hielten es für absolut erforderlich, daß sich alle europäischen Staaten so verhielten, daß die bisherige Politik friedlichen Ausgleichs und konstruktiver Zusammenarbeit fortgesetzt werden könne. Er habe in diesem Zusammenhang die folgende wichtige Mitteilung der Bundesregierung an die sowjetische Führung und des Bundeskanzlers an GS Breschnew zu machen:

„Wir sind der Auffassung, daß die Aufgabe der sowjetischen Zurückhaltung gegenüber Polen eine grundlegende Veränderung der Ost-West-Beziehungen nach sich ziehen und die Lage in der Welt außerordentlich belasten würde.“

Natürlich seien wir nicht überrascht, daß die Vorgänge in Polen bei den sozialistischen Staaten große Aufmerksamkeit finden. Allerdings sei Aufmerksamkeit eine Sache, und die Medienreaktionen der letzten Zeit, darunter auch sowjetischer Medien¹³, seien eine andere. Manche der sowjetischen Kommentare sei-

¹¹ Die Bundesrepublik und die UdSSR unterzeichneten am 6. Mai 1978 ein Abkommen über die Entwicklung und Vertiefung der langfristigen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1979, Teil II, S. 59 f.

Für den Wortlaut des Langfristigen Programms über die Hauptrichtungen der Zusammenarbeit der Bundesrepublik und der UdSSR auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie vom 1. Juli 1980 vgl. Referat 421, Bd. 141310. Vgl. dazu auch Dok. 195.

¹² In der Presse wurde berichtet: „An diesem Freitag wird in Frankfurt im Hause der Dresdner Bank der Vertrag über den neuen deutschen Kredit an Polen in Höhe von 1,2 Milliarden DM offiziell unterzeichnet. [...] Die Dresdner Bank führt zusammen mit der Deutschen Bank, der Commerzbank und der Bank für Gemeinwirtschaft das Konsortium von 25 deutschen Banken an, die sich an dem neuen Polen-Kredit beteiligen. Diese vier Institute haben jeweils 100 Millionen DM, zusammen also die Hälfte der 800 Millionen DM übernommen, die nicht durch die Hermes-Bürgschaft der Bundesregierung (400 Millionen DM) abgesichert sind. Nach Abschluß der Verhandlungen mit deutschen Banken hat die polnische Regierung einen weiteren Kredit von 325 Millionen Dollar bei amerikanischen Banken aufgenommen.“ Vgl. den Artikel „Warschau: Eine Umschuldung nicht notwendig“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 10. Oktober 1980, S. 13.

¹³ Zur Berichterstattung in den sowjetischen Medien über die Entwicklung in Polen vgl. Dok. 289, Anm. 4.

en so gewesen, daß wir uns fragen mußten, was dahinter stecke. Den gegen uns erhobenen Vorwurf der Einmischung in die inneren Angelegenheiten Polens¹⁴ wiesen wir entschieden zurück.

DDR/Erhöhung des Mindestumtauschs

BM fuhr fort, er wolle noch ein weiteres Ereignis ansprechen, das wir für gravierend hielten, nämlich die Erhöhung der Umtauschsätze durch die Regierung der DDR, die sich in einigen Fällen sogar als Neueinführung des Zwangsumtausches für Personengruppen auswirke, die davon bisher nicht betroffen gewesen seien.¹⁵ Es handele sich hier um eine einseitige Maßnahme der DDR, die ohne Kontakt, geschweige denn Konsultationen mit der Bundesregierung getroffen worden sei. Sie habe die Wirkung, daß in einem wichtigen Bereich die Kontakte von Bevölkerung zu Bevölkerung administrativ unterlaufen würden; die einschränkende Wirkung auf den innerdeutschen Reiseverkehr sei offenkundig.

Die Art, in der diese Entscheidung durch die DDR getroffen wurde, belaste also die deutsch-deutschen Beziehungen, und der materielle Inhalt der Entscheidung sei eine Abweichung von der politischen Geschäftsgrundlage unserer Zusammenarbeit.

Es wäre eine Verniedlichung, dies nur als Problem der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten zu sehen. Es belaste vielmehr den Entspannungsprozeß in Europa insgesamt und müsse auch im Zusammenhang mit dem KSZE-Prozeß gesehen werden. Damit aber gehe es alle Staaten in Europa an und tangiere den multilateralen Teil des KSZE-Prozesses.

Auch die Lage in Berlin werde nachteilig beeinflusst. Zu den großen Errungenschaften des VMA¹⁶ gehöre bekanntlich eine Verbesserung der Lebensqualität für Berliner gerade im Bereich der Reise- und Besuchserleichterungen. Dies werde nun durch die mit der Erhöhung der Mindestumtauschsätze bewirkte Einschränkung der Reisemöglichkeiten teilweise wieder zurückgenommen.

¹⁴ Zu den Vorwürfen in sowjetischen Medien gegenüber der Bundesrepublik hinsichtlich Polens vgl. Dok. 259, Anm. 3 und 4, und Dok. 268.

¹⁵ Legationsrat I. Klasse Dane vermerkte am 10. Oktober 1980: „1) Die DDR hat in einer Mitteilung vom 9.10.1980 die Mindestumtausraten mit Wirkung vom 13.10.1980 drastisch erhöht. Nach dem bisherigen Stand der Kenntnis gilt die Erhöhung einheitlich für alle Bevölkerungsgruppen. Ausnahmen, wie sie bisher galten, etwa für Rentner, Invaliden etc., werden offenbar nicht mehr gemacht. [...] 2) Die Erhöhung des Mindestumtausches ist eine überraschende Änderung der ‚Anordnung über die Durchführung eines verbindlichen Mindestumtausches von Zahlungsmitteln‘ vom 5. November 1974 und verstößt gegen die Geschäftsgrundlage der innerdeutschen Beziehungen [...]. 3) Die Entscheidung der DDR zur Erhöhung des Mindestumtausches verstößt auch gegen die Schlußakte von Helsinki (Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen, 1) menschliche Kontakte). Bisher haben etwa jährlich acht Millionen Personen diese Kontaktmöglichkeiten wahrgenommen.“ Vgl. Referat 210, Bd. 132464.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Freiherr von Richthofen notierte am 10. Oktober 1980, die DDR habe die Mindestumtauschsätze, „die bisher bei DM 6,50 pro Tag/Person für Berlin (Ost) und DM 13,- pro Tag/Person in der DDR lagen, auf einheitlich DM 25,- pro Tag/Person für die DDR und Berlin (Ost) festgesetzt“. Vgl. Referat 210, Bd. 132464.

Für den Wortlaut der Anordnung vom 9. Oktober 1980 vgl. GESETZBLATT DER DDR 1980, Teil I, S. 291.

¹⁶ Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73.

Ganz allgemein wolle er hinzufügen, daß wir überhaupt erstaunt seien über manche Erklärungen, die wir in jüngster Zeit aus der DDR gehört hätten. Wir hätten die Behutsamkeit, mit der die DDR vor kurzem die Verschiebung des Treffens BK–Honecker¹⁷ behandelt habe, sehr zu schätzen gewußt (er denke hier an Honeckers Leipziger Erklärung¹⁸). Um so erstaunter seien wir über DDR-Äußerungen aus den letzten Tagen gewesen, zum einen hinsichtlich der Lage in Polen (dies hielten wir für unangebracht), zum anderen hinsichtlich der Honecker-Rede vom 6. Oktober¹⁹. Nachdem wir bei den Moskauer Gesprächen am 30.6./1.7. mit großer Genugtuung aus dem Munde von Breschnew gehört hätten, wie sehr die SU am deutsch-deutschen Verhältnis und seiner positiven Fortentwicklung interessiert sei, machten uns die jüngsten DDR-Äußerungen besorgt, denn sie lägen eben nicht auf dieser Linie, sondern seien geeignet, dieses Verhältnis zu belasten.

Die Bundesregierung werde die Entscheidung über die Mindestumtauschsätze so nicht hinnehmen, sondern werde sich – wie schon einmal in einem früheren Fall²⁰ – bemühen, diese Entscheidung in Gesprächen mit der DDR-Führung zu überwinden. Wir könnten uns angesichts der jetzigen schwierigen internationalen Lage zusätzliche Reibungspunkte in Europa gar nicht leisten.

Zusammenfassend wolle er noch einmal, wie zu Beginn seiner Unterredung mit Semjonow, unterstreichen, daß wir die Politik der Entspannung und Friedenssicherung in Europa fortsetzen wollten. Die Ausführungen Breschnews bei den Moskauer Gesprächen hätten uns dabei ermutigt, und die jetzt von der DDR getroffene Entscheidung sei daher um so mehr nach Form und Inhalt zu bedauern. Wir dürften in Europa keine Rückschläge und Belastungen des Entspannungsprozesses zulassen oder gar hervorrufen. Unsere Generation habe vielmehr vor der Geschichte die Verantwortung, ein gutes Beispiel für die Fortschreibung der Zusammenarbeit zu geben.

Konflikt Irak/Iran²¹

BM fuhr fort, wir machten uns über viele Krisenherde Sorgen. Um so mehr begrüßten wir jede Erklärung eines dritten Staates, er wolle sich aus dem Kon-

¹⁷ Zur Verschiebung des geplanten Treffens zwischen Bundeskanzler Schmidt und dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, am 22. August 1980 vgl. Dok. 241.

¹⁸ Anlaßlich der Eröffnung der Leipziger Herbstmesse am 31. August 1980 führte der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, aus: „Unsere DDR erweist sich als sozialistischer Staat im Herzen Europas, als fester Verbündeter der UdSSR und der anderen Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, auch in Zukunft als ein Eckpfeiler des Friedens in Europa. Als solcher widmen wir als souveräner, unabhängiger Staat auch in Zukunft der Entwicklung friedlicher, gegenseitig vorteilhafter Beziehungen zur BRD, zu Frankreich, Japan, Österreich, Italien, Belgien, den Niederlanden und anderen kapitalistischen Ländern große Aufmerksamkeit.“ Vgl. den Artikel „Kraft des Sozialismus wird überzeugend demonstriert“, NEUES DEUTSCHLAND vom 1. September 1980, S. 5. Für einen weiteren Auszug vgl. Dok. 305.

¹⁹ Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, am 6. Oktober 1980 in Ost-Berlin vgl. HONECKER, Reden und Aufsätze, Bd. 7, S. 399–403.

²⁰ Am 5. November 1973 erhöhte die DDR mit Wirkung vom 15. November 1973 den verbindlichen Mindestumtausch „für Personen mit ständigem Wohnsitz in nichtsozialistischen Staaten und in Westberlin, die zum besuchsweisen Aufenthalt in die Deutsche Demokratische Republik einreisen“, von bislang 10 auf 20 Mark pro Aufenthaltstag bzw. von 5 auf 10 Mark für einen Tagesaufenthalt in Ost-Berlin. Für den Wortlaut der Anordnung vgl. GESETZBLATT DER DDR 1973, Teil I, S. 517. Vgl. dazu ferner AAPD 1973, III, Dok. 366.

²¹ Zum Krieg zwischen Irak und Iran vgl. Dok. 283, Anm. 2.

flikt heraushalten. Dieser Konflikt sei bereits in seiner jetzigen Form schlimm genug, er könne bei äußerer Einmischung leicht zur Katastrophe führen. Die Bundesrepublik Deutschland jedenfalls werde ihre Politik äußerster Zurückhaltung konsequent fortsetzen.

Semjonow begann seine Erwiderung mit einem Dank für die klaren Darlegungen des Ministers über die Politik der Koalition und einem Glückwunsch an den Bundesminister persönlich in seiner Eigenschaft als FDP-Vorsitzender zu dem glänzenden Wahlsieg, der – wie man jetzt überall hören könne – die politische Szene in der Bundesrepublik belebt habe.

Der Minister habe einen Teil der Erklärung der Koalitionsparteien vom 7. Oktober mit dem außenpolitischen „Prinzipienkatalog“ zitiert. Der Minister und er selbst wüßten genau, daß beide Seiten, Sowjetunion wie Bundesrepublik, ihre Verpflichtungen und ihre Interessen hätten, von daher also auch eigene Linien der Außenpolitik. Trotzdem könnte er vieles von dem, was der Minister gesagt habe, auch für die Sowjetunion wiederholen; dies gelte auch mit Bezug auf die Treue gegenüber Bündnispartnern.

Der Wahlsieg der Koalition sei nach seinem Dafürhalten vor allem darauf zurückzuführen, daß die Politik der Zusammenarbeit und Entspannung, die die Bundesregierung verfolgt habe, auf einer breiten Grundlage beruhe und nun auch im Bundestag eine solide Reserve habe. Die SU könne die Erklärung natürlich nur begrüßen, daß die Koalition ihre Politik der guten Nachbarschaft und Zusammenarbeit fortsetzen wolle. Dies stehe in vollem Einklang mit der unveränderten Absicht der sowjetischen Führung, den Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland, aufbauend auf dem Moskauer Vertrag²² und den anderen Verträgen und Vereinbarungen, dauerhaften Charakter zu geben. Die SU stehe fest dazu. Trotz mancher Schwierigkeiten und manchen Zickzacks in einzelnen Gebieten müsse dies weiter aufgebaut werden.

Der Besuch des Bundeskanzlers und des Bundesministers in Moskau, dessen Bewertung durch den Minister er mit Genugtuung gehört habe, habe gezeigt, daß man sich auch in schwierigen Zeiten verständigen könne, wenn man nur die Hauptorientierung nicht außer acht läßt (BM warf ein, er stimme dem zu), nämlich die Erhaltung des Friedens. Der Minister selber habe ja über diese und andere Fragen in New York mit Gromyko gesprochen. Die sowjetische Haltung sei bekannt; es sei zu hoffen, daß die beiden Regierungen die entsprechenden Berührungspunkte jeweils finden würden.

Semjonow teilte dann mit, er habe Weisung, Ende nächster Woche nach Moskau zu fliegen, und es liege ihm natürlich daran, für seinen Vortrag dort jetzt Informationen aus erster Hand von Bundesregierung und politischen Parteien zu bekommen, wie man sich auf deutscher Seite die weitere Entwicklung der Beziehungen zur SU vorstelle. Daher wisse er diese Gesprächsgelegenheit mit dem Minister sehr zu schätzen und werde über das Gesagte sofort nach Moskau berichten.

²² Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f.

Die Vorbereitung des XXVI. Parteitags der KPdSU²³ mache viel Arbeit. Man müsse u. a. die große außenpolitische Linie für die nächste Zeit definieren, und auch bei der Prognose für die Wirtschaftsentwicklung der SU gebe es ja einen wichtigen außenpolitischen Aspekt. Auch von daher verfolge man in Moskau die Entwicklung in der Bundesrepublik aufmerksam und interessiert. Natürlich sei die Vorbereitung des XXVI. Parteitags nicht die Sorge der Bundesregierung, aber der Minister werde verstehen, welche Bedeutung dies für die SU habe.

Auf die Ausführungen des Ministers wolle er mit einigen konkreten Bemerkungen eingehen:

Mittelstreckenwaffen

In den nächsten Tagen begannen die sowjetisch-amerikanischen Gespräche über Mittelstreckenwaffen, die aufgrund der deutschen Initiative in Moskau in Gang gekommen seien. Die SU sehe das deutsche Interesse daran, daß die Gespräche inhaltsreich seien und zu einem Ergebnis führten; angesichts der Bedeutung des Verhandlungsgegenstandes für die Lage in Europa sei dies auch nur zu verständlich. Die Bundesrepublik könne in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle spielen. Gegenstand der Gespräche seien Mittelstreckenwaffen „in organischer Verbindung“ mit den amerikanischen Forward Based Systems. Wenn beide Seiten zur Suche nach Lösungen des Problems auf der Grundlage der Prinzipien der Gleichheit und unverminderten Sicherheit bereit seien, dann könne nach seiner (Semjonows) Erfahrung als Unterhändler²⁴ durchaus etwas erreicht werden.

KSZE

Er sei mit den Bemerkungen des Ministers zur Bedeutung des Madrider Folgetreffens einverstanden. Auch die SU sei daran interessiert, daß Madrid zu einer produktiven Begegnung werde und keine Wiederholung von Belgrad²⁵ eintrete. Die vom Minister geäußerte Besorgnis angesichts gewisser Schwierigkeiten bei dem Vorbereitungstreffen werde er unverzüglich nach Moskau berichten. Man müsse wohl gemeinsam nach beiderseitig annehmbaren Lösungen suchen.

KAE

Der Minister habe zu Recht die Bedeutung des Plans einer Konferenz für Abrüstung in Europa und eines entsprechenden, in Madrid zu erteilenden Mandats hervorgehoben. Obwohl die SU nicht ganz derselben Meinung sei wie die Bundesrepublik, rechne sie doch auf eine konstruktive Rolle der Bundesrepublik.

EG/RGW

Semjonow fuhr fort, er wolle noch einen weiteren Punkt anschneiden, nämlich die Zusammenarbeit zwischen Europäischer Gemeinschaft und dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe.²⁶ In den zurückliegenden Verhandlungen habe der

²³ Der XXVI. Parteitag der KPdSU fand vom 23. Februar bis 3. März 1981 in Moskau statt.

²⁴ Wladimir Semjonowitsch Semjonow war von 1969 bis 1978 Leiter der sowjetischen SALT-Delegation.

²⁵ In Belgrad fand vom 4. Oktober 1977 bis 9. März 1978 die erste KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 88.

²⁶ Zu den Verhandlungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem RGW vgl. Dok. 208, Anm. 27.

Ministerialdirigent Ungerer notierte am 23. September 1980, die EG-Kommission scheine gegen-

RGW bereits ernsthafte Zugeständnisse gemacht, um einen Fortgang zu ermöglichen. Jetzt liege es an der Europäischen Gemeinschaft, ob man weiterkomme. Es gehe vor allem um ganz konkrete Bestimmungen zur Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, u. a. durch Meistbegünstigung. Schließlich wolle man in Madrid auch auf diesem Gebiet mit Ergebnissen aufwarten können.

USA

Semjonow fragte den Minister, ob er den Sieger der amerikanischen Präsidentschaftswahlen²⁷ vorhersagen könne.

BM: Er sei kein Meinungsforscher.

Semjonow: Aber die Botschafter beschäftigen sich durchaus mit Meinungsforschung.

BM: Dann hätte er gern die Berichte der sowjetischen Botschaft aus den letzten Wochen gelesen.

Semjonow: Und umgekehrt.

BM: Ein solcher Austausch von Berichten wäre möglicherweise eine vertrauensbildende Maßnahme.

Semjonow: Das werde ja auch gelegentlich praktiziert.

(Auf Rückfrage des Ministers, wie er das meine, machte Semjonow nur eine vage Bemerkung.)

Semjonow fuhr nach diesem Dialog fort: Die von der amerikanischen Führung eingeschlagene Politik der Konfrontation sei in hohem Grade unvernünftig, sie beruhe auf einer Überschätzung der eigenen Möglichkeiten und auf einer Unterschätzung des sowjetischen Potentials. Demgegenüber würde sich die Einhaltung einer ruhigen und ausgewogenen Linie politischer Zusammenarbeit in Europa auf die internationale Situation wohlthuend auswirken.

Polen

Er habe die Einschätzung der Lage in Polen durch den Bundesminister mit Interesse gehört. Die Haltung der Bundesregierung sei ihm verständlich. Er wolle darauf hinweisen, daß die „Prawda“ am 7.10. den vollen Wortlaut der Rede von Kania auf dem ZK-Plenum²⁸ und einen Artikel von Honecker²⁹ parallel ab-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1510

über dem RGW „plötzlich eine etwas weichere Linie zu verfolgen“. Sie sei bereit, „eine Forderung des RGW zu akzeptieren, daß trotz der asymmetrischen Form des Abkommens (RGW und dessen MS auf der einen, EG auf der anderen Seite) Einzelabkommen nicht nur zwischen der EG und RGW-Mitgliedstaaten, sondern umgekehrt auch zwischen dem RGW und EG-MS abgeschlossen werden können. Hierauf könnten wir eingehen, da die Abschlußkompetenz der EG-MS sich nur auf Materien erstrecken könnte, die noch in deren nationale Zuständigkeit fallen. Dieses Recht haben die EG-MS auch jetzt.“ Die EG-Kommission scheine auch bereit zu sein, „dem RGW in der Frage der Behandlung der Meistbegünstigung und sonstiger handelspolitischer Fragen in dem Abkommen – und zwar in der ihrer Meinung nach juristisch weniger bindenden Form eines Briefwechsels – entgegenzukommen. [...] Die Auffassung der Kommission, daß ein Briefwechsel juristisch weniger bindend wäre, dürfte allerdings falsch sein.“ Vgl. B 201 (Referat 411), Bd. 487.

²⁷ Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

²⁸ Zu den Ausführungen des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, Kania, während der Plenarsitzung des ZK vom 4. bis 6. Oktober 1980 vgl. Dok. 283, Anm. 14.

²⁹ Für den Wortlaut des Artikels „In fester Einheitsfront mit der Sowjetunion und den anderen Bruderländern“ des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, zum 31. Jahrestag der Gründung der DDR am 6. Oktober 1980 vgl. HONECKER, Reden, Bd. 7, S. 404–414.

gedruckt habe.³⁰ Diese gleichzeitige Publikation zeige, daß die SU die Entwicklung sehr aufmerksam verfolge.

Semjonow fuhr fort, er sei befriedigt gewesen zu hören, daß die Bundesregierung an dem Grundsatz strikter Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der sozialistischen Staaten festhalten wolle.

BM unterbrach und verbesserte: „In die inneren Angelegenheiten aller Länder“!

Semjonow: Noch besser!

BM: Das Prinzip der Nichteinmischung könne nicht gegenüber verschiedenen Ländern verschieden gelten. Es sei vielmehr nur dann wirksam, wenn es ohne jede Einschränkung universell angewandt werde.

Semjonow fuhr fort: Der Minister wisse auch von der Verteidigungsorganisation der sozialistischen Staaten mit dem Namen „Warschauer Pakt“. Auch das sei in diesem Zusammenhang von Bedeutung.

DDR/Mindestumtausch

Zu den vom Minister angesprochenen Maßnahmen der DDR-Regierung müsse er bekennen, daß er über die jüngste Entwicklung und die von der DDR getroffenen Maßnahmen nicht im Bilde sei. Es handele sich wohl um Fragen der internen Zuständigkeit der DDR, die bekanntlich ein souveräner Staat sei. Die Bundesregierung habe ja amtliche Beziehungen zur DDR und stehe natürlich mit deren Führung in Verbindung. Was öffentliche Erklärungen der DDR-Führung betreffe, so halte er sich als sowjetischer Botschafter in Bonn nicht für befugt zu Kommentaren.

USA

Der *BM* erwiderte auf die Ausführungen Semjonows zur amerikanischen Politik, wir hätten keinen Zweifel daran, daß die tragenden politischen Kräfte der USA entschlossen seien, die Politik, die sich aus den Verträgen mit uns, den internationalen Verpflichtungen der USA und den definierten Grundsätzen über internationale Politik ergäben, fortzusetzen.

Polen

Zum Thema „Polen“: Er (*BM*) halte es für bedeutsam, daß der Botschafter Verständnis für seine Ausführungen über das Prinzip der Nichteinmischung gezeigt habe.

DDR/Mindestumtausch

Zu den jüngsten DDR-Maßnahmen könne er auf die Ausführungen des Botschafters hin nur wiederholen, die DDR-Maßnahmen seien nicht nur eine innerdeutsche Angelegenheit, sondern hätten Auswirkungen weit über die Beziehungen der beiden deutschen Staaten zueinander hinaus; dies gelte sowohl für den Fortgang des Entspannungsprozesses in Europa als auch für die Auswirkungen auf die Lage in Berlin. Gerade Breschnews Äußerungen über das sowjetische Interesse an der Entwicklung guter Beziehungen der beiden deutschen Staaten zeigten uns, wie große Bedeutung jede Veränderung hier haben müs-

³⁰ Vgl. den Artikel „Plenum ZK PORP“ und den Artikel des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, „V nerušimom edinstve“; PRAVDA vom 7. Oktober 1980, S. 4 f.

se. Abschließend bat BM den Botschafter, seine Ausführungen nach Moskau zu berichten.

Konflikt Irak/Iran

Auf Frage des BM, ob er etwas zum Konflikt Irak–Iran sagen könne, antwortete *Semjonow*, die SU habe ihre Haltung des öfteren sowohl öffentlich als auch in Gesprächen mit verschiedenen Partnern klargemacht. Die SU trete für eine friedliche Beilegung des Konfliktes ein, sie wende sich gegen jede Einmischung von außen. Dies habe Breschnew erst gestern in seiner Rede aus Anlaß des Moskau-Besuchs des syrischen Präsidenten Assad³¹ erneut hervorgehoben.³² Auch er halte den Konflikt für gefährlich. Hier gebe es eine gewisse Gemeinsamkeit der Interessen zwischen unseren beiden Staaten, die paralleles oder analoges Handeln nahelege. Die deutsche Linie strikter Zurückhaltung und Nichteinmischung stehe im Einklang mit den Realitäten und sei vernünftig.

Semjonow schlug vor, man solle weiter auf Arbeitsebene im Kontakt miteinander bleiben, um „die Hand am Puls zu haben“. BM stimmte dem zu und fügte an, es entspreche dem erreichten Stand unserer Beziehungen, daß wir auch über solche Themen miteinander redeten. Wir verstünden, daß die SU den Konflikt ebenso wie wir für eine ernste Gefahr halte.

China

Semjonow fuhr fort, er wolle noch ein paar Darlegungen machen über gefährliche Tendenzen der chinesischen Politik; dies werde dem Auswärtigen Amt noch genauer dargelegt werden. Aus sowjetischer Sicht nähmen die destruktiven Elemente in der internationalen Politik in dem Maße zu, wie die amerikanisch-chinesische militärische Zusammenarbeit³³ fortgesetzt und intensiviert werde. Es sei zwar überall zu hören, daß China angeblich friedlicher geworden sei; tatsächlich jedoch spreche die chinesische Führung immer häufiger von der Unvermeidlichkeit eines Krieges³⁴ – wenn auch vielleicht in flexiblerer Phraseologie als früher. Auffallend sei auch, daß die VR China sich vor konkreten Schritten bei Abrüstung und Rüstungsbegrenzung drücke. Gleichzeitig sei China dabei, interkontinentale Raketen zu entwickeln und herzustellen, darunter auch solche, die für die Beförderung nuklearer Sprengköpfe geeignet seien; China arbeite auch an der Neutronenwaffe. Dies sei eine ernste Gefahr für alle und eine Belastung für die internationale Lage. Es gehe andere Staaten wie z.B. die USA und Japan ebenso an wie die SU. Das chinesische Modernisierungsprogramm verschiebe die Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung auf später, für die Gegenwart sei die Präferenz für „unaufhaltsame Militarisierung“ deutlich sichtbar.³⁵ Auch der abenteuerliche Charakter der chinesischen

³¹ Präsident Assad hielt sich vom 8. bis 10. Oktober 1980 in der UdSSR auf.

³² Für den Wortlaut der Tischrede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, zu Ehren von Präsident Assad am 8. Oktober 1980 in Moskau vgl. BRESCHNEW, Wege, Bd. 8, S. 508–510. Zur Haltung der UdSSR im Krieg zwischen Irak und Iran vgl. ferner Dok. 283, Anm. 7.

³³ Zur Frage einer militärischen Zusammenarbeit der USA mit der Volksrepublik China vgl. Dok. 181, Anm. 30.

³⁴ Zur chinesischen These von der Unvermeidbarkeit des Krieges vgl. AAPD 1979, I, Dok. 105.

³⁵ Oberst i. G. Schoffer, Peking, berichtete am 9. Juli 1980, der Volksrepublik China würde es „fast an allem“ fehlen, um einen sowjetischen Angriff abzuwehren: „Auch intensivste westliche, insbesondere amerikanische Rüstungshilfe kann diesen Zustand noch auf Jahre hinaus nicht entscheidend ändern. [...] Entscheidende Schritte zur Modernisierung der Volksbefreiungsarmee sind bisher nicht

Außenpolitik komme immer deutlicher zum Vorschein. Die amerikanische Hilfe bei der Militarisierung Chinas ermögliche es der chinesischen Führung, ihre internationalen Hegemonie-Absichten um so rascher zu verwirklichen. Eine derartige Entwicklung müsse das internationale Klima verschlechtern. Niemand könne garantieren, daß China nicht in fünf oder zehn Jahren auf die anti-amerikanische oder antijapanische Karte setzen oder seine Interkontinentalraketen gegen diejenigen richten werde, die China einst halfen. Peking bemühe sich – im Einklang mit der alten chinesischen Tradition – um die Vorherrschaft in Südostasien und strebe den Zugriff auf die Straße von Malakka an.

Dem könne die SU nicht tatenlos zusehen. Vielmehr müsse sie die notwendigen Maßnahmen zur Sicherung ihrer Grenzen ergreifen. Die SU werde auch nicht zulassen, daß sich das Gleichgewicht zugunsten der friedensfeindlichen Kräfte verschiebe.

BM erwiderte, wir betrieben bekanntlich keine militärische Zusammenarbeit mit China. Was unsere wirtschaftliche Zusammenarbeit mit China betreffe, so habe sie (wie auch der Bundeskanzler 1978 gegenüber Breschnew in Hamburg ausgeführt habe³⁶) in etwa das Volumen unserer Wirtschaftsbeziehungen mit Luxemburg oder Dänemark. Wir würden aber die Ausführungen des Botschafters aufmerksam studieren. Wir seien in keiner Ecke der Welt an einem Rüstungswettlauf interessiert.

Afghanistan

Er wolle auch auf Afghanistan zu sprechen kommen: Wie der Botschafter sicher wisse, bemühe sich die Islamische Konferenz um eine Initiative, die einen Vermittlungsauftrag an den VN-Generalsekretär³⁷ vorsehe.³⁸ Wir wären dankbar, wenn die sowjetische Regierung die Idee einer Beauftragung des VN-Generalsekretärs mit einer solchen Mission in konstruktivem Sinne prüfen könnte.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1513

getan worden. Vielleicht gibt es Planungen; sichtbar jedenfalls ist nur wenig. Auch der Besitz von Langstreckenraketen mit nuklearen Sprengköpfen nützt kaum, solange keine überlebensfähigen Abschußbasen – z. B. auf U-Booten – vorhanden sind.“ Vgl. den „Schlußbericht anlässlich Ablösung vom Dienstposten“; Referat 201, Bd. 120170.

³⁶ Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, am 7. Mai 1978 vgl. AAPD 1978, I, Dok. 143.

³⁷ Kurt Waldheim.

³⁸ Am 4. Oktober 1980 fand in New York eine Sonderkonferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz statt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnach vermerkte am 8. Oktober 1980, zu den Ergebnissen zählten die Einsetzung eines Redaktionskomitees zur Ausarbeitung eines Resolutionsentwurfs für die Afghanistan-Debatte der VN-Generalversammlung und die Erweiterung des Dreierausschusses der Islamischen Konferenz für Afghanistan. Dem Redaktionskomitee gehörten Algerien, Bangladesch, Guinea, Indonesien, Iran, Kuwait, Marokko, Pakistan, Senegal, Tunesien und der Generalsekretär der Organisation der Islamischen Konferenz an: „Keines der genannten Mitglieder ist gegen die früheren Afghanistan-Resolutionen der Islamischen Konferenz eingetreten. Die Zusammensetzung des Komitees läßt daher einen ausgewogenen Resolutionstext erwarten. [...] Für eine Resolution zeichnete sich dabei folgende Linie ab: Sie soll den Druck auf die SU aufrechterhalten. Sie soll größtmögliche Zustimmung finden. Sie kann daher nicht zu sehr mit Details befrachtet sein und wird unter Umständen auf einen ‚Follow-up-Mechanismus‘ verzichten. [...] Auf Beschluß der Sonderkonferenz der islamischen AM wurden die AM Tunesiens und Guineas in die Afghanistan-Kommission der Islamischen Konferenz aufgenommen (bisherige Mitglieder: die AM Pakistans und Irans sowie der GS der Islamischen Konferenz). Die Kommission soll sich weiterhin um eine politische Lösung der Afghanistan-Frage bemühen.“ Vgl. Referat 340, Bd. 113042.

Semjonow verwies darauf, daß die sowjetische Haltung erst kürzlich im einzelnen Herrn Meyer-Landrut als dem zuständigen Abteilungsleiter des Auswärtigen Amtes dargelegt worden sei. Die SU trete für eine politische Regelung ein, bei der die souveränen Rechte des afghanischen Staates respektiert würden. Die SU befürworte bilaterale Gespräche zur Herbeiführung einer politischen Lösung, vor allem zwischen Afghanistan und Pakistan sowie zwischen Afghanistan und Iran.

Politischer Zugang unseres Botschafters in Moskau

BM sagte, der Botschafter habe soeben Herrn Meyer-Landrut erwähnt; er sei ja auch gestern auf dessen Abschiedsempfang gewesen.³⁹ Der Botschafter werde sicher zu würdigen wissen, daß wir mit der Person von Herrn Meyer-Landrut die große Bedeutung des Moskauer Postens unterstreichen wollten. Wir wären in diesem Zusammenhang dankbar, wenn ihm erweiterte politische Gesprächsmöglichkeiten in Moskau eingeräumt werden könnten. Botschafter *Semjonow* habe hier denkbar viele Gesprächsmöglichkeiten, während unsere Moskauer Botschafter stets unter einem Mangel an Zugang zu den politisch Verantwortlichen litten.

Abschließend bat *BM*, seine Grüße an *AM Gromyko* zu übermitteln.

Semjonow dankte für die Grüße. Er fuhr fort, nach seiner persönlichen Meinung sei Herr Meyer-Landrut eine glückliche Wahl für den Botschafter-Posten in Moskau. Er habe das nötige Gewicht zu Hause (*BM* warf ein, dies sei der Fall), und das sei wiederum wichtig für das Gewicht des Botschafters nach außen (*BM* stimmte dem zu). Er sei sicher, daß Herr Meyer-Landrut eine hervorragende Stelle im Moskauer diplomatischen Corps einnehmen werde.

Anmerkung: Botschafter *Semjonow* trug – wie schon bei früheren Unterredungen – eine Reihe von Ausführungen (z. B. die Darlegungen zur chinesischen Gefahr) vor, indem er sie von mitgebrachten Zetteln oder aus einem mitgebrachten Ringbuch ablas.

VS-Bd. 14086 (010)

³⁹ Andreas Meyer-Landrut trat am 21. Oktober 1980 den Posten als Botschafter in Moskau an.

291

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Montfort

311-320.10 IRN-10221/80 geheim

14. Oktober 1980¹Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister

Betr.: Geiselfrage Teheran³;
 hier: Sachstand 14. Oktober 1980

Bezug: Anforderung Büro Staatssekretäre

Zweck der Vorlage: zur Information

1) Auf iranischer Seite hat unser Gesprächspartner Tabatabai für seine seinerzeitigen Verhandlungen in Bonn⁴ nachträglich eine gewisse Legitimation erhalten. Radio Teheran meldete am 6.10.1980, Tabatabai habe im Auftrag Khomeinis die Bundesrepublik Deutschland besucht und nach seiner Rückkehr dem Imam einen Bericht über seine Reise vorgelegt.

In diesem Zusammenhang ist auch ein Rundfunkinterview des Parlamentspräsidenten Rafsandjani zu sehen, in dem dieser auf die alleinige Entscheidungsgewalt des Imam in der Geiselfrage hinweist. Das Parlament habe die Entscheidung des Imam ohne Diskussion und Debatte zu respektieren.⁵

Botschafter Ritzel steht seither mit Tabatabai in fast täglichem Kontakt. Zunächst hat Tabatabai uns wissen lassen, er habe mit Präsident Bani Sadr, Parlamentspräsident Rafsandjani, Sohn Khomeini⁶ und Imam Khomeini über seine Gespräche in Bonn gesprochen. Sein Bericht sei positiv aufgenommen worden. Der Imam lasse den Kommissionsdebatten freien Lauf und werde erst später eingreifen, wenn die Argumente auf dem Tisch liegen. Neuesten Hinweisen zufolge hat die Parlamentskommission diese Diskussion noch nicht abgeschlos-

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 23. Oktober 1980 vorgelegen, der die Rückgabe an Ministerialdirigent Montfort verfügte.

² Hat Staatssekretär van Well am 14. Oktober 1980 vorgelegen.

³ Botschafter Ritzel, Teheran, berichtete am 1. Oktober 1980: „Geiselfrage war nur einer von mehreren TO-Punkten gestriger Parlamentssitzung und keineswegs der wichtigste. Damit wurde zwar Beschluß vom 23. September, Behandlung der Geiselfrage bis auf weiteres ganz zurückzustellen, wieder aufgehoben: Eine neue Lage ist dadurch aber noch nicht entstanden. Erneut, wie bereits am 16. September, wurde beschlossen, daß sich ein aus sieben noch zu wählenden Abgeordneten bestehender Sonderausschuß mit der Geiselfrage befassen solle [...]. Eine gewisse Veränderung hat sich allenfalls insofern ergeben, als das Parlament in seiner Mehrheit offenbar dazu tendiert, die Befugnisse des Ausschusses zu limitieren und damit dem Plenum mehr Mitwirkungs- und Einflußmöglichkeiten zu geben. [...] Wer auch immer einen Beschluß in der Geiselfrage trifft – Plenum oder Sonderausschuß –, er wird ihm von Khomeini direkt oder über die I[s]lamisch-|R[epublikanische]P[artei]-Führung vorgeschrieben und lediglich verkündet werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 998; Referat 311, Bd. 137623.

⁴ Zu den Gesprächen des stellvertretenden amerikanischen Außenministers Christopher mit dem Staatssekretär im iranischen Ministerpräsidentenamt, Tabatabai, unter Teilnahme des Bundesministers Genscher am 16. und 18. September 1980 auf Schloß Gymnich vgl. Dok. 275.

⁵ Referat 311 notierte am 8. Oktober 1980, der iranische Parlamentspräsident Rafsandjani habe gegenüber Radio Teheran am 6. Oktober 1980 erklärt, „daß aus vielen Gründen die Ansichten und Anordnungen des Imam für alle Abgeordneten absolute Gültigkeit haben“. Vgl. Referat 311, Bd. 137599.

⁶ Ahmad Khomeini.

sen. Laut Tabatabai strebt sie eine Lösung innerhalb der nächsten zwei Wochen an.

In den letzten Gesprächen Tabatabais mit dem Staatspräsidenten und dem Sohn Khomeinis ist der Gedanke einer Teilung der Geiseln in mehrere Gruppen aufgekomen, die dann Zug um Zug gegen entsprechende Zugeständnisse der Amerikaner entlassen werden könnten.

Festzuhalten bleibt, daß bisher weder Tabatabai noch ein anderer Verhandlungsführer zu neuen Gesprächen mit den Amerikanern beauftragt oder ermächtigt worden ist.

(Denkbar wäre freilich – wie das letzte Mal – ein erneutes Treffen ohne solchen formellen Auftrag.)

2) Die Amerikaner drängen auf Beschleunigung des Zeitplans. Sie sehen die Angelegenheit stark unter dem Blickwinkel der amerikanischen Präsidentschaftswahl am 4. November. Ihre bisherige Zeitvorstellung, daß die Iraner schon Anfang dieser Woche reagieren sollten, ließ sich nicht einhalten. Tabatabai spricht von der Möglichkeit eines Treffens in der Türkei. Ende dieser Woche (17./18.10.) werde er voraussichtlich nach Syrien und Saudi-Arabien reisen. Dabei werde er auf Hin- und Rückweg über die Türkei kommen.

Die Amerikaner haben inzwischen in ihrer Botschaft in Bonn Entwürfe für Rechtsverordnungen des Präsidenten hinterlegt, die folgende Sachfragen umfassen:

- Freigabe von iranischen Guthaben und Gold in der Federal Reserve Bank,
- Freigabe iranischen Vermögens in amerikanischen Banken im Ausland und
- Unterbinden der Möglichkeit, das Schah⁷-Vermögen ganz oder teilweise ins Ausland zu verbringen.

Außerdem sind die Amerikaner sehr detailliert auf Tabatabais Bitte eingegangen und haben eine Übersicht über die staatlichen iranischen Bestellungen in den USA geliefert, die nicht mehr abgewickelt worden sind. Diese Übersicht schließt insbesondere Ersatzteile für Waffensysteme ein, die die Iraner im Krieg gegen Irak⁸ dringend benötigen.⁹

3) Botschafter Ritzel, über den alle Kontakte laufen, hat Tabatabai auf die Unvereinbarkeit von Lieferungen solchen Materials mit der amerikanischen Neutralität im Konflikt hervorgehoben.¹⁰ Botschafter Ritzel ist in unserer letzten

⁷ Mohammed Reza Pahlevi.

⁸ Zum Krieg zwischen Irak und Iran vgl. Dok. 283, Anm. 2.

⁹ Am 11. Oktober 1980 übermittelte Gesandter Dannenbring, Washington, Staatssekretär van Well, Ministerialdirigent Montfort und Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau eine Stellungnahme des Präsidenten Carter hinsichtlich der von Iran in den USA bestellten, aber nicht gelieferten Waren: „On the military side, there are approximately 100 million dollar of new spare parts which we could make available from various storage depots for shipment to Iran upon the release of the hostages. [...] Also on the military side, there is about 45 million dollar worth of spares which Iran paid for and received, but which were returned to the United States for repair or overhauling. [...] On the commercial side, there are items for which export licenses have been requested by Iran government subsidiaries or private companies. Our initial review of the files indicates that items in this category could have a value of approximately 50 million dollar. [...] Also on the commercial side is a category of commercial goods ordered but for which no export license has yet been requested.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3895; VS-Bd. 14084 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

¹⁰ So in der Vorlage.

Weisung gebeten worden, Tabatabai klarzumachen, daß die Freilassung in toto und uno actu erfolgen solle.¹¹

Montfort

VS-Bd. 11153 (311)

292

Ministerialdirektor Blech an die Botschaft in Athen

201-360.90 GRI-3148/80 geheim

Aufgabe: 16. Oktober 1980, 20.05 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 5275 Plurez

Citissime nachts

Betr.: NATO-Reintegration Griechenlands²

Bezug: DB Nr. 812 v. 13.10.80 – Pol 363.05³

¹¹ Ministerialdirigent Montfort teilte Botschafter Ritzel, Teheran, am 14. Oktober 1980 hinsichtlich weiterer Gespräche des stellvertretenden amerikanischen Außenministers Christopher mit dem Staatssekretär im iranischen Ministerpräsidentenamt, Tabatabai, mit: „BM steht zu einem Treffen zur Verfügung. Deutsche Seite würde in jedem Fall einer Begegnung in Deutschland den Vorzug geben. Sollten sich die Bedenken des ‚Reisenden‘ speziell auf die Stadt Bonn beziehen, wäre BM auch bereit zu einem Treffen im östlichen Bayern (Berchtesgaden) [...]. Sollten sich seine Bedenken aber gegen Westeuropa insgesamt richten, dann würden wir eher an Saudi-Arabien als an die Türkei als Begegnungsland denken und die Amerikaner bitten, diesen Punkt mit Saudi-Arabien abzustimmen. BM hat arglosen Anlaß zu einer Reise nach Saudi-Arabien.“ Die Freilassung der Geiseln sollte noch vor 4. November 1980 erfolgen: „Es sollte kein Abweichen von der Geschäftsgrundlage geben. Die Geiselfrage sollte in toto und uno actu gegen die Aufhebung der Sanktionsbeschlüsse erfolgen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 426; VS-Bd. 11153 (311); B 150, Aktenkopien 1980.

¹ Durchdruck.

Der Drahterlaß wurde von Legationsrat I. Klasse Wagner konzipiert.

Hat Staatssekretär van Well am 16. Oktober 1980 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 16. Oktober 1980 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Stabreit und Vortragendem Legationsrat Simon am 16. Oktober 1980 zur Mitzeichnung vorgelegen.

Die Angestellte Berthold vermerkte am 16. Oktober 1980: „Original von BM unterzeichnet.“

² Zur Frage der Wiedereingliederung Griechenlands in die militärische Struktur der NATO vgl. Dok. 190, Anm. 12.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann teilte der Botschaft in Ankara am 2. Oktober 1980 mit: „1) Wie dort bereits aus Presseberichterstattung bekannt, hat sich griechisches Drängen auf baldige Lösung der Reintegrationsfrage verschärft, wobei Athen neuerdings unverhohlen Junktim zu Weiterduldung amerikanischer Basen in GR herstellt, allerdings unter Beteuerung, zur Reintegration zu den Bedingungen von 1974 bereit zu sein. GS Phrydas unterrichtete BM in Bonn hierüber (ohne Petitum) auf Rückweg von U[nited]N[at]ionsG[eneral]A[ssembly]. [...] 2) Nach hiesigem Kenntnisstand ist angebliche Bereitschaft, Status quo ante zu akzeptieren, auf griechischer Seite tatsächlich nicht gegeben. Athen geht vielmehr (wie auch Ankara) von Aufspaltung der Kommandostruktur unter Schaffung eines neuen griechischen NATO-Kommandos in Larissa aus, wodurch allerdings auch Frage der Kommandogrenzen zur Luft gegenüber Izmir zusätzliche Relevanz erhält (erhöhte Präjudizgefahr für Regelung der Festlandssockelabgrenzung).“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 4983; VS-Bd. 10285 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

³ Botschafter Sigris, Athen, berichtete, er habe den Abteilungsleiter im griechischen Außenministerium, Phrydas, auf dessen „Bonner Mission“ hin angesprochen: „Herr Phrydas zeigte sich sehr dank-

1) General Rogers (SACEUR) hat Botschafter Wieck wie folgt über seine Bemühungen um die Reintegration Griechenlands in die NATO unterrichtet:

Im Laufe seiner bisherigen intensiven Bemühungen sei es gelungen, eine große Zahl von Problemen zu lösen. Über die noch offenen Fragen könne nach seiner Auffassung Einigung erzielt werden. Mit der nächsten Verhandlungsrunde in den nächsten vier Tagen träten seine Bemühungen in eine entscheidende Phase. Er hoffe, daß es gelinge, zu einem befriedigenden Abschluß zu kommen.⁴

Angesichts des fortbestehenden Mißtrauens zwischen griechischer und türkischer Seite würde er es begrüßen, wenn in dieser Phase auf hoher politischer Ebene von der Bundesregierung ein ermutigendes Wort an beide Seiten gerichtet würde. Er wende sich an die deutsche Seite, weil sie über traditionell gute Beziehungen zu beiden Regierungen verfüge und ihr Ansehen in beiden Ländern hoch sei.

2) Es wird gebeten, nachfolgendes Schreiben des Herrn Bundesministers auf schnellstem Wege AM Mitsotakis zu übermitteln (ohne daß in einem evtl. Gespräch die Unterrichtung gemäß Ziff. 1 verwendet werden soll)⁵:

Sehr geehrter Herr Kollege, lieber Freund,

ich möchte an unser Gespräch im Juni d. J. am Rande der Tagung des NATO-Rats in Ankara⁶ und an ein kürzliches Gespräch mit Botschafter Phrydas in Bonn anknüpfen. Beide Male haben wir übereinstimmend die große aktuelle Bedeutung der Reintegration Griechenlands in die NATO festgestellt. Über Einzelheiten der Gespräche, die General Rogers im Auftrag des Generalsekretärs der NATO⁷ führt, bin ich nicht unterrichtet. Ich habe jedoch den Eindruck, daß diese Gespräche sachlich und zeitlich in ein entscheidendes Stadium getreten sind und Aussicht auf eine Einigung in allernächster Zeit besteht.

Die Entwicklung der internationalen Lage läßt die Reintegration Griechenlands in das Bündnis noch dringlicher erscheinen. Ich richte daher an Sie die Bitte, alles zu tun, um im Geiste der Zusammenarbeit und der gemeinsamen Ziele des Bündnisses eine für beide Seiten akzeptable Lösung der noch offenen Fra-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1518

bar dafür, daß Bundesminister Genscher ihn bereitwillig sogar in seinem Haus in Pech empfangen habe. Im Auftrage von Minister Mitsotakis habe er die griechische Haltung zur Reintegrationsfrage erläutert und begründet, warum die Athener Regierung sich auf das neueste türkische Angebot nicht einlassen könne. Die Rückführung der griechischen Streitkräfte in eine erst nach der Reintegration zu definierende Kommandostruktur mache keinen Sinn und führe auch nicht zu der angestrebten Konsolidierung der Abwehrbereitschaft des Bündnisses in Südosteuropa. Es könnte zehn Jahre dauern, bis die neuen Kompetenzen abgegrenzt seien. Ein solches Vakuum sei aber schlechter als der gegenwärtige Zustand. Die griechische Regierung müsse deshalb darauf bestehen, daß bei der Reintegration die 1974 gültigen Kommandostrukturen wieder in Kraft gesetzt werden. Im Anschluß daran sei sie bereit, über eine neue Abgrenzung der Befehlsbereiche zu verhandeln. [...] Nach meinem Eindruck sind die Motive für das Zögern der griechischen Regierung zu einem guten Teil auch innenpolitischer Art.“ Vgl. VS-Bd. 10285 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

⁴ Zu den Verhandlungen des Oberbefehlshabers der alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR), Rogers, mit der griechischen und der türkischen Regierung vgl. Dok. 296.

⁵ Der Passus „ohne daß ... soll“ wurde von der Angestellten Berthold handschriftlich eingefügt.

⁶ Zur NATO-Ministerratstagung am 25./26. Juni 1980 in Ankara vgl. Dok. 190.

Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem griechischen Außenminister Mitsotakis am 25. Juni 1980 in Ankara vgl. Dok. 191.

⁷ Joseph Luns.

gen zu erreichen. An Ihren türkischen Amtskollegen habe ich mich mit der gleichen Bitte gewandt.⁸

Im übrigen freue ich mich, daß uns das informelle Ministertreffen am 25./26. Oktober in Echternach⁹ Gelegenheit zur Fortsetzung unseres Gedankenaustauschs geben wird.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Hans-Dietrich Genscher

3) Um Unterrichtung des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt, der sich am 16. und 17.10. zu Gesprächen in Athen aufhält¹⁰, wird gebeten. Herr Brandt ist über Sachstand NATO-Reintegration Griechenlands informiert.

Zusatz für NATO Brüssel¹¹:

Es wird gebeten, General Rogers über die Demarchen des Herrn BM bei seinen griechischen und türkischen Amtskollegen zu unterrichten. Weitere Berichterstattung mit normalem kleinen Verteiler erbeten.¹²

Blech

VS-Bd. 10285 (201)

⁸ Ministerialdirektor Blech übermittelte der Botschaft in Ankara am 16. Oktober 1980 ein Schreiben des Bundesministers Genscher an den türkischen Außenminister Türkmen. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 5274; VS-Bd. 10285 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

⁹ Am 25./26. Oktober 1980 kamen die Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ zu einem informellen Treffen in Echternach zusammen. Referat 200 notierte am 28. Oktober 1980: „Im Mittelpunkt der zeitlich gedrängten Beratungen der Minister in Echternach, an denen erstmals auch der griechische Außenminister als Beobachter teilnahm, standen die weltpolitischen Krisenherde im Nahen und Mittleren Osten und Polen. Informelles Treffen fand traditionsgemäß ohne unmittelbare Teilnahme von Mitarbeitern statt. Über Inhalt der Ministergespräche während des Abendessens kann daher nichts gesagt werden.“ Vgl. Referat 200, Bd. 119460.

Für das Protokoll der Nachmittagssitzung am 25. Oktober 1980, bei der der Nahost-Konflikt, der Europäisch-Arabische Dialog, eine Aufhebung der Sanktionen gegen Iran, der Krieg zwischen Irak und Iran, die Lage in Polen, die Beziehungen der Bundesrepublik zur DDR und die EPZ-Struktur besprochen wurden, vgl. die Aufzeichnung der Vortragenden Legationsrätin Siebourg vom 27. Oktober 1980; Referat 200, Bd. 119460. Für einen Auszug vgl. Dok. 306, Anm. 10.

¹⁰ Der SPD-Vorsitzende Brandt hielt sich vom 16. bis 25. Oktober 1980 in Griechenland auf. Am 17. Oktober traf er mit Präsident Karamanlis und Ministerpräsident Rallis zusammen. Botschafter Sigrist, Athen, berichtete am 18. Oktober: „Ministerpräsident Rallis erschien zuversichtlich, daß das Problem der Reintegration in den militärischen Bereichen der NATO schon in der nächsten Woche geklärt sein würde. Er hoffe auf eine positive Lösung, könne aber auf keinen Fall zulassen, daß diese Frage das innenpolitische Klima und die außenpolitischen Beziehungen Griechenlands belastet. [...] Auf die von Herrn Brandt auch im Namen des Herrn Bundeskanzlers gestellte Frage nach der Einschätzung des türkischen Regimes meinte Karamanlis, daß die Türkei lange Zeit brauchen werde, um aus ihrer gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen und sozialen Misere herauszukommen und neue Stabilität zu gewinnen. Man solle dem Militärregime genügend Zeit lassen; eine Rückkehr zu den Zuständen vor dem Eingreifen des Militärs könne niemandem nützen und würde das Chaos nur verschlimmern.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 827; Referat 203, Bd. 115869.

¹¹ Der Drahterlaß wurde zur Information an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel sowie an die Botschaften in Ankara, London und Washington übermittelt.

¹² Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Blech handschriftlich eingefügt. Botschafter Sigrist, Athen, berichtete am 18. Oktober 1980: „Minister Mitsotakis empfing mich noch heute nachmittag (17.10.). Er dankt für das Schreiben von BM Genscher und freut sich auf das Treffen in Echternach. Zur Sache teilte er mir vertraulich mit, daß griechische Regierung die letzten Vorschläge von General Rogers angenommen habe. [...] Er, Mitsotakis, habe den Eindruck, daß Rogers auch mit der Zustimmung der Türkei rechne. Zu 90 Prozent bestünde Übereinstimmung, es gehe um restliche 10 Prozent. [...] Minister Mitsotakis erläuterte, die Ankündigung der griechischen

293

Staatssekretär van Well an Botschafter Ruhfus, London**204-321.00/90-784/80 geheim****17. Oktober 1980¹****Fernschreiben Nr. 5311 Plurez****Aufgabe: 20. Oktober 1980, 19.14 Uhr****Citissime nachts**Betr.: Vierer-Konsultationen über sämtliche Aspekte der Irak-Iran-Krise²

1) Sie werden gebeten, die in Anlage 1 folgende Botschaft des Herrn Ministers unverzüglich in schriftlicher Form an Lord Carrington zu übermitteln. Sie beantworten die in Anlage 2 zu Ihrer Unterrichtung mitgeteilte Botschaft des britischen Außenministers an den Herrn Minister, die mit persönlichem Schreiben des britischen Botschafters³ am 15. Oktober schriftlich übermittelt wurde und die selbst weder eine persönliche Anrede noch eine persönliche Schlußformel enthielt.

2) Wie wir von hiesiger britischer Botschaft vertraulich hörten, hat amerikanische Seite Lord Carrington bereits geantwortet und mitgeteilt, daß Christopher bereit sei, zu den von Lord Carrington angeregten Besprechungen auf einem „senior political level“ nach London zu kommen. Von einer französischen Antwort ist uns noch nichts bekannt; François-Poncet begleitet zur Zeit Präsident Giscard auf seiner China-Reise⁴.

3) Auf rein persönlicher Basis ist uns von britischer Seite der Vorschlag Lord Carringtons dahingehend erläutert worden, daß sich dieser wegen der allem Anschein nach gegebenen Mängel in den amerikanischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen hinsichtlich der Irak-Iran-Krise Sorgen macht. Es komme ihm darauf an, für die Konsultationen zu viert ein höheres Maß an politisch verantwortlicher Steuerung sicherzustellen, das es dann auch ermöglichen würde, die Konsultationsergebnisse wirkungsvoll im amerikanischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozeß umzusetzen. Von unserer Seite ist demgegenüber ebenfalls auf rein persönlicher Basis gesagt worden, daß wir dieses Interesse durchaus teilten, gleichzeitig aber auch sichergestellt sehen wollten, daß die Konsultationsverfahren unter den vier Regierungen ihrerseits nicht der Gefahr der Konfusion ausgesetzt werden sollten.

van Well⁵*Fortsetzung Fußnote von Seite 1520*

Regierung, den Antrag auf Reintegration zurückzuziehen, wenn auch diese Verhandlungsrunde scheiterte, habe die griechischen Militärs veranlaßt, ihre maximalen Positionen zu revidieren. Den Austritt aus der NATO hätten sie nicht riskieren wollen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 828; VS-Bd. 14088 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

¹ Durchdruck.

Der Drahterlaß wurde von Ministerialdirektor Blech konzipiert.

² Zum Krieg zwischen Irak und Iran vgl. Dok. 283, Anm. 2.³ John Oliver Wright.⁴ Zum Besuch des Staatspräsidenten Giscard d'Estaing vom 15. bis 21. Oktober 1980 in der Volksrepublik China vgl. Dok. 286, Anm. 25.⁵ Paraphe.

Folgt Anlage 1

„Botschaft des Bundesministers des Auswärtigen der Bundesrepublik Deutschland, Hans-Dietrich Genscher, an den Secretary of State for Foreign and Commonwealth Affairs, The Right Honourable Lord Carrington

17. Oktober 1980

Für Ihre Botschaft, die Sie mir am 15. Oktober über die britische Botschaft in Bonn zukommen ließen, danke ich Ihnen sehr. Wie Sie halte ich es für ganz unentbehrlich, angesichts der irakisch-iranischen Krise im westlichen Bündnis und damit vor allem unter unseren vier Regierungen ein Höchstmaß an politischer Konzertation und Koordination zu praktizieren. Die Ihnen bekannten Schranken, die der Bundesrepublik Deutschland hinsichtlich einer Beteiligung an militärischen Maßnahmen im Persischen Golf auferlegt sind, beeinträchtigen weder das Interesse meiner Regierung an einer solchen Konzertation und Koordination noch ihre Bereitschaft, sich an entsprechenden Konsultationen voll zu beteiligen. Mir erscheint die Notwendigkeit hierfür um so dringender, als die jüngsten Äußerungen von Präsident Carter, durch welche Irak als Aggressor bezeichnet und ein positives Interesse an Iran artikuliert wird⁶, ein neues Element in die Lage einführen, dessen möglicherweise sehr komplexe Auswirkungen für die Politik unserer Länder von außerordentlicher Bedeutung sein können.

Auch die von Ihnen unter Ziffer 2 und 3 Ihrer Botschaft angesprochenen Fragen sind wichtige Beispiele für die Notwendigkeit engster Abstimmung.

Ich habe es sehr begrüßt, daß nach der Begegnung der vier Außenminister in New York⁷ die Politischen Direktoren am 6. Oktober in Paris⁸ eine erste Konsultationsrunde hatten und eine weitere Runde für den 27.10.⁹ vorgesehen ist. Ich bin der Meinung, daß uns mit diesen Konsultationen ein sehr wertvolles Instrument des kontinuierlichen und zugleich unmittelbaren Austauschs zwischen den vier Außenministern zur Verfügung steht, das vor allem auch im Falle kurzfristiger Erfordernisse genutzt werden kann und soll.

⁶ Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 16. Oktober 1980: „Präsident Carter hat am 15.10. 1980 bei Wahlveranstaltungen in New Jersey und Pennsylvania auf Fragen von Zuhörern u. a. zum iranisch-irakischen Konflikt und dessen möglichen Implikationen für das Schicksal der amerikanischen Geiseln Stellung genommen“. Territoriale Streitigkeiten sollten nach Auffassung des Präsidenten „friedlich, ‚not by aggression‘ bzw. ‚not by invasion or aggression‘, gelöst werden. Schließlich spricht er im Zusammenhang mit der Geiselfrage davon, Iran werde z. Zt. von Irak – ‚an invading nation‘ – angegriffen und sei – als Ergebnis des Festhaltens der Geiseln – als Paria in der Weltgemeinschaft isoliert. Letztere Bemerkungen stellen die bisher deutlichsten Äußerungen der Administration zur Bewertung des Konflikts und der Schuldfrage dar.“ Sie dürften dem Ziel dienen, „Iran vor Augen zu führen, daß er in seinen Bemühungen um die Bewahrung seiner territorialen Integrität auch auf Verständnis und Unterstützung der USA und des Westens zählen könne“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3929; Referat 311, Bd. 137599.

⁷ Ministerialdirektor Blech notierte am 12. September 1980, für den 24. September sei am Rande der VN-Generalversammlung in New York ein Abendessen der Außenminister der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA geplant. Vgl. dazu Referat 010, Bd. 178820.

⁸ Für das Treffen der Politischen Direktoren der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA vgl. Dok. 286.

⁹ Zum Treffen der Politischen Direktoren der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA am 27. Oktober 1980 in Paris vgl. Dok. 286, Anm. 5 und 24.

Allerdings ist die Frage noch zu klären, wie wir in unseren Konsultationen die wirtschaftlichen Probleme, so etwa das von Ihnen erwähnte des Versicherungsschutzes, in einer ihrer Bedeutung entsprechenden Weise berücksichtigen. Es war von vornherein selbstverständlich, daß diese Thematik nicht Gegenstand der Konsultationen der vier Politischen Direktoren sein konnte. Als diese am 6.10. zusammentraten, glaubten wir noch erwarten zu können, daß am Rande des gleichzeitigen Treffens der Internationalen Energie-Agentur ein Gespräch hierüber in einem kleinen Kreise zustande kommen würde. Leider hat sich diese Erwartung nicht erfüllt, weil die amerikanischen Teilnehmer ohne entsprechende Instruktionen waren. Auch wenn die Versicherungsfrage seitdem nicht große Schwierigkeiten geschaffen hat, werden wir nicht ausschließen können, daß sie bei einer durchaus möglichen Verschlechterung der Lage wieder dringlich werden kann.¹⁰

Ich begrüße daher Ihren Vorschlag eines Treffens auf hochrangiger politischer Ebene, das nach meiner Auffassung sowohl geeignete Methoden und Orientierungen für die Abstimmung über relevante wirtschaftliche Fragen entwickeln als auch den laufenden Konsultationen der Politischen Direktoren Richtlinien geben könnte. Herr Staatssekretär van Well steht hierfür zur Verfügung; er ist bereit, gegebenenfalls schon in der nächsten Woche nach London zu kommen.

Ich gehe im übrigen davon aus, daß die Problematik des irakisch-iranischen Konflikts eine wichtige Rolle spielen wird, wenn wir uns am 25. und 26. Oktober im Zusammenhang mit dem informellen Treffen der neun Außenminister¹¹ begegnen.“

Folgt Anlage 2

„Message from the Secretary of State for Foreign and Commonwealth Affairs, The Right Honourable Lord Carrington, to the Federal Minister for Foreign Affairs, Herr Hans-Dietrich Genscher

I have been concerned at the lack of effective coordination of the various responses to the Iraq/Iran crisis within the Western Alliance. I know that you are precluded from direct participation in military measures taken in the Persian Gulf area. Nonetheless, I believe it very important that we keep closely together in all this, given that the discussion would no doubt stray into political matters, since all our interests are involved. I am therefore sending you a copy of a message which I have addressed to Ed Muskie and Jean François-Poncet, suggest-

¹⁰ Ministerialrat Birner, Paris (OECD), vermerkte am 3. Oktober 1980, in der letzten Sitzung der Standing Group on Long-Term Developments (SLT) seien „Fragen hinsichtlich Versicherungen und Reedereien im Zusammenhang mit Irak-Iran-Konflikt“ nicht erörtert worden. Die USA hätten jedoch die Bundesrepublik, Großbritannien und Japan zu einem informellen Gedankenaustausch am Rande der Sitzung eingeladen. Es sei dargelegt worden: „Versicherungsfrage werde von USA nicht mehr als so drängend betrachtet. Immerhin habe es bei letzter Nahost-Krise (israelisch-ägyptischer Konflikt) Versicherungsraten von bis zu fünf Prozent gegeben, ohne daß Öltransport entscheidend beeinträchtigt worden wäre. GB und JAP führten Tankeransammlungen vor Straße von Hormuz weniger auf Versicherungsproblematik als andere Gründe zurück (Furcht vor Risiko, von Kriegshandlungen tangiert zu werden).“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 607; Referat 405, Bd. 126892.

¹¹ Zum informellen Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 25./26. Oktober 1980 in Echternach vgl. Dok. 292, Anm. 9.

ing a meeting in London, or elsewhere. I should be very glad if you felt it possible to be represented.

Message from the Secretary of State for Foreign and Commonwealth Affairs, The Right Honourable Lord Carrington, addressed to M. Jean François-Poncet.

1) I am increasingly concerned that in our various responses, both in actions on the ground and in contingency planning, the four Western governments principally concerned (although the Federal Republic is precluded from taking part in military measures, they are of course deeply concerned) are failing to work as closely together as we should, and are running the risk either of treading on each other's toes or of failing to undertake necessary actions, because we assume that somebody else will be doing it.

2) One example is the naval planning which has been going on between ourselves and the Americans and you and the Americans. We and the Americans have had some talks in London about a concept of operations, and I am told that the US intention is that further planning should be transferred to the operational level, i.e. to the Naval Commanders in the Gulf of Oman. But the concept that I have seen, while wholly adequate for the current situation, in which the threat of closure of the Strait of Hormuz is merely a potential one, would not, so British experts believe, be adequate to restore confidence to tanker owners and masters, should shipping come under actual attack in the Strait or the Gulf. In that event, too, any naval measures might well have to be supplemented, if they were to be effective in restoring confidence, by steps by governments to assume, or underwrite war risk insurance cover. We have not yet considered this.¹²

3) But my concerns extend wider than these naval talks. For example, the British Government have been approached, both by the Saudi Arabian Government and the Government of the UAE¹³ with the latter of whom we have a treaty of friendship¹⁴, which requires us to consult in time of need, about the provision of intelligence and protection. Clearly Western resources are limited, and in the interests of the Alliance we ought all to be concerting our efforts, both in order to achieve the greatest effect and also to avoid taking measures individually

¹² Vgl. dazu das undatierte britische Papier „Naval planning“; VS-Bd. 11116 (204).

Kapitän zur See Maurer nahm am 23. Oktober 1980 zum britischen Papier Stellung: „Da Kräfte nicht ausreichen dürften, um ständig Seegebiete zu sichern, wohl aber, um an Schwerpunkten die volle Seegebietskontrolle auszuüben, müßte man an das Zusammenstellen und Sichern von Gebieten denken. [...] Im Rahmen dieser Gebietssicherung wären die Marinen innerhalb des Golfes anwesend. Die westlichen Marinen – einschließlich die franz[ösische] Marine – wären von Ausrüstung, Ausbildung, Führungsfähigkeit her in der Lage, Gebietssicherung effektiv garantieren und auch Kamikaze-Einsätze von Golf-Anrainer-Streitkräften wirkungsvoll abwehren zu können. [...] Aktionen dürfen nicht so aussehen, als seien es ‚NATO-Maßnahmen‘. Es muß nach außen als getrennte, nationale Maßnahmen wirken. Die vier Regierungen sollten gemeinschaftlich die politische Verantwortung für ihre Weisungen begründen und tragen. Die Regierungen, die Kräfte abstellen, sollten jedoch – mit einem Minimum an Querabsprachen, sozusagen mit Augenzwinkern – folgende Vorbereitungen treffen: Abordnung von besonders charakterstarkem Personal auf die in Frage kommenden Einheiten; Sicherstellung der jederzeitigen technischen Führungsfähigkeit zwischen den Einheiten (Schiffen und Flugzeugen) der einzelnen Nationen; Sicherstellung der Logistik (mindestens nach außen so lange als möglich national!).“ Vgl. VS-Bd. 11116 (204); B 150, Aktenkopien 1980.

¹³ United Arab Emirates.

¹⁴ Für den Wortlaut des Vertrags vom 2. Dezember 1971 zwischen Großbritannien und den Vereinigten Arabischen Emiraten über Freundschaft vgl. UNTS, Bd. 834, S. 273–279.

which, in isolation, may seem desirable but cumulatively might by inadvertence have undesirable political repercussions.

4) With all this in mind, I believe it would be very useful if representatives of the Four could meet, at a senior political level, both to exchange views and to reach decisions which can serve as clear guidelines for our officials. If you agree, I would hope that it would be possible for your representative to visit London in the near future for joint talks. I myself unfortunately shall be away during the next ten days, but Ian Gilmour will be available and would be glad to take part. Alternatively, we could consider some other meeting place if that suited you and the Americans. Even if such a meeting were to become known to the press, I do not think that should be an obstacle in present circumstances. I am therefore writing in similar terms both to Ed Muskie and Hans-Dietrich Genscher.

(Mutatis mutandis identical message send to Mr. Muskie)“

VS-Bd. 11116 (204)

294

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Randermann

VS-NfD

20. Oktober 1980¹

Betr.: Gespräch des stellvertretenden Ministerpräsidenten von Neuseeland, Talboys, mit dem Bundesminister am 16. Oktober 1980²; hier: EG-Fragen

1) Talboys begann das Gespräch mit der Bitte um Unterstützung durch die Bundesregierung des Kommissionsvorschlages bezüglich der Anschlußregelung für die Butterausfuhren Neuseelands in die EG ab 1981.³ Die Butterausfuhren

¹ Ablichtung.

Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bente am 22. Oktober 1980 zusammen mit einer weiteren Aufzeichnung „über Herrn Staatssekretär“ an Bundesminister Genscher weitergeleitet. Dazu vermerkte er: „Die Niederschrift ist in einen allgemeinen politischen Teil (I) und in einen wirtschaftlichen Teil (II) untergliedert. Am Gespräch haben auf deutscher Seite, neben dem Herrn BM und einem Dolmetscher, Herr D 4 und die Herren RL 341 und 411, und auf neuseeländischer Seite der neuseeländische Botschafter Bolt und der Under-Secretary of Foreign Affairs, Mr. Stewart, teilgenommen.“

Hat Vortragendem Legationsrat von Ploetz am 27. Oktober 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Or[iginal] an 341 zurück (Verteilung ist bereits mit Vermerk ‚noch nicht vom BM genehmigt‘ erfolgt).“ Vgl. den Begleitvermerk; Referat 010, Bd. 178802.

² Der neuseeländische Außenminister Talboys, der zugleich stellvertretender Ministerpräsident war, hielt sich am 15./16. Oktober 1980 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 298.

³ Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vermerkte am 14. Juli 1980: „Die derzeitige Butterregelung Neuseeland [...] läuft am 31.12.1980 aus. Die EG-Kommission (EGK)

NZs in die EG hätten zur Zeit des britischen Beitritts⁴ 170 000 t jährlich betragen. Sie seien jetzt auf 95 000 t zurückgegangen, während NZ auf Drittländermärkten mit subventionierten Butterexporten der EG konkurrieren müsse, die sich um 140 000 t erhöht hätten. Eine auf drei Jahre angelegte Regelung mit den im Kommissionsvorschlag vorgeschlagenen Mengen sei das Minimum. DK, B, NL, IRL seien anscheinend auch bereit, einer längerfristigen Regelung zuzustimmen. Das Hauptproblem sei F, das offensichtlich vor der Überprüfung der Gemeinsamen Agrarpolitik keine langfristigen Regelungen wünsche. Er habe mit François-Poncet gesprochen⁵, aber noch keine klaren Auskünfte erhalten. Eine nur auf ein Jahr beschränkte Regelung würde zu sehr großen Schwierigkeiten führen. NZ wünsche nicht, als Bauer (pawn) im Streit zwischen F⁶ und GB⁷ behandelt zu werden, sondern wolle sich die Würde bewahren, als eigenständiges Land behandelt zu werden. Es wäre schwierig, der neuseeländischen Öffentlichkeit klarzumachen, daß die relativ geringen Buttermengen aus NZ für die EG ein Problem bedeuten könnten. Das Problem der gemeinsamen Agrarpolitik bestünde ohnehin. Er werde noch am Abend des gleichen Tages den französischen Landwirtschaftsminister⁸ sehen, erbitte aber die politische Unterstützung der Bundesregierung gegenüber F.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1525

hat dem Sonderausschuß Landwirtschaft am 8.7.1980 einen ‚Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates über die Einfuhr neuseeländischer Butter in die Gemeinschaft zu Sonderbedingungen‘ [...] vorgelegt. Die neue Regelung, die ab 1.1.1981 unbefristet mit Revisionsklausel gelten soll, sieht folgende Jahreseinfuhrmengen vor (Artikel 2, Absatz 1 des Kommissionsvorschlags): 1981 97 500 t, 1982 95 000 t, 1983 92 500 t, ab 1984 unbefristet 90 000 t. Die neue Regelung bringt somit für 1981 gegenüber der Neuseeland im Jahr 1980 bewilligten Einfuhrmenge von 115 000 t eine starke Degression. Die Degression setzt sich in den kommenden Jahren abgeschwächt fort, bis 1984 eine Menge von 90 000 t erreicht ist, die dann unbefristet weitergelten soll.“ Vgl. Referat 341, Bd. 13182.

⁴ Großbritannien trat den Europäischen Gemeinschaften mit Wirkung vom 1. Januar 1973 bei.

⁵ Der neuseeländische Außenminister Talboys hielt sich am 13./14. Oktober 1980 in Frankreich auf.

⁶ Botschafter Herbst, Paris, teilte am 16. Dezember 1980 mit: „Frankreich fühlt sich als Vorkämpfer der Beibehaltung der Prinzipien der GAP. [...] Umgestaltung auf neue GAP-Systeme wie z. B. Produktionskontingentierung werden nur selten, zur Zeit gar nicht diskutiert. Wiederherstellung Marktgleichgewicht ist schon deshalb erwünscht, da zu hohe Kosten Agrarpreisanhebungen blockieren würden. Mitverantwortung der Erzeuger außer bei Milch ist auch für den pflanzlichen Bereich in Diskussion. Hierauf ist heftige Reaktion der Getreideerzeuger festzuhalten. Auflockerung der Intervention dürfte von französischer Seite kaum vorgeschlagen werden. [...] Frankreich ist zwar gewillt, auf der Basis der Gemeinschaftsprinzipien vermehrte Anstrengungen in bezug auf marktgerechtes Verhalten zu machen. Dieser der französischen Landwirtschaft ziemlich unvertraute Aspekt läßt sich jedoch nur schwer einführen. Zudem stehen die Präsidentenwahlen an. Es kann davon ausgegangen werden, daß F vor dem 10. Mai 1981 kaum das jetzige Marktordnungssystem ‚schwächende‘ Entscheidungen trifft.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2447; Referat 411, Bd. 131233.

⁷ Botschafter Ruhfus, London, berichtete am 26. November 1980: „Die Leitlinien der britischen Regierung zur künftigen Ausrichtung der GAP können wie folgt zusammengefaßt werden: Prinzipien der GAP (freier Warenverkehr usw.) sollen erhalten bleiben. Eine Reform mit dem Ziel der Kostensenkung und der Beseitigung der Überschüsse ist dringend notwendig. Die 1-v[on]-H[undert]-Mehrwertsteuergrenze darf nicht überschritten werden. [...] Es muß Zurückhaltung bei den Agrarpreisen geübt werden, dies insbesondere bei den Überschußprodukten (Ausfuhr der Kostenentwicklung) und bei Getreide (große Erzeugerbetriebe mit hohen Einkommen, rascher Produktionsanstieg mit Gefahr der Entstehung von Überschüssen). Die allgemeine Anwendung des Prinzips der Beteiligung der Erzeuger an der Überschuß-Finanzierung ist nicht der richtige Weg zur Verbesserung der GAP. [...] GB wendet sich gegen eine Staffelung der Mitverantwortungsabgabe bei Milch nach Betriebsgrößen. [...] GB wendet sich gegen eine Agrarproduktion mit dem Ziel des Exports mit Hilfe von Ausfuhrerstattungen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1869; Referat 411, Bd. 131233.

⁸ Pierre Méhaignerie.

Der Bundesminister wies auf die großen Schwierigkeiten hin, die die französische Regierung im Agrarbereich habe und die durch die vorgesehene Süderweiterung der EG⁹ noch verschärft würden.¹⁰ Wir selbst hätten trotz sachlicher Bedenken gegen den Kommissionsvorschlag unsere eigene Entscheidung aus außen- und sicherheitspolitischen Erwägungen getroffen, die sich auf die Bedeutung NZs für den pazifischen Raum gründeten. Wir würden deshalb weiterhin die vom Bundeskabinett festgelegte Linie verfolgen. Die im Kommissionsvorschlag vorgesehene mengenmäßige Regelung, begrenzt auf drei Jahre, erscheine als der beste erreichbare Kompromiß. Er sei gerne bereit, hierüber mit dem französischen Außenminister, den er voraussichtlich am 25. Oktober sehen werde¹¹, zu sprechen.¹²

Talboys nahm dies dankend zur Kenntnis.

2) Talboys sprach außerdem die „außerordentlichen Schwierigkeiten“ an, die sich Drittländern bei ihren Verhandlungen in der Gemeinschaft stellten. Die neuseeländische Regierung habe immer wieder die Erfahrung machen müssen,

⁹ Am 28. Mai 1979 wurde der Vertrag über den Beitritt Griechenlands zu den Europäischen Gemeinschaften unterzeichnet, der am 1. Januar 1981 in Kraft trat.

Zum Stand der Verhandlungen über einen EG-Beitritt Portugals vgl. Dok. 212, Anm. 8.

Referat 410 vermerkte am 22. Oktober 1980: „Bisher konnten Stellungnahmen, die in z. T. noch recht allgemeiner Form jeweilige Positionen PTGs und der Gemeinschaft enthalten, zu folgenden Verhandlungskapiteln ausgetauscht werden: Zollunion, Außenbeziehungen, EGKS, EURATOM, Steuerwesen, Kapitalverkehr, Verkehr, Regionalpolitik, Sozialpolitik, Niederlassungsrecht, Wirtschafts- und Finanzfragen, Eigenmittel und abgeleitetes Recht. Nach Auffassung der Kommission kennt Gemeinschaft in diesen Kapiteln die portugiesischen Positionen genügend, um nunmehr Erklärungen zu erarbeiten, in denen der Versuch gemacht wird, Lösungen für die Sachprobleme zu finden. Die Kommission beabsichtigt, im Verlauf des Herbstes entsprechende Arbeitsdokumente vorzulegen und damit schrittweise in die eigentlichen Sachverhandlungen überzuleiten. Die Mitteilung der Kommission über die Ergebnisse der sektoralen Prüfung der portugiesischen Landwirtschaft als Basis einer substantiellen Erklärung der Gemeinschaft in diesem Bereich wird [...] voraussichtlich erst zum Jahresende vorliegen.“ Vgl. Referat 410, Bd. 121928.

Zum Stand der Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 212, Anm. 7.

¹⁰ Ministerialdirektor Fischer notierte am 16. Oktober 1980: „F und I legen das Schwergewicht auf die Einkommenssicherung ihrer mediterranen Landwirte. Die Benachteiligung gegenüber der nördlichen Landwirtschaft müsse aufgehoben und die Stützung der südlichen Agrarprodukte der der nördlichen angepaßt werden (bei Obst und Gemüse: Referenzpreise für alle Erzeugnisse; Ausbau des Interventionsinstrumentariums; Beibehaltung der Marktdurchdringungsprämie für Zitrusfrüchte und der Verarbeitungsbeihilfen für eine Reihe von Mittelmeerprodukten; bei Wein: Verstärkung der Stützungsmaßnahmen; Verbesserung der vorbeugenden Destillation). Demgegenüber verweisen wir darauf, daß die Fehler der nördlichen Marktordnungen bei südlichen Agrarprodukten nicht wiederholt werden dürfen. Es komme umgekehrt auf eine Lockerung der bestehenden dirigistischen Instrumente an und auf eine stärkere Geltung der Marktkräfte [...]. Bieten die Bereiche Obst, Gemüse und Wein in Zukunft möglicherweise Raum für Kompromisse, so erweist sich die Lösungssuche im problematischsten Sektor Olivenöl als erheblich schwieriger. Wegen des großen spanischen Produktionspotentials rechnet die Kommission mit zusätzlichen jährlichen Kosten bei Olivenöl von über 600 Mio. ERE (französische Schätzung: ca. 1 Mrd. ERE).“ Vgl. Referat 410, Bd. 121930.

¹¹ Der französische Außenminister François-Poncet hielt sich ebenso wie der britische Außenminister Lord Carrington vor dem informellen Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 25./26. Oktober 1980 in Echternach am 25. Oktober 1980 in der Bundesrepublik auf. Im Gespräch der beiden Außenminister mit Bundesminister Genscher wurden vor allem der Krieg zwischen Irak und Iran, die KSZE-Folgekonferenz in Madrid und die Stahlkrise in den Europäischen Gemeinschaften besprochen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Paschke vom selben Tag; VS-Bd. 14082 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

¹² Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat von Ploetz hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Vermerk lag BM für Echternach vor.“

daß sie zwar in Verhandlungen mit der Kommission zu einer Einigung gekommen sei, daß diese Einigung dann aber vom EG-Rat, mit dem sie nicht direkt verhandeln könne, in Frage gestellt worden sei.

Der Bundesminister wies demgegenüber darauf hin, daß sogar die Verhandlungen innerhalb der Gemeinschaft außerordentlich schwierig seien. Es sei notwendig, jeweils zu einem Konsensus zu kommen. Die Möglichkeit von Mehrheitsentscheidungen sei eher theoretisch.¹³ Dies zeige sich besonders deutlich bei den Beitrittsverhandlungen mit Spanien, bei denen im Agrarbereich aufgrund der Unterschiede in den Produktionsbedingungen, dem Klima, in der Bodenqualität und in den Betriebsgrößen erhebliche unterschiedliche Interessen der nördlichen und südlichen Mitgliedstaaten bestanden.

Anschließend erfolgte ein Gedankenaustausch über die Problematik der Korrektur der gemeinsamen Agrarpolitik, in dem BM und D⁴¹⁴ auf die bestehenden Probleme hinwiesen. Auf eine Frage nach den neuseeländischen Eindrücken über die künftige britische Haltung erklärte Talboys, er könne sich kaum vorstellen, daß GB aus der EG austrete. NZ selbst habe sich¹⁵ auch trotz seiner eigenen Schwierigkeiten niemals gegen die britische Mitgliedschaft in der EG gewandt.

Randermann

Referat 010, Bd. 178802

¹³ In der Folge der EWG-Ministerratstagung vom 28. bis 30. Juni 1965 in Paris lehnte Frankreich das Prinzip der Mehrheitsentscheidungen, das mit Beginn der dritten Stufe des Gemeinsamen Marktes ab 1. Januar 1966 gelten sollte, ab und verfolgte eine „Politik des leeren Stuhls“. Die Krise konnte auf der Ministerratstagung am 28./29. Januar 1966 in Luxemburg durch einen Kompromiß beigelegt werden, der vorsah, daß sich die EWG-Mitgliedstaaten zunächst bemühen sollten, Lösungen einvernehmlich zu finden, und erst nach Ablauf einer „angemessenen Frist“ Mehrheitsbeschlüsse getroffen werden könnten. Vgl. dazu AAPD 1966, I, Dok. 25.

¹⁴ Per Fischer.

¹⁵ Korrigiert aus: „habe“.

295

Botschafter Herbst, Paris, an das Auswärtige Amt

114-5628/80 VS-vertraulich

Fernschreiben Nr. 2092

Cito

Aufgabe: 20. Oktober 1980, 12.28 Uhr¹

Ankunft: 20. Oktober 1980, 13.29 Uhr

Betr.: Französische Innenpolitik;

hier: Gespräch mit dem Ersten Sekretär der Sozialistischen Partei
Frankreichs, François Mitterrand

Zur Unterrichtung

1) Das etwa zweistündige Gespräch mit François Mitterrand, den ich kürzlich zu Gast hatte, begann mit einer Nachlese zu den Bundestagswahlen², um sich dann der französischen Innenpolitik zuzuwenden. Auffallend war das gegenüber früher deutlich gewachsene Interesse Mitterrands an den politischen Vorgängen in der Bundesrepublik, auch seine intimere Kenntnis und verständnisvollere Betrachtungsweise, die er selbst mit dem längeren Besuch des Vorsitzenden der SPD, Willy Brandt, in seinem Landhaus in den „Landes“ während des letzten Sommers in Verbindung brachte.

Anders als bei meinen ersten Begegnungen, die einen kühl-höflichen, uns gegenüber sehr reservierten Mitterrand sahen³, ist die Gesprächsatmosphäre jetzt aufgeschlossen, ja herzlich. Schon bei einem vorausgegangenen Zusammentreffen erzählte Mitterrand ohne Bitterkeit, ja beinahe scherzend von seinen Erlebnissen bei der Festnahme auf der Flucht aus der Gefangenschaft⁴. Dieses Mal ging Mitterrand, der historisch hoch gebildet ist, bereitwillig auf die Notwendigkeit ein, Preußen und seine geschichtliche Rolle aus klischeehaften Vorstel-

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Feit am 21. Oktober 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Schraepler verfügte.

Hat Schraepler am 22. Oktober 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Kölsch verfügte.

Hat Kölsch vorgelegen.

Hat Schraepler am 10. November 1980 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an die Referate 200, 201, 203 und 204 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann am 11. November 1980 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kastrup am 12. November 1980 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Stabreit vorgelegen.

Zu diesem Gespräch vgl. ferner HERBST, Septennat, S. 71–73.

² Zu den Bundestagswahlen am 5. Oktober 1980 vgl. Dok. 288, Anm. 4.

³ Nach einem Gespräch mit dem Ersten Sekretär der Sozialistischen Partei Frankreichs, Mitterrand, berichtete Botschafter Herbst, Paris, am 8. Februar 1977: „Wegen eines Warnstreiks empfing mich Mitterrand mit hochgeschlossenen Mantel im eiskalten Büro seiner Parteizentrale. Obschon er von ausgesuchter Höflichkeit war und bereitwillig auf meine Fragen antwortete, hatte ich den Eindruck, mit ihm durch eine akustisch durchlässige Glasscheibe zu sprechen. Deutlich war zu spüren, daß sich Mitterrand, der innerhalb wie außerhalb seines Landes kaum Kontakte mit nicht-sozialistischen Kreisen hat, isoliert fühlt und dies auch als mißlich empfindet. Von der mitreißenden Eloquenz und der Anziehungskraft, die Mitterrand bei Massenveranstaltungen auf seine Anhänger ausüben soll, habe ich allerdings im persönlichen Gespräch kaum etwas bemerkt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 431; Referat 202, Bd. 113550.

⁴ François Mitterrand befand sich von Juni 1940 bis Dezember 1941 in deutscher Kriegsgefangenschaft.

lungen zu lösen und differenzierter als bislang zu sehen, worauf ich im Zusammenhang mit der geplanten Ausstellung in Berlin⁵ hingewiesen hatte.

Sicher nicht ohne die Absicht, eine Korrektur nach Bonn weiterzuleiten, kam Mitterrand auf seine hier heftig kritisierte Bemerkung zu einer von ihm behaupteten faktischen Interessenparallelität zwischen Giscard und Marchais – „copains comme cochons“ – zu sprechen. Diese Bemerkung klinge in der deutschen Übersetzung beleidigend, im Französischen sei sie burschikos, aber nicht ehrenrührig. Überdies, so setzte Mitterrand süffisant, wie er es gelegentlich liebt, hinzu, habe er an niedliche „cochons de lait“ (Spanferkelchen) gedacht.

2) Die schwierige Lage, in der sich die französischen Sozialisten nach dem Zerbrechen der Linksunion⁶ befinden, die zunächst durchaus ein Erfolgsrezept war, verschwieg Mitterrand nicht:

Die Kommunistische Partei sei im französischen Leben – leider – fest verwurzelt, wie übrigens auch in anderen Ländern lateinischer und katholischer Prägung, die sich später als ihre protestantischen Nachbarn zur Industriegesellschaft gewandelt hätten. Zwar sei den Sozialisten gelungen, den Kommunisten viele Wähler abspenstig zu machen. Doch seien die so entstandenen Lücken durch den Treibsand der Unzufriedenen wieder aufgefüllt worden. Deshalb werde der kommunistische Block einen demokratischen Machtwechsel in Frankreich vermutlich noch lange verhindern. Bei den Präsidentschaftswahlen⁷ würden die Sozialisten den Kommunisten kaum mehr als zwei Prozent ihrer Stimmen abjagen können.

3) Stärker als in vorausgegangenen Gesprächen betonte Mitterrand, daß die Präsidentschaftswahlen ein wichtiger Schritt in dem historischen Prozeß sein könnten, der die Sozialisten auf ihrem Weg zur größten und damit weniger dogmatischen Volkspartei voranbringe. Dies und die Wahrung der Einheit der Partei seien letztlich bedeutsamer als der Wahlausgang selbst. Womit Mitterrand wohl zu verstehen geben wollte, daß die getrennt marschierenden Linksparteien nach Aufgabe der Linksunion, der Mitterrand spürbar nachtrauert, die bevorstehenden Wahlen kaum gewinnen können.

Eine wenn auch nur geringe Erfolgschance für seine Partei sieht Mitterrand in der großen Verletzlichkeit des Staatspräsidenten durch unerwartete politische Ereignisse. Während 1965 de Gaulle nichts aus dem Sattel hätte werfen können⁸, sei heute Giscard gegen „Unfälle“ jeder Art nicht gefeit. Die derzeitige Regierungsmehrheit sei verbraucht, Giscard's Glanz als Reformator und Magier der Wirtschaftspolitik verblichen. Giscard's Stärke beruhe weithin auf der Zerrissen-

⁵ Am 15. August 1981 wurde in Berlin (West) die Ausstellung „Preußen – Versuch einer Bilanz“ eröffnet.

⁶ Referat 202 notierte im September 1979: „Das im Juni 1972 von Mitterrand und Marchais unterzeichnete Linksbündnis war im Herbst 1977 zerbrochen. PS und KPF konnten sich über eine Aktualisierung ihres Programms nicht einigen. Letzteres war einer der Gründe für die Wahlniederlage der Linken anlässlich der Parlamentswahlen 1978. Es ergaben sich ein tiefgehendes kommunistisch-sozialistisches Zerwürfnis, ferner wechselseitige Beschuldigungen, wobei Marchais insbesondere der PS die Schuld an der Wahlniederlage anzulasten suchte und dabei Mitterrand mit persönlichen Beschuldigungen nicht aussparte.“ Vgl. Referat 202, Bd. 113569.

⁷ Die Präsidentschaftswahlen in Frankreich fanden am 26. April bzw. 10. Mai 1981 statt.

⁸ Aus den Präsidentschaftswahlen am 5. bzw. 19. Dezember 1965 ging der bisherige Staatspräsident de Gaulle als Sieger hervor.

heit der Opposition, was natürlich nicht heiße, daß man sein Geschick, seine Intelligenz und auch das Gewicht des Präsidentenamtes als Wahlhilfe unterschätzen dürfe.

4) Den Wahlsieg werde Giscard letztlich den Kommunisten zu danken haben. Sicher gebe es zwischen ihnen und Giscard keine Kollusion, auch keine direkten Abhängigkeiten. Doch tausche Giscard durch fein dosierte Rücksichtnahme und Gesten Wohlwollen ein, so mit dem Treffen von Warschau im Mai⁹, das aus außenpolitischer Ratio nicht erklärbar sei.

5) Nach den Präsidentschaftswahlen, die auch in Mitterrands Sicht schwerlich eine Änderung an der Staatsspitze bringen werden, müsse Giscard seine Mehrheit erneuern. Tue er dies nur, indem er die seit 22 Jahren regierenden Kräfte umschichte, so gerate er angesichts der kritischen Stimmung im Lande in schwieriges Fahrwasser. Für einen neuen Anfang, der die festgefahrenen Räder wieder vorwärts bringen könne, brauche Giscard die Sozialisten.

Ein solches Zusammenwirken mit Giscard nach den Wahlen schloß Mitterrand nicht aus, während er Gerüchte über eine unmittelbar bevorstehende Kursänderung seiner Partei in Richtung auf die derzeitige Mehrheit brüsk abtat. Damit spielte er zugleich das neuerdings zu beobachtende vorsichtige Werben von Gaullisten und Giscardisten um die Sozialisten deutlich herunter.

6) Das Geheimnis, ob er schließlich in den Ring des präsidentiellen Wahlkampfes treten will, lüftete Mitterrand verständlicherweise nicht. Er beschränkte sich vielmehr auf die – zutreffende – Feststellung, daß jeder sozialistische Präsidentschaftskandidat in dem heiklen Problemdreieck, das aus einer feindseligen Kommunistischen Partei, einer weder strukturell hinreichend gefestigten noch in ihren Grundvorstellungen völlig einigen Partei sowie einem zwar klärungsbedürftigen, aber im Augenblick noch nicht zu klärenden Verhältnis zur derzeitigen Mehrheit gebildet wird, im Wahlkampf vor mehr oder weniger gleichen Schwierigkeiten stehen werde.

Der ausgeruht wirkende Mitterrand beeindruckt unverändert durch seinen weiten geistigen Horizont, seine wache Intelligenz und die Geschliffenheit seiner Äußerungen. Einen ungeduldig an den Start drängenden Kämpfer vermochte ich allerdings nicht recht zu entdecken, während ich eher schon die zur Distanz neigende Attitüde des „elder statesman“ beobachtete. Dennoch halte ich es für durchaus möglich, daß sich Mitterrand für eine erneute Kandidatur¹⁰ entscheidet. So oder so will er sich am Ende dieser Woche äußern.¹¹

⁹ Staatspräsident Giscard d'Estaing führte am 19. Mai 1980 mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, und dem Ersten Sekretär des ZK der PVAP, Gierek, ein Gespräch in Warschau. Vgl. dazu Dok. 154 und Dok. 159.

¹⁰ François Mitterrand unterlag sowohl bei den Präsidentschaftswahlen in Frankreich am 5. bzw. 19. Dezember 1965 als auch am 5. bzw. 19. Mai 1974.

¹¹ In der Presse wurde berichtet: „Als Mitterrands Hauptwidrsacher Rocard am 19. Oktober seine Absicht erklärte, sich um die sozialistische Präsidentschaftskandidatur zu bewerben, konterte Mitterrand, er werde seinen eigenen Entschluß bis Ende der Woche bekanntgeben. Das hat der sozialistische Parteichef nicht getan.“ Vgl. den Artikel „Mitterrand und Chirac lassen ihre Anhänger warten“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 28. Oktober 1980, S. 3.

Am 10. November 1980 wurde in der Presse berichtet: „François Mitterrand wird der einzige Kandidat der Sozialistischen Partei bei der französischen Präsidentschaftswahl im nächsten Jahr sein. [...] Gleichzeitig zog Michel Rocard, der Wortführer des rechten Parteiflügels, seine Kandidatur zurück. Rocard erfüllte damit sein Versprechen, nicht gegen den Parteivorsitzenden zu kandidieren, das er

Wenn Mitterrand kandidiert, so wird die Sozialistische Partei zwischen ihm und Rocard, der soeben seinen Anspruch angemeldet hat, entscheiden müssen, und zwar auf dem Parteikongreß am 24./25. Januar 1981.¹² Obschon Meinungsumfragen dem jüngeren, gewinnenderen, bei den Medien beliebteren Rocard im Vergleich zu Mitterrand größere Erfolgschancen einräumen, so müßte doch der Partei eine Entscheidung gegen Mitterrand, der die Sozialisten wieder zu einem politischen Faktor gemacht hat und als integrierende Kraft kaum zu ersetzen ist, sehr schwer fallen.

[gez.] Herbst

VS-Bd. 11089 (202)

296

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-5631/80 geheim
Fernschreiben Nr. 1443
Citissime nachts

Aufgabe: 20. Oktober 1980, 15.00 Uhr¹
Ankunft: 20. Oktober 1980, 15.40 Uhr

Betr.: Rückkehr Griechenlands in die militärische Integration der NATO²;
hier: Zustimmung des DPC zu dem zwischen SACEUR und den Regierungen Griechenlands und der Türkei ausgearbeiteten Formelvorschlag

Zur Unterrichtung

1) Der Verteidigungs-Planungsausschuß der NATO (DPC: NATO Defence Planning Committee) hat heute in einer kurzfristig einberufenen Sitzung der von General Rogers (SACEUR) und der griechischen und türkischen Regierung ausgearbeiteten Vorschlagsformel für die Rückkehr Griechenlands in die militärische Integration der NATO zugestimmt.

Die Formel wird als Anlage übermittelt.

Der griechische³ und türkische⁴ Botschafter haben nochmals ausdrücklich die Zustimmung ihrer Regierungen bekräftigt und bestätigt. General Rogers hat den

Fortsetzung Fußnote von Seite 1531

im vergangenen Jahr auf dem Parteikongreß von Metz gegeben hatte.“ Vgl. den Artikel „Mitterrand sozialistischer Präsidentschaftskandidat“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 10. November 1980, S. 1.

¹² Ein außerordentlicher Kongreß der Sozialistischen Partei Frankreichs nominierte am 24. Januar 1981 in Créteil den Ersten Sekretär der Sozialistischen Partei Frankreichs, Mitterrand, als Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kastrup am 21. Oktober 1980 vorgelegen.

² Zur Wiedereingliederung Griechenlands in die militärische Struktur der NATO vgl. Dok. 292.

³ Nicolas Athanassiou.

⁴ Osman Olcay.

Vorschlag, der in allen Einzelheiten zwischen den drei verhandelnden Parteien ausdiskutiert und angenommen ist, als für SACEUR voll akzeptabel bezeichnet.

Der griechische Botschafter blieb vereinbarungsgemäß abwesend, bis die anderen DPC-Mitglieder zustimmend von dem Bericht des Generalsekretärs⁵ und von SACEUR Kenntnis genommen hatten.

2) Die im DPC vertretenen Ständigen Vertreter, unter ihnen der herbeigerufene griechische Botschafter, haben den damit vollzogenen Wiedereintritt Griechenlands in die militärische Integration gebilligt und nachhaltig begrüßt. Ich habe – nachdem SACEUR den Vorschlag ausdrücklich als akzeptabel bezeichnet hatte – ebenfalls meine Zustimmung gegeben. Ein vorher versuchter telefonischer Kontakt mit Herrn Staatssekretär⁶ war aus technischen Gründen nicht zustande gekommen.

3) Damit sind die dreijährigen Bemühungen von SACEUR, die auf Wunsch des DPC in engen und streng geheimgehaltenen Beratungen mit der griechischen und türkischen Regierung unternommen worden waren und die schon unter dem Vorgänger General Rogers⁷ begonnen hatten⁸, erfolgreich abgeschlossen worden.

Dieser für das gesamte Bündnis in seiner Bedeutung nicht zu unterschätzende Erfolg tritt in einem Augenblick ein, in dem die weltpolitische Situation sich für das Bündnis als besonders schwierig und komplex darstellt. Er wird zu einer Festigung des Bündnisses und zu einer Stabilisierung insgesamt und besonders an der Südostflanke der Allianz beitragen, die sich mit der derzeit akuten weltpolitischen Krisenregion berührt.

4) Die zwischen den beteiligten Parteien ausgehandelte Formel, die die Basis für den vollzogenen Wiedereintritt Griechenlands in die Integration bildet, stellt eine prozedurale Grundsatzeinigung dar und zeigt die Verfahren auf, die zur Ausarbeitung der Detailregelungen für die Wiederherstellung einer integrierten Kommandostruktur gewählt werden sollen. Viel bleibt noch zu tun.

5) Für den Vollzug des Wiedereintritts Griechenlands in die militärische Integration war höchste Eile und Geheimhaltung geboten, da befürchtet werden mußte, daß bei weiterem Zuwarten und Bekanntwerden von Einzelheiten in der griechischen und türkischen Öffentlichkeit Druck von verschiedenen Gruppierungen auf die beiden Regierungen ausgeübt werden könnte. Auch die Schließung der amerikanischen Basis in Griechenland wäre unvermeidlich geworden.⁹

6) Hinsichtlich des Inhalts der Formel und für das weitere Vorgehen ist aus den genannten Gründen auch künftig absolute Vertraulichkeit und Geheimhal-

⁵ Joseph Luns.

⁶ Günther van Well.

⁷ Alexander M. Haig.

⁸ Zu den Bemühungen um die Wiedereingliederung Griechenlands in die militärische Struktur der NATO vgl. Dok. 190, Anm. 12.

⁹ Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, berichtete am 23. Oktober 1980 über die Reaktion der sowjetischen Presse: „Prawda vom 21.10.1980 veröffentlicht TASS-Bericht aus Athen über bevorstehende Wiedereingliederung Griechenlands in die NATO. Die von MP Rallis über Rundfunk und Fernsehen verkündete Billigung des sogenannten ‚Rogers-Plans‘ durch das Kabinett gehe auf den intensiven Druck Washingtons auf Athen zurück, der sich daraus erkläre, daß die USA möglichst bald die Verträge über ihre vier Stützpunkte auf griechischem Territorium zu erneuern wünschten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4728; Referat 203, Bd. 123279.

tung geboten. Der Generalsekretär hat mit Zustimmung der Ständigen Vertreter ausdrücklich auf diese Notwendigkeit hingewiesen.

Indiskretionen sind gleichwohl in Ankara und Athen zu erwarten.

7) Zur pressemäßigen Behandlung folgt gesonderter Drahtbericht.

Wieck

Folgt Anlage

SACEURs proposal for the return of Greek military forces to the Alliance's integrated military structure

1) The military arrangements relating to the re-linkage of Greece to the integrated military structure of NATO are not intended to affect the bilateral issues existing between Greece and Turkey. Agreements made and measures taken to improve the defensive capability and military effectiveness of the Alliance apply only to NATO military activities and are not precedential with regard to future bilateral agreements. Differing views¹⁰ that have been expressed in NATO documents notwithstanding, the amplifications in the following paragraphs are for NATO purposes only and, in conjunction with the Greek responses to the open ended group issues, constitute interim military/technical arrangements for the re-linking of Greek military forces to the integrated military structure.

2) Greece accepts all MC documents and all other relevant documents to which she has been a party as the basis for the re-linkage of her forces to the integrated military structure. At the same time, reservations taken earlier on those same documents remain in force. In those cases wherein documents were accepted by the Alliance without Greek participation, Greece will specify her position after having studied them.

3) COMSIXATAF¹¹ and COMSEVENATAF¹² will detail the interim procedures to be followed by their subordinate elements in providing full and unrestricted cross tell through the use of all NADGE¹³ integrated sources. These interim procedures will be developed in consultation with COMAIRSOUTH¹⁴ and will be in general accordance with the guidelines of all relevant NATO documents concerning air defence. In addition, COMSIXATAF and COMSEVENATAF will, in consultation with COMAIRSOUTH, arrange for an integrated system of air defence against the Warsaw Pact threat which will provide for a coordinated defence of NATO airspace using all forces and facilities available and to be made available to NATO.

4) Pending resolution through appropriate NATO procedures of doctrinal issues concerning naval command and control matters, interim naval arrangements throughout the Mediterranean and the Black Sea will take into account the in-

¹⁰ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „on matters such as the arrangement for NATO Commands“.

¹¹ Commander Sixth Allied Tactical Air Force.

¹² Commander Seventh Allied Tactical Air Force.

¹³ NATO Air Defence Ground Environment.

¹⁴ Commander Allied Air Forces South.

herent flexibility of naval forces. In the conduct of NATO maritime operations, CINCSOUTH¹⁵ and COMNAVSOUTH¹⁶ will, in consultation with subordinate NATO area or functional commanders, determine whether to delegate operational control of designated forces to the appropriate subordinate NATO naval commander.

VS-Bd. 11101 (203)

297

Aufzeichnung des Botschafters Ruth

221-372.14 FRA/KAE-1800/80 geheim

22. Oktober 1980¹

Herrn Staatssekretär² zur Unterrichtung vorgelegt

Betr.: Konferenz über Abrüstung in Europa;
hier: Vierertreffen am 20.10.1980 in Bonn

Anlg.: 4³

I. Zusammenfassung

1) Am 20.10.1980 fand im Gästehaus des Auswärtigen Amts am Kiefernweg eine besondere Konsultation im Vierer-Rahmen statt, an der unter Leitung von Dg 22⁴ Vertreter aus USA, Großbritannien und Frankreich (Delegationsleiter: Kahan, Moberly, Mme. Renouard) teilnahmen. Zweck des Treffens war es, noch offene Probleme bei den Vorbereitungen im NATO-Rahmen für Madrid⁵ zum Thema KAE zu erörtern und vor der Sitzung des NATO-Rates am 27.10.1980⁶

¹⁵ Commander-in-Chief Allied Forces Southern Europe.

¹⁶ Commander Allied Naval Forces South.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holik und Legationssekretär von Schubert konzipiert.

Hat Regierungsamtmann Reichenberger am 3. November 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Anl[a]g[en] vernichten.“

² Hat Staatssekretär van Well am 24. Oktober 1980 vorgelegen.

³ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 11, 14, 15 und 18.

⁴ Friedrich Ruth.

⁵ In Madrid wurde am 11. November 1980 die KSZE-Folgekonferenz eröffnet. Vgl. dazu Dok. 319 und Dok. 322.

⁶ Botschafter Ruth, z. Z. Brüssel, informierte am 28. Oktober 1980 über die Sitzung des Ständigen NATO-Rats „mit Vertretern aus den Hauptstädten“ am Vortag. Es sei gelungen, „in den anstehenden Fragen – Verhandlungsstrategie, Form und Inhalt des Mandatsentwurfs, CBM-Vorschlagspaket – eine Konsensbildung im Bündnis weiter voranzubringen, ohne daß alle offenen Punkte einer Lösung zugeführt werden konnten. [...] In den Beratungen zum Maßnahmenpaket ist es zwar nur in wenigen Punkten gelungen, bisher strittige Formulierungen in der Ratssitzung zu bereinigen. Es zeichneten sich jedoch Übereinstimmungen in wichtigen konzeptionellen Fragen ab, die die weitere Beratung des Vorschlagspakets in der CBM-Arbeitsgruppe erleichtern und eine Einigung über das Paket bis zum Beginn des Haupttreffens in Madrid ermöglichen dürften.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1497; VS-Bd. 11531 (221); B 150, Aktenkopien 1980.

ein möglichst großes Maß an Übereinstimmung mit unseren engsten Bündnispartnern zu erreichen.

2) Insgesamt kann der von uns angeregte Versuch, Konsultationen unter dem Dach des Vierer-Rahmens der Direktoren erstmals für rüstungskontrollpolitische Fragen zu nutzen, als Erfolg gewertet werden. Das Gespräch wurde offen und freundschaftlich geführt. Alle Teilnehmer ließen den ernsthaften Willen erkennen, zum Konsens zu gelangen. Die bestehenden französisch-amerikanischen Meinungsunterschiede wurden im Detail erörtert. Wir haben durch vermittelnde Gesprächsleitung und konkrete Vorschläge dazu beigetragen, daß es in allen Fällen gelang, sich ad referendum auf Kompromißempfehlungen zu einigen. Wie weit sich diese Empfehlungen bis zum 27. Oktober in offizielle Positionen umsetzen lassen, muß allerdings abgewartet werden.

3) Die wesentlichen Ergebnisse der Konsultation lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Eine gemeinsame westliche, im Bündnisrahmen abgestimmte Verhandlungsstrategie ist nach Auffassung aller Teilnehmer unentbehrlich, um den durch die KSZE etablierten Verhandlungsrahmen im westlichen Sicherheitsinteresse zu nutzen und dem östlichen Konzept einer „Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung“⁷ wirksam zu begegnen.
- Das westliche Gegenkonzept muß sowohl einen Paketvorschlag militärisch bedeutsamer, verifizierbarer und in ganz Europa anwendbarer vertrauensbildender Maßnahmen (CBMs) wie auch einen eigenen westlichen Konferenzvorschlag umfassen. Beide Vorschläge sollten in Madrid gleichzeitig eingebracht werden.
- Die USA werden voraussichtlich erst auf der NATO-Ministertagung am 11./12. Dezember 1980⁸ in der Lage sein, sich auf die Einbringung eines Konferenzmandats festzulegen. Sie sind jedoch bereit, innerhalb des Bündnisses an der Einigung über ein Mandat auf der Grundlage des im Juli eingeführten französischen Textvorschlags⁹ mitzuwirken, und werden, sobald eine Einigung erzielt ist, der informellen Nutzung der Substanz der westlichen Vorstellungen in der Diskussion des Haupttreffens in Madrid nicht widersprechen. Dieses zusätzliche Maß an taktischer Flexibilität ist durch unseren Vorschlag möglich geworden, zwischen der informellen Nutzung der westlichen Substanzvorstellungen für Mandat und CBM-Paket und der förmlichen Einführung beider Positionen zu unterscheiden. Die Franzosen haben diesem Vorschlag für die Verhandlungstaktik zugestimmt und dieses Einvernehmen als Durchbruch bezeichnet.
- Frankreich ist bereit, sein Konferenzmandat in Madrid als im Bündnis abgestimmten Vorschlag einzubringen, und über den Zeitpunkt der förmlichen Ein-

⁷ Zu den Vorschlägen des Komitees der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten bei der Tagung am 14./15. Mai 1979 in Budapest vgl. Dok. 1, Anm. 28.

Zum Vorschlag des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, Gierek, vom 11. Februar 1980 für eine Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 55, Anm. 39.

Zu den Vorschlägen des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts bei der Tagung am 14./15. Mai 1980 in Warschau vgl. Dok. 150, Anm. 5.

⁸ Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1980 in Brüssel vgl. Dok. 363 und Dok. 364.

⁹ Für den Wortlaut vgl. Dok. 287.

bringung im Bündnis zu entscheiden: Das bedeutet, daß die Einführung wahrscheinlich nach der NATO-Ministertagung am 11./12. Dezember in der letzten Woche des Haupttreffens vor Weihnachten erfolgen wird.

- Die Franzosen haben erstmals zugesagt, ihren Mandatsentwurf unter Berücksichtigung der Wünsche ihrer NATO-Partner, insbesondere der amerikanischen Ablehnung jeder Perspektive von Phase-II-Verhandlungen, zu überarbeiten und den neuen Text schon in der Sitzung des NATO-Rats am 27. Oktober zu zirkulieren.¹⁰
- Die Forderung nach Anwendung aller CBMs in ganz Europa, einschließlich des europäischen Teils der Sowjetunion, wird von allen Teilnehmern als unverzichtbares Kernelement des westlichen Konzepts der Vertrauensbildung im militärischen Bereich und als *Conditio sine qua non* für eine Konferenz angesehen.

II. Im einzelnen

1) Verhandlungsstrategie

Bemerkenswert war das eindeutige Bekenntnis der Franzosen zur Notwendigkeit einer im Bündnis abgestimmten westlichen Strategie als wichtigste Voraussetzung für die Realisierung ihres Konferenzvorschlags in Madrid. Auf dieser Grundlage müsse es das nächste Ziel sein, die Neutralen und Ungebundenen von der Richtigkeit des westlichen Konzepts zu überzeugen. Dieser Aufgabe maß auch die Amerikaner besondere Bedeutung zu. Die Amerikaner legten ein Strategiepapier vor, das in seiner jetzigen Fassung den Schwerpunkt auf die Geltendmachung der westlichen Substanzposition zur Vertrauensbildung in Madrid legt, die prozeduralen Aspekte und insbesondere das Konferenzprojekt als solches aber wiederum in den Hintergrund stellt (Anlage 1¹¹). Besonders der amerikanische Gedanke, das CBM-Paket möglicherweise auch unabhängig von einem Mandat zu verwenden, stieß auf die Kritik der anderen Teilnehmer, die hierin eine Gefahr für die Durchsetzung des geographischen Parameters sahen.

Im Zusammenhang mit der Diskussion über das amerikanische Strategiepapier haben wir vorgeschlagen, folgendes Vorgehen ins Auge zu fassen und dies im Papier deutlich zu machen:

¹⁰ Botschafter Ruth vermerkte am 24. Oktober 1980, der revidierte französische Mandatsentwurf enthalte „erneut an mehreren Stellen Formulierungen, die – entsprechend der Neuner-Position – die Perspektive einer zweiten KAE-Phase über Streitkräfteverminderungen und -begrenzungen offenhalten. [...] Eine Einigung über einen gemeinsamen Mandatsvorschlag im Bündnis erscheint nur aussichtsreich, wenn den Amerikanern nicht die Zustimmung zu Formulierungen zugemutet wird, die in striktem Gegensatz zu ihrer von Anfang an vertretenen Position stehen, wonach Abrüstungsfragen im Rahmen der 35 KSZE-Teilnehmerstaaten nicht einmal in Aussicht genommen werden dürfen. Aus dieser Erwägung heraus erklärten sich die französischen Vertreter in Bonn zu einer entsprechenden Revision des französischen Mandatsentwurfs bereit, stießen aber offenbar auf den Widerstand ihrer Amtsleitung. [...] Es wird deshalb vorgeschlagen, AM François-Poncet auf diese Frage anzusprechen und ihm naheulegen, im Interesse eines gemeinsamen westlichen Vorgehens in Madrid Flexibilität bei der Formulierung des Mandatsentwurfs zu zeigen. Wir teilen die französische Position in der Substanz insofern, als auch wir die Möglichkeit von Phase-II-Verhandlungen über Verminderungen und Begrenzungen konventioneller Streitkräfte offenhalten wollen. Wir meinen jedoch, daß ein gemeinsamer Nenner gefunden werden muß, der es sowohl Amerikanern wie auch den Neun ermöglicht, unbeschadet ihrer unterschiedlichen Position in dieser Frage einem gemeinsamen Mandatsentwurf zuzustimmen.“ Vgl. VS-Bd. 11443 (221); B 150, Aktenkopien 1980.

¹¹ Dem Vorgang beigelegt. Für das amerikanische Non-paper „Security Strategy for Madrid“ vom 17. Oktober 1980 vgl. VS-Bd. 11444 (221).

- Möglichst zügige Einigung im Bündnis auf Mandat und Inhalt des CBM-Pakets.
- Nutzung der Substanz beider Elemente der westlichen Position zur informellen Erläuterung, wenn dies in Madrid geboten erscheinen sollte, auch vor einer Entscheidung über ihre förmliche Einführung.
- Gleichzeitige Entscheidung über die förmliche Einführung des Mandats und des CBM-Pakets, um den Zusammenhang zwischen beiden Elementen deutlich zu machen und die Kohärenz der westlichen Position zu wahren. Dabei wird bei der förmlichen Einführung zu berücksichtigen sein, daß es sich beim Mandat um die Formulierung von Rahmenbedingungen für eine KAE, bei dem CBM-Paket um die westliche Verhandlungsposition für die KAE handeln wird.

Alle Gesprächspartner haben diesem Vorgehen ad referendum zugestimmt. Die Vereinigten Staaten haben zugesagt, eine entsprechende Änderung in ihrem Papier aufzunehmen. Die Veränderungen im amerikanischen Entwurf des Strategiepapiers sollen uns noch vor der Ratssitzung am 27. Oktober übermittelt werden, so daß eine neue Fassung des amerikanischen Papiers¹² vor der Ratssitzung selbst zirkuliert werden kann.

Zum Ablauf des westlichen Entscheidungsprozesses kann mit folgendem gerechnet werden:

- 27. Oktober: umfassende Diskussion von Mandat und CBM-Paket mit dem Versuch, Konsensbildung so weit wie möglich voranzubringen.
- Klärung offener Fragen bis zum 11. November so weit, daß in Madrid Eröffnungserklärungen und informelle Diskussion auf einer substantiellen Konsensposition aufbauen können.
- Entscheidungen über die förmliche Einbringung beider Elemente der westlichen Substanzposition (Mandat und CBM-Paket) auf der NATO-Ministertagung am 11. Dezember.
- Bis dahin laufende Prüfung der Möglichkeit einer früheren NATO-Entscheidung im Lichte der Entwicklung in Madrid und der Meinungsbildung in der amerikanischen Regierung nach der Wahl¹³.

2) Form und Inhalt des Mandatsentwurfs

Als wichtigstes Ergebnis dieses Teils der Gespräche ist die französische Bereitschaft festzuhalten, zur Ratssitzung am 27.10. einen überarbeiteten Mandatsentwurf vorzulegen, der die Änderungswünsche der Allianzpartner berücksichtigt. Die französischen Vertreter hatten zu Beginn der Sitzung ein Papier zirkuliert, das auch in der NATO eingeführt werden soll (Anlage 2¹⁴). Obgleich sich die Franzosen darüber im klaren sind, daß das Papier nicht mehr dem in Bonn erreichten neuesten Diskussionsstand entspricht, legen sie Wert darauf, es (mit

¹² Für das revidierte amerikanische Non-paper „Security Strategy for Madrid“ vom 24. Oktober 1980 vgl. VS-Bd. 11443 (221).

¹³ Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

¹⁴ Dem Vorgang beigefügt. Für das französische Papier vom 18. Oktober 1980 vgl. VS-Bd. 11444 (221).

Ausnahme der im Anhang enthaltenen Synopse zum Mandatstext) zur Erläuterung ihrer Haltung doch noch in Brüssel einzubringen.

Die US-Vertreter legten ihre Vorstellungen in Form von dem ursprünglichen Mandatsvorschlag gegenübergestellten Textvorschlägen vor (Anlage 3¹⁵).

Folgende Fragen wurden erörtert:

a) Übergang von der I. zur II. Phase

Die USA lehnen nach wie vor jeden Hinweis auf eine Abrüstungsphase im Mandatstext ab.

Die französischen Vertreter erklärten sich daraufhin bereit, den Mandatstext so zu revidieren, daß die Perspektive der Abrüstung nicht an das Verhandlungsforum der 35 gebunden wird, sondern daß hieraus – in Anlehnung an die Formulierung der Schlußakte¹⁶ – eine allgemeine Perspektive unter Einbeziehung anderer Verhandlungsforen wird.

b) Zusammenhang KAE/KSZE

Es bestand Einigkeit darüber, daß die Einbindung der KAE in den KSZE-Prozeß insbesondere durch die Überprüfung der Ergebnisse einer KAE durch ein nächstes KSZE-Folgetreffen sichergestellt werden muß. Dies schließt eine zwischenzeitliche Anwendbarkeit von auf einer KAE beschlossenen CBM nicht aus. Die Amerikaner bestehen jedoch im Gegensatz zu den Franzosen auf einer förmlichen „Ratifizierung“ durch das nächste KSZE-Folgetreffen als Voraussetzung der Verbindlichkeit.

Die französischen Vertreter sagten zu, bei der Neuformulierung des Mandatstextes eine Formulierung zu suchen, die diesen Dissens verdeckt.

c) Rechtsverbindlichkeit von CBMs

Als Kompromiß zwischen den bisherigen Positionen (Rechtsverbindlichkeit – politische Verbindlichkeit) wollen alle Teilnehmer unter völkerrechtlichen Aspekten prüfen, ob die Verwendung des Begriffs „verbindlich“ (binding, contraignant) einen Ausweg bietet.

d) Hinweis auf bestehende Allianzen im Mandatstext

Wir hatten die Aufnahme eines derartigen Hinweises in den Mandatstext vorgeschlagen, um die Möglichkeit einer kollektiven Implementierung aller vereinbarten Maßnahmen sicherzustellen.

Franzosen, aber auch Amerikaner, wandten gegen unseren Vorschlag ein, daß er auch die Existenz des Warschauer Paktes sanktionieren würde und u. U. zu einem *droit de regard* der anderen KSZE-Teilnehmerstaaten in Bündnisangelegenheiten führen könnte.

¹⁵ Dem Vorgang beigelegt. Für die undatierte amerikanische Synopse vgl. VS-Bd. 11444 (221).

¹⁶ Zu „Fragen im Zusammenhang mit der Abrüstung“ hieß es in der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975: „Die Teilnehmerstaaten anerkennen ihrer aller Interesse an Bemühungen zur Verminderung der militärischen Konfrontation und zur Förderung der Abrüstung, die darauf gerichtet sind, die politische Entspannung in Europa zu ergänzen und ihre Sicherheit zu stärken. Sie sind von der Notwendigkeit überzeugt, auf diesen Gebieten wirksame Maßnahmen zu ergreifen, die durch ihren Umfang und ihre Natur Schritte darstellen, um schließlich eine allgemeine und vollständige Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle zu erreichen und die zur Festigung des Friedens und der Sicherheit in der ganzen Welt führen sollen.“ Vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 924.

Wir sagten Überprüfung unserer Position unter der Voraussetzung zu, daß die Rolle der Allianz im KSZE-Prozeß durch entsprechende Konsultationsverfahren abgesichert wird.

3) Einbringung des Mandats in Madrid

a) Als wichtigstes Ergebnis zu diesem Themenbereich ist das Einvernehmen zur Unterscheidung zwischen förmlicher Einbringung unseres Konferenzvorschlags und vorhergehender informeller Präsentation unseres Konzepts festzuhalten.

Die förmliche Einbringung soll erst nach einer gemeinsamen Entscheidung im Bündnis, wahrscheinlich nach entsprechendem Beschluß der NATO-Ministerkonferenz am 11./12. Dezember, durch Vorlage der in der NATO erarbeiteten Konferenzdokumente (Mandat und CBM-Paket) vorgenommen werden.

Bereits vor diesem Zeitpunkt steht es allen Bündnispartnern frei, auf der Grundlage des Schlußkommuniqués von Ankara¹⁷ ihre Vorstellungen zum Konferenzgedanken, die westlichen CBM-Kriterien und insbesondere die gemeinsame Haltung in der geographischen Frage zu vertreten. Sobald im Bündnis Einigung über ein Konferenzmandat und ein CBM-Vorschlagspaket erzielt wird, kann und sollte die Substanz dieser Vorschläge in der Diskussion des Haupttreffens in Madrid zur Geltung gebracht werden, um dem voraussichtlich frühzeitig vorgelegten östlichen Konferenzvorschlag wirksam zu begegnen. Dabei muß klargestellt werden, daß die förmliche Einführung der westlichen Vorschläge mit Rücksicht auf einen der KSZE-Schlußakte entsprechenden Ablauf des Folgetreffens erst nach der Implementierungsdebatte erfolgen wird.

b) Zur Frage der Einbringerschaft erklärten sich alle Teilnehmer damit einverstanden, daß Frankreich das Konferenzmandat als seinen im Bündnis abgestimmten Vorschlag einbringen soll. Die Franzosen wollen darüber hinaus versuchen, bei der Einführung ggfs. auch die Unterstützung interessierter Neutraler zu suchen. Die Möglichkeit einer Miteinbringerschaft soll geprüft werden.

4) Vorschlagspaket für vertrauensbildende Maßnahmen

Die Diskussion beschränkte sich auf einige wenige Maßnahmen des z.Z. in Brüssel erörterten CBM-Pakets, bei denen noch wichtige Unterschiede in Substanzfragen bestehen (vgl. Übersicht in Anlage 4¹⁸).

a) Austausch von Informationen über Verteidigungshaushalte

USA und Großbritannien sind entschieden gegen eine Aufnahme dieser Maßnahme in das Paket, da sie weder „militärisch bedeutsam“ noch verifizierbar sei und deshalb nicht in den durch unsere CBM-Kriterien vorgegebenen Rahmen passe.

Im Hinblick auf die Tatsache, daß die Vergleichbarkeit von Militärhaushalten, die Voraussetzung für einen Informationsaustausch sein muß, in den VN vertieft behandelt wird¹⁹, erklärten die französischen Vertreter und wir uns bereit, diese Maßnahme zunächst zurückzustellen. Sie sollte vom Westen jedoch in

¹⁷ Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 25./26. Juni 1980 in Ankara vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 138–145. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN 1980, S. 645–649.

¹⁸ Dem Vorgang beigelegt. Für das undatierte Papier „CBMs Package: Major Outstanding Issues“ vgl. VS-Bd. 11444 (221).

¹⁹ Zur Initiative der Bundesrepublik für ein VN-Register über Rüstungsausgaben vgl. Dok. 280, Anm. 17.

dem Eventualfall erneut aufgegriffen werden, daß von seiten der N + N-Staaten ähnliche Vorschläge eingebracht werden.

b) Constraint-Maßnahmen

Ebenso wie die Briten machten wir grundsätzliche Bedenken gegen Constraint-Maßnahmen geltend, da sie negative Auswirkungen auf die Verteidigungsfähigkeit des Bündnisses haben können, die in keinem angemessenen Verhältnis zu dem zu erwartenden Stabilisierungsgewinn stehen. Die französischen Vertreter verteidigten ihre Stabilisierungsmaßnahme (Maßnahme VII der Anlage 4) insbesondere mit dem Argument, daß wenigstens eine Maßnahme der Kategorie in das Paket aufgenommen werden müsse. Die Amerikaner hatten schon vor dem Treffen Verzicht auf die von ihnen vorgeschlagene Maßnahme VI „Constraint on out-of-garrison-activities“ in Aussicht gestellt.

Es wurde Einigung darüber erzielt, beide Maßnahmen zunächst zurückzustellen und die zweite und dritte Maßnahmenkategorie unter der Überschrift „Notification and Stabilization Measures“ zusammenzufassen, um so die Möglichkeit einer späteren Aufnahme von Stabilisierungsmaßnahmen in das Paket offenzuhalten.

c) Notifizierung von Out-of-garrison-Aktivitäten

Die USA und Großbritannien streben für diese Maßnahme wegen der besseren Verifizierbarkeit einen reinen Divisionsparameter an, während Frankreich nicht auf Einbeziehung eines numerischen Parameters (10000 Mann) verzichten will, da es die Gefahr einer Umgehung der Maßnahme sieht.

Die US-Vertreter erklärten sich bereit, einen neuen Formulierungsvorschlag vorzulegen, der beide Positionen berücksichtigt.

d) Austausch von Liaison-Teams/Inspektionen

Angesichts der amerikanischen und britischen Zurückhaltung gegenüber einer Vereinbarung von Inspektionen im 35er-Rahmen wurde von den US-Vertretern der Vorschlag gemacht, den Austausch von Verbindungsstäben so zu konzipieren, daß auf diesem Wege die Möglichkeit zu Inspektionen geschaffen wird.

Auch hierzu werden die USA in den nächsten Tagen einen Formulierungsvorschlag vorlegen.²⁰ Wir legten Wert darauf, daß die Zielsetzung Inspektionen auch in der Überschrift der Maßnahme deutlich werden muß.

Ruth

VS-Bd. 11444 (221)

²⁰ Für das amerikanische Papier „CSCE: U. S. Position on Unresolved CBMs Issues“ vom 24. Oktober 1980 vgl. VS-Bd. 11531 (221).

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Bente

341-321.11 NEU VS-NfD

22. Oktober 1980¹

Betr.: Niederschrift über das Gespräch des Herrn BM mit dem neuseeländischen AM Talboys am 16.10. von 11.30 bis 14.00 Uhr (einschließlich Frühstück)²

AM Talboys eröffnet das Gespräch mit der Frage nach der Einschätzung der Lage in Polen und in der DDR.

BM: Entwicklung in Polen sei im Bewußtsein von Marxisten und Leninisten ein revolutionäres Ereignis. Die Streikbewegung sei an sich schon im System nicht vorgesehen, daß Regierung und Partei aber auch noch nachgeben müßten, sei einmalig. Die polnische Regierung hätte die Verdreifachung der Löhne in den nächsten zwölf Monaten zugesagt, was zu einem Ansteigen der Lohnsumme von gegenwärtig 500 Mio. Złoty auf 1,5 Mrd. Złoty führen werde.³ Schon einer Summe von 500 Mio. Złoty hätte kein ausreichendes Warenangebot gegenübergestanden, zukünftig gelte dies in erhöhtem Maße. Die Folge sei entweder Inflation oder Bewirtschaftung oder Erhöhung des Warenimports. Letzteres aber sei nur durch Kreditaufnahme und weitere Erhöhung der Verschuldung Polens möglich. Diese habe aber ohnehin schon den höchsten Stand unter den kommunistisch regierten Staaten erreicht. Die Einhaltung der Zusage sei somit nur formell möglich, die polnische Arbeiterschaft erwarte keine größeren Geldscheine, sondern mehr Waren.

Die polnische Wirtschaft, vor allem die Landwirtschaft, brauche eine Strukturreform. Letztere habe den höchsten Privatsektor von 70 bis 80%. Dies sei im Prinzip richtig und entspreche ja auch unseren Vorstellungen, aber die Landwirtschaft sei nicht wie bei uns Strukturreformen unterworfen gewesen, die zu optimalen, von einer Familie zu bewirtschaftenden, hoch technisierten Betriebsgrößen geführt hätte. In Polen existierten kleine, nicht technisierte und arbeitsintensive Betriebe. Dort gebe es die höchste Pferdezahl, die die Einfuhr von Futtermittelgetreide erforderlich mache.

¹ Ablichtung.

Zur Weiterleitung der Aufzeichnung an Bundesminister Genscher vgl. Dok. 294, Anm. 1.

² Der neuseeländische Außenminister Talboys hielt sich am 15./16. Oktober 1980 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 294.

³ Zu den in Stettin, Danzig und Jastrzębie am 30./31. August und 3. September 1980 getroffenen Vereinbarungen vgl. Dok. 253, Anm. 2.

Vortragender Legationsrat Scheel teilte der Botschaft in Warschau am 1. September 1980 mit: „Die gegenwärtig beschlossenen Veränderungen ändern nichts an der Tatsache, daß wirtschaftliche Situation sich nicht gebessert hat. Die Streiks haben große Verluste mit sich gebracht. Von sich aus haben sich die Arbeiter zu einem verlängerten Arbeitstag verpflichtet, um die verlorene Arbeitszeit wieder aufzuholen. Die Verbesserungen in den Löhnen betragen insgesamt 150 Mrd. Złoty, über die in diesem Jahr in Höhe von 50 Mrd. Złoty geplanten Verbesserungen hinaus. Wenn diesen Löhnen kein Angebot auf dem Markt gegenübersteht, wird sich die Inflation verstärken. In der Kaufkraft entspricht dieser Betrag ungefähr 3 Mrd. US-Dollar. Das ist eine erschreckende Aussicht, wenn man die gegenwärtige polnische Zahlungsbilanz betrachtet.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 4408; Referat 214, Bd. 132905.

Die Strukturen der Landwirtschaft aber seien kaum zu ändern, denn ihre Erhaltung sei Teil der Vereinbarung zwischen Regierung und Kirche. Eine Änderung würde zur Landflucht führen, die weder die Kirche noch die Regierung wolle, da niemand wisse, wie und wo die Landbevölkerung untergebracht werden könne.

Schwieriger als diese Probleme sei aber das Problem der freien Gewerkschaften. Ihre Existenz in einem kommunistischen Staat sei ein Widerspruch in sich. Weder die unabhängigen noch die kommunistischen Gewerkschaften hätten ein Konzept dafür, wie dieser Widerspruch aufzulösen sei. Sicher sei, daß das Konzept der freien Gewerkschaften auch in anderen osteuropäischen Ländern, vor allem in Ostdeutschland, attraktiv sei. Dies sei für die dortige Führung gefährlich, gerade die DDR sei instabil. Die Tschechen identifizierten sich, ebenso wie die Ungarn, mit ihrem Land. Nur den Ostdeutschen fehle die nationale Identität. Ihr Staat sei die Bundesrepublik Deutschland. Dank der westdeutschen Medien sei die dortige Bevölkerung genauso gut wie die der BR Deutschlands informiert, 75% empfangen das westdeutsche Fernsehen und 100% den westdeutschen Rundfunk. Die Führung der DDR befürchte daher das Überspringen des polnischen Bazillus. Sie ergriffe daher Abgrenzungsmaßnahmen.⁴ Dies sei aber eine völlig abwegige Maßnahme, denn sie verschlechtere wiederum die Stimmung der Bevölkerung. BM betonte, daß seine Sorgen sich fast täglich verstärkten. Er befürchte eine sowjetische Intervention. Sie sei bisher zwar keine beschlossene Sache, aber es bestehe eine große Gefahr, daß sie erfolge. Im Ost-West-Verhältnis stehe daher eine schwierige Entwicklung bevor, dies zeige sich auch bei der Vorbereitung der KSZE-Folgekonferenz in Madrid⁵. Vielleicht werde die nächste Woche Aufklärung bringen, denn es stehe eine AM-Konferenz des Warschauer Paktes bevor, die vermutlich die Marschrichtung für Madrid und für die weitere Entwicklung in der DDR und Polen festlegen werde.⁶

Polen werde in diesen Tagen immer wieder im Zusammenhang mit den Ereignissen in der ČSSR 1968⁷ und denen in Ungarn 1956⁸ genannt. Polen sei aber weder das eine noch das andere Land. Es habe in der Geschichte gelitten. Hieran seien weder die Deutschen noch die Russen unschuldig. Die Ablehnung der UdSSR in Polen sei viel stärker als in anderen kommunistischen Ländern. Die starke Stellung der Kirche spiele hierbei eine erhebliche Rolle. Die Reise des Papstes durch Polen⁹ sei ein Beispiel für die Dominanz moralischer Kräfte im

⁴ Zur Erhöhung des Mindestumtauschs für Besucher der DDR und Ost-Berlins aus „nichtsozialistischen Staaten“ und aus Berlin (West) ab 13. Oktober 1980 vgl. Dok. 290, Anm. 15.

Zur Einschränkung des Reiseverkehrs zwischen der DDR und Polen vgl. Dok. 310, Anm. 26.

⁵ In Madrid begann am 9. September 1980 das Vorbereitungstreffen für die zweite KSZE-Folgekonferenz, die am 11. November 1980 in der spanischen Hauptstadt eröffnet wurde.

Zum Stand der Vorbereitungen vgl. Dok. 290, Anm. 8. Vgl. dazu ferner Dok. 299.

⁶ Am 19./20. Oktober 1980 fand in Warschau eine Tagung des Komitees der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 655–658. Vgl. dazu ferner Dok. 310.

⁷ Am 20./21. August 1968 intervenierten Streitkräfte des Warschauer Paktes in der ČSSR. Vgl. dazu AAPD 1968, II, Dok. 261–263 und Dok. 273.

⁸ Nach dem Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt intervenierten am 4. November 1956 sowjetische Truppen.

⁹ Papst Johannes Paul II. hielt sich vom 2. bis 10. Juni 1979 in Polen auf. Referat 214 notierte dazu am 26. Juni 1979: „Die polnische Regierung hatte mit großer Besorgnis dem Besuch des Oberhauptes

politischen Geschehen gewesen und habe ihre Spuren hinterlassen. Die gesamte Entwicklung in der Welt sei z.Z., auch in den osteuropäischen Staaten, auf Unabhängigkeit gerichtet. 35 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges sei man nicht mehr bereit, sich der UdSSR zu unterwerfen.

Es habe Gegner unserer Entspannungspolitik gegeben und gebe sie auch heute noch. Diese behaupteten, wir hätten zuviel gegeben und zu wenig dafür erhalten. Diejenigen, die diesen Standpunkt vertreten, übersehen aber, daß die Entspannungspolitik uns ermöglicht habe, den Osten mit unserer politischen Philosophie, unserer „Ideologie“, im Gefolge der KSZE-Konferenz von Helsinki¹⁰ zu durchdringen. Ein Beispiel sei das Verhalten des sowjetischen Physikers Sacharow.¹¹ Zu Stalins Zeiten hätte er sich allenfalls einmal äußern können, heute hingegen habe er seine Stimme immer wieder erhoben. Diese Veränderung im System erschiene uns nicht sensationell, aber den Kommunisten. Der Westen würde sich in Zukunft mit großer Festigkeit und Besonnenheit zu bewegen haben.

AM: Kann die UdSSR die Erosion des Systems in Polen erlauben, wird sie nicht gezwungen sein, Truppen zu entsenden?

BM: Die Sowjets werden so lange wie möglich nicht intervenieren. Sie hoffen auf die Enttäuschung der Bevölkerung über die ausbleibenden Erfolge der freien Gewerkschaften, die administrativ in ihrer Entfaltung gehindert werden.¹² Freiheit und Luft haben aber beide die Tendenz, sich auszudehnen.

AM: Besteht nicht die Gefahr, daß die zu erwartende Inflation den Druck der Bevölkerung erhöht?

Fortsetzung Fußnote von Seite 1543

der katholischen Kirche entgegengesehen, weil er die Rolle der katholischen Kirche in der polnischen Gesellschaft demonstrierte und die Gefahr unkontrollierter Reaktionen hätte mit sich bringen können. [...] Der Papstbesuch in Polen hat das Selbstbewußtsein Polens und die Rolle der Kirche in Polen zweifellos gestärkt. Der Papst hat einerseits an den kommunistischen Staat die Forderung nach religiöser Toleranz und mehr Freiheitsraum für den einzelnen gerichtet; er hat andererseits unter dieser Voraussetzung die Gläubigen zur aktiven Mitwirkung am Gemeinwohl aufgerufen. Über Polen hinaus dürfte der Ablauf des Besuchs die Rolle der katholischen Kirche als politischen Faktor in den kommunistischen Staaten Osteuropas insgesamt gestärkt haben.“ Vgl. Referat 214, Bd. 132813.

¹⁰ In Helsinki fand vom 30. Juli bis 1. August 1975 die KSZE-Gipfelkonferenz statt.

¹¹ Zur Verbannung des sowjetischen Atomphysikers Sacharow vgl. Dok. 26, Anm. 17.

¹² Referat 214 vermerkte am 19. September 1980: „Mit der Schaffung der vorläufigen administrativen Voraussetzungen zur Registrierung der parallelen Gewerkschaften – Verordnung des Staatsrats vom 15.9.1980 über die Registrierung der Gewerkschaften bei dem Woiwodschaftsgericht Warschau; bei Ablehnung Berufungsmöglichkeiten an das Oberste Gericht – sucht die polnische Regierung ihre Verpflichtungen aus den Verständigungen mit den Arbeitern zu erfüllen. Die Gründung eines selbstverwaltenden Gewerkschaftsbundes auf nationaler Ebene wurde am 18.9. in Danzig beschlossen; bisher ist aber fraglich, ob er durch Registrierung die staatliche Anerkennung findet. Die Verordnung des Staatsrats spricht nur von der Registrierung von Einzelgewerkschaften und Zusammenschlüssen auf regionaler Ebene.“ Vgl. Referat 214, Bd. 132931.

Am 30. September 1980 führte Referat 214 aus, der Gewerkschaftsbund „Solidarność“ sei am 24. September 1980 beim zuständigen Gericht angemeldet worden. Vgl. dazu Referat 214, Bd. 132931.

Referat 214 notierte am 20. Oktober 1980: „Wałęsa handelt seit 20.10. so, als sei die Gewerkschaft ‚Solidarność‘ registriert. Auf seiner Reise durch Südpolen konnte er demonstrieren, daß seine Resonanz bei den Arbeitern groß ist. Wałęsa versucht, den Handlungsspielraum auszuweiten. Er scheint dabei unter dem Druck radikalerer Kräfte zu stehen, die er zu bremsen versucht. Trotzdem steuert die Entwicklung auf einen Konflikt zwischen der ‚Solidarność‘ und dem Staatsapparat zu.“ Vgl. Referat 214, Bd. 132931.

Zur Registrierung des Gewerkschaftsbundes „Solidarność“ am 24. Oktober 1980 vgl. Dok. 300, Anm. 22.

BM: Im Bewußtsein der polnischen Arbeiter sind nicht die materiellen, sondern die politischen Zugeständnisse entscheidend. Kania habe festgestellt, daß die abgelöste Führung¹³ es nicht verstanden hätte, die Probleme der Arbeiterschaft zu lösen. Die AM osteuropäischer Länder hätten ihm gesagt, eine Entwicklung wie in Polen könne in ihren Ländern nicht eintreten, weil sie mit der Arbeiterschaft in Verbindung stünden und darauf achteten, daß die Gewerkschaften dort nicht der Arroganz der Macht verfielen.

Während des Frühstücks wurde über die Lage am Golf gesprochen. Der Bundesminister unterstrich, daß eine Ausweitung des Konfliktes so lange nicht zu befürchten sei, wie die Supermächte sich heraushielten. Im übrigen hätte er den Eindruck, daß den kriegführenden Parteien¹⁴ bald die „Puste“ ausgehen werde. AM interessierte sich für die Stellung des iranischen Staatspräsidenten¹⁵. D4¹⁶ unterstrich, daß sie gestärkt worden sei und er sich der Solidarität der Streitkräfte erfreue.¹⁷ BM möchte eine Stärkung der staatlichen Stabilität im Iran nicht ausschließen, wenn es gelingt, eine Versöhnung zwischen den gemäßigten Kräften in der Armee und unter den islamischen Fundamentalisten herbeizuführen. Das Gespräch streift auch die westlichen Beratungen zur Offenhaltung der Meerenge von Hormuz durch Seestreitkräfte.¹⁸ Neuseeland sei hieran beteiligt gewesen, habe aber bisher keine Entscheidung getroffen. Z. Z. befänden sich dort keine neuseeländischen Seestreitkräfte, bemerkte der AM.

BM: Wenn es das Ziel Iraks gewesen sein sollte, Iran durch den Angriff zu destabilisieren, so sei dieses Ziel nicht erreicht worden, im Gegenteil. AM hofft auf den Einfluß der islamischen Länder, um die Kriegsparteien an den Verhandlungstisch zu bringen. Mr. Stewart schließt nicht aus, daß die politischen Veränderungen im Irak schließlich größer sein werden als im Iran. BM unterstreicht, daß die Herbeiführung von Verhandlungen deswegen so schwierig sei, weil Irak einen Faustpfandkrieg begonnen habe und Iran nur dann verhandeln wolle, wenn die Faustpfänder zuvor wieder herausgegeben würden. BM hebt den Wandel hervor, dem die Haltung der Supermächte in ihrem Verhältnis zu den Kriegsparteien unterworfen gewesen ist¹⁹. Die UdSSR sei gezwungen gewesen, sich für den Iran zu engagieren, weil der Irak sich von ihr entfernt hätte.²⁰

¹³ Zur Ablösung des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, Gierek, am 5. September 1980 vgl. Dok. 256, Anm. 9.

¹⁴ Zum Krieg zwischen Irak und Iran vgl. Dok. 283, Anm. 2.

¹⁵ Abolhassan Bani Sadr.

¹⁶ Per Fischer.

¹⁷ Botschafter Ritzel, Teheran, berichtete am 11. September 1980, die Position von Staatspräsident Bani Sadr sei „prekär“, denn im Parlament hätten „die Islamisch-Republikanische Partei des Ayatollah Dr. Beheshti, politisches Instrument des schiitischen Klerus, und ihre Trabanten die absolute Mehrheit [...]“. Staatspräsident Bani Sadr ist unter dem [...] irrationalen, militanten Polit-Klerus vom islamischen Sozialrevolutionär in die Rolle eines bürgerlich-nationalistischen ‚Kompromißlers‘ gedrängt worden. Er wird zur Integrationsfigur aller politischen Kräfte, die sich, um die drohende totale Abwirtschaftung des Landes zu verhindern, in gemeinsamer Opposition gegen die Mullah-Herrschaft zusammenfinden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 872; Referat 311, Bd. 137608.

¹⁸ Zu den Bemühungen um die Sicherung der Schifffahrt im Persischen Golf und durch die Straße von Hormuz vgl. Dok. 285 und Dok. 286, Anm. 5 und 26.

¹⁹ Korrigiert aus: „sind“.

²⁰ Zur Haltung der UdSSR im Krieg zwischen Irak und Iran vgl. Dok. 283, Anm. 7, und Dok. 290. Botschafter Holzheimer, Bagdad, berichtete am 17. November 1980, sein Vertreter, Botschaftsrat I. Klasse Spalcke, habe am 12. November 1980 ein Gespräch mit einem Angehörigen der sowjetischen

Die USA müßten eigentlich die Distanzierung des Irak von der SU begrüßen, dem stünden aber die Geiseln im Iran²¹ entgegen. Carter habe die Iraker als Eindringlinge bezeichnet²², eine Erklärung, die der Iran von allen Regierungen erwarte. Sie sei nur im Zusammenhang mit den Geiseln zu sehen. AM beurteilt die Zukunft Saddam Husseins kritisch für den Fall militärischer Rückschläge. BM hält ihn hingegen für ungefährdet, da er von Saudi-Arabien, Jordanien und der Arabischen Liga unterstützt werde. AM erkundigt sich sodann nach den bisherigen Schäden in den Ölförderungsanlagen beider Länder. D4 meint, daß dies sehr schwer zu ermitteln sei, es scheine aber festzustehen, daß die bisherigen Schäden relativ schnell beseitigt werden könnten. Ölversorgungsprobleme seien in Europa nicht aufgetreten, hingegen seien Indien und Brasilien in schwieriger Lage, da sie einen großen Teil ihres Erdöls aus beiden Ländern bezögen. AM unterstreicht, daß Neuseeland Öl aus Saudi-Arabien und Kuwait beziehe und bisher nicht betroffen sei. Sorge mache man sich allerdings wegen der Lammfleischexporte, von denen 25 % nach Iran und Irak gingen. (Für 1981 seien 70 000 Tonnen für Iran und 30 000 Tonnen für Irak vorgesehen. Der Butterexport werde durch die Auseinandersetzung ebenfalls nicht berührt. Außerhalb Großbritanniens gebe es keine bedeutenden Märkte für NZ-Butter, selbst die USA bezögen seit 1974 lediglich 170 t p. a. für Hawaii.)

AM lädt BM ein, auf einer seiner kommenden ASEAN-Reisen auch Neuseeland zu besuchen. BM nimmt dankend an, macht aber endgültige Zusage von weiterer politischer Entwicklung in Europa abhängig und erkundigt sich sodann nach der Lage im Südpazifik und nach der Einschätzung der Rolle Chinas.

AM: In der Nähe Neuseelands entstünden Probleme durch die Politik Frankreichs im Südpazifik. Die Rolle Frankreichs bei der Gewährung der Unabhängigkeit an Vanuatu habe vor allem die autochthone Bevölkerung in Neukaledonien beeindruckt.²³ Sie sei gezwungen worden, einen Teil der französischen

Fortsetzung Fußnote von Seite 1545

Botschaft in Bagdad geführt. Er teilte dazu mit: „Einen Tag vor Beginn ir[ak]ischer Großoffensive gegen Ir[a]n (22.9.) sei Mitglied Revolutionsführungsrates und Vizepremierminister Tariq Aziz zu Besuch in Moskau eingetroffen. Trotzdem sei sow[jetische] Regierung von bevorstehendem Angriff nicht unterrichtet worden. [...] Sow.-irk. Beziehungen wohl nach wie vor nicht durch übertriebene Herzlichkeit gekennzeichnet. Ungeachtet irk. Lobes, das gelegentlich auch öffentlich gespendet wird, bleiben unübersehbare Momente sow. Verärgerung. Stellt man zusätzlich in Rechnung, daß G[e]sprächspartner politische Bedeutung Irns. eindeutig höher einstuft als diejenige Irks., so erscheint es nicht unglaublich, wenn Sow. bei ihren Waffenlieferungen an Irk. unterhalb des im Freundschaftsvertrag vorgesehenen geblieben sein könnte. Solange Washington keine Waffen an Teheran liefert, könnte Ausmaß sowj. Nachschubs an Irk. von Rücksichtnahme auf Irn. sowie Wunsch, Irakern gewisse Lektion in Abhängigkeit zu erteilen, stark beeinflußt werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 693; Referat 311, Bd. 137600.

²¹ Zur Frage der Freilassung der in Teheran als Geiseln festgehaltenen Angehörigen der amerikanischen Botschaft vgl. Dok. 291.

²² Zur Erklärung des Präsidenten Carter vom 15. Oktober 1980 vgl. Dok. 293, Anm. 6.

²³ Botschafter Steger, Wellington, berichtete am 20. August 1980, er habe vom 29. Juli bis 2. August 1980 in Vertretung der Bundesregierung an den Feierlichkeiten zur Unabhängigkeit der Neuen Hebriden (Vanuatu) am 30. Juli 1980 teilgenommen: „Die früheren Kolonialmächte Großbritannien und Frankreich demonstrierten nach außen hin zwar Eintracht, und es ist auch wahrscheinlich, daß im Bereich der persönlichen Beziehungen der Hauptverantwortlichen in Port Vila die früheren Spannungen in dieser späten Stunde beigelegt waren. Gleichwohl traten die im jeweiligen Kolonialsystem verankerten Unterschiede zutage: Die Engländer waren in dieser letzten Periode lediglich noch daran interessiert, mit Anstand und Würde die Übergabe der Gewalt an die neue Regierung zu vollziehen, während Frankreich – vor allem wohl auch im Hinblick auf Neukaledonien – noch immer um die Erhaltung einer ‚présence‘ kämpfte.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 752; Referat 342, Bd. 137386.

Siedler aus Vanuatu aufzunehmen. Sie wolle aber selbst die Unabhängigkeit. Einzelne der Inselstaaten erwögen, das UN-Komitee der 24 in der Frage der Unabhängigkeit Neukaledoniens zu unterstützen. Dies gelte vor allem für Papua-Neuguinea. Die extreme Haltung dieses Landes habe sich aber seit der Regierungsübernahme der neuen Regierung²⁴ geändert. Die Unabhängigkeitsfrage werde im Pazifik-Forum aufgenommen, und eine Reihe der pazifischen Staaten würde gewiß auch dort dafür eintreten.²⁵ Die französische Politik stoße bei den pazifischen Inselstaaten immer wieder auf Ablehnung. Sie seien durch die französische Atomtestpolitik im Südpazifik sensibilisiert. Wie allergisch man reagiere, zeige die Reaktion der Inselstaaten auf unangekündigte Übungsabschüsse chinesischer Interkontinentalraketen in den pazifischen Raum. China habe nach diesem Fehlverhalten seinen taktischen Fehler sofort begriffen und Entschuldigungsbriefe geschrieben. Frankreich denke nicht daran, ähnlich zu handeln. China scheine im übrigen nicht die Absicht zu haben, eine bedeutende Rolle in diesem Raum zu spielen. Nur wenn die UdSSR in Erscheinung trete, versuche China dort, ihr zuvorzukommen. Die UdSSR habe 1976 versucht, in West-Samoa²⁶, Cook-Islands und Tonga über den Abschluß von Fischereiverträgen und durch technische Hilfe (Flugplatzbau in Tonga)²⁷ Fuß zu fassen.

Seither aber sei sie zurückhaltend aufgetreten.²⁸ Lediglich in Fidschi²⁹ und Papua-Neuguinea sei sie nach wie vor an Fischereiabkommen (Thunfischerei) in-

24 Regierungsamtman Kaiser, Port Moresby, berichtete am 14. März 1980: „Am 11. März 1980 endete für Papua-Neuguinea – zumindest vorläufig – die Ära Michael Somare. Er stand dem Lande vom 1. Dezember 1971 unter der Selbstregierung als Chief-Minister und seit der Unabhängigkeit ab 16. September 1975 als Premierminister vor. Ministerpräsident Somare unterlag mit 57 zu 49 Stimmen im vierten Mißtrauensantrag gegen ihn seit Amtsantritt. [...] Sir J[ulius] Chan wurde am Abend desselben Tages vom Generalgouverneur zum neuen Premierminister vereidigt.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 48; Referat 342, Bd. 137208.

25 Botschaftsrat I. Klasse Schatzschneider, Canberra, berichtete am 31. Juli 1980, Ministerpräsident Fraser habe am 14./15. Juli 1980 an der Tagung des Südpazifischen Forums (SPF) auf Kiribati teilgenommen. Im australischen Außenministerium sei zu erfahren gewesen: „Australien sei überrascht gewesen, daß trotz der öffentlichen Kritik der meisten SPF-Mitgliedstaaten gegenüber Frankreich keine deutliche Stellungnahme der Forum-Teilnehmer zur Entkolonisierung der französischen Pazifik-Territorien verabschiedet worden sei. Die Mehrheit der Forum-Mitglieder hätte sich auch gegen eine Diskussion über die Aufnahme Neu-Kaledoniens in die Liste der unter Kolonialherrschaft stehenden Gebiete des Dekolonisierungsausschusses (24er Ausschuß) der VN ausgesprochen.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 553; Referat 342, Bd. 137273.

26 Botschafter Soltmann, Wellington, berichtete am 7. Juli 1976: „In einem gemeinsamen, am 1. Juli 1976 in Wellington unterzeichneten Kommuniqué haben ein Vertreter der Regierung von West-Samoa und ein Angehöriger der sowjetischen Botschaft in Wellington die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Ländern vereinbart. [...] Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu West-Samoa und Tonga kann als erfolgreicher Schritt der Sowjetunion bezeichnet werden, auf allen zum Einflußbereich Neuseelands gehörenden Inseln Fuß zu fassen.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 264; Referat 303, Bd. 103413.

27 Gesandter Noebel, London, berichtete am 11. August 1976, nach britischen Informationen habe sich die UdSSR in dem am 29. Juli 1976 unterzeichneten tongaisch-sowjetischen Kommuniqué zur Zusammenarbeit im Bereich der Fischerei, des Hafen- und Flughafenausbaus verpflichtet: „Man könne nicht ganz ausschließen, daß zwischen Tonga und UdSSR auch noch über andere Fragen (möglicherweise Stützpunkte) gesprochen worden sei.“ Aus Furcht vor einem Eindringen der Volksrepublik China und der Sowjetunion in den pazifischen Raum habe sich Neuseeland ebenfalls zu einem „Beitrag zum Ausbau tongaischen Flughafens (Beleuchtung der Landebahn)“ verpflichtet. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1670; Referat 303, Bd. 103446.

28 Botschaftsrat Friedel, Wellington, informierte am 3. Oktober 1979: „Nach dem Scheitern des früheren sowjetischen Versuchs, auf der Vava'u-Inselgruppe Tongas eine Versorgungsstation für die sowjetische Fischereifangflotte unter gleichzeitigem Ausbau eines Tiefseehafens zu errichten, ist der-

teressiert. Interessant sei der Besuch des neuseeländischen Premierministers³⁰ in Peking unmittelbar nach Neubildung der chinesischen Regierung³¹ gewesen. Es habe keine neuen Erkenntnisse gegeben, nur in der Frage der chinesischen Haltung zu Kambodscha schien zunächst eine Änderung eingetreten zu sein. Der neue chinesische Regierungschef schien den Rückzug der vietnamesischen Truppen aus Kambodscha als Vorbedingung zu Verhandlungen nicht mehr zu fordern.

In einem Gespräch nur wenige Tage später mit dem Staatspräsidenten Kenias, Arap Moi³², sei dann ein Teilabzug als Voraussetzung für Verhandlungen verlangt worden. Dieser erneute Wechsel in der chinesischen Position sei dem NZ-Premier, der sich zu diesem Zeitpunkt noch in China befand, durch einen chinesischen Sonderbotschafter mitgeteilt worden. Es sei schwierig zu beurteilen, ob sich hier wirklich ein Positionswandel vollzogen habe, oder ob es sich um ein Versehen des neuen Regierungschefs bei der Darlegung des chinesischen Standpunktes in der Kambodscha-Frage gehandelt habe.³³

Der AM sah in der chinesischen Indochinapolitik einen Widerspruch zur chinesischen Politik gegenüber der UdSSR. Auf der einen Seite warne die chinesische Regierung vor dem Vordringen der Sowjetunion in aller Welt, auf der anderen Seite trüge sie durch ihre Vietnampolitik³⁴ dazu bei, daß sich die UdSSR in Indochina immer mehr festsetze.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1547

zeit eine ähnliche Initiative im Zusammenhang mit den Cook-Inseln zu beobachten.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 980; Referat 341, Bd. 110671.

29 Botschafter Steger, Wellington, teilte am 26. Februar 1980 zu den Beziehungen zwischen den Fidschi-Inseln und der UdSSR mit, die Regierung der Fidschi-Inseln habe „Richtlinien ihrer als Reaktion auf die sowjetische Afghanistan-Intervention anzusehenden künftigen Politik gegenüber der Sowjetunion“ verkündet: „1) Direkte oder indirekte Entwicklungshilfe-Angebote der Sowjetunion sollen auch künftig abgelehnt werden. 2) Sowjetische Kriegsschiffe dürfen künftig fidschianische Häfen nicht anlaufen, sowjetische Forschungsschiffe (besonders Fischereiforschungsschiffe) nur zu Zwecken der Versorgung mit Lebensmitteln, Wasser und Treibstoff. 3) Einladungen zum Besuch der Sowjetunion an fidschianische Politiker oder an fidschianische Beamte werden nicht angenommen.“ Die Maßnahmen würden die „bekannte, eindeutig prowestlich-konservative Haltung der fidschianischen Regierung“ reflektieren. Vgl. den Schriftbericht Nr. 198; Referat 342, Bd. 137042.

30 Robert D. Muldoon.

31 Zur Regierungsumbildung in der Volksrepublik China vgl. Dok. 277, Anm. 4.

32 Botschaftsrat Klaiber, Nairobi, teilte am 29. August 1980 mit, Präsident Moi werde die Volksrepublik China vom 14. bis 19. September 1980 besuchen. Vgl. dazu den Schriftbericht Nr. 906; Referat 341, Bd. 113073.

33 Botschafter Schödel, Peking, berichtete am 19. September 1980: „Muldoons China-Reise vom 10. bis 17.9. war als Routineangelegenheit geplant, erhielt aber kurz nach Regierungswechsel in China Aktualität. [...] Ein Zwischenfall, ausgelöst durch Äußerungen Zhaos zu Kambodscha, erregte große Aufmerksamkeit der internationalen Presse. Muldoons Darstellung im Gespräch mit westlichen Korrespondenten, China habe seine Position zu politischen Verhandlungen über Kambodscha aufgeweicht, rückte Zhao Ziyang zwei Tage später anlässlich Meinungsaustauschs mit kenianischem Staatspräsidenten Moi wieder zurecht.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1518; Referat 341, Bd. 113179.

34 Zum Einmarsch von Truppen der Volksrepublik China in Vietnam am 17. Februar 1979 vgl. Dok. 192, Anm. 26.

Botschafter Schödel, Peking, berichtete am 24. September 1980: „China hat den vietnamesischen Vorschlag vom 12.9. zur Wiederaufnahme der seit März unterbrochenen sino-vietnamesischen Verhandlungen als Propagandatricks abgetan. [...] Hanoi habe seine antichinesischen Aktivitäten und die bewaffneten Provokationen an der Grenze mit China während der vergangenen sechs Monate verstärkt fortgesetzt. [...] Vietnam habe nicht nur Truppenrückzug aus Kambodscha abgelehnt, sondern zusätzlich militärische Übergriffe gegen Thailand begangen. Diese Tatsachen bewiesen, daß Hanoi gegenwärtig an einer politischen Regelung der Streitfragen nicht ernsthaft interessiert sei.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1546; Referat 341, Bd. 113073.

Der BM stellt in diesem Zusammenhang die Frage nach einer alternativen vietnamesischen Politik. Verhandlungen und Abbau des Drucks würden nach seiner Auffassung doch darauf hinauslaufen, daß Vietnam endgültig Indochina beherrsche. China unterwerfe Vietnam einem Verschleißkrieg, je länger er dauere, desto schwächer werde das Land, selbst wenn es sich dabei zeitweilig der UdSSR weiter annäherte. Sie könne eines Tages der Unterstützung dieses Landes müde werden. Schließlich habe die sowjetische Wirtschaft enorme Lasten zu tragen, nicht nur Vietnam, sondern auch Kuba werde finanziert, Afghanistan verschlinge große Summen, und auch die osteuropäischen Staaten kosteten die UdSSR viel Geld.

Hinzu käme der Rüstungswettlauf. Ständig gebe es für die Sowjetunion neue materielle Probleme. Die beiden kommunistischen Großmächte seien aufeinander fixiert, wie man es sich nur schlecht vorstellen könne. Er erwähnte in diesem Zusammenhang die kürzlichen Ausführungen des sowjetischen Botschafters in Bonn, der davor gewarnt hätte, daß sich eines Tages die chinesischen Waffen auch gegen die jetzigen Freunde Chinas wenden könnten.³⁵ Mit einigen Bemerkungen des BM zur Rolle des Kommunismus in der Welt und der sowjetischen Nachkriegspolitik in Deutschland wurde das Gespräch dann beendet.

[Bente]³⁶

Referat 010, Bd. 178802

299

**Gesandter Graf zu Rantzau, z.Z. Madrid,
an das Auswärtige Amt**

114-5700/80 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 802
Citissime

Aufgabe: 23. Oktober 1980, 21.40 Uhr¹
Ankunft: 23. Oktober 1980, 22.45 Uhr

Betr.: KSZE-Vorbereitungstreffen in Madrid²;
hier: Erwägungen zum weiteren Fortgang der Verhandlungen

1) Das Datum des Beginns der Hauptkonferenz³ ist nur noch etwas über zwei Wochen entfernt. Dieser Umstand beginnt das Konferenzgeschehen zu beeinflussen.

³⁵ Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow am 10. Oktober 1980 vgl. Dok. 290.

³⁶ Vermuteter Verfasser der nicht unterzeichneten Aufzeichnung.

¹ Hat Legationsrat I. Klasse Döbelstein vorgelegen.

² In Madrid begann am 9. September 1980 das Vorbereitungstreffen für die zweite KSZE-Folgekonferenz, das am 11. November 1980 beendet wurde.

³ Die zweite KSZE-Folgekonferenz wurde am 11. November 1980 in Madrid eröffnet. Vgl. dazu Dok. 319 und Dok. 322.

Die bisherigen nahezu sieben Wochen der Konferenz haben bis heute wegen der unverändert starren Haltung der Sowjetunion⁴ nicht zu wirklichen Verhandlungen geführt. Die langen Erörterungen in und außerhalb der Plenarsitzungen haben jedoch das von der Sowjetunion verfolgte Ziel eindeutig klargemacht: Die Sowjetunion will auf dem Madrider Haupttreffen so wenig wie irgend möglich Implementierungsdebatte und so viel Zeit wie möglich zur Erörterung und Verhandlung ihres Abrüstungskonferenz-Vorschlags⁵ in der Phase nach Weihnachten. Dubinin hat das sowjetische Konferenzziel deutlich beschrieben, als er in einem Gespräch mit Kampelman von der amerikanischen Seite Garantien über einen gemäßigt-unpolemischen Verlauf des Haupttreffens und über die Abhaltung der Konferenz über Abrüstung in Europa verlangte (vgl. Delegationsbericht Nr. 32).⁶

Der Westen hat bis heute in bemerkenswerter, von gleichen Grundanschauungen getragener Solidarität an dem Ziel festgehalten, für die Hauptkonferenz eine Tagesordnung und Modalitäten zu erarbeiten, die so eng wie möglich am Gelben Buch⁷ orientiert sind, zeitliche Limitierung der Implementierungsdebatte und „Guillotine“ nicht enthalten, aber Aussagen zu Schlußdokument und nächster Folgekonferenz machen.

Das Interesse der Neutralen und Nichtgebundenen an einer Fortführung des KSZE-Prozesses hat sie im wesentlichen im Sinne des Westens argumentieren lassen.

⁴ Zur Haltung der UdSSR beim Vorbereitungstreffen für die zweite KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. Dok. 290, Anm. 8.

⁵ Zu den Vorschlägen des Komitees der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten bei der Tagung am 14./15. Mai 1979 in Budapest vgl. Dok. 1, Anm. 28.
Zum Vorschlag des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, Gierek, vom 11. Februar 1980 für eine Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 55, Anm. 39.
Zu den Vorschlägen des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts bei der Tagung am 14./15. Mai 1980 in Warschau vgl. Dok. 150, Anm. 5.

⁶ Gesandter Graf zu Rantzau, z. Z. Madrid, teilte am 16. Oktober 1980 mit, der Leiter der amerikanischen KSZE-Delegation, Kampelman, habe über seine Gespräche mit dem Leiter der sowjetischen KSZE-Delegation, Dubinin, am selben Tag und am Vortag berichtet. Auf Dubinins Ausführungen habe Kampelman geantwortet, „das Auftreten der US-Delegation werde klar und fest, aber nicht polemisch sein. Eine offizielle oder schriftliche Garantie hierfür sei jedoch nicht möglich und auch nicht sinnvoll, weil unter ‚polemisch‘ ohnehin jeder etwas anderes verstehen könne. Über die Abrüstungskonferenz werde im Lichte aller Vorschläge zu entscheiden sein. In seinem heutigen Mittagessen habe er Dubinin um konkrete Vorschläge gebeten, die aus östlicher Sicht konsensfähig seien und die er nach Washington weiterleiten könnte. Dubinin habe jedoch weder konkrete Vorstellungen geäußert noch irgendeine Konzessionsbereitschaft erkennen lassen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 777; Referat 212, Bd. 133390.

⁷ Botschafter Ruth vermerkte am 1. September 1980, die Beschlüsse des Vorbereitungstreffens für die KSZE-Folgekonferenz in Madrid sollten „an den Beschlüssen des Belgrader Vorbereitungstreffens (sog. Gelbes Buch) ausgerichtet werden. Gründe: a) Das Belgrader Modell hat sich bewährt. b) Der Westen vermeidet eine Demandeur-Position und hat eine günstige Ausgangslage für die Verhandlungen, weil er sich auf einen bestehenden Text stützt. c) Diese einfache Verhandlungsposition könnte dazu beitragen, das Vorbereitungstreffen möglichst schnell zu beenden. Daran hat der Westen ein Interesse, weil er entsprechend dem Mandat Vorverhandlungen zu Substanzfragen auf dem Vorbereitungstreffen vermeiden will, während die Sowjetunion Sachverhandlungen, u. a. über das eigene Abrüstungskonferenz-Projekt, schon auf dem Vorbereitungstreffen führen und dadurch der Implementierungsdebatte auf dem Haupttreffen Bedeutung nehmen will [...]; eine längere Pause zwischen Vorbereitungstreffen und Haupttreffen für eine Bestandsaufnahme und Feinabstimmung der Vorbereitungen nützlich wäre.“ Vgl. Referat 212, Bd. 133390.

2) In den letzten Tagen mehren sich die Zeichen, daß die sowjetische Delegation möglicherweise den Zeitpunkt für Verhandlungen gekommen sieht.

Das Warschauer-Pakt-Kommuniqué vom 20.10.⁸ geht von dem Zustandekommen des Haupttreffens aus. Seitdem weist die sowjetische Delegation in Gesprächen immer wieder darauf hin, daß man bis dahin eine Tagesordnung und Modalitäten gefunden haben müsse, da das Haupttreffen ohne eine solche Struktur undenkbar sei. Im Plenum und in Gesprächen lassen Mitglieder der sowjetischen Delegation eine gewisse Besorgtheit darüber erkennen, daß man unter Umständen bis zum Vorabend des 11.11. in Madrid bleiben müsse. Dieses sei doch der Atmosphäre des Haupttreffens abträglich. Kondraschew sagte in einem gestrigen Gespräch, daß man am 3.11. doch eigentlich fertig sein solle. Andere sowjetische Delegierte sprachen davon, doch mindestens eine Woche zwischen Ende der Vorbereitungskonferenz und Beginn der Hauptkonferenz zu Vorbereitungen in Moskau zu benötigen. Wieder andere stellten auf den Zeitpunkt der Feiern zur Oktoberrevolution⁹ ab. In seiner Intervention vom 22.10. (vgl. Delegationsbericht Nr. 36)¹⁰ machte Dubinin Äußerungen, die von einer Reihe anderer westlicher Delegationen, u. a. auch der amerikanischen Delegation, als Signale einer ersten Öffnung gedeutet werden. Heute hat die sowjetische Delegation der Initiative der Neutralen (vgl. Delegationsbericht Nr. 36)¹¹ grünes Licht gegeben.

Jedes dieser Zeichen für sich genommen bedeutet nichts, zusammengenommen stellen sie, gemessen am bisherigen Verhalten der sowjetischen Delegation, jedoch eine Änderung dar.

⁸ Am 19./20. Oktober 1980 fand in Warschau eine Tagung des Komitees der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 655–658. Vgl. dazu ferner Dok. 310.

⁹ Am 7. November 1980 wurde in der UdSSR der 63. Jahrestag der Oktoberrevolution begangen.

¹⁰ Gesandter Graf zu Rantzau, z. Z. Madrid, berichtete am 22. Oktober 1980 über Äußerungen des Leiters der sowjetischen KSZE-Delegation, Dubinin, in der Plenumssitzung am selben Tag: „Die in dem typischen Stil Dubinins, d. h. mit vagen Andeutungen und verschleierte Ausblicken durchsetzten Ausführungen erweckten passagenweise den Eindruck, als wolle er eine mögliche Verhandlungsbereitschaft der sowjetischen Delegation andeuten. Eine Analyse des Gesagten ergibt hierfür jedoch keinen Anhalt. Dubinin erwähnte zum Beispiel, daß seine Delegation hinsichtlich der Zeiteinteilung bestimmte Vorstellungen entwickelt habe. Diese Vorstellungen seien subjektiv, und es gebe auch andere. Die in diesem Satz möglicherweise liegende Verständigungsbereitschaft nahm dann aber ein folgender Satz wieder zurück, in dem er sagte, daß das DDR-Papier die Zeitvorstellungen nunmehr objektiv und optimal ausgedrückt habe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 796; Referat 212, Bd. 133390.

¹¹ Gesandter Graf zu Rantzau, z. Z. Madrid, berichtete am 22. Oktober 1980, der Leiter der finnischen KSZE-Delegation, Müller, habe ihm mitgeteilt: „Die Gruppe der Neutralen halte die Zeit für eine von ihrer Gruppe ausgehende Initiative für gekommen. Hierzu hätten sie sich folgendes Szenario vorgestellt: Sie wollten als Gruppe und nicht als einzelne Neutrale sprechen. Sie wollten jeweils getrennt mit der sowjetischen Delegation, der amerikanischen Delegation, einem Vertreter der Neun sowie der jugoslawischen, der rumänischen und der maltesischen Delegation sprechen, um festzustellen, ob eine Initiative allseits als zweckmäßig angesehen wird. Bejahendenfalls wollten sie in einer zweiten Kontaktunde die Meinungen der Delegationen über die Hauptelemente eines Kompromißpapiers erfragen, die in einem Papier zusammengefaßt dann in einer dritten Runde mit dem genannten Kreis jeweils einzeln erörtert werden sollten. Bei einem positiven Verlauf dieses Verfahrens könnte dann als vierter Schritt an die Einbringung eines Papiers in das Plenum oder in eine informelle Arbeitsgruppe gedacht werden. [...] Der stellvertretende amerikanische Delegationsleiter Zimmermann sprach sich für eine solche Initiative der Neutralen aus. Es sei deutlich, daß die Sowjets sich in eine Sackgasse manövriert hätten. Man müsse ihnen prozedural die Möglichkeit geben, ohne Gesichtverlust einzulenken.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 796; Referat 212, Bd. 133390.

Hinzu kommt folgendes:

- Die Neutralen, die während des bisherigen Konferenzverlaufs von der sowjetischen Delegation im Hinblick auf Initiativen decouragiert oder zurückgewiesen wurden, sehen nunmehr ihrerseits die Zeit für gekommen, sich um vom Leiter der finnischen Delegation¹² betrieben¹³ (vgl. Del. Ber. 34¹⁴).
- Im Kreise der Neun, der Fünfzehn und Spanien mehren sich interne Gesprächsbeiträge, die, wenn auch bisher eher am Rande, auf Fragen der Substanz der westlichen Position eingehen. In der gestrigen Sitzung der Fünfzehn mit Spanien hat Botschafter Rupérez zum ersten Mal die Frage der Negotiabilität von Elementen der westlichen Position angesprochen. Eine Erörterung hierüber fand aus Zeitgründen nicht statt, muß aber für die nächste Zukunft erwartet werden.
- Die amerikanische Delegation spricht unter der souveränen Führung von Botschafter Kampelman mit einer Stimme. Er und sein Stellvertreter Zimmermann geben in taktischer und – soweit dies die Delegation entscheiden kann – in Substanzfragen den Ausschlag. (Der Einfluß von Spencer Oliver, der eine härtere Haltung vertritt, darf jedoch nicht völlig außer acht gelassen werden.)

Zimmermann sagte mir gestern mit der Bitte um Wahrung der Vertraulichkeit, da die folgenden Gedanken zwar zwischen Kampelman und ihm erörtert, nicht aber mit der Delegation und Washington besprochen seien, daß Kampelman und er folgende Überlegungen als Grundlage einer Lösung in Betracht zögen: Man könne sich mit der Begrenzung der Implementierungsdebatte auf die Phase vor der Weihnachtspause abfinden, wenn folgendes sichergestellt werde: Sollte die sowjetische Seite – in welcher Form auch immer – filibustern, so müsse die dadurch verlorengegangene Zeit in der Nachweihnachtsphase nachgeholt werden. Auf Implementierungsfragen müsse man sowohl bei der Begründung von neuen Vorschlägen als auch im Falle neuer Ereignisse zurückkommen dürfen.

Bei einem solchen Verständnis, das nicht notwendigerweise schriftlich festgehalten zu werden bräuchte, könne man daran denken, die Arbeitsorgane bereits in der zweiten Woche (Woche der Generaldebatte) neben den Plenarsitzungen ihre Arbeiten aufnehmen zu lassen. In den folgenden Wochen könnten sodann die Plenarsitzungen verringert und die Sitzungen der Arbeitsgruppen vermehrt werden. Des weiteren könne man daran denken, das Arbeitsorgan S in der Vorweihnachtsphase überwiegend Fragen der Prinzipien und in der Nachweihnachtsphase überwiegend Fragen der Sicherheit erörtern zu lassen. Er wisse nicht, wie weit die skizzierten Gedanken von Washington gebilligt werden würden. Ohne jeden Bezug auf das vorstehend Skizzierte habe Kampelman ihm am Telefon gesagt, daß er mit einer guten Flexibilitätsmarge zurückkehre.

3) Das unter Ziffer 1 und 2 Dargestellte scheint mir anzuzeigen, daß nunmehr die Phase der eigentlichen Verhandlungen sich anbahnt. Diese Phase wird für

¹² Richard Müller.

¹³ Unvollständiger Satz in der Vorlage.

¹⁴ Gesandter Graf zu Rantzau, z. Z. Madrid, teilte am 20. Oktober 1980 mit, in den „heutigen Konsultationen im Kreise der Neun und der Fünfzehn“ sei entschieden worden, ein Arbeitspapier einzubringen, das den taktischen Zweck verfolge, „mit unseren Zeitvorstellungen zu der Phase nach Weihnachten jetzt herauszukommen und nicht etwa auf ein östliches Papier mit ganz anderen Zeiteinteilungen antworten zu müssen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 790; Referat 212, Bd. 133390.

den Westen in dem Sinne kritisch sein, daß er dann nicht mehr allein auf der sicheren Basis einer gemeinsamen taktischen Haltung verharren kann, sondern nunmehr seine Solidarität auch in Substanzfragen in einer Unzahl von Verhandlungskontakten der verschiedensten Art bewahren muß. Bislang sind allerdings grundsätzliche Verschiedenheiten zur Substanz im Westen nicht deutlich geworden. Bisher gestellte Fragen bezogen sich auf die sogenannte Brunner¹⁵-Woche, d.h. das Konzept, nach dem eingebrachte Vorschläge in der letzten, sechsten Woche vor Weihnachten einer ersten Erörterung unterzogen werden sollen (vgl. Delegationsbericht Nr. 13).¹⁶ Eine andere Frage, wo Unterschiede in der Auffassung bestehen, ist die den Arbeitsgruppen nach Schweizer Vorstellung einzuräumende Möglichkeit, jeweils selbst über das Ende der jeweiligen Implementierungsdebatte zu bestimmen. Weiterhin bestehen Unterschiede in bezug auf die Behandlung der Expertengruppen und in Fragen des Mittelmeeres.

Schwieriger wird es mit Sicherheit werden, weiterhin die Unterstützung der Neutralen und Nichtgebundenen für alle unsere Vorstellungen zu gewinnen.

4) Angesichts der langsam sich entwickelnden neuen Lage halte ich es für angezeigt, in Gesprächen mit unseren Verbündeten und mit den N+N-Delegationen zu betonen, daß wir weiterhin daran festhalten, eine Lösung, so eng wie möglich am Gelben Buch orientiert, zu finden und daß eine etwa in elfter Stunde angebotene Kompromißlösung, die unseren politischen Vorstellungen nicht entspreche, auch unter Zeitdruck von uns nicht akzeptiert werden könne.

Zur Substanzfrage einer möglichen Lösung ist folgendes zu sagen: Bisher wurde von amerikanischer Seite und den meisten westlichen Delegationen die Auffassung vertreten, daß die sich gegenüberstehenden Auffassungen von unbefristeter Implementierungsdebatte einerseits und „Guillotine“ andererseits nur durch eine mehrdeutig interpretierbare Transitionsformel überdeckt werden könnten.

Die von Zimmermann skizzierte Lösungsmöglichkeit, die von Kampelman in seiner Intervention am 15.10. (vgl. Delegationsbericht Nr. 30)¹⁷ schon einmal angedeutet war, erschien mir ggfs. als ein beachtenswertes Entgegenkommen der Amerikaner.

¹⁵ Edouard Brunner war Leiter der KSZE-Delegation der Schweiz.

¹⁶ Gesandter Graf zu Rantzau, z. Z. Madrid, berichtete am 24. September 1980, ein Mitglied der KSZE-Delegation der Schweiz habe „seine Vorstellungen, die wohl als die Vorstellungen der Neutralen gelten können, zu dem Ablauf des Haupttreffens“ dargelegt: „Erste Woche öffentliche Plenardebatte, Fortfall der vertraulichen Debatte in der zweiten Woche, dafür bereits in der zweiten Woche Beginn der Erörterung in den Arbeitsorganen. Bis Ende der fünften Woche Implementierungsdebatte in den Arbeitsorganen. Sechste Woche Gelegenheit zur Erläuterung eingebrachter neuer Vorschläge, Gelegenheit zu Fragen anderer Delegationen. Nach der Weihnachtspause Prüfung dieser Vorschläge und Redaktion des Schlußdokuments.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 690; Referat 212, Bd. 133390.

¹⁷ Gesandter Graf zu Rantzau, z. Z. Madrid, berichtete am 15. Oktober 1980 über die Darlegungen des Leiters der amerikanischen KSZE-Delegation, Kampelman, in der Plenarsitzung am selben Tag: „Obwohl der spanische Vorschlag bereits eine ‚consequential and structured debate‘ der Implementierung vorsehe, enthalte er zusätzlich den 19.12. als Zieldatum für die Beendigung dieser Debatte. Es handle sich hier um einen ernsthaften Vorschlag, der verdiene, auch ernsthaft geprüft zu werden. 25 Delegationen hätten diesen Gedanken unterstützt, dennoch sei er von den Vorschlägen der ČSSR und der DDR in keiner Weise berücksichtigt worden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 768; Referat 212, Bd. 133390.

Ich wäre für Weisung dankbar, ob die Delegation eine amerikanische Argumentation auf dieser Grundlage unterstützen kann.¹⁸

[gez.] Rantzau

VS-Bd. 13144 (212)

300

Ressortbesprechung

214-320.10 POL-3065/80 geheim

24. Oktober 1980¹

Protokoll über die Besprechung über die Lage in Polen am 24.10.1980², 16.00 Uhr, im Auswärtigen Amt

Teilnehmer: Blech, MD AA, Abt. 2; von Staden, MD BK; Bautzmann, O.i.G.³ AMK⁴; Lehmann, BND; Maehl, OTL i.G.⁵ BMVg; Schlüter, BG⁶ BMVg; Scheel, VLR AA, 214; Keil, VLR I AA, 214; Arnot, VLR I AA, 213; Hansen, MD AA, 02; Maurer, K.z.S.⁷ AA, 02; Schenk, VLR I AA, 204; von Richthofen, VLR I AA, 210; Schauer, BND; Kinkel, Präsident BND.

D2: Wichtig, Überblick über Lage in Polen zu gewinnen, auch im Hinblick auf die ihr gegenüber zu verfolgende Politik.

Bautzmann: Ohne Polen wäre kein Angriff des WP gegen den Westen möglich. Die durch Polen laufenden Fernmeldeverbindungen werden von sowjetischen Truppen genutzt und zum Teil betrieben, aber von Polen gesichert. Überblick über in Frage kommende Kräfte:

¹⁸ Vortragender Legationsrat I. Klasse Joetze teilte der KSZE-Delegation in Madrid am 24. Oktober 1980 mit, „in der Frage der Länge der Implementierungsdebatte und ihrer Aufteilung auf einzelne Sitzungen“ könne die Bundesrepublik „jede Lösung mittragen, die die Amerikaner akzeptieren“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 210; VS-Bd. 13145 (212); B 150, Aktenkopien 1980.

Joetze notierte am 29. Oktober 1980, am Rande der Sitzung des Ständigen NATO-Rats am 27. Oktober in Brüssel habe ihn der stellvertretende Leiter der amerikanischen KSZE-Delegation, Zimmermann, wie folgt informiert: „Delegationsleiter Kampelman habe bei seinem Besuch in Washington eine ‚sufficient [margin] of flexibility‘ für die Schlußverhandlungen bekommen. Er könne zustimmen, daß die Implementierungsdebatte mit der Weihnachtspause beendet sei. Bekannte Ausnahmen: neue Tatsachen und Begründung neuer Vorschläge aus den Erfahrungen. Ich sagte, unsere Delegation habe Weisung, sie könne in der Frage der Länge und der Ausgestaltung der Implementationsdebatte soweit gehen wie die US-Delegation.“ Vgl. Referat 212, Bd. 133390.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Scheel am 5. Dezember 1980 gefertigt. Hat Scheel am 10. Dezember 1980 erneut vorgelegen.

² Korrigiert aus: „14.10.1980“.

³ Oberst im Generalstab.

⁴ Amt für Militärkunde.

⁵ Oberstleutnant im Generalstab.

⁶ Brigadegeneral.

⁷ Kapitän zur See.

1) PVA⁸: Teile der polnischen Luftlandedivision lagen vom 25.8. bis Mitte September in Danzig, sind aber wieder an ihren Standpunkt in Krakau zurückgekehrt.

2) Polizeikräfte:

a) Bürgermiliz: 50 000 Mann; gilt als zuverlässig.

b) Freiwillige Reserve der Bürgermiliz: 385 000 Mann; war schon bei früheren Unruhen (1970⁹, 1976¹⁰) im Einsatz, ist gefürchtet.

c) Motorisierte Bereitschaftspolizei: 25 000 Mann; militärisch gegliedert, mit Wehrpflichtigen. Führungspersonal zuverlässig, anderes Personal nicht ganz so zuverlässig.

d) Grenztruppen: 16 000 Mann; konzentriert auf Westen, Süden und Ostseeküste.

3) Dem Verteidigungsministerium unterstehende Kräfte:

a) Truppen der inneren Verteidigung: 23 500 Mann; zur Bekämpfung von Diver santen. Ausrüstung: Schützenpanzer und Panzerfahrzeuge.

b) Territoriale Verteidigung: zumindest bis zum Wechsel Gierek–Kania (6.9.)¹¹ erhöhte Führungsbereitschaft.

4) Sowjetische Kräfte in Polen: zwei Panzerdivisionen von 37 000 Mann, weniger geeignet für inneren Einsatz; während der Krise erhöhte Führungsbereitschaft, zeigten große Zurückhaltung, die heute noch anhält.

Einwurf D2: Sowjetische Truppen in Liegnitz sind nach Uschakow aus originärem Recht auf der Grundlage der Verantwortung für ganz Deutschland stationiert.

Bautzmann: 5) Sowjetische Kräfte um Polen:

a) GSSD¹²: 19 Divisionen (+eine Luftarmee), ca. 330 000 Mann Landstreitkräfte;

b) fünf sowjetische Divisionen und Fliegerkräfte in Stärke einer Fliegerdivision in ČSSR: ca. 80 000 Mann.

a)+b) Dabei sind erhebliche Teile bei Intervention einzusetzen, sie sind einsatz- und marschbereit innerhalb von 24 Stunden.

c) Drei westliche Militärbezirke der SU

aa) Baltikum: zehn Divisionen, davon zwei Luftlandedivisionen¹³:

eine LL-Division¹⁴ einsatz- und marschbereit in 24 Stunden,

fünf einsatzbereit in 48 Stunden,

vier marschbereit und begrenzt einsatzbereit in 72 Stunden (eine davon Luftlandedivision).

⁸ Polnische Volksarmee.

⁹ Zu den Unruhen in Polen im Dezember 1970 vgl. Dok. 33, Anm. 15.

¹⁰ Zu den Unruhen in Polen im Juni 1976 vgl. Dok. 228, Anm. 8.

¹¹ Zur Ablösung des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, Gierek, am 5. September 1980 vgl. Dok. 256, Anm. 9.

¹² Korrigiert aus: „GSTD“.

Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland.

¹³ Korrigiert aus: „Baltikum: zehn Divisionen, davon (+ zwei Luftlandedivisionen)“.

¹⁴ Luftlandedivision.

bb) Weißrußland: elf Divisionen, durchschnittlich mit etwas niedrigerer Gefechtsbereitschaft als in den anderen beiden westlichen Militärbezirken.

cc) Karpaten: elf Divisionen mit durchschnittlich der höchsten Gefechtsbereitschaft der westlichen Militärbezirke.

aa)–cc) Die Einsatzbereitschaft kann verdeckt erhöht werden.

Die Übungstätigkeit in den westlichen Militärbezirken der SU zeigt keine Besonderheit; seit Mitte Juli reißen aber Kommandostabs- und -truppenübungen besonders im Militärbezirk Karpaten nicht ab.

Die Einberufung von Reservisten im September/Oktobre ist zur Zeit des Personalwechsels üblich.

Die amerikanische Information, es befinde sich eine sowjetische Führungsstelle in Warschau, konnten wir nicht verifizieren, nach unseren Informationen handelte es sich um eine Führerstelle des polnischen Generalstabs.

Wir haben dreimal seit 15.10. fliegende Führungssysteme des sowjetischen Generalstabs festgestellt. Ein Zusammenhang mit den Ereignissen in Polen ist möglich.

Bis zu zehn Divisionen in der DDR und bis zu zwei Divisionen in der ČSSR können innerhalb 24 Stunden einsatzbereit gemacht werden. Wir können darüber Erkenntnisse erhalten, das Risiko, daß wir solche Bewegungen erst sehr spät oder zu spät erkennen.¹⁵

Auf Frage D2: Auch die NVA¹⁶ ist sofort einsatzbereit, von der ČSSR-Armee einige Divisionen.

Die SU könnte aus Überraschungsgründen zunächst allein intervenieren, die NVA und die ČSSR-Armee in der zweiten Staffel.

Keil fragt, ob Fernmeldesystem polnischer Armee, ähnlich wie 1968 in tschechoslowakischer Armee, in sowjetischer Hand und damit selbständige Operationen der Polen nicht möglich seien. Inwieweit sei polnische Armee von KGB durchsetzt?

Bautzmann: Polnische Armee verfügt über eigenes Fernmeldesystem.

MD Hansen: Wie ist Lage mit 1968 in ČSSR zu vergleichen?

Bautzmann: Es ist anders, weil in Polen nicht die Parteiführer, sondern die gesamte Bevölkerung sich nicht systemkonform bzw. im sowjetischen Sinn verhält.

D2 fragt nach der Skala des möglichen Einsatzes von polnischen Polizeikräften – PVA – sowjetischen Kräften.

Bautzmann: Zunächst würden polnische Polizeikräfte eingesetzt werden. PVA gilt als nicht voll zuverlässig, Verteidigungsminister Jaruzelski hat Einsatz PVA gegen Arbeiter bisher abgelehnt. Polnischer Generalstab würde Widerstand gegen sowjetische Truppen nicht organisieren, möglicherweise würden aber Truppenteile, unteres bis mittleres Offizierskorps, Widerstand leisten. Es könnte daher auf Einsatz polnischer Polizeikräfte unmittelbar sowjetische Intervention folgen. Auch wenn Sowjetarmee mit Widerstand polnischer Armee zu rechnen hätte, wären die Vorbereitungen gleich.

¹⁵ So in der Vorlage.

¹⁶ Nationale Volksarmee.

Präsident *Kinkel*: Diese Erkenntnisse beruhen im wesentlichen auf technischer Aufklärung und sind sehr zuverlässig.

MD von *Staden*: Die Probleme beginnen erst mit einer Besetzung. Insofern gibt es Unterschiede zu ČSSR 1968¹⁷ und Ungarn 1956¹⁸. Wenn erst die polnische Polizei eingesetzt werde, so haben wir sehr wohl eine gewisse Vorwarnung.

Präsident *Kinkel*: Die Skala vormilitärischer Maßnahmen ist knapper, als wir angenommen hatten.

D2: Französische Gesprächspartner wollen hinsichtlich der Einstellung der Streikenden Unterschiede zwischen kirchlicher Hierarchie und niederem Klerus festgestellt haben.

Lehmann: Die innerparteiliche Lage ist undurchsichtig. Der reformwillige Flügel scheint die Oberhand zu haben, bleibt aber voll im Rahmen der Systemkonformität. Ein Abgleiten in einen Reformismus nach dem Vorbild Dubčeks ist nicht in Sicht. Eine nennenswerte Gruppe von Dogmatikern ist in der Führung weiterhin präsent (Werblan, Kowalczyk, vielleicht Jaruzelski). In den Woiwodschaften (Beispiel Kattowitz mit Grudzień) sind einige führende Dogmatiker – im Sinne von Bremsern des Kurses Kantias – unterdessen abgelöst worden. In ihrer Handlungsfähigkeit erscheint die Partei trotz laufender Umbesetzungen insgesamt noch weitgehend gelähmt.

Die Kirche, insbesondere Kardinal Wyszyński, spielt eine systemstabilisierende Rolle. Sie wirkt mäßigend auf das Regime ebenso wie auf Arbeiter und Gewerkschaften ein. Zwischen der Kirchenleitung und den gemäßigten Kräften in der Gewerkschaft „Solidarität“ (Wałęsa, katholische Intellektuelle) besteht eine offenbar enge Verbindung. Die übrigen gesellschaftlichen Gruppen – Studenten, Intellektuelle, Bauern – haben sich bis jetzt ruhig verhalten. Von ihnen hat das Regime bis auf weiteres keine Gefahr zu befürchten. Dies gilt auch für die Dissidentengruppen, von denen KOR¹⁹ eine gewisse Rolle spielt, während etwa KPN²⁰ und ROPCO²¹ nahezu von der Bildfläche verschwunden sind.

Die Registrierung der Gewerkschaft „Solidarität“ ist für sich genommen ein positiver politischer Akt des Regimes in Richtung Krisenbewältigung, auch wenn Einzelheiten der vom Gericht angeblich eigenmächtig vorgenommenen Statutenergänzungen noch nicht bekannt sind und sich möglicherweise eine neue Konfliktsituation ergibt.²² Die Grundrichtung Kantias wurde auch in der

¹⁷ Am 20./21. August 1968 intervenierten Streitkräfte des Warschauer Pakts in der ČSSR. Vgl. dazu AAPD 1968, II, Dok. 261–263 und Dok. 273.

¹⁸ Nach dem Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt intervenierten am 4. November 1956 sowjetische Truppen.

¹⁹ Komitet Obrony Robotników.

²⁰ Konfederacja Polski Niepodległej.

²¹ Ruch Obrony Praw Człowieka i Obywatela.

²² Zur Frage einer Registrierung der freien Gewerkschaften in Polen vgl. Dok. 298, Anm. 12. Botschafter Negwer, Warschau, teilte am 28. Oktober 1980 mit: „Warschauer Woiwodschaftsgericht hat am 24. Oktober Registrierung der Gewerkschaft Solidarność vorgenommen und ihr damit den Status einer juristischen Person gewährt. Der Registrierung vorausgegangen waren Beanstandungen des Gerichts in bezug auf das Solidarność-Statut. Punkte der Kritik waren: Nichterwähnung der führenden Rolle der PVAP im Statut; weder passives noch aktives Wahlrecht für Personen, die Partei- oder Betriebsleitungsfunktionen innehaben; Regelung des Streikrechts im Statut. Während in der Verhandlung seitens Solidarność Parteifunktionären und Managern das aktive Wahlrecht zu-

Registrierungsfrage beibehalten: Festlegung auf gewaltfreie politische Lösungen, Einschwenken auf Kompromisse, wenn Risiko ausgereizt erscheint. Kania hat sich gerade in der Gewerkschaftsfrage als lernfähiger und flexibler Realist erwiesen.

Keil: Mittlere und untere Funktionäre sind unzufrieden. Sie möchten Schwebezustände beenden.

Scheel: Wo steht Kania?

Lehmann: Er hat sich während der Krise von Mitte links nach Mitte rechts bewegt und scheint jetzt unabhängige Gewerkschaften anzuerkennen.

Präsident *Kinkel:* Olszowski bleibt die liberale Alternative. Kania ist diffus, er hat es schwerer als Gierek nach Gomulka. Ihm wird nicht zugetraut, Situation zu meistern.

MD von Staden: Hat Parteiführung Chance, ausreichend flexiblen Kurs durchzusetzen?

Von Richthofen: Spielt polnische Heeresleitung politische Rolle?

Bautzmann: Die Führung der polnischen Streitkräfte als Ganzes hat keine eigenen politischen Ambitionen, etwa im Sinne einer Machtübernahme. Das schließt nicht aus, daß einzelne militärische Führer politische Aufgaben übernehmen könnten.

D2: Gibt es in der Bevölkerung Waffen?

Bautzmann: Keine Erkenntnisse, aber sicher nicht in großem Umfang.

Lehmann: Industrieproduktion stark rückläufig, Management entscheidungsunwillig und unfähig. Erwartungen, daß Zugeständnisse sich positiv auswirken, haben sich nicht erfüllt. Wie im vorigen Jahr Mißernte zu erwarten, Versorgung über Winter 80/81 noch schwieriger, Arbeitsmoral und -disziplin haben nachgelassen. Voraussetzung im politischen und wirtschaftlichen Bereich wäre eine wesentlich bessere Versorgung, die von westlicher Seite Kreditgewährung und Lieferungen von Fleisch und Getreide auch aus sozialistischen Ländern voraussetzt.

Kinkel: Es wird wohl keinen zweiten Polenkredit²³ geben.

D2: Wie weit ist Wałęsa in der Lage, Situation unter Kontrolle zu halten?

Lehmann: In Ursus, Oppeln, hat er Streiks beigelegt.

Kinkel: Trotzdem könnte er tragische Figur werden.

D2 fragt nach Weiterentwicklung. Ist das „Weiterwurschteln“ erträglich für Brudervölker?

Fortsetzung Fußnote von Seite 1557

gestanden wurde, veränderte das Gericht das strittige Statut unter Einfügung folgender Passagen: Die Gewerkschaft wird keine politische Rolle spielen, sie befürwortet das Gemeineigentum an Produktionsmitteln – die Basis des sozialistischen Systems in Polen –, sie erkennt die führende Rolle der PVAP im Lande an, sie stellt die Zugehörigkeit Polens zu internationalen Allianzen nicht in Frage. Der Passus über das Streikrecht wurde folgendermaßen geändert: In Verteidigung der vitalen Interessen der Arbeiter und unter der Voraussetzung, daß sie alle möglichen Mittel erschöpft hat, kann die Gewerkschaft den Streik erklären. Ein illegaler Streik darf nicht organisiert werden. [...] Wałęsa erklärte unmittelbar nach dem Termin, daß Solidarność diese Eingriffe ins Statut nicht akzeptieren und gerichtlich anfechten werde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1288; Referat 214, Bd. 132906.

²³ Zur Vergabe eines Kredits an Polen am 10. Oktober 1980 vgl. Dok. 290, Anm. 12.

Kinkel faßt zusammen:

- a) SU hat bisher kein erfolgreiches Konzept gefunden.
- b) Sie würde eher nicht Gewalt anwenden.
- c) Die Skala ihrer Anwendungsmöglichkeiten ist nicht so groß und umfangreich, wie wir gehofft haben.
- d) Es gibt praktisch keine wirtschaftlichen Druckmaßnahmen.

Von Staden berichtigt: Was ist SU die westliche Hilfe an Polen wert? (Zielt auf IWF-Mitgliedschaft ab.²⁴)

Schauer: Die Einstellung der DDR-Bevölkerung Polen gegenüber sehr kritisch.²⁵

D2: Von östlicher Seite kann nichts Nennenswertes kommen, um Polen zu helfen. Eine normale Wirtschaftskooperation mit Polen ist nicht möglich. Wir wollen Polen auch nicht an eine ständige Hilfe gewöhnen.

Von Staden: Das Hauptproblem einer IWF-Mitgliedschaft ist politisch. Polen kann nicht, es lehnt auch private multinationale Konsortien ab. Gibt es Möglichkeit, Sowjets deutlich zu machen, daß es notwendig ist, Flexibilität zu zeigen?

D2: Drei Probleme:

- a) Ist es zu schaffen, Normalisierung dadurch zu erreichen, daß man durch äußere Hilfe Ansprüche der Bevölkerung befriedigt?
- b) Wenn dies nicht voll gelingt, ist es möglich, die Ansprüche herunterzuschrauben und die Produktivität zu steigern?
- c) Wenn das nicht der Fall ist, gibt es dann innerhalb Polens die Möglichkeit, das System zu stabilisieren, oder muß das mittels Eingreifens von außen geschehen?

Kinkel: Ist Ihr Bild von Polen bestätigt worden, oder ist es jetzt dramatischer als vorher?

D2: Es ist verfeinert, für mich dramatischer als vorher.

Keil: Die Einschätzung stimmt mit dem Bild überein, das sich auf der gerade in Brüssel stattgefundenen NATO-Tagung Osteuropaexperten (21. bis 24.10.) ergab.²⁶ Mir war nur nicht so deutlich, daß der Hauptteil der sowjetischen Interventionstruppen aus der DDR kommen könnte.

Bautzmann: Dies muß nicht so sein.

Von Staden: Bremswege sind kürzer.

²⁴ Zur Frage einer IWF-Mitgliedschaft Polens vgl. Dok. 283, Anm. 15.

²⁵ Zur Haltung der Bevölkerung in der DDR gegenüber den Ereignissen in Polen vgl. Dok. 259.

²⁶ Zur Vorbereitung des Treffens von UdSSR- und Osteuropa-Experten aus NATO-Mitgliedstaaten vom 21. bis 24. Oktober 1980 in Brüssel informierte Botschafter Negwer, Warschau, am 30. September 1980: „Überraschend ist, daß ungeachtet von führenden Parteipublizisten auf Höhepunkt der Streikaktionen vermittelten Hinweise auf Gefahren für weitere Existenz Polens bei Anhalten der Unruhen Gesprächspartner auf amtlicher Ebene heute einhellig beteuern, es hätte niemals eine Gefahr sowjetischer Intervention zur Wiederherstellung der Ruhe im Lande bestanden. Dennoch werden gerade in jüngster Zeit aus Moskau und anderen sozialistischen Hauptstädten verbreitete Kommentare und Angriffe auf sogenannte ‚antisozialistische Kräfte‘, die mit Unterstützung westlichen Imperialismus mit zu polnischer Entwicklung beigetragen hätten und Deformationsbemühungen weiter fortsetzten, auch hier sorgfältig registriert. Befürchtungen nachhaltiger sowjetischer Reaktionen bei weiterem Ausbreiten ‚polnischen Virus‘ verstärken sich.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1179; Referat 214, Bd. 132906.

Scheel: Gibt es nicht doch eine Möglichkeit „weiterzuwurschteln“, nachdem wir die Streiks, die Vereinbarungen²⁷, die Registrierung der unabhängigen Gewerkschaft zunächst nicht für möglich, weil nicht systemkonform, gehalten hatten, und sie doch bisher nicht zu einer Intervention geführt haben?

Schauer: Der kritische Punkt ist noch nicht da.

D2: Der Augenblick der Wahrheit kommt näher.

Von Staden: Muß nicht die SU von einem bestimmten Punkt an der Meinung sein, sie müsse doch eingreifen?

Arnot berichtet von Gespräch mit jugoslawischem Diplomaten über Besuch von ZK-Sekretär Waszczuk in Jugoslawien²⁸: Es könne jetzt schon die Neigung zur Intervention überwiegen.

D2: Bisher ist die Fiktion noch systemkompatibel.

Kinkel weist auf innenpolitische Risiken hin, die sich aus der Entwicklung Polens für die Bundesregierung ergeben könnten.

Von Staden: Entspannungspolitik ist kein einseitiger Akt. Wenn die SU nicht zu einer Fortsetzung bereit ist, ist die Entspannungspolitik erst einmal gescheitert. Dabei müssen wir uns vor einer „Bestrafungsideologie“ hüten. Ausgangspunkt der Argumentation muß sein: Wir können diese Politik nicht einseitig durchführen. Wichtig bleibt der Grundsatz: Pacta sunt servanda.

Kinkel: Die Regierung muß die Lage ernst nehmen.

D2: Jede Politik ist auf Kontrolle und Reduzierung von Spannungen gerichtet, wir dürfen weder der Entspannungseuphorie noch dem Mißverständnis verfallen, wir kehrten in die Steinzeit zurück. Es ist ein schwieriges Präsentationsproblem.

VS-Bd. 13202 (214)

²⁷ Zu den in Stettin, Danzig und Jastrzębie am 30./31. August und 3. September 1980 getroffenen Vereinbarungen vgl. Dok. 253, Anm. 2.

²⁸ Gesandter König, Warschau, teilte am 19. September 1980 mit, in den letzten Tagen seien „Besuche hoher Parteifunktionäre in sozialistischen Ländern“ bekannt geworden. Der Sekretär des ZK der PVAP, Waszczuk, habe sich in Belgrad aufgehalten: „Gesprächsatmosphäre: freundschaftlich und herzlich, charakteristisch für beiderseitige Parteibeziehungen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1125; Referat 214, Bd. 132905.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Freiherr von Richthofen vermerkte am 6. Oktober 1980: „Von einem jugoslawischen Diplomaten war zu erfahren, der am 15.9. nach Jugoslawien entsandte Sekretär des Zentralkomitees der PVAP, Jerzy Waszczuk, habe sich dort eher skeptisch zur Lage in seinem Land geäußert; wörtlich: Die PVAP habe die Dinge zur Zeit nicht unter Kontrolle.“ Vgl. Referat 214, Bd. 132906.

301

Vortragender Legationsrat I. Klasse Arnot an die Botschaft in Moskau

213-321.00-2621¹/80 VS-vertraulichAufgabe: 24. Oktober 1980, 18.33 Uhr²

Fernschreiben Nr. 808

Citissime nachts

Betr.: Botschaft des Bundeskanzlers an GS Breschnew

Nachstehend folgt als Anlage Text der nunmehr von BK gebilligten Botschaft an GS Breschnew.

Da es sich um mündliche Botschaft handelt, fehlen Anrede und Schlußformel. Es wird in das Ermessen des Botschafters gestellt, ob er Botschaft nur mündlich vorträgt oder Text auch als Non-paper hinterläßt. (Hinweis: Botschafter Semjonow hatte seinerseits die Botschaft von GS Breschnew an Bundeskanzler³ auch schriftlich hinterlassen.)

Arnot

Folgt Anlage

Ich danke Ihnen für die Botschaft, die Sie mir durch Botschafter Semjonow haben übermitteln lassen. Ich möchte die Gelegenheit der Ankunft unseres neuen Botschafters in der UdSSR, Herrn Meyer-Landrut⁴, der mein volles Vertrauen genießt, benutzen, um Ihnen zu antworten:

Auch ich bin besorgt darüber, daß immer wieder neue Konfliktherde zum Ausbruch kommen, wie dies zuletzt durch den Krieg zwischen Irak und Iran⁵ geschehen ist. Solche Entwicklungen können in der Tat die Menschheit in gefährliche Situationen bringen. Leider ist es nicht unrealistisch anzunehmen⁶, daß

¹ Diese Tagebuchnummer wurde handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „2482I“.

² Durchdruck.

Der Drahterlaß wurde von Legationsrat I. Klasse Barker konzipiert.

Hat Barker am 29. Oktober 1980 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Z[u] d[en] A[kten] (dieses Exemplar diente als D2-Exemplar).“

³ Der sowjetische Botschafter Semjonow trug Ministerialdirektor von Staden, Bundeskanzleramt, am 29. September 1980 eine für Bundeskanzler Schmidt bestimmte mündliche Botschaft des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vor. In einer „Höflichkeitsübersetzung“ hieß es: „Ich sage ganz offen, daß mich die Lage in der Welt beunruhigt, wie sie sich jetzt herausbildet. Viele akuteste Herde werden heraufbeschworen, und jeder von ihnen kann die Menschheit in die gefährlichste Situation hinabstürzen lassen. Das jüngste Beispiel hierfür ist der Krieg, der sich zwischen Irak und Iran entflammt hat. [...] Die Sowjetunion läßt sich von einem Wunsch leiten, und zwar, die Gefahr der Entstehung eines Kriegsbrandes in der Welt zu verringern und das Wettrüsten zu bremsen und rückläufig zu machen. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland erklärte mehrmals ihr Bestreben, in der gleichen Richtung zu handeln. Darum rechnen wir auf ein aufmerksames und konstruktives Verhalten von Ihrer Seite gegenüber den von uns kürzlich eingebrachten Vorschlägen, darunter auch auf der laufenden Tagung der UNO-Vollversammlung.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung mitsamt Anlagen; VS-Bd. 538 (014); B 150, Aktenkopien 1980.

⁴ Andreas Meyer-Landrut trat am 21. Oktober 1980 den Posten als Botschafter in Moskau an.

⁵ Zum Krieg zwischen Irak und Iran vgl. Dok. 283, Anm. 2.

⁶ Korrigiert aus: „anzusehen“.

auch in Zukunft Konflikte sowohl zwischen Staaten als auch im Innern von Staaten entstehen.

Wir sollten meines Erachtens jeder nach seinen Möglichkeiten dazu beitragen, daß alles vermieden wird, was zur Entstehung und Ausweitung von solchen Konflikten führen könnte. Wenn es dennoch zu ihnen kommt, sollte jeder andere Staat sich aus einer solchen Auseinandersetzung heraushalten und dabei nach seinen Kräften Bemühungen unterstützen, sie rasch zu beenden und zu einer politischen Lösung am Verhandlungstisch beizutragen. Nur auf diese Weise können Konflikte örtlich oder intern begrenzt und ihre Ausbreitung auf die internationalen Beziehungen vermieden werden. Diese Erkenntnis bestimmt die Politik der Bundesrepublik Deutschland.

Entsprechendes gilt dort, wo innerhalb eines Landes politische Veränderungen sich auf friedliche Weise vollziehen. Hier handelt es sich um interne Angelegenheiten, deren Regelung allein bei dem betreffenden Volk liegt. Allen anderen Staaten ist hier äußerste Zurückhaltung geboten, den Teilnehmerstaaten der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa obliegt dies schon deshalb, weil sie sich mit der Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki auf deren Prinzip VI – Nichteinmischung in innere Angelegenheiten⁷ – verpflichtet haben.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf das Gespräch zurückkommen, das Bundesminister Genscher mit Botschafter Semjonow am 10. Oktober geführt hat.⁸ Er hat bei dieser Gelegenheit die Haltung der Bundesregierung zu den Vorgängen in Polen dargelegt und den Botschafter gebeten, Ihnen eine Mitteilung von mir zu übermitteln. Nach meiner festen Überzeugung sind die Vorgänge in Polen eine innere Angelegenheit dieses Staates. Von dritten Staaten und insbesondere den Nachbarn muß deshalb eine umsichtige und kluge Haltung erwartet werden. Die Bundesregierung wahrt gegenüber den Vorgängen in Polen strenge politische Zurückhaltung, ist aber entsprechend den polnischen Wünschen im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu wirtschaftlicher Zusammenarbeit bereit. Ich gehe davon aus, daß die sowjetische Führung die gleiche Linie verfolgt. Wie ich Sie bereits wissen ließ, bin ich der Auffassung, daß die Aufgabe der sowjetischen Zurückhaltung gegenüber Polen eine grundlegende Veränderung der Ost-West-Beziehungen nach sich ziehen und die Lage in der Welt außerordentlich belasten würde. Ich bin jedoch davon überzeugt, daß die Sowjetunion ebenso wie die anderen KSZE-Teilnehmerstaaten sich ihrer Verantwortung für die Erhaltung des Entspannungsprozesses bewußt ist.

Lassen Sie mich Ihnen eine weitere Sorge mitteilen, nämlich die bezüglich der Haltung der DDR. Die kürzliche Erhöhung von Umtauschsätzen für Devisen durch die Regierung der DDR⁹ hat wegen der wirtschaftlichen Belastung für weite Bevölkerungskreise eine einschränkende Wirkung auf den Reiseverkehr zwischen den beiden deutschen Staaten. Insbesondere bei Rentnern und Pensio-

⁷ Für den Wortlaut des sechsten Prinzips der „Erklärung über die Prinzipien, die die Beziehungen der Teilnehmerstaaten leiten“ der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 917.

⁸ Für das Gespräch vgl. Dok. 290.

⁹ Zur Erhöhung des Mindestumtauschs für Besucher der DDR und Ost-Berlins aus „nichtsozialistischen Staaten“ und aus Berlin (West) ab 13. Oktober 1980 vgl. Dok. 290, Anm. 15.

nären werden die Reisemöglichkeiten in höchst unsozialer Weise auf das Empfindlichste beschnitten. Diese Maßnahme beeinträchtigt die politische Geschäftsgrundlage der Regelung und Entwicklung unseres Verhältnisses zur DDR. Zweifellos stellt dieses Verhältnis ein wesentliches Stück der Entspannung in Europa dar. Daraus ergibt sich, daß die Maßnahmen der DDR den Entspannungsprozeß in Europa insgesamt belasten und daher alle Staaten in Europa angehen. Mit Besorgnis sehe ich zugleich, daß sich parallel zu diesen Maßnahmen die Sprache der DDR uns gegenüber verhärtet. Ich bin auch bezüglich dieser Entwicklung der Auffassung, daß angesichts der aktuellen Lage in der Welt und der damit verbundenen Risiken alle Teilnehmer am europäischen Geschehen größtes Verantwortungsbewußtsein und Mäßigung an den Tag legen müssen.

Im übrigen bin ich mit Ihnen der Meinung, daß die Politik der guten Nachbarschaft und Zusammenarbeit für die Beziehungen zwischen unseren beiden Staaten eine besondere Bedeutung hat. In der Tat spricht die Erfahrung dieses Jahrzehnts dafür, daß unsere beiden Länder einen beträchtlichen Beitrag zur Gewährleistung eines stabilen Friedens auf dem europäischen Kontinent leisten können. Auch wir sind dafür, daß sich diese Zusammenarbeit ausweitet.

Auch in diesem Sinne haben wir die Gespräche mit Ihnen in Moskau¹⁰ positiv bewertet, insbesondere was unsere Erörterung der Fragen bezüglich der nuklearen Mittelstreckenraketen betrifft. Ich begrüße es, daß als Ergebnis des Gesprächs zwischen Außenminister Muskie und Außenminister Gromyko¹¹ vorbereitende Gespräche zwischen der Sowjetunion und den USA über die Begrenzung dieser Waffen aufgenommen werden konnten.¹² Wir werden wie bisher so auch in Zukunft der Herstellung eines stabilen nuklearen Gleichgewichts große Bedeutung beimessen und hoffen daher, daß es gelingen wird, bei den Gesprächen die Voraussetzungen für die Vereinbarung konkreter Ergebnisse zu schaffen, die dem Prinzip der Gleichheit und Parität entsprechen und auf dieser Grundlage zu Reduzierungen führen.

Ich denke, und das möchte ich hinzufügen, daß neue Impulse für die Politik und Rüstungskontrolle bzw. der Rüstungsverminderung in Europa sich aus dem bevorstehenden KSZE-Folgetreffen in Madrid¹³ ergeben könnten. Nach unserer Auffassung sollten sich die Teilnehmerstaaten über die Einsetzung einer Konferenz über Abrüstung in Europa einigen und ihr das konkrete Mandat erteilen, militärisch bedeutsame vertrauensbildende Maßnahmen für ganz Europa zu vereinbaren. Obgleich die Abrüstung eines der politischen Hauptthemen unserer Zeit ist und konkrete Ergebnisse auf diesem Gebiet von großem Nutzen für die Menschen sind, sollten jedoch die anderen Aufgaben der Schlußakte nicht vernachlässigt werden. Wir wollen gleichgewichtige Fortschritte in Madrid, wobei wir mit einer sachlichen Erörterung der Verwirklichung der Schlußakte den Weg ebnen möchten.

¹⁰ Zum Besuch des Bundeskanzlers Schmidt und des Bundesministers Genscher am 30. Juni und 1. Juli 1980 in der UdSSR vgl. Dok. 192–195.

¹¹ Zum Gespräch des amerikanischen Außenministers Muskie mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 25. September 1980 in New York vgl. Dok. 290, Anm. 5.

¹² Zu den amerikanisch-sowjetischen Gesprächen über Mittelstreckensysteme in Genf vgl. Dok. 290, Anm. 6.

¹³ Die KSZE-Folgekonferenz in Madrid wurde am 11. November 1980 eröffnet. Vgl. dazu Dok. 319 und Dok. 322.

Lassen Sie mich abschließend sagen: Die Bundesregierung wünscht auch künftig eine positive Entwicklung ihrer Beziehungen zur Sowjetunion. Sie wird in den West-Ost-Beziehungen ihre Politik des Ausgleichs der Interessen und der Friedenssicherung fortsetzen und damit in diesem Bereich das in ihrer Macht Stehende tun, um den Völkern eine ruhige, fruchtbare Zukunft zu sichern.¹⁴

VS-Bd. 13164 (213)

302

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Vergau

320-381.40 Allg. SB

Aufgabe: 24. Oktober 1980, 18.15 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 5422 Plurez

Citissime

Betr.: Namibia-Initiative der westlichen Fünf²;
hier: Gespräch des SWAPO-Präsidenten Nujoma mit BM am
23.10.1980 in Bonn³

Bezug: DE Plurez 5395 vom 24.10.1980⁴

BM empfing SWAPO-Delegation am 23.10. um 18 Uhr im Gästehaus Kiefern-

¹⁴ Zur Übergabe der Botschaft des Bundeskanzlers Schmidt vgl. Dok. 315.

¹ Durchdruck.

Hat Ministerialdirigent Haas am 24. Oktober 1980 zur Mitzeichnung vorgelegen.

² Zum Stand der Namibia-Gespräche vgl. Dok. 280, Anm. 13.

Angesichts der bevorstehenden Verhandlungen des stellvertretenden VN-Generalsekretärs Urquhart mit der südafrikanischen Regierung vom 20. bis 25. Oktober 1980 in Pretoria teilte Vortragender Legationsrat I. Klasse Vergau der Ständigen Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York am 7. Oktober 1980 mit: „VN-Team geht mit Recht davon aus, daß S[üd]A[frika]-Zusage eines wenn auch groben Zeitrahmens für die SR-435-Ausführung vorrangiges Ziel der Mission nach Pretoria zu sein hat. Wie stets seit drei Jahren in dieser Frage äußern Briten Zweifel an SA-Bereitschaft. Solche Zweifel hegen auch wir und treten deshalb für pragmatische Großzügigkeit in dieser Frage ein. Aus der Natur unserer Initiative ergibt sich jedoch unseres Erachtens, daß die Zeitfrage den Südafrikanern nicht auf immer erspart werden kann. Britische Zweifel werden oft so energisch artikuliert, daß die Frage aufkommen kann, ob es außer an SA-Bereitschaft vielleicht auch an britischer Bereitschaft zum Eintritt in eine entscheidende Phase fehlt. [...] Uns erscheint es nicht von vornherein ausgeschlossen, für eine Vereinbarung von Wahlen Ende 1981 (UNTAG-Start also etwa Ende Mai 1981) ausreichende Unterstützung auf afrikanischer Seite zu gewinnen. Wir sind entschieden gegen jede Verzögerung, sehen aber angesichts der bekannten SA-Haltung wirkliche Chancen für ein Entgegenkommen nur, wenn der DTA das Argument genommen werden kann, ihr sei das notwendige Minimum an Zeit zur Konsolidierung vorenthalten worden.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 5051; Referat 320, Bd. 125279.

³ Der Präsident der SWAPO, Nujoma, hielt sich vom 23. bis 27. Oktober 1980 in der Bundesrepublik auf.

⁴ Vortragender Legationsrat I. Klasse Vergau übermittelte den Text der Tischrede des Bundesministers Genscher vom Abend des 23. Oktober 1980 anlässlich des Besuchs des Präsidenten der SWAPO, Nujoma. Dazu teilte er mit, der Text könne „in jeder von der Botschaft für zweckmäßig gehaltenen Weise verwendet werden“. Vgl. den Runderlaß; Referat 320, Bd. 125195.
Für den Wortlaut der Rede vgl. BULLETIN 1980, S. 965.

weg. Das Gespräch in Gegenwart von D 3⁵, Dg 32⁶ und RL 320⁷ wurde später beim Abendessen, an dem auch StS van Well und Dg 23⁸ teilnahmen, fortgesetzt und endete um 21.30 Uhr. Es verlief in einer betont freundlichen Atmosphäre und war frei von jeder Schärfe oder emotionalen Spannung. BM legte das Gespräch darauf an, bei SWAPO noch vorhandenes Mißtrauen gegen uns auszuräumen, das SWAPO-Engagement für SR 435⁹ zu stärken und vor allem SWAPO zu einem Verhalten nach außen zu veranlassen, das zur Entstehung des unbedingt notwendigen Vertrauens zwischen den beteiligten Parteien und auch in der deutschen Öffentlichkeit beizutragen geeignet ist. Dabei konzentrierte BM die Diskussion überwiegend auf zwei Hauptthemen:

- SR 435 verlangt demokratisches Vorgehen und Anerkennung des Wahlergebnisses.
- Weiße in Namibia brauchen Zuversicht in künftigen Schutz ihrer Rechte.

1) Ausgehend von SR 435 als unverändert bester Grundlage einer Lösung bestätigte BM erneut, daß wir die einseitige Umgestaltung der Verfassungsverhältnisse in Namibia¹⁰ nicht anerkennen werden. Es sei ein Fortschritt, daß Südafrika neuerdings offenbar selbst nur noch in einer international akzeptierten Lösung eine dauerhafte Regelung sehe, diese allerdings vorerst aus Furcht vor einem SWAPO-Wahlsieg noch nicht riskieren wolle. SWAPO möge ihren stärksten Trumpf, sofort zur Ausführung von SR 435 bereit zu sein, ganz in den Vordergrund des politischen Kampfes stellen. Nujoma betonte mehrfach die Bereitschaft zu demokratischen Wahlen und zur Anerkennung des Ergebnisses, das seines Erachtens jedenfalls SWAPO weit in Führung ausweisen werde. Auf ausdrückliche BM-Frage erläuterte er, etwaige Allparteienkonferenz¹¹ dürfe nicht als Auftakt zu einer Alternative zu SR 435 geplant werden, sondern müsse ausschließlich auf Ausführung von SR 435 abzielen und unter VN-Vorsitz stattfinden. Ohne hier die internen Parteien zu erwähnen, betonte Nujoma, es gäbe nur zwei Verhandlungspartner: SWAPO und SA¹².

SWAPO werde sich der Kontrolle von UNTAG fügen, er sei bereit, seine Streitkräfte in Namibia unter Aufsicht zu stellen, eine Entwaffnung oder Zurückziehung nach Angola und Sambia komme dagegen auf keinen Fall in Betracht.

2) BM bat um mehr Verständnis für die Situation der Deutschen in Namibia. Sie seien einseitigen Informationen ausgesetzt und, gerade weil es um ihre eigene Zukunft gehe, vielleicht teilweise nicht in der Lage, objektiv zu urteilen. Nujoma könne insoweit viel zugunsten der SWAPO-Position sowohl hier in der Bundesrepublik als auch im Bewußtsein der Weißen in Namibia tun.

Nujoma betonte, der Kampf richte sich gegen das rassistische SA-Regime und nicht gegen Individuen, also auch nicht gegen die Weißen und ihre individuellen Rechte einschließlich des Eigentums. Für die „Namibians of German origin“

⁵ Walter Gorenflös.

⁶ Wilhelm Haas.

⁷ Hans-Joachim Vergau.

⁸ Renate Finke-Osiander.

⁹ Zur Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978 vgl. Dok. 144, Anm. 10.

¹⁰ Zur Bildung einer „Nationalversammlung“ in Namibia vgl. Dok. 190, Anm. 4.

¹¹ Zum Vorschlag Südafrikas einer Allparteienkonferenz vgl. Dok. 280, Anm. 13.

¹² Südafrika.

werde auch ein unabhängiges Namibia einen Lebensraum bieten. SWAPO wolle mit ihnen gemeinsam den Aufbau bewältigen. Es sei aber notwendig, daß diese „Namibian citizens“ seitens der Bundesrepublik Deutschland besser aufgeklärt und zur Abkehr von den Rassisten bewegt würden. Sie sollten sich wenigstens neutral verhalten. Heute kämpften viele von ihnen in der südafrikanischen Armee.

BM erinnerte an seine Bemühungen beim Besuch in Windhuk 1978¹³ und die aggressiv ablehnende Stimmung der Namibia-Deutschen zu dieser Zeit. Viel sei noch zu tun, aber es gebe Fortschritte. Es sei ermutigend, daß unter den Namibia-Deutschen auch die „Interessengemeinschaft“ heute das Gespräch mit SWAPO suche. Sie habe sich mit diesem Anliegen an uns gewandt.¹⁴ Schon darin liege eine gewisse Anerkennung der SWAPO. Auf die Empfehlung von BM, SWAPO möge im Interesse der Vertrauensbildung den Kontaktwunsch erfüllen, reagierte Nujoma mit dem deutschen Wort „wunderbar“. SWAPO sei zu Kontakt mit der IG bereit. Die Vermittlung möge über den SWAPO-Vertreter für die Bundesrepublik, Hishongwah (Stockholm), erfolgen.

3) Unter dem Eindruck enttäuschender Nachrichten über den Stand der Urquhart-Mission in Pretoria¹⁵ trug Nujoma mit besonderem Nachdruck das Anlie-

¹³ Zu den Gesprächen des Bundesministers Genscher am 14./15. Oktober 1978 in Windhuk bzw. vom 16. bis 18. Oktober 1978 in Pretoria vgl. AAPD 1978, II, Dok. 319.

¹⁴ Ministerialdirigent Petersen vermerkte am 25. Juli 1980: „Die Interessengemeinschaft der Deutschsprachigen Südwester (IG) ist an die Botschaft Pretoria mit der vertraulichen Bitte an die Bundesregierung um ein Gespräch mit dem SWAPO-Präsidenten Nujoma herangetreten und hat den geplanten Besuch von Sam Nujoma in Bonn als wünschenswerten Termin genannt. [...] Aufgrund der bisherigen Erfahrung ist es praktisch auszuschließen, daß ohne jegliche Vorbereitung ein direktes Gespräch zwischen IG und Sam Nujoma zustande kommt. Vielmehr ist mit einer kontraproduzenten Reaktion Nujomas zu rechnen, zumal er stets klargestellt hat, daß für ihn allein Südafrika, keinesfalls aber eine der ‚internen Parteien oder Gruppen‘ Gesprächspartner in der Namibia-Frage sein kann. Das fast mit Sicherheit zu erwartende Scheitern unseres Vermittlungsversuchs müßte dann zu einer weiteren Verschärfung der ohnehin schon starken Kritik der IG an unserer Namibia-Politik – auch in der Öffentlichkeit – führen. [...] Selbst wenn doch ein Gespräch zwischen IG und SWAPO zustande kommen sollte, ist wegen der völlig konträren politischen Ausgangspunkte aller Wahrscheinlichkeit nach mit einem negativen Ergebnis zu rechnen.“ Vgl. Referat 010, Bd. 178820.

Bundesminister Genscher notierte am 30. Juli 1980 auf der Aufzeichnung Petersens vom 25. Juli 1980 handschriftlich, es gelte, sich um eine Herstellung des Kontakts zu bemühen: „Von Verlauf und Ergebnis dieser Bemühungen ist abhängig zu machen, wo der Kontakt stattfinden kann. Die Bundesrepublik Deutschland darf dabei nicht ausgeschlossen werden.“ Vgl. Referat 010, Bd. 178820.

¹⁵ Botschafter Eickhoff, Pretoria, berichtete am 21. Oktober 1980, der Sonderbeauftragte des VN-Generalsekretärs für Namibia, Ahtisaari, und der stellvertretende VN-Generalsekretär Urquhart hätten über ihre Verhandlungen mit der südafrikanischen Regierung seit dem Vortag informiert. Urquhart habe erklärt, „daß die internen Parteien nicht Verhandlungspartner seien, daß seine Delegation jedoch bereit sei, mit ihnen zu sprechen, und sich bemühen würde, ihren Terminwünschen entgegenzukommen. [...] Darauf trug s[üda]f[rikanische] Seite bekannte Bedenken hinsichtlich Praktikabilität der vorgesehenen D[e]m[ilitarisierte]Z[one]-Regelung vor und bestand vor allem [...] auf Stationierung von UNTAG auch im angolanischen und sambischen Teil der DMZ. Urquhart stellte fest, daß es nicht seine Aufgabe sein könne, bereits erzielte Vereinbarungen neu zu verhandeln. [...] In darauf folgendem Arbeitssessen konnten Urquhart und Brand Fourie sich über wesentliche Punkte der Zusammensetzung von UNTAG und des Übereinkommens über das UNTAG-Truppenstatut einigen [...]“. In der Frage der Stationierung von UNTAG auf angolanischem Territorium sieht Urquhart ein nicht unlösbares Problem, da Angola zwar klargestellt habe, daß es z.Z. nicht bereit sei, dies zu akzeptieren, wofür auch alle logistischen Voraussetzungen fehlten, daß es jedoch letztlich wegen des UNITA-Problems auch Vorteile in einer solchen Regelung entdecken könne. [...] Urquhart hat an mich die nachdrückliche Bitte gerichtet, man möge bei Sam Nujoma anläßlich Bonner Gesprächen keinen Zweifel daran aufkommen lassen, daß interne Parteien von der Delegation nur wie andere

gen vor, die Bundesregierung möge die Initiative zu umfassenden Wirtschafts-sanktionen gegen Südafrika ergreifen. Anders sei Südafrika nicht zur Erfüllung seiner Verpflichtungen zu bewegen. Die Bundesrepublik Deutschland habe die politische Kraft, die entscheidenden anderen westlichen Partner, jedenfalls in der EG, durch ihr gutes Beispiel zum Mitziehen zu bewegen. Das politische Engagement der Bundesregierung für SR 435 werde voll anerkannt und sei wertvoll; es bringe den Lösungsprozeß aber nicht weiter, solange die Südafrikaner keine wirkungsvollen Maßnahmen zu fürchten brauchten.¹⁶ Wollte man SR 435, so müsse der Westen sich zu Sanktionen durchringen. Hierzu gäbe es keine Alternative als den bewaffneten Kampf. SWAPO werde auf beiden Wegen sein Ziel erreichen, würde aber gern, wenn es möglich wäre, weiteres Blutvergießen vermeiden.

4) Entsprechend der in III Ziffer 2 DB 411 vom 21.10.80¹⁷ aus Pretoria übermittelten Bitte Urquharts informierten wir Nujoma, die VN-Delegation habe die Vertreter interner Parteien in Pretoria nur unterrichtet, jedoch keine Verhandlungen mit ihnen geführt. Nujoma, der die Anwesenheit dieser Gruppen in Pretoria von sich aus kritisch angesprochen hatte, reagierte sehr skeptisch. Urquhart möge gesagt werden, er sei „out of step“. Sämtliche internen Gruppen seien von SA gekauft, besäßen nicht die geringste politische Macht und seien daher nicht wert, unterrichtet zu werden. Wir wiesen darauf hin, daß solche Kontakte doch im Interesse eines vertrauensvollen Klimas liegen könnten, da die VN ja nach der auch von SWAPO gebilligten Vereinbarung während des Übergangsprozesses sowieso zu den internen politischen Parteien in eine Beziehung treten müßten.

Wertung:

Unsere Vorarbeit, insbesondere in Luanda¹⁸, hat sich gelohnt. SWAPO ist mit dem Vorsatz gekommen, den Ballast des alten Katalogs der Vorwürfe und des Mißtrauens hinter sich zu lassen und den politischen Kontakt zu uns auf eine sachlichere Grundlage zu stellen. Nujoma hat, wie weitere Informationserlasse zeigen werden, den Rat des BM zu vertrauensbildendem Auftreten ernstgenommen und hier bei mehreren Gelegenheiten befolgt. Daß wir SWAPO mit unseren Einwänden gegen Sanktionen nicht überzeugen konnten, hat Nujoma nicht zu einer feindlichen oder verbitterten Reaktion veranlaßt. SWAPO scheint auf dem Weg zu der Einsicht zu sein, daß wir ein unparteiischer Vermittler sind, die Unabhängigkeit Namibias auf korrektem Wege wollen und aufrichtiges Verständnis für SWAPO, ihre Probleme und ihren bisher so leidvollen Weg haben. Sollte SWAPO zu dem Schluß kommen, Urquhart sei mit leeren Händen aus

Fortsetzung Fußnote von Seite 1566

Interessenten angehört, aber keineswegs als Verhandlungspartner behandelt würden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 411; Referat 320, Bd. 125279.

¹⁶ Ministerialdirektor Gorenflös informierte die Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York am 28. Oktober 1980: „Zunächst war Urquhart in seinem Bemühen um S[üd]A[frika]-Zusage eines verbindlichen Zeitrahmens für die SR-435-Ausführung, Hauptanliegen seiner Mission, erfolglos. Kurz vor seiner Abreise scheinen die Südafrikaner jedoch ein Eingehen auf einen festen Zeitrahmen unter der Bedingung einer dem UNTAG-Start vorzuschaltenden ‚vertrauensbildenden‘ Konferenz für möglich erklärt zu haben (UNTAG-Start 1. März 1981). An dieser ‚Pre-Implementation Conference‘ sollen nach SA-Vorstellung auch die internen Namibia-Parteien in voller Gleichberechtigung teilnehmen können.“ Vgl. den nicht nummerierten Drahterlaß; Referat 320, Bd. 125279.

¹⁷ Für den betreffenden Passus vgl. Anm. 15.

¹⁸ Zu den Kontakten der Botschaft in Luanda mit SWAPO-Vertretern vgl. Dok. 169.

Pretoria zurückgekommen, so wird sie nach unserem Eindruck energisch darauf hinarbeiten, in SR Druck auf die westlichen Fünf herbeizuführen.

Noch deutlicher als bei früheren Treffen in New York¹⁹ und Salisbury²⁰ zeigte sich hier, daß Nujoma auf die Person BM spontan mit Sympathie reagiert. Auch der menschliche Kontakt zwischen den übrigen Beteiligten hat sich durch diese Begegnung weiter verbessert.

Vergau²¹

Referat 320, Bd. 125195

303

Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt

114-5720/80 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 4737
Citissime nachts

Aufgabe: 24. Oktober 1980, 18.51 Uhr¹
Ankunft: 24. Oktober 1980, 18.27 Uhr

Betr.: Gespräch mit Außenminister Gromyko am 24.10.1980

[I.] Außenminister Gromyko empfing mich am heutigen Nachmittag zu einem Gespräch, das eine dreiviertel Stunde dauerte und das die Themen deutsch-so-wjetische Beziehungen, Polen, KSZE-Konferenz in Madrid mit eventuell nach-folgender KAE und Zwangsumtausch umfaßte. Gromyko gab sich väterlich auf-geschlossen; seine oft üblichen Schärfen vermied er.

[II.] Im einzelnen:

1) Nachdem ich Grüße des Bundesministers übermittelt hatte, bat ich Gromyko, schon bei diesem Antrittsbesuch² einige politische Fragen anschnitten zu kön-nen, die uns gegenwärtig besondere Sorgen machten.

Ich begann meine Ausführungen mit einem Hinweis auf die Erklärung des Herrn Ministers anschließend an die Kabinettsitzung vom 22.10. zum Kommu-niqué des Warschauer Paktes³, um dann auf Polen zu kommen, wobei ich mich

¹⁹ Vgl. dazu die Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem Präsidenten der SWAPO, Nujoma, am 12. Februar 1978 und 29. September 1978 in New York; AAPD 1978, I, Dok. 52, bzw. AAPD 1978, II, Dok. 288.

²⁰ Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Präsidenten der SWAPO, Nujoma, am 17. April 1980 in Salisbury; Dok. 117.

²¹ Paraphe.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 24. Oktober 1980 vorgelegen, der die Wei-terleitung an Bundesminister Genscher verfügte.
Hat Genscher am 26. Oktober 1980 vorgelegen.

² Andreas Meyer-Landrut trat am 21. Oktober 1980 den Posten als Botschafter in Moskau an.

³ Am 19./20. Oktober 1980 fand in Warschau eine Tagung des Komitees der Außenminister der War-schauer-Pakt-Staaten statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 655–658. Vgl. dazu ferner Dok. 310.

In einer gemeinsamen Aufzeichnung vermerkten die Referate 212 und 221 am 21. Oktober 1980:

in dieser Gesprächsführung an den Tenor der Ausführungen des Herrn Ministers gegenüber Semjonow⁴ hielt, allerdings detailliert auf unsere Anstrengungen auf wirtschaftlichem Gebiet⁵ einging, da ich aus Gesprächen, die in den letzten Tagen von deutschen Besuchern mit Regierungsvertretern geführt worden sind, entnommen hatte, daß diese in der sowjetischen Führung unbekannt geblieben waren.

Zur KSZE führte ich aus, daß wir doch sehr darauf hofften, daß die SU in der Vorbereitungskonferenz⁶ eine Haltung einnehme, die den termingerechten Beginn der Hauptkonferenz⁷ ermögliche. Es sei schwer verständlich, wenn eine Haltung eingenommen würde, die es den Vertretern der einzelnen Staaten in einzelnen Phasen unmöglich mache, über alle von ihnen als wichtig erachteten Fragen zu sprechen. Zur Hauptkonferenz betonte ich das große Gewicht, das wir einem Mandat über eine KAE beimessen, mich auf die entsprechenden Ausführungen des Herrn Ministers in NY⁸ beziehend. Als weiteren Punkt meiner Ausführungen erwähnte ich den Zwangsumtausch⁹, der bei uns insbesondere bei allen denen, die sich für die Entspannung einsetzen, einen schweren Schock hervorgerufen habe. Ich erwähnte ebenfalls, daß die DDR-Begründung, daß diese Maßnahme aus wirtschaftlichen Gründen notwendig gewesen sei, unhaltbar ist. Ich drückte die Hoffnung aus, daß die sowjetische Regierung uns bei dem Bemühen, diese Maßnahme rückgängig zu machen, um der Entspannung in Europa willen unterstützen werde.

2) Gromyko nahm die einzelnen von mir vorgetragenen Themen auf. Er betonte seinerseits die große Bedeutung, die die SU der KSZE-Nachfolgekonferenz in Madrid beimesse.

Er fügte die Standardformulierung über konstruktives Herangehen und Vermeiden von Polemik an. Die SU sei zu einem solchen konstruktiven Herangehen bereit. Wenn andere das auch täten, so könne Madrid zu einem Erfolg werden.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1568

„In seiner Eigenschaft als FDP-Vorsitzender erläuterte BM Genscher am 21.10.1980 vor dem FDP-Bundesvorstand, der in dem Kommuniké zum Ausdruck kommende Wille zur Fortsetzung der Politik der Entspannung und Zusammenarbeit in Europa auf der Grundlage der Schlußakte von Helsinki und der geschlossenen Verträge müsse sich in der praktischen Politik erweisen. Die jüngsten Maßnahmen der DDR stünden mit dieser Erklärung nicht im Einklang. Es müsse außerdem die Erwartung ausgesprochen werden, daß die Teilnehmer des Warschauer Treffens ihre grundsätzlich zum Ausdruck gebrachte Haltung auch bei der Bewertung aller anderen gegenwärtigen Probleme und bei dem KSZE-Folgetreffen in Madrid einnehmen. Mit Interesse habe er zur Kenntnis genommen, daß das Kommuniké bei der Behandlung der militärischen Aspekte der Sicherheit seine Bereitschaft zu konkreten Maßnahmen und insbesondere zur Erweiterung der vertrauensbildenden Maßnahmen erklärt. [...] Begrüßenswert sei die Bedeutung, die auch die WP-Staaten den amerikanisch-sowjetischen Gesprächen über Mittelstreckenwaffen, vorgeschlagen vom westlichen Bündnis im Dezember 1979, beimessen.“ Vgl. Referat 210, Bd. 132455.

⁴ Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow am 10. Oktober 1980 vgl. Dok. 290.

⁵ Zur Vergabe eines Kredits an Polen am 10. Oktober 1980 vgl. Dok. 290, Anm. 12.

⁶ Das Vorbereitungstreffen für die zweite KSZE-Folgekonferenz begann am 9. September 1980 in Madrid. Zum Stand der Vorbereitungen vgl. Dok. 290, Anm. 8. Vgl. dazu ferner Dok. 299.

⁷ Die KSZE-Folgekonferenz wurde am 11. November 1980 in Madrid eröffnet. Vgl. dazu Dok. 319 und Dok. 322.

⁸ Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 24. September 1980 vgl. Dok. 281.

⁹ Zur Erhöhung des Mindestumtauschs für Besucher der DDR und Ost-Berlins aus „nichtsozialistischen Staaten“ und aus Berlin (West) ab 13. Oktober 1980 vgl. Dok. 290, Anm. 15.

Die Bemühungen, zu einer Abrüstungskonferenz zu kommen, sähe er in zwei Etappen. Zunächst gelte es, Fortschritte auf dem Gebiet der Vertrauensbildung zu machen, und dann müsse über Abrüstung gesprochen werden. Letzteres sei sicherlich noch nicht in Sicht. Hierzu seien die Ausgangspositionen doch noch sehr weit auseinander. Ob man beide Themen im Zuge einer Konferenz sukzessive anfasse oder zwei Konferenzen vorsehe, sei von weniger großer Bedeutung. Auf die Vorbereitungskonferenz kam er nicht zurück.

Zum Thema Polen meinte er, die Entwicklung sei eine innere Angelegenheit des Landes. Keiner solle sich einmischen. Was ich von unseren wirtschaftlichen Bemühungen gegenüber Polen gesagt hätte, sei eine Angelegenheit, die zwischen Polen und uns spiele. Die Polen würden ihre Probleme schon selber lösen.

Zum Thema Zwangsumtausch habe er auch nur zu sagen, daß dies eine Sache sei, die zwischen der DDR und uns zu behandeln sei. Die SU werde sich hier nicht einmischen. Es gebe Leute außerhalb oder innerhalb der Bundesregierung, die Erklärungen abgäben, die SU stecke hinter diesen Maßnahmen. Das sei falsch. Wenn ich gesagt hätte, daß wir hofften, daß die SU bei der Lösung dieser Frage eine unterstützende Haltung einnehme, so könne er nur sagen, dies sei nicht Angelegenheit der SU. Es wäre falsch, die SU in diese Angelegenheit hereinziehen zu wollen. Es wäre aber auch nicht richtig, aus seinen Worten zu entnehmen, daß die SU in der Lage sei, etwas zu tun, aber dieses nicht tun wolle.

3) In einer Replik auf die Ausführungen Gromykos sagte ich, daß die Behandlung der Frage des Zwangsumtausches mit der UdSSR seine Rechtfertigung in der Tatsache fände, daß wir schon zu Beginn der Bemühungen, unsere Beziehungen auf eine neue Grundlage zu stellen, nämlich im Sommer 1970¹⁰, gemeinsame Absichtserklärungen paraphiert hätten, die sich sehr wohl mit der DDR befaßten. Auch seien die Verhältnisse in Zentraleuropa so eng geworden, daß eine Interdependenz bestehe, die zur Folge habe, daß jeder, der an einer ruhigen Entwicklung in Europa interessiert sei, sich für derartige Probleme interessieren müsse und gemeinsam nach Lösungen suchen solle.

Was Polen anbetreffe, so sei es durchaus erforderlich, sich Gedanken darüber zu machen, daß nicht in einem Land eine Situation entstehe, die möglicherweise unkontrollierbar werde und damit die Lage in Europa auf das äußerste gefährden könnte. Ich hoffte doch sehr, daß ich in meinen Gesprächen mit der sowjetischen Führung nicht lediglich auf Bilaterales beschränkt würde.

Gromyko räumte zwar ein, daß es Gespräche auch über internationale Fragen geben müsse, und zog sich dann darauf zurück, daß es aber keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten geben dürfe. Dem stimmte ich zu.

4) Ein abschließender Teil des Gesprächs war dann der Entwicklung der bilateralen Beziehungen gewidmet. Gromyko unterstrich die große Bedeutung, die die UdSSR unseren bilateralen Beziehungen auf allen Gebieten beimesse. Die Gespräche zwischen Bundeskanzler und Bundesminister einerseits und Breschnew und ihm andererseits zu Beginn des Sommers¹¹ hätten davon Zeugnis ab-

¹⁰ Vgl. dazu den Vertrag vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR; BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f.

¹¹ Zum Besuch des Bundeskanzlers Schmidt und des Bundesministers Genscher am 30. Juni und 1. Juli 1980 in der UdSSR vgl. Dok. 192–195.

gelegt. Die Ansichten der Bundesregierung zu den Fragen der Entspannung, der Rüstungskontrolle und der Zusammenarbeit würden von der sowjetischen Regierung hochgeschätzt.

Ich unterstrich meinerseits unser Interesse an der Entwicklung guter bilateraler Beziehungen, wobei ich insbesondere auf die Wirtschaftsbeziehungen verwies.

III. Ich hatte den Eindruck, daß Gromyko das Gespräch mit dem festen Vorsatz führte, eine positive Einschätzung der deutsch-sowjetischen Beziehungen hervorzuheben und Kontroversen zu vermeiden. Auffällig ist, daß in seinen Bemerkungen keinerlei Kritik an uns, aber auch keine negative Äußerung zu den USA aufkam. Ich glaube nicht, daß das nur darauf zurückzuführen ist, daß der neue Botschafter „positiv“ eingestimmt werden sollte, sondern daß sich hierin eine eindeutige politische Linie manifestiert, wie sie schon beim Abschiedessen für meinen Vorgänger¹² deutlich wurde.

[gez.] Meyer-Landrut

VS-Bd. 14086 (010)

304

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats von Ploetz

27. Oktober 1980

Betr.: Gespräch BM mit EG-Vizepräsidenten Ortoli am Freitag, 24. Oktober 1980, um 19.20 Uhr, in der Wohnung von BM;
weitere Teilnehmer: StS Lautenschlager; persönlicher Referent von Ortoli: de Boissieu; Frau Siebourg als Dolmetscherin.

Ortoli gab einleitend folgende Lageanalyse:

1) EG befinde sich wirklich in einer Stahlkrise¹; andere Lösungsmöglichkeiten als Anwendung von Art. 58² gebe es nicht.

¹² Botschafter Wieck, Moskau, berichtete am 4. Oktober 1980: „Aus Anlaß meines Abschieds von Moskau gab AM Gromyko am 4.10.1980 im Spiridonow-Palast ein Frühstück, das auf sowjetischer Seite bemerkenswert hochrangig besetzt war. [...] Das Essen verlief in einer harmonischen und freundlichen Atmosphäre. Gromyko gab sich aufgeräumt und gesprächig.“ Seine Tischrede habe er „ohne jegliche Schärfe“ vorgetragen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 4446; Referat 213, Bd. 133176.

¹ Vortragender Legationsrat I. Klasse Möhler notierte am 23. Oktober 1980: „1) Am 6. Oktober 1980 hat die Kommission festgestellt, daß sich die Stahlindustrie der Gemeinschaft gemäß Art. 58 EGKS-Vertrag in einer offensichtlichen Krise befindet. Die Kommission ist – wenn sie diese Feststellung getroffen hat – verpflichtet, ein System der Erzeugungsquoten einzuführen. Der Rat hat am 7. Oktober wegen des Widerstands der deutschen Delegation die erforderliche Zustimmung nicht gegeben. 2) Das Bundeskabinett hat am 8. Oktober beschlossen, sich mit dem auf Grund der Ratstagung eingeleiteten schriftlichen Verfahren zwecks Zustimmung des Rates zur Einführung von Erzeugungsquoten nicht einverstanden zu erklären, sondern eine neue Ratstagung zu verlangen. [...] 3) Bei einem Zusammentreffen von BM Graf Lambsdorff und AM Thorn am 16. Oktober in Luxemburg stellte Graf Davignon als Referenzzeitraum für die Berechnung der deutschen Produktionsquoten

2) Berufung auf Luxemburger Formel³ gebe zu großer Besorgnis hinsichtlich der politischen Folgen Anlaß:

- a) Eine Berufung hierauf stelle für alle MS ein Problem dar.
- b) Wenn sie durch die Bundesrepublik Deutschland erfolge, sei dies besonders problematisch, weil damit eine tiefgreifende Änderung deutscher EG-Politik signalisiert werde.
- c) Man werde sich größten Schwierigkeiten gegenübersehen: Was solle die Kommission tun, da doch acht MS mit ihrem Vorschlag einverstanden seien? Sie könne
 - die Berufung auf die Luxemburger Formel akzeptieren,
 - auf die Anwendung des Art. 58 verzichten oder
 - eine institutionelle Krise herbeiführen.

Die politische Problematik sei bisher nicht in der Kommission erörtert worden. Sollte sich die Kommission gegen die Anwendbarkeit der Luxemburger Formel entscheiden, und sollte die Bundesrepublik Deutschland sich gleichwohl auf den Luxemburger Kompromiß berufen, so könnte dies zu einer ernststen institutionellen Krise führen.

3) Ortoli charakterisierte – unter ausdrücklichem Beiseitelassen aller institutionellen und philosophischen Fragen – deutsches Hauptproblem wie folgt:

- a) Bereitstellung ausreichender Informationen, die ein Urteil darüber erlauben, ob „normale“ deutsche Interessen gewährleistet sind;
- b) Vermeidung eines Systems von zu langer Geltungsdauer;
- c) Drittländer-Problem: Hier empfahl O. Zurückstellung, da kein Hauptpunkt für Diskussion im Ministerrat am 25.10.⁴ (StS L. stimmte dem mit Hinweis auf Zusage Davignons zu).

Fortsetzung Fußnote von Seite 1571

das (sehr günstige) Stahljahr 1974 in Aussicht. Er betonte, daß die von der Kommission verhängten Erzeugungsquoten durch freiwillige Absprachen über die Lieferungen der Stahlunternehmen ergänzt werden müßten. Er sagte ferner Übermittlung der für Deutschland vorgesehenen Stahlquoten bis 21. Oktober zu. Die Zahlen sind bisher nicht eingegangen.“ Vgl. Referat 412, Bd. 122449.

² Artikel 58 Absatz 1 des EGKS-Vertrags vom 18. April 1951 bestimmte: „Ist die Hohe Behörde bei einem Rückgang der Nachfrage der Auffassung, daß sich die Gemeinschaft in einer offensichtlichen Krise befindet, und daß die in Artikel 57 vorgesehenen Maßnahmen nicht ausreichen, um dieser Lage zu begegnen, so hat sie nach Anhörung des Beratenden Ausschusses und mit Zustimmung des Rates ein System der Erzeugungsquoten einzuführen, erforderlichenfalls unter Anwendung der in Artikel 74 vorgesehenen Maßnahmen. Ergreift die Hohe Behörde nicht die Initiative, so kann sich ein Mitgliedstaat an den Rat wenden; dieser kann einstimmig der Hohen Behörde die Einführung eines Quotensystems zur Pflicht machen.“ Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1952, Teil II, S. 461.

³ Zum „Luxemburger Kompromiß“ vom 28./29. Januar 1966 vgl. Dok. 294, Anm. 13.

⁴ Ministerialdirektor Fischer faßte am 28. Oktober 1980 die Ergebnisse der außerordentlichen EG-Ratstagung auf der Ebene der für Industriefragen zuständigen Minister zusammen: „1) Das Ergebnis der Ratstagung am 25.10. in Luxemburg war ein Erfolg der deutschen Delegation, deren Forderungen zum größten Teil erfüllt wurden: a) Die zehn Fragen, die BM Graf Lambsdorff stellte, wurden von Graf Davignon insgesamt zufriedenstellend beantwortet, was von der deutschen Delegation im Rat anerkannt wurde. b) Die Kommission hat die Zusage bekräftigt, daß weder an die Einführung von Mindestpreisen noch von Einfuhrbeschränkungen gedacht ist. c) Der Rat war sich einig, daß die Umstrukturierung der Stahlindustrie fortgesetzt und der Subventionskodex eingehalten werden müsse. Der Rat wird sich Anfang 1981 auf der Grundlage des Kommissionsberichts ausführlich mit diesen Fragen befassen. d) Die Auskünfte der Kommission am Rande des Rates (Anteil von 32,25 % der deutschen Stahlindustrie an den Ausgangsquoten, was fast Anteil im guten Stahljahr 1974 entspricht) lassen erwarten, daß die Gefahr eines ‚Sonderopfers‘ der deutschen Industrie abgewendet

Zu a) bemerkte Ortoli:

Kürzere Geltungsdauer als bis Ende Juni 1981 erschüttere Glaubwürdigkeit der gesamten Maßnahme. Wahl des 30.6. schließe aber nicht aus, Anwendung der Quotenfestlegung auszusetzen, falls schon früher freiwillige Begrenzungen vereinbart werden.

Bundesminister erklärte sich einverstanden mit ersten beiden Punkten der Lageanalyse: Aus unserer Sicht sei Lage aber noch viel ernster als dargestellt.

Problem britischer Nettozahlungen sei durch große Anstrengungen von BK und BM bewältigt worden⁵, auch innenpolitisch. Es sei mühevoll gewesen, das Land von der Richtigkeit der Entscheidung zu überzeugen, noch dazu in der Vorwahl-Zeit⁶.

Wenn wir jetzt in der Stahlfrage, die für uns von weittragender Bedeutung sei, in die Ecke gedrückt würden, werde dies die zwangsläufige Folge haben, daß die schwierigen 1981 anstehenden Entscheidungen im europäischen Rahmen noch schwerer zu vertreten sein würden.

Die deutsche Öffentlichkeit frage sich auch, warum die Entscheidung so rasch nach den Wahlen anstehe.

Die Bundesregierung fühle sich durch Davignon nicht ausreichend unterrichtet. Sie müsse sein Verhalten mißbilligen (Darstellung der wiederholt angekündigten, aber nicht durchgeführten Information, vor allem über Zahlen). Die Stimmung im letzten Kabinett sei ausgesprochen negativ und schwierig gewesen.⁷ Die Bundesregierung habe mehrfach entscheiden wollen, hätte dies dann aber mangels fehlender Unterrichtung nicht tun können.

Bundesminister bezeichnete es als völlig inakzeptabel, die Edelstahl- und Röhrenproduktion in Quotierung einzubeziehen, da es auf diesen Märkten keine Absatzprobleme gebe.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1572

ist. e) Der deutschen Forderung nach Begrenzung der Quotenregelung bis zum 31.3.1981 wurde zwar nicht stattgegeben, doch wird der Rat vor diesem Datum das System überprüfen. BM Graf Lambsdorff zeigte sich bereit, im Rahmen einer Gesamtlösung einer Befristung bis zum 30.6.1981 zuzustimmen. [...] 2) Keine Einigung ließ sich über die Frage erzielen, in welchem Umfang Edelstahl in die Regelung einbezogen werden soll.“ Die deutsche Delegation habe sich dafür eingesetzt, Edelstahl nicht in die Quotenregelung einzubeziehen: „Dahinter steht die Sorge, daß mittelständische Betriebe, bei denen der Anteil von Edelstahl 40 % beträgt, im Rahmen der Quotenregelung in Schwierigkeiten kommen könnten.“ Vgl. Referat 412, Bd. 122449.

⁵ Zum Beschluß des EG-Ministerrats vom 29./30. Mai 1980 in Brüssel über den britischen Beitrag zum EG-Haushalt vgl. Dok. 178, Anm. 2. Vgl. dazu ferner vgl. Dok. 274, Anm. 7.

⁶ Zu den Bundestagswahlen am 5. Oktober 1980 vgl. Dok. 288, Anm. 4.

⁷ Vortragender Legationsrat I. Klasse Möhler vermerkte am 23. Oktober 1980: „Das Bundeskabinett hat am 22. Oktober beschlossen, dem nach der Ratstagung vom 17. Oktober eingeleiteten schriftlichen Verfahren nicht zuzustimmen, sondern eine erneute Ratstagung zu verlangen, da die verfügbaren Informationen, insbesondere über die zu erwartenden Erzeugerquoten, nicht ausreichen, um eine abschließende Meinungsbildung zu ermöglichen. [...] Dem Vernehmen nach hat das Bundeskabinett sich auf folgende Verhandlungsziele geeinigt: a) Die Dauer der Maßnahmen muß befristet sein, wobei die deutsche Seite als Enddatum den 31. März 1981 anstrebt. b) Bei der Zuteilung der Quoten muß der Grundsatz der Opfergleichheit berücksichtigt werden. c) Der Umstrukturierungsprozeß muß fortgesetzt werden. d) Der gemeinschaftliche Subventionskodex für die Stahlindustrie muß beachtet werden.“ Vgl. Referat 412, Bd. 122449.

Für einen Auszug aus dem Kurzprotokoll der Kabinettsitzung am 22. Oktober 1980 vgl. Referat 412, Bd. 122449.

Nach Austausch von verschiedenen Argumenten, die sich auf die vorangegangene jeweilige Beurteilung der Lage und ihrer Ursachen bezog, skizzierte Ortolí folgende Lösungsperspektive:

- 1) Deutscher Anteil: Brüssel habe ihn überprüft und neue Kriterien zu finden versucht, die eine Erhöhung erlaubten. Man glaube, jetzt auf etwa 32% gehen zu können.
- 2) Auch hinsichtlich des der Quotenberechnung zugrunde liegenden Zeitraums werde man Methoden anwenden, die bei uns nicht zu den befürchteten Problemen führen würden (d. h. einige Firmen würden besseren Anteil als zunächst erwartet bekommen (z. B. Klöckner)).
- 3) Röhren: Man strebe Definition an, die Dynamik des Marktes berücksichtige. Auf Quoten könne man aber auch in diesem Bereich nicht verzichten, weil sonst Gesamtquotierung nicht funktioniere.
- 4) Das Edelstahl-Problem könne und müsse gelöst werden können; genauere Vorschläge könne er allerdings zur Zeit noch nicht machen.

Wenn diese Überlegungen deutschen Interessen Rechnung trügen, wäre es gut, im Rat am 25.10. möglichst zu einer Entscheidung, wenigstens aber zu einer übereinstimmenden Auffassung zu kommen.

Bundesminister begrüßte O.s Hinweise, warnte aber mehrfach eindringlich davor, am 25.10. eine Entscheidung erzwingen zu wollen. BM Graf Lambsdorff könne vor Beratung des Kabinetts auch nicht „ja“ sagen. Die Sache müsse diskutiert werden. Es handele sich um eine für uns wichtige Frage.

Der Zeitdruck sei auch nicht recht verständlich, denn auch andere dringende Probleme (GBs Nettobetrag) hätten wiederholten Aufschub vertragen. Entscheidung könnte notfalls auch bis zum Europäischen Rat⁸ aufgeschoben werden.

Ortolí schied mit der Versicherung, dies und vor allem die politischen Ausführungen des BM verstanden zu haben und seinen Kollegen, vor allem Davignon, (noch am gleichen Abend) übermitteln zu wollen, damit möglichst bei einem Vorgespräch zwischen ihm, Davignon und Graf Lambsdorff am 25. die weitere Ratsbehandlung positiv beeinflusst werden könne.

Ende des Gesprächs: gegen 20.30 Uhr.⁹

Ploetz

Referat 010, Bd. 178821

⁸ Zur Tagung des Europäischen Rats am 1./2. Dezember 1980 in Luxemburg vgl. Dok. 349 und Dok. 350.

⁹ Ministerialdirektor Fischer notierte am 3. November 1980 zur EG-Ratstagung auf der Ebene der für Industriefragen zuständigen Minister am 30. Oktober 1980 in Luxemburg: „Der Rat stimmte nach mehrstündiger Diskussion dem von der Kommission vorgesehenen System von Produktionsquoten für Stahl nach Art. 58 EGKS-Vertrag zu. [...] Das System der Erzeugungsquoten ist bis zum 30. Juni 1981 befristet. [...] Die Quotenregelung beschränkt sich auf deutsches Drängen zum größten Teil auf die Erzeugnisse, die bereits der freiwilligen Vereinbarung der europäischen Stahlindustrie (Eurofer I) unterlagen. Dies bedeutet, daß Vormaterialien für Röhren, Vorprodukte für die Herstellung von Eisenbahnschienen sowie von verzinktem Blech und über die Hälfte der Edelstahlprodukte dem Produktionsquotensystem nicht unterliegen. Die Produktionsquoten können jedoch für Vormaterialien für bestimmte kleine geschweißte Röhren und für bestimmte Edelstähle von der Kommission eingeführt werden, wenn die Marktlage dies erfordert.“ Vgl. Referat 412, Bd. 122449.

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Freiherr von Richthofen

210-321.00 DDR VS-NfD

27. Oktober 1980¹Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister

Betr.: Innerdeutsche Beziehungen;
hier: Kursänderung Honeckers

Bezug: Bitte um eine Studie in der Direktorenbesprechung am 21.10.1980

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

1) Überraschend und ohne vorherige Anzeichen hat die DDR-Führung unmittelbar nach den Bundestagswahlen am 5. Oktober 1980³ eine tiefgreifende Kursänderung in den innerdeutschen Beziehungen von vorsichtiger Öffnung zurück zu verstärkter Abgrenzung und Abschottung, vergleichbar mit dem Mauerbau 1961, vorgenommen.

Aufgrund einer Anordnung vom 9.10.1980 wurden die verbindlichen Mindestumtauschsätze für Besuche in der DDR und in Berlin (Ost) mit Wirkung vom 13.10.1980 drastisch erhöht, die bestehenden Vergünstigungen für Rentner aufgehoben und der bisher halbierte Umtauschsatz für Tagesaufenthalte in Berlin (Ost) dem Satz für Besuche in der DDR angeglichen.⁴ Durch diese Maßnahme werden die Kontaktmöglichkeiten zwischen den Menschen in den beiden deutschen Staaten erheblich erschwert. Sie schneidet auf das empfindlichste und in höchst unsozialer Weise die vielfältigen Familienbande zwischen den Menschen in beiden Teilen Deutschlands ein und bedeutet für die West-Berliner eine spürbare Beeinträchtigung mit dem Vier-Mächte-Abkommen⁵ erhöhter Lebensqualität in der geteilten Stadt.⁶

Dieser Maßnahme war die Ansprache Honeckers aus Anlaß der Verleihung hoher staatlicher Orden zum 31. Gründungstag der DDR am 6. Oktober 1980⁷ vorausgegangen, in der Honecker der Bundesregierung das Zitat vorhielt, „mitzuhandeln für die da drüben“, in der er der Bundesrepublik Deutschland die Friedensfähigkeit bestritt (von der Bundesrepublik Deutschland kann man leider noch nicht sagen, daß von ihrem Boden niemals ein Krieg ausgehen wird) und in

¹ Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 27. Oktober 1980 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 5. November 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Hat BM i[n] Mappe f[ür] Koal[itions]g[espräch] vorgelegen.“

² Hat Staatssekretär van Well am 27. Oktober 1980 vorgelegen.

³ Zu den Bundestagswahlen am 5. Oktober 1980 vgl. Dok. 288, Anm. 4.

⁴ Zur Erhöhung des Mindestumtauschs für Besucher der DDR und Ost-Berlins aus „nichtsozialistischen Staaten“ und aus Berlin (West) ab 13. Oktober 1980 vgl. Dok. 290, Anm. 15.

⁵ Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73.

⁶ So in der Vorlage.

⁷ Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, am 6. Oktober 1980 in Ost-Berlin vgl. HONECKER, Reden, Bd. 7, S. 399–403.

der er der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere ihren Massenmedien, fortgesetzte Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR, Volkspolens und der anderen sozialistischen Länder vorwarf. In diesem Zusammenhang sprach Honecker davon, die Konterrevolution müsse wissen, daß ihrem Machtbereich westlich von Elbe und Werra eine Grenze gesetzt sei.

In seiner Grundsatzrede auf der Aktivtagung zur Eröffnung des Parteilehrjahres 1980/81 am 13.10.1980 in Gera⁸, die programmatischen Charakter hat und den Kurs der SED zumindest bis zum X. Parteitag im April 1981⁹ festlegt, warf Honecker in einer die Bundesregierung brüskierenden Weise das Steuer in der Deutschlandpolitik in der DDR herum. Er betonte zunächst, daß die Vertragspolitik der DDR mit der BR Deutschland ein Teil der abgestimmten Politik des Warschauer Vertrages¹⁰ zur Friedenssicherung sei, um sie dann als Partner der Friedenspolitik zu diskreditieren und ihr vorzuwerfen, mit der DDR nur über Reiseerleichterungen sprechen zu wollen. Konkret warf Honecker der BR Deutschland vor, aktiv die Politik des westlichen Bündnisses zu vertreten, aus Solidarität mit den USA die Olympischen Spiele in Moskau zu boykottieren¹¹ und als Erfinder und Einpeitscher des Brüsseler Raketenbeschlusses¹² aufzutreten. Nachdem Honecker ausdrücklich auf die Wechselbeziehung der Fragen von Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit hingewiesen hatte, zählte er im folgenden die bekannten Grundforderungen der DDR auf (volle Achtung der Souveränität der DDR, Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft, Umwandlung der Ständigen Vertretungen in Botschaften, Grenzfeststellung auf der Elbe¹³, Unterbindung der Fluchthilfe auf den Transitwegen, Auflösung der Zen-

⁸ Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, am 13. Oktober 1980 in Gera vgl. HONECKER, Reden, Bd. 7, S. 415–452.

⁹ Der X. Parteitag der SED fand vom 11. bis 16. April 1981 in Ost-Berlin statt.

¹⁰ Für den Wortlaut des Vertrags vom 14. Mai 1955 zwischen Albanien, Bulgarien, der ČSSR, der DDR, Polen, Rumänien, der UdSSR und Ungarn über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand vgl. DZD III/1, S. 38–44.

¹¹ Zur Empfehlung der Bundesregierung an das NOK vom 23. April 1980 vgl. Dok. 122, Anm. 3.

Zur Entscheidung des NOK vom 15. Mai 1980 vgl. Dok. 148, Anm. 45.

¹² Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 10.

¹³ Im Zusatzprotokoll zum Vertrag vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR wurde festgelegt, daß eine Kommission aus Beauftragten der Regierungen beider Staaten die Markierungen der innerdeutschen Grenze überprüfen und gegebenenfalls erneuern oder ergänzen solle. Vgl. dazu AAPD 1975, II, Dok. 392, AAPD 1976, I, Dok. 112, und AAPD 1977, I, Dok. 48.

Ministerialdirektor Blech legte am 11. November 1977 dar, daß das Präsidium des Obersten Gerichts der DDR am 9. November 1977 entschieden habe, „daß die Staatsgrenze zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland in der Mitte des Talwegs verläuft“, und bezeichnete dies als „weitere Reaktion auf den von unserer Seite in diesem Jahr in der Grenzkommission unterbreiteten Vorschlag, den Problembereich Elbe aus den Arbeiten der Grenzkommission auszuklammern“. Vgl. Referat 210, Bd. 115052.

Am 29. November 1978 unterzeichneten die Bundesrepublik und die DDR das „Protokoll über die Überprüfung, Erneuerung und Ergänzung der Markierung der zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik bestehenden Grenze, die Grenzdokumentation und die Regelung sonstiger mit dem Grenzverlauf im Zusammenhang stehender Probleme“ und weitere dazugehörige Dokumente. In einem Protokollvermerk zu Artikel 1 dieses Protokolls wurde festgestellt, daß die „Arbeiten zur Feststellung, Markierung und Dokumentation des Verlaufs der Grenze“ im Bereich der Elbe noch nicht abgeschlossen seien und daher fortgesetzt würden. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 3–11 (Auszug). Vgl. dazu ferner BULLETIN 1978, S. 1321–1324.

Das Bundesministerium des Innern übersandte dem Auswärtigen Amt am 17. Oktober 1980 einen Vermerk über die 53. Sitzung der Grenzkommission am 24./25. September 1980 in Leipzig: „Die Sitzung war durch eine sehr sachliche und konstruktive Atmosphäre gekennzeichnet. Anzeichen für

tralen Erfassungsstelle Salzgitter, Verzicht auf Ausstellung von Reiseausweisen und Bundespässen für DDR-Bürger), die zur Normalisierung der Beziehungen erfüllt werden müßten und die Regelung der dringendsten praktischen Fragen im Reiseverkehr, im Rechtshilfeverkehr und auf verschiedenen anderen Gebieten erleichtern würden. In gleichem Atemzuge betonte Honecker, daß er den Wahlerfolg der sozialliberalen Koalition begrüße und wie sie eine Politik im Sinne weiterer Entspannung in Europa betreiben wolle. Honecker bestätigte in diesem Zusammenhang, daß die geschlossenen Verträge und Abkommen im wesentlichen funktionierten. Er wiederholte, daß es zum „Kurs der friedlichen Koexistenz“ keine annehmbare Alternative gebe und daß die Gestaltung „normaler Beziehungen“ zwischen den beiden deutschen Staaten von wesentlicher Bedeutung für Frieden und Entspannung in Europa sei. Ungeachtet aller Schwierigkeiten und Probleme halte er neue, positive Ergebnisse für möglich, wenn die Prinzipien uneingeschränkt respektiert würden, die für die Beziehungen zwischen souveränen Staaten üblich seien (in diesem Zusammenhang herausgehoben besonders das Prinzip der Nichteinmischung im bilateralen Verhältnis wie in den Beziehungen zu dritten Staaten). Honecker ergänzte, daß Fortschritte in den wirtschaftlichen Beziehungen auch nach seiner Ansicht gut und richtig seien, daß aber die Sicherung des Friedens vor allem eine politische Frage durch Schritte zum Stopp des Wettrüstens und zur Abrüstung sei. Darin bestehe die solideste Untermauerung von Beziehungen zwischen Staaten unterschiedlicher sozialer Ordnung, und gerade hierfür trügen die beiden deutschen Staaten kein geringes Maß an Verantwortung.

Diese Linie Honeckers wurde von den anderen Mitgliedern des Politbüros in den folgenden Tagen auf den Bezirksparteiaktivtagungen in Vorbereitung des X. Parteitages bekräftigt. Das gilt besonders für Stoph, Axen und Mittag.

Stoph und Mittag hoben hervor, daß die Normalisierung der deutsch-deutschen Beziehungen nur auf der Grundlage der völligen Anerkennung der völkerrechtlichen Souveränität der DDR möglich sei. Mittag sagte, die Bundesregierung solle endlich „ihre Fiktion von den innerdeutschen Interessen aufgeben“. Er warf der Bundesregierung vor, die Entspannung durch Mißachtung der Souveränität der DDR und Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten zu untergraben. Die DDR habe Bundeskanzler Schmidt nicht vorher um Erlaubnis gefragt, was sie ökonomisch in ihrer souveränen Entscheidung im Interesse der DDR zu tun habe, und werde das auch in keiner anderen Frage tun.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1576

die jetzt eingetretene Entwicklung waren nicht erkennbar. Unsere Seite war vor allem bemüht, akute Schadensprobleme und abstimmungsbedürftige wasserwirtschaftliche Maßnahmen an der Grenze unter Bezugnahme auf die Grundsätze zur Schadensbekämpfung und die Grundsätze zur Gewässerinstandhaltung umfassend anzusprechen. [...] Die Elbe-Problematik wurde in einer Kleingruppe erörtert. Zur Frage des Grenzverlaufs knüpfte die DDR an die in der vorangegangenen Sitzung festgestellte Übereinstimmung an, daß mit der Bezugnahme auf bestimmte Karten für den Elbe-Bereich im Regierungsprotokoll vom 29. November 1978 auch die in diesen Karten eingezeichneten, etwa in der Streichlinie der Bühnenköpfe verlaufenen Linien einvernehmlich festgehalten worden seien; daraus sei zu folgern, daß eine Grenzfeststellung am Ostufer nicht in Betracht komme. Von unserer Seite wurde demgegenüber klargestellt, daß es sich bei diesen Linien um geodätische Bezugslinien handle, die keinerlei Aussage über den Grenzverlauf enthielten und auch keine denkbare Lösungsmöglichkeit ausschlossen. Die DDR sprach die Erwartung aus, daß sich die Kommission wieder konkreter und intensiver mit der Frage des Grenzverlaufs befassen möge.“ Vgl. Referat 210, Bd. 132534.

Hager, der sich auf derselben Linie äußerte, zählte bemerkenswerterweise an Gebieten der Zusammenarbeit zum beiderseitigen Vorteil auf einer langfristigen Grundlage nur den Handel, die wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit auf.

2) Dieser neuen Linie der SED in der Deutschlandpolitik sind folgende Erklärungen und Äußerungen führender Mitglieder des Politbüros vor dem 5. Oktober 1980 gegenüberzustellen:

Mittag hat in seinem Gespräch mit dem Bundeskanzler am 17.4.1980 in Bonn¹⁴ erklärt, daß die öffentlich erklärte Übereinstimmung Generalsekretär Honeckers und des Bundeskanzlers, daß nie wieder Krieg von deutschem Boden ausgehen dürfe, große Bedeutung habe.¹⁵ Den deutschen Staaten komme eine besondere Verantwortung für die Sicherung des Friedens zu. Die DDR sehe in der Erhaltung des Vertragssystems in Europa einen wichtigen stabilisierenden Faktor. Was in zehn Jahren mühevoller Arbeit aufgebaut worden sei, dürfe nicht aufs Spiel gesetzt werden. Darum sei es wichtig, konstruktiv und sachlich über die weitere Ausfüllung des Grundlagenvertrages¹⁶ und insbesondere die wirtschaftlichen Beziehungen zu sprechen. Die Entspannung brauche eine materielle Grundlage. Zum Olympia-Boycott sagte Mittag, er wisse nicht, welche politischen Folgen ein Boykott haben werde. Er wisse jedenfalls, daß ein Boykott außerordentlich schlecht für die Sportbeziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten wäre.¹⁷ Mittag bestätigte auch die Verabredung zu dem Treffen Bundeskanzler/Honecker (es werde alles wie verabredet bleiben, wenn kein Blitz in das Kabel schlägt) und lobte die abgestimmte Pressemitteilung über die Verschiebung des Treffens im Winter¹⁸.

¹⁴ Für das Gespräch vgl. BONN UND OST-BERLIN, S. 504–515. Vgl. dazu ferner VON HUBERTUSSTOCK NACH BONN, S. 43–50.

¹⁵ In einer Botschaft an den Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, vom 3. Dezember 1979 legte Bundeskanzler Schmidt dar, „daß von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen“ dürfe. Er griff damit eine Formulierung auf, die Honecker in einem Non-paper für Schmidt, das der Ständige Vertreter der DDR in Bonn, Moldt, am 12. Oktober 1979 übergab, verwendet hatte. Für den Wortlaut vgl. BONN UND OST-BERLIN, S. 463–468 und S. 482–485.

¹⁶ Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429.

¹⁷ Zu den Bemühungen der DDR, die Bundesrepublik von einem Boykott der Olympischen Sommerspiele in Moskau abzuhalten, vgl. Dok. 152.

¹⁸ Referat 210 vermerkte am 31. Januar 1980: „1) Zur Aufschiebung der Verabredung eines Termins für das Anfang 1980 ins Auge gefaßte Arbeitstreffen zwischen dem Bundeskanzler und dem DDR-Staatsratsvorsitzenden Honecker in der DDR erklärte der Regierungssprecher am 30.1. vor der Presse: ‚Der Bundeskanzler und der Staatsratsvorsitzende haben sich in der Tat verständigt, den Termin für das vorgesehene Treffen jetzt noch nicht festzulegen. [...] Beide Seiten halten ein Treffen für wünschenswert und im beiderseitigen Interesse. Bei der Terminabsprache kommt es aber darauf an, daß das Treffen unter möglichst günstigen Bedingungen stattfindet, gerade auch im Hinblick auf Fortschritte in den Beziehungen, auf die es uns ankommt. Die DDR hatte den Wunsch, in der Terminfrage flexibel zu bleiben. Dafür haben wir Verständnis.‘ Zum gleichen Sachverhalt hat ADN folgende Erklärung verbreitet: ‚Bundeskanzler Schmidt und der Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Honecker, haben sich verständigt, den Termin für den vorgesehenen Arbeitsbesuch des Bundeskanzlers in der DDR auf einen für beide Seiten geeigneten Zeitpunkt im Laufe dieses Jahres festzulegen. Der Bundeskanzler und der Staatsratsvorsitzende sind davon überzeugt, daß das Treffen der Entwicklung der gutnachbarlichen Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten und dem Ausbau ihrer Zusammenarbeit im Interesse des Friedens, im Interesse der Menschen zugute kommen wird.‘ 2) Zur Erläuterung: Ein Termin war bisher nicht fest verabredet. Von einer Absage kann daher keine Rede sein. Worum es sich handelt, ist das Einvernehmen, sich später auf einen Termin zu einigen, wobei

Honecker leitete das Gespräch mit dem Bundeskanzler am 8.5.1980 in Belgrad¹⁹ mit der Bemerkung ein, viele seien verwundert, daß die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten trotz der Zuspitzung der internationalen Krise intakt geblieben seien. Zur Stabilisierung des politischen Klimas in Europa trat er für die Wiederaufnahme des Dialogs und die Erhaltung der bestehenden Absprachen ein. Im Zusammenhang mit dem Olympia-Boycott, für dessen Aufhebung er eintrat, äußerte er, er habe große Sorge, daß die internationale Krise doch noch auf die beiden deutschen Staaten durchschlagen könne. Dabei würde vieles zu Bruch gehen. Auf das Bekenntnis des Bundeskanzlers zum Prinzip „pacta sunt servanda“ erklärte auch Honecker, der Bundeskanzler könne darauf vertrauen, daß sich auch die DDR an die eingegangenen Verträge halten werde. Honecker stellte dann fest, daß sich die beiden deutschen Staaten in letzter Zeit zu beiderseitigem Nutzen nähergekommen seien. Es gehe jetzt darum, das zu erhalten, was seit 1970 erreicht worden sei. Honecker verständigte sich mit dem Bundeskanzler auf eine gemeinsame Presselinie der Befriedigung, daß die vertragsgemäße Zusammenarbeit funktioniere und weiter ausgebaut werden solle. Beide seien sich darin einig, daß Europa ein Zentrum des Friedens in der Welt bleiben müsse.²⁰

Diese Linie wurde nicht nur in den Vorbereitungen des Kanzlerbesuchs in der DDR im August 1980, sondern auch in öffentlichen Äußerungen Honeckers beibehalten. Das gilt sowohl für das in Auszügen am 5.7. und im vollen Wortlaut am 26.8. veröffentlichte Interview mit dem britischen Verleger Maxwell²¹ als auch für die Erklärung Honeckers anlässlich der Eröffnung der Leipziger Herbstmesse am 31.8.:

„Auch im Namen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik darf ich sagen, daß wir sehr interessiert sind an der weiteren Normalisierung der Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland und wir uns voll und ganz darüber im klaren sind, daß die weitere Normalisierung dieser Beziehungen dazu beitragen wird, den Entspannungsprozeß in Europa zu fördern und in Verbindung damit neue Horizonte für die Zusammenarbeit zwischen den beiden deutschen Staaten zu erschließen und zugleich beizutragen für den großen Prozeß der Zusammenarbeit, wie er in der Schlußakte von Helsinki²² niedergelegt ist.“²³

Fortsetzung Fußnote von Seite 1578

der Bezugsrahmen für diese Einigung dieses Jahr bildet.“ Vgl. Referat 210, Bd. 132434. Vgl. dazu ferner Dok. 42, Anm. 7.

¹⁹ Bundeskanzler Schmidt führte am Rande der Beisetzungsfeierlichkeiten für Staatspräsident Tito ein Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker. Vgl. BONN UND OST-BERLIN, S. 516–534.

²⁰ Vgl. dazu die Mitteilung über das Treffen zwischen Bundeskanzler Schmidt und dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, am 8. Mai 1980 in Belgrad; AUSSENPOLITIK DER DDR XXVIII/2 (1980), S. 920.

²¹ Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, gab dem Präsidenten des Verlagshauses Pergamon Press Limited, Maxwell, am 4. Juli 1980 ein Interview. Für die Kurzfassung vgl. den Artikel „Erich Honecker antwortet auf aktuelle politische Fragen“; NEUES DEUTSCHLAND vom 5./6. Juli 1980, S. 1 f. Für die Langfassung vgl. den Artikel „Erich Honecker zu aktuellen politischen Fragen“; NEUES DEUTSCHLAND vom 26. August 1980, S. 3 f. Vgl. ferner HONECKER, Reden, Bd. 7, S. 301–331.

²² Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

²³ Zur Erklärung des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, anlässlich der Eröffnung der Leipziger Herbstmesse am 31. August 1980 vgl. Dok. 290, Anm. 18.

Anläßlich des Empfangs der IPU-Delegation des Deutschen Bundestages durch Volkskammerpräsident Sindermann am 22.9.1980²⁴ sagte Sindermann, hinsichtlich des Verhältnisses zur Bundesrepublik Deutschland sei die DDR dafür, die weitere Normalisierung voranzubringen. Von deutschem Boden dürfe nie mehr ein Krieg ausgehen. Europa solle auf der Grundlage der Beschlüsse von Helsinki ein Zentrum des Friedens bleiben, und dieses Zentrum der friedlichen Bemühungen solle ausgebaut werden. Die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten hätten sich in den letzten Jahren stark verbessert, und zwar auf allen Gebieten. Es werde immer dabei Fragen geben, deren Regelung man in vernünftigen, wenn auch langwierigen Verhandlungen mit positiven Beschlüssen zustande bringen könne. Er unterstütze den Standpunkt, daß bei einigen Fragen die Lösung zwar aufgeschoben, aber nicht aufgehoben sei. Sowohl Honecker als auch Sindermann haben allerdings im Zusammenhang mit den Reiseerleichterungen auf das Problem der Staatsangehörigkeit hingewiesen.

In dem Gespräch des Herrn Bundesministers mit DDR-Außenminister Fischer am 23.9.80 in New York²⁵ sagte Fischer auf den Hinweis des Bundesministers auf die positive Aufnahme der Erklärungen Honeckers in Leipzig und Sindermanns gegenüber unserer IPU-Delegation, bei derartigen Dingen sei nichts zufällig: Diese Äußerungen wären in der gegebenen Situation doch wohl wohlthuend für uns gewesen. Fischer führte im übrigen aus, daß im gegenwärtigen allgemeinen Klima eine große Verantwortung bei den beiden deutschen Staaten liege, und betonte die Richtigkeit der These, daß von deutschem Boden kein Krieg mehr ausgehen dürfe. Beide Minister waren sich darin einig, daß die

²⁴ Vom 16. bis 24. September 1980 fand in Ost-Berlin die 67. Tagung der Interparlamentarischen Union (IPU) statt. Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, berichtete am 22. September 1980, am selben Tag sei die Delegation der Bundesrepublik unter Leitung des Berliner CDU-Abgeordneten Amrehn vom Präsidenten der Volkskammer der DDR, Sindermann, zu einem Höflichkeitsbesuch empfangen worden: „Bemerkenswert ist, daß die Delegationsleitung von Amrehn bei dieser Gelegenheit kommentarlos akzeptiert wurde. Abgesehen von dem ganz allgemein gehaltenen Hinweis auf die Belastbarkeit des V[er]M[ächte]A[bkommens] machte Sindermann keinen Vorbehalt in dieser Hinsicht. Das ist deshalb hervorzuheben, weil es sich bei diesem Besuch nicht um eine Angelegenheit im Rahmen der Konferenz und damit unter der Verantwortung der IPU gehandelt hat, sondern um einen rein bilateralen Vorgang. Auch das Gespräch wurde so geführt, als ob es hier kein besonderes Problem gebe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 980; Referat 210, Bd. 132428.

²⁵ Ministerialdirigent Gorenflos legte Bundesminister Genscher am 30. September 1980 für die Unterrichtung des Kabinetts am folgenden Tag einen Vermerk vor, mit dem Genscher das betreffende Gespräch wie folgt wiedergeben könne: „Wie alle Jahre habe ich auch ein Gespräch mit AM Fischer geführt, dieses Jahr erstmalig in unserer Residenz. Im Mittelpunkt standen die Bedeutung der deutsch-deutschen Beziehungen für die Stabilität der Lage in Europa, der gerade aktuelle Streik der Reichsbahner in Berlin (West), die Lage in Polen, die weitere Entwicklung der Ost-West-Beziehungen mit Blickrichtung auf das Madrider KSZE-Folgetreffen und die sowjetisch-amerikanischen Gespräche über Mittelstreckenwaffen sowie die Lage im Mittleren Osten. Herr Fischer stimmte mir darin zu, daß die Deutschen eine große Verantwortung für Frieden und Entspannung in Europa tragen und daß von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgehen soll. Im Zusammenhang mit dem Streik der Reichsbahner waren wir uns einig darüber, die Lage in und um Berlin stabil und friedlich zu halten. AM Fischer bekräftigte das Interesse der DDR an der weiteren Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten und stimmte mir darin zu, daß das Nichtzustandekommen des Treffens des Bundeskanzlers mit Honecker in Werbellin nicht zu einem Stillstand des weiteren Ausbaus der Beziehungen führen soll. Die Lage in Polen wurde von Herrn Fischer dahin bewertet, daß die Parteibasis der PVAP Tritt gefaßt habe. In dem Gespräch wurde klar erkennbar, daß die DDR am Zustandekommen des Madrider Folgetreffens festhält, eine Teilnahme auf Außenministerebene aber vom Konferenzverlauf und substantiellen Ergebnissen abhängig machen möchte.“ Vgl. Referat 230, Bd. 128006.

Verschiebung des Besuchs des Bundeskanzlers²⁶ keinen Stillstand in den innerdeutschen Beziehungen bedeute.

3) Es läßt sich zeitlich nicht genau festlegen, wann Honecker und wann die SED-Führung den Entschluß gefaßt hat, die Richtung der Deutschlandpolitik der SED zu korrigieren. Die Absage des Kanzlerbesuchs in der DDR am 22.²⁷ August, die nicht zuletzt durch das widersprüchliche Verhalten der DDR in den letzten Tagen der protokollarischen und sachlichen Vorbereitung herbeigeführt worden war, zeigte, daß die Weiterführung des bereits von der sowjetischen Intervention in Afghanistan bedrohten Kurses durch die inneren Entwicklungen in Polen sehr fragil geworden war. Gleichwohl hat Honecker am 31.8. in Leipzig das zerbrechliche Gleichgewicht zwischen den beiden deutschen Staaten noch einmal zu stabilisieren versucht, bevor das „Neue Deutschland“ am 4.9. durch die Veröffentlichung des Leitartikels „antipolnische Wölfe im Schafspelz“²⁸ und die Dokumentation des IPW²⁹ über angebliche revanchistische Aktivitäten und Forderungen aus der „BRD gegenüber der Volksrepublik Polen“ die erste Breitseite gegen uns abfeuerte. Gleichwohl betonte damals das Außenministerium der DDR und betonten auch Sindermann und Fischer die Bereitschaft der DDR, an dem uns gegenüber eingeschlagenen Kurs einer vorsichtigen Öffnung im Sinne des schrittweisen Ausbaus der deutsch-deutschen Beziehungen auf der Basis der system- und sicherheitsbedingten generellen Abgrenzung festzuhalten.

Es besteht Einigkeit darüber, daß die aktuelle innere Situation der DDR keinen Anlaß für eine so weitgehende Kursänderung der DDR-Politik gibt. Die Lage bleibt durch Resignation und Unmuterscheinungen der Bevölkerung über die sich teilweise verschlechternden, jedenfalls aber nicht verbessernden Lebensverhältnisse in der DDR gekennzeichnet, doch sind keine Ursachen für eine breite Streikbewegung wie in Polen erkennbar.³⁰ Eine weitere vorsichtige Intensivierung der innerdeutschen Beziehungen, wie sie sich in den Vorbereitungen des Kanzlerbesuchs abzeichnete und von der SED-Führung als verdaulich angesehen wurde, wäre nicht geeignet gewesen, die innere Lage der DDR zum Nachteil des herrschenden Regimes zu destabilisieren. Ein Handeln zum Schutz der DDR gegen Einwirkungen von außen war daher nicht geboten.

Die Ursache für die letztlich schon im Frühjahr von der SED-Führung befürchtete Kursänderung kann daher nur in einem aus der internationalen Entwicklung und der Entwicklung in Polen bestehenden Zwang liegen. Es gibt keine sicheren Anhaltspunkte dafür, daß die DDR-Führung auf eine Initiative Moskaus hin gehandelt hat. Gromyko, Dobrynin und Falin haben dies ausdrücklich in Abrede gestellt.³¹ Ungeachtet dessen hat Falin erklärt, daß die Maßnahmen

²⁶ Zur Verschiebung eines geplanten Treffens zwischen Bundeskanzler Schmidt und dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, am 22. August 1980 vgl. Dok. 241.

²⁷ Korrigiert aus: „20.“

²⁸ Vgl. den Artikel „Antipolnische Wölfe im Schafspelz“; NEUES DEUTSCHLAND vom 4. September 1980, S. 2.

²⁹ Institut für Internationale Politik und Wirtschaft.

Vgl. den Artikel „Revanchistische Aktivitäten und Forderungen aus der BRD gegenüber der Volksrepublik Polen“; NEUES DEUTSCHLAND vom 4. September 1980, S. 5. Vgl. dazu ferner Dok. 259, Anm. 7.

³⁰ Zu den Reaktionen in der DDR auf die Entwicklung in Polen vgl. Dok. 259.

³¹ Zu diesem Satz vermerkte Vortragender Legationsrat Edler von Braumnühl am 27. Oktober 1980 handschriftlich: „S[iehe] auch Hammer nach Gespr[äch] mit Breshnew – Anl[age].“

der DDR von der Sowjetunion gebilligt worden seien. Falin hat in seinem Gespräch mit MdB Karsten Voigt am 17.10.³² unterstrichen, daß die Sowjetunion an der Fortsetzung der Entspannungspolitik, aber auch an der Stabilität der inneren Verhältnisse der Bruderstaaten interessiert sei. Die sowjetische Politik kann insoweit als Bemühen um Kontinuität der Entspannung bei gleichzeitiger Abgrenzung definiert werden. In den deutsch-deutschen Beziehungen bemüht sich die Sowjetunion wie bisher nach außen um ein niedriges Profil. Was Polen angeht, so kann von einer Interessenidentität zwischen Ost-Berlin und Moskau ausgegangen werden: Für beide Führungen stellt sich bei einer Schwächung oder gar Aufgabe des Führungsanspruchs der führenden Kommunistischen Partei die Machtfrage. Für die DDR-Führung bilden die Ideologie des real existierenden Sozialismus und die Solidarität mit der Sowjetunion die Machtbasis. Dies um so mehr, als es ihr an nationaler Legitimation und Identität mangelt. Die Lösung der Systemkrise hat daher für die DDR und die Sowjetunion Priorität vor einer pragmatischen Politik, die durch Erhöhung der Lebensqualität zwar eine stärkere Identifizierung der Bevölkerung mit dem herrschenden System, gleichzeitig aber eine Aufweichung der Machtbasis mit sich bringt. Honecker, der 1971 von den Sowjets als Nachfolger Ulbrichts zur Durchsetzung der sowjetischen Entspannungspolitik (insbesondere im Hinblick auf das Zustandekommen des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin und des Grundlagenvertrages) in sein jetziges Amt eingesetzt worden ist, sucht, nachdem sein pragmatischer Kurs einer Verbindung von Wirtschafts- und Sozialpolitik nach innen mit vorsichtiger Öffnung nach Westen schon 1977 unter sowjetische Kritik (Abrassimow) geraten war, wahrscheinlich eine erforderliche Kursänderung lieber selbst zu vollziehen, bevor sie ihm mit möglichen personellen Konsequenzen von der Moskauer Führung aufoktroyiert wird. Auch die Äußerungen Gromykos gegenüber Botschafter Meyer-Landrut am 24.10.³³ deuten in diese Richtung.

Angesichts der für die SU und die DDR offenbar immer geringeren Aussicht, in Polen von innen heraus eine in ihrem Sinne liegende Stabilisierung herbeizuführen, dürfte sich Honecker in Abstimmung mit Moskau dann zu der bekannten Kurskorrektur entschlossen haben, wobei aber auch er an der Kontinuität der Entspannungspolitik und an der Bereitschaft, die geschlossenen Verträge und Vereinbarungen zu erfüllen, festhält. Die von der DDR getroffenen Abgren-

³² Gesandter Huber, Moskau, berichtete am 17. Oktober 1980: „MdB Karsten Voigt, der sich vom 13. bis 16.10. auf Einladung des Instituts USA – Kanada der Akademie der Wissenschaften und des sowjetischen Komitees der Jugendorganisationen in Moskau zu politischen Gesprächen aufhielt, hat u. a. auch mit Falin und Sagladin gesprochen und bei dieser Gelegenheit seine Besorgnis über die Folgen der jüngsten DDR-Maßnahmen für die Entspannung zum Ausdruck gebracht. [...] Falin habe hierauf folgendes erwidert: Die SU ist nach wie vor an der Fortsetzung der Entspannungspolitik interessiert. Sie ist aber auch interessiert an der Stabilität der inneren Verhältnisse ihrer Bruderstaaten. Die Maßnahmen der DDR [...] werden von sowjetischer Seite gebilligt. Das bedeutet jedoch nicht, daß die Initiative dazu von Moskau ausgegangen ist. Die Entwicklung hätte vielleicht anders und besser aussehen können, wenn das Gespräch des Bundeskanzlers mit Honecker zustande gekommen wäre. Nach sowjetischer Einschätzung ist die DDR durchaus zu Verhandlungen über Erleichterungen im innerdeutschen Verkehr bereit, wenn dies im Zusammenhang mit anderen Problemen geschieht.“ Unter „anderen Problemen“ habe die Bundesregierung den „bekannten, auch von Honecker in Gera zur Sprache gebrachten Forderungskatalog der DDR zu verstehen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 4630; Referat 210, Bd. 132492.

³³ Zum Gespräch des Botschafters Meyer-Landrut, Moskau, mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 24. Oktober 1980 vgl. Dok. 303.

zungs- und Abschottungsmaßnahmen liegen einschließlich der Entscheidung, 1981 die Sommerzeit nicht wieder einzuführen³⁴, in Bereichen, in denen die DDR rechtliche (vertragliche) Bindungen nicht eingegangen ist; die Verletzung der politischen Geschäftsgrundlage und die daraus resultierende Brüskierung der Bundesrepublik Deutschland nimmt sie mit den Konsequenzen für die Deutschen in beiden Teilen Deutschlands bewußt in Kauf. Die DDR hat damit Zeichen sowohl gegenüber Polen als auch gegenüber der eigenen Bevölkerung gesetzt, gegenüber Polen, wie der Führungsanspruch der Partei nach innen und außen richtig wahrzunehmen ist, gegenüber der eigenen Bevölkerung, daß alle Erwartungen im Zusammenhang mit dem abgesagten Treffen des Bundeskanzlers mit Honecker auf weitere Erleichterungen und Auflockerungen in der DDR derzeit keinerlei Aussicht auf Erfüllbarkeit haben. Der Zeitpunkt für die Einführung der Maßnahmen war insofern günstig, als die DDR-Führung gegenwärtig weder mit größeren finanziellen Leistungen der Bundesregierung noch mit einem Entgegenkommen in den offenen Grundfragen rechnen konnte. Zu gegebener Zeit wäre die DDR jedoch durch Rücknahme der in ihrer Regelungskompetenz liegenden Maßnahmen und Stellung ihrer Grundforderungen in eine längerfristige Perspektive in der Lage, den Kurs ihrer Deutschlandpolitik wieder auf den Stand vor dem 5. Oktober 1980 zu revidieren. Eine Begegnung des Bundeskanzlers mit GS Honecker dürfte sie allerdings bis nach den Volkskammerwahlen 1981³⁵ für unter den alten Voraussetzungen nicht machbar haben erscheinen lassen.³⁶

Keinerlei Anzeichen gibt es dafür, daß Honecker den Schritt zur verstärkten Abschottung getan haben könnte, um dadurch zumindest vorübergehend eine drohende sowjetische Intervention in Polen zu vermeiden, um das *acquis de détente* nicht zu gefährden. Honecker hat in seiner Rede in Gera den – nicht gedruckten – Satz gesagt: „Das Rad der Geschichte kann niemand zurückdrehen: Das werden wir gemeinsam mit unseren Freunden sichern.“ Darin zeigt sich, wo für ihn die Priorität liegt.

Es zeigt sich einmal mehr, daß der Ostblock angesichts der Gefahr eines Nuklearkrieges destabilisierende Tendenzen innerhalb des eigenen Systems zu bewältigen sucht und sich dafür durch Abgrenzung und Abschottung die nötige Sicherheit nach außen verschafft. Um vom Versagen des eigenen Systems abzulenken, wird die Verantwortung allerdings nach draußen verlagert, in diesem Fall auf die USA und in Europa auf die Bundesrepublik Deutschland, der dabei

³⁴ Mit Schreiben vom 11. Oktober 1979 informierte der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, Bundeskanzler Schmidt: „Im April vorigen Jahres lenkten Sie freundlicherweise meine Aufmerksamkeit darauf, daß einige Nachbarländer der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland bereits die Sommerzeit eingeführt hatten. Sie baten mich, Sie über die Auffassung der DDR in dieser Angelegenheit zu informieren. In den ersten Expertisen wurde bei uns damals eine solche Maßnahme als unzweckmäßig bezeichnet. Da inzwischen Erfahrungen anderer Länder vorliegen, die eine positive Entscheidung ermöglichen, möchte ich Ihnen mitteilen, daß die DDR ab 1980 die Sommerzeit einführen wird.“ Vgl. VS-Bd. 14079 (010); B 150, Aktenkopien 1979. Referat 210 notierte am 3. November 1980: „Am 16.10. teilte uns die DDR mit, daß sie (im Gegensatz zur Sowjetunion) die Sommerzeit im Jahre 1981 nicht wieder einführen würde. Damit verhindert sie eine einheitliche Regelung, die im Jahre 1980 zustande gekommen war.“ Vgl. Referat 210, Bd. 132433.

³⁵ Am 14. Mai 1981 fanden Wahlen zur Volkskammer der DDR statt.

³⁶ So in der Vorlage.

die Rolle eines nicht verlässlichen Partners in den Beziehungen zugeschrieben wird.

i. V. Richthofen

Referat 210, Bd. 132433

306

Ministerialdirigent Montfort an Botschafter Ritzel, Teheran

311-320.10 IRN-1063^{III}/80 geheim

Aufgabe: 27. Oktober 1980, 15.07 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 462

Citissime

Betr.: Geiselfrage²

BM hat am 26. Oktober nachmittags längeres Telefongespräch mit „Reisendem“³ geführt.

1) Dabei hat T. ihm berichtet, daß das Parlament die Geiselfrage am Morgen desselben Tages debattiert habe.⁴ Es sei unter anderem um die Frage gegangen, die Entscheidung jetzt gleich oder nach den amerikanischen Wahlen⁵ zu treffen. Die Mehrheit stimmte für eine unmittelbare Entscheidung (98 aus 178). Hierüber wolle man am Montag⁶ weiter debattieren.⁷ Sonntagsabend würden

¹ Durchdruck.

² Zur Frage der Freilassung der in Teheran als Geiseln festgehaltenen Angehörigen der amerikanischen Botschaft vgl. Dok. 291.

³ Sadegh Tabatabai.

⁴ Botschafter Ritzel, Teheran, berichtete am 27. Oktober 1980: „Gestrige nicht-öffentliche Parlaments-sitzung über Geiselfrage, in der der Bericht der Geiselkommission vorgelegt wurde, ist ohne abschließendes Ergebnis abgebrochen worden und wird heute vormittag fortgesetzt. Es muß damit gerechnet werden, daß Debatte auch heute nicht zu Ende geführt wird, erst am 29. Oktober weitergeht, da am 28. Oktober religiöser Feiertag, und sich bis zum 30. Oktober hinzieht. Über gestrige Debatte läßt sich mangels zuverlässiger Informationen kein schärferes Bild gewinnen, insbesondere war bisher nichts Genaueres über eventuelle zusätzliche iranische Bedingungen für Geiselfreigabe zu erfahren. Gewissen Hinweis enthält vielleicht Khomeinis Presseerklärung, amerikanische militärische Unterstützung Iraks und Jordaniens sowie Stationierung von AWACS in Saudi-Arabien seien nicht dazu angetan, im Parlament eine günstige Stimmung zu erzeugen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1168; Referat 311, Bd. 137624.

⁵ Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

⁶ 27. Oktober 1980.

⁷ Botschafter Ritzel, Teheran, berichtete am 29. Oktober 1980: „Iranisches Parlament setzt Geiseldebatte heute hinter verschlossenen Türen fort. Ungewiß, ob sie heute noch zum Abschluß kommt. [...] Über bisherigen Verlauf der Debatte und Stimmung im Parlament gibt es keinerlei zuverlässige Informationen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1182; Referat 311, Bd. 137624.

Am 30. Oktober 1980 teilte Ritzel mit: „Für heute angesetzte öffentliche Parlamentssitzung über Geiselfrage ist mangels Quorum nicht zustande gekommen. Sie wurde auf Sonntag, 2.11., vertagt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1194; Referat 311, Bd. 137624.

Referat 311 vermerkte am 4. November 1980: „1) Der Beschluß des iranischen Parlaments vom 2.11.,

drei Personen, darunter der Sohn des Imam⁸, zu Khomeini gehen und ihm zugunsten einer schnellen Entscheidung den Vorschlag vorlegen, die Geiseler Entscheidung dem neugebildeten Verteidigungsrat zu überantworten. Diesem neugebildeten Verteidigungsrat gehört u. a. auch Präsident Bani Sadr an. Sollte sich Khomeini für den Verteidigungsrat entscheiden, wäre T. optimistischer. Blicke die Entscheidung beim Parlament, wäre T. immer noch optimistisch, aber Parlamentsdebatte könnte die Angelegenheit in die Länge ziehen. Im Falle der Befassung des Verteidigungsrats könnte eine Entscheidung am Montag gefällt werden. Im Parlament seien auch die Bedingungen für die Geiselfreilassung besprochen worden. Es handle sich in der Substanz um die früher zwischen uns besprochenen. Es sei allerdings möglich, daß man sechs oder sieben Bedingungen nenne statt der ursprünglichen vier.⁹ Dies würde aber keine Änderung in der Substanz bedeuten. T. habe weiter berichtet, es könne sein, daß man zuerst über die Freisetzung einer Gruppe von 40 Geiseln entscheide und den Rest später freilasse. Hierzu habe BM T. darauf hingewiesen, daß dies zu ernststen Schwierigkeiten bei der amerikanischen Seite führen könnte. Man sollte dabei bleiben, eine schnelle Entscheidung über die Freisetzung sämtlicher Geiseln zu erreichen. T. habe diese Argumentation eingesehen.

2) BM erwähnte noch gegenüber T., wir würden uns – wie ihm Botschafter Ritzel wohl schon gesagt habe – nach Freilassung der Geiseln um eine positive Beeinflussung der öffentlichen Meinung über den Iran bemühen. Er wolle diese Gelegenheit noch einmal nutzen, um seine und der Bundesregierung Garantenrolle zur Einhaltung der amerikanischen Verpflichtungen zu unterstreichen. In der amerikanischen Botschaft in Bonn lägen die präsidientellen Verfügungen und Anwendungen. Er, BM, garantiere, daß diese jederzeit zugänglich seien und jederzeit übergeben werden könnten, so daß die Gleichzeitigkeit mit der Geiselfreilassung sichergestellt sei.

3) BM berichtete weiter, daß Samstag die europäischen Außenminister¹⁰ auf seine Initiative hin generell – also ohne Erwähnung unserer Kontakte und Ge-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1584

der Khomeinis vier Bedingungen für die Freilassung der Geiseln offiziell bestätigt (keine Einmischung in innere Angelegenheiten, Freigabe der blockierten Guthaben, Verzicht auf Ansprüche gegen Iran, Auslieferung des Schah-Vermögens), ist ein positiver Schritt. Das gleiche gilt für die Überstellung der Geiseln aus dem Gewahrsam der militanten Botschaftsbesetzer in die Obhut der iranischen Regierung. Beide Entwicklungen zeigen, daß die iranische Führung – eingeschlossen Khomeini – sich des Geiselsproblems entledigen will. 2) Der Zeitpunkt für die Freilassung der Geiseln ist gleichwohl noch nicht absehbar.“ Vgl. Referat 311, Bd. 137624.

⁸ Ahmad Khomeini.

⁹ Zu den von Ayatollah Khomeini formulierten vier Bedingungen für eine Freilassung der in Teheran festgehaltenen Angehörigen der amerikanischen Botschaft vgl. Dok. 275, Anm. 4.

¹⁰ Zum informellen Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 25./26. Oktober 1980 in Echternach vgl. Dok. 292, Anm. 9.

Bundesminister Genscher erklärte dabei am 25. Oktober 1980, „daß möglicherweise bald bevorstehende Freilassung amerikanischer Geiseln die Aufhebung der Sanktionen auch seitens EG erfordern werde. Es bestand Einhelligkeit darüber, daß, sobald der Grund für die Verhängung der Sanktionen (die Geiselnahme) entfalle, die Sanktionen aufzuheben seien. Da dieser Schritt möglicherweise schnell zu geschehen habe (etwa wenn dies eine Bedingung Irans sein sollte, auch ohne daß Neun damit zum Verhandlungspartner in US-IRN-Angelegenheiten würden), wurde beschlossen, dies zum gegebenen Zeitpunkt per Coreu durchzuführen und Japan hiervon gleichzeitig zu informieren.“ Vgl. die Aufzeichnung der Vortragenden Legationsrätin Siebourg vom 27. Oktober 1980; Referat 200, Bd. 119460.

sprache – über die Iran-Sanktionen¹¹ gesprochen hätten: Die EG müsse handlungsfähig sein, wenn die Voraussetzungen für die Sanktionen entfielen. Die europäischen Außenminister seien sich einig gewesen, dann Sanktionen unverzüglich aufzuheben. Dieses habe Herr Thorn heute auch veröffentlicht. BM erwarte sich hiervon eine gewisse Signalwirkung. Herr T. möge dies auch Bani Sadr sagen.¹²

Montfort

VS-Bd. 11153 (311)

¹¹ Zum Beschluß der Bundesregierung vom 23. April 1980 über Sanktionen gegen Iran vgl. Dok. 113, Anm. 20.

Zum Beschluß über Sanktionen gegen Iran beim informellen Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 17./18. Mai 1980 in Neapel vgl. Dok. 149, Anm. 6. Vgl. dazu ferner Dok. 151, Anm. 25.

Ministerialdirektor Fischer vermerkte am 28. Oktober 1980: „Für den Fall positiver Entwicklungen in der Geisellaffäre haben die Außenminister der EG-Staaten bei ihrem Treffen in Echternach am 25.10. eine Aufhebung der Iran-Sanktionen in Aussicht genommen. Zu dem in der Bundesrepublik Deutschland hierfür erforderlichen Verfahren ist dabei folgendes zu bemerken: Grundlage der Sanktionsmaßnahmen sind die aufhebbare 46. V[er]O[rdnung] zur Änderung der Außenwirtschaftsverordnung, mit der die Genehmigungspflicht für Ausfuhren, Dienstleistungsverträge, Transporte und im Kapitalverkehr eingeführt wurde; die aufhebbare 43. VO zur Änderung der Ausfuhrliste, die festlegt, für welche Waren die Genehmigungspflicht gilt. Falls die Iran-Sanktionen gelockert oder aufgehoben werden sollen, könnte dies in abgestufter Form geschehen. Als erster Schritt käme in Betracht, zwar die Genehmigungspflicht bestehen zu lassen, aber die Genehmigungen regelmäßig zu erteilen, sofern nicht andere Vorschriften (KWKG) dem entgegenstehen. In diesem Fall würde nur die Genehmigungspraxis geändert; dieser Schritt könnte jederzeit zurückgenommen werden. Als zweiter Schritt könnten die von der 46. VO eingefügten Änderungen der A[ußen]W[irtschafts]V[erordnung] wieder gestrichen werden, so daß die Genehmigungspflicht entfällt.“ Vgl. Referat 422, Bd. 121327.

¹² Botschafter Ritzel, Teheran, berichtete am 28. Oktober 1980: „Wie ich RL 311 schon am Abend des 27. Oktober verschlüsselt telefonisch sagte, hat ‚Reisender‘ nach dem Gespräch mit BM den Eindruck gehabt, daß zu viel zu offen gesagt worden sei. (R[eisender] zu mir: Das Gespräch wurde abgehört.) Tatsächlich war der Anschluß des ‚Reisenden‘ nach dem Gespräch für ca. eine Stunde funktionsunfähig. Auch aus diesem Grund habe ich ‚Reisenden‘ am 27. Oktober nicht angesprochen. Werde es auch heute, am 28. Oktober, nicht tun.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1177; VS-Bd. 14084 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt**114-5760/80 VS-vertraulich****Fernschreiben Nr. 1137****Aufgabe: 28. Oktober 1980, 10.59 Uhr¹****Ankunft: 28. Oktober 1980, 13.41 Uhr**

Betr.: Innenpolitische Lage in der DDR;

hier: Gespräch mit Bischof Schönherr am 27.10.1980

I. Der Vorsitzende des Evangelischen Kirchenbundes in der DDR, Bischof Schönherr, unterrichtete mich heute (27.10.) in einem anderthalbstündigen Gespräch über die Folgen, die die jüngste Verschlechterung der innerdeutschen Beziehungen² und die Zuspitzung der internationalen Lage allgemein (Polen) auf das Verhältnis der hiesigen evangelischen Kirche zur Führung der DDR haben.

Schönherr ist am 22.10. zu dem im Auftrag Honeckers zuständigen Politbüromitglied Verner bestellt worden, der eine einstündige Unterredung mit dem Bischof geführt hat, die Schönherr als die härteste und schärfste charakterisierte, die er seit 1968 mit einem hochrangigen DDR-Vertreter durchstehen mußte.

Bischof Schönherr zeigte sich noch bei unserem Gespräch beeindruckt, fast erschüttert, über die unverhüllte Brutalität, mit der Verner den Standpunkt der DDR-Führung am 22.10. deutlich machte. Es sei eine von Verners Seite „ebenso schroff wie emotional“ vorgetragene Abkanzelung gewesen.

Verner hat in dem Gespräch mit Schönherr drei Hauptvorwürfe gegen die hiesige evangelische Kirche erhoben:

- a) Einmischung der Kirche in die staatlichen Angelegenheiten,
- b) „gesamtdeutsche Kungelei“ mit der evangelischen Kirche der Bundesrepublik, was „endlich und endgültig aufhören“ müsse, und
- c) Abhängigkeit der evangelischen Kirche in der DDR von der Bundesrepublik, deren Kirche und deren Medien.

Im einzelnen trug Verner zu diesen hier zusammengefaßten Anklagen vor, daß die Kirche mit ihrer „Einmischung“ in die Frage der Erhöhung des Mindestumtauschs³ (am 20.10. hatte Schönherr bei DDR-Kirchenstaatssekretär Gysi deswegen Besorgnisse aus sozialen und allgemein humanitären Gründen vorgetragen) sich Rechte anmaße, die ihr nicht zustünden. Gleiches sei auch zu sagen über Äußerungen, die es auf kirchlicher Seite nach der Absage des Treffens des Bundeskanzlers mit Honecker⁴ gegeben habe. Dieses Treffen sei nicht von der DDR abgesagt worden; allein die Bundesregierung habe dies zu verantworten. Die Kirche lasse zu, daß die DDR zunehmend von der Bundesrepublik als eine

¹ Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 28. Oktober 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher am 29. Oktober 1980 vorgelegen.

² Zur Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen vgl. Dok. 305.

³ Zur Erhöhung des Mindestumtauschs für Besucher der DDR und Ost-Berlins aus „nichtsozialistischen Staaten“ und aus Berlin (West) ab 13. Oktober 1980 vgl. Dok. 290, Anm. 15.

⁴ Zur Verschiebung eines geplanten Treffens zwischen Bundeskanzler Schmidt und dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, am 22. August 1980 vgl. Dok. 241.

Art „Protektorat“ betrachtet werde. Sie betreibe eine „gesamtdeutsche Kungelei“, mit der es jetzt endlich und endgültig Schluß sein müsse. Auch bediene sie sich der westdeutschen Medien, um Druck auf die Führung der DDR auszuüben; in diesem Zusammenhang wurden von Verner die letzte Gesamtsynode der hiesigen evangelischen Kirche⁵ und die jüngste sächsische Regionalsynode erwähnt, zu der westdeutsche Korrespondenten nicht zur Berichterstattung zugelassen worden waren.⁶

Verner erwähnte ausdrücklich die Kontakte, die Bischof Schönherr „auch zum Bundeskanzler“ habe, und sprach in diesem Zusammenhang davon, daß Schönherr „sogar Telefonpartner“ des Bundeskanzlers sei. Wenn die Abhängigkeit der hiesigen Kirche von der Kirche in der Bundesrepublik „von den politischen Kräften und auch von den Medien dort“ weiter anhalte, so würden die Ergebnisse des „6. März“ in Frage gestellt. (Am 6. März 1978 hat, wie seinerzeit berichtet, ein grundlegendes Gespräch zwischen Honecker und der hiesigen evangelischen Kirchenführung über den Freiraum der Kirche stattgefunden.)⁷ Verner deutete

⁵ Die Ständige Vertretung in Ost-Berlin berichtete am 9. Oktober 1980, vom 19. bis 23. September 1980 habe in Leipzig die vierte Tagung der III. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR stattgefunden: „Das politische Schwergewicht der Diskussionen auf der Synode lag bei den Fragen von Friedenssicherung und Abrüstung sowie einigen Problemen, die der gesamten Gesellschaft in der DDR begegnen. Noch mehr als früher machte sich die Kirche hier zum Anwalt aller, soweit es sich um Mißstände handelt, die nach Meinung der Synodalen behoben werden müßten. Erstmals herausgestellt wurden in diesem Zusammenhang die Mängel staatlicher Informationspolitik. Mehrere Synodalen und Vertreter von Kirchenleitungen haben hervorgehoben, daß das notwendige Vertrauen zwischen Führung und Bevölkerung nur hergestellt werden könnte, wenn offener als bisher die Bereitschaft zu sachgerechter Information bestehe.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 320 1980; Referat 210, Bd. 132563.

⁶ Mit Bezug auf die Synode der evangelischen Landeskirche der Kirchenprovinz Sachsen vom 13. bis 16. November 1980 in Halle berichtete Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, am 12. November 1980: „Mein Vertreter ist heute im Außenministerium der DDR beim stellvertretenden Abteilungsleiter für die Bundesrepublik Deutschland, Baumgärtel, vorstellig geworden. Die Verweigerung der Akkreditierung für die beantragten journalistischen Vorhaben verstoße nach Auffassung der Bundesregierung eindeutig gegen die im Briefwechsel von 1972 vereinbarten Arbeitsbedingungen für Journalisten; sie sei auch mit den Bestimmungen der Schlußakte von Helsinki nicht vereinbar. Die Bundesregierung bitte daher die Regierung der DDR dringend, die getroffenen negativen Entscheidungen zu überprüfen und die Akkreditierungen doch noch vorzunehmen. Baumgärtel antwortete, er sei beauftragt, die getroffenen Entscheidungen zu bekräftigen. Journalistische Tätigkeiten innerhalb der DDR unterlägen ausschließlich der Rechtsordnung der DDR. Es gäbe keinen Zweifel, daß die getroffenen Entscheidungen im Einklang mit dem Briefwechsel über die Tätigkeit der Journalisten und der Regelung der KSZE-Schlußakte stünden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1207; Referat 210, Bd. 132563.

⁷ Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, berichtete am 7. März 1978: „Am 6.3.1978 hat das seit längerem von der evangelischen Kirchenleitung angestrebte Gespräch mit der Partei- und Staatsführung stattgefunden. [...] Honecker hatte bereits vor einigen Monaten seine Bereitschaft hierzu erkennen lassen. Er führte das Gespräch, dem äußeren Anlaß entsprechend, im Staatsratsgebäude, ließ aber durch die Zusammensetzung seiner Begleitung [...] erkennen, daß hier die Parteispitze der Partner war.“ Seitens des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR hätten unter anderem dessen Vorsitzender, Bischof Schönherr, und der Sekretär des Bundes, Oberkonsistorialrat Stolpe, an dem Gespräch teilgenommen. Im Anschluß sei ein Kommuniqué veröffentlicht worden: „Beide Seiten stimmten in dem Bestreben überein, auf allen Ebenen das Verhältnis von Staat und Kirche gut, sachlich, vertrauensvoll, konstruktiv, offen und freimütig zu gestalten. Ein für die Kirchen besonders bedeutsamer Abschnitt sind die Aussagen über die ‚eigengeartete Teilhabe‘ von Staat und Kirche an der gemeinsamen Verantwortung für die Zukunft des Menschen. Hier wird zwar das gemeinsame Interesse von Staat und Kirche an der Lösung von Problemen auf nationaler und internationaler Ebene an den Anfang gerückt, aber das Recht der Kirchen, ‚an der Zukunft mitzubauen‘, ebenso erwähnt wie die Partizipation der Kirche an gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen im Dienste der Menschen in Form ‚eigenständiger kirchlicher Beiträge‘.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 222; VS-Bd. 13073 (210); B 150, Aktenkopien 1978. Vgl. dazu ferner SED UND KIRCHE, S. 329–341.

an, daß beispielsweise die damals zugesagte Großzügigkeit in Fragen kirchlicher Neubauten überprüft werden könnte.

Es wurde deutlich, daß Verner seine betont scharfen Ausführungen verstanden wissen wollte vor dem Hintergrund der Vorgänge in Polen.

II. Bischof Schönherr sagte auf Nachfrage, sein Vergleich dieses Gesprächs mit Verner mit Gesprächen 1968 beziehe sich ausdrücklich auf die „erkennbare Beunruhigung“, wie sie seinerzeit wegen der Vorgänge in der Tschechoslowakei⁸ spürbar geworden sei. Schönherr hat seinem Bericht zufolge die Vorwürfe Verners entschieden zurückgewiesen, ohne eine ausführliche Diskussion zu suchen. Auf der Konferenz der hiesigen evangelischen Kirchenleitung am 23.10. ist seine Haltung einstimmig gutgeheißen worden.

III. Vor dem Gespräch mit Verner hatte das Gespräch mit SED-Kirchenstaatssekretär Gysi (am 20.10.) auf Wunsch der Kirchenleitung stattgefunden, wobei diese sowohl aus sozialen und humanitären als auch – unter Hinweis auf Helsinki⁹ und Madrid¹⁰ – allgemeinen Gründen der Entspannungspolitik die Erhöhung des Mindestumtauschs kritisierte und mindestens sozial begründete Differenzierungen verlangte. Ein weiteres Gespräch mit Gysi fand am 24.10. statt, also nach der Unterredung Schönherrs mit Verner. In beiden Gesprächen hat Gysi den verbindlicheren Part gespielt, während das Politbüromitglied Verner unmißverständlich die derzeit gültige Grundlage für das Verhältnis zwischen der Kirche und der DDR-Führung umrissen hat.

Konkrete Angriffspunkte in den Gesprächen sowohl mit Gysi als auch mit Verner waren die Absicht der hiesigen Kirche, am Bußtag¹¹ mittags mit Glockenläuten eine Friedensminute zu begehen und dabei das Glockengeläut anzuschließen an die hier übliche allwöchentliche Erprobung der Funktionstüchtigkeit der Sirenen; die mit der EKD abgestimmte gemeinsame Liturgie am 9. November für einen speziellen Friedensgottesdienst in den beiden deutschen Staaten¹² und eine „Meditation“ von Schönherr im Rahmen eines vom Hessischen Rundfunk über ihn geplanten Porträts. Vor allem das zweite Vorhaben wurde als Beleg für die von Verner so scharf abgekanzelte „gesamtdeutsche Kungelei“ gewertet. Nur Gysi wies abschwächend in dem Gespräch mit Schönherr am 24.10. darauf hin, daß es einen „Unterschied zwischen Schuld und Verantwortung“ gebe; Schönherr habe an der Entwicklung, wie sie sich abzeichne, keine Schuld, müsse aber die Verantwortung tragen. Die hiesige evangelische Kirche wird an der „Friedensminute“ am Bußtag festhalten, ohne das dazu gehörende Geläut an die Erprobung der Sirenen anzuschließen, und ebenso wird sie den für die Kir-

⁸ Am 20./21. August 1968 intervenierten Streitkräfte des Warschauer Pakts in der ČSSR. Vgl. dazu AAPD 1968, II, Dok. 261–263 und Dok. 273.

⁹ In Helsinki fand vom 30. Juli bis 1. August 1975 die KSZE-Schlußkonferenz statt.

¹⁰ In Madrid wurde am 11. November 1980 die KSZE-Folgekonferenz eröffnet. Vgl. dazu Dok. 319 und Dok. 322.

¹¹ 19. November 1980.

¹² In der Presse wurde berichtet: „In den evangelischen Landeskirchen in der Bundesrepublik und der ‚DDR‘ sowie in der protestantischen Kirche in Polen fanden gestern vor der morgigen KSZE-Folgekonferenz in Madrid Bittgottesdienste für den Frieden statt. [...] Der Leiter des Sekretariats des ‚DDR‘-Kirchenbundes, Manfred Stolpe, verwies gestern auf den ‚eigenen, unverwechselbaren Auftrag‘ der Kirche, ‚zum Frieden zu helfen‘.“ Vgl. den Artikel „Gespräch darf nicht abreißen“, DIE WELT vom 10. November 1980, S. 2.

chen in beiden Staaten verabredeten Friedensgottesdienst am 9.11. entsprechend der vereinbarten Liturgie abhalten.

IV. Bischof Schönherr ist beunruhigt über die in seinem Gespräch mit Verner sichtbar gewordene Betonung des ideologischen Charakters der derzeitigen Vorgänge im Ostblock (Machtfrage im Sinne Lenins). Er ist derzeit einigermaßen beruhigt über die Haltung der von ihm geführten Kirche, weil bei der Konferenz der Kirchenleitungen am 23.10. Einstimmigkeit über die Haltung der Kirche erzielt werden konnte; eine Haltung, die am kürzesten als fest, aber nicht provokativ beschrieben werden kann. Im Blick auf die nächste weitere Entwicklung ist Bischof Schönherr skeptisch bis pessimistisch.

Ich bitte darum, den Herrn Bundeskanzler über mein Gespräch mit Bischof Schönherr zu unterrichten; der Bischof hat ausdrücklich darum gebeten und läßt einen Gruß an den Bundeskanzler übermitteln.

[gez.] Gaus

VS-Bd. 14082 (010)

308

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Freiherr von Richthofen

210-330.05-2667/80 VS-vertraulich

29. Oktober 1980¹

Betr.: Essen des Herrn Staatssekretärs mit den drei alliierten Botschaftern²
am 28.10.1980 (Gastgeber: der britische Botschafter)

Im Mittelpunkt der Gespräche bei dem Essen des Herrn Staatssekretärs mit den drei alliierten Botschaftern am 28.10.1980 stand die Erörterung der Ost-West-Beziehungen; in diesem Zusammenhang wurde über den Stand der innerdeutschen Beziehungen im Licht der jüngsten Entwicklung, die Tagung des Komitees der Außenminister der WP-Staaten am 19./20.10.1980 in Warschau und die Lage vor Madrid gesprochen. Der britische Botschafter berichtete über sein Treffen mit Botschafter Abrassimow am 17.10.1980.

Ein Termin für das nächste Essen ist noch nicht vereinbart worden; der französische Botschafter (nächster Gastgeber) möchte zunächst die Terminierung sei-

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Richthofen am 29. Oktober 1980 an das Büro Staatssekretäre weitergeleitet mit der Bitte, sie „dem Herrn Staatssekretär zur Genehmigung des Inhalts und des Verteilers vorzulegen“.

Hat Vortragendem Legationsrat von Butler am 29. Oktober 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär van Well verfügte.

Hat van Well am 29. Oktober 1980 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 13120 (210); B 150, Aktenkopien 1980.

² Jean-Pierre Brunet (Frankreich), Walter J. Stoessel (USA), John Oliver Wright (Großbritannien).

nes Treffens mit Abrassimow³ abwarten und wird dann einen Terminvorschlag machen.⁴

Im einzelnen ist aus den Gesprächen festzuhalten:

1) Es wurde zunächst über die Lage in den Ost-West-Beziehungen gesprochen. Die drei Botschafter fragten den Herrn Staatssekretär nach der Einschätzung der Bundesregierung, worauf die Verhärtung der DDR in den innerdeutschen Beziehungen⁵ zurückzuführen sei. Der Herr Staatssekretär führt dazu aus, daß wir dies definitiv noch nicht sagen könnten. Die einschneidend negativ veränderte Haltung der DDR uns gegenüber sei undurchsichtig und ambivalent. Einerseits versichere uns die Sowjetunion immer wieder, zuletzt AM Gromyko gegenüber Botschafter Meyer-Landrut bei dessen Antrittsbesuch⁶, daß die generelle außenpolitische Linie des Ostblocks unverändert auf die Einhaltung und Implementierung der geschlossenen Verträge, die Fortsetzung des KSZE-Prozesses und die bilaterale Zusammenarbeit gerichtet sei, daß die Maßnahmen der DDR auf deren eigene Initiative zurückgingen. Andererseits könne nicht übersehen werden, daß die DDR insgesamt die Lage verschärfe und Drohungen ausspreche, weitere Maßnahmen der Abgrenzung und Abschottung zu ergreifen. Es lägen Informationen vor, daß Dramatisches bevorstehe.

Der Herr Staatssekretär und die drei Botschafter waren sich in der Beurteilung einig, daß die DDR bemüht sein werde, nach außen den Eindruck der Vertragstreue aufrechtzuerhalten, und daß sie auch in bezug auf die Lage in und um Berlin, soweit das Vier-Mächte-Abkommen⁷ betroffen sei, vorsichtig operieren werde, da hier Interessen der Sowjetunion berührt seien. Die DDR werde daher versuchen, sich vor allem im Grauzonenbereich zu betätigen. Der Herr Staatssekretär berichtete, daß uns Informationen über zunehmende Kritik der DDR-Bevölkerung an den jüngsten Maßnahmen der DDR-Führung gegenüber der Bundesrepublik Deutschland vorlägen; die Verbitterung bei den Deutschen in der DDR wachse. Es gebe Gerüchte, daß es in der DDR-Führung zwei Meinungsströmungen gebe, wobei die eine auf die Notwendigkeit der Fortsetzung der Generallinie hinweise und die andere die Abgrenzungskomponente der DDR-Politik betone.

Der Herr Staatssekretär berichtete weiter, das Auswärtige Amt habe untersucht, wann der Bruch in der Linie der bisherigen Politik Honeckers uns gegenüber

³ Vortragender Legationsrat Derix notierte am 4. Dezember 1980: „Der französische Sprecher der Vierergruppe teilte am 4.12.1980 telefonisch mit, das für den 8.12.1980 terminierte Routinetreffen Brunet/Abrassimow sei von sowjetischer Seite mit der Begründung abgesagt worden, Abrassimow sei krank. Nach der Bewertung dieser Information befragt, erklärte der französische Sprecher, die französische Seite tendiere dahin, die Begründung für zutreffend zu halten.“ Vgl. Referat 210, Bd. 132455. Das Gespräch des französischen Botschafters Brunet mit dem sowjetischen Botschafter in Ost-Berlin, Abrassimow, fand am 8. Januar 1981 statt.

⁴ Das nächste Treffen der Bonner Vierergruppe fand am 12. Dezember 1980 statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats von Butler vom 17. Dezember 1980; Referat 210, Bd. 132455.

⁵ Zur Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen vgl. Dok. 305.

⁶ Zum Gespräch des Botschafters Meyer-Landrut, Moskau, mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 24. Oktober 1980 vgl. Dok. 303.

⁷ Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73.

eingetreten sei, denn bis zum 23.9. hätten wir von verantwortlichen Mitgliedern der DDR-Führung gehört, daß es bei dem Signal Honeckers am 31.8. in Leipzig⁸ bleibe. Es müsse also zwischen dem 23.9. und dem 5.10. etwas geschehen sein, nachdem Honecker in seiner Rede aus Anlaß des 31. Gründungstages der DDR am 6.10.⁹ erstmals von dieser Linie abgewichen sei. Das Wahldatum des 5.10.¹⁰ müsse für die DDR dabei eine Rolle gespielt haben. Persönliche Aspekte könnten nicht außer acht gelassen werden. Sicher habe das Schicksal von Gierek¹¹ Honecker persönlich sehr stark berührt, denn wie Gierek für die Westpolitik und die deutsch-polnischen Beziehungen die Schlüsselfigur in Polen gewesen sei, so sei es in der DDR Honecker gewesen, der den Kurs eines schrittweisen Ausbaus der Westbeziehungen der DDR, insbesondere der innerdeutschen Beziehungen, verantwortlich getragen habe. Wir verfügten über Informationen, daß Honecker nach dem Sturz Giereks außerordentlich nervös gewesen sei. Die persönlichen Aspekte in der Verhärtung der DDR uns gegenüber zeigten sich auch in persönlichen Spitzen gegen den Bundeskanzler, wie z. B. mit der Entscheidung, die Sommerzeit 1981 nicht wieder einzuführen¹².

Die drei Botschafter vertraten ihrerseits die Auffassung, daß die persönliche Stellung Honeckers für die innerdeutschen Beziehungen und die Westpolitik der DDR wichtig gewesen sei. Es werde jetzt deutlich, daß es eine Gruppierung in der DDR-Führung gebe, die die Sicherheitsaspekte und die innere Stabilität in den Vordergrund stellte. In diesem Zusammenhang wurde es als interessant bezeichnet, daß Mielke die Rede auf dem Antifaschistentreffen im September¹³ gehalten hat.

Der britische Botschafter berichtete aus seinem Gespräch mit Botschafter Abrassimow am 17.10., daß Abrassimow dieselbe Linie verbreitet habe, wie sie Gromyko, Dobrynin und Falin uns gegenüber eingenommen hätten.¹⁴

⁸ Zur Erklärung des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, anläßlich der Eröffnung der Leipziger Herbstmesse am 31. August 1980 vgl. Dok. 290, Anm. 18, und Dok. 305.

⁹ Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, am 6. Oktober 1980 in Ost-Berlin vgl. HONECKER, Reden und Aufsätze, Bd. 7, S. 399–403.

¹⁰ Zu den Bundestagswahlen am 5. Oktober 1980 vgl. Dok. 288, Anm. 4.

¹¹ Zur Ablösung des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, Gierek, am 5. September 1980 vgl. Dok. 256, Anm. 9.

¹² Zur Entscheidung der DDR, die Umstellung auf Sommerzeit für das Jahr 1981 nicht vorzunehmen, vgl. Dok. 305, Anm. 34.

¹³ Für den Wortlaut der Rede des Mitglieds des ZK der SED, Mielke, bei der Kundgebung zum „Internationalen Gedenktag für die Opfer des faschistischen Terrors und Kampftag gegen Faschismus und imperialistischen Krieg“ am 14. September 1980 in Ost-Berlin vgl. den Artikel „Getreu den Idealen der antifaschistischen Kämpfer“, NEUES DEUTSCHLAND vom 15. September 1980, S. 3 f.

¹⁴ Nach den von britischer Seite am Rande des Treffens der Bonner Vierergruppe gegebenen Informationen vermerkte Vortragender Legationsrat Derix am 7. November 1980 zum Treffen des britischen Botschafters Wright mit dem sowjetischen Botschafter in Ost-Berlin, Abrassimow, am 17. Oktober 1980: „Sir Oliver eröffnete die Diskussion über den erhöhten Mindestumtausch. Er sagte Abrassimow, daß jüngste Ereignisse begonnen hätten, einen Schatten auf die Lage in Berlin zu werfen. Abgesehen von rechtlichen Fragen seien die humanitären Konsequenzen sofort deutlich spürbar geworden. [...] In seiner Antwort wies Abrassimow darauf hin, daß die DDR mit einer Einwohnerzahl von 17 Millionen Menschen nicht einen jährlichen Zustrom von acht Millionen Besuchern aus West-Berlin und der Bundesrepublik subventionieren könne. [...] Besucher aus der Bundesrepublik in der DDR würden Tonnen von Lebensmitteln und anderen Dingen so wie Fleisch, Butter, Kinderkleidung usw. nach Hause bringen. Dieses täten sie, weil die Preise in der DDR niedriger und stabiler seien.“ Vgl. Referat 210, Bd. 132455.

2) Die Tagung des Komitees der Außenminister der WP-Staaten am 19./20.10. 1980 in Warschau¹⁵ wurde kurz erörtert. In diesem Zusammenhang wurde auch der Stand des Vorbereitungstreffens¹⁶ für das Folgetreffen in Madrid¹⁷ erörtert. Botschafter Stoessel fragte den Herrn Staatssekretär nach unserer Einschätzung. Der Herr Staatssekretär führte aus, daß wir zwar seit dem WP-Treffen in Warschau verschiedene Signale hätten, in denen eine gewisse Flexibilität des Ostblocks zu erkennen gegeben wurde, daß es uns aber scheine, daß die SU bis nach den amerikanischen Wahlen¹⁸ die offenen Entscheidungen über Tagesordnung und Modalitäten des KSZE-Folgetreffens in der Schwebe halten wolle. Immerhin habe die sowjetische Delegation am 27.10. zugestimmt, daß für die Implementierungsdebatte und die Behandlung neuer Vorschläge derselbe Zeitbedarf einzukalkulieren sei.¹⁹ Ein wichtiger Faktor für die SU sei die Einberufung einer Abrüstungskonferenz²⁰ in Madrid, und hier habe das Warschauer WP-Treffen keine Türen zugeschlagen, vor allem nicht in der Frage der geographischen Ausdehnung der vertrauensbildenden Maßnahmen auf ganz Europa.

Der Herr Staatssekretär unterrichtete die drei Botschafter über das Gespräch von Botschafter Meyer-Landrut mit AM Gromyko. Es sei ungewöhnlich, daß Botschafter Meyer-Landrut vor Überreichung seines Beglaubigungsschreibens und bereits wenige Tage nach seinem Eintreffen von Gromyko persönlich empfangen worden sei. Botschafter Meyer-Landrut habe in diesem Gespräch auch die ganz aktuellen Fragen ansprechen können, da Gromyko mit einem Sachgespräch einverstanden war. Das gelte besonders für Polen, die DDR-Maßnahmen und KSZE.

Die drei Botschafter und der Herr Staatssekretär erörterten auch kurz den jüngsten Führungswechsel in Moskau.²¹ Der Herr Staatssekretär berichtete,

¹⁵ Vgl. dazu Dok. 310.

¹⁶ Das Vorbereitungstreffen für die zweite KSZE-Folgekonferenz begann am 9. September 1980 in Madrid. Zum Stand der Vorbereitungen vgl. Dok. 290, Anm. 8. Vgl. dazu ferner Dok. 299.

¹⁷ Die KSZE-Folgekonferenz in Madrid wurde am 11. November 1980 eröffnet. Vgl. dazu Dok. 319 und Dok. 322.

¹⁸ Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

¹⁹ Gesandter Graf zu Rantzau, z.Z. Madrid, berichtete am 30. Oktober 1980: „Nach der Stagnation der letzten Tage erweckte eine Intervention des sowjetischen Delegationsleiters Dubinin heute den Eindruck, als sei die sowjetische Delegation zu Verhandlungen und zu einem Eingehen auf westliche Vorstellungen bereit. Dubinin ließ erkennen, daß eine [...] gleichmäßige Zeitverteilung auf die beiden Elemente Meinungs Austausch und Vorschlagsprüfung in dem Zeitraum vom 11.11.1980 bis 5.3.1981 für ihn annehmbar sei. [...] Nach Einigung über die Verteilung der Zeit auf die beiden Elemente und den Verteilungsschlüssel 50 zu 50 müsse dann die genauere Verteilung nach Wochen, Tagen und Sitzungen in Angriff genommen werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 828; Referat 212, Bd. 133390.

²⁰ Zu den Vorschlägen des Komitees der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten bei der Tagung am 14./15. Mai 1979 in Budapest vgl. Dok. 1, Anm. 28.

Zum Vorschlag des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, Gierek, vom 11. Februar 1980 für eine Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 55, Anm. 39.

Zu den Vorschlägen des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts bei der Tagung am 14./15. Mai 1980 in Warschau vgl. Dok. 150, Anm. 5.

²¹ Vortragender Legationsrat Vogel vermerkte am 23. Oktober 1980: „Zum Hintergrund des heute erfolgten Rücktritts von MP Kossygin und der Ernennung des Nachfolgers [Nikolaj] A[lexandrowitsch] Tichonow durch den Obersten Sowjet der UdSSR werden die nachfolgenden Informationen als erste Stellungnahme vorgelegt: Kossygin wurde laut TASS-Mitteilung auf eigenen Wunsch und aus Gesundheitsgründen von seinem Amt entbunden. Kossygins Rücktritt kommt nach mehreren längeren krankheitsbedingten Ausfällen in der letzten Zeit nicht überraschend. [...] Nicht auszuschlie-

daß Tichonow mehr noch als Kossygin ein Wirtschaftsfachmann sei und nach unserer Auffassung weniger eine politische Figur darstelle. Dasselbe gelte für Archipow, der wie Tichonow seit längerer Zeit die deutsch-sowjetischen Beziehungen begleite und u. a. 1974²² den Bundeskanzler bei dessen Besuch in der Sowjetunion beim Abstecher nach Kiew²³ begleitet habe.

3) Der Herr Staatssekretär und die drei Botschafter erörterten auch die Lage in Afghanistan und die Nichteinhaltung der sowjetischen Zusage hinsichtlich eines ersten Rückzuges von Truppen.²⁴ Der französische Botschafter sagte, es schiene den Sowjets nicht ganz klar gewesen zu sein, welche Bedeutung das Treffen Giscard-Breschnew in Warschau²⁵ für die französische Politik gehabt habe. Aus dieser Fehleinschätzung sei zu erklären, daß die Sowjets ihre Frankreich gegenüber erklärte Zusage nicht eingehalten hätten. Man fühle sich in Paris düpiert. Botschafter Abrassimow habe gegenüber dem französischen Botschafter in Ost-Berlin die harte Rede des französischen Außenministers vor der VN-Generalversammlung²⁶ im Punkt Afghanistan angesprochen; der französische Botschafter Bayle habe ihm den Grund hierfür erläutert.

4) Die innere Lage Polens, vor allem die Rolle Kantias, wurde eingehend besprochen. Der Herr Staatssekretär sagte, wir fragten uns, ob Kania nicht letztlich doch nur eine Übergangslösung sei. Wir hätten gehört, daß in den letzten zwei Wochen Olszowski zweimal in Moskau gewesen sei, und glaubten, daß er sich in Reserve halte.²⁷

Fortsetzung Fußnote von Seite 1593

ßen, aber naturgemäß auch nicht belegbar, ist der Gedanke, Kossygins Rücktritt könne außer mit Gesundheitsgründen auch mit einer Divergenz in wichtigen Fragen zu tun haben (Spekulationen, er habe sich gegen den Einmarsch in Afghanistan ausgesprochen, waren an den Umstand geknüpft worden, daß seine Unterschrift entgegen sonstiger sowjetischer Gewohnheit auf dem Glückwunschtelegramm an Babrak Karmal fehlte). [...] Der Wechsel von Kossygin zu Tichonow bedeutet keinen Generationenwechsel: Tichonow ist 75 Jahre alt und damit nur ein Jahr jünger als Kossygin.“ Vgl. Referat 213, Bd. 133167.

Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, berichtete am 29. Oktober 1980: „Nach einer TASS-Meldung vom 27.10.1980 wurde Archipow, geb[ore]n am 30.4.1907, zum ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten der SU bestellt. Er ist Nachfolger von N. Tichonow, der seinerseits in der letzten Woche Kossygins Nachfolge angetreten hat.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4819; Referat 213, Bd. 133167.

Am 1. November 1980 teilte Meyer-Landrut mit: „Mit dem vom Obersten Sowjet am 23.10.1980 angenommenen Rücktritt Kossygins ist der langwierige Prozeß des Wechsels an der Spitze der sowjetischen Führung in eine neue Phase eingetreten. Von der einstigen Führungstroika ist nur noch Breschnew übriggeblieben. Die Autorität, Sachkompetenz und politische Statur Kossygins bringt sein Nachfolger Tichonow nicht mit. [...] Kossygins Rücktritt und die Nachfolge Tichonows bedeuten zweifellos eine Stärkung der Position Breschnews. Die ‚Alleinherrschaft‘ kommt für ihn allerdings spät.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4859; Referat 213, Bd. 133167.

²² Korrigiert aus: „1977“.

²³ Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 28. bis 31. Oktober 1974 in der UdSSR auf und besuchte am 30./31. Oktober 1974 Kiew. Vgl. dazu AAPD 1974, II, Dok. 309, Dok. 311 und Dok. 313–315.

²⁴ Zur Ankündigung eines Teilabzugs der sowjetischen Streitkräfte aus Afghanistan vgl. Dok. 185, Anm. 3.

²⁵ Staatspräsident Giscard d'Estaing führte am 19. Mai 1980 mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, und dem Ersten Sekretär des ZK der PVAP, Gierek, ein Gespräch in Warschau. Vgl. dazu Dok. 154 und Dok. 159.

²⁶ Für den Wortlaut der Rede des französischen Außenministers François-Poncet vor der VN-Generalversammlung am 24. September 1980 in New York vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1980, S. 38–45. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 633–636 (Auszug).

²⁷ Botschafter Negwer, Warschau, berichtete am 30. Oktober 1980: „Es trifft zu, daß durch personelle Umsetzungen in Parteihierarchie und in Regierung pragmatischere und flexiblere Kräfte nach oben gekommen sind, die jedoch nicht durchweg als ‚liberal‘ bezeichnet werden können. So gilt Olszowski zwar als aufgeschlossener, bisherige Schwächen des Regimes mit überspitztem Zentralismus er-

Der Herr Staatssekretär und die drei Botschafter erörterten auch die Verschlimmerung der Wirtschaftslage Polens. Es bestehe die Gefahr, daß die Stimmung in Polen umschlage und die Gewerkschaftsbewegung an Unterstützung verlöre. Die Diskussion über das richtige Vorgehen in Polen halte an.

Richthofen

VS-Bd. 13120 (210)

309

**Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation),
an das Auswärtige Amt**

114-5800/80 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 644

Aufgabe: 30. Oktober 1980, 09.14 Uhr
Ankunft: 30. Oktober 1980, 10.42 Uhr

Betr.: Sieben Jahre MBFR-Verhandlungen;
hier: Haltung des Ostens

Zur Information

I. Am 30. Oktober 1980 jährt sich der Beginn der MBFR-Verhandlungen zum siebten Mal. Die Haltung des Ostens gegenüber diesen Verhandlungen ist in den vergangenen sieben Jahren Schwankungen unterworfen gewesen. Zunächst war der Osten nur in eine Art Pflichtübung eingetreten, um den Weg für ein KSZE-Abkommen freizumachen. Im Laufe der Jahre hat sich sein Interesse verstärkt, bis dieses zu der konzeptionellen Annäherung vom 8. Juni 1978¹ führte, bei der der Osten die Prinzipien der Parität, Kollektivität und Selektivität zwar als solche annahm, jedoch ihre effektive Verwirklichung in einem Abkommen unmöglich machte. Das hinderte den Osten nicht, tatkräftig weiter zu sondieren und Abzüge der I. Phase bis zu 50 000 Mann SU-Truppen in Aussicht zu stellen, sofern eine Dateneinigung umgangen werden könne. Nachdem der Westen hierauf nicht eingegangen war, war nach dem Wiener Gipfel von 1979² ein Rückgang des östlichen Interesses festzustellen. Dieses Interesse schien an-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1594

kennender und kritisierender Reformers in wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Fragen. In Ideologie, vor allem auch in Fragen von Parteidisziplin und öffentlicher Ordnung, hat er jedoch den Ruf eines hartgesottenen Dogmatikers. Falls hier kursierende Gerüchte zutreffen, soll er sich in letzten August-Tagen sogar für Einsatz von Armee und Miliz gegen die Streikenden im Norden eingesetzt haben, aber bei Kania und selbst Verteidigungsminister Jaruzelski auf Widerspruch gestoßen sein.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1302; Referat 214, Bd. 132906.

¹ Zu den Vorschlägen der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 8. Juni 1978 vgl. AAPD 1978, I, Dok. 180 und Dok. 193.

² Präsident Carter und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, trafen vom 15. bis 18. Juni 1979 anlässlich der Unterzeichnung des SALT-II-Vertrags in Wien zusammen. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 181, und AAPD 1979, II, Dok. 211.

schließend an den Besuch des Bundeskanzlers in Moskau³, angezeigt durch die östlichen Vorschläge vom 10.7.80⁴, wieder aufzuleben. Die Ereignisse in Polen haben jedoch erneut retardierend gewirkt.

II. Dies bedeutet jedoch nicht, daß der Osten das Interesse an einem MBFR-Abkommen überhaupt verloren hat. Er ist allerdings nur an einem Abkommen interessiert, das seinen beiden überragenden Interessen Rechnung trägt. Diese Interessen, die in erster Linie sowjetische Interessen reflektieren, sind einmal die Vermeidung effektiver Beschränkungen für die sowjetischen Streitkräfte im Reduzierungsgebiet, zum anderen eine irgendwie geartete Begrenzung der Bundeswehr. Entsprechend dieser generellen Zielsetzung läßt sich die östliche Position nach Beginn der 22. Verhandlungsrunde⁵ gegenüber einem Abkommen wie folgt skizzieren:

Der Osten strebt ein Interimsabkommen an, das folgende Elemente enthält:

- a) begrenzte Dauer,
- b) Fixierung des Endziels kollektiver Höchststärken von 700 000 Land- bzw. 900 000 Land- und Luftstreitkräften,
- c) US/SU-Reduzierungen in Phase I in Höhe von 13 000 bzw. 20 000 Mann Landtruppen in Einheiten und anschließende Limitierung der verbleibenden Stärken,
- d) kollektiver, nicht-numerischer Freeze der übrigen direkten Teilnehmer aufgrund einer politischen Nichterhöhungsverpflichtung,
- e) auf das Reduzierungsgebiet beschränkte, wenige begleitende Maßnahmen zur Teilverifizierung der Limitierungen und des Freeze (ohne Inspektionen),
- f) alle vorbezeichneten Schritte ohne Dateneinigung (auch nicht Teildateneinigung),
- g) Verpflichtung, in ein Phase-II-Abkommen eine 50-Prozent-Klausel aufzunehmen sowie schon während des Zwischenphasen-Freeze (vgl. d)) 50 Prozent der Höchststärken durch ein Teilnehmerland nicht zu überschreiten.

Diese Vorstellungen ergeben sich aus den östlichen Vorschlägen, östlichen Äußerungen sowie einer kritischen Würdigung der östlichen Interessenlage aus östlicher Sicht. Danach hat oberste Priorität für den Osten ein Freeze, da dieser das eine Hauptziel, nämlich die Begrenzung der Bundeswehr, gewährleisten würde. Vermutlich erst an zweiter Stelle kommt die Vermeidung einer Dateneinigung für die östlichen Streitkräfte, um die östliche konventionelle Überlegenheit von über 170 000 Land- und Luftstreitkräften im Reduzierungsraum und speziell die Flexibilität der sowjetischen Truppen für vielfältige Zwecke aufrechtzuerhalten. Wahrscheinlich erst danach rangiert das Interesse an der 50-Prozent-Klausel, die das Ziel der Begrenzung der Bundeswehr erst nach einem oder anstelle eines Freeze erreichen würde. Nach meiner Auffassung ist es nicht abwegig anzunehmen, daß der Osten die Forderung nach der 50-Prozent-

³ Zum Besuch des Bundeskanzlers Schmidt und des Bundesministers Genscher am 30. Juni und 1. Juli 1980 in der UdSSR vgl. Dok. 192–195.

⁴ Zu den Vorschlägen der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 10. Juli 1980 vgl. Dok. 209.

⁵ Die 22. Runde der MBFR-Verhandlungen fand vom 25. September bis 18. Dezember 1980 in Wien statt. Vgl. dazu Dok. 372.

Klausel schließlich auf Landstreitkräfte beschränkt, selbst wenn ihm das weniger Vorteile einbrächte als die Berechnung aufgrund der Gesamtstreitkräfte. Wir müssen aber damit rechnen, daß der Osten früher oder später darauf bestehen wird, die 50-Prozent-Klausel in den kollektiven Zwischenphasen-Freeze einzubauen. Ob der Osten auf der 50-Prozent-Klausel in einem Abkommen bestehen wird oder ob es ihm u. U. genügen wird, sie lediglich als Teil einer Geschäftsgrundlage anerkannt zu wissen, ist eine offene Frage, die noch nicht beantwortet werden kann.

Politisch würde dem Osten ein so gestaltetes Abkommen die Möglichkeit geben, das Streitkräfteverhältnis in Mitteleuropa auf dem derzeitigen Stand abzüglich geringer US/SU-Reduzierungen einfrieren zu lassen. Der Osten kann damit rechnen, daß ein auf begrenzte Zeit abgeschlossenes Abkommen eine eigene politische Schwerkraft entwickelt und nur im Falle einer akuten Krise nicht verlängert wird. Der Osten wird weiter davon ausgehen können, daß die Bundesrepublik in der Normallage kein Interesse daran hat, ihre Gesamtstreitkräfte über 500 000 Mann hinaus zu erweitern. Ich halte es nicht für undenkbar, daß der Osten nach einem MBFR-Interimsabkommen auf eine Phase II verzichten könnte, wenn der Gegenstand der MBFR-Verhandlungen in einer gesamteuropäischen Konferenz für militärische Entspannung und Abrüstung aufgeht.

III. In folgenden Kardinalbereichen steht die östliche Haltung mit unseren derzeitigen Vorstellungen in Widerspruch:

- a) Interimsabkommen ohne Teildateneinigung,
- b) Zwischenphasen-Freeze ohne volle Dateneinigung,
- c) Beeinträchtigung der reinen Kollektivität durch die 50-Prozent-Klausel.

Ob in diesen Bereichen eine Bewegung des Westens möglich sein wird, läßt sich, auch angesichts der Ungewißheit über den Ausgang der amerikanischen Präsidentschaftswahlen⁶, noch nicht sagen. Solange eine Bewegung nicht möglich ist, muß es bei dem derzeitigen Wiener „Stellungskrieg“ bleiben.

[gez.] Jung

VS-Bd. 11434 (221)

⁶ Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

310

Gespräch des Staatssekretärs van Well mit dem polnischen Botschafter Chyliński

VS-NfD

31. Oktober 1980¹

Gespräch Staatssekretär van Well mit dem polnischen Botschafter Chyliński am 31.10.1980, 12.00 Uhr

Chyliński: Auf Weisung meines Ministers möchte ich Ihnen das offizielle Dokument über die Beratungen der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten² übergeben. Der Inhalt ist Ihnen wohl schon bekannt, die Tagung liegt schon einige Tage zurück. Ich möchte ein paar kurze Bemerkungen machen: Das Communiqué verdient, aufmerksam studiert zu werden wegen des konstruktiven Charakters seiner Aussagen. Es ist darin die Haltung der Warschauer-Pakt-Staaten erläutert, ihre Bereitschaft, zu einem konstruktiven Verlauf des Madrider Treffens³ beizutragen. Der positive Verlauf des Treffens von Madrid wird von den Warschauer-Pakt-Staaten als Voraussetzung für die weitere Entspannungspolitik betrachtet. Die Minister haben sich bereit erklärt, mit gutem Willen zu einem positiven Ergebnis beizutragen, und zwar bei allen Körben. Die Warschauer-Pakt-Staaten sind daran interessiert, die Grundsätze der Schlußakte von Helsinki⁴ zu kräftigen, sie möchten auch in allen Bereichen zu Fortschritten kommen. Die Minister sind auch daran interessiert, daß nach Madrid mit einem Zeitabstand ein erneutes Treffen stattfindet, sie haben hierfür Bukarest vorgeschlagen. Nach Meinung der Außenminister muß die wichtigste Entscheidung in Madrid die Einberufung einer europäischen Konferenz über Entspannung und Abrüstung⁵ sein. Sie haben hierfür Warschau als Tagungsort vorgeschlagen. Wir sind der Meinung, daß in Madrid mindestens ein Mandat für die erste Phase dieser Konferenz erteilt werden soll. Die erste Phase soll sich konstruktiv mit den vertrauensbildenden Maßnahmen befassen. Die Außenminister waren der Meinung, dieser Auftrag solle in Madrid ganz allge-

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Keil am 3. November 1980 gefertigt.

Hat Ministerialdirektor Blech am 4. November 1980 vorgelegen, der für Ministerialdirigent Bräutigam handschriftlich vermerkte: „[Siehe] nochmals S[eite] 6 wegen unseres heutigen Gesprächs u[nd] im Hinblick auf die Besprechung mit Botsch[after] Negwer.“ Vgl. Anm. 17 und 22.

Hat Bräutigam am 20. November 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Erledigt.“

² Am 19./20. Oktober 1980 fand in Warschau eine Tagung des Komitees der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 655–658.

³ Die KSZE-Folgekonferenz in Madrid wurde am 11. November 1980 eröffnet. Vgl. dazu Dok. 319 und Dok. 322.

⁴ Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

⁵ Zu den Vorschlägen des Komitees der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten bei der Tagung am 14./15. Mai 1979 in Budapest vgl. Dok. 1, Anm. 28.

Zum Vorschlag des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, Gieriek, vom 11. Februar 1980 für eine Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 55, Anm. 39.

Zu den Vorschlägen des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts bei der Tagung am 14./15. Mai 1980 in Warschau vgl. Dok. 150, Anm. 5.

mein formuliert werden, so allgemein, daß in der ersten Phase alle Vorschläge und Meinungen diskutiert werden können, einschließlich der Frage des Wirkungsbereichs der Maßnahme. Bei der Erteilung des Auftrags sollten keine Vorbedingungen gestellt werden.

Zur Frage der Ebene: Die Außenminister schließen nicht aus, daß sie sich in einer bestimmten Phase des Treffens beteiligen. Ihre Teilnahme hängt allerdings von der Atmosphäre und den Aussichten auf konkrete Beschlüsse ab. Die Außenminister sollten nicht eingesetzt werden, wenn konstruktive Ergebnisse kaum in Sicht sein sollten. Wir möchten nicht, daß Madrid zu einer Wiederholung von Belgrad⁶ wird und daß unendliche Diskussionen und ein Austausch von Vorwürfen stattfinden.

Das Kommuniqué von Warschau weist auch auf die Schlüsselrolle der Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten über atomare Waffen in Europa hin.⁷ Nach Meinung der Außenminister ist es auch notwendig, daß bei den Wiener Gesprächen⁸ positive Ergebnisse erzielt werden: Reduzierung der Rüstung und Verminderung der Truppen.

Die Beratungen der Außenminister befaßten sich nicht mit den inneren Angelegenheiten Polens. Die Minister haben ansonsten die Meinung vertreten, daß keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates durch andere Staaten erfolgen sollte.

Unserer Überzeugung nach waren die Beratungen und das Kommuniqué ein konstruktiver Beitrag für Madrid. Der polnische Außenminister als Gastgeber wurde gebeten, die Texte offiziell in allen Ländern zu übergeben.

StS *van Well*: Ich danke für die offizielle Übermittlung der Dokumente. Wir werden diese sehr sorgfältig prüfen. Ich nehme an, daß zu gegebener Zeit auch die Nordatlantische Allianz hierauf reagieren wird. Der Atlantikrat hat in Ankara⁹ zu dieser Thematik Stellung genommen. Ihnen wurde das Kommuniqué dieser Tagung¹⁰ offiziell zur Kenntnis gebracht. Es ist von Interesse für das Vorbereitungstreffen¹¹ und den Beginn des Folgetreffens in Madrid, diese autoritative Meinungsäußerung der Warschauer-Pakt-Staaten kennenzulernen. Wir haben eine Reihe von Übereinstimmungen festgestellt. Auch wir gehen nach Madrid in der Absicht, den Prozeß, der durch die Konferenz von Helsinki eingeleitet wurde, auf der Basis der Schlußakte kontinuierlich und langfristig fortzusetzen. Dies hat große Bedeutung nicht nur für die Stabilität in Europa, sondern auch für die internationale Lage insgesamt. Wir gehen im konstruktiven Geiste verantwortungsbewußt nach Madrid mit dem Willen, zu konstruktiven Ergebnissen

⁶ In Belgrad fand vom 4. Oktober 1977 bis 9. März 1978 die erste KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 88.

⁷ Zu den amerikanisch-sowjetischen Gesprächen über Mittelstreckensysteme in Genf vgl. Dok. 290, Anm. 6.

⁸ In Wien fanden seit 30. Oktober 1973 die MBFR-Verhandlungen statt.

⁹ Zur NATO-Ministerratstagung am 25./26. Juni 1980 in Ankara vgl. Dok. 190.

¹⁰ Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 25./26. Juni 1980 in Ankara vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 138–145. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN 1980, S. 645–649.

¹¹ Das Vorbereitungstreffen für die zweite KSZE-Folgekonferenz begann am 9. September 1980 in Madrid. Zum Stand der Vorbereitungen vgl. Dok. 299 und Dok. 308, Anm. 19.

zu kommen. Wir wollen die Bedeutung der Schlußakte in ihrer historischen Dimension hervorheben und ihre Durchführung erläutern. Wir stimmen mit Ihnen darin überein, daß der Meinungsaustausch über die Durchführung und die Diskussion über künftige Maßnahmen gleichgewichtig erfolgen sollte. Es ist klar, daß, nachdem die politischen Prinzipien Gegenstand eingehender Diskussionen waren, jetzt besondere Aufmerksamkeit auch den militärischen Aspekten gewidmet werden sollte. Wir haben ein Interesse an der Weiterentwicklung der vertrauensbildenden Maßnahmen. Hierfür würde sich auch die Konferenz über die Abrüstung in Europa eignen. Wir sind bereit, in Madrid über ein Mandat für eine solche Konferenz zu sprechen. Wir bereiten uns hierauf vor und werden eigene Beiträge im positiven Sinne leisten. Die französische Regierung hat eine besondere Initiative entwickelt¹² und wird nach Konsultationen mit uns in Madrid hier aktiv sein. Wir meinen, das Mandat sollte auch den sachlichen Verantwortungsbereich der Konferenz abstecken, nicht nur die prozedurale Seite. Es geht um eine Konferenz, die wirklich konkrete Arbeit leistet. Wir meinen, die internationale Diskussion ist weit genug gediehen, um ein aussagekräftiges Mandat zustande zu bringen.

Zum Anwendungsbereich: Dieser ergibt sich aus der Schlußakte. Das Mandat muß sich auf ganz Europa erstrecken. Wir sind der Auffassung, nachdem bei den vertrauensbildenden Maßnahmen Erfahrungen gesammelt werden konnten, daß man jetzt auch in der Frage der Verbindlichkeit der Maßnahmen weiter voranschreiten sollte im Interesse zunehmender Vertrauensbildung. Was den Ablauf der Phasen angeht, so wird man sehen, wie die Entwicklung verläuft, ob es genügend Aussichten für eine Fortsetzung und Intensivierung des Prozesses gibt. Wir hoffen das sehr.

Zur Frage der Ministerebene: AM Genscher beabsichtigt definitiv, in der ersten Woche der Konferenz selbst in Madrid zu sein und unsere Eingangserklärung abzugeben.¹³ Natürlich ist es jedem Teilnehmer selbst überlassen, auf welcher Ebene er teilnimmt. Wir wissen, daß einige Ministerkollegen aus europäischen Staaten ebenfalls beabsichtigen, am Anfang dabei zu sein. Die Lage in Europa, die hochpolitischen Anliegen der Friedenssicherung, rechtfertigen gerade jetzt die Anwesenheit von Ministern. Ich nehme Ihre Mitteilung zur Kenntnis, daß Sie eine Teilnahme Ihres Ministers nicht ausschließen, aber zunächst noch abwarten wollen.

Wir bedauern gleichfalls, daß die Vorbereitungskonferenz so mühsam verläuft und noch immer nicht richtig in Gang gekommen ist. Hoffentlich ist dies kein schlechtes Omen. An uns soll es nicht liegen, aus der Konferenz einen Erfolg zu machen. Wir haben auch kritisiert, daß Belgrad ein so wenig substantielles Ergebnis erbrachte. Wir sind nicht dafür, Madrid so abzuschließen wie Belgrad.

Chyliński: Ich möchte feststellen, daß auch wir positive Ergebnisse wollen. Unser Vorgehen ist nur etwas unterschiedlich. In der Tat ist die Vorbereitung mühsam. Wir hoffen, daß die Schwierigkeiten überwunden werden und man zu konkreten Ergebnissen kommt.

¹² Zum französischen Vorschlag einer Konferenz für Abrüstung in Europa vgl. Dok. 287.

¹³ Bundesminister Genscher hielt sich am 13. November 1980 in Spanien auf. Für den Wortlaut der Eingangserklärung bei der KSZE-Folgekonferenz an diesem Tag vgl. BULLETIN 1980, S. 1019–1023.

Ich möchte kurz einige Bemerkungen zu polnischen Fragen machen. Zunächst zu unserem bilateralen Verhältnis: Dieses hat sich nicht verändert. Wir sind weiter für den Ausbau guter bilateraler Beziehungen. Wir sind entschieden für eine aktive Entwicklung in allen Bereichen. Das Klima unserer bisherigen Zusammenarbeit war gut. So soll es auch bleiben. Ich habe AM Czyrek von unserem letzten Gespräch berichtet. Er hat mich gebeten, nochmals zu bekräftigen, daß das, was er in New York mit AM Genscher besprochen hat¹⁴, weiter aktuell bleibt. Er bat mich, auch Sie herzlich zu grüßen.

Die Lage in Polen ist weiterhin schwierig. Es gibt jetzt sehr viele emotionale Äußerungen über Möglichkeiten und Wege, wie man aus der Krise herauskommen kann. Die Regierung hält mit großer Konsequenz an ihrer Verpflichtung aus den Vereinbarungen mit den Arbeitern¹⁵ fest. Sie betrachtet mit großer Ruhe und Gelassenheit die verschiedenen Äußerungen in der Diskussion, die aus Nervosität und Ungeduld entstehen. Diese werden vor allem verursacht durch die mangelhafte Versorgung des Binnenmarktes. Die Menschen reagieren nervös, nachdem nun die Lohnerhöhungen schon ausgezahlt werden, ohne daß die Marktversorgung verbessert ist. Die Lage der Landwirtschaft ist in diesem Jahre auch schlecht. Die Kartoffelernte war noch schlechter als erwartet. Wir werden nur die Hälfte einer Durchschnittsernte haben, da Regen und Überschwemmungen große Schäden angerichtet haben. Bei der Aussaat des Wintergetreides können große Flächen nicht bestellt werden, weil sie zu naß sind. Die Regierung versucht, die Versorgung der Bevölkerung zu verbessern. Natürlich gibt es bei dieser Marktlage auch Panikreaktionen und Hamsterkäufe. Dies verschlechtert die Lage noch weiter. Es gibt schon Mangel bei Waren, die an sich vorhanden sind, z.B. Salz oder Zucker. In der Industrie ist die Atmosphäre weiterhin schwierig. Es wird diskutiert, vielleicht zu viel diskutiert, und die Arbeitsproduktivität ist immer noch nicht normal. Vielerorts kommt es zu überhöhten Forderungen. So haben die Eisenbahner in Wrocław einen Mindestlohn von 6000 Złoty gefordert, während bisher der Durchschnittslohn unter 5000 lag. Sie haben einen Hungerstreik angefangen. Aber inzwischen ist alles geregelt. Man hat miteinander verhandelt. Heute findet das Gespräch zwischen Ministerpräsident Pińkowski und diesen neuen großen Gewerkschaften, Solidarität, statt. Wir hoffen, daß bei diesem Gespräch endgültig die Streitfragen im Zusammenhang mit den Statuten der Gewerkschaften geklärt werden können.¹⁶

¹⁴ Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Außenminister Czyrek am 23. September 1980 in New York vgl. Dok. 282.

¹⁵ Zu den in Stettin, Danzig und Jastrzębie am 30./31. August und 3. September 1980 getroffenen Vereinbarungen vgl. Dok. 253, Anm. 2.

¹⁶ Zur Registrierung der freien Gewerkschaften in Polen vgl. Dok. 300, Anm. 22.

Botschafter Negwer, Warschau, berichtete am 6. November 1980: „Am 31.10. trafen sich PM Pińkowski und Repräsentanten der Solidarność, geführt von Lech Wałęsa, zu Gesprächen über die Statutenänderung anlässlich der Registrierung Solidarność in Warschau. Hauptargumentation der Registrierung war die Tatsache, daß durch die Registrierung am 24.10. der Gewerkschaft der Status einer juristischen Person verliehen wurde, während sich Solidarność gegen den Eingriff des Gerichts wandte und auf Rechtsmitteln bestand. [...] Fraglich ist, ob sich die streitenden Parteien auf einen wirklichen Kompromiß einigen konnten. Nach Auskunft eines Gesprächsteilnehmers waren sich die beiden Seiten in den ca. 14-stündigen Verhandlungen bereits in den Punkten Registrierung, Zugang zu den Medien, Lohnfragen, Versorgungslage nähergekommen; lediglich der Punkt Bauerngewerkschaft hatte keine Annäherung der Standpunkte erbracht. Nachdem ein Redaktionskomitee sich in vierstündiger Arbeit auf den Entwurf eines Communiqués geeinigt hatte, sahen sich die Re-

Diese Gespräche sind allerdings schwierig, weil es in dieser Gewerkschaft manche Gruppen gibt, die sehr hohe Forderungen stellen. Es gibt in diesen Gewerkschaften keine Übereinstimmung, was gefordert werden kann. Es sind viele Emotionen damit verbunden, diese verursachen Äußerungen, die zu neuen Emotionen führen. Wir sind aber der Meinung, daß auf dem Wege der Begegnungen und Gespräche, auch wenn sie lange dauern, die Probleme geklärt werden können. Es ist dabei offensichtlich, daß man dazu Ruhe braucht und daß hier ein Druck von außen, gleich von welcher Seite, nur schädlich sein kann. Daher reagieren wir so scharf auf die Äußerungen, die in Massenmedien erscheinen und die als Ausübung von Druck verstanden werden können, ¹⁷z. B. in den Sendungen von Radio Freies Europa¹⁸; der Sender sendet täglich 20 Stunden in polnischer Sprache. Diese Aktivität ist sehr schädlich, weil sie die Lage weiter anheizt. Andererseits schätzen wir sehr hoch die offizielle, zurückhaltende Reaktion der Regierungen aller europäischen Staaten. Wir haben gestern die Wiederholung dieses Standpunktes bei den Moskauer Gesprächen¹⁹ gesehen, auch bei dem Besuch von Carrington²⁰. Wir schätzen die gleiche Haltung bei der Regierung der Bundesrepublik Deutschland.²¹

Es wäre nicht gut, wenn gewerkschaftliche Organe schon jetzt versuchen würden, Kontakte mit den Gewerkschaften in Polen herzustellen. Nachdem die alten Branchengewerkschaften sich aus dem Zentralrat zurückgezogen haben, besitzen diese noch kein Organ, das im Namen aller Kontakte ins Ausland pflegen

Fortsetzung Fußnote von Seite 1601

gierungsvertreter jedoch nach Rücksprache mit ihrer Seite nicht in der Lage, das Kommuniké zu unterzeichnen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1333; Referat 214, Bd. 132907.

¹⁷ Beginn der Seite 6 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

¹⁸ Zur Berichterstattung des Senders „Radio Free Europe“ über die Entwicklung in Polen vgl. Dok. 240, Anm. 8.

¹⁹ Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, berichtete am 31. Oktober 1980: „Polnischer Parteichef Kania und Ministerpräsident Pińkowski hielten sich am 30.10.80 auf Einladung des ZK der KPdSU und der sowjetischen Regierung zu einem ‚freundschaftlichen Arbeitsbesuch‘ in Moskau auf.“ Gewisse Anzeichen deuteten darauf hin, „daß die Sowjets sich stärker als bisher in die Geschehnisse in Polen einschalten wollen und deshalb Kania und Pińkowski nach Moskau zitiert haben“. Eine Pressemitteilung über den Besuch erwecke „auf den ersten Blick den Eindruck, als sei vor allem über wirtschaftliche Fragen verhandelt worden. Der politische Teil ist außerordentlich vorsichtig und eher neutral formuliert. Eine direkte sowjetische Stellungnahme zu den innenpolitischen Problemen ist vermieden, andererseits fehlt auch (im Gegensatz zum ersten Giersek-Besuch von 1971) eine ausdrückliche positive Würdigung der bilateralen Beziehungen. Unspezifiziert bleibt auch der Einmischungsvorwurf an ‚bestimmte imperialistische Kreise‘. Daß er überhaupt als gemeinsame Feststellung festgeschrieben werden konnte und damit Ausgangspunkt für künftige sowjetische Pressionen bilden kann, ist jedoch ein bedenkliches Zeichen, das durch den Hinweis auf die KSZE-Schlußakte noch akzentuiert wird.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4850; Referat 214, Bd. 132906.

²⁰ Der britische Außenminister Lord Carrington hielt sich vom 29. bis 31. Oktober 1980 in Polen auf. Botschafter Negwer, Warschau, teilte am 5. November 1980 mit: „Britischer Botschafter unterrichtete heute EG-Kollegen über Gespräche Lord Carringtons mit Erstem Sekretär PVAP Kania und Premierminister Pińkowski. [...] Beide hätten eingeräumt, daß die Situation in Polen sehr ernst sei, hielten jedoch eine politische Lösung nicht nur für möglich, sondern sogar für wahrscheinlich. [...] Kania und Pińkowski zeigten sich nicht allzu sehr beunruhigt über die sogenannten destabilisierenden Kräfte, womit wohl die Vertreter der Dissidentengruppen im Beraterkreis der Gewerkschaft ‚Solidarność‘ gemeint sind. Auch der radikale Flügel unter den Gewerkschaftsmitgliedern werde sich nach ihrer Einschätzung wieder beruhigen. Noch größere Sorge als die politische Situation scheinen die außerordentlich schwierigen wirtschaftlichen Probleme zu machen. Auf polnische Unterstützungswünsche ist Lord Carrington nicht konkret eingegangen, sondern hat nur wohlwollende Prüfung zugesagt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1330; Referat 214, Bd. 132952.

²¹ Vgl. dazu die Sprachregelung der Bundesregierung zur Entwicklung in Polen; Dok. 289.

könnte. Ähnliches gilt für die neuen Gewerkschaften. Keine dieser Gewerkschaften ist darauf organisatorisch vorbereitet, schon Kontakte mit dem Ausland aufrechtzuerhalten. Es gibt jetzt schon Versuche, sowohl bei der Gewerkschaftszentrale Solidarität als auch bei den anderen, durch einen Koordinierungsausschuß eine institutionalisierte Form für Kontakte mit dem Ausland zu finden. Es geht auch darum, wie die Gewerkschaften gegenüber dem Sejm vertreten werden sollen. Es wird noch zwei bis drei Monate dauern, bis diese organisatorischen Fragen geklärt sind. Ich bin daher der Meinung, daß westliche Gewerkschaften nicht schon jetzt auf Kontakte drängen sollten. Dies ist nicht Sache der Regierung, auch nicht meine Sache. Ich bin aber dieser Auffassung und werde auch mit Herrn Vetter darüber sprechen. Die Haltung des DGB zu Polen ist die am meisten ausgewogene, die ruhigste, wenn man mit den Gewerkschaften anderer Länder vergleicht.

StS: Ihre Ausführungen waren für mich sehr interessant und wichtig. Wir unsererseits meinen auch, daß die Entwicklung der bilateralen Beziehungen wie bisher fortgesetzt werden sollte. Ich sehe da keine Änderung. Wir sind weiter für Zusammenarbeit.

Ich möchte nochmals betonen, daß wir zuversichtlich sind, daß die polnische Regierung und die Bevölkerung die entstandenen Probleme im Rahmen ihrer Souveränität in eigener Zuständigkeit²² regeln kann und sich nach diesen Änderungen eine innenpolitische Lage entwickelt, die zur Stabilität beiträgt und sich auf die weitere Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten auswirken wird. Wir wollen keinesfalls zur Verschärfung oder Komplizierung der Lage beitragen. Im Gegenteil. Wir haben ihre Sorgen hinsichtlich der Massenmedien zur Kenntnis genommen, wie sie schon von Vizeaußenminister Dobrosielski zum Ausdruck gebracht wurden.²³ Wir haben dies an die deutschen Medien weitergegeben und sind dabei auf ein erfreuliches und verantwortungsbewußtes Echo gestoßen.

Was Sie zu den Gewerkschaften sagten, erscheint mir wichtig, auch wie Sie es sagten. Es ist einsichtig, daß Ihre Gewerkschaften jetzt andere Prioritäten haben. Wir meinen, eine Verbesserung der Lage in Polen wird auch wichtig sein wegen der Bedeutung Polens in Europa für den KSZE-Prozeß und eine gute Durchführung der Konferenz von Madrid.

Sehr besorgt sind wir über gewisse Tendenzen in der DDR. Dies paßt nicht zu den Notwendigkeiten, daß die Dinge dramatisiert werden. Wir sprechen mit allen osteuropäischen Ländern, auch mit der Sowjetunion. Wir fanden keine Meinungsverschiedenheiten darüber, wie die westeuropäischen Länder sich in dieser Lage stellen sollten. Nur die DDR trägt mit Worten, mit Drohungen und

²² Ende der Seite 6 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

²³ Referat 214 vermerkte am 20. Oktober 1980: „Vizeaußenminister Dobrosielski hat am 18.10. Botschafter Negwer sowie die Botschafter der USA und Großbritanniens (nicht Frankreichs) einbestellt, um ihnen die Sorge der polnischen Regierung hinsichtlich der Berichterstattung westlicher Massenmedien über die Ereignisse Polens zum Ausdruck zu bringen (Beispiele: Sendungen von Radio Liberty, einige polnischsprachige Kommentare des Deutschlandfunks, „Welt“ vom 16.10.). Botschafter Negwer wies darauf hin, man müsse in unserer pluralistischen Medienlandschaft die Gesamtheit aller Stimmen in die Bewertung einbeziehen. Es besteht der Eindruck, daß diese Demarche erfolgt ist, um gegenüber der Sowjetunion einen Tätigkeitsnachweis zu erbringen (WP-Außenministertreffen am gleichen Tag in Warschau).“ Vgl. Referat 214, Bd. 132906.

Maßnahmen zur Dramatisierung der Lage bei.²⁴ Es wird uns sogar gesagt, daß noch weitere Maßnahmen bevorstehen. Dies wäre schlecht für Europa und für die Konferenz von Madrid. Eine solche Politik ist schlecht. Sie berührt die Grundlagen unserer Politik. Wir haben es dann schwer, unsere Politik in unserem Lande verständlich zu machen. Wir fragen die Sowjetunion. Sie sagt uns, es gibt keine Änderung. Dieses wird auch durch das Treffen der Außenminister von Warschau bestätigt. Die Maßnahmen der DDR wirken sich aber auf die Gesamtlage in Europa aus. Wenn die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR sich verschlechtern, gibt es solche Auswirkungen. Wir wollen dies nicht. Dies kann sich aber bei uns ganz oben auch bei der Formulierung unserer Politik auswirken. Wir hören von östlicher Seite überall dieselbe Antwort, nur wissen wir nicht, ob die DDR jetzt eine andere Politik verfolgt. Das ist unsere Sorge. Wir sehen keine Notwendigkeit für eine solche Veränderung. Wir wollen unsere Politik fortsetzen. Wir wollen andere nicht benachteiligen und in Schwierigkeiten bringen. Dies ist keine Beschwerde gegenüber der polnischen Regierung! Ich weiß, Herr Botschafter, daß Sie in diesem Zusammenhang gewisse Formen einhalten müssen.

Chyliński: Wir sind als Polen auch daran interessiert, daß sich die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten positiv entwickeln. Dies bedeutet ein positives Element für ganz Europa. Ich habe den Eindruck, daß es zu dieser Verschärfung im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung über die Rolle der westlichen Massenmedien gekommen ist. Es ist wichtig, daß die Regierungen einen kühlen Kopf behalten. Privat möchte ich Ihnen sagen, daß ich vor kurzem mit Herrn Moldt gesprochen habe. Dieser hat mir gesagt, die DDR-Regierung habe eine positive Gestaltung ihrer Beziehungen zur Bundesrepublik vor Augen. Ich hoffe, daß die Haltung der beiden Regierungen dazu führen wird, daß die Verschärfung beseitigt wird. Ich persönlich betrachte die kürzliche Filmwoche²⁵ als positiv. Wir beobachten sehr genau, was in den bilateralen Beziehungen zwischen Ihrem Land und der DDR geschieht. Wir beachten aber auch hier den Grundsatz der Nichteinmischung.

Ein Wort noch, in den Beziehungen zwischen Polen und der DDR gibt es keine Verschärfung. Natürlich sind die Maßnahmen zur Beschränkung des Reiseverkehrs zwischen Polen und der DDR²⁶ in der polnischen Öffentlichkeit nicht mit

²⁴ Zur Haltung der DDR gegenüber den Ereignissen in Polen vgl. Dok. 259.

Zur Erhöhung des Mindestumtauschs für Besucher der DDR und Ost-Berlins aus „nichtsozialistischen Staaten“ und aus Berlin (West) ab 13. Oktober 1980 vgl. Dok. 290, Anm. 15.

Zur Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen vgl. Dok. 305 und Dok. 308.

²⁵ Die Filmwoche der Bundesrepublik in der DDR fand vom 16. bis 23. Oktober 1980 in Dresden, Frankfurt (Oder) und Potsdam statt, die Filmwoche der DDR in der Bundesrepublik vom 23. bis 30. Oktober 1980 in Bremen, Duisburg und Saarbrücken. Vgl. dazu Dok. 313, Anm. 37.

²⁶ Referat 210 notierte am 29. Oktober 1980: „Mit Wirkung vom 30. Oktober 1980 ist der paß- und visafreie Reiseverkehr zwischen der DDR und Polen auf Initiative der DDR eingeschränkt worden. Einer von ADN am 28.10.1980 verbreiteten Mitteilung zufolge sind im privaten Reiseverkehr zwischen beiden Ländern ab sofort Einladungen erforderlich. DDR-Bürger müssen Einladungen aus Polen durch die zuständigen Polizeidienststellen der DDR bestätigen lassen. Die gleiche Bestätigung ist erforderlich, wenn DDR-Bürger Bürger aus der VR Polen einladen wollen. Die Maßnahme wird ausdrücklich als zeitweilig bezeichnet. [...] Ziel der neuen Maßnahme ist die Beschränkung der privaten Kontakte zwischen beiden Ländern bis zur Stabilisierung der Lage in Polen. [...] Für die Menschen in der DDR bedeutet die neue Maßnahme nach der prohibitiven Erhöhung der Mindestumtauschsätze eine weitere Einschränkung ihrer Kontaktmöglichkeiten. Für viele von ihnen

Begeisterung aufgenommen worden. Ich nehme an, daß sie aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten getroffen wurden. Bis jetzt war der Reiseverkehr ganz frei, und in dem begrenzten Rahmen des Währungsumtauschs konnten die Polen in der DDR einkaufen. Es ist nicht so, daß es heute überhaupt keinen Verkehr mehr gibt. Allerdings ist eine Einladung erforderlich. Hauptsächlich beschränkt wurden Reisen polnischer Bürger in die DDR. In der Tat haben unsere Bürger, die in der Nähe der Grenze zur DDR wohnen, wegen der großen Versorgungsschwierigkeiten dort eingekauft. Ich will mich zu der Entscheidung nicht äußern, die Zuständigen werden ihre Gründe haben. Ich glaube aber, daß diese Maßnahmen nur vorübergehenden Charakter haben.

Das Gespräch endete um 13.25 Uhr.

Referat 214, Bd. 132907

311

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech

201-360.54-3371/80 geheim

31. Oktober 1980¹

Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³ mit der Bitte um Genehmigung der anliegenden Aufzeichnung

Zweck der Vorlage: Unterrichtung und Entwicklung einer Regierungsposition

Betr.: Nutzung amerikanischer Basen in der Bundesrepublik Deutschland für Einsätze in Südwestasien (Naher/Mittlerer Osten; Persischer Golf)

Anlg: 1 (201-33711/80 geheim)

1) Am 13. Februar 1980 unterrichtete die amerikanische Botschaft das Auswärtige Amt auf Arbeitsebene darüber, daß es in bestimmten Situationen notwendig werden könnte, auch von NATO-Basen im Bundesgebiet aus in die Golfre-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1604

ist Polen in Ermangelung anderer Reisemöglichkeiten zu einem ‚Ersatz-Westen‘ geworden. [...] Auf seiten der DDR dürften für den neuen Schritt neben politischen auch wirtschaftliche Motive ausschlaggebend gewesen sein. Die Einkäufe von Polen in der DDR und die von Radio DDR erwähnten zusätzlichen Warenlieferungen an Polen haben sich in letzter Zeit in zunehmender Weise belastend auf das Versorgungs- und Verteilungssystem in der DDR ausgewirkt.“ Vgl. Referat 214, Bd. 132906.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann und Vortragendem Legationsrat Seibert konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 6. November 1980 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 7. November 1980 vorgelegen.

Hat Seibert am 13. November 1980 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Auch v[on] BM Apel gebilligt. 2) An BK-Amt zur Vorlage BK (13.11.) übersandt. 3) Z[u] d[en] A[kten].“

² Hat Staatssekretär van Well am 5. November 1980 vorgelegen.

³ Hat Bundesminister Genscher am 10. November 1980 vorgelegen.

gion hinein zu operieren. Dafür seien die USA gegebenenfalls auf umgehende deutsche Zustimmung angewiesen.⁴

Am 20.4.1980 erörterten Bundeskanzler, Bundesaußenminister und Bundesverteidigungsminister die Problematik solcher Einsätze.⁵ Als Ergebnis ihrer Besprechung wurde dem Auswärtigen Amt der Auftrag erteilt, im Zusammenwirken mit BK-Amt und BMVg die Rahmenbedingungen für das amerikanische Ersuchen zu erkunden.

Entsprechend bat StS van Well Botschafter Stoessel am 5. Mai 1980 um Informationen über die amerikanischen Planungen einschließlich der an andere Bündnispartner gerichteten ähnlichen Ersuchen.⁶ Dieser inzwischen mehrfach wiederholten Bitte haben die Amerikaner am 19.9.1980 weitgehend entsprochen.⁷

2) Grundlage der beigegeführten, zwischen AA, BK-Amt und BMVg auf Arbeitsebene abgestimmten Aufzeichnung sind Mitteilungen des Direktors der Abteilung für politisch-militärische Angelegenheiten im State Department, Bartholomew, mir gegenüber sowie Informationen über die Haltung Großbritanniens

⁴ Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann vermerkte am 14. Februar 1980: „Am 13. Februar 1980 unterrichtete die amerikanische Botschaft in Bonn (Mr. Gussmann) das Auswärtige Amt (201) sowie das BMVg (FüS III 1) davon, daß die Implementierung der ‚Carter-Doktrin‘ es in bestimmten Situationen notwendig machen könne, militärisch von NATO-Basen auch bei uns aus in den Golf hinein zu operieren. In solchen Fällen sei Washington darauf angewiesen, umgehend deutsche Zustimmung zu erhalten. [...] Das BMVg begrüßte gegenüber Mr. Gussmann auf Arbeitsebene, daß die Amerikaner sich um die militärischen Mittel und Vorkehrungen zur effektiven Durchsetzung der ‚Carter-Doktrin‘ bemühten. Im Ernstfalle könne Washington für die sich dabei im europäischen Bündnisbereich evtl. stellenden Bedürfnisse mit Verständnis rechnen. Die deutsche Einwilligung zur Benutzung von amerikanischen Basen sei allerdings auch für Einsätze im Golf weiterhin einzuholen.“ Vgl. VS-Bd. 10276 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

⁵ Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit den Bundesministern Genscher und Apel am 20. April 1980 notierte Ministerialdirektor von Staden, Bundeskanzleramt, am 22. April 1980, Genscher habe dargelegt, eine Nutzung amerikanischer Basen in der Bundesrepublik für Einsätze im Nahen und Mittleren Osten „könne je nach Zweck und allgemeiner Lage völlig unterschiedliche Bedeutung zukommen. Man könne zukünftige Ersuchen daher nur von Fall zu Fall zu bewerten.“ Schmidt habe ebenfalls zusätzliche Informationen eingefordert: „Wir müßten uns so vorbereiten, daß im Falle einer konkreten Anforderung sehr schnell eine Besprechung mit Beschlußfassung durchgeführt werden könne (nicht 24 Stunden warten). [...] Auf Weisung des Bundeskanzlers wird unter der Federführung des Auswärtigen Amtes eine Gruppe gebildet, die die erforderlichen Informationen zusammenstellt.“ Vgl. VS-Bd. 10267 (201); B 150, Aktenkopien 1980. Zu der Besprechung vgl. ferner Dok. 125.

⁶ Im Gespräch mit dem amerikanischen Botschafter Stoessel legte Staatssekretär van Well am 5. Mai 1980 dar: „Unseres Erachtens sei die Frage der Verfügbarkeit amerikanischer Streitkräfte für Nicht-NATO-Einsätze in erster Linie eine Bündnisangelegenheit, die Frage der Nutzung von Basen bei uns dafür in erster Linie eine bilaterale Frage.“ Im Bewußtsein, daß die „Sicherung des Nahen und Mittleren Ostens und der Ölrouten“ im gemeinsamen amerikanisch-europäischen Interesse liege, „würden wir im konkreten Fall über unsere Zustimmung zur Nutzung der US-Basen im Bundesgebiet für sicherheitspolitische Maßnahmen der USA im Nahen und Mittleren Osten entscheiden; zur vorherigen Prüfung aller Aspekte und möglicher Rückwirkungen müssen wir uns unsere Zustimmung zu derartigen amerikanischen Maßnahmen für jeden Einzelfall vorbehalten; wir gehen davon aus, daß durch derartige amerikanische Maßnahmen die Erfüllung der US-Verpflichtungen in Europa nicht beeinträchtigt wird.“ Vgl. das Schreiben des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hofmann vom 8. Mai 1980 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Höynck, Bundeskanzleramt; VS-Bd. 10276 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

⁷ Vortragender Legationsrat I. Klasse Schenk, z. Z. Washington, teilte am 20. September 1980 mit, die „Unterrichtung über Basenfrage“ sei am Vortrag durch den Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Bartholomew, gegenüber Ministerialdirektor Blech erfolgt. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3600; VS-Bd. 10276 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

und Portugals und eine Übersicht über konkrete amerikanische Anfragen in den vergangenen Monaten.

3) Die Aufzeichnung soll nach Billigung auch durch Minister Apel dem Bundeskanzler vorgelegt werden. Sie sollte sodann Gegenstand eines Chefgesprächs sein, in dem die in Ziffer III enthaltenen Empfehlungen als vorläufige Richtlinie für eine künftige Behandlung amerikanischer Anfragen und weitere Gespräche mit unseren Bündnispartnern gebilligt werden.⁸

Blech

[Anlage]

Betr.: Nutzung amerikanischer Basen in der Bundesrepublik Deutschland für Einsätze in Südwestasien (Naher/Mittlerer Osten; Persischer Golf)

I. Nutzung von NATO-Einrichtungen in Europa für Einsätze in Südwestasien

1) Am 13. Februar 1980 unterrichtete die hiesige US-Botschaft das Auswärtige Amt und das Bundesministerium der Verteidigung auf Arbeitsebene, daß es in bestimmten Situationen notwendig werden könne, auch von im Bundesgebiet gelegenen amerikanischen Basen aus militärisch in die Golfregion hinein zu operieren. In solchen Fällen sei Washington darauf angewiesen, umgehend deutsche Zustimmung zu erhalten.

2) Am 20. April 1980 wurde die Frage solcher Nutzung amerikanischer Basen in der Bundesrepublik Deutschland zwischen Bundeskanzler, Bundesminister des Auswärtigen und Bundesminister der Verteidigung erörtert. Dabei bestand u. a. Einvernehmen darüber, daß

- der Benutzung amerikanischer Basen je nach Zweck und allgemeiner Lage unterschiedliche Bedeutung zukommen könne. Amerikanische Ersuchen müßten deshalb von Fall zu Fall bewertet werden. Im Prinzip sei eine Singularisierung der Bundesrepublik Deutschland zu vermeiden.
- Die Vorbereitung auf derartige Fälle müsse unsererseits so sein, daß bei konkreter Anforderung der USA schnelle Beschlußfassung, möglichst innerhalb von 24 Stunden, erfolgen könne.
- Unter Federführung des Auswärtigen Amts sei eine Arbeitsgruppe zu bilden, um die dafür erforderlichen Informationen zusammenzustellen.

Das Auswärtige Amt wurde beauftragt, insbesondere die Rahmenbedingungen zu antizipierender amerikanischer Wünsche zu erkunden, darunter auch die vorgesehene Nutzung des Territoriums anderer Verbündeter.

3) StS van Well erläuterte am 5. Mai 1980 Botschafter Stoessel die vorläufige deutsche Haltung und erbat Informationen über amerikanische Planungen so-

⁸ Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann vermerkte am 15. Dezember 1980: „Nach Bundesaußen- und Bundesverteidigungsminister hat nunmehr auch der Bundeskanzler die Bezugsaufzeichnung gebilligt. Damit können die in Ziffer III der Vorlage enthaltenen Empfehlungen als vorläufige Richtlinie für die künftige Behandlung amerikanischer Anfragen und weitere Gespräche mit unseren Bündnispartnern dienen. Eine Befassung des Bundessicherheitsrats hält das Bundeskanzleramt nicht für erforderlich.“ Vgl. VS-Bd. 10276 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

wie Unterrichtung darüber, an welche Bündnispartner sich die USA in ähnlicher Weise gewandt hätten.

4) Der Direktor der Abteilung für politisch-militärische Angelegenheiten im State Department, Bartholomew, erläuterte MD Blech am 19. September 1980 die amerikanischen Vorstellungen unter Bezugnahme auf die von StS van Well gestellten Fragen wie folgt:

4. 1) Generelle US-Strategie:

Die amerikanischen Überlegungen gehen von einem gemeinsamen Interesse der USA, Westeuropas und Japans an der Mittelostregion aus. Sie sehen die Hauptgefährdung westlicher Interessen in der sowjetischen Bedrohung. Diese sei vor allem politischer Natur, da die Sowjetunion ihre militärische Überlegenheit in erster Linie als politisches Druckmittel einsetze.

Die Schaffung eines amerikanischen Gegengewichts in Form einer glaubwürdigen amerikanischen Präsenz und Abschreckung im Nahen und Mittleren Osten verfolge ebenfalls primär politischen Zweck. Glaubwürdige Abschreckung, die allerdings auch die Fähigkeit einschließen müsse, sowjetischen Truppen im Bedarfsfall selbst bei einer Konfrontation im Iran gewachsen zu sein, erfordere die Präsenz von Seestreitkräften schon in Friedenszeiten sowie die zeitweilige Stationierung taktischer Luft- und Landstreitkräfte in der Region. Hierfür seien „en-route access“ und Ausbau der Lufttransportkapazitäten erforderlich. Gedacht sei an die Verlegung mehrerer Divisionen sowie taktischer Luftstreitkräfte in die Region. Dem Lufttransport würde dabei Vorrang vor dem Seetransport zukommen. Konkret würde dies etwa 200 Ein- und Ausflüge täglich für den Transport und die Unterstützung der Landkomponenten sowie etwa 100 Einsätze täglich im Zusammenhang mit der Verlegung taktischer Luftstreitkräfte bedeuten. Über die Einsatzplanung, die ständig überarbeitet werde, würden wir auf dem laufenden gehalten.

Den Sensibilitäten in der Region werde dadurch Rechnung getragen, daß die USA flexibel zu handhabende Nutzungsrechte, nicht aber permanente Basen oder ständige Truppenpräsenz anstrebten.

Die amerikanische Strategie schließe jedoch auch Maßnahmen zur Stärkung der lokalen Verteidigungsfähigkeit sowie Hilfsmaßnahmen für die wirtschaftliche und politische Stabilisierung der Nah- und Mittelostregion ein.

4. 2) En-route-access-Linien in Europa:

Da Non-stop-Flüge aus den Vereinigten Staaten in die Golfregion nicht möglich seien (Betanken in der Luft scheide aus Kapazitäts- und Kostengründen aus), seien die USA angesichts der vorrangigen Bedeutung der Atlantikroute auch im übrigen auf Benutzung von Basen in Europa angewiesen. Die wichtigsten Flugrouten führten ohne Berührung der Bundesrepublik Deutschland

- über Basen in Großbritannien, dann weiter südlich über Frankreich;
- über Basen auf den Azoren sowie unter Umständen auf portugiesischem Festland.

Um Klarheit über die vorhandenen Kapazitäten (Lande-, Auftank- und Reparaturmöglichkeiten) zu erlangen, strebten die USA rechtzeitige Kooperation mit den wichtigsten Verbündeten an. Bisher habe es folgende Kontakte mit Bündnispartnern gegeben:

- Vereinigtes Königreich: Mit London sei seit Anfang 1980 im Zusammenhang mit den Diego-Garcia-Vereinbarungen⁹ dreimal über die Nutzung amerikanischer und britischer Basen in Großbritannien gesprochen worden. Ferner hätten auf militärischer Ebene technische Gespräche stattgefunden. Es gebe zwar keine formelle Vereinbarung, jedoch bestehe Einvernehmen über die Grund-erwartung einer schnellen und positiven Antwort auf amerikanische Ersuchen.
- Portugal: Dem portugiesischen Außenminister¹⁰ sei am 15. Mai 1980 ein politischer Meinungsaustausch parallel zu Gesprächen auf militärischer Ebene vorgeschlagen worden. Die USA warten auf eine positive portugiesische Antwort für die nächste Gesprächsrunde und würden es begrüßen, wenn wir den Portugiesen zu verstehen geben könnten, daß wir über das amerikanische Ersuchen unterrichtet seien und unsererseits eine positive Haltung zu den amerikanischen Überlegungen einnehmen.
- Frankreich: Die Frage einer Überfluggenehmigung für Frankreich werde mit der französischen Seite erörtert. Obwohl es sich um eine sehr sensible Angelegenheit handele, beurteilen die USA die Chancen für eine Einigung positiv. (In der Tat wurde Frankreich beim Transport von Radargerät nach Saudi-Arabien Anfang Oktober 1980 überflogen.)
- Griechenland/Italien: An Einbeziehung Griechenlands sei zur Zeit nicht gedacht. Sie werde jedoch nicht ausgeschlossen. Die Opportunität von Gesprächen mit Italien (Lufttransportkapazitäten) werde geprüft.

4. 3) Rolle der Bundesrepublik Deutschland:

Bartholomew stimmte der von StS van Well gegenüber Botschafter Stoessel erläuterten deutschen Position ausdrücklich zu. Auch der Darstellung von MD Blech, daß die En-route-access-Frage in Friedenszeiten für die Bundesrepublik Deutschland wegen ihrer exponierten geostrategischen Lage und im Hinblick auf die große Konzentration von Abschreckungspotential im Bundesgebiet besondere politische Probleme mit sich bringe, pflichtete Bartholomew bei.

Insgesamt seien die amerikanischen Überlegungen über die Nutzung von US-Basen im Bundesgebiet noch nicht abgeschlossen.

Im Interesse der Entwicklung möglichst vieler Planungsoptionen für den Krisenfall würden für Transporteinsätze nach dem Nahen und Mittleren Osten (Auftanken, Crew-Wechsel, Evakuierung und Versorgung) aber auch die US-Basen im Bundesgebiet in Betracht gezogen. (In der Tat sind Ramstein und Rhein-Main Air Base bereits Anfang Oktober zum Transport von Material nach Saudi-Arabien benutzt worden.) Unabhängig von einer Krisenlage könnten Transportnotwendigkeiten dieser Art aber auch für Übungszwecke bestehen („training

⁹ Großbritannien erwarb die Insel Diego Garcia im Indischen Ozean 1965 von Mauritius. Mit Vertrag vom 30. Dezember 1966 wurde sie an die USA verpachtet und zu einem amerikanisch-britischen Militärstützpunkt ausgebaut. Der Vertrag hatte eine Laufzeit von zunächst 50 Jahren, die sich um 20 Jahre verlängern sollte, falls keine Vertragspartei kündigen würde. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 603, S. 274–291.

Am 24. Oktober 1972 und am 25. Februar 1976 wurden weitere Vereinbarungen zwischen Großbritannien und den USA getroffen, die den Ausbau der amerikanischen militärischen Präsenz auf der Insel betrafen. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 866, S. 302–312, bzw. UNTS, Bd. 1018, S. 372–382.

¹⁰ Diogo Freitas do Amaral.

deployments“). Solche Übungsbewegungen erfolgten zur Zeit vor allem über Ägypten. In Zukunft sei auch an Saudi-Arabien und Oman gedacht. Bartholomew sagte Unterrichtung über den Fortgang der Planungen zu. Zu diesem Zweck wurde die Fortsetzung des Meinungsaustausches vereinbart.

4. 4) Auf entsprechende Frage versicherte Bartholomew, daß es derzeit keine Pläne für einen Abzug von US-Truppen aus dem europäischen NATO-Bereich für Einsätze im Nahen oder Mittleren Osten gebe. Er sagte umgehende Unterrichtung für den Fall davon abweichender amerikanischer Überlegungen zu und bestätigte für solche Fälle die Konsultationsverpflichtung der USA im Bündnis.

5) In Kontakten mit Briten und Portugiesen haben wir erfahren, daß sie eine ähnliche Haltung wie wir einnehmen und auf Einzelfallprüfung bestehen. Bemerkenswert ist, daß die Briten bisher Einsätze von US-Basen in Großbritannien in die Dritte Welt für weniger problematisch hielten als eine Transitzugung des britischen Territoriums oder die Gewährung von Überflugrechten. Offenbar sind die Briten der Auffassung, daß die Gewährung von Basen einen gewissen Handlungsspielraum für deren Nutzung einschließt.

6) In einem dem DPC im Dezember¹¹ vorzulegenden Bericht über Maßnahmen zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeit des Bündnisses „nach Afghanistan“ wurde die Einräumung von Transitrechten über Basen in Europa für Einsätze im Nahen und Mittleren Osten auf Wunsch der USA in den Katalog möglicher Schritte aufgenommen.

II. Jüngste amerikanische Ersuchen zur Nutzung von Basen im Bundesgebiet für Einsätze im Nahen und Mittleren Osten

1) Flüge der ägyptischen Luftwaffe nach Ramstein¹²

Mit Verbalnote vom 30. Juni 1980 ersuchte die US-Botschaft um Zustimmung für Flüge der ägyptischen Luftwaffe zur US-Luftwaffenbasis Ramstein.¹³ Die ägyptischen Militärflugzeuge sollen über einen Zeitraum von zwei Jahren etwa viermal jährlich Präzisionsmeßgeräte zur Kalibrierung und Justierung nach Ramstein bringen. Die Geräte werden zur Wartung und Instandhaltung von F-4E-Flugzeugen benötigt, die die USA an Ägypten geliefert haben.

Den Flügen und Wartungsarbeiten wurde mit der Maßgabe zugestimmt, daß letztere nach Umfang und Dauer auf das Erforderliche beschränkt werden und nur das für den An- und Abtransport erforderliche ägyptische Personal eingesetzt wird.

2) Verlegung von Frühwarnflugzeugen des Typs AWACS und bodengestützter Radaranlagen nach Saudi-Arabien¹⁴

Die US-Botschaft unterrichtete das Auswärtige Amt am 30.9.1980, daß im Hinblick auf den Konflikt Irak/Iran¹⁵ vier AWACS-Flugzeuge temporär nach Sau-

¹¹ Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 9./10. Dezember 1980 in Brüssel vgl. Dok. 355 und Dok. 356.

¹² Zum Wunsch der USA, Präzisionsmeßgeräte der ägyptischen Luftwaffe auf der amerikanischen Luftwaffenbasis Ramstein warten und kalibrieren und sie zu diesem Zweck durch ägyptische Militärflugzeuge transportieren zu lassen, vgl. Dok. 221.

¹³ Für die Note der amerikanischen Regierung vom 30. Juni 1980 vgl. VS-Bd. 10276 (201).

¹⁴ Zur Bereitstellung von AWACS-Flugzeugen in Saudi-Arabien durch die USA vgl. Dok. 283, Anm. 5.

¹⁵ Zum Krieg zwischen Irak und Iran vgl. Dok. 283, Anm. 2.

di-Arabien verlegt würden. Im Zusammenhang damit sollten auf dem Flughafen Rhein-Main stationierte Transportmaschinen zur logistischen Unterstützung nach Saudi-Arabien eingesetzt werden.

Im Hinblick auf den rein defensiven Charakter dieses Einsatzes, unser Interesse am Schutz der saudischen Ölquellen und die Tatsache, daß die AWACS-Flugzeuge nicht NATO-assigniert waren, wurden keine Einwände erhoben.

Wenige Tage später unterrichteten uns die USA über den beabsichtigten Transit bodengestützter Radaranlagen von den USA nach Saudi-Arabien. Auch diesem Einsatz wurde aus den gleichen Gründen nichts in den Weg gelegt.

3) Transit im Zusammenhang mit amerikanisch-ägyptischem Manöver

Mit Note vom 27.10.1980 teilte die US-Botschaft mit, daß im November 1980 ein gemeinsames amerikanisch-ägyptisches Manöver in Ägypten abgehalten wird. Ziel des Manövers sei die Erprobung kleinerer Einheiten der „Rapid Deployment Joint Task Force“ unter Wüstenbedingungen und die Demonstration der Fähigkeit der USA zu wirksamen militärischen Einsätzen in diesem Raum. Zur Durchführung der Übung sollten 1400 Mann, Hubschrauber und militärisches Gerät auf dem Luftwege von den USA über Basen in Großbritannien und im Bundesgebiet (Mildenhall, Ramstein und Rhein-Main) nach Ägypten verlegt werden. Zustimmung hierzu wurde erteilt.

III. Empfehlungen

In weiteren Gesprächen mit den Amerikanern sowie in Kontakten mit Verbündeten, an welche die USA ähnliche Ersuchen gerichtet haben, sollten wir folgende vorläufige Linie vertreten:

1) Wir stimmen mit den USA überein, daß die Stabilisierung des Nahen und Mittleren Ostens und die Sicherung der Ölrouten im gesamtwestlichen Interesse liegen. Deshalb stehen wir den amerikanischen Vorbereitungen für eine temporäre militärische Präsenz in dieser Region als Reaktion auf die sowjetische Bedrohung positiv gegenüber.

2) Aus dieser Einschätzung heraus werden wir konkrete amerikanische Ersuchen der Nutzung von US- oder anderer Basen im Bundesgebiet einschließlich Überflüge für sicherheitspolitische Maßnahmen der USA im Nahen und Mittleren Osten grundsätzlich wohlwollend prüfen. Dabei werden wir uns des Bündiskonzeptes der Arbeits- und Lastenteilung bewußt sein.

3) Im Hinblick auf die Verantwortung der Bundesrepublik für von ihrem Territorium ausgehende Aktionen und möglicherweise weitreichende internationale Konsequenzen der fraglichen amerikanischen Maßnahmen ist unsere vorherige Zustimmung in jedem Einzelfall einzuholen. Rechtzeitige, eingehende Unterrichtung über entsprechende amerikanische Planungen (contingency planning) könnte unsere Meinungsbildung und Beschlußfassung im Ernstfalle erleichtern und beschleunigen.

4) Im Kriegsfall oder in Krisen mit hoher Gefahr militärischer Involvierung der USA muß vorherige Zustimmung auf höchster politischer Ebene eingeholt werden.

5) Wir halten es für politisch zweckmäßig und dem Konzept der Allianzsolidarität entsprechend, daß amerikanische Planungen möglichst mehrere Bündnispartner einbeziehen.

6) Wir gehen davon aus, daß die Erfüllung der US-Bündnisverpflichtungen in Europa durch amerikanische Einsätze außerhalb des NATO-Vertragsgebietes¹⁶ nicht beeinträchtigt wird, damit das Bemühen um Stabilisierung in anderen Regionen nicht zur Destabilisierung in Europa führt. Sollten die USA dennoch den zeitweiligen Einsatz NATO-assignierter Streitkräfte beabsichtigen, sind zusätzliche Konsultationen im Bündnis erforderlich.

VS-Bd. 10276 (201)

312

Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt

114-5825/80 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 4836
Citissime

Aufgabe: 31. Oktober 1980, 10.40 Uhr¹
Ankunft: 31. Oktober 1980, 10.05 Uhr

Betr.: Sowjetische Optionen in Polen

Bezug: DB Nr. 4045 vom 12.9.80 – Pol 341.00 VS-v²

I. Auch nach dem Blitzbesuch Kania und Pińkowskis in Moskau am 30.10.³ ist die sowjetische Haltung gegenüber den Ereignissen in Polen nicht eindeutig zu erkennen. Die einseitige sowjetische Pressemitteilung über die Verhandlungen mit der sowjetischen Führung ist neutral gehalten, stellt stark auf Wirtschaftsfragen ab und läßt kaum Rückschlüsse auf die wahre sowjetische Einschätzung zu.⁴

Eine gewisse Verschärfung der Situation ist insofern eingetreten, als die offensichtlich äußerst kurzfristige Festlegung des Besuchs von Kania und Pińkowski (noch am Vorabend bestritten polnische Gesprächspartner, daß der Besuch bevorstünde) auf einen Tag, an dem normalerweise eine Politbürositzung in Moskau stattfindet, und kurz vor den Gesprächen mit der neuen Gewerkschaftsbewegung in Warschau⁵ darauf hindeutet, daß die sowjetische Führung nunmehr

¹⁶ Zur Festlegung des Bündnisgebiets vgl. Artikel 6 des Nordatlantikvertrags vom 4. April 1949; BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 290.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Arnot vorgelegen, der die Weiterleitung an die Referate 201 und 204 sowie an Vortragenden Legationsrat Vogel und Legationsrat Schlote verfügte.
Hat Vogel am 3. November 1980 vorgelegen.

Hat Schlote am 4. November 1980 vorgelegen.

² Vgl. Dok. 268.

³ Zum Besuch des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, Kania, und des Ministerpräsidenten Pińkowski am 30. Oktober 1980 in der UdSSR vgl. Dok. 310, Anm. 19.

⁴ Für den Wortlaut der Mitteilung über den Besuch des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, Kania, und des Ministerpräsidenten Pińkowski am 30. Oktober 1980 in der UdSSR vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 692–694.

⁵ Zu den Verhandlungen von Ministerpräsident Pińkowski mit Vertretern des Gewerkschaftsbundes „Solidarność“ am 31. Oktober 1980 in Warschau vgl. Dok. 310, Anm. 16.

stärker und direkter in die innerpolnischen Auseinandersetzungen eingreifen will. Dies weckt Erinnerungen an den Verlauf der tschechoslowakischen Krise im Frühling 1968, als Dubček nach Moskau einbestellt wurde⁶.

II. 1) Ob die UdSSR in Polen intervenieren wird, ist noch immer eine offene Frage. Nimmt man die Interventionen von 1956⁷ und 1968⁸ als Modelle für sowjetische Entscheidungen, dürfte sie dies erst tun, wenn Partei und Regierung Polens

- entweder nicht mehr selbst in der Lage sind, die eigenen Machtmittel zur Sicherung des politischen Monopols der Partei einzusetzen,
- oder die Partei ihr Monopol und ihre „monolithische“ Geschlossenheit zugunsten eines faktischen politischen Pluralismus aufzugeben bereit ist.

2) Im Augenblick sprechen die Anzeichen dafür, daß die UdSSR zunächst einmal über die Nachbarstaaten Polens, insbesondere die DDR und die ČSSR, Druck auf die polnische Führung auszuüben versucht. Abgesehen von der indirekten Stellungnahme Kirilenkos in Pilsen⁹ hält sich die SU zur Zeit mit Kommentaren zur Lage in Polen zurück. Es wird auch kaum mehr über Polen berichtet. Vermutlich wartet man hier erst einmal das Ergebnis der neuen Kraftprobe zwischen Partei und Gewerkschaften und des Besuchs von Kania und Pińkowski ab.

3) Es ist damit zu rechnen, daß eine Intervention in Polen nicht überraschend kommen, sondern sich über einen gewissen Zeitraum abzeichnen wird. Da die Sowjets zunächst versuchen werden, eine gewaltsame Lösung der Krise in Polen durch die Polen selbst vornehmen zu lassen und nur als Ultima ratio selbst einzumarschieren, dürften sie als erstes den Druck auf die polnische Führung verstärken. Zugleich würde die These von der westlichen Einmischung wieder aufgenommen und so intensiv wie möglich propagiert werden, um das richtige Klima für eine Intervention herzustellen. Eine sowjetische Überraschungsaktion wäre vielleicht militärisch einfacher, würde sich aber noch schwerer rechtfertigen lassen als eine Intervention in einer zu diesem Zweck heraufbeschworenen Ost-West-Krisenstimmung.

4) Wir müssen davon ausgehen, daß eine sowjetische Entscheidung zugunsten einer Intervention letztlich blockpolitisch motiviert wäre, ohne Rücksichtnahme auf die internationale Umwelt, und daß westliche Einwirkungsmöglichkeiten daher begrenzt sind. Der Mangel an westlicher Einflußmöglichkeit ergibt sich

⁶ Der Erste Sekretär des ZK der KPČ, Dubček, führte am 4./5. Mai 1968 in Moskau Gespräche mit der sowjetischen Staats- und Parteiführung.

⁷ Nach dem Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt intervenierten am 4. November 1956 sowjetische Truppen.

⁸ Am 20./21. August 1968 intervenierten Streitkräfte des Warschauer Pakts in der ČSSR. Vgl. dazu AAPD 1968, II, Dok. 261–263 und Dok. 273.

⁹ Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, berichtete am 29. Oktober 1980, es sei auffällig, „daß Kirilenko noch am ersten Sitzungstag des Obersten Sowjets nach Prag aufgebrochen ist und daß seine Auftritte dort in sowjetischen Medien sehr viel ausführlicher behandelt wurden als bei seinem Ungarn-Besuch“. In seiner Rede in Pilsen fänden sich „Passagen, die zwar die Ereignisse in Polen nicht ausdrücklich erwähnen, jedoch ganz eindeutig darauf bezogen sind, wenn Kirilenko den ‚Klassengegner‘ angreift, der versuche, die ‚Festung des sozialistischen Bruderbundes‘ auf die Probe zu stellen. Er nütze die beim Bau des Sozialismus auftretenden Schwierigkeiten aus, um den Pfeiler der neuen Gesellschaftsordnung zu zerstören.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4818; Referat 213, Bd. 133222.

aus dem Umstand, daß eine sowjetische Intervention ja nicht Antwort auf eine äußere Bedrohung sein würde (was einen Ost-West-Dialog theoretisch möglich machen würde), sondern Reaktion auf innere Vorgänge in einem WP-Staat, die die spezifische historisch und ideologisch begründete sowjetische Sicherheitskonzeption berühren. Auf diese Sicherheitskonzeption haben wir kurzfristig nur marginalen Einfluß. Langfristig haben wir bereits durch unsere Ostpolitik und durch den KSZE-Prozeß das Unsere getan, um die äußere Sicherheit der WP-Staaten zu garantieren, zumal wir ja auch die Bündnisstrukturen in Europa als legitim akzeptieren. Eine ideologische Bestandsgarantie können und wollen wir den Sowjets nicht geben, wir können ihnen auch nicht das Recht einräumen, diesen Bestand immer wieder durch Drohungen oder Gewaltanwendung zu verteidigen. Den Umstand, daß innere Veränderungen in einem WP-Staat die sowjetische Sicherheitskonzeption berühren, können wir nicht akzeptieren.

Hier stoßen wir an eine Grenze, an der der Dialog mit der UdSSR über innere Vorgänge in ihrem Machtbereich unmöglich wird, an eine Grenze auch des Krisenmanagements im Rahmen der Entspannung in Europa. Solange die UdSSR ihre Rolle als Weltmacht und ihren Fortbestand als ein kommunistischer Vielvölkerstaat davon abhängig sieht, daß es ihr gelingt, die Identität von Bündniszugehörigkeit und – einem sehr eng definierten – politischen System in Osteuropa immer wieder durchzusetzen, hilft auch der beste Wille auf unserer Seite nicht, weil das damit verbundene Problem von der sowjetischen Führung allein gelöst werden muß.

5) Sollte es zu einer sowjetischen Intervention in Polen kommen, so wird sie aller Voraussicht nach als Antwort auf eine westliche „Einmischung“ gerechtfertigt werden. Diese Apologie ist bereits in Ansätzen aufgebaut. Angesichts der nun einmal nicht zu leugnenden Zurückhaltung, ja Kooperationsbereitschaft westlicher Regierungen (wirtschaftliche Stützung Polens) liegt der politische Kern der sowjetischen Einmischungstheorie in dem Versuch, Meinungsäußerungen und faktisches Verhalten autonomer gesellschaftlicher Institutionen (Presse) und Organisationen (Gewerkschaften, Parteien) im Westen als „Einmischung“ zu deklarieren und damit den wesentlichen konzeptionellen Unterschied zwischen staatlichem und nicht-staatlichem Verhalten propagandistisch so weit einzuebnen, daß im Eventualfall eine staatliche sowjetische Intervention als Antwort auf nicht-staatliches Verhalten im Westen legitimiert werden kann.

Im Westen sollte man dieser sowjetischen Tendenz, sollte sie sich erneut manifestieren, sofort und entschieden entgegenreten. (In diesem Zusammenhang wird auf Bezugs-DB verwiesen.) Welche Möglichkeiten der Westen darüber hinaus noch besitzt, auf den Fortgang der Ereignisse einzuwirken, dürfte erst abzusehen sein, wenn die Ergebnisse des Besuches von Kania vorliegen.

[gez.] Meyer-Landrut

VS-Bd. 13175 (213)

313

Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt

114-5893/80 geheim
Fernschreiben Nr. 1165
Citissime

Aufgabe: 4. November 1980, 05.59 Uhr¹
Ankunft: 4. November 1980, 16.13 Uhr

Betr.: Gespräch mit SED-Generalsekretär Honecker am 3.11.1980

Heute vormittag wurde ich, wie in solchen Fällen üblich, von SED-Politbüromitglied Joachim Herrmann telefonisch zu einem Gespräch mit Erich Honecker eingeladen. Die Unterredung mit Honecker begann um 15.00 Uhr; sie dauerte eindreierteil Stunden und fand im Haus des Zentralkomitees der SED statt. Honecker hatte den Chef seines persönlichen Büros, StS Frank-Joachim Herrmann (nicht identisch mit dem oben genannten Politbüromitglied), hinzugezogen. Es wurde verabredet, daß keine öffentliche Mitteilung über unser Gespräch erfolgen soll. (Honeckers Büro als SED-Generalsekretär – er hat außerdem eines als Staatsratsvorsitzender – ist seit unserem letzten Gespräch dort² umgebaut worden. Während früher Parteisouvenirs in einer offenen Wandnische aufbewahrt wurden – ein Sputnik-Modell, ein sowjetischer Raketenpanzer, ein Arbeiterschutzhelm etc. –, deutet jetzt nur noch eine große Bronzeplakette mit einem Halbreif Lenin auf die Eigenschaft des Büroinhabers als Kommunist hin. Die übrigen einschlägigen Insignien sind entfernt worden. Die beim Umbau mit Holz verkleideten Wände tragen als einzigen Schmuck nur noch ein großes Dresden-Gemälde von Canaletto.)

Zusammenfassung:

Honecker eröffnete das Gespräch mit einer Anknüpfung an den von mir am 6.10. übermittelten Brief des Bundeskanzlers an ihn.³ Er sagte, er wolle durch unsere Unterredung mündlich auf dieses Schreiben „in einem gewissen Maße“ antworten.

Gestützt auf handschriftliche Notizen trug er dann in großer Ausführlichkeit und zum Teil mit sowohl anklägerischem als auch drohendem Unterton zwei Hauptvorwürfe gegen die Bundesregierung vor. Dabei bezog er sich fast immer auf den Bundeskanzler direkt. Die beiden Vorwürfe waren:

a) international die Nichtbereitschaft des Bundeskanzlers und der Bundesregierung, auf die Abrüstungsvorschläge der WP-Staaten, z.B. in Wien⁴, positiv zu reagieren; statt dessen habe sich der Bundeskanzler in öffentlichen Äußerungen

¹ Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 4. November 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher am 5. November 1980 vorgelegen.

Zum Gespräch vgl. ferner BONN UND OST-BERLIN, S. 548–561.

² Zum Gespräch des Staatssekretärs Gaus, Ost-Berlin, mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, am 20. Februar 1980 vgl. Dok. 56.

³ Für das Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt vom 5. Oktober 1980 an den Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, vgl. BONN UND OST-BERLIN, S. 546 f.

⁴ Zu den Vorschlägen der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 10. Juli 1980 vgl. Dok. 209.

geradezu als der Hauptverantwortliche für den NATO-Beschluß über eurostrategische Waffen⁵ bezeichnet. Und

b) bilateral eine wiederbelebte Agitation Bonns für ein angebliches „gesamtdeutsches Dach“. Nicht von Washington, London oder Paris, sondern von Bonn sei auf der NATO-Konferenz in Ankara⁶ die deutsche Wiedervereinigung als Thema wiederbelebt worden.⁷ Zu solchen Bekundungen werde die DDR nicht länger schweigen. Bonn verliere die Realitäten aus dem Auge.

Sozusagen als zwangsläufige Antwort auf das Bonner Verhalten, das diesen beiden Hauptvorwürfen zugrunde liege, bezeichnete Honecker die DDR-Bekräftigung von „Grundsatzpositionen, auf die Bonn uns eine Antwort schuldig ist“, wie er sie in seiner Rede in Gera⁸ vorgetragen habe.

Neben die Rekapitulation der in Gera erhobenen grundsätzlichen Forderungen (Staatsbürgerschaft, Umwandlungen der Ständigen Vertretungen etc.) trat im Verlauf des heutigen Gesprächs aber auch das Bemühen Honeckers, deutlich zu machen, daß in besonders sensiblen Punkten keine konkrete Verschärfung der Lage beabsichtigt ist. Honecker: „Wir haben nicht die Absicht, gegen den Mißbrauch des Transitverkehrs stärkere Mittel einzusetzen als bisher.“

Von mir auf die Erhöhung des Mindestumtauschs⁹ angesprochen, sagte Honecker – ohne Bereitschaft, dieses Thema zu vertiefen –, daß er sich derzeit nicht vorstellen könne, daß es in dieser Frage Änderungen geben werde.

Auf meine Frage, ob man nach den jüngsten Maßnahmen der DDR und seiner Rede in Gera von einer grundsätzlichen Kursänderung auszugehen habe, bemühte sich Honecker in seiner Antwort, die Ernsthaftigkeit seiner Vorwürfe (vor allem in „gesamtdeutscher“ Hinsicht) aufrechtzuerhalten, ohne die Tür zu einem gemäßigten, pragmatischen Verhalten gänzlich zuzuschlagen. Er sagte, nicht alles müsse sogleich beantwortet werden; aber eine Gesprächsbereitschaft unsererseits in den seit Jahren von uns unberücksichtigt gebliebenen Grundfragen müsse erkennbar werden.

Eine grundsätzliche Kursänderung der Entspannungspolitik hätten weder die DDR noch die Sowjetunion oder die anderen WP-Staaten im Auge; sie verfolgten weiterhin eine Politik der Friedenssicherung.

Erste, vorläufige Bewertung:

Nach meiner Einschätzung ist die heutige Unterredung mit Honecker typisch für die derzeitige Haltung der DDR. Sie richtet sich geradezu buchhalterisch darauf ein, sich durch öffentliches und auch, wie im heutigen Gespräch, nicht-öffentliches Vorbringen von nicht verhandlungsfähigen Grundpositionen auf ei-

⁵ Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 10.

⁶ Zur NATO-Ministerratstagung am 25./26. Juni 1980 vgl. Dok. 190.

⁷ Vgl. dazu das Treffen der Außenminister Lord Carrington (Großbritannien), François-Poncet (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik) und Muskie (USA) am 24. Juni 1980 in Ankara; Dok. 189. Vgl. dazu ferner Ziffer 9 des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 25./26. Juni 1980 in Ankara; NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 142 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETTIN 1980, S. 647 f.

⁸ Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, am 13. Oktober 1980 in Gera vgl. HONECKER, Reden, Bd. 7, S. 415–452. Vgl. dazu ferner Dok. 305.

⁹ Zur Erhöhung des Mindestumtauschs für Besucher der DDR und Ost-Berlins aus „nichtsozialistischen Staaten“ und aus Berlin (West) ab 13. Oktober 1980 vgl. Dok. 290, Anm. 15.

ne lang anhaltende Klimaverschlechterung sowohl gegenüber der eigenen Partei und Öffentlichkeit als auch nach außen hin einzurichten – ohne bereits jetzt die Entscheidung über grundsätzliche Kursänderungen zu treffen. Daß Honecker das Gespräch mit mir für heute anberaumt hat, halte ich terminlich vor allem für einen Teil seiner Vorbereitung auf den von ihm sehr wichtig genommenen Besuch in Wien in der kommenden Woche.¹⁰ Er will nach meiner Meinung gegenüber Bundeskanzler Kreisky geltend machen können, daß er in dieser schwierigen Phase auf ein direktes Eingreifen in die deutsch-deutschen Beziehungen nicht verzichtet, sondern ein ausführliches Gespräch mit dem Vertreter der Bundesrepublik geführt hat.

Im einzelnen ist zu berichten:

Honecker sagte, anknüpfend an den Brief des Bundeskanzlers vom 5.10.¹¹ und seine Bemerkung, er wolle das Schreiben in unserem Gespräch „in einem gewissen Maße“ beantworten, daß sich die Situation seit dem Kanzlerbrief zum Negativen hin verändert habe, was nicht die Schuld der DDR sei und allerdings auch von der DDR nicht so dramatisiert werde wie von Bonn. Vieles sei von den westdeutschen Medien zu verantworten. Manches, was zwischen den beiden deutschen Staaten möglich gewesen wäre, sei wegen unserer Medien „in den Eimer gegangen“. Seine (Honeckers) Rede in Gera dürfe nicht falsch interpretiert werden; sie sei „nicht als Rückwärtsgang“ gedacht. Unsere Seite möge dabei auch bedenken, daß eine Ansprache vor einem Parteiaktiv bestimmte Tonlagen erfordere. Immerhin habe er den Wahlsieg der Bonner Koalition¹² und Äußerungen des Bundeskanzlers über die beabsichtigte Fortsetzung der Ostpolitik¹³ gewürdigt. In den letzten zehn Jahren sei manches zwischen den beiden deutschen Staaten erreicht worden; auch dies werde durch seine Rede in Gera nicht in Frage gestellt.

Aber selbstverständlich seien „für eine volle Normalisierung noch einige grundsätzliche Fragen offen“. Darüber könne keine Seite im unklaren gewesen sein. Viele dieser Fragen hätten auf dem „sogenannten“ Arbeitstreffen besprochen werden sollen.¹⁴ Von dem Treffen seien durchaus gute Ergebnisse zu erwarten

¹⁰ Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, hielt sich vom 10. bis 13. November 1980 in Österreich auf. Vortragender Legationsrat I. Klasse Kastrup resümierte am 21. November 1980: „Mit Österreich hat GS Honecker zum ersten Mal ein westliches, neutrales Land besucht. Der Besuch, in dessen Verlauf Honecker Gespräche mit Bundespräsident Kirchschläger und BK Kreisky hatte und der ihn neben Wien auch nach Linz und Salzburg führte, verlief für die DDR im wesentlichen erfolgreich. [...] Mit dem Staatsbesuch haben sich die langjährigen Bemühungen der DDR um einen Ausbau ihrer Beziehungen zu Österreich ausgezahlt. Schon bisher war das Verhalten Österreichs gegenüber der DDR von einem gewissen Entgegenkommen gekennzeichnet: 1972 gehörte Österreich mit der Schweiz und Schweden zu den ersten Staaten in Westeuropa, die die DDR diplomatisch anerkannten; 1975 zählte Österreich mit Finnland wiederum zu den ersten Staaten in Westeuropa, die mit der DDR ein Konsularabkommen abschlossen; im Frühjahr 1978 besuchte BK Kreisky als erster westeuropäischer Regierungschef Berlin (Ost). [...] Der Besuch hat gezeigt, daß die DDR in der Lage ist, ihre Bemühungen um eine internationale Aufwertung ungeachtet der von ihr unternommenen entspannungskonträren Maßnahmen erfolgreich fortzusetzen.“ Vgl. Referat 210, Bd. 132449.

¹¹ Korrigiert aus: „6.10.“

¹² Zu den Bundestagswahlen am 5. Oktober 1980 vgl. Dok. 288, Anm. 4.

¹³ Vgl. dazu die gemeinsame Erklärung von SPD und FDP vom 7. Oktober 1980; Dok. 290, Anm. 4.

¹⁴ Zur Verschiebung des geplanten Treffens zwischen Bundeskanzler Schmidt und dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, am 22. August 1980 vgl. Dok. 241.

gewesen, wie unsere Seite sehr wohl wisse. Aber dennoch sei die Begegnung „abrupt abgesagt“ worden. Diese (noch einmal von Honecker wörtlich so) „abrupte“ Absage sei nicht gut gewesen, vor allem deswegen nicht, „weil die Abstimmung mit den jeweiligen Verbündeten bereits erfolgt war“. Im Zusammenhang mit der Absage des Treffens sei auf unserer Seite vieles an die Öffentlichkeit gebracht worden, was in Wahrheit gar nicht vorbesprochen oder beabsichtigt gewesen wäre. Es sei dabei auch „kräftig am gesamtdeutschen Dach gezimmert“ worden, was „östliche und westliche Verbündete mißtrauisch gemacht“ habe.

An dieser Stelle machte Honecker, wie er sagte, einen „persönlichen Einschub“; dieser Einschub verriet, was auch andere Passagen des Gesprächs zeigten, wie sehr Honecker sich durch bestimmte Umstände der Vorbereitung und der Absage seines Treffens mit dem Bundeskanzler persönlich betroffen fühlt. In seinem „persönlichen Einschub“ sagte Honecker, daß immerhin der Ortswechsel für das Treffen von Dierhagen bei Rostock an den Werbellinsee aufgrund eines Hinweises der Bundesregierung erfolgt sei, auf den Bundeskanzler sei ein Anschlag geplant.¹⁵

Man habe der DDR aus Bonn bedeutet, sie möge auf den Südjemen ein besonderes Auge haben. Nach entsprechenden Erkundigungen habe die DDR unserer Seite mitgeteilt, daß sie keine Indizien für ein beabsichtigtes Attentat habe. StM Huonker habe jedoch daran festgehalten, daß unserer Seite entsprechende seriöse Hinweise vorlägen. Unter diesen Umständen sei es zu der Verlegung des Treffens an den Werbellinsee gekommen. Er selbst (Honecker) habe dem Kanzler telefonisch gesagt, daß er vom Werbellinsee in jede Richtung ausschwärmen könne, um Orte in der DDR aufzusuchen.¹⁶ Das „Bad in der Menge“ wäre ja auch in Güstrow jederzeit möglich gewesen, aber der Bundeskanzler habe am Telefon sogar gesagt, er wolle gar kein Bad in der Menge nehmen.

Nach Auffassung der DDR sei das beabsichtigte (von Honecker erneut so formuliert) „sogenannte“ Arbeitstreffen von unserer Seite auch als Bestandteil des Wahlkampfes betrieben worden.

Überhaupt sei der Wahlkampf in der Bundesrepublik „größtenteils auf Kosten der DDR“ geführt worden. Als Beleg dafür wies Honecker hin auf die öffentlich bekannt gewordene Bemerkung des Bundeskanzlers über die „16 Millionen Geiseln“, die die Bundesrepublik Deutschland in Gestalt der DDR-Bürger zu berücksichtigen habe.¹⁷ Dieses, wie manches andere Wort, gehöre zu dem „gesamtdeutschen Dach“, an dem neuerlich von Bonn aus wieder mehr gezimmert werde. Die DDR habe im Interesse eines Wahlerfolgs der Bonner Koalition, die seit zehn Jahren wahlpolitisch von ihrer Ostpolitik profitiere, bis zur „Selbstlosigkeit stille gehalten und geschwiegen“.

¹⁵ Zu Berichten über einen Anschlag auf Bundeskanzler Schmidt vgl. Dok. 250, Anm. 3.

¹⁶ Für das Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, am 22. August 1980 vgl. BONN UND OST-BERLIN, S. 544 f.

¹⁷ Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem amerikanischen Außenminister Vance am 20. Februar 1980; Dok. 55, Anm. 2.

Vgl. dazu auch das Gespräch Schmidts mit dem saudi-arabischen Außenminister Prinz Saud al-Faisal am 3. März 1980; Dok. 70.

Vgl. dazu ferner das Gespräch Schmidts mit dem Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Mittag, am 17. April 1980; BONN UND OST-BERLIN, S. 504–515, sowie VON HUBERTUSSTOCK NACH BONN, S. 43–50.

An dieser Stelle erwähnte Honecker zum ersten Mal, was er im weiteren Verlauf des Gesprächs noch einige Male tat, die Bemerkung Breschnews gegenüber dem Bundeskanzler bei dessen Besuch in Moskau in diesem Jahr¹⁸, wonach Breschnew gesagt hat, die Bundesregierung sei Honecker in einigen Prinzipienfragen zwischen den beiden deutschen Staaten „noch etwas schuldig“. ¹⁹ Er (Honecker) wolle nur hinzufügen, daß auch dieses inzwischen in unseren Zeitungen gestanden habe.

Honecker fuhr fort, natürlich nehme auch die DDR zur Kenntnis, daß der Bundeskanzler positiv einzuschätzende Erklärungen zur Friedenssicherung abgebe; von dieser Einstellung sei auch die Begegnung zwischen ihm und Helmut Schmidt in Belgrad²⁰ bestimmt gewesen. Die DDR-Führung müsse nun jedoch nachdrücklichst verlangen, daß den Bonner Worten auch Taten folgten. Bei der DDR-Führung verstärkte sich der Eindruck, daß der Bundeskanzler „sehr oft der Politik des amerikanischen Präsidenten Carter“ folge; dies gelte ebenso sehr für die Haltung der Bundesregierung zu den Olympischen Spielen in Moskau²¹, was man nicht besonders wichtig nehmen wolle, als auch für die Position des Bundeskanzlers und der Bundesregierung in der Frage der eurostrategischen Waffen, einer Angelegenheit von höchster Bedeutung. Bereits in seinem Telefongespräch mit dem Bundeskanzler im Dezember 1979²² habe er (Honecker) vor einer Fehleinschätzung der Haltung Gromykos bei dessen damaliger Reise nach Bonn²³ gewarnt. Er habe versucht, die Augen dafür zu öffnen, daß es eine Illusion sei, nach einem Nachrüstungsbeschluß der NATO übertriebene Vorstellungen über die dann noch vorhandene Verhandlungschance zu haben. Nach seinem Eindruck seien seine Warnungen nicht gebührend zur Kenntnis.²⁴

Grundsätzlich sei zu sagen, daß es angesichts der heutigen Lage von seiten der Bundesregierung konstruktiv²⁵ wäre, eine „europäische und keine amerikanische Politik“ zu betreiben. Nur dies könne eine Friedenspolitik sein. Selbstverständlich könne Bonn keine Probleme lösen, die Probleme der beiden Großmächte USA und UdSSR seien. Aber die Bundesregierung könne europäische Probleme „konstruktiver“ anpacken, als sie es faktisch in den letzten Monaten getan habe.

Anschließend an diese Aufforderung erwähnte Honecker die Situation bei den MBFR-Verhandlungen in Wien, in der die Bundesregierung kein Entgegenkommen zeige, sondern dazu beitrage, daß lediglich auf sterile Weise die Zehndiskussion fortgesetzt werde. Weithin unberücksichtigt blieben auch immer

¹⁸ Zum Besuch des Bundeskanzlers Schmidt und des Bundesministers Genscher am 30. Juni und 1. Juli 1980 in der UdSSR vgl. Dok. 192–195.

¹⁹ Vgl. dazu das deutsch-sowjetische Regierungsgespräch am 30. Juni 1980 in Moskau; Dok. 192.

²⁰ Für das Gespräch am 8. Mai 1980 vgl. BONN UND OST-BERLIN, S. 516–534.

²¹ Zur Empfehlung der Bundesregierung an das NOK vom 23. April 1980 vgl. Dok. 122, Anm. 3. Zur Entscheidung des NOK vom 15. Mai 1980 vgl. Dok. 148, Anm. 45.

²² Für das Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, am 28. November 1979 vgl. BONN UND OST-BERLIN, S. 469–481.

²³ Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich vom 21. bis 24. November 1979 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 341–344.

²⁴ Unvollständiger Satz in der Vorlage.

²⁵ Dieses Wort wurde hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

noch Breschnews „konkreter und inzwischen verwirklichter Vorschlag“ in seiner Rede in Berlin zum 30. Jahrestag der DDR²⁶ sowie Breschnews spätere Rede in Alma-Ata²⁷. Der sowjetische Truppenabzug aus der DDR²⁸ sei ein großer konkreter Schritt gewesen, auf den eine westliche, vor allem eine Bonner Antwort, noch ausstehe.

Nach den bevorstehenden Wahlen in den USA²⁹ hofften die WP-Staaten auf eine Ratifizierung von SALT II³⁰ und später auf das Aushandeln eines SALT-III-Vertrages. Gegenüber Bonn bleibe aber vorrangig, daß die Bundesregierung eine europäische und keine amerikanische Politik betreiben solle, um die Entspannung zu sichern. Diese politische Entspannung, die ohnehin durch die Bonner Haltung sehr gefährdet sei, müsse jetzt durch eine militärische Entspannung ergänzt werden³¹; dabei wiederholte Honecker seinen Hinweis auf die MBFR-Verhandlungen in Wien und sprach – ohne Einzelheiten – von der KSZE-Nachfolgekonzferenz in Madrid³².

Honecker sagte dann, er habe, ohne Vermittler sein zu können, die Gespräche des Bundeskanzlers in diesem Sommer in Moskau diskret im Kontakt mit der UdSSR mit vorbereitet. Er habe alles getan, um die internationalen Spannungen aus den deutsch-deutschen Beziehungen herauszuhalten. Er habe auch mit Breschnew Fragen der eurostrategischen Waffen und der Probleme in Afghanistan vorgeklärt. Aufgrund dessen sei es auch zu einem mehr als symbolischen Rückzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan³³ gekommen. Unter anderem wegen dieser (Honeckers) Vorgespräche sei es für den Bundeskanzler möglich gewesen, seine Unterredungen in Moskau ergebnisvoll zu führen. Aber noch immer gebe es eine Kluft zwischen den Worten und den Taten Bonns. Er

²⁶ Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin vgl. Dok. 29, Anm. 5.

²⁷ Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, auf einer Festveranstaltung zum 60. Jahrestag der Kasachischen Sozialistischen Sowjetrepublik und der Kommunistischen Partei Kasachstans am 29. August 1980 vgl. BRESHNEW, Wege, Bd. 8, S. 473–482. Gesandter Huber, Moskau, berichtete am 30. August 1980, bemerkenswert an der Rede sei „die Schärfe, mit der Breschnew die USA angreift und der Administration unterstellt, sie mißachte die ‚historischen Veränderungen‘ und das ‚neue Kräfteverhältnis in der Welt‘ und zwingt anderen Völkern ihr Diktat auf. [...] Über Abrüstung und Rüstungskontrolle sagt Breschnew in Alma-Ata nichts Neues. [...] Daß Passagen zu Madrid und sowjetischem Konferenzvorschlag fehlen, dürfte wiederum durch Ort und Charakter der Rede bestimmt sein.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3840; Referat 341, Bd. 113071.

²⁸ Zum Teilabzug sowjetischer Streitkräfte aus der DDR vgl. Dok. 114, Anm. 6. Vgl. dazu ferner Dok. 284.

²⁹ Die Wörter „Wahlen in den USA“ wurden hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen. Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt. Vgl. dazu Dok. 314, Anm. 3.

³⁰ Zum Stand des Ratifizierungsverfahrens des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 im amerikanischen Senat vgl. Dok. 59.

³¹ Vgl. dazu die Vorschläge des Komitees der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten bei der Tagung am 14./15. Mai 1979 in Budapest; Dok. 1, Anm. 28.

Vgl. dazu auch den Vorschlag des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, Gierek, vom 11. Februar 1980 für eine Konferenz über Abrüstung in Europa; Dok. 55, Anm. 39.

Vgl. dazu ferner die Vorschläge des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts bei der Tagung am 14./15. Mai 1980 in Warschau; Dok. 150, Anm. 5.

³² Die zweite KSZE-Folgekonferenz wurde am 11. November 1980 eröffnet. Vgl. dazu Dok. 319 und Dok. 322.

³³ Zur Ankündigung eines Teilabzugs der sowjetischen Streitkräfte aus Afghanistan vgl. Dok. 185, Anm. 3.

frage sich, ob man bei uns nicht bedenke, welchen Eindruck es z. B. auf die sowjetische Führung machen müsse, wenn der Bundeskanzler nach seinem Besuch in Moskau öffentlich verkünde, er habe sozusagen dem gesamten Politbüro der KPdSU „den Marsch geblasen“, indem er in jeder Deutlichkeit klarmacht habe, welche gefährliche Rüstungspolitik die UdSSR betreibe.³⁴ Wer solches öffentlich von sich mitteile, müsse sich dann auch gefallen lassen, am eigenen „Abstand zwischen seinen Worten und Taten“ gemessen zu werden.

Ohne jede Frage habe die Ostpolitik zu den Wahlerfolgen der Bonner Koalition seit zehn Jahren beigetragen. Aber gleichzeitig wirke die Bundesregierung auf eine Veränderung des militärischen Gleichgewichts zum Nachteil der WP-Staaten hin. Der Bundeskanzler bezeichne sich selbst als eine der wichtigsten Figuren für den Nachrüstungsbeschluß der NATO im Bereich der eurostrategischen Waffen. Die DDR-Führung habe nicht die Illusion, die Bundesrepublik aus ihrem Bündnis herauslösen zu können. Dennoch bleibe zu fragen, ob es nicht „eine größere Übereinstimmung zwischen den positiven Worten und den negativen Handlungen der Bundesregierung“ geben könnte, ohne daß dies Grundsatzfragen überhaupt aufwerfen müßte wie die Herauslösung aus Bündnissen, aus denen sich ja auch die DDR ihrerseits nicht lösen könnte.

Statt dessen wolle Bonn offenbar sogar – zusätzlich zu seinem entsprechenden Einfluß in Europa – immer mehr Einfluß auf die amerikanische Globalstrategie gewinnen und trage damit zur „Kriegsvorbereitung“ der NATO bei.

Honecker kam dann auf die bilateralen Beziehungen zu sprechen, wobei er eingangs noch einmal anknüpfte an die von ihm behauptete Haltung der Bundesregierung in internationalen Fragen in den letzten Monaten. So sagte er, daß sich aus der unbefriedigenden Haltung des Bundeskanzlers und der Bundesregierung in Fragen der militärischen Entspannung auch Konsequenzen auf die bilateralen Beziehungen³⁵ zwischen den beiden deutschen Staaten ergeben. Honecker: „Es gibt eine ‚Sozialistische Einheitspartei Deutschlands‘; es gibt ein ‚Neues Deutschland‘; es gibt in der DDR noch viele Namen, die auf Deutschland Bezug nehmen, sogar die ‚Deutsche Reichsbahn‘. Aber es gibt kein Deutschland mehr. Es gibt zwei souveräne, unabhängige Staaten auf deutschem Boden und nichts anderes. Wir werden zu den in jüngster Zeit wiederbelebten gesamtdeutschen Ansprüchen Bonns nicht länger schweigen.“

Honecker sagte, selbst der Bundeskanzler habe in einem Brief an ihn die DDR als ein „Völkerrechtssubjekt“ bezeichnet.³⁶

Dem müsse in jeder Hinsicht Rechnung getragen werden. Offensichtlich verlöre Bonn mehr und mehr die Realitäten aus dem Auge; die Einsicht in diese Realitäten sei aber genau das gewesen, was in den vergangenen Jahren eine für den Frieden in Europa und darüber hinaus wichtige und durchaus konkrete Normalisierung zwischen den beiden deutschen Staaten ermöglicht habe.

³⁴ Vgl. dazu die Regierungserklärung des Bundeskanzlers Schmidt am 3. Juli 1980 im Bundestag; BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 116, S. 18583–18588.

³⁵ Der Passus „aus der ... Beziehungen“ wurde hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

³⁶ Vgl. dazu das Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt vom 28. Juni 1977 an den Generalsekretär des ZK der SED, Honecker; BONN UND OST-BERLIN, S. 385–389.

Selbstverständlich könne die Bundesregierung „durch Nadelstiche“ die schon erreichte Normalisierung wieder beenden. Er (Honecker) frage sich beispielsweise, warum bei den beiden deutschen Filmwochen die Teilnahme der zuständigen Staatsminister oder stellvertretenden Minister abgesagt worden sei³⁷; ebenso frage er sich, wohin weitere Absagebriefe, beispielsweise von westdeutschen Gewerkschaftlern, führen sollten. Honecker: „Das ist ein Abbau von erreichter Normalität. Er führt uns schnell auf den Ausgangspunkt zurück, den wir überwunden hatten. Dann wird von der schon erreichten Normalisierung kaum noch etwas übrigbleiben. Ich sage dies mit dieser Deutlichkeit, damit jeder weiß: Wenn man etwas zurückdreht, dann soll man es mit offenen Augen tun.“ Eine etwaige Bonner Politik der Nadelstiche sei nicht nur töricht, sondern sogar gefährlich. Die DDR könne dies allerdings ertragen und sei nicht erpreßbar. (An dieser Stelle kam Honecker auf meine eingangs des Gesprächs gemachte Bemerkung zurück, daß die Bundesregierung in ihrer Vertretung bei der DDR keine Politik des leeren Stuhls betreiben wolle. Honecker sagte, er begrüße eine solche Ankündigung, müsse jedoch hinzufügen, daß die DDR auch in diesem Punkt nicht erpreßbar sei. Außerdem berühre es ihn eigentümlich, in welchem Maße solche Fragen wie die Ablösung eines Missionschefs und seiner Nachfolge³⁸, die an sich zwischen souveränen Staaten zunächst diskret behandelt würden, bei uns Gegenstand öffentlicher Behandlung seien.³⁹)

Honecker wiederholte dann die unerledigten Grundsatzfragen, die er auch in seiner Rede in Gera aufgeführt hat. Er begann mit der Staatsbürgerschaftsfrage und berief sich dabei auf eine Bemerkung des österreichischen Bundeskanzlers Kreisky im Zusammenhang mit dem Abschluß des Konsularabkommens zwischen der DDR und Österreich, wonach Kreisky gesagt hat, daß er keinen Staat ohne Staatsbürger kenne.⁴⁰ Honecker fügte hinzu (es wurde deutlich,

³⁷ Die Filmwoche der Bundesrepublik in der DDR fand vom 16. bis 23. Oktober 1980 in Dresden, Frankfurt (Oder) und Potsdam statt, die Filmwoche der DDR in der Bundesrepublik vom 23. bis 30. Oktober 1980 in Bremen, Duisburg und Saarbrücken.

Ministerialdirigent Stern, Bundeskanzleramt, vermerkte am 2. Dezember 1980 zu einem Gespräch mit dem Botschaftsrat der Ständigen Vertretung der DDR, Schindler, am selben Tag: „Ich habe Bezug genommen auf die Ausführungen des Leiters der Ständigen Vertretung der Deutschen Demokratischen Republik, H[errn] Moldt, am 13.11.1980 gegenüber Staatsminister Huonker. [...] Herr Moldt habe ausgeführt, wir hätten die Filmwoche-Veranstaltungen zur Anprangerung der Mindestumtauschregelung benutzt. StM Huonker habe bereits geantwortet, unsere Äußerungen seien unerläßlich gewesen. [...] Wegen des Vorbringens von Herrn Moldt bezüglich der Absage von Herrn StM Huonker möchte ich auf die Ausführungen von Herrn StM Huonker selbst verweisen. Die DDR werde sicher registriert haben, daß hochrangige Vertreter der Bundesregierung sowohl in Saarbrücken als auch in Duisburg anwesend gewesen seien.“ Vgl. Referat 210, Bd. 132561.

³⁸ Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, berichtete am 10. November 1980: „Heute vormittag habe ich MfAA-Abteilungsleiter Seidel die Note überreicht, in der die Bundesregierung um das Einverständnis mit der Beauftragung von StS Bölling als meinen Nachfolger in der Leitung der Ständigen Vertretung bittet. [...] Auf Nachfrage sagte ich Seidel, ich würde aus meiner jetzigen Funktion Ende Januar 1981 ausscheiden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1196; Referat 210, Bd. 132437.

Ministerialrat Hellbeck, Ost-Berlin, teilte am 26. November 1980 mit: „MfAA-Abteilungsleiter Seidel bat mich heute (26.11.) zu sich, um mir die Antwortnote der DDR-Regierung vom 26.11.1980 auf unser Agrémentersuchen zu übergeben. Danach wird das Agrément für Herrn StS Bölling erteilt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1242; Referat 210, Bd. 132437.

³⁹ Vgl. dazu den Artikel „Bölling will wechseln“; DER SPIEGEL vom 13. Oktober 1980, S. 14.

Vgl. dazu ferner den Artikel „Des Kanzlers neues Kleeblatt“; DER SPIEGEL vom 3. November 1980, S. 17–19.

⁴⁰ Presseberichten zufolge führte Bundeskanzler Kreisky am 21. Januar 1975 zur Frage einer DDR-Staatsbürgerschaft aus: „Wir können uns nicht zu der Erklärung durchringen, daß das ein Staat ohne

daß er dies auch für alle weiteren offenen Grundsatzfragen meinte), daß man dieses nicht dramatisieren solle und solche Fragen „nicht von heute auf morgen“ gelöst werden müßten. Allerdings sei es dringend notwendig, daß Bonn wenigstens die Bereitschaft spüren lasse, „über solche Fragen ins Gespräch zu kommen“.

Honecker erwähnte danach als einen besonderen Stein des Anstoßes die Ausstellung von Pässen der Bundesrepublik an DDR-Bürger. Er nannte die Erfassungsstelle in Salzgitter⁴¹ und die offene Grenzfrage an der Elbe. Diese Grenzfrage sei in Wahrheit doch nur wegen des Einspruchs von Ministerpräsident Albrecht offengeblieben.⁴² Er frage, wann es die nächste Bundestagswahl in der Bundesrepublik gebe und ob nicht, bevor die DDR erneut darauf Rücksicht nehme (wie sie es in allen in diesem Zusammenhang erwähnten Fragen in den letzten Monaten genommen habe), z. B. die Elbe-Frage angepackt werden könne.

Zu solchen „überfälligen Fragen“ gehöre auch die Einrichtung der TSI⁴³. Hierfür lägen bestimmte Zusicherungen der Bundesregierung vor. In diesem Zusammenhang wolle er auch den Swing⁴⁴ erwähnen. Er habe nicht die Absicht gehabt, bei seiner abgesagten Begegnung mit dem Bundeskanzler über den Swing zu reden, sondern hätte statt dessen ein „normales Handelsabkommen“ vorschlagen wollen. Dazu sei es nun nicht gekommen, weswegen man davon ausgehen möge, daß der Swing, der für beide Seiten nützlich sei, beibehalten werden solle, bis man „etwas Besseres habe“. Zurückweisen müsse die DDR auch die noch immer nicht beendeten Einmischungen Bonns in die Beziehungen der DDR zu dritten Staaten. Dies alles habe mit einem „Realitätsverlust in Bonn“ zu tun; Bonn beginne, die Realitäten wieder aus dem Auge zu verlieren, was doch die Basis für die Erfolge der Normalisierungspolitik in den letzten Jahren gewesen sei.

Er sei bereit, sich zu einem dafür gegebenen Zeitpunkt mit Bundeskanzler Schmidt zu treffen, warne uns allerdings davor, diesen Satz allzu spekulativ zu nehmen. Gegenwärtig sei es „für diese Frage nicht real, einen Zeitpunkt bereits

Fortsetzung Fußnote von Seite 1622

Staatsbürger ist.“ Vgl. den Artikel „Kreisky verbittet sich Bonner Kritik an der Wiener Außenpolitik“; *DIE WELT* vom 22. Januar 1975, S. 1.

Die DDR und Österreich unterzeichneten am 26. März 1975 einen Konsularvertrag. Für den Wortlaut vgl. *AUSSENPOLITIK DER DDR*, Bd. XXIII/2 (1975), S. 892–911. Vgl. dazu ferner AAPD 1975, I, Dok. 152.

⁴¹ Die Zentrale Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen wurde am 24. November 1961 in Salzgitter eingerichtet. Ihre Aufgabe war „die Erfassung von seit dem 13. August 1961 an der Zonen-grenze und in der DDR durch die SED-Regierung und ihre Organe begangenen Gewaltverbrechen“. Vgl. *KABINETTSPROTOKOLLE*, Bd. 14 (1961), S. 246, Anm. 11.

⁴² Zu den Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR über den Grenzverlauf im Bereich der Elbe vgl. Dok. 305, Anm. 13.

⁴³ Treuhandstelle für den Interzonenhandel.

⁴⁴ Die Abrechnung des Waren- und Dienstleistungsverkehrs zwischen der Bundesrepublik und der DDR erfolgte über drei Unterkonten, die bis zu einem gewissen Betrag überzogen werden konnten („Swing“). Am 6. Dezember 1968 vereinbarten Ministerialrat Kleindienst, Bundesministerium für Wirtschaft, und der Stellvertretende Minister für Außenwirtschaft der DDR, Behrendt, eine an den Lieferungen der DDR orientierte jährliche Neufestsetzung des Überziehungskredits („Swing“) in Höhe von 25 % der im Vorjahr bezahlten Lieferungen und Dienstleistungen. Für den Briefwechsel vgl. Referat II A 1, Bd. 869.

In einem Briefwechsel vom 6. Dezember 1974 vereinbarten Kleindienst und Behrendt die Fortsetzung der Swing-Regelung bis zum 31. Dezember 1981 in Höhe von maximal 850 Millionen VE. Für den Wortlaut des Briefwechsels vgl. *NEUES DEUTSCHLAND* vom 11. Dezember 1974, S. 2.

ins Auge zu fassen“. Die Lage habe sich negativ verändert. Daran anknüpfend, sprach Honecker mit besonderem Nachdruck über das Deutschland-Kommuniqué im Zusammenhang mit der NATO-Tagung in Ankara. Die damit wiederbelebte Wiedervereinigungsfrage sei weder von Washington noch London oder Paris, sondern vollkommen von Bonn initiiert worden. Diese NATO-Erklärung habe gewirkt „wie eine Ohrfeige gegen die deutsch-deutsche Freundschaft“⁴⁵. Dann wiederholte er, daß es kein Deutschland mehr gebe, sondern nur zwei souveräne Staaten auf deutschem Boden, und daß die DDR zu gesamtdeutschen Ansprüchen Bonns nicht länger schweigen werde. Wer von der Vereinigung der beiden deutschen Staaten träume, spiele mit Krieg und Frieden.

Honecker kam dann auf das Vier-Mächte-Abkommen⁴⁶ zu sprechen. Die DDR habe eine umfängliche Dokumentation in ihrer Schublade über Bonner Verletzungen des Vier-Mächte-Abkommens, dessen wichtigster Bestandteil die Tatsache sei, daß Berlin (West) kein Bestandteil der Bundesrepublik sei und nicht von dieser regiert werde. Es sei dringend notwendig, daß Bonn die damit aufgeworfenen Fragen ernst nehme. Genau in diesem Zusammenhang aber fügte Honecker dann auch hinzu, daß seine Seite nicht die Absicht habe, gegen den Mißbrauch des Transitverkehrs stärkere Maßnahmen zu ergreifen. Auch gelte immer noch seine (Honeckers) Weisung an die Grenztruppen der DDR, den Schießbefehl so zurückhaltend wie möglich⁴⁷ auszulegen. Soweit er unterrichtet sei, habe es seit dieser, seiner Weisung praktisch kaum noch Schüsse an der Grenze gegeben.⁴⁸

Ich wies in meiner Erwiderung darauf hin, daß unsere Seite in einer ganzen Reihe von ihm (Honecker) vorgetragener Punkte eine andere Auffassung habe, deren Berechtigung und Richtigkeit für uns außer Zweifel stehe. In allen diesen Punkten müsse ich ihm sagen, daß er nicht von einer veränderten Haltung der Bundesregierung ausgehen könne. Wichtig für uns sei zu wissen, ob Honeckers Rede von Gera eine aus der derzeitigen europäischen Lage herrührende Haltung der DDR markiere. Honecker bemühte sich in seiner Antwort auf diese Frage, die Deutlichkeit seiner uns gegenüber kontroversen Grundsatzpositionen nicht zu verwischen und gleichzeitig einen grundsätzlichen Kurswechsel sowohl für die DDR als auch für die Sowjetunion und die übrigen WP-Staaten zu bestreiten. Er wiederholte sehr nachdrücklich, daß sich die DDR – wie es auch die Sowjetunion sehe – von der Bundesrepublik in offenen Grundsatzfra-

⁴⁵ Die Wörter „deutsch-deutsche Freundschaft“ wurden hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

⁴⁶ Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73.

⁴⁷ Die Wörter „Schießbefehl so zurückhaltend wie möglich“ wurden hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

⁴⁸ Das Bundesministerium der Finanzen übermittelte dem Auswärtigen Amt am 17. Dezember 1980 den Monatsbericht der Oberfinanzdirektion Berlin „über die Lage an der Grenze zur DDR und Sektorengrenze zu Berlin (Ost)“ vom November 1980. Unter „Vorkommnisse Grenze“ hieß es zum Punkt „Ursprung außerhalb von Berlin (West)“: „18.11.: Nach Zeugenaussage haben in Berlin-Rudow, Rhodeländer Weg (Z[oll]Kom[missariat] III), Angehörige der Gr[enz]Tr[uppen] mehrere Schüsse auf eine männliche Person innerhalb der Grenzsperranlagen abgegeben. Die Person wurde angeblich verletzt und abtransportiert. [...] 28.11.: In Berlin-Frohnau, Invalidensiedlung (ZKom II), haben Zeugen bemerkt, daß in der Nacht zehn bis zwölf Schüsse von Angehörigen der GrTr abgegeben wurden und zwei männlichen Personen die Flucht über die Sperrmauer gelang.“ Vgl. Referat 210, Bd. 132538.

gen in den vergangenen Jahren „von der Bundesregierung schlecht bedient fühle“. Gerade weil die Bundesregierung international und bilateral in jüngster Zeit den Eindruck von der Wiederbelebung „an sich überholter Positionen“ erweckt habe, müsse die DDR jetzt ihre deutliche Gegenposition beziehen.

Ich wies dann auf die schweren politischen Folgen hin, die die Erhöhung des Mindestumtauschs für die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten habe. Honecker wich zunächst wiederum auf eine Bemerkung Kreiskys aus, der unlängst gesagt habe, wer nach Österreich einreise, gebe auch mehr als M 25,- täglich aus.⁴⁹ Auf nochmaligen Hinweis von mir auf die politische Bedeutung dieser Frage machte Honecker deutlich, daß er sich eine Änderung der DDR-Haltung in dieser Frage nicht vorstellen könne, um dann (buchstäblich) halblaut hinzuzufügen, daß man natürlich nicht wisse, was sich im Laufe von politischen Entwicklungen ergeben könne. Danach bekräftigte er noch einmal in normaler Lautstärke, daß Änderungen nicht vorstellbar seien und wir dieses auch nicht als eine politische Frage ansehen sollten, sondern als eine wirtschaftlich begründete. Ich widersprach ihm darin.

Unter Hinweis auf die jüngsten Beschlüsse anderer WP-Staaten (einschließlich der Sowjetunion) in Sachen Sommerzeit bat ich ihn noch einmal (wie in der vergangenen Woche im DDR-Außenministerium⁵⁰), die DDR-Führung möge ihre Entscheidung in der Frage der Sommerzeit⁵¹ noch einmal überprüfen. Honecker sagte, für die DDR sei dies eine rein ökonomische und pädagogisch begründete Entscheidung gewesen. Es gebe keine Abstimmung darüber mit der Sowjetunion; die Sowjetunion habe so viele Zeitphasen, daß es praktisch nicht ins Gewicht falle, wenn ein Teil von ihr die Sommerzeit einführe; er ergänzte diese Bemerkung jedoch dahin, daß man sich „alles noch einmal überlegen“ werde.

Im Zusammenhang mit einer dann von Honecker angestellten Rekapitulation unseres Gesprächs (dabei nochmalige Betonung auf unsere „Schuldigkeit in Grundsatzfragen“) sagte ich in bezug auf die derzeitige allgemeine Lage in Europa, daß die Bundesregierung an ihrer strikten Politik der Nichteinmischung auch in Polen unbeirrt festhalten werde. Weiter sagte ich, sollte es zwischen den beiden deutschen Staaten in absehbarer Zeit zu einem umfassenden Gedankenaustausch kommen, so müsse die DDR wissen, daß die Frage des Mindestumtauschs für uns ein unverzichtbarer Bestandteil solcher Gespräche sein würde.

[gez.] G. Gaus

VS-Bd. 14082 (010)

⁴⁹ Dieser Satz wurde hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

⁵⁰ Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, traf am 23. Oktober 1980 zu einem Gespräch mit dem Abteilungsleiter im Außenministerium der DDR, Seidel, zusammen. Thema war der Grenzverlauf im Bereich der Elbe. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1119 von Gaus vom 24. Oktober 1980; VS-Bd. 13133 (210); B 150, Aktenkopien 1980.

⁵¹ Zur Entscheidung der DDR, die Umstellung auf Sommerzeit für das Jahr 1981 nicht vorzunehmen, vgl. Dok. 305, Anm. 34.

314

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech**220-370.70 USA-1893/80 VS-vertraulich****6. November 1980¹**Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister vorgelegtBetr.: Ausgang der Wahlen in den Vereinigten Staaten³;

hier: erste Stellungnahme aus der Sicht der Rüstungskontrollpolitik

Die folgenden Bemerkungen zu den rüstungskontrollpolitischen Konsequenzen des Ausgangs der Wahlen in den Vereinigten Staaten müssen vorläufigen Charakter haben, und zwar u. a. aus folgenden Gründen:

- Eine umfassende und detaillierte Aussage des gewählten Präsidenten zu seiner künftigen Rüstungskontrollpolitik liegt nicht vor.
- Seine Äußerungen zu einzelnen Themen, wie zu SALT II⁴, sind im Zusammenhang des Wahlkampfes gefallen und müssen noch inhaltlich konkretisiert werden.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Botschafter Ruth konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau und Vortragendem Legationsrat Edler von Braumnühl am 10. November 1980 vorgelegen.

Hat Wallau am 24. November 1980 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 220 verfügte.

² Hat Staatssekretär van Well am 9. November 1980 vorgelegen.

³ Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 5. November 1980: „Der längste Wahlkampf der amerikanischen Geschichte endete mit einem in seinen Ausmaßen nicht erwarteten hohen Sieg von Ronald Reagan. [...] Ronald Reagan hat sich bei den Wählerstimmen mit sieben Prozent Vorsprung klar von Carter abgesetzt, der 1976 mit einem Plus von zwei Prozent Gerald Ford schlug. Bei den Wahlmännern, die den Präsidenten wählen, zeigt sich der überlegene Sieg von Reagan noch deutlicher; nach Stand der Zählung um 1.30 Uhr Ostküsten-Zeit kann Reagan mit über 450 von 538 Elektorenstimmen rechnen (Carter 1976: 297 Elektoren). Wahlbeteiligung: 52 Prozent (1976: 54,4). Im Kongreß gibt es gleichfalls republikanische Gewinne, wenn auch nicht vergleichbar mit dem Reagan-Sieg. Im Senat gewannen die Republikaner sieben Sitze hinzu. Im Repräsentantenhaus beträgt der Zuwachs schon jetzt 28 Mandate. In beiden Häusern bleibt es allerdings bei demokratischen Mehrheiten; im Senat voraussichtlich nur sehr knapp.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4135; Referat 204, Bd. 115936.

Am 11. November 1980 teilte Hermes ergänzend mit: „Zu den Überraschungen der Wahl vom 4. November gehört die Übernahme der Mehrheit im Senat durch die Republikaner. Das Sitzverhältnis: 53 Republikaner, 46 Demokraten, ein Unabhängiger.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4208; Referat 204, Bd. 115936.

⁴ Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 13.

Zur Ablehnung des SALT-II-Vertrags durch den Präsidentschaftskandidaten der Republikanischen Partei, Reagan, vgl. Dok. 229, Anm. 6.

Gesandter Dannenbring, Washington, teilte am 21. Oktober 1980 mit: „Präsident Carter ist es in den letzten Tagen gelungen, das Thema Krieg und Frieden in den Vordergrund zu rücken und Reagan damit in die Defensive zu bringen. Reagan fühlte sich genötigt, am 19.10. in einer halbstündigen Ansprache sein außenpolitisches Programm darzulegen. Zu SALT erklärte er, daß er als Präsident sofort Verhandlungen über einen SALT-III-Vertrag vorbereiten werde mit dem Ziel, eine Reduzierung nuklearer Waffen herbeizuführen. Carter wiederum hält dies für außerordentlich naiv, für einen tödlichen Schlag für langfristige Aussichten der nuklearen Rüstungskontrolle. [...] Unklar bleibt, wie Reagan nach einem Fallenlassen von SALT II weiter verhandeln will. Bemerkenswert ist, daß Kissinger am 20.10. Reagan mit der Bemerkung unterstützt hat: ‚To go with SALT III into a new negotiation is the correct way to go‘ (nach New York Times vom 21.10.). Trotz des Bemühens der Administration, SALT II von Afghanistan abzukoppeln, bleibt das Schicksal des Vertrages weiterhin un-

- Vom neuen amerikanischen Senat mit seiner republikanischen Mehrheit wird zwar generell eine konservativere Grundhaltung erwartet. Die Auffassungen der neuen Senatoren zu Fragen der Rüstungskontrolle sind aber noch nicht bekannt.
- Die führenden Mitglieder des Beraterteams für die Übergangsphase sind jetzt bekannt.⁵ Die künftigen Mitarbeiter des Präsidenten im Bereich der Rüstungskontrollpolitik stehen aber noch nicht fest.
- Die Kontakte zwischen den „transition teams“ der alten und der neuen Administration sollen in diesen Tagen aufgenommen werden.

I. 1) Der Kandidat Reagan legte in seinen sicherheitspolitisch relevanten Äußerungen das Hauptgewicht auf die Forderung, die angeblich verlorengegangene militärische Stärke der Vereinigten Staaten wiederherzustellen. Rüstungskontrollverhandlungen müßten auf der Grundlage der gesicherten amerikanischen militärischen Stärke geführt werden. Die zu Beginn des Wahlkampfes erhobene Forderung nach strategischer Überlegenheit der Vereinigten Staaten über die Sowjetunion wurde im Laufe des Wahlkampfes wieder aufgegeben und im übrigen auch von Mitarbeitern Gouverneur Reagans bei ihren Besuchen in Bonn⁶ heruntergespielt.

2) Abgesehen von SALT II nahm Reagan zu Themen der Rüstungskontrolle selten und nur allgemein Stellung. Immerhin hat er mehrfach festgestellt, daß auch seine Regierung den Rüstungskontrollprozeß und insbesondere den SALT-Prozeß fortsetzen werde. Seine Ablehnung von SALT II sei nicht gleichbedeutend mit der Ablehnung jeder Rüstungskontrolle.

3) Zum Inhalt des SALT-II-Vertrages hat sich Reagan eindeutig festgelegt. Er hat gesagt, er sei für die Fortsetzung des SALT-Prozesses und wolle sich energisch um SALT III bemühen. Der SALT-II-Vertrag

- solle jedoch nicht wieder in den Ratifizierungsprozeß⁷ eingeführt,
- vielmehr mit der Sowjetunion unverzüglich neu verhandelt werden.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1626

gewiß. Auf nationaler Ebene durch Äußerungen der Präsidentschaftskandidaten ist SALT Wahlkampfthema geworden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3985; Referat 220, Bd. 116911.

⁵ Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 8. November 1980 über eine Pressekonferenz des designierten amerikanischen Präsidenten Reagan am 6. November 1980 in Los Angeles: „Reagan ernannte Bill Casey, den bisherigen Wahlkampfleiter, zum Vorsitzenden des Hauptübergangsausschusses (transition executive committee), zu dessen Stellvertreter die frühere Botschafterin in London, Anne Armstrong. Vorsitzender des Verbindungsausschusses zum Kongreß wurde sein enger Mitarbeiter, Senator Laxalt, und Direktor des Übergangsteams wurde Ed Meese. Reagan betonte, er werde hart für eine überparteiliche Grundlage für die amerikanische Außenpolitik arbeiten. Dafür ist die Besetzung des außenpolitischen Beratergremiums, Vorsitz Bill Casey, dem auch drei prominente Demokraten angehören, nämlich Senator Henry Jackson, Senator Stone und Edward Bennett Williams, wichtig.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4184; Referat 204, Bd. 115947.

⁶ Vortragender Legationsrat I. Klasse Schenk unterrichtete die Botschaft in Washington am 12. August 1980 über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit den amerikanischen Senatoren Baker, Bellmon, Cochran und Cohen am Vortag: „Zu SALT III wies Baker darauf hin, daß er von Reagan ermächtigt sei, zu unterstreichen, daß dieser zwar SALT III ablehne, aber doch eine Fortführung der Abrüstungs- und Rüstungskontrollverhandlungen unterstütze mit dem Ziel, Risiko Atomwaffenkrieges zu mindern.“ Vgl. den nicht nummerierten Drahterlaß; Referat 204, Bd. 115947.

⁷ Zum Stand des Ratifizierungsverfahrens des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 im amerikanischen Senat vgl. Dok. 59.

4) Andere Themen der Rüstungskontrolle wurden nicht oder nur vage angesprochen. Das trifft für MBFR und KAE ebenso zu wie für die laufenden weltweiten Verhandlungen.

II. SALT II

1) SALT II wird von Reagan und seinen Beratern vor allem deshalb kritisiert, weil sie in dem Vertrag keine ausreichende Gewähr dafür sehen, daß die interkontinentalstrategische Erstschlagskapazität der Sowjetunion überzeugend ausgeschlossen wird. Besonders hervorgehoben wird dabei der Verzicht der Carter-Regierung, eine Begrenzung der schweren sowjetischen ICBM (SS-18) zu vereinbaren und der Sowjetunion im SALT-Vertrag die Möglichkeit des Sprengkopfaufwuchses offenzulassen. Dabei wird von den Kritikern von SALT II übersehen, daß die Sowjetunion ohne SALT II die Möglichkeit hätte, die Zahl der Sprengköpfe, insbesondere auf ihren schweren ICBM, noch erheblich stärker zu vermehren, als dies mit SALT II der Fall wäre.

2) Die Position Reagans und seiner Berater erinnert an die Haltung, die Präsident Carter und seine Regierung im Jahre 1977 gegenüber dem von republikanischen Regierungen bis dahin ausgehandelten SALT-II-Inhalt eingenommen haben. Diese Position der Carter-Regierung schlug sich in dem Vorschlag vom März 1977 nieder, über die bisherigen Absprachen hinaus einschneidende Reduzierungen (deep cuts) zu vereinbaren. Der Versuch, diesen Ansatz gegenüber den Sowjets durchzusetzen, scheiterte während des Besuchs von Vance in Moskau im März 1977.⁸ Es hat den Anschein, als ob dieser damals gescheiterte Versuch im Lager Reagans für richtig gehalten wird und als ob jetzt erneut versucht werden solle, ihn gegenüber der Sowjetunion durchzusetzen.

3) Eine Reihe der Berater im Lager des gewählten Präsidenten sind uns aus früheren Rüstungskontrollkontakten bekannt. Neben Kissinger sind hier u. a. Namen wie Helmut Sonnenfeldt, Fred Iklé und John Lehman zu nennen. Die beiden letztgenannten waren Direktor⁹ bzw. stellvertretender Direktor¹⁰ der ACDA unter Präsident Ford.

4) Eine denkbare Linie des Vorgehens der neuen Administration könnte sein:

- Der SALT-II-Vertrag wird nicht ratifiziert, die US-Regierung erklärt jedoch, während des Versuchs, Neuverhandlungen einzuleiten, nichts tun zu wollen, was mit SALT I¹¹ und II unvereinbar wäre, vorausgesetzt, die SU verhielte sich ebenso.
- Die Neuverhandlung unter Berücksichtigung der bisherigen Verhandlungsergebnisse, aber mit der Absicht, sie zu verändern, wird mit SALT III bezeichnet.

⁸ Zum Besuch des amerikanischen Außenministers Vance vom 27. bis 30. März 1977 in der UdSSR und zu den Vorschlägen für eine Begrenzung strategischer Waffen vgl. Dok. 226, Anm. 18.

⁹ Fred C. Iklé war von 1973 bis 1977 Direktor der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde.

¹⁰ John F. Lehman war von 1975 bis 1977 stellvertretender Direktor der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde.

¹¹ Für den Wortlaut des Interimsabkommens vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waffen (SALT) mit Protokoll vgl. UNTS, Bd. 944, S. 4–12. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 396–398. Vgl. dazu auch die vereinbarten und einseitigen Interpretationen; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 67 (1972), S. 11–14. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 398–404.

- Die LRTNF-Problematik wird strukturell in diese SALT-III-Verhandlungen einbezogen.

Vergleichbare Überlegungen hat der SALT-Fachmann Paul Nitze kürzlich angestellt.¹²

5) Es wird davon auszugehen sein, daß die Reagan-Administration ihr im Wahlkampf angedeutetes SALT-II-Konzept überprüft und es insbesondere auch an übergreifenden politischen und sicherheitspolitischen Interessen messen wird. Dabei kann damit gerechnet werden, daß die neue Regierung eine differenzierende Bewertung des SALT-II-Vertrages vornimmt und erkennt, daß wesentliche Teile des Vertragswerkes, die z. T. schon unter republikanischer Präsidentschaft ausgehandelt wurden, es wert sind, erhalten zu werden. Es wird von großer Bedeutung sein, den neuen Führungskräften in der jetzt beginnenden Vorbereitungsphase unsere Überlegungen und Interessen deutlich zu machen, um sicherzustellen, daß es nicht zu einer Auseinandersetzung über Rüstungskontrollprobleme zwischen den USA und Europa kommt.

III. Es wird vorgeschlagen, in den kommenden Wochen und Monaten folgende Linie im rüstungskontrollpolitischen Bereich zu verfolgen:

1) Darstellung unserer rüstungskontrollpolitischen Interessen gegenüber den Vertretern der neuen Administration auf allen sich bietenden Ebenen. Dazu sollte auch ein Vortragsaufenthalt von B. R. in Washington im Dezember¹³ genutzt werden.¹⁴ Die Reise des Bundeskanzlers und des Bundesministers nach Washington¹⁵ könnte auch dazu benutzt werden, daß Botschafter Ruth mit republikanischen Mitarbeitern des Senats und Rüstungskontrollberatern des neuen Präsidenten Verbindung aufnimmt.

¹² Referat 220 vermerkte am 10. November 1980: „Die Erklärung der amerikanischen Regierung vom Januar 1980, nichts zu tun, was mit den Vorschriften von SALT I und SALT II nicht vereinbar ist, solange sich die SU ebenso verhält, hat dazu geführt, daß auch die SU bisher stillschweigend dieser Haltung entsprach. Möglicherweise könnte die Administration versuchen, für die Dauer etwaiger Neuverhandlungen eine Verständigung mit der SU über die weitere Einhaltung zu erreichen (Vorschlag des ehemaligen stellvertretenden Verteidigungsministers Paul Nitze).“ Vgl. Referat 220, Bd. 116911.

¹³ Botschafter Ruth vermerkte am 4. Dezember 1980: „Intensive Gespräche sowohl mit Beamten der gegenwärtigen Regierung als auch mit Beratern der künftigen Reagan-Administration (u. a. Dr. Fred Iklé, Gen[eral]Maj[or] Rowny, Helmut Sonnenfeldt, Jeffrey Record) sowie mit dem republikanischen Kongreß-Abgeordneten Broomfield boten die Gelegenheit, aktuelle Rüstungskontrollfragen zu erörtern.“ Es habe „skeptische Fragen zum Konzept der KAE“ gegeben: „Der frühere ACDA-Direktor, Fred Iklé, stellte in diesem Zusammenhang die Frage, ob wir sicher seien, daß alle Bündnispartner an *Conditio sine qua non* des Bundesministers – Erstreckung auf ganz Europa – festhalten würden. Eine positive Antwort auf diese Frage würde für die Meinungsbildung der neuen Administration von großer Bedeutung sein. [...] Es hat sich gezeigt, daß nach übereinstimmender Auffassung der Gesprächspartner die Rüstungskontrolle als Instrument amerikanischer Politik auch in Zukunft ihre Bedeutung haben wird, daß sie aber stärker als bisher hinsichtlich ihrer Ziele und mit ihren Ergebnissen an den verteidigungspolitischen Erfordernissen der Vereinigten Staaten und der Allianz gemessen werden wird. [...] Bei den Gesprächen wurde auch deutlich, daß die künftige Rüstungskontrollpolitik der Regierung Reagan [auf] einer Linie in der Mitte zwischen dem konservativen, rüstungskontrollpolitisch eher skeptischen, und dem liberalen, rüstungskontrollpolitisch aufgeschlosseneren Flügel der Republikanischen Partei liegen muß.“ Vgl. VS-Bd. 11313 (220); B 150, Aktenkopien 1980.

¹⁴ Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Blech handschriftlich eingefügt.

¹⁵ Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 18. bis 21. November 1980 in den USA auf, Bundesminister Genscher am 19./20. November 1980. Vgl. dazu Dok. 334, Dok. 335 und Dok. 337.

2) Darstellung unserer Rüstungskontrollphilosophie, nach der Rüstungskontrolle wie Verteidigung und Abschreckung Bestandteile einer auf ein stabiles Gleichgewicht gerichteten Sicherheitspolitik sind.

3) Darstellung unseres Interesses an der Fortgeltung von SALT I und an der Fortsetzung des SALT-Prozesses unter Einbeziehung der bisher in SALT II erreichten Ergebnisse. Hinweis auf unsere national und im Bündnisverband geäußerte Befürwortung der SALT-II-Ratifikation.

4) Darstellung der Bedeutung, die wir den in Genf begonnenen Gesprächen über LRTNF¹⁶ beimessen, verbunden mit der Hoffnung, daß diese Gespräche im SALT-Rahmen zu konkreten Ergebnissen führen. Hinweis darauf, daß die Kontinuität der LRTNF-Rüstungskontrollverhandlungen auch für die parallele Implementierung des Modernisierungsbeschlusses¹⁷ unbedingt notwendig ist.

5) Darstellung unserer Position zu den für Europa neben LRTNF besonders relevanten Themen:

- MBFR,
- Konferenz für Abrüstung in Europa im KSZE-Zusammenhang.

Hier sollte das Verständnis der Vereinigten Staaten für die Bedeutung geweckt werden, die diesen Verhandlungen und Projekten

- aus der Sicht der Europäer,
- als Teil der Konsultations- und Verhandlungsaktivitäten des Bündnisses,
- für die politische und speziell rüstungskontrollpolitische Koppelung zwischen den Vereinigten Staaten und Europa

zukommt. In diesem Zusammenhang könnte darauf hingewiesen werden, daß es sich bei der Behandlung der rüstungskontrollpolitischen Themen im Bündnis um einen funktionierenden Abstimmungsmechanismus mit stabilisierender Wirkung handelt, der gewahrt und weiterentwickelt werden muß.

6) Zwischen jetzt und der Übernahme der Regierung durch die Administration Reagan¹⁸ sollten alle bestehenden Konsultationsmöglichkeiten mit den Verei-

¹⁶ Zu den amerikanisch-sowjetischen Gesprächen über Mittelstreckensysteme in Genf vgl. Dok. 290, Anm. 6.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Citron vermerkte am 5. November 1980: „Die amerikanische Botschaft unterrichtete uns am 5.11. wie folgt über den Fortgang der ersten Gesprächsrunde seit der vorangegangenen Unterrichtung vom 24.10.: 1) Die Gespräche verliefen weiterhin freundlich und sachlich. Seit dem 24.10. hätten weitere drei Plenarsitzungen stattgefunden. 2) Die amerikanische Seite habe detailliert dargelegt, weshalb landgestützte nukleare Mittelstreckenraketen im Mittelpunkt der Gespräche stehen sollten, die Bedeutung des Prinzips der Gleichheit für die Begrenzung der Zahl der Sprengköpfe auf einem möglichst niedrigen Niveau, die Notwendigkeit eines weltweit gültigen Abkommens mit besonderen Beschränkungen für Waffen, welche die Stabilität in Europa berühren. 3) Im Gegensatz dazu seien die sowjetischen Äußerungen sehr allgemein gewesen: Aufzählung der Systeme, welche die strategische Lage in Europa beeinflussen – d. h. überwiegend ‚FBS‘ –, ohne zu spezifizieren, welche Systeme in einem Abkommen berücksichtigt und welche auf irgendeine andere Weise behandelt werden sollten. [...] Behauptung, neue amerikanische Dislozierungen störten das amerikanisch-sowjetische Gleichgewicht, und der Rüstungskontrollansatz mit Konzentration auf Raketen diene nur dazu, die Begründung für die Dislozierungsentscheidung zu bestätigen.“ Vgl. VS-Bd. 10330 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

¹⁷ Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 10.

¹⁸ Präsident Reagan übernahm am 20. Januar 1981 die Amtsgeschäfte.

nigten Staaten, insbesondere die im Bündnis, intensiv genutzt werden. Dies gilt für

- die Special Consultative Group für LRTNF,
- die NATO-Diskussionen für die Abstimmung im Zusammenhang mit der KAE,
- die bestehenden Abstimmungs- und Konsultationsgremien bei MBFR,
- die bestehenden bilateralen und multilateralen Diskussionskanäle für Themen der weltweiten Rüstungskontrolle.

7) Wir sollten uns dafür einsetzen, daß die Kontinuität der Verhandlungskontakte zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion auch in der Übergangsphase und nach Amtsübernahme durch die Regierung Reagan gewährleistet wird. Dies gilt insbesondere für den LRTNF-Bereich. Die Fortsetzung der LRTNF-Gespräche ist wichtig wegen ihrer Bedeutung für die Parallelität bei der Implementierung des Doppelbeschlusses, aber auch, weil sie eine prozedurale Öffnung für die Fortsetzung des SALT-Prozesses insgesamt darstellen.

Blech

VS-Bd. 11313 (220)

315

Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt

114-5951/80 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 4922
Citissime

Aufgabe: 6. November 1980, 18.48 Uhr¹
Ankunft: 6. November 1980, 18.00 Uhr

Betr.: Botschaft des BK an GS Breschnew;
hier: Empfang durch Vizepräsident Kusnezow

Bezug: FS 808 vom 24.10.1980 – 213-321.00-2482I/80 VS-v²
DE 831 vom 4.11.1980³ – 213-321.00-2731/80 VS-v⁴

1) Nach mehrfachen Rückfragen im Außenministerium erhielt ich am 5.11. abends Termin für Übergabe der Botschaft des Bundeskanzlers an Breschnew

¹ Hat den Vortragenden Legationsräten I. Klasse Wallau und Graf York von Wartenburg am 7. November 1980 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 7. November 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte und handschriftlich vermerkte: „M[eyer]-L[andrut] hat m[eines] E[rachtens] gut den Ton getroffen.“

Hat Genscher am 10. November 1980 vorgelegen.

² Vgl. Dok. 301.

³ Korrigiert aus: „5.11.1980“.

⁴ Ministerialdirektor Blech teilte Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, mit: „AA geht davon aus, daß Sie bei der Übergabe der Botschaft des Bundeskanzlers Ihrem Gesprächspartner die einzelnen Themen erläutern werden. Zu Polen bitten wir Sie, auf jeden Fall zu sagen, die Besorgnis, die in der Botschaft zum Ausdruck komme, gründe sich auch auf mehrfache Äußerungen von sehr ernstzu-

bei seinem Stellvertreter im Vorsitz des Präsidiums des Obersten Sowjets, Kusnezow, für den heutigen Vormittag. Empfang durch Kusnezow in politischer Angelegenheit ist ungewöhnlich. Offensichtlich wollte sowjetische Seite Entgegennahme der Botschaft des BK im AM vermeiden, andererseits jedoch ebenfalls auf kein zu starkes Abweichen von bisheriger Praxis in Form eines Empfangs durch Breschnew.

2) Nachdem ich die Botschaft des BK wörtlich vorgetragen hatte, erbat ich weisungsgemäß die Aufmerksamkeit Kusnezows noch für einige zusätzliche Erläuterungen.

Ausgehend von den Bemerkungen Außenministers Gromyko⁵ und auch von ihm, Kusnezow⁶, im Anschluß an Übergabe des Beglaubigungsschreibens zu meinen jeweiligen Vorstellungen über unsere Sorgen bzw. Polens und der DDR, daß diese Themen nicht Gegenstand deutsch-sowjetischer Diskussion sein könnten, wolle ich klarstellen: Wenn wir diese Themen ansprechen, so aus Sorge um den Frieden, die Stabilität in Europa und die Erhaltung der Früchte der Entspannung, nicht um der Sowjetunion oder ihren Verbündeten Schwierigkeiten zu bereiten. Bundeskanzler und Bundesaußenminister würden in der übernächsten Woche in die USA reisen.⁷ Die deutschen Politiker würden mit Sicherheit nach ihrer Einschätzung der sowjetischen Politik gefragt werden. Es sei deshalb wichtig, verantwortungsbewußt und eindeutig antworten zu können. Wir vertrauten darauf, daß die Grundlage, die sich im letzten Jahrzehnt in den bilateralen Beziehungen entwickelt habe, tragfähig genug sei, um mit der sowjetischen Seite alle Probleme in einer Weise besprechen zu können, daß möglichst keine Fragen offenblieben.

Zum Punkte Polen führte ich aus, daß wir selbstverständlich den Besuch der polnischen Politiker in Moskau⁸ aufmerksam verfolgt und die veröffentlichten

Fortsetzung Fußnote von Seite 1631

nehmenden Gesprächspartnern aus der DDR, die uns den Eindruck vermittelten, daß sie eine Lösung mit Gewalt in dieser oder jener Form für bevorstehend oder mindestens für möglich halten. Zu Ihrer Unterrichtung: Die Amerikaner beabsichtigen ihrerseits, durch ihre Botschafter in Osteuropa entsprechende Besorgnisse zum Ausdruck bringen zu lassen. StM Huonker hat in einem Gespräch mit Moldt zu einem anderen Thema am 4.11. sich entsprechend geäußert. Wir beabsichtigen zur Zeit nicht, solche Besorgnisse gegenüber weiteren Regierungen im Warschauer Pakt zum Ausdruck zu bringen.“ Vgl. VS-Bd. 13164 (213); B 150, Aktenkopien 1980.

⁵ Zum Gespräch des Botschafters Meyer-Landrut, Moskau, mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 24. Oktober 1980 vgl. Dok. 303.

⁶ Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, berichtete am 30. Oktober 1980: „Am 30.10.80 habe ich im Kreml dem Ersten Stellvertretenden des Obersten Sowjets, W[assilij] W[assiljewitsch] Kusnezow, mein Beglaubigungsschreiben überreicht. [...] In dem sich anschließenden Gespräch mit Kusnezow [...] ergab sich Gelegenheit zu einer Tour d'horizon der bilateralen Beziehungen. Kusnezow würdigte diese positiv, beklagte jedoch den Rückgang der Kontakte zwischen den Parlamentariern beider Länder. Die internationale Lage bezeichnete er als kompliziert und unterstrich mit Nachdruck die Notwendigkeit der Entspannung auf militärischem Gebiet. [...] Ich habe meinerseits die Themen deutsch-sowjetische Beziehungen, KSZE und Abgrenzungspolitik der DDR angesprochen. Kusnezow machte zu keinem dieser Themen berichtenswerte Einlassungen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4825; Referat 213, Bd. 133192.

⁷ Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 18. bis 21. November 1980 in den USA auf, Bundesminister Genscher am 19./20. November 1980. Vgl. dazu Dok. 334, Dok. 335 und Dok. 337.

⁸ Zum Besuch des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, Kania, und des Ministerpräsidenten Pińkowski am 30. Oktober 1980 in der UdSSR vgl. Dok. 310, Anm. 19. Vgl. dazu ferner Dok. 312.

Erklärungen⁹ genau studiert hätten. Dennoch sei der BK auf den Punkt seiner Botschaft an GS Breschnew vom 10. Oktober¹⁰ zurückgekommen, weil durch Gerüchte, aber auch Informationen, die wir ernst nehmen müßten, immer wieder darauf hingewiesen werde, daß die SU möglicherweise gegenüber Polen aktiv werden würde. Ich wolle nicht ausschließen, daß derartige Informationen aus Kreisen stammten, die eine Gegnerschaft der SU und der Bundesrepublik Deutschland schüren wollten. Nichtsdestoweniger müßten wir sie ernst nehmen.

Zum Punkte DDR führte ich aus, die Begründungen, die man uns für die Erhöhungen des Zwangsumtausches¹¹ gegeben habe, schwankten. Zunächst seien uns wirtschaftliche Gründe genannt worden, später sei politisch argumentiert worden in dem Sinn, daß wir Abmachungen mit der DDR nicht eingehalten hätten. Beide Argumente überzeugten nicht: Über wirtschaftliche Fragen seien wir immer bereit gewesen zu sprechen und hätten sie, wo sie aufkamen, großzügig gelöst, und wenn man uns konkret gesagt hätte, wo eventuelle Beschwerden aus den Abkommen vorliegen, hätten wir auch darüber sprechen können. Allerdings gebe es gewisse Tabus in den deutsch-deutschen Beziehungen (ich verwies dabei auf das Gespräch StS van Well–Semjonow¹²), über die sich alle Betroffenen von Anfang an klar gewesen seien. Dazu gehörten die Staatsangehörigkeitsproblematik und der Status der beiderseitigen Vertretungen. An diesen Tabus in der gegenwärtigen Lage zu rütteln, in der wir alle versuchen sollten, in Zentraleuropa keinen neuen Konfliktherd entstehen zu lassen, werfe die Frage auf, ob der Wunsch nach einer Politik der guten Nachbarschaft, die seinerzeit zu den Verträgen geführt habe, heute noch Gültigkeit hat.

Abschließend erklärte ich meine Bereitschaft, der Bundesregierung zu berichten, falls die sowjetische Seite uns irgendwelche Mitteilungen – auch im Hinblick auf die USA-Reise des BK und des Bundesaußenministers – zu machen hätte. Zur Zeit stünden wir vor wichtigen Weichenstellungen im Ost-West-Verhält-

⁹ Für den Wortlaut der Mitteilung über den Besuch des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, Kania, und des Ministerpräsidenten Pińkowski am 30. Oktober 1980 in der UdSSR vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 692–694.

¹⁰ Zur Mitteilung des Bundeskanzlers Schmidt an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, die Bundesminister Genscher im Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow am 10. Oktober 1980 verlas, vgl. Dok. 290.

¹¹ Zur Erhöhung des Mindestumtauschs für Besucher der DDR und Ost-Berlins aus „nichtsozialistischen Staaten“ und aus Berlin (West) ab 13. Oktober 1980 vgl. Dok. 290, Anm. 15.

¹² Im Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow legte Staatssekretär van Well am 30. Oktober 1980 dar: „Die DDR aktualisiert gegenwärtig Punkte (Status der Vertretungen, Staatsangehörigkeit), bezüglich derer kein Zweifel vorliegen sollte, daß sie nicht verhandelbar sind. Es ist auch nicht die Art, Punkte zur Diskussion zu stellen, wie dies geschieht. Der Bundeskanzler wird in außerordentlich polemischer Weise wegen seiner Haltung zur Rüstungskontrollpolitik kritisiert. [...] Wir halten uns sehr streng an die Politik der Nichteinmischung bezüglich der DDR und Polens. Die Verpflichtung zur Nichteinmischung kann sich freilich nicht auf den privaten Bereich beziehen, auf Meinungsäußerungen etwa der Presse und von Wissenschaftlern. Die Verpflichtung bezieht sich auf den zwischenstaatlichen Bereich, und hier sind wir bemüht, keine Reibungspunkte zu schaffen.“ Semjonow führte aus: „Zu Maßnahmen der DDR: Wie Minister Gromyko Ihrem Botschafter gesagt hat, gehen wir davon aus, daß dies die Kompetenz der DDR ist und gleichzeitig das Gebiet der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD berührt. [...] Sie sprachen über die Rolle der Sowjetunion. Hier handelt es sich um Angelegenheiten eines anderen Staates.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 13164 (213); B 150, Aktenkopien 1980.

nis. Wir sollten alles tun, um zu vermeiden, daß politische Mißverständnisse auftreten, die gefährliche Folgen haben könnten.

3) Kusnezow ging in seiner Replik auf die einzelnen Punkte der Botschaft des BK ein, obgleich er ankündigte, nur auf meine Erläuterungen antworten zu wollen. Er erklärte eingangs, daß die SU eine Politik der friedlichen Konfliktregelung, der Zurückhaltung, der Friedenserhaltung führe, die auf das Wohl der Völker gerichtet sei. Die Lage in der Welt solle sich verbessern, die Entspannung müsse zunehmen und neue Inhalte gewinnen. Das aktuellste Problem sei die Bekämpfung des Wettrüstens und das Erreichen von Abrüstung. Die SU werde, wie es in der Deklaration des Warschauer Paktes¹³ niedergelegt sei, in Madrid¹⁴ in diesem Sinne arbeiten. Sie wolle konstruktive Resultate der Madrider Konferenz. Die Bundesregierung könne hierzu einen gewichtigen Beitrag leisten. Er wolle in diesem Zusammenhang auch die Wiener Gespräche erwähnen, die bisher ergebnislos geblieben seien.¹⁵ Konstruktive Vorschläge des Warschauer Paktes seien unbeantwortet geblieben. Zu den Gesprächen mit den Vereinigten Staaten über Mittelstreckenwaffen in Europa¹⁶ habe Breschnew die Position der sowjetischen Regierung gegenüber dem BK im einzelnen dargestellt.¹⁷

Die SU wolle in diesem Zusammenhang eine Politik betreiben, die aus der Sackgasse herausführe. Wenn auch die Bundesregierung an diesen Gesprächen nicht teilnehme, so könne sie auch hier einen bedeutenden Beitrag kraft ihres Einflusses und ihrer Mitgliedschaft in der NATO leisten. Die Politik der Vereinigten Staaten, Kernwaffen in Europa zu dislozieren, sei auf Wettrüsten gerichtet, nicht auf Entspannung.

Zu meinen Ausführungen betreffend die Lage in Polen habe er dem nichts hinzuzufügen, was in der Erklärung nach dem Besuch von Kania und Pińkowski gesagt worden sei. Die SU habe dort festgestellt, daß sie an einer weiteren Entwicklung der brüderlichen Beziehungen, der Zusammenarbeit und der Erhaltung des Friedens im Rahmen des Warschauer Paktes arbeiten werde. Gerüchte und Unterstellungen, die ich erwähnt hätte, müßten von denjenigen verantwortet werden, die sie erfunden hätten. Im übrigen verweise er auf das, was mir Gromyko zu diesem Thema gesagt habe.

Zur Frage der Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere dem Problem des Zwangsumtausches, könne er auch nur auf das verweisen, was mir Gromyko gesagt habe. Dieses Problem müsse zwischen den beiden souveränen Staaten gelöst werden. Die SU werde sich nicht einmischen, treu dem Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten anderer Staaten. Dies beziehe sich auch auf andere Fragen unserer Beziehungen zur DDR.

¹³ Am 19./20. Oktober 1980 fand in Warschau eine Tagung des Komitees der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 655–658. Vgl. dazu ferner Dok. 310.

¹⁴ In Madrid wurde am 11. November 1980 die KSZE-Folgekonferenz eröffnet. Vgl. dazu Dok. 319 und Dok. 322.

¹⁵ Zu den MBFR-Verhandlungen in Wien vgl. Dok. 284 und Dok. 309.

¹⁶ Zu den amerikanisch-sowjetischen Gesprächen über Mittelstreckensysteme in Genf vgl. Dok. 314, Anm. 16.

¹⁷ Vgl. dazu das Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 21. August 1980 an Bundeskanzler Schmidt; Dok. 243.

Auch was die Vereinigten Staaten anbetreffe, so habe die SU nicht vor, sich in deren innere Angelegenheiten einzumischen. Die SU habe ihre Positionen zu den politischen Schritten der bisherigen amerikanischen Regierung geäußert, soweit die SU oder der Weltfrieden betroffen seien. Insofern sehe er auch keine Möglichkeit, uns irgend etwas zur Weitergabe an die Adresse der Vereinigten Staaten mitzuteilen.

Abschließend kam Kusnezow auf die Beziehungen der SU zur Bundesrepublik Deutschland zu sprechen, die nicht auf konjunkturellen Beziehungen beruhen, sondern langfristig angelegt seien. Er verwies auf den Besuch von BK und Bundesaußenminister in Moskau¹⁸, auf die starke Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen und der Kontakte. Doch gäbe es noch unausgeschöpfte Möglichkeiten der Weiterentwicklung dieser Beziehungen. Es lägen beispielsweise noch einige fertige Abkommen im Schrank¹⁹, die wegen der deutschen Haltung zur Einbeziehung Berlins nicht in Kraft getreten seien. Auch gebe es Möglichkeiten, im internationalen Bereich zusammenzuarbeiten. In der Tat sei jetzt eine Möglichkeit, indem man größte Aufmerksamkeit darauf verwenden müsse, daß keine Prozesse in Richtung auf den Kalten Krieg oder das Wetttrüben in Gang kommen. Die SU sei bereit, aktiv mit der Bundesrepublik Deutschland zusammenzuarbeiten.

4) Ich stellte meinerseits fest, daß ich die Ausführungen von Herrn Kusnezow aufmerksam verfolgt habe. Ich könne zwar nicht in allem mit ihm übereinstimmen, wolle aber auf einzelne Differenzpunkte jetzt nicht eingehen. Was die Einbeziehung Berlins in die Abkommen betreffe, so gäbe es hier wie in einzelnen anderen Fragen Grundsatzpositionen, die wir nicht verlassen könnten und verlassen würden.

5) Das Gespräch dauerte eine Stunde und wurde sachlich und teilweise freundlich geführt. Ich hinterließ den Text der Botschaft des Bundeskanzlers mit einer Höflichkeitsübersetzung. Es nahmen teil: der Leiter der Außenpolitischen Abteilung des Obersten Sowjets, Wysotin, sowie der Leiter des Referats der Dritten Europäischen Abteilung, Popow. Von unserer Seite: Gesandter Huber und LRI Scheel.

6) Ich habe den Eindruck, daß Kusnezow vom Außenministerium auf das Gespräch detailliert vorbereitet worden war, insgesamt aber den Auftrag hatte, rezeptiv zu sein und sich nicht in eine substantielle Diskussion einzulassen. Ich glaube, daß es dennoch nützlich war, auch auf diese Weise der sowjetischen Führung die Positionen der Bundesregierung, insbesondere in den aktuellen, Zentraleuropa betreffenden Fragen, noch einmal nahezubringen.

[gez.] Meyer-Landrut

VS-Bd. 14086 (010)

¹⁸ Zum Besuch des Bundeskanzlers Schmidt und des Bundesministers Genscher am 30. Juni und 1. Juli 1980 in der UdSSR vgl. Dok. 192–195.

¹⁹ Die Wörter „noch einige fertige Abkommen im Schrank“ wurden hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

Zum Stand der Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über Abkommen zur gegenseitigen Rechtshilfe in Zivil- und Handelssachen, über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und über ein Zweijahresprogramm zum Kulturabkommen vom 19. Mai 1973 vgl. Dok. 189, Anm. 11.

316

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Steinkühler**012-312.74 VS-NfD****Aufgabe: 7. November 1980, 15.41 Uhr¹****Fernschreiben Nr. 144 Ortez**

Zum 40. EPZ-Ministertreffen in Luxemburg am 4. November 1980

Am 4. November 1980 fand in Luxemburg das 40. EPZ-Ministertreffen statt. Das Treffen, auf dem alle Partner durch ihre AM vertreten waren, schloß sich an informelle Zusammenkunft in Echternach am 25.10.1980² an und nahm z.T. die dort bereits behandelten Themen erneut auf. Bei einigen von diesen (EAD, EPZ-Strukturen) wurde Konsens von Echternach formalisiert.

Im einzelnen:

1) Zur KSZE stellten Minister fest, daß es seit Echternach keine neuen Entwicklungen auf Vorkonferenz³ gegeben habe. BM wies darauf hin, daß niemand beurteilen könne, wie sich sowjetische Haltung nach den US-Wahlen⁴ entwickle. In Madrid arbeite die Zeit nicht gegen uns, und wir stünden deshalb auch nicht unter Zeitdruck. Ende die Vorkonferenz ohne Ergebnis, so sei dies insofern nicht zu unserem Nachteil, als wir dann auf dem Haupttreffen⁵ ohne einschränkende Regeln unseren Standpunkt vertreten könnten. Angesichts der gespannten internationalen Lage sei Konferenz von noch größerer Bedeutung als vorher. Auch seien das öffentliche Interesse und öffentliche Erwartungen heute größer, als dies vor Belgrad⁶ der Fall gewesen sei. Der Westen solle eine aktive Rolle spielen.

¹ Durchdruck.

Der Runderlaß wurde von Hilfsreferent Rowas konzipiert.

² Zum informellen Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 25./26. Oktober 1980 in Echternach vgl. Dok. 292, Anm. 9, und Dok. 306, Anm. 10.

³ Das Vorbereitungstreffen für die zweite KSZE-Folgekonferenz begann am 9. September 1980 in Madrid. Zum Stand der Vorbereitungen vgl. Dok. 299 und Dok. 308, Anm. 19.

Gesandter Graf zu Rantzau, z. Z. Madrid, berichtete am 6. November 1980: „Am heutigen Sitzungstag (6.11.) legte die schwedische Delegation einen von allen Neutralen und einer Reihe von Nicht-gebundenen unterstützten Vermittlungsvorschlag zu Tagesordnung und Modalitäten vor, zu dem sie von sowjetischer Seite ermutigt worden war. Der Osten ging jedoch mit keinem Wort auf das schwedische Papier ein, sondern legte überraschend durch die Delegationen der DDR, ČSSR und Ungarns seinerseits ein Arbeitspapier vor, das die bisherigen östlichen Positionen wiedergibt und lediglich die zur Diskussion neuer Vorschläge vorgesehene Zeit um eine Woche verlängert. [...] Bei der abends stattfindenden Fünfezner-Konsultation bestand Übereinstimmung dahin, daß das östliche Paper keinen Fortschritt bringe. Die Verlängerung der bisherigen Sechs-Wochen-Frist um eine Woche sei lediglich kosmetisch, weil man die siebte Woche nicht der Implementierungsdebatte, sondern der Prüfung von Vorschlägen zugeschlagen habe. Es bestand ferner Übereinstimmung darüber, daß dieses Vorgehen des Ostens eine Zurückweisung des schwedischen Papiers bedeute [...]. Es wurde sowohl für möglich gehalten, daß dieses ein Ausdruck der sowjetischen Entschlossenheit sei, das Haupttreffen nicht zustande kommen zu lassen, als auch, es als eine Fortführung der bisherigen taktischen Linie der Sowjets zu sehen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 858; Referat 212, Bd. 133390.

⁴ Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt. Vgl. dazu Dok. 314, Anm. 3.

⁵ Die zweite KSZE-Folgekonferenz wurde am 11. November 1980 in Madrid eröffnet. Vgl. dazu Dok. 319 und Dok. 322.

⁶ In Belgrad fand vom 4. Oktober 1977 bis 9. März 1978 die erste KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 88.

Partner stimmten dieser Einschätzung zu. Allerdings klang hie und da Skepsis an, ob ergebnisloser Verlauf der Vorkonferenz nicht doch eine neue Lage schaffe.

In der Teilnehmerfrage ergaben sich keine Veränderungen. An der Eröffnung werden die AM von I⁷, DK⁸, IRL⁹ und B¹⁰ teilnehmen. Die AM von F¹¹, UK¹², L¹³ und NL¹⁴ fassen ihre Teilnahme nach Lage der Dinge erst dann ins Auge, wenn Konferenzverlauf dies rechtfertigt.

Die Frage, ob die Neun den Vorschlag der EG-Kommission zu Korb II über eine hochrangige Tagung zum Thema „Wirtschaftliche Information und Informationstechnik“¹⁵ einbringen werden, soll nach Eröffnung der Konferenz im Lichte der weiteren Entwicklungen entschieden werden.

2) Zur Nahost-Frage stellten die Minister mit Befriedigung zügigen Fortgang der Arbeiten der Experten fest. Vor dem Hintergrund der im Zeitpunkt des Ministertreffens noch nicht entschiedenen US-Präsidentenwahl bestand Einigkeit, daß Entscheidungen darüber, wie mit dem z. Z. auf Expertenebene erarbeiteten Arbeitspapier¹⁶ weiter verfahren werden soll, erst am 24.11. am Rande des EG-Rates¹⁷ fallen soll. Damit ist nach wie vor offen, unter welchem Aspekt der Eu-

7 Emilio Colombo.

8 Kjeld Olesen.

9 Brian Lenihan.

10 Charles-Ferdinand Nothomb.

11 Jean François-Poncet.

12 Lord Peter Carrington.

13 Gaston Thorn.

14 Christoph van der Klaauw.

15 Im Papier „Document de travail des services de la commission“ der EG-Kommission vom 31. Mai 1979 für das KSZE-Folgetreffen in Madrid wurde eine Konferenz „à haut niveau sur l'information économique“ vorgeschlagen. Vgl. B 201 (Referat 411), Bd. 481.

16 Vortragender Legationsrat I. Klasse Fiedler notierte am 21. Oktober 1980 mit Bezug auf die Sitzung der EPZ-Arbeitsgruppe „Nahost“ am 16./17. Oktober 1980 in Luxemburg: „1) Im Anschluß an das EPZ-Ministertreffen am 15.9.1980 hat das 100. PK während seiner letzten Sitzung am 7./8.10.1980 der Nahost-Arbeitsgruppe (AG) das Mandat erteilt, die in der Venedig-Erklärung niedergelegten Prinzipien zu konkretisieren [...]. Ziel der Arbeit soll Erstellung eines Berichts der Außenminister an den ER sein. 2) Die AG hat ihrer Diskussion einen französischen und einen englischen Entwurf zu Einzelaspekten einer Friedenslösung im Nahen Osten zugrunde gelegt [...]. 3) a) Das französische Papier (Coreu 3551) sieht eine Konkretisierung zu folgenden Einzelaspekten einer Nahost-Lösung vor: Räumung der besetzten Gebiete mit einem konkreten Räumungskalender; Selbstbestimmungsrecht für die Palästinenser; Sicherheit und Garantien für die betroffenen Parteien, insbesondere für Israel. b) Das britische Papier (Coreu 3586) ist wesentlich allgemeiner und pragmatischer formuliert. Es nimmt nicht nur zu Sachfragen, wie der französische Vorschlag, sondern auch zu prozeduralen Fragen, d. h. der Einbeziehung weiterer betroffener Parteien (Jordanien, Palästinenser) in den Friedensprozeß Stellung. 4) a) [...] Politisch dürfte die französische Haltung darauf hinauslaufen, an der Grundeinstellung der französischen Diplomatie von 1967, die sich für die arabische Seite entschieden hat, festzuhalten; diese Position intern zu einem Friedensplan weiterzuentwickeln [...]. b) Der britische Vertreter hielt das französische Papier für zu akademisch. Um die Glaubwürdigkeit der europäischen Initiative zu wahren, sei eine ‚active diplomacy‘ nötig.“ Vgl. Unterabteilung 31, Bd. 135622.

17 Referat 200 vermerkte am 25. November 1980 zur Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am Vortrag in Brüssel: „Zur Nahost-Initiative der Neun beschlossen die Minister, den ihnen vom PK vorgelegten Entwurf eines Berichtes der Außenminister an den Europäischen Rat zu akzeptieren. Soweit der Entwurf noch Divergenzen enthält (z. B. zu der von Frankreich geforderten Erwähnung einer Räumungsfrist im Abschnitt ‚Räumung‘), sollen diese nicht ausgeräumt werden, sondern dem Europäischen Rat als Diskussionsthemen vorgelegt werden. Die Präsidentschaft wird ein kurzes und sachliches Begleitdokument (note de couverture) aufsetzen, in dem der ER auf fortbestehende Divergenzen sowie die zentralen Fragen des Berichtes hingewiesen wird. Die Minister beauftragten das PK, den Text einer öffentlichen Erklärung des Europäischen Ra-

ropäische Rat¹⁸ das Nahost-Problem aufnimmt und welches Mandat zum weiteren Vorgehen er gegebenenfalls erteilt. Einigkeit jedoch darüber, daß von Experten erarbeitete Unterlagen in jedem Falle vertraulich bleiben sollen.

3) Zum Thema EAD wurde Echternacher Konsens, wonach für euro-arabische AM-Konferenz ein Termin Mitte 1981 in Aussicht genommen werden soll, formalisiert. Präsidentschaft¹⁹ wird dies arabischer Seite noch vor dem Treffen auf Staatssekretärebene mitteilen.²⁰

Kommissionsmitglied Cheysson berichtete über sein Gespräch mit Präsident Sadat und ägyptische Besorgnisse, die sich an Abhaltung einer solchen Ministerkonferenz ohne Teilnahme Ägyptens knüpfen.

4) Zu Iran/Irak²¹ fand ein allgemeiner Meinungsaustausch statt. UK berichtete über Auffassung König Husseins von Jordanien, daß Neun Vermittlungsinitiative ergreifen sollten. Auch F und I plädierten dafür, daß – bei aller gebotenen Vorsicht – Europa aus der Rolle neutralen Zuschauers heraustrete, wenn sich

Fortsetzung Fußnote von Seite 1637

tes zum Nahost-Thema zu erarbeiten. Nach einem ersten Durchgang eines Entwurfes der Präsidentschaft unmittelbar nach Ende der Ministertagung beschloß das PK, die Präsidentschaft solle bis zum 28.11. einen neuen Entwurf zirkulieren, in dem Anregungen der Partner verarbeitet sind. Ein Mandat des Europäischen Rates an die Außenminister zur Fortführung der Nahost-Initiative soll gegebenenfalls noch am 2.12.1980 im Lichte der Diskussion der Staats- und Regierungschefs zu diesem Thema entworfen und verabschiedet werden. Minister waren sich dessen einig, daß Nahost-Initiative fortgesetzt werden soll und arabischer Seite verdeutlicht werden muß, daß Europäer ihr Vorhaben nicht aufgegeben haben.“ Vgl. Referat 200, Bd. 119460.

18 Zur Tagung des Europäischen Rats am 1./2. Dezember 1980 in Luxemburg vgl. Dok. 349 und Dok. 350.

19 Luxemburg hatte vom 1. Juli bis 31. Dezember 1980 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

20 Zum Stand des Europäisch-Arabischen Dialogs vgl. Dok. 204, Anm. 31.

Zur Wiederaufnahme des Europäisch-Arabischen Dialogs vermerkte Referat 310 am 14. November 1980: „Das Treffen auf Staatssekretärebene in Luxemburg fand wie vereinbart am 12./13.11.1980 statt. Auf europäischer Seite nahmen Staatssekretär Helminger (LUX) und Vertreter Italiens und der Niederlande auf Botschafterebene sowie das Mitglied der EG-Kommission, Cheysson, teil; die arabische Delegation wurde von dem stellvertretenden Generalsekretär der Arabischen Liga, Adnan Omran, geleitet. Die arabische Präsidentschaft wurde von Dr. Ahmad Sedki al-Dajani (PLO) in Begleitung von Vertretern auf Botschafterebene der vorangegangenen und zukünftigen arabischen Präsidentschaft, Oman und Katar (Troika-Formel), vertreten. [...] In zwei Arbeitsgruppen wurden folgende Problemkreise behandelt: Arbeitsgruppe A (allgemeine Fragen, Verfahrensfragen, politische Probleme) und Arbeitsgruppe B (wirtschaftliche, technische, finanzielle und kulturelle Kooperation). [...] Über die geplante Außenministerkonferenz heißt es im Communiqué: „Beide Seiten unterstrichen die Zweckmäßigkeit einer euro-arabischen AM-Konferenz. Sie sind sich in der Überzeugung einig, daß eine derartige Konferenz sehr sorgfältig vorbereitet werden muß und vor den Sommerferien 1981 (Juni/Juli) stattfinden könne“. [...] In Luxemburg wurde vereinbart, daß die Co-Präsidenten und Berichtersteller der Arbeitsgruppen so bald wie möglich Kontakt aufnehmen und die Einberufung der Arbeitsgruppen vorbereiten. Dies bedeutet die Wiederaufnahme des EAD auf Arbeitsebene.“ Vgl. Referat 200, Bd. 112926.

21 Zum Krieg zwischen Irak und Iran vgl. Dok. 283, Anm. 2.

Botschafter Holzheimer, Bagdad, teilte am 3. November 1980 mit, Journalisten, die soeben vom Frontgebiet zurückkamen, hätten berichtet, „daß Muhammara schwer zerstört und praktisch menschenleer sei. Abadan liege unter pausenlosem ir[a]k[ischen] Artilleriebeschuß und werde wohl das gleiche Schicksal wie Muhammara erleiden. [...] Ir[a]k habe erfahren, daß sich in Dezful unterirdische Kommandozentrale für gesamte Front befindet. Einnahme der Stadt sei deshalb von vorrangiger Bedeutung. Stadt liege unter schwerem Beschuß, auch von Raketen, um Zentrale auszuschalten oder zu beeinträchtigen. Von Muhammara aus seien Stoßverbände in Richtung Dezful unterwegs, die Ziel wahrscheinlich unter Umgehung von Ahwaz zu erreichen suchten. Flußüberquerungen bereiten offenbar Schwierigkeiten. Die Verlustzahlenangaben in den irk. Heeresberichten deuten auf schwere Kämpfe hin, wobei davon auszugehen ist, daß die absoluten Zahlen nicht stimmen. Aber in Relation zu den sonstigen Angaben sind die Zahlen aussagekräftig.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 655; Referat 311, Bd. 137600.

Gelegenheit biete, Lage zu beeinflussen. Dies sei allerdings z. Z. offensichtlich noch nicht der Fall.

5) AM Carrington berichtete eingehend über seine Gespräche in Ungarn²² und Polen²³. Polnische Gesprächspartner seien überaus freimütig gewesen. Sie hätten sich zuversichtlich gezeigt, die Lage politisch in den Griff zu bekommen. Diese Zuversicht werde jedoch durch die katastrophale Wirtschaftslage, die zu schwärzestem Pessimismus Anlaß gebe, wieder aufgehoben.

6) Minister erteilten Politischem Komitee Auftrag, ihnen einen Bericht über die Verbesserung der EPZ²⁴ vorzulegen. Bericht soll nicht im Wege des Konsenses erstellt werden, sondern eine „Check-Liste“ (Optionen) enthalten.

7) Diskussion über EPZ-Themen, die auf Europäischen Rat zur Sprache kommen können, soll im Lichte der politischen Entwicklung am 24.11. fortgeführt werden. Sicher ist das Thema Nahost. In der Frage des Europäischen Rechtsraums (Espace Judiciaire) erklärten die NL, es habe keinen Sinn, Europäischen Rat erneut mit Thema zu befassen, da sich niederländische Haltung nicht ändern werde.²⁵

²² Der britische Außenminister Lord Carrington hielt sich vom 27. bis 29. Oktober 1980 in Ungarn auf. Botschafter Balser, Budapest, berichtete am 31. Oktober 1980, nach ungarischen Pressemitteilungen „waren die in offener und sachlicher Atmosphäre verlaufenen Unterredungen nützlich; die Standpunkte zu Notwendigkeit und Fortführung der Entspannung, deren Ausdehnung auf den militärischen Bereich, ähnlich; die Beurteilung der Ursachen, die Stockung bisherigen Entspannungsprozesses herbeiführten, abweichend. [...] Hierzu aus brit[ischer] Botschaft: Auf politischem Gebiet brachten Gespräche nichts Sensationelles oder Unbekanntes.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 514; Referat 214, Bd. 139503.

²³ Zum Aufenthalt des britischen Außenministers Lord Carrington vom 29. bis 31. Oktober 1980 in Polen vgl. Dok. 310, Anm. 20.

²⁴ Ministerialdirigent Dröge analysierte am 21. August 1980: „Eine Verbesserung der EPZ-Strukturen ist im Hinblick auf die sachliche und geographische Ausweitung der EPZ notwendig geworden. Die jeweilige Präsidentschaft sieht sich – auch angesichts des sich aus häufigen Krisensituationen ergebenden Zwangs zu kurzfristiger Koordinierung – überfordert. Hierbei ist auch zu bedenken, daß die EPZ nicht über eine eigene administrative Basis (etwa in Form eines Sekretariats) verfügt. Während der jeweiligen EG-Präsidentschaft in Brüssel allein im Ratssekretariat mit 1500 Beamten ein umfangreicher und durch langjährige Zusammenarbeit gut eingespielter administrativer Apparat zur Verfügung steht, muß die EPZ von einem Referat des Außenministeriums der jeweiligen Präsidentschaft administrativ bewältigt werden. Die zunehmende Belastung der EPZ-Präsidentschaft wird sich durch die volle EPZ-Beteiligung Griechenlands ab 1.1.1981 mit allen hieraus erwachsenden Problemen (geographische Distanz, Brisanz des Zypern-Problems und anderer griechisch-türkischer Streitfragen, die damit in die Zehn hereingetragen werden; ferner bisher erheblich von der Neuner-Haltung z. B. bei Abstimmungen in den VN abweichende außenpolitische Linie Griechenlands) voraussichtlich noch verstärken.“ Vgl. Referat 200, Bd. 122744.

²⁵ Zu den Bemühungen um die Schaffung eines einheitlichen europäischen Rechtsraums und zur Haltung der Niederlande vgl. Dok. 200, Anm. 6 und 7. Referat 200 notierte am 25. September 1980: „Wir waren über Idee des europäischen Rechtsraums nur bedingt glücklich: a) Der Europarat soll durch die Neuner-Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Strafrechts nicht ausgehöhlt werden. b) Die geplanten Übereinkommen sollten einen echten Fortschritt gegenüber den jetzt bestehenden rechtlichen Verbindungen darstellen. Beides ist aufgrund der bisherigen Projekte nicht vollständig klar. [...] Dem Zivilrechtsraum standen wir wegen der bestehenden Abkommen, wegen unseres föderalen Rechtspflegesystems und auch wegen der Berlin-Problematik reserviert gegenüber. Erst nach französischem (bilateralen) Drängen haben wir uns bereit erklärt, erneut in die Prüfung (auch im Neuner-Kreis) von möglichen Abkommensmaterien einzutreten (Kindschaftsrecht, Familienrecht). Im Zivilrecht besteht zusätzlich die Schwierigkeit, a) daß die bisher bestehende Gruppe der Hohen Beamten der neun Justiz- und Außenministerien nur Strafrechtler umfaßt, die keine Entscheidungen für das Zivilrecht treffen können, und b) daß es Teilgebiete des Zivilrechts gibt (Schuldrecht, Vertragsrecht), die im Grenzbereich oder ganz in der Gemeinschaftskompetenz liegen. Dort wäre die intergouvernementale Zusammenarbeit nicht am Platze.“ Vgl. Referat 200, Bd. 122781.

8) Unter Verschiedenes trug zunächst DK den Wunsch vor, eine Erklärung über das Anwachsen antisemitischer Strömungen „in einigen westeuropäischen Ländern“ zu verabschieden. Gegen diesen Wunsch trat insbesondere UK auf, das sich als nicht betroffen bezeichnete und es ablehnte, zur Lage in anderen Partnerländern Stellung zu nehmen. Nach längerer Diskussion wurde entschieden, daß Präsidenschaft der Presse mitteilen könne, über das Thema sei gesprochen worden und die Minister hätten Übereinstimmung mit dem kürzlich im Ministerkomitee des Europarats gefaßten Beschluß zum gleichen Thema²⁶ festgestellt.

F trug als weiteren Punkt Wunsch vor, die EPZ möge sich mit der Lage Pakistans befassen. In Islamabad herrsche das Gefühl einer gefährlichen Isolierung vor. Es wurde beschlossen, Experten mit Bericht zu beauftragen.²⁷

F führte weiter Frage des indischen Vorstoßes in der UN zur Erweiterung des Sicherheitsrates von 15 auf 21 Sitze vor und bat Partner um Unterstützung für die von F und UK eingenommene Haltung (Sicherheitsratszusammensetzung soll nicht verändert werden).²⁸

Fall des koreanischen Oppositionsführers Kim Dae-Jung wurde vom BM und NL AM angesprochen.²⁹ Es bestand Einigkeit, daß die Neun erneut in dieser Angelegenheit tätig werden sollen. Ein Beschluß, wann und in welcher Weise dies

²⁶ Die Sitzung des Ministerkomitees des Europarats fand am 16. Oktober 1980 in Straßburg statt. Referat 200 vermerkte dazu am 31. Oktober 1980: „Auf französischen Antrag war die Frage des Wiederauflebens des Faschismus und seiner rassistischen Tendenzen in die Tagesordnung der 67. Sitzung des Ministerkomitees (16.10.1980) aufgenommen und auf spanischen Antrag um den Aspekt der Bedrohung demokratischer Institutionen durch den Terrorismus erweitert worden. Die Minister waren sich in der Aussprache in der Verurteilung terroristischer Akte einig und bekräftigten die Notwendigkeit einer verstärkten Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten zur Bekämpfung von Terrorismus, Faschismus, Rassismus und Antisemitismus.“ Vgl. Referat 200, Bd. 120018. Für den Wortlaut des Communiqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 50 f.

²⁷ Die luxemburgische EG-Ratspräsidentschaft teilte am 13. Dezember 1980 mit: „La réunion ministérielle du 4 novembre était convenue de ne pas laisser passer des nouveaux actes d'agression contre le Pakistan sans les dénoncer publiquement. Le ‚non-papier‘ distribué par la France à la réunion du 14 novembre du groupe Asie visait cette éventualité, qui ne s'est pas matérialisée jusqu'à présent.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4131 (Coreu); Referat 340, Bd. 113023.

In dem französischen Entwurf einer Erklärung zu Afghanistan und Pakistan hieß es: „D'autre part, la présence de plus d'un million de réfugiés afghans au Pakistan est le prétexte de pressions de nature politique et militaire sur cet État, comme en témoigne une série d'incidents récents. Les Neuf sont vivement préoccupés de la menace qui pèse ainsi sur ce pays dont l'action en faveur d'une solution politique de la crise est reconnue par la communauté internationale.“ Vgl. Referat 340, Bd. 113023.

²⁸ Ministerialdirektor Blech vermerkte am 14. November 1980, im Plenum der VN-Generalversammlung solle die Debatte „über den TOP ‚Erweiterung des Sicherheitsrates‘ beginnen. 1979 wurden ein indischer Antrag, den Sicherheitsrat um vier nichtständige Mitglieder zu erweitern, sowie ein latein-amerikanischer Zusatzantrag auf Erhöhung um sechs Sitze auf dieses Jahr vertagt. Die Frage wird auch in diesem Jahr von blockfreien Staaten unter Führung von Indien, Nigeria und Algerien mit dem Ziel weiterbetrieben, die Sitzverteilung im Sicherheitsrat zugunsten der Staaten der Dritten Welt zu verbessern. Resolutionsanträge liegen derzeit noch nicht vor.“ Vgl. Referat 230, Bd. 127993. Botschafter Jelonek, New York (VN), berichtete am 4. Dezember 1980, im Plenum der VN-Generalversammlung sei am selben Tag die Entscheidung über die Frage der Erweiterung der Zahl der Mitglieder im Sicherheitsrat „bis auf weiteres verschoben“ worden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3941; Referat 230, Bd. 127993.

²⁹ Zum Todesurteil gegen den südkoreanischen Politiker Kim Dae-Jung vgl. Dok. 279, Anm. 33. Referat 341 vermerkte am 3. November 1980, das Todesurteil sei am selben Tag durch ein militärisches Berufungsgericht in zweiter Instanz bestätigt worden: „Gegen dieses Urteil ist Revision beim zivilen Supreme Court möglich. Dann steht noch der Gnadenweg beim Staatspräsidenten offen.“ Vgl. Referat 341, Bd. 113159.

geschehen soll, wurde jedoch nicht gefaßt. Insbesondere F plädierte dafür, im Interesse des Verurteilten den Weg einer diplomatischen Demarche, nicht einer öffentlichen Erklärung zu wählen.³⁰

Steinkühler³¹

Referat 012, Bd. 115730

317

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem luxemburgischen Außenminister Thorn

VS-NfD

10. November 1980¹

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem luxemburgischen Außenminister Thorn am 10. November 1980 von 15.00 Uhr bis 16.30 Uhr im Bundeskanzleramt²

³⁰ Ministerialdirektor Gorenflos legte am 10. November 1980 dar: „Im Anschluß an die EPZ-M[inister] R[at]-Tagung vom 4. November 1980 haben die Niederlande durch Coreu eine gemeinsame Demarche der Neun auf höchster Ebene in Seoul für den Fall angeregt, daß das Todesurteil gegen Kim Dae-Jung auch in dritter Instanz durch den zivilen Obersten Gerichtshof bestätigt wird [...]. Wir haben mit Coreu vom 7. November diesem Vorgehen grundsätzlich zugestimmt, haben jedoch zusätzlich vorgeschlagen, die Demarche im Namen der Staats- und Regierungschefs durchzuführen und einen entsprechenden, von der Präsidentschaft zu erstellenden Entwurf auf dem Treffen der EPZ-Arbeitsgruppe Asien am 14. November zu erörtern.“ Vgl. Referat 341, Bd. 113159.

Am 17. November 1980 vermerkte Referat 341: „Auf unsere Initiative wurde die Frage gemeinsamer Demarchen der Neun auf der Sitzung der EPZ-Arbeitsgruppe Asien am 14. November in Luxemburg behandelt. Es wurden dabei in Betracht gezogen: eine ‚Zwischendemarche‘ des Vertreters der Präsidentschaft in Seoul (NL) beim koreanischen Außenminister, deren Zeitpunkt von den Botschaftern der Neun in Seoul bestimmt werden soll, und/oder eine sofortige Demarche bei Bestätigung des Todesurteils durch den Obersten Gerichtshof. [...] Eine Demarche nach dem Spruch des Obersten Gerichtshofs könnte zu spät kommen, um Kims Leben zu retten. Die deutsche Seite besteht darauf, schon jetzt eine gemeinsame Erklärung der Staats- und Regierungschefs unverzüglich vorzubereiten und der koreanischen Regierung noch vor Beginn des Revisionsverfahrens zur Kenntnis zu überbringen.“ Vgl. Referat 341, Bd. 113159.

³¹ Paraph.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 12. November 1980 gefertigt und am selben Tag über Ministerialdirektor von Staden und Staatssekretär Schüler, beide Bundeskanzleramt, Bundeskanzler Schmidt „mit der Bitte um Billigung“ vorgelegt. Dazu vermerkte er: „Die Bundesminister Genscher und Graf Lambsdorff haben vorbehaltlich Ihrer Genehmigung Doppel erhalten. Für das erbetene Gespräch mit MP Werner vor dem Europäischen Rat liegt Ihnen ein Terminvorschlag für ein Arbeitssessen am Freitag, den 28. November 1980, von 12.30 Uhr bis 14.30 Uhr vor.“

Hat Staden am 12. November 1980 vorgelegen.

Hat Schüler am 13. November 1980 vorgelegen.

Hat Verwaltungsangestelltem Bruns, Bundeskanzleramt, am 13. November 1980 vorgelegen.

Hat Bundeskanzler Schmidt am 16. November 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Nicht gelesen. 2) Durchdruck z[u] d[en] A[kten] pr[ivat] (S[ammlun]g) bei mir.“ Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 55; B 150, Aktenkopien 1980.

² Der luxemburgische Außenminister Thorn hielt sich am 10. November 1980 in der Bundesrepublik auf.

Anwesend: Botschafter Heisbourg, Kabinettschef Kasel, GL 21³.

Nach einem zwanzigminütigen Vier-Augen-Gespräch verlief das Gespräch wie folgt:

Bundeskanzler erläutert seine Vorstellungen für die Tagesordnung des Europäischen Rates am 1./2. Dezember 1980 in Luxemburg⁴:

- außenpolitische Themen – Nahost, Mittelost, Ost-West-Beziehungen;
- wirtschaftliche und soziale Lage einschließlich der wirtschaftlichen Erwartungen für 1981;
- handelspolitische Beziehungen der EG mit Japan und den USA;
- EWS (Sachstand, falls das gewünscht wird);
- Meinungsaustausch über notwendige Strukturveränderungen in den Bereichen Haushalt und Agrarpolitik. Mit Rücksicht auf französische Wahlen⁵ ohne großen Druck und nicht so detailliert. Unsere Vorstellungen zur Agrarpolitik gehen in Richtung einer vorsichtigen Preispolitik, einer Erzeugermitverantwortung und einer Wiederherstellung der Funktion des Preises beim Ausgleich von Angebot und Nachfrage.

Thorn möchte den Meinungsaustausch über notwendige Strukturveränderungen eher unter dem allgemeinen TOP „Wirtschaftliche und soziale Lage“ führen (*Bundeskanzler* schlägt vor, dann von wirtschaftlicher, finanzieller und sozialer Lage zu sprechen).

Er regt an, auf frühere Vorschläge zurückzukommen und eine Liste politischer Prioritäten und Akzente durch den ER aufstellen zu lassen.

Bundeskanzler betont, daß es nicht Aufgabe des ER sei, detaillierte Entscheidungen zu fällen oder als Berufungsinstanz in Gemeinschaftsdingen tätig zu werden. Er möchte zum ursprünglichen Gedanken eines allgemeinen Meinungsaustausches unter Regierungschefs und einer informellen Einigung über die allgemeine Richtung zurückkehren. Die anderen Funktionen müsse der allgemeine Rat der Außenminister erfüllen, auf dessen Rolle er besonderen Wert legt. Eigentlich sollte es nur drei Räte geben, nämlich den allgemeinen Rat, den Landwirtschaftsrat und den Rat der Wirtschafts- und Finanzminister. Der allgemeine Rat sollte auch den Gesamtzusammenhang der Politik der EG im Auge halten.

Thorn weist darauf hin, daß man schon jetzt Lösungen für die miteinander zusammenhängenden Fragen des Haushalts, des britischen Beitrags⁶ und der Agrarreformen für die Zeit nach den französischen Präsidentschaftswahlen vorbereiten müsse. Es könnte schwierig werden, unter britischer Präsidentschaft im zweiten Halbjahr 1981 über den britischen Finanzbeitrag reden zu müssen. Für die Agrarpreisrunde verlangten die Iren schon jetzt 20% Erhöhung, die Franzosen etwa 8%.

³ Otto von der Gablentz.

⁴ Zur Tagung des Europäischen Rates am 1./2. Dezember 1980 in Luxemburg vgl. Dok. 349 und Dok. 350.

⁵ Am 26. April bzw. 10. Mai 1981 fanden in Frankreich Präsidentschaftswahlen statt.

⁶ Zum Beschluß des EG-Ministerrats vom 29./30. Mai 1980 in Brüssel über den britischen Beitrag zum EG-Haushalt vgl. Dok. 178, Anm. 2. Vgl. dazu ferner vgl. Dok. 274, Anm. 7.

Bundeskanzler möchte ganz deutlich machen, daß die Bundesregierung keiner Erhöhung der 1%-MWSt-Obergrenze⁷ zustimmen werde. Er betont auf Thorns Einwand, daß die EG schon bald „auflaufen“ werde, daß man dann eben die Gemeinsame Agrarpolitik billiger machen müßte. Man dürfe den Agrarministern keine finanzielle Bewegungsfreiheit lassen. Lösungen müßten innerhalb der 1%-Obergrenze gefunden werden. Der Anstieg der Agrarkosten müsse unter dem Zuwachs der EG-Einnahmen liegen. Der neue EG-Kommissionspräsident⁸ müsse wissen, daß der Bundeskanzler nicht gewillt sei, dem Bundestag eine Erhöhung des MWSt-Anteils vorzuschlagen. Der Bundestag würde das auch nicht mitmachen.

Thorn meint, daß auch sein Vorgänger Jenkins zum Schluß gekommen sei, daß man zwar die Kosten der Agrarpolitik reduzieren könne, aber ohne Erhöhung der 1%-Grenze keine anderen Politiken, wie z.B. Energiepolitik, in Angriff nehmen könne. Darauf dringe aber gerade auch das Europäische Parlament, wie aus seiner Stellungnahme zum Haushaltsentwurf 1981⁹ hervorgehe. Auch der Europäische Rat habe sich für eine europäische Energiepolitik eingesetzt. Dasselbe gelte für die europäische Entwicklungspolitik. Z.B. werde die Nahrungsmittelhilfe jetzt reduziert werden müssen. Ohne einen gewissen finanziellen Spielraum könne man z.B. auch den Polen nicht helfen. Man solle das Europäische Parlament nicht unterschätzen. Wenn es, wie weitgehend jetzt, nichts Rechtes zu tun bekomme, laufe es Gefahr, „in kompletter Narrenfreiheit“ zu handeln.

Bundeskanzler äußert sich skeptisch zu der baldigen Verwirklichung einer europäischen Energiepolitik. Man dürfe die Kommission nicht ermuntern, im Bereich der Energie dasselbe zu tun, was sie jetzt im Bereich des Stahls¹⁰ macht. Er halte weder etwas von privaten noch von staatlichen Kontrollen. Ernsthaft könne man über europäische Energiepolitik wohl erst reden, wenn alle Mitgliedsstaaten ihre Energiequellen miteinbeziehen.

Er setzt sich für eine Nahrungsmittelhilfe für Polen ein, die wichtig und politisch vertretbarer sei als billige Verkäufe von Überschußprodukten an die SU.

⁷ Zur Finanzierung des EG-Haushalts aus Mehrwertsteuereinnahmen vgl. Dok. 61, Anm. 8.

⁸ Zur Kandidatur des luxemburgischen Außenministers Thorn für das Amt des Präsidenten der EG-Kommission vgl. Dok. 190, Anm. 5.

Thorn trat sein neues Amt am 6. Januar 1981 an.

⁹ Ministerialdirigent Kittel, Brüssel (EG), berichtete am 7. November 1980: „EP hat gestern in erster Lesung vom Rat aufgestellten Haushaltsentwurf 1981 beraten. Angenommene Abänderungen und Änderungsvorschläge würden, sofern Rat in zweiter Lesung am 24.11. d.J. in vollem Umfang zustimmen würde, zu einer Erhöhung des Haushaltsvolumens gegenüber Haushaltsentwurf (erste Lesung) um rd. 1 Mrd. ERE bei V[erpflichtungs]E[rmächtigungen] und rd. 780 Mio. ERE bei Z[ahlungs]E[rmächtigungen] führen. Zahlen beruhen auf vorläufigen, überschläglichen Ermittlungen. Bei VE liegt Erhöhungsbetrag weit über dem des Vorentwurfs der Kom[mission]. Bei ZE werden die Ansätze der Kom. im Vorentwurf in etwa wieder hergestellt mit der Folge, daß der von rd. 0,95 v.H. auf rd. 0,886 v.H. reduzierte MWSt-Satz des Haushaltsentwurfs wieder auf etwa 0,95 v.H. ansteigen würde. [...] In den Haushaltsdebatten im EP wurde immer wieder auf Notwendigkeit zur Senkung der Agrarausgaben im Interesse der Erhaltung anderer ebenfalls bedeutsamer Politiken hingewiesen. EP sieht weitere Schwerpunkte vor allem in den Bereichen Energie-, Industrie-, Struktur- und Entwicklungshilfepolitik sowie Verkehrsinfrastruktur.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3668; Referat 410, Bd. 121838.

¹⁰ Zur Stahlkrise der Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 304.

Er betont noch einmal, daß er keinen Vertragsänderungen zur Ausweitung der MWSt-Obergrenze über 1 % zustimmen werde. Nur unter diesem finanziellen Druck ließen sich die Probleme der Restrukturierung des Haushalts, insbesondere im Agrarbereich, lösen. Noch 1981 müsse es hierüber zu rechtsverbindlichen Beschlüssen kommen.

Er betont die Bedeutung rechtzeitiger und klarer Kommissionsvorschläge zu den Haushalts-, Agrar-, Erweiterungsfragen sowie zum britischen Haushaltsbeitrag. Gegenüber Thorns Einwand, daß die Kommission sich den Kopf einrenne, wenn sie ihre Vorschläge nicht vorher mit den Mitgliedern des Rats abstimme, meint er, daß klare Vorschläge der Kommission die unerläßliche Grundlage für die Meinungsbildung im Kreise der Regierungschefs seien. Ohne solche Vorschläge komme im Rat und im Europäischen Rat keine angemessen vorbereitete Diskussion zustande.

Auf Thorns Einwand, ob denn die Kommission Vorschläge zur Veränderung der Agrarpolitik dem Agrarrat vorlegen sollte, wo sie mit Sicherheit untergingen, meint er, daß solche Vorschläge, die ja auch wesentlich andere Bereiche der EG berühren, besser in den allgemeinen Rat eingebracht werden sollten.

Er faßt seine Vorstellungen zum Europäischen Rat noch einmal kurz zusammen und betont, daß die Regierungschefs im kleinsten Kreise nach dem Abendbrot wohl über die Veränderungen in der amerikanischen politischen Szene sprechen würden.

Thorn meint, daß unter den EG-Themen auch über die allgemeinen Probleme der Erweiterung gesprochen werden müsse. Giscard sei der Meinung, daß man zu einem Abschluß mit Spanien¹¹ erst dann kommen könne, wenn nicht nur die Probleme der Agrarpolitik geregelt seien, sondern wenn man sich auch im Hinblick auf Olivenöl auf eine allgemeine Fett-Politik geeinigt habe. Insofern hingen die Fragen der Finanz- und Agrarstruktur, des britischen Beitrags und die der Erweiterung zusammen. Spanien bereite sich im übrigen jetzt schon auf eine kräftige Überschußproduktion im Agrarbereich vor.

Bundeskanzler antwortet auf Frage Thorns, warum er einer Erörterung des EWS so zurückhaltend gegenüberstehe, mit der Bemerkung, daß eigentlich keiner hieran so recht interessiert sein könne. Im kommenden Jahr stünden die ersten wirklichen Belastungsproben für das EWS bevor. Wie er bereits in Bremen¹² vorausgesagt habe, sei nun auch einmal die DM am unteren Ende der Skala angelangt. Man müsse jetzt pragmatisch weitergehen und das Abkommen zwischen den Zentralbanken verlängern. Das EWS funktioniere erstaunlich gut, man solle das nicht gefährden, indem man darüber rede. Die Deutschen seien eben heute keine „Hallstein-Deutschen“ mehr, sondern dächten sehr pragmatisch.

Im übrigen hoffe er, trotz großer Terminschwierigkeiten der Bitte MP Werners um ein Gespräch vor dem ER entsprechen zu können. In Frage käme wahrscheinlich nur ein Termin am Freitag, den 28. November 1980.¹³

¹¹ Zum Stand der Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 212, Anm. 7, und Dok. 294, Anm. 10.

¹² Zur Tagung des Europäischen Rats am 6./7. Juli 1978 in Bremen vgl. AAPD 1978, II, Dok. 216.

¹³ Im Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt am 28. November 1980 hielt es Ministerpräsident Werner hinsichtlich des EWS „angesichts innenpolitischer Schwierigkeiten in Frankreich und Deutsch-

Auf Frage Thorns nach der deutschen Haltung zur Frage des Sitzes der europäischen Institutionen¹⁴ meint er, daß wir diese Frage nicht aufwerfen. Wenn die drei besonders interessierten Staaten einen gemeinsamen Vorschlag machen wollen, so werden wir sie nicht daran hindern. Wir hätten nichts dagegen, daß man es beim gegenwärtigen Provisorium beläßt. Aber wenn man darüber spricht, wären wir an einer Aufstellung interessiert, welche Einrichtungen mit welcher Besetzung in welchen Ländern sitzen. Er stimmt Thorns Vorschlag zu, daß das Ratssekretariat um eine solche Aufstellung gebeten werden sollte.

Er möchte dem künftigen Präsidenten der EG-Kommission noch einige Hinweise zur deutschen Position in EG-Fragen geben:

1) Auch die nicht-obligatorischen Ausgaben müssen in die Überprüfung der Ausgaben einbezogen werden. Bei Beibehaltung der bisherigen Steigerungsrate der EG-Ausgaben wäre 1986 die 2%-MWSt-Grenze erreicht.

2) Für das britische Beitragsproblem müßte wohl wieder eine Lösung für einige Jahre gefunden werden. Eine Dauerlösung sei für uns nicht vorstellbar, ohne daß gleichzeitig ein Plafond für alle Nettozahlungen und alle Nettoempfänger eingezogen würde. Daher käme wohl nur eine vorläufige Lösung für zwei bis drei weitere Jahre in Frage.

3) Zur Agrarfrage betont er, daß wir nicht die großen Agrarfabriken subventionieren wollten, sondern dafür sorgen müssen, daß auch die kleineren Familienbetriebe an der allgemeinen Einkommenssteigerung teilnehmen. Aber auch die müßten sich gefallen lassen, daß die Preise mehr am Marktausgleich orientiert werden, Überschüsse abgebaut werden und die Erzeuger von Überschüssen an den Kosten ihrer Beseitigung beteiligt werden. All das sollte unter Aufrechterhaltung der drei Prinzipien EG-Präferenzen, gemeinsamer Preis, gemeinsamer Markt geschehen.

4) Zum handelspolitischen Verhältnis mit Japan¹⁵ möchten wir genauso wie im Verhältnis zu den USA einen Handelskrieg vermeiden. Wenn sich in der EWG

Fortsetzung Fußnote von Seite 1644

land nicht für angebracht, die für März 1981 vorgesehenen Schritte zur weiteren institutionellen Verfestigung zu unternehmen. Man könne aber, um das gute Funktionieren des EWS zu unterstreichen, die Notenbankgouverneure anhalten, ihr Swap-System um zwei Jahre zu verlängern. Außerdem solle man überlegen, ob man sich auch nach außen hin stärker des ECU bedienen und z.B. Gemeinschaftsanleihen in ECU auf dem internationalen Markt aufnehmen sollte.“ Schmidt begründete „das gute Funktionieren des EWS, das zur Stabilisierung der Währungen in Europa und zur Erweiterung der innergemeinschaftlichen Handelsströme beigetragen habe, weil es vor allem den kleineren Im- und Exporteuren die Kalkulation erleichtere. Er sieht nicht ein, warum man angesichts auch der möglichen Probleme in Frankreich und in Deutschland an dem System rühren solle, das zufriedenstellend arbeite. Er habe keinen Einwand gegen Anleihen in ECU, wenn der Zweck der Anleihe überzeugend sei. Wesentlich für die Fortentwicklung des EWS wäre, daß Großbritannien mitmacht. Er stimmt StS Lautenschlager zu, daß man allerdings vermeiden müsse, daß ein Aufschieben der institutionellen Maßnahmen als Rückschritt mißverstanden werde.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 55; B 150, Aktenkopien 1980.

¹⁴ Zur Frage des Sitzes der Organe der Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 274, Anm. 16.

¹⁵ Referat 411 vermerkte am 13. Oktober 1980: „Die handelspolitischen Probleme bestimmen nach wie vor die Beziehungen der Gemeinschaft zu Japan. Während in der zweiten Hälfte des letzten Jahres – auch dank japanischer Fortschritte bei der Öffnung seiner Märkte – sich eine gewisse Entspannung abzeichnete, gibt die Handelsentwicklung der ersten sieben Monate von 1980 erneuten Anlaß zur Sorge. Die japanischen Exporte in die EG sind, im Vergleich zum Vorjahreszeitraum, erneut stark gestiegen (ca. 27 %), während die EG im gleichen Zeitraum nur 2,7 % mehr nach Japan exportieren konnte. Besonders beunruhigend ist die Konzentration Japans auf einige wenige, sensitive Bereiche. Die Niedrigbewertung des Yen war für die Exportentwicklung mit ausschlaggebend.

ein handelspolitischer Egoismus durchsetzt, laufen wir Gefahr, in eine tiefere Strukturkrise der Weltwirtschaft hineinzugeraten als in der Mitte der 70er Jahre. Das eigentliche Problem, die Ölmengen und die Ölpreise, könne nicht zu Lasten der wirklich Betroffenen auf diese Art und Weise gelöst werden. Das sei fast noch wichtiger für die Entwicklungsländer, deren dauernder Ruf nach größerer Entwicklungshilfe der Industrieländer keinen wirklichen Sinn mache, solange die gesamte Entwicklungshilfe der westlichen Welt von der Ölpreissteigerung nur eines Jahres aufgebraucht werde. Diese Größenordnungen sind noch nicht voll verstanden worden.

Auf Einwand Thorns, daß die Franzosen ihre Märkte schließen würden, wenn die Japaner sich jetzt angesichts der Probleme ihrer Beziehungen zu den USA auf die europäischen Märkte stürzten, betont er, daß er nicht viel vom Druck auf freiwillige Selbstbeschränkung halte. Entscheidend wäre der Druck auf Öffnung des japanischen Marktes für europäische Produkte. Dem stünde allerdings die traditionelle Struktur des japanischen Handels und der japanischen Banken entgegen, die es den Europäern nicht erlaubten, auf dem japanischen Markt Fuß zu fassen. Er stimmt Thorn zu, daß wir nicht hoffen können, die japanische Mentalität schnell zu ändern. Wegen dieser Marktstrukturen sei auch das japanische Zahlungsbilanzdefizit trotz der hohen Ölrechnungen geringer als das europäische.

5) Beim Europäischen Rat müsse man außerhalb der Tagesordnung auch darüber reden, wie die EG im Verhältnis zu den USA positive politische Signale setzen könne, bevor noch der neue Präsident sein Amt antrete¹⁶. Er rät dem neuen Kommissionspräsidenten zu einer möglichst baldigen Reise in die USA.¹⁷

6) Auf seine Befürchtung, daß die Dinge in der Fischereipolitik nicht wirklich vorangingen, betont Thorn, daß er als Ratspräsident auf eine Regelung im Dezember drängen werde.¹⁸

Fortsetzung Fußnote von Seite 1645

Falls dieser handelspolitische Trend nicht gebrochen werden kann, wird das Handelsbilanzdefizit der EG gegenüber Japan 1980 die Rekordhöhe von 9 bis 10 Mrd. US-\$ erreichen. [...] Die bisherige Politik der Gemeinschaft gegenüber Japan stellte das Bemühen um stärkere Marktoffenung und vermehrte europäische Exporte in den Mittelpunkt. Diesem Ziel dienten laufende Konsultationen zwischen der Kommission und der japanischen Regierung. Restriktionsmaßnahmen sind bisher – unseren liberalen Vorstellungen entsprechend – nicht in eine Strategie mit aufgenommen worden. Der Druck einzelner EG-Mitgliedstaaten (besonders von Frankreich und Italien, aber auch von Großbritannien), in diese Richtung zu gehen, wächst jedoch.“ Vgl. B 201 (Referat 411), Bd. 447.

¹⁶ Präsident Reagan übernahm am 20. Januar 1981 die Amtsgeschäfte.

¹⁷ Der Präsident der EG-Kommission, Thorn, hielt sich vom 9. bis 13. Juli 1981 in den USA auf.

¹⁸ Bei der EG-Ministerratstagung am 29./30. Mai 1980 in Brüssel wurde vereinbart, spätestens bis zum 1. Januar 1981 eine globale gemeinsame Fischereipolitik in Kraft treten zu lassen. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. BULLETIN DER EG 5/1980, S. 10 f. Botschafter Poensgen, Brüssel (EG), berichtete am 17. Dezember 1980 über die EG-Ratstagung auf der Ebene der für Fischereifragen zuständigen Minister vom 15. bis 17. Dezember 1980 in Brüssel: „Rat erzielte trotz auf drei Tage ausgedehnter, intensiv und mit großem Engagement geführter Verhandlungen noch keine Einigung über das Fischereipaket, das zum 1. Januar 1981 in Kraft treten soll. Einigung kam trotz von allen offensichtlich eingebrachten beträchtlichen Goodwill nicht zustande, nachdem in der Zugangsfrage, die mit der Quotenregelung in unlösbarem Zusammenhang steht, eine ‚Patt-Situation‘ entstand, aus der es auf dieser Tagung nach all[gemeiner] Überzeugung keinen Ausweg gab. Sachlich unvereinbare Standpunkte fr[an]z[ösischer] und brit[ischer] De[legation] hatten zu dieser Situation geführt, wobei erkennbar Tendenz übriger MS bestand, sich brit. Haltung im Grundsatz anzuschließen. [...] F verlangt [...] ungehinderte Ausübung ‚historischer Fänge‘ in 12-See[M]eilen-Zone. Lediglich in Präferenzgebieten (Den Haag) ist es bereit, seinen Fangaufwand zu ‚stabilisieren‘, d. h. auf Status quo festzuschreiben. In den übrigen Gebie-

7) Er regt an, daß sich die EG auf allen Ebenen besonders um Norwegen kummere. Norwegen sei wirtschaftlich recht gesund, liege aber sehr am Rande Europas. Man solle es der norwegischen Regierung, die die alte EG-Entscheidung des Landes¹⁹ bedauere, aber nicht rückgängig machen könne, erleichtern, sie zu überspielen.

Thorn erwähnt, daß er in diesem Sinne auch mit AM Frydenlund gesprochen habe. Er erwähnt, daß er als künftiger Kommissionspräsident zum ersten Mal auch von den Finnen zum Besuch eingeladen worden sei. (Der Bundeskanzler rät zu, diese Einladung, für die die Finnen sicherlich die Zustimmung der Sowjets eingeholt hätten, anzunehmen.)²⁰

Auf die Anregung des Bundeskanzlers, beim ER auch über den Nahen Osten zu sprechen, berichtet er über den positiven Verlauf seiner Erkundungsmission.²¹ Nach seinem Urteil sollten die Europäer am 1./2. Dezember 1980 noch keine neue Stufe ihrer Nahostpolitik in Angriff nehmen. Sie sollten aber nicht vergessen, daß ihre Glaubwürdigkeit damit steht und fällt, daß sie in der Nahost-Frage „am Ball bleiben“. Darüber sollten sich die Regierungschefs auch intern im klaren sein. Sonst ergebe sich die Gefahr, daß die niederländische Präsidentschaft ab 1. Januar 1981 die Fortentwicklung der europäischen Nahostpolitik verzögere. (Bundeskanzler merkt an, daß die Niederländer wie die Deutschen in dieser Frage befangen bleiben. Man solle sie nicht in Führungsrollen drängen. Man könne aber auf die britische Präsidentschaft im zweiten Halbjahr 1981 setzen, wenn es um die Fortentwicklung einer europäischen Nahostpolitik geht.)

Er bittet den Kanzler abschließend, spätestens beim kommenden Europäischen Rat das zweite deutsche Mitglied der Kommission zu benennen.²²

Das Gespräch endet mit einem kurzen Gedankenaustausch über die wirtschaftliche Lage in Luxemburg und den rapiden Wandel der Wirtschaftsstruktur in Richtung auf Dienstleistungen, der durch die gegenwärtige Stahlkrise noch verschärft wird.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 55

Fortsetzung Fußnote von Seite 1646

ten will es sogar Fänge ggf. ausweiten können. Brit. Minister Walker machte deutlich, daß GB – trotz gewisser Konzessionsbereitschaft, verglichen mit früheren exklusiven Ansprüchen – derartige Forderungen keinesfalls akzeptieren kann.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4348; B 201 (Referat 411), Bd. 567.

19 Am 25./26. September 1972 fand in Norwegen eine Volksabstimmung über den Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften statt, in der sich 54 % der Abstimmenden gegen einen Beitritt aussprachen. Vgl. dazu AAPD 1972, II, Dok. 295.

20 Der Präsident der EG-Kommission, Thorn, hielt sich am 10./11. Juni 1982 in Finnland auf.

21 Zu den Nahost-Reisen des luxemburgischen Außenministers Thorn als amtierender EG-Ratspräsident vgl. Dok. 229, Anm. 22, Dok. 247, Anm. 20, und Dok. 257, Anm. 24.

22 Ministerialdirektor Fischer teilte der Ständigen Vertretung bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel und der Botschaft in Luxemburg am 11. Dezember 1980 mit, daß die Bundesregierung entschieden habe, den bisherigen Vizepräsidenten der EG-Kommission, Haferkamp, und den CDU-Abgeordneten Narjes als Mitglieder der ab 6. Januar 1981 amtierenden EG-Kommission zu benennen. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 6246; Referat 410, Bd. 130335.

Botschafter Schödel, Peking, an das Auswärtige Amt

114-6000/80 VS-vertraulich

Aufgabe: 10. November 1980, 13.50 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 1879

Ankunft: 10. November 1980, 10.09 Uhr

Citissime

Betr.: Chinesische Außenpolitik;
hier: Semjonow-Demarche²

Bezug: DE 5191 Plurez vom 14.10.1980 – 213-322.00 CHN-2461/80 VS-v³
DB 1419 vom 16.10.1980 von Brüssel NATO – I-322.SU-4160/80 VS-v⁴
DE 5292 Plurez vom 17.10.1980 – 341-322.00 CHN-1039/80 VS-v⁵

I. Ich versuche, zur Beurteilung der Ausführungen Semjonows die Grundelemente der chinesischen Außenpolitik in wenigen Strichen zusammenzufassen:

Die VR China gewann nach außenpolitischer Isolierung und Quasi-Unterwerfung unter sowjetischen Herrschaftsanspruch Ende der fünfziger Jahre zunehmend Handlungsspielraum.⁶ Die Loslösung aus dem von Moskau beherrschten kommunistischen Lager wurde wegen der turbulenten inneren Entwicklung

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Arnot am 13. November 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Lesenswert. 1) Umlauf. 2) B[arker] bitte Bespr[echung].“

Hat Vortragendem Legationsrat Vogel am 14. November 1980 vorgelegen.

Hat Legationsrat I. Klasse Barker am 17. November 1980 vorgelegen.

Hat Vortragender Legationsrätin Wannow und Legationsrat Schlote am 18. November 1980 vorgelegen.

Hat Barker am 22. Dezember 1980 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Erl[editg].“

² Zu den Äußerungen des sowjetischen Botschafters Semjonow gegenüber Bundesminister Genscher am 10. Oktober 1980 hinsichtlich der Volksrepublik China vgl. Dok. 290.

³ Vortragender Legationsrat I. Klasse Arnot teilte mit: „Obwohl Hinweise auf von China ausgehende Gefahr Standardthema sowjetischer Ausführungen zur internationalen Lage darstellen, sind wir über starke Akzente in Semjonows Ausführungen überrascht. Wendungen wie ‚eine ernste Gefahr für alle und eine Belastung für die internationale Lage‘ oder ‚müsse das internationale Klima verschlechtern‘ sind keine bloße Rhetorik (zumal Semjonow nicht frei sprach, sondern von mitgebrachter Unterlage ablas).“ Die Äußerungen des sowjetischen Botschafters gegenüber Bundesminister Genscher am 10. Oktober 1980 würden die Deutung nahelegen, „daß wir auf eine sowjetische Aktion vorbereitet werden sollen, die über Maßnahmen sowjetischer Grenzsicherung in Fernost hinausgeht. Nähere Aufschlüsse fehlen bisher.“ Vgl. VS-Bd. 13174 (213); B 150, Aktenkopien 1980.

⁴ Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete: „1) In der Ratssitzung am 15.10.1980 habe ich weisungsgemäß die Äußerungen Botschafter Semjonows vorgetragen und eine Zusammenfassung derselben zirkuliert. 2) In der sich anschließenden Diskussion zeigte sich der französische Botschafter besonders im Hinblick auf den bevorstehenden Besuch Giscard d'Estaings in China besonders interessiert. Er stellte einen Zusammenhang zwischen kürzlichen, gegen China gerichteten sowjetischen Presseveröffentlichungen (Prawda) und den Äußerungen Semjonows her. Der französische Botschafter und auch der Generalsekretär griffen meine Frage auf, ob die SU in jüngster Zeit mit analogen Warnungen an andere Verbündete herangetreten sei. Die Ständigen Vertreter hatten hierüber keine Informationen.“ Vgl. VS-Bd. 13174 (213); B 150, Aktenkopien 1980.

⁵ Vortragender Legationsrat I. Klasse Bente teilte mit: „Wie Botschafter Semjonow bereits angekündigt hat, wurden die ‚gefährlichen Tendenzen der chinesischen Politik‘ heute auf Arbeitsebene erneut dargestellt. Dabei ergaben sich keine neuen Erkenntnisse. Es ist aber festzuhalten, daß auch dieses Gespräch durch außerordentlich harte Akzente gekennzeichnet war. Es schloß mit der Feststellung, daß die SU alles tun werde, um eine Veränderung des Gleichgewichts in der Welt zu verhindern.“ Vgl. den Runderlaß; VS-Bd. 11190 (341); B 150, Aktenkopien 1980.

⁶ Zu diesem Satz vermerkte Legationsrat I. Klasse Barker handschriftlich: „Ab 1960.“

(Kulturrevolution) zunächst politisch nicht voll ausgeschöpft. Sie führte im Gegenteil in der außenpolitischen Konzeption zum Trauma vor dem Nachbarn (Polarbär) aus dem Norden. Die Größe der Gefahr wurde nur kompensiert durch das Bewußtsein, daß China selbst bei größtem Rüstungsrückstand und waffentechnischer Unterlegenheit wegen des Raumes und der Bevölkerungsgröße für die Sowjetunion kein schluckbarer Brocken ist.

In dem Gefühl, eine lange Periode des Ungleichgewichts im Rüstungsstand gegenüber der Sowjetunion durchstehen zu müssen, wird die Außenpolitik in den siebziger Jahren von dem Leitsatz dominiert, alle Nationen für den Kampf gegen den „sowjetischen Hegemonismus“ zu motivieren, um für den eigenen inneren Aufbau Zeit zu gewinnen. Darunter lassen sich auch zahlreiche ideologisch und politisch inkonsequente außenpolitische Schritte summieren. Die sowjetische Gefahr dominiert das Denken und Handeln chinesischer Außenpolitiker in den internationalen Gremien und bei den bilateralen Beziehungen. Früher benutzter Slogan von der Unvermeidbarkeit eines Dritten Weltkrieges⁷ ist inzwischen dem passender erscheinenden Wort von der Hinausschiebung durch energischen Widerstand gegenüber dem sowjetischen Hegemonismus gewichen.

Die diplomatisch-propagandistischen Attacken auf die Sowjetunion erhielten weitere Nahrung durch das verstärkte Fußfassen der Russen im indochinesischen Raum, was Peking als gefährliche Flankenbedrohung empfindet.

II. Chinesischer Einschätzung der Weltlage, die „turbulente 80er Dekade“ voraussagt und Hauptursache der Spannungen in sowjetischem Streben nach Weltherrschaft sieht, setzt Semjonow Warnung vor „chinesischer Gefahr“ entgegen. Sowjetische Demarchen in europäischen Hauptstädten erfolgten im Zeitpunkt verstärkter Besuchsdiplomatie zwischen Westeuropa und China (italienischer⁸ und französischer Staatspräsident⁹, niederländischer Regierungschef¹⁰). Ziel ist die Einschüchterung der Europäer, weiteren Ausbau sino-amerikanischer Zusammenarbeit zu bremsen.¹¹ Parallel dazu läuft Kampagne der Viet-

⁷ Zu den Thesen der KPCh über die Gefahr eines neuen Weltkriegs vgl. AAPD 1979, I, Dok. 105.

⁸ Botschaftsrat I. Klasse Nölle, Peking, berichtete am 22. September 1980 über den Besuch von Staatspräsident Pertini vom 18. bis 26. September 1980 in der Volksrepublik China: „Politische Gespräche verliefen erwartungsgemäß ohne besondere Höhepunkte. Pertini ließ sich als ‚antifaschistischer Kämpfer‘ und ‚alter Freund Chinas‘ von chinesischer Führung und Presse feiern. Dieses Motto hatte er in geschickter publizistischer Besuchsvorbereitung selbst eingeführt. Chinesisches Echo hebt auf antifaschistischen Kampfgeist ab, der zur Bekämpfung des Hegemonismus und sowjetischen Expansionsstrebens heute wieder gebraucht werde. Pertini unterstrich, unter Hinweis auf seine persönlichen Erlebnisse während einer Epoche zweier Weltkriege, die derzeit wachsende Kriegsgefahr und verurteilte Aggressionsakte in Afghanistan und Kambodscha.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1533; Referat 203, Bd. 115878. Vgl. dazu ferner Dok. 277, Anm. 3.

⁹ Zum Besuch des Staatspräsidenten Giscard d'Estaing vom 15. bis 21. Oktober 1980 in der Volksrepublik China vgl. Dok. 286, Anm. 25.

¹⁰ Botschafter Schödel, Peking, berichtete am 31. Oktober 1980 über den Besuch von Ministerpräsident van Agt vom 28. Oktober bis 4. November 1980 in der Volksrepublik China. Der politische Meinungsaustausch habe sich auf „Standardthemen“ konzentriert: „Weltlage, Krisenherde in Indochina, Nah- und Mittelost. Chinesen nahmen Gelegenheit wahr, ihre Prinzipien für eine Afghanistan- und Kambodscha-Lösung zu erläutern und Appell für verstärkte Hilfe an Widerstandskämpfer in diesen Ländern an Europäer zu richten. Van Agt unterstrich gute Bilanz bilateraler Beziehungen und äußerte sich zu weltpolitischen Fragen nur zurückhaltend. Sein Bemühen, Wirtschaftsfragen in den Vordergrund zu stellen, fand Ausdruck in Unterzeichnung von zwei Rahmenabkommen über Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Technologie und Kultur.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1825; Referat 341, Bd. 113073.

¹¹ So in der Vorlage.

namesen in Südostasien mit gleichem Tenor, die weiteren Schaden durch Vordringen chinesischer Antihegemonismus-Argumente in westlichen und Dritte-Welt-Ländern verhindern soll. Geringe sachliche Fundierung von Semjonows Behauptungen läßt eher auf Polemik als auf diplomatische Vorbereitung sowjetischer Aktionen gegen China schließen.

III. Sowjetischen Thesen läßt sich entgegenhalten:

– „Unvermeidbarkeit des Krieges“:

Parteichef und damaliger Regierungschef Hua Guofeng sagte vor dem Volkskongreß am 7.9.1980: „Die Modernisierung unseres Landes verlangt eine friedliche Umwelt über eine lange Periode. Der Kampf gegen den Hegemonismus und für die Erhaltung des Friedens liegt im Interesse unseres Volkes und auch in dem anderer Völker.“ Noch im Februar 1978 äußerte er sich vor dem gleichen Gremium zur Kriegsgefahr wie folgt: „Die beiden Hegemonialmächte verstärken nach wie vor ihre Rivalität um die Vorherrschaft in der Welt und betreiben eine zügellose Aggressions- und Kriegspolitik. ... Solange Sozialimperialismus und Imperialismus existieren, sind Kriege unvermeidlich.“

Diese veränderte Perspektive chinesischer Außenpolitik ist nicht „Phraseologie“, sondern Ausdruck ideologischer und praktischer Umorientierung der chinesischen Innenpolitik. Sie findet Niederschlag in Kürzung des Verteidigungshaushalts, sinkendem politischen Gewicht der Armee und politischer wie wirtschaftlicher Öffnung zum früher als „imperialistisch“ bezeichneten Westen. Es kann hierbei allerdings nicht übersehen werden, daß chinesische Führung ein unbefangeneres¹² und hemmungsloseres Verhältnis zur militärischen Gewaltanwendung (Indien 1962¹³, Vietnam 1979¹⁴) besitzt, sofern vitale Interessen Chinas berührt werden.

– Chinesische Rüstungspolitik und Haltung zu Abrüstungsfragen:

Im Unabhängigkeitsstreben und in der Enttäuschung mit den Sowjets liegen die Wurzeln für Alleingang im Rüstungsbereich. Nukleare Kapazität und Trägersysteme (Atom-, Neutronenwaffe, Mittel- und Langstreckenraketen) werden seit Mitte der 60er Jahre – als es noch keine Beziehungen zum Westen gab – aufgebaut und haben inzwischen „second strike capability“ gegenüber der Sowjetunion erreicht. Diese Entwicklung wurde durch den sino-sowjetischen Konflikt¹⁵ beschleunigt. Eine militärische Zusammenarbeit mit den

¹² Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Arnot hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Na also, sowjetische Unbefangenheit in Afgh[anistan].“

¹³ Seit 1954 verhandelten Indien und die Volksrepublik China über den Grenzverlauf im Himalaja. Nachdem 1958 bekanntgeworden war, daß chinesische Truppen unbemerkt die beanspruchten Gebiete besetzt hatten, kam es wiederholt zu Grenzzwischenfällen. Am 20. Oktober 1962 unternahm die chinesische Armee einen Angriff auf Gebiete im Norden Indiens. Nach einer Reihe von militärischen Erfolgen gab sie am 21. November 1962 die Einstellung der Kampfhandlungen bekannt und zog sich auf die Ausgangspositionen zurück. Vgl. dazu AAPD 1962, III, Dok. 422, Dok. 438 und Dok. 462.

¹⁴ Zum Einmarsch von Truppen der Volksrepublik China in Vietnam am 17. Februar 1979 vgl. Dok. 192, Anm. 26.

¹⁵ Zwischen der UdSSR und der Volksrepublik China kam es wegen unterschiedlicher Rechtsstandpunkte zu den die beiderseitige Grenze regelnden Verträgen von Aigun und Tientsien (1858), dem Handelsvertrag von Peking (1860) und dem Vertrag von Ili bzw. St. Petersburg (1881) wiederholt zu Grenzzwischenfällen, vor allem zwischen 1960 und 1962 und erneut am 1./2. März 1969 nach der Besetzung der im Grenzfluß Ussuri gelegenen Insel Demjansk durch chinesische Truppen. Vom 25. Februar bis 22. August 1964 fanden in Peking erstmals sowjetisch-chinesische Gespräche über eine Beilegung des Grenzkonflikts statt, die am 20. Oktober 1969 wiederaufgenommen und seitdem in mehre-

USA gibt es in diesen Bereichen (noch?) nicht. Sie bedeutet eine Irritation, aber keine Gefahr für Moskau (das im übrigen nie die indischen Nuklearanstrengungen¹⁶ kritisierte).

Angesichts seiner Rückständigkeit zeigte China wenig Interessen an Abrüstungsverhandlungen, Atomteststopp¹⁷, Beitritt zum NV-Vertrag¹⁸ etc. Es nahm indes im vergangenen Jahr seinen Sitz bei der Genfer Abrüstungskommission ein¹⁹ und legte im Rahmen des Abrüstungsausschusses der VN ein eigenes Abrüstungsprogramm vor, dessen Kernforderung nach allgemeiner, totaler Abrüstung allerdings keinen konstruktiven Beitrag zur internationalen Diskussion darstellt²⁰. Diese Haltung Pekings wird sich kaum ändern, da der Abstand im Rüstungsbereich bleiben wird und der militärische Druck seitens der Sowjetunion zunimmt. Realistischere Einschätzung der militärischen Schwäche Chinas durch Moskau sollte Hauptanliegen bei den Rüstungskontrollgesprächen zwischen den Supermächten sein. Der Sowjetunion sollte es nicht erlaubt werden, sich aufgrund von Scheinargumenten mit der angeblichen „chinesischen Bedrohung“ um echte Abrüstungsschritte auf globaler Ebene zu „drücken“.

– „Unaufhaltsame Militarisierung“:

Bei Verkündung des Regierungsprogramms im September 1980 sagte Hua: „In naher Zukunft wird es nicht möglich sein, die Ausgaben für die nationale Verteidigung um größere Raten zu steigern.“ Der Verteidigungshaushalt 1980 wurde nachträglich um 2,94 Milliarden auf 19,33 Milliarden Yuan gekürzt. Dieser Betrag gibt natürlich nur einen Teil der tatsächlichen Militärausgaben an, die nach CIA-Schätzung ungefähr doppelt so hoch sein sollten (30 bis 35 Prozent des Budgets). Die Tendenz stagnierender Zuwachsraten dürfte

Fortsetzung Fußnote von Seite 1650

ren Verhandlungsrunden fortgesetzt wurden. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 348 des Botschafters Pauls, Peking, vom 21. August 1974; Referat 313, Bd. 100101.

¹⁶ Indien zündete am 18. Mai 1974 einen nuklearen Sprengsatz. Vgl. dazu AAPD 1974, II, Dok. 228.

¹⁷ Für den Wortlaut des Vertrags vom 5. August 1963 über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser vgl. BUNDESGESETZBLATT 1964, Teil II, S. 907–910. Zu den Verhandlungen in Genf über ein umfassendes Teststoppabkommen vgl. Dok. 71, Anm. 6.

¹⁸ Für den Wortlaut des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 785–793.

¹⁹ Zur Einrichtung des Abrüstungsausschusses (CD) in Genf vgl. Dok. 8, Anm. 10.

Botschaftsrat Pöhlmann, Genf (CD-Delegation), berichtete am 16. Mai 1979: „China, das aufgrund des Wortlauts von Paragraph 120 SGV-Schlußdokument Mitglied des CD ist, nahm zwar nicht an dessen Arbeit teil, hat jedoch auf Stuhl und Namensschild im CD bestanden. China hält sich durch gelegentliche Teilnahme eines Angehörigen seiner Mission als Beobachter an offiziellen Sitzungen sowie über die pakistanische Delegation unterrichtet.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 62; Referat 222, Bd. 113000.

Botschafter Pfeiffer, Genf (CD-Delegation), vermerkte am 20. August 1980, daß die Volksrepublik China seit Februar 1980 an der Arbeit des Abrüstungsausschusses (CD) teilnehme. Vgl. dazu den Schriftbericht Nr. 141; Referat 220, Bd. 116900.

²⁰ Am 5. Februar 1980 gab die Volksrepublik China im Abrüstungsausschuß (CD) in Genf eine Erklärung ab, in der ihre Grundsätze zu Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle dargelegt wurden. Für den Wortlaut vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XVIII, S. 425–427.

Referat 222 notierte am 10. Juni 1980: „China geht davon aus, daß es sich angesichts seiner rückständigen Rüstung vorerst nicht an Abrüstungs- bzw. Rüstungskontrollmaßnahmen beteiligen kann. Seine ‚Abrüstungsphilosophie‘ ist durch folgende Grundsätze gekennzeichnet: Abrüstung muß bei den beiden Supermächten beginnen. Erst wenn diese ihre Rüstungsarsenale erheblich reduziert haben, könnten andere Kernwaffen- und militärisch bedeutsame Staaten ebenfalls abrüsten. Nukleare und konventionelle Abrüstung sind von gleicher Wichtigkeit und sollten gemeinsam erfolgen. [...] Abrüstung darf nicht das Hegemoniestreben einzelner Staaten fördern. Die internationale Abrüstungsdiskussion muß demokratisiert und von der Vorherrschaft der beiden Supermächte befreit werden.“ Vgl. Referat 222, Bd. 116955.

aber auch insgesamt dominant sein. Berücksichtigt man, daß die Basis der Rüstungswirtschaft – die Kohle-, Eisen- und Stahlindustrie – zugunsten der landwirtschaftlichen Entwicklung und der Leichtindustrie eingeschränkt wird, so zeigt sich, daß Semjonows Behauptung „militaristischer Tendenzen des Modernisierungsprogramms“ nicht auf Fakten gegründet ist. Das jetzige Niveau der Rüstungsausgaben ist dennoch für ein Entwicklungsland wie China eine schwere Belastung. Beim Vergleich mit Indien, Ägypten und anderen Ländern der Dritten Welt schneidet China aber nicht schlechter ab. Ihm stehen immerhin die massierten und hochgerüsteten sowjetischen Truppen an seiner Grenze gegenüber.

China hat bei den Moskauer Gesprächen²¹ versucht, einen Ausgleich der beiderseitigen Sicherheitsinteressen einzuleiten. Durch Afghanistan wurden diese Ansätze zunächst blockiert. Aber auch zuvor gab die Ablehnung der Sowjets, solche Kernprobleme zu diskutieren, wenig Anlaß zu Optimismus. Diese sowjetische Haltung und nicht das nachlassende Interesse Pekings infolge der Hinwendung zu Washington²² verhinderte Fortschritte bei der sino-sowjetischen Normalisierung. Die sino-amerikanische Zusammenarbeit, die noch keine „security relationship“ ist²³, kann die sowjetische Bedrohung nur mildern, aber ihre politischen Wurzeln nicht beseitigen.

– „Unkalkulierbare außenpolitische Kehrtwendungen Chinas“:

Mit Japan besteht Friedens- und Freundschaftsvertrag aus dem Jahre 1978.²⁴ Die japanische Wirtschaftshilfe ist einer der Pfeiler des chinesischen Modernisierungsprogramms. Auch droht aus dieser Richtung wegen der militärischen Schwäche Japans keine sicherheitspolitische Gefahr. Es gibt mit einer Ausnahme (Senkaku-Inseln²⁵) keine strittigen Gebietsansprüche zwischen den beiden Ländern. Huas Angebot bei seinem diesjährigen Tokio-Besuch²⁶ auf eine „Partnerschaft bis in das 21. Jahrhundert hinein“ muß vor diesem Hintergrund gesehen werden.

²¹ Zu den Verhandlungen zwischen der UdSSR und der Volksrepublik China über eine Normalisierung der bilateralen Beziehungen vgl. Dok. 181, Anm. 33 und 34.

²² Die USA und die Volksrepublik China gaben am 15./16. Dezember 1978 in einem gemeinsamen Kommuniqué die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zum 1. Januar 1979 bekannt. Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2022, S. 25. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 76 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1978, II, Dok. 395.

²³ Zur Frage einer militärischen Zusammenarbeit der USA mit der Volksrepublik China vgl. Dok. 73, Anm. 9, und Dok. 181, Anm. 30.

²⁴ Am 12. August 1978 schlossen Japan und die Volksrepublik China einen Vertrag über Frieden und Freundschaft. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 1225, S. 257–272. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 565 f.

²⁵ Botschafter Diehl, Tokio, berichtete am 14. April 1978: „Zwischen Japan und China ist ein diplomatischer Disput um den Besitz der unbewohnten Senkaku-Inselgruppe [...] ausgebrochen. Ca. 100 chinesische Fischerboote versammelten sich am 12. April in der Nähe der Inseln, von denen zeitweise etwa 25 Boote innerhalb der Zwölf-Meilen-Territorialgewässer fischten.“ Japan habe Boote und Flugzeuge eingesetzt, um die chinesischen Boote zum Verlassen der Territorialgewässer aufzufordern. Ferner habe die japanische Regierung gegenüber der Botschaft der Volksrepublik China protestiert. Die Volksrepublik China habe die Inselgruppe dagegen als chinesisches Territorium bezeichnet. Hintergrund des bereits seit Jahren schwelenden Konflikts seien vermutlich die Fischgründe, aber auch vermutete Ölvorkommen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 547; Referat 341, Bd. 107595.

²⁶ Zum Besuch des Ministerpräsidenten Hua Guofeng vom 27. Mai bis 1. Juni 1980 in Japan vgl. Dok. 181, Anm. 27.

Der Zusammenarbeit mit den USA kommt viel größere sicherheitspolitische und strategische Bedeutung zu. Grenzen und Inhalt der Beziehungen sind vor allem im politischen und militärischen Bereich nicht abgesteckt. Washington geht vorsichtig vor und wird eine schnelle Veränderung des politisch-militärischen Gleichgewichts im Fernen Osten und im Pazifik vermeiden. Wegen der ungleichen Kräfteverhältnisse, der unterschiedlichen politischen Grundauffassungen und der Taiwan-Frage²⁷ wird es schwierig sein, stetige und stabile Beziehungen zwischen den USA und China zu schaffen. Solange die sino-sowjetische Konfrontation andauert, hat Peking keine andere Option. Da ein „renversement des alliances“ derzeit nur bei Unterwerfung Chinas unter sowjetischen Vorherrschaftsanspruch im sozialistischen Lager möglich ist, erscheint eine abrupte Abwendung von Washington in naher Zukunft ausgeschlossen.²⁸

[gez.] Schödel

VS-Bd. 13174 (213)

²⁷ Der amerikanische Kongreß bestätigte am 10. April 1979 den „Taiwan Relations Act“, mit dem die Beziehungen der USA zur Republik China (Taiwan) nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Volksrepublik China am 1. Januar 1979 auf eine neue Grundlage gestellt wurden. Die USA eröffneten ein Kulturinstitut auf Taiwan, das den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Taiwan kompensieren sollte, und verpflichteten sich, Defensivwaffen zu liefern, um dessen Verteidigungsfähigkeit zu sichern. Für den Wortlaut vgl. INTERNATIONAL LEGAL MATERIALS XVIII (1979), S. 873–877.

Generalkonsul Dietrich, Hongkong, berichtete am 3. Juni 1980, die Haltung der Volksrepublik China gegenüber Taiwan sei in der Zielsetzung zwar „eindeutig kompromißlos – Taiwan als Provinz Chinas –, aber in der durch die offizielle Propaganda verbreiteten Form doch erheblich geschmeidiger. Auf einen kurzen Nenner gebracht, würde die VR China auch nach der Wiedervereinigung folgende sechs ‚taiwanesischen Freiheiten‘ tolerieren: 1) Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Lebensstandards und Lebensstils auf Taiwan. 2) Beibehaltung des wirtschaftlichen und sozialen Systems. 3) Fortführung von inoffiziellen (im wesentlichen wirtschaftlichen und kulturellen) Auslandsbeziehungen zu Drittländern. 4) Weitreichende Autonomie. 5) Beibehaltung eigener Streitkräfte. 6) Selbstverwaltung auch bei Personalentscheidungen über öffentliche Ämter [...]. Ein solcher Sonderstatus würde einer ‚autonomen Provinz Taiwan‘ weitgehend die Attribute der Staatsqualität belassen.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 474; Referat 341, Bd. 113073.

²⁸ Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Arnot durch Häkchen hervorgehoben.

319

Telefongespräch des Bundesministers Genscher mit Botschafter Kastl, Madrid (KSZE-Delegation)

11. November 1980¹

Telefongespräch BM/Botschafter Kastl am 11. November 1980, 14.45 Uhr²

Bundesminister ruft an.

Botschafter *Kastl* legt den Stand der österreichisch-schweizerischen Vermittlungsbemühungen³ dar, wie in dem Vermerk von Referat 212⁴ niedergelegt.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 11. November 1980 gefertigt, der handschriftlich vermerkte: „W[ieder]v[orlage]“ und „H[errn] Wa[llau] z[ur] K[enntnisnahme].“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 11. November 1980 vorgelegen.

Hat Braunmühl am 14. November 1980 erneut vorgelegen.

² Referat 212 vermerkte am 11. November 1980: „1) Heute (11. November 1980) ab 11 Uhr tagt das Vorbereitungstreffen ‚bei angehaltener Uhr‘, um doch noch eine Einigung über Tagesordnung und prozedurale Modalitäten des Haupttreffens, das heute beginnen sollte, zustande zu bringen. Das ‚Anhalten der Uhr‘ entspricht dadurch unseren Interessen, daß gestern (und also auch heute) Ungarn den Vorsitz auf dem Vorbereitungstreffen führt. Dadurch ist den WP-Staaten die Möglichkeit gegeben, ihre angebliche Kompromißbereitschaft unter Beweis zu stellen. Damit trägt ein WP-Staat erhöhte Mitverantwortung für Erfolg oder Scheitern des Vorbereitungstreffens. Das letzte Papier, das einen Kompromiß anbietet, ist ein österreichisch-schweizerisches Papier [...]. 2) Spanien hat die Absicht, als Gastgeberland, dem der Vorsitz am ersten Tag zusteht, heute (wahrscheinlich gegen 17 Uhr) das Haupttreffen zu eröffnen, ohne Rücksicht darauf, ob das Vorbereitungstreffen zu einer Einigung gekommen ist oder nicht. Die Berechtigung dazu ergibt sich für Spanien aus dem Mandat des Belgrader Treffens für Madrid. Die Eröffnung des Haupttreffens gibt den Spaniern die Möglichkeit, es zu unterbrechen, statt es überhaupt nicht stattfinden zu lassen. [...] 3) Wichtigste noch offene Punkte auf dem Vorbereitungstreffen: a) Zeitaufteilung und Erhaltung der ‚Reinheit‘ der Implementierungsdebatte: Während der Westen mindestens sechs Wochen Implementierungsdebatte (einschließlich einer Woche Eröffnungserklärungen und einer Woche Plenardebatte) anstrebt, will der Osten nur vier Wochen zugestehen. [...] b) Vereinbarung, auf dem Haupttreffen Zeit und Ort eines dritten Folgetreffens festzulegen: Der Westen möchte diese Zusicherung des Ostens haben, da Osten klar erkennen läßt, daß er die Zustimmung zu einem weiteren Folgetreffen nach Madrid von den Ergebnissen des Madrider Haupttreffens selber abhängig machen will [...], also den Westen möglicherweise in dieser Frage ‚erpressen‘ will. [...] c) Möglichkeit des Zurückkommens auf die Implementierungsdebatte während der Verhandlungsphase: Die westliche Haltung hierzu ist den WP-Staaten in den vergangenen Wochen immer wieder dargelegt worden. Im Westen hat sich jetzt die Meinung durchgesetzt, daß es sich bei der Möglichkeit des Zurückkommens auf die Implementierungsdebatte um eine Selbstverständlichkeit handelt und es dazu keines ausdrücklichen Textes bedarf.“ Vgl. Referat 212, Bd. 133390.

³ Botschafter Kastl, Madrid (KSZE-Delegation), übermittelte am 11. November 1980 den Text eines Kompromißvorschlages der KSZE-Delegationen Österreichs und der Schweiz, „der der Sowjetunion und dem westlichen Caucus überreicht wurde (um 11.30 Uhr). Erste Bewertung fernmündlich.“ Vgl. die Drahtberichte Nr. 975 und Nr. 976; Referat 212, Bd. 133390.

⁴ Referat 212 legte am 11. November 1980 dar: „Stand 12.15 Uhr: VLRI Dr. Joetze gibt aus Madrid durch: Schweiz und Österreich haben neues Kompromißpapier erarbeitet und dies USA und SU gezeigt. Sowjetische Reaktion gedämpft positiv. Inhalt: Bei den Modalitäten (Mandat über Implementierung und Verhandlungen) entfällt die optische Trennlinie. Zur Zeitzuteilung: ‚It is recommended that substantive proposals referred to under item 5 of the agenda should be submitted either in the plenary or in the subsidiary working bodies not later than during the 5th week after the beginning of the meeting. Discussion of the proposals submitted will begin during the 6th week.‘ Frage des nächsten Folgetreffens soll durch ‚statement‘ des Vorsitzenden gelöst werden. ‚Statement of the chairman concerning item [7] of the agenda: On the occasion of the registration of item [7] of the agenda the chairman noted the general understanding of the meeting, that definition of the appropriate modalities for the holding of other meetings includes the setting of the date and place of the

(Er erwähnt zusätzlich als westliches Petition die Klarstellung, daß die Implementierungsdebatte auch durch die Erörterung der maltesischen Mittelmeeranliegen nicht gestört werden sollte.) Kaffeepause dauert bis 16.30 Uhr.

Kastl legt dar: Unter den westlichen Verbündeten seien einige dafür, das, was jetzt als Kompromißvorschlag angeboten werde, so zu nehmen. Er selbst neige auch dazu. Dies sei besser als eine Unterbrechung des KSZE-Prozesses. Auf der anderen Seite stünden die Amerikaner u. a., wie die Norweger, die noch einmal versuchen wollten, unsere Vorschläge doch durchzubringen. Auf Frage des Ministers schildert Kastl die französische Haltung als etwas weich, die britische als hart, aber anscheinend nur verbal, die niederländische als hart; auch die Amerikaner seien hart, wollten „gamblen“.

Kastl berichtet, in der Pause habe sein DDR-Kollege⁵ ihn auf die Möglichkeit angesprochen, den „Kalender anzuhalten“. Lahn habe ähnliches von den Russen gehört.

Bundesminister: Dies wäre besser als ein schlechter Kompromiß.

Kastl meinte, man müsse erst sehen, wie das Haupttreffen ablaufen werde, wenn man dazu übergehe.

Bundesminister bezeichnet es als wichtig, jetzt Aufweichungen zu vermeiden. Er bittet Kastl, eine klare Position durchzuhalten, unseren Weg auf der gleichen Linie wie die USA, GB und NL fortzusetzen und keine faulen Kompromisse einzugehen. Alles, was wir jetzt weggäben, könnten wir nicht mehr nachbessern. Die SU wolle die Konferenz offenbar nicht scheitern lassen.

Auf die Frage des Ministers nach der Guillotine erläutert *Kastl*: Er habe die Frage heute erneut im westlichen Kreis gestellt. Hier werde es einen Dissens geben. Es sei völlig ausgeschlossen, die Ablehnung der Guillotine in schriftlicher Form festzulegen. Wenn der Fall eintrete, daß wir nach Ende der Implementierungsdebatte zu Implementierungsfragen sprechen müßten, würden wir es tun. Die andere Seite würde den Zeigefinger heben und widersprechen. Dies werde nicht stören.

Bundesminister: Hoffentlich.

Botschafter *Kastl* kommt auf die Weisung zurück, die er heute morgen bezüglich des Ablaufs des Haupttreffens erhalten hat. Er hat Zweifel, ob Spanien, das sich düpiert fühlt, sich jetzt bereit finden werde, die Verantwortung für diplomatische Bemühungen für die Wiederaufnahme des Haupttreffens zu übernehmen. Vielleicht müsse man die Formel allgemeiner fassen und ohne Bezugnahme auf Spanien auf diplomatische Bemühungen verweisen.

Bundesminister erläutert, es sei uns darum gegangen, daß ein westliches Land die Initiativmöglichkeit behalte. Dies sei jetzt kein akutes Problem. Wir sollten

Fortsetzung Fußnote von Seite 1654

next meeting similar to the present one.' Dieses Kompromißpapier wird von den Neutralen und Ungebundenen getragen. Auf westlicher Seite bestehen noch zwei Bedenken (besonders bei USA). 1) Die ‚Reinheit‘ der Implementierungsdebatte erscheint noch nicht wasserdicht genug, obwohl der Satz, daß neue Vorschläge in der sechsten Woche (ab 15. Dezember) diskutiert werden sollen, den Rückschluß zuläßt, daß zuvor nur die Implementierung diskutiert wird. 2) Die Bestimmung über das nächste Folgetreffen könnte verbindlicher sein (in Belgrad hieß es: Treffen wird nicht enden, bevor es sich über Ort und Zeit des nächsten Treffens geeinigt hat).“ Vgl. Referat 212, Bd. 133390.

⁵ Ingo Oeser.

jetzt darauf achten, daß die Möglichkeiten der Implementierungsdebatte klar gewahrt bleiben und daß auch in der Frage des Nachfolgetreffens eine klare Linie gehalten werde. Er bittet Kastl, beim Eintreten einer Entscheidungslage⁶ telefonisch Weisungen einzuholen.

Referat 010, Bd. 178820

320

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Haas

320-321.00 AF-1139/80 VS-vertraulich

11. November 1980¹

Über Herrn D3² Herrn RL 320³

Betr.: Afrika-Konsultationen mit dem BND am 7. November 1980

Am 7. November habe ich in Pullach von 9.00 bis 17.30 Uhr (mittags bei Präsident Kinkel) mit den BND-Afrika-Fachleuten Beurteilungen über die Lage im südlichen und östlichen Afrika ausgetauscht. Der Anstoß zu diesem Gespräch (meinem ersten seit Dezember letzten Jahres) war eine Bemerkung Kinkels gewesen, das Urteil des BND zu einigen Entwicklungen in Südafrika weiche zu dem des AA ab.

Der Gedankenaustausch zeigte, daß dieser Eindruck Kinkels nur in einigen Ausnahmen zutrifft. Der Meinungsaustausch wurde im übrigen von beiden Seiten als sehr nützlich empfunden, zumal die Fachleute des BND in Pullach ein recht abgeschiedenes Leben führen.

Im einzelnen halte ich fest:

Simbabwe

Gesamtbeurteilung ähnlich wie bei uns: vorsichtig optimistisch. Gelegentliche skeptische Analysen z.T. dadurch erklärbar, daß bei BND viele Meldungen über

⁶ Botschafter Kastl, Madrid (KSZE-Delegation), berichtete am 12. November 1980: „Am 11.11. gegen 23.30 Uhr wurde Folgetreffen durch spanischen AM formell eröffnet, ohne daß das Vorbereitungstreffen eine Einigung über Tagesordnung und andere Prozedurfragen erzielt hatte. Nach einer kurzen und rein formal gehaltenen Ansprache vertagte er das Plenum auf den 12.11., 11 Uhr. Wenig später konstituierte sich eine Arbeitsgruppe unter spanischem Vorsitz zur weiteren Behandlung der Verfahrensprobleme. Sie tagte noch bis 2 Uhr früh.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 983; Referat 212, Bd. 133419.

¹ Ministerialdirigent Haas vermerkte für die VS-Registatur handschriftlich: „Bitte bei den einzelnen Länderakten kurzen Verweis auf diesen Vermerk!“
Hat Haas am 18. November 1980 erneut vorgelegen.

² Hat Ministerialdirektor Gorenflos am 11. November 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Sehr interessant.“

³ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Vergau am 13. November 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Hiller und Legationsrat I. Klasse Staks verfügte.
Hat Hiller und Staks am 14. November 1980 vorgelegen.

noch ungelöste Integration der ZANLA⁴- und ZIPRA⁵-Guerillas in neue Armee bzw. ins zivile Leben anfallen und daß gelegentlich wohl auch südafrikanische und britische Beurteilungselemente mit einfließen.

Mosambik und Angola

BND hat offenbar sehr detailliertes Lagebild der DDR-Bemühungen, vor allem in Mosambik. Er weist recht überzeugend nach, daß DDR nicht nur im militärischen und Sicherheitsbereich, sondern auch in Erziehung, Wirtschaft usw. nirgends in Afrika so massiv eingestiegen ist wie in Mosambik.⁶ Dem stehe nicht entgegen, daß Machel selbst kein Marxist-Leninist sei (sich seinen Herrschaftsapparat aber nicht ungern von der DDR organisieren lasse). Mit Mosambik verglichen sei der DDR- (und wohl auch der sowjetische) Einfluß in Angola weit geringer.⁷ Wenn Angola von den Namibia- und UNITA-Problemen einmal freigekommen sei, wäre für uns die Einstiegsmöglichkeit dort nach Ansicht des BND größer als in Mosambik.

Ich habe gebeten, diese BND-Analyse kurz gefaßt und möglichst bald uns, dem BK-Amt und dem BMZ vorzulegen.

Namibia

Ich wurde auf Botschafter Eickhoffs Bericht über Stimmung im Ovambo-Land angesprochen.⁸ Die Münchner, von denen einige kürzlich mit südafrikanischer

⁴ Zimbabwe African National Liberation Army.

⁵ Zimbabwe People's Revolutionary Army.

⁶ Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, nahm am 24. September 1980 den Besuch von Präsident Machel vom 17. bis 20. September 1980 in der DDR zum Anlaß, die Beziehungen zwischen der DDR und Mosambik zu analysieren: „Bilaterale Beziehungen DDR/Mosambik, von Honecker als in ausgezeichneter Entwicklung bezeichnet, scheinen nach erstem Höhepunkt durch Honeckers Staatsbesuch im Februar 1979 mit Gegenbesuch Machels in breit und langfristig angelegter Zusammenarbeit mit Schwerpunkten Wirtschaft, Kaderausbildung, Parteizusammenarbeit, vermutlich auch Hilfe der DDR im militärischen und Sicherheitsbereich sich fortzusetzen. [...] Besuchsergebnis zeigt beispielhaft Absicht und Erfolg von DDR-Politik in Südafrika. Nach vorbehaltloser Unterstützung der Freiheitsbewegung FRELIMO ist es nun möglich, mit ihr als dem herrschenden Regime Mosambiks Positionen des sozialistischen Lagers in Afrika auszubauen und zugleich Energie- und Rohstoffinteressen der DDR wahrzunehmen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 991; Referat 210, Bd. 132448.

⁷ Botschafter Dunker, Luanda, berichtete am 1. Juli 1980: „Die DDR unterhält seit dem ‚zweiten Befreiungskrieg‘ der MPLA (Movimento Popular para a Libertação de Angola) gegen die beiden Konkurrenzfreiheitsbewegungen FNLA und UNITA intensive Beziehungen zu Angola. Nach der Sowjetunion und Kuba dürfte die DDR der dritt wichtigste politische Partner der angolanischen Regierung sein und nimmt im Handelsaustausch nach angolanischer Statistik von 1978 die vierte oder fünfte Stelle ein [...]. Die DDR hat in Angola wie in Äthiopien und Mosambik vorrangig politisch-ideologische sowie strategisch-militärische Interessen als Gehilfe der SU. Angola soll zu einem Vorposten des Sozialismus im südlichen Afrika werden, von dem aus Namibia und Südafrika ins Visier genommen werden können. [...] Der Schwerpunkt der Aktivitäten der DDR in Angola dürfte nach den uns vorliegenden Informationen im Bereich der militärischen Ausbildung liegen. [...] Die DDR hat in Angola eine für Afrika einzigartig starke Stellung.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 258; Referat 210, Bd. 132443.

⁸ Botschafter Eickhoff, Pretoria, teilte am 4. August 1980 mit: „Einwöchige Inspektionsreise mit Bischof von Windhuk durch katholische Missionen im Ovambo-Land (Nord-Namibia) vermittelte breiten Einblick in Haltung der Bevölkerung zu Südafrika und SWAPO-Aktionen, von [denen] sie unmittelbar betroffen ist. Während [süd]afrikanische Streitkräfte nur Verwaltungssitze, militärische Stellungen und Durchgangsstraßen kontrollieren, taucht SWAPO im ganzen Ovambo-Land mit nach Süden abnehmender Dichte auf und ist in der Bevölkerung ständig präsent. Zugleich verfügt SA über Parteigänger [...] und Informanten, so daß Bevölkerung in bürgerkriegsähnlichem Zustand ständig zwischen zwei Feuern steht. Dabei werden Untersuchungen, Bannungen und Verhaftungen der Südafrikaner als härter und willkürlicher empfunden als Aktionen der SWAPO. Alle durch Einfluß oder Vermögen exponierten hervorragenden Personen sind Pressionen ausgesetzt. Haß und Bitter-

Betreuung an der namibischen Nordgrenze waren, werten die Lage dort als aus südafrikanischer Sicht völlig ungefährlich und auch auf lange Sicht als haltbar. Ich habe darauf hingewiesen, daß Eickhoff (und seine Missionarsgewährsleute) es vor allem auf die psychologische Wirkung des Guerilla-Krieges auf die schwarze Bevölkerung abgestellt haben und daß insoweit dem Urteil Eickhoffs und seiner Gewährsleute weit mehr Glaubwürdigkeit zukomme als dem der Südafrikaner.

Südafrika

Die Beurteilung des ANC durch den BND deckte sich mit dem im langen Schriftbericht der Botschaft Pretoria.⁹ Ich habe erklärt, was unsere Politik gegenüber den Freiheitsbewegungen in Südafrika und der nichtweißen Mehrheit ist und was sie nicht ist.

Lesotho

Es gebe Meldungen, nach denen sich die Kubaner um die Police Mobile Unit kümmern. (Wir geben der PMU Ausrüstungshilfe.)

Uganda

BND hält seine Meldung über kubanische Absicht, Polizeikräfte(?) zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung nach Uganda zu senden, für gut verbürgt und glaubhaft. Wir verblieben dahin, daß sich diese Tatfrage in den nächsten Wochen wohl durch Augenschein beantworten lassen werde.

BND ist nicht der Meinung, daß sich Obote in seinen Emigrationsjahren wesentlich gewandelt habe. Angeblich verbürgte Meldungen über Einladung Obotes an sowjetische und DDR-Gesprächspartner (wohl aus den Botschaften Kampalas) zu Gesprächen in Entebbe stimmten sehr bedenklich. Obote sei schon bei seiner Rückkehr nach Uganda¹⁰ von Sowjets und DDR-Vertretern empfangen worden.

Wir sollten unsere Botschaft Kampala anhalten, jetzt Kontakt zu den Protagonisten des ugandischen Wahlkampfs, einschließlich Obote, herzustellen und zu unterhalten.¹¹

Fortsetzung Fußnote von Seite 1657

keit gegenüber Südafrika sind im Wachsen. Sympathien der Bevölkerung sind mit großer Mehrheit auf Seiten der SWAPO.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 282; Referat 320, Bd. 125278.

⁹ Botschafter Eickhoff, Pretoria, berichtete am 6. Oktober 1980: „Die Botschaft ist weiter bemüht, ein differenziertes und klareres Bild der komplexen Rolle zu gewinnen, die der ANC innerhalb von S[üd]A[frika] spielt. [...] Die außerparlamentarische Opposition SAs gegen das bestehende System ist zersplittert und unübersichtlich. Besonders die schwarze Mehrheit empfindet diese Uneinigkeit schmerzlich. Gerade deswegen ist zu unterscheiden zwischen dem ANC und seinem Führer Nelson Mandela als einem Symbol ersehnter Einigung und dem ANC als einer organisierten politischen Kraft mit konkreter Wirksamkeit. [...] Zwar ist die weithin bekannte Freiheitscharta von 1955 noch immer das Grunddokument des ANC, doch hat die seither vollzogene (und erzwungene) Hinwendung des ANC zum gewaltsamen Kampf im Untergrund zur Folge, daß viele Anhänger von Nelson Mandela nicht zu den Befürwortern der heute vom ANC vertretenen Methoden des politischen Kampfes gezählt werden können. [...] Eine wesentliche Schwäche des ANC ist und bleibt seine Abhängigkeit von Moskau.“ Zugleich betonte Eickhoff: „Jede Abqualifizierung des ANC als eine kommunistische Terroristenorganisation in unseren Medien kann unser langfristiges Verhältnis zur schwarzen Mehrheit des Landes belasten.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 1006; Referat 320, Bd. 125217.

¹⁰ Botschafter Enders, Kampala, berichtete am 29. Mai 1980: „Ex-Präsident Milton Apollo Obote ist am 27.5.1980 nach neunjährigem Exil nach Uganda zurückgekehrt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 92; Referat 320, Bd. 125230.

¹¹ Ministerialdirektor Gorenflos vermerkte am 16. Dezember 1980: „Die am 10. und 11. Dezember 1980 in Uganda durchgeführten Wahlen haben nach Angaben der amtlichen Wahlkommission dem Uganda

Somalia

BND schätzt Position von Barre ungeachtet des Ausnahmezustandes als stabil ein. Die Exilsomalen in Äthiopien und vor allem in Kenia hätten nichts zu melden und seien für Barre ungefährlich.

Äthiopien

BND bleibt bei der auch von uns geteilten und vom AA und BND gemeinsam den Amerikanern nahegebrachten Einschätzung der Lage und der Absichten Mengistus, d.h. soviel äthiopischer Nationalismus wie möglich, so viel Anlehnung an die Sowjets und Kubaner wie nötig.

Haas

VS-Bd. 11165 (320)

321

Aufzeichnung des Botschafters Ruth

221-372.20/30-1930/80 VS-vertraulich

12. November 1980¹

Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³ zur Unterrichtung

Betr.: MBFR;

hier: neue östliche Vorschläge

Anlg.: 1⁴

I. Sachstand

1) Der Osten hat in der informellen Sitzung am 11. November neue Vorschläge eingeführt, die in der morgigen Plenarsitzung förmlich unterbreitet werden.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1658

People's Congress (UPC) die absolute Mehrheit von 67 von 126 Parlamentssitzen verschafft. Der Präsident des UPC, Dr. Milton Obote, im Januar 1971 als damaliger Staatspräsident Ugandas von Idi Amin gestürzt, ist damit wieder an die Macht gelangt und wurde bereits am 15. Dezember 1980 als neuer Präsident vereidigt. [...] Vieles spricht dafür, daß die Wahlen zugunsten des gegenüber der Democratic Party (DP) erheblich anhängerschwächeren UPC von diesem und der Obote favorisierenden Militärkommission manipuliert worden sind.“ Vgl. Referat 320, Bd. 125230.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holik konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau und Vortragendem Legationsrat Edler von Braunnmühl am 14. November 1980 vorgelegen.

² Hat Staatssekretär van Well am 14. November 1980 vorgelegen.

³ Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.

⁴ An dieser Stelle vermerkte Botschafter Ruth handschriftlich: „221-1925/80 VS-v v[om] 11.11.1980.“

Die Anlage ist dem Vorgang beigelegt. Botschaftsrat I. Klasse Hartmann, Wien (MBFR-Delegation), berichtete am 11. November 1980: „Nach der üblichen bilateralen Vorausinformation der US-Delegation hat der Osten im heutigen Informal einen neuen Vorschlag für einen kollektiven Freeze zwischen den Phasen für die nichtamerikanischen und nichtsowjetischen Teilnehmer eingeführt. Außerdem hat er sich für eine dreijährige Laufzeit eines Phase-I-Abkommens entschieden. [...] Bei der Vorausinformation der US-Delegation hat Tarassow u. a. ausgeführt, die beiden neuen Verhand-

Nach der bisher vorliegenden Unterrichtung (vgl. anliegenden DB 684 der MBFR-Delegation) sehen sie vor:

a) Kollektiver Freeze zwischen den Phasen

- Bereitschaft, in einem Phase-I-Abkommen neben der Begrenzung der sowjetischen und amerikanischen Reststärken eine Nichterhöhungsvereinbarung im Hinblick auf die Streitkräfte der nichtamerikanischen und nichtsowjetischen Teilnehmer auf kollektiver Basis abzuschließen.
- Verzicht auf die Anwendung eines besonderen Mechanismus für die Implementierung des kollektiven Freeze, wie vom Osten für die Implementierung kollektiver Höchststärken nach Phase II vorgeschlagen (d. h. 50 %-Klausel).
- Erwartung, daß die nichtamerikanischen westlichen Teilnehmer zwischen den Phasen keine Schritte unternehmen „which would seriously change the relationship of forces between these participants in the NATO-alliance in the reduction area“.

b) Zustimmung zu dreijähriger Laufzeit eines Phase-I-Abkommens

2) Die in der informellen Sitzung von östlichen Teilnehmern gegebenen Erläuterungen sind noch nicht bekannt.⁵ Bei der üblichen Vorausinformation der US-Delegation hat der sowjetische Delegationsleiter⁶ u. a. ausgeführt, die neuen Schritte seien zwar weniger bedeutsam als die östlichen Vorschläge vom Juli 1980⁷, könnten aber einen spezifischen Beitrag zur Überwindung der gegen-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1659

lungsschritte seien zwar nicht so bedeutsam wie die Vorschläge vom Juli 1980, könnten aber einen spezifischen Beitrag zur Überwindung der gegenwärtigen Schwierigkeiten in den Verhandlungen leisten. Sie seien ein Zeichen des politischen Willens der östlichen Teilnehmer, in Wien weiterzukommen. Der Verhandlungsschritt zur Kollektivität sei wegen seiner Auswirkungen auf die östliche Verhandlungsposition eine echte Konzession. Die Zustimmung zur Dauer des Phase-I-Abkommens gebe den nichtamerikanischen westlichen Teilnehmern mehr Zeit für die Entscheidung über die Phase-II-Reduzierungen als die vom Osten zunächst vorgeschlagene Zeitdauer von einem Jahr.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 684; VS-Bd. 11496 (221); B 150, Aktenkopien 1980.

⁵ Zu diesem Satz vermerkte Vortragender Legationsrat Edler von Braunmühl handschriftlich: „[siehe] D[raht]B[ericht] 693 v[om] 13.11.“

Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), teilte am 13. November 1980 zur informellen Sitzung am 11. November mit, die Warschauer-Pakt-Staaten seien durch die Delegationsleiter Koblížek (ČSSR), Tarassow (UdSSR) und Wieland (DDR) vertreten gewesen: „Wieland führte den Vorschlag für einen kollektiven Freeze zwischen den Phasen ein [...]. Es bestehe Einvernehmen, daß in der ersten Phase nur die USA und die SU ihre Landstreitkräfte reduzieren sollten. Daraus folge die Notwendigkeit, sich über eine Verpflichtung der übrigen direkten Teilnehmer zum Einfrieren ihrer Streitkräftestärken zu einigen. Die ČSSR, Polen und die DDR seien auf individueller Basis hierzu bereit. Die nichtamerikanischen westlichen Teilnehmer hätten dagegen Kollektivität für ihre Streitkräfte verlangt und es abgelehnt, individuelle Begrenzungen zu akzeptieren. Unter Berücksichtigung dieser westlichen Auffassung und zur Erleichterung der westlichen Entscheidung über den Freeze sei der Osten bereit, unter Voraussetzung einer konstruktiven Haltung des Westens zu den östlichen Vorschlägen vom 10.7.80, die Forderung nach einem individuellen Einfrieren der Streitkräftestärken der nichtamerikanischen und nichtsowjetischen Teilnehmer aufzugeben und einem kollektiven Freeze zuzustimmen. [...] Der kollektive Freeze sei eine zeitlich begrenzte Maßnahme und lasse die Grundsatzzposition beider Seiten zur Datenfrage unberührt. Die Diskussion über die Datenfrage solle in Phase II fortgesetzt werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 693; VS-Bd. 10446 (221); B 150, Aktenkopien 1980.

⁶ Nikolaj Konstantinowitsch Tarassow.

⁷ Zu den Vorschlägen der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 10. Juli 1980 vgl. Dok. 209.

wärtigen Schwierigkeiten leisten, und seien ein Zeichen des politischen Willens, in Wien weiterzukommen.

II. Vorläufige Bewertung

1) Eine Bewertung der neuen Verhandlungsschritte wird erst nach Vorlage des vollständigen Textes und der vom Osten gegebenen Erläuterungen möglich sein. Schon jetzt kann gesagt werden:

a) Kollektiver Freeze

Das Zugeständnis der Kollektivität für eine Nichterhöhungsvereinbarung zwischen den Phasen war bereits in einem grundsätzlichen Artikel Gromykos zur sowjetischen Abrüstungspolitik vorweggenommen worden, der in dem theoretischen Organ der KPdSU, „Kommunist“, im August d. J. erschien und von der „Frankfurter Rundschau“ in deutscher Übersetzung veröffentlicht wurde.⁸ Wir hatten die sowjetische Delegation in Wien auf den Widerspruch der von Gromyko formulierten Position zu der bisherigen östlichen Verhandlungsposition aufmerksam gemacht, die auf individuellen Nichterhöhungsvereinbarungen für die nichtamerikanischen und nichtsowjetischen MBFR-Teilnehmer bestand.

- Der vorliegende Text läßt die Auslegung zu, der Freeze solle die Land- und Luftstreitkräfte der nichtamerikanischen bzw. nichtsowjetischen Teilnehmer jeweils kollektiv umfassen, was zur Folge hätte, daß auf westlicher Seite einseitige amerikanische Verminderungen nach Phase I nicht ausgeglichen werden könnten. Damit würde jedoch eine völlig neue Freeze-Version eingeführt, die auch im Widerspruch zu der von Gromyko formulierten Position stünde. Beschränkungen aus einer Nichterhöhungsvereinbarung würden allerdings insofern nur für nichtamerikanische bzw. nichtsowjetische Teilnehmer gelten, als die USA und die SU bereits den Limitierungen aus einem Phase-I-Abkommen unterworfen wären.
- Eine Nichterhöhungsvereinbarung soll offenbar ohne Dateneinigung erfolgen und würde somit auf die gemeinsame Festlegung der politischen Absicht hinauslaufen, den kollektiven Streitkräfteumfang beider Seiten nicht zu erhöhen. Eine solche Vereinbarung wäre allenfalls auf westlicher Seite verifizierbar, wo Veränderungen von Streitkräfteumfängen in der Regel publik gemacht werden, nicht aber auf östlicher Seite. Die westlichen Angebote für einen Freeze zwischen den Phasen von 1974⁹ und 1979¹⁰ sind aus diesem Grunde

⁸ Vgl. den Artikel „UdSSR – Friedensengel oder Wolf im Schafspelz? Schuld am Wettrüsten ist stets der Westen/Eine Analyse des sowjetischen Außenministers in der Zeitschrift „Kommunist“; FRANKFURTER RUNDSCHAU vom 3. September 1980, S. 14, vom 4. September, S. 14f., und vom 5. September 1980, S. 10.

⁹ Botschafter Behrends, Wien (MBFR-Delegation), führte im Emissärgespräch am 22. Mai 1974 einen Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten zu „no increase“ ein: „Ich verwies auf das vom Osten häufig und auch in dieser Sitzung vorgebrachte Argument des Ostens, daß das westliche Phasenkonzept es den westlichen direkten Teilnehmern mit Ausnahme der USA ermögliche, in der Zeit zwischen Abschluß des Phase-I-Abkommens und Beendigung der Phase II ihre Streitkräfte zu vergrößern und damit den Effekt der Phase I wieder zunichte zu machen. Um diesem Bedenken Rechnung zu tragen, könnten die NATO-Staaten bereit sein, im Rahmen ihres Vorschlages für die Phase I und unter Voraussetzung eines befriedigenden Phase-I-Abkommens einschließlich Vereinbarung eines common ceiling für Landstreitkräfte, eine Formel zu erwägen, die vorsieht, daß keine Seite den Gesamtstand (overall level) des Personals der Landstreitkräfte überschreitet, der sich aus den Reduktionen als Folge des Phase-I-Abkommens ergeben würde. Diese Formel würde den Zeitraum zwischen den beiden vom Westen vorgeschlagenen Ver-

fest mit dem Erfordernis der Einigung über die Daten aller Teilnehmer verknüpft.

- Ohne Dateneinigung ist auch eine 50%-Obergrenze innerhalb der festgefrorenen kollektiven Höchststärken nicht implementierbar. Der entsprechende Verzicht auf diesen Punkt ist deshalb kaum als Konzession zu werten. Der neue östliche Vorschlag sieht statt dessen eine offenbar formlose Verständigung darüber vor, daß sich die Kräfteverhältnisse der nichtamerikanischen westlichen Teilnehmer nicht ernsthaft verändern dürfen. Dieser Ansatz könnte theoretisch auch auf die Implementierung kollektiver Höchststärken nach Phase II angewandt werden und bedarf in diesem Zusammenhang sorgfältiger Prüfung; dabei wird vor allem die Gefahr der Einschränkung der Flexibilität unserer integrierten Verteidigung (insbesondere im Falle größerer amerikanischer Verminderungen) in Rechnung gestellt werden müssen.

b) Laufzeit eines Phase-I-Abkommens

In seinen Dezember-Vorschlägen konnte der Westen – als Konsequenz aus dem Verzicht auf eine Gesamtdateneinigung in Phase I – eine Zusage für Zeitpunkt und Umfang von Phase-II-Reduzierungen im Zusammenhang mit einem Phase-I-Abkommen nicht mehr vorsehen. Um der Sowjetunion und den USA die Festlegung auf vorgezogene Reduzierungen zu erleichtern, schlug der Westen statt dessen eine auf drei bis vier Jahre begrenzte Laufzeit für ein Interims-Phase-I-Abkommen vor.

Der Osten hat dieses Angebot bisher nicht aufgegriffen und sich darauf beschränkt, die vom Westen vorgesehene Verknüpfung zwischen Phase I und Phase II zu kritisieren. Der neue Verhandlungsschritt könnte möglicherweise eine aufgeschlosseneren Haltung des Ostens zur Verknüpfungsfrage einleiten.

2) Zusammengekommen machen beide Verhandlungsschritte deutlich, daß sich der Osten in Wien weiter auf das vom Westen im Dezember 1979 vorgeschlagene Konzept eines Interimsabkommens zu bewegt, das bekanntlich auf unsere Anregung zurückgeht. Es wird zu beobachten sein, ob sich dahinter vielleicht sogar ein sowjetisches Interesse an einem „Interimsabkommen“ als für absehbare Zeit einzigem MBFR-Ergebnis abzeichnen könnte. Dies könnte für die Sowjetunion dann akzeptabel sein, wenn ein Phase-I-Abkommen nicht mit einer Dateneinigung verbunden wäre und wenn als Gegenleistung für sowjetische Reduzierungen eine Formel gefunden würde, die in sowjetischer Sicht eine hinreichende Gewähr gegen größere Verstärkung der Bundeswehr bietet.

3) Besonders wichtig erscheint die politische Signalwirkung, die mit der Vorlage der Vorschläge gerade zum gegenwärtigen Zeitpunkt beabsichtigt sein könnte:

- In erster Linie wird das Interesse des Warschauer Pakts an Verhandlungsfortschritten in Wien unterstrichen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1661

handlungsphasen abdecken, würde aber auf jeden Fall nur für eine noch festzulegende bestimmte Zeitdauer Geltung haben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 507 vom 26. Mai 1974; VS-Bd. 8246 (201); B 150, Aktenkopien 1974.

- ¹⁰ Die Vorschläge der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 20. Dezember 1979 für ein MBFR-Interimsabkommen sahen eine Nichterhöhungsverpflichtung zwischen Phase I und Phase II vor. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 366, Dok. 378 und Dok. 390.

- Darüber hinaus wird in einer kritischen Phase der Ost-West-Beziehungen die Bereitschaft der Sowjetunion zur Fortsetzung des Ost-West-Verhandlungsdialogs und dabei der den MBFR-Verhandlungen in diesem Gesamtrahmen zuerkannte Stellenwert dokumentiert.
- Gleichzeitig bestätigt der neue Verhandlungsschritt in Wien, wenn er im Zusammenhang mit dem sowjetischen Verhalten in Madrid¹¹ und mit den LRTNF-Vorgesprächen in Genf¹² gesehen wird, den Eindruck, daß die Sowjetunion die Akzente für die Gestaltung des Ost-West-Dialogs neu setzt. Es wird der Versuch deutlich, ihn auf Rüstungskontrolle und Abrüstung einzugrenzen und den politischen Entspannungsprozeß mit seinen für die Sowjetunion schwer zu verkraftenden Komponenten auszutrocknen. Insofern haben sich die sowjetischen Prioritäten seit der Zeit vor Helsinki¹³ im Grunde freilich nicht verändert, möglicherweise aber die Bereitschaft der Sowjetunion, in den für den Westen wichtigen Bereichen der Ost-West-Beziehungen Preise für Fortschritte im Sinne ihres Sicherheitskonzepts zu bezahlen. Im Zentrum der östlichen Agitation dürfte in Zukunft eindeutig die „militärische Entspannung“ stehen; ihre Begründung aus der Notwendigkeit der Ergänzung der „politischen Entspannung“ dürfte schwieriger werden.¹⁴

i. V. Ruth

VS-Bd. 11496 (221)

- ¹¹ Botschafter Kastl, Madrid (KSZE-Delegation), berichtete am 15. November 1980: „Die Interessenlage der SU war während des Vorbereitungstreffens besonders schwer zu erkennen. Der konstitutionelle Mangel der sowjetischen Diplomatie – mangelnde Bereitschaft, ja Unfähigkeit zur Kommunikation – zeigte sich besonders deutlich. [...] Unter der Annahme, daß die SU das Madrider Treffen sabotieren wollte, war eine feste westliche Haltung ebenso angebracht wie in dem Fall, daß sie nur hoch pokerte und in Wirklichkeit auf einen Abschluß angewiesen war. Es wird sich wohl endgültig nicht klären lassen, ob Moskau bis zu den amerikanischen Wahlen unschlüssig über die Durchführung oder evtl. Verschiebung des Madrider Treffens war.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1009; Referat 212, Bd. 133419.
- ¹² Zu den amerikanisch-sowjetischen Gesprächen über Mittelstreckensysteme in Genf vgl. Dok. 314, Anm. 16.
Botschafter Ruth vermerkte am 11. November 1980: „Auf unsere Bitte hat uns der amerikanische Vorsitzende der Special Consultative Group am 10.11. eine zusätzliche Information über den letzten Stand der Genfer Gespräche übermittelt, die zeigt, daß die Sowjets weiterhin an ihrer Ausgangsposition festhalten, die darauf abzielt, deutlich zu machen, daß bei Einbeziehung aller von ihr genannten Systeme im Bereich der nuklearen Mittelstreckenwaffen bereits Gleichgewicht besteht. [...] Die USA haben den erneuten sowjetischen Versuch, nur die Waffen als strategischen Faktor zu bewerten, welche sowjetisches bzw. amerikanisches Territorium erreichen können, mit dem Argument zurückgewiesen, daß angesichts der Einheit des Bündnisterritoriums jede Bedrohung der Verbündeten wie eine Bedrohung der USA anzusehen sei. [...] Die Sowjets haben die Auffassung vertreten, daß alle nuklearen Raketen und Flugzeuge, die Ziele in der SU erreichen könnten, sei es von Westeuropa aus, sei es von den umliegenden Meeren, in die Verhandlungen einbezogen werden müßten. [...] Auch die jüngste amerikanische Unterrichtung zeigt, daß die Sowjets Wert darauf legen, zu Beginn der Gespräche eine Maximalposition aufzubauen, und auch nicht davor zurückzuschrecken, unhaltbare Forderungen zu stellen (z. B. einseitige Einbeziehung bereits in SALT II gezählter amerikanischer U-Boote, nicht aber gleichartiger sowjetischer U-Boote, die ebenfalls Europa bedrohen können).“ Vgl. VS-Bd. 11288 (220); B 150, Aktenkopien 1980.
- ¹³ In Helsinki fand vom 30. Juli bis 1. August 1975 die KSZE-Schlußkonferenz statt.
- ¹⁴ Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), berichtete am 14. November 1980 über die Plenarsitzung am Vortag: „In der Sitzung gab der sowjetische D[elegations]L[eiter] Tarassow routinemäßig für den Osten eine Erklärung ab. In einer längeren Einleitung setzte er sich zunächst mit der westlichen Erklärung zum siebten Jahrestag der Verhandlungen auseinander [...]. Dabei versuchte er den Nachweis zu führen, daß die SU durch eine Anzahl schon ab 1949 gemachter Vorschläge der

322

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Leiter der sowjetischen KSZE-Delegation, Iljitschow, in Madrid

212-341.74 SOW VS-NfD

13. November 1980¹

Der Bundesminister führte am Rande der KSZE-Konferenz auf seinen Wunsch ein etwa 40minütiges Gespräch mit dem sowjetischen Delegationsleiter Iljitschow.

Iljitschow: Er habe die angenehme Pflicht, dem Minister Grüße von Außenminister Gromyko zu übermitteln.

Bundesminister: Er bitte, die Grüße zu erwidern. Zum Anlaß des Gesprächs wolle er sagen: Er sei bedrückt und enttäuscht über den Verlauf des Vorbereitungstreffens.² Er habe sich eine konstruktive Haltung von allen Seiten gewünscht. Er selbst sei mit dem Willen nach Madrid gekommen, zu dem KSZE-Prozeß einen konstruktiven Beitrag zu leisten und auf der Konferenz freimütig, aber ohne Polemik zu sprechen, wie auch seine Rede³ zeige. Wenn die Regierungen vor der Öffentlichkeit bestehen wollten, dann sei es wichtig, noch in dieser Woche die offenen Prozedurfragen zu klären. Eine Konfrontation müsse vermieden werden. Die internationale Lage sei viel zu ernst, als daß man sich „Hahnenkämpfe“ über Verfahrensfragen leisten könne. In der Konferenz müsse Klarheit geschaffen werden, ob alle Unterzeichnerstaaten zu ihren Verpflichtungen stehen. Der gute Wille könne am besten bei der Implementierung der Teile der Schlußakte⁴ bewiesen werden, die für die Menschen wichtig seien.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1663

Initiator für die beiderseitigen Reduzierungen von Streitkräften und Rüstungen in Europa gewesen sei und daß im Zusammenhang mit den Wiener Verhandlungen der Osten die substantiellen Abrüstungsinitiativen ergriffen habe. Anschließend führte er den neuen östlichen Vorschlag für einen kollektiven Freeze zwischen den Phasen und für die Begrenzung des Phase-I-Abkommens auf drei Jahre entsprechend den Ausführungen im Informal vom 11.11.80 nunmehr offiziell in die Verhandlungen ein.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 698; Referat 221, Bd. 116941.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Bräutigam am 17. November 1980 an das Ministerbüro weitergeleitet mit der Bitte, die Genehmigung „durch den Herrn Minister herbeizuführen“.

Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 17. November 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Zurück an Dg 21: Kann mit Vorbehalt der Zustimmung des Ministers verteilt werden.“

Hat Vortragendem Legationsrat Dreher am 20. November 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Joetze „n[ach] R[ückkehr]“, die Legationsräte I. Klasse Dobbelstein und Fink sowie an Legationssekretär Baas und Attaché Burkhardt verfügte und für Amtsrat Nimmesgern handschriftlich vermerkte: „Zu Sow[jetunion].“

Hat Fink am 21. November 1980 vorgelegen.

Hat Nimmesgern am 26. November 1980 vorgelegen.

Hat Joetze, Dobbelstein, Baas und Burkhardt vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 212, Bd. 133364.

² Das Vorbereitungstreffen für die zweite KSZE-Folgekonferenz begann am 9. September 1980. Am 11. November 1980 wurden die „Uhren angehalten“. Vgl. dazu Dok. 319.

³ Für den Wortlaut der Erklärung des Bundesministers Genscher bei der KSZE-Folgekonferenz am 13. November 1980 in Madrid vgl. BULLETIN 1980, S. 1019–1023.

⁴ Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

Das gelte insbesondere für die menschlichen Kontakte, Ausreisen und Informationsaustausch. Er habe in seiner Rede dazu Vorschläge unterbreitet. Zum Problem der Sicherheit habe er ein konkretes Mandat für eine Konferenz über Abrüstung in Europa vorgeschlagen. Es wäre ein positives Signal, wenn sich die Teilnehmerstaaten über die Felder der Zusammenarbeit in den kommenden Jahren verständigen könnten. Die Bundesregierung sei zum Beispiel bereit, einer Energiekonferenz im Rahmen der ECE⁵ zuzustimmen.

Ganz entscheidend komme es für uns darauf an, sich über Ort und Zeit einer weiteren KSZE-Folgekonferenz in etwa zwei Jahren zu verständigen. Die Bundesregierung sei sich ihrer Verantwortung für die Fortsetzung des KSZE-Prozesses voll bewußt und erwarte, daß auch die Sowjetunion zu Fortschritten beitrage.

Iljitschow: Der Minister könne darauf zählen, daß auch die Sowjetunion Anstrengungen in diesem Sinne unternehmen werde. Die sowjetische Delegation sei mit einem einzigen Mandat gekommen, nämlich die Entspannung weiter zu vertiefen und zu entwickeln. Die Sowjetunion stehe zum Geist und zum Buchstaben der Entspannung. Allerdings müsse man die Schlußakte als Ganzes sehen.

Bundesminister: Auch die Bundesregierung sehe das so.

Iljitschow: In Helsinki⁶ seien ungeheure Anstrengungen unternommen worden, um zu einem ausgewogenen Ganzen zu gelangen. Dies dürfe jetzt nicht zerstückt werden. Die Sowjetunion habe kein Verständnis für Versuche, einen Teil der Schlußakte zum Schaden anderer Teilnehmerstaaten zu mißbrauchen. Eine bestimmte Formulierung im Text hervorzuheben und andere Formulierungen außer acht zu lassen, sei keine neue, aber auch keine produktive Methode.

Das Vorbereitungstreffen habe einen äußerst unerwarteten Verlauf genommen. Es seien alle möglichen Hindernisse erfunden worden, um die Arbeit zu bremsen und wenig produktiv zu gestalten. Er habe jedoch mit Genugtuung festgestellt, daß der sowjetische Delegationsleiter⁷ äußerst konstruktive und sachliche Beziehungen mit dem Delegationsleiter der Bundesrepublik Deutschland⁸ gehabt habe. Die sowjetische Seite habe Verständnis gespürt, sich allerdings auch Rechenschaft über die Verschiedenheit der Standpunkte gegeben. Wichtig sei, daß der Geist der Zusammenarbeit im Vordergrund gestanden habe.

Was ergebe sich nun nach der zweimonatigen Suche nach einem praktischen Dokument für die Verfahrensregelungen? Im Grunde sei es fertig und sollte auf den Tisch gelegt werden. Bedauerlicherweise sei es auf der Vorbereitungskonferenz blockiert worden. In der letzten Nacht seien drei zusätzliche Vorschläge eingebracht worden⁹, die jedoch unannehmbar seien. Man befinde sich

⁵ Vgl. dazu den Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 9. Dezember 1975; Dok. 193, Anm. 22.

⁶ In Helsinki fand vom 30. Juli bis 1. August 1975 die KSZE-Schlußkonferenz statt.

⁷ Jurij Wladimirowitsch Dubinin.

⁸ Detlev Graf zu Rantzau.

⁹ Botschafter Kastl, Madrid (KSZE-Delegation), übermittelte am 13. November 1980 den Text eines in der Sitzung der „Arbeitsgruppe zu Tagesordnung und den Modalitäten“ am selben Tag von „Österreich, Zypern, Schweiz (alle drei durch Erklärungen ihrer Außenminister persönlich) sowie Jugoslawien (unter Berufung auf den in Madrid weilenden Außenminister)“ eingebrachten Kompromißvorschlags. Vgl. den Drahtbericht Nr. 996; Referat 212, Bd. 133419.

Am 15. November 1980 teilte Kastl mit: „Als es sich abzeichnete, daß auch die Arbeitsgruppe nicht

in einer Sackgasse. Die neuen Vorschläge seien deswegen unannehmbar, weil sie nicht gleichgewichtig seien. Jene Elemente hätten ein Übergewicht, die dann in der Hauptkonferenz ein Lavieren ermöglichen würden. Die Tagesordnung sei bereits fixiert. Sie stelle ein organisches Ganzes dar. Jetzt versuche man eine kleine Operation, mit der die Tagesordnung in zwei Teile geteilt werden solle. Das sei eine Verletzung der bereits vereinbarten Tagesordnung. Jede Delegation habe in ihrer Eröffnungserklärung das Recht, Vorschläge einzubringen, nach den westlichen Vorstellungen dürften sie aber zunächst auf keinen Fall diskutiert werden. Das verstehe er nicht. In den Beratungen über die Verfahrensfragen gebe es jetzt allerdings eine kleine Bewegung. Ein gewisser Fortschritt sei erzielt worden. Er empfehle, die Organisationsfragen nicht zu dramatisieren.

Er stimme mit dem Minister darin überein, daß ein Mißerfolg der Madrider Konferenz wegen der organisatorischen Fragen nicht zugelassen werden dürfe. Die sowjetische Regierung würde dafür kein Verständnis haben. Im allerletzten Moment sei auf Grund eines sowjetischen Vorschlags beschlossen worden, das Haupttreffen ohne Tagesordnung zu beginnen.¹⁰ Alle Beteiligten sollten sich bemühen, jetzt und in der Nacht die noch offenen organisatorischen Fragen zu lösen. Dann könne das Treffen seinen normalen Gang nehmen. Wenn das nicht gelinge, werde es jedenfalls nicht an der Sowjetunion liegen.

Bundesminister: Für uns sei es sehr wichtig, daß man sich über eine weitere KSZE-Folgekonferenz verständige.

Iljitschow: Die sowjetische Regierung hoffe, daß die Konferenz mit Erfolg abgeschlossen werden könne. Dann sei auf natürliche Weise der Weg geöffnet für eine Folgekonferenz. Wenn aber die Konferenz ausufere in Konfrontation, Feindschaft und Haß, dann müsse die sowjetische Seite darüber nachdenken, ob sie einer weiteren Konferenz dieser Art ihre Zustimmung geben könne. Eine „Folgekonfrontation“ oder eine „Folge von Propagandareden“ führe nicht weiter. Er müsse die Frage stellen, ob alle Länder bereit seien, ernsthaft zu verhandeln

Fortsetzung Fußnote von Seite 1665

zu einem Ergebnis kommen würde, ergriffen die anwesenden AM Österreichs und Schwedens die Initiative und legten am Abend des 13.11. einen Vermittlungsvorschlag im Namen aller Neutralen vor, der von allen nicht-gebundenen Staaten, einschließlich Maltas, unterstützt wurde. Dieser Vorschlag konzidierte dem Osten den Fortfall der optischen Trennung [...], weist aber in den Modalitäten darauf hin, daß dieser TOP zwei unterschiedliche Elemente aufweise. Für die Implementierungsdebatte ist ein Zeitraum von sechs Wochen vorgesehen. Die Formulierung über ein weiteres Folgetreffen trifft zwar nicht ganz unsere Vorstellungen, hat aber die Unterstützung aller N+N-Staaten. [...] Die SU und ihre Verbündeten gaben nach einem bis in den späten Nachmittag des 14. dauernden Zögern ebenfalls ihre Zustimmung zu dem Konsens. Der Vermittlungsvorschlag der Neutralen wurde alsdann am 14. abends vom Plenum im Konsens angenommen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1006; Referat 212, Bd. 133419.

¹⁰ Botschafter Kastl, Madrid (KSZE-Delegation), berichtete am 12. November 1980, mit der Eröffnung der Folgekonferenz am 11. November um 23.30 Uhr habe das „östliche Vorhaben einer Verschiebung des Haupttreffens“ durchkreuzt werden können. In der am 11. November um 18.30 Uhr begonnen Plenarsitzung hätten die Niederlande beantragt, „die Uhr wieder in Gang zu setzen. Darüber entfaltete sich eine Debatte zwischen westlichen Delegationen und dem ungarischen Vorsitzenden, der, unterstützt von WP-Delegationen, behauptete, hierzu sei ein Konsens notwendig. Diese Prozedurdebatte wich von dem bisher geschäftsmäßigen Ton des Vorbereitungstreffens ab und zeigte, daß der Osten bereit war, mit allen, notfalls auch unzulässigen Mitteln den Westen in Ungewißheit über den Beginn des Haupttreffens zu halten und damit noch in letzter Minute Konzessionen zu erzwingen. Spanien schlug eine kurze Unterbrechung der Sitzung vor [...]. Nach Wiederbeginn des Plenums schlug Spanien die Eröffnung des Haupttreffens um 23.30 Uhr vor. Hiergegen wurden aufgrund des Ergebnisses der Verhandlungen mit Rupérez auch von östlicher Seite keine Einwände mehr erhoben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 988; Referat 212, Bd. 133419.

und sachliche und konstruktive Arbeit zu leisten. Dies seien vielschichtige Fragen. Die sowjetische Regierung sei dafür, das Treffen entsprechend den Bestimmungen durchzuführen. Es gebe aber Zweifel, auf welchen Pfad man sich begeben. Die sowjetische Seite habe nichts gegen eine scharfe und kritische Diskussion einzuwenden, aber sie müsse konstruktiv sein.

Er habe mit Verwunderung festgestellt, daß in verschiedenen Reden über Afghanistan gesprochen worden sei. Niemand sei dagegen auf den Gedanken gekommen, die im Persischen Golf befindliche amerikanische Flotte zur Sprache zu bringen oder über bestimmte neue militärische Doktrinen¹¹ zu sprechen. Niemand habe sich dazu geäußert, wie es mit der Gegenüberstellung starker militärischer Kräfte in Europa weitergehen solle.

Der Bundesminister habe z.B. die Frage der Journalisten angesprochen. Manche stellten die Frage, ob Journalisten zehn- oder zwanzigtägige Visen erhalten sollten. Diese Frage könne man bilateral lösen. Sie müßten nicht die Konferenz beschäftigen. Zur Frage des Mindestumtauschs in der DDR¹² sei der Bundesminister sehr kritisch gewesen. Auch die Sowjetunion werde noch einiges vorbringen. Aber die zentrale Frage, die „Frage der Fragen“, sei das Mandat für die Durchführung der Konferenz über militärische Entspannung¹³, wobei die Frage, ob diese in einer oder mehreren Phasen durchgeführt werde, technischen Charakter habe. Der Bundesminister habe bisher als einziger darüber ausführlich gesprochen. Die Aufmerksamkeit der meisten anderen westlichen Staaten sei offenbar auf andere Dinge gerichtet.

Bundesminister: Alle Teile der Schlußakte seien gleichermaßen wichtig. Die Sowjetunion halte mit Recht ein Mandat für eine europäische Abrüstungskonferenz für bedeutsam. Das sei auch unsere Meinung. Aber die anderen, insbesondere die humanitären Fragen seien gleichermaßen wichtig. Das gleiche gelte für die Beachtung der Prinzipien und die wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Es komme darauf an, daß sich alle so verhielten, wie es vereinbart worden sei. Das gelte auch für weitere Folgetreffen. Was vereinbart worden sei, dürfe nicht vom Wohlverhalten dieser oder jener Seite abhängig sein. Er begrüße, daß hier in Madrid eine offene und kritische Aussprache stattfinde. Die Teilnehmer sollten sich nicht als Schönredner betätigen, aber auch keine polemischen Reden halten. Das helfe nicht weiter. Es komme darauf an, nüchtern an die Dinge heranzugehen. Er hoffe, daß bald eine Einigung über die offenen Prozedurfragen zustande komme und in diesem Zusammenhang auch die Bedeutung eines weiteren Folgetreffens erkannt werde. Die Bundesregierung habe viel in den KSZE-Prozeß investiert. Es sei wichtig, daß dieser Prozeß weitergehe.

¹¹ Vgl. dazu die Rede des Präsidenten Carter vom 23. Januar 1980 zur Lage der Nation vor beiden Häusern des Kongresses; PUBLIC PAPERS, CARTER 1980, S. 194–200. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 101–106. Vgl. dazu auch Dok. 16.

¹² Zur Erhöhung des Mindestumtauschs für Besucher der DDR und Ost-Berlins aus „nichtsozialistischen Staaten“ und aus Berlin (West) ab 13. Oktober 1980 vgl. Dok. 290, Anm. 15.

¹³ Zu den Vorschlägen des Komitees der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten bei der Tagung am 14./15. Mai 1979 in Budapest vgl. Dok. 1, Anm. 28.

Zum Vorschlag des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, Gierek, vom 11. Februar 1980 für eine Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 55, Anm. 39.

Zu den Vorschlägen des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts bei der Tagung am 14./15. Mai 1980 in Warschau vgl. Dok. 150, Anm. 5.

Er habe in seiner Rede viel über die Zusammenarbeit mit der DDR gesagt, obwohl uns diese in letzter Zeit wenig Anlaß zur Freude gegeben habe. Auch Generalsekretär Breschnew habe in Moskau von der Bedeutung der deutsch-deutschen Beziehungen gesprochen.¹⁴ Deshalb sei es wichtig zu erkennen, daß die von uns ausgestreckte Hand auch ergriffen werde. Die DDR solle ernst nehmen, was er über die Zusammenarbeit mit ihr gesagt habe.

Im übrigen freue er sich, wenn die Delegationen beider Seiten weiterhin eng zusammenarbeiten würden. Dies sei eine gute Geste. Er bitte auch, Außenminister Gromyko herzlich zu grüßen. Er habe zunächst gehofft, ihn hier persönlich zu treffen.

Iljitschow: Er schließe eine Reise Gromykos nach Madrid zu einem späteren Zeitpunkt nicht aus. Aber dies setze günstige Bedingungen voraus. Er hoffe, daß eine konstruktive Arbeit der Konferenz dem sowjetischen Außenminister eine Reise nach Madrid erleichtern werde. Schon jetzt könne er allerdings sagen, daß die „an den Haaren herbeigezogene“ Afghanistan-Frage bei ihm kaum Begeisterung auslösen werde.

Er habe inzwischen auch den Text der Rede des Ministers gelesen, in dem ebenfalls Afghanistan vorkomme. Allerdings habe er den Eindruck gehabt, daß der Minister tatsächlich etwas anderes gesagt habe, als es in dem anschließend verteilten Text zu lesen sei.

Bundesminister: Er habe den verteilten Text wörtlich vorgetragen. Abgesehen von zwei kleineren Veränderungen an anderer Stelle habe er in seinem Text nichts geändert. Wenn der Vize-Außenminister Zweifel habe, möge er doch bitte die Delegierten der DDR fragen, die auch Deutsch sprächen und jedes Wort mitgeschrieben hätten.

Iljitschow: Alle NATO-Staaten hätten bisher Afghanistan erwähnt. Die sowjetische Position dazu sei bekannt. Es gebe darin keine Änderung. Vielleicht sei der Minister nicht darüber orientiert, daß sich noch immer Kräfte von außen in Afghanistan einmischten.

Bundesminister: Er wolle auch in dieser Frage ganz aufrichtig sein. Es sei einfach nicht glaubwürdig, wenn die Sowjetunion behaupte, daß sie Afghanistan befreit habe. Wir seien aufrichtige Partner, keine „Heuchler“. Wir machten „aus unserem Herzen keine Mördergrube“. Die sowjetische Seite könne uns deshalb auch dort glauben, wo wir ihr zustimmten.

Iljitschow: Er hoffe, daß die Teilnehmer der Konferenz zusammenwirken würden, um positive Resultate zu erzielen. Dazu gehöre nach seiner Auffassung ein Mandat für die Abrüstungskonferenz, aber auch Fortschritte im Bereich der Wirtschaft, der Energie und des Handels sowie bei den Bedingungen humanitären Charakters. Dazu werde die sowjetische Delegation Vorschläge unterbreiten. Es sei wichtig, „der Entspannung einen neuen Geist einzuhauchen“.

Am Ende des Gesprächs gratulierte Iljitschow dem Minister zu seinem großen Wahlerfolg.¹⁵

Referat 212, Bd. 133364

¹⁴ Vgl. dazu das deutsch-sowjetische Regierungsgespräch am 30. Juni 1980 in Moskau; Dok. 192.

¹⁵ Zu den Bundestagswahlen am 5. Oktober 1980 vgl. Dok. 288, Anm. 4.

323

**Gespräch des Bundesministers Genscher
mit König Juan Carlos I. in Madrid**

105-A.79/80

13. November 1980¹

Gespräch des Herrn Bundesaußenministers mit dem spanischen König Juan Carlos am 13.11.1980 um 18.30 Uhr, Palacio de la Zarzuela, Madrid;
hier: Dolmetscheraufzeichnung

Bundesminister dankte dem König für die Gelegenheit zu dieser Unterredung und wies auf die Bedeutung der KSZE-Folgekonferenz² hin. Der Osten und der Westen warteten nun darauf, wie sich die amerikanische Politik unter der neuen Administration³ entwickeln werde. Er hoffe, daß es eine klare und entschiedene Politik sein werde. Der Bundeskanzler und er flögen nächste Woche nach Washington⁴ und würden u. a. Gespräche mit den Beratern des neuen Präsidenten, vielleicht auch mit Reagan selbst führen. Es sei auch denkbar, daß Anfang nächsten Jahres Gespräche zwischen Reagan, dem französischen Präsidenten, der britischen Premierministerin⁵ und dem Bundeskanzler stattfänden, um über die Politik der folgenden vier Jahre zu konferieren. Vorteilhaft sei, daß die Berater des neuen Präsidenten der USA Persönlichkeiten mit großer politischer Erfahrung seien.⁶ Es sei wichtig, daß der Übergang von der alten Regierung der USA zur neuen nicht durch Schwierigkeiten im Verhältnis Europa–USA belastet werde, da dies Auswirkungen auf die ohnehin schwierige aktuelle Situation in den Ost-West-Beziehungen und auf die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zur DDR haben könnte. Die kommunistische Führung sei ohnehin nervös aufgrund der Ereignisse in Polen, die aus marxistischer und leninistischer Sicht nur schwer zu begreifen seien, denn die Tatsache, daß es in einem kommunistischen Land unabhängige Gewerkschaften gebe, die katastrophale wirtschaftliche Situation und die Furcht, daß dieser Bazillus auch auf andere kommunistische Länder übergreifen könnte, schafften eine Atmosphäre der Unsicherheit und Unstabilität.

Der *König* fragte Bundesminister, ob er meine, daß die Haltung des neuen amerikanischen Präsidenten nach seiner Amtsübernahme am 20.1.1981 auch in bezug auf die Beziehungen der USA zu Europa klarer sein werde.

Bundesminister erwiderte, er glaube, daß der neue Präsident mehr Erwartungen an die Europäer stellen werde, aber er selbst werde auch berechenbarer sein.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscherin Lehnhardt am 17. November 1980 gefertigt. Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 4. Dezember 1980 vorgelegen.

² Die zweite KSZE-Folgekonferenz wurde am 11. November 1980 in Madrid eröffnet. Vgl. dazu Dok. 319 und Dok. 322.

³ Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen statt, aus denen der Kandidat der Republikanischen Partei, Reagan, als Sieger hervorging. Vgl. dazu Dok. 314, Anm. 3.

⁴ Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 18. bis 21. November 1980 in den USA auf, Bundesminister Genscher am 19./20. November 1980. Vgl. dazu Dok. 334, Dok. 335 und Dok. 337.

⁵ Margaret Thatcher.

⁶ Präsident Reagan übernahm am 20. Januar 1981 die Amtsgeschäfte. Zu den Beratern des designierten Präsidenten Reagan vgl. Dok. 314, Anm. 5.

Die republikanische Politik sei schon immer auf enge Zusammenarbeit zwischen Ost und West und eine feste Haltung gegenüber dem Osten ausgerichtet gewesen. Wenn die neue Regierung der USA daran festhalten würde, sei nichts dagegen einzuwenden. Wenn die Republikaner dazu eine gute Wirtschafts- und Finanzpolitik machten, werde dies positive Auswirkungen auf Europa haben, das in der letzten Zeit mit Problemen konfrontiert worden sei, die sich aus der schlechten Entwicklung der wirtschaftlichen Lage in den USA ergeben hätten.⁷ Unter den Republikanern sei die Wirtschaftslage der USA schon immer besser gewesen.

Der *König* erwiderte, er habe diese Frage gestellt, weil er sich angesichts der Weltlage, der Probleme im Nahen und Mittleren Osten, Irak und Iran⁸ frage, wie die Amerikaner all ihre Verpflichtungen erfüllen könnten und ob dies nicht eine Verminderung der Unterstützung für Europa, der NATO und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zur Folge hätte. Er sei besorgt darüber, weil all dies auch für Spanien, das ein Partner mehr in Europa sein wolle und sich ganz zu Europa zugehörig fühle, von großer Bedeutung sei.

Bundesminister wies darauf hin, daß unter den Beratern des neuen Präsidenten der USA eine ganze Reihe von Persönlichkeiten sein würden, die ein besonders gutes Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland hätten, wie McCloy, General Haig und Henry Kissinger oder der ehemalige Finanzminister George Shultz, der mit Helmut Schmidt und Giscard d'Estaing sehr befreundet sei. Dies könne sehr positive Auswirkungen auf die militärische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Europa haben. Ein anderes Problem sei, wie die USA künftig all ihre militärischen Verpflichtungen erfüllen wollten. In der Vergangenheit sei die Sowjetunion im Bereich der konventionellen Waffen, die USA im Bereich der atomaren Waffen und der Seestreitkräfte überlegen gewesen. Zu der Überlegenheit der SU an konventionellen Waffen sei eine enorme Aufrüstung der Seestreitkräfte gekommen, und im Bereich der strategischen Waffen hätte sie aufgrund der SALT-Abkommen⁹ ohnehin Parität. Die Reaktion der Ameri-

⁷ Gesandter Dannenbring, Washington, berichtete am 5. Dezember 1980: „Der republikanische Wahlsieg vom 4. November 1980 ist von Wirtschaftskreisen als eine günstige Voraussetzung für die wirtschaftliche Wiederbelebung nach der kurzen, jedoch einschneidenden Rezessionsphase im Frühsommer des Jahres gewertet worden. Dies kam u. a. im Anstieg des Dow-Jones-Index der New Yorker Börsenkurse über die magische Tausend-Punkte-Grenze zum Ausdruck. Der vorsichtige Optimismus hat den statistischen Daten über die tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung jedoch nicht lange standgehalten. Die Konjunkturbeobachter konzentrieren ihre Aufmerksamkeit inzwischen auf die Frage, ob die seit August des Jahres in Gang gekommene Wiederbelebung schon wieder zum Erliegen kommt oder gar durch einen neuen Abschwung abgelöst wird. Die Zuversicht, daß die prioritären wirtschaftspolitischen Ziele der neuen Administration Reagan [...] verwirklicht werden können, ist nur gering. Im Vordergrund steht vielmehr die Befürchtung, daß das Budgetdefizit infolge der Steuersenkungen noch vergrößert werde, dadurch der Inflationsdruck noch zunehme und gleichzeitig durch die Fortsetzung der restriktiven Geld- und Kreditpolitik das Zinsniveau weiter ansteigen könne und die Wirtschaftsentwicklung bremsen werde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4510; Referat 420, Bd. 124326.

⁸ Zum Krieg zwischen Irak und Iran vgl. Dok. 316, Anm. 21.

⁹ Für den Wortlaut des Interimsabkommens vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waffen (SALT) mit Protokoll vgl. UNTS, Bd. 944, S. 4–12. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 396–398.

Vgl. dazu auch die vereinbarten und einseitigen Interpretationen; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 67 (1972), S. 11–14. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 398–404.

Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 13.

Zum Stand des Ratifizierungsverfahrens des SALT-II-Vertrags im amerikanischen Senat vgl. Dok. 59.

kaner darauf hätte eine Aufrüstung der konventionellen Waffen sein müssen. Sie hätten aber das Gegenteil getan und ihre Wehrpflicht abgeschafft.¹⁰ Das habe dazu geführt, daß die USA zwar eine starke Armee, aber keine Reservisten haben. Die Bundesrepublik Deutschland könne innerhalb von drei Tagen ihre Streitkräfte verdoppeln, innerhalb von drei Wochen verdreifachen. Bei seinem Besuch in den USA in der kommenden Woche werde er nochmals darauf hinweisen, daß die Garantie für die Sicherheit des Westens nur gewährleistet sein könne, wenn die Amerikaner wieder die Wehrpflicht einführen würden. In der heutigen Industriegesellschaft könne man es sich nicht mehr leisten, zahlenmäßig starke Streitkräfte zu haben, aber man müsse in der Lage sein, sie durch Reservisten zu verstärken. Diese Möglichkeit gebe es nicht in Ländern, die nur über Berufssoldaten verfügten.

Der *König* bekräftigte dies und wies auf die schwierige internationale Lage hin. Auch Spanien befinde sich in einer schwierigen Situation, und die politischen Kräfte in seinem Land widmeten sich seiner Meinung nach oft zu sehr innerparteilichen Querelen, statt sich mit den dringendsten Problemen Spaniens, wie dem Terrorismus¹¹, den Autonomiebestrebungen¹² und der wirtschaftlichen Lage¹³, auseinanderzusetzen. Auch die spanische Presse trage oft dazu bei, die

¹⁰ Am 28. August 1972 kündigte Präsident Nixon an, daß in den USA bis Juli 1973 die Wehrpflicht in Friedenszeiten aufgehoben werden solle. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, NIXON 1972, S. 825 f.

Zu Überlegungen für die Wiedereinführung der Wehrpflicht in den USA vgl. Dok. 112, Anm. 17, und Dok. 229, Anm. 6.

¹¹ Vortragender Legationsrat I. Klasse Kastrop vermerkte am 18. Juli 1980: „Mit einer Reihe von Bombenanschlägen in den Haupttouristengebieten an der spanischen Ostküste, aber auch im Gebiet um Málaga seit Beginn dieses Monats, hat die baskische Extremistenorganisation ‚ETA politico-militar‘ ihre Ankündigung vom 25.6. wahrgemacht. Mit dieser neuen Terrorkampagne, die durch jeweilige vorherige telefonische Warnungen bisher auf Sachschaden beschränkt blieb, verfolgt die ETA ein doppeltes Ziel. Kurzfristig geht es um die Freipressung von 19 inhaftierten (und teilweise rechtskräftig verurteilten) ETA-Terroristen. Langfristig soll über die Schädigung der devisaerbringenden Tourismus-Industrie die spanische Wirtschaft insgesamt getroffen werden. Damit soll einmal die Zentralregierung zur Anerkennung eines baskischen Separatstaates gezwungen, zum anderen das kapitalistische System selbst beseitigt werden. [...] Über 1400 Anschläge soll die ETA bisher verübt haben. Opfer sind 12 höhere Politiker, 20 Offiziere, 133 Polizisten, aber auch Unternehmer, Bürgermeister, Journalisten und Arbeiter, Unternehmer und Freiberufler insbesondere dann, wenn sie sich der ‚Revolutionsteuer‘ zu entziehen versuchen, mit [der] sich die ETA finanziert.“ Vgl. Referat 203, Bd. 115894.

¹² Gesandter Lewalter, Madrid, resümierte am 24. März 1980: „Nach dem andalusischen Referendum vom 28.2., den Wahlen im Baskenland vom 9.3. und den Wahlen in Katalonien vom 20.3. läßt sich eine erste Bilanz des Autonomieprozesses ziehen. Die spanische Verfassung gibt den Regionen des Landes das Recht auf Selbstverwaltung, überläßt es ihnen aber, ob und wie sie den Weg zu dieser Selbstverwaltung beschreiten wollen. Die Regierungspartei UCD hat sich mitten in der Kampagne für das andalusische Referendum dafür entschieden, sich jede einzelne Autonomie abringen zu lassen und deren Inhalt auf dem Weg des Gesetzgebungsverfahrens (Art. 143) mit der rechten Mehrheit des Zentralparlaments unter Kontrolle zu halten. Die stärkste Oppositionspartei PSOE klagt seit der Kampagne zum andalusischen Referendum die rückschrittliche Autonomiepolitik der Regierung an, ohne aber selbst ein Modell eines in autonomen Regionen verfaßten spanischen Staates als Alternative vorzustellen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 249; Referat 203, Bd. 115895.

¹³ Referat 420 notierte am 16. Dezember 1980: „Nach einer Periode schnellen Wachstums in den 60er Jahren, die bis in das erste Drittel der 70er Jahre anhielt, markiert die Ölkrise von 1973 einen Wendepunkt in der Entwicklung der spanischen Wirtschaft. Seitdem sah und sieht sie sich großen Schwierigkeiten gegenüber. Die starke Erhöhung der Energiekosten 1973 und 1979 (Spanien ist im Energiesektor zu 70 % vom Öl abhängig), eine generelle Abschwächung des Welthandels, eine Verschlechterung der terms of trade für spanische Produkte (ein Großteil der spanischen Exporte besteht aus Agrarerzeugnissen) und eine innenpolitische Umbruchsituation von der zentralistischen Franco-Diktatur in Richtung einer eher föderal strukturierten Demokratie mit politischen und wirtschaft-

Dinge zu komplizieren. Das neue spanische Kabinett habe sich in den 70 Tagen seit der Amtsübernahme¹⁴ dem Druck verschiedener politischer Gruppen ausgesetzt gesehen und dadurch viele Energien verloren.

In bezug auf die Autonomiebestrebungen fügte der König hinzu, der Artikel 8 der spanischen Verfassung¹⁵ sei nicht klar genug. Das habe zur Folge, daß in der Bevölkerung die Angst bestehe, der spanische Staat werde auseinanderbrechen, wenn die Autonomiefrage nicht geklärt werden könne. Er teile diese Befürchtungen nicht, denn für den Bestand des Staates seien der König, der Staat selbst, die Verfassung und das Heer eine Garantie. Auch sei die spanische Regierung keineswegs gewillt zuzulassen, daß sich die augenblickliche Situation verschlechtere. Man müsse bedenken, daß die Verfassung, die von allen politischen Kräften des Landes gemeinsam ausgearbeitet worden sei, in einem schwierigen Moment der politischen Entwicklung Spaniens entstanden sei und daher einige Lücken aufweise, die heute zu schließen seien.

Was die Bekämpfung des Terrorismus betreffe, so müsse man zugeben, daß bisher wenige Erfolge erzielt worden seien. Es sei sehr schwierig, die geeigneten Maßnahmen zu ergreifen und dabei „sauber“ vorzugehen. Die Bevölkerung habe dann oft den Eindruck, die Regierung unternähme gar nichts, und die Presse unterstreiche diese Ansicht durch übertriebene Meldungen darüber. Die ETA habe innerhalb Spaniens eine ganze Reihe von autonomen Gruppen, die sie unterstützten, während die eigentlichen Aktionsgruppen sich im Ausland, z. B. in Frankreich, aufhielten. Viele der Terroristen seien erst 16 oder 17 Jahre alt und ohne Vorstrafen, so daß es extrem schwierig sei, hier die angemessenen Maßnahmen zu ergreifen. All dies schaffe in der spanischen Bevölkerung eine Atmosphäre der Nervosität und Angst, zu der dann noch die wirtschaftlichen Probleme hinzukämen, die zwar weltweit bestünden, aber angesichts der anderen Schwierigkeiten die Lage dramatischer erscheinen ließen.

Der König fuhr fort, er wolle nicht den Eindruck erwecken, absolut pessimistisch zu sein. Er sei besorgt, aber dennoch der Meinung, daß Probleme gelöst werden könnten. Im Augenblick sei eine Koalitionsregierung in Spanien undenkbar. Es sei möglich, daß innerhalb der nächsten zwei, drei oder fünf Jahre die Soziali-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1671

lichen Risiken führten die spanische Wirtschaft in eine Situation der Stagflation“. Vgl. Referat 420, Bd. 129981.

¹⁴ Botschafter Lahn, Madrid, berichtete am 9. September 1980: „Nur vier Monate nach der letzten Regierungsumbildung konstituiert sich heute die 5. Regierung Suárez nach den ersten freien Wahlen in Spanien (1977). [...] Seit der letzten Umbildung im Mai hat Suárez glücklos und für die Öffentlichkeit kaum wahrnehmbar regiert. In dem Maße, in dem sein Ansehen, kräftig gefördert durch die Medien, Tiefpunkten zusteuerte, verstärkten sich innerhalb der UCD Ratlosigkeit, Selbstkritik und die Neigung, nach anderen Führern, wenn nicht sogar anderen politischen Gruppierungen Ausschau zu halten. Daran konnte auch wenig das als ‚permanente‘ bezeichnete Lenkungs- und Beratungsgremium der UCD etwas ändern, in dem die Führer der parteiinternen sozial-, christdemokratischen und liberalen Gruppierungen vertreten sind. [...] Das Bündnis mit der katalanischen Minderheit, das allerdings nicht durch die Aufnahme eines Mitglieds dieser Gruppierung in das neue Kabinett Ausdruck fand, wird mit dem Zuwachs von neun Stimmen im Parlament der Regierung nicht nur zu einer breiteren Basis verhelfen, sondern auch auf andere Regionalgruppen ausstrahlen können.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 633; Referat 203, Bd. 115894.

¹⁵ Artikel 8 der spanischen Verfassung vom 29. Dezember 1978 bestimmte in Absatz 1: „The mission of the Armed Forces, comprising the Army, the Navy and the Air Force, is to guarantee the sovereignty and independence of Spain and to defend its territorial integrity and the constitutional order.“ Vgl. CONSTITUTIONS, S. 3.

sten die Regierung übernehmen. Zur Zeit sei dies nicht vorstellbar, da die Sozialistische Partei keine geeigneten Persönlichkeiten stellen könnte und die Bevölkerung dafür nicht vorbereitet sei. Die Schwierigkeiten seines Landes führten dazu, daß MP Suárez zu Unrecht kritisiert werde, obwohl er sich sehr stark für die Verbesserung der Situation einsetze. Für die UCD sei es sehr wichtig, die innerparteilichen Auseinandersetzungen zu überwinden und als Partei enger zusammenzukommen.

Bundesminister erwiderte, er verstehe sehr gut, was das Problem des Terrorismus für Spanien bedeute. Er habe sich seinerzeit als Innenminister¹⁶ sehr intensiv diesem Thema widmen müssen und gesehen, wie schwierig es gewesen sei, die Bevölkerung zunächst davon zu überzeugen, welche Gefahr der Terrorismus darstelle, und dann, warum man ihn nicht von heute auf morgen überwinden könne. Er bewundere die Gelassenheit, mit der die spanische Regierung versuche, das Problem zu lösen, und zwar auf „saubere“ Art und Weise. Das Problem des Terrorismus könne leicht zu einem Problem der Glaubwürdigkeit der Demokratie werden.

In bezug auf die Person des MP wolle er unterstreichen, daß dieser in der öffentlichen Meinung, der Presse und bei den Verantwortlichen in Regierung und Parlament der Bundesrepublik Deutschland sehr geschätzt werde. Ihm komme ein entscheidender Anteil an dem Demokratisierungsprozeß Spaniens zu.

Bundesminister fuhr fort, er wolle einmal nicht in seiner Funktion als Außenminister, sondern als Vorsitzender seiner Partei sprechen. Nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland habe seine Partei eine Koalition mit den Christdemokraten gebildet, während die Sozialdemokraten in der Opposition gewesen seien. Zu jenem Zeitpunkt sei es für seine Partei unmöglich gewesen, mit den Sozialdemokraten zu regieren. Bei der CDU habe es damals Befürworter einer Großen Koalition gegeben. Adenauer habe dies aber abgelehnt und sich für eine Mitte-Rechts-Regierung ausgesprochen, die von 1949 bis 1966 bestanden habe. 1966 seien die Sozialdemokraten zum ersten Mal zusammen mit der CDU an die Regierung gekommen. Um regierungsfähig zu werden, hätten sie von zwei ihrer grundlegenden Prinzipien abweichen müssen: Sie hätten der sozialistischen Marktordnung zugunsten der Marktwirtschaft eine Absage erteilen müssen im sogenannten Godesberger Programm¹⁷ und sich für die Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland in der NATO entscheiden müssen. Sollten die Sozialdemokraten von diesen beiden Prinzipien – Marktwirtschaft und NATO – zu einem gegebenen Zeitpunkt wieder abweichen, fänden sie weder in der FDP noch in der CDU einen Partner. Der Bundeskanzler sei allerdings eine Garantie dafür, daß die sozialdemokratische Partei diesen beiden Prinzipien treu bleibe. Er habe das Gefühl, daß die spanischen Sozialisten auch eine Art Godesberger Programm bräuchten.

Der *König* dankte Bundesminister für seinen Besuch. Er wies darauf hin, daß er Bundespräsident Carstens eine offizielle Einladung zu einem Staatsbesuch nach Spanien zukommen lassen werde und sich sehr darauf freue, das Staats-

¹⁶ Hans-Dietrich Genscher war von 1969 bis 1974 Bundesminister des Innern.

¹⁷ Für den Wortlaut des auf dem Parteitag vom 13. bis 15. November 1959 in Bad Godesberg beschlossenen Parteiprogramms der SPD vgl. PARTEIPROGRAMME, S. 38–57.

oberhaupt der Bundesrepublik Deutschland in seinem Land begrüßen zu dürfen.¹⁸ Er habe besonders in schweren Zeiten sehr viel Hilfe und Unterstützung von der Bundesrepublik Deutschland und ihren höchsten Regierungsvertretern erhalten.

Das Gespräch endete um 19.30 Uhr.

Referat 010, Bd. 178830

324

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Oehms

012-312.74 VS-NfD

Aufgabe: 13. November 1980, 15.26 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 145 Ortez

Betr.: Zur Nord-Süd-Gipfelkonferenz²;
hier: Vorbereitungstreffen in Wien

1) Am 7./8.11.1980 fand unter Vorsitz des österreichischen Bundeskanzlers Kreisky ein Treffen zur Vorbereitung einer Nord-Süd-Gipfelkonferenz statt, an der Österreich, Algerien, Kanada, Bundesrepublik Deutschland, Indien, Mexiko, Nigeria, Schweden und Jugoslawien durch ihre Außenminister³, Frankreich durch StS Stirn, Tansania durch seinen in Wien (und Bonn) akkreditierten Botschafter⁴ vertreten waren. BM Genscher nahm am 7.11.1980 teil. Nach seiner Abreise wurde er von StS Lautenschlager vertreten. Der ebenfalls eingeladene Bundeskanzler a. D. Brandt war wegen anderer Verpflichtungen verhindert.

Zur weiteren Vorbereitung des Nord-Süd-Gipfels vereinbarten die Minister zweites Treffen mit gleichem Teilnehmerkreis am 13. bis 15.3.1981 in Wien. Sie faßten als Termin für den Nord-Süd-Gipfel (Ort: Mexiko) erste Hälfte Juni 1981 ins Auge.⁵

Minister waren sich einig, daß ein Nord-Süd-Gipfel

- politischen und informellen Charakter haben soll;
- nicht als Verhandlungsform, sondern zum Zweck des freien Meinungsaustausches ohne förmliche Tagesordnung ausgerichtet werden soll;

¹⁸ Bundespräsident Carstens hielt sich vom 28. September bis 2. Oktober 1981 in Spanien auf.

¹ Durchdruck.

Der Runderlaß wurde von Hilfsreferent Rowas konzipiert.

² Zum Vorschlag einer Nord-Süd-Gipfelkonferenz im Bericht der Unabhängigen Kommission für Internationale Entwicklungsfragen („Nord-Süd-Kommission“) vgl. Dok. 155, Anm. 5.

³ Ishaya Audu (Nigeria), Mohamed Seddik Benyahia (Algerien), Jorge Castañeda y Álvarez de la Rosa (Mexiko), Mark MacGuigan (Kanada), Pamulaparti Venkata Narasimha Rao (Indien), Willibald Pahr (Österreich), Ola Ullsten (Schweden), Josip Vrhovec (Jugoslawien).

⁴ Nicolas Joseph Merinyo Maro.

⁵ Die Nord-Süd-Gipfelkonferenz fand am 22./23. Oktober 1981 in Cancún statt. Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 115 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler vom 2. November 1981; AAPD 1981.

- dem Ziel dienen soll, das Verständnis für Entwicklungsfragen und die Interdependenz zwischen allen Staaten zu fördern;
- u. a. die Globalen Verhandlungen⁶ erleichtern soll (ohne förmliche Verbindung mit ihnen).

Auf dem Treffen sollen „Themenblöcke“ behandelt werden, wobei wir in Wien folgende vorschlugen:

- Weltwirtschaftslage unter besonderer Berücksichtigung der Situation der EL;
- Energie;
- Fragen der Entwicklung, insbesondere Ernährung.

Wir gehen dabei davon aus, daß der angestrebte Meinungsaustausch auch andere, im Nord-Süd-Dialog relevante Themen umfassen wird.

Endgültige Entscheidung über den Nord-Süd-Gipfel selbst und über weitere Einzelheiten einschließlich der Themenauswahl und der Form der Vorbereitung soll auf dem zweiten Vorbereitungstreffen getroffen werden.

Tendenziell kristallisierte sich ein Teilnehmerkreis heraus, auf dem man sich im Prinzip bereits früher – als Frankreich, Tansania und wir noch an den Gesprächen beteiligt waren – geeinigt hatte und der ca. 21 Staaten umfaßt:

- Lateinamerika: Mexiko, Brasilien, Venezuela, Guayana;
- Asien: Saudi-Arabien, Indien, Bangladesch, Philippinen;
- Afrika: Nigeria, Algerien, Elfenbeinküste, Tansania;
- IL: USA, Kanada, Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien, Japan, Schweden, Österreich, Frankreich.

Hinzu kommt Jugoslawien. Die Einladung der UdSSR und Chinas ist auf Vorschlag von BM Genscher ebenfalls vorgesehen. Entscheidung über die Teilnahme von weiteren Ländern wurde zunächst zurückgestellt. Allerdings besteht grundsätzliches Einvernehmen, daß eine möglichst begrenzte Teilnehmerzahl wünschenswert bleibt.

Einladungen zur Gipfel-Konferenz werden voraussichtlich von Österreich und Mexiko ausgesprochen werden, allerdings soll noch eine Formulierung gefunden werden, die auf eine Zustimmung der an den Vorbereitungstreffen Beteiligten (sie sehen sich als Steering Committee der Konferenz an) Bezug nimmt.

Bundeskanzler Kreisky wird die Sondierungen mit China und der UdSSR vornehmen. Kanada und Mexiko führen vorbereitende Gespräche mit den USA. Alle anderen Teilnehmer am Gipfeltreffen werden von den Co-Sponsoren Mexiko und Österreich kontaktiert werden.

2) Ergebnis dieses ersten Vorbereitungstreffens entspricht weitgehend unseren Vorstellungen und wird von uns als gute Grundlage für weitere Vorbereitung eines Nord-Süd-Gipfels angesehen.

3) Vertretungen in den Ländern, die auf dem Vorbereitungstreffen vertreten waren, werden gebeten, die Einschätzung der Regierung ihres Gastlandes zu den Ergebnissen des Vorbereitungstreffens in Erfahrung zu bringen und darüber zu berichten.

⁶ Zu den Globalen Verhandlungen vgl. Dok. 178, Anm. 7, und Dok. 273.

Ferner wäre es aufschlußreich zu wissen, wie sie die Erfolgsaussichten für eine Gipfelkonferenz sehen und welche Themen sie, für den Fall, daß sie daran teilnehmen, behandelt wissen wollen. Vertretungen in diesen Ländern werden gebeten, dies in ihnen geeignet erscheinender Weise in Erfahrung zu bringen und darüber zu berichten.

Oehms⁷

Referat 012, Bd. 115730

325

Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt

114-6067/80 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 5017

Aufgabe: 13. November 1980, 18.46 Uhr¹
Ankunft: 13. November 1980, 17.50 Uhr

Betr.: Ambivalenz sowjetischer KSZE-Strategie

Zur Information

I. Das sowjetische Taktieren in Madrid, das fast zu einem Scheitern der Folgekonferenz geführt hätte², steht im Widerspruch zu erklärten Zielsetzungen sowjetischer Entspannungspolitik. Die der sowjetischen Delegation in Madrid von Moskau gegebenen Weisungen und die daraus resultierende, für den Beobachter unverständliche Taktik müssen Zweifel aufkommen lassen, ob Sowjets tatsächlich, wie sie immer erklärten, die Fortsetzung des KSZE-Prozesses wünschen. Es hatte und hat weiterhin den Anschein, als gehe es ihnen in Madrid wider Erwarten mehr um die Vermeidung oder zumindest Verkürzung der Implementierungsdebatte als um die vom WP so stark propagierte Einberufung der Konferenz über militärische Entspannung in Europa³. Dieses ist um so unverständlicher, als sowjetische Propaganda vor dem Vorbereitungstreffen

⁷ Paraphe.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Arnot am 24. November 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Vogel und Referat 213 verfügte.

Hat Vogel am 10. Dezember 1980 vorgelegen.

Hat Legationsrat Schlote am 10. Dezember 1980 vorgelegen.

Hat Vortragender Legationsrätin Wannow am 11. Dezember 1980 vorgelegen.

² Die zweite KSZE-Folgekonferenz wurde am 11. November 1980 in Madrid eröffnet. Vgl. dazu Dok. 319 und Dok. 322.

Zur Haltung der UdSSR beim Vorbereitungstreffen für die KSZE-Folgekonferenz vom 9. September bis 11. November 1980 in Madrid vgl. Dok. 321, Anm. 11.

³ Zu den Vorschlägen des Komitees der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten bei der Tagung am 14./15. Mai 1979 in Budapest vgl. Dok. 1, Anm. 28.

Zum Vorschlag des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, Gierek, vom 11. Februar 1980 für eine Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 55, Anm. 39.

Zu den Vorschlägen des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts bei der Tagung am 14./15. Mai 1980 in Warschau vgl. Dok. 150, Anm. 5.

selbstsicher damit drohte, man werde nicht zögern, in der Implementierungsdebatte zur Offensive gegen den Westen überzugehen.

Der Widerspruch, der auch in der Inkonsequenz einiger Moskauer Kommentare über die Bundesrepublik Deutschland in jüngster Zeit sichtbar geworden ist, läßt sich auf folgende Formel bringen:

1) Während es einerseits für die SU von vitaler Bedeutung ist, als friedens- und entspannungsfreundlich zu erscheinen, zwingen andererseits die durch die Polen-Krise aktualisierten ideologischen Elemente der sowjetischen Außenpolitik dazu, sich auch die Optionen einer Konfrontation mit dem Westen offenzuhalten.

2) Während in den 70er Jahren die SU bei der Verwirklichung ihrer Entspannungskonzeption von einigermaßen stabilen Parametern in der Politik ihrer westlichen Partner, vor allem der USA, ausgehen konnte, sieht sie sich in der jetzigen Lage, die durch ihren Schritt in Afghanistan grundlegend verändert wurde, einer nicht kalkulierbaren Entwicklung gegenüber.

3) Das vorläufige Scheitern von SALT II⁴ und die Unsicherheit über die neue US-Administration⁵, verbunden mit der in und um Polen entstandenen Unruhe, haben die bisher verfolgte Entspannungs- und KSZE-Strategie aus sowjetischer Sicht fragwürdig gemacht und eine Phase der Neueinschätzung eingeleitet. Diese ist durch Unsicherheit und durch die Tendenz gekennzeichnet, zu den in den 70er Jahren in den Hintergrund gespielten ideologischen Konzepten des Klassenkampfes und der Unüberbrückbarkeit des Gegensatzes zum Imperialismus zurückzukehren.

4) Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, insbesondere in der Versorgung der Bevölkerung, verschärft durch die dritte Mißernte in vier Jahren, haben das Mißtrauen gegen und die Furcht vor Kontakten und „freer flow of information“ verschärft. Für Madrid gibt es deshalb keine eindeutige sowjetische Strategie, weil in der jetzigen Lage in Moskau offensichtlich keine Klarheit darüber besteht, ob man die Fortsetzung des KSZE-Prozesses tatsächlich will oder nicht. Inwieweit sich diese Überlegungen auch in kontrovers geführten Diskussionen in der sowjetischen Führung niederschlagen, ist eine offene Frage. Sicher scheint lediglich, daß die Befürworter des Klassenkampfes und der Stärkung der schon als jetzt gegeben angesehenen sozialistischen bzw. „fortschrittlichen“ Übermacht in der Welt, wie sie Ponomarew immer wieder propagiert, in dieser Diskussion keine unwichtige Rolle spielen.

II. Die formale Eröffnung der Folgekonferenz in Madrid wurde von sowjetischen Medien zwar begrüßt, gleichzeitig jedoch mit einer Salve antiamerikanischer Ausfälle bedacht. Es soll, obwohl dies den wahren Verlauf der Vorbereitungsgespräche völlig verdreht, der Eindruck erweckt werden, als seien es nur die Amerikaner gewesen, die den Beginn der Folgekonferenz durch völlig überflüssige Prozedurdebatten hinauszögern wollten. Breschnew selbst hat nicht gezo-

⁴ Zum Stand des Ratifizierungsverfahrens des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 im amerikanischen Senat vgl. Dok. 59.

⁵ Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen statt, aus denen der Kandidat der Republikanischen Partei, Reagan, als Sieger hervorging. Vgl. dazu Dok. 314, Anm. 3.

gert, sich gegenüber Colombo⁶ und in seiner Tischrede für Kekkonen⁷ in ähnlicher Weise zu äußern. Die Absicht ist, schon vor Eintritt in die eigentliche Debatte den USA und, falls nötig, auch ihren NATO-Verbündeten die Schuld für ein mögliches Scheitern zuzuschieben. Das Risiko, mit dieser Strategie zunächst die westliche Solidarität nur zu stärken und weder Madrid noch das Projekt der Abrüstungskonferenz zu fördern, nehmen Sowjets entweder bewußt oder unbewußt auf sich. Ihre Rechnung, daß das Interesse der westeuropäischen Länder an der Fortsetzung des KSZE-Prozesses eine solche Strategie rechtfertigt, kann unter den gegebenen Umständen nicht aufgehen.

Es besteht mehr und mehr der Eindruck, daß Sowjets dieses Interesse und damit die Flexibilität vor allem der westeuropäischen KSZE-Partner, aber auch der Neutralen, überschätzt haben.

Mit der Entsendung Iljitschows, des früheren Ideologie-Parteisekretärs unter Chruschtschow, des professionellen Njet-Sagers in den Verhandlungen mit Peking⁸, haben sie einen Mann nach Madrid geschickt, dessen Gewissen von Sachkenntnis in KSZE-Fragen kaum belastet ist – zuständig ist hierfür der Stellvertretende AM Kowaljow – und dessen Aufgabe es offensichtlich ist, jede westliche Kritik in Madrid im Keim zu ersticken und die WP-Verbündeten bei der Stange zu halten.

Daß mit der Verfolgung einer harten Linie in Madrid auch die Ansätze des Ost-West-Dialogs, die es im KSZE-Rahmen gibt, in gefährlicher Weise aufs Spiel gesetzt werden, beweist erneut die sowjetische Unfähigkeit zur Subtilität, zur Differenzierung, zum sophisticated approach. Diese Haltung ist ein erneuter Beweis dafür, wie wenig die Großmacht SU sich in einer schwierigen Lage wie der heutigen von ihrer Einkreisungsangst und ihrem Festungsdenken befreien kann.

III. Die westliche und unsere Reaktion auf dieses ambivalente und dadurch um so gefährlichere sowjetische Verhalten muß aus hiesiger Sicht folgendes in Rechnung stellen:

1) Sowjetischer Strategie kann nur durch eine möglichst breite, auch die neutralen Länder umfassende westliche Solidarität wirksam begegnet werden.

⁶ Der italienische Außenminister Colombo hielt sich vom 9. bis 12. November 1980 in der UdSSR auf. Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, berichtete am 10. November 1980, er sei über die Gespräche Colombos mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am selben Tag informiert worden: „Gromyko habe sowjetische Bereitschaft zur Verwirklichung der Schlußakte herausgestellt. Als dies von Colombo aufgenommen wurde, habe er Klage geführt, daß er nicht überzeugt sei, ob USA nicht die Implementierungsdiskussion propagandistisch gegen SU ausnutzen würden. Colombo hat sich ausdrücklich auf die jüngsten Gespräche der Neun und die Initiativen der Neutralen bezogen und die Besorgnis des Westens zum Ausdruck gebracht, daß die Folgekonferenz gefährdet werden könnte. Gromyko habe in der Substanz nichts gesagt, was über die bekannte sowjetische Position hinausgegangen sei. [...] Soweit zu erkennen, hat sich Gromyko in den Gesprächen mit Colombo geweigert, in dem Poker um die Modalitäten der Folgekonferenz die sowjetischen taktischen Absichten aufzudecken. Sicher scheint zu sein, daß Sowjets entschlossen sind, die Konferenz beginnen zu lassen, und alles darauf anlegen, möglichst eine genaue Festlegung in den wichtigen Tagesordnungsfragen zu umgehen. Sie wollen jedenfalls den Vorwurf vermeiden, sie hätten die Konferenz scheitern lassen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4957; Referat 213, Bd. 133212.

⁷ Präsident Kekkonen hielt sich vom 12. bis 17. November 1980 in der UdSSR auf. Für den Wortlaut der Tischrede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 12. November 1980 in Moskau vgl. BRESHNEW, Wege, Bd. 8, S. 569–571.

⁸ Zu den Verhandlungen zwischen der UdSSR und der Volksrepublik China über eine Normalisierung der bilateralen Beziehungen vgl. Dok. 181, Anm. 33 und 34.

2) Das Eingehen auf bestimmte, auch uns interessant erscheinende Vorschläge zu den drei Körben⁹ wird dazu beitragen, die sich schon jetzt abzeichnenden Kontroversen in ihrer Schärfe zu reduzieren und dadurch die Sowjets weiterhin in den KSZE-Prozeß einzubinden.

3) Der SU wird es um so schwerer fallen, dem Westen die Schuld für auftretende Schwierigkeiten oder gar ein Scheitern zuzuschreiben, je weniger ihr dazu Gelegenheit gegeben wird.

Dennoch ist nicht ausgeschlossen, daß die SU die Konferenz bewußt auf ein Scheitern hinsteuert, falls sie sich gezwungen sieht, in Polen einzugreifen. Schon die Afghanistan-Intervention wurde nachträglich mit einer angeblich von der NATO provozierten Verschärfung im Ost-West-Verhältnis begründet.

[gez.] Meyer-Landrut

VS-Bd. 13177 (213)

326

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-6080/80 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1622
Citissime

Aufgabe: 13. November 1980, 21.35 Uhr¹
Ankunft: 13. November 1980, 21.47 Uhr

Betr.: Beurteilung der Lage nach AFG²;
hier: Bericht des SPC-Vorsitzenden³

⁹ Für den Wortlaut der Körbe I, II und III der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 914–964.

¹ Hat Legationsrat I. Klasse Barker am 14. November 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Arnot, Vortragenden Legationsrat Vogel, Vortragende Legationsrätin Wannow und Legationsrat Schlote verfügte und handschriftlich vermerkte: „W[ieder]v[or]lage (Streuung an Vertretungen).“ Ferner vermerkte Barker: „Brüssel NATO (BR Schmidt) stellte auf telefonische Anfrage klar, daß alle in diesem DB enthaltenen Änderungswünsche/Ergänzungen/Erwägungen sowohl des SPC-Vorsitzenden als auch der Delegationen ‚for the record‘ waren, d. h. daß keine Textänderungen am summing-up mehr vorgenommen werden. Vielmehr ist das Papier in der uns mit Drahtberichten vom 5.11. übermittelten Form verabschiedet worden.“

Hat Schlote am 18. November 1980 vorgelegen, der für Barker handschriftlich vermerkte: „Kann ich Bericht SPC sehen? Auch DE v[om] 11.11.80?“

² Zur Lage in Afghanistan vgl. Dok. 283, Anm. 17.

Referat 340 vermerkte am 1. Dezember 1980: „Trotz massiven Einsatzes von Truppen ist es der SU bisher nicht gelungen, mehr als die Hauptstadt Kabul, die größeren Provinzstädte und strategisch wichtige Verkehrswege unter ihre Kontrolle zu bringen. Die sowjetische Truppenpräsenz in Afghanistan dürfte weiterhin bei 85 000 Soldaten liegen. Dazu kommen weitere 35 000 Mann in den südlichen Militärbezirken der SU, die an Afghanistan grenzen. [...] Die Hoffnungen der SU, mit der neuen Führungsmannschaft unter Karmal eine Lösung des innerafghanischen Konflikts zu erreichen, haben sich nicht erfüllt. [...] Eine militärische Lösung des innerafghanischen Konflikts ist nicht abzusehen. Schon angesichts der landschaftlichen Gegebenheiten wird es kaum möglich sein, den Volkswiderstand in absehbarer Zeit zu brechen, falls nicht die SU Art und Umfang ihrer Kriegsführung

Bezug: a) DE Nr. 216 vom 11. November 1980, I-213-322.00 AFG-2817/80 VS-v⁴
 b) Telefongespräche Barker–Schmidt⁵ und Bürger–Schmidt
 am 12. November 1980

Zur Unterrichtung

I. Der Rat behandelte in Sitzung am 12. November den zusammenfassenden Bericht des SPC-Vorsitzenden über die bündnisinternen Konsultationen bezüglich AFG. Der Bericht und besonders die in ihm enthaltenen Schlußfolgerungen fanden generelle Zustimmung.

1) Es wurde bekräftigt, daß die Verbündeten ihre bisherige politische Linie weiterführen und insbesondere nicht zum „business as usual“ gegenüber der SOW zurückkehren sollten. GB definierte einige Maßnahmen, die auf jeden Fall beibehalten werden sollten, und erhielt dafür weitgehende Zustimmung.

2) AFG soll auf der internationalen Agenda gehalten, Initiativen für eine politische Lösung auf lange Sicht sollen gefördert, andere Länder in der Region, insbesondere PAK, sollen so weit wie möglich unterstützt werden.

3) Es bestand Einigkeit, das AFG-Problem im Bündnis weiterzubehandeln.

II. Im einzelnen

1) Ergänzungen zur Problemanalyse

ASG⁶ Lankes wies darauf hin, daß die Aussagen über die Haltung RUMs in Ziffer 14⁷ nach den Erklärungen, die Ceauşescu bei seinem Besuch in SCN ab-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1679

wesentlich verschärft. Erste Anzeichen für eine solche Entwicklung liegen jedoch vor (Flächenbombardements, Zerstörung der landwirtschaftlichen Produktion, Versuch der Abriegelung von Verbindungswegen nach Pakistan und Iran). [...] Die Nachteile eines langwierigen Abnutzungskrieges [...] haben bisher keine Bereitschaft der Sowjetunion zu einer politischen Lösung herbeiführen können.“ Vgl. Referat 340, Bd. 113042.

³ Der Bericht des beigeordneten NATO-Generalsekretärs Lankes „Overall Summing-up of Consultations in the Senior Political Committee as well as in the Economic and Political Committee during the period April to October 1980“ wurde von Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), am 5. November 1980 mit den Drahtberichten Nr. 1559 bis 1561 übermittelt. Vgl. VS-Bd. 13173 (213); B 150, Aktenkopien 1980. Für Auszüge vgl. Anm. 7, 9, 12 und 14.

⁴ Vortragender Legationsrat I. Klasse Arnot teilte der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel mit: „Mit Bezugsberichten übermittelter Fassung Afghanistan-Berichts des SPC-Vorsitzenden kann zugestimmt werden. Es sollte aber noch im Punkt ‚Geländevorteile in Afghanistan‘ erneut Textkorrektur versucht werden. In früherer [...] Fassung war im Teil ‚Military Situation‘ unter Ziffer 2 Geländekenntnis als Vorteil für Sowjets angeführt worden. Vertretung hatte dies [...] zu Recht angezweifelt. Wir hatten mit DE Nr. 1213 vom 17.10. eine Neuformulierung übermittelt, die wir in Ziffer 3 der mit Bezugs-DBen übermittelten Fassung nicht berücksichtigt sehen. Vielmehr wird Geländekenntnis nach wie vor im wesentlichen als Plus für Sowjets dargestellt, während Geländennutzung durch afghanischen Widerstand nur kurz erwähnt wird. BMVg und Referat] 201 sind weiterhin der Ansicht, daß das Gelände den afghanischen Widerstand stärker begünstigt als die sowjetischen Truppen.“ Vgl. VS-Bd. 13173 (213); B 150, Aktenkopien 1980.

⁵ Zum Telefongespräch des Legationsrats I. Klasse Barker mit Botschaftsrat Schmidt, Brüssel (NATO), vgl. Anm. 1.

⁶ Assistant Secretary-General.

⁷ In Ziffer 14 des Berichts hieß es: „Elsewhere, recent months have witnessed a certain evolution in the position of Eastern European countries on the Afghan crisis. In particular Romania seems to have moved from a clear disapproval of the Soviet action towards a certain acceptance of and readiness to come to terms with Soviet policies. The attitude, at least in public, of other Eastern European countries has emerged as one of reluctant alignment with the Soviet policies.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1560 des Botschafters Wieck, Brüssel (NATO), vom 5. November 1980; VS-Bd. 13173 (213); B 150, Aktenkopien 1980.

gegeben hat⁸, modifiziert werden sollten. In Paragraph 16 sollte die sowjetische Getreideernte für 1980 nunmehr mit nur 180 Mio. Tonnen angesetzt werden.⁹

Der Vorsitzende des Militärausschusses¹⁰ trug zur Analyse der militärischen Lage nach, die SOW richte sich beim Aufbau der Logistik offenbar auf längeres Verbleiben ein. Sowjetische Wirtschaftshilfe für AFG werde nun auf militärisch wichtige Infrastruktur konzentriert.

Wir wiesen gemäß Bezugs-DE auf die Vorteile hin, die der afghanische Widerstand aus dem Terrain ziehen könne und die in Ziffer 3¹¹ des Berichts nicht genügend hervorgehoben worden seien.¹² Wir faßten außerdem Nachteile zusammen, die die SOW nach AFG langfristig habe: intensivierte westliche Zusammenarbeit mit CHN, erhöhte Verteidigungsanstrengungen des Westens, Beschränkungen für sowjetische Technologie-Importe.

Auch USA präsentierten eine Analyse der negativen Folgen von AFG aus der Sicht Moskaus: Der erwartete rasche Sieg wurde nicht erreicht. Die Weltöffentlichkeit habe die Lage nicht stillschweigend akzeptiert. Der Westen habe seine Verteidigungsanstrengungen erhöht und seiner Flankensicherheit erhöhte Aufmerksamkeit zugewandt. Die Verbindungen mit SPA und JUG seien verstärkt worden. Die wirtschaftlichen Maßnahmen des Westens hätten Wirkungen gezeigt.¹³

⁸ Präsident Ceauşescu hielt sich vom 6. bis 10. November 1980 in Schweden auf. Botschafter Thomas, Stockholm, teilte am 14. November 1980 mit, nach Informationen des schwedischen Außenministeriums habe sich Ceauşescu in der Afghanistan-Frage „bisher wenig klar verhalten. Er habe das Regime Babrak Karmal anerkannt und als *Fait accompli* behandelt. Jetzt habe er zum ersten Mal ausdrücklich festgestellt, daß es in Afghanistan keine Rechtfertigung für eine Intervention gegeben habe“; seine Auffassung über eine politische Lösung weiche aber von der westlichen (und schwedischen) dahin ab, daß er neben dem Abzug der Sowjettruppen zugleich „die Beendigung der Unterstützung der afghanischen Anti-Regierungskräfte“ durch Dritte gefordert habe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 325; Referat 214, Bd. 139552.

⁹ In Ziffer 16 des Berichts wurde dargelegt: „There is little firm evidence for estimating the extra cost which the grain measures have caused the Soviet Union. Even if it is as high as the \$ 1 billion claimed in estimates from commercial sources, this is well within the trading capacity of the Soviet Union to absorb. But with another bad harvest in 1980, estimated at well under 200 million tonnes, and the continuation of grain import restrictions, Soviet problems in 1981 of meat production, rebuilding the livestock herds and re-establishing grain stock levels, will be compounded.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1560 des Botschafters Wieck, Brüssel (NATO), vom 5. November 1980; VS-Bd. 13173 (213); B 150, Aktenkopien 1980.

¹⁰ Robert H. Falls.

¹¹ Korrigiert aus: „2“.

¹² In Ziffer 3 des Berichts wurde dargelegt: „When planning their intervention, the Soviets must have assessed that the troops sent into Afghanistan would be sufficient, both in quantity and quality, to support the regime and cope quickly with resistance. They probably considered it an advantage that they would not have to face organized military opposition and could exercise, wherever necessary, complete military superiority, especially in the air. Furthermore, they should have known the terrain and infrastructure intimately and have had ample time to digest the lessons of previous guerrilla wars. However, the current level of military engagement in Afghanistan has not enabled the Soviets to cope with the resistance. The resistance fighters have proven themselves highly proficient in capitalising on the unpredictability of their actions, the terrain, their simple logistic requirements and the more easily available intelligence on Soviet movements.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1559 des Botschafters Wieck, Brüssel (NATO), vom 5. November 1980; VS-Bd. 13173 (213); B 150, Aktenkopien 1980.

¹³ Zu den am 4. Januar 1980 von Präsident Carter angekündigten Sanktionen gegen die UdSSR vgl. Dok. 5, Anm. 7.

Zum amerikanischen Wunsch nach Einstellung der Absicherung von Exporten in die UdSSR durch Hermes-Bürgschaften vgl. Dok. 63.

Zu den von den USA geforderten Änderungen der COCOM-Richtlinien vgl. Dok. 229, Anm. 9.

Ich wies auf die Rede hin, die Präsident Zia kürzlich in Peshawar gehalten und in der er darauf bestanden habe, den islamischen und ungebundenen Charakter AFGs wieder herzustellen.

2) Haltung der Verbündeten gegenüber der SOW

Den Schlußfolgerungen des Berichts, insbesondere in Ziffer 21¹⁴, wurde zugestimmt. GB hielt eine Einigung, insbesondere auf folgende Punkte, für wesentlich:

- a) Der Druck auf die SOW ist aufrechtzuerhalten. Hier hätten sich die Unterschiede in der Haltung der Verbündeten in der Zwischenzeit eher verringert.
- b) COCOM-Regeln sollten strikt angewandt werden. GB unterstützt die amerikanische Initiative für eine Verschärfung.¹⁵
- c) Die Verbündeten sollten sich weiterhin jeder Aktion enthalten, die die Wirkung der Maßnahmen anderer Verbündeter vermindern würde, insbesondere sollten die OECD-Regeln über Ost-Kredite¹⁶ eingehalten werden.
- d) Kontakte, die der SOW Prestige verschaffen, sollten nicht wieder aufgenommen werden.

Dagegen sei es wichtig, Verhandlungskanäle mit der SOW zu erhalten. Rüstungskontrollverhandlungen sollten fortgesetzt werden. GB erwäge, bilateralen politischen Austausch auf der Ebene hoher Beamter wieder aufzunehmen.

GB wurde von NL und DK unterstützt. Auch wir haben die britische Aufzählung von Maßnahmen, die unter der Devise „no business as usual“ aufrechterhalten werden sollten, ausdrücklich als hilfreich bezeichnet.

KAN hob den Abschreckungscharakter der getroffenen Maßnahmen hervor: „Was wir in AFG nicht erreicht haben, sollten wir in Polen erreichen.“

F stellte fest, seine Haltung bezüglich der Maßnahmen gegenüber der SOW unterscheide sich nur in Nuancen (Wirksamkeit wirtschaftlicher Sanktionen) von der anderer Verbündeter.

¹⁴ In Ziffer 21 des Berichts hieß es: „Given the virtual deadlock of the Afghan crisis, it seems clear that Afghanistan will remain as a major factor in East-west relations for some time. From the outset, the Allies pursued two parallel aims: First, not to accept that fait accompli but to bring about a withdrawal of the Soviet occupation forces from Afghanistan and to re-establish Afghan sovereignty. And second, to demonstrate to the Kremlin, so as to discourage similar actions in the future, that it cannot subjugate an independent country by military force without paying the price of deterioration in its relations with the Third World and damage to East-West detente. The Allies were equally determined to pursue these objectives without driving the Soviet Union into isolation.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1561 des Botschafters Wieck, Brüssel (NATO), vom 5. November 1980; VS-Bd. 13173 (213); B 150, Aktenkopien 1980.

¹⁵ Zu den von den USA geforderten Änderungen der COCOM-Richtlinien vgl. Dok. 229, Anm. 9. Ministerialdirektor Fischer vermerkte am 1. September 1980: „Der amerikanische Vorschlag einer Überprüfung von Anlageprojekten mit einem Auslandsanteil von über 100 Mio. US-Dollar weicht von den bisherigen COCOM-Kriterien grundlegend ab. Anstelle der Einzelprüfung von Waren und Technologien von militärisch-strategischer Bedeutung wird bei dem 100-Mio.-US-Dollar-Vorschlag von Projektarten und Projektgrößen ausgegangen. Darin liegt die Gefahr, allmählich zu einem partiellen Handelsembargo zu gelangen. Wir stimmen mit der amerikanischen Seite darin überein, daß das Ziel auch dieses Vorschlages in der Verhinderung der Weitergabe fortgeschrittener Prozeßtechnologie von strategisch-militärischer Relevanz an die SU liegt. Durch die vorgeschlagene Methode würde jedoch eine Änderung der Arbeitsweise des COCOM bewirkt, über die der Ausschuß einstimmig entscheiden müßte. Wir meinen deshalb, daß andere Methoden geprüft werden müßten, um das gemeinsame Ziel zu erreichen.“ Vgl. Referat 421, Bd. 122557.

¹⁶ Zur Einigung der OECD-Mitgliedstaaten über Zinssätze für Exportkredite vgl. Dok. 182, Anm. 63.

Auch NWG sprach sich gegen Rückkehr zum „business as usual“ aus, trat aber für ein Maximum an Zusammenarbeit mit der SOW unterhalb dieser Schwelle ein.

USA erinnerten an ihren Vorschlag zur Verschärfung der COCOM-Regeln und hoben Notwendigkeit verstärkter Verteidigungsanstrengungen hervor (Phase II: 3 Prozent).

3) AFG auf der internationalen Tagesordnung

GB, USA, TUR bedauerten, daß der Entwurf einer neuen AFG-Resolution, der der VN-GV vorliegt¹⁷, schwächer sei als die erste AFG-Resolution¹⁸. Trotzdem treten alle Sprecher dafür ein, eine möglichst große Mehrheit für die neue Resolution zu erstreben. Wir wiesen auf die Erneuerung des Mandats der Islamischen Konferenz und die Erweiterung der „Dreier-Kommission“¹⁹ sowie auf die Bedeutung der AFG-Resolution hin.

F trat dafür ein, bei jeder sich bietenden Gelegenheit darauf hinzuweisen, daß der von der SOW herbeigeführte Zustand in AFG nicht akzeptabel sei. Die VN-Waffenkonferenz²⁰ sei eine solche Gelegenheit gewesen. Der Vertreter Fs habe

¹⁷ Vortragender Legationsrat I. Klasse Schaad übermittelte der Ständigen Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York am 16. Oktober 1980 den „ersten Rohentwurf“ einer Resolution der VN-Generalversammlung zu Afghanistan, der anlässlich des Besuchs von Präsident Zia ul-Haq in der Bundesrepublik am 9. Oktober 1980 von der pakistanischen Botschaft übergeben worden sei. Vgl. den Drahterlaß Nr. 993; Referat 230, Bd. 128017.

Am 31. Oktober 1980 teilte Schaad der Ständigen Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York mit, der Textvergleich mit der Resolution ES-6/2 der Notstandssondertagung der VN-Generalversammlung zu Afghanistan vom 14. Januar 1980 ergebe hinsichtlich des überarbeiteten neuen Resolutionsentwurfs „folgendes Gesamtbild: Im Zentrum des Resolutionsentwurfs steht im Gegensatz zur Januar-Resolution nicht mehr die dringliche Forderung nach ‚sofortigem, bedingungslosen und totalen Truppenabzug‘, sondern die ‚dringliche Notwendigkeit einer politischen Lösung‘ des Afghanistan-Problems. Die Sprache ist darüber hinaus teilweise gemäßigter und weniger anklagend. Der neue Text ist damit in der Stoßrichtung gegen die SU deutlich schwächer als die Resolution ES-6/2. Gleichwohl bekräftigt der Entwurf die Januar-Resolution und erneuert vor allem die zentrale Forderung nach ‚sofortigem Abzug der ausländischen Truppen‘ [...]. Darüber hinaus wird das Vorgehen der SU in Afghanistan weiterhin deutlich als ‚foreign armed intervention‘ und Verletzung des Gewaltverbots und des Selbstbestimmungsrechtes des afghanischen Volkes angesprochen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 1094; Referat 230, Bd. 128017. Vgl. dazu ferner Dok. 333, Anm. 9.

¹⁸ Zur Resolution ES-6/2 der Notstandssondertagung der VN-Generalversammlung vom 14. Januar 1980 vgl. Dok. 14, Anm. 11.

¹⁹ Zur Erweiterung der Ständigen Afghanistan-Kommission der Islamischen Konferenz vgl. Dok. 290, Anm. 38.

²⁰ Vom 28. August bis 15. September 1978 fand in Genf die erste Vorkonferenz der VN-Waffenkonferenz „über Einsatzverbote und Anwendungsbeschränkungen bestimmter konventioneller Waffen, die unterschiedslos wirken oder unverhältnismäßig schwere Verletzungen hervorrufen“, statt. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 290.

Vom 19. März bis 12. April 1979 fand in Genf die zweite Vorkonferenz der VN-Waffenkonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 76.

Die erste Session der VN-Waffenkonferenz fand vom 10. bis 28. September 1979 in Genf statt. Die zweite Session wurde am 15. September 1980 in Genf eröffnet und endete am 10. Oktober 1980. Referat 220 vermerkte am 14. Oktober 1980, die Konferenz, an der 85 Staaten teilgenommen hätten, habe „Konsens über einen Rahmenvertrag (Konvention) und die Waffenprotokolle über ein Einsatzverbot von Geschossen, deren Primärwirkung auf Splittern beruht, die im menschlichen Körper durch Röntgenstrahlen nicht entdeckbar sind (Prot[okoll] I); Einsatzbeschränkungen und -verbote von Landminen und anderen Kampfmitteln (booby traps) (Prot. II); Einsatzbeschränkungen von Brandwaffen (Prot. III)“ erzielt. Die Konvention enthalte die für alle Protokolle gemeinsamen Regeln. Sie beschränke den Anwendungsbereich „materiell auf internationale bewaffnete Konflikte i[m] S[inne] des Art. 2 der vier Genfer Konventionen einschließlich der in Art. 1 Abs. 4 des ersten Zusatzprotokolls (ZPI) definierten Befreiungskriege. Die bis in letzte Konferenzphase umstrittene Frage,

in der Sitzung dieser Konferenz vom 19. September den Einsatz von Schützenminen und „booby traps“ ausdrücklich verurteilt.²¹ Keiner der Verbündeten habe diesen Punkt aufgenommen. F regte an, die Delegationen der Verbündeten bei solchen Gelegenheiten anzuweisen, AFG ausdrücklich anzusprechen.

4) Unterstützung anderer Länder in der Region

Die Bedeutung von Unterstützungsmaßnahmen wurde von USA, NL und TUR unterstrichen. Die USA wiesen besonders auf das Flüchtlingsproblem hin. Wir erwähnten unsere verstärkte Entwicklungshilfe für PAK²² und unsere intensivierte politischen Kontakte. NL regten Informationsaustausch über Unterstützung des afghanischen Widerstandes an.

III. Bewertung

Der Bericht des SPC-Vorsitzenden hat seinen Hauptzweck erreicht:

- 1) Auf seiner Grundlage konnte der Rat in Sitzung vom 12. November weitgehend Übereinstimmung nicht nur über die Analyse des AFG-Problems, sondern auch über die Fortführung der politischen Linie der Verbündeten feststellen.
- 2) Von besonderer Bedeutung ist der Versuch GBs, einen Kernbereich von Maßnahmen zu definieren, die von allen Verbündeten weiter angewendet werden. Darauf wird sich die weitere Diskussion im Bündnis konzentrieren müssen.

[gez.] Wieck

VS-Bd. 13173 (213)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1683

unter welchen Voraussetzungen nationale Befreiungsbewegungen Schutz der Konvention erlangen könnten, wurde im Einklang mit westlichen Interessen dahingehend gelöst, daß nichtstaatliche Partei zusätzlich zu Anwendungserklärung der Konvention entweder sich gemäß Art. 96 III ZPI zur Anwendung des ZPI verpflichtet (falls staatliche Konfliktpartei Mitglied des ZPI) oder zumindest sich zur Anwendung der vier Genfer Konventionen verpflichtet (falls staatliche Konfliktpartei nicht Mitglied des ZPI).“ Vgl. Referat 220, Bd. 116878.

- 21 Vortragender Legationsrat I. Klasse Citron, z. Z. Genf, berichtete am 19. September 1980, in der Plenarsitzung der zweiten Session der VN-Waffenkonferenz am selben Tag habe die französische Delegation, „ohne uns zu informieren, Stellung zur Tätigkeit der Minen-AG genommen, um sich dann kritisch mit der gemeldeten Verwendung von Minen und booby traps in Afghanistan zu beschäftigen. Durch das Nebeneinander unseres Plädoyers für ein fact finding committee und die unerwartete franz[ösische] Erwähnung von Meldungen aus Afghanistan wurde die SU augenscheinlich in eine Rechtfertigungsposition gedrängt, die sie mit dem prozeduralen Argument zu bewältigen suchte, daß die von uns angesprochene Thematik in die Zuständigkeit anderer Gremien gehöre und daher heute nicht weiter diskutiert werden sollte.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1821; Referat 220, Bd. 116878. Am 22. September 1980 übermittelte Citron, z. Z. Genf, den Wortlaut der Erklärung der französischen Delegation vom 19. September. Dazu vermerkte er: „Französische Delegation ließ uns wissen, daß sie die Erklärung kurzfristig auf Weisung aus Paris abgeben mußte. Dahinter stehen möglicherweise innenpolitische Überlegungen, da die Regierung durch die [...] Erklärung zeigen kann, daß sie den Ereignissen in Afghanistan keineswegs unkritisch gegenübersteht.“ Vgl. den nicht nummerierten Schriftbericht; Referat 220, Bd. 116878.

- 22 Zur Wirtschafts- und Finanzhilfe der Bundesrepublik für Pakistan vgl. Dok. 288, Anm. 38.

327

Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Staden, Bundeskanzleramt

VS-NfD

14. November 1980¹

Betr.: Ihr² Gespräch mit Botschafter Stoessel am 14. November 1980 von 11.15 bis 12.45 Uhr

Anwesend: Herr von Staden

Sie erwähnten, daß Ihr Besuch in den Vereinigten Staaten³ die Kontinuität der guten Zusammenarbeit unterstreichen werde und daß er durch den Wechsel der Administration⁴, aber auch infolge der öffentlichen Auseinandersetzung über den Verteidigungshaushalt⁵, erhöhte Bedeutung gewonnen habe.

Zur Frage des Verteidigungshaushalts würden Sie sich sehr deutlich äußern, falls Sie angesprochen werden sollten. Der deutsche Verteidigungsbeitrag über die letzten zehn Jahre sehe besser aus als der mancher anderer. Sie machten

¹ Ablichtung.

Die Aufzeichnung wurde von Ministerialdirektor von Staden, Bundeskanzleramt, am 14. November 1980 über Staatssekretär Schüler, Bundeskanzleramt, an Bundeskanzler Schmidt weitergeleitet. Dazu vermerkte er: „Der Bundesminister des Auswärtigen und der Bundesminister der Verteidigung sind vorbehaltlich Ihrer Genehmigung unterrichtet worden.“ Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 55; B 150, Aktenkopien 1980.

² Helmut Schmidt.

³ Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 18. bis 21. November 1980 in den USA auf, Bundesminister Genscher am 19./20. November 1980. Vgl. dazu Dok. 334, Dok. 335 und Dok. 337.

⁴ Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen statt, aus denen der Kandidat der Republikanischen Partei, Reagan, als Sieger hervorging. Vgl. dazu Dok. 314, Anm. 3.

⁵ Ministerialdirektor Blech notierte am 7. November 1980: „Als Ergebnis der kürzlichen Koalitionsverhandlungen zeichnet sich die Möglichkeit ab, daß wir 1981 die in der NATO vereinbarte Realsteigerung des Verteidigungshaushalts um 3 % nicht erreichen werden. Schon jetzt ist deutlich, daß sich deswegen die seit der sowjetischen Intervention in Afghanistan zunehmend heftigere Kritik der USA an mangelnden europäischen Verteidigungsanstrengungen auf uns konzentrieren wird. Dies um so mehr, als andere Bündnispartner unser Verfehlen des 3 %-Ziels als Entschuldigung für – in der Regel schwerwiegendere – eigene Versäumnisse heranziehen werden.“ Vgl. Referat 201, Bd. 120256. Ministerialdirektor von Staden, Bundeskanzleramt, hielt zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem amerikanischen Botschafter Stoessel am 14. November 1980 fest: „Zur Frage des Verteidigungshaushalts haben Sie dem Botschafter erläutert, daß z. B. die Entwicklung der Personalausgaben Einfluß haben werde. Eine zusätzliche Steigerung könne jedoch der bevorstehenden Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst wegen jetzt nicht in den Entwurf des Haushaltsplans eingestellt werden. Sie haben ausgeführt, daß Sie keinen Zweifel daran hätten, daß es zu einem Nachtragshaushalt kommen werde und daß wir wieder an 3 % reale Steigerung herankommen würden. Sie würden dies öffentlich nicht sagen; Sie wünschten aber auch, daß unbillige Kritik von amerikanischer Seite unterbliebe. Im weiteren Verlauf der Unterhaltung haben Sie auf das immer noch zu hohe Defizit des projektierten Haushalts für 1981 hingewiesen. Wenn Sie bei dieser Sachlage höhere Verteidigungsausgaben vorsehen wollten – die bis Ende 1981 erreicht würden –, dann würden Sie Forderungen von allen Seiten und allen Ressorts hervorrufen. Es müsse in diesem Zeitpunkt deutlich gemacht werden, daß jeder sein Opfer zu bringen habe. Gegen Ende des Gesprächs erläuterten Sie die Schwäche der Deutschen Mark mit dem Haushaltsdefizit und dem Defizit der Leistungsbilanz. In dieser Situation sei es notwendig, eine harte Haltung zu zeigen, um das Vertrauen zurückzugewinnen. Danach werde man (in der Gestaltung des Haushalts) ein wenig freier sein.“ Vgl. die Aufzeichnung vom 17. November 1980; VS-Bd. 14087 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

anschließend Ausführungen über die Frage der 3%⁶ sowie über die Frage der Durchführung des ersten Teils des Doppelbeschlusses vom Dezember 1979⁷.

Der Botschafter erwiderte, daß es in den Fragen *burden sharing and division of labour* ein echtes Problem gebe. Kissinger habe ihm dazu noch heute gesagt, daß die Leute von Reagan sich darüber mit unseren Leuten gern zu einem früheren Zeitpunkt unterhalten würden, um von der Auseinandersetzung über Zahlen wegzukommen und in die Erörterung der Sachfragen einzutreten.

In einem kurzen anschließenden Meinungsaustausch über die Frage der Wehrpflicht äußerten Sie die Hoffnung, daß Reagan sich in dieser Frage nicht zu stark festlegen möge.⁸ Es müsse für die europäischen Verbündeten über die Länge schwierig sein, die Wehrpflicht aufrechtzuerhalten, wenn der leader der freien Welt sie für überflüssig erklärte.

Im Zusammenhang mit einem Meinungsaustausch über die materielle Lage der amerikanischen Soldaten erwähnte der Botschafter die lebhafte Verstimmung, die durch Äußerungen des Bundesministers der Finanzen über die Qualität der amerikanischen Soldaten⁹ in Washington entstanden sei. Auf Ihre Frage zitierte der Botschafter diese Äußerungen.

Sie erwiderten, daß Sie diese Klage akzeptieren müßten (*that you had to accept the complaint*), daß man aber verstehen müsse, wenn ein Minister, provoziert durch die öffentliche Ausübung von Druck auf ihn, eine psychologische Reaktion zeige.

Sie fragten den Botschafter, ob er die Möglichkeit habe, auch Gouverneur Reagan Mitteilungen zukommen zu lassen. Nachdem der Botschafter bestätigt hatte, daß es hierzu Wege gebe, baten Sie ihn, folgendes zu übermitteln:

Sie seien besorgt, daß der SALT-Prozeß möglicherweise auslaufen könnte.¹⁰ Ihre Sorge richte sich insbesondere darauf, daß eine Lage entstehen könnte, in

⁶ Vgl. dazu die „Ministerial Guidance 1977“; Dok. 1, Anm. 8.

⁷ Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 10.

⁸ Zu Überlegungen für die Wiedereinführung der Wehrpflicht in den USA vgl. Dok. 112, Anm. 17, und Dok. 229, Anm. 6.

Ministerialdirigent Dröge notierte am 14. November 1980, es sei davon auszugehen, „daß sich an der gegenwärtigen US-Wehrverfassung auch unter der Reagan-Administration nichts ändern wird. Die Debatte um die Registrierung der Wehrpflichtigen im Frühjahr 1980 hat dies deutlich gezeigt. Der überwiegende Teil der Bevölkerung sieht in der Abschaffung der Wehrpflicht eine soziale Er rungenschaft.“ Vgl. Referat 201, Bd. 120167.

⁹ In der Presse wurde berichtet: „Bundesfinanzminister Hans Matthöfer hat mit abschätzigen Äußerungen über Ausbildung, Intelligenz und Motivation verbündeter Streitkräfte in der NATO beträchtlichen Unmut ausgelöst. Deutsche Offiziere berichteten aus NATO-Stäben, auch europäische Partner hätten äußerst ‚pikiert‘ auf Matthöfers Worte reagiert, die hauptsächlich auf die USA gemünzt waren. Besonders harsch fielen die Reaktionen in Washington aus [...]. Matthöfer hatte im Fernsehen zur Diskussion über das Ziel, die Verteidigungsausgaben um real drei Prozent zu steigern, unter anderem gesagt, es wäre zu untersuchen, ob Länder, die viermal größer als die Bundesrepublik seien, auch in zwölf Tagen vier Millionen Mann, ausgebildet und mit Kenntnis ihres Kampfauftrages, und motiviert, ihre Heimat zu verteidigen, aufbieten könnten. ‚Und wenn ich mir einmal die Bundeswehr ansehe, die einen Querschnitt der Bevölkerung darstellt, mit einem durchschnittlichen Intelligenzquotienten, sie können auch alle lesen und schreiben, wir haben keine Drogenprobleme, wir haben eine gute ausgebildete Truppe mit modernen Waffen...‘, all dies müsse man sehen, bevor man zu ‚mechanistischen Maßstäben‘ greife.“ Vgl. den Artikel „Matthöfer verärgert NATO-Partner“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 13. November 1980, S. 7.

¹⁰ Zum Stand des Ratifizierungsverfahrens des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 im amerikanischen Senat vgl. Dok. 59.

der es der Sowjetunion möglich wäre, mit Erfolg zu behaupten, daß die USA am Auslaufen schuld wären. Eine solche Entwicklung müßte dahin führen, daß die Lage in den europäischen Ländern, auch in der Bundesrepublik Deutschland, schwierig würde. Der Doppelbeschluß vom Dezember 1979 sei mit Schwierigkeiten durchgesetzt worden, unter der Voraussetzung, daß SALT gilt. Der Gedanke dabei war, den zweiten Teil des Doppelbeschlusses in den SALT-Prozeß einzubringen. Folglich könnte, wenn der SALT-Prozeß entfällt, auch der erste Teil des Doppelbeschlusses in sich zusammenfallen. Deshalb würden Sie es begrüßen, wenn Reagan oder seine nächsten Mitarbeiter schon im voraus von drei Anregungen Kenntnis nehmen könnten:

- Man sollte der Sowjetunion keinen Vorwand zu negativen Haltungen dadurch liefern, daß man fordere, Amerika müsse das stärkste Land sein. Sie regten an, grundsätzlich die Formulierung „second to none“ zu gebrauchen. Auf einen Einwurf des Botschafters setzten Sie hinzu, daß die jüngsthin eingeführte Formel „margin of superiority“ auch nicht glücklich wäre.

- Reagan sollte weiterhin betonen, daß er nicht gegen den SALT-Prozeß ist, sondern im Gegenteil.

- Reagan sollte ferner die Bedeutung des zweiten Teils des Doppelbeschlusses betonen und zu erkennen geben, daß man ernsthaft versuchen wolle, die Mittelstreckenwaffen zu begrenzen.

Der Botschafter bemerkte hierzu, daß die amerikanische Generalität sich voraussichtlich für die Fortsetzung des SALT-Prozesses einsetzen werde und der Auffassung von Kissinger zuneige.

Er ging dann über zum Thema seines Gesprächs mit dem Bundesminister der Verteidigung.¹¹ Sie erwiderten, daß Sie nicht bereit seien, es zu einem Wieder-aufleben der von Ihnen beendeten Offset-Vereinbarungen¹² kommen zu lassen. Sie würden insoweit eine harte Haltung einnehmen.

¹¹ Am 4. November 1980 fand ein Gespräch zwischen Bundesminister Apel und dem amerikanischen Botschafter Stoessel statt. Ministerialdirigent Dröge notierte am 17. November 1980: „Botschafter Stoessel begründete seine Demarche mit der Notwendigkeit verstärkter Arbeitsteilung nach den Ereignissen in Südwestasien. Er rief eindringlich dazu auf, unsere Leistungen für die in Deutschland stationierten US-Truppen zu erhöhen, und hinterließ hierzu bei BM Apel ein Memorandum mit folgenden, der Priorität nach gestaffelten acht Vorschlägen: a) Von höchster Priorität seien Unterstützungsleistungen für US-Verstärkungskräfte in Kriegszeiten (Wartime Host Nation Support, HNS). Die US-Seite erwartet unsere positive politische Entscheidung hierzu noch vor der DPC-Ministertagung (9./10. Dezember 1980). [...] b) Umverlegung der US-Streitkräfte in Deutschland. Bestimmte US-Truppenteile sollen über 30 Jahre erstreckt aus dem Rhein-Main-Ballungsgebiet in Garnisonen näher an die innerdeutsche Grenze verlegt werden, was besondere Mobilität und Vorverteidigung ermöglichen würde. USA erwarten im Rahmen von HNS weitgehende deutsche Kostenbeteiligung bei Gestellung von Kasernen und Übungsgelände in Hessen und Nordbayern.“ Außerdem seien folgende Punkte genannt worden: Wohnraumbeschaffung für amerikanische Streitkräfte; Instandsetzung und Ausbau von Anlagen; soziale Maßnahmen für Angehörige der Streitkräfte; Vereinbarungen zur Verminderung von Lohn- und Verwaltungskosten; Übertragung von Versorgungs- und Verwaltungsaufgaben auf öffentliche oder private Träger der Bundesrepublik; Übernahme der Kosten bei Maßnahmen zum Umweltschutz. Dröge resümierte: „In der Substanz laufen die US-Forderungen auf Wiedereinführung von Devisenausgleichszahlungen, weitgehend unter dem Etikett ‚Host Nation Support‘, hinaus.“ Vgl. VS-Bd. 10820 (514); B 150, Aktenkopien 1980.

¹² Mit Schreiben vom 29. Juli 1976 bestätigte Bundeskanzler Schmidt gegenüber Präsident Ford eine am 15./16. Juli 1976 in Washington vereinbarte abschließende Regelung zum deutsch-amerikani-

Im übrigen handle es sich um eine Frage der Finanzierbarkeit. Nur widerstrebend und mit starken Bedenken hätten Sie den drängenden amerikanischen Bitten 1977 und 1978 entsprochen, das Haushaltsdefizit um 1 % des Bruttosozialprodukts zu erhöhen.¹³ Es sei voraussehbar gewesen, daß dies zu inflationärem Druck und zu einer Erhöhung der Einfuhren führen würde, was letzteres ja auch gewollt worden sei. Die Folge war eine höhere Verschuldung und eine verschlechterte Zahlungsbilanz. Nachdem jetzt die zweite Ölpreisexplosion hinzukomme, stehe man vor dem doppelten Problem der Zahlungsbilanz einerseits und eines hohen, durch die föderale Struktur des Staates noch verschärften Haushaltsdefizits. Der Zwang zur Neuverschuldung sei wesentlich höher als in den Vereinigten Staaten. Deshalb werde man in den kommenden Jahren kürzen, kürzen und nochmals kürzen müssen.

Die Kreditaufnahme im Haushaltsjahr 1981 werde sich auf 27 Mrd. DM belaufen, obwohl sie eigentlich unter 20 Mrd. DM betragen sollte. Die Schwäche der Deutschen Mark auf den Geldmärkten beruhe nur auf diesen beiden Defiziten. Es sei deshalb jetzt notwendig, der Öffentlichkeit den Eindruck einer entschiedenen Haltung in der Frage der Zahlungsbilanz und des Haushalts zu geben. Dies müsse jetzt im Bewußtsein der Öffentlichkeit einsinken. Eine Schwächung der Deutschen Mark würde vielleicht einigen Exporteuren vorübergehend helfen, aber früher noch müßte sie die Einfuhren, vor allem die Öleinfuhren, verteuern, damit zu höheren Preisen, höheren Lohnforderungen, kurz gesagt inflationärem Druck führen.

Sie erwähnten dann das Bungalow-Gespräch vom 13. November und die dabei zum Ausdruck gekommene Besorgnis vor protektionistischen Tendenzen in den USA und Japan. Dies könne nicht ohne Gegenwirkungen bleiben. Auch sei die Rolle einer Führungsmacht mit Protektionismus unvereinbar. Im Falle eines Handelskrieges könne sich die Zahl der Arbeitslosen in Europa in den nächsten zwei Jahren leicht verdoppeln. Wenn sich die Ölpreisexplosion fortsetze, könne sie sich verdreifachen. Dies aber müsse zu unkalkulierbaren innenpolitischen Situationen führen.

Sie machten an dieser Stelle einige Ausführungen über die Gewerkschaften und die Bedeutung der Mitbestimmung. Wie sollte die Führung der Gewerkschaften sich radikaler Tendenzen erwehren, wenn die Gewerkschaften das Gefühl hätten, daß sie nicht mehr wirklich zählten?

Auf die Frage des Botschafters nach Ihrer Beurteilung der Lage in Polen erwiderten Sie, man müsse den Polen klarmachen, daß sie vor weiterer westlicher Hilfe auf ihre Nachbarn einwirken müßten, um dort die Propaganda mit angeblicher westlicher Einmischung zu stoppen. In der Sache könnten Sie nicht sehen, wie man die privaten Banken ohne öffentliche Garantien zu weiteren An-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1687

schen Devisenausgleich. Gleichzeitig sagte er die einmalige Zahlung von 171,2 Mio. DM für die Verlegung einer amerikanischen Brigade nach Norddeutschland zu. Vgl. dazu AAPD 1976, II, Dok. 251.

¹³ Vgl. dazu die Erklärung der am Weltwirtschaftsgipfel am 7./8. Mai 1977 in London teilnehmenden Staats- und Regierungschefs vom 8. Mai 1977; BULLETIN 1977, S. 445–449. Zum Weltwirtschaftsgipfel vgl. AAPD 1977, I, Dok. 111, Dok. 112 und Dok. 114.

Vgl. dazu ferner Ziffer 3 der Erklärung der am Weltwirtschaftsgipfel am 16./17. Juli 1978 in Bonn teilnehmenden Staats- und Regierungschefs; BULLETIN 1978, S. 757 f. Zum Weltwirtschaftsgipfel vgl. AAPD 1978, II, Dok. 225.

leihen bringen könnte.¹⁴ Im begrenzten Ausmaß seien wir zu öffentlichen Garantien bereit, um eine Krise in Polen zu verhindern, aber unsere finanziellen Möglichkeiten seien heute schon überzogen. Die Polen hätten das Problem des ineffizienten kommunistischen Wirtschaftssystems, ihrer eigenen spezifischen organisatorischen Mängel und einer schlechten Weltwirtschaftslage. Von dieser würden sie als ein rohstoffreiches Land mit eigenen Energiequellen eher weniger getroffen als andere.

Auf eine Frage des Botschafters erläuterten Sie, wie es zur Absage Ihres Besuches in der DDR¹⁵ gekommen sei.

Sie sagten dem Botschafter, daß es Ihnen richtig erschiene, wenn der neue Präsident frühzeitig Besuche in Kanada¹⁶ und Mexiko¹⁷ machte.

Der Botschafter bemerkte, daß Reagan schon im Wahlkampf die Wichtigkeit guter Beziehungen zu diesen beiden Ländern betont habe. Er erwähnte weiter die reservierte Haltung der Administration gegen den „mini summit“ in Mexiko¹⁸.

Sie erwiderten, es sei Ihnen unvorstellbar, daß südlich der Grenze von Kalifornien und Texas ein Nord-Süd-Gipfel stattfinde, ohne daß der amerikanische Präsident daran teilnehme. Auch wir erwarteten keine spezifischen Ergebnisse von dieser Begegnung. Solche könne es auch gar nicht geben, wenn 21 oder 23 von 150 Staats- und Regierungschefs sich trafen. Man habe von den letzten ja gar kein Mandat, und es könne daher gar nichts entschieden werden. Es gebe aber nichts Wichtigeres als die persönliche Begegnung und die offene persönliche Aussprache. Es gebe nichts Wichtigeres, als sich gegenseitig persönlich zu kennen. Dies mache nach Ihrer Erfahrung, für die das deutsch-französische Verhältnis beispielhaft sei, einen enormen Unterschied, und das sei der entscheidende Grund für Sie, in Mexiko teilzunehmen.

[Staden]

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 55

¹⁴ Zur Vergabe eines Kredits an Polen am 10. Oktober 1980 vgl. Dok. 290, Anm. 12.

¹⁵ Zur Verschiebung des geplanten Treffens zwischen Bundeskanzler Schmidt und dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, am 22. August 1980 vgl. Dok. 241.

¹⁶ Präsident Reagan hielt sich am 10./11. März 1981 in Kanada auf.

¹⁷ Der designierte Präsident Reagan hielt sich am 5. Januar 1981 in Mexiko auf.

¹⁸ Am 22./23. Oktober 1981 fand in Cancún eine Nord-Süd-Gipfelkonferenz statt. Vgl. dazu den Rund-erlaß Nr. 115 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler vom 2. November 1981; AAPD 1981. Zum Stand der Vorbereitungen vgl. Dok. 324.

328

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hofmann

201-363.21-3639I/80 geheim

15. November 1980¹

Betr.: 28. NPG-Ministerkonferenz in Brüssel (13./14.11.1980);
hier: Schlaglichter

I. Im Zentrum der Konferenz standen folgende Themen:

- 1) Sowjetische Nukleardoktrin,
- 2) Bestimmung der LRTNF-Standorte in D, IT und B,
- 3) Zukunft der nuklearen Rüstungskontrolle (SALT III),
- 4) amerikanische Erwartungen an das Bündnis (3%-Infrastrukturplafond),
- 5) nuklearideologische Gegensätze in der NPG.

An der Ministerkonferenz nahmen erstmals Luxemburg und erstmals seit 1974² wieder ein griechischer Verteidigungsminister³ teil (Reintegrationsergebnis⁴). Die 29. Konferenz soll am 7./8. April in Bonn (BMVg) stattfinden.⁵

II. Im einzelnen

Zu 1):

a) Brown charakterisierte die sowjetische Nukleardoktrin als eine Kriegsführungsstrategie. Dies bedeute spezifisch, daß die Sowjets (wenn nicht das Politbüro, so doch die Marschälle)

- eine längere Phase begrenzter, möglichst auf Westeuropa beschränkter nuklearer Kriegsführung ins Auge faßten,
- dabei der Bekämpfung militärischer Ziele zunächst Vorrang einräumten,
- größere Opfer bei der sowjetischen Bevölkerung/Industrie in Kauf zu nehmen bereit seien, solange nur das Sowjetregime als solches überleben könne.

Als Beweis dieser These führt Brown allerdings nur die Nachladefähigkeit der sowjetischen Raketensysteme sowie die Existenz von Reserveraketen an, also ein Indiz, das man gleichermaßen in der entsprechenden westlichen Rüstung (z.B. bei Pershing I, Lance sowie der Bombenausstattung der nuklearen Kampfbomber) sehen könnte.

b) Brown stellte die Begrenzbarkeit einer nuklear gewordenen Auseinandersetzung stark in Frage, wenngleich durchaus davon auszugehen sei, daß beide

¹ Durchdruck.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Citron vorgelegen.

² Griechenland erklärte am 14. August 1974 seinen Austritt aus der militärischen Integration der NATO. Vgl. dazu AAPD 1974, II, Dok. 236.

³ Evangelos Averoff-Tossizza.

⁴ Zur Wiedereingliederung Griechenlands in die militärische Struktur der NATO vgl. Dok. 296.

⁵ Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hofmann vom 7. April 1981; AAPD 1981.

Seiten zu Beginn zumindest ihre seegestützten ballistischen Raketen (SLBM) zurückhalten würden.

Wie dem auch sei: Die amerikanische Doktrin müsse von der sowjetischen Perception des Möglichen ausgehen. Genau dies sei durch die „countervailing strategy“ geschehen.⁶ Ihre Zielsetzung sei es, die Glaubwürdigkeit der westlichen Abschreckung auch gegen eine begrenzt-nukleare, regionale Kriegsführungsabsicht der Sowjets aufrechtzuerhalten. Dies geschehe spezifisch durch:

- Bedrohung der Sowjetunion selbst aus Europa (LRTNF raubten Moskau die Illusion, ein Sanktuarium zu besitzen). Damit zugleich Klarstellung, daß eine in Europa beginnende nukleare Phase sich mit allergrößter Wahrscheinlichkeit nicht auf Europa beschränken ließe.
- Bedrohung militärischer Ziele und der sowjetischen Führungszentren. („Command-and-control“-Zentren sollten jedoch nach wie vor bei rein selektiven Einsätzen zunächst ausgespart werden, um die Möglichkeit der Krisenbewältigung zu erhalten.)

Die NPG billigte die „Countervailing Strategy“ als „evolutionäre Verfeinerung“ der geltenden Doktrin⁷ (vgl. Communiqué, Absatz 3⁸).

Zu 2):

a) An der Notwendigkeit der planmäßigen Implementierung der LRTNF-Modernisierung⁹ wurden keine Zweifel geäußert, zumal

- das sowjetische Eingehen auf die Genfer Gespräche¹⁰ die Richtigkeit der Doppelbeschlußmethodik bestätigte,
- das sowjetische Potential inzwischen auf 171 Raketen des Typs SS-20 angewachsen ist. (Erwähnung im Communiqué unterblieb mangels Freigabe dieser amerikanischen Aufklärungserkenntnis.)

b) Brown bestätigte, daß die technische Entwicklung der P II¹¹ und der GLCM nach wie vor ihre zeitgerechte Einführung zulasse, und zwar

- in GB (GLCM) und D (P II) im Dezember 1983,
- in IT (GLCM) im April 1984.

Die Einführung von GLCM in D sei erst 1985/86 vorgesehen.

Minister Apel stellte daraufhin klar, daß wir auf präziser Gleichzeitigkeit des Beginns der LRTNF-Dislozierung in D und IT bestehen.

c) Die übrigen Minister außer UK nahmen mit Verständnis zur Kenntnis, daß die Entscheidungen über die Standorte der LRTNF in D und IT inzwischen gefallen sind, daß jedoch jedenfalls wir – möglicherweise auch IT – die öffentliche

⁶ Zur amerikanischen Nuklearstrategie vgl. Dok. 226.

⁷ Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 168, Anm. 18.

⁸ Für den Wortlaut des Communiqués der Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 13./14. November 1980 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 146 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN 1980, S. 1031 f.

⁹ Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 10.

¹⁰ Zu den amerikanisch-sowjetischen Gesprächen über Mittelstreckensysteme in Genf vgl. Dok. 321, Anm. 12.

¹¹ Pershing II.

Bekanntgabe der konkreten Standorte¹² nicht vorsehen. Minister Apel erklärte sich gem. BSR-Beschluß am 12.11.1980¹³ in Absprache mit IT jedoch bereit, in das DPC-Kommuniqué am 10.12.1980 einen Hinweis darauf aufnehmen zu lassen, daß die Auswahl der LRTNF-Basen inzwischen getroffen sei¹⁴.

d) Der belgische Minister¹⁵ gab überraschend bekannt, daß die Basenauswahl in Belgien jetzt (nämlich im Dezember) auf militärischer Ebene beginnen kann, obwohl die Entscheidung Brüssels über die LRTNF-Stationierung in Belgien weiterhin aufgeschoben bleibt.¹⁶ Dies wurde ausdrücklich im Ergebnisprotokoll festgehalten.¹⁷

Damit hat sich Belgien in der Stationierungsfrage deutlich von Den Haag distanziert, die Niederländer also isoliert.¹⁸

Zu 3):

a) Brown sagte mit Bestimmtheit voraus, daß Reagan hart dafür arbeiten werde, daß die in SALT II vorgesehenen ceilings „so oder so“ vorläufig beibehalten

¹² Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Citron hervorgehoben. Dazu Fragezeichen. Ferner vermerkte Citron handschriftlich: „Noch.“

¹³ Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann vermerkte am 17. November 1980: „Der BSR traf in seiner Sitzung am 12.11.1980 amerikanischem Antrag entsprechend die Standortentscheidung für die amerikanischen GLCM in der Bundesrepublik Deutschland. Diese Entscheidung hat BM Apel auf der 28. Ministertagung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO am 13./14.11.1980 in Brüssel ohne konkrete Ortsangabe intern bekanntgegeben. [...] Aufgrund offenbar amerikanischer Indiskretion verlautete AFP vom 13.11. und AP vom 14.11., daß ‚die Bundesrepublik in Kürze die Stützpunkte bekanntgeben werde, die für die auf Ende 1983 angesetzte Stationierung der neuen amerikanischen Raketen ‚Pershing II‘ und der Marschflugkörper ‚Cruise Missile‘ ausgewählt wurden‘. [...] Die Bundesregierung beabsichtigt auch in Zukunft, weder den Zeitpunkt noch den Inhalt der Dislozierungsentscheidung für die amerikanischen GLCM in der BR Deutschland öffentlich bekanntzugeben (auch nicht gegenüber örtlichen/regionalen Behörden).“ Vgl. VS-Bd. 10330 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

¹⁴ Vgl. dazu Ziffer 15 des Kommuniqués der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 9./10. Dezember 1980 in Brüssel; NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 151. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN 1980, S. 1128.

¹⁵ Frank Swaelen.

¹⁶ Zur Haltung Belgiens zur Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 278.

¹⁷ Für das Sitzungsprotokoll vom 14. November 1980 der Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 13./14. November 1980 in Brüssel vgl. VS-Bd. 10325 (201).

¹⁸ Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Citron durch Ausrufezeichen hervorgehoben.

Zur Diskussion über die Dislozierung von Mittelstreckensystemen in den Niederlanden vgl. Dok. 243, Anm. 11.

Botschafter Fischer, Den Haag, berichtete am 11. November 1980: „Die Niederländer fühlen sich als zuverlässige Mitglieder der europäischen Institutionen und der NATO, wenn auch gewisse Ereignisse wohl nicht zu Unrecht im Ausland den Eindruck erwecken, es auf dem Verteidigungssektor mit einem nicht ganz zuverlässigen Partner zu tun zu haben. Zweifel an der Bündnistreue der Niederlande wurden einerseits durch den Parlamentsbeschluß vom Dezember 1979 hervorgerufen, dem Nachrüstungsbeschluß der NATO einstweilen nicht zuzustimmen, zum anderen durch die kürzliche Entscheidung der Regierung, den NATO-Beschluß über eine Erhöhung des Verteidigungsbeitrages im Jahre 1981 auf 3 % nur zum Teil durchzuführen, d.h. die Erhöhung auf 1,5 % zu beschränken.“ Beides sei aber ausschließlich innenpolitisch bedingt. Die besondere Rolle von Nuklearwaffen in der Diskussion sei damit zu erklären, „daß einerseits ein Teil der Bevölkerung derartige Waffensysteme mit einem fast religiösen Fanatismus als etwas schlechthin Böses ansieht, zum anderen wohl die Erkenntnis vorherrscht, daß ein Atomkrieg für die Niederlande als einem der am dichtesten besiedelten Gebiete der Erde verheerende Folgen hätte“. Vgl. den Schriftbericht Nr. 1498; Referat 203, Bd. 140582.

werden.¹⁹ Denn nur dann sei es den USA möglich, mit Hilfe der bereits eingeleiteten nuklearen Modernisierungsprogramme die Sicherheitslage tatsächlich zu verbessern.

Die NPG verzichtete jedoch auf amerikanischen Vorschlag darauf, ihre routinemäßige Empfehlung der SALT-II-Ratifizierung²⁰ in das Kommuniqué zu übernehmen.

b) Die Genfer Gespräche sollen laut Brown am 17.11. auf 1981 vertagt werden.²¹ Ein konkreter Termin bleibe Vereinbarung auf diplomatischem Wege vorbehalten. Sowjetisches Ziel der Gespräche sei prioritär die Vereitelung der LRTNF-Modernisierung. Indiz dafür sei auch, daß die P II und die GLCM von den Sowjets noch nicht einmal erwähnt würden. Sie brächten bisher nur Elemente ein – wie zuletzt die in Europa stationierten Backfire sowie die britischen und französischen Nuklearstreitkräfte –, deren (asymmetrische) Gegenüberstellung ein bereits bestehendes Gleichgewicht vortäuschen solle.

Zu 4):

DB Nr. 1625 vom 14.11.1980 aus NATO Brüssel (Anlage²²) enthält in indirekter Rede den von mir mitstenographierten Wortlaut der bemerkenswerten Äußerungen Browns zur Zukunft des amerikanisch-europäischen Verhältnisses. Er bestätigt die außerordentliche Bedeutung, welcher der Erfüllung des 3%-Ziels²³ schon im Haushaltsansatz, also im Haushaltsgesetz für 1981 sowie der anlässlich des Doppelbeschlusses auch beschlossenen Erhöhung des Infrastrukturplafonds der NATO²⁴ aus amerikanischer Optik zukommt.

¹⁹ Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Citron durch Fragezeichen hervorgehoben.

²⁰ Zum Stand des Ratifizierungsverfahrens des SALT-II-Vertrags im amerikanischen Senat vgl. Dok. 59.

²¹ Zum Abschluß der ersten Runde der amerikanisch-sowjetischen Gespräche über Mittelstreckensysteme am 17. November 1980 in Genf vgl. Dok. 332.

²² Dem Vorgang beigelegt. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete über Äußerungen des amerikanischen Verteidigungsministers Brown bei der Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 14. November 1980 in Brüssel: „1) Brown beklagte zunächst Versäumnisse der Bündnispartner bei der realistischen Unterrichtung der Öffentlichkeit über Ausmaß und Trend der wachsenden sowjetischen Bedrohung. In manchen Partnerstaaten steckten selbst die Regierungen den Kopf in den Sand und leugneten Probleme, selbst wenn ihr Akutwerden in naher Zukunft einsichtig sei. 2) Jede amerikanische Administration werde hinsichtlich der NATO und Südwestasiens (SWA) die gleiche Politik wie die scheidende Regierung verfolgen. [...] 3) Unter jedem Gesichtspunkt werde die sowjetische Bedrohung auch in den 80er Jahren das dominierende Thema bleiben. Dies lasse sich aus dem sowjetischen Verhalten in Afghanistan, in Afrika, am Golf, demnächst möglicherweise auch in Polen ablesen. [...] Die Europäer müßten helfen, diejenigen Lücken zu schließen, die für die Verteidigung des Kontinents durch die Umwidmung amerikanischer Streitkräfte in den USA für Einsätze in SWA entstünden. [...] 4) Unter diesen Umständen sei seine große Sorge über die Folgen verständlich, welche die Nichterfüllung des 3 v[on] H[undert]-Ziels durch europäische Partner in Washington auslösen könne. Falls sich im Kongreß oder in der amerikanischen Öffentlichkeit der Eindruck verstärke, daß die Europäer sich ihren übernommenen Verpflichtungen entziehen, könne dies die amerikanische Regierung in eine Überprüfung ihrer Beziehungen zur NATO zwingen.“ Vgl. VS-Bd. 11285 (220); B 150, Aktenkopien 1980.

²³ Vgl. dazu die „Ministerial Guidance 1977“; Dok. 1, Anm. 8.

²⁴ Bei der Ministertagung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 15./16. Mai 1979 in Brüssel wurde Einigung über die gemeinsame Finanzierung eines neuen, auf fünf Jahre angelegten Infrastrukturprogramms der NATO in deutlich erhöhtem Umfang erzielt. Vgl. dazu Ziffer 15 des Kommuniqués; NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 110. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 324. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 140. Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), berichtete am 4. Oktober 1979, ursprünglich seien vom Ober-

Zu 5):

Durch das ganze Treffen zog sich der Gegensatz zwischen denjenigen Bündnispartnern, welche in Perzeption wachsender sowjetischer Bedrohung die fortbestehende Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des nuklearen Abschreckungspotentials des Bündnisses und dessen Modernisierung bejahen (vor allem US, UK, GR, PO, IT und D), und denjenigen, welche bedrohungs- und funktionsunabhängige grundsätzliche Vorbehalte gegen nukleare Waffen schlechthin haben und daher tendenziell zu einseitiger nuklearer Abrüstung des Westens neigen (NO, NL, DK).

Dies äußerte sich im Konferenzverlauf z.T. recht kurios im Widerstand vor allem der Norweger und Dänen dagegen,

- einem „Begrüßen“ der britischen Modernisierungspläne (Trident)²⁵ selbst im geheimen Ergebnisprotokoll zuzustimmen, statt sie nur „zur Kenntnis zu nehmen“;
- im Kommuniqué von „nuklearen“ Konsultationen zu sprechen.

GS Luns traf den Nagel auf den Kopf, als er an die Vertreter dieser drei Staaten die Frage richtete, ob sie nicht auch das N aus NPG streichen wollten.

Intern war zu erfahren, daß zumindest Norwegen es inzwischen bedauert, durch die generelle Ausweitung der NPG ständiges Mitglied davon geworden zu sein. Die Bemühungen Oslos, Kopenhagens und Den Haags, die NPG inhaltlich zu einer „Nuclear Disarmament Group“ zu machen, dürften nach allem anhalten.

gez. Hofmann

VS-Bd. 11285 (220)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1693

sten Hauptquartier der Alliierten Streitkräfte in Europa (SHAPE) 1,9 Milliarden International Accounting Units (IAU) für das neue Programm gefordert worden. Pauls übermittelte dazu eine Einschätzung aus dem amerikanischen Verteidigungsministerium: „Nach amerikanischer Ansicht sei Einigung auf den geringeren Betrag von einer Milliarde IAU nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß die NATO bisher nicht in der Lage gewesen sei, die von ihr verabschiedeten Infrastrukturprogramme zügig durchzuführen, so daß sich bis Slice XXX ein ‚backlog‘ von etwa 400 Millionen IAU angesammelt habe. Das lasse befürchten, daß selbst die von den Ministern verabschiedete Summe von einer Milliarde IAU mit dem augenblicklichen NATO-Infrastruktursystem nicht bewältigt werden könne.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 982; Referat 201, Bd. 120257.

²⁵ Zur Entscheidung über die Einführung von Trident-I-Raketen in Großbritannien vgl. Dok. 218.

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Premierministerin Thatcher

VS-vertraulich

16. November 1980¹

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit PM Thatcher beim Abendessen am 16. November 1980 von 20.30 bis etwa 23.00 Uhr im Kanzlerbungalow²

Weitere Gesprächsteilnehmer: BM Genscher, AM Lord Carrington, Botschafter Ruhfus, Botschafter Wright, C. Whitmore, MDg von der Gablentz.

Das Abendessen fand im Anschluß an ein gut einstündiges Vier-Augen-Gespräch der beiden Regierungschefs statt.

Lage in Osteuropa

Carrington hält auf Bitte des Bundeskanzlers folgende Eindrücke seiner Reise nach Ungarn und Polen³ fest:

Kádár sprach sich gegen Internationalisierung der polnischen Krise aus. Auf Frage präzierte er, daß es keine Provokationen geben dürfe, die zu sowjetischem Eingreifen führen. Er war sehr daran interessiert, die gegenwärtige Gleichgewichtslage zu erhalten. In Ungarn habe man keine Furcht vor freien Gewerkschaften. Man habe seit 1956⁴ keine Probleme innerer Unruhe. Nach Kádárs Meinung hätten die entspannungswilligen Kräfte in Europa Interesse, daß Breschnew solange wie möglich im Amt bleibe. Danach werde es schwieriger werden. (Bundeskanzler: Uns hatte Kádár 1979 noch erklärt, daß Personen für die Politik keine Rolle spielten.)⁵

Kania ist als politischer Führer wohl eher ein Lückenbüßer. Er erscheint nicht als Mann der harten Linie, sondern als jemand, der – auch im Vier-Augen-Ge-

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 20. November 1980 gefertigt und am folgenden Tag an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau übermittelt. Dazu vermerkte Gablentz, er übersende „zur Unterrichtung des Bundesministers die Vermerke über die deutsch-britischen Konsultationen am 16./17. November 1980. Der Bundeskanzler hat die Vermerke noch nicht gebilligt.“

Hat Wallau am 21. November 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Orig[inal] BM als Eingang.“

Hat Wallau am 25. November 1980 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an die Vortragenden Legationsräte Edler von Braunmühl und von Ploetz verfügte.

Hat Braunmühl am 25. November 1980 vorgelegen.

Hat Ploetz am 26. November 1980 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14083 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

² Premierministerin Thatcher hielt sich am 16./17. November 1980 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 330.

³ Der britische Außenminister Lord Carrington hielt sich vom 27. bis 29. Oktober 1980 in Ungarn auf. Vgl. dazu Dok. 316, Anm. 22.

Vom 29. bis 31. Oktober 1980 hielt sich Carrington in Polen auf. Vgl. dazu Dok. 310, Anm. 20.

⁴ Nach dem Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt intervenierten am 4. November 1956 sowjetische Truppen.

⁵ Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 4. bis 6. September 1979 in Ungarn auf. Für die Gespräche mit dem Ersten Sekretär des ZK der USAP, Kádár, vgl. AAPD 1979, II, Dok. 251 und Dok. 255.

sprach – jede Konfrontation vermeiden möchte. Er flößt Vertrauen ein. Die Gewerkschaften könnten wohl auf einer gemäßigten Linie gehalten werden. Unruhe gehe nicht von den traditionellen Arbeitern aus, sondern von Bauern, die erst kürzlich in der Industrie Arbeit gefunden hätten. Pińkowski, der einen guten Eindruck hinterlassen habe, habe diese Linie bestätigt. Czyrek habe im Privatgespräch friedliche Lösungen für möglich gehalten, aber auf den unberechenbaren Charakter der Polen hingewiesen.

Auf Fragen des Bundeskanzlers und Genschers bestätigt er den Eindruck, daß Wałęsa stark von der Kirche beeinflußt werde. Ob er seine eigenen Leute unter Kontrolle halten könne, werde im wesentlichen von der Wirtschaftslage abhängen.

Bundeskanzler berichtet aus seinem Gespräch mit dem Papst⁶, daß er sich insgesamt positiv über Kania geäußert habe. Allerdings werde die Regierung die wirtschaftlichen Versprechungen⁷ nicht halten können. Entscheidend ist, daß das polnische Volk den Eindruck gewinne, seine Würde werde respektiert (Carrington: Kania sagte dasselbe).

Atlantische Allianz

Thatcher berichtet aus dem Vier-Augen-Gespräch, daß nach dem Urteil des Bundeskanzlers das militärische Gleichgewicht nicht die erste Sorge sei. Sie frage nach Möglichkeiten für eine Nachfolge von GS Luns, der – so Carrington – im August 1981 70 Jahre werde. (Genscher und Carrington meinen, daß dies der richtige Zeitpunkt für den Rücktritt sei. BK: Nicht später.)

Die NATO steht nicht gut da. Sie hat ihre Dynamik verloren. Die Mitglieder bekommen nicht mehr „value for money“. Die Allianzpartner müßten jetzt alle bald einen neuen Kampfpanzer einführen. Sie sollten sich für denselben Typ entscheiden.

Bundeskanzler äußert sich eher skeptisch gegenüber der Rüstungskooperation bei der Herstellung komplizierter Waffensysteme.

Zusätzliche militärische Anforderungen sowie nationales und industrielles Prestige lassen erfahrungsgemäß gemeinsame Produkte teurer werden als die eines einzelnen Landes. Tornado, der seit den späten 60er Jahren entwickelt wird⁸, kostet inzwischen etwa 60 Mio. DM. Wenn jedes Land das Flugzeug nach seinen eigenen Bedürfnissen gebaut hätte, wäre es sicherlich um 30 % billiger.

⁶ Papst Johannes Paul II. hielt sich vom 15. bis 19. November 1980 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 340.

⁷ Vgl. dazu die in Polen angekündigten Lohnerhöhungen; Dok. 310.

⁸ Im Sommer 1968 beschlossen zunächst Belgien, die Bundesrepublik, Großbritannien, Italien, Kanada und die Niederlande die Entwicklung eines „Multi Role Combat Aircraft“ (MRCA). Nachdem 1970/71 Zweifel an der Wirtschaftlichkeit des Vorhabens laut geworden waren, entschieden sich im September 1971 nur noch die Bundesrepublik, Großbritannien und Italien für eine Fortsetzung. Vgl. dazu AAPD 1969, II, Dok. 408, AAPD 1971, I, Dok. 87, und AAPD 1971, II, Dok. 240.

Das Kabinett beschloß am 7. April 1976 den Beginn der Produktion des MRCA unter dem Namen „Tornado“ zum 1. Juli 1976. Dazu wurde mitgeteilt: „Das Beschaffungsprogramm hat für die Bundesrepublik Deutschland einen Umfang von 15,556 Mrd. DM. Der Geräte-Stückpreis für ein Flugzeug beträgt 32,21 Mio. DM (jeweils Preisstand 31. Dezember 1975). Für die Luftwaffe und die Marine werden 322 Flugzeuge gebaut, die Partnerstaaten Großbritannien und Italien werden 385 bzw. 100 Tornado beschaffen. Der Zulauf der Flugzeuge ist für 1979 geplant und soll sich bis in das Jahr 1987 erstrecken.“ Vgl. BULLETIN 1976, S. 660.

Carrington wirft ein, daß dann eben die Politiker dafür sorgen müßten, daß sich die Militärs auf dieselben Anforderungen einigten. Denn für denselben Krieg braucht man sicherlich denselben Panzer. In der NATO aber produziert jedes Land praktisch jedes Waffensystem. Es liegt letzten Endes an den Politikern, daß man noch nicht genügend rationalisiert habe.

Wright wirft gegenüber der Kritik an den Kosten des Tornados ein, daß mit dem Tornado immerhin ein europäisches Flugzeug gebaut wurde. Es stellt sich die Frage, wieviel wir bereit sind, für eine europäische Flugzeugindustrie zu zahlen.

Bundeskanzler: Wenn Kooperation kein Geld spart, soll man überlegen, ob nicht jedes Land ein bestimmtes Produkt nach einem gemeinsamen Plan herstellen kann. Dabei sei es sicherlich weniger schwer, Waffen in Arbeitsteilung herzustellen, als sich auf einen gemeinsamen Plan zu einigen, der allen unterschiedlichen Anforderungen Rechnung tragen wird.

Seine Skepsis gegenüber der Rüstungskoooperation spiegelt im übrigen nur seine privaten Eindrücke wider. BM Apel ist sicherlich weiterhin bereit, sich an der Rüstungskoooperation zu beteiligen.

Thatcher erklärt das Bestehen der einzelnen Länder auf Anforderungen mit der Tatsache, daß letzten Endes jedes Land seine Heimat zu verteidigen habe. Eine Arbeitsteilung bei der Produktion komme auch nur begrenzt in Frage, da jede Regierung an ihre eigene Industrie denken muß.

Bundeskanzler betont auf Anregung Carringtons, er solle den Mitarbeitern Reagans sagen⁹, daß es – unabhängig von der Frage der 3 %¹⁰ – auf die Wiederherstellung der politischen Dynamik der NATO ankomme, daß die politische Koordinierung in der EG sehr viel besser sei als in der NATO. Während der weltpolitischen Krisen 1979/80 sei die NATO nur ein drittklassiges Koordinierungsorgan gewesen. Sie brauche Führung und Konsultation. Das könne nur funktionieren, wenn die Staaten die Abstimmung in die Hand nehmen, auf deren außen- und sicherheitspolitisches Gewicht es ankomme.

Thatcher betont, daß 95 % der britischen Verteidigungsanstrengungen im NATO-Rahmen gemacht werden. Die britische Regierung hat dieses Jahr Schwierigkeiten, das 3 %-Ziel zu erfüllen. Aber letzten Endes hängt ja die Verteidigungsfähigkeit der NATO weniger hiervon ab als von der Dynamik des Bündnisses und dem rationellen Einsatz unseres Potentials. Dafür ist es zum Beispiel wesentlich, daß alle NATO-Partner denselben modernen Panzer einsetzen können.

Die Deutschen leisten sicherlich einen breiteren Beitrag zur Allianz. Die Briten hoffen, das auch eines Tages zu erreichen. Aber sie verfügen, wie die letzten Manöver zeigen, über eine gute professionelle Armee.

Bundeskanzler zeigt sich, auf Frage Thatchers, nicht voll befriedigt vom Verteidigungseinsatz der NATO-Länder. Aber das Heilmittel liegt nicht beim Rat, da es sich um nationale Krankheiten handelt. Jedes NATO-Mitglied muß seinen eigenen Verteidigungsbeitrag in Ordnung bringen.

⁹ Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 18. bis 21. November 1980 in den USA auf, Bundesminister Genscher am 19./20. November 1980. Vgl. dazu Dok. 334, Dok. 335 und Dok. 337.

¹⁰ Vgl. dazu die „Ministerial Guidance 1977“; Dok. 1, Anm. 8.
Zur Frage der Erfüllung des 3 %-Ziels vgl. Dok. 327.

Genscher: Die innere Funktionsfähigkeit der NATO ist nicht nur eine Frage des Generalsekretariats. Es kommt vor allem auf die politische Führung der Regierungen an, nicht nur der amerikanischen. Er hat daher den Vorschlag für informelle Treffen – Gymnich-type¹¹ – der Außenminister gemacht, um die politische Führung und Koordinierung innerhalb der NATO zu stärken.¹² Einige Mitglieder mißverstehen die Philosophie des Doppelbeschlusses¹³. Wenn z.B. die Belgier die Stationierungsentscheidung herauszögern¹⁴, so verhindern sie damit gleichzeitig jeden Fortschritt bei den Rüstungskontrollverhandlungen. Die NATO muß von den nationalen Regierungen verbessert werden.

Bundeskanzler betont die große Gefahr, daß jetzt einige Länder in der Praxis den Doppelbeschluß vom Dezember 1979 aufgeben.

Bundeskanzler betont auf *Thatchers* Bemerkung, daß die Sowjets inzwischen bei der Rüstung eine Überlegenheit erworben hätten, daß er keinen Minderwertigkeitskomplex habe. Innerhalb von drei Tagen können dank des großen Reservistenpotentials unserer Wehrpflichtigen-Armee 1,25 Mio. gut ausgebildete Soldaten unter Waffen stehen. Sorgen machen ihm die Dänen, die Holländer und die Belgier. Außerdem der Mangel an Führung und Konsultation. Der SACEUR hat heute nicht mehr den politischen Status, den er vorher hatte.

Carrington wirft ein, daß Haig sich kürzlich bei einem Mittagessen mit amerikanischen Industrieführern, die sich über die Europäer beschwerten, sehr positiv über die Qualität der europäischen Truppen ausgesprochen habe, die er als SACEUR¹⁵ befehligte.

Bundeskanzler meint auf Frage *Thatchers*, ob man die NATO so weiterlaufen lassen solle wie bisher, daß man sicherlich den Generalsekretär wechseln müsse, aber auch das bisherige Verfahren der Ministerräte. Die Minister dürfen keine vorbereiteten Reden ablesen, sondern müssen wirklich konsultieren. (*Genscher* und *Carrington* betonen, daß beim letzten NATO-Rat¹⁶ praktisch nur drei Minister frei gesprochen hätten.)

Die größte Schwäche der NATO liegt im Mangel an politischer Führung und einer Konsultation, die zu einem wirklichen Geben und Nehmen führt.

Thatcher wirft die Frage auf, wie Konsultationen in der Allianz durch bilaterale Konsultationen unter den Europäern sowie durch Konsultationen im Vierer-Kreis unterstützt werden können. Vierer-Treffen bringen uns allerdings in Schwierigkeiten mit den Italienern.

Genscher setzt sich dafür ein, an den Vierer-Treffen festzuhalten.

Die von ihm vorgeschlagenen informellen Ministertreffen im NATO-Rahmen sollten zweimal im Jahr jeweils zwischen den Herbst- und Frühjahrs-Sitzun-

¹¹ Zu den „Gymnich-type“-Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 242, Anm. 18.

¹² Zur Anregung des Bundesministers *Genscher* für ein NATO-Ministerratstreffen nach dem „Typ Gymnich“ vgl. Dok. 280, Anm. 7.

¹³ Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 10.

¹⁴ Zur Haltung Belgiens zur Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 278.

¹⁵ Alexander M. Haig war von 1974 bis 1979 Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR).

¹⁶ Zur NATO-Ministerratstagung am 25./26. Juni 1980 in Ankara vgl. Dok. 190.

gen der Allianz stattfinden, das erste Treffen voraussichtlich im Februar mit dem neuen amerikanischen Außenminister.

Auf Carringtons Einwurf, daß er bereit sei, das auszuprobieren, meint er, daß die Franzosen das eigentliche Problem darstellten.

Bundeskanzler schlägt vor, daß man dann die Initiative für ein solches Treffen den Franzosen überlassen sollte. Auf *Thatchers* Einwand, daß man doch lieber die Initiative den Amerikanern lassen sollte, meint er, daß man sich vorher abstimmen sollte und dann die offizielle Initiative den Franzosen überlassen sollte, um ihnen auf die Weise ihre eigene Teilnahme zu erleichtern. Er hat den Eindruck, daß auch Giscard eine verlässlichere amerikanische Führungsrolle in der NATO begrüßen würde.

Beziehungen mit den USA

Bundeskanzler betont auf Carringtons Bemerkung, daß die Europäer mit der neuen Administration¹⁷ noch Schwierigkeiten haben würden, daß dies u. a. auch vom neuen amerikanischen Außenminister abhängt. Er unterstreicht wie Genscher, daß in der Berater-Gruppe¹⁸ viele Leute sitzen, die Europa kennen. Vor dem Weltwirtschaftstreffen in Ottawa¹⁹ sollten sich die Europäer schlüssig werden über ihre eigene Haltung.

Carrington meint, daß es im neuen Senat viele und wichtige Vertreter einer rechten und harten Linie gibt. Tower werde ein wichtiger Einfluß auf Reagan zugeschrieben.

Thatcher macht sich über die Rolle des Senats keine so großen Sorgen. Tower wird Reagan sicherlich dahin beeinflussen, eine wirksame militärische Abschreckung aufzubauen.

Bundeskanzler glaubt nicht, daß die USA militärisch unterlegen sei. Sie hat sicherlich einige Probleme wie die MX²⁰. Die Hauptsache ist, daß die USA eine umfassende politische Strategie in ihrem Verhältnis zur Sowjetunion brauchen. Seit Nixons Zeiten gibt es kein umfassendes außenpolitisches Denken, keine „grand strategy“. (*Thatcher*: Genau das würde Tower sagen.)

¹⁷ Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen statt, aus denen der Kandidat der Republikanischen Partei, Reagan, als Sieger hervorging. Vgl. dazu Dok. 314, Anm. 3.

Präsident Reagan übernahm am 20. Januar 1981 die Amtsgeschäfte.

¹⁸ Zu den Beratern des designierten Präsidenten Reagan vgl. Dok. 314, Anm. 5.

¹⁹ Der Weltwirtschaftsgipfel in Ottawa und Montebello fand am 20./21. Juli 1981 statt. Vgl. dazu die Runderlasse Nr. 85 bis 87 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler vom 24. bzw. 27. Juli 1981; AAPD 1981.

²⁰ Zur geplanten Aufstellung von MX-Raketen in den USA vgl. Dok. 226, Anm. 17, und Dok. 281, Anm. 27.

Brigadegeneral von Ondarza, Washington, berichtete am 19. November 1980: „Mit Beginn der ‚Transition‘-Phase nach der Wahl des neuen Präsidenten hat auch die Diskussion um die Modernisierung der wichtigsten taktischen und strategischen Waffensysteme zugenommen. Brennpunkt ist neben B-1-Wiederbelebung und Dislozierung weiterer Minuteman III die Realisierung des MX-Projekts. [...] Da die Gegnerschaft Reagans zum derzeitigen MX-‚basing mode‘ bekannt ist, dürften sich [...] Auswirkungen auf die MX-Planungsarbeiten im H[ead]Q[uarter] U[nited]S[tates]A[ir]F[orce] ergeben.“ Derzeit würden die Auswirkungen „eines ‚split basing‘ des MX-Systems in Utah/Nevada und Texas/New Mexiko“ untersucht. Ein solches Vorhaben verschlechtere „die Möglichkeit, nach einem Angriff alle noch einsatzbereiten Kräfte führen zu können“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 4341; Referat 201, Bd. 120167.

Auf Carringtons Bemerkung, die USA sollten schon deswegen nicht von Überlegenheit sprechen, weil sie sie gar nicht gewinnen könnten, meint er, damit würde man außerdem die Dänen und die Holländer in der NATO verlieren. Er hofft, daß Reagan die Formel benutzen werde „second to none“.

Thatcher meint, daß Reagan in Europa sehr unterschätzt werde. Sie bittet den Bundeskanzler, mit Reagan verständnisvoll und umsichtig umzugehen. Denn schließlich hängt unsere Sicherheit von ihm ab.

Bundeskanzler betont, daß er Reagan in seiner politischen und wirtschaftlichen Führungsrolle zu akzeptieren bereit ist.

Thatcher meint, daß die amerikanische Führungsrolle in der jüngsten Vergangenheit entweder nicht existierte oder ambivalent war. Wenn man jetzt davon spreche, daß man eine amerikanische Führungsrolle erwarte, müsse man das Mißverständnis vermeiden, als ob man damit unbedingt eine harte Linie gegenüber der SU meine. Man müsse Reagan die unterschiedlichen Auffassungen innerhalb der NATO und ihre verschiedenartigen Gründe erläutern. Man solle die Fähigkeiten Reagans nicht unterschätzen.

Bundeskanzler erinnert daran, daß es in der Geschichte der NATO viele Beispiele dafür gibt, daß Führung nicht bedeutet, daß man den anderen Allianzmitgliedern diktieren könne. In den 50er Jahren haben die Amerikaner z.B. den Radford-Plan²¹ revidiert, nachdem die Europäer Einspruch erhoben hatten. Kennedy hat nach Amtsantritt²² sich davon überzeugen müssen, daß seine Wahlreden über die Raketen-Lücke der Wirklichkeit nicht standhielten. Johnson hat den von den USA jahrelang verfochtenen MLF-Plan wegen europäischer Einwände fallenlassen.²³ Trotz dieses Eingehens auf europäische Einwände blieben die Amerikaner aber in ihrer Führungsrolle. McNamara hat die Allianz von seiner neuen gemischten Strategie²⁴ überzeugt, die heute im Grundsatz immer noch gilt. Gleichzeitig begannen die USA mit ihren Testban-Gesprächen mit der SU²⁵, und als Nixon sein Amt antrat²⁶, war der Boden vorbereitet für die SALT-Verhandlungen. Die Geschichte der NATO zeigt also, daß die gründliche Erörterung der Pläne mit den Alliierten die unverzichtbare Führungsrolle der Amerikaner nicht in Frage stellt. Reagan hat jetzt nach seinem großen Wahlsieg die Chance, diese Lage wieder herzustellen.

Wesentlich ist, Reagan auf die sicherheitspolitische Bedeutung einer politischen Konzeption im Sinne einer „grand strategy“ hinzuweisen, einer umfassenden Strategie zum Umgang mit einem Gegner, die alle Aspekte des Kräfteverhältnisses umgreift. Wenn die Amerikaner z.B. die Israelis zum Einlenken bewegen könnten, wäre das für die Sicherheit der Allianz wichtiger als eine ganze Reihe von GLCMs.

Carrington hebt hervor, daß Reagan schon vor Amtsantritt mehr erfahrene Leute um sich versammelt habe als Carter am Ende seiner Amtsperiode. Dennoch

²¹ Zum Radford-Plan vgl. Dok. 182, Anm. 27.

²² Präsident Kennedy übernahm am 20. Januar 1961 die Amtsgeschäfte.

²³ Zur MLF vgl. Dok. 182, Anm. 28.

²⁴ Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 168, Anm. 18.

²⁵ Die Gespräche zwischen Vertretern Großbritanniens, der UdSSR und der USA über ein Teststopp-Abkommen begannen am 15. Juli 1963 in Moskau. Vgl. dazu AAPD 1963, II, Dok. 228.

²⁶ Präsident Nixon übernahm am 20. Januar 1969 die Amtsgeschäfte.

stehen für Europa harte Zeiten bevor. Die USA kommt sich sehr verlassen vor. Sie wird von uns verlangen, mehr zu tun. Wir müssen mit einem Wiederaufleben des „Mansfieldism“²⁷ rechnen.

Bundeskanzler fürchtet, daß unter dem Deckmantel einer harten Sprache gegenüber der Sowjetunion auch der Gedanke einer „Festung Amerika“ wieder hochkommen könne.

Genscher erinnert daran, daß die Republikaner nie in einen Krieg eingetreten sind.

Bundeskanzler meint, daß Eisenhower wohl nie amerikanische Truppen nach Vietnam geschickt hätte²⁸. Die Republikaner haben sich immer gegen ein amerikanisches Überengagement in Übersee gewehrt.

Auf Frage Carringtons zeigt er sich besorgt über die Haltung der Reagan-Berater in der Nahost-Frage. G. Shultz scheine Probleme zu haben, in die Regierung einzutreten, gerade wegen der Nahost-Frage. Reagan scheine in dieser Frage nicht frei zu sein von den emotionellen Einflüssen der Film-Welt in Kalifornien.

Er hält zusammenfassend folgende Absichten für seine USA-Reise fest:

- Er wird mit seinen Gesprächspartnern offen sprechen, um die Chancen zu nutzen, die amerikanische Meinungsbildung in der Übergabeperiode zu beeinflussen.
- Er wird den amerikanischen Willen zur Führung und zu einer berechenbaren Außenpolitik begrüßen.
- Er wird die Bedeutung der amerikanischen Führungsrolle in der Allianz einschließlich der Konsultationen zur Erarbeitung einer besser koordinierten Politik hervorheben.
- In der Nahost-Frage sollten die Amerikaner außer den Israelis auch die Araber hören.
- Bei den Verteidigungsfragen kommt es darauf an, daß jeder die eigenen Lücken füllt. Aber noch wichtiger ist die Entwicklung einer „grand strategy“, die sich z. B. auch auf die Rolle Chinas bezieht, die Fortsetzung des SALT-Prozesses²⁹ einplant, ohne den die Haltung der Europäer in der Allianz gefährdet werde.
- Er hat nicht die Absicht, die neue Administration zu kritisieren.

Genscher schlägt eine frühe Europareise des neuen Präsidenten vor.³⁰ Er macht sich Sorgen, daß die zu erwartende Abrüstungspropaganda des Ostens die westliche Verteidigungsbereitschaft aushöhlen kann, wenn nicht auch der Westen klar an seinen Plänen für Rüstungskontrolle und Abrüstung festhält. Auf der Grundlage des französischen Vorschlages einer KAE³¹ und neuer vertrauens-

²⁷ Vgl. dazu die vom amerikanischen Senator Mansfield eingebrachten Resolutionen betreffend die Stationierung amerikanischer Truppen in Europa; Dok. 190, Anm. 41.

²⁸ Korrigiert aus: „habe“.

²⁹ Zum Stand des Ratifizierungsverfahrens des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 im amerikanischen Senat vgl. Dok. 59.

³⁰ Präsident Reagan hielt sich vom 2. bis 7. Juni 1982 in Frankreich, am 7. Juni in Italien und im Vatikan, vom 7. bis 9. Juni in Großbritannien und vom 9. bis 11. Juni 1982 in der Bundesrepublik auf.

³¹ Zum französischen Vorschlag einer Konferenz für Abrüstung in Europa vgl. Dok. 287.

bildender Maßnahmen mit einem Geltungsbereich für ganz Europa hat der Westen eine starke Position. Wir müssen die sowjetische Abrüstungskampagne als das nehmen, was sie ist, nämlich als im wesentlichen taktisches Manöver, um die westliche Verteidigungsbereitschaft auszuhöhlen und Europa von Amerika zu trennen.

Bundeskanzler: Das 3%-Argument ist in der Sache recht oberflächlich, auch wenn die Amerikaner – wie Carrington feststellt – sich darauf konzentrieren werden. Wesentlich ist, die westlichen Positionen in den verschiedenen Verhandlungsforen mit der Sowjetunion als Teil einer „grand strategy“ zu behandeln. Sie muß auch einbegreifen die politisch-psychologischen Gegensätze zwischen der Türkei und Griechenland, die politische Abgeschiedenheit Norwegens, aber auch die Verwundbarkeit der Bundesrepublik Deutschland im Hinblick auf die 18 Mio. Deutschen in Berlin und in der DDR, die uns eine vorsichtige Haltung auferlegt.

Carter hat dieses Verständnis für die Sorgen anderer Bündnispartner vermessen lassen, aber er wird ihn jetzt deswegen nicht mehr kritisieren.

Europafragen

Thatcher bittet um Rat für die nächste Agrarpreisrunde. Sie möchte nichts tun, das Giscard's Wiederwahl³² schwieriger machen könnte. Sie hält aber sehr einschneidende Preisbeschränkungen bei den Überschußprodukten für notwendig.

Bundeskanzler weist darauf hin, daß durch steigende Agrarausgaben schon 1981 die 1%-MWSt-Grenze³³ erreicht werden kann. Er schlägt vor, fest zu vereinbaren, keiner Maßnahme zuzustimmen, die zur Überschreitung dieser Grenze führen würde. Giscard könnte dieser Formel bereits vor den Wahlen zustimmen. Auf Frage Carringtons betont er, daß diese Formel solange wie möglich beibehalten werden soll. Das bedeutet praktisch, daß der Anstieg der Agrarausgaben wesentlich unter dem Anstieg der EG-Einnahmen liegen muß.

Thatcher stimmt der Formel zu.

Bundeskanzler: Giscard wird im zweiten Wahlgang sicherlich gewinnen, da er auf der rechten wie auf der linken Seite mit je zwei Kandidaten konfrontiert wird. Er betont auf Frage, daß Giscard wohl nicht darauf bestehen würde, daß die Frage der Agrarpreise unbedingt vor den Wahlen gelöst werde. Er müsse dies daraus schließen, daß Giscard diese Frage beim letzten viereinhalbstündigen Gespräch³⁴ überhaupt nicht erwähnt habe.

³² Aus den Präsidentschaftswahlen in Frankreich am 26. April bzw. 10. Mai 1981 ging der Kandidat der Sozialistischen Partei, Mitterrand, als Sieger hervor.

³³ Zur Finanzierung des EG-Haushalts aus Mehrwertsteuereinnahmen vgl. Dok. 61, Anm. 8.

³⁴ Bundeskanzler Schmidt hielt sich am 10. November 1980 in Frankreich auf. Vortragender Legationsrat I. Klasse Zeller, Bundeskanzleramt, vermerkte zum Gespräch mit Staatspräsident Giscard d'Estaing: „1) Über vierstündiges, wie stets sehr offen, vertrauensvoll und freundschaftlich geführtes Gespräch. Zu Ihrer Unterrichtung: Der Ihnen im Elysée vom Präsidenten bereitete Empfang – der Präsident erwartete Sie an der Einfahrt zum Hof des Elysée – ist in dieser Form unter Giscard d'Estaing nur einmal, nämlich für den Papst, vonstatten gegangen. 2) Ausführlicher Meinungsaustausch über neue US-Administration und Entwicklungen im Osten. Giscard sehr an engen Kontakten mit den USA interessiert. GS Wahl soll bald, aber nach Ihrer US-Reise, mit der Umgebung Reagans Verbindung aufnehmen. Sie wollen den Präsidenten über Ihre Eindrücke telefonisch unterrichten. Übereinstimmung, daß Siebener-Gipfel unentbehrlich sei mit Rücksicht auf Italien, Japan

Thatcher möchte die Einhaltung der 1%-Grenze auf dem Wege über eine zusätzliche lineare Abgabe auf Überschußgüter durchsetzen und nicht über ein System der Erzeugermitverantwortung, das sie in Schwierigkeiten bringt.

Bundeskanzler hält auch eine Auflockerung der Interventionsmechanismen – z. B. über eine Begrenzung der für Interventionen zur Verfügung stehenden Geldmenge – für erforderlich. Wie die jüngste Entscheidung über die Einlagerung von Kalbfleisch³⁵ zeige, stünde den Agrarministern zu viel zur Verfügung.

Trotz der Agrarpolitik müssen andere wesentliche Errungenschaften der Zusammenarbeit der EG-Mitgliedstaaten wie z. B. die EPZ stärker öffentlich herausgestellt werden. Sie ist für die Zukunft der europäischen Zusammenarbeit von größerer Bedeutung. Man sollte sich um ihre angemessene öffentliche Darstellung kümmern.

Thatcher stimmt ebenso wie Lord Carrington zu, daß EPZ stärker nach außen dargestellt werden sollte.

Zur politischen Zusammenarbeit gehört aber auch, daß man sich um seine Freunde in der Welt kümmert, die von der EG abhängen. Für Neuseeland sind die Butterexporte in die Gemeinschaft, denen gegenüber Frankreich immer noch eine restriktive Haltung annimmt, von entscheidender Bedeutung.³⁶

Bundeskanzler stellt mit Unterstützung von PM Thatcher fest, daß sich beide Länder gegen den Verkauf billiger Überschußbutter an die SU aussprechen.³⁷

Er betont noch einmal, daß EPZ, die sich wirklich bewährt habe, auch stärker öffentlich herausgestellt werden soll.

Rüstungsexport

Thatcher hat vor, nach Freilassung der Geiseln in Teheran³⁸ die Sanktionen für den Handel mit zivilen Gütern aufzuheben. Über Rüstungslieferungen – auch

Fortsetzung Fußnote von Seite 1702

und Kanada. Das Verhältnis Europa/USA sieht Giscard sehr stark in Vorstellungen der klassischen Zwei-Pfeiler-Theorie. Ihm ist aber andererseits bewußt, daß eine Verschärfung der Lage in Polen zu einer so starken Polarisierung führen werde, daß dann vom Handlungsspielraum Europas nicht mehr viel übrigbleibe. Ein sowjetisches Eingreifen in Polen werde im übrigen zu heftigen emotionalen Reaktionen in Europa und insbesondere in F führen. Die französische Regierung werde dann sehr konkrete Schritte tun. Eine solche Lage werde zu einem unkontrollierten Rüstungswettlauf führen. Wir in D kämen in große Schwierigkeiten, zumal sich dann die deutsche Teilung als Hypothek auf unsere Außenpolitik sehr viel deutlicher bemerkbar machen werde.“ Vgl. Referat 202, Bd. 140653.

³⁵ Vortragender Legationsrat I. Klasse Rander mann vermerkte am 7. November 1980: „Aufgrund einer Kommissionsverordnung vom 5.11.1980 können in der Zeit vom 7.11. bis 6.12.1980 Anträge auf finanzielle Beihilfen zur privaten Lagerhaltung von Kalbfleisch gestellt werden. EG-K[ommission] rechnet mit einer Belastung des Haushalts durch einen Betrag von ca. 13 Mio. ECU/Monat bei einer Lagerung von rd. 20 000 t Kalbfleisch und einem Beihilfebetrags von 650 ECU/t sowie fünfmonatiger Lagerzeit [...]. Die Verordnung ist vor dem Hintergrund gemeinschaftsweiter Preiseinbrüche bei Kalbfleisch zu sehen, die wiederum im Zusammenhang mit dem von der Öffentlichkeit stark beachteten Östrogenproblem stehen. BML geht davon aus, daß nur rückstandsfreies Kalbfleisch eingelagert wird. Die Vermutung, daß es sich bei dem eingelagerten Kalbfleisch auch – zumindest teilweise – um Östrogenfleisch handeln könnte [...] und die private Einlagerung letztlich auf eine Vernichtungsaktion hinausläuft, wird im BML nachdrücklich zurückgewiesen.“ Vgl. B 201 (Referat 411), Bd. 555.

³⁶ Zu den Butterausfuhren Neuseelands in die Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 294.

³⁷ Zu den Butterlieferungen der Europäischen Gemeinschaften in die UdSSR vgl. Dok. 13, Anm. 3.

³⁸ Zur Frage der Freilassung der in Teheran als Geiseln festgehaltenen Angehörigen der amerikanischen Botschaft vgl. Dok. 306.

Botschafter Ritzel, Teheran, berichtete am 13. November 1980, Angehörige der algerischen Botschaft hätten „gestern vormittag amerikanische Antwort auf iranische Bedingungen nebst Erläute-

über bereits bezahlte – möchte sie von Fall zu Fall entscheiden. (Carrington erwähnt in dem Zusammenhang, daß es auch vier britische Geiseln im Iran gibt: drei Missionare und einen Helikopter-Piloten.)³⁹

Auf Frage des Bundeskanzlers bestätigt sie, daß Großbritannien dem Irak und Saudi-Arabien Waffen liefern würde.

Carrington hofft, daß wir einem Export der Gemeinschaftsproduktion Feldhaubitze 70 (FH 70) zustimmen und auch beim Export von Tornado hilfreich sein werden.

Bundeskanzler möchte die deutsche Zustimmung in dem Zusammenhang einer gemeinsamen Antwort auf die Frage sehen, welchen Staaten wir beim Aufbau einer eigenen Verteidigungsbasis helfen sollten.

Dem Export von FH 70 werden wir zustimmen. (Anmerkung: Die Bemerkung von Ruhfus, daß wir bei der Lieferung von Tornado-Teilen nach Jugoslawien zurückhaltend sind⁴⁰ und daß die FH 70 nach Marokko exportiert werden sollen, wird nicht vertieft.)

Genscher weist darauf hin, daß es bisher nur nationale Rüstungsexportpolitik gibt. Aber die Frage, welchen Staaten Waffen geliefert werden sollen, ist ein wichtiger Teil der westlichen Strategie. Z.B. könne man übereinkommen, daß es in unserem Interesse liegt, Saudi-Arabien auch auf dem Gebiet zu helfen. Die Amerikaner haben ja z.B. auch sorgfältig darauf Wert gelegt, den Arabern zu helfen. Saudi-Arabien erwartet westliche Hilfe. Andere Araber sagen uns bereits, daß sie in Abwesenheit westlicher Hilfe Piloten in der SU ausbilden lassen müssen, wo sie natürlich gleichzeitig politisch geschult werden. Sogar poli-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1703

rungen überbracht. Sie haben sie mangels anderer Empfänger dem Protokollchef des hiesigen Außenministeriums übergeben, der sie, wie er mir gestern mittag mitteilte, sofort an MP Rajai weitergeleitet hat. Am Abend hatte MP Rajai bereits eine erste Besprechung. Eigentliche Diskussion der Vorschläge wird vermutlich Sache des erweiterten Obersten Verteidigungsrats sein. [...] Über Inhalt der Antwort ist im einzelnen noch nichts verlautet. Pars-Agentur verbreitete lediglich, daß USA nur zwei Bedingungen vorbehaltlos akzeptiert [...] hätten.“ In der Frage der Freigabe des Vermögens von Schah Reza Pahlavi seien rechtliche Vorbehalte formuliert worden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1251; Referat 311, Bd. 137624.

³⁹ Botschafter Ritzel, Teheran, berichtete am 9. September 1980: „Britische Regierung hat beschlossen, Schweden mit der Wahrnehmung ihrer Interessen im Iran zu betrauen. Mit Ausnahme eines Konsuls, der der schwedischen Botschaft attachiert wird, haben am 9. September 1980 alle britischen Diplomaten Iran verlassen. Vorher wurde der britischen Kolonie von ca. 70 Köpfen der erste Rat erteilt, Iran ebenfalls zu verlassen. In iranischen Gefängnissen sitzen zur Zeit vier britische Staatsbürger ein.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 854; Referat 311, Bd. 137610.

⁴⁰ Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann vermerkte am 16. Oktober 1980: „Die jugoslawische Regierung ist nach Auskunft des britischen Verteidigungsministeriums in London mit dem Wunsch vorstellig geworden, das unter britischer Leitung mit Zulieferungen des deutschen Motorenherstellers M[otoren- und]T[urbinen-]U[nion] entwickelte und bei Rolls-Royce gefertigte Triebwerk des M[ulti-]R[ole]C[ombat]A[ircraft]-Tornado zu erwerben. In Vorbereitung der Jugoslawien-Reise des britischen Premierministers bat die britische Botschaft um Stellungnahme, ob Mrs. Thatcher in Belgrad auf entsprechende Fragen der Jugoslawen abwartend positiv reagieren könne. Die britische Regierung halte es für vertretbar, den Jugoslawen bei dieser Gelegenheit Informationsmaterial anzubieten, das zu einer ersten, eingehenden Beurteilung der Leistungskraft des Triebwerkes RB 199 ausreiche, ohne dabei ein größeres Sicherheitsrisiko in sich zu bergen. [...] Da sich, bedingt durch Sicherheitserwägungen, zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine negative Antwort auf jugoslawische Exportersuchen beim MRCA-Triebwerk nicht vermeiden läßt, wurde der britischen Seite ein Verzicht auf die Vergabe von Informationen über die Triebwerkstechnik nahegelegt: Dadurch würden von vornherein in Jugoslawien der Anschein einer späteren Lieferbereitschaft des Konsortiums und in der Folge gegebenenfalls Enttäuschungen oder Unstimmigkeiten vermieden.“ Vgl. VS-Bd. 14085 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

tische Führer in Libyen sorgen sich über den starken kommunistischen Einfluß unter hohen Luftwaffenoffizieren.⁴¹ Wir müssen uns fragen, ob eine solche Entwicklung in unserem Interesse sein kann.

Bundeskanzler möchte die Frage, ob es im westlichen Interesse liegt, eine gemeinsame Strategie zum Rüstungsexport zu entwickeln, von den Außenministern weiterbehandelt wissen. Die Franzosen sollten hinzugezogen werden, später evtl. andere.

Auf lange Sicht können wir unsere eigenen politischen Initiativen im Mittleren und Nahen Osten nur weiterverfolgen, wenn wir auch dazu beitragen, das Selbstvertrauen der Saudis, der Jordanier, der Iraker und des Oman auch auf dem Gebiet der eigenen Rüstung zu stärken.

Thatcher fragt, ob eine solche Abrede möglich sei. Werden die Franzosen zustimmen? Wie wird sich die neue US-Administration gegenüber den Arabern verhalten? Sie stimmt dem Bundeskanzler zu, daß wir in dieser Frage eine schwere Verantwortung haben. Wenn die westlichen Staaten sich verweigern, zwingen sie die Staaten des Nahen Ostens, sich an die SU zu wenden.

Carrington befürwortet den Versuch einer Koordinierung, der allerdings schwierig sein werde. Man müsse die gemeinsame Linie natürlich dem politischen Wandel anpassen (z. B. gegenüber dem Irak).

Thatcher regt an, die Koordinierung unter fünf Staaten – D, GB, USA, F, IT – zu suchen.

Bundeskanzler fügt den Gedanken der Arbeitsteilung hinzu: Wo einer der Fünf nicht liefern kann, können es die anderen übernehmen. Er betont noch einmal, daß der Westen ein gemeinsames Interesse an stabilen politischen Verhältnissen in Saudi-Arabien hat. Kissinger habe bereits 1969 dem politischen System von Riad nur noch sechs Jahre gegeben. Inzwischen seien elf Jahre verflossen, und er hoffe, daß die politischen Verhältnisse stabil blieben. Allerdings mache er sich Sorgen über das wachsende Gefühl der Saudis, alleingelassen zu werden. Er betont, daß eine solche Verabredung ein Teil der „grand strategy“ des Westens sei, die er anstrebt.

Thatcher: Jedes Land hat natürlich seine eigene Rüstungsexportpolitik. Für die Briten z. B. war es schwer genug, die Entscheidung zu fällen, Panzer nach Jordanien zu liefern.⁴²

Bei Gemeinschaftsproduktionen – die Briten haben solche mit den Amerikanern, Franzosen und den Deutschen – sollte man allerdings zunächst wie bisher bilateral vorgehen und in einigen Fällen im Rahmen der Fünf.

⁴¹ Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Leiter des libyschen Auslandsgeheimdienstes, Belgasseem, am 30. Juli 1980; Dok. 222.

⁴² Botschafter Munz, Amman, berichtete am 8. Dezember 1979: „Wie aus britischer Botschaft verlautet, ist in diesen Tagen Vertrag über Lieferung von ca. 275 britischen Shir-1-Panzern, einer modernisierten Form des Chieftain, zwischen Jordanien und Großbritannien unterzeichnet worden. Damit haben sich die Briten gegen amerikanische und sowjetische Angebote durchgesetzt. Die Sowjets sollen ihren T-72 zu besonders günstigen Bedingungen angeboten haben. Britische Seite hofft, damit wieder den alten Platz des Lieferanten von militärischer Ausrüstung für Jordanien zurückgewonnen zu haben, der vorübergehend an die USA verlorengegangen war. Die Lieferung der Panzer, die ursprünglich für den Iran vorgesehen waren und daher z. Zt. noch die iranische Typenbezeichnung tragen, soll in einem Jahr aufgenommen werden. Sie werden hier einen anderen Namen erhalten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 632; Referat 422, Bd. 124225.

Bundeskanzler ist bereit, beim Export der FH 70 mit den Briten mitzugehen, solange nicht die USA ein starkes Veto einlegen.

Bundeskanzler begrüßt Carringtons Bemerkung, daß die Abstimmung der westlichen Rüstungsexportpolitik z. B. nach Saudi-Arabien eine gute Sache sei.

Politische Konsultationen

Thatcher greift den Gedanken des Bundeskanzlers für eine westliche „grand strategy“ auf. Die Erfahrung mit den Planungspapieren nach der Afghanistan-Krise habe allerdings gezeigt, daß man die Entwicklung nicht voraussehen könne. Bei keiner der neuen Überarbeitungen sei man davon ausgegangen, daß der Irak im Alleingang den Iran angreifen⁴³ könne.

Carrington fügt hinzu, daß eine Studie über 49 kriegsrechtliche Verwicklungen Großbritanniens in der Nachkriegszeit gezeigt habe, daß nur eine einzige vorausgesehen wurde.

Die Arbeiten an einer gemeinsamen westlichen Strategie sollten im Rahmen der Vier unternommen werden.

Bundeskanzler erwähnt französische Presseberichte, nach denen Frankreich um Ostern⁴⁴ einen Vierer-Gipfel wie in Guadeloupe⁴⁵ einberufen und eine Gruppe der vier Außenminister einrichten wolle.

Er betont, daß die Westeuropäer Treffen mit Amerikanern auf politischer Ebene nicht nur im Rahmen der NATO bräuchten. Sie müßten informell zu einem vertieften Gedankenaustausch zusammenkommen.

Carrington: Die Außenminister sind viermal zusammengetreten, allerdings nur einmal – unter dem Deckmantel der größeren Treffen in New York – mit dem amerikanischen Außenminister⁴⁶.

Bundeskanzler: Die Außenminister brauchen auch nicht immer unter dem Deckmantel Berlin zusammenkommen.

Thatcher: Eine „grand strategy“ kann man nicht ohne ein Sekretariat ausarbeiten.

Bundeskanzler: Wir haben unsere Afghanistan-Papiere den Amerikanern zugestellt. Ihre Antwort kam aus heiterem Himmel: die Entscheidung über den Olympia-Boycott.⁴⁷ Die vier Außenminister müssen z. B. ohne Tagesordnung und ohne Presse und Fernsehen über die Lage in Polen sprechen können (*Thatcher* fügt hinzu: und über die Möglichkeit einer Sperre der Straße von Hormuz für Öltanker⁴⁸).

⁴³ Zum Krieg zwischen Irak und Iran vgl. Dok. 316, Anm. 21.

⁴⁴ 19./20. April 1981.

⁴⁵ Am 5./6. Januar 1979 trafen sich Premierminister Callaghan, Präsident Carter, Staatspräsident Giscard d'Estaing und Bundeskanzler Schmidt auf Guadeloupe zur Erörterung außen-, sicherheits- und wirtschaftspolitischer Fragen. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 2, Dok. 3 und Dok. 5.

⁴⁶ Ministerialdirektor Blech notierte am 12. September 1980, für den 24. September sei am Rande der VN-Generalversammlung in New York ein Abendessen der Außenminister der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA geplant. Vgl. dazu Referat 010, Bd. 178820.

⁴⁷ Zur Forderung des Präsidenten Carter vom 20. Januar 1980 nach einem Boykott der Olympischen Sommerspiele vgl. Dok. 19, Anm. 20.

⁴⁸ Zu den Bemühungen um die Sicherung der Schifffahrt im Persischen Golf und durch die Straße von Hormuz vgl. Dok. 285 und Dok. 286, Anm. 5 und 26.

Wenn es regelmäßige Vierer-Treffen gibt, würden solche unvorhergesehenen Entscheidungen – hierzu gehört auch die Abwesenheit Carters bei den Begräbnisfeierlichkeiten für Tito⁴⁹ – weniger häufig sein. Er stimmte der Bemerkung Carringtons zu, daß man den Beratern Reagans die große Bedeutung der Vierer-Konsultationen nahebringen muß.

Thatcher erläutert auf Frage des Bundeskanzlers, daß sie sich jetzt alle sechs Monate mit dem italienischen MP treffe. Das sei bloß leider immer ein anderer. Man habe diese Treffen eingeführt, weil die Italiener sich ausgeschlossen vor-kamen. Cossiga habe sich in der TNF-Frage erstklassig verhalten.

Bundeskanzler fügt hinzu, daß hierbei auch die Starrköpfigkeit Pertinis geholfen habe. Wir haben uns bemüht, Cossiga auch bei der innenpolitischen Durchsetzung seiner Politik zu helfen.

(Ein kurzer Gedankenaustausch über die Möglichkeit, die Italiener an den Vierer-Kreis heranzuziehen, endet ohne Konklusion. *Carrington* betont, daß die vier Politischen Direktoren sich ohne Aufsehen und ohne Schwierigkeiten treffen können.)

Spanien

Genscher berichtet, daß Spanien nach seinem Eindruck aus Gesprächen mit dem Ministerpräsidenten und dem Außenminister⁵⁰ vor der schwierigsten Periode seit dem Tode Francos⁵¹ steht. Man werde mit dem Terroristen-Problem nicht fertig. Die baskischen Terroristen sind im ganzen Lande tätig.⁵² Sie scheinen genug Geld zu haben und genügend Macht, um eine Art Revolutionssteuer erheben zu können. Sie werden von Teilen der Bevölkerung unterstützt. Sie scheinen sich für eine Art kubanischen Sozialismus einzusetzen. Der spanische Außenminister sei zur Zeit in Frankreich, um die Möglichkeiten zu erkunden, den Terroristen Rückzug und Nachschub über die Grenze abzuschneiden.⁵³

⁴⁹ Die Trauerfeierlichkeiten für Staatspräsident Tito fanden am 8. Mai 1980 in Belgrad statt.

⁵⁰ Bundesminister Genscher und der spanische Außenminister Pérez-Llorca führten am 22. September 1980 am Rande der VN-Generalversammlung in New York ein Gespräch. Ministerialdirektor Blech, z. Z. New York, teilte am 23. September 1980 mit, Pérez-Llorca habe dargelegt: „Eine weitere Schwierigkeit stelle die Autonomiefrage dar. Ursprünglich habe man auf der Grundlage der Verfassung so etwas wie eine italienische Lösung, d. h. Regionen mit Sonderstatus, ins Auge gefaßt. Diesen Gedanken habe man aufgegeben und ziehe jetzt auf eine föderale Struktur ab. Angesichts der starken zentralistischen Traditionen in Spanien stellten sich damit schwierige Fragen. Allerdings werde man nicht (so auf Frage BM's) so weit wie in der Bundesrepublik Deutschland gehen. Die Polizei- und die Steuerhoheit bleibe Sache der Zentralregierung.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2449; Referat 010, Bd. 178820.

Anlaßlich der Eröffnung der zweiten KSZE-Folgekonferenz in Madrid traf Genscher am 13. November 1980 mit Pérez-Llorca und Ministerpräsident Suárez zusammen. Botschafter Lahn, Madrid, berichtete am 17. November 1980: „MP Suárez lobte eingangs die guten deutsch-spanischen Beziehungen, die zwar sicherlich noch ausbaufähig wären, die sich jedoch ständig auf allen Gebieten fortentwickelten. Er betrachte die Bundesrepublik Deutschland als den bedeutendsten Partner Spaniens.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1018; Referat 203, Bd. 115896.

⁵¹ Der spanische Staatschef Franco starb am 20. November 1975.

⁵² Zu den Anschlägen der ETA in Spanien vgl. Dok. 323, Anm. 11.

⁵³ Botschafter Lahn, Madrid, berichtete am 21. November 1980: „Der Besuch AM Pérez-Llorcas in Paris vom 17. bis 19.11. fand in spanischer Öffentlichkeit starke Beachtung, wobei Hoffnung auf stärkere französische Zusammenarbeit bei Bekämpfung des baskischen Terrorismus im Vordergrund stand. Bei Behandlung der Terrorismusgesetzgebung im Senat äußerten Vertreter der großen Parteien, es könne nicht ohne Rückwirkungen auf die Beziehungen zu Frankreich bleiben, wenn Frankreich sich hier berechtigten spanischen Wünschen verweigere. Pérez-Llorca zeigte der Presse ge-

Man treibe auf eine Krise der Demokratie in Spanien zu, in der es kaum einen anderen Ausweg als die Verhängung des Kriegsrechts gebe, was aber wiederum zu Angriffen aller linken Kräfte in Europa gegen Spanien führen müsse.

Thatcher vergleicht die Lage mit Nordirland, wo die IRA auch von der praktisch offenen Grenze profitiert.

Bundeskanzler meint, daß die Verhängung des Kriegsrechts nur dann nützt, wenn es auch von brutalen Militärs verwaltet wird.

Israel

Bundeskanzler erläutert, daß er die langbestehende Einladung zu einem Besuch nicht annehmen könne, da eine öffentliche Konfrontation unvermeidlich sei.⁵⁴ Er könne daher trotz der besonderen deutschen Pflichten und trotz eines gewissen öffentlichen Drucks, z.B. von Springer, nicht nach Israel gehen. Ein Besuch müsse sich auf die bilateralen Beziehungen verheerend auswirken, da er die israelische Politik nicht indossieren könne. Er sehe im übrigen auch keinen anderen europäischen Regierungschef, der nach Israel gehen wolle.

Genscher fügt hinzu, daß man jedenfalls vor den israelischen Wahlen⁵⁵ keinen Besuch erwarten dürfe. Zur Bemerkung *Thatchers*, daß auch die Briten wegen ihrer Nahostpolitik in der Vergangenheit dauernd von Arabern und Israelis an ihre besonderen Pflichten erinnert würden, meint er, daß er lieber die britischen als die deutschen Pflichten haben würde.

Bundeskanzler: Begin Politik hinterläßt den Eindruck, daß er sich um die Meinung der Welt nicht schere, weil er sich im Besitze überlegener Waffen – vielleicht der Atombombe – sicher fühle. (*Carrington* hat keinen Zweifel daran, daß die Israelis solche Waffen haben.)

Thatcher meint, daß Begin sich auch auf der Grundlage seiner Überzeugungen und der konventionellen Überlegenheit Israels so verhalten könne.

Bundeskanzler weist darauf hin, daß Israel in einem neuen Nahost-Krieg nicht wie bisher mit der politischen Sympathie der ölabhängigen westlichen Länder rechnen könne. Außerdem werde Ägypten seine Politik nach Rückgabe des letzten Teiles des Sinai 1982⁵⁶ revidieren müssen. Sadat habe schon jetzt große politische und wirtschaftliche Schwierigkeiten. Die Araber rechneten es ihm nicht an, daß er den Sinai zurückbekommen hat.

Carrington meint, daß Israel praktisch für die nächsten fünf Jahre unbesiegbar sei. Ägypten sei militärisch neutralisiert. Der Krieg Iran/Irak habe die PLO wesentlich geschwächt, eine neue Kluft unter den Arabern eröffnet und Israels Position insgesamt wesentlich gestärkt.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1707

genüber nach den Gesprächen vorsichtigen Optimismus, wahrte aber Diskretion betreffend Einzelheiten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1048; Referat 203, Bd. 115897.

⁵⁴ Im Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt am 28. November 1977 übermittelte der israelische Außenminister Dayan den Wunsch von Ministerpräsident Begin, Schmidt möge Israel einen Besuch abstatten. Vgl. dazu AAPD 1977, II, Dok. 339.

⁵⁵ In Israel fanden am 30. Juni 1981 Parlamentswahlen statt.

⁵⁶ Anhang I zum Friedensvertrag vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel bestimmte in Artikel I, daß Israel alle seine bewaffneten Kräfte und sein Zivilpersonal spätestens drei Jahre nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden zum Friedensvertrag aus dem Sinai zurückziehen werde. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 1136, S. 169. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 238 f.

Der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgte am 25. April 1979.

Auch die galoppierende Inflation und die extreme finanzielle Abhängigkeit von den USA und den Amerikanern änderten nichts an der Tatsache, daß Begin gewisse Gründe hat zu sagen „I am all right, Jack“.

Die Europäer sollten ihre gemeinsame Nahostpolitik fortsetzen, aber angesichts der Ungewißheiten über die künftige amerikanische Nahostpolitik und der Auswirkungen des Krieges Iran/Irak jetzt keine neuen öffentlichen Initiativen ergreifen.

Britisch-französische Beziehungen

Bundeskanzler berichtet von seinem Gespräch mit Giscard, daß er den Eindruck gewonnen habe, die britisch-französischen Beziehungen hätten sich auch auf persönlicher Grundlage wesentlich verbessert. Giscard habe PM Thatcher wegen ihrer Fairneß in Sachen Fischereipolitik⁵⁷ gelobt.

Thatcher bestätigt diesen Eindruck aus ihrer Erfahrung. Die Verbesserung der Beziehungen gilt gerade auch für ihr persönliches Verhältnis zu Präsident Giscard.⁵⁸ Die Vorbereitung durch Fernsehauftritte und das Treffen des Anglo-Französischen Rats in Bordeaux⁵⁹ haben das ihre dazu beigetragen, daß auch die persönlichen Beziehungen jetzt sehr gut sind. Sie war ebenso wie Giscard entschlossen, dazu beizutragen. Sie möchte jetzt alles vermeiden, was die Wiederwahl Giscard erschweren könnte. Aber er wird wohl sowieso einen überwältigenden Sieg erringen.

Bundeskanzler: So überwältigend wird der Sieg wohl nicht sein. Der einzig andere vorstellbare Kandidat der Mitte, Barre, würde z. B. verlieren, wenn er aufgestellt würde.

Für ihn ist es sehr erfreulich, von PM Thatcher und von Präsident Giscard dieselbe positive Einschätzung der britisch-französischen Beziehungen zu hören.

Verteidigungsausgaben

Thatcher fragt nach kurzer Erörterung des Programms für morgen und möglichen Fragen bei der Pressekonferenz nach den Möglichkeiten einer Einhaltung des 3 %-Ziels.⁶⁰

⁵⁷ Bei der EG-Ministerratstagung am 29./30. Mai 1980 in Brüssel wurde vereinbart, spätestens bis zum 1. Januar 1981 eine globale gemeinsame Fischereipolitik in Kraft treten zu lassen. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. BULLETIN DER EG 5/1980, S. 10 f.

⁵⁸ Premierministerin Thatcher hielt sich am 18./19. September 1980 in Frankreich auf. Botschafter Ruhfus, London, teilte am 24. September 1980 mit: „Leiter des Cabinet Office, Sir Robert Armstrong, der mit zur recht kleinen Delegation von PM Thatcher gehörte, gab mir heute über britisch-französisches Gipfeltreffen nachstehende Unterrichtung: Das wichtigste Ergebnis sei die geänderte Atmosphäre gewesen. Präsident Giscard habe der Begegnung einen aufgeschlossenen, ja herzlichen Charakter gegeben. Französische Seite habe mit Treffen deutlich gemacht, daß die Zeit gekommen ist, um einen Schlußstrich unter die Meinungsverschiedenheiten der letzten Monate zu ziehen und die britisch-französischen Beziehungen auf eine feste und normale Basis zu stellen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1502; Referat 204, Bd. 115970.

⁵⁹ Generalkonsul Arndt, Bordeaux, berichtete am 25. September 1980: „In Anwesenheit des französischen und britischen Premierministers, Raymond Barre und Margaret Thatcher, fand am 19.9.1980 die Eröffnungssitzung der dreitägigen Tagung des franko-britischen Rates in Bordeaux statt. Der Rat, ein aus unabhängigen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens beider Länder bestehendes privates Konsultativ-Organ, aufgrund der Initiative beider Regierungen 1972 anlässlich des Besuchs der Königin in Paris geschaffen, tritt gelegentlich zu Kolloquien zusammen [...]. Das erste große Treffen fand jetzt in Bordeaux statt.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 330; Referat 204, Bd. 115970.

⁶⁰ In der Presse wurde über die gemeinsame Pressekonferenz des Bundeskanzlers Schmidt und der Premierministerin Thatcher am 17. November 1980 berichtet: „Auch die Militärausgaben und die

Bundeskanzler: Die Bundesregierung hat dieses Ziel bisher zehn Jahre lang jährlich eingehalten. Man muß allerdings das Ende des Haushaltsjahres abwarten, um zusätzliche Ausgaben und den Deflator genau bestimmen zu können. Wir streben eine weitere Realsteigerung auch im kommenden Jahr an.

Thatcher nimmt die gleiche Position ein wie der Bundeskanzler. Sie weist allerdings auf die großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten Großbritanniens hin, die eine Einhaltung des 3%-Ziels schwierig erscheinen lassen.

Bundeskanzler weist auf das erheblich gestiegene Zahlungsbilanzdefizit hin, das Ende dieses Jahres 30 Mrd. DM betragen kann. Es beruht allein auf Ölpreissteigerungen. Es ist vergrößert worden durch die Einhaltung der Bonner Gipfelvereinbarung von 1978⁶¹, nach der wir uns auf ein deficit spending in Höhe von 1% des BSP festgelegt haben. Die ungünstige Entwicklung der Wechselkurse erhöhe im übrigen noch unsere Ölrechnung.

VS-Bd. 14083 (010)

330

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Premierministerin Thatcher

VS-vertraulich

17. November 1980¹

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem britischen Premierminister Frau Thatcher am 17. November 1980 im Bundeskanzleramt von 9.00 Uhr bis 11.00 Uhr²

Weitere Gesprächsteilnehmer: BM Genscher, AM Lord Carrington, Botschafter Ruhfus, Botschafter Wright, M. Alexander, MDg von der Gablentz.

Weltwirtschaft

Bundeskanzler bestätigt auf Frage Thatchers, daß sich nach seinem Gefühl eine Weltrezession anbahnt mit einer neuen Runde struktureller Verwerfungen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1709

NATO-Verpflichtung zu einer Erhöhung der Verteidigungsetats um real drei Prozent waren Themen der Konsultationen. Frau Thatcher sagte dazu, Großbritannien habe im letzten Jahr die drei Prozent erreicht und werde sie auch in diesem Jahr erreichen, sie könne aber noch nicht sagen, wie es im nächsten Jahr sein werde. Schmidt machte bei diesen Angaben den Einwurf, alles beziehe sich auf drei Prozent „real“. Vgl. den Artikel „Frau Thatcher legt ‚uneingeschränktes Bekenntnis‘ zu Europa ab“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 18. November 1980, S. 1 f.

⁶¹ Für den Wortlaut der Erklärung der am Weltwirtschaftsgipfel am 16./17. Juli 1978 in Bonn teilnehmenden Staats- und Regierungschefs vgl. BULLETIN 1978, S. 757–761.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 20. November 1980 gefertigt. Zur Übermittlung an das Auswärtige Amt vgl. Dok. 329, Anm. 1.

² Premierministerin Thatcher hielt sich am 16./17. November 1980 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 329.

Auch die wirtschaftliche Struktur Europas wird sich ändern. Die beiden europäischen Ölländer, Großbritannien und Norwegen, werden sich auf längere Sicht gesondert entwickeln – wenn sie auch kurzfristig Wechselkursprobleme haben –, während alle anderen tendenziell zu Defizitländern werden. Das wird viele Hoffnungen zerstören und es u. a. unmöglich machen, den Entwicklungsländern wirklich zu helfen. Die OPEC-Länder verstehen noch nicht, daß sich die Regeln geändert haben. Die Lage der EL wird sich schnell verschlechtern. Die Entwicklungshilfe wird real zurückgehen.

Wir leben in einer veränderten Welt. Eine „neue Weltwirtschaftsordnung“ hat sich bereits herausgebildet, geschieden in Ölexporteure und -importeure. Parallel zu den strukturellen Verwerfungen zeigten sich Unsicherheit, Vertrauensverlust und daher mangelnde Investitionen, Arbeitslosigkeit. Diese Welt haben weder Keynes noch Friedman vorausgesehen, die auch nicht die wirtschaftliche Interdependenz sahen, sondern in „nationalen Volkswirtschaften“ dachten.

Thatcher weist darauf hin, daß auch GB zu einem Drittel des BSP vom Außenhandel abhängt. Es kann sich daher nicht isolieren. Die massive Neuverteilung der Einkommen in der Welt hat sich zugunsten von Leuten ausgewirkt, die die Konsequenzen dieses Wandels nicht überschauen. Die Gruppe der 77 spricht immer noch die Sprache der Vergangenheit. Die IL haben das Geld nicht mehr, das von ihnen gefordert wird.

Sie möchte daher strikt an ihrer Haltung zur VN-Resolution über den Globaldialog³ festhalten.

Bundeskanzler stimmt zu, daß die weltwirtschaftliche Rolle des IWF erhalten bleiben muß. Er warnt vor der Gefahr eines Rückfalls in nationale Egoismen, die er nicht nur in den USA, sondern auch in der EG sieht. Unternehmer und Gewerkschaften sind versucht, zu protektionistischen Lösungen Zuflucht zu nehmen, um Arbeitsplätze zu erhalten.

Thatcher: Wir müssen beim Europäischen Rat⁴ auch über die Importoffensive der Japaner sprechen und eine weitere Öffnung des japanischen Markts für europäische Produkte.⁵ Der Anteil japanischer Automobile beträgt bereits 12,5% in GB. Zubehörhersteller wie Lucas sagen ihr, daß sie von der Qualität her Absatzchancen in Japan haben, aber nicht auf den Markt kommen. Die britischen Unternehmer leiden auch unter billigen Importen aus Spanien, das seinerseits britische Importe teilweise ausschließt.

Bundeskanzler warnt davor, die Japaner politisch vor den Kopf zu stoßen. Auch unsere Unternehmer beschwerten sich über den unfairen japanischen Wettbewerb. Die Japaner haben niedrigere Lohn- und vor allem Lohnnebenkosten. Ihre Märkte werden von Monopolen beherrscht. Dennoch hört er von Unternehmern, daß man sich noch nicht genug Mühe mit dem japanischen Markt ge-

³ Für den Wortlaut der Resolutionen Nr. 34/138 und Nr. 34/139 der VN-Generalversammlung vom 14. Dezember 1979 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XVIII, S. 229 f. Vgl. dazu ferner Dok. 176, Anm. 25.

Zu den Globalen Verhandlungen vgl. Dok. 178, Anm. 7, und Dok. 273.

⁴ Zur Tagung des Europäischen Rats am 1./2. Dezember 1980 in Luxemburg vgl. Dok. 349 und Dok. 350.

⁵ Zu den Wirtschaftsbeziehungen zwischen Japan und den Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 317, Anm. 15.

ben habe. Auch Japan habe ein Zahlungsbilanzproblem, nicht ganz so schwer wie Deutschland, aber etwa so wie Frankreich.

Thatcher weist darauf hin, daß Italiener und Franzosen auch ihre Methoden haben, Industriegüter aus anderen EG-Ländern herauszuhalten. Wenn die Deutschen und Briten sich das auf Dauer gefallen lassen, wird es Auswirkungen auf andere Industrien geben wie z. B. Stahl.

Bundeskanzler dankt Frau *Thatcher* für ihre persönliche Intervention, die den Kompromiß in Brüssel⁶ ermöglicht hat. Wir sind allerdings mit der Produktionsquotenregelung nicht zufrieden. Wettbewerbsbeschränkungen sind sinnlos. Es kommt auf Produktivitätsfortschritte und Umstellung der alten Produktionsmethoden an. Wir müssen dirigistischen Tendenzen in der EG entgegenwirken, die sich von der Agrarpolitik auf Stahl und evtl. die Kohle ausdehnen könnten.

Auf Einwurf *Thatchers* über die unternehmerische Initiative in den USA meint er, daß es auch in Europa Unternehmer mit Initiative gibt, die aber Gefahr laufen, in Protektionismus und Dirigismus zu ersticken. Die „Davignon-Atmosphäre“ in Europa – wie *Carrington* sagt – verhindert die notwendigen Produktivitätsfortschritte. Auf *Thatchers* Einwurf, daß die gesteigerte Produktivität aber zu Überschußproduktion geführt habe, betonen Genscher und er, daß man dem nicht durch Schutz für veraltete Produktionsmethoden beikomme.

Thatcher möchte über diese Fragen beim ER in Luxemburg sprechen (*Bundeskanzler* stimmt zu).

Sie erwähnt die schwierige Lage der britischen Textilindustrie und Verhandlungen über ein neues Abkommen.⁷ Sie sieht die Gefahr, daß Importquoten eines Landes durch Importquoten anderer Länder beantwortet werden und letzten Endes nur zu einem erheblichen Handelsverlust führen. GB wird daher wohl eine Periode höherer Arbeitslosigkeit und langsamerer Restrukturierung der

⁶ Zur Stahlkrise der Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 304, besonders Anm. 9.

Botschafter Poensgen, z. Z. Luxemburg, berichtete am 31. Oktober 1980 anlässlich der EG-Ratstagung auf der Ebene der für Industriefragen zuständigen Minister am 30. Oktober 1980 in Luxemburg: „Diskussion verlief im wesentlichen zwischen deutscher, britischer und franz[ösischer] Delegation einerseits und Kom[mission] andererseits. Minister Giraud erwies sich erneut als sehr hilfreich für Kompromiß, wenn er auch seine Forderung zur Hereinnahme eines Teils des Edlstahls in das Quotensystem unnachgiebig bis zum Schluß vertrat. Andererseits zeigte sich brit[ischer] Staatsminister Butler zunächst, wie im letzten Rat, wenig verständnisvoll gegenüber deutschem Anliegen.“ Nach Rücksprache von Bundesminister Graf Lambsdorff mit Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher, „die zu einem Telefongespräch zwischen Bundeskanzler und brit. Premier führte, schwenkte Butler jedoch schließlich auf Gesamtkompromiß ein, nachdem auch alle übrigen Delegationen Verständigungsbereitschaft erklärt hatten“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 227; Referat 412, Bd. 122449.

⁷ Zur Tagung des deutsch-britischen Regierungsausschusses für Wirtschaftsfragen am 24./25. Juli 1980 in Regensburg notierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Vogeler am 5. September 1980: „Die Briten sind sich dessen bewußt, daß ihre Textilindustrie das letzte Gebiet ist, auf dem GB noch nicht liberalisieren kann. Es sei auch nicht absehbar, wann sich eine Besserung erreichen lasse. Die schutzsuchende Textilindustrie liegt nämlich in den wichtigen ‚marginalen Wahlbezirken‘, was jede britische Regierung zwingt, protektionistische Maßnahmen zu verteidigen. Die deutsche Delegation wies darauf hin, daß jeder Protektionismus die Gefahr in sich birgt, daß andere Länder andere Produkte ebenfalls schützen wollen. Es sollte deshalb daran festgehalten werden, daß jede Schutzmaßnahme nur für eine Übergangsphase bestimmt sein dürfe. Vor einer etwaigen Anschlußregelung für das M[ulti]F[aser]A[bkommen] nach 1981 müßten jedenfalls deutliche Liberalisierungsschritte unternommen werden.“ Vgl. Referat 420, Bd. 129896.

Industrie durchstehen müssen, wenn es seine Industrie wettbewerbsfähig machen will.

Bundeskanzler fürchtet einen progressiven Dirigismus und Protektionismus. Dabei werden die EL die letzten sein, die die Hunde beißen. Er sieht auch in der EG Gefahren. Der französische Colbertismus, alle Gewerkschaften und die Unternehmer an Wochentagen werden dafür sein, während sie am Sonntag für freien Wettbewerb sprechen.

Nord-Süd-Fragen

Thatcher: Ausgehend von der Vorbereitung der Globalverhandlungen, die GB in Nord-Süd-Fragen in eine Richtung ziehen, die nicht seinen politischen Absichten entspricht, spricht sie sich für weniger multilaterale und mehr bilaterale Entwicklungshilfe aus. Die bilaterale Hilfe zahlt sich mehr aus. Sie möchte auf dem Weltwirtschaftstreffen in Ottawa⁸ über ein neues System der Hilfeverteilung sprechen.

Carrington und Genscher berichten, daß sich die EG-Staaten zur Zeit für eine Kompromißresolution zur Vorbereitung der Globalen Verhandlungen einsetzen. Ein befriedigender Text scheint sich abzuzeichnen.⁹

Bundeskanzler möchte auch, daß sich Entwicklungshilfe politisch stärker auszahlt. Wir sollten den EL selbstbewußter entgegentreten. Mit ihrer implizierten Drohung, daß sie sich sonst von der SU Hilfe holen, könnten wir leben. Beim Nord-Süd-Treffen in Mexiko¹⁰ wird er sehr deutlich auf die Realitäten der Weltwirtschaft und die tatsächlichen Interessen aller Länder hinweisen. Er wird hierfür Zahlen und graphische Darstellungen vorbereiten.

Carrington: Entwicklungshilfe ist im Verhältnis zur Ölpreissteigerung zu „peanuts“ geworden. Die Ölrechnung der EL ist allein dieses Jahr um 34 Mrd. \$ ge-

⁸ Der Weltwirtschaftsgipfel in Ottawa und Montebello fand am 20./21. Juli 1981 statt. Vgl. dazu die Runderlasse Nr. 85 bis 87 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler vom 24. bzw. 27. Juli 1981; AAPD 1981.

⁹ Botschafter Jelonek, New York (VN), berichtete am 17. November 1980, auf dem Wochenendseminar der Stanley Foundation vom 14. bis 16. November 1980 in New York, an dem die „wichtigsten Gesprächsführer aus dem Kreis der Industrie- und Entwicklungsländer“ teilgenommen hätten, seien „auf privater Basis“ Kompromisse u. a. hinsichtlich der Verfahrensfragen bei den angestrebten Globalen Verhandlungen erzielt worden. Ein entsprechender Text enthalte nun „einen Satz über die Respektierung der Integrität der VN-Sonderorganisationen. Bestätigt wird im gleichen Abschnitt das Recht des Zentralorgans, den Sonderorganisationen ‚objectives and guidance‘ zu geben.“ Unbefriedigende Vorlagen der VN-Sonderorganisationen könnten vom Zentralorgan an diese zurückverwiesen werden. Der Kompromiß sei das Ergebnis „zäher und langwieriger Verhandlungen“ zwischen den USA, Großbritannien und der EG-Kommission einerseits sowie Indien und Kuwait andererseits. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3482; Referat 402, Bd. 122042.

Die Ständige Vertretung bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel teilte am 28. November 1980 mit: „Die hochrangige Nord-Süd-Gruppe der EG befaßte sich am 27.11.1980 ganztägig mit der weiteren Vorbereitung der Globalen Verhandlungen. Im Mittelpunkt der Diskussion stand[en] die Einschätzung der Situation der Beratungen in New York, die Erörterung des Prozedurpapiers u[nd] die Währungs- und Finanzfragen der Tagesordnung. [...] Das ‚Stanley-Papier‘ wurde nur kurz erörtert. Während GB es als Verbesserung ansah, vertrat F die Ansicht, es enthalte keine Verbesserung, sondern eine Verschiebung zugunsten der EL. [...] Die Gruppe führte einen längeren Meinungsaustausch über die währungspolitischen Aspekte [...]. Der Vors[itzende] brach die Debatte schließlich ab. Man habe sich im Kreise bewegt. Es sei nicht gelungen, eine gemeinsame Position einzunehmen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4026; Referat 402, Bd. 122042.

¹⁰ Am 22./23. Oktober 1981 fand in Cancún eine Nord-Süd-Gipfelkonferenz statt. Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 115 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler vom 2. November 1981; AAPD 1981. Zum Stand der Vorbereitungen vgl. Dok. 324.

stiegen. Er hofft, daß man sich in Mexiko mit wichtigeren Dingen wie z. B. dem Recycling beschäftige.

Thatcher weist darauf hin, daß vom Recycling nur kreditwürdige Länder profitieren können, nicht aber z. B. Brasilien oder die Türkei.

Sie wird ihrerseits der Konferenz der Commonwealth-Premierminister in Melbourne¹¹ eine Lektion erteilen müssen. Sie warnt davor, Mexiko zu einer „Geber-Konferenz“ werden zu lassen. (Bundeskanzler: Deswegen haben wir ja auch die Ölländer wie Saudi-Arabien und Nigeria eingeladen.)

Die Ölländer haben ihr Denken noch nicht dem neuen Reichtum angepaßt. Sie halten an ihrer alten Rhetorik fest.

Bundeskanzler: Wir haben die deutliche Absicht, die Gruppe 77 aufzuspalten. Die Ölproduzenten gehören nicht dazu. Sie segeln nur im politischen Konvoi.

Mexiko hat den großen Vorteil, daß man hier den EL klarmachen kann, wo ihre wirklichen Interessen liegen. Natürlich darf man in Mexiko keine formellen Verabredungen treffen.

Carrington meint, daß die USA letztlich in Mexiko teilnehmen wird.

Kanada

Thatcher: Ausgehend von einer Bemerkung des Bundeskanzlers, daß er an Stelle des neuen Präsidenten¹² zunächst seine beiden Nachbarländer Mexiko¹³ und Kanada¹⁴ besuchen werde, weist sie auf die schwierige politische Lage in Kanada hin. Für das britische Parlament ist es einfach, die kanadische Verfassung zurückzunehmen, aber sehr schwierig, auf Forderungen der Kanadier einzugehen, die von den Briten verlangen, was sie selbst zu Hause nicht durch ihr eigenes Parlament bekommen können.¹⁵

Bundeskanzler weist auf den bevorstehenden Besuch seines persönlichen Freundes Trudeau hin.¹⁶ Kanada vereint OPEC- und Nicht-OPEC-Länder in einem

¹¹ Die Konferenz der Regierungschefs der Commonwealth-Mitgliedstaaten fand vom 30. September bis 7. Oktober 1981 in Melbourne statt.

¹² Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen statt, aus denen der Kandidat der Republikanischen Partei, Reagan, als Sieger hervorging. Vgl. dazu Dok. 314, Anm. 3.

¹³ Der designierte Präsident Reagan hielt sich am 5. Januar 1981 in Mexiko auf.

¹⁴ Präsident Reagan hielt sich am 10./11. März 1981 in Kanada auf.

¹⁵ Zur Debatte über die kanadische Verfassung vgl. Dok. 280, Anm. 5. Botschafter Strätling, Ottawa, berichtete am 28. Oktober 1980: „Das kanadische Unterhaus hat in der Nacht vom 23./24. Oktober den Antrag der Regierung, die Entscheidung über die dem britischen Parlament vorzuschlagende Verfassungsänderung an einen gemeinsamen Ausschuß von Senat und Unterhaus zu überweisen, mit den Stimmen der liberalen Regierungspartei und der Neuen Demokratischen Partei (NDP) angenommen. In einer vorausgehenden Abstimmung hatte die Regierungspartei gegen erbitterten Widerstand der konservativen Opposition und gegen die Stimmen der NDP eine Abkürzung der Debatte durchgesetzt. Der gemeinsame Parlamentsausschuß muß seinen Bericht bis 9. Dezember 1980 vorlegen. Inzwischen haben die sechs Provinzen, die das einseitige (ohne Provinzbeteiligung) Vorgehen der Bundesregierung in der Verfassungsfrage inhibieren wollen, beschlossen, die Angelegenheit zunächst durch Musterprozesse vor den Obersten Provinzgerichten von Quebec (Gründerprovinz), Manitoba (ursprünglich Territorium, seit 1905 Provinz), Neufundland (freiwilliger Anschluß 1949) prüfen zu lassen. Es ist fraglich, ob sich die Bundesregierung auf die Klagen überhaupt einlassen wird, da nach ihrer Auffassung für Fragen der Bundesverfassung allein der Oberste Kanadische Gerichtshof zuständig ist.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 309; Referat 204, Bd. 115929.

¹⁶ Ministerpräsident Trudeau hielt sich am 22./23. November 1980 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 338.

einziges Land. Selbst das Parteiensystem weist in den verschiedenen Provinzen wesentliche Unterschiede auf. Es gibt sicherlich ein ärgerliches Bündel politischer Probleme, aber auf lange Sicht ist Kanada ein sehr reiches Land.

Carrington: Praktisch ist es aber 100 Meilen breit und 3000 lang. Trudeau hat sich gut geschlagen. Wir werden uns bemühen, ihm zu helfen, auch wenn er es uns durch seine Forderungen schwermacht. Die Provinzen können eine ihnen nicht zusagende Entscheidung der Briten vor Gericht bringen.

Thatcher: Wir werden wohl am strikten Verfassungsrecht festhalten und nur tun, um was uns das Parlament bittet. Natürlich gibt es auch hier verschiedene Schulen von Verfassungsrechtlern.

Bundeskanzler betont, daß Kanada eine wichtigere Rolle in internationalen Dingen spielen sollte, auch um dem kanadischen Volk diese Rolle vor Augen zu führen und zu seiner Selbstachtung beizutragen.

Carrington meint, daß die Kanadier in den letzten zehn Jahren sehr viel an internationaler Stellung, aber auch an nationaler Identität eingebüßt haben.

Südliches Afrika

Thatcher macht sich Sorgen über die künftige Entwicklung in Südafrika und in der Namibia-Frage. Sie hat sich bemüht, die Afrikaner davon zu überzeugen, daß Südafrika Fortschritten in Namibia zustimmen werde, auch um die Auswirkungen der Simbabwe-Lösung aufzufangen. AM¹⁷ Botha hat aber jetzt in London eine härtere Linie vertreten, als die Briten sie voraussahen.¹⁸

Carrington: Botha scheint sich von der Wahl Reagans politischen Aufwind zu erhoffen. Wir haben uns bemüht, ihn von seinen Vorstellungen wieder abzubringen. Wenn die Generalversammlung der VN in Abwesenheit von Fortschritten in der Namibia-Frage Sanktionen gegen Südafrika beschließt, kommt auch der Westen in eine schwierige Lage.

Er erläutert den Stand der Verhandlungen über die Verwirklichung der Sicherheitsratsresolution 435.¹⁹ Er hat sich nach dem Besuch Bothas in London mit

¹⁷ Korrigiert aus: „P[remier]M[inister]“.

¹⁸ Der südafrikanische Außenminister Botha hielt sich am 12. November 1980 in Großbritannien auf. Botschafter Eickhoff, Pretoria, berichtete am 14. November 1980: „R[olof] F[rederik] Bothas hartes Abrücken von der in den Carrington-Gesprächen eingenommenen Haltung auf der Pressekonferenz hängt nach hiesiger Einschätzung damit zusammen, daß die s[ü]d[a]f[rikanische] Regierung den Wahlsieg Reagans doch als entscheidende Verbesserung der eigenen Position ansieht, die in der Namibia-Politik ein kräftiges ‚Nachfassen‘ erlaubt. Möglicherweise hat sich diese Linie innerhalb der Regierung erst in letzter Minute durchgesetzt und zu neuen Weisungen durch den Premierminister unmittelbar nach den Gesprächen geführt. Dies muß nicht unbedingt bedeuten, daß R. F. Botha in weiteren Gesprächen nicht wieder Abstriche von der Linie der Pressekonferenz macht. Dennoch scheint die Londoner Pressekonferenz nicht nur üblicher Theaterdonner oder ‚diplomatisches Finasieren‘ zu sein, sondern auf eine entschiedene Verhärtung der sa. Namibia-Politik hinzudeuten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 483; Referat 320, Bd. 125279.

¹⁹ Zur Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978 vgl. Dok. 144, Anm. 10.

Zum Stand der Namibia-Gespräche vgl. Dok. 302, Anm. 2, 15 und 16.

Botschafter Jelonek, New York (VN), berichtete am 18. November 1980: „1) U[nder]S[ecretary]-G[ene]rall Urquhart steht in ständigen Telefongesprächen mit Fourie. Ziel ist es, S[ü]d[A]f[rika] zur Annahme der Vorkonferenz (P[re]I[m]plementation[M]eeting) zu bewegen. 1.12. scheidet praktisch aus, Einigung auf 7. Januar 1981 ist laut Angaben des Sekretariats u. U. möglich. 2) SA Zustimmung zu PIM ist immer noch problematisch, weil SA nicht mit SWAPO an einem Tisch sitzen will, sog. Angola-Formel über bilaterales Treffen SA/SWAPo habe angeblich nur Delegation unter Generaladministrator unter Beteiligung der internen Parteien (IP) und Vertretern des SA-Außenministeriums [...] vorgesehen; Pik

dem französischen Außenminister²⁰ und mit Kissinger in Verbindung gesetzt, damit diese ihrerseits auf Botha einwirken, das vorgesehene Treffen der Fünf mit Südafrika, SWAPO und der Turnhalle Anfang Dezember²¹ nicht in Frage zu stellen.

Genscher berichtet, daß die Deutschen in Namibia inzwischen angesichts des Positionsverlusts der Turnhalle ihre Haltung ändern. Nach dem Deutschlandbesuch Nujomas²² erkennen sie stärker die beherrschende Rolle der SWAPO an und sind auch bereit, sich mit Nujoma zu treffen.

Carrington meint, daß dieser Meinungswechsel allerdings nicht im Ergebnis der letzten Wahlen²³ zum Ausdruck komme, bei dem die Nationalisten große Erfolge hatten.

Thatcher betont, daß sie Botha gesagt hat, daß der Westen eine Resolution über Sanktionen nicht aufhalten könne, wenn es nicht zu der vorgesehenen Konferenz komme. Die Briten haben Botha zu verstehen gegeben, daß auch Reagan wahrscheinlich diese Haltung teile. (*Carrington* ergänzt, daß Kissinger sich nicht vorstellen könne, daß Reagan gleich am Beginn seiner Amtsperiode in dieser Frage die ganze Welt vor den Kopf stoßen wolle.)

Bundeskanzler wird die Frage in Washington mit den Reagan-Beratern aufnehmen.²⁴

Carrington meint auf Frage des Bundeskanzlers, daß Botha auf die Frage, ob er westliche Zustimmung zu Sanktionen fürchte, antworten werde: Sanktionen sind besser als die Sowjetunion an unserer Grenze. Er ist ein sehr begrenzter Mann, der die Lektion von Simbabwe nicht gelernt habe.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1715

Botha gegenüber Kissinger in Paris gar Aufnahme der IP in SA-Delegation wieder in Frage stellte; SA Beschränkung der ‚any other practical proposals‘ auf Implementierung von SR-Res[olution] 435 nicht hinnehmen will, vielmehr Verfassungsdiskussion für erforderlich hält, denn IP würden sich nicht zu Wahlprozeß bereit finden, wenn deutlich wird, daß SWAPO bei Wahlsieg nur marxistischen Einparteiensstaat zuläßt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3553; Referat 320, Bd. 125279.

²⁰ Jean François-Poncet.

²¹ Die Konferenz zur Vorbereitung der Implementierung von Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978 fand vom 7. bis 14. Januar 1981 in Genf statt. Vgl. dazu den Schriftbericht Nr. 3 des Botschafters Eickhoff, z. Z. Kapstadt, vom 22. Januar 1981 an das Auswärtige Amt; AAPD 1981.

²² Der Präsident der SWAPO, Nujoma, hielt sich vom 23. bis 27. Oktober 1980 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 302.

²³ Vortragender Legationsrat I. Klasse Vergau teilte am 20. November 1980 zu den „ethnischen Wahlen“ vom 11. bis 13. November 1980 in Namibia mit: „Erstmals seit den landesweiten Dezemberwahlen 1978 für die erste Regierungsebene [...] fanden jetzt in Namibia ethnische Wahlen für die zweite Regierungsebene (praktisch Homelands und Weiße) statt.“ Folgeschwer sei das Wahlergebnis der weißen Bevölkerungsgruppe: „Im weißen Landesrat erlangten DTA unter Dirk Mudge sieben Sitze [...], AC[tion Front for the Retention of]TUR[nhalle Principles] unter du Plessis elf Sitze [...]. Dieses Ergebnis ist eine schwere Niederlage für die DTA und für Mudge persönlich. Zugleich bedeutet es einen Rückschlag für Südafrika, dessen Namibia-Politik einseitig auf einer führenden Rolle der DTA aufbaute. [...] Die DTA, die selbst zugibt, ihre schwarze Anhängerschaft sei dezimiert, verliert nun auch den seit Dezember 1978 konstruierten Anschein, die Weißen zu führen. [...] ACTUR wird die Führung im Landesrat zur konsequenten Verteidigung konservativer N[ationalist]P[arty]-Politik nutzen, die Polarisierung zwischen Weißen und Schwarzen verschärfen und die DTA-Idee gleichberechtigter Partnerschaft der elf Stämme illusionär erscheinen lassen.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 5873; Referat 320, Bd. 125279.

²⁴ Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 18. bis 21. November 1980 in den USA auf, Bundesminister Genscher am 19./20. November 1980. Vgl. dazu Dok. 334, Dok. 335 und Dok. 337.

Er bestätigt auf Frage des Bundeskanzlers, daß sich Mosambik und Angola im Gegensatz zu Südafrika recht vernünftig verhielten. Sanktionen würden im übrigen vor allem afrikanische Staaten treffen. Sie würden Botsuana, Simbabwe, Mosambik, Swasiland und Lesotho in größte Schwierigkeiten bringen. Aber diese Staaten können nichts sagen und müssen sich an die OAU-Linie²⁵ halten.

Thatcher: Botha scheint sich darauf zu verlassen, daß westliche Staaten ein Veto gegen Sanktionen einlegen. Mugabe setzt sich in Simbabwe so gut durch, wie man es erwarten konnte. Er hat Probleme mit der Integration der Streitkräfte. Er hat aber zugestanden, daß Simbabwe nicht als Ausgangsbasis für Aktionen gegen Südafrika in Frage kommt.

Wichtig ist die neue regionale Gruppierung von neun Staaten²⁶, die sich nächste Woche unter dem Vorsitz von Masire treffen wird.²⁷ Sie werden über die Eröffnung von Handelswegen durch Mosambik und Angola sprechen, um sich von Südafrika unabhängig zu machen. (Auf Frage des Bundeskanzlers bestätigt Carrington, daß Angola zur Zeit eine gemäßigte Politik betreibe. Savimbi erscheine etwas geschwächt, blockiere aber immer noch die Benguela-Bahn.²⁸)

²⁵ Im Gespräch mit Staatssekretär van Well am 29. Mai 1980 betonte der stellvertretende Generalsekretär der OAE, Djoudi, den „nach seiner Meinung grundlegenden Unterschied zwischen OAE und den fünf westlichen Mächten“ in der Namibia-Frage: „Während die Fünf ihre Beziehungen zu Südafrika nutzen wollten, um eine friedliche Konfliktlösung herbeizuführen, glaube die OAE, daß dies sinnlos sei. Außer durch bewaffneten Kampf lasse sich das Ziel der Unabhängigkeit Namibias nur durch wirtschaftlichen Druck auf Südafrika erreichen. [...] Die Bundesregierung könnte ihren Einfluß bei ihren Verbündeten und bei der südafrikanischen Regierung dazu nutzen, diese davon zu überzeugen, daß, wenn nicht bald etwas geschähe, auch der gemäßigtste afrikanische Staat sich für eine Verstärkung des bewaffneten Kampfes in Namibia einsetzen werde.“ Van Well legte dar: „Wir seien bereit, Druck auf Südafrika auszuüben. Wir seien jedoch als Exportland von unseren Außenwirtschaftsbeziehungen abhängig. Gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt würden von uns aus den verschiedensten Gründen wirtschaftliche Sanktionen gegen die verschiedensten Staaten erwartet. Wir seien aber auf den Wirtschaftsaustausch angewiesen, wenn wir selbst leben wollten.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 320, Bd. 125242.

²⁶ Angola, Botsuana, Lesotho, Malawi, Mosambik, Sambia, Simbabwe, Swasiland, Tansania.

²⁷ Am 27./28. November 1980 fand in Maputo eine Konferenz für die Koordinierung der Entwicklung im südlichen Afrika (Southern African Development Coordination Conference, SADCC) statt. Botschafter Weindel, Maputo, berichtete am 29. November 1980: „27 Staaten, darunter die EG-Mitglieder, DDR und vier weitere sozialistische Länder sowie einige OPEC-Staaten waren der Einladung der Lusaka-Neun gefolgt. Alle wichtigen Geberorganisationen waren vertreten (17). Als Beobachter nahmen darüber hinaus COMECON, Nordische Investitionsbank sowie Zaire und Indien teil. UdSSR, China sowie die Befreiungsbewegungen (letztere als Beobachter) waren trotz Einladung nicht erschienen. Insgesamt dominierten die nordischen Länder sowie die Niederlande, die ihr traditionell starkes Engagement in der Region fortsetzen.“ Die Konferenz werde „von den Lusaka-Neun als Erfolg gewertet. Sie erhielten eindrucksvolle politische Unterstützung für ihr Ziel, größere wirtschaftliche Unabhängigkeit durch regionale Zusammenarbeit zu erreichen. Die in den allgemeinen Erklärungen genannten Summen wurden von Konferenzleitung (sehr großzügig) zur Gesamtsumme von 650 Mio. US-Dollar während der nächsten fünf Jahre addiert.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 231; Referat 320, Bd. 125249.

²⁸ Infolge des Bürgerkriegs in Angola wurde 1975 die Benguela-Bahn geschlossen, die die Stadt Lobito in der Provinz Benguela mit der Westküste Afrikas verband. Botschafter von Puttkamer, Lissabon, berichtete am 4. Februar 1980: „In einem ausführlichen Interview der Wochenzeitschrift ‚Tempo‘ vom 31.1.1980 nahm der Präsident der UNITA, Dr. Jonas Savimbi, zur Lage seiner Bewegung und zur neueren Entwicklung in Angola Stellung: [...] Trotz aller Finanzhilfe der EG-Staaten und der arabischen Länder und trotz der militärischen Schutzmaßnahmen der F[orças]A[rmasas]P[opulares]de[L]ibertação de[A]ngola und der Kubaner werde die Benguela-Bahn nicht funktionieren, solange die UNITA in diesen Gebieten operiere. Sie könne sich dabei auf die Bevölkerung längs der Bahn stützen. [...] Savimbi bezeichnete den bewaffneten Kampf als Kern aller Aktivitäten der UNITA,

Thatcher äußert die Sorge, daß auch nach einer Lösung der Namibia-Frage sich die Schwarz-Afrikaner mit allem ihrem Gewicht gegen Südafrika stellen werden, das für den Westen von enormer strategischer Bedeutung bleibt.

Bundeskanzler hat das Gefühl, daß die Rohstoffe, die zur Zeit nur aus Südafrika kommen, auch woanders, z. B. in Kanada oder China und Australien, gefunden werden können. Südafrika sollte sich seiner Unersetzbarkeit nicht zu sicher sein. Im übrigen sind die von Carrington genannten Rohstoffe Chrom, Vanadium und Industriediamanten bei weitem nicht so wichtig wie Öl.

Israel

Thatcher weist auf den Besuch AM Shamirs in London hin.²⁹ Die Europäer sollten jetzt ihre Sondierungen fortsetzen, ihre Linie weiter vertreten, aber die Meinungsbildung in den USA nicht erschweren.

Genscher betont die gemeinsame Haltung der Europäer. Es ist nicht klug, im gegenwärtigen Zeitpunkt eine neue Erklärung oder eine neue Initiative ins Auge zu fassen.

Carrington bedauert, daß die Überschrift über einen Artikel, der sonst seine Haltung korrekt wiedergebe, in der *Herald Tribune*³⁰ einen falschen Eindruck geschaffen habe. Auch er hält Anfang Dezember für den falschen Zeitpunkt für neue öffentliche Erklärungen. Im übrigen sprechen die neun Außenminister am 24. November hierüber.³¹

Bundeskanzler: Zur französischen Haltung hat er den Eindruck, daß auch Giscard (wohl im Gegensatz zum Quai) zu einer gewissen Zurückhaltung neige. Er betont, daß man Reagan Zeit zur Meinungsbildung geben müsse. Außerdem fühlten sich zur Zeit die Israelis durch die Ereignisse im Nahen Osten eher ermutigt. Die PLO scheine innerlich zerrissen zu sein.

Europäischer Rat Luxemburg

Bundeskanzler möchte die Tagesordnung nicht überladen haben, um Zeit für den wirklich entscheidenden Meinungsaustausch unter Regierungschefs zu ha-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1717

da sonst alle politisch-diplomatischen Bemühungen erfolglos bleiben müßten.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 218; Referat 320, Bd. 125163.

²⁹ Der israelische Außenminister Shamir hielt sich vom 9. bis 14. Mai 1980 in Italien und Großbritannien auf.

³⁰ Vgl. den Artikel „U. K., in Gesture to Reagan, to Seek Delay of Europe Move on PLO“; INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE vom 14. November 1980, S. 1 f.

³¹ Die Außenminister der EG-Mitgliedstaaten kamen am 24. November 1980 am Rande der EG-Ministerratsstagung am 24./25. November in Brüssel zu einem Treffen im Rahmen der EPZ zusammen. Referat 200 vermerkte am 25. November 1980: „Zur Nahost-Initiative der Neun beschlossen die Minister, den ihnen vom PK vorgelegten Entwurf eines Berichtes der Außenminister an den Europäischen Rat zu akzeptieren. Soweit der Entwurf noch Divergenzen enthält (z. B. zu der von Frankreich geforderten Erwähnung einer Räumungsfrist im Abschnitt „Räumung“), sollen diese nicht ausgeräumt werden, sondern dem Europäischen Rat als Diskussionsthemen vorgelegt werden. Die Präsidentschaft wird ein kurzes und sachliches Begleitdokument (note de couverture) aufsetzen, in dem der ER auf fortbestehende Divergenzen sowie die zentralen Fragen des Berichtes hingewiesen wird. Die Minister beauftragten das PK, den Text einer öffentlichen Erklärung des Europäischen Rates zum Nahost-Thema zu erarbeiten. [...] Ein Mandat des Europäischen Rates an die Außenminister zur Fortführung der Nahost-Initiative soll gegebenenfalls noch am 2.12.1980 im Lichte der Diskussion der Staats- und Regierungschefs zu diesem Thema entworfen und verabschiedet werden. Minister waren sich dessen einig, daß Nahost-Initiative fortgesetzt werden soll und arabischer Seite verdeutlicht werden muß, daß Europäer ihr Vorhaben nicht aufgegeben haben.“ Vgl. Referat 200, Bd. 119460.

ben. Der ER sei keine Berufungsinstanz für die EG-Räte. Der politische Meinungsaustausch sollte im engsten Kreis stattfinden, insbesondere ohne das Sekretariat, das sowieso viel zu groß sei.

Thatcher: Jetzt stellt auch noch das Europäische Parlament neue Personalanforderungen.

Sie setzt sich für einen allgemeinen wirtschaftlichen Gedankenaustausch ein, der nicht in verschiedene Teilgebiete aufgespalten werden sollte. Dann müsse es einen gründlichen außenpolitischen Gedankenaustausch geben. Außerdem sollte Jenkins über seine Erfahrungen und seine Vorstellungen für die Zukunft berichten.

Bundeskanzler hält den Zeitpunkt für eine institutionelle Weiterentwicklung des EWS – die vielleicht von MP Werner in Luxemburg angestrebt werde³² – angesichts der währungspolitischen Unsicherheiten für nicht gekommen. Man sollte die Märkte jetzt nicht irritieren und der Entwicklung vorgreifen. Das EWS funktioniert gut. Daß den Franzosen das Absinken des DM-Kurses schmeichelt, ist eine gute Sache. Als einer der Väter des EWS wird er sich in Luxemburg für eine vorsichtige und abwartende Linie einsetzen.

Zu strukturellen Änderungen der EG-Finanzstruktur warten wir auf die EG-Kommissionsvorschläge für Juni 1981. Wir werden

- 1) an der 1 %-MWSt-Grenze³³ festhalten,
- 2) Obergrenzen für Nettozahler befürworten und
- 3) auch den Gedanken einer Obergrenze für Nettoempfänger zur Diskussion stellen. Auch das letztere muß einmal an die Adresse kleinerer EG-Staaten gesagt werden.

Auf *Thatchers* Bemerkung, daß Großbritannien absolut an der 1 %-Grenze festhalte, betont er, daß man gegenwärtig in dem Zusammenhang auch die Auswirkungen des Beitritts Griechenlands³⁴ „ignorieren“ müsse.

Auf Frage *Thatchers*, ob er sicher sei, daß der Anteil der GAP-Ausgaben nicht wachsen dürfe, betont er, daß der Anstieg der Agrarausgaben unter dem Anstieg der eigenen Einnahmen liegen müsse. Auf Frage *Thatchers*, ob dann die Differenz von den nationalen Haushalten getragen werden müsse, meint er, daß dann eben die Preise weniger steigen dürfen, was dem Konsumenten zugute komme.

Er faßt die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen zur EG-Agrarpolitik zusammen:

- stärkere Ausrichtung an marktwirtschaftlichen Grundsätzen;
- Wiederherstellung des Marktgleichgewichts durch Abbau der Überschüsse durch vorsichtige Preispolitik, Auflockerung der Interventionsmechanismen, Erzeugermitbeteiligung an Finanzierung der Überschüsse;
- keine weitere Belastung der handelspolitischen Beziehungen durch die GAP.

³² Zur Haltung von Ministerpräsident Werner bezüglich des EWS vgl. Dok. 317, Anm. 13.

³³ Zur Finanzierung des EG-Haushalts aus Mehrwertsteuereinnahmen vgl. Dok. 61, Anm. 8.

³⁴ Am 28. Mai 1979 wurde der Vertrag über den Beitritt Griechenlands zu den Europäischen Gemeinschaften unterzeichnet, der am 1. Januar 1981 in Kraft trat.

Die von den Franzosen offenbar in Aussicht genommenen Preisanhebungen von 8 bis 10 % sind in diesem Rahmen nicht finanzierbar.

Thatcher zieht daraus den Schluß, daß die Preisvorschläge der Kommission daher wesentlich unter 8 bis 10 % liegen müssen. Einschneidende Begrenzung des Preisanstiegs ist auch ihre Politik, obwohl die britischen Farmer wegen des inzwischen positiven Währungsausgleichs darunter zu leiden haben.

Sie stimmt der Bemerkung *Carringtons* zu, daß eine Erzeugerabgabe ungerecht sei und daher lieber eine zusätzliche Abgabe auf Überschußgüter erhoben werden sollte. Sie warnt vor der Gefahr, daß die Abgaben wiederum zur Produktion von Überschüssen beitrügen, da sie die Finanzierung von deren Beseitigung erleichtern. In Großbritannien scheinen die Konsumenten lautstärker zu sein als in Frankreich.

Auf ihre Frage, ob *Giscard* Agrarpreisbeschlüsse vor den französischen Präsidentenwahlen³⁵ wünsche, meinen *Genscher* und *Carrington*, daß die Franzosen darauf bestehen würden. Deswegen hatten sie ja bereits eine Verbindung mit der Lösung des britischen Problems angestrebt, um eine Auseinandersetzung vor den Wahlen zu vermeiden.

Deutsch-deutsche Beziehungen

Bundeskanzler betont auf Frage *Carringtons*, daß die DDR die Frage der deutschen Staatsangehörigkeit – zu der wir einen klaren Vorbehalt gemacht haben³⁶, der vom Bundesverfassungsgericht unterstrichen wurde³⁷ – jetzt wieder als eine ihrer Abgrenzungsmaßnahmen aufbringt.³⁸ Er hat seine Reise im Sommer wegen der Lage in Polen abgesagt.³⁹ *Honecker* versucht durch harte Haltung gegenüber der Bevölkerung ein Übergreifen polnischer Entwicklungen zu verhindern und gleichzeitig der SU zu zeigen, daß er die Situation in der Hand hat. Die SU hat uns mehrfach versichert, daß sie ihrerseits für die Abgrenzungsmaßnahmen nicht verantwortlich sei.

Die Bundesregierung hat sich entschieden, Abgrenzung nicht mit Abgrenzung zu beantworten. Die DDR-Maßnahmen⁴⁰ werden voraussichtlich zu einer Halbierung des Besucherstroms in die DDR führen. Wir können nur darauf hinar-

³⁵ Die Präsidentschaftswahlen in Frankreich fanden am 26. April bzw. 10. Mai 1981 statt.

³⁶ Im „Vorbehalt zu Staatsangehörigkeitsfragen“ zum Vertrag vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR erklärte die Bundesrepublik: „Staatsangehörigkeitsfragen sind durch den Vertrag nicht geregelt worden.“ Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 426.

³⁷ In seinem Urteil vom 31. Juli 1973 zum Vertrag vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR entschied das Bundesverfassungsgericht: „Müßte der Vertrag dahin verstanden werden, daß die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik im Geltungsbereich des Grundgesetzes nicht mehr als Deutsche im Sinne des Art. 16 und des Art. 116 Abs. 1 GG behandelt werden dürften, so stünde er eindeutig im Widerspruch zum Grundgesetz. Der Vertrag bedarf daher, um verfassungskonform zu sein, der Auslegung, daß die Deutsche Demokratische Republik auch in dieser Beziehung nach dem Inkrafttreten des Vertrags für die Bundesrepublik Deutschland nicht Ausland geworden ist.“ Vgl. ENTSCHEIDUNGEN, Bd. 36, S. 30 f.

³⁸ Vgl. dazu die Rede des Generalsekretärs des ZK der SED, *Honecker*, am 13. Oktober 1980 in Gera; HONECKER, Reden, Bd. 7, S. 415–452. Vgl. dazu ferner Dok. 305.

³⁹ Zur Verschiebung des geplanten Treffens zwischen Bundeskanzler Schmidt und dem Generalsekretär des ZK der SED, *Honecker*, am 22. August 1980 vgl. Dok. 241.

⁴⁰ Zur Erhöhung des Mindestumtauschs für Besucher der DDR und Ost-Berlins aus „nichtsozialistischen Staaten“ und aus Berlin (West) ab 13. Oktober 1980 vgl. Dok. 290, Anm. 15.

beiten, daß die DDR, sobald sie meint, daß es die allgemeine Lage ihr erlaubt, wie 1974 jedenfalls einen Teil der Maßnahmen zurücknimmt⁴¹.

Er glaubt nicht, daß der Funke aus Polen überspringen wird. Aber die unsichere DDR-Führung scheint das zu fürchten.

Auf Fragen Carringtons, der betont, daß die DDR beim Besuch von StM Blaker⁴² sich strikt an die Sowjetlinie gehalten habe, meint er, daß Honecker ihn jetzt auch persönlich angreife, weil die Besuchsabsage Honeckers Statur als Parteiführer beeinträchtigt habe. Außerdem nehme er eine Bemerkung während des Wahlkampfes übel, daß wir auch für die Deutschen in der DDR mitdenken müßten. Honecker sei ein taktisch begabter Mann, aber keine souveräne Persönlichkeit. Wohl nur um uns zu ärgern, wolle er jetzt sogar als einziger in Europa keine Sommerzeit einführen.⁴³

Genscher betont, daß die DDR im Grunde das am wenigsten stabile Land Osteuropas darstelle. Der Polizeistaat sei wirksam, aber es gebe kein Nationalbewußtsein, und 83 % der Bevölkerung bezögen ihre Informationen aus dem westdeutschen Fernsehen.

Bundeskanzler: Die Bevölkerung der DDR sieht natürlich auf uns. Sie hatte sich gegen jede Hoffnung von einem Bundeskanzler-Besuch konkrete Ergebnisse erhofft. In dieser Lage muß die Bundesregierung sich sehr vorsichtig gegenüber allen Vorschlägen zu einem Abbruch der menschlichen und Handelsbeziehungen zwischen Ost und West verhalten. Es ist für uns schwierig, mit 16 Mio. Deutschen zu brechen, was im übrigen auch unsere Verantwortung für 2 Mio. Berliner berühren würde.

Erweiterung des Sicherheitsrats⁴⁴

Carrington: Die zur Zeit in den VN diskutierte Erweiterung des Sicherheitsrats auf 21 Mitglieder würde dazu führen, daß der Westen dauernd ein Veto einlegen müsse. Sie würde das Gleichgewicht innerhalb der VN grundsätzlich ändern. Er bittet um deutsche Unterstützung der ablehnenden Haltung Großbritanniens.

⁴¹ Zur Erhöhung des Mindestumtauschs für Besucher der DDR und Ost-Berlins aus „nichtsozialistischen Staaten“ und aus Berlin (West) ab 15. November 1973 vgl. Dok. 290, Anm. 20.

Mit Anordnung Nr. 2 über die Durchführung eines verbindlichen Mindestumtausches von Zahlungsmitteln vom 10. Dezember 1974 wurden Besucher der DDR, die „a) das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet haben oder b) das Rentenalter erreicht haben“, vom Mindestumtausch befreit. Vgl. GESETZBLATT DER DDR 1974, Teil I, S. 565.

⁴² Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, berichtete am 6. November 1980: „Vom 3. bis 5.11.1980 besuchte der Staatsminister im FCO, Peter Blaker, als Gast von Außenminister Fischer Berlin (Ost) und die DDR. Er führte in Berlin am 3. und 4.11. Gespräche mit Außenminister Fischer und dem stellvertretenden Außenminister Nier und besuchte anschließend Dresden. [...] In der hiesigen britischen Botschaft wurden wir über die Gespräche wie folgt unterrichtet: [...] Die Gesprächsatmosphäre sei sehr gut gewesen; besonders auch bei den gesellschaftlichen Begegnungen sei man sehr entspannt miteinander umgegangen. Auffallend sei gewesen, daß die DDR zwar zu allen internationalen Fragen starr und ohne eigene Nuancen die bekannten Positionen des Warschauer Paktes vertreten habe, jedoch für den bilateralen Bereich den Eindruck von Wärme zu erzeugen versucht und – wenn gleich ohne konkrete Vorschläge – darauf hingewiesen habe, daß hier die Möglichkeiten noch nicht ausgeschöpft seien.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1179; Referat 210, Bd. 132445.

⁴³ Zur Entscheidung der DDR, die Umstellung auf Sommerzeit für das Jahr 1981 nicht vorzunehmen, vgl. Dok. 305, Anm. 34.

⁴⁴ Zur Diskussion über die Erweiterung des VN-Sicherheitsrats vgl. Dok. 316, Anm. 28.

Genscher: Wir werden in der Frage keine aktive Rolle spielen, weder für noch gegen den Vorschlag. Wir werden schweigen, da unsere Interessen nicht direkt berührt sind. Wenn die Briten ihr Veto einlegen, werden wir sie nicht kritisieren.

Bundeskanzler: Der Sicherheitsrat wird mit mehr Mitgliedern noch schlechter funktionieren. Aber wir sind kein Mitglied und werden uns daher zurückhalten.

Deutsch-britische Konsultationen im Mai 1981

Bundeskanzler und PM Thatcher einigen sich darauf, daß die Briten für Mai 1981 zu den nächsten deutsch-britischen Konsultationen einladen.⁴⁵ Sie sind sich einig, daß dem Meinungsaustausch im engsten Kreis die größte Bedeutung zukommt. Sie werden nach einer ausgewogenen Kombination eines solchen Meinungsaustauschs mit den notwendigen Zusammentreffen anderer Minister suchen.

VS-Bd. 14083 (010)

331

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem israelischen Außenminister Shamir

310-321.11 ISR

17. November 1980¹

Gespräch des Herrn Bundesministers mit dem israelischen AM Yitzhak Shamir am 17.11.1980 von 14.30 bis 16.40 Uhr im Hause des Bundesministers des Auswärtigen²

Nach der Begrüßung durch den Herrn Bundesminister erklärte AM *Shamir*, daß er gern an sein Gespräch mit dem BM in New York anlässlich der 35. GV der VN³ anknüpfe. Er bezeichnete den Dialog mit der Bundesrepublik Deutschland als „sehr wichtig, vital und notwendig“.

Beide Gesprächspartner kamen überein, die Lage im Nahen Osten, den Golfkonflikt, die Rolle der Großmächte in der Region, Einzelfragen des Nahost-Konflikts sowie bilaterale Fragen zu erörtern.

⁴⁵ Die deutsch-britischen Regierungsgespräche fanden am 11./12. Mai 1981 in Chequers statt. Vgl. dazu AAPD 1981.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Fiedler am 18. November 1980 gefertigt, der die Weiterleitung über Staatssekretär van Well an Bundesminister Genscher „mit der Bitte um Genehmigung“ verfügte. Hat van Well am 27. November 1980 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat von Plötz am 28. November und erneut am 17. Dezember 1980 vorgelegen.

² Der israelische Außenminister Shamir hielt sich vom 16. bis 18. November 1980 in der Bundesrepublik auf.

³ Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem israelischen Außenminister Shamir am 24. September 1980 in New York vgl. Dok. 257, Anm. 15.

AM Shamir leitete das Gespräch mit einer Tour d'horizon ein. Er führte aus: Der Wahlsieg Reagans in den USA⁴ sei eine Folge der von den USA in den letzten Jahren gezeigten Schwäche, nicht zuletzt auch im Nahen Osten. Der Westen ließe sich nicht ungestraft auf Dauer herumstoßen. Es sei zu früh, ein Urteil über die Folgen für den Nahen Osten abzugeben, aber eines glaube er sagen zu können, daß die USA künftig mehr Führungskraft entwickeln würden. Diese Feststellung ermutige ihn zu der Annahme, daß es künftig einfacher sein würde, zu Lösungen im Nahen Osten zu kommen. Er hoffe auf einen Gewinn für den Friedensprozeß.

Der irakisch-iranische Konflikt⁵ habe den Traum von einer Einheit der arabisch-muslimischen Welt widerlegt. Auf eine Einheit der arabischen Welt zu hoffen, sei eine westliche Illusion. Er erwarte einen länger andauernden Antagonismus zwischen beiden Kontrahenten.

Der arabisch-israelische Konflikt sei nicht die einzige Quelle kriegesischer Verwicklungen. Selbst wenn dieser Konflikt eines Tages gelöst sei, bleibe der Streit zwischen den verschiedenen arabischen Gruppierungen. Der Golfkonflikt habe es evident werden lassen, daß Israel und Ägypten Inseln der Stabilität in der Region seien. Israel sei eine Demokratie, die einen Regierungswechsel überdauern werde. Anders verhalte es sich mit den benachbarten Diktaturen: Syrien und Irak hätten ernste innenpolitische Probleme, Libyen betreibe eine abenteuerliche Politik, Südjemen sei ein sowjetischer Satellit. Er zog daraus die Schlußfolgerung, daß die stabilen Regime mehr Unterstützung verdienten. Ein starkes Israel und Ägypten seien die notwendige Voraussetzung für Stabilität in der ganzen Region.

Bundesminister warf ein, daß Länder wie Israel und die Bundesrepublik Deutschland mehr als andere Staaten darauf zu achten hätten, wie die USA ihre Politik gestalteten. Wir fühlten uns nicht durch die Führungsrolle der USA beeinträchtigt. Wir hofften auf eine stärkere Rolle der Vereinigten Staaten und eine enge Kooperation innerhalb der Allianz. Uns schienen zwei Äußerungen von Reagan bedeutsam zu sein:

- 1) der Wunsch nach enger Konsultation mit den europäischen Freunden und
- 2) der Wille der USA, nicht schwächer sein zu wollen als jedes andere Land. Gerade dieser Teil des Programms von Reagan sei oft als Streben nach einer Überlegenheit⁶ mißverstanden worden.

Wir erwarteten, daß die künftige Administration ihre Führungsrolle mit Gelassenheit und Autorität ausfüllen werde.

In bezug auf den Nahen Osten erinnerte der BM an die vielfachen Risiken, die mit den verschiedenen Konflikten und ihrer Ausnutzung durch die SU verbunden seien. Er unterstrich, daß nach unserer Auffassung jede Instabilität den Einfluß der SU erhöhen werde. Beweis für diese These sei der syrisch-sowjeti-

⁴ Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen statt, aus denen der Kandidat der Republikanischen Partei, Reagan, als Sieger hervorging. Vgl. dazu Dok. 314, Anm. 3.

⁵ Zum Krieg zwischen Irak und Iran vgl. Dok. 316, Anm. 21.

⁶ Dieses Wort wurde handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Übergewicht“.

sche Freundschaftsvertrag⁷. Umgekehrt gelte, daß stabile Bereiche die Einflußmöglichkeit der SU reduzieren würden. Diese Erkenntnis sei auch für Israel von großer Bedeutung.

Die weitere Entwicklung im Iran könne niemand voraussagen. Das Schicksal des Schah-Regimes habe gezeigt, daß nicht allein eine starke Armee Sicherheit produziere. Hinzukommen müßten gesunde innen- und außenpolitische Verhältnisse.

In diesem Sinne begrüßten wir die Normalisierung zwischen Israel und Ägypten, die sich in dem erfolgreichen und psychologisch wichtigen Besuch des israelischen Staatspräsidenten Navon in Ägypten⁸ widerspiegelt habe.

AM *Shamir* nahm sodann zu verschiedenen Fragen des Bundesministers Stellung.

Zu Jordanien: Er glaube, daß König Hussein einen Fehler begangen habe, Irak zu Hilfe gekommen zu sein.⁹ Hussein habe sich wie 1967¹⁰ in der Stärke des vermeintlichen Partners getäuscht. Es gäbe Anzeichen für eine Opposition gegen diese Politik in Jordanien.

Zu Syrien: Syrien sei die Wiege des Antizionismus seit Anfang des Jahrhunderts. Syrien sei heute der „natürliche Verbündete der SU“. Die syrische Politik sei stärkstes Argument für die Friedenspolitik Sadats: Es sei unmöglich, Krieg gegen Israel zu führen und zu gleicher Zeit Freundschaft von den USA zu verlangen.

Zur künftigen Nahostpolitik Reagans ergänzte er: Er glaube, daß Reagan die Politik von Camp David¹¹ fortsetzen werde, weil der eingeleitete Prozeß die Interessen der USA in der Region gestärkt habe. Möglicherweise werde Reagan aber „zusätzliche Wege“ im Nahen Osten beschreiten.

Bundesminister kam auf die Bemerkungen Shamirs zum Golfkonflikt zurück. Das Kräftepotential Iraks und Irans sei sowohl überschätzt als auch unter-

⁷ Für den Wortlaut des Vertrags vom 8. Oktober 1980 zwischen Syrien und der UdSSR über Freundschaft und Zusammenarbeit vgl. UNTS, Bd. 1222, S. 343–357.

⁸ Staatspräsident Navon hielt sich vom 26. bis 30. Oktober 1980 in Ägypten auf. Botschafter Schütz, Tel Aviv, berichtete am 3. November 1980: „Israelische Presse feiert Besuch Navons rückblickend am Wochenende in überschwenglichen Tönen und mit Sentimentalität. [...] Alle Blätter sind sich darin einig, daß Navon freundlich aufgenommen wurde und das Lob für ihn über von der Höflichkeit gefordertes Maß hinausging. Hervorgehoben wird insbesondere die breite ägyptische Medienberichterstattung und vor allem die Beachtung von Navons Reden, die öffentliche Beflagung mit israelischen Fahnen und der Eindruck, den Navon mit seinem fließenden Arabisch und seinen Landes- und Kulturkenntnissen erzielt habe. [...] In der Würdigung der sachlichen Ergebnisse und der politischen Bewertung des Besuchs gehen die Ansichten der israelischen Presse auseinander.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1006; Referat 310, Bd. 125008.

⁹ Zur Haltung Jordaniens bezüglich des Kriegs zwischen Irak und Iran vgl. Dok. 288, Anm. 16.

¹⁰ Am 5. Juni 1967 griffen israelische Streitkräfte ägyptische Truppen auf der Sinai-Halbinsel an. Am selben Tag erklärten unter anderem Irak, Jordanien und Syrien Israel den Krieg. Am 6. Juni nahm Israel den Gaza-Streifen und den jordanischen Teil von Jerusalem ein. Am selben Tag ordnete das Oberkommando der ägyptischen Streitkräfte die Sperrung des Suez-Kanals an. Die Kampfhandlungen fanden am 10. Juni 1967 mit der Besetzung der Sinai-Halbinsel und des Gebietes westlich des Jordans durch Israel ein vorläufiges Ende. Der Suez-Kanal blieb zunächst für die Schifffahrt gesperrt. Vgl. dazu AAPD 1967, II, Dok. 207 und Dok. 208.

¹¹ Zum Camp-David-Prozeß vgl. Dok. 13, Anm. 13.

schätzt worden. Iran habe die für die Freilassung der Geiseln günstige Stunde vor dem US-Wahlkampf verpaßt.¹²

AM Shamir meinte, daß die Geiseln als Faustpfand auch nach den US-Wahlen eine Rolle für den Iran spielen könnten. Für Irak werde die Lage hingegen immer schwieriger, je länger der Konflikt andauere. Saddam Hussein sei gefährlich. Er strebe wie Nasser eine Führerrolle in der arabischen Welt an.

Auf die Frage des Bundesministers nach der Zukunft des Friedensprozesses erwiderte AM Shamir, daß Israel Camp David weiterhin als Grundlage seiner Friedensbemühungen ansehen werde. Die Autonomie für die Palästinenser sei als eine Übergangslösung konzipiert. Was danach komme, solle wegen der präjudiziellen Wirkung von Erklärungen jetzt nicht laut erörtert werden. In jedem Fall sehe der Camp-David-Rahmen nach Ablauf von drei Jahren bekanntlich Verhandlungen vor.¹³

AM Shamir bekräftigte, daß es einen PLO-Staat zwischen Israel und Jordanien nicht geben werde. Die Palästinenser hätten in Jordanien bereits einen Staat, der 80 % des ursprünglichen Mandatsgebietes Palästina umfasse. In Jordanien hätten die Palästinenser Befriedigung ihrer nationalen Existenz gefunden. Nur das Königs Haus sei nicht palästinensisch. Aber Hussein sei bereits in Palästina/Jordanien geboren. Die Palästinenser im Westjordanland wollten nicht unter Fremdherrschaft leben. Israel verstehe dies und habe deshalb unter Berücksichtigung seiner Sicherheit eine Autonomie für die Bevölkerung angeboten. Das Autonomie-Konzept sei vernünftig. Die Palästinenser sollten ermutigt werden, es anzunehmen.

Die Ursache für die Schwierigkeiten bei den Autonomieverhandlungen sehe er vor allem bei den Europäern, die mehr anböten, als sie liefern könnten, und nur falsche Hoffnungen erweckten.

Zur PLO führte AM Shamir aus, daß diese in letzter Zeit nicht zuletzt unter dem Eindruck des Golfkonflikts an Bedeutung verloren habe. Sie sei gegenwärtig weder zum Krieg noch zum Frieden fähig. Die einzigen, die die PLO noch

¹² Zur Frage der Freilassung der in Teheran als Geiseln festgehaltenen Angehörigen der amerikanischen Botschaft vgl. Dok. 329, Anm. 38.

¹³ Im gemeinsamen Schreiben des Präsidenten Sadat und des Ministerpräsidenten Begin vom 26. März 1979 an Präsident Carter zum Friedensvertrag vom selben Tag zwischen Ägypten und Israel waren mehrere Phasen einer Autonomie-Regelung für das Westjordanland und den Gaza-Streifen vorgesehen. Einen Monat nach dem Austausch der Ratifizierungsurkunden sollten Verhandlungen aufgenommen und innerhalb eines Jahres zum Abschluß gebracht werden. Danach sollte eine Übergangsperiode von fünf Jahren beginnen. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 1136, S. 225 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 248 f.

Zu den Gesprächen zwischen Ägypten und Israel über eine Autonomie der palästinensischen Gebiete vgl. Dok. 247, Anm. 9 und 16, sowie Dok. 257, Anm. 19.

Botschafter Hille, Kairo, berichtete am 18. November 1980: „1) Der gestrige Abschluß der eintägigen Autonomieverhandlungen auf technischer Ebene wird von ‚Al Akhbar‘ als einziger Zeitung gemeldet. Auf der sechsten Seite heißt es lapidar: ‚Ägypten bekräftigte seine grundsätzliche Haltung zu Jerusalem und den israelischen Siedlungen sowie zu vertrauensbildenden Maßnahmen für die Palästinenser und zur Notwendigkeit des israelischen Rückzugs aus allen besetzten Gebieten.‘ 2) Das ostentative Desinteresse der gelenkten Presse für das von Ägypten für überflüssig gehaltene Treffen ist bezeichnend. Man spricht hier anders als in Washington und Jerusalem die wohl in allen drei Hauptstädten geteilte Auffassung offen aus, daß Fortschritte bei den Autonomieverhandlungen auf absehbare Zeit nicht zu erwarten sind.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1825; Unterabteilung 31, Bd. 135602.

ernst nähmen und künstlich am Leben hielten, seien die Europäer. Das Treffen zwischen der europäischen Präsidentschaft¹⁴ und der PLO-Präsidentschaft der Arabischen Liga vor wenigen Tagen in Luxemburg¹⁵ habe dies verdeutlicht. Er fühle sich verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß der Widerstand der PLO gegen den Friedensprozeß nur dann abnehmen werde, wenn sie keine Unterstützung mehr von außen erhalte. Hilfe für die PLO sei kontraproduzent.

Sadat habe kürzlich gesagt, daß man im Nahen Osten Geduld haben müsse. Dies habe die EG nicht erkannt. Wie Ägypten müßten sich auch andere Länder zu dem Prinzip „no war“ bekennen. Auf dieser Grundlage würden sich Lösungen finden.

Auf die weitere Frage des *Bundesministers*, wie der Minister sich die Lösung nach Ablauf der Übergangszeit vorstelle, antwortete AM Shamir, daß es einen Kompromiß geben werde. Eine „constructive ambiguity“ oder „vagueness“ sei für die Wahrung eines politischen Spielraums erforderlich. Übergangslösungen würden eine endgültige Regelung erleichtern. Es sei heute verfrüht, dazu Stellung zu nehmen, was nach der Übergangszeit komme. Niemand wisse, wer dann die Regierung in Israel stelle. Nach dem Camp-David-Rahmen sei Israel verpflichtet, mit Jordanien zu verhandeln. Wegen der Grenzen werde es Schwierigkeiten geben. Alle Optionen seien offen.

Bundesminister erläuterte sodann unsere bekannte Position zum Selbstbestimmungsrecht, die AM Shamir nicht hinreichend klar zu sein schien. Bundesminister erinnerte daran, daß wir dem palästinensischen Volk nicht vorenthalten könnten, was wir für unser eigenes Volk forderten. Er betonte insbesondere unter Berufung auf seine Rede anläßlich des Besuches AM Dayans Anfang September 1979¹⁶ und unter Bezugnahme auf Ziffer 6 und 7 der Venedig-Erklärung¹⁷, daß die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts nach unserem Selbstverständnis nur unter Berücksichtigung der Rechte und Interessen anderer (Vergleich mit dem Brief zur Deutschen Einheit¹⁸) und im Rahmen einer umfassenden Lösung möglich sei, der alle betroffenen Parteien zustimmen. Er sehe insoweit keinen Unterschied zur Rede des Bundeskanzlers anläßlich des

¹⁴ Die EG-Ratspräsidentschaft hatte vom 1. Juli bis 31. Dezember 1980 Luxemburg inne.

¹⁵ Zur Wiederaufnahme des Europäisch-Arabischen Dialogs am 12./13. November 1980 in Luxemburg vgl. Dok. 316, Anm. 20.

¹⁶ Der israelische Außenminister Dayan hielt sich vom 9. bis 11. September 1979 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 260 und Dok. 261.

Für den Wortlaut der Tischrede des Bundesministers Genscher am 10. September 1979 vgl. BULLETIN 1979, S. 965 f.

¹⁷ Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats vom 12./13. Juni 1980 über den Nahen Osten vgl. BULLETIN DER EG 6/1980, S. 10 f. Vgl. dazu auch Dok. 177.

¹⁸ Im „Brief zur deutschen Einheit“, der anläßlich der Unterzeichnung des Moskauer Vertrags vom 12. August 1970 im sowjetischen Außenministerium übergeben wurde, stellte die Bundesregierung fest, „daß dieser Vertrag nicht im Widerspruch zu dem politischen Ziel der Bundesrepublik Deutschland steht, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt“. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 356.

Einen wortgleichen Brief richtete Staatssekretär Bahr, Bundeskanzleramt, an den Staatssekretär beim Ministerrat der DDR, Kohl, anläßlich der Unterzeichnung des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 425.

85. Geburtstages von Nahum Goldmann in Amsterdam¹⁹, wie Shamir anzunehmen scheine.

Zu unserer Haltung zur PLO bemerkte der Bundesminister, daß, wenn sie von der Unterstützung der Neun abhinge, dann gäbe es sie gar nicht mehr. Unsere Position habe sich nicht geändert. Die Haltung der Bundesregierung zur PLO bestimme sich weiterhin danach, welche Position die PLO ihrerseits zur Frage des Rechtes Israels einnehme, in anerkannten und gesicherten Grenzen zu leben.

AM Shamir antwortete, daß die PLO im Gegensatz zu den konstruktiven Faktoren im Nahen Osten zu den destruktiven zu rechnen sei. Die PLO beinhalte die Liquidation Israels. Ihr hafte der Geruch des Todes an. Wörtlich: „Sie müssen dies verstehen.“ Reagan, der die Zusammenhänge begriffen habe, ermutige Israel, auf seinem Wege der Ablehnung der PLO fortzufahren. Die EG stehe zu Reagans Meinung im Gegensatz.

Hinsichtlich des Selbstbestimmungsrechts lehne er Analogien zwischen den Realitäten des Nahen Ostens und denen, die in anderen Regionen bestehen, ab. Er habe zwar Verständnis für den Wunsch des deutschen Volkes nach Selbstbestimmung. Dieses Konzept ließe sich aber nicht ohne weiteres anderswo anwenden. Die Selbstbestimmung für die palästinensischen Araber werde auf Kosten der Gefährdung der Existenz Israels gehen. Genauso, wie es gelungen sei, Beziehungen zur größten arabischen Nation, Ägypten, herzustellen, müsse es auch zu einer unmittelbaren Verständigung mit den restlichen Nachbarn kommen. Einen anderen Weg gebe es nicht. Unter Anspielung auf die EG-Friedensbemühungen fügte er hinzu, er könne keinen Beschlüssen zustimmen, die erarbeitet worden seien, ohne daß man sie vorher mit Israel besprochen habe.

Abschließend kam AM Shamir auf die Stimmenthaltung der Neun während der SGV der VN zu sprechen, die andere Regionen wie Südamerika ermutigt habe, sich gleichfalls der Stimme zu enthalten.²⁰

Bundesminister legte unsere Haltung dar, die in der Stimmerkklärung der Neun zum Ausdruck gebracht worden sei.

Herr D3²¹ gab hierzu nähere Erläuterungen, Herr D4²² zu unserer Haltung in der Frage des Beobachterstatus der PLO im IMF.²³

¹⁹ Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Schmidt am 8. Juli 1980 vgl. BULLETIN 1980, S. 697–699.

²⁰ Zur Notstandssondertagung der VN-Generalversammlung über Palästina vom 22. bis 29. Juli 1980 in New York vgl. Dok. 222, Anm. 3.

²¹ Walter Gorenflos.

²² Per Fischer.

²³ Vortragender Legationsrat I. Klasse Möhler vermerkte am 27. November 1980: „In der Frage, ob die PLO Beobachter bei den Jahresversammlungen von IWF und Weltbank sein kann, bestehen bisher unüberbrückbare Gegensätze zwischen den USA einerseits und den arabischen Ländern andererseits. Die USA haben sich mit Unterstützung der EG-Länder und der meisten übrigen westlichen Länder gegen eine Zulassung der PLO als Beobachter [...] gewehrt, weil die PLO nicht die Voraussetzungen erfüllt, um als Beobachter zugelassen zu werden. Demgegenüber drängen die arabischen Länder mit Unterstützung des größten Teils der Mitglieder der Gruppe 77 auf eine Zulassung der PLO als Beobachter. [...] Wenn es nicht gelungen wäre, auf amerikanisches Betreiben im schriftlichen Verfahren in den beiden Gouverneursräten von IWF und Weltbank noch im September eine Entschließung durchzusetzen, welche der PLO den Zugang als Beobachter zur Jahresversammlung verwehrte, wäre die amerikanische Zustimmung zur 7. Quotenerhöhung des IWF und zur Aufstok-

Der *Bundesminister* fuhr fort, er kenne keinen Fall, wo Israel sich nicht auf uns habe verlassen können. Dabei werde es bleiben.

Es wurde vereinbart, die Gespräche am 18.11.1980 über verschiedene Einzelaspekte der deutsch-israelischen Beziehungen fortzusetzen.²⁴

Referat 010, Bd. 178811

332

Aufzeichnung des Botschafters Ruth

220-370.73/10 LRTNF-1952/80 geheim

18. November 1980¹

Herrn Staatssekretär²

Zweck der Vorlage: Zur Information

Betr.: Amerikanisch-sowjetische Gespräche zur Begrenzung nuklearer Mittelstreckensysteme;
hier: Abschluß der ersten Gesprächsrunde

In Ergänzung der bisherigen amerikanischen Mitteilungen vom 24.10., 5.11. und 10.11.³ unterrichtete uns die amerikanische Botschaft am 17.11. über den Abschluß der ersten Runde der amerikanisch-sowjetischen Gespräche zur Be-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1727

kung des Kapitals der Weltbank ernsthaft in Gefahr geraten. Andererseits weigern sich die arabischen Überschußländer, dem IWF und der Weltbank zusätzliche Mittel zur Verfügung zu stellen, solange die Frage der Beobachterstellung der PLO nicht geklärt ist.“ Vgl. Referat 412, Bd. 122397.

²⁴ Im Gespräch mit Bundesminister Genscher am 18. November 1980 bezeichnete der israelische Außenminister Shamir „die Zunahme von antisemitischen Zwischenfällen in Westeuropa als besorgniserregend. Seit Beginn des Jahres 1980 seien mehr als 500 Fälle zu verzeichnen gewesen. Die größte Steigerungsrate habe sich in Frankreich und Großbritannien ergeben. In diesem Zusammenhang habe die israelische Regierung keinen Zweifel, daß Querverbindungen zur PLO existierten. [...] Der BM versicherte, er teile die israelische Sorge über die Ausbreitung des Antisemitismus, ganz unabhängig davon, ob hier eine Mitwirkung der PLO vorliege oder nicht. [...] Botschafter Meroz bat um Prüfung, ob die deutsche Kapitalhilfe an Israel nicht erhöht werden könne. Ersatzweise schwebten ihm Umschuldungsmaßnahmen vor. Israels Ausgaben seien gerade infolge seiner konkreten Friedensbemühungen wesentlich gestiegen. In diesem Zusammenhang wolle er beispielsweise die Umsiedlung von Siedlern aus dem Sinai nennen. Der BM erklärte, bekanntlich habe er sich zur Zeit seines Amtsantritts als Außenminister entschlossen und erfolgreich gegen eine Streichung der Kapitalhilfe an Israel eingesetzt. D4 erläuterte unsere alles andere als günstige Haushaltslage. Diese zwänge uns in weiten Bereichen, Kürzungen vorzunehmen. Davon bliebe auch die Entwicklungshilfe nicht unberührt. Angesichts der gegenwärtigen Haushaltssituation seien neue Leistungen sehr schwierig.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178811.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Citron und Vortragendem Legationsrat Ritter von Wagner konzipiert.

² Hat Staatssekretär van Well am 18. November 1980 vorgelegen.

³ Zur Unterrichtung der Bundesregierung durch die USA am 24. Oktober sowie 5. und 10. November 1980 bezüglich der amerikanisch-sowjetischen Gespräche über Mittelstreckensysteme in Genf vgl. Dok. 290, Anm. 6, Dok. 314, Anm. 16, und Dok. 321, Anm. 12.

grenzung nuklearer Mittelstreckensysteme. Zusammenfassend ist folgendes festzustellen:

1) Form und Rahmen

Die erste Runde der Gespräche hat am 17.10.1980 in Genf begonnen und ist formell am 17.11.1980 zu Ende gegangen. Die unter der Leitung des stellvertretenden ACDA-Direktors Keeny und des früheren stellvertretenden Leiters der sowjetischen SALT-Delegation, Karpow, stehenden Delegationen sind regelmäßig zu Plenarsitzungen zusammengetroffen; dazwischen haben – nach Bedarf und der bisherigen SALT-Praxis entsprechend – Vier-Augen-Gespräche der Delegationsleiter stattgefunden.

Die Atmosphäre der Gespräche wird von amerikanischer Seite als freundlich und sachlich bezeichnet. Über den Verlauf und die Substanz wurde gegenüber der Öffentlichkeit Vertraulichkeit gewahrt. Die amerikanische Seite ist sehr bemüht, den Sowjets keinen Vorwand zu liefern, diese Vertraulichkeit zu brechen.

2) Amerikanische Position

Der in der Allianz abgestimmten Verhandlungsposition entsprechend haben die Amerikaner dargelegt:

- weshalb landgestützte nukleare Mittelstreckenraketen im Mittelpunkt der Gespräche stehen sollten;
- die Bedeutung des Prinzips der Gleichheit für die Begrenzung der Zahl der Sprengköpfe auf einem möglichst niedrigen Niveau;
- die Notwendigkeit eines weltweit gültigen Abkommens mit besonderen Beschränkungen für Waffen, welche die Stabilität in Europa berühren (Hinweis auf strategische Einheit des Bündnisterritoriums⁴).

3) Sowjetische Position

Demgegenüber haben die Sowjets in den ersten vier Plenarsitzungen ihre Position nur sehr allgemein dargelegt und dabei die Befürchtung bestätigt, daß sie ihre Argumentation auf der Grundlage einer umfassenden Maximalposition aufzubauen trachten. Teils in Wiederholung, teils in Ergänzung und Konkretisierung dieses maximalistischen Ansatzes haben sie in den beiden letzten Sitzungen am Ende der Runde einen Freeze vorgeschlagen und dabei wie folgt argumentiert:

- Ausgangspunkt sei, daß ein Gleichgewicht bereits bestehe und daß neue NATO-Mittelstreckenwaffen dieses Gleichgewicht stören und einen Rüstungswettlauf in Gang setzen würden.
- Dem Breschnew-Vorschlag vom 6. Oktober 1979⁵ entsprechend, den sie mehrfach als einen weiterhin gültigen Verhandlungsansatz bezeichnet hätten, variierten die Sowjets ihre Überlegungen wie folgt: Man solle sich sofort darüber verständigen, daß keine der beiden Seiten die Gesamtzahl der wichtigsten nuklearen Waffen (principal nuclear arms) auf dem europäischen Kontinent

⁴ Vgl. dazu Artikel 5 und 6 des Nordatlantikvertrags vom 4. April 1949; BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 290.

⁵ Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin vgl. Dok. 29, Anm. 5.

über das gegenwärtige Niveau hinaus erhöhe. Sie seien dann auch zu einer phasenweisen Verminderung bereit.

In die genannte Gesamtzahl bezogen⁶ die Sowjets ein

- auf seiten der NATO: Träger-gestützte Flugzeuge, ferner FB-111, F-111, F-4 sowie die U-Boot-gestützten Kernwaffen, die der NATO assigniert sind;
- auf der sowjetischen Seite: nur landgestützte Mittelstreckenraketen und Bomber mittlerer Reichweite.

Die Sowjets wiesen ferner darauf hin, daß die britischen und die französischen Systeme einbezogen (be taken into account) werden müßten.

4) Amerikanische Gegenposition

Die amerikanische Seite ist den sowjetischen Vorstellungen, die den Rüstungskontrollprinzipien des Doppelbeschlusses vom 12.12.1979 und der amerikanischen Position, wie sie in der SCG entwickelt wurde, zuwiderlaufen, wie folgt entgegengetreten:

- Jeder Versuch, den einseitigen sowjetischen Vorsprung bei landgestützten nuklearen Mittelstreckenraketen zu verewigen und zu legitimieren, sei unannehmbar.
- Eine Ausweitung des Verhandlungsgegenstandes von Anfang an würde das Erzielen zeitgerechter Ergebnisse von Grund auf erschweren, wenn nicht überhaupt in Frage stellen.

5) Vorläufige amerikanische Bewertung der ersten Runde

- Insgesamt stellte die Runde einen substantiven ersten Schritt dar, mit dem beide Seiten die wesentlichen Elemente ihrer Verhandlungsansätze einigermaßen detailliert vorgetragen haben. Dabei traten erwartungsgemäß wesentliche Unterschiede in diesen Ansätzen zutage.
- Der sowjetische Ansatz sei ungerechtfertigt; er würde jegliche Hoffnung auf baldigen Fortschritt bei der Verminderung von nuklearen Mittelstreckensystemen zerstören.
- Die sowjetische Position stelle im Ergebnis wenig mehr als eine Variante des unausgeglichene Breschnew-Vorschlages vom 6. Oktober 1979 dar. Die SU ziele darauf ab, die Modernisierung der NATO-Mittelstreckensysteme zu verhindern, ohne die gegenwärtige Stationierung sowjetischer SS-20-Raketen zu beeinträchtigen, ja weitere Dislozierungen von SS-20 und Backfire zu ermöglichen und damit die sowjetische Überlegenheit zu verewigen.
- Der sowjetische Ansatz basiere auf der Behauptung, ein Gleichgewicht existiere bereits. Er bezieht Systeme mit ein, die in SALT bereits begrenzt sind, und zähle auch britische und französische Systeme auf der amerikanischen Seite. Demgegenüber werden sowjetische Systeme, die den einbezogenen amerikanischen vergleichbar sind, ausgelassen.
- Der sowjetische Ansatz beabsichtige ein Einfrieren von äußerst ungleichartigen Systemen zu Lasten der NATO anstelle von Reduzierungen, während der amerikanische Vorschlag auf die alsbaldige weltweite und gleiche Ver-

⁶ Korrigiert aus: „zogen“.

minderung der bedrohlichsten Systeme auf einem möglichst niedrigen Niveau abzielt.

- Der sowjetische Ansatz bringe schwerwiegende Definitions-, Verifikations- und Vergleichsprobleme mit sich, die jegliche Aussicht auf baldige Rüstungskontrollresultate bei den nuklearen Mittelstreckensystemen tatsächlich vereiteln würden.
- Trotz großer Unterschiede in den Grundpositionen seien die Gespräche nützlich gewesen, um die sowjetische Position zu klären, und hätten Gelegenheit geboten, den westlichen Standpunkt energisch vorzutragen.

Damit sei der Hauptzweck der ersten Runde erreicht worden, die Haltung der Gegenseite besser zu verstehen.

Die vorstehende amerikanische Bewertung ist deutlich darauf abgestellt, als Richtlinie für eine evtl. notwendig werdende öffentliche Stellungnahme zu dienen, falls die sowjetische Seite sich nicht an die vereinbarte Vertraulichkeit halten sollte. Insofern bedarf die amerikanische Bewertung der Ergänzung.

II. Bewertung

1) Wir bewerten es als positiv, daß die erste Gesprächsrunde zum gegenwärtigen Zeitpunkt überhaupt zustande gekommen ist. Für die Änderung der ursprünglich gänzlich negativen sowjetischen Haltung gegenüber dem amerikanischen Verhandlungsangebot gibt es unterschiedliche Gründe, z. B.:

- Einsicht der Sowjets, durch ihre Ablehnung des westlichen Verhandlungsvorschlags den Nachrüstungsbeschluß der NATO nicht mehr zu Fall bringen zu können, und ihre Erkenntnis, nur über Verhandlungen das Maß der LRTNF-Modernisierung der Allianz beeinflussen zu können.
- Überlegung – angesichts des unvorhersehbaren Wahlausgangs in den USA⁷ –, daß es für eine neue Regierung einfacher sein werde, einen bereits in Gang befindlichen Gesprächsprozeß fortzusetzen, als einen neuen zu beginnen.

2) Der Aufbau einer sowjetischen Maximalposition kommt nicht unerwartet. Auffällig ist, daß die östliche Delegation die nach dem Dezemberbeschluß vorgesehenen amerikanischen GLCM und Pershing II in der Aufzählung der verhandelbaren westlichen Systeme überhaupt nicht aufführt. Sie versucht dadurch, ihre These vom bereits bestehenden Gleichgewicht zu untermauern und gleichzeitig jeglichen Eindruck zu vermeiden, man habe auf östlicher Seite die westliche Modernisierung der Mittelstreckensysteme – und sei es nur aus rechnerischen Gründen – akzeptiert. Das sowjetische Ziel, die westliche Nachrüstung, falls möglich, zu vereiteln, besteht nach wie vor uneingeschränkt fort.

3) Der erst am Ende der ersten Runde eingebrachte sowjetische Vorschlag, in Anlehnung an Breschnews Rede vom 6.10.1979 einen Freeze für nukleare Mittelstreckensysteme in Europa zu vereinbaren, bleibt in der Substanz sogar erheblich dahinter zurück, da Breschnew seinerzeit immerhin angeboten hatte, die Nicht-Dislozierung westlicher Mittelstreckenraketen durch eine Ausdünnung der in den europäischen Gebieten der Sowjetunion stationierten sowjetischen Raketen zu honorieren.

⁷ Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen statt, aus denen der Kandidat der Republikanischen Partei, Reagan, als Sieger hervorging. Vgl. dazu Dok. 314, Anm. 3.

Das erneute Vorbringen der Sowjets in Genf entspricht ihrer Darstellung, die sie bereits beim BK/BM-Besuch in Moskau⁸ gegeben und inzwischen mehrfach wiederholt haben: Der Breschnew-Vorschlag sei die sauberste und logischste Lösung des Mittelstreckenproblems für Europa. Letztlich dient auch dieser Vorschlag nur der Abrundung der maximalistischen Ausgangsposition der Sowjetunion, die ohnehin derzeit nicht mit schnellen Ergebnissen rechnet.

Eine Verwirklichung dieses Vorschlages würde nicht nur das gegenwärtige Übergewicht der Sowjets auf dem Gebiet der nuklearen Mittelstreckenraketen perpetuieren und kodifizieren, sie würde den Sowjets sogar erlauben, dank der großen Reichweite ihrer Mittelstreckenraketen die Bedrohung Europas von Dislozierungsorten außerhalb Europas weiter zu erhöhen.

III. Abschluß der Runde und Fortsetzung des Gesprächsprozesses

1) Laut amerikanischer Unterrichtung wurden zum Ende der ersten Runde zwei getrennte Pressemitteilungen herausgegeben.

Wie zu Beginn der Gespräche bestanden die Sowjets auch jetzt darauf, den Anwendungsbereich der Gespräche auf „Kernwaffen in Europa“ zu beschränken. Wie damals haben die Amerikaner diese Einschränkung nicht akzeptiert und statt dessen eine eigene kurze Erklärung abgegeben.

2) Beide Erklärungen enthalten den Hinweis, daß ein Datum für die Wiederaufnahme (resumption) der Gespräche im nächsten Jahr vereinbart wird.⁹

3) Die öffentlichen Erklärungen beschränken sich im übrigen darauf, die erste abgeschlossene Runde der Gespräche als ernsthaft und businesslike zu charakterisieren und zu betonen, daß sie zum Verständnis der Positionen der Gegenseite beigetragen hätte.

4) Wir haben mit dem amerikanischen Vorsitzenden der SCG¹⁰ vereinbart, daß die Bundesregierung zum Abschluß der ersten Gesprächsrunde kurz positiv Stellung nimmt und dabei mit Befriedigung zur Kenntnis nimmt, daß über den Zeitpunkt der Fortsetzung der Gespräche über die Begrenzung von nuklearen Mittelstreckensystemen Konsultationen zwischen den USA und der Sowjetunion stattfinden werden.

5) Eine genaue Analyse der sowjetischen Verhandlungsposition und eine Erörterung des weiteren Vorgehens wird im Rahmen der nächsten SCG-Sitzung am 24.11. in Brüssel erfolgen.¹¹

Ruth

VS-Bd. 11354 (220)

⁸ Zum Besuch des Bundeskanzlers Schmidt und des Bundesministers Genscher am 30. Juni und 1. Juli 1980 in der UdSSR vgl. Dok. 192–195.

⁹ Am 23. September 1981 vereinbarten der amerikanische Außenminister Haig und der sowjetische Außenminister Gromyko in New York, die Gespräche über Mittelstreckensysteme in Genf wieder aufzunehmen. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1981, D 561 f.

Die INF-Verhandlungen begannen am 30. November 1981 in Genf. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 2073 des Botschafters Ruth, z. Z. Brüssel, vom 10. Dezember 1981 an das Auswärtige Amt, sowie die Drahtberichte Nr. 2136 und Nr. 2137 des Botschafters Wieck, Brüssel (NATO), vom 18. Dezember 1981 an das Auswärtige Amt; AAPD 1981.

¹⁰ Reginald Bartholomew.

¹¹ Botschafter Ruth, z. Z. Brüssel, berichtete am 24. November 1980 über die Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO am selben Tag: „Amerik[anischer] Vorsitzender betonte, öffentliche

333

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit VN-Generalsekretär Waldheim in New York

19. November 1980¹

Verschlossen

I. Bei einem Frühstück in der Waldheim-Residenz² im kleinen Kreis sprachen der Bundeskanzler und der UN-GS am 19.11.80 über Iran, Irak, Afghanistan, Namibia und Nahost, über die Aussichten der Entspannungspolitik nach Carter³ sowie den Globaldialog. Das Gespräch, das in ausgesprochen freundschaftlich-lockerer Atmosphäre stattfand und weitgehend auf deutsch geführt wurde, dauerte statt der vorgesehenen einen volle zwei Stunden. Teilnehmer waren auf deutscher Seite neben dem Bundeskanzler StS Bölling, MD Dr. Schulmann und Botschafter Jelonek und auf der anderen Seite von Waldheim USG⁴ Ripert (Frankreich) und Kabinettschef Rohan. Präsident von Wechmar war ebenfalls anwesend.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1732

Äußerungen bezeugten, daß auch die neue Administration den SALT-Prozeß fortsetzen und an enger Allianzkonsultation festhalten werde. Der Doppelbeschluß des Bündnisses vom 12.12.1979 sei in den USA unumstritten. [...] Sowjetische Gesprächsführung zeige, daß Moskau weiterhin darauf abziele, Implementierung des Modernisierungsbeschlusses zu behindern; Rüstungskontrollergebnisse seien daher davon abhängig, daß die SU erkenne, daß Begrenzungen der LRTNF nur durch Verhandlungen bei Beachtung des Prinzips der Gleichheit und Parität erzielt werden können. [...] Es wurde als positiv vermerkt, daß SU sich bisher an die vereinbarte Vertraulichkeit der Verhandlungen gehalten habe. Für den Fall, daß Moskau seine Argumentation, die LRTNF-Modernisierung der Allianz sei nicht notwendig, da angeblich bereits Gleichgewicht bestehe, in die Öffentlichkeit trage, müßten die Bündnispartner auf der Grundlage der Allianzposition auf die Schwächen der sowjetischen Argumentation hinweisen. Die SCG setzte sich kritisch mit dem am Ende der Genfer Gespräche von der SU eingebrachten Freeze-Vorschlag auseinander. Übereinstimmend wurde betont, daß ein Freeze [...] den Allianzinteressen und -zielsetzungen entgegenlaufe und deshalb unannehmbar sei.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1693; VS-Bd. 10370 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Botschafter Jelonek, z.Z. Bonn, am 25. November 1980 gefertigt und am selben Tag von Ministerialdirektor Schulmann, Bundeskanzleramt, an Bundeskanzler Schmidt weitergeleitet. Dazu vermerkte Schulmann: „Hiermit lege ich Ihnen den Vermerk von Botschafter Jelonek zur Genehmigung vor. Er ist von mir in einigen Punkten in Ziffer 6 (Nord-Süd-Dialog) korrigiert worden. AA, BMF, BMWi und BMZ haben auf Arbeitsebene vorab Kopie der Ziffer 6 bekommen.“

Hat Vortragendem Legationsrat Peters, Bundeskanzleramt, am 25. November 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „BK m[it] d[er] B[itt]e u[m] Billigung.“

Hat Verwaltungsangestelltem Bruns, Bundeskanzleramt, am 25. November 1980 vorgelegen.

Hat Schmidt am 26. November 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Nicht gelesen.

2) Kopie z[u] d[en] A[kten] p[ri]vat[] (S[ammlun]g) bei mir.“

Hat Peters und Bruns am 26. November 1980 erneut vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Helmut-Schmidt-Archiv, 1/HSAA 006762.

² Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 18. bis 21. November 1980 in den USA auf. Vgl. dazu auch Dok. 335 und Dok. 337.

³ Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen statt, aus denen der Kandidat der Republikanischen Partei, Reagan, als Sieger hervorging. Vgl. dazu Dok. 314, Anm. 3.

⁴ Under-Secretary General.

1) Iran/Irak⁵

Waldheim berichtete, daß der SR nicht in der Lage gewesen sei, sich auf eine drastische Resolution mit Feuereinstellungsappell und Truppenrückzugsforderung zu einigen.⁶ Der UN-GS sei statt dessen um seine guten Dienste und die Entsendung eines Sonderbeauftragten gebeten worden. Olof Palme, der dankenswerterweise schnell zugesagt habe, sei bereits in Teheran und werde mit Bani Sadr und Rajai zusammentreffen.⁷ Hinsichtlich eines schnellen Erfolgs dieser Mission mache sich Waldheim keine Illusionen. Er rechne mit einem langen Prozeß, in dem man evtl. über Teillösungen mit Goodwill-Charakter zur Beendigung des Konfliktes kommen könne. Wichtig sei, daß die Iraner nach langer Verweigerung mit dem Besuch Rajais die UNO wiederentdeckt hätten.⁸

2) Afghanistan

Waldheim berichtete, daß die in der GV z.Z. debattierte neue Afghanistan-Resolution⁹ ihn ebenfalls auffordere, einen Sonderbeauftragten zu entsenden. Die Russen opponierten, hätten ihm gegenüber aber durchblicken lassen, daß sie

⁵ Zum Krieg zwischen Irak und Iran vgl. Dok. 316, Anm. 21.

⁶ Für den Wortlaut der Resolution Nr. 479 des VN-Sicherheitsrats vom 28. September 1980 zum Krieg zwischen Irak und Iran vgl. RESOLUTIONS AND DECISIONS 1980, S. 23.

⁷ Botschafter Thomas, Stockholm, berichtete am 2. Dezember 1980: „1) Im schwedischen Außenministerium wurden wir heute unterrichtet, daß Olof Palme am vergangenen Wochenende von seiner Mittelost-Reise und nach Berichterstattung in New York bei GS Waldheim nach Stockholm zurückgekehrt ist. 2) Auf unsere Frage zu den Ergebnissen und zur schwedischen Lagebeurteilung reagierte Gesprächspartner recht verschlossen. Einerseits ließ er durchblicken, daß Olof Palme gegenwärtig die Unterrichtung Dritter sehr kurz zu halten wünsche, um Mission nicht frühzeitig zu gefährden. [...] Andererseits ließen seine Darlegungen erkennen, daß über bisherigen Erfolg der Mission auch kaum Aussagewertes mitzuteilen ist.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 342; Referat 311, Bd. 137600.

⁸ Botschafter Jelonek, New York (VN), berichtete am 17. Oktober 1980: „Iranischer MP hat in Auftritt vor dem SR heute (17.10.) abend Bemühungen der VN um Vermittlung im Konflikt Iran/Irak desavouiert und keinerlei Anzeichen erkennen lassen, daß Iran zur Zeit bereit sein könnte, mit den USA über Geiselfrage zu sprechen. In anschließender Pressekonferenz verneinte Rajai Frage, ob er mit Angehörigen der US-Administration zusammentreffen werde. [...] Obwohl sich die verbalen Angriffe Rajais im wesentlichen auf die USA richteten, versuchte er Distanz auch zur SU zu bewahren, indem er zum Beispiel feststellte, Iran werde seinen Befreiungskampf vom westlichen Kolonialismus nicht durch ein Zusammengehen mit östlichem Kolonialismus erkaufen. [...] Feuereinstellung zum gegenwärtigen Zeitpunkt lehnte Rajai ab.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2846; Referat 311, Bd. 137600.

⁹ Zur geplanten Resolution der VN-Generalversammlung über Afghanistan vgl. Dok. 326, Anm. 17. Botschafter Jelonek, New York (VN), berichtete am 20. November 1980 über die Debatte in der VN-Generalversammlung zu Afghanistan vom 17. bis 20. November: „US-Botschafter McHenry verurteilte SU mit sehr scharfen Worten (die zynische Forderung, daß Klientelstaaten die Realität militärischer Besetzung anerkennen, ist eine flagrante Verletzung der wichtigsten Prinzipien des Völkerrechts und der VN-Charta). Er prangerte die brutale Kampagne von Gewalt und Terror und die rücksichtslosen Unterdrückungsmethoden an und bezeichnete das Kabul-Regime als eine in Moskau hergestellte Fiktion, die durch sowjetische Waffen exportiert worden sei. In einer Stimmklärung fühlte sich sowjetischer Delegierter am 20.11. veranlaßt, auf diese ‚Schallplatte des Kalten Krieges‘ mit stark antiamerikanischen Tönen zu antworten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3642; Referat 230, Bd. 128017. Referat 340 vermerkte am 21. November 1980: „Die Abstimmung in der GV der VN am 20.11. über die von den islamischen Staaten eingebrachte Afghanistan-Resolution hat ein erfreulich hohes Maß an Übereinstimmung in der Forderung nach sowjetischem Truppenrückzug aus Afghanistan und einer politischen Lösung der Afghanistan-Frage ergeben. (111 Ja, 22 Nein, 12 Enthaltungen; bei Abstimmung über Afghanistan-Resolution in SGV am 14.1. 104 Ja, 18 Nein, 18 Enthaltungen).“ Vgl. Referat 340, Bd. 113042.

Für den Wortlaut der Resolution Nr. 35/37 der VN-Generalversammlung vom 20. November 1980 zu Afghanistan vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XIX, S. 197.

sich mit einem von UN-GS aus eigener Machtvollkommenheit entsandten Mittler abfinden würden.

Die Pakistaner seien im Vergleich zur ersten Resolution im Januar 1980¹⁰ viel vorsichtiger geworden. Sie fühlten sich vom Westen im Stich gelassen und seien über die Amerikaner verbittert.

Waldheim bestätigte auf eine Frage des Bundeskanzlers, daß sich die Pakistaner daher mit einer weicheren Resolution zufriedengegeben hätten, hierfür aber auf eine solide Mehrheit hofften.

Bundeskanzler und UN-GS waren sich darüber einig, daß die Afghanistan-Frage nicht durch Demonstrationen militärischer Art, sondern nur auf politischem Wege gelöst werden könne. Die moralische Bedeutung einer mit großer Mehrheit in den UN angenommenen Resolution sei nicht zu unterschätzen. So etwas treffe die Russen und beeindrucke auch das Politbüro. Nach Ansicht des *Bundeskanzlers* zeigten die UN-Abstimmungen über Afghanistan und auch Kampuchea¹¹ dreierlei:

- (1) Die Entwicklungsländer gingen dazu über, ihre eigenen Interessen unabhängig wahrzunehmen.
- (2) Ein Zusammengehen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern sei auch ohne massive militärische Hilfeleistungen möglich.
- (3) Die Russen bedrücke diese Entwicklung. *Waldheim* meinte, daß Washington dies wohl verstanden habe, man aber Zweifel haben könne, ob es die Chancen, die darin lägen, zu nutzen wisse.

3) Namibia

Waldheim berichtete über die Urquhart-Mission in Pretoria.¹² Es sei immer noch nicht sicher, ob Südafrika sein auf Zeitgewinn angelegtes Spiel weiter fortsetzen wolle. Eine Zustimmung Pretorias zu einer Vorimplementierungs-Konferenz zum Namibia-Plan¹³ auf der Basis eines festen Zeitplanes liege jedenfalls noch nicht vor.¹⁴ Waldheim sei jedoch entschlossen, alles zu tun, um das

¹⁰ Zur Resolution ES-6/2 der Notstandssondertagung der VN-Generalversammlung vom 14. Januar 1980 vgl. Dok. 14, Anm. 11.

¹¹ Botschafter Jelonek, New York (VN), berichtete am 22. Oktober 1980: „GV hat am 22.10. Kampuchea-Debatte beendet und ASEAN-Res[olutions]entwurf [...] mit 97 gegen 23 Stimmen bei 22 Enthaltungen angenommen. Ergebnis stellt eine beachtliche Verbesserung gegenüber vorjähriger Abstimmung [...] dar. [...] Abstimmungsverhalten der Staaten weist gegenüber Vorjahr keinen grundlegenden Wechsel von Ja- zu Nein-Stimme oder umgekehrt auf. Vielmehr vollzog sich eine Polarisierung, indem mehrere der Enthaltungen oder Nichtteilnahmen des Vorjahres sich dieses Jahr zu Ja- oder Nein-Stimme bekannten. Dies gilt besonders für die Araber der Golf-Region, Bahrain, Kuwait, Katar, Ver[einigte Arabische] Emirate, die diesmal mit Ja stimmten, im Vorjahr sich enthielten. Daß die Anrainer des Iran-Irak-Konfliktes sich durch ihr Stimmverhalten deutlich zur Mehrheit der VN bekennen, dürfte nicht von ungefähr kommen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2927; Referat 230, Bd. 128034.

Für den Wortlaut der Resolution Nr. 35/6 der VN-Generalversammlung vom 22. Oktober 1980 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XIX, S. 193 f.

¹² Zum Aufenthalt des stellvertretenden VN-Generalsekretärs Urquhart vom 20. bis 25. Oktober 1980 in Südafrika vgl. Dok. 302, Anm. 2, 15 und 16.

¹³ Am 10. April 1978 unterbreiteten fünf Mitglieder des VN-Sicherheitsrats, die Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Kanada und die USA, einen Vorschlag für eine Lösung der Namibia-Frage. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 574–578. Vgl. dazu ferner AAPD 1978, I, Dok. 115.

¹⁴ Zur Haltung Südafrikas vgl. Dok. 330, Anm. 18.

Die Konferenz zur Vorbereitung der Implementierung von Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheits-

Projekt durchzusetzen, auch auf die Gefahr hin, daß man anschließend über ihn herfalle. Die UN seien Südafrika bis an die Grenze des Möglichen entgegengekommen. Die endgültige Fassung des Urquhart-Papieres sei Südafrika am 18.11.1980 zugestellt worden.

PM Thatcher und AM François-Poncet hätten AM Botha zum Einlenken gedrängt und deutlich gemacht, daß sie Südafrika ggf. nicht vor Sanktionen schützen würden.

Bundeskanzler versicherte, daß die Bundesregierung als Mitglied der Fünfer-Gruppe voll hinter dem Namibia-Plan der UN stehe.

Wir hätten deutscherseits auch deshalb ein besonderes Interesse am Erfolg, weil es ja auch um rund 30000 Namibia-Deutsche ginge. *Bundeskanzler* fügte ein, daß sich Frau Thatcher dieser Tage sehr lobend über Urquhart geäußert habe. Die Gefahr der Sanktionen liege nicht so sehr in dem evtl. Schaden für die Industrieländer, sondern in den verheerenden Auswirkungen auf die kleinen Nachbarstaaten Südafrikas.

Auf Fragen des Bundeskanzlers erwiderte *Waldheim*, daß er seinen Bericht über die Urquhart-Mission in der nächsten Woche dem SR vorlegen werde¹⁵ und die Frontlinienstaaten¹⁶ und die Fünf als Beobachter an der Vorimplementierungs-Konferenz teilnehmen sollten.

4) Naher Osten

Waldheim fragte nach der Beurteilung der Nahost-Lage und einer evtl. Neuner-Initiative im nächsten Jahr. *Bundeskanzler* erwiderte, daß ihm angesichts der Ungewißheit über die Haltung der neuen US-Administration ein europäisches Abwarten angezeigt erscheine. Niemand wolle den Amerikanern Schwierigkeiten machen. Auf dem Europäischen Rat am 1./2.12.¹⁷ werde dieses Thema sicherlich behandelt, aber wohl nichts entschieden werden.

Auch *Waldheim* war der Ansicht, daß sich die Europäer mit den Amerikanern in der Nahost-Frage koordinieren müßten. Nur gemeinsam sei etwas zu erreichen. Die Europäer könnten allerdings ein vorübergehendes Vakuum auszufüllen versuchen. Er sei im übrigen dafür, die Russen wieder in den Prozeß einzu-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1735

rats vom 29. September 1978 fand vom 7. bis 14. Januar 1981 in Genf statt. Vgl. dazu den Schriftbericht Nr. 3 des Botschafters Eickhoff, z. Z. Kapstadt, vom 22. Januar 1981 an das Auswärtige Amt; AAPD 1981.

¹⁵ Botschafter Jelonek, New York (VN), berichtete am 21. November 1980: „1) VN-GS unterrichtete K[ontakt]G[ruppe] am 21.11. über Annahme des Berichtes des VN-GS über Urquhart-Mission [...] durch S[üd]A[frika] ohne Einschränkung. SA habe Vorbereitungskonferenz (P[re]I[m]plementation)M[ee]ting) für 5. oder 12. Januar akzeptiert. GS zieht früheres Datum vor. 2) Diese günstige Nachricht traf auf reserviertes Echo der F[ront]L[inien]S[taaten], wie *Waldheim* mitteilte. Insbesondere Tansania äußerte größte Besorgnis Nyereres, daß [...] Gelingen von PIM und damit der Fortgang von 435 ausschließlich in das Ermessen von SA gestellt werde. VN-GS versuche durch Ahtisaari in Daressalam diese Zurückhaltung zu überwinden, damit er seinen Bericht jetzt bald (25.11.) veröffentlichen könne. Er wolle auf jeden Fall Zustimmung der FLS zum Bericht erreichen. Besonders harte Fragen habe der sambische Botschafter Lusaka gestellt, ob sich SA auf einen festen Zeitrahmen verpflichtet habe. *Waldheims* Erklärung, daß es sich um ein Paket handele, hätte Lusaka nicht überzeugt. 3) Botschafter der KG begrüßten einmütig günstige Nachricht“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3699; Referat 320, Bd. 125279.

Jelonek übermittelte am 24. November 1980 den Bericht von VN-Generalsekretär *Waldheim* für den VN-Sicherheitsrat. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 3742; Referat 320, Bd. 125279.

¹⁶ Angola, Botswana, Mosambik, Sambia, Simbabwe und Tansania.

¹⁷ Zur Tagung des Europäischen Rats in Luxemburg vgl. Dok. 349 und Dok. 350.

beziehen. Er glaube, daß etwa in der zweiten Hälfte des kommenden Jahres ein Versuch gemacht werden könnte, Amerikaner und Russen einzubinden, wobei die Neun hilfreich sein könnten.

Bundeskanzler pflichtete Waldheim bei, daß der Nahe Osten ohne Beteiligung der Russen nicht zu beruhigen sei und vieles dafür spreche, daß der Camp-David-Prozeß¹⁸ spätestens mit der Restübergabe des Sinai an Ägypten¹⁹ zu Ende kommen werde.

5) Aussichten der Entspannungspolitik

Auf eine entsprechende Frage Waldheims antwortete der Bundeskanzler, daß er von der neuen US-Administration eine berechenbare, stetige Politik erwarte. Die Irritationsphase dürfte innerhalb eines halben Jahres überwunden sein. In der Umgebung Reagans seien sehr respektable und von früher bekannte und geschätzte Persönlichkeiten. Er sei im Hinblick auf die künftige amerikanische Politik durchaus zuversichtlich. Zwei Fragen seien dabei wichtig:

Will Reagan mit der SU verhandeln oder will er zunächst die Superiorität? Aufschluß darüber werde wohl die „State of the Union Message“ geben.²⁰ Interessant sei, daß im Februar 1981 der nur alle vier bis fünf Jahre fällige Parteitag der KPdSU stattfindet²¹ und Breschnew dort eine wichtige Rede halten müsse²². So ergebe es sich, daß beide Seiten sich demnächst in programmatischen Reden für längere Zeit festlegen müßten. Nach der Einschätzung des Bundeskanzlers würde Breschnew gern die Erhöhung des Lebensstandards in den Vordergrund rücken, könne das aber unter den gegebenen Umständen nicht. Im Politbüro gäbe es – das hätten die Juni-Gespräche in Moskau²³ gezeigt – erhebliche Spannungen nach Afghanistan.

Waldheim meinte, daß die Russen sehr daran interessiert seien, das Verhältnis zum Westen wieder zu normalisieren. Sie warteten auf eine Geste Reagans. Die Afghanistan-Intervention sei nicht Teil eines auf den Persischen Golf zielenden Gesamtkonzepts, sondern eine Fehlentscheidung. Waldheim fügte hinzu, daß er das Verhalten der Bundesrepublik in der Afghanistan-Krise und insbesondere die Moskau-Reise des Bundeskanzlers für richtig und hilfreich gehalten habe.

¹⁸ Zum Camp-David-Prozeß vgl. Dok. 13, Anm. 13.

¹⁹ Anhang I zum Friedensvertrag vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel bestimmte in Artikel I, daß Israel alle seine bewaffneten Kräfte und sein Zivilpersonal spätestens drei Jahre nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden zum Friedensvertrag aus dem Sinai zurückziehen werde. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 1136, S. 169. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 238f.

Der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgte am 25. April 1979.

²⁰ Vgl. dazu die Rede von Präsident Reagan in einer gemeinsamen Sitzung beider Häuser des Kongresses am 18. Februar 1981 in Washington anläßlich der Vorstellung seines Wirtschaftsprogramms; PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 108–115. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 192–199 (Auszug).

²¹ Der XXVI. Parteitag der KPdSU fand vom 23. Februar bis 3. März 1981 in Moskau statt.

²² Vgl. den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 23. Februar 1981 anläßlich des XXVI. Parteitags der KPdSU vom 23. Februar bis 3. März 1981 in Moskau vgl. BRESHNEW, Wege, Bd. 8, S. 726–812. Vgl. dazu ferner den Drahtbericht Nr. 737 des Botschafters Meyer-Landrut, Moskau, vom 25. Februar 1981 an das Auswärtige Amt und die Aufzeichnung des Botschafters Ruth vom 4. März 1981; AAPD 1981.

²³ Zum Besuch des Bundeskanzlers Schmidt und des Bundesministers Genscher am 30. Juni und 1. Juli 1980 in der UdSSR vgl. Dok. 192–195.

6) Nord-Süd-Dialog

Der *Bundeskanzler* meinte, daß die UN-Globaldialog-Konferenz²⁴ besser erst im September 1981²⁵, also nach dem Nord-Süd-Gipfel in Mexiko²⁶, beginnen solle.

Waldheim warnte, daß die Entwicklungsländer nicht bereit seien, so lange zu warten. Der Mexiko-Gipfel solle s.E., wenn die Konferenz wahrscheinlich im Juni 1981 ihren kritischen Punkt erreiche, politische Impulse geben.

Ripert ergänzte, daß er keinen Vorteil in einer Verzögerung sehe und die Bereitschaft der Entwicklungsländer, über Energie zu sprechen, dem Westen nur nutzen könne. Hinsichtlich der Integrität des IWF sei ein Konsens durchaus möglich. Das Problem seien die USA.

Bundeskanzler betonte, daß die Integrität des IWF unantastbar sei. Der IWF sei keine Wohlfahrtsinstitution, aber wir seien bereit, in der Prozedurfrage verbales Entgegenkommen zu zeigen, wenn dadurch die Integrität des IWF nicht beeinträchtigt würde. Die Welt brauche heute angesichts der aus der Ölpreisentwicklung resultierenden Disparitäten den IWF mehr als zuvor. Die privaten Märkte könnten das Recycling nicht mehr alleine meistern. Viele Entwicklungsländer würden bei steigenden Ölrechnungen zunehmend kreditunwürdig. Es bestehe die Gefahr, daß sich die führenden Wirtschaftsmächte bei einer Umfunktionierung des IWF in eine Entwicklungshilfeeinrichtung vom IWF abwenden und ihre währungspolitische Zusammenarbeit in der Zehner-Gruppe und mit der BIZ betreiben werden.

Wichtiger als der Globaldialog sei, daß die OPEC-Überschußländer den armen Entwicklungsländern das Öl zu Vorzugspreisen oder aber auf der Basis unentgeltlicher Zuschüsse (grants) lieferten. Der Venezuela-Mexiko-Ölpakt zugunsten mittelamerikanischer Staaten sei ein gutes Beispiel.²⁷ Auch Lomé II sei ein richtiger Weg.²⁸

Das Grundproblem der EL und damit der Welt sei aber die Bevölkerungsexplosion. Im Jahre 2000 stünden 5 Mrd. Menschen in Entwicklungsländern 700 Mio. in westlichen Geberländern gegenüber. Solange auf diesem Gebiet nichts geschehe, seien alle anderen Bemühungen zum Scheitern verurteilt.

Bundeskanzler bat *Waldheim*, auch mit dem Papst²⁹ über dieses Thema zu sprechen. Die katholische Kirche, die mit ihren Enzykliken zur sozialen Frage in Europa Maßstäbe gesetzt hätte, müsse ähnliche bahnbrechende Aussagen für Lateinamerika finden. Die Familienplanung sei das Gebot der Zukunft.

Waldheim erklärte sich bereit, bei seinem nächsten Rom-Besuch dieses Thema mit dem Papst aufzunehmen.

²⁴ Zu den Globalen Verhandlungen vgl. Dok. 273 und Dok. 330, Anm. 9.

²⁵ Die VN-Konferenz über die am wenigsten entwickelten Staaten fand vom 1. bis 14. September 1981 in Paris statt.

²⁶ Die Nord-Süd-Gipfelkonferenz fand am 22./23. Oktober 1981 in Cancún statt. Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 115 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler vom 2. November 1981; AAPD 1981.

²⁷ Zu den Vereinbarungen zwischen Mexiko und Venezuela vom 3. August 1980 betreffend Öllieferungen für die mittelamerikanische und karibische Region vgl. Dok. 288, Anm. 42.

²⁸ Für den Wortlaut des Zweiten AKP-EWG-Abkommens von Lomé vom 31. Oktober 1979 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1980, Teil II, S. 966–1002.

²⁹ Johannes Paul II.

Präsident *von Wechmar* machte den Bundeskanzler darauf aufmerksam, daß der UNFPA³⁰-Exekutivdirektor Salas sehr daran interessiert sei, mit dem Kanzler über das Bevölkerungsthema zu sprechen, und in diesem Sinne sich bereits an das Bundeskanzleramt gewandt habe.

Bundeskanzler erwiderte, daß er grundsätzlich zu einem Gespräch mit Salas bereit sei und das Auswärtige Amt diesen Wunsch prüfe solle.³¹

Präsident *von Wechmar* fragte, ob er davon ausgehen könne, daß die Bundesregierung nach einer evtl. Einigung über Verfahren und Tagesordnung für die Globaldialog-Konferenz dem Beginn der Verhandlungen zustimmen werde. Der *Bundeskanzler* betonte nochmals seine Skepsis über das Ergebnis der Verhandlungen und ließ erkennen, daß er gegen die Aufnahme der Verhandlungen so lange keine Einwände habe, wie sichergestellt ist, daß die Funktionsfähigkeit des IWF nicht angetastet wird.

Helmut-Schmidt-Archiv, 1/HSAA 006762

334

Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Beratern des designierten amerikanischen Präsidenten, Allen und Iklé, in Washington

20. November 1980¹

Gespräch des Herrn Ministers mit den Beratern des gewählten amerikanischen Präsidenten, Richard Allen und Fred Iklé, in Washington, Blair House, 20. November 1980, 17.30 Uhr²

1) Polen

Bundesminister betont, daß im Falle einer Gewaltanwendung in Polen die Welt verändert sein würde. Das müßten alle wissen. Er habe in seiner Rede in Madrid³ darauf hingewiesen, daß die Entspannung einen zweiten Schlag nach der Art von Afghanistan nicht überstehen würde. Er habe dabei deutlich gemacht,

³⁰ United Nations Fund for Population Activities.

³¹ Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit UNFPA-Exekutivdirektor Salas am 7. April 1981 vgl. AAPD 1981.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Edler von Braunnühl am 21. November 1980 gefertigt, der am selben Tag die Weiterleitung an Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau sowie an die Vortragenden Legationsräte von Ploetz und von Nordenskjöld verfügte und handschriftlich vermerkte: „Von BM noch nicht genehmigt.“

Hat Wallau am 21. November 1980 vorgelegen.

Hat Ploetz und Nordenskjöld am 24. November 1980 vorgelegen.

² Bundesminister Genscher hielt sich am 19./20. November 1980 in den USA auf.

³ Für den Wortlaut der Erklärung des Bundesministers Genscher bei der KSZE-Folgekonferenz am 13. November 1980 in Madrid vgl. BULLETIN 1980, S. 1019–1023.

daß sich dies auf Polen bezieht. Dies sei praktisch eine Absage an die Anwendung der Breschnew-Doktrin⁴ unter den Teilnehmerstaaten der KSZE-Schlußakte⁵. Bundesminister wies dann auf die schweren wirtschaftlichen Probleme Polens hin, besonders auch in der Landwirtschaft. Außerdem sei die Vereinbarkeit der führenden Rolle einer marxistischen Partei mit unabhängigen Gewerkschaften nicht nur für Ideologen eine schwierige Sache. Beide Seiten in Polen versuchten jetzt Zeit zu gewinnen, wobei beide hofften, sich am Ende durchzusetzen. Die Madrider Konferenz⁶ sei z.Z. eine Art Schutzschirm für Polen, ein Stabilisierungsfaktor.

2) Madrid

Bundesminister fuhr fort, wir hätten nie Zweifel gehabt, daß die Sowjets die Madrider Konferenz wollten, und zwar weil sie die Einberufung einer Abrüstungskonferenz⁷ als zentrales Ziel anstrebten. Der sowjetische Stellvertreter AM und Delegationsleiter in Madrid habe in dem Gespräch mit ihm⁸ die Abrüstungskonferenz als die „Frage der Fragen“ bezeichnet. Wir unterstützten den französischen Vorschlag für eine Konferenz über Abrüstung in Europa⁹. Danach solle in einer ersten Phase über vertrauensbildende Maßnahmen für ganz Europa, bis zum Ural, beraten werden. Für die Sowjets sei es propagandistisch schwer, dies abzulehnen. In Ankara hätten die vier Außenminister vereinbart, den gesamteuropäischen Geltungsbereich als *Conditio sine qua non* für das Konferenzmandat festzulegen.¹⁰ Hier müsse man ganz klar bleiben, sonst gerate man auf eine schiefe Ebene.

Allen wirft ein: Daran muß man festhalten.

Bundesminister fährt fort, die Sowjets würden sagen: Über den Ausdehnungsbereich könne man auf der Konferenz sprechen. Wir müßten jedoch darauf bestehen, dies vorher festzulegen, während die Maßnahmen im einzelnen auf der Konferenz besprochen werden könnten. Den Sowjets gehe es mit der Konferenz darum, nach der ersten Phase der politischen Entspannung die zweite Phase der „militärischen Entspannung“ einzuleiten. Ziel sei die militärische Isolierung Westeuropas. Die Sowjets nähmen die Konferenz so wichtig, daß er es nicht für ausgeschlossen halte, daß Gromyko bei der Einführung des Konferenzvorschlags selbst nach Madrid komme.

⁴ Zur „Breschnew-Doktrin“ vgl. Dok. 11, Anm. 8.

⁵ Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

⁶ Die zweite KSZE-Folgekonferenz wurde am 11. November 1980 eröffnet. Vgl. dazu Dok. 319 und Dok. 322.

⁷ Zu den Vorschlägen des Komitees der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten bei der Tagung am 14./15. Mai 1979 in Budapest vgl. Dok. 1, Anm. 28.

Zum Vorschlag des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, Gierek, vom 11. Februar 1980 für eine Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 55, Anm. 39.

Zu den Vorschlägen des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts bei der Tagung am 14./15. Mai 1980 in Warschau vgl. Dok. 150, Anm. 5.

⁸ Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Leiter der sowjetischen KSZE-Delegation, Iljitschow, am 13. November 1980 in Madrid vgl. Dok. 322.

⁹ Zum französischen Vorschlag einer Konferenz für Abrüstung in Europa vgl. Dok. 287.

¹⁰ Zum Treffen der Außenminister Lord Carrington (Großbritannien), François-Poncet (Frankreich), Genscher und Muskie (USA) am 24. Juni 1980 in Ankara vgl. Dok. 189.

3) Strukturen der Zusammenarbeit

Bundesminister nahm Bezug auf die Erläuterungen, die der Bundeskanzler Reagan¹¹ über die Zusammenkünfte der vier Außenminister am Rande der NATO-Tagungen gegeben habe. Diese Vierer-Tagungen, die sich traditionellerweise mit Deutschland- und Berlin-Fragen beschäftigten, habe er, BM, seit 1975, zusammen mit Kissinger, für andere Themen ausgebaut. Sie hätten sich sehr bewährt. Sie fänden jetzt auch bei anderen Gelegenheiten, wie bei den Siebener-Gipfeln, statt. Außerdem kämen die vier Politischen Direktoren zusammen.

Bundesminister bat zu erwägen, ob nicht alle NATO-Minister zwischen dem Amtsantritt der neuen amerikanischen Regierung¹² und dem sowjetischen Parteitag¹³ zu einem Treffen zusammenkommen sollten. Dies wäre eine gute Gelegenheit, sich mit der neuen amerikanischen Administration abzustimmen. Das Treffen könne Ende Januar/Anfang Februar stattfinden. Die Briten stünden positiv dazu. Mit den Franzosen müsse er es noch besprechen. Bei der Dezember-Tagung der NATO¹⁴ könnte man dieses Treffen vereinbaren und ankündigen.

Allen und Iklé wiesen darauf hin, daß der neue Außenminister erst vom Senat bestätigt werden müsse, was allerdings innerhalb einiger Tage möglich sei, und daß er sich dann zwei Wochen in sein Amt einarbeiten müsse. Deshalb käme ein solches Treffen wohl frühestens nach dem 10. Februar in Frage, so daß bis zum sowjetischen Parteitag am 20. Februar nur wenig Zeit sei. Im übrigen nahmen sie den Gedanken positiv auf und plädierten für eine „großzügige“, nicht zu detailliert angelegte Tagesordnung. *Bundesminister* unterstützte dies.

Allen und Iklé stellten die Frage, ob man nicht als Konsultationsmechanismus die Vier plus Japan nehmen könnte. Der Siebener-Kreis sei zu groß, die Zusammenarbeit mit Japan sei aber aus amerikanischer Sicht für Fragen weltpolitischer Dimensionen besonders wichtig. Dies solle kein Vorschlag sein, sondern eher eine langfristige strategische Frage.

Bundesminister wies auf die Problematik mit den Italienern hin, die sehr auf Teilnahme am Vierer-Mechanismus drängten, wofür die jetzige amerikanische Administration Verständnis zeige. Den Vierer-Kreis hätten wir bisher noch mit dem Deutschland- und Berlin-cover absichern können. Die Teilnahme Japans würde die Sache gegenüber den Italienern erschweren. Außerdem müsse man mit Schwierigkeiten bei den Franzosen rechnen, die innenpolitisch diese Form der Zusammenarbeit offenbar nur in dem beschränkten exklusiven Vierer-Klub rechtfertigen könnten. An sich seien wir in Europa das Land, das Japan am nächsten stehe.

Bundesminister würdigte die Abstimmung der Japaner mit den Neun in der Frage der Iran-Sanktionen¹⁵. Man müsse das Ganze mit den Franzosen bespre-

¹¹ Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem designierten amerikanischen Präsidenten Reagan am 20. November 1980 in Washington vgl. Dok. 337.

¹² Präsident Reagan übernahm am 20. Januar 1981 die Amtsgeschäfte.

¹³ Der XXVI. Parteitag der KPdSU fand vom 23. Februar bis 3. März 1981 in Moskau statt.

¹⁴ Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1980 in Brüssel vgl. Dok. 363 und Dok. 364.

¹⁵ Zum Inkraftsetzen amerikanischer Sanktionen gegen Iran am 7. April 1980 vgl. Dok. 103, Anm. 2 und 13.

Zum Beschluß der Bundesregierung vom 23. April 1980 über Sanktionen gegen Iran vgl. Dok. 113, Anm. 20.

chen. Giscard sei in den letzten Jahren millimeterweise gegen gaullistische Vorstellungen zu einer aufgeschlosseneren Haltung hingerückt.

4) Deutsche Presse über Reagan

Allen drückte große Enttäuschung der Reagan-Mannschaft über die negative deutsche Pressebehandlung Reagans aus. Wenn man Reagan das Image des Cowboys anhängen werde, werde sich das selbst in vier oder acht Jahren nicht beseitigen lassen. Das vermittele die Vorstellung eines Mannes, der „erst schießt und nachher fragt“.

Er, *Allen*, kenne aus seiner deutschen Studienzeit die deutsche Vorliebe für Cowboys. Aber Reagan sei ein moderater Mann, vorsichtig und pragmatisch. Er halte sich an Prinzipien und wäge seine Worte. Darüber habe man in deutschen Zeitungen nichts geschrieben. Er erkundigte sich, ob sich dies in der letzten Zeit geändert habe.

Bundesminister erwiderte: Wenn seine Gesprächspartner die deutsche Presse der letzten Zeit gelesen hätten, hätten sie die Frage nicht gestellt. Von Illustrierten abgesehen, die man (wie den „Stern“) nicht so ernst nehmen sollte, sei die Würdigung Reagans in der Endphase des Wahlkampfes positiv gewesen. Nach der Fernsehdiskussion Carter/Reagan¹⁶ habe sich der Ton geändert, und viele Vorurteile seien abgebaut worden. Viele bescheinigten dem neuen Präsidenten positive Eigenschaften wie Berechenbarkeit. Außerdem habe sehr zu einer positiven Wende der Beurteilung beigetragen, daß unter den Beratern Reagans viele Namen in Deutschland wohlbekannt seien, wie zum Beispiel McCloy. Über die Haltung unserer Presse zu Reagan brauchten sich seine Gesprächspartner also keine Sorgen machen.

Bundesminister fuhr fort: Das Wichtigste sei jetzt, den Eindruck zu vermitteln, daß man eng zusammenarbeite und nach vorne gehe. Presseindiskretionen über Meinungsverschiedenheiten, wie z. B. über den 3%-Unsinn, seien schlecht. Er, BM, habe unsere Korrespondenten darauf hingewiesen: Natürlich würden wir die 3%-Verpflichtung¹⁷ erfüllen. Man dürfe darin aber nicht alles sehen. Die Allianz brauche viel mehr an gemeinsamen Anstrengungen. Wenn in der Öffentlichkeit das Gefühl vermittelt werde, daß Europa und USA eng zusammenarbeiten, so könne dies 20 Divisionen ersetzen. Die heutigen Gespräche hätten den Willen, zusammenzugehen, unterstrichen, deshalb seien wir sehr dankbar

Fortsetzung Fußnote von Seite 1741

Zum Beschluß der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 17./18. Mai 1980 in Neapel, Sanktionen gegen Iran in Kraft zu setzen, vgl. Dok. 149, Anm. 6.

Zum Inkrafttreten der Sanktionen gegen Iran in der Bundesrepublik vgl. Dok. 151, Anm. 25.

¹⁶ Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 29. Oktober 1980 über die Fernsehdebatte zwischen den Präsidentschaftskandidaten Carter und Reagan am Vortag: „Nach Kontakten der Botschaft mit den Wahlkampfhauptquartieren beider Kandidaten sowie Mitarbeitern in Administration und Kongreß herrscht hier der Eindruck vor, daß die gestrige Debatte mit einem Unentschieden endete. [...] Es überwiegt die Meinung, daß Carter sachkundiger argumentierte, während sich Reagan dem Publikum menschlich gewinnender darstellte. Beiden unterliefen keine wesentlichen Fehler. Carter war aggressiver, gelegentlich mehr, als nötig gewesen wäre. Immerhin gelang es ihm, Reagan in die Verteidigung zu drängen. Dadurch konnte Carter die Thematik der Debatte häufig bestimmen. Reagan hatte dagegen das bessere Schlußwort.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4078; Referat 204, Bd. 115936.

¹⁷ Vgl. dazu die „Ministerial Guidance 1977“; Dok. 1, Anm. 8.
Zur Frage der Erfüllung des 3%-Ziels vgl. Dok. 327.

dafür. Es würde nützlich sein, wenn diese Zusammenarbeit auch durch Treffen der Vier und der NATO-Minister weitergeführt werde.

Allen und Iklé fragten, mit welchen Mitteln man in der Übergangszeit in Kontakt bleiben könne, ohne dies offenbar werden zu lassen. Auf solchen Kontakt legten sie großen Wert, sie müßten jedoch vor Amtsantritt vorsichtig sein. Leider habe man keine gesicherte Telefonleitung.

Bundesminister meinte: Erfahrungsgemäß könne man etwa 70 % auf der offenen Leitung besprechen, für die restlichen 30 % habe man die sichere Leitung. Er verwies auf die Leitung mit unserer Botschaft. Auf die Frage von Allen nach gegenseitigen Besuchen erklärte Bundesminister: Wir würden sehr gern jemand nach Washington schicken oder Besuch bei uns empfangen.

Allen erwähnte, daß der frühere amerikanische NATO-Botschafter Strausz-Hupé im Dezember zu einer Veranstaltung nach Bonn komme. Dies sei ein angesehener Mann. Außerdem würden der Bundeskanzler und BM wohl in Kontakt mit Haig bleiben.

Bundesminister wies darauf hin, daß er mit Haig die TNF-Nachrüstung in Westeuropa durchgezogen habe, was nicht leicht gewesen sei.

Allen: Das bleibe ja wohl schwer. Alle Abrüstungsfragen seien schwer.

Bundesminister: Abrüstung ist nur für den zu erreichen, der andernfalls auch zu dem anderen bereit sei.

Allen: Dies könnte ein Zitat von Reagan sein.

5) Namibia-Initiative¹⁸

Bundesminister erläuterte, daß die fünf an der Namibia-Initiative Beteiligten die Erfahrung gemacht hätten, daß Südafrika bei jeder Wahl in einem der fünf Länder auf eine Änderung der Politik zu südafrikanischen Gunsten gehofft und deshalb die Dinge verzögert hätte. Bei Großbritannien¹⁹ seien sie enttäuscht gewesen. Jetzt hofften sie auf die Amerikaner. Wenn die Reagan-Administration eine andere Namibiapolitik plane als die jetzige Administration, dann müsse man noch einmal darüber sprechen. Wenn sie jedoch die bisherige Politik fortsetzen wollten, solle man vielleicht erwägen, Südafrika ein entsprechendes Signal zu geben. Andernfalls kämen wir bei einer südafrikanischen Verzögerungstaktik in der UNO in Schwierigkeiten. Hier würden die gemäßigten Afrikaner Sanktionen befürworten. GB, F und US hätten wegen ihrer Veto-Position im Sicherheitsrat hier besondere Sorgen.

Allen erwiderte kurz: Man kenne die Angelegenheit wohl, darüber werde man wohl noch einmal sprechen müssen.

6) Nahost

Auf die Frage des Ministers nach Camp David²⁰ antwortete Allen: Die neue Administration werde den CD-Prozeß unterstützen und ihn, soweit es gehe, weiter befördern. Wenn eine Anpassung nötig sei, dann nur mit den Ägyptern. Allen wies dann auf Schwierigkeiten mit der europäischen Position hinsichtlich

¹⁸ Zum Stand der Namibia-Gespräche vgl. Dok. 330, Anm. 19.

¹⁹ In Großbritannien fanden am 3. Mai 1979 Parlamentswahlen statt.

²⁰ Zum Camp-David-Prozeß vgl. Dok. 13, Anm. 13.

der Palästina-Frage hin und erkundigte sich nach dem letzten Stand der europäischen Initiativen.

Bundesminister erläuterte, daß nach der Venedig-Erklärung der Neun²¹ AM Thorn eine Nahost-Reise-Aktion unternommen habe²², und ein Bericht darüber dem Europäischen Rat am 1./2. Dezember²³ vorgelegt werde.²⁴ Unsere Vorstellung sei, daß man den Bericht zur Kenntnis nehmen, aber vorerst keine Schritte unternehmen solle. Dies habe mehrere Gründe: Einmal wolle man zunächst den Kontakt mit der neuen amerikanischen Regierung suchen, zum anderen sei er nicht überzeugt, welche Bewegungsfähigkeit Israel noch vor den Wahlen habe, die möglicherweise sogar schon im Mai durchgeführt würden.²⁵ Unsere Haltung zugunsten einer zurückhaltenden Phase werde von den Briten geteilt und vermutlich auch von den Franzosen. Damit sei die Sache aber schon entschieden.

7) China

Allen wies darauf hin, daß es wegen China Mißverständnisse gegeben habe, und zwar während der Reise von Bush nach Tokio und Peking.²⁶ Damals habe es einige unerfreuliche Spekulationen über Meinungsunterschiede zwischen Reagan und Bush in bezug auf Taiwan gegeben. Dies sei unzutreffend gewesen, und Reagan habe dieses richtiggestellt und damit aus dem Wahlkampf ausgeschaltet. Nach der Wahl vom 4. November²⁷ habe China erklärt, Reagan sei ein

²¹ Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats vom 12./13. Juni 1980 über den Nahen Osten vgl. BULLETIN DER EG 6/1980, S. 10f. Vgl. dazu auch Dok. 177.

²² Zu den Nahost-Reisen des luxemburgischen Außenministers Thorn als amtierender EG-Ratspräsident vgl. Dok. 229, Anm. 22, Dok. 247, Anm. 20, und Dok. 257, Anm. 24.

²³ Zur Tagung des Europäischen Rats am 1./2. Dezember 1980 in Luxemburg vgl. Dok. 349 und Dok. 350.

²⁴ Vortragender Legationsrat I. Klasse Stabreit übermittelte der Botschaft in Washington am 9. Dezember 1980 den „Nahost-Teil des Kommunikés“ des Europäischen Rats am 1./2. Dezember 1980 in Luxemburg. Darin hieß es: „Der Rat hörte den Bericht von Herrn Thorn über die Mission, die er im Namen der Neun in Anwendung der Ziffer 11 der Erklärung von Venedig durchgeführt hat. Er stellte fest, bei dieser Mission habe sich gezeigt, welch großes Interesse die Stellungnahme Europas hervorgerufen habe und daß sie in dieser Hinsicht ein Erfolg gewesen sei. Die Ergebnisse der Mission bestätigen, daß die Grundsätze der Erklärung von Venedig die erforderlichen Bestandteile einer umfassenden, gerechten und dauerhaften Regelung enthalten, die zwischen den betroffenen Parteien auszuhandeln ist.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 1369; Referat 200, Bd. 119443.

²⁵ In Israel fanden am 30. Juni 1981 Parlamentswahlen statt.

²⁶ Gesandter Massion, Tokio, berichtete am 22. August 1980 über den Besuch des Kandidaten für das Amt des amerikanischen Vizepräsidenten, Bush, in Japan: „Bush hielt sich in Begleitung seiner Frau und des außenpolitischen Beraters von Präsidentschaftskandidat Reagan, Richard Allen, vom 18. bis 20.8.1980 in Tokio auf und reiste am 20.8. nach Peking weiter.“ Bush habe Berichte dementiert, „wonach Reagan Beziehungen zu Taiwan wieder aufnehmen wolle [...]“. Wichtigstes Ergebnis des Besuchs sei für japanische Regierung Erkenntnis, daß republikanische Kandidaten zu Taiwan-Frage eine ‚pragmatische und flexible‘ Haltung einnehmen. Japan habe schon Belastung amerikanisch-chinesischer Beziehungen durch Taiwan-Politik einer Regierung Reagan befürchtet. Bush sei daher japanische Position in dieser Frage eingehend erläutert worden. (Amerikanisch-chinesische Annäherung ist einer der Orientierungspunkte japanischer Sicherheitspolitik.)“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 906; Referat 341, Bd. 113135.

Botschafter Schödel, Peking, teilte am 4. September 1980 mit: „Die Taiwan-Frage bleibt auch nach Bushs Besuch dominierendes außenpolitisches Thema in Peking. Chinesische Presse entfesselt Kampagne gegen republikanischen Präsidentschaftskandidaten Reagan und die Republikaner [...]. Reagans Äußerungen auf Pressekonferenz in Los Angeles am 25.8. haben Peking nicht beschwichtigt.“ Reagans kritische Bemerkungen zur gegenwärtigen Praxis, „keine Kontakte zwischen taiwanesischen Offiziellen und US-Vertretern in amtlichen amerikanischen Gebäuden zuzulassen“, würden als „Zwei-China-Politik“ interpretiert. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1412; Referat 341, Bd. 113071.

²⁷ Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen statt, aus denen der Kandidat der Republikanischen Partei, Reagan, als Sieger hervorging. Vgl. dazu Dok. 314, Anm. 3.

gemäßigter Mann, habe seine Angriffe eingestellt und eine freundliche Haltung eingenommen. Im August habe man China eine Botschaft geschickt, daß eine Gewaltaktion gegen Taiwan nicht geduldet würde. Die Chinesen hätten dies damals abgelehnt zu akzeptieren. Nun akzeptierten sie es. Sie wüßten, daß es nun vier Jahre lang keine Probleme geben werde. Reagan sei bereit, mit China ins Geschäft zu kommen (to do business); er sei offen und freundlich, aber auch vorsichtig. Die Japaner und die Freunde in dem Raum verstünden diese Haltung und seien beruhigt.

Allen bejahte die Frage des Ministers, ob mit den Freunden im Raum die ASEAN-Staaten gemeint seien.

Bundesminister erläuterte die große Bedeutung, die wir den ASEAN-Staaten einräumten, denen eine immer größere politische und strategische Bedeutung zukomme. Er erklärte die Entwicklung der Kontakte zwischen EG und ASEAN.²⁸

8) Abrüstung

Bundesminister betonte: Es sei wichtig, sich über alle Abrüstungsbereiche zu unterhalten, auch über MBFR. Er verfolge MBFR mit Aufmerksamkeit und Besorgnis; dieser Bereich sei nicht ungefährlich. Gerade im konventionellen Bereich müsse das Bündnis handlungsfähig sein. Die Sowjets hätten sich in Wien nur mit einem Ziel an den Verhandlungstisch gesetzt: nämlich um die Bundeswehr unter Kontrolle zu bringen.

Allen erwiderte, dies seien interessante Fragen, über die man einen Meinungsaustausch führen müsse.

9) Verteidigung

Allen erkundigte sich dann nach der 3%-Problematik. Der *Minister* wies darauf hin, daß der Bundeskanzler Howard Baker gesagt habe, wir würden 1981 mindestens das tun, was wir 1980 getan hätten, und in diesem Jahr hätten wir eine Steigerung von 2,8%.²⁹ Mehr könne heute noch niemand sagen. Einmal weil

²⁸ Vgl. dazu die Konferenz der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten am 20./21. November 1978 in Brüssel; AAPD 1978, II, Dok. 353.

Vgl. dazu auch die Konferenz der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten vom 6. bis 8. März 1980 in Kuala Lumpur; Dok. 84.

Vgl. dazu ferner das Kooperationsabkommen zwischen der EWG und den ASEAN-Mitgliedstaaten vom 7. März 1980; AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 144 vom 10. Juni 1980, S. 2–8.

²⁹ Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 21. November 1980, im Gespräch mit dem amerikanischen Senator Baker am Vortag in Washington habe Bundeskanzler Schmidt dargelegt: „Bei einer voraussichtlichen wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland, die für 1981 ein reales Wachstum von 0 bis plus 1 Prozent, eine höhere Produktivität von zweieinhalb Prozent und einen Anstieg der Arbeitslosigkeit erwarten lasse, werde der Verteidigungshaushalt um ca. 7 Prozent nominal wachsen. In den vergangenen elf Jahren habe die Bundesrepublik Deutschland die Verteidigungsausgaben jährlich um 2,7 Prozent real erhöht. [...] Der Bundeskanzler erläuterte die deutsche Haushaltslage und versicherte, die Verteidigungsausgaben würden 1981 um ca. 2,8 Prozent real steigen. Auf weitere Einzelfragen Bakers antworteten Bundeskanzler und Bundesminister Genscher, daß die Bundesrepublik Deutschland Ende 1981 dem 3%-Ziel so nahe kommen werde wie 1980 und in den Jahren zuvor. [...] Der Bundeskanzler bat Baker, in dieser Frage Pressionen auf die Bundesregierung zu unterlassen und den Senat über den Sachverhalt im einzelnen zu unterrichten. Die Fixierung auf das 3%-Ziel übersehe wichtige Tatsachen, darunter auch, daß es in den Vereinigten Staaten, Kanada und Großbritannien im Unterschied zur Bundesrepublik Deutschland keine Wehrpflicht gebe.“ Die Wehrpflicht könne als „überzeugendes Zeichen der Ernsthaftigkeit

heute der Deflator für Ende 1981 noch nicht festgestellt werden könne; wegen unserer wirtschaftlichen Stabilität sei unsere Deflator-Berechnung allerdings meist zuverlässiger gewesen als die mancher anderer. Die zweite Unbekannte sei die Höhe der Besoldung. Die Bundesregierung müsse im März/April über die Löhne im Öffentlichen Dienst mit den Gewerkschaften verhandeln. Deshalb könne sie nicht vorher die Besoldung der Soldaten bekanntgeben, sonst würden sich die Gewerkschaften daran als Ausgangspunkt orientieren. Im übrigen hätten wir schon vor dem Allianz-Beschluß über die 3% jährlich stabile Steigerungsraten im Verteidigungshaushalt vorzuweisen gehabt, als andere noch Minus-Wachstum oder Zuwächse in der Gegend von 1,5% gehabt hätten.

Allen und Iklé bezeichneten diese Mitteilungen als ermutigend.

10) Auf Frage des Ministers meinten Allen und Iklé, Reagan werde sein neues Kabinett etwa in zwei Wochen bekanntgeben.³⁰

VS-Bd. 14091 (010)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1745

der Verteidigungsbemühungen“ verstanden werden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 4370; VS-Bd. 11109 (204); B 150, Aktenkopien 1980.

³⁰ Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 10. Dezember 1980: „Auf einer Pressekonferenz wurden heute acht künftige Mitglieder des Kabinetts Reagan der Öffentlichkeit vorgestellt. [...] Nach den ersten acht Kabinettsnennungen stehen noch fünf weitere aus. Sie sollen bis spätestens Weihnachten bekanntgegeben werden. Für Reagan hat sich gezeigt, daß die Auswahl geeigneter Persönlichkeiten für Kabinettsposten offenbar schwieriger ist als erwartet. [...] In der Tat sind alle Kabinettsmitglieder gehalten, der Öffentlichkeit ihre Vermögensverhältnisse und wirtschaftlichen Interessen offenzulegen, gemäß dem ‚Conflict of Interests Act‘. Hinzu kommen neue Anfragen für die persönliche Lebensführung. All dies hat für Reagan die Kabinettsbildung erschwert. So gelang es ihm nicht, der Öffentlichkeit heute seinen künftigen Außenminister vorzustellen. Demokratische Senatoren warnten, Haigs Bestätigung könne wegen seiner Rolle im Watergate-Skandal gefährdet sein.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4588; Referat 204, Bd. 115936.

Am 18. Dezember 1980 teilte Hermes mit: „Die Ernennung von Haig zeigt Reagans Entschlossenheit, eine starke Persönlichkeit an die Spitze des State Department zu stellen, um die führende Rolle der USA geltend zu machen. Gleichzeitig hat Reagan die öffentliche Kritik einiger Senatoren klar zurückgewiesen. Haig steht vor einer schwierigen Überprüfung im Senat; mit seiner Bestätigung ist jedoch zu rechnen. Im Kreis der bisher bestimmten Kabinettsmitglieder ist Haig der einzige mit solider außen- und militärpolitischer Erfahrung, so daß ihm besonderes Gewicht zukommt. Seine Kenntnis Europas und die Achtung, die ihm die Europäer zollen, sprechen für eine enge, wenn auch nicht immer leichte Zusammenarbeit. [...] Haigs Ernennung ist kontrovers. Seine politischen und militärischen Erfahrungen im Weißen Haus, erst als Vertreter von Kissinger und später als Nixons Stabschef sowie als Oberbefehlshaber der NATO werden zwar anerkannt, in Frage gestellt wird jedoch seine Rolle im Watergate-Skandal (Telefonabhören, Begnadigung Nixons) sowie im Vietnam-Krieg und [bei] der Bombardierung Kambodschas [...]. Die Anhörungen im Auswärtigen Ausschuß des Senats beginnen am 9. Jan[uar] 1981.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4665; Referat 204, Bd. 115936.

335

Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Staden, Bundeskanzleramt

VS-vertraulich

21. November 1980¹

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit Präsident Carter am 20. November, 12.00 bis 13.30 Uhr, in Anwesenheit des Bundesministers des Auswärtigen und von AM Muskie²

Ferner anwesend: Brzezinski, Christopher, Vest, Owen, Blackwill, Bölling, Hermes, Blech, von Staden.

Nach Begrüßung durch den Präsidenten leitete Owen das Gespräch auf dessen Weisung mit der Bitte ein, Sie möchten sich den Republikanern gegenüber für die Annahme von IDA VI³ verwenden. Die Frage sei im Appropriations Committee anhängig. Die Demokraten unterstützten IDA VI, die Haltung der Republikaner sei noch offen.

Der Präsident erkundigte sich nach Ihrem Gespräch mit Premierministerin Thatcher.⁴ Sie wiesen auf die britische Wirtschaftslage hin. Die Premierministerin sei sich im klaren darüber, daß die Krise nicht allein über die Haushaltspolitik beseitigt werden könne. Es lägen ihr auch Grundprobleme des Managements und der Gewerkschaftspolitik zugrunde, die man nicht kurzfristig bewäl-

¹ Ablichtung.

Hat Ministerialdirektor von Staden, Bundeskanzleramt, am 24. November 1980 erneut vorgelegen.

Hat Staatssekretär Schüler, Bundeskanzleramt, am 25. November 1980 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Peters, Bundeskanzleramt, am 25. November 1980 vorgelegen.

Hat Verwaltungsangestelltem Bruns, Bundeskanzleramt, am 26. November 1980 vorgelegen, der handschriftlich für die VS-Registatur vermerkte: „Bitte 1 Kopie für V[or]Z[immer]/BK.“

Hat Peters am 26. November 1980 erneut vorgelegen.

Hat Bundeskanzler Schmidt am 26. November 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Nicht gelesen. 2) Kopie z[u] d[en] A[kten] pr[ivat] (S[ammlun]g) bei mir.“

² Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 18. bis 21. November 1980 in den USA auf, Bundesminister Genscher am 19./20. November 1980. Vgl. dazu auch Dok. 334 und Dok. 337.

³ Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit notierte am 17. Dezember 1979: „Die abschließende Verhandlungsrunde über die sechste IDA-Auffüllung fand am 12.12.1979 in Paris statt. [...] Hauptaufgabe dieser Verhandlungsrunde war, die noch bestehende Finanzierungslücke bei einem vereinbarten Auffüllungsvolumen von 12 Mrd. US-\$ durch zusätzliche Beiträge zu schließen. [...] In der Sitzung stellte sich jedoch heraus, daß Saudi-Arabien z.Zt. noch nicht bereit ist, sich zu einem gleich hohen Anteil wie bei IDA V (4,56 %) zu verpflichten, der seinerzeit durch eine Zusatzleistung von 100 Mio. US-\$ zustande gekommen war. [...] Die USA konnten nunmehr nach abgeschlossenen Kongreßkonsultationen den erwarteten Anteil von 27 % bestätigen (4 % weniger als bei IDA V). [...] Bei den Verhandlungen über Zusatzbeiträge zur Ausfüllung der Finanzierungslücke hat sich die Entscheidung der Minister Offergeld und Matthöfer, der deutschen Delegation eine Verhandlungsmarge von zusätzlich 0,5 % einzuräumen, als außerordentlich nützlich erwiesen. Die deutsche Delegation konnte damit erheblichen Einfluß auf andere Mitgliedsländer ausüben, gleichfalls zusätzliche Beiträge zu leisten. [...] Von dem Auffüllungsziel von 12 Mrd. US-\$ sind nunmehr 97,01 % (11,64 Mrd. US-\$) erreicht. [...] Alle Beiträge stehen unter dem Vorbehalt parlamentarischer Zustimmung, d.h. für die Bundesrepublik Deutschland unter dem Vorbehalt des Inkrafttretens des Bundeshaushalts 1980, der eine Verpflichtungsermächtigung von 2,66 Mrd. DM vorsieht.“ Vgl. Referat 400, Bd. 118734.

⁴ Premierministerin Thatcher hielt sich am 16./17. November 1980 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 329 und Dok. 330.

tigen könne. Sie machten anschließend auf unsere eigenen Probleme aufmerksam und erwähnten die Möglichkeit eines Postgewerkschaftsstreiks.

Der Präsident erkundigte sich nach dem Stand der innerdeutschen Beziehungen. Sie bezeichneten die Erhöhung der Umtauschquoten⁵ als ersten Rückschlag. Sie hätten einen Rückgang der Reisen von West nach Ost um 60 % bewirkt. Für Rentner z.B. sei die Umtauschquote von 25 DM pro Tag zu hoch. Auf die Frage des Präsidenten nach den Motiven der DDR erwiderten Sie, daß die Sorge mitgespielt haben dürfte, die Streiks in Polen, z.B. in Stettin, könnten auf die DDR, z.B. Rostock, übergreifen. Noch mehr besorgt aber dürfte die Führung der DDR darum gewesen sein, der Sowjetunion zu demonstrieren, daß Moskau keinen „Dominoeffekt“ zu fürchten habe. Sowjetische Vertreter verbreiteten, daß nicht etwa Moskau die Entscheidung der DDR bestimmt habe. Dies aber sei wohl nicht die ganze Wahrheit. Die DDR hätte die Maßnahmen nicht ohne Konsultation mit dem sowjetischen Verbündeten ergriffen. Wir hofften, die Lage allmählich wieder reparieren zu können. Wir würden Abgrenzungen nicht mit Gegenabgrenzungen beantworten. Wir wollten, mit anderen Worten, nicht mit den gleichen Methoden erwidern. Wir würden bei eiligen Verhandlungen Zurückhaltung zeigen und nicht gerade sehr freundlich sein. Wir würden den Graben aber nicht vertiefen.

Der Präsident warf die Frage wirtschaftlicher Hilfe für Polen auf. Sie schilderten unsere bisherige Politik gegenüber dem Regime Gierek, die im Verhältnis zu Kania fortgesetzt worden sei. Noch kürzlich sei ein teilweise öffentlich garantierter Bankenkredit von 1,2 Mrd. DM gegeben worden.⁶ Die polnische Wirtschaftslage sei aber sehr ernst und könne in ein Desaster hineinführen. Um den polnischen Bedarf zu befriedigen, müßte man dem Land jährlich Kredite von 2 bis 3 Mrd. Dollar geben, und man müßte es wirtschaftspolitisch beraten können, was praktisch leider nicht möglich sei. Der Präsident fragte, ob eine Umschuldung helfen könne. Sie erwiderten, daß Umschuldung nötig sei, daß das, was die Polen jetzt bräuchten, aber Nahrungsmittel seien. Der Präsident erwähnte einen Nahrungsmittelkredit in Höhe von 650 Mio. Dollar, den die Vereinigten Staaten Polen eingeräumt hätten.⁷ Sie erwiderten, daß wir im Frühjahr kommenden Jahres etwas Ähnliches tun wollten, in entsprechend geringerem Umfang. Auf eine Frage des Präsidenten bemerkten Sie und der Bundesaußenminister, daß die Sowjetunion während der Madrider Konferenz⁸ wohl nicht in Polen eingreifen würde. Sie hätten den Eindruck, daß die Sowjetunion nicht intervenieren wolle, daß man in Moskau letztlich aber besorgt sei, am Ende zu einer Intervention gezwungen sein zu können. Der Papst habe ein gutes Urteil über die Lage in Polen gezeigt, und der Episkopat scheine einen günstigen Einfluß auf Wałęsa und dessen Mitarbeiter auszuüben.

⁵ Zur Erhöhung des Mindestumtauschs für Besucher der DDR und Ost-Berlins aus „nichtsozialistischen Staaten“ und aus Berlin (West) ab 13. Oktober 1980 vgl. Dok. 290, Anm. 15.

⁶ Zur Vergabe eines Kredits an Polen am 10. Oktober 1980 vgl. Dok. 290, Anm. 12.

⁷ Zur Vergabe eines Kredits der USA an Polen vgl. Dok. 282, Anm. 11.

⁸ In Madrid wurde am 11. November 1980 die KSZE-Folgekonferenz eröffnet. Vgl. dazu Dok. 319 und Dok. 322.

Der Präsident warf die Frage auf, ob wir zusammen mit Großbritannien und Italien am Nachrüstungsbeschluß vom Dezember 1979⁹ festhalten würden, wenn es sich erweisen sollte, daß Belgien¹⁰ und die Niederlande¹¹ nicht mitmachten. Sie bemerkten, daß Italien als nicht-nuklearer Staat wichtiger sei als Großbritannien. Im übrigen hätten Sie sich die englische Regel zu eigen gemacht, die Brücke zu überqueren, wenn sie erreicht sei. Der Präsident erwiderte, daß Washington von der Durchführung des Beschlusses ausginge. Sie antworteten, daß wir dies auch täten. Wenn Italien allerdings ausfallen sollte, würde es sehr schwierig werden.

Der Präsident legte dar, er glaube, daß Reagan den SALT-Prozeß fortführen und sich bald in diesem Sinne entschließen werde. Sie unterstrichen, wie wichtig es sei, daß solche Entscheidungen vor dem sowjetischen Parteikongreß im Februar 1981¹² getroffen würden. Es sei wichtig, daß die richtigen Signale gegeben würden, damit sie in der richtigen Weise in die Dokumente des Parteitag's Eingang finden könnten. Andernfalls könne man möglicherweise auf Jahre hinaus eine Chance vergebend. Viel werde darauf ankommen, ob Washington von Überlegenheit rede oder die bewährte Formel gebrauchte „second to none“.

Nach einem Einwurf des Präsidenten über die Moskauer Mission von Senator Percy und General Scowcroft¹³ fuhren Sie fort, Sie hätten keinen Zweifel an dem vitalen Interesse der USA und ihrer Alliierten, die Rüstungskontrollverhandlungen nicht aufzugeben. Hier könne es Moskau gegenüber leicht zu Mißverständnissen kommen. Muskie warf ein, daß es wichtig sei, diese Gesichtspunkte gegenüber den Ratgebern von Reagan hervorzuheben.

Der Präsident meinte, daß Reagan den SALT-Prozeß fortsetzen werde, allerdings mit dem Gedanken, eine gewisse Marge amerikanischer Überlegenheit zu sichern. Er hoffe, Reagan werde bald erklären, daß er SALT II¹⁴ mit Aus-

⁹ Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 10.

¹⁰ Zur Haltung Belgiens zur Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 278.

¹¹ Zur Diskussion über die Dislozierung von Mittelstreckensystemen in den Niederlanden vgl. Dok. 328, Anm. 16.

¹² Der XXVI. Parteitag der KPdSU fand vom 23. Februar bis 3. März 1981 in Moskau statt.

¹³ Vortragender Legationsrat I. Klasse Citron notierte am 12. Dezember 1980: „Der künftige Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des US-Senats, Senator Charles Percy (Illinois), hat bei seinem Besuch in Moskau (26. bis 29.11.) ein Konzept für eine ‚Neuverhandlung‘ des SALT-II-Vertrages vorgetragen. Percys Angabe, dieses Konzept sei mit dem ‚außenpolitischen Chefberater‘ des neu gewählten Präsidenten, Richard V. Allen, abgestimmt gewesen, hat Allen inzwischen, offenbar unter dem Eindruck der Kritik vom ‚konservativen‘ Flügel der Republikaner, dahingehend abgeschwächt, daß Percy ihn vor seiner Abreise unterrichtet, in Moskau selbst aber seine eigene Meinung vertreten habe. [...] In mehreren Interviews (z.T. noch in Moskau) sowie in einem Gespräch mit unserem Botschafter in Washington erklärte Percy, er habe seinen Gesprächspartnern Breschnew, Gromyko und Ustinow verdeutlicht, daß SALT II in der vorliegenden Form ‚tot‘ (‘dead as a doornail’) sei. [...] Die sowjetischen Reaktionen auf Percys Darlegungen sind unterschiedlich beschrieben worden. Nachdem erste Äußerungen des Senators vor der Presse so verstanden worden waren, als hätten die sowjetischen Gesprächspartner Bereitschaft zur Neuverhandlung von SALT II signalisiert, hat Percy selbst betont, daß man sowjetischerseits auf ‚schlichter Ratifizierung‘ des unterzeichneten Vertrages bestanden habe.“ Citron resümierte: „Vorerst erscheint es schwer vorstellbar, daß sich die Sowjets auf das Percy-Konzept einer Neuverhandlung mit Rückgriff auf weitreichende, vom Auswärtigen Ausschuß des US-Senats bereits als für die SU inakzeptabel angesehene Forderungen einlassen könnten.“ Vgl. Referat 213, Bd. 133147. Vgl. dazu ferner Dok. 343.

¹⁴ Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 13.

nahme des Abbaus von Systemen als bindend ansehe. Wenn der Außenminister und der Sicherheitsberater erst ernannt seien, werde man klarer sehen.

Muskie erwähnte, daß es wichtig sei, ob Reagan SALT II neu verhandeln werde oder gleich in SALT III eintreten wolle. SALT III sei ungeheuer komplex und werde viel Zeit beanspruchen. Sie erwiderten mit dem Hinweis, daß auch die Neuverhandlungen von SALT II lange Zeit beanspruchen dürften.

Nach einer im ganzen positiven Bewertung des gegenwärtigen Standes in Madrid durch den Präsidenten und Sie fragten Sie, ob die Administration bereit sei, das französische Projekt einer KAE¹⁵ zu unterstützen.

Der Präsident bejahte dies, er werde auch mit Reagan in diesem Sinne sprechen. Es habe für die amerikanische Seite zunächst Probleme gegeben, nun aber sei man bereit, den französischen Plan zu unterstützen. Hierüber werde der Nationale Sicherheitsrat noch am gleichen Nachmittag beraten. Frankreich habe diese Entwicklung durch eigene Konzessionen ermöglicht. Es habe die zweite Phase der KAE aufgegeben. Es beschränke sich auf CBMs, und es nehme eine feste Haltung in der Frage der Ausdehnung bis zum Ural ein. Letzten Endes werde die amerikanische Zustimmung allerdings davon abhängen, ob ein Gleichgewicht mit dem Komplex Menschenrechte gegeben sei. Man werde sich daher erst am Ende der Madrider Konferenz festlegen. Christopher bemerkte ergänzend, daß eine andere Lage dann eintreten könnte, wenn die Sowjets ihren eigenen Plan für eine europäische Abrüstungskonferenz¹⁶ massiv betreiben würden. Dann könne eine frühere Entscheidung für den französischen Plan erforderlich werden, weil die USA andernfalls von ihren Bundesgenossen getrennt werden.

Auf Ihre Bitte beschrieb Christopher den Verlauf der ersten TNF-Runde in Genf.¹⁷ Sein Bericht deckte sich mit der schon bekannten Unterrichtung. Sie nahmen ihn zum Anlaß, um zu begründen, wie wichtig es sei, daß ernst verhandelt werde. Das sei von außerordentlicher Bedeutung.

Staden

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 55

¹⁵ Zum französischen Vorschlag einer Konferenz für Abrüstung in Europa vgl. Dok. 287.

¹⁶ Zu den Vorschlägen des Komitees der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten bei der Tagung am 14./15. Mai 1979 in Budapest vgl. Dok. 1, Anm. 28.

Zum Vorschlag des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, Gierek, vom 11. Februar 1980 für eine Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 55, Anm. 39.

Zu den Vorschlägen des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts bei der Tagung am 14./15. Mai 1980 in Warschau vgl. Dok. 150, Anm. 5.

¹⁷ Zur ersten Runde der amerikanisch-sowjetischen Gespräche über Mittelstreckensysteme in Genf vom 17. Oktober bis 17. November 1980 vgl. Dok. 332.

336

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fleischhauer

500-503.30/1-1084/80 VS-vertraulich

21. November 1980¹Herrn Staatssekretär²

Vorschlag: Unterzeichnung des beiliegenden Schreibens an Staatssekretär Dr. Hiehle, BMVg³

Betr.: Humanitäres Kriegsvölkerrecht/Genfer Zusatzprotokolle zu den Rot-Kreuz-Konventionen von 1949⁴;
hier: Petition des Völkerrechtsreferenten im Bundesministerium der Verteidigung, MR Dr. Schneider, vom 28.4.1980⁵

Bezug: Aufzeichnung D 5-500-503.30/1-918/80 VS-v vom 30.9.1980⁶

Anlagen⁷

Abteilung 5 hat die anliegende Stellungnahme zu der Petition des Völkerrechtsreferenten im Bundesministerium der Verteidigung, Ministerialrat Dr. Schneider, ausgearbeitet. Ich schlage vor, daß Sie diese Herrn StS Dr. Hiehle mit dem ebenfalls beigefügten Anschreiben übersenden.

¹ Durchschlag als Konzept.

Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Oesterheld und Vortragendem Legationsrat Hilger konzipiert.

Hat Hilger am 4. Dezember 1980 erneut vorgelegen.

² Günther van Well.

³ Dem Vorgang beigelegt. Für das Schreiben des Staatssekretärs van Well vom 1. Dezember 1980 an Staatssekretär Hiehle, Bundesministerium der Verteidigung, vgl. VS-Bd. 10761 (500); B 150, Aktenkopien 1980.

⁴ Für den Wortlaut der am 8. Juni 1977 verabschiedeten Zusatzprotokolle zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 einschließlich der dazu abgegebenen Erklärungen und Vorbehalte vgl. UNTS, Bd. 1125, S. 4–434 bzw. S. 610–699.

⁵ Für die Petition des Ministerialrats Schneider, Bundesministerium der Verteidigung, vom 28. April 1980 an Bundeskanzler Schmidt und den Petitionsausschuß des Bundestags vgl. VS-Bd. 10761 (500). Zur Haltung Schneiders bezüglich des I. Zusatzprotokolls vom 8. Juni 1977 zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 vgl. ferner AAPD 1979, I, Dok. 52. Vgl. außerdem Dok. 133.

⁶ Ministerialdirektor Fleischhauer vermerkte: „Mit Schreiben vom 22. August 1980 [...] hat der Leiter des Planungsstabes beim Bundesminister der Verteidigung die Federführung für die Beantwortung der Petition von Min[isterial]Rat Dr. Schneider abgelehnt. Abt. 5 ist demgegenüber nach wie vor der Auffassung, daß in einem Fall, in dem sich ein Beamter mit einer Petition gegen die Behandlung einer Sachfrage durch sein eigenes Ministerium und das Auswärtige Amt wendet, die Federführung für die Beantwortung dieser Petition bei dem Ministerium liegen muß, dessen Organisationsgewalt der Beamte untersteht. Schließlich handelt es sich nicht um die Petition eines außenstehenden Bürgers, der sich gegen eine bestimmte politische Entscheidung der Bundesregierung wendet, sondern um die Maßnahme eines Beamten, der innerhalb seines Hauses mit seinen Ansichten nicht durchgedrungen ist und der die Petition u. a. als Hebel benutzt, um die ihm angekündigte Versetzung auf einen anderen Dienstposten zu verhindern. Daß sich das Bundesministerium der Verteidigung derartig sträubt, die Federführung in diesem Fall zu übernehmen, hat allerdings den praktischen Hintergrund, daß es in sich zwischen der Unterabteilung Völkerrecht einerseits und dem militärischen Führungsstab andererseits so gespalten ist, daß es offenbar größte Schwierigkeiten voraussieht, eine einheitliche Antwort zustande zu bringen.“ Vgl. VS-Bd. 10761 (500); B 150, Aktenkopien 1980.

⁷ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 3 und 17.

Nach Ansicht der Abteilung 5 kann die Frage, ob das Bundesministerium der Verteidigung oder das Auswärtige Amt für die Beantwortung der Petition federführend ist, zunächst so lange offenbleiben, bis Einverständnis über den sachlichen Inhalt der Antwort erzielt worden ist.

Die Herren Dg 11⁸ und Dg 20⁹ haben mitgezeichnet.

Fleischhauer¹⁰

[Anlage]

Stellungnahme des Auswärtigen Amts zur Petition des Ministerialrats Dr. Reinhard Schneider vom 28. April 1980 an den Deutschen Bundestag

1) Anlaß und Hintergrund der Petition des Völkerrechtsreferenten im Bundesministerium der Verteidigung, Ministerialrat Dr. Schneider, sind eine Reihe von schwierigen Fragen, die von der Bundesregierung seit langem und mit großem Ernst behandelt werden. Es handelt sich darum, daß die Verteidigungskonzeption des Atlantischen Bündnisses und die Glaubwürdigkeit seiner Abschreckungsstrategie¹¹ in Einklang erhalten werden müssen mit dem Bekenntnis der Bundesrepublik Deutschland und des Bündnisses zu den Prinzipien der Humanität und zur Rolle des IKRK bei der Weiterentwicklung dieser Prinzipien. Konkret geht es darum, daß im Rahmen des Internationalen Roten Kreuzes ein Zusatzprotokoll zu den Genfer Rotkreuzkonventionen von 1949 ausgearbeitet und später von einer Staatenkonferenz verabschiedet worden ist, welches unter anderem Kampfführungsbestimmungen enthält, die das Gebot der Verhältnismäßigkeit und das Verbot unterschiedsloser Kriegsführung im Sinne des verbesserten Schutzes der Zivilbevölkerung spezifizieren und weiterentwickeln. Dieses Protokoll, das I. Zusatzprotokoll, ist zwar ohne Erwähnung der Nuklearwaffen ausgehandelt und abgeschlossen worden und soll auch nach dem erklärten Willen der westlichen Nuklearmächte auf Nuklearwaffen keine Anwendung finden. Nach seinem Wortlaut macht das I. Zusatzprotokoll jedoch keine Ausnahme für die Nuklearkriegsführung. Seine Anwendbarkeit auf die Nuklearkriegsführung würde die nukleare Abschreckungsstrategie der NATO völkerrechtlichen Zweifeln aussetzen. Es entsteht also die Frage, ob und wie bei einem Beitritt der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Bündnispartner zu dem Protokoll verhindert werden kann, daß es die nukleare Abschreckungsstrategie der NATO, auf der die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland beruht, beeinträchtigt.

Auswärtiges Amt und Bundesministerium der Verteidigung sind ebenso wie unsere Bündnispartner zu der Auffassung gelangt, daß der Beitritt zu dem Protokoll so ausgestaltet werden kann, daß es allen NATO-Staaten, einschließlich der Bundesrepublik Deutschland, ermöglicht wird, Partei des Zusatzprotokolls zu werden, ohne daß dazu Abstriche in der gegenwärtigen Verteidigungsplanung der NATO notwendig wären.

⁸ Hat Ministerialdirigent Schönfeld am 27. November 1980 zur Mitzeichnung vorgelegen.

⁹ Hat Ministerialdirigent Dröge am 25. November 1980 zur Mitzeichnung vorgelegen.

¹⁰ Paraphe.

¹¹ Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 168, Anm. 18.

Es versteht sich von selbst, daß dabei nur völkerrechtlich zulässige und der Öffentlichkeit vertretbare Präzisierungen vorgenommen werden können. Es versteht sich ferner von selbst, daß die Entscheidung über den Vollzug des Beitritts bei jedem NATO-Staat liegt. In der Bundesrepublik Deutschland hängt diese Entscheidung nach Art. 59 Abs. 2 GG¹² von dem Votum der gesetzgebenden Körperschaften ab. Diese sind in ihrer Entschließung frei. Die am 23.12.1977 unter dem generellen Vorbehalt von späteren sachlichen Vorbehalten vollzogene Zeichnung stellt keine Verpflichtung zur Ratifizierung dar. Es zeichnet sich ab, daß die Mehrheit der NATO-Staaten auf die Dauer bereit sein wird, dem Protokoll beizutreten. In der Bundesrepublik Deutschland ist das parlamentarische Zustimmungsverfahren nach Art. 59 bisher weder eingeleitet worden, noch hat die Bundesregierung bisher über die Einleitung dieses Verfahrens beschlossen.¹³

Die im Bündnis angestellten Überlegungen sind folgende: Auf der vierjährigen diplomatischen Konferenz¹⁴, deren Ergebnis die Verabschiedung der beiden Zusatzprotokolle war, ist über Nuklearwaffen nicht verhandelt worden. Die drei westlichen Nuklearmächte haben mehrfach erklärt, daß sie nur über die Anwendung der neuen Bestimmungen auf die konventionelle Kriegsführung verhandelten. Diesen Erklärungen der westlichen Nuklearmächte ist auf der Konferenz nicht widersprochen worden. Im übrigen ist die nukleare Kriegsführung auf der Konferenz nicht angesprochen worden. Die Vereinigten Staaten und Großbritannien haben auch bei der Zeichnung des I. Zusatzprotokolls entsprechende Erklärungen abgegeben.¹⁵ Sie wollten damit nochmals klarmachen, daß die Nuklearkriegsführung nicht Gegenstand der Verhandlungen gewesen ist. (Frankreich hat die Zusatzprotokolle nicht gezeichnet.) Die Westmächte gehen deshalb davon aus, daß es auf der Konferenz einen stillschweigenden Konsens gegeben hat, die Nuklearwaffen auszuklammern, daß aber die Dritte Welt und der Ostblock nicht in der Lage gewesen wären, diesen Umstand ausdrücklich im Text der Zusatzprotokolle niederzulegen.

Innerhalb des NATO-Bündnisses besteht Einverständnis darüber, mit einer Erklärung, die tunlichst auch von möglichst vielen nicht-nuklearen NATO-Staaten anlässlich der Ratifizierung der Zusatzprotokolle abgegeben werden sollte, erneut klarzumachen, daß die Kampfführungsbestimmungen des Zusatzprotokolls den Einsatz von Nuklearwaffen nicht regeln wollten, im Ergebnis nicht regeln und daß sich die Bindung bei einem Vertragsbeitritt daher nicht auf die Nuklearkriegsführung bezieht. In bezug auf die Nuklearkriegsführung

¹² Für den Wortlaut von Artikel 59 Absatz 2 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 7.

¹³ Das Gesetz zu den Zusatzprotokollen I und II vom 8. Juni 1977 zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 trat am 12. Dezember 1990 in Kraft. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1990, Teil II, S. 1550–1649.

¹⁴ Die erste Session der Konferenz zur Bestätigung und Weiterentwicklung des in bewaffneten Konflikten anwendbaren humanitären Völkerrechts fand vom 20. Februar bis 29. März 1974 in Genf statt.

¹⁵ Am 8. Juni 1977 erklärten die Vereinigten Staaten anlässlich der Verabschiedung des I. Zusatzprotokolls zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949: „It is the understanding of the United States of America that the rules established by this Protocol were not intended to have any effect on and do not regulate or prohibit the use of nuclear weapons.“ Vgl. UNTS, Bd. 1125, S. 434. Großbritannien erklärte: „That the new rules introduced by the Protocol are not intended to have any effect on and do not regulate or prohibit the use of nuclear weapons“. Vgl. UNTS, Bd. 1125, S. 433.

bleibt es vielmehr bei dem Status quo, d. h. dem jetzt bestehenden Zustand. Der einzige Beurteilungsunterschied, der sich im Bündnis insoweit ergeben hat, besteht darin, daß einige NATO-Staaten nicht ausschließen wollen, daß eine derartige Erklärung vertragstechnisch als echter Vorbehalt zu werten wäre, während die Mehrheit sie als Interpretationserklärung wertet. Andere Meinungsverschiedenheiten bestehen nicht, auch nicht zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland. Es besteht insbesondere keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß auch nach dem jetzt geltenden Völkerrecht, dem die NATO-Doktrin auch insoweit nicht widerspricht, der Einsatz von Nuklearwaffen nicht schrankenlos zulässig ist. Die Nuklearerklärung kann daher zwar bewirken, daß die speziellen Regelungen des Protokolls für die Nuklearkriegsführung ausgeschaltet werden; auch sie kann aber das geltende Völkergewohnheitsrecht nicht aufheben und will dies auch nicht. Dies ist die Auffassung der Vereinigten Staaten, und dies ist die Auffassung der Bundesrepublik Deutschland.

2) Eine von dieser Problematik zu unterscheidende Frage ist diejenige nach den Regeln des allgemeinen Völkerrechts, die jetzt schon und ohne Rücksicht auf das Protokoll für den Nuklearkrieg gelten. Diese Frage steht hinter der von dem Petenten geforderten Klärung des Bedeutungsinhalts der Nuklearerklärung. Denn wenn Einigkeit darüber besteht, daß die konkreten Kampfführungsbestimmungen des Protokolls als solche für die Nuklearkriegsführung durch die Nuklearerklärung ausgeschaltet werden, bedeutet die Frage nach dem inhaltlichen Gehalt der Erklärung nichts anderes als die Frage nach den dann maßgeblich bleibenden Regeln des Völkerrechts für die Nuklearkriegsführung, insbesondere im Lichte der NATO-Strategie. Die Besorgnisse des Petenten gehen offensichtlich darauf zurück, daß er Grund zu der Befürchtung zu haben glaubt, die nukleare Planung der NATO sei schon heute – unter dem Eindruck der humanitären Tendenzen des Völkerrechts und der Erörterungen der Konferenz, die das Zusatzprotokoll hervorgebracht hat, zumindest hinsichtlich dicht besiedelter Gebiete – völkerrechtswidrig. Er will Anzeichen dafür haben, daß sich in den USA ein entsprechender Sinneswandel anbahne und daß die USA insgeheim die gegenwärtige nukleare Planung unter völkerrechtlichen Gesichtspunkten als Zweifeln ausgesetzt ansähen.

Dazu ist zu sagen, daß die Haltung der amerikanischen Regierung zur Rolle der Nuklearwaffen im Rahmen der geltenden Strategie der flexiblen Erwidern und Vorverteidigung¹⁶ sowie eindeutige Erklärungen Präsident Carters keinen Zweifel daran lassen, daß die Vereinigten Staaten an der gemeinsamen Sicherheitspolitik festhalten. Es sind auch keinerlei Äußerungen verantwortlicher Politiker der Vereinigten Staaten bekannt, die die Ansicht des Petenten belegen würden. Das Auswärtige Amt möchte in diesem Zusammenhang auf den

¹⁶ Am 23. Mai 1957 stellte der Militärausschuß der NATO in der Direktive MC 48/2 („Measures to Implement the Strategic Concept“) fest: „In addition to our nuclear retaliatory measures, our land, sea and air forces must be developed also to respond immediately to the task of defending the sea areas and NATO territories as far forward as possible in order to maintain the integrity of the NATO area, counting on the use of their nuclear weapons at the outset.“ Vgl. NATO STRATEGY DOCUMENTS, S. 323.

Brief verweisen, den der amerikanische Botschafter Stoessel am 16. August 1979 an den Bundestagsabgeordneten Dr. Alois Mertes gerichtet hat (s. Anlage).¹⁷

Auch die Entwicklung des allgemeinen Völkerrechts gibt keine Veranlassung zur Überprüfung der Zulässigkeit der NATO-Strategie. Zwar haben sich die humanitären Tendenzen im Kriegsvölkerrecht verstärkt. Die Staatenpraxis vermittelt jedoch ein differenzierteres Bild: Internationale Vereinbarungen, wie der Nichtverbreitungsvertrag¹⁸, eine Vielzahl von Abrüstungsinitiativen in den VN, die amerikanisch-sowjetische SALT-Abmachung¹⁹, wären nicht denkbar, wenn die Staatengemeinschaft zur Rechtsüberzeugung gelangt wäre, daß Nuklearwaffen, jeder Einsatz von Nuklearwaffen oder jedenfalls der Ersteinsatz von Nuklearwaffen dem geltenden Völkerrecht widersprächen. Diese Vereinbarungen lassen zwar das politische Ziel erkennen, die Gefahr des Einsatzes dieser Waffen zu verringern und ihren Einsatz in Zukunft möglicherweise ganz auszuschließen. Nuklearwaffen werden jedoch für notwendig gehalten, und diese Vereinbarungen vollziehen sich vor dem Hintergrund wachsender Arsenale von taktisch und strategisch einsetzbaren Nuklearwaffen, die auf keiner Seite lediglich dem Zweitschlag vorbehalten sind.

Es ist also nicht erkennbar, daß sich im allgemeinen Kriegsvölkerrecht seit Entwicklung der NATO-Doktrin eine Verschiebung ergeben hat, welche ihre völkerrechtliche Zulässigkeit heute als zweifelhaft erscheinen ließe. Unter diesen Umständen erscheint es nicht vertretbar, innerhalb der Bundesregierung oder innerhalb des Bündnisses eine akademische Debatte über die Aussage des allgemeinen Völkerrechts in bezug auf den Einsatz von Nuklearwaffen auszulösen. Eine solche Debatte könnte der Öffentlichkeit nicht verborgen bleiben, müßte Mißverständnisse und Zweifel an der Verteidigungsbereitschaft des Bündnisses auslösen und würde gefährliche Auswirkungen für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland haben.

3) Vor dem Hintergrund dieser Sachlage muß der Vorwurf „der unsachgemäß und sicherheitspolitisch riskant erscheinenden Behandlung von kriegsvölkerrechtlichen Fragen“ zurückgewiesen werden. Insbesondere kann keine Rede davon sein, daß Ausschüsse des Deutschen Bundestages über die Problematik unvollständig unterrichtet worden seien.

Im Gegenteil sind die innerhalb der Bundesregierung beteiligten Ressorts in vollem Bewußtsein der Schwierigkeit ihrer Aufgabe bemüht, bei der Behandlung des Zusatzprotokolls den Interessen der Bundesrepublik Deutschland gerecht zu werden. Soweit Meinungen, Ratschlägen und Forderungen des Petenten nicht gefolgt wurde, ist dies stets aus sachlichen Motiven geschehen.

VS-Bd. 10761 (500)

¹⁷ Dem Vorgang beigelegt. Im Schreiben des amerikanischen Botschafters Stoessel vom 16. August 1979 an den CDU-Abgeordneten Mertes wurde die Haltung der USA zum Einsatz von Nuklearwaffen im Hinblick auf die beiden Zusatzprotokolle vom 8. Juni 1977 zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 dargelegt. Vgl. dazu VS-Bd. 10761 (500); B 150, Aktenkopien 1980.

¹⁸ Für den Wortlaut des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 785–793.

¹⁹ Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 13.

337

Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt

114-6213/80 VS-vertraulich

Fernschreiben Nr. 4379

Citissime

Aufgabe: 21. November 1980, 20.40 Uhr¹

Ankunft: 22. November 1980, 03.04 Uhr

Betr.: Gespräch des Bundeskanzlers mit President-Elect Reagan am
20.11.1980 in Washington²

An dem fünfzigminütigen Gespräch nahmen auf amerikanischer Seite noch teil Richard Allen und William Casey, auf deutscher Seite Bundesminister Genscher, StS Bölling und Botschafter Hermes.

Reagan wies zu Beginn des Gespräches darauf hin, daß er den Bundeskanzler um Verständnis bitte, daß er unter den gegenwärtigen Umständen in seinen Äußerungen Zurückhaltung üben müsse. Soviel möchte er aber schon gleich zu Anfang sagen, daß er mehr Konsultationen und weniger Überraschungen verspreche. Der Bundeskanzler begrüßte diese Erklärung und nannte vorherige Konsultationen zwischen den Vereinigten Staaten und den europäischen Verbündeten besonders wichtig. Er habe vor kurzem mit PM Thatcher³ und einige Zeit davor mit Präsident Giscard d'Estaing⁴ gesprochen und glaube, ihre gemeinsame Ansicht wiederzugeben, wenn er von einer zuversichtlichen Erwartung spreche, die die europäischen Verbündeten in die Administration Reagan setzten.

Ohne die noch amtierende Administration kritisieren zu wollen, halte er es doch für richtig zu erwähnen, daß z. B. in der Frage der Neutronenbombe⁵ und der Absage der Olympischen Spiele in Moskau⁶ aufgrund mangelnder vorheriger Konsultationen vermeidbare Schwierigkeiten geschaffen worden seien. Differenzen habe es in der Vergangenheit gegeben und werde es wohl auch in Zukunft geben. Wichtig sei, daß man sich rechtzeitig vorher konsultiere, um vermeidbare Meinungsverschiedenheiten abzuwenden.

Auf Frage von Casey nach der Einschätzung der polnischen Lage antwortete der Bundeskanzler, daß die wirtschaftliche Lage in Polen sehr schwierig sei und nicht anzunehmen sei, daß die bei Beendigung der Streiks von der Regie-

¹ Hat Legationssekretär Wehrmann vorgelegen.

² Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 18. bis 21. November 1980 in den USA auf, Bundesminister Genscher am 19./20. November 1980. Vgl. dazu auch Dok. 334 und Dok. 335.

³ Premierministerin Thatcher hielt sich am 16./17. November 1980 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 329 und Dok. 330.

⁴ Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Giscard d'Estaing am 10. November 1980 in Paris vgl. Dok. 329, Anm. 34.

⁵ Präsident Carter gab am 7. April 1978 eine Erklärung über die unbefristete Verschiebung der Produktion der Neutronenwaffe ab. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, CARTER 1978, S. 702. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 470 (Auszug). Vgl. dazu ferner AAPD 1978, I, Dok. 108.

⁶ Zur Forderung des Präsidenten Carter vom 20. Januar 1980 nach einem Boykott der Olympischen Sommerspiele vgl. Dok. 19, Anm. 20.

rung gegebenen Versprechen⁷ eingehalten werden könnten. Der Mangel an Nahrungsmitteln sei schon jetzt erheblich, die Rationierung einzelner Lebensmittel wahrscheinlich. Die polnischen wirtschaftlichen Schwierigkeiten beruhten auf einer Reihe von Faktoren, darunter dem kommunistischen Wirtschaftssystem, der ungenügenden Organisationsfähigkeit, der zu ehrgeizigen Industrialisierungspolitik Giereks und nicht zuletzt auf Überschwemmungen, Unwetter, schlechter Ernte und dem Durchschlagen der Weltwirtschaftskrise auf Polen.

Auf die Frage von Allen, was nach einer eventuellen sowjetischen Intervention in Polen zu geschehen habe, antwortete der Bundeskanzler, sie würde die weltpolitische Lage tiefgehend verändern und die Entspannung abbrechen. Im übrigen wolle er auf eine hypothetische Frage keine hypothetische Antwort geben.

Casey fragte nach der finanziellen Lage Polens. Der Bundeskanzler nannte Schulden in Höhe von ca. 20 Mrd. Dollar. Auf die Frage Reagans, ob für Polen ein Moratorium in Aussicht genommen werden solle, nannte der Bundeskanzler die Gründe, die Polen an der Zustimmung zu einer Umschuldung bisher gehindert hätten.

Der Bundeskanzler erwähnte die Beunruhigung, die von Polen auf Rumänien, Ungarn und die ČSSR übergreife, und die Verdoppelung des Mindestumtauschsatzes in der DDR⁸ und den darauf erfolgten Rückgang des Besucherverkehrs um 60 Prozent. Es werde häufig übersehen, daß es außer den Deutschen in der Bundesrepublik Deutschland noch weitere Millionen Deutsche in Berlin und der DDR gebe. Die Politik der Bundesregierung sei darauf gerichtet, auch das Leben der Deutschen außerhalb des Gebietes der Bundesrepublik Deutschland zu erleichtern.

Reagan fragte, wie viele Deutsche in der DDR sich wohl für die Wiedervereinigung aussprechen würden. Die Antwort, es seien wohl mehr als 90 Prozent, und weniger als 5 Prozent, die an einem kommunistischen System festhalten wollten, überraschte ihn offensichtlich.

Der Bundeskanzler äußerte, daß die Erwartung und auch Neugierde auf die Außenpolitik der Administration Reagan groß sei, nirgends aber wohl größer als im Kreml. Dort bereite man sich auf den nächsten Parteitag der KPdSU im Februar 1981⁹ vor, der die politischen Leitlinien der Sowjetunion für die nächsten drei bis vier Jahre bestimmen werde. In ihnen werde zum Ausdruck kommen, ob die Sowjetunion sich auf ein Wettrüsten mit den Vereinigten Staaten oder auf eine Zusammenarbeit mit den USA für die nächsten Jahre einrichte. Der Bundeskanzler erklärte sich überzeugt, daß die gegenwärtige sowjetische Führung an einer Hebung des Lebensstandards in der Sowjetunion interessiert sei und sich daher angesichts der Unsicherheit über die zukünftige amerikanische Politik höchst unwohl fühle.

Reagan fragte, ob die Sowjetunion nicht bereits jetzt schon das Äußerste in der Rüstung aufbringe. Ob es noch Steigerungsmöglichkeiten gebe? Der Bundes-

⁷ Vgl. dazu die in Stettin, Danzig und Jastrzębie am 30./31. August und 3. September 1980 getroffenen Vereinbarungen; Dok. 253, Anm. 2.

⁸ Zur Erhöhung des Mindestumtauschs für Besucher der DDR und Ost-Berlins aus „nichtsozialistischen Staaten“ und aus Berlin (West) ab 13. Oktober 1980 vgl. Dok. 290, Anm. 15.

⁹ Der XXVI. Parteitag der KPdSU fand vom 23. Februar bis 3. März 1981 in Moskau statt.

kanzler erwiderte, ein diktatorisches Regime sei in der Lage, auch bei der gegenwärtigen Anspannung die Anstrengungen noch weiter zu steigern. Eine große Gefahr entstehe, wenn die sowjetische Führung zu dem Schluß käme, sie werde ein Wettrüsten nicht durchhalten können. Dann sei ein gewaltsamer Ausbruch der Sowjetunion aus dem Rüstungswettlauf zu einem ihr günstigen Zeitpunkt nicht auszuschließen. Reagan versicherte, er werde mit der Sowjetunion verhandeln, nicht nur über eine Begrenzung, sondern auch über einen Abbau der Rüstung, und zwar so lange, wie es notwendig sei, um ein Ergebnis zu erreichen. Der Bundeskanzler bat, dies die Sowjetunion so bald wie möglich wissen zu lassen.

Bei der Verabschiedung versicherte Allen, die Europäer könnten sich darauf verlassen, daß es mit der Administration Reagan mehr Zusammenarbeit und mehr Konsultationen geben werde.

[gez.] Hermes

VS-Bd. 11109 (204)

338

Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Staden, Bundeskanzleramt

24. November 1980¹

Betr.: Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit Premierminister Trudeau beim Abendessen am 22. November 1980, 20.15 bis 23.30 Uhr, im Beisein von Botschafter und Frau Goldschlag, Mr. Fowler, Staatsminister und Frau Huonker und Herrn von Staden²

Ich fasse das Gespräch wie folgt zusammen:

Sie erkundigten sich nach Trudeaus Eindrücken von seiner Nahost-Reise.³ Trudeau berichtete, daß Sadat im ganzen gesehen optimistisch sei, jedoch die Sor-

¹ Ablichtung.

Ministerialdirektor von Staden, Bundeskanzleramt, verfügte am 25. November 1980 die Weiterleitung über Staatssekretär Schüler, Bundeskanzleramt, an Bundeskanzler Schmidt. Dazu vermerkte er: „Beigefügt lege ich ihnen meinen zusammenfassenden Vermerk über Ihr Gespräch mit Premierminister Trudeau beim Abendessen am 22. November vor. Der Bundesminister des Auswärtigen hat vorbehaltlich Ihrer Genehmigung Durchdruck erhalten.“

Hat Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 25. November 1980 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 55; B 150, Aktenkopien 1980.

² Ministerpräsident Trudeau hielt sich am 22./23. November 1980 in der Bundesrepublik auf.

³ Über den Besuch von Ministerpräsident Trudeau am 19./20. November 1980 in der Arabischen Republik Jemen (Nordjemen) berichtete Botschafter Schilling, Sanaa, am 22. November 1980: „Die kanadisch-jemenitischen bilateralen Beziehungen sind bisher nicht intensiv. Der Umfang kanadischer Entwicklungshilfe ist bescheiden, Kanada unterhält in Sanaa keine diplomatische Vertretung. Es ist kaum zu erwarten, daß der kurze Besuch Trudeaus hieran etwas ändern konnte, zumal auf der Seite des Gastes offenbar touristisches Interesse eine Rolle spielte. Die jemenitische Regierung nutzte

ge habe, daß Reagan den Camp-David-Prozeß⁴ möglicherweise nicht fortsetzen würde, sondern statt dessen versuchen könnte, mit Jordanien zu verhandeln. Auf Ihre Frage nach der Legitimation von Sadat erwiderte Trudeau, der ägyptische Präsident habe eine logische, wenn auch politisch vielleicht nicht ganz überzeugende These: Er verhandle über die Autonomie.⁵ Sei diese einmal erreicht, dann müßten die Araber auf der Westbank selbst darüber entscheiden, was sie daraus machten.

Das Thema wechselnd, erwähnten Sie, daß Sie sich gegenüber Mitarbeitern von Reagan für frühzeitige Besuche des neuen Präsidenten in Kanada⁶ und Mexiko⁷ ausgesprochen hätten.⁸ Es könne dem amerikanischen Prestige nur nützen, wenn Amerika gute Beziehungen zu seinen beiden kontinentalen Nachbarn hätte.

Trudeau bedankte sich und erinnerte daran, daß solche Besuche früher auch üblich gewesen seien. Auch Carter habe einen Besuch in Kanada geplant, aber wie so viele seiner guten Absichten nicht ausführen können. Er sei ein wohlmeinender Mann gewesen, der oft das Richtige wollte, aber außerstande war, es zu realisieren.

Auf die Gipfelkonferenz in Mexiko⁹ übergehend, äußerte Trudeau gewisse Zweifel daran, ob sie zustande kommen werde. Algerien wolle, dies habe ihm der Ministerpräsident¹⁰ selbst gesagt, nichts, was außerhalb der Globalen Verhandlungen¹¹ statfinde. Algerien sei nicht einmal an einem Erfolg außerhalb sol-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1758

verständlicherweise den seit vielen Jahren ersten Besuch eines westlichen Regierungschefs, um den Wunsch nach verstärkter entwicklungspolitischer Zusammenarbeit vorzutragen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 314; Referat 204, Bd. 115933.

Botschafter Hille, Kairo, teilte am 24. November 1980 mit: „MP Trudeau traf am 20.11. aus Sanaa kommend in Luxor ein, wo er von StM Boutros-Ghali begrüßt wurde. An den touristischen Teil schloß sich am 22.11. ein einstündiges Gespräch mit Sadat in Kairo an. [...] Trudeau mußte sich etwas gegen die allzu überschwengliche Einschätzung der ‚wichtigen Rolle Kanadas im NO-Konflikt‘ durch Sadat wehren. Er gab sich überzeugt, daß Reagan an den ägyptisch-israelischen Verhandlungen mitwirken werde, auch wenn er die Nomenklatur von Camp David nicht verwenden werde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1875; Referat 204, Bd. 115933.

⁴ Zum Camp-David-Prozeß vgl. Dok. 13, Anm. 13.

⁵ Zu den Autonomiegesprächen zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 331, Anm. 13.

⁶ Präsident Reagan hielt sich am 10./11. März 1981 in Kanada auf.

⁷ Der designierte Präsident Reagan hielt sich am 5. Januar 1981 in Mexiko auf.

⁸ Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 18. bis 21. November 1980 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 335 und Dok. 337.

In einem Gespräch mit Beratern des designierten Präsidenten Reagan am 20. November 1980 in Washington erkundigte sich Schmidt nach der künftigen Gestaltung der Beziehungen der USA zu Kanada und Mexiko. Der designierte Sicherheitsberater Reagans, Allen, wies „auf den Vorschlag Reagans für einen ‚North American Accord‘ hin. Diese Konzeption sei noch nicht näher erläutert worden, weil man sich der Schwierigkeiten und Widerstände in den beiden Ländern bewußt sei. Ein kanadischer Minister habe ihm kürzlich abwertend erklärt: ‚We have got the oil and you the policy.‘ Reagan habe sich im letzten Sommer mit López Portillo getroffen. Er stehe auch jetzt durch Emisäre mit Mexiko und Kanada in Verbindung.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4369; VS-Bd. 14091 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

⁹ Am 22./23. Oktober 1981 fand in Cancún eine Nord-Süd-Gipfelkonferenz statt. Vgl. dazu den Rund-erlaß Nr. 115 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler vom 2. November 1981; AAPD 1981.

¹⁰ Mohammed ben Ahmed Abdelghani.

¹¹ Zu den Globalen Verhandlungen im Rahmen des Nord-Süd-Dialogs der Vereinten Nationen vgl. Dok. 273 und Dok. 330, Anm. 9.

cher Verhandlungen interessiert, weil es um seine Führungsrolle unter den 77 besorgt sei. Die Mitarbeiter von Carter hätten ihm gesagt, daß der Präsident im Falle seiner Wiederwahl¹² nicht nach Mexiko gegangen wäre. Trudeau räumte allerdings ein, daß die Wiener Ministergespräche¹³ gut verlaufen seien und sogar Algerien Entgegenkommen gezeigt habe. Eine Entscheidung aber sei noch nicht getroffen worden. Man wolle erst im März entscheiden. Dann aber könne es schon zu spät für einen Mini-Gipfel in Mexiko vor dem Weltwirtschaftsgipfel in Ottawa¹⁴ sein. Sie wiesen gegenüber den eher skeptischen Äußerungen des Premierministers darauf hin, daß von den Globalen Verhandlungen nicht sicher Ergebnisse erwartet werden könnten. Beim Mini-Gipfel in Mexiko dagegen werde es in der Form natürlich keine Entscheidungen geben, doch könnte er sich als der einzige Ort erweisen, wo tatsächlich Fortschritte gemacht werden können.

Hieran schloß sich ein Gespräch über den Regierungswechsel in Jamaika an.¹⁵ Trudeau beschrieb den Auftrag, den der ehemalige PM Manley vom kanadischen Entwicklungsinstitut erhalten habe.

Anschließend fand ein Meinungsaustausch über Ihren nächsten Besuch in Kanada statt. Sie stimmten mit Trudeau überein, für einen Besuch im Zusammenhang mit dem Weltwirtschaftsgipfel zu planen.¹⁶ Der Premierminister will Vorsorge treffen, daß Sie dabei für einige Tage in die Provinz reisen können.

Auf den Weltwirtschaftsgipfel übergehend, schilderte Trudeau die Vorzüge von Montebello. Er erwähnte u. a., daß der Weltwirtschaftsgipfel dort ohne übermäßige Abdeckung durch die Presse stattfinden könne, was ein Vorzug sei. Sie stimmten dem bei.

Anschließend wandte sich die Unterhaltung kanadischen Verfassungsfragen zu, wobei sich keine neuen Aspekte ergaben.¹⁷

Auf die Wirtschaftspolitik übergehend, erläuterten Sie die Folgen des Zinsgefälles zwischen den USA und uns für den Spielraum der deutschen Geld- und

¹² Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen statt, aus denen der Kandidat der Republikanischen Partei, Reagan, als Sieger hervorging. Vgl. dazu Dok. 314, Anm. 3.

¹³ Zum Vorbereitungstreffen am 7./8. November 1980 in Wien für eine Nord-Süd-Gipfelkonferenz vgl. Dok. 324.

¹⁴ Der Weltwirtschaftsgipfel in Ottawa und Montebello fand am 20./21. Juli 1981 statt. Vgl. dazu die Runderlasse Nr. 85 bis 87 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler vom 24. bzw. 27. Juli 1981; AAPD 1981.

¹⁵ Ministerialdirigent Limmer vermerkte am 31. Oktober 1980 zu den vorgezogenen Parlamentswahlen auf Jamaika am Vortag: „Die jamaikanischen Wähler gaben mit deutlicher Mehrheit ihre Stimme dem 48-jährigen Vorsitzenden der Jamaica Labour Party (JLP), Edward Seaga, und verwiesen damit den bisherigen PM Manley und die People's National Party (PNP) auf die Oppositionsbänke. [...] Eine desolote Wirtschaftslage und über 30 % Arbeitslose dürften die traditionelle Gefolgschaft der JLP (Mittelstand, Arbeiter und Bauern) verstärkt und einen für den Wahlsieg ausschlaggebenden Gewinn von Stimmen aus städtischen Schichten gebracht haben, die sich nicht länger von der schillernden Persönlichkeit und Eloquenz Manleys blenden ließen, sondern es eher dem leicht farblos und bieder wirkenden Seaga zutrauen, eine Lösung der wirtschaftlichen Misere herbeizuführen. [...] Der Wahlausgang wird eine entscheidende Wende des innen- und außenpolitischen Weges Jamaikas verursachen. Von der Regierung Seaga ist eine von sozialistischen Experimenten weitgehend freie und gemäßigt liberale Wirtschaftspolitik zu erwarten.“ Vgl. Referat 330, Bd. 116080.

¹⁶ Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 16. bis 22. Juli 1981 in Kanada auf. Für die deutsch-kanadischen Regierungsgespräche am 17. Juli 1981 in Ottawa vgl. AAPD 1981.

¹⁷ Zur Debatte über die kanadische Verfassung vgl. Dok. 330, Anm. 15.

Wirtschaftspolitik. Trudeau erläuterte die kanadische energiewirtschaftliche Situation. Das Land sei im wesentlichen imstande, sich selbst zu versorgen. Trudeau erwähnte, daß Öl aus Teersand (tar sand) jetzt für 38 Dollar pro Barrel produziert werden könne. Der erste kanadische Produzent habe seinerzeit sechs Dollar je Barrel gebraucht. Man führe zur Zeit neue Techniken ein (other than steam by induction). Trudeau erwähnte kurz die Zusammenarbeit bei der Kohleverflüssigung.¹⁸ Sie bestätigten, daß diese Technik immer noch zu kostspielig ist. Wir wollten aber unsere eigenen Energiequellen entwickeln, um nicht nur eine eingeführte Energie durch eine andere eingeführte Energie zu ersetzen.

Trudeau leitete an dieser Stelle zur Frage der internationalen Abstimmung über. Man müsse im politischen Bereich zu einer ähnlichen Abstimmung kommen wie im wirtschaftlichen und energiepolitischen. Man müsse sich die Frage stellen, ob unsere Institutionen ausreichen, um die weltpolitische Entwicklung unter Kontrolle zu halten. Die NATO sei dafür nicht der Platz. Das Treffen der Sieben sei bisher zu sehr wirtschaftlich orientiert. In der Europäischen Gemeinschaft wiederum sei die Vormacht des Westens nicht vertreten. Sie wiesen darauf hin, daß es keine Führung in der freien Welt geben könne, wenn Amerika sie nicht ausübe. In Washington sehe man die Dinge allerdings zu sehr in militärischer Sicht. Das könne zukünftig vielleicht noch ausgeprägter sein als in der Vergangenheit. Wenn sich das nicht ändere, dann könnten wir künftig genau solche Schwierigkeiten haben wie bisher. Die Vereinten Nationen böten ein Sicherheitsventil, aber sie könnten die Probleme nicht lösen.

Trudeau erwiderte, die einzige Staatengruppe, die hier in Betracht komme, sei die der westlichen Industriestaaten. Sie hätte die Schwierigkeiten der vergangenen Jahre ohne Zusammenbruch überstanden und könnte eine wirkungsvolle Rolle spielen. Man müsse die USA involvieren. Sie könnten die Last nicht mehr allein tragen. Sie seien nicht mehr die globale Weltmacht, die sie früher waren.

Sie wiesen darauf hin, daß der Weltwirtschaftsgipfel sich bereits in eine Zusammenkunft verwandele, die halb und halb der wirtschaftlichen und der politischen Koordination diene.

Trudeau gab zu erwägen, ob die Persönlichen Beauftragten sich nicht auch mit politischen statt ausschließlich mit wirtschaftlichen Fragen beschäftigen sollten.

Sie wiesen darauf hin, daß dies personale und institutionelle Fragen aufwerfe. Bei uns und sicher auch in Italien und Japan ließe sich das so nicht verwirklichen. Es müßte sich gegebenenfalls um andere Persönlichkeiten handeln.

¹⁸ Botschafter Strätling, Ottawa, berichtete am 1. Dezember 1980 mit Blick auf die deutsch-kanadischen Gespräche über Wirtschafts- und Finanzfragen vom 4. bis 6. Dezember 1980 in Montebello, es hätten bereits Gespräche der Europäischen Gemeinschaften und Frankreichs mit Kanada stattgefunden. Sie hätten auch eine „Zusammenarbeit im Kohlesektor“ zum Gegenstand gehabt: „Es besteht Interesse an Verflüssigung von Kohle bzw. an Transportsystemen. Interesse der einzelnen betroffenen Provinzen, insbesondere British-Kolumbien und Alberta, unterschiedlich.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 349; Referat 420, Bd. 129929.

Nach den Gesprächen in Montebello vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Vogeler am 22. Dezember 1980: „Das Thema ‚Kooperation im Kohlesektor‘ wurde von der kanadischen Delegation nicht vertieft, es wurde lediglich ein ‚Discussion Paper on Coal 1980‘ verteilt.“ Vgl. Referat 420, Bd. 129929.

Zur Substanz übergehend, kamen Sie auf die USA zurück. Amerika wolle Stärke zeigen, habe aber keine Strategie. Ihr Abendessen mit Führern des amerikanischen Senats habe Ihnen wieder bestätigt, daß man dort zu sehr in den Begriffen der military hardware denke.¹⁹

Auf den Nord-Süd-Dialog zurückkommend, unterstrich Trudeau, daß auch er in hohem Grade ein politischer Dialog sei. Er wolle vor dem Weltwirtschaftsgipfel eine Anzahl von Entwicklungsländern aufsuchen und hoffe, das Treffen in Ottawa für die Nord-Süd-Thematik besser vorzubereiten, als dies in Venedig²⁰ der Fall gewesen sei. Trudeau äußerte anschließend die Hoffnung, daß man die „Energietochter“ der Weltbank bald starten könne.²¹ Man müsse dazu allerdings den OPEC-Ländern eine größere Rolle einräumen. Trudeau erwähnte, daß er diese Themen in den kommenden Tagen erst mit PM Barre²² und PM

19 Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 22. November 1980 über das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Mitgliedern des amerikanischen Kongresses am 20. November in Washington: „Senator Jackson bemerkte, daß der Westen mit seiner Wirtschaftshilfe für Polen im Grunde genommen die Rechnung der SU bezahle. Er sei der Meinung, daß man es der SU überlassen sollte, die Suppe auszulöffeln, die sie sich selbst eingebracht habe. Der Bundeskanzler konnte dieser Argumentation nicht zustimmen. Er wies darauf hin, daß es sich bei der westlichen Wirtschaftshilfe im wesentlichen um kommerzielle Bankkredite handele und daß dadurch im übrigen eine Destabilisierung Polens vermieden werden könne, was auch in unserem Interesse läge. Senator Percy unterstützte den Bundeskanzler und wies darauf hin, daß es unter den westlichen Regierungen eine vertrauliche Abstimmung über die Wirtschaftshilfe an Polen gebe. Senator Tower machte einige kritische Bemerkungen über den europäischen Beitrag zur gemeinsamen Verteidigung. Er äußerte Verständnis, daß die Bundesrepublik keine Streitkräfte außerhalb des NATO-Bereichs einsetzen könne. Es würde auch wenig sinnvoll sein, etwa ein deutsches Kriegsschiff in den Persischen Golf zu schicken. Die USA schützten jedoch in der Golf-Region auch europäische Interessen; sie könnten deshalb erwarten, daß die Europäer die zusätzlichen und kostspieligen amerikanischen Aufwendungen durch größere Beiträge zur NATO-Verteidigung ausgleichen. Dies um so mehr, als Europa auf die Sicherung der Ölfuhr noch stärker angewiesen sei als die USA.“ Schmidt habe vor dem Glauben gewarnt, „daß die Probleme in der Golf-Region allein durch militärische Präsenz gelöst werden könnten. Vielmehr seien große politische Anstrengungen erforderlich, um die innere Stabilität der Länder dieser Region zu stützen.“ Die USA könnten sich nicht zu größeren Leistungen bei der Entwicklungshilfe entschließen und würden sich damit eines „wichtigen Instruments der politischen Einflußnahme“ begeben. Vgl. den Drahtbericht Nr. 4384; VS-Bd. 14091 (010); B 150, Aktienkopien 1980.

20 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 22./23. Juni 1980 vgl. Dok. 184 und Dok. 185.

21 In der Schlußerklärung der am Weltwirtschaftsgipfel am 22./23. Juni 1980 in Venedig teilnehmenden Staats- und Regierungschefs hieß es: „Wir fordern die Weltbank auf, zu prüfen, ob die Mittel und das für die Exploration, Entwicklung und Erzeugung konventioneller und erneuerbarer Energieträger in öleinführenden Entwicklungsländern verfügbare Instrumentarium ausreichen, ferner Wege einschließlich der Möglichkeit der Gründung eines neuen Tochterinstituts oder einer Fazilität zu prüfen, mit denen sie ihre Programme für die Vergabe von Darlehen zur Energiehilfe verbessern und ausbauen könnte, und schließlich ihre Feststellungen gemeinsam mit den Ölausfuhr- und den Industrieländern zu erörtern.“ Vgl. BULLETIN 1980, S. 631 f.

22 Botschafter Herbst, Paris, berichtete am 4. Dezember 1980 anhand von Informationen aus der kanadischen Botschaft über den privaten Besuch von Ministerpräsident Trudeau am 23./24. November 1980 in Frankreich: „MP Trudeau habe im Anschluß an seine Gespräche in Bonn Staatspräsident Giscard d'Estaing unter vier Augen gesprochen. MP Barre habe seinem kanadischen Kollegen Abendessen im kleinen Kreis gegeben. Insgesamt sei Besuch harmonisch und in guter Arbeitsatmosphäre verlaufen. [...] Wichtigstes Gesprächsthema sei Nord-Süd-Dialog und der für Juli 1981 in Ottawa vorgesehene Gipfel wichtigster westlicher Industriestaaten gewesen. MP Trudeau habe seine Auffassung dargelegt, daß Treffen in Ottawa ganz besondere Bedeutung zukomme. Nord-Süd-Dialog und Energiefrage seien die Probleme für die Zukunft des Westens. In Ottawa müsse hierzu eine konkretere Antwort von seiten der Industrieländer gefunden werden. Trudeau sehe hierin eine der Hauptaufgaben seiner Regierungstätigkeit in den kommenden Monaten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2377; Referat 204, Bd. 115933.

Thatcher, sodann mit Bundeskanzler Kreisky²³ und – hoffentlich – Präsident Reagan erörtern wolle.

Sie wiesen an dieser Stelle darauf hin, daß 1981 ein gefährliches Jahr sein könnte. Man könne nicht ausschließen, daß die Sowjetunion Reagan mißverstünde. Sie erläuterten in diesem Zusammenhang, warum es wichtig sei, den Sowjets vor dem Parteikongreß der KPdSU im kommenden Frühjahr²⁴ die richtigen Signale zu geben. Sie beschrieben anschließend die Gefahren in der polnischen Entwicklung und die Krisen in der Dritten Welt, zu denen möglicherweise mittelamerikanische Krisen hinzutreten. Reagan werde nach Ihrem Eindruck noch während einiger Wochen nicht in der Lage sein, am internationalen Dialog aktiv teilzunehmen. Es fehle ihm noch die Erfahrung, und er habe noch nicht viel Information aufgenommen. Er sei klug genug, zu Fragen, die er noch nicht kenne, zu schweigen. Mit der Fortsetzung des SALT-Prozesses aber sei es ihm ebenso ernst, wie es gewiß sei, daß SALT II nicht ratifiziert würde.²⁵ Während der ersten acht Wochen nach der Inauguration²⁶ werde sich Reagan wohl ausschließlich mit der Wirtschaftspolitik beschäftigen müssen. Er werde nicht in der Lage sein, alle seine Versprechungen, Steuersenkungen, erhöhte Verteidigungsausgaben, Verminderung des Haushaltsdefizits, einzuhalten. Man könne auch erkennen, daß es unterschiedliche Denkschulen in seiner Umgebung gebe.

Auf eine Bemerkung von Botschafter Goldschlag über die Notwendigkeit einer Krisenplanung für Polen²⁷ bemerkten Sie, daß Ihnen die normalen diplomatischen Kanäle besser erschienen. Sie zögen es vor, über solche Fragen mit Persönlichkeiten zu sprechen, die Ihnen persönlich bekannt sind. Auf die Frage des Botschafters, ob sich die Außenminister der NATO-Staaten mit solchen Fragen beschäftigen sollten, erwiderten Sie, daß Sie „private meetings“ von Außenministern für nützlich hielten.

[Staden]

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 55

²³ Botschafter Strätling, Ottawa, berichtete am 22. Dezember 1980: „Nachdem Premierminister Trudeau im vergangenen Sommer Skandinavien, im November den Nahen Osten sowie Bonn und Paris besucht hat, wird er vom 4. bis 18. Januar 1981 nach Österreich, Algerien, Nigeria, Senegal, Brasilien und Mexiko reisen.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 914; Referat 204, Bd. 115933.

²⁴ Der XXVI. Parteitag der KPdSU fand vom 23. Februar bis 3. März 1981 in Moskau statt.

²⁵ Zum Stand des Ratifizierungsverfahrens des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 im amerikanischen Senat vgl. Dok. 59.

²⁶ Präsident Reagan übernahm am 20. Januar 1981 die Amtsgeschäfte.

²⁷ Zur Krisenplanung hinsichtlich Polens vgl. Dok. 344, Dok. 367 und Dok. 374.

339

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Zeller, Bundeskanzleramt

VS-vertraulich

25. November 1980¹

Betr.: Ihr Telefongespräch mit Präsident Giscard d'Estaing am Montag²

Sie berichten einleitend von der Regierungserklärung³ und gehen sodann auf den USA-Besuch⁴ über.

Von der scheidenden Administration hätten Sie mit Präsident Carter, mit Brzezinski und Muskie gesprochen.⁵ Die Unterhaltung sei angenehm verlaufen. In der Sache sei zu berichten, daß Präsident Carter dazu neige, den Öldirigismus über die IEA in Gang zu setzen. Sie hätten ihm entgegnet, daß Sie hiergegen erhebliche Bedenken hätten.

Präsident Giscard d'Estaing fragte, ob Carter bitter gewesen sei.

Sie entgegneten, daß er es zumindest nicht gezeigt, sondern sich gut kontrolliert habe.

Giscard stellte fest, daß seine öffentlichen Äußerungen elegant und fair gewesen seien.

Sie bemerkten, daß Brzezinski sich nicht am Gespräch beteiligt habe; die Unterhaltung mit Präsident Carter und mit AM Muskie sei sehr angenehm verlaufen. Sie hätten positiv vermerkt, daß Präsident Carter nunmehr ein Dinner für Vance gegeben habe⁶; dies sei eine gute und notwendige Geste gewesen.

¹ Ablichtung.

Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Zeller, Bundeskanzleramt, am 25. November 1980 über Ministerialdirigent von der Gablentz, Ministerialdirektor von Staden und Staatssekretär Schüler, alle Bundeskanzleramt, an Bundeskanzler Schmidt „mit der Bitte um Zustimmung“ weitergeleitet.

Hat Gablentz und Staden am 25. November 1980 vorgelegen.

Hat Schüler am 26. November 1980 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Peters und Verwaltungsangestelltem Bruns, beide Bundeskanzleramt, am 27. November 1980 vorgelegen.

Hat Bundeskanzler Schmidt am 28. November 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Kleine Ergänzungen beachten. 2) Persönliche Kennzeichen durch a) BM Genscher, b) durch StM: H[erbert] We[hner], W[illy] Br[andt]. 3) Kopie z[u] d[en] A[kten] pr[ivat] (S[ammlun]g) bei mir.“ Vgl. Anm. 11, 13, 14, 18 und 31.

Hat Bruns am 1. Dezember 1980 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „W[ieder]v[orlage] Ref[er]at 211. B[itte] w[eitere] V[er]anlassung zu 2).“

Hat Zeller erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[errn] P[ersönlicher] R[eferent]/StM unter Bezugnahme auf 2 b der Verfügung des Bundeskanzlers.“

Hat Zeller am 15. Dezember 1980 erneut vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 55; B 150, Aktenkopien 1980.

² 24. November 1980.

³ Bundeskanzler Schmidt gab am 24. November 1980 im Bundestag eine Regierungserklärung ab. Für den Wortlaut vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 117, S. 25–41.

⁴ Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 18. bis 21. November 1980 in den USA auf.

⁵ Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Carter, dem amerikanischen Außenminister Muskie und dem Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Brzezinski, am 20. November 1980 in Washington vgl. Dok. 335.

⁶ Präsident Carter nahm am 18. November 1980 im amerikanischen Außenministerium an einem

Von der neuen Administration hätten Sie Gouverneur Reagan gesehen⁷, den neuen majority leader Baker⁸, Ford und zahlreiche andere. Sie bestätigten dem Präsidenten, daß er mit seinen Vermutungen über Shultz recht behalten habe; es sei Ihr Eindruck, daß er nicht der neuen Regierung angehören werde. Sie hätten hingegen Andeutungen, daß der neue Außenminister mit großer Wahrscheinlichkeit Haig sein könnte.⁹ Sollte dies der Fall sein, so wäre es unser Interesse, herauszustellen, daß Haig nicht ein bloßer Militär, sondern ein erfahrener Allround-Politiker sei.

Reagan und Kissinger hätten wohl gute persönliche Beziehungen; Kissinger verstehe sich aber offensichtlich nicht mit einer Reihe von Beratern aus dem inneren Kreis Reagans. Sie glaubten daher, daß er für absehbare Zeit keinen Posten im inneren Zirkel erhalten werde. Sie könnten sich darin aber täuschen. Wahrscheinlich werfe man ihm auch seine Haltung bei den SALT-Verhandlungen vor.

Simon werde wahrscheinlich das Schatzamt übernehmen. Keine Andeutungen hätten Sie dafür, wer das Verteidigungsressort bekommen werde. Sie wollten nicht ausschließen, daß dies zu guter Letzt Connally werden würde. Sicherheitsberater werde Allen.

Nach einer Bemerkung Giscards zur Person Allens fuhren Sie fort mit dem Hinweis, daß Reagan sehr deutlich seinen Willen bekundet habe, die Verhandlungen mit dem Kreml fortzusetzen. Seine Äußerungen hierzu seien klar und nachdrücklich gewesen, und er sei zweimal auf dieses Thema zurückgekommen. Er sei bereit, so lange am Verhandlungstisch zu sitzen wie notwendig. Ihre Eindrücke in dieser Frage seien sehr klar trotz der bekannten Position Reagans zu SALT II.

Der französische Präsident fragte Sie nach Ihren persönlichen Eindrücken zu Reagan.

Sie seien bislang mit ihm dreimal zusammengetroffen¹⁰; dieses Mal zum ersten Mal offiziell. Reagan trete bescheiden und zurückhaltend auf.

Präsident Giscard d'Estaing fragte, ob Reagan gut unterrichtet sei.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1764

Empfang zu Ehren des ehemaligen Außenministers Vance teil. Vgl. dazu <http://www.jimmycarter-library.gov/documents/diary/1980/d111880t.pdf>.

⁷ Zum Gespräch des BK Schmidt mit dem designierten amerikanischen Präsidenten Reagan am 20. November 1980 in Washington vgl. Dok. 337.

⁸ Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem amerikanischen Senator Baker am 20. November 1980 in Washington vgl. Dok. 334, Anm. 29.

⁹ Zur Kontroverse über die Ernennung des neuen amerikanischen Außenministers vgl. Dok. 334, Anm. 30.

¹⁰ Der ehemalige Gouverneur des amerikanischen Bundesstaates Kalifornien, Reagan, hielt sich vom 29. November bis 2. Dezember 1978 in der Bundesrepublik und in Berlin (West) auf. Am 30. November 1978 traf Reagan zu einem Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt zusammen. Themen waren Wirtschaftsfragen, insbesondere das EWS, und die SALT-Verhandlungen. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100(56), Bd. 47; B 150, Aktenkopien 1978. Vom 19. bis 24. Juli 1979 befand sich Schmidt zu einem Privataufenthalt in den USA. Bei dieser Gelegenheit traf er „im informellen Rahmen der Bohemian Grove“ mit Reagan zusammen. Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schnepfen, New York (German Information Center), vom 8. Dezember 1980 über ein Hintergrundgespräch Schmidts mit dem amerikanischen Nachrichtenmagazin „Time Magazine“ am 19. November 1980 in New York; Referat 204, Bd. 115940.

Sie entgegneten, daß dies in Detailfragen nicht der Fall gewesen sei, daß Reagan aber auch nicht die Absicht gehabt habe, Einzelfragen zu besprechen. Reagan sei gemäßigt im Ausdruck, seine Ausführungen wohl abgewogen; Sie hätten einen sehr guten Eindruck von ihm erhalten.

Giscard: Dies ist sehr wichtig.

Sie berichteten, daß Sie, Ihrer Meinung nach, auch die Meinung des französischen Präsidenten wiedergegeben hätten, als Sie ihm sagten, daß die Europäer mit zuversichtlicher Erwartung der Zusammenarbeit mit ihm entgegensähen. Reagan selbst habe gesagt, daß die Europäer sicher sein könnten, daß es weniger Überraschungen gäbe. Er sei sich bewußt gewesen, daß die Beziehungen mit Carter nicht ganz einfach waren. Dazu hätten Sie sich Ihrerseits jedoch nicht geäußert.

Trotz des guten Eindrucks glaubten Sie, daß es gewisse Schwierigkeiten geben könnte.

Reagan wolle die Verteidigungsausgaben erhöhen.

Giscard begrüßte dies.

Sie: Im Wirtschaftlichen gebe es eine Reihe von Zielkonflikten. Die Wirtschaftsberater Reagans – Simon, Burns, Greenspan, Baker¹¹ – erwarteten, daß es in den nächsten Wochen und zu Beginn der neuen Administration noch schwierige Beratungen über wirtschaftliche Probleme geben werde. Sie glaubten sogar, daß die wirtschaftlichen Probleme eine größere Bedeutung zu Beginn der Regierungszeit Reagans¹² haben würden¹³ als außenpolitische Fragen.

Giscard erkundigte sich nach der Rolle von Burns.

Sie meinten, daß Burns in der Übergangszeit eine wichtige Rolle spielen werde. Er spreche im Kreise der Wirtschaftsberater Reagans mit großer Autorität und habe im übrigen auch den ersten Platz unter ihnen eingenommen. Sie glaubten jedoch, daß dies auf die Übergangszeit beschränkt sei.

Im übrigen seien zu Personalfragen im Augenblick klare Aussagen nicht zu machen, da Reagan diese Fragen auch gegenüber ihm nahestehenden Politikern mit größter Diskretion behandle.

Sie bestätigten, daß für Reagan Rüstungskontrollfragen in den Beziehungen zwischen den USA und der SU auch für die Zukunft eine große Rolle zu spielen hätten.¹⁴ Sie hätten ihn auf den bevorstehenden KPdSU-Kongreß im Februar 1981¹⁵ hingewiesen und bemerkt, wie wichtig es Ihnen erschiene, daß die Sowjets bis dahin wüßten, woran sie mit den USA in diesen Fragen seien. Für Breschnew sei dies der letzte Kongreß, an dem er teilnehme; er werde in seiner

¹¹ Dieser Name wurde von Bundeskanzler Schmidt gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Weinberger“. Vgl. Anm. 1.

¹² Präsident Reagan übernahm am 20. Januar 1981 die Amtsgeschäfte.

¹³ Dieses Wort wurde von Bundeskanzler Schmidt gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „können“. Vgl. Anm. 1.

¹⁴ Die Wörter „zu“ und „hätten“ wurden von Bundeskanzler Schmidt gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „würden“. Vgl. Anm. 1.

¹⁵ Der XXVI. Parteitag der KPdSU fand vom 23. Februar bis 3. März 1981 in Moskau statt.

Rede zukunftsbestimmende Aussagen zu Fragen der Inneren, der Auswärtigen und der Sicherheitspolitik machen müssen.¹⁶

Sie glaubten, daß Reagan dies verstanden habe; er hätte jedenfalls sehr aufmerksam zugehört. Freilich habe er selbst nicht erkennen lassen, wie viel Zeit er brauche, um in dieser Frage seine Haltung zu definieren.

Mit großer Aufmerksamkeit betrachte man im Reagan-Kreis den Handel mit der Sowjetunion, insbesondere Fragen des Technologietransfers.

Hier bemerkte Giscard, daß wir in dieser Frage zustimmen könnten.

Sie berichteten, daß Reagan sich angelegentlich nach den sowjetischen Möglichkeiten erkundigt habe, ihre Waffenproduktion noch auszuweiten.

Präsident Giscard d'Estaing fragte, welche Rolle Nahost-Fragen bei Ihren Gesprächen gespielt hätten.

Sie entgegneten, daß dies kein Thema bei Ihren Gesprächen gewesen sei. Sie glaubten aber, daß Giscard mit seinen Vermutungen über Shultz recht gehabt habe.

Zu Polen hätten Sie Ihre mit Giscard gemeinsame Analyse vorgetragen und dabei auf die deutsch-französische Erklärung vom Februar 1980¹⁷ verwiesen: Sie hätten diese Erklärung auch Reagan übergeben.¹⁸ Die in ihr enthaltene Aussage zur Entspannungspolitik würde sicherlich voll zutreffen, wenn es zu einer Intervention in Polen käme.

Giscard fragte weiterhin, ob Reagan sich zu den Umständen geäußert habe, unter denen es zu einem Zusammentreffen mit den Europäern kommen sollte.

Sie entgegneten, daß er sich in dieser Frage nicht näher geäußert habe. Sie hätten ihm erläutert, daß eine starke Führungsrolle der USA nur bei verstärkten Konsultationen möglich sei. In diesem Zusammenhang hätten Sie auch auf die Bedeutung gutnachbarschaftlicher Beziehungen der USA zu Mexiko und Kanada hingewiesen.

Präsident Giscard d'Estaing stellte fest, daß es mithin keine Hinweise zu den Modalitäten der Konsultationen gegeben habe.

Sie verneinten. Reagan habe lediglich wiederholt gesagt, daß er häufige und enge Konsultationen wünsche.

Giscard erkundigte sich, ob es irgendwelche Probleme im Zusammenhang mit den deutschen Verteidigungsausgaben gegeben habe.

Sie verneinten und fügten hinzu, daß in jedem Fall das Ende des Fiskaljahrs abzuwarten sei. Sie hätten aber keinen wirklichen Zweifel daran, daß wir auch 1981 eine reale Zuwachsrate von 2,7 bis 2,8% erreichen würden wie im übrigen in den letzten zehn Jahren auch.¹⁹

16 Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 23. Februar 1981 anläßlich des XXVI. Parteitags der KPdSU vom 23. Februar bis 3. März 1981 in Moskau vgl. BRESHNEW, Wege, Bd. 8, S. 726–812. Vgl. dazu ferner den Drahtbericht Nr. 737 des Botschafters Meyer-Landrut, Moskau, vom 25. Februar 1981 an das Auswärtige Amt und die Aufzeichnung des Botschafters Ruth vom 4. März 1981; AAPD 1981.

17 Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung anläßlich der deutsch-französischen Konsultationen am 4./5. Februar 1980 vgl. BULLETIN 1980, S. 117 f.

18 Dieser Satz wurde von Bundeskanzler Schmidt gestrichen. Vgl. Anm. 1.

19 Zur Frage der Erfüllung des 3%-Ziels der NATO vgl. Dok. 327.

Präsident Giscard d'Estaing stellte fest, daß diese Frage also kein wichtiger Punkt in den Gesprächen gewesen sei.

Sie bestätigten dies und fügten hinzu, entgegen dem Eindruck, den Teile der Presse vermittelt hätten.

Sodann berichtete der französische Präsident von dem kürzlichen Besuch (Freitag²⁰) des polnischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Jagielski.²¹ Der Inhalt der Gespräche sei im wesentlichen politisch gewesen. Er sei sehr beeindruckt gewesen vom polnischen Willen, mit dem demokratischen Prozeß voranzugehen. Die polnische Regierung habe offenbar eine klare Wahl getroffen; diese gehe in Richtung auf einen demokratischen Wandel. In diesem Punkte habe Jagielski ausdrücklich im Namen von Kania gesprochen.

Im weiteren Verlauf des Gesprächs kam der Präsident auf diesen Punkt noch mehrfach zurück.

Die Polen wüßten andererseits, wie schwierig dieser Prozeß sei; sie wüßten auch, daß sie dadurch in eine Übergangsphase gerieten, in der sie schwach und verletzlich seien.

Jagielski hätte keine Bitten um große Hilfe vorgebracht. Über einige Fragen finanzieller Unterstützung Polens durch Frankreich würden die Experten sprechen.

Sie erkundigten sich danach, ob Giscard den Eindruck gewonnen habe, daß die Sowjets diesen Prozeß des demokratischen Wandels zulassen würden.

Giscard bestätigte, daß die Polen natürlich in engem ständigen Kontakt mit den Sowjets stünden. Er glaube, daß die Sowjets die Entwicklung zulassen würden, vorausgesetzt, daß es nicht zu einer Gefährdung der Sicherheit und nicht zu öffentlich verkündeten Abweichungen von der marxistischen Linie komme. Mit ihrer Politik würde freilich die polnische Regierung von der kommunistischen Orthodoxie abweichen. Sie wolle aber Konflikte mit der SU vermeiden.

Schwierigkeiten schaffe, daß die polnische Regierung ihrer Bevölkerung, zumindest während der kommenden zwei Jahre, keine Befriedigung in den wirtschaftlichen Forderungen bieten könne.

Sie fragten, ob es eine Möglichkeit gäbe, landwirtschaftliche Überschüsse in der EG an Polen zu geben.

²⁰ 21. November 1980.

²¹ Botschafter Herbst, Paris, berichtete am 24. November 1980: „Vom Generalsekretär des Quai, Botschafter de Leusse, erfahre ich über den zweitägigen Besuch des polnischen Vizeministerpräsidenten Jagielski in Paris folgendes: [...] Während des Besuchs von Jagielski, der mit dem französischen Staatspräsidenten, Außenminister François-Poncet, Wirtschaftsminister Monory sowie hohen Beamten zusammentraf, seien zwei Abkommen unterzeichnet worden, und zwar von Art und Inhalt, wie sie zwischen Gemeinschaftsländern und osteuropäischen Staatshandelsländern üblich seien: einmal ein wirtschaftliches Rahmenabkommen mit fünfjähriger Laufzeit und ein Zehn-Jahres-Programm für die Intensivierung der französisch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen. [...] Die Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Hilfe Frankreichs an Polen hätten, wie vorauszusehen, in den Gesprächen breiten Raum eingenommen. [...] Nach der Einschätzung, die de Leusse auf dem Hintergrund der Gespräche mit Jagielski gab, versuche Polen, sich aus einer zu engen Umklammerung der Sowjetunion zu lösen, natürlich ohne dies nach außen zu erkennen zu geben. Dabei spiele wohl auch die Hoffnung mit, ein Modell für andere osteuropäische Länder liefern zu können. Doch sehe man durchaus die Gefahren eines solchen Weges, der auch in die Katastrophe führen könne.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2304; Referat 214, Bd. 132907.

Der Präsident entgegnete, daß die Polen bemerkenswerterweise nicht um Hilfe bäten; dies sei wohl für sie eine Frage nationalen Stolzes. Trotzdem könnten und sollten wir (in dem von Ihnen angedeuteten Sinn) etwas tun.

Auf Ihre Frage bestätigte der Präsident, daß Jagielski einen offiziellen Besuch gemacht habe, von größeren öffentlichen Erklärungen jedoch Abstand genommen habe.

Der Präsident bestätigte auf Ihre Frage, daß man Jagielski wohl trauen könne. Er habe ihm sehr offene und direkte Fragen gestellt, weil er sich ein klares Bild von der Lage in Polen verschaffen wollte. Sein Gesamteindruck sei, daß Polen sich auf dem Wege zu einer Art Finnlandisierung befinde. Die polnische Regierung wolle diesen kontrollierten Demokratisierungsprozeß einschlagen, ohne mit der Sowjetunion zu brechen.

Wenn er nach Polen gehe, würde er auch mit Vertretern der liberalen Kräfte zusammentreffen wollen.

Sie erkundigten sich nach Gierek.

Der Präsident entgegnete, daß Gierek als Privatperson ohne Privilegien lebe. Selbstverständlich habe er sich nach ihm erkundigt. Er sei sicher krank gewesen. Er habe ihm Botschaften und kleinere Geschenke (Bücher, Nahrungsmittel) geschickt und wolle dies in zeitlichen Abständen fortführen. Das nächste Mal vor Weihnachten, auch um zu zeigen, daß wir weiterhin an seiner Person interessiert seien.

Giscard teilte Ihnen auf Ihre Frage mit, daß er heute (Montag) nachmittag mit Trudeau zusammentreffen werde.²² Er bemerkte, daß Trudeau Schwierigkeiten mit seiner Verfassung habe.²³ F werde ihn in dieser Frage nicht unterstützen, da Trudeaus Bestrebungen nachteilig für die frankophonen Kanadier seien. Er verneinte Ihre Frage, ob er dies PM Thatcher mitgeteilt habe.

PM Thatcher habe ihm vergangene Woche von ihrem Besuch in Bonn²⁴ berichtet. Dabei sei deutlich geworden, daß sie für eine Aussprache über das Nahost-Papier auf dem ER in Luxemburg²⁵ sei, ohne allerdings eine neue Initiative ergreifen zu wollen. Giscard fügte hinzu, daß die Europäer zeigen müßten, daß sie gewisse Fortschritte machten. PM Thatchers Haltung sei in dieser Frage anders als die Lord Carringtons.

Der Präsident teilte Ihnen mit, daß er am Donnerstag²⁶ der italienischen Regierung, am Freitag dem Papst einen Besuch abstatten werde.²⁷ Er erkundigte sich in diesem Zusammenhang nach dem Verlauf des Besuchs des Papstes in der Bundesrepublik Deutschland.²⁸

²² Zum Besuch von Ministerpräsident Trudeau am 23./24. November 1980 in Frankreich vgl. Dok. 338, Anm. 22.

²³ Zur Debatte über die kanadische Verfassung vgl. Dok. 330, Anm. 15.

²⁴ Premierministerin Thatcher hielt sich am 16./17. November 1980 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 329 und Dok. 330.

²⁵ Zur Tagung des Europäischen Rats am 1./2. Dezember 1980 vgl. Dok. 349 und Dok. 350.

²⁶ 27. November 1980.

²⁷ Staatspräsident Giscard d'Estaing hielt sich am 22./23. Januar 1981 in Italien und im Vatikan auf.

²⁸ Papst Johannes Paul II. hielt sich vom 15. bis 19. November 1980 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 340.

Sie entgegneten, daß er trotz der mißlungenen Vorbereitung²⁹ dank der Person des Papstes geglückt sei. Der Papst habe gewußt, was seinem Besuch vorangegangen sei, und er habe die aufgehäuften Scherben mit Takt und Eleganz beiseite geschoben. Besonders wichtig sei auch sein Gespräch mit den Vertretern der protestantischen Kirche gewesen.³⁰ Sie seien über Ihr Gespräch mit dem Papst sehr befriedigt, auch wenn Sie zahlreichen seiner theologischen Positionen nicht zustimmen könnten. Alles in allem habe der Papst das Beste aus diesem Unternehmen gemacht, das keinen guten Start gehabt hätte. In Ihrer Regierungserklärung hätten Sie den Papst-Besuch bei uns positiv gewürdigt.

Der Präsident erkundigte sich danach, ob Ihre Regierungserklärung ein gutes Echo gefunden habe. Sie bejahten dies grundsätzlich, fügten jedoch hinzu, daß man abwarten müsse, wie sie in der Öffentlichkeit präsentiert³¹ werde.

Giscard fragte des weiteren danach, wie Sie die zukünftige Wirtschaftslage in der Bundesrepublik dargestellt hätten.

Sie entgegneten, daß Sie sie frei und ohne Beschönigung dargestellt hätten. Es gebe nicht viel Wachstum, und es werde Zahlungsbilanzprobleme geben. Sie hätten daher dazu aufgerufen, die Ölimporte zu senken, und hätten außerdem Steuererhöhungen auf Öl und Ölprodukte angekündigt.

Sie erwähnten außerdem, daß Sie Ihre Regierungserklärung mit einem Giscard-Zitat zu den deutsch-französischen Beziehungen eröffnet hätten.

Wieder auf Ihren USA-Besuch zurückkommend, bemerkte der Präsident, daß Ihr erster Kontakt mit der neuen Administration zufriedenstellend gewesen sei.

Sie bejahten dies. Er sei besser als erwartet verlaufen.

Giscard erkundigte sich, ob Sie bereits weitere Kontakte vereinbart hätten.

²⁹ Gesandter Graf Finck von Finckenstein vermerkte am 18. August 1980: „Ein erster Programmentwurf der Bischofskonferenz und des Vatikans, der uns vertraulich von dem im Vatikan für die Organisation der Papstreisen verantwortlichen Erzbischof Marcinkus übergeben worden ist, geht in konsequenter Fortführung der bisherigen Reisepolitik von Johannes Paul II. davon aus, den offiziellen Teil des Besuchs möglichst unauffällig in den pastoralen Teil einzugliedern und ihn schon am Ankunftsstage abzuwickeln. Die übrigen vier Besuchstage sowie auch der größte Teil des Ankunfts- und Abreisetages sind ausschließlich dem kirchlichen Besuch gewidmet. [...] Der Begegnung mit der politischen und staatlichen Repräsentanz der Bundesrepublik Deutschland ist in diesem Schema bewußt eine untergeordnete, kaum sichtbar werdende Rolle zugewiesen. So sind bisher von kirchlicher Seite u. a. nicht einmal politische Gespräche mit dem Bundeskanzler vorgesehen. Die Ministerpräsidenten der besuchten Länder treten praktisch nur bei der jeweiligen Begrüßung in Erscheinung (Ausnahme: Bayern). [...] Unsere Bemühungen um ein deutlicheres Herausstellen des staatlichen Besuchsteils, das die politische Wirklichkeit unseres Landes stärker reflektiert, müssen sich daher auf den Ablauf der Begrüßung bei der Ankunft auf dem Bonner Flughafen und auf eine Verlängerung des offiziellen Aufenthaltes in Bonn als Sitz des Staatsoberhauptes und der Regierung von eineinhalb Stunden auf möglichst mehrere Stunden konzentrieren, in deren Verlauf auch politische Gespräche geführt werden können. Zugleich muß dieser Besuchsteil so gefaßt sein, daß er sich auch optisch und in den Medien klar von dem pastoralen Teil des Papstbesuchs abhebt.“ Vgl. Referat 010, Bd. 178811.

³⁰ In der Presse wurde berichtet: „Das Verhältnis von Protestanten und Katholiken steht auf einem neuen Fundament; die Begegnung zwischen Papst Johannes Paul II. und Vertretern der Evangelischen Kirche Deutschlands am Montag in Mainz, der vierten Station auf der Deutschland-Reise des Papstes, führte zu einer Klärung der Beziehungen, durch die neue Gespräche und eine weitere Annäherung der Konfessionen möglich werden.“ Vgl. den Artikel „Der Geist der Brüderlichkeit über dem Treffen des Papstes mit den Protestanten“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 18. November 1980, S. 1.

³¹ Die Wörter „der Öffentlichkeit präsentiert“ wurden von Bundeskanzler Schmidt gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „den Medien kommentiert“. Vgl. Anm. 1.

Sie verneinten.

Sodann fragte der Präsident, was Ihrer Meinung nach die wichtigsten Gesprächspunkte auf dem nächsten Europäischen Rat seien.

Sie entgegneten, daß Sie bislang noch nicht Zeit gefunden hätten, sich mit dem ER näher zu befassen. So wie Sie es heute sähen, seien die informellen Gespräche zur augenblicklichen Lage am wichtigsten.

Der Präsident bestätigte, daß er es auch so sehe. Es gehe darum, Bilanz zur augenblicklichen Lage in der Welt in ziemlich informeller Weise zu ziehen.

Sie erkundigten sich danach, ob GS Wahl schon in die Vereinigten Staaten gereist sei. Als der Präsident dies verneinte, boten Sie an, daß Herr von Staden sicher gerne GS Wahl noch detaillierter über die USA-Reise unterrichten würde, falls dies erwünscht sei. Der Präsident dankte hierfür.

Abschließend vereinbarten Sie und der Präsident, daß Sie sich am Rande des Europäischen Rates zu einem Gespräch treffen wollten.

Zeller

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 55

340

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Steinkühler

012-312.74 VS-NfD

Aufgabe: 25. November 1980, 16.03 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 148 Ortez

Zum Besuch Papst Johannes Pauls II. in der Bundesrepublik Deutschland, 15. bis 19.11.1980

1) Vom 15. bis 19. November 1980 besuchte Papst Johannes Paul II. die Bundesrepublik Deutschland. Äußerer Anlaß der Reise war der 700. Todestag von Albertus Magnus. Aufenthalt des Papstes in der Bundesrepublik Deutschland war, wie auch seine vergangenen sieben Auslandsreisen², vorwiegend pastoral bestimmt und führte den Besucher nach Köln, Osnabrück, Mainz, Fulda, Altötting und München. Zugleich folgte der Papst einer Einladung der politischen Spitze der Bundesrepublik Deutschland zu einem offiziellen Besuch in Bonn. Diese Trennung in einen kirchlichen und einen staatlichen Teil unterscheidet

¹ Durchdruck.

Der Runderlaß wurde von Hilfsreferent Rowas konzipiert.

² Papst Johannes Paul II. hielt sich vom 25. Januar bis 1. Februar 1979 in der Dominikanischen Republik, in Mexiko und auf den Bahamas auf, vom 2. bis 10. Juni 1979 besuchte er Polen, vom 29. September bis 1. Oktober 1979 Irland, vom 1. bis 8. Oktober 1979 die USA, vom 28. bis 30. November 1979 die Türkei, vom 2. bis 12. Mai 1980 hielt er sich in der Elfenbeinküste, in Ghana, Kenia, Obervolta, der Volksrepublik Kongo sowie in Zaire auf, vom 30. Mai bis 2. Juni 1980 in Frankreich sowie vom 30. Juni bis 12. Juli 1980 in Brasilien.

den Besuch des Papstes, der zugleich Souverän des Vatikanstaates und Oberhaupt der Katholiken ist, von herkömmlichen Staatsbesuchen.

2) Der Besuch begann am 15. November mit dem offiziellen Teil:

Begrüßung auf dem Köln-Bonner Flugplatz durch den Bundespräsidenten, Begegnung des Papstes mit dem Bundespräsidenten in dessen Tagesresidenz Schloß Augustusburg/Brühl, Empfang des Bundespräsidenten zu Ehren des Oberhauptes des Vatikanstaates mit 600 Gästen aus Politik, Kirchen, Wirtschaft und Wissenschaft, in dessen Mittelpunkt die Reden des Bundespräsidenten und des Papstes³ standen.

Während des Empfangs führten der Papst und der Bundeskanzler ein einstündiges Vier-Augen-Gespräch über beide Seiten interessierende aktuelle Fragen⁴, parallel dazu konferierte der Bundesaußenminister mit Kardinal-Staatssekretär Casaroli. Der Inhalt der Gespräche wurde auf beiderseitigen Wunsch vertraulich behandelt.

3) Besuch des Papstes kommt besonderes Gewicht zu: Einmal ist es der erste Besuch eines Oberhauptes der römischen Kirche in Deutschland seit 198 Jahren (Pius VI., 1782)⁵, zum anderen hat der Papst es verstanden, in seinen öffentlichen Erklärungen während des offiziellen Teils seiner Pilgerreise eindeutige politische Akzente zu geben. So erklärte Papst Johannes Paul II., sein Besuch gelte der ganzen deutschen Nation, Einheit im nationalen und im kirchlichen Bereich tue not. Er würdigte den Beitrag der protestantischen Kirche zur Aussöhnung mit Polen und rief zur Fortführung der Entspannungspolitik und des KSZE-Prozesses auf. Europäische Völker sollten sich bemühen, eine wirkliche Völkerfamilie zu bilden.

Weitere politische Stichworte seiner Reden waren:

Soziale Gerechtigkeit nach innen wie nach außen, für die sich die Christen beider Konfessionen verstärkt persönlich engagieren sollten. Mit der Verurteilung des Konsumdenkens verband er die Aufforderung zu Verzicht und Bescheidenheit zugunsten der Armen in der Dritten Welt.

In seinen politischen Gesprächen unterstrich der Papst die sich aus der geographischen Lage und ihrem politischen und wirtschaftlichen Gewicht ergebende Aufgabe der Bundesrepublik Deutschland für die Erhaltung des Friedens und Gestaltung der internationalen Beziehungen und würdigte ihren Beitrag für Entwicklung der Länder der Dritten Welt.

4) Presse, Rundfunk und Fernsehen, die bereits der Berichterstattung über die Vorbereitung des Besuchs in allen Phasen breiten Raum gewidmet hatten, berichteten über die Besuchsstationen des Papstes. Übereinstimmend wurde die charismatische Persönlichkeit dieses „Papstes zum Anfassen“ gewürdigt, dessen Ernsthaftigkeit, Spontaneität und Menschlichkeit überzeugt haben.

5) Insgesamt ist der Papst-Besuch in der Bundesrepublik Deutschland positiv zu werten. Der Papst selbst äußerte sich befriedigt über seinen Besuch und

³ Für den Wortlaut der Ansprachen von Bundespräsident Carstens und Papst Johannes Paul II. am 15. November 1980 auf Schloß Augustusburg vgl. BULLETIN 1980, S. 1035–1038.

⁴ Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Papst Johannes Paul II. am 15. November 1980 vgl. SCHMIDT, Nachbarn, S. 530 f.

⁵ Papst Pius VI. hielt sich im April/Mai 1782 unter anderem in Altötting, Augsburg und München auf.

dankte für die herzliche Aufnahme, die er bei allen Besuchsstationen gefunden habe.

Steinkühler⁶

Referat 012, Bd. 115730

341

Botschafter Herbst, Paris, an das Auswärtige Amt

114-6263/80 geheim

Fernschreiben Nr. 2318

Citissime

Aufgabe: 25. November 1980, 16.09 Uhr¹

Ankunft: 25. November 1980, 19.57 Uhr

Betr.: Aktuelle außenpolitische Fragen aus französischer Sicht

Bezug: DB Nr. 2195 vom 5.11.1980 – POL 321.10-417/80 VS-v²

Zur Information auch im Hinblick auf die deutsch-französischen Ministerkonsultationen am 27.11.1980

1) Ost-West-Beziehungen

a) Polen

Die Frage, ob der Westen die polnische Regierung wirtschaftlich unterstützen solle, ist in Paris nach einigem Zögern positiv beantwortet worden. Europa solle sich – so ein Berater des Staatspräsidenten – mit den USA konsultieren (schon unter dem Gesichtspunkt eines finanzwirtschaftlich verantwortlichen Handelns), aber nicht auf eine amerikanische Entscheidung warten: Polen sei den Europäern politisch und wirtschaftlich näher als den USA.

⁶ Paraphe.

¹ Hat Ministerialdirigent Dröge und Vortragendem Legationsrat Schraepler am 26. November 1980 vorgelegen.

² Gesandter Mühlen, Paris, berichtete: „Der französische Staatspräsident (ohne Gierak als privilegierten Gesprächspartner) hat offenbar noch keine Linie für die Beziehungen zum Regime Kania festgesetzt. Man schiebt den von Jagielski erbetenen Paris-Besuch hinaus. Für Zurückhaltung spreche, so meint man, daß das neue Regime unpopulär und keineswegs gefestigt sei. Andererseits sehe man, daß Kania, wolle er die Situation stabilisieren, aus wirtschaftlichen und politischen (seine innenpolitische Glaubwürdigkeit) Gründen auch Kontakte zum Westen brauche. [...] Im Konflikt zwischen Iran und Irak setzt die französische Regierung eindeutig auf den Irak. Sie muß – und wird – ihre Verpflichtungen zu Waffenlieferungen (unter anderem 24 Mirage F-1) pünktlich erfüllen (November/Dezember 80), will sie ihre Glaubwürdigkeit bei den arabischen Staaten erhalten. Diese würden einen noch so unbeliebten irakischen Präsidenten dem Iran und seinem Revolutionsregime vorziehen. [...] Nach Meinung Giscard's werde der neu gewählte Präsident der USA binnen kurzem wieder die Frage besserer Konsultationen zwischen den USA und Europa aufwerfen. [...] Es gäbe genügend Konsultationsmechanismen, die auch, was die Informationen betreffe, gut funktionierten. Die Interessenunterschiede seien damit aber ebenso wenig aufgehoben wie die ständige Versuchung der USA, nur ein Nachziehen der Europäer zu verlangen.“ Vgl. VS-Bd. 11091 (202); B 150, Aktenkopien 1980.

Bei seinem Gespräch mit Vizepremierminister Jagielski am 21. November habe Giscard³ – so ein Gesprächsteilnehmer – nachdrücklich dazu geraten, eine neue, freilich sozialistische, Wirtschaftsverfassung (ähnlich wie Ungarn) zu errichten – parallel zur spezifisch polnischen Organisation des Kirchenwesens und der Gewerkschaften. Nur Ausbessern helfe nicht weiter.

Westliche Kredite sollten nur kurzfristig gegeben werden, nämlich einmal, um die polnische Regierung zu solchen Entscheidungen zu zwingen, und dann, um gegenüber Moskau klarzustellen, daß es sich um eine Hilfe in einer Übergangsphase handle, die bei einer Intervention weg falle. Aus diesen Überlegungen heraus habe Giscard auch eine Einladung zu einem Besuch im kommenden Frühjahr angenommen (Besuch war ursprünglich für Herbst 1980 vorgesehen). Der Besuch setze voraus, daß sich die Lage in Polen entspannt habe.

b) Zu den Beziehungen USA/UdSSR sieht man einem Bericht über die in Washington gewonnenen Eindrücke des BM und des BK⁴ entgegen. Wichtiges Indiz für die Ernsthaftigkeit eines harten Kurses gegenüber der SU wäre nach französischer Auffassung die Fortsetzung des amerikanischen Getreideembargos gegenüber der SU⁵. Das Embargo würde nämlich 1981 die SU, die bis zu 50 Mio. Tonnen Einfuhrbedarf haben werde, empfindlich treffen, da bei steigender Getreideknappheit Argentinien⁶ und Australien in Folge schlechter Ernten nicht mehr einspringen könnten.

c) Die KSZE-Überprüfungskonferenz in Madrid⁷ betrachtet man nach wie vor mit Skepsis. Die sowjetische Außenpolitik verhindere Entspannungsschritte. Es treffe sich auch aus diesem Grunde gut, daß man beim Mandat für eine Abrüstungskonferenz einen plausiblen Grund habe, der der SU die Schuld am Scheitern zuzuschreiben, da sie eine Sonderstellung in Europa beanspruche. In diesem Zusammenhang beschäftigt man sich in Paris weiter mit den Abgrenzungsmaßnahmen der DDR⁸: Unsere Erklärung, die in der DDR selbst den entscheidenden Grund sieht, bezweifelt man.

2) Zusammenarbeit in der EG und im Bündnis

a) Die Kritik Lord Carringtons an der EPZ teilt man nicht, man will zur Zeit auch kein Sekretariat. Die EPZ habe sich vor allem in der Nahost-Frage und bei den VN bewährt. Sie sei aber nicht geeignet, um die großen Krisen in schneller und operativer Weise zu behandeln. Der Staatspräsident bevorzuge eindeutig – so ein außenpolitischer Mitarbeiter des Élysée – die Vierer-Zusammenarbeit. Er halte nach wie vor an der Idee regelmäßiger Treffen der vier Außenminister fest. Die Problematik sehe man, aber „auch wenn man sich zu siebt tref-

³ Zum Besuch des polnischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Jagielski in Frankreich vgl. Dok. 339, Anm. 21.

⁴ Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 18. bis 21. November 1980 in den USA auf, Bundesminister Genscher am 19./20. November 1980. Vgl. dazu Dok. 334, Dok. 335 und Dok. 337.

⁵ Zu den am 4. Januar 1980 von Präsident Carter angekündigten Sanktionen gegen die UdSSR vgl. Dok. 5, Anm. 7.

Zur Einschränkung von Getreidelieferungen in die UdSSR vgl. Dok. 10, Anm. 23.

⁶ Zur Haltung Argentinien betreffend Getreidelieferungen an die UdSSR vgl. Dok. 82, Anm. 16.

⁷ Die KSZE-Folgekonferenz wurde am 11. November 1980 eröffnet. Vgl. dazu Dok. 319 und Dok. 322.

⁸ Zur Erhöhung des Mindestumtauschs für Besucher der DDR und Ost-Berlins aus „nichtsozialistischen Staaten“ und aus Berlin (West) ab 13. Oktober 1980 vgl. Dok. 290, Anm. 15.

Zur Einschränkung des Reiseverkehrs zwischen der DDR und Polen vgl. Dok. 310, Anm. 26.

fe, seien diejenigen, die beleidigt abseits stünden, zahlreicher als diejenigen, die am Tisch saßen“.

b) Mit dem Vorschlag des BM, im NATO-Rahmen Treffen der Minister (11.12.)⁹ ohne Mitarbeiter vorzusehen¹⁰, ist man hier einverstanden. Aus dem gleichen Grund wie bei der EPZ (keine Vertraulichkeit, Komplikationen durch die kleineren Länder ohne weltpolitische Interessen) dürfte man allerdings vertiefte Konsultationen scheuen. Man sieht darüber hinaus in Vierertreffen die Möglichkeit, zu Konsultationen mit den USA zu gelangen, die im NATO-Rahmen dazu neigten, ihre Entscheidungen vorzutragen und nur Zustimmung dazu zu verlangen, wie nach französischer Auffassung erst jetzt wieder bei den Überlegungen zur Lastenumverteilung als Folge der Krise im Golf.

3) Naher und Mittlerer Osten

a) Zum Konflikt Iran/Irak¹¹ wird auf den Bezugsbericht verwiesen. Angesichts eines „drôle de guerre“ gehen einzelne französische Firmen dazu über, ihre Mitarbeiter wieder in den Irak zurückzuschicken, um dem Vorwurf des Vertragsbruches zu entgehen.

b) Zur Nahost-Initiative des Europäischen Rates¹² muß der französische Staatspräsident schon aus innenpolitischen Gründen den Eindruck vermeiden, „er warte auf den amerikanischen Einsatz, um zu singen“ (amtlich inspirierte Gendarstellung zu Carringtons Äußerungen von Delarue in Le Monde vom 23./24. November¹³). In der Sache ist man weiter davon überzeugt, daß spätestens 1983 (wenn der ganze Sinai wieder in ägyptischer Hand ist¹⁴) nahezu alle Staaten auf die von den Europäern skizzierte globale Lösung einschwenken werden.

(François-Poncet wird voraussichtlich am 27. abends eine iranische Delegation – Bonner Geschäftsträger des Iran, Navab – empfangen¹⁵ und am 30. den israelischen Außenminister Shamir¹⁶.)

⁹ Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1980 in Brüssel vgl. Dok. 363 und Dok. 364.

¹⁰ Zur Anregung des Bundesministers Genscher für ein NATO-Ministerratstreffen nach dem „Typ Gymnich“ vgl. Dok. 280, Anm. 7.

¹¹ Zum Krieg zwischen Irak und Iran vgl. Dok. 316, Anm. 21.

¹² Zur Nahost-Initiative der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vgl. Dok. 330, Anm. 31. Vgl. dazu ferner die Tagung des Europäischen Rats am 1./2. Dezember 1980 in Luxemburg; Dok. 349.

¹³ Vgl. den Artikel „La crise en Israël et le conflit du Proche-Orient“, LE MONDE vom 23./24. November 1980, S. 1 und 3.

¹⁴ Anhang I zum Friedensvertrag vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel bestimmte in Artikel I, daß Israel alle seine bewaffneten Kräfte und sein Zivilpersonal spätestens drei Jahre nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden zum Friedensvertrag aus dem Sinai zurückziehen werde. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 1136, S. 169. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 238 f.

Der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgte am 25. April 1979.

¹⁵ Botschafter Ritzel, Teheran, informierte am 17. November 1980: „Außenministerium teilt soeben mit, daß am 17. November 1980 gegen 10 Uhr OZ dreiköpfige iranische Delegation im Auftrag MP Rajais abgereist ist, um in europäischen Hauptstädten iranische Haltung zum gegenwärtigen iranisch-irakischen Konflikt zu erläutern. [...] Delegation fliegt über London nach Bonn, wird dort ihr ‚Hauptquartier‘ aufschlagen und von dort aus Reisen in andere europäische Länder unternehmen. Gesamtaufenthaltsdauer etwa zehn Tage.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1265; Referat 311, Bd. 137600.

¹⁶ Botschafter Schütz, Tel Aviv, berichtete am 27. November 1980: „Von französischem Botschafter war gestern zu erfahren, daß AM Shamir und seine Frau auf Einladung jüdischer Gemeinde vom 30.11. bis 4.12. Frankreich besuchen werden. Ein offizieller Teil sei in die Reise eingeplant. So werde es zu Gesprächen mit AM François-Poncet und zu einem von ihm gegebenen Abendessen am

4) Bilaterale Fragen

Die französische Regierung dürfte verstärkt auf eine Regelung des Zwangsrekrutiertenproblems¹⁷ drängen: Im Elsaß kann die UDF den Gaullisten Stimmen abnehmen. Auch der AM selbst (der langfristig die politische Nachfolge von Chaban-Delmas als führende Persönlichkeit des französischen Südwestens anstrebt) dürfte für den innenpolitischen Aspekt dieser Frage zunehmend Interesse zeigen.¹⁸

[gez.] Herbst

VS-Bd. 11091 (202)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1775

Sonntag, den 30., in Paris kommen. Ohne es zu bestätigen, schien Botschafter nicht auszuschließen, daß Shamir auch von Staatspräsident Giscard d'Estaing empfangen wird.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1069; Referat 310, Bd. 125008.

- 17 Zur Frage einer Entschädigung der im Zweiten Weltkrieg zwangsrekrutierten Elsässer und Lothringer vgl. Dok. 210, Anm. 20 und 27.

Ministerialdirektor Fleischhauer vermerkte am 20. November 1980: „Der französische Gesandte hat mir am 18.11.1980 die [...] Neufassung des Entwurfs einer Satzung für eine zu errichtende Stiftung übermittelt. Die Errichtung einer Stiftung war seinerzeit von den Beauftragten des Bundeskanzlers und des französischen Staatspräsidenten vorgeschlagen worden. Die Stiftung soll die Mittel aufnehmen, die die Bundesregierung zur Bereinigung der Zwangsrekrutierten-Problematik der französischen Seite möglicherweise zur Verfügung stellen will (250 Mio. DM). Der bisherige Satzungsentwurf enthält die Bestimmung, daß die Mittel unmittelbar an die Zwangsrekrutierten bzw. ihre Hinterbliebenen ausgezahlt werden können. Eine derartige Regelung würde, soweit sie über eine reine Kriegsopferversorgung hinausgeht, nicht im Einklang mit dem Londoner Schuldenabkommen stehen. Die nunmehr vorgelegte Satzung enthält eine derartige Bestimmung nicht mehr. Ob damit jegliche Gefahr einer Verletzung des Londoner Schuldenabkommens ausgeräumt ist, bedarf weiterer Prüfung im Benehmen mit dem BMF.“ Vgl. Referat 202, Bd. 151123.

- 18 Anlässlich der deutsch-französischen Konsultationen hielt sich der französische Außenminister François-Poncet am 27. November 1980 in der Bundesrepublik auf. Vortragender Legationsrat Edler von Braunmühl vermerkte am 28. November 1980, Bundesminister Genscher habe über seine beiden Vier-Augen-Gespräche mit François-Poncet folgendes mitgeteilt: „F[r]ançois-P[on]cet habe ganz deutlich gemacht, daß ein gesondertes Gymnich-type-Außenministertreffen der NATO vor den französischen Wahlen nicht laufe. BM meinte dazu: Man müsse überlegen, ob man die notwendige Abstimmung mit der neuen amerikanischen Administration über ein Vierer-Treffen herbeiführe [...]. Französische Truppen in Deutschland: F.-P., der den Minister darauf ansprach, habe betont, daß es den Franzosen besonders auch um den Status der Truppen gehe. [...] Zwangsrekrutierte/Mundatwald: F.-P. hatte bei Tisch erklärt, eine Lösung der Zwangsrekrutierten-Frage sei wegen der franz[ösischen] Wahlen dringlich; eine Lösung der Mundatwald-Frage sei, wie auch sein Gespräch mit Giscard ergeben habe, zur Zeit unmöglich; man könne schlecht über ‚französisches Territorium‘ verhandeln. Vielleicht mache eine Trennung beider Fragen die Sache leichter. Der Bundeskanzler sollte mit Giscard darüber sprechen. Im Vier-Augen-Gespräch wurde die Möglichkeit erwogen, gemäß einer deutsch-französischen Abrede vor den Wahlen, beim D[eutschland]-F[r]ankreich-Gipfel, in der Zwangsrekrutierten-Frage etwas zu erreichen und nach den Wahlen, bei den AM-Konsultationen, in der Mundatwald-Frage.“ Vgl. Referat 010, Bd. 178799.

342

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Gorenflos

301-544.80/0 VIE

26. November 1980¹Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³

Betr.: Rettungsschiff „Cap Anamur“

Bezug: Weisung des Herrn BM vom 11.11.1980⁴ auf DB Nr. 303 aus Singapur vom 10.11.1980⁵Anlg.: 2⁶

Zweck der Vorlage: Bewertung der Kritik an der Rettungstätigkeit der „Cap Anamur“

1) Sie hatten um die Bewertung eines DB der Botschaft Singapur vom 10.11.1980 gebeten, der die Tätigkeit des deutschen Rettungsschiffes „Cap Anamur“ in kritischem Licht erscheinen läßt. Ähnliche kritische Bemerkungen sind seit langem von den Erstaufnahmestaaten der südostasiatischen Region, insbesondere von Indonesien und Singapur, zu hören. Sie haben inzwischen dazu geführt, daß die Aufnahme von Flüchtlingen der „Cap Anamur“ entweder ganz verweigert wird (so Indonesien) oder doch auf wesentlich erschwerte Bedingungen stößt (Singapur). Auch ein Korrespondentenbericht, der am 22.11. vom WDR im „Echo des Tages“ ausgestrahlt wurde (Text liegt bei)⁷, äußert ähnliche Zweifel.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bartels und Vortragendem Legationsrat Reiche konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau und Vortragendem Legationsrat von Ploetz am 27. November 1980 vorgelegen.

Hat Reiche am 17. Dezember 1980 erneut vorgelegen, der handschriftlich für Ministerialdirektor Gorenflos vermerkte: „Letzter Absatz!“

Hat Gorenflos am 18. Dezember 1980 erneut vorgelegen.

² Hat Staatssekretär van Well am 26. November 1980 vorgelegen.

³ Hat Bundesminister Genscher am 13. Dezember 1980 vorgelegen.

⁴ Bundesminister Genscher vermerkte am 11. November 1980 auf dem Drahtbericht Nr. 303 des Botschafters Dufner, Singapur, vom 10. November 1980 handschriftlich: „Erbitte Bewertung.“

⁵ Botschafter Dufner, Singapur, berichtete: „In zwölf Einsätzen hat C[ap]A[namur] seit Jahresbeginn 3802 Flüchtlinge von 65 Booten gerettet. Von 3802 sind 3400 Flüchtlinge über Singapur in BRD aufgenommen bzw. zeitweilig nach Galang verbracht worden. Seit Aktion 1/80 bis Auslaufen zu Aktion 13/80 war C. A. 274 Tage im Einsatz. Von 274 Tagen lag sie 92 im Hafen Singapur und einen Tag in Puerto Princesa. Liegezeiten betrugen somit etwa ein Drittel der gesamten Einsatzzeit. Liegezeiten in Singapur sind ab Aktion 8/80 (28.6.80) deutlich länger geworden, da hiesige Behörden seitdem restriktivere Aufnahmepraxis in Lager Singapur durchführen. [...] Von insgesamt 65 übernommenen Flüchtlingsbooten waren 25 zum Zeitpunkt der Rettung nicht länger als 48 Stunden unterwegs, 20 Boote waren zwischen 48 und 96 Stunden, 13 Boote über 96 Stunden unterwegs (maximal 15 Tage), von sieben Booten liegen uns keine genauen Fahrzeiten vor.“ Die singapurische Regierung habe veranlaßt, „hiesigem UNHCR-Lager zum 31.3.1981 zu kündigen“. Auf die Frage, wie weiter verfahren werden solle, sei im Innenministerium geantwortet worden: „Wollen Sie alle 40 Mio. Vietnamesen in Deutschland aufnehmen?“ Vgl. Referat 301, Bd. 146056.

⁶ Dem Vorgang beigelegt. Für Auszüge vgl. Anm. 5 und 7.

⁷ In dem Bericht hieß es: „Das deutsche Komitee Not-Ärzte hat gestern erneut an die Öffentlichkeit und die Bundesregierung appelliert, die Hilfe für die Menschen in Vietnam zu verstärken. Das Komitee ist privater Träger des in Südostasien operierenden Hilfsschiffes ‚Cap Anamur‘, das seit Au-

Die bisher vorgebrachte Kritik läßt sich in dem Vorwurf zusammenfassen, die „Cap Anamur“ führe durch ihre fortgesetzte und systematische Hilfstätigkeit die Flucht vieler Vietnamesen erst herbei, vergrößere also die Not, die zu lindern sie angetreten sei. Zur Erhärtung dieses Vorwurfs wird auf folgende teils unbestrittene, teils nicht erhärtete Tatsachen hingewiesen:

a) Die C.A. operiere ständig auf einem eng begrenzten Seegebiet in der Nähe des Mekong-Deltas, unterstützt durch einen Suchhubschrauber.

b) Die Flüchtlingsboote würden nach wesentlich kürzerer Zeit als noch vor einem halben Jahr entdeckt (auf den Aktionen 5/80–13/80 war über die Hälfte der Boote erwiesenermaßen weniger als 48 Stunden unterwegs); dies wie auch die geringen Proviant- und Wasservorräte an Bord der Boote ließen den Schluß zu, daß die Flüchtlinge mit einer raschen Aufnahme in Küstennähe rechneten; entsprechend seien Anlandungen von Flüchtlingen in Malaysia und Indonesien zurückgegangen (ebenfalls erwiesen).

c) Es bestehe eine Nachrichtenverbindung zwischen Geretteten und Zurückgebliebenen über Einsatzzeiten und -gebiet der C.A. (hierzu im „Echo des Tages“: Mittelsmänner in Vietnam, die die Flucht gegen Bezahlung organisierten, übernahmen die Unterrichtung fluchtwilliger Vietnamesen).

d) Fluchtboote würden im Mekong-Delta mit Wissen der örtlichen Behörden gebaut; deren Mitwisserschaft ergebe sich auch aus der Tatsache, daß ausreisenden Booten weitere „Flüchtlinge“ aufgezwungen würden.

2) Zu diesen Punkten kann folgendes gesagt werden:

zu a) Das Operieren auf einem eng begrenzten Seegebiet ergibt sich aus dem Logbuch des Schiffes und ist nicht bestritten. Das Aktionsgebiet beträgt etwa 60x120 Seemeilen (für die Mehrzahl der entdeckten Boote sogar nur 20x30 sm) und befindet sich dicht vor dem Mekong-Delta, allerdings außerhalb des vietnamesischen Küstenmeeres (= 12 sm).

Ebenso unbestritten ist der Einsatz eines Suchhubschraubers.

Beide Tatsachen erklären sich leicht aus dem Bemühen der C.A., in so kurzer Zeit wie möglich so viele Flüchtlinge wie möglich aufzunehmen und den nicht hochseetüchtigen Booten tagelange Fahrten mit allen daraus erwachsenden Gefahren zu ersparen.

zu b) Die im Vergleich zu früher stark verkürzten Fahrzeiten der Flüchtlingsboote, die in der Regel bald nach der Ausfahrt aus dem Mekong-Delta von der C.A. entdeckt und aufgenommen werden, sind der Erfolg des beschriebenen systematischen Vorgehens.

zu c) Der regelmäßige Einsatz der C.A. auf einem eng begrenzten und küstennahen Seegebiet über Monate hinweg führt zwangsläufig dazu, daß zumindest

Fortsetzung Fußnote von Seite 1777

gust vergangenen Jahres rund 4700 Bootsflüchtlinge hat retten können. [...] Aber hat die Cap Anamur wirklich nur Flüchtlinge aus Seenot gerettet? Wie kommt es – so fragen die Verantwortlichen in den fünf ASEAN-Staaten Thailand, Malaysia, Singapur, Indonesien und Philippinen –, daß weder eigens ausgesendete Suchflugzeuge noch andere Schiffe auf Bootsflüchtlinge treffen, die Cap Anamur aber bei jeder Reise Vietnamesen und Vietnam-Chinesen findet?“ Aus einer „gut gemeinten, nichtstaatlichen und unbürokratischen Aktion“ sei „eine Art Fluchthilfsunternehmen“ geworden. Vgl. Referat 301, Bd. 146056.

professionelle Fluchthelfer, an deren reichlich honorierter Tätigkeit kein Zweifel besteht, davon erfahren. Eine zusätzliche Unterrichtung über die Ankunftszeiten der C.A. im Einsatzgebiet dürfte angesichts der Tatsache, daß das Schiff seit über einem Jahr im südostasiatischen Raum zwischen nur wenigen Häfen verkehrt und entsprechend bekannt ist, ebenfalls auf keine besonderen Schwierigkeiten stoßen.

Ohne der C.A. entsprechende Bemühungen in dieser Richtung unterstellen zu wollen, spricht deshalb ein hoher Grad von Wahrscheinlichkeit dafür, daß Einsatzgebiet und Einsatzzeiten der C.A. auf dem vietnamesischen Festland bekannt sind.

zu d) Über die Mitwisserschaft oder gar Mithilfe vietnamesischer Behörden bei der Ausreise von Fluchtbooten gibt es nur die von der Botschaft Singapur berichteten Indizien (Bau von speziellen Fluchtbooten, Aufzwingen weiterer „Flüchtlinge“), die allerdings aus zuverlässiger Quelle stammen sollen. Selbst wenn eine solche Duldung oder gar aktive Mithilfe von staatlicher vietnamesischer Seite aus unterstellt wird, ist der Schluß, es handele sich bei den derart ihr Land unter Lebensgefahr verlassenden Vietnamesen nicht mehr um echte Flüchtlinge, die Anspruch auf Hilfe haben, dennoch nicht erlaubt.

3) Schlußfolgerungen:

a) Für die Richtigkeit des Vorwurfs, die C.A. „induziere“ zumindest einen Teil der Flüchtlingsbewegungen über See, spricht eine große Wahrscheinlichkeit. Das Risiko, nicht sehr bald vor der Küste aufgenommen zu werden, hat sich erheblich verringert; dies ist den Ausreisenden – auf welchem Weg auch immer – offenbar bekannt.

Es bleibt die Tatsache, daß die Gefahr, die die Bootsflüchtlinge weiterhin auf sich nehmen, noch immer erheblich ist. Auch die Frage, ob nicht in vielen Fällen Abenteuerlust (unter den Flüchtlingen befinden sich immer mehr junge Männer) ein stärkeres Fluchtmotiv als die von den Flüchtlingen genannten unerträglichen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse ist, ist nicht zweifelsfrei zu bejahen.

b) Ob ein durch die organisierte Tätigkeit der „Cap Anamur“ aufrechterhaltener oder gar verstärkter Zufluß von Bootsflüchtlingen weiterhin Aufnahme in der BR Deutschland finden soll und kann, muß im Rahmen einer Neukonzeption unserer Ausländerpolitik entschieden werden und wird erheblich von der Aufnahmebereitschaft und -fähigkeit der Bundesländer abhängen. Bis dahin ist für die Bundesregierung die von ihr im Juli 1979 in Genf ausgesprochene Aufnahmegarantie⁸ gültig und von ihr zu erfüllen.

⁸ Am 20./21. Juli 1979 fand in Genf eine internationale Konferenz über das Flüchtlingsproblem in Südostasien statt. Botschafter Fischer, Genf (Internationale Organisationen), berichtete am 21. Juli 1979, VN-Generalsekretär Waldheim sei es gelungen, die Konferenz, an der sich „USA und SU, China und Vietnam, Westeuropa und ASEAN-Staaten sowie die Vertreter anderer Kontinente beteiligten, auf humanitäre Zielsetzung zu beschränken, obwohl politischer Hintergrund immer wieder deutlich angesprochen wurde. Eine Reihe konkreter Ergebnisse konnte dabei erzielt werden, die im günstigsten Fall Prozeß zur Lösung indochin[esischen] Flüchtlingsproblems in Gang setzen. Augenfälligstes Ergebnis ist die Steigerung der Aufnahmequoten für Flüchtlinge von 125 000 im Mai auf 260 000. Zugleich hat Treffen Druck auf alle prospektiven Aufnahmeländer erzeugt, ihre Aufnahmebereitschaft auch in Zukunft unter Beweis zu stellen. UNHCR sind ferner Geldmittel in Hö-

Zweifel an der Flüchtlingsqualität der boat people sind weiter nicht erlaubt. Über die Frage, wann ein Schiff oder ein Mensch sich in Seenot befindet, entscheidet jeweils der Kapitän des aufnehmenden Schiffes. Die Bundesregierung darf und kann nicht an seiner Stelle einem Teil der Geretteten Hilfe mit der Begründung versagen, dieses oder jenes Flüchtlingsboot habe sich nicht oder noch nicht in Seenot befunden.

c) Hieraus folgt, daß auch die derzeitige, sicher nicht unumstrittene Rettungstätigkeit der „Cap Anamur“ für die Bundesregierung kein Grund sein darf, den von dem Rettungsschiff aufgenommenen Flüchtlingen in Erfüllung der von ihr ausgesprochenen Bereitschaft die Aufnahme zu versagen.⁹

Gorenflos

Referat 301, Bd. 146056

Fortsetzung Fußnote von Seite 1779

he von 190 Mio. US-Dollar zugesichert bzw. unter Vorbehalt parlamentarischer Zustimmung in Aussicht gestellt worden. Verantwortung Vietnams ist von zahlreichen Rednern (u. a. auch von StS van Well als deutschem Delegationsleiter) deutlich angesprochen worden, ohne daß Vietnam Anlaß erhielt, Treffen zu verlassen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1380; Referat 340, Bd. 110390.

Referat 340 vermerkte am 24. Juli 1979, die auf der Konferenz von der Bundesrepublik zugesagten Leistungen bestünden in der Erhöhung der Aufnahmequote für „Indochina-Flüchtlinge“ auf 10 000 Plätze, einem Soforthilfebeitrag an den UNHCR in Höhe von sieben Millionen DM sowie in einer Zusage von weiteren 20 Millionen DM vorbehaltlich parlamentarischer Zustimmung. Vgl. Referat 340, Bd. 110390.

⁹ Dieser Absatz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig!“.

Botschafter Hallier, Jakarta, berichtete am 11. Dezember 1980: „In den vergangenen Wochen wurde Botschaft mehrfach von indonesischer Seite auf Fahrten der ‚Cap Anamur‘ angesprochen. [...] Auf den indonesischen Anambas- und Natuna-Inseln seien in den letzten Monaten Flüchtlinge in wenig seetauglichen Flußbooten gelandet. Sie seien zu 90 Prozent ethnische Vietnamesen, nicht Angehörige der chinesischen Minderheit. Sie seien vorwiegend ehemalige Angehörige der ehemaligen süd-vietnamesischen Regierung Thieu (Armee und Verwaltung), die in die USA ausreisen wollten. Die indonesischen Gesprächspartner warfen der ‚Cap Anamur‘ vor, durch ihr Verhalten Vietnamesen zur Ausreise zu ermuntern“. Hallier urteilte: „Solange die C[ap]A[namur] nicht ihre heute auch unter humanitären Aspekten offenbar fragwürdigen Fahrten in das südchinesische Meer einstellt, ist kaum mit einer Änderung der harten indochinesischen Haltung zum Problem der Erstaufnahme von Flüchtlingen zu rechnen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 892; Referat 301, Bd. 146056.

343

Aufzeichnung des Bundesministers Genscher**010-3273/80 geheim****29. November 1980**

Senator Percy rief mich am Samstag, 29.11.1980, zwischen 19.10 Uhr und 19.45 Uhr an, um mich über seine Gespräche in Moskau¹ zu informieren.

Er hatte das in Washington in Aussicht gestellt, als ich mich mit ihm über seinen Besuch und die dort mutmaßlich aufkommenden Fragen unterhielt.²

Percy sagte, neben einer Reihe anderer Begegnungen seien für ihn die wichtigsten gewesen:

- 1) das Gespräch mit Breschnew,
- 2) das Gespräch mit Marschall Ustinow und dem Chef des Generalstabs³ und
- 3) mit Gromyko.

Die Gespräche seien in dieser Reihenfolge geführt worden.

Der Ton der Gespräche sei „cordial and friendly“ gewesen.

Er habe in allen Gesprächen zum Ausdruck gebracht, daß SALT II nicht ratifiziert werde.⁴ SALT II sei tot. Man müsse in Moskau im übrigen zur Kenntnis nehmen, daß ein „linkage“ zwischen dem Verhalten der Sowjetunion und den SALT-Verhandlungen ein „fact of political life“ in Amerika sei. Das habe das Wahlergebnis⁵ deutlich gezeigt. Es sei unverkennbar, daß die Sowjetunion sich in den letzten Jahren nicht zurückgehalten, sondern versucht habe, ihren Einfluß überall auszudehnen. So in Afghanistan, in Angola, in Äthiopien, im Jemen und auch durch die Unterstützung und Ermutigung Kubas. In derselben Zeit hätten die Präsidenten Nixon, Ford und Carter die größte Zurückhaltung geübt.

Er habe sehr klar gesagt, daß Reagan bereit sei, sich hinzusetzen und einen neuen und besseren Vertrag über die strategischen Waffen zu verhandeln. Er werde dabei keine Zeit scheuen, um zu guten Ergebnissen zu kommen. (P. äußerte sich dabei fast wörtlich so, wie Reagan das in den Gesprächen mit dem Bundeskanzler und mir⁶ getan hatte.)

Breschnew habe dazu erklärt, wenn das so ist, dann je früher, je besser.

Ustinow habe immer wieder auf der Ratifizierung von SALT II insistiert und habe gesagt, „wenn Sie SALT II ratifizieren, dann wollen wir Ihnen glauben“.

¹ Zum Besuch des amerikanischen Senators Percy in der UdSSR vgl. auch Dok. 335, Anm. 14.

² Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 18. bis 21. November 1980 in den USA auf, Bundesminister Genscher am 19./20. November 1980. Vgl. dazu Dok. 334, Dok. 335 und Dok. 337.

³ Nikolaj Wassiljewitsch Ogarkow.

⁴ Zum Stand des Ratifizierungsverfahrens des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 im amerikanischen Senat vgl. Dok. 59.

⁵ Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen statt, aus denen der Kandidat der Republikanischen Partei, Reagan, als Sieger hervorging. Vgl. dazu Dok. 314, Anm. 3.

⁶ Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt und des Bundesministers Genscher mit dem designierten amerikanischen Präsidenten Reagan am 20. November 1980 in Washington vgl. Dok. 337.

Schließlich hätten sie mit mehreren Präsidenten über SALT verhandelt; müßten sie nicht bei neuen Verhandlungen besorgt sein, daß nach vier Jahren wiederum das Ergebnis nicht anerkannt werde? Er habe dazu erklärt, Reagan garantiere als Person und mit der Mehrheit im Senat für die Ratifizierung der mit ihm getroffenen Vereinbarungen.

Im übrigen gebe es doch Beispiele durchaus befriedigender Rüstungskontrollvereinbarungen zwischen den USA und der UdSSR, so zum Beispiel im ABM-Bereich.⁷ Das sei von allen Gesprächspartnern anerkannt. Ustinow, aber auch die anderen, hätten die TNF-Rüstung immer wieder kritisiert und auch das MX-Programm⁸. Er habe dazu gesagt: „Wenn Sie so unzufrieden sind z. B. mit dem MX-Programm, warum bestehen Sie dann trotzdem auf der Ratifizierung von SALT II?“

Er, P., habe auf die enormen Rüstungsaufwendungen der Sowjetunion verwiesen und den Anteil der sowjetischen Rüstung am Sozialprodukt mit dem der Vereinigten Staaten verglichen. Er habe die SS-20-Rüstung kritisiert, aber auch die Rüstungen in anderen Bereichen. Ustinow habe darauf entgegnet, „wir müssen die Waffen haben, wie Sie sie haben. Sie haben Atom-U-Boote, also brauchen wir sie auch.“ Die Kritik der sowjetischen Seite an der westlichen Rüstung, insbesondere von Ustinow, habe sich nicht nur gegen die Vereinigten Staaten gerichtet, sondern gegen das ganze Bündnis.

Über Afghanistan habe er mit allen Gesprächspartnern gesprochen. Er sei bei Ustinow sehr pessimistisch, daß er bereit sei, einer Räumung Afghanistans zuzustimmen. Bei Gromyko habe er den Eindruck bekommen, daß er einem „non-aligned status“ für Afghanistan mit Garantien zuneigen könne. (An dieser Stelle war ich nicht sicher, ob P. sich bewußt ist, daß die Sowjetunion schon seit Beginn dieses Jahres behauptet, der „non-aligned status“ sei eigentlich gar nicht berührt.)

Zu Polen habe er, P., in sehr klaren starken Worten gesagt, daß es katastrophal sein werde, wenn die Sowjetunion „force or troops“ gegen Polen benutzen würde. „It will change the globe.“ Die Sowjetunion solle sich erinnern, zu welchen erheblichen Rüstungsanstrengungen die Vereinigten Staaten in der Lage seien. Schließlich müsse gerade die Sowjetunion aus dem Zweiten Weltkrieg wissen, daß die Vereinigten Staaten in kürzester Zeit ihr Rüstungspotential erheblich erhöhen könnten. Damals habe man soviel produziert, wie man überhaupt nur nach Europa und in die Sowjetunion habe transportieren können. Diesmal werde sich das allerdings nicht zugunsten der Sowjetunion auswirken, sondern gegen sie. Außerdem seien die USA dann auch bereit, ihre Beziehungen zu China auch im Sinne einer engeren Zusammenarbeit zu verbessern. Dies alles müsse man in Moskau in Rechnung stellen, wenn man eine Aktion gegen Polen plane. Gromyko habe ihm versichert, es werde in Polen keine Überraschungen geben.

⁷ Der am 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR abgeschlossene Vertrag über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) gestattete beiden Vertragsparteien den Aufbau von je zwei Raketenabwehrstellungen mit je 100 Abwehrraketen, unter anderem zum Schutz der jeweiligen Hauptstadt. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 944, S. 14–22. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 392–395.

⁸ Zur geplanten Aufstellung von MX-Raketen in den USA vgl. Dok. 329, Anm. 20.

Je klarer man den amerikanischen Standpunkt in allen Fragen kenne, um so weniger sei mit Überraschungen zu rechnen.

Er, P., sei auch auf die polnische Finanzlage zu sprechen gekommen. Er habe dazu keine befriedigende Reaktion gehört. Er habe die Zusammenarbeit der USA und des Westens mit der Sowjetunion bei der Regelung der polnischen Finanzprobleme vorgeschlagen. Die Sowjetunion müsse beachten, daß polnische Insolvenz die Kreditfähigkeit aller sozialistischen Staaten beeinträchtigen werde.

P. sagte, nach seinem Eindruck seien die Erklärungen, die er abgegeben habe, in allen Bereichen nicht ohne Eindruck auf die sowjetische Führung geblieben. Er sei sich bewußt gewesen, daß er nicht nur in eigenem Namen spreche, sondern nach Rücksprache mit Reagan. Den Sowjets sei sicher klar geworden, daß Reagan zu vernünftigen Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen bereit sei. Auch die Verbindung zwischen solchen Verhandlungen und ihrem Verhalten überall in der Welt sei ihnen deutlich geworden. Das gleiche gelte für die zu erwartende amerikanische Reaktion auf eine Intervention in Polen. Er habe vor seiner Abreise ein Gespräch mit Dobrynin gehabt. Er halte es für vernünftig, wenn jetzt inoffizielle Gespräche mit Dobrynin aufgenommen würden, die von amerikanischer Seite von Allen und Bush geführt werden sollen. (Ich bin an dieser Stelle nicht ganz sicher in meiner Erinnerung, ob er das auch der sowjetischen Seite zu verstehen gegeben hat, glaube aber ja.)

P. bedankte sich eingangs, am Schluß und bei seinem Bericht über das Gespräch mit Ustinow sehr für die Unterhaltungen, die er mit dem Bundeskanzler⁹ und mir in Washington gehabt habe, insbesondere auch für den Rat des Bundeskanzlers, auf einer Begegnung mit Ustinow zu bestehen. Er lege den allergrößten Wert darauf, den engsten Meinungsaustausch auch in Zukunft mit dem Bundeskanzler und mir zu führen; dazu solle man alle Gelegenheiten wahrnehmen. Er wolle das auch der neuen Administration raten.

[Genscher]¹⁰

VS-Bd. 14087 (010)

⁹ Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem amerikanischen Senator Percy und anderen Mitgliedern des Kongresses am 20. November 1980 in Washington vgl. Dok. 338, Anm. 19.

¹⁰ Vermuteter Verfasser der nicht unterzeichneten Aufzeichnung.

344

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt**114-6412/80 geheim****Aufgabe: 2. Dezember 1980, 21.40 Uhr¹****Fernschreiben Nr. 1770****Ankunft: 2. Dezember 1980, 22.00 Uhr****Citissime nachts**Betr.: Polen²;

hier: Lagebeurteilung und Eventualfallplanung für den Fall eines sowjetischen Eingreifens.

Sitzung des Rats im kleinsten Kreise am 2. Dezember 1980 (private meeting)

I. Zusammenfassung

Der Rat diskutierte in seiner auf amerikanischen Wunsch einberufenen Sitzung im kleinsten Kreise (private meeting am 2. Dezember) die Situation in Polen und Fragen der Eventualfallplanung für den Fall eines sowjetischen Eingreifens.

Das Ergebnis läßt sich wie folgt zusammenfassen:

1) Zur Situation

(1) Die innere Lage Polens verschlechtert sich politisch und wirtschaftlich zusehends. Es besteht die zunehmende Gefahr, daß der Polnischen Arbeiterpartei die Kontrolle entgleitet.

(2) Es hat den Anschein, daß die Sowjetunion noch keine endgültige Entscheidung zugunsten eines militärischen Eingreifens getroffen hat, da sie wegen der

¹ Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 11.

Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunnühl am 3. Dezember 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte. Zusätzlich vermerkte Braunnühl am selben Tag für Genscher: „Anl[iegender] DB aus Brüssel zeigt, daß die Polen-Diskussion dort mangels Weisungen aus den Hauptstädten im luftleeren Raum stattfindet. Fragen wie die, ob man den Sowjets militärische Untätigkeit signalisieren oder aber darauf verzichten oder sich Handlungsfreiheit vorbehalten will, sind nicht untersucht worden. [...] Hinsichtlich der Frage, ob Maßnahmen im sicherheitspolitischen Bereich mit politischer Signalwirkung Unsicherheitsfaktoren für die UdSSR schaffen und damit die Interventionsschwelle erhöhen könnten, hält man im BMVg die Zuständigkeit des AA für gegeben, das bisher keine Initiative ergriffen habe. Immerhin hat Besprechung bei StS v[an]W[ell] (mit D2 und Dg20) ergeben, daß AA mit BMVg Weisung nach Brüssel abstimmen soll, um vorzuschlagen, daß einige der von Rogers für möglich gehaltenen Maßnahmen schon jetzt, nicht erst nach einer Intervention, ergriffen werden sollten“. Vgl. VS-Bd. 14094 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

Hat Genscher am 3. Dezember 1980 vorgelegen.

² Botschafter Negwer, Warschau, informierte am 2. Dezember 1980, am Vortag sei „das VII. ZK-Plenum nach einer schwierigen Vorbereitungsphase, die in der von Tag zu Tag fortdauernden Verschiebung seines Beginns seit dem 25.11.80 ihren Niederschlag gefunden hatte, eröffnet“ worden. Dabei zeichne sich eine neue politische Linie ab: „Fortentwicklung des auf dem VI. ZK-Plenums eingeschlagenen Kurses der innerparteilichen Reform und der Verständigung mit gesellschaftspolitischen Kräften, insbesondere ‚Solidarität‘. Im Zusammenhang damit deutlichere Absage als bisher an Widerstandszentren innerhalb der Partei; zugleich aber auch härtere Haltung gegenüber etwaigen Versuchen extremer Kreise in der ‚Solidarität‘, diese möglicherweise als Basis und Instrument zur Durchsetzung ‚antisozialistischer‘ politischer Ziele zu benutzen; Bemühungen um Beruhigung der Sowjetunion und anderer sozialistischer Nachbarländer. Diese Linie dürfte sich wohl auch in entsprechenden personellen Konsequenzen in den Führungsgremien niederschlagen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1471; Referat 214, Bd. 132907.

von ihr in Betracht gezogenen Konsequenzen im Ost-West-Verhältnis zögert, zu dieser letzten Maßnahme zu greifen.

(3) Es mehren sich jedoch die Indikatoren für eine wesentliche Erhöhung des Bereitschaftsstandes der sowjetischen Streitkräfte in der DDR und in den westlichen Militärbezirken sowie anderer Streitkräfte der WP-Staaten (DDR, ČSSR). Erhöhte Manövertätigkeit von sowjetischen und DDR-Truppen an der Grenze der DDR zu Polen rundet dieses Bild ab. Nach Polen sind verstärkte sowjetische Lufttransporte im Gange.

(2) Zu Fragen der Eventualfallplanung bestand nach meiner entsprechenden Intervention Einverständnis, daß es sich hierbei um eine äußerst sensitive Angelegenheit handelt, die allergrößte Diskretion und Vertraulichkeit erfordert.

(1) Der Rat nahm zur Kenntnis, daß der Militärausschuß der NATO Maßnahmen erörtert, insbesondere eine Liste von militärisch notwendig erscheinenden Schritten zusammenstellt, die infolge des Bereitschaftsstandes der sowjetischen Truppen, insbesondere in der DDR und in der ČSSR, auf westlicher Seite notwendig werden könnten. Der Rat wird diesen Arbeiten in der Folge besondere Aufmerksamkeit schenken.

(2) Zu der in der Sitzung aufgeworfenen Frage (TUR), ob von der NATO auf dem Hintergrund bereits ergangener bilateraler Warnungen weitere politische Signale an die Sowjetunion als Warnung vor einem Eingreifen in Polen ausgehen sollten, wurde festgestellt, daß das Kommuniqué der Herbst-Ministertagung³ einen solchen warnenden Hinweis enthalten wird. Im übrigen wurde auf die national gegebenen Signale abgestellt.

(3) Zum Problem, wie das Bündnis politisch im Falle einer sowjetischen Intervention in Polen reagieren solle (NL), bestand Einverständnis über die Notwendigkeit vorbereitender Analysen und der Abstimmung im Bündnis für den Eventualfall. Es wird davon ausgegangen, daß die Minister auf dem bevorstehenden Herbsttreffen in der Sitzung mit besonders restriktivem Teilnehmerkreis dieses Problem erörtern wollen. Die Frage, ob eine Vorbereitung dieser Diskussion durch den Rat stattfinden sollte, blieb vorerst offen.

II. Im einzelnen

1) Der amerikanische Botschafter⁴ informierte den Rat auf Weisungsbasis darüber, daß die laufende wie die neue Administration⁵ der Sowjetunion deutlich gemacht habe, daß im Falle einer sowjetischen Intervention in Polen sich ernste Konsequenzen für das Ost-West-Verhältnis ergeben würden. Die letzte dieser Warnungen sei am 1. Dezember durch Unterstaatssekretär Newsom im State Department an den sowjetischen Botschafter Dobrynin gerichtet worden

³ Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1980 in Brüssel vgl. Dok. 363 und Dok. 364. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 153–157. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN 1980, S. 1121–1123 und S. 1143.

⁴ William T. Bennett.

⁵ Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen statt, aus denen der Kandidat der Republikanischen Partei, Reagan, als Sieger hervorging. Vgl. dazu Dok. 314, Anm. 3. Präsident Reagan nahm am 20. Januar 1981 die Amtsgeschäfte auf.

(Muskie außerhalb von Washington⁶, Christopher in Algier wegen Geiselfrage⁷).

Die US-Regierung sei der Überzeugung, daß die Sowjetunion ein militärisches Eingreifen nur als letzten Ausweg ins Auge fasse, ferner, daß die endgültige Entscheidung für ein solches Eingreifen noch nicht gefallen sei. Gleichzeitig verdichteten sich jedoch die Informationen, daß die sowjetischen, tschechoslowakischen und DDR-Truppen ihren Bereitschaftsstand erhöhten und ihre Manöver-Tätigkeit an der DDR-Grenze zu Polen intensivierten. Dies diene nach amerikanischer Einschätzung dazu, um für den Falle einer Entscheidung zugunsten einer Intervention für schnelles Handeln vorbereitet zu sein. Sowjetische Transportflüge nach Polen häuften sich. Im Grenzgebiet der DDR und der Sowjetunion zu Polen gebe es verstärkte Reisebeschränkungen.⁸ Neue militärische Sperrgebiete (DDR-Polen und Sowjetunion-Polen Grenzgebiete) seien verfügt worden. Dem amerikanischen Militärattaché in Moskau sei eine Reise in das sowjetische Grenzgebiet zu Polen untersagt worden.

Diese Aktivitäten hätten sicherlich Signalcharakter für die polnische Staats- und Parteiführung und für die neuen gesellschaftlichen Kräfte in Polen. Über die Verstärkung der in Polen bereits befindlichen zwei sowjetischen Divisionen sei nichts bekannt geworden.

Das zur Zeit tagende ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei sei mit der Notwendigkeit durchgreifender Maßnahmen konfrontiert, um der sich verschlechternden politischen und wirtschaftlichen Lage Herr zu werden.⁹ Über den Einsatzgrad und die Kampfbereitschaft polnischer Streitkräfte lägen den USA jedoch keine Erkenntnisse vor. Man sei auf amerikanischer Seite aller-

⁶ Der amerikanische Außenminister Muskie hielt sich vom 29. November bis 1. Dezember 1980 in Mexiko auf.

⁷ Zur Frage der Freilassung der in Teheran als Geiseln festgehaltenen Angehörigen der amerikanischen Botschaft vgl. Dok. 329, Anm. 38. Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 22. Dezember 1980, die iranische Antwort auf das am 13. November 1980 durch algerische Vermittlung übergebene Schreiben des Präsidenten Carter, in dem die USA auf die iranischen Bedingungen für eine Freilassung der Geiseln eingegangen seien, habe die amerikanische Regierung „tief enttäuscht. Dabei hat weniger die astronomische Höhe (ca. 23 Mrd. US-Dollar) der geforderten Sicherheitshinterlegungen (für blockierte iranische Guthaben und Schah-Vermögen) schockiert als die Erkenntnis, daß a) Teheran offenbar nicht willens ist, auf die im amerikanischen Rechtssystem begründeten Unmöglichkeiten Rücksicht zu nehmen, oder diese einfach nicht versteht, b) die algerischen Unterhändler trotz eingehender und langwieriger Einweisung durch Washington insoweit nicht über das erforderliche Maß an Sachverstand oder Verhandlungsgeschick verfügen, c) man jetzt erneut vor einer langwierigen und schwierigen Verhandlungsphase steht, nachdem der Durchbruch einmal mehr zum Greifen nahe schien.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4703; Referat 311, Bd. 137624.

⁸ Zur Einschränkung des Reiseverkehrs zwischen der DDR und Polen vgl. Dok. 310, Anm. 26.

⁹ Das VII. Plenum des ZK der PVAP tagte am 1./2. Dezember 1980 in Warschau. Botschafter Neger, Warschau, berichtete am 3. Dezember 1980, im Politbüro sei es zu großen Veränderungen gekommen, nachdem die meisten Anhänger des früheren Generalsekretärs des ZK der PVAP, Gierek, ihre Ämter hätten räumen müssen: „Aus dem Politbüro der Ära Gierek sind damit lediglich Jabłoński, Jagielski und Verteidigungsminister Jaruzelski verblieben. [...] Der zweite Tag geriet ferner zu einer Generalabrechnung mit Gierek und dessen langjährigem Regierungschef Jaroszewicz, die in einer Resolution für die Fehler der Vergangenheit persönlich verantwortlich gemacht wurden. Gierek, der – obwohl eingeladen – zum Plenum nicht erschienen war, wurde nun auch aus dem ZK ausgestoßen. Er wie seine bisher schon aus ihren Parteiämtern entfernten Mitarbeiter wurden aufgefordert, auch aus dem Sejm, Gierek auch aus dem Staatsrat, auszuschcheiden. Schließlich wurde auch eine zweihundertköpfige Vorbereitungskommission zur Vorbereitung des IX. Parteitages unter Vorsitz von Kania eingesetzt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1477; Referat 214, Bd. 132907.

dings erstaunt, wie offen polnische Gesprächspartner die Lage diskutierten. Im Laufe solcher Gespräche hätte man auf amerikanischer Seite festgestellt, daß man dabei eher wie Verbündete und die andere Seite als Gegner apostrophiert würde.

2) Aus der sich an die amerikanische Lagebeurteilung anschließenden lebhaften Diskussion ist festzuhalten:

(1) Der dänische Botschafter¹⁰ führte aus, daß die Sowjetunion und die polnische Parteiführung zur Schilderung der Situation jetzt zunehmend auf konterrevolutionäre Umtriebe in Polen hinwiesen. Er könne nur sagen, daß diese Bezeichnung im kommunistischen Sprachgebrauch eine äußerst negative Bedeutung habe und auf höchste Alarmierung hindeute.

Aus dänischer Sicht sei eine sowjetische Intervention zwar nicht unmittelbar bevorstehend. Sie werde jedoch durch die laufenden Verstärkungen sowjetischer und anderer WP-Truppen wahrscheinlicher.

Die dänischen Nachrichtendienste hätten mitgeteilt, daß DDR-Truppen um Berlin zur Grenze nach Polen beordert worden seien, um offenbar die dort stehenden Grenz-¹¹Truppen durch Kampfverbände zu ersetzen. Auch seien in der DDR Reservisten, insbesondere im südöstlichen Teil des Landes, einberufen worden. Erstaunlicherweise habe man keine Verstärkung der bereits in Polen stehenden zwei sowjetischen Divisionen feststellen können. (Amerikanischer Botschafter wies an dieser Stelle nochmals auf die intensivierten sowjetischen Lufttransporte nach Polen hin.)

(2) Der britische Botschafter¹² faßte die britische Stellungnahme wie folgt zusammen:

Eine endgültige sowjetische Entscheidung sei noch nicht gefallen. Die Sowjetunion hoffe offenbar immer noch, daß die Polnische Arbeiterpartei ihre Kontrolle wieder intensivieren könne, was jedoch immer unwahrscheinlicher werde. Bei der Sowjetunion sei das Bestreben erkennbar, durch Erhöhung des Bereitschaftsstandes für eine sofortige Aktion aus dem Stand gerüstet zu sein. Nach britischer Auffassung strebe die Sowjetunion für den Fall des Eingreifens ein polnisches Hilfeersuchen an, auf das sie sehr schnell reagieren wolle.

(3) Die Ausführungen des amerikanischen Botschafters zum Ergebnis des Besuchs von Senator Percy in Moskau¹³, mit denen er auf eine Frage des kanadischen Botschafters¹⁴ antwortete, werden gesondert berichtet.

3) Die Diskussion zu Problemen der Eventualfall-Warnung berührte folgende Punkte:

(1) Frage zusätzlicher warnender Signale an die Sowjetunion.

(2) Notwendigkeit einer Eventualfallplanung für politische Maßnahmen im Falle sowjetischen militärischen Eingreifens.

(3) Mögliche militärische Maßnahmen in einem solchen Fall.

¹⁰ Anker Svart.

¹¹ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1771 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

¹² Clive Rose.

¹³ Zu den Gesprächen des amerikanischen Senators Percy vom 26. bis 29. November 1980 in der UdSSR vgl. Dok. 343.

¹⁴ John G.H. Halstead.

Der türkische Botschafter¹⁵ meinte, ob nicht für den Eventualfall als Alternative eine geharnischtere Warnung im Communiqué des Ministertreffens jetzt schon vorbereitet werden müsse. Außerdem hielte er es für hilfreich, eine Zusammenstellung der bereits erfolgten bilateralen Warnungen einzelner Verbündeter an die Sowjetunion vorzunehmen und sich für die politische Analyse und bei der Erörterung von Maßnahmen für den Eventualfall darauf zu stützen.

Der Vertreter des IMS, US-General Faurer, führte aus, daß der Militärausschuß der NATO über militärische Reaktionen der Allianz im Eventualfall berate und, wenn diese Erörterungen abgeschlossen seien, dem Rat seine Vorstellungen zur Kenntnis bringen wolle. Möglicherweise würden schon in den nächsten Tagen gewisse Entscheidungen notwendig, da die zu STANAVFORLANT entsandten Verbände in den nächsten Tagen in die Stützpunkte zurückkehrten.¹⁶ Der britische Botschafter führte aus, daß alles unterlassen werden müsse, was politisch provokativ wirken könne. Nach britischer Ansicht würde jedoch eine weitere Erhöhung des Bereitschaftsstandes in der DDR und in der ČSSR auf westlicher Seite Maßnahmen ähnlicher Art erforderlich machen. Er gab zu bedenken, ob nicht die vom Vertreter des IMS erwähnte Entscheidung über die Rückkehr der STANAVFORLANT-Verbände verzögert werden könnte.

In diesem Zusammenhang bemerkte der amerikanische Botschafter, daß die beste Zwischenentscheidung nach seiner Ansicht diejenige wäre, die Auflösung der Verbände aufzuhalten.¹⁷

Auch der NL-Botschafter¹⁸ warnte vor politischen Maßnahmen, die als Provokation aufgefaßt werden könnten. Er denke z. B. sogar an eine Einstellung der Zuwendungen westlicher Gewerkschaften an die polnischen freien Gewerkschaften und an Zurückhaltung bei den Sendungen der Stimme Amerikas.

Der dänische und norwegische¹⁹ Botschafter stellten übereinstimmend fest, daß die Zeit für die Diskussion bzw. Ergreifung von Maßnahmen zumindest so lange noch nicht reif sei, bis Gewißheit bestehe, daß die sowjetische Entscheidung zu militärischem Eingreifen gefallen sei.²⁰

¹⁵ Osman Olcay.

¹⁶ Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), informierte am 3. Dezember 1980, in der Sitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am selben Tag sei über die weitere Verwendung der Standing Naval Force Atlantic (STANAVFORLANT) bekanntgegeben worden: „Drei Schiffe (GB, KAN, USA) verblieben in europäischen Gewässern, die KAN/US-Einheiten würden zu gegebener Zeit durch andere ersetzt. Die restlichen Schiffe des Verbandes, darunter Freg[atte] Lübeck, kehrten in ihre Heimathäfen zurück, blieben jedoch dort in Bereitschaft.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1784; VS-Bd. 10315 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

¹⁷ Der Ständige NATO-Rat „im kleinsten Kreise“ befaßte sich am 4. Dezember 1980 erneut mit einer Auflösung der Standing Naval Force Atlantic (STANAVFORLANT). Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete am selben Tag, daß neben der Bundesrepublik auch Dänemark und Norwegen gegen eine Weiterführung seien; auch der britische Verteidigungsminister Pym „sei für sofortige Auflösung der STANAVFORLANT. Die Aufrechterhaltung sei nicht geheim zu halten.“ Angesichts des Widerspruchs der USA und des NATO-Generalsekretärs sei die Auflösung bis 10. Dezember 1980 ausgesetzt worden, „damit Verteidigungsminister in Brüssel selbst entscheiden können“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1804; VS-Bd. 13179 (213); B 150, Aktenkopien 1980.

¹⁸ Carl D. Barkman.

¹⁹ Kjeld Vibe.

²⁰ Dieser Absatz wurde von Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl mit Fragezeichen versehen.

Der französische Botschafter²¹ meinte, daß es sich um politisch sehr sensitive Fragen handle, die man am besten in der für das Ministertreffen vorgesehenen Sitzung mit engstem Teilnehmerkreis erörtern könne.

Ich habe auf die hohe Sensitivität der Fragen der Eventualfallplanung abgestellt und in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß die NATO auf keinen Fall der anderen Seite einen Vorwand für ein Eingreifen liefern dürfe. Ferner habe ich zu bedenken gegeben, ob der Rat ohne Weisungen aus den Hauptstädten schon in der Lage sei, hierzu eine ernsthafte Diskussion zu führen. Ich habe mich jedoch für eine Fortsetzung der Diskussion im Rat im engsten Kreise ausgesprochen.²²

III. Der Rat hat die Beratungen beim private luncheon und in einem erneuten private meeting am Nachmittag des 2. Dezember fortgesetzt.

Hierüber wird gesondert berichtet.²³

[gez.] Wieck

VS-Bd. 14094 (010)

²¹ Claude Arnaud.

²² An dieser Stelle vermerkte Vortragender Legationsrat Edler von Braunmühl handschriftlich: „Warum gibt es keine Weisungen? Warum keine Untersuchung, welche Maßnahmen abschreckend und welche provozierend wirken könnten? Ist nicht ein westlicher Freibrief das ‚Provozierendste‘?“ Dazu vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich: „r[ichtig]!“.

²³ Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete am 2. Dezember 1980, daß während des „private luncheon“ zur Lage in Polen vereinbart worden sei, „im Hinblick auf die Beratungen der Außenminister am 11./12. Dezember in der ‚super restricted session‘ eine erneute Beratung im kleinsten Kreise (1 plus 1) zu führen“. Themen sollten weitere bilaterale Warnungen an die UdSSR, „Maßnahmen zur Verbesserung der Nachrichtengewinnung und deren Auswertung im Allianzrahmen“, politische Maßnahmen im Falle einer sowjetischen Intervention in Polen und „Maßnahmen im militärischen Bereich zur Herstellung eines angemessenen Bereitschaftsstandes“ sein. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1772; VS-Bd. 14094 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

Am selben Tag informierte Wieck, daß NATO-Generalsekretär Luns bei einem weiteren Treffen des Ständigen NATO-Rats im kleinen Kreis über ein Gespräch mit dem Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR), Rogers, berichtet habe. Mittlerweile habe die DDR ihren Botschafter in Warschau, Sieber, zurückgerufen, die Grenze geschlossen und allen Urlaub von Angehörigen der Nationalen Volksarmee aufgehoben. Zudem sei der rumänische Außenminister Andrei nach Moskau gereist. Laut Rogers stünden der UdSSR zu einer Intervention in Polen jederzeit 33 Divisionen zur Verfügung: „Die Sowjetunion rechne, nach NATO-Intelligence, damit, daß die polnische Armee, unterstützt von weiteren Bewaffneten, kämpfen werde. Sowjetunion rechne aber damit, diesen Widerstand in 14 Tagen brechen zu können.“ Da die Bodenverhältnisse derzeit den Einsatz von Panzern nicht uneingeschränkt ermöglichten, sei mit einer Intervention nicht vor der Frostperiode am 15. Dezember 1980 zu rechnen. Zudem kehre der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, erst an diesem Tag aus Indien zurück. Schließlich jähre sich am 16. Dezember 1980 die Niederwerfung der Unruhen in Danzig von 1970: „Rogers erbitte jetzige Ermächtigung für die sofortige Durchführung einer Reihe von Maßnahmen im Falle einer Intervention [...]. Im Augenblick müsse alles vermieden werden, was der Sowjetunion einen Vorwand für ihr Eingreifen ergeben könnte.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1773; VS-Bd. 14094 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

Ministerialdirektor Blech übermittelte der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel am 3. Dezember 1980 dazu die Einschätzung, daß eine Intervention des Warschauer Pakts in Polen keine unmittelbare Gefahr für die NATO selbst darstelle: „Sichtbare militärische Vorkehrungen der NATO könnten für Moskau wenn nicht Anlaß, so doch Vorwand für dasjenige Eingreifen sein, das es zu verhindern gilt.“ Von Rogers' Vorschlägen solle die Verbesserung der Nachrichtengewinnung aus Polen schon jetzt umgesetzt werden: „Eine Verdichtung der militärischen Aufklärung ist auf deutscher Seite bereits erfolgt.“ Eine Vorwegermächtigung zu militärischen Bereitschaftsmaßnahmen werde dagegen nicht erteilt. Vgl. den Drahterlaß Nr. 6112; VS-Bd. 10290 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

345

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Mitglied der argentinischen Militärjunta, Lambruschini

330-321.36 ARG

3. Dezember 1980¹

Besuch Admirals Lambruschini, Mitglied der argentinischen Regierungsjunta, am 3.12.1980 um 15.00 Uhr bei dem Herrn Bundesminister²

Bundesminister begrüßte Kontaktgelegenheit durch Deutschlandreise Admirals Lambruschini, die diesen aus Anlaß von Besuchen in Emden und Hamburg auch nach Bonn führt und Gelegenheit bietet, Fragen der internationalen Lage, des Standes der bilateralen Beziehungen und einige Probleme, die beide Seiten beschäftigen, zu besprechen.

Admiral *Lambruschini*: Die Einladung zu seinem Deutschlandbesuch ginge von der Firma Thyssen aus. Argentinien und die Bundesrepublik Deutschland verbinden große gemeinsame Interessen. Dies gelte auch für den Bereich der Marine. Argentinien im allgemeinen und die argentinische Marine im besonderen haben große Anstrengungen gemacht zur Modernisierung und zur Überwindung wirtschaftlicher Probleme. Die argentinische Marine habe sich hierbei für eine enge Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Werftindustrie entschieden. Anschließend an seinen Besuch in Bonn werde er Hamburg und Emden besuchen. In Emden wird er der Kiellegung des ersten in Auftrag gegebenen U-Bootes beiwohnen.³

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Limmer am 4. Dezember 1980 gefertigt und am selben Tag über Ministerialdirektor Gorenflos und Staatssekretär van Well „mit der Bitte um Genehmigung“ an Bundesminister Genscher geleitet.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 9. Dezember 1980 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat von Ploetz am 9. Dezember 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Mit Dg33 tel[efonisch]: 1) Auf S. 5 2. Abs. letzten Satz b[litte] prüfen. 2) Auf S. 5 letzten Satz weglassen (nur Randbemerkung). 3) Verteilung mit Vermerk: vom BM noch nicht gen[ehmigt].“ Vgl. den Begleitvermerk; Referat 010, Bd. 178819.

Zu den Änderungen vgl. Anm. 20, 22 und 23.

² Das Mitglied der argentinischen Militärjunta, Lambruschini, hielt sich vom 3. bis 7. Dezember 1980 in der Bundesrepublik auf. Ministerialdirektor Gorenflos vermerkte am 21. November 1980, der Besuchswunsch „erfordert eine schwierige Abwägung. Während sich unsere Wirtschaftsbeziehungen zu Argentinien angesichts der wirtschaftlich-finanziellen Gesundung dieses Landes in starker Expansion befinden, sind unsere politischen Beziehungen durch die Menschenrechtsverletzungen Argentiniens belastet.“ Deshalb könne der Besuch Lambruschinis öffentliche Kritik auslösen. Zu bedenken sei jedoch, daß Lambruschini als Oberbefehlshaber der Marine für die Vergabe von Schiffsbauaufträgen verantwortlich sei: „Es war letztlich seine Entscheidung, daß diese Aufträge in einem bisherigen Gesamtwert von über 2,5 Milliarden DM an die deutsche Werftindustrie gingen. Nach unserer Bereitschaft, im Interesse unserer Wirtschaft an Argentinien in größerem Umfang Kriegsschiffe und Rüstungsmaterial zu liefern als an irgendein anderes Land der Dritten Welt, können wir jetzt dem Besuchswunsch nicht ausweichen.“ Vgl. Referat 330, Bd. 125052.

³ Vortragender Legationsrat I. Klasse Pabsch vermerkte am 31. Januar 1980, der Bundessicherheitsrat habe am 2. Mai 1977 einer Vorlage des Auswärtigen Amts hinsichtlich des Exports von U-Booten nach Argentinien zugestimmt: „Ausfuhr von Ausrüstungsmaterialien für sechs U-Boote TR 1400 bzw. 1700 einschließlich Export der Fertigungsunterlagen sowie der Lizenzvergabe [...] Der genaue Projektinhalt steht noch nicht fest: Statt der o. g. Lieferung des Ausrüstungsmaterials für die sechs U-Boote wird z. Zt. noch über die Alternative verhandelt, ein oder zwei komplette U-Boote

BM: Frage nach der Situation in Lateinamerika und insbesondere auch der Beziehungen Argentiniens zu Chile.

Admiral Lambruschini: Bei dem Beagle-Kanal-Konflikt⁴ handelt es sich um ein Problem, das eine über hundertjährige Geschichte habe. Im Laufe der Entwicklung hat es verschiedene Interpretationen gegeben und schließlich auch ein Schiedsverfahren, das jedoch zu einer befriedigenden Lösung nicht führen konnte. Wichtig sei folgendes Prinzip, von dem Argentinien ausgehe und nach dem die Atlantikküste argentinisch und die Pazifikküste chilenisch sei. Im vorigen Jahrhundert hatte Argentinien einmal einen Hafen an der Pazifikküste, den es aufgegeben hat, um diesem Prinzip gerecht zu werden. Es gäbe durchaus zwischen beiden Ländern in Teilbereichen eine Übereinstimmung. 1978 hat sich der Papst⁵ als Vermittler angeboten, und seitdem werden Gespräche geführt. In diesem Monat werden Vertreter beider Länder in Rom zusammentreffen, und hieraus könnte sich eine Lösung entwickeln.

BM fragt nach den Aussichten, eine befriedigende und friedliche Lösung zu finden.

Admiral Lambruschini: Da es sich um einen schon so lange dauernden Streitfall handelt, ist eine Lösung nicht einfach, aber durch das Engagement des Papstes müßte eine Lösung möglich sein.

BM fragt nach der Lage im sonstigen Lateinamerika und auch insbesondere Mittelamerika.

[*Admiral Lambruschini:* Die Lage in Zentralamerika wird von Argentinien als sehr ernst beurteilt. Die Entwicklung in Nicaragua werde große Bedeutung für die Region haben, sie sei sehr ernst. Im Gegensatz zu Kuba, das eine Insel und deshalb von Natur aus isoliert sei, läge Nicaragua auf dem Festland und die dortige Entwicklung übe unvermeidbar Einfluß auf die Nachbarn Costa Rica, El Salvador und Guatemala aus.

BM: Wir schauen mit Sorge nach Lateinamerika. Deutschland habe traditionelle Beziehungen ohne Probleme⁶. Wir wollen eine unabhängige Entwicklung ohne Einflüsse von außen und Wahrung der Rechte der Bürger im Innern. Bundesregierung will sich nicht in innere Angelegenheiten einmischen, aber glaube, eigene Erfahrungen und eigene Entwicklung aufgrund der positiven Ergebnisse als Beispiel anbieten zu können.

Nach Zweitem Weltkrieg⁷ nach einer Periode krisenhafter Entwicklung ein bestimmter Grad der Sicherheit. Es war nicht von vornherein klar, daß den Staa-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1790

aus Deutschland nach Argentinien zu liefern und die restlichen Boote in Argentinien selbst zu bauen“. Vgl. Referat 330, Bd. 125055.

Referat 330 vermerkte im Dezember 1980, es seien in den vergangenen Jahren umfangreiche Rüstungslieferungen nach Argentinien genehmigt worden: „Sechs U-Boote, vier Fregatten, sechs Korvetten, vier Schnellboote (darüber hinaus sechs Prototypen für T[anque]A[rgentino]M[ediano]-Panzer und weitere Waffen im Wert von rd. 2,5 Mrd. DM“. Vgl. Referat 330, Bd. 125054.

⁴ Zum Streit um die Abgrenzung der Hoheitsgewässer zwischen Argentinien und Chile im Bereich des Feuerland vorgelagerten Beagle-Kanals vgl. Dok. 166, Anm. 6 und 7.

⁵ Johannes Paul II.

⁶ An dieser Stelle wurde von Vortragendem Legationsrat von Ploetz handschriftlich eingefügt: „auch zu Argentinien“.

⁷ An dieser Stelle wurde von Vortragendem Legationsrat von Ploetz handschriftlich eingefügt: „in Westeuropa“.

ten außerhalb des sowjetischen Machtbereichs eine stabile⁸ Entwicklung möglich wäre. In Griechenland mußte die Demokratie lang und hart um ihre Existenz kämpfen. In Tschechoslowakei, Polen, Ungarn u. a. wurden die demokratischen Entwicklungen erstickt. Die Prognosen für Deutschland waren eher Instabilität. Aus jüngster Vergangenheit kann Portugal als Beispiel dafür dienen, daß nach der Revolution⁹ zunächst die Gefahr eines Sieges des Kommunismus bestand, die Demokratien Europas dann aber entscheidende Hilfe gewährt hätten mit bekannt positivem Ergebnis.

Der US-Marshall-Plan¹⁰ sei eine überragende historische Entscheidung gewesen als Basis für den Wiederaufbau Westeuropas. Von außen werde heute oft nicht richtig gesehen, daß die Grenze zwischen Ost und West durch Deutschland gehe und die SU rational und gefühlsmäßig Deutschland immer besondere Bedeutung beigemessen hat (Lenin: In Deutschland zweiter Sieg des Kommunismus). Persönlich habe er Gelegenheit gehabt, beide Systeme auszuprobieren¹¹ und wisse, wovon er spreche. Die innere Stärke eines Staatswesens macht aus, daß man unter schwierigen Umständen Stabilität bewahren kann. Zwei Grundentscheidungen waren für die Bundesrepublik maßgeblich: Demokratie und marktwirtschaftliche Ordnung. Angesichts der problembelasteten Situation war Demokratie gar nicht selbstverständlich. Das Volk wollte jedoch Demokratie aus Überzeugung im Hinblick auf eigene Vergangenheit und auf damalige Entwicklung im sowjetischen Machtbereich. Das Wirtschaftssystem hat sich als das vergleichsweise Beste erwiesen.

Zur Überwindung schwieriger wirtschaftlicher und sozialer Fragen hat Argentinien einen wirtschaftspolitisch erfolgreichen Weg beschritten; im Bereich der politischen Organisation kann man nur wünschen, daß möglichst bald der Weg zu demokratischen Verhältnissen beschritten werde. Die Überzeugungskraft des freiheitlichen Rechtsstaates sei groß. Auch den Terrorismus, den auch wir zu spüren bekamen, versuchten wir durch Stärkung des demokratischen Verständnisses der Bevölkerung zu bekämpfen.

Er benutze gerne die Gelegenheit dieses Gesprächs, auch unsere Sorgen in humanitären Fragen anzusprechen, es handelt sich um das ungeklärte Schicksal von Deutschen, Argentinern deutscher Abstammung in Argentinien, und zwar von Inhaftierten und von Verschwundenen. Einige Fälle wurden schon wiederholt angesprochen, so z. B. bestimmte Haftfälle, in denen wir glaubten, auf eine großzügige Handhabung durch die argentinischen Stellen hoffen zu kön-

⁸ Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat von Ploetz gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „demokratische“.

⁹ Am 25. April 1974 stürzte das portugiesische Militär unter Führung des früheren stellvertretenden Generalstabschefs de Spínola die Regierung unter Ministerpräsident Caetano und ersetzte sie durch eine von der „Bewegung der Streitkräfte“ getragene Militärregierung, die „Junta der Nationalen Errettung“. Vgl. dazu AAPD 1974, I, Dok. 136.

¹⁰ Am 5. Juni 1947 schlug der amerikanische Außenminister Marshall in einer Rede an der Harvard-Universität die Schaffung eines Hilfsprogramms für die europäischen Staaten vor. Das nach ihm auch „Marshall-Plan“ genannte European Recovery Program (ERP) diente in den Jahren 1948 bis 1952 dem Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft. Bis zum Auslaufen der Hilfe flossen ca. 13 Mrd. Dollar nach Westeuropa. Davon entfielen auf die westlichen Besatzungszonen bzw. auf die Bundesrepublik ca. 1,7 Mrd. Dollar. Für den Wortlaut der Rede vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 16 (1947), S. 1159 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1947, S. 821.

¹¹ Hans-Dietrich Genscher verließ am 20. August 1952 die DDR.

nen.¹² Er habe gerade in diesen Fällen die Hoffnung, daß ein positives Zeichen gesetzt werden könnte, das in der Bundesrepublik ohne Zweifel günstige Aufnahme fände und der Gestaltung der politischen Beziehungen förderlich sein könnte. Er möchte ihm eine Liste der in Frage stehenden Personen übergeben und wäre für ein Aufgreifen der Fälle dankbar.

Admiral Lambruschini: Argentinien sei ein relativ junges Land. Man könne von drei Entwicklungsperioden ausgehen. 1810 bis 1850 lief die Befreiung von Spanien; 1850 bis 1930 fand der argentinische Staat seine Organisation, und ab 1930 war eine Periode der politischen Desorganisation. Es gab verschiedene politische Richtungen, und die daraus resultierenden Auseinandersetzungen führten das Land an den Rand der staatlichen Auflösung. Dies führte zur Machtübernahme durch das Militär¹³, um die Existenz Argentiniens als Staatswesen zu retten. Angesichts des uferlosen Terrorismus, der das ganze Land ergriffen hätte, sei den Militärs ein schmutziger Krieg aufgezwungen worden. Dieser Krieg habe viele unschuldige Opfer, Verschwundene und Gefangene gefordert. Jeder Krieg habe seine tragischen Konsequenzen. Die von BM genannte Liste werde er gerne entgegennehmen und versuchen, das Mögliche auf diesem Gebiet zu tun.

BM fügte hinzu, daß wir dankbar wären, wenn wir Ergebnisse über das angeschnittene Problem der Gefangenen und Verschwundenen erfahren könnten.

Nach seiner Auffassung könne Politik nur Bestand haben, wenn von außen die Selbstbestimmung und im Inneren die Menschenrechte gewahrt würden. Korea sei ein zweites Beispiel für ein geteiltes Land¹⁴. Dort drohe einem Mann der po-

¹² Am 26. Juni 1980 berichtete Botschafter Jaenicke, Buenos Aires, die Frage inhaftierter oder verschwundener Bundesbürger oder deutschstämmiger Argentinier sei bei jeder sich bietenden Gelegenheit angesprochen worden: „Herausragende Gelegenheiten waren prominente deutsche Besucher, insbesondere zuletzt 1979: Bundesminister Graf Lambsdorff, MdB Dr. Penner u. a., MdB Dregger, 1980: StS van Well und MdB Dr. Amrehn. [...] Nach meiner und meiner Kollegen Ansicht ist das ständige Gespräch die einzige Möglichkeit, argentinische Stellen von der Notwendigkeit einer Änderung ihrer bisherigen Haltung zu überzeugen, nämlich die Frage der Verschwundenen totschweigen zu wollen. Das Abfassen von Verbalnoten würde angesichts dieser Sachlage und der hiesigen Mentalität ins Leere gehen, auf dem Verwaltungswege versickern und könnte obendrein zu einer Verhärtung führen, die die notwendigen Kontakte unterbinden würde.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 1109; Referat 330, Bd. 125060.

Gesandter von Schubert, Buenos Aires, berichtete am 10. September 1980: „Trotz ständigen Eintretens prominenter Besucher (so StS van Well) und der Botschaft auf allen Arbeitsebenen ist es bisher nicht gelungen, den mit Sicherheitserwägungen und juristischen Argumenten begründeten Widerstand gegen eine Entlassung von deutsch-argentinischen Häftlingen zu überwinden. Die Aufnahmeaktion politischer Häftlinge wurde fortgesetzt. Die Zahl der nach Deutschland bislang Ausgereisten (30 plus 28 Angehörige) entspricht nicht unseren Erwartungen. Auch andere westliche Länder haben bei ihren ständigen Bemühungen jedoch keine besseren, eher schlechtere Ergebnisse erzielen können.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 1625; Referat 330, Bd. 125051.

Am 5. Dezember 1980 übermittelte Botschafter Verbeek, Buenos Aires, eine Liste der seit 1976 „wegen politischer oder aus sonstigen Gründen verhafteten Deutschen und Deutsch-Argentinier (insgesamt) 48“. Er ergänzte, daß die Aufstellung möglicherweise nicht vollständig sei. Vgl. den Schriftbericht Nr. 2255; Referat 330, Bd. 125060.

¹³ Durch einen Militärputsch am 24. März 1976 kam es in Argentinien zum Sturz der Präsidentin Perón und zur Machtübernahme durch eine dreiköpfige Militärjunta unter General Videla, der am 26. März 1977 zum neuen Präsidenten ernannt wurde. Vgl. dazu AAPD 1976, I, Dok. 97.

¹⁴ An dieser Stelle wurde von Vortragendem Legationsrat von Ploetz handschriftlich eingefügt: „der nicht-kommunistische Teil sei aber einen anderen Weg gegangen als wir“.

litischen Opposition ein Todesurteil.¹⁵ Dies bringe ihn zur deutschen Initiative im Rahmen der VN zugunsten einer internationalen Ächtung der Todesstrafe.¹⁶ Er habe erfahren, daß diese Initiative von argentinischer Seite besonderen Widerstand fände.¹⁷ Er bitte, diese Haltung zu überdenken. Botschafter Guyer antwortete, da Admiral Lambruschini nicht informiert war, daß Herr Fleischhauer die Botschaft erst vor Tagen mit dieser Frage befaßt habe¹⁸ und er sein Außenministerium inzwischen unterrichtet habe.¹⁹

BM: Die Ereignisse in Polen beunruhigen uns sehr. Gegenwärtig gäbe es zu viele Konflikte an oder in der Nähe der Nahtstellen zwischen östlichem und westlichem Machtbereich. Wir wollen nach Kräften dazu beitragen, daß Frieden und Stabilität erhalten bleiben. Dabei richten sich auch die Energien gegen subversive Kräfte.²⁰

Admiral Lambruschini: Die argentinische Militärregierung will eine stabile, kohärente und starke Demokratie errichten. Sie hat Pläne, die Schritt für Schritt verwirklicht werden sollen. Gewerkschaften und politische Parteien werden wieder aufgebaut werden. Die Geschichte der politischen Parteien in Argentinien zeige viele Auf und Ab. Zur Zeit gäbe es in Argentinien wenige politische Persönlichkeiten, die eine demokratische, stabile Lösung anbieten. Die Rechtssprechung sei in Argentinien völlig unabhängig. Dies zeige das international bekannt gewordene Beispiel des Journalisten Timerman.²¹

¹⁵ Zum Todesurteil gegen den südkoreanischen Politiker Kim Dae-Jung vgl. Dok. 316, Anm. 29.

¹⁶ Zur VN-Initiative der Bundesregierung gegen die Todesstrafe vgl. Dok. 231.

¹⁷ Ministerialdirektor Fleischhauer wies am 1. Dezember 1980 die Botschaft in Buenos Aires zu einer Demarche bei der argentinischen Regierung an: „Die argentinische Vertreterin im Dritten Ausschuß der 35. GV (Ana del Carmen Richter) hat gegenüber unserer VN-Vertretung erkennen lassen, daß Argentinien Änderungen unserer Begleitresolution anstrebt, die diese erheblich verwässern würden und für uns nicht tragbar wären. [...] Wir sind nicht in der Lage, unseren Resolutionsentwurf im Sinne des argentinischen Vorschlags zu ändern. Andererseits befürchten wir von einem argentinischen Statement im Sinne der Äußerungen von Frau Richter und erst recht einem förmlichen Antrag dieser Art eine Sogwirkung zum Nachteil unserer Initiative bei zahlreichen anderen Delegationen in den VN.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 6078; B 83 (Referat 511), Bd. 1444. Botschafter Verbeek, Buenos Aires, berichtete am 3. Dezember 1980, der Generalsekretär im argentinischen Außenministerium, Ros, habe am selben Tag Verständnis für die Haltung der Bundesregierung geäußert: „Vor der Erteilung einer entsprechenden Weisung an seine VN-Vertretung wollte er mit dieser jedoch noch einmal Rücksprache nehmen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 888; B 83 (Referat 511), Bd. 1444.

¹⁸ Ministerialdirektor Fleischhauer sprach am 1. Dezember 1980 mit Botschafter Guyer über die argentinische Haltung zur VN-Initiative der Bundesrepublik gegen die Todesstrafe und informierte die Botschaft in Buenos Aires am selben Tag über die Zusage von Guyer, „mit der argentinischen Vertretung in New York und mit Buenos Aires Verbindung aufzunehmen“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 6078; B 83 (Referat 511), Bd. 1444.

¹⁹ Botschafter Jelonek, New York (VN), teilte am 5. Dezember 1980 mit: „Der Dritte Ausschuß der 35. GV hat am 5. Dezember 1980 unter seinem TOP 65 ‚Verbrechensverhütung und Verbrechensbekämpfung‘ den von uns eingebrachten Entschließungsentwurf zur Abschaffung der Todesstrafe im Wege des Konsensus angenommen. [...] Bei der argentinischen Delegation haben offenbar Eigenmächtigkeiten der argentinischen Vertreterin im Dritten Ausschuß eine Rolle gespielt. Nach den Interventionen, insbesondere anlässlich des Besuchs des argentinischen Junta-Mitglieds Admiral Lambruschini in Bonn, schlug die Haltung der argentinischen Delegation im Dritten Ausschuß ganz zu unseren Gunsten um.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3954; B 83 (Referat 511), Bd. 1444.

²⁰ Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat von Ploetz mit Fragezeichen versehen. Vgl. Anm. 1.

²¹ Gesandter von Schubert, Buenos Aires, berichtete am 26. September 1980: „Am 25.9. abends gab Regierung nach längeren Beratungen der Militärjunta und hoher Militärs bekannt, daß früherer Direktor der Tageszeitung ‚La Nacion‘, Jacobo Timerman, mit sofortiger Wirkung die argentinische

BM äußerte abschließend seine Wünsche für einen guten Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland und sein Interesse an der Fortführung des Meinungsaustausches mit führenden Persönlichkeiten Argentiniens. BM fragte noch abschließend, warum Argentinien überhaupt U-Boote bestellt habe.²²

Admiral *Lambruschini*: U-Boote gehören zur Marine und werden für die Aufgaben, die die argentinische Marine im Südatlantik zu erfüllen habe, benötigt.²³ Er selbst²⁴ werde nach der jetzt bevorstehenden Kiellegung des ersten in der Bundesrepublik bestellten U-Bootes im September 1981 erneut aus ähnlichem Anlaß die Bundesrepublik besuchen. Er hoffe, bei dieser Gelegenheit den Bundesminister wieder treffen zu können. Es sei denn, er könne eine Einladung, nach Argentinien zu kommen, davor annehmen, was ihm dann Gelegenheit gäbe zur Wiederaufnahme des Kontaktes in Buenos Aires.

BM: Eine Reise nach Argentinien vor September 81 käme wohl nicht in Frage, aber er sei an der Fortführung der Gespräche interessiert.²⁵

Referat 010, Bd. 178819

Fortsetzung Fußnote von Seite 1794

Staatsbürgerschaft verliere und des Landes verwiesen werde. Timerman wurde noch am gleichen Abend an Bord einer argentinischen Linienmaschine gebracht, um nach Israel zu fliegen. Regierung gab ihre Entscheidung nur wenige Stunden, nachdem der hiesige Oberste Gerichtshof seinen Beschluß vom 17. September veröffentlicht hatte, bekannt. Beschluß hatte bereits zum zweiten Mal fortbestehende Haft von Timerman als verfassungswidrig bezeichnet und erneut seine sofortige Freilassung angeordnet.“ Die argentinische Regierung habe Timerman bislang vorgeworfen, „Verbindung mit linken Terrororganisationen gehabt zu haben. Unter dieser Beschuldigung wurde er am 15.4.1977 verhaftet und nach seinem Freispruch seit 10.11.1977 unter Hausarrest gehalten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1021; Referat 330, Bd. 115997.

²² Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat von Ploetz gestrichen. Vgl. Anm. 1.

²³ Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat von Ploetz gestrichen. Vgl. Anm. 1.

²⁴ Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat von Ploetz gestrichen.

²⁵ Bundesminister Genscher und der argentinische Außenminister Camilión trafen am 21. September 1981 in New York zusammen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1971 des Ministerialdirektors Gorenflös, z. Z. New York, vom 22. September 1981; AAPD 1981.

346

**Ministerialdirektor Blech an
Botschafter Wieck, Brüssel (NATO)**

Dg 21-214-320.10 POL-3039/80 geheim**Aufgabe: 3. Dezember 1980¹****Fernschreiben Nr. 245****Citissime nachts**

Für Botschafter

Betr.: NATO-Konsultationen über Polen;
hier: Politische Reaktion

Bezug: DBE Nr. 1770, 1771, 1772 und 1773 vom 2.12.1980²

Sie werden gebeten, sich in der Ratssitzung am 4. Dezember bei der Erörterung möglicher politischer Schritte auf folgende Erwägungen zu stützen:

1) Wir schätzen auch nach Beendigung der ZK-Sitzung in Warschau³ die politische Lage in Polen weiterhin als außerordentlich labil ein. Die beobachteten Vorbereitungen für eine militärische Aktion lassen aber keinen sicheren Schluß darauf zu, daß sich die sowjetische Führung bereits jetzt für eine militärische Intervention entschieden hat. Das Lagebild deutet insgesamt eher darauf hin, daß Moskau weiterhin auf eine politische Stabilisierung hofft und sich nur dann zu einem militärischen Eingreifen entschließen würde, wenn offensichtlich ist, daß der polnischen Führung die politische Kontrolle völlig entgleitet.

Wir halten es auch für denkbar, daß die Sowjets zunächst ihre Stationierungstreitkräfte in Polen – möglicherweise in Übereinstimmung mit bestehenden Abkommen oder Absprachen – verstärken, ohne daß diese Truppen dann bereits militärisch eingreifen und etwa politische und militärische Schlüsselpositionen besetzen. Eine verstärkte militärische Präsenz der Sowjetunion würde möglicherweise abschreckend und einschüchternd wirken, brächte allerdings auch ein erhebliches Risiko eskalierender Zwischenfälle mit sich.

Schließlich erscheint es nicht ausgeschlossen, daß vor oder gleichzeitig mit einer Verstärkung der sowjetischen Stationierungstreitkräfte die polnische Miliz gegen oppositionelle Kräfte im Lande vorgeht und auch die polnische Armee (zur Vermeidung einer sowjetischen Intervention) politische Ordnungsaufgaben übernimmt.

Derartige Vorgänge wären unter dem Gesichtspunkt der Folgen für das Ost-West-Verhältnis sicher anders zu beurteilen als eine sowjetische Besetzung Po-

¹ Durchschlag als Konzept.

Der Drahterlaß wurde von Ministerialdirigent Bräutigam konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat von Butler vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Änderungen in Tinte: von H[errn] D 2 vorgenommen. In Rot StS. Hat vor Abgang StS vorgelegen.“ Vgl. Anm. 4, 7–10 und 14–19.

² Für die Drahtberichte Nr. 1770 und Nr. 1771 des Botschafters Wieck, Brüssel (NATO), vom 2. Dezember 1980 vgl. Dok. 344.

Zu den Drahtberichten Nr. 1772 und Nr. 1773 von Wieck vgl. Dok. 344, Anm. 23.

³ Zur VII. Sitzung des ZK der PVAP am 1./2. Dezember 1980 in Warschau vgl. Dok. 344, Anm. 2 und 9.

lens, bei der die Streitkräfte in die polnischen politischen Strukturen eingreifen.⁴

2) Die Bundesregierung hat die sowjetische Führung in der letzten Zeit wiederholt und auch auf der höchsten Ebene eindringlich vor den Folgen einer Intervention in Polen gewarnt.⁵ Sie wird diese Warnungen bei geeigneten Gelegenheiten wiederholen. In diesem Zusammenhang ist ferner auf die Erklärung des Europäischen Rats vom 2. Dezember hinzuweisen.⁶

Die öffentlichen und vertraulichen Warnungen der Bündnispartner sollten so dosiert werden, daß sie die höchstmögliche Wirkung erzielen und nicht nur eine verbale Konfrontation herbeiführen. Es könnte zweckmäßig sein, in den vertraulichen Kontakten darauf hinzuweisen, daß der Westen nicht an einer Destabilisierung der Lage in Polen interessiert ist, sondern eine von außen unbeeinflusste, friedliche Entwicklung und Stabilisierung der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse Polens wünscht.

3) Sollte es jedoch⁷ zu einer militärischen Intervention der sowjetischen Streitkräfte kommen, gehen wir davon aus, daß diese, abgesehen von bilateralen Protestschritten, unverzüglich in den Vereinten Nationen (Sicherheitsrat und Generalversammlung) behandelt wird. Es wird ferner notwendig sein, die Konsultationsmechanismen des Bündnisses und der EPZ schnell und vor allem sichtbar zu nutzen, wobei auch besondere Treffen der Außenminister in Betracht zu ziehen sind.⁸ Außerdem wird sie in der KSZE-Konferenz in Madrid zu einer sehr kritischen Entwicklung führen⁹, falls sie zu dieser Zeit tagen sollte.

Wir erwarten, daß die Verbündeten ihre Haltung im Rahmen der NATO koordinieren und eine klare und einheitliche Reaktion¹⁰ erreicht wird.

Die Frage einer Unterbrechung von laufenden Verhandlungen in Wien¹¹, Madrid¹² oder Genf¹³ bedarf sorgfältigster Prüfung.¹⁴

⁴ Der Passus „bei der die ... eingreifen“ wurde von Ministerialdirektor Blech handschriftlich eingefügt. Vgl. Anm. 1.

⁵ Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow am 10. Oktober 1980; Dok. 290.

Vgl. dazu das Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 24. Oktober 1980; Dok. 301.

Vgl. dazu das Gespräch des Botschafters Meyer-Landrut, Moskau, mit dem Stellvertretenden Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets, Kusnezow, am 5. November 1980; Dok. 315.

⁶ Für den Wortlaut der Schlußfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rats vom 1./2. Dezember 1980 in Luxemburg vgl. BULLETIN 1980, S. 1097–1100.

⁷ Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Blech handschriftlich eingefügt. Vgl. Anm. 1.

⁸ Der Passus „behandelt wird ... zu ziehen sind“ wurde von Ministerialdirektor Blech handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „sowie in einer außerordentlichen NATO-Ministertagung und einem EPZ-Ministertreffen behandelt werden wird“. Vgl. Anm. 1.

⁹ Der Passus „zu einer ... führen“ wurde von Staatssekretär van Well handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „zur Sprache gebracht werden“. Vgl. Anm. 1.

¹⁰ An dieser Stelle wurde von Staatssekretär van Well gestrichen: „jedenfalls der wichtigsten Bündnispartner“. Vgl. Anm. 1.

¹¹ Zum Stand der MBFR-Verhandlungen in Wien vgl. Dok. 321.

¹² In Madrid fand seit 11. November 1980 die KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu Dok. 369 und Dok. 375.

¹³ In Genf fanden u. a. die Sitzungen des VN-Abrüstungsausschusses statt.

¹⁴ An dieser Stelle wurde von Staatssekretär van Well gestrichen: „Hier ist auch daran zu denken, daß der Westen diese Foren zunächst einmal dazu benutzt, sich mit dem sowjetischen Verhalten auseinanderzusetzen.“ Vgl. Anm. 1.

4) Im wirtschaftlichen Bereich würden im Falle einer sowjetischen Intervention einschneidende Maßnahmen zur Einschränkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit unausweichlich werden. Einzelheiten bedürfen sorgfältiger Prüfung unter politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten.¹⁵

5) Zu Ihrer eigenen Information: Unsere internen Überlegungen gehen dahin, daß unbeschadet der Notwendigkeit wirkungsvoller faktischer Reaktionen¹⁶ die bestehenden vertraglichen Strukturen, auf denen die heutige Ost-West-Zusammenarbeit beruht, grundsätzlich nicht in Frage gestellt werden sollten¹⁷. Ob und wie weit die Durchführung einzelner Abkommen eingeschränkt oder ausgesetzt werden sollte bzw. könnte¹⁸, bedarf noch eingehender Prüfung.

Sie werden gebeten, bei der Erörterung dieses Aspekts, die nicht von unserer Seite zu suchen ist, jegliche Festlegung zu vermeiden. Wir halten es nicht für angebracht, uns jetzt auf derartige konkrete Reaktionen auf einen höchst schwerwiegenden, aber in seinen politischen Einzelheiten absehbaren Notfall in einer Weise festzulegen, die uns eine konkrete Automatik aufzwingen könnte.¹⁹

[gez.] Blech

VS-Bd. 13202 (214)

¹⁵ An dieser Stelle wurde von Staatssekretär van Well gestrichen: „Diese Maßnahmen sollten orientiert sein an dem Ziel einer Wiederherstellung des Status quo in Polen (das auch bisher schon als Teil des sowjetischen Hegemonialbereichs und Mitglied des Warschauer Paktes in seiner Unabhängigkeit und Handlungsfreiheit beschränkt war).“ Vgl. Anm. 1.

¹⁶ Der Passus „5) Zu Ihrer eigenen ... Reaktionen“ wurde von Ministerialdirektor Blech handschriftlich eingefügt. Vgl. Anm. 1.

¹⁷ Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Blech handschriftlich eingefügt. Vgl. Anm. 1.

¹⁸ Die Wörter „bzw. könnte“ wurden von Ministerialdirektor Blech handschriftlich eingefügt. Vgl. Anm. 1.

¹⁹ Dieser Absatz wurde von Ministerialdirektor Blech handschriftlich eingefügt. Vgl. Anm. 1. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), informierte am 4. Dezember 1980 über die Sitzung des Ständigen NATO-Rats im kleinen Kreise. Nach Angaben des amerikanischen NATO-Botschafters Bennett seien die sowjetischen Streitkräfte in Alarmbereitschaft und könnten innerhalb von 48 Stunden in Polen intervenieren. Es habe Einigkeit darüber bestanden, „daß wir die Sow[jetunion] mit militärischen Vorbereitungen nicht davon abhalten können, eine Intervention auszuführen“. Bennett habe einen Katalog von Maßnahmen für den Eventualfall vorgetragen, der nach seiner Darstellung noch nicht als verbindlich anzusehen sei. Demnach seien nicht nur Reaktionen auf eine sowjetische Intervention abzustimmen, sondern auch für den Fall, daß die polnische Regierung die Streiks gewaltsam niederschlagen lasse. Sollte dies geschehen, solle jegliche wirtschaftliche Unterstützung für Polen eingestellt werden. Im Falle einer unmittelbar bevorstehenden sowjetischen Intervention gelte es, nicht nur Schreiben an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, zu verfassen, sondern auch in internationalen Foren wie der KSZE oder den Vereinten Nationen zu protestieren. Sollte die Intervention stattfinden, würden die Botschafter der NATO-Mitgliedstaaten aus Moskau zur Berichterstattung zurückberufen werden und die Delegationen die KSZE-Folgekonferenz in Madrid verlassen. Im VN-Sicherheitsrat sei eine Resolution anzustreben, die das sowjetische Vorgehen verurteile: „Reduction of Western official representation in USSR and imposition of commensurate levels on Soviet representation in allied countries; current arms control negotiations, particularly those with a European focus, would have to be reviewed to determine their continuing utility [...]; urgent discussion on more rigorous economic sanctions [...]. Two important areas: cancellation of gas-pipeline deal. Cancellation of major turn-key and other large projects.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1803; VS-Bd. 13175 (213); B 150, Aktenkopien 1980.

347

Botschafter Diesel, Prag, an das Auswärtige Amt**114-6432/80 VS-vertraulich****Fernschreiben Nr. 918****Citissime nachts****Aufgabe: 3. Dezember 1980, 15.15 Uhr****Ankunft: 3. Dezember 1980, 15.35 Uhr**

Betr.: Besuch des BM¹;
 hier: Kranzniederlegungen²

Bezug: DB 906 vom 1.12.1980 Az. 700.50³
 Telefongespräch VLR I Keil – BR I Dr. Gehl vom 2.12.1980

Bitte um Weisung

I. 1) Botschaft hat auf Arbeitsebene Frage der Kranzniederlegung durch BM zu Ehren gefallener deutscher Soldaten aus dem Zweiten Weltkrieg reziprok zu von ČS-Seite vorgeschlagenen Kranzniederlegungen in Prag und Bratislava⁴ am 3.12.1980 erörtert. Gesprächspartner in politischer Abteilung Außenministeriums machte dabei eindeutig ablehnende Haltung der ČS-Seite deutlich. Er

¹ Bundesminister Genscher hielt sich vom 18. bis 20. Dezember 1980 in der cSSR auf. Vgl. dazu Dok. 373.

² Referat 513 vermerkte am 17. Februar 1976: „Im Jahre 1967 sind zwischen dem V[olksbund]D[eut-sche]K[riegsgräberfürsorge] und den technischen Diensten der Städte Brünn und Marienbad Abmachungen über die Herrichtung einer Kriegsgräberstätte und über die Anlegung eines Friedhofs für zivile Kriegsoffer getroffen worden. Die Gräberstätten sind daraufhin teilweise ausgebaut worden. Im Jahre 1970 hat jedoch das Innenministerium der ČSSR durch einen Erlaß weitere Kontakte zum VDK untersagt, wodurch die Arbeiten weitgehend zum Erliegen gekommen sind.“ Botschafter Ritzel, Prag, habe am 22. Oktober 1975 ein Aide-mémoire im Außenministerium überreicht, das jedoch nicht beantwortet worden sei. Vgl. Referat 214, Bd. 133332.

Vortragender Legationsrat Edler von Braunmühl informierte am 1. Dezember 1980 das Büro Staatssekretäre, Bundesminister Genscher wünsche die Klärung einer Reihe von Fragen zu seiner Reise in die ČSSR durch Staatssekretär van Well. Dazu gehöre auch die Kranzniederlegung an einer Kriegsgräberstätte in Prag: „BM legt großen Wert darauf. Gepflegter oder nicht-gepflegter Zustand ist kein Problem. Wenn der VDK die Kranzniederlegung in Prag wünscht, will er sie vornehmen. Die Botschaft muß genau über die Grabstätten berichten.“ Hinsichtlich Kontakten mit Dissidenten wünsche Genscher Informationen, ob und welche anderen Besucher mit diesen zusammengetroffen seien. Vgl. VS-Bd. 13209 (214); B 150, Aktenkopien 1980.

³ Botschafter Diesel, Prag, informierte am 1. Dezember 1980, er habe am selben Tag den stellvertretenden Protokollchef des tschechoslowakischen Außenministeriums, Hroch, über die Absicht des Bundesministers Genscher unterrichtet, „wie bei anderen Besuchen in Osteuropa auch in Prag Kranz für gefallene deutsche Soldaten aus dem Zweiten Weltkrieg niederzulegen. [...] Hroch sagte zu, seinen Minister von dem Wunsch des BM zu informieren. Dabei wollte er durch wiederholtes Fragen jeden Zweifel ausschließen, daß an eine Ehrung deutscher Soldaten aus dem Zweiten Weltkrieg gedacht sei. Er erklärte sich auch bereit, unsere Bitte weiterzuleiten, daß die zuständigen ČS-Behörden entsprechende Nachforschungen über deutsche Soldatengräber anstellen.“ In Frage käme der Friedhof Dáblice mit einem Ehrenmal inmitten von Rasenflächen: „Angeblich sollen unter diesen Rasenflächen die Massengräber auch deutscher Kriegstoter sein (so jedenfalls die Aussage von Prof. Rokyta, dem Beauftragten für Kriegsdenkmäler im staatlichen Denkmalpflegeamt).“ Vgl. Referat 214, Bd. 139633.

⁴ Botschafter Diesel, Prag, berichtete am 18. November 1980 über ein Gespräch mit dem stellvertretenden Protokollchef des tschechoslowakischen Außenministeriums, Hroch, am Vortag. Dieser habe um eine frühere Ankunft des Bundesministers Genscher am 18. Dezember 1980 gebeten „für hier übliche Kranzniederlegung am Grab des unbekannten Soldaten“ in Prag. Am 20. Dezember solle auch am Grab des unbekannten Soldaten in Bratislava ein Kranz niedergelegt werden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 852; Referat 214, Bd. 139632.

deutete an, daß eine nähere Stellungnahme auf höherer Ebene von dem stellvertretenden Protokollchef Hroch zu erwarten sei, mit dem wir über die Angelegenheit sprechen sollten.

2) Gesprächspartner argumentierte im einzelnen wie folgt: Kranzniederlegungen durch BM in SU⁵, Bulgarien⁶ und Ungarn⁷ unterschieden sich wesentlich von den Verhältnissen in der ČSSR. In der SU habe es sich um einen alten Friedhof gehandelt, der eine lange Tradition als deutscher Soldatenfriedhof habe. Auch in Bulgarien und Ungarn seien die politischen und historischen Voraussetzungen anders.

Für die ČSSR bedeute der Wunsch nach Kranzniederlegung an deutschen Soldatengräbern etwas ganz Neues und habe auf ČS-Seite sehr überrascht. Eine Kranzniederlegung könne man sich als offiziellen Teil des Besuches nicht vorstellen und inoffiziell auch nur, wenn es unbedingt sein müßte. Auch in diesem Fall ginge es wahrscheinlich sehr schwer.

Auf die Frage, was damit gemeint sei, verwies Gesprächspartner auf höhere Ebene bei Hroch. Es stelle sich aber die Frage, ob die beabsichtigte Kranzniederlegung einem guten Verlauf des Besuches diene.

3) Gesprächspartner machte ferner deutlich, daß von offizieller ČS-Seite mit keiner Unterstützung zur Auffindung deutscher Soldatengräber in Prag oder Bratislava zu rechnen sei. Bei der von ČS-Seite vorgeschlagenen Kranzniederlegung in Bratislava handle es sich um das „Denkmal der Helden des slowakischen Nationalaufstandes“⁸. Es bestehe aus drei Plastiken, die den „heroischen Kampf des slowakischen Volkes gegen den Faschismus“ darstellten. Entsprechend laute die Inschrift. Das Denkmal sei 1974 von Staatspräsident Husák eingeweiht worden. Botschaft kann aus ihrer Kenntnis diese Angaben bestätigen. Zuletzt haben dort die Staatsschefs von Kampuchea, Heng Samrin⁹, und Sambia, Kaunda¹⁰, Kränze niedergelegt.

II. 1) Die Äußerungen auf Arbeitsebene machen deutlich, daß die ČS-Seite die Ehrung deutscher Kriegstoter aus dem Zweiten Weltkrieg nicht wünscht, offenkundig weil das Feindbild des faschistischen Okkupanten wachgehalten werden soll.

2) Angesichts dieser Sachlage wird es uns praktisch unmöglich gemacht, ohne ČS-Mitwirkung sowohl eine geeignete Stelle in Bratislava für eine eventuelle Kranzniederlegung durch BM ausfindig zu machen als auch in Prag die besich-

⁵ Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher legten im Rahmen ihres Besuchs in der UdSSR am 30. Juni und 1. Juli 1980 Kränze in Ljublino und an der Kreml-Mauer nieder. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 2973 des Botschafters Wieck, Moskau, vom 2. Juli 1980; Referat 213, Bd. 133135. Zum Besuch vgl. Dok. 192–195.

⁶ Bundesminister Genscher hielt sich am 20./21. Oktober 1977 in Bulgarien auf.

⁷ Bundesminister Genscher besuchte Ungarn vom 28. bis 30. April 1976. Für den 29. April 1976 war eine Kranzniederlegung am Grabmal des unbekannten Soldaten in Budapest vorgesehen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats 700 vom 23. April 1976; Referat 214, Bd. 116587.

⁸ Am 27. August 1944 kam es in der Slowakei zu einem Aufstand gegen die Regierung Tiso, die mit dem Deutschen Reich zusammenarbeitete. Die deutsche Wehrmacht schlug den von der UdSSR unterstützten Aufstand bis 27. Oktober 1944 nieder.

⁹ Ministerpräsident Heng Samrin hielt sich vom 17. bis 21. November 1980 in der ČSSR auf.

¹⁰ Präsident Kaunda hielt sich vom 26. bis 30. August 1980 in der ČSSR auf.

tigten Grabstätten zu verifizieren. Eine Mitwirkung Professor Rokytas hierbei kann ich in der gegenwärtigen Lage nicht mehr von ihm erwarten.

III. Ich bitte um baldige eingehende Weisung für die weitere Gesprächsführung, insbesondere hinsichtlich unserer Haltung für den Fall der Bestätigung der negativen ČS-Position in der Kranzfrage. Dabei sollte auch die Frage geprüft werden, auch in Anbetracht der politischen Gesamtsituation, eine Reduzierung des Besuchsrahmens auf einen reinen Arbeitsbesuch ohne Kranzniederlegungen vorzusehen.¹¹

[gez.] Diesel

VS-Bd. 13209 (214)

¹¹ Ministerialdirigent Bräutigam wies die Botschaft in Prag am 4. Dezember 1980 an, nochmals im tschechoslowakischen Außenministerium vorstellig zu werden: „Wir bedauern uns auf Arbeitsebene mitgeteilte tschechoslowakische Haltung sehr und bitten um Überprüfung auf maßgebender politischer Ebene. [...] BM ist persönlich an konkreten Fortschritten in der Frage der Kriegsgräber allgemein sowie – im vorliegenden Fall – an der Behandlung durch die tschechoslowakische Regierung besonders interessiert. Er hat die Absicht, in seinen Gesprächen nachdrücklich auf die Bedeutung der Frage für die deutsche Öffentlichkeit sowie für die Bundesregierung hinzuweisen. Er ist angesichts der noch hinter der anderer osteuropäischer Staaten zurückbleibenden Haltung der ČSSR der Auffassung, daß 35 Jahre nach Kriegsende, sieben Jahre nach Abschluß des Prager Vertrages und bei der positiven Entwicklung der bilateralen Beziehungen es möglich sein sollte, jetzt über dieses Thema konstruktiv mit der ČSSR-Seite zu sprechen und zu Fortschritten zu kommen, die der weiteren Entwicklung der bilateralen Beziehungen zugute kommen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 413; Referat 214, Bd. 139632.

Am 10. Dezember 1980 teilte Diesel mit, der tschechoslowakische Außenminister Chňoupek habe ihm am Vortag in der Frage der Kranzniederlegung Kooperation zugesagt: „Er habe mit dem Ministerpräsidenten darüber gesprochen. Ich dankte ihm und erläuterte nochmals die Bedeutung dieses Punktes für die gemeinsame Bewältigung der Vergangenheit und auch in Anbetracht der großen Zahl von ca. 170 000 deutschen Kriegstoten in der ČSSR, die ihn überraschte. Chňoupek begann sich für das Thema sehr zu interessieren, stellte viele Fragen dazu.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 948; Referat 214, Bd. 139633.

Diesel berichtete am 15. Dezember 1980, der tschechoslowakische Stellvertretende Außenminister Jablonský habe am selben Tag vorgeschlagen, „den Kranz auf dem Motol-Friedhof [...] niederzulegen. [...] Die tschechoslowakische Seite werde die Fahrzeuge und die Polizeieskorte stellen, aber keine Begleitung des Ministers auf dem Friedhof vorsehen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 986; Referat 214, Bd. 139633.

Diesel informierte am 20. Dezember 1980: „Neben einer Kranzniederlegung am Grab des unbekannten Soldaten konnte der BM – zum ersten Mal seit Kriegsende – einen Kranz an einer Grabstätte deutscher Soldaten des Zweiten Weltkriegs niederlegen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1002; Referat 214, Bd. 139633.

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Philosophen Popper in London

4. Dezember 1980¹

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit Sir Karl Popper am 4. Dezember 1980 von 18.20 bis 19.20 Uhr in der Residenz des Botschafters² in London

Popper erläutert, daß er um ein Gespräch mit dem Bundeskanzler gebeten habe, um ihm einige Schlußfolgerungen nahezubringen, die er aus einer Analyse des Krisenmanagements während der Kuba-Krise 1962³ gezogen hat.

Die erste Schlußfolgerung folgt aus der Erkenntnis, daß sich das Blatt als Folge der ultimativen Drohung mit einem Luftangriff gegenüber Dobrynin wendete. Es wäre für die USA weniger gefährlich gewesen, wenn sie imstande gewesen wäre, den Abschluß von Raketen mit konventionellen Gefechtsköpfen anzu-drohen. Er fragt sich daher, ob sich dieser Gedanke nicht verallgemeinern läßt. Könnte die strategische Sicherheit des Westens entscheidend verbessert werden, wenn alle westlichen Raketen sowohl mit nuklearen wie mit konventionellen Gefechtsköpfen – untereinander rasch auswechselbar – versehen wären?

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 15. Dezember 1980 gefertigt und über Ministerialdirektor von Staden, Bundeskanzleramt, sowie Staatssekretär Lahnstein, Bundeskanzleramt, an Bundeskanzler Schmidt geleitet. Dazu vermerkte er, der Gesprächsaufzeichnung seien Entwürfe von Schreiben an den Philosophen Popper sowie den Leiter des International Institute for Strategic Studies in London, Bertram, der die begonnene Diskussion fortführen solle, beigelegt: „Popper hat Ihnen außerdem anliegende Gedanken-skizze über ‚Die alte und neuen Ethik der intellektuellen Berufe‘ [...] sowie eine Reihe von Texten zu- kommen lassen, in denen er die Grundgedanken des kritischen Rationalismus erläutert und auf verschiedene politische und kulturelle Fragen anwendet.“ Dort entwickelte Popper den Gedanken „einer neuen ‚Ethik des Nichtwissens‘, des Bewußtseins menschlicher Fehlbarkeit und der Bereitschaft zur Selbstkritik und Korrektur von Fehlern. [...] Er kommt zu dem Schluß, daß auch das Wissen im Sinne der Naturwissenschaft ‚ein Raten ist‘. Aber es ist ein Raten, das durch rationale Kritik diszipliniert wird.“ Den europäischen Gesellschaften liege ein „Zusammenprall der Kulturen“ zu- grunde. Alle Werte kollidierten mit anderen Werten: „Freiheit/Ordnung, Wohlfahrtsstaat/Eigenver- antwortung, Frieden/Konfliktaustragung. Der ‚culture clash‘ führt bei den Griechen zum Beginn der kritisch-rationalen Einstellung, die die europäische Kultur entscheidend beeinflußt. Im ‚euro- päischen Wirrwarr‘ der ethnischen und kulturellen Mischungen ist das Prinzip des Nationalstaats irrsinnig.“

Hat Lahnstein und Staden am 15. Dezember 1980 vorgelegen.

Hat Verwaltungsangestelltem Bruns, Bundeskanzleramt, am 15. Dezember 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „BK mit der Bitte um Signierung des beige[gefügt]en] Buchs und Zeich- nung (2 Briefe).“

Hat Schmidt am 15. Dezember 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Kopie z[u] d[en] A[k- ten] pr[ivat] (S[amm]l[un]g) bei mir.“

Hat Bruns am 17. Dezember 1980 erneut vorgelegen, der die Wiedervorlage bei Gablentz verfügte.

Hat Gablentz am 17. Dezember 1980 erneut vorgelegen, der die Wiedervorlage am 1. Februar 1981 verfügte. Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 55; B 150, Aktenko- pien 1980.

² Jürgen Ruhfus.

³ Zur Kuba-Krise von 1962 vgl. Dok. 32, Anm. 4.

Auf Einwand des Bundeskanzlers, daß der USA 1962 zwar keine konventionell bestückten Raketen, wohl aber Flugzeuge zur Verfügung standen, meinte er, die Sowjets hätten kaum Raketenstellungen auf Kuba riskiert, wenn nicht-nukleare Raketen auf Kuba gerichtet wären. Die Drohung mit einem konventionellen Erstschlag, mit dem der Westen weder einen Atomkrieg noch das Leben von Flugzeugbesatzungen riskiert hätte, wäre am wirksamsten gewesen. Die allgemeine Ausstattung aller Raketen mit einer doppelten Einsatzfähigkeit würde den Westen eines Tages auch instand setzen, auf den Ersteinsatz nuklearer Waffen zu verzichten. Er sieht, daß ein solcher Verzicht unter den gegenwärtigen Umständen die westliche Verteidigungsfähigkeit noch schwächen könnte. Überhaupt möchte er nicht den Eindruck erwecken, als könne er Antworten geben auf die Fragen, die sich ihm aufgrund der intellektuellen Analyse der Kuba-Krise stellen.

Bundeskanzler erläutert das in Europa stationierte nukleare Potential und wendet ein, daß z. B. der Abschluß aller in Europa stationierten Pershing – wenn sie mit einem konventionellen Gefechtskopf ausgerüstet wären – nur einen großen Knall erzeugen könnte, strategisch aber nur einen psychologischen Effekt hätte und z. B. nicht sowjetische Panzerarmeen zum Halten bringen würde.

Popper weist auf Graham T. Allison: „Essence of Decision: Explaining⁴ the Cuban Missile Crisis“ hin.⁵ Er schildert den von Labedz in der Policy Review im Herbst 1980 unter dem Titel „How Europe Fell“⁶ erdachten Fall: Norwegen bittet die NATO um Hilfe gegen die Einrichtung sowjetischer Marinestützpunkte auf Spitzbergen. Die NATO-Partner stellen die Frage „Sterben für Spitzbergen?“ Norwegen verhandelt daher mit der SU, die als Preis den NATO-Austritt verlangt. Die NATO in ihrer heutigen Form löst sich auf. Ein solcher Ablauf könnte z. B. durch Raketen mit konventionellen Sprengköpfen verhindert werden, die auf einen sowjetischen Stützpunkt auf Spitzbergen gerichtet sind. Natürlich dürfen nicht alle Raketen mit konventionellen Gefechts Waffen auf einmal verschossen werden, man müsse sich jeweils die Entscheidung vorbehalten, mit welchem Gefechtskopf sie abgeschossen werden.

Bundeskanzler wendet ein, daß unsere Verteidigungsfähigkeit heute, wo die nukleare Abschreckung nicht mehr die Rolle spielen kann wie in den 50er Jahren, nicht so sehr von der militärischen Hardware abhängt als vielmehr von den Menschen und ihrer Verteidigungsbereitschaft, wobei die Wehrpflicht eine große Rolle spielt. Außerdem können die Sowjets auf ihren Radarschirmen nicht erkennen, mit welchen Gefechtsköpfen die Raketen ausgerüstet sind, die im Ernstfall auf sie zufliegen. Sie müßten ihrerseits innerhalb von Minuten entscheiden, wie sie antworten.

Popper wirft ein, daß man natürlich den Sowjets vorher mitteilen müsse, daß die Raketen nur mit konventionellen Gefechtsköpfen ausgerüstet sind und nur gegen Spitzbergen gerichtet sind. Der SU müsse das einleuchten, da sie nicht

⁴ Korrigiert aus: „Exploring“.

⁵ Vgl. Graham T. ALLISON, *Essence of Decision: Explaining the Cuban Missile Crisis*, Boston 1971.

⁶ Vgl. den Artikel von Leopold Labedz: „1983: How Europe Fell“, in: *POLICY REVIEW* 1980, Nr. 14, S. 9–31.

erwarten könne, daß der Westen seine nuklearen Gefechtsköpfe auf Spitzbergen verschwende.

Das von Popper aufgeworfene Problem der Glaubwürdigkeit nuklearer Abschreckung stand im übrigen im Mittelpunkt westlicher strategischer Überlegungen seit den sowjetischen Erfolgen in der Raumfahrt- und Raketentechnik in den 60er Jahren. McNamara entwickelte das von einigen anderen strategischen Denkern vorgedachte Konzept der abgestuften Abschreckung⁷, bei der die doppelte – konventionelle und nukleare – Einsatzfähigkeit von Waffen stets eine Rolle spielte. Er regt an, daß Popper seine Vorstellungen mit Fachleuten in Großbritannien wie Chalfont, Zuckerman und Bertram erörtert.

Popper möchte als zweite Schlußfolgerung aus seiner Analyse des Ablaufs der Kuba-Krise Überlegungen zu Vorbereitung und Management einer internationalen Krise vortragen. Öffentliche Erklärungen wie z. B. die von Generalsekretär Luns zu Polen zeigen, daß es zur Zeit offenbar auf westlicher Seite keine systematische Vorbereitung auf ein Krisenmanagement gibt. Hierfür sollte es eine Institution geben, die mit entsprechender Autorität Antworten auf die Fragen ausarbeitet, die sich dann stellen. Auf Einwurf des Bundeskanzlers, daß bei einer weltpolitischen Krise der amerikanische Präsident zwangsläufig die Führungsrolle spielen muß, meint er, daß er dann von einer solchen Institution beraten werden muß, die auch den notwendigen engen Kontakt zu den europäischen Verbündeten sicherstellt.

Wir haben die Erfahrung gemacht, daß die USA „nicht wissen, wo Gott wohnt“. Wir können uns auf ihre Führung nicht verlassen (BK: Das liegt auch am System der Auswahl ihrer obersten Führer), während der Osten unter Führung des Kreml geeint erscheint. Das Kennedy-Modell eines Krisenstabs ist nicht schlecht. Aber eine internationale Institution muß auch die Vorstellungen von Leuten mit der Erfahrung und dem Ansehen z. B. des Bundeskanzlers einbeziehen. Deutsche, Franzosen und Briten müssen jedenfalls teilnehmen. Ihm ist klar, daß es schwierig ist, so etwas auf internationaler Ebene zu verwirklichen. (BK: Um ein vielfaches schwieriger als auf nationaler.) Der Bundeskanzler solle Reagan klarmachen, daß sobald wie möglich ein solches westliches Gremium für die Vorbereitung des Krisenmanagements geschaffen werden muß.

In ein solches Gremium gehören auch gute Wissenschaftler, die die politischen Führer beraten können und deren Meinung – wenn man international eine „Stimmung für Wissenschaftler“ schafft – auch in der Sowjetunion gehört wird. Sie könnten dazu beitragen, auch das Gespräch mit der Sowjetunion in einer Weise in Gang zu bringen, die es den Sowjets schwer macht, von vornherein abzulehnen. Es hat ihn sehr beeindruckt, daß der Bundeskanzler im Sommer nach Moskau gegangen ist.⁸ (BK: Gegen den Willen von Carter.) Gegenüber der Sowjetunion sollte jede Frage der Wahrheit entsprechend angesprochen und beantwortet werden. Sacharow hat z. B. jüngst in der Royal Society gefordert, daß der Westen unter den gegenwärtigen Umständen der SU keine high technology liefern dürfe. (BK: Hat er aber auch gesagt, daß wir im Westen Nuklear-

⁷ Zur NATO-Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 168, Anm. 18.

⁸ Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher hielten sich am 30. Juni und 1. Juli 1980 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 192–195.

kraftwerke bauen müssen, da uns sonst die SU auf diesem Gebiet überholt?) Man muß den Sowjets als Druckmittel eine Sperre wissenschaftlich-technologischer Information ankündigen und eine Theorie des „appeasement“ entwickeln sowie gleichzeitig deren Grenzen aufzeigen, damit sie nicht wieder zusammenbricht, wie die Appeasement-Politik gegenüber Hitler.

Bundeskanzler betont, daß es ihm in neun Monaten nicht gelungen sei, den USA klarzumachen, daß es in den Beziehungen zur SU auf eine umfassende „grand strategy“ ankomme und nicht nur auf militärische Hardware. Die amerikanische Führungsstruktur ist diffus und unstet. Das wird sich auch in den nächsten Jahren nicht grundlegend ändern. Die amerikanische Führung könnte jetzt berechenbarer werden, eventuell aber auch weniger vorsichtig.

Popper hält es für ungemein wichtig, den Menschen Hoffnung zu geben. Es besteht Grund zu hoffen, da alle Menschen daran interessiert sind, daß es nicht zum Ausbruch eines Nuklearkrieges kommt. Aber auf die Hoffnung allein kann man nicht setzen. Die mangelnde Einheit im Westen stellt ein Gefahrenmoment für alle dar, weil hierdurch das Krisenmanagement erschwert wird. Ein Seiltanz ist an sich schwierig, wird aber noch schwieriger, wenn mehrere Leute auf einem Seil tanzen. Eine besondere Gefahr liegt in der Automatik von Abläufen, auf die die Bürokratie in bestimmten Fällen auf Grund der strategischen Planungen und Handbücher zurückfällt. Der Erste Weltkrieg ist ausgebrochen, weil die Züge, die auf Grund des Schlieffen-Plans⁹ in Bewegung gesetzt wurden, nicht mehr aufgehalten werden konnten.

Bundeskanzler bedauert, das Gespräch jetzt nicht mehr ausweiten zu können. Er wird nach einer baldigen Gelegenheit zur Fortsetzung suchen.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 55

⁹ Der nach Generalfeldmarschall Graf zu Schlieffen benannte Schlieffen-Plan wurde 1905 für den Fall eines Zwei-Fronten-Krieges des Deutschen Reiches gegen Frankreich und Rußland entworfen, bei Kriegsausbruch 1914 aber nur in modifizierter Form umgesetzt. Er sah den Schwerpunkt der Operationen der deutschen Armeen zunächst im Westen vor, wobei das französische Heer durch einen Einmarsch in Belgien umfaßt werden sollte. Erst danach war die volle Konzentration der Kräfte auf Rußland vorgesehen.

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Oehms

012-312.74 VS-NfD

Aufgabe: 5. Dezember 1980, 12.43 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 155 Ortez

Zum 18. Europäischen Rat in Luxemburg am 1./2.12.1980²

Teil I (Wirtschafts- und Gemeinschaftsfragen)

Neben den Fragen der internationalen Politik, insbesondere im Zusammenhang mit der Situation im Nahen Osten sowie im Verhältnis Ost–West, standen die Entwicklung der wirtschaftlichen und sozialen Lage im Vordergrund der Beratung der Staats- und Regierungschefs und ihrer AM. Der BK würdigte die einvernehmliche Atmosphäre unter den Teilnehmern, zu denen im Hinblick auf den griechischen Beitritt zum 1.1.1981 auch MP Rallis und AM Mitsotakis (als Beobachter) gehörten.

I. Wirtschafts- und Gemeinschaftsfragen

1) Angesichts der Erdbebenkatastrophe in Italien³ beauftragte der ER den Ministerrat, auf Vorschlag der Kommission möglichst unverzüglich ein konkretes Hilfsprogramm für die betroffenen Gebiete Süditaliens zu beschließen. Es soll neben einer Soforthilfe auch einen wirksamen Beitrag zum Wiederaufbau enthalten. Vornehmlich ist dabei an zinsverbilligte Darlehen gedacht (italienische Vorstellung: 1 Mrd. ERE Darlehen, 200 Mio. ERE als Zinsbonifikation). Nachdem die Gemeinschaft bereits eine erste Soforthilfe in Höhe von 1,5 Mio. ERE beschlossen hatte⁴, muß der im Zeichen der Gemeinschaftssolidarität getroffene Grundsatzbeschluß des ER nunmehr durch Kommission und Rat konkretisiert werden.⁵

2) Die Staats- und Regierungschefs zeigten sich bei der Erörterung der wirtschaftlichen und sozialen Lage über die weltweite Rezession und die sich daraus ergebende rasche Zunahme der Arbeitslosigkeit in der Gemeinschaft besonders besorgt. Sie warnten vor den dramatischen Folgen weiterer Erdölpreiser-

¹ Durchdruck.

Der Runderlaß wurde von Hilfsreferent Rowas konzipiert.

Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 27.

² Zu den Ergebnissen des Europäischen Rats in Luxemburg vgl. ferner BULLETIN 1980, S. 1097–1100.

³ Am 23. November 1980 kamen bei einem Erdbeben in Süditalien über tausend Menschen ums Leben. Vgl. dazu den Artikel „In Italien das schlimmste Beben seit fünfzig Jahren“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 25. November 1980, S. 9.

Referat 301 notierte am 2. Dezember 1980: „Hauptbeben am Sonntag, 23.11.1980 abends, Stärke 6,8 auf Richterskala mit Zentrum östlich von Neapel, zahlreiche Nachbeben bis 1.12. abends. Betroffen fünf Provinzen mit 26 000 qkm östlich von Neapel. Bis heute, nach italienischen Angaben 2950 Tote, 1574 Vermißte, 7305 Verletzte und 250 000 Obdachlose (Schätzungen der italienischen Presse hier bis zu 400 000.“ Vgl. Referat 203, Bd. 115875.

⁴ Zum Beschluß der EG-Kommission vom 25. November 1980, Italien eine Soforthilfe in Höhe von 1,5 Mio. ERE zu bewilligen, vgl. BULLETIN DER EG 11/1980, S. 99 f.

⁵ Die EG-Kommission beschloß am 3./4. Dezember 1980 eine weitere Soforthilfe an Italien in Höhe von 40 Mio. ERE. Sie schlug außerdem die Vergabe zinsverbilligter Darlehen, die Zinsvergünstigungen in Höhe von 1 Mrd. ERE nach sich ziehen würden, vor, was vom EG-Rat auf der Ebene der Finanz- und Wirtschaftsminister am 15. Dezember 1980 in Brüssel einstimmig befürwortet wurde. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 12/1980, S. 14 f.

höhungen. Inflationsbekämpfung und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen durch angemessene Investitionen hätten die unerläßlichen strukturellen Anpassungen zu erleichtern. Besondere Bedeutung komme dem Dialog mit den Sozialpartnern zu. Zu einem geeigneten Zeitpunkt soll ein gemeinsamer Rat der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialminister stattfinden, um die Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage in all ihren Aspekten zu erörtern. Erneut bekannten sich die Staats- und Regierungschefs zum Energiesparen sowie zur Entwicklung alternativer Energiequellen einschließlich Kohle und Kernenergie. Sie begrüßten eine Kommissionsmitteilung über die industrielle Innovation.⁶ Bei der notwendigen Anpassung der Industriestrukturen sollen die Unternehmen der Gemeinschaft sich verstärkt zukunftsorientierten Aktivitäten und Technologien zuwenden.

3) Der ER unterstrich den Erfolg des Europäischen Währungssystems und bekräftigte seine Entschlossenheit, es weiter zu stärken, bis es im geeigneten Augenblick in die institutionelle Phase übergehen kann. Die Arbeiten zur Lösung der Währungsprobleme sollen insbesondere im Hinblick auf die Umgestaltung der Zahlungsbilanzanleihen (einschließlich ihrer Erhöhung) und der schrittweisen Ausweitung des Verwendungsbereichs der Europäischen Währungseinheit (ECU) fortgesetzt werden. Durch Verlängerung der Vereinbarungen über den mittelfristigen Beistand und der Swap-Abkommen, die Bestandteile des EWS sind, soll im übrigen die aus währungstechnischen, wirtschaftlichen und innenpolitischen (F) Gründen benötigte zusätzliche Zeit für den weiterhin angestrebten Übergang in die nächste Phase des EWS⁷ gewonnen werden.

4) Bei der Erörterung internationaler Handelsfragen bekannte sich der ER dazu, das Welthandelssystem auf freier und gerechter Grundlage offenzuhalten. Im Hinblick auf die Beziehungen zu Japan⁸ verwies er in diesem Zusammenhang auf die Ratserklärung vom 25.11.1980 (Fortsetzung des Dialogs, stärkere Öffnung japanischen Marktes, keine abrupten japanischen Exportsteigerungen).⁹

5) Im Zusammenhang mit einer Bilanz des scheidenden Kommissionspräsidenten Jenkins bekräftigte der ER das Ratsmandat vom 30. Mai 1980, wonach die

⁶ In ihrer Mitteilung an den Europäischen Rat über „Industrielle Entwicklung und Innovation“ legte die EG-Kommission dar, daß der Innovationsbedarf für die Industrie in Europa angesichts des Wettbewerbs mit den USA und Japan immer größer werde. Dem stünden aber die derzeit niedrige Rentabilitätsschwelle der Unternehmen, Rezession und Arbeitslosigkeit sowie „Inflexibilität und Rückstand der europäischen Bildungs- und Ausbildungssysteme“ entgegen. Die EG-Kommission forderte die EG-Mitgliedstaaten daher dazu auf, „ein für Veränderungen offenes Meinungsklima“ zu schaffen, „Forschung und Entwicklung näher an die praktische Anwendung in der Wirtschaft heranzuführen“ und ein für Innovationen günstigeres Steuersystem zu schaffen. Vgl. BULLETIN DER EG 12/1980, S. 75 f.

⁷ Zum Übergang zur zweiten Stufe des Europäischen Währungssystems vgl. Dok. 50, Anm. 9. Der Währungsausschuß teilte am 17. November 1980 auf der EG-Ratstagung auf der Ebene der Wirtschafts- und Finanzminister in Brüssel mit, daß seiner Ansicht nach die Voraussetzungen für den Übergang zur zweiten Stufe des EWS im März 1981 nicht gegeben seien, da noch technische und politische Fragen zu lösen seien. Die Anfangsphase des EWS solle daher über März 1981 hinaus verlängert werden, wozu mit Ausnahme einer Verlängerung der Swap-Abkommen keine besonderen Maßnahmen erforderlich seien. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 11/1980, S. 24.

⁸ Zu den Beziehungen der Europäischen Gemeinschaften zu Japan vgl. Dok. 317, Anm. 15.

⁹ Für den Wortlaut der Erklärung des EG-Ministerrats in Brüssel zu den Beziehungen zu Japan vgl. BULLETIN DER EG 11/1980, S. 11 f.

Kommission bis Ende Juni 1981 Vorschläge zur Restrukturierung der Gemeinschaftspolitik vorlegen soll¹⁰. Hinweis von Präsident Jenkins, daß die Gemeinschaft nach erfolgten Anpassungen der Gemeinsamen Agrarpolitik sich zusätzliche Einnahmequellen erschließen müßte, um ihren wachsenden Aufgaben gerecht werden zu können, begegnete vor allem der Bundeskanzler mit der Forderung, daß an der 1 %-MWSt-Grenze bei den Eigeneinnahmen¹¹ festgehalten werden müsse.

6) Die Staats- und Regierungschefs würdigten den Gedankenreichtum des Berichts der Drei Weisen über die Verbesserung und Straffung der institutionellen Entscheidungsmechanismen und Verfahren der Gemeinschaft¹² als wertvolle Grundlage für konkrete Entscheidungen. Eine Studie der AM zu den Vorschlägen der Drei Weisen, die bereits zu einer Reihe von Beschlüssen geführt hat, soll veröffentlicht werden.¹³

7) Besondere Erwähnung verdienen noch folgende Diskussionspunkte:

a) Gemeinschaft und MS sind grundsätzlich bereit, Polen Wirtschaftshilfe zu gewähren (vgl. auch EPZ-Teil II). Auf Gemeinschaftsseite wird dabei an eine EG-Nahrungsmittelforthilfe in Form verbilligter Verkäufe von Butter und Fleisch aus Interventionsbeständen zu Lasten des Gemeinschaftshaushalts in Verbin-

¹⁰ Zu den Beschlüssen der EG-Ministerratstagung am 29./30. Mai 1980 in Brüssel vgl. Dok. 178, Anm. 2.

Die EG-Kommission legte am 24. Juni 1981 den vom EG-Ministerrat erbetenen Bericht vor. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 6/1981, S. 12–16. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN DER EG, Beilage 1/1981, S. 7–19.

¹¹ Zur Finanzierung des EG-Haushalts aus Mehrwertsteuereinnahmen vgl. Dok. 61, Anm. 8.

¹² Auf der Tagung des Europäischen Rats vom 4./5. Dezember 1978 in Brüssel wurde ein Ausschuß, bestehend aus dem ehemaligen niederländischen Ministerpräsidenten Biesheuvel, dem ehemaligen britischen Handelsminister Dell und dem ehemaligen Vizepräsidenten der EWG-Kommission, Marjolin, eingesetzt, der über eine Anpassung der Organe der Europäischen Gemeinschaften im Hinblick auf eine bevorstehende Erweiterung beraten und seine Schlußfolgerungen im Oktober 1979 vorlegen sollte. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 380.

Für den Bericht der „Drei Weisen“ vom Oktober 1979 vgl. Referat 200, Bd. 122747. Für eine Zusammenfassung vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 80–84.

Auf der Tagung des Europäischen Rats am 29./30. November 1979 in Dublin wurden die Außenminister der EG-Mitgliedstaaten mit der Prüfung des Berichts beauftragt. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 362.

¹³ Das Generalsekretariat des EG-Ministerrats übermittelte am 27. Mai 1980 den Vorentwurf eines Berichts des EG-Ministerrats an den Europäischen Rat. Darin hieß es, bei einigen Punkten sei noch keine Einigkeit erzielt worden. Dazu zählten u. a. die Frage einer Teilnahme des Präsidenten des Europäischen Rats an einer Tagung des Europäischen Parlaments, die Zahl der Mitglieder der EG-Kommission und die Mitwirkung des Europäischen Parlaments am Verfahren zur Bestellung der EG-Kommissionsmitglieder. Konsens bestehe, daß es zwar Aufgabe des Europäischen Rates sei, „Leitlinien für die allgemeine politische Orientierung festzulegen“, aber „die Vorbereitung der Tagungen des Europäischen Rates und die Durchführung der Schlußfolgerungen dieser Tagungen“ weiterhin in den Zuständigkeitsbereich des EG-Ministerrats fallen sollten, ferner, daß hinsichtlich der Abstimmungsregeln im EG-Ministerrat „keine neuen Grundsätze aufgestellt“ werden und der EG-Kommission „in größerem Umfang Befugnisse übertragen werden [...]“, wobei es dem Rat vorbehalten bleibt, in jedem Einzelfall zu entscheiden, wann die erforderlichen Voraussetzungen für eine solche Übertragung von Befugnissen vorliegen“. Der Ausschuß der Ständigen Vertreter solle instand gesetzt werden, zur Vorbereitung der EG-Ministerratstagungen die Tätigkeit von Fachausschüssen besser zu koordinieren. Vgl. Referat 200, Bd. 122747.

Die Prüfung des Berichts der „Drei Weisen“ wurde auf der EG-Ministerratstagung am 15./16. September 1980 in Brüssel mit der Verabschiedung eines Berichts abgeschlossen. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 9/1980, S. 64 f.

dung mit Krediten der Mitgliedstaaten an Polen gedacht. Der AM-Rat am 16.12.1980 wird sich voraussichtlich mit dieser Frage befassen.¹⁴

b) Präsident Giscard setzte sich für Straßburg als alleinigen Sitz des Europäischen Parlaments ein.

c) PM Thatcher betonte die Notwendigkeit einer baldigen positiven Einfuhrregelung für Neuseeland-Butter.¹⁵

d) Bis auf das zweite deutsche Kommissionsmitglied, dessen Person noch nicht feststeht¹⁶, sind nunmehr sämtliche Mitglieder der künftigen EG-Kommission unter Präsident Thorn benannt worden.

II. EPZ

1) Nahost

An erster Stelle stand die Erörterung der Nahost-Initiative der Neun¹⁷. Hier standen die Neun in Luxemburg vor der Aufgabe, für die Fortsetzung ihrer Initiative Orientierungen festzulegen, ohne sich dabei unter Termindruck zu setzen. Eine Abstimmung auch mit den USA wird notwendig sein, insbesondere nach Amtsantritt der neuen Administration¹⁸. Der in der Nahosterklärung von Luxemburg¹⁹ jetzt gefundene Text kommt den Erwartungen, die sich insbesondere in der arabischen Welt an das Neunertreffen knüpften, insoweit entgegen, als nicht nur die Erklärung von Venedig²⁰ bekräftigt, sondern auch verdeutlicht wird, daß die Neun auf dem eingeschlagenen Wege fortzuschreiten beabsichtigen. Der Text macht deutlich, welche Fragenkomplexe der Bericht der Außenminister an den ER behandelt hat (Kapitel Räumung, Selbstbestimmung, Sicherheit im Nahen Osten, Jerusalem) und wo in den Augen der Neun die Hauptprobleme liegen.

Neben den internen Arbeiten der Neun, die vorangetrieben werden sollen, werden die Neun auch ihre Kontakte mit den betroffenen Parteien fortsetzen, u. a. um sich dort, wo dies notwendig erscheint, die nötige Klarheit zu verschaffen.

¹⁴ Vortragender Legationsrat Boll informierte am 22. Dezember 1980, bei der EG-Ministerratstagung am 15./16. Dezember 1980 in Brüssel sei beschlossen worden, „daß die EG Polen unter derzeitigen Gegebenheiten als außergewöhnliche Maßnahme Möglichkeit zum Ankauf von Nahrungsmitteln mit einer Verbilligung von ca. 15 Prozent unter Weltmarktpreis eröffnet. Es handelt sich um Warenwert von etwa 670 Mio DM. Die auf EG entfallenden Kosten werden sich auf etwa 15 Mio. DM belaufen. Gewährung der für Ankauf dieser Waren mit Polen notwendigen Kredite oder Bürgschaften fällt in nationale Zuständigkeit der EG-MS, die sich gegenseitig informieren werden.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 162; Referat 012, Bd. 115730. Vgl. dazu ferner BULLETIN DER EG 12/1980, S. 13.

¹⁵ Zu den Butterausfuhren Neuseelands in die Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 294.

¹⁶ Ministerialdirektor Fischer teilte der Ständigen Vertretung bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel und der Botschaft in Luxemburg am 11. Dezember 1980 mit, daß die Bundesregierung entschieden habe, den bisherigen Vizepräsidenten der EG-Kommission, Haferkamp, und den CDU-Abgeordneten Narjes als Mitglieder der ab 6. Januar 1981 amtierenden EG-Kommission zu benennen. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 6246; Referat 410, Bd. 130335.

¹⁷ Zur Nahost-Initiative, die die Außenminister der EG-Mitgliedstaaten am 24./25. November 1980 in Brüssel im Rahmen der EPZ vereinbarten, vgl. Dok. 330, Anm. 31.

¹⁸ Präsident Reagan übernahm am 20. Januar 1981 die Amtsgeschäfte.

¹⁹ Für den Wortlaut der Schlußfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rats zum Nahen Osten vom 1./2. Dezember 1980 in Luxemburg vgl. BULLETIN 1980, S. 1099.

²⁰ Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats vom 12./13. Juni 1980 in Venedig über den Nahen Osten vgl. BULLETIN DER EG 6/1980, S. 10 f. Vgl. dazu auch Dok. 177.

Die Präsidentschaft²¹ wurde beauftragt, diese Kontakte im Benehmen mit ihren Partnern aufzunehmen. Ziel dieser Tätigkeiten ist, im Gespräch mit den betroffenen Parteien eine Annäherung zwischen ihnen zu begünstigen. Das Vorgehen der Europäer wird flexibel bleiben und die jeweiligen Entwicklungen im Nahen Osten in Rechnung stellen. In diesem Sinne ersuchte der Europäische Rat die Außenminister, ihre Überlegungen fortzuführen und ihm erneut Bericht zu erstatten. Auf britische Anregung nahm der Rat auch zum drohenden Konflikt zwischen Jordanien und Syrien²² Stellung (Ausdruck der Besorgnis, Wunsch, daß Konflikt mit friedlichen Mitteln geregelt wird). Fregte eine Äußerung zum Libanon an, die sich inhaltlich an frühere Erklärungen anlehnt. Die Wiederherstellung der Integrität und der nationalen Souveränität des Libanon wird als eines der Ziele der Nahost-Initiative der Neun hervorgehoben.

2) Ost-West-Fragen

Im Vordergrund stand erwartungsgemäß die Lage in und um Polen.²³ Für die Neun kam es darauf an, den europäischen Standpunkt klar und unmißverständlich darzulegen und damit insbesondere gegenüber der SU ein Signal zu setzen, ohne dabei jedoch die Lage anzuheizen. Die Erklärung der Neun bewirkt dies, indem diejenigen Passagen der Schlußakte von Helsinki²⁴, die sich mit dem Gebot der Nichteinmischung befassen, nebeneinander zitiert werden und die Neun im Falle einer Verletzung dieser Prinzipien „sehr ernste Folgen“ für die Zukunft der internationalen Beziehungen in Europa und in der Welt voraussagen.

Was die KSZE anbetrifft, so bestand Einigkeit, daß der KSZE-Prozeß fortgeführt werden sollte. Gleichzeitig hat der ER daran erinnert, daß die Beachtung der Prinzipien der Schlußakte von Helsinki durch alle Beteiligten die Grundlage für den KSZE-Prozeß selbst und eine Voraussetzung für seine Fortführung ist.

²⁵Der Passus über die KSZE enthält im übrigen ein aus unserer Sicht wesentliches Bekenntnis der Neun zum französischen Projekt einer KAE²⁶, und hier insbesondere zu dem – aus unserer Sicht – Essentiale des Geltungsbereiches

²¹ Die EG-Ratspräsidentschaft hatte vom 1. Juli bis 31. Dezember 1980 Luxemburg inne, in der ersten Jahreshälfte 1981 folgten die Niederlande, in der zweiten Großbritannien.

²² Vortragender Legationsrat Buchrucker vermerkte am 2. Dezember 1980, Jordanien und Syrien hätten ihre Streitkräfte an der gemeinsamen Grenze verstärkt. Im Hintergrund stünden Differenzen über den Umgang mit Israel und Irak sowie die Aktivitäten der Muslimbruderschaft in Jordanien. Vgl. dazu Referat 310, Bd. 125011.

Botschafter Munz, Amman, berichtete am 10. Dezember 1980, Syrien sei nach jordanischen Angaben um Entspannung bemüht: „König Hussein macht erstmalig auch Detailangaben zu drei schwerwiegenden Zwischenfällen der vergangenen Monate: die Exekution von drei syrischen Oppositionellen durch die syrischen Behörden, nachdem sie von Jordanien an Syrien ausgeliefert wurden; ferner die Flucht zweier syrischer Offiziere in einer syrischen MiG-21 und die Gewährung politischen Asyls für sie in Jordanien sowie die Ermordung eines syrischen Staatsangehörigen in Amman im Juli des Js. durch ein aus Damaskus entsandtes Killerkommando unter Mitwirkung von syrischen Botschaftsangehörigen. Der syrische Diplomat sei ausgewiesen, die beiden übrigen Mörder hier hingerichtet worden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 594; Referat 310, Bd. 125011.

²³ Vgl. dazu Dok. 350.

²⁴ Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

²⁵ Beginn des mit Runderlaß Nr. 156 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

²⁶ Zum französischen Vorschlag einer Konferenz für Abrüstung in Europa vgl. Dok. 287.

(„gesamter europäischer Kontinent“, d.h. bis zum Ural für verbindliche und verifizierbare vertrauensbildende Maßnahmen).

3) F regte einen Einleitungspassus („Chapeau“) an, der sich in seiner ursprünglichen Form der Mißdeutung aussetzte, Europa suche seine Identität in spürbarer Distanz von den USA. Der jetzige Text enthält eine knappe, aber klare Positionsbestimmung der Europäer in unserer unruhigen Welt und in dessen Rahmen auch ein Bekenntnis zu Dialog und Abstimmung der Neun mit den USA. (S. auch Info-Funk 2013d/1–0212, 2013d/2–0212, 1012d/1–5–0312, 2022d/1–2–0312).

Oehms²⁷

Referat 012, Bd. 115730

350

**Ministerialdirektor Blech an
Botschafter Meyer-Landrut, Moskau**

**214-320.10 POL-3072/80 VS-vertraulich Aufgabe: 5. Dezember 1980, 14.36 Uhr¹
Fernschreiben Nr. 6154
Citissime nachts**

Für Botschafter o. V. i. A.

Betr.: Erklärung der Staats- und Regierungschefs in Luxemburg vom
1.12.1980²;
hier: Polen-Passus

1) Die Ost-West-Erklärung des Europäischen Rats nennt die Sowjetunion nicht. In Luxemburg ist von niemandem der Vorschlag gemacht worden, der für die Öffentlichkeit bestimmten Erklärung des Europäischen Rats ein diplomatisches follow-up durch die Neun zu geben. Sollte ein solches jetzt von einem der Partner der Neun gewünscht werden, bedürfte dies der Konsultation, die auf dem üblichen Wege über die Präsidentschaft zu initiieren wäre. Wir halten eine Ad-hoc-Abstimmung an verschiedenen Orten wie Moskau und Madrid für nicht angemessen, da ein solches diplomatisches follow-up seiner politischen Bedeutung

²⁷ Paraphe.

¹ Durchschlag als Konzept.

Hat Staatssekretär Lautenschlager zur Mitzeichnung vorgelegen.

Hat Ministerialdirigent Bräutigam am 8. Dezember 1980 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Scheel am 9. Dezember 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Keil verfügte.

Hat Keil am 9. Dezember vorgelegen.

Hat den Legationsräten I. Klasse Brümmer und Lang am 9. bzw. 10. Dezember 1980 vorgelegen.

² Für den Wortlaut der Schlußfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rats auf seiner Tagung am 1./2. Dezember 1980 in Luxemburg vgl. BULLETIN 1980, S. 1097–1100.

wegen eine grundsätzliche Abstimmung, wohl auch und vor allem unter Befassung der Herausgeber der Luxemburg-Erklärung, nämlich der Staats- und Regierungschefs, erfordern würde.

Ich bitte Sie, diese Haltung bei der weiteren Erörterung der von den Briten laut Bericht der Botschaft Moskau Nr. 5322 vom 4.12.80 angeschnittenen Frage zu verwenden.

2) Zu Ihrer Unterrichtung:

Wir sehen in einem diplomatischen follow-up das Risiko einer qualitativen Veränderung dessen, was mit der Luxemburger Erklärung beabsichtigt ist. Die öffentliche, klare Erklärung, die als kalkulierte Warnung ohne Namensnennung gemeint ist, bekäme eine politische Stoßrichtung gegen die SU, die dem Charakter der Warnung inhaltlich nichts hinzufügt, bei der SU jedoch politisch-psychologisch kontraproduzent wirken könnte. Zumindest bedürfte, wie oben gesagt, eine derartige Weiterentwicklung der Position von Luxemburg einer politischen Entscheidung. Solange eine solche Entscheidung nicht vorliegt, halten wir es nicht für richtig, daß solche Schritte ad hoc diskutiert und arrangiert werden.

Sie werden gebeten, zu diesen Gesichtspunkten uns Ihre eigene Beurteilung zu geben.³

Für die Vertretungen London, Paris, Washington, Luxemburg, Den Haag und Madrid (KSZE)⁴ folgt Wortlaut des Drahtberichts von Moskau Nr. 5322 vom 4.12.1980 Az.: POL 350.00⁵ zur Unterrichtung:

„Bei heutigem Gesandten-Treffen der Neun trug britischer Vertreter⁶ weisungsgemäß Anregung seiner Regierung vor, Polen-Passus aus der Luxemburger Erklärung durch Ratsmacht auf möglichst hoher Ebene in Moskau (Außenminister Gromyko) zu übergeben und zu erläutern. Konsens hierüber kam mangels Weisung der Mitgliedstaaten nicht zustande. Ratsmacht, in Abwesenheit des luxemburgischen Botschafters⁷, vertreten durch hiesigen niederländischen Botschafter⁸, wird versuchen, EG-einheitliche Weisung über Den Haag einzuholen. Gleichzeitig bat Vorsitzender die einzelnen Botschafter, hilfsweise individuelle Weisung zu dem britischen Vorschlag zu erbitten. Dabei sollte auch geprüft werden, ob die luxemburgische Erklärung in extenso oder nur bezüglich des Polen angehenden Teils übergeben werden soll. Wegen der Eilbedürftigkeit

³ Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, informierte am 6. Dezember 1980, er stimme der Bewertung des Ministerialdirektors Blech zu: „Seit meinem Amtsantritt in Moskau habe ich alle hochrangigen sowjetischen Gesprächspartner mit der gebotenen Deutlichkeit auf die äußerst negativen Folgen einer WP-Intervention in Polen hingewiesen [...]. Schlußerklärung des gestrigen WP-Gipfels enthält neben Aussagen zur Unabänderlichkeit sozialistischer Struktur in Polen überwiegend positive Elemente, die m. E. zumindest im gegenwärtigen Zeitpunkt eine qualitative Veränderung der Luxemburger Warnung nicht erfordern.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 5363; VS-Bd. 13202 (214); B 150, Aktienkopien 1980.

⁴ Der Drahterlaß ging den Botschaften in Den Haag, London, Luxemburg, Paris und Washington sowie Botschafter Kastl, Madrid (KSZE-Delegation), nachrichtlich zu.

⁵ Für den Drahtbericht vgl. Referat 200, Bd. 119443.

⁶ Alan Brooke Turner.

⁷ Paul Reuter.

⁸ Frans Joseph van Agt.

bitte ich, mich möglichst umgehend instand zu setzen, ein entsprechendes Votum abzugeben.

gez. Meyer-Landrut“

[gez.] Blech

VS-Bd. 13202 (214)

351

Botschafter Jovy, Bukarest, an das Auswärtige Amt

114-6519/80 geheim
Fernschreiben Nr. 755
Citissime nachts

Aufgabe: 6. Dezember 1980, 12.35 Uhr¹
Ankunft: 6. Dezember 1980, 13.52 Uhr

Für Herrn Bundesminister, Staatssekretär van Well, Bundeskanzleramt

Betr.: Begegnung StS van Well mit rumänischem Außenminister Stefan Andrei
am 6.12.1980² (Gesprächsaufzeichnung);
hier: Polen-Krise

Nach kurzem Eingangsgespräch, über das wie noch zu weiteren Nebenpunkten Unterredung gesondert berichtet wird, äußerte StS zu AM, Bundesregierung sei sehr interessiert zu wissen, was rumänische Regierung bzw. AM Andrei nach Konferenz in Moskau³ denke und welche Konzeptionen im Warschau-Pakt und sozialistischen Lager vorhanden seien.

¹ Hat Staatssekretär van Well am 6. Dezember 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügt. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Ex[emplar] Nr. 2 an MD v. Staden gegeben.“

Hat Genscher am 7. Dezember 1980 vorgelegen.

² Staatssekretär van Well hielt sich am 4./5. Dezember 1980 in Rumänien auf.

Vortragender Legationsrat Scheel teilte der Botschaft in Bukarest am 18. Dezember 1980 mit, daß Staatssekretär van Well gegenüber dem rumänischen Botschafter Rămbu am Vortag seine Gespräche in Bukarest als wichtige Gelegenheit für beide Seiten gewürdigt habe, „sich ihre gegenseitigen Positionen erneut zu verdeutlichen. Es schäle sich eine integrierte Konzeption heraus. Sobald die im Rahmen der Gemischten Regierungskommission gebildete Arbeitsgruppe auf der Grundlage rumänischer Projektvorschläge ein konkretes Konzept erarbeitet hätte, sei Bundesregierung gerne dazu bereit, auf politischer Ebene im Rahmen ihrer Möglichkeiten sich für Projekt Temesvar einzusetzen.“ Van Well habe ergänzt, daß zinsverbilligte Kredite aus dem Bundeshaushalt nicht gewährt werden könnten, „sondern nur finanzielle Regelungen im Rahmen von Hermes-Bürgschaften und den übrigen der rumänischen Seite bekannten, günstigen Rahmenbedingungen wie u. a. Investitionsförderungsabkommen und die Ermutigung von Investitionen durch das Entwicklungsländersteuergesetz. Gedanke eines großen Staatskredits werde mit Rumänien schon seit Jahren erörtert, er, Staatssekretär, gehe davon aus, daß Bundesregierung nicht über das bisher Zugesagte und der rumänischen Seite Bekannte hinausgehen könne.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 432; Referat 214, Bd. 133074.

³ Ministerialdirektor Blech vermerkte am 6. Dezember 1980, bei der Konferenz führender Vertreter der Warschauer-Pakt-Staaten in Moskau am 5. Dezember 1980 handele es sich „der Form nach nicht um ein Parteitreffen, sondern um ein Treffen der ‚führenden Repräsentanten der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages‘. Jedoch standen an der Spitze aller Delegationen die Parteichefs,

AM antwortete: Präsident Ceaușescu habe seine Haltung zu den Vorgängen in Polen mehrfach und zuletzt bei seinem Staatsbesuch in Skandinavien⁴ präzisiert. In Moskau seien vor allem die Lage in Polen und ihre Folgen in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht besprochen worden. Alle Regierungen des Warschauer Pakts seien beunruhigt über gegenwärtige Situation. Streiks könnten keine Nahrung schaffen, Polen könne seine Zahlungsverpflichtungen nicht erfüllen, und es gebe oppositionelle Kräfte, die auf Änderung des Systems hindeckten. Alle Teilnehmer hätten sich entschieden dahin ausgesprochen, daß es sich um ein innerpolitisches Problem handle, das von den Polen selbst gelöst werden müsse. Frage Intervention seitens der SU stelle sich im Unterschied zur Tschechoslowakei⁵ schon deshalb nicht, da sich sowjetische Truppen sowieso in Polen befänden und eingreifen könnten, wenn Regierung Polens darum bitte, zu helfen, Ruhe wiederherzustellen. SU habe klar und deutlich gesagt, daß sie nicht in die innerpolitischen Vorgänge hineingezogen werden wolle. Die Polen müßten ihre Probleme selber regeln. Sie sei nicht daran interessiert, sich einzumischen, da damit ihre gesamte Politik, auch der Entspannung, Helsinki⁶ usw. in Frage gestellt würde. Zu Einwand StS, daß wir beunruhigt über Haltung der DDR seien, die uns härter erscheine als die der SU⁷, erklärte AM, daß DDR keinen anderen Standpunkt als die übrigen eingenommen hätte. Sie sei aber besonders beunruhigt über Dauer der Unruhen und die mangelnde Entscheidung, eine Lösung zu treffen. Honecker habe erklärt, es müßten besondere Anstrengungen zur Beendigung dieser Situation unternommen und eine Lösung dürfe nicht mehr verschoben werden.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1813

nicht jedoch die Staatsoberhäupter [...]. Die Teilnahme aller Ministerpräsidenten (im Falle Ungarns eines Stellvertretenden Ministerpräsidenten) läßt den Schluß zu, daß Wirtschaftsfragen eine wesentliche Rolle gespielt haben. Auffallend ist, daß nicht alle Außenminister anwesend waren [...]. Noch auffallender ist die Teilnahme der Verteidigungsminister der Sowjetunion, der DDR und Polens. Dies könnte den Schluß zulassen, daß im militärischen Bereich die Verbindungslinien der Sowjetunion und der DDR durch Polen im Vordergrund stehen. Immerhin war das dritte unmittelbare Nachbarland Polens, die CSSR, nicht durch den Verteidigungsminister vertreten.“ Hauptthema sei die Lage in Polen gewesen, wobei diese offenbar vor allem „unter internationalen Aspekten – und zwar unter dem Aspekt der Beziehungen innerhalb des Warschauer Paktes wie auch unter dem Aspekt des Ost-West-Verhältnisses – diskutiert worden ist“. Aus der öffentlichen Erklärung ließen sich folgende Schlüsse ziehen: „1) Ein sowjetisches Eingreifen in Polen steht gegenwärtig nicht unmittelbar bevor. Eine Intervention von außen wäre allerdings nicht notwendig, da – anders als vor 1968 in der CSSR – in Polen bereits sowjetische Truppen stationiert sind. 2) Die Sowjetunion und ihre Verbündeten räumen der polnischen Führung noch eine gewisse, wenn auch nicht unbegrenzte Frist ein, um mit ihren innenpolitischen Schwierigkeiten fertigzuwerden. Sie sagen als Beitrag zur Stabilisierung wirtschaftliche Unterstützung zu. Dabei üben sie keine Kritik an einer westlichen Wirtschaftshilfe. 3) Die Sowjetunion und der Warschauer Pakt insgesamt signalisieren ihre Bereitschaft, den Entspannungsprozeß und den Dialog mit den westlichen Ländern fortzusetzen, nicht zuletzt mit den USA auch unter Präsident Reagan.“ Vgl. Referat 214, Bd. 132907.

Für das Protokoll der Tagung vgl. SED CONTRA POLEN, S. 140–195.

Für den Wortlaut des Kommuniqués über die Konferenz führender Vertreter der Warschauer-Pakt-Staaten am 5. Dezember 1980 in Moskau vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 129–131.

⁴ Zum Besuch des Präsidenten Ceaușescu vom 6. bis 10. November 1980 in Schweden vgl. Dok. 326, Anm. 8.

Vom 10. bis 13. November 1980 hielt sich Ceaușescu in Dänemark auf. Vom 13. bis 15. November 1980 besuchte er Norwegen.

⁵ Am 20./21. August 1968 intervenierten Streitkräfte des Warschauer Pakts in der ČSSR. Vgl. dazu AAPD 1968, II, Dok. 261–263 und Dok. 273.

⁶ In Helsinki fand vom 30. Juli bis 1. August 1975 die KSZE-Schlußkonferenz statt.

⁷ Zur Haltung der DDR zur Entwicklung in Polen vgl. Dok. 259 und Dok. 282, Anm. 15.

Zur Einschränkung des Reiseverkehrs zwischen der DDR und Polen vgl. Dok. 310, Anm. 26.

Wenn auch Teilnehmer sich darüber einig gewesen seien, daß seitens westlicher Regierungen keine direkte Einmischung stattfände, so würden aber doch durch Presse und weitere öffentliche Medien wie auch Sympathisanten im Westen Kräfte der Unruhe gestärkt. Aber Illusionen, daß sozialistisches Regime gestürzt oder Lösung Polens aus WP und damit von SU erreicht werden könnte, dürften nicht genährt werden. Ihre Unterstützung diene nicht der Entspannung der Lage, sondern bewirke das Gegenteil.

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland könne bei ihren Freunden und Verbündeten darauf hinwirken,

- 1) daß Möglichkeiten dieser indirekten Einmischung unterbunden würden,
 - 2) Polen seine Probleme selber zu lösen habe,
 - 3) eine Konfrontation der inneren Kräfte auf jeden Fall vermieden werden müsse.
- Dazu sei willkommen, wenn die katholische Kirche als Kompromißfaktor in Erscheinung trete.

Die Teilnehmer hätten in keiner Weise das Verhalten der polnischen Regierung noch die von ihr getroffenen Maßnahmen kritisiert.

StS antwortete, daß Bundesregierung an Erhaltung der gegebenen Rahmenbedingungen in Europa interessiert sei und es vermieden werden müsse, Reformen und Änderungen außerhalb der gegebenen politischen Ordnung anzustreben, denn sie seien nur in ihrem Rahmen möglich.

Man müsse Polen wirtschaftlich helfen. Welche Erwägungen seien diesbezüglich seitens des WP bzw. der SU angestellt worden? AM entgegnete, Polen habe angefangen zu arbeiten, die SU hätte bereits Unterstützung gegeben und weitere zugesagt. StS wies darauf hin, wir hätten den Polen gesagt, daß wir durch unsere Hilfe⁸ nicht Eindruck einer Einmischung erwecken wollten.

AM darauf: Von Teilnehmern der Moskauer Konferenz seien gegen Hilfen, also auch nicht die des Westens, keinerlei Bedenken vorgebracht worden; auch keine Kritik an einer Devisen-Hilfe sei geäußert worden, noch gegen Umschuldung, Kredite sowie Nahrungsmittellieferungen.

Es sei ganz eindeutig, daß die SU, und er wolle das besonders betonen, nicht an einer militärischen Einmischung interessiert sei und nur dann eingreifen müsse, wenn das System selbst in Frage gestellt werde. Es sei aber nicht darüber gesprochen worden, was in letzterem Falle geschehen müsse oder geschehen solle.

StS: Man könne ja wohl davon ausgehen, daß bereits nationaler Pakt in Polen zwischen Regierung, Gewerkschaften und katholischer Kirche zur Lösung der Krise existiere.

AM: Es seien in Polen aber auch oppositionelle Kräfte am Werk, die die gesellschaftlichen Verhältnisse ändern wollten und beabsichtigten, eine Trennung von der SU zu betreiben. Polens Unabhängigkeit in der inneren Entscheidung sei in keiner Weise in Frage gestellt worden, aber es sei klar, daß die Beziehungen zur SU und dem Warschauer Pakt nicht verändert werden dürften.

Was Polen sonst wolle, ohne das System zu ändern, sei seine Sache. Wenn Frage einer Intervention Thema der Moskauer Konferenz gewesen wäre, hätte Prä-

⁸ Zur Vergabe eines Kredits an Polen am 10. Oktober 1980 vgl. Dok. 290, Anm. 12.

sident Ceaușescu wegen der von ihm vertretenen Prinzipien der Nichteinmischung nicht teilnehmen können, und er wäre sicherlich nicht nach Moskau gefahren. Rumänien sei dort hingegangen, wie auch die übrigen, um den Standpunkt der polnischen Regierung und ihre Beurteilung der Lage kennenzulernen.

StS: Jetzige offene Aussprache über Vorgänge in Moskau befriedige ihn sehr und würde auch von unseren Freunden positiv aufgenommen werden. Man sei im Westen doch sehr beunruhigt gewesen.

AM betonte deutlich, daß er eine solche Beunruhigung für unnötig, aber eine Moderator-Rolle der Bundesregierung bei ihren Verbündeten für sehr wichtig halte, wobei sie insbesondere darauf hinwirken möge, daß systemfeindliche Gruppen in Polen nicht unterstützt würden.

StS: Wir und der Westen wollten schon durch die Fortführung der normalen Beziehungen dazu beitragen, die Lage zu entschärfen. Reise des französischen Staatspräsidenten würde durchgeführt und auch Besuch unseres Außenministers⁹ sollte stattfinden. Dadurch würde in Öffentlichkeit der Eindruck gestärkt werden, daß der Westen die Situation als normal ansehen bzw. zur Beruhigung beitragen wolle.

AM wies dann noch einmal darauf hin und bat gleichzeitig darum, daß Streiks nicht durch Öffentlichkeitsmedien und sonstige Gruppen im Westen angereizt und unterstützt werden sollten. Die Probleme in Polen müßten in Ruhe gelöst werden und zudem nicht in Sorge vor einer Einmischung der SU.

StS hat sich weiteren Verteiler vorbehalten.

[gez.] Jovy

VS-Bd. 14094 (010)

⁹ Bundesminister Genscher hielt sich am 19./20. März 1981 in Polen auf. Vgl. dazu die deutsch-polnischen Regierungsgespräche am 18./19. März 1981, das Gespräch zwischen Genscher und Ministerpräsident Jaruzelski am 20. März 1981 sowie die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Edler von Braunmühl vom 23. März 1981; AAPD 1981.

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow

213-320.10 SOW-3200 VS-vertraulich

8. Dezember 1980¹

Gespräch des Bundesministers mit dem sowjetischen Botschafter am 8.12.1980 von 9.00 bis 10.05 Uhr

Anwesend waren: Gesandter Kwizinskij, VLR I Arnot, VLR von Braunmühl.

Nach Begrüßung durch den Bundesminister sagte der sowjetische Botschafter, er wolle im Auftrage von Moskau einen Text vorlesen:

Semjonow: Gemäß der dem Bundesminister des Auswärtigen im Jahre 1979 übermittelten Einladung² wäre man in Moskau bereit, Sie im März 1981 als Gast der sowjetischen Regierung zu einem offiziellen Besuch zu empfangen, wenn Ihnen der Zeitraum passen würde. Ein konkretes Datum könnte man über diplomatische Kanäle vereinbaren.³

Bundesminister dankt für die Erneuerung der Einladung.

Wir sind an einem regen Dialog mit der Sowjetunion interessiert. Wenn es sich einrichten läßt, einen Termin zu finden, würde ich gern die Einladung zu dem genannten Zeitpunkt annehmen. Ich bitte Sie, das Gromyko zu sagen. Es erscheint uns im Prinzip nützlich, den Meinungs austausch fortzusetzen, und wir befinden uns in einer internationalen Lage, in der es viel zu besprechen gibt.

In Moskau gab es gerade ein Treffen.⁴ Könnten Sie sagen, welches die Hintergründe, die Zielsetzung und die Bedeutung dieses Treffens sind?

Semjonow: Sie haben das offizielle Kommuniqué⁵ gelesen. Dort sind alle Fragen behandelt worden, die in der heutigen Situation von Interesse sind.

Der Botschafter gibt sodann die einzelnen Abschnitte der Moskau-Erklärung teils wörtlich, teils in eigenen Worten wieder. Nach Lektüre der Passage über den sozialistischen und kommunistischen Aufbau in den Teilnehmerländern bemerkt der Botschafter: Die Zusammenkunft hat vor einer Reihe von Parteitagen in den Mitgliedsländern stattgefunden.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde am 8. Dezember 1980 von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Arnot an das Ministerbüro weitergeleitet mit der Bitte, „die Genehmigung des Bundesministers herbeizuführen“.

Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 13. Dezember 1980 vorgelegen, der die Rückleitung an Referat 213 verfügte und handschriftlich vermerkte: „Kann vorbehaltlich Zustimmung des Ministers verteilt werden.“ Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 13164 (213); B 150, Aktenkopien 1980.

² Bundesminister Genscher wurde vom sowjetischen Außenminister Gromyko am 23. November 1979 zu einem Besuch in der UdSSR eingeladen. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 344.

³ Bundesminister Genscher hielt sich vom 2. bis 4. April 1981 in der UdSSR auf. Für die Gespräche mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, und dem sowjetischen Außenminister Gromyko vgl. AAPD 1981.

⁴ Zur Konferenz führender Vertreter der Warschauer-Pakt-Staaten am 5. Dezember 1980 in Moskau vgl. Dok. 351, besonders Anm. 3.

⁵ Für den Wortlaut des Kommuniqués über die Konferenz führender Vertreter der Warschauer-Pakt-Staaten am 5. Dezember 1980 in Moskau vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 129–131.

Bundesminister: Der nächste Parteitag ist der Ihrer Partei.

Semjonow: Er beginnt am 23.2.1981 und dauert etwa eine Woche.⁶

Der Botschafter fährt dann in der Lektüre der Erklärung des Moskauer Treffens fort, die er mit dem Satz beendet, daß Polen ein sozialistischer Staat, ein festes Glied der Familie der Länder des Sozialismus war, ist und bleibt. Er bemerkt noch: Die Vertretung der Parteien spricht für sich selbst.

Bundesminister: Die Zusammensetzung der Delegationen war unterschiedlich.

Semjonow: Aber dem Einfluß nach nicht, das ist auch wichtig.

Bundesminister: Einige Außenminister waren nicht da.

Semjonow: Von Ungarn⁷ nicht und der ČSSR⁸.

Bundesminister: Von der DDR⁹ auch nicht.

Kwizinskij: Aber Axen.

Bundesminister: Wie muß diese besondere Bedeutung des Interesses am Dialog mit der neuen amerikanischen Führung¹⁰ verstanden werden? Ist in ihr eine Reaktion auf den Percy-Besuch in Moskau¹¹ zu sehen?

Semjonow: Nicht nur das, es liegt auch in der Linie der allgemeinen Entwicklung. Ich möchte dann meinen Auftrag erfüllen, ohne überflüssige Zeitverschwendung.

Der sowjetische Gesandte liest nunmehr die Übersetzung eines russischen Textes zum Thema Mittelstreckenwaffen. Eine amtliche Übersetzung ist als Anlage zu diesem Vermerk beigelegt.¹²

Bundesminister dankt für die Mitteilung und sagt zunächst: Wir haben mit großem Interesse die Zusammenkunft in Moskau beobachtet und sind an jeder zusätzlichen Erläuterung interessiert, weil die sehr präzise Klärung aller Standpunkte bedeutsam ist. Vor diesem Hintergrund möchte ich Erläuterungen zur Erklärung des Europäischen Rates¹³ geben. Die Neun haben noch einmal die Bedeutung unterstrichen, die sie dem KSZE-Prozeß beimessen, haben allerdings auch gesagt, daß die Beachtung der Prinzipien der Schlußakte¹⁴ die Grundlage für diesen Prozeß und die Voraussetzung seiner Fortführung ist. Sie haben ihr Interesse an echten, ausgewogenen Fortschritten bei der Verwirklichung der Schlußakte zum Ausdruck gebracht sowie ihr Interesse an einer Konferenz über

⁶ Der XXVI. Parteitag der KPdSU fand vom 23. Februar bis 3. März 1981 in Moskau statt.

⁷ Frigyes Puja.

⁸ Bohuslav Chřnoupek.

⁹ Oskar Fischer.

¹⁰ Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen statt, aus denen der Kandidat der Republikanischen Partei, Reagan, als Sieger hervorging. Vgl. dazu Dok. 314, Anm. 3.

¹¹ Zum Besuch des amerikanischen Senators Percy vom 26. bis 29. November 1980 in der UdSSR vgl. Dok. 343.

¹² Dem Vorgang beigelegt. Vgl. VS-Bd. 13165 (213); B 150, Aktenkopien 1980.

¹³ Zur Tagung des Europäischen Rats am 1./2. Dezember 1980 in Luxemburg vgl. Dok. 349.

Für den Wortlaut der Schlußfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rats vgl. BULLETIN 1980, S. 1097–1100. Vgl. dazu ferner Dok. 350.

¹⁴ Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

Abrüstung in Europa¹⁵, wobei in einer ersten Phase vertrauensbildende Maßnahmen, die für den gesamten europäischen Kontinent gelten, vereinbart werden sollen. Dieser Geltungsbereich ist für die Europäische Gemeinschaft von entscheidender Bedeutung. Dann haben die Neun in einer Vier-Punkte-Erklärung zur Entwicklung in und um Polen Stellung genommen.

Bundesminister trägt dann die Hauptpunkte der Erklärung vor und sagt anschließend:

Die Tatsache, daß die Erklärung sich so breit mit den polnischen Vorgängen befaßt, zeigt, welche Besorgnisse bei uns wegen möglicher Reaktionen aus dem sozialistischen Lager bestehen und welche ernststen Folgen sich aus ihnen für das Ost-West-Verhältnis ergeben würden. Wir wären wirklich dankbar, wenn Ihre Führung die zum Ausdruck gekommenen Sorgen sowie die angesprochenen ernststen Folgen entsprechend gewichtig und ernst bewerten würde. In der Erklärung ist die Bereitschaft ausgedrückt worden, auf Wünsche für wirtschaftliche Hilfe einzugehen, die der Gemeinschaft vorgetragen werden. Hier ist zu unterstreichen, daß die Gemeinschaft nur auf Ersuchen von Seiten Polens eingehen möchte, dagegen nichts diesem Land aufzudrängen wünscht. Auch hierin wird deutlich, daß wir nicht die Absicht haben, uns in irgendeiner Form in die Angelegenheiten Polens einzumischen, und wir erwarten, daß alle anderen Teilnehmer der KSZE sich entsprechend verhalten.

Was die sowjetische Information über die Gespräche in Genf¹⁶ betrifft, so sind wir froh darüber, daß sie stattgefunden haben und daß beide Seiten ihr Interesse an der Fortsetzung ausgedrückt haben. Wir sind bei dem kürzlichen Besuch in Washington in den Gesprächen auch mit dem gewählten Präsidenten¹⁷ und seinen Mitarbeitern für Fortschritte beim Rüstungskontrolldialog sowie beim SALT-Prozeß eingetreten.¹⁸ Im Sinne unserer der Sowjetunion bekannten Haltung glauben wir, daß es gut wäre, wenn beide Seiten, wie das auch beim Besuch von Senator Percy in Moskau zum Ausdruck gekommen ist, ihre Absichten in die Tat umsetzen würden. Natürlich sehen wir die Probleme, die sich aus der Neuverhandlung von SALT II ergeben. Man sollte aber auch die Chance erkennen, bei Verhandlungen einen Vertrag zu erreichen, der über das Jahr 1985 mehr Stabilität verspricht, wobei es wichtig ist, daß der Präsident für die von ihm vertretene Linie eine stärkere Unterstützung im Senat finden würde, als das für Präsident Carter aufgrund der unterschiedlichen Strukturen galt. Wir glauben, daß die Mittelstreckenwaffen-Verhandlungen mit großem Ernst geführt werden müssen. Unsere Besorgnis bezieht sich darauf, daß die Einbe-

¹⁵ Zum französischen Vorschlag einer Konferenz für Abrüstung in Europa vgl. Dok. 287.

Zu den Vorschlägen des Komitees der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten bei der Tagung am 14./15. Mai 1979 in Budapest vgl. Dok. 1, Anm. 28.

Zum Vorschlag des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, Giersek, vom 11. Februar 1980 für eine Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 55, Anm. 39.

Zu den Vorschlägen des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts bei der Tagung am 14./15. Mai 1980 in Warschau vgl. Dok. 150, Anm. 5.

¹⁶ Zur ersten Runde der amerikanisch-sowjetischen Gespräche über Mittelstreckensysteme vom 17. Oktober bis 17. November 1980 in Genf vgl. Dok. 332.

¹⁷ Ronald W. Reagan.

¹⁸ Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 18. bis 21. November 1980 in den USA auf, Bundesminister Genscher am 19./20. November 1980. Vgl. dazu Dok. 334, Dok. 335 und Dok. 337.

ziehung zu vieler Systeme die Verhandlungen komplizieren und die Chance einer Einigung in absehbarer Zeit mindern würde, so daß es nach unserer Überzeugung im Interesse der Sache liegt, die Verhandlungen auf die landgestützten Raketen zu konzentrieren, weil diese wegen der Präzision und der Eindringfähigkeit die größte Bedrohung für beide Seiten darstellen.

Die Regierungserklärung¹⁹ bringt noch einmal die Absicht der Bundesregierung zum Ausdruck, beide Teile des Beschlusses vom Dezember 1979²⁰ zu realisieren. Es ist daher nicht nützlich, wenn irgend jemand versuchen würde, die Bundesregierung von der Realisierung des Teils abzuhalten, den man Nachrüstungsbeschluß nennt.

Bei aller Besorgnis, die die internationale Lage uns nahelegt, auch hinsichtlich der jüngsten Maßnahmen der DDR²¹ sowie der Töne, die wir von der anderen Seite hören, sind wir unverändert an dem als langfristig angesehenen Prozeß der Zusammenarbeit interessiert und hoffen, daß keine Rückschläge eintreten, die die schwerwiegenden Konsequenzen haben müßten, von denen in der Erklärung des Europäischen Rates in Luxemburg die Rede war.

Auch angesichts dessen halten wir den Meinungs austausch und die Besuche zwischen Ost und West für wichtig. Sie wissen, daß ich die Absicht habe, in zehn Tagen auf Einladung aus Prag in die ČSSR zu reisen.²² Das ist auch der Grund, weshalb ich die Wiederholung der Einladung der sowjetischen Regierung an mich in der eingangs formulierten Form beantwortet habe.

Semjonow: Was einige Fragen des Luxemburger und des Moskauer Communiqués betrifft, so leben wir nicht in getrennten, einzelnen Staaten, sondern in einem Staatenwesen. Wir sind nicht gleichgültig gegenüber dem Staatensystem und den bestehenden „Koalitionen“. Es gibt antisozialistische Elemente, in Polen und außerhalb, die meinen, die ganze Welt solle in Flammen aufgehen, nur müssen die Polen bürgerlich werden. Dies ist fern den Realitäten. Wenn eine solche Gefahr besteht, werden wir sie mit allen dazu notwendigen Mitteln aus der Welt schaffen. Selbstverständlich lösen die Polen alle Fragen des sozialistischen Aufbaus selbst. Und selbstverständlich können die Polen, wie es im Communiqué gesagt worden ist, fest mit der brüderlichen Solidarität und Unterstützung der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages²³ rechnen.

Es ist günstig, daß ein Anfangsstadium der Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen stattgefunden hat, und wir hoffen, daß die Verhandlungen fortgeführt werden. Aus der Information, die ich gegeben habe, ergibt sich, daß man in Moskau der Rolle der Bundesrepublik Deutschland bei der Wiederaufnahme dieser Verhandlungen eine positive Bedeutung beimißt. Wie auch während der

¹⁹ Bundeskanzler Schmidt gab am 24. November 1980 im Bundestag eine Regierungserklärung ab. Für den Wortlaut vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 117, S. 25–41.

²⁰ Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 10.

²¹ Zur Erhöhung des Mindestumtauschs für Besucher der DDR und Ost-Berlins aus „nichtsozialistischen Staaten“ und aus Berlin (West) ab 13. Oktober 1980 vgl. Dok. 290, Anm. 15.

²² Bundesminister Genscher hielt sich vom 18. bis 20. Dezember 1980 in der cSSR auf. Vgl. dazu Dok. 373.

²³ Für den Wortlaut des Vertrags vom 14. Mai 1955 über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen Albanien, Bulgarien, der ČSR, der DDR, Polen, Rumänien, der Tschechoslowakei, Ungarn und der UdSSR vgl. DzD III/1, S. 38–44.

Gipfelgespräche in Moskau²⁴ gesagt worden ist, sind die auf dem europäischen Kontinent dislozierten nuklearen Waffen der USA modernisiert worden. Bei der Unterzeichnung von SALT II²⁵ wurde von einer bestehenden Parität gesprochen. Versuche, das bestehende Gleichgewicht zu zerstören, werden mit entsprechenden Gegenmaßnahmen zunichte gemacht werden.

Bundesminister: Nach dem, was Sie zu Polen gesagt haben, möchte ich noch einmal auf die Ziffer 2 der Erklärung des Europäischen Rats zu Polen hinweisen.

Der BM liest den Text des ersten Anstriches vor (Verpflichtung der Signaturstaaten der Schlußakte von Helsinki, das Recht jedes Landes zu achten, sein politisches, soziales, wirtschaftliches und kulturelles System frei zu wählen und zu entwickeln als auch Gesetze und Verordnungen zu bestimmen) sowie den zweiten Anstrich (Verpflichtung, sich jeder direkten und indirekten, individuellen und kollektiven Einmischung in die inneren oder äußeren Angelegenheiten zu enthalten, die in die innerstaatliche Zuständigkeit eines anderen Teilnehmerstaates fallen). Anschließend zitiert BM erneut den Appell in Ziffer 3 zu Polen.

Das ist nicht eine Sache, die aus dem Augenblick geboren worden ist, sondern eine wohlüberlegte, schwergewichtige Erklärung von Staats- und Regierungschefs sowie Außenministern, die an dem Prozeß der Entspannung teilgenommen haben und teilnehmen und sich ihrer Verantwortung bewußt sind.

Semjonow: Das habe ich auch gemeint, als ich Ihnen meine Erwägungen vorgebracht habe. Halb im Scherz, halb im Ernst möchte ich folgendes sagen: Seinerzeit stand die Teilnahme der Sowjetunion am NATO-Bündnis in Frage. Die Mitgliedstaaten der NATO haben damals kein Interesse gehabt.²⁶ Was Sie jetzt vorgelesen haben, macht mich geneigt, darauf zu schließen, daß die NATO-Staaten ein Interesse am Beitritt zum Warschauer Pakt haben. Aber im Ernst, die bestehenden Realitäten muß man berücksichtigen.

Bundesminister: Es waren Staaten der Europäischen Gemeinschaft, nicht der NATO, wenngleich diese fast alle Mitglieder der NATO sind, und ich habe keinen Zweifel, daß in der Erklärung des NATO-Rats in einigen Tagen etwas Ähnliches stehen wird.²⁷

Halb im Ernst und halb im Scherz auch meinerseits: Das damalige Angebot der SU zum NATO-Beitritt war auch halb im Ernst und halb im Scherz gemeint. Aber das, worum es hier geht, muß man wirklich sehr ernst nehmen.

²⁴ Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher hielten sich am 30. Juni und 1. Juli 1980 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 192–195.

²⁵ Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 13.

²⁶ In einer Note vom 31. März 1954 an die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der USA legte die UdSSR dar, „daß die Organisation des Nordatlantikpakts unter entsprechenden Bedingungen ihren aggressiven Charakter verlieren könnte, wenn alle Großmächte, die zur Antihitlerkoalition gehörten, an ihr teilnehmen würden“. Für den Wortlaut der Note vgl. EUROPA-ARCHIV 1954, D 6532–6534.

²⁷ Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1980 in Brüssel vgl. Dok. 363 und Dok. 364. Für den Wortlaut des Communiqués vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 153–157. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN 1980, S. 1121–1123 und S. 1143.

Der Bundesminister bestätigt abschließend den Termin für ein weiteres Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter am 17.12. um 17.00 Uhr²⁸ und bittet ihn, Minister Gromyko seine Grüße auszurichten.

[Anlage]

Die sowjetische Seite hat schon früher die Regierung der BRD darauf hingewiesen, daß die Frage der Begrenzung der nuklearen Rüstungen in Europa im Interesse der Verbesserung des Klimas in diesem Gebiet, der Senkung des Niveaus der militärischen Konfrontation und der Verminderung der Kriegsgefahr unverzüglich gelöst werden muß.

Über diese Fragen fand bekanntlich während des Besuchs des Bundeskanzlers H. Schmidt und des Außenministers der BRD H.-D. Genscher in der Sowjetunion ein ausführlicher Meinungsaustausch statt, was bei der Anbahnung des sowjetisch-amerikanischen Dialogs eine positive Rolle gespielt hat.

Wir möchten in Fortführung dieses Meinungsaustausches vertraulich über den Inhalt der ersten Runde der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über die Begrenzung der nuklearen Rüstungen in Europa, die vom 17. Oktober bis zum 17. November d. J. in Genf stattfand, informieren.

Infolge der durch eine Bitte der amerikanischen Seite bedingten Kürze der ersten Runde wurde bei den Verhandlungen vorerst nur die generelle Einstellung beider Seiten ohne ausführliche Prüfung und Erörterung der jeweiligen Standpunkte dargelegt.

Die Sowjetunion ging auf diese Verhandlungen ein, geleitet von ihrer grundsätzlichen Linie, wirksame Absprachen zu erzielen, die die Eindämmung des nuklearen Wettrüstens und die Festigung der Entspannung fördern sollen, was unserer Überzeugung nach den Interessen aller Staaten Europas – und nicht nur Europas – entspräche.

In Entwicklung unserer Position, die der Regierung der BRD bereits dargelegt und von seiten der Führer der BRD mit Verständnis aufgenommen wurde, hat die sowjetische Seite bei den Verhandlungen argumentativ die Notwendigkeit begründet, gleichzeitig und in einem organischen Zusammenhang die Fragen zu erörtern und zu lösen, die sich sowohl auf die nuklearen Mittelstreckensysteme in Europa als auch auf die vorgeschobenen Nuklearsysteme der USA beziehen.

²⁸ Bundesminister Genscher und der sowjetische Botschafter Semjonow bekräftigten in ihrem Gespräch am 17. Dezember 1980 das beiderseitige Interesse an einer Fortsetzung der Entspannungspolitik. Bei der Erörterung der Lage in Polen bestand Einigkeit, jegliche Einmischung von außen zu unterlassen. Semjonow betonte, „es sei davon auszugehen, daß Polen ein sozialistischer Staat und ein Mitglied des Warschauer Paktes war, ist und bleiben wird“. Hinsichtlich der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen äußerte er, daß die Divergenzen „letztlich gar nicht so groß seien. Wenn man die Entwicklung über einen längeren Zeitraum betrachte, könne man durchaus übereinstimmende globale Interessen erkennen.“ Hinsichtlich der Bundesrepublik „halte er die Entwicklung unserer Wirtschaftsbeziehungen nach wie vor für die Grundlage unserer Gesamtbeziehungen. [...] Er höre übrigens mit großer Befriedigung aus Moskau, daß unser Botschafter Meyer-Landrut sehr tatkräftig sei und nach dem Urteil sowjetischer Gesprächspartner sich vorbehaltlos für die Pflege und Intensivierung unserer bilateralen Beziehungen einsetze.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 213, Bd. 133176.

In diesem Zusammenhang wurde von uns unterstrichen, daß die Ausarbeitung einer effektiven Vereinbarung nur unter gebührender Berücksichtigung der die strategische Lage auf dem europäischen Kontinent beeinflussenden Faktoren möglich ist, und dies – worauf besonderer Nachdruck gelegt wurde – dergestalt, daß das strategische Gesamtgleichgewicht nicht gestört wird.

Unter diesen Faktoren sind aus verständlichen Gründen unbedingt zu berücksichtigen die Hunderte von amerikanischen Kernwaffenträgern in Westeuropa, die vor den europäischen Küsten stationierten amerikanischen Flugzeugträger mit Hunderten von kernwaffenbestückten Flugzeugen, die Existenz von Kernwaffen bei einigen westeuropäischen Staaten und das weite Netz der amerikanischen Luft- und Seestützpunkte in Westeuropa.

Von diesem Standpunkt ausgehend und von dem Ziel geleitet, ein weiteres nukleares Wettrüsten abzuwenden und die bestmöglichen Voraussetzungen für die Erzielung wirksamer Lösungen bei der Begrenzung der nuklearen Rüstungen in Europa zu schaffen, hat die sowjetische Seite im Verlaufe der Verhandlungen vorgeschlagen, sich unverzüglich darauf zu verständigen, daß keine Seite die Gesamtzahl der wichtigsten nuklearen Waffen auf dem europäischen Kontinent im Vergleich zum derzeitigen Niveau erhöht. Überdies wurde die prinzipielle Bereitschaft geäußert, falls insgesamt eine Einigung über die Begrenzung der nuklearen Rüstungen in Europa erzielt wird, auch eine essentielle stufenweise Reduzierung dieser Gesamthöchstgrenzen zu vereinbaren.

Was den bei den Verhandlungen in Genf eingebrachten Vorschlag der USA betrifft, den Kreis der zu begrenzenden Systeme auf die ballistischen Mittelstreckenraketen – auf seiten der UdSSR – und auf die „Pershing II“ und die landgestützten Marschflugkörper – auf seiten der USA – einzuengen, so würde dieser Vorschlag objektiv dazu führen, daß Hunderte amerikanischer Kernwaffenträger, die im europäischen Raum stationiert sind und die Sicherheit der UdSSR und ihrer Verbündeten bedrohen, keineswegs begrenzt würden, d. h. der Kanal für eine mögliche Ausweitung dieser Rüstungen bliebe unversperrt.

Klar ist auch, daß mit dieser Einstellung die Amerikaner sich einseitige Vorteile verschaffen wollten, würden doch für die bestehenden sowjetischen Systeme Beschränkungen eingeführt, während gleichzeitig der NATO-Plan realisiert würde, in Westeuropa neue amerikanische Raketen zu dislozieren. Ein derartiger Vorschlag kann natürlich nicht als Grundlage für eine beiderseits annehmbare Lösung des Problems dienen.

Im Gegensatz hierzu stellen die bei den Verhandlungen gemachten sowjetischen Vorschläge eine gute Basis dar für eine weitere produktive Arbeit, um so schnell wie möglich eine Vereinbarung auf der Grundlage der strikten Beachtung des Grundsatzes der Gleichheit und gleichen Sicherheit ohne irgendwelche einseitigen Vorteile zu erzielen.

Insgesamt war unserer Ansicht nach die in Genf geleistete Arbeit nützlich. Dort wurde ein Dialog eingeleitet, der für Europa von vitaler Bedeutung ist. Natürlich fällt es noch schwer, über die Pläne der amerikanischen Seite in bezug auf die weitere Verhandlungsführung ein Urteil abzugeben.

Klar ist jedoch, daß die Ursachen, die diese Gespräche erforderlich machten, weiterbestehen. Dementsprechend besteht auch die dringende Notwendigkeit wei-

ter, Lösungen für die Probleme zu finden, die die Europäer ernsthaft beunruhigen. Wir meinen, daß auch die Regierung der BRD dieser Ansicht ist.

Die Sowjetunion ist ihrerseits überzeugt, daß die Verhandlungen über die Begrenzung der nuklearen Rüstungen in Europa fortgesetzt werden müssen und daß dies ohne ungerechtfertigte Verzögerungen geschehen muß.

VS-Bd. 13164 (231)

353

Deutsch-italienisches Regierungsgespräch

105-91.A/80 VS-vertraulich

9. Dezember 1980¹

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem italienischen Ministerpräsidenten, Herrn Arnaldo Forlani, am 9. Dezember 1980²;
hier: Dolmetscheraufzeichnung

An dem Gespräch, das ca. um 12 Uhr begann und bis zum gemeinsamen Mittagessen um 13.30 Uhr dauerte, nahmen auch die Außenminister Colombo und Genscher teil. Anwesend waren ferner von deutscher Seite die Herren MD von Staden und Botschafter Dr. Arnold, von italienischer Seite Botschafter Ferraris und der diplomatische Berater Forlanis, Gesandter Berlinguer.

Nach der Begrüßung sprach Ministerpräsident *Forlani* dem Bundeskanzler seinen Dank dafür aus, daß er und BM Genscher die deutsch-italienischen Konsultationsgespräche in einer Zeit so intensiver politischer Aktivität ermöglicht hätten. In den letzten Monaten sei es in Italien zwar zur Bildung einer neuen Regierung gekommen³ – wie oft im Leben seines Landes ein Wechsel in der Aufgaben- und Rollenverteilung stattfinde; über einen Punkt bestehe jedoch Gewißheit: Italien werde weiterhin „systematisch und konsequent“ im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft, im Rahmen der NATO und bilateral in enger Verbindung mit der Bundesrepublik Deutschland zusammenarbeiten. Ein Zeichen der Kontinuität sei auch darin zu sehen, daß seine – Forlanis – beiden Vorgänger Cossiga und Andreotti ihn gebeten hätten, dem BK herzliche Grüße zu überbringen.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragender Legationsrätin Bouverat am 10. Dezember 1980 gefertigt und von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Zeller, Bundeskanzleramt, am 11. Dezember 1980 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau „zur Vorlage bei dem Herrn Bundesminister und zur Unterrichtung des Auswärtigen Amtes“ übermittelt. Dazu vermerkte Zeller: „Der Bundeskanzler hat dem Vermerk noch nicht zugestimmt.“
Hat Wallau am 12. Dezember 1980 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14085 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

² Ministerpräsident Forlani und der italienische Außenminister Colombo hielten sich am 9. Dezember 1980 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 358.

³ In Italien wurde am 18. Oktober 1980 eine neue Regierung unter Ministerpräsident Forlani vereidigt.

Der *Bundeskanzler* erwiderte diese Grüße und betonte die sehr guten Beziehungen, die er seit Jahren mit den jeweiligen italienischen Regierungen unterhalte.

Forlani brachte dann das Gespräch auf die jüngste Erdbebenkatastrophe in Süditalien⁴ und sprach die tiefempfundene Dankbarkeit seiner Regierung und der italienischen öffentlichen Meinung für alle Beweise der Solidarität aus, die der betroffenen Bevölkerung von deutscher Seite zuteil geworden seien. Die sofortige und intensive Hilfe der Bundesregierung⁵, aber auch die Unterstützung durch karitative Verbände und religiöse Vereinigungen sowie durch deutsche Privatpersonen seien ein Beweis dafür, wie tief die Freundschaft zwischen den beiden Ländern reiche. Sein Dank gelte auch der entschlossenen Haltung, mit der sich die Bundesregierung im Rahmen der EG für eine Entscheidung über einen gemeinschaftlichen Beitrag zu einem Sanierungs-, Wiederaufbau- und Entwicklungsprogramm für die betroffenen Gebiete⁶ eingesetzt habe.

Der *Bundeskanzler* dankte *Forlani* für dessen freundliche Bemerkungen. Er hoffe, daß die EG-Kommission die Einzelheiten der im ER in Luxemburg⁷ gemeinsam erörterten Anleihe nunmehr ausarbeiten und dem Ministerrat bald zur Verabschiedung zuleiten werde.

Der BK erkundigte sich sodann nach dem Stand der Dinge im Erdbebengebiet, insbesondere auch im Hinblick auf den in diesem Jahr sehr früh einsetzenden Winter.

Forlani führte dazu aus, die emotional aufwühlendsten und dramatischsten Ereignisse im Zusammenhang mit der Bergung von lebenden und toten Opfern der Katastrophe sowie mit der Einweisung der Verletzten in Krankenhäuser hätten sich inzwischen etwas beruhigt; die eigentlichen Schwierigkeiten würden jedoch von Tag zu Tag größer: Obwohl in großer Zahl Hotels, Pensionen und auch Privathäuser zur Beherbergung der Obdachlosen besonders an den Küsten beschlagnahmt worden seien, sei es den Behörden bisher nicht gelungen, die betroffenen Menschen zum Beziehen der Unterkünfte zu bewegen. Es

⁴ Zum Erdbeben in Süditalien vgl. Dok. 349, Anm. 3.

⁵ Referat 301 notierte am 2. Dezember 1980: „Die Koordinierung der Soforthilfe hat wie bei ähnlichen Ereignissen in der Vergangenheit beim Auswärtigen Amt gelegen. Bei der Durchführung der Hilfsmaßnahmen war die Bundeswehr, insbesondere Luftwaffe und Heer, über das sonst übliche Maß hinaus beteiligt. Auch das dem BMI über das Bundesamt für Zivilschutz unterstellte Technische Hilfswerk ist auf Ersuchen des Auswärtigen Amts wieder eingesetzt worden. Daneben haben die großen Wohlfahrtsverbände, die Deutsche Rettungsflugwacht, der Arbeitersamariterbund sowie private Initiativen aus der Wirtschaft wie aus der Bevölkerung beachtliche Hilfsmaßnahmen durchgeführt, angeboten oder eingeleitet. [...] Die bisher geleistete Gesamthilfe der Bundesregierung läßt sich wegen des Einsatzes zweier B[undes]W[ehr]-Einheiten nicht genau beziffern. Die vorläufigen Leistungen aus dem Titel ‚Humanitäre Hilfe‘ (686 12) des Auswärtigen Amts betragen 2,15 Mio. DM (18 Transall-Flüge, THW-Einsatz, Hilfsgüter aus Beständen der BW).“ Vgl. Referat 203, Bd. 115875. Botschafter Arnold, Rom, berichtete am 4. Dezember 1980: „Die spontane und starke öffentliche und private Hilfe, die von Deutschland aus unmittelbar nach der Katastrophe den Opfern zuteil wurde, sowie der stark beachtete Einsatz des Bundeswehr und auch des Technischen Hilfswerks hatten und haben sachlich und auch in der öffentlichen Meinung eine sehr positive Wirkung.“ Ein Pionierbataillon der Bundeswehr, dem auch ein Feldlazarett unterstellt sei, habe die Arbeit aufgenommen: „Nach gegenwärtiger Abschätzung dürfte ein Einsatz von zunächst ein bis zwei Monaten sinnvoll sein.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1139; Referat 203, Bd. 115875.

⁶ Zu den von den Europäischen Gemeinschaften beschlossenen Maßnahmen vgl. Dok. 349, Anm. 4 und 5.

⁷ Zur Tagung des Europäischen Rats am 1./2. Dezember 1980 in Luxemburg vgl. Dok. 349.

bestehe bei der einheimischen Bevölkerung allgemein die Tendenz – die er psychologisch nicht gut verstehen könne –, am Ort des Geschehens zu bleiben. Vielleicht wisse Außenminister Colombo – der aus jener Gegend stamme⁸ und selbst zu den Geschädigten gehöre – eine Erklärung für diese die Grenzen jeder Vernunft übersteigende Haltung. Unter den jetzigen Umständen sehe die Regierung nicht, wie die für den Winter zu erwartenden Probleme zu lösen seien, wenn man die Menschen nicht von der Notwendigkeit einer anderweitigen Unterbringung überzeugen könne. Es bestehe die Gefahr, daß Kälte und Krankheiten noch mehr Opfer fordern werden als die Erdstöße selbst.

Minister *Colombo* erläuterte, es handle sich bei den im Erdbebengebiet lebenden Menschen um Bevölkerungsgruppen mit einer alten Tradition, die in letzter Zeit eine gewisse Wiederbelebung auf landwirtschaftlichem und handwerklichem Gebiet erfahren hätten. Durch die Verbesserung der Verkehrsverbindungen hätten sie bei aller Wahrung ihres Zusammenhalts doch auch Kontakte mit der Umwelt pflegen können. Unter den zusammengestürzten Häusern sei das wenige, was sie besäßen, begraben: die Ersparnisse, Postsparbücher, und insbesondere auch die Rentenunterlagen – was bei älteren Menschen eine große Rolle spiele –, Hausrat usw. Die meisten Eigentümer blieben an Ort und Stelle in der Hoffnung, einiges wiederaufzufinden. Am Vortage habe er – Colombo – mit einigen Bürgermeistern der Gegend gesprochen, die ihm berichtet hätten, allenfalls seien einzelne Obdachlose bereit, die Nacht in einem der beschlagnahmten Hotels zu verbringen, am darauffolgenden Morgen kehrten sie jedoch in ihre Dörfer zurück. Aus diesem Grunde sei es wichtig, vorerst Zelte, besonders aber auch Wohnwagen und Fertighäuser zu beschaffen. In einer weiteren Phase müsse dann an den Wiederaufbau gedacht werden.

Der *Bundeskanzler* griff den Gedanken auf, sich in der Zwischenzeit mit schnell zu errichtenden Fertighäusern eines billigen Typs (z. B. mit Wänden aus Preßholz) zu behelfen und erinnerte daran, daß während der Kriegsjahre 1942/43 – als in Deutschland viele Menschen durch Bombenschäden obdachlos geworden seien – sogenannte „Leihhäuser“ (d. h. Behelfshäuser bestehend aus einem Raum von 16 bis 18 m² mit einer Kochecke und sanitären Anlagen) zu Tausenden kurzfristig aufgestellt worden seien. Die Engländer hätten sich nach dem Krieg mit Nissenhütten beholfen. Wichtig sei, daß die Unterkünfte mit Fertigteilen ganz schnell errichtet würden als Übergangslösung, bis der eigentliche Wiederaufbau einsetzen könne. Es sei ihm – BK – nicht bekannt, ob man in Italien während des Krieges ähnliche Erfahrungen mit Fertigbauten gemacht habe: Jedenfalls wäre eine Unterbringung in derartigen Unterkünften, die ein bis zwei Jahre benutzt werden könnten, viel besser als ein monatelanges Leben unter Zelten.

Forlani bemerkte in diesem Zusammenhang, der zur Koordinierung der Arbeiten im Erdbebengebiet eingesetzte Regierungskommissar Zamberletti habe – in Erinnerung an die von dem BK geäußerte Bereitschaft, noch weitere Hilfsmöglichkeiten zu prüfen – in einem Telefongespräch am Vorabend darauf hingewiesen, daß ihm Wohncontainer des Typs, der von deutschen Firmen im Ausland oft verwendet werde, als besonders nützlich erschienen. Diese Container bestünden aus einem Wohnraum und den erforderlichen sanitären Einrichtungen.

⁸ Der italienische Außenminister Colombo wurde am 11. April 1920 in Potenza geboren.

Der *Bundeskanzler* gab zu bedenken, daß es noch billigere Arten von Unterkünften als Wohncontainer gebe, z.B. kleine Wochenendhäuser, wie sie zu Tausenden in deutschen Schrebergärten stünden. Diese Häuschen seien genormt, sie böten für zwei bis drei Personen Unterkunft und kosteten 6000 bis 8000 DM. Sie bestünden aus Holz – Spanplatten – mit doppelten Wänden und seien für einige Jahre auch im Winter bewohnbar. In Skandinavien würden – wegen der größeren Kältegrade – Holzhütten einer noch solideren Bauart verwendet. Die beschriebenen Fertighäuser könnten später als Wochenendhäuser verkauft werden, wenn sie nicht mehr als Zwischenunterkünfte gebraucht würden.

Auf eine Frage des Bundeskanzlers, ob im Erdbebengebiet genügend Trinkwasser vorhanden sei, berichtete *Colombo*, die entsprechenden Leitungen seien fast überall wiederhergestellt oder durch Neuanschlüsse ersetzt worden. Dies gelte auch für den elektrischen Strom und das Telefonnetz. In dieser Hinsicht lägen die Dinge wesentlich günstiger, als es in der von der Opposition gegen die Regierung geführten Kampagne geschildert werde. Er regte an, daß sich die italienische Botschaft in Bonn über die auf dem deutschen Markt bestehenden Beschaffungsmöglichkeiten für in Frage kommendes Material unterrichten sollte. Evtl. werde Zamberletti es auch für zweckmäßig finden, einen Experten in die Bundesrepublik zu entsenden.

Der *Bundeskanzler* bemerkte hierzu, die zuständigen Anlaufstellen seien in letzterem Fall das Bundeswohnungsbauministerium und das Technische Hilfswerk. Er verwies auf seine eigenen Erfahrungen während der Hamburger Flutkatastrophe im Jahre 1962, als ein Fünftel der Bevölkerung plötzlich im Winter obdachlos geworden sei.⁹ Auch damals habe es zunächst gegolten, Menschenleben zu retten; dann aber habe man sich um die Unterbringung der Geretteten kümmern und sie vor Epidemien schützen müssen. Man meine in solchen Fällen immer, die Hauptsache sei getan, wenn die Leben gerettet seien; die eigentlichen Probleme fingen aber in diesem Zeitpunkt erst an.

Minister *Colombo* erläuterte im Zusammenhang mit den Folgen des Erdbebens, diese ließen sich durch zwei konzentrische Kreise beschreiben: Im Epizentrum des Bebens seien die Gebäude vollständig zerstört, ganze Dörfer verwüstet und zahlreiche Opfer zu beklagen. In dem umliegenden Gebiet seien die meisten Wohnungen und öffentlichen Gebäude beschädigt. Dadurch sei die Regierung gezwungen, ihren Wirtschaftsplan für die Zukunft zu ändern: Es müßten erhebliche Verschiebungen zugunsten des öffentlichen und privaten Wohnungsbaus vorgenommen werden. Sehr stark betroffen seien die Provinzhauptstädte Neapel, Salerno, Avellino, Potenza und noch weiter vom Erdbebenzentrum entfernte Gegenden.

Auf die Frage des *Bundeskanzlers*, wie man sich erkläre, daß die griechischen Tempel von Paestum das Erdbeben gut überstanden hätten, antwortete *Colombo*, es handle sich dabei wohl um besonders bewährte Bauten, die während ihres langen Daseins so vieles erlebt hätten, daß sie durch nichts mehr zu erschüttern seien! Pompeji dagegen habe etwas gelitten und müsse sehr bald wieder instandgesetzt werden, um weitere Schäden zu vermeiden.

⁹ Am 16./17. Februar 1962 wurde Hamburg von einer Sturmflut betroffen. Helmut Schmidt war von 1961 bis 1965 Innensenator der Freien und Hansestadt Hamburg.

Während des Mittagessens kam der *Bundeskanzler* auf die Tätigkeit deutscher Pioniersoldaten im Erdbebengebiet zurück und fragte, wie lange die dorthin entsandten Einheiten wohl noch gebraucht würden.

Colombo würdigte die Tätigkeit dieser Militäreinheiten bei der Bergung von Opfern und Räumung von Trümmern und meinte, man wäre dankbar, wenn sie noch eine Zeitlang in Italien bleiben könnten.¹⁰

Forlani betonte, daß das Unglück sein Land in einem wirtschaftlich besonders schwierigen Moment getroffen habe.

Auf die Bemerkung des *Bundeskanzlers*, daß Italien aber immerhin ein bestimmtes Wachstum zu verzeichnen habe, verwies *Forlani* auf die hohe Inflationsrate (20 %) und das starke Zahlungsbilanzdefizit.

Der *Bundeskanzler* entgegnete, die Deutschen zögen unvernünftigerweise ein Nullwachstum einer Inflationsrate von 7 % vor. Für das kommende Jahr werde in der Bundesrepublik in der Tat ein wirtschaftliches Wachstum von null und nicht – wie *Colombo* meinte – 4 % vorgesehen.

Auf eine Bemerkung des *Bundeskanzlers* über die „*economia sommersa*“¹¹ in Italien erläuterte *Colombo*, diese „unter der Oberfläche tätige Wirtschaft“ müsse bei den Zahlenwerten insofern berücksichtigt werden, als sie einen Teil der Beschäftigung absorbiere: Sie werde also bei den Zahlen über die Beschäftigung und die Arbeitslosigkeit angerechnet, jedoch nicht bei den Einkommenswerten.

Forlani unterstrich, daß das Wirtschaftsgeschehen seines Landes viel enger an den Verlauf des Wirtschaftslebens in der Bundesrepublik geknüpft sei, als man im allgemeinen denke: In den letzten Jahren sei die italienische Wirtschaftslage ziemlich gut gewesen (Steigerung des BSPs jeweils um 4 %); dies sei weitgehend auf die Abwertung des Dollars und die stabile Bewertung der DM zurückzuführen. Italien beziehe viele Rohstoffe aus der Dollar-Zone und exportiere stark in das DM-Gebiet. Aus diesem Grunde habe sein Land bis vor einiger Zeit erheblichen Gewinn aus den Wechselkursrelationen gezogen und habe sich somit über Wasser halten können. Heute sei jedoch eine Umkehr der Bewertung des Dollars und der DM zu verzeichnen, die ihn zu einer pessimistischeren Prognose für die italienische Wirtschaft veranlasse.

Der *Bundeskanzler* verwies darauf, daß der Dollar gegenüber allen Währungen angezogen habe, während die DM in der Tat gesunken sei. Da in New York zur Zeit Zinssätze von 19 bis 20 % gezahlt würden, fließe viel Geld in die USA, was zu einer Stärkung des Dollars geführt habe. In der Bundesrepublik betrage der Zinssatz 9 %, wodurch sich die Geldabflüsse erklärten. Dies werde aber nicht so

¹⁰ Ministerialdirigent Dröge notierte am 12. Dezember 1980, die italienische Regierung habe sich dafür bedankt, „daß der Bundeskanzler MP Forlani gestern (9.12.) zugesagt habe, ein Pionierbataillon nach der Weihnachtspause bis etwa Ende Januar im Erdbebengebiet zu belassen.“ Dröge ergänzte: „Ein Abzug des Bundeswehrebataillons nach einem Einsatz von nur zwei bis drei Wochen könnte die Verzweigung der betroffenen Bevölkerung erhöhen und italienische und deutsche öffentliche Kritik am Sinn des Bundeswehreinsatzes überhaupt auslösen.“ Daher sei ein Verbleib bis Ende Januar 1981 wünschenswert: „Eine Verlängerung über diese, auch für uns vertretbare Zeitspanne hinaus sollte dagegen nur auf den ausdrücklichen und auf hoher Ebene erneut zu äußern den italienischen Wunsch hin erwogen werden“. Vgl. Referat 203, Bd. 115875.

¹¹ Schattenwirtschaft.

bleiben, weil die amerikanische Inflationsrate dreimal höher liege als der deutsche Preissteigerungssatz. Es sei daher eine erneute Umkehr der Währungstendenz zu erwarten, die sich wiederum günstig auf die italienische Wirtschaft auswirken werde.

Er – BK – sei im übrigen überzeugt davon, daß sich die italienische Wirtschaft bis 1985 deutlich besser entwickeln werde, als es dem europäischen Durchschnitt entspreche. Bis Mitte der 80er Jahre werde Italien seines Erachtens England überholen, da seine Wirtschaft viel vitaler sei als die britische. Er glaube nicht, daß es der Regierung Thatcher gelingen werde, die englische Produktion wirklich in Gang zu bringen.

Colombo erinnerte sodann an die Ausführungen, die der BK über die Veränderung der Wechselkurse im Rahmen des Europäischen Rates in Luxemburg gemacht hatte: Wenn er den BK richtig verstanden habe, habe dieser erklärt, daß es kurzfristig – etwa im nächsten Frühjahr – zu einer Umkehrung in der Bewertungstendenz der DM und des Dollars sowie anderer Währungen kommen werde. Er – *Colombo* – erfahre gerne, ob diese Ankündigung nur eine Prognose des BK oder das Ergebnis einer bestimmten Politik der Bundesregierung sein werde.

Der *Bundeskanzler* erläuterte, es handle sich um eine Prognose, die unter Berücksichtigung der Tatsache aufgestellt werden könne, daß die Inflationsrate der USA im Frühjahr dreimal so hoch sein werde als die Preissteigerungsrate in der Bundesrepublik. Dies werde sich auch aus psychologischen Gründen auf die Bewertung der Währungen auswirken. Ferner sei infolge höherer Exporte aus der Bundesrepublik in die Ölländer und relativ geringerer Öleinfuhren eine Minderung des – durch die zweite Ölpreisexplosion verursachten – deutschen Zahlungsbilanzdefizits zu erwarten.

Forlani bemerkte, die Schlußfolgerungen, die der Bundeskanzler aus einem Vergleich zwischen der Tendenz der italienischen und der britischen Wirtschaft ziehe, seien zweifellos richtig. Zugunsten von Italien wirke sich das Vorhandensein einer sehr anpassungs- und exportfähigen kleineren und mittleren Industrie aus. Jedoch sei für Italien – im Gegensatz zu Großbritannien – die „große Unbekannte des Erdöls“ von ausschlaggebender Bedeutung, da der Energieverbrauch seines Landes zu 70% auf dem Erdöl basiere. Abgesehen davon, daß das Vereinigte Königreich über eigenes Öl verfüge, habe es auch ein umfangreiches Kernenergieprogramm entwickelt. Italien befinde sich demgegenüber in einem doppelten Nachteil, weil es nicht nur kein Erdöl produziere, sondern auch noch Schwierigkeiten bei der Durchsetzung seiner Nuklearvorstellungen habe.

Der *Bundeskanzler* unterstrich die dringende Notwendigkeit, in Europa genügend Kernkraftwerke zu errichten. Er meine, daß man sich auf europäischer Ebene gegenseitig helfen sollte, um unvernünftige emotionelle Widerstände zu überwinden. Dies könnte durch gemeinsame Forderungen im Rahmen des Europäischen Rats oder des Allgemeinen Ministerrats geschehen. Insbesondere in den Niederlanden und in Dänemark bestünden derartige grundsätzliche Widerstände, wenn sie auch in letzterem Fall wegen des geringen Ausmaßes des Landes weniger ins Gewicht fielen. Sollten im Laufe der 80er Jahre nicht genügend Kernkraftwerke gebaut werden, könnte Europa den OPEC-Ländern „ans Messer geliefert“ werden.

In beiden Parteien der Bonner Regierungskoalition gebe es „schreckliche Konvulsionen und Widerstände“, die überwunden werden müßten. Sehr hilfreich erschiene es ihm, wenn der ER oder der EG-Ministerrat eine an die Mitgliedstaaten gerichtete Forderung beschließen würde, wonach innerhalb festgelegter Zeiträume bestimmte quantitative Ziele in der Kernstromerzeugung erreicht werden müßten. Dies wäre für die Bundesrepublik innenpolitisch wertvoll und stellte aus wirtschaftlicher Sicht auch „ein Stück Lebensversicherung“ dar. In der Gemeinschaft sei die Einstellung zu diesen Fragen unterschiedlich: Frankreich und Belgien hätten nicht die gleichen Schwierigkeiten wie andere. Er selbst (BK) hielte jedenfalls einen Verzicht auf Kernkraftwerke für lebensgefährlich.

Forlani erklärte sich mit den Ausführungen des BK zum Kernenergieproblem sehr einverstanden. Die italienische Regierung habe einen Energieplan erarbeitet, der demnächst im Ministerrat erörtert werden solle. Er selbst sei von der Notwendigkeit der Kernenergie absolut überzeugt. Der genannte Plan sehe den sofortigen Bau von acht Kernkraftanlagen vor, denen später weitere 15 KKW folgen sollen.

Auf die Frage des *Bundeskanzlers*, ob es in Italien nur in der Democrazia Cristiana oder in allen Parteien Schwierigkeiten gebe, erwiderte *Forlani*, abgesehen von der Haltung einiger kleinerer Minderheitsgruppen unter den im Parlament vertretenen politischen Kräften hätten weder die Regierungsparteien noch die große Oppositionspartei KPI grundsätzliche Bedenken gegen Kernkraftwerke. Die Schwierigkeiten lägen in Italien vielmehr bei den Gebietskörperschaften und bei der lokalen Bevölkerung, die sich gegen die Errichtung von entsprechenden Anlagen in ihrem jeweiligen Bezirk auflehnten.

Schon aus rein finanziellen Erwägungen müßte man sich in Italien für die Kernenergie entscheiden: Wenn man bedenke, daß einerseits für das vergangene Jahr ein Zahlungsbilanzdefizit in Höhe von 6000 Mrd. Lire (= 6,8 Mrd. Dollar) zu verzeichnen sei und andererseits im gleichen Jahr die Rechnung für die Öleinführen 18 Mrd. Dollar betragen habe, drängten sich einem bestimmte Schlußfolgerungen auf, die auch für die öffentliche Meinung einleuchtend sein sollten. Seine – *Forlanis* – Regierung sei jedenfalls entschlossen, das in Aussicht genommene Programm durchzusetzen.

Der *Bundeskanzler* verwies auf ein in der Bundesrepublik entwickeltes Gesetz, wonach – mit bestimmten zeitlichen Auslaufristen – ein Verbrennen von Erdöl in Kraftwerken total verboten werde.¹²

¹² Am 21. April 1980 leitete die Bundesregierung dem Bundestag den Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung energierechtlicher Vorschriften zu, als dessen Zielsetzung neben der Förderung der heimischen Kohle die „Gewährung von Investitionskostenzuschüssen für die Umrüstung ölbefeuerten auf kohlebefeuerte Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen“ angegeben wurde. Zur Begründung wurde ausgeführt, daß damit sowohl die „zur Erreichung des Verstromungsziels erforderlichen Kapazitäten“ geschaffen als auch ein „Beitrag zur weiteren Verdrängung von Heizöl aus dem Kraftwerksbereich“ geleistet werden solle. Vgl. BT ANLAGEN, Bd. 263, Drucksache 8/3917, S. 2 bzw. S. 16. Für den Wortlaut des Gesetzes vom 25. August 1980 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1980, Teil I, S. 1605–1613.

Am 24. November 1980 führte Bundeskanzler Schmidt im Bundestag aus, daß als Ergebnis dieser Politik nur noch 7 % der Elektrizität in der Bundesrepublik aus Öl-Kraftwerken komme, und kündigte den Vorschlag einer gesetzlichen Regelung an, „um Öl gänzlich aus den Kraftwerken herauszunehmen“. Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 117, S. 31.

Colombo stellte in diesem Zusammenhang die Frage, ob bei den jetzigen Ölpreisen die Stromerzeugung aus Kohle in der Bundesrepublik vorteilhafter sei. Der *Bundeskanzler* antwortete, die Relation sei zwar etwas besser geworden, jedoch sei die Stromerzeugung aus Kohle im Moment noch teurer. Das Schlimmste sei die Tatsache, daß nicht mehr genügend Deutsche bereit seien, im Bergbau zu arbeiten. Von den Untertagearbeitern in der Bundesrepublik seien schon jetzt 20 % Türken.

Forlani brachte dann das Gespräch auf die Lage in Polen¹³ und sagte dazu, in der vergangenen Nacht sei bei der italienischen Regierung eine Nachricht eingegangen, die auf eine Verschärfung der Situation hindeute:

Es sollen fünf sowjetische Divisionen durch polnisches Gebiet nach Ostdeutschland verlegt worden sein. Allerdings sei diese alarmierende Meldung bis zum Vormittag nicht bestätigt worden.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, der deutschen Seite sei hierüber nichts bekannt. Kurz vor dem Eintreffen der italienischen Gäste habe er mit AM Genscher über die Lage in Polen gesprochen.

BM *Genscher* führte dazu aus, seines Erachtens bestehe keine Notwendigkeit, sowjetische Truppen durch Polen in die DDR zu verbringen, da bereits erstklassige kampfbereite sowjetische Truppen in großer Anzahl (21 Divisionen) in der DDR stationiert seien. Es handle sich dabei um qualitativ bessere Einheiten als die im Westen der SU liegenden Streitkräfte. Er halte es jedoch für möglich, daß unter dem Vorwand der Abhaltung größerer Manöver der WP-Staaten Truppen aus allen Richtungen nach Polen entsandt werden könnten, und zwar als Demonstration der sowjetischen Macht zum Zwecke der Einschüchterung. Dies könnte besonders für den 16. Dezember, dem zehnten Jahrestag der Erschießung polnischer Arbeiter¹⁴, in Aussicht genommen werden, da an diesem Tag in Danzig ein entsprechendes Mahnmal in Anwesenheit von Kania und Wałęsa eingeweiht werden solle.¹⁵ Wenn derartige Maßnahmen zur Einschüch-

¹³ Botschafter Negwer, Warschau, informierte am 8. Dezember 1980, in Polen sei das Ergebnis der Tagung führender Vertreter der Warschauer-Pakt-Staaten am 5. Dezember in Moskau „mit spürbarer Erleichterung aufgenommen worden. Überwiegend wird nunmehr davon ausgegangen, daß eine Interventionsgefahr vorerst nicht besteht. Vielmehr wird die Erklärung dahingehend interpretiert, daß die Verbündeten zwar von der polnischen Führung künftig ein härteres Durchgreifen gegen die Opposition erwarten, ihr aber freie Hand lassen, die Lage politisch zu stabilisieren. [...] Auch bei den Gewerkschaften und in der Bevölkerung dürfte das klare Bewußtsein bestehen, daß mehr denn je der Eindruck nach außen vermieden werden muß, die Lage in Polen gerate außer Kontrolle.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1503; Referat 214, Bd. 132907.

¹⁴ Zu den Unruhen in Polen im Dezember 1970, bei denen in Danzig und Gdingen nach Bekanntgabe der Beschlüsse des ZK der PVAP vom 12./13. Dezember 1970 über Erhöhungen der Preise für Lebensmittel ca. 90 Menschen starben, vgl. Dok. 33, Anm. 15.

¹⁵ Botschafter Negwer, Warschau, berichtete am 17. Dezember 1980, am Vortag sei in Danzig das Denkmal für die Opfer von 1970 eingeweiht worden: „Organisator der Feierlichkeiten ist das ‚Gesellschaftliche Komitee für den Bau der Denkmäler der Opfer des Dezembers 1970‘, in dem Vertreter der ‚Solidariät‘ und von Verbänden des Kulturlebens, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sowie Künstler, nicht jedoch Vertreter des Staatsapparates vertreten sind. Zu der Einweihung war auch das Dipl[m]omatische Corps der westlichen Staaten eingeladen worden, nach Abstimmung mit den EG-Botschaften, Sondierung im polnischen Außenministerium und Rücksprache mit dem Auswärtigen Amt habe ich von einer Teilnahme seitens der Botschaft abgesehen, da von polnischer Seite angedeutet worden war, die Feierlichkeiten würden als innere Angelegenheit betrachtet, und im Hinblick hieraus sich die anderen EG-Staaten geschlossen gegen eine Teilnahme ausgesprochen hatten. [...] Nach diesem Verlauf der Feierlichkeiten dürfte sich die Atmosphäre, die sich seit dem

terung nicht reichten, könnte es zu einem verstärkten Einsatz der polnischen Sicherheitskräfte kommen. Erst in einer weiteren Phase wäre mit einer sowjetischen Intervention zu rechnen. Aber auch diese Entscheidung hänge weniger von dem Willen der Russen als von der Haltung der polnischen Bevölkerung ab. Er – Genscher – glaube nicht, daß die sowjetische Führung – wie seinerzeit in Ungarn¹⁶ und Prag¹⁷ – einen Wechsel in der polnischen Führungsspitze herbeiführen wolle. Sie werde eher versuchen – wenn auch mit einer Eskalation von Drohungen –, mit Kania die Lage im Griff zu behalten.

Der *Bundeskanzler* bekräftigte, daß er die Meldung über die Verlegung von fünf sowjetischen Divisionen nicht für zutreffend halte. Sie könnte sich aber bald bewahrheiten, falls Manöver des Warschauer Paktes auf polnischem Boden abgehalten würden. Sicherlich werde über diese Fragen in der bevorstehenden Sitzung des NATO-Rates¹⁸ gesprochen werden. In diesem Zusammenhang gebe er folgendes zu bedenken: Er glaube nicht, daß dabei das Wichtigste sei, eine bestimmte Anzahl von Maßnahmen festzulegen, die im Falle einer sowjetischen Intervention anzuwenden wären. Die SU werde es sicher vermeiden, Anlaß zu militärischen Operationen des Westens zu bieten. Viel wichtiger erscheine ihm (BK) eine Erörterung im NATO-Rat über die möglichen politischen Reaktionen im Falle eines Einmarsches der Sowjets. Vor allem müsse man definieren, was als „Einmarsch“ und was als „Manöver“ zu gelten habe. Zur Abhaltung von Manövern sei der WP aufgrund der Verträge berechtigt. Unter dem Deckmantel des Begriffs „Manöver“ könnte es aber zu einer schleichenden, getarneten Intervention kommen. Hier sehe er eine besondere Gefahr, über deren Verhinderung sich der NATO-Rat Gedanken machen sollte. Die Generäle seien manchmal leicht zur Hand mit Maßnahmen der „militärischen Wachsamkeit“ und Planspielen, die sich letztlich als nicht sehr sinnvoll erweisen könnten.

Forlani wies darauf hin, daß auch die Haltung der neuen US-Administration¹⁹ mit in Betracht gezogen werden müsse. Die Regierung Carter sei ja weitgehend infolge der allgemeinen Frustration über die stets schwächer gewordene weltpolitische Position der USA gegenüber der SU abgewählt worden. Möglicherweise setze die SU das für sie mit einer veränderten Haltung der USA verbundene Risiko nicht in ihr Kalkül ein.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, seiner Ansicht nach seien sich die Sowjets über das Risiko im klaren, sonst hätten sie bereits interveniert. Dies gelte auch für den Fall, daß es vorher keine Intervention in Afghanistan gegeben hätte.

Colombo berichtete sodann über eine Demarche der Amerikaner bei ihm im

Fortsetzung Fußnote von Seite 1831

Moskauer Gipfel bereits entspannt hatte, weiter beruhigen.“ Die polnische Regierung habe eine Atempause gewonnen, „die sie allerdings mit Sinn für Maß zur weiteren behutsamen Stabilisierung nutzen muß“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1549; Referat 214, Bd. 132908.

¹⁶ Nach dem Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt intervenierten am 4. November 1956 sowjetische Truppen.

¹⁷ Am 20./21. August 1968 intervenierten Truppen des Warschauer Pakts in der cSSR. Vgl. dazu AAPD 1968, II, Dok. 261–263 und Dok. 273.

¹⁸ Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1980 in Brüssel vgl. Dok. 363 und Dok. 364.

¹⁹ Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen statt, aus denen der Kandidat der Republikanischen Partei, Reagan, als Sieger hervorging. Vgl. dazu Dok. 314, Anm. 3. Präsident Reagan nahm am 20. Januar 1981 die Amtsgeschäfte auf.

Anschluß an eine Rede des US-Präsidenten vom Vortage²⁰ und fragte, ob auch bei der Bundesregierung ein entsprechender Schritt erfolgt sei²¹ bzw. wie diese darauf reagiert habe. Er – Colombo – habe bereits vor vier Tagen, wie BM Genscher²², ein Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter²³ geführt. Es würde ihn interessieren, wie man die Dinge hier behandelt habe, ob ein Kommuniqué darüber erschienen sei.

BM Genscher antwortete, ein Kommuniqué habe es nicht gegeben, aber es bestünden vielerlei Wege – nicht nur durch ein Gespräch mit dem Sowjetbotschafter –, die eigene Haltung zu einer sowjetischen Intervention zum Ausdruck zu bringen. In diesem Zusammenhang halte er die jüngste Erklärung des Europäischen Rates²⁴ für wichtig, ebenso wie auch die Bezugnahme auf die in Paris abgegebene deutsch-französische Erklärung vom 5. Februar 1980²⁵, in der festgestellt worden sei, daß die Entspannung nach Afghanistan keinen weiteren Schlag dieser Art aushalten werde. Der Inhalt dieser Erklärung sei auch von den anderen Kollegen in Brüssel indossiert worden.

Im Anschluß an das Mittagessen wies MP *Forlani* den Bundeskanzler unter vier Augen darauf hin, daß anläßlich des Besuches von Mrs. Thatcher in Rom²⁶ das Gerücht über die Abhaltung eines neuen Gipfeltreffens der Art des Vierer-Treffens von Guadeloupe²⁷ kursiert sei. Er – Forlani – halte ein derartiges Treffen nicht für opportun, nicht nur, weil er darin eine Diskriminierung Italiens sehen würde, sondern weil auch in den Augen anderer Partner dieses Treffen nicht sinnvoll erschiene. Es gehe ihm keineswegs darum, eine Teilnahme Italiens zu erwirken, sondern darum, seine Besorgnis wegen einer möglichen Reaktion der italienischen öffentlichen Meinung in einem besonders ungünstigen Moment zum Ausdruck zu bringen. Es sei ihm – Forlani – natürlich bekannt, daß die Initiative seinerzeit im wesentlichen von Giscard d'Estaing ausgegangen sei.

Da Italien fest entschlossen sei, im Rahmen der NATO und der EG im Gleichklang mit der Bundesrepublik seinen Verpflichtungen nachzugehen, bitte er den Bundeskanzler, dies dem französischen Präsidenten und der US-Administration mitzuteilen und sie zu bitten, von einem erneuten Gipfel à la Guadeloupe Abstand zu nehmen.

²⁰ Präsident Carter erklärte am 7. Dezember 1980 in Washington, es habe den Anschein, als seien die Vorbereitungen für eine mögliche sowjetische Intervention in Polen abgeschlossen. Wie schon am 3. Dezember 1980 wolle er vor gravierenden Konsequenzen für die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen im Falle einer Intervention warnen. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, CARTER 1980, S. 2785.

²¹ Für das Schreiben des Präsidenten Carter vom 7. Dezember an Bundeskanzler Schmidt 1980 vgl. VS-Bd. 14087 (010).

Zu Carters Schreiben an Schmidt und andere verbündete Staats- und Regierungschefs vgl. BRZEZINSKI, White House Diary, S. 41.

²² Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow am 8. Dezember 1980 vgl. Dok. 352.

²³ Nikolaj Mitrofanowitsch Lunkow.

²⁴ Für den Wortlaut der Schlußfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rats auf seiner Tagung am 1./2. Dezember 1980 in Luxemburg vgl. BULLETIN 1980, S. 1097–1100.

²⁵ Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung anläßlich der deutsch-französischen Konsultationen am 4./5. Februar 1980 in Paris vgl. BULLETIN 1980, S. 117 f.

²⁶ Premierministerin Thatcher hielt sich am 23./24. November 1980 in Italien auf.

²⁷ Am 5./6. Januar 1979 trafen sich Ministerpräsident Callaghan, Präsident Carter, Staatspräsident Giscard d'Estaing und Bundeskanzler Schmidt auf Guadeloupe zur Erörterung außen-, sicherheits- und wirtschaftspolitischer Fragen. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 2, Dok. 3 und Dok. 5.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, ihm sei nichts über eine Initiative der erwähnten Art bekannt. Er werde sich bei Giscard erkundigen. Er könne die dargelegten Bedenken der italienischen Regierung aber verstehen.

VS-Bd. 14085 (010)

354

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-6554/80 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1840
Citissime

Aufgabe: 9. Dezember 1980, 13.25 Uhr¹
Ankunft: 9. Dezember 1980, 14.00 Uhr

Betr.: Eurogroup – geschlossene Sitzung;

hier: a) Teil I – Independent European Programme Group (IEPG)

b) Teil II – Strategic Issues und weitere TOPs

I. Independent European Programme Group (IEPG)

Der norwegische Verteidigungsminister gab einen kurzen Sachstandsbericht über den gegenwärtigen Stand der IEPG. Er behandelte hierbei die Arbeit in den drei Panel² und hob hervor, daß der transatlantische Dialog mit Nordamerika zunehmend konkreter geworden sei, wobei der Schwerpunkt auf dem Dual-Production-Vorhaben und den beiden Waffenpositionen Air-to-Air und ATGW³ liege.

In einem zweiten Teil seiner Ausführungen berichtete der norwegische Verteidigungsminister über die Ergebnisse der jüngsten Konferenz der IEPG-Staatssekretäre in Oslo über die Zukunft der IEPG. Diese Konferenz habe den Weg geöffnet für konkrete Schritte. Unerlässlich sei jedoch, daß Fortschritte so bald wie möglich erreicht würden.

Er kündigte einen Brief des norwegischen Rüstungsdirektors mit Vorschlägen zur Implementierung der Beschlüsse der Staatssekretäre an. Die Unterstützung

¹ Hat Vortragendem Legationsrat Kreusel am 9. Dezember 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an die Vortragenden Legationsräte Seibert und Boden „n[ach] R[ückkehr]“, sowie die Legationsräte I. Klasse Rupprecht und Wagner verfügte.

Hat Seibert am 9. Dezember 1980 vorgelegen.

Hat Rupprecht und Wagner am 10. Dezember 1980 vorgelegen.

Hat Boden am 11. Dezember 1980 vorgelegen.

² Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann vermerkte am 28. November 1980: „Die im Februar 1976 unter Einschluß Frankreichs gegründete IEPG war angetreten mit dem Ziel, die europäische Rüstungszusammenarbeit zu verbessern. In drei Ausschüssen (Panel) werden folgende spezifische Vorarbeiten für eine spätere Kooperation geleistet: jährliche Überprüfung und Fortschreibung von Replacement Schedules, die eine auf 15 Jahre vorausgeplante nationale Bedarfsliste für neue Waffensysteme umfassen; Prüfung konkreter nationaler Vorhaben auf deren Eignung für intraeuropäische Kooperation; Erarbeitung von Richtlinien und Verfahrensregeln.“ Vgl. Referat 201, Bd. 120132.

³ Anti-Tank Guided Weapon.

durch die Minister werde benötigt, um den Rüstungsdirektoren ihre schwere Arbeit zu erleichtern.

Der luxemburgische Verteidigungsminister⁴ erläuterte die Haltung seiner Regierung zur europäischen Rüstungskooperation und betonte das Interesse an Kompensationen für Rüstungskäufe in einem möglichst breiten Rahmen.

Der niederländische Verteidigungsminister⁵ erklärte das ausdrückliche Vertrauen seines Landes, daß die norwegische Initiative sich erfolgreich für die IEPG auswirken werde, und plädierte dafür, die Implementierung der in Oslo gefaßten Beschlüsse rasch zu beginnen.

(1) BM Apel faßte die Vorschläge des Berichterstatters mit der Bemerkung zusammen, daß die PermReps⁶ die Anregungen aufnehmen würden.

II. Strategic Issues und weitere TOPs

1) Nach einer einleitenden Äußerung von BM Dr. Apel trugen die Minister von DK⁷, IT⁸, NL, NO, TU⁹ und UK ihre Überlegungen zur Entwicklung der Lage seit der Invasion in Afghanistan vor.

BM Dr. Apel wiederholte in seiner Einleitung die bekannte deutsche Haltung (kein originäres NATO/WP-Problem, angemessenes Forum UN, dort Beteiligung durch Dritte-Welt-Länder). Durch veränderte Lage in Golf-Region nicht nur Interessen der USA und Europa, sondern auch OECD-Länder betroffen.

Antwort des Westens verlangt umfassende Reaktion, bei der militärische Maßnahmen nur ein Teil neben den politischen sind. Hieran können sich alle Länder nach ihren Möglichkeiten beteiligen. Dies ist „division of labour“.

Obwohl die NATO sich wegen Afghanistan nicht in einer Krise befindet, ist die Lage schwierig.

Gründe: Zustand und Entwicklung der Wirtschaft (Nullwachstum, Leistungsbilanzdefizit, Arbeitslosigkeit). Mögliche Einwirkung auf soziale Stabilität, auf der unsere Sicherheit ebenso beruht wie auf Verteidigungsvorbereitungen.

Diese Lage erfordert (gemeinsam mit den USA, die für Sicherheit Westeuropas unterläßlich sind),

a) der Öffentlichkeit deutlich machen, weshalb Verteidigungsminister immer wieder mehr Geld fordern müssen;

b) Nachweis führen, daß Steuergelder kosteneffektiv in Verteidigungskraft umgesetzt werden, soweit dies in einem Bündnis im Rahmen der Kooperation und unter Beachtung auch anderer wirtschaftlicher Gesichtspunkte möglich ist;

c) Festhalten an einmal festgelegten Zielen, z. B. LTDP¹⁰.

2) In der Aussprache spielte das Drei-Prozent-Ziel¹¹ eine wesentliche Rolle.¹² IT

⁴ Émile Krieps.

⁵ Pieter de Geus.

⁶ Permanent Representatives.

⁷ Poul Søgaard.

⁸ Lelio Lagorio.

⁹ Haluk Bayülken.

¹⁰ Zum Langfristigen Verteidigungsprogramm der NATO vom 30./31. Mai 1978 vgl. Dok. 1, Anm. 9.

¹¹ Vgl. dazu die „Ministerial Guidance 1977“; Dok. 1, Anm. 8.

¹² An dieser Stelle vermerkte Vortragender Legationsrat Kreusel handschriftlich: „B[o]d[en].“

und TU erklärten mit Bestimmtheit, dieses Ziel 1981 zu erreichen. Die Minister waren sich einig, daß es weniger auf das formale Einhalten dieses Prozentsatzes als darauf ankomme, daß verfügbare Mittel möglichst kosteneffektiv in Verteidigungskraft umgesetzt werden. Zum Maßstab: Er sei zwar in mancher Hinsicht künstlich, aber als Anreiz unerlässlich (NO). Der Symbolwert für US-Augen dürfe nicht unbeachtet bleiben (UK).

3) Zur Lage in Polen¹³ äußerten sich drei Minister. VM Pym (UK) wies darauf hin, daß Weltreaktion auf Afghanistan hemmend auf SU-Verhalten gegenüber Polen wirke. Sollte SU dennoch militärisch intervenieren, müsse das Bündnis entschieden reagieren, nicht nur posieren. Aber auch nicht nur Aktivität um ihrer selbst willen entwickeln. IT: Nach Afghanistan ist Rüstungskontrollpolitik¹⁴ schwieriger geworden. Eine militärische Intervention in Polen würde jeglicher Bemühung um Rüstungskontrolle den Boden entziehen. VM Stoltenberg (NO) warnte davor, auf Ereignisse so zu reagieren, als handele es sich um ein Allianz-Mitglied.

(2) 4) BM Apel dankte für die intensive Beteiligung an dem Gedankenaustausch, der nach Straffung der Tagung gewiß noch intensiviert werden könnte. Die angesprochenen Themen würden sicherlich auch in der DPC-Sitzung erörtert werden.¹⁵

5) Kommuniqué wurde nach kurzer Diskussion verabschiedet (s. DB Nr. 1830 vom 8.12.1980).¹⁶

6) Entscheidung über Vorsitz Eurogroup 1981¹⁷ wurde wegen Todes PO Verteidigungsminister (s. DB Nr. 1829 vom 8.12.1980¹⁸) bis Jahresende zurückgestellt.¹⁹

[gez.] Wieck

VS-Bd. 10318 (201)

¹³ Die Wörter „Zur Lage in Polen“ wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kreusel hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „214.“

¹⁴ Die Wörter „nach Afghanistan ist Rüstungskontrollpolitik“ wurden von Vortragendem Legationsrat Kreusel hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „220.“

¹⁵ Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 9. Dezember 1980 in Brüssel vgl. Dok. 355 und Dok. 356.

¹⁶ Für den Drahtbericht Nr. 1830, mit dem Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), das Kommuniqué der Ministersitzung der Eurogroup der NATO am 8. Dezember 1980 in Brüssel übermittelte, vgl. Referat 201, Bd. 120230.

Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. BULLETIN 1980, S. 1124–1126.

¹⁷ Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), informierte am 7. November 1980 über das portugiesische Interesse an einer Übernahme des Vorsizes in der Eurogroup und teilte mit: „Griechenland – das zuerst gefragt wurde – hat sich noch nicht geäußert, könnte nach seiner Reintegration aber mehr Interesse als zuvor am Vorsitz haben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1585; Referat 201, Bd. 120230.

Am 17. November 1980 teilte Wieck mit, daß Griechenland „sich nicht um den Vorsitz bemühen werde“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1636; Referat 201, Bd. 120230.

¹⁸ Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete über den offenen Teil der Ministersitzung der Eurogroup am 8. Dezember 1980, die mit „einem Gedenken für den tödlich verunglückten portugiesischen V[ertheidig]ungsmin[ister] Amaro da Costa“ begonnen habe. Vgl. Referat 201, Bd. 120230.

Ministerpräsident Sá Carneiro und der portugiesischen Verteidigungsminister Amaro da Costa kamen am 4. Dezember 1980 bei einem Flugzeugabsturz ums Leben.

¹⁹ Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat Kreusel hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „DB 1829 liegt Ref. 203 z[ur] g[efälligen] K[enntnisnahme] vor.“

355

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-6567/80 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1846
Citissime nachts

Aufgabe: 9. Dezember 1980, 19.25 Uhr¹

Ankunft: 9. Dezember 1980, 19.53 Uhr

Betr.: Polen;

hier: Diskussion auf DPC-Ministersitzung²

Bitte Minister vor Abreise nach Brüssel³ vorlegen

I. Ausgehend von umfassender Analyse Secretary Browns erörterte DPC am 9.12. in besonders restricted session (Tisch plus 3) mögliche Allianzreaktionen auf eine WP-Intervention in Polen.

1) Brown hielt eine solche Intervention nicht für unvermeidbar. Allerdings liege es nicht in westlicher Macht, sie zu verhindern, falls sich Moskau dazu aus eigener Interesseneinschätzung entschieße.

2) Gegenwärtig müsse jede Chance genutzt werden, Moskau vor den Folgen eines Eingreifens zu warnen und die Öffentlichkeit über das zu unterrichten, was in Polen geschehe. Schweigen nütze nur Moskau. Vor allem dürfe nicht der Eindruck entstehen, eine Intervention im Blockmitglied Polen sei weniger verurteilenswürdig als das Vorgehen gegen das blockfreie Afghanistan. Dies liefe sonst auf Billigung der Breschnew-Doktrin⁴ hinaus. Polen sei keine Sowjetrepublik, also auch keine interne sowjetische Angelegenheit.

3) Nach Brown kommen mehrere Szenarios des Eingreifens in Frage. In jedem Falle werde man aber dem Westen die Schuld in die Schuhe schieben. Die militärischen Vorbereitungen einer Intervention mit 31 Divisionen seien so weit fortgeschritten, daß wir allenfalls 48 Stunden Warnung erhoffen könnten. Mit andauerndem, bewaffnetem Widerstand sei kaum zu rechnen. Falls nachhaltiger Widerstand aber unterbleibe, werde sich die Bedrohung im Mittelabschnitt der NATO schon kurz nach einer Intervention bedeutend erhöhen (zusätzliche sowjetische Präsenz in Polen).⁵

4) Als Reaktion auf eine Intervention schlug Brown zu prüfen vor:

a) Verurteilung in allen in Frage kommenden Gremien (UN, Madrid⁶, etc.).

b) militärische Maßnahmen zur Verbesserung der Verteidigungsfähigkeit (u. a.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat Scheel am 9. Dezember 1980 vorgelegen

² Die Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO fand am 9./10. Dezember 1980 in Brüssel statt. Vgl. dazu auch Dok. 356.

³ Bundesminister Genscher hielt sich anlässlich der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1980 in Brüssel auf. Vgl. dazu Dok. 363 und Dok. 364.

⁴ Zur „Breschnew-Doktrin“ vgl. Dok. 11, Anm. 8.

⁵ An dieser Stelle vermerkte Vortragender Legationsrat Scheel handschriftlich: „Die wird doch dann in Polen auch benötigt.“

⁶ In Madrid fand seit 11. November 1980 die KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu Dok. 369 und Dok. 375.

Konsolidierung der LRTNF-Modernisierung, mehr als dreiprozentige Steigerung der Verteidigungsbudgets⁷).

c) Unterbrechung aller Rüstungskontrollverhandlungen (außer evtl. SALT und LRTNF-Gespräche), keine KAE.

d) wirtschaftliche Sanktionen („als Preis der Aggression“).

5a) UK, TR⁸, IT⁹ und D nahmen Stellung.

b) Pym unterstrich Notwendigkeit, sich bei jeder Reaktion Rechenschaft über ihren Zweck zu geben. Er hielt Unterbrechung sämtlicher Ost-West-Verhandlungen im Eventualfall für kaum vermeidbar.

c) In Vertretung von Minister Apel unterstrich ich für die gegenwärtige Phase die Bedeutung diplomatischer Bemühungen/Warnungen unter beispielhafter Nennung der jüngsten Begegnung BAM–Semjonow¹⁰ und Neuner-Erklärung von Luxemburg¹¹.

Das Treffen der NATO-Außenminister am 11. und 12.12.¹² eigne sich zu eingehender politischer Behandlung der Polen-Frage besser als das Verteidigungsministertreffen. Im Falle der Intervention selbst müsse die Allianz mit einer Stimme sprechen.

d) Belgischer Minister¹³ warnte NATO davor, mit großen Worten lediglich zu bluffen.

6) DPC beabsichtigt, in Kommuniqué einen kurzen Polen-Passus aufzunehmen.¹⁴

7) Am Rande dieser Diskussion machten DK¹⁵ und TR folgende Angaben über ihre Verteidigungsanstrengungen:

a) DK: Durch Nachtragshaushalt 1980 wird Verteidigungsbudget 1980¹⁶ um 1,5 Mrd. Kronen (20 Prozent) nachträglich erhöht. Damit kann 1977 bis 1981 durchschnittlich doch reale Steigerung von etwa 1,5 Prozent zustande kommen (über Haushalt 1981 ff. keine Aussage).

b) TR: Steigerung der Verteidigungsaufwendungen gegenüber 1979 von 170 auf 300 Mrd. Lira, d. h. 1980 real 4,7 Prozent Steigerung.

[gez.] Wieck

VS-Bd. 13202 (214)

⁷ Vgl. dazu die „Ministerial Guidance 1977“; Dok. 1, Anm. 8.

⁸ Haluk Bayülken.

⁹ Lelio Lagorio.

¹⁰ Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow am 8. Dezember 1980 vgl. Dok. 352.

¹¹ Für den Wortlaut der Schlußfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rats auf seiner Tagung am 1./2. Dezember 1980 in Luxemburg vgl. BULLETIN 1980, S. 1097–1100.

¹² Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1980 in Brüssel vgl. Dok. 363 und Dok. 364.

¹³ Frank Swaelen.

¹⁴ Für den Wortlaut des Kommuniqués der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 9./10. Dezember 1980 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 148–152. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN 1980, S. 1126–1128.

¹⁵ Poul Søgaard.

¹⁶ Zum dänischen Verteidigungshaushalt vgl. Dok. 245, Anm. 9.

356

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt**114-6571/80 geheim****Fernschreiben Nr. 1854****Cito****Aufgabe: 9. Dezember 1980, 21.50 Uhr¹****Ankunft: 9. Dezember 1980, 22.15 Uhr**Betr.: DPC²;

hier: Restricted Session

1) Der Generalsekretär³ eröffnete mit einem Gedenken für den portugiesischen Ministerpräsidenten und den Verteidigungsminister, deren Tod für Portugal und die Allianz einen schweren Verlust bedeute.⁴ Er sprach außerdem Italien das Mitgefühl für die durch das Erdbeben⁵ verursachten Verluste aus. In der Begrüßung der erstmals an einem DPC teilnehmenden Minister bat er den griechischen Vertreter, Beschlüssen wenigstens im Prinzip zuzustimmen, soweit eine volle Zustimmung wegen der zeitweiligen Abwesenheit Griechenlands aus der militärischen Integration des Bündnisses⁶ nicht möglich sei. Unter Verweis auf die Indiskretionen über die STANAVFORLANT-Beratung⁷ appellierte

¹ Hat Legationsrat I. Klasse Wagner vorgelegen, der die Weiterleitung an die Vortragenden Legationsräte Seibert, und Boden „[ach] R[ückkehr]“, sowie die Legationsräte I. Klasse Bolewski, Kreusel und Rupprecht verfügte.

Hat Bolewski, Kreusel und Rupprecht am 10. Dezember 1980 vorgelegen.

Hat Seibert am 11. Dezember 1980 vorgelegen.

Hat Boden am 12. Dezember 1980 vorgelegen.

² Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 9./10. Dezember 1980 in Brüssel vgl. auch Dok. 355.

³ Joseph Luns.

⁴ Ministerpräsident Sá Carneiro und der portugiesischen Verteidigungsminister Amaro da Costa kamen am 4. Dezember 1980 bei einem Flugzeugabsturz ums Leben.

⁵ Zum Erdbeben in Süditalien vgl. Dok. 349, Anm. 3, sowie Dok. 353.

⁶ Griechenland erklärte am 14. August 1974 seinen Austritt aus der militärischen Integration der NATO. Vgl. dazu AAPD 1974, II, Dok. 236.

Zur Wiedereingliederung Griechenlands in die militärische Struktur der NATO vgl. Dok. 296.

⁷ Zu den Überlegungen, die Auflösung der Standing Naval Force Atlantic aufzuschieben, vgl. Dok. 344. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), teilte am 8. Dezember 1980 mit, die Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO werde sich am folgenden Tag „abschließend mit dem Vorschlag von SACLANT befassen, die gegenwärtig bestehende STANAVFORLANT bis 31. Dezember auf der Basis aufrechtzuerhalten, innerhalb von 72 Stunden im Seegebiet von Skagerrak einsatzbereit zu sein. Das bedeutet für die teilnehmenden Schiffe aus den europäischen Ländern 48 Stunden Bereitschaft in den Häfen und für die beiden aus USA und Kanada Verweilen in den europäischen Gewässern. Das bedeutet faktisch: die Reduzierung der Auslauffähigkeit von 72 auf 48 Stunden.“ Inzwischen sei die geplante Aufrechterhaltung der Einsatzbereitschaft von STANAVFORLANT über den 3. Dezember 1980 hinaus „durch Indiskretionen an die Presse gelangt (u. a. Daily Telegraph vom 8. Dezember und Reuter-Bericht)“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1832; VS-Bd. 13202 (214), B 150, Aktenkopien 1980.

Am 9. Dezember 1980 berichtete Wieck über den Beschluß der Ministersitzung, dem Vorschlag des Obersten Alliierten Befehlshabers Atlantik (SACLANT), Train, zu folgen: „Auf deutschen Wunsch wurde festgehalten, daß eine Verwendung der ST[anding]N[aval]F[orce] in der Ostsee derzeit nicht vorgesehen ist und einer politischen Entscheidung bedürfe.“ Bundesminister Apel habe den Sinn der Verlängerung der Manöver in Frage gestellt, da eine erhöhte Gefährdung der NATO nicht vorliege: „Militärische Signale in Richtung Polen könnten der SU zum willkommenen Propagandavorwand für das Eingreifen dienen, das es zu verhindern gelte.“ Der amerikanische Verteidigungsminister Brown habe entgegnet, es gehe „derzeit nur darum, durch ihr Auflösen in einer Kri-

der Generalsekretär an alle Teilnehmer, die Vertraulichkeit der Beratung unbedingt zu wahren.

2) Restricted Session (2 plus 6)

In der Restricted Session trugen die militärischen Vertreter (Chairman Military Committee⁸, SACEUR⁹, SACLAN¹⁰ und CINCHAN¹¹) ihre bereits bekannte düstere Beurteilung der Entwicklung des Kräfteverhältnisses vor. Wie im DPC am 18.11.80 (s. DB Nr. 1655/1656 vom 19.11.80¹² und DB Nr. 1678 vom 21.11.80) überzeugte SACLAN auch hier durch die abgewogene Darstellung der Probleme. SACEUR anerkannte zwar die Leistung der Bündnispartner in den vergangenen Jahren, bezeichnete sie jedoch dennoch als nicht ausreichend für eine erträgliche Gestaltung des Kräfteverhältnisses.

Dazu komme, daß nur noch wenige Nationen bereit seien, die vereinbarte Erhöhung der Verteidigungshaushalte um jährlich real drei Prozent¹³ auch vorzunehmen. Er hält für eine erforderliche Trendwende in der Entwicklung des Kräfteverhältnisses eine Erhöhung der Verteidigungshaushalte aller Länder um jährlich real vier Prozent für erforderlich.

Von dem Chairman Military Committee, SACEUR und CINCHAN wurde die Befürchtung ausgesprochen, daß sich für das Bündnis der Zwang ergeben könne, zu der schon seinerzeit nicht mehr glaubwürdigen nuklearen tripwire-Strategie, also zur Strategie der massiven Vergeltung¹⁴, zurückkehren zu müs-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1839

se der SU nicht das falsche Signal zu senden. Er frage sich, ob es jemals zweckmäßig sein würde, die STNF in die Ostsee zu entsenden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1841; VS-Bd. 10290 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

⁸ Robert H. Falls.

⁹ Bernard W. Rogers.

¹⁰ Harry D. Train II.

¹¹ Commander-in-Chief Channel war James Eberle.

¹² Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), gab einen Bericht des Oberbefehlshabers der NATO-Streitkräfte in Europa (SACEUR), Rogers, im Ausschuß für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO zur Lage des Bündnisses wieder. Danach komme man „zwangsläufig zu dem Schluß [...], daß die westliche Sicherheit auch durch eine Steigerung der Verteidigungsausgaben um drei Prozent real bei allen Bündnispartnern keineswegs gewährleistet werden kann, vielmehr seien drei Prozent als Ausgangsbasis zu verstehen“. Rogers habe u. a. ausgeführt: „Vor allem vier Aspekte der Bedrohung müsse man erkennen: 1) Das weiter ungünstiger werdende Kräftegleichgewicht, mit dem Ergebnis, daß die SU den Westen in allen Gebieten, die der Westen für seine Strategie benötigt – konventionelle Kräfte, TNF, zentrale Systeme – überholt hat oder bald überholen wird. 2) Die Fähigkeit der ‚Kräfte-Projektion‘ über den gesamten Globus. 3) Die zur wachsenden Stärke kontrastierenden Herausforderungen an die sowjetische Führung sowohl im Inneren wie im Warschauer Pakt, aber auch gegenüber China, lassen nach allen geschichtlichen Erfahrungen die Versuchungen zu Unternehmungen nach außen anwachsen. 4) Die zunehmende Bereitschaft der SU, ihre militärische Stärke auch einzusetzen.“ Wieck berichtete über die sich anschließende Diskussion und kam zu dem Ergebnis, daß die USA bei ihrem Versuch, „die Verbündeten mit einer kolossal vergrößerten Einschätzung der Bedrohung zu mehr eigenen Leistungen zu pressen“, nicht erkennen würden, „daß ihre vorherrschend einseitige ‚militärisch-technische‘ Argumentation zusammen mit dem Druck bei ihren europäischen Verbündeten eine eher entgegengesetzte Wirkung erzielt“. Vgl. die Drahtberichte Nr. 1655 und Nr. 1656; Referat 201, Bd. 120225.

¹³ Vgl. dazu die „Ministerial Guidance 1977“; Dok. 1, Anm. 8.

¹⁴ Ausgehend von einer Analyse sowjetischer Absichten verabschiedete der NATO-Ministerrat am 13. Dezember 1956 in Paris eine Direktive an die Militärbehörden mit der Aufforderung, die NATO-Verteidigungsplanung zu überarbeiten. Darin wurde ausgeführt: „For NATO defence and as a major deterrent to Soviet aggression a fully effective nuclear retaliatory force provided with all the necessary facilities must be maintained and protected.“ Vgl. NATO STRATEGY DOCUMENTS, S. 275.

In Ausführung dieser Direktive legte der Militärausschuß der NATO den Bericht MC 14/2 („Over-

sen¹⁵, falls es nicht gelänge, durch verstärkte Anstrengungen die konventionelle¹⁶ Abschreckungsfähigkeit zu verbessern.

3) An der Diskussion beteiligten sich US, CA, UK, NL, D, TR, NO, GR und IT. Hiervon ist berichtenswert:

(1) Secretary Brown hielt die Schlußfolgerungen der MNC¹⁷ für richtig, auch wenn man ihnen nicht in allen Details folge. Die SU baue ihr Militärpotential kontinuierlich aus und sei bereit, es rücksichtslos einzusetzen. Die Reaktion darauf setze politische Führung voraus: Die Öffentlichkeit müsse sich der Gefahr bewußt werden, daß die SU vor Ende der Dekade zur dominierenden Macht der Welt werde.

(2) Minister Pym räumte auf Hinweis des kanadischen Verteidigungsministers¹⁸ ein, daß auch die SU Probleme (Wirtschaft, mangelnde Verlässlichkeit der Verbündeten) habe. Dies enthebe das Bündnis jedoch nicht der Notwendigkeit, dem weiteren Verfall des Ost-West-Kräfteverhältnisses entgegenzuwirken. Wichtig dabei sei auch der Stil der westlichen Reaktion. Wenn z.B. Verteidigungsaufwendungen stagnierten, während Sozial- und Entwicklungshilfe-Ausgaben gesteigert würden, sende man dem Osten ein der Abschreckung abträgliches Signal.

(3) Minister de Geus gab bekannt, daß die niederländische Marine im Rahmen der Lastenteilung im Bündnis künftig häufiger im Mittelmeer operieren werde.¹⁹

(4) Minister Apel kommentierte die Ausführungen der MNC nicht.

Auf einen Hinweis Browns auf das gewachsene Bedrohungsbewußtsein in den USA eingehend, fragte er, ob dies zugunsten der Wiedereinführung der Wehrpflicht²⁰ nutzbar gemacht werden könne? Der Bevölkerung in Westeuropa, die sich gegenseitig in der Meinungsbildung zunehmend beeinflusse, müsse klargemacht werden, daß aus einer Position der Schwäche heraus keine erfolgrei-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1840

all Strategic Concept for the Defense of the North Atlantic Treaty Organization Area“) vor, mit dem sich die NATO-Ministerratstagung am 2./3. Mai 1957 in Bonn befaßte und der nach Billigung am 23. Mai 1957 in Kraft trat. Die darin entwickelte nukleare Verteidigungsstrategie der „massive retaliation“ ging davon aus, daß einem Angriff nur kurzfristig mit konventionellen Streitkräften begegnet werden könne und eine Einnahme des europäischen Territoriums durch den Gegner mit konventionellen NATO-Streitkräften allein nicht zu verhindern wäre. Daher müsse die NATO zum sofortigen Einsatz ihres strategischen und taktischen Atomwaffenpotentials fähig und bereit sein. Für den Wortlaut vgl. NATO STRATEGY DOCUMENTS, S. 277–313.

¹⁵ Der Passus „der Zwang ... zurückkehren zu müssen“ wurde von Legationsrat I. Klasse Bolewski durch Ausrufezeichen hervorgehoben.

¹⁶ An dieser Stelle vermerkte Legationsrat I. Klasse Bolewski handschriftlich: „und nukleare“.

¹⁷ Major NATO Commander.

¹⁸ Gilles Lamontagne.

¹⁹ Dieser Absatz wurde von Legationsrat I. Klasse Rupprecht durch Ausrufezeichen hervorgehoben.

²⁰ Zur Debatte über die Wiedereinführung der Wehrpflicht in den USA vgl. Dok. 327, Anm. 8.

Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 20. November 1980, Bundesminister Genscher habe im Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister Muskie am selben Tag in Washington zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeit der NATO die Wiedereinführung der Wehrpflicht angeregt: „Es gehe nicht darum, jetzt zusätzliche Soldaten, sondern, wie die Bundesrepublik, die Fähigkeit zu besitzen, in kurzer Zeit Reserven bereitzustellen. Dies sei das eigentliche Problem der westlichen Sicherheit. [...] Die Aussichten für eine Wiedereinführung der Wehrpflicht beurteilte Muskie auch unter einer republikanischen Administration als sehr gering.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4357; VS-Bd. 11109 (204); B 150, Aktenkopien 1980.

che Détentepolitik geführt werden könne, sondern nur Diktate des Ostens zu erwarten seien. In diesem Zusammenhang forderte Minister Apel dazu auf, an dem Doppelansatz der Allianz (Verteidigung und Verhandlung) und insbesondere am LRTNF-Doppelbeschuß festzuhalten.

Im Bündnis dürfe es bei allen natürlichen Unterschieden keine Status-Unterschiede geben. Kein Partner dürfe sich der Verantwortung für die gemeinsame Sicherheit durch Flucht entziehen. Abschließend wies Minister Apel auf die Notwendigkeit hin, die soziale Basis intakt zu halten. Wenn man sie mit Verteidigungsausgaben überlaste, gefährde man dasjenige, was militärisch verteidigt werden solle.

(5) Der türkische²¹ und norwegische Verteidigungsminister²² wiesen darauf hin, daß die NATO ihre Bedrohungslage schon seit 30 Jahren ähnlich darstelle. Dies stumpfe die Öffentlichkeit ab. Dabei sei die Gefährdung durch den WP in ihrer Dimension in der letzten Dekade tatsächlich ungemein gewachsen.

(6) Der griechische Minister Averoff betonte, daß die meisten NATO-Partner noch viel größere wirtschaftliche Probleme als die BR Deutschland hätten.

Letztlich sei die Höhe der möglichen Verteidigungsleistungen eben doch eine Frage der Setzung politischer Prioritäten. Wenn die psychologischen Grundlagen (Bedrohungspersonen durch Appell an die Vernunft der Bevölkerung) gelegt würden, sei es durchaus möglich, die Verteidigungsleistungen der Bedrohung anzupassen.

(7) Minister Lagorio behauptete, daß IT nunmehr doch 1980 und 1981 seine Verteidigungsaufwendungen von real drei Prozent steigern und die Force Goals für 1981 bis 1985 erfüllen werde.

(8) StS Coutinho vom portugiesischen Außenministerium bedauerte, daß die SU nach Afghanistan den Eindruck gewonnen habe, das Bündnis sei nicht zu wirksamen Gegenmaßnahmen fähig. Diese Einschätzung der Allianz halte leider auch manches im Grunde dazu entschlossene afrikanische Land davon ab, sich zugunsten des Westens von der SU zu lösen.

(9) Der belgische Verteidigungsminister²³ regte an, die von den MNC verwandten Daten über die Verschlechterung des militärischen Kräfteverhältnisses auf allen Gebieten zu veröffentlichen, um so die öffentliche Meinung und bestimmte Koalitionspartner für die Notwendigkeit erhöhter Verteidigungsanstrengungen zu sensibilisieren.²⁴

[gez.] Wieck

VS-Bd. 10304 (201)

²¹ Haluk Bayülken.

²² Thorvald Stoltenberg.

²³ Frank Swaelen.

²⁴ Die Verteidigungsminister befaßten sich in der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 10. Dezember 1980 in Brüssel neben dem Langfristigen Verteidigungsprogramm der NATO vom 30./31. Mai 1978, den Infrastrukturprogrammen 1980 bis 1984, der Verteidigungshilfe für Portugal und für die Türkei sowie der Rüstungszusammenarbeit erneut mit dem militärischen Kräfteverhältnis. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete am selben Tag, der amerikanische Verteidigungsminister Brown habe ausgeführt: „Die Höhe von Verteidigungsausgaben sei zwar ein einfaches, aber sehr wichtiges Kriterium für ein „minimum prudent programme“

357

**Gespräch des Bundesministers Genscher
mit dem britischen Außenminister Lord Carrington,
dem französischen Außenminister François-Poncet und
dem amerikanischen Außenminister Muskie in Brüssel**

204-321.00 SO-956/80 geheim

10. Dezember 1980¹

Gespräch der vier Außenminister am 10.12.1980 in Brüssel (Vierer-Abendessen)²

Robin trägt das Ergebnis der Direktoren-Gespräche³ zum Thema Sicherheit der Schifffahrt im Persischen Golf vor (Anlage 1).

Blech erstattet Bericht über die übrigen Themen des Direktoren-Treffens:

- KSZE, KAE,
- SALT,
- Afghanistan,
- Nahost,
- Polen (Anlage 2)⁴.

Die Minister erörtern folgende Themen:

- Situation im Golfgebiet,
- Breschnew-Vorschlag für Sicherheitsabkommen im Golfgebiet,
- Ölpreis-Stabilisierung,
- KAE-Passus im Kommuniqué,

Fortsetzung Fußnote von Seite 1842

for common defence'. Er appellierte an seine Kollegen, den gegenwärtig negativen Trend der Entwicklung des Kräfteverhältnisses wieder umzukehren.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1858; VS-Bd. 10304 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl, z. Z. Brüssel, am 11. Dezember 1980 gefertigt.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schenk am 18. Dezember vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Bräutigam „[nach] Rückkehr“ und anschließende Wiedervorlage verfügte.

Schenk leitete am 19. Dezember 1980 die Gesprächsaufzeichnung an die Ministerialdirektoren Gorenflös und Fischer weiter „mit der Bitte um Rückgabe“. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 11116 (204); B 150, Aktenkopien 1980.

Hat Bräutigam am 27. Dezember 1980 vorgelegen.

Hat Schenk am 8. Januar 1981 erneut vorgelegen.

² Am 11./12. Dezember 1980 fand in Brüssel die NATO-Ministerratstagung statt. Vgl. dazu Dok. 363 und Dok. 364.

³ Die Politischen Direktoren der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA, Blech, Robin, Bullard und Vest, erörterten am 10./11. Dezember 1980 in Brüssel die Lage in Polen, den Krieg zwischen Irak und Iran, die Sicherung der Schifffahrt im Persischen Golf und durch die Straße von Hormuz, die KSZE-Folgekonferenz in Madrid und den Vorschlag über eine Konferenz für Abrüstung in Europa, die Entwicklung des SALT-Prozesses sowie die Lage in Afghanistan und im Nahen Osten. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech vom 12. Dezember 1980; VS-Bd. 11116 (204); B 150, Aktenkopien 1980. Für Auszüge vgl. Anm. 32 sowie Dok. 362, Anm. 8.

⁴ Dem Vorgang nicht beigelegt.

- Kim Dae-Jung-Prozeß,
- Polen (als Hauptthema).

1) Situation im Golfgebiet

Bundesminister (Gastgeber) bezeichnet das Ergebnis der Direktorenbesprechungen als abgewogenes und ausgewogenes Konzept. Nach seiner Meinung braucht man darüber jetzt noch nicht hinauszugehen. Es ist festgehalten worden, daß jeder im Eventualfall eine sofortige Sitzung erbitten kann. Eine Mechanisierung würde die Sache komplizieren. Flexibel zu bleiben ist besser.

Muskie: Der irakisch-iranische Krieg ist zu einem Abnutzungskrieg degeneriert.⁵ Dies enthält ernste Gefahren. Man muß mit einem Zusammenbruch der einen oder der anderen Seite rechnen. Wenn der Iran auseinanderfällt, würde die Sowjetunion eindringen können. Der jüngste Breschnew-Vorschlag für ein Kondominium der Interessen und der Garantien⁶ zeigt die Gefahr. Dies muß vermieden werden.

François-Poncet stimmt BM zu: Man sollte zur Zeit nicht über das Ergebnis der Direktoren-Besprechungen hinausgehen. Wir alle sind uns der Gefahren bewußt, die Muskie ausgesprochen hat. Aber eine Fortführung der Arbeit der Direktoren über das bisherige Ergebnis hinaus würde in dieser Hinsicht nichts bringen.

Carrington bezeichnet das Ergebnis der Direktoren-Besprechungen ebenfalls als gut und meint, daß man nicht darüber hinaus zu gehen brauche.

2) Breschnew-Vorschlag

Bundesminister: Wir müssen mit Fragen nach unserer Reaktion auf den Breschnew-Vorschlag rechnen. Aber wir sind keine Maschine für die Beantwortung jedes Breschnew-Vorschlags. Die Vier und auch die Neun sollten allerdings überlegen, wie wir reagieren sollten. Die Breschnew-Initiative ist mehr als ein Vorschlag. Sie hat prinzipielle Bedeutung. Sie stellt einen Versuch dar, neue Formen für die Gewinnung von Einflußgebieten zu entwickeln.⁷ Die Ziele rei-

⁵ Zum Krieg zwischen Irak und Iran vgl. Dok. 316, Anm. 21.

Botschafter Holzheimer, Bagdad, berichtete am 13. Dezember 1980, die Kämpfe hielten unvermittelt an, wobei die Verluste auf iranischer Seite offenbar deutlich höher seien. Die iranische Luftwaffe habe eine Reihe irakischer Kraftwerke angegriffen und bombardiere außerdem gezielt irakische Erdölförderanlagen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 766; Referat 311, Bd. 8, S. 137600.

⁶ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, hielt sich vom 8. bis 11. Dezember 1980 in Indien auf. In einer Rede vor dem indischen Parlament am 10. Dezember 1980 in Neu Delhi schlug er eine Vereinbarung vor, keine ausländischen Militärbasen in der Golf-Region zu errichten, gegenüber den Staaten der Region keine Gewalt anzuwenden oder anzudrohen, sie nicht in militärische Allianzen einzubeziehen, ihr Recht auf ihre natürlichen Ressourcen zu achten und den Handel auf den Seewegen nicht zu behindern. Für den Wortlaut vgl. BRESHNEW, Wege, Bd. 8, S. 628–633.

⁷ Vortragender Legationsrat I. Klasse Wallau übermittelte der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel am 11. Dezember 1980 „zur Weiterleitung an den Herrn Bundesminister“ eine erste Bewertung der Vorschläge des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, zu einem Sicherheitsabkommen für den Persischen Golf und führte u. a. aus: „Daß Breschnew Achtung der Blockfreiheit der Golfstaaten fordert, ist nach Afghanistan ein Stück politischer Chuzpe. Seine folgende Interpretation von Blockfreiheit ist eigenwillig und enthüllend. Blockfrei ist, wer sich nicht an militärischen Gruppierungen mit Kernwaffenstaaten beteiligt, sprich: wer nicht mit den USA paktiert.“ Der Vorschlag sei „eine Anti-Carter-Doktrin“ und „für den Westen völlig unattraktiv. Vier der fünf Punkte sind in ihrer Zielrichtung antiwestlich, insbesondere antiamerikanisch, der fünfte soll den ‚angehängten‘ Köder für den Westen bilden. Es handelt sich also um die nicht akzeptable Verknüp-

chen über das Golfgebiet hinaus. Wir müssen uns fragen, welche Auswirkungen ein Gelingen des Plans an anderen Stellen hätte.

Muskie meint, daß Breschnew nur einen älteren sowjetischen Vorschlag wiederholt habe, den Gromyko schon in der Generalversammlung angesprochen habe. Es wird festgehalten, daß der Breschnew-Vorschlag an den Portugalow-Artikel über eine Zusammenarbeit im Golf⁸ anknüpft, aber bisher nicht in der Form substantiiert worden ist, wie Breschnew dies getan hat. Carrington und Muskie betonen, daß wir (Carrington: die Direktoren) den Vorschlag sorgfältig prüfen und nicht überhastet antworten sollten.

Bundesminister: Erst müssen wir den genauen Text kennen. Möglicherweise wird er uns von den Sowjets noch offiziell mitgeteilt. Den Ort Neu Delhi haben die Sowjets für den Vorschlag gewählt, um von Afghanistan abzulenken und dies mit Angriffen auf den Westen zu verbinden. Wenn die Sowjets eine positive Antwort erhalten, werden sie sich ermutigt fühlen, ähnliche Vorschläge auch für andere Gebiete der Welt zu machen, z. B. für Lateinamerika, wo sie bisher nicht Fuß gefaßt haben.

François-Poncet bezeichnet es als Vorbedingung für die Diskussion jedes Vorschlags solcher Art, daß die Sowjets Afghanistan räumen. – Dem wird zugestimmt.

Muskie betont abschließend zum Thema der Direktoren-Besprechung über die Golf-Region: Es handelt sich um ein Gebiet lebenswichtiger Interessen für uns. Die Verletzlichkeit des Gebiets ist durch den irakisch-iranischen Konflikt deutlich geworden. Sie ist nicht geschwunden, auch wenn es bisher keine ernststen Probleme für die Schifffahrt gegeben hat. Der Bericht der Direktoren soll deshalb das Kapitel für uns nicht schließen. Die dahinterstehende Gefahr der Sowjetunion bleibt.

Carrington weist auf den kürzlichen Beschluß der Golfstaaten hin, förmlichere und häufigere Zusammenkünfte dieser Staaten durchzuführen und ein Sekretariat zu bilden.⁹ Dies ist eine sehr gute Sache, die zeigt, daß sich die Golfstaaten bewußt werden, daß sie gemeinsam Einfluß ausüben können.

François-Poncet wirft die Frage auf, ob man sich nicht irgendwann auch mit den Auswirkungen interner Entwicklungen in den Staaten des Golfgebiets auf die Instabilität der Region beschäftigen müsse. Dies ist für die Ölfrage von gro-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1844

fung eines roll-back à la Breschnew mit der zweifelhaften Garantie einer Golfdurchfahrt, die wir von der SU nicht wünschen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 253; Referat 010, Bd. 178819.

⁸ Zum über die sowjetische Nachrichtenagentur TASS verbreiteten Text des Mitarbeiters des ZK der KPdSU, Portugalow, vom 29. Februar 1980 vgl. Dok. 78, Anm. 16.

⁹ Botschafter Kuhnt, Abu Dhabi, berichtete am 11. Dezember 1980, im Außenministerium der Vereinigten Arabischen Emirate sei ihm mitgeteilt worden, es gebe Besorgnis über „die aggressive iranische Propaganda, deren missionarischer Eifer Wirkungen bei den iranischen Minderheiten in den Golf-Emiraten zeige. Aus diesem Grunde fänden ständig Absprachen zwischen den benachbarten Golfstaaten statt. Der saudi-arabische Vorschlag für bilaterale Sicherheitsvereinbarungen ziele vor allem darauf ab, die Zusammenarbeit zwischen den Innenministern und Sicherheitsorganen zu verstärken und Bildung einer iranischen ‚fünften Kolonne‘ zu verhindern.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 192; Referat 311, Bd. 137600.

Am 4. Februar 1981 gaben Bahrain, Katar, Kuwait, Oman, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate bei einer Außenministerkonferenz in Riad die Gründung eines neuen Golfkooperationsrates bekannt.

ßer Bedeutung. Wenn wir diese Gefahr nicht sehen, täuschen wir uns. Muskie bezeichnet die Idee als nicht ungefährlich. François-Poncet will den Gedanken nur als Markposten verstanden wissen.

3) Ölpreis-Stabilisierung

François-Poncet äußert große Beunruhigung über mögliche neue Ölpreis-Erhöhungen. Das wirtschaftliche Seil kann reißen. Die Zeit für eine ernste Anstrengung ist gekommen. Frankreich hat damit begonnen. Man sollte aber eine kollektive Anstrengung unternehmen.

Muskie äußert Sorgen über den vom irakisch-iranischen Krieg ausgehenden Druck auf die Spot-Märkte. Muskie lobt die Arbeit der soeben beendeten IEA-Sitzung, die eine 10%ige Kürzung des Ölverbrauchs vereinbart hat.¹⁰

Carrington schlägt vor, die Teilnehmer des OPEC-Treffens am 15.12.¹¹ mit dem Ziel anzusprechen, die Ölpreise zu halten.

François-Poncet betont, wir müßten uns nachdrücklich und schnell darum bemühen, daß die Ölpreise für das nächste Halbjahr eingefroren werden.

Bundesminister stimmt zu, daß wir einzeln in den jeweiligen Ländern, z.B. Saudi-Arabien, Schritte unternehmen. Er weist darauf hin, daß für die andere Seite die Ölpreis-Gestaltung auch eine politische Frage ist. Sie werden uns fragen nach zwei Dingen: Nahost und Waffenlieferungen. BM fragt, ob nach Auffassung seiner drei Gesprächspartner etwa Waffenlieferungen an Saudi-Arabien Teil einer gemeinsamen Strategie sein sollten. Für die Saudis ist dies eine Vertrauensfrage. Wir wissen nicht, wie die anderen dies halten. Wir haben bisher keine Waffen geliefert.¹²

François-Poncet will vor Beantwortung dieser Frage das Thema von Schritten bei den OPEC-Ländern abschließen. Es besteht Einvernehmen, daß man die anzusprechenden Länder nicht aufteilt, sondern daß alle Vier entsprechende Schritte unternehmen. Frankreich hat dies bereits getan, die Briten haben, wie *Carrington* sagt, nur die jetzige Besprechung abgewartet und werden nachziehen.

¹⁰ Botschafter Robert, Paris (OECD), informierte am 9. Dezember 1980, bei der Ministertagung der Internationalen Energieagentur am 8./9. Dezember 1980 sei eine Reihe von kurz- und mittelfristigen Maßnahmen beschlossen worden. Dazu gehörten ein verstärkter Abbau der Erdölvorräte und Zurückhaltung auf dem Spot-Markt: „Fortführung Energiepolitiken mit Ziel Verminderung Ölabhängigkeit. [...] Entscheidung über informellen und flexiblen Ausgleich von schweren Versorgungsungleichgewichten bei Ländern oder Gesellschaften als Folge Irak/Iran-Ausfall für erstes Quartal 1981; volle Nutzung IEA-Produktion. Minister gehen davon aus, daß durch diese Maßnahmen IEA-Ölnachfrage auf Weltmarkt nachhaltig sinkt (238 Mio. t im ersten Quartal 1981 anstelle sonst geschätzter 264 Mio. t)“. Vgl. Referat 405, Bd. 126883.

¹¹ Botschafter Hallier, Jakarta, berichtete am 17. Dezember 1980 über die Tagung der Erdölminister der OPEC-Mitgliedstaaten am 15./16. Dezember 1980 auf Bali. In der Frage des Erdölpreises sei man zu einem Kompromiß gelangt. Dieser werde „in der Praxis etwa auf die von der OPEC-Wirtschaftskommission empfohlene Preissteigerung von zwei Dollar hinauslaufen und entspricht insofern den Voraussagen“. Der Krieg zwischen Irak und Iran habe keine Rolle gespielt: „Bemerkenswert ist, daß weder zur Langzeitstrategie noch zur Zusammenarbeit mit EL Beschlüsse gefaßt wurden. Geschichte indonesische Verhandlungsstrategie bemühte sich von Anfang an, Erörterung auf Sachthema Preise zu konzentrieren und kontroverse ‚politische‘ Themen weitmöglich auszuklamern.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 914; Referat 405, Bd. 126883.

¹² Zur Rüstungsexportpolitik gegenüber Saudi-Arabien vgl. Dok. 91. Vgl. dazu ferner Dok. 329.

François-Poncet weist darauf hin, daß unsere Schritte bei den OPEC-Ländern überzeugender und glaubwürdiger werden, wenn wir selbst Maßnahmen zur Drosselung des Ölverbrauchs unternehmen; er nennt neue Energien und Erhöhung der Vorratshaltung, um die einige von uns sich bemühen sollten.

Die Frage von BM Genscher, ob wir auch andere Staaten einladen sollten, wird von François-Poncet bejaht.

Muskie weist darauf hin, daß die Saudis die zuverlässigsten, verantwortlichsten und effektivsten in der OPEC sind. Sie haben als Reaktion auf den irakisch-iranischen Krieg ihre Ölproduktion auf ein Maximum gesteigert, um die irakisch-iranischen Ausfälle auszugleichen. Ganz haben sie das nicht geschafft. Mit der Produktionserhöhung haben sie aber das Instrument zur Preiskontrolle in der OPEC verloren. Deshalb bezweifelt *Muskie*, ob die Saudis bei den radikaleren Ölproduzenten noch viel mehr als Rhetorik unternehmen könnten. Zur Frage staatlicher Ölverratshaltung in den Vereinigten Staaten weist *Muskie* darauf hin, daß der Kongreß die Administration seit dem Ölembargo von 1973/74¹³ zur Anlegung solcher Vorräte dränge. Die Saudis haben jedoch immer dagegen argumentiert, da sie dies bedrohen würde. *Muskie* verweist auf die Anlehnung Saudi-Arabiens an die USA im Sicherheitsbereich und empfiehlt, bei Demarchen nicht zu viel Druck auf Saudi-Arabien auszuüben. Er betont die Bedeutung von Konservierungsmaßnahmen durch die IEA.¹⁴

4) KSZE und KAE

Die Minister nehmen den Bericht von Herrn Blech über die belgische Bewerbung um das nächste KSZE-Nachfolgetreffen und die Überlegungen zum Verhältnis des Ortes künftiger Nachfolgetreffen einerseits und einer KAE¹⁵ andererseits zur Kenntnis.

¹³ Zum Erdölboykott gegen die USA vom Oktober 1973 vgl. Dok. , Anm. 13.

¹⁴ Ministerialdirektor Fischer wies die Botschaften in Djidda, Kuwait und Abu Dhabi am 12. Dezember 1980 an, die jeweiligen Gastregierungen auf die Belastungen für die Weltwirtschaft durch die Erhöhung der Erdölpreise um 150 % seit Ende 1978 hinzuweisen: „Eine Ölpreiserhöhung zum gegenwärtigen Zeitpunkt müßte den konjunkturellen Abschwung beschleunigen und jeder Aussicht auf eine Umkehr dieses Trends die Basis entziehen.“ Besonders betroffen seien die Entwicklungsländer. Die Ministertagung der Internationalen Energieagentur am 8./9. Dezember 1980 in Paris habe „ausdrücklich auch die von einigen Ölländern – zu denen Saudi-Arabien, Kuwait und VAE zählten – beschlossene Steigerung der Ölförderung begrüßt, mit der den von den gegenwärtigen Versorgungsproblemen am härtesten betroffenen Verbraucherländern geholfen und dazu beigetragen werden soll, Angebot und Nachfrage am Weltölmarkt insgesamt anzugleichen“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 6284; VS-Bd. 9501 (405); B 150, Aktenkopien 1980.

Botschafter Landau, Kuwait-Stadt, berichtete am 14. Dezember 1980, er sei gemeinsam mit dem britischen Botschafter Cambridge im kuwaitischen Außenministerium vorstellig geworden. Dort sei ihnen erläutert worden, daß die weltwirtschaftlichen Erwägungen auch der Sicht Kuwaits entsprächen: „Gesprächspartner begrüßte Bereitschaft IEA-Länder zum Vorratsabbau, der hiesigen Vorstellungen von preisregulierender Wirkung Ausgleich der Marktbewegung entgegenkomme. Im übrigen werde Preisproblem in Bali weniger vorrangig sein als Sorge um Einheit der OPEC.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 172; VS-Bd. 9501 (405); B 150, Aktenkopien 1980.

Botschafter Hermes, Washington, teilte am 15. Dezember 1980 mit, das amerikanische Außenministerium habe informiert, „daß die Regierungschefs Saudi-Arabiens, Venezuelas, Indonesiens und Nigerias durch einen persönlichen Brief des Präsidenten Carter [...] angesprochen worden seien. Die Botschafter in allen übrigen OPEC-Ländern hätten Anweisung erhalten, in geeigneter Form die Gastregierung auf die Notwendigkeit eines Einfrierens der Ölpreise in der ersten Jahreshälfte 1981 hinzuweisen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4615; VS-Bd. 9501 (405); B 150, Aktenkopien 1980.

¹⁵ Zum französischen Vorschlag einer Konferenz für Abrüstung in Europa vgl. Dok. 287.

Zum KAE-Passus im NATO-Kommuniqué¹⁶ erläutert *François-Poncet*, daß eine Abweichung von der Formulierung im Ankara-Kommuniqué¹⁷ den Eindruck von Meinungsverschiedenheiten im Westen hervorrufen und negativ auf die Sowjetunion wirken würde.

Muskie: In Ankara hat man die Meinungsunterschiede überdeckt, um sie nicht nach außen hervortreten zu lassen. Muskie erwähnt, daß die Schwierigkeiten nicht bei ihm liegen. Die Militärs haben jedoch Bedenken in bezug auf die zweite Phase, auf die Wirkung im Zusammenhang mit Afghanistan und auf die Folgen für MBFR. Außerdem sind sie nicht sicher, ob nicht die Bedingung, daß sich der Geltungsbereich auf ganz Europa erstrecken müsse, schließlich aufgeweicht und nur auf einige vertrauensbildende Maßnahmen bezogen wird, auf andere aber nicht. Außerdem möchte die jetzige Administration ihre Nachfolgerin¹⁸ nicht festlegen.

Es wird vereinbart, daß Robin und Vest sich um eine Kompromißformulierung bemühen sollen.

Bundesminister hebt die offensive Zielsetzung der westlichen KAE-Konzeption hervor. Er weist darauf hin, daß Ankara uns bindet. Das KAE-Projekt hat auch Hebelwirkung für Polen. Wenn jetzt der Eindruck entsteht, daß wir dieses Projekt nicht weiterverfolgen, geben wir einen wichtigen Hebel auf, der Teil einer möglichen Reaktion sein kann.

5) Den Bericht von Herrn Blech zu SALT, Afghanistan und Nahost nehmen die Minister ohne Diskussion zur Kenntnis.

6) Kim Dae-Jung-Prozeß¹⁹

Bundesminister kommt auf die bevorstehende Reise von Verteidigungsminister Brown nach Korea zu sprechen und betont, daß die Möglichkeit einer Exekution von Kim für uns und die anderen Europäer eine Frage größter Wichtigkeit ist. Deswegen ist es wichtig, daß Brown den Koreanern mit ganzer Klarheit darlegt, daß ein solcher Schritt die schärfsten Reaktionen hervorrufen würde.²⁰

¹⁶ Für den Wortlaut von Ziffer 8 des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung vom 11./12. Dezember 1980 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 155 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN 1980, S. 1122 f.

¹⁷ Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 25./26. Juni 1980 in Ankara vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 138–145. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN 1980, S. 645–649.

¹⁸ Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen statt, aus denen der Kandidat der Republikanischen Partei, Reagan, als Sieger hervorging. Vgl. dazu Dok. 314, Anm. 3. Präsident Reagan nahm am 20. Januar 1981 die Amtsgeschäfte auf.

¹⁹ Zum Todesurteil gegen den südkoreanischen Politiker Kim Dae-Jung vgl. Dok. 316, Anm. 29.

²⁰ Oberstleutnant i. G. Brüggemann, Seoul, berichtete am 8. Dezember 1980, der amerikanische Verteidigungsminister Brown werde am 13./14. Dezember 1980 die Republik Korea (Südkorea) besuchen: „Verteidigungsminister Brown wird nach Angaben US-V[er]t[eidigungs]Attaché als Sonderbotschafter mit südkoreanischer Regierung über Fragen der Stationierung US-Truppen in Südkorea bzw. mögliche Abzugspläne sprechen. [...] Dafür, daß der Besuch Browns auf die endgültige Entscheidung von Staatspräsident Chun Doo-Hwan im Falle Kim Dae-Jungs irgendeinen wirksamen Einfluß haben könnte, gibt es z. Zt. nach seinen Worten keine Hinweise, sondern nur Hoffnungen.“ Brüggemann ergänzte: „Es ist nicht auszuschließen, daß die USA die Androhung eines möglichen Truppenabzugs aus Südkorea als letztes Druckmittel für eine Begnadigung Kim Dae-Jungs einsetzen werden.“ Dies wäre aber angesichts der strategischen Bedeutung Südkoreas wenig glaubwürdig. Vgl. den Drahtbericht Nr. 334; Referat 341, Bd. 113163.

Muskie: Der Besuch Browns wird die Bedeutung des Sicherheitsverhältnisses zwischen USA und Südkorea symbolisieren, wobei der konkrete Zweck des Besuchs Kim Dae-Jung gilt. Die Amerikaner haben in enger Abstimmung mit den sehr kooperativen Reagan-Leuten alles getan, um eine Exekution Kims zu verhindern. Sie haben mit verschiedenen koreanischen Besuchern gesprochen, die sich über die amerikanische Haltung vergewissert haben. Das einzige, was bisher nicht getan wurde, ist eine öffentliche Kampagne. Eine solche könnte aber die Exekution Kims gerade zur Folge haben. Deshalb will man hiermit vorsichtig sein.²¹

7) Polen

Nach dem eingehenden Bericht von Herrn Blech leitet *Bundesminister* die Diskussion ein: Es ist wichtig, die Themen der Polen-Diskussion zu trennen. BM ist unglücklich über die undifferenzierte öffentliche Diskussion über die Sache. Drei Punkte müssen im Vordergrund stehen:

- a) ein Austausch der Informationen und Bewertungen über das künftige Verhalten der Sowjetunion;
- b) die Frage, ob wir uns auf die Vermeidung einer Eskalation des sowjetischen Vorgehens konzentrieren sollen, was er selbst für richtig hält. Die laufende Diskussion erweckt den Eindruck, der Westen habe eine Intervention bereits einkalkuliert und überlege nur noch die Reaktion. BM ist nicht bereit, sich darauf einzustellen.
- c) Die Frage, was eigentlich eine Intervention ist. Die öffentliche Diskussion über Interventionsfolgen macht manchmal einen verharmlosenden Eindruck. Tatsächlich hat die Intervention schon begonnen, wenn 50 Divisionen aufmarschiert sind, um Druck auf Polen auszuüben. Nach der Schlußakte von Helsinki²² ist auch die Drohung mit Gewalt verboten. Wer sagt, daß man auf eine Intervention diese oder jene Maßnahme ergreifen muß, der muß sie schon jetzt ergreifen. Wir müssen zunächst überlegen, wie eine Eskalation aussehe. Dann müssen wir unsere Reaktion entsprechend anpassen. In Mitteleuropa hat es bisher drei Modelle sowjetischer Intervention gegeben:
 - 1953 wurden in der DDR Truppen eingesetzt, die im Lande waren. Sie wurden auf Ersuchen der DDR-Führung in den Städten eingesetzt. Das Auftreten der Tanks genügte, um die Sicherheitskräfte zum Einsatz zu bewegen, was wiederum genügte, um die Unruhen niederzuwerfen. Es hat keine schwer-

²¹ Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 22. Dezember 1980, der amerikanische Außenminister Muskie habe ihn unterrichtet, die amerikanische Regierung habe sich darauf verständigt, „Präsident Chun nicht immer von neuem dem Druck der die Exekution Kim Dae-Jungs fördernden Militärs auszusetzen. Amerikanischerseits habe man daher über verschiedene private channels versucht, Chun auf die gravierenden Folgen hinzuweisen, die eine Hinrichtung Kim Dae-Jungs haben würde.“ Muskie und Präsident Carter hätten mehrfach bei der südkoreanischen Regierung interveniert. Zudem sei dafür gesorgt worden, „daß der koreanischen Seite auch die gleichgerichteten Auffassungen der künftigen Administration zur Kenntnis gelangen“. Die Reise des amerikanischen Verteidigungsministers Brown habe geheim bleiben sollen, ihr Bekanntwerden sei jedoch angesichts der engen Zusammenarbeit der Republik Korea (Südkorea) und der USA in Sicherheitsfragen nicht gravierend gewesen. Chun wolle wohl eine Exekution vermeiden, weil das Land ansonsten „für lange Zeit in eine Paria-Rolle geraten würde“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 4701; VS-Bd. 14085 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

²² Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

wiegende Konfrontation sowjetischer Truppen mit der Bevölkerung und keine Auseinandersetzung mit der DDR gegeben.²³

- In Ungarn wurden sowjetische Truppen gegen den Willen der ungarischen Führung eingesetzt, und es kam zu Kämpfen zwischen sowjetischen und ungarischen Truppen sowie zur Gewaltanwendung der Sowjets gegen die Bevölkerung.²⁴
- In der ČSSR fand der Einmarsch²⁵ gegen den Willen der Führung statt, aber es kam kaum zur Konfrontation mit der Bevölkerung.
- Als viertes Modell könnte man die sowjetische Besetzung der baltischen Staaten anführen²⁶, die sich allerdings als Vergleichsmaßstab weniger eignen.

Die drei Modelle sind nicht die einzigen, wir müssen mit flexiblen Übergängen rechnen.

Bundesminister kommt dann auf die amerikanischen Informationen, die sich mit den unseren decken, zu sprechen, wonach im Zusammenhang mit den Feierlichkeiten am 16. Dezember (Enthüllung des Denkmals für die Toten des Aufstands von 1970)²⁷ Manöver stattfinden sollen, zu denen sowjetische Truppen nach Polen kommen sollen. BM weist darauf hin, daß bis zur Moskauer Warschauer-Pakt-Konferenz²⁸ die östlichen Medien die freien Gewerkschaften in Polen als solche angriffen, seither aber nur noch Teile der Gewerkschaften. Offenbar hat die Sowjetunion Wert darauf gelegt, die Gewerkschaftsführung, die sie zur Stabilisierung braucht, zu schonen. Wie weit der Konsens zwischen Führung, Gewerkschaften und katholischer Kirche geht, zeigt sich daran, daß an der Feier am 16. Dezember nicht nur Wałęsa, sondern auch Jąbłoński teilnehmen sollen. Dies soll zeigen, daß die Feier in Übereinstimmung mit der polnischen Führung stattfindet und daß diese Herr des Unternehmens ist. Ein weiterer wichtiger neuer Gesichtspunkt ist, daß es vor drei Tagen erstmals eine offizielle Auseinandersetzung zwischen Sowjetunion und Polen gab, nämlich durch die TASS-Meldung über die Vorgänge in Kielce²⁹ und das polnische Dementi³⁰.

²³ Am 16./17. Juni 1953 kam es in Ost-Berlin zu Demonstrationen von Arbeitern, die sich zu einem Volksaufstand in der DDR ausweiteten. Vgl. dazu AAPD 1953, I, Dok. 187, Dok. 190 und Dok. 191.

²⁴ Nach dem Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt intervenierten am 4. November 1956 sowjetische Truppen.

²⁵ Am 20./21. August 1968 intervenierten Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR. Vgl. dazu AAPD 1968, II, Dok. 261–263 und Dok. 273.

²⁶ In einem geheimen Zusatzprotokoll zum Nichtangriffsvertrag vom 23. August 1939 steckten das Deutsche Reich und die UdSSR ihre Interessensphären ab und einigten sich dabei auf eine Teilung Polens entlang einer Linie, die durch die Flüsse Pissa, Narew, Weichsel und San bestimmt wurde. Weitere Gebietsveränderungen wurden im Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28. September 1939 vorgenommen. In Folge der beiden Verträge besetzte die UdSSR auch Estland, Lettland und Litauen. Für den Wortlaut der Verträge vgl. ADAP, D, VII, Dok. 228 und Dok. 229.

²⁷ Zur Enthüllung des Denkmals, das an ca. 90 Menschen erinnerte, die in Danzig und Gdingen bei Unruhen nach Bekanntgabe der Beschlüsse des ZK der PVAP vom 12./13. Dezember 1970 über Erhöhungen der Preise für Lebensmittel starben, vgl. Dok. 353, Anm. 15.

²⁸ Zur Konferenz führender Vertreter der Warschauer-Pakt-Staaten am 5. Dezember 1980 in Moskau vgl. Dok. 351, besonders Anm. 3.

²⁹ Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, berichtete am 9. Dezember 1980, nach der Absetzung der Verwaltung einer Fabrik in Kielce und der Entwaffnung des Wachsches habe die sowjetische Nachrichtenagentur TASS in ihrem englischsprachigen Dienst am Vortag einen Bericht veröffentlicht, „der bisher negativste eigene sowjetische Beurteilung der Entwicklung in Polen enthält und zu erkennen gibt, daß Mißtrauen und Ungeduld der Sowjets und anderer WP-Verbündeter durch Moskauer WP-Gipfel nicht beseitigt worden ist. Hauptthese des Berichts [...] lautet, daß in Polen eine

Herr Blech weist darauf hin, daß die Formulierung im Moskauer WP-Kommuniqué³¹ ebenfalls darauf hindeutet, daß die Gewerkschaften als eigenständiger Faktor anerkannt werden.

Carrington hält es für wichtig, drei Dinge zu entscheiden:

a) Können wir etwas tun, um das Eskalations-Szenario weniger wahrscheinlich zu machen?

b) Sind die von den Direktoren erörterten Maßnahmen adäquat?

c) Was machen wir morgen?

Zu a) Wir alle haben der Sowjetunion unsere Haltung klargemacht, und Moskau versteht sehr wohl das Ausmaß, wenn auch nicht die Details der Konsequenzen einer militärischen Intervention. Auch die neue amerikanische Administration hat ihre Haltung klargemacht. Die Sowjets werden sich für die Intervention entscheiden, wenn sie zur Auffassung kommen, daß die Folgen dieses Schrittes nicht schwerwiegender sind als die Folgen seiner Unterlassung. Jetzt sollten wir eher ein bißchen schweigen. Nur auf einem Wege können wir marginal noch etwas tun, nämlich indem wir uns der wirtschaftlichen Lage in Polen annehmen.

Zu b) Was die Adäquanz der erörterten Maßnahmen betrifft, so unterschätzt sie bei weitem die Reaktion in unseren Ländern. Die Empörung wird wesentlich größer sein als nach Afghanistan. Wir alle haben eine besondere Verbindung zu Polen. Wir haben unseren Schuldkomplex vom Zweiten Weltkrieg her, den die Amerikaner auch haben sollten. Es ist zu bezweifeln, daß die Öffentlichkeit in unseren Ländern die erörterten Maßnahmen anders als minimal einschätzt. Die öffentliche Meinung wird uns zwingen, mehr zu tun.

Zu c) Bei der morgigen Sitzung sollte man nicht das ganze Szenario der Direktoren ausbreiten, weil dies zu einem totalen Chaos führen würde.

François-Poncet: Die Politischen Direktoren haben ihre Arbeit noch nicht vollendet. Wir müssen genau wissen, was getan werden muß. Wir können z. B. SALT

Fortsetzung Fußnote von Seite 1850

Konterrevolution existiere, die das Land zu weiterer Destabilisierung und zu einer Verschärfung des politischen Kampfes führe.“ Bemerkenswert sei, daß der Bericht nur örtliche Gruppen des Gewerkschaftsbundes „Solidarność“ kritisiere, nicht jedoch die Gewerkschaft an sich. Auch die Haltung der PVAP werde nicht kommentiert: „TASS-Meldung ist offensichtlich Bestandteil eines gegen Polen geführten Nervenkrieges, durch den polnische Parteiführung gezwungen werden soll, härter gegen ‚konterrevolutionäre‘ Elemente (in sowjetischer Definition) vorzugehen, ‚Solidarität‘ voll unter die Kontrolle der Partei zu bringen und damit den in Polen sich abzeichnenden Pluralismus gesellschaftlicher Kräfte zu ersticken.“ Da der Text nicht in der sowjetischen Presse veröffentlicht worden sei, diene er „ausschließlich als Instrument politischer Druckausübung an die Adresse der Polen und des Westens“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 5396; Referat 214, Bd. 132907.

³⁰ Botschafter Negwer, Warschau, informierte am 9. Dezember 1980, Gesandter König habe am selben Tag ein Gespräch mit dem polnischen Mitarbeiter des Außenministeriums, Korczewski, geführt: „Auf die allerjüngste, von TASS lancierte Eskalation der Agitation nach Moskauer Gipfel angesprochen, erklärte Korczewski mit allem Nachdruck, diese könnte als ‚Irrtümer‘, die auch auf östlicher Seite gelegentlich nicht auszuschließen seien, verbucht und als erledigt betrachtet werden. Er sei zuversichtlich, daß ähnliche Meldungen sich in absehbarer Zeit nicht wiederholen würden. [...] [Pol-ska]A[gencia]P[rasowa]-Meldung in ‚Życie Warszawy‘ vom 9.12. dementiert erstmalig Angaben in TASS-Meldung aufgrund Korrespondentenbesuchs in Firma Iskra in Kielce mit Hinweis, alles laufe nach Maßgabe des Möglichen normal und entwickle sich täglich zum Besseren.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1513; Referat 214, Bd. 132907.

³¹ Für den Wortlaut des Kommuniqués der Konferenz führender Vertreter der Warschauer-Pakt-Staaten am 5. Dezember 1980 in Moskau vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 129–131.

nicht auslassen. Andere Dinge hängen davon ab. Die Wirtschaftsfragen können ebenfalls nicht ausgelassen werden. Was soll mit bestehenden Verträgen gemacht werden? Was mit neuen? François-Poncet stimmt Carrington zu: Man darf die Reaktion in unseren Ländern nicht unterschätzen; sie wird ungeheuer sein. Deshalb muß so schnell wie möglich Einvernehmen über das weitere Vorgehen erzielt und unter allen Umständen der Eindruck vermieden werden, daß es Meinungsunterschiede gibt, weil diese an die Öffentlichkeit dringen würden. François-Poncet stimmt Bundesminister zu: Man muß auch definieren, was eine Intervention ist. Die klassische Intervention wird kommen, aber als letzter Schritt. Die Sowjets sind gut, die Sowjets sind tüchtig beim Erfinden der Zwischenschritte. Darum müssen sich die Politischen Direktoren kümmern.

Es folgt eine Diskussion darüber, wann man von Intervention sprechen kann. Einvernehmen besteht darüber, daß dies im Falle polnischen Widerstandes der Fall ist. Unter Widerstand versteht François-Poncet etwa auch einen Generalstreik.

Muskie, der sich auf seine Kenntnis der polnischen Mentalität wie auch der sowjetischen Techniken beruft, weist darauf hin, daß der Bereitschaftsgrad der sowjetischen Streitkräfte, die um Polen konzentriert sind, nicht unbegrenzte Zeit aufrechterhalten werden kann und daß deshalb Gefahr im Verzuge ist. Außerdem meint er, daß die Sowjets bisher nie eine solche Anstrengung, die auch teuer ist, unternommen haben, ohne Gebrauch davon zu machen. Er rechnet mit polnischem Widerstand.

Bundesminister hält zusammenfassend als Ergebnis fest:

- a) Es besteht Übereinstimmung, daß kein bisheriger Fall sowjetischer Interventionen – in der DDR, Ungarn, CSSR – vergleichbar mit der Polen-Situation ist. Die öffentliche Reaktion in unseren Ländern wird ungleich stärker sein.
- b) Es handelt sich nicht nur um eine Frage der öffentlichen Reaktion, sondern darum, wie die Weltsituation sich darstellt. Hier gibt es zwei entscheidende neue Gesichtspunkte, nämlich, daß sich die Ereignisse abspielen
 - unter Bedingungen der Entspannungspolitik und nach der Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki,
 - zwölf Monate nach Afghanistan.
- c) Es besteht Einvernehmen, daß die Direktoren schnellstens im Lichte der jetzigen Diskussion weiter an den Optionen arbeiten müssen.
- d) Dabei müssen wir uns klar werden über die Stufen künftigen sowjetischen Verhaltens und die adäquaten westlichen Reaktionen.

Carrington empfiehlt, daß die Politischen Direktoren einen Text für GS Luns für dessen Pressekonferenz ausarbeiten und daß BM Luns nahelegt, nicht in Details möglicher Reaktionen zu gehen, da uns dies zwingen könnte, auch, und zwar unvorbereitet, detailliert zu werden.

Bundesminister unterstreicht, daß bei einer öffentlichen Erklärung über die Polen-Diskussion in der NATO ganz klar gesagt werden muß:

„Eine Intervention in der Volksrepublik Polen würde die internationale Lage schlagartig vollständig verändern. Wir sind vorbereitet, darauf so zu reagieren, wie es der Ernst der Lage erfordert.“

Zu Einzelheiten soll sich der GS nicht äußern.

Muskie empfiehlt, in einer öffentlichen Erklärung zwar keine Details zu nennen, wohl aber die Bereiche der Maßnahmen: etwa politische und wirtschaftliche.

Bundesminister weist darauf hin, daß jede enumerative Aufzählung Aufschlußcharakter für andere habe.

Bundesminister betont, daß für ihn das zusätzliche Verbringen von Truppen in den MBFR-Reduzierungsraum eine fundamentale Veränderung des Ost-West-Verhältnisses bedeuten würde. Was wäre dann noch die Grundlage für MBFR?

Hinsichtlich des weiteren Verfahrens schlägt *Carrington* vor, zu sagen, daß die Ständigen Vertreter das Thema kontinuierlich weiter behandeln werden. Dies soll den Eindruck ausschließen, als hätten wir bisher nichts getan.

Bundesminister fragt, ob unsere Regierungen nochmals auf normalem oder auf anderem Wege in Moskau vorstellig werden sollten, oder ob man es bei der jetzigen öffentlichen Erklärung belassen sollte.

Muskie meint, daß wir genug gesagt haben und jetzt keine weitere Rhetorik brauchten, sondern Entschlossenheit zeigen müßten.

Es wird vereinbart, daß die Direktoren am nächsten Morgen das weitere Verfahren beraten sollten.³² Dabei soll auch die Hinzuziehung von Wirtschaftsexperten und Militärfachleuten diskutiert werden. Es besteht Einvernehmen, daß die Sache äußerst eilbedürftig ist.

[Anlage 1]

Bericht Robins über die Erörterungen der vier Direktoren über die Lage im Persischen Golf und die Freiheit der Schifffahrt³³

Robin faßt die Arbeiten der Politischen Direktoren in drei Konklusionen zusammen:

- 1) Politischer Rahmen für eine alliierte Intervention,
- 2) Prozedurale Vorbereitung,
- 3) Diplomatisches Umfeld.

Zu 1) nennt Robin folgende allgemeine Prinzipien:

- a) Ziel muß es sein, die Freiheit des Schiffsverkehrs aufrechtzuerhalten, nicht die Sicherheit der Golfstaaten. Das schließt nicht aus, daß etwas unternommen, wenn die Sicherheit von Golfstaaten bedroht wird, aber dieser Eventualfall liegt außerhalb der Arbeit der Direktoren.³⁴

³² Ministerialdirektor Blech notierte am 12. Dezember 1980 als ein Ergebnis des Vierer-Treffens der Politischen Direktoren der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA am 10./11. Dezember 1980 in Brüssel, es sei „der Entwurf eines Polen-Passus für das NATO-Kommuniqué erarbeitet“ worden: „Die Thematik Iran/Irak und Sicherung der freien Schifffahrt wurde nicht weiter vertieft.“ Vgl. VS-Bd. 11116 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

³³ Zu den Bemühungen um die Sicherung der Schifffahrt im Persischen Golf und durch die Straße von Hormuz vgl. Dok. 285 und Dok. 286, Anm. 5 und 26.

³⁴ So in der Vorlage.

b) Es geht um die tatsächliche Behinderung der Freiheit des Schiffsverkehrs unabhängig von den Ursachen, die von Bombardierung über Minenverlegung bis zu Behinderungen (harrassment) reichen können.

c) Keine Aktion darf an Ort und Stelle ohne politische Entscheidung gestartet werden. Nichts soll automatisch geschehen. Dies schließt nationale Entscheidungen jeder der drei betroffenen Regierungen nicht aus.

Zu 2) unterscheidet Robin prozedurale Vorkehrungen im politischen und im militärischen Bereich.

a) Für den politischen Bereich werden folgende Richtlinien für die Regierungen vorgeschlagen, die empfehlenden, nicht verbindlichen Charakter haben sollen:

(1) Es sollte sofort beim ersten Zwischenfall agiert und nicht auf eine Eskalation gewartet werden.

(2) Es sollte so schnell wie möglich gehandelt werden.

(3) Die Aktion sollte der Bedrohung proportional sein (Verhältnismäßigkeit der Mittel).

(4) Die Maßnahmen sollen Schutzcharakter, nicht Strafcharakter haben (z.B. sollte bei einem Eingriff durch ein iranisches Schiff die Gegenaktion sich gegen dieses Schiff, nicht gegen den Heimathafen wenden).

(5) Man sollte in Abstimmung mit den Golfstaaten vorgehen, falls und wenn dies angemessen erscheint.

b) Wenn eine wirkliche Gefahr entsteht, kann jede der vier Regierungen eine Dringlichkeitssitzung der Politischen Direktoren, gegebenenfalls unter Mitwirkung von Marineberatern einberufen.

Die Koordinierung im Marinebereich soll nicht multilateral, sondern bilateral geschehen: zwischen US und GB, US und F, GB und F. Dabei können Informationen und Pläne ausgetauscht werden.

Koordinierte Pläne dafür soll es nicht geben. Die Kontakte zwischen den Marinestreitkräften der Drei haben bereits begonnen.

Zu 3) Diplomatische Aktionen: Die Eventualfälle sind noch nicht abschließend definiert worden. Man geht von folgenden Hypothesen aus:

a) Gegenwärtiger Zustand, bei dem der Schiffsverkehr nicht direkt berührt wird. Ist es klug, sich an den VN-Sicherheitsrat zu wenden? Soll man sich um eine Resolution bemühen, welche die Freiheit der Schifffahrt unterstreicht? Darüber wurde noch kein Einvernehmen erzielt. Es ist argumentiert worden, daß die Sowjets ihr Veto einlegen könnten und daß auch dann, wenn dies nicht geschieht, Zweifel an einer hinreichenden Mehrheit bestehen.

b) Der Schiffsverkehr wird beeinträchtigt und die westlichen Regierungen entscheiden sich für Aktionen. Soll man sich dann an den Sicherheitsrat wenden? Die Antwort ist: Man sollte den Sicherheitsrat informieren, aber bezüglich einer Befassung des SR wurden die gleichen Bedenken wie in Fall a) geäußert.

Einvernehmen wurde darüber erzielt, daß man dann eine größere Öffentlichkeitskampagne unternehmen müsse, um den westlichen Schritt zu erklären. Es wurde vereinbart, ein Grundsatzpapier auszuarbeiten, das den Standpunkt für solche Aktionen überzeugend darstellt. Dieses ist noch nicht fertig.

Die Direktoren haben als Ergebnis ihrer Arbeiten folgende Fragen an die Minister:

- a) Erwarten die Minister mehr von den Direktoren und gegebenenfalls in welcher Richtung?
- b) Sollten die Direktoren ihre Treffen in einem gesteigerten Rhythmus beibehalten? Oder sollte man jetzt darauf warten, daß eine tatsächliche Dringlichkeitssituation entsteht?

VS-Bd. 11116 (204)

358

Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Staden, Bundeskanzleramt

VS-vertraulich

10. Dezember 1980¹

Betr.: Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit MP Forlani am 9. Dezember 1980²;

hier: Polen, Tornado, Rüstungskontrolle

Anwesend: die beiden Außenminister, Chef BK³ (zeitweise), die beiden Botschafter⁴, Herr Berlinguer, Herr von Staden.

AM Colombo erwähnte die amerikanische Demarche nach der Erklärung von Carter⁵, durch die die Bundesgenossen gebeten worden seien, eine ähnliche Haltung einzunehmen wie die USA. Er habe sich gegenüber dem sowjetischen Botschafter in Rom⁶ bereits ähnlich geäußert wie BM Genscher am 8. Dezember gegenüber Botschafter Semjonow⁷. BM Genscher erinnerte daran, daß wir uns nicht nur bei dieser Gelegenheit, sondern verschiedene Male öffentlich, in der Erklärung des ER⁸ und nicht zuletzt in der deutsch-französischen Erklärung

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Zeller, Bundeskanzleramt, am 11. Dezember 1980 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau „zur Unterrichtung des Herrn Bundesministers sowie des Auswärtigen Amtes“ übermittelt.

Hat Wallau am 11. Dezember 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14085 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

² Ministerpräsident Forlani und der italienische Außenminister Colombo hielten sich am 9. Dezember 1980 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 353.

³ Manfred Lahnstein.

⁴ Hans Arnold und Luigi Vittorio Ferraris.

⁵ Zur Rede des Präsidenten Carter vom 7. Dezember 1980 vgl. Dok. 353, Anm. 20.

⁶ Nikolaj Mitrofanowitsch Lunkow.

⁷ Für das Gespräch vgl. Dok. 352.

⁸ Für den Wortlaut der Schlußfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rats auf seiner Tagung am 1./2. Dezember 1980 in Luxemburg vgl. BULLETIN 1980, S. 1097–1100.

vom 5.2.1980⁹ zur Frage von Interventionen geäußert hätten. Die Berufung auf gemeinsame Erklärungen pflege besonders zu beeindrucken.

Sie¹⁰ bemerkten im Hinblick auf die bevorstehende Ministertagung der NATO¹¹, daß es nicht das Wichtigste sei, mögliche militärische Maßnahmen im voraus festzulegen. Die Sowjetunion würde es im Falle einer Intervention sorgfältig vermeiden, die Allianz militärisch zu bedrohen. Wichtig sei es, über politische Reaktionen zu sprechen und zu definieren, was man beispielsweise als Manöver bezeichnen kann und was ein Einmarsch ist. Sie führten den Begriff des „sickernden Einmarsches“ ein. Man lasse Streitkräfte zu Manövern einrücken, und dann gingen sie nicht wieder hinaus. Dies sei das Problem, und der NATO-Rat müsse sich fragen, was getan werden könne, um so etwas zu verhindern. Die militärische Führung neige natürlicherweise dazu, an Maßnahmen militärischer Wachsamkeit zu denken, aber das nütze in der gegenwärtigen Lage tatsächlich wenig.

MP Forlani äußerte die Vermutung, daß die amerikanische Haltung, insbesondere die der neuen Administration¹², durch die Frustration bestimmt sein werde, die man in der öffentlichen Meinung darüber empfinde, daß die USA gegenüber der Sowjetunion zunehmend an Macht verloren haben. Man müsse sich fragen, ob Moskau sich der darin liegenden Gefahr nicht bewußt sei.

Sie entgegneten, daß Sie von einem solchen Bewußtsein ausgingen. Sonst wäre die Intervention wohl schon erfolgt. Sie wäre auch wohl dann schon erfolgt, wenn es nicht Afghanistan gäbe. Anschließend fragten Sie, welche Beurteilung man aus dem Vatikan höre.

MP Forlani erwiderte, daß der Heilige Vater am 8. Dezember auf der Piazza di Spagna eine improvisierte Rede gehalten und mit bewegten Worten seiner Besorgnis wegen des Vaterlandes Ausdruck gegeben habe.¹³ Er habe aber ausgewogen und vorsichtig gesprochen. Auch seine Vorankündigung, daß er Wałęsa im Januar empfangen wolle, zeige Vorsicht.¹⁴

AM Colombo bemerkte, daß auch die polnische Führung bewußt vorsichtig taktiere. Dies habe ihm Außenminister Czyrek noch vor einem Monat bei einer Station auf dem Weg nach Moskau gesagt.¹⁵ Auch die Kirche sei vorsichtig. Aller-

⁹ Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung anläßlich der deutsch-französischen Konsultationen am 4./5. Februar 1980 in Paris vgl. BULLETIN 1980, S. 117 f.

¹⁰ Helmut Schmidt.

¹¹ Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1980 in Brüssel vgl. Dok. 363 und Dok. 364.

¹² Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen statt, aus denen der Kandidat der Republikanischen Partei, Reagan, als Sieger hervorging. Vgl. dazu Dok. 314, Anm. 3. Präsident Reagan nahm am 20. Januar 1981 die Amtsgeschäfte auf.

¹³ Papst Johannes Paul II. sprach am 8. Dezember 1980 auf dem Spanischen Platz in Rom ein Mariengebet anläßlich des Festes der Unbefleckten Empfängnis, in dem er auf alarmierende Nachrichten aus Polen hinwies. Für den Wortlaut der Rede vgl. http://www.vatican.va/holy_father/john_paul_ii/speeches/1980/december/documents/hf_jp-ii_spe_19801208_immacolata_it.html.

¹⁴ Papst Johannes Paul II. traf am 14. und 18. Januar 1981 in Rom mit einer Delegation des polnischen Gewerkschaftsbundes „Solidarność“ unter Leitung des Vorsitzenden Wałęsa zusammen.

¹⁵ Botschafter Negwer, Warschau, berichtete am 10. November 1980, der italienische Botschafter Favale habe ihn über das Gespräch des italienischen Außenministers Colombo mit dem polnischen Außenminister Czyrek am Vortag unterrichtet. Colombo habe bemerkt, „die italienische Regierung verfolge die Entwicklungen in Polen mit größter Aufmerksamkeit und mit der Hoffnung, daß die Kräfte der Erneuerung nicht entmutigt würden und daß, von welcher Seite auch immer, keine gewaltsame Lösung versucht werde.“ Czyrek habe entgegnet, er habe „den Eindruck gewonnen, daß

dings bestehe die Gefahr, daß die gemäßigten Kreise in der Kirche und den freien Gewerkschaften in die Minderheit gerieten.

BM Genscher machte darauf aufmerksam, daß die Angriffe der Ostblockmedien auf die freien Gewerkschaften diese nicht insgesamt beträfen, sondern nur Kreise in ihnen, die der Führung nicht folgten.¹⁶ Er erinnerte an Wałęsas Rolle bei der Beilegung des Streiks im Warschauer Stahlwerk.¹⁷

Auf die Rolle der Kommunistischen Partei Italiens in Beziehung auf Polen eingehend, berichtete MP Forlani, daß in der Partei äußerste Besorgnis und großer Pessimismus herrsche.¹⁸

AM Colombo brachte diese Einstellung in Verbindung mit einer verhärteten Haltung der PCI in der innenpolitischen Auseinandersetzung. Übereinstimmend mit MP Forlani zog er den Schluß, daß die PCI der Sowjetunion gegenüber im Falle Polen eine polemische Haltung einnehmen und dafür andererseits eine härtere Oppositionspolitik betreiben werde.

Auf Frage von Chef BK nach der Verbindung italienischer Gewerkschaften mit der „Solidarität“ erwiderte MP Forlani, daß die Einladung von Wałęsa nach Rom durch die sozialistischen und sozialdemokratischen Gewerkschaften erfolgt sei. AM Colombo war sich mit Ihnen darüber einig, daß dies gefährlich sei. Die Gewerkschaften legten aber Wert darauf, ihre eigene autonome Außenpolitik zu treiben.

Sie lenkten das Gespräch anschließend auf TNF (besonderer Vermerk¹⁹) und Tornado. Die italienischen Herren zeigten sich über die Entwicklung des Mittel-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1856

es im Westen Kräfte gebe, welche die Lage ausnutzen wollten, um die Lage über den vorgegebenen Rahmen hinauszutreiben. [...] Er habe manchmal Zweifel, ob in seinem Lande die Grenzen der Vernunft und der Realität noch von allen erkannt würden. Es gebe eine Art anarchistische Gärung, die gefährlich sei.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1358; VS-Bd. 11099 (203); B 150, Aktenkopien 1980.

16 Vgl. dazu den Kommentar der englischsprachigen Ausgabe der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS vom 8. Dezember 1980; Dok. 357, Anm. 29.

17 Botschafter Negwer, Warschau, teilte am 28. November 1980 mit, daß es in Warschau und im Warschauer Umland am 24. November 1980 zu Proteststreiks gekommen sei, nachdem die Staatsanwaltschaft bei der regionalen Sektion des Gewerkschaftsbundes „Solidarność“ ein geheimes Schreiben der Generalstaatsanwaltschaft „über die bisherigen ‚illegalen antisozialistischen Aktivitäten‘ der innenpolitischen Opposition [...] sowie Richtlinien für deren verschärfte Bekämpfung“ beschlagnahmt und den mit der Vorbereitung seiner Veröffentlichung befaßten Mitarbeiter der Gewerkschaft, Narożniak, verhaftet hatte. Die Streikenden hätten die Freilassung von Narożniak sowie eine Untersuchung der Tätigkeit der Sicherheitsbehörden gefordert. Der Aufruf zu einem Generalstreik sei rückgängig gemacht worden, nachdem die Freilassung erfolgt und von der polnischen Regierung Gespräche über „die ‚Rechtsstaatlichkeit in Polen‘ zugestanden“ worden seien. Die regionale Gewerkschaftsorganisation habe im Gespräch mit dem Stellvertretenden Ministerpräsidenten Jagielski am 27. November 1980 einen entsprechenden Forderungskatalog vorgelegt; um diesem Nachdruck zu verleihen, hätten die Arbeiter im Stahlwerk „Huta Warszawa“ ihren Streik fortgesetzt: „Erst durch die Zusicherung, daß der Themenkatalog als Gesprächsgrundlage akzeptiert würde, sowie die persönliche Intervention Wałęsas gelang es, die Wiederaufnahme der Arbeit in der ‚Warschauer Hütte‘ zu erreichen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1461; Referat 214, Bd. 132907.

18 Gesandtin Schöttle, Rom, berichtete am 10. Dezember 1980, die KPI habe eine Erklärung veröffentlicht, aus der hervorgehe, daß sie „in den letzten Tagen offizielle Schritte bei den kommunistischen Parteien des Ostblocks unternommen habe, um vor den schwerwiegenden Konsequenzen einer militärischen Intervention zu warnen. Die italienischen Tageszeitungen interpretieren Äußerung der Leitung des PCI zum Thema Polen dahingehend, daß der PCI im Falle einer militärischen Intervention mit dem Bruch mit Moskau gedroht habe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1168; Referat 214, Bd. 132908.

19 Für den Vermerk des Ministerialdirektors von Staden, Bundeskanzleramt, vom 10. Dezember 1980 vgl. VS-Bd. 14085 (010).

abflusses bei Tornado nicht unterrichtet. Sie schilderten die Organisation, insbesondere das Verhältnis NAMMA²⁰ und Panavia, das offenbar in den letzten Jahren ziemlich unzureichend gewesen sei. NAMMA sei im Spätsommer an die Klienten herangetreten und habe wegen beschleunigter Produktion für 1980 und 1981 Zahlungen gefordert, mit denen in diesen beiden Haushaltsjahren noch nicht gerechnet worden sei. Im deutschen Falle handle es sich um rd. 500 Mio. DM für 1980 und rd. 800 Mio. DM für 1981.²¹ Sie betonten, daß es dabei nicht um eine Kostenüberschreitung gehe, sondern darum, daß die Produktion schneller laufe als vorherzusehen. Damit werde sich für spätere Haushaltsjahre (1983/84) wiederum eine Entlastung ergeben.

AM Colombo wollte der Frage auf italienischer Seite nachgehen.

Auf italienische Frage legte BM Genscher unsere Eindrücke von der Begegnung mit Reagan dar.²² Reagan habe entscheidenden Wert darauf gelegt, seine deutschen Gesprächspartner von seiner Bereitschaft zu überzeugen, Rüstungskontrollverhandlungen zu führen und dabei keinen Zeitaufwand zu scheuen. Er habe offensichtlich Wert darauf gelegt, dem Eindruck entgegenzuwirken – der im Zuge der öffentlichen Diskussion über SALT II²³ entstanden sein könnte –, als sei er generell gegen Rüstungskontrollverhandlungen. Ferner habe er Wert darauf gelegt zu betonen, daß er mit Europa intensiv konsultieren und überraschende amerikanische Entscheidungen vermeiden wolle. Er habe sehr verantwortungsbewußt gewirkt wie jemand, der dabei sei, seine Positionen noch zu finden, und der bereit sei zuzugeben, wo für ihn noch Neuland sei und er sich erst informieren müsse. BM Genscher merkte an, daß der Zeitpunkt der NATO-Ministertagung nicht glücklich liege. Niemand könne jetzt schon mit Gewißheit sagen, wie die kommende Administration denken werde.

AM Colombo berichtete, daß Senator Percy ihn nach seinem Moskaubesuch²⁴ unterrichtet habe. Er habe angeregt, SALT II neu zu verhandeln, wobei zur Grundlage genommen werden könne, worüber sich Administration und Kongreß einig seien. Die sowjetischen Gesprächspartner hätten zunächst negativ reagiert, dann aber eine gewisse Bereitschaft unter der Voraussetzung gezeigt, daß ein

²⁰ NATO Multi-Role Combat Aircraft Development and Production Management Agency.

²¹ Zu Entwicklung und Produktion des MRCA-Tornado vgl. Dok. 329, Anm. 8.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann vermerkte am 19. Dezember 1980: „Am 17.11.1980 stellte BMVg fest, daß zur Finanzierung der zulaufenden MRCA im H[aus]H[alts]-Jahr 1980 eine Unterdeckung von DM 533 Mio. entstanden ist. [...] Zur Unterfinanzierung in diesem Ausmaß sei es nicht durch Kostensteigerung, sondern durch Unterschätzung der Lieferfähigkeit der britischen und italienischen Industrie bei Vergabe des dritten Loses für ‚Tornado‘ im Februar 1979 gekommen. Die Industrie, die hierfür unter Vertragsstrafe stand, habe die vereinbarten Lieferfristen jedoch eingehalten. Dies sei insofern eine Überraschung gewesen, als bei den früheren Losen Verzögerungen bis zwölf Monate aufgetreten seien, was 1978 zur Überdeckung in Höhe von DM 350 Mio. geführt habe. Der Mehrbelastung 1980 bis 1982 durch ‚Verschiebung auf der Zeitschiene‘ entspreche eine Entlastung des MRCA-Titels im Jahre 1983 und danach. [...] Im BMVg sei die sich aufbauende Finanzierungslücke trotz ausreichender Unterrichtung durch die Industrie (bzw. über die NA[TO]M[ultirole Combat Aircraft Development and Production]M[anagement]A[gency]) zu spät erkannt und noch später zur Kenntnis des Ministers gebracht worden.“ Vgl. Referat 201, Bd. 125540.

²² Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem designierten amerikanischen Präsidenten Reagan am 20. November 1980 in Washington vgl. Dok. 337.

²³ Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 13.

²⁴ Zum Besuch des amerikanischen Senators Percy vom 26. bis 29. November 1980 in der UdSSR vgl. Dok. 343.

neuer Vertrag dann auch wirklich in Kraft tritt. Breschnew habe übrigens seine ausgezeichneten Beziehungen zum Bundeskanzler hervorgehoben.

Sie erwiderten, es komme entscheidend darauf an, daß die beiden Großmächte sich darin verstünden, eine wirkliche Begrenzung ihrer Nuklearwaffen anzustreben. Wenn sie sich darin einig seien, dann sei eine Wiederaufnahme der Verhandlungen²⁵ unter Gesichtswahrung möglich. Wenn nicht, dann könnten Sie nur schwarzsehen. Ohnehin werde das Verhältnis durch die polnische Krise überschattet. Wichtig sei die bevorstehende Weichenstellung auf dem Parteitag der KPdSU²⁶, wo darüber entschieden werde, den Schwerpunkt für die nächsten fünf Jahre entweder auf die industrielle Entwicklung oder auf die Rüstung zu legen. Für uns seien gute Beziehungen zwischen den beiden Großmächten sehr wichtig. Das hätten Sie sowohl Carter als auch Breschnew gesagt. Es sei diesen beiden aber nicht recht gelungen, aufeinanderzuzugehen. Dabei könnten Sie Breschnew verstehen. Carter hat ihn mehrfach überrascht. Nun solle er mit dem vierten amerikanischen Präsidenten über SALT verhandeln.²⁷ Das sei nicht einfach für den alten Herrn. Die beiden Großmächte müßten offen miteinander reden, nicht unbedingt freundlich, aber offen. Auf die Bemerkung von AM Colombo über sein Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter in Rom wegen Polen zurückkommend, erwähnten Sie, daß Sie der sowjetischen Führung schon beim Antrittsbesuch unseres neuen Botschafters in Moskau²⁸ hätten sagen lassen, daß die Welt sich verändern würde, wenn es zu einer Intervention in Polen käme.

BM Genscher kam auf den Gedanken zurück, daß es für den NATO-Rat wichtig sei, jetzt Klarheit darüber zu gewinnen, was eine Intervention ist. Es wäre schlecht, wenn die zu erwartenden Ereignisse eintreten würden, und der Westen wüßte nicht, wie er sie zu bewerten habe. Sie erläuterten hierzu, daß die Sowjetunion derzeit zwei Divisionen in Polen habe. Es sei aber durchaus wahrscheinlich, daß diese zwei Divisionen im Zuge gemeinsamer Manöver des Warschauer Pakts auf polnischem Boden verstärkt würden. Das sei völkerrechtlich legal und könne ohne Blutvergießen erfolgen. Wenn die sowjetischen Truppen nicht gegen Menschen oder Fabriken usw. eingesetzt würden, sondern nur eine „fleet in being“ wären, dann sei es schwer zu sagen, ob das eine Intervention sei. Wenn die sowjetischen Truppen einmarschieren sollten und es würde geschossen, dann sei die Lage klar. Aber es gebe Zwischenstufen, und da müsse man sich fragen, wo für uns die völkerrechtswidrige Invasion beginne.

BM Genscher stellte beispielhaft die unterschiedlichen Bedingungen und Abläufe der Interventionen von 1953²⁹, 1956³⁰ und 1968³¹ dar. Werde es jetzt sein

²⁵ Zur ersten Runde der amerikanisch-sowjetischen Gespräche über Mittelstreckensysteme vom 17. Oktober bis 17. November 1980 in Genf vgl. Dok. 332.

²⁶ Der XXVI. Parteitag der KPdSU fand vom 23. Februar bis 3. März 1981 in Moskau statt.

²⁷ Richard M. Nixon, Gerald R. Ford, James E. Carter und Ronald W. Reagan.

²⁸ Zum Antrittsbesuch des Botschafters Meyer-Landrut, Moskau, beim sowjetischen Außenminister Gromyko am 24. Oktober 1980 vgl. Dok. 303.

²⁹ Am 16./17. Juni 1953 kam es in Ost-Berlin zu Demonstrationen von Arbeitern, die sich zu einem Volksaufstand in der DDR ausweiteten. Vgl. dazu AAPD 1953, I, Dok. 187, Dok. 190 und Dok. 191.

³⁰ Nach dem Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt intervenierten am 4. November 1956 sowjetische Truppen.

³¹ Am 20./21. August 1968 intervenierten Truppen des Warschauer Pakts in der cSSR. Vgl. dazu AAPD 1968, II, Dok. 261–263 und Dok. 273.

wie 1953, d.h. Einschüchterung durch Präsenz unter Zustimmung der polnischen Führung? Letzten Endes würde entscheidend sein, ob das Einrücken der sowjetischen Truppen einen einschüchternden Charakter hat, etwa Panzerkolonnen, die durch Warschau fahren. Das wäre für den Westen nicht akzeptabel.

AM Colombo stimmte zu, daß man politische Maßnahmen prüfen müsse. Sie müßten aber glaubwürdig sein und von allen mitgetragen und auch angewandt werden.

Auf die Frage von AM Colombo, welche Maßnahmen man prüfen solle: Rückzug aus Madrid³²? Wirtschaftliche Maßnahmen? Abberufung der Botschafter? Rückzug von den Wiener Verhandlungen³³?, erwiderte BM Genscher, daß man zur letzten Frage vor allem beachten müsse, daß jedes Einrücken in den Reduktionsraum das Prinzip von MBFR in Frage stelle und daß z.B. Manöver nach der Schlußakte von Helsinki³⁴ grundsätzlich mit drei Wochen Frist angemeldet werden müßten. Wenn es eine Invasion wie im Falle Ungarns 1956 geben sollte, wäre die Lage klar, und der Westen würde Madrid verlassen. Wenn es sich dagegen um ein „Einsickern“ handeln sollte, wäre Madrid ein geeignetes Forum, das Vorgehen zu brandmarken.

Sie wiesen darauf hin, daß man mit spezifischen Maßnahmen unterschiedliche Erfahrungen gemacht habe. Dies gelte mit Bezug auf die Sanktionen gegen den Iran³⁵, es gelte aber auch für eine Maßnahme wie das Getreideembargo³⁶, das möglicherweise wieder aufgehoben würde. Wenn es jetzt zur Anwendung von Gewalt käme, würde die ausgehende Administration jedenfalls sehr scharf reagieren. Die neue könnte dies möglicherweise dann abmildern. Wenn es zu einer eindeutigen Völkerrechtsverletzung käme, würde es eine gewaltige Emotion geben. Dann wären Konferenzen wie Madrid und ähnliches bis auf weiteres zu Ende und man hätte eine Atmosphäre des Kalten Krieges wie schon lange nicht mehr. Das wüßten die Russen auch, und deshalb versuchten sie, eine solche Entwicklung bis zur letzten Sekunde zu vermeiden.

Staden

VS-Bd. 14085 (010)

³² In Madrid fand seit 11. November 1980 die KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu Dok. 369 und Dok. 375.

³³ In Wien fanden seit 30. Oktober 1973 die MBFR-Verhandlungen statt. Zum Stand der Verhandlungen vgl. Dok. 372.

³⁴ Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

³⁵ Zum Inkraftsetzen amerikanischer Sanktionen gegen Iran am 7. April 1980 vgl. Dok. 103, Anm. 2 und 13.

Zum Beschluß der Bundesregierung vom 23. April 1980 über Sanktionen gegen Iran vgl. Dok. 113, Anm. 20.

Zum Beschluß der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 17./18. Mai 1980 in Neapel, Sanktionen gegen Iran in Kraft zu setzen, vgl. Dok. 149, Anm. 6.

Zum Inkrafttreten der Sanktionen gegen Iran in der Bundesrepublik vgl. Dok. 151, Anm. 25.

³⁶ Zur Einschränkung von Getreidelieferungen in die UdSSR vgl. Dok. 10, Anm. 23.

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech**221-341.32/2-2111/80 VS-vertraulich****11. Dezember 1980¹**Über den Herr Staatssekretär² Herrn Bundesminister

Vorschlag: Vorlage an Herrn Bundeskanzler

Betr.: Einladung von Manöverbeobachtern im Rahmen der KSZE-Schlußakte³

Bezug: Schreiben des Bundeskanzleramts vom 12. September 1980

– 212-30104 – So 29/35/80 VS-vertr.⁴**I. Auftrag**

Der Herr Bundeskanzler hat gebeten, für die zukünftig auszusprechenden Einladungen von Manöverbeobachtern aus den WP-Staaten die Einladungsmodalitäten zu überprüfen. Insbesondere sollte dabei untersucht werden, ob die Gründe fortbestehen, die zu einer Beschränkung der Einladungen auf Mitglieder der hiesigen (diplomatischen) Vertretungen geführt haben.

II. Ergebnis der Untersuchung

Eine Änderung der bisherigen Einladungspraxis erscheint unter außen- und insbesondere KSZE-politischen Gesichtspunkten grundsätzlich wünschenswert, derzeit aber unter deutschlandpolitischen Gesichtspunkten nicht angebracht. In rechtlicher Hinsicht bestehen die Gründe, die zur Beschränkung der Einladungen auf Mitglieder der hiesigen Vertretungen geführt haben, unverändert fort.

III. Begründung

Die von uns verwandte, 1976 im Bündnis abgestimmte Einladungsformel⁵ stützt sich auf die KSZE-Schlußakte, in der es heißt:

„Der einladende Staat wird in jedem einzelnen Fall die Anzahl der Beobachter, die Verfahren und Bedingungen ihrer Teilnahme bestimmen und sonstige Informationen geben, die er für nützlich halten mag.“

¹ Ablichtung.

Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holik und Legationsrat I. Klasse Kischlat konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat Werndl am 18. Dezember 1980 vorgelegen.

² Hat Staatssekretär Lautenschlager am 19. Dezember 1980 vorgelegen.

³ In der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 wurde ausgeführt: „Die Teilnehmerstaaten werden, freiwillig und auf bilateraler Grundlage, im Geiste der Gegenseitigkeit und des guten Willens allen Teilnehmerstaaten gegenüber, andere Teilnehmerstaaten einladen, Beobachter zur Teilnahme an militärischen Manövern zu entsenden.“ Vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 923.

⁴ Vortragender Legationsrat I. Klasse Höynck, Bundeskanzleramt, informierte Vortragenden Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg, Bundeskanzler Schmidt bitte, die Einladungsmodalitäten für Manöverbeobachter aus den Warschauer-Pakt-Staaten zu überprüfen. Vgl. VS-Bd. 542 (014); B 150, Aktenkopien 1980.

⁵ Zu den Beratungen innerhalb der NATO hinsichtlich der Einladung von Manöverbeobachtern der Warschauer-Pakt-Staaten gemäß der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. AAPD 1976, I, Dok. 18.

Für die bisherige Praxis einer Beschränkung der Einladung von Manöverbeobachtern auf Mitglieder der Vertretungen der KSZE-Teilnehmerstaaten in Bonn waren folgende Gründe ausschlaggebend:

i) unter dem Gesichtspunkt einer sinnvollen Implementierung der Schlußakte die Erwägung, daß Einladungen an die diplomatischen Vertreter im Gastland den politischen Charakter der mit der Schlußakte von Helsinki vereinbarten vertrauensbildenden Maßnahmen unterstreichen.

ii) unter deutschlandpolitischen Gesichtspunkten die Vermeidung von Einladungen von Angehörigen der NVA, weil

- darin ein weiterer Schritt auf dem Weg einer Angleichung unserer Beziehungen zur DDR an diejenigen zu Drittstaaten erblickt worden wäre;
- wegen der Grenzpraxis mit Kritik in unserer Öffentlichkeit beim Auftreten von NVA-Offizieren in der Bundesrepublik Deutschland gerechnet werden müßte.

iii) unter rechtlichen Gesichtspunkten die mit dem Status der entsandten Vertreter aus den KSZE-Teilnehmerstaaten verbundenen Schwierigkeiten, insbesondere im Hinblick auf ihre Unterwerfung unter die deutsche Strafgerichtsbarkeit (in erster Linie das Problem der möglichen Strafverfolgung von Angehörigen der NVA wegen Straftaten an der innerdeutschen Grenze).

1) Unter außen- und KSZE-politischen Gesichtspunkten könnte eine Änderung der bisherigen Einladungspraxis im Falle einer Weiterentwicklung der vertrauensbildenden Maßnahmen im KSZE-Rahmen erforderlich werden.

- Die Beschränkung der Manöverbeobachter benachteiligt zumindest optisch diejenigen KSZE-Teilnehmerstaaten, die in Bonn nicht durch Militärattachés vertreten sind und deshalb nur zivile Angehörige ihrer Vertretung entsenden können.⁶ Während die meisten dieser Staaten unsere Praxis bisher akzeptiert haben, hat uns Polen – offensichtlich in Absprache mit der DDR – wiederholt Diskriminierung unter angeblicher Verletzung der KSZE-Schlußakte vorgeworfen. Während der Implementierungsdebatte des Madrider KSZE-Folgetreffens ist unsere Einladungspraxis von der Sowjetunion und von anderen Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts kritisiert worden.⁷

⁶ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Keine Militärattachés unterhalten Bulgarien, DDR, Heiliger Stuhl, Irland, Island, Liechtenstein, Luxemburg, Malta, Monaco, Polen, San Marino, Ungarn (Austausch wird vorbereitet), Zypern.“

⁷ Der sowjetische Verteidigungsminister Ustinow regte am 1. Juli 1980 in Moskau im Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt an, als Manöverbeobachter auch militärische Fachleute aus der UdSSR einzuladen. Vgl. dazu Dok. 194.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Holik informierte am 3. September 1980 die Botschaft in Moskau, Schmidt habe keine Änderung der bisherigen Praxis zugesagt. Intern werde dies auf Weisung Schmidts aber geprüft. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 4455; VS-Bd. 11408 (221); B 150, Aktenkopien 1980.

Holik unterrichtete die Botschaft in Moskau am 15. Oktober 1980, die bisherige Praxis sei Konsens unter den NATO-Mitgliedstaaten, „die sich aufgrund einer Abstimmung im Bündnis für auf unserem Territorium stattfindende Manöver unserem Einladungsmodus angeschlossen haben. Da fast alle Manöver unserer Bündnispartner, die von der Größe her für die Einladung von Beobachtern in Betracht kommen, auf unserem Territorium stattfinden, ist unser Einladungsmodus damit zur allgemeinen Praxis im Bündnis geworden (Ausnahmen: einzelne Manöver Frankreichs und Norwegens auf eigenem Territorium).“ Eine Änderung der bisherigen Praxis müsse innerhalb der NATO abgestimmt werden: „Eine Behandlung dieser Frage in Madrid erscheint daher weder erforderlich noch zweckmäßig.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 5235; VS-Bd. 11409 (221); B 150, Aktenkopien 1980.

- Demgegenüber haben wir stets darauf hingewiesen, daß es die Schlußakte in das Ermessen des einladenden Staates stellt, Verfahren und Bedingungen der Teilnahme von Manöverbeobachtern zu bestimmen, und daß die Bundesrepublik Deutschland das gleiche Einladungsverfahren ohne Unterschied gegenüber allen KSZE-Teilnehmer anwendet. Während andere KSZE-Teilnehmer bei der Einladung von Manöverbeobachtern selektiv vorgehen, berücksichtigen wir gleichbleibend alle Teilnehmerstaaten, und zwar unbeschadet des in der Schlußakte erwähnten Prinzips der Gegenseitigkeit auch solche, von denen wir – wie im Falle Polens – noch keine Einladung erhalten haben.
- Den Polen sind wir darüber hinaus besonders entgegengekommen mit dem Angebot, im Vorgriff auf den Austausch von Militärattachés – auf den wir nach wie vor Wert legen – die Entsendung des polnischen Militärattachés in Brüssel zu akzeptieren. Polen ist auf dieses Angebot nicht eingegangen.⁸ Bei Änderung unserer Einladungspraxis entfielen für die polnische Seite möglicherweise ein Anreiz, uns in der Frage des Austauschs von Militärattachés entgegenzukommen.
- Die Einladung von Manöverbeobachtern ist bisher, da die Schlußakte weder konkrete Anforderungen an den Veranstalter noch Rechte der Beobachter festlegt, eine eher politisch als militärisch wirksame Maßnahme gewesen. Teilnahme nichtmilitärischer Vertreter erscheint unter diesem Gesichtspunkt vertretbar und geeignet, den politischen Charakter der Maßnahme zu unterstreichen. Auch von westlichen und neutralen KSZE-Teilnehmerstaaten, die in Bonn Militärattachés unterhalten, sind wiederholt zivile Botschaftsangehörige als Beobachter entsandt worden.
- Eine neue Lage würde allerdings entstehen, wenn es entsprechend dem westlichen KAE-Konzept⁹ gelingen sollte, militärisch bedeutsame und verifizier-

⁸ Referat 110 notierte am 4. Juli 1980, gemäß der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 sei auch Polen dazu eingeladen worden, Vertreter seiner Botschaft in Bonn als Manöverbeobachter zu entsenden: „Mit der Begründung, daß sie in der Bundesrepublik Deutschland nicht durch einen Verteidigungsattaché vertreten seien, haben die Polen angeboten, den polnischen Verteidigungsattaché in Brüssel und seinen Stellvertreter zu entsenden. [...] Wir haben daraufhin der polnischen Seite vorgeschlagen, die Frage des Austauschs von Verteidigungsattachéstäben zu prüfen (zuletzt am 28.10.1979 durch unsere Botschaft in Warschau gegenüber Vizedirektor Kopa und im November 1977 durch StS van Well gegenüber Vizeaußenminister Czyrek). Die polnische Seite hat bisher auf diese Anregung nicht reagiert. Im Rahmen unserer im Hinblick auf die Madrider Konferenz verstärkten Bemühungen um Abrüstung und vertrauensbildende Maßnahmen sollten wir auch gegenüber der polnischen Seite erneut einen Vorstoß machen“. Vgl. Referat 214, Bd. 132890.

Am 12. September 1980 vermerkte Botschafter Ruth, die polnische Botschaft habe am 5. September 1980 mit derselben Begründung erneut die Einladung von Manöverbeobachtern abgelehnt und der Bundesregierung eine Verletzung der Bestimmungen der KSZE-Schlußakte vorgeworfen: „Wir schließen mit unserem Verfahren die Entsendung von Beobachtern aus den Hauptstädten und solcher Beobachter aus, die an dritten Orten akkreditiert sind. Mit dieser Regelung soll einerseits die Teilnahme aller Unterzeichnerstaaten der KSZE-Schlußakte ermöglicht, aber andererseits vor allem die Teilnahme von NVA-Offizieren an in der Bundesrepublik Deutschland stattfindenden Manövern vermieden werden.“ Von der Möglichkeit, zivile Botschaftsmitglieder zu entsenden, machen westliche und neutrale Staaten regelmäßigen Gebrauch. Die WP-Staaten lehnen die Entsendung von Zivilisten ab; Militärattachés haben in Bonn nur die SU und Rumänien, seit Anfang des Jahres auch die CSSR. Teilgenommen hat bisher jedoch nur der sowjetische Militärattaché. [...] Polen hatte 1977 versucht, seinen Militärattaché in Brüssel als Beobachter anzumelden. D2 hatte darauf dem polnischen Botschafter erklärt, wenn wir wüßten, daß ein Austausch von Militärattachés bevorstehe, könnten wir den polnischen Vorschlag im Vorgriff darauf akzeptieren. Polen ist auf diesen Gedanken nicht eingegangen.“ Vgl. Referat 214, Bd. 132890.

⁹ Zum französischen Vorschlag einer Konferenz für Abrüstung in Europa vgl. Dok. 287.

bare vertrauensbildende Maßnahmen zu erarbeiten. In diesem Falle könnte auch eine Änderung unserer Einladungspraxis erforderlich werden, die zuvor im Bündnis abgestimmt werden müßte. Es bestehen keine Bedenken, schon jetzt gegenüber anderen KSZE-Teilnehmern deutlich zu machen, daß wir zu einer Überprüfung unserer Praxis im Lichte zukünftiger Verhandlungsergebnisse bereit sein werden.

2) Unter deutschlandpolitischen Gesichtspunkten gibt es durchaus Gründe, die eine Änderung der bisherigen Einladungspraxis zu einem späteren Zeitpunkt erwägenswert erscheinen lassen. Diese politisch sensitive Frage sollte aber erst aufgenommen werden, wenn die zur Zeit bestehenden Belastungen in den deutsch-deutschen Beziehungen¹⁰ überwunden sind. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist dies nicht der Fall.

- Für die Modifizierung unserer Einladungspraxis spricht längerfristig die Erwägung, daß wir die DDR wegen der Hindernisse gegenüber einem Austausch von Militärattachés, wenigstens im Hinblick auf die Vertrauensbildung im militärischen Bereich nicht isolieren sollten. Die DDR sollte im engeren KSZE-Bereich nicht anders als andere Teilnehmerstaaten behandelt werden. Gerade wenn wir es ernst meinten mit den vertrauensbildenden Maßnahmen, sollten wir die DDR nicht aussperren und Kontakte mit ihr auch auf diesem Gebiet intensivieren.
 - Mit Kritik in der Öffentlichkeit beim Auftreten von NVA-Offizieren ist weiterhin zu rechnen. Es ist jedoch möglich, daß bei zunehmend restriktiver Handhabung des Schußwaffengebrauchs an der innerdeutschen Grenze diese Kritik nachlassen würde. Für Soldaten der Bundeswehr dürfte ein Auftreten von Offizieren der NVA bei Manövern auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland keine Probleme aufwerfen, sofern dabei das Prinzip der Gegenseitigkeit sichergestellt ist.
 - Gegen eine Änderung der Einladungspraxis zum gegenwärtigen Zeitpunkt spricht jedoch, daß dieses für Teile unserer öffentlichen Meinung emotionsgeladene Thema nicht in einer Phase der innerdeutschen Beziehungen aufgegriffen werden sollte, die durch das Verhalten der DDR in anderen Bereichen belastet ist. Wenn die Voraussetzungen für eine sinnvolle Behandlung dieser Frage wieder gegeben erscheinen, empfiehlt es sich, konkrete Fortschritte bei den vertrauensbildenden Maßnahmen im Rahmen einer KAE abzuwarten, bevor eine Änderung der Einladungsmodalitäten erwogen wird.
- 3) Unter rechtlichen Gesichtspunkten bestehen die Gründe, die zur Beschränkung der Einladungen auf Angehörige der Bonner Vertretungen geführt haben, unverändert fort. Die Bundesrepublik Deutschland wäre verpflichtet, von der DDR entsandte Manöverbeobachter nach internationalem Standard zu privilegieren und auch von ihrer Strafgerichtsbarkeit freizustellen. Hierfür müßte voraussichtlich eine besondere gesetzliche Grundlage geschaffen werden, was schwerwiegende deutschlandpolitische und -rechtliche Probleme aufwerfen würde.
- Im Falle einer Erweiterung der Einladung von Manöverbeobachtern auf Vertreter aus den Hauptstädten wäre die Bundesrepublik Deutschland völker-

¹⁰ Zur Erhöhung des Mindestumtauschs für Besucher der DDR und Ost-Berlins aus „nichtsozialistischen Staaten“ und aus Berlin (West) ab 13. Oktober 1980 vgl. Dok. 290, Anm. 15.
Zur Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen vgl. Dok. 305.

rechtlich zur Privilegierung der ad hoc entsandten Manöverbeobachter verpflichtet, die nicht der Vertretung ihres Landes zugeteilt werden. Auch gegenüber der DDR bestünde die Verpflichtung, ad hoc entsandte Manöverbeobachter nach internationalem Standard zu privilegieren, einschließlich ihrer Freistellung von unserer Strafgerichtsbarkeit.

- Die Bundesrepublik Deutschland wäre aber nicht ohne weiteres in der Lage, diese Verpflichtung gegenüber der DDR zu erfüllen. Manöverbeobachter aus der DDR sind Deutsche im Sinne des Artikels 116 des Grundgesetzes¹¹. Aufgrund des Fortbestehens der übergreifenden deutschen Staatsangehörigkeit wären sie für uns deutsche Staatsangehörige. Es ist jedoch fraglich, ob es ohne gesetzliche Regelung möglich ist, Deutsche, die im Dienste der DDR in offizieller Mission zu uns kommen, der deutschen Strafgerichtsbarkeit grundsätzlich zu entziehen.
- Um ad hoc entsandten Manöverbeobachtern aus der DDR die gleichen Vorrechte und Befreiungen einzuräumen wie Manöverbeobachtern aus anderen KSZE-Staaten, müßte also von den zuständigen Ressorts entschieden werden, ob besondere innerstaatliche Regelungen erforderlich sind, wie sie etwa für das Personal der Ständigen Vertretung der DDR durch das Gesetz über die Gewährung von Erleichterungen, Vorrechten und Befreiungen an die Ständige Vertretung der Deutschen Demokratischen Republik vom 6.11.1973 – (BGBl. 1973, II, Seite 1673 ff.) erfolgt ist. Falls – wie von einigen Ressorts angenommen – eine besondere Regelung erforderlich sein sollte, würden hierdurch schwerwiegende Fragen deutschlandpolitischer und -rechtlicher Natur aufgeworfen, die es zweifelhaft erscheinen lassen, ob insbesondere unter den gegenwärtigen politischen Rahmenbedingungen eine gesetzliche Regelung durchgesetzt werden könnte.
- Zwar bestünde auch ohne eine solche Klärung die Möglichkeit, auf dem Wege einer besonderen Akkreditierung für Manöverbeobachter die Entsendung von NVA-Offizieren auszuschließen, die der Strafverfolgung ausgesetzt sein könnten. Daß als Manöverbeobachter von der DDR Offiziere entsandt werden, die in Straftaten an der innerdeutschen Grenze involviert sind, dürfte im Hinblick auf die Entwicklung der letzten drei bis vier Jahre an der Grenze ohnehin kaum noch ein praktisches Problem sein. Die DDR könnte jedoch unser Unvermögen, eine völlig gleichartige Privilegierung für die DDR-Beobachter vorzunehmen, zu nach außen wirkungsvollen Angriffen benutzen, um unsere deutschlandrechtliche Position insbesondere in der Staatsangehörigkeitsfrage zu untergraben.

D 5¹² sowie Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen (Referatsleiter II 1, II 2, II 4) und Bundesministerium der Verteidigung (Referatsleiter Fü S III/5¹³) haben mitgezeichnet.

gez. Blech

VS-Bd. 542 (014)

¹¹ Für den Wortlaut des Artikels 116 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 15 f.

¹² Carl-August Fleischhauer.

¹³ Wolfgang Heydrich.

360

Ministerialdirektor Blech, z.Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt

114-6602/80 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1866
Citissime

Aufgabe: 11. Dezember 1980, 12.15 Uhr¹
Ankunft: 11. Dezember 1980, 13.07 Uhr

Betr.: Traditionelles Vierertreffen der Außenminister² über Berlin- und Deutschlandfragen am 10. Dezember 1980 am Vorabend der NATO-Ministertagung in Brüssel³

1) Gastgeber des traditionellen Vierertreffens über Berlin- und Deutschlandfragen am Vorabend der NATO-Ministerkonferenz in Brüssel war der Herr Bundesminister. Das Ministertreffen wurde von den Politischen Direktoren (Blech/D, Vest/USA, Bullard/GB, Robin/F und Dufourcq, Directeur d'Europe) vorbereitet.⁴ Unter operativen Gesichtspunkten standen die Verabschiedung der Studie der Vierergruppe über alliierte Flüge von und nach Schönefeld⁵, die Überprüfung der Reaktion auf eventuelle sowjetische oder DDR-Maßnahmen durch die Vierergruppe und die Billigung der Berlin- und Deutschlandpassage des NATO-Kommunikés⁶ im Vordergrund. Darüber hinaus stimmten die Minister einem französischen Vorschlag zu, eine Evaluierung der derzeitigen Lage des Berli-

¹ Hat Legationsrat I. Klasse Krieghoff am 11. Dezember 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat von Moor „z[ur]K[enn]tnisnahme“ verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat Derix am 12. Dezember vorgelegen, der die Weiterleitung an die Legationsräte I. Klasse Dane und Blomeyer-Bartenstein sowie Attaché Hückmann verfügte.

Hat Dane am 12. Dezember 1980 vorgelegen.

Hat Hückmann am 17. Dezember 1980 vorgelegen.

² Lord Peter Carrington (Großbritannien), Jean François-Poncet (Frankreich), Hans-Dietrich Genscher (Bundesrepublik) und Edmund S. Muskie (USA).

³ Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1980 in Brüssel vgl. Dok. 363 und Dok. 364.

⁴ Zum Treffen der Politischen Direktoren der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA am 10./11. Dezember 1980 in Brüssel vgl. auch Dok. 357, besonders Anm. 3.

⁵ Zur Studie über den alliierten Flugverkehr von und nach Schönefeld vgl. Dok. 189, Anm. 8.

Ministerialdirektor Blech vermerkte am 14. November 1980, in der Bonner Vierergruppe sei die am 6. Dezember 1978 in Auftrag gegebene Studie angenommen worden: „Die lange Zeitdauer seit Mandatserteilung ist damit zu erklären, daß sich die Briten bislang aufgrund von Abstimmungsschwierigkeiten mit ihren Ressorts außerstande gesehen hatten, dem ursprünglichen US-Entwurf der Studie zuzustimmen.“ Der britische Entwurf unterscheide sich inhaltlich nicht vom amerikanischen, sei jedoch knapper und präziser. Er habe allseits Zustimmung gefunden: „Die Grundlinie lautet weiterhin: Grundsätzliche Sperre für alliierte Flüge nach Schönefeld unter Berücksichtigung von drei Ausnahmekategorien (VIP-Flüge, Flüge zu kulturellen Anlässen (z. B. Ausstellungsexponate), Rettungsflüge).“ Der Bundesregierung sei es gelungen, eine Präzisierung der Definition von VIP-Flügen zu erreichen. Vgl. VS-Bd. 13122 (210); B 150, Aktenkopien 1980.

Für die Studie „Allied Policy on Flights to and from Schönefeld“ vom 7. November 1980 vgl. VS-Bd. 13126 (210).

⁶ Referat 210 legte am 27. November 1980 den Entwurf für die „Berlin- und Deutschlandpassage des NATO-Kommunikés“ vor und teilte dazu mit: „Die Kommuniképassage, die üblicherweise auf einem deutschen Entwurf beruht, gliedert sich in zwei Bereiche, die Aussagen zur Lage in und um Berlin und zum deutsch-deutschen Verhältnis im Lichte der jüngsten DDR-Maßnahmen enthalten.“ Vgl. VS-Bd. 13126 (210); B 150, Aktenkopien 1980.

ner Luftverkehrs seit der Studie von 1972⁷ unter besonderer Berücksichtigung der wirtschaftlichen Auswirkungen neuer Verbindungen vorzunehmen.

Die Kommuniké-Passage betont die Bedeutung der Erhaltung einer ruhigen Lage in und um Berlin vor allem unter den gegenwärtigen Umständen und enthält die Unterstützung der Verbündeten für die Bemühungen der Bundesrepublik Deutschland um eine Rücknahme der DDR-Maßnahmen zum Mindestumtausch⁸, damit die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR im Interesse der Stabilität und Zusammenarbeit in Europa und im Interesse der Betroffenen weiter ausgebaut werden können.

Im Mittelpunkt der Aussprache standen neben der Lageerörterung Berlins ein eingehender Meinungs- und Informationsaustausch über die Beziehungen der vier Länder zur DDR.

2) Das Direktorentreffen im einzelnen:

2.1) Die Berlin- und Deutschlandpassage für das Schluß-Kommuniké wurde den Ministern nach leichter Modifizierung zur Annahme empfohlen.⁹

2.2) Die Lagebewertung der Vierergruppe zu Berlin¹⁰ wurde den Ministern zur Annahme überwiesen. Ihre Ergebnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Die Lage in und um Berlin ist als Folge der allgemeinen Verschlechterung der Ost-West-Beziehungen sensibler geworden. Obwohl die Sowjetunion und die DDR bisher keine unmittelbar gegen Berlin gerichteten Maßnahmen ergriffen haben, könnte die Stadt durch eine Verhärtung der Position der DDR praktisch und psychologisch betroffen werden.

⁷ Seit dem Herbst 1970 bekundeten mehrere westliche Fluggesellschaften Interesse an der Aufnahme eines Linienvverkehrs mit dem Flughafen Berlin-Schönefeld. Demgegenüber bemühten sich die Bundesregierung und der Senat von Berlin um die Einbeziehung von Berlin (West) in diesen Luftverkehr. Nachdem Beratungen in der Bonner Vierergruppe zu keinem Ergebnis geführt hatten, wurde in einer Sondersitzung der Bonner Vierergruppe auf Direktorenebene am 17./18. November 1971 in Paris die Einsetzung einer Untergruppe zur Ausarbeitung einer Studie beschlossen. Vgl. dazu AAPD 1971, III, Dok. 400.

Für die „Bonn Group Study on Berlin Air Services“ vom 24. Januar 1972 vgl. VS-Bd. 8796 (III A 4).

Ministerialdirektor Herbst vermerkte dazu am 25. Januar 1972: „Nach einer – in der Studie vorgeschlagenen – Genehmigung erster Landungen im Nord-Süd-Verkehr für Liniendienste der SAS und AUA bedarf es noch einer Abstimmung der drei Alliierten a) mit den Sowjets über den Einflug in die ‚Berlin Control Zone‘, b) mit der Flugsicherheitskontrolle Schönefeld; auch müssen den nicht-alliierten Unternehmen Überflugrechte der DDR gewährt werden.“ Allerdings fehle auch noch die britische Zustimmung für „eine positive Grundsatzentscheidung der Alliierten“. Vgl. VS-Bd. 8796 (III A 4); B 150, Aktenkopien 1972.

Zur weiteren Diskussion in der Bonner Vierergruppe über die Gewährung von Landerechten in Berlin (West) an nichtalliierte Luftfahrtgesellschaften vgl. AAPD 1973, III, Dok. 380, und AAPD 1974, II, Dok. 244.

⁸ Zur Erhöhung des Mindestumtauschs für Besucher der DDR und Ost-Berlins aus „nichtsozialistischen Staaten“ und aus Berlin (West) ab 13. Oktober 1980 vgl. Dok. 290, Anm. 15.

⁹ Vgl. dazu den Wortlaut von Ziffer 3 des Kommunikés; NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 154. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN 1980, S. 1121 f.

¹⁰ Für die Aufzeichnung der Bonner Vierergruppe „Assessment of the Berlin Situation“ vgl. VS-Bd. 13126 (210).

Referat 210 führte am 28. November 1980 dazu aus, die Analyse komme zu dem Schluß, „daß es keine Anzeichen dafür gibt, daß die östliche Seite die alliierten Rechte und Verantwortlichkeiten in Berlin einschließlich der darauf beruhenden Praxis, das Vier-Mächte-Abkommen oder die innerdeutschen Vereinbarungen in Frage stellen will, daß aber im Falle einer weiteren Verschlechterung des Ost-West-Klimas nicht auszuschließen ist, daß Berlin verstärkt in Mitleidenschaft gezogen wird.“ Vgl. VS-Bd. 13126 (210); B 150, Aktenkopien 1980.

- Die Erhöhung des Mindestumtauschs berührt viele familiäre Bindungen, insbesondere in Berlin. Die Maßnahmen stellen für die Menschen in der geteilten Stadt eine besondere Belastung dar. Die Vorteile des Vier-Mächte-Abkommens¹¹ und der Reise- und Besuchsregelung werden dadurch wesentlich beeinträchtigt.
- Eine gewisse Verschärfung der Tonlage in sowjetischen Protesten und Presseartikeln reflektiert die größere Sensitivität gegenüber der Lage in Berlin. Die Sowjetunion hat das Vier-Mächte-Abkommen auch weiterhin restriktiv interpretiert und ihre Bemühungen fortgesetzt, das Abkommen in einer Weise auszulegen, die während der Verhandlungen nicht akzeptiert worden war.
- Der Transitverkehr von und nach Berlin verlief wie bisher im allgemeinen zufriedenstellend.

Von britischer Seite wurde darauf hingewiesen, daß über technische und rechtliche Aspekte der S-Bahn¹² so bald wie möglich gesprochen werden müsse, wobei die Vierergruppe eingeschaltet werden solle und eine möglichst enge Konsultation aller Beteiligten erforderlich sei. Amerikaner und Franzosen schlossen sich dem an.

2.3) Die Direktoren stimmten der Bewertung zu, daß die vertraglichen Grundlagen und die darauf beruhende Praxis auch in politisch schwierigen Zeiten funktionieren. Von britischer Seite wurde darauf hingewiesen, daß die Sowjetunion ihren Druck auf Berlin verstärken könne, um von Maßnahmen anderenorts abzulenken. Dufourcq stellte die Frage, ob die SU westliche Vergeltungsmaßnahmen auf eine eventuelle sowjetische Intervention in Polen mit Druck auf Berlin beantworten könne. Von britischer Seite wurde hierzu die Auffassung vertreten, die SU werde zunächst ihre Sprache in Protesten, Kommentaren verschärfen, ehe sie an dem Zugang rühre. Die Direktoren kamen überein, daß die Eventualfallplanung in bezug auf eventuelle sowjetische oder DDR-Maßnahmen gegen den Transitverkehr durch die Vierergruppe überprüft werden solle. Die französische Seite wird hierzu Vorschläge vorlegen.

2.4) EG–Berlin

Von deutscher Seite wurde eine Übersicht über den Stand der Vorbereitungen für die Implementierung der Studie EG–Berlin gegeben.¹³ Die Direktoren empfahlen den Ministern, daß mit der vollständigen Implementierung der Studie

¹¹ Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73.

¹² Zur von der Reichsbahn betriebenen Berliner S-Bahn und den Streiks der Beschäftigten in Berlin (West) vgl. Dok. 276 sowie Dok. 279.

¹³ Zur Erarbeitung einer Studie EG–Berlin durch die Bonner Vierergruppe vgl. Dok. 189, Anm. 3. Referat 210 vermerkte am 28. November 1980, der wegen der fehlenden Zustimmung der Ressorts eingelegte Vorbehalt der Bundesrepublik sei mittlerweile fallengelassen worden: „Die Europa-Staatssekretäre haben ihre grundsätzliche Zustimmung zur Implementierung der Studie erklärt.“ Es bestünden aber weiter Bedenken: „Der BMJ befürchtete, daß sich die Studie zu einer ‚Rechtsquelle‘ für das Verhältnis EG–Berlin entwickeln könnte, der BMV machte Probleme mit der deutschen Verantwortung für das ‚Frühwarnsystem‘ geltend.“ Auch wenn das Auswärtige Amt diese Bedenken habe zerstreuen können, fehlten bislang noch die personellen Voraussetzungen für die Implementierung. Vgl. VS-Bd. 13126 (210); B 150, Aktenkopien 1980. Für die Studie „Berlin and the European Communities“ vgl. VS-Bd. 13126 (210).

nicht später als 1. April 1981 begonnen werden solle. Minister stimmten dem zu, BM betonte unsere Bereitschaft zum Implementierungsbeginn spätestens zum 1.4.81.

2.5) Beziehungen zur DDR

Wir berichteten über den Stand der innerdeutschen Beziehungen. Die Alliierten gaben eine Übersicht über den Stand der Beziehungen ihrer Länder zur DDR.

Beziehungen USA–DDR

Beziehungen entwickeln sich langsam, aber stetig. Fortschritte insbesondere bei der Familienzusammenführung und bei der Sachverhaltsermittlung hinsichtlich verstaatlichten US-Vermögens in der DDR. Hinweis auf Konsultationen Ewing/Nier am 8./9.9.1980.¹⁴ Hauptinteresse der DDR an wirtschaftlicher, wissenschaftlicher und technologischer Zusammenarbeit mit den USA sowie an Gewährung der Meistbegünstigungsklausel. Bei letzterem wenig Aussichten, solange nicht konkrete Fortschritte im Bereich der Menschenrechte und in Ausreisefragen durch die DDR nachweisbar.

Am 2.2.1981 Beginn von Verhandlungen mit der DDR über wissenschaftliche, kulturelle und technische Zusammenarbeit.

Frankreich–DDR

Keine spektakulären Entwicklungen. Juli 1980 Besuch Couve de Murvilles (Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses der Nationalversammlung) in der DDR.¹⁵ August 1980 KSZE-Konsultationen. Rückgang des bilateralen Handels.¹⁶ November 1980 Tagung der Gemischten Wirtschaftskommission.¹⁷ Schwierigkeiten bei der Regelung humanitärer Fälle (von 41 offenen Fällen

¹⁴ Zu den Gesprächen des Mitarbeiters im amerikanischen Außenministerium, Ewing, mit dem Stellvertretenden Außenminister der DDR, Nier, vgl. Dok. 189, Anm. 21.

¹⁵ Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, notierte am 22. Juli 1980, der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses der französischen Nationalversammlung, Couve de Murville, habe sich vom 5. bis 10. Juli 1980 in der DDR aufgehalten. Er sei dabei u. a. vom Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, und dem Präsidenten der Volkskammer, Sindermann, empfangen worden. Während nach außen hin die Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Vordergrund gestanden habe, habe sich Couve de Murville „aber intern eher abfällig über die hier geführten Gespräche geäußert [...]. An keiner Stelle sei von den DDR-Gesprächspartnern ein eigener Gedanke oder eine eigene Bewertung vorgebracht worden; die Ausführungen seien vielmehr sämtlich ein bloßes Echo sowjetischer Vorstellungen gewesen. [...] Auffallend sei allerdings die Konzentration auf den europäischen Bereich; die DDR habe dabei so getan, als könne man ihn völlig isoliert von anderen internationalen Problemen, insbesondere natürlich von Afghanistan, behandeln.“ Vgl. den nicht nummerierten Schriftbericht; Referat 210, Bd. 132445.

¹⁶ Gesandter Mühlen, Paris, informierte am 25. August 1980, für Frankreich stehe im Verhältnis zur DDR „die wirtschaftliche Zusammenarbeit im Vordergrund des Interesses. Im Außenhandel Frankreichs nimmt die DDR den vierten Platz ein; der Handelsumsatz Frankreichs mit der DDR betrug 1979 allerdings nur 0,3 % des gesamten französischen Außenhandels.“ Bislang gebe es noch keine Absprache über politische Konsultationen: „Ansätze für eine engere Konsultationsfolge könnten die Bereiche KSZE und Rüstungskontrolle geben: Abteilungsleiterkonsultationen im Dezember 1978 in Paris und Konsultationen des für Madrid vorgesehenen französischen Delegationsleiters in Ost-Berlin im September 1980.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 2614; Referat 210, Bd. 132445.

¹⁷ Die Tagung der Gemischten Kommission für Fragen der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der DDR fand am 19./20. November 1980 in Ost-Berlin statt. Vgl. dazu AUSSENPOLITIK DER DDR XXVIII/2 (1980), S. 1276.

1980 nur 19 gelöst). Auf unsere Frage erklärte Dufourcq, bisher gäbe es für einen Besuch von DDR-AM Fischer in Paris¹⁸ keine Terminfestlegung.

Großbritannien–DDR

Beziehungsentwicklung wenig ereignisreich, Höhepunkt bilateraler Beziehungen war Blaker-Besuch in Ost-Berlin vom 3. bis 5.11.1980.¹⁹ DDR habe Bereitschaft zur Lösung humanitärer Fragen erkennen lassen. Rechtshilfe-Abkommen sei abgeschlossen worden.²⁰ Nunmehr sollten Verhandlungen über ein Abkommen zur Erleichterung der Visa-Erteilung aufgenommen werden. Die DDR habe Interesse am Abschluß eines Abkommens über wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit signalisiert, was von britischer Seite mit Zurückhaltung quittiert worden sei. Britische Seite würde Abschluß eines Kulturabkommens mit der DDR begrüßen. Anfang Dezember Zusammentritt der Gemischten Wirtschaftskommission.²¹ Ein Besuch Axens in London²² sei im Gespräch, es gebe aber noch keine konkrete Terminabsprache.

2.6) Luftverkehr von und nach Schönefeld. Die Direktoren empfahlen den Ministern die Annahme der Vierergruppenstudie mit geringfügigen Modifizierungen.

2.7) Flüge von und nach Tegel²³

Dufourcq wiederholte die französische Erklärung vom Oktober d.J. in der Vierergruppe, daß die französische Zustimmung zu Flügen für Air Berlin USA und Dan Air von Tegel nach Brüssel bzw. Amsterdam nicht die französische Auffassung berühre, wonach Flüge von Berlin (West) zu anderen Bestimmungsorten

¹⁸ Referat 210 vermerkte am 14. November 1980, der Außenminister der DDR, Fischer, habe Interesse gezeigt, im Herbst Frankreich zu besuchen. Die französische Regierung sei darauf nicht eingegangen, schließe aber nicht aus, daß der Besuch noch vor den Präsidentschaftswahlen am 26. April bzw. 10. Mai 1981 zustande komme. Vgl. dazu Referat 210, Bd. 132445.

¹⁹ Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, informierte am 6. November 1980, der Staatsminister im britischen Außenministerium, Blaker, sei mit dem Außenminister der DDR, Fischer, und dem Stellvertretenden Außenminister Nier zusammengetroffen. Nach Angaben der britischen Botschaft seien überwiegend internationale Themen erörtert worden. Blaker habe die Erhöhung des Mindestumtauschs und die Entscheidung der DDR, die Umstellung auf Sommerzeit für das Jahr 1981 nicht vorzunehmen, angesprochen: „Die DDR-Stellungnahmen hierzu sowie zu den internationalen Fragen hätten auf der bekannten Linie gelegen. Bilaterale Fragen seien nur allgemein ohne Details erörtert worden, wobei die DDR ihr Interesse an einer Erweiterung des offiziellen hochrangigen Besucheraustauschs in den Vordergrund gestellt habe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1179; Referat 210, Bd. 132445.

²⁰ Für den Wortlaut des Rechtshilfeabkommens vom 28. Februar 1980 zwischen der DDR und Großbritannien vgl. AUSSENPOLITIK DER DDR XXVIII/2 (1980), S. 978–986.

²¹ Die Gemischte Kommission für Fragen der wirtschaftlichen, industriellen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zwischen Großbritannien und der DDR tagte vom 1. bis 3. Dezember 1980 in London. Vgl. dazu AUSSENPOLITIK DER DDR XXVIII/2 (1980), S. 1280.

²² Der Leiter der Außenpolitischen Kommission beim Politbüro des ZK der SED, Axen, hielt sich vom 15. bis 18. Juni 1981 in Großbritannien auf.

²³ Referat 210 vermerkte am 28. November 1980, „der zunehmende Abfluß von Passagieraufkommen aus Berlin (West) nach Schönefeld, insbesondere im Bereich des Charter-Ferienflugverkehrs“, bereite zunehmend Sorge. Die DDR-Fluggesellschaft Interflug biete neuerdings „in verstärktem Umfang Flüge zu Dumpingpreisen in Feriengebiete Südeuropas (vor allem Griechenland, geplant auch Italien) an“. Referat 210 schlug vor, den Drei Mächten deshalb das Interesse der Bundesregierung zu erläutern, „daß alliierten Fluggesellschaften die Möglichkeit gegeben wird, den Flugverkehr nach Berlin-Tegel zu intensivieren. Wir würden es auch begrüßen, wenn nichtalliierte Fluggesellschaften [...] Berlin (West) im Nord-Süd-Verkehr anfliegen könnten“. Der Luftverkehr solle „als Teil der Lebensfähigkeit von Berlin (West) in der Bonner Vierergruppe weiterhin sorgfältig beobachtet werden“. Vgl. VS-Bd. 13126 (210); B 150, Aktenkopien 1980.

als in Ländern der Drei Mächte das Korridorregime beeinträchtigen könnten und die Genehmigung der genannten Flüge daher keinen Präzedenzfall für zukünftige Fälle darstelle. Er schlug vor, die Vierergruppe solle eine Einschätzung der derzeitigen Lage des Berliner Luftverkehrs seit der Studie von 1972 einschließlich der wirtschaftlichen Auswirkungen neuer Linienverbindungen erstellen. Eine solche Bestandsaufnahme solle im wesentlichen wirtschaftliche und statistische Daten zusammentragen. Die Direktoren stimmten diesem Vorschlag zu. Frankreich erklärte sich bereit, einen entsprechenden Entwurf für die Behandlung in der Vierergruppe vorzubereiten.²⁴

3) Ministertreffen

3.1) Die Minister billigten den Berlin- und Deutschland-Passus für das NATO-Kommuniqué (siehe Anlage) mit zwei vom Herrn Bundesminister vorgeschlagenen Modifizierungen und nahmen die Lagebewertung der Vierergruppe zu Berlin an.

3.2) Die Minister beauftragten die Bonner Vierergruppe, die Eventualfallplanung bezüglich eventueller gegen Berlin gerichteter Maßnahmen der Sowjetunion oder der DDR zu überprüfen.

3.3) Die Minister kamen überein, daß die Studie EG–Berlin spätestens ab 1. April 1981 voll implementiert werden solle.

3.4) Die Minister billigten die Studie zum Luftverkehr von und nach Schönefeld und den in Ziffer 2.7 genannten französischen Vorschlag zum Luftverkehr von und nach Tegel.

[gez.] Blech

Folgt Anlage

[...] ²⁵

VS-Bd. 13126 (210)

²⁴ Frankreich legte am 7. April 1981 einen ersten Entwurf für eine solche Studie vor. Für das Papier „La Desserte Aérienne de Berlin: Données Actuelles“ vgl. Referat 210, Bd. 132474.

²⁵ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. dazu Anm. 9.

361

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Vizepräsidenten der EG-Kommission, Haferkamp

12. Dezember 1980¹

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit Vizepräsident Haferkamp am Freitag, dem 12. Dezember 1980, von 11.50 bis 12.40 Uhr im Bundeskanzleramt

Nach einem einleitenden Meinungsaustausch über die Zusammensetzung der neuen Kommission² konzentrierte sich das Gespräch auf folgende Punkte:

1) Bericht Jenkins vor dem 18. Europäischen Rat in Luxemburg³

Bundeskanzler bittet, Präsident Jenkins seinen Dank für den hervorragenden Bericht zu übermitteln und ihn um eine Niederschrift zu bitten.

2) Japan, USA

Haferkamp glaubt, daß die Außenbeziehungen für künftige Entwicklung der EG immer wichtiger werden. Wesentlich sei es, das handelspolitische Dreieck EG/Japan/USA zu erhalten. Hierzu habe ihm der japanische AM Ito gesagt⁴, von welch entscheidender politischer Bedeutung die Teilnahme an den Weltwirtschaftstreffen für Japan sei (BK: Auch er hat sich von Anfang an für Teilnahme Japans eingesetzt). Er habe den Japanern geraten, ihre Bemühungen um Abbau des Leistungsbilanzdefizits nicht so zu forcieren, daß sie damit den protektionistischen Druck verstärken. Im Verhältnis zu Amerika habe er mit dem Nachfolger von Bob Strauss⁵ vereinbart, noch in der Übergangsperiode mit ihm und dem künftigen Vertreter der Reagan-Administration⁶ zusammenzutreffen.

3) Spanien

Bundeskanzler berichtet, daß er auf Frage von Narjes nach dem Begriff der

¹ Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 15. Dezember 1980 gefertigt und am selben Tag über Ministerialdirektor von Staden und Staatssekretär Lahnstein, beide Bundeskanzleramt, an Bundeskanzler Schmidt „mit der Bitte um Billigung“ weitergeleitet. Dazu vermerkte Gablentz: „Ich schlage vor, den Gesprächsvermerk nach Billigung auch BM Genscher und BM Lambsdorff zu übersenden. Im Hinausgehen bat V[ize]P[räsident] Haferkamp um eine Übersendung Ihres Buches Strategie des Gleichgewichts, das Sie im Zusammenhang mit Karl Popper erwähnt hatten. Ich rege an, ihm das anliegende Exemplar mit kurzer handschriftlicher Widmung zu übersenden.“

Hat Staatsminister Huonker, Bundeskanzleramt, am 15. Dezember 1980 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 55; B 150, Aktenkopien 1980.

² Ministerialdirektor Fischer teilte der Ständigen Vertretung bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel und der Botschaft in Luxemburg am 11. Dezember 1980 mit, daß die Bundesregierung entschieden habe, den bisherigen Vizepräsidenten der EG-Kommission, Haferkamp, und den CDU-Abgeordneten Narjes als Mitglieder der ab 6. Januar 1981 amtierenden EG-Kommission zu benennen. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 6246; Referat 410, Bd. 130335.

³ Zur Tagung des Europäischen Rats am 1./2. Dezember 1980 in Luxemburg vgl. Dok. 349.

⁴ Der Vizepräsident der EG-Kommission, Haferkamp, und der japanische Außenminister Ito trafen am 11. Dezember 1980 in Brüssel zusammen.

⁵ Reubin O'Donovan Askew war seit November 1979 Handelsbeauftragter der USA.

⁶ William E. Brock.

„Europäischen Union“ in der Regierungserklärung⁷ geantwortet habe, daß die EG sich zunächst bemühen müsse, mit den Problemen der Süderweiterung⁸ fertigzuwerden und ein Ausscheren Großbritanniens zu verhindern. Die Süderweiterung sei eine erhebliche Belastung für die EG, aber für die Stabilität der Demokratie in Spanien wesentlich. Die kommunistische Gefahr sei weder in Portugal noch in Spanien endgültig gebannt. Man könne daher eine formelle Teilnahme Spaniens an Aktivitäten der Gemeinschaft – mindestens aber zum Beispiel der EPZ – nicht zu lange hinauszögern. Er habe Suárez zweimal klarzumachen versucht, daß eine kurze Übergangszeit nicht im Interesse der spanischen Wirtschaft liege.

Haferkamp greift den Gedanken des Bundeskanzlers auf und regt an, einen Katalog von Maßnahmen zu erarbeiten, die wie die EPZ die Zugehörigkeit Spaniens zur EG demonstrieren, ohne schon die großen wirtschaftlichen Belastungen der vollen Mitgliedschaft mit sich zu bringen. BK möchte sich in den Gang der Beitrittsverhandlungen nicht einmischen.

4) Perspektiven 1981

Bundeskanzler hebt hervor, daß die EG-Fragen voraussichtlich nicht im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stehen werden. 1981 werde wirtschaftlich das schwierigste Jahr seit 1975 werden und weltpolitisch seit der Kuba-Krise⁹. Die ausgehende amerikanische Administration scheine es der neuen¹⁰ nicht leichtzumachen, wie Presseindiskretionen am Rande der NATO-Konferenz in Brüssel bewiesen. Entscheidend für uns werden die Fragen der West-Ost-Beziehungen und ihre Auswirkungen auf unsere Verteidigungs-, Rüstungskontroll- und Deutschland-Politik sein, die politische Lage im Nahen Osten und die Entwicklung der Weltwirtschaft. Die Weltwirtschaftslage ist gekennzeichnet von schweren Störungen der Zahlungsbilanzen sowie hohen und höchsten Zinsen (New York 20 %) am Beginn einer Deflationsperiode. Die Bundesregierung könne in dieser Lage entweder ihre Währung abdecken lassen, um die Investitionsrate hoch zu halten mit der Folge steigender Kosten, Löhne und Preise, oder sie könne versuchen, die gegenwärtige Politik durchzuhalten mit deutlichen Gefahren für die Beschäftigung.

5) Frankreichs Rolle in der EG

Bundeskanzler hält eingreifende Vorschläge der Kommission zur Konsolidierung der Agrarpolitik und der EG-Haushaltsstruktur für die entscheidende Aufgabe der nächsten Monate in der EG.¹¹ Frankreich werde wohl im Hinblick auf die

⁷ Für den Wortlaut der Ausführungen des Bundeskanzlers Schmidt in der Regierungserklärung vom 24. November 1980 über das „Ziel der Europäischen Union“ vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 117, S. 27.

⁸ Griechenland wurde am 1. Januar 1981 Mitglied der Europäischen Gemeinschaften.

Zum Stand der Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 212, Anm. 7, und Dok. 294, Anm. 10.

Zum Stand der Verhandlungen über einen EG-Beitritt Portugals vgl. Dok. 294, Anm. 9.

⁹ Zur Kuba-Krise von 1962 vgl. Dok. 32, Anm. 4.

¹⁰ Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt. Vgl. dazu Dok. 314, Anm. 3.

Präsident Reagan nahm am 20. Januar 1981 die Amtsgeschäfte auf.

¹¹ Die EG-Kommission legte dem EG-Ministerrat am 8. Dezember 1980 eine Aufzeichnung zur gemeinsamen Agrarpolitik vor. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN DER EG, Beilage 6/1980.

Wahlen in der ersten Jahreshälfte¹² eine geborgte Wachstumspolitik aufrecht erhalten und dann in der zweiten Jahreshälfte umschalten.

Haferkamp betont, daß Frankreich schon jetzt alles unternehme, um seine Position für die Auseinandersetzung über die Agrarpolitik auszubauen. Das zeige sich bei den Außenbeziehungen ebenso wie beim Einfluß des zuständigen französischen Generaldirektors¹³ auf die Vorlagen Kommissar Gundelachs. Deutschland wirke von Brüssel aus stark, habe aber in der Vergangenheit europäisches Engagement vermissen lassen. Die Zeit der Zahlmeister-Diskussion sei jetzt vorbei. Man erwarte viel von Deutschland und hoffe, nicht von uns im Stich gelassen zu werden. Das deutsche Wahlergebnis¹⁴ sei allgemein begrüßt worden, weil es durch stabile Mehrheiten im Bundestag eine Kontinuität der Politik sichere. Die direkte Art des Bundeskanzlers im Europäischen Rat und das Auftreten BM Genschers im EG-Rat werden geschätzt und anerkannt. Das Ansehen Frankreichs leide unter der täglichen Auseinandersetzung in Brüssel mit einer französischen Strategie, die präzise vorbereitet und wohlkoordiniert in penetranter Weise enge nationale französische Interessen vertrete. AM Carrington habe sich auch unter den schwierigen Bedingungen des letzten Jahres großes Ansehen erworben.

6) EPZ

Bundeskanzler hält die Entwicklung der EPZ für sehr positiv und begrüßt die Beteiligung der Kommission an den Arbeiten der Minister und des PK.

7) Polen

Bundeskanzler drängt auf schnelle EG-Nahrungsmittelhilfe. Er fordert die Kommission auf, die Mitgliedstaaten zu vernünftig abgestimmten Kreditgewährungen zu bewegen. Die Bundesregierung ist bereit, einen Bürgschaftsrahmen zur Verfügung zu stellen, möchte aber, daß dessen Höhe in einem vernünftigen Verhältnis zu den Anstrengungen der anderen EG-Staaten steht. Er kündigt an, daß die Bundesregierung die notwendigen Beschlüsse spätestens im Kabinett am Dienstagmorgen (16. Dezember) unter Bezugnahme auf die Vorschläge der Kommission treffen wird, über die *Haferkamp* berichtet.¹⁵

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 55

¹² In Frankreich fanden am 26. April und am 10. Mai 1981 Präsidentschaftswahlen statt.

¹³ Claude Villain.

¹⁴ Zu den Bundestagswahlen am 5. Oktober 1980 vgl. Dok. 288, Anm. 4.

¹⁵ Die Haushaltsberatungen der Bundesregierung wurden am 16. Dezember 1980 abgeschlossen. Vgl. dazu Dok. 371, Anm. 5.

Auf der EG-Ministerratstagung am 15./16. Dezember 1980 in Brüssel wurde beschlossen, Polen rund 400 000 Tonnen landwirtschaftliche Erzeugnisse und Nahrungsmittel zu Sonderpreisen zu liefern. Vgl. dazu das Communiqué; BULLETIN DER EG 12/1980, S. 13.

362

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech**220-370.73/10 POL-2121/80 VS-vertraulich****12. Dezember 1980¹**Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

Betr.: Eventuelle militärische Aktionen des Warschauer Pakts in Polen;
 hier: Relevanz für die Fortsetzung des SALT-Prozesses und der Gespräche über die Begrenzung nuklearer Mittelstreckensysteme (LRTNF)

Bezug: Aufzeichnung der Abteilung 2 vom 9. Dezember 1980
 – 221-372.16/1–2093/80 VS-vertr.⁴

Anlg.: 1 (221-2093 POL/80 VS-vertr.; nur für BM, BStS und D2)⁵

I. Anders als im Falle der Bezugsaufzeichnung, in der die Relevanz eventueller militärischer Aktionen in Polen für die KSZE und die MBFR-Verhandlungen bewertet wurden, handelt es sich bei SALT und LRTNF um Verhandlungen,

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Ritter von Wagner konzipiert.
 Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 15. Dezember 1980 vorgelegen.
 Hat Botschafter Ruth am 15. Dezember 1980 vorgelegen.

² Hat Staatssekretär van Well am 14. Dezember 1980 vorgelegen.

³ Hat Bundesminister Genscher am 12. Dezember 1980 vorgelegen.

⁴ Ministerialdirektor Blech legte dar, welche Konsequenzen eine eventuelle militärische Intervention von Streitkräften des Warschauer Pakts in Polen im Kontext der im Rahmen der KSZE getroffenen Vereinbarungen über vertrauensbildende Maßnahmen sowie in Hinsicht auf die MBFR-Verhandlungen in Wien haben könnten. Die derzeitige Massierung von Streitkräften im Westen der UdSSR müsse gemäß der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 nicht notifiziert werden; dies unterstreiche „die westliche Forderung nach militärisch bedeutsamen, verifizierbaren und in ganz Europa anwendbaren Maßnahmen“. Ähnliches gelte für die MBFR-Verhandlungen in Wien, da deutlich geworden sei, daß die UdSSR ihre Streitkräfte außerhalb des Reduzierungsraums in Mitteleuropa zu nutzen wisse. Sollte die UdSSR als Vorstufe zu einer Intervention ohne vorherige Notifizierung Manöver in Polen durchführen, „würde dies in der gegenwärtigen Gesamtsituation auch von neutralen und ungebundenen KSZE-Teilnehmern als schwerer Verstoß gegen die CBM-Absprachen der Schlußakte aufgefaßt werden“. Bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid bestünden dann keine Aussichten auf Fortschritte im militärischen Bereich, die Glaubwürdigkeit der Vorschläge des Warschauer Pakts wie der für eine Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung wäre erschüttert. Eine offene Intervention in Polen wäre eine so flagrante Verletzung der Prinzipien der KSZE-Schlußakte, daß an eine Fortsetzung der KSZE-Folgekonferenz in Madrid nicht zu denken sei: „Jedoch sollte das Treffen nicht durch Auszug des Westens abgebrochen, sondern durch Zurückziehung westlicher Vorschläge und ausschließliche Konzentration auf Implementierungskritik“ zu einer so weitgehenden Isolation der UdSSR führen, daß diese das Treffen verlasse: „Wir haben kein Interesse, die Verantwortung für die Zerstörung oder Paralisierung der KSZE-Struktur zu übernehmen (was in weiterer Zukunft uns auch die Verantwortung für ihre Wiederherstellung zuschieben würde). Außerdem wäre fraglich, ob alle Neutralen (Finnland!) und Ungebundenen (Jugoslawien!) mit uns ausziehen würden, während sie – evtl. auch Rumänien – bei einem sowjetischen Auszug sitzen bleiben dürften.“ Eine Besetzung Polens mit einer deutlichen Erhöhung der sowjetischen militärischen Präsenz im Reduzierungsraum würde alle Bemühungen bei den MBFR-Verhandlungen um die Herstellung eines paritätischen Kräfteverhältnisses ad absurdum führen. Voraussetzung für alle weiteren Verhandlungen sei dann ein Abzug der Streitkräfte. Vgl. VS-Bd. 11457 (221); B 150, Aktenkopien 1980.

⁵ Dem Vorgang nicht beigelegt. Vgl. Anm. 4.

- die z. Z. nicht stattfinden,
- deren Fortsetzung noch vereinbart werden muß,
- an denen die Bundesrepublik Deutschland nicht direkt beteiligt ist,
- an denen außer der Sowjetunion keine anderen WP-Staaten teilnehmen,
- deren eigentlicher Verhandlungsgegenstand – das strategische Kräfteverhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion – durch eine eventuelle Intervention in Polen nicht direkt berührt wird.

II. Zu SALT

1) Die Fortsetzung des SALT-Prozesses wird sowohl von der neuen amerikanischen Administration⁶ wie von der sowjetischen Führung (so Breschnew gegenüber Senator Percy⁷) gewünscht. Allerdings wird diese Fortsetzung von beiden Seiten unterschiedlich gesehen:

- Die amerikanische Seite beabsichtigt, den SALT-II-Vertrag in seiner jetzigen Form nicht zu ratifizieren⁸ und statt dessen einzelne Elemente neu zu verhandeln, wobei noch offen ist, um was es sich dabei im einzelnen handelt.
- Die sowjetische Seite drängt nach wie vor auf die Ratifizierung des unterzeichneten Vertrages, schließt aber Gespräche über SALT-Themen nicht aus („willing to turn the page and start anew“, so Breschnew gegenüber Percy).

2) Diese Ausgangslage verdeutlicht, daß die amerikanische Seite Demandeur neuer Verhandlungen ist. Dem entspricht auch, daß die neue amerikanische Administration den jetzigen SALT-II-Vertrag unausgewogen zugunsten der Sowjetunion bewertet und daß die USA sich durch die sowjetischen schweren ICBM bedroht fühlen, deren Erhaltung durch SALT II der Sowjetunion einseitig zugestanden bleibt.

Trotz dieser taktisch ungünstigen Lage würde die amerikanische Administration die formelle Unterbrechung des SALT-Prozesses in Erwägung ziehen müssen:

- Die konservative, SALT skeptisch gegenüberstehende Grundhaltung vieler Anhänger des neuen Präsidenten würde entsprechenden Druck ausüben.

⁶ Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt. Der Präsidentschaftskandidat der Republikanischen Partei, Reagan, setzte sich dabei gegen Amtsinhaber Carter durch. Vgl. dazu Dok. 314, Anm. 3. Präsident Reagan nahm am 20. Januar 1981 die Amtsgeschäfte auf.

⁷ Zu den Gesprächen des amerikanischen Senators Percy vom 26. bis 29. November 1980 in der UdSSR vgl. Dok. 343.

⁸ Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 13.

Zum Stand des Ratifizierungsverfahrens des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 im amerikanischen Senat vgl. Dok. 59.

Ministerialdirektor Blech notierte am 12. Dezember 1980 über das Treffen der Politischen Direktoren der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA am 10./11. Dezember 1980 in Brüssel, der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Vest, habe dargelegt, „daß es innerhalb der republikanischen Administration durchaus eine Bereitschaft gebe, den SALT-Prozeß weiterzuführen. Es sei jedoch noch eine offene Frage, wie dies geschehen könne. [...] Bei Reagan sei im Hinblick auf die Fortführung des SALT-Prozesses eine ‚openess of spirit‘, nicht jedoch eine ‚disposition of mind‘ vorhanden. [...] Im übrigen gebe es innerhalb der Republikanischen Partei erhebliche Meinungsunterschiede in dieser Frage. Dies komme auch darin zum Ausdruck, daß offenbar aus der Übergangsmannschaft die entsprechenden Botschaftstelegramme über die Percy-Gespräche in Moskau an die Öffentlichkeit gedrungen seien.“ Vgl. VS-Bd. 1116 (204); B 150, Aktenkopien 1980.

- Die eigene, auf das politische Gesamtverhalten der Sowjetunion abstellende Forderung (linkage), wonach Rüstungskontrolle nur bei entsprechendem sowjetischen Wohlverhalten möglich ist, gebietet ebenfalls, die Fortsetzung des SALT-Prozesses bei einer Polenintervention zu überprüfen.

3) In der Öffentlichkeit, das gilt nicht unbedingt für die amerikanische Öffentlichkeit⁹, würde allerdings die Nicht-Aufnahme von amerikanisch-sowjetischen SALT-Gesprächen nicht als wirksame westliche Reaktion bzw. „Bestrafung“ der Sowjetunion wegen einer militärischen Intervention in Polen empfunden werden.¹⁰

Die sowjetische Führung hingegen würde nach den deutlichen amerikanischen Bestrebungen nach partiellen Neuverhandlungen die erklärte Rücknahme der Gesprächsbereitschaft als ein Signal empfinden, das den bisherigen SALT-Prozeß, der der Sowjetunion die militärische und politische Gleichrangigkeit als zweite Supermacht bestätigt hat, einstweilen beendet.

Die Wirkung dieses Signals würde verstärkt werden, wenn es begleitet würde durch die Ankündigung konkreter amerikanischer Rüstungsmaßnahmen im strategischen Bereich.

4) Für uns und die anderen westeuropäischen Bündnispartner könnte die formelle Unterbrechung oder Beendigung des SALT-Prozesses – begleitet von einer vereinfachenden Fehlbewertung in der Öffentlichkeit – auch zu bündnisinternen und innenpolitischen Schwierigkeiten führen, wenn die politischen (z. B. Ende der Entspannung) und rüstungspolitischen (z. B. verstärktes burden sharing zu Lasten der Europäer) Konsequenzen eines solchen Schrittes erkannt werden.

5) Unter diesen Umständen wird es notwendig sein, insbesondere das gemeinsame Interesse an der Vermeidung eines ungehemmten Rüstungswettlaufs zu betonen. Die Auswirkungen einer eventuellen Intervention in Polen werden dieses Interesse zeitweise zwar überlagern, aber nicht beseitigen, so daß nach einer Zeitspanne, deren Länge von der allgemeinen politischen Entwicklung abhängt, eine Wiederaufnahme des SALT-Prozesses möglich, ja notwendig erscheint.

III. Zu LRTNF

1) Die amerikanisch-sowjetischen Gespräche über die Begrenzung nuklearer Mittelstreckensysteme (LRTNF) sollen nach dem Willen, den beide Seiten am Ende der ersten Gesprächsrunde (17.11.) bekundet haben¹¹, im nächsten Jahr fortgesetzt werden. Ein genauer Zeitpunkt soll auf diplomatischem Wege vereinbart werden.

2) Das LRTNF-Verhandlungsangebot ist integraler Bestandteil des Doppelbeschlusses vom 12.12.1979. Eine formelle Rücknahme dieses Verhandlungsangebots kann daher nicht von den Amerikanern allein, sondern nur formell im

⁹ Der Passus „das gilt ... Öffentlichkeit“ wurde von Ministerialdirektor Blech handschriftlich eingefügt.

¹⁰ An dieser Stelle vermerkte Vortragender Legationsrat Edler von Braunmühl handschriftlich: „Dann stellt sich für Reagan die Frage einer amerik[anischen] Rüstungsanstrengung, die aus den Paritätsfesseln von SALT II ausbricht.“

¹¹ Zur ersten Runde der amerikanisch-sowjetischen Gespräche über Mittelstreckensysteme vom 17. Oktober bis 17. November 1980 in Genf vgl. Dok. 332.

Bündnis beschlossen werden. Eine entsprechende Initiative im Bündnis würde die gesamte Modernisierungsproblematik erneut und verschärft aufwerfen. Ein solcher Schritt sollte deshalb unter allen Umständen vermieden werden.

3) Dieselben politischen Kräfte in den Vereinigten Staaten, die im Falle einer sowjetischen Intervention in Polen eine Fortsetzung des SALT-Prozesses ablehnen, würden auch gegen eine Wiederaufnahme der LRTNF-Gespräche wirksam werden. Auch ohne eine formelle Rücknahme des Verhandlungsangebots wäre die Vereinbarung eines neuen Gesprächstermins vermutlich bis auf weiteres unmöglich.

4) Die Herausögerung eines neuen Gesprächstermins würde von der Öffentlichkeit auch in diesem Falle als wenig geeignete Gegenmaßnahme auf eine Polen-Intervention empfunden werden. Auch für die Sowjetunion wäre ein solches Verhalten ein weniger wirksames Signal als eine formelle Absage des SALT-Prozesses. Angesichts des sowjetischen Übergewichts im Mittelstreckenbereich und der erst in zwei Jahren zu erwartenden und wirksam werdenden Nachrüstung liegen die rüstungskontrollpolitischen Interessen in diesem Bereich eindeutig beim Westen.

5) Für uns und die europäischen Bündnispartner stehen im LRTNF-Bereich unmittelbar wirksame Sicherheitsinteressen auf dem Spiel. Angesichts der politischen Zurückhaltung einiger Bündnispartner, an der Modernisierungsentcheidung operationell mitzuwirken, und im Hinblick auf die in verschiedenen europäischen Staaten sich verstärkenden innenpolitischen Strömungen, die dem Nachrüstungsbeschluß skeptisch gegenüberstehen, würde eine als unangemessen dilatorisch empfundene Gesprächsaufnahme die Kohärenz der Bündnispartner untereinander auf eine schwere Probe stellen. Die Sowjetunion würde es sich gewiß nicht nehmen lassen, im Bündnis auftretende Meinungsunterschiede für sich auszuschlachten.

Andererseits wird zu berücksichtigen sein, daß gerade in kritischen Zeiten die Allianz fester als sonst zusammensteht und divergierende Meinungen weniger als in ruhigen Zeiten zum Tragen kommen.

Das Bündnis, dessen Mitglieder mehrheitlich aus politischen und militärischen Gründen trotz einer eventuellen militärischen Intervention der Sowjets in Polen keine allzu große Verzögerung bei der Fortsetzung der LRTNF-Gespräche anstreben dürften, sollte unter allen Umständen vermeiden, den Sowjets in diesem Bereich die Möglichkeit zu bieten, die Allianzpartner gegeneinander auszuspielen.

Insofern kommt es im Interesse der Sicherheit der Bündnispartner und der Einhaltung des Modernisierungsbeschlusses wesentlich darauf an, daß das Bündnis einheitlich reagiert.

IV. Wenn – wie zu erwarten ist – eine sowjetische militärische Intervention in Polen zu einschneidenden Verzögerungen bei der Fortsetzung des SALT-Prozesses und der LRTNF-Gespräche führt, kommt einer wirkungsvollen Öffentlichkeitsarbeit sowohl seitens der NATO wie auch bei den einzelnen Bündnispartnern besondere Bedeutung zu.

Nur wenn die nationalen und bündnisinternen Entscheidungen von einer breiten Öffentlichkeit mitgetragen werden, werden sie als Signale empfunden, die

beim Adressaten die gewünschte Wirkung erzeugen können. Bei allen sachlichen Maßnahmen sollte daher gleichzeitig die Öffentlichkeit in abgestimmter Weise so weit wie möglich unterrichtet werden mit dem Ziel, breite Unterstützung für die Sachentscheidungen zu erlangen.

In den Vierer-Direktoren-Konsultationen¹² ist folgende Konstellation deutlich geworden:

Die Franzosen sind am stärksten für Auswirkungen auf den SALT- bzw. LRTNF-Prozeß, d. h. für dessen Einstellung oder Unterbrechung.

Dagegen sind die Briten. Die Amerikaner sind verhalten, d. h. keineswegs sicher, ob der Prozeß in Gegenmaßnahmen einbezogen werden sollte („perhaps“ im US-Papier).

Von allen anderen Gründen sachlicher Art abgesehen, sollten wir schon deshalb gegen Beeinträchtigung sein, weil wir mit einem anderen Votum gerade den Kräften im republikanischen Lager in den Rücken fallen würden, die wir wegen ihrer differenzierten außenpolitischen Haltung auch in anderen Bereichen brauchen.¹³

Blech

VS-Bd. 11331 (220)

363

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-6628/80 geheim
Fernschreiben Nr. 1876
Citissime

Aufgabe: 12. Dezember 1980, 02.00 Uhr¹
Ankunft: 12. Dezember 1980, 02.22 Uhr

Betr.: NATO-Ministertagung;
hier: Sitzung im kleinsten Kreise am 11. Dezember 1980 (super-restricted session); Zusammenfassung und vorläufige Bewertung

I. Zusammenfassung

1) Die AM betrachten die neue Art der Konsultation im engsten Kreise (Minister und Ständige Vertreter)² als besonders fruchtbar und sind entschlossen,

¹² Zum Vierer-Treffen der Politischen Direktoren der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA, am 10./11. Dezember 1980 in Brüssel vgl. Dok. 357, besonders Anm. 3.

¹³ Der Passus „In den Vierer-Direktoren-Konsultationen ... Bereichen brauchen“ wurde von Ministerialdirektor Blech handschriftlich eingefügt.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau vorgelegen.

² Zur Anregung des Bundesministers Genscher für ein NATO-Ministerratstreffen nach dem „Typ Gymnich“ vgl. Dok. 280, Anm. 7.

sie fortzusetzen. Einzelheiten werden noch auszuarbeiten sein (nächstes Treffen möglicherweise Anfang März in Brüssel).³

2) Im Mittelpunkt der von allen Ministern frei geführten Diskussion stand die Polen-Krise.

a) Es bestand Übereinstimmung, die jetzt gegebene Warnperiode mit dem Ziel zu nutzen, sowjetische Intervention nach Möglichkeit zu verhindern. Diesem Ziel dient auch die von westlicher Seite geleistete und noch zu leistende Wirtschaftshilfe an Polen.

b) Es müssen in vorsichtiger Weise militärische Maßnahmen mit dem Ziel erhöhter Nachrichtengewinnung getroffen werden. Diese Maßnahmen sind schon eingeleitet.

c) Es gibt jedoch keinen Zweifel daran, daß militärische Intervention der Sowjetunion in Polen militärisch nicht verhindert werden kann.

3) Die Ständigen Vertreter sind beauftragt, für den Eventualfall einer sowjetischen Intervention einen Maßnahmenkatalog aufzustellen.⁴ Im Ernstfall müßte eine ad hoc einberufene AM-Konferenz über die durchzuführenden Maßnahmen entscheiden.

4) BM Genscher, der in der Diskussion als erster das Wort ergriffen hatte, steckte den Rahmen für die Beratungen ab: engster Meinungsaustausch gerade in dieser Situation erforderlich, um nicht – wie nach Afghanistan – Bild der Uneinigkeit zu bieten. Schon die Ausübung von Druck durch Truppenkonzentration ist Verstoß gegen Schlußakte von Helsinki⁵. Sorgfältig abgestufte Reak-

³ Zur Sitzung des NATO-Ministerrats im kleinsten Kreise am 4. Mai 1981 in Rom vgl. die Drahtberichte Nr. 400 bis 403 des Botschafters Wieck, z. Z. Rom, vom 5. Mai 1981, sowie den Drahtbericht Nr. 852 des Botschafters Wieck, Brüssel (NATO), vom 6. Mai 1981; AAPD 1981.

⁴ Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), übermittelte am 16. Dezember 1980 den Entwurf eines im Ständigen NATO-Rat am selben Tag erstellten Maßnahmen-Katalogs für den Fall einer sowjetischen Intervention in Polen. Das zu erstellende Dokument umfasse „1) denkbare Formen der sowjetischen Intervention (Szenario), 2) westliche Ziele in der Polen-Krise, 3) Katalog möglicher Maßnahmen im politischen Bereich in den anderen Gebieten [...]“. Die kursorische Behandlung der wirtschaftlichen Maßnahmen ging auf meine mehrfache Intervention zurück, diesen Bereich nicht ohne Beteiligung der Regierungen auszufüllen. Diesem Bemühen widersetzten sich vor allem die Amerikaner, das Vereinigte Königreich, Frankreich und die Niederlande. Schließlich gelang es, auf der vorgezeichneten Linie zu akkordieren – wobei ich nicht unwesentlich vom Generalsekretär unterstützt wurde sowie von einigen anderen Delegationen (Norwegen, Kanada). Zugestanden werden mußte allerdings die weitere Behandlung des Themas am Donnerstag, 18.12.1980, 15 Uhr, und zwar auf Weisungsbasis.“ Vgl. die Drahtberichte Nr. 1908 und Nr. 1909; VS-Bd. 9517 (421); B 150, Aktenkopien 1980.

Am 22. Dezember 1980 berichtete Wieck, der Maßnahmenkatalog sei mit geringen Änderungen am selben Tag verabschiedet worden: „Auf britischen Vorschlag wurde ein nicht-amtlicher Annex (non-official annex) mit einer Liste von Einzelbereichen aus dem wirtschaftlichen Komplex verabschiedet, auf die sich die nationalen Prüfungen und vorbereitenden Arbeiten für den Eventualfall von wirtschaftlichen Maßnahmen konzentrieren sollen. [...] Dieser Annex stellt im wesentlichen Unterfragen zu dem wirtschaftlichen Titelkatalog zusammen, der in dem eigentlichen Ratpapier für den Bereich wirtschaftlicher Gegenmaßnahmen bereits vereinbart und mit dem Zusatz versehen worden war, daß er noch der Ergänzung bedürfe. Mit diesem Annex sind die Bemühungen einzelner Regierungen (USA, B, NL) aufgefangen worden, gemeinsame Listen zu fixieren oder nationale Listen zu offiziellen Anhängen des NATO-Dokuments oder gar zum Bestandteil des NATO-Dokuments zu machen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1948; VS-Bd. 13203 (214); B 150, Aktenkopien 1980.

⁵ Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

tion der Verbündeten notwendig.⁶ AM François-Poncet schlug als konkrete Maßnahmen im Ernstfall vor: Konferenz in Madrid⁷ verlassen, MBFR-Verhandlungen abbrechen, keine bilateralen Besuche in und aus Sowjetunion.⁸ AM Muskie trat in einer von Abschiedsgedanken⁹ überlagerten Rede für gemeinsame Anstrengungen angesichts sowjetischer Expansionsbestrebungen ein. Er äußerte Zweifel an der Fähigkeit der Allianz, Gegenmaßnahmen (z. B. im wirtschaftlichen Bereich) im Ernstfall einer Intervention ergreifen zu können.¹⁰

II. Vorläufige Bewertung

Die neue Konsultationspraxis hat sich bewährt. Sie hat zu einer Intensivierung des Gedankenaustausches und zu einem besseren Eingehen auf die Diskussionsbeiträge der anderen geführt. Es hat sich gezeigt, daß dadurch auch politische Substanz erarbeitet werden konnte. Aufbauend auf einer sehr weitgehenden Übereinstimmung in der Analyse der gegenwärtigen Lage zeichnete sich eine Leitlinie für die Haltung der Verbündeten in der Polen-Krise ab.

[gez.] Wieck

VS-Bd. 14088 (010)

⁶ Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), informierte am 11. Dezember 1980 über die Stellungnahme des Bundesministers Genscher. Dieser habe auf die Erfahrungen nach der sowjetischen Intervention in Afghanistan verwiesen: „Nach AFG hatte die Allianz eine schlechtere Presse als die Sowjetunion, die sich der Aggression schuldig gemacht hatte. Dabei waren es weniger die sachlichen Unterschiede in den Positionen der Verbündeten, als die Mängel an gegenseitigem Verständnis, die negativ wirkten.“ Die Entspannungspolitik sei nach einer sowjetischen Intervention in Polen am Ende. Es gelte, eine solche Intervention zu verhindern sowie zu einer gemeinsamen Bewertung des sowjetischen Vorgehens zu gelangen. Die Staaten der Dritten Welt würden die Haltung der NATO aufmerksam verfolgen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1872; VS-Bd. 14088 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

⁷ In Madrid fand seit 11. November 1980 die KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu Dok. 369 und Dok. 375.

⁸ Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), resümierte am 11. Dezember 1980 die Stellungnahme des französischen Außenministers François-Poncet. Dieser habe dargelegt, daß Frankreich zusätzlich zu Maßnahmen der NATO-Mitgliedstaaten bereits vorsorglich militärische Maßnahmen getroffen habe, die gegebenenfalls verstärkt werden müßten: „Wir dürften angesichts der polnischen Krise das Fortbestehen der afghanischen Krise nicht übersehen. [...] Die Breschnew-Vorschläge (New Delhi) sind sowjetischerseits aus der Position der Stärke gemacht worden (fortdauernde Besetzung AFG). Wir dürfen diese Vorschläge nicht im Raum stehen lassen.“ Die Frage sei, „ob die Sowjetunion eine neue Strategie ihrer Außenpolitik entwickelt hat und das Risiko der Gewaltanwendung weniger scheut als zuvor. [...] Wie wird die Dritte Welt darauf reagieren? Müssen wir nicht in der Lage sein, auch den Knüppel zu zeigen?“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1873; VS-Bd. 14088 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

⁹ Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt. Der Präsidentschaftskandidat der Republikanischen Partei, Reagan, setzte sich dabei gegen Amtsinhaber Carter durch. Vgl. dazu Dok. 314, Anm. 3.

¹⁰ Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete am 11. Dezember 1980, der amerikanische Außenminister Muskie habe zu einer geschlossenen Haltung der NATO aufgerufen: „Die Allianz muß mit der Forderung fertigwerden, höhere militärische Anstrengungen bei einer wirtschaftlichen kritischen Entwicklung zu übernehmen, und dies in einem Zeitpunkt, wo die Kosten für militärische Aufwendungen sprunghaft in die Höhe gehen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1875; VS-Bd. 14088 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

364

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-6642/80 VS-vertraulich

Aufgabe: 12. Dezember 1980, 18.05 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 1882

Ankunft: 12. Dezember 1980, 18.40 Uhr

Citissime

Betr.: NATO-Ministerratstagung Brüssel am 11.² und 12.12.1980;
 hier: Erörterung von KSZE-Fragen – einschließlich KAE³ – in der Sitzung vom 12. Dezember 1980

Zur Unterrichtung

I. Zusammenfassung

Die Minister nahmen in dieser Sitzung auf kanadische Initiative das KSZE-Thema getrennt auf, nachdem es am Vortag im Kontext der Gesamtlage der Ost-West-Beziehungen miterörtert worden war.

Vertiefte Diskussion ergab Übereinstimmung, daß alliierter Zusammenhalt in Madrid⁴ vorbildlich; Notwendigkeit eines gleichgewichtigen Ergebnisses wurde bestätigt – unter der Voraussetzung, daß das Treffen seinen ungestörten Fortgang nehmen kann. Erfordernis von Fortschritten auch in der menschlichen Dimension der Schlußakte⁵ wurde hervorgehoben. Nach besonders intensiver Diskussion, die BM eingeleitet hatte, wurde Übereinstimmung bestätigt, daß die Geltung der vertrauensbildenden Maßnahmen für ganz Europa und die Festlegung dieser Geltung in dem Mandat einer KAE eine *Conditio sine qua non* dafür sei, daß die Allianz-Mitglieder einer solchen Konferenz zustimmen. Außenminister Muskie beteiligte sich an der Diskussion über die militärischen Aspekte der Sicherheit nicht, stimmte aber zu, daß GS Luns die KAE-Diskussion im obigen Sinne (Gültigkeit für ganz Europa als *Conditio sine qua non*, dies im Mandat einer KAE festzulegen) als Allianzposition zusammenfaßte und ankündigte, er werde dies in seinem Presse-Briefing so mitteilen. Norwegen hielt sich mit seiner Sonderposition zu den CBMs zurück.

II. Im einzelnen

Kanada: Madrider Treffen hat sich gut entwickelt. Alliierte Koordinierung funktioniert vorzüglich. Falls keine negative Entwicklung in Polen, besteht Möglichkeit voranzukommen. Fortschritt ist insbesondere in zwei Gebieten nötig: KAE einerseits, Menschenrechte und dritter Korb andererseits. Kanada hat ein

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Joetze am 16. Dezember 1980 vorgelegen.

Hat Legationsrat I. Klasse Fink am 17. Dezember 1980 vorgelegen.

Hat Legationsrat I. Klasse Döbelstein vorgelegen.

² Zur Sitzung des NATO-Ministerrats im kleinsten Kreis am 11. Dezember 1980 in Brüssel vgl. Dok. 363.

³ Zum französischen Vorschlag einer Konferenz für Abrüstung in Europa vgl. Dok. 287.

⁴ In Madrid fand seit 11. November 1980 die KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu Dok. 369 und Dok. 375.

⁵ Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

Experten-Treffen über Menschenrechtsfragen vorgeschlagen, Vorschlag ist mit USA abgestimmt.⁶ Unterstützung für diesen Vorschlag wird erbeten, damit die Balance zwischen den militärischen Aspekten und der neuen Dimension der Schlußakte gestärkt wird, andererseits aber auch Bedeutung des KAE-Vorschlages herausgestellt: Schon als Gegengewicht zu dem sowjetischen Vorschlag ist er unentbehrlich.

USA: Starkes Interesse, daß KSZE-Prozeß entsprechend den von Kanada dargestellten Grundzügen weitergeht. Wir waren vor Beginn des Madrider Treffens skeptisch und fürchteten, daß die Sowjetunion das Treffen zum Zusammenbruch bringen wolle. Dies wurde durch die beispielhafte Einheit der Allianz verhindert. Zufriedenheit mit der Art, wie die einzelnen westlichen Delegationen die Debatte geführt haben. Betonung der Notwendigkeit der Menschenrechtsdiskussion.

Norwegen: Es ist wichtig, daß das Madrider Treffen weitergeht, im Hinblick auf die gegenwärtigen ernsthaften Schwierigkeiten in den Ost-West-Beziehungen. Der KSZE-Prozeß hält die Sowjetunion zur Zurückhaltung an. Wir wollen ausgewogene Ergebnisse in Madrid, obgleich wir die möglichen Fortschritte als bescheiden einschätzen. Nicht nur ein Mandat für eine KAE ist nötig, sondern auch Fortschritte auf dem Gebiet des zweiten Korbes sowie konkrete Fortschritte auf dem menschlichen Gebiet.

Italien: Unter dem Vorbehalt, daß das Treffen weitergeführt werden kann, sehen wir die Entwicklung in Madrid positiv, KSZE-Prozeß von fundamentaler Bedeutung. Gleichgewicht ist nötig. Die Menschenrechte in allen ihren Aspekten sollen nicht in den Hintergrund gestellt werden.

Bundesrepublik Deutschland: Betonung der Bedeutung der menschlichen Dimension der Schlußakte; deshalb auch Unterstützung des kanadischen Vorschlags.

Bei der Weiterentwicklung der vertrauensbildenden Maßnahmen ist ihre Geltung für ganz Europa einschließlich des europäischen Teils der Sowjetunion von fundamentaler Bedeutung. Alle osteuropäischen Gesprächspartner versuchen derzeit abzutasten, ob dies eine bewegliche oder eine harte Position ist. Die Allianz-Partner sollten in solchen Gesprächen erklären, daß sie sich für eine KAE einsetzen, daß aber für uns die Gültigkeit der vertrauensbildenden Maßnahmen, die auf einer solchen Konferenz zu behandeln sind, eine *Conditio sine qua non* für ihr Zustandekommen ist. Wir können uns an einer solchen Konferenz nicht beteiligen, wenn ein kleineres Gebiet in die Vertrauensbildung einbezogen würde; ohne die Einbeziehung des europäischen Teils der Sowjetunion wäre eine solche Konferenz überflüssig, denn gerade von diesem Gebiet könne der Vertrauensbruch ausgehen.

Italien: Wir teilen diese Meinung voll. Dies sollte unsere gemeinsame Position sein.

Großbritannien: Voll einverstanden mit deutscher Haltung.

⁶ Kanada, Spanien und die USA schlugen am 12. Dezember 1980 die Abhaltung einer Expertenkonferenz für Menschenrechte zur Überprüfung der KSZE-Schlußakte von Helsinki vom 1. August 1975 vor. Vgl. dazu das Dokument CSCE/RM.16; Referat 212, Bd. 133481.

Generalsekretär⁷: Ich werde dies als die gemeinsame Position der Allianz im Presse-Briefing vortragen.

Frankreich: Wir werden auch Vorschläge auf dem Gebiet des dritten Korbs einbringen; wir danken für die Unterstützung unseres KAE-Vorschlages durch BM Genscher. Es ist evident, daß die Bedingung der Geltung der vertrauensbildenden Maßnahmen auf ganz Europa eine *Conditio sine qua non* sein muß. Das Kommuniqué⁸ drückt dies übrigens klar aus.

Es folgten noch zustimmende Erklärungen von Belgien und den Niederlanden.

III. Hinweise zum Kommuniqué

Ziffer 8 des Kommuniqués drückt die gemeinsame Linie der Allianz, wie sie in dieser Diskussion zum Ausdruck kam, klar aus. Dieser Absatz erklärt das Interesse der Mitgliedstaaten an einer Fortführung des KSZE-Prozesses. Er ist allerdings mit der allgemeinen Aussage in Punkt 2 des Kommuniqués zusammen zu sehen, wo ausgeführt wird, daß die Entspannung nicht überleben könnte, wenn die Sowjetunion erneut die jedem Staat zustehenden Grundrechte auf territoriale Unversehrtheit und Unabhängigkeit verletzen sollte. (Eine gemeinsame Position dazu, wie beide Aussagen gegebenenfalls zur Deckung zu bringen wären, hat das Bündnis noch nicht erarbeitet; sie wird im vorhinein auch nicht endgültig festgelegt werden können.) Es betont die Notwendigkeit von ausgewogenen Ergebnissen, wobei die Menschenrechte und der dritte Korb ausdrücklich erwähnt sind. Es enthält eine eindeutige Aussage zur Gültigkeit der vertrauensbildenden Maßnahmen, die auf einer KAE zu beschließen wären, auf ganz Europa.

[gez.] Wieck

VS-Bd. 13140 (212)

⁷ Joseph Luns.

⁸ Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1980 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 153–157. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN 1980, S. 1121–1123 und S. 1143.

365

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem japanischen Außenminister Ito

15. Dezember 1980¹

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem japanischen Außenminister Ito am 15. Dezember 1980 im Bundeskanzleramt²

Weitere Teilnehmer:

Auf japanischer Seite: Botschafter Yoshino, Vize-Außenminister Katori, ein Dolmetscher.

Auf deutscher Seite: MD von Staden, MD Dr. Gorenflos, LR I Schulte als Dolmetscher.

Nach Begrüßung durch den Bundeskanzler übergibt *Ito* ein persönliches Schreiben von Premierminister Suzuki an den Bundeskanzler³. Ito berichtet sodann über die letzte Begegnung des verstorbenen Premierministers Ohira mit dem Bundeskanzler.⁴ Ohira habe nach seiner Rückkehr immer wieder auf dieses

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Gorenflos am 18. Dezember 1980 gefertigt.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Franke, Bundeskanzleramt, verfügte am 22. Dezember 1980 die Weiterleitung über Ministerialdirigent von der Gablentz, Ministerialdirektor von Staden und Staatssekretär Lahnstein, alle Bundeskanzleramt, an Bundeskanzler Schmidt „mit der Bitte um Billigung“. Dazu vermerkte er: „Der Bundesminister für Wirtschaft hat vorbehaltlich Ihrer Zustimmung die seinen Gesprächsbereich betreffenden Auszüge aus dem Vermerk erhalten.“

Hat Gablentz, Staden und Lahnstein am 22. Dezember 1980 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Peters, Bundeskanzleramt, am 23. Dezember 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „BK n[ach] R[ückkehr] m[it] d[er] B[il]l[u]gung.“

Hat Verwaltungsangestelltem Bruns, Bundeskanzleramt, am 23. Dezember 1980 vorgelegen.

Hat Peters am 7. Januar 1981 erneut vorgelegen, der die Wiedervorlage bei Referat 213, Bundeskanzleramt, verfügte.

Hat Schmidt vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Nicht gelesen.“ Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 55; B 150, Aktenkopien 1980.

² Der japanische Außenminister Ito hielt sich vom 14. bis 16. Dezember 1980 in der Bundesrepublik auf. Im Gespräch mit Bundesminister Genscher am 15. Dezember 1980 erörterte er wirtschaftliche Fragen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Japan, die Entwicklung der Erdölpreise, den Krieg zwischen Irak und Iran, den Nahost-Konflikt, einen möglichen Nord-Süd-Gipfel, die Lage in Polen, die sowjetische Außenpolitik sowie seinen Besuch in der Volksrepublik China am 23. September 1980. Bundesminister Genscher betonte: „Wir sind der Meinung, daß Japan größere Verantwortung in der Welt übernehmen sollte. Wir verstehen die Lage wahrscheinlich am besten, denn es ist uns wie Ihnen ergangen, als wir im Winkel standen. Zwischenzeitlich sind wir in eine bedeutende Rolle im Ost-West-Verhältnis und in Europa hineingewachsen. Nach den USA unterhalten wir die stärkste Armee. Auch Japan müßte eine ähnliche Rolle spielen“. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 341, Bd. 113132.

³ Ministerpräsident Suzuki betonte in seinem Schreiben vom 5. Dezember 1980 an Bundeskanzler Schmidt, angesichts der vielfältigen Krisen sei die vertiefte Zusammenarbeit Japans mit den EG-Mitgliedstaaten zu begrüßen: „There is no gainsaying the fact that there have arisen some problems like trade issues between Japan and Europe as their relations expand in various fields. [...] I confidently hope that we, as members of the West, will share responsibilities and increase cooperation in the cause of world peace and stability, in order to make the 1980s an era of fruitful achievements.“ Vgl. Referat 341, Bd. 113132.

⁴ Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Ohira am 9. Mai 1980 vgl. Dok. 140.

Gespräch Bezug genommen und habe mit großer Hochachtung vom Bundeskanzler gesprochen.

Der *Bundeskanzler* sagte, auch er habe das gute und offene Gespräch mit Ohira in sehr guter Erinnerung.

Für das deutsch-japanische Verhältnis seien nach seiner Auffassung zwei Grundlinien entscheidend:

- 1) Wir zählten Japan zum Lager der demokratischen Industriestaaten.
- 2) Eine spezifische Zusammenarbeit zwischen uns und Japan sei notwendig, weil wir nach dem Krieg ähnliche Probleme des Wiederaufbaus und der politischen Neuorientierung gehabt hätten.

Der Bundeskanzler erinnerte an seine Kontakte, die er als Verteidigungs- und Finanzminister⁵ mit seinen japanischen Kollegen gehabt habe. Er habe gut mit Ohira zusammengearbeitet⁶, aber auch mit Fukuda⁷, beide seien sehr unterschiedliche Persönlichkeiten.

Er dankte für das Schreiben Suzukis und lud den japanischen Premierminister „formell und offiziell“ zum Besuch in der Bundesrepublik ein.⁸ Er bat, Suzuki seine herzlichen Grüße zu übermitteln.

Ito erwiderte, Ohira habe im Januar d.J. in einer berühmten Rede im Parlament in Tokio gesagt: Japan sei ein Teil des Westens und müsse auch so handeln und Verantwortung übernehmen, es müsse auch Opfer bringen.⁹

Japan habe dies bei den Iran-Sanktionen¹⁰ bewiesen. Sein Vorgänger Okita sei damals zu dem Treffen der EG-Außenminister gereist.¹¹ Auch sein jetziger Be-

⁵ Helmut Schmidt war von 1969 bis 1972 Bundesminister der Verteidigung, im Anschluß bis 1974 Bundesminister der Finanzen.

⁶ Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Ohira am 27. Juni 1979; AAPD 1979, I, Dok. 199.

⁷ Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Fukuda am 7. Mai 1977; AAPD 1977, I, Dok. 113.

Für die Gespräche am 11./12. Oktober 1978 in Tokio vgl. AAPD 1978, II, Dok. 305 und Dok. 306.

⁸ Ministerpräsident Suzuki hielt sich vom 9. bis 11. Juni 1981 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt sowie für das deutsch-japanische Regierungsgespräch am 10. Juni 1981 in Hamburg vgl. AAPD 1981.

⁹ Botschaftsrat I. Klasse Heinichen, Tokio, faßte am 28. Januar 1980 die Regierungserklärung von Ministerpräsident Ohira vom 25. Januar zusammen. Im Vordergrund hätten die Außen- und die Außenwirtschaftspolitik gestanden. Ohira habe „Erfordernisse für die 80er Jahre“ formuliert: „In der Außenpolitik muß Japan von einer passiven zu einer aktiven Einstellung voranschreiten“. Heinichen berichtete: „Westeuropa findet diesmal besonders herausgehobene Erwähnung: Sogleich nach dem traditionellen Eingangsabschnitt über Japan und die USA (the corner-stone of our foreign policy) fährt Ohira fort: ‚Zugleich gedenkt die Regierung die Zusammenarbeit mit den Ländern der freien Welt zu verstärken, angefangen mit den Ländern Westeuropas.‘“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 108; Referat 341, Bd. 113127.

¹⁰ Zum Inkraftsetzen amerikanischer Sanktionen gegen Iran am 7. April 1980 vgl. Dok. 103, Anm. 2 und 13.

Zum Beschluß der Bundesregierung vom 23. April 1980 über Sanktionen gegen Iran vgl. Dok. 113, Anm. 20.

Zum Beschluß der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 17./18. Mai 1980 in Neapel, Sanktionen gegen Iran in Kraft zu setzen, vgl. Dok. 149, Anm. 6.

Zum Inkrafttreten der Sanktionen gegen Iran in der Bundesrepublik vgl. Dok. 151, Anm. 25.

Zur japanischen Haltung bezüglich Sanktionen gegen Iran vgl. Dok. 140, Anm. 7 und 9.

¹¹ Botschafter Diehl, Tokio, berichtete am 19. April 1980: „Am 18.4. abends hat japanisches Außenministerium italienischem Botschafter den Wunsch Außenminister Okitas übermittelt, an dem Ministerrat bei der Beratung über das weitere Vorgehen gegen Iran teilnehmen zu können. Italienischer

such habe zum Ziel, die Beziehungen noch enger zu gestalten. Premierminister Suzuki sei entschlossen, die Linie seines Vorgängers fortzusetzen.

Bundeskanzler: Er sei „Freihändler aus Tradition und Erziehung einerseits, aus auf Erfahrung begründeter Überzeugung andererseits“. Bei den auf uns zukommenden wirtschaftlichen und politischen Belastungen bestehe eine besondere Gefahr eines Rückfalls in Handelsbeschränkungen oder in einen währungs-politischen Wettlauf. Er mache den Japanern keine Vorwürfe wegen ihrer ein-drucksvollen Exporterfolge, aber er habe immer gesagt, Japan solle auch darauf achten, daß die japanischen Märkte, auch die Finanzmärkte, nicht nur rechtlich, sondern auch tatsächlich geöffnet seien. Beide Länder hätten ein Leistungs-bilanzdefizit, das nur durch vermehrte Exporte und Kapitalimporte ausgeglichen werden könne. Dies stelle beide Länder vor schwierige Aufgaben. Er sei tief besorgt über die wirtschaftliche Entwicklung 1981, die schlechter werden könne als 1975. Nicht weniger besorgt sei er über die weltpolitische Lage. Es zeichne sich die Gefahr eines verstärkten Rüstungswettlaufs ab. Dies sei nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine schwere politische Belastung. Er erkenne die besonderen politischen Belastungen Japans. Auch wir hätten schwere politische Lasten zu tragen als geteiltes Land mit der daraus resultierenden besonderen Verantwortung, hinzu komme Berlin.

Er trete gerade im Hinblick auf die kommenden Entwicklungen für enge und direkte politische Kontakte mit Japan ein.

Ito sagte, auch Japan bekenne sich zum Prinzip des freien Handels. Er habe mit Befriedigung festgestellt, daß auch der deutsche Gewerkschaftsführer Loderer sich bei seinem kürzlichen Besuch in Japan für den Freihandel ausgesprochen habe. Ohne freien Handel könne keine Wirtschaft gedeihen.

Zur Forderung auf Marktöffnung meinte Ito: Japan sei gerne bereit, auftretende Schwierigkeiten offen zu diskutieren und etwaige Schranken zu beseitigen.

Hinsichtlich der Sowjetunion befänden sich beide Länder in einer ähnlichen Lage. Japans Beziehungen zur Sowjetunion seien gegenwärtig am kühnsten seit der Normalisierung der Beziehungen 1956¹². Zu der Afghanistanfrage komme die ungelöste Territorialfrage; SU halte weiterhin die Kurilen-Inseln¹³ und die Südhälfte von Sachalin besetzt.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1886

Botschafter hat bereits Einverständnis der Präsidentschaft, die ihrerseits derzeit bereits Kontakt mit allen Beteiligten haben dürfte.“ Diehl ergänzte, „daß künftiges Zusammengehen Japans mit der EG um so besser gewährleistet ist, je mehr japanische Regierung am Entscheidungsprozeß beteiligt wird“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 455; Referat 341, Bd. 113146.

Ministerdirigent Ungerer vermerkte am 24. April 1980 die Ergebnisse des Gesprächs des Bundesministers Genscher mit Okita am 22. April 1980 in Luxemburg. Okita habe erklärt, Japan könne den Vorstellungen der Europäischen Gemeinschaften über Sanktionen gegen Iran folgen. Iran habe seine Erdöllieferungen gestoppt wegen der japanischen Weigerung, Preiserhöhungen zu akzeptieren: „AM Okita erwähnte die französische Auffassung, daß bei westlichen Sanktionen gegen Iran die Gefahr bestehe, daß gewisse arabische Ölstaaten Gegenmaßnahmen ergreifen. Der BM erwiderte, für die Araber sei die Haltung der Europäer zum Nahost-Konflikt wichtiger.“ Es habe Konsens bestanden, die jeweiligen Botschafter in Teheran nicht zurückzuberufen. Vgl. Referat 341, Bd. 113128.

¹² Japan und die UdSSR nahmen am 12. Dezember 1956 diplomatische Beziehungen auf.

¹³ Im Friedensvertrag von San Francisco vom 8. September 1951 mit den Alliierten und assoziierten Mächten verzichtete Japan auf alle Rechte und Ansprüche an den Kurilen und Südsachalin. Allerdings wurde die Bezeichnung „Kurilen“ nicht genauer definiert. Nach japanischer Auffassung gehörten dazu nur die nördlich von Etorofu gelegenen Inseln, nicht jedoch die ebenfalls von der UdSSR

Japan habe nach Afghanistan den Austausch hochrangiger Besucher eingestellt und staatliche Kredite beschränkt. Auf Frage des Bundeskanzlers erläuterte Ito: Kleinere Geschäfte würde die Privatwirtschaft finanzieren, größere Geschäfte müsse die staatliche Exim¹⁴ Bank kreditieren.

Bundeskanzler: Wir hätten einen bedeutenden Handel mit der Sowjetunion, aber gewährten keine öffentlichen Kredite und auch keine staatlichen Zinsverbilligungen. Auf Frage Itos erläuterte Bundeskanzler die Funktionsweise der Hermes-Versicherung, die sich aus ihren eigenen Versicherungsgebühren finanziere und dabei sogar Überschüsse erziele. Bisher habe der Staat in keinem Fall selbst in die Haftung eintreten müssen. Eine solche Situation könne sich allerdings im Falle eines teilweisen Zusammenbruchs der polnischen Volkswirtschaft ergeben.

Auf Frage des Bundeskanzlers bezeichnete Ito die japanischen Beziehungen zu China als sehr freundschaftlich und sehr eng. China sei zur Zeit voll mit seinen eigenen Problemen, vor allem mit dem wirtschaftlichen Aufbau beschäftigt. Sein vorrangiges Interesse sei es, außenpolitische Störungen zu vermeiden, deshalb sei die chinesische Führung nicht an einer nordkoreanischen Invasion gegen Südkorea interessiert.

Ito teilte die Vermutung des Bundeskanzlers, daß Hua Guofeng im Begriff sei abzutreten. Er habe bei einem mehrtägigen Aufenthalt in Peking¹⁵ trotz wiederholter Bitten keinen Termin bei Hua erhalten.

Bundeskanzler sagte, Deng Xiaoping habe ihn beeindruckt durch sein Temperament, große Ideen und sein für einen Kommunisten sehr fortschrittliches Denken.¹⁶ Hua dagegen beeindruckte durch Weisheit und seine Weltsicht.¹⁷ Er würde es bedauern, wenn Hua ausscheide.

Ito: Hinter den Konflikten in Kambodscha, Afghanistan stehe als gemeinsame Ursache die Sowjetunion. Japan unterstütze ASEAN bei ihren Bemühungen, den russischen Einfluß zurückzudrängen. Es gehe jetzt darum, den von den Vereinten Nationen gebilligten Konferenzvorschlag¹⁸ zu verwirklichen.

Bundeskanzler unterstrich die vom singapurischen Premierminister¹⁹ kürzlich getroffene Feststellung, in den nächsten 10 bis 20 Jahren sei nicht die chinesische Gefahr aktuell, sondern im Vordergrund stehe das sowjetische Expansionsstreben.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1887

1945 besetzten, nordöstlich von Hokkaido gelegenen Inseln Kunashiri, Etorofu sowie die Gruppe der Habomai-Inseln.

¹⁴ Export Import.

¹⁵ Der japanische Außenminister Ito hielt sich am 2./3. September 1980 in der Volksrepublik China auf.

¹⁶ Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 29. Oktober bis 2. November 1975 in der Volksrepublik China auf. Für die Gespräche mit dem chinesischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Deng Xiaoping am 29. und 31. Oktober 1975 vgl. AAPD 1975, II, Dok. 322 bzw. Dok. 326.

¹⁷ Ministerpräsident Hua Guofeng besuchte vom 21. bis 28. Oktober 1979 die Bundesrepublik. Für die Gespräche mit Bundeskanzler Schmidt am 22./23. Oktober 1979 vgl. AAPD 1979, II, Dok. 301 und Dok. 305.

¹⁸ Die VN-Generalversammlung beschloß am 22. Oktober 1980, für 1981 eine internationale Konferenz über Kambodscha unter Beteiligung aller Konfliktparteien einzuberufen. Vgl. dazu die Resolution Nr. 35/6; UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XIX, S. 193 f.

¹⁹ Lee Kuan Yew.

Auf Frage Itos charakterisierte Bundeskanzler Reagan als einen sehr vorsichtigen Mann, der im Gegensatz zu seinem Bild in der Öffentlichkeit ruhig abwäge. Bei seinem Gespräch in Washington²⁰ habe Reagan drei Prinzipien hervorgehoben:

- Die USA hätten in einigen militärischen Bereichen einen Nachholbedarf gegenüber der Sowjetunion.
- Er wolle mit der SU verhandeln, um zur beiderseitigen Begrenzung der strategischen Rüstung zu gelangen und einen umfassenden Rüstungswettlauf zu verhindern.
(Bundeskanzler fügte als seinen Eindruck hinzu: SALT II habe keine Chance mehr, wohl aber wolle Reagan den SALT-Prozeß insgesamt in Gang halten.²¹)
- Entschlossenheit, die amerikanischen Verbündeten in Zukunft weniger mit Überraschungen zu konfrontieren als Carter.

Zur Lage in Polen sagte der Bundeskanzler:

Er sei pessimistisch für die wirtschaftliche Entwicklung der nächsten drei Jahre. Man müsse einen Rückgang des BSP um 5 % pro Jahr befürchten. Erhebliche westliche Hilfe in harter Währung und durch Warenlieferungen (vor allem Lebensmittel) sei erforderlich, um die Belastungen zu mildern.

Die politische Entwicklung in Polen sei an die Grenze des für die SU Hinnehmbaren gekommen. Die Sowjets müßten aus ihrer Sicht ein Übergreifen auf andere kommunistische Staaten und eine Gefährdung ihrer militärischen Verbindungslinien befürchten. Die SU habe offenbar die militärischen Vorbereitungen getroffen und könne innerhalb weniger Stunden Maßnahmen einleiten. Dabei müsse es sich nicht um eine Invasion handeln, es gebe auch indirekte Formen des Eingreifens, etwa im Zusammenhang mit Manövern.

Er glaube jedoch, daß die westlichen Warnungen von der SU verstanden worden seien. Die SU müsse außer einem weiteren Prestigeverlust in der Dritten Welt einen neuen Rüstungswettlauf befürchten, den sie nicht gewinnen könne.

Die Polen empfänden die Drohung sowjetischer Intervention unmittelbar, es sei ihnen aber bisher nicht gelungen, ihr eigenes Volk auf einem ruhigen Kurs zu halten. Die Polen seien das tapferste Volk in Europa, ihre Fähigkeit zu organisiertem Handeln sei jedoch geringer. Gegenwärtig gebe es drei Autoritäten in Polen:

- Kania und die Partei, deren Einfluß jedoch abnehme.
- Die Kirche, die aber an Wirksamkeit gegenüber dem Volk verloren habe.
- Der Gewerkschaftsführer Wałęsa, der aber trotz seiner Popularität keine unbeschränkte Autorität habe.

Polen bleibe ein Pulverfaß. Wenn die Machtmittel der Führung nicht ausreichten, könne sich die SU zum Eingreifen genötigt fühlen. Was immer in Polen geschehe, es gebe keine völkerrechtliche Legitimation für ein sowjetisches Ein-

²⁰ Zum Gespräch Schmidts mit dem designierten amerikanischen Präsidenten Reagan am 20. November 1980 in Washington vgl. Dok. 337.

²¹ Zum Stand des Ratifizierungsverfahrens des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 362, Anm. 8.

greifen. Schon der jetzige Aufmarsch sei eine völkerrechtswidrige Drohung mit Gewalt.

Ito weist auf die Kritik in Japan gegen die nach Afghanistan ergriffenen Maßnahmen hin. Er bitte auch deshalb um laufende Unterrichtung und engen Kontakt, wenn in Polen etwas geschehe.

Ito dankte für das interessante Gespräch. Japan sei entschlossen, auch in Zukunft die Verbindungen zur Bundesrepublik weiter auszubauen; dazu fühle er sich jetzt noch mehr ermutigt.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 55

366

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech

204-321.00 SO-954/80 geheim

16. Dezember 1980¹

Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister zur Unterrichtung

Betr.: Vierer-Treffen der Politischen Direktoren (unter Beteiligung der Wirtschaftsdirektoren) am 15.12.1980 in London

Anlg.: 6

Im Rahmen des ihnen von den vier Außenministern am 10.12. in Brüssel erteilten Auftrags³ haben sich die vier Politischen Direktoren am 15.12. in London erneut mit der Polen-Problematik befaßt.

An dem Treffen nahmen auch die Wirtschaftsdirektoren der Vier⁴ – von unserer Seite Herr D4 – teil. Über das Ergebnis der Diskussion der Wirtschaftsdirektoren zur Frage möglicher westlicher Optionen im Wirtschaftsbereich als Reaktion auf eine sowjetische Polen-Intervention darf auf die gesonderte Vorlage von Herrn D4⁵ verwiesen werden

Die wesentlichen Ergebnisse der Konsultationen der vier Politischen Direktoren zu Polen werden hiermit vorgelegt.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schenk konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat von Ploetz am 18. Dezember 1980 vorgelegen.

Hat Schenk am 12. Januar 1981 erneut vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl vorgelegen. Vgl. VS-Bd. 11116 (204); B 150, Aktenkopien 1980.

² Hat Staatssekretär van Well am 17. Dezember 1980 vorgelegen.

³ Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Lord Carrington, dem französischen Außenminister François-Poncet und dem amerikanischen Außenminister Muskie am 10. Dezember 1980 in Brüssel; Dok. 357.

⁴ Thomas E. Bridges (Großbritannien), Per Fischer (Bundesrepublik), Richard N. Cooper (USA), Jean Claude Paye (Frankreich).

⁵ Für die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer vom 16. Dezember 1980 vgl. Dok. 367.

- 1) Zur Frage von Gegenmaßnahmen grundsätzlich (insbesondere solcher wirtschaftlicher Art): Anlage 1.
- 2) Auswirkungen einer sowjetischen Intervention auf
 - KSZE-Folgenkonferenz in Madrid: Anlage 2⁶,
 - MBFR: Anlage 3⁷,
 - SALT-II- und LRTNF-Verhandlungen: Anlage 4⁸,
 - andere Bereiche: Anlage 5⁹.
- 3) Zusammenfassung des Entwurfs eines Katalogs wirtschaftlicher Maßnahmen durch die Wirtschaftsdirektoren: Anlage 6¹⁰. (Hierzu wird ausführlicher Vermerk von Herrn D4 unmittelbar vorgelegt.)

⁶ Dem Vorgang beigelegt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Schenk vermerkte, Ministerialdirektor Blech habe darauf hingewiesen, daß bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid mit Blick auf eine mögliche militärische Intervention in Polen auf die Verpflichtung in der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 hingewiesen werden solle, im Zusammenhang mit vertrauensbildenden Maßnahmen militärische Manöver vorab anzukündigen. Es wäre wünschenswert, wenn nicht allein die Bundesrepublik so argumentiere: „Vest wies darauf hin, daß er nach dem Treffen am 10./11.12. in Brüssel die amerikanische Delegation angewiesen habe, daß es besser sei, daß die USA in dieser Frage nicht hervorträten, schon um eine Konfrontation der Supermächte in dieser Frage zu vermeiden.“ Im Falle einer Intervention in Polen solle die KSZE-Folgekonferenz abgebrochen oder „sine die“ vertagt werden. Vgl. VS-Bd. 11116 (204); B 150, Aktenkopien 1980.

⁷ Dem Vorgang beigelegt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Schenk hielt fest, daß auch bei den MBFR-Verhandlungen in Wien „auf die sowjetischen militärischen Aktivitäten gegenüber Polen Bezug genommen werden sollte [...] Im übrigen bestand, wie schon auf dem Treffen am 10./11.12., Übereinstimmung, daß im Falle einer sowjetischen Intervention eine Weiterführung der MBFR-Verhandlungen nicht möglich sei.“ Vgl. VS-Bd. 11116 (204); B 150, Aktenkopien 1980.

⁸ Dem Vorgang beigelegt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Schenk vermerkte, der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Vest, habe dargelegt, „die ausgehende Administration erkenne die Sensitivität gerade der SALT-II- und LRTNF-Frage für die Europäer an und sei bemüht, auch die neue Administration problembewußt zu machen. Gerade wegen der europäischen Sensitivitäten sei die Bereitschaft der alten Administration groß, eher andere Verhandlungen als SALT und LRTNF im gegebenen Falle abzubreaken.“ Ministerialdirektor Blech habe dargelegt, man müsse „zwischen einer Verschiebung und dem ausdrücklich erklärten Abbruch des SALT-Prozesses unterscheiden“. „Bei einem Abbruch des SALT-Prozesses müßte man auch die Auswirkungen auf SALT I und LRTNF im Auge behalten. Gleiches gelte für die Bereitschaft, auch der SU, gewisse fundamentale Prinzipien von SALT II, so wie der Vertrag jetzt existiere, zu beachten.“ Der Abteilungsleiter im französischen Außenministerium, Robin, habe betont, die Entscheidung der amerikanischen Regierung werde „von sehr großer psychologischer und politischer Bedeutung“ sein: „Es werde für Frankreich schwierig sein, drastische wirtschaftliche Sanktionen zu ergreifen, wenn die Öffentlichkeit den Eindruck habe, daß in anderen Bereichen wie z. B. in SALT oder in LRTNF die Verhandlungen weitergingen, als ob nichts geschehen sei.“ Der Abteilungsleiter im britischen Außenministerium, Bullard, habe die Erwartung ausgedrückt, „daß, falls die USA einen Abbruch dieser Verhandlungen beabsichtigten, sie frühzeitig Konsultationen in der NATO aufnehmen und hierbei auch die Interessen der an den Verhandlungen nicht Beteiligten gebührend berücksichtigen“. Vgl. VS-Bd. 11116 (204); B 150, Aktenkopien 1980.

⁹ Dem Vorgang beigelegt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Schenk notierte, es habe Übereinstimmung bestanden, daß in den Vereinten Nationen enge Konsultationen „innerhalb der westlichen Sicherheitsratsgruppe“ stattfinden sollten. Hinsichtlich Jugoslawiens solle lediglich ein Meinungsaustausch auf Botschaferebene stattfinden. Ministerialdirektor Blech habe daran erinnert, „daß auch die jugoslawische Führung Kommunisten seien, und daß sie daran interessiert seien, daß die polnische Arbeiterpartei und die polnische Regierung ihre Kontrolle im Land wieder herstellten. Nach einer Intervention der durch die SU würden die Jugoslawen andere Prioritäten setzen.“ Konsens habe bestanden, daß die Abberufung der jeweiligen Botschafter aus Moskau kein geeignetes Mittel sei. Schließlich sei in Aussicht genommen worden, sich bezüglich möglicher wirtschaftlicher Maßnahmen mit Japan abzustimmen. Vgl. VS-Bd. 11116 (204); B 150, Aktenkopien 1980.

¹⁰ Dem Vorgang beigelegt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Schenk vermerkte, die Wirtschaftsdirektoren hätten einen Maßnahmenkatalog vorgelegt, der mit der Bitte um Stellungnahme zirkuliere.

Die vier Politischen Direktoren kamen überein – je nach der weiteren Entwicklung in Polen – sich kurzfristig für ein weiteres Treffen (in London) bereit zu halten.

Blech

[Anlage 1]

Betr.: Polen

Bullard weist auf den Auftrag der vier Außenminister an die Politischen Direktoren hin,

- 1) einen Maßnahmenkatalog auszuarbeiten und hierbei insbesondere die Auswirkungen einer möglichen sowjetischen Intervention auf Rüstungskontrollverhandlungen und wirtschaftliche Gegenmaßnahmen zu untersuchen,
- 2) mögliche Interventionsszenarios nähern zu definieren (britische Seite übergab hierzu das in der Anlage beigefügte Papier¹¹, das jedoch nicht im einzelnen diskutiert wurde).

Bullard schlägt vor, einen vollständigen Katalog wirtschaftlicher Maßnahmen durch die Wirtschaftsdirektoren, die sich zu diesem Zweck sofort gesondert treffen sollten, erstellen zu lassen, so daß als Ergebnis des Treffens ein wirtschaftlicher Maßnahmenkatalog vorliegt, mit dem sich dann die vier Regierungen befassen könnten.

D2 schlägt vor, daß die Wirtschaftsdirektoren zunächst an der allgemeinen Diskussion teilnehmen und sich erst später separat treffen (dieser Vorschlag findet Zustimmung). D2 drückt seine große Befriedigung darüber aus, daß den teilweise wilden Spekulationen über einen angeblichen Vier-Punkte-Maßnahmenkatalog¹² durch entschiedene Dementis der Boden entzogen wurde. BM Genscher sei sehr befriedigt darüber, daß andere Minister nachdrücklich klargemacht hätten, daß derartige Spekulationen jeder Grundlage entbehrten.

Was die denkbaren Eventualfälle einer sowjetischen Intervention in Polen betreffe, so müsse man die große Zahl der variablen Faktoren wie z. B.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1891

liert werde: „D 4 unterstrich, daß es sich bei der Liste um mögliche wirtschaftliche Maßnahmen handele, über die entsprechend dem jeweiligen Szenario betreffend Polen entschieden werden müsse.“ Vgl. VS-Bd. 11116 (204); B 150, Aktenkopien 1980.

¹¹ Dem Vorgang nicht beigefügt.

Für das undatierte Papier „Poland: Intervention Scenarios: Suggested Basis for a Report by the Four Political Directors to the Four Foreign Ministers“ vgl. VS-Bd. 9517 (421).

¹² Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete am 12. Dezember 1980, NATO-Generalsekretär Luns habe in der Pressekonferenz zum Abschluß der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1980 in Brüssel erklärt: „Er müsse gewisse Presseberichte dementieren, denen zufolge die Verbündeten sich über ein Vier-Punkte-Programm für den Fall eines sowjetischen Einmarsches in Polen geeinigt hätten. Diese Darstellung sei absolut unrichtig. Man habe zwar über eine Reihe von Maßnahmen diskutiert, Entscheidungen seien jedoch nicht getroffen worden. Vielmehr habe man die Botschafter aufgefordert, mögliche Maßnahmen weiter zu diskutieren. Eine Entscheidung, was getan werden solle, sei jedoch nicht getroffen worden. Dies solle jedoch nicht den Schluß nahelegen, die Minister hätten sich nicht einigen können. Die Diskussion habe vielmehr Einmütigkeit der Bündnispartner in der Beurteilung der Entwicklung in Polen gezeigt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1886; Referat 214, Bd. 132908.

Zu dem im Ständigen NATO-Rat erarbeiteten Maßnahmenkatalog für den Fall einer sowjetischen Intervention in Polen vgl. Dok. 363, Anm. 4.

- sowjetisches Verhalten,
- Verhalten der polnischen Partei,
- Verhalten der polnischen Bevölkerung

im Auge behalten. Zwischen diesen Faktoren gebe es wiederum eine Fülle von Kombinationen. Es sei ein ziemlich akademisches Unternehmen, alle oder auch nur die wichtigsten Kombinationsmöglichkeiten zu identifizieren. Wir sollten uns daher konzentrieren auf

- eine Analyse der gegenwärtigen Situation (die auch nicht mehr der Normalität entspreche) und auf die Frage, wie wir hierauf in den verschiedenen Bereichen reagieren sollten,
- wie wir in der nahen Zukunft parallel auf die in ihrer Substanz nicht vorhersehbaren Entwicklungen reagieren können.

Was die verschiedenen denkbaren westlichen Reaktionen betreffe, so sei es sicher möglich, die denkbaren Instrumente zu definieren. Es sei aber unmöglich, diese jetzt in Verbindung zu bringen mit spezifischen, derzeit nur hypothetisch zu definierenden Situationen. Welche Instrumente als Gegenmaßnahmen anzuwenden seien, sei zu gegebener Zeit eine Frage der politischen Entscheidung. Die vier Minister hätten voll darin übereingestimmt, daß im Falle einer Krise der NATO-Rat auf Ministerebene wieder zusammentreten solle. Damit sei das Forum für kontinuierliche Konsultationen bestimmt, die der jeweiligen Situation angepaßt werden könnten. Es stelle sich die Frage, wann und unter welchen Umständen ein solches Treffen stattfinden solle. Die einzelnen Voraussetzungen hierfür ließen sich jetzt noch nicht definieren. Es sei aber wichtig, daß die Konsultationskanäle – besonders über die Weihnachtszeit – offenblieben. Dies gelte insbesondere für die Vierer-Kontakte. Die Vier müßten jederzeit die Möglichkeit haben zu konsultieren, wenn sie es für angebracht hielten. Die Vier sollten auch konsultieren, bevor einer von ihnen ein besonderes Treffen des NATO-Rats auf Ministerebene beantrage. Es müsse sichergestellt werden, daß die Ständigen Vertreter nicht ohne spezifische Instruktionen aus ihren Hauptstädten ein solches Treffen beantragten. Es sollte auch vermieden werden, daß das Generalsekretariat ein solches Treffen einberufe. Vest und Robin stimmten dem ausdrücklich zu.

D2 weist auf die Notwendigkeit hin, daß sich die Wirtschaftsdirektoren nicht nur mit Gegenmaßnahmen, sondern auch damit befassen, wie durch vorbeugende Maßnahmen (wirtschaftliche Hilfe an Polen) der Extremfall vermieden werden könne. Unsere Priorität sei nach wie vor, eine sowjetische Intervention zu vermeiden. Er, D2, schlage daher vor, daß die Wirtschaftsdirektoren sich auch mit den Aspekten der Wirtschaftshilfe an Polen befassen.

Bullard, Robin und Vest weisen auf das Treffen der wirtschaftlichen Fachleute am 22./23.12.1980 in Paris hin, wo man sich insbesondere mit Fragen der Wirtschaftshilfe an Polen befassen werde. Es sei daher zweckmäßiger, wenn sich die Wirtschaftsdirektoren jetzt mit einem Maßnahmenkatalog befassen.

D2: Er überlasse dies den Wirtschaftsdirektoren, wie nützlich ein Gedankenaustausch über Unterstützungsmaßnahmen unter ihnen jetzt sein könne. Er möchte hier jedoch sicherstellen, daß die Priorität, nämlich die Vermeidung einer sowjetischen Intervention, nicht aus dem Auge verloren werde. Bei diesem

Stand der Diskussion ziehen sich die Wirtschaftsdirektoren zu einem separaten Gespräch zurück.

Bullard weist gerade auch im Hinblick auf das Thema der Wirtschaftsdirektoren darauf hin, daß nach seiner Auffassung drei Prinzipien als Richtlinien für Reaktionen auf eine SU-Intervention in Frage kämen:

- 1) Sie sollten Maßnahmen einbeziehen, die über das hinausgingen, was im Falle Afghanistans getan worden sei.
- 2) Eine Maßnahme sollte nicht notwendigerweise deshalb abgelehnt werden, weil sie mit einem bestimmten Maß an Opfern oder Nachteilen verbunden sei.
- 3) Man sollte aus den Erfahrungen nach Afghanistan und Iran lernen und beim jetzigen Maßnahmenkatalog so präzise wie möglich sein und vor allem auf die unterschiedlichen rechtlichen Implikationen in den einzelnen Hauptstädten eingehen.

D2: Das Ausmaß möglicher polnischer Entwicklungen könne sehr leicht eine Qualität erreichen, die über Afghanistan weit hinausgehe. Die Definierung möglicher wirtschaftlicher Gegenmaßnahmen solle man den Wirtschaftsdirektoren überlassen. Die Implikationen einer möglichen sowjetischen Intervention für Madrid¹³ oder Rüstungskontrollverhandlungen würden sicher ernster sein als nach Afghanistan. Schon deshalb könne er das Prinzip akzeptieren, daß man im Falle Polen auch an mögliche Gegenmaßnahmen denken müsse, die über das hinausgingen, was nach Afghanistan getan worden sei. Zur Frage der möglichen Nachteile oder Opfer weist D2 auf den Kosten-Nutzen-Effekt dieser Maßnahmen hin, insbesondere im Hinblick auf das mit den jeweiligen Maßnahmen anzustrebende Ziel. Zur Frage der jeweiligen rechtlichen Implikationen weist er auf die im Grundgesetz festgelegte Eigentumsgarantie¹⁴ hin, die sich auch auf bestehende Verträge erstreckt; bei dem von Bullard genannten Punkt, würden naturgemäß die jeweils verschiedenen nationalen Rechtsordnungen zu beachten sein.

Robin stimmt D2 zu, wobei er insbesondere auf die Notwendigkeit hinweist, die Ziele zu definieren, die man durch Gegenmaßnahmen erreichen wolle. Dies sei auch im Hinblick auf die öffentliche Meinung notwendig, der gegenüber die einzelnen Regierungen erklären müßten, warum sie bestimmte Gegenmaßnahmen für richtig hielten. Wichtig sei auch die Frage, welche Botschaft man der anderen Seite mit bestimmten Gegenmaßnahmen gebe: Mißverständnisse oder mögliche Gegenreaktionen müßten vermieden werden. Es sei insbesondere wichtig, daß man sich darüber einig sei, daß bestehende Verträge im Hinblick auf die Vertragsdauer aufrechterhalten blieben. Falls man bestehende Verträge aufkündigen wolle, so müsse man sich über die Bedeutung und die Konsequenzen eines solchen Schrittes im klaren sein. Insbesondere müsse man im Auge behalten, ob es in einem solchen Falle auch die andere Seite als legitim ansehen könnte, ihre Verträge mit dem Westen aufzukündigen.

Ein weiterer Gesichtspunkt in diesem Zusammenhang sei, daß eine sowjetische Intervention nicht a priori eine Bedrohung der westlichen Sicherheitsinteres-

¹³ In Madrid fand seit 11. November 1980 die KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu Dok. 369 und Dok. 375.

¹⁴ Vgl. dazu Artikel 14 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949; BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 3.

sen darstelle. Falls es zu keiner offenen Intervention komme und die polnischen Reformer obsiegten, sei der Westen der Gewinner. Falls jedoch die Sowjetunion interveniere, dann werde dies geschehen, um eine verfahrenere Situation wieder zu bereinigen, nicht jedoch, um das militärische Gleichgewicht zugunsten der SU zu verändern.

Eine sowjetische Intervention würde bedeuten, daß die Grundlage der Entspannungspolitik zerstört werde und daß insbesondere die in der Schlußakte von Helsinki¹⁵ übernommene Verpflichtung des Verbots der Gewaltanwendung und der Androhung von Gewalt verletzt worden sei. Dieses Gewaltverbot sei jedoch die Grundlage („Wurzel“) u. a. für das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin¹⁶, für die deutschen Ostverträge¹⁷ und für den Grundlagenvertrag¹⁸. Hierin müsse das Rationale für westliche Gegenmaßnahmen gesehen werden: In einer Zeit, in der die SU Grundlagen der bestehenden Vertragsstrukturen zerstöre, könne man mit der SU nicht mehr wie mit einem normalen Vertragspartner verhandeln. Dies gelte für neue Verhandlungen sowohl im politischen als auch im wirtschaftlichen Bereich. Er, Robin, sei sich jedoch nicht sicher, ob dadurch alle Verhandlungen betroffen würden. Auch in dieser Hinsicht gelte das Prinzip der Verhältnismäßigkeit. Die westliche Reaktion müsse dem jeweiligen Szenario angepaßt sein.

D2 unterstrich Notwendigkeit, die Ziele und Absichten einer westlichen Reaktion näher zu definieren. Eine philosophische Debatte über Sinn und Zweck einer „Bestrafung“ der SU habe wenig Sinn, auch wenn jede Gegenmaßnahme ein Sanktionselement in sich berge. Wichtig sei es, Maßnahmen auf die Auswirkungen abzustellen, die das sowjetische Verhalten auf

- Polen selbst,
- das West-Ost-Verhältnis und
- im globalen Rahmen

haben würde.

Auch er, D2, sei der Auffassung, daß eine sowjetische Intervention nicht a priori eine Bedrohung des Westens darstelle. Auszuschließen sei dies jedoch nicht. Er, D2, beschränke dabei die Frage der Bedrohung auf den militärischen Bereich. Von vornherein sei davon auszugehen, daß eine Intervention zunächst die politische Szene in Europa fundamental verändern und destabilisieren wer-

¹⁵ Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

¹⁶ Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73.

¹⁷ Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f.

Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362 f.

Für den Wortlaut des Vertrags vom 11. Dezember 1973 über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der ČSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 990–992.

¹⁸ Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429.

de. Die Auswirkungen auf die militärische Lage seien demgegenüber nicht a priori klar; sie müßten im konkreten Fall untersucht werden. Deshalb ergebe sich die absolute Notwendigkeit einer politischen Kontrolle über jede Form einer militärischen Reaktion des Westens.

Wichtig sei es, daß der Westen richtig reagiere. Jede Gegenmaßnahme bedeute eine weitere Stufe im Eskalationsprozeß (der von der SU begonnen worden sei). Deshalb müsse man stets auch den Gesichtspunkt der Eskalationskontrolle im Auge behalten.

Was den Abbruch von Verhandlungen angehe, so sei das allgemeine Prinzip, daß die SU sich im Falle einer Intervention als normaler Verhandlungspartner disqualifiziert habe, sicher richtig. Er, D2, sei sich jedoch nicht sicher, ob dies für jeden Fall gelte. Auch hierbei müsse man die gegebene Situation berücksichtigen. Die Probleme lägen in der Frage der Offenhaltung der Gesprächskanäle, der Frage der Vorteile von Verhandlungen auch für den Westen und schließlich darin, wie die SU, falls sie ihre eigene Zuverlässigkeit und Vertrauenswürdigkeit wieder herstellen wolle, dies ohne Verhandlungen tun könne; dieser ihr Wunsch könnte sich gerade in Verhandlungen bewähren¹⁹. Die Forderung nach einem Verhandlungsstopp sollte man daher nicht in allzu kategorischer Weise aufstellen.

Vest stimmte D2 zu und ergänzte, daß bei allen Gegenmaßnahmen ein vernünftiges Maß an Umkehrbarkeit (reasonable amount of reversability) eingebaut werden müsse.

Bullard wies auf folgende Gesichtspunkte hin, die bei einem Maßnahmenkatalog zu berücksichtigen seien:

- Notwendigkeit, auf die erwartete Empörung der westlichen öffentlichen Meinung zu reagieren. Jede westliche Reaktion müsse auch im Verhältnis der öffentlichen Stimmungslage gesehen werden.
- Aufrechterhaltung der Glaubwürdigkeit des Westens, insbesondere des Bündnisses.
- Beeinflussung künftigen sowjetischen Verhaltens in anderen Fällen (u.a. Ungarn).
- Mögliche Beeinflussung des sowjetischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesses dadurch, daß die SU von westlichen Überlegungen im Hinblick auf wirksame Gegenmaßnahmen erfährt.

Aus der weiteren Diskussion zu Polen (während des Mittagessens) unter Anwesenheit der Wirtschaftsdirektoren ist festzuhalten:

Zur Frage des Maßnahmenkatalogs weist Robin auf folgende Notwendigkeiten hin:

- Absolute Vertraulichkeit jeder Maßnahmenliste.
- Liste ist nur Grundlage für die Überlegungen der vier Außenminister.
- Liste wird für den Extremfall erstellt; falls sich polnisches Szenario unterhalb dieses Extremfalles abspielt, können aus der Liste bestimmte Maßnahmen ausgewählt werden.

¹⁹ Der Passus „dieser ihr ... bewähren“ wurde von Ministerialdirektor Blech handschriftlich eingefügt.

Robin unterstreicht nochmals, Notwendigkeit der politischen Konsequenzen von westlichen Gegenmaßnahmen auch für die andere Seite zu untersuchen.

D2 unterstreicht mit Nachdruck, daß Diskussion im Rahmen der Vier über Maßnahmenkatalog auf rein theoretischer Basis geführt worden ist. Ein Maßnahmenkatalog werde gerade nach den Pressespekulationen über den angeblichen Vier-Punkte-Plan für uns schwierige Probleme aufwerfen. Nicht weil wir uns durch DDR-AM Fischer einschüchtern ließen²⁰, sondern weil jede öffentliche Diskussion über eine solche Liste innen- und außenpolitische Probleme für uns aufwerfe. Hinzu komme, daß eine flexible Reaktion (auf unterschiedliche, jetzt noch nicht zu definierende Szenarien) nicht vorhersehbar sei. Darin liege auch ihre Abschreckungswirkung.

Auf eine entsprechende Frage Bullards erklärte Hinton (USA), daß die amerikanische Regierung sich nicht festlegen würde, daß private Abkommen nicht gebrochen werden könnten oder daß Regierungsabkommen sakrosankt seien. Blackwill äußerte die Vermutung, daß es höchst unwahrscheinlich sei, daß die SU das SALT-I-²¹ oder das ABM-Abkommen²² aufkündige. Auch auf amerikanischer Seite wünsche man das nicht.

D2 wies darauf hin, daß die Frage des Eingriffs bzw. der Aufkündigung bestehender Verträge von fundamentaler Bedeutung sei. Hierdurch würden höchst sensitive Bereiche berührt. Bestehende Verträge seien nicht nur zum Vorteil der SU. Er, D2, habe überhaupt Zweifel, ob bestimmte Abkommen nur dem Nutzen einer Seite dienten. D 4 erläutert die Eigentumsgarantie des Grundgesetzes, die auch für bestehende Verträge gilt und die Regierungseingriffen in bestehende Verträge entgegensteht.

Robin stimmt D2 zu, daß es wohl kaum wirtschaftliche Abkommen gebe, die nur die SU begünstigten.

²⁰ In der Presse wurde gemeldet, der Außenminister der DDR, Fischer, habe in einer Rede anläßlich der 13. Tagung des ZK der SED kritisiert, die NATO habe sich von der Entspannungspolitik abgewendet: „Ist es nicht bezeichnend, daß zur gleichen Zeit, in der sich viele verantwortliche Politiker auf allen Kontinenten, in aller Welt, besorgt über die Konsequenzen dieses stets weiter eskalierenden Konfrontationskurses äußern und zu Zurückhaltung, Vernunft und Verständigung mahnen, sich in Brüssel Politiker zusammenfinden, deren einzige Überlegung dahin geht, wie die Spannungen weiter angeheizt, wie die politische Atmosphäre weiter vergiftet und der Dialog zwischen Ost und West abgebrochen, wie die Entspannung beendet werden kann.“ Insbesondere die Stellungnahmen zur Lage in Polen stellten eine Einmischung in innere Angelegenheiten dar. Dies gelte insbesondere für die Bundesrepublik: „Sie können im Falle der Verwirklichung ihrer, gelinde gesagt, erpresserischen Drohungen nicht uns verantwortlich machen, wenn sie dadurch das Transitabkommen und den Grundlagenvertrag auf Befehl der USA, auf den Befehl der NATO brechen, indem sie ihm die Grundlage entziehen.“ Vgl. den Artikel „Einmischungspolitik von NATO und BRD wird Fiasko erleben“, NEUES DEUTSCHLAND vom 13./14. Dezember 1980, S. 8.

²¹ Für den Wortlaut des Interimsabkommens vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waffen (SALT) mit Protokoll vgl. UNTS, Bd. 944, S. 4–12. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 396–398.

Vgl. auch die vereinbarten und einseitigen Interpretationen; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 67 (1972), S. 11–14. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 398–404.

²² Der am 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR abgeschlossene Vertrag über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) gestattete beiden Vertragsparteien den Aufbau von je zwei Raketenabwehrstellungen mit je 100 Abwehrraketen, unter anderem zum Schutz der jeweiligen Hauptstadt. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 944, S. 14–22. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 392–395.

Bullard weist auf britische Schwierigkeiten bei Wirtschaftssanktionen hin. Diese ließen sich wohl nur durchsetzen, wenn betroffene britische Firmen sicher sein könnten, daß ihre Konkurrenten in anderen Ländern in gleicher Weise betroffen seien.

Robin unterstreicht erneut die Notwendigkeit, ein Konzept zu erarbeiten, das sich mit den politischen Konsequenzen von wirtschaftlichen Sanktionen befaßt. Im Bereich des Ost-West-Handels seien wir alle in einer unterschiedlichen Position. Die Kriterien „Vorteil“ oder „Nachteil“ führten nicht weiter. Man müsse über neue Kriterien nachdenken.

D2 stimmt dem zu, daß man die Frage des Vor- und Nachteils nicht definieren könne: Ein Weizenexport-Stopp²³ könne objektiv für die Sowjets ein Nachteil sein. Fraglich sei jedoch, ob sie ihn subjektiv so einschätzten wie wir. Ein anderer Aspekt im Hinblick auf die Prinzipien eines Maßnahmenkatalogs sei die Reaktion der öffentlichen Meinung, die man berücksichtigen müsse. Im Extremfall werde es einen öffentlichen Aufschrei geben mit der Forderung, keine neuen Verträge abzuschließen und keine neuen Kredite oder Regierungsgarantien zu geben. Die SU werde die Ergebnisse einer solchen Reaktion spüren, auch ohne, daß man im Westen zu so rechtlich umstrittenen und politisch sensiblen Maßnahmen wie die Aufkündigung bestehender Verträge greife.

Robin wies darauf hin, daß er sich mit einem Maßnahmenkatalog einverstanden erklären könne, wenn gleichzeitig alle damit zusammenhängenden politischen Überlegungen geklärt würden.

Hinton (USA): Er sei davon ausgegangen, daß ein Maßnahmenkatalog für den Extremfall aufgestellt werden solle. Wenn hier nur von einer unverbindlichen Liste gesprochen werde, so hätte er in Washington bleiben können.

D2 wies darauf hin, daß der Auftrag der Minister nicht dahin gehe, eine Liste zu erstellen, die automatisch Anwendung finde, wenn der ohnehin noch nicht definierte Extremfall eintrete. Es könne kein Zweifel bestehen, daß alle diese Fragen im Lichte der gegebenen Situation entschieden werden müßten.

Robin stimmte D2 zu, daß man im Extremfall eine spezifische Entscheidung über Maßnahmen benötige. Robin unterstrich erneut nachdrücklich die Notwendigkeit, objektive politische Kriterien herauszuarbeiten. Nach seiner persönlichen Auffassung gehörten hierzu die Tatsache, daß die SU durch ihr Verhalten die Vertragsbasis selbst gefährdet habe und nicht mehr als ein vertrauenswürdiger und verlässlicher Vertragspartner angesehen werden könne. Die SU habe die Spielregeln nicht beachtet. Auf den ersten Blick ergäbe sich hieraus die Konsequenz, daß der Westen nicht in neue Verhandlungen eintreten solle. Diese Frage bedürfe jedoch noch einer genauen Untersuchung und Definition. Auch er, Robin, finde es immer schwieriger, die Frage wirtschaftlicher Gegenmaßnahmen zu lösen. Er komme immer mehr zu der Auffassung, daß diese Probleme im Rahmen von COCOM gelöst werden müßten.

D2 unterstrich, daß man in diesem Zusammenhang auch an Kreditgarantien der Regierungen denken müsse. Über solche müsse Fall für Fall entschieden werden. Dies bedeute, daß man ein starkes Druckmittel in der Hand habe. Vest

²³ Zur Einschränkung von Getreidelieferungen in die UdSSR vgl. Dok. 10, Anm. 23.

stimmte dem zu mit dem Hinweis, daß allein die Prüfung dieser Frage negative Auswirkungen haben werde.

Bullard verglich den aufzustellenden Maßnahmenkatalog mit einem vollständigen Menü. Es stehe den Ministern frei, je nach dem gegebenen Szenario sich für bestimmte Teile dieses Menüs zu entscheiden.

D2 griff diesen Gedanken auf und wies darauf hin, daß unter dem soeben diskutierten Aspekt dieses Menü zwei Elemente enthalten könne.

- Aufkündigung von bestehenden Verträgen (unsere grundsätzliche Haltung sei deutlich geworden);
- Suspendierung der Implementierung von Verträgen. Dies könne entweder ausdrücklich durch öffentliche Ankündigung geschehen, oder indem man die Implementierung ohne großes Aufheben tatsächlich aussetzt oder verzögert. Diese Frage werde wesentlich von den unterschiedlichen nationalen Bedingungen in den einzelnen Ländern abhängen.

VS-Bd. 11116 (204)

367

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer

421-413.00 POL-1008/80 geheim

16. Dezember 1980¹

Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister

Betr.: „Contingency Planning“ für Polen;

hier: Gespräche der Wirtschaftsdirektoren der Vier³ am 15.12.1980 in London

I. Ergebnis

1) Mehrstündige Beratungen der Wirtschaftsdirektoren führten zu folgender „Allgemeiner Liste möglicher wirtschaftlicher Maßnahmen“, die lediglich Kapitelüberschriften wiedergibt:

- a) Selektive Handelsbeschränkungen
 - aa) Handel mit Nahrungsmitteln
 - bb) Exportkredite
 - cc) Anpassung der Konsensusregeln
 - dd) Probleme im Zusammenhang mit industriellen Vorhaben

¹ Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl vorgelegen, der die Rückleitung an Ministerialdirektor Fischer verfügte.

Hat Fischer am 12. Januar 1981 erneut vorgelegen.

² Hat Staatssekretär Lautenschlager am 17. Dezember 1980 vorgelegen.

³ Thomas E. Bridges (Großbritannien), Per Fischer (Bundesrepublik), Richard N. Cooper (USA), Jean Claude Paye (Frankreich).

- b) COCOM und Technologie
- c) Luftverkehr
- d) Schifffahrt
- e) Fischerei
- f) Energie
- g) Währungsfragen

2) Von US gewünschte, von F ebenfalls unterstützte Einfügung von Untertiteln konnte vermieden werden. Liste wurde als Zusammenstellung der Bereiche gebilligt, aus denen Regierungen auf politischer Ebene entsprechend Entwicklung in Polen die jeweils unter Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel geeigneten Maßnahmen herausuchen würden. Es wurde vereinbart, daß beteiligte Regierungen in der Diskussion der einzelnen Sachbereiche vorgetragene Anregungen ebenso wie jeweils zum Ausdruck gebrachte rechtliche Vorbehalte weiter prüfen werden.

3) Ich beantragte eingangs, zunächst über Maßnahmen zu sprechen, die zur Stabilisierung in Polen und damit zur Verminderung der Risiken einer sowjetischen Intervention getroffen werden könnten. Die Aussprache hierüber blieb summarisch.

II. Beratungen

1) Beratungen bei Wirtschaftsdirektoren gestalteten sich schwierig, weil GB, US und F unter Hinweis auf entsprechenden Beschluß der Außenminister der Vier⁴ zunächst Verabschiedung umfassenden Maßnahmenkatalogs für Fall sowjetischer militärischer Intervention in Polen verlangten. Es gelang, diese Forderung unter Verwendung folgender Argumente abzulehnen: Eventualität einer Militärintervention ist unter gegenwärtigen Umständen weniger realistisch als andere Interventionsmethoden; Gefahr einer Indiskretion muß von uns im Anschluß an öffentliche Kontroverse um angebliche Einfügung des innerdeutschen Handels in solchen Katalog besonders hoch gewertet werden; Art der westlichen Reaktion kann nur von Art und Umfang sowjetischen Vorgehens bestimmt werden, weshalb jeder im voraus aufgestellte Katalog Theorie bleibt.

2) Weitere schwierige Diskussion entzündete sich an amerikanischem Verlangen, Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen insgesamt zur Disposition zu stellen. (Innerdeutscher Handel wurde allerdings nicht erwähnt.) Drei westeuropäische Wirtschaftsdirektoren argumentierten hier ähnlich, indem sie darauf verwiesen, daß nach Lösung polnischer Schwierigkeiten wirtschaftliche Zusammenarbeit weiter existieren werde. Französischer Wirtschaftsdirektor betonte dabei – ebenso wie ich –, daß für USA Getreidelieferungen⁵ leicht unterbrochen und ebenso leicht wieder aufgenommen werden könnten, in westeuropäischen Wirtschaftsbeziehungen zur Sowjetunion – und insbesondere bei uns – im Vordergrund stehendes Anlagengeschäft bei Unterbrechung demgegenüber erst nach Jahren wieder in Gang komme. Ich wies insbesondere darauf hin, daß für uns

⁴ Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Lord Carrington, dem französischen Außenminister François-Poncet und dem amerikanischen Außenminister Muskie am 10. Dezember 1980 in Brüssel; Dok. 357.

⁵ Zur Einschränkung von Getreidelieferungen in die UdSSR vgl. Dok. 10, Anm. 23.

Wirtschaftsbeziehungen keine einseitige Begünstigung des jeweiligen Partners darstellen, sondern gegenseitigen Interessenausgleich. Unser Hermes-Bürgschaftssystem sei deshalb auch keine Belohnung.

3) Stoßrichtung amerikanischer Forderungen insgesamt Gesamtembargo aller Lieferungen an SU entsprechend der über Iran verhängten Maßnahmen⁶. Briten schlugen zunächst ebenfalls Gesamtembargo vor, und auch französischer Wirtschaftsdirektor bezeichnete dies für Fall voller militärischer Intervention für möglich. Ich verwies demgegenüber darauf, daß derartiger radikaler Schritt solange keiner Erörterung bedürfe, als diese Eventualität nicht eingetreten sei.

4) Amerikaner versuchten, Diskussion sodann auf Stornierung laufender Industrieprojekte und Verbot neuer Projekte zu konzentrieren. Unter Hinweis auf unsere verfassungsmäßige Lage lehnte ich Eingriff in Altverträge ab und erklärte, daß auch Hermes-Bürgschaften für Projekte wie Sajansk⁷ nicht zurückgenommen werden könnten. Dies wurde von englischer und französischer Seite für ihre Exportkreditversicherungen bestätigt. Französischer Wirtschaftsdirektor machte ausdrücklich darauf aufmerksam, daß zum gegenwärtigen Zeitpunkt Verbot der Genehmigung neuer Industrieprojekte nicht in Frage kommen könne.

Mehr Echo fand amerikanischer Vorschlag, amtliche sowjetische kommerzielle Präsenz in jeweiligen Hauptstädten zu kürzen. Auf amerikanische Anregung, Kürzung solle 50 % des jeweiligen Personals betreffen, antwortete französische Seite, es sei günstiger, Besetzung sowjetischer Dienststellen in westlichen Hauptstädten auf Zahl zu reduzieren, die von westlichen Staaten in Moskau unterhalten würde.

5) Bei Einführung der Liste in abschließender Sitzung Politischer und Wirtschaftsdirektoren⁸ gab der britische Vorsitz kurze Erläuterungen zu jeweiligen Sachdebatten bei den Wirtschaftsdirektoren ab. Sie sind anliegend aufgeführt. Außerdem ist für jeweiligen Sachbereich vorangegangene Erörterung im Kreise der Wirtschaftsdirektoren zusammengefaßt.

a) Selektive Handelsbeschränkungen

Einführung des Wortes „selektive Liste“ anstelle des ursprünglich vorgesehenen Wortes „allgemeine Liste“ erfolgte auf meinen Vorschlag, um amerikanische Stoßrichtung auf Gesamtembargo entsprechend dem über Iran verhängten abzuwehren.

aa) Handel mit Nahrungsmitteln

US legten angesichts schlechter sowjetischer Erntesituation besonderen Wert auf Versagung sämtlicher Lebensmittellieferungen.

⁶ Zum Inkraftsetzen amerikanischer Sanktionen gegen Iran am 7. April 1980 vgl. Dok. 103, Anm. 2 und 13.

Zum Beschluß der Bundesregierung vom 23. April 1980 über Sanktionen gegen Iran vgl. Dok. 113, Anm. 20.

Zum Beschluß der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 17./18. Mai 1980 in Neapel, Sanktionen gegen Iran in Kraft zu setzen, vgl. Dok. 149, Anm. 6.

Zum Inkrafttreten der Sanktionen gegen Iran in der Bundesrepublik vgl. Dok. 151, Anm. 25.

⁷ Zum Projekt eines Aluminiumwerks in Sajansk/UdSSR vgl. Dok. 283, Anm. 24.

⁸ Zum Treffen der Politischen Direktoren der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA, Bleh, Robin, Bullard und Vest, am 15. Dezember 1980 in London vgl. Dok. 366.

Drei andere wiesen auf schon bestehende, einschränkende Beschlüsse im Rahmen der EG hin. Amerikanische Vertreter hielten Aufrechterhaltung Getreideembargos durch neue Administration⁹ für wahrscheinlich.

bb) Exportkredite

Auf meinen Vorschlag wurde Übereinstimmung erzielt, daß hierunter im Rahmen westlicher Abstimmung sowohl Aussetzung staatlicher oder staatlich subventionierter Exportkredite als auch staatlicher Bürgschaften für Exporte in die Sowjetunion fallen würde. Nach Grundsatz der „burden sharing“ müßten Opfer gleichmäßig von allen Staaten getragen werden.

cc) Anpassung der Konsensusregeln¹⁰

Amerikanische Seite forderte sowohl Erhöhung der Mindestraten gegenüber Sowjetunion als auch Verkürzung der Laufzeiten. Ich wiederholte unsere Formulierung, daß wir bereit wären, so weit zu gehen wie andere Staaten auch.

dd) Probleme im Zusammenhang mit industriellen Vorhaben

Formulierung wurde auf meinen Vorschlag gewählt, nachdem in Eingangsdebatte (s. oben unter 4)) amerikanische Vertreter besonderen Wert darauf gelegt hatten, die z.Z. in der Durchführung befindlichen Industrievorhaben in der Sowjetunion zu erfassen.

b) COCOM und Technologie

Britischer Vorsitz schlug nach kurzer Debatte bei Wirtschaftsdirektoren vor, in diesem Bereich folgende Möglichkeiten weiter zu prüfen:

- gegenwärtigen Grad verschärfter Anwendung der COCOM-Regeln aufrechtzuerhalten;
- gegenwärtigen Grad noch weiter zu verschärfen¹¹ (z.B. durch Ausdehnung der „No exceptions-Klausel“ auch auf nationalen Genehmigungsverfahren unterliegende Gegenstände);
- weitere Ausdehnung der COCOM-Listen.

c) Luftverkehr

Hierunter fallen nach Zusammenfassung durch britischen Vorsitz mögliche Unterbrechung von Linienflügen sowie von zusätzlichen Flügen bzw. Überflügen.

Amerikanischer Vertreter erklärte, sie würden trotz Bestehens bilateralen Luftverkehrsabkommens¹² Aeroflot-Flüge in USA unterbrechen und sähen darin angesichts besonderer politischer Umstände keinen Vertragsbruch.

Britische und französische Seite hielten ebenfalls Kündigung der bestehenden

⁹ Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen statt, aus denen der Kandidat der Republikanischen Partei, Reagan, als Sieger hervorging. Vgl. dazu Dok. 314, Anm. 3. Präsident Reagan nahm am 20. Januar 1981 die Amtsgeschäfte auf.

¹⁰ Zur Einigung der OECD-Mitgliedstaaten über Zinssätze für Exportkredite vgl. Dok. 182, Anm. 63.

¹¹ Zu den von den USA geforderten Änderungen der COCOM-Richtlinien vgl. Dok. 326, Anm. 15.

¹² Für den Wortlaut des amerikanisch-sowjetischen Abkommens vom 4. November 1966 über den zivilen Luftverkehr vgl. UNTS, Bd. 675, S. 4–42.

Während des Besuchs des Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 18. bis 25. Juni 1973 in den USA wurde ein Protokoll zur Ausweitung des Luftverkehrs unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 69 (1973), S. 174 f.

Luftverkehrsabkommen¹³ im Interventionsfall für möglich. Ich verwies darauf, daß wir von allgemeinem Grundsatz ausgingen, daß bestehende Verträge¹⁴ nicht gekündigt werden sollten, Einschränkung Genehmigung von Charter-Flügen sowie von außerlinienmäßigen Überflügen jedoch geprüft werden könne.

d) Schifffahrt

Britischer Vorsitz wies zusammenfassend darauf hin, daß für meiste Staaten gewisse Schwierigkeiten bestünden, ihre Häfen zu schließen. Möglicherweise könnten Verwaltungsmaßnahmen zu diesem Zweck ins Auge gefaßt werden. Einige Staaten seien zur Kündigung bestehender Schifffahrtsabkommen bereit. Im Benehmen mit Japan sollten für SU lukrative transsibirische Warentransporte eingeschränkt werden.

Im Kreise der Wirtschaftsdirektoren hatte amerikanischer Vertreter sofortige Hafensperre verlangt und mitgeteilt, daß USA 90tägige Frist für einseitige Kündigung bilateralen Schifffahrtsabkommens mit SU¹⁵ verhängen würden.

Britischer Vertreter sah Schwierigkeiten in Schließung der Häfen, da dafür keine gesetzliche Grundlage vorläge. Kündigung des Schifffahrtsabkommens von 1968¹⁶ sei jedoch denkbar.

Französischer Vertreter machte keine Angaben. Ich wies darauf hin, daß wir aufgrund der Internationalen Seehafenordnung¹⁷ die Benutzung unserer Seehäfen für sowjetische Schiffe kaum verweigern könnten.

e) Fischerei

USA wollen sowjetischen Fischereifahrzeugen sofort Zugang zu eigenen Meeren verwehren, außerdem Kündigung bilateralen Fischereivertrages¹⁸ mit einjähriger Frist.

Vertreter der drei EG-Mitglieder wiesen darauf hin, daß mangels Einigung zwischen EG und SU sowjetische Fahrzeuge ohnehin nicht in EG-Meeren fischen könnten.

f) Energie

Britischer Vorsitz erklärte in Zusammenfassung, daß Erdgasprojekt¹⁹ behandelt worden sei, jedoch ohne Beschluß zu erreichen.

¹³ Für den Wortlaut des Abkommens vom 4. März 1970 über die Vermeidung der Doppelbesteuerung des Luft- und Seetransports zwischen Frankreich und der UdSSR vgl. UNTS, Bd. 798, S. 251–253.

Für den Wortlaut des Luftverkehrsabkommens vom 19. Dezember 1957 zwischen Großbritannien und der UdSSR vgl. UNTS, Bd. 351, S. 235–252.

¹⁴ Vgl. dazu das Abkommen vom 11. November 1971 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über den Luftverkehr; BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 1526–1530.

¹⁵ Für den Wortlaut des Abkommens vom 14. Oktober 1972 zwischen der UdSSR und den USA über einige Fragen der Seeschifffahrt sowie der dazugehörigen Anhänge und Briefwechsel vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 67 (1972), S. 664–670.

¹⁶ Korrigiert aus: „1958“.

Für den Wortlaut des Abkommens vom 3. April 1968 über die Handelsschifffahrt zwischen Großbritannien und der UdSSR vgl. UNTS, Bd. 857, S. 217–222.

¹⁷ Für den Wortlaut des Übereinkommens und des Statuts vom 9. Dezember 1923 über die internationale Rechtsordnung der Seehäfen vgl. LNTS, Bd. 58, S. 285–313. Für den deutschen Wortlaut vgl. REICHSGESETZBLATT 1928, Teil II, S. 23–42.

¹⁸ Für den Wortlaut des Fischereiabkommens vom 26. November 1976 zwischen der UdSSR und den USA vgl. UNTS, Bd. 1069, S. 307–334.

¹⁹ Zum Erdgas-Röhren-Geschäft zwischen Firmen aus der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. Dok. 283, Anm. 23.

In vorangegangener Erörterung hatte amerikanischer Wirtschaftsdirektor Aussetzung dieses Projekts vorgeschlagen. Jedenfalls sollte in gegenwärtiger Phase jeder neue Tatbestand, ob Unterzeichnung kommerziellen Abkommens oder Bürgschaft, unterbleiben.

Französischer Wirtschaftsdirektor meinte, nach militärischer Intervention würde Unterzeichnung sicher nicht mehr stattfinden. Andererseits sei Bedeutung des Abkommens für westeuropäische Energiesituation unverkennbar.

Ich wies darauf hin, daß Verhandlungen zwischen beteiligten deutschen Banken und Firmen und sowjetischen Stellen noch nicht Grad erreicht hätten, der Stellung eines Bürgschaftsantrags erlaubt hätte.

g) Währungsfragen

Thema wurde kaum diskutiert, weshalb britischer Vorsitz bei Zusammenfassung sagte, daß er keine allgemeinen Schlußfolgerungen vortragen könne. Möglich seien:

- Einfrieren sowjetischen Guthabens bei westlichen Banken;
- Einschränkung der Kreditaufnahme sowjetischer Banken auf westlichen Währungsmärkten;
- Verbot der Aufnahme sowjetischer Einlagen bei westlichen Banken;
- Versagung weiterer sowjetischer Anleihen auf westlichen Märkten.

Per Fischer

VS-Bd. 9517 (421)

368

Vortragender Legationsrat I. Klasse Vergau an die Botschaften in Luanda und Pretoria

320-381.40 Allg/SB-1253/80 VS-vertraulich

Fernschreiben Nr. 6331 Plurez

Aufgabe: 16. Dezember 1980, 18.43 Uhr¹

Citissime

Betr.: Namibia-Initiative der westlichen Fünf²;

hier: Vermittlung zwischen Namibia-Deutschen und SWAPO³

Anliegend wird heutige Vorlage Referat 320 für StS van Well (noch nicht genehmigt) übermittelt.

1) Für Pretoria: Hier bestehen über Schwierigkeiten weiterhin keine Illusionen. Wir müssen jedoch sich verdichtende Chance für sinnvolle SWAPO-Begegnung

¹ Durchdruck.

² Zum Stand der Namibia-Gespräche vgl. Dok. 330, Anm. 19.

³ Zur Bitte der „Interessengemeinschaft Deutschsprachiger Südwester“ um Vermittlung von Gesprächen mit der SWAPO durch die Bundesregierung vgl. Dok. 302, Anm. 14.

mit Namibia-Deutschen unbedingt weiterverfolgen. Es geht nicht nur um IG⁴. Wir sollten Berker „machen lassen“ (er hofft auf Kooperation von Staby, während er Lilienthal für destruktiven Bremser hält). Botschaft sollte projektfördernde Überlegungen fortsetzen. Wäre Beteiligung einer Figur wie Landespropst Kaufenstein sinnvoll?

Hiesiges Konzept sieht von Parteienstruktur ab und tastet nach Möglichkeiten, ob Bonn jetzt Deutschen allgemein mehr Rückhalt geben und (wenn auch nur punktuell) als ihr „natürlicher Verbündeter“ vermitteln könnte. Vorerst keine Unterrichtung der Partner der „Fünf“.

2) Für Luanda: Anlage ist nur streng vertrauliche Hintergrundinformation. Botschaft sollte SWAPO jedoch von intensivem Interesse wissen lassen, auf das Inhalt DB 289⁵ hier gestoßen ist. Dabei könnte – völlig unverbindlich – Auskunft darüber gesucht werden, wann und wo zeitlich vor PIM⁶ erste Kontaktaufnahme mit Namibia-Deutschen theoretisch möglich wäre.

Vergau⁷

Anlage

Betr.: Namibia-Initiative der westlichen Fünf;
hier: Vermittlung zwischen Namibia-Deutschen und SWAPO

Bezug: DB 279 aus Luanda vom 8.12.1980 – VS-geheim⁸
DB 289 aus Luanda vom 15.12.1980 – VS-NfD⁹

⁴ Interessengemeinschaft Deutschsprachiger Südwestler.

⁵ Vgl. Anm. 9.

⁶ Pre-Implementation Meeting.

⁷ Paraphie vom 17. Dezember 1980.

⁸ Ministerialdirigent Haas, z. Z. Luanda, berichtete, er habe am 5. Dezember 1980 mit mehreren ZK-Mitgliedern der SWAPO gesprochen: „Schwerpunkte betont freundlichen Gesprächs waren Verhältnis SWAPO – Bundesregierung, Vertrauensbildung zwischen ‚Namibiern deutscher Abstammung‘ und SWAPO sowie P[re]I[m]plementation[M]eeting.“ Haas stellte fest: „1) SWAPO ist sichtlich daran gelegen, jetzt geknüpfte Beziehungen zu Bonn – und über uns das Verhältnis zu den Namibia-Deutschen – auf dauerhafte Grundlage zu stellen. Es zeichnet sich immer deutlicher ab, daß SWAPO (ebenso wie Angolaner und wohl auch Mosambikaner; siehe dazu auch meine Namibia-Berichte aus Mosambik und Luanda) auf Mitarbeit vor allem der deutschsprachigen Weißen in Namibia baut, von denen sie hofft, daß sie eher der Bundesrepublik Deutschland (und den afrikapolitischen Vorstellungen der Bundesregierung) als Südafrika und dessen Apartheidpolitik zuneigen. Unklar bleibt, was SWAPO mit den namibischen Afrikaans im Sinne hat. 2) Wir sollten schnell durchdenken, ob Zusammengehen SWAPO mit Namibia-Deutschen (mit welchen unter ihnen?) theoretisch und praktisch überhaupt möglich ist; feststellen, wie weit Briten für ‚ihre‘ Bevölkerungsgruppe (eventuell auch mit Mudge) parallele Überlegungen anstellen; überlegen, ob und wie weit Bundesregierung hinter oder vor Kulissen tätig werden und die damit verbundene Verantwortung übernehmen kann. Dabei sollte Solidarität der Namibia-Fünf (die, wie auch in Luanda erkennbar, zumindest von Briten nicht immer beachtet wird) nicht unbedingten Vorrang genießen. So müßten wir erfahrungsgemäß Lösung der mit Berlin verbundenen Probleme ohnehin selbst in die Hand nehmen.“ Vgl. Referat 320, Bd. 125279.

⁹ Botschafter Dunker, Luanda, berichtete am 15. Dezember 1980, der Präsident der SWAPO, Nujoma, habe wegen der Bemühungen der Bundesregierung um die Vermittlung eines Gesprächs mit der Interessengemeinschaft Deutschsprachiger Südwestler am 13. Dezember 1980 die Botschaft aufgesucht. Er habe mitgeteilt, daß die SWAPO sofort zu solchen Gesprächen bereit sei, solange diese außerhalb Namibias und Angolas stattfänden und vertraulich blieben. Südafrika sei entgegen aller Bekundungen noch immer nicht zur Zusammenarbeit bereit: „SWAPO rechne damit, daß Namibier deutscher Abstammung sowieso, daneben aber auch die schon lange im Lande lebenden ‚Afrikaaners‘

Vorschlag:

- 1) Wir ermutigen auf streng diskrete Weise noch zaghafte Ansätze der Bereitschaft bei Namibia-Deutschen zu einer Aussprache mit SWAPO mit dem Ziel, kleinen Personenkreis (vielleicht vier) zu identifizieren, der in sinnvollem Maße repräsentativ, für die schwierige Mission geeignet und wirklich dazu bereit ist.
- 2) Wir laden diese Delegation – vielleicht über Mittlerorganisation – in die Bundesrepublik ein zu intensivem Gespräch zunächst mit uns, um sie Distanz von der SA¹⁰-Propaganda gegen SWAPO gewinnen zu lassen, sie in realistischer Weise auf SWAPO einzustellen und ihnen festes Vertrauen in unsere Vermittlerrolle und unsere Unterstützung ihrer Mission zu geben.
- 3) Nach entsprechender Einstimmung auch der SWAPO führen wir – außerhalb Bonn und durch Mittlerorganisation – erste Begegnung der Namibia-Deutschen mit SWAPO herbei und wirken nach besten Kräften auf ein hilfreiches Ergebnis hin.

Begründung:

- 1) Die Idee der Kontaktaufnahme mit SWAPO kam ursprünglich von der Interessengemeinschaft (Juni 1980). Sie wurde von BM und StS van Well mit positivem Interesse aufgenommen. Aus Sorge, ein derartiges Treffen in der Bundesrepublik mit einer ungenügend vorbereiteten SWAPO könnte mit verschärften Fronten enden, hatten wir operative Schritte zur Verwirklichung der Idee jedoch zunächst zurückgestellt.

Der Verlauf des Nujoma-Besuchs¹¹, des Gesprächs von Dg32¹² am 5.12.1980 mit SWAPO in Luanda und des Besuchs von Nujoma in unserer Botschaft Luanda am 13.12.1980 hat insoweit eine neue Lage gebracht. Wir besitzen jetzt Indizien, daß SWAPO ernsthaft am Verbleib und an der wirtschaftlich und gesellschaftlich produktiven Mitwirkung der Deutschen in Namibia interessiert ist.¹³ Dabei haben wir hinreichende Anzeichen, daß maßgebende Kräfte bei SWAPO, vielleicht aufgeklärter durch die Simbabwe-Entwicklung¹⁴, von hohen Ansprüchen künftig verbleibender Deutscher an die Garantie ihrer individuellen Grundrechte, ihres Eigentums und ihrer wirtschaftlichen Aktionsmöglichkeiten ausgehen. SWAPO scheint sich dem Wunsch nach einer möglichst früh zu konzipierenden pragmatischen Partnerschaft mit diesem Teil der Weißen zu nähern,

Fortsetzung Fußnote von Seite 1905

sowie englischsprachige weiße Bevölkerungsteile beim zukünftigen Aufbau des Landes mithelfen würden.“ Von der Bundesrepublik erhoffte sich ein unabhängiges Namibia Hilfe vor allem beim Ausbau des Bildungswesens. Dunker merkte an: „Mit diesem Gespräch versuchte Nujoma, unseren im Rahmen von vertrauensbildenden Maßnahmen wiederholt vorgetragenen Wunsch, SWAPO nicht nur als Freiheitsbewegung, sondern auch in zukünftiger Regierungsverantwortung darzustellen, zu entsprechen.“ Vgl. Referat 320, Bd. 125279.

¹⁰ Südafrika.

¹¹ Der Präsident der SWAPO, Nujoma, hielt sich vom 23. bis 27. Oktober 1980 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundesminister Genscher am 23. Oktober 1980 vgl. Dok. 302.

¹² Wilhelm Haas.

¹³ Mit Schreiben vom 2. Dezember 1980 teilte der vom Präsidenten der SWAPO, Nujoma, im Gespräch mit Bundesminister Genscher am 23. Oktober 1980 als Kontaktmann benannte SWAPO-Vertreter in Stockholm, Hishongwah, Genscher mit: „We believe it is SWAPO's natural duty, task and responsibility to talk to all genuine Namibians and all interested parts on matter pertaining to SWAPO an Namibia.“ Er hoffe daher auf Vermittlung eines Gesprächs mit der Interessengemeinschaft Deutschsprachiger Südwestler. Vgl. Referat 320, Bd. 125195.

¹⁴ Simbabwe wurde am 18. April 1980 formell in die Unabhängigkeit entlassen.

die sie als die „Einheimischen“ im Gegensatz zu den „zugereisten“ Südafrikanern sehen. Manche Anzeichen scheinen darauf hinzudeuten, daß SWAPO schon im Vorfeld der Unabhängigkeit hier noch Kontakt zu dem Element sucht, das Ian Smith in Rhodesien verkörperte.

2) Im Anschluß an den Nujoma-Besuch ist die Botschaft Pretoria auf Weisung¹⁵ in Windhuk bei der IG auf die Frage des SWAPO-Kontakts zurückgekommen. Der Gesprächspartner (Lilienthal) winkte jedoch zunächst ab und verwies auf die Solidarität der IG gegenüber DTA, die einen so delikaten Kontakt nicht erlaube.¹⁶ Inzwischen hat die DTA-Niederlage bei den ethnischen Wahlen im November 1980¹⁷ vielen DTA-Anhängern zu denken gegeben und das Gefühl verstärkt, die DTA werde unaufhaltsam weiter an Rückhalt verlieren. Damit ist der Boden besser bereitet für die Erkenntnis, daß eine Lösung mit internationaler Anerkennung, an der allen dringend gelegen ist, ohne SWAPO nicht in Betracht kommt, auch wenn diese Einsicht jetzt erst bei sehr wenigen Namibia-Deutschen und nur sehr langsam eindringt.¹⁸

Am 16.12.1980 hatte RL 320 in Abstimmung mit Dg32 im Auswärtigen Amt mit Rechtsanwalt Berker (Namibia-Deutscher) ein ausführliches Gespräch, das in vollem Einvernehmen über die Notwendigkeit endete, die Chancen eines frühen vertrauensbildenden Kontaktes zwischen SWAPO und Namibia-Deutschen zu nutzen. Berker ist ein kluger, liberal denkender Partner (früher NNF¹⁹) mit

¹⁵ Vortragender Legationsrat I. Klasse Vergau übermittelte am 24. Oktober 1980 eine Bewertung des Gesprächs des Bundesministers Genscher mit dem Präsidenten der SWAPO, Nujoma, vom Vortrag und gab zu erwägen, ob Botschafter Eickhoff, Pretoria, „nach Windhuk reisen sollte, um S[üd]A[frika]-Desinformation zuvorzukommen, indem er dort mit deutschen Kreisen Informationsgespräche [...] führt. Ferner kann diskreter Kontakt mit Lilienthal in der Frage der Vermittlung einer SWAPO-Begegnung aufgenommen werden.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 5423; Referat 320, Bd. 125195.

¹⁶ Ministerialdirigent Haas vermerkte am 9. Oktober 1980, daß ihm der Vorstandsvorsitzende der Interessengemeinschaft Deutschsprachiger Südwester, Lilienthal, bereits im August 1980 gesagt habe, daß die Interessengemeinschaft für eventuelle Kontakte mit der SWAPO zunächst die „ethnischen Wahlen“ vom 11. bis 13. November 1980 abwarten wolle. Sie sei weiter an einer Vermittlung durch die Bundesregierung interessiert: „Der IG gehe es vor allem darum, den Eindruck zu vermeiden, sie renne hinter SWAPO her.“ Vgl. Referat 320, Bd. 125196.

Am 29. Oktober 1980 berichtete Botschafter Eickhoff, Pretoria: „Das vom Herrn Bundesminister erwirkte Gesprächsangebot von SWAPO wird von Lilienthal im Vorstand sondiert und voraussichtlich bald nach den internen Wahlen zur zweiten Ebene (11. bis 13. November) wahrgenommen werden, wobei Lilienthal hofft, daß unsere Botschaft in Stockholm den Termin vermitteln kann.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 439; Referat 320, Bd. 125195.

¹⁷ Zu den „ethnischen Wahlen“ vom 11. bis 13. November 1980 in Namibia vgl. Dok. 330, Anm. 23.

¹⁸ Botschafter Eickhoff, Pretoria, berichtete am 2. Dezember 1980 über ein Gespräch mit dem Vorstandsvorsitzenden der Interessengemeinschaft Deutschsprachiger Südwester, Lilienthal. Dabei habe sich gezeigt, „daß die [Interessen]G[e]meinschaft Deutschsprachiger Südwester sich von ihrer Fesselung an die DTA auch durch den Schock der November-Wahl nicht hat lösen können. Der Vorstand ist davon überzeugt, daß er den Interessen der Deutschen im Territorium am besten dient, wenn er Teilnahme an der P[re]I[m]plementation[M]eeting erwirkt und zuvor keinen Kontakt mit SWAPO aufnimmt. Nur, wenn IG-Beteiligung an einer von Südafrika geleiteten Delegation verweigert werden sollte, will sie es riskieren, Gespräch mit SWAPO zu suchen. Die Furcht, von den Weißen im Territorium, namentlich der DTA, als Abtrünniger und Verräter verschrien zu werden, überwiegt [gegenüber] dem Bestreben, im Hinblick auf künftige Entwicklungen mit SWAPO wenigstens auf speaking terms zu kommen.“ Lilienthal habe den Wunsch des Vorsitzenden der DTA, Mudge, übermittelt, „unter den gleichen Bedingungen wie Sam Nujoma vom Herrn Bundesminister eingeladen zu werden“. Eickhoff ergänzte, damit sei „die Interessengemeinschaft trotz des für sich ernüchternden Resultats der November-Wahlen hinter ihre offenere Position zurückgefallen, zu der sie sich im Sommer durchgerungen hatte“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 522; Referat 320, Bd. 125279.

¹⁹ Namibia National Front.

für Windhuk seltenem Augenmaß für die internationalen Zusammenhänge in bezug auf sein Land. Dg32, Referat 320 und die Botschaft Pretoria schätzen ihn als voll vertrauenswürdig und bezüglich unserer Namibiapolitik loyal.

Berker hat zugesagt, unverzüglich und streng vertraulich mit dem engsten Kreis von seines Erachtens für die Mission in Betracht kommenden deutschen Persönlichkeiten in Namibia Verbindung aufzunehmen und uns zu benachrichtigen, ob eine Delegation in hier gefordertem Sinne möglich ist. Es geht keineswegs etwa um ein konspiratives Unternehmen, im Gegenteil, wir brauchen seriöse deutsche Partner mit Multiplikatorwirkung, die später ihre Erkenntnisse – notfalls auch gegen DTA-Kritik – einer Höchstzahl von Namibia-Deutschen sachlich vermitteln.

3) Kommt eine Delegation zustande, so sollten wir – wenn auch vielleicht diskret im Hintergrund – eine Vermittlerrolle zwischen den Namibia-Deutschen und SWAPO übernehmen. Nachdem das Projekt der VN-Konferenz (PIM)²⁰ ohnehin den Direktkontakt interner Parteien mit SWAPO einschließt, fügt sich eine solche Spezialaufgabe als sinnvolle Arbeitsteilung jetzt durchaus in den Fünfer-Rahmen ein. Es wäre zweckmäßig, wenn auch technisch schwierig, den Kontakt noch vor der VN-Konferenz (nach jetzigem Stand ab 7. Januar 1981) zustande zu bringen.

a) An den Anfang gehört die Herstellung eines Vertrauensverhältnisses zwischen uns und der Delegation. Hierbei haben wir ebenso gute Aussichten, unsere Namibiapolitik überzeugend darzulegen, wie gegenüber Nujoma, und so einen Durchbruch zu erzielen. Weiter wären dann die Früchte unserer geänderten Beziehungen zu SWAPO zu nutzen, um die Delegation positiv auf die Begegnung mit SWAPO einzustellen.

b) Entsprechende Einstimmung SWAPOs könnte schon in Luanda beginnen. Das von uns vermittelte Treffen mit den Namibia-Deutschen selbst sollte außerhalb Bonns stattfinden, nicht als von der Bundesregierung arrangiert erscheinen, uns jedoch eine effiziente Präsenz mit Möglichkeiten hilfreicher Einwirkung offenlassen.²¹

²⁰ Die Konferenz zur Vorbereitung der Implementierung von Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978 fand vom 7. bis 14. Januar 1981 in Genf statt. Vgl. dazu den Schriftbericht Nr. 3 des Botschafters Eickhoff, z.Z. Kapstadt, vom 22. Januar 1981 an das Auswärtige Amt; AAPD 1981.

²¹ Botschafter Eickhoff, Pretoria, berichtete am 19. Dezember 1980, der Vorstandsvorsitzende der Interessengemeinschaft Deutschsprachiger Südwestler, Lilienthal, habe ihn informiert, „daß er von Advokat Berker aus München angerufen worden sei, der ihn zur Teilnahme an einer Zusammenkunft mit SWAPO im Auswärtigen Amt am 4. Januar aufforderte. [...] Lilienthal ließ deutliches Interesse an diesem Vorschlag erkennen, äußerte aber zugleich Befremden über Rolle der ‚Privatperson‘ Berker und stellte die Erwartung heraus, daß das Auswärtige Amt an der IG, die sich stets loyal an die Botschaft gehalten habe, nicht vorbeigehe.“ Eickhoff vermerkte dazu, die Interessengemeinschaft Deutschsprachiger Südwestler spreche als einzige Organisation für die Mehrheit der deutschstämmigen Namibier: „Auch an Lilienthal kommen wir nicht vorbei, da er erfahrungsgemäß den Vorstand gut in der Hand hat. Zudem ist er klug genug, sich unvermeidlichen Entwicklungen nicht zu versperren.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 564; VS-Bd. 11165 (320); B 150, Aktenkopien 1980. Am 20. Dezember 1980 informierte Eickhoff, der Vorstand der Interessengemeinschaft Deutschsprachiger Südwestler habe sich auf Gespräche mit der SWAPO geeinigt, stelle jedoch drei Bedingungen: Die südafrikanische Regierung müsse erklären, „daß sie in einer solchen Begegnung kein Störmanöver sehe, das die Genfer Gespräche negativ präjudiziere“. Außerdem sollten Vertreter der Bundesregierung an den Gesprächen teilnehmen, und schließlich habe die Interessengemeinschaft „nichts

4) Aus unserem Vorgehen würden wahrscheinlich gewisse von den Betroffenen schwer allein zu tragende Reisekosten entstehen. Hierzu müßte zu gegebener Zeit im Auswärtigen Amt eine positive Entscheidung getroffen werden.

Vergau

VS-Bd. 11165 (320)

369

Schrifterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Joetze

212-341.74/6

17. Dezember 1980¹

Betr.: KSZE-Folgetreffen in Madrid;
hier: Politische Grundorientierung für die Delegation

Anlg.: 1

Unsere Madrider KSZE-Delegation bezieht sich in ihrer laufenden Berichterstattung des häufigeren auf die sogenannte „Politische Grundorientierung“. Es handelt sich dabei um ein von Staatssekretär van Well gebilligtes Papier, das den Verhandlungsrahmen sowohl unter sachlichen als auch taktischen Gesichtspunkten absteckt. Zur dortigen Unterrichtung wird ein Exemplar dieser Rahmenweisung übersandt.

Im Auftrag
Joetze²

Fortsetzung Fußnote von Seite 1908

dagegen, wenn SWAPO in Bonn auch mit anderen Namibia-Deutschen spricht, möchte jedoch nicht zugleich mit anderen deutschen Vertretern mit SWAPO an einem Tisch sitzen, um dieser nicht das Bild einer uneinigen deutschen Gruppe zu bieten, die um die Gunst von SWAPO wetteifert. IG geht davon aus, daß eine solche Begegnung nicht geheimgehalten werden kann. Sie möchte G[eneral]A[d-ministrator] und DTA von ihrer Absicht informieren, ohne indessen ihre Bereitschaft zu diesem Gespräch von deren Zustimmung abhängig zu machen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 565; VS-Bd. 11165 (320); B 150, Aktenkopien 1980.

¹ Ablichtung.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 22. Dezember 1980 vorgelegen.

² Paraphe.

[Anlage]

5. November 1980

Betr.: Politische Grundorientierung für die Delegation der Bundesrepublik
Deutschland auf dem KSZE-Folgetreffen in Madrid

1) Wert des KSZE-Prozesses und des Madrider Treffens für unsere Entspannungspolitik und dessen Ziele

1.1) Der Wert

1.1.1) Das Madrider Treffen setzt den durch die Helsinki-Konferenz³ eingeleiteten multilateralen Prozeß fort, zu dem sich alle ihre Teilnehmer in ihrer Schlußakte⁴ verpflichtet und auf deren Grundlage sie sich in Belgrad⁵ auf das Treffen in Madrid als eine zweite der vorgesehenen „weiteren Zusammenkünfte“ geeinigt⁶ hatten. Wir erblicken in dem langfristigen KSZE-Prozeß ein wichtiges Instrument der west-östlichen Entspannungspolitik, nicht zuletzt im Hinblick auf die Teilung Deutschlands und die daraus folgenden konkreten Probleme. Der BM zeigt durch die zeitweilige Leitung der Delegation⁷, welchen Wert wir dem Madrider Treffen beimessen.

1.1.2) Der KSZE-Prozeß hält die Schlußakte als politisches Instrument lebendig, an deren ausgewogenen und umfassenden Bestimmungen sich das tatsächliche Verhalten der Signatarregierungen in allen für die Entspannung in Europa relevanten Fragen messen läßt. Sie ist ein zentrales Berufungsdokument. Uns liegt daran, daß sie ein Katalysator bleibt für die Hoffnungen der Menschen auf mehr Freiheit und Recht in einem friedlichen Europa.

1.1.3) Am KSZE-Prozeß nehmen (außer Albanien) alle Staaten Europas teil sowie die Vereinigten Staaten von Nordamerika und Kanada, deren Rolle in Europa damit erneut formell von allen Beteiligten anerkannt wurde. Die Teilnahme der Neutralen, mit denen uns gemeinsame politische Grundüberzeugungen verbinden, sowie der Nichtgebundenen ermöglicht diesen Staaten mehr politische Mitwirkung in Europa und eine Stärkung ihrer nationalen Unabhängigkeit.

1.1.4) Der KSZE-Prozeß hat Staaten, die auf die SU Rücksicht nehmen müssen, ein gewisses Mehr an politischer Sicherheit gegeben und ihnen einen begrenzten zusätzlichen Spielraum eröffnet.

1.1.5) Er erleichtert das bilaterale Verhältnis zu den osteuropäischen Teilnehmern und hält besonders in Spannungszeiten nützliche Gesprächskanäle offen

³ In Helsinki fand vom 30. Juli bis 1. August 1975 die KSZE-Schlußkonferenz statt.

⁴ Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

⁵ In Belgrad fand vom 4. Oktober 1977 bis 9. März 1978 die erste KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 88.

⁶ Im abschließenden Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad vom 8. März 1978 wurde festgelegt, daß ab 9. September 1980 ein Vorbereitungstreffen in Madrid stattfinden sollte, um die zweite KSZE-Folgekonferenz ab 11. November 1980 in Madrid vorzubereiten. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1978, D 247.

⁷ Bundesminister Genscher nahm am 13. November 1980 an der KSZE-Folgekonferenz in Madrid teil. Für den Wortlaut seiner Erklärung vgl. BULLETIN 1980, S. 1019–1023.

Für das Gespräch mit dem Leiter der sowjetischen KSZE-Delegation, Iljitschow, am selben Tag vgl. Dok. 322.

(zum Beispiel durch die Gewohnheit bilateraler KSZE-Konsultationen). Ob der KSZE-Prozeß so gefestigt ist, daß er eine Krise des Ost-West-Verhältnisses von historischen Dimensionen überstehen würde, muß allerdings offenbleiben. Daher hängen Erklärungen und Maßnahmen zu ernsthaften Repressionsmaßnahmen in Polen von vorherigen Weisungen der Zentrale ab; diese wiederum werden vermutlich erst nach Beratungen in den westlichen Lenkungsorganen (NATO-Rat, Sondersitzung des Politischen Komitees der EPZ) ergehen. Die damit entstehende Verspätung der Reaktion muß hingenommen werden. Sitzungspausen und -verschiebungen sind keine Maßnahmen im Sinne dieser Instruktion, sie können sich empfehlen und den Effekt von Erklärungen erhöhen.

1.1.6) Er hat zu einigen Verbesserungen besonders in Korb III beigetragen. Ohne die sehr schwere Belastung durch die Maßnahmen der DDR (Journalistenverordnung⁸, Zwangsumtausch⁹) hätte die Bilanz im Dritten Korb durchaus auch positive Elemente enthalten; hauptsächlich kleinere, aber einer großen Zahl gerade von Deutschen zugutekommende administrative Verbesserungen, vor allem in den kleineren osteuropäischen Ländern, die in der Implementierungsbilanz erwähnt werden müssen, damit die betreffenden Regierungen erkennen, daß wir diese Anstrengungen wahrgenommen haben.

1.2) Die Ziele richten sich an dem Mandat der Schlußakte für die Folgetreffen aus, d.h. an dem Überprüfungs- und dem weiterführenden Teil des Mandats.

1.2.1) In dem „vertieften Meinungsaustausch über die Durchführung der Bestimmungen der Schlußakte“ wollen wir den in Helsinki begonnenen Prozeß fördern, nicht ihn stören oder gar gefährden. Er wird in dem Maße gefördert, in dem alle Signatarstaaten aus den Absichtserklärungen der drei Körbe der Schlußakte den praktischen Gehalt einer pragmatischen Entspannungspolitik machen. Bei den tiefen und vielfältigen Gegensätzen, die Europa trennen, haben wir nur mit bescheidenen, wenn auch stetigen Fortschritten in der Anwendung der Schlußakte gerechnet. Seit Belgrad warfen aber schwere Rückschläge den KSZE-Prozeß zurück. Wir werden sprechen müssen über

- die Verfolgung osteuropäischer Menschenrechtsverfechter, sonstiger Kritiker und religiös Verfolgter,
- die sowjetische Intervention in Afghanistan,

⁸ Die Regierung der DDR erließ am 11. April 1979 eine „Durchführungsbestimmung zur Verordnung vom 21. Februar 1973 über die Tätigkeit von Publikationsorganen anderer Staaten und deren Korrespondenten“ in der DDR. Für den Wortlaut vgl. den Artikel „Aus dem Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik“; NEUES DEUTSCHLAND vom 14./15. April 1979, S. 6.

Staatsminister Wischnewski, Bundeskanzleramt, erklärte dem Ständigen Vertreter der DDR, Moldt, am 17. April 1979, durch die Durchführungsbestimmung würden die Arbeitsbedingungen der Journalisten in der DDR „entscheidend eingeschränkt. Insbesondere sei eine Genehmigungspflicht für Interviews und Befragungen jeder Art eingeführt worden. Darüber hinaus müßten Reisen nunmehr nicht später als 24 Stunden vor Antritt der Reise und unter genauer Angabe des Reiseziels und des Reisegrundes angegeben werden. Die Bundesregierung protestiere nachdrücklich gegen den Erlass dieser Durchführungsbestimmung. Sie stehe nicht im Einklang mit den zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik getroffenen Vereinbarungen. [...] Die neuen Durchführungsbestimmungen widersprechen auch der Schlußakte der KSZE.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 210, Bd. 116483.

Zur Behinderung der Arbeit von Journalisten aus der Bundesrepublik in der DDR vgl. Dok. 307, Anm. 6.

⁹ Zur Erhöhung des Mindestumtauschs für Besucher der DDR und Ost-Berlins aus „nichtsozialistischen Staaten“ und aus Berlin (West) ab 13. Oktober 1980 vgl. Dok. 290, Anm. 15.

- das restriktive administrative Verhalten seit Belgrad, vor allem die jüngste Erhöhung der Zwangsumtauschsätze für Reisen in die DDR,
- Maßnahmen einiger WP-Staaten auf dem Gebiet der Information, vor allem die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für Journalisten und die Störung westlicher Rundfunksendungen.

Wir werden die ungeteilte Anwendung der Grundregeln der Entspannung, insbesondere des Gewaltverbots, der Respektierung der Souveränität und der territorialen Integrität sowie des Prinzips der Nichtintervention, in allen Teilen der Welt fordern.

Wir werden die Bedeutung der Vertrauensbildung durch konkrete Maßnahmen im militärischen Bereich anstelle von Vorschlägen vorwiegend deklaratorischer Art herausstellen.

Wir werden die Bedeutung der humanitären Komponente der Entspannung betonen sowie die Notwendigkeit, die entsprechenden Prinzipien und Bestimmungen der Schlußakte fortschreitend besser zu verwirklichen.

Wir werden auf die gemeinsame Verantwortung aller Industrieländer für die Stabilität und Entwicklung der Dritten Welt hinweisen.

Die Delegation wird in Madrid für die gleichgewichtige Behandlung aller drei Körbe und ein ausgewogenes Ergebnis Sorge zu tragen haben. Es sollte nicht wie in Belgrad nur ein Thema die Debatte beherrschen. Wir werden uns daher auch gegen den sowjetischen Versuch wehren, mit dem Thema „militärische Entspannung“ das Madrider Treffen zu monopolisieren und versteckt mit dem Scheitern des Treffens zu drohen, falls bei diesem Thema keine Ergebnisse erzielt werden.

Die Überprüfungsdiskussion wollen wir nutzen, um namentlich weiterführende Vorschläge sinnvoll einführen und begründen zu können. Nach rückwärts blicken wir in dem Maße, als dies notwendig ist, um sicherer voranschreiten zu können. Wir wollen den Osten nicht durch eine auf Konfrontation angelegte Polemik auf die Anklagebank setzen und es ihm damit nicht leichter machen, die von ihm vielleicht beabsichtigte Austrocknung, Unterbrechung oder gar Beendigung des KSZE-Prozesses dem Westen anzulasten.

1.2.2) Im weiterführenden Teil des Mandats werden wir mit unseren Verbündeten zu allen drei Körben Vorschläge vorlegen. Über den Zeitpunkt der Einbringung dieser Vorschläge entscheidet die Delegation in Abstimmung mit unseren EG-Partnern und Verbündeten in der NATO. Die Vorschläge sollen nicht von der Schlußakte ablenken, sondern die von ihr gebotenen Möglichkeiten nutzen. Sie sind ausgewogen, doch unsere Prioritäten liegen bei dem Mandat für eine KAE¹⁰, die in den KSZE-Prozeß eingebunden sein soll und deren Elemente, die VBM, militärisch bedeutsam, konkret, politisch verbindlich sein und ganz Europa umfassen sollen, sowie bei der „menschlichen Dimension“ der Entspannung. Unsere Öffentlichkeit erwartet von „Korb III“ sichtbare Fortschritte. Auch im Korb II sind wir für aktive Verhandlungen. Damit leisten wir einen Beitrag zur Ausgewogenheit der Körbe. Es wäre kontraproduzent, wenn wir auf dem Gebiet des Korbes II eine sterile Haltung einnehmen, denn hier bestehen im

¹⁰ Zum französischen Vorschlag einer Konferenz für Abrüstung in Europa vgl. Dok. 287.

Osten wesentliche Interessen, die von uns für die Fortsetzung der Entspannungspolitik genutzt werden sollen.

2) Taktik

2.1) Da wir die Fortsetzung des KSZE-Prozesses als vorteilhaft ansehen, wird unsere Delegation bemüht sein müssen, ihn durch sachliches, maßvolles und politisches Argumentieren voranzubringen. Die notwendige taktische Flexibilität darf die Klarheit unserer Sachpositionen und unsere Verlässlichkeit nicht in Frage stellen.

2.2) Der KSZE-Prozeß soll in Madrid substantielle Ergebnisse bringen. Die Delegation wird daher das im Westen abgestimmte Vorschlagspaket nachdrücklich und beharrlich zur Diskussion stellen und zu Verhandlungen hierüber zu gelangen suchen. Vorschläge anderer Staaten oder Staatengruppen sind im Lichte unserer Interessen sorgfältig zu prüfen. Sie sind jedenfalls nicht schon deshalb abzulehnen, weil sie von anderen Staaten oder Staatengruppen kommen. Vorschläge anderer, die uns keinen Nutzen bringen, sind nicht deshalb abzulehnen; wenn sie für uns keinen Nachteil bringen, verdienen sie eine Prüfung, ob sie als Konzessionsmaterial im Interesse der Durchsetzung unserer Interessen verwendet werden können.

2.3) Konzessionen, die die Essenz westlicher Interessen berühren, können nicht gemacht werden, um ein Scheitern des KSZE-Prozesses zu verhindern. Dessen Fortführung darf als solche nicht Teil des Kompromisses werden; das Prinzip, daß diese Fortsetzung gleichermaßen im Interesse aller Beteiligten liegt, muß unangetastet bleiben.

2.4) Die Delegation wird sich die Fragen und Anregungen dritter Staaten aufmerksam anhören und hierauf verbindlich antworten. Sollten wir im Zuge einer neuerlichen Verhärtung im Ost-West-Verhältnis und in der Haltung der DDR multilateralen Druck, z.B. in der Frage der deutschen Staatsangehörigkeit, zu spüren bekommen, muß unser Vertreter sachlich und entschieden unsere Haltung erläutern. Gleiches gilt, wenn Vorwürfe laut werden gegen

- „Olympia-Bojkott“¹¹ oder die
- Afghanistan-Sanktionen im Osthandel¹²
- sog. „Berufsverbote“¹³ u. ä.

2.5) Deutschland als Ganzes und Berlin als Themen des Treffens

Wir werden in unserer Eröffnungserklärung und möglicherweise in der Generaldebatte unsere deutschland- und berlinpolitische Grundposition unter Hinweis auf den Brief zur deutschen Einheit¹⁴ deutlich machen, aber nicht in den Mittelpunkt stellen. Wir wollen – wie in Belgrad – vermeiden, daß deutsch-

¹¹ Zur Empfehlung der Bundesregierung an das NOK vom 23. April 1980 Dok. 122, Anm. 3.
Zur Entscheidung des NOK vom 15. Mai 1980 vgl. Dok. 148, Anm. 45.

¹² Zur Einschränkung von Getreidelieferungen in die UdSSR vgl. Dok. 10, Anm. 23.
Zur Haltung der Bundesregierung gegenüber amerikanischen Vorschlägen zur Verschärfung der COCOM-Regeln und zur Handhabung letzterer vgl. Dok. 326, Anm. 15.

¹³ Am 28. Januar 1972 vereinbarten die Regierungschefs der Länder unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers Brandt Grundsätze über die Mitgliedschaft von Beamten in extremen Parteien und Organisationen, den sogenannten „Radikalenerlaß“. Vgl. dazu BULLETIN 1972, S. 142.

¹⁴ Zum „Brief zur deutschen Einheit“ vgl. Dok. 331, Anm. 18.

land- und berlinpolitische Statusfragen zum Konferenzthema werden. Wir werden uns aber nicht scheuen, die DDR in unsere Implementierungskritik an den WP-Staaten mit einzubeziehen, ohne diese Kritik auf sie zu konzentrieren. Dies gilt in Korb I für Menschenrechtsverletzungen und in Korb III für Beschränkungen der Freizügigkeit, insbesondere die Erhöhung des Pflichtumtausches und für die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen von Journalisten, deren Nennung unumgänglich ist.

3) Ende des Treffens, weitere Folgen

3.1) Wir streben ein drittes Folgetreffen an („Madrid II“), das etwa im Sommer 1983 beginnen könnte. Bei einem späteren Beginn im Laufe des Jahres 1983 ist nicht auszuschließen, daß der ab Frühjahr 1984 beginnende US-Präsidentschaftswahlkampf¹⁵ die Verhandlungsphase von „Madrid II“ beeinträchtigt. Die Entscheidung über den Ort von Madrid II wird im sachlichen Zusammenhang mit dem Konferenzort einer KAE zu treffen sein.

Wir sind nicht dogmatisch dagegen, daß beide Konferenzen in einem WP-Land stattfinden. Gegen einen WP-Konferenzort für eine KAE sprechen Sicherheitsüberlegungen sowie – im Falle Warschau – die politische Konnotation (Gründungsort des östlichen Militärpakts¹⁶). Andererseits ist nicht auszuschließen, daß der Konferenzort Warschau für eine KAE einem westlichen Interesse an einer Erhaltung des außenpolitischen Spielraums Polens entgegenkommt; Warschau als Ort für eine KAE könnte in diesem Sinne eine gewisse Schutzfunktion haben. Ein Urteil hierüber wird jedoch erst im Lichte der weiteren Entwicklung in Polen zu fällen sein. Gesonderte Weisung hierzu ist erforderlich, da der Bundessicherheitsrat gegen Warschau entschieden hat.

Das nächste Vorbereitungstreffen sollte in jedem Fall ein festes Enddatum haben. Sollte sich die für Madrid gefundene Verfahrensordnung bewähren, wäre alternativ zur Diskussion zu stellen, ob für Madrid II auf ein Vorbereitungstreffen ganz verzichtet werden kann. Für diesen Fall könnte entweder am Ende des Madrider Haupttreffens oder zu Beginn des nächsten Folgetreffens (Madrid II) die Übernahme der Madrider Verfahrensordnung festgelegt werden.

Für Expertentreffen gilt der Grundsatz der Subsidiarität, d. h., wo immer möglich, sind Fortschritte zunächst in Madrid zu suchen. Wir sind gegen eine Proliferation von Expertentreffen. Sie müssen einem präzisen Sachmandat folgen, ihre Dauer muß von vornherein feststehen, ihr Gegenstand alle Teilnehmerstaaten angehen, das Treffen zu verbesserter Verwirklichung der Schlußakte beitragen.

4) Abstimmung mit Verbündeten

Wie in Belgrad und bei dem Vorbereitungstreffen in Madrid¹⁷ wird die Delegation sich stets mit den Neun eng abzustimmen haben. Da auf dem Madrider Haupttreffen Fragen der Sicherheit in Europa breiten Raum einnehmen wer-

¹⁵ In den USA fanden am 6. November 1984 Präsidentschaftswahlen statt.

¹⁶ In Warschau wurde am 14. Mai 1955 der Warschauer Pakt gegründet. Für den Wortlaut des Vertrags über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen Albanien, Bulgarien, der DDR, Ungarn, Polen, Rumänien, der Tschechoslowakei und der UdSSR vgl. DzD III/1, S. 38–44.

¹⁷ Das Vorbereitungstreffen für die zweite KSZE-Folgekonferenz in Madrid begann am 9. September 1980. Am 11. November 1980 wurden die „Uhren angehalten“, um die Hauptkonferenz pünktlich beginnen lassen zu können. Vgl. dazu Dok. 319 und Dok. 322.

den, deren Behandlung sich auch auf die anderen Bereiche des KSZE-Prozesses auswirken kann, wird diesmal die Konsultation unter den Fünfzehn noch wichtiger als bisher sein. Hinzu kommt, daß angesichts unserer konkreten Interessenlage der Erläuterung unserer Haltung besondere Bedeutung zukommt. Mit den Delegationen der N+N-Staaten sollten wir engen Kontakt halten.

5) Presse

Nur mit dem Verständnis unserer Öffentlichkeit können wir unsere Politik im Rahmen des KSZE-Prozesses wirkungsvoll fortentwickeln. Die sorgfältige, mit der Zentrale abgestimmte Pflege der Presse ist daher sehr wichtig. Hierbei ist zu beachten:

5.1) Denjenigen, die an den Ausgang des Treffens trotz der gegenwärtigen Gesamtlage noch Illusionen knüpfen sollten, sind folgende Tatbestände in das Gedächtnis zu rufen:

Das politische Umfeld des Madrider Treffens ist schwierig (Afghanistan, Polen, Pflichtumtausch, Spannungen zwischen der SU und den USA). Hohe Erwartungen an das Ergebnis des Madrider Treffens sind nicht gerechtfertigt. Wegen der Ereignisse in Polen ist die Reizschwelle der osteuropäischen Teilnehmer und ihr subjektiver Toleranzspielraum erheblich gesunken. Überdies könnte einigen Teilnehmerstaaten nach Afghanistan mehr an Kritik als an der Suche nach weiteren Formen der Zusammenarbeit mit dem Osten gelegen sein.

5.2) Denjenigen, die das Madrider Treffen als überflüssig erachten, ist der Wert in Erinnerung zu bringen, den der KSZE-Prozeß für uns hatte und heute noch hat.

5.3) Über denkbare bündnisinterne Meinungsunterschiede sollte die Delegation schweigen. Gelangen solche Meinungsunterschiede nach außen, sollte die Delegation sie entdramatisieren und das ihr Mögliche tun, um eine öffentliche Diskussion hierüber abzuschneiden.

5.4) Alle Delegationen in Madrid werden auf dem Umweg über die Presse auf den Verlauf des KSZE-Prozesses einwirken wollen.

Wir sollten aber nicht vergessen, daß die Madrider Beratungen im Prinzip vertraulich sind. Die Presse ist dementsprechend zwar über die Hauptpunkte der Beiträge zu unterrichten, eine Herausgabe von Texten wünschen wir jedoch nicht. Dies sollten wir auch gegenüber anderen Delegationen, vor allem der USA, zum Ausdruck bringen. An einer Pressefehde gegen die osteuropäischen Staaten ist uns nicht gelegen.

6) Besuche von Parlamentariern und Menschenrechtlern

Vertreter derjenigen Organisationen, die von den Madrider Treffen eine Förderung ihrer Ziele erwarten, werden die Delegation um Unterstützung und Unterrichtung bitten. Die Unterrichtung ist ihnen im Rahmen des Möglichen in der Erkenntnis zu geben, daß sie willkommene Multiplikatoren unserer Auffassungen und Argumente sind oder sein können. Zur möglichen Unterstützung ist auf die Einbettung unserer Position im Rahmen der Neun und Fünfzehn hinzuweisen. Besondere Aufmerksamkeit ist der angemessenen Unterrichtung und Betreuung (Herstellung von Kontakten!) von Bundestagsabgeordneten, v.a. von Vertretern der unmittelbar interessierten Ausschüsse, zu widmen.

Referat 010, Bd. 178820

370

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Dröge**201-363.14 HNS/USA-4196/80 VS-vertraulich****18. Dezember 1980¹**

Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³ mit der Bitte um Zustimmung zu dem als Anlage übermittelten Entwurf einer BSR-Vorlage des BMVg

Betr.: Host Nation Support für US-Streitkräfte⁴;

hier: Entwurf einer Vorlage des BMVg an den Bundessicherheitsrat (BSR) vom 3. Dezember 1980

Anlg.: 1 (201-363.14 HNS/USA-3987/80 VS-v – nur bei Original)⁵

I. 1) Auf Wunsch des Bundeskanzlers soll das Thema der logistischen Unterstützungsleistungen für auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland einzusetzende US-Verstärkungskräfte („Host Nation Support“ = HNS) auf einer BSR-Sitzung Anfang 1981 behandelt werden. Zu diesem Zweck hat das federführende BMVg den Entwurf einer Vorlage erarbeitet, der mit Schreiben vom 5. Dezember 1980 mit der Bitte um Mitzeichnung bzw. Stellungnahme bis 6. Januar 1981 übermittelt wurde (Anlage).

In dem Entwurf wird empfohlen, das in militärischen Details bereits weitgehend mit der US-Seite abgestimmte HNS-Konzept zu billigen und den Bundesminister der Finanzen⁶ zu bitten, zu seiner Durchführung erforderliche Mittel in die Finanzplanung zusätzlich einzustellen (Anlage S. 16).

2) HNS ist die Voraussetzung dafür, daß die USA im Kriegsfall bedeutende Verstärkungskräfte – insgesamt sechs Heeresdivisionen und 30 Luftverstärkungstaffeln – zeitgerecht nach Mitteleuropa heranzuführen können (die Heranzuführzeit würde von 30 Tagen auf zukünftig ca. 10 Tage verkürzt.) Die Realisierung des Konzepts würde erhebliche Kosten verursachen, die aus dem Haushalt des BMVg abzudecken wären (ca. 973 Mio. DM an Investitionen; etwa 56 Mio. DM würden als Betriebskosten jährlich anfallen).

Im Rahmen der Arbeitsteilung bei verstärkten Verteidigungsmaßnahmen der NATO nach „Afghanistan“ drängen die USA energisch auf HNS-Leistungen ihrer

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann und Vortragendem Legationsrat Boden konzipiert.

Hat Amtsrat Kusnezow am 30. Dezember 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär van Well, Ministerialdirektor Blech und Hofmann verfügte.

Hat Blech am 2. Januar 1981 vorgelegen.

Hat Hofmann am 15. Januar 1981 erneut vorgelegen.

² Hat Staatssekretär van Well am 19. Dezember 1980 und erneut am 2. Januar 1981 vorgelegen.

³ Hat Bundesminister Genscher am 19. Dezember 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Mit Dringlichkeit – auch in der Sache – behandeln.“

⁴ Zum Host Nation Support vgl. das Gespräch des Bundesministers Apel mit dem amerikanischen Botschafter Stoessel am 4. November 1980; Dok. 327, Anm. 11.

⁵ Dem Vorgang beigefügt. Für das Schreiben des Bundesministeriums der Verteidigung vom 5. Dezember 1980 nebst der Aufzeichnung vom 3. Dezember 1980 für den Bundessicherheitsrat „Unterstützungsleistungen der Bundesrepublik Deutschland für hier eingesetzte Streitkräfte der USA in Krise und Krieg. „Host Nation Support““ vgl. VS-Bd. 10320 (201).

⁶ Hans Matthöfer.

Bündnispartner, wobei neben uns Großbritannien, Dänemark, Norwegen und Benelux angesprochen sind. Dem haben die angesprochenen Verbündeten in Ziffer 11 des DPC-Kommunikés vom 9./10. Dezember 1980⁷ im Prinzip zugestimmt („Ministers of nations concerned affirmed the intention of their countries to provide host nation support to facilitate the reception and employment of reinforcement forces“). Uns gegenüber haben die USA wiederholt zu erkennen gegeben, daß sie der konkreten Zustimmung der Bundesrepublik Deutschland als Hauptaufnahmestaat von Verstärkungskräften in Mitteleuropa Lokomotivfunktion beimessen.

II. Wir sollten unserer Haltung zu HNS folgende Gesichtspunkte zugrunde legen und davon ausgehend der BSR-Vorlage zustimmen:

1) Die mit HNS erstrebte, außerordentlich verbesserte Fähigkeit der schnellen Zuführung zusätzlicher amerikanischer Divisionen entspricht einer langgehegten Forderung SACEURs, die ganz besonders den deutschen Interessen entspricht. Es geht dabei um nichts weniger als die Frage, ob das Bündnis sich in Stand setzt oder nicht, die Voraussetzungen zur Verwirklichung seiner Strategie der flexiblen Reaktion⁸ zu schaffen. Von der Beantwortung dieser Frage hängt wiederum ab, in welchem Maße sich die Abschreckung (und im Falle ihres Versagens die Verteidigung auf deutschem Boden) weiterhin auf die nukleare Komponente abstützen muß.

Insofern trifft der von Amerikanern gemachte Hinweis zu, daß eigentlich nicht sie, sondern wir auf HNS drängen müßten, solange wir uns außerstande sehen, selbst zusätzliche Divisionen aufzustellen.

2) Unter dem Eindruck der Vorgänge in Afghanistan und in Polen sowie der fortgesetzten sowjetischen Überrüstung bemüht sich die Allianz darum, dem Osten durch solidarisches Vorgehen ihre Handlungsfähigkeit zu beweisen. Ein von uns zu verantwortendes Scheitern des HNS-Konzepts würde dabei als ein schwerer Rückschlag verstanden werden und die deutsch-amerikanischen Beziehungen von Anbeginn der Amtszeit Reagans⁹ belasten.

Washington würde eine deutsche Weigerung, das HNS-Konzept zu verwirklichen, auch als Widerspruch zu dem von uns entwickelten Gedanken der Arbeits- und Lastenteilung im Bündnis empfinden. Einen Hinweis auf wirtschaftliche Schwierigkeiten dürfte Washington andererseits so lange nicht akzeptieren, als unsere Verteidigungsaufwendungen 1981 noch nicht einmal im Budgetansatz dem 3%-Ziel¹⁰ entsprechen. (Der künftige US-AM Haig veröffentlicht demnächst ein Buch unter dem Titel „The 3 % Solution“!¹¹)

⁷ Für den Wortlaut des Kommunikés der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 9./10. Dezember 1980 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 148–152. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN 1980, S. 1126–1128.

⁸ Zur NATO-Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 168, Anm. 18.

⁹ Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen statt, aus denen der Kandidat der Republikanischen Partei, Reagan, als Sieger hervorging. Vgl. dazu Dok. 314, Anm. 3. Präsident Reagan nahm am 20. Januar 1981 die Amtsgeschäfte auf.

¹⁰ Vgl. dazu die „Ministerial Guidance 1977“; Dok. 1, Anm. 8.

Zur Frage der Erfüllung des 3 %-Ziels vgl. Dok. 327 und Dok. 334.

¹¹ Vgl. Alexander M. HAIG (Hrsg.), *The Three Per Cent Solution and the Future of NATO*. By the Staff of the Foreign Policy Research Institute. Philadelphia 1981.

3) Eine Zusage zu HNS würde es uns auch erleichtern, diejenigen von Botschafter Stoessel am 4. November 1980 gegenüber BM Apel vorgetragenen, weitreichenden US-Forderungen abzulehnen, die praktisch auf Wiederaufnahme von Devisenausgleichszahlungen hinauslaufen würden (u. a. Grundsteuererstattung für US-Wohnungen, Kasernenrenovierung).¹²

4) Der BMVg würde es dankbar begrüßen, wenn das AA ihn auch in dieser Angelegenheit gegenüber dem BMF unterstützt.

III. Vorschlag

1) Zustimmung zum BMVg-Entwurf einer BSR-Vorlage.

2) Falls es wegen Widerspruch des BMF zu keiner Einigung auf dieser Grundlage kommt, Befürwortung einer strittigen Vorlage zwecks Ausdiskutierung der außenpolitischen, verteidigungs- und haushaltspolitischen Grundsatzfragen im BSR.

i.V. Dröge

VS-Bd. 10320 (201)

371

Staatssekretär van Well an Botschafter Hermes, Washington, und Botschafter Wieck, Brüssel (NATO)

014-1273/80 geheim

Aufgabe: 19. Dezember 1980, 21.17 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 6397 Plurez

Citissime

Betr.: Gespräch des Bundeskanzlers mit amerikanischem Botschafter Stoessel
am 19.12.1980 wegen Polen

Für Botschafter oder V. i. A. – nur zur persönlichen Unterrichtung

Nachfolgend wird Vermerk über das Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem amerikanischen Botschafter am 19.12. wegen Eventualfallplanung Polens nur zur persönlichen Unterrichtung übermittelt.

van Well

¹² Zum Gespräch des amerikanischen Botschafters Stoessel mit Bundesminister Apel am 4. November 1980 vgl. Dok. 327, Anm. 11.

¹ Durchdruck.

Hat Vortragendem Legationsrat von Butler am 19. Dezember 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Von StS van Well diktiert.“

Hat Butler am 22. Dezember erneut vorgelegen, der handschriftlich notierte: „Text hat erhalten: MB, StS [van] W[ell], D 2, Dg 21, D 4.“

Folgt Anlage

Botschafter bezog sich auf die ihm zugegangene Weisung, deren operativen Teil er als „Non-paper“ hinterließ (siehe Annex).

Er hob den guten Fortschritt der politischen Eventualfallplanung hervor, wies aber zugleich darauf hin, daß man in Washington hinsichtlich der wirtschaftlichen Eventualfallplanung² besorgt sei. Hier seien die Fortschritte unbefriedigend, und zwar nach dem Washingtoner Eindruck infolge der Zurückhaltung des deutschen Vertreters, der darauf bestehe, daß über Einzelmaßnahmen im wirtschaftlichen Bereich erst dann im NATO-Rat beraten werden könne, wenn diese zunächst in den Hauptstädten geprüft worden seien. Nach amerikanischer Auffassung komme es dagegen darauf an, möglichst rasch eine umfassende Liste weitgestreuter wirtschaftlicher Maßnahmen zusammenzustellen, aus denen die Regierungen dann im Eventualfall ihre Auswahl ohne Verzögerung treffen könnten.

Der Herr Bundeskanzler hat im Gespräch folgende Gedanken unterstrichen:

- Wir seien befriedigt über den Konsensus, den die Außen- und Verteidigungsminister erreicht hätten.³ Wir begrüßten es, daß das Konsultationsverfahren diesmal sehr viel besser funktioniere als im Fall der afghanischen Krise, und wir seien auch zufrieden damit, daß die Überlegungen sich auf den nicht-militärischen Bereich konzentrierten.
- Wir wollten aber vermeiden, daß Listen ökonomischer Maßnahmen wie Dogmen behandelt würden. Im Falle einer eindeutigen sowjetischen Intervention in Polen – man müsse unterstreichen, daß es sehr viele Interventionsformen vom politisch-militärischen Druck bis zur direkten militärischen Invasion geben könne – werde es einen Aufstand in der öffentlichen Meinung geben. Diese werde wirtschaftliche Sanktionen um so mehr verlangen, als militärische nicht in Frage kämen. Die Regierung werde dementsprechend handeln müssen. Wir lehnten es nicht ab, im Falle einer Intervention auch die wirtschaftlichen Beziehungen politisch einzusetzen. Aber wir wollten dann konkret entscheiden, wenn bestimmte Fälle einträten, und wir könnten nicht nur den „worst case“ im Auge haben.
- Das Problem von spezifizierten Listen liege auch in der Gefahr von leaks. Solche könnten wirtschaftliche Konsequenzen haben und auf die Märkte einwirken. Vor allem aber könnten sie – zumal in einer Phase der Beruhigung in Polen, wie wir sie augenblicklich hätten – politisch sehr gefährlich sein und nicht so sehr abschreckend als vielmehr provokativ wirken.

Der Bundeskanzler forderte den Botschafter auf, den Meinungsaustausch über diese Problematik mit dem Auswärtigen Amt fortzusetzen. Der Botschafter teilte

² Vgl. dazu das Vierertreffen der Wirtschaftsdirektoren der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA am 15. Dezember 1980 in London; Dok. 367.

³ Vgl. dazu die Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 9./10. Dezember 1980 in Brüssel; Dok. 355 und Dok. 356.

Vgl. dazu die NATO-Ministerratstagung im kleinsten Kreise am 11. Dezember 1980 in Brüssel; Dok. 363.

mit, daß er angewiesen sei, auch den Bundesaußenminister zu sehen, was Montag der Fall sein werde.⁴

Abschließend nahm der Bundeskanzler zu Meldungen Stellung, nach denen Brown und Brzezinski das Ergebnis der Kabinettsberatungen über den deutschen Verteidigungshaushalt⁵ öffentlich kritisiert hätten.⁶ Er verstehe diese Kritik nicht und müsse sich dagegen verwahren. Er habe in Washington⁷ und dem Botschafter gegenüber⁸ bereits darauf hingewiesen, daß man erst am Ende des Haushaltsjahres beurteilen könne, wie hoch der reale Zuwachs sei, daß wir zu unseren Verpflichtungen stehen würden und daß man einen Nachtragshaushalt später im Jahr nicht ausschließen, ja für durchaus möglich halten könne. Es habe wenig Sinn, Gespräche zu führen, wenn einem nicht geglaubt werde. Es sei auch nicht gut, beim Parlament den Eindruck zu erwecken, als wolle man es unter Druck setzen.

Noch einmal auf die Frage der Eventualfallplanung zurückkommend, erinnerte der Bundeskanzler daran, daß wir es uns mit dem, was wir sagten, nicht leicht machten. Wir gehörten aber zu denen, die, wenn sie eine Zusage einmal machten, sie auch hielten.

⁴ Vortragender Legationsrat I. Klasse Schenk informierte die Botschaft in Washington am 22. Dezember 1980 über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Botschafter Stoessel am selben Tag. Genscher habe Zweifel an der Teilnahme der Bundesrepublik an wirtschaftlichen Maßnahmen gegenüber der UdSSR im Falle einer sowjetischen Intervention in Polen zurückgewiesen: „Wir seien zwar in diesen Fragen nicht so ‚vollmundig‘ wie andere, aber wir erfüllten unsere Verpflichtungen. In der Frage der Iran-Sanktionen seien wir für eine Rückwirkung gewesen. Dieses sei jedoch am britischen Parlament gescheitert. Wir seien das einzige EG-Land gewesen, das sich dem Olympischen Boykott angeschlossen habe. Auch in der Frage einer Eventualfall-Planung Polen seien wir nicht so ‚vollmundig‘ wie andere, von denen einige nicht fähig seien, ihre TNF-Verpflichtungen zu erfüllen.“ Ministerialdirektor Blech habe darauf hingewiesen, daß zwar Kategorien von Maßnahmen aufgestellt werden könnten. Konkrete nationale Maßnahmen könnten aber nicht beschlossen werden, „ohne daß wir die zuständigen Ressorts beteiligten. Damit stelle sich die Frage, in welcher Breite die Diskussion, die bisher auf einen ganz engen Kreis beschränkt gewesen sei, geführt werden solle.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 6416; VS-Bd. 11109 (204); B 150, Aktenkopien 1980.

⁵ Zum Abschluß der Haushaltsberatungen der Bundesregierung am 16. Dezember 1980 wurde in der Presse berichtet, daß Bundesminister Apel eine Steigerung des Verteidigungsetats um 6,2 Prozent durchgesetzt habe. Angesichts der Preissteigerungsrate „dürfte der reale Zuwachs der Verteidigungsausgaben aber noch immer unter der NATO-Forderung von 3 Prozent liegen“. Vgl. den Artikel „Mattihöfer: Ein Haushalt der Vernunft. 700 Millionen Mark mehr für Apel“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 18. Dezember 1980, S. 1.

⁶ Botschafter Hermes, Washington, teilte am 19. Dezember 1980 mit, daß der amerikanische Verteidigungsminister Brown am Vortag vor dem Council on Foreign Relations in New York auf die „mangelhaften Verteidigungsanstrengungen“ der Bündnispartner und darauf hingewiesen habe, daß der amerikanische Kongreß und die Öffentlichkeit nicht mehr bereit seien, „eine ungleiche Last für den zweifelhaften Vorteil des Status einer Supermacht zu tragen. [...] Über die Entscheidung des Bundeskabinetts vom 17.12. über den Verteidigungshaushalt zeigt sich Brown besorgt und tief enttäuscht, zumal die Haltung der Bundesrepublik richtungsweisend für die Haltung europäischer Partner der Allianz sei“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 4648; Referat 201, Bd. 120256.

⁷ Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 18. bis 21. November 1980 in den USA auf, Bundesminister Genscher am 19./20. November 1980. Vgl. dazu Dok. 334, Dok. 335 und Dok. 337.

⁸ Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem amerikanischen Botschafter Stoessel am 14. November 1980 vgl. Dok. 327.

Annex

We understand the FRG's concern for its relationship with the GDR. We have not proposed and in fact have not even considered internally the subject of inner-German trade relations.

In the same context, we are aware of the sensitivity of the situation in Berlin and of the degree to which the Western position in Berlin has benefited from the developments of the last ten years. We have no interest in calling any of these positive changes into question, nor do we believe that the Soviets, should they intervene militarily in Poland, will have an interest in causing problems in Berlin.

We are in full agreement with the FRG view that the West should avoid statements on the situation in Poland which would further complicate conditions in that country. However, we believe that clear and unmistakable warnings of the consequences of a Soviet intervention, as were issued by the EC Heads of Government December 2⁹ and the NATO Foreign Ministers December 12¹⁰, were essential and productive.

We regard the NATO Ministerial as having been extremely successful in developing a common alliance position in the event of a Soviet intervention in Poland.

Subsequent discussions on a quadripartite basis in London December 15¹¹ and in the NATO Council¹² have made progress.

We are concerned, however, over the FRG's continuing reticence regarding possible economic measures. In our view, a Soviet intervention in Poland would remove the basis on which East-West economic relations have developed over the last decade.

The measures which we believe should be taken in the economic area represent the logical response to the destruction by the Soviets of the political basis and confidence on which these relations are based.

The problem, therefore, goes beyond the situation in Poland and relates directly to the overall international behaviour of the Soviet Union. Our actions should not be linked directly to the Soviet presence in Poland but rather to a mode of Soviet behaviour, thus giving us the flexibility of determining when to remove the sanctions.

Our representatives in NATO have reached agreement on a list of measures in the political area¹³ which could be taken in the event of a Soviet intervention.

⁹ Für den Wortlaut der Schlußfolgerungen des Vorsitizes des Europäischen Rats auf seiner Tagung am 1./2. Dezember 1980 in Luxemburg vgl. BULLETIN 1980, S. 1097–1100.

¹⁰ Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1980 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 153–157. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN 1980, S. 1121–1123 und S. 1143.

¹¹ Zum Vierertreffen der Politischen Direktoren der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA am 15. Dezember 1980 in London vgl. Dok. 366.

¹² Zur Erörterung eines Maßnahmen-Katalogs für den Fall einer sowjetischen Intervention in Polen vgl. Dok. 363, Anm. 4.

¹³ Am 23. Dezember 1980 übermittelte Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), die „Endfassung des Polandokuments, das in der Ratssitzung vom 22.12. zur Vorlage in den Hauptstädten verabschiedet“ worden sei. Unter dem Titel „Western Objectives in the Polish Crisis“ würden mögliche Szenarien der Entwicklung in Polen beschrieben, darunter auch das „worst case scenario“ einer „outright invasion,

Not to include economic measures, given the importance of this area in the overall East-West relationship, would be very quickly noted and would gravely detract from the impact of our response.

In sum, we hope that the FRG representatives in further NATO und quadripartite discussions will be in a position to join with the other allies in detailed discussions leading to ad ref agreement on a strong package of measures in the economic area from which our governments could choose after an event. A final decision on specific measures would rest with the Foreign Ministers. However, we believe it is essential that the preparatory work moves forward.

VS-Bd. 538 (014)

372

**Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation),
an das Auswärtige Amt**

114-6775/80 geheim
Fernschreiben Nr. 781

Aufgabe: 20. Dezember 1980, 09.00 Uhr¹
Ankunft: 20. Dezember 1980, 10.58 Uhr

Betr.: MBFR;
hier: Abschlußbericht der 22. Runde

Delegationsbericht Nr. 196/80

Zur Unterrichtung

I. Zusammenfassung und Bewertung

1) Die 22. Verhandlungsrunde, die am 25.9.80 begann und am 18.12.80 zu Ende ging, war weniger bewegt als die vorausgegangenen Runden. Sie brachte aber eine Präzisierung des östlichen MBFR-Konzepts und hat damit über die Runde hinausgehende Bedeutung. Außerdem war die Runde von den Entwicklungen in und um Polen überschattet. Auch wenn sie in den offiziellen Verhandlungen nicht unmittelbar angesprochen wurden, wirkten sich diese Entwicklungen retardierend aus. Die polnische Delegation nutzte die Situation, um in ihrem informellen Auftreten die spezifische Rolle Polens im Osten hervorzuheben, während Tarassow polemisch und stur die offizielle sowjetische Linie verfolgte. Auch in den kommenden Runden werden die polnischen Ereignisse ihren Schatten auf die Verhandlungen werfen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1922

with or without invitation“, und entsprechende Reaktionen der NATO-Mitgliedstaaten im Bereich der Politik und der Wirtschaftsbeziehungen benannt. Vgl. die Drahtberichte Nr. 1954 und Nr. 1955; VS-Bd. 13203 (214); B 150, Aktenkopien 1980.

¹ Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 10.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holik am 22. Dezember 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Blech und Referat 201 sowie die Wiedervorlage verfügte.

2) In ihren die Runde abschließenden Erklärungen² haben beide Seiten unterschiedliche Akzente gesetzt. Der Osten gab ihr eine eher positive Bewertung und betonte die zwischen beiden Seiten erreichten Annäherungen. Der Westen begrüßte zwar eine gewisse östliche Bewegung in Richtung auf Einzelaspekte der westlichen Vorschläge vom Dezember 1979³, sah jedoch das Abrücken des Ostens von einer Dateneinigung als den ausschlaggebenden Faktor an und bewertete die Runde deshalb im ganzen sehr negativ.⁴ Diese unterschiedlichen Haltungen beider Seiten reflektieren die wesentlichen Ereignisse und Entwicklungen:

- Der Westen beantwortete am 9.10.1980 die östlichen Vorschläge vom 10.7.1980.⁵ Zum östlichen Vorschlag für den Umfang der Phase-I-Reduzierungen erklärte er, der Westen sei bereit, eine Änderung seiner Haltung in dieser Frage zu prüfen, aber erst nach einer Einigung über die Daten der sowjetischen Landstreitkräfte im Reduzierungsgebiet. Zum Vorschlag für eine 50-Pro-

² Für den Wortlaut der Erklärung des Leiters der niederländischen MBFR-Delegation, de Vos, vom 18. Dezember 1980 vgl. WIENER VERHANDLUNGEN, S. 266–268.

Für den Wortlaut der Erklärung des Leiters der MBFR-Delegation der DDR, Wieland, vom 18. Dezember 1980 vgl. WIENER VERHANDLUNGEN, S. 269–272.

³ Zu den Vorschlägen der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 20. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 12.

⁴ Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), berichtete am 18. Dezember 1980, bei der informellen Sitzung am 16. Dezember 1980 seien mehrere Erklärungen abgegeben worden: „Der Westen kritisierte mit Nachdruck die während der Runde noch negativer gewordene Grundhaltung des Ostens zur Datenfrage und erklärte, für ihn besitze die Frage der Einigung über die sowjetischen Landstreitkräfte in den Wiener Verhandlungen absoluten Vorrang.“ Eine weitere Erklärung der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten behandle „die während der Runde erfolgte Diskussion über den Vergleich der beiderseitigen Verhandlungspositionen und bezeichnete sie als nützlich, zog aber den Schluß, sie habe nicht einmal darüber völlige Klarheit gebracht, in welchen spezifischen Punkten der Osten selbst ein prinzipielles Einvernehmen als gegeben ansehe. [...] In seiner die Runde bewertenden Erklärung unterstrich der Osten den Kompromißcharakter der Vorschläge vom 13.11.1980, bezeichnete einen Freeze als wesentlichen Bestandteil eines Phase-I-Abkommens und nannte die vergleichende Diskussion über die beiderseitigen Positionen einen Pluspunkt der Runde.“ Die Datenfrage sei als zweitrangig bezeichnet worden: „Obwohl der Westen dieses Problem völlig in den Vordergrund rücke, verweigere er seinerseits die praktische Kooperation für dessen Lösung. In diesem Zusammenhang trug der Osten eine längere Zusammenstellung von angeblichen Ungereimtheiten in der westlichen Haltung zur Datenfrage vor. U. a. erwähnte er den Ausschluß der deutschen Wehrübenden, die Verweigerung der Reallokation des deutschen Pershing-Personals und den Umstand, daß der Westen „ohne östliche Zustimmung“ ständig außerhalb des Reduzierungsgebiets stationiertes deutsches und niederländisches Militärpersonal nicht mitgezählt habe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 773; VS-Bd. 10447 (221); B 150, Aktenkopien 1980.

⁵ Zu den Vorschlägen der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 10. Juli 1980 vgl. Dok. 209.

Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), berichtete am 9. Oktober 1980, die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten hätten in der informellen Sitzung am 7. Oktober ihre Antwort vorgetragen: „Der Westen [...] hielt dem Osten in diesem Zusammenhang die Widersprüchlichkeit seines Verhaltens zur Anrechnung der sowjetischen Abzüge aus der DDR vor Augen und betonte, die nunmehr erklärte Bereitschaft des Westens, bei Vorliegen der von ihm für ein erstes Abkommen geforderten Voraussetzungen eine Änderung der derzeitigen westlichen Haltung zum Umfang der östlichen Phase-I-Reduzierungen in Betracht ziehen zu wollen, sei angesichts dieser Umstände ein bedeutsames Entgegenkommen. [...] Zu diesen Ausführungen erklärte der Osten, er nehme von ihnen Kenntnis, vermisste jedoch eine spezifische und konstruktive Antwort auf die Vorschläge vom 10.7.1980. In seinen weiteren Erklärungen unterstrich der Westen zum Thema A[ssociated]M[easures] die spezifische Bedeutung der bisher vom Osten nur bruchstückhaft kommentierten Maßnahmen 2, 4 und 6. Im Rahmen seiner Ausführungen zur Datenthematik legte der Westen die Gründe für den Einschluß der sog. polnischen Seelandedivision in die westlichen roten Daten dar.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 586; VS-Bd. 10445 (221); B 150, Aktenkopien 1980.

- zent-Klausel antwortete er, diese Frage sei für ein Phase-I-Abkommen nicht unmittelbar relevant und werde später aufgenommen.
- Der Osten führte am 13.11.1980 Vorschläge ein, die zwei weitere Einzelpunkte eines Phase-Ia-Abkommens betreffen. Darin akzeptierte er, jedoch unter der Bedingung einer positiven westlichen Reaktion auf die östlichen Vorschläge vom 10.7.1980, für das „Einfrieren“ zwischen beiden Phasen die westlichen Vorstellungen zur Kollektivität. Außerdem legte er sich für ein erstes Abkommen auf eine Dauer von drei Jahren fest.⁶ Damit bewegt sich der Osten nunmehr konzeptionell offensichtlich auf dem Boden des vom Westen 1979 vorgeschlagenen vereinfachten Phase-I-Abkommens.
 - Im Informal vom 16.12.1980 trug der Osten seine detaillierte Position zur AM-Thematik⁷ vor. Er lehnte Maßnahmen 2 (Beobachter-Austausch) und 4 (Inspektionen) generell sowie Maßnahme 1 (Vorankündigungen von Aktivitäten außerhalb der Standorte), die vom Westen verlangte Ausdehnung des geographischen Anwendungsbereichs ab, akzeptierte aber hinsichtlich der übrigen Elemente des westlichen Vorschlagspakets wenigstens die Grundkonzepte und eine Reihe von Einzelaspekten.⁸ Allerdings bleiben auch insoweit wesentliche Differenzen bestehen, etwa ob Durchlaufpunkte (Maßnahme 5), wie vom Westen verlangt, ständig sein oder nur temporär zur Beobachtung von Reduzierungen eingerichtet werden sollen.
 - Diese Ereignisse traten an Bedeutung hinter der völlig negativen Entwicklung bei den Daten zurück. Der Osten hat die Datendiskussion praktisch blockiert und ihre weitere Fortsetzung ausdrücklich davon abhängig gemacht, daß der Westen hinsichtlich der umstrittenen Zählweise für das Personal von zwei Streitkräfteelementen entgegenkommt, nämlich der sog. polnischen Seelandedivision und der deutschen Pershing-Verbände. Ferner ließ der Osten eine eindeutige Präferenz für datenlose Abkommen erkennen. Er schlug in diesem Zusammenhang insbesondere vor, die Begrenzungen nach Phase I und das Einfrieren zwischen den Phasen in Form von nichtnumerischen, d. h. keinerlei Daten für die vorhandenen Streitkräftestärken zugrundeliegenden Nichterhöhungsverpflichtungen einzugehen.

⁶ Zu den Vorschlägen der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 13. November 1980 vgl. Dok. 321.

⁷ Zu dem im Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 20. Dezember 1979 enthaltenen Paket begleitender Maßnahmen vgl. Dok. 40, Anm. 29.

⁸ So in der Vorlage.

Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation) berichtete am 18. Dezember 1980, die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten hätten sich in der informellen Sitzung am 16. Dezember 1980 „in einer sehr eingehenden, die bisherige Position zusammenfassenden und in einigen Punkten substantiell Neues bietenden Erklärung“ mit den begleitenden Maßnahmen befaßt. Neu seien „die ausdrückliche Ablehnung von Maßnahmen 2 (Beobachteraustausch) und 4 (Inspektionen), das östliche Eingehen auf eine Reihe von Aspekten der Maßnahme 6 (Informationsaustausch über die Reduzierungen und periodische Informationen über die im Reduzierungsgebiet verbleibenden Streitkräfte, jedoch erheblich weniger detailliert, als vom Westen vorgeschlagen), die effektive Annahme von Maßnahme 7 (Nichtstörung von N[ational]T[echnical]M[eans]). Ferner präzierte der Osten seine bisher geäußerten Vorstellungen zur Vorankündigung von Truppenbewegungen innerhalb des Reduzierungsgebiets sowie in das Gebiet hinein und aus ihm heraus, zur Vorankündigung von Manövern innerhalb des Reduzierungsgebiets und zur Begrenzung des Umfangs der an Manövern innerhalb des Reduzierungsgebiets teilnehmenden Streitkräfte. Durchlaufpunkte und den vom Westen angeregten konsultativen Mechanismus bejahte er, jedoch nur auf temporärer Basis.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 773; VS-Bd. 10447 (221); B 150, Aktenkopien 1980.

3) Von diesen Hauptpunkten abgesehen stand die Runde im Zeichen der durch die westlichen Vorschläge vom Dezember 1979 vorgegebenen Thematik. Der Westen nahm den östlichen Vorschlag aus der letzten Runde⁹, nunmehr zur Ausarbeitung eines Abkommenstextes überzugehen, zum Anlaß, statt dessen die beiderseitigen Hauptpunkte für ein erstes Abkommen systematisch zu vergleichen. Der Osten ging auf diesen Vergleich ein, verlegte sich aber auf die Praxis, bereits früher von ihm gemachte Konzessionen von einem weiteren westlichen Entgegenkommen in spezifischen Einzelfragen abhängig zu machen. Der Westen mußte deshalb in seiner abschließenden Plenarerklärung als wesentliches Ergebnis dieser Diskussion konstatieren, die Zahl der Punkte, in denen beide Seiten prinzipiell uneingeschränkt übereinstimmen, sei äußerst begrenzt. Im Zusammenhang mit dieser Diskussion stellte der Westen eindeutig klar, daß für ihn der Übergang zum Entwerfen eines Abkommenstextes erst nach wesentlichen Fortschritten bei Daten und AM in Betracht kommt.

Die Schwerpunkte der – teilweise auch im Rahmen der Vergleichsdiskussion – vorgetragenen östlichen Kritik an den westlichen Dezember-Vorschlägen betrafen auch in der 22. Runde die Fragen der Verknüpfung, des Einfrierens und der Festlegung eines Mechanismus für die Höchststärken nach Phase II. Daneben spielten die östlichen Forderungen nach Reduzierungen von Rüstungen, nach speziellen Höchststärken für das Luftstreitkräftepersonal und nach einer Begrenzung militärischer Verbände nach Phase I eine gewisse Rolle.

4) Analysiert man die Runde im Lichte der drei von der Delegation in ihrer Berichterstattung hervorgehobenen östlichen Hauptzielsetzungen, so sind folgende Entwicklungen festzuhalten:

a) Das Ziel, die zahlenmäßige östliche Streitkräfte-Überlegenheit zu bewahren und eine möglichst uneingeschränkte Flexibilität insbesondere für den Einsatz der sowjetischen Streitkräfte aufrechtzuerhalten, hat der Osten durch die nunmehr eindeutig negative Haltung gegenüber einer Dateneinigung jenseits vernünftiger Zweifel offenbart. Auch wenn er aus taktischen Gründen eine Dateneinigung offiziell nicht definitiv ablehnt, bezeichnete er sie inoffiziell als nicht wünschenswert und will tatsächlich davon nichts wissen. Bereit ist er allenfalls zu einem „Kuhhandel“ über Daten oder über den Umfang von Reduzierungen, der die effektive Stärke der östlichen Streitkräfte im unklaren läßt. Die als Ziel der Verhandlungen auch vom Osten akzeptierten kollektiven Höchststärken würden aber ohne echte Dateneinigung in einem Vakuum stehen und hätten damit keine wirkliche sicherheitspolitische Relevanz.

b) Das östliche Ziel der Festschreibung der gegenwärtigen westlichen Streitkräftestärken wurde durch den östlichen Freeze-Vorschlag vom 13.11.80 erneut stark betont. Informell haben einzelne östliche Vertreter den Gedanken geäußert, daß der Freeze verlängerbar sein könne. Diese Äußerungen lassen es als möglich erscheinen, daß Phase II für den Osten mehr und mehr an Bedeutung zurücktritt.

c) Das Ziel, eine irgendwie geartete Begrenzung der Bundeswehr durchzusetzen, wird durch das Eingehen auf die Kollektivität des Freeze etwas in den

⁹ Die 21. Runde der MBFR-Verhandlungen fand vom 15. Mai bis 24. Juli 1980 in Wien statt. Vgl. dazu Dok. 254.

Hintergrund gerückt. Es bleibt zwar durch die am 10.7.80 vorgeschlagene östliche 50-Prozent-Klausel, mit der der Freeze-Vorschlag durch eine Bedingung verknüpft ist, ein aktueller Punkt der Phase-I-Verhandlungen. Jedoch gibt es eine Reihe offizieller östlicher Äußerungen, wonach die Behandlung der 50-Prozent-Klausel auf Phase II verschoben werden könne, sofern der Westen zu einer entsprechenden Verschiebung der Frage der speziellen „subceilings“ für die sowjetischen und amerikanischen Streitkräfte bereit sei.

¹⁰⁵⁾ Die 22. Runde hat damit die bisherige Grundlage von MBFR ernsthaft in Frage gestellt. Das Tarassow-Projekt (MBFR-Abkommen ohne Dateneinigung mit einer allenfalls nachträglichen Datenlösung) liegt mit der offensichtlichen Tendenz des Ostens zu datenlosen Abkommen und nach Einbringung der östlichen AM-Position praktisch auf dem Tisch. Von einer echten Verifikation kann in diesem Konzept keine Rede sein, weil mit der östlichen Ablehnung von Inspektionen (Maßnahme 4) und von permanenten Durchlaufpunkten (Maßnahme 5) diejenigen Elemente fehlen, die wenigstens nachträglich zu einer effektiven Überprüfung von Datenelementen beitragen könnten. Ob die Ablehnung der Inspektionen tatsächlich definitiv ist, muß der Westen in der nächsten Runde¹¹ zu klären suchen. Möglicherweise wird der Osten bei anhaltendem Druck auch einzelne Elemente seiner Gesamtdaten liefern, etwa die Zahl des Personals in Divisionen. Das Gesamtbild würde sich dadurch aber nicht nachhaltig verändern.

Ein zweiter wesentlicher, die Entwicklung bei den Daten ergänzender Aspekt ist die Bewegung des Ostens in dieser Runde in Richtung auf politische Formeln. Hier ist auf die für die Begrenzungen nach Phase I und für den Freeze vorgeschlagene Nichterhöhungsverpflichtung hinzuweisen. Eine weitere politische Formel hat der Osten im Rahmen seines Freeze-Vorschlags vom 13.11.80 mit der Aufnahme eines „Gentlemen's Agreement“ ins Spiel gebracht, wonach das interne Stärkeverhältnis der Streitkräfte beider Allianzen während der Dauer des Einfrierens nicht „ernsthaft“ verändert werden soll. Dieses „Gentlemen's Agreement“, das nach den dazu gegebenen östlichen Erläuterungen nur eine Erwartung und nicht eine Bedingung zum Ausdruck bringt, hat zwar keine aktuelle Bedeutung, könnte aber für die künftige Entwicklung von MBFR Gewicht bekommen. Ein Übergang zu politischen Formeln würde den Interessen des Ostens u. U. genügen, er könnte aber für den Westen von erheblichem Nachteil sein, wenn es sich etwa um parallele Goodwill-Erklärungen des Ostens und des Westens handelte. Angesichts der unterschiedlichen Strukturen von Ost und West würde beispielsweise auch eine nur politische Nichterhöhungsverpflichtung des Westens sehr große praktische Bedeutung haben, während eine solche Verpflichtung des Ostens praktisch irrelevant wäre.

6) Diese generelle Entwicklung der Verhandlungen spiegelte sich in den Diskussionen innerhalb der AHG wider, die in politischen Fragen weitaus kontroverser als früher verliefen und bei denen die Einigung auf einen gemeinsamen Nenner verschiedentlich äußerst schwierig war. Die Hauptkontroversen wurden zwischen NL als der „progressivsten“ und UK als der „konservativsten“ De-

¹⁰ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 782 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

¹¹ Die 23. Runde der MBFR-Verhandlungen fand 29. Januar vom bis 9. April 1981 in Wien statt. Vgl. dazu die Drahtberichte Nr. 214 und Nr. 215 des Botschafters Jung, Wien (MBFR-Delegation), vom 10. April 1981; AAPD 1981.

legation ausgetragen. Wir hielten uns etwa in der Mitte, die US zwischen NL und uns. Eine Sonderrolle spielten IT und TR, die beide – von ihrem Interesse an Flankengesichtspunkten abgesehen – in spezifischen Fragen der restriktiven britischen Position zuneigten. Die übrigen Teilnehmer hielten sich zurück oder nahmen wie CDN und BE keine festumrissene Haltung ein.

Diese Diskussionen zeigten, daß einige der westlichen Unterhändler sehr stark auf MBFR fixiert sind, zur Vernachlässigung politischer Gesamtzusammenhänge neigen und sogar bestrebt sind, in den Verhandlungen deren Erwähnung gegenüber dem Osten zu verhindern. Für westliche Konzessionen setzt sich mit Nachdruck die niederländische Delegation ein (etwa Annahme der östlichen 50-Prozent-Klausel). In ähnlicher Richtung gehend, wenn auch differenzierter, sind die Ansichten Deans, die jedoch schon in der Vergangenheit nicht immer für die Auffassungen der amerikanischen Administration repräsentativ waren.

7) Hinsichtlich der Aussichten für die 23. Runde war in einer Aussprache der AHG zum Rundenschluß die allgemeine Stimmung gedämpft. Die AHG war sich einig, daß die Entwicklung der Verhandlungen sowohl von einer anhaltend gespannten internationalen Lage als auch von einer erst allmählich einsetzenden Aktionsfähigkeit der neuen amerikanischen Administration¹² bestimmt sein werde. Letzteres bedeute, daß mit neuen Verhandlungsweisungen nicht sehr schnell zu rechnen sei. Der Westen werde daher wenig Verhandlungsmasse haben und könne insofern unter einen gewissen östlichen Druck geraten. Einen Ansatzpunkt für offensives westliches Vorgehen biete die am 16.12.1980 informell vorgetragene östliche AM-Position, insbesondere hinsichtlich der vom Osten abgelehnten Punkte Beobachteraustausch, Inspektionen und Erweiterung des geographischen Anwendungsbereichs.

Hinsichtlich möglicher weiterer Verhandlungsschritte des Ostens gibt es nach Ansicht der AHG keine konkreten Aussichten. Es wurde jedoch nicht ausgeschlossen, daß der Osten wie schon am 13.11.80 mit einer neuen Initiative aus außerhalb von MBFR liegenden Gründen erneut ein politisches Signal setzen könne.

Teile II (Einzelfragen der 22. Runde)¹³ und III (Einzelfragen der kommenden Runde)¹⁴ folgen mit gesondertem Verteiler.

[gez.] Jung

VS-Bd. 11472 (221)

¹² Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen statt, aus denen der Kandidat der Republikanischen Partei, Reagan, als Sieger hervorging. Vgl. dazu Dok. 314, Anm. 3. Präsident Reagan nahm am 20. Januar 1981 die Amtsgeschäfte auf.

¹³ Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), informierte am 22. Dezember 1980, angesichts der Vorschläge der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten habe sich die Ad-hoc-Gruppe in ihrem Bericht an den Ständigen NATO-Rat vom 24. November 1980 „vorsichtig für eine westliche Antwort zu gegebener Zeit ausgesprochen. Die westlichen Unterhändler haben dem Osten gegenüber zu diesen Vorschlägen erklärt, obwohl bedingt, stellten sie einen Schritt in die richtige Richtung dar, behandelten jedoch nicht die zentralen Probleme der Verhandlungen, d. h. Daten und begleitende Maßnahmen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 784; VS-Bd. 10371 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

¹⁴ Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), berichtete am 22. Dezember 1980, die Ad-hoc-Gruppe habe dem Ständigen NATO-Rat drei Berichte mit Weisungsersuchen übermittelt. Im ersten gehe es um die „Fragen der Dauer der Phase-I-Reduzierungen und der vom Westen verlangten temporä-

373

Ministerialdirektor Blech an Botschafter Hermes, Washington, Gesandten Mühlen, Paris, und Botschafter Ruhfus, London

D2-214-321.11 TSE-3307/80 geheim
Fernschreiben Nr. 6421 Plurez
Citissime nachts

Aufgabe: 22. Dezember 1980¹

Botschaft Washington und Botschaft London: ausschließlich für Botschafter
Botschaft Paris: ausschließlich für Geschäftsträger (mit der Bitte, Botschafter
Herbst nach Rückkehr persönlich zu unterrichten)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1927

ren Ausnahmeregelungen von den sich nach Phase I ergebenden Höchststärken“. Hierzu hätten die USA bereits signalisiert, daß mit einer Stellungnahme in der kommenden Runde kaum zu rechnen sei. Bei Abfassung des Berichts vom 18. Dezember 1980 zur „Behandlung der polnischen Seelandedivision und des deutschen Pershing-Personals“ habe sich erstmals Uneinigkeit über eine Empfehlung zum Zeitpunkt der vorgeschlagenen Schritte ergeben: „Die Mehrheit befürwortete ein westliches Entgegenkommen an den Osten ‚im Laufe der nächsten Monate‘. Die Delegation würde aus taktischen Gründen begrüßen, wenn eine positive Entscheidung innerhalb der nächsten Runden verfügbar gemacht würde, da der Westen dann in der zur Zeit vom Osten blockierten Datenfrage erneut Druck ausüben könnte“. Bezüglich des Berichts vom 24. November 1980 mit einer Bewertung der Vorschläge der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 13. November 1980 hätten sich nur die Niederlande an einer schnellen Antwort interessiert gezeigt: „Informellen östlichen Äußerungen ist zu entnehmen, daß der Osten selbst angesichts der internationalen Lage mit einer Antwort in der nächsten Runde nicht ernsthaft rechnet.“ Aus Sicht der MBFR-Delegation der Bundesrepublik böten sich zwei Möglichkeiten an: „Der Westen könnte vorschlagen, die Behandlung der Frage der Ausgestaltung der nach Phase I zu errichtenden kollektiven Höchststärken auf die zweite Phase zu verschieben. [...] Der Osten scheint sich [...] einer solchen Lösung nicht verschließen zu wollen. Sie würde praktisch bedeuten, daß die speziell uns berührenden Phase-II-Verhandlungen in eine unbestimmte Zukunft rücken.“ Alternativ könne angeboten werden, die am 20. Dezember 1979 vorgeschlagene politische Wohlverhaltensklausel etwas konkreter zu fassen: „Weit könnte ein derartiges Entgegenkommen allerdings nicht gehen, da der Westen mangels Einigung über die östlichen Gesamtdaten Flexibilität zur Erhöhung seiner Streitkräfte bewahren muß.“ Die Formel könne lauten: „Beide Seiten gehen davon aus, daß eine Erhöhung der Streitkräftestärken im Reduzierungsgebiet nach Abschluß eines ersten Abkommens bis zum Zustandekommen eines Phase-II-Abkommens nicht erforderlich sein wird, obwohl sie dies nicht mit Sicherheit ausschließen können.“ Dies könne der Öffentlichkeit als substantielle Antwort präsentiert werden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 787; VS-Bd. 10371 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

¹ Durchschlag als Konzept.

Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 18.

Hat Ministerialdirektor Blech am 23. Dezember 1980 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär van Well zur Unterrichtung und Wiedervorlage verfügte. Außerdem vermerkte er für van Well: „MB (v. Braunmühl) teilt mit, daß der BK Herrn Bölling den Rat gab, sich durch Gespräche mit dem BM oder durch Lektüre über die wichtigen in Prag erhaltenen Signale ins Bild zu setzen. MB bittet um Ihren Rat, was dem Minister empfohlen werden solle (persönliche Gespräche erscheinen in nächster Zeit schwierig). Soll Bölling den DE an Washington vom 22.12. über Prag-Gespräche ganz oder teilweise zur Einsicht erhalten? DE liegt H. v. Staden vor, so daß Herr Bölling ihn auch dort einsehen könnte.“

Hat Staatssekretär van Well vorgelegen, der den letzten Satz hervorhob und handschriftlich vermerkte: „Ja.“

Hat Vortragendem Legationsrat von Butler am 30. Dezember 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „MB ist unterrichtet.“ Er verfügte die Weiterleitung an Blech „z[ur] K[enn]tnisnahme“.

Hat Blech am 13. Februar 1981 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[err]n Ges[andten] Pfeffer nach Dienstantritt zur Kenntnis.“

Hat Pfeffer am 3. März 1981 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 13209 (214); B 150, Aktenkopien 1980.

Betr.: Polen;

hier: Gespräche des Herrn Bundesministers mit der tschechoslowakischen Führung in Prag vom 18. bis 20.12.80

I. Botschafter Hermes wird gebeten, die unter II. folgende Unterrichtung bei seinem heutigen Gespräch mit Muskie unter ausdrücklicher Bezugnahme auf Auftrag des Herrn Ministers vorzutragen und dem Gespräch im übrigen den gesondert übermittelten Vermerk über das heutige Gespräch BM/Stoessel zugrunde zu legen.²

Botschafter Ruhfus und Gesandter Mühlen werden gebeten, die Außenminister Lord Carrington bzw. François-Poncet unverzüglich aufzusuchen und aufgrund Ziff. II zu informieren.³

II. 1) BM hält es für geboten, seine drei Kollegen sogleich über seine mit großer Offenheit in Prag geführten Gespräche über Polen zu unterrichten. Diese Unterrichtung geht über das hinaus, was im Rahmen der Neuner-Information in Prag von D2 am 20.12. gesagt worden ist und was wir im NATO-Rat zu sagen beabsichtigen⁴. BM zählt auf diskrete Behandlung dieser Information durch seine Amtskollegen, deren Notwendigkeit sich aus der Natur der Sache ergibt. Dies gilt insbesondere für folgende Ziffer 8.

2) Bei der Erörterung internationaler Themen stand das Polen-Problem nach Gewicht und Umfang der Erörterung ganz im Vordergrund. Es wurde bei folgenden Gelegenheiten erörtert:

- a) viereinhalbstündiges Gespräch unter vier Augen mit Chňoupek am 18.12.,
- b) eineinhalbstündiges Gespräch mit Ministerpräsident Štrougal am Vormittag des 19.12.,
- c) fast eineinhalbstündiges Gespräch mit Staatspräsident Husák am Nachmittag des 19.12.,

² Zur Information der Botschaft in Washington über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Botschafter Stoessel am 22. Dezember 1980 vgl. Dok. 371, Anm. 4.

³ Botschafter Ruhfus, London, berichtete am 23. Dezember 1980, in Abwesenheit des britischen Außenministers Lord Carrington habe er am selben Tag den Lordsiegelbewahrer Gilmour über den Besuch des Bundesministers Genscher vom 18. bis 20. Dezember 1980 in der ČSSR unterrichtet. Dieser habe geäußert, „die Äußerungen der tschechoslowakischen Führung, insbesondere von MP Štrougal über die Haltung der DDR zu den Ereignissen in Polen, seien um so interessanter, als die britische Regierung bisher den Eindruck gehabt habe, daß die ČSSR in Moskau eher für eine harte Linie eingetreten sei. [...] Gilmour teilte die Vorsicht bei der Bewertung der tschechoslowakischen Äußerungen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2003; VS-Bd. 13209 (214); B 150, Aktenkopien 1980.

Gesandter Mühlen, Paris, informierte am 23. Dezember 1980, der französische Außenminister François-Poncet sei anderweitig beansprucht und habe darum gebeten, das Außenministerium zu unterrichten: „Ich habe daher Kabinettsdirektor Inhalt von Ziffer II der Bezugserlasse ausführlich mitgeteilt. Dieser wird AM so bald als möglich unterrichten und etwaige Reaktion übermitteln.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2490; VS-Bd. 13209 (214); B 150, Aktenkopien 1980.

⁴ Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete am 22. Dezember 1980: „Die telefonisch durch Dg21 am 22. Dezember 1980 an Gesandten Pfeffer übermittelte Unterrichtung über die wesentlichen politischen Punkte des Besuchs des Herrn Bundesministers des Auswärtigen in Prag habe ich der Ratssitzung im kleinsten Kreis (1+1) am 22. Dezember 1980 vorgetragen. Der Rat nahm diese frühzeitige Unterrichtung mit Dank und großem Interesse auf.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1944; Referat 214, Bd. 139633.

d) nochmals mit Štrougal unter vier Augen am Abend des 19. anlässlich des buffet dinners in der deutschen Botschaft, zu dem Štrougal (neben Parlamentspräsident Indra und AM Chňoupek) erschienen war.⁵

Soweit es sich nicht um Vier-Augen-Gespräche handelte, fanden die Erörterungen im kleinsten Kreise statt.

3) Allen Gesprächspartnern hat BM mit aller Klarheit die Luxemburg-Erklärung des Europäischen Rats⁶ und die einschlägigen Passagen des NATO-Kommuniqués⁷ erläutert, die darin zum Ausdruck kommende Geschlossenheit der Neun bzw. des Atlantischen Bündnisses unterstrichen und auf dieser Grundlage die westlichen Besorgnisse hinsichtlich einer eventuellen Intervention in Polen dargelegt. Er ließ keinen Zweifel, daß eine solche Intervention die Lage der Welt verändern würde und nach Afghanistan die Entspannung einem weiteren Schlag (Bezugnahme auf deutsch-französische Erklärung vom Februar d.J.⁸) nicht standhalten würde. Der vor allem von Chňoupek vorgebrachten üblichen östlichen⁹ Kritik an der westlichen Politik der letzten Jahre setzte BM entgegen, daß in westlicher Sicht Afghanistan nicht ein Anfang, sondern der Punkt auf dem „i“ in einer Entwicklung gewesen ist. Diese Entwicklung ist dadurch charakterisiert, daß die SU nicht die mit den Vereinigten Staaten 1972 vereinbarte Zurückhaltung¹⁰ beachtet¹¹, sondern eine Politik verfolgt hat, die durch ihre oder von ihr unterstützten Aktivitäten in Angola, Vietnam/Kambodscha und Äthiopien, durch die intensiverte Rüstung vor allem im konventionellen, maritimen und nuklearen Mittelstrecken-Bereich, dann durch die Intervention in Afghanistan, im weiteren Verlauf durch das sechsmonatige Zögern bis zur Beantwortung des im NATO-Beschluß vom 12.12.1979 enthaltenen Mittelstrecken-Rüstungskontrollangebots, gleichzeitig auch durch die Erhöhung des Mindestumtauschs durch die DDR im Oktober dieses Jahres¹² gekennzeichnet ist. Demgegenüber haben die Vereinigten Staaten – parallel zu den SALT-Verhandlungen – in diesen Jahren die Wehrpflicht abgeschafft¹³, die Entwicklung des B-1-Bombers eingestellt¹⁴ und auf die Neutronenwaffe ver-

⁵ Für die Gesprächsaufzeichnungen zu den Unterredungen des Bundesministers Genscher mit dem tschechoslowakischen Außenminister Chňoupek, mit Ministerpräsident Štrougal und mit Präsident Husák vgl. Referat 010, Bd. 178830.

⁶ Für den Wortlaut der Schlußfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rats auf seiner Tagung am 1./2. Dezember 1980 in Luxemburg vgl. BULLETIN 1980, S. 1097–1100.

⁷ Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1980 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 153–157. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN 1980, S. 1121–1123 und S. 1143.

⁸ Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung anlässlich der deutsch-französischen Konsultationen am 4./5. Februar 1980 in Paris vgl. BULLETIN 1980, S. 117 f.

⁹ Korrigiert aus: „westlichen“.

¹⁰ Vgl. dazu die Grundsatzzerklärung über die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen vom 29. Mai 1972; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 66 (1972), S. 898 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 289–291.

¹¹ Korrigiert aus: „beobachtet“.

¹² Zur Erhöhung des Mindestumtauschs für Besucher der DDR und Ost-Berlins aus „nichtsozialistischen Staaten“ und aus Berlin (West) ab 13. Oktober 1980 vgl. Dok. 290, Anm. 15.

¹³ Am 28. August 1972 kündigte Präsident Nixon an, daß in den USA bis Juli 1973 die Wehrpflicht in Friedenszeiten aufgehoben werden solle. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, NIXON 1972, S. 825 f. Zu Überlegungen für die Wiedereinführung der Wehrpflicht in den USA vgl. Dok. 356, Anm. 20.

¹⁴ Präsident Carter teilte am 30. Juni 1977 auf einer Pressekonferenz in Washington den Verzicht auf die Produktion des Bombers vom Typ „B-1“ mit. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, CARTER 1977, S. 1197–1200.

zichtet¹⁵. Diese Signale scheinen von östlicher Seite nicht verstanden worden zu sein.

Die Ausführungen des Bundesministers wurden von der tschechoslowakischen Seite durchaus ernstgenommen und als Ausdruck gemeinsamer westlicher Politik verstanden. Die Aussagen des letzten NATO-Kommuniqués wurden nicht explizit kritisiert. Die tschechoslowakischen Gesprächspartner kritisierten jedoch vor allem die westlichen Medien, die die Gefahr einer Intervention in Polen unzulässig dramatisierten und eine Atmosphäre der Hysterie schufen. Dem hielt BM entgegen, daß es auf östlicher Seite auch jetzt noch öffentliche Äußerungen gebe, die unsere Besorgnis rechtfertigten; wir hätten dabei den Charakter der östlichen Medien in Rechnung zu stellen, die anders als die westlichen offizielle Tendenzen wiedergäben.

4) Während die tschechoslowakischen Gesprächspartner zu Afghanistan lediglich Unterschiedlichkeiten der Auffassungen feststellten und sich auf keine substantielle Erörterung – weder im Sinne einer Rechtfertigung der sowjetischen Aktion noch im Sinne einer Andeutung von politischen Lösungen – einließen, waren sie nicht nur bereit, sondern selbst interessiert, über Polen zu sprechen. Alle Gesprächspartner waren dabei sehr direkt bemüht, westliche Befürchtungen über eine Intervention zu zerstreuen.

5) Im Gespräch mit Chňoupek beschränkte sich dieser im vorgenannten Sinn auf eine breite Erläuterung des Kommuniqués des Warschauer Pakts vom 5.12.¹⁶ Es war offenkundig Štrougal vorbehalten, hierüber hinauszugehen. Er legte dar, daß man in Moskau nicht nur im großen Kreise zusammengesessen, sondern auch in vielen Einzelgesprächen Probleme erörtert habe. An die internationalen Fragen sei man mit großem Realismus herangegangen. Auch über Polen sei gesprochen worden. Darüber, daß irgend jemand vorgeschlagen hätte zu intervenieren, habe er nichts vernommen. Niemand habe einen solchen Vorschlag vorgelegt. Die Polen hätten ihre Situation dargelegt. Er sei überzeugt, daß die Polen ihre Angelegenheiten selbst regeln könnten. Was sich im Zusammenhang mit der Polen-Krise im Westen abgespielt habe, habe ihn sehr überrascht. Er habe jede Woche verfolgt, was alles an Truppenbewegungen, Übungen usw. angeblich vor sich gehen solle. Er habe sich das daraufhin selbst angesehen und verfüge als Ministerpräsident ja auch über ausreichende Informationen. Alle diese Bewegungen und Verschiebungen gingen nicht über das Gewohnte und Normale hinaus. Solche normalen Bewegungen seien vom Westen als Invasionsvorbereitung dargestellt worden. Solche Überlegungen gab es nicht, die Polen sollten ihre Probleme selbst lösen. Sie hätten dazu die Kraft. Das sei die einzige Möglichkeit, damit fertigzuwerden. Die polnischen Genossen hätten in Moskau gesagt, daß Polen ein sozialistischer Staat sei und bleiben werde und daß es die Verpflichtungen aus dem WP und der RGW-Mitgliedschaft erfüllen würde. Er, Štrougal, sei überzeugt, daß dies möglich sei. Sicher hätten die Polen ern-

¹⁵ Präsident Carter gab am 7. April 1978 eine Erklärung über die unbefristete Verschiebung der Produktion der Neutronenwaffe ab. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, CARTER 1978, S. 702. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 470 (Auszug). Vgl. dazu ferner AAPD 1978, I, Dok. 108.

¹⁶ Zur Konferenz führender Vertreter der Warschauer-Pakt-Staaten am 5. Dezember 1980 in Moskau vgl. Dok. 351, besonders Anm. 3.
Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 129–131.

ste Probleme. Aber sie wollten und sollten sie selbst analysieren. Die anderen WP-Staaten möchten sie dabei nicht beeinflussen. Sie meinten, es sei notwendig, rational zu verfahren. Die nervöse Atmosphäre müsse gedämpft werden. Nur so könnten die Polen ihre Angelegenheiten selbst regeln. Sie brauchten dazu Ruhe im internationalen Echo.

6) Husák bezog sich ausdrücklich auf die vorausgegangenen Gespräche mit Chňoupek und Štrougal. In der Sache entsprachen seine Ausführungen denen des Letztgenannten. Bei den Moskauer Beratungen sei kein Wort im Sinne eines militärischen Eingreifens in Polen gefallen, und zwar weder in der Konferenz noch in den privaten Gesprächen am Rande. Die polnische Führung sei neu.¹⁷ Sie habe über ihre Probleme gesprochen und über die Art, wie sie sie lösen wollte. Sie spräche davon, daß die Gründe der Krise zu beseitigen seien, nämlich politische und ökonomische Fehler. Sie spräche von einer Erneuerung der Strukturen und einer besseren Leitung und Steuerung der Gesellschaft. Die neue polnische Führung wolle die Massen für ihre neue Politik gewinnen und die Gegner dieser Politik mit politischen Mitteln überzeugen. Kania und andere gingen davon aus, daß Polen ein sozialistisches Land, Mitglied des WP und ein Land sei, das mit den anderen sozialistischen Ländern freundschaftliche Beziehungen unterhalte. Sie seien sich bewußt, daß die polnische Krise auch europäische Konsequenzen habe. Sie wollten die Situation konsolidieren, normalisieren und die Produktion erhöhen. Die Situation, auf deren Grundlage man in Moskau gesprochen habe, bestehe noch heute. Es sei natürlich schwer, die weitere Entwicklung der Situation genau abzuschätzen. Es stehe außer Zweifel, daß Polen schwerlich aus dem Verbund der sozialistischen Länder herauszureißen sei. Dies müsse man überall zur Kenntnis nehmen. Alles übrige müßten die Polen selbst besorgen.

Husák betonte mit unausgesprochenem, aber offenkundigem Bezug zu Polen seine Genugtuung, daß nichts eingetreten sei, was den Besuch des BM in Prag unmöglich gemacht hätte. In augenscheinlicher Verbindung damit machte er die Bemerkung, daß er am Vormittag desselben Tages aus Anlaß von dessen¹⁸ Geburtstag ein Telefongespräch mit Breschnew geführt habe, in dem er, Husák, die Anwesenheit des BM in Prag und Breschnew den für Frühjahr nächsten Jahres ins Auge gefaßten Besuch in Moskau¹⁹ erwähnt habe. BM gewann den Eindruck, daß durch Erwähnung Breschnews im gegebenen Zusammenhang die sachliche Übereinstimmung mit dem sowjetischen Generalsekretär und dessen Engagement für eine Lösung der polnischen Krise ohne Intervention angedeutet werden sollte.

7) Sowohl gegenüber Štrougal wie Husák fragte BM, warum Erklärungen, wie sie von ihnen über die Absichten des WP abgegeben worden seien, nicht früher und über passende Kanäle erfolgt seien?

¹⁷ Zur Ablösung des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, Gierek, am 5. September 1980 durch das Mitglied des Politbüros der PVAP, Kania, vgl. Dok. 256, Anm. 9.

¹⁸ Beginn des mit Drahterlaß Nr. 6422 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

¹⁹ Bundesminister Genscher hielt sich vom 2. bis 4. April 1981 in der UdSSR auf. Für die Gespräche mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, und dem sowjetischen Außenminister Gromyko vgl. AAPD 1981.

8) Nach diesen Gesprächen kam Štrougal am Abend nochmals unter vier Augen auf das Thema zurück. Er bat hinsichtlich der von ihm zu machenden Bemerkungen um größte Vertraulichkeit. Sie seien nur für die Verantwortlichen in der Bundesrepublik Deutschland und für die engsten Verbündeten bestimmt. Štrougal wies darauf hin, daß die Führungen der sozialistischen Länder nicht so einheitlich seien, wie es manchmal den Anschein habe. So gesehen sei der Besuch des BM in der Tschechoslowakei wichtig für diejenigen, die nicht dem dogmatischen Flügel zuzurechnen seien. Auf dem Moskauer Gipfel hätten sich bei der Behandlung der polnischen Probleme insbesondere die östlichen Nachbarn der Bundesrepublik Deutschland (gemeint war offensichtlich die DDR) durch Polemik und Schärfe hervorgetan. Die Ungarn, Rumänen und – dies sei eine angenehme Überraschung – auch die Bulgaren hätten fest gegen eine Intervention gestanden. Im Hinblick auf das Auftreten der DDR-Delegation habe Breschnew persönlich deutlich zu verstehen geben müssen, daß Polen nun einmal eben Polen seien und man dort mit Panzern nichts bewerkstelligen könne. Freilich sei auch die DDR-Delegation in ihrer Haltung nicht völlig einheitlich gewesen. Insbesondere Staatssicherheitsminister Mielke und Verteidigungsminister Hoffmann hätten sich durch Schärfe ausgezeichnet. Honecker, zu dem er, Štrougal, keine besondere Beziehung habe, und Mittag hätten für die gemäßigte Linie gewonnen werden können. Stoph schwanke offensichtlich. Die unterschiedliche Meinungsbildung in der DDR-Führung habe sich im übrigen auch in den öffentlichen Äußerungen gespiegelt (gemeint war wohl vor allem auch Fischers Ausfall vom 12.12.²⁰). Štrougal bemerkte im übrigen, daß er auch Vorbehalte gegenüber der Art der Berichterstattung über Polen in der tschechoslowakischen Presse habe. Auch dies sei Ausdruck eines gewissen Meinungsspektrums in der Führung. Er unterstrich das Interesse am Dialog, der gerade in der jetzigen Situation besonders wichtig sei, weil er denjenigen helfe, die sich um Kontinuität der friedlichen Zusammenarbeit bemühten. Er wollte sein Erscheinen beim AE²¹ des BM so verstanden wissen.

9) BM ist sich bewußt, daß bei der Bewertung dieser Äußerungen Vorsicht am Platz ist und in eine solche Bewertung die objektiven Faktoren, nicht zuletzt die zukünftige Entwicklungen in Polen selbst, einzubeziehen sind. Er hält diese Äußerungen jedoch als Ausdruck der Absicht für wichtig, beruhigend auf den Westen einzuwirken, was immer das Motiv dafür sei. Er wäre interessiert, die Meinungen seiner Kollegen zu hören.

Nur für Washington:

Gegenüber Muskie sollte in diesem Zusammenhang auf seine Äußerung gegenüber Präsident von Wechmar Bezug genommen werden. In DB Nr. 4189 von New York UNO vom 19.12. heißt es: „Der amerikanische AM glaubt auf Grund des Ablaufs der Feierlichkeiten vom 16. Dezember in Danzig²² gegenwärtig nicht daran, daß die SU in absehbarer Zeit in Polen intervenieren werde. Im übrigen

²⁰ Zu den Äußerungen des Außenministers der DDR, Fischer, vgl. Dok. 366, Anm. 20.

²¹ Abendessen.

²² Zur Enthüllung des Denkmals, das an ca. 90 Menschen erinnerte, die in Danzig und Gdingen bei Unruhen nach Bekanntgabe der Beschlüsse des ZK der PVAP vom 12./13. Dezember 1970 über Erhöhungen der Preise für Lebensmittel starben, vgl. Dok. 353, Anm. 15.

schien ihm die Rolle der DDR in diesem Zusammenhang wichtiger als die der SU. Die DDR gehöre nach seinen Erkenntnissen zu den Scharfmachern gegenüber den erkennbaren Bemühungen der polnischen Staats- und Parteiführung, mit dem Phänomen ‚Solidarität‘ fertigzuwerden.“²³

Die Frage sollte an Muskie gestellt werden, worauf sich diese in der Sache und in der zeitlichen Perspektive sehr weitgehende Zuversicht stützt.

Muskie sollte außerdem gesagt werden, BM stelle ihm anheim, neue Administration²⁴ in ihm geeignet erscheinender Weise und unter Wahrung der gebotenen Vertraulichkeit zu unterrichten.²⁵

III. Dieser Erlaß hat Herrn Bundesminister zur Zustimmung vorgelegen.

Blech

VS-Bd. 13209 (214)

²³ Botschafter Freiherr von Wechmar, New York (VN), informierte am 19. Dezember 1980, er habe in seiner Eigenschaft als Präsident der VN-Generalversammlung am Vortag ein Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister Muskie geführt. Neben der Lage in Polen seien die Bemühungen um die Freilassung der in Iran als Geiseln festgehaltenen Angehörigen der amerikanischen Botschaft sowie der voraussichtliche Stellenwert der Vereinten Nationen in der Außenpolitik des designierten Präsidenten Reagan erörtert worden. Vgl. dazu Referat 214, Bd. 132908.

²⁴ Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen statt, aus denen der Kandidat der Republikanischen Partei, Reagan, als Sieger hervorging. Vgl. dazu Dok. 314, Anm. 3. Präsident Reagan nahm am 20. Januar 1981 die Amtsgeschäfte auf.

²⁵ Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 22. Dezember 1980 über sein Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister am selben Tag. Muskie habe erklärt, „daß ihm nicht bewußt sei, sich gegenüber Herrn von Wechmar in der ihm berichteten Weise ausgedrückt zu haben. Auch sinngemäß habe er sich nicht dahingehend äußern wollen, daß er den Sowjets unterstelle, sie hätten in absehbarer Zukunft keine Absicht, in Polen zu intervenieren.“ Das Gespräch habe sich dann amerikanischen Vorwürfen gegenüber der Haltung der Bundesregierung zugewandt: „Ich unterstrich die negative Wirkung, die die fortwährende amerikanische Kritik an uns haben müsse. [...] Muskie bat mich ausdrücklich, dem Bundeskanzler und dem Bundesaußenminister erneut zu versichern, daß auf seiner, Muskies, Seite keinerlei Zweifel an den Erklärungen und Zusagen bestehe, die die Bundesregierung wiederholt abgegeben habe. Muskie fügte dem ein Wort des Dankes und der Wertschätzung für die Hilfe hinzu, die die Bundesregierung in der Frage der Teheraner Geiseln von Anfang an gewährt habe. Dies werde er persönlich nie vergessen.“ Bezüglich der Eventualfall-Planung für Polen habe Muskie Verständnis gezeigt, daß es nicht möglich sei, detaillierte Maßnahmen in allen denkbaren Variationen und Abstufungen festzulegen: „Doch eine ‚illustrative list‘ erleichtere die Beurteilung der Kosten, die der SU in einem solchen Falle auferlegt werden würden.“ Er, Hermes, habe entgegnet, „daß eine weitere Verfeinerung der zur wirtschaftlichen Sanktionsfrage entwickelten Vorstellungen zum jetzigen Zeitpunkt besser unterbleiben sollte“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 4707; VS-Bd. 11109 (204); B 150, Aktenkopien 1980.

Anschließend teilte Hermes mit, daß er Muskie „über den Inhalt der Gespräche des Herrn Bundesministers in Prag gemäß Bezugserlaß unterrichtet“ habe. Vgl. den Drahtbericht Nr. 4708 vom 22. Dezember 1980; VS-Bd. 13209 (214); B 150, Aktenkopien 1980.

374

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fleischhauer**500-413.00 POL-1201/80 geheim****23. Dezember 1980¹**

Betr.: „Contingency Planning“ für Polen;
hier: Gegenmaßnahmen im Falle der Intervention; rechtliche Überlegungen

Bezug: Vorlage D 4 vom 16. Dezember 1980 – 421-413.00 POL-1008/80 VS-geheim²

Die bisherigen rechtlichen Überlegungen für ein Contingency Planning für den Fall einer sowjetischen Intervention in Polen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1) Die rechtliche Ausgangslage:

a) Eine sowjetische Intervention in Polen wird stets eine Verletzung des völkerrechtlichen Einmischungsverbots und des völkerrechtlichen Gewaltverbots (Art. 2 Abs. 4 VN-Charta³) bedeuten. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Intervention durch eine direkte bewaffnete Auseinandersetzung wie in Ungarn 1956⁴, ein bewaffnetes Eingreifen wie in der DDR 1953⁵, eine regelrechte Besetzung wie in der ČSSR 1968⁶ und in Afghanistan 1979 oder auf eine subtilere Weise erfolgt. Selbst wenn das Brechen der freien Entscheidungsgewalt und des Willens der polnischen Führung etwa durch eine Verstärkung der Stationierungstruppen erfolgen würde, die bis zur Beseitigung der Bewegungsfreiheit der polnischen Führung ginge, oder durch das Abhalten von Manövern, welche gleichsam als Nebenwirkung eine totale Lähmung der Willensfreiheit der polnischen Regierung zur Folge hätten, so würde es sich hierbei immer noch um einen Verstoß gegen Einmischungsverbot und Gewaltverbot handeln, welches nicht nur die Anwendung unmittelbarer Gewalt gegen die territoriale Integrität oder die politische Unabhängigkeit eines Landes verbietet, sondern auch die Androhung solcher Gewalt.

Der sowjetischen Berufung auf ein angebliches polnisches Einverständnis könnte kein Glauben geschenkt werden und würde daher auch keine Rechtfertigung bedeuten.

b) Der Verstoß gegen das völkerrechtliche Gewaltverbot schlägt in die politischen Verträge zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion so-

¹ Hat Ministerialdirektor Blech vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „V[or]z[immer]: B[itte] vorl[äufig] zur Hand halten.“

² Für die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer vgl. Dok. 367.

³ Für den Wortlaut von Artikel 2 Absatz 4 der VN-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 437.

⁴ Nach dem Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt intervenierten am 4. November 1956 sowjetische Truppen.

⁵ Am 16./17. Juni 1953 kam es in Ost-Berlin zu Demonstrationen von Arbeitern, die sich zu einem Volksaufstand in der DDR ausweiteten. Vgl. dazu AAPD 1953, I, Dok. 187, Dok. 190 und Dok. 191.

⁶ Am 20./21. August 1968 intervenierten Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR. Vgl. dazu AAPD 1968, II, Dok. 261–263 und Dok. 273.

wie der anderen möglicherweise beteiligten Satelliten-Staaten durch, die seit 1970 bewußt auf die Respektierung des Gewaltverbotes ausgerichtet worden sind (Gewaltverzichtsverträge). Im Verhältnis zur Sowjetunion wäre der Moskauer Vertrag⁷ in seinem zentralen Art. 2 verletzt, möglicherweise auch in seinen Art. 1 und 3. Diese Verletzung, für die die Sowjetunion die Verantwortung tragen würde, würde zugleich bedeuten, daß die von dem Langfristigen Wirtschaftsabkommen 1978⁸ und dem fortgeltenden Kooperationsabkommen 1974⁹ vorausgesetzte Entwicklung der bilateralen Beziehungen durch Verschulden der sowjetischen Seite nicht eintreten würde.

Im Verhältnis zur ČSSR wäre der Prager Vertrag von 1973¹⁰ verletzt (dessen Art. 3 Abs. 1 dem Art. 2 letzter Satz des Moskauer Vertrages entspricht) und im Verhältnis zur DDR der Grundlagenvertrag 1972¹¹ (generelle Festlegung beider Seiten auf die Prinzipien der VN-Charta, zu denen auch das Gewaltverbot gehört). Gleichzeitig würde eine Intervention der Sowjetunion in Polen einen Verstoß gegen die KSZE-Schlußakte¹² (Prinzipien 2 und 5 des Prinzipienkatalogs) bedeuten.

c) Bei dem völkerrechtlichen Einmischungsverbot und dem völkerrechtlichen Gewaltverbot handelt es sich um Regeln, die jeden Staat gegenüber jedem anderen Mitglied der Staatengemeinschaft verpflichten, die im Interesse der Staatengemeinschaft bestehen und in den Bereich dessen gehören, was in der neueren Völkerrechtsdoktrin gerne als „*jus cogens*“ bezeichnet wird. Eine Verletzung dieser Normen gibt nicht nur dem unmittelbar betroffenen Staat das Recht zur Gegenwehr; angesichts des Versagens des VN-Systems der kollektiven Friedenssicherung werden nach dem heutigen Völkerrecht auch dritte Staaten in die Lage versetzt, eine „non-neutral-position“ einzunehmen und Maßnahmen der Retorsion, aber auch der Repressalie zu ergreifen. Dabei sind sie lediglich durch den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gebunden. Unter diesem Gesichtspunkt spielt es eine Rolle, daß eine Intervention in Polen die Sicherheit in Europa und die internationale Sicherheit als solche stärker und unmittelbarer berühren würde als selbst die sowjetische Intervention in Afghanistan 1979.

Was den Bereich der Verträge angeht, so ist zu beachten, daß ein Vertragsbruch nach allgemeinem Völkerrecht keine automatische Wirkung auf den Vertrag selbst hat; insbesondere ist der gebrochene Vertrag nicht automatisch vernichtet. Die Art und Weise der Reaktion des verletzten Vertragspartners

⁷ Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f.

⁸ Für den Wortlaut des Abkommens vom 6. Mai 1978 über die Entwicklung und Vertiefung der langfristigen Zusammenarbeit der Bundesrepublik und der UdSSR auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie vgl. BULLETIN 1978, S. 431 f.

⁹ Für den Wortlaut des Abkommens vom 30. Oktober 1974 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über die weitere Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 1439 f.

¹⁰ Für den Wortlaut des Vertrags vom 11. Dezember 1973 über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der ČSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 990–992.

¹¹ Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429.

¹² Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

steht vielmehr in dessen Ermessen. Er kann den Vertrag beenden, ganz oder teilweise suspendieren, ohne förmliche Suspendierung die Vertragserfüllung ganz oder teilweise verweigern, Protest einlegen etc. Seine Gestaltungsfreiheit ist im wesentlichen wiederum nur von dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit begrenzt.

Die Verletzung der KSZE-Schlußakte wird sich primär politisch auswirken. Dies ergibt sich aus ihrem Charakter als politisches Instrument. Soweit eine KSZE-gerechte Gestaltung der Beziehungen allerdings Voraussetzung eines bestimmten Vertrages ist, können sich auch konkrete rechtliche Folgen aus der Verletzung der Schlußakte ergeben.

2) Einzelne Arten möglicher Gegenmaßnahmen

a) Was zunächst einmal den Fortbestand bestehender Verträge angeht, so ist festzuhalten, daß die Verletzung des völkerrechtlichen Gewaltverbots gegenüber Polen die Bundesrepublik Deutschland berechtigen würde, politische Verträge, die auf dem Prinzip des Gewaltverbots aufbauen, im Verhältnis zu den intervenierenden Staaten zu beenden. Das Gewaltverbot bezieht sich in diesen Verträgen – dem Muster des Moskauer Vertrages folgend – nicht nur auf das bilaterale Verhältnis, sondern auf Fragen der Sicherheit in Europa ganz allgemein und auf Fragen der internationalen Sicherheit als solcher. Zu beachten ist allerdings, daß die sogenannten Ostverträge von ihrem Entstehen und ihrem Zweck her nicht nur untereinander, sondern auch mit dem Vier-Mächte-Abkommen¹³ politisch zusammenhängen und daher ihre Beendigung zu Rückwirkungen im Berlin-Bereich führen könnte. Auch würde durch eine Beendigung des Moskauer Vertrages der sog. Brief zur deutschen Einheit vom 12. August 1970¹⁴ seinen Platz in den deutsch-sowjetischen Beziehungen verlieren. Der Brief führt als „instrument related to the treaty“ kein eigenständiges rechtliches Leben. Andere als politische Verträge können ebenfalls beendet werden, sei es, weil die darin vorausgesetzte Entwicklung der bilateralen Beziehungen von den Sowjets bzw. der ČSSR und der DDR gestört worden ist, sei es im Wege der Repressalie.

b) Wenn die rechtliche Möglichkeit zur Beendigung bestehender Verträge gegeben ist, läßt sich a fortiori ihre Suspendierung oder – ohne die formelle Suspendierung – ihre teilweise Nichterfüllung rechtfertigen.

c) Ausgehend von diesen Überlegungen ließen sich selektive Handelsbeschränkungen gegenüber den intervenierenden Staaten völkerrechtlich rechtfertigen, und zwar auch gegenüber der Sowjetunion. Dies würde trotz des Art. 5 des Langfristigen Abkommens auch für Exportkredite (Ausfuhrbürgschaften) im Verhältnis zur Sowjetunion gelten, insoweit wird auf die dort vorliegenden Stellungnahmen zu dem Langfristigen Abkommen der sowjetischen Intervention in Afghanistan aus den Monaten Januar und Februar 1980 Bezug genommen.¹⁵ Aus

¹³ Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73.

¹⁴ Zum „Brief zur deutschen Einheit“ vgl. Dok. 331, Anm. 18.

¹⁵ So in der Vorlage.

unserer Eigenschaft als Gemeinschaftsstaat könnten sich allerdings in bezug auf die Artikel 113 und 224 EG-Vertrag¹⁶ Probleme ergeben.

Innerstaatlich wären solche Maßnahmen über das AWG¹⁷ umzusetzen, wobei sich das bekannte Problem ergeben würde, daß in bestehende Verträge nur bei gleichzeitiger Gewährung von angemessener Entschädigung eingegriffen werden könnte.

d) Im Bereich des Luftverkehrs hat die Bundesrepublik Deutschland vertragliche Abmachungen mit der Sowjetunion¹⁸, nicht dagegen mit der ČSSR und der DDR. Mit der ČSSR unterhalten wir allerdings einen regulären Linienverkehr auf der Basis der gegenseitigen Gestattung. Das Luftverkehrsabkommen mit der Sowjetunion enthält eine Kündigungsklausel, die aber – wie dies in derartigen Verträgen üblich ist – auf ein Jahr befristet ist. Nach der gegebenen völkerrechtlichen Ausgangslage wären wir aber berechtigt, den Vertrag zu brechen und den Luftraum über der Bundesrepublik Deutschland für Flugzeuge aus der Sowjetunion zu sperren bzw. Flüge aus der Bundesrepublik Deutschland in die Sowjetunion einzustellen. An der Sperrung unseres Luftraumes würde uns auch das Abkommen von Chicago 1944 über den zivilen Luftverkehr¹⁹ nicht hindern; dessen Artikel 9 b verbietet lediglich eine diskriminierende Sperrung des Luftraums. Wir würden die Sowjetunion aber nicht diskriminieren, wenn wir ihr gegenüber aufgrund ihres Verhaltens und der von ihr gesetzten besonderen Tatbestände unseren Luftraum sperren würden. Wir müßten allerdings damit rechnen, in der ICAO²⁰ zur Rechenschaft gezogen zu werden, die eine Rolle als Schlichtungsinstanz im Rahmen des Abkommens von Chicago hat. Im übrigen müßten wir damit rechnen, daß die Sowjetunion die Nichtbeachtung des bilateralen Luftverkehrsabkommens mit dessen Kündigung beantworten würde; damit würde der side letter zu dem Luftverkehrsabkommen verloren gehen, an dem wir unter berlinrechtlichen Gesichtspunkten im Hinblick auf den Zugang zum Flugplatz Tegel immer besonderes Interesse hatten.²¹

¹⁶ Für Artikel 113 und Artikel 224 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vom 25. März 1957 vgl. Dok. 104, Anm. 5 und 6.

¹⁷ Für den Wortlaut des Außenwirtschaftsgesetzes vom 28. April 1961 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 481–495.

¹⁸ Vgl. dazu das Abkommen vom 11. November 1971 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über den Luftverkehr; BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 1526–1530. Vgl. dazu auch AAPD 1971, II, Dok. 277.

¹⁹ Für den Wortlaut des Abkommens vom 7. Dezember 1944 über die Internationale Zivilluftfahrt vgl. UNTS, Bd. 15, S. 296–375. Für den deutschen Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1956, Teil II, S. 412–441.

²⁰ International Civil Aviation Organization.

²¹ Bei der Unterzeichnung des Abkommens vom 11. November 1971 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über den Luftverkehr wurden weitere ergänzende Dokumente unterzeichnet, u. a. ein Notenwechsel über den Fluglinienplan. Darin hieß es in Abschnitt IV: „Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland beabsichtigt, für die Lufthansa noch einen weiteren Punkt zu benennen, über den sie der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken eine besondere Mitteilung hat zugehen lassen.“ Vgl. B 57 (Referat III A 4), Bd. 861.

Ergänzend dazu erklärte Staatssekretär Freiherr von Braun in einem Schreiben an den sowjetischen Botschafter Falin vom selben Tag „unter Bezugnahme auf den Notenwechsel, der über den Fluglinienplan zu dem Abkommen vollzogen werden wird, [...] daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gemäß Abschnitt IV des Fluglinienplans für die von ihr bezeichneten Unternehmen Berlin-Tegel benennen wird, sobald die Voraussetzungen hierfür durch Verhandlungen der

Was die ČSSR angeht so würde hinsichtlich der Sperrung unseres Luftraums und des Diskriminierungsverbots aus Art. 9 b der Konvention von Chicago dasselbe gelten wie im Verhältnis zur Sowjetunion; auch hier müßten wir damit rechnen, in der ICAO zur Rechenschaft gezogen zu werden. Die Rücknahme unserer Gestattung des tschechoslowakischen Linienverkehrs in die Bundesrepublik Deutschland ließe sich aber nach denselben Grundsätzen rechtfertigen wie die Nichterfüllung des deutsch-sowjetischen Luftverkehrsabkommens.

Nach innerstaatlichem Recht könnte deutschen Fluglinien nach der Luftverkehrszulassungsordnung der Anflug der Sowjetunion und der ČSSR untersagt werden, indem die Erlaubnis zum Aus- und Anflug widerrufen wird. Voraussetzung ist allerdings, daß dies im Interesse der Sicherheit und Ordnung sowie der Landesverteidigung der Bundesrepublik Deutschland notwendig ist (§§ 92 Abs. 3, 93 Abs. 4 und 98 Luft-VZO vom 13. März 1979, BGBl. I 1979, Seite 308²²). Die Luft-VZO geht damit in der Ausgestaltung der Eingriffsmöglichkeiten weniger weit als § 7 des Außenwirtschaftsgesetzes; die Ausführung von Sanktionsmaßnahmen im Interesse der auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland ist durch die genannten Bestimmungen nicht oder jedenfalls nicht zweifelsfrei abgedeckt. Ob weitere Möglichkeiten zur Beschränkung des Ein- und Ausflugs bestehen, bedarf weiterer Prüfung.

Im Verhältnis zur Tschechoslowakei richtet sich der bloße Überflug im internationalen Luftlinienverkehr ohne kommerzielle Zwischenlandung nach der Vereinbarung über den Durchflug im internationalen Fluglinienverkehr vom 7.12. 1944²³, dem sowohl die Bundesrepublik Deutschland als auch die Tschechoslowakei angehören. Da dieses Abkommen nach seinem Art. 2 in Übereinstimmung mit dem ICAO-Abkommen von 1944 ausgeübt wird, gilt für eine Sperrung des beiderseitigen Luftraums auch für den bloßen Überflug im internationalen Luftlinienverkehr das oben zu Art. 9 b des Chicagoer Abkommens Gesagte.

Ob und gegebenenfalls welche Vereinbarungen über den Charter-Verkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der ČSSR bzw. der Sowjetunion oder zwischen beiderseitigen Luftverkehrsgesellschaften bestehen, ist der Abteilung 5 nicht bekannt.

e)²⁴ Die Sperrung der Seehäfen in der Bundesrepublik Deutschland für Schiffe der Sowjetunion, der DDR und der ČSSR wäre völkerrechtlich denkbar. Das allgemeine Völkerrecht kennt keine generelle Pflicht zur Öffnung der Häfen für Schiffe aller Flaggen (außer im Falle der Seenot). Eine solche Öffnungspflicht besteht noch nicht einmal für die Vertragsparteien der Genfer Internationalen Seehäfenordnung von 1923²⁵, der wir zwar angehören, nicht aber die Sowjetunion.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1938

Bundesregierung mit den Regierungen in Frage kommender Staaten hergestellt sind“. Vgl. B 57 (Referat III A 4), Bd. 861.

²² Für die Bekanntmachung der Neufassung der Luftverkehrs-Zulassungs-Ordnung (LuftVZO) vom 13. März 1979 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1979, Teil I, S. 308–346.

²³ Für den Wortlaut der Vereinbarung vom 7. Dezember 1944 der Mitgliedstaaten der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation über den Durchflug im Internationalen Fluglinienverkehr vgl. BUNDESGESETZBLATT 1956, Teil II, S. 442–449.

²⁴ Korrigiert aus: „d“.

²⁵ Für den Wortlaut des Übereinkommens und des Statuts vom 9. Dezember 1923 über die internationale Rechtsordnung der Seehäfen vgl. LNTS, Bd. 58, S. 285–313. Für den deutschen Wortlaut vgl. REICHSGESETZBLATT 1928, Teil II, S. 23–42.

Danach sichern sich die Vertragsparteien nämlich lediglich die Gleichbehandlung bei der Hafennutzung zu. Auch Art. 4 des deutsch-sowjetischen Abkommens vom 25.4.1958 über allgemeine Fragen des Handels und der Seeschifffahrt²⁶ geht nicht über die Zusicherung der Nichtdiskriminierung bei der Hafennutzung aus. Aussperrung im Wege der Repressalie wäre indessen hier ebensowenig Diskriminierung wie im Falle der Sperrung des Luftverkehrs.

Noch zu prüfen ist freilich, ob besondere Abmachungen mit der ČSSR über den Transithandel bestehen und ob das innerstaatliche Recht die Schließung der Häfen für Schiffe bestimmter Staaten in genereller Weise erlaubt. Dabei spielt es eine Rolle, daß die Häfen nach unserem Recht in der Regel Anstalten des Öffentlichen Rechts mit eigenen Statuten sind. Die Polizeigewalt liegt bei dem jeweiligen Bundesland.

f)²⁷ Noch nicht abschließend geprüft ist ferner, ob wir den Kieler Kanal für sowjetische Schiffe und Schiffe der DDR bzw. der ČSSR sperren könnten. Hiermit riskierten wir mit großer Wahrscheinlichkeit eine deutsch-sowjetische Kontroverse über den rechtlichen Status des Kanals und in zweiter Linie wohl auch über das rechtliche Schicksal des Versailler Vertrags²⁸ und einzelner Bestimmungen desselben.

g)²⁹ Fischereiabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion gibt es schon wegen der Zuständigkeit der EG für die Fischerei nicht. Soweit hier bekannt, gibt es aber auch zwischen der EG und der Sowjetunion keine Abmachungen, die das Fischen in gegenseitigen Gewässern erlauben würden. Die Kündigung bestehender Regelungen zwischen den Vereinigten Staaten und Kanada einerseits und der Sowjetunion andererseits³⁰ würde wohl in unserem Interesse liegen; für unsere Fischer könnte daraus mindestens eine zeitweilige Quotenerhöhung resultieren.

h)³¹ Möglichkeiten zur Einschränkung des Personenverkehrs haben wir nur insoweit, als Reisende aus der Sowjetunion betroffen sind. Wir können einseitig unsere Sichtvermerkspraxis verschärfen. Umgekehrt verbietet uns hiergegen Erachtens das Grundrecht auf Freizügigkeit³² die Möglichkeit, die Reisen von Deutschen in die Sowjetunion oder andere Länder einzuschränken und zu unterbinden.

i)³³ Die Verkleinerung des Personals unserer diplomatischen und konsularischen Missionen liegt in unserem eigenen Ermessen. Was die diplomatischen

²⁶ Für den Wortlaut des Abkommens über allgemeine Fragen des Handels und Seeschifffahrt vom 25. April 1958 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1959, Teil II, S. 222–231.

²⁷ Korrigiert aus: „e“.

²⁸ Für den Wortlaut des Vertrags vom 28. Juni 1919 zwischen dem Deutschen Reich und den alliierten und assoziierten Mächten vgl. REICHSGESETZBLATT 1919, S. 687–1349.

²⁹ Korrigiert aus: „f“.

³⁰ Für den Wortlaut des Fischereiabkommens vom 26. November 1976 zwischen der UdSSR und den USA vgl. UNTS, Bd. 1069, S. 307–334.

Für den Wortlaut des Abkommens vom 19. Mai 1976 zwischen Kanada und der UdSSR über ihre beiderseitigen Fischereibeziehungen vgl. UNTS, Bd. 1132, S. 140–142.

³¹ Korrigiert aus: „f“.

³² Vgl. dazu Artikel 11 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949; BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 2.

³³ Korrigiert aus: „h“.

und konsularischen Vertretungen der Sowjetunion in der Bundesrepublik Deutschland angeht, nämlich die sowjetische Botschaft in Bonn und das sowjetische Generalkonsulat in Hamburg, so bestehen Vereinbarungen, die den Mitgliederbestand der Botschaft auf 104 und des Generalkonsulats auf 35 festlegen. Von diesen Abmachungen können wir im gleichen Maße abrücken wie von formellen völkerrechtlichen Verträgen; im übrigen sind diese Abmachungen Ausdruck des generellen Rechts des Empfangsstaats, die bei ihm akkreditierten Auslandsvertretungen fremder Staaten in ihrem Bestand in den Grenzen gehalten werden, die er in Anbetracht der bei ihm vorliegenden Umstände und Verhältnisse sowie der Bedürfnisse der betreffenden Mission für angemessen und normal (vgl. Art. 11 Abs. 1 WÜD³⁴ und Art. 20 WÜK³⁵, die beide Regeln des allgemeinen Völkerrechts wiedergeben; daneben gilt das WÜD auch im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion). Der Konsularvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion von 1958³⁶ enthält insoweit keine gegenstehenden Regeln.

j)³⁷ Was die sowjetische Handelsmission in Köln angeht, so beruht sie auf Art. 7 des Abkommens über allgemeine Fragen des Handels- und der Seeschifffahrt zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion vom 25.4.1958, Art. 2c und d der zu dem Abkommen gehörenden Anlage über die Rechtsstellung der Handelsvertretungen der UdSSR in der Bundesrepublik Deutschland besagen, daß die Handelsvertretung einen Leiter und drei Stellvertreter hat; darüber hinaus soll im Einvernehmen zwischen beiden Regierungen die Zahl der sonstigen Bediensteten der Handelsvertretung festgelegt werden. Soweit der Abteilung 5 bekannt, beläuft sich die gegenwärtig zugelassene Zahl der sonstigen Bediensteten der Handelsmission auf 60 Personen. Ebenso wie im Falle der diplomatischen und konsularischen Vertretungen können wir unter den gegebenen Umständen im Wege der Repressalie von unserem einmal erteilten Einverständnis abrücken und eine Verkleinerung dieser Zahl verlangen. Letztlich könnten wir darüber hinaus in die klare Verpflichtung aus Art. 2c der Anlage zu dem Abkommen vom 25. April 1958 eingreifen und die Verkleinerung der Zahl der Stellvertreter verlangen. Die völlige Schließung der sowjetischen Handelsmission dürfte nicht im Sinne unserer politischen Absichten liegen. Selbst dieser Schritt könnte sich angesichts der Schwere eines sowjetischen Eingreifens in Polen völkerrechtlich rechtfertigen lassen.

k) Weiterer Prüfung bedürfen auch noch mögliche Eingriffe im Währungsbereich. Hier läßt sich zwar im Rahmen des AWG der Kapitalverkehr einschränken, so wie er in den §§ 22 und 23 AWG definiert ist. Unter diese Definition fällt soweit ersichtlich die Kreditaufnahme von Banken aus den intervenierenden Staaten aus der Bundesrepublik Deutschland, die Aufnahme von Einlagen aus den intervenierenden Staaten bei Banken in der Bundesrepublik Deutschland und die Auflegung etwaiger Anleihen durch die intervenierenden Staaten

³⁴ Für den Wortlaut des Wiener Übereinkommens vom 18. April 1961 über diplomatische Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1964, Teil II, S. 958–1005.

³⁵ Für den Wortlaut des Wiener Übereinkommens vom 24. April 1963 über konsularische Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1969, Teil II, S. 1587–1703.

³⁶ Für den Wortlaut des Konsularvertrags vom 25. April 1958 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1959, Teil II, S. 232–241.

³⁷ Korrigiert aus: „i)“.

auf dem Kapitalmarkt in der Bundesrepublik Deutschland. Schwierige Fragen vor allen Dingen des innerstaatlichen Rechts dürfte allerdings der Problemkreis des Einfrierens von vorhandenen Guthaben aus den intervenierenden Staaten aufwerfen.

Zusammenfassend ist zu dieser Auflistung von Gegenmaßnahmen noch einmal festzuhalten, daß die zum Teil sehr schwierigen rechtlichen Überlegungen noch nicht abgeschlossen sind und daß die abschließende Prüfung in den meisten Fällen gar nicht Sache des Auswärtigen Amtes sein kann, welches in der Regel innerhalb der Bundesregierungen für den einzelnen Sachkomplex nicht federführend ist.

3) Eine von den vorstehenden Überlegungen ganz zu trennende Frage ist diejenige nach unserer Haltung bei der Qualifizierung von schleichenden Interventionsmaßnahmen. Wo hier der Rahmen zu ziehen ist, läßt sich abstrakt kaum vorherbestimmen. Daß bereits eine Truppenkonzentration mit Nervenkrieg im diplomatischen Verkehr und in den Medien völkerrechtlich unerlaubte Androhung von Gewalt darstellen kann, steht außer Frage.

Weitere Stellungnahme bleibt vorbehalten.

Fleischhauer

VS-Bd. 11116 (204)

375

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Boll

012-312.74 VS-NfD

Aufgabe: 23. Dezember 1980, 16.37 Uhr

Fernschreiben Nr. 165 Ortez

Zum Abschluß der ersten Phase des Madrider KSZE-Folgetreffens

1) Erste Phase Madrider KSZE-Folgetreffens ist 19.12. nach sechswöchiger Dauer zu Ende gegangen.¹ Westliches Ziel, ausreichend Zeit für umfassende Implementierungskritik zu haben, wurde voll erreicht. Osten hielt sich an den Verfahrenskompromiß vom 14. November², d.h. er behinderte die offene Diskussion nicht. Die Diskussionen verliefen hart, klar und sachlich. Die politische Bedeutung des Treffens wurde durch Teilnahme von 16 Außenministern in der ersten Woche unterstrichen. Unser Eintreten für diese politische Ebene hat sich ausgezahlt.

2) Stärker als bisher im KSZE-Prozeß beherrschte Auseinandersetzung der beiden Weltmächte das Treffen. Unter dem Gewicht der Sicherheitsproblematik hat sich diese Tendenz weiter verstärkt. Das Thema Polen, zwar allzeit unaus-

¹ Durchdruck.

Die KSZE-Folgekonferenz wurde am 11. November 1980 in Madrid eröffnet. Vgl. dazu Dok. 369.

² Zur Einigung auf das Verfahren bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. Dok. 322, Anm. 9.

gesprochen präsent, wurde erst in der letzten Woche vom Westen vereinzelt und vorsichtig, z.B. durch Hinweis auf die sowjetischen Truppenkonzentrationen an den Grenzen, erwähnt.

3) Alle westlichen Delegationen kritisierten im Plenum wie auch in Arbeitsorganen eindeutig die Verletzungen der Schlußakte³, die seit Belgrad⁴ zu Rückschlag im Entspannungsprozeß geführt hatten: Afghanistan, Menschenrechtsverletzungen, Defizite bei menschlichen Kontakten und auf dem Gebiet der Information.

Unsere Kritik war in der Form stärker argumentativ als die anderer Länder, wobei wir vor allem besondere Akzente bei Korb III setzten.

Wir, spontan unterstützt von befreundeten Delegationen, kritisierten deutlich den Mindestumtausch⁵, die Grenzanlagen der DDR und die Journalistenverordnung⁶ unter gleichzeitiger Betonung unseres Willens, den Grundlagenvertrag⁷ in allen seinen Teilen weiterhin einzuhalten. Wir setzten uns auch für Religionsfreiheit und Probleme nationaler Minderheiten ein.

4) Die Neutralen vertraten in der Substanz weitgehend mit den westlichen Positionen übereinstimmende Standpunkte.

5) Die SU ließ die umfangreiche Kritik an sich, soweit möglich, abgleiten. Afghanistan und die Menschenrechte erklärte sie als unzulässige Themen, da angeblich nicht von der Schlußakte abgedeckt. Im Gegenangriff versuchte sie, dem Westen vornehmlich unter Berufung auf den NATO-Doppelbeschluß die Verantwortung für das verschlechterte Ost-West-Verhältnis zuzuschieben.

Ihr bisheriges Verhalten und das der ganz auf ihre Linie eingeschworenen Satelliten Polen, ČSSR, DDR und Bulgarien – Ungarn und Rumänien waren zurückhaltender – bekräftigte den Eindruck, daß es ihr bei dem Treffen vorrangig um die Propagierung ihrer Vorstellungen zur militärischen Entspannung geht. Sie suggerierte dabei zu den von verschiedenen Seiten unterbreiteten Konferenzvorschlägen⁸ geschickt ihre grundsätzliche Zustimmung, ohne sich jedoch konkret auf einen Mandatsinhalt festzulegen. Noch lassen sich keine Schlüsse ziehen, inwieweit sie einer Ausdehnung der vertrauensbildenden Maßnahmen auf

³ Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

⁴ In Belgrad fand vom 4. Oktober 1977 bis 9. März 1978 die erste KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 88.

⁵ Zur Erhöhung des Mindestumtauschs für Besucher der DDR und Ost-Berlins aus „nichtsozialistischen Staaten“ und aus Berlin (West) ab 13. Oktober 1980 vgl. Dok. 290, Anm. 15.

⁶ Zur „Durchführungsbestimmung zur Verordnung vom 21. Februar 1973 über die Tätigkeit von Publikationsorganen anderer Staaten und deren Korrespondenten“ in der DDR vom 11. April 1979 vgl. Dok. 369, Anm. 8.

⁷ Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429.

⁸ Zum französischen Vorschlag einer Konferenz für Abrüstung in Europa vgl. Dok. 287.

Zu den Vorschlägen des Komitees der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten bei der Tagung am 14./15. Mai 1979 in Budapest vgl. Dok. 1, Anm. 28.

Zum Vorschlag des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, Gierek, vom 11. Februar 1980 für eine Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 55, Anm. 39.

Zu den Vorschlägen des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts bei der Tagung am 14./15. Mai 1980 in Warschau vgl. Dok. 150, Anm. 5.

ihr gesamtes europäisches Territorium zustimmen könnte, zu welchen Konzessionen sie im Korb III bereit wäre und wie sie genau zu einem dritten Folgetreffen steht.

6) Die DDR mit ihren Abgrenzungsmaßnahmen geriet, auch durch die meisten Verbündeten, stärker unter Beschuß als bisher im KSZE-Rahmen. Die deutsch-deutsche Problematik insgesamt wurde unter Kontrolle gehalten.

7) Die Abstimmung im Kreise der Neun sowie in der NATO (einschließlich Spaniens) verlief meist reibungslos. Ein überzeugend solidarisches Auftreten des Westens, wie es der Osten scheinbar nicht erwartet hatte, war die Folge. Ein Ausstrahlungseffekt auf die Neutralen dahingehend, daß sie sich noch stärker am westlichen Lager orientierten, ist nicht zu übersehen.

Im NATO-Kreis war man sich zusammen mit Spanien einig, daß der Westen das erreicht habe, was angesichts der schwierigen Ausgangslage realistischerweise angestrebt werden konnte. Neben der Wahrung der westlichen Einheit sei es u. a. gelungen, die SU zuweilen sogar von einigen ihrer eigenen Verbündeten abzusondern. Übereinstimmung bestand auch darin, daß sich die zweite Phase weitaus schwieriger gestalten werde: Die Aussichten für ein substantielles Schlußdokument seien nicht gerade rosig. Die einheitliche westliche Haltung werde auf eine harte Probe gestellt werden. Der Erwartungshorizont müsse daher niedrig gehalten werden. Bis jetzt wurden rund 85 weiterführende Vorschläge eingeführt und kurz erläutert.

8) Für eine fundierte Abschätzung, welche Aussichten die Sachverhandlungen haben werden, ist es gegenwärtig noch zu früh. Wesentlich wird die Entwicklung der internationalen Lage sein. Der Westen wird seine politischen Ziele hartnäckig und langfristig verfolgen müssen. Übersteigerten Erwartungen in der Öffentlichkeit muß vorgebeugt werden.

9) Am 27. Januar 1981 wird die Konferenz ihre Arbeit nach der Weihnachtspause wieder aufnehmen und sich bis zum 11. Februar mit der Diskussion der Vorschläge befassen. Daran anschließen wird sich die Erarbeitung und Formulierung eines Schlußdokumentes. Ob das „Zieldatum“ 5. März – ein obligatorisches Schlußdatum ist nicht vorgesehen – eingehalten werden kann, ist nicht abzusehen. Es ist eher mit einer längeren Dauer zu rechnen.

10) Vgl. auch die im Informationsfunk als „KSZE-Sonderunterrichtung“ gesendeten Delegationsberichte aus Madrid und die Erklärung des Bundesministers vom 19.12.1980⁹ (Info-Funk 1074 d 1/2 – 1912).

Boll¹⁰

Referat 012, Bd. 115730

⁹ Für den Wortlaut der Erklärung des Bundesministers Genscher zum Abschluß der ersten Phase der KSZE-Folgekonferenz in Madrid am 19. Dezember 1980 vgl. BULLETIN 1980, S. 1144.

¹⁰ Paraphie.

376

**Vortragender Legationsrat I. Klasse Vergau
an die Botschaft in Luanda****320-381.40 Allg/SB-1291/80 VS-vertraulich****Fernschreiben Nr. 6486 Plurez****Aufgabe: 30. Dezember 1980, 17.53 Uhr¹****Citissime nachts**

Betr.: Namibia-Initiative der westlichen Fünf²;
hier: Kontaktvermittlung zwischen Namibia-Deutschen und SWAPO³

Bezug: DB Nr. 301 vom 29.12.80 aus Luanda⁴
DB Nr. 579 vom 30.12.80 aus Pretoria⁵
DB Nr. 581 vom 30.12.80 aus Pretoria⁶

Botschaft wird gebeten, dort mit am besten geeigneten Gesprächspartnern von SWAPO möglichst unter Einschluß von Nujoma Gespräch zur Vorbereitung auf Genfer Begegnungen zu führen. Dazu werden folgende Richtlinien gegeben:

1) Wir werden alles in unseren Kräften Stehende tun, um zu einem positiven Ergebnis von PIM⁷ beizutragen. Ebenso sind wir zu guten Diensten bereit, um den Anfang eines Gedankenaustausches zwischen Namibia-Deutschen und SWAPO zu vermitteln in der Hoffnung, einen Grundstein zu der schwierigen Bildung von Vertrauen zwischen den betroffenen Kräften legen zu können. PIM hat mit diesen Kontakten im Prinzip nichts zu tun.

Unsere Delegation steht noch nicht endgültig fest, doch ist unser Engagement daran zu ermessen, daß wir zur Zeit an einer (zumindest zeitweisen) Teilnahme von StS van Well in Genf denken.⁸

¹ Durchdruck.

² Zum Stand der Namibia-Gespräche vgl. Dok. 330, Anm. 19.

³ Zu den Bemühungen der Bundesregierung um die Vermittlung von Gesprächen vgl. Dok. 368.

⁴ Botschafter Dunker, Luanda, informierte: „Nujoma beabsichtigt, mit großer Delegation, soweit möglich auch mit Vertretern von SWAPO-Intern und SWAPO-Vertretern der Büros in Afrika, Europa und New York, nach Genf zu kommen, so daß sich dort gute Kontaktmöglichkeiten mit SWAPO auf breiter Ebene ergeben dürften.“ Vgl. Referat 320, Bd. 125279.

⁵ Botschafter Eickhoff, Pretoria, übermittelte eine Liste mit den Namen „der nach Genf reisenden Namibia-Deutschen“. Vgl. Referat 320, Bd. 125279.

⁶ Botschafter Eickhoff, Pretoria, berichtete: „Die im August 1977 gegründete [Interessen]G[emeinschaft Deutschsprachiger Südwester] ist mit annähernd 3000 Mitgliedern (eigene Angaben) stärkste politische Organisation deutscher Bevölkerungsgruppe in Namibia. IG ist keine politische Partei und lehnte sich bislang eng an DTA an. IG sieht sich als Förderer gemäßigter Kräfte und erstrebt langfristige Koexistenz aller Volksgruppen. Bis in jüngste Vergangenheit wurde SWAPO als totalitäre, nichtkompromißbereite Kraft angesehen. Seit Juli ds. Js. besteht jedoch Wunsch nach Direkt-Kontakt mit SWAPO. Mudges Niederlage bei ethnischen Wahlen und Fragen einer IG-Delegation bei Genfer Konferenz haben erstmals zu einer Distanzierung gegenüber DTA geführt. Anzeichen einer vorsichtigen Neuorientierung mehr nach links deuten sich an.“ Vgl. Referat 320, Bd. 125279.

⁷ Pre-Implementation Meeting.

Die Konferenz zur Vorbereitung der Implementierung von Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978 fand vom 7. bis 14. Januar 1981 in Genf statt. Vgl. dazu den Schriftbericht Nr. 3 des Botschafters Eickhoff, z. Z. Kapstadt, vom 22. Januar 1981; AAPD 1981.

⁸ Ministerialdirektor Gorenflös informierte am 23. Dezember 1980, die Bundesrepublik werde bei der Konferenz zur Vorbereitung der Implementierung von Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheits-

2) StS van Well beabsichtigt, am Abend des Freitag, 9. Januar 1981, in der Residenz unseres Genfer VN-Botschafters⁹ Vertreter der IG und der SWAPO zu einem Dinner einzuladen und damit zu diesem wichtigen Kontakt zusammenzuführen.

3) Durch die Bonner Gespräche mit Nujoma¹⁰ haben wir erkannt, daß bei SWAPO eine generelle Bereitschaft besteht zu Kontakten mit möglichst repräsentativen Vertretern der Namibians of German origin. Wir schließen nicht aus, daß in Genf für SWAPO auch Gelegenheiten geschaffen werden könnten, durch unsere Vermittlung mit Vertretern beachtlicher Gruppen von Namibia-Deutschen in Kontakt zu kommen, die der IG¹¹ nicht zugerechnet werden können und politisch nicht mit ihr übereinstimmen (vielleicht katholische und evangelische Kirche, ferner eher links orientierte liberale Kräfte).

4) Wir stimmen mit SWAPO überein, daß Vertraulichkeit dieser ersten vertrauensbildenden Kontakte mit Namibia-Deutschen zweckmäßig ist. Wir werden diese Vertraulichkeit auf jeden Fall wahren. Gerade aus der Kenntnis der provinziellen Situation in Windhuk und mancher Pressepraktiken der Südafrikaner sollte SWAPO nicht von einer Garantie ausgehen, daß aus dieser Richtung nicht doch gewisse Informationen irgendwann an die Oberfläche kommen könnten (bisher noch nicht).

5) Analog, wie Botschaft dies vor dem SWAPO-Besuch in Bonn zur Einstimmung auf die hier zu erwartenden Fragen von seiten von Kritikern unserer Namibiapolitik getan hat, sollte sie sich jetzt auch um eine behutsame Einstimmung der SWAPO-Führung auf die Begegnungen mit den Namibia-Deutschen bemühen. Dabei kann sie von den DB 579 und 581 aus Pretoria ausgehen, muß jedoch sehr sorgfältig auswählen, was zur Information von SWAPO geeignet erscheint.

Am wichtigsten ist nach unserer gegenwärtigen Sicht das Gespräch mit der IG.¹² Trotz mancher positiver Hinweise in DB Nr. 581 sollten hier keine Er-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1945

rats vom 29. September 1978 vom 7. bis 14. Januar 1981 in Genf durch Ministerialdirigent Haas, Vortragenden Legationsrat I. Klasse Vergau und Botschaftsrat von Studnitz, New York (VN), vertreten: „Staatssekretär (Begleitung VLR von Butler) beabsichtigt, vom 8. bis 10.1. in Genf zu sein. Er plant nicht, an den offiziellen Sitzungen der Konferenz teilzunehmen. [...] Nach unserer Einschätzung werden die informellen Kontakte am Rande der Konferenz entscheidende Bedeutung für die Vertrauensbildung und damit für ein Gelingen des P[re]I[m]plementation[M]eeting haben. Ob und inwieweit sich StS van Well an diesen Kontakten beteiligt, wird sich erst in Genf entscheiden. StS möchte jedenfalls Gespräch mit Brand Fourie führen.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 6445; Referat 320, Bd. 125279.

⁹ Ulrich Sahm.

¹⁰ Der Präsident der SWAPO, Nujoma, hielt sich vom 23. bis 27. Oktober 1980 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundesminister Genscher am 23. Oktober 1980 vgl. Dok. 302.

¹¹ Interessengemeinschaft Deutschsprachiger Südwester.

¹² Vortragender Legationsrat I. Klasse Vergau wies die Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York am 22. Dezember 1980 an, die Namibia-Kontaktgruppe folgendermaßen zu informieren: „Solange die gegenseitige Einstellung zwischen SWAPO und den Namibia-Deutschen von negativen Vorurteilen und explosivem Mißtrauen überlastet erschien, haben wir uns von der Vermittlung solcher Kontakte keinen Vorteil für die Namibia-Initiative versprochen. Inzwischen scheinen unsere intensiven Gespräche mit SWAPO in Bonn und in Luanda sowie gewisse Rückschlüsse bei den Namibia-Deutschen aus der Simbabwe-Entwicklung und vielleicht auch den ethnischen Wahlen in Namibia vom November 1980 das gegenseitige Interesse auf beiden Seiten versachlicht und gesteigert zu haben. Wir sind zu der Überzeugung gelangt, daß jetzt erste vorsichtige Kontakte zwischen Namibia-Deutschen und SWAPO, die von uns sorgfältig vorbereitet und keine Publizität erhalten würden, einen sinnvollen Beitrag zur Schaffung des für die SR-435-Ausführung unentbehrlichen gegenseitigen Vertrauens erbringen könnten. In erster Linie kommt eine Begegnung zwi-

wartungen auf leichte Verständigung gefördert werden. SWAPO muß in dem Bewußtsein auf die IG zugehen, daß es sich hier um Menschen handelt, denen überwiegend ein historisch gewachsener Konservatismus tief eingeprägt ist und die den politischen Anschauungen von SWAPO fernstehen bzw. ihnen gegenüber extreme Verständnisschwierigkeiten haben. Ihre politische Erfahrung ist überwiegend kurzfristig und ihr internationaler Überblick begrenzt. Was SWAPO, die Frontstaaten¹³ und die VN angeht, so muß die jahrzehntelange und in letzter Zeit immer intensivere Beeinflussung der Namibia-Deutschen durch das südafrikanische Medienmonopol in Namibia berücksichtigt werden. Leider haben auch Drohungen wie die des früheren VN-Namibia-Kommissars MacBride¹⁴ („alle Deutschen müssen raus“) zur Verunsicherung beigetragen.

Auch soweit Namibia-Deutsche unserer eigenen Namibiapolitik noch skeptisch gegenüberstehen, sehen wir keinen Grund, ihnen unser Verständnis für den Wunsch, an ihrer Heimat Namibia festzuhalten, und für ihre Sorgen wegen der bevorstehenden Entwicklung vorzuenthalten. Wir haben Grund zu der Hoffnung, daß trotz aller Schwierigkeiten in Genf ein erstes Gespräch mit SWAPO auf der Basis beiderseitiger Bereitschaft zum gegenseitigen Verstehen möglich ist und daß damit der Anfang eines konstruktiven Kontaktes geschaffen wird. Als Gründe dieser Hoffnung sollte die Botschaft nicht nur die in DB 581 angeführten Elemente, sondern vor allem auch die von Nujoma bei seinem Besuch in der Bundesrepublik gesetzten Signale anführen.

6) Gegenüber SWAPO muß stets klar bleiben, daß wir die friedliche Namibia-Lösung auf der Grundlage von SR 435¹⁵ auch im wohlverstandenen Interesse der Namibia-Deutschen wollen. Deshalb ist uns die Schaffung von gegenseitigem Vertrauen überaus wichtig. Wir sind jedoch nicht die Initiatoren der Kontakte zu SWAPO, sondern nur Vermittler. Ansichten von Namibia-Deutschen können uns keineswegs automatisch zugerechnet werden, und Einfluß unsererseits auf viele von ihnen ist teilweise gering und teilweise nicht vorhanden.

7) Vorstellungen vieler Namibia-Deutscher von den Regeln, die in einem künftigen unabhängigen Namibia gelten müßten, können anhand folgenden Katalogs mündlich (keinesfalls schriftliche Aushandigung) erläutert werden:

- a) Die Grundrechte jedes Menschen auf Freiheit, Gleichheit vor dem Gesetz, persönliche Unversehrtheit und Eigentum werden gewährleistet.
- b) Niemand darf aufgrund seiner Zugehörigkeit zu einer politischen Partei oder Bevölkerungsgruppe benachteiligt werden.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1946

schen [Interessen]G[e]meinschaft Deutschsprachiger Südwester] und SWAPO in Betracht.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 6410; Referat 320, Bd. 125279.

Botschafter Eickhoff, Pretoria, berichtete am 30. Dezember 1980: „IG-Vorstand hat entschieden, nach den Gesprächen in Genf nach Bonn zu fahren, und erbittet nunmehr dringend einen Gesprächstermin bei Herrn Bundesminister.“ Eickhoff ergänzte: „Da der Vorstand fest entschlossen ist, nach der Genfer Begegnung nach Bonn zu kommen und dort auf seiten der CDU/CSU zum Teil neuen und verunsichernden Einflüssen ausgesetzt sein wird, wäre ein Gespräch mit dem Herrn Bundesminister sehr wünschenswert.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 583; Referat 320, Bd. 125279.

¹³ Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia, Simbabwe und Tansania.

¹⁴ Seán MacBride war von 1973 bis 1977 Kommissar der Vereinten Nationen für Namibia.

¹⁵ Zur Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978 vgl. Dok. 144, Anm. 10.

- c) Für alle Gewalthandlungen im Zusammenhang mit politischen Auseinandersetzungen vor der Unabhängigkeit Namibias soll eine Amnestie gewährt werden.
- d) Die Religionsausübung soll frei sein. Die Kirchen werden in ihrem Bestand garantiert und dürfen ihre kirchlichen Verbindungen über die Landesgrenzen hinaus aufrechterhalten.
- e) Das Recht zum Unterhalt privater Schulen und Krankenhäuser ist gewährleistet.
- f) Jeder in Namibia Ansässige, der eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt, soll das Recht auf Option für die namibische Staatsangehörigkeit binnen dreier Jahre haben. Während dieser Übergangszeit soll ihm aus der fremden Staatsangehörigkeit kein Nachteil erwachsen.
- g) Angehörige aller politischen Parteien und Bevölkerungsgruppen sollen Zugang zu öffentlichen Ämtern haben.

Vergau¹⁶

VS-Bd. 11165 (320)

¹⁶ Paraphe.

Personenregister

Bei der Benutzung des Personenregisters sind folgende Hinweise zu beachten:

- Die Personen werden in alphabetischer Folge erfaßt.
- In der Regel wird die maßgebliche Funktion im Jahr 1980 genannt. Falls im Kontext erforderlich, wird zusätzlich auf frühere Funktionen hingewiesen.
- Bei einigen Personen sind im Rahmen der Edition ausschließlich bestimmte Funktionen vor dem Jahr 1980 von Interesse. In diesen Fällen erfolgen nähere zeitliche Angaben.
- Personen der Zeitgeschichte werden mit den im Kontext dieses Bandes relevanten Funktionen genannt. Personen aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg finden mit Angabe ihrer Lebensdaten Aufnahme, solange sie nicht maßgebliche politische Funktionen ausübten.
- In Einzelfällen werden Personen mit einem Decknamen aufgenommen, auch wenn der richtige Name nicht zu ermitteln ist. Der Deckname erscheint dann in Anführungszeichen.
- Steht ein Dokument in seiner Gesamtheit in Beziehung zu einer Person, ist die Dokumentennummer angegeben.
- Beim Nachweis einzelner Seiten beziehen sich hochgestellte Ziffern auf Fußnoten.
- Zu den im Auswärtigen Amt gebräuchlichen deutschen Funktionsbezeichnungen für ausländische Diplomaten werden in Einzelfällen die entsprechenden Termini in der jeweiligen Landessprache in Klammern hinzugefügt.
- **Band I** reicht von Dokument 1 bis 192 bzw. von Seite 3 bis 1033, **Band II** von Dokument 193 bis 376 bzw. von Seite 1035 bis 1948.

- Aaron, David Laurence** stellvertretender Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten Carter (Deputy Assistant for National Security Affairs) S. 578 f., 834⁴, 1056¹⁷, 1075, 1077, 1209
- Aba al-Khail, Mohammed al-Ali** Wirtschafts- und Finanzminister des Königreichs Saudi-Arabien S. 395, 913
- Abdelghani, Mohammed ben Ahmed** Ministerpräsident der Demokratischen Volksrepublik Algerien S. 1759
- Abdullahi** stellvertretender Gouverneur der iranischen Zentralbank S. 1420¹⁹
- Abel, Heinrich** Kapitän zur See und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau S. 174¹⁷
- Abbrassimow, Pjotr Andrejewitsch** Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Ost-Berlin S. 1582, 1590–1592, 1594
- Abu Daud** siehe: *Daud Odeh, Mohammed*
- Abu Sharif, Bassam** Mitglied der PFLP S. 668, 1314 f.
- Acheson, Dean Gooderham** 1949–1953 Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika S. 900¹⁷
- Adenauer, Konrad** 1949–1963 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland; 1950–1966 Vorsitzender der CDU S. 586, 1246, 1254⁷, 1673
- Adinolfi, Gaetano** stellvertretender Generalsekretär des Europarats in Straßburg S. 927⁸
- Agha Shahi** siehe: *Shahi, Agha*
- Aghil, Mohammed Hussein** Sekretär des Volksbüros der Sozialistischen Libysch-Arabischen Volks-Dschamahirija in Bonn S. 855⁶, 1199¹², 1204
- van Agt, Andreas Antonius Maria** Ministerpräsident des Königreichs der Niederlande S. 1047, 1082–1085, 1122, 1286¹¹, 1363¹¹, 1649
- van Agt, Frans Joseph Theodoor** Botschafter des Königreichs der Niederlande in Islamabad, anschließend in Moskau S. 1812
- Aguirre de Cárcer y López de Sagredo, Nuño** Botschafter des Königreichs Spanien in Brüssel S. 1165³
- Ahtisaari, Martti** Sonderbeauftragter des Generalsekretärs der Vereinten Nationen für Namibia S. 647⁷, 1566¹⁵, 1736¹⁵
- Albertus Magnus** *um 1200 †1280 S. 1771
- Albrecht, Ernst** Ministerpräsident des Landes Niedersachsen (CDU) S. 1105³, 1139¹⁶, 1623
- Alexander, Michael O'Donel Bjarne** Persönlicher Referent der britischen Premierministerin Thatcher (Private Secretary to the Prime Minister–Overseas Affairs) S. 345, 1710
- Alexandrow-Agentow, Andrej Michajlowitsch** Persönlicher Referent des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, und Kandidat des ZK S. 815, 850²⁰
- Ali, Iftikhar** Botschafter der Islamischen Republik Pakistan in Bonn bis Oktober 1980 S. 178³⁰, 1488, 1499
- Ali, Muhammad (Cassius Marcellus Clay Jr.)** amerikanischer Boxer S. 274
- Allen, Richard Vincent** designerter Sicherheitsberater des gewählten amerikanischen Präsidenten Reagan; 1969 stellvertretender Sicherheitsberater von Präsident Nixon (Deputy National Security Advisor) **Dok. 334** und S. 1210, 1749¹³, 1756–1758, 1759⁸, 1765, 1783
- Allende Gossens, Salvador** 1970–1973 Präsident der Republik Chile S. 1020¹⁸
- Allison, Graham Tillet Jr.** amerikanischer Politikwissenschaftler und Professor an der John F. Kennedy School of Government der Harvard University S. 1803
- Altajouri, Khaled** S. 854
- Alten, Jürgen von** Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Ankara S. 133¹⁶
- Altenburg, Günther** Legationsrat I. Klasse im Referat 013 „Pressereferat“ des Auswärtigen Amts, seit 18. April 1980 Botschaftsrat und Vertreter des Bot-

- schafters der Bundesrepublik Deutschland in Beirut **Dok. 250** und S. 669⁹
- Amaro da Costa, Adelino** Verteidigungsminister der Portugiesischen Republik vom 3. Januar bis zu seinem Tod am 4. Dezember 1980 S. 880f., 1836, 1839
- Amerasinghe, Hamilton Shirley** Leiter der Ständigen Vertretung der Demokratischen Sozialistischen Republik Sri Lanka bei den Vereinten Nationen in New York und Präsident der Dritten VN-Seerechtskonferenz bis zu seinem Tod am 4. Dezember 1980 S. 1394
- Amin, Hafizullah** Präsident der Demokratischen Republik Afghanistan vom 16. September bis zu seinem Tod am 27. Dezember 1979 S. 3², 40⁴, 157, 197f., 226, 256¹⁴, 743, 799
- Amin Dada, Idi** 1971–1979 Präsident der Republik Uganda S. 1200, 1658¹¹
- Amrehn, Franz** Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU) S. 614, 1580²⁴, 1793¹²
- Amstutz, J. Bruce** Geschäftsträger der Vereinigten Staaten von Amerika in Kabul bis Februar 1980 S. 172
- Anderson, John Bayard** Senator des amerikanischen Bundesstaates Illinois (Republican Party), unabhängiger Kandidat bei den amerikanischen Präsidentschaftswahlen S. 766, 933, 1450
- Andrei, Ștefan** Außenminister der Sozialistischen Republik Rumänien **Dok. 160** und S. 120, 184⁵⁰, 1789²³, 1813–1816
- Andreotti, Giulio** 1976–1979 Ministerpräsident der Italienischen Republik S. 123¹⁷, 1824
- Anwar, Mohamed Samih** Botschafter der Arabischen Republik Ägypten in London bis Februar 1980 S. 359
- Apel, Hans** Bundesminister der Verteidigung und Mitglied des Deutschen Bundestags (SPD) **Dok. 146** und S. 62¹, 132, 143f., 146f., 260³, 262, 308¹⁵, 369¹⁰, 466, 598²², 599, 663f., 670, 698, 704, 763f., 858, 882, 884, 913, 977¹, 1050¹, 1053, 1062, 1082²², 1130, 1227, 1229, 1282, 1288f., 1293, 1294¹, 1295⁹, 1330, 1605¹, 1606f., 1685¹, 1687, 1691f., 1697, 1835f., 1838, 1839⁷, 1841f., 1918, 1920⁵
- Arafat, Yasser** Vorsitzender des Zentralkomitees der palästinensischen Organisation „Al Fatah“ und des Exekutivkomitees der PLO S. 25–27, 46, 361, 484, 641¹², 712, 714f., 784, 934f., 1164, 1172, 1175, 1213²², 1302, 1304¹⁷, 1312⁸, 1320, 1473⁸
- Aranibar Quiroga, Antonio** Mitglied im „Movimiento de Izquierda Revolucionaria“ (MIR) des Wahlkampfverbandes „Unión Democrática Popular“ (UDP) in der Republik Bolivien S. 1258–1260
- Arce Castaño, Bayardo** Mitglied der Nationalleitung der Frente Sandinista de Liberación Nacional (FSLN) in der Republik Nicaragua S. 428
- Archipow, Iwan Wassiljewitsch** Stellvertretender Ministerpräsident der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, seit 27. Oktober 1980 Erster Stellvertretender Ministerpräsident S. 1016, 1593²¹, 1594
- Ardebili, Abdolkarim Musawi** schiitischer Geistlicher (Ayatollah) und Leiter der „Stiftung für Schwache“, Mitglied des Revolutionsrats der Islamischen Republik Iran bis zu dessen Auflösung im Juli 1980 S. 1415
- Arendt, Walter** Mitglied des Deutschen Bundestags bis 4. November 1980 (SPD); 1969–1976 Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung S. 36²⁸
- Armstrong, Anne Legendre** stellvertretende Leiterin des „Regierungsübergangsausschusses“ (transition executive committee) des gewählten amerikanischen Präsidenten Reagan; 1976/77 Botschafterin der Vereinigten Staaten von Amerika in London S. 1627⁵
- Armstrong, Sir Robert** Leiter des britischen Kabinettssekretariats (Secretary of the Cabinet) S. 58¹¹, 955⁵⁰, 962, 1709⁵⁸
- Arnaud, Claude** Leiter der Ständigen Vertretung der Französischen Republik bei der NATO in Brüssel S. 494, 840, 843f., 1648⁴, 1789

- Arndt, Helmut** Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Bordeaux S. 1709⁵⁹
- Arnold, Hans** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Rom **Dok. 153** und S. 33²¹, 209², 518¹⁴, 681²¹, 768, 769⁷, 1420¹⁷, 1428¹⁰, 1429¹⁷⁺¹⁹, 1824, 1825⁵, 1855
- Arnot, Alexander** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 213 „Sowjetunion“ im Auswärtigen Amt **Dok. 14, 92, 208, 301** und S. 3¹, 4⁶, 7¹⁹, 9³⁰, 11³⁷, 39¹, 68¹, 116⁴³, 156¹⁷, 165⁷, 209¹, 219¹, 251¹, 253, 440¹⁺⁵, 459¹, 523¹, 526⁸⁺⁹, 527¹², 539¹, 649, 662², 709¹³, 727¹, 877¹⁺³⁺⁴, 895¹⁷, 990³³, 1016, 1038⁹, 1044²⁶, 1063¹, 1100¹, 1101^{f.}, 1309⁵, 1342⁸, 1358¹⁶, 1385¹, 1554, 1560, 1612¹, 1648¹⁺³, 1650¹², 1653²⁸, 1676¹, 1679¹, 1680⁴, 1817
- Arns, Paulo Evaristo** Kardinal und Erzbischof von São Paulo S. 873
- Arz von Straussenburg, Herbert** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 222 „Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit); Abrüstungsausschuß, Nichtverbreitung; Regionale Rüstungskontrolle (außerhalb Europas); Forschung“ im Auswärtigen Amt **Dok. 214** und S. 239, 1104¹², 1290¹⁰, 1292¹⁵, 1361³
- Asencio, Diego Cortes** Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Kolumbien bis 22. Juni 1980, anschließend Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Assistant Secretary of State for Consular Affairs) S. 389¹⁹
- Ashur, Fitouri** S. 854
- Askew, Reubin O'Donovan** Handelsbeauftragter der Vereinigten Staaten von Amerika (US Trade Representative) S. 730, 1872
- al-Assad, Hafez** Präsident der Arabischen Republik Syrien S. 548^{f.}, 714, 1175^{f.}, 1213²², 1300, 1319, 1513
- d'Astorg, Bernard** General der französischen Streitkräfte und bis 30. September 1980 Kommandant des französischen Sektors in Berlin S. 832
- Atatürk, Kemal (Mustafa Kemal Pasha)** 1923–1938 Präsident der Republik Türkei S. 1387²⁺⁴
- Athanassiou, Nicolas** Leiter der Ständigen Vertretung der Hellenischen Republik bei der NATO in Brüssel S. 1532^{f.}
- Atherton, Alfred Leroy Jr.** 1978/79 Sonderbotschafter des amerikanischen Präsidenten Carter für den Nahen Osten (Ambassador-at-Large) S. 740⁶
- el-Attar, Issam** Leiter des Islamischen Zentrums Aachen e. V. (IZA) S. 548⁴
- Aubert, Pierre** Außenminister der Schweizerischen Eidgenossenschaft **Dok. 149** und S. 1665⁹
- Audu, Ishaya Sha'aibu** Außenminister der Bundesrepublik Nigeria S. 1674
- Averoff-Tossizza, Evangelos** Verteidigungsminister der Hellenischen Republik S. 301², 1013, 1690, 1839, 1842
- Axen, Hermann** Mitglied des Politbüros des ZK der SED und Leiter der Außenpolitischen Kommission beim Politbüro S. 1577, 1818, 1870
- Ayub Khan, Mohammad** 1958–1969 Präsident der Republik Pakistan S. 1474¹²
- Azeredo da Silveira, António Francisco** 1974–1979 Außenminister der Föderativen Republik Brasilien S. 874¹²
- Azevedo Coutinho, Luís de** Staatssekretär im portugiesischen Außenministerium S. 1009, 1842
- Aziz, Tariq** Mitglied des Revolutionären Kommandorats und stellvertretender Ministerpräsident der Republik Irak S. 1445⁵, 1545²⁰
- Baas, Norbert** Attaché im Auswärtigen Amt, bis 9. Januar 1980 im Referat 621 „Wissenschaft und Hochschulen, Deutsches Archäologisches Institut“, seit 26. März 1980 Legationssekretär im Referat 212 „Fragen der allgemeinen Ost-West-Beziehungen (u. a. Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)“ S. 1664¹
- Baba, Issa** Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten im Allgemeinen

Volkskomitee der Sozialistischen Libysch-Arabischen Volks-Dschamahirija S. 1202f.

Babiuch, Edward Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP bis 24. August 1980, zudem bis 18. Februar 1980 Stellvertretender Vorsitzender des Staatsrats der Volksrepublik Polen und anschließend bis 24. August 1980 Ministerpräsident S. 325, 456, 678, 681, 1206–1208, 1296³, 1342⁹

Babrak siehe: *Karmal, Babrak*

Bächmann, Horst Vortragender Legationsrat im Referat 014 „Büro Staatssekretäre“ des Auswärtigen Amts und Persönlicher Referent des Staatssekretärs Lautenschlager, seit 17. Juli 1980 Vertreter des Leiters im Referat 014, seit 27. Oktober 1980 Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Rom S. 768¹, 860¹, 905¹, 1134¹, 1230², 1269¹

Bader, Erik-Michael Korrespondent der Tageszeitung „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ in Warschau S. 212

el-Badi, Mohammed Saeed stellvertretender Generalstabschef der Streitkräfte der Vereinigten Arabischen Emirate S. 858³

Badran, Mudar 1976–1979 und erneut seit 28. August 1980 Ministerpräsident des Haschemitischen Königreichs Jordanien S. 1491¹⁶

Badrus, Gheorghe Botschafter der Sozialistischen Republik Rumänien in Moskau bis April 1980 S. 224

Bahr, Egon Bundesgeschäftsführer der SPD und Mitglied des Deutschen Bundestags; 1969–1972 Staatssekretär im Bundeskanzleramt; 1974–1976 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit S. 271⁸, 599, 662–664, 983, 1127, 1726¹⁸

Bakali, Mahmut Vorsitzender des ZK des Bundes der Kommunisten des Kosovo und Mitglied im Präsidium des ZK des BdKJ S. 434

Bakarić, Vladimir Mitglied der Kollektiven Präsidentschaft der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien und

im Präsidium des ZK des BdKJ S. 434, 726

Baker, Howard Henry Jr. Senator des amerikanischen Bundesstaates Tennessee (Republican Party) und „Minderheitsführer“ (Senate Minority Leader) im Senat S. 746, 1627⁶, 1745, 1765f.

Bakhtiar, Schapur Ministerpräsident des Kaiserreichs Iran vom 4. Januar bis 5. Februar 1979 S. 297³, 1427⁶

al-Bakr, Ahmed Hassan 1968–1979 Präsident der Republik Irak S. 714³⁴

Balser, Johannes Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Budapest, seit 17. November 1980 Botschafter in Oslo S. 1639²²

Bani Sadr, Abolhassan Wirtschafts- und Finanzminister der Islamischen Republik Iran, am 25. Januar 1980 zum Präsidenten gewählt (Amtsantritt am 4. Februar 1980), vom 7. Februar bis zu dessen Auflösung im Juli 1980 zudem Vorsitzender des Revolutionsrats sowie seit 19. Februar 1980 Oberbefehlshaber der iranischen Streitkräfte S. 91¹¹, 401, 479, 496, 499⁶⁺⁸, 501, 527–529, 535, 546⁷, 570²⁰, 574, 611⁵, 616, 641, 710, 748, 799, 944, 1278⁸, 1375², 1416, 1419, 1427, 1474⁹, 1489f., 1516f., 1545, 1585f., 1734

Barbieri, Frane jugoslawischer Publizist S. 683²¹

Barcikowski, Kazimierz Mitglied des polnischen Parlaments und des ZK der PVAP, seit 5. September 1980 auch des Politbüros des ZK, vom 18. Februar bis 8. Oktober 1980 Stellvertretender Ministerpräsident der Volksrepublik Polen, im August 1980 Vorsitzender der Regierungskommission für die Verhandlungen mit den Streikenden, seit 8. Oktober 1980 Mitglied des Staatsrats und Sekretär des ZK S. 1324², 1341, 1461⁹

Barker, Enno Legationsrat I. Klasse im Referat 213 „Sowjetunion“ des Auswärtigen Amts S. 3¹, 68¹, 85¹, 121¹², 154, 440¹, 459¹, 523¹, 1385¹, 1503, 1561², 1648¹⁺⁶, 1679¹, 1680

Barkman, Carl Dietrich Leiter der Ständigen Vertretung des Königreichs der Niederlande bei der NATO in Brüssel S. 844, 1788

Barre, Raymond Ministerpräsident der Französischen Republik S. 26⁷, 282–284, 381, 519, 522, 690f., 693, 728⁷, 814⁵, 1127f., 1135, 1145, 1709, 1762

Barre, Siad *siehe: Siad Barre, Mohammed*

de la Barre de Nanteuil, Luc Leiter der Ständigen Vertretung der Französischen Republik bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel S. 692

Bartels, Herwig Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 301 „Arbeitsstab Humanitäre Hilfe“ bzw. seit 15. Januar 1980 „Humanitäre Hilfe, ausländische Flüchtlinge“ im Auswärtigen Amt S. 1777¹

Barthel, Joseph („Josy“) Minister für Umwelt, Verkehr, Energie, Information und Kommunikation des Großherzogtums Luxemburg S. 1140

Bartholomew, Reginald Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Assistant Secretary of State for Politico-Military Affairs) und Vorsitzender der Special Consultative Group (SCG) der NATO S. 108, 166, 181³⁹, 297–300, 937, 1068f., 1146, 1359⁴, 1364–1366, 1373¹³, 1378–1381, 1396–1398, 1401f., 1476, 1606, 1608–1610, 1663¹², 1732

Bartoleit Hauptfeldwebel und bis Mai 1980 Angehöriger des Militärattachéstabs an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Teheran S. 574¹⁴

Barzel, Rainer Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU), Präsident des Deutsch-Französischen Instituts in Ludwigsborg und von Februar bis November 1980 Koordinator für die deutsch-französischen Beziehungen S. 1129, 1242f., 1247, 1251f.

Batista y Zaldívar, Fulgencio 1940–1944 und 1952–1959 Präsident der Republik Kuba S. 644¹³

Bätke, Susanne Dolmetscherin im Referat 105 „Sprachendienst“ des Auswärtigen Amts S. 939

Bauch, Johannes Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 212 „Fragen der allgemeinen Ost-West-Beziehungen (u. a. Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Eu-

ropa)“ des Auswärtigen Amts, vom 21. April bis 13. Juli 1980 als Geschäftsträger ad interim nach Salisbury abgeordnet, seit 17. August 1980 Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Kabul S. 1463¹⁷

Baudouin I. König der Belgier S. 566¹⁵

Bauer, Friedrich Abteilungsleiter im österreichischen Außenministerium S. 706

Baum, Gerhart Rudolf Bundesminister des Innern und Mitglied des Deutschen Bundestags (FDP) S. 132, 143, 150, 152f., 599¹, 710²¹, 921³¹, 1132, 1140, 1155, 1218¹³, 1330

Baumgärtel, Werner stellvertretender Abteilungsleiter im Außenministerium der DDR S. 1588⁶

Bautzmann, Georg Oberst i.G. und Referent beim Amt für Militärkunde (AMK) S. 1554–1556, 1558f.

Bayle, Henry Botschafter der Französischen Republik in Ost-Berlin S. 1594

al-Bayrakdar, Mohammed Zuheir Botschafter der Republik Irak in Bonn bis Juni 1980 S. 275

Bayülken, Haluk Verteidigungsminister der Republik Türkei seit 21. September 1980 S. 1835f., 1838, 1842

el-Baz, Osama Staatssekretär im ägyptischen Außenministerium S. 1319, 1321

Bazargan, Mehdi Ministerpräsident der „Provisorischen Regierung“ des Iran bzw. der Islamischen Republik Iran vom 5. Februar 1979 bis zu seinem Rücktritt am 6. November 1979 S. 499, 1489⁷

al-Bazzaz, Bassim Botschafter der Republik Irak in Bonn seit 4. Juli 1980 **Dok. 230** und S. 1382–1384

Béavogui, Louis Lansana Ministerpräsident der Revolutionären Volksrepublik Guinea S. 502

Becton, Julius Wesley Jr. Generalleutnant der amerikanischen Streitkräfte und Befehlshaber des 7. Korps der US-Armee in Stuttgart S. 869

Beeby, Christopher Botschafter von Neuseeland in Teheran bis Ende April

- 1980, vom 9. Februar bis 5. April 1980 von seinem Posten abgezogen S. 611⁵
- Begin, Menachem** Ministerpräsident des Staates Israel und bis 10. März 1980 zugleich Außenminister S. 30, 63², 81¹³⁺¹⁴, 94, 145, 230, 401, 438f., 484f., 505¹², 596, 781¹⁵, 783, 784²², 933f., 1172, 1177, 1213, 1300⁹, 1303¹⁶, 1304²⁰, 1319–1321, 1348¹⁸⁺¹⁹, 1349²⁴, 1708f., 1725¹³
- Beheshti, Seyyed Mohammed Hosseini** schiitischer Geistlicher (Ayatollah), Generalsekretär der Islamischen Republikanischen Partei, Erster Sekretär des Revolutionsrats bis zu dessen Auflösung im Juli 1980 sowie Leiter des Justizwesens der Islamischen Republik Iran S. 410, 574, 944²³, 1214, 1215³⁹, 1278⁸, 1375², 1489, 1545¹⁷
- Behrends, Wolfgang** 1973–1978 Leiter der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei den MBFR-Verhandlungen in Wien mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 266¹¹, 1372¹⁰, 1661⁹
- Behrendt, Heinz** 1965–1978 Stellvertretender Minister für Außenhandel der DDR S. 1623⁴⁴
- Beier, Gerhard** Vorsitzender des Vorstands der Bremer Lagerhaus-Gesellschaft S. 207
- Beil, Gerhard** Staatssekretär und Erster Stellvertretender Minister für Außenhandel der DDR S. 708, 997, 998²⁰
- Beitz, Berthold** Vorsitzender des Aufsichtsrats der Fried. Krupp GmbH S. 205¹⁹, 325, 600, 811
- Belaúnde Terry, Fernando** 1963–1968 und erneut seit 28. Juli 1980 Präsident der Republik Peru S. 874
- Belgasse, Yunis** Oberst der libyschen Streitkräfte und Leiter des Auslandsgeheimdienstes der Sozialistischen Libysch-Arabischen Volks-Dschamahirija; 1977–1979 Innenminister **Dok. 222** und S. 905⁵, 907¹¹, 914⁸, 1202, 1204f., 1420¹⁷
- Bellmon, Henry Louis** Senator des amerikanischen Bundesstaates Oklahoma (Republican Party) S. 1627⁶
- Bendjedid, Chadli** Präsident der Demokratischen Volksrepublik Algerien S. 714, 1176
- Benedict, Calvert P.** Generalmajor der amerikanischen Streitkräfte und Kommandant des amerikanischen Sektors in Berlin S. 832
- Ben-Elissar, Eliahu** Botschafter des Staates Israel in Kairo seit 26. Februar 1980 S. 180³⁷, 1303
- Bengsch, Alfred** 1961–1979 Bischof von Berlin, 1967–1979 Kardinal und 1976–1979 Vorsitzender der Berliner Bischofskonferenz S. 831³, 832f.
- Bennett, William Tapley Jr.** Leiter der Ständigen Vertretung der Vereinigten Staaten von Amerika bei der NATO in Brüssel S. 251–253, 495¹¹, 1381, 1504⁵, 1785–1788, 1798¹⁹
- Bensch, Peter** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 203 „Mittelmeerfragen; Portugal, Spanien, Italien, San Marino, Heiliger Stuhl, Griechenland, Türkei, Zypern, Malta, Malteser-Ritter-Orden“ des Auswärtigen Amts, seit 9. Juni 1980 Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Bukarest, seit 2. Dezember 1980 Botschaftsrat I. Klasse S. 812¹
- Bente, Wolfgang** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 341 „Ostasien, Australien, Neuseeland, Ozeanien“ im Auswärtigen Amt **Dok. 298** und S. 598²², 657¹⁶, 1525¹, 1648⁵
- Benyahia, Mohamed Seddik** Außenminister der Demokratischen Volksrepublik Algerien S. 1674
- Benzler, Willibrord** 1901–1919 Bischof von Metz S. 1244³⁴
- Berija, Lawrentij Pawlowitsch** 1938–1945 und 1953 Volkskommissar bzw. Minister für Innere Angelegenheiten der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 1342⁹
- Berker, Hans Joachim** Rechtsanwalt in Namibia S. 1905, 1907f.
- Berlinguer, Enrico** Generalsekretär der KPI S. 585
- Berlinguer, Sergio** außenpolitischer Berater des italienischen Ministerpräsidenten Cossiga, seit Oktober 1980 des

- Ministerpräsidenten Forlani S. 195, 690, 768, 1824, 1855
- Bernard-Reymond, Pierre** Staatssekretär im französischen Außenministerium (Secrétaire d'État auprès du Ministre des Affaires étrangères) S. 961, 1092, 1129
- Bernière, Jacques** Gesandter an der französischen Botschaft in Bonn S. 550⁵, 1776¹⁷
- Berninger, Karl-Heinrich** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Kabul, mit Erlaß vom 2. Januar 1980 zur Dienstreise nach Bonn beordert, daraufhin zur Sprachausbildung und im Referat 340 „Süd- und Südostasien“ des Auswärtigen Amts eingesetzt S. 3², 17
- Bertele, Franz Josef** Ministerialdirigent und Stellvertreter des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin, seit 24. November 1980 Vertreter des Leiters der Abteilung 5 „Rechtsabteilung“ und des Völkerrechtsberaters des Auswärtigen Amts S. 811⁹, 832⁷, 1262, 1353⁵, 1588⁶
- Berthod, Jacques** Vertreter des französischen Botschafters in Kabul (Deuxième conseiller) S. 172
- Berthold, Renate** Angestellte in der Abteilung 2 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts S. 910¹⁴, 1518¹, 1519⁵
- Bertram, Christoph** Direktor des IISS in London S. 1802¹, 1804
- Beullac, Christian** Bildungsminister der Französischen Republik S. 1132, 1247⁵⁰
- Bhutto, Zulfikar Ali** 1971–1973 Präsident der Republik Pakistan und 1973–1977 Ministerpräsident der Islamischen Republik Pakistan S. 1179
- Biden, Joseph Robinette Jr.** Senator des amerikanischen Bundesstaates Delaware (Democratic Party) S. 899, 900¹⁷, 901, 937, 956, 1209
- Bieńkowski, Władysław** polnischer Soziologe; 1956–1959 Bildungsminister der Volksrepublik Polen S. 1456⁷
- Bierut, Bolesław** 1944–1952 Vorsitzender des Volksrats bzw. Präsident und 1952–1954 Ministerpräsident der Republik Polen bzw. der Volksrepublik Polen, 1948–1956 Generalsekretär bzw. Erster Sekretär der Polnischen Arbeiterpartei bzw. der PVAP S. 1297⁵
- Biesheuvel, Barend Willem** Mitglied des „Ausschusses der Weisen“ der EG; 1971–1973 Ministerpräsident des Königreichs der Niederlande S. 1808
- Bilak, Vasil** Mitglied des Präsidiums des ZK der Kommunistischen Partei der ČSSR und Sekretär des ZK S. 708
- Bilić, Jure** Mitglied im Präsidium des ZK des Bundes der Kommunisten Kroatiens und Vorsitzender der Versammlung der jugoslawischen Teilrepublik Kroatien S. 434
- Billings, Leon G.** Persönlicher Referent des amerikanischen Senators und seit 8. Mai 1980 des Außenministers Muskie S. 1065
- Birendra Bir Bikram Shah Dev** König des Königreichs Nepal S. 468
- Birincioglu, Ahmet Ishan** Verteidigungsminister der Republik Türkei bis 12. September 1980 S. 301³, 765, 881
- Birner, Werner** Ministerialrat und Vertreter des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der OECD in Paris S. 1523¹⁰
- Bíró, József** 1963–1979 Außenhandelsminister der Ungarischen Volksrepublik S. 308¹⁵
- Biryvkwow, Wadim** S. 1146⁴
- Bisaglia, Antonio** Minister für Industrie, Handel und Handwerk der Italienischen Republik bis 20. Dezember 1980 S. 769⁷
- Bitzker, Peter Erich** Flottillenadmiral und Militärattaché an der südafrikanischen Botschaft in Bonn S. 1227¹⁰, 1228, 1229¹³
- Blackwill, Robert D.** Mitarbeiter beim Nationalen Sicherheitsrat (National Security Council) der Vereinigten Staaten von Amerika (Director of West European Affairs) S. 108, 124, 168, 172 f., 175–177, 180, 183 f., 189, 392³⁴, 578, 896, 902–904, 1065, 1075, 1285⁵, 1478²⁴, 1747, 1897
- Blaker, James R.** Mitglied der amerikanischen Delegation bei den MBFR-Ver-

handlungen in Wien (Secretary of Defense Representative to MBFR Negotiations) S. 249³³

Blaker, Peter Mitglied des britischen Parlaments und Staatsminister im Außenministerium (Minister of State for Foreign and Commonwealth Affairs) S. 997, 1721, 1870

Blatow, Anatolij Iwanowitsch Persönlicher Referent des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew S. 814f., 1102¹²

Blech, Klaus Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 2 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts **Dok. 8, 58, 100, 102, 158, 174, 183, 189, 205, 220, 221, 244, 264, 274, 279, 280, 282, 286, 292, 311, 314, 346, 350, 359, 360, 362, 366, 373** und S. 10³⁴, 15, 19³, 108f., 115, 123¹⁷, 168–173, 176–181, 183–190, 235, 294¹, 311, 327⁵, 329¹⁴, 351¹, 355–358, 367, 433², 441, 450, 467, 581⁹, 644, 660¹¹, 688⁸, 727¹, 729¹⁰, 738⁴⁰, 768¹, 851²³, 936⁶, 977¹, 1002⁴, 1012, 1015¹⁴, 1016¹, 1063¹, 1068¹⁹, 1082¹, 1092¹, 1095, 1097, 1099, 1103¹, 1104, 1107, 1120, 1123¹³, 1124²¹, 1127³⁰, 1134, 1143, 1157²², 1159¹, 1186¹⁰, 1225⁶, 1253², 1264¹⁴, 1265, 1274–1276, 1309⁵, 1329¹⁷, 1396¹, 1429¹⁵, 1445¹, 1447¹⁵, 1448²¹, 1521¹, 1554–1560, 1576¹³, 1598¹, 1631⁴, 1640²⁸, 1685⁵, 1706⁴⁶, 1707⁵⁰, 1747, 1784¹, 1789²³, 1813³, 1843, 1847–1849, 1851, 1853³², 1890, 1891⁶⁺⁸⁺⁹, 1892–1899, 1901, 1916¹, 1920⁴, 1922¹, 1935¹

Blomeyer-Bartenstein, Hans-Henning Legationsrat bzw. seit 23. Mai 1980 Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Kairo, seit 9. Juli 1980 im Referat 210 „Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen“ des Auswärtigen Amts S. 1421¹, 1866¹

Blomeyer-Bartenstein, Horst Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Canberra, seit 9. Juni 1980 Botschafter in Brüssel S. 909⁷, 1134⁴, 1391²¹, 1430², 1431⁵

Blot, Jacques Mitarbeiter im französischen Präsidialamt (Conseiller technique au Secrétariat générale de la Prési-

dence de la République, Conseiller des Affaires étrangères) S. 1153

Böcker, Alfons Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in London; 1974–1978 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 310 „Nahe Osten“ im Auswärtigen Amt S. 77²⁶, 80⁸, 181³⁸, 272⁹, 403⁶, 490⁸

Boden, Dieter Legationsrat I. Klasse im Referat 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung“ des Auswärtigen Amts, seit 5. November 1980 Vortragender Legationsrat S. 96¹, 720¹, 1086, 1834¹, 1839¹, 1916¹

Boeden, Gerhard Abteilungsleiter im Bundeskriminalamt S. 907

Boehmer, Götz von Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 514 „Kriegsfolgen: Aus Krieg und Besatzung entstandene Fragen, Truppenstationierung, Auslandsschulden, Auslandsvermögen, Wiedergutmachung, Grenzen der Bundesrepublik Deutschland“ des Auswärtigen Amts S. 1084⁹

Bogatyrjow, Konstantin Petrowitsch sowjetischer Schriftsteller und Übersetzer, am 17. April 1976 nach einem Anschlag verstorben S. 164

de Boissieu, Pierre Persönlicher Referent des Vizepräsidenten der EG-Kommission, Ortoli S. 1571

Bokassa, Jean-Bédel 1966–1976 Präsident der Zentralafrikanischen Republik und 1976–1979 Kaiser des Zentralafrikanischen Kaiserreichs S. 1200

Boldt, Detlef Legationsrat I. Klasse im Referat 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung“ des Auswärtigen Amts, seit 6. Juni 1980 an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington S. 96¹, 135¹⁸, 720¹

Boldyrew, Wil Konstantinowitsch Leiter der Abteilung für den Mittleren Osten im sowjetischen Außenministerium S. 1432³

Bolen, David Benjamin Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Ost-Berlin bis 20. Juni 1980 S. 120¹¹

- Bolewski, Wilfried** Konsul und Vertreter des Generalkonsuls der Bundesrepublik Deutschland in Sydney, seit 31. Januar 1980 Legationsrat I. Klasse im Referat 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung“ des Auswärtigen Amts S. 565¹, 566⁷⁺¹⁰⁺¹², 566¹³⁺¹⁴⁺¹⁶, 578¹, 658¹, 659⁶, 704¹, 829¹, 880¹, 908¹, 1001¹, 1148¹, 1159¹, 1364¹, 1365⁸, 1396¹, 1400¹, 1401⁷, 1430¹, 1839¹, 1841¹⁵⁺¹⁶
- Boll, Erwin** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters für den Bereich Ausland im Referat 012 „Öffentlichkeitsarbeit, Politische Kontakte“ bzw. „Öffentlichkeitsarbeit“ des Auswärtigen Amts **Dok. 115, 211, 217, 225, 255, 273, 285, 375** und S. 328¹⁰, 412³⁷, 435⁴, 650³, 794⁵, 801¹¹, 828³⁰, 927⁹, 1028⁴⁸, 1172³, 1256¹⁷, 1319², 1351⁹, 1409⁷, 1809¹⁴
- Böll, Heinrich** Schriftsteller S. 164, 165⁷
- Bölling, Klaus** Staatssekretär und Chef des Presse- und Informationsamts sowie Sprecher der Bundesregierung bis 15. Dezember 1980, anschließend designierter Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin S. 127¹⁷, 132, 224¹⁴, 285, 403, 609, 765¹, 1016, 1050, 1129, 1134, 1137, 1140, 1143, 1209¹, 1237, 1246, 1264, 1273, 1275, 1331, 1435¹³, 1578¹⁸, 1622³⁸⁺³⁹, 1733, 1747, 1756, 1928¹
- Bolt, Basil Franklin** Botschafter von Neuseeland in Bonn S. 1525¹
- Bondarenko, Alexander Pawlowitsch** Leiter der Dritten Europäischen Abteilung des sowjetischen Außenministeriums S. 447, 450, 514⁷, 800, 892³, 894, 1016, 1050³⁶, 1224³, 1225⁶
- Bonnefous, Marc** Botschafter der Französischen Republik in Tel Aviv S. 1775¹⁶
- Bonner, Jelena Georgijewna** sowjetische Dissidentin S. 164
- Boock, Peter-Jürgen** Mitglied der RAF S. 667⁴
- Börner, Holger** Ministerpräsident des Landes Hessen (SPD) S. 1128
- Bosch, Klaus** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 422 „Grundsatzfragen der Außenwirtschaftspolitik; Außenhandelsförderung; Gewährleistungen im Außenhandel und Kapitalexport; Rüstungsexportpolitik“ des Auswärtigen Amts S. 260¹, 475³⁵, 643¹⁺²
- Bosch, Robert** *1861 †1942 S. 1242, 1249 f.
- Bossi, Rolf** Rechtsanwalt in München S. 1382 f.
- Bosworth, Stephen Warren** Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Tunis S. 1164
- Botha, Pieter Willem** Ministerpräsident und bis 6. Oktober 1980 zugleich Verteidigungsminister der Republik Südafrika S. 647⁷, 756, 1715¹⁸
- Botha, Roelof Frederik („Pik“)** Außenminister der Republik Südafrika S. 531, 647⁷, 649¹⁵, 756⁹, 757, 888, 1226², 1227, 1442¹³, 1715–1717, 1736
- Boulez, Pierre** französischer Komponist und Dirigent S. 1241, 1245
- Bourges, Yvon** Verteidigungsminister der Französischen Republik bis 2. Oktober 1980, anschließend Mitglied des französischen Senats S. 60¹⁸, 260³, 262, 816¹³, 1130
- Bourloyannis-Tsangaridis, Ioannis** Gesandter an der griechischen Botschaft in Bonn S. 136²⁰
- Boutros-Ghali, Boutros** Staatsminister für Auswärtige Angelegenheiten der Arabischen Republik Ägypten S. 25³, 596⁹, 781¹⁵, 1300⁹, 1321, 1758³
- Bouverat, Colette** Dolmetscherin im Referat 105 „Sprachendienst“ des Auswärtigen Amts mit der Funktionsbezeichnung Vortragende Legationsrätin für Tätigkeiten bei offiziellen Anlässen S. 690¹, 768, 860, 1824¹
- Bowdler, William Garton** Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Assistant Secretary of State for Inter-American Affairs) S. 428
- Braine, Édouard** Mitarbeiter im französischen Außenministerium (Conseiller des Affaires étrangères de deuxième classe), seit Juni 1980 an der französischen

Botschaft in Algier (Deuxième conseiller)
S. 168, 834⁴

Braithwaite, R. Q. Mitarbeiter im britischen Außenministerium (Head of Planning Staff) S. 168, 177

Brand Fourie siehe: *Fourie, Bernardus Gerhardus*

Brandt, Willy Vorsitzender der SPD, Mitglied des Deutschen Bundestags sowie Präsident der Sozialistischen Internationale und Vorsitzender der „Nord-Süd-Kommission“, 1966–1969 Bundesminister des Auswärtigen, 1969–1974 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland S. 62¹, 145, 164, 346, 390, 473, 582², 586, 599, 820⁵, 827²⁹, 828³⁰, 885³, 886, 900, 927, 930, 931⁵, 932, 963, 967f., 976, 1042, 1050¹, 1051, 1159, 1212¹⁹, 1214, 1263, 1291¹⁴, 1428, 1438, 1441, 1520, 1529, 1674, 1764¹, 1913¹³

Brauchitsch, Eberhard von Gesellschafter der Friedrich Flick KG und stellvertretender Vorsitzender der Geschäftsführung der Friedrich Flick Industrieverwaltung KGaA sowie stellvertretender Vorsitzender der Stiftung Deutsche Sporthilfe S. 600

Braun, Sigismund Freiherr von 1970–1972 Staatssekretär im Auswärtigen Amt S. 1938²¹

Braunmühl, Gerold Edler von Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 010 „Ministerbüro“ des Auswärtigen Amts, seit 18. Dezember 1980 Vortragender Legationsrat I. Klasse **Dok. 39** und S. 10³⁴, 15¹, 17¹⁵⁺¹⁶, 42¹, 47¹, 92¹³, 102¹, 107¹, 118¹, 120¹¹, 128¹, 154¹, 163¹, 164⁵, 168¹, 216¹, 253¹, 282¹, 284¹⁰⁺¹²⁺¹³, 322¹, 325¹⁸, 340¹, 344¹, 346¹³, 351¹, 353¹⁴, 392¹, 440³, 461¹, 463¹⁴, 464¹⁸, 465¹⁹, 466²³, 502¹, 601¹, 604¹⁸, 622¹, 704¹, 738¹, 742¹, 753⁴², 755⁵², 776¹, 777⁵, 789¹, 793¹, 794, 800, 809³⁸, 829¹, 831¹, 840¹, 842¹⁰, 870¹, 871⁴, 872⁸, 880¹, 892¹, 893⁹, 894¹¹, 911¹, 936¹, 939¹⁵, 960, 1035, 1065, 1071¹, 1092¹, 1134¹, 1174¹, 1193¹, 1216¹, 1219¹, 1237⁶, 1253², 1260¹, 1261³⁺⁶⁺⁷, 1264¹², 1265¹⁶, 1267²¹, 1284¹, 1299¹, 1306¹, 1319¹, 1330¹, 1358¹, 1360¹², 1392¹, 1408¹, 1426¹, 1440¹, 1455¹, 1481¹, 1503, 1518¹, 1568¹, 1575¹,

1581³¹, 1587¹, 1605¹, 1615¹, 1626¹, 1631¹, 1654¹, 1659¹, 1660⁵, 1664¹, 1669¹, 1695¹, 1739¹, 1776¹⁸, 1784¹, 1788²⁰, 1789²², 1799², 1816⁹, 1817, 1843¹, 1875¹, 1877¹⁰, 1890¹, 1909¹, 1928¹

Bräutigam, Hans Otto Ministerialdirigent und Leiter des Arbeitsstabs 20 „Deutschlandpolitik“ im Bundeskanzleramt, am 1. November 1980 in den Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts zurückversetzt, seit 3. November 1980 Leiter der Unterabteilung 21 in der Abteilung 2 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts S. 285, 1424, 1435¹³, 1457⁹, 1598¹, 1664¹, 1796¹, 1801¹¹, 1811¹, 1843¹, 1929⁴

Bredow, Leopold Bill von Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 701 „Fremde Missionen und Konsulate, Zeremoniell, Orden“ im Auswärtigen Amt, seit 21. Juli 1980 zweiter stellvertretender Leiter der Abteilung 7 „Protokoll“, seit 24. Oktober 1980 stellvertretender Leiter der Abteilung 7 mit der Amtsbezeichnung Gesandter S. 1204³¹

Breschnew, Leonid Iljitsch Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken **Dok. 34, 195** und S. 5¹³, 11³⁸, 19³, 22¹¹, 43, 49, 53¹⁷, 65, 68f., 71¹², 123, 154, 156, 160, 162, 169⁵, 170, 211, 224, 241, 242¹⁴, 244²², 253, 256–258, 267¹⁵, 321⁴², 324f., 341, 352f., 381, 390, 410, 423, 440–449, 471²¹, 486, 525⁴, 527, 539–542, 605²², 613¹⁹, 619⁹, 624, 658², 659, 660¹⁵, 662f., 679f., 709, 712, 715³⁹, 716f., 724f., 733, 735, 752f., 775, 795⁹, 796, 801⁸, 810, 812, 814–817, 840f., 842¹⁰, 844, 850f., 876, 893, 895¹⁶, 898, 902, 904, 912, 916, 940, 948, 983–988, 1010, 1016–1024, 1027, 1029–1031, 1033, 1035–1046, 1049–1051, 1053f., 1055¹⁵, 1056¹⁷, 1057, 1059f., 1069, 1072, 1075, 1078⁴, 1079f., 1089, 1092f., 1096, 1100–1103, 1105, 1108f., 1111, 1114, 1147, 1149, 1183, 1279, 1284–1286, 1287¹⁵, 1322, 1333, 1342⁸, 1358f., 1361–1363, 1367f., 1371⁹, 1377–1379, 1458, 1461, 1492, 1494²⁶, 1504⁵⁺⁶, 1506, 1508, 1512–1514, 1561–1564, 1570, 1581³¹, 1593²¹,

- 1594, 1595², 1619f., 1631–1634, 1668, 1677f., 1695, 1729–1732, 1737, 1740, 1749¹³, 1766, 1767¹⁶, 1781, 1789²³, 1798¹⁹, 1817³, 1837, 1843–1845, 1859, 1876, 1881⁸, 1902¹², 1932f.
- Brezhnev** siehe: *Breschnew, Leonid Iljitsch*
- Bridges, Thomas Edward (2nd Baron Bridges)** Abteilungsleiter im britischen Außenministerium (Deputy Under-Secretary of State) S. 1890–1894, 1896, 1899–1904
- Brock III, William Emerson** Vorsitzender des „Republican National Committee“ der Republican Party; 1981–1985 Handelsbeauftragter der Vereinigten Staaten von Amerika (US Trade Representative) S. 1872
- Brockdorff-Ahlefeld, Cay Graf** Korrespondent des Axel-Springer-Auslandsdienstes für NATO- und Militärfragen in Brüssel S. 1390
- Brockdorff-Dallwitz, Thilo Johann Roger Graf** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 412 „Europäische Wirtschafts- und Währungspolitik; Industrie-, Wettbewerbs-, Regional-, Sozial-, Energie- und Verkehrspolitik der EG; Fragen der Weltwirtschaftslage; Internationale Währungspolitik; EGKS; OECD“ bzw. „Europäische Wirtschafts- und Währungspolitik; Industrie-, Wettbewerbs-, Regional-, Sozial-, Energie- und Verkehrspolitik der EG; EGKS; Fragen der Weltwirtschaftslage; Internationale Währungspolitik; IWF; OECD“ des Auswärtigen Amts S. 361⁵⁸, 653¹
- Brooke Turner, Alan** Gesandter an der britischen Botschaft in Moskau S. 1812
- Broomfield, William S.** Mitglied des amerikanischen Repräsentantenhauses (Republican Party) S. 1629¹³
- Brown, Harold** Verteidigungsminister der Vereinigten Staaten von Amerika S. 97, 100, 202, 227, 369¹⁰, 387, 399, 422, 466²⁴, 761f., 765–767, 772, 880, 882–884, 949, 1056f., 1061, 1193, 1195f., 1281, 1690–1693, 1837f., 1839⁷, 1841, 1842²⁴, 1848f., 1920
- Brüggemann, Adolf** Oberstleutnant i. G. und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Seoul S. 1848²⁰
- Brümmer, Christoph** Legationsrat I. Klasse im Referat 214 „Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Albanien“ des Auswärtigen Amts S. 384¹, 433¹, 722¹, 1811¹
- Brunet, Jean-Pierre** Botschafter der Französischen Republik in Bonn S. 530, 1092, 1120, 1123, 1247, 1274, 1590–1595
- Brunner, Edouard** Abteilungsleiter im schweizerischen Außenministerium und Leiter der Delegation der Schweizerischen Eidgenossenschaft beim KSZE-Vorbereitungstreffen ab 9. September und bei der KSZE-Folgekonferenz ab 11. November 1980 in Madrid S. 1553
- Bruns, Werner** Verwaltungsangestellter und Leiter des Kanzlerbüros im Bundeskanzleramt S. 504, 594¹, 700¹, 765¹, 983¹, 1050¹, 1209¹, 1350¹, 1641¹, 1733¹, 1747¹, 1764¹, 1802¹, 1885¹
- Brzezinski, Zbigniew** Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten Carter (Assistant to the President for National Security Affairs) S. 13⁴⁴, 58, 97f., 99¹⁸, 112²², 124, 233, 387, 393f., 403, 405, 407, 410f., 413f., 423¹², 461, 462⁵, 466²⁴, 499, 578f., 739f., 747, 933, 948, 954–956, 958, 1075, 1077, 1095, 1177, 1209, 1211¹⁵, 1495, 1747, 1764, 1920
- Buback, Siegfried** Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof von 1974 bis zu seiner Ermordung durch die RAF am 7. April 1977 S. 668⁶
- Buchanan-Smith, Alick Laidlaw** Mitglied des britischen Parlaments (Conservative and Unionist Party) und Staatsminister im Ministerium für Landwirtschaft, Fischerei und Ernährung S. 770¹²
- Bucher-Johannessen, Olav** Staatssekretär im Amt des norwegischen Ministerpräsidenten S. 1277, 1282
- Buchner, Edmund** Präsident des Deutschen Archäologischen Instituts S. 121
- Buchrucker, Hasso Rab** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters

- im Referat 310 „Naher Osten“ des Auswärtigen Amtes S. 437¹, 1810²²
- Buddenberg, Hellmuth** Vorsitzender des Vorstands der Deutschen BP AG S. 205
- Bukowskaja, Nina** S. 879¹¹
- Bukowskij, Wladimir Konstantinowitsch** sowjetischer Schriftsteller und Dissident S. 879
- Bulat, Zivojin** Vertreter des UNHCR in Jugoslawien S. 1233f., 1235¹³
- Bullard, Julian L.** Abteilungsleiter im britischen Außenministerium (Deputy Under-Secretary of State) S. 109, 115, 168, 170–172, 174, 177–184, 187–191, 450²⁵, 487²⁷, 660¹¹, 834⁴, 835, 994–997, 999, 1276⁸, 1440⁷, 1471–1473, 1476, 1478²⁴, 1843³, 1866, 1890, 1891⁸, 1892–1894, 1896–1899, 1901
- Burg, Josef** Innenminister des Staates Israel S. 439
- Bürger, Heinz Dieter** Vortragender Legationsrat im Referat 340 „Süd- und Südostasien“ des Auswärtigen Amtes S. 17¹⁵, 178³⁰, 614²⁴, 1680
- Burkhardt, Klaus** Attaché im Auswärtigen Amt, vom 21. April bis 5. Dezember 1980 im Referat 212 „Fragen der allgemeinen Ost-West-Beziehungen (u. a. Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)“ S. 1664¹
- Burns, Arthur Frank** 1970–1978 Vorsitzender der amerikanischen Notenbank (Federal Reserve) S. 1766
- Burt, Richard** Journalist bei der Tageszeitung „The New York Times“ S. 1193
- Busch, Rolf Trygve** Botschafter des Königreichs Norwegen in Bonn S. 1277
- Bush, Barbara** S. 1744²⁶
- Bush, George Herbert Walker** Vorstandsvorsitzender der First International Bank in Houston; Kandidat der Republikanischen Partei für das Amt des amerikanischen Präsidenten bei den Vorwahlen, anschließend Bewerber um das Amt des Vizepräsidenten; 1976/77 Direktor der CIA S. 390, 766⁵, 1744, 1783
- Buthelezi, Mangosuthu Gatsha** Chefminister (Regierungschef) des südafrikanischen Homelands Kwa-Zulu und Vorsitzender der Inkatha Freedom Party S. 647
- Butler, Adam** Mitglied des britischen Parlaments und Staatsminister im Industrieministerium S. 1712⁶
- von Butler, Peter** Botschaftsrat an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO in Brüssel, seit 16. Juni 1980 Vortragender Legationsrat im Referat 014 „Büro Staatssekretäre“ des Auswärtigen Amtes sowie Persönlicher Referent des Staatssekretärs van Well S. 896¹, 905¹, 1134¹, 1161¹, 1253², 1269¹, 1367¹, 1590¹, 1591⁴, 1796¹, 1918¹, 1928¹, 1945⁸
- Byatt, Hugh Campbell** Botschafter des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Luanda S. 756
- Byrd, Robert Carlyle** Senator des amerikanischen Bundesstaates West Virginia (Democratic Party) und „Mehrheitsführer“ des Senats (Senate Majority Leader) S. 5¹³, 22, 122, 126, 241¹¹, 338f., 1030⁵⁷
- Caetano, Marcello José das Neves Alves** 1968–1974 Ministerpräsident der Portugiesischen Republik S. 1792⁹
- Callaghan, James** Vorsitzender der Labour Party bis 15. Oktober 1980; 1976–1979 Premierminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland; 1974–1976 Außenminister S. 58¹², 63², 123¹⁷, 139²⁴, 372²², 517¹³, 519, 687, 689, 694, 813⁶, 838¹², 850²¹, 950²¹, 988²⁴, 1041, 1323²³, 1706⁴⁵, 1833²⁷
- Calogeras, Pierre** Botschafter der Hellenischen Republik in Bonn S. 305¹¹, 413³⁹
- Cambridge, Sydney John Guy** Botschafter des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Kuwait-Stadt S. 1847¹⁴
- Camilión, Oscar** Botschafter der Argentinischen Republik in Brasilia; vom 29. März bis 11. Dezember 1981 Außenminister S. 1795²⁵
- Camus, Albert** *1913 †1960 S. 1239, 1241

Canaletto (Bernardo Bellotto) * 1722
† 1780 S. 1615

Carneiro siehe: Soares Carneiro, António da Silva Osório

Carrington, Peter Alexander Rupert 6th Baron (Lord Carrington) Außenminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland **Dok. 62, 143, 148, 357** und S. 10³⁵, 28³, 80f., 115³⁹, 123f., 178–180, 227³, 229, 318²⁹⁺³⁰, 327, 340–342, 344, 371, 408, 484⁶, 490⁸, 521, 529⁴, 545, 547, 626, 631, 660¹¹, 693, 708, 738–740, 758¹⁶, 762f., 799, 921³², 960–962, 1000f., 1002⁴, 1006, 1094, 1105, 1440⁷, 1471, 1478, 1521–1525, 1527¹¹, 1602, 1637, 1639, 1695–1710, 1712–1718, 1720f., 1740, 1769, 1774f., 1874, 1890, 1892f., 1900, 1929

Carstens, Karl Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland S. 428, 593³³, 722², 808, 828³⁰, 845², 867, 868²⁰, 1128, 1132, 1338, 1488⁴, 1673, 1674¹⁸, 1772

Carswell, Robert stellvertretender Finanzminister der Vereinigten Staaten von Amerika (Deputy Secretary of the Treasury) S. 1418¹²

Carter III, Hodding Leiter der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit im amerikanischen Außenministerium und Sprecher des Ministeriums (Assistant Secretary for Public Affairs, Spokesman of the Department) bis 1. Juli 1980 S. 57, 311

Carter, James Earl Jr. (Jimmy) Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika **Dok. 17, 24, 95, 110, 175** und S. 4⁹, 5¹³, 8, 14⁴⁵, 16¹³, 22, 26f., 29, 45¹², 51, 57⁹, 58¹², 62f., 65, 67, 81, 83, 90–93, 94²⁰, 95–101, 110f., 114, 123¹⁷, 124–129, 134, 139²⁴, 145, 150, 151⁶, 152f., 155, 160, 175, 177f., 184, 190, 192–194, 202, 205, 211, 215⁷, 227–234, 240⁸, 241, 244, 250³⁷, 252⁷, 259, 274¹⁶, 276, 283, 298, 311², 315, 319, 324, 337–339, 340⁷, 346¹³, 347f., 350, 353¹⁴, 365, 368, 371–373, 386–388, 390, 391³¹, 394⁸, 397, 402–415, 416⁶, 418f., 424f., 443¹⁶, 460, 461²⁺⁴, 466, 477⁴⁶, 486, 496, 498, 505¹², 510, 522, 535, 544–547, 567², 568, 574¹³, 575, 578–581, 597, 599, 601, 611, 613¹⁶, 615–617, 621, 637, 641, 679f., 687f., 696, 708f., 716⁴⁰,

720³, 721, 725, 729, 731, 738, 739⁵, 740f., 745¹², 747, 760, 765–767, 771f., 779⁹, 786, 792, 795, 798, 812¹⁰, 813, 814⁵, 823, 829, 838¹², 841⁵, 842¹⁰, 850²¹, 865, 869, 874, 879, 889–891, 897f., 918²¹, 933f., 936f., 948–959, 963–965, 972–979, 984, 988f., 1026, 1030f., 1035f., 1038f., 1041–1043, 1049, 1055, 1056¹⁷, 1059²³, 1070, 1075–1078f., 1109, 1168f., 1176, 1183, 1193–1196, 1209, 1211, 1213f., 1274¹³, 1278, 1279¹⁴, 1285f., 1287¹⁵, 1303¹⁶, 1320, 1323²³, 1348¹⁹, 1359f., 1361f., 1365, 1368, 1378f., 1416–1419, 1449, 1452f., 1457¹¹, 1463f., 1477, 1491, 1497, 1504⁵, 1517, 1522, 1546, 1595², 1606⁴, 1619, 1626³⁺⁴, 1628, 1667¹¹, 1700, 1702, 1706⁴⁵, 1707, 1725¹³, 1733, 1742, 1747–1750, 1754, 1756⁵, 1759f., 1764, 1766, 1781, 1786⁷, 1804, 1819, 1832f., 1844⁷, 1847¹⁴, 1849²¹, 1855, 1859, 1889, 1930¹⁴, 1931¹⁵

Carter, Rosalynn S. 746

Carvajal Moreno, Gustavo Präsident der mexikanischen Partido Revolucionario Institucional S. 827²⁹

Carvalho, Otelo Saraiva de Brigadegeneral der portugiesischen Streitkräfte und 1974/75 Oberkommandierender des Kontinentalen Operationskommandos (Comando Operacional do Continente, COPCON) S. 584

Casaroli, Agostino Kardinal und Sekretär des Staatssekretariats des Heiligen Stuhls S. 1772

Casey, William Joseph Leiter der Kampagne für die Wahl Ronald Reagans zum amerikanischen Präsidenten, anschließend Leiter des „Regierungsübergangsausschusses“ (transition executive committee) des gewählten Präsidenten Reagan S. 1627⁵, 1756f.

Caspari, Fritz 1974–1979 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Lisabon S. 593³²

Cassiers, Juan Mitarbeiter im belgischem Außenministerium (Chef du service des Affaires politico-militaires) S. 882¹⁶

Castañeda y Álvarez de la Rosa, Jorge Außenminister der Vereinigten Mexikanischen Staaten S. 820⁴, 1674

- Castro Ruz, Fidel** Vorsitzender des Staatsrats und des Ministerrats der Republik Kuba sowie Generalsekretär des ZK der Kommunistischen Partei Kubas S. 644, 711 f., 748¹⁴, 823, 826
- Ceaușescu, Nicolae** Vorsitzender des Staatsrats und Präsident der Sozialistischen Republik Rumänien sowie Generalsekretär des ZK der Rumänischen Kommunistischen Partei S. 184, 385, 506, 845 f., 847⁸, 848¹⁰, 851–853, 1321, 1680, 1681⁸, 1814–1816
- Cerda, Federico** stellvertretender Planungsminister der Republik Nicaragua S. 428
- Chaban-Delmas, Jacques** Präsident der französischen Nationalversammlung; 1969–1972 Ministerpräsident der Französischen Republik S. 1776
- Chai Zemin** Botschafter der Volksrepublik China in Washington S. 656
- Chakulya, Wilson M.** Außenminister der Republik Sambia S. 646, 648
- Chalfont** siehe: Jones, Alun Arthur Gwynne
- Chamorro, Violeta Barrios Torres de** Mitglied der Regierungsjunta in der Republik Nicaragua bis 19. April 1980 S. 822¹³
- Chamran, Mostafa** Verteidigungsminister der Islamischen Republik Iran S. 1490
- Chan, Sir Julius** Ministerpräsident von Papua-Neuguinea seit 11. März 1980 S. 1547²⁴
- Chatti, Habib** Generalsekretär der Organisation der Islamischen Konferenz S. 536 f., 749, 778⁷, 958⁶⁷, 962⁹, 1026, 1473, 1491¹⁶, 1514³⁸
- Chayet, Claude** Botschafter der Französischen Republik in Peking S. 654⁴
- Chéreau, Patrice** französischer Regisseur, Drehbuchautor und Schauspieler S. 1241
- Cheysson, Claude** Mitglied der EG-Kommission (zuständig für Entwicklungshilfe); 1981–1984 Außenminister der Französischen Republik S. 562¹¹, 755⁵², 1638
- Chikerema, James Robert Dambaza** Vorsitzender der Zimbabwe Democratic Party S. 531⁷
- Chirac, Jacques** Vorsitzender des Rassemblement pour la République (RPR) in Frankreich und Bürgermeister von Paris S. 1346⁹, 1531¹¹
- Chňoupek, Bohuslaw** Außenminister der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik S. 116⁴³, 320, 1799³, 1801¹¹, 1818, 1929–1932
- Chona, Mathias Mainza** Generalsekretär der sambischen UNIP und Sonderberater des Präsidenten Kaunda in politischen Angelegenheiten S. 646
- Chotulew, Bronislaw Pawlowitsch** Gesandter an der sowjetischen Botschaft in Ost-Berlin S. 990³⁴
- Christians, Friedrich Wilhelm** Sprecher des Vorstands der Deutschen Bank AG S. 1045²⁷, 1464 f.
- Christopher, Warren** stellvertretender Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika (Deputy Secretary of State) **Dok. 172** und S. 3–6, 8 f., 85 f., 89–95, 99, 103 f., 176, 233¹⁹, 317²⁶, 347, 423¹², 568, 688⁹, 955, 961, 1065, 1068, 1103, 1145 f., 1148–1150, 1168 f., 1209, 1414–1420, 1433⁶, 1436¹⁹, 1459–1465, 1472, 1518¹¹, 1521, 1747, 1750, 1786
- Christophersen, Henning** 1978/79 Außenminister des Königreichs Dänemark S. 882¹⁷
- Chruschtschow, Nikita Sergejewitsch** 1953–1964 Erster Sekretär des ZK der KPdSU und 1958–1964 Ministerpräsident der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 202⁴, 1297⁵, 1494, 1678
- Chulasapya, Dawee** Marschall der thailändischen Luftwaffe (Air Chief Marshal) und bis 13. März 1980 stellvertretender Ministerpräsident des Königreichs Thailand S. 119⁷
- Chun Doo-Hwan** General der südkoreanischen Streitkräfte und amtierender Leiter des Geheimdienstes KCIA (Korean Central Intelligence Agency), seit 14. April 1980 offiziell Leiter des KCIA und seit 2. Juni Mitglied eines Sonder-

- komitees für die Sicherheit des Landes, seit 1. September 1980 Präsident der Republik Korea (Südkorea) S. 946³¹, 1439³³⁺³⁴, 1848²⁰, 1849²¹
- Church, Frank Forrester** Senator des amerikanischen Bundesstaates Idaho (Democratic Party) S. 339
- Churchill, Sir Winston Leonard Spencer** 1940–1945 und 1951–1955 Premierminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 1497³⁶
- Chyliński, Jan** Botschafter der Volksrepublik Polen in Bonn **Dok. 240, 310** und S. 677, 681, 683f., 1309⁵, 1324, 1326–1329, 1435¹³, 1457
- Ciechanover, Joseph** Generaldirektor des israelischen Außenministeriums bis 15. Juli 1980 S. 1349
- Citron, Klaus Jürgen** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 220 „Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit), insbesondere VN-Bereich und SALT“ bzw. „Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit), insbesondere SALT und LRTNF“ im Auswärtigen Amt **Dok. 126, 170** und S. 23¹⁴, 47¹, 157¹⁹, 239, 244, 245, 246²⁶, 250, 251³⁸, 565¹, 605²², 674¹⁺³, 675⁵, 676⁶, 1067¹⁴, 1102, 1103¹, 1284¹, 1367⁵, 1377¹, 1378, 1504⁶, 1630¹⁶, 1684²¹, 1690¹, 1692¹²⁺¹⁸, 1693¹⁹, 1728¹, 1749¹³
- Claes, Willy** Wirtschaftsminister des Königreichs Belgien S. 290f., 764²²
- Clappier, Bernard** Ehrenpräsident der französischen Notenbank S. 962
- Clark, Charles Joseph** Ministerpräsident von Kanada bis 3. März 1980 S. 11³⁸, 127¹⁶
- Claude, André** Leiter des Presse- und Informationsamts der luxemburgischen Regierung S. 1134, 1143
- Clifford, Clark McAdams** 1968/69 Verteidigungsminister der Vereinigten Staaten von Amerika S. 116, 178, 229¹⁰
- Clive** siehe: *Rose, Sir Clive Martin*
- Cochran, William Thad** Senator des amerikanischen Bundesstaates Mississippi (Republican Party) S. 1627⁶
- Cohen, Geula** Mitglied des israelischen Parlaments S. 784²²
- Cohen, William Sebastian** Senator des amerikanischen Bundesstaates Maine (Republican Party) S. 1627⁶
- Colbert, Jean-Baptiste** 1665–1683 Generalkontrollleur der Finanzen des Königreichs Frankreich S. 1713
- Colombo, Emilio** Außenminister der Italienischen Republik seit 4. April 1980; 1970–1972 Ministerpräsident **Dok. 277** und S. 547, 626, 740, 868¹⁸, 960f., 971, 1004, 1105, 1110, 1112f., 1637, 1678, 1824, 1826–1829, 1831–1833, 1855–1860
- Connally, John Bowden** 1963–1969 Gouverneur des amerikanischen Bundesstaates Texas; 1971/72 Finanzminister der Vereinigten Staaten von Amerika S. 766, 1765
- Coon, Jane Abell** Mitarbeiterin im amerikanischen Außenministerium (Deputy Assistant Secretary, Bureau of Near Eastern and South Asian Affairs) S. 168²
- Cooper, Richard Newell** Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium (Under Secretary of State for Economic Affairs) S. 82¹⁵, 89, 90¹⁰, 91f., 311, 313–318, 419f., 568, 711, 1890–1894, 1896, 1899–1904
- Cortier, Peter** Mitglied des Deutschen Bundestags (SPD) S. 614
- Corvalán Lepe, Luis Nicolás** Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chiles, von 1973 bis 1976 inhaftiert, anschließend in der UdSSR lebend S. 879¹¹
- Cossiga, Francesco** Ministerpräsident der Italienischen Republik bis 18. Oktober 1980 **Dok. 30, 132, 147** und S. 149, 190, 346, 363, 518, 532, 701, 728⁷, 740⁸, 754, 813³, 818²³, 922⁸, 924, 962f., 971–978, 1363¹¹, 1707, 1822
- Cousins, Ralph Wynne** 1972–1975 Befehlshaber der Alliierten Streitkräfte im Bereich Atlantik (SACLANT) S. 1254⁶
- Coutinho** siehe: *Azevedo Coutinho, Luís de*

- Coutinho, António Rosa** Admiral der portugiesischen Marine, 1975 Mitglied des Revolutionsrats S. 584
- Couve de Murville, Maurice** Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses der französischen Nationalversammlung; 1958–1968 Außenminister der Französischen Republik S. 1291¹⁴, 1869
- Cradock, Percy** Botschafter des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Peking S. 654⁴
- Craig, Albert James Macquoen** Botschafter des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Djidda S. 921³²
- Craxi, Bettino** Generalsekretär der PSI S. 33 f., 585, 768 f.
- Crespo, Vítor Pereira** Minister für Erziehung und Wissenschaft der Portugiesischen Republik seit 3. Januar 1980 S. 627
- Crnobrnja, Bogdan** stellvertretender Vorsitzender des „Ad Hoc Committee“ und Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Globale Verhandlungen“ der VN-Sondergeneralversammlung für Entwicklungsfragen vom 25. August bis 15. September 1980 in New York S. 1405
- Cuadra Chamorro, Joaquín** Finanzminister der Republik Nicaragua S. 428
- Čulafić, Dobroslav** Mitglied im Präsidium des ZK des BdKJ S. 434
- Cunhal, Álvaro Barreirinhas** Generalsekretär der Kommunistischen Partei Portugals (Partido Comunista Português) S. 36, 585
- Cutler, Lloyd Norton** Mitarbeiter im amerikanischen Präsidialamt (White House Counsel) S. 231, 340⁷, 388
- Czaja, Herbert** Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU) S. 614, 1232³, 1235, 1236¹⁵
- Czyrek, Józef** Stellvertretender Außenminister der Volksrepublik Polen, seit 24. August 1980 Außenminister und Mitglied des ZK der PVAP S. 677, 1269², 1327 f., 1435, 1455–1458, 1462, 1478, 1505, 1599, 1601, 1696, 1856, 1863⁸
- Daillet, Jean-Marie** Mitglied der französischen Nationalversammlung (UDF) S. 1152
- al-Dajani, Ahmad Sedki** Vertreter der PLO bei der Arabischen Liga in Tunis S. 1638²⁰
- Dalsager, Poul** Landwirtschafts- und Fischereiminister des Königreichs Dänemark S. 504, 506
- Dane, Hendrik** Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau, seit 7. Mai 1980 im Referat 210 „Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen“ des Auswärtigen Amts S. 1421¹, 1507¹⁵, 1866¹
- Daniel, Julij Markowitsch („Nikolaj Arschak“)** sowjetischer Schriftsteller und Dissident S. 878
- Dannenbring, Fredo** Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Washington; 1976–1979 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung“ im Auswärtigen Amt **Dok. 103, 106, 251** und S. 108, 181³⁸, 337², 419¹⁷, 499⁸, 889⁵, 910, 918²¹, 946³⁰, 952³¹, 1011⁴¹, 1030⁵⁷, 1276⁸, 1285⁵, 1306², 1517⁹, 1626⁴, 1670⁷
- Da Rin, Eric** Botschafter der Italienischen Republik in Ankara S. 329¹⁵
- Dassel, Peter** Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Rom, seit 13. Februar 1980 Vortragender Legationsrat im Referat 421 „Wirtschaftsbeziehungen West-Ost“ des Auswärtigen Amts und seit 16. Juni 1980 Vertreter des Referatsleiters S. 1456⁵
- Daud Khan, Mohammed** General der afghanischen Streitkräfte und von 1973 bis zu seiner Ermordung am 27. April 1978 Präsident der Republik Afghanistan S. 200, 256¹³, 651⁴, 798, 815⁸, 1020¹⁹
- Daud Odeh, Mohammed** Mitglied im Exekutivbüro der PLO S. 1313
- Daum, Werner** Legationsrat I. Klasse und Geschäftsträger ad interim an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Aden, seit 21. April 1980 an der

- Botschaft in Paris, vom 2. Juli bis 29. August 1980 erneut nach Aden abgeordnet S. 1238¹¹
- Daume, Willi** Präsident des NOK für Deutschland und der Deutschen Olympischen Gesellschaft (DOG) S. 600, 811
- Davignon, Étienne Vicomte** Mitglied der EG-Kommission (zuständig für Angelegenheiten der Industrie und des Binnenmarkts) S. 929, 1571¹, 1572–1574, 1712
- Davos, Ioannis** General und bis 10. Januar 1980 Oberbefehlshaber der griechischen Streitkräfte, seit 15. Januar 1980 Staatssekretär im Verteidigungsministerium S. 13⁴³, 305¹¹
- Dayan, Moshe** 1977–1979 Außenminister des Staates Israel S. 81¹³, 394, 935, 1177, 1301, 1708⁵⁴, 1726
- Dean, Jonathan** Leiter der Delegation der Vereinigten Staaten von Amerika bei den MBFR-Verhandlungen in Wien S. 249³²⁺³³, 267¹³, 268, 451⁹, 623⁶, 671, 1116, 1467, 1927
- Debré, Michel** 1968/69 Außenminister der Französischen Republik S. 69⁷
- Delarue, Maurice** Journalist bei der französischen Tageszeitung „Le Monde“ S. 1775
- Delaye, Raoul** Botschafter der Französischen Republik in Teheran S. 535
- Dell, Edmund Emanuel** Mitglied des „Ausschusses der Weisen“ der EG; 1976–1978 Handelsminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 1808
- De Michelis, Gianni** Minister für staatliche Mitbestimmung der Italienischen Republik seit 4. April 1980 S. 769⁷
- Demirel, Süleyman** 1965–1971, 1975–1977, 1977/78 und vom 12. November 1979 bis 12. September 1980 Ministerpräsident der Republik Türkei S. 133, 182⁴², 278, 301³⁺⁴, 303, 395, 413, 489³, 1389¹⁵, 1391²², 1433⁹
- Dencker, Norman** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Mexiko-Stadt S. 820⁴, 1499⁴²
- Deng Xiaoping** Stellvertretender Ministerpräsident der Volksrepublik China bis 10. September 1980 sowie Mitglied im Ständigen Ausschuß des Politbüros des ZK der KPCh und stellvertretender Vorsitzender des ZK; 1956–1966 Generalsekretär des ZK S. 940, 947, 1021²⁴, 1426, 1888
- Deniau, Jean-François** Minister für Außenhandel der Französischen Republik, seit 2. Oktober 1980 beigeordneter Minister (Ministre délégué auprès du Premier Ministre chargé de la Réforme administrative) S. 324, 1344³
- Denktasch, Rauf** Sprecher der türkischen Volksgruppe auf Zypern (Präsident von „Nordzypern“) S. 489³, 490
- Denman, Roy** Generaldirektor für Auswärtige Beziehungen der EG-Kommission S. 481⁸, 775²⁸
- Derix, Christoph** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 210 „Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen“ des Auswärtigen Amts S. 294¹, 1274¹, 1591³, 1592¹⁴, 1866¹
- Desai, Morarji** 1977–1979 Ministerpräsident der Republik Indien S. 642, 1493²¹
- Desmarests, José** stellvertretender Ministerpräsident und Verteidigungsminister des Königreichs Belgien bis 18. Mai 1980, anschließend Wissenschaftsminister und seit 22. Oktober 1980 Minister für Mittelstand und Planung sowie erneut stellvertretender Ministerpräsident S. 293, 764
- Devakula, Thep** Botschafter des Königreichs Thailand in Rangun, anschließend Botschafter in Brüssel und designierter Leiter der Ständigen Vertretung bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel S. 481⁸
- Devaux, Ralf-Peter** Erster Sekretär an der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn und Leiter der Residentur der „Hauptverwaltung Aufklärung“ des Ministeriums für Staatssicherheit S. 1262⁹
- Dhom, Robert** Mitglied des Vorstands der Commerzbank AG S. 207
- Dieckmann, Heinrich-Dietrich** Vortragender Legationsrat und Leiter des Referats

- rats 405 „Internationale Energiepolitik; Energiewirtschaftliche Beziehungen zu Förder- und Verbraucherländern; Energiefragen in Internationalen Organisationen“ im Auswärtigen Amt, seit 15. Februar 1980 Vortragender Legationsrat I. Klasse S. 412³⁶, 1283²⁷
- Diehl, Günter** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Tokio S. 730¹⁵, 945²⁷, 1652²⁵, 1886¹¹
- Diesel, Jürgen** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Prag **Dok. 347** und S. 116⁴³, 379¹², 708⁷, 1157²²
- Dietrich, Hans** Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Hongkong S. 1653²⁷
- Dingels, Hans-Eberhard** Leiter der Abteilung für Internationale Beziehungen im Parteivorstand der SPD S. 885¹⁺³, 886–888
- Dingens, Peter Michael** Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau S. 219, 1016, 1101f.
- Diouf, Abdou** Ministerpräsident der Republik Senegal S. 861⁹
- Disdorn, Hannspeter** Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Kabul, seit 21. August 1980 Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 114 „Chiffrier- und Fernmeldewesen“ des Auswärtigen Amts S. 40⁴, 172¹⁴, 352¹¹, 404⁷, 524³, 711²⁴
- Dittmann, Heinz** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Santiago de Chile S. 874⁷
- Dix, Wolfgang** Legationsrat I. Klasse in der Arbeitseinheit 50 „Arbeitsstab Seerechtskonferenz“ des Auswärtigen Amts S. 1392¹, 1395¹⁷
- Djoudi, Noureddine** stellvertretender Generalsekretär der OAE S. 1717²⁵
- Djuranović, Veselin** Ministerpräsident der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien und Mitglied im Präsidium des ZK des BdKJ **Dok. 139** und S. 737³⁸, 1154, 1156
- Dugosz, Stanislaw** Stellvertretender Minister für Außenhandel der Volksrepublik Polen, seit Oktober 1980 Staatssekretär in der Planungskommission des Ministerrats S. 1458
- Dmitrijew** sowjetischer Journalist S. 1089
- De Dobbeleer, Theo J.M.Gh.** Botschafter des Königreichs Belgien in Bonn S. 293, 909, 910¹¹⁺¹³
- Dobbelstein, Rainer** Legationsrat im Referat 212 „Fragen der allgemeinen Ost-West-Beziehungen (u. a. Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)“ des Auswärtigen Amts, seit 7. Oktober 1980 Legationsrat I. Klasse S. 1549¹, 1664¹, 1882¹
- Dobrosielski, Marian** Stellvertretender Außenminister der Volksrepublik Polen und Direktor des Polnischen Instituts für Internationale Beziehungen S. 1603
- Dobrynin, Anatolij Fjodorowitsch** Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Washington S. 110, 155, 160, 210, 221, 380–383, 411, 658–660, 800, 932, 1103, 1146, 1148–1150, 1397, 1581, 1592, 1783, 1785, 1802
- Dohms, Gerhard** 1972–1975 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 240 „Informationsreferat Ausland“ im Auswärtigen Amt S. 517¹³
- Dohnanyi, Klaus von** Mitglied des Deutschen Bundestags (SPD) und Staatsminister im Auswärtigen Amt S. 308¹⁵, 361, 428, 691⁸, 1106, 1195¹⁷
- Dolanc, Stane** Mitglied im Präsidium des ZK des BdKJ S. 434, 1154
- Domke, Ewald** Konsultatssekretär I. Klasse im Referat 210 „Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen“ des Auswärtigen Amts S. 1436¹⁷
- Dönhoff, Marion Gräfin** Mitherausgeberin der Wochenzeitung „Die Zeit“ S. 163¹, 164, 930
- al-Doory, Khalid** Erster Sekretär an der irakischen Botschaft in Ost-Berlin S. 1216–1218, 1318, 1382–1384, 1432
- Doronjski, Stevan** Mitglied der Kollektiven Präsidentschaft der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien und bis 20. Oktober 1980 Vorsitzender des

- BdKJ (bis 4. Mai 1980 geschäftsführend) S. 434
- dos Santos, José Eduardo** Präsident der Volksrepublik Angola S. 755–757, 758¹⁶, 887¹⁴
- Dost, Shah Mohammad** Außenminister der Demokratischen Republik Afghanistan S. 525
- Dostojewski, Fjodor Michajlowitsch** *1821 †1881 S. 736
- Doty, Paul Mead** Mitbegründer des Department of Biochemistry and Molecular Biology sowie Leiter des Center for Science and International Affairs der John F. Kennedy School of Government an der Harvard University S. 842¹⁰
- al-Douri, Abdul Rahman Ahmed** Botschafter der Republik Irak in Moskau S. 1446
- al-Douri, Izzat Ibrahim** stellvertretender Vorsitzender des Revolutionären Kommandorats der Republik Irak S. 1427
- Dragosavac, Dušan** Mitglied im Präsidium des ZK des BdKJ und Sekretär des Präsidiums S. 434
- Drapeau, Jean** Bürgermeister von Montreal S. 127¹⁶
- Dregger, Alfred** Mitglied des Deutschen Bundestags und Vorsitzender der hessischen CDU S. 614, 616, 1793¹²
- Dreher, Herbert** Botschafter zur besonderen Verwendung bzw. Chefinspekteur des Auswärtigen Amts mit der Amtsbezeichnung Botschafter, vom 10. bis 31. Januar 1980 mit der Wahrnehmung der Aufgaben des Koordinators für die deutsch-französischen Beziehungen betraut; 1972–1976 Vortragender Legationsrat I. Klasse bzw. Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 51 in der Abteilung 5 „Rechtsabteilung“ des Auswärtigen Amts S. 76²³, 1393⁸⁺⁹
- Dreher, Johann Georg** Botschaftsrat an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO in Brüssel, seit 14. April 1980 Vortragender Legationsrat und Stellvertreter des Leiters im Referat 212 „Fragen der allgemeinen Ost-West-Beziehungen (u. a. Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)“ des Auswärtigen Amts S. 1664¹
- Dröge, Heinz** Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 20 in der Abteilung 2 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts **Dok. 22, 135, 156, 237, 370** und S. 32¹⁴, 165¹, 173¹⁶, 369¹¹, 489–491, 593³³, 626⁴, 627⁵, 660¹¹, 726²⁰, 740⁸, 776¹, 790⁶, 800, 834¹, 876¹⁸, 1082¹, 1083⁶, 1126²⁷, 1132³³, 1159¹, 1165¹, 1166⁸, 1269¹, 1277, 1361¹, 1364¹, 1387, 1388⁵, 1390¹⁹, 1396¹, 1440⁷, 1639²⁴, 1686⁸, 1687¹¹, 1752, 1773¹, 1784¹, 1828¹⁰
- Dubček, Alexander** 1968/69 Erster Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei der ČSSR S. 1557, 1613
- Dubin, Jurij Wladimirowitsch** Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Madrid und Leiter der Delegation beim KSZE-Vorbereitungstreffen vom 9. September bis 11. November 1980 in Madrid S. 1550 f., 1593¹⁹, 1665
- Duckwitz, Edmund** Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Belgrad S. 1233, 1235
- Dudko, Dmitrij** russisch-orthodoxer Priester, vom 14. Januar bis 16. Juni 1980 in der UdSSR inhaftiert S. 877
- Dufner, Wolfram** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Lusaka, seit 28. Juni 1980 Botschafter in Singapur S. 342¹⁵, 887¹⁴, 888¹⁹, 1777⁴⁺⁵
- Dufourcq, Bertrand** Abteilungsleiter im französischen Außenministerium (Ministre plénipotentiaire, Directeur d'Europe) S. 994, 996–999, 1120, 1866, 1868, 1870 f.
- Duisberg, Carl** *1861 †1935 S. 981
- Dulles, John Foster** 1953–1959 Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika S. 900¹⁷
- Duncan, Charles William Jr.** Energieminister der Vereinigten Staaten von Amerika (Secretary of the Energy) S. 418–420
- Dunker, Hans-Joachim** Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundes-

- republik Deutschland in London, seit 20. Februar 1980 Botschafter in Luanda **Dok. 144, 169** und S. 1657⁷, 1905⁹, 1945⁴
- Dupont, Jacques Pierre** stellvertretender Abteilungsleiter im französischen Außenministerium (Ministre plénipotentiaire, Directeur adjoint des Affaires politiques) S. 168, 170, 172–174, 176f., 179f., 182f., 185–187, 189f.
- Dupuy, Michel** Leiter der Ständigen Vertretung von Kanada bei den Vereinten Nationen in New York seit 6. Mai 1980 S. 1440, 1442
- Eanes, António dos Santos Ramalho** Präsident der Portugiesischen Republik, Vorsitzender des Revolutionsrats und Chef des Generalstabs S. 583⁵⁺¹², 585f., 1363¹¹
- Earle II, Ralph** Leiter der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde (Arms Control and Disarmament Agency) seit Januar 1980 S. 239–246, 264, 267, 493²
- Eban, Abba** 1966–1974 Außenminister des Staates Israel S. 934
- Eberle, Sir James Henry Fuller** Admiral der britischen Marine und Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte im Bereich des Ärmelkanals (CINCHAN) S. 1840
- Ecevit, Bülent** Vorsitzender der türkischen Republikanischen Volkspartei bis zu ihrem Verbot im September 1980; 1974, 1977 und 1978/79 Ministerpräsident der Republik Türkei S. 141, 278, 301³⁺⁴, 303, 1389¹⁵
- Ederer, Adolf** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 330 „Argentinien, Uruguay, Paraguay, Brasilien, Karibischer Raum“ des Auswärtigen Amts S. 1091³
- Edes, John Michael** Botschafter des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Tripolis seit 1. Februar 1980 S. 855⁸, 856
- van Edig, Helmut** Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Lissabon, seit 7. November 1980 Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 411 „Europäische Gemeinschaften: Handels- und Agrarpolitik, Beziehungen zu den Staaten der EFTA (außer Portugal), den außereuropäischen Industrieländern, den Staatshandelsländern, Lateinamerika (außer AKP), Asien; GATT“ des Auswärtigen Amts S. 583⁵
- Edminster, David K.** Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium S. 1065
- Edmondson, William Brockway** Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Pretoria S. 649¹⁵
- Eger, Wolfgang** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Manila, seit 17. März 1980 Botschafter in Seoul S. 1439³³
- Ehmke, Horst** Mitglied des Deutschen Bundestags und stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion S. 614
- Ehrenberg, Herbert** Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung sowie Mitglied des Deutschen Bundestags (SPD) S. 281
- Ehrlich, Simcha** stellvertretender Ministerpräsident des Staates Israel; 1977–1979 Finanzminister S. 933, 1299
- Eickhoff, Ekkehard** Ministerialdirigent im Bundespräsidialamt, am 15. April 1980 in den Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts zurückversetzt, seit 4. Mai 1980 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Pretoria S. 1442¹³, 1566¹⁵, 1657f., 1715¹⁸, 1716²¹, 1735¹⁴, 1907¹⁵⁺¹⁶⁺¹⁸, 1908²⁰⁺²¹, 1945⁵⁺⁶⁺⁷, 1946¹²
- Eilers, Elfriede** Mitglied des Deutschen Bundestags (SPD) bis 4. November 1980 S. 1224
- Eisenhower, Dwight David** 1953–1961 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 760, 1701
- Eitel, Antonius** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter der Arbeitsgemeinschaft 50 „Arbeitsstab Seerechtskonferenz“ im Auswärtigen Amt **Dok. 234** und S. 1106¹¹, 1392¹
- Eksteen, Jacobus Adriaan** Leiter der Ständigen Vertretung der Republik Süd-

- afrika bei den Vereinten Nationen in New York S. 756⁹
- Elizabeth II.** Königin des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 1709⁵⁹
- Ellerkmann, Richard** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 012 „Öffentlichkeitsarbeit, Politische Kontakte“ bzw. „Öffentlichkeitsarbeit“ im Auswärtigen Amt, seit 14. Mai 1980 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Salisbury **Dok. 75, 84, 137** und S. 119⁷, 236¹⁵, 255⁷, 270⁶, 350³⁷, 354¹⁸, 390²⁵, 578¹, 621²⁰, 702⁷
- Elles, Franz** Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Brüssel S. 566¹⁵, 758¹⁶, 764²⁰⁺²², 910¹²
- Emmel, Egon** 1973–1979 Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der OECD in Paris mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 411³⁵
- Enders, Rolf** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Jaunde, seit 4. Februar 1980 Botschafter in Kampala S. 1658¹⁰
- Enders, Thomas Ostrom** Leiter der Ständigen Vertretung der Vereinigten Staaten von Amerika bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel S. 621
- Engel, Jürgen** Kanzler an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in San Salvador, am 29. Februar 1980 abgezogen, später erneut entsandt als Geschäftsträger mit Dienstsitz in Guatemala und zeitweiligem Aufenthalt in San Salvador S. 1212¹⁸
- Engels, Joseph** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Asunción; 1975–1978 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 240 „Informationsreferat Ausland“ bzw. seit 1. Oktober 1977 des Referats 012-II „Informations- und Öffentlichkeitsarbeit–Ausland“ im Auswärtigen Amt S. 285⁷, 582²
- Ennes, Paulo** Botschafter der Portugiesischen Republik in Bonn seit 28. Februar 1980 S. 582
- Erbakan, Necmettin** Vorsitzender der türkischen Nationalen Heilspartei bis zu ihrem Verbot im September 1980 S. 1389¹⁵
- Erbel, Bernd** Legationsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Beirut, seit 2. Juni 1980 Legationsrat I. Klasse S. 668
- Erim, Nihat** 1971/72 Ministerpräsident der Republik Türkei S. 1433⁹
- Erkmen, Hayrettin** Außenminister der Republik Türkei bis 5. September 1980 S. 301³, 329 f., 491, 993¹¹, 1008, 1013, 1015, 1387²
- Ernst, Max** *1891 †1976 S. 1243
- Ertl, Josef** Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Mitglied des Deutschen Bundestags (FDP) S. 504, 506, 535
- d'Escoto Brockmann, Miguel** Außenminister der Republik Nicaragua S. 1337–1339
- Esser, Otto** Präsident der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA) S. 203, 208
- Evren, Kenan** Generalstabschef der türkischen Streitkräfte, seit 12. September 1980 Vorsitzender des „Nationalen Sicherheitsrats“ bzw. Staatspräsident der Republik Türkei S. 305¹⁰, 1387²⁺⁴, 1390¹⁹
- Ewald, Manfred** Präsident des NOK der DDR S. 753, 811
- Ewing, Raymond C.** Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium (Director for Southern European Affairs) S. 998²¹, 999²³, 1869
- Fahd ibn Abdul Aziz al-Saud** Kronprinz und erster stellvertretender Ministerpräsident des Königreichs Saudi-Arabien S. 26, 271, 393, 402, 439, 465, 485, 595, 914, 921
- Falin, Walentin Michajlowitsch** Stellvertretender Leiter der Abteilung für Internationale Information beim ZK der KPdSU; 1971–1978 Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Bonn S. 164⁵, 842¹⁰, 893⁷, 1224 f., 1423, 1581 f., 1592, 1938²¹

Falls, Robert H. Admiral der kanadischen Marine, seit 1. Juli 1980 Vorsitzender des Militärausschusses der NATO S. 1388⁵, 1681, 1840

Fattah Ismail, Abdul Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Volksrats der Demokratischen Volksrepublik Jemen (Südjemen) bis 21. April 1980 S. 13⁴⁴

Faurer, Lincoln D. Generalleutnant der amerikanischen Streitkräfte und stellvertretender Vorsitzender des Militärausschusses der NATO S. 1788

Favale, Marco Botschafter der Italienischen Republik in Warschau S. 1856¹⁵

Feilner, Hildegunde Botschafterin der Bundesrepublik Deutschland in Singapur, seit 29. April 1980 Botschafterin in Manila S. 481⁸

Feit, Christian Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 202 „Frankreich, Andorra, Monaco, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Österreich, Schweiz, Liechtenstein“ im Auswärtigen Amt S. 580⁸, 910¹¹, 1082¹, 1361¹, 1479²⁵, 1529¹

Feldman, Mark B. Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium (Deputy Legal Adviser) S. 589²⁴

Ferraris, Luigi Vittorio Botschafter der Italienischen Republik in Bonn seit 29. Januar 1980 S. 768, 1824, 1855

Fiedler, Heinz Wilhelm Hans Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 310 „Naher Osten“ im Auswärtigen Amt; 1975–1978 Botschaftsrat bzw. Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Rabat **Dok. 99, 219** und S. 81¹³, 359⁴², 437¹, 438⁴, 483⁴, 484⁶, 536³⁰, 596¹⁰, 714³³, 784²², 1177¹⁹, 1213²², 1299¹, 1637¹⁶, 1722¹

Figueiredo, João Baptista de Oliveira Präsident der Föderativen Republik Brasilien S. 873, 875

Finck von Finckenstein, Hans-Werner Graf Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 203 „Mittelmeerfragen; Portugal, Spanien, Italien, San Marino, Heiliger Stuhl, Griechenland, Türkei, Zypern, Malta, Malteser-

Ritter-Orden“ im Auswärtigen Amt, seit 14. April 1980 Vertreter des Leiters der Abteilung 7 „Protokoll“ im Auswärtigen Amt mit der Amtsbezeichnung Gesandter, seit 1. Oktober 1980 Leiter dieser Abteilung, seit 21. Oktober 1980 mit der Amtsbezeichnung Botschafter **Dok. 86** und S. 42¹, 136²⁰, 1082¹, 1770²⁹

Fink, Volker Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in La Paz, seit 20. April 1980 im Referat 212 „Fragen der allgemeinen Ost-West-Beziehungen (u. a. Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)“ des Auswärtigen Amts S. 1664¹, 1882¹

Finke-Osiander, Renate Vortragende Legationsrätin I. Klasse und Leiterin des Referats 214 „Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Albanien“ im Auswärtigen Amt, seit 1. Oktober 1980 Leiterin der Unterabteilung 23 in der Abteilung 2 „Politische Abteilung“, seit 16. Oktober 1980 Ministerialdirigentin S. 384¹, 433¹, 678⁵, 845¹, 1205³, 1328¹¹, 1429¹⁶, 1565

Fischer, Gerhard Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Dublin, seit 3. März 1980 Botschafter in Den Haag S. 950¹⁸, 1084¹⁰, 1085¹¹, 1692¹⁸

Fischer, Oskar Außenminister der DDR S. 120, 1261, 1263 f., 1580 f., 1721⁴², 1818, 1870, 1897, 1933

Fischer, Per Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 4 „Abteilung für Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik und europäische wirtschaftliche Integration“ des Auswärtigen Amts; 1978/79 Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei dem Büro der Vereinten Nationen und bei den anderen internationalen Organisationen in Genf mit der Amtsbezeichnung Botschafter sowie Generalkonsul am Generalkonsulat in Genf **Dok. 22, 43, 47, 54, 91, 105, 120, 274, 367** und S. 25⁶, 82¹⁵, 235, 301³, 311, 313–316, 317²⁶⁺²⁸, 367, 420, 462⁹, 592³⁰, 621, 653², 655⁹, 727¹, 858¹, 859⁸, 893⁷, 1082¹, 1083⁴, 1130²⁰, 1525¹, 1527¹⁰, 1528, 1545 f., 1572⁴, 1574⁹, 1586¹¹, 1647²², 1682¹⁵,

- 1727, 1728²⁴, 1779⁸, 1809¹⁶, 1843¹, 1847¹⁴, 1872², 1890–1894, 1896 f., 1935
- Fisher, Lucas** S. 239, 246–250
- Fiszbach, Tadeusz** Erster Sekretär des Woiwodschaftskomitees der PVAP von Danzig, Mitglied des polnischen Parlaments und des ZK der PVAP, seit Dezember 1980 auch stellvertretendes Mitglied des Politbüros des ZK S. 1341
- Fleischhauer, Carl-August** Ministerialdirektor und Völkerrechtsberater sowie Leiter der Abteilung 5 „Rechtsabteilung“ des Auswärtigen Amts **Dok. 63, 133, 157, 188, 231, 235, 267, 270, 336, 374** und S. 216³, 316²⁴, 560, 983³, 997¹⁹, 1199¹², 1218¹², 1230, 1293, 1310¹, 1417¹¹, 1776¹⁷, 1794, 1865
- Fleković, Petar** Vorsitzender des Exekutivrats der jugoslawischen Teilrepublik Kroatien bis Juli 1980 S. 434
- Florin, Martin** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Conakry **Dok. 89**
- Flowerree, Charles Conway** Leiter der Delegation der Vereinigten Staaten von Amerika beim Abrüstungsausschuß (Committee on Disarmament, CD) in Genf S. 493²
- Folkerts, Marion** S. 667², 668 f.
- Folkerts, Uwe** Mitglied der RAF S. 668⁶
- Ford, Gerald Rudolph** 1974–1977 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 114³¹, 135¹⁸, 245²⁴, 390, 660¹⁵, 760, 933 f., 1077, 1626³, 1628, 1687¹², 1765, 1781, 1859
- Ford, Robert Arthur Douglass** Botschafter von Kanada in Moskau und Ulan Bator bis 1. September 1980 S. 632
- Forlani, Arnaldo** Mitglied des italienischen Parlaments, seit Februar 1980 Präsident der DC und seit 18. Oktober 1980 Ministerpräsident der Italienischen Republik S. 1824–1826, 1828–1833, 1855–1857
- Förster, Götz** Journalist in der DDR („Aktuelle Kamera“) S. 812¹⁰
- Fouchet, Christian** 1958–1962 Botschafter der Französischen Republik in Kopenhagen und 1961/62 Vorsitzender des Sachverständigenausschusses zur Ausarbeitung der Statuten für eine „Europäische Politische Union“ S. 1411 f.
- Fourie, Bernardus Gerhardus** Staatssekretär im südafrikanischen Außenministerium S. 647⁷, 649¹⁵, 1566¹⁵, 1715¹⁹, 1945⁸
- Fowler, Robert** außenpolitischer Berater des kanadischen Ministerpräsidenten Trudeau S. 1758
- Francis, Eric Frank** Staatssekretär im jamaikanischen Außenministerium S. 1090
- François-Poncet, Jean** Außenminister der Französischen Republik **Dok. 96, 143, 148, 204, 210, 357** und S. 45, 56–61, 64, 66, 68, 71, 123 f., 173¹⁶, 227³, 235–237, 261, 329, 340, 349³¹, 355, 357, 370, 421⁴, 484, 529⁴, 547, 626, 631, 660¹¹, 690, 693, 708, 740, 814–818, 841⁶, 960 f., 983, 1000 f., 1002⁴, 1007, 1079, 1105, 1112, 1129 f., 1133, 1247⁴⁹, 1413¹⁶, 1441, 1471, 1478, 1521–1527, 1537¹⁰, 1594, 1637, 1716, 1736, 1740, 1768²¹, 1775 f., 1881, 1890, 1892 f., 1900, 1929
- Franco y Bahamonde, Francisco** 1936–1975 Staatschef von Spanien und Oberbefehlshaber der Nationalen Streitkräfte S. 36³¹, 1671¹³, 1707
- Frank, Hans** Fregattenkapitän und Referent im Referat III 5 „Rüstungsbegrenzung, Rüstungskontrolle“ der Stabsabteilung III „Militärpolitik, Führung“ des Führungsstabs der Streitkräfte im Bundesministerium der Verteidigung S. 239
- Frank, Paul** 1970–1974 Staatssekretär des Auswärtigen Amts S. 74¹⁵, 893⁷
- Franke, Egon** Bundesminister für Innerdeutsche Beziehungen und Mitglied des Deutschen Bundestags (SPD) S. 285 f., 1263 f.
- Franke, Klaus Max** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 213 „Entwicklungspolitik, weltweite internationale Organisationen, bilaterale Beziehungen zu Asien, Afrika und Lateinamerika“ im Bundeskanzleramt; am 14. Mai 1979 als Vortragender Legationsrat vom Auswärtigen Amt in das Bundeskanzleramt abgeordnet **Dok. 74, 223** und S. 72⁴, 275¹, 395¹⁴, 450³, 485¹³, 504¹, 742¹, 819¹, 864¹⁸, 865¹, 1215³⁹, 1885¹

- Fraser, John Malcolm** Ministerpräsident von Australien S. 127¹⁵, 227–234, 744¹⁰, 827²⁸, 968²⁰, 1547²⁵
- Freitag, Armin** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Havanna; 1975–1979 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 411 „Europäische Gemeinschaften: Handels- und Agrarpolitik, Beziehungen zu den Staaten der EFTA (außer Portugal), den außereuropäischen Industrieländern, den Staatshandelsländern, Lateinamerika (außer AKP), Asien; GATT“ im Auswärtigen Amt S. 427⁷, 691⁸
- Freitas do Amaral, Diogo Pinto de** Außenminister und stellvertretender Ministerpräsident der Portugiesischen Republik seit 3. Januar 1980, ab 4. Dezember 1980 amtierender Ministerpräsident S. 590, 594³⁵, 626 f., 758 f., 1609
- Friderichs, Hans** Sprecher des Vorstands der Dresdner Bank AG; 1972–1977 Bundesminister für Wirtschaft S. 205¹⁹, 208, 686³¹, 1255⁹, 1267²³, 1328
- Friedel, Wolfgang** Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Wellington S. 1547²⁸
- Friedman, Milton** amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler S. 587, 1711
- Froeynsnes** norwegischer Dolmetscher S. 1277
- Fröhlich, Siegfried** Staatssekretär im Bundesministerium des Innern S. 853¹, 1170¹¹, 1384
- Froment-Meurice, Henri** Botschafter der Französischen Republik in Moskau S. 223⁶, 494⁸
- Frydenlund, Knut** Außenminister des Königreichs Norwegen S. 1007, 1277–1281, 1294⁷, 1440⁷, 1647
- Fukuda, Takeo** 1976–1978 Ministerpräsident von Japan S. 968, 1886
- von der Gablentz, Otto** Ministerialdirigent und Leiter der Gruppe 21 „Auswärtiges Amt, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit“ des Bundeskanzleramts **Dok. 90, 98, 166, 245** und S. 78¹, 89¹, 148¹, 149⁷⁺¹³, 192¹⁺³, 227¹, 269, 275¹, 305¹¹, 368¹, 392, 403¹, 426¹, 515, 529⁴, 601¹, 726²², 834⁴, 835, 860, 865¹, 911¹, 913, 930¹, 939, 1078¹, 1082²², 1134, 1143, 1156¹⁶, 1202²⁰, 1237, 1244³³, 1277, 1283, 1319, 1344¹, 1350¹⁺²⁸, 1488, 1641¹, 1642, 1695, 1710, 1758¹, 1764¹, 1802¹, 1872¹, 1885¹
- el-Gaddafi, Muamar** Oberst der libyschen Streitkräfte und „Führer der Großen Revolution vom 1. September“ in der Sozialistischen Libysch-Arabischen Volks-Dschamahirija; 1977–1979 Generalsekretär des Allgemeinen Volkskongresses S. 27, 114, 116, 145, 400 f., 425, 597, 853¹⁺², 854⁴, 855⁷, 905, 907, 914⁸, 989, 1171–1174, 1197–1205, 1322, 1420¹⁶
- Galinski, Heinz** Vorsitzender der jüdischen Gemeinde Berlins; 1954–1963 und 1988–1992 Vorsitzender bzw. Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland S. 930
- Gallagher, Eamonn** Generaldirektor für Fischereifragen bei der EG-Kommission in Brüssel S. 614²⁰
- Gallois, Pierre** ehemaliger General der französischen Streitkräfte S. 60¹⁸, 816¹³
- Gandhi, Indira Priyadarshini** Präsidentin der indischen Kongreß-Partei (Indian National Congress–I) und seit 10. Januar 1980 Ministerpräsidentin der Republik Indien S. 28, 40⁷, 116, 177 f., 229, 351 f., 423, 467², 468, 474³⁴, 478⁵², 640, 642, 648, 712, 717, 723 f., 732, 742–745, 750, 876, 1473⁸, 1493
- García Meza Tejada, Luis** General der bolivianischen Streitkräfte und seit 18. Juli 1980 Präsident der Republik Bolivien S. 1258²
- García Pelaez, Raúl** Botschafter der Republik Kuba in Kabul S. 711²⁴
- Gardner, Richard Newton** Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Rom S. 896
- Garoeb, Moses** Mitglied des ZK und des Politbüros sowie Verwaltungsleiter (Administrative Secretary) der SWAPO S. 885–888
- Garrigues y Díaz-Canabate, Emilio** Botschafter des Königreichs Spanien in Bonn S. 24, 42

- Garrison, Mark** Stellvertreter des Botschafters der Vereinigten Staaten von Amerika in Moskau S. 1359 f., 1379
- Garside, Roger Ramsay** Mitarbeiter im britischen Außenministerium (seit April 1980 Deputy Head of Planning Staff) S. 834⁴
- de Gaulle, Charles** 1958–1969 Staatspräsident der Französischen Republik S. 189, 282, 349, 817¹⁹, 1128³, 1164, 1530
- Gaultier de la Ferrière, Jacques** stellvertretender Leiter des Generalsekretariats für nationale Verteidigung im Amt des französischen Ministerpräsidenten (Secrétaire général adjoint de la Défense nationale) S. 1151–1153
- Gaus, Günter** Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin mit der Amtsbezeichnung Staatssekretär **Dok. 56, 165, 259, 276, 307, 313** und S. 65, 285–287, 289⁹⁺¹⁰, 378⁸, 379¹², 707⁵, 718, 719⁸, 832, 998²⁰, 1262⁹, 1263 f., 1266¹⁷, 1580²⁴, 1657⁶, 1721⁴², 1869¹⁵, 1870¹⁹
- Gavahi, Abdollahim** Botschafter der Islamischen Republik Iran in Stockholm seit 12. Juni 1980 (zugleich in Helsinki, Kopenhagen und Oslo akkreditiert) S. 1278⁷
- Gehl, Jürgen** Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Neu Delhi, seit 12. Mai 1980 an der Botschaft in Prag und dort Vertreter des Botschafters S. 1799
- Gehlhoff, Walter** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland beim Heiligen Stuhl **Dok. 33, 80, 249**
- Geier, Michael** Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Maputo S. 341¹³
- Geisel, Ernesto** 1974–1979 Präsident der Föderativen Republik Brasilien S. 874¹²
- Geldenhuys, Johannes** General und Oberbefehlshaber der südafrikanischen Streitkräfte in Namibia S. 647⁷
- Geng Biao** Stellvertretender Ministerpräsident der Volksrepublik China und Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh S. 939¹, 946
- Genschel, Dietrich** Oberst i.G. und Leiter der Gruppe 23 „Bundesministerium der Verteidigung, Sicherheitspolitik (Verteidigungsfragen, Abrüstung und Rüstungskontrolle), Bundessicherheitsrat“ im Bundeskanzleramt, seit 1. Oktober 1980 Kommandeur der Panzerbrigade 20 in Hemer S. 697¹
- Genscher, Hans-Dietrich** Bundesminister des Auswärtigen und Vizekanzler der Bundesrepublik Deutschland, Vorsitzender der FDP und Mitglied des Deutschen Bundestags; 1969–1974 Bundesminister des Innern **Dok. 26, 42, 61, 62, 83, 88, 96, 116, 117, 118, 119, 121, 143, 148, 149, 150, 151, 196, 204, 210, 222, 230, 247, 277, 281, 290, 319, 322, 323, 331, 334, 343, 345, 352, 357** und S. 7¹⁸, 15–18, 27¹²⁺¹³, 42, 45¹¹, 47, 56 f., 62¹, 72, 74 f., 78¹, 80⁹⁺¹⁰, 83, 84²¹, 89, 96, 101, 102¹, 103, 105, 106⁷, 107–129, 143 f., 145³, 146–152, 163¹, 173¹⁶, 178, 187, 192¹, 201¹, 205, 216¹, 227¹⁺³, 235–238, 261, 269¹, 275⁴, 280 f., 282¹, 285 f., 289, 306, 311–316, 318–321, 322¹, 327 f., 329¹⁴⁺¹⁵, 334¹¹, 340¹, 364 f., 368, 369¹¹, 392¹, 393, 402, 403¹, 421, 428, 437, 440, 441⁷, 450, 461¹, 466, 479, 481 f., 483¹, 484, 491, 502¹, 504⁸, 507, 512, 515¹, 529⁴, 539¹, 545–547, 548³, 550, 552¹², 560–567, 568¹⁴, 572, 574 f., 578¹, 580⁸, 582¹⁺², 590, 593³³, 599–601, 606, 608, 610¹, 618–622, 626–628, 643 f., 655⁹, 659, 660¹¹, 662¹, 663 f., 670, 673, 674³, 677¹, 685, 687¹, 688 f., 698, 700¹, 701, 704, 706¹, 709, 714³⁴, 722², 723, 726, 727¹, 740, 742, 763, 768¹, 775, 814¹, 816, 819¹, 820⁵, 828³⁰, 829, 831, 840¹, 845 f., 851²³, 852, 853¹, 860¹, 861, 868¹⁸⁺²⁰, 870¹, 873¹, 880, 885, 886⁷, 889, 890¹⁰, 892–894, 897 f., 902, 908–911, 913, 916, 922, 930, 936, 937⁸, 939¹, 947 f., 955, 959–962, 971, 977¹, 978³, 980, 982⁹, 983³, 988, 990³³⁺³⁴, 991, 993¹¹, 996, 1000–1006, 1012–1016, 1024, 1029, 1032, 1035, 1042 f., 1050, 1056, 1060, 1062–1065, 1071, 1075–1078 f., 1082¹⁺²², 1088, 1100, 1102, 1103¹, 1105–1113, 1128–1130, 1133, 1134¹, 1145, 1147, 1148³, 1149, 1154, 1155¹⁰⁺¹², 1157, 1161–1163, 1167², 1170¹¹, 1174¹, 1193¹, 1197, 1202–1204, 1213²³, 1214³², 1215³⁵⁺³⁹, 1219, 1221 f., 1225⁶, 1226 f., 1230–1232, 1238¹⁰, 1253, 1255, 1258¹⁺³,

- 1259, 1261, 1263, 1265, 1274, 1277–1281, 1284, 1287f., 1294, 1306f., 1309⁹, 1317f., 1319¹, 1324–1330, 1337f., 1339¹¹⁺¹², 1348, 1350¹, 1351⁹, 1358, 1368, 1375², 1376⁶, 1388, 1392, 1405⁵, 1408, 1414, 1416–1420, 1432–1444, 1455–1458, 1471, 1477f., 1481, 1485^{17–20}, 1488, 1494f., 1500, 1516, 1518¹⁺³⁺¹¹, 1519–1525, 1527f., 1542–1546, 1549, 1562, 1564–1571, 1573–1575, 1580, 1584–1586, 1587¹, 1600f., 1605–1607, 1615¹, 1626, 1627⁶, 1629, 1631¹, 1632f., 1635f., 1640, 1641¹, 1648³, 1659, 1674f., 1685¹, 1695f., 1698f., 1701f., 1704f., 1707f., 1710, 1712f., 1716, 1718, 1720–1722, 1732, 1747f., 1756, 1758¹, 1764¹, 1772, 1774f., 1776¹⁸, 1777, 1780⁹, 1784¹, 1789²², 1799f., 1801¹¹, 1813, 1816, 1822, 1824, 1831–1833, 1837f., 1841²⁰, 1855–1861, 1866, 1869, 1871, 1872¹, 1874f., 1880, 1881⁶, 1882, 1884, 1885², 1886¹¹, 1890, 1892f., 1899f., 1906, 1907¹⁵⁺¹⁸, 1910, 1916, 1920, 1928¹, 1929–1934, 1944, 1946¹²
- Gerike, Hans-Joachim** S. 593³²⁺³³
- Gerwald, Josef** Pressesprecher des Bundesvorstands der FDP S. 990³³
- Gerz, Wolfgang Ludwig** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 204 „Vereinigte Staaten von Amerika, Vereinigtes Königreich, Gemeinsame Fragen des Commonwealth, Kanada, Irland, Nordische Staaten“ des Auswärtigen Amtes S. 297¹, 330¹, 386⁵
- Getler, Michael** Journalist bei der Tageszeitung „The Washington Post“ S. 1193
- de Geus, Pieter Boudewijn Richard** Verteidigungsminister des Königreichs der Niederlande seit 25. August 1980 S. 1835, 1841
- Ghali** siehe: Boutros-Ghali, Boutros
- Ghani, Abdul Aziz Abdul** Ministerpräsident der Arabischen Republik Jemen (Nordjemen) bis 15. Oktober 1980 S. 485
- al-Ghashmi, Ahmed** 1977/78 Präsident der Arabischen Republik Jemen (Nordjemen) S. 920²⁹
- Ghotbzadeh, Sadegh** Außenminister der Islamischen Republik Iran bis August 1980 S. 90, 498, 499⁸, 500f., 571²³, 611⁵, 641, 714³⁶, 748, 778⁷, 790, 944, 962⁹, 1026, 1027⁴⁵, 1178, 1278⁸, 1514³⁸
- Gierek, Edward** Erster Sekretär des ZK der PVAP bis 5. September 1980 S. 209², 210, 234, 320, 324, 358, 414, 456, 458, 470, 486, 550⁵, 678, 680–684, 733, 752, 812², 814f., 817, 840, 841⁵⁺⁶, 844²¹, 852, 988, 1058, 1078⁴, 1157, 1205–1208, 1269, 1272f., 1296³, 1325, 1342, 1462¹⁴, 1501, 1555, 1558, 1592, 1602¹⁹, 1748, 1757, 1769, 1773², 1786⁹
- Giesder, Manfred** Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Prag, seit 1. April 1980 Vertreter des Botschafters in Kopenhagen S. 1295⁹
- Gilmour, Sir Ian** Mitglied des britischen Parlaments und Lordsiegelbewahrer (Lord Privy Seal) des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 60, 84, 361, 1525, 1929³
- Ginsburg, Alexander Iljitsch** Mitglied der Bürgerrechtsbewegung „Helsinki-Gruppe“ in der UdSSR S. 878f.
- Giraud, André** Industrieminister der Französischen Republik S. 974, 1712⁶
- Giscard d'Estaing, Valéry** Staatspräsident der Französischen Republik; 1962–1966 und 1969–1974 Finanzminister **Dok. 64, 199** und S. 5¹¹, 14, 26, 35, 44, 56–64, 66, 68f., 74¹⁵, 123¹⁷, 139²⁴, 149, 177, 189, 194, 227, 229, 232, 234f., 236¹¹, 237, 260³, 262, 281, 292⁷, 311², 319³¹, 349, 361, 388, 391f., 404–406, 412, 421⁴, 439, 468, 483–489, 515–517, 519, 522, 529⁴, 535, 547, 580, 598, 601–603, 606²⁶, 680, 690–697, 701, 713, 750, 812–817, 818²³, 819, 838¹², 840–843, 844²¹, 850²¹, 863, 868¹⁷, 926, 948, 950²¹, 964f., 970–973, 975–979, 983f., 987, 988²⁴, 1006, 1017, 1024f., 1041, 1083⁶, 1092, 1105, 1111, 1120, 1124²⁰, 1125–1130, 1132f., 1135⁷, 1138, 1140, 1151–1153, 1237f., 1242f., 1245–1248, 1250f., 1252⁷⁴, 1287¹⁵, 1323²³, 1345f., 1418¹², 1479, 1496f., 1521, 1530f., 1594, 1644, 1648⁴, 1649, 1669f., 1699, 1702, 1706⁴⁵, 1709, 1718, 1720, 1742, 1756, 1762²², 1764–1771, 1773–1775, 1776¹⁷⁺¹⁸, 1809, 1816, 1833f.

- Glitman, Maynard Wayne** Vertreter des Leiters der Ständigen Vertretung der Vereinigten Staaten von Amerika bei der NATO in Brüssel S. 1104⁸, 1390 f.
- Goethe, Johann Wolfgang von** * 1749 † 1832 S. 931, 1241, 1245
- Goldmann, Nahum** Präsident der „Conference on Jewish Material Claims Against Germany“; 1949–1978 Präsident des Jüdischen Weltkongresses **Dok. 179** und S. 72⁴, 74, 1349 f., 1727
- Goldschlag, Klaus** Abteilungsleiter im kanadischen Außenministerium (Deputy Under Secretary of State for External Affairs), seit 9. Oktober 1980 Botschafter von Kanada in Bonn S. 962, 1758, 1763
- Goldschlag, Shirley-Anne** S. 1758
- Gompert, David C.** Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium (Deputy Director of Politico-Military Affairs) S. 675⁴
- Gomułka, Władysław** 1956–1970 Erster Sekretär des ZK der PVAP S. 212, 1206⁷, 1297⁵, 1558
- Gonçalves, Vasco dos Santos** 1974/75 Ministerpräsident der Portugiesischen Republik S. 584
- González Márquez, Felipe** Generalsekretär der PSOE **Dok. 5** und S. 43, 583
- Goodall, A. David S.** Gesandter an der britischen Botschaft in Bonn S. 665 f., 1285⁶
- Goodpaster, Andrew Jackson** 1969–1974 Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Europa und der Alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR) S. 1254⁶
- Gorenflos, Walter** Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 23 in der Abteilung 2 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts, seit 1. Oktober 1980 Leiter der Abteilung 3 „Politische Abteilung“, seit 16. Oktober 1980 Ministerialdirektor **Dok. 243, 260, 342** und S. 658¹, 1229¹³, 1279¹⁵, 1438³², 1448²⁰, 1473⁸, 1565, 1567¹⁶, 1580²⁵, 1641³⁰, 1656, 1658¹¹, 1727, 1790¹⁺², 1795²⁵, 1843¹, 1885, 1945⁸
- Gorki, Maxim** * 1868 † 1936 S. 736
- Gorschkow, Sergej Georgijewitsch** Flottenadmiral der sowjetischen Marine und Mitglied des ZK der KPdSU S. 989, 1492
- al-Gosaibi, Ghazi Abdul Rahman** Minister für Industrie und Elektrizität des Königreichs Saudi-Arabien S. 913
- Gottstein, Klaus** Mitglied des Direktoriats des Max-Planck-Instituts für Physik in München, wissenschaftlicher Gast am Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt in Starnberg und Exekutivsekretär des Wissenschaftlichen Forums der KSZE S. 429
- Gottwald, Klaus-Peter** Legationssekretär im Referat 014 „Büro Staatssekretäre“ des Auswärtigen Amts, am 2. Mai 1980 zur Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der UNESCO in Paris abgeordnet S. 530¹
- Gouveia, António Pinto Basto Patrício** Kabinettschef des portugiesischen Ministerpräsidenten bis zu seinem Tod am 4. Dezember 1980 S. 582, 590
- Graber, Pierre** 1970–1978 Außenminister der Schweizerischen Eidgenossenschaft S. 790³
- Grabert, Horst** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Belgrad **Dok. 235** und S. 183⁴⁹, 382⁹, 726¹⁸, 737³⁸, 1158²⁷
- Grabski, Tadeusz** Mitglied des ZK der PVAP bis 15. Februar und erneut seit 24. August 1980, seit 5. September 1980 Sekretär des ZK und seit 2. Dezember 1980 auch Mitglied des Politbüros des ZK, vom 24. August bis 8. Oktober 1980 Stellvertretender Ministerpräsident der Volksrepublik Polen S. 1341
- Gracher, Konrad** 1977–1979 Botschaftsrat I. Klasse bzw. Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Lissabon S. 585¹⁵
- Graham, Daniel Robert** Gouverneur des amerikanischen Bundesstaates Florida (Democratic Party) S. 823¹⁶
- Gramsci, Antonio** 1921 Mitbegründer der KPI, 1924–1926 deren Generalsekretär S. 585

- Grange, Sydney** Präsident des Olympischen Komitees von Australien S. 127¹⁵
- Granum, Rex Lars** stellvertretender Pressesprecher des amerikanischen Präsidentsamts (Deputy Press Secretary) S. 244²⁰
- Grass, Günter** Schriftsteller S. 1241, 1245
- Gratsios, Agamemnon** General und seit 10. Januar 1980 Oberbefehlshaber der griechischen Streitkräfte S. 302⁵, 305
- Greenspan, Alan** 1974–1977 Vorsitzender des amerikanischen Rats der „Wirtschaftsweisen“ (US Council of Economic Advisers) S. 1766
- Grličkov, Aleksandar** Mitglied im Präsidium des ZK des BdKJ S. 434
- Groll, Götz Freiherr von** Mitarbeiter bei der ECE bis 6. August 1980, anschließend in das Auswärtige Amt zurückversetzt, seit 11. August 1980 als Vortragender Legationsrat I. Klasse zur Wahrnehmung der Aufgaben des Leiters des Fachbereichs Auswärtige Angelegenheiten beim Bevollmächtigten der Bundesregierung in Berlin abgeordnet, seit 16. Dezember 1980 Gesandter an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Paris S. 1435¹⁵
- Gromyko, Andrej Andrejewitsch** Außenminister der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU **Dok. 151, 281** und S. 10, 45, 69⁸, 83¹⁸, 114f., 118, 121, 155, 162, 190, 213¹, 215⁷, 242¹⁵, 244²², 253, 255, 257, 321, 351, 382, 411, 468, 486, 525⁴, 588¹⁸, 604f., 631, 638, 659, 663, 674, 680f., 708f., 712, 717, 723⁷, 724, 731, 752, 761, 763, 764²², 775, 777f., 787, 791, 800³³, 814f., 817, 818²², 841f., 844, 850, 892–894, 899¹⁶, 901f., 940, 948, 958, 961, 983–985, 988, 1016, 1026f., 1029–1033, 1035, 1038–1040, 1042–1045, 1048f., 1051, 1063f., 1066–1069, 1079f., 1092f., 1108, 1112, 1182³⁵, 1277, 1302, 1359⁴, 1360, 1364, 1368, 1377⁴, 1378f., 1396–1398, 1401f., 1437, 1496, 1504, 1509, 1515, 1563, 1568–1571, 1581f., 1591–1593, 1619, 1632, 1633¹², 1634, 1661, 1664, 1668, 1678⁶, 1732⁹, 1740, 1749¹³, 1781f., 1812, 1817, 1822, 1845, 1932¹⁹
- Gröning, Friedrich** Legationsrat I. Klasse im Referat 330 „Argentinien, Uruguay, Paraguay, Brasilien, Karibischer Raum“ des Auswärtigen Amts, seit 3. März 1980 Persönlicher Referent des Staatsministers von Dohnanyi S. 873⁶
- Grosser, Alfred** französischer Publizist und Politikwissenschaftler S. 1241, 1245
- Gruber, Karl** 1945–1953 Außenminister der Republik Österreich S. 706³
- Grudzień, Zdzisław** Mitglied des polnischen Parlaments, Erster Sekretär des Woiwodschaftskomitees der PVAP von Kattowitz bis September 1980 und bis 8. Oktober 1980 Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP S. 1557
- Grüner, Martin** Mitglied des Deutschen Bundestags (FDP) und Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft S. 846⁷
- Grunert, Horst** 1974–1978 Stellvertretender Außenminister der DDR S. 120¹¹
- Grünewald, Armin** stellvertretender Sprecher der Bundesregierung bis November 1980 S. 16⁸, 127¹⁷, 630⁶, 1237f., 1246
- Grung, Geir** Sprecher des norwegischen Außenministeriums S. 1277
- Gscheidle, Kurt** Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen sowie bis 4. November 1980 Bundesminister für Verkehr und Mitglied des Deutschen Bundestags (SPD) S. 285, 287f., 1140
- Guerreiro** siehe: *Saraiva Guerreiro, Ramiro Elísio*
- Guiga, Driss** Botschafter der Tunesischen Republik in Bonn S. 1099³⁵
- de Guiringaud, Louis** 1976–1978 Außenminister der Französischen Republik S. 531
- Gülcügil, Mustafa** Innenminister der Republik Türkei bis 21. Juli 1980 S. 143
- Gundelach, Finn Olav** Vizepräsident der EG-Kommission (zuständig für Landwirtschaft und Fischerei) S. 79³, 1874

- Gundersen** siehe: *Zeiner Gundersen, Herman Fredrik*
- Günther, Manfred** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 700 „Staatsbesuche, Veranstaltungen“ des Auswärtigen Amtes S. 848¹¹
- Gürün, Kamuran** 1972–1976 Botschafter der Republik Türkei in Athen S. 492¹⁵
- Gussman, William H.** Erster Sekretär für Politische Angelegenheiten an der amerikanischen Botschaft in Bonn S. 1606⁴
- Guth, Wilfried** Sprecher des Vorstands der Deutschen Bank AG S. 204–206, 966
- Gutiérrez Mellado, Manuel** General der spanischen Streitkräfte und Erster stellvertretender Ministerpräsident des Königreichs Spanien; 1977–1979 Verteidigungsminister S. 32
- Guyer, Roberto E.** Botschafter der Argentinischen Republik in Bonn S. 1794
- Gysi, Klaus** Staatssekretär im Staatssekretariat für Kirchenfragen der DDR S. 1587, 1589
- Haak, Volker** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Managua S. 426⁴⁺⁵, 1337², 1338³
- Haar, Ernst** Mitglied des Deutschen Bundestags (SPD) und Vorsitzender der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) S. 1423⁹
- Haas, Wilhelm** Ministerialdirigent und „Beauftragter für Afrikapolitik“ in der Abteilung 3 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amtes mit der Amtsbezeichnung Botschafter als Funktionsbezeichnung im Verkehr mit dem Ausland **Dok. 101, 320** und S. 502¹, 633, 634⁶⁺⁸, 635, 646, 751²⁹, 885¹, 887¹², 1226¹, 1564¹, 1565, 1905⁸, 1906–1908, 1945⁸
- Habasch, Georges** Generalsekretär der PFLP S. 360
- Häber, Herbert** Mitglied des ZK der SED und Leiter der Abteilung „West“ im ZK S. 1422 f.
- Haddad, Wadi** Anführer der PFLP/Special Command bis zu seinem Tod am 28. März 1978 S. 667⁴
- Hadrami, Mohammed Abderrahim Ould** Botschaftsrat an der mauretanischen Botschaft in Bonn S. 860, 921
- Hadwan, Allaeddine** Mitglied der PFLP/Special Command und „Informant 2“ der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Beirut S. 1310–1316
- Häfele, Hansjörg** Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU) S. 1123¹⁵
- Haferkamp, Hans Hermann** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 321 „West- und Zentralafrika“ im Auswärtigen Amt S. 502¹
- Haferkamp, Wilhelm** Vizepräsident der EG-Kommission (zuständig für Auswärtige Angelegenheiten) **Dok. 361** und S. 1113, 1647²², 1809¹⁶
- Hager, Kurt** Mitglied des Politbüros des ZK der SED und des Staatsrats der DDR S. 1578
- Haiba, Mokhtar Ould** Hochkommissar der Organisation für die Nutzbarmachung des Senegal-Flusses (Organisation pour la Mise en Valeur du Fleuve Sénégal, OMVS) S. 860
- Haidalla, Mohamed Khouna Ould** Präsident der Islamischen Republik Mauretanien seit 4. Januar 1980 S. 861, 863
- Haig, Alexander Meigs Jr.** 1970–1973 stellvertretender Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten Nixon (Deputy National Security Advisor); 1973/74 Stabschef des Weißen Hauses; 1974–1979 Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Europa sowie der Alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR); 1981/82 Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika S. 13⁴³, 305¹¹, 1210, 1533, 1670, 1698, 1732⁹, 1743, 1746³⁰, 1765, 1917
- Haj Ali, Mahmoud** Angehöriger der irakischen Botschaft in Ost-Berlin S. 1216–1218, 1318, 1382–1384, 1432
- Halefoglu, Vahit** Botschafter der Republik Türkei in Bonn S. 144³⁰

- Hallensleben, Ekkehard** Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Belgrad **Dok. 76** und S. 724⁸, 1233⁹, 1235¹³
- Hallier, Hans-Joachim** Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 10 in der Abteilung 1 „Zentralabteilung“ des Auswärtigen Amts, seit 17. März 1980 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Jakarta S. 1780⁹, 1846¹¹
- Hallstein, Walter** 1951–1958 Staatssekretär des Auswärtigen Amts; 1958–1967 Präsident der EWG-Kommission in Brüssel S. 1644
- Halstead, John Gelder Horler** Botschafter von Kanada in Bonn bis 29. September 1980, seit 7. Oktober 1980 Leiter der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel S. 1787
- Hamburger, László** 1974–1978 Botschafter der Ungarischen Volksrepublik in Bonn S. 308¹⁵
- Hamerlak-Hermesdorf, Maria** Dolmetscherin im Referat 105 „Sprachendienst“ des Auswärtigen Amts S. 677¹
- Hammadi, Saadun** Außenminister der Republik Irak **Dok. 46** und S. 114, 179³², 360, 714³⁶, 1217 f., 1344³, 1427
- Hamm-Brücher, Hildegard** Mitglied des Deutschen Bundestags (FDP) und Staatsministerin im Auswärtigen Amt S. 429, 626–628, 752, 809³⁷, 860
- Hammer, Armand** amerikanischer Geschäftsmann und Kunstsammler, Präsident und Vorstandsvorsitzender (Chief Executive Officer) der Occidental Petroleum Corporation in Los Angeles S. 381, 1497, 1581³¹
- Han Kehua** Stellvertretender Außenminister der Volksrepublik China S. 1022²⁶
- Hansen, Albert** Generalsekretär des luxemburgischen Ministerrats S. 1134, 1143
- Hansen, Niels** Ministerialdirektor und Leiter des Referats 02 „Planungsstab“ im Auswärtigen Amt; 1975–1979 Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Washington **Dok. 55** und S. 15, 135¹⁸, 552¹², 949⁷, 1458¹⁵, 1484¹³, 1554, 1556
- Hardy, Joseph Evremond Ghislain** Leiter der Ständigen Vertretung von Kanada bei der NATO in Brüssel bis 25. September 1980 S. 843
- Hareli, Hava** Delegierte des Staates Israel bei der Weltfrauenkonferenz vom 14. bis 30. Juli 1980 in Kopenhagen S. 1190⁷
- Harmel, Pierre** 1965/66 Ministerpräsident des Königreichs Belgien; 1966–1973 Außenminister S. 240, 607
- Harpprecht, Klaus** Journalist und Schriftsteller; 1962–1966 Korrespondent des ZDF in Washington S. 1209
- Harriman, William Averell** 1963–1965 Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium (Under Secretary of State for Political Affairs); 1965–1969 Sonderbotschafter des amerikanischen Präsidenten Johnson (Ambassador-at-Large) S. 620
- Hartling, Poul** Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) S. 75
- Hartman, Arthur Adair** Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Paris S. 57
- Hartmann, Erwin** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters in der Arbeitseinheit 50 „Arbeitsstab Seerechtskonferenz“ des Auswärtigen Amts S. 1392¹
- Hartmann, Hanns Eggert** Legationsrat I. Klasse im Referat 105 „Sprachendienst“ des Auswärtigen Amts, seit 3. November 1980 an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau S. 253, 539, 649, 800
- Hartmann, Rüdiger** Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei den MBFR-Verhandlungen in Wien S. 623⁶, 1119, 1659⁴
- Hassan II.** König des Königreichs Marokko S. 1177, 1320
- Hassan ibn Talal** Kronprinz des Haschemitischen Königreichs Jordanien S. 536, 1175, 1491¹⁶
- Hauff, Volker** Mitglied des Deutschen Bundestags (SPD), Bundesminister für

- Forschung und Technologie bzw. seit 5. November 1980 Bundesminister für Verkehr S. 1282–1284, 1868¹³
- Haya de la Torre, Víctor Raúl** 1924–1979 Vorsitzender der Alianza Popular Revolucionaria Americana (APRA) und 1978/79 Präsident der Verfassungsgebenden Versammlung der Republik Peru S. 874
- Hegerfeldt, Carsten** Regierungsdirektor im Referat 331 „Umweltfragen, Standortplanung für industrielle Großanlagen, Atomrecht; Bevölkerungsprobleme“ des Bundeskanzleramts S. 1123¹⁵
- Heibach, Bernhard** Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Wien S. 711²⁵
- Heick, Hermann** Ministerialdirigent und Leiter der Gruppe 42 „Kredit- und Kapitalmarktpolitik; Währungspolitik; Bundesbank; Konjunkturpolitik“ im Bundeskanzleramt, seit Dezember 1980 Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 4 „Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik“ S. 594¹, 1134, 1143
- Heide, Winfried** Vortragender Legationsrat im Referat 02 „Planungsstab“ des Auswärtigen Amts S. 1416⁸
- Heimann, Gerhard** Senator für Bundesangelegenheiten des Landes Berlin (Bevollmächtigter des Landes Berlin beim Bund) S. 285 f., 288–290
- Heimsoeth, Harald** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Sofia S. 379¹²
- Heinemann, Klaus** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 510 „Staats- und Verwaltungsrecht“ des Auswärtigen Amts S. 514⁷, 1235¹⁴
- Heinichen, Otto-Raban** Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Tokio S. 1886⁹
- Heinz, Helmut** Generalleutnant und stellvertretender Generalinspekteur der Bundeswehr S. 574¹⁴
- Heipertz, Otto** 1974–1978 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Oslo S. 882¹⁷
- Heisbourg, Georges** Botschafter des Großherzogtums Luxemburg in Bonn S. 1134, 1143, 1642
- Heithölder, Falk** Regierungsamtmann an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau S. 217
- Held, Günter** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Tripolis **Dok. 161** und S. 400²⁹⁺³⁰, 905⁵, 906 f., 1171², 1173⁹, 1203²⁸, 1204³², 1205, 1322¹⁷
- Hellbeck, Hannspeter** Gesandter an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Paris, vom 10. bis 23. November 1980 an das Bundeskanzleramt abgeordnet, am 24. November 1980 dorthin versetzt, seitdem Ministerialrat an der Ständigen Vertretung in Ost-Berlin S. 1622³⁸
- Helminger, Paul** Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten, Außenhandel, Wirtschaft und Mittelstand sowie das Justizwesen des Großherzogtums Luxemburg S. 1638²⁰
- Helou, Zaki** militärischer Anführer der PFLP/Special Command in der Demokratischen Volksrepublik Jemen (Südjemen) S. 1311 f., 1314–1316
- Henderson, Sir Nicholas** Botschafter des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Washington S. 340, 348, 356, 372, 380, 422⁵, 747
- Heng Samrin** Vorsitzender des Volksrevolutionärsrats der „Volksrepublik Kampuchea“ S. 119⁸, 171¹¹, 636³, 750²⁰, 1800
- Henze, Gerhard** Botschaftsrat I. Klasse an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei dem Büro der Vereinten Nationen und bei den anderen internationalen Organisationen in Genf, seit 12. Mai 1980 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 422 „Grundsatzfragen der Außenwirtschaftspolitik; Außenhandelsförderung; Gewährleistungen im Außenhandel und Kapalexport; Rüstungsexportpolitik“ im Auswärtigen Amt S. 475³⁵, 859⁹, 954⁴²
- Herbst, Otto-Axel** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Paris; 1969–1973 Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung III „Abteilung für Handelspo-

- litik, Entwicklungspolitik und europäische wirtschaftliche Integration“ bzw. der Abteilung 4 „Abteilung für Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik und europäische wirtschaftliche Integration“ des Auswärtigen Amts **Dok. 11, 48, 216, 295, 341** und S. 14⁴⁶, 45¹², 57⁹, 151⁶, 260³, 317²⁸, 349³¹, 421⁴, 577¹², 752³³, 778⁶, 817¹⁹, 841⁵, 997¹⁹, 1078⁴, 1092, 1111¹⁸, 1120, 1126, 1238, 1244–1247, 1252, 1497³⁷, 1526⁶, 1762²², 1768²¹, 1867⁷, 1928
- Herljević, Franjo** Innenminister der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien und Mitglied des ZK des BdKJ S. 434
- Hermes, Peter** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Washington; 1973–1975 Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 4 „Abteilung für Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik und europäische wirtschaftliche Integration“ des Auswärtigen Amts **Dok. 16, 19, 21, 52, 58, 59, 67, 73, 82, 124, 198, 283, 337, 371, 373** und S. 7¹⁸, 15⁷, 25³, 29⁷, 51¹³, 67²³, 92¹³, 105¹², 122^f, 155¹⁴, 184⁵⁰, 223⁵, 241¹⁰⁺¹¹, 243¹⁶, 278¹², 340, 348, 356, 372, 412³⁷, 418¹², 493², 501¹¹, 511¹⁷, 523², 579, 618³, 666⁶, 671⁷, 675⁴, 714³⁵, 720³, 723⁷, 729¹⁴, 738³, 739⁵, 779⁹, 791¹¹, 816¹⁴, 823¹⁸, 837¹⁰, 911, 924¹⁵, 937⁷, 949, 954⁴³, 958⁶⁷, 963⁸, 1065, 1068¹⁹, 1070, 1094¹¹, 1148³, 1195¹⁷, 1209, 1213²¹, 1418¹², 1432⁴, 1434, 1439³⁴, 1522⁶, 1626³, 1627⁵, 1742¹⁶, 1745²⁹, 1746³⁰, 1747, 1749¹³, 1762¹⁹, 1786⁷, 1841²⁰, 1847¹⁴, 1849²¹
- Herrera Campíns, Luís** Präsident der Republik Venezuela S. 1499⁴², 1847¹⁴
- Herrmann, Frank-Joachim** Mitglied der Agitationskommission beim Politbüro des ZK der SED und Persönlicher Referent des Generalsekretärs Honecker, seit 15. August 1980 Staatssekretär und Leiter der Kanzlei des Staatsratsvorsitzenden der DDR S. 1264, 1615
- Herrmann, Joachim** Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED für Agitation und Propaganda S. 322, 1615
- Herter, Christian Archibald** 1959–1961 Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika S. 951²⁸
- Heß, Claus** Vizepräsident des NOK für Deutschland S. 600
- Heß, Rudolf** 1933–1941 „Stellvertreter des Führers“ und Reichsminister ohne Portefeuille des Deutschen Reiches (im alliierten Kriegsverbrechergefängnis in Berlin-Spandau inhaftiert) S. 990
- Hesselbach, Walter** Vorstandsvorsitzender der Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft AG S. 930
- van Heuven, Marten H.A.** Botschaftsrat an der amerikanischen Botschaft in Bonn S. 239, 386⁵, 644, 1170¹¹
- Heydrich, Wolfgang** Oberst i.G. und Leiter des Referats III 5 „Rüstungsbegrenzung, Rüstungskontrolle“ der Stabsabteilung III „Militärpolitik, Führung“ des Führungsstabs der Streitkräfte im Bundesministerium der Verteidigung S. 239, 248^f, 1378, 1865
- Heyken, Eberhard Martin Friedrich** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 213 „Sowjetunion“ des Auswärtigen Amts, seit 28. August 1980 Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington S. 3¹, 39¹, 68¹, 163¹, 165⁷, 209¹, 219¹, 251¹, 459¹, 523¹, 619⁸, 727¹, 1016¹, 1224¹
- Hiehle, Joachim** Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung S. 224¹⁴, 698³, 1751
- Hilger, Reinhard** Botschaftsrat an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen in New York, seit 17. März 1980 Vortragender Legationsrat im Referat 500 „Allgemeines Völkerrecht“ des Auswärtigen Amts S. 697¹, 1751¹
- Hille, Hans-Joachim** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Kairo S. 25³, 439¹⁰, 505¹², 529⁵, 781¹⁵, 1164¹⁷, 1725¹³, 1758³
- Hiller, Armin** Legationsrat I. Klasse im Referat 320 „Ost- und Südafrika“ des Auswärtigen Amts, seit 5. März 1980 Vortragender Legationsrat S. 646¹, 1656³
- Hillgenberg, Hartmut** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im

- Referat 500 „Allgemeines Völkerrecht“ des Auswärtigen Amtes S. 559¹, 560⁶, 563 f., 589²⁴, 697¹
- „**Hind**“ siehe: *Mohnhaupt, Brigitte*
- Hinton, Deane Roesch** Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Assistant Secretary for Economic and Business Affairs) S. 1897 f.
- Hishongwah, Timothy Hadino** Vertreter der SWAPO für die Nordischen Staaten, Österreich und die Bundesrepublik Deutschland mit Sitz in Stockholm S. 1566, 1906¹³
- Hitler, Adolf** 1933/34 Reichskanzler des Deutschen Reiches; 1934–1945 „Führer und Reichskanzler“ S. 463, 934, 1054, 1058, 1805
- Hodges, Luther Hartwell Jr.** Unterstaatssekretär im amerikanischen Handelsministerium (Under Secretary of Commerce), seit 9. Januar 1980 stellvertretender Handelsminister der Vereinigten Staaten von Amerika (Deputy Secretary of Commerce) S. 420
- Hodža, Fadilj** Mitglied der Kollektiven Präsidentschaft der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien und im Präsidium des ZK des BdKJ S. 434
- Hoeffel, Daniel** Staatssekretär im Ministerium für Gesundheit und Familie der Französischen Republik, seit 2. Oktober 1980 Verkehrsminister; Persönlicher Beauftragter des Staatspräsidenten Giscard d'Estaing zur Ausarbeitung eines deutsch-französischen Berichts zur Frage der im Zweiten Weltkrieg zwangsrekrutierten Elsässer und Lothringer S. 1124, 1776¹⁷
- Hoesch, Jan** Ministerialrat an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin S. 812¹⁰
- Hoessle, Andreas von** Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Kuwait-Stadt S. 1304²⁰
- Hoff, Hellmut** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 330 „Argentinien, Uruguay, Paraguay, Brasilien, Karibischer Raum“ im Auswärtigen Amt S. 644, 875¹³, 1091³
- Hoffmann, Diether** Mitglied des Vorstands der Bank für Gemeinwirtschaft AG S. 205
- Hoffmann, Heinz** Verteidigungsminister der DDR und Mitglied des Politbüros des ZK der SED S. 1813³, 1933
- Hoffmann, Julius** Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Internationalen Organisationen in Wien mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 1474¹⁰
- Hofmann, Harald** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Kopenhagen S. 505¹¹, 882¹⁷, 1190⁸⁺¹¹
- Hofmann, Sieglinde** Mitglied der RAF S. 669⁹
- Hofmann, Wilfried** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung“ im Auswärtigen Amt **Dok. 168, 328** und S. 96¹, 165¹, 413³⁹, 452¹², 493¹, 658¹, 704¹, 720¹, 759⁵, 829¹, 908¹, 1001¹, 1007²⁵, 1061²⁶, 1086², 1102, 1104, 1148¹, 1159¹, 1165¹, 1170¹¹, 1253¹, 1288¹, 1364¹, 1387¹, 1389¹³, 1391²⁰, 1430¹⁺², 1431⁷⁺⁹, 1471¹, 1475¹⁴, 1518², 1529¹, 1605¹, 1606⁴⁺⁶, 1607⁸, 1704⁴⁰, 1834², 1858²¹, 1916¹
- Hofstetter, Rolf** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung“ des Auswärtigen Amtes, seit 18. Juni 1980 zur Dienstleistung beim Generalsekretariat der NATO in Brüssel beurlaubt S. 96¹, 165¹, 493¹, 565¹, 658¹, 670, 704¹, 720¹
- Hohlweck, Günter** Oberst i. G. und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Athen S. 1004¹²
- Holik, Josef Friedrich** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 221 „Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa“ im Auswärtigen Amt **Dok. 197** und S. 239, 246–249, 264¹, 450¹, 550¹⁺⁵, 622¹, 671⁶, 1330¹, 1369¹, 1466¹, 1481¹, 1535¹, 1659¹, 1861¹, 1862⁷, 1922¹
- Holst, Johan Jørgen** Staatssekretär im norwegischen Außenministerium S. 937, 1399

- Holt, Marjorie Sewell** Mitglied des amerikanischen Repräsentantenhauses (Republican Party) S. 779⁹
- Holtermann, Erhard** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Bamako S. 861⁷
- Holubek, Reinhard** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Hanoi, ab 22. Dezember 1980 im Auswärtigen Amt zur Vorbereitung auf die Teilnahme am Lehrgang des Royal College of Defence Studies in London S. 1022²⁶
- Holzheimer, Hermann** Vertreter des Leiters der Abteilung 7 „Protokoll“ im Auswärtigen Amt mit der Amtsbezeichnung Gesandter, seit 22. April 1980 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Bagdad S. 275, 714³⁴, 1304²⁰, 1344³, 1345⁵, 1545²⁰, 1638²¹, 1844⁵
- Hommel, Nicolas** 1968–1973 Botschafter des Großherzogtums Luxemburg in Bonn S. 74¹⁵
- D'Hondt, Victor** *1841 †1901 S. 583
- Honecker, Erich** Vorsitzender des Staatsrats der DDR und Generalsekretär des ZK der SED S. 65, 84, 121, 234, 255⁷, 322–326, 470¹⁶, 506, 680, 707⁵, 708, 725, 733, 752f., 788, 810f., 871f., 932¹², 988f., 997, 1032, 1157²³, 1260, 1262, 1264f., 1274–1277, 1279, 1356, 1501, 1508, 1511, 1512³⁰, 1575–1583, 1587f., 1591f., 1615–1625, 1657⁶, 1720f., 1816, 1869¹⁵, 1933
- Hopper, Robert F.** Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium (Special Assistant to the Counselor) S. 168
- Hopper, William David** Vizepräsident der Weltbank für den Bereich Südasien S. 316²³
- Horn, Erwin** Mitglied des Deutschen Bundestags (SPD) S. 614
- Horstmann, Hans Henning** Legationsrat I. Klasse im Referat 204 „Vereinigte Staaten von Amerika, Vereinigtes Königreich, Gemeinsame Fragen des Commonwealth, Kanada, Irland, Nordische Staaten“ des Auswärtigen Amts, seit 19. Mai 1980 Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Accra S. 10³⁵, 80⁹, 124²⁺²⁰
- Horstmann, Udo** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Dakar (zugleich in Gambia, Guinea-Bissau und Kap Verde akkreditiert) S. 860², 861⁹
- Hoss, Salim** Ministerpräsident der Libanesischen Republik S. 1163¹³
- Hove, Byron Rueben Mtoulodzi** Berater des simbabwischen Außenministers Mzenda S. 562–564
- Hove, Richard Chemist** Mitglied der ZANU und seit 11. März 1980 Minister für den öffentlichen Dienst von Simbabwe S. 561, 565
- Howell, David Arthur Russell** Energieminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 974
- Höynck, Wilhelm** Vortragender Legationsrat I. Klasse im Referat 212 „Ost-West-Beziehungen, bilaterale Beziehungen zu osteuropäischen Staaten, zur UdSSR und zu Nordamerika“ des Bundeskanzleramts S. 62¹, 239, 275¹, 504¹, 522²², 539, 544¹⁵, 665⁴, 677, 889⁴, 978³, 996¹¹, 1016, 1043²³, 1050, 1100f., 1253⁵, 1269, 1344², 1350¹, 1606⁶, 1861⁴
- Hroch, Josef** Stellvertretender Protokollchef des tschechoslowakischen Außenministeriums S. 1799³⁺⁴, 1800
- Hryniewicz, Janusz** Erster Stellvertretender Vorsitzender der Planungskommission beim Ministerrat der Volksrepublik Polen S. 306⁴
- Hu Yaobang** Leiter der Propagandaabteilung sowie Generalsekretär und Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh, seit 29. Februar 1980 zugleich Mitglied im Ständigen Ausschuss des Politbüros des ZK S. 1021²⁴, 1426
- Hua Guofeng** Ministerpräsident der Volksrepublik China bis 10. September 1980 und Vorsitzender des ZK der KPCh S. 208, 423, 478, 638¹⁴, 655, 737, 940, 945, 947, 1021²⁴, 1426, 1450, 1650–1652, 1888
- Huang Hua** Außenminister der Volksrepublik China **Dok. 118, 181** und S. 655¹¹, 1022²⁶, 1426³, 1427
- Huber, Antje** Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit sowie Mit-

- glied des Deutschen Bundestags (SPD) S. 1132, 1251
- Huber, Hermann** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 101 „Höherer Dienst; Honorarkonsuln“ im Auswärtigen Amt, seit 19. Januar 1980 Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Moskau **Dok. 232** und S. 218⁸, 514⁷, 525⁴, 775²⁷, 1026⁴¹, 1047³¹, 1352³, 1353⁴, 1377, 1582³², 1620²⁷, 1635
- Hübner, Klaus** Polizeipräsident von Berlin (West) S. 1383
- Hückmann, Onno** Attaché im Auswärtigen Amt, unter anderem im Referat 210 „Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen“ eingesetzt S. 1866¹
- Hulinský, Ilja** Leiter der Ständigen Vertretung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik bei den Vereinten Nationen in New York S. 459–461
- Huonker, Gunter** Mitglied des Deutschen Bundestags (SPD) und Staatsminister im Bundeskanzleramt S. 285, 403, 426, 504, 765¹, 816¹¹, 868¹⁷, 871 f., 873¹, 1050¹, 1134, 1143, 1209¹, 1237, 1261 f., 1264, 1488, 1618, 1622³⁷, 1631⁴, 1758, 1764¹, 1872¹
- Huonker, Helga** S. 1758
- Hupka, Herbert** Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU) und Bundesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien S. 809³⁷
- Hurd, Douglas** Mitglied des britischen Parlaments und Staatsminister im Außenministerium (Minister of State for Foreign and Commonwealth Affairs) S. 86, 1105³, 1106 f., 1110
- Husák, Gustáv** Generalsekretär des ZK der Kommunistischen Partei und Präsident der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik S. 1800, 1929, 1930⁵, 1932
- Hussein al-Takriti, Saddam** Vorsitzender des Revolutionären Kommandorats sowie Präsident und Ministerpräsident der Republik Irak S. 279, 595, 714, 1175, 1217 f., 1304²⁰, 1345, 1446¹³, 1459 f., 1473, 1474⁹, 1490, 1546, 1725
- Hussein bin Onn** Ministerpräsident von Malaysia S. 479
- Hussein ibn Talal** König des Haschemitischen Königreichs Jordanien S. 24, 26, 361, 438 f., 715, 784, 859, 913³, 1174–1183, 1304²⁰, 1312⁸, 1320, 1350, 1446¹³, 1490, 1491¹⁶, 1638, 1724 f., 1810²²
- Iacovou, George** Botschafter der Republik Zypern in Bonn S. 489–492
- Ibrahim** siehe: *al-Douri, Izzat Ibrahim*
- Ibrahim, Hassan** Staatsminister beim jordanischen Ministerpräsidenten für Palästinenserfragen, seit 28. August 1980 Minister für die Angelegenheiten der besetzten Gebiete S. 1177 f., 1180
- Iklé, Fred Charles** 1973–1977 Leiter der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde (Arms Control and Disarmament Agency); 1981–1988 Staatssekretär im Verteidigungsministerium **Dok. 334** und S. 1209 f., 1628, 1629¹³
- Iljitschow, Leonid Fjodorowitsch** Stellvertretender Außenminister und Leiter der Delegation der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bei der KSZE-Folgekonferenz ab 11. November 1980 in Madrid; 1958–1961 Leiter der Propaganda-Abteilung im ZK der KPdSU und 1961–1965 Sekretär des ZK **Dok. 322** und S. 1678, 1740
- Illarionow, F.N.** Generalmajor der sowjetischen Streitkräfte S. 1050
- Iloniemi, Jaakko Olavi** Botschafter der Republik Finnland in Washington S. 184, 567, 569
- Indra, Alois** Vorsitzender der Bundesversammlung und Mitglied im Präsidium des ZK der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik S. 708, 1930
- Ishaq Khan, Ghulam** Finanzminister der Islamischen Republik Pakistan S. 110, 1498³⁹
- Islebe, Walter** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Guatemala S. 1212¹⁸
- Ito, Masayoshi** Leiter des japanischen Kabinettssekretariats, vom 12. Juni bis

17. Juli 1980 amtierender Ministerpräsident von Japan, seit 17. Juli 1980 Außenminister **Dok. 365** und S. 962, 1872
- Iwanowitsch, Dmitrij („Donskoj“)** 1359–1389 Großfürst von Moskau S. 1446¹⁰
- Izziddin, Ibrahim** 1977/78 Botschafter des Haschemitischen Königreichs Jordanien in Bonn S. 77
- Jabłoński, Henryk** Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP und Vorsitzender des Staatsrats der Volksrepublik Polen S. 1786⁹, 1850
- Jablonský, Mečislav** Stellvertretender Außenminister der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik S. 116⁴³, 1157²², 1801¹¹
- Jackson, Henry Martin** Senator des amerikanischen Bundesstaates Washington (Democratic Party) S. 1627⁵, 1762¹⁹
- Jackson, John Edward** Leiter der Delegation des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland bei den MBFR-Verhandlungen in Wien seit Januar 1980 S. 1467
- Jaenicke, Joachim** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Buenos Aires bis zum Eintritt in den Ruhestand am 31. August 1980 S. 873⁶, 1793¹²
- Jäger, Claus** Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU) S. 614
- Jagielski, Mieczysław** Stellvertretender Ministerpräsident der Volksrepublik Polen und Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP S. 1297, 1341, 1458¹⁴, 1768 f., 1773², 1774, 1786⁹, 1857¹⁷
- Jagow, Peter von** Vortragender Legationsrat im Referat 221 „Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa“ des Auswärtigen Amts, seit 14. April 1980 Vertreter des Leiters im Referat 223 „Abrüstung und Rüstungskontrolle in den Vereinten Nationen und ihren Sonderorganisationen“ S. 239, 264¹, 450¹, 670⁴
- Jahsnowsky, Franz** Leiter der Protokollabteilung im Außenministerium der DDR mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 1261 f.
- Jakunin, Gleb Pawlowitsch** russisch-orthodoxer Priester, seit 1. November 1979 in der UdSSR inhaftiert S. 877
- Jalloud, Abdelsalam** Major der libyschen Streitkräfte und Stellvertreter des „Führers der Großen Revolution vom 1. September“, el-Gaddafi, in der Sozialistischen Libysch-Arabischen Volks-Dschamahirija S. 400, 1322, 1420¹⁶
- Jaroszewicz, Piotr** Ministerpräsident der Volksrepublik Polen und Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP bis 15. Februar 1980 S. 455 f., 1206, 1786⁹
- Jaruzelski, Wojciech** Verteidigungsminister der Volksrepublik Polen und Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP S. 1556 f., 1594²⁷, 1786⁹, 1813³, 1816⁹
- Javits, Jacob Koppel** Senator des amerikanischen Bundesstaates New York (Republican Party) S. 101, 175
- Jawar** Unterstaatssekretär im Außenministerium der Vereinigten Arabischen Emirate S. 862¹⁰
- Jefremow, Michail Timofejewitsch** Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Wien S. 800
- Jelonek, Alois Eduard Karl** Vertreter des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen in New York mit der Amtsbezeichnung Botschafter; 1978/79 Vertreter des Leiters mit der Amtsbezeichnung Gesandter S. 6¹⁵, 58¹³, 87¹¹, 90⁹, 181³⁸, 475³⁷, 476³⁹, 489³⁺⁴, 647⁷, 1351⁶, 1442¹⁴, 1443¹⁵, 1445⁴, 1496³¹, 1640²⁸, 1713⁹, 1715¹⁹, 1733, 1734⁸⁺⁹, 1735¹¹, 1736¹⁵, 1794¹⁹
- Jenkin, Patrick** Minister für Gesundheit und das Sozialwesen des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 10
- Jenkins, Roy Harris** Präsident der EG-Kommission in Brüssel S. 340, 343–346, 520, 621 f., 926⁵, 970 f., 1002, 1643, 1719, 1807 f., 1872
- Jeschow, D.W.** Mitarbeiter in der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU S. 1089
- Jihad, Khalid** Mitglied der PFLP/Special Command und „Informant 1“ der Bot-

- schaft der Bundesrepublik Deutschland in Beirut S. 667–669, 1311⁵, 1316
- Joetze, Günter** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 212 „Fragen der allgemeinen Ost-West-Beziehungen (u. a. Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)“ im Auswärtigen Amt **Dok. 369** und S. 377⁵⁺⁶, 378⁷, 1158²⁷, 1271⁸, 1554¹⁸, 1654⁴, 1664¹, 1882¹
- Johannes Paul II. (Karol Józef Wojtyła)** Papst S. 209², 212, 873, 948, 968, 1308, 1543, 1696, 1702³⁴, 1738, 1748, 1769–1773, 1791, 1856
- Jóhannesson, Ólafur** Außenminister der Republik Island seit 8. Februar 1980 S. 759, 1007
- Johnson, Lyndon Baines** 1963–1969 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 98, 760, 823, 951, 1700
- Jones, Alun Arthur Gwynne (Baron Chalfont)** 1964–1970 Staatsminister im britischen Außenministerium S. 1804
- Jones, David Charles** General der amerikanischen Luftwaffe und Vorsitzender der Vereinigten Stabschefs (Chairman of the Joint Chiefs of Staff) S. 1056, 1061
- Jordan, Hamilton** Stabschef des amerikanischen Präsidenten Carter (Chief of Staff) bis 11. Juni 1980, anschließend stellvertretender Vorsitzender des „Carter/Mondale Presidential Committee“ S. 338
- Jordan, Klaus Eckhard** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 118 „Geheimschutz und Sicherheit“ des Auswärtigen Amts S. 1310¹
- Jørgensen, Anker** Ministerpräsident des Königreichs Dänemark S. 504–506, 516, 1189, 1295⁹, 1363¹¹
- Jovy, Ernst Michael** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Algier, seit 25. Januar 1980 Botschafter in Bukarest **Dok. 68, 351** und S. 379¹², 847⁸, 853²⁷, 1321¹³
- Juan Carlos I.** König des Königreichs Spanien **Dok. 323** und S. 24, 26 f., 30 f., 63, 583
- Jung, Ernst Friedrich** Leiter der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei den MBFR-Verhandlungen in Wien mit der Amtsbezeichnung Botschafter **Dok. 44, 209, 284, 309, 372** und S. 249³³, 450⁴, 452¹¹, 453¹⁴, 454¹⁶, 624¹¹, 670, 671⁵⁺⁷, 672–674, 1071³, 1336²⁵, 1660⁵, 1663¹⁴
- Jungmichel, Peter** Oberst i. G. und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington **Dok. 226** und S. 745¹²
- Kádár, János** Erster Sekretär des ZK der USAP S. 308¹⁵, 795 f., 797¹⁶, 799, 1695
- Kahan, Jerome H.** Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium (Deputy Director of Politico-Military Affairs) S. 671⁷, 1535
- Kaiser, Richard** Regierungsamtmann beim Honorarkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Port Moresby, mit Schreiben vom 31. Januar 1980 zum Geschäftsträger ad interim bis zum Eintreffen eines Botschafters bestellt, seit September 1980 Kanzler S. 1547²⁴
- Kamanga, Reuben Chitandika** Mitglied des ZK der UNIP in Sambia S. 887¹⁴, 888¹⁹
- Kamel, Ayhan** stellvertretender Generalsekretär für politische Angelegenheiten im türkischen Außenministerium S. 993¹¹
- Kampelman, Max M.** Anwalt, Leiter der Delegation der Vereinigten Staaten von Amerika beim KSZE-Vorbereitungstreffen ab 9. September und bei der KSZE-Folgekonferenz ab 11. November 1980 in Madrid S. 1550, 1552 f., 1554¹⁸
- Kane, Falilou** Leiter der Ständigen Vertretung der Republik Senegal bei den Vereinten Nationen in New York bis Juli/August 1980, anschließend Botschafter in Tunesien S. 1098³³
- Kane, Robert** Präsident des Olympischen Komitees der Vereinigten Staaten von Amerika S. 111²⁰, 340⁷
- Kanellopoulos, Athanasios** Finanzminister der Hellenischen Republik, seit

10. Mai 1980 Landwirtschaftsminister S. 304
- Kania, Stanisław** Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP und Sekretär des ZK, seit 5. September 1980 Erster Sekretär des ZK S. 1342⁹, 1458, 1462¹³⁺¹⁴, 1500 f., 1511, 1545, 1555, 1557 f., 1594, 1602¹⁹⁺²⁰, 1612–1614, 1632, 1633⁹, 1634, 1695 f., 1748, 1768, 1773², 1786⁹, 1831 f., 1889, 1932
- Kapp, Bernhard** Präsident des Vereins Deutscher Maschinenbau-Anstalten bzw. des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbau S. 207
- Karamanlis, Konstantinos** Ministerpräsident der Hellenischen Republik bis 10. Mai 1980, seit 15. Mai 1980 Präsident S. 35, 301–305, 413, 592, 1013, 1015, 1520¹⁰
- Karasek, Franz** Generalsekretär des Europarats in Straßburg S. 628
- Karmal, Babrak** Vorsitzender des Revolutionsrats und Ministerpräsident der Demokratischen Republik Afghanistan seit 27. Dezember 1979 sowie Generalsekretär der Demokratischen Volkspartei Afghanistans S. 3², 157, 172¹⁴, 198, 256¹⁴, 497, 658², 711²⁴, 732²⁶, 743, 777, 779, 799, 841, 843, 901, 917¹⁹, 958, 962⁹, 1026, 1094, 1156, 1463¹⁸, 1496, 1593²¹, 1679², 1681⁸
- Karpow, Wiktor Pawlowitsch** Sonderbotschafter (Ambassador-at-Large) und Leiter der Delegation der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bei den amerikanisch-sowjetischen Gesprächen über Mittelstreckensysteme vom 17. Oktober bis 17. November 1980 in Genf S. 1504⁶, 1729
- Kasanzew, Boris Alexandrowitsch** Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in La Paz S. 1258⁴
- Kasel, Jean-Jacques** Kabinettschef des stellvertretenden luxemburgischen Ministerpräsidenten Thorn S. 1642
- Kastl, Hans Jörg** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Brasilia, seit 8. Oktober 1980 Botschafter z.b.V. (Leiter der Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz ab 11. November 1980 in Madrid) **Dok. 319** und S. 1663¹¹, 1665⁹, 1666¹⁰, 1812⁴
- Kastrup, Dieter** Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington, seit 27. Mai 1980 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 203 „Mittelmeerfragen; Portugal, Spanien, Italien, San Marino, Heiliger Stuhl, Griechenland, Türkei, Zypern, Malta, Malteser-Ritter-Orden“ im Auswärtigen Amt, seit 17. November 1980 Leiter des Referats 210 „Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen“ S. 1390¹⁸, 1428¹⁰, 1529¹, 1532¹, 1617¹⁰, 1671¹¹
- Kato, Koichi** stellvertretender Generaldirektor des japanischen Kabinettssekretariats S. 727
- Katori, Yasue** Staatssekretär im japanischen Außenministerium und Stellvertreter des Außenministers S. 727, 1885
- Kauffenstein, Paul-Gerhard** Landespropst der Deutschen Evangelisch-Lutherischen Kirche in Namibia S. 1905
- Kaunda, Kenneth David** Präsident der Republik Sambia **Dok. 121** und S. 272, 341¹³, 342, 887¹⁴, 1800
- al-Kawasma, Fahd** Bürgermeister von Hebron S. 781¹⁴
- Kebblúšek, Emil** Leiter der Delegation der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik bei den MBFR-Verhandlungen in Wien S. 1116, 1467 f., 1660⁵
- Keeble, Sir Herbert Ben Curtis** Botschafter des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Moskau S. 223⁶
- Keeny, Spurgeon Milton** stellvertretender Leiter der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde (Arms Control and Disarmament Agency) und Leiter der Delegation der Vereinigten Staaten von Amerika bei den amerikanisch-sowjetischen Gesprächen über Mittelstreckensysteme vom 17. Oktober bis 17. November 1980 in Genf S. 1379, 1397, 1504⁶, 1729
- Keil, Franz** Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik

- Deutschland in Peking, seit 30. Juni 1980 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 340 „Süd- und Südostasien“ im Auswärtigen Amt, seit 10. September 1980 Leiter des Referats 214 „Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Albanien“ S. 100²³, 654⁵, 1021²⁴, 1296¹, 1478²³, 1554, 1556, 1558 f., 1598¹, 1799, 1811¹
- Keita, Lamine** Minister für industrielle Entwicklung der Republik Mali S. 860
- Kekkonen, Urho Kaleva** Präsident der Republik Finnland S. 1678
- Kennan, George Frost** Historiker, emeritierter Professor am Institute for Advanced Study in Princeton (New Jersey) S. 284
- Kennedy, Edward Moore** Senator des amerikanischen Bundesstaates Massachusetts und Kandidat der Demokratischen Partei für das Amt des amerikanischen Präsidenten bei den Vorwahlen S. 148², 390, 765, 1209
- Kennedy, John Fitzgerald** 1961–1963 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 202⁴, 760, 823, 951²⁸, 1700, 1804
- Kępa, Józef** Minister für Unternehmensführung, Heimatwirtschaft und Umweltschutz der Volksrepublik Polen, Mitglied des ZK der PVAP, bis 15. Februar 1980 Mitglied des Politbüros des ZK S. 456
- Kery, Theodor** Landeshauptmann des österreichischen Bundeslandes Burgenland (SPÖ) S. 706
- Keynes, John Maynard** * 1883 † 1946 S. 1711
- Khaddam, Abdel Halim** Außenminister und stellvertretender Ministerpräsident der Arabischen Republik Syrien S. 1213²²
- Khalaf, Karim** Bürgermeister von Ramallah im Westjordanland S. 781¹⁴, 1175⁷, 1304
- Khaled, Leila** Mitglied der PFLP S. 1311
- Khalid ibn Abdul Aziz al-Saud** König und Ministerpräsident des Königreichs Saudi-Arabien **Dok. 176** und S. 24, 26⁹, 393, 402, 485, 864, 959, 1087⁵, 1847¹⁴
- al-Khalidi, Awad** Generalstabschef der Streitkräfte der Vereinigten Arabischen Emirate S. 858 f.
- Khalifa** siehe: *al-Nahayan, Scheich Khalifa bin Zayed bin Sultan*
- Khalil, Mustafa** Ministerpräsident und Außenminister der Arabischen Republik Ägypten bis 15. Mai 1980 S. 81¹³, 439, 713, 781¹⁵
- Khama, Seretse** Präsident der Republik Botsuana bis 13. Juli 1980 S. 887¹⁴
- Khamenei, Ali** schiitischer Geistlicher, Mitglied des Revolutionsrats der Islamischen Republik Iran bis zu dessen Auflösung im Juli 1980 S. 1415
- Khan, Aftab Ahmad** Staatssekretär für wirtschaftliche Angelegenheiten im pakistanischen Wirtschafts- und Finanzministerium S. 919²⁶
- Khan, Sahabzada Yaqub** Botschafter der Islamischen Republik Pakistan in Moskau S. 1026⁴¹
- Khatami, Mohammed** Direktor des Islamischen Zentrums Hamburg e.V. (IZH), seit Mai 1980 Mitglied des iranischen Parlaments S. 1415
- Khomeini, Ahmad** S. 496³, 1375 f., 1516 f., 1585
- Khomeini, Ruhollah** schiitischer Geistlicher (Ayatollah), geistliches und weltliches Oberhaupt der Islamischen Republik Iran S. 91, 297³, 401, 479, 496, 499, 526 f., 535, 568, 571, 576, 588, 617, 641, 648, 734, 917¹⁹, 1172 f., 1317⁵, 1375 f., 1415–1417, 1419 f., 1427, 1459 f., 1473, 1474⁹, 1489–1491, 1516, 1584⁴⁺⁷, 1585
- Kiep, Walther Leisler** Finanzminister des Landes Niedersachsen (CDU), seit 4. November 1980 Mitglied des Deutschen Bundestags S. 711²⁵
- Kiereini, Jeremiah Gitau** Leiter des kenianischen Präsidialamts (Head of Civil Service and Secretary to the Cabinet) S. 269
- Kiesinger, Kurt Georg** 1966–1969 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland (CDU) S. 145

- Kiewitt, Peter** Vortragender Legationsrat im Bundeskanzleramt, am 10. März 1980 in den Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts zurückversetzt, seit 17. März 1980 Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in London **Dok. 69**
- Kikuchi, Kiyoaki** stellvertretender Außenminister von Japan und Beauftragter für Weltwirtschaftsfragen S. 962
- Killanin** siehe: *Morris, Michael*
- Kim Dae-Jung** südkoreanischer Oppositionspolitiker, am 17. September 1980 zum Tode verurteilt S. 946³¹, 1120³, 1212²⁰, 1439, 1640 f., 1793 f., 1844, 1848 f.
- Kim Il Sung** Präsident der Demokratischen Volksrepublik Korea (Nordkorea) und Generalsekretär des ZK der Partei der Arbeit Koreas S. 1323
- Kimche, David** stellvertretender Leiter des israelischen Auslandsgeheimdienstes Mossad, seit 15. Juli 1980 Generaldirektor des israelischen Außenministeriums **Dok. 247** und S. 1344, 1349²⁴
- Kinkel, Klaus** Präsident des BND S. 980, 1174, 1227, 1229, 1331, 1554, 1557–1560, 1656
- Kirschschläger, Rudolf** Bundespräsident der Republik Österreich S. 506¹⁶, 1617¹⁰
- Kirilenko, Andrej Pawlowitsch** Mitglied des Politbüros und des Sekretariats des ZK der KPdSU S. 984, 1079, 1102¹², 1613
- Kirkland, Joseph Lane** Präsident des amerikanischen Gewerkschaftsdachverbandes AFL/CIO (American Federation of Labor–Congress of Industrial Organizations) S. 933
- Kirsch, August** Vizepräsident des NOK für Deutschland S. 600
- Kirsten, Walter** Mitglied des Vorstands der Deutschen BP AG und Vorsitzender des Vorstands der Gelsenberg AG S. 205¹⁹
- Kischlat, Wolf Dieter** Legationsrat im Referat 220 „Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit), insbesondere VN-Bereich und SALT“ bzw. „Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit), insbesondere SALT und LRTNF“ des Auswärtigen Amts, seit 14. April 1980 im Referat 221 „Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa“, seit 7. Oktober 1980 Legationsrat I. Klasse S. 47¹, 889¹, 1369¹, 1481¹, 1861¹
- Kisiel, Henryk** Finanzminister der Volksrepublik Polen bis 24. August 1980, anschließend stellvertretender Ministerpräsident und Vorsitzender der Planungskommission des Ministerrats S. 1458
- Kisielewski, Stefan** polnischer Komponist, Schriftsteller und Dissident S. 1456⁷
- Kissinger, Henry Alfred** 1969–1975 Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten; 1973–1977 Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika S. 92¹², 252, 338, 746, 766, 874¹², 933 f., 1209 f., 1626⁴, 1628, 1670, 1686 f., 1705, 1715¹⁹, 1716, 1741, 1746³⁰, 1765
- Kittani, Ismat Taha** Staatssekretär im irakischen Außenministerium S. 1445⁴
- Kittel, Walter** Ministerialdirigent und Vertreter des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel (vom Bundesministerium für Wirtschaft entsandt) S. 79³, 690⁶, 1643⁹
- Klaauw, Christoph van der** Außenminister des Königreichs der Niederlande S. 1009, 1084¹⁰, 1111, 1255, 1413¹⁶, 1637, 1640
- Klaiber, Klaus-Peter** Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington, seit 16. März 1980 Botschaftsrat und seit 16. Mai 1980 Vertreter des Botschafters in Nairobi S. 269³, 1548³²
- Klarenaar, Franz Rudolf** 1959–1973 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats IIIA 6 „Wirtschaftsbeziehungen zum Osten; Ost-West-Handel“ bzw. 421 „Wirtschaftsbeziehungen West-Ost“ im Auswärtigen Amt S. 1048³²
- Klein, Hans-Joachim** (ehemaliges) Mitglied der „Revolutionären Zellen“ (RZ) S. 667⁴, 1312⁹

- Kleindienst, Willi** 1968–1976 als Ministerialrat bzw. seit 1969 als Ministerialdirigent im Bundesministerium für Wirtschaft Leiter der Treuhandstelle für den Interzonenhandel in Berlin (West) S. 1623⁴⁴
- Kleineidamm, Johannes** Weihbischof von Berlin S. 833
- Klibi, Chedli** Generalsekretär der Arabischen Liga in Tunis S. 360, 483⁴, 1097, 1098³¹, 1161–1164, 1213²²
- Klose, Hans-Ulrich** Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (SPD) und bis 31. Oktober 1980 Präsident des Bundesrats S. 845², 1139¹⁶, 1230f.
- Kluncker, Heinz** Vorsitzender der Gewerkschaft ÖTV S. 203, 207, 420
- Knackstedt, Günter Wilhelm Karl** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Luxemburg S. 1134, 1143
- Kohl, Helmut** Vorsitzender der CDU und der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag **Dok. 23** und S. 466, 700¹, 930
- Kohl, Michael** Stellvertretender Außenminister der DDR; 1965–1973 Staatssekretär beim Ministerrat der DDR S. 719⁸, 1422–1425, 1726¹⁸
- Köhler, Manfred** Mitarbeiter des Bundeskriminalamts S. 667–669, 1310, 1311⁵, 1314¹⁰, 1315f.
- Kolakowski, Leszek** polnischer Philosoph, Professor am All Souls College der Oxford University S. 1456⁷
- Kölsch, Eberhard** Legationsrat I. Klasse im Referat 202 „Frankreich, Andorra, Monaco, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Österreich, Schweiz, Liechtenstein“ des Auswärtigen Amts S. 1082¹, 1085¹³, 1151¹, 1361¹, 1529¹
- Komer, Robert William** Unterstaatssekretär im amerikanischen Verteidigungsministerium (Under Secretary of Defense for Policy) S. 387, 613¹⁷, 762, 1209
- Kondraschew, Sergej** Mitglied des KGB und der sowjetischen Delegation beim KSZE-Vorbereitungstreffen vom 9. September bis 11. November 1980 in Madrid S. 1551
- Koniecki, Dieter** Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Madrid S. 28
- König, Walter Josef** Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Warschau S. 1205⁴, 1207⁹, 1435¹³, 1560²⁸, 1851³⁰
- Konstantin II.** 1964–1974 König des Königreichs Griechenland (seit 1967 im Exil) S. 1320⁹
- Kopa, Stanislaw** stellvertretender Abteilungsleiter im polnischen Außenministerium S. 1863⁸
- Kopelew, Lew Sinowjewitsch** sowjetischer Schriftsteller und Dissident S. 163f., 165⁷, 880
- Koppmann, Rudolf Johannes Maria** Bischof, Apostolischer Vikar von Windhuk bis 29. November 1980 S. 1657⁸
- Korczewski, Ryszard** stellvertretender Leiter des Büros des polnischen Außenministers S. 1851³⁰
- Korf, Willy** Vorsitzender des Vorstands der Korf-Stahl AG S. 207f.
- Kornienko, Georgij Markowitsch** Erster Stellvertretender Außenminister der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 495⁹, 1016, 1044, 1048f., 1066, 1094, 1447
- Kornilow** S. 1352, 1353⁵
- Kornilow, Wladimir** sowjetischer Schriftsteller und Dissident S. 164
- „Korssakow“** siehe: *Kuithan, Klimens*
- Körte, Gerrit** Mitglied im Vorstand der Howaldtswerke-Deutsche Werft AG (HDW) S. 474³⁴
- Korutürk, Fahri** Präsident der Republik Türkei bis 6. April 1980 S. 182⁴²
- Kössler, Armin** Attaché im Auswärtigen Amt, vom 21. April bis 5. Dezember 1980 im Referat 311 „Mittlerer Osten, Maghreb“ **Dok. 173** und S. 855⁶, 1197¹, 1204³³
- Kossygin, Alexej Nikolajewitsch** Ministerpräsident der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU bis 23. Ok-

- tober 1980, am 18. Dezember 1980 verstorben S. 170, 409, 712, 735, 984, 986, 1016, 1029, 1035, 1040, 1042–1044, 1046–1049, 1063 f., 1069, 1079 f., 1092, 1108, 1322, 1474¹², 1503, 1593²¹, 1594
- Kövári, Péter** Botschafter der Ungarischen Volksrepublik in Bonn S. 187⁵⁹, 795¹¹
- Kowalczyk, Stanisław** Generalleutnant der polnischen Streitkräfte, Mitglied des polnischen Parlaments, Innenminister der Volksrepublik Polen bis 8. Oktober 1980, anschließend stellvertretender Ministerpräsident, bis 2. Dezember 1980 Mitglied des Politbüros des ZK der PVP S. 1557
- Kowaljow, Anatolij Gawrilowitsch** Stellvertretender Außenminister der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 1678
- Krause, Werner** Botschafter der DDR in Oslo und Reykjavik S. 1294⁷
- Krebs, Werner** Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Djidda, seit 30. Mai 1980 an der Botschaft in Washington S. 401³²
- Kreisky, Bruno** Bundeskanzler der Republik Österreich und Vorsitzender der SPÖ; 1953–1959 Staatssekretär im österreichischen Außenministerium **Dok. 136** und S. 324, 506, 789¹, 798, 801, 820⁵, 828³⁰, 930, 934, 1428, 1617, 1622, 1625, 1674 f., 1763
- Kremer, Leonhard** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 320 „Ost- und Südafrika“ im Auswärtigen Amt, seit 30. Juni 1980 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Daressalam S. 634⁷, 755⁴
- Kreusel, Dietmar** Legationsrat I. Klasse im Referat 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung“ des Auswärtigen Amts, seit 4. November 1980 Vortragender Legationsrat S. 493¹, 1255¹³, 1288¹, 1387¹, 1834¹, 1836¹³⁺¹⁴⁺¹⁹, 1839¹
- Kriehoff, Jürgen** Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Caracas, seit 15. September 1980 im Referat 210 „Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen“ des Auswärtigen Amts S. 1421¹, 1866¹
- Krieps, Émile** Verteidigungsminister des Großherzogtums Luxemburg S. 1835
- Krishnan, Natarajan** Staatssekretär im indischen Außenministerium (Additional Secretary) S. 467, 472–474, 476, 478
- Kröger, Klaus** Amtsrat im Referat 214 „Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Albanien“ des Auswärtigen Amts, seit 20. August 1980 Legationsrat S. 1478²³
- Kronzucker, Dieter** Journalist, Moderator des „Heute-Journals“ beim ZDF S. 1429
- Kronzucker, Sabine** S. 1429¹⁷⁺¹⁹
- Kronzucker, Susanne** S. 1429¹⁷⁺¹⁹
- Krug, Karlheinz** Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Reykjavik, seit 10. April 1980 Vertreter des Botschafters in Luxemburg S. 1002⁵
- Kruger** südafrikanischer Brigadegeneral S. 1227¹⁰
- Kruse, Hans Stefan** Vortragender Legationsrat in der Arbeitseinheit 310-9 „Europäisch-Arabischer Dialog“ des Referats 310 „Naher Osten“ im Auswärtigen Amt S. 278¹⁵, 360⁵²
- Kuhn, Dieter** Oberstleutnant i.G. und Militärattaché an den Botschaften der Bundesrepublik Deutschland in Amman, Damaskus und Djidda mit Dienstsitz in Damaskus S. 549⁵
- Kuhn, Joseph** 1974–1978 Leiter des Konsulats bzw. seit 1976 Generalkonsulats der Bundesrepublik Deutschland in Porto S. 582²
- Kühn, Alfred** Sekretär des Türkei-Konsortiums der OECD S. 139²⁵
- Kühn, Alfred** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Nairobi; 1974–1979 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 213 „Sowjetunion“ im Auswärtigen Amt S. 123¹⁷, 269, 273¹⁴, 274¹⁷, 878⁷, 895¹⁷, 920²⁸
- Kühn, Heinz** Beauftragter der Bundesregierung zur Förderung der Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ih-

- rer Familienangehörigen; 1966–1978 Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen (SPD) S. 280¹
- Kuhna, Karl Heinz** Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Lagos, seit 12. Mai 1980 Vertreter des Botschafters in Athen, seit 26. November 1980 Botschaftsrat I. Klasse S. 341¹⁴, 1013¹⁰
- Kuhnt, Eberhard** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Abu Dhabi **Dok. 162** und S. 595⁵, 862¹⁰, 1845⁹
- Kuithan, Klimens („Korssakow“)** S. 216–219, 512–514, 1044²⁶
- Kunz, Gerhard** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 222 „Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit); Abrüstungsausschuß, Nichtverbreitung; Regionale Rüstungskontrolle (außerhalb Europas); Forschung“ des Auswärtigen Amts S. 1346¹⁰
- Kuroń, Jacek** polnischer Dissident, Mitbegründer des „Komitees zur Verteidigung der Arbeiter“ (Komitet Obrony Robotników, KOR) S. 1456⁷
- Kurpakow, Iwan Alexandrowitsch** Erster Sekretär an der sowjetischen Botschaft in Bonn S. 154, 539, 649, 1503
- Kusnezow, Georg** Amtsrat im Referat 010 „Ministerbüro“ des Auswärtigen Amts S. 106⁷, 845¹, 1103¹, 1105¹, 1916¹
- Kusnezow, Wassilij Wassiljewitsch** Erster Stellvertretender Vorsitzender im Präsidium des Obersten Sowjet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und Kandidat des Politbüros des ZK der KPdSU S. 1631f., 1634f.
- Kusumaatmadja, Mochtar** Außenminister der Republik Indonesien S. 480
- Kutyla, Leopold** Erster Sekretär an der polnischen Botschaft in Bonn S. 1269
- Kwizinskij, Julij Alexandrowitsch** Gesandter an der sowjetischen Botschaft in Bonn S. 217, 662², 990³⁵, 1048³³, 1276¹⁰, 1309⁵, 1817f.
- Kyaw, Dietrich von** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 410 „Europäische Gemeinschaften: Grundsatzfragen, Institutionen, Beitritte; Beziehungen zu den Staaten des Mittelmeerraums, Afrikas und den übrigen AKP-Staaten“ bzw. „Europäische Gemeinschaften: Grundsatzfragen, Institutionen, Beitritte, EG-Haushalt; Beziehungen zu den Staaten des Mittelmeerraums, Afrikas und den übrigen AKP-Staaten“ im Auswärtigen Amt S. 280¹, 1408¹
- Kyprianou, Spyros** Präsident der Republik Zypern S. 490, 492¹⁵
- Labedz, Leopold** polnischer Autor und Journalist, Leiter des Londoner Büros des „Komitees zur Verteidigung der Arbeiter“ (Komitet Obrony Robotników, KOR) S. 1803
- de Laboulaye** siehe: *Lefebvre de Laboulaye, François*
- Lagorio, Lelio** Verteidigungsminister der Italienischen Republik seit 4. April 1980 S. 881, 1835f., 1838, 1842
- Lahn, Lothar** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Madrid S. 24, 27¹⁰⁺¹¹, 36³¹, 37³², 42, 43⁵, 1351⁶, 1655, 1672¹⁴, 1707⁵⁰⁺⁵³
- Lahnstein, Manfred** Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen, seit 1. Dezember 1980 Chef des Bundeskanzleramts S. 204, 313¹⁷, 417, 420, 653³, 655⁹, 1170¹¹, 1405⁹, 1802¹, 1855, 1857, 1872¹, 1885¹
- Lahusen, Carl** Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Paris, seit 31. März 1980 Botschafter in Dublin S. 60¹⁸, 816¹³, 1345⁸
- Lake, W. Anthony** Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium (Director, Policy Planning Staff) S. 311
- Laloy, Jean** Koordinator der Französischen Republik für die deutsch-französischen Beziehungen S. 1129
- Lambach, Frank** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 300 „Grundsatz- und Koordinierungsfragen“ des Auswärtigen Amts S. 107¹⁰
- Lambruschini, Armando** Admiral und Oberbefehlshaber der argentinischen

- Marine, Mitglied der Militärjunta der Argentinischen Republik **Dok. 345**
- Lambsdorff, Otto Graf** Bundesminister für Wirtschaft und Mitglied des Deutschen Bundestags (FDP) S. 16⁸, 66, 132, 143, 201¹, 203–205, 206²², 208, 291, 306–310, 316, 419, 594, 599, 677, 681, 685, 700¹, 728, 801¹¹, 805²⁵, 847, 913, 971, 973, 986, 1045²⁷, 1263 f., 1282, 1330, 1458, 1571¹, 1572⁴, 1574, 1641¹, 1712⁶, 1793¹², 1872¹, 1885¹
- Lamontagne, Joseph George Gilles Claude** Verteidigungsminister von Kanada seit 3. März 1980 S. 881, 1841
- Landau, Friedrich** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Kuwait-Stadt S. 1847¹⁴
- Landsberg-Velen, Dieter Graf von** Vizepräsident des DSB S. 600
- Lang, Hartmut** Legationsrat I. Klasse im Referat 214 „Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Albanien“ des Auswärtigen Amts S. 1811¹
- Lang, Jörg** Rechtsanwalt S. 667⁴
- Lang, Norbert** Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Ottawa bis 23. September 1980, anschließend Vertreter des Leiters der Ständigen Vertretung bei dem Büro der Vereinten Nationen und bei den anderen internationalen Organisationen in Genf S. 113⁸, 127¹⁶
- Lankes, Johann Christian** beigeordneter NATO-Generalsekretär für Politische Angelegenheiten mit der Amtsbezeichnung Botschafter und Vorsitzender des Senior Political Committee (SPC) der NATO S. 1679 f., 1684
- de Larosière de Champfeu, Jacques** Direktor des IWF in Washington S. 655¹¹, 656
- Lasater, John Roger** Brigadegeneral der amerikanischen Streitkräfte und Mitarbeiter bei der Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde (Senior Military Adviser, Arms Control and Disarmament Agency) S. 235
- Laske, Gerhard** Exekutivdirektor der Bundesrepublik Deutschland beim IWF in Washington S. 653³, 654 f.
- Lautenschlager, Hans Werner** Staatssekretär im Auswärtigen Amt; 1975–1979 Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 4 „Abteilung für Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik und europäische wirtschaftliche Integration“ des Auswärtigen Amts S. 15–18, 60²⁰, 79³, 84²¹, 92¹³, 111¹⁸, 127¹⁷, 178³¹, 260, 280, 281⁶⁺⁷, 306², 307^{6+8 bis 11}, 308¹³, 311, 316–318, 364, 367¹², 373 f., 412³⁶, 429, 467, 472–477, 483¹, 496, 507, 509¹², 510¹⁴, 528¹⁺³, 530, 534 f., 601¹, 622, 643, 644⁷, 698³, 727, 768¹, 858¹, 860¹, 868¹⁸, 905¹, 965¹², 980¹, 1092¹, 1134¹, 1167, 1170¹¹, 1171¹, 1197²⁺⁴⁺⁶, 1200¹³, 1201¹⁸, 1216–1219, 1230, 1242, 1251 f., 1253², 1258¹, 1269¹, 1284, 1286¹⁴, 1392, 1394¹³⁺¹⁴, 1395, 1408, 1571 f., 1644¹³, 1674, 1811¹, 1861, 1899
- al-Lawzi, Ahmad Abdel Kareem** Chef des Königlichen Hofes im Haschemitischen Königreich Jordanien S. 1177
- Laxalt, Paul Dominique** Senator des amerikanischen Bundesstaates Nevada (Republican Party) S. 1627⁵
- Leber, Georg** Mitglied des Deutschen Bundestags (SPD); 1972–1978 Bundesminister der Verteidigung S. 582², 1255⁹
- Lebsanft, Ulrich** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Bern S. 790⁴
- Lecat, Jean-Philippe** Minister für Kultur und Kommunikation der Französischen Republik S. 1132
- Lednew, Walerij W.** sowjetischer Journalist S. 983 f., 986–990
- Lee Hui-Sung** Generalstabschef der südkoreanischen Streitkräfte und oberster Kriegsrechts-Kommandant der Republik Korea (Südkorea) S. 1439³³
- Lee Kuan Yew** Ministerpräsident der Republik Singapur S. 1888
- Lefebvre de Laboulaye, François** Botschafter der Französischen Republik in Washington S. 340, 348, 356, 372, 380 f., 422⁵⁺⁶

- Legere, Laurence J.** Mitarbeiter im amerikanischen Verteidigungsministerium (Defense Advisor, United States Mission to NATO) S. 3³
- Lehman, John Francis Jr.** 1975–1977 stellvertretender Leiter der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde (Arms Control and Disarmament Agency) S. 1628
- Lehmann** Mitarbeiter des BND S. 1554, 1557f.
- Lehnhardt, Annelie** Dolmetscherin im Referat 105 „Sprachendienst“ des Auswärtigen Amts S. 1669¹
- LeMelle, Wilbert John** Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Nairobi bis 28. Juni 1980 S. 274¹⁷
- Lenihan, Brian Joseph** Außenminister der Republik Irland S. 1413¹⁶, 1637
- Lenin, Wladimir Iljitsch** 1917–1924 Vorsitzender des Rats der Volkskommisars der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik bzw. der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 1340, 1590, 1615, 1792
- van Lennep, Emile** Generalsekretär der OECD S. 129⁶, 140 f., 313¹⁷
- Leo XIII. (Vincenzo Gioacchino Pecci)** 1878–1903 Papst S. 1244³⁴
- de Leusse de Syon, Bruno** Generalsekretär des französischen Außenministeriums (Secrétaire général) S. 235, 260³, 486, 1768²¹
- Leuteritz, Karl** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Seoul, seit 14. März 1980 Botschafter in Kingston **Dok. 203**
- Lewalter, Karl Walter** Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Madrid S. 1096²⁴, 1166⁷, 1671¹²
- Lho Shin-Yong** Außenminister der Republik Korea (Südkorea) seit 2. September 1980 S. 1439³³
- Liebermann, Rolf** Komponist, Leiter der Pariser Oper S. 1241, 1245, 1252
- Lilienthal, Konrad** Vorsitzender des Vorstands der Interessengemeinschaft Deutschsprachiger Südwesten in Namibia S. 1905, 1907, 1908²¹
- Limbourg, Peter** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Brüssel bis zum Eintritt in den Ruhestand am 30. April 1980 S. 665⁴, 755³
- Limmer, Herbert** Ministerialdirigent und Beauftragter für Lateinamerikapolitik in der Abteilung 3 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts mit der Amtsbezeichnung Botschafter als Funktionsbezeichnung im Verkehr mit dem Ausland S. 1760¹⁵, 1790¹
- Linowitz, Sol** Sonderbotschafter des amerikanischen Präsidenten Carter für den Nahen Osten (Ambassador-at-Large) S. 113, 180, 359⁴², 438, 740⁶, 781¹⁵, 924¹⁵, 1176, 1209, 1213, 1305, 1348 f.
- Linsser, Hans Ferdinand** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Rangun, seit 5. Februar 1980 Botschafter in Kuala Lumpur S. 479³
- Lipkowski, Jean-Noël de** Mitglied der französischen Nationalversammlung (Rassemblement pour la République) S. 439
- Ljubičić, Nikola** General der jugoslawischen Streitkräfte, Verteidigungsminister der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien und Mitglied im Präsidium des ZK des BdKJ S. 434
- Lladó Fernández-Urrutia, José** Botschafter des Königreichs Spanien in Washington S. 567
- Loderer, Eugen** Vorsitzender der IG Metall S. 1887
- Loewe, Lothar** Journalist, Korrespondent der ARD in Washington S. 1209
- Lohse, Johannes** Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Bukarest, seit 21. April 1980 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 511 „Strafrecht, Steuer- und Zollrecht“ im Auswärtigen Amt S. 667¹, 669⁸, 1216⁴, 1382¹
- Lončar, Budimir** Botschafter der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien in Washington S. 117, 390

- Longo, Pietro** Vorsitzender der PSDI und Mitglied des italienischen Parlaments S. 768, 769⁷
- López Portillo y Pacheco, José** Präsident der Vereinigten Mexikanischen Staaten; 1973–1975 Finanzminister S. 270, 427, 729f., 819–826, 828, 869, 970, 1428, 1499⁴², 1759⁸
- López Portillo Romano, José Ramón** S. 819
- Lo Prinzi, Francesco** Botschafter der Italienischen Republik in Kabul, am 13. Januar 1980 aus Kabul abgereist S. 12
- Lorenz, Peter** Vorsitzender des Berliner Landesverbandes der CDU; Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin, seit 4. November 1980 Mitglied des Deutschen Bundestags S. 832
- Louly, Mohamed Mahmoud Ould** Präsident der Islamischen Republik Mauretanien bis 4. Januar 1980 S. 861⁸
- Loveday, Max** Botschafter von Australien in Bonn S. 227
- Lovětinský, Čestmír** Botschafter der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik in Moskau S. 223
- Löwenthal, Gerhard** Journalist, Moderator der Fernsehsendung „ZDF-Magazin“ S. 1232, 1236¹⁵
- Lücking, Wilhelm** Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 21 in der Abteilung 2 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts, seit 8. September 1980 Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der UNESCO in Paris mit der Amtsbezeichnung Botschafter; 1973–1977 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 210 „Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen“ **Dok. 20, 66, 78** und S. 78, 108, 187⁵⁹, 213¹⁶, 251¹, 290¹, 364, 458⁸, 727¹, 990³⁵, 1016¹, 1048³³, 1063¹
- Ludwig (Louis) XV.** 1715–1774 König von Frankreich S. 1244³⁴
- Lula da Silva, Luiz Inácio** Vorsitzender der Gewerkschaft der Metallarbeiter in der Föderativen Republik Brasilien und Mitbegründer der Partei der Arbeiter (Partido dos Trabalhadores, PT) S. 873
- Lunkow, Nikolaj Mitrofanowitsch** Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in London, seit September 1980 in Rom S. 195, 1833, 1855, 1859
- Luns, Joseph Antoine Marie Hubert** Generalsekretär der NATO S. 13⁴³, 86, 166, 493f., 607⁷, 760, 1009f., 1165³, 1280, 1387³, 1388, 1390f., 1440⁷, 1519, 1533f., 1648⁴, 1694, 1696, 1698, 1788¹⁷, 1789²³, 1804, 1839f., 1852f., 1880⁴, 1882, 1884, 1892¹²
- Lusaka, Paul John Firmino** Leiter der Ständigen Vertretung der Republik Sambia bei den Vereinten Nationen in New York S. 1736¹⁵
- Luther, Angela** Mitglied der RAF S. 667⁴
- van Lynden, Diederick Wolter Baron** Botschafter des Königreichs der Niederlande in Bonn S. 1083⁴
- MacBride, Seán** 1973–1977 Kommissar der Vereinten Nationen für Namibia S. 1947
- MacGuigan, Mark** Außenminister von Kanada seit 3. März 1980 **Dok. 116** und S. 547, 960f., 1002⁴, 1008, 1440–1444, 1674
- Machel, Samora Moisés** Präsident der Volksrepublik Mosambik und des FRELIMO S. 296, 341¹³, 736, 887¹⁴, 1657
- MacKellar, Michael John Randal** Gesundheitsminister von Australien und bis 3. November 1980 zugleich Minister mit der Aufgabe der Unterstützung des Ministerpräsidenten (Minister Assisting the Prime Minister) S. 227
- Maehl** Oberstleutnant i.G. S. 1554
- Magalhães Cruz, Fernando de** Botschafter der Portugiesischen Republik in Kabul S. 588
- Mahathir bin Mohamad** stellvertretender Ministerpräsident sowie Minister für Handel und Industrie von Malaysia S. 479
- Mahrenholtz, Uwe** Fregattenkapitän und bis Mai 1980 Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Teheran S. 574¹⁴

- al-Majali, Abdel Hadi Atallah Jaafar** Generalstabschef der jordanischen Streitkräfte S. 1086⁴
- Majid bin Abdul Aziz al-Saud** Minister für Gemeindewesen und ländliche Angelegenheiten des Königreichs Saudi-Arabien bis März 1980 S. 26⁹
- Makki, Hassan Mohamed** Außenminister der Arabischen Republik Jemen (Nordjemen) S. 485
- Maksoud, Clovis** Vertreter der Arabischen Liga bei den Vereinten Nationen in New York S. 1162
- Malan, Magnus André De Merindol** General und Oberbefehlshaber der südafrikanischen Streitkräfte, seit 7. Oktober 1980 Verteidigungsminister der Republik Südafrika S. 647⁷
- Malfatti di Montetretto, Francesco** Generalsekretär des italienischen Außenministeriums S. 814
- Malmierca Peoli, Isidoro** Außenminister der Republik Kuba S. 641¹², 711, 748¹⁴, 1473⁸
- Malraux, André** französischer Schriftsteller S. 1241
- Maltzahn, Paul Freiherr von** Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Paris, seit 25. Februar 1980 Vertreter des Botschafters in Damaskus S. 1213²²
- Malzew, Wiktor Fjodorowitsch** Erster Stellvertretender Außenminister der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 892–895, 986, 1445⁵
- Manca, Enrico** Minister für Außenhandel der Italienischen Republik seit 4. April 1980 S. 769⁷
- Mandela, Nelson Rolihlahla** Mitglied des südafrikanischen African National Congress (ANC), seit 1962 in Südafrika inhaftiert S. 647, 1658⁹
- Manley, Michael** Ministerpräsident von Jamaika bis 1. November 1980 S. 744, 822, 827, 968²⁰, 1090 f., 1760
- Mann, Heinrich** *1871 †1950 S. 1239
- Mann, Thomas** *1875 †1955 S. 1239
- Mansfield, Michael Joseph** Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Japan; 1953–1977 Senator des amerikanischen Bundesstaates Montana (Democratic Party) S. 1011, 1701
- Mao Zedong** 1949–1976 Vorsitzender des ZK der KPCh in der Volksrepublik China S. 738, 1426⁴
- Marchais, Georges** Generalsekretär der Kommunistischen Partei Frankreichs (Parti Communiste Français) S. 71, 342¹⁵, 681²¹, 1530
- Marcinkus, Paul Casimir** Titularerzbischof von Horta und Präsident des „Instituts für religiöse Werke“ (Istituto per le Opere di Religione) des Heiligen Stuhls S. 1770²⁹
- Marcora, Giovanni** Landwirtschaftsminister der Italienischen Republik bis 18. Oktober 1980 S. 690, 694–696
- Marcos, Imelda** Ministerin für Umweltschutz und Siedlungswesen der Republik der Philippinen sowie Gouverneurin von Manila S. 1189
- Margrethe II.** Königin des Königreichs Dänemark S. 1189
- Marjolin, Robert Ernest** Mitglied des „Ausschusses der Weisen“ der EG; 1958–1967 Vizepräsident der EWG-Kommission S. 1808
- Mark, David Everett** Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium (Deputy Director, Bureau of Intelligence and Research) S. 1317
- Marker, Jamsheed K.A.** Leiter der Ständigen Vertretung der Islamischen Republik Pakistan bei den Vereinten Nationen in Genf S. 493³, 1488, 1496
- Maro, Nicolas Joseph Merinyo** Botschafter der Vereinigten Republik Tansania in Bonn (zugleich in Wien akkreditiert) S. 1674
- Marschall von Bieberstein, Walther Freiherr** 1976–1979 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 500 „Allgemeines Völkerrecht“ im Auswärtigen Amt S. 561⁸
- Marshall, George Catlett** 1947–1949 Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika S. 1792

- Martens, Wilfried** Ministerpräsident des Königreichs Belgien S. 290, 292, 566¹⁵⁺¹⁶, 764²⁰, 882¹⁶, 909, 1363¹¹, 1430²
- Martin, Jacques** Berater der französischen Regierung in diplomatischen Angelegenheiten (Conseiller diplomatique du Gouvernement), Leiter der Delegation beim KSZE-Vorbereitungstreffen ab 9. September und bei der KSZE-Folgekonferenz ab 11. November 1980 in Madrid S. 1869¹⁶
- Martins** Berater des portugiesischen Ministerpräsidenten Sá Carneiro S. 582
- Martius, Götz-Alexander** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 331 „Andenstaaten und Mittelamerika“ im Auswärtigen Amt S. 428¹², 1211¹⁵, 1212¹⁶⁺¹⁸
- Martre, Jean** Generaldelegierter für Rüstungsfragen im französischen Verteidigungsministerium (Délégué générale pour l'armement) S. 60¹⁸, 816¹³
- Marx, Werner** Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU) S. 809⁹⁷
- Mashingaidze, Elleck Kufakunesu** Leiter der Ständigen Vertretung von Simbabwe bei den Vereinten Nationen in New York seit August 1980 S. 1442¹⁴
- Masire, Quett Joni** Vizepräsident der Republik Botsuana, seit 13. Juli 1980 Präsident S. 1717
- Massion, Georg** Gesandter an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in London, seit 16. April 1980 Gesandter und Vertreter des Botschafters in Tokio S. 1744²⁶
- Massmann, Gerd** Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Den Haag S. 1083⁷
- Masson, Gilbert** Präfekt des französischen Departements Haut-Rhin S. 1123
- Mattéoli, Jean** Arbeitsminister der Französischen Republik S. 281
- Mattes, Arnulf** Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Jakarta, seit 4. Februar 1980 Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 230 „Vereinte Nationen: Grundsatzfragen, Generalversammlung, Sicherheitsrat“ des Auswärtigen Amts S. 1279¹⁵
- Matthes, Peter** Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in San José S. 1211¹⁵
- Matthias, Helmut Richard** Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 40 in der Abteilung 4 „Abteilung für Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik und europäische wirtschaftliche Integration“ des Auswärtigen Amts S. 805²⁵, 927⁷, 1405⁸⁺⁹, 1406¹⁰⁺¹¹
- Matthöfer, Hans** Bundesminister der Finanzen und Mitglied des Deutschen Bundestags (SPD) S. 73, 132, 143, 144³⁰, 201¹, 206, 285, 287, 293, 301–304, 306², 313, 369¹¹, 395, 417, 420, 428, 685, 700¹, 727, 845², 913, 917, 930¹⁺⁴, 931^{f.}, 962, 1131²⁹, 1330, 1686, 1747³, 1916, 1920⁵
- Matussek, Thomas** Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in London, am 4. Februar 1980 an das Bundeskanzleramt abgeordnet, seit 1. Mai 1980 dorthin versetzt S. 582, 1134¹
- Maurer, Horst-Dieter** Kapitän zur See und Mitarbeiter im Referat 02 „Planungsstab“ des Auswärtigen Amts **Dok. 31** und S. 1524¹², 1554
- Maxwell, Ian Robert** britischer Verleger, Präsident des Verlagshauses „Pergamon Press Limited“ S. 1579
- Mayer, Hans** emeritierter Professor für deutsche Literatur an der Leibniz Universität Hannover S. 1241
- McAteer, John E.** Zweiter Sekretär an der amerikanischen Botschaft in Bonn S. 239
- McCloy, John Jay** Anwalt in der Kanzlei „Milbank, Tweed, Hadley & McCloy“; 1949–1952 Hoher Kommissar der Vereinigten Staaten von Amerika in der Bundesrepublik Deutschland S. 900¹⁷, 933, 1670, 1742
- McGiffert, David Eliot** Abteilungsleiter im amerikanischen Verteidigungsministerium (Assistant Secretary of Defense for International Security Affairs) S. 607⁷, 704, 1193
- McHenry, Donald Franchot** Leiter der Ständigen Vertretung der Vereinigten

- Staaten von Amerika bei den Vereinten Nationen in New York S. 58¹³, 439, 1438, 1734⁹
- McIntyre, James T. Jr.** Mitarbeiter im amerikanischen Präsidialamt (Director, Office of Management and Budget) S. 420
- McNamara, Robert Strange** Präsident der Weltbank; 1961–1968 Verteidigungsminister der Vereinigten Staaten von Amerika S. 951, 967¹⁹, 1700, 1804
- Meese III, Edwin A.** Professor für Recht an der University of San Diego und Stabschef der Kampagne für die Wahl Ronald Reagans zum amerikanischen Präsidenten S. 1627⁵
- Méhaignerie, Pierre** Landwirtschaftsminister der Französischen Republik S. 535, 1526
- Mehdawi, Omran** 1970–1978 Finanzattaché bzw. Zweiter Sekretär an der Botschaft der Arabischen Republik Libyen bzw. der Sozialistischen Libysch-Arabischen Volks-Dschamahirija in Bonn S. 855⁷, 905⁵, 907, 1201
- Meichsner, Günther** Senatsdirigent beim Senator für Bundesangelegenheiten bzw. Bevollmächtigten des Landes Berlin beim Bund S. 579
- Meincke, Horst** Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Den Haag S. 1301¹³
- Meisner, Joachim** Weihbischof des Bischöflichen Amtes Erfurt-Meiningen, am 22. April 1980 zum Bischof von Berlin gewählt (Amtseinführung am 17. Mai 1980), seit 17. Mai 1980 zugleich stellvertretender Vorsitzender der Berliner Bischofskonferenz S. 831–833
- Meißner, Herbert** Reichsbahn-Hauptdirektor und Abteilungsleiter im Verkehrsministerium der DDR S. 1266¹⁷
- Menderes, Adnan** 1950–1960 Ministerpräsident der Republik Türkei, nach Absetzung durch die türkischen Streitkräfte 1961 hingerichtet S. 1433⁹
- Mendès France, Pierre** 1954/55 Ministerpräsident der Französischen Republik S. 933
- Mengistu Haile Mariam** Vorsitzender des Provisorischen Militärischen Verwaltungsrats und des Ministerrats des Sozialistischen Äthiopien S. 1659
- Menne, Fritz Carl** 1976–1979 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Bagdad S. 30⁸
- Meroro, David** Mitglied des ZK und des Politbüros sowie Vorsitzender (National Chairman) der SWAPO S. 885
- Meroz, Yohanan** Botschafter des Staates Israel in Bonn **Dok. 257** und S. 1299, 1301, 1305²⁷, 1306, 1728²⁴
- Merseburger, Peter** Journalist, Korrespondent der ARD in Washington S. 1209
- Mertes, Alois** Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU) S. 614, 1755
- Méry, Guy** Generalstabschef der französischen Streitkräfte bis Juli 1980 S. 60¹⁸, 405, 816¹³
- Metternich, Cornelius** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Mogadischu S. 105⁶
- Meyer, Gerhard Moritz** Justizsenator des Landes Berlin (FDP) S. 1218¹³
- Meyer, Wolfgang** Leiter der Presseabteilung im Außenministerium der DDR S. 1264
- Meyer-Landrut, Andreas** Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 3 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts, seit 21. Oktober 1980 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Moskau **Dok. 18, 77, 227, 233, 303, 312, 315, 325, 350** und S. 3⁴, 7¹⁸, 15, 17, 18¹⁸, 78, 81¹⁴, 178³⁰, 277¹¹, 351¹, 360, 480⁴⁺⁵, 514⁷, 578¹, 614²⁴, 644, 654, 657¹⁶, 727¹, 748¹⁴, 758¹⁶, 777³, 822¹³, 823¹⁶, 853¹, 921³⁴, 1016¹, 1102, 1107, 1214²⁴, 1224¹, 1258¹⁺², 1260⁸, 1278⁸, 1337², 1375², 1447¹⁴, 1493²¹, 1515, 1533⁹, 1561, 1582, 1591, 1593, 1602¹⁹, 1737²², 1767¹⁶, 1822²⁸, 1850²⁹, 1859

- Meyer-Plath, Christian** Oberst i. G. und bis Mai 1980 Militärattaché an den Botschaften der Bundesrepublik Deutschland in Kabul und Teheran mit Dienstsitz in Teheran S. 574¹⁴
- Meyer-Sebastian, Hans-Michael** Ministerialrat und Leiter des Referats 421 „Wettbewerbs-, Struktur-, Industrie-, Energie- und Unternehmenspolitik; Handwerk und Handel; ERP-Vermögen; Außenwirtschaft; Kabinettausschuß für Wirtschaft“ im Bundeskanzleramt S. 594
- Michael, Holger** Attaché im Referat 221 „Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa“ des Auswärtigen Amtes S. 450¹
- Michnik, Adam** polnischer Publizist und Dissident, Mitbegründer des „Komitees zur Verteidigung der Arbeiter“ (Komitet Obrony Robotników, KOR) S. 1456⁷
- Middleton, Drew** Journalist bei der amerikanischen Tageszeitung „The New York Times“ und Autor S. 100
- Mielke, Erich** Minister für Staatssicherheit der DDR und Mitglied des Politbüros des ZK der SED S. 1592, 1933
- van Miert, Karel** Vorsitzender der Flämischen Sozialisten in Belgien und Abgeordneter des Europäischen Parlaments S. 764²²
- Mijatović, Cvjetin** Mitglied und seit 15. Mai 1980 Vorsitzender der Kollektiven Präsidentschaft der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien S. 1154
- Mikulić, Branko** Mitglied im Präsidium des ZK des BdKJ S. 434
- Milhem, Mohammed** Bürgermeister von Halhoul S. 781¹⁴
- Miller, George William** Finanzminister der Vereinigten Staaten von Amerika (Secretary of the Treasury) S. 202, 415–418, 420, 653³
- Minić, Miloš** Mitglied im Präsidium des ZK des BdKJ; 1972–1978 Außenminister der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien S. 434, 1154²
- Mintoff, Dominic** Ministerpräsident sowie Außen- und Innenminister der Republik Malta S. 1428¹⁰
- Mischnick, Wolfgang** Mitglied des Deutschen Bundestags und Vorsitzender der FDP-Fraktion S. 62¹, 285, 288, 599, 700¹, 1207
- Mitsotakis, Konstantinos** Koordinationsminister der Hellenischen Republik, seit 10. Mai 1980 Außenminister S. 304, 1002–1004, 1008, 1012–1015, 1518³, 1519 f., 1806
- Mittag, Günter** Mitglied des Staatsrats der DDR, Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Sekretär des ZK für Wirtschaft, Leiter der Wirtschaftskommission sowie der Arbeitsgruppe Bundesrepublik Deutschland und des Koordinierungsbüros beim Politbüro des ZK S. 601¹⁹, 680, 683, 707 f., 810, 1264, 1268²⁵, 1577 f., 1618¹⁷, 1933
- Mitterrand, François** Erster Sekretär der Parti Socialiste (PS) S. 1529–1532, 1702³²
- Mnouchkine, Ariane** französische Theater- und Filmregisseurin S. 1241
- Moberly, Patrick Hamilton** Unterabteilungsleiter im britischen Außenministerium (Superintending Under-Secretary) S. 1399, 1535
- Mochtar** siehe: *Kusumaatmadja, Mochtar*
- Moczulski, (Robert) Leszek** polnischer Dissident, Mitbegründer der „Konföderation Unabhängiges Polen“ (Konfederacja Polski Niepodległej, KPN) und deren Sprecher S. 1435¹³, 1456⁷
- Möhler, Rolf** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 412 „Europäische Wirtschafts- und Währungspolitik; Industrie-, Wettbewerbs-, Regional-, Sozial-, Energie- und Verkehrspolitik der EG; Fragen der Weltwirtschaftslage; Internationale Währungspolitik; EGKS; OECD“ bzw. „Europäische Wirtschafts- und Währungspolitik; Industrie-, Wettbewerbs-, Regional-, Sozial-, Energie- und Verkehrspolitik der EG; EGKS; Fragen der Weltwirtschaftslage; Internationale Währungspolitik;

- IWF; OECD“ im Auswärtigen Amt S. 653¹, 694¹⁵, 1083⁴, 1462¹⁵, 1571¹, 1573⁷, 1727²³
- Mohnhaupt, Brigitte („Hind“)** Mitglied der RAF S. 667⁴, 1310³, 1311, 1313, 1314¹⁰, 1316¹⁶
- Moi, Daniel Torotich Arap** Präsident der Republik Kenia und Oberkommandierender der Streitkräfte **Dok. 45** und S. 920²⁸, 1548
- Moinfar, Ali Akbar** Erdölminister der Islamischen Republik Iran bis August/September 1980 S. 570²⁰
- Mojsov, Lazar** Stellvertretender Außenminister der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien, Mitglied im Präsidium des ZK des BdKJ und seit 20. Oktober 1980 Vorsitzender des BdKJ S. 434
- Moldt, Ewald** Leiter der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn mit der Amtsbezeichnung Minister S. 1261–1264, 1578¹⁵, 1604, 1622³⁷, 1631⁴, 1911⁸
- Molitor** Leiter der Delegation des Großherzogtums Luxemburg bei den MBFR-Verhandlungen in Wien S. 1468¹¹
- Möllemann, Jürgen Wilhelm** Mitglied des Deutschen Bundestags (FDP) S. 614
- Möller, Alex** Persönlicher Beauftragter des Bundeskanzlers Schmidt zur Ausarbeitung eines deutsch-französischen Berichts zur Frage der im Zweiten Weltkrieg zwangsrekrutierten Elsässer und Lothringer; 1969–1971 Bundesminister der Finanzen; 1961–1976 Mitglied des Deutschen Bundestags (SPD) S. 74, 930, 1124, 1776¹⁷
- Molyviatis, Petros** Kabinettschef des griechischen Ministerpräsidenten Karamanlis, seit Mai 1980 Chef des Präsidialamts S. 137²³
- Mondale, Walter Frederick** Vizepräsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 124, 127¹⁶, 184, 250³⁷, 709¹⁷, 723f., 731, 747, 749f., 781, 1075
- Monory, René** Wirtschaftsminister der Französischen Republik S. 369, 1768²¹
- Monroe, James** 1817–1825 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 821
- Montealegre Lacayo, Haroldo** Minister für Wiederaufbau der Republik Nicaragua S. 1337, 1338³⁺⁴, 1339¹⁰
- Montfort, Norbert** Ministerialdirigent und „Beauftragter für Nah- und Mittelostpolitik“ in der Abteilung 3 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts mit der Amtsbezeichnung Botschafter als Funktionsbezeichnung im Verkehr mit dem Ausland **Dok. 275, 291, 306** und S. 334¹³, 395¹⁵, 437¹, 499⁸, 501¹⁴, 528², 548, 732²⁶, 853¹, 905, 907, 913, 1178, 1202²²⁺²³, 1203²⁵, 1348¹⁵, 1375¹, 1384
- Moro, Aldo** 1964/65, 1965/66, 1968 und 1969–1972 Außenminister der Italienischen Republik S. 1429
- Morr, Hubertus von** Legationssekretär im Referat 210 „Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen“ des Auswärtigen Amts, seit 7. Oktober 1980 Legationsrat S. 990³⁴, 1421¹, 1866¹
- Morris, Michael (3rd Baron Killanin)** Präsident des IOC bis 4. August 1980 S. 752
- Mubarak, Mohammed Hosni** Vizepräsident der Arabischen Republik Ägypten **Dok. 252** und S. 439, 713, 1349
- Mudge, Dirk Frederick** Vorsitzender der DTA und seit 1. Juli 1980 Vorsitzender des Ministerrats in Namibia S. 887¹², 1716²³, 1905⁸, 1907¹⁸, 1945⁶
- Mugabe, Robert** Führer der „Patriotischen Front“ in Rhodesien und Vorsitzender der ZANU, seit 11. März 1980 Ministerpräsident von Simbabwe S. 272⁹, 341, 357³⁰, 487²⁷, 531⁶⁺⁷, 559², 561f., 565, 633f., 638f., 646f., 736, 753, 887¹⁴, 961, 1717
- Muhammad Husani, Ali Nasir** Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Volksrats der Demokratischen Volksrepublik Jemen (Südjemen) seit 21. April 1980 S. 920²⁷
- Mühlen, Ewald** Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Rom, seit 2. April 1980 Vertreter des Botschafters in Paris **Dok. 373** und S. 171¹⁰, 1276⁸, 1773², 1869¹⁶

- al-Mukhawi, Rashid A.** Botschafter der Vereinigten Arabischen Emirate in Bonn S. 594
- Muldoon, Robert David** Ministerpräsident von Neuseeland S. 1548
- Müller, Kurt** Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 6 „Abteilung für auswärtige Kulturpolitik“ des Auswärtigen Amtes **Dok. 186** und S. 150, 1238¹¹, 1247⁴⁹
- Müller, Richard** Botschafter der Republik Finnland in Daressalam, anschließend Leiter der Delegation beim KSZE-Vorbereitungstreffen ab 9. September und bei der KSZE-Folgekonferenz ab 11. November 1980 in Madrid S. 1551¹¹, 1552
- Müller-Hellwig, Günter** Oberstleutnant i. G. und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Islamabad bis Oktober 1980 S. 1463¹⁸
- Mülmenstädt, Matthias** Attaché im Auswärtigen Amt, vom 21. April bis 5. Dezember 1980 im Referat 213 „Sowjetunion“ eingesetzt S. 1385¹
- Munangagwa, Emmerson Dambudzo** Mitglied des ZK der ZANU und seit 11. März 1980 Staatsminister im Amt des simbabwischen Ministerpräsidenten S. 561f.
- Munz, Hermann** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Amman; 1975–1979 Gesandter und Vertreter des Botschafters in Madrid S. 38³⁵, 1086⁴, 1175⁷, 1178, 1446¹³, 1491¹⁶, 1705⁴², 1810²²
- Murray** Mitarbeiterin im simbabwischen Außenministerium S. 564
- Murtada, Saad** Botschafter der Arabischen Republik Ägypten in Tel Aviv seit 26. Februar 1980 S. 180³⁷
- Musa al-Sadr, Sayyid** schiitischer Imam und Oberhaupt des Obersten Islamisch-Schiitischen Rats im Libanon bis zu seinem Verschwinden im August 1978 S. 1174¹⁰, 1420
- Musawi** siehe: *Ardebili, Abdolkarim Musawi*
- Musdah, Fakiny** S. 854
- Mushimba, Aaron** Mitglied des ZK und des Politbüros sowie stellvertretender Finanzbeauftragter (Deputy Treasurer) der SWAPO S. 885
- Muskie, Edmund Sixtus** Senator des amerikanischen Bundesstaates Maine (Democratic Party), seit 8. Mai 1980 Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika **Dok. 148, 196, 357** und S. 547, 631¹⁹, 659⁸, 660¹¹, 708f., 723⁷, 724, 730f., 738³, 739, 747, 750, 760f., 763, 764²², 790⁶, 791–793, 802, 818²², 866, 868²⁰, 911, 948, 956–961, 994, 1000–1003, 1005f., 1010–1013, 1030, 1039, 1075f., 1094f., 1105, 1209, 1215³⁹, 1279, 1284², 1306f., 1317f., 1323, 1329, 1339¹², 1359⁴, 1360, 1364, 1368, 1378f., 1396–1398, 1401f., 1418¹², 1419, 1432–1439, 1440⁷, 1444, 1450, 1452–1454, 1462, 1471, 1477f., 1504, 1522f., 1525, 1563, 1740, 1747, 1749f., 1764, 1786, 1841²⁰, 1881f., 1890, 1892f., 1900, 1929, 1933f.
- Mussawi, Mir Hossein** Chefredakteur des offiziellen Parteiorgans der Islamischen Republikanischen Partei, „Jom-houri-e Eslami“, seit 31. August 1980 designierter Außenminister der Islamischen Republik Iran S. 1489⁸
- Muto, Toshiaki** Abteilungsleiter im japanischen Außenministerium (Director-General of the European and Oceanic Affairs Bureau) S. 727
- Mützelburg, Bernd** Legationsrat I. Klasse im Referat 220 „Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit), insbesondere VN-Bereich und SALT“ bzw. „Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit), insbesondere SALT und LRTNF“ des Auswärtigen Amtes **Dok. 206**
- Muzorewa, Abel Tendekayi** Bischof der United Methodist Church, Vorsitzender des „äußeren Flügels“ des African National Council (ANC) in Rhodesien und vom 1. Juni bis 11. Dezember 1979 Ministerpräsident S. 115³⁹, 272, 341, 531, 562¹³, 647
- Mwaura, J.B.K.** Botschafter der Republik Kenia in Bonn S. 269
- Mzali, Mohammed** Ministerpräsident der Tunesischen Republik seit 23. April 1980 S. 1173⁹

- Mzenda, Simon Vengai** stellvertretender Vorsitzender der ZANU und seit 11. März 1980 stellvertretender Ministerpräsident und Außenminister von Simbabwe S. 560–565
- Nachmann, Werner** Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland S. 72⁴, 930f.
- Nagy, János** Stellvertretender Außenminister der Ungarischen Volksrepublik S. 1095¹⁵
- al-Nahayan, Scheich Khalifa bin Zayed bin Sultan** Kronprinz von Abu Dhabi und stellvertretender Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Vereinigten Arabischen Emirate S. 858f.
- al-Nahayan, Scheich Zayed bin Sultan** Herrscher von Abu Dhabi sowie Präsident und Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Vereinigten Arabischen Emirate S. 594, 595⁵, 598, 862¹⁰
- Naik, Niaz A.** Leiter der Ständigen Vertretung der Islamischen Republik Pakistan bei den Vereinten Nationen in New York S. 927⁸
- Nakonz, Christian** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Cotonou, am 10. März 1980 in den Geschäftsbereich des Bundeskanzleramts versetzt, dort Vortragender Legationsrat und Persönlicher Referent des Staatsministers Huonker S. 1764¹
- Nambinge** Mitglied der SWAPO S. 633
- Narjes, Karl-Heinz** Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU) S. 614, 1647²², 1809¹⁶, 1872
- Narożniak, Jan Wojciech** polnischer Dissident, Mitglied des Gewerkschaftsbundes „Solidarność“, vom 21. bis 27. November 1980 in Polen inhaftiert S. 1857¹⁷
- Nasser, Gamal Abdel** 1954–1970 Präsident der Republik Ägypten bzw. der Vereinigten Arabischen Republik S. 1725
- Natsir, Mohammad** Vizepräsident des Muslimischen Weltkongresses (World Muslim Congress) in Karachi; 1950/51 Ministerpräsident der Republik Indonesien S. 12⁴⁰
- Navab-Motlagh, Mohamad-Mehdi** Geschäftsträger ad interim der Islamischen Republik Iran in Bonn S. 500¹⁰, 748¹⁴, 1278, 1420¹⁹, 1775
- Navon, Yitzhak** Präsident des Staates Israel S. 934, 1322, 1724
- Nayif ibn Abdul Aziz al-Saud** Innenminister des Königreichs Saudi-Arabien S. 1087⁵
- Neckermann, Josef** Unternehmer und Vorsitzender der Stiftung Deutsche Sporthilfe S. 600
- Negwer, Georg** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Warschau **Dok. 228, 246, 256** und S. 306⁴, 379¹², 455⁴, 681, 684²⁴, 1269², 1270⁶, 1324², 1325³, 1326⁵, 1455⁴, 1461⁹, 1462¹³⁺¹⁴, 1501³, 1557²², 1559²⁶, 1594²⁷, 1598¹, 1601¹⁶, 1602²⁰, 1603²³, 1784², 1786⁹, 1831¹³⁺¹⁵, 1851³⁰, 1856¹⁵, 1857¹⁷
- Nenni, Pietro** 1946/47 und 1968/69 Außenminister der Italienischen Republik; 1966–1969 Vorsitzender der Vereinigten Sozialistischen Partei bzw. seit 1968 der Sozialistischen Partei Italiens (PSI) S. 585
- Neubert, Oskar Maria** 1977–1979 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Tripolis S. 1200¹⁵, 1202
- Neuer, Walter** Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau S. 1016
- Neukirch, Joachim** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in San Salvador, am 29. Februar 1980 von dort abgezogen, seit 6. Oktober 1980 Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 102 „Ausbildung und Fortbildung“ des Auswärtigen Amts, dort zuständig für den Bereich „Ausbildung höherer Dienst“ S. 1212¹⁸
- Neukirchen, Carl Heinz** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 011 „Parlaments- und Kabinettsreferat“ im Auswärtigen Amt **Dok. 112**
- Neumann, Christian** Oberregierungsrat im Referat 213 „Entwicklungspolitik; weltweite internationale Organisationen; bilaterale Beziehungen zu Asien, Afrika und Lateinamerika“ des Bundeskanzleramts S. 827²⁹

- Neusel, Hans** Staatssekretär und Chef des Bundespräsidialamts S. 132, 1330f.
- Newsom, David Dunlop** Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium (Under Secretary of State for Political Affairs) S. 184, 1785
- Nguyen Co Thach** Außenminister der Sozialistischen Republik Vietnam seit Februar 1980 S. 945²⁶
- Nguyen Van Thieu** 1965–1975 Staatschef bzw. seit 1967 Präsident der Republik Vietnam (Südvietnam) S. 1780⁹
- Nier, Kurt** Stellvertretender Außenminister der DDR S. 998²¹, 1721⁴², 1869, 1870¹⁹
- Niles, Thomas** Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium (Director, Office of Central European Affairs) S. 108, 119f.
- Nimeiri, Gaafar Mohammed** Präsident der Demokratischen Republik Sudan S. 400³⁰, 483⁴, 1200¹⁴, 1323
- al-Nimer, Nabih Amr** Botschafter des Haschemitischen Königreichs Jordanien in Bonn S. 1177
- Nimmesgern, Josef** Regierungsamtman, anschließend Amtsrat im Referat 212 „Fragen der allgemeinen Ost-West-Beziehungen (u. a. Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)“ des Auswärtigen Amts S. 1664¹
- Nitze, Paul Henry** 1963–1967 Marineminister (Secretary of the Navy) und 1967–1969 stellvertretender Verteidigungsminister (Deputy Secretary of Defense) der Vereinigten Staaten von Amerika S. 1629
- Nixon, Richard Milhous** 1969–1974 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 49, 70⁹, 92¹², 114³¹, 242¹⁴, 415⁵, 471²¹, 715³⁹, 760, 1055¹⁵, 1077, 1194, 1320⁹, 1671¹⁰, 1699f., 1746³⁰, 1781, 1859, 1930¹³
- Njonjo, Charles** Justizminister der Republik Kenia bis 18. April 1980, seit Juni 1980 Minister für Inneres und Verfassungsfragen S. 269
- Nkomo, Joshua** Führer der „Patriotischen Front“ in Rhodesien und Vorsitzender der ZAPU sowie des „inneren Flü-
- gels“ des African National Council (ANC), seit 11. März 1980 Innenminister von Simbabwe S. 272, 342, 531⁷, 961
- Noack, Wolfgang** Oberamtsrat im Referat 011 „Parlaments- und Kabinettsreferat“ des Auswärtigen Amts S. 1102¹²
- Nobari, Ali Reza** Gouverneur der iranischen Zentralbank S. 1418¹²
- Noebel, Hans Heinrich** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Bogotá; 1975–1978 Gesandter und Vertreter des Botschafters in London S. 389¹⁹, 1547²⁷
- Nöldeke, Eberhard Josef Wilhelm** Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Nairobi, seit 21. Januar 1980 Vertreter des Botschafters in Islamabad, seit 23. Juni 1980 Botschaftsrat I. Klasse S. 526⁶
- Nölle, Wilfried** Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Ankara, seit 2. Juli 1980 Vertreter des Botschafters in Peking, seit 28. Oktober 1980 Gesandter S. 1426³, 1649⁸
- Noor al-Hussein** Königin des Haschemitischen Königreichs Jordanien S. 1174, 1176
- Nordenskjöld, Fritjof von** Vortragender Legationsrat im Referat 010 „Ministerbüro“ des Auswärtigen Amts und Persönlicher Referent des Bundesministers Genscher S. 578¹, 1065¹, 1299¹, 1301¹⁰, 1426¹, 1440¹, 1503¹, 1739¹
- Nordli, Odvar** Ministerpräsident des Königreichs Norwegen S. 12³⁹, 744¹⁰, 827²⁸, 968²⁰, 1277–1284, 1294–1296, 1363¹¹
- Norrish, Merwyn** Botschafter von Neuseeland in Washington, seit Juli 1980 Staatssekretär im neuseeländischen Außenministerium S. 567
- Nothhelfer, Norbert** Regierungspräsident des Regierungsbezirks Freiburg S. 1123
- Nothomb, Charles-Ferdinand** Vorsitzender der Abgeordnetenversammlung des Königreichs Belgien, seit 18. Mai 1980 Außenminister S. 908–910, 1006f., 1068¹⁸, 1095, 1112, 1147, 1431⁵⁺⁶, 1637

- Nouira, Hédi Amara** Ministerpräsident der Tunesischen Republik bis 23. April 1980 S. 1173⁹
- Nouri Ibrahim, Mohamed** Botschafter des Königreichs Saudi-Arabien in Bonn S. 392, 913
- Nowikow, Ignatij Trofimowitsch** Stellvertretender Ministerpräsident der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und Mitglied des ZK der KPdSU S. 1108⁵
- Nujoma, Sam** Präsident der SWAPO **Dok. 117** und S. 647, 885–888, 1564–1568, 1716, 1905⁹, 1906–1908, 1945–1947
- Nunn, Samuel Augustus** Senator des amerikanischen Bundesstaates Georgia (Democratic Party) S. 126¹², 338 f.
- Nyerere, Julius Kambarage** Präsident der Vereinigten Republik Tansania S. 271, 274¹⁶, 341, 887¹⁴, 888¹⁹, 1736¹⁵
- Obasanjo, Olusegun** 1976–1979 Chef des Obersten Militärrats der Bundesrepublik Nigeria S. 744¹⁰, 827, 968²⁰
- al-Obeidi, Abdul Ati** Generalsekretär des Allgemeinen Volkskongresses der Sozialistischen Libysch-Arabischen Volks-Schamahirija S. 855⁷
- Oberemko, Walentin Iwanowitsch** Mitarbeiter in der Abteilung des ZK der KPdSU für Kader im Ausland, vom Februar bis zu seinem Tod am 1. Juli 1980 Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Rom S. 352
- Obert, Günter** Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen S. 204
- Obote, Milton** 1966–1971 und erneut seit 15. Dezember 1980 Präsident der Republik Uganda S. 1658
- Oehms, Angelo** Legationsrat I. Klasse im Referat 012 „Öffentlichkeitsarbeit, Politische Kontakte“ bzw. „Öffentlichkeitsarbeit“ des Auswärtigen Amts, seit 4. November 1980 Vortragender Legationsrat **Dok. 177, 178, 324, 349** und S. 56³, 292⁷, 318³⁰
- Oeser, Ingo** KSZE-Beauftragter der DDR und Leiter ihrer Delegation beim KSZE-Vorbereitungstreffen ab 9. September und bei der KSZE-Folgekonferenz ab 11. November 1980 in Madrid S. 1655
- Oesterheld, Jürgen** Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Athen, seit 14. April 1980 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 500 „Allgemeines Völkerrecht“ im Auswärtigen Amt S. 137²³, 697¹, 700⁸, 1259⁶, 1301¹¹, 1751¹
- Offergeld, Rainer** Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Mitglied des Deutschen Bundestags (SPD) S. 428, 861–863, 1747³
- Ogarkow, Nikolaj Wassiljewitsch** Marschall der Sowjetunion, Chef des Generalstabs der sowjetischen Streitkräfte und Erster Stellvertretender Verteidigungsminister der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken sowie Mitglied des ZK der KPdSU S. 1050, 1057, 1059–1062, 1064, 1108 f., 1781
- Ohira, Masayoshi** Ministerpräsident von Japan bis zu seinem Tod am 12. Juni 1980 **Dok. 140** und S. 774, 962, 1885 f.
- Ohlraun, Helmut** Legationsrat I. Klasse im Referat 321 „West- und Zentralafrika“ des Auswärtigen Amts, vom 4. Februar bis 27. April 1980 als Leiter des Verbindungsbüros der Bundesrepublik Deutschland nach Salisbury abgeordnet, seit 26. Juli 1980 Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Nikosia S. 502¹, 560³⁺⁷, 562¹³, 563
- Ökçün, Gündüz** 1978/79 Außenminister der Republik Türkei S. 329¹⁴
- O’Kennedy, Michael** 1977–1979 Außenminister der Republik Irland S. 537, 923
- Okita, Saburo** Außenminister von Japan bis 17. Juli 1980 S. 728⁷⁺⁹, 960–962, 968 f., 972 f., 975 f., 1886
- Olçay, Osman** Leiter der Ständigen Vertretung der Republik Türkei bei der NATO in Brüssel S. 8, 11 f., 1359⁶, 1387³⁺⁴, 1388⁵, 1389 f., 1532, 1788
- Olesen, Kjeld** Außenminister des Königreichs Dänemark S. 1003, 1295⁵, 1413¹⁶, 1637

- Oliver, Robert Spencer** Mitglied der amerikanischen Delegation beim KSZE-Vorbereitungstreffen ab 9. September und bei der KSZE-Folgekonferenz ab 11. November 1980 in Madrid S. 1552
- Olszewski, Kazimierz** Botschafter der Volksrepublik Polen in Moskau und Mitglied des ZK der PVAP S. 223
- Olszowski, Stefan** Sekretär des ZK der PVAP für Wirtschaftsfragen und Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP bis 15. Februar 1980 und erneut ab 24. August 1980, in der Zwischenzeit Botschafter in Ost-Berlin; 1971–1976 Außenminister der Volksrepublik Polen S. 377⁴, 455⁴, 456, 1296³, 1328, 1341, 1558, 1594
- Omrán, Adnan** Botschafter der Arabischen Republik Syrien in London und Stockholm, anschließend stellvertretender Generalsekretär der Arabischen Liga in Tunis mit Zuständigkeit für politische Angelegenheiten, Finanzen und Verwaltung S. 1638²⁰
- Oncken, Dirk** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Ankara **Dok. 188, 191** und S. 139²⁵, 301⁴, 303⁷, 329¹⁵, 491¹³, 492¹⁵, 1002², 1095¹⁷, 1387², 1389¹⁵, 1433⁸
- Ondarza, Hans-Henning von** Brigadegeneral und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington S. 97⁸⁺⁹, 114³¹, 244²⁰, 391³¹, 688⁷, 745¹², 751²⁹, 1160⁴, 1699²⁰
- Oprea, Gheorghe** Stellvertretender Ministerpräsident der Sozialistischen Republik Rumänien S. 846⁷, 847⁸
- Oreja Aguirre, Marcelino** Außenminister des Königreichs Spanien bis 8. September 1980 S. 27¹², 42, 1096, 1350¹, 1351⁹
- Orlandić, Marko** Botschafter der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien in Moskau S. 224
- Orlow, Jurij Fjodorowitsch** Mitglied der Bürgerrechtsbewegung „Helsinki-Gruppe“ in der UdSSR S. 878 f.
- Orlowa-Kopelewa, Raissa Dawydowna** sowjetische Schriftstellerin S. 164, 165⁷
- d'Ormesson, Jean** französischer Schriftsteller und Journalist S. 1241
- Ortega Saavedra, José Daniel** Mitglied der Nationalleitung der Frente Sandinista de Liberación Nacional (FSLN) und der Regierungsjunta in der Republik Nicaragua S. 426⁵
- Ortoli, François-Xavier** Vizepräsident der EG-Kommission (zuständig für Wirtschaft und Finanzen, Kredite und Investitionen sowie Statistik) S. 1571–1574
- Oschmann, Fritz** Vorsitzender des Vorstands der VEBa Oel AG S. 206
- Østergaard, Lise** Ministerin ohne Portefeuille des Königreichs Dänemark, seit 28. Februar 1980 Ministerin für Kultur S. 1189, 1190⁸, 1192
- Osterloh, Klaus** Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Lima, seit 20. Juli 1980 Vertreter des Botschafters in Djidda S. 921³², 1304²⁰
- al-Otaiba, Mana Said** Minister für Erdöl und Bodenschätze der Vereinigten Arabischen Emirate **Dok. 108**
- Ouko, Robert** Außenminister der Republik Kenia S. 269
- Owen, David Anthony Llewellyn** 1977–1979 Außenminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 173¹⁶
- Owen, Henry David** Sonderbotschafter des amerikanischen Präsidenten Carter (Ambassador-at-Large for Economic Summit Affairs) S. 419 f., 962, 1747
- Owen, Roberts B.** Rechtsberater (Legal Adviser) im amerikanischen Außenministerium und Vertreter der Vereinigten Staaten von Amerika im Verfahren gegen den Iran vor dem IGH aufgrund der Geiselnahme von Angehörigen der amerikanischen Botschaft in Teheran S. 1418¹²
- Özal, Turgut** stellvertretender Leiter des Planungsamts der Republik Türkei, seit 21. September 1980 stellvertretender Ministerpräsident mit Verantwortung für Wirtschaftsfragen S. 139²⁵
- Pabsch, Wiegand** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 422 „Grundsatzfragen der Außenwirt-

- schaftspolitik; Außenhandelsförderung; Gewährleistungen im Außenhandel und Kapalexport; Rüstungsexportpolitik“ im Auswärtigen Amt, seit 7. Mai 1980 Gesandter an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington S. 133¹⁶, 507¹, 512¹⁸, 575¹, 643², 858¹, 1790³
- Pachariyangkun** siehe: *Upadit Pachariyangkun*
- Pagenstert, Gottfried** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 300 „Grundsatz- und Koordinierungsfragen“ im Auswärtigen Amt, seit 11. September 1980 Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Sydney **Dok. 201** und S. 105¹, 106⁷, 107¹⁰
- Pahlevi, Mohammed Reza** 1941–1979 Schah des Kaiserreichs Iran, vom 16. Januar 1979 bis zu seinem Tod am 27. Juli 1980 im Exil S. 16¹³, 17, 93, 297, 497 f., 499⁶, 511, 529, 535, 537, 710, 745, 799, 821, 915, 921³⁴, 1320, 1375, 1415⁴, 1417, 1419, 1420¹⁹, 1427, 1490, 1517, 1584⁷, 1703³⁸, 1724, 1786⁷
- Pahr, Willibald** Außenminister der Republik Österreich S. 789¹, 1665⁹, 1674
- Pak Tong-Jin** Außenminister der Republik Korea (Südkorea) bis 1. September 1980 S. 1439³³
- Paktin, Raz Muhammad** 1978/79 Botschafter der Demokratischen Republik Afghanistan in Moskau S. 224
- Palliser, Sir Michael** Staatssekretär im britischen Außenministerium (Permanent Under-Secretary of State) S. 961, 1106¹¹
- Palme, Olof** Vorsitzender der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Schwedens und Vizepräsident der Sozialistischen Internationale; 1969–1976 Ministerpräsident des Königreichs Schweden S. 1734
- Pandolfi, Filippo Maria** Schatzminister der Italienischen Republik bis 18. Oktober 1980, seit 20. Dezember Minister für Industrie, Handel und Handwerk S. 769⁷
- Pansa, Cedronio Agostino** Botschafter der Italienischen Republik in Washington S. 380, 422⁵⁺⁶
- Papandreou, Andreas Georgios** Vorsitzender der Panhellenischen Sozialistischen Bewegung (PASOK) in Griechenland S. 1004¹²
- Papon, Maurice** Finanzminister der Französischen Republik S. 754, 1131²⁹
- Papoulias, George** Botschafter der Hellenischen Republik in Ankara S. 1012
- Park Chung-Hee** 1962–1979 Präsident der Republik Korea (Südkorea) S. 946³¹
- Park Chung-Hun** Ministerpräsident der Republik Korea (Südkorea) vom 22. Mai bis 2. September 1980 und amtierender Präsident vom 16. August bis 1. September 1980 S. 946³¹
- Parkinson, Nicholas Fancourt** Botschafter von Australien in Washington S. 567
- Paschke, Karl Theodor** Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington, seit 21. Juli 1980 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters im Referat 013 „Pressereferat“ des Auswärtigen Amtes S. 1527¹¹
- Pasternak, Boris Leonidowitsch** * 1890 † 1960 S. 736
- Patolitschew, Nikolaj Semjonowitsch** Mitglied des ZK der KPdSU und Minister für Außenhandel der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 43⁵, 45, 187⁵⁹, 986, 1016
- Patterson, Percival James** stellvertretender Ministerpräsident, Außenminister sowie Minister für Außenhandel und Tourismus von Jamaika bis 1. November 1980 S. 1090 f.
- Pauls, Rolf Friedemann** Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO in Brüssel mit der Amtsbezeichnung Botschafter bis zum Eintritt in den Ruhestand am 31. August 1980; 1973–1976 Botschafter in Peking **Dok. 1, 6, 41, 87, 145, 159, 190, 215, 224** und S. 20⁷, 64, 85⁵⁺⁶, 86⁷⁺⁹, 302⁵, 305¹⁰, 375²⁺³, 451⁹, 452¹⁰, 698, 831⁸, 890⁹, 1104⁸, 1106⁸, 1111²¹, 1165³, 1287¹⁵, 1650¹⁵, 1693²⁴
- Pawelczyk, Alfons** Mitglied des Deutschen Bundestags (SPD) bis zur Nieder-

- legung des Mandats am 18. Dezember 1980, anschließend Senator für Inneres der Freien und Hansestadt Hamburg S. 51, 63, 101, 671⁵
- Payama, Kundi** Innenminister der Volksrepublik Angola, seit Juli 1980 Minister für Staatssicherheit S. 756
- Paye, Jean-Claude** Abteilungsleiter im französischen Außenministerium (Ministre plénipotentiaire, Directeur des Affaires économiques et financières) S. 530, 1890–1894, 1896, 1899–1904
- Peacock, Andrew** Außenminister von Australien bis 3. November 1980 S. 745¹²
- Pearlstein, Lou** S. 1497
- Peckert, Joachim** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Damaskus S. 548⁴, 549⁵
- Pein, Franz** Botschafter der Republik Österreich in Bonn S. 706, 711
- Pelletier, Monique** beigeordnete Ministerin für Frauenfragen bzw. Familien- und Frauenfragen beim französischen Ministerpräsidenten (Ministre délégué auprès du Premier Ministre chargé de la Condition féminine bzw. de la Famille et de la Condition féminine) S. 1132
- Penner, Willfried** Mitglied des Deutschen Bundestags (SPD) und seit 5. November 1980 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung S. 1793¹²
- Percy, Charles Harting** Senator des amerikanischen Bundesstaates Illinois (Republican Party) S. 1749, 1762¹⁹, 1781–1783, 1787, 1818 f., 1858, 1876
- Peres, Shimon** Vorsitzender der Israelischen Arbeitspartei S. 438 f., 715, 934, 1177, 1321
- Pérez, Carlos Andrés** 1974–1979 Präsident der Republik Venezuela S. 744¹⁰, 827, 968²⁰
- Pérez-Llorca y Rodrigo, José Pedro** Minister beim spanischen Ministerpräsidenten, seit Mai 1980 Minister für Territorialverwaltung des Königreichs Spanien, seit 9. September 1980 Außenminister S. 1429¹⁵, 1656⁶, 1707
- Perón, Isabel Martínez de** 1974–1976 Präsidentin der Argentinischen Republik S. 1793¹³
- Pertini, Alessandro** Staatspräsident der Italienischen Republik S. 768⁶, 812 f., 818²³, 1426³, 1649, 1707
- Peters, Hans-Jochen** Vortragender Legationsrat und stellvertretender Leiter des Kanzlerbüros im Bundeskanzleramt S. 594¹, 1209¹, 1733¹, 1747¹, 1764¹, 1885¹
- Petersen, Jens** Ministerialdirigent und „Beauftragter für Asienpolitik“ in der Abteilung 3 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts mit der Amtsbezeichnung Botschafter als Funktionsbezeichnung im Verkehr mit dem Ausland S. 171¹¹, 467, 496³, 499⁸, 500¹⁰, 548, 574¹⁵, 643⁵, 649¹⁵, 939, 962⁹, 1145², 1278⁷, 1566¹⁴
- Petersmann, Hans Gerhard** Legationsrat I. Klasse im Referat 010 „Ministerbüro“ des Auswärtigen Amts, seit 16. Mai 1980 an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Madrid S. 15¹, 128¹, 502¹, 633¹, 635¹⁰
- Petrán, János** Leiter der Territorialhauptabteilung V „USA, Kanada, UK, Benelux, BR Deutschland“ im ungarischen Außenministerium seit 1. März 1980 S. 793
- Petri, Alexander** Legationsrat I. Klasse im Referat 320 „Ost- und Südafrika“ des Auswärtigen Amts S. 755¹, 885¹, 1226¹
- „Petrow“** S. 1352, 1353⁴, 1501
- Petzold, Ernst** Direktor des Diakonischen Werkes in der DDR S. 811⁹
- Peyer, A. Richard** Attaché an der amerikanischen Botschaft in Bonn S. 1103
- Pfeffer, Franz** Gesandter und Vertreter des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO in Brüssel, am 3. März 1981 in das Auswärtige Amt zurückversetzt und seit 13. März 1981 Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 2 „Politische Abteilung“ **Dok. 261, 269, 278** und S. 219², 493³, 1165⁵, 1186¹⁰, 1225⁵, 1359⁶, 1434¹¹, 1504⁵, 1928¹, 1929⁴
- Pfeiffer, Gerhard** Leiter der Delegation der Bundesrepublik Deutschland beim Abrüstungsausschuß (Committee on Dis-

- armament, CD) in Genf mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 239⁵, 493²⁺³, 1651¹⁹
- Pfetten-Arnach, Karl Berchtold Freiherr von** Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Jakarta, seit 14. November 1980 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 340 „Süd- und Südostasien“ im Auswärtigen Amt S. 1514³⁸
- Pham Van Dong** Ministerpräsident der Sozialistischen Republik Vietnam S. 641¹²
- Pharaon, Rashad** Berater des saudi-arabischen Königs Khalid S. 913
- Phrydas, Aristoteles J.** Abteilungsleiter (Politischer Direktor) im griechischen Außenministerium; 1974–1979 Botschafter der Hellenischen Republik in Bonn S. 1518²⁺³, 1519
- Piccoli, Flaminio** Präsident der DC bis Februar 1980, seit 6. März 1980 deren Generalsekretär S. 769
- Picht, Robert** Direktor des Deutsch-Französischen Instituts in Ludwigsburg S. 1242, 1252
- Pilavachi, Constantinos Nicholas** Leiter der Ständigen Vertretung der Republik Zypern beim Europarat in Straßburg, anschließend Leiter der Abteilung für Auswärtige Beziehungen beim Europarat S. 492
- Pińkowski, Józef** Mitglied und Sekretär des ZK der PVAP sowie seit 15. Februar 1980 stellvertretendes Mitglied des Politbüros des ZK, seit 24. August 1980 Ministerpräsident der Volksrepublik Polen und Mitglied des Politbüros S. 1601, 1602¹⁹⁺²⁰, 1612f., 1632, 1633⁹, 1634, 1696
- Pinochet Ugarte, Augusto** Präsident der Republik Chile und Vorsitzender der Militärjunta sowie General und Oberbefehlshaber der Streitkräfte S. 1020¹⁸
- Piskowoj, Iwan Nikolajewitsch** Zweiter Sekretär an der sowjetischen Botschaft in Bonn S. 253
- Pius VI. (Giovanni Angelico Braschi)** 1775–1799 Papst S. 1772
- Plaja, Eugenio** Leiter der Ständigen Vertretung der Italienischen Republik bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel bis September 1980 S. 775²⁸
- Plambeck, Juliane** Mitglied der „Bewegung 2. Juni“, anschließend der RAF bis zu ihrem Tod am 25. Juli 1980 S. 667²⁺⁴, 668
- Platz, Klaus** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 511 „Strafrecht, Steuer- und Zollrecht“ des Auswärtigen Amts S. 559¹, 667¹, 1216, 1218¹³, 1219¹, 1310¹
- du Plessis, Abraham H.** Vorsitzender der Action Front for the Retention of Turnhalle Principles (ACTUR) in Namibia S. 1716²³
- Pleuger, Gunter** Vortragender Legationsrat in der Arbeitseinheit 410-9 „Europäisches Parlament“ des Referats 410 „Europäische Gemeinschaften: Grundsatzfragen, Institutionen, Beitritte; Beziehungen zu den Staaten des Mittelmeerraums, Afrikas und den übrigen AKP-Staaten“ bzw. „Europäische Gemeinschaften: Grundsatzfragen, Institutionen, Beitritte, EG-Haushalt; Beziehungen zu den Staaten des Mittelmeerraums, Afrikas und den übrigen AKP-Staaten“ im Auswärtigen Amt, seit 31. März 1980 im Referat 02 „Planungsstab“ S. 280¹, 1016¹
- Ploetz, Hans Friedrich von** Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington, seit 5. Mai 1980 Vortragender Legationsrat im Referat 010 „Ministerbüro“ des Auswärtigen Amts **Dok. 248, 304** und S. 502¹, 635¹⁰, 738¹, 776¹, 1065¹, 1174¹, 1216, 1288¹, 1289⁶, 1299¹⁺⁴, 1319¹, 1408¹, 1525¹, 1527¹², 1695¹, 1722¹, 1739¹, 1777¹, 1790¹, 1791⁶⁺⁷, 1792⁸, 1793¹⁴, 1794²⁰, 1795²²⁻²⁴, 1890¹
- Podewils-Dürniz, Maximilian Graf von** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Wien S. 506¹⁶, 706, 794, 800
- Poensgen, Gisbert** Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel mit der Amts-

- bezeichnung Botschafter; 1977–1979 Botschafter in Athen S. 79³, 109⁸, 137²³, 775²⁸, 1413¹⁶, 1646¹⁸, 1712⁶
- Pöhl, Karl Otto** Präsident der Deutschen Bundesbank S. 204, 1134, 1143 f.
- Pöhlmann, Jürgen** Botschaftsrat und Vertreter des Leiters der Delegation der Bundesrepublik Deutschland beim Abrüstungsausschuß (Committee on Disarmament, CD) in Genf, seit 15. Januar 1980 Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 221 „Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa“ des Auswärtigen Amts **Dok. 128** und S. 264¹, 550⁷, 622¹, 1114¹, 1145¹, 1188¹⁵, 1330¹, 1369¹, 1481¹, 1651¹⁹
- Pol Pot (Saloth Sar)** Generalsekretär der Kommunistischen Partei Kambodschas und Führer der „Roten Khmer“; 1976–1979 Ministerpräsident des „Demokratischen Kampuchea“ (mit Unterbrechung für einige Monate 1976/77) S. 119⁸⁺⁹, 171, 480⁵, 543, 652, 1022, 1190
- Pompidou, Georges** 1969–1974 Staatspräsident der Französischen Republik S. 69
- Ponnelle, Jean-Pierre** französischer Opernregisseur S. 1241
- Ponomarjow, Boris Nikolajewitsch** Sekretär des ZK der KPdSU für Internationale Angelegenheiten und Kandidat des Politbüros S. 171, 1445⁵, 1677
- Ponto, Jürgen** Vorstandssprecher der Dresdner Bank AG von 1969 bis zu seiner Ermordung durch die RAF am 30. Juli 1977 S. 668⁶
- Popit, France** Mitglied im Präsidium der jugoslawischen Teilrepublik Slowenien und im Präsidium des ZK des BdKJ S. 434
- Popow, Walerij Nikolajewitsch** Mitarbeiter in der Dritten Europäischen Abteilung des sowjetischen Außenministeriums S. 1016, 1635
- Popper, Sir Karl Raimund** britischer Philosoph **Dok. 348** und S. 1872¹
- Portillo** siehe: *López Portillo y Pacheco, José*
- Portugalow, Nikolaj Sergejewitsch** Berater in der Abteilung für Internationale Information beim ZK der KPdSU S. 443 f., 842¹⁰, 1845
- Posier, Jacques** Botschafter der Französischen Republik in Luanda, seit März 1980 zugleich in São Tomé akkreditiert S. 756
- Poswick, Charles** Verteidigungsminister des Königreichs Belgien vom 18. Mai bis 22. Oktober 1980 S. 881, 909⁷, 1134⁴
- Powell, Joseph Lester Jr.** Pressesprecher des amerikanischen Präsidenten Carter (Press Secretary to the President) S. 96³
- Praller, Klaus** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 420 „Wirtschaftsbeziehungen zum Westen“ des Auswärtigen Amts S. 1131²⁹
- Prem Chand, Dewan** Generalleutnant der indischen Streitkräfte und militärischer Leiter der UNTAG S. 634⁶, 647
- Pridham, Kenneth Robert Comyn** Botschafter des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Warschau S. 1602²⁰, 1603²³
- Probst, Raymond** Botschafter der Schweizerischen Eidgenossenschaft in Washington, seit 1. September 1980 Staatssekretär des schweizerischen Außenministeriums S. 567
- Promislow, Wladimir Fjodorowitsch** Oberbürgermeister (Vorsitzender des Exekutivkomitees) von Moskau S. 1108⁵
- Puja, Frigyes** Außenminister der Ungarischen Volksrepublik **Dok. 150** und S. 115, 187, 319, 468, 470, 803, 1157, 1818
- Pungan, Vasile** Berater des rumänischen Präsidenten Ceauşescu S. 846⁷
- Puttkamer, Jesco von** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Lissabon S. 582, 588¹⁸, 593³³, 594³⁵, 627, 1717²⁸
- Pym, Francis Leslie** Verteidigungsminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 188, 763, 884, 1160, 1788¹⁷, 1835 f., 1838, 1841
- Quaroni, Alessandro** Botschafter der Italienischen Republik in Tripolis seit 25. März 1980 S. 855⁸, 856

- Quisling, Vidkun Abraham Lauritz Jonsson** 1942–1945 Ministerpräsident von Norwegen S. 525
- Rabin, Yitzhak** 1974–1977 Ministerpräsident des Staates Israel S. 934, 1177, 1321
- Rabinowitz, Yehoshua** 1974–1977 Finanzminister des Staates Israel S. 74¹⁴
- Radford, Arthur William** 1953–1957 Vorsitzender der Vereinigten Stabschefs der amerikanischen Streitkräfte S. 951, 1700
- Radicke, Uwe** Kapitän zur See und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington **Dok. 138**
- Rafsandjani, Ali Akbar Hashemi** Mitglied des Revolutionsrats der Islamischen Republik Iran bis zu dessen Auflösung im Juli 1980, seit 20. Juli 1980 Vorsitzender des iranischen Parlaments S. 611⁵, 1375, 1376⁶, 1415f., 1419, 1516
- Rahim-ud-Din Khan** General der pakistanischen Streitkräfte und Gouverneur von Belutschistan S. 1488, 1494, 1498
- Rahman, Mohammed Attaur** Botschafter der Republik Indien in Bonn bis 11. Juli 1980 S. 467, 474, 477
- Rahman, Ziaur** Präsident der Volksrepublik Bangladesch S. 468
- Rajai, Mohammad Ali** Bildungsminister der Islamischen Republik Iran, seit 11. August 1980 Ministerpräsident S. 1375², 1489⁸, 1703³⁸, 1734, 1775¹⁵
- Rajaratnam, Sinnathamby** Außenminister der Republik Singapur, seit 1. Juni 1980 zweiter stellvertretender Ministerpräsident S. 480
- Rakowski, Mieczysław Franciszek** Mitglied des polnischen Parlaments und des ZK der PVAP S. 1341
- Rallis, Georgios** Außenminister der Hellenischen Republik bis 10. Mai 1980, anschließend Ministerpräsident S. 301, 304f., 1004¹², 1013f., 1363¹¹, 1520¹⁰, 1533⁹, 1806
- Râmbu, Ion** Botschafter der Sozialistischen Republik Rumänien in Bonn seit 15. Juni 1980 S. 846⁷, 1813²
- Ramírez Mercado, Sergio** Mitglied der Regierungsjunta in der Republik Nicaragua S. 428
- Ramírez Sánchez, Ilich („Carlos“)** Terrorist S. 667⁴, 1312⁹
- Ramisch, Rolf** Chefinspekteur des Auswärtigen Amts mit der Amtsbezeichnung Botschafter, seit 16. Januar 1980 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Neu Delhi S. 178²⁵⁺³¹, 229¹⁰, 474, 477⁴⁶, 641¹², 648¹⁴
- Randé, Jenő** Botschafter der Ungarischen Volksrepublik in Wien S. 793
- Randermann, Phil-Heiner** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 411 „Europäische Gemeinschaften: Handels- und Agrarpolitik, Beziehungen zu den Staaten der EFTA (außer Portugal), den außereuropäischen Industrieländern, den Staatshandelsländern, Lateinamerika (außer AKP), Asien; GATT“ im Auswärtigen Amt **Dok. 294** und S. 80¹⁰, 109⁷, 279¹⁷, 1703³⁵
- Rantzau, Detlev Graf zu** Gesandter und bis 29. September 1980 Vertreter des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei dem Büro der Vereinten Nationen und bei den anderen internationalen Organisationen in Genf, vom 9. September bis 11. November 1980 Leiter der Delegation der Bundesrepublik Deutschland beim KSZE-Vorbereitungstreffen in Madrid, anschließend stellvertretender Leiter der Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid **Dok. 299** und S. 1593¹⁹, 1636³, 1665
- Rao, Pamulaparti Venkata Narasimha** Außenminister der Republik Indien seit 14. Januar 1980 **Dok. 83** und S. 178³¹, 536, 750²⁰, 1674
- Raphel, Arnold** Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium (Special Assistant to the Secretary of State) S. 1415, 1418¹²

- Rapp, Heinz** Mitglied des Deutschen Bundestags (SPD) S. 614
- Rash, Stephen E.** S. 239
- Rashid, Said** S. 854
- Rattray, Carl** Arbeits- und Justizminister von Jamaika bis 1. November 1980 S. 1090
- Reagan, Nancy** S. 746
- Reagan, Ronald Wilson** Kandidat der Republikanischen Partei bei den amerikanischen Präsidentschaftswahlen, am 4. November 1980 zum Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika gewählt; 1967–1975 Gouverneur des amerikanischen Bundesstaates Kalifornien S. 746, 765, 869, 876¹⁸, 933f., 1209f., 1295, 1320, 1450, 1626–1631, 1646, 1669f., 1686f., 1689, 1692, 1697, 1699–1701, 1702³⁴, 1707, 1714–1716, 1718, 1723f., 1727, 1737, 1741–1746, 1749f., 1756–1759, 1763, 1765–1767, 1773², 1781–1783, 1804, 1813³, 1819, 1849, 1858f., 1872, 1876, 1889, 1917, 1934²³
- Rebmann, Kurt** Generalbundesanwalt S. 907
- Record, Jeffrey** amerikanischer Experte für Sicherheitspolitik, Mitarbeiter (Senior Fellow) am Institute for Foreign Policy Analysis in Cambridge/Massachusetts S. 1629¹³
- Reddy, Neelam Sanjiva** Präsident der Republik Indien S. 1461¹⁰
- Regan, Gerald Augustine** Arbeitsminister von Kanada seit 3. März 1980, seit 6. März 1980 zugleich Sportminister S. 629
- Reiche, Friedrich** Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Madrid, am 25. Februar 1980 an das Referat 301 „Humanitäre Hilfe, ausländische Flüchtlinge“ des Auswärtigen Amts abgeordnet, dort seit 2. Juni 1980 Vortragender Legationsrat und Vertreter des Referatsleiters S. 1777¹
- Reichenberger, Karl** Regierungsamtmann im Referat 221 „Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa“ des Auswärtigen Amts S. 1466¹, 1535¹
- Renouard, Isabelle** Mitarbeiterin im französischen Außenministerium (Chef du service des Affaires stratégiques et du désarmement, seit Januar 1980 Sous-Directeur) S. 1535
- Resor, Stanley Rogers** 1973–1978 Leiter der Delegation der Vereinigten Staaten von Amerika bei den MBFR-Verhandlungen in Wien S. 248³⁰, 1372¹⁰
- Reston, James Barrett** Kolumnist bei der amerikanischen Tageszeitung „The New York Times“ S. 210
- Retat, Bernard** Oberst der französischen Streitkräfte und Attaché für Wehrtechnik an der Botschaft in Bonn S. 262⁸
- Reuter, Paul** Botschafter des Großherzogtums Luxemburg in Moskau S. 1812
- Reuter, Thomas** S. 1305, 1348¹⁵
- Rheker, Gisela** Vortragende Legationsrätin I. Klasse und Leiterin des Referats 630 „Kulturinstitute, Deutsch-ausländische Kulturgesellschaften“ im Auswärtigen Amt, seit 17. März 1980 Leiterin der Unterabteilung 10 in der Abteilung 1 „Zentralabteilung“ und seit 8. April 1980 Ministerialdirigentin; 1973–1977 Botschaftsrätin I. Klasse bzw. Gesandte und Vertreterin des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Warschau S. 1206⁸
- Richardson, Robert F.** Generalmajor der britischen Streitkräfte und Kommandant des britischen Sektors in Berlin bis September 1980 S. 832
- Richter, Ana del Carmen** Vertreterin der Argentinischen Republik und stellvertretende Vorsitzende im Planungs-, Programm- und Koordinierungsausschuß (Committee for Programme and Co-ordination) des Wirtschafts- und Sozialrats sowie der Generalversammlung der Vereinten Nationen S. 1794¹⁷⁺¹⁹
- Richter, Wilfried** Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Kairo S. 1300⁹, 1303¹⁶, 1305²⁵, 1319³, 1322¹⁷, 1348¹⁹
- Richthofen, Hermann Freiherr von** Vortragender Legationsrat I. Klasse

- und Leiter des Referats 210 „Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen“ im Auswärtigen Amt, am 1. November 1980 in den Geschäftsbereich des Bundeskanzleramts versetzt, dort Leiter des Arbeitsstabs 20 „Deutschlandpolitik“, seit 21. November 1980 Ministerialdirigent **Dok. 51, 152, 239, 241, 305, 308** und S. 121¹⁴, 285³, 286⁴, 287⁶, 288⁸, 727¹, 870¹, 997¹⁴, 998²¹, 999²²⁺²³, 1217¹⁰, 1421¹⁺², 1422⁶, 1435¹⁴, 1436¹⁸, 1507¹⁵, 1554, 1558, 1560²⁸
- Rios, Leonardo** bolivianischer Menschenrechtler S. 1259, 1260⁸
- Ripert, Jean Louis** stellvertretender Generalsekretär der Vereinten Nationen (Under Secretary General for International Economic and Social Affairs) S. 1733, 1738
- Rithauddeen, Tengku Ahmad** Außenminister von Malaysia S. 479, 945²⁶
- Ritzel, Gerhard** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Teheran **Dok. 265, 275, 306** und S. 40⁶, 499⁶, 527¹⁰, 528³, 529⁴, 574, 603¹², 611⁵⁺⁶, 617, 868, 1214³³, 1278, 1307, 1460⁵, 1474⁹, 1489⁸, 1516 f., 1518¹¹, 1545¹⁷, 1703³⁸, 1704³⁹, 1775¹⁵, 1799²
- Roa-Kouri, Raúl** Leiter der Ständigen Vertretung der Republik Kuba bei den Vereinten Nationen in New York S. 724⁸
- Robelo Callejas, Luis Alfonso** Mitglied der Regierungsjunta in der Republik Nicaragua bis 22. April 1980 S. 822¹³
- Robert, Horst-Krafft** Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der OECD in Paris mit der Amtsbezeichnung Botschafter; 1977–1979 Botschafter zur besonderen Verwendung im Auswärtigen Amt S. 313¹⁷, 315²², 1084⁹, 1846¹⁰
- Robin, Gabriel** Abteilungsleiter im französischen Außenministerium (Ministre plénipotentiaire, Directeur des Affaires politiques) S. 109, 115, 235 f., 238, 450²⁵, 660¹¹, 834⁴, 835, 1112, 1440⁷, 1471–1473, 1475 f., 1478²⁴, 1479, 1843, 1848, 1853 f., 1866, 1890, 1891⁸, 1892–1898, 1901
- Rocard, Michel** Mitglied der französischen Nationalversammlung (PS) und Bürgermeister von Conflans-Sainte-Honorine S. 1531¹¹, 1532
- Rockefeller, David** Präsident des Council on Foreign Relations in New York S. 423, 958
- Rodenstock, Rolf** Präsident des BDI S. 206, 420
- Röding, Horst** Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 1 „Zentralabteilung“ des Auswärtigen Amtes S. 574¹⁴
- Rodino, Peter Wallace Jr.** Mitglied des amerikanischen Repräsentantenhauses (Democratic Party) und Vorsitzender des Rechtsausschusses S. 192
- Rodrigues, Alexandre Manuel Duarte Kito** stellvertretender Innenminister der Volksrepublik Angola mit Zuständigkeit für innere Sicherheit, seit Juli 1980 Innenminister S. 755–757
- Rogers, Bernard William** General der amerikanischen Streitkräfte, Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Europa sowie der Alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR) S. 64, 302⁵, 305, 404 f., 413, 494, 1256, 1519 f., 1532–1534, 1784¹, 1789²³, 1840
- Rognoni, Virginio** Innenminister der Italienischen Republik S. 1429
- Rohan, Albert** Direktor des Büros des Generalsekretärs der Vereinten Nationen S. 1733
- Rohlinger, Rudolf** Journalist, Korrespondent der ARD in New York S. 1209
- Rohr, Hans Jürgen** Staatssekretär im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten S. 770¹²
- Rokyta, Hugo** tschechoslowakischer Kulturwissenschaftler, Historiker und Denkmalfleger S. 1799³, 1801
- Rolandis, Nikos** Außenminister der Republik Zypern S. 491, 1665⁹
- Romulo, Carlos Peña** Außenminister der Republik der Philippinen S. 480
- Roosevelt, Theodor** 1899–1900 Gouverneur des amerikanischen Bundesstaates New York, 1901–1909 Präsident der Ver-

- einigten Staaten von Amerika S. 396, 734
- Ros, Enrique J.** Generalsekretär des argentinischen Außenministeriums S. 1794¹⁷
- Rose, Sir Clive Martin** Leiter der Ständigen Vertretung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland bei der NATO in Brüssel S. 6f., 9f., 85⁵, 1150, 1391²², 1787f.
- Rosengarten, Ulrich** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 200 „Europäische Einigung und politische Zusammenarbeit (EPZ); Euro-parat; Nichtstaatliche europäische Organisationen; WEU (nichtmilitärische Angelegenheiten)“ des Auswärtigen Amts S. 922⁹, 1097²⁸
- Rosenthal, Philip** Mitglied des Deutschen Bundestags (SPD) und Vorsitzender des Vorstands der Rosenthal AG S. 420
- Roßbach, Anton Karl Ferdinand** Vortragender Legationsrat im Referat 220 „Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit), insbesondere VN-Bereich und SALT“ bzw. „Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit), insbesondere SALT und LRTNF“ des Auswärtigen Amts, seit 16. Januar 1980 Botschaftsrat an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO in Brüssel, seit 18. Juni 1980 Botschaftsrat I. Klasse S. 166⁶, 1187¹², 1363¹¹, 1365¹¹
- Roth, Wolfgang** Mitglied des Deutschen Bundestags (SPD) S. 885–887, 888¹⁹
- Rovan, Joseph** französischer Historiker S. 1241
- Rowas, Franz** Hilfsreferent im Referat 012 „Öffentlichkeitsarbeit, Politische Kontakte“ bzw. „Öffentlichkeitsarbeit“ des Auswärtigen Amts S. 373¹, 429¹, 626¹, 717¹, 922¹, 925¹, 1128¹, 1154¹, 1337¹, 1404¹, 1636¹, 1674¹, 1771¹, 1806¹
- Rowny, Edward Leon** Generalleutnant a.D. der amerikanischen Streitkräfte; 1973–1979 Vertreter der Vereinigten Stabschefs (Joint Chiefs of Staff) der Vereinigten Staaten von Amerika bei den SALT-Verhandlungen in Genf S. 1629¹³
- Rudolph, Oskar** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 421 „Wirtschaftsbeziehungen West-Ost“ des Auswärtigen Amts, seit 6. Juni 1980 Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Lagos S. 16⁸, 306¹, 307⁷
- Rudolph, Steffen** Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Kingston S. 1091¹
- Ruete, Hans** 1977–1979 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in London S. 115³⁹
- Ruffini, Attilio** Verteidigungsminister der Italienischen Republik, anschließend vom 14. Januar bis 4. April 1980 Außenminister S. 311, 328f., 351f.
- Ruge, Peter** Korrespondent des ZDF in Warschau S. 1435¹³, 1456f.
- Ruggiero, Renato** Kabinettschef der italienischen Außenminister Malfatti und Colombo sowie Persönlicher Beauftragter des Ministerpräsidenten Cossiga in dessen Eigenschaft als Präsident des Europäischen Rats für die Vorbereitung des Rats am 12./13. Juni 1980 in Venedig, seit September 1980 Leiter der Ständigen Vertretung der Italienischen Republik bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel S. 690, 694, 696, 768f., 962
- Ruhfus, Jürgen** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in London seit 7. Januar 1980; 1973–1976 Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 23 bzw. ab 14. Oktober 1974 der Unterabteilung 20 in der Abteilung 2 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts **Dok. 60, 61, 131, 293, 373** und S. 318²⁹, 615²⁵, 777⁴, 1105³, 1106¹¹, 1255⁹, 1256¹⁵, 1276⁸, 1440⁷, 1526⁷, 1695, 1704, 1709⁵⁸, 1710, 1802
- Rumpf, Helmut** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 514 „Kriegsfolgen: Aus Krieg und Besatzung entstandene Fragen, Truppenstationierung, Auslandsvermögen, Auslandsschulden, Wiedergutmachung, Grenzen der Bundesrepublik Deutschland“ im Auswärtigen Amt bis zum Ein-

- tritt in den Ruhestand am 31. Juli 1980 S. 72¹, 74¹⁵
- Runge, Wolfgang** Vortragender Legationsrat im Referat 422 „Grundsatzfragen der Außenwirtschaftspolitik; Außenhandelsförderung; Gewährleistungen im Außenhandel und Kapitalexport; Rüstungsexportpolitik“ des Auswärtigen Amts S. 643¹⁺²
- Rupérez Rubio, Francisco Javier** Leiter der Delegation des Königreichs Spanien beim KSZE-Vorbereitungstreffen ab 9. September und bei der KSZE-Folgekonferenz ab 11. November 1980 in Madrid S. 1552, 1666¹⁰
- Rupprecht, Klaus** Legationsrat I. Klasse im Referat 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung“ des Auswärtigen Amts S. 96¹, 493¹, 1001¹, 1148¹, 1834¹, 1839¹, 1841¹⁹
- Rush, Kevin** Botschafter der Republik Irland in Luxemburg S. 1112
- Russakow, Konstantin Wiktorowitsch** Mitglied und Sekretär des ZK der KPdSU S. 868¹⁹
- Ruth, Friedrich** Leiter der Unterabteilung 22 in der Abteilung 2 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts sowie „Beauftragter der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle“ mit der Amtsbezeichnung Botschafter **Dok. 28, 40, 79, 111, 113, 114, 129, 180, 254, 262, 266, 271, 272, 287, 297, 321, 332** und S. 19¹⁺⁴, 47¹, 267¹⁵, 320³⁹, 338¹⁰, 550⁵⁺⁶, 565⁴, 566, 670–674, 908¹, 1006²¹⁺²², 1082¹, 1195¹⁸, 1263¹¹, 1285⁶, 1287, 1288¹, 1327, 1359⁴, 1360, 1367¹, 1373¹³, 1430³, 1477, 1480, 1550⁷, 1626¹, 1629, 1737²², 1767¹⁶, 1863⁸, 1875¹
- Ruyter, Hans Michael** Gesandter an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington, seit 7. Mai 1980 Vertreter des Botschafters in Rom S. 768
- Ryschow, Nikita Semjonowitsch** Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Rom, seit Februar 1980 stellvertretender Außenminister S. 12, 195
- Sá Carneiro, Francisco** Ministerpräsident der Portugiesischen Republik vom 3. Januar bis zu seinem Tod am 4. Dezember 1980 **Dok. 107** und S. 37f., 626, 1836¹⁸, 1839
- Sacharow, Andrej Dmitrijewitsch** sowjetischer Atomphysiker und Dissident S. 71¹³, 156, 163f., 186, 202, 211, 220, 327, 358, 430, 588¹⁸, 878–880, 1544, 1804
- Sachs, Hans-Georg** 1973–1975 Staatssekretär im Auswärtigen Amt S. 74¹⁵
- al-Sadat, Jehan** S. 1189f.
- al-Sadat, Mohamed Anwar** Präsident der Arabischen Republik Ägypten, seit 15. Mai 1980 zugleich Ministerpräsident S. 24f., 30, 46, 63, 81¹³⁺¹⁴, 94, 104, 113, 125, 145, 180, 271, 277, 359⁴², 398, 437–440, 466, 484f., 505¹², 529⁵, 537f., 612, 713, 781–784, 792, 915, 941, 942¹³, 959, 1172, 1175–1177, 1200¹⁵, 1300⁹, 1303, 1304²², 1319–1322, 1324, 1348¹⁸⁺¹⁹, 1638, 1708, 1724, 1725¹³, 1726, 1758f.
- Safronschuk, Iwan Stepanowitsch** Botschaftsrat an der sowjetischen Botschaft in Bonn S. 513, 514⁷
- Sagladin, Wadim Walentinowitsch** Kandidat des ZK der KPdSU und Erster Stellvertretender Leiter der Internationalen Abteilung beim ZK S. 45, 1582³²
- Sahm, Ulrich** Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei dem Büro der Vereinten Nationen und bei den anderen internationalen Organisationen in Genf mit der Amtsbezeichnung Botschafter sowie Generalkonsul in Genf; 1977–1979 Botschafter in Ankara; 1972–1977 Botschafter in Moskau S. 182⁴², 303⁷, 329¹⁴, 879¹¹, 927⁸, 1946
- Said, Hussein** S. 1216²⁺⁴
- Sailer, Otto** Regierungsdirektor und stellvertretender wehrtechnischer Attaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington S. 779⁹, 1450²⁷
- Salas, Rafael M.** Exekutivdirektor des United Nations Fund for Population Activities (UNFPA) S. 1739

- Saleh, Ali Abdullah** Präsident der Arabischen Republik Jemen (Nordjemen) S. 13⁴⁴, 401, 485, 920
- Salim, Salim Ahmed** Leiter der Ständigen Vertretung der Vereinigten Republik Tansania bei den Vereinten Nationen in New York und Präsident der XXXIV. VN-Generalversammlung S. 1098
- al-Samawi, Kasim M. Ahmed** Staatssekretär im irakischen Außenministerium S. 275
- Samjatin, Leonid Mitrofanowitsch** Leiter der Abteilung für Internationale Information beim ZK der KPdSU S. 1016, 1224f.
- Sammet, Rolf** Vorsitzender des Vorstands der Hoechst AG S. 206
- Samorè, Antonio** Kardinal, Bibliothekar an der Vatikanischen Bibliothek und päpstlicher Vermittler im Konflikt zwischen der Argentinischen Republik und der Republik Chile über den Beagle-Kanal S. 874⁷
- Samuel, Herbert Louis (1st Viscount Samuel)** 1920–1925 britischer Hochkommissar für Palästina S. 934
- Sanguinetti, Alexandre** 1968–1973 Vorsitzender der „Commission de la Défense nationale et des Forces armées“ der französischen Nationalversammlung; 1973/74 Generalsekretär der „Union des Démocrates pour la République“ (UDR) S. 1152
- Sanne, Carl-Werner** Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit S. 18, 93¹⁷, 1338, 1339¹⁰
- Saraiva Guerreiro, Ramiro Elísio** Außenminister der Föderativen Republik Brasilien S. 873–876
- Sarkis, Elias** Präsident der Libanesischen Republik S. 1163¹³
- Sartawi, Issam Ali** Mitglied der palästinensischen Organisation „Al Fatah“ und der PLO sowie außenpolitischer Berater des Vorsitzenden des Exekutivkomitees der PLO, Arafat S. 935
- Sartre, Jean-Paul** französischer Schriftsteller und Philosoph, am 15. April 1980 verstorben S. 1239, 1241
- Saud al-Faisal ibn Abdul Aziz al-Saud** Außenminister des Königreichs Saudi-Arabien **Dok. 70** und S. 26, 361, 383, 913f., 919f.
- Saunders, Harold Henry** Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Assistant Secretary of State for Near Eastern and South Asian Affairs) S. 115, 1418¹²
- Sauvagnargues, Jean** 1970–1974 Botschafter der Französischen Republik in Bonn S. 74¹⁵
- Savetsila, Siddhi** Marschall der thailändischen Luftwaffe (Air Chief Marshal) und Minister im Amt des thailändischen Ministerpräsidenten, seit 11. Februar 1980 Außenminister des Königreichs Thailand S. 480
- Savimbi, Jonas** Präsident der UNITA S. 634⁶, 757, 1717
- Sayeh, Souhaila Andrawes („Muna“)** palästinensische Terroristin, 1977 Mit-Entführerin der Lufthansa-Maschine „Landshut“ S. 1315
- Scalton** siehe: *Skelton, Richard Bernard*
- Schaad, Dieter** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 230 „Vereinte Nationen: Grundsatzfragen, Generalversammlung, Sicherheitsrat“ im Auswärtigen Amt S. 1496³², 1683¹⁷
- Schäfer, Helmut** Mitglied des Deutschen Bundestags (FDP) S. 1225⁶
- Schaffran, Gerhard** Bischof von Dresden-Meißen und seit 17. Mai 1980 Vorsitzender der Berliner Bischofskonferenz; 1962–1970 Weihbischof von Görlitz S. 832f.
- Schalck-Golodkowski, Alexander** Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel der DDR mit Zuständigkeit für den Bereich Kommerzielle Koordination (Koko) und Mitglied der Wirtschaftskommission beim Politbüro des ZK der SED S. 286, 287⁷, 289⁹⁺¹⁰, 322, 325, 870–872, 1264, 1266¹⁷

- al-Scharea, Faruk** Botschafter der Arabischen Republik Syrien in Rom, seit 14. Januar 1980 Staatsminister für Auswärtige Angelegenheiten S. 548⁴
- Schatzschneider, Hellmut** Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Canberra S. 1547²⁵
- Schauer** Mitarbeiter des BND S. 1554, 1559 f.
- Scheel, Hans-Dieter** Vortragender Legationsrat und Vertreter der Leiterin bzw. des Leiters im Referat 214 „Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Albanien“ des Auswärtigen Amtes **Dok. 253** und S. 209⁴, 1157²², 1205¹, 1340¹, 1542³, 1554, 1558, 1560, 1811¹, 1813², 1837¹⁺⁵
- Scheel, Hermann** Legationsrat I. Klasse und Leiter des Sprachendienstes an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau S. 1635
- Scheel, Walter** 1974–1979 Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland; 1969–1974 Bundesminister des Auswärtigen S. 145, 429, 479³, 561⁹, 790³, 990³⁴
- Schellert, Dietrich** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters für den Bereich Inland im Referat 012 „Öffentlichkeitsarbeit, Politische Kontakte“ bzw. „Öffentlichkeitsarbeit“ des Auswärtigen Amtes **Dok. 65** und S. 329¹³, 578¹
- Schenk, Reinhold** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 204 „Vereinigte Staaten von Amerika, Vereinigtes Königreich, Gemeinsame Fragen des Commonwealth, Kanada, Irland, Nordische Staaten“ im Auswärtigen Amt **Dok. 29, 104** und S. 102²⁺³, 105¹¹, 297¹, 315²⁰, 351¹, 380¹, 450²⁵, 487²⁷, 530⁷, 679⁶, 723⁷, 776¹, 834¹⁺⁴, 835⁶, 896, 1145³, 1459¹, 1460⁶, 1471¹⁺⁵, 1478²⁴, 1479²⁶, 1554, 1606⁷, 1627⁶, 1843¹, 1890¹, 1891^{6–10}, 1920⁴
- Scheske, Ulrich** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Islamabad bis zum Eintritt in den Ruhestand am 31. März 1980 S. 80⁹, 175¹⁹, 197², 233¹⁹, 316²³, 423¹², 1489⁷
- Schikorski, Karl** S. 1232³, 1235
- Schiller, Karl** Berater der pakistanischen Regierung in Wirtschaftsfragen; 1966–1971 Bundesminister für Wirtschaft; 1971/72 Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen S. 1497, 1498³⁹, 1500
- Schilling, Wolf-Dietrich** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Sanaa; 1974–1976 Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters in Tripolis S. 1200¹⁴, 1758³
- Schindler, Hans** Botschaftsrat an der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn S. 1622³⁷
- Schirnding, Kurt von** Botschafter der Republik Südafrika in Bonn bis Dezember 1980 S. 1226⁵, 1227
- Schitikow, Alexej Pawlowitsch** Vorsitzender des Unionsrates im Obersten Sowjet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 1224 f.
- Schlagintweit, Reinhard** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 311 „Mittlerer Osten, Maghreb“ im Auswärtigen Amt S. 277¹¹, 393³, 410³³, 486¹⁸, 496¹, 499⁸, 501, 568¹⁴, 572², 578¹, 611⁶, 714³³, 748¹⁴, 853¹, 854³, 857¹², 868²⁰, 905¹, 906⁷, 914⁸, 1027⁴⁵, 1197¹, 1199¹⁰⁺¹², 1203²⁶, 1204³¹, 1375¹, 1427⁶, 1460⁵, 1586¹²
- Schlecht, Otto** Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft S. 1129
- Schlenker, Rudolf** Präses der Handelskammer Hamburg S. 207
- Schlesinger, James Rodney** 1977–1979 Energieminister der Vereinigten Staaten von Amerika; 1973–1975 Verteidigungsminister S. 881, 883, 1194, 1196
- Schleyer, Hanns Martin** 1973–1977 Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, 1977 zugleich Präsident des BDI, am 18. Oktober 1977 von Mitgliedern der RAF ermordet S. 610, 668⁶, 793
- Schlieffen, Alfred Graf von** 1891–1906 Generalstabschef des Deutschen Reiches, seit 1911 Generalfeldmarschall S. 1805
- Schlöndorff, Volker** Regisseur, Drehbuchautor und Filmproduzent S. 1241

Schlote, Winfried Oberamtsrat im Referat 213 „Sowjetunion“ des Auswärtigen Amts, seit 20. August 1980 Legationsrat S. 209¹, 212¹³⁺¹⁴, 459¹, 1016¹, 1063¹, 1500¹, 1612¹, 1648¹, 1676¹, 1679¹

Schlüter, Werner Brigadegeneral, Stellvertreter des Stabsabteilungsleiters der Stabsabteilung III „Militärpolitik, Führung“ des Führungsstabs der Streitkräfte im Bundesministerium der Verteidigung S. 1554

Schmid, Carlo 1949–1972 Mitglied des Deutschen Bundestags (SPD); 1948–1979 Präsident des Deutsch-Französischen Instituts in Ludwigsburg; 1969–1979 Koordinator für die deutsch-französischen Beziehungen S. 1126²⁸, 1239, 1242

Schmidt, Hannelore („Loki“) S. 24, 269, 1174

Schmidt, Heinz Erster Stellvertreter der Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn und stellvertretender Minister für Verkehrswesen der DDR, seit 20. Februar 1980 Staatssekretär im Verkehrsministerium der DDR und weiterhin Erster Stellvertretender Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn S. 718

Schmidt, Helmut Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Mitglied des Deutschen Bundestags und stellvertretender Vorsitzender der SPD; 1961–1965 Innensenator der Freien und Hansestadt Hamburg; 1969–1972 Bundesminister der Verteidigung; 1972–1974 Bundesminister der Finanzen **Dok. 5, 13, 17, 23, 24, 30, 32, 34, 45, 46, 49, 64, 70, 93, 95, 97, 107, 108, 110, 132, 134, 136, 139, 140, 146, 147, 160, 163, 175, 176, 179, 181, 194, 195, 199, 212, 213, 252, 257, 258, 288, 317, 329, 330, 333, 348, 361, 365** und S. 20⁶, 24f., 27, 42–44, 46f., 56–67, 72–74, 87¹⁰, 89–95, 108⁴, 112²², 121, 123¹⁷, 125f., 127¹⁷, 128f., 131, 134, 139²⁴, 141, 144³⁰, 154, 156, 160, 162, 181⁴⁰, 209², 211, 227–234, 236, 253, 255, 259, 260³, 262, 280¹, 281, 290¹⁺², 291–294, 302, 305¹¹, 306², 308¹⁵, 310, 311², 314, 315²⁰, 316, 317²⁶, 319f., 322–326, 337, 339–350, 353¹⁴, 357, 360⁵², 361f., 365, 386–388, 390f., 392³⁴, 403–415, 417⁸, 419–425, 437¹, 440, 441⁷, 443, 445–450,

458⁸, 460, 461⁴, 465f., 467², 470¹⁶, 483–487, 488²⁸⁺³², 496³, 504–507, 512, 545–547, 576, 580⁸, 581, 599–601, 606–621, 630⁶, 650, 662–666, 674, 677–689, 738–745, 752–754, 755³, 758¹⁶, 764²², 787f., 790⁶, 791, 795–797, 799, 801¹¹, 802, 804f., 808, 809³⁸, 810f., 813–820, 823–828, 838¹², 841⁵, 865–873, 875f., 889–894, 897–902, 904, 908–910, 922, 926, 928f., 936–938, 948–959, 962, 963⁶, 965–968, 971–979, 983–990, 996f., 1003, 1006²², 1007, 1009, 1014, 1016f., 1022²⁵, 1024–1033, 1035, 1038–1049, 1065f., 1068–1070, 1075–1078, 1082–1085, 1088, 1092, 1100–1103, 1105, 1107–1110, 1111²¹, 1112, 1114, 1119, 1123¹⁵, 1124²⁰, 1126²⁸, 1127–1130, 1147, 1149, 1157f., 1161, 1163f., 1170¹¹, 1173–1183, 1197, 1202f., 1205, 1209¹, 1210⁸, 1211, 1212¹⁹, 1213²³, 1214, 1215³⁴⁺³⁵⁺³⁶⁺³⁹, 1237f., 1240, 1242f., 1245–1253, 1255, 1257, 1260–1264, 1269f., 1272–1286, 1287¹⁵, 1289, 1296, 1306, 1310³, 1313f., 1353, 1358–1360, 1361³, 1362, 1367f., 1377f., 1399, 1408, 1418¹², 1422⁶, 1443¹⁸, 1450, 1457, 1463, 1504⁶, 1506, 1508f., 1514, 1520¹⁰, 1561–1564, 1570, 1573, 1577–1579, 1581, 1582³², 1583, 1587f., 1590, 1592, 1594, 1596, 1606f., 1615, 1617–1621, 1622³⁹, 1623, 1629, 1631–1635, 1669f., 1673, 1685–1689, 1726, 1732, 1741, 1743, 1745, 1747–1750, 1751⁵, 1756–1771f., 1774, 1776¹⁷⁺¹⁸, 1781, 1783, 1800⁵, 1806, 1808, 1820¹⁹, 1822, 1824–1834, 1855–1861, 1862⁷, 1916, 1918–1920, 1928¹, 1934²⁵

Schmidt, Michael Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Pretoria, seit 10. Juli 1980 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 423 „Verkehrspolitik, Post- und Fernmeldewesen, Fremdenverkehr“ im Auswärtigen Amt S. 531⁷, 649¹⁵

Schmidt, Rudolf Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington, zur Teilnahme am Advanced Study Program des Center for International Affairs der Harvard University abgeordnet, seit 1. Juli 1980 Botschaftsrat an der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel S. 1679¹, 1680

- Schmidt-Dornedden, Horst** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Beirut **Dok. 127** und S. 1310³, 1314¹⁰
- Schmidt-Häuer, Christian** Korrespondent der Wochenzeitung „Die Zeit“ S. 385
- Schmidt-Pauli, Edgar von** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Oslo bis zum Eintritt in den Ruhestand am 31. Oktober 1980 S. 1277, 1294⁷
- Schmitt, Eberhard** Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland beim Heiligen Stuhl S. 874⁷
- Schneider, Reinhard** Ministerialrat und Leiter des Referats „Allgemeines Völkerrecht, Kriegsvölkerrecht“ im Bundesministerium der Verteidigung S. 1751–1755
- Schnell, Karl** Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung S. 1170¹¹
- Schneppen, Heinz** Vortragender Legationsrat und Leiter des German Information Center (GIC) in New York, seit 8. Januar 1980 Vortragender Legationsrat I. Klasse S. 1765¹⁰
- Schnitker, Paul** Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH) S. 208
- Schober, Eckehard** Vortragender Legationsrat im Referat 511 „Strafrecht, Steuer- und Zollrecht“ des Auswärtigen Amts S. 1219¹, 1221¹⁰
- Schober, Karl Herbert** Botschafter der Republik Österreich in Washington S. 567
- Schödel, Günther** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Jakarta, seit 7. März 1980 Botschafter in Peking; 1973–1977 Ministerialdirigent und Stellvertreter des Leiters der Abteilung 6 „Abteilung für auswärtige Kulturpolitik“ im Auswärtigen Amt **Dok. 123, 318** und S. 886¹⁰, 946³⁴, 1021²⁴, 1022²⁶, 1426⁴, 1548³³⁺³⁴, 1744²⁶
- Schoeller, Franz Joachim** Leiter der Abteilung 7 „Protokoll“ des Auswärtigen Amts mit der Amtsbezeichnung Botschafter, seit 12. Oktober 1980 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Brasilia S. 629³, 1229
- Schoffer, Ulrich** Oberst i. G. und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Peking S. 1513³⁵
- Schollwer, Wolfgang** Angestellter im Referat 02 „Planungsstab“ des Auswärtigen Amts S. 1458¹⁵
- Scholten, Willem** Verteidigungsminister des Königreichs der Niederlande bis 25. August 1980, anschließend Vizepräsident des Staatsrats S. 764 f., 882, 884
- Schönbichler, Carl Hans** Kommerzialrat und Vizepräsident der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft der Republik Österreich S. 706
- Schönfeld, Peter** Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 11 in der Abteilung 1 „Zentralabteilung“ sowie Planungsbeauftragter des Auswärtigen Amts S. 1752
- Schönfelder, Wilhelm** Legationsrat I. Klasse im Referat 02 „Planungsstab“ des Auswärtigen Amts S. 196¹
- Schönherr, Albrecht** Bischof der Region Ost der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg und Vorsitzender der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR S. 811⁹, 1587–1590
- Schöps, Helmut** Legationsrat I. Klasse im Referat 311 „Mittlerer Osten, Maghreb“ des Auswärtigen Amts S. 1317¹
- Schöttle, Helene** Gesandtin an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Rom S. 1857¹⁸
- de Schoutheete de Tervarent, Philippe Chevalier** Mitarbeiter im belgischen Außenministerium (Chef du service des Organisations européennes), seit 18. Mai 1980 Kabinettschef des Außenministers Nothomb S. 908, 910
- Schraepler, Hans-Albrecht** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 202 „Frankreich, Andorra, Monaco, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Österreich, Schweiz, Liechtenstein“ des Auswärtigen Amts S. 530¹, 789¹, 794, 1151¹, 1361¹, 1529¹, 1773¹
- Schreckenberger, Waldemar** Staatssekretär und Chef der Staatskanzlei des Landes Rheinland-Pfalz S. 1252

- Schröder, Gerhard** Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU) und Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses bis 4. November 1980; 1961–1966 Bundesminister des Auswärtigen S. 145
- Schtscharanskij, Anatolij Borissovitsch** Mitglied der Bürgerrechtsbewegung „Helsinki-Gruppe“ in der UdSSR S. 878 f., 990
- Schtscharanskij, Avital** S. 990³³
- Schubach, Karl Heinz** Amtsrat in der Abteilung 3 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amtes S. 1016¹
- von Schubert, Eberhard** Attaché im Referat 500 „Allgemeines Völkerrecht“ des Auswärtigen Amtes, seit 26. März 1980 Legationssekretär im Referat 221 „Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa“ S. 1186¹¹, 1369¹, 1481¹, 1535¹
- von Schubert, Konrad** Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Buenos Aires S. 1793¹², 1794²¹
- Schulenburg, Werner Graf von der** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 110 „Organisation“ im Auswärtigen Amt S. 669⁸, 1212¹⁸
- Schüler, Manfred** Staatssekretär und Chef des Bundeskanzleramts bis 30. November 1980 **Dok. 109, 240** und S. 24, 62¹, 132, 224¹⁴, 285, 368¹, 369¹¹, 403, 420, 426, 496³, 504, 594¹, 700¹, 765¹, 767⁹, 873¹, 889, 913¹, 930¹, 939¹, 977¹, 983¹, 1050¹, 1129, 1170¹¹, 1209¹, 1214³³, 1215³⁹, 1218¹³, 1227, 1229, 1237, 1238¹², 1251, 1253², 1265, 1294¹, 1330 f., 1344, 1350¹, 1384⁸⁺⁹, 1641¹, 1685¹, 1747¹, 1758¹, 1764¹
- Schulmann, Horst** Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 4 „Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik“ des Bundeskanzleramts, seit 1. Dezember 1980 mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Staatssekretärs im Bundesministerium der Finanzen beauftragt S. 201¹, 415¹, 420, 504, 594¹, 727, 768, 770¹², 873¹, 962, 1016, 1143¹, 1733
- Schulte, Hansgerd** Leiter des Germanistischen Instituts an der Universität Paris III und Präsident des Deutschen Akademischen Austausch-Dienstes (DAAD) S. 1241, 1250, 1252
- Schulte, Wilfried** Legationsrat I. Klasse und Dolmetscher an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Tokio S. 1885
- Schultze, Charles Louis** Vorsitzender des amerikanischen Rats der „Wirtschaftsweisen“ (US Council of Economic Advisers) S. 417
- Schulz, Brigitte** S. 1305, 1348¹⁵
- Schulze-Boysen, Hartmut** Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in New York S. 1215
- Schürmann, Wilhelm** Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Amman, seit 1. Oktober 1980 Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 501 „Völkerrechtliche Verträge“ des Auswärtigen Amtes S. 1304²⁰
- Schütz, Klaus** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Tel Aviv S. 230¹¹, 596⁹, 934¹⁷, 1189³, 1305²⁷, 1349²⁴, 1724⁸, 1775¹⁶
- Schuermans, Constant** 1970–1976 Botschafter des Königreichs Belgien in Bonn S. 74¹⁵
- Schwed, Arno** Oberregierungsrat im Referat VB 7 „Bilaterale wirtschaftliche Zusammenarbeit; Irak, Iran, Libyen; Europäisch-Arabischer Dialog“ des Bundesministeriums für Wirtschaft S. 906
- Scowcroft, Brent** Generalleutnant der amerikanischen Luftwaffe; 1975–1977 Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten Ford (National Security Advisor) S. 1749
- Seaga, Edward** Vorsitzender der Jamaica Labour Party (JLP), seit 1. November 1980 Ministerpräsident von Jamaika S. 1091¹, 1760¹⁵
- Seibert, Günther** Botschaftsrat an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel, seit 19. Juni 1980 Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung“

- des Auswärtigen Amts **Dok. 218** und S. 880¹, 1001¹, 1146⁴, 1148¹, 1165¹, 1167¹, 1168⁸, 1364¹, 1387¹, 1396¹, 1440⁷, 1605¹, 1834¹, 1839¹
- Seidel, Karl** Leiter der Abteilung „Bundesrepublik Deutschland“ im Außenministerium der DDR mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 1422 f., 1622³⁸, 1625⁵⁰
- Seitz, Konrad** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters im Referat 02 „Planungsstab“ des Auswärtigen Amts S. 1065
- Semjonow, Wladimir Semjonowitsch** Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Bonn; 1969–1978 Leiter der sowjetischen Delegation bei den Verhandlungen über eine Begrenzung strategischer Waffen (SALT) **Dok. 26, 42, 97, 122, 290, 352** und S. 3⁴, 16⁸, 23¹⁴, 217, 220⁶, 246²⁷, 320, 440⁵, 514, 709¹³, 808, 895¹⁷, 1016, 1050, 1063, 1108, 1549, 1561 f., 1569, 1633, 1648–1650, 1652, 1838, 1855
- Senghor, Adrien** Staatsminister für Ausrüstung der Republik Senegal S. 860
- Senghor, Léopold Sédar** Präsident der Republik Senegal **Dok. 163** und S. 465, 921
- Šetinc, Franc** Sekretär des Präsidiums des ZK des Bundes der Kommunisten Sloweniens S. 434
- van Setten, Alfred** Vortragender Legationsrat im Referat 203 „Mittelmeerfragen; Portugal, Spanien, Italien, San Marino, Heiliger Stuhl, Griechenland, Türkei, Zypern, Malta, Malteser-Ritter-Orden“ des Auswärtigen Amts, vom 22. bis 26. September 1980 nach Valletta abgeordnet, dort Geschäftsträger der Bundesrepublik Deutschland ad interim, seit 24. November 1980 Botschaftsrat an der Botschaft in Bern S. 812¹
- Sezgin, Ismet** Finanzminister der Republik Türkei bis 12. September 1980 S. 301³
- Shaban, Husny** Unterstaatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten im Allgemeinen Volkskomitee der Sozialistischen Libysch-Arabischen Volks-Dschamahirija S. 1203
- al-Shafei, Mohamed Zaki** 1975–1977 Minister für Wirtschaft und wirtschaftliche Zusammenarbeit der Arabischen Republik Ägypten S. 271⁸
- Shagari, Alhaji Shehu** Präsident der Bundesrepublik Nigeria S. 341¹⁴, 1847¹⁴
- Shah Nawaz, Sardar** Staatssekretär im pakistanischen Außenministerium, seit Juni 1980 Generalsekretär des Außenministeriums S. 1488, 1491–1493, 1496
- Shahi, Agha** Berater des pakistanischen Präsidenten Zia ul-Haq in außenpolitischen Fragen, seit 29. Mai 1980 offiziell Außenminister der Islamischen Republik Pakistan S. 99¹⁸, 110 f., 423¹², 526⁶, 639, 641 f., 732²⁶, 750, 778⁷, 917, 944, 958⁶⁷, 962⁹, 1026, 1179, 1448, 1490, 1496, 1514³⁸
- Shakaa, Bassam** Bürgermeister von Nablus im Westjordanland S. 781¹⁴, 1175⁷, 1304
- Shaker Mahmoud, Saadoun** Innenminister der Republik Irak S. 114, 179³²
- Shamir, Yitzhak** Präsident des israelischen Parlaments, seit 10. März 1980 Außenminister des Staates Israel **Dok. 331** und S. 1299 f., 1305 f., 1346–1348, 1718, 1775
- Shanker, Punjala Shiv** Minister für Justiz und Wirtschaftsgesellschaften der Republik Indien seit 14. Januar 1980 sowie Leiter der indischen Delegation bei der Dritten VN-Seerechtskonferenz S. 475 f.
- Sharif** siehe: *Abu Sharif, Bassam*
- Shastri, Lal Bahadur** 1964–1966 Ministerpräsident der Republik Indien S. 1474¹²
- al-Shawwaf, Hassan** Kabinettschef des saudi-arabischen Außenministers S. 392
- Shehati, Ahmed** Leiter des Büros für Auswärtige Beziehungen beim Allgemeinen Volkskongreß der Sozialistischen Libysch-Arabischen Volks-Dschamahirija S. 853, 855–857
- el-Sheheiby, Idris** Major der libyschen Streitkräfte S. 1322¹⁷

- Shimeno, David** Mitglied der SWAPO (Chief Representative to Angola) S. 885
- Shulman, Marshall Darrow** Sonderberater des amerikanischen Außenministers Vance bis 28. April 1980 (Special Adviser to the Secretary for Soviet Affairs), anschließend Adlai E. Stevenson Professor for International Relations an der Columbia University in New York S. 122, 1065, 1069, 1504⁵
- Shultz, George Pratt** Präsident der Bechtel Corporation; 1972–1974 Finanzminister der Vereinigten Staaten von Amerika S. 746, 1210, 1670, 1701, 1765, 1767
- Siad Barre, Mohammed** Präsident und Vorsitzender des Ministerrats der Demokratischen Republik Somalia sowie Generalsekretär der Somalischen Sozialistischen Revolutionären Partei S. 105⁶, 106, 272, 300, 751, 780, 920²⁸, 921³¹, 1214 f., 1323, 1659
- Siddhi** siehe: *Savetsila, Siddhi*
- Sieber, Günther** Botschafter der DDR in Warschau bis Dezember 1980, anschließend Abteilungsleiter im ZK der SED S. 1789²³
- Siebourg, Gisela** Vortragende Legationsrätin und Dolmetscherin im Referat 105 „Sprachendienst“ des Auswärtigen Amts S. 530¹, 629, 636, 639, 746¹, 908, 1065, 1075, 1171¹, 1306, 1426¹, 1520⁹, 1571, 1585¹⁰
- Sieffer, Leopold** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 641 „Jugend, Sport, Kirchen“ im Auswärtigen Amt **Dok. 25** und S. 340⁷, 810¹
- Sieger, Alexander** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 421 „Wirtschaftsbeziehungen West-Ost“ im Auswärtigen Amt S. 205¹⁹, 306¹⁺⁴, 310²⁰, 317²⁸, 846⁷, 1016, 1465²⁴
- Siemes, Dieter Hans** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 340 „Süd- und Südostasien“ des Auswärtigen Amts, seit 11. November 1980 Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Jakarta S. 68¹, 172¹⁴, 467¹
- Signorile, Claudio** Mitglied des italienischen Parlaments und Vize-Sekretär der PSI S. 33²¹
- Sigrist, Helmut** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Athen; 1974–1977 Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 40 in der Abteilung 4 „Abteilung für Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik und europäische wirtschaftliche Integration“ des Auswärtigen Amts **Dok. 53** und S. 1121⁵, 1518³, 1520¹⁰⁺¹²
- Siles Zuazo, Hernán** Vorsitzender des Wahlverbandes „Unión Democrática Popular“ (UDP) in der Republik Bolivien; 1956–1960 Präsident S. 1258–1260
- Silvestrini, Achille** Titular-Erzbischof von Novaliciana und Sekretär des Rats für die öffentlichen Angelegenheiten der Kirche beim Staatssekretariat des Heiligen Stuhls (zuständig für Auswärtige Angelegenheiten) S. 1308 f.
- Simon, Dieter** Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Neu Delhi, seit 7. Januar 1980 Vortragender Legationsrat im Referat 203 „Mittelmeerfragen; Portugal, Spanien, Italien, San Marino, Heiliger Stuhl, Griechenland, Türkei, Zypern, Malta, Malteser-Ritter-Orden“ des Auswärtigen Amts, seit 3. Juni 1980 Vertreter des Referatsleiters S. 812¹, 1518¹
- Simon, William Edward** 1974–1977 Finanzminister der Vereinigten Staaten von Amerika S. 1765 f.
- Simonet, Henri François** Außenminister des Königreichs Belgien bis 18. Mai 1980 S. 293 f., 566, 665⁴, 666⁶, 764
- Simonnet, Raymond** Direktor für internationale Angelegenheiten und Fischbestände in der Generaldirektion für Fischereifragen bei der EG-Kommission in Brüssel S. 614²⁰
- Sindermann, Horst** Präsident der Volkshammer der DDR, Mitglied des Politbüros des ZK der SED und stellvertretender Vorsitzender des Staatsrats S. 1580 f., 1869¹⁵
- Singh** siehe: *Swaran Singh, Sardar*

- Sinjawskij, Andrej Donatowitsch** („Abram Terz“) sowjetischer Schriftsteller und Dissident S. 878
- Sirry, Omar** Botschafter der Arabischen Republik Ägypten in Bonn S. 1319
- Sithole, Ndabaningi** Vorsitzender der ZANU-Ndonga S. 531⁷
- Skelton, Richard Bernard** („Red“) amerikanischer Komiker, Schauspieler und Sänger S. 805
- Skrjabin** Mitarbeiter im sowjetischen Außenministerium S. 218f.
- Skytøen, Lars Maurits** Industrieminister des Königreichs Norwegen S. 1282, 1284
- Slocombe, Walter Becker** stellvertretender Unterstaatssekretär im amerikanischen Verteidigungsministerium (Deputy Under Secretary for Policy Planning) S. 51
- Smirnow** sowjetischer Dolmetscher S. 121¹², 800
- Smirnow, Jurij Lwowitsch** Attaché an der sowjetischen Botschaft in Bonn S. 253
- Smith, Ian Douglas** 1964–1979 Ministerpräsident von Rhodesien S. 341¹³, 562¹³, 1907
- Smolderen, Luc** Leiter der Delegation des Königreichs Belgien bei den MBFR-Verhandlungen in Wien S. 451⁹, 1467
- Šnuderl, Boris** Mitglied des Bundesexekutivrats der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien (mit Zuständigkeit für wirtschaftliche Zusammenarbeit mit OECD-Mitgliedstaaten) S. 1156¹⁴
- Soames, Lord Christopher (Baron Soames)** Vorsitzender des britischen Oberhauses (Leader of the House of Lords) und vom 12. Dezember 1979 bis 18. April 1980 zugleich Gouverneur von Rhodesien S. 115³⁹, 341¹⁴, 357, 559², 565
- Soares, Mário Alberto Nobre Lopes** Vorsitzender der Sozialistischen Partei Portugals; 1976–1978 Ministerpräsident der Portugiesischen Republik S. 37f., 582f., 585f.
- Soares Carneiro, António da Silva Osório** General der portugiesischen Streitkräfte und Bewerber bei den Präsidentschaftswahlen in Portugal am 7. Dezember 1980 S. 586
- Sofía de Bourbon y Bourbon** Königin des Königreichs Spanien S. 24
- Søgaard, Poul** Verteidigungsminister des Königreichs Dänemark S. 1295⁹, 1835, 1838
- Söhnke, Gerhard** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Nikosia S. 489⁴, 491¹⁰, 492¹⁵
- Soisson, Jean-Pierre** Minister für Jugend, Sport und Freizeit der Französischen Republik S. 752³³, 868¹⁷, 1132, 1251
- Sokolowski, Wassilij Danilowitsch** 1949–1960 Erster Stellvertretender Verteidigungs- bzw. Kriegsminister der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, 1952–1960 Chef des Generalstabs der sowjetischen Streitkräfte S. 1153
- Solomon, Anthony Morton** Unterstaatssekretär im amerikanischen Finanzministerium (Under Secretary for Monetary Affairs), seit 21. Januar 1980 Vorsitzender der Federal Reserve Bank of New York S. 82¹⁵
- Solschenizyn, Alexander Issajewitsch** sowjetischer Schriftsteller und Dissident, 1974 aus der UdSSR ausgewiesen S. 879
- Soltmann, Otto** 1974–1978 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Wellington S. 1547²⁶
- Somare, Michael** Ministerpräsident von Papua-Neuguinea bis 11. März 1980 S. 1547²⁴
- Somoza Debayle, Anastasio** 1967–1972 und 1974–1979 Präsident der Republik Nicaragua S. 426f., 821, 822¹²
- Somoza Debayle, Luis** 1956–1963 Präsident der Republik Nicaragua S. 822¹²
- Somoza García, Anastasio** 1937–1947 und 1950–1956 Präsident der Republik Nicaragua S. 822¹²
- Sonnenfeldt, Helmut** 1974–1977 Berater im amerikanischen Außenministerium (Counselor) S. 1209, 1628, 1629¹³

- Sonoda, Sunao** Sonderbeauftragter der japanischen Regierung für den Nahen/Mittleren Osten und Südwestasien (Special Envoy to the Middle Eastern and Southwest Asian Countries) S. 395
- Sons** Leitender Kriminaldirektor im Polizeipräsidium Bonn S. 907
- Spaak, Fernand** Leiter der Ständigen Vertretung der EG in Washington S. 567
- Spadolini, Giovanni** Generalsekretär der PRI S. 769
- Spalcke, Karl** Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Bagdad S. 25⁴, 275³, 1427⁶, 1545²⁰
- Spasowski, Romuald** Botschafter der Volksrepublik Polen in Washington S. 1462
- Späth, Lothar** Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg (CDU) S. 1123¹⁵, 1128
- Sperl, Georg-Ferdinand** Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Johannesburg, seit 26. Januar 1980 Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters in Budapest, seit 22. Juli 1980 Botschaftsrat I. Klasse S. 379¹²
- Spies, Werner** Professor an der Kunstakademie Düsseldorf S. 1241
- de Spínola, António Sebastião Ribeiro** stellvertretender Generalstabschef der portugiesischen Streitkräfte von Januar bis März 1974, vom 25. April bis 30. September 1974 Präsident der Portugiesischen Republik S. 1792⁹
- Squillante, Arnaldo** Kabinettschef des italienischen Ministerpräsidenten Cossiga S. 690
- Stabreit, Immo** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 200 „Europäische Einigung und politische Zusammenarbeit (EPZ); Europarat; Nichtstaatliche europäische Organisationen; WEU (nichtmilitärische Angelegenheiten)“ im Auswärtigen Amt **Dok. 57** und S. 113³⁰, 869²², 1408¹, 1445¹, 1518¹, 1529¹, 1744²⁴
- Staby, Hans Erik** S. 1905
- Staden, Berndt von** Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 2 „Auswärtige und innerdeutsche Beziehungen, äußere Sicherheit“ des Bundeskanzleramts; 1973–1979 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Washington **Dok. 4, 7, 9, 10, 15, 38, 71, 85, 141, 142, 154, 155, 164, 182, 185, 187, 200, 327, 335, 338, 358** und S. 13⁴⁴, 20, 112²², 144¹, 201¹, 275, 276⁸, 278¹⁶, 311², 319³¹, 320³⁷, 416⁶, 426¹, 467², 504, 582, 594¹, 662², 665f., 681¹⁸, 687¹, 689, 700¹, 723⁷, 733²⁹, 768, 873¹, 896, 899, 901, 913¹, 917¹⁹, 930², 964⁹, 1016, 1050¹, 1056¹⁷, 1102¹², 1107, 1108⁵, 1157²¹, 1209¹, 1237f., 1246, 1252, 1554, 1557–1560, 1561³, 1606⁵, 1641¹, 1764¹, 1771, 1802¹, 1813¹, 1824, 1872¹, 1885, 1928¹
- Staks, Jürgen** Konsul I. Klasse und Vertreter des Generalkonsuls der Bundesrepublik Deutschland in Atlanta, seit 8. April 1980 Legationsrat I. Klasse im Referat 320 „Ost- und Südafrika“ des Auswärtigen Amts S. 1656³
- Stalin, Jossif Wissarionowitsch** 1922–1953 Generalsekretär des ZK der KPdSU und 1941–1953 Vorsitzender des Rats der Volkskommissare bzw. des Ministerrats der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 1297⁵, 1497³⁶
- Stambolić, Ivan** Präsident des Exekutivrats der jugoslawischen Teilrepublik Serbien und Mitglied im Präsidium des ZK des Bundes der Kommunisten Serbiens S. 434
- Stambolić, Petar** Mitglied der Kollektiven Präsidentschaft der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien und im Präsidium des ZK des BdKJ S. 434
- Steck, Reinald** Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Lusaka, seit 8. September 1980 an der Botschaft in Ankara S. 646⁴, 649¹⁵
- Steeg, Helga** Ministerialdirektorin und Leiterin der Abteilung „Außenwirtschaftspolitik und Entwicklungshilfe“ im Bundesministerium für Wirtschaft S. 594, 677, 1329
- Steffler, Christel** Botschaftsrätin I. Klasse und Vertreterin des Botschafters

- der Bundesrepublik Deutschland in Tel Aviv S. 30⁹, 1303¹⁶, 1304²², 1305²⁶, 1348¹⁸
- Steger, Hans Alfred** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 340 „Süd- und Südostasien“ im Auswärtigen Amt, seit 6. Mai 1980 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Wellington S. 15, 92¹², 168¹⁺², 1546²³, 1548²⁹
- Stehle, Hansjakob** Mitarbeiter bei der Wochenzeitung „Die Zeit“ und Korrespondent für den WDR in Rom S. 209²⁺³
- Stein, Hans Freiherr von** Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 42 in der Abteilung 4 „Abteilung für Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik und europäische wirtschaftliche Integration“ des Auswärtigen Amtes sowie „Beauftragter für Vertragsverhandlungen“ mit der Amtsbezeichnung Gesandter S. 82¹⁵, 90¹⁰, 306¹, 313¹⁷, 474³⁴, 643², 858¹, 1156¹⁴, 1443¹⁷
- Steinberg, Karl** Kanzler I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Nairobi S. 272¹¹
- Steinert, Jürgen** Senator für Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft der Freien und Hansestadt Hamburg (SPD) S. 1230 f.
- Steinkopff, Klaus-Christoph** Oberst i. G. und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Madrid, seit 1. Oktober 1980 Kommandeur der Panzerbrigade 6 bzw. 14 in Neustadt (Hessen) S. 32¹⁵
- Steinkühler, Manfred** Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Rom, seit 27. Oktober 1980 Vortragender Legationsrat und Leiter des Referats 012 „Öffentlichkeitsarbeit, Politische Kontakte“ bzw. „Öffentlichkeitsarbeit“ im Auswärtigen Amt, seit 7. April 1981 Vortragender Legationsrat I. Klasse **Dok. 316, 340** und S. 975³⁴, 1444²², 1674⁵, 1689¹⁸, 1699¹⁹, 1713⁸⁺¹⁰, 1738²⁶, 1759⁹, 1760¹⁴
- Stelle, Charles Clarkson** 1962/63 Delegierter der Vereinigten Staaten von Amerika bei der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf S. 1026⁴²
- Stelzenmüller, Tilemann** Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Madrid, anschließend Vertreter des Botschafters in Mexiko-Stadt S. 427⁸
- Stennis, John Cornelius** Senator des amerikanischen Bundesstaates Mississippi (Democratic Party) und Vorsitzender des Verteidigungsausschusses des Senats (Armed Services Committee) S. 339
- Stephan, Diethelm** Diplomingenieur und Leitender Baudirektor, Wehrtechnischer Attaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in London S. 1116¹¹
- Stern, Ernst Günter** Ministerialdirigent und Leiter der Gruppe 22 „Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Beziehungen zur DDR, Berlin-Fragen“ im Bundeskanzleramt S. 1622³⁷
- Stewart, Ian L. G.** Unterstaatssekretär im neuseeländischen Außenministerium (Deputy Secretary) S. 1525¹, 1545
- Stirn, Olivier** Staatssekretär im französischen Außenministeriums (Secrétaire d'État auprès du ministre des Affaires étrangères) S. 1674
- Stobbe, Dietrich** Regierender Bürgermeister von Berlin (SPD) S. 414, 578, 579⁵, 580 f., 601 f., 831³, 832, 1218¹³, 1383, 1384⁸
- Stockhausen, Karlheinz** Komponist S. 1241
- van der Stoel, Max** 1973–1977 Außenminister des Königreichs der Niederlande S. 1301¹³
- Stoessel, Walter John Jr.** Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Bonn S. 19, 62–67, 89, 92¹³, 102, 311, 352, 420, 501¹⁴, 568¹⁴, 572, 574 f., 618–622, 865–869, 900¹⁷, 911, 949, 958⁶⁷, 1168, 1274, 1276⁸, 1590–1595, 1606 f., 1609, 1685–1689, 1755, 1918–1920, 1929
- Stolpe, Manfred** Oberkonsistorialrat und Leiter des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR S. 1588⁷, 1589¹²

- Stoltenberg, Gerhard** Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein (CDU) S. 1128, 1139¹⁶
- Stoltenberg, Thorvald** Verteidigungsminister des Königreichs Norwegen S. 1282, 1834–1836, 1842
- Stone, Richard Bernard** Senator des amerikanischen Bundesstaates Florida (Democratic Party) S. 1627⁵
- Stoph, Willi** Vorsitzender des Ministerrats und Stellvertretender Vorsitzender des Staatsrats der DDR sowie Mitglied des Politbüros des ZK der SED S. 1263¹⁰, 1577, 1933
- Strätling, Erich** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Ottawa S. 1440⁵, 1714¹⁵, 1761¹⁸, 1763²³
- Strauß, Franz Josef** Ministerpräsident des Freistaates Bayern und Vorsitzender der CSU sowie Kanzlerkandidat von CDU und CSU bei den Bundestagswahlen 1980 **Dok. 23** und S. 282, 284, 406, 461–466, 687f., 689¹¹, 800, 828³⁰, 930, 1079, 1102, 1128, 1236¹⁵, 1272f., 1770²⁹
- Strauss, Robert Schwarz** Leiter der Kampagne für die Wiederwahl des Präsidenten Carter; 1977–1979 Handelsbeauftragter der Vereinigten Staaten von Amerika (US Trade Representative); von Mai bis November 1979 Sonderbotschafter des amerikanischen Präsidenten für den Nahen Osten (Ambassador-at-Large) S. 386, 740⁶, 1209, 1214, 1872
- Strausz-Hupé, Robert** 1976/77 Leiter der Ständigen Vertretung der Vereinigten Staaten von Amerika bei der NATO in Brüssel S. 1743
- Strenziok, Gert** Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Teheran S. 603¹², 611⁶, 748¹⁴, 1027⁴⁵, 1172⁵
- Strohe, Wilhelm** Kanzler I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Managua S. 426⁵
- Štrougal, Lubomír** Ministerpräsident der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik S. 1801¹¹, 1929–1933
- Strulak, Tadeusz** Leiter der Delegation der Volkrepublik Polen bei den MBFR-Verhandlungen in Wien S. 264, 267
- Studnitz, Ernst-Jörg von** Vortragender Legationsrat und Persönlicher Referent des Staatssekretärs van Well sowie Vertreter des Leiters im Referat 014 „Büro Staatssekretäre“ des Auswärtigen Amts, seit 23. Juni 1980 Botschaftsrat an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen in New York S. 190⁷¹, 222¹, 649¹, 768¹, 860¹, 958⁶⁷, 1945⁸
- Stütze, Walther** Ministerialdirektor und Leiter des Planungsstabs im Bundesministerium der Verteidigung S. 1751⁶
- Suárez González, Adolfo** Ministerpräsident des Königreichs Spanien **Dok. 258** und S. 24–27, 29–31, 33, 36f., 42–47, 63, 81, 95, 360, 369f., 425, 583, 1096, 1136, 1672¹⁴, 1673, 1707, 1873
- Sudhoff, Jürgen Hellmut** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 013 „Pressereferat“ im Auswärtigen Amt S. 15, 108, 578¹, 619⁷, 794, 800, 1016, 1065, 1277
- Suharto** Präsident der Republik Indonesien S. 1847¹⁴
- Suleiman Abdullah, Ahmed** Brigadegeneral der somalischen Streitkräfte und Vorsitzender des Nationalen Sicherheitsdienstes der Demokratischen Republik Somalia sowie Mitglied des Politbüros der Somalischen Sozialistischen Revolutionären Partei S. 105⁶
- Sultan, Ahmed** 1976–1978 stellvertretender Ministerpräsident der Arabischen Republik Ägypten mit Zuständigkeit für die Bereiche Produktion, Elektrizität und Energie S. 271⁸
- Sultan ibn Abdul Aziz al-Saud** Verteidigungsminister des Königreichs Saudi-Arabien S. 913, 921³⁴
- Sunay, Cevdet** 1966–1973 Präsident der Republik Türkei S. 1433⁹
- Sundberg, Kay** Botschafter des Königreichs Schweden in Teheran bis April 1980, anschließend Botschafter in Helsinki S. 569
- Suschkow, Wladimir** Stellvertretender Minister für Außenhandel der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 1047³¹

- Suslow, Michail Andrejewitsch** Mitglied des Politbüros und des Sekretariats des ZK der KPdSU S. 456, 984, 1079, 1108, 1183, 1458¹⁴
- Suzuki, Zenko** Mitglied des japanischen Parlaments, seit 17. Juli 1980 Ministerpräsident von Japan S. 1885–1887
- Svart, Anker** Botschafter des Königreichs Dänemark in Brüssel und Luxemburg sowie Leiter der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel S. 8, 14, 843, 1388⁵, 1389–1391, 1787f.
- Svetlowa, Natalja Dmitrijewna** S. 879¹²
- Swaelen, Frank** Mitglied des belgischen Parlaments und Bürgermeister von Hove, seit 22. Oktober 1980 Verteidigungsminister des Königreichs Belgien S. 1692, 1838, 1842
- Swaran Singh, Sardar** 1964–1966 und 1970–1974 Außenminister der Republik Indien S. 641f.
- Symington, Stuart** 1953–1976 Senator des amerikanischen Bundesstaates Missouri (Democratic Party) S. 92¹², 111
- Szeker, Gyula** Stellvertretender Ministerpräsident der Ungarischen Volksrepublik, anschließend Vorsitzender des Nationalen Komitees für technologische Entwicklung S. 187⁵⁹
- Szúros, Mátyás** Botschafter der Ungarischen Volksrepublik in Moskau S. 224
- Szyc** Mitglied der Delegation der Volksrepublik Polen bei den MBFR-Verhandlungen in Wien S. 452¹¹, 1119f.
- Tabatabai, Sadegh** Staatssekretär im Amt des iranischen Ministerpräsidenten; 1979 Staatssekretär im Innenministerium, anschließend Regierungssprecher, dann stellvertretender Ministerpräsident der Islamischen Republik Iran **Dok. 88** und S. 611⁶, 620, 868²⁰, 1375f., 1414–1420, 1516–1518, 1584–1586
- Talboys, Brian Edward** Außenminister und stellvertretender Ministerpräsident von Neuseeland S. 745¹², 1525–1528, 1542, 1544–1548
- Tambo, Oliver Reginald** (geschäftsführender) Präsident des südafrikanischen African National Congress (ANC) im Exil S. 647
- al-Tamini, Scheich Raja Bayud** Kadi von Hebron S. 781¹⁴
- Tandecki, Hans-Peter** Generalmajor der Bundeswehr und Leiter der Stabsabteilung III „Militärpolitik, Führung“ des Führungsstabs der Streitkräfte im Bundesministerium der Verteidigung S. 168¹, 239f., 243, 245, 704, 1378, 1381
- Taraki, Nur Mohammed** Präsident der Demokratischen Republik Afghanistan vom 30. April 1978 bis zu seiner Ermordung am 16. September 1979, bis 27. März 1979 zugleich Ministerpräsident S. 40, 157, 198, 200⁴, 256¹³, 651⁴, 799, 815⁸, 1020¹⁹
- Tarassow, Nikolaj Konstantinowitsch** Leiter der Delegation der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bei den MBFR-Verhandlungen in Wien S. 264, 266f., 450⁴, 622⁶, 671⁵, 1116–1119, 1467, 1659⁴, 1660, 1663¹⁴, 1922, 1926
- Taroon, Sayed Daoud** Adjutant des afghanischen Präsidenten Taraki S. 40⁴
- Terechow, Wladislaw Petrowitsch** Stellvertretender Leiter der Dritten Europäischen Abteilung des sowjetischen Außenministeriums S. 514⁷, 892³, 1016
- Terfloth, Klaus** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Tunis, seit 29. April 1980 Botschafter in Islamabad S. 277¹⁰, 1497³⁸, 1498³⁹
- Thackwray, Winston H.** Oberstleutnant und stellvertretender Leiter des Militärattachéstabs an der südafrikanischen Botschaft in Bonn bis 2. Februar 1980 S. 1228
- Thatcher, Margaret** Vorsitzende der Conservative and Unionist Party sowie Premierministerin des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland **Dok. 13, 93, 329, 330** und S. 184, 188, 194, 196, 228, 341¹⁴, 344–346, 348–350, 357, 361, 363, 371, 386, 402, 412, 490⁸, 529⁴, 532, 534f., 545–547, 615²⁵, 690, 693f., 701f., 728⁷, 738–742, 750, 754, 758¹⁶, 777⁴, 813, 841⁵, 921, 926, 969, 972, 974–976, 979, 1285, 1363¹¹, 1418¹², 1496, 1669, 1736, 1747, 1756, 1763, 1769, 1809, 1829, 1833

- Theodoropoulos, Byron** Generalsekretär des griechischen Außenministeriums S. 1012
- Thieu** siehe: *Nguyen Van Thieu*
- Thirith, Ieng** Vertreterin des „Demokratischen Kampuchea“ (Leiterin der „Pol-Pot-Delegation“) bei der Weltfrauenkonferenz vom 14. bis 30. Juli 1980 in Kopenhagen; 1975–1979 Sozialministerin S. 1190⁸
- Thomas, Joseph** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Stockholm S. 1681⁸, 1734⁷
- Thomson, Sir John** Hoher Kommissar (High Commissioner) des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Indien S. 178²⁵
- Thorn, Gaston** stellvertretender Ministerpräsident, Außen- und Außenhandelsminister, Minister für Wirtschaft und Mittelstand sowie Justizminister des Großherzogtums Luxemburg bis 22. November 1980; designierter Präsident der EG-Kommission **Dok. 317** und S. 929, 1002⁵, 1010, 1097f., 1110, 1113, 1161f., 1181, 1213, 1215, 1277³, 1304f., 1321¹³, 1329¹⁷, 1349, 1571¹, 1586, 1637, 1744, 1809
- Thoroddsen, Gunnar** Ministerpräsident der Republik Island seit 8. Februar 1980 S. 1363¹¹
- Tichonow, Nikolaj Alexandrowitsch** Erster Stellvertretender Ministerpräsident der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, seit 23. Oktober 1980 Ministerpräsident S. 16⁸, 83f., 207²⁴, 409, 685, 801¹¹, 868¹⁹, 893f., 986, 1033, 1044, 1045²⁷, 1046, 1593²¹, 1594
- Tickell, Crispin** Kabinettschef des Präsidenten der EG-Kommission, Jenkins S. 962
- Timerman, Jacobo** Verleger der argentinischen Tageszeitung „La Opinión“ von 1971 bis zu seiner Verhaftung 1977, 1980 des Landes verwiesen und nach Israel ausgeweist S. 1794
- Tindemans, Leo** Vorsitzender der Christlichen Volkspartei in Belgien und Präsident der Europäischen Volkspartei; 1974–1978 Ministerpräsident des Königreichs Belgien S. 1240¹⁵
- Tiso, Jozef** 1939–1945 Präsident der Slowakischen Republik S. 1800⁸
- Tito, Josip Broz** Staatspräsident der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien und Vorsitzender des BdKJ bis zu seinem Tod am 4. Mai 1980 S. 100, 109, 123, 135, 183, 382, 386, 390, 434, 435⁵, 436, 467², 488, 638, 684²⁴, 708⁶, 709, 722, 724¹², 725f., 731²³, 732²⁶, 733²⁸⁺²⁹, 737³⁸, 773, 826, 1108, 1154, 1156, 1234, 1579¹⁹, 1707
- Tobback, Louis Marie Joseph** Mitglied des belgischen Parlaments (Flämische Sozialisten) S. 764²²
- Todenhöfer, Jürgen** Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU) S. 1224f.
- Togliatti, Palmiro** 1921 Mitbegründer der KPI, von 1938 bis 1964 deren Generalsekretär S. 585
- Togo, Fumihiko** Botschafter von Japan in Washington S. 380, 422⁶, 567
- Tornetta, Vincenzo** Botschafter der Italienischen Republik in Tokio S. 1886¹¹
- Tornow, Paul** *1848 †1921 S. 1244³⁴
- de la Torre** siehe: *Haya de la Torre, Víctor Raúl*
- Touré, Siaka** Leiter des Geheimdienstes der Revolutionären Volksrepublik Guinea S. 502
- Tournier, Michel** französischer Schriftsteller S. 1241
- Towe, Peter Milburn** Botschafter von Kanada in Washington S. 380, 422⁵⁺⁶
- Tower, John Goodwin** Senator des amerikanischen Bundesstaates Texas (Republican Party) S. 1699, 1762¹⁹
- Train II, Harry DePue** Admiral der amerikanischen Marine, Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte im Bereich Atlantik (SACLANT), Oberbefehlshaber der US Atlantic Fleet (CINCLANTFLT) und des US Atlantic Command (CINCLANT) S. 1839⁷, 1840
- Traoré, Moussa** Präsident der Republik Mali **Dok. 163** und S. 921
- al-Treiki, Ali Abdessalem** Außenminister (Sekretär des Auswärtigen im All-

- gemeinen Volkskomitee) der Sozialistischen Libysch-Arabischen Volks-Dschamahirija S. 1202, 1204
- Trepczyński, Stanisław** Botschafter der Volksrepublik Polen in Rom; 1960–1971 Leiter des Sekretariats des ZK der PVAP; 1971–1977 stellvertretender Außenminister; 1972 Präsident der XXVII. VN-Generalversammlung S. 209–213, 455–458
- Treviranus, Hans** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 501 „Völkerrechtliche Verträge“ im Auswärtigen Amt S. 831¹
- Trudeau, Pierre Elliott** 1968–1979 und erneut seit 3. März 1980 Ministerpräsident von Kanada S. 123¹⁷, 236¹⁰, 729 f., 740, 744¹⁰, 771, 827²⁸, 968²⁰, 969 f., 972 f., 975 f., 979, 1363¹¹, 1440⁵, 1714 f., 1758–1763, 1769
- Truman, Harry S.** 1945–1953 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 96³, 97
- Tsatsos, Konstantinos** Präsident der Hellenischen Republik bis 14. Mai 1980 S. 1013⁷
- Tscherwonenko, Stepan Wassiljewitsch** Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Paris S. 68, 370
- Tscherwow** Vizeadmiral der sowjetischen Marine S. 1050
- Türkeş, Alparslan** Vorsitzender der türkischen Partei der Nationalen Bewegung bis zu ihrem Verbot im September 1980 S. 1389¹⁵
- Türkmen, İlter** Sonderbeauftragter des VN-Generalsekretärs Waldheim für humanitäre Fragen in Südostasien, seit Juli 1980 Generalsekretär des türkischen Außenministeriums und seit 21. September 1980 Außenminister der Republik Türkei S. 1387², 1520
- Turunow** Generalmajor der sowjetischen Streitkräfte S. 1050
- Ueberschaer, Hans-Christian** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 320 „Ost- und Südafrika“ des Auswärtigen Amts S. 755¹, 886⁷
- Ulbricht, Walter** 1950–1971 Generalsekretär bzw. Erster Sekretär des ZK der SED; 1960–1973 Vorsitzender des Staatsrats der DDR S. 932, 1582
- Ullsten, Ola** Außenminister des Königreichs Schweden S. 1665⁹, 1674
- Ulusu, Bülent** Admiral der türkischen Marine und bis August 1980 deren Oberkommandierender, seit 21. September 1980 Ministerpräsident der Republik Türkei S. 1433⁸
- Umlauff, Michael** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 311 „Mittlerer Osten, Maghreb“ des Auswärtigen Amts S. 546⁷, 907¹¹, 1197¹
- Ungerer, Werner** Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 41 in der Abteilung 4 „Abteilung für Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik und europäische wirtschaftliche Integration“ des Auswärtigen Amts S. 335¹⁴, 653³, 1063⁴, 1121⁹, 1122¹¹, 1405⁵, 1510²⁶, 1886¹¹
- Upadit Pachariyangkun** Außenminister des Königreichs Thailand bis 11. Februar 1980 S. 119
- Urquhart, Brian Edward** stellvertretender Generalsekretär der Vereinten Nationen (Under Secretary General for Special Political Affairs) S. 647⁷, 756⁹, 1443, 1564², 1566 f., 1715¹⁹, 1735 f.
- van Ussel, Michel** Leiter der Ständigen Vertretung des Königreichs Belgien bei der NATO in Brüssel S. 8, 15, 843, 1389, 1391, 1430 f.
- Ustinow, Dmitrij Fjodorowitsch** Verteidigungsminister der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU **Dok. 194** und S. 984, 987, 1064, 1069, 1079, 1108 f., 1257, 1749¹³, 1781–1783, 1813³, 1862⁷
- Vacano, Johannes von** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in La Paz **Dok. 238**
- Vance, Cyrus Roberts** Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika bis

28. April 1980 S. 71¹⁸, 19, 21, 26, 66, 81¹³, 82¹⁵, 97, 100, 101²⁷, 103, 107–111, 112²², 113–124, 145, 149, 155, 173, 202, 205, 227, 230f., 233, 242¹⁵, 297, 311–316, 319, 321, 330, 340, 344¹, 353, 356, 358f., 368, 371f., 380–383, 411, 414, 419¹⁷, 421–425, 461–463, 465f., 470, 499⁸, 501¹¹⁺¹⁴, 535, 567–571, 574, 578³, 580⁸, 601, 604–606, 608, 620, 630f., 658–661, 709, 730–732, 740, 745¹², 746f., 751, 813³, 869, 897, 899¹⁶, 933, 952, 955, 1030⁵⁷, 1177, 1182³⁵, 1195¹⁸, 1203²⁵, 1279¹⁵, 1628, 1764
- Vanden Boeynants, Paul** 1972–1979 Verteidigungsminister und 1978/79 Ministerpräsident des Königreichs Belgien S. 312¹²
- Van Dunem, Fernando José de Franca Dias** Botschafter der Volksrepublik Angola in Brüssel S. 755³⁺⁴, 756, 758¹⁶
- Verbeek, Paul** Ministerialdirigent, Vertreter des Völkerrechtsberaters und des Leiters der Abteilung 5 „Rechtsabteilung“ im Auswärtigen Amt, seit 13. November 1980 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Buenos Aires **Dok. 12** und S. 698³, 931⁷, 1082¹, 1125²⁴, 1220⁵, 1232¹, 1233⁷, 1793¹², 1794¹⁷
- Vergau, Hans-Joachim** Botschaftsrat I. Klasse an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen in New York, seit 16. Juni 1980 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 320 „Ost- und Südafrika“ im Auswärtigen Amt **Dok. 302, 368, 376** und S. 647⁷, 1002⁴, 1226¹, 1656, 1716²³
- Verheugen, Günter** Generalsekretär der FDP S. 599
- Verkade, Iwan** Mitarbeiter im niederländischen Außenministerium, seit September 1980 Botschafter des Königreichs der Niederlande in Tel Aviv S. 1349²⁴
- Verner, Paul** Mitglied des Politbüros des ZK der SED und des Staatsrats der DDR S. 1587–1590
- Verrept, Imelda** Inoffizielle Mitarbeiterin des Staatssicherheitsdienstes der DDR, ehemalige Sekretärin beim Internationalen Sekretariat der NATO in Brüssel S. 1373¹²
- Vest, George Southall** Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Assistant Secretary of State for European Affairs) S. 108f., 115, 168, 170, 172–184, 186–190, 311, 450²⁵, 644, 658–660, 666⁶, 834⁴, 835, 896, 937, 994, 996, 998–1000, 1065, 1068, 1148³, 1432–1434, 1459, 1461f., 1465, 1471–1473, 1475–1480, 1747, 1843³, 1848, 1866, 1876⁸, 1890, 1891⁶⁺⁸, 1892f., 1896, 1898f., 1901
- Vestring, Alfred** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Djidda S. 26⁹, 392, 913, 1087⁶
- Vetter, Heinz Oskar** Vorsitzender des DGB S. 203, 420, 963⁶, 1603
- Vibe, Kjeld** Leiter der Ständigen Vertretung des Königreichs Norwegen bei der NATO in Brüssel S. 8, 11, 1388⁵, 1389, 1391, 1788
- Videla, Jorge Rafael** Präsident der Argentinischen Republik S. 1793¹³
- Viett, Inge** Mitglied der „Bewegung 2. Juni“, anschließend der RAF S. 667⁴
- Villain, Claude** Generaldirektor für den Bereich Landwirtschaft bei der EG-Kommission in Brüssel S. 1874
- van Vloten, Eduard Johan** Unterabteilungsleiter im niederländischen Außenministerium S. 1399
- Vogel, Bernhard** Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz (CDU) und Bevollmächtigter der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen des Vertrags über die deutsch-französische Zusammenarbeit vom 22. Januar 1963 S. 860⁵, 1129, 1132, 1238, 1243²⁶, 1247, 1252
- Vogel, Gudrun** Botschaftsrätin an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Bukarest, seit 28. Januar 1980 Vortragende Legationsrätin im Referat 311 „Mittlerer Osten, Maghreb“ des Auswärtigen Amts, seit 16. April 1980 im Referat 610 „Regionale Planung und Koordinierung, Kulturabkommen“, dort seit 22. Mai 1980 Leiterin der Arbeitseinheit 610-1 „Ost“ S. 1203³⁰, 1204³¹
- Vogel, Hans-Jochen** Bundesminister der Justiz und Mitglied des Deutschen Bun-

- destags (SPD) S. 1218¹³, 1221, 1231, 1868¹³
- Vogel, Wolfdietrich** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Bujumbura, seit 14. Juli 1980 (mit Wirkung ab 27. Oktober 1980) Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 213 „Sowjetunion“ des Auswärtigen Amts S. 1385¹, 1593²¹, 1612¹, 1648¹, 1676¹, 1679¹
- Vogel, Wilfried** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 420 „Wirtschaftsbeziehungen zum Westen“ im Auswärtigen Amt S. 129⁷, 1155¹⁰, 1712⁷, 1761¹⁸
- Voigt, Karsten Dietrich** Mitglied des Deutschen Bundestags (SPD) S. 1385, 1582
- Volcker, Paul Adolph** Vorsitzender der amerikanischen Notenbank (Federal Reserve); 1975–1979 Vorsitzender der Federal Reserve Bank of New York S. 202, 416f., 420
- Vollert, Hans-Christian** Stadtdirektor von Viersen S. 1500⁴⁵
- Vos van Steenwijk, Willem Jan Baronde** Leiter der Delegation des Königreichs der Niederlande bei den MBFR-Verhandlungen in Wien S. 268, 1116, 1923²
- Vrataša, Anton** Vorsitzender des Exekutivrats der jugoslawischen Teilrepublik Slowenien bis Juli 1980 S. 434
- Vrhovec, Josip** Außenminister der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien und Mitglied des ZK des BdKJ S. 378, 722–726, 1154, 1155¹², 1665⁹, 1674
- Wächtler, Martin** S. 1429¹⁷⁺¹⁹
- Wachtmeister, Wilhelm Hans Fredrik** Botschafter des Königreichs Schweden in Washington S. 184, 567, 569
- Wada, Tsutomu** Botschafter von Japan in Teheran S. 611⁵, 728⁷
- Wagner, Adolf Karl Ritter von** Mitglied der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei den MBFR-Verhandlungen in Wien mit der Amtsbezeichnung Botschaftsrat, seit 22. Januar 1980 Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 220 „Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit), insbesondere VN-Bereich und SALT“ bzw. „Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit), insbesondere SALT und LRTNF“ des Auswärtigen Amts S. 47¹, 239, 674¹, 884¹⁹, 1145¹, 1264, 1358¹, 1367¹, 1728¹, 1875¹
- Wagner, Gerd** Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Beirut, seit 11. August 1980 im Referat 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung“ des Auswärtigen Amts S. 1387¹, 1518¹, 1834¹, 1839¹
- Wagner, Wilhelm** Sachbearbeiter im Referat 011 „Parlaments- und Kabinettsreferat“ des Auswärtigen Amts S. 42¹
- Wagnerberger, Fritz** Vizepräsident des NOK für Deutschland S. 600
- Wahl, Jacques** Generalsekretär des französischen Präsidialamts S. 56, 58, 577¹², 841⁵, 955⁵⁰, 1245f., 1251f., 1702³⁴, 1771
- Waldheim, Kurt** Generalsekretär der Vereinten Nationen **Dok. 333** und S. 58¹³, 93, 103, 182, 390²⁵, 473, 489–491, 568, 571, 572², 576, 634⁶, 714³⁶, 756, 827²⁹, 887¹⁴, 888, 1002⁴, 1098³³, 1182³⁵, 1189, 1406, 1442¹³, 1443, 1445⁴, 1473⁸, 1496, 1514, 1779⁸
- Wałęsa, Lech** Elektriker bei der Lenin-Werft in Danzig, im August 1980 Vorsitzender des dortigen Streikkomitees, seit September 1980 Vorsitzender des polnischen Gewerkschaftsbundes „Solidarność“ S. 1356, 1544¹², 1557f., 1601¹⁶, 1696, 1748, 1831, 1850, 1856f., 1889
- Walker, Peter** Minister für Landwirtschaft, Fischereiwesen und Ernährung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 1646¹⁸
- Wallau, Hans Theodor Wilhelm** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 010 „Ministerbüro“ im Auswärtigen Amt S. 15¹, 42¹, 56¹, 78¹, 89¹, 102¹, 108³, 112²², 121¹⁴, 128¹, 148¹, 149⁷, 178³⁰, 187⁵⁹, 192¹, 227¹, 235¹, 269¹, 285¹, 306¹, 380¹, 392¹, 403¹, 461¹, 467¹, 483¹, 496¹, 499⁷⁺⁸, 502¹, 515¹, 522²², 539¹, 544¹⁵, 545¹, 548³, 582¹, 599¹, 601¹,

- 606¹, 610¹, 622¹, 629, 633¹, 636, 639, 643², 677¹, 746¹, 753⁴², 758¹, 776¹, 814¹, 819¹, 829¹, 845¹, 860¹, 880¹, 889¹, 907¹¹, 911¹, 936¹, 948¹, 962¹, 994¹, 1012¹, 1065¹, 1071¹, 1078¹, 1082¹, 1088¹, 1100¹, 1102¹², 1103¹, 1105¹, 1134¹, 1171¹, 1174¹, 1319¹, 1375¹, 1376⁶, 1420¹⁹, 1426¹, 1445¹, 1481¹, 1488¹, 1503¹, 1516¹, 1517⁹, 1575¹, 1605¹, 1626¹, 1631¹, 1654¹, 1659¹, 1695¹, 1739¹, 1777¹, 1790¹, 1824¹, 1844⁷, 1855¹
- Wang Benzuo** Stellvertretender Leiter der Abteilung „Westeuropa“ im Außenministerium der Volksrepublik China S. 654⁵
- Wang Youping** Stellvertretender Außenminister der Volksrepublik China; 1977–1979 Botschafter in Moskau und von September bis Dezember 1979 Delegationsleiter bei den chinesisch-sowjetischen Verhandlungen im Rang eines Stellvertretenden Außenministers S. 946³⁴
- Wangchuk, Jigme Singye** König des Königreichs Bhutan S. 468
- Wannow, Marianne** Vortragende Legationsrätin im Referat 213 „Sowjetunion“ des Auswärtigen Amtes S. 1648¹, 1676¹, 1679¹
- Warburg, Eric Moritz** Bankier S. 930
- Warner, John William** Senator des amerikanischen Bundesstaates Virginia (Republican Party) S. 339
- Warnke, Paul Culliton** 1977/78 Leiter der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde (Arms Control and Disarmament Agency) sowie der SALT-Delegation der Vereinigten Staaten von Amerika S. 242¹⁵, 899¹⁶
- Wasew, Wladillen Michajlowitsch** Gesandter an der sowjetischen Botschaft in Washington S. 19³, 21 f., 23¹⁴, 157¹⁹, 605, 608, 660
- Wassiljew** Mitarbeiter im sowjetischen Außenministerium S. 512
- Waszczuk, Jerzy** Mitglied des ZK der PVAP, seit 15. Februar 1980 Sekretär des ZK und seit 24. August 1980 stellvertretendes Mitglied des Politbüros S. 1560
- Watson, Thomas J. Jr.** Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Moskau S. 29⁷, 223⁶, 411, 495⁹
- al-Wazir, Mohammed Abdulkoddos** Botschafter der Arabischen Republik Jemen (Nordjemen) in Bonn S. 335¹⁴
- Weber, Heinz** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters im Referat 105 „Sprachendienst“ des Auswärtigen Amtes sowie Leiter des Fachbereichs Dolmetscher S. 124, 467, 913, 1277, 1414
- Wechmar, Rüdiger Freiherr von** Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen in New York mit der Amtsbezeichnung Botschafter und Präsident der XXXV. VN-Generalversammlung **Dok. 81, 248** und S. 119⁹, 413⁴⁰, 439⁶, 756⁵⁺⁹, 1190⁹, 1220⁹, 1222¹³, 1279¹⁵, 1351⁵⁺⁹, 1429¹⁷, 1438, 1733, 1739, 1933, 1934²³⁺²⁵
- Wegener, Ulrich** Kommandeur des Grenzschutzkommandos West beim BGS; 1972–1979 Kommandeur der Sondereinheit GSG 9 des BGS S. 105 f., 1087⁵⁺⁶
- Wehbi, Samir** Mitglied der PFLP/Special Command S. 1310 f.
- Wehner, Herbert** Vorsitzender der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag **Dok. 134** und S. 62¹, 285 f., 599, 615, 990³³, 1050¹, 1082²², 1764¹
- Wehrmann, Günter** Attaché im Auswärtigen Amt, bis 9. Januar 1980 im Referat 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung“, seit 26. März 1980 Legationssekretär im Referat 204 „Vereinigte Staaten von Amerika, Vereinigtes Königreich, Gemeinsame Fragen des Commonwealth, Kanada, Irland, Nordische Staaten“ S. 1459¹, 1756¹
- Weinberger, Caspar Willard** 1973–1975 Minister für Gesundheit, Bildung und Soziales der Vereinigten Staaten von Amerika S. 1766¹¹
- Weindel, Elmar** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Maputo (zugleich in Swasiland akkreditiert) S. 1717²⁷

Weineck, Hartmut 1976–1979 Kanzler I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in N'Djamena S. 1200¹⁶

Weiss, Heinrich Vorsitzender des Vorstands der Schloemann-Siemag AG S. 204, 208

Weizman, Ezer Verteidigungsminister des Staates Israel bis 26. Mai 1980 S. 230¹¹, 438, 934 f., 1177

van Well, Günther Staatssekretär des Auswärtigen Amts; 1972–1977 Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 3 bzw. ab 1973 der Abteilung 2 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts **Dok. 3, 33, 37, 80, 122, 125, 131, 172, 207, 263, 289, 293, 310, 371** und S. 7¹⁸, 15, 17 f., 47, 62¹, 72, 77, 86, 88 f., 90¹⁰, 93¹⁷, 105, 128 f., 157 f., 168¹, 213¹, 216³, 227, 235–238, 239¹, 246²⁷, 269, 275, 279, 285, 306², 311¹, 318²⁹, 344, 364⁴, 392, 399, 402³⁴, 413³⁹, 440, 441⁷, 450, 467¹, 496³, 514, 539¹, 550, 552¹¹⁺¹², 565, 572–575, 578¹, 606, 610¹, 618³, 622, 644, 665, 670 f., 673 f., 704, 706, 709 f., 717, 727¹, 738¹, 753⁴², 755⁴, 758¹⁶, 768¹, 787, 800, 802, 829, 831, 834, 836⁹, 845¹, 853¹, 855⁶, 865¹, 867, 880, 881⁶, 887¹², 889, 892–894, 909, 910¹¹⁺¹³, 911, 913, 930², 936, 958⁶⁷, 960 f., 980, 984, 986, 988, 993, 1016, 1044, 1048 f., 1065 f., 1068–1071, 1075–1077, 1094, 1100, 1102, 1104, 1111²¹, 1145–1147, 1149, 1161¹, 1167¹, 1168, 1194¹¹, 1197², 1204, 1214³³, 1215³⁹, 1226–1228, 1253², 1288, 1319, 1330, 1358 f., 1369, 1375², 1382–1384, 1405⁹, 1408, 1414¹⁺¹⁸, 1418¹², 1433⁶, 1436¹⁹, 1460⁶, 1481, 1488, 1497, 1499, 1516, 1517⁹, 1518¹, 1533, 1535, 1565, 1575, 1590–1595, 1605–1609, 1626, 1633, 1659, 1717²⁵, 1722¹, 1728, 1751, 1777, 1779⁸, 1784¹, 1790¹, 1793¹², 1796¹, 1797⁹⁺¹⁰⁺¹⁴, 1798¹⁵, 1799², 1813–1816, 1875, 1890, 1904, 1906, 1909, 1916, 1928¹, 1945 f.

Werblan, Andrzej Mitglied des polnischen Parlaments und des ZK der PVAP, bis 2. Dezember 1980 Sekretär des ZK und vom 15. Februar bis 2. Dezember 1980 Mitglied des Politbüros des ZK S. 1557

Werndl, Klaus Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat

411 „Europäische Gemeinschaften: Handels- und Agrarpolitik, Beziehungen zu den Staaten der EFTA (außer Portugal), den außereuropäischen Industrieländern, den Staatshandelsländern, Lateinamerika (außer AKP), Asien; GATT“ des Auswärtigen Amts, seit 20. Oktober 1980 Vertreter des Leiters im Referat 014 „Büro Staatssekretäre“ und Persönlicher Referent des Staatssekretärs Lautenschlager S. 598¹⁹, 640⁸, 1861¹

Werner, Pierre Ministerpräsident und Minister für Kultur des Großherzogtums Luxemburg **Dok. 212, 213** und S. 1002⁵, 1363¹¹, 1641¹, 1644, 1719

Wersdörfer, Heinz Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 510 „Staats- und Verwaltungsrecht“ im Auswärtigen Amt S. 991¹, 992¹⁰

Weyer, Willi Präsident des DSB S. 354¹⁸, 600, 811

Whitmore, Clive A. Erster Privatsekretär der britischen Premierministerin Thatcher (Principal Private Secretary to the Prime Minister) S. 515, 1695

Wickert, Erwin Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Peking bis zum Eintritt in den Ruhestand am 31. Januar 1980 S. 1022²⁶

Wieck, Hans-Georg Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Moskau, seit 7. Oktober 1980 Leiter der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel mit der Amtsbezeichnung Botschafter **Dok. 27, 35, 36, 37, 94, 167, 171, 202, 266, 268, 296, 326, 344, 346, 354, 355, 356, 363, 364, 371** und S. 8²⁸, 65, 213, 215⁷, 253, 258, 381⁷, 435⁵, 441⁹, 443¹⁶, 447, 494⁸, 495⁹, 512², 514⁷, 600, 709¹⁶, 805²⁶, 904, 978³, 986, 988, 1016, 1027⁴⁵, 1045²⁷, 1050, 1063, 1079⁸, 1080¹⁵, 1108, 1432³, 1445⁵, 1458¹⁴, 1460⁷, 1461⁸⁺¹⁰, 1464²³, 1465²⁴, 1519, 1571, 1648⁴, 1693²², 1732⁹, 1800⁵, 1892¹², 1929⁴

Wieland, André Leiter der Delegation der DDR bei den MBFR-Verhandlungen in Wien S. 265 f., 1116, 1118 f., 1467–1469, 1660⁵, 1923²

Wilhelm II. 1888–1918 König von Preußen und Deutscher Kaiser S. 1244

- Willems** stellvertretender Kabinettschef des belgischen Wirtschaftsministers S. 764²²
- Williams** Mitarbeiter im simbabwischen Außenministerium S. 563 f.
- Williams, Edward Bennett** amerikanischer Rechtsanwalt S. 1627⁵
- Willis, Mark William** Dritter Sekretär an der amerikanischen Botschaft in Bonn bis 26. Juli 1980 S. 499⁸
- Willot, Albert** Mitarbeiter im belgischen Außenministerium (Conseiller de légation, contrôle des armes et désarmement) S. 565⁴
- Winogradow, Wladimir Michajlowitsch** Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Teheran S. 1027⁴⁵
- Wischnewski, Hans-Jürgen** Mitglied des Deutschen Bundestags und stellvertretender Vorsitzender der SPD; 1976–1979 Staatsminister im Bundeskanzleramt **Dok. 229** und S. 72⁴, 386, 390–392, 496³, 765¹, 921³¹, 1202²⁰, 1338³, 1375², 1911⁸
- Witte, Barthold** Ministerialdirigent und alleiniger Vertreter des Leiters der Abteilung 6 „Abteilung für auswärtige Kulturpolitik“ im Auswärtigen Amt, seit 15. September 1980 erster Vertreter des Leiters S. 150
- Witteveen, Johannes** 1973–1978 Direktor des IWF in Washington S. 654⁵
- Wladimow, Georgi** sowjetischer Schriftsteller und Dissident, Leiter der Moskauer Sektion von Amnesty International S. 163 f.
- Woessner, William M.** Gesandter an der amerikanischen Botschaft in Bonn S. 346¹³, 353¹⁴, 644, 1168⁶
- Wojna, Ryszard** Journalist, Mitglied des polnischen Parlaments und des ZK der PVAP S. 1297 f.
- Wojnowitsch, Irina Daylowa** sowjetische Journalistin S. 165
- Wojnowitsch, Olga Wladimarowna** S. 165
- Wojnowitsch, Wladimir Nikolajewitsch** sowjetischer Schriftsteller und Dissident S. 163–165
- Wojtaszek, Emil** Mitglied des ZK der PVAP und bis 24. August 1980 Außenminister der Volksrepublik Polen, anschließend Sekretär des ZK S. 244²², 1207⁹, 1327
- Wolff von Amerongen, Otto** Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages sowie Vorsitzender des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft und des Arbeitskreises UdSSR S. 420, 681¹⁷
- Woodcock, Leonard Freel** Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Peking S. 654⁴, 655
- Wormser, Olivier** 1974–1977 Botschafter der Französischen Republik in Bonn S. 74¹⁵
- Wright, Sir John Oliver** Botschafter des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Bonn S. 691⁸, 1105–1107, 1274, 1521, 1590–1595, 1695, 1697, 1710
- Wrzaszczyk, Tadeusz** Stellvertretender Ministerpräsident der Volksrepublik Polen und Vorsitzender der Planungskommission beim Ministerrat bis 24. August 1980, vom 15. Februar bis 24. August 1980 Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP S. 307⁷⁺¹², 310, 677 f., 680–686
- Wulff, Otto** Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU) S. 614
- Würzen, Dieter von** Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft S. 285 f., 289, 428, 871, 1045²⁷, 1170¹¹, 1264, 1338
- Wysotin, Wassilij Grigorjewitsch** Leiter der Außenpolitischen Abteilung im Obersten Sowjet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 1635
- Wyszyński, Stefan** Kardinal sowie Erzbischof von Gnesen und Warschau, Primas der katholischen Kirche in Polen S. 1297 f., 1308 f., 1557
- Xu Yougun** chinesischer Dolmetscher S. 939
- Yadin, Yigael** stellvertretender Ministerpräsident des Staates Israel und Parteivorsitzender der „Demokratischen Bewegung für den Wandel“ S. 439, 934

- Yamani, Scheich Ahmed Zaki** Minister für Erdöl und Bodenschätze des Königreichs Saudi-Arabien S. 26, 598¹⁹
- Yatabe, Atsuhiko** Abteilungsleiter im japanischen Außenministerium S. 373
- Yavuzalp, Ercüment** Botschafter der Republik Türkei in Moskau S. 182
- Yazdi, Ebrahim** Außenminister der Islamischen Republik Iran von April bis November 1979 S. 1415
- Yeend, Sir Geoffrey John** Leiter des Amts des australischen Ministerpräsidenten (Head of the Department of Prime Minister and Cabinet) S. 227
- Yigit, Özdemir** Generalsekretär des türkischen Außenministeriums bis Juli 1980 S. 303⁷, 992
- Yong Shik Kim** Botschafter der Republik Korea (Südkorea) in Washington S. 567
- York, Charles T.** Gesandter-Botschaftsrat an der amerikanischen Botschaft in Bonn S. 643⁴, 645
- York von Wartenburg, Alexander Graf** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 014 „Büro Staatssekretäre“ im Auswärtigen Amt S. 290¹, 450³, 567¹, 700¹, 706¹, 727¹, 742¹, 768¹, 864¹⁸, 1012¹, 1088¹, 1134¹, 1253⁵, 1258¹, 1269¹, 1350²⁸, 1359⁴, 1631¹, 1861⁴
- Yoshida, Kenzo** Botschafter von Japan in Peking S. 654⁴
- Yoshino, Bunroku** Botschafter von Japan in Bonn S. 727, 1885
- Young, Andrew Jackson Jr.** 1977–1979 Leiter der Ständigen Vertretung der Vereinigten Staaten von Amerika bei den Vereinten Nationen in New York S. 91
- Zahir Shah, Mohammad** 1933–1973 König des Königreichs Afghanistan S. 798
- Zaki** siehe: Helou, Zaki
- Zamberletti, Giuseppe** Mitglied des italienischen Parlaments (DC) und seit 24. Oktober 1980 Sonderbeauftragter der italienischen Regierung für die durch das Erdbeben in Süditalien betroffenen Regionen S. 1826f.
- Zander, Karl Fred** Mitglied des Deutschen Bundestags (SPD) und Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit S. 1189
- Zarapkin, Semjon Konstantinowitsch** 1954–1964 Leiter der Abteilung „Internationale Organisationen“ und 1964–1966 Berater im sowjetischen Außenministerium, 1962–1966 Delegierter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bei der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf S. 1026⁴²
- Zayed** siehe: al-Nahayan, Scheich Zayed bin Sultan
- Zechmeister, Klaus** Erster Sekretär an der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn S. 1458¹⁵
- Zeiner Gundersen, Herman Fredrik** Vorsitzender des Militärausschusses der NATO bis 30. Juni 1980 S. 8, 760, 1009f.
- Zeller, Klaus** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 211 „Europäische Einigung, bilaterale Beziehungen zu westeuropäischen Staaten und der Türkei“ im Bundeskanzleramt **Dok. 236, 339** und S. 28, 56¹, 290¹, 504¹, 582¹, 700¹, 706, 727, 735, 768, 814¹, 948¹, 1082¹, 1702³⁴, 1824¹, 1855¹
- Zhang Tong** Botschafter der Volksrepublik China in Bonn S. 654, 657¹⁶, 939
- Zhang Wenjin** Stellvertretender Außenminister der Volksrepublik China S. 654–657
- Zhao Ziyang** Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh und seit 29. Februar 1980 Mitglied im Ständigen Ausschuss des Politbüros, vom 16. April bis 10. September 1980 Stellvertretender Ministerpräsident der Volksrepublik China, anschließend Ministerpräsident S. 1021²⁴, 1426, 1548
- Zhou Enlai** 1949–1976 Ministerpräsident der Volksrepublik China S. 737, 945²⁷
- Zhu Liqing** Stellvertretende Leiterin der Abteilung „Westeuropa“ im Außen-

ministerium der Volksrepublik China bis Oktober 1980 S. 939

Zia ul-Haq, Mohammad Präsident der Islamischen Republik Pakistan und Generalstabschef der pakistanischen Streitkräfte **Dok. 119, 288** und S. 111, 233¹⁹, 525, 526⁶, 732, 734, 742–744, 917, 1026⁴¹, 1179, 1345⁸, 1448, 1463, 1473, 1478, 1682, 1683¹⁷

Ziegler, Rudolf Angestellter im Referat 213 „Sowjetunion“ des Auswärtigen Amts S. 1063¹

Zimmermann, Bernhard Vortragender Legationsrat in der Arbeitseinheit 610-2 „Entwicklungsländer“ im Referat 610 „Regionale Planung und Koordinierung, Kulturabkommen“ des Auswärtigen Amts S. 980¹, 982⁸

Zimmermann, Friedrich Vorsitzender der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag **Dok. 23** und S. 466, 700¹

Zimmermann, Roland Gesandter an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen in New York S. 1098³³

Zimmermann, Warren stellvertretender Leiter der Delegation der Vereinigten Staaten von Amerika beim KSZE-Vorbereitungstreffen ab 9. September und bei der KSZE-Folgekonferenz ab 11. November 1980 in Madrid S. 1551¹¹, 1552f., 1554¹⁸

Zorreguieta Stefanini, Jorge Horacio Landwirtschaftsminister der Argentinischen Republik S. 463¹⁶

Zuckerman, Solomon (Baron Zuckerman) Mitglied des britischen Oberhauses; 1964–1971 leitender wissenschaftlicher Berater der britischen Regierung (Chief Scientific Adviser) S. 1804

Sachregister

Bei der Benutzung des Sachregisters sind folgende Hinweise zu beachten:

- Das Sachregister erfaßt in alphabetischer Reihenfolge Staaten, Organisationen und Institutionen sowie weitere Sachbegriffe.
- Die Einträge zu den Schlagworten „Abkommen und Verträge“, „Gesetze und Verordnungen“ sowie „Konferenzen und Verhandlungen“ folgen der Chronologie.
- Kursiv gedruckte Querverweise erschließen die zwischen den Schlagworten bestehenden Verbindungen.
- Bezieht sich ein Schlagwort auf ein Dokument als Ganzes, so ist die Dokumentennummer angegeben.
- Beim Nachweis einzelner Seiten beziehen sich hochgestellte Ziffern auf Fußnoten.
- Verweise über die Beziehungen zweier Staaten zueinander finden sich bei dem in der Schlagwortfolge alphabetisch zuerst aufgeführten Staat. So werden beispielsweise die Fundstellen zu den äthiopisch-sowjetischen Beziehungen unter „Äthiopien“ und dort beim Unterschlagwort „UdSSR“ genannt. Ebenso werden die Beziehungen übernationaler Organisationen zueinander alphabetisch verschlagwortet.
- Die bilateralen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland werden allerdings stets unter dem Schlagwort des jeweils fremden Staates erfaßt. Entsprechendes gilt für das Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zu übernationalen Organisationen, wie etwa den Vereinten Nationen.
- In einigen Fällen wird unmittelbar hinter dem Schlagwort zu einem Staat ein eigenes Schlagwort wie „Frankreich–Bundesrepublik Deutschland“ oder „USA–Bundesrepublik Deutschland“ gebildet, um eine zusätzliche Untergliederung möglich zu machen.
- Die Beziehungen eines Staates zu einer übernationalen Organisation bzw. zu internationalen Verhandlungen werden unter dem Schlagwort der Organisation bzw. der Verhandlungen erfaßt. Ist ein Staat nicht Mitglied einer Organisation bzw. Teilnehmer der Verhandlungen, ist die Fundstelle unter dem Schlagwort des Staates ausgewiesen.
- Wirtschaftsunternehmen werden unter einem eigenen Schlagwort aufgeführt.
- **Band I** reicht von Dokument 1 bis 192 bzw. von Seite 3 bis 1033, **Band II** von Dokument 193 bis 376 bzw. von Seite 1035 bis 1948.

Abkommen und Verträge

- Vertrag vom 18.11.1903 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Republik Panama zum Bau eines Schiffahrtskanals (Hay-Bunau-Varilla-Vertrag)
S. 822¹¹
- Vertrag vom 28.6.1919 zwischen dem Deutschen Reich und den Alliierten und Assoziierten Mächten (Friedensvertrag von Versailles)
S. 69⁵, 1940
- Vertrag vom 28.2.1921 zwischen Afghanistan und der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik über Freundschaft
S. 795, 1449
- Übereinkommen und Statut vom 9.12.1923 über die internationale Rechtsordnung der Seehäfen
S. 1903, 1939
- Genfer Protokoll vom 17.6.1925 über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie bakteriologischen Mitteln im Kriege
S. 494, 1289, 1292
- Verträge vom 16.10.1925 zwischen Belgien, dem Deutschen Reich, Frankreich, Großbritannien, Italien, Polen und der Tschechoslowakei (Verträge von Locarno)
S. 69⁵
- Abkommen vom 20.7.1936 zwischen dem Australischen Bund, der Französischen Republik, dem Kaiserreich Japan, dem Königreich Bulgarien, dem Königreich Griechenland, dem Königreich Jugoslawien, dem Königreich Rumänien, der Türkischen Republik, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland über die Meerengen (Abkommen von Montreux)
S. 303⁷
- Abkommen vom 29.9.1938 zwischen dem Deutschen Reich, dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland, der Französischen Republik und Italien über die Abtretung sudetendeutscher Gebiete an Deutschland (Münchener Abkommen)
S. 69
- Nichtangriffs- und Neutralitätsvertrag vom 23.8.1939 zwischen dem Deutschen Reich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
S. 1850²⁶
- Vereinbarung vom 7.12.1944 der Mitgliedstaaten der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation über den Durchflug im Internationalen Fluglinienverkehr
S. 1938 f.
- Charta der Vereinten Nationen vom 26.6.1945
siehe: Vereinte Nationen
- Kommuniqué vom 2.8.1945 über die Konferenz von Potsdam (Potsdamer Abkommen)
S. 76
- Friedensvertrag vom 10.2.1947 zwischen den Alliierten und Assoziierten Mächten und Rumänien
S. 76
- Friedensvertrag vom 10.2.1947 zwischen den Alliierten und Assoziierten Mächten und Ungarn
S. 76
- Vertrag vom 6.4.1948 zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Republik Finnland über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe
S. 184
- Nordatlantikvertrag vom 4.4.1949
S. 43⁴, 101²⁷, 546¹¹, 1254⁷, 1612
- I. Genfer Abkommen vom 12.8.1949 zur Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken der Streitkräfte im Felde
S. 698³, 1683²⁰, 1751 f.
- II. Genfer Abkommen vom 12.8.1949 zur Verbesserung des Loses der Verwundeten, Kranken und Schiffbrüchigen der Streitkräfte zur See
S. 698³, 1683²⁰, 1751 f.
- III. Genfer Abkommen vom 12.8.1949 über die Behandlung von Kriegsgefangenen
S. 1683²⁰, 1751 f.
- IV. Genfer Abkommen vom 12.8.1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten
S. 1683²⁰, 1751 f.

- Vertrag vom 14.2.1950 zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Volksrepublik China über Freundschaft, Bündnis und gegenseitigen Beistand
S. 946
- Vertrag vom 18.4.1951 über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)
S. 1571¹, 1572²
- Abkommen vom 19.6.1951 zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen (NATO-Truppenstatut)
S. 1291
- Abkommen vom 28.7.1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (Genfer Flüchtlingskonvention)
S. 75¹⁶
- Friedensvertrag vom 8.9.1951 mit Japan (Vertrag von San Francisco)
S. 1887¹³
- Abkommen vom 10.9.1952 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staat Israel über die Wiedergutmachung (Luxemburger Abkommen)
S. 931
- Abkommen vom 27.2.1953 über deutsche Auslandsschulden (Londoner Schuldenabkommen)
S. 75 f., 1124, 1776¹⁷
- Abkommen vom 30.9.1953 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Türkei über die Aufhebung des Sichtvermerkszwangs
S. 992
- Pariser Verträge vom 23.10.1954
S. 1001, 1254⁷
- Vertrag vom 23.10.1954 über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik (Aufenthaltsvertrag)
S. 1291
- Vertrag vom 23.10.1954 über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten (Deutschland-Vertrag)
S. 994, 1291
- WEU-Vertrag vom 23.10.1954
S. 35²², 1253 f., 1256, 1291
- Vertrag vom 14.5.1955 zwischen der Volksrepublik Albanien, der Volksrepublik Bulgarien, der DDR, der Volksrepublik Polen, der Volksrepublik Rumänien, der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik, der Ungarischen Volksrepublik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand (Warschauer Pakt)
S. 43⁴, 868¹⁹, 1576
- Vertrag vom 15.5.1955 zwischen den Vier Mächten und der Republik Österreich betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich (Österreichischer Staatsvertrag)
S. 318²⁹, 538, 631, 659⁹, 708, 709¹³, 789, 793², 797²⁵, 800², 868²⁰
- Vertrag vom 25.3.1957 zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM-Vertrag)
siehe unter: Römische Verträge
- Vertrag vom 25.3.1957 zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG-Vertrag)
siehe unter: Römische Verträge
- Abkommen vom 19.12.1957 zwischen der Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über den Luftverkehr
S. 1903
- Übereinkommen vom 20.12.1957 über die Gründung der Europäischen Gesellschaft für die chemische Aufarbeitung bestrahlter Kernbrennstäbe (Eurochemic)
S. 291⁴
- Abkommen vom 25.4.1958 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über allgemeine Fragen des Handels und der Seeschifffahrt
S. 1940
- Konsularvertrag vom 25.4.1958 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
S. 217, 219, 1941
- Abkommen vom 5.3.1959 zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Regierung der Islamischen Republik Pakistan über Zusammenarbeit
S. 80⁹, 99, 111, 233¹⁹, 423¹²

- Vertrag vom 11.7.1959 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg über die Entschädigung für Opfer nationalsozialistischer Verfolgung
S. 76²⁰, 1125²³
- Zusatzabkommen vom 3.8.1959 zu dem Abkommen vom 19.6.1951 zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen (NATO-Truppenstatut)
S. 1291
- Vertrag vom 8.4.1960 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die Zusammenarbeit in der Emsmündung (Ems-Dollart-Vertrag)
S. 1084⁹
- Vertrag vom 15.7.1960 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über Leistungen zugunsten französischer Staatsangehöriger, die von nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen betroffen worden sind
S. 76²⁰
- Vertrag vom 28.9.1960 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien über Leistungen zugunsten belgischer Staatsangehöriger, die von nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen betroffen worden sind
S. 76²⁰
- Wiener Übereinkommen vom 18.4.1961 über diplomatische Beziehungen
S. 559³, 560⁷, 854, 855⁶, 1941
- Vertrag vom 29.6.1961 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über Leistungen zugunsten von Schweizerbürgern, die von nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen betroffen worden sind
S. 76²⁰
- Vertrag vom 22.1.1963 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die deutsch-französische Zusammenarbeit
S. 1128, 1133, 1241, 1244, 1247, 1250
- Wiener Übereinkommen vom 24.4.1963 über konsularische Beziehungen
S. 559³, 560⁷, 1941
- Vertrag vom 5.8.1963 über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser
S. 1651
- Abkommen vom 12.9.1963 zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Türkei
S. 142, 992 f.
- Abkommen vom 9.6.1964 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland über die Entschädigung für Opfer nationalsozialistischer Verfolgung
S. 76²⁰
- Abkommen vom 3.8.1964 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Schweden über Leistungen zugunsten schwedischer Staatsangehöriger, die von nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen betroffen worden sind
S. 76²⁰
- Abkommen vom 4.11.1966 zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über den zivilen Luftverkehr
S. 321, 1902
- Internationaler Pakt vom 19.12.1966 über bürgerliche und politische Rechte
S. 1223
- Internationaler Pakt vom 19.12.1966 über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte
S. 1223
- Abkommen vom 30.12.1966 der Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hinsichtlich der Nutzung des Britischen Territoriums im Indischen Ozean für Verteidigungszwecke (Vertrag über Diego Garcia)
S. 1609
- Vertrag vom 14.2.1967 über das Verbot von Kernwaffen in Lateinamerika (Vertrag von Tlatelolco)
S. 1346
- Abkommen vom 3.4.1968 zwischen dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland und der Union der

- Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Handelsschifffahrt
S. 1903
- Vertrag vom 1.7.1968 über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (Nichtverbreitungsvertrag)
S. 374⁵, 1345–1347, 1651, 1755
 - Vertrag vom 4.7.1969 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über den Ausbau des Rheins zwischen Kehl/Straßburg und Neuburgweier/Lauterburg
S. 1121⁶
 - Abkommen vom 4.3.1970 zwischen der Französischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Vermeidung der Doppelbesteuerung des Luft- und Seetransports
S. 1903
 - Vertrag vom 12.8.1970 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (Moskauer Vertrag)
S. 325, 365⁵⁺⁷, 366, 797, 801, 806, 957, 985, 995, 1001, 1023 f., 1032, 1064, 1224³, 1509, 1570, 1726¹⁸, 1895, 1936 f.
 - Vertrag vom 7.12.1970 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen (Warschauer Vertrag)
S. 76, 678⁵, 797, 957, 985, 995, 1001, 1895, 1937
 - Vertrag vom 27.5.1971 zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Vereinigten Arabischen Republik über Freundschaft und Zusammenarbeit
S. 942¹³
 - Vier-Mächte-Abkommen über Berlin vom 3.9.1971
S. 203, 234, 325, 550⁶, 612, 718, 837, 985, 1000, 1022–1024, 1064, 1263¹¹, 1507, 1575, 1582, 1591, 1624, 1868, 1895, 1937
 - Abkommen vom 11.11.1971 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über den Luftverkehr
S. 1903, 1938 f.
 - Vertrag vom 2.12.1971 zwischen dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland und den Vereinigten Arabischen Emiraten über Freundschaft
S. 1524
 - Abkommen vom 17.12.1971 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der DDR über den Transitverkehr von zivilen Personen und Gütern zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) (Transitabkommen)
S. 718, 1423
 - Vertragswerk vom 22.1.1972 über den Beitritt des Königreichs Dänemark, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland, der Republik Irland und des Königreichs Norwegen zu EWG, EURATOM und EGKS
S. 35²⁴, 60²⁰, 362⁶⁰
 - Vertrag vom 9.4.1972 zwischen der Republik Irak und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über Frieden und Freundschaft
S. 1446
 - Übereinkommen vom 10.4.1972 über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen
S. 493²⁺³
 - Interimsabkommen vom 26.5.1972 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waffen (SALT I)
siehe unter: SALT
 - Vertrag vom 26.5.1972 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag)
S. 49⁴, 242¹⁴, 243¹⁶, 471, 1055¹⁵, 1782, 1897
 - Abkommen vom 14.10.1972 zwischen der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über einige Fragen der Seeschifffahrt
S. 1903
 - Vertrag vom 21.12.1972 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über

- die Grundlagen der Beziehungen (Grundlagenvertrag)
S. 325, 718, 797, 957, 985, 995, 1001, 1263¹¹, 1578, 1582, 1720³⁷, 1726¹⁸, 1895, 1936 f., 1943
- Abkommen vom 19.5.1973 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über kulturelle Zusammenarbeit
S. 996¹¹
 - Abkommen vom 19.6.1973 zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und den Vereinigten Staaten von Amerika über Kontakte, Austausch und Zusammenarbeit
S. 347
 - Abkommen vom 19.6.1973 zwischen der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Landwirtschaft
S. 15⁷
 - Vertrag vom 11.12.1973 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die gegenseitigen Beziehungen (Prager Vertrag)
S. 797, 985, 995, 1001, 1801¹¹, 1895, 1936 f.
 - Abkommen vom 3.7.1974 zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Begrenzung unterirdischer Kernwaffenversuche zu friedlichen Zwecken
S. 660–662, 1076
 - Abkommen vom 5.7.1974 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Arabischen Republik Ägypten über technische Zusammenarbeit beim Kattara-Projekt
S. 271⁸
 - Vertrag vom 11.7.1974 zwischen der Somalischen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über Freundschaft und Zusammenarbeit
S. 336⁸
 - Abkommen vom 30.10.1974 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die weitere Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit
S. 364³, 366 f., 409, 604¹⁷, 1936
 - Abkommen vom 1.11.1974 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Entwicklung der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit
S. 309
 - AKP-EWG-Abkommen von Lomé vom 28.2.1975
S. 335¹⁵, 975
 - Konsularvertrag vom 26.3.1975 zwischen der DDR und der Republik Österreich
S. 1617¹⁰, 1622⁴⁰
 - Konsularvertrag vom 28.4.1975 zwischen der DDR und der Republik Finnland
S. 1617¹⁰
 - Abkommen vom 28.5.1975 zwischen der DDR und der Volksrepublik Kongo über militärische Zusammenarbeit
S. 294
 - Vertrag vom 13.6.1975 zwischen der Republik Irak und dem Kaiserreich Iran betreffend die Staatsgrenze und nachbarschaftliche Beziehungen
S. 1317⁵, 1427⁶
 - Abkommen vom 27.6.1975 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Föderativen Republik Brasilien über Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie
S. 875¹³
 - Zusatzvereinbarung vom 16.7.1975 zum Vertrag vom 4.7.1969 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über den Ausbau des Rheins zwischen Kehl/Straßburg und Neuburgweier/Lauterburg
S. 1121⁶⁺⁷
 - Abkommen vom 3.10.1975 zwischen der Portugiesischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit
S. 588¹⁸
 - Ausreiseprotokoll vom 9.10.1975 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen
S. 390, 1207⁹

- Abkommen vom 20.10.1975 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Lieferung von Getreide S. 15⁷
- Abkommen vom 26.12.1975 zwischen der Republik Irak und dem Kaiserreich Iran über die Verwendung der Grenzgewässer S. 1317⁵
- Abkommen vom 26.12.1975 zwischen der Republik Irak und dem Kaiserreich Iran betreffend Grenzkommissare S. 1317⁵
- Vertrag vom 24.1.1976 zwischen dem Spanischen Staat und den Vereinigten Staaten von Amerika über Freundschaft und Zusammenarbeit S. 33, 1096
- Abkommen vom 18.3.1976 zwischen der Französischen Republik, der Islamischen Republik Pakistan und der Internationalen Atomenergieorganisation über die Anwendung von Sicherungsmaßnahmen S. 1345⁸
- Abkommen vom 26.3.1976 zwischen der Republik Türkei und den Vereinigten Staaten von Amerika über Verteidigungshilfe S. 135¹⁸
- Kooperationsabkommen vom 25.4.1976 zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Tunesischen Republik S. 59¹⁶
- Kooperationsabkommen vom 26.4.1976 zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Demokratischen Volksrepublik Algerien S. 59¹⁶
- Kooperationsabkommen vom 27.4.1976 zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Königreich Marokko S. 59¹⁶
- Abkommen vom 19.5.1976 zwischen Kanada und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über beiderseitige Fischereibeziehungen S. 1940
- Abkommen vom 11.6.1976 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik Polen über die weitere Entwicklung der Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet S. 309
- Abkommen vom 26.11.1976 zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und den Vereinigten Staaten von Amerika über Fischerei vor den Küsten der Vereinigten Staaten von Amerika S. 1903, 1940
- Übereinkommen vom 3.12.1976 zum Schutz des Rheins gegen Verunreinigung durch Chloride S. 1121–1123, 1125
- Kooperationsabkommen vom 18.1.1977 zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Ägypten S. 25⁵, 60¹⁷
- Kooperationsabkommen vom 18.1.1977 zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Haschemitischen Königreich Jordanien S. 25⁵, 60¹⁷
- Kooperationsabkommen vom 18.1.1977 zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Syrien S. 25⁵, 60¹⁷
- Europäisches Übereinkommen vom 27.1.1977 zur Bekämpfung des Terrorismus S. 1083⁸
- Kooperationsabkommen vom 3.5.1977 zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Libanesischen Republik S. 25⁵, 60¹⁷
- I. Zusatzprotokoll vom 8.6.1977 zu den Genfer Abkommen vom 12.8.1949 S. 1683²⁰, 1751–1755
- II. Zusatzprotokoll vom 8.6.1977 zu den Genfer Abkommen vom 12.8.1949 S. 1751, 1753, 1754¹⁷
- Vertrag vom 7.9.1977 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Republik Panama zur schrittweisen Übergabe der Souveränität über die Kanalzone an Panama S. 822¹¹, 1211
- Vertrag vom 7.9.1977 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Re-

- publik Panama über die immerwährende Neutralität und den Betrieb des Panama-Kanals
S. 822¹¹, 1211
- Abkommen vom 6.5.1978 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Entwicklung und Vertiefung der langfristigen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie
S. 46, 66¹⁹, 155, 316, 364³⁺⁵, 365⁶, 366f., 409, 541, 543, 604¹⁷, 612, 801, 806, 893, 986, 1023f., 1032f., 1064, 1506, 1936f.
 - Vertrag vom 12.8.1978 zwischen Japan und der Volksrepublik China über Frieden und Freundschaft
S. 1652
 - Vertrag vom 5.12.1978 zwischen der Demokratischen Republik Afghanistan und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über Freundschaft, gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit
S. 3f., 157, 182, 225f., 256, 324, 1449
 - Vertrag vom 19.2.1979 zwischen der DDR und der Volksrepublik Angola über Freundschaft und Zusammenarbeit
S. 295
 - Vertrag vom 24.2.1979 zwischen der DDR und der Volksrepublik Mosambik über Freundschaft und Zusammenarbeit
S. 295
 - Friedensvertrag vom 26.3.1979 zwischen der Arabischen Republik Ägypten und dem Staat Israel
siehe unter: Nahost-Konflikt
 - Vertrag vom 18.6.1979 zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II)
siehe unter: SALT
 - Abkommen vom 1.8.1979 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Kenia über Finanzielle Zusammenarbeit
S. 269⁴
 - Konsularvertrag vom 4.9.1979 zwischen der DDR und den Vereinigten Staaten von Amerika
S. 999
 - Abkommen vom 31.10.1979 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutsch-
 - land und der Regierung der DDR über die Befreiung von Straßenfahrzeugen von Steuern und Gebühren
S. 719
 - AKP-EWG-Abkommen von Lomé vom 31.10.1979
S. 335¹⁵, 562¹³, 975, 1738
 - Vertrag vom 15.11.1979 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und dem Sozialistischen Äthiopien über Freundschaft und Zusammenarbeit
S. 294²
 - Übereinkommen vom 4.12.1979 über die Anwendung des Europäischen Übereinkommens vom 27.1.1977 zur Bekämpfung des Terrorismus
S. 1083⁸
 - Internationales Übereinkommen vom 18.12.1979 gegen Geiselnahme
S. 1222
 - Abkommen vom 21.12.1979 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der DDR auf dem Gebiet des Veterinärwesens
S. 719
 - Abkommen vom 27.2.1980 zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Guinea-Bissau über die Fischerei vor der Küste Guinea-Bissaus
S. 343²⁰
 - Fischerei-Abkommen vom 27.2.1980 zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Königreich Norwegen
S. 343²⁰
 - Kooperationsabkommen vom 7.3.1980 zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den Mitgliedsländern des Verbandes Südostasiatischer Nationen (ASEAN)
S. 80¹⁰, 477, 480, 640⁷
 - Kooperationsabkommen vom 2.4.1980 zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien
S. 435
 - Fischerei-Rahmenabkommen vom 15.4.1980 zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Spanien
S. 343²⁰
 - Abkommen vom 24.4.1980 zwischen der Regierung der DDR und der Regierung

- der Französischen Republik über wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit
S. 998
 - Abkommen vom 29.4.1980 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die technisch-industrielle Zusammenarbeit auf dem Gebiet von Rundfunksatelliten
S. 1131³⁰
 - Abkommen vom 16.6.1980 zwischen der Regierung der DDR und der Regierung der Französischen Republik über kulturelle Zusammenarbeit
S. 997¹⁹
 - Abkommen vom 16.6.1980 zwischen der Regierung der DDR und der Regierung der Französischen Republik über Statut und Modalitäten der Arbeitsweise der Kulturzentren, deren Eröffnung in dem von beiden Seiten abgeschlossenen Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit vereinbart wurde
S. 997¹⁹
 - Vereinbarung vom 10.7.1980 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die Befreiung von Studienzeiten, -leistungen und Prüfungen zum Studium im Partnerland in den Geistes- und Naturwissenschaften
S. 1133, 1248
 - Vereinbarung vom 10.7.1980 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die Befreiung der Absolventen zweisprachiger deutsch-französischer Züge an Sekundarschulen von den Sprachprüfungen zur Aufnahme von Studien an den Universitäten des Partnerlands
S. 1133, 1248
 - Vereinbarung vom 10.7.1980 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die Schaffung einer deutsch-französischen Berechtigungskarte für die Benutzung von Einrichtungen der Studentenwerke beider Länder durch deutsche und französische Studierende
S. 1133, 1248
 - Abkommen vom 22.8.1980 zwischen der Demokratischen Republik Somalia und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Nutzung von Militäreinrichtungen
S. 1214²⁴
 - Vertrag vom 8.10.1980 zwischen der Arabischen Republik Syrien und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über Freundschaft und Zusammenarbeit
S. 1723 f.
 - Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen vom 10.12.1982
S. 1394¹²
- Abrüstung und Rüstungskontrolle**
siehe auch: KAE, NATO-Doppelbeschuß
 S. 23, 40, 47–49, 332, 689, 1002, 1005 f., 1066 f., 1095 f., 1130, 1145–1148, 1156 f., 1295, 1346, 1368, 1452, 1743, 1892, 1894
- Ägypten
S. 1652
 - Belgien
S. 1068, 1292¹⁵, 1698
 - Bundesrepublik Deutschland
S. 67, 211, 215, 239–251, 311², 319, 615, 723⁷, 775, 809, 984, 1039, 1290, 1292, 1327 f., 1377–1381, 1454, 1615, 1629 f., 1633¹², 1701
 - Committee on Disarmament (CD)
siehe unter: Vereinte Nationen
 - Conference of the Committee on Disarmament (CCD)
siehe unter: Vereinte Nationen
 - DDR
S. 1615, 1620, 1897
 - Europäische Politische Zusammenarbeit
S. 5¹¹
 - Frankreich
S. 5, 8²⁸, 51, 53–55, 118 f., 157 f., 162, 185 f., 320, 357 f., 378⁸, 414, 486, 1076, 1080, 1292¹⁵
 - Friedenszone im Indischen Ozean
S. 250, 283, 777³
 - Großbritannien
S. 9, 1006, 1076, 1080, 1290¹⁰, 1292
 - Indien
S. 1651 f.
 - Italien
S. 1068

- Japan
S. 1290¹⁰
 - Kanada
S. 1292¹⁵
 - NATO
Dok. 8 und S. 5¹¹, 9, 12, 803, 830, 1682, 1701
 - Niederlande
S. 1068, 1290¹⁰, 1292¹⁵
 - Polen
S. 414, 458, 470, 486, 1327 f.
 - UdSSR
S. 8, 50, 52, 157¹⁹, 215⁷, 221, 239, 257 f., 445, 675–677, 775, 805, 894, 1036, 1041–1043, 1057, 1060, 1075, 1089, 1279, 1284–1287, 1290, 1293¹⁸, 1452, 1454, 1620, 1634 f., 1650 f., 1661, 1663, 1670, 1700, 1702, 1729–1732, 1757 f., 1767, 1781, 1859
 - Umfassender Teststoppvertrag
S. 403, 658, 661, 1651
 - USA
Dok. 129, 314 und S. 5¹¹, 67, 89, 97, 185, 239–251, 253, 312, 319, 321, 414, 522²², 616, 723⁷, 834⁴, 1041, 1290, 1292, 1293¹⁸, 1378–1381, 1437, 1449 f., 1453, 1634, 1651, 1700, 1730, 1758, 1765 f., 1781, 1783, 1858 f.
 - Verbot biologischer Waffen
Dok. 87
 - Verbot chemischer Waffen
S. 1290, 1293¹⁸
 - Vereinte Nationen
S. 1651, 1683, 1684²¹, 1755
 - Volksrepublik China
S. 1076, 1080, 1650 f.
 - Warschauer Pakt
S. 8²⁸, 794⁵, 1031, 1615
- Académie des Sciences Morales et Politiques**
S. 1246
- Afghanistan**
siehe außerdem:
Berlin, Nahost-Konflikt, Olympische Sommerspiele, Organisation der Islamischen Konferenz (OIC), Vereinte Nationen, Wirtschafts- und Finanzpolitik
Dok. 31 und S. 23, 25³, 60, 63 f., 87¹¹, 91, 110, 129 f., 207, 230, 237, 317²⁶, 340, 346, 357, 378, 421, 450²⁵, 571, 589, 595 f., 648, 659¹¹, 749, 776, 777³, 783, 906, 961, 978, 1001, 1003–1011, 1020, 1029, 1030⁵⁷, 1049, 1079, 1095¹⁵, 1129, 1134, 1145², 1156, 1163, 1179, 1184–1186, 1210, 1436¹⁹, 1465, 1472, 1478, 1485, 1496 f., 1679, 1739, 1832 f., 1842 f., 1848, 1851 f., 1856, 1887 f., 1890, 1943 f.
- Ägypten
S. 180, 199, 256, 439 f.
 - ASEAN
S. 6¹⁵, 440, 477, 481 f.
 - Belgien
S. 8, 15
 - Bewegung blockfreier Staaten
S. 6¹⁵, 12, 15, 182, 250, 722, 724, 732, 763, 1003
 - Bulgarien
S. 379¹²
 - Bundesrepublik Deutschland
Dok. 2 und S. 6, 8, 57, 63², 156, 161, 169, 172 f., 176, 184, 186, 190⁷¹, 203, 222, 224, 237, 254 f., 277, 319, 347, 392 f., 407 f., 413, 440, 441⁹, 444, 448 f., 457, 464, 467², 469, 477, 479³, 483, 487, 495¹⁰, 497, 504⁸, 510, 536, 541, 612, 616, 636 f., 640, 650–652, 663, 679, 684, 687, 689, 712, 722, 732²⁶, 742, 763, 777, 780, 792, 797, 799, 801, 807, 849, 867, 876, 892³⁺⁴, 895, 897, 900¹⁷, 901, 948, 957, 961, 976, 984 f., 987, 990³⁵, 1003, 1020, 1023, 1025, 1029, 1087, 1207⁹, 1224 f., 1436, 1447, 1449, 1668, 1681, 1683, 1706
 - ČSSR
Dok. 81 und S. 470¹⁵, 1931
 - Dänemark
S. 8, 14, 328, 504⁸
 - DDR
S. 324, 379¹², 470, 708, 949, 1620
 - Europäische Gemeinschaften/ Europäische Politische Zusammenarbeit
S. 56 f., 64, 237¹⁵, 318, 326–328, 329¹⁵, 341, 351, 354, 363, 381, 389, 408, 444, 458, 460, 464, 468–470, 481 f., 537, 612, 627, 632, 641, 648, 684, 703, 772, 797, 799, 808, 849, 922, 924 f., 1008, 1025, 1409, 1640²⁷, 1726
 - Frankreich
Dok. 11 und S. 7, 14, 45, 169, 172–174, 176, 185, 237, 254, 404, 457, 463, 483, 487, 494, 537, 748, 750, 777 f., 780 f., 815, 840 f., 978 f., 984, 987, 1007, 1029, 1078⁴, 1497, 1683 f.

- Griechenland
S. 1008
- Großbritannien
S. 70, 80⁸, 169, 171, 176, 341, 345, 348, 370, 408, 546, 615²⁵, 684, 746, 777, 779f., 961, 1680, 1682–1684, 1706
- Guinea
S. 87¹¹, 732²⁶
- Heiliger Stuhl
S. 212
- Indien
S. 6¹⁵, 87¹¹, 176, 178, 200, 351, 382, 408, 467², 468, 471, 524, 526, 612, 637, 641f., 648, 684, 712, 723, 732²⁶, 742–745, 750, 876
- Irak
S. 63, 67, 87¹¹
- Iran
S. 3³, 98, 174, 176, 199, 207, 237, 393, 467², 497, 527, 536, 571, 579⁵, 611, 617, 658², 743, 777³, 778⁷, 790, 848, 942, 962⁹, 1020, 1025f., 1178, 1448, 1679²
- Israel
S. 30⁸
- Italien
S. 12, 691, 772
- Japan
S. 395¹⁵, 638, 728⁹, 1890
- Jordanien
S. 536
- Jugoslawien
S. 347
- Kambodscha
S. 636
- Kanada
S. 7, 11, 632, 730, 979, 1682
- KSZE
S. 1667f.
- Kuba
S. 6¹⁵, 87¹¹, 641, 648, 711f., 743
- Malaysia
S. 479³
- Mexiko
S. 820
- NATO
Dok. 1, 6, 14, 326 und S. 96, 421, 491, 759, 1668, 1835, 1880, 1916
- Niederlande
S. 7f., 12, 1684
- Norwegen
S. 8, 12, 1007
- Oman
S. 299
- Österreich
S. 711
- Pakistan
S. 3³, 45, 93¹⁷, 98, 199f., 204, 233¹⁹, 256, 382, 393, 467², 493³, 524–526, 536, 579⁵, 612, 637, 639f., 642, 658², 711²⁴, 712, 732, 742f., 777³, 778⁶⁺⁷, 848, 917¹⁹, 962⁹, 1020, 1025f., 1225, 1448, 1679², 1680, 1682, 1735
- Philippinen
S. 479³
- Polen
Dok. 33 und S. 347, 379¹², 456–458, 470¹⁵, 683f., 708
- Portugal
S. 584, 588
- Rumänien
S. 184⁵⁰, 384f., 470¹⁵, 848f., 851²³, 1680⁷
- Sambia
S. 648
- Saudi-Arabien
S. 63, 393, 792, 917¹⁵
- Senegal
S. 732²⁶
- Somalia
S. 199f., 299
- Spanien
S. 24, 31
- Tunesien
S. 732²⁶
- Türkei
S. 8, 11–14, 80⁹, 133, 329¹⁵, 1008
- UdSSR
Dok. 37, 94 und S. 3–18, 19⁴, 22, 24, 25⁴, 28, 31, 39–41, 43⁴, 44–47, 50, 52–56, 64, 68–80, 83, 85f., 89, 94²⁰, 98, 100²²⁺²³, 102², 103f., 108, 111f., 121f., 125, 127, 134, 150f., 153, 156f., 160–162, 169–175, 178f., 182–185, 188, 190⁷¹, 196f., 200, 204–206, 209², 210–212, 214, 219–226, 227³, 231, 233, 235–240, 248, 250–252, 254–256, 264, 268, 276f., 282–284, 299, 311², 312, 315, 317²⁶, 318f., 321, 324, 326f., 328¹⁰, 329–333, 334¹¹, 337, 339¹¹, 340f., 342¹⁵, 347f., 351–355, 358, 364⁵, 367f., 369¹¹, 370, 375f., 379¹², 380–388,

- 392–394, 396, 403–406, 410f., 421, 422⁶, 425¹⁵, 430, 440⁵, 441–445, 448f., 456–458, 460, 463, 465, 467², 468–472, 481, 487, 491, 493f., 497, 504⁸, 505, 508, 522²², 536f., 541, 546, 547¹³, 571, 579⁵, 580, 584, 588, 596¹⁰, 599, 612f., 615²⁵, 616, 622, 628, 636–639, 641f., 648, 650f., 658, 659¹¹, 663, 672, 679, 680¹⁴, 683f., 687, 689, 712, 716, 723, 728⁹, 731f., 733²⁹, 734f., 737³⁸, 742, 745, 750f., 759–761, 771f., 777, 779–781, 791¹¹, 794f., 797–799, 804, 807, 815, 823f., 840–844, 848–850, 858², 867, 892³⁺⁴, 894f., 897, 900¹⁷, 901f., 910¹¹, 911, 915, 917¹⁵⁺¹⁹, 924, 936⁵, 940–942, 944–946, 948f., 952, 957, 962⁹, 969, 978f., 983, 987, 990³⁵, 995, 1000f., 1003, 1005–1008, 1020, 1023, 1025–1027, 1065, 1067f., 1080, 1093f., 1106¹¹, 1108–1110, 1113, 1169, 1177–1180, 1224f., 1277, 1286, 1307, 1317, 1403, 1409, 1427, 1436, 1447–1449, 1461–1463, 1488, 1491–1497, 1504⁵, 1514f., 1549, 1581, 1594, 1620, 1652, 1667f., 1677, 1679, 1680⁴, 1681, 1685, 1693²², 1734f., 1737, 1781f., 1835f., 1845, 1881⁶, 1894, 1911, 1915, 1917, 1930f., 1935–1937
- Ungarn
S. 347, 708, 795
 - USA
Dok. 67 und S. 3–6, 25⁴, 28, 46, 57, 70, 98, 169, 172–175, 178²⁵, 184⁵⁰, 206f., 210f., 230, 233, 237f., 240, 251, 256, 276f., 284¹¹, 299, 317²⁶, 319, 324, 338, 347, 352, 379¹², 386–388, 397, 403, 405, 407, 440, 441⁹, 442–444, 449, 460, 465, 470, 478⁵², 522²², 523², 525f., 547¹³, 553, 555, 579, 615²⁵, 616, 651, 658, 659¹¹, 691, 712, 738³, 739, 748, 750–752, 771, 777³, 778–780, 791¹¹, 799, 815, 823, 834⁴, 848, 867, 900¹⁷, 902, 915, 937⁸, 945, 952, 957f., 978f., 1016, 1093, 1436, 1497, 1681, 1706, 1734⁹, 1781f.
 - Vereinigte Arabische Emirate
S. 858²
 - Vietnam
S. 87¹¹, 712
 - Volksrepublik China
S. 174, 178²⁵, 199f., 237, 256, 478⁵², 525f., 636–638, 684, 712, 737³⁸, 743, 944, 1026, 1427, 1448, 1649¹⁰, 1652
 - Warschauer Pakt
S. 376f., 459, 470, 546, 547¹³, 794, 799, 849
- Afrikapolitik der Bundesregierung**
Dok. 320
- Ägypten**
siehe außerdem:
Abrüstung und Rüstungskontrolle, Afghanistan, Bewegung blockfreier Staaten, Energie- und Rohstoffpolitik, Nahost-Konflikt, Olympische Sommerspiele, Rüstungsexportpolitik
S. 278¹⁵, 279, 713, 1162⁹
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 77, 252 und S. 207, 271, 466, 484, 509, 538, 915, 1167f., 1349, 1708, 1724
 - Europäische Gemeinschaften/Europäische Politische Zusammenarbeit
S. 25⁵, 1097²⁹, 1348, 1638
 - Frankreich
S. 226¹⁸, 439, 484f., 1319²
 - Großbritannien
S. 226¹⁸, 359, 439, 1319², 1708
 - Irak
S. 25, 179
 - Iran
S. 497⁴, 529, 537f., 1320
 - Israel
S. 30⁸, 94²², 104, 145, 180, 226¹⁸, 299, 359, 394, 398, 403, 437–440, 484⁶, 509, 537, 596⁹, 783f., 924, 1300⁹, 1303, 1319–1321, 1708, 1723f., 1727
 - Italien
S. 1319²
 - Kanada
S. 1758³, 1759
 - Libyen
S. 63, 400, 905², 1173, 1200
 - Marokko
S. 1320
 - Österreich
S. 1319²
 - Pakistan
S. 256, 440
 - Saudi-Arabien
S. 93, 1320
 - Spanien
S. 24
 - UdSSR
S. 226¹⁸, 942
 - Ungarn
S. 1319²

- USA
S. 25, 30, 81, 96, 100, 180, 226¹⁸, 276f., 359, 403, 437–440, 509, 529⁵, 538, 596⁹, 784, 1167–1170, 1348, 1610f.

- Volksrepublik China
S. 40, 100²³

Albanien

S. 1910

Algerien

siehe außerdem:

Bewegung blockfreier Staaten, Energie- und Rohstoffpolitik, Nahost-Konflikt, Vereinte Nationen

S. 87¹¹, 597, 714, 820⁵, 1164, 1514³⁸, 1674f., 1759f.

- Bundesrepublik Deutschland
S. 509, 1703³⁸

- Frankreich
S. 370

- Iran
S. 570, 792, 1703³⁸, 1786⁷

- Italien
S. 193

- Jordanien
S. 1176

- Kanada
S. 1759, 1763²³

- Libyen
S. 1172

- Marokko
S. 714, 736

- UdSSR
S. 87¹¹, 736

- USA
S. 597, 965¹³, 1703³⁸

Amnesty International

S. 163, 1044²⁶, 1223¹⁷

Angola

siehe außerdem:

Namibia-Frage, Vereinte Nationen

S. 87¹¹, 108, 885, 1717

- Befreiungsbewegungen (FNLA, MPLA, UNITA)
S. 634⁶, 647⁷, 757, 1657, 1717²⁸

- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 144 und S. 561, 723⁷, 885³, 981, 1567, 1657

- DDR
S. 294–296, 980, 1657

- Europäische Gemeinschaften
S. 1717²⁸

- Frankreich
S. 756

- Großbritannien
S. 756

- Kuba
S. 758¹⁶, 1028, 1657⁷, 1717²⁸

- Portugal
S. 584, 594³⁵

- Rhodesien/Simbabwe
S. 342¹⁵

- Südafrika
S. 342¹⁵, 756f.

- UdSSR
S. 87¹¹, 342¹⁵, 396, 613, 638, 723⁷, 735, 756, 758¹⁶, 772, 824, 876, 961, 1657, 1781, 1930

- USA
S. 723⁷, 1781

ANZUS (Australia, New Zealand, United States Security Treaty)

S. 745¹²

Äquatorial-Guinea

siehe außerdem: Vereinte Nationen

S. 38, 87¹¹

Arabische Ligen

siehe außerdem: UdSSR

Dok. 219 und S. 30⁸, 174, 278, 279, 360, 401, 483⁴, 1097f., 1178, 1546, 1638²⁰, 1726

Arabische Republik Jemen (Nordjemen)

siehe außerdem: Nahost-Konflikt

S. 13, 87¹¹, 179, 393³, 411

- Bundesrepublik Deutschland
S. 13⁴⁴, 393³, 1087

- Demokratische Volksrepublik Jemen (Südjemen)
S. 13, 382, 401, 411, 485, 1323

- Europäische Gemeinschaften
S. 279¹⁷, 334, 335¹⁴, 775²⁸

- Frankreich
S. 13⁴⁴, 485

- Großbritannien
S. 13⁴⁴, 179

- Irak
S. 335¹⁴, 485

- Jordanien
S. 485

- Kanada
S. 1758³
- Kenia
S. 272
- Saudi-Arabien
S. 179, 335¹⁴, 393³, 401, 920, 1323
- UdSSR
S. 87¹¹, 272, 382f., 394, 396, 401, 485, 919²⁷
- USA
S. 13⁴⁴, 383

Argentinien

siehe außerdem:

Energie- und Rohstoffpolitik, Vereinte Nationen

- S. 926⁶
- Bolivien
S. 1258²
- Brasilien
S. 873
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 345 und S. 464, 508, 1346
- Chile
S. 873 f., 1791
- Heiliger Stuhl
S. 873 f.
- UdSSR
S. 67²³, 463, 1774
- USA
S. 463¹⁶, 464

ASEAN (Association of Southeast Asian Nations)

siehe außerdem:

Afghanistan, Großbritannien, Japan, Kambodscha, Nahost-Konflikt, USA, Vietnam

- S. 119, 510, 1735¹¹, 1777⁷
- Bundesrepublik Deutschland
S. 1027 f.
- Europäische Gemeinschaften
Dok. 84 und S. 18, 25⁶, 30, 56³, 59, 80¹⁰, 112f., 119⁷, 120, 125, 171¹¹, 176, 190⁷¹, 279¹⁷, 335, 440, 476f., 640, 942f., 1745
- Thailand
S. 59¹⁵
- Vereinte Nationen
S. 6¹⁵, 1779⁸

Äthiopien

siehe außerdem:

Nahost-Konflikt, Vereinte Nationen

- S. 87¹¹, 108, 1028, 1659
- Bundesrepublik Deutschland
S. 477⁴⁷, 723⁷
- DDR
S. 294, 296, 1657⁷
- Frankreich
S. 185
- Kenia
S. 271f., 919²⁸
- Kuba
S. 1659
- Somalia
S. 300, 780, 1214 f., 1323, 1659
- Sudan
S. 736
- UdSSR
S. 87¹¹, 185, 272, 396, 613, 638, 723⁷, 736, 772, 824, 876, 914, 942, 1317, 1323, 1659, 1781, 1930
- USA
S. 723⁷, 751²⁹, 1659, 1781

Australien

siehe außerdem:

Energie- und Rohstoffpolitik, Irak-Iran-Konflikt, Olympische Sommerspiele

- S. 827²⁸, 836, 838, 926⁶, 1235
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 38
- Frankreich
S. 232
- Großbritannien
S. 228f., 234
- Iran
S. 567, 611¹³
- Neuseeland
S. 745¹²
- Republik China (Taiwan)
S. 655⁹
- Türkei
S. 133¹⁶
- UdSSR
S. 58, 67²³, 1774
- USA
S. 58, 227–229, 232, 234, 567, 745¹², 1460

Bahamas

S. 1771²

Bahrain

S. 25⁶, 405⁹, 598¹⁹, 775²⁸, 965¹³, 1475

Bangladesch

siehe außerdem: Vereinte Nationen

S. 61⁵, 90⁹⁺¹³, 315²², 468, 477⁴⁷, 991, 992¹⁰, 1514³⁸, 1675

Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ)

S. 314, 591²⁹, 1738

Bayerische Akademie der Schönen

Künste

S. 164 f.

Belgien

siehe außerdem:

Abrüstung und Rüstungskontrolle, Afghanistan, Energie- und Rohstoffpolitik, Europäische Gemeinschaften, Europäische Politische Zusammenarbeit, KSZE, MBFR, Nahost-Konflikt, NATO, NATO-Doppelbeschluß, Rüstungsexportpolitik, Vereinte Nationen, Wirtschafts- und Finanzpolitik

S. 699, 1255, 1430 f.

– Bundesrepublik Deutschland

Dok. 50 und S. 320, 425, 488²⁸, 565 f., 618, 665⁴, 764²², 882¹⁶, 908–910, 951, 956 f., 1007, 1391, 1430³⁺⁹, 1437

– Großbritannien

S. 566

– Irak

S. 278

– Niederlande

S. 1692

– Republik China (Taiwan)

S. 655⁹

– Saudi-Arabien

S. 921³⁴

– Südafrika

S. 1226⁶

– Türkei

S. 293, 1388 f., 1391

– UdSSR

S. 15, 79³, 207, 565⁴, 908 f., 910¹¹, 957, 1363

– USA

S. 565, 666⁶, 783²⁰, 816¹⁴, 951, 1430³, 1917

– Zaire

S. 159²⁹

– Zwangsrekrutierte aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs
S. 73 f., 293 f.

Benin

siehe außerdem: Vereinte Nationen

S. 87¹¹, 392

Berlin

Dok. 157, 360 und S. 4, 83, 123, 186, 229, 286, 311², 750, 837, 903, 995, 1264, 1530, 1580²⁵, 1921, 1937

– Afghanistan

S. 121

– Außenvertretung von Berlin (West)

S. 559², 560–565, 1702, 1721

– Bindungen an die Bundesrepublik Deutschland

S. 825, 893, 1022, 1383 f., 1635, 1757

– DDR

S. 287⁶, 288⁸, 289 f., 578³, 717–719, 832 f., 1262 f., 1421–1424, 1435, 1867 f.

– Drei Mächte

S. 121¹⁴, 287⁶, 288⁸, 717, 832, 990³⁴, 994³, 1216⁴, 1217¹⁰, 1218¹², 1421², 1424 f., 1435

– Einbeziehung in (internationale) Abkommen und Verträge

S. 1268, 1639²⁵

– Energieversorgung

S. 286–289, 870–872, 997, 1267 f.

– Europäische Gemeinschaften

S. 994, 996, 1000, 1868 f., 1871

– Eventualfallplanung

S. 229

– Frankreich

S. 994³, 996, 999, 1129

– Großbritannien

S. 994³, 999, 1106, 1218³, 1435¹⁵

– Heiliger Stuhl

S. 832⁹

– Irak

S. 1382–1384

– Luftverkehr

S. 1866 f., 1870 f.

– Polen

S. 309

– Saudi-Arabien

S. 913

– UdSSR

S. 121, 348, 397, 445, 825, 876, 893, 903, 916, 941, 996 f., 1000, 1421², 1635, 1867 f.

- Umweltbundesamt
S. 289
- USA
Dok. 106 und S. 414, 601f., 825, 999, 1436¹⁷
- Verkehrsfragen
S. 289f., 999, 1421–1425, 1435f., 1458, 1543, 1562f., 1569f., 1575, 1589, 1616, 1624, 1911f., 1915, 1930
- Vier-Mächte-Verantwortung
S. 1001

Berliner Bischofskonferenz

S. 832f.

Bermuda

S. 405⁹

Berner Union

S. 308

Bewegung blockfreier Staaten

siehe außerdem:

Afghanistan, Frankreich, UdSSR, Vereinigte Nationen

S. 15, 108, 254, 272f., 276, 282, 333, 648, 652, 711, 748¹⁴, 763, 773, 826, 863f., 915, 922⁹, 1003, 1005, 1473⁸

- Ägypten
S. 25³
- Algerien
S. 714³³
- Bundesrepublik Deutschland
S. 188, 235, 254, 469, 722–724, 763, 826, 875f., 1005
- Indien
S. 6¹⁵, 178, 724, 826, 876, 1158
- Jugoslawien
S. 188, 433², 722–724, 773, 826, 875, 1005, 1156, 1158
- Kuba
S. 6¹⁵, 272, 711f., 826, 875f., 1028, 1158
- Mali
S. 863
- Mauretanien
S. 863
- Mexiko
S. 819, 826
- Pakistan
S. 744
- Senegal
S. 863

Bhutan

S. 468

Bolivien

siehe außerdem: Argentinien

Dok. 238 und S. 1211, 1337², 1338

Bonner Vierergruppe

Dok. 308 und S. 95, 120¹¹, 121¹⁴, 294¹, 838, 994³, 996f., 999²², 1000, 1217¹⁰, 1436¹⁷

Botsuana

siehe außerdem: Namibia-Frage

S. 981, 1717

Brasilien

siehe außerdem:

Argentinien, Energie- und Rohstoffpolitik, Wirtschafts- und Finanzpolitik

S. 820⁵, 826, 873–875, 1675

- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 166 und S. 79², 464, 1346
- Heiliger Stuhl
S. 1771²
- Kanada
S. 1763³³
- Portugal
S. 593, 594³⁵
- UdSSR
S. 875
- USA
S. 464

Bulgarien

siehe außerdem:

Afghanistan, KSZE, Warschauer Pakt

S. 317²⁸

- Bundesrepublik Deutschland
S. 377, 1800
- Jugoslawien
S. 725, 1234
- Libyen
S. 1171
- Polen
S. 1933
- Sambia
S. 342¹⁵
- UdSSR
S. 379¹², 736, 824
- USA
S. 375³, 379¹²

Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft

S. 318

Bundesamt für Verfassungsschutz

S. 548

Bundesgrenzschutz

S. 105–107, 610⁴, 1087⁵⁺⁶

Bundeskabinett

S. 129⁷, 130, 805²⁵, 893, 991, 1102¹², 1170¹¹, 1197, 1253, 1260², 1404, 1405⁵, 1573 f., 1580²⁵, 1920

Bundeskanzleramt

S. 24, 34, 42, 56, 62, 89, 127¹⁷, 132, 224, 450, 870¹, 891, 983³, 997¹⁴, 1218¹², 1253, 1261, 1271⁸, 1324¹, 1330, 1344, 1358, 1384⁸, 1422⁶, 1423¹⁰, 1606, 1641, 1657, 1739

Bundeskriminalamt

S. 667–669, 905¹, 907, 1091, 1205, 1310¹, 1314¹⁰

Bundesministerium der Finanzen

S. 18¹⁸, 60²⁰, 72⁴, 73, 79², 82¹⁵, 87¹⁰, 130–133, 143, 204, 285, 292⁹, 306², 409²⁹, 581⁹, 591²⁸, 614²⁴, 643⁴, 655⁹, 919²⁶, 931 f., 957⁶³, 966¹⁵, 1106, 1156¹⁴, 1330, 1405⁹, 1406¹³, 1686, 1733¹, 1776¹⁷, 1916, 1918

Bundesministerium der Justiz

S. 853¹, 905¹, 1218¹², 1220⁵, 1221

Bundesministerium der Verteidigung

S. 19¹, 20⁵, 96², 132 f., 141, 143, 223, 260³, 263, 452¹², 574¹⁴, 675⁵, 698, 704 f., 921³⁴, 978³, 982, 1050¹, 1086–1088, 1167 f., 1170, 1254⁶, 1255, 1288–1290, 1293, 1330 f., 1360, 1431⁹, 1606 f., 1680⁴, 1690, 1751 f., 1784¹, 1865, 1916, 1918

Bundesministerium des Innern

S. 105⁶, 106, 107¹⁰, 114³⁴, 130, 132, 138, 143, 153, 281, 548 f., 600, 853¹, 905¹, 907, 982⁹, 983³, 991⁵, 992¹⁰, 1087⁵, 1091³, 1218¹², 1235¹⁴, 1330, 1384

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

S. 60²⁰, 343²¹, 504, 614²⁰, 691⁸, 1703³⁵

Bundesministerium für Forschung und Technologie

S. 291⁴⁺⁶, 373, 488²⁸

Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen

S. 872, 1218¹², 1265, 1422⁶, 1423¹⁰, 1865

Bundesministerium für Verkehr

S. 1422⁶, 1423¹⁰

Bundesministerium für Wirtschaft

S. 16⁸, 18¹⁸, 60²⁰, 79², 82¹⁵, 109⁷, 130, 132, 143, 206²², 310²⁰⁺²², 364⁴, 418¹², 474³², 575, 614²⁴, 643⁴, 681¹⁴, 846⁷, 853¹, 905¹,

906, 964⁸, 982, 1156¹⁴, 1255, 1329 f., 1338, 1456⁵, 1733¹

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit

S. 17, 18¹⁸, 93¹⁷, 130–133, 270⁵, 614²⁴, 643⁴, 861⁷, 981, 1338, 1339¹⁰, 1657, 1733¹

Bundesnachrichtendienst (BND)

S. 223, 224¹⁴, 548, 884¹⁹, 949⁷, 980, 1271⁸, 1331, 1342⁸, 1656–1659

Bundespräsidialamt

S. 132, 1331

Bundessicherheitsrat

S. 63², 64, 93¹⁷, 128–134, 143, 146⁹, 223, 260³, 261 f., 314, 317²⁸, 474³⁴, 475³⁵, 507, 511 f., 580⁸, 581⁸, 598, 697–699, 1170¹¹, 1253⁴, 1254, 1256, 1289, 1330 f., 1443¹⁸, 1692, 1790³, 1916, 1918

Bundestag

Dok. 112 und S. 72 f., 75, 104, 108, 128 f., 138, 146¹⁰, 154, 162, 259, 264², 368⁵, 391, 476, 599 f., 620, 670, 671⁵, 702, 759, 808, 867, 887, 951, 992¹⁰, 1086–1088, 1102, 1124, 1148, 1204, 1224, 1264¹⁴, 1488⁴, 1529, 1575, 1592, 1643, 1752, 1755, 1820¹⁹, 1830

Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)

S. 906

Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e.v. (BDA)

S. 610²

Bundesverfassungsgericht

S. 994³, 1720

Bundeswehr

S. 106, 112, 248, 249³², 334, 391, 425, 763, 865, 941, 1335, 1686⁹, 1698

Burundi

siehe außerdem: Vereinte Nationen

S. 87¹¹

Cap Anamur – Deutsche Not-Ärzte e.V. Dok. 342

Carl Duisberg Gesellschaft

S. 981

CDU (Christlich-Demokratische Union Deutschlands)

Dok. 23 und S. 153, 156, 476⁴⁰, 591²⁸, 700¹, 788⁴⁰, 808³⁴, 1210, 1272, 1673, 1946¹²

Chile

siehe außerdem: Argentinien

S. 405⁹, 1020, 1258²

– Bundesrepublik Deutschland

S. 464, 643¹

– Heiliger Stuhl

S. 873 f.

– UdSSR

S. 879¹¹

– USA

S. 464

China

siehe: Republik China (Taiwan) und

Volksrepublik China

COMECON (Council for Mutual**Economic Aid/Assistance)**

siehe: Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)

Commonwealth of Nations

S. 115³⁹, 562¹³, 1714

Cookinseln

S. 1547

Coordinating Committee for East-West Trade Policy (COCOM)

S. 66, 79, 84, 87, 89, 203, 316–318, 349³², 392, 407, 409 f., 419¹⁷, 462 f., 522²², 546, 604, 612, 684 f., 728⁸, 735, 903 f., 952³⁶, 957, 1045²⁷, 1145³, 1210 f., 1214, 1436, 1682, 1898, 1900, 1902, 1913²

Costa Rica

S. 27¹⁰, 821⁸, 823¹⁶, 1791

ČSSR (Československá Socialistická Republika)

siehe außerdem:

Afghanistan, KSZE, MBFR, Olympische Sommerspiele, Vereinte Nationen, Warschauer Pakt

S. 12⁴⁰, 1272, 1355, 1543, 1555–1557, 1589, 1785 f., 1788, 1792, 1814, 1935

– Bundesrepublik Deutschland

Dok. 347, 373 und S. 16, 115 f., 172, 187, 223, 320, 377 f., 379¹², 459–461, 708, 1157, 1820

– Iran

S. 17

– Israel

S. 934¹⁷

– Libyen

S. 1171

– Österreich

S. 379¹², 708, 711

– Polen

S. 1757, 1931

– UdSSR

S. 12⁴⁰, 17, 68, 116⁴³, 198, 378, 379¹², 452¹², 461, 465, 471, 736, 824, 878 f., 1613, 1832, 1850, 1852, 1859³¹, 1932

– USA

S. 98, 120, 375³, 379¹², 465

CSU (Christlich-Soziale Union)

Dok. 23 und S. 154, 461–466, 476⁴⁰, 591²⁸, 687–689, 700¹, 808³⁴, 1210, 1946¹²

Dänemark

siehe außerdem:

Afghanistan, Energie- und Rohstoffpolitik, Europäische Gemeinschaften, Europäische Politische Zusammenarbeit, KSZE, Nahost-Konflikt, NATO, NATO-Doppelbeschluß, Olympische Sommerspiele, Vereinte Nationen, Wirtschafts- und Finanzpolitik

S. 587, 699, 700⁸, 1787 f.

– Bundesrepublik Deutschland

Dok. 90 und S. 391, 425, 516, 926⁵, 1388⁵, 1391, 1406¹¹, 1514

– DDR

S. 506

– Frankreich

S. 843

– Großbritannien

S. 1406¹¹

– Österreich

S. 506¹⁶

– Rumänien

S. 506, 1814

– Türkei

S. 129⁶, 760, 954⁴², 1388 f., 1391

– UdSSR

S. 1003, 1361, 1363¹¹

– USA

S. 505, 1399, 1917

– Volksrepublik China

S. 944²⁰

DDR (Deutsche Demokratische Republik)

siehe außerdem:

Abrüstung und Rüstungskontrolle, Afghanistan, Angola, Äthiopien, Berlin, Däne-

- mark, Deutsche Frage, Energie- und Rohstoffpolitik, KAE, KSZE, MBFR, Namibia-Frage, NATO-Doppelbeschluß, Olympische Sommerspiele, Rüstungsexportpolitik, SALT, Vereinte Nationen, Warschauer Pakt, Wirtschafts- und Finanzpolitik*
- Dok. 186** und S. 76, 212, 311², 317²⁸, 348, 397, 461³, 680, 708, 999, 1358¹⁶, 1508, 1542 f., 1555 f., 1583, 1615–1625, 1788, 1813³, 1911, 1935
- Afrikapolitik
Dok. 51 und S. 190, 980 f., 1717²⁷
 - Demokratische Volksrepublik Jemen (Südjemen)
S. 13⁴⁴, 919²⁷, 980, 1618
 - Evangelische Kirche
Dok. 307
 - Finnland
S. 1617¹⁰
 - Frankreich
S. 324, 503, 995, 997, 1000, 1774, 1869 f.
 - Großbritannien
S. 995, 997, 1000, 1721, 1870
 - Guinea
S. 296, 503
 - Irak
S. 1382 f.
 - Iran
S. 90⁹
 - Jordanien
S. 1086⁴
 - Jugoslawien
S. 810
 - Kuba
S. 295
 - Libyen
S. 1322
 - Mosambik
S. 294, 296, 980, 1657
 - Namibia-Frage
S. 190
 - NATO
S. 1373¹²
 - Nicaragua
S. 1337²
 - Norwegen
S. 1278, 1294
 - Österreich
S. 324, 707 f., 1617, 1622, 1625
 - Polen
Dok. 259 und S. 324 f., 1275, 1425, 1458, 1508, 1543, 1559, 1580²⁵, 1581–1583, 1587, 1589, 1592, 1604 f., 1631⁴, 1720 f., 1748, 1786 f., 1789²³, 1814, 1933 f.
 - Rhodesien/Simbabwe
S. 190, 295–297
 - Schweden
S. 1617¹⁰
 - Schweiz
S. 1617¹⁰
 - Spanien
S. 33
 - Südafrika
S. 295 f.
 - UdSSR
S. 169⁵, 267, 348, 379¹², 397, 399, 445, 452, 506, 623–625, 672, 674³, 675–677, 680, 733, 736, 753, 810–812, 825, 876, 932, 941, 1010, 1019, 1023, 1031, 1278, 1333 f., 1352 f., 1423, 1434, 1582, 1613, 1615, 1620, 1632, 1633¹², 1634, 1657⁷, 1668, 1720 f., 1748, 1785, 1831, 1849, 1852, 1859²⁹
 - Uganda
S. 1658
 - USA
S. 120, 323 f., 375³, 379¹², 578³, 708, 725, 733, 988, 995, 998–1000, 1869
- Demokratische Volksrepublik Jemen (Südjemen)**
siehe außerdem:
Arabische Republik Jemen (Nordjemen), DDR, Nahost-Konflikt, Terrorismus
- S. 13, 87¹¹, 179, 276, 393³, 1723
 - Bundesrepublik Deutschland
S. 13⁴⁴, 393³, 723⁷
 - Europäische Gemeinschaften
S. 279¹⁷
 - Frankreich
S. 13⁴⁴
 - Großbritannien
S. 179 f.
 - Irak
S. 485
 - Jordanien
S. 485
 - Kenia
S. 272

- Kuba
S. 13⁴⁴, 919²⁷
- Saudi-Arabien
S. 179, 393³, 485¹³, 920
- UdSSR
S. 13⁴⁴, 87¹¹, 179 f., 231, 272, 382 f., 394, 396, 401, 497, 613, 638, 723⁷, 735, 824, 914, 919²⁷, 942, 1317, 1781
- USA
S. 180, 383, 723⁷, 1781
- Volksrepublik China
S. 497

Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea)

S. 648, 649¹⁵, 737, 946, 1326

Deutsch-deutsches Verhältnis

- Dok. 49, 56, 137, 165, 186, 239, 241, 276, 305, 313, 360** und S. 65, 84, 121, 234, 255⁷, 321, 371, 406, 460³, 470, 506, 604, 680, 708, 725, 733, 752 f., 788, 795, 810–812, 903, 916, 941, 949, 989, 995–997, 1000 f., 1023, 1157, 1218¹², 1233⁹, 1234 f., 1236¹⁵, 1273, 1277–1279, 1294, 1353–1356, 1395¹⁷, 1458¹⁵, 1520⁹, 1587, 1590–1593, 1604, 1631⁴, 1632–1634, 1655, 1667–1669, 1689, 1720 f., 1862, 1864 f., 1869, 1921
- Fluchthilfe/Fluchtversuche
S. 1576
 - Gewässerschutz
S. 717–719, 1422
 - Handels- und Wirtschaftsbeziehungen
S. 996, 1267 f., 1578, 1622
 - Humanitäre Fragen
S. 390, 397, 870¹, 872
 - Innerdeutsche Grenze
S. 1576, 1943
 - Innerdeutscher Reiseverkehr/Mindestumtausch
S. 285, 406, 1032, 1265 f., 1268, 1507 f., 1512 f., 1543, 1562 f., 1569 f., 1575, 1577, 1587, 1589, 1616, 1625, 1633 f., 1662, 1720 f., 1748, 1757, 1774, 1820, 1867 f., 1911 f., 1915, 1930, 1943
 - Journalisten in der DDR
S. 1262, 1943
 - Staatsangehörigkeitsfragen
S. 120, 1577, 1616, 1622 f., 1633, 1720, 1913

- Ständige Vertretungen
S. 1261, 1263, 1422, 1616, 1622, 1633
- Verkehrsfragen
S. 285–289, 322–324, 717–719, 870–872, 997, 1266 f., 1422–1425, 1616, 1624 f.

Deutsche Bundesbahn

S. 1424

Deutsche Bundesbank

S. 416⁶, 591²⁹, 964⁹, 1143 f., 1419

Deutsche Frage und Wiedervereinigung

S. 468, 789, 819, 837, 916, 1000 f., 1006, 1052 f., 1264, 1268, 1913 f.

- Bundesrepublik Deutschland
S. 406, 424, 713, 841⁵, 1615–1618, 1621, 1624 f., 1702, 1721, 1726, 1757

– DDR

Dok. 313 und S. 713, 1721, 1757

- Drei Mächte

S. 375

- Frankreich

S. 713, 1276⁸, 1615, 1624

- Großbritannien

S. 1276⁸, 1615, 1624

- Heiliger Stuhl

S. 1772

- Israel

S. 1727

- NATO

S. 1624

- Österreich

S. 713

- UdSSR

S. 1624, 1668

- USA

S. 1276⁸, 1615, 1624, 1757

- Vier-Mächte-Verantwortung

S. 1422

Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung

S. 981

Deutscher Akademischer Austauschdienst e.V. (DAAD)

S. 981, 1241 f., 1250, 1252

Deutsche Reichsbahn

Dok. 276 und S. 1435 f., 1458, 1621

Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)

S. 963⁶, 1434, 1603

- Deutscher Industrie- und Handelstag (DIHT)**
S. 906
- Deutscher Sportbund (DSB)**
S. 811, 812¹⁰
- Deutsches Archäologisches Institut**
S. 121
- Deutsches Historisches Institut in Paris**
S. 1242
- Deutsches Orient-Institut**
S. 410³³
- Deutsch-Französisches Institut**
S. 1242 f., 1246, 1249–1252
- Deutsch-Französisches Jugendwerk (DFJW)**
S. 1241, 1246, 1248–1251
- Die Grünen**
siehe: Grüne
- DKP (Deutsche Kommunistische Partei)**
S. 190
- Dominikanische Republik**
S. 389¹⁹, 1771²
- Dschibuti**
S. 405⁹, 780
- Dubai**
S. 965¹³
- Ecuador**
siehe unter: Vereinte Nationen
- EFTA**
siehe: European Free Trade Association
- Elfenbeinküste**
S. 1675, 1771²
- El Salvador**
S. 220, 821 f., 1211 f., 1215, 1337², 1338⁴, 1791
- Energie- und Rohstoffpolitik**
S. 46, 91, 196, 214, 273, 443 f., 447 f., 465, 595, 689, 735, 824, 826, 963, 1029, 1032, 1043, 1181 f., 1405
- Ägypten
S. 271
 - Algerien
S. 574, 597, 965¹²⁺¹³, 973 f.
 - Argentinien
S. 1345–1347, 1774
 - Australien
S. 827, 1718, 1774
 - Belgien
S. 34, 290 f., 1830
 - Brasilien
S. 271, 875, 919, 967, 1346, 1713
 - Bundesrepublik Deutschland
S. 31, 34, 42³, 92, 190⁷¹, 205¹⁹, 206, 273, 275³, 277, 279, 290 f., 373 f., 378⁷, 407, 412, 419, 424, 508 f., 735, 743, 801, 827, 864, 918, 965¹², 967, 972–974, 997, 1044–1048, 1198 f., 1205, 1283 f., 1302, 1345–1347, 1407, 1470, 1665, 1675, 1761, 1770, 1829–1831
 - Dänemark
S. 505, 1283 f., 1829
 - DDR
S. 323, 997, 1657⁶
 - Erdgas
S. 187⁵⁹, 205, 407, 412³⁶, 418, 424, 597¹⁵, 801¹¹, 936⁸, 973 f., 997, 1045, 1047 f., 1084 f., 1267, 1282²¹, 1283 f., 1464, 1903
 - Erdöl/Erdölpreise
S. 92, 269–271, 273, 277, 279, 293, 303, 411, 416, 418 f., 508 f., 517, 590, 598¹⁹, 685, 743, 862 f., 917¹⁵, 926–929, 963–965, 971–973, 1302, 1346 f., 1410, 1495, 1498 f., 1606⁶, 1610 f., 1646, 1652²⁵, 1671¹³, 1688, 1710 f., 1713, 1718, 1738, 1759⁸, 1761, 1762¹⁹, 1764, 1770, 1806 f., 1829–1831, 1843, 1845–1847, 1885²
 - Europäische Gemeinschaften/Europäische Politische Zusammenarbeit
S. 80¹⁰, 252, 276 f., 292, 303, 362, 373, 481, 487, 534, 598¹⁹, 640⁸, 694¹⁵, 702⁷, 762, 770, 944, 970, 1410, 1412, 1469 f., 1643, 1646, 1761¹⁸, 1829 f.
 - Frankreich
S. 34, 205¹⁹, 439, 484, 864, 969, 973 f., 1344 f., 1347, 1469, 1761¹⁸, 1830
 - Griechenland
S. 137²³
 - Großbritannien
S. 34, 176, 292, 343, 362, 864, 969, 973, 1283, 1711, 1713
 - Gruppe der 77
siehe: Gruppe der 77
 - IEA (Internationale Energieagentur)
S. 206, 411³⁵, 412, 418, 574, 836, 970, 973, 1470, 1523, 1764, 1846 f.

- Indien
S. 116, 271, 477, 1651
 - International Nuclear Fuel Cycle Evaluation (INFCE)
Dok. 65 und S. 291
 - Irak
S. 275³, 276 f., 965¹³, 1344–1347
 - Iran
S. 34, 58¹³, 205¹⁹, 497, 570, 573, 597, 973
 - Israel
S. 1345–1347
 - Italien
S. 34, 205¹⁹, 864, 963, 973 f., 1469, 1829 f.
 - Japan
S. 273, 574¹¹, 730, 762, 973, 1470
 - Jugoslawien
S. 435
 - Kanada
S. 730, 827, 969, 972, 1718, 1759⁸, 1761, 1762²²
 - Kenia
S. 271, 919
 - Kernenergie
Dok. 65 und S. 34, 91, 116, 271, 290 f., 418–420, 477, 735, 801¹¹, 826, 875, 918, 963, 968 f., 974, 1123, 1141, 1344–1347, 1651, 1829 f.
 - Kuwait
S. 965¹³
 - Libyen
S. 574, 597, 907, 965¹²⁺¹³, 1174, 1198 f., 1205
 - Mexiko
S. 34, 473, 730, 819 f., 827 f., 1499, 1738
 - Niederlande
S. 291³, 574¹¹, 965¹³, 973, 1829
 - Nigeria
S. 965¹², 1714
 - Norwegen
S. 973, 1283 f., 1711
 - OAPEC
siehe: Organization of Arab Petroleum Exporting Countries
 - OPEC
siehe: Organization of Petroleum Exporting Countries
 - Österreich
S. 34, 205¹⁹
 - Pakistan
S. 271, 1345
 - Polen
S. 1689
 - RGW
siehe: Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe
 - Republik China (Taiwan)
S. 919, 967
 - Republik Korea (Südkorea)
S. 919, 967
 - Saudi-Arabien
S. 40, 395, 418, 508 f., 598¹⁹, 918, 965¹²⁺¹³, 1714
 - Schweden
S. 34, 1283 f.
 - Schweiz
S. 291
 - Spanien
S. 42³, 1671¹³
 - Südafrika
S. 827, 1718
 - Tansania
S. 826, 919
 - Türkei
S. 137²³, 277, 293, 967, 1713
 - UdSSR
S. 34, 41, 44, 98, 187⁵⁹, 192, 197, 205¹⁹, 206, 256, 324¹², 382, 435, 523², 637, 795, 797, 801, 827, 864, 997, 1044–1048, 1668, 1774
 - Ungarn
S. 187⁵⁹
 - USA
S. 34, 58¹³, 66, 92, 98, 113–117, 192, 240, 252, 277¹⁰, 298⁵, 324¹², 373, 411, 414, 416, 418–420, 443, 477, 505, 523², 527, 762, 827, 864, 963 f., 965¹³, 973 f., 1470, 1762¹⁹, 1764, 1774
 - Venezuela
S. 34, 965¹², 1499, 1738
 - Vereinigte Arabische Emirate
S. 597, 965¹³
 - Vereinte Nationen
S. 117, 1407
 - Volksrepublik China
S. 1652, 1718
- Entspannungspolitik**
S. 8 f., 11 f., 14⁴⁶, 39, 68–70, 86, 88, 97, 102², 108, 123, 157¹⁹, 163, 184 f., 192 f.,

209², 210–212, 214, 221, 235, 240, 252, 254, 257, 260, 282, 284, 320³⁷, 324, 358, 379¹², 385, 386⁵, 421⁴, 440⁵, 441⁷, 442–446, 448f., 457–460, 463, 538, 553, 578³, 628, 682, 686, 760, 795f., 851, 871, 892⁴, 894, 997f., 1008, 1129, 1210⁶, 1263¹¹, 1272, 1277, 1279f., 1328, 1343, 1385f., 1447, 1456, 1458¹⁵, 1503, 1506, 1509, 1544, 1560, 1563, 1582, 1598, 1614, 1616, 1620, 1632, 1634, 1639²², 1663, 1665, 1668, 1676f., 1682¹⁴, 1737, 1739f., 1757, 1767, 1772, 1774

Entwicklungszusammenarbeit/Nord-Süd-Frage

Dok. 273, 324 und S. 269–271, 304, 333f., 335¹⁴, 362, 763, 826, 860–864, 903, 918, 964f., 967f., 974–976, 980–982, 1003, 1043, 1066f., 1277, 1339¹⁰, 1409, 1428, 1437f., 1441–1443, 1497f., 1500, 1643, 1646, 1689, 1711, 1713, 1733¹, 1738f., 1747, 1772, 1885²

EURATOM

siehe: Europäische Atomgemeinschaft

Europäisch-Arabischer Dialog (EAD)

S. 25⁶, 80¹⁰, 278f., 359f., 477, 537, 596¹⁰, 790⁶, 876¹⁸, 917¹⁵, 922, 943, 1097²⁸, 1098, 1161f., 1164¹⁷, 1181, 1520⁹, 1636f., 1726

Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM)

S. 533¹³, 1413, 1527⁹

Europäische Gemeinschaften (EG)

siehe außerdem:

Afghanistan, Ägypten, Angola, Arabische Republik Jemen (Nordjemen), ASEAN, Berlin, Demokratische Volksrepublik Jemen (Südjemen), Energie- und Rohstoffpolitik, Finnland, Griechenland, Irak, Iran, Israel, Japan, Jordanien, Jugoslawien, Kambodscha, Kanada, Libanon, Libyen, Nahost-Konflikt, Neuseeland, Norwegen, Olympische Sommerspiele, Oman, Österreich, Pakistan, Polen, Portugal, Republik Korea (Südkorea), Rhodesien/Simbabwe, Saudi-Arabien, Spanien, Syrien, Türkei, UdSSR, USA, Volksrepublik China, Wirtschafts- und Finanzpolitik

Dok. 47 und S. 66¹⁸, 80, 87¹⁰, 112, 192, 194, 208, 311, 333f., 393³, 409²⁹, 412³⁷, 506, 790, 837, 970f., 1135, 1395, 1443, 1528¹³, 1697

– Afrikapolitik
S. 925, 1717²⁷

– Agrarpolitik
S. 60²⁰, 61f., 292⁷, 334¹¹, 344–346, 363, 371, 487, 515–520, 529, 534f., 614, 690–695, 702⁷, 741f., 753, 755, 769–771, 818²³, 926, 928f., 1083–1085, 1130, 1183, 1410, 1412, 1526–1528, 1642–1645, 1702f., 1712, 1719f., 1768, 1808, 1874

– AKP-Staaten
S. 56³, 335

– Belgien
S. 292, 532, 694, 790⁶, 924, 929, 1002⁵, 1112, 1649

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 274, 361 und S. 35f., 60²⁰, 80¹⁰, 83, 104, 109f., 149, 151, 156, 161, 176, 184, 190⁷¹, 275³, 280–282, 292, 304, 308, 331, 340–346, 363, 371, 468, 483, 504⁸, 515–523, 532–535, 575, 580, 589, 591, 599, 610, 614, 622, 634, 638, 685, 690–697, 700–704, 713, 741f., 769f., 790⁶, 807, 813, 817, 845⁵, 866, 894¹², 903, 926, 932, 957, 973, 982, 984, 1002, 1024, 1105–1113, 1183, 1295, 1404², 1405⁹, 1428, 1527, 1641–1647, 1702f., 1712, 1718f., 1768, 1771

– Dänemark
S. 35²⁴, 129⁶, 504⁸, 506, 516, 532, 591, 614²⁰, 691⁸, 694, 926⁵, 929, 1112

– „Drei Weise“
S. 1808

– Europäische Investitionsbank (EIB)
S. 142, 591²⁹, 1145

– Europäischer Gerichtshof (Luxemburg)
S. 343, 487, 529, 994³, 1083, 1413

– Europäischer Rat
Dok. 134, 177, 178, 349 und S. 282, 506, 575³, 596¹⁰, 1213²¹, 1240¹⁵, 1296, 1300, 1322, 1408⁵, 1410–1412, 1637–1639, 1641–1644, 1646f., 1711f., 1718³¹, 1719, 1736, 1744, 1769, 1771, 1775, 1797, 1855

– Europäischer Währungsfonds (EWF)
S. 292, 1143–1145

– Europäisches Parlament
S. 329, 506, 692, 748¹⁴, 1130, 1408, 1412f., 1643, 1719, 1809

– Europäische Stiftung
S. 1240

– Europäisches Währungssystem (EWS)
S. 292, 343, 346, 363, 371, 487, 522, 1142–1145, 1408–1410, 1642, 1644, 1719, 1765¹⁰, 1807

- Europäische Union
S. 1240¹⁵, 1408–1413
 - Fischereipolitik
S. 343, 346, 362f., 371, 487, 506, 517, 521, 534, 614, 694¹⁵, 695, 702⁷, 703, 769f., 929, 1410, 1646, 1709
 - Frankreich
S. 25, 32¹⁶, 34–36, 60–62, 112²², 145, 231, 280⁵, 292, 308, 343–346, 357, 362f., 371, 483, 487–489, 515–522, 532–535, 580, 614²⁰, 690–697, 701, 713, 753, 769, 770, 817, 866, 926, 1112, 1183, 1409⁷, 1526, 1528¹³, 1642, 1643¹³, 1645f., 1702f., 1709, 1712f., 1719f., 1728²⁴, 1771, 1873f.
 - Großbritannien
S. 34, 57, 60–62, 79³, 147, 176, 280⁵, 292, 304, 342–346, 350³⁷, 357, 361–363, 371, 487, 504⁸, 506f., 515–523, 532–535, 580, 591, 614, 685, 690–697, 701–703, 741, 753, 769f., 790⁶, 903, 925f., 928f., 1106, 1110, 1183, 1409f., 1428, 1526, 1528, 1573f., 1642–1645, 1702f., 1709, 1711f., 1713⁹, 1719, 1728²⁴
 - Haushalts- und Konvergenzfragen
S. 60–62, 147, 304, 342, 345f., 350³⁷, 361f., 371, 487, 504⁸, 506f., 515–523, 532–535, 591, 614, 685, 690–696, 701–703, 741, 753, 769–771, 790⁶, 866, 903, 925, 928f., 1130, 1183, 1409⁷, 1410f., 1414, 1428, 1573f., 1642–1645, 1702f., 1719f., 1808
 - Irland
S. 35²⁴, 60²⁰, 487, 518, 535, 591, 691⁸, 694, 923, 929, 1112, 1642
 - Italien
S. 32¹⁶, 34, 60²¹, 149¹³, 194, 236, 281, 308, 343, 346, 363, 487, 518, 532, 535, 611¹³, 690–697, 701, 703, 769, 813³, 924, 1110, 1112f., 1426³, 1428, 1527¹⁰, 1645¹⁵, 1712, 1824f.
 - Kommission der Europäischen Gemeinschaften
S. 56³, 60²⁰, 61, 79³, 109⁷⁺⁸, 133¹⁶, 144, 292⁷, 334¹¹, 343, 345f., 363, 487, 489, 518, 529, 533¹³, 534, 575³, 592³⁰, 614²⁰, 691f., 702⁶⁺⁷, 741¹⁶, 755, 835⁸, 926⁵, 929, 1296, 1413, 1527f., 1571, 1637f., 1643–1647, 1703³⁵, 1712⁶, 1719f., 1806–1808, 1825, 1872f.
 - Lateinamerikapolitik
S. 56³, 334
 - Luxemburg
S. 532, 694, 929, 1002⁵, 1098³², 1641f., 1644–1647
 - Mittelmeerpoleitik
S. 190⁷¹, 334
 - NATO
S. 1412
 - Niederlande
S. 532, 694, 701, 926⁵, 950¹⁸, 1002⁵, 1082, 1111
 - Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe
S. 1113, 1510f.
 - Stahlkrise
Dok. 304 und S. 1527⁹, 1643, 1647, 1712
 - Tagungen des EG-Ministerrats bzw. des Europäischen Rats
siehe unter: Konferenzen und Verhandlungen
 - Vereinte Nationen
S. 628, 1192, 1394f., 1404², 1405⁹, 1406, 1713, 1779⁸
- Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)**
S. 32¹⁶, 533¹³, 1413, 1527⁹
- Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ)**
siehe auch: Europäisch-Arabischer Dialog
siehe außerdem:
Abrüstung und Rüstungskontrolle, Afghanistan, Ägypten, Energie- und Rohstoffpolitik, Griechenland, Irak, Irak-Iran-Konflikt, Iran, Israel, Jordanien, Libanon, Libyen, Nahost-Konflikt, Namibia-Frage, Olympische Sommerspiele, Pakistan, PLO, Polen, Portugal, Republik Korea (Südkorea), Südafrika, Türkei, UdSSR, USA
Dok. 57, 177, 316 und S. 5¹¹, 25⁶, 30, 334, 350f., 740⁸, 835, 922, 926, 1280f., 1410–1413, 1441, 1520⁹, 1797, 1873f.
- Belgien
S. 924, 1406¹¹, 1637
 - Bundesrepublik Deutschland
S. 90¹⁰, 190⁷¹, 318, 326, 328, 331, 351, 643⁵, 907, 924, 982, 1322, 1329¹⁷, 1395, 1412, 1441, 1636f., 1640, 1647, 1703, 1718
 - Dänemark
S. 328, 1406¹¹, 1413¹⁶, 1637, 1640
 - Europäischer Rechtsraum
S. 1083, 1412, 1639

- Frankreich
S. 326–329, 351, 876¹⁸, 924, 1406¹¹, 1413¹⁶, 1440⁷, 1637–1641, 1718, 1769, 1774f.
- Großbritannien
S. 178²⁵, 272⁹, 318, 326–329, 351, 354, 869²², 876¹⁸, 1329¹⁷, 1406¹¹, 1637–1640, 1647, 1703, 1718, 1769, 1774
- Irland
S. 1329¹⁷, 1406¹¹, 1413¹⁶, 1637
- Italien
S. 171¹⁰, 326–328, 924, 1406¹¹, 1637–1639, 1824f.
- Konferenzen und informelle Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ
siehe unter: Konferenzen und Verhandlungen
- Konferenz für Abrüstung in Europa (KAE)
S. 555–559, 1818f.
- KSZE
S. 550⁷, 555, 835, 1552f., 1636f., 1678⁶, 1818
- Kulturpolitik
S. 1412f.
- Lateinamerikapolitik
S. 644
- Luxemburg
S. 1413¹⁶, 1637, 1640, 1647, 1718³¹, 1726
- NATO
S. 835, 1367⁵, 1412
- Niederlande
S. 925, 1349²⁴, 1406¹¹, 1413¹⁶, 1637, 1639f., 1641³⁰, 1647
- Politisches Komitee
S. 179, 326, 555, 596¹⁰, 869²², 876¹⁸, 1097²⁸, 1098³¹, 1412, 1440⁷, 1637¹⁶⁺¹⁷, 1639, 1718³¹, 1911
- Sicherheitspolitik
S. 1412f.
- Vereinte Nationen
S. 1222f., 1349²⁴, 1406¹⁰⁺¹¹, 1639²⁴, 1640, 1727, 1774

Europarat

Dok. 115 und S. 195, 491, 992, 1083, 1221, 1296, 1639²⁵, 1640

European Free Trade Association (EFTA)

S. 506, 627f.

European Space Agency (ESA)

S. 488²⁸

European Space Research Organisation (ESRO)

S. 488²⁸

Evangelische Kirche in Deutschland (EKD)

S. 1770

FDP (Freie Demokratische Partei)

S. 153, 476⁴⁰, 619⁹, 700¹, 788⁴⁰, 808³⁴, 1076, 1137, 1276⁷, 1326, 1418, 1503f., 1509, 1568³, 1673

Fidschi

S. 405⁹, 1547, 1548²⁹

Finnland

siehe außerdem:

DDR, KSZE, Olympische Sommerspiele, Vereinte Nationen

S. 87¹¹, 188, 926⁶

- Europäische Gemeinschaften

S. 1647

- Iran

S. 567, 569

- Luxemburg

S. 1647

- Schweden

S. 569

- UdSSR

S. 87¹¹, 94, 184, 1647, 1678

- USA

S. 184, 567, 569

Frankreich

siehe außerdem:

Abrüstung und Rüstungskontrolle, Afghanistan, Ägypten, Algerien, Angola, Arabische Republik Jemen (Nordjemen), Äthiopien, Australien, Dänemark, DDR, Demokratische Volksrepublik Jemen (Südjemen), Energie- und Rohstoffpolitik, Europäische Gemeinschaften, Europäische Politische Zusammenarbeit, Irak-Iran-Konflikt, KAE, KSZE, Nahost-Konflikt, Namibia-Frage, NATO, NATO-Doppelbeschluß, Olympische Sommerspiele, Rüstungsexportpolitik, SALT, Terrorismus, Vereinte Nationen, Wirtschafts- und Finanzpolitik

Dok. 216, 295, 341 und S. 87¹⁰, 126, 320, 409²⁹, 410, 412, 584, 626, 740, 774, 820⁵,

-
- 822, 941, 964, 969f., 972f., 975–977, 1097, 1102¹², 1129, 1156¹⁴, 1222, 1235, 1255, 1260⁸, 1345, 1413f., 1640, 1674f., 1789, 1804, 1805⁹, 1880⁴
 - Libyen
S. 401, 1171, 1203²⁶⁺²⁸
 - Mali
S. 861, 863
 - Mauretanien
S. 861, 863
 - MBFR
S. 453f.
 - Neuseeland
S. 1703
 - Neutronenwaffe
S. 1151, 1153
 - Niederlande
S. 1122
 - Österreich
S. 538, 631
 - Pakistan
S. 90¹², 168, 173, 185, 237, 536, 750, 1345
 - Polen
S. 308, 486, 681f., 812, 814f., 840f., 948, 983, 1006, 1078⁴, 1079, 1105, 1478, 1594, 1702³⁴, 1767–1769, 1773f., 1881
 - Portugal
S. 592
 - Republik China (Taiwan)
S. 655⁹
 - Republik Korea (Südkorea)
S. 1641
 - Rhodesien/Simbabwe
S. 487, 531
 - Rumänien
S. 848¹¹
 - Sambia
S. 342¹⁵, 649¹⁵
 - Saudi-Arabien
S. 185, 361, 370¹³, 439⁸, 484⁵, 485, 860–864, 921³⁴
 - Senegal
S. 861, 863
 - Somalia
S. 780
 - Spanien
S. 34, 370, 1643, 1672, 1707
 - Südafrika
S. 531, 649¹⁵, 1226⁶, 1716
 - Sudan
S. 483⁴
 - Südpazifikpolitik
S. 1546f.
 - Afrikapolitik
S. 14⁴⁶, 69, 185, 388
 - Bewegung blockfreier Staaten
S. 235, 254
 - Force de frappe
S. 60, 404, 797, 816, 830, 866, 1060, 1146⁴, 1753
 - Großbritannien
S. 58–61, 70, 139²⁴, 145, 193, 223⁶, 227³, 340, 343, 350, 355–357, 422, 489, 517, 529⁴, 740, 746–755, 769, 786, 813, 817, 867, 960, 1409⁷, 1523–1525, 1646¹⁸, 1702, 1705f., 1709, 1712, 1716, 1769, 1774f.
 - Guinea
S. 502f.
 - Heiliger Stuhl
S. 1702³⁴, 1769, 1771²
 - Indien
S. 176, 194, 229¹⁰, 352, 468, 750
 - Irak
S. 179, 485, 1318, 1344–1347, 1773², 1775
 - Iran
S. 82¹⁵, 90⁹, 92, 169, 176, 283, 486, 535, 640⁸, 641, 748, 786, 792, 817, 842, 1775
 - Israel
S. 226¹⁸, 484f., 1344, 1346f., 1775
 - Italien
S. 193f., 340, 422, 690, 750, 812–814, 818²³, 960, 1702³⁴, 1705, 1769
 - Japan
S. 193, 728⁹, 774, 813³, 960, 1646, 1702³⁴
 - Jordanien
S. 361⁵⁴, 370¹³, 439⁸, 484⁵, 485
 - Jugoslawien
S. 168, 183, 488
 - Kambodscha
S. 171¹¹, 185
 - Kanada
S. 193, 422, 774, 813³, 843, 960, 1702³⁴, 1761¹⁸, 1762, 1769
 - Kuba
S. 231, 349
 - Kuwait
S. 361⁵⁴, 370¹³, 439⁸
 - Libanon
S. 1810

- Türkei
S. 369, 413, 953, 954⁴², 1388⁵
 - UdSSR
Dok. 11, 154, 159 und S. 44f., 58, 64, 66¹⁹, 79²⁺³, 170, 185f., 205¹⁹, 206, 220⁶, 226¹⁸, 227³, 235, 283f., 370, 381, 405, 410, 421⁴, 486, 494f., 605, 680, 713, 771, 777f., 812, 825, 902, 948, 983f., 987, 1006, 1017, 1032, 1047, 1078⁴, 1080, 1363, 1591, 1594, 1682f., 1702³⁴, 1730, 1774
 - USA
S. 5¹¹, 13⁴⁴, 14⁴⁶, 57f., 60, 63f., 68, 70f., 90¹², 112²², 149, 151, 193, 223⁶, 226¹⁸, 227³, 228, 231, 233, 235, 238, 283f., 298⁵, 311², 340, 348–350, 356–358, 371f., 380–383, 386, 388, 391, 404f., 414, 422, 439, 462⁹, 484, 486, 489, 493², 522²², 535f., 547, 580, 602, 693, 713, 733f., 750f., 771, 780f., 786, 788, 813, 815, 825, 960, 1345, 1346⁹, 1418¹², 1460, 1608f., 1669f., 1699, 1701³⁰, 1702³⁴, 1705f., 1764–1767, 1771, 1773–1775
 - Vereinigte Arabische Emirate
S. 598, 858²
 - Vietnam
S. 185
 - Volksrepublik China
S. 648, 654⁴⁺⁵, 817, 1479, 1521, 1648⁴
 - Zaire
S. 159²⁹, 283
 - Zypern
S. 490
- Frankreich–
Bundesrepublik Deutschland**
siehe außerdem: Berlin, Deutsche Frage
Dok. 9, 39, 48, 64, 85, 96, 143, 154, 199, 204, 210, 211, 339 und S. 5¹¹, 29, 44, 63, 70, 73, 125, 139²⁴, 145f., 149, 151, 193f., 202, 205¹⁹, 208, 223⁶, 227, 229, 234, 246²⁸, 254, 281, 294¹, 311², 350, 355f., 388, 391f., 404f., 414, 422, 425, 462⁹, 463, 466, 515, 529⁴, 547, 550, 601f., 606²⁶, 610, 680¹⁴, 713, 740, 813³, 867, 869, 926, 948, 961, 965, 983f., 997¹⁹, 998, 1024, 1105f., 1135, 1140, 1203²⁶⁺²⁸, 1344², 1345–1347, 1414, 1440⁷, 1441, 1443¹⁸, 1639²⁵, 1684²¹, 1689, 1699, 1702, 1705f., 1709, 1756, 1774–1776, 1929
- Gemeinsame Erklärung anlässlich der deutsch-französischen Konsultationen vom 4./5.2.1980
S. 235, 240, 254f., 257, 283f., 368, 391, 413, 488, 808, 1130, 1133, 1767, 1833, 1856, 1930
 - Deutsch-französische Rüstungskoope-
ration und gemeinsame Rüstungsexportpo-
litik
Dok. 43 und S. 57, 227³, 400, 859, 1130
 - Französische Truppen in der Bundesre-
publik
S. 453, 941, 1126f.
 - Kulturpolitik
Dok. 236 und S. 1129f., 1132f.
 - Technisch-industrielle Zusammenarbeit
S. 1131f., 1137f.
 - Zwangsrekrutierte aus der Zeit des Zwei-
ten Weltkriegs
S. 73–75, 294, 1124, 1776
- Freie Universität Berlin**
S. 853²
- Friedrich-Ebert-Stiftung**
S. 28, 496³, 1211¹⁵, 1215³⁶, 1338³
- Friedrich-Naumann-Stiftung**
S. 1338³
- General Agreement on Tariffs and
Trade (GATT)**
S. 59¹⁵, 480, 926, 971, 1405
- Gesetze und Verordnungen**
- Strafprozeßordnung vom 1.2.1877 in der
Fassung vom 1.1.1975
S. 183f.
 - Reichsbürgergesetz vom 15.9.1935
S. 9
 - Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes
und der deutschen Ehre vom 15.9.1935
S. 9
 - Gesetz vom 11.5.1951 zur Regelung
der Wiedergutmachung nationalsoziali-
stischen Unrechts für Angehörige des öf-
fentlichen Dienstes
S. 73

- Bundesgesetz vom 29.6.1956 zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (Bundesentschädigungsgesetz)
S. 75
- Gesetz vom 13.3.1957 über Hilfsmaßnahmen für Personen, die aus politischen Gründen außerhalb der Bundesrepublik Deutschland in Gewahrsam genommen wurden (Häftlingshilfegesetz)
S. 73
- Ausführungsgesetz vom 20.4.1961 zu Artikel 26 Absatz 2 des Grundgesetzes (Kriegswaffenkontrollgesetz)
S. 146⁹, 508, 512, 1586¹¹
- Außenwirtschaftsgesetz vom 28.4.1961 (AWG)
S. 66¹⁹, 146⁹, 508, 573, 575³, 1938 f., 1941
- Verordnung vom 22.8.1961 zur Durchführung des Außenwirtschaftsgesetzes vom 28.4.1961 (Außenwirtschaftsverordnung)
S. 887
- Luftverkehrs-Zulassungs-Ordnung (LuftVZO) vom 13.3.1979
S. 1939
- Gesetz vom 14.3.1980 zu dem Vertrag vom 28.5.1979 und dem Beschluß vom 24.5.1979 über den Beitritt der Republik Griechenland zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, zur Europäischen Atomgemeinschaft und zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl
S. 533¹³, 592³¹
- Gesetz vom 16.8.1980 zur vorläufigen Regelung des Tiefseebergbaus
S. 1393⁷
- Gesetz vom 25.8.1980 zur Änderung energierechtlicher Vorschriften
S. 1830
- Gesetz vom 11.12.1990 zu den Zusatzprotokollen I und II zu den Genfer Rotkreuz-Abkommen von 1949
S. 1753¹³

Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands

S. 1423

Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV)

S. 203, 207

Ghana

S. 981, 1771²

Goethe-Institut zur Pflege der deutschen Sprache im Ausland und zur Förderung der internationalen kulturellen Zusammenarbeit e.V.

S. 17¹⁵, 1241, 1245

Grenada

S. 87¹¹

Griechenland

siehe außerdem:

Afghanistan, Energie- und Rohstoffpolitik, KSZE, MBFR, NATO, Olympische Sommerspiele, Vereinte Nationen, Wirtschafts- und Finanzpolitik

S. 699, 1792

– Bundesrepublik Deutschland

Dok. 53, 191 und S. 130, 135–138, 143, 207, 278, 293, 315, 335, 369¹⁰, 387, 395 f., 408, 1002, 1519 f.

– Europäische Gemeinschaften/Europäische Politische Zusammenarbeit

S. 35 f., 302, 435⁴, 533, 592, 929, 1013 f., 1130²⁵, 1527, 1639²⁴, 1719, 1806, 1873

– Jugoslawien

S. 435⁴

– Portugal

S. 592

– Türkei

S. 13⁴³, 105¹¹, 136–138, 182, 207, 301–305, 387, 395, 408, 413, 1013 f., 1361, 1363¹¹, 1388⁵, 1465, 1534, 1639²⁴, 1702

– UdSSR

S. 1003 f.

– USA

S. 302, 305, 314 f., 1013, 1609

Großbritannien

siehe außerdem:

Abrüstung und Rüstungskontrolle, Afghanistan, Ägypten, Angola, Arabische Republik Jemen (Nordjemen), Australien, Belgien, Berlin, Dänemark, DDR, Demokratische Volksrepublik Jemen (Südjemen), Deutsche Frage, Energie- und Rohstoffpolitik, Europäische Gemeinschaften, Europäische Politische Zusammenarbeit, Frankreich, Irak-Iran-Konflikt, KAE, KSZE, MBFR, Nahost-Konflikt, Namibia-Frage, NATO, NATO-Doppelbeschluß, Olympische Sommerspiele, Rüstungsexportpolitik, SALT, Terrorismus, Vereinte Nationen, Wirtschafts- und Finanzpolitik

Dok. 218 und S. 87¹⁰, 278¹⁵, 359 f., 409²⁹, 412, 488²⁸, 626, 653², 699, 700⁸, 797, 820⁵,

- 822, 866, 934, 969, 972, 974–976, 1102¹²,
1146⁴, 1156¹⁴, 1443¹⁷, 1606 f., 1675,
1745²⁹, 1753, 1787 f., 1804, 1880⁴
- ASEAN
S. 171¹¹
 - Bundesrepublik Deutschland
**Dok. 13, 60, 61, 62, 93, 98, 126, 131, 141,
143, 207, 329, 330** und S. 58, 60, 139²⁴,
145, 193, 196, 223⁶, 227³, 294¹, 317²⁷, 318,
371, 422, 425, 489, 529⁴, 531, 535, 550,
564–566, 663, 685, 769, 790⁶, 926, 936,
941, 960, 986, 1160, 1293, 1440⁷, 1521–
1523, 1610, 1655, 1747 f., 1756, 1769,
1774 f., 1929
 - Indien
S. 28³, 80, 178 f., 188, 351 f., 358⁴¹, 750
 - Irak
S. 1218¹³, 1318, 1704 f.
 - Iran
S. 82, 84²¹, 90⁹, 169, 176, 529⁴, 546⁷, 631,
714³⁶, 738³, 741, 746, 748 f., 753, 787,
1416, 1703 f., 1705⁴², 1775¹⁵
 - Island
S. 521
 - Israel
S. 226¹⁸, 361, 753, 1708, 1718
 - Italien
S. 193 f., 317²⁷, 340, 422, 529⁴, 690, 750,
769, 960, 1431⁹, 1696⁸, 1698, 1705, 1707,
1712, 1833
 - Japan
S. 193, 317²⁷, 728⁹, 741, 960, 1711
 - Jordanien
S. 1705
 - Jugoslawien
S. 168, 183 f., 1704⁴⁰
 - Kambodscha
S. 171
 - Kanada
S. 193, 422, 960, 1440⁵, 1714 f., 1763
 - Kenia
S. 269
 - Kuwait
S. 181³⁸
 - Libyen
S. 853², 856, 857¹¹⁺¹²
 - Neuseeland
S. 343²¹, 1703
 - Niederlande
S. 317²⁷
 - Nigeria
S. 341
 - Oman
S. 80⁸, 178²⁵, 358⁴¹
 - Österreich
S. 631
 - Pakistan
S. 80, 168, 178²⁵, 358⁴¹
 - Polen
S. 308, 1478, 1602, 1639, 1695 f., 1705
 - Portugal
S. 592
 - Republik China (Taiwan)
S. 655⁹
 - Rhodesien/Simbabwe
S. 115, 272, 341 f., 357, 559², 562, 564 f.,
786 f., 976, 1657
 - Rumänien
S. 848¹¹
 - Sambia
S. 342, 649¹⁵
 - Saudi-Arabien
S. 80⁸, 178²⁵, 358⁴¹, 361, 921, 1704
 - Spanien
S. 1096²⁴, 1711
 - Südafrika
S. 649¹⁵, 753, 787, 1226⁶, 1715 f.
 - Tansania
S. 341
 - Türkei
S. 80⁸, 135, 178²⁵, 181 f., 358⁴¹, 413, 953,
1388 f.
 - UdSSR
S. 6, 9, 17, 29, 79², 80⁸, 84, 86, 123¹⁷, 206,
220⁶, 226¹⁸, 348, 351, 389, 462, 545, 615²⁵,
771, 788, 816, 825, 1006, 1285⁶, 1363,
1592, 1682, 1700²⁵, 1730
 - Ungarn
S. 799, 1639, 1695
 - USA
S. 9, 13⁴⁴, 29, 57–59, 63², 78, 139²⁴, 223⁶,
176, 193, 226¹⁸, 227³, 230, 234, 298⁵, 340,
348, 352 f., 356 f., 372, 380–383, 386, 422,
462⁹, 489, 493², 522, 529⁴, 535, 545, 546⁷,
566, 615²⁵, 693, 734, 738–741, 746 f., 750,
771, 825, 841⁵, 960, 1399, 1416, 1418¹²,
1460, 1521, 1523–1525, 1608–1610, 1669,
1682, 1699–1702, 1705 f., 1712, 1716,
1774 f., 1917
 - Vereinigte Arabische Emirate
S. 858², 859

- Volksrepublik China
S. 176, 188, 317²⁷, 654⁴⁺⁵, 834⁴
- Zypern
S. 490

Grüne
S. 190

Grundgesetz vom 23.5.1949

S. 334, 510, 546¹¹, 575³, 698⁴, 1055¹⁴,
1140, 1219⁴, 1268²⁶, 1720³⁷, 1753, 1865,
1894, 1940³²

Gruppe der 77

S. 270f., 390, 467², 472–474, 476, 827,
863f., 919, 927^{7–9}, 1190f., 1392, 1394f.,
1404, 1405⁸, 1406¹¹, 1428, 1438, 1711,
1714, 1727²³, 1760

Guatemala
S. 821⁸, 1791

Guayana
S. 1675

Guinea
siehe außerdem:
Afghanistan, DDR, Frankreich, Vereinte
Nationen
Dok. 89 und S. 87¹¹, 392, 1514³⁸

Guinea-Bissau
siehe außerdem: Vereinte Nationen
S. 87¹¹, 296, 343²⁰, 594³⁵

Haiti
S. 405⁹

Heiliger Stuhl
siehe außerdem:
Afghanistan, Argentinien, Berlin, Brasi-
lien, Chile, Deutsche Frage, Frankreich,
KSZE
S. 212¹², 832⁹, 968, 1738, 1771²

- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 340 und S. 209², 1696, 1769f.
- Polen
Dok. 249 und S. 209², 1696, 1748, 1856f.
- UdSSR
S. 212, 1308
- USA
S. 948, 1701³⁰

Honduras
S. 821⁸

Humanitäres Kriegsvölkerrecht
Dok. 133, 336

IAEO

siehe: Internationale Atomenergieorgani-
sation

IEA (Internationale Energieagentur)
siehe unter: Energie- und Rohstoffpolitik

Indien

siehe außerdem:

Abrüstung und Rüstungskontrolle, Afgha-
nistan, Bewegung blockfreier Staaten,
Energie- und Rohstoffpolitik, Frankreich,
Großbritannien, Irak-Iran-Konflikt, Ver-
einte Nationen

S. 40, 333, 382, 408, 820⁵, 826, 1674f.,
1717²⁷

- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 83, 142 und S. 176, 316, 352, 423,
536, 640⁶, 684, 723, 732, 991, 992¹⁰, 1493

- Iran
S. 479

- Japan
S. 395¹⁵

- Jugoslawien
S. 467², 723

- Kambodscha
S. 750

- Kuba
S. 641¹², 648, 711²⁴

- NATO
S. 7¹⁸, 88

- Österreich
S. 712

- Pakistan
S. 7¹⁸, 29, 80, 90¹², 116⁴⁶, 145, 176, 200,
395¹⁵, 423, 468f., 475³⁴, 478, 524f., 536,
640–642, 723, 732²⁶, 742, 744, 750,
1474¹², 1493

- Sambia
S. 648, 649¹⁵

- UdSSR
S. 6¹⁵, 7¹⁸, 28f., 80, 87¹¹, 145, 162, 170,
176, 179, 220⁶, 229, 351, 467², 468, 471,
523–526, 637, 641f., 648, 717, 732²⁶, 743,
750, 824, 850, 942, 1461¹⁰, 1474¹², 1493,
1651, 1789²³, 1844⁶

- Ungarn
S. 468, 470

- USA
S. 116, 176, 178²⁵, 229, 316, 382, 423, 468,
477–479, 723, 743, 745, 750, 958⁶⁷

- Vietnam
S. 641¹², 750
- Volksrepublik China
S. 116⁴⁶, 178²⁵, 188, 229, 478 f., 637, 712, 723, 743, 745, 750, 1493²¹, 1650

„Indochina-Flüchtlinge“

Dok. 342 und S. 482, 730, 820⁵

Indonesien

- S. 1514³⁸, 1777 f., 1780⁹
- Bundesrepublik Deutschland
S. 480, 1088
- Vietnam
S. 479³, 1780⁹
- Volksrepublik China
S. 479³

Institut für Internationale Politik und Wirtschaft

S. 1353⁷

International Civil Aviation Organization (ICAO)

S. 137²³, 1938 f.

Internationale

Atomenergieorganisation (IAEO)

S. 111¹⁸, 374, 875¹³, 1345⁸

Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung

siehe: Weltbank

Internationale Bürgermeisterunion

S. 1249

Internationaler Gerichtshof (IGH)

S. 514, 1417, 1418¹²

Internationaler Währungsfonds (IWF)

Dok. 123 und S. 18¹⁸, 133¹⁶, 140, 301³, 813³, 919²⁶, 967, 969, 971, 1091¹, 1131, 1143, 1156¹⁴, 1274¹³, 1405, 1406¹³, 1438, 1457, 1462¹⁵, 1559, 1711, 1727, 1738 f.

Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)

S. 574¹², 611, 614, 620, 1752

International Institute for Strategic Studies (IISS)

S. 613¹⁰, 950²⁰, 1802¹

International Olympic Committee (IOC)

S. 79, 152 f., 221, 231¹³, 340⁷, 752, 812¹⁰

Inter Nationes e.V.

S. 1242

Interparlamentarische Union (IPU)

S. 1422, 1580

Irak

siehe auch: Irak-Iran-Konflikt

siehe außerdem:

Afghanistan, Ägypten, Arabische Republik Jemen (Nordjemen), Belgien, Berlin, DDR, Demokratische Volksrepublik Jemen (Süd-jemen), Energie- und Rohstoffpolitik, Frankreich, Großbritannien, Nahost-Konflikt, Terrorismus, Vereinte Nationen

S. 66, 230, 278 f., 360, 497, 1162⁹, 1344 f., 1670, 1723, 1725

- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 46, 230, 267 und S. 90, 114, 116, 179, 360, 485, 509, 595, 714³⁴, 1175, 1318, 1432 f., 1705

- Europäische Gemeinschaften/Europäische Politische Zusammenarbeit
S. 25, 56, 80¹⁰, 125, 145, 276–278, 334, 335¹⁴, 640⁸, 1097²⁹, 1446

- Iran
S. 91, 571, 596 f., 603, 714³⁴, 1174¹⁰, 1317, 1427 f., 1432, 1437, 1446 f., 1450 f.

- Israel
S. 1300, 1318, 1344 f., 1446¹³, 1725

- Italien
S. 193, 1427

- Japan
S. 395¹⁵

- Jordanien
S. 1175, 1300, 1446, 1490 f., 1546, 1724

- Libyen
S. 1172, 1174¹⁰

- Mauretanien
S. 861⁸

- Saudi-Arabien
S. 63, 497, 1317, 1546

- Spanien
S. 360, 369¹¹

- Syrien
S. 714, 1300, 1319

- Türkei
S. 278

- UdSSR
S. 25⁴, 87¹¹, 395, 497, 589, 597, 1317 f., 1344², 1428, 1432 f., 1437, 1445 f.

- USA
Dok. 251 und S. 25, 90 f., 116, 179, 276 f., 348, 571, 714, 1432 f.

- Vereinigte Arabische Emirate
S. 597

Irak-Iran-Konflikt

- S. 1465, 1471–1480, 1488, 1508f., 1520⁹, 1527¹¹, 1545f., 1561, 1610, 1638, 1670, 1708f., 1722, 1724f., 1885²
- Australien
S. 1475¹⁵
- Bundesrepublik Deutschland
S. 1724
- Erdölexporte
Dok. 285 und S. 1472f., 1546
- Europäische Politische Zusammenarbeit
S. 1638f.
- Frankreich
S. 1638f., 1773², 1775
- Großbritannien
S. 1638, 1706
- Indien
S. 1475¹⁵
- Israel
S. 1723
- Italien
S. 1638f.
- Japan
S. 1475¹⁵
- Jordanien
S. 1638
- Neuseeland
S. 1475, 1545f.
- Pakistan
S. 1463¹⁹, 1473⁸, 1489
- PLO
S. 1491
- Saudi-Arabien
S. 1524
- Schifffahrt im Persischen Golf
S. 1459f., 1461⁸, 1470, 1471⁵, 1475–1477, 1479f., 1495, 1524, 1545, 1706, 1843–1845, 1853–1855
- Schweden
S. 1734
- UdSSR
S. 1460f., 1474f., 1491–1493, 1513, 1545, 1843f.
- USA
S. 1459f., 1463¹⁹, 1517, 1522, 1524, 1546, 1775
- Vereinigte Arabische Emirate
S. 1459², 1524
- Vereinte Nationen
S. 1461, 1473, 1514³⁸, 1734

- Vierer-Konsultationen
Dok. 293 und S. 1843

Iran

siehe auch: Irak-Iran Konflikt

siehe außerdem:

Afghanistan, Ägypten, Algerien, Australien, ČSSR, DDR, Energie- und Rohstoffpolitik, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Indien, Irak, Terrorismus, Vereinte Nationen, Wirtschafts- und Finanzpolitik

- S. 40, 63f., 108³, 125, 129f., 133, 225, 230, 284, 297, 333, 401, 595f., 648, 659¹¹, 714, 751, 820, 824, 906, 941f., 1010, 1095¹⁵, 1129, 1169, 1178f., 1189, 1219⁴, 1277, 1409, 1427, 1447, 1489f., 1514³⁸, 1670, 1773², 1894
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 88, 105, 112, 265, 275, 306 und S. 17, 63², 82, 104, 127, 169, 176f., 204¹³, 205¹⁹, 206, 212¹², 224, 237, 389, 401, 409f., 486, 511, 528–530, 546⁷, 572–575, 589, 602f., 620–622, 631, 641, 645, 679, 687, 689, 731, 742, 763, 768⁵, 771, 792, 801, 807, 825, 867f., 915, 942, 989, 1087, 1278, 1307, 1432, 1516, 1724, 1775¹⁵
- Europäische Gemeinschaften/Europäische Politische Zusammenarbeit
S. 104, 570²⁰, 572², 577, 589, 599, 600⁸, 602, 611, 621, 622, 626f., 631, 703, 738³, 748f., 768⁵, 786f., 790, 805²⁵, 1375², 1446, 1585f., 1741, 1886¹¹
- Israel
S. 30⁹, 537, 603¹²
- Italien
S. 82¹⁵, 92, 631, 691, 696, 768⁶, 772–774, 1427
- Japan
S. 92, 567, 611¹³, 728f., 741, 1741
- Jordanien
S. 1446¹³
- Jugoslawien
S. 790
- Kanada
S. 630, 730
- Kuba
S. 748¹⁴
- Libanon
S. 1420
- Libyen
S. 597, 1172f., 1174¹⁰, 1420

- Mexiko
S. 90⁹, 820
 - NATO
S. 759f.
 - Neuseeland
S. 567, 611¹³, 1546
 - Norwegen
S. 90⁹, 944²⁰, 1278
 - Österreich
S. 567, 710f.
 - Pakistan
S. 18¹⁸, 90¹³, 200, 589, 917¹⁹
 - Polen
S. 683
 - Republik Korea (Südkorea)
S. 567
 - Sambia
S. 90⁹, 648
 - Sanktionen
Dok. 103–105 und S. 64, 82f., 84²¹, 89–91, 104, 105¹¹, 174, 176, 204¹³, 206, 283, 409, 486, 567, 569, 570²⁰, 573, 589f., 596f., 599f., 602f., 610f., 616, 621, 630f., 640⁸, 645, 687, 710, 723⁷, 728, 734f., 738³, 741, 748f., 753, 767⁹, 768⁵, 771f., 774, 776, 778⁷, 786f., 790, 792, 805²⁵, 825, 903, 1021, 1520⁹, 1585¹⁰, 1586, 1703, 1741, 1860, 1886, 1901
 - Saudi-Arabien
S. 90¹³, 401, 497, 603, 792, 915f., 921³⁴, 1517, 1518¹¹
 - Schweden
S. 567, 569, 710, 1278⁷, 1704³⁹
 - Schweiz
S. 82¹⁵, 567, 570, 710, 790, 792
 - Spanien
S. 567
 - Südafrika
S. 721
 - Syrien
S. 570, 1490f., 1517
 - Türkei
S. 80⁹, 90¹³, 589, 1517, 1518¹¹
 - UdSSR
S. 9, 16, 24, 28, 40f., 46, 58, 90, 98, 102², 104, 170, 174, 176, 190⁷¹, 200, 214, 219², 220f., 225–227, 230f., 256, 382, 389, 393f., 410f., 447, 467², 497f., 523f., 529, 541, 570f., 576, 589, 596f., 602f., 610f., 617, 637, 641, 672, 679, 689, 733²⁹, 737³⁸, 746, 748, 763, 791¹¹, 804f., 807, 817, 823, 842, 868, 894, 917¹⁹, 942, 945, 1027, 1048³², 1067, 1317, 1427, 1432, 1437, 1445, 1472f., 1734⁸
 - Ungarn
S. 799
 - USA
Dok. 103, 138, 265, 275, 291, 306 und S. 12, 16, 40, 64, 70, 82f., 84²¹, 89–93, 96, 97⁸, 103f., 113³⁰, 127, 151, 169, 174–176, 184⁵⁰, 205¹⁶, 206f., 221, 223⁶, 225–227, 240¹¹, 251, 283, 297f., 333, 386, 389, 395, 397, 401, 409–411, 422⁶, 447, 479, 486, 496–501, 511, 524, 526, 528–530, 535, 541, 567–572, 574¹¹, 575³, 576f., 579f., 588–590, 596f., 599, 602, 610f., 614, 616, 620, 626f., 637, 641, 645, 656, 679, 691, 693, 696, 709¹⁰, 710, 723⁷, 729, 731, 733²⁹, 734, 738³, 739, 741, 745f., 752, 761, 768⁵, 772–774, 778⁷, 786f., 791¹¹, 799, 801¹¹, 805, 807, 817, 821, 823f., 840, 842, 868, 894, 915f., 942, 944f., 958⁶⁷, 978, 1011, 1016, 1021, 1026, 1209, 1214, 1278, 1307, 1409, 1432, 1446f., 1522⁶, 1546, 1703³⁸, 1725, 1734⁸, 1786, 1934²³⁺²⁵
 - Vereinigte Arabische Emirate
S. 1845⁹
 - Volksrepublik China
S. 90⁹, 637, 737³⁸, 942, 944f., 1427
- Irland**
siehe außerdem:
Europäische Gemeinschaften, Europäische Politische Zusammenarbeit, KSZE, Nahost-Konflikt, Rüstungsexportpolitik, Terrorismus, Vereinte Nationen
S. 33, 64, 1429¹⁵
- Islamisches Zentrum Hamburg e.V.**
S. 1415
- Island**
siehe außerdem:
Großbritannien, KSZE, NATO
S. 271, 699, 1361, 1363¹¹, 1388⁵
- Israel**
siehe außerdem:
Afghanistan, Ägypten, ČSSR, Deutsche Frage, Energie- und Rohstoffpolitik, Frankreich, Großbritannien, Irak, Irak-Iran-Konflikt, Iran, KSZE, Nahost-Konflikt, Terrorismus, Vereinte Nationen, Wirtschafts- und Finanzpolitik
S. 25⁶, 401, 405⁹, 715, 933f., 1162⁹, 1320–1324, 1491, 1708

- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 247, 257, 331 und S. 74¹⁴, 77f., 466, 479, 509, 538, 595⁷, 617, 715, 930–935, 1708
- Europäische Gemeinschaften/Europäische Politische Zusammenarbeit
S. 145, 350³⁷, 869, 923, 1097, 1347, 1349, 1708f., 1726
- Jamaika
S. 1302
- Jordanien
S. 438, 1300, 1726
- Libanon
S. 159
- Libyen
S. 914⁸
- PLO
S. 181
- Saudi-Arabien
S. 393, 397, 465
- Spanien
S. 26
- Syrien
S. 714³⁴, 1300, 1320, 1724
- Türkei
S. 1350²⁸
- UdSSR
S. 226¹⁸, 1183
- USA
S. 29f., 63², 66, 81, 100, 113, 145, 226¹⁸, 230, 276, 277¹⁰, 358f., 393f., 403, 509, 715, 739, 747, 869, 914⁸, 1168, 1213, 1348, 1700, 1709, 1722, 1726

Italien

siehe außerdem:

Abrüstung und Rüstungskontrolle, Afghanistan, Ägypten, Algerien, Energie- und Rohstoffpolitik, Europäische Gemeinschaften, Europäische Politische Zusammenarbeit, Frankreich, Großbritannien, Irak, Irak-Iran-Konflikt, Iran, KAE, KSZE, MBFR, Nahost-Konflikt, NATO, NATO-Doppelbeschluß, Olympische Sommerspiele, Rüstungsexportpolitik, Terrorismus, Vereinte Nationen, Wirtschafts- und Finanzpolitik

S. 87¹⁰, 126, 356, 409²⁹, 488²⁸, 584, 587, 626, 699, 700⁸, 707, 740, 774, 820⁵, 976f., 1156¹⁴, 1235, 1255, 1443¹⁷, 1707⁵⁰, 1761, 1806, 1825–1828, 1839

- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 30, 132, 147, 153, 277, 353, 358 und S. 34, 149, 205¹⁹, 317²⁷, 351, 422, 529⁴, 618, 750, 818²³, 834⁴, 838, 951, 960, 971, 975, 1105, 1162, 1431, 1691f., 1696⁸
- Japan
S. 317²⁷, 728⁹, 960, 962
- Jugoslawien
S. 109, 193, 773
- Kanada
S. 193, 422, 960
- Libyen
S. 853², 856, 857¹², 1420¹⁶⁺¹⁷
- Malta
S. 1428, 1429¹⁵
- Niederlande
S. 317²⁷
- Polen
S. 308, 1856f.
- Portugal
S. 592
- Republik China (Taiwan)
S. 655⁹
- Rumänien
S. 848¹¹
- Somalia
S. 764
- Spanien
S. 34, 1429
- Südafrika
S. 1226⁶
- Tunesien
S. 764
- Türkei
S. 135, 760, 1388⁵
- UdSSR
S. 66¹⁹, 79², 123¹⁷, 171, 190–192, 195, 205¹⁹, 233, 351, 352, 410, 771, 825, 902, 1047, 1363, 1678, 1833
- USA
S. 149, 190, 192–194, 196, 236, 340, 350, 380–383, 422, 462⁹, 691, 693, 696, 740⁸, 750, 771f., 813, 825, 834⁴, 868¹⁸, 948², 952, 960, 1431⁹, 1460, 1609, 1705, 1701³⁰, 1832f., 1858
- Volksrepublik China
S. 317²⁷, 1426f., 1649
- Warschauer Pakt
S. 794⁵

- Zypern
S. 490

IWF

siehe: Internationaler Währungsfonds

Jamaika

siehe außerdem:

Großbritannien, Iran, Israel, Terrorismus, Vereinte Nationen

Dok. 203 und S. 90⁹, 820⁵, 822 f., 827, 1091, 1760

Japan

siehe außerdem:

Abrüstung und Rüstungskontrolle, Afghanistan, Energie- und Rohstoffpolitik, Frankreich, Großbritannien, Indien, Irak, Irak-Iran-Konflikt, Iran, Italien, Nahost-Konflikt, Olympische Sommerspiele, Rüstungsexportpolitik, Vereinte Nationen, Wirtschafts- und Finanzpolitik

S. 87¹⁰, 126, 409²⁹, 410, 730, 740, 820⁵, 836, 838 f., 926⁶, 962, 968 f., 972, 975–977, 1494, 1608, 1675, 1688, 1761

- ASEAN
S. 1888
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 140, 365 und S. 95, 193, 317²⁷, 547¹³, 960, 1711
- Europäische Gemeinschaften
S. 728, 774, 943, 1131, 1642, 1645 f., 1711, 1741, 1807, 1872, 1885², 1886¹¹
- Jugoslawien
S. 737³⁸
- Kanada
S. 193, 729 f., 960
- Mexiko
S. 729 f.
- Niederlande
S. 317²⁷
- Oman
S. 395¹⁵
- Pakistan
S. 95, 395, 729¹⁴, 968
- Polen
S. 1890
- Republik China (Taiwan)
S. 655⁹
- Republik Korea (Südkorea)
S. 737, 1439

- Saudi-Arabien
S. 395

- Syrien
S. 395¹⁵
- Thailand
S. 729¹⁴, 968
- Türkei
S. 100, 129⁶, 313¹⁷, 395, 729¹⁴, 954⁴², 968
- UdSSR
S. 731, 737, 771, 850, 1887
- USA
S. 95, 97, 149, 193, 203, 380, 462⁹, 567, 728⁹, 729, 738⁴¹, 771, 960, 1646, 1741, 1744 f.
- Volksrepublik China
S. 317²⁷, 638, 654⁴, 737, 942 f., 945, 1652, 1888

Jemen

siehe: Arabische Republik Jemen (Nordjemen) und Demokratische Volksrepublik Jemen (Südjemen)

Jewish Claims Conference (Conference on Jewish Material Claims Against Germany)

Dok. 179 und S. 72, 74

Jordanien

siehe außerdem:

Afghanistan, Algerien, Arabische Republik Jemen (Nordjemen), DDR, Demokratische Volksrepublik Jemen (Südjemen), Frankreich, Großbritannien, Irak, Irak-Iran-Konflikt, Iran, Israel, Nahost-Konflikt, Terrorismus

S. 715, 1162⁹

- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 223 und S. 536, 859, 1086, 1320, 1350, 1705
- Europäische Gemeinschaften/Europäische Politische Zusammenarbeit
S. 25, 1097, 1638
- Libyen
S. 1172, 1176
- Pakistan
S. 1490 f.
- PLO
S. 715, 1312⁸
- Saudi-Arabien
S. 361, 439, 1177
- Spanien
S. 24, 26, 369¹¹

- Syrien
S. 1810
- UdSSR
S. 1177, 1705⁴²
- USA
S. 26, 439⁶, 1086⁴, 1176 f., 1705⁴², 1759
- Vereinigte Arabische Emirate
S. 858²

Jugoslawien

siehe außerdem:

Afghanistan, Bewegung blockfreier Staaten, Bulgarien, DDR, Energie- und Rohstoffpolitik, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Indien, Iran, Italien, Japan, KAE, KSZE, NATO-Doppelbeschluß, Terrorismus, Vereinte Nationen, Wirtschafts- und Finanzpolitik

Dok. 76 und S. 44, 64, 83, 94, 123, 126, 135, 284, 382, 390, 467², 709, 792, 820⁵, 1494, 1674 f.

- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 139, 217, 235 und S. 109, 168, 183, 224, 347, 375, 378, 390, 467², 801, 810, 1131, 1704
- Europäische Gemeinschaften
S. 56³, 109, 126, 193, 334, 350³⁷, 352, 377⁶, 378
- MBFR
S. 1157
- NATO
S. 1681
- Polen
S. 1560
- Rhodesien/Simbabwe
S. 561
- Rumänien
S. 1234
- UdSSR
S. 94, 102², 109 f., 183, 219², 375³, 410, 433², 435 f., 709, 724 f., 801
- Ungarn
S. 1234
- USA
S. 67, 100, 110, 117, 168, 183 f., 193, 375³, 386, 709, 724, 731, 1131²⁹, 1707
- Volksrepublik China
S. 638

KAE

siehe: Konferenz für Abrüstung in Europa

Kambodscha

siehe außerdem:

Afghanistan, Frankreich, Großbritannien, Indien, Vereinte Nationen

S. 947, 1028, 1145², 1888

- ASEAN
S. 119, 171¹¹, 477, 481 f.
- Bundesrepublik Deutschland
S. 171¹¹, 477, 479³, 652
- Europäische Gemeinschaften
S. 171¹¹, 481 f.
- Malaysia
S. 479³
- Philippinen
S. 479³
- Sambia
S. 648
- Thailand
S. 479⁵, 482, 636, 945²⁶, 1022, 1027 f.
- UdSSR
S. 481, 543, 613, 894, 945, 1930
- USA
S. 171¹¹, 1746³⁰
- Vietnam
S. 119⁸, 171¹¹, 185, 199, 479⁵, 482, 636, 945²⁶, 1022, 1028, 1066, 1548
- Volksrepublik China
S. 636, 1548, 1649¹⁰

Kamerun

S. 981

Kanada

siehe außerdem:

Abrüstung und Rüstungskontrolle, Afghanistan, Ägypten, Algerien, Arabische Republik Jemen (Nordjemen), Brasilien, Energie- und Rohstoffpolitik, Frankreich, Großbritannien, Iran, Italien, Japan, KAE, KSZE, MBFR, Nahost-Konflikt, Namibia-Frage, NATO, NATO-Doppelbeschluß, Olympische Sommerspiele, Vereinte Nationen, Wirtschafts- und Finanzpolitik

S. 87¹⁰, 126, 236, 409²⁹, 700⁸, 740, 820⁵, 827²⁸, 838, 926⁶, 969, 971, 975 f., 1235¹³, 1440, 1674 f., 1714 f., 1745²⁹, 1760, 1769, 1787, 1880⁴

- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 116, 280, 338 und S. 193, 531⁸, 771, 960, 1234, 1235¹⁴, 1714 f.
- Europäische Gemeinschaften
S. 343²⁰, 1761¹⁸

- Mexiko
S. 970, 1763²³
- Nigeria
S. 1763²³
- Österreich
S. 1763
- Polen
S. 1682, 1763
- Republik China (Taiwan)
S. 152⁹, 655⁹
- Rhodesien/Simbabwe
S. 629
- Sambia
S. 649¹⁵
- Senegal
S. 1763²³
- Südafrika
S. 649¹⁵
- Türkei
S. 133¹⁶, 135, 313¹⁷, 760, 1388⁵
- UdSSR
S. 10f., 17, 58, 67²³, 123¹⁷, 630f., 1361, 1363¹¹
- USA
S. 58, 149, 193, 380–383, 422, 730, 960, 1675, 1714, 1759–1761, 1763, 1767

Kap Verde

S. 594³⁵

Katar

S. 25⁶, 361⁵⁴, 370¹³, 405⁹, 439⁸, 484⁵, 598¹⁹, 775²⁸, 965¹³, 1638²⁰

Kenia

siehe außerdem:

Arabische Republik Jemen (Nordjemen), Äthiopien, Demokratische Volksrepublik Jemen (Südjemen), Energie- und Rohstoffpolitik, Großbritannien, Nahost-Konflikt, Olympische Sommerspiele, Wirtschafts- und Finanzpolitik

S. 299, 820⁵

- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 45 und S. 411, 919²⁸, 981
- Niederlande
S. 269
- Rhodesien/Simbabwe
S. 272
- Saudi-Arabien
S. 271, 920
- Schweden
S. 269³

- Somalia
S. 271f., 411, 1659
- Syrien
S. 272
- Tansania
S. 271
- Uganda
S. 271
- USA
S. 25³, 99, 181³⁹, 269, 273, 297–299, 411, 751
- Volksrepublik China
S. 1548

KIWZ (Konferenz über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit)

S. 1404²

Kolumbien

siehe außerdem: Vereinte Nationen

S. 389, 822

Konferenzen und Verhandlungen

- Konferenz der Staats- und Regierungschefs Großbritanniens, der USA und der UdSSR vom 4. bis 11.2.1945 in Jalta
S. 1497
- NATO-Ministerratstagung am 13.12.1956 in Paris
S. 1840¹⁴
- NATO-Ministerratstagung am 2./3.5.1957 in Bonn
S. 1840¹⁴
- Außenministerkonferenz der EWG-Mitgliedstaaten am 17.4.1962 in Paris
S. 1411¹³
- EWG-Ministerratstagung vom 28. bis 30.6.1965 in Paris
S. 1528¹³
- EWG-Ministerratstagung am 28./29.1.1966 in Luxemburg
S. 1528¹³
- Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 12.12.1967 in Brüssel
S. 883¹⁸
- NATO-Ministerratstagung am 13./14.12.1967 in Brüssel
S. 240⁷, 607⁵
- Gipfelkonferenz der EG-Mitgliedstaaten und EG-Beitrittsstaaten am 19./20.10.1972 in Paris
S. 1409

- MBFR-Explorationsgespräche vom 31.1. bis 28.6.1973 in Wien
S. 1370
- Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten am 14./15.12.1973 in Kopenhagen
S. 1240¹⁶
- Friedenskonferenz für den Nahen Osten vom 21.12.1973 bis 9.1.1974 in Genf
S. 159²⁶, 1182³⁵, 1321
- I. Session der Diplomatischen Konferenz zur Neubestätigung und Weiterentwicklung des in bewaffneten Konflikten anwendbaren humanitären Kriegsvölkerrechts vom 20.2. bis 29.3.1974 in Genf
S. 1753
- Informelles Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten und des Präsidenten der EG-Kommission am 20./21.4.1974 auf Schloß Gymnich
S. 355, 835⁸, 1280¹⁸
- Konferenz der Könige und Präsidenten der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga vom 26. bis 29.10.1974 in Rabat
S. 715, 1175
- Gipfelkonferenz der EG-Mitgliedstaaten am 9./10.12.1974 in Paris
S. 1411¹²
- Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten am 14.12.1974 in Kopenhagen
S. 1412
- Gipfelkonferenz der OPEC-Mitgliedstaaten vom 4. bis 6.3.1975 in Algier
S. 1317⁵
- Tagung des Europäischen Rats am 10./11.3.1975 in Dublin
S. 61²¹
- II. Generalkonferenz der UNIDO vom 12. bis 26.3.1975 in Lima
S. 270⁶
- Weltfrauenkonferenz vom 19.6. bis 6.7.1975 in Mexiko-Stadt
S. 1189, 1191
- Schlußkonferenz der KSZE vom 30.7. bis 1.8.1975 in Helsinki
siehe unter: KSZE
- IV. Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) vom 5. bis 31.5.1976 in Nairobi
S. 927⁹
- Tagung des Europäischen Rats am 12./13.7.1976 in Brüssel
S. 1408⁵
- EG-Ministerratstagung am 20.9.1976 in Brüssel
S. 1408⁵
- Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 25./26.11.1976 in Bukarest
S. 43⁴, 1371⁹
- Konferenz der Internationalen Fernmeldeunion für Satellitenrundfunk vom 10.1. bis 13.2.1977 in Genf
S. 1136, 1142
- Sitzung des Ministerkomitees des Europarats am 27./28.1.1977 in Straßburg
S. 1083⁸
- Weltwirtschaftsgipfel am 7./8.5.1977 in London
siehe unter: Weltwirtschaftsgipfel
- NATO-Ratstagung auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10./11.5.1977 in London
S. 4⁹, 14⁴⁵
- Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 17./18.5.1977 in Brüssel
S. 4⁸
- KSZE-Folgekonferenz vom 4.10.1977 bis 9.3.1978 in Belgrad
siehe unter: KSZE
- Organisationskonferenz zur internationalen Bewertung des Kernbrennstoffkreislaufs (INFCE) vom 19. bis 21.10.1977 in Washington
S. 373f.
- Konferenz Algeriens, des Irak, der Demokratischen Volksrepublik Jemen (Südjemen), Libyens und Syriens sowie der PLO vom 2. bis 5.12.1977 in Tripolis
S. 30⁸
- Tagung des Europäischen Rats am 5./6.12.1977 in Brüssel
S. 1240¹⁵
- Konferenz Algeriens, der Demokratischen Volksrepublik Jemen (Südjemen), Libyens und Syriens sowie der PLO vom 2. bis 4.2.1978 in Algier
S. 30⁸
- Tagung des Europäischen Rats am 7./8.4.1978 in Kopenhagen
S. 1240¹⁵

- NATO-Ratstagung auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 30./31.5. 1978 in Washington
S. 4⁹, 794, 804
- Tagung des Europäischen Rats am 6./7.7. 1978 in Bremen
S. 1644
- Weltwirtschaftsgipfel am 16./17.7.1978 in Bonn
siehe unter: Weltwirtschaftsgipfel
- Vorkonferenz vom 28.8. bis 15.9.1978 in Genf zur Waffenkonferenz der Vereinten Nationen vom 10. bis 28.9.1979 in Genf
S. 1683²⁰
- Konferenz zwischen Ägypten, Israel und den USA über den Nahen Osten vom 5. bis 17.9.1978 bei Camp David
siehe unter: Nahost-Konflikt
- Konferenz Algeriens, der Demokratischen Volksrepublik Jemen (Südjemen), Libyens und Syriens sowie der PLO vom 20. bis 23.9.1978 in Damaskus
S. 30⁸
- Konferenz der Könige und Präsidenten arabischer Staaten vom 2. bis 5.11.1978 in Bagdad
S. 30⁸, 1175
- Konferenz der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten am 20./21. 11.1978 in Brüssel
S. 477, 479², 482
- Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 22./23.11.1978 in Moskau
S. 53¹⁷, 851²³
- Tagung des Europäischen Rats am 4./5.12.1978 in Brüssel
S. 292¹⁰, 691⁸, 1409⁶, 1808¹²
- Informelles Treffen der Staats- und Regierungschefs Australiens, der Bundesrepublik Deutschland, Jamaikas, Kanadas, Nigerias, Norwegens und Venezuelas am 28./29.12.1978 auf Jamaika
S. 473, 744, 827, 968
- Treffen der Staats- und Regierungschefs der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs, Großbritanniens und der USA am 5./6.1.1979 auf Guadeloupe
S. 58, 129⁶, 139, 372, 740⁵, 813, 837, 850, 950, 988, 1041, 1323, 1706, 1833
- Verhandlungen zwischen Ägypten, Israel und den USA vom 21. bis 25.2.1979 bei Camp David
siehe unter: Nahost-Konflikt
- Verhandlungen über einen Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe vom 12. bis 19.3.1979 in Genf
S. 927
- Zweite Vorkonferenz vom 19.3. bis 12.4. 1979 in Genf zur Waffenkonferenz der Vereinten Nationen vom 10. bis 28.9. 1979 in Genf
S. 1683²⁰
- Konferenz der Außen- und Wirtschaftsminister arabischer Staaten vom 27. bis 31.3.1979 in Bagdad
S. 30⁸
- V. Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) vom 7.5. bis 3.6.1979 in Manila
S. 1404²
- Tagung der Außenminister der Warschauer-Pakt-Mitgliedstaaten am 14./15.5.1979 in Budapest
S. 8²⁸, 53¹⁷, 157¹⁸, 169⁵, 553¹⁴, 842¹¹
- Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 15./16.5.1979 in Brüssel
S. 369, 1693²⁴
- Treffen des Vorbereitungsausschusses für die Weltfrauenkonferenz am 20.6.1979 in New York
S. 1190⁹
- Konferenz der Erdölminister der OPEC-Mitgliedstaaten vom 26. bis 28.6.1979 in Genf
S. 965¹²
- Weltwirtschaftsgipfel am 28./29.6.1979 in Tokio
siehe unter: Weltwirtschaftsgipfel
- Internationale Konferenz über das Flüchtlingsproblem in Südostasien am 20./21.7.1979 in Genf
S. 1779
- Treffen des Vorbereitungsausschusses für die Weltfrauenkonferenz vom 27.8 bis 8.9. 1979 in New York
S. 1190⁹
- Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten vom 3. bis 9.9. 1979 in Havanna
S. 27, 227, 469, 648, 875¹³

- Erste Session der Waffenkonferenz der Vereinten Nationen vom 10. bis 28.9.1979 in Genf
S. 1683²⁰
- EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister am 18.9.1979 in Brüssel
S. 79³
- Konferenz der Könige und Präsidenten der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga vom 20. bis 22.11.1979 in Tunis
S. 277
- Tagung des Europäischen Rats am 29./30.11.1979 in Dublin
S. 61 f., 345 f., 371, 482, 487, 515–523, 534, 769, 1136, 1808¹²
- Konferenz der Justizminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 4.12.1979 in Dublin
S. 1083⁸
- Treffen der Außenminister der Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts am 5./6.12.1979 in Ost-Berlin
S. 53¹⁷
- Gemeinsame Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12.12.1979 in Brüssel
S. 4¹⁰, 6¹⁶, 39³, 82¹⁵, 677
- NATO-Ministerratstagung am 13./14.12.1979 in Brüssel
S. 4¹², 22, 50, 88¹², 118⁵, 157²³, 257¹⁷, 358³⁹, 994³
- EG-Ministerratstagung am 18.12.1979 in Brüssel
S. 59¹⁵
- EG-Ministerratstagung am 15.1.1980 in Brüssel
S. 56, 79³, 80, 83, 109⁸, 112²⁴, 125⁶, 126, 145⁴, 276⁷, 327, 334¹³
- Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 15.1.1980 in Brüssel
S. 56⁴, 64, 79³, 80
- III. Generalkonferenz der UNIDO vom 21.1. bis 9.2.1980 in Neu Delhi
S. 270⁶, 473, 1404²
- Konferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz vom 27. bis 29.1.1980 in Islamabad
S. 90 f., 92¹³, 113, 115, 126, 152, 174 f., 197, 257 f., 313, 321, 331⁴, 395, 399, 536, 611, 637, 712, 783, 807, 915, 1025, 1156, 1178
- EG-Ministerratstagung am 5.2.1980 in Brüssel
S. 111²¹, 193–195, 237¹⁵, 327, 329
- Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 19.2.1980 in Rom
S. 311, 354, 472 f.
- Abschlußkonferenz zur internationalen Bewertung des Kernbrennstoffkreislaufs (INFCE) vom 25. bis 27.2.1980 in Wien
Dok. 65
- Erste Verhandlungsrunde der IX. Sitzungsperiode der Dritten Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen vom 3.3. bis 4.4.1980 in New York
S. 475³⁷, 960³, 1230
- Konferenz der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten vom 6. bis 8.3.1980 in Kuala Lumpur
Dok. 84 und S. 112–114, 178, 335¹⁶, 352, 357, 421², 440, 476, 640⁷, 943¹⁵
- Wissenschaftliches Forum vom 18.2. bis 3.3.1980
siehe unter: KSZE
- Konferenz der Außenminister der Gruppe der 77 vom 11. bis 15.3.1980 in New York
S. 390, 472
- Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 18.3.1980 in Brüssel
S. 350
- Treffen des Vorbereitungsausschusses für die Weltfrauenkonferenz vom 7. bis 18.4.1980 in New York
S. 1190⁹
- Sitzung des Ministerkomitees des Europarats am 10.4.1980 in Lissabon
Dok. 115 und S. 357, 491, 572, 580, 593³³⁺³⁴, 626
- Informelles Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 10.4.1980 in Lissabon
S. 355, 357, 572, 575, 580, 626
- Konferenz des Türkei-Konsortiums am 15.4.1980 in Paris
S. 591²⁹
- EG-Ministerratstagung am 21./22.4.1980 in Luxemburg
S. 532, 573, 577, 600, 602, 611, 621, 640⁸, 790⁶

- EG-Ratstagung auf der Ebene der Wirtschafts- und Finanzminister am 21.4.1980 in Luxemburg
S. 532
- EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister vom 21. bis 24.4.1980 in Brüssel
S. 532, 690
- Tagung des Europäischen Rats am 27./28.4.1980 in Luxemburg
Dok. 134 und S. 292⁸, 344, 363, 371, 516, 532, 537, 566, 685, 690, 693, 741, 754, 769f., 785
- EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister am 26. und 28.4.1980 in Luxemburg
S. 693, 702⁷, 741¹⁶
- EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister am 6./7.5.1980 in Brüssel
S. 694f.
- Ministersitzung der Eurogroup der NATO am 12.5.1980 in Brüssel
S. 831
- EG-Ratstagung auf der Ebene der für Energiefragen zuständigen Minister am 13.5.1980 in Brüssel
S. 928, 970
- Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 13./14.5.1980 in Brüssel
Dok. 145 und S. 294, 574, 631, 753, 765, 786, 803, 882, 1008
- Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 14./15.5.1980 in Warschau
S. 553, 609, 631, 659, 751, 753, 760, 789, 794, 803, 842¹¹, 848, 851²³, 890⁹, 1017, 1019
- Konferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz vom 17. bis 22.5.1980 in Islamabad
S. 536, 571, 712, 731f., 744, 749, 778, 895, 901–903, 915, 924, 944, 958, 1005, 1008, 1025f., 1156, 1178
- Informelles Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 17./18.5.1980 in Neapel
S. 748, 768⁵, 805²⁵
- Ministertagung des Verwaltungsrats der Internationalen Energieagentur (IEA) am 21./22.5.1980 in Paris
S. 412³⁷, 970
- Konferenz über humanitäre Hilfe für Kambodscha am 26./27.5.1980 in Genf
S. 1028⁴⁸
- Tagung der deutsch-sowjetischen Kommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit am 29./30.5.1980 in Bonn
S. 801
- EG-Ministerratstagung am 29./30.5.1980 in Brüssel
S. 928, 1130, 1646¹⁸, 1709⁵⁷
- Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 3./4.6.1980 in Bodø
Dok. 168 und S. 294¹⁹, 1193, 1196
- Konferenz der Erdölminister der OPEC-Mitgliedstaaten vom 9. bis 11.6.1980 in Algier
S. 418f., 928, 963f., 970
- Tagung des Europäischen Rats am 12./13.6.1980 in Venedig
Dok. 177, 178 und S. 534, 693, 703, 754, 769–772, 788, 869²², 908, 1004, 1027, 1129¹⁰, 1135, 1213²¹, 1300
- Konferenz des Türkei-Konsortiums der OECD vom 17. bis 19.6.1980 in Paris
S. 954⁴²
- EG-Ratstagung auf der Ebene der Justizminister am 19.6.1980 in Rom
S. 1083⁶
- EG-Ratstagung auf der Ebene der für Energiefragen zuständigen Minister am 19.6.1980 in Luxemburg
S. 928, 970
- Weltwirtschaftsgipfel am 22./23.6.1980 in Venedig
siehe unter: Weltwirtschaftsgipfel
- NATO-Ministerratstagung am 25./26.6.1980 in Ankara
Dok. 190 und S. 168, 294¹⁹, 312, 358, 545, 547, 566, 632, 659¹¹, 760, 788, 816¹⁴, 882, 908, 910¹¹, 922, 936⁵, 977¹, 994, 1000, 1012, 1015¹⁴, 1030, 1032, 1024, 1076, 1068¹⁸, 1094f., 1109, 1112, 1147, 1187, 1437, 1482, 1484, 1519, 1599, 1698, 1848

- Konferenz der Außen-, Wirtschafts- und Finanzminister der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga vom 6. bis 9.7.1980 in Amman
S. 1177, 1180
- Außerordentliche Tagung der Außenminister der Organisation der Islamischen Konferenz vom 11. bis 13.7.1980 in Amman
S. 1301¹²
- Tagung des Südpazifischen Forums am 14./15.7.1980 auf Kiribati
S. 1547²⁵
- Weltfrauenkonferenz vom 14. bis 30.7.1980 in Kopenhagen
Dok. 225
- Notstandssondertagung der VN-Generalversammlung über Palästina vom 22. bis 29.7.1980 in New York
S. 1161–1163, 1172, 1180, 1727
- Zweite Verhandlungsrunde der IX. Sitzungsperiode der Dritten Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen vom 28.7. bis 29.8.1980 in Genf
Dok. 270 und S. 960³, 1230
- Überprüfungskonferenz zum Nichtverbreitungsvertrag vom 11. bis 19.8.1980 in Genf
S. 374
- Konferenz der Vereinten Nationen für Verbrechensverhütung und Behandlung Straffälliger vom 25.8. bis 5.9.1980 in Caracas
S. 1220 f., 1223
- Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen für Entwicklungsfragen vom 25.8. bis 15.9.1980 in New York
S. 117, 927⁷, 974, 1159, 1327¹⁷, 1404–1408, 1428, 1429¹⁷, 1437 f., 1442, 1443¹⁷
- Informelles Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 27.8.1980 in New York
S. 1329¹⁷
- Tagung der Liberalen Internationalen vom 4. bis 6.9.1980 in Berlin (West)
S. 1440
- Vorbereitungstreffen vom 9.9. bis 11./14.11.1980 für die KSZE-Folgekonferenz in Madrid
siehe unter: KSZE
- Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 15.9.1980 in Brüssel
S. 1413, 1637¹⁶
- EG-Ministerratstagung am 15./16.9.1980 in Brüssel
S. 1413¹⁶
- Konferenz der Außen-, Erdöl- und Finanzminister der OPEC-Mitgliedstaaten vom 15. bis 17.9.1980 in Wien
S. 1474¹⁰
- Zweite Session der Waffenkonferenz der Vereinten Nationen vom 15.9. bis 10.10.1980 in Genf
S. 1683²⁰, 1684²¹
- 67. Tagung der Interparlamentarischen Union vom 16. bis 24.9.1980 in Ost-Berlin
S. 1580²⁴
- Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank vom 30.9. bis 3.10.1980 in Washington
S. 1131
- Sonderkonferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz am 4.10.1980 in New York
S. 1514³⁸
- Sitzung des Ministerkomitees des Europarats am 16.10.1980 in Straßburg
S. 628, 1640
- Amerikanisch-sowjetische Gespräche über Mittelstreckensysteme vom 17.10. bis 17.11.1980 in Genf
siehe unter: NATO-Doppelbeschluß
- Tagung des Komitees der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten am 19./20.10.1980 in Warschau
S. 1543, 1568³, 1590, 1593, 1598, 1603²³, 1604
- EG-Ratstagung auf der Ebene der Wirtschafts- und Finanzminister am 20.10.1980 in Luxemburg
S. 1131
- Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 25./26.10.1980 in Echternach
S. 1520, 1523, 1527¹¹⁺¹², 1585

- Außerordentliche EG-Ratstagung auf der Ebene der Industrie- und Finanzminister am 28.10.1980 in Luxemburg
S. 1572
- EG-Ratstagung auf der Ebene der Industrieminister am 30.10.1980 in Luxemburg
S. 1574⁹, 1712⁶
- Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 4.11.1980 in Luxemburg
Dok. 316
- Vorbereitungstreffen für eine Nord-Süd-Gipfelkonferenz am 7./8.11.1980 in Wien
Dok. 324 und S. 1760
- KSZE-Folgekonferenz vom 11.11.1980 bis 9.9.1983 in Madrid
siehe unter: KSZE
- Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 13./14.11.1980 in Brüssel
Dok. 328 und S. 881
- EG-Ratstagung auf der Ebene der Wirtschafts- und Finanzminister am 17.11.1980 in Brüssel
S. 1807⁷
- Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 24.11.1980 in Brüssel
S. 1637¹⁷, 1639, 1718
- EG-Ministerratstagung am 24./25.11.1980 in Brüssel
S. 1637
- Konferenz der Könige und Präsidenten der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga vom 25. bis 27.11.1980 in Amman
S. 1162, 1177, 1180f.
- Konferenz für die Koordinierung der Entwicklung im südlichen Afrika am 27./28.11.1980 in Maputo
S. 1717²⁷
- Tagung des Europäischen Rats am 1./2.12.1980 in Luxemburg
S. 1574, 1642, 1712, 1718, 1736, 1744, 1769, 1806–1812, 1818¹³, 1825, 1829, 1872
- Konferenz führender Vertreter der Warschauer-Pakt-Staaten am 5.12.1980 in Moskau
S. 1813–1819, 1831¹³, 1850f., 1931–1933
- Ministertagung der Internationalen Energieagentur am 8./9.12.1980 in Paris
S. 1846
- Ministersitzung der Eurogroup der NATO am 9.12.1980 in Brüssel
S. 1834–1836
- Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 9./10.12.1980 in Brüssel
S. 762¹⁷, 1692, 1837–1842, 1917f.
- NATO-Ministerratstagung am 11./12.12.1980 in Brüssel
Dok. 363, 364 und S. 763, 1187, 1307, 1402, 1440f., 1443¹⁸, 1483, 1536f., 1741, 1789²³, 1821²⁷, 1832, 1838, 1843, 1848, 1856, 1858, 1866, 1873, 1892¹², 1919, 1921
- EG-Ministerratstagung am 15./16.12.1980 in Brüssel
S. 1809
- Tagung der Erdölminister der OPEC-Mitgliedstaaten am 15./16.12.1980 auf Bali
S. 1846
- EG-Ratstagung auf der Ebene der für Fischereifragen zuständigen Minister vom 15. bis 17.12.1980 in Brüssel
S. 1646¹⁸
- Konferenz vom 7. bis 14.1.1981 zur Vorbereitung der Implementierung von Resolution Nr. 435 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen vom 29.9.1978 in Genf
S. 1715¹⁹, 1716, 1735¹⁴, 1945⁷⁺⁸
- Konferenz der Außenminister blockfreier Staaten vom 9. bis 12.2.1981 in Neu Delhi
S. 724, 1158
- Erste Verhandlungsrunde der X. Sitzungsperiode der Dritten Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen vom 9.3. bis 24.4.1981 in New York
S. 1392, 1394f.
- Zweites Vorbereitungstreffen für eine Nord-Süd-Gipfelkonferenz am 13./14.3.1981 in Wien
S. 1674
- Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 7./8.4.1981 in Bonn
S. 1690

- Zweite Verhandlungsrunde der X. Sitzungsperiode der Dritten VN-Seerechtskonferenz vom 3. bis 28.8.1981 in Genf S. 1392
 - VN-Konferenz über die am wenigsten entwickelten Staaten vom 1. bis 14.9.1981 in Paris S. 1738 f.
 - Konferenz der Regierungschefs der Commonwealth-Mitgliedstaaten vom 30.9. bis 7.10.1981 in Melbourne S. 1714
 - Nord-Süd-Gipfelkonferenz am 22./23.10. 1981 in Cancún S. 1674, 1689, 1713 f., 1738, 1759
 - Amerikanisch-sowjetische Verhandlungen über Mittelstreckensysteme (INF-Gespräche) vom 30.11.1981 bis 23.11.1983 in Genf S. 1732⁹
 - Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten vom 7. bis 12.3. 1983 in Neu Delhi S. 724
- Konferenz für Abrüstung in Europa (KAE)**
siehe außerdem:
Europäische Politische Zusammenarbeit
Dok. 287 und S. 894, 1004 f., 1008, 1042, 1066 f., 1109, 1129, 1147 f., 1155, 1279, 1372, 1374, 1477 f., 1480, 1510, 1536–1541, 1563, 1620, 1818 f., 1838, 1843, 1847 f., 1914, 1943
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 100 und S. 53–55, 118 f., 158, 162, 320, 358, 378⁸, 414, 470, 486, 628, 753, 936⁶, 1003, 1005, 1185, 1188, 1443, 1452, 1630, 1665, 1667, 1701
 - DDR
S. 378⁸, 1263¹¹
 - Frankreich/französischer KAE-Vorschlag
S. 5, 51, 53–55, 118 f., 158, 185 f., 320, 357 f., 414, 421⁴, 470, 486, 550–553, 555 f., 559, 628, 753, 791, 794⁵, 797, 818, 843, 936⁶, 987, 1003, 1006 f., 1009, 1031 f., 1158, 1185–1188, 1443, 1481–1483, 1505, 1536–1540, 1600, 1701, 1740, 1750, 1774, 1810 f., 1863 f., 1882–1884, 1912
 - Großbritannien
S. 358, 550, 936⁶, 1006, 1540
 - Italien
S. 1004
 - Jugoslawien
S. 1158
 - Kanada
S. 1008
 - Konferenzmandat
S. 1482–1487, 1536–1540, 1569, 1598–1600, 1912
 - KSZE
S. 185 f., 320, 421⁴, 458, 552, 554 f., 559, 1184–1188, 1443¹⁸, 1452, 1482, 1485, 1539, 1630, 1665, 1740, 1750, 1774
 - MBFR
S. 554, 558, 1374
 - NATO
S. 550, 556 f., 559, 753, 803, 1443¹⁸, 1452, 1482 f., 1631
 - Neutrale und nichtgebundene Staaten
S. 1484, 1537
 - Polen
S. 320, 458, 470, 486, 550⁵, 682, 733²⁹, 753, 791, 794⁵, 797, 842¹¹, 988, 1032
 - UdSSR
S. 157 f., 446, 458, 470, 552, 554 f., 818, 894, 1094 f., 1185, 1570, 1593, 1667 f., 1676, 1678, 1740, 1750, 1774
 - USA
S. 118 f., 414, 550, 936⁶, 1094 f., 1186, 1188, 1443¹⁸, 1444, 1482 f., 1536–1540, 1628, 1629¹³, 1630, 1750
 - Vertrauensbildende Maßnahmen
S. 1483–1485, 1593, 1598, 1600
 - Vierer-Konsultationen
Dok. 297
 - Warschauer Pakt
S. 8²⁸, 157 f., 550⁵, 551, 557, 1008, 1018, 1031, 1185, 1452, 1481, 1483, 1485, 1536, 1550, 1598 f., 1676
- Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa**
siehe: KSZE
- Kongo**
siehe außerdem: Vereinte Nationen
S. 87¹¹, 294, 296
- Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.**
S. 1338³
- Korea**
siehe: Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea) und Republik Korea (Südkorea)
- Kreditanstalt für Wiederaufbau**
S. 18¹⁸, 861⁷, 918²⁰

KSZE (Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)*siehe außerdem:**Afghanistan, Europäische Politische Zusammenarbeit, KAE*

- S. 11, 51, 55, 552, 558, 627f., 1029, 1130, 1210, 1264¹⁴, 1279, 1465, 1507, 1591, 1614, 1810, 1819, 1843, 1882–1884
- Belgien
S. 1637, 1847
- Bulgarien
S. 1943
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 319, 322, 369 und S. 16, 47, 67, 155, 157, 162, 186, 357f., 377, 421, 459, 470, 538, 550⁶, 627f., 791, 797, 845, 852, 936, 1003, 1005, 1187f., 1327f., 1443, 1452, 1454, 1632⁶, 1669, 1739f., 1883
- ČSSR
S. 459f., 1636³, 1943
- Dänemark
S. 1637
- DDR
S. 377, 378⁸, 421, 1263¹¹, 1620, 1636³, 1655, 1668, 1862, 1864f., 1943f.
- Finnland
S. 118
- Folgekonferenz vom 4.10.1977 bis 9.3.1978 in Belgrad
S. 43⁴, 53¹⁷, 378⁸, 431, 1184–1188, 1373, 1452, 1510, 1550⁷, 1599f., 1636, 1654², 1910, 1914, 1943
- Folgekonferenz vom 11.11.1980 bis 9.9.1983 in Madrid
Dok. 224, 299, 369, 375 und S. 8²⁸, 19³, 29, 41, 44, 46, 54f., 88, 118, 155–157, 185, 187, 257–259, 319f., 357f., 378⁷⁺⁸, 387⁶, 421, 431f., 445, 458–460, 486, 538, 551–559, 627f., 738³, 751, 761¹⁵, 790f., 797, 803, 815, 840, 842, 852, 894, 936⁶, 987, 1001, 1003–1010, 1018f., 1031, 1042, 1094, 1095¹⁵, 1155–1157, 1165f., 1263¹¹, 1327f., 1351, 1372, 1374, 1385, 1435¹³, 1443, 1452, 1454, 1477, 1481–1483, 1485f., 1493, 1497, 1505, 1510f., 1527⁹, 1535–1538, 1540, 1543, 1563, 1569, 1580²⁵, 1589f., 1593, 1598–1600, 1604, 1620, 1636, 1655f., 1663f., 1666f., 1669, 1676–1679, 1707⁵⁰, 1739f., 1748, 1750, 1774, 1797, 1798¹⁹, 1837, 1860, 1862, 1875⁴, 1881–1883, 1891, 1894
- Frankreich
S. 5¹¹, 357, 421, 486, 538, 551, 815, 817, 842, 1637, 1655, 1774, 1884
- Griechenland
S. 1004
- Großbritannien
S. 357f., 936, 1006, 1637, 1655, 1883
- Heiliger Stuhl
S. 1772
- Irland
S. 1637
- Island
S. 1007
- Israel
S. 1004
- Italien
S. 1637, 1638²⁰, 1883
- Jugoslawien
S. 118, 377, 1158, 1665⁹
- Kanada
S. 7, 16, 1008, 1184, 1443, 1882f.
- Korb I (Prinzipienkatalog)
S. 1008, 1679, 1912, 1914, 1936
- Korb I (vertrauensbildende Maßnahmen)
Dok. 359 und S. 19³, 51, 53f., 319, 1003f., 1006f., 1053, 1066, 1094, 1187, 1327⁹, 1332, 1371f., 1374, 1443¹⁸, 1481–1487, 1679, 1875⁴, 1882, 1891⁶, 1912
- Korb II (wirtschaftliche Zusammenarbeit, Umweltschutz)
S. 1637, 1667, 1679, 1912
- Korb III (Kontakte, Kultur- und Informationsaustausch)
S. 555, 1009, 1184f., 1385, 1667, 1679, 1884, 1911f., 1914, 1943f.
- Luxemburg
S. 1637, 1638²⁰
- Malta
S. 628, 1655, 1665⁹
- MBFR
S. 1595, 1848
- Mittelmeerpolitik
S. 1655
- NATO
S. 41, 47, 83, 88, 556f., 803, 835, 1184–1188, 1373¹³, 1443¹⁸, 1535f., 1540, 1552f., 1636³, 1678, 1944
- Neutrale und nichtgebundene Staaten
S. 357, 431, 555–558, 936⁶, 1005, 1031, 1551–1553, 1654⁴, 1665⁹, 1678, 1915, 1943

- Niederlande
S. 1637, 1638²⁰, 1655, 1666¹⁰
 - Norwegen
S. 1187, 1655, 1882 f.
 - Österreich
S. 1654, 1665⁹
 - Polen
S. 320, 458, 1327 f., 1798¹⁹, 1862 f., 1891⁶, 1943
 - Rumänien
S. 1943
 - Schlußakte vom 1.8.1975
S. 19³, 53¹⁷, 54, 155, 161, 214, 247²⁹, 365⁷, 366 f., 377⁵, 429 f., 447, 470, 552, 555 f., 558, 627 f., 801, 845, 878, 936⁶, 957, 985, 1019, 1024, 1032, 1053¹⁰, 1064, 1066, 1094, 1186 f., 1374¹⁴, 1443¹⁸, 1454, 1482, 1484, 1486, 1507¹⁵, 1539¹⁶, 1562 f., 1579 f., 1598–1600, 1602¹⁹, 1664 f., 1667, 1678⁶, 1740, 1810, 1818, 1821, 1849, 1852, 1860–1863, 1875⁴, 1880, 1882 f., 1891⁶, 1895, 1910–1912, 1936 f., 1943
 - Schlußkonferenz vom 30.7. bis 1.8.1975 in Helsinki
S. 390, 556, 558, 710, 1484, 1492, 1544, 1589, 1599, 1663, 1665, 1910
 - Schweden
S. 1636³, 1665⁹
 - Schweiz
S. 791, 1654, 1665⁹
 - Spanien
S. 29, 1351, 1552, 1654², 1655, 1656⁶, 1666¹⁰, 1944
 - UdSSR
Dok. 322, 325 und S. 46 f., 118, 156, 169⁵, 221, 357 f., 421, 430–432, 443¹⁶, 445, 556, 558, 842, 894, 1005 f., 1186, 1373, 1454, 1510, 1550 f., 1593, 1632⁶, 1634, 1636, 1654³⁺⁴, 1655, 1663, 1740, 1774, 1883, 1943 f.
 - Ungarn
S. 377, 378⁷, 797, 1636³, 1654², 1666¹⁰, 1943
 - USA
S. 67, 83, 118, 185, 253, 320 f., 358, 386, 403, 414, 421, 459, 550⁶, 628, 738³, 936, 1184, 1187 f., 1477, 1552–1554, 1654⁴, 1655, 1677 f., 1750, 1848, 1883
 - Vorbereitungstreffen vom 9.9. bis 11./14.11.1980 für die KSZE-Folgekonferenz in Madrid
S. 1636, 1654–1656, 1663¹¹, 1664 f., 1676 f.
 - Warschauer Pakt
S. 8²⁸, 556 f., 791, 794⁵, 1332, 1371⁹, 1373, 1551, 1654², 1665⁹, 1666¹⁰, 1861 f.
 - Wissenschaftliches Forum vom 18.2. bis 3.3.1980 in Hamburg
Dok. 75 und S. 7, 11, 16, 320, 327, 357, 470, 538
 - Zypern
S. 1665⁹
- Kuba**
siehe außerdem:
Afghanistan, Angola, Äthiopien, Bewegung blockfreier Staaten, DDR, Demokratische Volksrepublik Jemen (Südjemen), Frankreich, Indien, Iran, Vereinte Nationen
S. 27, 202, 389¹⁹, 823¹⁶, 1781, 1791, 1873
- Afrikapolitik
S. 295, 1028, 1066, 1658
 - Bundesrepublik Deutschland
Dok. 120 und S. 561
 - Libyen
S. 400
 - Mexiko
S. 427
 - Nicaragua
S. 426⁴, 427, 874, 1337², 1338 f.
 - Österreich
S. 711
 - Pakistan
S. 711²⁴, 712, 743
 - Peru
S. 823¹⁶
 - Spanien
S. 27, 823¹⁶
 - UdSSR
S. 202⁴, 211 f., 240⁸, 241¹¹, 295, 390, 427, 641¹², 711²⁴, 717, 823 f., 867, 875, 942, 969, 1549
 - USA
S. 202, 240, 241¹¹, 349, 643¹, 644 f., 715, 822 f., 867, 952, 1022, 1802–1804
 - Venezuela
S. 823¹⁶
- Kultusministerkonferenz**
S. 1247⁴⁹
- Kuwait**
siehe außerdem:
Energie- und Rohstoffpolitik, Frankreich,

Großbritannien, Nahost-Konflikt, Vereinte Nationen

S. 13⁴⁴, 25⁶, 56, 66²², 204¹³, 439⁶, 484⁵, 640⁸, 715, 861–863, 965¹³, 971 1097²⁹, 1162⁹, 1514³⁸, 1546

Länder der Bundesrepublik Deutschland

S. 150¹⁵, 349³⁴, 428¹¹, 478, 540³, 595⁴, 607⁴, 639¹⁷, 788, 1052⁹, 1121⁵, 1123, 1228, 1230 f., 1247⁴⁹⁺⁵⁰, 1687¹¹, 1770²⁹

Laos

S. 87¹¹, 648

Lesotho

S. 1658, 1717

Libanon

siehe außerdem:

Frankreich, Iran, Israel, Nahost-Konflikt, Terrorismus

S. 1420

– Bundesrepublik Deutschland
S. 279, 1310–1316

– Europäische Gemeinschaften/Europäische Politische Zusammenarbeit
S. 25⁵, 924, 1097²⁹

– Libyen
S. 1420¹⁷

– PLO
S. 1312⁸

– Syrien
S. 279, 1175 f.

– USA
S. 439⁶

Liberaler Internationale

S. 1440

Liberia

S. 274¹⁶, 405⁹

Libyen

siehe außerdem:

Ägypten, Algerien, Bulgarien, ČSSR, DDR, Energie- und Rohstoffpolitik, Frankreich, Großbritannien, Irak, Iran, Israel, Italien, Jordanien, Kuba, Libanon, Nahost-Konflikt, Vereinte Nationen

S. 87¹¹, 145, 401, 425, 768⁵, 1173, 1322 f., 1705, 1723

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 161, 173, 222, 227 und S. 27, 114, 116, 509, 903, 989, 1420

– Europäische Gemeinschaften/Europäische Politische Zusammenarbeit
S. 856, 907

– Malta
S. 1428¹⁰

– Marokko
S. 1172

– PLO
S. 27, 1172

– Polen
S. 1171

– Republik China (Taiwan)
S. 655⁹

– Saudi-Arabien
S. 400, 1172, 1174¹⁰

– Spanien
S. 27

– Sudan
S. 116, 400, 736, 905², 1200

– Syrien
S. 400, 1172, 1174¹⁰, 1323

– Tschad
S. 116, 1200

– Tunesien
S. 400, 1172 f., 1199 f., 1204³¹

– Türkei
S. 278

– UdSSR
S. 231, 394, 396, 400, 736, 824, 876, 914, 989, 1171, 1182, 1199–1201, 1322 f.

– Uganda
S. 1200

– USA
S. 114, 116, 597, 853², 914⁸, 965¹³, 1203²⁵⁺²⁸

– Zentralafrikanische Republik
S. 1200

Luxemburg

siehe außerdem:

Europäische Gemeinschaften, Europäische Politische Zusammenarbeit, Finnland, KSZE, MBFR, Nahost-Konflikt, NATO, Olympische Sommerspiele, Vereinte Nationen

S. 73 f., 133¹⁶, 294, 369¹⁰, 405⁹, 1647, 1917

- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 212, 213, 317 und S. 1514
- Norwegen
S. 1644
- Polen
S. 1643
- Türkei
S. 1388⁵
- UdSSR
S. 1361, 1363¹¹
- Zwangsrekrutierte aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs
S. 1125, 1140f.

Madagaskar

siehe außerdem: Vereinte Nationen

S. 87¹¹, 981

Malawi

S. 1717

Malaysia

siehe außerdem:

Afghanistan, Kambodscha, Nahost-Konflikt, Olympische Sommerspiele

S. 421², 479, 820⁵, 1088, 1777⁷, 1778

- Bundesrepublik Deutschland
S. 421², 479
- Vietnam
S. 479³, 945²⁶
- Volksrepublik China
S. 479²

Mali

siehe außerdem:

Bewegung blockfreier Staaten, Frankreich, Vereinte Nationen

S. 87¹¹, 860–864, 921

Malta

siehe außerdem:

Italien, KSZE, Libyen, Terrorismus

S. 190, 1428

Marokko

siehe außerdem:

Ägypten, Algerien, Libyen

S. 509, 714³³, 736, 1177, 1320, 1514³⁸, 1704

Mauretanien

siehe außerdem:

Bewegung blockfreier Staaten, Frankreich, Irak

S. 714³³, 860–864, 921

Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt in Starnberg

S. 429

MBFR (Mutual and Balanced Force Reduction)

siehe außerdem:

Frankreich, Jugoslawien, KAE, KSZE

Dok. 114, 254, 372 und S. 44, 51f., 155, 162, 239, 450–455, 553¹⁵, 556, 618, 803, 1109, 1112f., 1210, 1485, 1599, 1797, 1853, 1860, 1875, 1881

- Begleitende Maßnahmen

Dok. 264 und S. 5¹², 246–248, 267, 451⁹, 453¹⁴, 624, 671⁵, 672, 1115, 1119, 1148, 1332, 1334, 1467, 1924–1927

- Belgien

S. 248³⁰, 451⁹, 673, 1927

- Bundesrepublik Deutschland

Dok. 128 und S. 112, 146, 155, 157, 246–248, 259, 265, 319, 450–455, 550⁶⁺⁷, 625, 753, 989, 1019, 1057, 1116, 1119, 1328¹¹, 1335, 1337, 1630, 1661f., 1745, 1927

- „Ceiling“ und „common collective ceiling“

S. 248³⁰, 453, 1019, 1057, 1115, 1119, 1333, 1335, 1337, 1596f., 1660⁵, 1661⁹, 1662

- ČSSR

S. 248³⁰, 452¹², 1116, 1660⁵

- Datenfrage

Dok. 197, 284 und S. 5¹², 146¹⁰, 248, 265, 267f., 450–455, 623–625, 671⁵, 672, 674, 1009f., 1031, 1056f., 1114–1120, 1331–1334, 1336²⁵, 1373, 1595f., 1619, 1660⁵, 1661f., 1923–1926

- DDR

S. 248³⁰, 265f., 452, 623–625, 1333, 1619f., 1660⁵

- Griechenland

S. 451⁹

- Großbritannien

S. 247, 268, 550⁷, 1116, 1926

- Interimsabkommen

S. 5¹², 19³, 1596f., 1662

- Italien

S. 268, 1927

- Kanada

S. 246, 1927

- Luxemburg

S. 248³⁰, 623

- NATO
S. 19³, 41, 52f., 83, 88, 112, 240, 266, 451, 624, 671⁵, 673, 1332f., 1336f., 1371f., 1631, 1660–1662
- Niederlande
S. 248³⁰, 268, 1926f.
- Polen
S. 248³⁰, 264, 452, 454¹⁶, 673, 683, 1115, 1119, 1328¹¹, 1333, 1660⁵, 1891, 1922
- Reduzierungsphasen
S. 5¹², 265, 267f., 453¹⁴, 623–625, 672–674, 1019, 1114f., 1117f., 1147, 1331–1337, 1369f., 1372, 1596f., 1659⁴, 1660f., 1923–1927
- Reduzierungsraum
S. 5¹¹, 146, 247f., 249³², 265, 267, 624, 1095, 1116, 1118, 1332, 1334–1336, 1370f., 1660, 1927
- Türkei
S. 1927
- UdSSR
S. 5, 112, 156, 189, 247, 248³⁰, 259, 264, 266f., 450⁴, 452f., 623–625, 659, 670⁴, 671–673, 1069, 1116f., 1119, 1332–1336, 1372, 1374, 1493, 1634, 1659⁴, 1660–1663, 1745
- Ungarn
S. 795¹¹, 797
- USA
S. 83, 113, 125, 186, 244²², 246–248, 264, 268, 319, 403, 414, 450⁴, 451⁹, 453f., 550⁶, 618, 623f., 670⁴, 671, 673, 761¹⁵, 936⁶, 1115, 1332, 1334, 1336f., 1372f., 1628, 1630, 1659⁴, 1660–1662, 1927
- Verifikation
S. 247, 624, 1336, 1370
- Vorschläge der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 22.11.1973
S. 248³⁰, 265
- Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 28.3.1974 für stabilisierende Maßnahmen
S. 1371f.
- Vorschläge der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 16.12.1975 für eine Einbeziehung amerikanischer nuklearer Komponenten (Option III)
S. 265
- Vorschläge der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 19.4.1978
S. 266
- Vorschläge der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 8.6.1978
S. 266, 1019, 1117–1119, 1595
- Vorschläge der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 13.12.1978
S. 266
- Vorschläge der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 28.6.1979
S. 266, 1019
- Vorschläge der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 20.12.1979
S. 5¹², 50⁷, 53, 88, 112, 118, 156¹⁷, 157, 189, 248³¹, 249, 257¹⁷, 259, 264³, 265, 319³¹, 358³⁹, 450⁴, 452¹⁰, 453, 622, 624, 672⁹, 673f., 1031, 1056f., 1120¹⁶, 1331, 1334, 1336, 1369, 1466, 1662, 1923–1925, 1927¹⁴
- Vorschläge der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 21.2.1980
Dok. 79 und S. 267, 623, 673f.
- Vorschläge der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 10.7.1980
Dok. 209 und S. 1147, 1331–1333, 1336f., 1369, 1466f., 1596, 1659⁴, 1660, 1923f., 1926
- Vorschläge der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 13.11.1980
Dok. 321 und S. 1923⁴, 1924–1926
- Warschauer Pakt
Dok. 44, 309 und S. 450, 452, 557, 1331, 1333–1336, 1369, 1615, 1634

Medienpolitik
S. 1136–1140, 1142

- Mexiko**
siehe außerdem:
Afghanistan, Bewegung blockfreier Staaten, Energie- und Rohstoffpolitik, Iran, Japan, Kanada, Kuba, Vereinte Nationen
S. 473, 736, 976, 1441, 1674f.
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 155 und S. 730, 869, 1689

- Nicaragua
S. 427, 822, 874
- Österreich
S. 828
- Spanien
S. 38, 821
- USA
S. 821, 869, 1675, 1689, 1714, 1759f., 1767
- Venezuela
S. 1738
- Mission Historique Française en Allemagne in Göttingen**
S. 1242
- Mongolische Volksrepublik**
S. 221, 561, 946³³
- Mosambik**
siehe außerdem:
DDR, Namibia-Frage, Vereinte Nationen
S. 87¹¹, 341¹³, 594³⁵, 1717
- Bundesrepublik Deutschland
S. 561, 981, 1657
- Portugal
S. 594³⁵
- UdSSR
S. 87¹¹, 342¹⁵, 735f., 961
- Muslimischer Weltkongreß**
S. 12⁴⁰
- Mutual and Balanced Force Reductions**
siehe: MBFR
- Nahost-Konflikt**
Dok. 219 und S. 46, 126, 239⁵, 257, 312, 321, 358, 407, 450²⁵, 465, 589, 611f., 636, 648, 723⁷, 751, 772, 776, 778⁷, 783, 867, 943, 947, 1095¹⁵, 1130, 1220⁵, 1277, 1295, 1520⁹, 1843, 1848, 1885²
- „Ablehnungsfront“ bzw. „Bagdad-Front“
S. 30, 46, 63, 113, 125, 508, 1317, 1320
- Afghanistan
S. 180, 230, 487, 536
- Ägypten
Dok. 77, 252 und S. 24f., 30, 46, 59, 63, 81, 94, 104, 113, 125, 145, 175¹⁹, 180, 226¹⁸, 277, 279, 299, 359f., 372, 394, 398, 403, 466, 484, 505, 537f., 612, 713, 784, 792, 876¹⁸, 913³, 941, 959, 1161, 1164, 1176, 1300⁹, 1303, 1348f., 1723–1726, 1737, 1743, 1758f., 1775
- Algerien
S. 3⁸, 965¹³
- Arabische Republik Jemen (Nordjemen)
S. 272
- Arabisch-israelischer Krieg 1973 („Jom-Kippur-Krieg“)
S. 597¹⁶
- ASEAN
S. 440
- Äthiopien
S. 484
- Belgien
S. 876¹⁸, 924
- Bundesrepublik Deutschland
S. 30, 59, 77f., 94, 113f., 180, 227³, 275³, 359f., 372, 382, 388, 390, 392, 396, 407, 411, 440, 464, 479, 482f., 485, 505, 508, 511, 517, 595, 617, 626⁴, 648, 713, 749, 771, 792, 801, 869, 876¹⁸, 913–915, 917, 921, 941, 959, 1281, 1299–1306, 1349, 1448²⁰, 1450, 1647, 1701, 1705, 1723, 1725f., 1736f., 1744, 1767
- Dänemark
S. 505, 876¹⁸
- Demokratische Volksrepublik Jemen (Südjemen)
S. 30⁸
- Europäische Gemeinschaften/Europäische Politische Zusammenarbeit
S. 58, 77, 80, 113, 321, 333, 359f., 482, 484, 505, 536f., 595f., 598¹⁹, 617, 640, 703, 738³⁺⁵, 739, 784f., 790⁶, 869, 876, 913³, 915, 917, 922–925, 934, 941, 943, 955, 1004, 1007, 1027, 1079, 1097–1099, 1120³, 1129, 1135, 1161–1164, 1176, 1180f., 1191, 1213, 1215, 1300f., 1303–1306, 1321¹³, 1322, 1329¹⁷, 1347–1349, 1410, 1637–1639, 1642, 1647, 1718, 1725–1727, 1736f., 1744, 1769, 1774f., 1806, 1809f.
- Frankreich
S. 30, 59, 180, 226¹⁸, 227³, 230, 298⁵, 388, 391, 483–485, 537, 640⁸, 713, 738⁵, 747⁸, 749, 771, 784f., 876¹⁸, 921, 1164, 1302, 1321, 1637¹⁴, 1718, 1744, 1769, 1775
- Friedenskonferenz vom 21.12.1973 bis 9.1.1974 in Genf
siehe unter: Konferenzen und Verhandlungen

- Friedensvertrag vom 26.3.1979 zwischen Ägypten und Israel/Camp-David-Prozeß
S. 80⁹, 81, 181³⁸, 220, 398, 403, 438, 508, 595f., 1011, 1021, 1161, 1163f., 1172, 1176, 1182, 1300f., 1303f., 1317, 1320f., 1708⁵⁶, 1724–1726, 1737, 1743, 1758³, 1759, 1775¹⁴
- Großbritannien
S. 59, 181, 226¹⁸, 230, 298⁵, 358f., 361, 388, 391, 485, 640⁸, 738⁵, 746f., 749, 771, 785, 876¹⁸, 921, 1637¹⁴, 1647, 1705, 1744, 1769
- Irak
S. 25, 30⁸, 46, 59f., 63, 66f., 275³, 276, 598¹⁹, 965¹³, 1097, 1304²⁰, 1317, 1705
- Irland
S. 537, 876¹⁸
- Israel
S. 46, 59, 77f., 81, 94, 104, 113, 159, 175¹⁹, 180f., 226¹⁸, 230, 279, 299, 358f., 361, 372, 393f., 397f., 403, 437–440, 466, 479, 482, 484, 505, 537f., 589, 595f., 617, 648¹⁰, 713, 715, 738⁵, 739, 784f., 792, 869, 876¹⁸, 922⁹, 923, 959, 965¹³, 1027, 1170, 1172, 1177, 1180, 1213, 1299–1306, 1319–1321, 1323f., 1346–1348, 1448²⁰, 1637¹⁴, 1701, 1708f., 1718, 1723–1727, 1744, 1758³
- Italien
S. 59, 598¹⁹, 771, 1004, 1426³
- Japan
S. 395¹⁵, 730, 771
- Jerusalem-Frage
S. 1027, 1177, 1180, 1300⁹, 1301, 1303, 1320, 1345⁵, 1349²⁴, 1448²⁰
- Jordanien
S. 24f., 279, 438, 536, 715, 913³, 1170, 1302, 1304, 1637¹⁴, 1705, 1724f., 1759
- Kanada
S. 1758f., 1763²³
- Kenia
S. 272
- Kuwait
S. 181³⁸, 598¹⁹, 965¹³, 1304²⁰
- Libanon
S. 159, 1027, 1163
- Libyen
S. 30⁸, 360, 484, 965¹³, 1322
- Luxemburg
S. 1647
- Malaysia
S. 479³
- NATO
S. 298⁵, 616
- Niederlande
S. 876¹⁸, 1301f., 1647, 1649¹⁰
- Norwegen
S. 747⁸, 1281
- Oman
S. 80⁹, 598¹⁹, 1705
- Pakistan
S. 1448²⁰
- Palästina-Frage
S. 78, 81, 94, 100²², 104, 113, 159, 175¹⁹, 181, 230, 275³, 279, 299, 359, 372, 393f., 407, 411, 425, 437–440, 466, 479, 482f., 485, 505¹², 536–538, 543, 595, 598, 611, 648, 715, 738⁵, 747⁸, 785, 876¹⁸, 922⁹, 923, 941, 943, 959, 1004, 1011, 1021, 1027, 1182, 1301f., 1304f., 1319³, 1320, 1348, 1349²⁴, 1448²⁰, 1488, 1637¹⁴, 1725, 1744, 1759
- PLO
S. 25, 30⁸, 46, 100, 159²⁶⁺²⁷, 180f., 220, 360f., 394, 484, 537, 595, 715, 784, 914⁸, 922⁹, 923, 1021, 1163, 1175–1177, 1180, 1213²¹⁺²², 1281, 1300, 1304, 1317, 1320, 1725–1727
- Portugal
S. 484, 626⁴, 747⁸, 876¹⁸
- Rumänien
S. 384, 851²³, 1321
- Sambia
S. 648
- Saudi-Arabien
S. 24f., 46, 58, 63, 80⁹, 94, 392, 398, 439, 508f., 595, 598¹⁹, 784, 792, 913³, 959, 965¹³, 1097, 1170, 1304²⁰, 1705
- Senegal
S. 181³⁸
- Spanien
S. 24, 26, 59, 63, 81, 334, 425, 484
- Syrien
S. 30⁸, 272, 279, 1213²², 1302, 1304²⁰, 1320, 1724
- Tunesien
S. 747⁸, 1097–1099
- Türkei
S. 227³, 278, 1008

- UdSSR
S. 24f., 113, 159²⁶, 220f., 226¹⁸, 272, 277, 298⁵, 321, 324¹², 382, 390, 396f., 399, 440⁵, 443, 459, 464, 466, 484f., 526, 543, 772, 792, 824f., 914⁸, 944, 1176, 1182f., 1300, 1302, 1317, 1320–1324, 1448²⁰, 1450, 1608, 1704f., 1722–1724, 1736f.
- USA
S. 24f., 30, 46, 58, 81, 94, 100, 113, 159²⁶, 180, 226¹⁸, 276, 311², 324¹², 358, 360, 372, 382, 388, 391, 394, 396, 398, 403, 407, 425, 440⁵, 443, 465f., 484f., 505, 511, 522²², 527, 537, 595f., 613, 616, 648, 715, 730f., 739f., 749, 751, 784–786, 869, 876¹⁸, 913³, 915, 917, 921, 923, 955, 959, 965¹³, 1162–1164, 1167–1170, 1178, 1182f., 1213, 1215, 1303¹⁶, 1305, 1319³, 1320, 1323f., 1348f., 1448²⁰, 1450, 1608, 1700f., 1704f., 1709, 109, 1718, 1722–1724, 1725¹³, 1726, 1727²³, 1736f., 1743f., 1758³, 1759, 1767
- Vereinigte Arabische Emirate
S. 595, 598, 965¹³
- Vereinte Nationen
S. 159, 181, 484f., 505, 715, 747, 749, 783, 869²², 876¹⁸, 923, 1189–1191, 1321, 1736f.
- Volksrepublik China
S. 943, 1649¹⁰
- Namibia-Frage**
S. 1002, 1005f., 1028, 1228
- Angola
S. 634⁶, 646, 647⁷, 755–758, 887¹⁴, 888, 961, 1442f., 1657, 1717, 1736, 1906, 1947
- Botsuana
S. 646, 647⁷, 887¹⁴, 888, 961, 1442f., 1736, 1947
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 117, 169, 302, 368, 376 und S. 531, 646f., 755–758, 838, 925, 960f., 982, 1002, 1005, 1442f., 1716, 1736, 1743
- DDR
S. 295f., 980, 1657⁷
- Demokratische Turnhallen Allianz (DTA)
S. 887, 1442¹³, 1716, 1907f., 1946⁶
- Europäische Politische Zusammenarbeit
S. 925
- Frankreich
S. 531, 634, 646, 755–758, 838, 885f., 888, 925, 1002, 1716, 1736, 1743
- Großbritannien
S. 634, 646, 738³, 753, 755–758, 838, 885f., 888, 925, 1002, 1006, 1715–1717, 1736, 1743, 1905⁸
- „Interessengemeinschaft der Deutschsprachigen Südwester“
S. 1566, 1904–1908, 1945⁶, 1946f.
- Kanada
S. 634, 646, 755–758, 838, 885, 888, 925, 1002, 1442f., 1716
- Mosambik
S. 646, 887¹⁴, 888, 961, 1442f., 1717, 1736, 1947
- Rhodesien/Simbabwe
S. 887¹⁴, 888, 961, 1005, 1442f., 1736, 1947
- Sambia
S. 634⁶, 646f., 887¹⁴, 888, 961, 1442f., 1736, 1947
- Südafrika
S. 116, 531, 633–635, 646f., 738³, 753, 756–758, 885⁵, 887f., 961, 1442, 1564², 1565, 1657⁷⁺⁸, 1658, 1715–1718, 1735f., 1743, 1947
- SWAPO
Dok. 117, 169 und S. 295f., 531⁸, 647, 756⁸, 758, 961, 980, 1442¹⁴, 1564–1568, 1657⁸, 1715¹⁹, 1716, 1904–1908, 1945–1947
- Tansania
S. 646, 887¹⁴, 888, 961, 1442f., 1736, 1947
- UdSSR
S. 115f., 758, 961
- USA
S. 116, 634, 646, 755–758, 838, 885, 888, 925, 1002, 1716, 1743
- Vereinte Nationen
S. 633, 646, 647, 756–758, 888, 1002⁴, 1564², 1565–1567, 1715¹⁹, 1735f., 1743, 1947
- Nationales Olympisches Komitee (NOK)**
S. 127¹⁷, 153, 205, 322, 325, 354, 599, 601¹⁸⁺¹⁹, 603, 630⁶, 650f., 752, 788, 793, 808, 810f., 812¹⁰
- NATO (North Atlantic Treaty Organization)**
siehe außerdem:
Abrüstung und Rüstungskontrolle, Afghanistan, DDR, Deutsche Frage, Europäische Gemeinschaften, Europäische Politi-

- sche Zusammenarbeit, Indien, Iran, Jugoslawien, KAE, KSZE, MBFR, Nahost-Konflikt, Pakistan, Polen, Rumänien, Rüstungsexportpolitik, SALT, Spanien, UdSSR, Volksrepublik China, Wirtschafts- und Finanzpolitik*
- Dok. 363, 364** und S. 64, 80, 104, 105¹¹, 126, 193 f., 313, 320³⁹, 334 f., 740⁸, 819, 835, 909, 1001–1012, 1059 f., 1104, 1160, 1398, 1494 f., 1599, 1752–1755, 1803, 1893
- Ausschuß für Verteidigungsplanung (DPC)
Dok. 145, 355, 356 und S. 4⁸, 312¹², 631, 897 f., 1532–1534, 1610, 1788¹⁶, 1917
 - AWACS
S. 312, 882¹⁶
 - Belgien
S. 6¹⁶, 8, 15, 86, 293, 312, 369¹⁰, 759, 764, 830, 843, 866, 881, 882¹⁶, 1006 f., 1363, 1388 f., 1391, 1696⁸, 1698, 1838, 1842
 - Bericht des NATO-Ministerrats vom 13./14.12.1967 über die künftigen Aufgaben der Allianz („Harmel-Bericht“)
S. 240, 607
 - Bundesrepublik Deutschland
Dok. 58 und S. 6, 35, 39, 83, 85 f., 88 f., 90¹⁰, 104, 112, 129, 136, 143, 146, 156, 161, 184, 190⁷¹, 240, 246, 250, 261–263, 283, 293, 369, 375, 377, 387 f., 391, 404, 407, 419¹⁷, 425, 457, 468, 475³⁵, 491, 540, 545 f., 550, 580, 609 f., 631 f., 640, 643⁵, 644, 688, 697–700, 763, 767, 775, 807, 830, 845⁵, 866, 894, 941, 957, 984, 992, 1001²⁹, 1004–1006, 1024, 1029, 1043, 1054, 1057, 1106, 1254, 1256 f., 1280, 1288–1293, 1307, 1335, 1337, 1359⁶, 1361 f., 1367, 1388–1390, 1440, 1504, 1519, 1616, 1621, 1624, 1634, 1648⁴, 1671, 1673, 1681 f., 1685, 1691, 1694, 1696–1699, 1702, 1704, 1709⁶⁰, 1710, 1741, 1745 f., 1752, 1754 f., 1762¹⁹, 1763, 1767 f., 1775, 1776¹⁸, 1835, 1839⁷, 1841 f.
 - Bündnisstrategie
Dok. 156, 348 und S. 8, 387 f., 833, 880–885, 951, 1291, 1840, 1917
 - Chemische Kriegführung
Dok. 244
 - Dänemark
S. 6¹⁶, 8, 14, 86, 369¹⁰, 759, 843, 866, 882¹⁶⁺¹⁷, 1003, 1295, 1361, 1363¹¹, 1388–1391, 1682, 1694, 1698, 1700, 1838
 - Einsatzgebiet
S. 112, 134, 772
 - Eurogroup
Dok. 354 und S. 831
 - Frankreich
S. 7, 14, 33, 68, 70, 85, 87 f., 123, 126, 146, 165 f., 261–263, 282 f., 388, 391, 404, 494, 522²², 547, 632, 830, 941, 1007 f., 1287¹⁵, 1359⁶, 1363, 1388⁵, 1391²², 1440⁷, 1441, 1648⁴, 1682–1684, 1699, 1741, 1775, 1776¹⁸
 - Generalsekretär
S. 13⁴³, 86, 165, 493 f., 1280, 1390¹⁹, 1391, 1648⁴, 1696, 1698
 - Griechenland
Dok. 292, 296 und S. 13, 33, 35, 105¹¹, 135–138, 302, 304 f., 396, 413, 830, 1003 f., 1013–1015, 1361, 1363¹¹, 1388⁵, 1390¹⁹, 1391²², 1690, 1694, 1702, 1839, 1842
 - Großbritannien
Dok. 218 und S. 6, 9, 17, 29, 85 f., 146, 362, 369¹⁰, 545, 631, 688, 763, 866, 1006, 1106, 1363, 1388⁵, 1389, 1391²², 1440⁷, 1680–1683, 1691, 1694, 1696–1699, 1704, 1709⁶⁰, 1710, 1741, 1841
 - Host Nation Support
Dok. 370 und S. 369, 388
 - High Level Group
siehe unter: NATO-Doppelbeschluss
 - Independent European Programme Group (IEPG)
S. 1834 f.
 - International Military Staff (IMS)
S. 1788
 - Island
S. 759, 882¹⁷, 1007, 1361, 1363¹¹, 1388⁵, 1390¹⁹
 - Italien
S. 8, 12, 85 f., 740, 764, 830, 881, 1004, 1363, 1388⁵, 1390¹⁸⁺¹⁹, 1391²², 1691, 1694, 1696⁸, 1741, 1824, 1842
 - Kanada
S. 7, 9, 16 f., 85 f., 166, 246, 631, 881, 1008, 1361, 1363¹¹, 1388⁵, 1440, 1682, 1696⁸, 1761, 1763, 1841
 - Langfristiges Verteidigungsprogramm vom 30./31.5.1978
S. 4, 9, 41, 88, 97, 190⁷¹, 266, 312, 335, 442, 522²², 546, 794, 865, 903, 950¹⁸, 1006, 1016, 1280, 1290, 1295⁹, 1835

- Luxemburg
S. 1010, 1361, 1363¹¹, 1388⁵, 1390¹⁹, 1690, 1835
 - Militärausschuß
S. 8, 13⁴³, 166, 493³, 494, 1387³, 1388⁵, 1390, 1391²², 1434¹¹, 1534, 1681, 1754¹⁶, 1785, 1788, 1840¹⁴
 - Ministerial Guidance 1977 (3%-Ziel)
S. 4, 9, 97, 136, 293, 312, 368, 387, 391, 522²², 759, 763, 882¹⁶, 1003, 1006, 1686, 1690, 1692¹⁸, 1693, 1696, 1702, 1709f., 1742, 1745f., 1767f., 1838, 1917, 1920⁵
 - NATO-Doppelbeschluß
siehe: NATO-Doppelbeschluß
 - Neutronenwaffe
S. 688, 829–831, 1289
 - Niederlande
S. 6¹⁶, 7f., 12–14, 86, 369¹⁰, 740⁸, 764, 830, 866, 1009, 1388⁵, 1389, 1390¹⁹, 1682, 1684, 1692, 1694, 1698, 1700, 1835, 1841
 - Nordflanke
S. 831⁸, 882, 1295
 - Norwegen
S. 8, 12, 86, 881, 1007f., 1280, 1295, 1361, 1363¹¹, 1388f., 1390¹⁹, 1391, 1440⁷, 1683, 1694, 1702, 1834f., 1842
 - Nukleare Planungsgruppe (NPG)
Dok. 168, 328 und S. 1193, 1196
 - Politischer Ausschuß auf Gesandtenebene (Senior Political Committee, SPC)
S. 85f., 249, 452, 493³, 559, 1186, 1188, 1225⁵, 1279¹⁴, 1287¹⁵, 1359⁶, 1360, 1361³, 1372¹⁰, 1438³², 1679–1684
 - Portugal
S. 593, 758f., 764, 880f., 1009, 1361, 1363¹¹, 1388⁵, 1390¹⁹, 1694, 1839
 - SACEUR
S. 13⁴³, 64, 137, 305, 413, 494, 883, 1254⁶, 1255f., 1519, 1533, 1698, 1789²³, 1840, 1917
 - SHAPE
S. 1693²⁴
 - Special Group
siehe unter: NATO-Doppelbeschluß
 - Ständiger Rat
Dok. 1 und S. 15¹¹, 19⁷, 20, 52, 54¹⁴, 83⁶, 85–89, 165, 204, 242¹⁵, 451⁹, 493–495, 559, 761, 1186, 1381, 1387–1391, 1430, 1434¹¹, 1483, 1684, 1784–1789, 1796–1798, 1890⁴, 1911, 1929⁴
 - Südflanke
S. 90, 140, 190⁷¹, 302, 335, 491, 1008, 1518³, 1533–1535
 - Tagungen des NATO-Ministerrats
siehe unter: Konferenzen und Verhandlungen
 - Türkei
Dok. 269 und S. 8f., 11, 13⁴³, 41, 99, 102², 109, 129, 133–137, 143, 144³⁰, 183, 302, 304f., 313, 413, 491, 580, 759, 765, 830, 881, 992, 1008, 1359⁶, 1363, 1519, 1532–1534, 1683f., 1702, 1838, 1842
 - USA
Dok. 41 und S. 3–15, 29, 39f., 68, 84–86, 90¹⁰, 101, 129f., 146, 166, 176, 232, 242¹⁵, 246, 283, 298⁵, 353, 375, 380, 387f., 403, 408, 413, 419¹⁷, 425, 463, 494, 495¹⁰⁺¹¹, 523², 531, 545f., 615, 688, 759f., 767, 773, 806, 830, 865f., 880–883, 1010, 1289f., 1307, 1359–1361, 1365f., 1381, 1388⁵, 1390f., 1434¹¹, 1630f., 1670, 1681, 1683f., 1685⁵, 1699–1702, 1723, 1729, 1732¹¹, 1741, 1754, 1762¹⁹, 1775, 1841
 - Vereinte Nationen
S. 240, 1395
 - Warschauer Pakt
S. 4⁸, 43⁴, 163, 1288–1293, 1373, 1437, 1842
- NATO-Doppelbeschluß/
TNF-Modernisierung**
- Dok. 3, 135** und S. 4, 6, 8, 30, 33, 39, 44, 50–52, 60¹⁸, 67, 88, 108, 118, 121¹², 125, 156, 162, 166, 190⁷¹, 222, 246, 257, 259, 266, 294, 319, 335, 358, 397, 442, 543, 546, 553¹⁵, 614f., 618–620, 664, 674–677, 716, 753, 760, 795, 825, 842, 850f., 882, 884, 890, 892⁴, 894¹², 895, 898, 912, 916, 937⁸, 950, 989, 1003, 1005–1011, 1018, 1036f., 1041, 1049, 1061²⁶, 1062, 1066–1068, 1075–1077, 1079, 1080¹⁵, 1089, 1100, 1129, 1148–1150, 1153, 1157, 1196f., 1224³, 1295, 1452, 1494f., 1576, 1743, 1820, 1823, 1838, 1842, 1857, 1875–1879, 1891, 1943
 - Amerikanisch-sowjetische Gespräche über Mittelstreckensysteme vom 17.10. bis 17.11.1980 in Genf
Dok. 332 und S. 1146f., 1150, 1277³, 1279, 1284–1287, 1359⁴, 1360, 1361³, 1363–1367, 1377⁴, 1378–1380, 1396–1398, 1401f., 1504, 1510, 1563, 1580²⁵, 1599, 1630, 1634, 1663, 1691, 1693, 1750, 1765, 1819f., 1822–1824, 1859, 1877

- Belgien
Dok. 102, 174, 278 und S. 6¹⁶, 39³, 119, 293, 605, 618f., 659, 665, 666⁶, 764, 816, 882, 884, 938, 950–952, 956f., 1006f., 1081, 1095f., 1134f., 1147, 1286, 1362, 1389, 1399, 1437, 1690, 1692, 1698, 1749
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 111 und S. 19–23, 33, 95, 112, 114f., 192, 205, 293f., 319, 391, 397, 399, 408, 441⁹, 442, 445, 449, 506, 565, 610¹, 613¹⁰, 618–620, 638, 662–666, 680¹⁴, 704f., 706, 716, 763, 775, 795, 797, 801¹¹, 816, 852, 866, 882, 884f., 889–891, 897–901, 904, 908–912, 936–941, 948, 950–952, 956–958, 984f., 987–989, 990³⁵, 1002f., 1005, 1096, 1104, 1281, 1323, 1362, 1364, 1367f., 1378–1380, 1398–1400, 1430³⁺⁹, 1437, 1616, 1619, 1621, 1630, 1634, 1663¹², 1686f., 1690–1692, 1698, 1707, 1728, 1731f., 1749, 1879, 1920⁴
- Cruise Missiles
S. 4¹⁰, 704f., 794⁵, 884, 951³¹, 1197, 1286¹¹, 1430², 1431, 1691, 1692¹³, 1693, 1700, 1731
- Dänemark
S. 6¹⁶, 39³, 881, 882¹⁶, 1003, 1399
- DDR
S. 33, 324, 1619–1621
- FBS
S. 22, 244, 258f., 1038f., 1077, 1112, 1089f., 1146, 1149f., 1195¹⁸, 1285⁵⁺⁶, 1360, 1362, 1364, 1379, 1381, 1396–1403, 1452, 1693, 1730, 1822f.
- Frankreich
S. 840, 842f., 850, 895, 899, 1007, 1111, 1151, 1363, 1693, 1730, 1879
- Großbritannien
S. 9, 663, 665f., 705, 843, 850, 882, 884, 895, 899, 950, 1006, 1103f., 1363, 1399, 1431⁹, 1691, 1693, 1730, 1749, 1879
- High Level Group der NATO
S. 607, 675, 884, 1431⁹
- Italien
S. 8, 33, 171¹⁰, 192, 211, 605, 618f., 659, 666⁶, 705, 740⁸, 794⁵, 882, 884, 951f., 1096, 1103f., 1363, 1399, 1431, 1690–1692, 1707, 1749
- Jugoslawien
S. 638
- Kanada
S. 843
- Niederlande
S. 6¹⁶, 7, 39³, 119, 659, 666⁶, 705, 843, 881f., 884f., 950–952, 1081f., 1095f., 1286, 1362, 1399, 1430², 1431⁹, 1692, 1749, 1835
- Norwegen
S. 882, 937, 1399
- „Pershing“
S. 4¹⁰, 704f., 866, 1690f., 1692¹³, 1693, 1731, 1803
- Rumänien
S. 852
- SALT II
S. 4¹⁰, 242, 244, 884, 1146, 1630, 1686f.
- „SALT III“
S. 4¹⁰, 842f., 899, 951, 1362, 1365f.
- SLBM
S. 1691
- Special Consultative Group (SCG)
Dok. 28, 271, 272 und S. 20⁷, 22, 51¹³, 246, 559, 609, 675, 884, 890, 936f., 1103, 1287, 1364f., 1373¹³, 1378–1381, 1409⁷, 1631, 1663¹², 1730, 1732
- Special Group der NATO
S. 166f., 1381
- SS-20
S. 167, 189, 211, 397, 541, 605, 615, 663f., 666, 797f., 850f., 866, 882, 884, 890, 898, 901, 938, 939¹⁵, 1036, 1040f., 1059–1062, 1068, 1089, 1150, 1157²², 1207⁹, 1323, 1359, 1403, 1691, 1730, 1782
- Türkei
S. 1363, 1400
- UdSSR
Dok. 215, 260, 261 und S. 5, 19–23, 52, 108, 112, 114f., 119f., 121¹², 156f., 165, 167, 169–171, 205, 211, 236¹¹, 245f., 258, 319, 338, 441⁹, 442, 445, 449, 543, 566, 605, 607–609, 618f., 638, 658–664, 665⁴⁺⁵, 680¹⁴, 715f., 745, 760, 761¹⁵, 772, 797, 801¹¹, 815, 840, 842f., 849, 852, 881f., 884, 889–891, 892⁴, 895, 897f., 909, 910¹¹, 911, 914, 936⁵, 938, 940, 944, 948, 951f., 956, 961, 985, 988f., 990³⁵, 1005, 1037–1039, 1042, 1068–1070, 1075–1077, 1079, 1081, 1089, 1095, 1103f., 1108–1113, 1146f., 1149, 1153, 1157, 1367, 1378f., 1396, 1398f., 1401, 1403f., 1430², 1437, 1453, 1619f., 1634, 1663, 1691, 1693, 1728–1732, 1782, 1818, 1930
- Ungarn
S. 795, 797

- USA
Dok. 206, 262 und S. 19–23, 95f., 186, 205, 211, 252, 258, 319, 466, 565, 579f., 605, 607f., 618–620, 658, 660, 663, 665⁴⁺⁵, 666⁶, 704f., 715, 761¹⁵, 797, 816¹¹, 834⁴, 843, 850, 884, 889–891, 898, 901, 909, 912, 916, 936–939, 951f., 989, 1323, 1359f., 1362, 1378–1381, 1396–1403, 1430²⁺³, 1431⁹, 1436f., 1453, 1663¹², 1687, 1700, 1728–1732, 1749, 1782, 1879

- Volksrepublik China
S. 843, 1401

- Warschauer Pakt
S. 33, 795

Nepal

S. 468, 723⁷

Neuseeland

siehe außerdem:

Australien, Frankreich, Großbritannien, Irak-Iran-Konflikt, Iran

S. 87¹⁰, 133¹⁶, 152¹¹, 271, 405⁹, 409²⁹, 836, 926⁶, 1546

- Bundesrepublik Deutschland

Dok. 294, 298

- Europäische Gemeinschaften
S. 343²¹, 929¹⁵, 1525–1528, 1703, 1809

- Saudi-Arabien
S. 1546

- USA
S. 567, 745¹², 1546
- Volksrepublik China
S. 1548

Nicaragua

siehe außerdem:

DDR, Kuba, Mexiko, Vereinte Nationen

S. 820, 874, 1219⁴, 1338, 1791

- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 74, 255

- Spanien
S. 27¹⁰
- UdSSR
S. 87¹¹, 427, 823

- USA
S. 426⁴, 427, 821–823, 1211, 1339¹²

Niederlande

siehe außerdem:

Abrüstung und Rüstungskontrolle, Afghanistan, Belgien, Energie- und Rohstoffpolitik, Europäische Gemeinschaften, Europäische Politische Zusammenarbeit, Frankreich, Großbritannien, Italien, Ja-

pan, Kenia, KSZE, MBFR, Nahost-Konflikt, NATO, NATO-Doppelbeschluß, Olympische Sommerspiele, Rüstungsexportpolitik, SALT, Terrorismus, Vereinte Nationen

S. 699, 700⁸, 820⁵, 822, 1255, 1717²⁷, 1785, 1788, 1880⁴

- Bundesrepublik Deutschland

Dok. 200 und S. 290³, 317²⁷, 391, 425, 882, 926⁵, 1655

- Pakistan
S. 12, 493³
- Portugal
S. 334²³, 592
- Republik China (Taiwan)
S. 655⁹
- Republik Korea (Südkorea)
S. 1640, 1641³⁰
- Türkei
S. 135, 760, 954⁴², 1085, 1388⁵, 1389
- UdSSR
S. 7, 12f., 207, 1047, 1085, 1363
- USA
S. 951, 1917
- Volksrepublik China
S. 1649

Niger

siehe außerdem: Vereinte Nationen

S. 90⁹, 296

Nigeria

siehe außerdem:

Energie- und Rohstoffpolitik, Großbritannien, Kanada, Vereinte Nationen

S. 820⁵, 827²⁸, 1674f.

- Bundesrepublik Deutschland
S. 827, 981
- Rhodesien/Simbabwe
S. 341
- USA
S. 274¹⁶

Nordatlantikpakt

siehe: NATO

Nord-Süd-Dialog

siehe: Entwicklungszusammenarbeit / Nord-Süd-Frage

Nord-Süd-Kommission (Unabhängige Kommission für Internationale Entwicklungsfragen)

S. 390, 473, 827²⁹, 927f., 963, 968, 976, 1029, 1032, 1158f., 1214, 1428, 1438, 1441

Norwegen

siehe außerdem:

Afghanistan, DDR, Energie- und Rohstoffpolitik, Iran, KSZE, Luxemburg, Nahost-Konflikt, NATO, NATO-Doppelbeschluß, Olympische Sommerspiele, Vereinte Nationen, Wirtschafts- und Finanzpolitik

S. 699, 700⁸, 827²⁸, 926⁶, 1788, 1803, 1880⁴

- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 242, 245 und S. 391, 425, 1388⁵, 1391, 1440⁷, 1647
- Europäische Gemeinschaften
S. 35²⁴, 343²⁰, 1280 f., 1295 f., 1647
- Polen
S. 1294
- Türkei
S. 133¹⁶, 135, 760, 954⁴², 1388 f., 1391
- UdSSR
S. 12, 320, 1277, 1283²⁷, 1361, 1363¹¹, 1683
- USA
S. 1277, 1295, 1917
- Volksrepublik China
S. 944²⁰

NPD

S. 1052

Obervolta

S. 1771²

Olympische Sommerspiele vom 19.7. bis 3.8.1980 in Moskau

S. 7, 9, 112, 252, 332 f., 405⁹, 459, 1094, 1180

- Afghanistan
S. 9
- Ägypten
S. 405⁹
- Australien
S. 127, 231–234, 405⁹, 867
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 25, 109 und S. 9, 16, 80, 102², 108³, 110, 127 f., 145, 149, 156, 161 f., 187⁵⁹, 195, 229, 232–234, 236–238, 319 f., 322, 325, 328, 347, 349, 354, 370, 390, 405 f., 410, 413, 445, 457, 463, 486, 504⁸, 505, 531, 540 f., 543, 578³, 579⁵, 581, 603 f., 612, 615, 620 f., 626⁴, 629 f., 632, 650, 662, 681, 710, 752, 767⁹, 771, 786–788, 793, 805 f., 808, 810–812, 825, 867 f., 892⁴, 898,

940, 949, 955, 979, 1023, 1066, 1081, 1576, 1578 f., 1619, 1706, 1913, 1920⁴

- ČSSR
S. 459
- Dänemark
S. 325, 504⁸, 505, 867¹⁴
- DDR
Dok. 152 und S. 161, 322, 325, 788 f.
- Europäische Gemeinschaften/Europäische Politische Zusammenarbeit
S. 236 f., 328 f., 363, 652
- Finnland
S. 505
- Frankreich
S. 112²², 151, 231, 234, 236–238, 319³¹, 325, 328 f., 349, 355, 370, 381, 405 f., 486, 531, 578³, 603, 621, 630, 752, 868
- Griechenland
S. 152
- Großbritannien
S. 80, 231, 234, 237, 325, 328, 340, 348, 353 f., 405⁹, 406, 531, 615, 621, 630, 752, 777⁴, 867, 979
- Italien
S. 193, 195, 325, 710, 768⁵⁺⁶, 772, 868
- Japan
S. 389, 621
- Kanada
S. 80, 127, 234, 405⁹, 621, 629, 632
- Kenia
S. 273
- Luxemburg
S. 867¹⁴
- Malaysia
S. 479³
- Niederlande
S. 7, 13
- Norwegen
S. 505
- Österreich
S. 710
- Polen
S. 457 f., 683
- Portugal
S. 626⁴
- Sambia
S. 342¹⁵
- Saudi-Arabien
S. 397

- Schweden
S. 325, 505
- Schweiz
S. 793
- Spanien
S. 867¹⁴
- UdSSR
S. 9, 79, 156, 161f., 187⁵⁹, 211, 220f., 231, 236, 238, 273, 319f., 332, 354, 381, 406¹¹, 457f., 462, 505, 540, 543, 579⁵, 599f., 603, 612, 630, 632, 650, 662, 681, 752, 805f., 808, 810, 892⁴, 978³, 979
- Ungarn
S. 187⁵⁹
- USA
S. 297, 108³, 111, 112²², 127f., 145, 149–153, 161, 195, 203, 211, 220f., 229, 231, 232–234, 236–238, 252, 274¹⁶, 319f., 325, 340, 347f., 354, 370, 381, 388, 396, 405f., 410, 413, 445, 462, 522²², 578³, 579⁵, 581, 600, 603, 612, 621, 629, 786, 805f., 825, 867, 898, 900¹⁷, 952, 955, 1011, 1706, 1756

Olympische Winterspiele vom 13. bis 24.2.1980 in Lake Placid

S. 195, 600

Oman

siehe außerdem:

Afghanistan, Großbritannien, Japan, Nahost-Konflikt

S. 1638²⁰

- Bundesrepublik Deutschland
S. 411, 1705
- Europäische Gemeinschaften
S. 25⁶, 56, 145, 179, 775²⁸
- Pakistan
S. 80⁹
- Saudi-Arabien
S. 920
- USA
S. 80⁹, 99, 181³⁹, 274¹⁷, 297, 298⁶, 299, 411, 751, 1323, 1610

Organisation für Afrikanische Einheit (OAE)

siehe: Organization of African Unity

Organisation der Islamischen Konferenz (OIC)

siehe außerdem: UdSSR

S. 113, 174, 395, 536f., 641, 732²⁶, 749f., 917¹⁹, 958⁶⁷, 961, 962⁹, 978³, 1005, 1008, 1065, 1448²⁰, 1473, 1514, 1683

- Afghanistan
S. 778, 807, 961f., 1005, 1109, 1156f.
- Konferenzen der Außenminister der Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz
siehe unter: Konferenzen und Verhandlungen

Organization for Economic

Cooperation and Development (OECD)

S. 79², 87, 95, 129⁶, 130, 133¹⁶, 139–141, 144³⁰, 270, 301³, 313¹⁷, 335, 369¹¹, 409, 591²⁹, 604, 612, 684, 735, 836, 903f., 927⁷, 954⁴², 957, 965–967, 969, 973, 1084⁹, 1395¹⁷, 1441, 1682, 1835, 1902¹⁰

Organization of African Unity (OAU)

S. 562¹³, 564, 714³³, 864, 888, 1717

Organization of Arab Petroleum

Exporting Countries (OAPEC)

S. 965¹³

Organization of Petroleum

Exporting Countries (OPEC)

S. 82¹⁵, 206²², 387, 395, 417f., 472²⁶, 473, 486¹⁸, 574¹¹, 743, 820, 827²⁹, 863f., 918, 919, 928, 963–975, 1131²⁹, 1145, 1163, 1182, 1312, 1404², 1443¹⁷, 1499, 1711, 1714, 1717²⁷, 1738, 1762, 1829, 1846f.

Österreich

siehe außerdem:

Afghanistan, Ägypten, ČSSR, Dänemark, DDR, Deutsche Frage, Energie- und Rohstoffpolitik, Frankreich, Großbritannien, Indien, Iran, Kanada, KSZE, Kuba, Mexiko, Olympische Sommerspiele, Vereinte Nationen, Wirtschafts- und Finanzpolitik
S. 64, 87¹⁰, 328, 409²⁹, 587, 699, 797, 801, 820⁵, 926⁶, 976, 1131²⁹, 1156¹⁴, 1674f.

- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 136 und S. 205¹⁹, 659, 789, 868²⁰
- Europäische Gemeinschaften
S. 506
- Pakistan
S. 712
- PLO
S. 934, 712
- Polen
S. 711
- Schweiz
S. 789
- Türkei
S. 954⁴²

- UdSSR
S. 205¹⁹, 631, 659, 708, 710, 712, 716f., 1047, 1675
- USA
S. 567, 631, 659, 708, 710f., 783²⁰
- Volksrepublik China
S. 1675

Pakistan

siehe außerdem:

Afghanistan, Ägypten, Bewegung blockfreier Staaten, Energie- und Rohstoffpolitik, Frankreich, Großbritannien, Indien, Irak-Iran-Konflikt, Iran, Japan, Jordanien, Kuba, Nahost-Konflikt, Niederlande, Oman, Österreich, Vereinte Nationen, Wirtschafts- und Finanzpolitik

S. 237, 284, 315f., 333, 422⁶, 450²⁵, 820⁵, 919, 1026, 1219⁴, 1420¹⁹, 1514³⁸

- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 119, 288 und S. 18, 93, 95, 109f., 115, 125, 145, 147, 168f., 176, 178³⁰, 200, 237, 315f., 339¹¹, 387, 391, 395, 408, 462, 467², 475³⁴, 477⁴⁷, 478, 510, 531⁸, 536, 580, 614, 637, 732, 734, 902, 913³, 917f., 953, 1448, 1683¹⁷, 1684
- Europäische Gemeinschaften/Europäische Politische Zusammenarbeit
S. 110, 1640
- NATO
S. 88, 95, 1680
- Saudi-Arabien
S. 80⁹, 95, 185, 526, 913³
- Türkei
S. 11
- UdSSR
S. 9, 24, 28, 40, 45f., 98, 102², 168², 173, 190⁷¹, 200, 204, 220f., 230, 233¹⁹, 237, 256, 382, 393, 395, 410, 464, 523–526, 536, 637, 639–641, 732, 743, 799, 824, 850, 942, 1067, 1427, 1448f., 1463, 1474¹², 1496
- USA
S. 11, 18¹⁸, 29⁷, 80⁹, 91f., 95, 98f., 102², 109–111, 115, 116⁴⁶, 125, 176, 200, 233¹⁹, 237, 256, 283, 315f., 382, 387, 393, 399, 408, 422⁶, 462, 467², 468, 478, 523², 525, 580, 614, 637, 639f., 732²⁶, 734, 744, 751, 917¹⁹, 919²⁶, 953, 958⁶⁷, 1179, 1448, 1463, 1478, 1491, 1495
- Volksrepublik China
S. 7¹⁸, 116⁴⁶, 176, 200, 256, 393, 478⁵², 525, 637, 917¹⁹, 1179, 1427, 1448

Panama

S. 497, 821f., 1211

Paraguay

S. 405⁹, 1258²

Papua-Neuguinea

S. 405⁹, 1546f.

Peru

siehe außerdem: Kuba

S. 874

PFLP (Popular Front for the Liberation of Palestine)/PFLP-SC (Popular Front for the Liberation of Palestine-Special Command)

S. 610³, 667⁴, 668, 669⁹, 1175, 1310–1316

Philippinen

siehe außerdem:

Afghanistan, Kambodscha, Vereinte Nationen

S. 90⁹, 480, 820⁵, 953, 1675, 1777⁷

PLO (Palestine Liberation Organization)

siehe außerdem:

Irak-Iran-Konflikt, Israel, Jordanien, Libanon, Libyen, Nahost-Konflikt, Österreich, Saudi-Arabien, Spanien, Syrien, UdSSR

S. 641¹², 714, 935f., 1097²⁸, 1099³⁵, 1172, 1191, 1320, 1349, 1394, 1638²⁰, 1708, 1718, 1725–1727, 1728²⁴

- Bundesrepublik Deutschland

S. 595, 1349, 1727

- Europäische Politische Zusammenarbeit
S. 923, 1726

Polen

siehe außerdem:

Abrüstung und Rüstungskontrolle, Afghanistan, Berlin, Bulgarien, ČSSR, DDR, Energie- und Rohstoffpolitik, Frankreich, Großbritannien, Heiliger Stuhl, Iran, Italien, Japan, Jugoslawien, KAE, Kanada, KSZE, Libyen, Luxemburg, MBFR, Norwegen, Olympische Sommerspiele, Österreich, SALT, Vereinte Nationen, Warschauer Pakt, Wirtschafts- und Finanzpolitik

Dok. 80, 300 und S. 112, 282, 320, 358, 708, 902, 1058, 1352, 1355, 1385f., 1409, 1434f., 1455f., 1462, 1465, 1471, 1488, 1492, 1494, 1505, 1520⁹, 1542f., 1559, 1568–1570, 1589¹², 1593f., 1596, 1599, 1601f., 1639, 1669, 1677, 1695, 1768,

- 1786, 1792, 1843f., 1885², 1914f., 1917, 1929
- Europäische Gemeinschaften/Europäische Politische Zusammenarbeit
Dok. 350 und S. 308, 1329¹⁷, 1409, 1456⁵, 1643, 1768f., 1773, 1797, 1808f., 1810, 1819–1821, 1833, 1838, 1874, 1921, 1930
 - Eventualfallplanung
Dok. 371, 374 und S. 1890–1904, 1934
 - NATO
Dok. 344, 346 und S. 1385², 1763, 1815f., 1880, 1921f., 1930f.
 - Rumänien
S. 1757, 1813f., 1933
 - Streikbewegung/Solidarność
Dok. 228, 246, 253, 256, 289 und S. 1269–1275, 1308f., 1422⁶, 1425, 1434, 1455f., 1458, 1461⁹, 1543f., 1557f., 1560, 1595, 1601–1603, 1612, 1696, 1756f., 1788, 1796, 1814f., 1850, 1857, 1934
 - UdSSR
Dok. 268, 312, 346, 362, 366, 367 und S. 209²⁺⁴, 211f., 399, 456–458, 470, 679, 681, 733, 817, 840, 1208, 1274¹³, 1277, 1286, 1297⁵, 1309, 1341f., 1352f., 1434f., 1457⁸, 1458, 1461f., 1493, 1501f., 1506, 1511f., 1543f., 1555f., 1559f., 1582, 1594, 1602, 1632–1634, 1677, 1679, 1693²², 1695, 1702³⁴, 1748, 1757, 1762¹⁹, 1768f., 1774, 1782f., 1811–1816, 1819–1821, 1831–1833, 1836–1838, 1849–1852, 1855f., 1859f., 1868, 1880, 1889, 1919, 1921, 1930–1936, 1942f.
 - Ungarn
S. 1695, 1757, 1933
 - USA
S. 375³, 377, 379¹², 414, 680, 708, 733, 957, 988, 1210, 1279, 1307, 1329, 1434f., 1457, 1478, 1480, 1631⁴, 1748, 1757, 1762¹⁹, 1774, 1782f., 1787, 1856
 - Volksrepublik China
S. 684
- Polen-Bundesrepublik Deutschland**
Dok. 130, 240, 253, 282, 310 und S. 76, 172, 209–213, 223, 234, 347, 377, 455–458, 506, 733, 752, 851f., 941, 1157, 1207⁹, 1279, 1294, 1307, 1309, 1343, 1353, 1422⁶, 1434f., 1478, 1501, 1511f., 1562, 1625, 1631⁴, 1632f., 1643, 1688f., 1705, 1720f., 1739f., 1748, 1756f., 1763, 1767, 1772, 1797, 1816, 1863
- Handels- und Wirtschaftsbeziehungen
S. 685³¹, 847, 1456–1458, 1757, 1798
 - Humanitäre Fragen
S. 307¹¹, 390
 - Polnische Kreditwünsche
Dok. 54 und S. 506, 1270, 1273, 1506, 1558, 1569
- Portugal**
siehe außerdem:
Afghanistan, Angola, Brasilien, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Italien, Mosambik, Nahost-Konflikt, NATO, Niederlande, Olympische Sommerspiele, Vereinte Nationen, Wirtschafts- und Finanzpolitik
S. 90⁹, 126, 626, 699, 1792
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 107 und S. 38, 135, 137, 335, 626f., 1414, 1610
 - Europäische Gemeinschaften/Europäische Politische Zusammenarbeit
S. 36, 533¹³, 590–593, 626⁴, 929, 1135, 1136¹¹, 1183, 1410, 1414, 1527, 1873
 - UdSSR
S. 584, 1361, 1363¹¹
 - USA
S. 594³⁵, 1607–1609
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung**
S. 1271⁸, 1331, 1352³
- Presse und Nachrichtenagenturen**
- Agence France Presse (AFP)
S. 1692¹³
 - Agenzia Nazionale Stampa Associata (ANSA)
S. 1429¹⁷
 - Al Ahram
S. 648¹⁰
 - Al Akhbar
S. 1725¹³
 - Allgemeine Deutsche Nachrichtenagentur (ADN)
S. 812, 1353⁵
 - American Jewish Press Association
S. 955⁵⁰
 - The Baltimore Sun
S. 889⁵, 937⁷
 - Bild am Sonntag
S. 603¹²

- British Broadcasting Corporation (BBC)
S. 187, 1309⁵
- Corriere delle Sera
S. 1429¹⁷
- Deutsche Presse-Agentur (dpa)
S. 820⁵, 1429¹⁷
- Deutsche Welle
S. 1309⁵
- Deutschlandfunk
S. 1603²³
- Documents. Revue des Questions Allemandes
S. 1242
- Dokumente. Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog und übernationale Zusammenarbeit
S. 1242
- Frankfurter Allgemeine Zeitung
S. 212, 1256, 1273, 1314¹⁰
- Frankfurter Rundschau
S. 1269, 1661
- The International Herald Tribune
S. 45¹², 96⁵, 252⁷, 566¹⁶, 1718
- Izvestija
S. 1027⁴⁵
- Jerusalem Post
S. 1303¹⁶
- Kommunist
S. 1661
- Le Monde
S. 1246, 1775
- La Nación
S. 1794²¹
- Neues Deutschland
S. 65¹⁷, 812¹⁰, 1581, 1592, 1621
- The New York Times
S. 100, 210⁷, 477, 579, 889⁵, 937⁷, 1193, 1626⁴
- Norddeutscher Rundfunk (NDR)
S. 1139
- Nowoje Wremja
S. 1089
- Oktober
S. 25³
- El País
S. 1096²⁴
- Pars-Agentur
S. 1703³⁸
- Policy Review
S. 1803
- Pravda
S. 243, 256, 258, 717, 868¹⁹, 978³, 1045²⁷, 1080, 1089, 1102¹², 1352, 1353⁴, 1385², 1445⁵, 1501⁴, 1511
- Radio Afghanistan
S. 3²
- Radio Europe 1
S. 45¹²
- Radio Free Europe/Radio Liberty
S. 1271, 1602, 1603²³
- Radiotélévision de Luxembourg (RTL)
S. 1136–1140
- Sowjetskaja Rossija
S. 1089, 1352³
- Der Spiegel
S. 63, 1314¹⁰, 1456
- Stern
S. 1742
- Stimme Amerikas (Voice of America)
S. 1271, 1309⁵
- Süddeutsche Zeitung (München)
S. 103⁸, 123¹⁹, 127¹⁷, 153¹³
- TASS (Telegrafnoe Agentstvo Sovetskogo Sojuza) (Moskau)
S. 3³, 443, 775²⁷, 777³, 889⁵, 1089, 1146⁴, 1309⁵, 1352, 1353⁵, 1385², 1501⁴, 1593²¹, 1845⁸
- Time Magazine
S. 1765¹⁰
- The Times
S. 1246
- Trybuna Ludu
S. 1353⁵
- De Volkskrant
S. 1301¹³
- The Washington Post
S. 579, 889⁵, 1193, 1418¹²
- The Wall Street Journal
S. 98
- WDR (Westdeutscher Rundfunk Köln)
S. 163, 209², 1202, 1777 f.
- Die Welt
S. 60¹⁸, 222, 274¹⁶, 517, 621, 811, 1100–1102 f., 1225⁶, 1246, 1390, 1589¹², 1603²³
- Welt am Sonntag
S. 222

- ZDF (Zweites Deutsches Fernsehen)
S. 619¹⁰, 1204, 1429¹⁷, 1435¹³, 1456 f.
- Die Zeit
S. 164⁵, 209², 385, 1081

Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)

siehe außerdem:

Europäische Gemeinschaften, Wirtschafts- und Finanzpolitik

S. 79³, 197, 205, 206²², 207, 462⁹, 963–965, 967, 971, 975, 1278, 1462¹⁵, 1506, 1717²⁷, 1931 f.

Republik China (Taiwan)

siehe außerdem:

Australien, Belgien, Energie- und Rohstoffpolitik, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, Libyen, Niederlande

S. 152, 653², 655–657, 1653, 1744 f.

Republik Korea (Südkorea)

siehe außerdem:

Energie- und Rohstoffpolitik, Frankreich, Iran, Japan, Niederlande

S. 946, 1120³, 1439, 1793 f., 1844

- Bundesrepublik Deutschland
S. 510, 1212²⁰, 1215, 1439³³, 1640, 1641³⁰
- Europäische Gemeinschaften/Europäische Politische Zusammenarbeit
S. 1212²⁰, 1640 f.
- USA
S. 567, 1212, 1215, 1439, 1848 f.

RGW

siehe: Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe

Rhodesien/Simbabwe

siehe außerdem:

Angola, DDR, Frankreich, Großbritannien, Jugoslawien, Kanada, Kenia, Namibia-Frage, Nigeria, Vereinte Nationen

S. 152, 341¹³, 342, 450²⁵, 820⁵, 944, 1005, 1028, 1337², 1656, 1715, 1717, 1906

- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 101 und S. 115, 487, 531, 620, 629, 633–636, 638 f., 646 f., 976, 981, 1005
- Europäische Gemeinschaften
S. 559², 562
- Patriotic Front (ZANU und ZAPU)
S. 115³⁹, 272, 295–297, 634⁶

- Rumänien
S. 562
- Sambia
S. 341¹³, 342, 646
- Schweden
S. 562
- Südafrika
S. 272, 341¹³, 342¹⁵, 562, 633, 753, 1657, 1716 f.
- SWAPO
S. 633
- Tansania
S. 341
- UdSSR
S. 116, 220, 272, 638, 736, 756⁸, 1302
- USA
S. 116, 342¹⁵, 620
- Volksrepublik China
S. 736

Robert-Bosch-Stiftung

S. 1242, 1249 f., 1252

Römische Verträge vom 25.3.1957

S. 343, 529, 572 f., 1411, 1413

- EURATOM-Vertrag vom 25.3.1957
S. 1413
- EWG-Vertrag vom 25.3.1957
S. 142²⁸, 487, 575³, 577, 600, 616, 631, 994³, 1106, 1268²⁶, 1413, 1938

Rumänien

siehe außerdem:

Afghanistan, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, Jugoslawien, KSZE, Nahost-Konflikt, NATO-Doppelbeschluss, Polen, Rhodesien/Simbabwe, Vereinte Nationen, Warschauer Pakt, Wirtschafts- und Finanzpolitik

S. 44, 83, 87¹¹, 799

- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 160, 351 und S. 76, 224, 377, 384 f., 506, 1234, 1813²
- NATO
S. 1680 f.
- Schweden
S. 1680 f., 1814
- UdSSR
Dok. 68 und S. 87¹¹, 98, 184, 399, 736, 824, 851²³, 853, 1680⁷, 1789²³
- USA
S. 98, 120, 184, 375³, 384 f., 853, 998

- Volksrepublik China
S. 851²³

Rüstungsexportpolitik

siehe auch: Frankreich–Bundesrepublik

- Ägypten
S. 440
- Belgien
S. 250³⁷
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 91 und S. 102², 125, 146, 208, 317²⁷⁺²⁸, 334, 369¹⁰, 399f., 423, 464, 467², 474f., 598, 858f., 1022, 1028, 1169f., 1346, 1443¹⁷, 1704–1706, 1790²⁺³, 1795, 1846
- DDR
S. 295
- Frankreich
S. 110, 189, 250³⁷, 400, 439, 510, 859, 1443¹⁷, 1705, 1773²
- Großbritannien
S. 110, 188f., 250³⁷, 317²⁷, 510, 1443¹⁷, 1703–1706
- Irland
S. 250³⁷
- Italien
S. 250f., 317²⁷, 1443¹⁷, 1705
- Japan
S. 317²⁷
- NATO
S. 250³⁷, 1443¹⁷
- Niederlande
S. 250³⁷, 317²⁷
- Somalia
S. 200
- UdSSR
S. 250³⁷, 295, 510, 1443¹⁷
- USA
S. 110, 188, 250³⁷, 299, 317²⁷⁺²⁸, 349, 382, 422f., 468, 478⁵², 510, 529⁴, 778f., 1375, 1443¹⁷, 1705f.
- Volksrepublik China
S. 478⁵²
- Warschauer Pakt
S. 1443¹⁷

SALT (Strategic Arms Limitations Talks)/SALT-Prozeß

S. 1059, 1104, 1157, 1195¹⁸, 1400, 1687, 1700f., 1729, 1820, 1838, 1848, 1851

- „Backfire“-Bomber
S. 167, 241, 244, 397, 541, 850, 1040f., 1059, 1076, 1195¹⁸, 1323, 1402, 1693, 1730
- Bundesrepublik Deutschland
S. 242, 378⁸, 849, 900, 912, 950, 952, 989, 1035, 1263¹¹, 1379, 1399, 1437, 1453, 1630, 1686f., 1763, 1879
- Cruise Missiles
S. 4¹⁰, 21, 184, 241, 242¹⁵, 245²⁴, 1195¹⁸, 1691
- DDR
S. 378⁸
- FBS
siehe unter: NATO-Doppelbeschuß
- Frankreich
S. 1730, 1879
- Gemeinsame Erklärung der USA und der UdSSR vom 24.11.1974 zu den Verhandlungen über eine Begrenzung der strategischen Rüstungen (Vereinbarung von Wladiwostok)
S. 245²⁴, 1195¹⁸
- Gemeinsame Erklärung der USA und der UdSSR vom 18.6.1979 über Grundsätze und Hauptleitlinien für künftige Verhandlungen über die Begrenzung strategischer Waffen
S. 22
- Großbritannien
S. 1730, 1879
- ICBM
S. 242f., 245²⁴, 1195¹⁸, 1628
- MIRV
S. 243, 245²⁴, 1195¹⁸
- NATO
S. 88, 240, 246, 936⁵, 1630
- Niederlande
S. 6¹⁶, 884
- Polen
S. 244²²
- Protokoll zum SALT-II-Vertrag
S. 21f., 244, 338, 899, 950, 952
- Ratifizierung des SALT-II-Vertrags
Dok. 59 und S. 5, 6¹⁶, 21–23, 29⁷, 52, 102², 121¹⁵, 155¹⁴, 185, 228, 240–245, 258, 259, 266, 324, 378⁸, 442, 544, 553¹⁵, 607⁴, 613, 616, 699, 731, 761¹⁵, 791¹¹, 804, 825, 842, 849, 866, 884, 900¹⁷, 902, 936⁵, 956f., 989, 1003, 1011, 1018, 1030, 1035–1037, 1039, 1041, 1064, 1075f., 1080, 1089,

- 1111, 1149f., 1263¹¹, 1285⁶, 1362, 1379f., 1398, 1403, 1452f., 1620, 1626, 1628, 1677, 1693, 1763, 1781f., 1876f.
- SALT I (Interimsabkommen vom 26.5.1972)
S. 49, 51, 155¹⁴, 242f., 337², 471, 715, 1055, 1453, 1628, 1629¹², 1630, 1670, 1755, 1897
 - SALT II (Vertrag vom 18.6.1979)
S. 4¹⁰, 5, 6¹⁶, 20–23, 297, 44, 51f., 83, 97, 102², 121¹⁵, 122, 155, 160³¹, 169, 185, 240, 242–245, 259, 311², 332, 338, 445, 544, 658, 715, 795, 797, 843, 849f., 989, 1055, 1059, 1066, 1069, 1075, 1090, 1146⁴, 1195, 1210, 1362, 1396⁸, 1399, 1453f., 1595², 1626–1630, 1663¹², 1670, 1692, 1749f., 1755, 1765, 1819, 1821, 1858f., 1889, 1891
 - „SALT III“
S. 20–23, 44, 52, 157¹⁹, 169⁵, 242¹⁵, 245, 258, 338, 605²², 619⁹, 815, 816¹¹, 842–844, 900, 912, 951, 956f., 989, 1031, 1035–1038, 1061, 1069, 1075, 1089, 1153, 1195¹⁸, 1210, 1285⁶, 1379f., 1398, 1403, 1493, 1620, 1626⁴, 1627–1629, 1690, 1750, 1875–1879
 - UdSSR
S. 4¹⁰, 5¹³, 122, 169, 241–244, 259, 338, 442, 445, 607, 613, 658, 731, 791¹¹, 815, 816¹¹, 843, 849f., 895, 936⁵, 989, 1035, 1061, 1069, 1075f., 1088, 1362, 1437, 1453, 1628, 1629¹², 1688, 1730, 1781f., 1876
 - USA
S. 4¹⁰, 5, 121f., 125, 155, 240–243, 259, 338, 403, 414, 471, 607, 613, 658, 660, 791¹¹, 834⁴, 866, 900, 936⁵, 989, 1039, 1061, 1195, 1362, 1364, 1437, 1626–1631, 1687, 1692f., 1730f., 1732¹¹, 1749f., 1763, 1765, 1781f., 1876, 1879, 1930
 - Verifikation
S. 4¹⁰, 240f., 1453, 1731
 - Volksrepublik China
S. 843, 1030
 - Warschauer Pakt
S. 1620
- Sambia**
siehe außerdem:
Afghanistan, Bulgarien, Frankreich, Großbritannien, Indien, Iran, Kambo-dscha, Kanada, Nahost-Konflikt, Nami-bia-Frage, Olympische Sommerspiele,
- Rhodesien/Simbabwe, Vereinte Nationen, Wirtschafts- und Finanzpolitik*
S. 87¹¹, 341¹³, 1717
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 121 und S. 531⁸, 981
 - Südafrika
S. 646f., 649, 757
 - Tansania
S. 341¹³
 - UdSSR
S. 272, 342, 648
 - USA
S. 648, 649¹⁵
 - Vietnam
S. 648
 - Volksrepublik China
S. 648, 649¹⁵
- São Tomé und Príncipe**
siehe außerdem: Vereinte Nationen
S. 87¹¹, 594³⁵
- Saudi-Arabien**
siehe außerdem:
Afghanistan, Ägypten, Arabische Republik Jemen (Nordjemen), Belgien, Berlin, Demokratische Volksrepublik Jemen (Südje-men), Energie- und Rohstoffpolitik, Frank-reich, Großbritannien, Irak, Irak-Iran-Konflikt, Iran, Israel, Japan, Jordanien, Kenia, Libyen, Nahost-Konflikt, Neusee-land, Olympische Sommerspiele, Oman, Pakistan, Terrorismus, Wirtschafts- und Finanzpolitik
S. 13⁴⁴, 26, 361, 383, 425, 597f., 655⁹, 715, 792, 820⁵, 861, 863 1162⁹, 1320, 1675, 1705f., 1846f.
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 70, 91, 176 und S. 25, 66, 79², 90, 95, 204¹³, 361, 465, 591, 595, 743, 862–864, 959, 1087, 1704f.
 - Europäische Gemeinschaften
S. 25, 56, 334, 335¹⁴, 640⁸, 921³⁴, 1097²⁹
 - PLO
S. 921³⁴
 - Senegal
S. 861, 863, 921
 - Somalia
S. 920
 - Spanien
S. 24

- Türkei
S. 393³, 395, 917
- UdSSR
S. 397, 465, 797
- USA
S. 26, 80⁹, 95, 99, 181³⁹, 274¹⁷, 276, 297, 298⁶, 300, 361, 393 f., 399, 411³⁴, 439⁶, 751²⁹, 915, 918 f., 965¹³, 1059, 1460, 1476, 1609–1611, 1705, 1847

Schweden

siehe außerdem:

DDR, Energie- und Rohstoffpolitik, Finnland, Irak-Iran-Konflikt, Iran, Kenia, KSZE, Olympische Sommerspiele, Rhodesien/Simbabwe, Rumänien, Vereinte Nationen

S. 64, 488²⁸, 587, 707, 820⁵, 926⁶, 1674 f.

- Türkei
S. 313¹⁷, 954⁴²
- USA
S. 184, 567, 569, 710
- Volksrepublik China
S. 944²⁰

Schweiz

siehe außerdem:

DDR, Energie- und Rohstoffpolitik, Iran, KSZE, Olympische Sommerspiele, Österreich

S. 328, 926⁶, 1131²⁹, 1156¹⁴

- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 149 und S. 291⁶
- UdSSR
S. 879¹¹
- USA
S. 291⁶, 567, 570, 710, 790⁹, 792, 1417¹¹

Senegal

siehe außerdem:

Afghanistan, Bewegung blockfreier Staaten, Frankreich, Kanada, Nahost-Konflikt, Saudi-Arabien, Vereinte Nationen

S. 465, 820⁵, 860–864, 1514³⁸

- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 163 und S. 465, 921
- USA
S. 274¹⁶

Simbabwe

siehe: Rhodesien/Simbabwe

Singapur

S. 479³, 480, 820⁵, 1777, 1779

Somalia

siehe außerdem:

Afghanistan, Äthiopien, Frankreich, Italien, Kenia, Rüstungsexportpolitik, Saudi-Arabien

S. 175¹⁹, 200, 919, 1659

- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 18 und S. 272, 411, 610, 921, 1659
- UdSSR
S. 175¹⁹, 736, 921³¹
- USA
S. 25³, 99, 181³⁹, 274¹⁷, 297–300, 411, 751, 780, 1213–1215, 1323

Sowjetunion

siehe: UdSSR

Sozialistische Internationale

S. 1091, 1211

Spanien

siehe außerdem:

Afghanistan, Ägypten, DDR, Energie- und Rohstoffpolitik, Frankreich, Großbritannien, Irak, Iran, Israel, Italien, Jordanien, KSZE, Kuba, Libyen, Mexiko, Nahost-Konflikt, Nicaragua, Olympische Sommerspiele, Saudi-Arabien, Terrorismus, Vereinte Nationen, Wirtschafts- und Finanzpolitik

S. 27, 655⁹, 714³³, 779 f., 820⁵, 1640²⁶, 1671–1673, 1708

- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 4, 5, 7, 258, 323 und S. 20⁶, 59, 63, 369, 1136, 1166, 1279¹⁵, 1414, 1429, 1707 f.
- Europäische Gemeinschaften
S. 32, 34 f., 42³, 62, 334, 343²⁰, 533, 929, 1135 f., 1183, 1410, 1414, 1527, 1644, 1670, 1872 f.
- Lateinamerikapolitik
S. 27, 38, 45 f., 334
- NATO
Dok. 220 und S. 31–33, 43, 46, 95, 1038, 1096, 1165 f., 1681
- PLO
S. 26 f.
- UdSSR
S. 24, 42–44, 45 f., 902
- USA
S. 24, 26 f., 32 f., 44 f., 63, 81, 95 f., 425, 1165⁵, 1669

SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands)

S. 31, 33, 35, 38, 51¹³, 63, 65, 67, 101, 153, 164, 192, 386–392, 476⁴⁰, 566, 606 f., 663, 664⁶, 665², 700–704, 788⁴⁰, 808³⁴, 885–891, 900, 904, 921³¹, 930¹, 932¹⁰, 950, 990, 1076, 1091, 1096²⁵, 1211, 1215, 1276⁷, 1338³, 1375², 1385², 1503 f., 1509, 1520, 1529, 1673

Sri Lanka

S. 477⁴⁷

Stanley Foundation

S. 1713⁹

Strategic Arms Limitation Talks

siehe: *SALT*

Südafrika

siehe außerdem:

Angola, Belgien, DDR, Energie- und Rohstoffpolitik, Frankreich, Großbritannien, Iran, Italien, Kanada, Namibia-Frage, Rhodesien/Simbabwe, Sambia, Vereinte Nationen

S. 152, 1220⁵, 1658, 1715–1718

- African National Congress (ANC)
S. 295 f., 647 f., 1658
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 233 und S. 392, 407, 635, 643¹, 646, 649¹⁵, 757, 885⁵, 886⁷, 887, 903, 981, 1567, 1656–1658, 1716
- Europäische Politische Zusammenarbeit
S. 922
- UdSSR
S. 1658⁹, 1716
- USA
S. 649¹⁵, 721, 1226⁶, 1715 f.

Sudan

siehe außerdem:

Äthiopien, Frankreich, Libyen

S. 405⁹, 425, 736, 1323

Südpazifisches Forum (SPF)

S. 1547

SWAPO (South West Africa People's Organisation)

siehe unter:

Namibia-Frage, Rhodesien/Simbabwe

Swasiland

S. 1717

Syrien

siehe außerdem:

Irak, Iran, Israel, Japan, Jordanien, Ke-

nia, Libanon, Libyen, Nahost-Konflikt, Terrorismus, Vereinte Nationen

S. 87¹¹, 230, 1162⁹, 1723

- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 99 und S. 509
- Europäische Gemeinschaften
S. 25⁵, 1097
- PLO
S. 1312⁸
- UdSSR
S. 87¹¹, 220, 272, 394, 714, 731, 824, 1175, 1182, 1302, 1513, 1723 f.
- USA
S. 1724

Tansania

siehe außerdem:

Energie- und Rohstoffpolitik, Großbritannien, Kenia, Namibia-Frage, Rhodesien/Simbabwe, Sambia

S. 274¹⁶, 341¹³, 735, 820⁵, 981, 1674 f., 1717

Terrorismus

S. 978, 1155, 1618, 1640²⁶, 1658⁹

- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 127, 250 und S. 275³, 437⁶, 548, 610, 793, 1216–1218, 1673, 1792
- Demokratische Volksrepublik Jemen (Südjemen)
S. 667⁴, 668, 1310–1315, 1316¹⁶
- Frankreich
S. 668
- Großbritannien
S. 360, 1708
- Irak
Dok. 230, 267 und S. 275³, 667⁴, 669⁹, 1313, 1317 f., 1432 f.
- Iran
S. 64
- Irland
S. 1083⁸
- Israel
S. 1311⁷
- Italien
S. 1420¹⁶, 1429
- Jamaika
S. 1090 f.
- Jordanien
S. 1312

- Jugoslawien
S. 183, 433², 1310 f., 1315
- Libanon
S. 667–669
- Malta
S. 668⁶, 1083⁸
- Niederlande
S. 1083
- Saudi-Arabien
S. 1087
- Spanien
S. 27¹⁰, 42³, 1671–1673, 1707
- Syrien
S. 548
- Türkei
S. 301⁴, 610³

Thailand

siehe außerdem:

ASEAN, Japan, Kambodscha

S. 943, 1777⁷

- Bundesrepublik Deutschland
S. 119, 480
- Vietnam
S. 479⁵, 636, 945²⁶

Tonga

S. 1547

Treuhandstelle für den Interzonenhandel

S. 1623

Tschad

siehe außerdem: Libyen

S. 38

Tschechoslowakei

siehe: ČSSR

Tunesien

siehe außerdem:

Afghanistan, Italien, Libyen, Nahost-Konflikt, Vereinte Nationen

S. 439⁶, 509, 1162⁹, 1514³⁸

Türkei

siehe außerdem:

Afghanistan, Australien, Belgien, Dänemark, Energie- und Rohstoffpolitik, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irak, Iran, Israel, Italien, Japan, Kanada, Libyen, Luxemburg, MBFR, Nahost-Konflikt, NATO, NATO-Doppelbeschluß, Niederlande, Norwegen, Österreich, Pakistan, Saudi-Arabien, Schwe-

den, Terrorismus, Wirtschafts- und Finanzpolitik

Dok. 269 und S. 1388⁵, 1433, 1520¹⁰, 1785, 1788

– Bundesrepublik Deutschland

Dok. 188 und S. 9, 36, 83, 93 f., 102², 105¹¹, 109 f., 125, 128–145, 147, 181, 227³, 278, 293, 301–305, 311, 313–315, 329¹⁴⁺¹⁵, 335, 339¹¹, 369, 387, 391, 393³, 395 f., 408, 424, 462, 464, 490 f., 492¹⁵, 522²², 547¹³, 580, 591, 614, 640, 753⁴⁹, 760, 763, 765, 776, 902 f. 913³, 917 f., 953, 1014¹², 1015, 1085 f., 1388, 1433, 1520

– Europäische Gemeinschaften/Europäische Politische Zusammenarbeit

S. 56³, 57, 67²³, 79, 84, 130, 142–144, 190⁷¹, 280⁵, 301³, 304, 329 f., 334 f., 350³⁷, 992 f., 1902

– UdSSR

S. 94, 102², 182 f., 395 f., 797, 824, 1359⁶, 1363

– USA

S. 99, 109 f., 130, 135, 139–141, 144³⁰, 182, 202⁴, 278, 293, 302, 311, 313 f., 315²⁰, 408, 413, 424, 462, 522²², 547¹³, 580, 591²⁹, 614, 765, 797, 917 f., 952 f., 1388⁵, 1390, 1433

– Wirtschafts-, Finanz- und Verteidigungshilfe

Dok. 22 und S. 83, 93 f., 99, 105¹¹, 109 f., 125, 145, 181, 207, 227³, 278, 293, 301–305, 313–315, 335, 369, 387, 395, 408, 413, 422⁶, 424, 462, 464, 490 f., 492¹⁵, 522²², 580, 591, 614, 640, 753⁴⁹, 759, 763, 902, 917 f., 953 f., 1131

– Zypern

S. 490 f.

UdSSR (Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken)

siehe außerdem:

Abrüstung und Rüstungskontrolle, Afghanistan, Ägypten, Algerien, Angola, Arabische Republik Jemen (Nordjemen), Argentinien, Äthiopien, Australien, Belgien, Berlin, Brasilien, Bulgarien, Chile, ČSSR, Dänemark, DDR, Demokratische Volksrepublik Jemen (Südjemen), Deutsche Frage, Energie- und Rohstoffpolitik, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Heiliger Stuhl, Indien, Irak, Irak-Iran-Konflikt, Iran, Israel, Italien, Japan,

- Jordanien, Jugoslawien, KAE, Kambo-
dscha, Kanada, KSZE, Kuba, Libyen, Lu-
xemburg, MBFR, Mosambik, Nahost-Kon-
flikt, Namibia-Frage, NATO-Doppel-
beschluß, Nicaragua, Niederlande, Norwe-
gen, Olympische Sommerspiele, Öster-
reich, Pakistan, Polen, Portugal, Rhode-
sien/Simbabwe, Rumänien, Rüstungsex-
portpolitik, SALT, Sambia, Saudi-Ara-
bien, Schweiz, Somalia, Spanien, Südaf-
rika, Syrien, Türkei, Vereinte Nationen,
Warschauer Pakt, Wirtschafts- und Fi-
nanzpolitik*
- Dok. 36** und S. 87, 94, 108, 117, 126f.,
160, 186f., 204, 220, 244, 283, 313, 317,
320, 465, 815, 820, 826, 843, 850, 883, 961,
974, 983, 1004, 1007–1011, 1178, 1258²,
1361, 1363¹¹, 1385f., 1443, 1510, 1544,
1593f., 1616, 1624f., 1675, 1677f., 1681,
1713, 1717²⁷, 1757, 1792, 1803, 1813³,
1881, 1885²
- Afrikapolitik
S. 69, 170, 190, 465, 778⁷, 824, 875, 942,
944, 1067, 1693²²
 - Arabische Ligen
S. 1163
 - Bewegung blockfreier Staaten
S. 159, 188, 273, 469, 712
 - Dissidenten
Dok. 27, 167 und S. 171, 196f., 202,
210f., 220, 327, 358, 430, 588¹⁸, 990
 - Europäische Gemeinschaften/Europäische
Politische Zusammenarbeit
S. 56³, 57, 67²³, 79, 84, 1413, 1409, 1413,
1643, 1703, 1811–1813, 1819–1821, 1833,
1838, 1902, 1921, 1930
 - Komitet gosudarstvennoj bezopasnosti
(KGB)
S. 163f., 216², 218⁸, 503, 879¹²
 - Lateinamerikapolitik
S. 823, 942
 - NATO
S. 6–15, 29, 39, 50, 85, 88, 219, 232, 240,
362, 404f., 407, 440⁵, 442, 494, 522²², 547,
659, 806, 824, 1008, 1359–1362, 1648⁴,
1679, 1681–1683, 1702, 1730f., 1821
 - Organisation der Islamischen Konferenz
(OIC)
S. 1067
 - PLO
S. 1320
 - Rüstungspolitik
S. 167, 189, 211, 243f., 397, 541, 605, 615,
633f., 666, 796f., 830, 850f., 866, 881f.,
884, 890, 898, 901, 938, 939¹⁵, 1036,
1040f., 1054, 1058–1062, 1068, 1070,
1100f., 1108f., 1150, 1160, 1254⁶, 1257,
1281, 1288, 1323, 1690f., 1693, 1698,
1730, 1767, 1782, 1841, 1930
 - Südpazifikpolitik
S. 1547
 - Uganda
S. 87¹¹, 735, 1658
 - Ungarn
S. 187⁵⁹, 212, 226, 378, 379¹², 399, 471,
736, 796, 800³³, 824, 1832, 1850, 1852,
1859³⁰, 1860
 - USA
Dok. 67, 124, 343 und S. 3–6, 15f., 19,
28f., 39f., 44, 49, 56³, 58, 63², 66f., 70,
79², 86f., 89, 96–98, 100, 102², 103, 108³,
110, 113, 120, 123¹⁷, 125, 128, 134, 148,
155, 157¹⁹, 160, 162, 170, 185, 188f.,
190⁷¹, 192, 202–204, 206f., 209², 210f.,
215, 216², 220, 223, 226–229, 238, 240⁸,
246, 250³⁴, 252, 256, 259, 264f., 273, 283,
284¹¹, 311², 312, 315²⁰, 317, 332, 339¹¹,
346f., 349, 352f., 375³, 379¹², 386f., 389f.,
394, 396, 398, 403f., 410f., 413, 422–424,
440⁵, 442–445, 447, 457, 462, 465f., 469,
471, 483, 493², 506, 523f., 526, 538f., 544,
547, 553, 571, 578³, 579⁵, 581, 604f., 608,
615, 617, 623⁶, 631, 638, 645, 665⁵, 680¹⁴,
682f., 709, 716, 723⁷, 724, 731–733, 735–
738, 743, 745¹², 761, 763, 764²², 779, 791,
801f., 805f., 809³⁸, 841⁵, 848f., 851, 875,
877, 879f., 891, 892⁴, 895, 902f., 937, 943,
946f., 948, 950–952, 958f., 984, 989,
1005f., 1011, 1017, 1025–1027, 1030,
1035–1037, 1039, 1055f., 1058, 1069,
1077, 1112, 1146, 1148–1150, 1210f.,
1285f., 1323, 1334, 1359–1361, 1364f.,
1368, 1377⁴, 1378–1381, 1396–1398,
1401–1403, 1430², 1433f., 1436f., 1446f.,
1449–1454, 1460f., 1464, 1488, 1492,
1563, 1571, 1619, 1620²⁷, 1631, 1632,
1634f., 1650f., 1660, 1663¹¹, 1667, 1670,
1677f., 1682, 1687, 1690f., 1699–1701,
1728–1732, 1734⁹, 1737, 1749, 1757f.,
1762¹⁹, 1763, 1765f., 1774, 1785–1787,
1818, 1822²⁸, 1858, 1876, 1889, 1898,
1900–1902, 1913, 1915, 1930, 1942
 - Vereinigte Arabische Emirate
S. 597

- Vietnam
S. 49, 87¹¹, 479³, 945, 946³³, 1548f., 1649, 1930
- Volksrepublik China
Dok. 318 und S. 29, 40, 100, 123, 170, 174¹⁷, 188, 208, 221, 229¹⁰, 236¹¹, 256, 311², 349, 399, 422f., 442, 445, 457, 636f., 731, 736–738, 743, 761¹⁵, 816f., 850, 940, 943, 946f., 956, 1427, 1451, 1492f., 1513f., 1548
- Zaire
S. 735
- Zypern
S. 87¹¹

UdSSR–Bundesrepublik Deutschland

siehe außerdem: Berlin, Deutsche Frage

- Dok. 26, 34, 35, 37, 42, 78, 92, 97, 122, 125, 151, 171, 187, 192, 193, 194, 195, 202, 205, 208, 232, 243, 263, 268, 281, 290, 301, 303, 315, 352** und S. 16–18, 23¹⁴, 29, 64f., 67, 79²⁺³, 83f., 87¹⁰, 89f., 102², 103, 108³, 112, 114, 121, 123¹⁷, 124, 160, 184–186, 188, 190, 192, 202, 211, 234, 283f., 320, 325, 346, 351, 409f., 457, 466, 485, 506, 510, 606²⁶, 607⁵, 608, 610, 613¹⁰, 615, 636, 638, 640, 671⁵, 674, 679–681, 683, 689, 709f., 712f., 716, 723⁷, 725, 733, 735, 738, 741, 752f., 764²², 771, 775f., 787f., 791, 795f., 800³³, 813, 816, 818, 825, 841⁵, 850f., 867f., 876, 879¹², 889⁴⁺⁵, 890f., 897f., 902, 904, 908–910, 912, 916, 922, 932, 937⁸, 940, 948, 951, 957f., 961, 978³, 995f., 1003, 1005–1007, 1009, 1065, 1067, 1070, 1075–1081, 1092, 1096, 1103, 1105, 1114, 1119, 1147, 1149, 1157f., 1177, 1210⁹, 1253, 1257, 1276¹⁰, 1294f., 1309⁵, 1322f., 1358–1360, 1377f., 1395¹⁷, 1397, 1399, 1432³, 1492, 1496, 1582³², 1591, 1593f., 1596, 1619–1621, 1648, 1655, 1664f., 1667f., 1675, 1677, 1679, 1720, 1732, 1737, 1757f., 1763, 1783, 1800, 1804, 1838, 1859, 1862⁷, 1932, 1937–1942
- Gemeinsame Deklaration vom 6.5.1978
S. 155, 157, 801, 895, 912, 916, 996, 1024, 1029, 1032, 1040
 - Handels- und Wirtschaftsbeziehungen/ Sanktionen
Dok. 63 und S. 7, 13, 16f., 29, 41, 44, 46, 56³, 57, 66f., 79, 83, 86, 102², 128, 134, 146, 148, 202, 204, 205¹⁹, 206–208, 220, 233, 315²⁰, 316, 317²⁶, 318, 332, 339¹¹, 387, 406–410, 424, 441⁹, 449, 463f., 486,

506, 540f., 544, 546, 578³, 579⁵, 581, 604, 612, 617, 619, 643¹, 645, 682, 684, 687, 734, 743, 771, 801, 804, 806, 876, 892⁴, 903f., 916, 940, 984, 987, 1024, 1044–1050, 1063, 1085, 1267, 1464²³, 1464f., 1506¹¹, 1635, 1888, 1901, 1903f.

- Humanitäre Fragen
S. 156, 390, 809, 903, 941, 989f., 1044, 1046, 1108
- Kulturbeziehungen
S. 996¹¹
- Wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit
S. 46, 84¹⁹, 876, 892⁴, 996¹¹

Uganda

siehe außerdem:

DDR, Kenia, Libyen, UdSSR, Vereinte Nationen
S. 87¹¹, 1658

Umweltschutz

S. 1083f., 1214f.

UNCTAD (United Nations Conference on Trade and Development)

S. 159²⁹, 927⁹, 1404⁴

Ungarn

siehe außerdem:

Afghanistan, Ägypten, Energie- und Rohstoffpolitik, Großbritannien, Indien, Iran, Jugoslawien, KSZE, MBFR, NATO-Doppelbeschluß, Olympische Sommerspiele, Polen, UdSSR, Vereinte Nationen, Warschauer Pakt, Wirtschafts- und Finanzpolitik

S. 282, 680, 708, 902, 1543, 1557, 1613⁷, 1792, 1813⁴, 1896, 1935

- Bundesrepublik Deutschland

Dok. 150 und S. 76, 115, 187, 224, 255⁷, 308, 319, 347, 377f., 379¹², 460³, 803, 851, 941, 1095, 1157, 1695, 1800

- USA

S. 119⁹, 375³, 379¹², 708, 998

UNO (United Nations Organization)

siehe: Vereinte Nationen

USA (United States of America)

siehe außerdem:

Abrüstung und Rüstungskontrolle, Afghanistan, Ägypten, Algerien, Angola, Arabische Republik Jemen (Nordjemen), Argentinien, Äthiopien, Australien, Belgien, Berlin, Brasilien, Bulgarien, Chile, CSSR, Dänemark, DDR, Demokratische Volksre-

- publik Jemen (Südjemen), Deutsche Frage, Energie- und Rohstoffpolitik, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Heiliger Stuhl, Indien Irak, Irak-Iran-Konflikt, Iran, Israel, Italien, Japan, Jordanien, Jugoslawien, KAE, Kambodscha, Kanada, Kenia, KSZE, Kuba, Libanon, Libyen, MBFR, Mexiko, Nahost-Konflikt, Namibia-Frage, NATO, NATO-Doppelbeschluß, Neuseeland, Nicaragua, Niederlande, Nigeria, Norwegen, Olympische Sommerspiele, Oman, Österreich, Pakistan, Polen, Portugal, Republik Korea (Südkorea), Rhodesien/Simbabwe, Rumänien, Rüstungsexportpolitik, SALT, Sambia, Saudi-Arabien, Schweden, Schweiz, Senegal, Somalia, Spanien, Südafrika, Syrien, Türkei, UdSSR, Ungarn, Vereinte Nationen, Wirtschafts- und Finanzpolitik*
- S. 87¹⁰, 202, 204, 283, 389¹⁹, 409²⁹, 488²⁸, 546, 551, 653², 696, 699, 730, 774, 792, 820, 826, 924, 926⁶, 933, 941, 943, 963, 965¹³, 972f., 975f., 1016, 1022, 1079, 1156¹⁴, 1211f., 1215, 1222, 1235¹³, 1294, 1320, 1349, 1409, 1414, 1442, 1443¹⁷, 1479, 1496³⁴, 1511f., 1517, 1583f., 1593, 1597, 1644, 1646, 1669f., 1675, 1685, 1699–1701, 1714, 1750, 1765f., 1785⁵, 1787f., 1792, 1804f., 1813³, 1832, 1880⁴
- Afrikapolitik
S. 274, 403, 751, 875, 982, 1213f.
 - ASEAN
S. 1745
 - B-1-Bomber
S. 1195, 1699²⁰
 - Central Intelligence Agency (CIA)
S. 243, 256, 426⁴, 495¹⁰, 1091, 1420¹⁶, 1473, 1651, 1653
 - Europäische Gemeinschaften/Europäische Politische Zusammenarbeit
S. 25, 58, 90¹⁰, 113, 145f., 203, 311, 321, 327, 339¹¹, 621, 703, 748, 813, 827, 835, 836, 1413, 1637, 1642, 1645f., 1649, 1761, 1811, 1872
 - Europapolitik
S. 762, 766, 1699, 1701, 1756, 1758, 1766
 - Kongreß (Senat und Repräsentantenhaus)
S. 5¹³, 18¹⁸, 22, 29⁷, 70⁹, 94²⁰, 96⁴⁺⁵, 97⁹, 98, 101, 102², 110, 126, 135¹⁸, 148⁵, 175, 185, 192, 239³, 241, 243, 244²⁰, 245, 252, 259, 278, 284¹¹, 314f., 337–339, 388–390, 397, 412³⁶, 418, 420, 427¹⁰, 544, 546¹⁰, 578³, 579f., 614, 616, 691, 738³, 739, 747, 761, 778f., 786, 797, 799, 866, 900¹⁷, 902, 918²⁰, 951–953, 963, 998, 999²², 1281, 1380, 1415⁵, 1438, 1449f., 1626³, 1627, 1629, 1653²⁷, 1693²², 1699, 1741, 1742¹⁶, 1745²⁹, 1746³⁰, 1747³, 1749¹³, 1762, 1782
 - Lateinamerikapolitik
S. 26, 824, 900¹⁷, 1211f., 1339¹², 1763
 - MX-Rakete
S. 243f., 337², 338, 1195, 1450²⁷, 1699, 1782
 - NASA (National Aeronautics and Space Administration)
S. 488²⁸
 - Neutronenwaffe
S. 283, 950, 1195, 1207⁹, 1756
 - Nuklearstrategie
Dok. 226 und S. 1691, 1700, 1754
 - Sicherheitspolitik
Dok. 16, 52, 314 und S. 228, 240, 865f., 1054, 1058, 1168f., 1210⁶, 1605–1612, 1670f., 1686, 1700, 1745²⁹, 1753, 1766, 1841, 1930
 - Vereinigte Arabische Emirate
S. 965¹³
 - Vietnam
S. 49, 70, 97⁹, 199, 202, 226, 228, 283, 397, 778f., 1180, 1701, 1746³⁰, 1780⁹
 - Volksrepublik China
S. 29, 100, 116⁴⁶, 170, 174¹⁷, 176, 188, 233, 237f., 256, 311², 317, 349, 399, 422f., 442f., 457, 654–657, 724, 740, 761¹⁵, 791¹¹, 939¹, 943, 946, 958⁶⁷, 1021, 1029, 1210⁶, 1212, 1479, 1513f., 1649–1653, 1744f., 1782
 - Warschauer Pakt
Dok. 66 und S. 389, 794⁵, 848
- USA-Bundesrepublik Deutschland**
siehe außerdem: Berlin, Deutsche Frage
Dok. 10, 15, 17, 19–21, 24, 40, 55, 69, 71–73, 82, 95, 104, 106, 110, 113, 146, 164, 170, 172, 175, 180, 182, 196, 198, 214, 229, 248, 262, 266, 275, 279, 283, 327, 334, 335, 337 und S. 13⁴⁴, 24, 47, 51¹³, 57f., 82f., 99–101, 129, 131, 134, 139²⁴, 145–147, 150f., 153f., 158f., 161, 176, 193f., 202f., 205, 207f., 211, 215⁷, 216², 218, 222, 223⁶, 227³, 229, 232–234, 238, 276, 284, 287, 291, 294¹, 297, 305⁴, 323, 330, 337, 339f., 346–350, 352f., 357, 365,

- 368f., 371f., 380–383, 386, 397, 399, 401f., 441⁹, 443, 445, 449, 470, 486, 493², 495–501, 505, 522f., 535, 540f., 545, 546⁷, 547¹³, 550, 565–568, 575³, 576, 588–591, 596f., 599–601, 608–610, 616f., 630f., 643¹⁺⁵, 644f., 653³, 654, 656, 663, 671, 674–676, 679, 684, 688, 704f., 709, 713, 723, 730f., 739f., 743, 750, 768⁵⁺⁶, 771f., 805–807, 825, 875, 916, 933f., 939¹, 941, 960f., 965, 982, 984, 986, 988, 993, 1002, 1026, 1029, 1038f., 1056, 1094f., 1102, 1105, 1109f., 1149, 1203²⁵⁺²⁸, 1234, 1235¹⁴, 1236¹⁵, 1277, 1281, 1293, 1295, 1329, 1339¹², 1345, 1359⁴, 1360, 1376, 1391, 1395, 1399, 1440⁷, 1619, 1621, 1627, 1629–1633, 1635, 1655, 1669–1671, 1692, 1697, 1699–1701, 1705f., 1715, 1723, 1728, 1731f., 1737, 1754f., 1760–1768, 1770, 1774f., 1781, 1819, 1833, 1858, 1889, 1918–1920, 1929, 1933f.
- Amerikanische Basen und Truppen in der Bundesrepublik Deutschland
Dok. 221, 311, 370 und S. 94, 865, 1292, 1686, 1687¹¹, 1916–1918

Vatikan

siehe: Heiliger Stuhl

Venezuela

siehe außerdem:

Energie- und Rohstoffpolitik, Kuba, Mexiko

S. 820⁵, 827, 1260⁸, 1675

Vereinigte Arabische Emirate

siehe außerdem:

Afghanistan, Energie- und Rohstoffpolitik, Frankreich, Großbritannien, Irak, Irak-Iran-Konflikt, Iran, Jordanien, Nahost-Konflikt, UdSSR, USA

Dok. 108, 162 und S. 25⁶, 56, 66²², 204¹³, 361⁵⁴, 370¹³, 395¹⁵, 439⁸, 484⁵, 715, 775²⁸, 862

- Bundesrepublik Deutschland

Dok. 108, 162

Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland

siehe: Großbritannien

Vereinigte Staaten von Amerika

siehe: USA

Vereinte Nationen

siehe außerdem:

Abrüstung und Rüstungskontrolle,

ASEAN, Energie- und Rohstoffpolitik, Europäische Gemeinschaften, Europäische Politische Zusammenarbeit, Irak-Iran-Konflikt, Nahost-Konflikt, Namibia-Frage, NATO

S. 474, 653², 714³³, 803, 977, 1178, 1180, 1378, 1779, 1837

- Afghanistan

S. 6, 7¹⁸, 27, 87f., 115, 157, 172, 176, 178²⁶, 182, 190⁷¹, 328, 382, 396, 471, 1025, 1448²⁰, 1496, 1594, 1683, 1734f.

- Algerien

S. 87¹¹, 1640²⁸

- Angola

S. 87¹¹

- Äquatorial-Guinea

S. 87¹¹

- Argentinien

S. 1794

- Äthiopien

S. 87¹¹

- Bangladesch

S. 6¹⁵, 90⁹

- Belgien

S. 1346¹⁰, 1393⁷, 1395

- Benin

S. 87¹¹, 119⁹

- Bewegung blockfreier Staaten

S. 6¹⁵, 27, 115, 119⁸, 182, 1640²⁸

- Bundesrepublik Deutschland

Dok. 231, 234, 258, 333 und S. 82, 102², 103, 157, 190⁷¹, 250³⁶, 257, 334⁹, 475, 648¹⁰, 1189, 1279, 1338, 1346¹⁰, 1392f., 1404–1407, 1429, 1437f., 1442f., 1451, 1721f., 1761, 1779⁸, 1794

- Burundi

S. 87¹¹

- Charta der Vereinten Nationen vom 26. 1945

S. 3³, 4, 6, 28, 58¹³, 159²⁷, 214, 256, 365⁷, 366, 447, 589²⁴, 1438³², 1449, 1734⁹, 1935f.

- Committee on Disarmament (CD)

S. 50⁹, 167¹¹, 239f., 243¹⁶, 493², 494f., 803, 1290, 1293¹⁸

- Conference of the Committee on Disarmament (CCD)

S. 50¹⁰, 250³⁷, 1290⁹

- ČSSR

S. 250³⁶

- Dänemark
S. 328, 1189, 1346¹⁰
- DDR
S. 90⁹, 120
- ECA (Economic Commission for Africa)
S. 159²⁹
- ECE (Economic Commission for Europe)
S. 430, 1043, 1665
- ECOSOC (Wirtschafts- und Sozialrat)
S. 1219⁴, 1406
- Ecuador
S. 250³⁶
- Finnland
S. 87¹¹, 250³⁶
- Frankreich
S. 68, 90⁹, 537, 1346¹⁰, 1393⁷, 1395, 1640, 1683 f.
- Frauenrechte
S. 1189–1192
- Generalsekretär
S. 93, 103, 159²⁹, 182, 390²⁵, 473, 490, 568, 571, 572², 576, 634⁶, 888, 1442¹³, 1443, 1733–1738
- Generalversammlungen
S. 55²⁴, 119⁹, 157, 159, 212, 214, 256, 358, 484, 648¹⁰, 820⁴, 919²⁵, 923, 1190, 1220–1223, 1223¹⁷, 1279, 1299, 1307, 1327, 1338, 1346¹⁰, 1348¹⁵, 1359 f., 1368, 1371⁹, 1401, 1404, 1406 f., 1419, 1426², 1429¹⁵⁺¹⁶, 1432¹, 1437 f., 1440, 1445², 1451 f., 1454 f., 1505, 1640²⁸, 1683, 1706⁴⁶, 1707⁵⁰, 1715, 1722, 1734, 1735¹¹, 1794¹⁹, 1845
- Grenada
S. 87¹¹
- Griechenland
S. 1639²⁴
- Großbritannien
S. 17, 90⁹, 182, 1346¹⁰, 1393⁷, 1395, 1405, 1406¹¹, 1442 f., 1640, 1713⁹, 1721 f.
- Guinea
S. 87¹¹
- Guinea-Bissau
S. 87¹¹
- Indien
S. 6¹⁵, 87¹¹, 176, 178²⁶, 471, 473, 475, 1640, 1713⁹
- Initiative der Bundesregierung zur Flüchtlingsfrage
S. 1438, 1443
- Initiative der Bundesregierung für ein VN-Register über Ausgaben für Rüstung bzw. Entwicklungshilfe
S. 1443
- Initiative zur Abschaffung der Folter
S. 1223
- Initiative gegen Geiselnahme
S. 1222
- Initiative zur Abschaffung der Todesstrafe
S. 1219–1223, 1338
- Irak
S. 87¹¹, 714³⁴, 1346¹⁰, 1445⁴
- Iran
S. 58, 82, 90 f., 93, 486¹⁸, 499, 568 f., 571, 572², 575³, 576, 589, 748¹⁴, 786, 1445⁴, 1734
- Irland
S. 537, 1346¹⁰, 1429¹⁵
- Israel
S. 485, 1346
- Italien
S. 12, 250 f., 1346¹⁰, 1393⁷, 1395, 1429
- Jamaika
S. 90⁹
- Japan
S. 1393⁷, 1395
- Jugoslawien
S. 117, 1231, 1891⁹
- Kambodscha
S. 119, 1190, 1735, 1888¹⁸
- Kanada
S. 11, 17, 250³⁶, 970, 1440, 1442 f.
- Kolumbien
S. 45
- Kongo
S. 87¹¹
- Kuba
S. 5¹⁵, 27, 45, 87¹¹, 119⁹
- Kuwait
S. 181³⁸, 1713⁹
- Libyen
S. 87¹¹
- Luxemburg
S. 1346¹⁰
- Madagaskar
S. 87¹¹
- Mali
S. 87¹¹

- Menschenrechtskommission
S. 1223¹⁷
- Mexiko
S. 45, 90⁹, 820⁴
- Mosambik
S. 87¹¹
- Nicaragua
S. 87¹¹, 1338
- Niederlande
S. 14, 1346¹⁰, 1393⁷, 1395
- Niger
90⁹
- Nigeria
S. 1640²⁸
- Norwegen
S. 90⁹, 1279
- Notstandssondertagungen der Generalversammlung
S. 87, 115⁴¹, 178²⁶, 1098³³, 1734⁹, 1735
- Österreich
S. 250³⁶, 1221
- Pakistan
S. 6¹⁵, 927⁹
- Philippinen
S. 90⁹
- Polen
S. 212
- Portugal
S. 90⁹
- Resolution Nr. 2832 der Generalversammlung vom 16.12.1971
S. 250³⁴
- Resolution Nr. 3450 der Generalversammlung vom 9.12.1975
S. 489³
- Resolution Nr. 3452 der Generalversammlung vom 9.12.1975
S. 1223¹⁷
- Resolution Nr. 3453 der Generalversammlung vom 9.12.1975
S. 1223¹⁷
- Resolution Nr. 32/61 der Generalversammlung vom 8.12.1977
S. 1219⁴, 1220, 1222
- Resolution Nr. 32/62 der Generalversammlung vom 8.12.1977
S. 1223¹⁷
- Resolution Nr. 33/146 der Generalversammlung vom 20.12.1978
S. 159²⁸
- Resolution Nr. 33/178 der Generalversammlung vom 20.12.1978
S. 1223¹⁷
- Resolution Nr. 34/65 A bzw. Nr. 34/65 B der Generalversammlung vom 29.11.1979
S. 159
- Resolution Nr. 34/87 B der Generalversammlung vom 11.12.1979
S. 250³⁶
- Resolution Nr. 34/70 der Generalversammlung vom 12.12.1979
S. 159
- Resolution Nr. 34/135 der Generalversammlung vom 14.12.1979
S. 159
- Resolution Nr. 34/138 der Generalversammlung vom 14.12.1979
S. 919²⁵, 1711
- Resolution Nr. 34/139 der Generalversammlung vom 14.12.1979
S. 1711
- Resolution Nr. 34/193 der Generalversammlung vom 19.12.1979
S. 159
- Resolution Nr. 35/6 der Generalversammlung vom 22.10.1980
S. 1735¹¹
- Resolution Nr. 35/37 der Generalversammlung vom 20.11.1980
S. 1496³³, 1734
- Resolution ES-6/2 der Notstandssondertagung der Generalversammlung vom 14.1.1980
S. 87, 115, 151, 156 f., 172, 214, 220, 236, 254, 273, 312, 332, 342¹⁵, 348, 358, 396, 413, 469, 637, 651, 723, 807, 902, 944, 1025³⁸, 1683¹⁷, 1734⁹, 1735
- Resolution ES-7/2 der Notstandssondertagung der Generalversammlung vom 29.7.1980
S. 1172³, 1180
- Resolution ES-7/3 der Notstandssondertagung der Generalversammlung vom 29.7.1980
S. 1172³, 1180
- Resolution Nr. S-11/3 der Sondergeneralversammlung für Entwicklungsfragen vom 15.9.1980
S. 1406

- Resolution Nr. S-11/4 der Sondergeneralversammlung für Entwicklungsfragen vom 15.9.1980
S. 1406
- Resolution Nr. 232 des Sicherheitsrats vom 16.12.1966
S. 787³³
- Resolution Nr. 242 des Sicherheitsrats vom 22.11.1967
S. 181³⁸, 359 f., 372, 439, 484⁶, 537, 738⁵, 783–785, 923, 955, 1180, 1303¹⁶, 1345
- Resolution Nr. 253 des Sicherheitsrats vom 29.5.1968
S. 787³³
- Resolution Nr. 338 des Sicherheitsrats vom 22.10.1973
S. 181³⁸
- Resolution Nr. 418 des Sicherheitsrats vom 4.11.1977
S. 787³²
- Resolution Nr. 435 des Sicherheitsrats vom 29.9.1978
S. 756⁸, 757 f., 887¹², 925, 1442¹³⁺¹⁴, 1564², 1565, 1567, 1715, 1735¹⁴, 1736¹⁵, 1908²⁰, 1945⁷⁺⁸, 1947
- Resolution Nr. 457 des Sicherheitsrats vom 4.12.1979
S. 58¹³
- Resolution Nr. 461 des Sicherheitsrats vom 31.12.1979
S. 58¹³
- Resolution Nr. 465 des Sicherheitsrats vom 1.3.1980
S. 394, 484
- Resolution Nr. 478 des Sicherheitsrats vom 20.8.1980
S. 1301¹¹⁺¹³
- Resolution Nr. 479 des Sicherheitsrats vom 28.9.1980
S. 1734
- Rhodesien/Simbabwe
S. 787
- Rumänien
S. 87¹¹, 250³⁶, 849
- Sambia
S. 87¹¹, 90⁹
- São Tomé und Príncipe
S. 87¹¹
- Schweden
S. 1221, 1223
- Seerechtskonferenz
Dok. 270 und S. 475 f., 959–961, 1106¹¹, 1230 f., 1264¹⁴
- Senegal
S. 181³⁸
- Sicherheitsrat
S. 6, 11 f., 27, 45, 58, 82¹⁵, 90⁹⁺¹⁰, 91, 159²⁸, 181, 359, 484 f., 537, 569, 575³, 838, 945²⁴, 955, 1279¹⁵, 1301¹¹⁺¹³, 1303¹⁶, 1351, 1429, 1445, 1640, 1721 f., 1734, 1736, 1743, 1798¹⁹
- Sondergeneralversammlungen
Dok. 273 und S. 50⁹⁺¹⁰, 117, 250³⁷, 473, 864¹⁶, 974, 1159, 1277, 1303¹⁶, 1306², 1327¹⁷, 1428 f., 1442, 1651¹⁹
- Spanien
S. 1279¹⁵, 1350 f., 1429
- Südafrika
S. 633, 787, 1442¹³, 1443¹⁵, 1715 f.
- Syrien
S. 87¹¹
- Tunesien
S. 90⁹
- UdSSR
S. 58, 69⁸, 87¹¹, 88, 90 f., 119⁸⁺⁹, 157, 190⁷¹, 220, 250, 392, 396, 485, 569, 575³, 589, 945²⁴, 1371⁹, 1392, 1395, 1445⁴, 1449, 1451, 1683¹⁷, 1684²¹, 1779⁸
- Uganda
S. 87¹¹
- UNESCO
S. 430
- UNFPA
S. 1739
- Ungarn
S. 120
- UNHCR
S. 56³, 75, 1233 f., 1235¹³⁺¹⁴, 1236¹⁵, 1777⁵, 1779⁸
- UNIDO
S. 270, 473
- UNIFIL
S. 924
- UNTAG
S. 1442¹⁴, 1564², 1565, 1566¹⁵, 1567¹⁶
- USA
S. 58¹³, 90, 93, 157, 250, 476, 499, 537, 568–571, 575³, 747, 955, 1346¹⁰, 1393–1395, 1437, 1442–1444, 1713⁹, 1779⁸

- Vietnam
S. 87¹¹, 119, 1779⁸
- VN-Komitee der 24
S. 1547
- Volksrepublik China
S. 58¹³, 90⁹, 945²⁴, 1451, 1651, 1779⁸
- Waffenkonferenz
S. 1683, 1684²¹
- Zaire
S. 159
- Zypern
S. 87¹¹, 119⁹

Vierer-Außenministertreffen

Dok. 148, 189 357, 360 und S. 64 f., 87¹¹, 95, 104, 110, 123 f., 126, 173, 233, 350, 371, 489, 659, 750 f., 813, 834, 836 f., 960 f., 1435, 1522, 1698, 1706 f., 1741, 1776¹⁸, 1900

Vierer-Direktorentreffen

Dok. 29, 189, 286, 360, 366, 367 und S. 109, 115, 149⁸, 356, 450, 487²⁷, 659¹¹, 836, 838, 960 f., 1436, 1522 f., 1536, 1707, 1741, 1843–1845, 1851–1855, 1876⁸, 1879, 1921

Vierergruppe

siehe: Bonner Vierergruppe

Vietnam

siehe außerdem:

Afghanistan, Frankreich, Indien, Indonesien, Kambodscha, Malaysia, Sambia, Thailand, UdSSR, USA, Vereinte Nationen

S. 199, 479³, 945²⁶, 1028, 1649 f., 1777⁵⁺⁷, 1778 f.

- ASEAN
S. 119, 171¹¹, 945
- Bundesrepublik Deutschland
S. 561, 1779⁸
- Volksrepublik China
S. 479³, 1022, 1427, 1450 f., 1548 f., 1650

Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.

S. 1799²

Volksrepublik China

siehe außerdem:

Abrüstung und Rüstungskontrolle, Afghanistan, Ägypten, Dänemark, Demokratische Volksrepublik Jemen (Südjemen), Energie- und Rohstoffpolitik, Frankreich, Großbritannien, Indien, Indonesien, Iran,

Italien, Japan, Jugoslawien, Kambodscha, Kenia, Malaysia, Nahost-Konflikt, NATO-Doppelbeschluß, Neuseeland, Niederlande, Norwegen, Österreich, Pakistan, Polen, Rhodesien / Simbabwe, Rumänien, Rüstungsexportpolitik, SALT, Sambia, Schweden, UdSSR, USA, Vereinte Nationen, Vietnam

Dok. 318 und S. 334, 405⁹, 657, 820⁵, 826, 861⁸, 946, 1021 f., 1102¹², 1219⁴, 1426, 1450 f., 1547, 1549, 1653, 1675, 1701, 1717²⁷

- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 118, 123, 181 und S. 174¹⁷, 188, 208, 237, 317²⁷⁺²⁸, 423, 445, 478, 531⁸, 561, 735, 1028, 1451, 1514, 1675, 1885², 1888
- Europäische Gemeinschaften
S. 1649
- NATO
S. 7¹⁸, 1681
- Neutronenwaffe
S. 1650
- Rüstungspolitik
S. 1513 f.

Warschauer Pakt

siehe außerdem:

Abrüstung und Rüstungskontrolle, Afghanistan, Italien, KAE, KSZE, MBFR, NATO, NATO-Doppelbeschluß, Rüstungsexportpolitik, SALT, USA

S. 3, 8²⁸, 65, 103, 155 f., 162, 261–263, 320³⁹, 375, 471, 546, 650³, 683, 789, 830, 1017, 1038, 1096, 1309⁵, 1358, 1371⁹, 1443¹⁷, 1616, 1620, 1624 f., 1634, 1817, 1831 f., 1859

- Bulgarien
S. 379¹²
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 66 und S. 1335, 1620, 1631⁴
- ČSSR
S. 17, 98, 114, 126, 198, 226, 379¹², 461³, 471, 711, 1813³, 1818
- DDR
S. 295, 379¹², 819, 997, 1358¹⁶, 1618, 1621, 1721⁴², 1818
- Polen
S. 379¹², 1341, 1342⁸⁺⁹, 1343, 1434, 1458, 1554–1556, 1613 f., 1785, 1789²³, 1798¹⁵, 1813–1815, 1818–1820, 1822²⁸, 1837, 1931 f.

- Rumänien
S. 848, 851
- UdSSR
S. 295, 375 f., 546, 848, 1434, 1634, 1678, 1837

- Ungarn
S. 379¹², 471, 794, 1695, 1818

Weltbank/Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung
S. 18¹⁸, 269³, 315²², 316, 653², 963, 971, 1405, 1406¹³, 1438, 1727²³, 1762

Weltwirtschaftsgipfel

- S. 838 f., 1702³⁴, 1761
- Weltwirtschaftsgipfel vom 15. bis 17.11. 1975 auf Schloß Rambouillet
S. 727⁵
- Weltwirtschaftsgipfel am 27./28.6.1976 in San Juan
S. 727⁵
- Weltwirtschaftsgipfel am 7./8.5.1977 in London
S. 727⁵, 1688
- Weltwirtschaftsgipfel am 16./17.7.1978 in Bonn
S. 727⁵, 774, 966, 968 f., 972, 1688, 1710
- Weltwirtschaftsgipfel am 28./29.6.1979 in Tokio
S. 411, 489, 727⁴, 774, 788, 965, 969, 972
- Weltwirtschaftsgipfel am 22./23.6.1980 in Venedig
Dok. 158, 183, 184, 185 und S. 126, 149, 203, 236, 312, 350, 371 f., 410, 412, 420, 473, 488, 521, 529⁴, 545, 547, 632, 659¹¹, 679, 695, 723⁷, 727, 733–735, 740, 750, 769–773, 777, 786–788, 791, 816, 818, 839 f., 896², 897, 911, 918, 920, 922, 926, 930¹, 939¹, 944, 948², 984 f., 987 f., 996, 1004 f., 1012, 1024, 1043, 1070, 1075, 1078², 1079¹¹, 1106¹¹, 1112, 1438³², 1441
- Weltwirtschaftsgipfel am 20./21.7.1981 in Ottawa/Montebello
S. 975, 1699, 1760, 1762

Westeuropäische Union (WEU)
Dok. 237 und S. 1069, 1058, 1109, 1291

Westsahara-Konflikt
S. 465, 714³³, 736, 824, 942

West-Samoa
S. 1547

Wiedergutmachungspolitik

siehe auch:

Belgien, Frankreich–Bundesrepublik, Israel, Luxemburg

Dok. 12 und S. 1124–1126, 1140, 1215

Wirtschafts- und Finanzpolitik

- Afghanistan
S. 1681
- Belgien
S. 292
- Brasilien
S. 873 f.
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 32 und S. 270, 292, 348, 417, 424, 587, 591, 685, 827, 903, 919, 951, 966 f., 1328 f., 1407, 1436, 1456–1458, 1644, 1673, 1685⁵, 1688, 1710–1712, 1719, 1728²⁴, 1745²⁹, 1746, 1760 f., 1770, 1828 f.
- Dänemark
S. 505
- DDR
S. 1623, 1625, 1633
- Europäische Gemeinschaften
S. 691⁸, 827, 926, 1644–1646, 1670, 1688, 1711–1713, 1719, 1765¹⁰, 1773
- Frankreich
S. 827, 1144, 1644¹³, 1712 f., 1719, 1768, 1773–1775
- Griechenland
S. 302 f., 305
- Großbritannien
S. 228, 345, 768⁶, 827, 1416, 1644¹³, 1682, 1703, 1710–1713, 1747 f., 1829
- Iran
S. 1375, 1416 f., 1420¹⁹, 1703
- Israel
S. 394, 933, 1709, 1728²⁴
- Italien
S. 768⁶, 827, 963, 1144, 1712, 1828 f.
- Japan
S. 417, 968, 973, 1182, 1652, 1688, 1711 f., 1887
- Jugoslawien
S. 433², 435, 1131, 1155 f., 1182
- Kanada
S. 1760–1762
- Kenia
S. 269

- NATO
S. 1835f.
- Norwegen
S. 1710
- Österreich
S. 706f., 711
- Pakistan
S. 315f., 919
- Polen
S. 210, 682, 686³¹, 958, 1182, 1205–1208, 1269–1274, 1328f., 1455–1458, 1462¹⁵, 1559, 1639, 1688f., 1696, 1740, 1756f., 1762¹⁹, 1768f., 1773f., 1783
- Portugal
S. 585¹⁵, 586–593, 626⁴
- Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)
S. 988
- Rumänien
S. 1182, 1462¹⁵
- Sambia
S. 342¹⁵
- Saudi-Arabien
S. 591, 919
- Spanien
S. 1671, 1711
- Türkei
S. 301⁴, 313¹⁷, 314, 918
- UdSSR
S. 283, 988, 1182, 1677, 1681f., 1767, 1774, 1783
- Ungarn
S. 682, 1774
- USA
S. 348, 389, 415–420, 687, 900¹⁷, 919, 964, 966, 973, 1144, 1182, 1329, 1376⁶, 1416–1419, 1436, 1457, 1670, 1682f., 1688, 1711f., 1760, 1762¹⁹, 1763, 1765¹⁰, 1766f., 1773, 1783
- Wirtschaftsunternehmen und Banken**
- AEG (Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft)
S. 475³⁵
- Aeroflot
S. 1902
- Agip
S. 342¹⁵
- Air Berlin USA
S. 999
- ARBED (Aciéries Réunies de Burbach-Eich-Dudelange)
S. 1139, 1142
- Axel Springer AG
S. 1137
- Banco Nacional de Cuba
S. 644
- Bank of America
S. 1416
- Bank of China
S. 654⁵
- Bank of Japan
S. 416⁶, 964⁹
- Bertelsmann AG
S. 1137
- BMW (Bayerische Motorenwerke)
S. 707
- BP Gelsenberg
S. 1045²⁷
- British Petroleum
S. 205¹⁹, 342¹⁵
- Caltex
S. 342¹⁵
- Daimler-Benz AG
S. 707
- Dan-Air
S. 999²⁴
- DEMINEX (Deutsche Erdölversorgungs-gesellschaft mbH)
S. 1283
- Deutsche Bank AG
S. 966¹⁵, 1045²⁷, 1047³¹, 1048³², 1464
- Deutsche Lufthansa AG
S. 217
- Dresdner Bank AG
S. 205¹⁹, 309, 685³¹, 1273, 1328f.
- Export-Import Bank of the United States
S. 946
- Fabryka Samochodów Osobowych (FSO)
S. 1206⁸, 1297
- Federal Reserve Bank of New York
S. 416⁷
- Federal Reserve System der USA
S. 1416, 1418
- First International Bank, Houston
S. 766⁵
- Gelsenberg AG
S. 205¹⁹

-
- Hermes-Kreditversicherungs-AG
S. 644
 - Howaldtswerke-Deutsche Werft AG (HDW)
S. 474³⁴, 475³⁵
 - Humboldt Wedag AG
S. 1465²⁴
 - Impexmetal S.A.
S. 310²⁰
 - Interflug
S. 999
 - Klöckner-Humboldt-Deutz AG
S. 1465
 - Kongsberg Våpenfabrikk
S. 1282²⁵
 - Korf-Stahl AG
S. 207²⁴
 - Kraftwerk Union AG (KWU)
S. 847⁸, 1267²³
 - Krupp Atlas Elektronik
S. 1282²⁵
 - Lucas Industries plc
S. 1711
 - Lürssen Werft GmbH & Co.
S. 859⁹
 - Mannesmann AG/Salzgitter
S. 205¹⁹, 1045²⁷, 1048
 - Mannesmann-Export GmbH
S. 1048³²
 - Metallgesellschaft AG
S. 310²⁰
 - Michelin S.A.
S. 707
 - Mobil Oil
S. 342¹⁵
 - Motoren- und Turbinen-Union (MTU)
S. 1704⁴⁰
 - Nordische Investitionsbank
S. 1717²⁷
 - Porsche AG
S. 707
 - Rolls-Royce
S. 1704⁴⁰
 - Royal Dutch Shell plc
S. 342¹⁵
 - Ruhrgas AG
S. 205¹⁹, 1045²⁷, 1047³¹, 1048³²
 - Schweizer Nationalbank
S. 416⁶, 964⁹
 - Thyssen AG
S. 1790
 - Thyssen Henschel AG
S. 508⁷
 - Thyssen Rheinstahl Technik GmbH
S. 1048³²
 - Total S.A.
S. 342¹⁵
 - Uhde GmbH
S. 643, 645
 - Uhde S.A.
S. 643⁴, 645
 - Ursus
S. 1297
 - VFW-Fokker
S. 847⁸, 848
 - Voest
S. 707
 - Volkswagen AG
S. 707, 847⁸
 - Zentralbank der Islamischen Republik Iran (Bank Merkazi Iran)
S. 1418¹², 1420¹⁹
- Zaire**
siehe außerdem:
Belgien, Frankreich, UdSSR, Vereinte Nationen
S. 405⁹, 981, 1717²⁷
- Zentralafrikanische Republik**
siehe unter: Libyen
- Zentralrat der Juden in Deutschland**
S. 72, 931
- Zypern**
siehe außerdem:
Frankreich, Großbritannien, Italien, KSZE, Türkei, UdSSR, Vereinte Nationen,
Dok. 86 und S. 87¹¹, 1014, 1639

**Organisationsplan
des Auswärtigen Amts
vom Februar 1980**

Koordinator für
die deutsch-französische
Zusammenarbeit
BM a.D. Dr. Rainer Barzel

02 Planungsstab
Ministerialdirektor Dr. Hansen

Der Bundesminister des Auswärtigen
Hans-Dietrich Genscher
Persönlicher Referent: VLR von Nordenskjöld

01 Leitungsstab			
010	Ministerbüro VLR I Wallau	012	Öffentlichkeitsarbeit, Politische Kontakte VLR I Dr. Ellerkmann
011	Parlaments- und Kabinettsreferat VLR I Dr. Neukirchen	013	Pressereferat VLR I Dr. Sudhoff

Staatssekretär im Auswärtigen Amt
Dr. Hans Werner Lautenschlager
Geschäftsbereich: Abt. 4, 6
Persönlicher Referent: VLR Dr. Bächmann

Staatssekretär des Auswärtigen Amts
Günther van Well
Geschäftsbereich: Abt. 1, 2, 3, 5, 7
Persönlicher Referent: VLR Dr. von Studnitz

Staatsminister
Dr. Hildegard Hamm-Brücher
Persönlicher Referent: LR I Dr. Haas

Staatsminister
Dr. Klaus von Dohnanyi
Persönlicher Referent: LR I Dr. Ohr

014 Büro Staatssekretäre
VLR I Graf York von Wartenburg

1 Zentralabteilung Ministerialdirektor Röding		2 Politische Abteilung Ministerialdirektor Dr. Blech		3 Politische Abteilung Ministerialdirektor Dr. Meyer-Landrut		4 Abteilung für Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungs- politik und europäische wirtschaftliche Integration Ministerialdirektor Dr. Fischer		5 Rechtsabteilung Ministerialdirektor Dr. Fleischhauer Völkerrechtsberater	6 Abteilung für auswärtige Kulturpolitik Ministerialdirektor Dr. K. Müller	7 Protokoll Botschafter Schoeller
Unterabteilung 10 Ministerialdirigent Dr. Hallier	Unterabteilung 11 Ministerialdirigent Schönfeld Planungsbeauftragter	Unterabteilung 20 Ministerialdirigent Dr. Dröge	Unterabteilung 21 Ministerialdirigent Dr. Lücking	300 Grundsatz- und Koordinierungsfragen VLR I Dr. Pagenstert	310 Nahe Osten VLR I Dr. Fiedler	Unterabteilung 40 Ministerialdirigent Dr. Matthias	Unterabteilung 41 Ministerialdirigent Dr. Ungerer	Vertreter Ministerialdirigent Dr. Verbeek	Vertreter Ministerialdirigent Dr. Witte	Vertreter Gesandter Holzheimer
100 Allgemeine Personalangelegenheiten VLR I Dr. Bracklo	110 Organisation VLR I Graf von der Schulenburg	200 Europäische Einigung und politische Zusammenarbeit; Europarat; Nicht- staatliche europäische Organisationen; WEU (nichtmilitärische Angelegen- heiten) VLR I Dr. Stabreit	210 Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen VLR I Dr. Freiherr von Richthofen	301 Humanitäre Hilfe, ausländische Flüchtlinge VLR I Dr. Bartels	311 Mittlerer Osten, Maghreb VLR I Schlagintweit	400 Außenpolitische Grundsätze der Entwicklungspolitik, Grundsätze der Kapitalhilfe; Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaften VLR Dr. Kudlich	410 Europäische Gemeinschaften: Grundsatzfragen, Institutionen, Beiträge; Beziehungen zu den Staaten des Mittelmeerraums, Afrikas und den übrigen AKP-Staaten VLR I Dr. von Kyaw	500 Allgemeines Völkerrecht N.N.	600 Grundsatzfragen, Gesamtplanung, kulturpolitische Öffentlichkeitsarbeit, Förderung der deutschen Sprache, Gästeprogramm VLR I Dr. Koppenhöfer	700 Staatsbesuche, Veranstaltungen VLR I Jochum
101 Höherer Dienst; Honorarkonsuln VLR I Jung	111 Liegenschaften und Sachverwaltung Ausland VLR I Dr. Trefftz	201 Atlantisches Bündnis und Verteidigung VLR I Dr. Hofmann	212 Fragen der allgemeinen Ost-West- Beziehungen (u. a. Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) VLR I Dr. Joetze		320 Ost- und Südafrika VLR I Kremer	401 Außenpolitische Fragen und Grundsätze der Technischen Zusammenarbeit mit Entwicklungs- ländern VLR I Dr. Enzweiler	411 Europäische Gemeinschaften: Handels- und Agrarpolitik, Beziehun- gen zu den Staaten der EFTA (außer Portugal), den außereuropäischen Industrielländern, den Staatshandels- ländern, Lateinamerika (außer AKP), Asien; GATT VLR I Dr. Randermann	501 Völkerrechtliche Verträge VLR I Dr. Trevianus	610 Regionale Planung und Koordinierung, Kulturrabkommen VLR I Dr. Kaltbrenner	701 Fremde Missionen und Konsulate, Zeremoniell, Orden VLR I von Bredow
102 Ausbildung und Fortbildung VLR I Münch	112 Haushalt und Finanzen Beauftragter für den Haushalt VLR I Dr. Eilf	202 Frankreich, Andorra, Monaco, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Österreich, Schweiz, Liechtenstein VLR I Dr. Feit	213 Sowjetunion VLR I Dr. Arnot	31 Beauftragter für Nah- und Mittelostpolitik Ministerialdirigent Montfort	321 West- und Zentralafrika VLR I Haferkamp	402 Grundsätze des Nord-Süd-DIALOGs; Multilaterale wirtschaftliche Zusam- menarbeit im Rahmen der VN, insbesondere UNCTAD und ECE; Internationale Rohstoffpolitik; Nahrungsmittelhilfe VLR I Dr. Sulzma	412 Europäische Wirtschafts- und Währungspolitik; Industrie-, Wett- bewerbs-, Regional-, Sozial-, Energie- und Verkehrspolitik der EG; Fragen der Weltwirtschaftslage; Internationale Währungspolitik; EGKS; OECD VLR I Dr. Möhler	502 Recht der diplomatischen und konsularischen Beziehungen und der Beziehungen zu internationalen Organisationen VLR I K. Hoffmann	611 Multilaterale Zusammenarbeit VLR I von Kerbenbrock von Krosigk	
103 Gehobener, mittlerer und einfacher Dienst; Arbeiter VLR I Kleiner	113 Besoldung VLR I Dr. Saumweber	203 Mittelmeerfragen; Portugal, Spanien, Italien, San Marino, Heiliger Stuhl, Griechenland, Türkei, Zypern, Malta, Malteser-Ritter-Orden VLR I Graf Finck von Finckenstein	214 Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Albanien VLRin I Dr. Finke-Osiander	32 Beauftragter für Afrikapolitik Ministerialdirigent Haas	330 Argentinien, Uruguay, Paraguay, Brasilien, Karibischer Raum VLR I Dr. Hoff	405 Internationale Energiepolitik; Energie- wirtschaftliche Beziehungen zu Förder- und Verbraucherländern; Energiefra- gen in internationalen Organisationen VLR Dr. Dieckmann	413 Internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie (insbesondere EURATOM), der Energieforschung und der Weltraumschließung VLR I Rouget	510 Staats- und Verwaltungsrecht VLR I Dr. Wersdörfer	620 Auslandsschulen, Schulwesen VLR I Wagner	
104 Personal bei inter- und supra- nationalen Organisationen VLR Garbers	114 Chiffrier- und Fernmeldewesen VLR I Dr. Giesecke	204 Vereinigte Staaten von Amerika, Vereinigtes Königreich, Gemeinsame Fragen des Commonwealth, Kanada, Irland, Nordische Staaten VLR I Dr. Schenk	215 Auswärtige Angelegenheiten beim Bevollmächtigten der Bundesregierung in Berlin VLR Dr. Siegfried	33 Beauftragter für Lateinamerikapolitik Ministerialdirigent Dr. Limmer	331 Andenstaaten und Mittelamerika VLR I Dr. Martius		414 Internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der naturwissenschaftli- chen Forschung, der technologischen Entwicklung, der Ozeanographie und der Umweltprobleme VLR I Graf von Brühl	511 Strafrecht, Steuer- und Zollrecht VLR I Dr. Türk	621 Wissenschaft und Hochschulen, Deutsches Archäologisches Institut VLR I Dr. Kullak-Ublick	
105 Sprachendienst VLR I Kusterer	115 Innerer Dienst VLR Grasshof			34 Beauftragter für Asienpolitik Ministerialdirigent Dr. Petersen	340 Süd- und Südostasien VLR I Dr. Sieger			512 Zivilrecht, Handels- und privates Wirtschaftsrecht VLR I Dr. von Hassell	621 B Büro des Bevollmächtigten der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen des Vertrages über die deutsch-fran- zösische Zusammenarbeit – Arbeits- einheit I – VLR Dr. Regges	
106 Gesundheitsdienst LMedD Dr. Rohwedder	116 Bibliothek und Dokumentation VLR Dr. Rasmussen	Unterabteilung 22 Botschafter Dr. Ruth Beauftragter der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle	Unterabteilung 23 Ministerialdirigent Dr. Gorenfilos		341 Ostasien, Australien, Neuseeland, Ozeanien VLR I Bente			513 Arbeits- und Sozialrecht; Aussiedlung Deutscher und Volksdeutscher, Flüchtlingswesen VLR I Dr. Jestaedt	630 Kulturinstitute, Deutsch-ausländische Kulturgesellschaften VLRin I Dr. Rheker	
	117 Politisches Archiv und Historisches Referat VLR I Dr. Weinandy	220 Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit), insbesondere VN-Bereich und SALT VLR I Dr. Citron	230 Vereinte Nationen: Grundsatzfragen, Generalversammlung, Sicherheitsrat VLR I Dr. Schaad					514 Kriegsfolgen: Aus Krieg und Besatzung entstandene Fragen, Truppen- stationierung, Auslandsschulden, Auslandsvermögen, Wieder- gutmachung, Grenzen der Bundes- republik Deutschland VLR I Prof. Dr. Rumpf	631 Darstellende Kunst, Musik; Bildende Kunst VLR I Dr. Schött	
1 – I Inspekture Botschafter Dr. Dreher Chefinspekteur	118 Geheimschutz und Sicherheit VLR I Dr. Louis	221 Sicherheit, Abrüstung und Rüstungs- kontrolle in Europa VLR I Dr. Holik	231 Politische Fragen des Wirtschafts- und Sozialbereichs der Vereinten Nationen VLR I Dr. Baumann						632 Film, Fernsehen, Rundfunk; Buchwesen VLR I Dr. Arens	
1 – Z Botschafter z. b. V. 1 – Z 1 N.N. 1 – Z 2 Botschafter Wolff	119 Vorprüfungsstelle VLR Stammer	222 Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit); Abrüstungsausschuß, Nichtverbreitung; Regionale Rüstungskontrolle (außerhalb Europas); Forschung VLR I Arz von Straussenburg	232 VN-Sonderorganisationen, weitweite zwischenstaatliche und nichtstaatliche Organisationen, Dekolonisierungsfragen VLR I Dr. Gescher						640 Gesellschaftliche Gruppen, Internati- onale Gesellschaftspolitische Zusam- menarbeit, Maßnahmen und Fragen der politischen, beruflichen und allgemeinen Weiterbildung VLR I Dr. Schlingensiepen	
						Unterabteilung 42 Ministerialdirigent Freiherr von Stein				641 Jugend, Sport, Kirchen VLR I Dr. Siefker
						420 Wirtschaftsbeziehungen zum Westen VLR I Vogeler				
						421 Wirtschaftsbeziehungen West-Ost VLR I Sieger				
						422 Grundsatzfragen der Außenwirt- schaftspolitik; Außenhandels- förderung; Gewährleistungen im Außenhandel und Kapitalexport; Rüstungsexportpolitik VLR I Dr. Pabsch				
						423 Verkehrspolitik, Post- und Fernmelde- wesen, Fremdenverkehr VLR I Freiherr von Mentzingen		50 Arbeitsstab Seerechtskonferenz VLR I Dr. Eitel		